Akten zur Auswärtigen Politik
der Bundesrepublik Deutschland

1988

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts
vom Institut für Zeitgeschichte

Hauptherausgeber
Andreas Wirsching

Mitherausgeber
Hélène Miard-Delacroix und Gregor Schöllgen

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

1988

Band I: 1. Januar bis 30. Juni 1988

Wissenschaftliche Leiterin
Ilse Dorothee Pautsch

Bearbeiter
Michael Ploetz, Matthias Peter
und Jens Jost Hofmann

DE GRUYTER
OLDENBOURG

ISBN 978-3-11-060428-3
e-ISBN (PDF) 978-3-11-060484-9
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-060552-5
ISSN 2192-2454

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

Library of Congress Control Number: 2019938929

© 2019 Walter de Gruyter GmbH Berlin/Boston
Druck und Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen

www.degruyter.com

Inhalt

Vorwort VII

Vorbemerkungen zur Edition VIII

Verzeichnisse

Dokumentenverzeichnis XVII
Literaturverzeichnis LXXX
Abkürzungsverzeichnis LXXXVII

Dokumente

Band I (Dokumente 1–195) 1
Band II (Dokumente 196–373) 1059

Register

Personenregister 1925
Sachregister 2009

Anhang: Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Juli 1988

Vorwort

Mit den Jahresbänden 1988 wird zum sechsundzwanzigsten Mal eine Sammlung von Dokumenten aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts unmittelbar nach Ablauf der 30-jährigen Aktensperrfrist veröffentlicht.

Das Erscheinen der vorliegenden Bände gibt Anlaß, allen an dem Werk Beteiligten zu danken. So gilt mein verbindlichster Dank dem Auswärtigen Amt, vor allem dem Politischen Archiv und seiner Leiterin Professor Dr. Elke Freifrau von Boeselager. Gleichermaßen zu danken ist dem Bundeskanzleramt für die Erlaubnis, unverzichtbare Gesprächsaufzeichnungen in die Edition aufzunehmen. Herrn Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl (†) und Frau Dr. Maike Kohl-Richter danke ich für die Genehmigung zum Abdruck wichtiger und die amtliche Überlieferung ergänzender Schriftstücke.

Großer Dank gebührt ferner den Kollegen im Herausgebergremium, die sich ihrer viel Zeit in Anspruch nehmenden Aufgabe mit bewährter Kompetenz gewidmet haben. Gedankt sei auch dem präzise arbeitenden Verlag De Gruyter sowie den in der Münchener Zentrale des Instituts Beteiligten, insbesondere der Verwaltungsleiterin Frau Christine Ginzkey.

Das Hauptverdienst am Gelingen der zwei Bände haben die Bearbeiter, Herr Dr. Michael Ploetz, Herr Dr. Matthias Peter und Herr Dr. Jens Jost Hofmann, zusammen mit der Wissenschaftlichen Leiterin, Frau Dr. Ilse Dorothee Pautsch. Ihnen sei für die erbrachte Leistung nachdrücklichst gedankt.

Wesentlich zur Fertigstellung der Edition beigetragen haben überdies: Herr Dr. Rainer Ostermann durch die Herstellung des Satzes, Frau Jutta Bernlöhr durch Schreibarbeiten sowie Frau Anna May, B.A., Frau Kathrin Meißner, B.A. und Frau Sara Stammnitz, B.A.

Berlin, den 23. Januar 2019 Andreas Wirsching

Vorbemerkungen zur Edition

Die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1988“ (Kurztitel: AAPD 1988) umfassen zwei Bände, die durchgängig paginiert sind. Den abgedruckten Dokumenten gehen im Band I neben Vorwort und Vorbemerkungen ein Dokumentenverzeichnis, ein Literaturverzeichnis sowie ein Abkürzungsverzeichnis voran. Am Ende von Band II finden sich ein Personen- und ein Sachregister sowie ein Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Juli 1988.

Dokumentenauswahl

Grundlage für die Fondsedition der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1988“ sind die Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts (PA/AA). Schriftstücke aus anderen Bundesministerien, die in die Akten des Auswärtigen Amts Eingang gefunden haben, wurden zur Kommentierung herangezogen. Verschlußsachen dieser Ressorts blieben unberücksichtigt. Dagegen haben die im Auswärtigen Amt vorhandenen Aufzeichnungen über Gespräche des Bundeskanzlers mit ausländischen Staatsmännern und Diplomaten weitgehend Aufnahme gefunden, ergänzt durch eine Auswahl von im Bundeskanzleramt überlieferten Gesprächsaufzeichnungen. Um die amtliche Überlieferung zu vervollständigen, wurde zusätzlich die Sammlung Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl, Ludwigshafen-Oggersheim, eingesehen.

Entsprechend ihrer Herkunft belegen die edierten Dokumente in erster Linie die Aktivitäten des Auswärtigen Amts. Sie veranschaulichen aber auch die Außenpolitik des jeweiligen Bundeskanzlers. Die Rolle anderer Akteure, insbesondere im parlamentarischen und parteipolitischen, aber auch im nichtstaatlichen Bereich, wird beispielhaft dokumentiert, sofern eine Wechselbeziehung zum Auswärtigen Amt gegeben war.

Die ausgewählten Dokumente sind nicht zuletzt deshalb für ein historisches Verständnis der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung, weil Schriftstücke veröffentlicht werden, die bisher der Forschung unzugänglich waren. Zu einem großen Teil unterlagen sie als Verschlußsachen (VS) der Geheimhaltung. Dank einer entsprechenden Ermächtigung wurden dem Editionsteam die VS-Bestände des PA/AA zugänglich gemacht und Anträge auf Herabstufung und Offenlegung von Schriftstücken beim Auswärtigen Amt ermöglicht. Das Bundeskanzleramt war zuständig für die Deklassifizierung von Verschlußsachen aus den eigenen Beständen. Kopien der offengelegten Schriftstücke, deren Zahl diejenige der in den AAPD 1988 edierten Dokumente weit übersteigt, werden im PA/AA zugänglich gemacht (Bestand B 150).

Nur eine geringe Zahl der für die Edition vorgesehenen Aktenstücke wurde nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Hierbei handelt es sich vor allem um Dokumente, in denen personenbezogene Vorgänge im Vordergrund stehen oder die auch heute noch sicherheitsrelevante Angaben enthalten. Von einer Deklassifizierung ausgenommen war Schriftgut ausländischer Herkunft bzw. aus dem Bereich multilateraler oder internationaler Organisationen wie etwa der NATO. Unberücksichtigt blieb ebenfalls nachrichtendienstliches Material.

Dokumentenfolge

Die 373 edierten Dokumente sind in chronologischer Folge geordnet und mit laufenden Nummern versehen. Bei differierenden Datumsangaben auf einem Schriftstück, z. B. im Falle abweichender maschinenschriftlicher und handschriftlicher Datierung, ist in der Regel das früheste Datum maßgebend. Mehrere Dokumente mit demselben Datum sind, soweit möglich, nach der Uhrzeit eingeordnet. Erfolgt eine Datierung lediglich aufgrund sekundärer Hinweise (z. B. aus Begleitschreiben, beigefügten Vermerken usw.), wird dies in einer Anmerkung ausgewiesen. Bei Aufzeichnungen über Gespräche ist das Datum des dokumentierten Vorgangs ausschlaggebend, nicht der meist spätere Zeitpunkt der Niederschrift.

Dokumentenkopf

Jedes Dokument beginnt mit einem fett gedruckten Dokumentenkopf, in dem wesentliche formale Angaben zusammengefaßt werden. Auf Dokumentennummer und Dokumentenüberschrift folgen in kleinerer Drucktype ergänzende Angaben, so rechts außen das Datum. Links außen wird, sofern vorhanden, das Geschäftszeichen des edierten Schriftstücks einschließlich des Geheimhaltungsgrads (zum Zeitpunkt der Entstehung) wiedergegeben. Das Geschäftszeichen, das Rückschlüsse auf den Geschäftsgang zuläßt und die Ermittlung zugehörigen Aktenmaterials ermöglicht, besteht in der Regel aus der Kurzbezeichnung der ausfertigenden Arbeitseinheit sowie aus weiteren Elementen wie dem inhaltlich definierten Aktenzeichen, der Tagebuchnummer einschließlich verkürzter Jahresangabe und gegebenenfalls dem Geheimhaltungsgrad. Dokumentennummer, verkürzte Überschrift und Datum finden sich auch im Kolumnentitel über dem Dokument.

Den Angaben im Dokumentenkopf läßt sich die Art des jeweiligen Dokuments entnehmen. Aufzeichnungen sind eine in der Edition besonders häufig vertretene Dokumentengruppe. Der Verfasser wird jeweils in der Überschrift benannt, auch dann, wenn er sich nur indirekt erschließen läßt. Letzteres wird durch Hinzufügen der Unterschrift in eckigen Klammern deutlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert („Verfasser laut Begleitvermerk“ bzw. „Vermuteter Verfasser der nicht unterzeichneten Aufzeichnung“). Läßt sich der Urheber etwa durch den Briefkopf eindeutig feststellen, so entfällt dieser Hinweis. Ist ein Verfasser weder mittelbar noch unmittelbar nachweisbar, wird die ausfertigende Arbeitseinheit (Abteilung, Referat oder Delegation) angegeben.

Eine weitere Gruppe von Dokumenten bildet der Schriftverkehr zwischen der Zentrale in Bonn und den Auslandsvertretungen. Diese erhielten ihre Informationen und Weisungen in der Regel mittels Drahterlaß, der fernschriftlich oder per Funk übermittelt wurde. Auch bei dieser Dokumentengruppe wird in der Überschrift der Verfasser genannt, ein Empfänger dagegen nur, wenn der Drahterlaß an eine einzelne Auslandsvertretung bzw. deren Leiter oder Leiterin gerichtet war. Anderenfalls werden die Adressaten in einer Anmerkung aufgeführt. Bei Runderlassen an sehr viele oder an alle diplomatischen Vertretungen wird der Empfängerkreis nicht näher spezifiziert, um die Anmerkungen nicht zu überfrachten. Ebenso sind diejenigen Auslandsvertretungen nicht eigens

aufgeführt, die nur nachrichtlich von einem Erlaß in Kenntnis gesetzt wurden. Ergänzend zum Geschäftszeichen wird im unteren Teil des Dokumentenkopfes links die Nummer des Drahterlasses sowie der Grad der Dringlichkeit („cito", „citissime" oder „citissime nachts") angegeben. Rechts davon befindet sich das Datum und – sofern zu ermitteln – die Uhrzeit der Aufgabe. Ein Ausstellungsdatum wird nur dann angegeben, wenn es vom Datum der Aufgabe abweicht.

Der Dokumentenkopf bei einem im Auswärtigen Amt eingehenden Drahtbericht ist in Analogie zum Drahterlaß gestaltet. Als Geschäftszeichen der VS-Drahtberichte dient die Angabe der Chiffrier- und Fernmeldestelle des Auswärtigen Amts (Referat 114). Ferner wird außer Datum und Uhrzeit der Aufgabe auch der Zeitpunkt der Ankunft festgehalten, jeweils in Ortszeit.

In weniger dringenden Fällen verzichteten die Botschaften auf eine fernschriftliche Übermittlung und zogen die Form des mit Kurier übermittelten Schriftberichts vor. Beim Abdruck solcher Stücke werden im Dokumentenkopf neben der Überschrift mit Absender und Empfänger die Nummer des Schriftberichts und das Datum genannt. Gelegentlich bedienten sich Botschaften und Zentrale des sogenannten Privatdienstschreibens, mit dem außerhalb des offiziellen Geschäftsgangs zu einem Sachverhalt Stellung bezogen werden kann; darauf wird in einer Anmerkung aufmerksam gemacht.

Neben dem Schriftwechsel zwischen der Zentrale und den Auslandsvertretungen gibt es andere Schreiben, erkennbar jeweils an der Nennung von Absender und Empfänger. Zu dieser Gruppe zählen etwa Schreiben der Bundesregierung, vertreten durch den Bundeskanzler oder den Bundesminister des Auswärtigen, an ausländische Regierungen, desgleichen auch Korrespondenz des Auswärtigen Amts mit anderen Ressorts oder mit Bundestagsabgeordneten.

Breiten Raum nehmen die Niederschriften über Gespräche ein. Sie werden als solche in der Überschrift gekennzeichnet und chronologisch nach dem Gesprächsdatum eingeordnet, während Verfasser und Datum der Niederschrift – sofern ermittelbar – in einer Anmerkung ausgewiesen sind.

Die wenigen Dokumente, die sich keiner der beschriebenen Gruppen zuordnen lassen, sind aufgrund individueller Überschriften zu identifizieren.

Die Überschrift bei allen Dokumenten enthält die notwendigen Angaben zum Ausstellungs-, Absende- oder Empfangsort bzw. zum Ort des Gesprächs. Erfolgt keine besondere Ortsangabe, ist stillschweigend Bonn zu ergänzen. Hält sich der Verfasser oder Absender eines Dokuments nicht an seinem Dienstort auf, wird der Ortsangabe ein „z. Z." vorangesetzt.

Bei den edierten Schriftstücken handelt es sich in der Regel jeweils um die erste Ausfertigung oder – wie etwa bei den Drahtberichten – um eines von mehreren gleichrangig nebeneinander zirkulierenden Exemplaren. Statt einer Erstausfertigung mußten gelegentlich ein Durchdruck oder eine Ablichtung herangezogen werden. Ein entsprechender Hinweis findet sich in einer Anmerkung. In wenigen Fällen sind Entwürfe abgedruckt und entsprechend in den Überschriften kenntlich gemacht.

Dokumententext

Unterhalb des Dokumentenkopfes folgt – in normaler Drucktype – der Text des jeweiligen Dokuments, einschließlich des Betreffs, der Anrede und der Unterschrift. Die Dokumente werden ungekürzt veröffentlicht. Sofern in Ausnahmefällen Auslassungen vorgenommen werden müssen, wird dies durch Auslassungszeichen in eckigen Klammern („[...]“) kenntlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert. Bereits in der Vorlage vorgefundene Auslassungen werden durch einfache Auslassungszeichen („...“) wiedergegeben.

Offensichtliche Schreib- und Interpunktionsfehler werden stillschweigend korrigiert. Eigentümliche Schreibweisen bleiben nach Möglichkeit erhalten; im Bedarfsfall wird jedoch vereinheitlicht bzw. modernisiert. Dies trifft teilweise auch auf fremdsprachige Orts- und Personennamen zu, deren Schreibweise nach den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln wiedergegeben wird.

Selten vorkommende und ungebräuchliche Abkürzungen werden in einer Anmerkung aufgelöst. Typische Abkürzungen von Institutionen, Parteien etc. werden allerdings übernommen. Hervorhebungen in der Textvorlage, also etwa maschinenschriftliche Unterstreichungen oder Sperrungen, werden nur in Ausnahmefällen wiedergegeben. Der Kursivdruck dient dazu, bei Gesprächsaufzeichnungen die Sprecher voneinander abzuheben. Im äußeren Aufbau (Absätze, Überschriften usw.) folgt das Druckbild nach Möglichkeit der Textvorlage.

Unterschriftsformeln werden vollständig wiedergegeben. Ein handschriftlicher Namenszug ist nicht besonders gekennzeichnet, eine Paraphe mit Unterschriftscharakter wird aufgelöst (mit Nachweis in einer Anmerkung). Findet sich auf einem Schriftstück der Name zusätzlich maschinenschriftlich vermerkt, bleibt dies unerwähnt. Ein maschinenschriftlicher Name, dem ein „gez.“ vorangestellt ist, wird entsprechend übernommen; fehlt in der Textvorlage der Zusatz „gez.“, wird er in eckigen Klammern ergänzt. Weicht das Datum der Paraphe vom Datum des Schriftstückes ab, wird dies in der Anmerkung ausgewiesen.

Unter dem Dokumententext wird die jeweilige Fundstelle des Schriftstückes in fetter Schrifttype nachgewiesen. Bei Dokumenten aus dem PA/AA wird auf die Angabe des Archivs verzichtet und nur der jeweilige Bestand mit Bandnummer genannt. Dokumente aus VS-Beständen sind mit der Angabe „VS-Bd.“ versehen. Bei Dokumenten anderer Herkunft werden Archiv und Bestandsbezeichnung angegeben. Liegt ausnahmsweise ein Schriftstück bereits veröffentlicht vor, so wird dies in einer gesonderten Anmerkung nach der Angabe der Fundstelle ausgewiesen.

Kommentierung

In Ergänzung zum Dokumentenkopf enthalten die Anmerkungen formale Hinweise und geben Auskunft über wesentliche Stationen im Geschäftsgang. Angaben technischer Art, wie Registraturvermerke oder standardisierte Verteiler, bleiben in der Regel unberücksichtigt. Wesentlich ist dagegen die Frage, welche Beachtung das jeweils edierte Dokument gefunden hat. Dies läßt sich an den Paraphen maßgeblicher Akteure sowie an den – überwiegend handschriftlichen – Weisungen, Bemerkungen oder auch Reaktionen in Form von Frage- oder Ausrufungszeichen ablesen, die auf dem Schriftstück selbst oder auf Be-

gleitschreiben und Begleitvermerken zu finden sind. Die diesbezüglichen Merkmale sowie damit in Verbindung stehende Hervorhebungen (Unterstreichungen oder Anstreichungen am Rand) werden in Anmerkungen nachgewiesen. Auf den Nachweis sonstiger An- oder Unterstreichungen wird verzichtet. Abkürzungen in handschriftlichen Passagen werden in eckigen Klammern aufgelöst, sofern sie nicht im Abkürzungsverzeichnis aufgeführt sind.

In den im engeren Sinn textkritischen Anmerkungen werden nachträgliche Korrekturen oder textliche Änderungen des Verfassers und einzelner Adressaten festgehalten, sofern ein Konzipient das Schriftstück entworfen hat. Unwesentliche Textverbesserungen sind hiervon ausgenommen. Ferner wird auf einen systematischen Vergleich der Dokumente mit Entwürfen ebenso verzichtet wie auf den Nachweis der in der Praxis üblichen Einarbeitung von Textpassagen in eine spätere Aufzeichnung oder einen Drahterlaß.

Die Kommentierung soll den historischen Zusammenhang der edierten Dokumente in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Abfolge sichtbar machen, weiteres Aktenmaterial und anderweitiges Schriftgut nachweisen, das unmittelbar oder mittelbar angesprochen wird, sowie Ereignisse oder Sachverhalte näher erläutern, die dem heutigen Wissens- und Erfahrungshorizont ferner liegen und aus dem Textzusammenhang heraus nicht oder nicht hinlänglich zu verstehen sind.

Besonderer Wert wird bei der Kommentierung darauf gelegt, die Dokumente durch Bezugsstücke aus den Akten der verschiedenen Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amts bis hin zur Leitungsebene zu erläutern. Zitate oder inhaltliche Wiedergaben sollen die Entscheidungsprozesse erhellen und zum Verständnis der Dokumente beitragen. Dadurch wird zugleich Vorarbeit geleistet für eine vertiefende Erschließung der Bestände des PA/AA. Um die Identifizierung von Drahtberichten bzw. -erlassen zu erleichtern, werden außer dem Verfasser und dem Datum die Drahtberichtsnummer und, wo immer möglich, die Drahterlaßnummer angegeben.

Findet in einem Dokument veröffentlichtes Schriftgut Erwähnung – etwa Abkommen, Gesetze, Reden oder Presseberichte –, so wird die Fundstelle nach Möglichkeit genauer spezifiziert. Systematische Hinweise auf archivalische oder veröffentlichte Quellen, insbesondere auf weitere Bestände des PA/AA, erfolgen nicht. Sekundärliteratur wird generell nicht in die Kommentierung aufgenommen.

Angaben wie Dienstbezeichnung, Dienststellung, Funktion, Dienstbehörde und Nationalität dienen der eindeutigen Identifizierung der in der Kommentierung vorkommenden Personen. Bei Bundesministern erfolgt ein Hinweis zum jeweiligen Ressort nur im Personenregister. Eine im Dokumententext lediglich mit ihrer Funktion genannte Person wird nach Möglichkeit in einer Anmerkung namentlich nachgewiesen. Davon ausgenommen sind der jeweilige Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesminister des Auswärtigen.

Die Bezeichnung einzelner Staaten wird so gewählt, daß Verwechslungen ausgeschlossen sind. Der in der Forschung üblichen Praxis folgend, wird in der Kommentierung, den Verzeichnissen sowie den Registern der Begriff DDR für die Deutsche Demokratische Republik verwendet. Das Adjektiv „deutsch“ findet nur dann Verwendung, wenn eine eindeutige Zuordnung gegeben ist. Der westliche Teil von Berlin wird als Berlin (West), der östliche Teil der Stadt als Ost-Berlin bezeichnet.

Die zur Kommentierung herangezogenen Editionen, Dokumentationen und Memoiren werden mit Kurztitel angeführt, die sich über ein entsprechendes Verzeichnis auflösen lassen. Häufig genannte Verträge oder Gesetzestexte werden nur bei der Erstnennung nachgewiesen und lassen sich über das Sachregister erschließen.

Wie bei der Wiedergabe der Dokumente finden auch in den Anmerkungen die im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln für die Transkription fremdsprachlicher Namen und Begriffe Anwendung. Bei Literaturangaben in russischer Sprache wird die im wissenschaftlichen Bereich übliche Transliterierung durchgeführt.

Die Kommentierung enthält schließlich auch Hinweise auf im Internet veröffentlichte Dokumente. Dabei wurden primär solche Dokumente berücksichtigt, die in gedruckter Form nicht ermittelt werden konnten. Die benutzten Internetadressen waren zum Zeitpunkt der letzten Prüfung (1.11.2018) gültig. Ein Ausdruck von jedem über das Netz ermittelten und zitierten Dokument mit dem Datum des jeweiligen Zugriffs befindet sich in den Akten der Editionsgruppe.

Verzeichnisse

Das *Dokumentenverzeichnis* ist chronologisch angelegt. Es bietet zu jedem Dokument folgende Angaben: Die fett gedruckte Dokumentennummer, Datum und Überschrift, die Fundseite sowie eine inhaltliche Kurzübersicht.

Das *Literaturverzeichnis* enthält die zur Kommentierung herangezogenen Publikationen, die mit Kurztiteln oder Kurzformen versehen wurden. Diese sind alphabetisch geordnet und werden durch bibliographische Angaben aufgelöst.

Das *Abkürzungsverzeichnis* führt die im Dokumententeil vorkommenden Abkürzungen auf, insbesondere von Organisationen, Parteien, Dienstbezeichnungen und weniger bekannten Firmen, sowie sonstige im diplomatischen Schriftverkehr übliche Abbreviaturen. Ferner werden alle Abkürzungen von Firmen und Medien im Sachregister unter den Schlagwörtern „Wirtschaftsunternehmen“ bzw. „Presse und Nachrichtenagenturen, Rundfunk- und Fernsehanstalten“ aufgelöst. Nicht aufgenommen werden geläufige Abkürzungen wie „z. B.“, „d. h.“, „m. E.“, „u. U.“ und „usw.“ sowie Abkürzungen, die im Dokumententext oder in einer Anmerkung erläutert sind.

Register und Organisationsplan

Im *Personenregister* werden in der Edition vorkommende Personen unter Nennung derjenigen politischen, dienstlichen oder beruflichen Funktionen aufgeführt, die im inhaltlichen Zusammenhang der Dokumente wesentlich sind. Das *Sachregister* ermöglicht einen thematisch differenzierten Zugriff auf die einzelnen Dokumente. Näheres ist den dem jeweiligen Register vorangestellten Hinweisen zur Benutzung zu entnehmen.

Der *Organisationsplan* vom Juli 1988 zeigt die Struktur des Auswärtigen Amts und informiert über die Namen der Leiter bzw. Leiterinnen der jeweiligen Arbeitseinheiten.

Verzeichnisse

Dokumentenverzeichnis

1 05.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem norwegischen Außenminister Stoltenberg S. 1

Die Gesprächspartner befassen sich mit der Anbindung Norwegens an die EPZ, Fragen der Rüstungskontrolle, der UdSSR und den Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts, den Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zum RGW und zur EFTA sowie mit Regionalkonflikten.

2 07.01. Vortragender Legationsrat Mulack, Tripolis, an das Auswärtige Amt S. 10

Mulack informiert über den Bau einer militärtechnischen Forschungs- und Versuchsanstalt in Libyen, die offenbar zur Herstellung von Chemiewaffen dienen soll.

3 07.01. Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, an das Auswärtige Amt S. 12

Schlingensiepen schildert die Übergabe einer Verbalnote im syrischen Außenministerium mit einem Auslieferungsersuchen für den ehemaligen SS-Hauptsturmführer Brunner.

4 08.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 14

Richthofen resümiert den Verlauf der Außerordentlichen Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit in Paris, bei der die sicherheitspolitischen Beschlüsse anläßlich des 25. Jahrestages des Élysée-Vertrags von 1963 vorbereitet wurden.

5 08.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder S. 22

Schönfelder vergleicht die Krise an den Finanzmärkten im Oktober 1987 mit dem New Yorker Börsensturz von 1929, der zur Weltwirtschaftskrise führte.

6 08.01. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 26

Hansen analysiert die strategische Lage der NATO nach der doppelten Null-Lösung des INF-Vertrags von 1987 und erläutert die diesbezüglichen Interessen der Bundesrepublik.

7 09.01. Botschafter Freitag, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 28

Freitag gibt einen Überblick über die Menschenrechtslage im Iran seit der islamischen Revolution, dabei geht er auf das

Rechtsverständnis im schiitischen Islam und insbesondere auch auf die Verfolgung der Religionsgemeinschaft der Bahai ein.

8 11.01. Botschafter Pfeffer, Paris, an das Auswärtige Amt S. 35

Aufgrund von Unterrichtungen durch das französische Außenministerium nimmt Pfeffer eine Bewertung des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 9. Januar in Frankreich vor.

9 12.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Buerstedde S. 40

Buerstedde resümiert die Diskussion der NATO-Mitgliedstaaten über ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa. Besondere Beachtung widmet er den Einwänden der USA gegen die Verwendung des WEU-Vertragsgebiets als Reduzierungsraum.

10 12.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Butler S. 44

Butler vermerkt die Ergebnisse der vertraulichen Vierer-Konsultationen in Paris zum weiteren Vorgehen bei den Genfer Verhandlungen über ein weltweites Verbot von Chemiewaffen.

11 13.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher S. 49

Dreher befaßt sich mit dem Bericht der von Präsident Reagan einberufenen „Kommission für eine integrierte Langzeitstrategie". Er beurteilt diesen im Hinblick auf die gültige NATO-Strategie und die Interessen der Bundesrepublik.

12 13.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach S. 57

Lambach analysiert die Auswirkungen der Reformpolitik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, auf die DDR.

13 13.01. Botschafter Kroneck, Tirana, an das Auswärtige Amt S. 63

Kroneck gibt das aus Anlaß seines Antrittsbesuchs geführte Gespräch mit dem albanischen Außenminister Malile wieder. Gegenstand waren der Ausbau der bilateralen Beziehungen und die außenpolitischen Grundsätze Albaniens.

14 13.01. Botschafter Schoeller, Warschau, an das Auswärtige Amt S. 67

Schoeller berichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Orzechowski in Klarysew. Im Mittelpunkt standen der Ausbau der bilateralen

Beziehungen sowie die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit. Des weiteren wurden die Reformen der polnischen Regierung und Fragen der Rüstungskontrolle angesprochen.

15 14.01. Ministergespräch bei Bundeskanzler Kohl S. 78

Kohl führt mit den zuständigen Bundesministern ein Gespräch zur Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rats in Brüssel. Neben Einsparungen in der Agrarpolitik wurden die Ausgestaltung des Finanzierungssystems der Europäischen Gemeinschaften, die Ausgleichszahlungen an Großbritannien und die Fortentwicklung des EWS erörtert.

16 15.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem syrischen Außenminister al-Scharaa in Damaskus S. 84

Themen sind die Beziehungen der Bundesrepublik zu Syrien und den Staaten des Mittleren und Nahen Ostens, der Europäisch-Arabische Dialog, der irakisch-iranische Krieg, die Geiselnahmen im Libanon, die Lage in den von Israel besetzten Gebieten und die Bemühungen um eine Friedensregelung im Nahost-Konflikt.

17 15.01. Botschafter Schoeller, Warschau, an das Auswärtige Amt S. 93

Schoeller übermittelt eine Aufzeichnung über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Vorsitzenden der polnischen Gewerkschaft Solidarność, Wałęas, in Warschau. Die Gesprächspartner befaßten sich mit der innenpolitischen Lage und den Wirtschaftsreformen in Polen und der politischen Rolle der Gewerkschaft Solidarność.

18 18.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse S. 97

Genscher und Schewardnadse sprechen über die Einrichtung eines bilateralen Gesprächsforums, den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan, die Friedensbemühungen in Zentralamerika, den irakisch-iranischen Krieg und die Lage im Persischen Golf.

19 18.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 104

Richthofen skizziert die Agenda der Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs in Brüssel. Im Zentrum seiner Analyse stehen Fragen der Rüstungskontrolle, die Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenwaffen (SNF) der NATO und ein neues politisches Gesamtkonzept des westlichen Bündnisses.

20 18.01. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ritter von Wagner S. 109

Wagner übermittelt ein Non-paper der Bundesregierung, in dem vorgeschlagen wird, alle EG-Mitgliedstaaten über das Exportkontrollregime für Trägertechnologie zu unterrichten.

21 18.01. Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, an das Auswärtige Amt S. 114

Schlingensiepen berichtet über die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem syrischen Ministerpräsident Zoubi, dem syrischen Vizepräsidenten Khaddam und Präsident Assad. Themen waren die Agrar- und Wirtschaftspolitik in Syrien, offene Fragen in den bilateralen Handelsbeziehungen, Syriens Rolle im Libanon, der irakisch-iranische Krieg und die syrische Regionalpolitik.

22 19.01. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse S. 121

Kohl und Schewardnadse erörtern die deutsch-sowjetischen Beziehungen, COCOM und die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR, die Kooperation bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie und im Umweltschutz sowie die Fortentwicklung der Rüstungskontrolle nach dem INF-Vertrag.

23 19.01. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger S. 132

Pleuger informiert über den Beschluß der Oberfinanzdirektion Kiel, die Bußgeldverfahren gegen die Firmen Ingenieurkontor Lübeck und HDW im Zusammenhang mit der Weitergabe von U-Boot-Blaupausen an Südafrika einzustellen.

24 21.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan in Washington S. 140

Die Gesprächspartner befassen sich mit dem INF-Vertrag, den Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR, Menschenrechtsfragen, dem Fortgang der Rüstungskontrolle, den deutsch-sowjetischen Beziehungen, der Reformpolitik in der UdSSR und der Handelspolitik der Europäischen Gemeinschaften.

25 21.01. Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt S. 148

Ruhfus berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit der „German Study Group" des amerikanischen Repräsentantenhauses, bei dem die Rüstungskontrolle nach dem INF-Vertrag, insbesondere im Bereich der nuklearen Kurzstreckenwaffen (SNF), und die Handelsbeziehungen zwischen den USA und den Europäischen Gemeinschaften thematisiert wurden.

26 21.01. Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt S. 152

Ruhfus referiert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz. Themen waren die amerikanisch-sowjetischen START-Verhandlungen, konventionelle Rüstungskontrolle und die nuklearen Kurzstreckenwaffen (SNF) der NATO, außerdem der Besuch des Bundeskanzlers Kohl in der ČSSR, Genschers Visite in Polen, die Reformpolitik in der UdSSR, die Konflikte im südlichen Afrika und in Afghanistan sowie die bilateralen Beziehungen.

27 22.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Raimond in Paris S. 160

Anläßlich der Feiern zum 25. Jahrestag des Elysée-Vertrags von 1963 unterhalten sich Genscher und Raimond über eine Wiederbelebung der Namibia-Kontaktgruppe, den Nahost-Konflikt, die Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs, die Beziehungen zur UdSSR, Genschers Besuch in Polen, das Projekt eines europäischen TV-Satelliten und Vorschläge zur Reform der Europäischen Gemeinschaften.

28 22.01. Botschafter Stabreit, Pretoria, an das Auswärtige Amt S. 169

Stabreit berichtet über das Gespräch des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß mit Präsident Botha. Im Mittelpunkt standen das Bild Südafrikas im Westen, der Besuch von Strauß in der UdSSR, der Bürgerkrieg in Angola, die Lage in Mosambik und die südafrikanische Regionalpolitik.

29 22.01. Botschafter Behrends, Ottawa, an das Auswärtige Amt S. 175

Behrends referiert Informationen zu Verhandlungen zwischen der DDR und der Jewish Claims Conference über eine „Globalzahlung“ zur Wiedergutmachung.

30 24.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Herzog in Jerusalem S. 177

Die Gesprächspartner widmen sich den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada“) und erörtern die Perspektiven einer Internationalen Konferenz für den Frieden im Nahen Osten.

31 25.01. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Mubarak S. 179

Kohl und Mubarak befassen sich mit der politischen Rolle Ägyptens im Nahen und Mittleren Osten, dem irakisch-iranischen Krieg, den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada“) und den Aussichten einer Internationalen Konferenz für den Frieden im Nahen Osten, der Zusammenarbeit zwischen Ägypten und dem IWF sowie dem islamischen Fundamentalismus.

32 25.01. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger S. 190

Pleuger schildert die Feierlichkeiten in Paris zum 25. Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags von 1963. Er informiert über die dabei unterzeichneten Protokolle und Notenwechsel zum Elysée-Vertrag, den Beschluß zur Aufstellung einer Deutsch-Französischen Brigade sowie über weitere Schritte zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich.

33 26.01. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Štrougal in Prag S. 195

Im Mittelpunkt des Gesprächs steht der weitere Ausbau der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR. Neben der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit werden dabei auch gemeinsame Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes angesprochen. Ein weiteres Thema ist die Rolle der katholischen Kirche in der ČSSR.

34 26.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder S. 206

Schönfelder setzt sich mit der Forderung des französischen Finanzministers Balladur nach einem weiteren Ausbau des EWS und der Schaffung einer Europäischen Zentralbank auseinander.

35 26.01. Botschafter Stabreit, Pretoria, an das Auswärtige Amt S. 210

Stabreit informiert über das zweite Gespräch des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß mit Präsident Botha. Themen waren der Besuch von Strauß in Mosambik, die Apartheid und die Isolierung Südafrikas durch die internationale Staatengemeinschaft.

36 27.01. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf S. 216

Mit Blick auf ein bevorstehendes Ministergespräch bei Bundeskanzler Kohl entwirft Trumpf die Positionen der Bundesrepublik für die Tagung des Europäischen Rats in Brüssel. Im Zentrum stehen die Gemeinsame Agrarpolitik, der Haushalt der Europäischen Gemeinschaften und die Ausgleichszahlungen an Großbritannien.

37 28.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vollers S. 220

Vollers gibt einen Überblick zu den Bemühungen der Vereinten Nationen um eine Beendigung des Krieges in Afghanistan. Er analysiert, wie die Überwachung des sowjetischen Truppenabzugs gewährleistet werden könnte.

38 28.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Grewlich S. 225

Grewlich analysiert Sicherheitsfragen im Zusammenhang mit einer zunehmend vernetzten Informations- und Kommunikationstechnik und weist dabei auch auf die wirtschaftliche Bedeutung neuer Sicherheitstechnologien hin.

39 28.01. Staatssekretär Sudhoff an den Vorsitzenden des Unterausschusses des Bundestags für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Vogel S. 231

Sudhoff übersendet eine chronologische Aufzeichnung, in der der jeweilige Kenntnisstand des Auswärtigen Amts zu den Vorgängen in der deutschen Auswandererersiedlung „Colonia Dignidad" seit 1961 sowie die deshalb jeweils erfolgten Schritte verzeichnet sind.

40 29.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Schlagintweit S. 238

Schlagintweit hält das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Peres in Jerusalem fest. Die Option einer Internationalen Konferenz für den Frieden im Nahen Osten sowie die Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada") seien angesprochen worden.

41 29.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Richter S. 240

Richter resümiert das Gespräch des Bundesministers Genscher mit palästinensischen Persönlichkeiten in Ost-Jerusalem, bei dem die Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada") und eine Friedenslösung für den Nahost-Konflikt Hauptpunkte waren.

42 29.01. Ministerialdirigent Staab, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 244

Staab nimmt eine Bewertung der inneren Lage der DDR vor. Anlaß dafür sind die Verhaftungen von Oppositionellen im Zusammenhang mit der Gedenkkundgebung für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Ost-Berlin.

43 31.01. Botschafter Pfeffer, Paris, an das Auswärtige Amt S. 250

Pfeffer schildert seinen Antrittsbesuch beim französischen Verteidigungsminister Giraud, der sich zu den strategischen Auswirkungen des INF-Vertrags auf die nukleare Abschreckung und zum Stellenwert von nuklearen Kurzstreckenwaffen (SNF) in Europa geäußert habe.

44 01.02. Gespräch des Ministerialdirigenten Sulimma mit dem Vertreter der namibischen SWAPO, Shoombe S. 252

Die Gesprächspartner besprechen den geplanten Besuch des Präsidenten der SWAPO, Nujoma. Erörtert werden ferner der

Aufenthalt des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß im südlichen Afrika, die geplante Reise von Bundestagsabgeordneten nach und der Verkauf von Flugzeugen der Firma „Airbus“ an Südafrika sowie die Frage nach einer möglichen Kursänderung in der Südafrikapolitik der Bundesregierung.

45 01.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron S. 257

Anläßlich des Erscheinens des Buchs „Heidegger und der Nationalsozialismus“ und der möglichen Folgen der Debatte für das Bild der Deutschen im Ausland nimmt Citron Stellung zum Verhältnis des Philosophen zum Nationalsozialismus.

46 01.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Wagner S. 259

Wagner legt den Stand der Gespräche in der NATO über den Fahrplan zum Abzug der amerikanischen Mittelstreckensysteme (INF) dar und erläutert den neuesten amerikanischen Vorschlag hierzu.

47 02.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher in London S. 261

Im Vorfeld des Europäischen Rats in Brüssel beraten Kohl und Thatcher die noch offenen Teile der Vorschläge der EG-Kommission von 1987 zur künftigen Finanzierung der Europäischen Gemeinschaften, zur Gemeinsamen Agrarpolitik, zur Stärkung des EG-Strukturfonds und zur strengeren Haushaltsdisziplin der Gemeinschaftsorgane („Delors-Paket“).

48 05.02. Bundeskanzler Kohl an Ministerpräsident Chirac S. 266

Eine Woche vor der Tagung des Europäischen Rats bittet Kohl um Unterstützung bei seinem Bemühen als Ratspräsident, eine Einigung in den noch offenen Fragen der künftigen Finanzierung der Europäischen Gemeinschaften („Delors-Paket“) herbeizuführen.

49 08.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit König Hussein S. 268

Im Mittelpunkt stehen die amerikanische Initiative zur Wiederbelebung des Friedensprozesses im Nahen Osten und die Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada“). Weitere Themen sind die Aussichten für eine Beendigung des irakisch-iranischen Krieges und die Entwicklung in Ägypten.

50 08.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron S. 275

Citron diskutiert neue sicherheitspolitische Denkansätze in der UdSSR, die einen Wandel der geltenden Militärdoktrin zum Prinzip einer militärischen „Suffizienz“ anregen.

51 08.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 283

Jelonek unternimmt eine Bestandsaufnahme der Auslandsverschuldung Polens sowie der Bemühungen um eine Umschuldung

seiner Verbindlichkeiten gegenüber den Gläubigerstaaten im „Pariser Club“ einerseits und bilateral gegenüber der Bundesrepublik andererseits. Er erörtert ferner Möglichkeiten zu einer nachhaltigen Lösung der Verschuldungsfrage.

52 09.02. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 295

Meyer-Landrut berichtet über das Gespräch des Ministerpräsidenten Späth mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU. Gegenstand war die Absicht Gorbatschows, die Beziehungen zur Bundesrepublik auszubauen und dies durch ein Treffen mit Bundeskanzler Kohl sowie durch ein aus diesem Anlaß unterzeichnetes „politisches Dokument“ zu untermauern.

53 10.02. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schilling S. 300

Schilling informiert über die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ, bei der auch ein Gespräch mit König Hussein stattfand. Im Mittelpunkt standen die Situation im Nahen Osten und die Unruhen in den besetzten Gebieten („Intifada“). Beraten wurde ferner über die KSZE-Folgekonferenz in Wien, Afghanistan, den Friedensprozeß in Zentralamerika sowie die Lage in Somalia und im südlichen Afrika, vor allem in Angola.

54 10.02. Botschafter Ruth, Rom, an das Auswärtige Amt S. 310

Ruth berichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Goria und Außenminister Andreotti. Themen waren die noch offenen Fragen der künftigen Finanzierung der Europäischen Gemeinschaften („Delors-Paket“), insbesondere die italienischen Vorbehalte gegen die Regelung der Eigeneinnahmen im Verhältnis zu den Ersparnissen für Großbritannien.

55 10.02. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 315

Hansen diagnostiziert eine Akzeptanzkrise der Nuklearstrategie der NATO. Er erörtert die Ratifizierung des INF-Vertrags, die Arbeiten in der NATO zur Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenwaffen (SNF) in Europa sowie die künftigen Ziele der nuklearen Rüstungskontrolle.

56 10.02. Botschafter Freiherr von Wechmar, London, an das Auswärtige Amt S. 322

Wechmar beschreibt Irritationen in der britischen Regierung und Öffentlichkeit über die Ausrichtung der Außenpolitik der Bundesrepublik, darunter die Europa-, Rüstungskontroll- und Ostpolitik, ferner die Haltung zu Fragen des Terrorismus und die enge deutsch-französische Zusammenarbeit. Er unterbreitet Vorschläge, wie vor allem durch eine bessere Öffentlichkeits-

arbeit einer Beeinträchtigung des deutsch-britischen Verhältnisses entgegengewirkt werden könne.

57 12.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 333

Richthofen befaßt sich mit dem sowjetischen Wunsch nach einer Gemeinsamen Erklärung anläßlich eines Besuchs des Bundeskanzlers Kohl in der UdSSR und wägt das Für und Wider eines solchen Dokuments ab.

58 15.02. Botschafter Eiff, Belgrad, an das Auswärtige Amt S. 338

Eiff analysiert die Rolle Serbiens im jugoslawischen Staatsverbund. Kennzeichnend sei ein Rückgang des Einflusses Serbiens bei gleichzeitigen Autonomiebestrebungen der übrigen Teilrepubliken, ferner der Aufstieg des Vorsitzenden des Bundes der Kommunisten Serbiens, Milošević, und das Einschwenken auf einen nationalistischen Kurs in der Kosovo-Frage.

59 15.02. Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt S. 343

Ungerer berichtet von der Einigung des Europäischen Rats in Brüssel über Fragen, die mit der künftigen Finanzierung der Europäischen Gemeinschaften („Delors-Paket") zusammenhängen, und nimmt eine Bewertung vor.

60 17.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Arnim S. 347

Arnim fragt, wie zukünftig der nukleare Schutz nichtnuklearer Staaten in Europa sichergestellt und eine glaubhafte Abschreckung aufrechterhalten werden können. Er widmet sich dabei auch der Bedeutung von Nuklearwaffen im Rahmen einer sicherheitsolitisch fortschreitenden europäischen Integration.

61 19.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Jagow S. 352

Jagow analysiert den Stand der Bemühungen der Contadora-Gruppe und weiterer lateinamerikanischer Staaten um eine friedliche Beilegung der bewaffneten Konflikte in Zentralamerika. Er legt ferner ein Konzept der Bundesregierung für die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe in Hamburg (San José IV) vor.

62 19.02. Ministerialdirigent von Ploetz, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 358

Ploetz faßt ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz zusammen. Erörtert wurden die Notwendigkeit, die zivilgesellschaftlichen Kontakte beider Staaten zu verbessern,

die amerikanische Initiative für einen Frieden im Nahen Osten, die Aussichten für eine Beilegung des Afghanistan-Konflikts, die Planungen für ein weiteres Treffen zwischen Präsident Reagan und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, sowie die Beschlüsse des Europäischen Rats in Brüssel.

63 19.02. Ministerialdirigent von Ploetz, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 364

Ploetz informiert über den rüstungskontrollpolitischen Teil des Gesprächs des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz. Behandelt wurden der Abrüstungsprozeß zwischen Ost und West, insbesondere die Einbeziehung von nuklearen Kurzstreckenwaffen (SNF) und konventionellen Streitkräften, sowie die bevorstehende Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs.

64 19.02. Ministerialdirigent von Ploetz, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 369

Ploetz berichtet über ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan, in dem Kohl seine Vorstellungen zur Intensivierung der bilateralen Beziehungen und zur Rüstungskontrolle erläuterte. Weitere Themen waren die Haltung der USA zur NATO sowie die Agrarhandelspolitik der Europäischen Gemeinschaften und der USA.

65 22.02. Ministerialdirigent von Ploetz an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 376

Ploetz informiert über seine Gespräche mit Vertretern des amerikanischen Außenministeriums und des Nationalen Sicherheitsrats (NSC). Dabei ging es um die Arbeiten an einem Kommuniqué des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs sowie um eine Erklärung zur konventionellen Rüstungskontrolle.

66 22.02. Botschafter Ellerkmann, Bagdad, an das Auswärtige Amt S. 381

Ellerkmann nimmt Stellung zu einem von Großbritannien übermittelten Entwurf einer Resolution des VN-Sicherheitsrats für ein Waffenembargo gegen den Iran. Er legt die Gründe dar, warum sich die Bundesrepublik als nichtständiges Mitglied des VN-Sicherheitsrats nicht dafür einsetzen sollte, den Embargovorschlag auf den Irak auszudehnen.

67 23.02. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 385

Hansen faßt die NATO-Ministerratstagung zusammen, die dem Bericht des amerikanischen Außenministers Shultz über seine Gespräche in der UdSSR gewidmet war. Angesprochen wurden die Rüstungskontrolle, ferner die Menschenrechte sowie Kambodscha und Afghanistan.

68 24.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem schwedischen Außenminister Andersson S. 392

Themen sind das jeweilige Verhältnis zur UdSSR, die Reformpolitik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und die Möglichkeiten der Ost-West-Zusammenarbeit, ferner das Verhältnis zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der EFTA, die Konflikte im südlichen Afrika sowie die sowjetische Afghanistanpolitik und die Wiederbelebung des Friedensprozesses im Nahen Osten.

69 25.02. Gespräch des Ministerialdirigenten Kastrup mit dem Direktor im polnischen Außenministerium, Fekecz S. 397

Die Teilnehmer der ersten Sitzung der Arbeitsgruppe 1 „Politische, kulturelle, humanitäre Fragen" erörtern das ganze Spektrum der bilateralen Beziehungen, darunter die Errichtung von Generalkonsulaten, Kulturinstituten und Verteidigungsattachéstäben sowie die geplanten Vereinbarungen über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit, zur Investitionsförderung und zum Umweltschutz. Zur Sprache kommen ferner kulturpolitische Kooperationsmöglichkeiten.

70 26.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken S. 414

Nach der Ankündigung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, ab dem 15. Mai die sowjetischen Truppen aus Afghanistan abzuziehen, benennt Heyken mögliche Folgen für die Machtstellung der UdSSR in der Region und innerhalb des Warschauer Pakts. Er wägt ferner die Optionen der Sowjetunion ab, einen Zusammenbruch der Regierung in Afghanistan zu verhindern.

71 02.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Schlagintweit S. 418

Schlagintweit äußert sich zur Behandlung der Menschenrechtslage in Chile auf der bevorstehenden Sitzungsperiode der VN-Menschenrechtskommission im Lichte des Interesses der Bundesrepublik an einer strafrechtlichen Verfolgung der Vorgänge in der „Colonia Dignidad".

72 03.03. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Jagow S. 421

Jagow informiert über die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe in Hamburg (San José IV). Im Mittelpunkt standen der Friedensprozeß in Zentralamerika, die wirtschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere Hilfszusagen der Europäischen Gemeinschaften, daneben Fragen der Menschenrechte und die innenpolitische Entwicklung in Panama.

73 03.03. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Stoecker S. 424

Stoecker bilanziert das Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern von acht lateinamerikanischen Staaten in Hamburg. Themen waren die wirtschaftliche Situation der Staaten Lateinamerikas, vor allem die Auswirkungen ihrer Verschuldung auf die Demokratisierung, ein Konzept der „regionalen Sicherheit" für Zentralamerika und die Grundzüge des Ost-West-Dialogs.

74 03.03. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats von Stechow S. 427

Stechow informiert über die Gespräche des Bundesministers Genscher und des Mitglieds der EG-Kommission, Cheysson, mit Ministerpräsident Özal sowie der Staatsministerin Adam-Schwätzer mit dem türkischen Europaminister Bozer. Thematisiert wurden die Einberufung des Assoziationsrats EG–Türkei, die Freigabe des 4. Finanzprotokolls, das Verhältnis zwischen dem Europäischen Parlament und der Türkei sowie die türkischen Beziehungen zu Griechenland, dem Iran und Syrien.

75 03.03. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 432

Hansen faßt den Verlauf der Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs zusammen. Es seien eine Standortbestimmung des Bündnisses vorgenommen und zwei Erklärungen zu den Verteidigungsgrundlagen und zur konventionellen Rüstungskontrolle verabschiedet worden.

76 04.03. Gespräch des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, mit dem polnischen Botschafter Karski S. 438

Besprochen werden die Tätigkeit der drei deutsch-polnischen Arbeitsgruppen, die Einrichtung von Kulturinstituten, der Finanzkredit an Polen von 1975 und die polnische Forderung nach Entschädigung polnischer Zwangsarbeiter aus der Zeit des Nationalsozialismus. Weiteres Thema ist die nukleare Rüstungskontrolle.

77 07.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 442

Ploetz analysiert die britische Haltung zur Bundesrepublik und ordnet diese in den Zusammenhang der Europapolitik Großbritanniens, seiner Sonderbeziehungen zu den USA, seines Status als Nuklearmacht sowie seiner Auffassung von der Ostpolitik der Bundesregierung ein.

78 08.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron S. 448

Citron stellt Überlegungen zu einem sicherheitspolitischen Gesamtkonzept der NATO an. Er geht dabei besonders auf die Rolle der nuklearen Kurzstreckenwaffen (SNF) ein und schlägt vor, die Zustimmung der Bundesregierung zu deren Modernisierung mit ihrer Einbeziehung in Rüstungskontrollverhandlungen zu verbinden.

79 10.03. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Staatssekretär im ungarischen Außenministerium, Horn, in Budapest S. 453

Themen sind die Ost-West-Rüstungskontrolle, insbesondere im konventionellen Bereich, die KSZE-Folgekonferenz, die innenpolitischen Reformen in Ungarn sowie die Verhandlungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Ungarn über ein Handels- und Kooperationsabkommen.

80 11.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Schlagintweit S. 459

Schlagintweit vermerkt die Ergebnisse einer Sitzung des Arbeitsstabs Libanon unter Leitung des Bundesministers Schäuble zum Entführungsfall Rudolf Cordes. Er wägt die Möglichkeiten des Auswärtigen Amts ab, diplomatisch Druck auf den Iran und Syrien auszuüben.

81 11.03. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Derix S. 461

Angesichts der bevorstehenden Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Polen und dem Heiligen Stuhl wirft Derix die Fragen auf, ob die Bundesrepublik beim Heiligen Stuhl auf eine rechtswahrende Erklärung bezüglich des Status der ehemaligen deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße hinwirken müsse und ob das Konkordat zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl von 1933 auf diese Gebiete noch Anwendung finden könne.

82 11.03. Gesandter Schmitz, Paris, an das Auswärtige Amt S. 464

Schmitz analysiert den Stand der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen. Er geht dabei auf den Wunsch der französischen Regierung ein, im Wege der europäischen Einigung zu einer mit der Bundesrepublik konvergierenden Wirtschafts- und Währungspolitik zu kommen.

83 14.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Durbach S. 468

Vor dem Hintergrund der Schaffung eines europäischen Binnenmarktes erörtern die Gesprächspartner die Haltung von Premierministerin Thatcher zur europäischen Integration, des weiteren die unterschiedliche Reformbereitschaft in den Warschauer-Pakt-Staaten, die künftigen Schwerpunkte der Ost-West-Rüstungskontrolle, die Aussichten für eine Beilegung des Nahost-Konflikts, die Präsidentschaftswahlen in den USA und die Stellung Japans in der Weltwirtschaft.

84 14.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofstetter S. 476

Hofstetter skizziert die Vorbereitungen für die 3. VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung. Er stellt die Bedeutung der Konferenz heraus, benennt die Ziele der Bundesrepublik und weist auf die unterschiedliche Interessenlage der Teilnehmerstaaten hin.

85 14.03. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 481

Meyer-Landrut bilanziert die Reformpolitik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, drei Jahre nach dessen Amtsantritt. Besonderes Augenmerk richtet er auf die wachsenden Nationalitätenkonflikte und die Frage von Gorbatschows Rückhalt in den unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen. Meyer-Landrut widmet sich ferner den sowjetischen Gesetzesreformen und wägt die Folgen des Politikwechsels für die Ost-West-Beziehungen ab.

86 15.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen und des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofstetter S. 491

Richthofen und Hofstetter nehmen Stellung zur Einrichtung einer Expertengruppe aus Vertretern des Bundeskanzleramts, des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums der Verteidigung, die mit einer entsprechenden amerikanischen Dreiergruppe Konsultationen über ein Gesamtkonzept der NATO für Sicherheit, Rüstungskontrolle und Abrüstung führen solle.

87 16.03. Botschafter Freiherr von Mentzingen, Harare, an das Auswärtige Amt S. 494

Mentzingen zieht ein Resümee zum Besuch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker in Simbabwe. Dabei stellt er dessen Begegnungen mit Präsident Mugabe und der Landbevölkerung in den Mittelpunkt. In den Gesprächen seien die Lage im südlichen Afrika und die entwicklungspolitische Zusammenarbeit erörtert worden.

88 17.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem saudi-arabischen Außenminister Prinz Saud al-Faisal S. 498

Der Schwerpunkt des Gesprächs liegt auf den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada“) und den Optionen zur Beendigung des irakisch-iranischen Krieges. Weiteres Thema sind die Verhandlungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem Golfkooperationsrat über ein Handelsabkommen.

89 17.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher S. 505

Dreher analysiert Diskussionen in Frankreich über dessen sicherheitspolitische Grundausrichtung, insbesondere die unterschiedlichen Ansätze von Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident Chirac. Im Fokus stehen die Rolle Frankreichs in der NATO und mögliche Änderungen in seiner Verteidigungsdoktrin.

90 17.03. Oberstleutnant i. G. Remmers, Oslo, an das Auswärtige Amt S. 510

Remmers weist darauf hin, daß sich in der norwegischen Regierung ein Meinungswechsel in der Frage vollziehe, ob im Verteidigungsfall als Ersatz für eine kanadische Brigade Verstärkungskräfte der Bundeswehr nach Norwegen verlegt werden sollten. Er ordnet diese Entwicklung in den Kontext der norwegischen Außen- und Verteidigungspolitik ein.

91 18.03. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 513

Hansen resümiert die Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit der Ad-hoc-Gruppe der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten. Im Zentrum stand die Frage, ob der Verhandlungsstillstand durch eine neue Initiative überwunden oder am Vorschlag vom Dezember 1985 festgehalten werden sollte.

92 21.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 516

Richthofen stellt Erwägungen an, wie mit Blick auf einen zügigen Fortschritt der KSZE-Folgekonferenz in Wien die Diskussion innerhalb der westlichen Staatengruppe über die Menschenrechte und menschlichen Kontakte forciert werden könnte. Ziel solle ein gemeinsamer Vorschlag für eine Konferenz über die „menschliche Dimension" der KSZE-Schlußakte sein.

93 21.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Arnim S. 523

Arnim analysiert die Bedingungen für die Entwicklung einer gemeinsamen westeuropäischen Sicherheitspolitik im Rahmen der WEU. Er geht dabei auf den Einfluß eines amerikanisch-sowjetischen Kräftegleichgewichts im Nuklearbereich und das amerikanische Haushaltsdefizit ein, ferner auf die Nukleardebatte in der Bundesrepublik, die Vorstellungen Frankreichs und Großbritanniens über die künftige Verteidigungsstrategie der NATO und den darin erkennbaren Wunsch nach Bewahrung des Status quo in den Ost-West-Beziehungen.

94 22.03. Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, an das Auswärtige Amt S. 531

Schlingensiepen berichtet über ein Gespräch des Ministerialdirektors Schlagintweit mit Präsident Assad. Im Mittelpunkt stand die Bitte des Bundeskanzlers Kohl, die syrische Regierung möge bei der Freilassung des entführten Mitarbeiters der Hoechst AG, Cordes, gute Dienste leisten.

95 22.03. Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, an das Auswärtige Amt S. 532

Schlingensiepen faßt die Gespräche des Ministerialdirektors Schlagintweit mit Präsident Assad, dem Staatsminister im syri-

schen Außenministerium, Qaddour, und Vizepräsident Khaddam zusammen. Themen waren die Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada“) und die amerikanische Initiative zur Wiederbelebung des Friedensprozesses im Nahen Osten.

96 23.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup S. 538

Kastrup rekapituliert die Position der Bundesrepublik, die sowjetische Annexion der baltischen Staaten im Jahr 1940 nicht anzuerkennen. Er unterbreitet Vorschläge, wie die praktische Politik gegenüber Estland, Lettland und Litauen, etwa im kulturellen und wirtschaftlichen Bereich, gestaltet werden könnte, ohne den eigenen Rechtsstandpunkt aufzugeben.

97 23.03. Generalkonsul Müller-Chorus, Istanbul, an das Auswärtige Amt S. 545

Müller-Chorus äußert sich zur Frage, ob ein Bildnis Kaiser Wilhelms II wieder in den Räumen des Generalkonsulats aufgehängt werden sollte, nachdem der Historiker John C. G. Röhl dessen antisemitische Einstellung nachgewiesen habe.

98 28.03. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Papandreou in Athen S. 546

Im Mittelpunkt stehen die griechisch-türkischen Beziehungen und der Zypern-Konflikt sowie deren Auswirkungen auf die Zusammenarbeit im Bündnis und auf die Assoziation der Türkei mit den Europäischen Gemeinschaften. Weitere Themen sind die Übernahme der EG-Ratspräsidentschaft durch Griechenland, die dortige innenpolitische Entwicklung, die Annäherung zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW und die Gewährung einer Rüstungssonderhilfe zum Kauf von vier in der Bundesrepublik zu bauenden Fregatten.

99 28.03. Gespräch des Ministerialdirigenten Fiedler mit dem irakischen Botschafter Ghani S. 554

Anlaß des Gesprächs ist der Einsatz von Chemiewaffen gegen die kurdische Zivilbevölkerung im Norden des Irak. Außerdem wird über die Sicherung der irakischen Botschaft gesprochen.

100 28.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 556

Nach einer amerikanischen Demarche wegen einer möglichen Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik an der Entwicklung einer militärisch nutzbaren Trägerrakete für Argentinien und der Verletzung der geltenden multilateralen Exportrichtlinien referiert Jelonek den im Auswärtigen Amt vorliegenden Erkenntnisstand.

101 31.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 559

Richthofen umreißt die Meinungsbildung innerhalb der Bundesregierung über das Vertragsgesetz zu den Protokollen vom

22. Januar zur Schaffung eines deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrats sowie eines Finanz- und Wirtschaftsrats. Er geht besonders auf die Frage ein, wie die Unabhängigkeit der Bundesbank in den zugehörigen Texten sichergestellt werden solle.

102 01.04. Botschafter Freitag, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 563

Freitag informiert über das Gespräch des Ministerialdirektors Schlagintweit mit Ministerpräsident Mussawi. Themen waren der irakisch-iranische Krieg, insbesondere der Einsatz von Chemiewaffen durch den Irak, die Entführungsfälle im Libanon und der Dialog zwischen der Bundesrepublik und dem Iran.

103 05.04. Oberstleutnant i.G. Hübschen, Bagdad, an das Auswärtige Amt S. 566

Hübschen leitet die Bitte der irakischen Regierung weiter, Offizieren der irakischen Streitkräfte eine Generalstabsausbildung an der Führungsakademie der Bundeswehr zu ermöglichen.

104 08.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Kaunda in Brüssel S. 569

Genscher und Kaunda würdigen die entwicklungspolitische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und den Europäischen Gemeinschaften einerseits und Sambia andererseits. Weitere Themen sind die Konflikte in Namibia und Angola sowie die Apartheid in Südafrika. Des weiteren bittet Kaunda um Hilfe bei der Bekämpfung der Drogenkriminalität in Sambia.

105 08.04. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 574

Holik vermerkt, der polnische Botschafter Karski habe ihm den Vorschlag einer Initiative der Bundesregierung und der polnischen Regierung für ein gemeinsames Seminar über Militärdoktrinen auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien unterbreitet.

106 11.04. Botschafter Freiherr von Wechmar, London, an das Auswärtige Amt S. 577

Wechmar nimmt zur britischen Europapolitik und den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Großbritannien Stellung. Die beiderseitigen Ansichten zur nuklearen Abrüstung, zum Umgang mit der sich wandelnden UdSSR und zur WEU werden ebenfalls herausgearbeitet.

107 12.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem stellvertretenden VN-Generalsekretär Cordovez S. 580

Genscher und Cordovez befassen sich mit der bevorstehenden Unterzeichnung der Genfer Abkommen über Afghanistan. Im Mittelpunkt stehen der sowjetische Truppenabzug, die Rückführung der afghanischen Flüchtlinge sowie die ungeklärte Frage des afghanischen Bürgerkrieges.

108 12.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Schlagintweit S. 585

Unter dem Eindruck des Staatsstreichs in Panama formuliert Schlagintweit Empfehlungen für das weitere Vorgehen der Bundesrepublik hinsichtlich der noch ausstehenden Übergabe des Beglaubigungsschreibens des Botschafters von Boehmer.

109 13.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem beninischen Außenminister Hazoumé S. 588

Die Gesprächspartner befassen sich mit der Apartheid in Südafrika sowie den Konflikten in Angola und Namibia. Ein weiteres Thema sind die Lage im Tschad und die Rolle Libyens in der Region.

110 14.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten des American Jewish Committee, Ellenoff S. 592

Genscher und Ellenoff erörtern die Schulbuchprojekte des American Jewish Committee mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Atlantik-Brücke. Außerdem werden der Nahost-Konflikt, die Wahlen in Israel und die Ausreise von Juden aus der UdSSR angesprochen.

111 14.04. Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, an das Auswärtige Amt S. 596

Schlingensiepen gibt einen Überblick zur Rolle Syriens im Nahen und Mittleren Osten. Neben der Haltung Syriens zu Israel und dem irakisch-iranischen Krieg liegt der Schwerpunkt auf der syrischen Libanon-Politik und der Frage des islamischen Fundamentalismus.

112 15.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten des italienischen Senats, Spadolini S. 598

Genscher und Spadolini erörtern die Innenpolitik Italiens nach dem jüngsten Regierungswechsel, die Lage in Polen, Fragen der Rüstungskontrolle und die politischen Optionen Frankreichs nach den Präsidentschaftswahlen.

113 15.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 603

Nach Abschluß der 5. Sitzungsperiode erläutert Richthofen Stand und Perspektiven der KSZE-Folgekonferenz in Wien. Im Mittelpunkt stehen die Gespräche zwischen NATO und Warschauer Pakt über ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa, die Formulierung eines Abschlußdokuments, humanitäre Fragen und Optionen für die weitere Verhandlungsführung.

114 15.04. Bundeskanzler Kohl an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow S. 612

Kohl bekräftigt seinen Wunsch, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR zu intensivieren, und benennt Felder für eine verstärkte Zusammenarbeit.

115 18.04. Gespräch des Bundesministers Schäuble mit dem Sekretär des ZK der KPČ, Fojtík S. 618

Schäuble und Fojtík legen den Schwerpunkt ihrer Unterredung auf die Veränderungen in der tschechoslowakischen Führung und die Reformen in der ČSSR. Daneben werden die bilateralen Beziehungen, die Lage in der DDR und die Verhandlungen zwischen der ČSSR und dem Heiligen Stuhl angesprochen.

116 18.04. Aufzeichnung der Vortragenden Legationsräte I. Klasse Ritter von Wagner und Nagel S. 624

Thema ist die Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik an Rüstungsprojekten des Irak. Laut nachrichtendienstlichen Informationen seien im irakischen Forschungszentrum „Saad-16" Leistungssteigerungen an Scud-B-Raketen vorgenommen worden.

117 19.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Soares S. 627

Kohl und Soares behandeln die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, die Perspektiven Portugals in den Europäischen Gemeinschaften sowie die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in der Bundesrepublik. Angesprochen werden ferner Fragen der Rüstungskontrolle und der Ost-West-Beziehungen.

118 19.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem portugiesischen Außenminister Pinheiro S. 632

Die Gesprächspartner tauschen sich über die militärischen Auseinandersetzungen in Angola, die Namibia-Frage sowie die Apartheid in Südafrika aus. Weitere Themen sind die künftige Nutzung der portugiesischen Luftwaffenbasis Beja durch die Bundeswehr und der Kauf von Fregatten aus der Bundesrepublik durch Portugal.

119 19.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron S. 638

Citron stellt Überlegungen für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt an und bewertet verschiedene Optionen für Reduzierungsschritte.

120 19.04. Botschafter Haas, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt S. 643

Haas informiert über ein vertrauliches Gespräch mit dem Berater des israelischen Ministerpräsidenten, Pazner. Gegenstand

waren die Persönlichkeit Shamirs sowie dessen Haltung zu einer Friedensregelung mit den Palästinensern und zu den israelisch-sowjetischen Beziehungen.

121 22.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron S. 648

Citron setzt sich mit den Fortschritten in den Bio- und Gentechnologien auseinander. Neben ethischen Fragen skizziert er den auf nationaler und internationaler Ebene bestehenden rechtlichen Regelungsbedarf.

122 22.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher S. 664

Im Anschluß an Unterrichtungen durch die amerikanische Defense Intelligence Agency (DIA) legt Dreher dar, welche nuklearen Waffenpotentiale der UdSSR nach Abschluß des INF-Vertrags in Europa verblieben und welche sowjetischen Modernisierungsschritte nunmehr zu erwarten sind.

123 25.04. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 669

Hansen resümiert die Unterrichtung der NATO-Ministerratstagung durch den amerikanischen Außenminister über dessen Besuch in der UdSSR. Shultz habe den Stand der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen im Vorfeld des Treffens zwischen Präsident Reagan und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, erläutert und seine Gespräche in Moskau über Menschenrechte sowie Regionalkonflikte skizziert.

124 26.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 676

Richthofen entwickelt Vorschläge für eine deutsch-italienische Gemeinsamen Erklärung über die Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen, welche bei den bevorstehenden Regierungskonsultationen in Rom verabschiedet werden soll.

125 26.04. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 682

Bräutigam zeigt auf, welchen innenpolitischen Konfliktfeldern sich die Regierung der DDR gegenübersieht. Neben einem zunehmenden Ausreisedruck sind dies die Frage der Wehrdienstverweigerung, Reformerwartungen der Bevölkerung, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche, die Haltung der Jugend und die Überalterung im Politbüro der SED.

126 26.04. Botschafter Kempf, Katmandu, an das Auswärtige Amt S. 687

Kempf berichtet, er sei von nepalesischer Seite konsultiert worden, wie sich König Birendra zu der vom Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, ausgesprochenen Einladung zu einem inter-

nationalen Treffen für kernwaffenfreie Zonen in Ost-Berlin verhalten solle.

127 27.04. Botschafter Pfeffer, Paris, an das Auswärtige Amt S. 690

Pfeffer teilt mit, er habe die Übergabe eines Non-papers im französischen Außenministerium zum Anlaß genommen, sich nach der Haltung Frankreichs zu einer weiteren Europäisierung des Kontrollregimes für den Export von Trägertechnologie zu erkundigen.

128 28.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 692

Jelonek bezieht Stellung zur britischen Bitte, Bundesbürgschaften für den deutschen Lieferanteil an den von Großbritannien zum Export nach Jordanien vorgesehenen Kampfflugzeugen vom Typ „Tornado" zu gewähren.

129 28.04. Vortragender Legationsrat Libal an die Botschaften in Moskau und Washington S. 698

Libal referiert die Unterrichtung durch den sowjetischen Botschafter Kwizinskij über die Gespräche des amerikanischen Außenministers Shultz mit seinem sowjetischen Amtskollegen Schewardnadse in Moskau. Neben Fragen der Rüstungskontrolle seien der sowjetische Truppenabzug aus Afghanistan, der Nahost-Konflikt, der irakisch-iranische Krieg, die Friedensbemühungen in Zentralamerika, die Konflikte in Angola und Namibia, Kambodscha und humanitäre Fragen zur Sprache gekommen.

130 29.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem thailändischen Außenminister Savetsila S. 708

Genscher und Savetsila bereiten sich auf die Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten in Düsseldorf vor. Weitere Gesprächspunkte sind der Umgang Thailands mit vietnamesischen Bootsflüchtlingen und der Kambodscha-Konflikt.

131 29.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem honduranischen Außenminister López S. 712

López unterrichtet Genscher über den Friedensprozeß in Zentralamerika. Im Mittelpunkt steht die von Nicaragua gegen Honduras vor dem Internationalen Gerichtshof eingereichte Klage wegen der Unterstützung nicaraguanischer Rebellengruppen („Contras"). Ein weiterer Punkt ist die Bitte zentralamerikanischer Staaten an die Bundesrepublik, sich an der Verifikation eines Friedensabkommens zu beteiligen.

132 29.04 Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nagel S. 716

Nagel informiert über die Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik an der Errichtung von Produktionsstätten für Che-

miewaffen im Irak. Außerdem benennt er die rechtlichen Möglichkeiten der Bundesregierung, dagegen vorzugehen.

133 01.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem indonesischen Außenminister Alatas S. 723

Inhalt des Gesprächs sind die Lage in Indonesien nach Bildung einer neuen Regierung, der indonesische Wunsch nach einem stärkeren Engagement von Unternehmen aus der Bundesrepublik in den ASEAN-Mitgliedstaaten, die Rolle von Brunei in der ASEAN und die Behandlung der Ost-Timor-Frage auf dem bevorstehenden Treffen der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten in Düsseldorf.

134 03.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher S. 726

Dreher resümiert die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO, in deren Mittelpunkt die START-Verhandlungen und Modernisierungsmaßnahmen der UdSSR nach dem INF-Abkommen standen. Weitere Themen waren die Durchführung des Montebello-Beschlusses von 1983 und der Bericht der High Level Group (HLG) über die künftige Struktur der NATO-Nuklearstreitkräfte.

135 04.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach S. 733

Lambach prüft die jüngsten rüstungskontroll- und deutschlandpolitischen Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, gegenüber Politikern aus der Bundesrepublik im Hinblick auf neue Akzente.

136 05.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Ministerpräsidenten Takeshita S. 737

Themen sind der Ausbau der bilateralen Beziehungen, insbesondere im Bereich der kulturellen Zusammenarbeit, die internationale Finanzpolitik seit der Börsenkrise im Herbst 1987, die Ost-West-Beziehungen, das Verhältnis Japans zur UdSSR und zur Volksrepublik China, die Steuerreformen in beiden Staaten und der Immobilienmarkt in Tokio.

137 05.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nagel S. 750

Nagel stellt Rechtslage und Praxis bei der Ausfuhrgenehmigung für zivile Hubschrauber nach Südafrika dar und vergleicht sie mit dem Vorgehen in Frankreich, Italien, Spanien sowie den USA. Er untersucht, welche Optionen bestehen, die Kontrollen für den Export von Hubschraubern zu erweitern.

138 05.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Gruber S. 755

Gruber faßt die Konsultationen zwischen der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien und den USA über ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle

(KRK) in Europa zusammen. Erörtert worden seien die Einbeziehung zweifach verwendbarer Systeme und von Schützenpanzern, die Einführung stabilisierender Maßnahmen und die Frage des Informationsaustauschs. Gruber resümiert außerdem Informationen über die Behandlung des Themas beim Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz in der UdSSR.

139 05.05. Botschafter Seitz, Neu Delhi, an das Auswärtige Amt S. 762

Seitz informiert über den Stand der deutsch-indischen Wirtschaftsbeziehungen. Er analysiert das in der Bundesrepublik vorherrschende Indien-Bild, die Struktur des bilateralen Handelsaustauschs, den Umfang der deutschen Investitionstätigkeit und die Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit.

140 06.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger S. 769

Pleuger berichtet von einem „Werkstattgespräch" der SPD zum Thema „Für eine europäische Friedensordnung". Er stellt die Diskussion zwischen Bundesminister Schäuble und dem SPD-Abgeordneten Bahr über die Rolle der beiden deutschen Staaten sowie über die Schaffung atomwaffenfreier Zonen dar und faßt die sicherheitspolitischen Ausführungen des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine und des SPD-Abgeordneten von Bülow zusammen.

141 09.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Witte S. 772

Witte gibt einen Überblick über das erste informelle Treffen der für Auswärtige Kulturpolitik zuständigen Abteilungsleiter der Außenministerien der EG-Mitgliedstaaten. Die Teilnehmer erörterten Möglichkeiten einer besseren Abstimmung ihrer Kulturpolitik gegenüber den Warschauer-Pakt-Staaten, der Volksrepublik China und den arabischen Staaten. Weiteres Thema war eine verbesserte Zusammenarbeit der jeweiligen Kulturinstitute.

142 09.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nöldeke S. 776

Nöldeke notiert ein Gespräch des Staatsministers Schäfer mit dem stellvertretenden kubanischen Außenminister. Kouri berichtete über die Friedensgespräche zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA in London zur Beilegung des Angola-Konflikts und für die Unabhängigkeit Namibias.

143 09.05. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger S. 779

Pleuger unterrichtet über die Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten in Düsseldorf. Neben einem allgemeinen politischen Meinungsaustausch standen die Lage in Kambodscha und die wachsende Zahl vietnamesischer Flüchtlinge, der Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus zur Diskussion.

144 09.05. Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 781

Eickhoff weist auf das mangelnde Verständnis der USA für die kulturellen Aspekte der KSZE-Folgekonferenz in Wien hin. Er stellt die Bedeutung der Kultur für die Ost-West-Beziehungen heraus und schlägt vor, den USA das Eintreten der Bundesrepublik für kulturelle Kontakte und Kooperationen deutlicher zu erklären.

145 10.05. Gemeinsame Sitzung der Bundesregierung und der EG-Kommission in Brüssel S. 784

Die Gesprächsteilnehmer erörtern Schritte zur Harmonisierung der Marktstrukturen im Rahmen der Schaffung des europäischen Binnenmarktes, z. B. im Verkehrswesen, im Markenrecht, bei Rundfunk und Fernsehen sowie bei der Liberalisierung des Kapitalverkehrs. Weitere Themen sind die Agrarpreise im Wirtschaftsjahr 1988/89, einschließlich des Abbaus der Währungsausgleichsbeträge, und die Umweltpolitik.

146 10.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 799

Vor dem Hintergrund der Beratungen über ein neues sicherheitspolitisches Gesamtkonzept der NATO setzt sich Richthofen mit der künftigen Struktur des Nuklearpotentials des Bündnisses auseinander. Er diskutiert die Rolle der Nuklearwaffen für eine Strategie der Kriegsverhinderung, die Positionen der Nuklearmächte Frankreich, Großbritannien und USA, die Folgen einer Modernisierung der nach START und INF-Vertrag verbleibenden Nuklearsysteme für die Rüstungskontrolle sowie Ziele und Interessen der Bundesrepublik.

147 11.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder S. 808

Schönfelder stellt ein Positionspapier der Bundesbank über die Weiterentwicklung des Europäischen Währungssystems vor. Darin werden Modelle einer währungspolitischen Integration abgewogen und die Gründe dargelegt, die gegen eine Währungsunion und für die Errichtung eines europäischen Notenbanksystems unter genau definierten Bedingungen sprechen.

148 12.05. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 812

Meyer-Landrut schildert das Gespräch des SPD-Vorsitzenden Vogel mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow. Zentrale Themen waren die sowjetischen Wirtschafts- und Gesellschaftsreformen, die Ost-West-Rüstungskontrolle und die Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR. Ferner erläuterte Vogel den Beitrag der SPD zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen.

149 12.05. Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 819

Eickhoff berichtet von seinem Treffen mit den Leitern der KSZE-Delegationen Frankreichs, Großbritanniens und der USA. Anlaß des Gesprächs waren vertrauliche sowjetische Mitteilungen über die Bereitschaft der UdSSR, den Forderungen der teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten im Bereich der menschlichen Dimension weitgehend zu entsprechen.

150 13.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz in Brüssel S. 821

Ploetz faßt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz in Brüssel zusammen. Gegenstand war das weitere Vorgehen bei der Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO, vor allem die Frage, ob darin bereits Verhandlungen über nukleare Kurzstreckensysteme erwähnt werden sollten.

151 13.05. Botschafter Pfeffer, Paris, an das Auswärtige Amt S. 824

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen in Frankreich beschäftigt sich Pfeffer mit dem Stellenwert des Themas Europa in der französischen Öffentlichkeit und Politik. Dabei geht er auf die Ziele der französischen Europapolitik ein, insbesondere im Verhältnis zur Bundesrepublik.

152 13.05. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 828

Hansen resümiert die Unterrichtung durch den amerikanischen Außenminister Shultz über dessen Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse in Genf. Mit Blick auf das bevorstehende Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, habe die Rüstungskontrolle die meiste Zeit in Anspruch genommen; darüber hinaus sei über regionale Fragen wie die Lage im südlichen Afrika, in Äthiopien und auf Zypern gesprochen worden.

153 16.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 835

Richthofen erläutert den Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 13. Mai für ein Abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien. Er gibt darüber hinaus Hinweise für die Abstimmung unter den EG- und NATO-Mitgliedstaaten über das weitere Vorgehen, vor allem hinsichtlich der erforderlichen Ergänzungen des Entwurfs.

154 16.05. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger S. 840

Pleuger informiert über die auf Initiative der Bundesrepublik zustande gekommene Resolution des VN-Sicherheitsrats, mit der dieser den Einsatz chemischer Waffen durch den Irak im Konflikt mit dem Iran verurteilt habe.

155 17.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Carlsson S. 843

Im Mittelpunkt steht die Neugestaltung des schwedischen Verhältnisses zu den Europäischen Gemeinschaften mit Blick auf den EG-Binnenmarkt 1992. Weitere Themen sind die Ost-West-Rüstungskontrolle und die schwedisch-sowjetischen Beziehungen sowie die Reformbemühungen in den Warschauer-Pakt-Staaten.

156 17.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Gerhardt S. 850

Gerhardt vermerkt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit führenden Vertretern von Banken und Unternehmen aus der Bundesrepublik über die Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR.

157 18.05. Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt S. 855

Ruhfus stellt den Stand der Beziehungen zwischen den USA und der DDR dar. Er rekapituliert die Zunahme der Gesprächskontakte und skizziert die Hindernisse für eine Verbesserung des bilateralen Verhältnisses, vor allem die Frage einer Entschädigung für die Enteignung amerikanischen Vermögens, die Forderungen der Jewish Claims Conference und den Wunsch der DDR nach Handelserleichterungen.

158 19.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Mulack S. 860

Mulack skizziert den Anstieg an zufluchtsuchenden Deutschen aus der DDR in den Botschaften der Bundesrepublik in Budapest, Prag und Warschau und geht dabei vor allem auf die Fälle von rückkehrunwilligen Personen ein.

159 19.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schlegel S. 863

Schlegel nimmt Stellung zu parlamentarischen Anfragen des FDP-Abgeordneten Feldmann zu Pressemeldungen über Lieferungen von in deutsch-französischer Koproduktion hergestellten Flugabwehrraketen des Typs „Roland“ durch Frankreich an den Irak. Zudem sei über die Durchführung von Schulungen an diesen Systemen durch deutsche Staatsangehörige berichtet worden.

160 20.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas S. 866

Mit Blick auf die Tagung des Europäischen Rats in Hannover erörtern die Gesprächspartner die Neuregelung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt. Weitere Themen sind die engere Zusammenarbeit der beiden auswärtigen Dienste, die bilaterale Abstimmung bei der Neuformulierung des sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO und der Rolle, die Nuklearwaffen und die Rüstungskontrolle darin künftig spielen sollen.

161 24.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Giesder S. 873

Giesder resümiert die Menschenrechtskonsultationen mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Schifter. Erörtert wurden die geplante Erhöhung der Mitgliederzahl in der Frauenrechtskommission des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen, die Sondierungsmission der VN-Menschenrechtskommission (MRK) auf Kuba sowie die Lage der Menschenrechte in El Salvador, Chile, Bulgarien, Polen und der UdSSR.

162 26.05. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 879

Hansen faßt die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO zusammen. Nach einem Rückblick des scheidenden NATO-Generalsekretärs Lord Carrington hätten sich die Verteidigungsminister der Fortführung der Rüstungskontrolle nach dem INF-Abkommen gewidmet, ferner den Streitkräftezielen 1989 bis 1994, der Frage der Lastenteilung und der Finanzierung des gemeinsamen Infrastrukturprogramms.

163 27.05. Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem Staatssekretär im pakistanischen Außenministerium, Sattar S. 886

Im Mittelpunkt stehen die Entwicklungen in Afghanistan nach Abschluß der Genfer Abkommen vom 14. April, insbesondere der staatliche Wiederaufbau und die Beilegung des Bürgerkriegs sowie die Koordinierung der Humanitären Hilfe. Weiteres Thema sind die pakistanisch-indischen Beziehungen.

164 03.06. Gespräch des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rau mit Präsident Jaruzelski in Warschau S. 891

Die Gesprächspartner befassen sich neben den bilateralen Beziehungen und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Reformpolitik und den Streiks in Polen. Außerdem wird der Einfluß des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, auf die innere Entwicklung in den Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts angesprochen.

165 03.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 898

Ploetz analysiert Verlauf und Ergebnis des Treffens zwischen Präsident Reagan und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Moskau. Dabei geht er auf die öffentliche Inszenierung der Begegnung ebenso ein wie auf die Erträge im Bereich der Rüstungskontrolle. Weitere Themen sind der KSZE-Prozeß, die Beilegung regionaler Konflikte sowie deutschlandpolitische Aspekte.

166 07.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf S. 908

Trumpf formuliert die Haltung des Auswärtigen Amts zur Frage von Schuldenerleichterungen für Entwicklungsländer und setzt sich mit den Vorschlägen des Bundesministeriums der Finanzen auseinander.

167 08.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Gandhi auf Schloß Gymnich S. 914

Genscher und Gandhi erörtern Fragen der Rüstungskontrolle. Weitere Themen sind die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Beziehungen zwischen Indien und Pakistan, das pakistanische Nuklearpotential sowie die indische Haltung zur Volksrepublik China.

168 08.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Dumas (Frankreich), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) in Madrid S. 920

Unter dem Eindruck des Treffens zwischen Präsident Reagan und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Moskau befassen sich die Gesprächspartner mit der KSZE-Folgekonferenz in Wien, den Gesprächen über ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa, dem Weltwirtschaftsgipfel in Toronto, der Verschuldungskrise in der Dritten Welt sowie mit den Friedensbemühungen im Nahen Osten.

169 08.06. Ministerialdirektor Witte, z. Z. Tel Aviv, an das Auswärtige Amt S. 929

Witte nimmt die deutsch-israelischen kulturpolitischen Konsultationen zum Anlaß, den Beitrag der Bundesrepublik zu den bilateralen Kulturbeziehungen zu skizzieren.

170 09.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Schäuble mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Whitehead S. 933

Whitehead berichtet Kohl und Schäuble von seinen Besuchen in Ungarn und Jugoslawien. Dabei steht die Frage der wirtschaftlichen und politischen Stabilität der beiden Länder im Mittelpunkt. Weitere Themen sind Whiteheads bevorstehender Besuch in der DDR und die Bewertung der Politik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow.

171 09.06. Ministerialdirektor Schlagintweit, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 940

Schlagintweit resümiert das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Shamir in New York. Erörtert wurden dabei die Optionen für einen Frieden zwischen Israel und den Palästinensern, die Veränderungen in der Politik der UdSSR, die Haltung des Europäischen Parlaments zu Israel und die Aufrüstung des Irak mit Raketen und Chemiewaffen.

172 11.06. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 943

Hansen schildert die Diskussion auf der NATO-Ministerratstagung zu der Frage, welche Auswirkungen die sowjetische Reformpolitik auf die nicht-sowjetischen Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts hat.

173 11.06. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 950

Hansen berichtet über die Beratungen der NATO-Ministerratstagung zur KSZE-Folgekonferenz. Neben dem Entwurf der Neutralen und Nichtgebundenen für ein Schlußdokument wurde die Vorbereitung von Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa behandelt.

174 13.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron S. 955

Citron skizziert die von Paul Kennedy in seinem Buch „The Rise and Fall of the Great Powers" aufgestellten Thesen zum Zusammenhang von Geopolitik, Wirtschaftskraft und militärischer Überlastung. Citron ordnet diese in die amerikanische Debatte über die zukünftige Machtposition der USA ein.

175 13.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dassel S. 957

Dassel informiert über einen Angriff auf ein Containerschiff aus der Bundesrepublik im Persischen Golf und die anschließenden Schritte des Auswärtigen Amts gegenüber dem Iran.

176 13.06. Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, an das Auswärtige Amt S. 961

Schlingensiepen analysiert die Beziehungen zwischen Syrien und der UdSSR. Angesichts des sowjetischen Truppenabzugs aus Afghanistan geht er besonders auf den islamischen Fundamentalismus und dessen Auswirkungen auf den Nahen Osten und die Nahost-Politik der USA ein.

177 14.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten des südafrikanischen ANC, Tambo S. 965

Genscher und Tambo erörtern die Lage in Südafrika und politische Schritte zur Überwindung der Apartheid. Weitere Themen sind die deutsch-südafrikanischen Wirtschaftsbeziehungen, die Verhängung von Todesstrafen in Südafrika („Sharpeville Six") und die Frage von Sanktionen.

178 14.06. Botschaftsrat I. Klasse Metzger, Prag, an das Auswärtige Amt S. 971

Vor dem Hintergrund von Reformbemühungen in der ČSSR analysiert Metzger ein internes Papier der KPČ zu oppositionellen Gruppierungen im Lande. Darin stehen die Charta 77 und Teile der katholischen Kirche im Mittelpunkt.

179 15.06. Botschafter Holik, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 976

Holik unterrichtet über ein Gespräch mit Großbritannien und den USA, bei dem angesichts des absehbaren Beginns der Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa eine Beendigung der MBFR-Verhandlung erörtert wurde.

180 16.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder S. 978

Schönfelder bewertet den Beschluß der EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister zur vollständigen Liberalisierung des Kapitalverkehrs zwischen den EG-Mitgliedstaaten.

181 19.06. Gespräch der Außenminister der G7 in Toronto S. 980

Die Außenminister der G7 befassen sich mit Maßnahmen gegen den internationalen Drogenhandel, der sowjetischen Außenpolitik und den Ost-West-Beziehungen, den Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa, dem irakisch-iranischen Krieg, dem Kambodscha-Konflikt und der Lage im südlichen Afrika.

182 19.06. Gespräch der Außenminister der G7 in Toronto S. 990

Themen sind die Bemühungen für eine Beendigung des Nahost-Konflikts, die Lage in Kambodscha und die Haltung der G7 zu Todesurteilen in Südafrika („Sharpeville Six").

183 20.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Toronto S. 993

Kohl und Mitterrand unterhalten sich über die bilateralen Beziehungen der Bundesrepublik und Frankreichs zu Kanada, die Behandlung von Umweltschutz und Schuldenkrise auf dem Weltwirtschaftsgipfel, den Europäischen Rat in Hannover, den Ausbau des Europäischen Währungssystems und Fragen der französischen und deutschen Innenpolitik.

184 20.06. Gespräch der Außenminister der G7 in Toronto S. 997

Die Gesprächspartner diskutieren die Lage im Iran und den iranischen Einfluß auf den Libanon sowie mögliche Terroranschläge gegen die Olympischen Spiele in der Republik Korea (Südkorea).

185 21.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron S. 1002

Citron legt eine Bedrohungsanalyse für das Jahr 1988 vor, in der die militärischen Fähigkeiten der sowjetischen Streitkräfte und deren laufende Modernisierungsprogramme dargestellt werden.

186 24.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Butler S. 1010

Nach den vertraulichen Konsultationen mit Frankreich, Großbritannien und den USA in New York notiert Butler, wie die Genfer Verhandlungen über ein Verbot von Chemiewaffen weiter vorangetrieben werden können.

187 24.06. Bundeskanzler Kohl an Präsident Botha S. 1013

Kohl nimmt einen Gesetzentwurf der südafrikanischen Regierung über die Unterbindung finanzieller Unterstützungsleistungen aus dem Ausland zum Anlaß, um Botha die Haltung der Bundesregierung zur inneren Lage Südafrikas darzulegen.

188 24.06. Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1016

Ruhfus äußert sich zur Absicht der Bundesregierung, den Präsidenten des World Jewish Congress, Bronfman, zu Gesprächen zu empfangen. Er erläutert die Beziehungen der Bundesrepublik zu den verschiedenen jüdischen Organisationen in den USA.

189 26.06. Botschafter von Stülpnagel, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 1019

Stülpnagel unterrichtet über Verlauf und Ausgang der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung in New York, bei der es nicht zu einer Einigung auf ein Schlußdokument gekommen sei.

190 29.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem irakischen Außenminister Aziz S. 1030

Im Zentrum des Gesprächs stehen der irakisch-iranische Krieg, die Friedensbemühungen der Vereinten Nationen und eine Einschätzung zur Haltung der iranischen Regierung.

191 29.06. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger S. 1035

Pleuger informiert über die Tagung des Europäischen Rats in Hannover, bei der weitere Schritte auf dem Weg zum Europäischen Binnenmarkt, zur Schaffung eines europäischen Währungsraums und einer europäischen Zentralbank gemacht worden seien.

192 30.06. Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit dem irakischen Außenminister Aziz S. 1038

Weizsäcker und Aziz erörtern die jüngsten Entwicklungen im irakisch-iranischen Krieg, den Einsatz von Chemiewaffen durch den Irak, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und die Reformen in der UdSSR.

193 30.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem polnischen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Szaładja S. 1042

Die Gesprächspartner befassen sich mit den bilateralen Beziehungen, insbesondere mit der polnischen Bitte um die Gewährung neuer Kredite. Szaładja gibt einen Überblick zu den Reformen in Polen, und Kohl erläutert den Stellenwert der deutsch-polnischen Beziehungen für die Ostpolitik der Bundesregierung.

194 30.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken S. 1048

Heyken analysiert die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vor der Allunions-Parteikonferenz der KPdSU. Er zeigt auf, welche Veränderungen in der UdSSR zu erwarten sind, und faßt Gorbatschows Stellungnahme zur Außenpolitik seiner Amtsvorgänger zusammen.

195 30.06. Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1055

Eickhoff informiert über die Schwierigkeiten der EG- und NATO-Mitgliedstaaten, gemeinsame Positionen für die Verhandlungen über ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien zu erarbeiten.

196 01.07. Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1059

Eickhoff faßt die Reden des Bundesministers Genscher und des französischen Außenministers Dumas bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien zusammen. Er schildert die anschließende Aussprache, in deren Verlauf das Vorgehen gegen Journalisten in Ost-Berlin und gegen Oppositionelle in Prag sowie die Stagnation der Verhandlungen angesprochen wurden.

197 01.07. Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1065

Eickhoff berichtet von der Unterredung des Bundesministers Genscher und des französischen Außenministers Dumas mit dem Leiter der rumänischen KSZE-Delegation, Aninoiu. Anlaß war der Stillstand der Verhandlungen infolge der rumänischen Ablehnung des Entwurfs der N+N-Staaten für ein Abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien.

198 05.07. Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheel, z. Z. Seoul, an das Auswärtige Amt S. 1067

Scheel resümiert das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem südkoreanischen Außenminister Choi. Themen waren die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes und die sowjetische Außen- und Sicherheitspolitik. Besprochen wurden auch die bevorstehenden Olympischen Sommerspiele in Seoul, vor

allem im Hinblick auf Teilnehmer aus der DDR, die den Wunsch nach Ausreise in die Bundesrepublik äußern sollten.

199 06.07. Fregattenkapitän Strebe, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 1071

Strebe bewertet die iranische Darstellung der Ereignisse, die im Persischen Golf zum Abschuß eines iranischen Passagierflugzeugs durch ein amerikanisches Kriegsschiff führten.

200 11.07. Gespräch des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, mit dem Vorsitzenden der angolanischen UNITA, Savimbi S. 1074

Themen sind die Bemühungen um eine Lösung des Angola-Konflikts und die Vorstellungen der UNITA zu ihrer zukünftigen politischen Rolle. Hierzu stellt Savimbi einen Vier-Punkte-Plan vor.

201 12.07. Ressortbesprechung S. 1080

Zur Vorbereitung des Besuchs des Bundeskanzlers Kohl in der UdSSR werden Stand und Entwicklungsmöglichkeiten der bilateralen Zusammenarbeit erörtert. Das diskutierte Spektrum umfaßt die Unterstützung der sowjetischen Wirtschaftsreformen, die Kooperation bei der Erschließung von Rohstoffvorkommen in Sibirien und bei der Weltraumforschung sowie Abkommen über den Umweltschutz, den Investitionsschutz, die friedliche Nutzung der Kernenergie, die Seeschiffahrt und zum Strahlenschutz.

202 12.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder S. 1093

Schönfelder resümiert das Treffen der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten sowie Australiens, Japans, Kanadas, Neuseelands und der USA („Dialogpartnertreffen“) in Bangkok. Gesprochen wurde über die Auswirkungen des künftigen EG-Binnemarktes auf die gegenseitigen Handelsbeziehungen, eine engere wirtschaftliche Kooperation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ASEAN sowie eine Vertiefung der transpazifischen Zusammenarbeit.

203 12.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Gröning S. 1096

Gröning nimmt Stellung zur Bitte der britischen Regierung, ab 1992 Panzermunition mit abgereichertem Uran 238 in der Bundesrepublik lagern zu dürfen.

204 13.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken S. 1099

Heyken gibt einen Überblick zur Situation der Deutschstämmigen in der UdSSR und der Zahl der Ausreisen. Außerdem rekapituliert er das bisherige Eintreten der Bundesregierung für die

Belange dieser Gruppe und skizziert Maßnahmen, die zur Bewahrung der sprachlichen und kulturellen Identität der Deutschstämmigen ergriffen werden könnten.

205 14.07. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Bronfman S. 1106

Die Gesprächspartner erörtern den „Fall Waldheim“ und den Umgang Österreichs mit seiner Rolle in der Zeit des Nationalsozialismus, ferner die Lage der Juden in den Warschauer Pakt-Staaten, insbesondere in Polen, und den Stand der Ausreisen Deutschstämmiger aus diesen Staaten.

206 14.07. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Beck S. 1110

Beck resümiert eine Studie der High Level Group (HLG) der NATO über die Rolle von nuklearen Kurzstreckenwaffen (SNF) in einem neuen sicherheitspolitischen Gesamtkonzept des Bündnisses.

207 14.07. Botschafter Hartmann, Wien (KRK-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1114

Hartmann nimmt Stellung zum Stand der Gespräche über die Einbeziehung von zweifach verwendbaren Systemen in Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa. Ebenfalls weiterhin ungeklärt sei die Frage, in welchem Verhältnis zum asiatischen Teil der UdSSR türkisches Staatsgebiet in die Kontrollzone einbezogen werden solle.

208 15.07. Aufzeichnung des Botschaftsrats Stocker, London S. 1119

Stocker referiert die Unterrichtung des britischen Außenministeriums über das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher in Chequers. Demnach wurden die Möglichkeiten zur Intensivierung der beiderseitigen Begegnungen, die Entwicklungen in der UdSSR und in Polen sowie britische Rüstungsexporte nach Jordanien und Saudi-Arabien angesprochen.

209 17.07. Botschafter Hofmann, Algier, an das Auswärtige Amt S. 1122

Hofmann berichtet über ein Gespräch mit dem algerischen Informationsminister Rouis, in dem sich dieser zur innenpolitischen Entwicklung in Algerien geäußert habe, insbesondere zur Lage der Medien, zum Front de Libération Nationale (FLN) und zur wachsenden Unruhe unter der algerischen Jugend.

210 18.07. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Rocard S. 1124

Besprochen werden der Bau der Schnellbahnstrecke von Brüssel nach Köln, die Wünschbarkeit einer engeren Rüstungskooperation und die Entwicklung des Kampfflugzeugs „Jäger 90“. Weitere Themen sind die Schaffung eines europäischen Währungssystems und die Aussichten für einen EG-Beitritt bestimmter neutraler und Warschauer-Pakt-Staaten.

211 20.07. Bundeskanzler Kohl an den VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar S. 1130

Vor dem Hintergrund der Entscheidungen auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Toronto stellt Kohl die Schritte dar, welche die Bundesrepublik im Konzert der G-7-Staaten zur Lösung der hohen Verschuldung insbesondere der am wenigsten entwickelten Länder unternimmt.

212 25.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder S. 1132

Schönfelder setzt sich mit der Kritik auseinander, die der französische Wirtschafts- und Finanzministers Bérégovoy gegen die Zins- und Interventionspolitik der Bundesbank auf den Devisenmärkten geäußert hat.

213 26.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 1135

Jelonek stellt den Forderungskatalog der IG Metall zur Regelung der Arbeitsbeziehungen von Unternehmen aus der Bundesrepublik in Südafrika vor. Er erörtert die Frage, ob der von den EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ beschlossene Verhaltenskodex entsprechend erweitert werden sollte.

214 26.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nagel S. 1142

Nagel befaßt sich mit einem Antrag der Firma KUKA auf den Rüstungsexport von 20 000 Panzerabwehrminen nach Saudi-Arabien.

215 26.07. Botschafter Stabreit, Pretoria, an das Auswärtige Amt S. 1144

Stabreit analysiert die Position Südafrikas in den Friedensgesprächen mit Angola und Kuba und stellt Erwägungen an, warum die südafrikanische Regierung nunmehr an deren erfolgreichem Abschluß sowie an einer Lösung der Namibia-Frage interessiert sei.

216 26.07. Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1148

Vor dem Hintergrund einer deutsch-französischen Initiative zur Beschleunigung der KSZE-Folgekonferenz resümiert Eickhoff ein Treffen mit den Leitern der KSZE-Delegationen Frankreichs, Großbritanniens und der USA. Im Zentrum stand die Option, während der geplanten Sommerpause weiterzuverhandeln.

217 27.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron S. 1151

Von den deutsch-israelischen Planungsstabskonsultationen in Jerusalem zurückgekehrt, notiert Citron die Ausführungen seiner Gesprächspartner zum irakisch-iranischen Krieg, zum Friedensprozeß im Nahen Osten, zur regionalen Rolle der UdSSR und Syriens sowie zum Erstarken des islamischen Fundamentalismus.

218 28.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ritter von Wagner S. 1157

Nach Bekanntwerden von rüstungsrelevanten Lieferungen durch Firmen aus der Bundesrepublik in den Irak erläutert Ritter von Wagner eine Neufassung des Zustimmungsverfahrens innerhalb der Bundesregierung, die nach Inkrafttreten des multilateralen Kontrollregimes für den Export von Trägertechnologie eingeführt wurde.

219 28.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Gruber S. 1160

Gruber nimmt die Notifizierung einer Militärübung in der DDR zum Anlaß, die Gründe für eine erstmalige Entsendung von Inspektoren durch die Bundesrepublik darzulegen.

220 31.07. Aufzeichnung des Bundesministers Genscher S. 1162

Genscher resümiert seine Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse. Themen waren der Nahost-Konflikt, die Besuche Genschers in der Republik Korea (Südkorea) und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Polen, ferner die Freilassung von Mathias Rust und der sowjetische Vorschlag einer Menschenrechtskonferenz im Rahmen der KSZE in Moskau.

221 01.08. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1166

Meyer-Landrut unterrichtet über das Delegationsgespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse in Moskau. Themen waren die Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa, insbesondere die Behandlung der zweifach verwendbaren Systeme, die KSZE-Folgekonferenz in Wien sowie die Verhandlungen über ein Chemiewaffenverbot.

222 04.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schlegel S. 1174

Schlegel skizziert, welche Haltung die Bundesregierung zu Hinweisen der saudi-arabischen Botschaft einnehmen sollte, daß iranische Büros von der Bundesrepublik aus der Beschaffung von Rüstungsmaterial nachgingen.

223 05.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Fiedler S. 1176

Fiedler notiert die Ergebnisse einer Sitzung des Arbeitsstabs Libanon. Nach der Übergabe von Briefen des entführten Mitarbeiters der Hoechst AG, Cordes, durch Vertrauensleute des Iran wurden weitere Schritte der Bundesregierung erwogen.

224 05.08. Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1179

Eickhoff resümiert den Verlauf der 6. Runde der KSZE-Folgekonferenz in Wien. Er gibt einen Überblick über die bereits ver-

einbarten Texte für ein abschließendes Dokument, benennt noch offene Fragen und bewertet die Aussichten für einen baldigen Abschluß.

225 07.08. Botschafter Eiff, Belgrad, an das Auswärtige Amt S. 1194

Eiff berichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Lončar in Zadar. Neben den Wirtschaftsreformen in Jugoslawien wurden die jugoslawischen Beziehungen zu den Europäischen Gemeinschaften, die Reformpolitik in der UdSSR, die KSZE-Folgekonferenz in Wien, der irakisch-iranische Krieg, die Friedensbemühungen für den Nahen Osten, die internationale Schuldenkrise und die Bewegung Blockfreier Staaten angesprochen.

226 08.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix S. 1203

Derix informiert über die Forderung der rumänischen Regierung nach einer Erhöhung der Pro-Kopf-Pauschale für die Ausreise von Deutschstämmigen aus Rumänien.

227 11.08. Gespräch des Ministerialdirigenten Sulimma mit dem angolanischen Botschafter Escórcio S. 1205

Die Gesprächspartner befassen sich mit der in Genf erzielten Einigung über eine Beendigung der Konflikte in Angola und Namibia. Dabei werden die Haltung der USA und Südafrikas sowie die Einbindung der UNITA in den Friedensprozeß in Angola angesprochen.

228 11.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder S. 1209

Schönfelder nimmt den Quartalsbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zum Anlaß, die Entwicklung der internationalen Finanzmärkte seit der Ölkrise 1973 zu skizzieren und auf deren fehlende Regulierung durch staatliche Institutionen hinzuweisen.

229 12.08. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 1216

Holik erläutert die Position der Bundesrepublik zur Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO. Hierzu legt er ein Papier zu Aufgaben und Kriterien der Rüstungskontrolle vor.

230 16.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Fiedler S. 1225

Fiedler notiert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem stellvertretenden iranischen Außenminister Larijani in Frankfurt am Main. Die Gesprächspartner nehmen die Vereinbarung eines Waffenstillstands zwischen dem Irak und dem Iran zum Anlaß, die bevorstehenden Friedensverhandlungen zu erörtern. Weitere Themen waren die Bemühungen des Iran um

eine Wiederherstellung seiner Beziehungen zu westlichen Staaten und die Beteiligung der Bundesrepublik am Wiederaufbau des Landes.

231 16.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher S. 1231

Dreher nimmt zum Vorschlag des Bundesministeriums der Verteidigung Stellung, den USA die Stationierung von Kampfpanzern mit einer uranhaltigen Panzerung in der Bundesrepublik zu gestatten.

232 16.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Rom S. 1235

Rom skizziert, wie und mit welchen Zielen die Bundesregierung die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament während ihrer EG-Ratspräsidentschaft ausgestaltete.

233 19.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Scheel S. 1242

Scheel befaßt sich mit der Bitte der Mongolischen Volksrepublik, in Ulan Bator eine Botschaft der Bundesrepublik zu errichten. Er regt an, dort das Projekt einer gemeinsamen deutsch-französischen Auslandsvertretung in Angriff zu nehmen.

234 22.08. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger S. 1245

Pleuger unterrichtet über die Haltung der Bundesregierung zum Vorhaben der rumänischen Regierung, im Rahmen eines „Systematisierungsprogramms“ die Dorfgemeinschaften des Landes umzusiedeln und in „agroindustriellen Zentren“ zusammenzufassen.

235 25.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dieckmann S. 1248

Angesichts des bevorstehenden Plebiszits über die Wahl des Präsidenten und die Parlamentswahlen in Chile erläutert Dieckmann Schritte der Bundesregierung zur Unterstützung der demokratischen Oppositionsparteien und zur Entsendung von Wahlbeobachtern.

236 25.08. Gesandter Arnot, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1250

Arnot resümiert die sowjetische Diskussion über den Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939. Dabei geht er besonders auf die Bewertung des geheimen Zusatzprotokolls und die gegenwärtigen Entwicklungen in Estland, Lettland und Litauen ein.

237 26.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schneppen S. 1254

Schneppen analysiert die politischen Rahmenbedingungen für den Aufschwung der populistischen Fortschrittsparteien in Dänemark und Norwegen. Er arbeitet heraus, warum eine vergleichbare Entwicklung in Finnland und Schweden nicht festzustellen sei.

238 26.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ackermann S. 1259

Ackermann äußert sich zum Antrag der Firma MTU, Panzer der ägyptischen und kuwaitischen Streitkräfte mit Motoren aus der Bundesrepublik zu modernisieren.

239 26.08. Ministerialrat Witt, Genf (GATT-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1264

Witt informiert über die Verhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde des GATT und stellt Überlegungen zum weiteren Vorgehen der Bundesrepublik an.

240 29.08. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek S. 1269

Die Gesprächspartner heben den guten Stand der bilateralen Beziehungen hervor und erörtern die Rolle der Bundesrepublik in der internationalen Politik sowie die Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses. Des weiteren sprechen sie über den bevorstehenden Besuch Kohls in der UdSSR.

241 01.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger S. 1276

Pleuger zeigt auf, daß die Bundesländer zunehmend eigenständige außenpolitische Aktivitäten ohne Beteiligung des Auswärtigen Amts entfalten. Er benennt die rechtlichen Grenzen, die ihnen dabei gesetzt sind, und empfiehlt Schritte zur besseren Koordinierung mit den Akteuren auf föderaler Ebene.

242 02.09. Aufzeichnung der Vortragenden Legationsräte I. Klasse Dreher und Seibert S. 1287

Dreher und Seibert informieren über eine Sitzung der für die Erarbeitung eines NATO-Gesamtkonzepts für Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle zuständigen Beratergruppe im Bundeskanzleramt. Gegenstand waren die für eine glaubwürdige NATO-Strategie weiterhin in Europa erforderlichen Kernwaffen.

243 05.09. Gespräch des Ministerialdirigenten Sulimma mit dem Sekretär des Politbüros der namibischen SWAPO, Iyambo S. 1293

Die Gesprächspartner nehmen den Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen der angolanischen Regierung, Kuba und Süd-

afrika zum Anlaß, sich über die Zukunft Namibias nach einem Abzug der südafrikanischen Streitkräfte auszutauschen. Ein weiteres Thema sind Berichte über Menschenrechtsverletzungen der SWAPO in den von ihr kontrollierten Flüchtlingslagern.

244 07.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 1298

Richthofen unterrichtet über den Wunsch der Türkei, der WEU beizutreten. Er benennt die Voraussetzungen für einen Beitritt und leitet daraus Empfehlungen für die weitere Behandlung des türkischen Antrags ab.

245 08.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 1304

Richthofen faßt die Konsultationen im Rahmen der WEU zu der Frage zusammen, ob der Einsatz der von fünf Mitgliedstaaten in den Persischen Golf entsandten Seestreitkräfte, die die Freiheit der Schiffahrt gewährleisten sollen, nach Beendigung des irakisch-iranischen Krieges fortgesetzt werden sollte.

246 08.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Morr S. 1308

Morr bewertet die Beschlüsse des SPD-Bundesparteitags in Münster zu dem Zusatzprotokoll zum Élysée-Vertrag von 1963 mit dem Ziel der Schaffung eines deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrats.

247 09.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Fiedler S. 1311

Fiedler resümiert Passagen aus einem Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem stellvertretenden iranischen Außenminister Larijani zur innenpolitischen Lage im Iran, den iranischen Beziehungen zu den USA und einer möglichen West-Orientierung des Landes.

248 09.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Buerstedde S. 1314

Buerstedde gibt einen Überblick zu den Konsultationen mit Frankreich, Großbritannien, Italien und den USA über einen KRK-Verhandlungsvorschlag. Neben der Aufgliederung des Reduzierungsraums habe man sich ad referendum auf Limitierungen bei schweren Waffen und die Reduzierungsverhältnisse innerhalb der Bündnisse geeinigt.

249 10.09. Botschafter Schoeller, Warschau, an das Auswärtige Amt S. 1318

Schoeller unterrichtet über ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der polnischen Gewerkschaft Solidarność. Wałęsa habe dabei über seine Verhandlungen mit der polnischen Regierung zur Beendigung von Streiks berichtet. Wichtigstes Ergebnis sei die Vereinbarung von Gesprächen am „Runden Tisch“ über die Zukunft Polens gewesen.

250 13.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Mwinyi S. 1322

Kohl und Mwinyi tauschen sich über die historische Fundierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Tansania aus, wobei auch die Erhaltung von deutschen Kolonialbauten zur Sprache kommt. Weitere Themen sind die tansanischen Umschuldungsverhandlungen mit dem IWF, Entwicklungsprojekte zugunsten der Verkehrsinfrastruktur, der Abschluß eines bilateralen Kulturabkommens und Schritte zur Überwindung der Apartheid in Südafrika.

251 13.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 1331

Jelonek weist auf das Vorhaben der britischen Regierung hin, Saudi-Arabien weitere 48 Kampfflugzeuge des Typs „Tornado" in der Jagdbomber-Version zu liefern. Er geht der Frage nach, ob die Bundesregierung in Konsultationen mit Großbritannien Bedenken gegen dieses Exportvorhaben vortragen sollte.

252 16.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach S. 1334

Lambach analysiert die sowjetische Antwort auf die Berlin-Initiative der Drei Mächte. Die UdSSR habe dabei ihren Standpunkt zum Status von Ost-Berlin als „Hauptstadt der DDR" und zu West-Berlin als „besonderer politischer Einheit unter Besatzungsstatut" bekräftigt.

253 18.09. Botschafter Ellerkmann, Bagdad, an das Auswärtige Amt S. 1337

Ellerkmann berichtet über eine Pressekonferenz des irakischen Verteidigungsministers Khairallah, der eine Militäroffensive gegen Kurden im Nordirak bestätigt, jedoch den Einsatz von Chemiewaffen bestritten habe, sowie über eine darauf erfolgte Demarche der EG-Troika im irakischen Außenministerium.

254 19.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Mahathir S. 1343

Gesprächsthemen sind die Zusammenarbeit zwischen den EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten, protektionistische Tendenzen innerhalb der EG, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Malaysia im Bereich des Handels und des Kulturaustausches, die ökonomische Entwicklung beider Staaten, das Nord-Süd-Verhältnis, AIDS, der weltweite Drogenmißbrauch, vietnamesische Flüchtlinge in Malaysia sowie die Lage in Birma.

255 19.09. Oberstleutnant i.G. Kwyas, Jakarta, an das Auswärtige Amt S. 1353

Kwyas berichtet über die Absicht der malaysischen Regierung, beim anstehenden Besuch des Ministerpräsidenten Mahathir in London mit Großbritannien ein umfassendes Rüstungsabkommen zu günstigen Konditionen abzuschließen.

256 20.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bazing S. 1355

Nach dem Asylersuchen von DDR-Bürgern in der dänischen Botschaft in Ost-Berlin und ihrer dortigen Verhaftung durch die Volkspolizei der DDR untersucht Bazing die Rolle des dänischen Außenministeriums. Er weist auf das negative Präjudiz für künftige Vergleichsfälle hin und spricht sich für eine Demarche gegenüber der dänischen Regierung aus.

257 20.09. Botschafter Schattmann, Prag, an das Auswärtige Amt S. 1358

Schattmann berichtet über einen deutlichen Anstieg von Rat- und Zufluchtsuchenden aus der DDR in der Botschaft in Prag in den Monaten Juli und August 1988. Zugleich warnt er vor einer Zuspitzung der Situation wie Ende des Jahres 1984. Abschließend bittet Schattmann um aktualisierte Argumentationshilfen für die Beratung der Zufluchtsuchenden.

258 21.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 1360

Richthofen unterrichtet über die Ergebnisse der Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit. Neben der Ratifizierung der Zusatzprotokolle zum deutsch-französischen Vertrag von 1963 seien Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, das Ost-West-Verhältnis sowie die bilaterale sicherheitspolitische Zusammenarbeit erörtert worden.

259 22.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem EG-Kommissionspräsidenten Delors S. 1365

Gesprächsthemen sind die Bildung der neuen EG-Kommission, die Aufnahme der Tätigkeit des Ausschusses für eine Wirtschafts- und Währungsunion („Delors-Ausschuß"), die Vorbereitung des Europäischen Rats auf Rhodos, die Diskussion um den Sitz und das Sprachenregime des EG-Markenamts, die anstehende Reise Kohls nach Moskau und die Beziehungen zwischen Großbritannien und den Europäischen Gemeinschaften.

260 22.09. Aufzeichnung des Bundesministers Genscher S. 1370

Genscher faßt sein Gespräch mit Kardinalstaatssekretär Casaroli vom Vortag im Vatikan zusammen, in dem die mögliche Neubesetzung des Erzbistums von Köln mit dem Bischof von Berlin, Kardinal Meisner, erörtert wurde.

261 22.09. Bundesminister Genscher an den bayerischen Ministerpräsidenten Strauß S. 1373

Genscher versichert, sich weiter für die Freilassung der beiden in Afghanistan inhaftierten Mitarbeiter des Notärztekomitees Cap Anamur einzusetzen.

262 23.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron S. 1375

Citron analysiert die Neuausrichtung der sowjetischen Außenpolitik gegenüber den Staaten und regionalen Konflikten des globalen Südens und fragt nach den Folgen für das Ost-West-Verhältnis.

263 23.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Eickhoff S. 1381

Eickhoff unterrichtet über einen interfraktionellen Antrag des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, der den Einsatz von Chemiewaffen gegen Kurden im Nordirak verurteilt und eine Verhängung von Sanktionen befürwortet, falls der Irak unter Verletzung des Völkerrechts weiter Chemiewaffen einsetzen sollte.

264 26.09. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 1383

Aufgrund von Gesprächen auf der Ebene der SED-Bezirksleitungen schildert Bräutigam die dort anzutreffenden Einstellungen zur inneren Lage der DDR, zur Ausreisebewegung und zu gesellschaftlichen Reformen. Er geht besonders auf die Ansichten des Ersten Sekretärs der SED-Bezirksleitung in Dresden, Modrow, ein.

265 27.09. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1386

Richthofen faßt das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Olechowski zusammen. Themen waren die Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen sowie der polnische Wunsch nach verbesserten Umschuldungsbedingungen und der Eröffnung neuer Kreditmöglichkeiten.

266 27.09. Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerhardt, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1394

Gerhardt informiert über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse, das den Verhandlungen über eine Reihe bilateraler Abkommen und Firmenprojekte, der Kooperation im Bereich der Aus- und Fortbildung sowie der Errichtung eines „Hauses der deutschen Wirtschaft“ in Moskau gewidmet war.

267 28.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Mubarak S. 1399

Besprochen werden die Situation im Nahen Osten, insbesondere die politische Entwicklung in Israel, Jordanien, Saudi-Arabien und Libyen, ferner die Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada“) und die Politik der PLO. Ein weiterer Gegenstand sind die Verhandlungen zwischen Ägypten und dem IWF über einen weiteren Beistandskredit zur Überwindung der ägyptischen Schuldenkrise.

268 28.09. Botschafter Disdorn, Luanda, an das Auswärtige Amt S. 1407

Disdorn berichtet über ein Gespräch mit SWAPO-Präsident Nujoma, in dem dieser der Bundesrepublik vorwarf, sie verweigere Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika, liefere Rüstungsgüter dorthin und beabsichtige die Errichtung einer Atommülldeponie in Namibia.

269 28.09. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1410

Richthofen faßt ein Gespräch der Außenminister Dumas (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) zusammen. Im Nachgang zum Treffen von Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse wurden die KSZE-Folgekonferenz in Wien, Aspekte der Konventionellen Rüstungskontrolle (KRK) in Europa, die Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf sowie Regionalfragen besprochen. Weiteres Thema war die Lage im Libanon.

270 28.09. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1417

Richthofen berichtet vom Treffen der Außenminister der G 7 in New York. Gesprächspunkte waren Maßnahmen gegen den internationalen Terrorismus und den Drogenhandel, die Stärkung der friedenssichernden Rolle der Vereinten Nationen, Regionalfragen sowie der Stand der Uruguay-Runde des GATT.

271 29.09. Aufzeichnung des Oberamtsrats Reinhardt S. 1427

Reinhardt faßt einen Bericht des Kanzlers I. Klasse Appelrath, Managua, gegenüber dem Bundeskriminalamt zusammen, in dem dieser die Nicaragua-Reisen von „Normalbesuchern", „Polit-Touristen" und „Linksextremen" aus der Bundesrepublik beschreibt und die sich daraus ergebenden Sicherheitsfragen anspricht.

272 29.09. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1429

Richthofen resümiert das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz über den bevorstehenden Besuch des Bundeskanzlers Kohl in der UdSSR. Weitere Themen waren die Festlegung einer Position der NATO-Mitgliedstaaten für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa, die Frage einer KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau, eine Konferenz der Unterzeichnerstaaten des Genfer Protokolls von 1925 und die sowjetische Antwort auf die Berlin-Initiative der Drei Mächte.

273 30.09. Aufzeichnung der Vortragenden Legationsräte I. Klasse Hofstetter und Roßbach S. 1435

Hofstetter und Roßbach analysieren ein britisches Papier zum Zusammenhang zwischen einer Modernisierung nuklearer Kurz-

streckenwaffen (SNF) der NATO und deren Einbeziehung in die Ost-West-Rüstungskontrolle. Sie zeigen die Unterschiede zwischen den Positionen der Bundesrepublik und Großbritanniens auf.

274 30.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Mulack S. 1440

Mulack unterrichtet über die Vorbereitungen zum Volkstrauertag auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Costermano und die Einwände des Generalkonsuls in Mailand, Steinkühler, gegen die Feierstunde wegen des Grabes des SS-Sturmbannführers Wirth.

275 02.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Suharto in Jakarta S. 1444

Themen sind Wirtschaftsentwicklung und Infrastruktur Indonesiens, die Lieferung von Frachtschiffen und Fregatten aus der Bundesrepublik, der Abschluß des bilateralen Kulturabkommens, die Einstellung des Exports von Rattan durch Indonesien, der Wunsch des Berliner Zoos nach einem Paar Sumatra-Nashörnern, Menschenrechtsfragen, Kambodscha und die regionale Machtstellung der Volksrepublik China.

276 03.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ackermann S. 1452

Ackermann behandelt den Antrag der Motoren- und Turbinen-Union Friedrichshafen GmbH auf Genehmigung der Ausfuhr von sechs Panzermotoren über Italien in die Vereinigten Arabischen Emirate.

277 03.10. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger S. 1454

Pleuger informiert über die Unterzeichnung des Abkommens zum Bau einer Internationalen Raumstation, an dem die ESA-Mitgliedstaaten mit ihrem Weltraumprojekt „Columbus“ beteiligt sind.

278 03.10. Botschafter Freiherr von Wechmar, London, an das Auswärtige Amt S. 1457

Angesichts des Wandels der Ost-West-Beziehungen untersucht Wechmar die sicherheitspolitischen Vorstellungen Großbritanniens. Er geht auf das Verhältnis von Verteidigungspolitik und Rüstungskontrolle ein, vor allem auf die Haltung zur Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO und die Einbeziehung nuklearer Kurzstreckenwaffen (SNF) in die Rüstungskontrolle.

279 03.10. Botschaftsrätin I. Klasse Zenker, Bukarest, an das Auswärtige Amt S. 1461

Zenker faßt ein Gespräch des Beauftragten des Bundesministeriums des Innern, Hüsch, mit Präsident Ceauşescu zusammen.

Erörtert wurden die Voraussetzungen für einen Besuch des Bundeskanzlers Kohl in Rumänien, im besonderen dessen Wunsch nach vorheriger Lösung humanitärer Fragen und nach Abschluß einer Folgevereinbarung für die Ausreise Deutschstämmiger.

280 04.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Hawke in Canberra S. 1465

Im Mittelpunkt stehen die Vollendung des europäischen Binnenmarkts 1992 und die Gründung einer europäischen Zentralbank sowie die EG-Agrarpolitik. Kohl und Hawke behandeln ferner ein stärkeres Engagement der deutschen Wirtschaft in Australien, die Aufnahme regelmäßiger politischer und wirtschaftlicher Konsultationen, die Reformpolitik in der UdSSR sowie die Vergabe von Aufträgen zum Bau von Fregatten für Australien.

281 04.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Buerstedde S. 1477

Buerstedde faßt die Konsultationen mit Frankreich, Großbritannien, Italien und den USA über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa zusammen. Thematisiert wurden vor allem die Bedenken der USA gegen eine Differenzierung in drei Zonen mit gleichen Rüstungsobergrenzen und der Stand der Gespräche über ein Verhandlungsmandat in Wien.

282 04.10. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1481

Meyer-Landrut schildert den Verlauf einer Gedenkveranstaltung in Moskau zum Jahrestag der Erschießung von Juden durch deutsche Einsatzgruppen in Babi Jar und verbindet dies mit Überlegungen zum Ort des jüdischen Leidens in der sowjetischen Erinnerungskultur und zum Antisemitismus in der UdSSR.

283 04.10. Botschafter Schoeller, Warschau, an das Auswärtige Amt S. 1484

Schoeller berichtet über seine Begegnung mit dem neuen polnischen Ministerpräsidenten. Rakowski sprach über die innere Entwicklung in Polen, die bevorstehenden Gespräche am „Runden Tisch“ und die Rolle der verbotenen Gewerkschaft Solidarność.

284 06.10. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Stoecker S. 1487

Stoecker informiert über die Beschlüsse der Bundesregierung zum Erlaß von Schulden für die ärmsten Entwicklungsländer und zur Anpassung von deren Zinskonditionen an die Entscheidungen des Pariser Clubs.

285 07.10. Aufzeichnung der Vortragenden Legationsräte I. Klasse Junker und Schönfelder S. 1490

Junker und Schönfelder stellen die Ergebnisse der Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Berlin (West) vor. Im Zentrum der Diskussionen standen eine verbesserte Teilhabe der Entwicklungsländer am Wachstum der Weltwirtschaft und die Lösung der Verschuldungsproblematik.

286 07.10. Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1494

Paschke gibt ein Gespräch des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Vogel mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Carlucci wieder. Gegenstand waren das Unglück bei einer Flugschau auf dem amerikanischen Luftwaffenstützpunkt in Ramstein sowie das Verständnis der Öffentlichkeit für die Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte in der Bundesrepublik. Dabei wurden auch die Belastung durch militärische Tiefflüge und die Entlassung deutschen Personals bei den amerikanischen Streitkräften angesprochen.

287 11.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 1499

Richthofen setzt sich mit einem sowjetischen Grundlagenpapier auseinander, das Elemente für eine Gemeinsame Erklärung der Bundesrepublik und der UdSSR enthält.

288 12.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem chinesischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Yao Yilin S. 1505

Die Gesprächspartner erörtern die Wirtschaftsreformen in der Volksrepublik China sowie die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, besonders den Stand einiger Großprojekte. Außerdem befassen sie sich mit der Beilegung des Kambodscha-Konflikts und den chinesisch-sowjetischen Gespräche hierüber.

289 13.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kuhna S. 1510

Kuhna nimmt Stellung zur Bitte der türkischen Regierung, bei der Versorgung kurdischer Flüchtlinge aus dem Irak finanziell und materiell zu helfen sowie einen Teil der Flüchtlinge in der Bundesrepublik aufzunehmen.

290 14.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Vézelay S. 1513

Behandelt werden die vorgesehene Steuerharmonisierung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften, die Politik gegenüber der UdSSR, die Haltung der DDR zur sowjetischen Reformpolitik und die Auswirkungen der Ausreisebewegung, die bevorstehenden Gespräche am „Runden Tisch“ in Polen, die Lage in der ČSSR und die Unruhen in Algerien.

291 17.10. Botschafter Knackstedt, Santiago de Chile, an das Auswärtige Amt S. 1519

Knackstedt informiert über sein Gespräch mit dem Mitglied der chilenischen Militärregierung, Matthei, zum Ausgang der Volksbefragung vom 5. Oktober über eine weitere Amtszeit des Präsidenten Pinochet und zum Fortgang des Demokratisierungsprozesses in Chile.

292 18.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Evren S. 1521

Die Gesprächspartner erörtern die Lage der türkischen Arbeitsmigranten in der Bundesrepublik, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, den Antrag der Türkei auf Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften und ihr Verhältnis zum Europäischen Parlament sowie die griechisch-türkischen Beziehungen.

293 18.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Evren auf Schloß Gymnich S. 1526

Behandelt werden der türkische Beitrittsantrag zu den Europäischen Gemeinschaften, die Wirtschaftshilfe der Bundesrepublik, die türkische Bitte um mehr Investitionen und die Visumspflicht für türkische Staatsangehörige. Weitere Themen sind das Verhältnis zwischen dem Irak und dem Iran nach dem Waffenstillstand sowie die Ausrufung eines Palästinenser-Staates durch die PLO.

294 18.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder S. 1531

Schönfelder weist auf die wachsende außenpolitische Bedeutung des IWF für die Beziehungen der Bundesrepublik zu den Staaten des Globalen Südens hin. Er erörtert die daraus erwachsende Notwendigkeit eines engen Informationsaustauschs mit dem Bundesministerium der Finanzen.

295 18.10. Botschafter Graf zu Rantzau, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1535

Rantzau berichtet über ein Gespräch mit dem Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Zimmermann. Gegenstand waren der durch Großbritannien blockierte Meinungsbildungsprozeß in der Frage einer KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau und Möglichkeiten, auf Premierministerin Thatcher im Sinne einer raschen Klärung der britischen Haltung einzuwirken.

296 19.10. Botschafter Bente, Tunis, an das Auswärtige Amt S. 1537

Bente übermittelt die Bitte tunesischer Regierungsstellen, die Bundesregierung möge elektronische Geräte zur Ausstattung eines „Elektroniklabors“ im Amtssitz des Präsidenten Ben Ali zur Verfügung stellen.

297 20.10. Botschafter Hofmann, Algier, an das Auswärtige Amt S. 1539

Vor dem Hintergrund der aktuellen Unruhen in Algerien weist Hofmann auf den wachsenden Einfluß islamischer Gruppen hin und bittet um eine Verstärkung des Botschaftspersonals durch einen arabischen Muttersprachler zur Informationsgewinnung.

298 20.10. Botschafter Pfeffer, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1540

Pfeffer berichtet über das Gespräch des SPD-Abgeordneten Ehmke mit dem französischen Verteidigungsminister Chevènement, in dessen Mittelpunkt die Haltung der SPD zum Protokoll über die Schaffung eines deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrats stand.

299 20.10. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1547

Meyer-Landrut beschreibt die stärker werdenden Bewegungen für eine politische Selbstbestimmung in den Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen, die ihren Ausdruck in der Bildung nationaler „Volksfronten" gefunden hätten. Er zieht Schlußfolgerungen für die Politik der Bundesrepublik im Baltikum.

300 24.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Moskau S. 1553

Themen sind die historischen und kulturellen Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR sowie die Absicht beider Seiten, das Verhältnis durch eine enge Zusammenarbeit dauerhaft zu verbessern. Die Perspektiven der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und umweltpolitischen Kooperation werden hervorgehoben.

301 24.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse in Moskau S. 1572

Im Mittelpunkt stehen die Vertiefung der bilateralen Beziehungen durch den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie den Abschluß von Verträgen zur Reaktorsicherheit, zur friedlichen Nutzung des Weltraums, zum Umweltschutz und der Seeschiffahrt, ferner durch Programme zur Aus- und Fortbildung sowie zum Jugendaustausch. Erörtert werden schließlich die Botschaftsneubauten in Moskau und Bonn sowie die Errichtung von Generalkonsulaten in Kiew und München.

302 24.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ackermann S. 1580

Ackermann informiert über das Genehmigungsverfahren für den Export von U-Booten nach Israel. Er weist darauf hin, daß sich das Bundesministerium der Verteidigung in dieser Angelegenheit bereits vor Befassung des Bundessicherheitsrats gegenüber Israel geäußert habe.

303 25.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Andrej Sacharow und Jelena Bonner in Moskau S. 1582

Die Gesprächsteilnehmer widmen sich der Vertrauensbildung zwischen Ost und West durch Rüstungskontrolle und verbesserte menschliche Kontakte. Sie erörtern die Lage der Menschenrechte in der UdSSR, insbesondere die Situation der politischen Gefangenen und von Personen in psychiatrischen Krankenhäusern.

304 25.10. Deutsch-sowjetisches Regierungsgespräch in Moskau S. 1587

Im Mittelpunkt stehen die Berichte der Bundesminister Genscher, Scholz, Kiechle, Riesenhuber und Töpfer sowie ihrer sowjetischen Gesprächspartner über Fragen der Rüstungskontrolle und der Verteidigungspolitik, die vertraglichen Vereinbarungen zur Zusammenarbeit und weitere Möglichkeiten, die bilateralen Beziehungen zu vertiefen.

305 26.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 1603

Jelonek äußert sich zum Antrag der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), im Zuge des Exports von Kampfflugzeugen des Typs „Tornado“ durch Großbritannien an Jordanien die Kreditfinanzierung für den deutschen Lieferanteil zu übernehmen.

306 26.10. Gesandter Rouget, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1607

Rouget unterrichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas. Zunächst wurden der Stand der Ratifizierung der Zusatzprotokolle zum Élysée-Vertrag von 1963, der Bericht der deutsch-französischen Studiengruppe über die Ost-West-Beziehungen und die Frage einer Errichtung gemeinsamer Auslandsvertretungen erörtert. Sodann informierte Dumas über den Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse, über seine Gespräche in Österreich und der ČSSR sowie über die Vorbereitungen für eine Konferenz über ein Verbot chemischer Waffen in Paris. Weitere Themen waren die KSZE-Folgekonferenz in Wien, der Besuch des Bundeskanzlers Kohl in der UdSSR sowie der Stand der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und kulturpolitische Projekte.

307 27.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem nicaraguanischen Vizepräsidenten Ramírez S. 1623

Im Mittelpunkt stehen der Friedensprozeß in Zentralamerika und die Lage in Nicaragua, insbesondere das Vorgehen der nicaraguanischen Regierung gegen Oppositionelle und die katholische Kirche. Außerdem werden die Schäden durch den Wirbelsturm „Joan“ und die humanitäre Hilfe der Bundesregierung angesprochen.

308 27.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron S. 1628

Citron stellt Überlegungen zur Entwicklung kooperativer Sicherheitsstrukturen in Europa an. Er beschreibt deren Merkmale und benennt Schritte zum Abbau offensiver Streitkräftefähigkeiten, zur logistischen Begrenzung des Durchhaltevermögens sowie weitere begrenzende und vertrauensbildende Maßnahmen.

309 31.10. Vortragender Legationsrat Bertram, z. Z. Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1634

Bertram berichtet über das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Vertretern der Deutschstämmigen in der UdSSR. Diese erläutern ihre Wünsche nach Unterstützung durch die Bundesregierung bei der Bewahrung ihrer kulturellen und sprachlichen Identität.

310 31.10. Drahterlaß des Botschafters Holik S. 1639

Holik übermittelt ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz zum Mandatsentwurf der NATO-Mitgliedstaaten für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa.

311 03.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 1641

Richthofen faßt das Vierertreffen der Politischen Direktoren in Brüssel zusammen. Themen waren die KSZE-Folgekonferenz in Wien, die Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa, die Vorbereitung der NATO-Ministerratstagung, Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, die Lage in der Sowjetunion, in Polen und Jugoslawien sowie die Regionalkonflikte in Afghanistan, im Südlichen Afrika, im Nahen und Mittleren Osten sowie in Zentralamerika.

312 03.11. Botschafter Holik, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1654

Holik informiert über eine Sitzung der High Level Task Force (HLTF) der NATO, die sich der Erarbeitung eines Mandatsentwurfs der NATO-Mitgliedstaaten für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa widmete.

313 04.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident Rocard S. 1659

Themen sind der Status Neukaledoniens, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich sowie zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA, die Uruguay-Runde im Rahmen des GATT, die Abhaltung einer KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau und die Arbeiten an einem Mandatsentwurf der NATO-Mitgliedstaaten für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa.

314 07.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem honduranischen Außenminister López S. 1664

Genscher und López erörtern die Entsendung einer internationalen Friedenstruppe unter Beteiligung der Bundeswehr zur Überwachung des Friedensprozesses in Zentralamerika. Weitere Themen sind die innenpolitische Lage in Nicaragua und El Salvador sowie die Vorbereitung der Konferenz San José V in Honduras.

315 07.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Lončar S. 1669

Gesprächsthemen sind die bilateralen Beziehungen, die innenpolitische Lage Jugoslawiens, insbesondere die Nationalitätenkonflikte und die Frage politischer, wirtschaftlicher und verfassungsrechtlicher Reformen, sowie die Verschuldungsfrage des Landes.

316 07.11. Gespräch des Bundesministers Schäuble mit dem argentinischen Präsidentschaftskandidaten Menem S. 1672

Erörtert werden der Demokratisierungsprozeß und die Außenschulden Argentiniens, die Schaffung des europäischen Binnenmarktes, die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie der Falkland-Konflikt.

317 08.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kunzmann S. 1677

Kunzmann präsentiert Zahlen zur Vorsprache und Zufluchtnahme von Deutschen aus der DDR in den Vertretungen der Bundesrepublik in Budapest, Prag, Sofia und Warschau. Außerdem analysiert er Gründe für die Zunahme der Übersiedlungswünsche.

318 09.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher S. 1679

Dreher informiert über eine Vorlage des Bundesministeriums der Verteidigung für den Bundessicherheitsrat zur Frage des Abzugs amerikanischer Chemiewaffen aus der Bundesrepublik. Dabei geht er auch auf die Arbeit der Interministeriellen Kommission zur Vorbereitung des Abzugs der Chemiewaffen (IMK-CW) ein.

319 09.11. Botschafter Bensch, Guatemala-Stadt, an das Auswärtige Amt S. 1684

Bensch nimmt Stellung zur Anfrage einer Schülergruppe des Wirtemberg-Gymnasiums Stuttgart über den möglichen Einsatz des Herbizids Glyphosat zur Bekämpfung des Drogenanbaus in Guatemala durch die USA. Überdies beleuchtet er die Zusammenarbeit zwischen Guatemala und US-Behörden bei der Drogenbekämpfung.

320 11.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Buerstedde S. 1686

Buerstedde resümiert unterschiedliche Auffassungen zwischen Frankreich und den USA bei der Erarbeitung eines Mandatsentwurfs der NATO-Mitgliedstaaten für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa.

321 11.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Butler S. 1689

Butler faßt die Ergebnisse einer Sitzung der Delegationsleiter der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA bei der Genfer Abrüstungskonferenz in Washington zusammen. Themen waren der Stand der Genfer Verhandlungen über ein Verbot von Chemiewaffen und die Vorbereitung einer internationalen Konferenz zu dieser Frage in Paris.

322 11.11. Botschafter Graf zu Rantzau, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1693

Rantzau resümiert die 82. Konferenzwoche der KSZE-Folgekonferenz in Wien. Im Focus standen eine KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau, die Arbeit der NATO-Mitgliedstaaten an einem Mandatsentwurf für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa und die Beiträge der Koordinatoren zu den einzelnen Körben.

323 11.11. Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1699

Ruhfus berichtet über seine Gespräche mit Simon Wiesenthal und Rabbi Hier anläßlich des Rücktritts des Bundestagspräsidenten Jenninger nach seiner Gedenkrede vor dem Bundestag zum 50. Jahrestag der Novemberpogrome.

324 15.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan in Washington S. 1701

Gesprächsthemen sind der Besuch des Bundeskanzlers Kohl in der UdSSR und die dortige innenpolitische Lage, Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, Menschen- und Minderheitenrechte sowie die Entwicklung in den Warschauer-Pakt-Staaten.

325 15.11. Ministerialdirigent Kastrup, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 1706

Kastrup berichtet über ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan, in dessen Mittelpunkt das Ost-West-Verhältnis, Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle und die Zusammenarbeit im Rahmen der NATO standen.

326 16.11. Ministerialdirektor Witte, z. Z. Teheran, an das Auswärtige Amt S. 1709

Witte informiert über seine Verhandlungen zum Abschluß eines deutsch-iranischen Kulturabkommens und die Aussicht für eine baldige Zeichnung der Regierungsvereinbarung über die Wiedereröffnung des Goethe-Instituts in Teheran.

327 16.11. Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1713

Ruhfus berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz. Themen waren die Friedensgespräche über den Angola-Konflikt und die Unabhängigkeit Namibias, die Ausrufung eines palästinensischen Staates durch die PLO, die WEU-Ministerratstagung in London, die KSZE-Folgekonferenz in Wien und der Mandatsentwurf der NATO-Mitgliedstaaten für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa, ferner die Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO und die Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenwaffen (SNF).

328 16.11. Generalkonsul von Bredow, New York, an das Auswärtige Amt S. 1718

Bredow berichtet über den Aufenthalt des Bundeskanzlers Kohl in New York und geht insbesondere auf dessen Rede zum 80. Geburtstag von Simon Wiesenthal und seinen Besuch im Leo Baeck Institute ein.

329 18.11. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 1722

Holik vermerkt die Ergebnisse einer Sitzung des Bundessicherheitsrats. Auf deren Tagesordnung standen eine Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik an der Produktion chemischer Waffen in Libyen, der Abzug amerikanischer Chemiewaffen aus der Bundesrepublik, die Beiträge der Expertengruppe zur Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO sowie die Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenwaffen (SNF) des Bündnisses.

330 18.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Waldner S. 1727

Waldner berichtet über den Besuch des sowjetischen Journalisten Besymenskij im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts zur Einsichtnahme in die Dokumente zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 einschließlich des geheimen Zusatzprotokolls.

331 21.11. Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit Staatsratsvorsitzendem Schiwkow in Sofia S. 1728

Gesprächsthemen sind die bilateralen Beziehungen im Wirtschafts- und Kulturbereich, die innenpolitische und finanzielle

Lage Bulgariens, die Reformpolitik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, sowie die deutsche Frage.

332 22.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident De Mita S. 1736

Kohl und De Mita erörtern die innenpolitische und wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik und Italiens, den Rücktritt des Bundestagspräsidenten Jenninger, den Europäischen Rat auf Rhodos, die Besuche Kohls in der UdSSR und den USA, die Handelsbeziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA, die Reformpolitik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, sowie Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle.

333 23.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem irischen Außenminister, Lenihan S. 1748

Gesprächspunkte sind die Struktur- und Währungspolitik der Europäischen Gemeinschaften, die Vollendung des europäischen Binnenmarktes und die Entwicklung der Handelsbeziehungen mit den USA. Überdies wird die Frage einer KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau erörtert.

334 25.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Alfonsín S. 1750

Themen sind die bilaterale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, die wirtschaftliche und politische Lage Argentiniens und Südamerikas, Populismus als Problem für Demokratien, die innenpolitische Lage von Chile und Paraguay, die Reformpolitik in der UdSSR, der Falkland-Konflikt sowie Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle.

335 25.11. Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit Ministerpräsident Holkeri S. 1757

Erörtert werden die bilateralen Beziehungen, die Stellung der deutschen Sprache in Finnland, die handelspolitische Ausrichtung der Europäischen Gemeinschaften nach Schaffung des Binnenmarktes, die Beziehungen der Bundesrepublik zur UdSSR, die Nationalitätenkonflikte in der Sowjetunion sowie internationale Währungsfragen.

336 25.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Moltke S. 1761

Moltke unterrichtet über einen Hinweis aus dem World Jewish Congress, das aus einem möglichen Treffen zwischen Bundesminister Genscher und dem österreichischen Bundespräsidenten Waldheim eine neuerliche Belastung des Verhältnisses zur Bundesrepublik erwachsen könne.

337 25.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken S. 1762

Vor dem Hintergrund von Verfassungsreformen in der UdSSR informiert Heyken über die innersowjetischen Nationalitätenkonflikte. Dabei legt er den Schwerpunkt auf die Entwicklungen in Aserbaidschan und in Estland.

338 25.11. Botschafter Freiherr von Wechmar, London, an das Auswärtige Amt S. 1767

Wechmar schildert seinen Abschiedsbesuch bei Königin Elisabeth II. Themen seien die bilateralen Beziehungen, die Schaffung des Europäischen Binnenmarktes und die Europapolitik von Premierministerin Thatcher gewesen.

339 25.11. Botschafter Zimmermann, Havanna, an das Auswärtige Amt S. 1768

Zimmermann informiert über den Besuch des saarländischen Ministerpräsidenten auf Kuba. Im Focus stehen Lafontaines Gespräche mit dem Ersten Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kubas, Castro, und mit dem kubanischen Außenminister Malmierca, in denen die innenpolitische und wirtschaftliche Entwicklung Kubas und der Bundesrepublik, die bilateralen Beziehungen, die Umwelt- und Energiepolitik sowie Menschenrechtsfragen erörtert wurden.

340 27.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Özal in Straßburg S. 1773

Kohl und Özal diskutieren die wirtschaftliche Lage der Türkei, die Beziehungen des Landes zu den Europäischen Gemeinschaften, die bilateralen und die griechisch-türkischen Beziehungen, die Wirtschafts- und Militärhilfe der Bundesrepublik, eine finanzielle Förderung des Südost-Anatolien-Projekts sowie den türkischen Antrag auf Mitgliedschaft in der WEU. Weitere Themen sind die Lage im Irak und Iran, die Nationalitätenkonflikte in der UdSSR sowie die Lage im Nahen Osten nach Ausrufung eines unabhängigen palästinensischen Staates durch die PLO.

341 28.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem stellvertretenden iranischen Außenminister Larijani in Teheran S. 1781

Gesprächspunkte sind die Implementierung von Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats und die irakisch-iranischen Friedensverhandlungen in Genf, die Lage der Menschenrechte im Iran, mögliche iranische Hilfe bei Entführungsfällen im Libanon, die amerikanisch-iranischen Beziehungen, deutsche Investitionen sowie mögliche Rüstungsexporte aus der Bundesrepublik.

342 28.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron S. 1786

Citron informiert über die deutsch-sowjetischen Planungsstabskonsultationen in Moskau und weitere Gespräche mit Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Im Zentrum standen Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie vertrauensbildende Maßnahmen zwischen Ost und West.

343 28.11. Botschafter Pfeffer, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1797

Pfeffer stellt Überlegungen zu den Motiven der französischen Regierung an, eine verstärkte Einbindung künftiger Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in den KSZE-Rahmen zu fordern.

344 29.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem iranischen Parlamentspräsidenten Rafsandjani in Teheran S. 1800

Genscher und Rafsandjani erörtern die bilateralen Beziehungen, die Rolle Teherans bei der Befreiung der im Libanon entführten deutschen Staatsangehörigen Cordes und Schmidt, die iranische Haltung zu den USA und der UdSSR sowie die Lage der Menschenrechte im Iran.

345 30.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ackermann S. 1802

Ackermann gibt Auskunft zum Genehmigungsverfahren des COCOM für die Lieferung eines Daten-Kommunikationsnetzes durch die Firma Siemens an die Deutsche Post (DDR). Er äußert sich auch zu der Frage, ob dessen Installierung geeignet sei, die Überwachung des östlichen Kommunikationsverkehrs durch westliche Geheimdienste einzuschränken.

346 30.11. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 1805

Bräutigam unterrichtet über das Verbot der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ sowie sowjetischer Filme in der DDR und führt dies auf den Unwillen der SED zurück, sich kritisch mit der Person Stalins zu befassen.

347 01.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Werndl S. 1808

Werndl unterrichtet über das informelle Treffen der für Kultur zuständigen Minister der EG-Mitgliedstaaten in Athen. Themen waren die kulturelle Zusammenarbeit mit Nicht-EG-Staaten, insbesondere im Rahmen des Projekts „Europäische Stadt der Kultur“, der Bereich der audiovisuellen Medien sowie der freie Verkehr von kulturellen Gütern und Dienstleistungen nach der Vollendung des Binnenmarkts.

348 01.12. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1813

Hansen berichtet über die Sitzung der Eurogroup der NATO in Brüssel. Im Mittelpunkt standen die Neuformulierung eines Gesamtkonzepts der NATO, die Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenwaffen (SNF) sowie die Lastenteilung (burden sharing) innerhalb des Bündnisses.

349 02.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher auf Rhodos S. 1819

Kohl und Thatcher befassen sich mit der NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs im folgenden Jahr, dem Gesamtkonzept der NATO und der Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenwaffen (SNF), dem Europäischen Rat auf Rhodos, der Entwicklung des EG-Binnenmarkts, der Lage in Südafrika, der Finanzierung des deutschen Lieferanteils am Export von Kampfflugzeugen des Typs „Tornado" nach Jordanien und dem Oman sowie mit den Beziehungen zwischen Israel und der PLO.

350 02.12. Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1825

Paschke übermittelt eine Einschätzung der künftigen amerikanischen Außenpolitik unter Präsident Bush, insbesondere hinsichtlich der Beziehungen zu den westlichen Verbündeten, zur UdSSR, zu Afrika, Asien und Lateinamerika. Ferner geht er auf Bushs voraussichtliche Wirtschafts- und Innenpolitik ein.

351 03.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand auf Rhodos S. 1831

Die Gesprächspartner erörtern den Sitz des Europäischen Parlaments, den Vorschlag eines audiovisuellen EUREKA-Programms und eine mögliche Teilnahme von RGW-Mitgliedstaaten hieran, die Lage in Bangladesch, die Tagung des Europäischen Rats, den Besuch Mitterrands in der Sowjetunion, die innenpolitische Lage und die Nationalitätenkonflikte in der UdSSR, außerdem die Frage einer KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau.

352 05.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron S. 1835

Citron berichtet über die Äußerungen sowjetischer Gesprächsteilnehmer bei einer Sitzung des Bergedorfer Gesprächskreises zu einer Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenwaffen (SNF) der NATO.

353 05.12. Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt S. 1839

Ungerer faßt die Ergebnisse des Europäischen Rats auf Rhodos zusammen, der sich der Schaffung des Binnenmarkts, der sozialen und kulturellen Dimension Europas, der wirtschafts- und

währungspolitischen Zusammenarbeit, den audiovisuellen Medien, Umweltfragen sowie der internationalen Rolle der Europäischen Gemeinschaften gewidmet habe.

354 06.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze S. 1845

Genscher und Nitze behandeln den NATO-Doppelbeschluß und das INF-Abkommen, das Verhältnis des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, zum sowjetischen Militärapparat, die innen- und wirtschaftspolitische Lage in der UdSSR und die sowjetische Rüstungskontrollpolitik.

355 07.12. Gespräch des Ministerialdirektors Schlagintweit mit dem Vorsitzenden der Christdemokratischen Partei Panamas, Arias Calderón S. 1848

Die Gesprächspartner erörtern die innen- und wirtschaftspolitische Lage in Panama, das Militärregime unter General Noriega, die amerikanischen Wirtschaftssanktionen, eine mögliche Militärintervention der USA und die Verwaltung des Panama-Kanals.

356 08.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Dumas (Frankreich), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) in Brüssel S. 1852

Gesprächsthemen sind das Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan und dem designierten Präsidenten Bush in New York, die Rede Gorbatschows vor der VN-Generalversammlung, die Radaranlage in Krasnojarsk, die innenpolitische Lage und die Nationalitätenkonflikte in der UdSSR, eine KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau und die Wiener Mandatsgespräche über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa.

357 08.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken S. 1855

Heyken unterzieht die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vor der VN-Generalversammlung einer ersten Bewertung und hebt dabei dessen Vorschläge zur Neuordnung der internationalen Beziehungen, zu Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie zum Friedensprozeß in Afghanistan hervor.

358 08.12. Ministerialdirektor Kastrup, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1859

Kastrup berichtet über die Vierer-Konsultationen der Politischen Direktoren. Gesprächspunkte waren die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vor den Vereinten Nationen, die Frage einer KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau, die KSZE-Folgekonferenz in Wien, die Einigung über einen

Mandatsvorschlag der NATO-Mitgliedstaaten für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa, die Konferenz über das Verbot chemischer Waffen in Paris, ein Gesamtkonzept der NATO und die Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenwaffen (SNF).

359 09.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Bettzuege S. 1864

Bettzuege analysiert die in der VN-Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, angekündigten Schritte zur einseitigen Reduzierung der sowjetischen konventionellen Streitkräfte.

360 09.12. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 1867

Bräutigam gibt den Inhalt eines Gesprächs mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Schabowski, wieder. Im Zentrum standen die Rede des Bundestagspräsidenten Jenninger und die Reformpolitik in den Warschauer-Pakt-Staaten.

361 09.12. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1869

Hansen berichtet über die Sitzung der NATO-Ministerratstagung im kleinsten Kreis. Themen waren das Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan und dem designierten Präsidenten Bush in New York, die Rede Gorbatschows vor den Vereinten Nationen, die KSZE-Folgekonferenz in Wien, Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa, die Lage der Menschenrechte in der UdSSR, die Frage einer KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau sowie die Regionalkonflikte in Angola, Namibia und Afghanistan.

362 09.12. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1877

Hansen resümiert die Diskussion bei der Sitzung der NATO-Ministerratstagung im kleinsten Kreis über die Ausarbeitung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts und eine Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenwaffen (SNF).

363 12.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder S. 1884

Schönfelder stellt den Entwurf eines Berichts des Delors-Ausschusses an den Europäischen Rat über die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion vor. Er gibt ferner Empfehlungen für eine mit Frankreich sowie der Bundesbank abzustimmende Position der Bundesrepublik.

364 12.12. Aufzeichnung des Legationssekretärs Gescher S. 1887

Gescher notiert die Ergebnisse einer Hausbesprechung zur Frage der Einführung des Deutschen als Amtssprache bei der OECD und nennt konkrete Schritte für eine entsprechende Initiative.

365 13.12. Gespräch des Ministerialdirektors Schlagintweit S. 1889

Schlagintweit spricht mit dem Publizisten Nirumand, dem Vorsitzenden des Komitees zur Verteidigung der Menschenrechte im Iran, Rafi, und dem Mitglied des Konsistoriums der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (Region West), Thomä-Venske, über eine Welle von Hinrichtungen im Iran und die Frage, was die Bundesregierung zur Einhaltung der Menschenrechte im Iran beitragen könne.

366 14.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der UVAP, Grósz, in Budapest S. 1891

Erörtert werden die ungarische Reformpolitik und eine Vertiefung der Beziehungen Ungarns zu den Europäischen Gemeinschaften, des weiteren die Reformpolitik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und eine Reduzierung der nuklearen Kurzstreckenwaffen (SNF) in Europa.

367 14.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken S. 1894

Heyken resümiert ein Gespräch des Ministerialdirektors Kastrup mit dem Direktor des sowjetischen Instituts für Marxismus-Leninismus, Smirnow. Gegenstand waren die Tätigkeit der polnisch-sowjetischen Historikerkommission, die sich u. a. mit den Massenerschießungen von Katyń beschäftigt habe, und die archivalische Überlieferung des Hitler-Stalin-Pakts.

368 16.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Trautwein S. 1897

Trautwein informiert über die Ergebnisse der Ministerkonferenz der Uruguay-Runde des GATT in Montreal („mid-term review"). Er geht auf die Liberalisierung des Handels mit tropischen Erzeugnissen ein und weist auf die noch offenen Bereiche hin, vor allem den Agrarhandel.

369 19.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 1899

Jelonek notiert die Ergebnisse seines Gesprächs im französischen Außenministerium über die Ursachen des französischen Handelsbilanzdefizits gegenüber der Bundesrepublik und Möglichkeiten zu dessen Ausgleich.

370 21.12. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Fiedler S. 1902

Angesichts des angekündigten Kurswechsels der PLO gegenüber Israel und dem internationalen Terrorismus sowie der daraufhin erklärten Bereitschaft der USA, mit der PLO in einen Dialog zu treten, erörtert Fiedler den Stand und die Entwicklungsmöglichkeiten des Verhältnisses der Bundesrepublik zur PLO.

371 23.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kruse S. 1905

Kruse erläutert Konzept und administrative Umsetzung einer Errichtung von gemeinsamen deutsch-französischen Auslandsvertretungen in Ulan Bator und Gaborone.

372 23.12. Botschafter Graf zu Rantzau, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1911

Rantzau benennt die offenen Fragen, die den geplanten Abschluß eines KSZE-Schlußdokuments verhindern, und bilanziert die jeweilige Haltung der NATO-Mitgliedstaaten, der Warschauer-Pakt-Staaten sowie der Neutralen und Nichtgebundenen.

373 28.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schlegel S. 1918

Schlegel rekapituliert Informationen zu einer Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik an der Errichtung einer Produktionsstätte für Chemiewaffen in Libyen und zu einem möglichen Militärschlag der USA. Er skizziert die von der Bundesregierung eingeleiteten Schritte.

Literaturverzeichnis

AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, Jahresbände 1949/50–1953, 1961 ff. München 1994–2015 bzw. Berlin/Boston 2016 ff.
ADAP, D	Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D (1937–1945). Band VII: Die letzten Wochen vor Kriegsausbruch 9. August bis 3. September 1939, Baden-Baden 1956. Band VIII: Die Kriegsjahre. Erster Band: 4. September 1939 bis 18. März 1940, Baden-Baden/Frankfurt am Main 1961.
AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, EURATOM), Brüssel 1958 ff.
ARAB-ISRAELI CONFLICT	The Arab-Israeli Conflict. Band IV: The Difficult Search for Peace (1975–1988). 2 Teilbände, hrsg. von John Norton Moore, Princeton, New Jersey 1991.
AUSSENPOLITIK DER DDR	Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. XXVIII: 1980. Bd. XXXIII: 1985, hrsg. vom Institut für Internationale Beziehungen an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR, Potsdam-Babelsberg, in Zusammenarbeit mit der Abteilung Rechts- und Vertragswesen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin [Ost] 1984 und 1988.
AUSSENPOLITISCHE KORRESPONDENZ 1987	Aussenpolitische Korrespondenz, hrsg. von der Hauptabteilung Presse des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, 31. Jahrgang, Berlin [Ost] 1987.
BR DRUCKSACHEN	Verhandlungen des Bundesrates. Drucksachen, Bonn 1949–1990.
BT DRUCKSACHEN	Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Bonn 1950 ff.
BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE	Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bonn 1950 ff.

BULLETIN	Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1951 ff.
BULLETIN DER EG	Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, hrsg. vom Generalsekretariat der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel 1968 ff.
BUNDESANZEIGER	Bundesanzeiger, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1949 ff.
BUNDESGESETZBLATT	Bundesgesetzblatt, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1949 ff.
BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH	Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Wien 1945 ff.
CONSTITUTIONS OF NATIONS	Constitutions of Nations. Second Edition. Band II: France to New Zealand, hrsg. von Amos J. Peaslee, Den Haag 1956.
DEPARTMENT OF STATE BULLETIN	The Department of State Bulletin. The Official Weekly Record of United States Foreign Policy bzw. The Official Monthly Record of United States Foreign Policy, Washington D. C. 1940 ff.
DEPORTATION, SONDERSIEDLUNG, ARBEITSARMEE	Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee. Deutsche in der Sowjetunion 1941 bis 1956, hrsg. von Alfred Eisfeld, Victor Herdt, Köln 1996.
DOKUMENTS ON DISARMAMENT 1978	Documents on Disarmament 1978, hrsg. von der United States Arms Control and Disarmament Agency, Washington D. C. 1980.
DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT	Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit. Bd. XVI: 1978, hrsg. von Hanswilhelm Haefs, Sankt Augustin 1980. Band XXII: 1984, hrsg. von Doris Breuer, Sankt Augustin o. J. Band XXIV: 1987/88, hrsg. von Joachim Krause und Christiane Magiera-Krause, Sankt Augustin o. J.
DzD II/1	Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe: 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955. Band 1: Die Konferenz von Potsdam, hrsg. vom Bundesminister des Innern, Neuwied/Frankfurt am Main 1992.
DzD III/1 bzw. III/2	Dokumente zur Deutschlandpolitik. III. Reihe: 5. Mai 1955 bis 9. November 1958. Band 1: 5. Mai bis 31. Dezember 1955, hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Frankfurt am Main/Berlin 1961. Band 2: 1. Januar bis 31. Dezember 1956, hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Frankfurt am Main/Berlin 1963.

DzD V/2	Dokumente zur Deutschlandpolitik. V. Reihe: 1. Dezember 1966 bis 20. Oktober 1969. Band 2: 1. Januar bis 31. Dezember 1968, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Frankfurt am Main 1987.
DzD VII/1	Dokumente zur Deutschlandpolitik. VII. Reihe: 1. Oktober 1982 bis 3. Oktober 1990. Band 1: 1. Oktober 1982 bis 31. Dezember 1984, hrsg. von Michael Hollmann, Berlin/Boston 2018.
Europa-Archiv	Europa-Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik, Bonn 1946 ff.
Europäische Wirtschafts- und Währungsunion	Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Vom Werner-Plan zum Vertrag von Maastricht. Analyse und Dokumentation, hrsg. von Henry Krägenau und Wolfgang Wetter, Baden-Baden 1993.
Frankreich-Info	Frankreich-Info, hrsg. von der Presse- und Informationsabteilung der Französischen Botschaft, Bonn 1987.
FRUS 1961–1963	Foreign Relations of the United States, 1961–1963. Band X: Cuba, January 1961–September 1962, Washington D. C. 1997.
FRUS 1981–1988	Foreign Relations of the United States, 1981–1988. Band VI: Soviet Union, October 1986–January 1989, Washington D. C. 2016.
De Gaulle	Charles de Gaulle, Discours et messages. Band 4: Pour l' Effort (août 1962–décembre 1965), [Paris] 1970.
Gesetzblatt der DDR	Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin [Ost] 1949 ff.
Gorbatschow, Erinnerungen	Michail Gorbatschow, Erinnerungen. Aus dem Russischen von Igor Petrowitsch Gorodetzki, Berlin 1995.
Gorbatschow, Reden	Michail Gorbatschow, Ausgewählte Reden und Aufsätze. Band 3: Oktober 1985–Juli 1986, Berlin [Ost] 1987. Band 4: Juli 1986–April 1987, Berlin [Ost] 1988. Band 5: April 1987–Dezember 1987, Berlin [Ost] 1990.
Gorbatschow, Sobranie	Michail Sergeevič Gorbačev, Sobranie sočinenij. Band 9 und 12, Moskau 2009.
Gorbatschow und die deutsche Frage	Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986–1991, hrsg. von Aleksandr Galkin und Anatolij Tschernjajew. Deutsche Ausgabe hrsg. von Helmut Altrichter, Horst Möller und Jürgen Zarusky, kommentiert von Andreas Hilger. Aus dem Russischen übertragen von Joachim Glaubitz, München 2011.

HONECKER – GORBATSCHOW	Honecker, Gorbatschow. Vieraugengespräche, hrsg. und eingeleitet von Daniel Küchenmeister unter Mitarbeit von Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1993.
JAHRESBERICHT 1988	Jahresbericht der Bundesregierung 1988, hrsg. vom Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn o. J.
KABINETTSPROTOKOLLE	Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, hrsg. für das Bundesarchiv von Hartmut Weber. Band 14: 1961, bearbeitet von Ulrich Enders und Jörn Filthaut, München 2004.
KOALITION DER VERNUNFT	Die „Koalition der Vernunft". Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, hrsg. von Heinrich Potthoff, München 1995.
KOHL, Erinnerungen 1982–1990	Helmut Kohl, Erinnerungen 1982–1990, München 2005.
LASCHET/MALANGRÉ, Jenninger	Philipp Jenninger. Rede und Reaktion, hrsg. von Armin Laschet und Heinz Malangré, Aachen 1989.
NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974	Texts of Final Communiqués 1949–1974. Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.
NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980	Texts of Final Communiqués (Volume II). Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group 1975–1980, Brüssel o. J.
NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985	Texts of Final Communiqués (Volume III). Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee and the Nuclear Planning Group 1981–1985, Brüssel o. J.
NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990	Texts of Final Communiqués (Volume IV). Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee and the Nuclear Planning Group 1986–1990, Brüssel o. J.
NATO STRATEGY DOCUMENTS	NATO Strategy Documents 1949–1969, hrsg. von Gregory W. Pedlow in Zusammenarbeit mit den NATO International Staff Central Archives, Brüssel [1997].
OSTEUROPA	Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, Stuttgart 1951 ff.
LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE	La Politique Étrangère de la France. Textes et Documents. 1970 (2 Teilbände), 1986 (6 Teil-

bände), 1987 (6 Teilbände), 1988 (6 Teilbände) hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, Paris o. J.

PUBLIC PAPERS, CARTER 1980/81 — Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter 1980–81. Band I: January 1 to May 23, 1980. Band II: May 24 to September 26, 1980. Band III: September 29, 1980 to January 20, 1981, Washington D. C. 1981 bzw. 1982.

PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1961 — Public Papers of the Presidents of the United States. John F. Kennedy. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President, January 20 to December 31, 1961, Washington D. C. 1962.

PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983 — Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1983. Band I: January 1 to July 1, 1983. Band II: July 2 to December 31, 1983, Washington D. C. 1984 bzw. 1985.

PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985 — Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1985. Band I: January 1 to June 28, 1985. Band II: June 29 to December 31, 1985, Washington D. C. 1988.

PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986 — Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1986. Band I: January 1 to June 27, 1986. Band II: June 28 to December 31, 1986, Washington D. C. 1988 bzw. 1989.

PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987 — Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1987. Band I: January 1 to July 3, 1987. Band II: July 4 to December 31, 1987, Washington D. C. 1989.

PUBLIC PAPERS, REAGAN 1988–89 — Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1988–89. Band I: January 1 to July 1, 1988. Band II: July 2, 1988 to January 19, 1989, Washington D. C. 1990 bzw. 1991.

REICHSGESETZBLATT — Reichsgesetzblatt, hrsg. vom Reichsministerium des Innern, Berlin 1919–1945.

RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 41. Tagung — Vereinte Nationen. Resolutionen und Beschlüsse der Generalversammlung. Einundvierzigste Tagung. Band I: 16. September–19. Dezember 1986. Generalversammlung. Offizielles Protokoll: Einundvierzigste Tagung. Beilage Nr. 53 (A/41/53), New York 1987.

RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 42. Tagung — Vereinte Nationen. Resolutionen und Beschlüsse der Generalversammlung. Zweiundvierzigste Tagung. Band I: 15. September–21. Dezember 1987. Generalversammlung. Offizielles Protokoll: Zweiundvierzigste Tagung. Beilage Nr. 49 (A/42/49), New York 1988.

RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 43. Tagung	Vereinte Nationen. Resolutionen und Beschlüsse der Generalversammlung. Dreiundvierzigste Tagung. Band I: 20. September–22. Dezember 1988. Generalversammlung. Offizielles Protokoll: Dreiundvierzigste Tagung. Beilage 49 (A/43/49), New York 1989.
RESOLUTIONS AND DECISIONS 1982	United Nations. Resolutions and Decisions of the Security Council 1982. Security Council. Official Records: Thirty-Seventh Year, New York 1983.
RESOLUTIONS AND DECISIONS 1987	United Nations. Resolutions and Decisions of the Security Council 1987. Security Council. Official Records: Forty-Second Year, New York 1988.
RESOLUTIONS AND DECISIONS 1988	United Nations. Resolutions and Decisions of the Security Council 1988. Security Council. Official Records: Forty-Second Year, New York 1989.
SBORNIK MEŽDUNARODNYCH DOGOVOROV SSSR	Sbornik meždunarodnych dogovorov SSSR. Band XLIV: Meždunarodnye dogovory SSSR, vstupivšie v silu s 1 janvarja po 31 dekabrja 1988 goda, Moskau 1990.
SCHNEIDER, Moskaus Leitlinie	Eberhard Schneider, Moskaus Leitlinie für das Jahr 2000. Die Neufassung von Programm und Statut der KPdSU, München 1987.
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2	Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Analyse und Dokumentation 1973–1978, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Wolfgang Mallmann und Christian Meier (= Dokumente zur Außenpolitik, Band II/2, hrsg. von Fritz T. Epstein, Alexander Fischer, Walther Hofer, Hans-Adolf Jacobsen, Boris Meissner, Eberhard Menzel, Georg von Rauch, Gotthold Rhode), Köln 1978.
SOUTHEAST ASIA DOCUMENTS	Southeast Asia Documents of Political Development and Change, hrsg. von Roger M. Smith/Clark D. Neher, Ithaca, NY, 1974.
STAATSGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1920	Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich, Jahrgang 1920, Wien 1920.
STALIN, Über den Großen Vaterländischen Krieg	Josef Stalin, Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, 3. Auflage, Moskau 1946.
STRAFGESETZBUCH	Strafgesetzbuch und Nebengesetze, erläutert von Eduard Dreher und fortgeführt von Herbert Tröndle, 44. Auflage, München 1988.
TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK III/4	Texte zur Deutschlandpolitik. Reihe III. Band 4: 9. Januar 1986–31. Dezember 1986, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1987.

UN DISARMAMENT YEARBOOK 1987	The United Nations Disarmament Yearbook 1987, hrsg. vom Department of Disarmament Affairs, New York 1988.
UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings	United Nations. Official Records of the General Assembly. Twenty-Ninth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings, 17 September–10 October 1974, 3 Bände, New York 1986.
UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I	United Nations Resolutions. Series I: Resolutions Adopted by the General Assembly, 24 Bände, hrsg. von Dusan J. Djonovich, Dobbs Ferry, New York 1973–1988.
UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II	United Nations Resolutions. Series II: Resolutions and Decisions Adopted by the Security Council, 11 Bände, hrsg. von Dusan J. Djonovich, Dobbs Ferry, New York 1988–1992.
UNTS	United Nations Treaty Series. Treaties and International Agreements Registered or Filed and Recorded with the Secretariat of the United Nations, New York 1946/47 ff.
US STATUTES AT LARGE 1974, Bd. 88	United States. Statutes at Large. Containing the Laws and Concurrent Resolutions Enacted During the First Session of the Ninety-Third Congress of the United States of America 1974 and Proclamations. Band 88 (2 Teilbände), Washington D. C. 1976.
U.S. TREATIES AND OTHER INTERNATIONAL AGREEMENTS	United States Treaties and International Agreements, hrsg. im Auftrag des Secretary of State, Band 7, Teil 2 (1956), Washington D. C. 1956.
VEDOMOSTI VERCHOVNOGO SOVETA	Vedomosti Verchovnogo Soveta Sojuza Sovetskich Socialističeskich Respublik, Moskau 1954 ff.
VERFASSUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN STAATEN	Verfassungen der kommunistischen Staaten, hrsg. von Georg Brunner und Boris Meissner, Paderborn 1980.
VERTRAG ÜBER KONVENTIONELLE STREITKRÄFTE	Rüdiger Hartmann/Wolfgang Heydrich/Nikolaus Meyer-Landrut, Der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa. Vertragswerk, Verhandlungsgeschichte, Kommentar, Dokumentation, Baden-Baden 1994.
YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS	Yearbook of the United Nations, hrsg. vom Department of Public Information, New York 1947 ff.

Abkürzungsverzeichnis

A	Austria (Österreich)
AA	Auswärtiges Amt
AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland
ABC	American Broadcasting Company
ABM	Anti-Ballistic Missile
Abt.	Abteilung
ACDA	Arms Control and Disarmament Agency
AFG	Afghanistan
AG	Aktiengesellschaft bzw. Arbeitsgruppe
AGY/ÄGY	Ägypten
AHG	Ad-hoc-Gruppe
AID	(United States) Agency for International Development
AIDS	Acquired Immune Deficiency Syndrome
AKP	Afrika, Karibik, Pazifik
AL	Abteilungsleiter bzw. Arabische Liga
ALB	Albanien
ALCM	Air-Launched Cruise Missile
ALG	Algerien
AM	Außenminister
ANC	African National Congress
Anlg.	Anlage(n)
AR	Amtsrat
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
ARENA	Alianza Republicana Nacionalista
ARG	Argentinien
AS	Arbeitsstab
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
ASMP	Air-sol moyenne portée
AStV	Ausschuß der Ständigen Vertreter
AU/AUT	Austria (Österreich)
AV	Auslandsvertretung
AWACS	Airborne Warning and Control System
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
AWV	Außenwirtschaftsverordnung
Az/AZ	Aktenzeichen
B	Belgien
B. A.	Bachelor of Arts
BAW	Bundesamt für Wirtschaft
BdKJ	Bund der Kommunisten Jugoslawiens
BEN	Benin
BfAI	Bundesstelle für Außenhandelsinformation
BIOst	Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich

BK	Bundeskanzler(amt)
BKA	Bundeskanzleramt bzw. Bundeskriminalamt
BM	Bundesminister/ium
BMA	Bundesminister/ium für Arbeit und Soziales
BMB	Bundesminister/ium für innerdeutsche Beziehungen
BMBW	Bundesminister/ium für Bildung und Wissenschaft
BMF	Bundesminister/ium der Finanzen
BMFT	Bundesminister/ium für Forschung und Technologie
BMI	Bundesminister/ium des Innern
BMJ	Bundesminister/ium der Justiz
BMJFFG	Bundesminister/ium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit
BML	Bundesminister/ium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMP	Bundesminister/ium für das Post und Fernmeldewesen
BMU	Bundesminister/ium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMV	Bundesminister/ium für Verkehr
BMVg	Bundesminister/ium der Verteidigung
BMWi	Bundesminister/ium für Wirtschaft
BMZ	Bundesminister/ium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
BND	Bundesnachrichtendienst
Bo	Botschafter
BP	Bundespräsident
BPA	Bundespresseamt
BR	Bundesrepublik
BR (I)	Botschaftsrat/rätin (I. Klasse)
BRA	Brasilien
BReg	Bundesregierung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSP	Bruttosozialprodukt
BSR	Bundessicherheitsrat
BStM	Büro Staatsminister/in
BStS	Büro Staatssekretäre
BUL/BULG	Bulgarien
BuPräs	Bundespräsident
BW	Bundeswehr
CAN	Canada
CAST	Canadian Air-Sea Transportable Brigade Group
CBS	Columbia Broadcasting System
CD	Christdemokraten bzw. Colonia Dignidad bzw. Committee on Disarmament
CDH	Conférence sur la dimension humaine
CDN	Canada
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CH	Confoederatio Helvetica (Schweiz)
ChBK	Chef des Bundeskanzleramts
CHD	Conference on the Human Dimension
ChefBK	Chef des Bundeskanzleramts
CHI/CHN	China (Volksrepublik)

CHL	Chile
CIA	Central Intelligence Agency
CM	Cruise Missile
COCOM	Coordinating Committee for East-West Trade Policy
COMECON	Council for Mutual Economic Aid/Assistance
COREU	Correspondence européenne
COS	Costa Rica
COSATU	Congress of South African Trade Unions
CSCE	Conference on Security and Cooperation in Europe
ČSSR	Československá Socialistická Republika
CST	Conventional Stability Talks
CSU	Christlich-Soziale Union
CTB(T)	Comprehensive Test Ban (Treaty)
CW	Chemiewaffen
CYP	Cyprus
D	Democrat bzw. Deutschland bzw. (Ministerial-)Direktor
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DÄN/DAN	Dänemark
DB	Drahtbericht
DBT	Deutscher Bundestag
DC	Democrazia Cristiana
DC(A)	Dual Capable (Aircraft)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DE	Drahterlaß
DEA	Drug Enforcement Administration
DEG	Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
Dg	(Ministerial-)Dirigent
DGAP	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIA	Defense Intelligence Agency
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
DINA	Dirección de Inteligencia Nacional
DK	Dänemark
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DL	Delegationsleiter
DM	Deutsche Mark
DOM Rep	Dominikanische Republik
DPC	Defence Planning Committee
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DU	Depleted Uranium
DVO	Durchführungsverordnung
DW	Deutsche Welle bzw. Dritte Welt
E	España
EAD	Europäisch-Arabischer Dialog
EAGFL	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
ECE	Economic Commission for Europe
ECOFIN	Economic and Financial Affairs Council
ECOSOC	Economic and Social Council

ECU	European Currency Unit
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EFTA	European Free Trade Association
EG(K)	Europäische Gemeinschaften(-Kommission)
EH	Entwicklungshilfe
EIB	Europäische Investitionsbank
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EL	Entwicklungsländer
ELS	El Salvador
EP	Europäisches Parlament
EPLF	Eritrean People's Liberation Front
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ER	Europäischer Rat
ESA	European Space Agency
ETA	Euskadi Ta Askatasuna
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EVP	Europäische Volkspartei
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Währungssystem
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
F/FR/FRA	Frankreich
FCO	Foreign and Commonwealth Office
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FIN	Finnland
FK	Flugkörper
FLN	Front de Libération Nationale
FLS	Frontlinienstaaten
FM	Finanzminister
FMLN	Frente Farabundo Martí para la Liberacíon Nacional
FN	Front National
FNLA	Frente Nacional de Libertação de Angola
FRELIMO	Frente de Libertação de Moçambique
FRG	Federal Republic of Germany
FROG	Free Rocket Over Ground
FS	Fernschreiben
FSLN	Frente Sandinista de Liberación Nacional
FüS	Führungsstab der Streitkräfte
FZ	Finanzielle Zusammenarbeit
G/GR/GRI	Griechenland
G7	Gruppe der Sieben
G77	Gruppe der Siebenundsiebzig
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GB	Großbritannien
GCC	Gulf Cooperation Council
GD	Generaldirektor
GDR	German Democratic Republic

GE/GER	German/Germany
GG	Grundgesetz
GI	Goethe-Institut
GK	Gefechtskopf bzw. Generalkonsul/at
GLCM	Ground-Launched Cruise Missile
GNP	Gross National Product
GPG	General Political Guidelines
GRO	Großbritannien
GS	Generalsekretär
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
GUA	Guatemala
GV	Generalversammlung
HDTV	High Definition Television
HLG	High Level Group
HLTF	High Level Task Force
HON	Honduras
I/IT/ITA	Italien
IAEO	Internationale Atomenergie-Organisation
IC(E)	Intercity(-Express)
ICAO	International Civil Aviation Organization
ICBM	Intercontinental Ballistic Missile
IDA	International Development Association
IFK	Internationale Friedenskonferenz
IG	Industriegewerkschaft
i. G.	im Generalstab
IGH	Internationaler Gerichtshof
IGM	Industriegewerkschaft Metall
IK	Internationale Konferenz
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IL	Industrieländer
IMEMO	Institut mirovoj ėkonomiki i meždunarodnych otnošenij
IMF	International Monetary Fund
IMK	Interministerielle Kommission
INA	Iraqi News Agency
INF	Intermediate-Range Nuclear Forces
INI	Indien
INO/INS	Indonesien
IRA	Irish Republican Army
IRK	Irak
IRL	Irland
IRN	Iran
ISL	Island
ISR	Israel
IWF	Internationaler Währungsfonds
J/JAN/JAP	Japan
JOR	Jordanien
JUG	Jugoslawien
KAB	Kambodscha
KAN	Kanada
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KGB	Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti
KKW	Kernkraftwerk
KMK	Kultusministerkonferenz
KOL	Kolumbien
KOM	(Europäische) Kommission
KOR	(Süd-)Korea

KP	Kommunistische Partei
KPČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPE	Kommunistische Partei Estlands
KPI	Kommunistische Partei Italiens
KPTsch	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KRK	Konventionelle Rüstungskontrolle
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KT	Kilotonne
KUB	Kuba
KUW	Kuwait
KVAE	Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa
KWFZ	Kernwaffenfreie Zone
KWKG	Kriegswaffenkontrollgesetz
KZ	Konzentrationslager
Kzl. I	Kanzler I. Klasse
L	(Referats-)Leiter bzw. Luxemburg
LA	Lateinamerika
LDC/LLDC	Least Developed Countries
LDP	Liberal Democratic Party of Japan
LG	Landgericht
LIY	Libyen
L MB	Leiter Ministerbüro
L Pl	Leiter Planungsstab
LR (I)	Legationsrat/rätin (I. Klasse)
LRINF	Long-Range Intermediate-Range Nuclear Forces
LS	Legationssekretär/in
LUX	Luxemburg
MAL	Malaysia
MB	Ministerbüro
MBFR	Mutual and Balanced Force Reductions
MC	Military Committee
MD	Ministerialdirektor
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestags
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MDg	Ministerialdirigent
MEKO	Mehrzweck-Kombination
MESZ	Mitteleuropäische Sommerzeit
MEX	Mexiko
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
MFO	Multinational Force and Observers
MilAttStab	Militärattachéstab
MIRV	Multiple Independently Targetable Reentry Vehicle
MLF	Multilateral Force
MLT	Malta
MOB	Mobilmachung
MoD	Ministry of Defence
MoU	Memorandum of Understanding
MP	Ministerpräsident/in

MPLA	Movimento Popular de Libertação de Angola
MR	Menschenrechte bzw. Ministerialrat bzw. Ministerrat
MRCA	Multi-Role Combat Aircraft
MRK	Menschenrechtskommission
MS	Mitgliedstaat/en
MVR	Mongolische Volksrepublik
N	Norwegen
NAM	Namibia
NASA	National Aeronautics and Space Administration
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NfD	Nur für den Dienstgebrauch
NGO	Non-Governmental Organization
NIC	Nicaragua
NKWD	Narodnyj Kommissariat Vnutrennich Del
NL	Niederlande
N+N	Neutrale und Nichtgebundene (Staaten)
NNA	Neutral and Non-Aligned (States)
NO	Naher Osten
NOR	Norwegen
NPG	Nukleare Planungsgruppe
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus
NSC	National Security Council
NSWP	Nicht-Sowjetische Warschauer-Pakt-Staaten
NV/NVV	Nichtverbreitung/ Nichtverbreitungsvertrag
NVA	Nationale Volksarmee
NWG	Norwegen
Ö	Österreich
OAE	Organisation für Afrikanische Einheit
OAPEC	Organization of Arab Petroleum Exporting Countries
OAS	Organization of American States
OAU	Organization of African Unity
ODA	Official Development Assistance
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OECS	Organisation of Eastern Caribbean States
OFD	Oberfinanzdirektion
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries
ORR	Oberregierungsrat
OZ	Ortszeit
P (I/Ia/Ib/II)	Pershing (I/Ia/Ib/II)
P/POR/PORT	Portugal
PAK	Pakistan
PAN	Panama
PASOK	Panellinio Sosialistiko Kinima
PB	Politbüro
PCD	Partido Demócrata Cristiano de El Salvador
PCI	Partito Comunista Italiano
PEN	Poets, Essayists, Novelists
PER	Peru
PK	Politisches Komitee
PKK	Partiya Karkerên Kurdistanê
PL/POL	Polen

PLI	Partito Liberale Italiano
PLO	Palestine Liberation Organization
PM	Premierminister/in
PNC	Palestinian National Council
PNET	Peaceful Nuclear Explosions Treaty
PÖA	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Pol	Politik/Politische
Präs.	Präsident/schaft
PRI	Partito Repubblicano Italiano
Prot	Protokoll
PS	Parti socialiste
PSDI	Partito Socialista Democratico Italiano
PSI	Partito Socialista Italiano
PSP	Parti socialiste progressiste
PStS	Parlamentarischer Staatssekretär
PTG	Portugal
PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
RA	Rechtsanwalt
RAND	Research and Development
RD	Regierungsdirektor
RE	Rechnungseinheit bzw. Runderlaß
Ref.	Referat
RENAMO	Resistência Nacional Moçambicana
Res.	Resolution
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
RH	Rechtshilfe
RK	Rechts- und Konsular-
RL	Referatsleiter
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
RUM	Rumänien
S	Schweden
SA	Schlußakte bzw. Südafrika
SAA	Saudi-Arabien
SACEUR	Supreme Allied Commander Europe
SADCC	Southern African Development Coordination Conference
SALT	Strategic Arms Limitation Talks
SAM	Sowjetisches Außenministerium
SAR	Saudi-Arabien/Südafrika
SB	Sonderband
SBE	Sonderberichterstatter
SCG	Special Consultative Group
SCN	Schweden
SCZ	Schweiz
SDI	Strategic Defense Initiative
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SF	Suomi-Finnland
SGV	Sondergeneralversammlung
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe
SK	Sprengkopf
SLBM	Submarine-Launched Ballistic Missile
SLCM	Sea-Launched Cruise Missile
SNF	Short-Range Nuclear Force
SO	Sonderband
SOW	Sowjetunion

SP/SPA	Spanien
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SR	Sicherheitsrat
SRBM	Short-Range Ballistic Missile
SRINF	Short-Range Intermediate-Range Nuclear Forces
SRR	Sicherheitsratsresolution
SS	Schutzstaffel
SSR	Sozialistische Sowjetrepublik
StA	Staatsanwaltschaft
START	Strategic Arms Reduction Talks
StäV	Ständige Vertretung
StGB	Strafgesetzbuch
StM	Staatsminister/in
StP/StPr/ StPräs	Staatspräsident
StS	Staatssekretär
StV	Ständiger Vertreter
SU	Sowjetunion
SUA	Südafrika
SV	Sichtvermerk
SWAPO	South West Africa People's Organization
SWG	Special Working Group
SYR	Syrien
SZR	Sonderziehungsrechte
T	Türkei
TASS	Telegrafnoje agentstwo Sowjetskogo Sojusa
Tgb.	Tagebuch
THA	Thailand
TNF	Theater Nuclear Forces
TNS	Teilnehmerstaaten
TO(P)	Tagesordnung(-spunkt)
TPLF	Tigray People's Liberation Front
TR	Türkei
TSE/TSL	Tschechoslowakei
TTBT	Threshold Test Ban Treaty
TTR	Trägertechnologieregime
TU/TUR	Türkei
TZ	Technische Zusammenarbeit
UAG	Unterarbeitsgruppe
UDF	United Democratic Front
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UK	United Kingdom
UN	United Nations
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNDOF	United Nations Disengagement Observer Force
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNFICYP	United Nations Peace-keeping Force in Cyprus
UNG	Ungarn
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNICEF	United Nations International Children's Emergency Fund
UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon
UNIIMOG	United Nations Iraq–Iran Military Observer Group
UNITA	União Nacional para a Independência Total de Angola

UNO	United Nations Organization
UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East
UNTAG	United Nations Transition Assistance Group
UR/URU	Uruguay
US/USA	United States of America
USAP	Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei
UStS	Unterstaatssekretär
VAE	Vereinigte Arabische Emirate
VAM	Vizeaußenminister
VAT	Vatikanstadt
VBM	Vertrauensbildende Maßnahmen
VDK	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge
VEN	Venezuela
VH	Verteidigungshilfe
VIE	Vietnam
VK	Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland
VKSE	Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa
VLR (I)	Vortragende/r Legationsrat/ rätin (I. Klasse)
VM	Verteidigungsminister
VMA	Vier-Mächte-Abkommen
VN	Vereinte Nationen
VP	Vizepräsident
VR	Volksrepublik
VRCh	Volksrepublik China
VS(-v)	Verschlußsache (vertraulich)
VSBM	Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen
WAB	Währungsausgleichs-betrag
WEOG	Western European and Others Group
WEU	Westeuropäische Union
WFT	Wiener Folgetreffen
WINTEX	Winter Exercise
WJC	World Jewish Congress
WP	Warschauer Pakt
WT	Wiener Treffen
WTA	Welttextilabkommen
WTZ	Wissenschaftlich-technische Zusammen-arbeit
WÜK	Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen
WV	Wiedervorlage
WWG	Weltwirtschaftsgipfel
YUG	Yugoslavia
ZA	Zentralamerika
ZANU	Zimbabwe African National Union
ZAPU	Zimbabwe African People's Union
ZAR	Zentralafrikanische Republik
ZK	Zentralkomitee
ZKI	Zollkriminalinstitut
ZYP	Zypern

Dokumente

1

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem norwegischen Außenminister Stoltenberg

205-321.11 NWG **5. Januar 1988**[1]

Gespräch des BM mit norwegischem AM Stoltenberg am 5.1.1988[2]

Das Treffen mit NWG-AM Stoltenberg begann um 8.00 Uhr mit einem Frühstücksgespräch unter vier Augen. Es wurde um 10.15 Uhr im Delegationskreis fortgesetzt und mit einem Mittagessen abgeschlossen. Anlaß des Gesprächs war der Beginn unserer EG/EPZ-Präsidentschaft.[3] Sprache: BM deutsch, NWG-AM englisch.

1) *BM* begrüßte NWG-AM als ersten Gast der deutschen Präsidentschaft. Er schlug vor, die Themen des Frühstücksgesprächs (West/Ost; Abrüstung; Norwegen/EPZ) im Delegationsrahmen weiter „aufzuarbeiten".

AM dankte für persönlichen Charakter des Frühstücksgesprächs, den er zu schätzen wisse. Treffen mit BM entspreche Bedürfnis nach Fortsetzung der normalen Kontakte, diene aber auch der Kontaktaufnahme mit der Präsidentschaft. Es sei kein Geheimnis, daß NWG einen möglichst engen Kontakt zur Gemeinschaft wünsche, einmal aus wirtschaftlichen, vor allem jedoch aus politischen Gründen. Norwegen sei Teil Westeuropas und sehe durchaus, daß im Rahmen der EG europäische Politik formuliert werde.

BM begrüßte die norwegische Absicht, die Beziehungen zur EPZ noch enger zu gestalten. Er habe die Absicht, darüber mit seinen Kollegen auf dem nächsten Gymnich-Type-Treffen[4] zu sprechen. Beide Ministerien sollten sich Gedanken über mögliche Modelle und Alternativen machen, über die man sprechen könne. Er unterstütze den norwegischen Wunsch nach einem noch intensiveren Verhältnis zur EPZ, werde sich aber, (was die Möglichkeit der Zusammenarbeit angehe), gegenüber seinen Kollegen im Detail etwas vorsichtiger äußern müssen.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schneppen am 6. Januar 1988 gefertigt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Von BM noch nicht gebilligt!"

2 Der norwegische Außenminister Stoltenberg hielt sich am 4./5. Januar 1988 in der Bundesrepublik auf.

3 Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 die EG-Ratspräsidentschaft inne. Am 29. Dezember 1987 wurde von Referat 200 vermerkt: „Norwegen beschreibt die Regelung seiner Kontakte mit der EPZ mit dem Begriff der ‚Stray-Tindemans-Ordnung'. Hierbei handelt es sich um eine im Januar 1982 zu Beginn der damaligen belgischen Präsidentschaft zwischen beiden Außenministern getroffene informelle Abrede, die von allen folgenden Präsidentschaften übernommen, d. h. jeweils zu Präsidentschaftsbeginn ad hoc erneuert worden ist. Die zwischen der EPZ und Norwegen bestehenden Kontakte sind nach Umfang und Inhalt besonders eng. Zu Beginn jeder Präsidentschaft findet ein AM-Treffen statt, ferner wird Norwegen zusammen mit ‚like-minded' Staaten über die Ergebnisse der Beratungen des Politischen Komitees und der Ministertreffen unterrichtet. […] Aufgrund der positiven Einschätzung des derzeitigen Standes und der Entwicklungsperspektiven der EPZ, die zuletzt im Europa-Weißbuch der norwegischen Regierung Ausdruck fand, ist der norwegische Wunsch nach Fortsetzung und Vertiefung der Konsultationen mit der EPZ ein ceterum censeo in den Begegnungen mit Politikern aus der Bundesrepublik Deutschland geworden." Vgl. Referat 205, Bd. 160033.

4 Das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ fand am 5./6. März 1988 in Konstanz statt.

2) BM resümierte dann die Abrüstungsproblematik aus deutscher Sicht.

Die Bemühungen von USA und SU, ihre strategischen Potentiale um 50% zu reduzieren, hätten unsere Unterstützung; dies läge auch im europäischen Interesse. INF[5] dürfe kein isolierter Schritt bleiben, sondern müsse der Beginn einer Kette werden. Auf den Nägeln brenne uns insbesondere die Frage eines weltweiten Verbotes von CW, wo die Proliferationsgefahr groß sei und wo die Gefahr bestehe, daß sie zum Ersatz für Nuklearwaffen würden. Wir drängten darauf, daß die Genfer Verhandlungen konstruktiv zu Ende geführt würden, wobei festzustellen sei, daß sich die SU den Möglichkeiten der Verifikation weit geöffnet habe. Im übrigen gelte im Abrüstungsbereich das in Reykjavik[6] und Brüssel[7] Beschlossene, das von manchen unserer Verbündeten nicht mehr ganz so ernstgenommen werde. Hier gelte es, Druck zu machen; er werde hier nicht locker lassen. Auch bei den konventionellen Waffen bestehe zwischen uns und NWG Übereinstimmung. Man müsse mit der Reduzierung von Großgerät beginnen, wo die Überlegenheit der SU, etwa bei den Panzern, besonders signifikant sei. Bei den Verhandlungen über konventionelle Stabilität müsse man mit großem Nachdruck an den Abbau von Überlegenheiten gehen.[8] Den konventionellen

5 Für den Wortlaut des amerikanisch-sowjetischen Vertrags vom 8. Dezember 1987 über die Beseitigung der Mittelstreckenwaffen kürzerer und mittlerer Reichweite („INF-Vertrag“) vgl. UNTS, Bd. 1657, S. 4–595. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 18–30 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1987, II, Dok. 360.

6 Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 174.

7 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 86–91. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 108–112. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, II, Dok. 369.

8 Am 17. Februar 1987 fand in Wien im Rahmen der dritten KSZE-Folgekonferenz die erste informelle Sitzung von Vertretern der Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Pakts statt mit dem Ziel, „in Ost-West-Gespräche über die Ausarbeitung eines neuen Mandats für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in ganz Europa einzutreten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 200 des Botschafters Citron, Wien (KRK-Delegation), vom selben Tag; Referat 221, Bd. 144807.
Am 22. Juni 1987 legten die Warschauer-Pakt-Mitgliedstaaten und am 27. Juli 1987 die NATO-Mitgliedstaaten Entwürfe für ein Verhandlungsmandat vor. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 886/887 Citrons vom 22. Juni 1988; Referat 221, Bd. 144806. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, II, Dok. 216.
Citron resümierte am 1. Dezember 1987: „In bisher 36 Begegnungen haben die 23 bei ihrem Versuch, ein Mandat für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vom Atlantik bis zum Ural auszuarbeiten, wichtige Annäherungen erzielen können. Die Tatsache, daß bisher lediglich zwei Sätze eher peripherer Natur notiert werden konnten (Schritt-für-Schritt-Vorgehen/Prinzip unverminderter Sicherheit; Satzgerüst zu Ort und Verhandlungsbeginn zukünftiger Verhandlungen im Jahre 1988), sollte nicht vergessen lassen, daß es gelungen ist, in einer Reihe zentraler Fragen den WP zu einer weitgehenden Übernahme westlicher Konzepte zu bewegen: 1) Es besteht kein Zweifel, daß auch der WP inzwischen davon ausgeht, daß KRK-Verhandlungen im 23er-Kreis zumindest beginnen werden; der WP ist jetzt auch bereit (in der Präambel), einen Hinweis auf die Militärallianzen zu akzeptieren, deren sicherheitspolitische Rolle in Europa eine Beschränkung des Teilnehmerkreises von KRK-Verhandlungen im KSZE-Rahmen auf die 23 legitimiert. […] 2) In der zentralen Frage der Beschreibung der Ziele von KRK-Verhandlungen hat der WP den westlichen Ansatz und die westliche Sprache nahezu ohne Abstriche akzeptiert. Damit hat sich die westliche Trias – Herstellung eines stabilen und sicheren Gleichgewichts auf niedrigerem Niveau; Beseitigung von Disparitäten; Beseitigung der Fähigkeit zu Überraschungsangriffen und großangelegten Offensivaktionen – voll gegen den ursprünglichen WP-Ansatz durchgesetzt, Reduzierungen als solche zu einem Hauptziel der Verhandlungen zu erheben. […] 3) Auch in der Frage der Beschränkungen des Gegenstandsbereichs von KRK-Verhandlungen auf konventionelle Streitkräfte hat der WP sich auf den Westen zubewegt. Seine ursprüngliche Forderung, auch über taktische Nuklearwaffen zu verhandeln, hat er bereits am 19.10. in die unspezifische Forderung umgewandelt, nach der ‚interessierte Staaten … im Verlauf der Ver-

Streitkräften dürften nur defensive Aufgaben zukommen, während ihnen die Fähigkeit zum Angriff zu nehmen sei. Daß beide Seiten über gleiche Stärken verfügten, genüge allein nicht, wie das Beispiel des Ersten Weltkrieges zeige. In der Strategie der Kriegsverhinderung müsse zum Gleichgewicht hinzukommen, daß den Streitkräften die Fähigkeit zur raumgreifenden Offensive genommen werde. Hierbei verwies BM auf Zahlenangaben, die Karpow im Gespräch am 12.12.87 genannt habe[9], die – wenn sie auch nicht ganz unseren Zahlen entsprächen – immerhin bewiesen, daß die SU ihre Überlegenheit (in bestimmten Bereichen) anerkenne. Sein (BM) besonderes ceterum censeo aber bleibe die Forderung nach der Vorbereitung eines Mandats für Verhandlungen über Raketen kürzerer Reichweite, womit manche unserer Verbündeten noch Probleme hätten.[10] Hier handle es sich nicht um eine (vorübergehende) Idee, sondern um etwas, was man weiterverfolgen werde. Gleichzeitig gelte es, weitere VSBM zu entwickeln.

3) Einzubetten sei dies alles in den Ausbau und die Vertiefung unserer Beziehungen zur SU und den Staaten des WP. Schewardnadse werde in knapp zwei Wochen Bonn besuchen[11]; der Bundespräsident habe einen guten Besuch in der SU gemacht[12]. Der deutsche Beitrag zu INF sei von den Sowjets positiv gewürdigt worden. Strauß habe jetzt die vom Auswärtigen Amt seit langem vertretene Linie bekräftigt, daß es sich lohne, die neue Entwicklung in der SU ernst zu nehmen.[13] (*AM* verweist an dieser Stelle auf den bevorstehenden Besuch

Fortsetzung Fußnote von Seite 2

handlungen' die mit der Begrenzung und Reduzierung taktischer Nuklearwaffen zusammenhängenden Probleme ‚prüfen' (consider) sollten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1865; Referat 221, Bd. 144807.

9 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Abrüstungsbeauftragten Karpow vgl. AAPD 1987, II, Dok. 368.

10 Nukleare Kurzstreckenwaffen (SNF) mit einer Reichweite von unter 500 km wurden im amerikanisch-sowjetischen Vertrag vom 8. Dezember 1987 über die Beseitigung der Mittelstreckenwaffen kürzerer und mittlerer Reichweite nicht berücksichtigt. Zu den damit verbundenen Fragen vgl. AAPD 1987, II, Dok. 327 und Dok. 373.
Legationsrat I. Klasse Beck vermerkte am 21. Januar 1988, Ministerialdirigent von Ploetz habe am 19. Januar 1988 gegenüber dem Internationalen Stab der NATO zur Interessenlage der Bundesrepublik festgestellt: „Er, Dg 20, könne keine Vorschläge zu Modernisierungsentscheidungen empfehlen, solange wir uns nicht auch über das Konzept von SNF im Kontext der für die NATO verfügbaren Nuklearwaffen anderer Reichweiten und der Rolle französischer und britischer Nuklearwaffen klargeworden seien. Es wäre wünschenswert, daß hierüber auch ein europäisches Gespräch geführt werde. Es könne jetzt nicht darauf ankommen […], Pakete zu schnüren. Wichtiger sei, sich auf das Grundsätzliche zu verständigen, damit der rüstungskontrollpolitische Ansatz von einem soliden strategischen Fundament aus entwickelt werden könne. Zu dem Fundament gehöre Übereinstimmung über Legitimität und Unverzichtbarkeit des nuklearen Elements; Notwendigkeit amerikanischer Nuklearwaffen in und für Europa; grundsätzliche Entschlossenheit, das – unter Berücksichtigung aller relevanten Faktoren, besonders der Entwicklung der Bedrohung in allen Bereichen und der Rüstungskontrollverhandlungen – gemeinsam für notwendig Gehaltene im Verteidigungsbereich zu tun, wenn es notwendig sei. Es sei in der Tat auch nach unserer Auffassung, auch der des BMVg, so, daß jetzt keine Modernisierungsentscheidungen anstünden. Wir seien aber nicht bereit, anderen ein Droit de regard einzuräumen." Vgl. VS-Bd. 12244 (220); B 150, Aktenkopien 1988.

11 Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 17. bis 19. Januar 1988 vgl. Dok. 18 und Dok. 22.

12 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte in Begleitung von Bundesminister Genscher vom 6. bis 11. Juli 1987 die UdSSR. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 203, Dok. 206 und Dok. 212.

13 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 31. Dezember 1987, der bayerische Ministerpräsident Strauß habe zu seinem Besuch vom 28. bis 31. Dezember 1987 in der UdSSR vor der Presse erklärt: „Er sei von der ‚Ehrlichkeit des Willens zum Wandel, von der Notwendigkeit, viele Widerstände zu überwinden, und von der Redlichkeit der gemeinsamen Zielsetzung einer Welt der Kooperation, in der es keine Angst mehr vor einem nuklearen Holocaust gibt, überzeugt'. Das letzte

von Ryschkow in Norwegen vom 14.–16.1.1988.) Er (*BM*) werde am Sonntag nach Polen reisen (was für uns immer ein kompliziertes Reiseziel sei)[14]; der Bundeskanzler werde noch in diesem Monat Prag besuchen[15], wo eine maßvolle Reformpolitik noch durch zwei bis drei Hardliner gehemmt werde. Was Ungarn angehe, sei uns daran gelegen, daß das dortige ökonomische Experiment erfolgreich sei und die ungarische Wirtschaft nicht kollabiere. Aber Ungarn sei auch in anderer Hinsicht (etwa im Hinblick auf Ausreise und Minderheitenpraxis) förderungswürdig. Mit Bulgarien verbänden uns alte, traditionelle, freundschaftliche Beziehungen ohne Probleme. Komplizierter sei es mit Rumänien, wobei BM im einzelnen unsere Minderheitenprobleme erläuterte. Insgesamt könne man feststellen, daß Qualität und Art der Beziehungen zu den Staaten der WP-Partner verschieden sei. Dabei gelte auch, daß unser Verhältnis zu Ost-Berlin von unserem Verhältnis zur SU mitbestimmt werde. Mit unseren Beziehungen zur SU pflegten wir zugleich auch die deutsch-deutschen Beziehungen.

Auf Fragen *AMs* zu Einzelpunkten erläuterte *BM*, daß in der ČSSR sich Entwicklungen abzeichneten, daß aber dem Reformflügel um MP Štrougal der orthodoxe Flügel unter Bilak u. a. gegenüberstehe. BM wies auf Frage darauf hin, daß der deutsch-sowjetische Handel (wie auch in NWG) abnehmende Tendenz zeige, wobei *D4*[16] im einzelnen die möglichen Gründe erläuterte (Verunsicherung, Restrukturierung, Dollarkurs, fehlende Großprojekte). *BM* skizzierte seinerseits Stand der Beziehungen zwischen EG und RGW. Wir hätten – zusätzlich zu den bestehenden bilateralen Beziehungen – keine Einwendungen gegen offizielle Beziehungen EG/RGW, seien jedoch der Auffassung, daß die bilateralen Beziehungen hierunter nicht leiden dürften, was auch der Auffassung der (meisten) RGW-Staaten entspräche. Bei der in Vorbereitung befindlichen gemeinsamen Erklärung EG/RGW gebe es allerdings noch das Problem der Einbeziehung Berlins, die im EG-Vertrag[17] verankert sei.[18] Darüber werde er auch mit Schewardnadse sprechen. Sein Eindruck sei, daß in Moskau in dieser Frage noch die alte Garde am Werke sei, was retardierende Momente erzeuge. *D4* erläuterte unser Interesse, die gemeinsame Erklärung mit möglichst wenig Substanz zu füllen und sie nicht zu einem von der SU zu nutzenden Kontrollinstrument zu machen. Er verwies zugleich auf die parallel verhandelten bilateralen Abkommen von EG-/RGW-MS, in denen es um substantiellere Fragen, wie z. B. Absatz landwirtschaftlicher Produkte und Abbau von Quotenbegrenzungen, gehe.

Fortsetzung Fußnote von Seite 3

Jahr und die letzten Monate hätten begonnen, die Welt zu verändern: ‚Wir gehen in ein neues Zeitalter'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4105; Referat 222, Bd. 162048.

Zum Besuch von Strauß in der UdSSR vgl. ferner AAPD 1987, II, Dok. 381.

14 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 10. bis 13. Januar 1988 in Polen vgl. Dok. 14 und Dok. 17.

15 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 26./27. Januar 1988 in der ČSSR vgl. Dok. 33.

16 Alois Jelonek.

17 Vgl. dazu die Erklärung der Bundesregierung über die Geltung der Römischen Verträge vom 25. März 1957 für Berlin; BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 764.

18 In einer Aufzeichnung des Referats 411 wurde festgehalten, daß die seit 1974 laufenden Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW 1981 zunächst zu einem Stillstand gekommen seien: „Die jetzt laufenden Kontakte gehen auf die Gorbatschow-Initiative gegenüber MP Craxi vom 29.5.1985 zurück, in deren Gefolge der neue RGW-Sekretär Sytschow der EG-Kommission mit Schreiben vom 26.9.1985 die Aufnahme offizieller Beziehungen im Wege einer Gemeinsamen Erklärung EG–RGW vorschlug." Vgl. Referat 202, Bd. 140646.

Allerdings bestehe für das, was diese Länder zu liefern in der Lage seien, nur ein begrenzter Bedarf.

4) *AM* warf die Frage auf, ob im Hinblick auf den Binnenmarkt[19] sich EFTA und RGW in derselben Situation befänden. *D4* entgegnete seinerseits, daß EFTA hier doch in einer besseren Lage sei. Im übrigen seien wir nicht daran interessiert, hohe Schutzmauern um den eigenen „Club" zu errichten.

AM fragt nach den Schwerpunkten der deutschen EG-Präsidentschaft.

BM beginnt mit Rückblick auf Kopenhagener Gipfel[20], der nicht der gewünschte Erfolg, aber auch kein Scheitern gewesen sei. Beim kommenden Sondergipfel[21] gehe es um drei Probleme:

– eine gesicherte Grundlage für die EG-Finanzen, um die Einführung einer neuen Ressource, die auf der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der einzelnen Mitgliedstaaten beruhe[22];
– um Maßnahmen zur Begrenzung der landwirtschaftlichen Überschußproduktion, wo sich unsere Partner jetzt etwas der Einsicht geöffnet hätten, daß diese nicht allein über die Preispolitik, sondern auch durch Flächenstillegung und Übergang von intensiver zu extensiver Bewirtschaftung erreicht werden könne[23];
– eine ausgewogene Strukturpolitik, wobei die Fälle E und P unbestritten, die Fälle GR und IRL grosso modo anerkannt seien, was jedoch in bezug auf Italien nur für einige Teile gelte[24].

19 In Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 kamen die EG-Mitgliedstaaten überein, bis zum 31. Dezember 1992 einen Binnenmarkt zu schaffen, „in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital" gewährleistet sei. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

20 Die Tagung des Europäischen Rats fand am 4./5. Dezember 1987 in Kopenhagen statt. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 358.

21 Die Tagung des Europäischen Rats fand vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel statt. Zur Vorbereitung durch die Bundesregierung vgl. Dok. 15.

22 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schönfelder vermerkte am 22. Januar 1988: „Für das neue Eigenmittelsystem der Gemeinschaft stehen im wesentlichen zwei Finanzierungsmodelle zur Diskussion, das der Kommission und das der dänischen Präsidentschaft. Es ist davon auszugehen, daß sich die Regierungschefs auf dem ER Brüssel für eines dieser Modelle, gegebenenfalls in leicht modifizierter Form, entscheiden werden. Beide Modelle sehen neben den traditionellen Eigenmitteln (Zölle, Agrarabschöpfungen) eine dritte und vierte Einnahmequelle vor." Im Kommissionsmodell sei, so Schönfelder, als dritte Einnahmeart ein „Abrufsatz von 1,0 Prozent auf die MWSt-Bemessungsgrundlage" vorgesehen. Das Modell der dänischen Präsidentschaft sehe demgegenüber einen „Abrufsatz von 1,25 Prozent auf die harmonisierte nationale MWSt-Bemessungsgrundlage" vor. Als vierte Einnahmeart sei im Kommissionsmodell ein „jährlich festzulegender Abführungssatz auf die Differenz zwischen dem nationalen BSP jedes MS und seiner MWSt-Bemessungsgrundlage" geplant, im dänischen Modell dagegen ein „jährlich festzulegender einheitlicher Abführungssatz auf das nationale BSP jedes MS". Vgl. Referat 412, Bd. 168709.

23 Am 12. Januar 1988 informierte Ministerialdirigent Trumpf über offene Fragen der EG-Agrarpolitik: „Hauptprobleme sind Festlegung einer Garantieschwelle für Getreide und Ölsaaten, Umfang der Ausgestaltung von Sanktionen (Preissenkung, Erhöhung der Mitverantwortungsabgabe/MVA) bei Überschreiten der Garantieschwelle, Ausgestaltung der Flächenstillegung." Vgl. das Rundschreiben; Referat 412, Bd. 168708.

24 Ministerialdirigent Trumpf resümierte am 10. Dezember 1987 die Positionen der EG-Mitgliedstaaten zur finanziellen Ausstattung der Strukturpolitik der Europäischen Gemeinschaften: „Für eine Verdopplung der Strukturmittel: B, LUX, P, SP, GR, IRL, I und die Kommission. GB habe eine Erhöhung um 35, F um 40 und D um 50 Prozent für möglich gehalten. Für NL seien 35 Prozent zu wenig gewesen. Daraufhin habe Präsidentschaft eine Erhöhung um 60 Prozent vorgeschlagen. Nichts anderes

Hinzu komme das „englische Problem“, wo GB weniger zahlen wolle, als es eigentlich zahlen müsse, und wo man in diesem Zusammenhang an die Rolle von PM Thatcher erinnern müsse.[25]

Diese Probleme müßten erledigt werden, damit sich die deutsche Präsidentschaft ihren eigentlichen Zielen zuwenden könne

– der Verwirklichung des Binnenmarktes und dem Ausbau der Außenbeziehungen (RGW, Golf, ZA[26], ASEAN).

Auf das von NWG-MD *Barth* vorgebrachte Stichwort EFTA erklärte *BM*:

Er könne nur wiederholen, was er seinem österreichischen Kollegen[27] gesagt habe: Wir seien interessiert, daß EFTA-Belange berücksichtigt würden, aber er könne nur empfehlen, sich an die „Goldene Regel“ zu halten, die darin bestehe, alle Fortschritte der EG (bei der Verwirklichung des Binnenmarktes) mitzuvollziehen und sich hierbei de facto wie ein EG-Mitglied zu verhalten. Natürlich seien wir daran interessiert, daß im Zuge der EG-Integration nicht eine neue Grenze in Europa geschaffen werde. Dies gelte vor allem in Richtung EFTA, aber auch in bezug auf Osteuropa. *AM* unterstreicht hier das gemeinsame Interesse aller Europäer, in EG wie EFTA.

5) *BM* schlug vor, sich am Ende des Delegationsgespräches über die Pressebehandlung zu verständigen. Er formulierte mit Einverständnis AM, daß es ein gutes Zeichen für die bilateralen Beziehungen sei, daß der erste Besucher bei der Präsidentschaft aus Norwegen komme. Er habe die Einladung seines norwegischen Kollegen, NWG zu besuchen, angenommen und werde der Einladung im September d. J. Folge leisten.[28] BM habe das norwegische Interesse nach engerer Zusammenarbeit mit der EPZ begrüßt und werde mit seinen Kollegen im März in Konstanz[29] darüber sprechen. Zu diesem Zwecke werde man

Fortsetzung Fußnote von Seite 5

bedeute die Zahl von 1,1 Mrd. ECU jährlich in den vier Jahren von 1989–1992.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168708.

25 Auf der Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau konnte eine Einigung über den britischen Beitrag zum EG-Haushalt erzielt werden. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 181.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Schönfelder analysierte am 10. November 1987 die Vorschläge der EG-Kommission zu einer Neuregelung der britischen Beitragszahlungen. Vgl. AAPD 1987, II, Dok. 313.
Ministerialdirigent Trumpf notierte am 7. Januar 1988 zu den Verhandlungen über eine Neufestsetzung der an Großbritannien zu leistenden Ausgleichszahlungen: „Kernfrage bleiben Höhe und Finanzierung. Für GB steht fest, daß in Kopenhagen der Fortführung einer Fontainebleau gleichwertigen Regelung nicht widersprochen wurde. Will der deutsche Vorsitz eine andere Regelung, müssen wir mit GB bald ein ernstes Wort reden. Ein Erfolg wäre schon, wenn sich ein Abschlag durchsetzen ließe (Fontainebleau minus X Mio. ECU).“ Vgl. Referat 412, Bd. 168708.

26 Zentralamerika.

27 Bundesminister Genscher empfing den österreichischen Außenminister Mock am 7. Oktober 1987 zu einem Gespräch. Für die Gesprächsaufzeichnung „zu den politischen (nicht wirtschaftlichen) Themen“ vgl. Referat 203 (202), Bd. 1405559.

28 Bundesminister Genscher hielt sich am 1./2. September 1988 in Norwegen auf. Am 1. September legte er dem norwegischen Außenminister Stoltenberg zur Schaffung eines Binnenmarktes der EG-Mitgliedstaaten dar: „Er könne dem, was er schon im Januar gesagt habe, wenig hinzufügen. Der Prozeß werde weitergehen; die Stimmung in der EG sei, es jetzt zu machen. […] Jeder Staat müsse selbst darüber entscheiden, ob er die Vorteile (des Binnenmarktes) wahrnehme. Eine entsprechende Anpassung werde sicher für die EFTA-Staaten genauso schmerzend sein wie für die Mitgliedstaaten. Wichtig sei auch die soziale Dimension, die wohl in der Bundesrepublik mit am weitesten entwickelt sei. Wir würden ein soziales Dumping nicht mitmachen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 205, Bd. 160033.

29 Korrigiert aus: „Ludwigsburg“.

miteinander in Kontakt bleiben. Man habe im übrigen über den Stand der Ost-West-Beziehungen und über die jeweilige Besuchsdiplomatie gesprochen, wobei beide Seiten darin übereinstimmten, die Möglichkeiten zu nutzen, die sich durch die neue Entwicklung in der SU ergäben. Im Bereich der Abrüstung bewerteten beide Seiten den Abschluß eines INF-Abkommens als wichtigen ersten Schritt. Sie unterstützten auch im Interesse Europas die Absicht von SU und USA, ihre strategischen Potentiale um 50 Prozent zu kürzen. Dringlich sei 1988 der Abschluß eines weltweiten CW-Abkommens, wobei darauf hingewiesen wurde, daß BM im Februar[30], AM im März in Genf sprechen würden. Notwendig sei, daß ebenfalls unverzüglich Verhandlungen über konventionelle Stabilität und VSBMs aufgenommen würden, wobei beide Außenminister ebenfalls die Notwendigkeit unterstrichen, innerhalb des Bündnisses ein Mandat über Raketen kürzerer Reichweite zu erarbeiten.

Darüber hinaus habe BM die inneren und äußeren Ziele der deutschen Präsidentschaft erläutert, wobei von norwegischer Seite das Interesse der EFTA nach enger Zusammenarbeit mit der EG zum Ausdruck gebracht wurde. Beide Minister unterstrichen den sehr freundschaftlichen Geist der Gespräche, die am Mittag mit der Erörterung internationaler Fragen fortgesetzt würden.

6) Gespräch beim Arbeitsessen behandelte regionale Fragen:

AM zeigte Besorgnis über Lage im Golf, wo sich jeweils an die 25 NWG-Schiffe aufhielten. Er sehe Anzeichen für eine Verständigung zwischen USA und SU über eine Form von VN-Präsenz. SU könne vielleicht ein Waffenembargo akzeptieren, wenn die USA der Anwesenheit von VN-Schiffen in der Region zustimmten.[31]

BM weist darauf hin, daß es wenig deutsche Schiffahrt im Golf gäbe, und erläutert die verfassungsrechtlichen[32] und politischen Gründe gegen eine Präsenz deutscher Streitkräfte im Golf. Bundesrepublik habe gute Beziehungen zu beiden Konfliktparteien, liefere aber an diese keine Waffen. Wir hätten uns sehr für ausgewogene SR-Resolution[33] eingesetzt, die aber nur dann Kraft entwickeln könne, wenn die Übereinstimmung der fünf ständigen Mitglieder erhalten bleibe. Er glaube nicht, daß es vor Shultz-Besuch in Moskau im Februar[34] zur Bewegung im SR komme.

30 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 4. Februar 1988 vor der Abrüstungskonferenz in Genf vgl. BULLETIN 1988, S. 192–196.

31 Im Zuge des irakisch-iranischen Krieges kam es im Persischen Golf immer wieder zu Angriffen auf die Seeschiffahrt nicht beteiligter Staaten. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 292.

32 Artikel 87a des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 in der vom Siebzehnten Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 24. Juni 1968 geänderten Form regelte die Aufstellung und den Einsatz der Streitkräfte. Demgemäß waren Auslandseinsätze der Bundeswehr nur im Bündnisfall oder im Fall eines Angriffs auf die Bundesrepublik zulässig. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1968, Teil I, S. 711. Vgl. dazu auch AAPD 1981, I, Dok. 100.

33 Mit der Resolution Nr. 598 vom 20. Juli 1987 forderte der VN-Sicherheitsrat den Irak und den Iran zu einem sofortigen Waffenstillstand, dem Rückzug ihrer Truppen hinter die anerkannten Grenzen und zum Austausch der Kriegsgefangenen auf. VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar wurde gebeten, eine Beobachtergruppe zur Überwachung der Maßnahmen zu entsenden. Ferner sollten die Verantwortlichkeiten für den Konflikt und die Voraussetzungen für die Beseitigung der Kriegsschäden untersucht werden. Für den Wortlaut vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1987, S. 5 f.

34 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Schultz vom 21. bis 23. Februar 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 67.

Auf Fragen AM berichtet BM kurz über seine durchgeführten und geplanten Reisen in den Nahen Osten und Golf-Region. Er werde Ende des Monats Israel[35] besuchen. Bundesregierung unterstütze Linie von Peres und Ergebnisse von Amman[36]. König Hussein werde am 8.2.88 dem BK als Vorsitzendem des ER[37] sowie den zwölf Außenministern im Rahmen eines EPZ-Ministertreffens[38] über Konferenz in Amman berichten, die in unserer positiven Einschätzung als „moderat" zu bezeichnen sei.

BM resümierte auf Frage AM unsere Beurteilung der Lage in Mittelamerika. Bundesrepublik habe nach sandinistischer Revolution[39] viel Wirtschaftshilfe geleistet. Leider seien unsere Erwartungen auf eine pluralistische Entwicklung enttäuscht worden. Was die Region angehe, so habe sich EG-Kooperationsabkommen[40] positiv ausgewirkt. Bundesrepublik habe Arias-Plan[41] als erste unterstützt; er biete unverändert die einzige Chance. Wir hoffen, daß die Hamburger Konferenz[42] dem Prozeß ein paar Impulse geben könne und daß wirtschaftliche Zusammenarbeit zur sozialen Stabilität beitrage.

AM teilt positive Bewertung Arias-Plans, der auch von den nordischen Staaten unterstützt werde, die auch von den beteiligten Staaten um künftige Hilfestellung bei der Implementierung gebeten worden seien (Beobachter, Hubschrauber). NWG gebe direkte (Projekt)-Hilfe an Nicaragua und Costa Rica, durch NGOs auch an Guatemala und San Salvador.

Zum Thema Südafrika weist AM auf bevorstehendes Treffen der nordischen Staaten mit FLS[43] hin, deren Unterstützung AM für wichtig hält.

BM wirft grundsätzliche Frage auf, ob das Apartheid-System reformfähig sei oder nicht, wobei er letzterer Auffassung sei. Die Weißen dort handelten gegen ihre eigenen Interessen. Friedlicher Übergang sei nur möglich, bevor man in eine revolutionäre Phase eintrete. Man befinde sich jetzt in einer vorrevolutionären

35 Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 23./24. Januar 1988 in Israel vgl. Dok. 30, Dok. 40 und Dok. 41.

36 Vom 8. bis 11. November 1987 fand in Amman eine außerordentliche Gipfelkonferenz der Arabischen Liga statt.

37 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit König Hussein am 8. Februar 1988 vgl. Dok. 49.

38 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 8. Februar 1988 vgl. Dok. 53.

39 Infolge des Bürgerkriegs in Nicaragua trat Präsident Somoza am 17. Juli 1979 zurück und verließ das Land; die Sandinistische Befreiungsfront (FSLN) übernahm die Regierung. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 207 und Dok. 279.

40 Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 12. November 1985 zwischen der EWG und den Partnerländern des Generalvertrags über die zentralamerikanische Wirtschaftsintegration (Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua) sowie Panama vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 172 vom 30. Juni 1986, S. 2–11.

41 Die Präsidenten Arias (Costa Rica), Azcona (Honduras), Cerezo (Guatemala) und Duarte (El Salvador) erörterten am 15. Februar 1987 in San José einen von Costa Rica erarbeiteten, zehn Punkte umfassenden Friedensplan für Zentralamerika, in dem u. a. Fristen für eine Generalamnestie, einen Waffenstillstand, freie Wahlen und den Abbau des Waffenbestandes vorgesehen waren. Der Plan sollte überarbeitet und bei einer Regionalkonferenz der fünf zentralamerikanischen Staats- und Regierungschefs im guatemaltekischen Esquipulas, zu der Präsident Ortega (Nicaragua) eingeladen wurde, gebilligt werden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 35 des Botschafters Nestroy, San José, vom 16. Februar 1987; Unterabteilung 33, Bd. 146561. Vgl. dazu auch AAPD 1987, I, Dok. 103, Dok. 108 und Dok. 110.

42 Zum Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und der EG-Kommission mit den Außenministern der „Rio-Gruppe" am 1. März 1988 in Hamburg vgl. Dok. 73.

43 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

Phase. Südafrika müsse sich daran gewöhnen, daß der ANC die stärkste politische Kraft sei. Die politischen Gefangenen müßten freigelassen werden.

Mitglieder der norwegischen Delegation sprachen abschließend die Themen COCOM und EP an. *D4* erläuterte unsere Haltung dahingehend, daß wir COCOM und dem vorgesehenen Treffen auf hoher politischer Ebene[44] gegenüber eine grundsätzlich konstruktive Haltung einnähmen, daß es darum gehe, das COCOM-System zu verbessern, „higher fences around fewer goods" zu ziehen, die Prozeduren zu verbessern, sich auf die wirklich strategischen Güter zu konzentrieren und die Zusammenarbeit mit anderen Ländern zu verbessern. Zur Rolle des EP erläutert D4 die neuen Zuständigkeiten und Mitwirkungsrechte, wobei sich *BM* grundsätzlich zur Rollenverteilung zwischen Kommission, Ministerrat und Parlament äußert.

7) Die Themen „CAST"[45] und KWFZ-Nord[46] wurden nicht angesprochen.

Referat 205, Bd. 160033

44 Am 15. Januar 1988 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Nagel zur Zusammenarbeit im Rahmen von COCOM: „Am 27./28. Januar 1988 findet in der Nähe von Paris ein ‚Senior Political Meeting' (SPM) statt (Teilnehmer: alle COCOM-MS, d. h. alle NATO-Staaten (außer Island) und Japan). Ziel der Veranstaltung: Zwischenbilanz der 1987 beschlossenen Maßnahmen zur Straffung und Verbesserung der COCOM-Arbeit; Ausrichtung der weiteren Arbeiten." Zur Haltung der Bundesrepublik führte Nagel aus: „Wir bleiben bei unserer Linie, daß durch die COCOM-Kontrollen nur der Abfluß von strategisch relevanter Technologie verhindert werden soll, nicht aber die Ausfuhr jeder Hoch-Technologie zwecks Aufrechterhaltung eines westlichen technologischen Vorsprungs vor dem Osten (keine neuen technologischen Gräben in Europa!). Deshalb stehen wir unverändert zu den Beschlüssen des Special Meeting vom Juli 87: Rationalisierung und Modernisierung der Kontroll-Listen und gleichzeitig wirksame nationale Kontrollen". Vgl. Referat 201, Bd. 143381.

45 Zur Canadian Air-Sea Transportable Brigade (CAST) wurde von Referat 201 am 10. Dezember 1987 ausgeführt: „Die kanadische Regierung hatte sich in ihrer sicherheitspolitischen Bestandsaufnahme (Verteidigungsweißbuch 1987) für eine Konsolidierung ihres NATO-Beitrags in Europa ausgesprochen. Es ist geplant, die als Verstärkung für den Einsatz in Krise und Krieg in Nord-Norwegen vorgesehene Canadian Air-Sea Transportable Brigade (CAST) sowie zwei Luftwaffenstaffeln abzuziehen und alle kanadischen Kräfte in Europa in der Bundesrepublik Deutschland (Lahr/Baden) zu konzentrieren. Der Konsultationsprozeß im Bündnis über diese Umstrukturierungsüberlegungen wurde am 19.2.1987 eingeleitet und im DPC am 5.6.1987 zeitgleich mit der Veröffentlichung des Weißbuchs abgeschlossen." Vgl. Referat 201, Bd. 143351.

46 Im Gespräch mit Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen legte der Abteilungsleiter im norwegischen Außenministerium, Kristvik, am 18. August 1987 bezüglich einer Kernwaffenfreien Zone (KWFZ) in Nordeuropa dar, „daß der Nordische Rat im März 1987 eine Gruppe politischer Abteilungsleiter zur Untersuchung aller Aspekte der Frage eingesetzt habe. […] Es gebe für die nordische Abstimmung drei Problembereiche: Den Realitäten ins Auge zu sehen, d. h., festzustellen, daß sich in der Nähe Skandinaviens SU-Nuklearraketen befinden (Kola-Halbinsel, Bezirk Leningrad). Dies sei für Finnen schwierig. Unterschiedliche Sicherheitsprinzipien in den nordischen Ländern. S und SF bildeten eine Gruppe, N, DK, ISL die andere. Diese traditionellen Sicherheitsbegriffe seien schwer miteinander vereinbar. Es handele sich um ein eminent politisches Problem, weniger um ein rechtliches (S- und SF-Sichtweise). […] Norwegen vertrete die Ansicht, daß eine KWFZ Nordeuropa nur im Rahmen eines sehr viel größeren, fast globalen nuklearen Ost-West-Arrangements Gestalt annehmen könnte. Die Frage habe in allen nordischen Ländern innenpolitische Bedeutung und sei von jeweiliger Regierungsseite mit taktischen Überlegungen verbunden – insgesamt eine Art ‚adult education exercise'." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 201, Bd. 143354.

2

Vortragender Legationsrat Mulack, Tripolis, an das Auswärtige Amt

114-10030/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 7. Januar 1988, 09.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 17 **Ankunft: 7. Januar 1988, 09.50 Uhr**

Betr.: Libysche militärische Forschungseinrichtung

1) Libysches Militär baut zur Zeit nordwestlich von Gharian – ca. 80 km südlich von Tripolis – eine große militärtechnische Versuchs- und Forschungsanstalt mit erheblichen unterirdischen Anlagen aus. Gebiet ist Sperrzone. Es werden seit Frühjahr 1986 keine Reisegenehmigungen in diese Region für westliche und auch östliche Diplomaten erteilt.

Wie mir zwei westliche Missionschefs[2] und zuverlässige Augenzeugen berichten, handelt es sich um den Um- und Ausbau einer ursprünglich als militärisches Hauptquartier vorgesehenen Anlage zum Zwecke der Erforschung und Herstellung von ABC-Waffen. Libysche Seite soll bereits im Besitz chemischer Kampfstoffe sein (von Iran) und diese angeblich bereits probehalber im Tschad-Konflikt[3] eingesetzt haben (nicht verifizierbar).

Es soll verstärkt libysche Aktivitäten geben, entsprechende Technologie auf westlichen Märkten einzukaufen. Arbeiten und Entwicklungen für dieses Forschungszentrum sollen völlig unabhängig von der SU laufen, die Arbeit am Atomreaktor in Tagiura eingestellt hat.

2) Im Dezember 1987 suchte Vertreter der African Engineering Company (AEC), einer Baufirma für Militäranlagen, Wirtschaftsabteilung der Botschaft auf und

1 Hat Vortragendem Legationsrat Schumacher am 7. Januar 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher am 8. Januar 1988 vorgelegen.

2 Die Wörter „zwei westliche Missionschefs“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „1) Wer? 2) W[ieder]v[orlage].“
Hat Schumacher am 14. Januar 1988 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 311 verfügte und handschriftlich vermerkte: „S[iehe] V[er]f[ü]g[ung] BM. Bi[tte] Klärung und W[ieder]v[orlage].“
Hat Referent Detering am 15. Januar 1988 vorgelegen, der für das Ministerbüro auf einem beigefügten Vermerk handschriftlich festhielt: „Laut Auskunft von VLR Dr. Mulack, amtierender Geschäftsträger in Tripolis, handelt es sich bei den erwähnten zwei westlichen Missionschefs um den F-Botschafter (M. Levêque) und den NL-Geschäftsträger (H. Buisman).“
Hat Genscher am 13. April 1988 erneut vorgelegen. Vgl. den beigefügten Vermerk; VS-Bd. 13651 (311); B 150, Aktenkopien 1988.

3 Am 25. August 1988 wurde von Referat 311 ausgeführt: „Im Zentrum der libyschen Afrikapolitik steht weiterhin der Tschad. Schon 1972 besetzte Gaddafi den Aouzou-Streifen. Er stützte sich dabei auf einen zwischen den damaligen Kolonialmächten Italien und Frankreich geschlossenen Vertrag vom 7.1.1935. Da der Vertrag in Art. 7 einen Ratifikationsvorbehalt hat, aber nicht ratifiziert wurde, hat er nie Rechtsgültigkeit besessen. Eine von Tripolis abhängige Regierung im Tschad ist zentrales Ziel Gaddafis. Um es zu erreichen, hat er mehrfach militärisch interveniert. Seit Januar 1987 haben die tschadischen Regierungsstreitkräfte – mit großzügiger materieller und logistischer Unterstützung durch Frankreich, die durch Waffenlieferungen der USA ergänzt wurde, – wichtige Siege gegen die libyschen Truppen im Nordtschad errungen. Der Aouzou-Streifen und Teile der Tibesti-Gebirgsregion verbleiben aber nach wie vor bei Libyen. Gaddafi gab sich damit zunächst zufrieden und akzeptierte im Herbst 1987 die Einschaltung eines ad hoc gebildeten Tschad-Ausschusses der OAU. Die libyschen massiven Truppenkonzentrationen an der Grenze zum Tschad lassen es allerdings nicht zu, weitere militärische Aktionen gegen den Tschad auszuschließen.“ Vgl. Referat 311, Bd. 154186.

bat um Vermittlung von Kontakten zu deutschen Firmen des Baugewerbes, der Informations- und der Labortechnik. Es ginge um zwei größere Projekte: Ausbau des Hafens al-Khoms zur Kriegsmarinebasis sowie „Anlage von Tunneln in bergigen Gebieten".

Bei dem zweiten Projekt handelt es sich ohne Zweifel um den Ausbau des Forschungszentrums Gharian. Botschaft hat sich rezeptiv verhalten. Es ist jedoch nicht auszuschließen, daß libysche Seite selbständig Beteiligung deutscher Firmen an diesem Projekt suchen wird.

3) In Anbetracht der allseits bekannten Manie Gaddafis, Verfügungsgewalt über Nuklear- sowie B- und C-Waffen zu erhalten, wird Fortgang dieses Projekts von westlichen Beobachtern, aber wohl auch von östlicher Seite, mit Sorge verfolgt.

Daß den USA diese Vorgänge nicht unbekannt geblieben sind, zeigen entsprechende Zeitungsmeldungen der amerikanischen Presse in den letzten Wochen. Wie Reaktion der USA und letztlich auch Israels auf Fortschreiten des Projektes sein könnten, malt man sich hier in düsteren Farben aus.

Ich gebe diese Erkenntnisse mit allem Vorbehalt weiter. Immerhin bleibt die Tatsache, daß libysche Seite unter strenger Abschirmung großes militärisch genutztes Projekt mit unterirdischen Anlagen baut und auch Botschaft um entsprechende Kontakte zu einschlägigen Firmen ersucht hat.[4]

[gez.] Mulack

VS-Bd. 13651 (311)

4 Vortragender Legationsrat Mulack, Tripolis, teilte am 26. Januar 1988 ergänzend mit: „Aus italienischer, französischer und österreichischer Botschaft war zu erfahren, daß libysches militärisches Forschungszentrum zur Produktion von chemischen Kampfstoffen wahrscheinlich bereits funktionsfähig sei. Dafür spricht auch, daß Libyen vor einigen Monaten ABC-Schutzausrüstungen und entsprechende Fahrzeuge gekauft haben soll. Anlagen für nukleare Forschungen seien noch im Bau […]. Alle Seiten behaupten, daß auch deutsche Firmen sowie japanische bei der Errichtung und Ausrüstung der Forschungseinrichtungen beteiligt seien. Auch beim Einkauf der entsprechenden Technologien in Europa (über die Schweiz) seien deutsche Mittelsmänner beteiligt. Entsprechende Firmenangehörige würden ohne Visapflicht direkt nach Libyen einreisen können." Vgl. den Drahtbericht Nr. 76; VS-Bd. 14534 (424); B 150, Aktenkopien 1988.
Am 3. Februar 1988 stellte Mulack fest: „Ermittlungen und Gespräche mit Vertretern deutscher Baufirmen (Bilfinger u[nd] Berger) haben ergeben, daß keine deutschen Firmen am Bau der Forschungseinrichtungen beteiligt sind. Die Bauarbeiten werden unter Leitung einer Schweizer Firma durchgeführt, die wiederum österreichische Bauunternehmungen als Subcontractor beschäftigt. Bauausführenden Firmen wurde gesagt, daß es sich um ein Ausbildungszentrum der libyschen Geheimpolizei handele. Die Bauarbeiten haben vor ca. anderthalb Jahren begonnen und sind sehr weit fortgeschritten. […] Die Ausrüstung des Forschungszentrums läuft auch im wesentlichen über die Schweiz, wobei deutsche Mittelsmänner und auch deutsche Firmen beteiligt sein sollen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 113; Referat 311, Bd. 154193.

3

Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 28 **Aufgabe: 7. Januar 1988, 16.35 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 7. Januar 1988, 17.58 Uhr**

Betr.: Auslieferung des dt. Stang.[2] Alois Brunner aus Syrien nach Deutschland

Bezug: Erlaß vom 7.12.1987 – 511-531 E-2746/82[3]
Bericht Nr. 614 vom 6.11.1987 – RK 531.43 Brunner[4]

1) Verbalnote, in der nochmals nachdrücklich auf deutsches Interesse an Auslieferung Brunners hingewiesen wird, wurde heute von mir im SAM[5] an Vize-AM Yussef Shakour übergeben. Shakour nahm Inhalt der Note[6] zur Kenntnis, äußerte aber gleichzeitig Zweifel am Wahrheitsgehalt einzelner darin wiedergegebener Informationen über Aufenthalt und Gebahren Brunners in Damaskus. So gebe es eine Straße „Georges Haddad" in Damaskus gar nicht. Falls sich Brunner tatsächlich in Damaskus aufhalte und es das besagte Telefoninterview[7] gegeben habe, hätte die syrische Seite davon Kenntnis. Dem sei jedoch nicht so. Shakour vermutete, daß das angebliche Telefoninterview wie auch die anderen

1 Das Fernschreiben wurde von Legationsrat Düster, Damaskus, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat Keller vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: Referat „310 wird DB als Anlage Sachstand für BM-Reise nach Syrien beifügen (Telefonat mit LR I Worbs)."

2 Staatsangehörigen.

3 Mit Schrifterlaß vom 7. Dezember 1987 erteilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Bosch der Botschaft in Damaskus Weisung für ein Auslieferungsersuchen an die syrischen Behörden bezüglich des ehemaligen SS-Hauptsturmführers Brunner. Dazu stellte er fest: „Hiermit wird in Kopie Schreiben des BMJ vom 24.11.1987 übersandt. Nach eingehender Würdigung der Argumente des Bezugsberichts wird dennoch gebeten, entsprechend dem Vorschlag des BMJ eine Verbalnote an die syrische Seite zu übermitteln." Vgl. AV Neues Amt, Bd. 37784.
Mit Schreiben vom 22. Dezember 1987 informierte Vortragender Legationsrat Keller das Bundesministerium der Justiz: „Das Auswärtige Amt hat die Botschaft Damaskus mit erneutem Erlaß vom 7.12.1987 gebeten, entsprechend Schreiben des BMJ vom 24.11.1987 in der Angelegenheit Brunner eine Verbalnote an die syrische Seite zu übermitteln." Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1729.

4 Botschaftsrat Achenbach, Damaskus, gab zu bedenken: „Die Botschaft räumt weiteren Demarchen bei der syrischen Regierung wegen der Auslieferung Brunners keinerlei Aussicht auf Erfolg ein. Die Botschaft ist zuletzt mit Verbalnote Nr. 188 vom 27.7.87 an das syrische Außenministerium herangetreten und hat nachdrücklich auf das Interesse der Bundesrepublik Deutschland an einer Auslieferung hingewiesen. Diese Verbalnote blieb – erwartungsgemäß – ebenso unbeantwortet wie frühere Noten." Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1729.

5 Syrisches Außenministerium.

6 Für die Verbalnote Nr. 7 vom 5. Januar 1988 vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1729.

7 Botschaftsrat I. Klasse Mende, Washington, resümierte am 3. November 1987 einen Presseartikel vom 1. November 1987: „Der berüchtigste Nazi-Kriegsverbrecher, der sich noch in Freiheit befinde, habe Chicago Sun-Times letzte Woche erklärt, er bereue nichts und würde nochmals so handeln. A. Brunner, der jetzt 75 Jahre alt sei, lebe zurückgezogen in der Rue Haddad Nr. 7 in Damaskus und werde rund um die Uhr von syrischen Leibwächtern bewacht, als Anerkennung für die Dienste, die er Syrien in Sicherheitsfragen geleistet habe. Brunner habe in einem kurzen Telefoninterview unter Zeugen erklärt: ‚Sie verdienten alle den Tod, weil sie des Teufels Agenten und menschlicher Abschaum waren, ich bedauere nichts und würde es wieder tun.'" Vgl. den Drahtbericht Nr. 4695; B 83 (Referat 511), Bd. 1729.

Anschuldigungen gegen Syrien in der Sache Brunner von seiten interessierter israelischer oder sonstiger zionistischer Kreise erfunden und in die Welt gesetzt worden seien, um Syrien zu diskreditieren. Ich sagte, man müsse Naziverbrechen und arabisch-israelische Auseinandersetzung getrennt sehen und behandeln. Auf mein Insistieren versicherte Shakour, Syrien werde sich aufmerksam mit unserem Petitum befassen, falls Brunner sich tatsächlich in Syrien aufhalte und nachweislich kriminelle Handlungen begangen habe. Dazu seien u. a. Beweise für das Telefon-Interview nötig, die er uns zu beschaffen bitte.

2) Shakours Zweifel daran, daß Brunner sich unter offiziellem syrischem Schutz in Damaskus aufhalte, und seine These von einem „israelisch-zionistischen Komplott" stellen hiesigen Erachtens eine Schutzbehauptung dar. Die Straße „Georges Haddad" ist hier bestens bekannt, sie ist z. B. im hiesigen Verzeichnis der diplomatischen Vertretungen als Adresse der polnischen Botschaft genannt.

Gerüchten zufolge wurde Brunner von den syrischen Sicherheitsdiensten jedoch aus seiner Wohnung Georges-Haddad-Str. 7 aus- und in ein der Botschaft nicht bekanntes neues Domizil umquartiert, nachdem als Folge des Anfang November 1987 bekannt gewordenen Telefoninterviews mit der „Chicago Sun-Times" amerikanische Journalisten vor dem Haus Brunners aufgetaucht waren.

3) Die Auslieferung Brunners fällt den Syrern – außer aus den im Bezugsbericht bereits genannten Gründen – vor allem auch deswegen so schwer, weil es gerade israelische bzw. pro-israelische Kreise sind, die Syrien lautstark der Unterstützung eines Nazi-Verbrechens bezichtigen und aus diesen Vorwürfen publizistisches Kapital schlagen. Syrien muß befürchten, daß im Falle einer Auslieferung weiterer publizistischer Staub aufgewirbelt wird und Tatsachen bekannt werden, die Syrien in Mißkredit bringen.

4) Botschaft wäre gelegentlich für Erläuterung dankbar, auf welche Umstände der neuerliche Haftbefehl vom 24.2.1987 gegen Brunner[8] zurückgeht, der in dem Schreiben der StA Frankfurt am Main vom 17.8.1987, Az. 50 JS 36019/84[9], erwähnt wird (Anlage zu dortigem Erlaß vom 2.10.1987 – 511-531E-2746/82). Botschaft weist darauf hin, daß dem Auslieferungsbegehren allein der Haftbefehl der StA Köln vom 10.10.1984[10] zugrunde gelegt wurde.

8 Mit Schreiben vom 26. Januar 1988 an die Botschaft in Damaskus übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Bosch den Haftbefehl des Amtsgerichts Frankfurt am Main gegen den ehemaligen SS-Hauptsturmführer Brunner. Dazu wies er die Botschaft an, „die jetzt neu vorgelegten Auslieferungsunterlagen an die syrische Seite per Verbalnote weiterzuleiten und die syrische Seite zu informieren, daß die Auslieferung Brunners jetzt auch auf der Grundlage des Haftbefehls des Amtsgerichts Frankfurt vom 24.2.1987 begehrt wird. […] Wir können Syrien, dessen Empfindlichkeit in der Angelegenheit Brunner bekannt ist, insoweit mit der Zusicherung entgegenkommen, daß Brunner im Falle einer Auslieferung nach Deutschland nach verbüßter Freiheitsstrafe auf keinen Fall nach Israel ausgeliefert oder abgeschoben wird." Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1729.

9 Das Schreiben der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Frankfurt am Main informierte über Zeugenbefragungen, die im Rahmen des Ermittlungsverfahrens gegen den ehemaligen SS-Hauptsturmführer Brunner vom 21. Juni bis 3. Juli 1987 in Israel durchgeführt worden waren. Für das Schreiben vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1729.

10 Für den „Haftbefehl und Auslieferungsbefehl" des Amtsgerichts Köln vom 10. Oktober 1984 gegen den ehemaligen SS-Hauptsturmführer Brunner „wegen des dringenden Verdachts des gemeinschaftlich begangenen Mordes" vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 531.

5) Kopie unserer Verbalnote folgt mit nächstem Kurier.[11]

[gez.] Schlingensiepen

B 83 (Referat 511), Bd. 1729

4

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

Dg 20/201-360.92 FRA **8. Januar 1988**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung des Ergebnisses

Betr.: Deutsch-französischer Rat für Verteidigung und Sicherheit;
hier: Ergebnis des deutsch-französischen Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit am 8.1.1988 in Paris

Bezug: Aufzeichnungen vom 23. und 30.12.1987 – 201-360.92 FRA
(liegen im Ministerbüro noch vor)[4]

Anlg.: 3[5]

Die Außerordentliche Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit zur Vorbereitung der sicherheitspolitische Fragen be-

11 Am 9. Januar 1988 übersandte Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, „eine Kopie der Verbalnote Nr. 7/88 – RK 5 Sen/Brunner – vom 5.1.1988". Des weiteren stellte er fest: „Beigefügt sind ferner eine Kopie aus dem Stadtplan von Damaskus, aus der die Lage der Georges-Haddad-Straße […] ersichtlich ist, sowie eine Kopie aus dem syrischen Verzeichnis (1986) der diplomatischen Missionen in Damaskus, aus dem sich ergibt, daß die polnische Botschaft in der gleichen Straße ansässig ist." Vgl. den Schriftbericht Nr. 13; B 83 (Referat 511), Bd. 1729.

1 Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von Ploetz konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 9. Januar 1988 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 9. Januar 1988 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Jansen am 11. Januar 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über Staatssekretär Sudhoff an Ministerialdirigent von Ploetz verfügte.
Hat Sudhoff am 11. Januar 1988 vorgelegen.
Hat Ploetz am 12. Januar 1988 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und Referat 201 verfügte.
Hat Richthofen am 12. Januar 1988 erneut vorgelegen.

4 Ministerialdirigent von Ploetz informierte Bundesminister Genscher am 23. Dezember 1987 über das Ergebnis der Verhandlungen über die Bildung eines deutsch-französischen Rats für Verteidigung und Sicherheit vom Vortag: „Hiermit wird der in der dritten und abschließenden Verhandlungsrunde ad referendum angenommene Text für ein Ergänzungsprotokoll zum Élysée-Vertrag von 1963 vorgelegt mit der Bitte, ihn zu billigen. […] Nach Billigung des Entwurfs durch Sie, Bundesminister Wörner und den Herrn Bundeskanzler werden AA und BMVg eine gemeinsame Kabinettsvorlage erstellen mit dem Ziel, die Zustimmung des Kabinetts am 13.1.1988, spätestens jedoch am 20.1.1988 herbeizuführen." Vgl. Referat 201, Bd. 143390.
Am 30. Dezember 1987 führte Ploetz zur Frage einer Berlin-Klausel aus: „Abteilung 5 äußert Zweifel, ob Alliierte eine Erstreckung auf Berlin überhaupt erst ins Auge fassen würden. Sie hält eine ein-

treffenden Beschlüsse aus Anlaß des 25. Jahrestages des Élysée-Vertrages[6] (Tagesordnung und Teilnehmerliste siehe Anlagen 1 und 2[7]) hat eine weitere Klärung gebracht. Die redaktionelle Finalisierung der Texte soll am 15. und 16.1. auf der Ebene Dg 20[8] – d'Aboville erfolgen.

Im einzelnen:

1) Rat für Verteidigung und Sicherheit[9]

Am 22.1. sollen unterzeichnet werden: ein Zusatzprotokoll zum Élysée-Vertrag über die Einrichtung des Rates[10] und ein Briefwechsel der Außenminister, der Einzelheiten des Sekretariates dieses Rates regelt.

[a)] In der Präambel zu dem Zusatzprotokoll wurde der französische Widerspruch zu unserem Formulierungsvorschlag (Ziel einer dauerhaften und stabilen Friedensordnung in Europa) aufrechterhalten und eingehend begründet. Es wurde deutlich, daß die französische Seite insbesondere mit dem Begriff „Ordnung" besondere Probleme hat, weil er in französischem Verständnis einen im östlichen Sinne stark dirigistischen Charakter besitzt. Wir haben deutlich gemacht, daß wir in dieser Frage als solcher[11] keine Flexibilität besitzen, jedoch bereit seien, eine den Franzosen entgegenkommendere Formulierung zu prüfen (z. B. Zustand des Friedens und der Freiheit in Europa statt Friedensordnung). Wir sprechen z. B. auch im Brief zur deutschen Einheit[12] von einem „Zustand des Friedens in Europa".[13] Nachdem die französische Seite im Licht einer längeren Diskussion die Bereitschaft erklärt hatte, die Thematik in einen gesonderten Anstrich aufzunehmen (was aus unserer Sicht einen Fortschritt darstellt) und deutlich zu machen, daß es um etwas zu Entwickelndes geht und nicht um die Bewahrung eines bereits bestehenden Zustandes, wurden Dg 20 und d'Aboville mit der Ausarbeitung einer Formel beauftragt. Dg 20 machte dabei deutlich, daß er an dem

Fortsetzung Fußnote von Seite 14

geschränkte Berlin-Klausel nach Muster des Élysée-Vertrags selbst auch vom Inhalt her nicht für gerechtfertigt. – Abteilung 2 teilt diese Auffassung nicht: Wir verstehen den Begriff ‚Sicherheitspolitik' in dem umfassenden Sinn, wie in der WEU-Plattform definiert: Verteidigung, Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie Bemühungen um Dialog und Zusammenarbeit zwischen West und Ost sind integrale Teile. Daraus ergibt sich, daß auch Elemente eingeschlossen sind, die nicht von vornherein unter die Vorbehaltsrechte der Alliierten fallen. Wir werden deshalb der französischen Seite die eingeschränkte Berlin-Klausel vorschlagen." Vgl. Referat 201, Bd. 143390.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 7 und 14.

6 Für den Wortlaut des Vertrags vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über die deutsch-französische Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

7 Für Tagesordnung und Teilnehmerliste vgl. Referat 201, Bd. 143390.

8 Hans-Friedrich von Ploetz.

9 Zu den Verhandlungen über die Bildung eines deutsch-französischen Rats für Verteidigung und Sicherheit vgl. AAPD 1987, II, Dok. 223, Dok. 239 und Dok. 273.

10 Mit dem Protokoll vom 22. Januar 1988 zum Vertrag vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über die deutsch-französische Zusammenarbeit wurde ein deutsch-französischer Verteidigungs- und Sicherheitsrat geschaffen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 1152–1154.

11 Die Wörter „als solcher" wurden von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt.

12 Für den Wortlaut des „Briefs zur deutschen Einheit", der anläßlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags vom 12. August 1970 übergeben wurde, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 356. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 407.

13 Der Passus „jedoch bereit … Friedens in Europa'" wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt.

ursprünglich deutschen Formulierungsvorschlag festhält, angesichts der strikten Weisungen, und daß er sich an dieser Arbeit nur unter allen Vorbehalten auf persönlicher Basis beteiligen kann. Auf der Basis des Erörterten formulierte Alternativen sind als Anlage 3[14] beigefügt. Sie stehen unter frz. Prüfungsvorbehalt und dürfen sich noch ändern.

Den Ausführungen von Mitgliedern der französischen Seite war zu entnehmen, daß auf Ebene des Präsidenten[15] mit Zustimmung zu unserem ursprünglichen Vorschlag zu rechnen ist, daß die Verhandler aus dem Außenministerium in Paris aber den Ehrgeiz haben, dem Élysée einen allseits akzeptablen fertigen Text vorzulegen.

BK hat – auf Grundlage einer im BKAmt gefertigten Vorlage – seine Auffassung aktenkundig gemacht, daß das Projekt nicht an diesem Punkt scheitern dürfe. Das BMVg unterstützt unseren Punkt, würde aber letztlich wie das Kanzleramt votieren.

Angesichts der Tatsache, daß wir in dieser Frage im französischen Präsidenten einen Verbündeten haben, sollten wir wie folgt prozedieren:

– Eine den bisher erörterten Formeln entsprechende Aussage sollten wir ernsthaft prüfen.
– Wenn F uns in der Substanz nicht Rechnung tragen will, gehen wir notfalls bis auf die höchste Ebene. Wir haben am Rande angedeutet, daß wir die Strategieaussage oder sogar den ganzen Text klammern könnten.[16]

14 In Anlage 3 hieß es: „In Paris formulierter Alternativtext; d'Aboville wollte nach Überprüfung seinen endgültigen Vorschlag übermitteln, was bis 21.00 Uhr am 8. Januar 1988 nicht geschehen ist: a) entschlossen weiter aktiv den Frieden in Freiheit zu gestalten mit dem Ziel, ihn für ganz Europa stabil und dauerhaft zu machen; b) überzeugt, daß ihre Zusammenarbeit einen wesentlichen Beitrag darstellt zur Schaffung einer stabilen und dauerhaften Friedensordnung in ganz Europa."
Am 9. Januar 1988 vermerkte Bundesminister Genscher für Staatssekretär Sudhoff dazu handschriftlich: „Was stimmt nun? a) Der ursprüngliche Text der Vorlage, daß es sich um einen F-Vorschlag handelt? Oder b) daß es sich um einen gemeinsamen Vorschlag handelt? (Wie handschriftliche Verbesserung behauptet.) 2) Sind a) und b) in Anlage 3 Alternativen oder Additive? 3) Die franz[ösischen] Einwände gegen ‚Europäische Friedensordnung' sind ebenso wenig überzeugend wie der handschriftliche Verweis in der Vorlage auf den Brief zur deutschen Einheit. Ich verweise auf den Harmel-Bericht, wo auf ‚Europäische Friedensordnung' abgehoben wird. 4) Da ich die Vorlage zwei Minuten vor meiner Abfahrt zum Flughafen erhielt, stehe ich gerne zu Rücksprache auf dem Flughafen am So[nntag], 10. Januar, nach Rückkehr aus Berlin zur Verfügung (1/2 Stunde). 5) mit der Formulierung der Anlage 3 (falls sie additiv gemeint ist) könnte ich leben." Vgl. Referat 201, Bd. 143390.
Hat Ministerialdirigent Jansen am 11. Januar 1988 vorgelegen, der die Rückleitung über Sudhoff an Ministerialdirigent von Ploetz verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „erl[edigt]."
Hat Sudhoff am 11. Januar 1988 erneut vorgelegen.

15 François Mitterrand.

16 Am 16. Januar 1988 teilte Ministerialdirigent von Ploetz Bundesminister Genscher mit: „Vierte und letzte Verhandlungsrunde über Protokoll zum Élysée-Vertrag wurde am 15.1. in Paris abgeschlossen. Sie war sehr schwierig. Französische Seite (d'Aboville) zog alle Register einschließlich mehrfacher Unterbrechungen zwecks Konsultationen innerhalb der französischen Delegation. Abschluß erfolgte kurz vor Mitternacht und wurde sicher nur dadurch möglich, daß Gespräche mit dem französischen Botschafter in Bonn und meine in Paris vorausgegangenen Kontakte mit dem Élysée und dem Matignon den Spielraum von d'Aboville entscheidend reduziert hatten. Ad referendum wurden folgende zusätzliche Absätze für die Präambel vereinbart: ‚überzeugt, daß alle Völker unseres Kontinents das gleiche Recht auf ein Leben in Frieden und Freiheit haben und daß die Stärkung beider Voraussetzung ist für Fortschritte auf dem Weg zu einer gerechten und dauerhaften Friedensordnung (Ordre de paix) in ganz Europa; entschlossen, sicherzustellen, daß ihre Zusammenarbeit diesen Zielen dient'." Vgl. den Drahterlaß Nr. 8; Referat 201, Bd. 143390.

b) Berlin-Klausel

Die französische Seite hält eine Berlin-Klausel nicht für erforderlich, weil der Inhalt des Zusatzprotokolls schließlich Materie betrifft, die unter den Alliierten-Vorbehalt fällt. Sie ist aber damit einverstanden, daß das Zusatzprotokoll integraler Bestandteil des Élysée-Vertrages wird – mit der Wirkung, daß dessen eingeschränkte Berlin-Klausel auch für das Zusatzprotokoll gilt.[17] Sie ist ebenfalls damit einverstanden, daß der deutsche und französische Vertreter die Bonner Vierergruppe entsprechend unterrichten.

c) Differenzierung zwischen ordentlichen Mitgliedern des Verteidigungsrates (politische Ebene) und sonstigen Teilnehmern

Die französische Sicht entspricht der deutschen: Es gilt der Primat der Politik. Die jetzt[18] vereinbarte Formulierung macht dies deutlich, indem sie zwischen den Mitgliedern des Verteidigungsrates („der Rat besteht aus …“) und den obersten Soldaten unterscheidet, die kraft Amtes an den Sitzungen teilnehmen. Beide Seiten stimmen darin überein, daß – bei Hinzuziehung anderer Persönlichkeiten, auf die sich beide Seiten verständigen – diese denselben Status haben wie der Generalstabschef bzw. Generalinspekteur.

d) Aufgaben des Verteidigungsrates

Der Katalog wurde auf französischen Wunsch erweitert auf

– Verbesserung der Interoperabilität bei Ausrüstungen der beiderseitigen Streitkräfte.

e) Sekretariat

– Leitung: Wir haben diese Frage für eine Entscheidung auf politischer Ebene offengehalten, obwohl französische Seite stark drängte, auch mit dem Hinweis, daß sie bereits zur Zustimmung für einen ersten deutschen Leiter autorisiert sei. StS Rühl legte auf Weisung von BM Wörner Wert darauf, daß als Leiter sowohl Beamte als auch Soldaten in Betracht kommen. Der Wunsch auf Präzisierung soll im Briefwechsel (vgl. unten 2) berücksichtigt werden. Dort soll auch deutlich werden, daß es – anders als beim Brigadekommando – keine automatische Rotation in der Nationalität des Leiters gibt. (Auf persönlicher Basis – nicht gegenüber der französischen Seite – äußerte Rühl: Im Hinblick

17 Ministerialdirigent von Ploetz unterrichtete Bundesminister Genscher, z. Z. Washington, am 21. Januar 1988: „AA hat BK-Amt und dieses federführendes BMF darauf aufmerksam gemacht, daß am 22.1. in Paris zur Unterzeichnung anstehendes Protokoll über Schaffung des Finanz- und Wirtschaftsrates eine Berlin-Klausel enthalten muß. Nachdem französische Gesprächspartner des BMF zunächst einverstanden waren, erhebt Quai d'Orsay (angeblich mit Absicherung auf Leitungsebene) nunmehr Bedenken […]. Nach AA-interner Besprechung unter Teilnahme beider Staatssekretäre und D 5 und Abstimmung mit dem BK-Amt (MDg Hartmann) hat Dg 20 – da französischer Botschafter bereits nach Paris abgereist – hiesigen französischen Vertreter in der Vierergruppe und parallel Botschaft in Paris über folgende Haltung der Bundesregierung unterrichtet: Aufgrund stehender Praxis bedarf Protokoll über Finanzrat der üblichen Berlin-Klausel. Protokoll über Verteidigungsrat kann – da Ausnahmefall – nicht als Präzedenzfall herangezogen werden. Wenn französische Seite auf Symmetrie besteht, sind wir bereit, im Protokoll über Verteidigungsrat der gespaltenen Berlin-Klausel (wie im Élysée-Vertrag) zuzustimmen.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 202, Bd. 140646.
Ploetz teilte Genscher am selben Tag abschließend mit: „Nachdem sich französisches Außenministerium nicht in der Lage sah, Angelegenheit in unserem Sinne zu entscheiden, sind wir seiner Anregung gefolgt und haben BK-Amt um direkten Kontakt zum Amt des Ministerpräsidenten in Paris gebeten. Dieses hat entschieden, daß in das Protokoll über den Finanz- und Wirtschaftsrat die übliche Berlin-Klausel aufgenommen […] wird.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 202, Bd. 140646.

18 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt.

darauf, daß das Sekretariat erst nach Ratifizierung des Zusatzprotokolls etabliert werden kann, soll die Benennung des Leiters aus seiner Sicht nicht am 22.1. vorgenommen werden. Er rechnet eher damit, daß das Sekretariat erst nach dem Überwechseln von BM Wörner nach Brüssel[19] gebildet wird, was unter Umständen auch Konsequenzen für seine Person haben könnte.)

Die Amtsdauer des Sekretariatsleiters und seines Stellvertreters soll etwa drei Jahre betragen.

– Sitz: Der Tatsache, daß Bonn und Paris unverändert Kandidaten sind, soll – bei technischen Vorbereitungen für Unterzeichnung am 22.1. – dadurch Rechnung getragen werden, daß alternative Texte vorbereitet werden.
– Aufgaben: Sie sind nicht detailliert definiert. Das Sekretariat leistet „Unterstützung". F wollte zunächst auf „administrative Unterstützung" hinaus. Die vereinbarte Formulierung erlaubt eine dynamische Entwicklung, wenn die weiteren Arbeiten dies rechtfertigen.
– Sonstige Fragen: Zu ihrer Regelung wird ein Briefwechsel der Außenminister vorgesehen, der ebenfalls am 22.1. unterzeichnet wird. Nach dem Élysée-Vertrag tragen die Außenminister „für die Ausführung des Programms in seiner Gesamtheit Sorge".

2) Briefwechsel

Der Text ist im Grundsatz vereinbart. Er bedarf redaktioneller Anpassung an die Vereinbarungen zum Zusatzprotokoll. Die Endredaktion aller Texte erfolgt am 15. und 16.1. in Paris.

3) Brigade[20]

Nachdem die Entscheidung über die Aufstellung beim 50. Gipfel in Karlsruhe[21] getroffen wurde, sollen am 22.1. bekanntgegeben werden:

– der Standort,
– die deutschen und französischen Beiträge,
– der Zeitpunkt der Aktivierung des Brigadestabes (1.10.1988),
– der Name des ersten (französischen) Brigadekommandeurs[22] und seines (deutschen) Stellvertreters[23].

4) Dokumentation

Unmittelbar nach dem 22.1.1988 soll eine gemeinsame, zweisprachige Dokumentation zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit herausgegeben werden, die enthält:

19 Am 1. Juli 1988 übernahm Manfred Wörner das Amt des NATO-Generalsekretärs.

20 In einer Pressekonferenz am 19. Juni 1987 befürwortete Bundeskanzler Kohl „die Einrichtung gemeinsamer deutsch-französischer militärischer Verbände. Er könne sich eine ‚vollintegrierte Brigade mit deutschen und französischen Kompanien vorstellen', auch unter Führung eines französischen Kommandeurs. Eindeutig wandte sich Kohl gegen Vorschläge aus Paris, mit den französischen Nuklearwaffen einen Schutzschirm auch über die Bundesrepublik zu spannen." Vgl. den Artikel „Kohl gegen eine isolierte Sicherheitspolitik mit Paris"; DIE WELT vom 20. Juni 1987, S. 1. Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 211.

21 Die deutsch-französischen Konsultationen fanden am 12./13. November 1987 in Karlsruhe statt. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 315, Dok. 316 und Dok. 318.

22 Jean-Pierre Sengeisen.

23 Günther Wasserberg.

– Erklärungen BK und Präsident vom 22.1.1988 in Paris[24],
– Élysée-Vertrag und Gemeinsame Erklärung Adenauer–de Gaulle vom 22.1. 1963[25] und
Zusatzprotokoll vom 22.1.1988,
– Gemeinsame Erklärung des 39. Gipfels in Paris am 24./25.2.1982 (Schmidt–Mitterrand)[26],
– Erklärungen BK und Mitterrand vom 21./22.10.1982 vom 40. Gipfel in Bonn[27],
– Erklärung vom 28.2.1986 vom 47. Gipfel in Paris[28],
– von den Staats- und Regierungschefs beim 48. Gipfel in Frankfurt am 27./28. 10.1986 gebilligten Bericht über die deutsch-französische Zusammenarbeit auf sicherheitspolitischem Gebiet[29],
– Erklärung des 50. Gipfels in Karlsruhe vom 12./13.11.1987[30].

Unser Vorschlag, auch die deutsch-französische Regierungsvereinbarung über das Stationierungsrecht und die Statusfragen der französischen Truppen in Deutschland (Notenwechsel von 1966[31]) aufzunehmen, ferner die abgestimmten Reden BMs und von AM Dumas bei der KVAE in Stockholm Anfang 1986[32] sowie Text der dort gehaltenen gemeinsamen Pressekonferenz, ferner den gemeinsamen Artikel BM mit AM Raimond (Sicherheit hat nicht nur eine militärische Dimension) vom 5.11.1986[33], stieß auf energischen französischen Widerspruch:

24 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl anläßlich der Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrags vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über die deutsch-französische Zusammenarbeit vgl. BULLETIN 1988, S. 77–81.
Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1988 (Januar/Februar), S. 43–45.

25 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer und des Staatspräsidenten de Gaulle vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706.

26 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung über die deutsch-französischen Konsultationen am 24./25. Februar 1982 in Paris vgl. BULLETIN 1982, S. 145 f.

27 Für den Wortlaut der Presseerklärungen des Bundeskanzlers Kohl und des Staatspräsidenten Mitterrand am 22. Oktober 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 915–917.

28 Für den Wortlaut der am 28. Februar 1986 anläßlich der deutsch-französischen Konsultationen in Paris abgebenen „Erklärung über ein Abkommen zwischen dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und dem Staatspräsidenten der Französischen Republik“ vgl. BULLETIN 1986, S. 180.

29 Für den „Bericht des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung an die Außen- und Verteidigungsminister“ vgl. VS-Bd. 12083 (201).

30 Für den Wortlaut der anläßlich der deutsch-französischen Konsultationen am 12./13. November 1987 in Karlsruhe abgegebenen Erklärung zur militärischen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit vgl. BULLETIN 1987, S. 1070 f.

31 Nachdem Frankreich am 1. Juli 1966 aus dem integrierten militärischen Kommando der NATO ausgeschieden war, mußten das Aufenthaltsrecht und der Status der französischen Truppen in Deutschland neu verhandelt werden. Beides wurde in einem Briefwechsel des Bundesministers Brandt vom 21. Dezember 1966 mit dem französischen Außenminister Couve de Murville neu geregelt. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1966, S. 1304 f. Vgl. dazu auch AAPD 1966, II, Dok. 401.

32 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genschers am 28. Januar 1986 in Stockholm vgl. BULLETIN 1986, S. 68–70.
Für den Wortlaut der Rede des französischen Außenministers Dumas am 28. Januar 1986 in Kopenhagen vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1986 (Januar/Februar), S. 51–54.

33 Bundesminister Genscher und der französische Außenminister Raimond veröffentlichten am 4. bzw. 5. November 1986 einen gemeinsamen Artikel zur dritten KSZE-Folgekonferenz in Wien. Vgl. dazu den Artikel „Sicherheit hat nicht nur eine militärische Dimension“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 4. November 1986, S. 8. Vgl. ferner den Artikel „Rendre la maison européenne habitable“; LE MONDE vom 5. November 1986, S. 6.

Der Status von Reden und Artikeln entspricht nicht dem von Regierungsvereinbarungen; Notenwechsel hat anderen Charakter.

BMVg verstärkte französische Position, indem es bei Aufnahme der Außenminister-Artikel auch Berücksichtigung eines gemeinsamen Artikels von BM Wörner und Giraud verlangte.

Wir haben abschließende Entscheidung vorbehalten.

Es wird empfohlen, nicht auf diesen in Paris offensichtlich auch innenpolitisch schwierigen Punkten zu bestehen.

5) Unterrichtung der Verbündeten

Es wurde Einvernehmen hergestellt, den NATO-Rat und den Ständigen Rat der WEU, die beide am 27.1. tagen, jeweils gemeinsam in vorher abzustimmender Weise zu unterrichten. Die Verständigung über diese Unterrichtung sollen Dg 20 und d'Aboville herbeiführen.

Wir haben vorgeschlagen, die NATO-Botschaften in Paris bereits am 22.1. gemeinsam zu informieren, ebenfalls durch Dg 20 und d'Aboville, um Irritationen in anderen Hauptstädten (z. B. London) mit Niederschlag in der Presse zu vermeiden[34].

Die französische Seite hat sich ihre Entscheidung vorbehalten.

Wir haben sehr deutlich gemacht, daß eine umgehende Information aus politischen Gründen und aus Courtoisie erforderlich ist. Sie kann im Hinblick auf die bei dieser Angelegenheit anzukündigende Unterrichtung des Ständigen WEU-Rates und des NATO-Rates knapp ausfallen.

6) Innerstaatliche Behandlung

a) Regierungsintern:

– Französische Seite machte deutlich, daß alle beteiligten Stellen mit dem Verhandlungsergebnis, soweit es bisher vorliegt, einverstanden sind. Dies gilt auch für Élysée.
– Wir haben erklärt, daß beabsichtigt ist, die Zustimmung des Kabinetts in seiner Sitzung am 20.1. herbeizuführen.

b) Parlamentarische Behandlung:

Wir haben vorgeschlagen, uns vorab zu verständigen über den wesentlichen Inhalt der „Denkschriften"[35] gegenüber den jeweiligen Parlamenten.

Französische Seite war grundsätzlich einverstanden, bezeichnete es aber als völlig offen, wann die Regierung das Ratifizierungsgesetz einbringt. Es wurde deutlich, daß die Entscheidung hierüber angesichts des ersten Wahlganges Ende April[36] nur auf politischer Ebene fallen kann.

34 Der Passus „um Irritationen … zu vermeiden" wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt.
Staatssekretär Sudhoff vermerkte dazu handschriftlich: „Darüber hinaus sollten BK und BM ihre jeweiligen Gegenüber in London noch am 22.1. persönlich anrufen! Ferner Brief BM an Shultz. Beides wäre den Franzosen mitzuteilen."

35 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Aussagen".

36 Der erste Wahlgang zu den französischen Präsidentschaftswahlen fand am 24. April 1988 statt.

7) Abnahme einer Ehrenformation beider Streitkräfte im Innenhof des Invalidendoms am 22.1.1988 in Paris

Zur Klärung von Einzelheiten wird BMVg zwei Offiziere Anfang nächster Woche nach Paris entsenden. Über die Elemente wurde zwischen den militärischen Seiten beider Delegationen Einvernehmen festgestellt. Ort und Ausgestaltung entsprechen in ihrer Würde dem hohen Stellenwert, den F dem Ereignis des 25. Jahrestages und der Entwicklung der deutsch-französischen Zusammenarbeit beimißt.[37]

8) Sonstiges

– Der Ausschuß beschloß, seinen Namen (bisher Ausschuß für Sicherheit und Verteidigung) zu ändern in: Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit, um der Benennung der übrigen Gremien gemäß Zusatzprotokoll Rechnung zu tragen.
– Vierertreffen der Außen- und Verteidigungsminister am 22.1.1988: Es bestand Einvernehmen darüber, daß es sich nicht um einen ordentlichen Gipfel handelt. Im Hinblick auf die zeitlichen Vorgaben hielten es beide Seiten für wahrscheinlich nicht möglich, aber auch nicht mehr[38] zwingend notwendig, ein Vierertreffen vorzusehen. Die Billigung der Texte erfolgt auf beiden Seiten durch regierungsinterne Beteiligung.

Richthofen

Referat 201, Bd. 143390

37 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt.
38 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt.

5

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder

412-401.00 **8. Januar 1988**[1]

Über Dg41[2], D4[3] Herrn Staatssekretär[4] zur Unterrichtung

Betr.: Der New Yorker Börsensturz vom Oktober 1929 und die Krise der Finanzmärkte 1987[5] – ein Vergleich

I. 1) Der Börsensturz vom Oktober 1929 (24.–29.10.1929) markierte das Ende eines langanhaltenden Aufschwungs, der in den USA 1922, in Deutschland und den meisten anderen europäischen Ländern 1925 eingesetzt hatte. Es handelte sich um einen Investitionsboom, der sowohl von der Industrie als auch von der Landwirtschaft getragen wurde, die beide stark rationalisierten und mechanisierten. Ein Effekt dieser Entwicklung war der temporäre Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Welthandel und Bruttosozialprodukt hatten hohe Zuwachsraten (BSP-Anstieg in den USA zwischen 1921 und 1929 von 54,6 auf 85,2 Mrd. $, in D zwischen 1925 und 1929 von 70 auf 84 Mrd. Reichsmark). Gleichzeitig blieben die Preise und Wechselkurse bemerkenswert stabil, so daß man von einer internationalen Mengenkonjunktur (im Gegensatz zur inflationären Preiskonjunktur) sprechen konnte.

Die Aktienkurse und Börsenumsätze stiegen in der Zeit von 1926 bis 1929 stark an, der Aktienindex an der New Yorker Wall Street bewegte sich von 79 (1922)

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schönfelder und Legationsrat I. Klasse Linden konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent Trumpf am 8. Januar 1988 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirektor Jelonek am 8. Januar 1988 vorgelegen.
Hat Legationssekretär Berger am 11. Januar 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher am 8. Januar 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine wiederum sehr lesenswerte Vorlage für Gespräch mit Karen House."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 14. Januar 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Trumpf an Referat 412 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „BM-Gespr[äch]."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 14. Januar 1988 vorgelegen.
Hat Jelonek am 15. Januar 1988 erneut vorgelegen.
Hat Trumpf am 29. Januar 1988 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schönfelder am 29. Januar 1988 erneut vorgelegen, der für Legationsrat I. Klasse Linden handschriftlich vermerkte: „Gratuliere!"
Hat Linden erneut vorgelegen.

4 Hans Lautenschlager.

5 Am 19. Oktober 1987 kam es weltweit zu starken Kursverlusten an den Börsen. In der Presse wurde berichtet: „Das Desaster begann an der New Yorker Börse, dann stürzten die Aktienkurse in Tokio und Hongkong, in London und Frankfurt. Auf den schwarzen Montag mit Milliarden-Verlusten folgten Hektik und Panik. Alte Ängste wurden spürbar: Droht eine neue Weltwirtschaftskrise, kommt es zum lange prophezeiten großen Crash? […] Der Sturz an den Börsen zumindest war tiefer als 1929, dem Jahr der großen Krise." Vgl. den Artikel „Wie in einer Kettenreaktion kippten die Kurse"; DER SPIEGEL, Nr. 44 vom 26. Oktober 1987, S. 134 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, II, Dok. 314.

auf 198 (1927) und 190 Punkte (1929). Dabei wurden die Aktien- und Wertpapierkäufe in den USA stärker als in anderen Ländern über Kredite finanziert. Der Bankenapparat war stark atomisiert und regionalisiert, so daß der Wirtschaft ein insgesamt nicht sehr leistungsfähiger Kapitalmarkt zur Verfügung stand.

Für D stellten die Reparationszahlungen ein besonderes Problem dar. Ihre Aufbringung erfolgte durch Besteuerung von Unternehmen und Privaten. Die für den Transfer erforderlichen Devisen wurden z. T. über Auslandsanleihen beschafft: Die Unternehmen nahmen Devisenkredite auf, um Zahlungen in Reichsmark zu leisten. Die daraus resultierende hohe Auslandsverschuldung des Privatsektors erschien jedoch volkswirtschaftlich vertretbar, weil sie der Finanzierung produktiver Investitionen diente. Problematisch war dagegen das Währungsrisiko, weil es außerhalb der Kontrolle der Unternehmen lag. Die Investitionen bewirkten eine hohe Realkapitalbildung und Verbesserung der Produktivität, die Absatzchancen (kriegsbedingter Nachholbedarf) waren gut, so daß insgesamt von einer guten Wirtschaftslage gesprochen werden konnte.

2) Der Börsensturz 1929 selbst wurde durch eine Reihe von Faktoren ausgelöst. Äußerer Anlaß war eine Erhöhung des Diskontsatzes durch das Federal Reserve Board von 6 auf 6,5 %. Obwohl sich schon seit Anfang 1929 Skepsis über eine Fortdauer des Booms breitgemacht hatte, kamen Zeitpunkt und Ausmaß der Krise völlig überraschend. Innerhalb weniger Tage sank der New Yorker Börsenindex von 190 auf 153 Punkte. 1933 lag er bei 43 Punkten.

Ob der Börsensturz ursächlich für die sich anschließende Weltwirtschaftskrise war, ist nicht eindeutig geklärt. Tatsache ist jedenfalls, daß sich die Weltwirtschaft seit Oktober 1929 und bis ins Jahr 1932 spiralförmig nach unten entwickelte. Maßgeblich hierfür war die deflationäre Geldpolitik und die kameralistische Finanzpolitik in den Industrieländern. Beide Politiken hatten zum Ziel, möglichst rasch das interne Finanzierungsgleichgewicht wiederherzustellen. Geringere Staatseinnahmen wurden durch geringere Ausgaben kompensiert. Die Folge war ein Entzug von Massenkaufkraft und ein Rückgang der effektiven Nachfrage. Gleichzeitig nahm der Welthandel – durch protektionistische Maßnahmen stark gebremst – drastisch ab. Die Folge waren Unternehmenszusammenbrüche und Massenarbeitslosigkeit mit schweren politischen und sozialen Konflikten.

Für D (das in jenen Jahren eine negative Leistungsbilanz hatte und Kapitalimporteur war) kam erschwerend hinzu, daß internationale Kredite an die deutsche Wirtschaft nicht erneuert wurden. Da die Reichsbank nicht unterstützend eingriff und der Kapitalmarkt rasch austrocknete, wurden viele Unternehmen zahlungsunfähig.

II. Parallelen und Unterschiede

1) Sowohl der Krise von 1929 wie der von 1987 ging ein langanhaltender Aufschwung in den großen Industrieländern voraus, der zu großen internen und externen Ungleichgewichten führte. Die Verschuldung in den 20er Jahren diente jedoch der Produktions- und Angebotsausweitung bei vorhandener, aufgestauter Nachfrage. Die Krise 1987 steht im Zeichen eines Angebotsüberhangs.[6]

[6] Am 20. Oktober 1987 legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schönfelder zu den weltweiten Kursverlusten an den Börsen dar: „Der wirtschaftliche Hintergrund für die Krise liegt eindeutig in den USA.

Die Ausweitung des Börsensturzes zu einer weltweiten Wirtschaftskrise hätte 1929/30 wahrscheinlich vermieden werden können, wenn eine andere Wirtschaftspolitik geführt worden wäre, wenn es gelungen wäre, durch staatliche Geld- und Fiskalpolitik die Vertrauenskrise zu überwinden und das Wachstum der Nachfrage zu fördern, statt sie künstlich zu verringern.

Auch heute steht die Wirtschaftspolitik vor der Aufgabe, die entstandene Vertrauenskrise zu überwinden, die Ungleichgewichte abzubauen und das Wachstum zu fördern. Im Vordergrund steht dabei nicht das Mengenwachstum, sondern der Strukturwandel.

Damals handelte die Wirtschaftspolitik in Übereinstimmung mit der herrschenden Lehre, nämlich einerseits der einfachen Quantitätstheorie des Geldes, die einen festen Zusammenhang zwischen der Geldmenge und dem Preisniveau unterstellte, und andererseits der kameralistischen Finanzwissenschaft, die einen immer ausgeglichenen Haushalt forderte und keine Kreditfinanzierung zuließ. (Erst 1936 veröffentlichte Keynes sein Werk über „fiscal policy", in dem er das Konzept des „deficit spending" als Mittel der Konjunktursteuerung entwickelte.[7])

2) Heute herrscht theoretisch wie praktisch ein anderes Verständnis hinsichtlich der Geld- und Fiskalpolitik vor.

Seinerzeit zwang der Gold-Devisenstandard die Defizitländer entweder zur Abwertung oder zur binnenwirtschaftlichen Anpassung. Heute hat das Weltwährungssystem nach dem Zusammenbruch des Festkurssystems von Bretton Woods[8] (1971) diese disziplinierende Wirkung verloren. Man glaubte zwar zunächst, daß ein System freier Wechselkurse den Währungsbehörden größere geldpolitische Autonomie gewähre. Aber der fortgesetzte Gebrauch des US-$ als Leitwährung führte sehr schnell zu Mischformen von Wechselkursregimen: Währungsblöcke wie das EWS, die grundsätzlich feste Wechselkurse haben, freie Wechselkurse (britisches Pfund, kanadischer Dollar) oder eine Bindung an Leitwährungskurse (die Währungen der sogenannten NICs[9]).

Fortsetzung Fußnote von Seite 23

Die Wirtschaftspolitik der Reagan-Administration hatte zunächst den vor allem politisch-psychologisch und nicht ökonomisch erklärbaren Anfangseffekt, die Währung des Defizitlandes USA zu stärken. Dies hat den Amerikanern über Jahre hinaus ermöglicht, über ihre Verhältnisse und auf Kosten der übrigen Welt zu leben, die ihre Leistungsbilanzdefizite finanzierte. Die ‚Zwillingsdefizite' der USA (Leistungsbilanz- und Haushaltsdefizite) bedrohen nach wie vor weltweit die Stabilität der Finanzmärkte […]. Nur durch Interventionen der Zentralbanken der wichtigsten Partnerländer der USA in Höhe von rund 70 Milliarden Dollar in den ersten sieben Monaten d. J. und weiterer privater ausländischer Investitionen konnten diese Defizite finanziert werden. Die Bemühungen, den Dollar im Rahmen des Louvre-Abkommens zu stabilisieren, haben zu Verzerrungen im Geldmengen- und Währungsbereich und zu steigenden Zinsen in den USA und – in deren Sog – auch im Rest der Welt (einschließlich D) geführt. […] Die Äußerungen Finanzminister Bakers am Wochenende, mit denen er das Louvre-Abkommen in Frage stellte, haben den Märkten angezeigt, daß die USA bereit sein könnten, den Abbau dieser Verzerrungen (z. B. Überbewertung des Dollars) hinzunehmen." Vgl. Referat 412, Bd. 168653.

7 Vgl. dazu John Maynard KEYNES, The General Theory of Employment, Interest and Money, London 1936.

8 Vom 1. bis 22. Juli 1944 fand in Bretton Woods (USA) eine Währungskonferenz der Vereinten Nationen mit dem Ziel einer Neuordnung des Weltwährungssystems statt, an der 44 Staaten teilnahmen. Im Abkommen von Bretton Woods vom 27. Dezember 1945 wurde die Errichtung des Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung beschlossen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 2, S. 39–205.

9 No Independent Currency.

Wechselkurse steigen oder fallen heute, ohne daß die Veränderung monokausal mit dem Verhältnis der Inflationsraten, der Kaufkraftparitäten oder der Zinsen zwingend erklärbar wäre. Dementsprechend ist es für die Währungspolitik schwierig, einen Zielkurs oder Zielkorridor für die Wechselkurse durchzuhalten. In jedem Fall verlangt Währungspolitik heute ein hohes Maß an internationaler Kooperation.

Damals konnte die nationale Wirtschaftspolitik die Märkte noch steuern, nicht zuletzt durch Protektionismus. Heute hat die Liberalisierung und Integration der Weltwirtschaft zu einem Verlust an Autonomie der nationalen Wirtschaftspolitik geführt.

Die Wirtschaftspolitiken sind immer noch an nationalstaatlichen Interessen orientiert, während die Märkte und Konjunkturen international in einem starken Verbund stehen. Dabei sind die Marktstrukturen und die Leistungsfähigkeit der einzelnen Volkswirtschaften noch sehr divergent. Daraus resultieren große Ungleichgewichte.

3) Hinzu kommt, daß die Transaktionsvolumina und Reaktionsmechanismen der Märkte heute viel größer und schneller sind. So ist allein das Volumen internationaler Anleihen von 1981 bis 1986 von 45 Mrd. auf 290 Mrd. US-$ gestiegen. Die Kapitalmärkte, die früher eng mit der internen und externen Handels- und Investitionsfinanzierung korrelierten, sind heute internationalisiert, wenig kontrollierbar und reagieren stärker als früher auf politische und psychologische Faktoren. Daraus folgt, daß solche Faktoren, insbesondere Erwartungen, heute eine sehr viel größere Bedeutung für den Konjunkturverlauf haben als früher.

4) Die Wirtschaftspolitik muß heute in einem völlig veränderten Umfeld agieren. Das Verhältnis von Politikmacht zu Marktmacht hat sich zugunsten der Märkte verschoben, die Politik ist allenfalls zu einem Impulsgeber geworden, ohne vorhersagen zu können, ob die Impulse sachlich, zeitlich und in der Dosierung immer richtig sind. Wirtschaftspolitiker müssen heute sehr viel früher Entwicklungen erkennen. Und sie müssen auf diese reagieren, bevor sie sich zu einem Trend entwickelt haben. Denn das Steuern gegen Markttrends ist in der Währungs- und Konjunkturpolitik nur noch mit sehr hohem Kraftaufwand möglich.

Insofern ist die Aufgabe für die Wirtschaftspolitik heute nicht leichter als vor 60 Jahren. Zwar sind im heutigen Wirtschaftssystem Sicherungen und Stabilisatoren eingebaut, die eine Wiederholung der Weltwirtschaftskrise in den Dimensionen von 1929/31 schwer vorstellbar erscheinen lassen. Aber eine Verhinderung von Konjunkturzyklen konnte bisher nicht erreicht, ein Patentrezept zu ihrer Vermeidung nicht entwickelt werden.

Schönfelder

Referat 412, Bd. 168637

6

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-10063/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 8. Januar 1988, 18.55 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 21 **Ankunft: 8. Januar 1988, 19.03 Uhr**

Betr.: Haltung der Bundesregierung zu nuklearen Fragen nach dem INF-Abkommen

Bitte um Weisung

1) Seit Unterzeichnung des INF-Abkommens wird von den Verbündeten die öffentliche Diskussion in der BR Deutschland in bezug auf die Behandlung der in Europa verbleibenden Nuklearwaffen mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Breite und das Ausmaß dieser Diskussion sowie die dabei sichtbar werdenden unterschiedlichen Positionen haben bei den Verbündeten zu Fragen hinsichtlich der Haltung der Bundesregierung Anlaß gegeben. In diesem Zusammenhang hat insbesondere die oft undifferenzierte Reaktion auf das in dem Brief von GS Honecker an den Bundeskanzler enthaltene Angebot einer „dritten Null-Lösung" starkes Interesse ausgelöst.[2]

Ungeachtet des von mir sowohl in Sitzungen des NATO-Rates als auch in persönlichen Gesprächen immer wieder gemachten Hinweises darauf, daß die Bundesregierung eine auf gleiche Obergrenzen zielende Reduzierung der landgestützten Flugkörper im Reichweitenband von 0 bis 500 km, nicht aber eine dritte Null-Lösung anstrebt, scheint sich bei unseren Bündnispartnern Eindruck zu verstärken, als setze sich ein zunehmend großer Teil der öffentlichen Meinung für eine dritte Null-Lösung ein, weswegen die Bundesregierung Schwierigkeiten haben werde, ihre Auffassung zu behaupten. Aus diesem Grunde wird die Antwort der Bundesregierung auf den Brief von Honecker, insbesondere zu dem Komplex „dritte Null-Lösung", von unseren Verbündeten mit großem Interesse erwartet und analysiert werden.[3]

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 12. Januar 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Wagner und Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt verfügte.
Hat Wagner am 13. Januar 1988 vorgelegen.
Hat Mülmenstädt vorgelegen.

2 Für den Wortlaut des Schreibens des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, an Bundeskanzler Kohl vom 14. Dezember 1987 vgl. den Artikel „Für weitere wirksame Schritte zu Rüstungsbegrenzung und Abrüstung"; NEUES DEUTSCHLAND vom 5. Januar 1988, S. 1.

3 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete am 12. Januar 1988, er habe beim „private luncheon" vom selben Tag zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 14. Dezember 1987 an Bundeskanzler Kohl bekräftigt, „daß derzeit in Bonn vorbereitete Antwort Allianzpositionen widerspiegeln werde, wie sie z. B. in Kommuniqué NATO-Rats vom 11.12.1987 zum Ausdruck gekommen seien". Er habe ferner „unterstrichen, daß Bundesregierung keine ‚dritte Null-Lösung' anstrebe". Der amerikanische Vertreter habe zum Brief Honeckers ausgeführt: „In Brief würden eine Reihe wesentlicher Probleme Allianzpolitik zur Erörterung gestellt. Honecker habe nicht nur […] Keil zwischen BR Deutschland und F, sondern zwischen uns und alle anderen Allianzpartner treiben wollen. All dies sei äußerst wichtig (‚terribly important'). Sei es nicht richtig, vor Antwort in Bündnis zu konsultieren und es zu informieren?" Der britische Vertreter habe kritisiert, „daß man vom Wortlaut durch ADN Kenntnis erhalten habe". Vgl. den Drahtbericht Nr. 30; VS-Bd. 13480 (210); B 150, Aktenkopien 1985.
Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an den Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, vom 23. März 1988 vgl. Referat 210, Bd. 145219.

2) Die Frage der rüstungskontrollpolitischen Behandlung der landgestützten Flugkörper im Reichweitenband von 0 bis 500 km wird im Rahmen der Entwicklung eines Gesamtkonzepts für Rüstungskontrolle und Abrüstung (Ziffer 8 Reykjavik-Kommuniqué[4]) eine wichtige Rolle spielen. Ich habe in den Beratungen des Rats hierzu mehrfach auf unsere Auslegung dieser Ziffer (Parallelität) hingewiesen. Von den Bündnispartnern ist die jüngste Erklärung des Bundeskanzlers sorgfältig registriert worden (BK in Infofunk BReg.[5] 1005 D/0 – 0601 vom 5.1.), die als Änderung unserer Haltung interpretiert wird (Vorrang von START, CW und KRK), wenngleich ein mögliches taktisches Element mit Blick auf den Ratifizierungsprozeß des INF-Abkommens nicht übersehen wird. In diesem Zusammenhang wird auch bemerkt, daß wir bisher eine Konkretisierung unserer Position zu einem Verhandlungskonzept über „Systeme kürzerer Reichweite" im Rahmen der Erörterungen zu Ziffer 8 noch nicht vorgenommen haben.[6] Wir haben auf unsere Unterrichtung über die Rüstungskontrollkonsultationen mit der DDR im Dezember 1987[7] hingewiesen.

3) Im Zusammenhang mit dem vorstehend dargelegten Komplex wird die Frage nach der Haltung der Bundesregierung bezüglich der Modernisierung des vorhandenen INF-Bestandes, insbesondere der im Montebello-Beschluß[8] identifizierten Folge-Systeme Lance und Luft-Boden-Flugkörper, zunehmend eine Rolle spielen.

Die Bundesregierung hat den Montebello-Beschluß sowie die entsprechenden Folgebeschlüsse, insbesondere diejenigen der 41. und 42. NPG[9], in vollem Umfang mitgetragen.

4 Für den Wortlaut von Ziffer 8 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 384. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 174.

5 Bundesregierung.

6 Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat Wagner handschriftlich: „Die merken auch alles."

7 Am 18. Dezember 1987 vermerkte Vortragender Legationsrat Barker zu den Rüstungskontrollkonsultationen mit der DDR am Vortag in Ost-Berlin: „Die Atmosphäre war freundlich sachlich. Sie blieb es auch, als D2A auf die in den DDR-Medien am Morgen des 17. veröffentlichten Honecker-Äußerungen vor dem ZK-Plenum (NATO plane einen Atomkrieg und betreibe ein ‚umfangreiches Hochrüstungsprogramm') kritisch einging. Fischer wie Nier reagierten ausweichend und verlegen; offensichtlich war das MfAA nicht beteiligt worden." Die DDR habe sich ferner „vorsorglich gegen alle Versuche" gewandt, „die INF-Vereinbarung durch Aufrüstung bzw. Modernisierung bei anderen Systemen zu unterlaufen oder zu umgehen. In diesem Zusammenhang plädiert sie dafür, die Kurzstreckensysteme mit dem Ziel einer dritten Null-Lösung rüstungskontrollpolitisch zu erfassen." Vgl. Referat 210, Bd. 145219.

8 Auf der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 in Montebello wurde der Abbau von 1400 nuklearen Gefechtsköpfen beschlossen. Außerdem wurde auf die Notwendigkeit von Modernisierungsmaßnahmen im Bereich der Trägermittel und nuklearen Sprengköpfe hingewiesen. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 321.

9 Die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 14./15. Mai 1987 in Stavangar erteilte der High Level Group (HLG) der NATO den Auftrag, den zukünftigen Zuschnitt „des NATO-Nuklearpotentials in Europa im Hinblick auf Anpassungen, die notwendig werden können, im Licht der sich ergebenden Sicherheitslage", zu prüfen. Die HLG schloß den Bericht am 8. Oktober 1987 ab: „Der Bericht enthält Schlußfolgerungen und Empfehlungen, schlägt aber keine konkreten Entscheidungen über Systeme, Größenordnungen und Dislozierungen vor." Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher vom 14. Oktober 1987; VS-Bd. 12124 (201); B 150, Aktenkopien 1987.
Die Ministersitzung der NPG am 3./4. November 1987 in Monterey billigte den Bericht der HLG. Dreher hielt dazu am 6. November 1987 fest: „Die HLG wurde beauftragt, bis zur 43. NPG Ende April 1988 in Dänemark spezifische Empfehlungen zu erarbeiten. Die USA und insbesondere GB drängten auf erste Entscheidungen noch 1988." Vgl. VS-Bd. 12124 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

Ein Abgehen von dieser Haltung in Richtung auf einen Verzicht auf Modernisierung liefe auf ein Moratorium hinaus, das für den Westen eine Eliminierung der betreffenden Systeme (Lance) bis etwa 1995 zur Folge hätte, während es dem Osten eine große Anzahl derartiger Systeme (SS-21) bis weit über das Jahr 2000 hinaus beließe.

Eine wichtige Rolle bei der Modernisierungsdiskussion spielt das Lance-Folgesystem (FoL[10]). Die USA nehmen hinsichtlich des Entscheidungsbedarfs in dieser Frage eine mehrdeutige Haltung ein. Zum einen wurde den Mitgliedern der NPG-Stabsgruppe im Pentagon im November 1987 klar gesagt, daß für die Stationierung eines FoL im Jahre 1995 eine Entscheidung erst in ein bis zwei Jahren erforderlich sei (vgl. Schriftbericht vom 17.11.87 – IX-363.20.20-3135/87 geheim – Seite 20). Andererseits vertrat der Chef des Stabes SACEUR, General Reed, gegenüber Ständigen Vertretern kürzlich die Auffassung, daß ein unmittelbarer Entscheidungsbedarf bestehe.

Bei Gesprächen zu diesem Komplex weisen wir auf das auch von AM Shultz unterstrichene amerikanische Interesse hin, alles zu unterlassen, was die Ratifizierung des INF-Abkommens gefährden könne. Aus diesem Grunde sei es auch zweckdienlich, von der deutschen Seite jetzt nicht eine abschließende Haltung hinsichtlich der Modernisierung verbleibender Systeme zu erwarten.

4) Um uns zu ermöglichen, uns hier gegenüber Verbündeten zu äußern, wäre ich für Unterrichtung über den Stand der dortigen Überlegungen dankbar.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 11364 (220)

7

Botschafter Freitag, Teheran, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 22 **Aufgabe: 9. Januar 1988, 09.00 Uhr**[1]
Ankunft: 9. Januar 1988, 07.21 Uhr

Betr.: Menschenrechte in Iran

Bezug: Erlaß vom 22.9.87 – 232-383.25/12 IRAN

I. Zusammenfassung

1) Die Menschenrechtssituation in Iran hat sich während der letzten beiden Jahre nicht wesentlich verändert.

10 Follow on Lance.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 5.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Giesder am 11. Januar 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 311 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dassel am 11. Januar 1988 vorgelegen.

2) Hauptproblem bleibt die Frage der Vereinbarkeit der international anerkannten und teilweise vertraglich festgelegten menschenrechtlichen Normen und der die iran. Gesellschaft und den Staat bestimmenden Grundsätze des Islams persisch-schiitischer Prägung.

3) Der Botschaft stehen, ebenso wie allen anderen Ausländern und ausländischen Institutionen in Iran, praktisch keine Möglichkeiten zur Nachprüfung von Menschenrechtsverletzungen und Nachforschungen hierüber zur Verfügung.

4) Straftatbestände und Strafen in der Islamischen Republik Iran entsprechen voll islamischen Grundsätzen. Dabei ergeben sich immer wieder Sachverhalte, die im Widerspruch zu unseren Auffassungen von Menschenrechten und Menschenwürde stehen.

5) Unkontrollierte und willkürliche Übergriffe wie in der akuten Revolutionsphase[2] sind seit einigen Jahren seltener geworden.

6) Verfolgt werden – nach unserem Verständnis – weiterhin die Angehörigen der in Iran nicht anerkannten Religionsgemeinschaft der Bahai.

7) Die iranische Regierung macht große Anstrengungen zur Unterstützung der inzwischen fast zwei Millionen afghanischen Flüchtlinge.

II. Im einzelnen

1) Die Menschenrechtssituation in Iran hat sich seit der letzten ausführlichen Berichterstattung im Jahr 1986[3] nicht wesentlich verändert.

2) Die Menschenrechtssituation in der Islamischen Republik Iran ist grundsätzlich gekennzeichnet durch die Tatsache, daß die iran. Regierung sich einerseits durchaus an die internationalen Normen und Vereinbarungen über die Gewährung von Menschenrechten gebunden fühlt, diese Bindung jedoch lediglich im Rahmen der ihrer Staats- und Gesellschaftsordnung zugrundeliegenden Normen iran.-schiitischer Prägung versteht. Diese Normen, die den gesamten gesellschaftlichen Bereich umfassen, weichen von der Konzeption vorgegebener (naturrechtlicher) Rechte des Individuums, so wie sie den internationalen Kodifikationen zugrunde liegt, ab.

3) Den Auslandsvertretungen stehen praktisch keine direkten Erkenntnisse über die Verletzung von Menschenrechten durch das gegenwärtige Regime in Iran zur Verfügung. Ausländische Beobachter sind auf die üblichen offiziellen Verlautbarungen angewiesen oder müssen versuchen, Informationen über die von

2 In Iran kam es seit Januar 1978 zu sich ständig verschärfenden Demonstrationen gegen die Herrschaft des Schahs Reza Pahlevi, der das Land am 16. Januar 1979 verließ. Am 1. April 1979 wurde die Islamische Republik Iran proklamiert. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 258, Dok. 332, Dok. 340, Dok. 362 und Dok. 393, sowie AAPD 1979, I, Dok. 49 und Dok. 103.

3 Botschafter Freitag, Teheran, stellte am 30. Juni 1986 fest: „Die islamische Revolution lehnt es bewußt ab, westliche Menschenrechtsmaßstäbe zu übernehmen. Handlungsmaxime ist der schiitisch-islamische Fundamentalismus. […] Man weist die westliche Menschenrechtsdiskussion u. a. mit dem Argument zurück, sie stelle nur ein politisches Instrument der Einmischung in die inneren Angelegenheiten nicht-westlich orientierter Länder dar. Den westlichen, individuellen Menschenrechten stellt man hier die islamischen, auf politische und soziale Rechte abzielenden Menschenrechtsvorstellungen gegenüber. Die Westen geläufigen Freiheitsrechte spielen in der schiitisch-islamischen Wertvorstellung eine nachgeordnete Rolle. Dies bedeutet, daß der islamisch-revolutionäre Iran kaum versucht, die normale Praxis seiner inneren Organe (Justiz, Pasdaran-Korps, Revolutionskomitees), auch wenn sie den westlichen Vorstellungen nicht entspricht, zu leugnen oder zu kaschieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 826/827; Referat 311, Bd. 140002.

Menschenrechtsverletzungen Betroffenen zu erhalten. Dies ist allerdings vom Ausland her einfacher, da Iraner im Inland wegen der möglicherweise damit verbundenen eigenen Gefährdung kaum bereit sind, sich Fremden gegenüber hierzu zu äußern.

4) Positiv an der Entwicklung der letzten Jahre ist, daß die aus der Revolution zunächst entstandene allgemeine Rechtsunsicherheit im Lande infolge der Islamisierung des iran. Staatswesens inzwischen weitgehend als überwunden gelten kann. In den ersten Jahren nach der Revolution kam es häufig zu willkürlichen Verhaftungen, Bestrafungen und Hinrichtungen auch ohne Urteil, die jetzt wohl Ausnahmen sein dürften.

5) Dabei muß berücksichtigt werden, daß das islamische Strafrecht Tatbestände und Strafen kennt, die mit westlichen Menschenrechtsvorstellungen nicht vereinbar sind, und daß das Strafverfahren nach unseren Vorstellungen immer noch als eher summarisch anzusehen ist.

Straftatbestände wie das Verbot des Beischlafs unter Nichtverheirateten, die nach unseren Vorstellungen einen Eingriff in die Freiheit des Einzelnen darstellen, werden durch einen Strafenkatalog ergänzt, der eine Vielfalt von Körperverletzungen beinhalten kann, wobei eine Verhängung von Prügelstrafen eines Beschuldigten wegen Lügens die Grenze zu durch Folter erzwungenen Geständnissen verschwimmen läßt.

In den letzten Wochen haben auch wiederholt öffentliche Hinrichtungen durch Erhängen, Erschießen oder Steinigung stattgefunden.

6) Die für unsere Begriffe eher archaische Einstellung zum Leben und zur körperlichen Unversehrtheit des einzelnen Mitglieds der islamischen Gesellschaft macht es auch schwer, klar zu definieren, inwieweit im Rahmen der Ermittlungsverfahren oder in Gefängnissen allgemein gefoltert wird. Auch hier kann die hemmungslose Gewaltausübung der unmittelbaren Revolutionsperiode als abgeschlossen gelten.

7) Individuelle Grundfreiheiten nach unseren Vorstellungen sind in Iran im Bereich der Presse- und Redefreiheit zwar eingeschränkt, jedoch weniger als in vielen anderen Staaten mit vergleichbarer Systemstruktur:

– Die Presse wird durch das damit beauftragte Ministerium für islamische Führung sorgfältig gesteuert und überwacht. Zwar gibt es keine Vorzensur, Angriffe auf die islamische Führung oder die Revolution als solche würden jedoch zu einer Schließung der jeweiligen Zeitung führen. Dagegen gibt es zu Fragen, die nicht den Kernbereich der Revolution und den fundamentalistischen Islam betreffen, so z.B. im sozialen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Bereich, eine lebhafte und oft kontroverse Diskussion. Forum dieser Diskussion ist neben der Presse auch das iran. Parlament, von dem, mit der Ausnahme Imam Khomeini, häufig Kritik auch an Funktionsträgern der Islamischen Republik zu hören ist. Auch die oppositionelle „Freiheitsbewegung“ unter dem früheren Premierminister Bazargan nimmt, trotz mancher Schikanen, weiter durch Buchveröffentlichungen und Pamphlete an der innenpolitischen Auseinandersetzung teil.

  Ebenfalls für Staaten mit vergleichbarer Systemstruktur untypisch ist die Offenheit, mit der Iraner sich privat gegenüber auch Fremden und Ausländern äußern.

Die iran. Führung besitzt ein wohlorganisiertes Netz von Überwachungsorganen, nutzt dies jedoch vor allem gegen die organisierte militante Opposition. Bloße Kritik, sei es privat oder öffentlich, führt, solange nicht der islamische Grundkonsens betroffen ist, allenfalls zu Repressalien auf niedriger Stufe, nicht jedoch zu Verhaftung oder weitergehenden Maßnahmen.

– Die Versammlungsfreiheit ist für den nichtpolitischen Bereich, mit Ausnahme für die Bahai, in Iran weitgehend gewährleistet. Politische Gruppierungen, die der iran. Führung feindlich gegenüberständen, würden jedoch unterdrückt werden. Auch sind öffentliche Versammlungen von dem Regime kritisch Gegenüberstehenden kaum vorstellbar. Versuche linker Gruppierungen, nach der Revolution Gewerkschaften, die nach offizieller Ideologie als unislamisch betrachtet werden, zu gründen, wurden unterdrückt.

– Die Bewegungsfreiheit ist nur für politische Oppositionelle eingeschränkt. Anhänger des ehemaligen Schahregimes oder sonstige Oppositionelle erhalten oft keine Ausreisegenehmigung. Vor oder am Anfang der Revolution geflohene Perser reisen vielfach wieder ein (und wieder aus). In Iran selbst herrscht, bis auf für an bestimmte Orte Verbannte, Bewegungsfreiheit.

– Die wirtschaftlichen Rechte der Einzelnen sind in der Zwischenzeit weitgehend wieder hergestellt. Zwar wurden Besitztümer von Anhängern des ehemaligen Schahregimes und von im Ausland lebenden Iranern auch nach der Revolution konfisziert. Viele Rückkehrer konnten jedoch nach einer politischen Rehabilitierung durch ein Gerichtsverfahren ihre Besitztümer wiedererlangen. Dies wird allerdings gerade in jüngster Zeit vom staatswirtschaftlich eingestellten Flügel der iran. Führung stark kritisiert, es gibt jedoch keine Anhaltspunkte, daß solche Personen besonderen Schikanen ausgesetzt sind.

8) Weite Teile der iran. Bevölkerung bleiben, abgesehen von den sich aus dem andauernden Krieg ergebenden Anforderungen durch den Staat, immer noch im wesentlichen ungestört. Staatliche Exzesse, wie willkürliche Hausdurchsuchungen durch Komitees oder Revolutionsgarden, sind geringer geworden. Allerdings gehört das Eindringen in umfriedete Bereiche einschließlich des Hauses zur Überwachung der Einhaltung der islamischen Grundsätze für die Lebensführung nicht zu den Seltenheiten.

9) Der gravierendste Fall der Verletzung von Menschenrechten in größerem Maßstab ist die Behandlung der Angehörigen der Bahai-Religionsgruppe.[4] Todesurteile und Exekutionen, häufig mit Spionage oder Landesverrat begründet, waren in jüngster Zeit weniger oft verzeichnet worden, sollen aber kürzlich wieder vorgekommen sein. Die wiederholten Vorstellungen westlicher Staaten gegen-

4 Am 16. Oktober 1987 legte Vortragender Legationsrat Dassel dar: „Es gibt derzeit in Iran etwa 300 000 Anhänger der Bahai-Religion. Bis 1979 waren Bahai in herausragenden Positionen, insbesondere in der staatlichen Verwaltung, den Universitäten, im medizinischen Bereich und in der Justiz tätig. […] Das Vermögen der Glaubensgemeinschaft sowie deren karitative Einrichtungen sind häufig schon in der Frühphase der Revolution konfisziert worden. Auch ist es zur Konfiskation von Privatvermögen gekommen […]. Die Verfolgungsmaßnahmen vergangener Jahre scheinen vornehmlich das Ziel gehabt zu haben, die Bahai-Führung zu eliminieren und ihre Organisationsstruktur zu zerschlagen. […] Zahlreiche Bahai befinden sich nach wie vor – zum Teil seit Jahren – in iranischen Gefängnissen. Nicht auszuschließen ist, daß über vielen dieser Gefangenen – ausgesetzte – Todesurteile schweben, da jeder Bahai, der sich vor Gericht zu seinem Glauben bekennt, gemäß islamischem Recht von Moslems getötet werden darf.“ Vgl. Referat 311, Bd. 139994.

über der iran. Regierung haben an der Grundhaltung des Regimes gegen die Bahai offenbar nichts geändert. Von iran. Seite wird behauptet, daß, da nach Mohammed keine Religionsgemeinschaft mehr gebildet werden könne, die Bahai keine religiöse Minderheit darstellten. Es handle sich vielmehr um eine Gruppierung, die einen politischen Hintergrund (Beeinflussung durch ausländische Kreise) habe und als politisch-orientierte Gemeinschaft die verfassungsmäßig garantierte Autorität des fundamentalistischen Islam in Iran bedrohe. Von einer systematischen Unterdrückung der ca. 300 000 Bahai kann wohl nicht mehr gesprochen werden. Allerdings sind sie wegen ihrer Religionszugehörigkeit weiter Diskriminierungen und Schikanen ausgesetzt: In gehobenen Stellungen der Verwaltung und der überwiegend verstaatlichten Wirtschaft, in Justiz und Anwaltschaft werden keine Bahai mehr geduldet. Auch aus den medizinischen Berufen sind sie inzwischen verdrängt. Soweit sie sich jedoch unauffällig verhalten, können sie ein in begrenztem Maße normales Leben führen, vor allem als Geschäftsleute, erhalten jedoch normalerweise keinen Paß und dürfen keinen größeren Grundbesitz ihr eigen nennen.

[5]10) Menschenrechtsverletzungen gegenüber den in der Verfassung anerkannten religiösen Minderheiten sind kaum zu beobachten. Juden, armenische und assyrische Christen sowie die Zoroastrier haben ihre eigenen gewählten Vertreter im Parlament. Sie sind jedoch im kulturellen Bereich gewissen Diskriminierungen ausgesetzt. Insbesondere konnten die Armenier sich nur mit Mühe gegen das Bestreben des Erziehungsministeriums wehren, in armenischen Schulen auch den Religions- und Literaturunterricht auf Farsi durchzuführen.

Christen können weitgehend ungestört ihrer Religionsausübung nachgehen. Allerdings haben viele Armenier in der staatlichen Verwaltung und in Staatsunternehmen ihre Stellung verloren. Nach wie vor haben sie die Möglichkeit, in der freien Wirtschaft tätig zu sein. In einigen Spezialbereichen sind Armenier weiterhin führend, z. B. im Gold- und Silberschmiedehandwerk.

11) Eine systematische Liquidierung politischer Gegner findet nicht mehr statt. In den ersten Jahren nach der Revolution wurden viele Menschen häufig ohne Verfahren oder nach nur sehr summarischen Prozessen hingerichtet. Andere blieben jahrelang in Haft. Inzwischen sind auch prominentere Anhänger des Schahregimes und ihrer Familien wieder in Freiheit und können hier leben, solange sie sich unauffällig verhalten.

Bei der verbleibenden inneriran. Opposition muß zwischen einem moderaten und trotz Repression geduldeten Flügel (z. B. Freiheitsbewegung) und den Radikal-Militanten (z. B. Volksmudschaheddin[6]) unterschieden werden. Letztere werden hier, wie dies auch anderswo der Fall sein könnte, wegen ihrer Gewaltakte unerbittlich verfolgt. Unabhängig davon müssen organisierte Oppositionelle mit dem Ausschluß von öffentlichen Ämtern, Studienverbot und Ausreiseverbot rechnen.

[5] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 24 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

[6] In der Länderaufzeichnung Iran vom 1. März 1988 wurde ausgeführt: „Die militanten linken Gruppen, vor allem die islamisch-sozialistischen Mudjahedin-e-Khalq (‚Glaubenskämpfer des Volkes', die aus dem Untergrund lange Zeit bewaffneten Widerstand durch Attentate und Terroraktionen leisteten) treten nur noch mit vereinzelten Aktionen in Iran in Erscheinung, betreiben jedoch im Ausland (Bagdad) eine aktive Informationspolitik." Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 256 des Botschafters Freitag, Teheran; Referat 311, Bd. 154138.

Unter den ethnischen Minderheiten sind insbesondere die Kurden wegen ihrer Unabhängigkeitsbestrebungen und der Guerillatätigkeit mit irak. Unterstützung ein vor allem politisches, nicht ein Menschenrechtsproblem (hierzu ausführlicher mit Bericht Nr. 163 vom 13.2.86 übersandter EPZ-Bericht[7]). Die bloße Zugehörigkeit zu einem Kurdenstamm stellt keinen Verfolgungsgrund dar. Gleiches gilt für die Belutschen, deren traditioneller Widerstand gegen die Zentralgewalt seit jeher staatliche Unterdrückungsmaßnahmen zur Folge gehabt hat.

Allen Minderheiten, so auch den Bakhtiaris, Turkmenen und Qashqa'is ist jedoch gemeinsam, daß ihnen die Verwirklichung ihrer kulturellen Identität erschwert wird.

12) Die im heutigen Iran geltenden Vorschriften[8] für das Auftreten und Verhalten der Frauen in der Öffentlichkeit werden aus dem Koran abgeleitet und sind damit Bestandteil des religiös-gesellschaftlichen Wertesystems der Islamischen Republik.[9] Die hierin liegenden, teilweise eklatanten Verletzungen der unseren Vorstellungen entsprechenden Grundsätze der Menschenwürde scheinen noch immer von der überwiegenden Anzahl der Betroffenen als Teil der durch die Religion gebotenen Lebensführung gesehen und deshalb nicht in Frage gestellt zu werden.

13) Die Behandlung der irak. Kriegsgefangenen bzw. Zivilinternierten im Rahmen des Kriegsvölkerrechts ist nicht unumstritten, da von iran. Seite immer wieder auf große Zahl von „Bekehrungen" irak. Soldaten hingewiesen wird, die dann meist in Iran um Asyl nachsuchen und wohl auch in die Streitkräfte eintreten. Ungeklärt und unkontrollierbar ist jedoch offenbar das Schicksal von anderen Staatsangehörigen (Ägypter, Sudanesen, Pakistani), die auf irak. Seite gekämpft haben und von dorther in iran. Gefangenschaft geraten sind. Sie wer-

7 Botschaftsrat I. Klasse Henatsch, Teheran, übermittelte ein „von hieisiger EPZ-Präsidentschaft (Niederlande) erarbeitetes Papier zur Lage in Kurdistan". Vgl. den Schriftbericht Nr. 163; Referat 311, Bd. 137877.
In der von Henatsch am 6. März 1986 übermittelten Schlußfassung der niederländischen Aufzeichnung hieß es zu den Kurden im Iran: „Kurdistan is considered to be a war zone. […] The present regime has adopted the same policy the Shah used to follow in maintaining a large military presence in Kurdistan. Though official figures have not been published, fairly reliable estimates put the figure of casulaties on both sides in Kurdistan at at least 30 000. […] Violations of human rights against Kurds would seem to fall mainly in two categories: random executions of Kurdish civilians, and denial of basic cultural rights with regard to their tribal traditions." Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 245; Referat 311, 137877.

8 Korrigiert aus: „geltenden zwischen den Vorschriften".

9 Am 23. Mai 1982 informierte Botschaftsrat I. Klasse Strenziok, Teheran, über die Lage der Frauen im Iran: „Eines der wichtigsten und am konsequentesten verfolgten gesellschaftspolitischen Reformziele der neuen Machthaber in Iran ist das, was nach offizieller Lesart als ‚Wiederherstellung der Würde der islamischen Frau' oder auch als ‚wahre Emanzipation der Frau' bezeichnet wird. In der Praxis läuft es auf strikte Geschlechtertrennung und fast völlige Verhüllung weiblicher Wesen in der Öffentlichkeit, nicht nur auf der Straße, sondern auch am Arbeitsplatz, hinaus. […] Versuchte man es anfangs noch mit islamischer Propaganda und gütlichem Zureden […], ging man später zu disziplinarischer Erzwingung islamischer Tracht bei weiblichen Behördenangestellten über, dann zum Verbot des Betretens öffentlicher Gebäude und Einrichtungen einschließlich Banken, Postämtern und Flughäfen durch nicht züchtig bekleidete Frauen, dann zu Strafandrohungen gegen Geschäfts- und Restaurantinhaber, wenn sie solche Frauen einließen oder bedienten, und heute ist Frauen auch das Benutzen öffentlicher Verkehrsmittel, Taxis und selbst eigener Wagen ohne zumindest Kopftuch verboten. Barhäuptige Frauen am Steuer laufen Gefahr, von Wagen mit Hezbollahis als Insassen rücksichtslos an den Rand oder in den Straßengraben gedrängt und vor den Sittenrichter gezerrt zu werden." Vgl. den Schriftbericht Nr. 329; Referat 311, Bd. 137719.

den von Iran nicht als Kriegsgefangene, sondern als fremde Söldner behandelt, und ihr Schicksal hängt wahrscheinlich zum überwiegenden Teil von den Ergebnissen politischer „Geschäfte“ mit dem jeweiligen Herkunftsland ab.

14) Positiv zu beurteilen ist die Behandlung der ca. zwei Millionen nach Iran geflüchteten Afghanen durch die hiesigen Behörden. Ihnen werden trotz der großen Zahl weitgehend Aufnahme, Bewegungs- und Arbeitsmöglichkeiten eingeräumt. Trotz bestehender gesellschaftlicher Vorurteile und der Unmöglichkeit des sozialen Aufstiegs ist für sie physische Existenz und die Befriedung der elementaren Lebensbedürfnisse zumeist sichergestellt.

15) Im Jahresbericht 1987 von „amnesty international“ werden eine Reihe von Einzelfällen von Menschenrechtsverletzungen erwähnt.[10] Diese Angaben können von hier aus (vgl. oben Ziff. 3) nicht nachgeprüft werden.

Das sich aus dem Abschnitt „Iran“ ergebende Bild der Menschenrechtssituation im Land entspricht im wesentlichen den Auffassungen der Botschaft, wobei die hier verfügbaren Einzelinformationen naturgemäß weniger zahlreich sind.

[gez.] Freitag

Referat 311, Bd. 154161

10 Zu Menschenrechtsverletzungen im Iran wurde von „amnesty international“ festgestellt, die Organisation habe „1986 von 115 Hinrichtungen“ erfahren, „die sowohl wegen politischer als auch krimineller Vergehen vollzogen wurden; sie hielt jedoch die tatsächliche Anzahl für weitaus höher. […] amnesty international erhielt auch 1986 Berichte über physische und psychische Folterungen an politischen Gefangenen in Gefängnissen und Haftzentren in allen Teilen des Landes, obwohl die Verfassung solche Praktiken verbietet. Im Laufe der vergangenen Jahre waren amnesty international Hunderte von Berichten über Folterungen und Mißhandlungen zugegangen. […] Gewöhnlich wurden Gefangene gefoltert, um Geständnisse über ihre politischen Aktivitäten sowie die Bekanntgabe von Namen politisch Oppositioneller zu erzwingen. In anderen Fällen bezweckten die Folterungen, Gefangene dazu zu bringen, daß sie ihrer politischen oder religiösen Überzeugung abschwören oder in Fernsehauftritten ihre früheren Ansichten verurteilen.“ Vgl. AMNESTY INTERNATIONAL Jahresbericht 1987, Frankfurt am Main 1987, S. 467 und 471f.

8

Botschafter Pfeffer, Paris, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 85 **Aufgabe: 11. Januar 1988, 20.16 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 11. Januar 1988, 21.24 Uhr**

Betr.: Staatsbesuch Honeckers in Frankreich (7. bis 9.1.1988);
hier: Unterrichtung durch Quai d'Orsay und Gesamtwertung

Bezug: DB Nr. 64 vom 8.1.[2] und Nr. 67 vom 9.1.1988[3] Pol 322.00

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung und Wertung

Im Lichte der von frz. Seite noch während des Besuchs (vgl. Bezugsberichte) und unmittelbar nach Abschluß gegebenen Unterrichtungen lassen sich gegenwärtig folgende Ergebnisse und Eindrücke des Staatsbesuchs Honeckers in Frankreich festhalten:

1) Der Besuch war der vorläufige Höhepunkt der Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten, die seit der Übernahme der Regierung in F durch die Sozialisten im Jahre 1981[4] angebahnt war.

2) Seine Hauptbedeutung liegt darin, die volle Anerkennung der[5] DDR durch die erste der drei westlichen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges deutlich sichtbar gemacht zu haben.

1 Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Elfenkämper, Paris, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff am 12. Januar 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 210 „m[it] d[er] B[itte] u[m] Übernahme" verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „202 hat Ablichtung."

2 Botschafter Pfeffer, Paris, berichtete über die Tischrede des Staatspräsidenten Mitterrand am 8. Januar 1988 beim Abendessen mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker: „Mitterrand unterstreicht […] den ‚Willen zur Versöhnung zwischen Franzosen und Deutschen, allen Deutschen, wo sie auch sind …' Dieser Wille weise nunmehr hinaus über die ‚glücklichen oder unglücklichen Zufälle der Geschichte'. Hieran schließt er eine Würdigung Honeckers an, der Paris kenne, da er vor fast 50 Jahren hierher gekommen sei, um den Widerstand seiner Landsleute gegen den Nazismus zu organisieren. […] Einleitung wie Schluß seiner Rede sind der Teilung Europas und ihrer Überwindung gewidmet. Es sei die Verantwortlichkeit der Franzosen und der ‚Deutschen auf beiden Seiten der Elbe' mit den anderen Nationen des Ostens und des Westens, mehr durch ein Einander-Ergänzen als durch ihre Unterschiede, ein lebensfähiges Europa zu schaffen, das Träger von Hoffnungen sei, weil es seine Teilung überwunden haben werde. […] Abschließend weist aber Mitterrand erneut darauf hin, daß sich die Europäer nicht über den Frieden einig werden könnten, wenn sie in Fragen der Freiheit geteilt seien." Vgl. Referat 202, Bd. 151111.

3 Botschafter Pfeffer, Paris, resümierte französische Informationen zu Gesprächen des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 8. Januar 1988 in Paris: „Das Gespräch Honecker/PM Chirac konzentrierte sich […] auf drei Themen: ‚die Mauer', Abrüstung und den Französisch-Unterricht in der DDR. PM Chirac habe Honecker eindringlich erläutert, daß die Mauer ‚verletze und die Zusammenarbeit behindere', wörtlich: ‚Das INF-Abkommen ist sehr wichtig, aber weitaus wichtiger ist der Abbruch der Mauer, den franz. Bürger berühren die INF-Systeme weniger als die Mauer, die zerstört werden müsse.'" Vgl. Referat 210, Bd. 145167.

4 François Mitterrand, der Kandidat der Sozialistischen Partei, wurde am 10. Mai 1981 zum französischen Staatspräsidenten gewählt. Die Sozialistische Partei ging aus den Wahlen zur französischen Nationalversammlung am 14. bzw. 21. Juni 1981 außerdem mit 37 % Stimmenanteil als stärkste Partei hervor.

5 Korrigiert aus: „durch die".

Dauer und Besuchsumstände (keine Unterzeichnung von Dokumenten, Beschränkung der protokollarischen Anlässe, keine Provinz-Reise) zeigen allerdings, daß Besuchsrahmen eher klein gehalten worden ist.

3) Der Besuch hat die Beziehungen Frankreichs zur DDR auf der diplomatischen Ebene normalisiert, ohne sie politisch erwärmt zu haben. Festzuhalten bleibt aber eine gewisse Wertschätzung der Person Honeckers. Sie kam sowohl in der Würdigung seiner Rolle im Widerstand gegen das Dritte Reich in den öffentlichen Äußerungen seiner frz. Gesprächspartner als auch in der Einschätzung Honeckers als Staatsmann durch Teilnehmer an seinen Gesprächen zum Ausdruck.

4) Honecker selbst scheint entschlossen gewesen zu sein, sich durch nichts von einem auf „Erfolg" gestimmten Kurs abbringen zu lassen.

5) Weitere konkrete Ergebnisse hat der Besuch nicht erbracht. Fortschritte für die bilaterale Zusammenarbeit dürften sich eher aus der allgemeinen Klimaverbesserung als aus konkreten Absprachen ergeben. Ursprünglich von der DDR gewünschte Abkommen (Umwelt-, Strahlenschutz[6]) wurden von F vor Besuchsbeginn abgelehnt und waren (entgegen anderslautenden DDR-Pressemeldungen) auch nicht mehr Gegenstand der Gespräche. Die Hoffnung auf künftige Steigerung des Handelsaustauschs um 15 v.H. pro Jahr stützt sich auf keine konkreten Abschlüsse oder Vorhaben.

6) Gelöst werden konnten die ca. 20 anhängigen bilateralen humanitären Fälle. Lediglich ein Fall – weil ohne franz. Bezug – blieb ungelöst.

7) Honecker machte sich ohne Insistenz zum Sprecher seines Lagers in rüstungskontroll- und sicherheitspolitischen Fragen. Er hat hierbei die frz. Seite nicht nachhaltig beeindrucken können. Die Veröffentlichung seines Briefes an den Bundeskanzler[7] unmittelbar vor Besuchsbeginn hat eine eher kontraproduzente Wirkung entfaltet. Beeindruckt hat Honecker demgegenüber in der Darstellung der Rolle der DDR innerhalb des Warschauer Paktes und des RGW.

8) Die frz. Seite war bemüht, von dem Besuch keine negativen Nebeneffekte auf das Verhältnis zu uns abstrahlen zu lassen. Sie war sich der diffizilen Terminlage, die gelegentlich von der frz. Presse kritisiert wurde, bewußt.[8] Honecker sei-

6 Am 22. Dezember 1987 referierte Gesandter Rouget, Paris, Informationen des französischen Außenministeriums zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 9. Januar 1988: „Die Unterzeichnung von Abkommen anl[äßlich] des Besuchs sei nicht vorgesehen. Die DDR habe den Wunsch geäußert, ein Umwelt- oder Strahlenschutzabkommen zu unterzeichnen. F sei der Auffassung, erst sollten im Rahmen der bestehenden Gemischten Kommission für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit Erfahrungen ausgetauscht werden, auf deren Grundlage evtl. später solche Abkommen unterzeichnet werden könnten. Jedenfalls sei F dagegen, nur zum Zwecke der ‚Ausfüllung' des Besuchsprogramms ein Abkommen zu unterzeichnen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2837; Referat 210, Bd. 145167.

7 Für den Wortlaut des Schreibens des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, an Bundeskanzler Kohl vom 16. Dezember 1987 vgl. den Artikel „Für weitere wirksame Schritte zu Rüstungsbegrenzung und Abrüstung"; NEUES DEUTSCHLAND vom 5. Januar 1988, S. 1.

8 Botschafter Pfeffer, Paris, berichtete am 6. Januar 1988, die Tageszeitung „Le Figaro" vom selben Tag habe zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 9. Januar 1988 festgestellt: „Auf franz. Seite ist es ohne Zweifel wichtig aufzuzeigen, daß die Entwicklung der Beziehungen der beiden deutschen Staaten zueinander mit Verständnis angesehen wird … Ist es deshalb aber nötig, Honecker selbst einzuladen? Ist es wünschenswert, daß sein Besuch zehn Tage vor der offiziellen Feier des 25. Jahrestages des Élysée-Vertrages stattfindet? Man kann es bezweifeln". Vgl. den Drahtbericht Nr. 28; Referat 210, Bd. 145167.

nerseits scheint nichts unternommen zu haben, was von frz. Seite als Kritik an ihrer privilegierten Zusammenarbeit mit uns hätte aufgefaßt werden können.

Honecker hat im Gegenteil Interesse an guten Beziehungen zu uns betont und u.a. versucht, einen „gesamtdeutschen Konsens" zur Untermauerung seiner Forderungen nach einer dritten Null-Lösung in Anspruch zu nehmen.

9) Das Bemühen, den privilegierten deutschen Partner Bundesrepublik Deutschland zu schonen, war auf seiten der Regierung besonders deutlich. Die Beteiligung des Außenministers an der Abwicklung des Besuchsprogramms war gering (keine getrennten Fachgespräche AM Fischer–AM Raimond). Es war sicherlich auch kein Zufall, daß AM Raimond als Termin für das erste Essen, das ich als Präsident der Zwölfer-Gemeinschaft zu seinen Ehren gegeben habe, von sich aus den 7. Januar, d.h. den Tag des Beginns des Honecker-Besuchs, vorschlug und daß er am 8. Januar ein Abendessen für etwa 30 persönliche Freunde gegeben hat, bei dem meine Frau[9] und ich als Ehrengäste plaziert waren.

10) Innenpolitisch hat der Besuch beiden politischen Hauptlagern in Frankreich einen gewissen Ertrag gebracht. Bei nach außen hin geschlossenem Auftreten gegenüber Honecker in den sicherheitspolitischen Kernfragen und klarer Sprache hinsichtlich der Systemmängel der DDR unterschieden sich PM Chiracs Äußerungen an Honeckers Adresse durch wesentlich größere Direktheit von denen des Präsidenten. Chiracs wiederholt vorgetragene explizite Forderung, daß die Mauer fallen müsse (auch im Gespräch mit Honecker kritisierte Chirac die Mauer), entspricht den Gefühlen, mit denen die Mauer in großen Teilen der frz. Bevölkerung gesehen wird, und Chiracs eigenem politischen Temperament. Im übrigen hat sich der PM bereits früher, so z.B. bei seinem Besuch anläßlich der 750-Jahrfeier Berlins, ähnlich deutlich zur Mauer geäußert.[10]

Mitterrand hat durch seine Klarstellung gegenüber Honecker im Bereich der Sicherheits- und Abrüstungspolitik vermieden, daß der von ihm initiierte Besuch eine präsidentenkritische Schlagseite in den frz. Medien bekam. Von kommunistischer Seite wurde der frz. Entschluß zu dem Besuch als längst überfällige Normalisierung der Beziehungen zur DDR positiv aufgenommen. Mitterrand hat damit auch einen in diesem Teil des politischen Spektrums beabsichtigten Effekt erreicht.

II. Erste Unterrichtung durch Quai nach Besuchsabschluß

Zentral-Europa-RL des Quai, Vaugier, hat Botschaft am 11.1. vorab (nach vorherigen Unterrichtungen während des Besuchs durch Élysée, Matignon und Quai, vgl. Bezugs-DB) über Besuch unterrichtet. Zwölfer-Unterrichtung erfolgt am 13.1.[11] durch Europa-Direktor Blot nach dessen Rückkehr aus der Türkei.[12] Aus Unterrichtung durch Vaugier ist festzuhalten:

9 Johanna Ursula Pfeffer.

10 Zur Rede des Ministerpräsidenten Chirac am 2. Juli 1987 in West-Berlin vgl. den Artikel „Chirac ruft in Berlin nach einem Ende von Schießbefehl, Mauer und Stacheldraht"; FRANFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 3. Juli 1987, S. 1.

11 Korrigiert aus: „13.11."

12 Botschafter Pfeffer, Paris, berichtete am 15. Januar 1988 über die Unterrichtung der EG-Mitgliedstaaten durch den Abteilungsleiter im französischen Außenministerium: „Blot stellte Honeckers Position bei nahezu allen mit seinen franz[ösischen] Gesprächspartnern diskutierten kontroversen Themen als geschmeidig, ja nachgiebig dar. Lediglich auf PM Chiracs wiederholte Frage nach der Mauer habe

1) Vaugier hob ausgezeichnete Atmosphäre der Gespräche hervor. Der Besucher sei mit dem Verlauf zufrieden gewesen. Er habe sich selbstsicher hinsichtlich seiner eigenen Position und der Stellung seines Landes innerhalb des sozialistischen Lagers gezeigt. Was die Reformen im WP angehe, so habe Honecker zu verstehen gegeben, daß die DDR die notwendigen Reformen schon vollzogen habe und die SU unter Gorbatschow nachvollziehe, was in der DDR bereits geschehen sei. Er habe andererseits Gorbatschow nicht kritisiert.

Er habe verschiedentlich deutliches Interesse an der Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und uns zu erkennen gegeben. Die Beziehungen zwischen der DDR und uns seien schon gut, könnten sich aber noch weiterentwickeln.

2) MP Chirac habe das in seinen öffentlichen Reden angesprochene Thema Berliner Mauer auch im Gespräch mit Honecker nicht vermieden. Er habe die Frage gestellt, ob eine Beseitigung der Mauer vorgesehen sei. Honecker habe mit einer ganzen Serie von Argumenten geantwortet: Die US-amerikanische Grenze sei mit elektrischen Zäunen gesichert. Die öffentl. Meinung errege sich darüber nicht. Die Errichtung der Mauer sei seinerzeit auf massive wirtschaftliche Verluste der DDR zurückzuführen gewesen. Heute schütze sie vor Ansteckung z. B. durch Drogen, die in Westberlin stark verbreitet seien.[13]

Die Mauer hindere aber nicht, daß man sich sehe. Der Bundeskanzler habe ihm, Honecker, seine Befriedigung über die Entwicklung der Besucherzahlen zwischen der DDR und der Bundesrepublik ausgedrückt. Es treffe zu, daß aus der Bundesrepublik mehr Leute in die DDR führen als umgekehrt. Gemessen an den Bevölkerungszahlen sei die Entwicklung aber nicht ungleichgewichtig.

Honecker habe generell bemerkt, die „Reden am Brandenburger Tor nützten nichts".

3) Bei seinem Werben für eine dritte Null-Lösung habe sich Honecker u. a. auf den bei uns angeblich bestehenden Konsens zwischen dem Bundeskanzler, dem bayerischen Ministerpräsidenten[14] und Willy Brandt (der eine solche Lösung

Fortsetzung Fußnote von Seite 37

Honecker etwas steifer reagiert. Blot wiederholte die mit Bezugs-DB wiedergegebenen Argumente Honeckers gegen Forderung nach Abschaffung der Mauer. Auf abschließende wiederholte Frage Chiracs, ob die Mauer nun fallen werde oder nicht, habe Honecker geantwortet: Nicht in einer vorhersehbaren Zukunft." Vgl. den Drahtbericht Nr. 133; Referat 210, Bd. 145167.

13 Am 13. Januar 1988 informierte Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, über das Presse-Echo in der DDR zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 9. Januar 1988 in Frankreich: „Im Gegensatz zur Praxis bei früheren Besuchen in westlichen Ländern gibt SED-Presse (‚N[eues]D[eutschland]', ‚Berliner Zeitung') kritische Äußerungen von PM Chirac zur Berliner Mauer nur entschärft wieder und geht soweit, eine Äußerung aus Toast vom 8.1. ganz zu streichen: ‚… vor allem das Vorhandensein der Mauer, die in ein- und derselben Stadt Familien und Mitglieder ein- und derselben Gemeinschaft voneinander trennt, verletzt zutiefst die Gefühle aller Franzosen'. Rede wird indessen vollständig im Zentralorgan der CDU der DDR, ‚Neue Zeit', wiedergegeben. Auch Zentralorgan der Liberal-Demokratischen Partei der DDR, ‚Der Morgen', bringt eine sonst übergangene Kritik des französischen MP an der Mauer: ‚Die Mauer, die Berlin entzweireiße, und die, er hoffe es, eines Tages fallen werde, so wie die Stadtmauern der befestigten Städte von einst überflüssig und sinnlos wurden und fielen, erinnere daran, daß die Teilung des Kontinents nicht nur ein simples Gedankengebäude ist, sondern eine schmerzliche Realität'. Eine entsprechende Sprachregelung der Partei- und Staatsführung scheint die Redaktionen dieser Blätter wie auch die ‚Schweriner Volkszeitung' und die (Rostocker) ‚Ostseezeitung' nicht mehr rechtzeitig erreicht zu haben". Vgl. den Drahtbericht Nr. 63; Referat 201, Bd. 145167.

14 Franz Josef Strauß.

schon lange vertrete) berufen. Er habe demgegenüber in seinen Gesprächen mit der Regierung (im Unterschied zu seinem ersten Gespräch mit Mitterrand am Abend des 7.1.) die DDR-eigenen Vorschläge zum Thema nuklearwaffenfreier Korridor[15] und CW-freie Zone[16] in Mitteleuropa nicht erwähnt.

4) Im Kulturbereich habe frz. Seite auf eine Ausdehnung der Aktivitäten des frz. Kulturzentrums in Ostberlin auf andere Städte in der DDR gedrängt. Dies sei in dem Kulturinstituts-Abkommen[17] nicht ausdrücklich vorgesehen, werde aber schon praktiziert. Es gebe dazu keine festen Vereinbarungen. Massiv sei von frz. Seite eine Ausweitung des Frz.-Unterrichts in DDR-Schulen angemahnt worden.

DDR-Seite habe auf das Pflichtfach Russisch und die Vorliebe der Schüler für das Englische verwiesen. Honecker habe aber zugesagt, die Kulturministerin[18] auf das Problem hinzuweisen.

5) Die rund 20 vor dem Besuch bestehenden humanitären Fälle seien bis auf einen ausnahmslos „schnell und gut" gelöst worden. Es handele sich um Fälle der Familienzusammenführung und von Besuchsreiseerlaubnissen bei Ehepaaren oder Familien, bei denen ein personaler Bezug nach Frankreich bestehe. Bei dem einzigen ungelösten Fall handele es sich um eine deutsche Familie in der DDR, die frz. Botschaft um Unterstützung für ihren Ausreisewunsch in die Bundesrepublik gebeten habe. Hier habe die DDR-Seite zu verstehen gegeben, daß dieses Problem auf anderen Kanälen gelöst werden müsse.

Beim Jugendaustausch habe Honecker zu verstehen gegeben, daß die DDR Anstrengungen machen wolle, mehr Jugendliche aus der DDR nach F reisen zu lassen, falls die Devisenseite geklärt werden könne. Das Interesse der DDR an Städtepartnerschaften bezeichnete Vaugier demgegenüber als eher schwach. (Eine Reihe von Städtepartnerschaften sind insbesondere vor Aufnahme diplo-

15 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann vermerkte am 20. Oktober 1986, daß SPD und SED „Grundsätze für einen atomwaffenfreien Korridor" verabschiedet hätten: „Ein Korridor von einer Ausdehnung von jeweils rund 150 Kilometern auf beiden Seiten der deutsch-deutschen bzw. der deutsch-tschechischen Grenze soll von allen Atomwaffen befreit werden. […] Die Einrichtung eines atomwaffenfreien Korridors ist als Zwischenstufe zur Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone in Gesamtmitteleuropa (definiert als die Zone, über die bei MBFR verhandelt wird) gedacht. Drei Jahre nach Verwirklichung des Korridors soll über die Einrichtung einer KWFZ Mitteleuropa verhandelt werden." Vgl. Referat 210, Bd. 139228.
Das Papier wurde am 21. Oktober 1986 der Öffentlichkeit vorgestellt. Für den Wortlaut vgl. TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK III/4, S. 408–410.

16 Mit Schreiben vom 12. September 1985 unterbreitete der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, Bundeskanzler Kohl einen Vorschlag der DDR und der ČSSR für eine chemiewaffenfreie Zone, die zunächst Gebiete dieser beiden Staaten und der Bundesrepublik umfassen sollte. Für den Wortlaut des Schreibens vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XXXIII/2 (1985), S. 493.
Am 21. Mai 1986 übergab der Außenminister der DDR, Fischer, Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, „Prinzipien und Hauptrichtungen künftiger Verhandlungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Bildung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa". Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann vermerkte dazu am 22. Mai 1986, in dem Papier werde die Bildung einer chemiewaffenfreien Zone „auf Gebiet der beiden deutschen Staaten und der ČSSR (1. Stufe), anschließend auf MBFR-Gebiet (2. Stufe)" vorgeschlagen. Die Zone solle weiteren Staaten offen stehen. Vgl. Referat 222, Bd. 130156.

17 Für den Wortlaut des Abkommens vom 16. Juni 1980 zwischen den Regierungen der DDR und Frankreichs über Statut und Modalität der Arbeitsweise der Kulturzentren vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XXVIII/2 (1980), S. 966–970.

18 Margot Honecker.

matischer Beziehungen[19] vor allem zwischen frz. Städten mit kommunistisch dominierten Stadträten und DDR-Städten zustande gekommen.)

Gesonderter Bericht über Gespräche zu wirtschaftlichen Themen (Balladur/Mittag/Beil/Noir) bleibt vorbehalten.

[gez.] Pfeffer

Referat 210, Bd. 145167

9

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Buerstedde

221-376.00-29/88 VS-vertraulich **12. Januar 1988**[1]

Über Herrn D2A[2] Herrn Staatssekretär[3] zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung der Ziffern 5 und 6

Betr.: Diskussion im Bündnis über einen KRK-Verhandlungsvorschlag; hier: Einwände der USA gegen WEU-Regionalkonzept

Bezug: Vorlage vom 23.10.1987 – 221-376.00-1688/87 VS-v[4]

Anlg.: 1[5]

1) Stand der Beratungen über einen KRK-Verhandlungsvorschlag[6]

Seit Oktober 1987 haben sich die Beratungen im kleinen Kreis (USA, GB, F, I) über einen westlichen KRK-Verhandlungsvorschlag intensiviert. Mit einem Arbeitspapier (s. Bezugsvorlage), das wir den übrigen Vier Ende Oktober unterbreitet haben, gaben wir der Diskussion einen entscheidenden Anstoß. Wir hatten in dem Papier vorgeschlagen, ein KRK-Verhandlungsvorschlag des Westens solle ein Paket folgender Maßnahmen umfassen:

– gleiche Obergrenzen für Kampfpanzer und Artillerie, leicht unter dem derzeitigen westlichen Niveau, in einer erweiterten Region von Mitteleuropa;

19 Die DDR und Frankreich nahmen am 9. Februar 1973 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1973, I, Dok. 104.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde und Vortragendem Legationsrat Gruber konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde am 20. Januar 1988 erneut vorgelegen.

2 Hat Botschafter Holik am 12. Januar 1988 vorgelegen.

3 Hat Staatssekretär Sudhoff am 12. Januar 1988 vorgelegen.

4 Botschafter Holik legte einen Entwurf für einen Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vor. Für die Aufzeichnung vgl. AAPD 1987, II, Dok. 293.

5 Dem Vorgang beigefügt. Für die undatierte amerikanische Aufzeichnung „WEU as a Zone of Reduction" vgl. VS-Bd. 12264 (221).

6 Zum Stand der Gespräche zwischen NATO und Warschauer Pakt über ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 8.

möglicher Ansatzpunkt für diese Region gleicher Obergrenzen: WEU-Raum im Westen[7] und ein geographisches und strategisches Gegenstück im Osten (unter Einbeziehung zumindest der drei westlichen Militärbezirke der SU),

– im Rahmen dieser gleichen Obergrenzen Begrenzung des Umfangs ausländischer stationierter Streitkräfte auf 50 %,
– Nichterhöhungsverpflichtung für die erfaßten Waffen sowie Beschränkung des Präsenzgrades der konventionellen Streitkräfte in der Tiefe der SU, dabei besondere Berücksichtigung der Interessen der NATO-Flanken-Staaten,
– ergänzende stabilisierende Maßnahmen, die ebenfalls in ganz Europa anwendbar sind.

2) In intensiven bilateralen Kontakten bemühten wir uns, die Franzosen, die sich bislang wegen ihrer traditionellen Ablehnung von Kollektivität gegen den Gedanken gleicher Obergrenzen gestemmt hatten, für unseren Ansatz zu gewinnen. Frucht unseres Werbens in Paris war, daß die Franzosen schließlich einwilligten, ein Konzept gleicher Obergrenzen mitzutragen – allerdings unter der Voraussetzung, daß gleiche Obergrenzen für kampfentscheidendes Großgerät nicht von Bündnis zu Bündnis, sondern nur für die Kräfte im WEU-Raum und in einem geographischen Gegenstück im Osten vorgeschlagen würden. Bei bilateralen Konsultationen am 7.1.1988 in Paris haben die Franzosen uns angedeutet, unter dieser Voraussetzung das von uns ausgearbeitete KRK-Vorschlagspaket als gemeinsame deutsch-französische Position im Bündnis zu vertreten.[8]

Zugleich machten die Franzosen jedoch erneut klar, daß sie gleiche Obergrenzen in ganz Europa weiterhin ablehnen – offensichtlich, weil sie nicht den Eindruck aufkommen lassen wollen, durch kollektive Limitierung im Bündnisrahmen ließen sie sich durch eine rüstungskontrollpolitische Hintertür wieder in die NATO-Militärstruktur[9] hineinziehen. Angesichts der traditionellen französischen Haltung gegenüber kollektiven Obergrenzen stellte der von uns ausgelöste Sinneswandel in Paris einen beträchtlichen Erfolg dar, der es – aus der Sicht des AA – rechtfertigt, dafür den Preis der französischen Bedingung zu zahlen und gleiche Obergrenzen zwischen den Kräften im WEU-Raum und in einem geographisch/strategischen Gegenstück im Osten (nämlich DDR, Polen, ČSSR, Ungarn, die drei westlichen Militärdistrikte der SU sowie der Militärdistrikt Kiew) vorzusehen. Das BMVg hatte bislang aus militärisch-operativen Erwägungen noch Bedenken gegen ein beim WEU-Raum anknüpfendes Regionalkonzept und möchte in die unserem Regional-Ansatz zugrundeliegende erweiterte Region Europa-Mitte nur Frankreich, Großbritannien und Dänemark, nicht jedoch Italien, einbeziehen.

7 Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union waren Belgien, die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg und die Niederlande.

8 Vortragender Legationsrat Gruber vermerkte am 8. Januar 1988 zu den deutsch-französischen Konsultationen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa: „Offensichtlich unter dem Eindruck der intensiven Diskussion bei den letzten deutsch-französischen KRK-Konsultationen am 20.11.1987 in Bonn haben die Franzosen ihre Position zu einem KRK-Verhandlungsvorschlag überdacht und weitgehend an unsere Vorstellungen angenähert. D'Aboville bestätigte, daß die französische Zustimmung zu einem Vorschlag, der gleiche Obergrenzen zwischen den Kräften im WEU-Raum und in einem östlichen Gegenstück vorsieht, in Paris auf politischer Ebene abgesegnet sei." Vgl. Referat 221, Bd. 148752.

9 Mit Noten vom 9./10. sowie 29. März 1966 an die NATO-Mitgliedstaaten teilte Staatspräsident de Gaulle mit, daß Frankreich die Unterstellung seiner Streitkräfte unter das integrierte NATO-Kommando am 1. Juli 1966 beenden werde. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

3) Bei den letzten KRK-Konsultationen zu fünft am 14.12.87 haben die USA schon Vorbehalte gegen den WEU-Raum als geographischen Aufhänger für ein regionalisiertes Konzept gleicher Obergrenzen angemeldet.[10] Am 8.1.1988 haben die Amerikaner uns ein Papier übermittelt (s. Anlage), das die amerikanischen Einwände gegen die WEU als Reduzierungszone in prononcierter Form zuspitzt. Die amerikanischen Argumente gegen den WEU-Raum als Reduzierungszone für KRK sind militärisch und politisch:

– ein strategisches Gegenstück zum WEU-Raum im Osten sei schwer zu definieren;
– ein Regionalkonzept, das gleiche Obergrenzen nur in einer erweiterten Region Europa-Mitte herstelle, vernachlässige es, die in der Tiefe der SU dislozierten sowjetischen Verstärkungskräfte auf ein gleiches Niveau wie die Kräfte der NATO zu reduzieren;
– ein beim WEU-Raum ansetzendes Regionalkonzept spalte das Bündnis auf und sei für die von gleichen Obergrenzen nicht erfaßten NATO-Flanken-Staaten, insbesondere die Türkei, nicht akzeptabel;
– ein Anknüpfen bei der WEU löse in der amerikanischen Öffentlichkeit eine negative Reaktion aus und müsse in den USA als eine Absage gegenüber dem Grundsatz der kollektiven Verteidigung von NATO-Europa verstanden werden.[11]

4) Bemerkenswert an dem amerikanischen Papier sind seine einseitige Argumentation und seine in Passagen bemerkenswert emotionsgeladene Sprache (z. B.: „US Forces … kicked out of France"). Es geht überhaupt nicht darauf ein, daß auch unser Ansatz eine Erfassung der sowjetischen Kräfte in der Tiefe der SU vorsieht. Hauptschwäche der Kritik der USA an dem WEU-Ansatz ist es jedoch, daß sie den Vorteil übersieht, den dieser Ansatz insofern bietet, als er es erlaubt, Frankreich für Einbeziehung in gleiche Obergrenzen zu gewinnen. Die Amerikaner scheinen das Risiko zu ignorieren, daß ihr Beharren auf europa-

10 Am 16. Dezember 1987 führte Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde zu den Konsultationen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) mit Frankreich, Großbritannien, Italien und den USA in Rom aus: „US argumentieren weiter für eine gleiche Obergrenze vom Atlantik zum Ural. Die Erfassung sowjetischer Divisionen in der DDR und ČSSR könnte durch Stationierungsbestimmungen beschränkt werden, ohne daß man eine spezifische, regionale Untergliederung brauche. Andererseits reiche es nicht, sowjetische Verstärkungskräfte in der Sowjetunion nur mit einer Nicht-Erhöhungsklausel zu beschränken, es müßten dort auch Reduzierungen stattfinden. Mit einem WEU-Regionalkonzept hätten die US militärische und politische Probleme. Die US seien nicht Mitglied der WEU. Militärisch sei das Konzept fraglich, insbesondere würden auf westlicher Seite die Verstärkungsmöglichkeiten Fs und GBs erfaßt, aber auf der anderen Seite nicht die gesamte Sowjetunion. Falls nur auf politische Sensitivitäten eines Landes Rücksicht genommen werden müßte, ohne daß dies militärisch sinnvoll sei, würde es Schwierigkeiten mit dem Kongreß geben". Vgl. VS-Bd. 11542 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

11 Gesandter Paschke, Washington, berichtete am 12. Januar 1988 über eine Stellungnahme des stellvertretenden Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium: „Thomas sprach uns bei gesellschaftlicher Veranstaltung auf bevorstehende KRK-Quint und das Konzept der WEU-Reduzierungszone an. Er erläuterte eindringlich, daß dieses Konzept militärisch nicht sinnvoll sei und im Kongreß nicht ‚verkauft' werden könne. Der Westen brauche gerade in dieser Phase, in der konventioneller Rüstungskontrolle zunehmendes Gewicht beigemessen werde, ein einleuchtendes Konzept für die zu reduzierenden Elemente und den Reduzierungsraum. […] Thomas sagte dazu, einmal halte die Administration weiter an gleichen Obergrenzen vom Atlantik bis Ural fest und sei gegen ein Regionalkonzept. Zum anderen hätten wir (D) dem WEU-Konzept zu schnell zugestimmt. Frankreich müsse unter Druck gesetzt werden. Es werde letztlich seinen Standpunkt ändern, wenn es keine Unterstützung finde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 114; VS-Bd. 12268 (221); B 150, Aktenkopien 1988.

weiten gleichen Obergrenzen zwischen den Bündnissen zu einer Verweigerung Frankreichs der Einbeziehung bei irgendeiner Form gleicher Obergrenzen führen muß[12].

5) In weiteren Kontakten mit den USA sollten wir auf sie einwirken, um sie zu einem Überdenken ihrer Ablehnung gegen den WEU-Ansatz zu bewegen. Eine erste Gelegenheit dazu bieten die bevorstehenden nächsten KRK-Konsultationen im Fünfer-Kreis, die am 14.1.1988 in London stattfinden werden.[13]

Je nach Verlauf dieser Quint wäre es zweckmäßig, wenn der Herr Bundesminister auf politischer Ebene das Thema mit den Amerikanern aufgreifen und während seiner bevorstehenden Gespräche in Washington[14] die amerikanischen Bedenken gegen das WEU-Regionalkonzept ausräumen würde.[15]

6) Unser sachliches Anliegen sollte es dabei sein, amerikanische Zustimmung zu folgenden Überlegungen zu gewinnen:

Angesichts der französischen Ablehnung eines KRK-Vorschlags, der Parität zwischen den Bündnissen bei Panzern und Artillerie in Europa vom Atlantik bis zum Ural vorsähe, brauchen wir eine alternative Lösung, um Frankreich für die Einbeziehung bei der Herstellung gleicher Obergrenzen für kampfentscheidendes Großgerät in einem erweiterten Gebiet von Europa (Mitte) zu gewinnen. Eine solche erweiterte Region Mitteleuropa muß aus unserer Sicht zwei fundamentale Kriterien erfüllen:

– Strategisch wichtiges sowjetisches Territorium, auf dem für den Einsatz gegen Mitteleuropa bestimmte Verstärkungskräfte der SU disloziert sind, muß einbezogen werden. Zumindest die drei westlichen Militärbezirke der SU sind zu erfassen; die Einbeziehung weiteren sowjetischen Gebiets ist zu prüfen.
– Auf westlicher Seite darf eine Regionalgliederung zu keiner rüstungskontrollpolitischen Grenze am Rhein führen.
– Ein Regionalkonzept auf der Grundlage der Jaruzelski-Zone[16] (MBFR-Raum, erweitert um lediglich Ungarn und Dänemark) kommt für uns nicht in Betracht.

Buerstedde

VS-Bd. 12264 (221)

12 Dieses Wort wurde von Botschafter Holik gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „dürfte".

13 In einer Aufzeichnung des Referats 221 vom 15. Januar 1988 wurde festgehalten: „Die Amerikaner haben bei der Quint am 14.1. den Gedanken unterstützt, in der HLTF ein Grundsatzpapier zu erarbeiten, das die KRK-Verhandlungen in den Gesamtrahmen der westlichen Politik gegenüber der Sowjetunion einordnet und die Kernelemente der Substanz eines westlichen KRK-Vorschlags umreißt und auf Wirkung in der Öffentlichkeit angelegt sein soll. Es wurde vereinbart, daß Großbritannien auf der Grundlage unseres und des französischen Papiers für die nächste HLTF-Sitzung einen derartigen Entwurf vorlegt." Vgl. VS-Bd. 13021 (204); B 150, Aktenkopien 1988.

14 Bundesminister Genscher hielt sich am 20./21. Januar 1988 in den USA auf. Zum Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Shultz vgl. Dok. 26.

15 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

16 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann vermerkte am 7. Mai 1987, der Staatsratsvorsitzende Jaruzelski werde am folgenden Tag einen Vorschlag zur Abrüstung und Vertrauensbildung präsentieren: „Die Initiative bezieht sich auf Mitteleuropa, wird allerdings in die Perspektive eines Abrüstungsprogramms in ganz Europa gestellt. Der Vorschlag soll außer dem MBFR-Raum auch Ungarn und Dänemark einbeziehen und auf ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural ausdehnbar sein. Materiell

10

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Butler

222-370.45-27/88 VS-vertraulich **12. Januar 1988**[1]

Über Herrn D 2 A[2] Herrn Staatssekretär[3]

Betr.: Genfer CW-Verhandlungen;
hier: Vertrauliche Vierer-Konsultationen in Paris am 8.1.1988

Anlg.: 1) Agenda[4]
2) Teilnehmerliste[5]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

1) In den vertraulichen Vierer-Konsultationen über CW-Verhandlungen unter Teilnahme der CD-Botschafter[6] bzw. ihrer Vertreter unterstrichen alle unsere Partner (F, GB, USA) den hohen Stellenwert, den sie dem Fortgang der Genfer CW-Verhandlungen einräumen (USA: „Priority negotiations“). Zugleich wandten sie sich jedoch gegen die Nennung „künstlicher Zieldaten“. Wichtiger als die Erreichung eines Verhandlungsergebnisses zu einem bestimmten Zeitpunkt sei dessen Qualität. Insbesondere die USA präsentierten eine lange Liste offener Fragen, die noch eingehender Prüfung und Erörterung bedürften. Wir warnten demgegenüber vor einem Abweichen von der bisherigen westlichen Verhandlungsposition und Versuchen, noch über die sehr intrusiven Verifkationsmaßnahmen des US-Entwurfs von 1984 (CD/500)[7] hinausgehende Verifikationsforderungen zu stellen. Die grundsätzlich neue Entwicklung seit 1984 bestehe darin, daß

Fortsetzung Fußnote von Seite 43
schlägt Polen vor: graduellen Abzug aller Kernwaffen aus der Zone, stufenweisen Abzug konventioneller Waffen ‚der größten Schlagkraft‘ und gefährlicher ‚Angriffswaffen‘, Diskussion über militärische Doktrinen, weitgehende VSBM, Konsultationssystem und Verifikation. Als Ziele nennt polnisches Papier: Wahrung des militärischen Gleichgewichts, Herstellung eines Rüstungsniveaus, das Überraschungsangriffe unmöglich macht.“ Vgl. Referat 220, Bd. 144828.

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Butler und Vortragendem Legationsrat Reyels konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter vorgelegen.

2 Hat Botschafter Holik am 12. Januar 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Butler erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Reyels verfügte.
Hat Reyels am 13. Januar 1988 erneut vorgelegen.

3 Jürgen Sudhoff.

4 Dem Vorgang beigefügt. Für den „Ordre du jour“ vgl. VS-Bd. 13021 (204).

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 13021 (204).

6 Lynn Marvin Hansen (USA), Paul-Joachim von Stülpnagel (Bundesrepublik), Pierre Morel (Frankreich), Tessa Solesby (Großbritannien).

7 Die USA legten der Genfer Abrüstungskonferenz am 18. April 1984 einen Entwurf für einen Vertrag über ein Verbot von Chemiewaffen (CD/500) vor, der zur Verifikation Inspektionsrechte beinhaltete. Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 424–446. Vgl. dazu ferner AAPD 1984, I, Dok. 106.

die SU den amerikanischen Entwurf weitgehend akzeptiert habe. Daraus dürften jetzt schon im Interesse der westlichen Glaubwürdigkeit keine weiteren Forderungen abgeleitet werden. Auch GB trat für Festhalten an gegenwärtiger Verhandlungsposition ein, fügte jedoch hinzu, man müsse zu Änderungen der westlichen Vorschläge bereit sein, sofern die Verifikation verbessert werden könne. F beharrte weiterhin auf seiner Vorstellung der Einrichtung von Sicherheitsbeständen[8], deren Notwendigkeit es erstmals auch damit begründete, daß CW-Staaten der Dritten Welt der Konvention evtl. nicht rechtzeitig beiträten. USA bestätigten Festhalten am US-Entwurf von 1984, dem man keine zusätzlichen Forderungen hinzufüge, auch wenn er nicht ideal sei.

Zum Binärwaffenprogramm[9] äußerten USA sich dahingehend, daß dies ein Schlüsselelement der Sicherheitsplanung darstelle, mit dem man – ähnlich wie bei INF – fortfahren werde bis zum Erreichen einer CW-Konvention.

USA unterstrichen den Vorrang, den sie befriedigender Substanz einer Konvention vor Festlegung von Zieldaten beimessen, mit dem Hinweis, daß es nicht auf das Abschlußjahr – ob etwa 1988, 1989, 1990, 1991 oder 1992 – ankomme, sondern darauf, daß die Konvention westliche Sicherheit und militärische Stabilität erhöhe. Wir haben ein solches terminliches Hinausschieben als für uns nicht akzeptabel erklärt. Je eher die Überlegenheit der SU auf diesem Gebiet abgebaut werde, desto besser für unsere Sicherheit. Wir unterrichteten anhand von Zitaten aus den Briefen des Bundeskanzlers an Präsident Reagan[10] und des Bundesministers an AM Shultz[11] sowie anhand von öffentlichen Äußerungen des Bundesministers[12] über die auf ein baldiges CW-Verbot drängende Haltung der Bundesregierung, die von allen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien geteilt werde.

2) Einigkeit bestand in der Einschätzung, daß die Gruppe der NNA[13] jetzt als „Spätstarter“ bei den CW-Verhandlungen damit begonnen habe, aktiv in den Verhandlungsgang einzugreifen.

8 Frankreich übergab der Bundesrepublik, Großbritannien und den USA am 7. April 1987 in Genf ein Papier mit einem Vorschlag zur Aufrechterhaltung einer Sicherheitsreserve bei den Chemiewaffen. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 105.

9 Am 16. Dezember 1987 nahmen die USA die Produktion binärer Chemiewaffen auf. Vgl. dazu den Artikel „Army Begins Producing Chemical Weapons, Ending 18-Year Moratorium“; THE WASHINGTON POST vom 17. Dezember 1987, S. A 36.

10 Mit Schreiben vom 26. November 1987 informierte Bundeskanzler Kohl Präsident Reagan über die Haltung der Bundesrepublik zu Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Für das Schreiben vgl. AAPD 1987, II, Dok. 343.

11 Mit „der Bitte um unverzügliche Übersetzung und Übermittlung“ sandte Botschafter Holik der Botschaft in Washington am 4. Dezember 1987 ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz. In dem Schreiben hieß es: „Es ist meine feste Überzeugung, daß dem Abschluß der CW-Verhandlungen jetzt höchste Priorität zukommt. […] Die auf dem Weg zu einem weltweiten CW-Verbot noch verbleibenden Probleme müssen jetzt zügig aufgearbeitet werden. Vor allem kommt es darauf an, durch einschneidende Verifikationsregeln den Besitz eines militärisch relevanten CW-Potentials wirksam auszuschließen. Bei den in Kürze in Genf wieder beginnenden Verhandlungen wird die CD-Delegation der Bundesrepublik Deutschland insbesondere für die baldige Klärung der offenen Fragen bei der Überprüfung der zivilen chemischen Produktion eintreten. […] Aus unserer Sicht ist ein Punkt von fundamentaler Bedeutung: Sobald das CW-Verbotsabkommen in Kraft tritt, darf es keine Prodduktion von chemischen Waffen mehr geben.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 9841; Referat 222, Bd. 162048.

12 Bundesminister Genscher veröffentlichte am 20. November 1987 den Artikel „Notwendigkeit eines Abkommens über weltweites Verbot von C-Waffen“. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1987, S. 1093–1095.

13 Neutral and Non-Aligned States.

Dies habe sie durch Widerstand gegen die zwischen West und Ost abgesprochene Regelung der Verdachtskontrolle (China, Indien), Bestrebungen zu einer „Politisierung“ der Vertragsorganisation und Forderungen nach Beistand und Entwicklungshilfe deutlich gemacht.

3) GB unterrichtete über für Mitte Februar 1988 geplanten Besuch AM Howes in Moskau[14], F über CW-Expertengespräche in Moskau in der Woche ab 11.1.1988[15].

4) Wir luden zu nächstem vertraulichem Vierer-Gespräch für Ende April 1988 (genauer Termin wird abgestimmt) nach Bonn ein.[16]

II. Im einzelnen

1) Bilaterale Besuche/Schritte zu mehr Offenheit

Der Gedankenaustausch zum Besuch der sowjetischen CW-Anlage in Shikhany/Wolga am 3./4.10.1987 ergab Übereinstimmung in der Bewertung als „erster wichtiger Schritt“. Insbesondere GB und USA äußerten Zweifel an Vollständigkeit der gezeigten „Typenmuster sowjetischer CW“. USA begründeten dies detailliert an vier Einzelbeispielen.[17]

Es wurde angeregt, daß die zuständigen Stellen sich noch einmal – auch auf Grundlage eines britischen Papiers – mit dem Ergebnis von Shikhany befassen.

USA unterrichteten über Besuch einer sowjetischen Delegation in ihrer Pilot-Anlage zur Vernichtung von CW (19.11.1987), wir über den Besuch einer sowjetischen Delegation in unserer Anlage zur Vernichtung von Alt-CW in Munster (16.11.1987)[18]. Es bestand übereinstimmend der Eindruck, daß die SU erst am

14 Der britische Außenminister Howe besuchte am 15./16. Februar 1988 die UdSSR.

15 Legationsrat I. Klasse Lüdeking, Genf (CD), teilte am 21. Januar 1988 mit, von französischer Seite sei zu den französisch-sowjetischen Konsultationen über Chemiewaffen am 18. Januar 1988 in Moskau mitgeteilt worden: „SU habe den Beginn der Dritten SGV als Zieldatum für den Abschluß der CW-Konvention genannt […]. Nach sowjetischer Ansicht sei in den Verhandlungen die Basis dafür geschaffen worden. Gleichzeitig habe aber sowjetische Seite eingeräumt, daß es noch eine große Zahl von schwierigen Fragen gebe, die es zu lösen gelte. […] Sowjetische Seite habe Security-Stocks-Idee abgelehnt und argumentiert, daß nach Inkrafttreten alle CW-Bestände unter internationale Kontrollen fielen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 77; Referat 222, Bd. 162049.

16 Vgl. dazu die vertraulichen Vierer-Konsultationen über ein Verbot von Chemiewaffen am 20. Juni 1988 in New York; Dok. 186.

17 Legationsrat I. Klasse Lüdeking, Genf (CD), resümierte am 18. Januar 1988 Informationen der amerikanischen CD-Delegation: „Die eigenen nachrichtendienstlichen Erkenntnisse über die sowjetischen CW-Bestände bezeichneten die US-Vertreter als beschränkt. Bei den zur Verfügung stehenden Mitteln müsse es auch immer schwierig bleiben, genaue Aussagen zu treffen. So gebe es auf nachrichtendienstlichem Wege kaum Möglichkeiten, heimlich angelegte CW-Bestände auch größeren Umfangs nachzuweisen. Auch könne man beispielsweise nicht nachweisen, daß die SU bei der Präsentation in Shikhany bestimmte Dinge nicht gezeigt habe oder daß ihre Behauptung falsch sei, es gebe keine sowjetischen CW-Bestände in der DDR. Die Tatsache, daß es keine näher eingegrenzten Schätzungen über den sowjetischen Gesamtbestand an CW gebe, wurde auf die nachrichtendienstlichen Schwierigkeiten zurückgeführt. Amerikanische Seite ist jedoch weiterhin davon überzeugt, daß die sowjetische Angabe von 50 000 t nicht stimmt. Man vermute, daß ein sehr großer Anteil der sowjetischen CW […] unabgefüllt sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 57; VS-Bd. 12163 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

18 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Butler unterrichtete am 23. November 1987 über den Besuch einer sowjetischen Delegation in der Chemiewaffenvernichtungsanlage Munster: „Obwohl die deutsche Anlage wegen ihrer geringen Kapazität und beschränkten Zweckbestimmung – ausschließlich Fundmunition aus Erstem und Zweitem Weltkrieg – nur teilweise als Muster für die von der SU benötigte großvolumige Vernichtungskapazität geeignet war, zeigten die sowj[etischen] Besucher großes Interesse für alle technischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Aspekte und auch Details. […] Aus der Art der sowjetischen Fragen und Stellungnahmen ließ sich schließen, daß die SU für den von GS

Beginn ihrer eigenen Überlegungen steht, nach welchem Verfahren sie ihre CW-Bestände vernichten will.

GB und USA kündigten ihre Absicht zu bilateralen Besuchen in Shikhany an, GB erwartet eine sowjetische Delegation in seiner ABC-Schutz-Anlage bei Salisbury. GB wies auf noch nicht bekanntgegebenen Moskau-Besuch von AM Howe im Februar hin.

Die sowjetische Erklärung, die sowjetischen CW-Bestände umfaßten 50 000 t chemischer Kampfstoffe[19], wurde von unseren Partnern mit Skepsis aufgenommen. Wir würdigten die sowjetische Erklärung als weiteren Schritt zu mehr Offenheit und drangen darauf, die Zweifel zu substantiieren. Auch mit dieser Frage sollen sich die zuständigen Stellen befassen.

2) Nichtherstellungskontrolle

GB äußerte sich nach erster Lektüre positiv zu unserem jüngsten Arbeitspapier zur Nichtherstellungskontrolle[20] („Ad-hoc-checks" in der chemischen Industrie/ Überprüfungsregime für zivilgenutzte supertoxisch-tödliche Substanzen). F und US prüfen unsere Vorschläge noch.

Die USA stellten eine Neufassung ihres intern zirkulierten Papiers zu den Höhen der Produktionsmengen in Aussicht, deren Überschreiten die Kontrollen auslösen soll.

3) Vertragsorganisation

Es bestand Einigkeit, daß wichtige Entscheidungen bei dem permanenten Vertragsorgan – „Executive Council" – liegen sollen, nicht aber bei der Generalkonferenz, die aufgrund der erwarteten Mehrheitsverhältnisse jederzeit durch sachfremde Themen politisierbar wäre. Die in dieser Frage zu erwartende Auseinandersetzung mit den NNA soll im Interesse des Verhandlungsfortschritts in den übrigen Bereichen möglichst hinausgezögert werden.

Wir wandten uns (unterstützt von GB und F) gegen die wiederbelebte alte US-Idee, den Mißbrauch von Verdachtsinspektionen durch den „Filter" eines „fact

Fortsetzung Fußnote von Seite 46

Gorbatschow im April 1987 bekanntgegebenen Bau einer eigenen CW-Vernichtungsanlage noch kein klares technisches Konzept hat. So scheint z. B. auch noch offen, ob man den teuren Weg der Verbrennung von CW (wie in Munster, wo Verbrennung von 10 t CW 1 Mio. DM kostet) oder die Möglichkeit eines ‚Recycling' oder beides kombiniert wählen will." Vgl. Referat 222, Bd. 162048.

19 Am 26. Dezember 1987 gab das sowjetische Außenministerium eine Erklärung über Chemiewaffen ab, in der ausgeführt wurde, „daß die Vorräte an chemischen Waffen in der UdSSR 50 000 Tonnen an Giftstoffen nicht überschreiten". Vgl. dazu DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIV, S. 375–377.

20 Am 7. Dezember 1987 legte Botschafter Holik ein Arbeitspapier der Bundesrepublik „Zu einigen Problemen der Nichtherstellungskontrolle" vor. Dazu merkte Holik an: „Während der jetzt laufenden zusätzlichen Beratungen über ein CW-Verbotsabkommen in der Verhandlungspause der Abrüstungskonferenz beabsichtigen wir, noch vor Weihnachten das beigefügte Arbeitspapier zu zwei ungelösten Problemen der Nichtherstellungskontrolle zunächst in die westliche Gruppe und anschließend in die Abtrüstungskonferenz einzuführen. Der Beitrag befaßt sich mit der Behandlung in der zivilen Industrie genutzter supertoxisch-tödlicher Substanzen (S[uper]T[oxic]L[ethal]C[hemicals]); mit dem Vorschlag, außer den bereits in den Überlegungen der Abrüstungskonferenz vorgesehenen Regelkontrollen zusätzliche ‚Ad-hoc Inspektionen' im Bereich der chemischen Industie zu ermöglichen. […] Mit den ‚Ad-hoc Inspektionen' hätte die Vertragsorganisation ein leicht zu handhabendes Kontrollinstrument, das die – von Staaten auszulösenden – politisch gewichtigen Verdachtskontrollen wirksam egänzen könnte." Vgl. Referat 222, Bd. 162048.
Am 22. Dezember 1987 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Butler der Delegation bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf die zur Einführung in die Verhandlungen vorgesehene englische Fassung des Arbeitspapiers. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 278; Referat 222, Bd. 162048.

finding panel“ (Mitglieder: Je ein Ost, West, NNA plus USA und SU) auszuschließen: Dieses Konzept sei unverhandelbar, die für USA und SU vorgesehenen Privilegien würden insbesondere NNA-Länder von einem Konventionsbeitritt abhalten. Das von den USA erstrebte Ziel sei auch durch entsprechende Anwendung inzwischen entwickelter Modelle erreichbar.

4) CW-Vernichtung

F hielt an der Notwendigkeit von „security stocks“ fest und forderte dazu auf, „mit diesem Paradox zu leben“. Die Frage sei nicht nur im Ost-West-Kontext zu sehen, sondern auch als Problem im Verhältnis zur Dritten Welt. Wir bekräftigten unsere Ablehnung, auch die USA und GB erhoben Bedenken wegen der Proliferationsgefahr und der Verifikationsschwierigkeiten durch Zulassung geheimer Bestände. USA anerkannten jedoch ausdrücklich das von F erwähnte Problem der Sicherheit während der Vernichtungsphase und meinten, man habe die „Wahl zwischen der Quadratur des Kreises oder dem Leben mit dem Paradox“.

Die USA unterrichteten über Erörterungen der Möglichkeit einer Vor-Vernichtung von CW durch die USA und die SU auf ein vorher vereinbartes Niveau in den gemeinsamen Gesprächen mit der Sowjetunion, die jedoch noch nicht zu einem konkreten Ergebnis geführt hätten.

5) Datenaustausch

F äußerte sich kritisch zum bilateralen Rahmen des zwischen US und SU vereinbarten Datenaustausches[21] und plädierte für Multilateralisierung im CD-Rahmen. USA bestätigten ihre grundsätzliche multilaterale Orientierung, die beim Datenaustausch mit der SU jedoch nicht weitergeführt habe.

6) Verdachtskontrolle

Die USA unterrichteten über ihre Bemühungen, sich mit der SU auf Verfahren zum Schutz sensitiver, nicht CW-relevanter Informationen bei Verdachtsinspektionen zu einigen. Hier seien jedoch auch auf seiten der USA noch weitere Untersuchungen erforderlich. Unser Drängen auf möglichst baldige Formulierung von Texten zur Verdachtskontrolle wurde ebenfalls mit dem Hinweis auf offene Einzelfragen beantwortet, deren Prüfung noch andauere.

Butler

VS-Bd. 13021 (204)

21 Oberst i. G. Lange, Washington, referierte am 27. Januar 1988 Informationen aus den amerikanischen Streitkräften zu den Verhandlungen über ein weltweites Verbot von Chemiewaffen: „Bei den Überlegungen zu einem bilateralen Datenaustausch zwischen den USA und der UdSSR sei zu beachten, daß eingestufte Informationen deklassifiziert werden müßten, da eingestufte Unterlagen nicht ausgetauscht würden. Damit sei selbst bei einem vertraulichen Austausch dieser deklassifizierten Daten davon auszugehen, daß sie der Öffentlichkeit schnell bekannt würden. […] Zwar habe die US-Seite in den bilateralen Gesprächen mit der UdSSR einen bilateralen Datenaustausch als vertrauensbildende Maßnahme ins Auge gefaßt. Man sei auf US-Seite überzeugt, daß eine absolute Verifikation nicht möglich sei und ein Abkommen deshalb in erheblichem Umfang auf Vertrauen in die Vertragstreue des/der Mitunterzeichner basieren müsse.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 358; VS-Bd. 12160 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

11

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher

201-363.20 VS-NfD **13. Januar 1988**[1]

Über Herrn Dg 20[2], Herrn D 2[3], Herrn Staatssekretär[4] Herrn Bundesminister[5] zur Unterrichtung

Betr.: Bericht der „Kommission für eine integrierte Langzeitstrategie“

Bezug: Ihre Bitte um Unterrichtung

Anlg.: Bericht (nur bei Original)[6]

I. 1) Am 12.1.1988 hat die „Kommission für eine integrierte Langzeitstrategie“ Präsident Reagan ihren bereits vorher in der Presse[7] bekannt gewordenen Bericht über eine „angemessene Abschreckung“ (discriminate deterrence) übergeben.[8]

Zu den Mitgliedern der Kommission gehören u. a. der Staatssekretär im Pentagon, Iklé (als Co-Chairman zusammen mit Albert Wohlstetter), sowie die früheren Sicherheitsberater Brzezinski und Kissinger, Chemienobelpreisträger Lederberg sowie die Generäle Goodpaster und Vessey. Ihr Auftrag, den noch der frühere Verteidigungsminister Weinberger erteilt hatte und dessen Bearbeitung 15 Monate dauerte, galt der Untersuchung, wie die amerikanische Militärstrategie an eine sich möglicherweise verändernde globale Sicherheitslage angepaßt werden muß.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher und Vortragendem Legationsrat Bertram konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 14. Januar 1988 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 14. Januar 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dieser Bericht wird in der NATO erörtert werden. Wir werden uns dann kritisch auf der Linie dieser Vorlage nach ihrer Billigung äußern.“

4 Hat Staatssekretär Sudhoff am 14. Januar 1988 vorgelegen.

5 Hat Ministerialdirigent Jansen am 15. Januar 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 15. Januar und erneut am 25. Januar 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hat BM vorgelegen.“
Hat Legationsrat I. Klasse Leuchs am 26. Januar 1988 vorgelegen, der in einem beigefügten Vermerk für Referat 201 handschriftlich notierte: „Wie besprochen, wird Referat 012 die beiliegende Aufzeichnung in den nächsten Blauen Dienst aufnehmen (mit handschriftlicher Bleistiftergänzung auf S. 2). Referat 012 hat D[urch]D[ruck].“ Vgl. dazu Anm. 11.

6 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Für den Bericht vgl. DISCRIMINATE DETERRENCE. Report of The Commission On Integrated Long-Term Strategy, Washington D. C. 1988.

7 Vgl. dazu den Artikel „U.S. Urged to Cut Reliance on Nuclear Arms“; THE NEW YORK TIMES vom 11. Januar 1988, S. A 7.

8 Am 16. Januar 1988 informierte Botschafter Ruhfus, Washington: „Die gespannte Erwartung, mit der die Administration der Reaktion der hiesigen Öffentlichkeit auf die Übergabe des Berichts entgegensah, ist inzwischen völlig verflogen. […] Die Funkstille der Administration zu dem Bericht […] ist als Erfolg der Bemühungen, insbesondere des State Departments, zu sehen, Konflikten über den Bericht aus dem Weg zu gehen. Die Einschätzung der Empfehlungen im State Department ist überwiegend negativ – der Leiter des NATO-Referats sprach von ‚junk food for defence intellectuals‘. Im Pentagon variiert die Aufnahme je nach den Auswirkungen der einzelnen Empfehlungen auf den jeweils vertretenen Bereich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 196; Referat 201, Bd. 143461.

2) Die Studie gliedert sich in acht Kapitel, die das sich verändernde Sicherheitsumfeld behandeln, Konflikte in der Dritten Welt und US-Interessen, Kriege an der sowjetischen Peripherie, extreme Drohungen, Einflußnahme auf die sowjetische Rüstungspolitik, Technologie- und Fragen des Verteidigungsbudgets sowie Abhängigkeiten der Elemente der Strategie.

2.1) „Sicherheitsumfeld"

Ein im Wandel begriffenes „Sicherheitsumfeld" mache es notwendig, die geltende, bisher erfolgreiche Strategie[9] an die heutigen Realitäten anzupassen. Gefordert wird für den Westen eine mindestens für die nächsten 20 Jahre gültige „integrierte" Strategie, die neue Waffentechnologien und Streitkräftestrukturen ebenso einbeziehen soll wie konventionelle und atomare Rüstungen, „extreme Bedrohungen" und regionale Konflikte. Ein massiver Angriff des Sowjetblocks auf Mitteleuropa oder ein großangelegter Nuklearangriff der SU auf die USA wird für „viel weniger wahrscheinlich" gehalten als andere Konfliktformen. Als potentielle Faktoren für die Notwendigkeit einer Anpassung von Konzepten und Streitkräften werden analysiert: zu erwartende Machtverschiebungen im internationalen Staatengefüge mit der Herausbildung neuer militärischer Großmächte (VRC[10], Japan), die Entwicklung in der SU, Änderungen in der Militärtechnologie, eine weltweite Verbreitung hochentwickelter Waffen, eine eingeschränkte US-Fähigkeit zur Abschreckung einer Aggression aufgrund der Unsicherheit von Alliierten und Freunden bei der Gewährung von Stützpunkten und Überflugrechten sowie das Entstehen neuer Bedrohungen in der westlichen Hemisphäre durch die Gefahr der Machtübernahme pro-kommunistischer und kommunistischer Regime[11] (z. B. El Salvador, Honduras, Panama), die zu Lasten der US-Unterstützung für die NATO gehen würden.

Die Schlußfolgerung betont die Notwendigkeit nach größerer Flexibilität der US-Verteidigung und die Forderung nach mobilen, vielseitigen Truppen mit raschen und gezielten Einsatzmöglichkeiten. Sie kritisiert, daß das gegenwärtige amerikanische strategische Denken zu sehr von den Bedingungen einer militärischen Ost-West-Konfrontation globalen Ausmaßes geprägt sei. Da dieses die am wenigsten wahrscheinliche militärische Auseinandersetzung sein dürfte, wird gefordert, sich verstärkt auf Szenarien zu konzentrieren, in denen die SU durch den Einsatz ihrer Streitkräfte begrenzte Ziele verfolgt und in denen sie die Gewißheit haben kann, daß sie nicht zu einer globalen Konfrontation ausufern werden.

2.2) Konflikte in der Dritten Welt und US-Interessen

Festgestellt wird, Konflikte in der Dritten Welt hätten kumulative negative Effekte für den amerikanischen Zugang zu kritischen Regionen, die amerikanische Glaubwürdigkeit und das amerikanische Selbstvertrauen[12] mit der Folge,

9 Der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO stimmte am 12. Dezember 1967 in Brüssel der vom Militärausschuß vorgelegten Direktive MC-14/3 („Overall Strategic Concept for the Defense of the North Atlantic Treaty Organization Area") zu. Nach dem unter dem Begriff „flexible response" bekanntgewordenen Konzept sollten begrenzte Angriffe zunächst konventionell und, falls notwendig, mit taktischen Nuklearwaffen abgewehrt werden. Lediglich bei einem Großangriff sollte das strategische nukleare Potential zum Einsatz kommen. Für den Wortlaut vgl. NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 345–370. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 386.

10 Volksrepublik China.

11 Der Passus „durch die Gefahr … Regime" wurde handschriftlich eingefügt. Vgl. dazu Anm. 5.

12 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „unterminierte".

daß dadurch die amerikanische Fähigkeit unterminiert würde, ihre vitalen Interessen (z. B. Persischer Golf, Mittelmeer, Westpazifik) zu verteidigen. Als Richtlinien für künftiges US-Verhalten werden u. a. gefordert: keine eigene Kampftätigkeit, Unterstützung antikommunistischer Aufständischer, kooperative Streitkräfte-Programme, Maximierung der technologischen Überlegenheit.

2.3) Kriege an der sowjetischen Peripherie; die extremen Drohungen

Gefordert werden radikale Veränderungen bei strategischen Prinzipien. Es genüge nicht länger, auf die beiden „extremen Drohungen" – einen massiven Angriff des WP auf Mitteleuropa und einen umfassenden sowjetischen Nuklearangriff auf die USA – abzustellen. Zur Verteidigung des Bündnisses könne man sich nicht mehr auf eine Strategie von Drohungen verlassen, deren Ausführung zur Vernichtung der eigenen Länder führen würde. Vernachlässigt würden dadurch abgestufte militärische Antworten und das Risiko, daß „einige Alliierte sich in solchen[13] Situationen heraushalten". Gebraucht werde vielmehr eine abgestufte, dem Anlaß angepaßte (discriminate) Reaktion. Verlangt wird eine Mischung aus offensiven und defensiven Systemen. Zur Abschreckung eines Nuklearangriffs sei eine strategische Verteidigung[14] notwendig.[15] Zur Verhinderung[16] von konventionellen Angriffen oder als Antwort darauf brauche der Westen die Fähigkeit zu konventionellen Gegenoperationen tief in feindliches Territorium hinein. Verlangt wird u. a. die Fähigkeit zu „begrenzten Nuklearschlägen", um[17] eine massive Invasion sowjetischer Kräfte aufzuhalten;[18] mobile Streitkräfte mit großer Reichweite, die nur minimal von Überseestützpunkten abhängig sind; Verbündete, die auch „über die Grenzen der Allianz hinaus"[19] bei der Verteidigung gemeinsamer Interessen helfen.

Der Bericht stellt deutlich in Frage, daß sich die NATO auf[20] Eskalationsdrohungen verlassen könne, die, „würden sie ausgeführt, zur eigenen Vernichtung (zusammen mit der SU) führen würden". An ihre Stelle treten müsse eine zusammenhängende Strategie, die auf lange Sicht lebensfähig sein werde. Fest-

13 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „extremen".

14 In einer Fernseh- und Rundfunkansprache kündigte Präsident Reagan am 23. März 1983 eine Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) gegen die Bedrohung durch ballistische Interkontintalraketen an. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher notierte am 19. Januar 1988 zu den Verhandlungen zwischen der amerikanischen Regierung und dem Kongreß über die Mittelzuweisung für SDI im Verteidigungshaushalt 1988: „Beide Häuser haben ihre Amendments zurückgezogen, die die Administration förmlich daran gehindert hätten, Versuche im Rahmen der weiten Auslegung des ABM-Vertrages durchzuführen. Im Gegenzug hat sich die Administration verpflichtet, nur diejenigen Experimente des SDI-Forschungsprogrammes durchzuführen, die sie bisher bereits beantragt hatte. Diese sind alle mit der engen ABM-Vertragsinterpretation vereinbar. Die Zuweisung von 3,9 Mrd US-Dollar für die SDI-Forschung – der Präsident hatte ursprünglich 5,7 Mrd US-Dollar beantragt – bremst zwar das Forschungsprogramm, bringt es aber nicht zu Fall." Vgl. Referat 201, Bd. 143381.

15 Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Zur Abschreckung eines Nuklearangriffs trage strategische Verteidigung bei."

16 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Abschreckung".

17 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „begrenzte Nuklearangriffe auf verbündete oder US-Streitkräfte zu verhindern oder, wenn nötig,".

18 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „ferner".

19 Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

20 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „solche".

gestellt wird, daß der Westen, auch für den Fall, daß einschneidende Verbesserungen des konventionellen Ungleichgewichts zwischen NATO und WP möglich würden, Kernwaffen braucht, darunter solche, die in Europa stationiert sind. Dies wird begründet: „Weil Atomwaffen bei jedem Angriff massiven Truppenkonzentrationen entgegenwirken. Weil die Fähigkeit der NATO, mit kontrollierten und wirksamen Atomschlägen zu antworten, die Versuchung der Sowjets verringern würde, solche Waffen selbst bei abgestuften Angriffen auf Schlüsselelemente der konventionellen Kräfte der Allianz einzusetzen."[21]

Nachdrücklich betont wird, daß die Allianz ihre militärischen Fähigkeiten mit neuen Militärtechnologien wesentlich verbessern könne und solle, um selektiver und wirksamer reagieren zu können. Die – verringerten – technologischen Vorteile des Westens sollten gegenüber der SU konsequent genutzt werden, von der Entwicklung der „Stealth-Technik" (i.e. unsichtbar für Radarerfassung) über kleine und besonders zielgenaue Waffen („Smart Weapons"), verbesserte Führungs- und Aufklärungssysteme (Satelliten) bis hin zur strategischen Verteidigungsinitiative (SDI). „Smart Weapons" sollten bei einer notwendigen Neuorientierung der US-Verteidigungsprioritäten den Vorzug erhalten vor „größeren Plattformen" (i.e. Schiffe; Flugzeuge).

Abschließend analysiert werden in dem Bericht die finanziellen Beschränkungen für eine Stärkung der konventionellen Streitkräfte in den USA und in Westeuropa. Plädiert wird für „stabile" Verteidigungsausgaben.

2.4) Rüstungskontrolle

a) Grundsätzlich:

Rüstungskontrolle wird dem Ziel, wie Sicherheit und Interessen der USA und ihrer Verbündeten weltweit wirksam militärisch gewahrt werden können, untergeordnet. Vor dem Versuch, der Rüstungskontrolle Eigenwirkung zuzuschreiben, wird gewarnt: Viele Amerikaner und Europäer sähen Rüstungskontrolle als Prozeß an, der aus eigener Kraft zu Verständigung und Entspannung führe, dies könne katastrophale Folgen haben („a recipe for disaster").

b) Zu einzelnen Rüstungskontrollbereichen:

– Nukleare Rüstungskontrolle: Substantielle Reduzierungen der amerikanischen und sowjetischen Nuklearraketen seien sinnvoll, da sie den Aufbau wirksamer Abwehrsysteme erleichterten. Solche Reduzierungen seien im Sicherheitsinteresse aller Nationen, wenn sie
  – mit einem wirksamen Verifikationssystem und der US-Fähigkeit, auf Vertragsverletzungen zu reagieren, verbunden seien,
  – auch die Bedrohung durch nichtnukleare Aggression wesentlich verringert würden, eventuell durch konventionelle Rüstungsreduzierungen.

Zur Abrüstung nuklearer Kurzstreckenwaffen nimmt der Bericht nicht direkt Stellung, wohl aber indirekt in seiner Kernforderung, die Rolle von Nuklearwaffen als Kriegsführungselement auf dem Kriegsschauplatz zu verstärken.[22]

21 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „Verbesserungen der brit[ischen] u[nd] franz[ösischen] Nuklearkräfte werden als mögl[icher] Beitrag zur ‚gemeinsamen Verteidigung' erwähnt."

22 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), wies am 15. Januar 1988 darauf hin, daß in Diskussionen über die Nuklearstrategie der NATO derzeit zwei Hypothesen im Vordergrund stünden: „a) Die NATO

– Weltraum: Bekenntnis zur Entwicklung eines Raketenabwehrsystems – ggf. auch mit beschränkter Wirkung – sowie von Satellitenbekämpfungssystemen (ASAT).
– Chemische Waffen: Ablehnung eines umfassenden CW-Verbots als nicht verifizierbar. Für CW-Verhandlungen ist auch die grundsätzliche Aussage relevant, zum Schutz gegen die Verletzung von Rüstungskontrollabkommen müßten aktivierbare Produktionskapazitäten aufrechterhalten werden.
– Konventionelle Rüstungskontrolle: Grundsätzlich positive Aussagen:
  – Vereinbarungen über die Reduzierung von in Europa stationierten amerikanischen und sowjetischen Truppen könnten die Sicherheit der Allianz verbessern, vorausgesetzt, die Allianz könne auf erneutes Einrücken sowjetischer Truppen prompt reagieren.
  – Vereinbarungen über asymmetrische Reduzierung zuungunsten der Sowjets sowie über die Zerstörung ihrer Panzer und Artillerie würden Allianzsicherheit verbessern.

Für die Frage der Invasionsfähigkeit von Bedeutung ist die Forderung des Berichts nach robuster FOFA-Fähigkeit (follow-on forces attack – Angriff auf das gegnerische[23] Hinterland) des Bündnisses: Nicht nur durch Luftangriffe, sondern auch durch Gegenoffensiven des Heeres in das Gebiet des Warschauer Pakts hinein.

– Einschränkungen von Tests[24]: Warnung davor, durch Eingehen auf sowjetische Vorschläge den amerikanischen technologischen Vorsprung zu gefährden. Dies ist von Bedeutung für die Diskussion eines Nukleartestopps sowie von SDI-Testbegrenzungen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 52

braucht Nuklearwaffen lediglich, um ihre konventionelle Unterlegenheit gegenüber dem Warschauer Pakt auszugleichen. b) Technische Entwicklungen (einerseits Miniaturisierung von Nuklearwaffen, andererseits gesteigerte Wirkung von konventionellen Waffen, eine sich nach Metern benennende Zielgenauigkeit) können dazu führen, daß schließlich der prinzipielle Unterschied zwischen Nuklearwaffen [und konventionellen Waffen] schwindet und ein gleichsam fließender, sich überlappender Übergang zwischen beiden Waffenkategorien entsteht. Beiden Hypothesen liegt die Vorstellung zugrunde, Nuklearwaffen seien oder würden zunehmend zu Kriegsführungswaffen. Der qualitative Unterschied zwischen beiden Kategorien wird so tendenziell eingeebnet, die politisch-psychologische Abschreckungswirkung der Kernwaffen reduziert und ein Krieg mit ihnen implicite grundsätzlich als kontrollierbar und führbar im klassischen Sinn bewertet. Eine derartige Sichtweise widerspricht nicht nur der gültigen NATO-Strategie und den in den ‚General Political Guidelines' verankerten Prinzipien der Nuklearpolitik und -strategie, sondern auch der deutschen Interessenlage." Vgl. den Drahtbericht Nr. 49; Referat 201, Bd. 143461.

23 Der Passus „Angriff auf … Hinterland" wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Angriff auf Verstärkungen im gegnerischen Hinterland".

24 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „N[uklear]-Tests".
Die erste Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über einen nuklearen Teststopp fand vom 9. bis 20. November 1987 in Genf statt. Gesandter Paschke, Washington, teilte dazu am 2. Dezember 1987 mit: „Die zweiwöchige Gesprächsrunde, die während des AM-Treffens in Washington am 16.9.1987 vereinbart worden war, habe in guter, geschäftsmäßiger und sehr intensiver Weise wissenschaftlich-technische Fragen der Überprüfung von Nukleartests behandelt." Für Januar 1988 seien Besuche der jeweiligen Atomtestgelände in Semipalatinsk bzw. Nevada durch Delegationen der Gegenseite vorgesehen: „Nach Auswertung der jeweiligen Ergebnisse soll ab 15.2. die nächste Runde in Genf beginnen, für die man mit einer Dauer von vier bis sechs Wochen rechnet." Vgl. den Drahtbericht Nr. 5147; Referat 222, Bd. 162064.

II. Vertreter der US-Administration haben uns – sowohl in Washington als auch in Brüssel[25] und durch Vorsprache im Auswärtigen Amt – versichert, daß der Bericht inoffiziellen Charakter habe. Es handele sich um ein unabhängiges Beratergremium, dessen Mandat noch bis zum 24.10.1988 laufe. Die Teilnahme von Staatssekretär Iklé sei notwendig, da kraft Gesetzes für diese Beratergremien die Teilnahme wenigstens eines Angehörigen der Administration vorgeschrieben sei. Im Februar 1988 werde der Präsident seinen Bericht zur nationalen Sicherheitslage abgeben, der allein autoritativen Charakter haben werde.[26]

Angesichts der begrenzten Amtsdauer der Administration und ihrer Konzentration auf INF-Ratifizierung und START-Abschluß[27] sind von ihr konzeptionelle Impulse kaum noch zu erwarten.

Ihre – beruhigenden – Erklärungen sollen das Bündnis, auch im Hinblick auf die INF-Ratifizierung, bei der Stange halten und der Kritik[28] von vorneherein die Spitze nehmen. Auch wenn die Administration uns versichert, daß der Bericht keinen offiziellen Charakter hat, bezeugt er doch sehr deutlich, daß die in den USA seit langem laufende Strategiedebatte eine neue Phase erreicht hat. Der Bericht wird von Langzeitwirkung sein. Wir müssen ihn sorgfältig analysieren. Eine erste Bewertung ergibt:

1) Der Bericht ist mit dem Anspruch geschrieben, für die USA langfristig die Weltmachtposition zu sichern. Er konzentriert sich auf die militärischen Elemente des globalen Wettbewerbs mit der SU, der ungeachtet aller erkannten Tendenzen zur Multipolarität die Linie maßgeblich bestimmt. Die SU wird unverändert als die Macht gesehen, die in globalem Ausmaß bemüht ist, die Kräfteverhältnisse zu ihren Gunsten zu ändern. Der Bericht läßt keinen Zweifel daran, daß die USA ihre globale Ordnungsfunktion auch künftig wahrzunehmen gedenken.

25 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), teilte am 8. Januar 1988 mit, der amerikanische Vertreter in der NPG-Stabsgruppe habe am selben Tag um ein Gespräch zum Bericht der Kommission für eine Integrierte Langzeitstrategie gebeten: „Er erläuterte Art des Berichts als ‚inoffiziell', erwähnte jedoch auch Problem, daß Iklé als Mitglied der Administration mit zu Herausgebern gehöre. US NATO-Vertretung habe Washington auf mögliche Betroffenheit europäischer Bündnispartner und schädliche öffentliche Diskussion hingewiesen und empfohlen, alles zu tun, um nicht durch Art der Präsentation dem Bericht quasi offiziellen Status zu verleihen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 15; Referat 201, Bd. 143461.

26 Am 23. Februar 1988 erläuterte Präsident Reagan in einer Fernsehansprache seine Vorstellungen zur Verteidigungspolitik der NATO. Für den Wortlaut der Ansprache vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1988, S. 239–244. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 192 f. (Auszug).

27 Botschafter Holik vermerkte am 13. Januar 1988: „Am 14.1.1988 beginnt in Genf die 9. Runde der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen, die nach Abschluß der INF-Verhandlungen die Bereiche strategische Waffen sowie Defensiv- und Weltraumwaffen umfassen. Dieser Runde kommt für beide Bereiche besondere Bedeutung zu. Im Hinblick auf den Besuch des amerikanischen Präsidenten in Moskau müssen jetzt die beim Washingtoner Gipfel erzielten Übereinkünfte in Vertragssprache umgesetzt und die noch offenen Fragen rasch gelöst werden. Dies gilt sowohl für den START-Bereich, in dem ein erster gemeinsamer Vertragsentwurf bereits vorliegt, als auch für den Bereich Weltraum. Den Genfer Delegationen wurde beim Washingtoner Gipfeltreffen der Auftrag erteilt, auch im Bereich Weltraum ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen zu erarbeiten, ‚that would commit the sides to observe the ABM-Treaty, as signed in 1972'. Wie AM Shultz am 11. Dezember 1987 in Brüssel erklärt hat, gehen die USA davon aus, daß die SU ohne eine Regelung des Weltraum-Bereichs keinen START-Vertrag abschließen wird. Der START-Vertrag soll nach erklärter Absicht beider Seiten beim nächsten Gipfeltreffen in Moskau unterzeichnet werden." Vgl. Referat 220, Bd. 144758.

28 Die Wörter „der Kritik" wurden von Staatssekretär Sudhoff handschriftlich eingefügt.

Gezeichnet wird hier das Bild einer US-zentrierten Außen- und Sicherheitspolitik mit dem Anspruch, daß dies in einer sehr einseitigen Interpretation von Partnerschaft auch die Sicht[29] der westlichen Verbündeten ist.

2) Die US-Interessen als Weltmacht werden schärfer herausgearbeitet als die – von Europa aus betonte – Rolle der USA als Führungsmacht der Atlantischen Allianz.[30] Dabei wird aber das Eigeninteresse der USA an der Erhaltung dieser Allianz durchgehend respektiert, wobei der funktionale Zusammenhang ungeschminkt dargestellt wird.

3) Das Bekenntnis zur Strategie des Bündnisses, der flexiblen Erwiderung, ist zwar eindeutig mit der Feststellung, daß sie auf lange Zeit unverzichtbar sei. Sein Wert wird aber durch stark von US-Interessen geprägte und von den gültigen Absprachen (besonders die „Allgemeinen Politischen Richtlinien" GPG[31]) nicht gedeckten Aussagen zu ihrem Inhalt[32] stark relativiert. Hier wird deutlich, daß diese Kategorie[33] eher einen Rahmen darstellt, dessen Ausfüllung („für die vorhersehbare Zukunft … auf einer geeigneten Zusammensetzung angemessener und wirksamer nuklearer und konventioneller Streitkräfte beruht"; Quelle: Kommuniqué NATO-Rat vom 11.12.1987[34]) eine zentrale Aufgabe im Bündnis darstellt. Nicht alle „Angebote", die in dem Bericht enthalten sind, werden von uns akzeptiert werden können.

4) Problematisch für uns sind insbesondere folgende Ergebnisse des Berichts, die dem Trend in den USA zur Rückbesinnung auf ureigenste amerikanische Sicherheitsinteressen folgen und von dem Bewußtsein einer durch nukleare Waffen erstmals in dieser Weise vorgegebenen existentiellen Bedrohung der USA geprägt sind:

– Differenzierung zwischen der Abschreckung nuklearer Angriffe und der Abschreckung konventioneller Angriffe

  Diese Unterscheidung löst den Abschreckungsverbund auf. Sie löst auch das einheitliche Sicherheitsgebiet der Allianz auf und macht Europa damit –

29 Die Wörter „die Sicht" wurden von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „das Interesse".

30 Am 11. Februar 1988 berichtete Major i. G. Staigis, London, über eine Stellungnahme des Staatssekretärs im amerikanischen Verteidigungsministerium, Iklé, zum Bericht der Kommission für eine integrierte Langzeitstrategie: „Die Begründung für die fehlende Herausstellung der zukünftigen Rolle Europas läge in der bisherigen und auch zukünftigen Bedeutung der anderen Weltregionen – besonders der Dritten Welt – für die US-Globalpolitik. Nach dem Zweiten Weltkrieg sei bisher fast jeder US-Präsident mit einem Konflikt außerhalb Europas konfrontiert gewesen, was im Regelfall zur Schwächung der USA geführt habe […]. Da sich diese Entwicklung zukünftig eher noch verschärfen dürfte, wären eine politische Konzeption und Maßnahmen zu deren Verwirklichung jetzt für die USA von besonderer Bedeutung. Dies werde aber nicht zu einer Änderung der Politik der USA gegenüber Europa führen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 322; Referat 201, Bd. 143461.

31 Die auf der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) am 21./22. Oktober 1986 in Gleneagles verabschiedeten General Political Guidelines (GPG) der NATO regelten das Vorgehen beim Nuklearwaffeneinsatz im Rahmen der Strategie der „flexible response". Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 178, und AAPD 1986, II, Dok. 229, Dok. 246 und Dok. 302.

32 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „in bezug auf N[uklear]-Waffen/Strategie".

33 Die Wörter „diese Kategorie" wurden von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „die Strategie".

34 Für den Wortlaut von Ziffer 3 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 87. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 109. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, II, Dok. 369.

wogegen wir immer und bisher mit Erfolg eingetreten sind – zu einer potentiellen Konfliktregion neben anderen.

– Aussagen zur Rolle der Nuklearwaffen in Europa

Diese werden nicht als Mittel der Eskalation gesehen, mit denen die Regionalisierung eines Konflikts verhindert[35] und damit jede Art von Krieg in Europa am wirksamsten verhindert werden kann. Nuklearwaffen sind nach Meinung der Autoren zunächst Mittel der Gegenabschreckung und schließlich militärische Instrumente zur Zerschlagung eines[36] konventionellen Angriffs, ohne das Risiko einer Eskalation in dem strategischen Bereich hinnehmen zu müssen.

Diese Sicht verkennt die nach unserem Verständnis aus den geographischen, militärischen und politischen Gegebenheiten in Europa vorgezeichnete besondere, i. e. politische Rolle der Nuklearwaffen des Bündnisses, die ausschließt, daß konventionelle und nukleare Waffen – je nach Verfügbarkeit – ausgetauscht werden können.

Bedenklich ist ferner, daß der Bericht das im Bündnis vereinbarte Verständnis der Nuklearstrategie als „Bluff" bezeichnet und damit der Glaubwürdigkeit nuklearer Abschreckung Schaden zufügt.

– Aussagen zur Rüstungskontrolle

In der Verengung der Rüstungskontrolle auf ihre militärische Relevanz trifft sich pragmatisches militärisches mit konservativem politischem Denken. Die Aussichten, daß die vorliegenden Überlegungen tel quel zur Politik einer – auf Konsens ausgerichteten – US-Regierung werden, sind gering.[37] Dazu sind sie zu undifferenziert und ideologisch zu eng.

Andererseits ist nicht auszuschließen, daß solche Gedanken bei zu treffenden Entscheidungen in den amerikanischen Entscheidungsprozeß einfließen, etwa als Position der Joint Chiefs of Staff, über deren militärischen Sachverstand man sich ungern hinwegsetzt.

Die Überlegungen zur Rüstungskontrolle treffen sich teilweise mit Tendenzen und Positionen, die uns bereits bekannt sind. Sie könnten diesen neue Nahrung geben:

– Zögern bei CW-Verhandlungen,
– Eintreten für die Modernisierung nuklearer Kurzstreckensysteme,
– Bekenntnis zu SDI und ASAT.

Bemerkenswert ist das Eintreten für konventionelle Abrüstung. Dabei erscheint die Perspektive stark asymmetrischer sowjetischer Reduzierungen nicht zufällig als besonders attraktiv.

35 Der Passus „der Eskalation … mit denen" wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „der Kriegsverhütung in dem Sinne gesehen, daß sie Glieder im Eskalationsverbund sind, mit denen".

36 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „massiven".

37 Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Auch ohne dies sind die Überlegungen in ihrer politischen Wirkung schlimm genug!"

Die Aussagen zur Rüstungskontrolle sind ein Beitrag von Referat 220.[38]

Dreher

Referat 201, Bd. 143461

12

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach

210-320.00 **13. Januar 1988**[1]

Über Herrn Dg 21[2], Herrn D 2[3], Herrn Staatssekretär[4] Herrn Bundesminister[5]

Betr.: Auswirkung der Gorbatschowschen Reformen auf die DDR

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Die Stellung der SED zur Reformpolitik Gorbatschows ist nach wie vor von Zurückhaltung bestimmt. Grundthese ist, jedes Land und jede Partei haben einen eigenen Weg zu gehen. Dabei wird speziell die Reformpolitik in der Sowjetunion, aber auch in Polen und der ČSSR, von der SED als notwendig bezeichnet.

Trotz dieser vom Politbüro offensichtlich gemeinsam getragenen Linie, liegen auch gesicherte Erkenntnisse über eine auch generationsbedingte innerparteiliche Diskussion in der DDR vor. Hier versucht die SED, ihre zurückhaltende Position durch eine gewisse Verschärfung der ideologischen Linie abzusichern.

In den einzelnen Bereichen zielt die DDR auf eine effizientere Nutzung des Bestehenden, nicht auf eine revolutionäre Züge tragende Umgestaltung. Dies wird darauf zurückgeführt, daß die DDR bei Reformen vor allem der Wirtschaft und der sozialistischen Demokratisierung der Gesellschaft weit vorangeschritten sei. Konkret gibt es im gesellschaftlichen Bereich gewisse vorsichtige Ansätze zu einer von oben gesteuerten, dosierten Lockerung, während dagegen alle Ansätze von unten weiterhin systematisch bekämpft werden; eine organisierte Opposition gibt es nicht.

38 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „Für März ist Veröffentlichung der der Studie zugrundeliegenden Einzelberichte angekündigt, die wir ebenfalls genau prüfen müssen."

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach und Attaché Meyer-Landrut konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent Kastrup am 14. Januar 1988 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 15. Januar 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Diese Aufzeichnung wurde mit Blick auf das Gespräch BM/AM Shultz gemacht."

4 Hat Staatssekretär Sudhoff am 15. Januar 1988 vorgelegen.

5 Hat Ministerialdirigent Jansen am 19. Januar 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 13. Juni 1988 vorgelegen, der den Rücklauf von Bundesminister Genscher über das Büro Staatssekretäre an Referat 210 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 13. Juni 1988 vorgelegen.

Die besondere Lage der DDR ergibt sich vielmehr durch ihre exponierte Lage an der Systemgrenze in Europa und durch die gerade nach dem Honecker-Besuch in der Bundesrepublik Deutschland[6] noch stärker empfundene Einheit der deutschen Nation. Zwischen der gegenwärtigen Ausweitung von Reisemöglichkeiten in den Westen[7] und ihrer reformerischen Zurückhaltung besteht deswegen für die SED ein deutlicher Zusammenhang. Dieser Form einer neuartigen Öffnung nach Westen gibt die SED gegenwärtig den Vorzug.

Die derzeitige Akzeptanz dieser Linie durch die SU schafft der DDR einen begrenzten Spielraum, den diese auch außenpolitisch – vor allem in der Westpolitik – nutzt. Zur Absicherung dieser Politik bleibt es aber erforderlich, daß die Priorität der DDR-Außenpolitik der Wahrung und dem Ausbau ihrer Stellung im eigenen Lager gilt.

II. 1) Im Bereich der Wirtschaft wird auf die innerhalb des RGW herausragende ökonomische Leistungsfähigkeit der DDR verwiesen. Speziell die Kombinatsbildung und der Einsatz von Einkommenshöhe und Prämien zur Leistungsmotivation werden als vorbildlich hingestellt. Die Wirtschaft befinde sich auf einem hohen Niveau, so daß der Ansatzpunkt Gorbatschows, durch Schaffung von mehr Demokratie und Offenheit in der Gesellschaft Kräfte für die Stimulierung der Wirtschaft freizusetzen, in der DDR nicht gegeben sei. Aber auch in der SED sehen viele, daß die Wirtschaft der DDR trotz dieses Vorsprungs – verglichen mit der ökonomischen Leistungsfähigkeit des Westens – reformbedürftig bleibt.[8]

Tatsächlich ist das Wirtschaftssystem der DDR in der Ära Honecker/Mittag kontinuierlich weiterentwickelt worden, wobei die Experten allerdings streiten, ob es sich um echte Reformen oder pragmatisches Krisenmanagement handelt. Von DDR-Seite wird mit Blick auf Moskau das Wort Reform behutsam vermieden. Kennzeichnend für die Entwicklung in der DDR ist das Spannungsverhältnis zwischen Stärkung der staatlichen Planungs- und Kontrollbefugnisse in zentralen Fragen einerseits und der Entwicklung der Kombinate zu mehr Eigenverantwortung bei der Erwirtschaftung ihrer Mittel und ihrer Investitionstätigkeit andererseits. So sind 1987 eine Reihe von neuen Verordnungen zur „Vervoll-

6 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, besuchte vom 7. bis 11. September 1987 die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

7 Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, bilanzierte am 18. März 1988: „Der 1986 einsetzende Anstieg der Reisen von DDR-Bürgern in dringenden Familienangelegenheiten hat sich fortgesetzt. Nach Angaben der DDR besuchten 1987 ca. 1,2 Mio. Reisende unterhalb des Rentenalters Verwandte und Freunde in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West). Gegenüber 1986 bedeutet dies nochmals eine Verdoppelung. […] Eine Anpassung der Rechtsgrundlage an die veränderte Genehmigungspraxis steht noch immer aus. Das Ermessen der Behörden bleibt undurchsichtig. Ablehnungen werden nicht begründet. Dem Antragsteller steht in diesem Fall nur eine allgemeine Beschwerde (Eingabe) zu. Eine Überprüfung der Entscheidungsgrundlagen ist nicht möglich. Pressemeldungen, die DDR-Regierung plane ein ‚Reisegesetz' und die Einführung einer Art ‚Verwaltungsgerichtsbarkeit', lassen sich bisher nicht bestätigen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 466; Referat 210, Bd. 145175.

8 Ministerialdirigent Staab, Ost-Berlin, benannte am 26. November 1987 strukturelle Defizite der Wirtschaft der DDR: „Hauptprobleme ungenügende Investitionen und Modernisierung seit 1980. Besonders negativ Bereiche Kohle, Energie, Chemie und Leichtindustrie. Verlagerung der Investitionen in Schlüsseltechnologien hat Wettbewerbsfähigkeit bisher nicht nachhaltig steigern können. Benachteiligung anderer Sektionen zunehmend nachteilig. Oktoberergebnisse teilweise noch unter Ergebnis für 1. Halbjahr 1987. Mit Ausnahme Elektrotechnik, Werkzeugmaschinenbau und Erzbergbau haben alle anderen Wirtschaftsbereiche Planziele für 1987 nicht erreicht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2006; Referat 210, Bd. 145159.

kommnung der Leitung, Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung" verabschiedet worden, wonach auch die Kombinate zunehmend in ihren Investitionsentscheidungen ungebundener sein sollen. Diese Maßnahmen kann man jedoch bisher nur als Instrument zur Stärkung der Verantwortlichkeit der Kombinate innerhalb des zentralen Plans verstehen (Erziehung zu kostengünstigerer Produktion). Wirklich größere Entscheidungsfreiheit wird den Kombinaten nicht eingeräumt; marktwirtschaftliche Experimente gar, wie in Ungarn, werden in der DDR abgelehnt. Nach den Worten Honeckers geht man „bei der weiteren Vervollkommnung (der) Planwirtschaft ... unbeirrbar vom Prinzip des demokratischen Zentralismus aus"[9]. Allerdings gestand die SED auf dem letzten Zentralkomitee Mitte November 1987 in einer bisher unüblichen Weise wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten, Verzögerungen bei Investitionen und Engpässe bei der Versorgung zu.[10] Aber auch im Bereich der Wirtschaft ist solche größere Offenheit im Ansprechen von Defiziten gepaart mit einem Festhalten an alten Rezepten zu deren Überwindung; die Absicht, eine neue Politik einzuleiten, um mit diesen Schwierigkeiten fertig zu werden, kann man daraus nicht entnehmen.

2) In der Frage einer Demokratisierung der Gesellschaft wird darauf verwiesen, daß in der DDR seit langem eine lebendige Demokratie praktiziert werde. Standardargument ist die hohe Zahl von Bürgern, die auf Kommunal-, Kreis- und Bezirksebene und auch für den ganzen Staat als Abgeordnete oder Funktionsträger politisch an der Gestaltung der Gesellschaft mitwirken.

Wenn die Reformpolitik in der UdSSR (oder etwa auch in Polen und Ungarn) auch die innerparteilichen Strukturen erfaßt (mehrere Kandidaten für einzelne Posten; teils geheime Wahlen), so lassen sich konkrete Ansätze in jene Richtung in der DDR nicht ausmachen. Die DDR-Führung erkennt zwar ideologische Defizite an und gibt sie – wenn auch nur in versteckter Form – zu, leitet daraus aber keinen Bedarf für mehr innerparteiliche Demokratie ab. Defizite sieht die Parteiführung vor allem, wie etwa auf der Bezirks-Parteiaktiv-Tagung Ende September 1987 angesprochen, in der Jugendarbeit, aber auch im Bereich der Gewerkschaftsarbeit. Die Rezepte zum Umgang mit diesen Problemen verbleiben indes in den gewohnten Bahnen allgemeiner und verschwommener Appelle.

Furcht vor einer zu starken innerparteilichen Diskussion spielt auch bei der restriktiveren Interpretation des gemeinsamen Papiers von SED und SPD „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit" Ende Oktober (Hager/Reinhold) eine Rolle.[11] Dennoch bleibt das Papier offensichtlich mit seinen Thesen

9 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 6. Februar 1987 in Ost-Berlin vgl. den Artikel „Die Aufagben der Parteiorganisation bei der Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED"; NEUES DEUTSCHLAND vom 7./8. Februar 1987, S. 3–11.

10 Die Tagung des ZK der SED fand am 17. Dezember 1987 statt. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, berichtete am 17. Dezember 1987: „Nüchterner und selbstkritischer als bei früheren Gelegenheiten gesteht Honecker die Notwendigkeit der Konzentration knapper Mittel sowie Defizite z. B. im Bereich der Umsetzung von Investitionen und der Verbesserung bei Konsumgütern ein. Insgesamt kommt er jedoch zu einem positiven Ergebnis und kontrastiert diese Entwicklung mit dem Bild dramatischer wirtschaftlicher Fehlentwicklungen in westlichen Industrieländern, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2167; Referat 210, Bd. 145159.

11 Für den Wortlaut des von SPD und SED am 27. August 1987 gleichzeitig in Bonn und Ost-Berlin vorgelegten Papiers „Der Streit der Ideologien und die Gemeinsame Sicherheit" vgl. VORWÄRTS, Nr. 35 vom 29. August 1987, S. 31–34. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, II, Dok. 240.
Am 17. November 1987 befaßte sich Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach mit Stellungnahmen des Mitglieds des Politbüros des ZK der SED, Hager, und des Rektors der Akademie für Gesellschafts-

über die Reformfähigkeit beider Seiten Grundlage für die weitere innerparteiliche Diskussion. Auch im Bereich der Partei möchte man also eine höhere „Rentabilität" des bestehenden Systems erreichen, dieses aber nicht umgestalten.

Auch der Umfang der veröffentlichten Kritik an der Parteiarbeit, wie er zur Zeit von der SED geduldet wird, geht nur geringfügig über das früher übliche hinaus. (Neues Deutschland veröffentlichte z. B. am 18.11.1987 eine kritische Stellungnahme des SED-Politbüros zur Parteiarbeit in Baubetrieben des Bezirks Magdeburg.[12]) Bezeichnend ist, daß es sich hier um Kritik von „oben" nach „unten" handelt. Gegenüber einigen kritischen Veröffentlichungen in der Sowjetunion zur Arbeit der KPdSU aber wirken solche Dokumente wirklichkeitsfern, beschönigend und unglaublich hölzern. Auch der 10. Schriftstellerkongreß Ende November in Berlin (Ost)[13] brachte durch eine vorsichtige Thematisierung der Zensur für literarische Veröffentlichungen und der möglichen Rückkehr von DDR-Schriftstellern in das eigene Land nur einen Hauch von mehr Offenheit, auch wenn davon fast nichts in die DDR-Medien drang. Eine Tendenz hin zu einer großzügigeren Veröffentlichungspraxis zeigt sich in der offiziellen DDR-Presse etwa im Abdruck von wichtigen Reden und Dokumenten der sowjetischen Reformdiskussion, aber auch von Verlautbarungen westlicher Politiker in der DDR, so des amerikanischen stellvertretenden Außenministers Whitehead[14].

Neben den geschilderten Lockerungen ist allerdings eine Abgrenzung gegenüber dem ideologischen Gegner zu spüren. Dies zeigt sich auch in den althergebrachten Definitionen des Feindbildes. Auch das Einschreiten der DDR-Behörden gegen die Umweltbibliothek in den Räumen der Zionskirche zielte in der Hauptsache auf die Verhinderung der Herstellung und Verteilung der von unabhängigen Gruppen gestalteten Zeitschrift „Grenzfall".[15] Dieses nicht direkt gegen die

Fortsetzung Fußnote von Seite 59

wissenschaften beim ZK der SED, Reinhold, vom 28. Oktober bzw. 11. November 1987 zum SPD–SED-Papier: „Die Antworten Reinholds sind direkt und eindeutig. Die argumentativen Anreicherungen nehmen wenig Rücksicht auf Empfindlichkeiten der SPD, die bereits die Positionen von Hager als fragwürdig und als Verstoß gegen Geist und Wortlaut des gemeinsamen Papiers gewertet hatte. […] Die Bekräftigung der ideologischen und politischen Positionen Hagers läßt darauf schließen, daß die Partei die erhebliche Unruhe und Unsicherheit in ihren Reihen schnell vom Tisch haben möchte, daß aber Hagers Rede noch keinen Schlußpunkt bedeutete. Vermutlich kam es darauf an, den Eindruck zu beseitigen, Hagers harte Rede widerspreche einer flexibleren Haltung des Autors des Dokuments, Reinhold. Reinholds Einschwenken auf Hagers Linie bedeutet somit insgesamt eine Verhärtung." Vgl. Referat 210, Bd. 145175.

12 Am 17. November 1987 berichtete die SED-Bezirksleitung Magdeburg dem Politbüro des ZK der SED über die Umsetzung der Beschlüsse des XI. SED-Parteitags. Vgl. dazu den Artikel „Bezirk Magdeburg: Jeder Zweite hat heute bessere Wohnverhältnisse"; NEUES DEUTSCHLAND vom 18. November 1987, S. 3f.

13 Der Kongreß des Schriftstellerverbandes der DDR fand vom 24. bis 26. November 1987 in Ost-Berlin statt. Vgl. dazu den Artikel „Glaube oder Glasnost"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. November 1987, S. 27.

14 Am 16. November 1987 berichtete Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, seitens der amerikanischen Botschaft sei zum Besuch des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Whitehead am 10./11. November 1987 in der DDR mitgeteilt worden: „Folgende Punkte seien erörtert worden: Entschädigungsfragen (US-Regierung/Jewish Claims Conference): Keine konkreten Zusagen, aber Eindruck, daß die Dinge in Bewegung gekommen seien. […] Terrorismus: W[hitehead] habe stärkere Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung gefordert und Besorgnis zum Ausdruck gebracht, daß die Terroristen in der DDR Zuflucht gefunden hätten. […] Berliner Mauer: Thema sei von W. mit großem Nachdruck angesprochen worden. W. habe Unverständnis des amerikanischen Volkes über Mauer und Schießbefehl geäußert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1941; Referat 210, Bd. 145173.

15 Ministerialdirigent Staab, Ost-Berlin, meldete am 26. November 1987: „In der Nacht v[om] 24. auf den 25.11.87 haben Staatsanwaltschaft und Polizeikräfte in Berlin (Ost) die sog[enannte] Umweltbibliothek,

Kirche gerichtete Vorgehen warf gleichzeitig ein Schlaglicht auf die unverändert schwierige Lage der Kirche in der DDR. Einerseits gibt es auf beiden Seiten (Kirche und Staat) eine Bereitschaft zum Dialog (auch wenn die letzten geplanten Gespräche im November ausgefallen sind), andererseits können die unabhängigen Friedens-, Ökologie- und Menschenrechtsgruppen nur unter dem Schutz der evangelischen Kirche tätig werden, auch wenn deren Aktivitäten – wie im Falle der Umweltbibliothek – teilweise über den Rahmen des von der evangelischen Kirche Mitgetragenen hinausgehen. Eine organisierte Opposition unter einheitlicher Führung hat die SED allerdings weder außerhalb noch innerhalb ihrer eigenen Reihen zu fürchten.

Wenn sich die oppositionellen Kreise in letzter Zeit regelmäßig auf Gorbatschow und seine Reformen berufen, so geschieht dies mehr, um den eigenen, auf die spezifische Situation der DDR bezogenen Forderungen ein Etikett zu geben, als im Glauben an die Übertragbarkeit sowjetischer Maßnahmen auf die DDR. Man erhofft sich vor allem ein Klima, das es auch in der DDR erlauben würde, offener und öffentlicher die Mißstände in der DDR anzusprechen.

3) Die Gefährdungen, die nach Auffassung der SED schnellen und spektakulären Änderungen der Strukturen der DDR entgegenstehen, ergeben sich aus ihrer exponierten Lage an der Grenze der Systeme. Gerade angesichts der nach dem Honecker-Besuch noch stärker empfundenen Einheit der deutschen Nation wird die Gefahr einer inneren Destabilisierung für besonders groß gehalten. Die wesentliche Reaktion – auch in den Augen der SED – auf die Reformbestrebungen in der Sowjetunion besteht somit in der gegenwärtigen Ausweitung von Reisemöglichkeiten in den Westen. (Es hat 1987 fast 5 063 000 Besuche aus der DDR in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) gegeben. Davon waren knapp 1 287 000 von Personen unterhalb des Rentenalters.) Dies ist ohne Zweifel eine spezielle Form einer gewissen Öffnung nach Westen, die für die DDR eine große politische Anstrengung bedeutet, und deren politisch-psychologische Auswirkungen mit angespannter Aufmerksamkeit beobachtet werden.

Die sowjetische Führung akzeptiert diese abweichende Haltung der DDR zu den sowjetischen Reformvorhaben aus im wesentlichen drei Gründen:

Zum ersten erkennt die Sowjetunion an, daß sich die DDR – auch im Interesse des gesamten Warschauer Pakts – keine Instabilität im Inneren leisten kann. Zum zweiten ist die sowjetische Wirtschaft bei ihrem Modernisierungsprogramm nicht zuletzt auf die Hilfe der höher entwickelten DDR-Wirtschaft angewiesen. Drittens spielt auch die Rolle der DDR als wichtigster militärischer Bündnisgenosse eine Rolle.

Dies schafft der DDR einen gewissen innenpolitischen Spielraum, wobei sie allerdings in ihrer Außenpolitik auf diese spezielle Konstellation Rücksicht

Fortsetzung Fußnote von Seite 60

die in den Räumen der ev[angelischen] Zions-Gemeinde (Bezirk Prenzlauer Berg) eingerichtet ist, durchsucht. […] Bei der Durchsuchung wurden fünf Personen festgenommen […]. Weitere Festnahmen sollen parallel dazu und im Verlaufe des Tages in anderen Bezirken erfolgt sein. Genannt wurden die Namen von Frau Bohley, Frau Ihlow u[nd] Frau Wollenberger, die in politischen Gruppen aktiv sind." Ferner teilte Staab mit: „Beschlagnahmt wurden jetzt Vervielfältigungsgeräte, Schreibmaschinen sowie dazugehöriges Material, Manuskripte und Dokumente sowie Exemplare der sog[enannten] ‚Umweltbätter' und der ebenfalls hektografierten Zeitschrift ‚Grenzfall'. […] Ziel der Aktion soll die im Druck befindliche Novemberausgabe des ‚Grenzfall' gewesen sein, dessen Inhalt z. T. gegen Strafgesetze verstoßen solle." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2008; Referat 210, Bd. 145286.

nehmen muß, denn die Umgestaltungsdiskussion in der Sowjetunion und anderen Warschauer-Pakt-Staaten fordert erhöhte Aufmerksamkeit, wenn man nicht isoliert werden will. Die Priorität der Außenpolitik gilt daher der Wahrung und dem Ausbau ihrer Stellung im eigenen Lager. Dies ist nicht zuletzt zur Absicherung ihrer Politik in anderen Regionen – vor allem gegenüber dem Westen – erforderlich, besonders wenn sie hier ihren eigenen begrenzten Spielraum ausschöpfen möchte. Die DDR entledigt sich dieser Aufgabe bisher mit Geschick, Selbstbewußtsein und auch Erfolg, wie vor allem ihr besonderes Engagement in der Abrüstungspolitik deutlich macht. Daß die DDR in der Sicherheitspolitik wirkungsvoll die sowjetischen Abrüstungsinitiativen flankiert, hat sich sowohl im Schreiben GS Honeckers an BK Kohl (vom 16.12.1987[16]) als auch beim Paris-Aufenthalt Honeckers[17] gezeigt. Insgesamt hat die DDR im Kreis der WP-/RGW-Mitgliedstaaten die Stellung eines angesehenen, sichtlich erfolgreichen Partners, der des Respekts, wenn auch nicht immer der Sympathie, der anderen gewiß sein kann.

III. Insgesamt kann man in den Reaktionen der DDR auf die Gorbatschowschen Reformvorhaben vier Grundelemente erkennen:

1) ist man in sehr begrenztem Maße bereit, Defizite zuzugestehen,

2) setzt man zur Überwindung der Schwierigkeiten auf eine effizientere Nutzung der vorhandenen Strukturen, nicht aber auf eine wirkliche Umgestaltung,

3) versucht man gleichzeitig die zurückhaltende Position durch eine gewisse Verschärfung der ideologischen Linie abzusichern,

4) besteht der entscheidende Öffnungsversuch der DDR in der derzeitigen Ausweitung der Reisemöglichkeiten in den Westen.

Allerdings steht außer Zweifel, daß erfolgreiche Reformen im Sinne Gorbatschows in der Sowjetunion mit einer entsprechenden zeitlichen Verzögerung – möglicherweise erst nach einem Generationswechsel an der Spitze, auch abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR selbst – früher oder später auf die DDR übergreifen werden.

Lambach

Referat 210, Bd. 145172

16 Für den Wortlaut des Schreibens des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 16. Dezember 1987 an Bundeskanzler Kohl vgl. den Artikel „Für weitere wirksame Schritte zu Rüstungsbegrenzung und Abrüstung“; NEUES DEUTSCHLAND vom 5. Januar 1988, S. 1.

17 Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 9. Januar 1988 in Frankreich vgl. Dok. 8.

13

Botschafter Kroneck, Tirana, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **13. Januar 1988**[1]
Schriftbericht Nr. 17

Betr.: Antrittsbesuch bei albanischem Außenminister Reiz Malile[2]

Zwei Doppel zur Weiterleitung an Botschaft Belgrad und NATO-Brüssel sind beigefügt[3]

Zur Unterrichtung

Am 12.1.1988 stattete ich Außenminister Malile meinen ersten offiziellen Besuch ab, nachdem er mich schon vorige Woche, am Tag nach meiner Ankunft[4], bei einer gesellschaftlichen Veranstaltung ostentativ begrüßt hatte. Der Besuch dauerte 1 1/4 Stunden.

1) Nach den üblichen Willkommenserklärungen und Anerkennungsworten für das deutsche Volk und seine Leistungen hielt Herr Malile einen längeren Vortrag, in dem im großen und ganzen die Ideen auftauchten, die er in seinem Gespräch mit Bundesminister Genscher am 23.10.87 äußerte[5], sowie solche, die in der Rede des Staats- und Parteichefs Ramiz Alia zum 75. Jahrestag der Proklamation der Unabhängigkeit Albaniens am 28.11.87[6] enthalten sind: jahr-

1 Ablichtung.
Hat Legationsrat I. Klasse Hausmann am 22. Januar 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Kastrup, Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und Staatssekretär Sudhoff verfügte.
Hat Kastrup am 22. Januar 1988 vorgelegen.
Hat Richthofen am 31. Januar 1988 vorgelegen, der für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Derix handschriftlich vermerkte: „Auf die Nützlichkeit einer Balkanvorlage, unter besonderer Berücksichtigung Jugoslawiens und seiner polit[ischen] Lage, in zeitl[icher] Nähe zur Balkankonf[erenz], weise ich hin."
Hat Derix am 2. Februar 1988 vorgelegen, der für Hausmann handschriftlich die Bitte um Rücksprache vermerkte.
Hat Sudhoff am 3. Februar 1988 vorgelegen.
Hat Hausmann am 5. Februar 1988 erneut vorgelegen.

2 Die Bundesrepublik und Albanien nahmen am 2. Oktober 1987 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 30, und AAPD 1987, II, Dok. 290 und Dok. 292.

3 Dem Vorgang nicht begefügt.
An dieser Stelle vermerkte Legationsrat I. Klasse Hausmann handschriftlich: „fehlt."

4 Botschafter Kroneck traf am 7. Januar 1988 in Tirana ein. Vgl. den Drahtbericht Nr. 8 Kronecks, Tirana, vom selben Tag; Referat 214, Bd. 139819.

5 Bundesminister Genscher besuchte am 23. Oktober 1987 Albanien. Der albanische Außenminister Malile legte Genscher in Tirana dar: „Des weiteren wolle man die bilateralen Beziehungen auf eine dauerhafte Grundlage stellen. ALB wolle zu diesem Zweck den Abschluß von Abkommen in den verschiedenen Bereichen vorschlagen. Man denke an Handelsabkommen und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Verkehrswesen, die Kooperation zwischen den Akademien der Wissenschaften, zwischen den Universitäten und sonstigen wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen beider Länder." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139421.

6 Am 3. Dezember 1987 resümierte Vortragender Legationsrat Daum, Tirana: „In seiner Grundsatzrede unterstrich der Staats- und Parteichef Alia […] mehrfach, daß Albanien weiterhin ‚stets gegenüber dem Feinde wachsam sein müsse'. Feinde seien die Imperialisten (hiermit sind USA und UdSSR gemeint), Revisionisten (Jugoslawien und China) und die ‚verschiedenen Reaktionäre' (= die gesamte übrige Welt). […] Demgegenüber wird aber noch ein anderer Akzent gesetzt, wenn auch nur knapp und

hundertelanges Leiden des albanischen Volkes; Unabhängigkeit als Grundmaxime der albanischen Politik; große Mühen der Erhaltung der Unabhängigkeit Albaniens nach dem Zweiten Weltkrieg wegen der Einmischungsversuche anderer Staaten. Als Staaten, die in dieser Zeit die Unabhängigkeit Albaniens bedroht hätten, nannte er neben den USA, der Sowjetunion und Jugoslawien auch Großbritannien, das u. a. versucht habe, die Rückkehr des früheren Königs Zogu zu erzwingen.

2) Ein besonderes Kapitel seiner Ausführungen widmete der Außenminister den albanischen Beziehungen zur Sowjetunion und zu Jugoslawien.

a) Die Sowjetunion habe nach dem Zweiten Weltkrieg einen Stützpunkt in Vlora in Südalbanien unterhalten. Albanien habe jedoch bald erkannt, daß dieser Stützpunkt dazu gedacht war, nicht nur die albanische Unabhängigkeit zu beseitigen, sondern auch die Integrität der Nachbarn Albaniens und anderer Mittelmeerländer zu untergraben. Aus diesem Grunde habe man die Sowjetunion gezwungen, das Land zu verlassen.[7] Die Sowjetunion sei nie ein echter Freund Albaniens gewesen. Als in einem Dürresommer Albanien von der Sowjetunion Getreidelieferungen erbat, habe Chruschtschow die Begleichung dieser Lieferungen auf dem Verrechnungsweg abgelehnt und auf Bezahlung in Gold bestanden. In dieser Zeit habe Enver Hoxha das Wort geprägt, man wolle lieber Gras essen, als das Haupt unter das sowjetische Joch beugen. Als Chruschtschow bei einem Besuch im Jahre 1959[8] eine landwirtschaftliche Arbeitsteilung gefordert habe, wonach Albanien Zitrusfrüchte und Blumen, die Sowjetunion hingegen Weizen produzieren solle, habe man dies im Lichte der gemachten Erfahrungen selbstverständlich abgelehnt.

b) Was Jugoslawien betreffe, so verhalte sich dieses sowohl gegenüber Albanien wie auch gegenüber der albanischen Minderheit in Jugoslawien[9] falsch. Die Behandlung der Albaner in Jugoslawien, die fast die Zahl der Albaner in Albanien erreiche, sei nicht gut, besonders nicht im Kosovo. (Diese Zahlenangabe dürfte

Fortsetzung Fußnote von Seite 63

vorsichtig: Albanien wolle nicht isoliert, getrennt vom Rest der Welt leben. Es wolle mit anderen Staaten zusammenarbeiten, um so die interne Wirtschaftsentwicklung zu fördern". Vgl. den Schriftbericht Nr. 9; Referat 214, Bd. 139423.

7 Botschaftsrat Daum, Tirana, führte am 22. Juni 1988 aus, daß Albaniens „enge Allianz mit der UdSSR zerbrach, als die SU sich im Anschluß an die Verdammung Stalins (XX. Parteikongreß 1956) mehr und mehr pragmatisch entwickelte und zugleich am Horizont der dem albanischen Modell verwandte Maoismus immer deutlicher Form gewann. 1959: Albanische Zurückhaltung gegenüber dem sowjetischen Wunsch, die Marinebasis Vlora zu einem großen sowjetischen Stützpunkt auszubauen; 1961 Abberufung aller Experten aus Albanien und (Dezember) Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch die SU. 1968 (nach der Invasion der ČSSR) tritt Albanien auch formell aus dem Warschauer Pakt aus." Vgl. die Länderaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139818.

8 Der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Chruschtschow, hielt sich vom 26. bis 30. Mai 1959 in Albanien auf.

9 Am 18. November 1987 berichtete Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), über Informationen aus der Ständigen Vertretung Albaniens bei den Vereinten Nationen zur Lage der Albaner im jugoslawischen Kosovo: „Der Zustand bis zum Tode Titos sei insgesamt akzeptabel gewesen, danach jedoch sei eine zunehmende und in letzter Zeit massive Diskriminierung gegen die dortige einheimische Bevölkerung eingetreten. Es handele sich um eine rücksichtslose Serbisierung. Die nationale Kultur und Sprache werde unterdrückt, die Verwaltung sei in allen maßgebenden Positionen wie in einem Besatzungsgebiet in der Hand von aus dem Norden entsandten Beamten. Alarmierend sei auch das drastische wirtschaftlich-soziale Gefälle im Verhältnis zum Norden. In Kosovo herrsche eine Art Kriegsrecht. Jugoslawien habe die Grenze zu Albanien radikal geschlossen, während Albanien Freizügigkeit wünsche." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3108; Referat 214, Bd. 139423.

nicht korrekt sein. Albanien hat rd. 3 Mio. Einwohner; in Jugoslawien leben etwa 2 Mio. Albaner, davon ca. 1,3 Mio. im Kosovo.) Die Behauptung, Albanien schüre Unruhe im Kosovo, sei unrichtig. Albanien habe kein Interesse an einer Destabilisierung Jugoslawiens. Ein instabiles Jugoslawien würde nur die Sowjets anziehen; gerade daran könne Albanien nicht gelegen sein.

Zu der auf Veranlassung von Jugoslawien geplanten Konferenz der Außenminister der Balkanstaaten (sie findet dem Vernehmen nach vom 24.–26. Febr. 1988 in Belgrad statt[10]) bemerkte der Außenminister, daß Albanien wohl daran teilnehmen werde, daß er sich aber nicht viel davon verspreche.

3) Zu den übrigen Nachbarn, auch zu Griechenland, habe Albanien ein gutes Verhältnis. Gute Beziehungen bestünden auch zu den westeuropäischen Staaten, zu Frankreich sogar ein freundschaftliches. Im Prinzip sei auch das Verhältnis zu Italien gut, allerdings durch einen gewissen Umstand z. Zt. belastet. (AM Malile spielte auf die Tatsache an, daß sich seit Ende 1985 sechs Albaner in der italienischen Botschaft in Tirana aufhalten, die sich dorthin mit der Begründung geflüchtet haben, sie würden in Albanien wegen angeblicher Kollaboration während der italienischen Besatzungszeit diskriminiert.[11]) Für Albanien ginge es hier weniger um einige Individuen, als vielmehr um das Prinzip, zumal es sich bei Italien um einen Staat handele, der Albanien schon zweimal überfallen habe[12]. Im übrigen sei Albanien bereit, mit allen Staaten der Erde Beziehungen zu unterhalten, mit Ausnahme von zweien: den USA und der Sowjetunion.

4) Bei der Aufnahme von Beziehungen mit Albanien sollte man vermeiden, dieses Land mit anderen Ländern zu vergleichen. Ein solcher Vergleich führe zu nichts: Albanien sei anders! Die Bereitschaft Albaniens zur Aufnahme von Beziehungen aller Art dürfe auch nicht mit einer Bereitschaft zur „Öffnung“ verwechselt werden. Für die albanische Regierung gebe es keine „Öffnung“ in dem Sinne, in dem dieses Wort jetzt in der Welt gebraucht würde.

5) Zum Verhältnis Albaniens zur Bundesrepublik Deutschland bemerkte Außenminister Malile, daß man sich hier große Hoffnung auf eine fruchtbare Zusammenarbeit nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mache. Man schätze das deutsche Volk und seine Schaffenskraft und hoffe, daraus für sich selbst Nutzen zu ziehen[13]. Die Zusammenarbeit solle auf einer ganzen Reihe

10 Die Außenminister Lončar (Jugoslawien), Malile (Albanien), Mladenow (Bulgarien), Papoulias (Griechenland), Totu (Rumänien) und Yilmaz (Türkei) trafen vom 24. bis 26. Februar 1988 in Belgrad zur Konferenz der Außenminister der Balkanstaaten zusammen.

11 Botschafter Ruth, Rom, informierte am 2. Juni 1987 über eine Unterrichtung durch das italienische Außenministerium: „Beziehungen seien wegen der Flucht von sieben Albanern in die ital[ienische] Botschaft in Tirana nach wie vor blockiert. […] Bei alledem sei nicht auszuschließen, daß die Flucht der sieben Albaner in die ital. Botschaft in Tirana von gewissen alban[ischen] Kreisen inszeniert worden sei. Man müsse bedenken, daß diese Flüchtlinge seit über 40 Jahren von den kommunistischen Behörden Albaniens verfolgt worden seien. Vor ihrer Flucht hätten sie in einer Art Strafkolonie in einem Dorf bei Durazzo gelebt. Um in die ital. Botschaft in Tirana zu gelangen, hätten sie aus diesem Dorf entweichen, sodann auf der Straße Durazzo – Tirana fünf schwerbewachte Straßensperren passieren und schließlich in den ausländischen Botschaften vorbehaltenen Stadtbezirk von Tirana gelangen müssen, der Albanern ohne besondere Zutrittserlaubnis verschlossen bleibe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 838; Referat 214, Bd. 139423.

12 Italien okkupierte am 30. Oktober 1914 die albanische Insel Sazan.
Am 7. April 1939 besetzten italienische Truppen Albanien.

13 Am 25. August 1988 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix zu den Erwartungen Albaniens an die Bundesrepublik: „Umgekehrt sind die Erwartungen der albanischen Seite in die

von Gebieten erfolgen. (Bereits am 8.1.1988 bin ich, wie oben erwähnt, dem Außenminister begegnet. Er sagte mir bei der Gelegenheit, daß für seine Regierung die Deutschen, trotz der nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa entstandenen Lage, eine Nation geblieben seien.) Die Tatsache, daß die Bundesregierung schon so bald nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen einen Botschafter entsandt habe, werte man als Zeichen des deutschen Interesses an Albanien. Man habe die Presse in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Wochen aufmerksam verfolgt und mit Genugtuung gesehen, welches Echo die Botschafterernennung dort gehabt habe. Daß ich schon kurz nach meiner Ankunft Entwürfe für Abkommen zur Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet[14] überreichen konnte, sehe man als Zeichen deutscher Effizienz. Besonders dankbar sei man auch für die positive Berichterstattung in der deutschen Presse in der letzten Zeit über Albanien. (AM meinte hier offenbar die Artikelserie von Viktor Meier in der FAZ.[15])

Außenminister Malile erkundigte sich angelegentlich nach dem Befinden von Bundesminister Genscher und bat, diesem seine besten Grüße zu übermitteln.

Beim Hinausgehen kam das Gespräch noch auf die chinesische Absage zum sowjetischen Vorschlag eines sowjetisch-chinesischen Gipfeltreffens. Außenminister Malile kommentierte diesen Vorgang mit den Worten: „Die USA, die Sowjetunion und China hängen zusammen. Daran ändert auch diese Absage nichts."

Über meinen Besuch beim Außenminister berichteten am 13.1.88 die beiden großen albanischen Tageszeitungen Zeri i Popullit und Bashkimi jeweils auf der ersten Seite.

Kroneck

Referat 214, Bd. 139819

Fortsetzung Fußnote von Seite 65

wirtschaftliche Zusammenarbeit mit uns sehr hoch. […] Die bisher zugesagten 6 Mio. DM TZ werden als beschämend gering angesehen. Die albanische Führung denkt an eine Wirtschaftshilfe (Entwicklungshilfe) in Höhe von zunächst 100 Mio. DM für investive Zwecke (Infrastruktur, Industrieanlagen). Daß die Möglichkeiten unserer staatlichen Hilfe begrenzt sind und daneben in großem Umfang die Privatwirtschaft einbezogen werden muß, ist der albanischen Führung aufgrund der von ihr praktizierten stalinistischen Wirtschaftspolitik und der langen Abgeschlossenheit des Landes nur schwer verständlich." Vgl. Referat 214, Bd. 139819.

14 Legationsrätin Lindemann-Macha übermittelte der Botschaft in Tirana am 17. Dezember 1987 einen „Vertragsentwurf zu einem Kulturabkommen" mit der Bitte, diesen der albanischen Seite zu übergeben. Vgl. den Schrifterlaß; Referat 214, Bd. 139424.
Am 1. Februar 1988 legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerhardt dar: „Dreitägige, in freundlicher Atmosphäre verlaufene Verhandlungen über ein Wirtschaftskooperationsabkommen in Tirana erbrachten – mit Ausnahme der Berlin-Klausel – Einigkeit. […] Die Zustimmung zu den unstreitigen wirtschaftlichen Vorschriften, die im Tenor weitgehend denen der Abkommen mit den übrigen Staatshandelsländern entsprechen, wurde von uns unter den Vorbehalt einer Einigung über die Einbeziehung Berlins gestellt. […] Falls die Frage der Berlin-Klausel vorher gelöst werden kann, könnte das Abkommen anläßlich des vorgesehenen Besuchs des albanischen Außenministers Anfang Juni 1988 in Bonn unterzeichnet werden." Vgl. Referat 214, Bd. 139423.

15 Vgl. dazu die Artikel „Noch gelten in Albanien die Werte der Ära Hodscha", „Mit Albanien bleibt es schwierig" sowie „Albanien als künftiger Partner"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 15. Dezember 1987, S. 3, vom 18. Dezember 1987, S. 12, sowie vom 28. Dezember 1987, S. 8.

14

Botschafter Schoeller, Warschau, an das Auswärtige Amt

114-10137/88 geheim **Aufgabe: 13. Januar 1988, 15.20 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 86 **Ankunft: 13. Januar 1988, 17.41 Uhr**
Citissime nachts

Betr.: BM-Besuch in Polen (10.–13.1.1988)[2];
hier: Gespräch BM/Orzechowski am 10.1.

Bezug: Weisung BM an Botschafter

Für morgiges Gespräch mit BK folgt Inhalt meines Vermerks über o.a. Gespräch.

[gez.] Schoeller

Botschafter, Warschau, den 13.1.1988

Vermerk

Betr.: Gespräch BM mit AM Orzechowski am 10. Januar in Klarysew

Orzechowski eröffnete Gespräch, daß es sich um seine fünfte Begegnung mit BM handele[3], die aus zwei Gründen eine besondere Bedeutung habe. Einmal habe Polen seine gesellschaftlichen, politischen wie wirtschaftlichen Reformen eingeleitet, zum anderen stehe man weltweit am Beginn eines Durchbruchs von besonderen Ausmaßen. Wie bereits einmal in den 70er Jahren könnten Polen und die Bundesrepublik einen Beitrag zur Entspannung im Ost-West-Verhältnis leisten. Es sei deshalb nützlich, wenn die bilateralen Beziehungen sich weiterhin in Richtung auf Verständigung und Versöhnung entwickeln würden. Diese Auffassung werde auch vom Vorsitzenden des Staatsrates, Jaruzelski, geteilt.

BM leistete für die Ostpolitik der Bundesregierung von Polen aus gesehen geschätzte Beiträge, so zuletzt noch bei den Vorarbeiten zum Abschluß des INF-Vertrages. Viel würde von den Ergebnissen der jetzigen deutsch-polnischen Gespräche abhängen. Polen und Deutsche hätten sich auch gegenseitig viel zu geben; auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiet sei ein stabiles Partnerschaftsverhältnis zu entwickeln, anzufangen habe man mit dem Abbau histori-

1 Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 21 und 36.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 14. Januar 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

2 Zum Besuch des Bundesministers Genscher in Polen vgl. ebenfalls Dok. 17.

3 Der polnische Außenminister Orzechowski besuchte die Bundesrepublik vom 6. bis 9. April 1986. Vgl. dazu die Gespräche mit Bundesminister Genscher am 7./8. April 1986; vgl. AAPD 1986, I, Dok. 91 und Dok. 93.
Genscher und Orzechowski führten am 22. September 1986 in New York am Rande der VN-Generalversammlung ein Gespräch. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1866 des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl, z.Z. New York, vom folgenden Tag; Referat 214, Bd. 139743.
Am 6. November 1986 trafen Genscher und Orzechowski zur Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz in Wien zusammen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 11 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kaestner, z.Z. Wien, vom 7. November 1986; Referat 214, Bd. 139691.
Genscher und Orzechowski führten am 20. September 1987 in New York am Rande der VN-Generalversammlung ein Gespräch. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 263.

scher Belastungen, um den Weg für eine unvoreingenommene Verständigung freizulegen.

Die Bundesrepublik habe sich mit Frankreich und Israel versöhnt. Dem müsse jetzt die Versöhnung mit Polen folgen, damit die Zukunft sicherer würde. Die Versöhnung mit Polen gäbe zudem der Ostpolitik einen stabilen konsolidierten Charakter. Die Bundesrepublik habe eine besondere Position innerhalb der westlichen Bündnisse, was die Ostpolitik angehe. Die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen habe negative wie positive Aspekte. Auch das deutsche Volk benötige die deutsch-polnische Versöhnung, denn es gehe um die Errichtung des gemeinsamen europäischen Hauses, die ohne diese Versöhnung nicht möglich sei.

Die Bundesregierung könne Polen nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet viel anbieten, sondern auch die Gestaltung eines gesunden deutsch-polnischen Verhältnisses ermöglichen. Die Beziehungen seien tatsächlich noch nicht bereinigt, denn man spreche immerwährend von der Vergangenheit. Das müßte überwunden werden.

Zur wirtschaftlichen Stabilität Polens könne die Bundesrepublik durch bilaterale wie multilaterale Absicherung von außen beitragen.

Zur Zeit sei das deutsche Entgegenkommen auf wirtschaftlichem Gebiet unzureichend. Auf politischem Gebiet hätten BM und BK Polen zufriedenstellende Erklärungen abgegeben. Die kürzlichen Äußerungen von BM Zimmermann[4], wie auch vom baden-württembergischen Minister Mayer-Vorfelder[5] und schließlich deutsche Kommentare, die im Zusammenhang mit der Einleitung der Städte-Partnerschaft von Breslau und Wiesbaden gemacht wurden[6], seien dagegen bestürzend. Auch sei man nicht zufrieden über die bisherige deutsche Reaktion

4 Botschaftsrat Körting, Warschau, berichtete am 12. November 1987 über polnische Pressestimmen zum CDU-Bundesparteitag am 9. November 1987: „Als offen revisionistisch wird die in der Grußadresse von BM Zimmermann getroffene Feststellung eingeordnet, das deutsche Problem höre nicht an Oder und Neiße auf." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1858; Referat 214, Bd. 139705.
Am 14. November 1987 teilte Körting mit, der polnische Journalist Drecki habe in der Tageszeitung „Trybuna Ludu" zum Grußwort Zimmermanns erklärt, „daß diese Formulierung zeige, daß die ‚Träumereien von der Wiedervereinigung Deutschlands sich nicht auf die DDR beschränkten, sondern auch den polnischen Nord- und West-Territorien gelten'. […] Er fährt fort mit der Feststellung, man wolle diese revisionistischen Töne nicht überbewerten, müsse andererseits aber auch die Existenz derartiger Stimmen zur Kenntnis nehmen, zumal Zimmermann Inhaber eines politisch gewichtigen Ressorts sei." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1877; Referat 214, Bd. 139705.

5 Der baden-württembergische Kultusminister Mayer-Vorfelder äußerte sich am 4. Januar 1988 zu den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie. Vgl. dazu den Artikel „Mayer-Vorfelder: Nicht ‚ehemalig'"; FRANFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5. Januar 1988, S. 4.

6 Am 21. September 1987 legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hillgenberg zu der am 9. September 1987 paraphierten Rahmenvereinbarung über eine Städtepartnerschaft zwischen Wiesbaden und Breslau dar, daß bei dieser „im ersten Absatz vor der Präambel ‚Wrocław' durch den Klammerausdruck ‚(bis 1945 Breslau)' ergänzt wird". Dazu stellte Hillenberg fest: „Das Auswärtige Amt sollte daran festhalten, daß in der deutschen Fassung der Partnerschaftsvereinbarung ‚Breslau' verwendet werden muß. […] Die deutsche Bezeichnung entspricht dem allgemeinen deutschen Sprachgebrauch. Mit ihr ist keinerlei territorialer Anspruch verbunden. Erst durch den Zusatz ‚bis 1945 Breslau' wird ein territorialer Bezug hergestellt. Dies widerspricht völlig unserem Bemühen um eine Lösung des Problems auf der Grundlage der Freiheit aller Staaten, in ihrer Sprache übliche Ortsbezeichnungen für Orte auch jenseits der eigenen Staatsgrenze zu verwenden. Der Volksrepublik Polen geht es hingegen nicht um die Verwendung der polnischen Sprache, sondern um die Bestätigung einer Endgültigkeit der territorialen Zuordnung der Oder-Neiße-Gebiete. Die Bundesregierung steht in verschiedenen Sachbereichen mit der polnischen Regierung in Verhandlungen. Ihre Bemühungen, den Gebrauch deutscher Ortsnamen zu erhalten, würden durch die Verwendung polnischer Ortsnamen in Städte-Partnerschaften geschwächt." Vgl. Referat 214, Bd. 139741.

auf den Jaruzelski-Plan.[7] Man müsse in den nächsten Tagen offen und ehrlich miteinander reden. Über den Dialog müsse man Verständnis schaffen und Lösungen suchen.

Er sei Dg21[8] dankbar für die Mitgestaltung des Pakets[9], über das man sprechen müsse. Polnischerseits habe man Vorschläge über deutsche Hilfe bei Investitionen in den Bereichen Landwirtschaft, verarbeitende Industrie und Umweltschutz in Höhe von 1 Mrd.[10] DM. Alle Projekte seien ausnahmslos geeignet, rasche wirtschaftliche Ergebnisse zu bringen. Polnischerseits erwarte man außerdem Unterstützung der Bundesrepublik bei den notwendigen Umschuldungen[11], wobei eine Regelung bei dem sogenannten Jumbokredit[12] dringend sei.

In dem Paket seien vier politische Probleme enthalten:

1) Ein deutsch-polnisches Zusammenwirken bei den Arbeiten zur Stärkung der europäischen Sicherheit; Deutsche und Polen müßten Vorkämpfer für eine stabile Ordnung in Europa sein.

2) Mit Interesse habe man das deutsche Konzept zur konventionellen Abrüstung zur Kenntnis genommen und Parallelen zum Jaruzelski-Plan festgestellt. Es sollte deshalb möglich sein, eine gemeinsame Initiative zu entwickeln durch Zusammenbindung beider Konzeptionen. Ausgehen könne man hierbei davon, daß beide gegen die Kompensationstheorie[13] und gegen taktische Nuklearwaffen seien. Das sollten die Experten einmal ausdiskutieren.

3) Jaruzelski habe einen alle europäischen Staaten umfassenden Europarat vorgeschlagen. Bundespräsident von Weizsäcker habe diesen Vorschlag interessant gefunden.

4) Auf dem Gebiet des Umweltschutzes seien zahlreiche Ansatzpunkte für gemeinsame Vorhaben gegeben. Auch hier könnten polnisch-deutsche Verträge geschlossen werden.[14]

7 Zum Vorschlag des Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski vom 8. Mai 1987 vgl. Dok. 9, Anm. 16.

8 Dieter Kastrup.

9 Korrigiert aus: „Paktes".

10 Korrigiert aus: „Mia".

11 Zu einer Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 51.

12 Die Bundesrepublik und Polen schlossen am 9. Oktober 1975 in Warschau ein Abkommen über die Gewährung eines ungebundenen Finanzkredits. Dieses sah einen Kredit in Höhe von 1 Mrd. DM vor, der zu einem Zinssatz von 2,5% über einen Zeitraum von 20 Jahren bei fünf Freijahren zurückgezahlt werden sollte. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 567.

13 Am 1. Februar 1988 informierte Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), über Äußerungen des Oberbefehlshabers der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR): „I[nternational]H[erald]T[ribune] berichtete in Ausgabe vom 23./24. Januar 1988, General Galvin habe dafür plädiert, USA sollten neues Nuklearwaffenarsenal von Kurzstreckensystemen für Europa aufbauen, um durch INF-Vertrag verlorengegangene Feuerkraft auszugleichen […]. Weiterhin habe Galvin gesagt, um ‚300 mile gap', die durch den INF-Vertrag geschaffen werde, aufzufüllen, solle NATO Folgesysteme für Lance und nukleare Abstandswaffen für Flugzeuge einführen". Hansen stellte dazu fest: „Bedenklich ist vor allem Zusammenhang, in den Galvin seine Modernisierungsforderung stellt. Er erweckt Eindruck, als seien von ihm genannte Maßnahmen notwendig, um Auswirkungen eines INF-Abkommens zu kompensieren. Tatsächlich ist dies schon logisch gar nicht möglich, da durch kurzreichende Systeme weitreichende nicht ausgeglichen werden können." Vgl. den Drahtbericht Nr. 137; VS-Bd. 12129 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

14 Vortragender Legationsrat Greineder hielt am 12. Februar 1988 zu einem Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Zusammenarbeit im Umweltschutz fest: „Botschafter Karski hat BM Töpfer bei Antrittsbesuch 25.1.88 polnischen Abkommensentwurf übergeben. Der Entwurf zirkuliert derzeit unter den Ressorts. BMU hat Ressorts zu einer Abstimmung am 2.3.88 eingeladen. Dann

Zum Abschluß seiner einleitenden Ausführung wolle er noch einige Fragen stellen.

Interessiert habe man gehört, daß man deutscherseits den bilateralen Beziehungen eine besondere Qualität und eine moralische Dimension zuspricht. Er habe Dg21 gefragt, was diese für die Beziehungen praktisch zu bedeuten habe. Die weitere Frage beziehe sich auf das Rechtshilfe-Ersuchen.[15] Was könne man hinsichtlich der Ortsbezeichnungen tun? In diesem Zusammenhang finde er es lächerlich, wenn der polnischen Seite unterstellt wird, eine Änderung des Grundgesetzes[16] zu verlangen. Man müsse sich fragen, wo in diesem Bereich Kompromißmöglichkeiten gefunden werden könnten. BM habe sich in seinem Brief an die Stadt Wiesbaden[17] auf den Sprachgebrauch bezogen. Dem könne man zustimmen, jedoch würden nicht alle in der Bundesrepublik so denken. Für die Schlesier-Jugend sei dies eine politische Frage. Er wäre zufrieden, wenn man diese Frage lösen könnte, um den Vertrag über die Errichtung von Generalkonsulaten in Krakau und Hamburg unterzeichnen zu können.[18]

Fortsetzung Fußnote von Seite 69

soll versucht werden, Teile des polnischen Entwurfs in den deutschen Entwurf (als Basis für Verhandlungen) zu übernehmen. Am polnischen Entwurf gefällt insbesondere nicht sein Charakter als bloßes Rahmenabkommen, das erst später durch Einzelvereinbarungen ausgefüllt werden soll. Wie bereits mit DDR, ČSSR und SU sollte möglichst ein Gesamtpaket ausgehandelt werden, das bis zur namentlichen Auflistung der Berliner Experten reicht. Wegen der Ortsbezeichnungen wird mit schwierigen Verhandlungen gerechnet." Vgl. Referat 214, Bd. 139715.

15 In einer Aufzeichnung des Referats 511 vom 12. Februar 1988 wurde dargelegt: „Der Rechtshilfeverkehr in Zivil- und Strafsachen mit Polen ist gegenwärtig eingestellt […] wegen der ungelösten Fragen der Einbeziehung von Berlin (West) in den Rechtshilfeverkehr und der Ortsbezeichnungen in deutschen Rechtshilfeersuchen. […] Hinsichtlich der Ortsbezeichnungen kam die polnische Seite auf einen […] von deutscher Seite gemachten Vorschlag zurück. Dieser Vorschlag sah vor, daß sowohl das polnische Original als auch die deutsche Übersetzung eines polnischen Rechtshilfeersuchens nur polnische Ortsbezeichnungen enthalten, daß hingegen das deutsche Rechtshilfeersuchen im Original deutsche Ortsbezeichnungen, in der polnischen Übersetzung hingegen polnische Ortsbezeichnungen enthalten sollte. Zusätzlich war vorgesehen, daß im deutschen Original des deutschen Rechtshilfeersuchens die Innen- und Außenanschrift des Rechtshilfeersuchens die polnische Ortsbezeichnung enthält. Wir haben verlangt, daß aus Gründen der äußeren Gleichbehandlung der Ersuchen im polnischen Text des polnischen Ersuchens die Innen- und Außenanschrift deutsch erscheinen. Die polnische Seite schlug abweichend hiervon vor, daß zwei gleichberechtigte Originale präsentiert werden, wobei im deutschen Original deutsche Ortsbezeichnungen, im polnischsprachigen Original polnische Ortsbezeichnungen enthalten sind. […] Die Länder haben inzwischen überwiegend erkennen lassen, daß sie diesem Vorschlag aus verschiedenen Gründen nicht folgen können." Vgl. Referat 214, Bd. 139715.

16 Für den Wortlaut des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1–19.

17 Mit Schreiben vom 14. September 1987 an den Oberbürgermeister von Wiesbaden, Exner, legte Bundesminister Genscher zum Entwurf einer Rahmenvereinbarung über eine Städtepartnerschaft zwischen Wiesbaden und Breslau dar: „Der Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 ist eine wichtige Grundlage für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen. Es bestehen deshalb keine grundsätzlichen Bedenken, in einer Vereinbarung über eine Städtepartnerschaft auf den Vertrag Bezug zu nehmen. Probleme ergeben sich aber dann, wenn eine deutsche Stadt sich auf Aussagen einlassen soll, die außenpolitischen und völkerrechtlichen Charakter haben und damit über den Zuständigkeitsbereich einer Kommune hinausgehen. Besondere Zurückhaltung ist gegenüber Formulierungen geboten, die der polnischen Seite eine Handhabe bieten könnten, von der Partnerschaft in bestimmten Fragen ein politisches Wohlverhalten zu erlangen." Vgl. Referat 214, Bd. 139741.

18 Referat 214 vermerkte im Februar 1988 zur Errichtung von Generalkonsulaten der Bundesrepublik und Polens: „In insgesamt drei Verhandlungsrunden besteht Einigkeit über den Sitz der Generalkonsulate (Krakau und Hamburg), über die Konsularbezirke und die Form der Absprache (zwei nicht aufeinander bezogene Noten), sowie über die gegenseitige Bereitstellung von Grundstücken für Kanzlei und Residenz und die Gleichzeitigkeit der Eröffnung. Anlaß zu Differenzen in förmlicher und inhaltlicher Ausgestaltung ist die Ortsbezeichnungsfrage, konsularischer Schutz von Berlinern

Er wisse, daß derartige Schwierigkeiten nicht in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik zur Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Paktes gegeben seien. Zusammenfassend wolle er fragen:

Was können Sie tun, um die sozialistischen Staaten zu stabilisieren, um die Reformvorhaben erfolgreich zu machen?

BM dankte Orzechowski für die offene Darlegung seiner persönlichen Auffassung zu den deutsch-polnischen Problemen, die er in einen historischen Zusammenhang gestellt habe. Erkennbar sei in Europa eine neue Entwicklung eingetreten, Deutsche wie Polen würden einen Fehler machen, diese Entwicklung nicht zu nutzen. Sie hätten Interesse, sie tatkräftig zu fördern. Es gebe historische, praktische und politische Gründe, um Möglichkeiten des Zusammengehens zu prüfen. Die historischen Gründe seien evident, der notwendige Lernprozeß sei mit dem Warschauer Vertrag[19] nicht abgeschlossen. Der Warschauer Vertrag sei in die Zukunft gerichtet und müsse weiterführend sein. Praktische Gründe seien für ein Zusammengehen gegeben, weil die Mitte Europas von Polen und Deutschen gebildet wird und sich in dieser Mitte alle Probleme überschneiden.

Die politischen Gründe seien klar erkennbar; Polen sei ein wichtiges Land im Warschauer Pakt, die Bundesrepublik habe eine große Bedeutung im westlichen Bündnis, die damit gegebenen Gewichte sollten genutzt werden, um zu einer europäischen Friedensordnung beizutragen. Wenn sich die Situation in Europa verbessere, würden Deutsche wie Polen hiervon profitieren. Auch die Portugiesen würden sich über eine Verbesserung der Situation in Europa freuen, sie hätten allerdings nicht den gleichen Nutzen davon wie Polen und Deutsche. Es sei im eigenen Interesse unserer beiden Staaten, unsere Gewichte zu nutzen.

Anläßlich eines Empfangs in Düsseldorf vor seinem Abflug habe er die interessante Erfahrung gemacht, daß ihm jedermann eine gute Reise und viel Erfolg seiner Gespräche in Warschau gewünscht habe. Auch bei anderen Gelegenheiten habe er festgestellt, daß die deutsche Öffentlichkeit wohlwollendes Interesse an Polen habe. Diese Disposition müsse positiv genutzt werden.

Orzechowski habe eingangs den deutschen Beitrag zum Zustandekommen des INF-Vertrages erwähnt. Er sehe in diesem Vertrag einen Öffner für die Einleitung eines Prozesses umfassender Abrüstung. In den kommenden sechs Monaten würden sich die Sowjetunion und die USA über die fünfzigprozentige Verminderung der strategischen Nuklearwaffen verständigen. Daneben gebe es Probleme, wo Deutsche und Polen unmittelbar betroffen seien.

Im konventionellen Bereich sollten bald Verhandlungen aufgenommen werden, und man solle gemeinsam überlegen, wie man auf polnischer und auf deutscher Seite dazu beitragen könne, damit diese Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden können. Was die Kurzstreckenraketen angehe, verweise er auf seine Erklärungen. Deutscherseits sei man jedenfalls bereit, mit der polnischen Seite über gemeinsame Aktionen nachzudenken, um den Abrüstungsprozeß zu fördern.

Fortsetzung Fußnote von Seite 70

(West) sowie die Frage des Transfers von Konsulareinnahmen in die BR-Deutschland." Vgl. Referat 214, Bd. 139715.

19 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok 588 und Dok. 589.

Das Ost-West-Verhältnis sei jedoch mehr als Abrüstung, damit komme er zur Architektur des europäischen Hauses oder der europäischen Friedensordnung. Er habe große Erfahrung, wie man es nicht machen solle. Aus diesen negativen Erfahrungen könne man Nutzen ziehen, gemeinsam solle man überlegen, wie diese Friedensordnung aussehen könne.

Orzechowski habe von der deutschen Aussöhnung mit Frankreich und Israel gesprochen. Es gebe da verständlicherweise im Vergleich zu Polen Unterschiede. Die Beziehungen zu Polen hätten ihre Eigenarten. Ein ernsthaftes Herangehen an dieses Problem sei für beide Staaten und für Europa wünschenswert. Ohne Überheblichkeit könne man feststellen, daß es ohne den Warschauer Vertrag nicht zur Schlußakte von Helsinki[20] gekommen wäre.

[21]Orzechowski habe von den innenpolitischen Reformen gesprochen. Deutscherseits hofft man, daß diese Politik zum Erfolg führe. Es sei wichtig, auch wirtschaftlich und finanziell in Polen Vertrauen zu haben. Er wolle dies in seiner morgigen Tischrede[22] erklären und auch seinen Partnern sagen. Die deutsche Hoffnung auf Erfolg der polnischen Reformen werde von einigen, nicht aber von allen gerne zur Kenntnis genommen. Es sei jedoch wichtig, daß er Gelegenheit habe, auch mit diesen Leuten zu sprechen. Er habe gehört, daß Wałęsa Schwierigkeiten habe, nach Warschau zu ihm zu kommen. Orzechowski habe die westliche Politik gegenüber Polen beobachtet. Er könne heute mit seinen westlichen Kollegen anders über Polen reden als früher. Außenminister Shultz habe ihm jetzt nach Gesprächen mit Schewardnadse und Gorbatschow[23] erklärt, er, BM, habe von Anfang an Recht gehabt.[24] Die Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Paktes müßten individuell und bilateral gesehen werden. Als Deutscher stehe BM nicht nur geographisch diesen Staaten näher. Noch im Januar wolle er in Washington mit Shultz und seinen Mitarbeitern über die Entwicklung in den einzelnen Staaten des Warschauer Paktes sprechen.[25] Bei dieser Gelegenheit werde er auch über Probleme des Pariser Clubs bei Umschuldungsverhandlungen diskutieren. Mit Polen suche er das Gespräch über die politische Zukunft Europas, damit man gemeinsame Anstöße in der Abrüstungspolitik geben und Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit prüfen könne.

Wie Orzechowski mit Jaruzelski habe er mit BK zur Vorbereitung dieses Besuches ein ausführliches Gespräch geführt. Der Begriff des Pakets[26] habe ihnen dabei gefallen. Beide Seiten können derart ihre Probleme und Sorgen einbringen und gemeinsame Lösungen suchen. BK möchte wie er den Beziehungen einen Impuls geben und bei entsprechenden Fortschritten anläßlich des heutigen Be-

20 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

21 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 87 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

22 Für den Wortlaut der Tischrede des Bundesministers Genscher am 11. Januar 1988 in Warschau vgl. BULLETIN 1988, S. 40–43.

23 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte in Begleitung des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 7. bis 10. Dezember 1987 die USA. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

24 Bundesminister Genscher und der amerikanische Außenminister Shultz trafen anläßlich der NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel zusammen. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 366.

25 Bundesminister Genscher hielt sich am 20./21. Januar 1988 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 24–26.

26 Korrigiert aus: „Paktes“.

suches selbst Polen besuchen.[27] Es sei anzustreben, daß dieser Besuch vor der Sommerpause stattfinde.

Bei Gesprächen solle man grundsätzlich vermeiden, den anderen zu überfordern, sondern das Gemeinsame suchen. Hinter dieser Überlegung stehe eine Grundstimmung, die in der Bundesrepublik gegeben sei. Wäre es anders, würde er nicht zögern, dies mitzuteilen. Wenn notwendig, müsse man seinem Gesprächspartner auch Unangenehmes sagen, um ihm in Zukunft wieder begegnen zu können. BK und er strebten Fortschritte mit Polen an, die auch mit anderen Staaten des Warschauer Paktes möglich gewesen seien.

Das Wort von der moralischen Qualität der Beziehungen sei sehr ernst gemeint und ausgesprochen worden im Bewußtsein einer geschichtlichen Verantwortung. Der Warschauer Vertrag sei nicht nur ein nüchternes Dokument, sondern habe einen moralischen Charakter, mit dem ein Teufelskreis durchbrochen würde.

Auch er teile die Hoffnung, eine Vereinbarung über die Errichtung von Generalkonsulaten unterzeichnen zu können. Wenn man hierbei einen Kompromiß bei den Ortsbezeichnungen finden könne, könne man diese Lösung bei allen vergleichbaren Verträgen anwenden, d.h. auch bei dem in Aussicht genommenen Investitionsförderungsabkommen[28]. Was in diesem Abkommen gesagt werde über den Geltungsbereich, entspreche den Formulierungen in den Verträgen mit Rumänien, Bulgarien und Ungarn[29]. Er sei bedrückt, daß dieser notwendige Vertrag noch nicht unterzeichnet sei.

Polen sei ein hochentwickeltes Land, müsse sich jedoch modernisieren. Auch die Briten hatten Probleme der Modernisierung vor 15 Jahren; in Deutschland hatte sich wegen der Kriegsereignisse diese Frage nicht gestellt.

Für die Modernisierung Polens müßten vernünftige Rahmenbedingungen geschaffen werden, dann würde man sich über die finanziellen Probleme aussprechen können. O. kenne die deutsch-ungarische Vereinbarung, mit der das deutsche Interesse an einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung Ungarns deutlich gemacht wurde.

Die Qualität unserer Beziehungen hänge auch vom kulturellen Austausch ab, der zur Zeit erfreulich sei. Auf allen anderen Gebieten gebe es jedoch einen

27 Bundeskanzler Kohl besuchte vom 9. bis 14. November 1989 Polen.

28 Bundesminister Genscher erklärte Ministerpräsident Messner am 11. Januar 1988 in Warschau zu einem Investitionsförderungs- und -schutzvertrag (IFV): „Es sei bedauerlich, daß es zwischen Polen und der Bundesrepublik einen solchen Vertrag noch nicht gebe. Es liege im polnischen Interesse, daß das Niveau eines solchen Vertrages mit Polen dem mit anderen Staaten entspreche. Dazu müsse auch der Gewinntransfer eröffnet werden. Auch sei es wichtig, die Investoren einzubeziehen, die schon im Vorgriff auf einen IFV zur Zusammenarbeit bereit gewesen seien. ‚Pfadfinder' dürfte man nicht bestrafen." Messner führte dazu aus: „Die Tatsache, daß die Bundesrepublik bereits mit Bulgarien, Rumänien und Ungarn entsprechende Verträge geschlossen habe, sei sicher positiv zu werten. Aber es gebe Unterschiede zwischen Polen und den genannten Staaten. Diese Unterschiede beruhten z.T. auf objektiven Gegebenheiten, z.T. auf der Geschichte. Viele Probleme bedürfen deswegen in unseren bilateralen Beziehungen besonderer Diskussion. Wesentlich sei z.B. die Frage des ‚Investors'; auch der Transfer sei wichtig. Die Probleme mit der Definition des Investors gebe es im Hinblick auf die anderen osteuropäischen Länder nicht. […] Auf den Einwurf von BM, wo die Probleme beim Investor lägen, fuhr PM fort, es gebe in der Bundesrepublik revisionistische Tendenzen in verschiedener Form, und dies führe zu besonderer polnischer Empfindlichkeit." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139715.

29 Für den Wortlaut des Vertrags vom 30. April 1986 zwischen der Bundesrepublik und Ungarn über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil II, S. 439–443.

Nachholbedarf. Deutscherseits rege man die Vereinbarung eines Jugendaustausches an[30], ähnlich dem so erfolgreichen Deutsch-Französischen Jugendwerk, auch sollten Kulturinstitute in beiden Staaten[31] eingerichtet werden.

Angesichts der großen Anzahl Reisender zwischen beiden Staaten, sollte es auch möglich sein, Probleme der Familienzusammenführung[32] zu lösen. Schließlich sollte man gemeinsam darüber nachdenken, daß diejenigen, die in Polen ihre deutsche Identität zum Ausdruck bringen wollen, hierzu auch Gelegenheit erhalten.

Im materiellen Bereich sei durch die kürzliche Vereinbarung im Pariser Club eine gute Basis für bilaterale Umschuldungsverhandlungen gegeben, aber auch für künftige Absprachen über neue Verbindlichkeiten.[33]

30 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schmitt skizzierte am 12. Februar 1988 die Haltung der Bundesrepublik zum deutsch-polnischen Jugendaustausch: „Ziel bei der Behandlung des Themas sollte sein, den Polen nahezubringen, daß die Intensivierung des Jugendaustausches nicht über den Abschluß einer umfassenden förmlichen Vereinbarung angestrebt werden sollte, sondern daß Ad-hoc-Absprachen über einzelne Vorhaben zweckmäßiger seien. […] Bei Abschluß einer umfassenden förmlichen Vereinbarung bestünde die Gefahr, daß die polnische Seite dem staatlich vereinbarten Jugendaustausch Ausschließlichkeitscharakter beimessen würde. Der von kirchlicher Seite durchgeführte Austausch könnte dadurch behindert werden." Vgl. Referat 214, Bd. 139715.
Der polnische Botschafter Karski übergab am 20. Januar 1988 Bundesministerin Süßmuth Vorschläge zur Erweiterung des Jugendaustauschs zwischen der Bundesrepublik und Polen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix vom 9. Februar 1988; Referat 214, Bd. 139774.

31 Ministerialdirigent Wegner vermerkte am 4. Juni 1987: „Nachdem unser Wunsch nach Austausch von Kulturinstituten mit der VR Polen in der Zeit nach dem KSZE-Kulturforum Budapest 1985 gelegentlich auf polnisches Interesse gestoßen war, kam es Herbst 86/Frühjahr 87 zum Austausch von Positionspapieren, die weit auseinander lagen. Die polnische Seite wollte nur eine von deutscher Seite finanzierte polnische Einrichtung zum Transfer von wissenschaftlich-technologischem Know-how, während wir auf einem üblichen deutschen Kulturinstitut, allerdings mit dem Zugeständnis technologischer Schwerpunkte, bestanden. Es wurde dann vereinbart, dazu Delegationsgespräche zu führen, die vom 1. bis 3. Juni 1987 in Warschau stattfanden. Die Gespräche sind insoweit als erfolgreich zu bezeichnen, als es erstmals gelang, ein gemeinsames Rahmenkonzept für ein deutsches Informations- und Dokumentationszentrum in Warschau zu entwickeln. Die polnische Seite war noch nicht bereit, einem vollen Kulturinstitut zuzustimmen, akzeptiert aber die Trägerschaft des Zentrums durch das Goethe-Institut und einen Tätigkeitsbereich, der uns einigen Spielraum läßt, sowie voraussichtlich eine weitgehend von deutscher Seite gesteuerte Geschäftsführung des Zentrums. Wir müssen dagegen eine Beschränkung auf die Sachbereiche Wissenschaft, Technologie und Wirtschaft in Kauf nehmen, erhalten aber uneingeschränkte Möglichkeit, in diesem Bereich Spracharbeit durchzuführen." Vgl. Referat 214, Bd. 139772.

32 In einer Aufzeichnung des Referats 513 vom 10. Februar 1988 hieß es: „Die Zahl der Deutschen und deutschen Volkszugehörigen im Hoheitsbereich der VR Polen ist unbekannt. Registriert waren beim DRK Ende 1986 282 796 Ausreisewünsche, davon 106 441 mit Bekundungen des Ausreisewillens in den letzten fünf Jahren." Seit Beendigung des Kriegsrechts im Juli 1983 verfahre Polen besonders restriktiv. Daher habe sich die „Zahl der ‚illegalen' Ausreisen […] seit 1983 verfünffacht und 87 mit 39 098 einen Spitzenwert erreicht. Damit sind im vorigen Jahr von den mit Besucher- und Touristenvisa ausgereisten Inhabern poln[ischer] Reisepässe 10,7 Prozent nicht nach Polen zurückgekehrt! Die deutschen ‚Illegalen' stammen rund zur Hälfte aus den sog. ‚Volkslistengebieten' (außerhalb des Reichsgebiets), hiervon überwiegend aus Ost-Oberschlesien. (Ende 1986: waren 1317 m[inderlj[ährige] Kinder und 7437 Ehegatten mit 8237 haushaltszugehörigen Kindern getrennt). Die polnische Regierung wurde bilateral und im KSZE-Rahmen immer wieder auf diese humanitär schwerwiegenden Fälle mit unzumutbaren ‚Wartezeiten' von über fünf Jahren für Ehegatten und Kinder hingewiesen. Dies hat zu einem gewissen Erfolg geführt. Die polnische Regierung hat im Juli 87 einen Regierungsbeschluß verkündet, mit dem ‚der Auseinanderreißung nächster Familienangehöriger (Ehegatten, Kinder) aus humanitären Gründen' ein Ende gesetzt werden soll." Vgl. Referat 214, Bd. 139715.

33 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen gab am 22. Dezember 1987 einen Überblick zur Einigung vom 16. Dezember 1987 zwischen den Gläubigerstaaten („Pariser Club") und Polen: „Diese Vereinbarung sieht die Umschuldung sämtlicher polnischer Zahlungsverpflichtungen bis Ende

In diesem Zusammenhang wolle er darauf hinweisen, daß die Bundesrepublik fast 1/2 Mrd.[34] DM an die Kreditanstalt für Wiederaufbau für notleidend gewordene Kredite haben zahlen müssen.[35] Polen sei seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen, es sei aber wichtig, Zahlungstermine einzuhalten, um nicht die Reputation zu verlieren, ein gutes Schuldnerland zu sein.

Jedenfalls wolle man feststellen, daß man deutscherseits offen sei, Polen, genau wie Ungarn, bei der Modernisierung zu helfen. Dies sei der wesentliche Inhalt seines Gesprächs mit BK in der vergangenen Woche gewesen.

BM fuhr fort, die Bemerkung von O. über das neue Blatt, das aufgeschlagen werden müsse, habe ihm gutgetan. Dies entspreche auch der deutschen Überzeugung. Gemeinsam müsse man die Lasten der Vergangenheit abbauen. Zu Beginn der 70er Jahre habe man den Warschauer Vertrag unterzeichnet. Man habe es jetzt in der Hand, die neue Gesamtentwicklung zu unserer gemeinsamen Sache zu machen. Mit seinem Besuch hoffe er, die Tür hierzu zu öffnen.

Es sei auch nützlich gewesen, daß O. die verschiedenen Aspekte der nationalen Beziehungen erwähnt habe. Wir seien zwar nur zwei mittlere Staaten, aber gemeinsam hätten wir doch einige Bedeutung.

O. antwortete, mit dem Besuch von BK werde das Werk Konrad Adenauers vervollständigt. Neue Horizonte der Versöhnung der Völker würden sich auftun. Man solle eine Grundsatzerklärung über die Beziehungen zwischen Polen und Deutschen ins Auge fassen. Europa wäre dann sicher erstaunt, aber auch erleichtert.

[36]Das ändere nichts daran, daß Washington und Moskau den Schlüssel für die weitere Entwicklung der Ost-West-Beziehungen in Händen haben. Nach Auffassung BM könnten Polen und Deutsche den Schlüssel so zufeilen, daß er in Washington und Moskau benutzt werden könne.

Einer derjenigen, die ihm Vorwürfe gemacht hätten, als er General Jaruzelski in New York getroffen habe[37], hätte inzwischen sein Bedauern hierüber aus-

Fortsetzung Fußnote von Seite 74

1988 einschließlich der bis Ende 1987 aufgelaufenen Rückstände vor und verschafft Polen eine Zahlungsentlastung bis Ende 1988 von ca. 8,5 Mrd. US-Dollar. Statt eigentlich fälliger Verpflichtungen von ca. 9,5 Mrd. US-Dollar (Fälligkeiten bis Ende 1988 und Rückstände) hat Polen bis 31.3.1989 an die Gläubiger des ‚Pariser Clubs' lediglich ca. 1 Mrd. US-Dollar zu zahlen. […] Der Beitrag der Bundesregierung als größter staatlicher Gläubiger Polens am Gesamtvolumen der Umschuldungsregelung vom 16.12.1987 beläuft sich auf insgesamt ca. 2,7 Mrd. DM (1,9 Mrd. DM Rückstände, 800 Mio. DM Fälligkeiten des Jahres 1988); an den von Polen aufgrund der neuen Regelung zu leistenden Zahlungen partizipiert die Bundesregierung mit ca. 236 Mio. DM." Vgl. Referat 422, Bd. 148954.

34 Korrigiert aus: „Mia".

35 Mit Schreiben vom 28. Januar 1988 teilte Bundesminister Stoltenberg Bundesminister Genscher mit: „Wie aus der von Ihrer Pressestelle herausgegebenen ‚Mitteilung für die Presse' vom 14. Januar 1988 hervorgeht, haben Sie im Zusammenhang mit der Würdigung der beabsichtigten polnischen Reformpolitik angekündigt, daß ‚wir auch in der wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit neue Anstrengungen unternehmen werden' […]. Bei allen weiteren Überlegungen sollten wir berücksichtigen, daß unser gesamtes Obligo aus Gewährleistungen für Exportkredite und ungebundene Kredite gegenüber Polen bereits bei rd. 8 Milliarden DM liegt, wobei dieses Obligo nahezu in vollem Umfang vor 1982 entstanden ist. Darüber hinaus sah sich Polen – trotz gegenteiliger Zusagen – regelmäßig nicht in der Lage, seinen Verpflichtungen aus Umschuldungsvereinbarungen nachzukommen. Aus deutschen Haushaltsmitteln mußten deswegen bisher insgesamt bereits 5,1 Milliarden DM an Entschädigungen geleistet werden. Polen ist damit mit Abstand der größte Schadensfall." Vgl. Referat 214, Bd. 139715.

36 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 88 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

37 Bundesministers Genscher traf mit Ministerpräsident Jaruzelski am 26. September 1985 am Rande der VN-Generalversammlung in New York zusammen. Für das Gespräch vgl. AAPD 1985, II, Dok. 257.

gedrückt. O. stellte hierzu fest, man wisse sehr gut über die Rolle von BM im internationalen Bereich Bescheid, er sei deshalb zuversichtlich, daß man jetzt ein solides Fundament aufbauen könne; für ihn sei das ein Grund zur Zufriedenheit. Die Besuche von BK und später BPräs.[38] müßten Akte von historischer Dimension sein.

Man solle nicht vergessen, daß Polen sich unmittelbar in seinen Interessen bei allen Ereignissen betroffen fühle, die westlich der polnischen Grenze vor sich gehen. Das deutsch-polnische Verhältnis sei deshalb nicht vergleichbar mit den Bonner Beziehungen zu Sofia, Bukarest und Budapest, die Verbündete des Dritten Reiches gewesen seien. Bei Herrn von Weizsäcker habe er eine entsprechende Einstellung kennengelernt.

Er könne jetzt nicht auf alle Probleme eingehen. Die Familienzusammenführung sei problematisch. Wenn Polen bei einer Touristenreise in der Bundesrepublik verbleiben, würden nach kurzer Zeit Probleme entstehen.

Dann gebe es viele Polen, die ihre deutsche Identität entdecken. Er spreche bewußt nicht von einer Minderheit; ihn habe die Lektüre der Appelle stutzig gemacht, die man an BM gerichtet habe. Hier werde eine schwierige Atmosphäre geschaffen, nicht zuletzt, weil die Botschaft der Bundesrepublik in Warschau impliziert sei.[39]

Das Jugendwerk sei dagegen ein Ziel, das angestrebt werden solle. Für BM bekommen viele Dinge und Ereignisse aufgrund der Geschichte einen zweideutigen Charakter. Auf der Grundlage der Anerkennung der polnischen Westgrenze müßte es möglich sein, über Ortsnamen, Familienzusammenführung und kulturelle Identität zu sprechen.

O. dürfe überzeugt sein, daß in der Bundesrepublik politischen Selbstmord begehe, wer am deutsch-polnischen Verhältnis rütteln wolle. Das solle für ihn die beste Versicherung sein. Beide Regierungen müßten gemeinsam den Blick nach vorne richten und besorgt sein, daß gewisse Erklärungen unser Verhältnis nicht vergiften. Zu den von O. erwähnten Zuschriften wolle er festhalten, daß er diese Leute nicht empfangen habe; er habe erklären lassen, daß er keine Belehrungen brauche. Er erlaube niemandem, einen Stock in die Speichen des Rades zu schieben. Man müsse Versuche verhindern, aus den historischen Gegebenheiten Kapital zu schlagen.

Die Bundesregierung habe bei ihren Bemühungen um die deutsch-polnische Zusammenarbeit keine Hintergedanken. Das gelte auch für die Botschaft der

38 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte vom 2. bis 5. Mai 1990 Polen.

39 Botschaftsrat Dobbelstein, Warschau, teilte am 15. Januar 1988 mit: „Schon Monate vor dem Besuch des Bundesministers haben Mitglieder des Deutschen Freundschaftskreises in Schlesien ihr Interesse angemeldet, vom Bundesminister bei seinem bevorstehenden Besuch in Polen empfangen zu werden." Die Botschaft habe ein Treffen mit Bundesminister Genscher am 12. Januar 1988 im Kanzleigebäude arrangiert. Dabei sei von den Mitgliedern des Freundschaftkreises dargelegt worden: „Früher habe man Schwierigkeiten mit deutschen Namen gehabt und sei für die Benutzung der deutschen Sprache bestraft worden. Heute sei man auch Repressionsmaßnahmen unterworfen, die ihren Grund entweder in der Stellung eines Ausreiseantrages oder in Aktivitäten zugunsten des Freundschaftskreises hätten. Etwa die Hälfte der Deutschstämmigen sei an einer Ausreise interessiert, die andere Hälfte sei eher an einer künftigen Existenz in Polen als anerkannte Minderheit interessiert. […] Besonders bedauerlich sei auch, daß in Oberschlesien nicht wie in den übrigen Regionen Polens neben Englisch und Französisch auch Deutsch an den Oberschulen angeboten wird." Vgl. Referat 214, Bd. 139714.

Bundesrepublik. Er wisse, welche Möglichkeiten gegeben seien, um gute Absichten zunichte zu machen.

Er habe die Gnade gehabt, den Krieg zu überleben, er wünsche nicht, daß für Nachfolgende so etwas als Gnade empfunden werden müsse. Nach einem nächsten Kriege gäbe es keine Nachkriegszeit mehr. Welche Völker seien mehr prädestiniert als das deutsche und das polnische, aus diesen Überlegungen radikale Konsequenzen zu ziehen, Überlegungen, die sein Verhältnis zu Polen und zum polnischen Volk bestimmen würden. Er würde es als Erfüllung seiner Arbeit empfinden, wenn man gemeinsam einen Schritt vorwärts tun könne. Das Rad der Geschichte würde nicht zurück, sondern nach vorn gedreht.

O. stellte hierzu fest, sein Verhältnis zu den Deutschen sei nicht anders. Vor zwei Jahren sei er in der Bundesrepublik gefragt worden, ob er die Deutschen hasse. Hierüber sei er enttäuscht gewesen und habe erklärt, es gebe Deutsche und andere Deutsche. Auch er wäre dafür, ein stabiles Fundament zu schaffen. Er habe aufmerksam zugehört, als BM über die moralische Komponente des Warschauer Vertrages gesprochen habe. Diese moralische Komponente dürfe nicht verletzt werden. AM: Über dem Taufbecken der Thomas-Kirche von Leipzig sei nicht nur Richard Wagner, sondern auch Karl Liebknecht getauft worden. Paten seien Karl Marx und Friedrich Engels gewesen.

Gemäß O. wurde[40] die Mehrheit der Marxisten seiner Generation getauft. Weihnachten werde auch von den Marxisten als Familienfest gefeiert.

Man habe jetzt die großen Linien für die Gespräche dargelegt und könne morgen fortfahren.[41] Konkrete Fragen würden es notwendig machen, die Probleme aufzunehmen und Wege zu finden. Leiste man eine erfolgreiche Arbeit, dann werde der Besuch von BK keine Schwierigkeiten mit sich bringen. Gemeinsam mit BM einigte sich O. auf folgende Erklärung gegenüber der Presse: Die Minister haben ein erstes Gespräch geführt, bei dem sie ihre Auffassungen mit großer Offenheit darlegten. Sie haben die Absicht und den Willen unterstrichen, den Beziehungen einen neuen Impuls zu geben. Sie sind der Meinung, daß die Erörterung aller aufgeworfenen Fragen während des Besuches von AM Genscher begonnen werden sollte. Die Perspektiven werden für aussichtsreich und vielversprechend gehalten.[42]

VS-Bd. 14162 (010)

40 Korrigiert aus: „würde".

41 Am 14. Januar 1988 unterrichtete Vortragender Legationsrat I. Klasse Pleuger über den Besuch des Bundesministers Genscher vom 10. bis 13. Januar 1988 in Polen: „Beide Seiten verständigten sich auf Bildung von drei Arbeitsgruppen, die wichtige offene Fragen in bilateralen Beziehungen einer Lösung näherbringen sollen. Arbeitsgruppen sollen die Bereiche Politik (einschließlich Kultur und Jugendaustausch, humanitäre Fragen, Schaffung der Voraussetzungen zur Finalisierung anstehender Vertragswerke – WTZ, Umweltschutzabkommen, Investitionsförderungsvertrag, Austausch von Konsulaten und Kulturinstituten –, Zusammenarbeit beim Entspannungsprozeß in Europa), Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit umfassen." Vgl. den Runderlaß Nr. 4; Referat 012, Bd. 134236.

42 Am 14. Januar 1988 teilte Botschaftsrat Körting, Warschau, mit: „Alle in Warschau verfügbaren Zeitungen vom heutigen Tag, voran die auflagenstärksten Zentralblätter, gehen in Kommentaren auf den Besuch ein, wobei das Bild freundlich, z. T. wohlwollend, weitgehend objektiv und frei von Verzerrungen, nach vorn gerichtet und ohne Mißtöne ist. In allen Kommentaren wird die Aussage des BM in seiner Tischrede zum endgültigen Charakter der polnischen Grenze zitiert und gewürdigt". Vgl. den Drahtbericht Nr. 93; Referat 214, Bd. 139705.

15

Ministergespräch bei Bundeskanzler Kohl

VS-NfD **14. Januar 1988**[1]

Vorbereitung des Europäischen Rats am 11./12. Februar 1988 in Brüssel[2];
hier: Ministergespräch am 14. Januar 1988, 8.45–10.30 Uhr

Teilnehmer: Der Bundeskanzler, BM Genscher, BM Stoltenberg, BM Bangemann, BM Kiechle, BM Schäuble, StM'in Adam-Schwaetzer, StM Stavenhagen, StS Kittel, MD Teltschik, MDg Trumpf.

Als Note-taker: MR Feiter, VLR I Bitterlich.

Aus dem ersten Ministergespräch zur Vorbereitung des Europäischen Rates (11./12. Februar 1988) ist im wesentlichen festzuhalten:

Der *Bundeskanzler* verweist eingangs auf den Zeitplan bis zum ER und die geplanten weiteren Ministergespräche am 28. Januar[3] (unmittelbar im Anschluß an die Kabinettssitzung, danach BSR) und am 2. Februar, 18.00 Uhr. Er behalte sich vor, soweit notwendig kurzfristig weiteres Gespräch einzuberufen.

Er bittet BM Kiechle um zusammenfassenden Bericht über seine Rundreise in neun EG-Hauptstädte.

BM *Kiechle* berichtet über seine Rundreise zur Vorbereitung des Europäischen Rates in bezug auf den Agrarteil durch alle Mitgliedstaaten bis auf Belgien und Irland. Das Ergebnis der Rundreise sei insgesamt positiv. Aus der Darstellung der Gespräche in den einzelnen Hauptstädten wurde folgendes erkennbar:

– Ganz überwiegend Interesse an einem positiven Ergebnis des Europäischen Rates in Brüssel.
– Daraus abgeleitet weitestgehende Bereitschaft, nationale Sonderwünsche zurückzustellen (Sondersituation in London und Paris).
– Bereitschaft zu Konzentration der Agrardiskussion im ER auf Getreide, Ölsaaten und Eiweißpflanzen.

Zu den einzelnen Elementen:

a) Maximale Preissenkung und MVA[4] bei Überschreitung der Höchstmenge

Fast alle Mitgliedstaaten sind einverstanden mit einer Mischung von begrenzter Preissenkung und Erhebung einer begrenzten MVA; weitgehendes Einverständnis mit Begrenzung auf Größenordnung des Produktivitätszuwachses. GB und NL: Höhere Preissenkung.[5]

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bitterlich, Bundeskanzleramt, am 18. Januar gefertigt und am 25. Januar 1988 an Ministerialdirigent Jansen übermittelt. Dazu führte er aus: „Als Anlage übersende ich die für Bundesminister Genscher zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmte Kopie des vom Herrn Bundeskanzler gebilligten Vermerkes über das o. a. Ministergespräch. Frau Staatsministerin Dr. Adam-Schwaetzer hat gesonderte Kopie des Vermerkes erhalten." Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178936.

2 Zur außerordentlichen Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 vgl. Dok. 59.

3 Zur Vorbereitung des Ministergesprächs bei Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 36.

4 Mitverantwortungsabgabe.

5 Am 20. Januar 1988 resümierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schürmann: „Die entscheidende Frage war in Kopenhagen und ist auch jetzt wieder in Brüssel, welche Sanktionen bei Überschreiten

b) Höchstmenge

Ganz überwiegend Wunsch bzw. Bereitschaft zu 160 Mio. t; anders GB: weniger als 155 Mio. t; aber auch Probleme mit Niederlande.

c) Flächenstillegung (set aside)

In den meisten Ländern deutliches Interesse, in allen Ländern Bereitschaft zu set aside. Unterschiedliche Auffassung über die Höhe der EG-Beteiligung an Finanzierung (GB und F: 25%; IT: mehr als 50% bei der ersten Tranche von 200 ECU).[6]

d) Nationale Sonderwünsche

In Paris wurde auf Notwendigkeit der Fettsteuer[7], der EG-weiten Förderung von Bioethanol und einer klaren Haltung zu Substitute-Importen hingewiesen. Set aside wurde als Zugeständnis an D dargestellt. In London Forderung nach Nachbesserung im Schaffleischbereich.

e) Fortführung der zweiprozentigen Mehrwertsteuerregelung

Ganz überwiegend Verständnis für unser Anliegen; Probleme bei F und GB, auch noch bei NL.

StM *Stavenhagen* weist darauf hin, daß dieses Problem bis zum Europäischen Rat geklärt werden muß.

f) Vorruhestandsregelung[8]

Deutliches Interesse bei den meisten Mitgliedstaaten, bei den übrigen Mitgliedstaaten keine grundsätzlichen Einwendungen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 78

der garantierten Höchstmenge von 160 Mio. t (bzw. 158 Mio. t) Getreide eintreten sollen. Hierüber wird heute (20.1.88) seit 9.30 Uhr im Agrarrat verhandelt. Während die KOM und die DK-Präsidentschaft am 5.12.87 in Kopenhagen eine zweistufige Sanktion vorschlugen – Stufe 1: Preissenkung in Höhe des Produktivitätsfortschritts; Stufe 2: bei weiterem Überschreiten der Garantieschwelle zusätzliche Mitverantwortungsabgabe –, hat BM Kiechle als Ratsvorsitzender gestern abend eine lediglich einstufige Sanktion in Form einer Mitverantwortungsabgabe in Höhe des Produktionsfortschrittes bis zu 3% vorgeschlagen". Vgl. Referat 410, Bd. 136156.

6 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kudlich vermerkte am 28. Januar 1988, der Vorschlag der Bundesregierung für die Stillegung landwirtschaftlicher Flächen sehe folgende Prämien vor: „Die Prämien je ha für die stillgelegten Flächen sollen den Einkommensverlust der Landwirte ausgleichen. […] Der Mindestansatz für die Prämie beträgt 100 ECU/ha, der Höchstsatz 600 ECU/ha. Mit Zustimmung der Kommission kann die Prämie in besonderen Fällen bis zu 700 ECU/ha betragen. […] Die Beteiligung der Gemeinschaft an den Prämien beträgt für die ersten 200 ECU 70%, von 200 bis 400 ECU 25%, von 400 bis 600 ECU 15%." Vgl. Referat 410, Bd. 136156.

7 In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 17. Februar 1987 wurde festgehalten, daß die EG-Kommission im Zuge ihrer Preisvorschläge 1987/88 für Agrarprodukte auch ein „geschütztes System zur ‚Stabilisierung der Verbraucherpreise' durch Erhebung einer Abgabe bzw. Gewährung einer Verbrauchsbeihilfe" vorschlage, „wodurch die zum menschlichen Verzehr bestimmten pflanzlichen Fette einschließlich der Seetierfette erfaßt werden. Die Kommission kommt bei ihren derzeitigen Berechnungen […] auf einen Abgabebetrag von 330 ECU/t für raffinierte Öle. Auf 1 kg Margarine wird demnach eine Belastung von 0,63 DM entfallen. (Der durchschnittliche kg-Preis im 500-g-Becher beträgt z. Zt. 3,84 DM.) Die Abgabe soll ab 1989 jährlich neu festgesetzt werden." Im Bundesministerium für Wirtschaft wurde dazu vermerkt, daß die Vorschläge „entschieden zurückzuweisen" seien. Es bestehe die „Gefahr erneuter schwerwiegender handelspolitischer Auseinandersetzungen" vor allem mit den USA und den ASEAN-Mitgliedstaaten: „Die USA haben immer mit Nachdruck unterstrichen, daß Einfuhrhemmnisse bei Soja einen Casus belli darstellen würden." Die Abgabe sei zudem „GATT-widrig, weil sie die Vorteile aus der im GATT vereinbarten Zollbindung zunichte macht oder zumindest schmälert". Vgl. Referat 411, Bd. 131367.

8 Mit Blick auf den Europäischen Rat vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel faßte Vortragender Legationsrat I. Klasse Kudlich den Vorschlag der Bundesregierung zusammen: „Der Europäische Rat kommt überein, eine fakultative Gemeinschaftsregelung zur Förderung der Einstellung der land-

BM *Genscher* vermutet, daß andere Regierungsmitglieder in den Mitgliedstaaten teilweise eine andere Position als ihre Agrarkollegen einnehmen werden, und regt deshalb an, im Agrarministerrat[9] den Versuch zu unternehmen, ein Positionspapier soweit wie eben möglich abzustimmen (festzuklopfen), um mit diesem dann in das „Konklave" der Außenminister[10] zu gehen und dort einen Ausgleich im Gesamtpaket zu versuchen.

Der *Bundeskanzler* stimmt dem Vorschlag von BM Genscher zu und weist auf die Notwendigkeit einer weiteren Abstimmung mit dem niederländischen Regierungschef[11] hin. Er kündigt an, in seinen Dankschreiben an die Regierungschefs von Spanien[12], Portugal[13] und Italien[14] wegen des Verkehrsrates am 7./16. Dezember 1987[15] auch auf die Agrarproblematik im Europäischen Rat einzugehen.

Er bittet nachdrücklich, soviel wie eben möglich bis zum Europäischen Rat zu klären, und empfiehlt gemeinsam mit BM Bangemann eine enge Abstimmung mit der EG-Kommission und insbesondere auch mit Vizepräsident Andriessen.

Auf Bitte des Bundeskanzlers erläutert BM *Kiechle* die innenpolitischen und wirtschaftlichen Auswirkungen eines möglichen Kompromisses auf die deutsche Landwirtschaft. BM Kiechle weist in diesem Zusammenhang auch auf die Bedeutung der Höhe der Hektar-Prämie bei der Teilflächenstillegung hin.

StS *Kittel* und BM *Kiechle* berichten über die Haltung des Deutschen Bauernverbandes zum Delors-Paket[16].

Zur Haushaltsdisziplin berichtet BM *Kiechle*, daß die Mehrheit der Mitgliedstaaten 100% des BSP-Wachstums anstreben.[17] BM *Stoltenberg* verweist auf die

Fortsetzung Fußnote von Seite 79

wirtschaftlichen Erwerbstätigkeit (Vorruhestand) einzuführen. Er fordert den Rat auf, die notwendigen Beschlüsse auf der Grundlage der Kommissionsvorschläge gemeinsam mit den Entscheidungen über die Stabilisatoren mit den Vorschlägen zur Stillegung von Flächen vor dem 1. April 1988 zu fassen." Vgl. die Aufzeichnung vom 28. Januar 1988; Referat 410, Bd. 136156.

9 Die EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister fand vom 18. bis 20. und am 23./24. Januar 1988 in Brüssel statt. Am 20. Januar 1988 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schürmann: „An den ersten beiden Verhandlungstagen (18./19.1.88) wurden Fortschritte bei der Flächenstilllegung erzielt: Auf der Grundlage des KOM-Vorschlages vom 13.1.88 […] erscheint eine Kompromißlösung erreichbar. Auch zum Vorruhestand zeichnet sich eine Übereinstimmung ab, auf der Grundlage des KOM-Vorschlages zu einer raschen Entscheidung (unverzüglich nach dem ER Brüssel am 11./12.2.) zu gelangen. Der mit dem Vorruhestand bisher in einem Paket verschnürte Vorschlag für direkte Einkommensbeihilfe soll bis zum 30.6.88 verabschiedet werden." Vgl. Referat 410, Bd. 136156.

10 Die Sondertagung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten („Konklave") fand am 1./2. Februar 1988 in Brüssel statt.

11 Ruud Lubbers.

12 Felipe González.

13 Aníbal Cavaco Silva.

14 Giovanni Goria.

15 Die EG-Ratstagung auf der Ebene der Verkehrsminister fand am 7. und 16. Dezember 1987 in Brüssel statt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 12/1987, S. 85–87.

16 Am 15. Februar 1987 legte die EG-Kommission unter Präsident Delors eine Reihe von Reformvorschlägen zur künftigen Finanzierung der EG, zur Gemeinsamen Agrarpolitik, zur Stärkung der EG-Strukturfonds und zur strengeren Haushaltsdisziplin der Gemeinschaftsorgane vor („Delors-Paket"). Für den Wortlaut der Vorschläge („Die Einheitliche Akte muß ein Erfolg werden: Eine neue Perspektive für Europa") vgl. BULLETIN DER EG, Beilage 1/1987, S. 5–28. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 51 und Dok. 69.

17 In einer Aufzeichnung des Referats 410 vom 15. Dezember 1987 wurde zur Frage der jährlichen Steigerungsrate der EG-Agrarausgaben festgestellt: „Letzter Präsidentschaftsvorschlag (15.12.87) sah jähr-

deutsch-französische Einigung vom 5. Dezember 1987[18] am Rande des ER in Kopenhagen[19], die eine Steigerungsrate von 80% des BSP-Wachstums auf der Basis von 27,5% Mrd. ECU in 1988 + 1,2 Mrd. ECU für den Lagerabbau und 1,3 Mrd. ECU für den Einnahmeausfall aufgrund der Ablehnung der Fettsteuer zum Gegenstand hat. Diese Linie müsse als Regelung bis 1992 weiter verfolgt werden. Es besteht Einvernehmen, an dieser deutsch-französischen Linie in der ER-Vorbereitung festzuhalten.

BM Stoltenberg erklärt im Hinblick auf die künftige Ausgestaltung des Finanzierungssystems und die Höhe des Gesamtplafonds der Eigenmittel zu Protokoll:

– EGK-Vorschlag (Schaffung einer 4. Einnahmequelle, bestehend aus der Differenz zwischen BSP-Anteil und MwSt.-Anteil, neben der MwSt. als dritter Einnahmequelle) sei für uns mit erheblichen Belastungen verbunden und damit für uns im Grunde nicht vertretbar (es begünstige F entsprechend). Wenn man dies im ER zugestehe, müsse man in anderen Punkten Ausgleich für uns erzielen, insbesondere beim GB-Ausgleich[20] und beim Eigenmittelplafond.
– Er halte als Finanzminister beim Gesamtplafond 1,25% BSP für die gerade noch vertretbare Obergrenze – dies unter der Voraussetzung, daß der Bund hierfür Ausgleich auf der Einnahmenseite durch Erhöhung von speziellen Verbrauchssteuern erhalte. Koalitionsvereinbarung[21] müsse insoweit eindeutig vollzogen werden.

Der *Bundeskanzler* verweist darauf, daß er in Kopenhagen für einen Gesamtkompromiß Spanne zwischen 1,25% und 1,3% BSP genannt habe. Es sei klar, daß die damit verbundene nationale Mehrbelastung aufgebracht werden müsse. Dies habe er in der Bundespressekonferenz am 11. Januar[22] klar gesagt. Er weist darüber hinaus auf unser elementares Interesse an einem Erfolg des ER hin.

Fortsetzung Fußnote von Seite 80
liche Steigerungsrate von 60% der BSP-Wachstumsrate vor. Deutsche Haltung in Kopenhagen: 100% der BSP-Wachstumsrate (würde den Spielraum für Agrarausgaben im Zeitraum 1988–1992 insgesamt um rund 1,7 Mrd. ECU gegenüber Präsidentschaftsvorschlag erhöhen). Kommission in Kopenhagen: 100%. MS in Kopenhagen: Neben D auch F für 100%. Alle anderen ausdrücklich für 60% oder bereit, dies im Rahmen eines Gesamtkompromisses zu tun." Vgl. Referat 410, Bd. 136156.

18 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand trafen am 5. Dezember 1987 am Rande des Europäischen Rats in Kopenhagen zusammen. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 356.

19 Die Tagung des Europäischen Rats fand am 4./5. Dezember 1987 in Kopenhagen statt. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 358.

20 Zur Regelung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 1, Anm. 25.
In einer gemeinsamen Aufzeichnung des Auswärtigen Amts, des Bundesministeriums der Finanzen, des Bundesministeriums für Wirtschaft und des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 22. Januar 1988 wurde festgehalten: „Die Kommission hat einen neuen Agrarmechanismus vorgeschlagen: GB erhält 50 v[on]H[undert] seiner Differenz zwischen BSP-Anteil und Rückflußanteil bei den Agrarmarktausgaben erstattet, die vier armen Mitgliedstaaten (GR, IRL, P und SP) sollen nicht zur Finanzierung dieses Ausgleichs beitragen, die übrigen sieben Mitgliedstaaten sollen diesen Ausgleich entsprechend ihrer mit dem BSP pro Kopf (in Kaufkraftparitäten) gewichteten BSP-Anteile finanzieren; D soll mit 25 v. H. seines so errechneten Anteils zur Finanzierung des GB-Ausgleichs beitragen." Vgl. Referat 412, Bd. 168709.

21 Für die Koalitionsvereinbarung von CDU, CSU und FDP für die 11. Wahlperiode des Bundestages vgl. CDU-DOKUMENTATION, BEILAGE ZU UNION IN DEUTSCHLAND Nr. 9 vom 12. März 1987, http://www.kas.de/wf/doc/kas_26810-544-1-30.pdf?110826092559.

22 Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl am 11. Januar 1988 zur EG-Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik und zur Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes vgl. BULLETIN 1988, S. 29f.

Wenn wir die Vollendung des Binnenmarktes[23], die in unseren ureigenen Interessen läge, wollten, müßten wir auch bereit sein, die entsprechenden finanziellen Konsequenzen zu tragen.

Zum GB-Ausgleich betont BM *Genscher*, daß wir einerseits die Unterstützung durch andere Mitgliedstaaten brauchen, die für eine Abschaffung dieses Ausgleichs bzw. seine Beschränkung auf die Laufzeit der neuen Eigenmittel und für unsere Minderbeteiligung eintreten. Andererseits müßten wir gerade in dieser Frage von F Solidarität verlangen.

BM *Stoltenberg* hebt hervor, daß Fortführung des GB-Ausgleichs wahrscheinlich im Ergebnis nicht zu vermeiden sei, obwohl dies nicht gerechtfertigt sei. Dafür müßten wir aber in jedem Fall – als äußerstes Entgegenkommen – deutsche Minderbeteiligung entsprechend EGK-Vorschlag (25% unserer normalen Beteiligung) durchsetzen.

Der *Bundeskanzler* verweist darauf, daß es in erster Linie darum gehen müsse, Dauer des GB-Ausgleichs auf 1992, d.h. auf die Laufzeit des neuen Eigenmittelbeschlusses zu beschränken, Frage der degressiven Ausgestaltung (BM Genscher: wohl nicht durchsetzbar) sei nicht entscheidend. Für die Durchsetzung unserer Minderbeteiligung sehe er Chancen.

Er weist zur Höhe des Ausgleichs darauf hin, daß es schwierig sein werde, vom dänischen Kompromißvorschlag (Fortsetzung Fontainebleau-Modell[24]) wegzukommen.[25] Es komme sehr viel auf das taktische Vorgehen an. Wir müßten mit dem GB-Ausgleich zusammenhängende Fragen rechtzeitig im Rat einbringen.

Zur Reform der Strukturfonds erläutert BM *Genscher*, daß es entscheidend um die Frage eines länder- oder regionenbezogenen Ansatzes gehe.[26] Wenn man vom Regionen-Ansatz ausgehe, gelinge es, F (Korsika und Überseeprovinzen), IT (Süditalien), IRL, GR, PTG und SPA zu befriedigen; GB werde dann Nordirland einbringen.

Der *Bundeskanzler* spricht sich nachdrücklich für die Weiterverfolgung dieses Ansatzes aus, auf den EGK-Präsident Delors besonderen Wert lege. Er entspräche auch unseren Interessen als Bundesstaat.

Der Bundeskanzler äußert anschließend seine Sorge über die Berichte des Europäischen Rechnungshofes.[27] Es sei leicht, auf deren Grundlage eine anti-europäische Kampagne, gerade auch bei den Wahlen zum Europäischen Parlament[28], zu entfachen.

23 Vgl. dazu Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986; Dok. 1, Anm. 19.

24 Auf der Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau konnte eine Einigung über den britischen Beitrag zum EG-Haushalt erzielt werden. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 181.

25 Für den Vorschlag (SN/3919/2/87) der dänischen EG-Ratspräsidentschaft vom 5. Dezember 1987 vgl. Referat 410, Bd. 141612.
Am 12. Januar 1988 benannte Ministerialdirigent Trumpf die Vorschläge der dänischen EG-Ratspräsidentschaft für eine Neuregelung des britischen EG-Haushaltsbeitrags: „Erster Präs[identschafts]-Vorschlag (Schlüter-Brief vom 26.11.87): Fontainebleau minus 200 bis 300 Mio. ECU jährlich; auf dieser Basis: Fortsetzung speziellen GB-Ausgleichs, aber autom[atische] Kürzung in dem Maße, in dem GB-Entlastung im Rahmen neuer Finanzierungssysteme ansteigt. Letzter Präs.-Vorschlag: Ersetzung des GB-MWSt-Anteils durch GB-Anteil an 3. und 4. Einnahmequelle; Berücksichtigung der GB aus 4. Einnahmequelle entstehenden Vorteile durch entsprechende Senkung des Rabattsatzes von 66 Prozent.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168708.

26 Zur finanziellen Ausstattung der EG-Strukturfonds vgl. Dok. 1, Anm. 24.

27 Zu den Berichten des Europäischen Rechnungshofs vgl. BULLETIN DER EG 11/1987, S. 116 f.

28 Die Direktwahlen zum Europäischen Parlament wurden am 15. und 18. Juni 1989 abgehalten.

BM *Stoltenberg* betont, daß die EG-Kommission dieses Problem in die Hand nehmen müsse. Ministerrat habe insoweit keine Durchgriffsmöglichkeit.

Auf Vorhalt von BM *Bangemann*, daß EGK auf Zusammenarbeit mit den Verwaltungen der Mitgliedstaaten angewiesen sei, regt BM *Stoltenberg* an, daß die EG-Kommission in geeigneter Weise im ER die Mitgliedstaaten auf dieses Problem hinweisen könnte.

BM Stoltenberg weist darauf hin, daß EGK-Präsident Delors seit geraumer Zeit versuche, neue Schritte in der Währungspolitik ins Gespräch zu bringen.[29] Zudem griffen PM Chirac und FM Balladur frontal die Bundesbank an.[30] Er erinnere daran, daß Zentralbankrat den in Nyborg im September 1987 beschlossenen Maßnahmen nur auf Drängen der Bundesregierung zugestimmt habe.[31] In Nyborg habe man einvernehmlich beschlossen, daß damit das Währungsthema auf absehbare Zeit ruhe. Dabei müsse es bleiben; Währungspolitik dürfe kein Thema beim ER in Brüssel sein.

Der *Bundeskanzler* betont, die Währungspolitik sei kein Thema für Brüssel, zur Diskussion in Hannover[32] müßten wir aber vorbereitet sein.

BM *Bangemann* betont mit Unterstützung BM *Genscher*, daß wir dem Thema in Paris[33] bzw. Hannover nicht ausweichen könnten. Wir hätten ein Interesse, die Debatte positiv in unserem Sinne zu gestalten, um die Grundgedanken des Stabilitätsgesetzes[34], der Unabhängigkeit einer (künftigen) europäischen Zentralbank einzubringen. Er habe FM Balladur gefragt, ob F bereit sei, das System einer unabhängigen europäischen Zentralbank zu übernehmen. Balladur habe sich zustimmend geäußert. Wir hätten ein Interesse, das Thema mit der Liberalisierung des Kapitalverkehrs[35] zu verbinden, die anderen würden uns dann entgegenkommen.

BM *Stoltenberg* betont, daß diese Frage in diesem Kreise weiter erörtert werden müsse, bevor man sich nach außen festlege. Bis dahin sei das, was das Kabinett

29 Der EG-Kommissionspräsident Delors gab Bundesminister Genscher am 23. Januar 1985 einen ersten Überblick zu seiner Haltung in Fragen der Währungspolitik. Vgl. AAPD 1985, I, Dok. 19.

30 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schönfelder notierte am 14. Januar 1988: „Am 7.1. bzw. 8.1.88 forderten Finanzminister Balladur und Premierminister Chirac die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Währung und die Gründung einer Europäischen Zentralbank (EZB). […] Premierminister Chirac lobte die deutsch-französische Zusammenarbeit im EWS bei den konzertierten Zinsanpassungen der letzten Monate, bezeichnete aber die Praxis der Bundesbank, nur zur Stützung des Dollars zu intervenieren, als inkompatibel mit dem Geist des EWS. Angesichts der Dollarschwankungen sei es an der Zeit, ein neues internationales Währungssystem mit einer anderen Bezugsgröße als der des Dollars zu schaffen. […] Durch die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Währung und der Gründung einer Europäischen Zentralbank könnte die ECU zu einem Währungsblock gegenüber dem Dollar und dem Yen entwickelt werden. In ähnlicher Weise hält Finanzminister Balladur eine engere europäische Zusammenarbeit angesichts des Fehlens eines stabilen Weltwährungssystems für notwendig.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168786.
Zur Haltung Balladurs vgl. Dok. 34.

31 Am 12./13. September 1987 fand in Nyborg die EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) statt. Dabei wurde ein „Maßnahmenbündel zur Stärkung des EWS“ verabschiedet. Vgl. BULLETIN DER EG 9/1987, S. 12–14.

32 Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 in Hannover vgl. Dok. 191.

33 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher am 22. Januar 1988 in Paris vgl. Dok. 32.

34 Für den Wortlaut des Gesetzes vom 8. Juni 1967 zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vgl. BUNDESGESETZBLATT 1967, Teil I, S. 582–589.

35 Zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine Liberalisierung des Kapitalverkehrs in den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 180.

im Vorfeld der EEA[36] festgelegt habe, als Beschlußlage der Bundesregierung anzusehen. Man müsse erörtern, was das deutsche Interesse im Hinblick auf eine evtl. Europäische Zentralbank sei. Es bestehe kein Anlaß, diese Frage in Hannover aufzunehmen. Auch Barre habe ihm dazu gesagt, daß Zeitpunkt hierfür nicht da sei. Erst müsse die Konvergenz der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten weiterentwickelt werden.

Der *Bundeskanzler* betont, daß es abwegig sei, in Hannover bereits die Einrichtung einer Europäischen Zentralbank beschließen zu wollen. Thema liege aber genau wie die Frage der Steuerharmonisierung auf dem Tisch. Man müsse vernünftig vorgehen. Er kündigt an, im Vorfeld des ER in Hannover Frage wieder aufzugreifen.

BM *Bangemann* schließt sich dem Bundeskanzler an. Es bestehe jetzt kein Entscheidungsbedarf. In jedem Fall dürften wir keine Bremserrolle einnehmen.

Referat 010, Bd. 178936

16

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem syrischen Außenminister al-Scharaa in Damaskus

VS-NfD **15. Januar 1988**[1]

Gesprächsvermerk über das Delegationsgespräch im syrischen Außenministerium am 15. Januar 1988[2]

(von BM noch nicht gebilligt)

Der syrische Außenminister *Scharaa* eröffnete das Gespräch mit einem Dank an BM, daß dieser der Einladung gefolgt sei, und wies auf das hohe Ansehen Genschers sowohl in Deutschland wie auch in der ganzen Welt hin. Er hoffe, daß der Besuch des Bundesministers in Syrien erfolgreich sein wird. Syrien sei bestrebt, seine Beziehungen zu Deutschland auszubauen. Die Beziehungen zwischen beiden Völkern seien von der Hochachtung geprägt, die das syrische und das gesamte arabische Volk gegenüber dem deutschen Volk empfänden. Die Deutschen seien für die Araber nie als kolonialistische Macht in Erscheinung getreten. Weil das deutsche Volk selbst unter der Last der Teilung zu leiden

36 Einheitliche Europäische Akte.
Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat Düster, Damaskus, am 19. Januar 1988 gefertigt und am 22. Januar 1988 an das Auswärtige Amt übermittelt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter vorgelegen. Vgl. den Schriftbericht Nr. 53; Referat 310, Bd. 196161.

2 Bundesminister Genscher hielt sich am 15./16. Januar 1988 in Syrien auf. Vgl. dazu auch Dok. 21.

habe, habe es sicher großes Verständnis für das Anliegen Syriens, die arabische Teilung zu überwinden und Einheit herzustellen. Die gegenwärtige Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der EG (EG-Präsidentschaft) prädestiniere sie[3], nicht nur die deutsch-arabischen Beziehungen, sondern auch den Europäisch-Arabischen Dialog (EAD) auszubauen und zu vertiefen.

Der *Bundesminister* dankte für die Einladung und die freundliche Begrüßung, die Ausdruck der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern sei. Gleichzeitig dankte er für den syrischen Beitrag zur Befreiung der deutschen Geiseln im Libanon, welcher in einem Fall schon zum Erfolg geführt habe.[4] Er hoffe, daß dies auch im zweiten Fall so sein werde. Der Bundesminister unterstrich, daß die Bundesrepublik Deutschland sich von den Geiselnehmern nicht erpressen lassen werde. Die Bemühungen Assads und Scharaas um die Geiseln machten die gemeinsame deutsche und syrische Absage an den Terrorismus deutlich. Der Bundesminister erinnerte an die Gespräche mit Assad in Belgrad[5]; es sei wichtig, daß alle Staaten den Terrorismus bekämpften.

Die deutsch-syrischen Beziehungen seien ein wichtiges Element unserer gesamten Beziehungen zur arabischen Welt. Die Bundesrepublik Deutschland wisse das Gewicht Syriens und Assads in der Region und auch international zu schätzen, ebenso auch den Einfluß und das Ansehen Scharaas. Die Bundesrepublik Deutschland wolle in enger Abstimmung mit Syrien zur Stabilität in der Region und auch zur Beendigung des irakisch-iranischen Krieges[6] beitragen. Wegen des Standes ihrer Beziehungen zum Iran seien die Bundesrepublik Deutsch-

3 Am 27. November 1987 notierte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen zu den Zielen der EG-Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik im Rahmen der EPZ: „Im Verhältnis zu Syrien sollten wir unsere Präsidentschaft dazu nutzen, die verbliebenen Spannungen zwischen Damaskus und den Zwölf zu beseitigen. Die syrische Regierung hat in der Folge der Maßnahmen der Zwölf Schritte unternommen, um sich vom Terrorismus zu distanzieren. […] Im ersten Halbjahr 1988 werden wir und Syrien jeweils die Präsidentschaft der Zwölf bzw. der Arabischen Liga innehaben. Dies sollte zu Gesprächen mit Syrien genutzt werden, um einen für beide Seiten gesichtswahrenden Ausweg aus der bisherigen Lage zu finden. Anzustreben wäre eine Erklärung der Zwölf, in der u. a. die wichtige Rolle Syriens im Nahen Osten und für den Friedensprozeß hervorgehoben würde. GB sollte vorher für diese Linie gewonnen werden. Ein Erfolg würde auch den Weg zur Wiederbelebung des Euro-Arabischen Dialogs ebnen, den Syrien bisher blockiert." Vgl. Referat 310, Bd. 196161.

4 Am 17. Januar 1987 wurden der Mitarbeiter der Hoechst AG, Cordes, und in der Nacht vom 20./21. Januar 1987 der Mitarbeiter der Siemens AG, Schmidt, in Beirut entführt. Die Entführer forderten die Freilassung der am 13. Januar bzw. 26. Januar 1987 in Frankfurt am Main verhafteten libanesischen Staatsangehörigen Hamadi. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 9 und Dok. 20.
Schmidt wurde von den Entführern am 7. September 1987 freigelassen. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 249.

5 Bundesminister Genscher und Präsident Assad trafen am 30. April 1986 in Belgrad zusammen. Für das Gespräch vgl. AAPD 1986, I, Dok. 126.

6 Seit 22. September 1980 befanden sich der Irak und der Iran im Kriegszustand. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 286.
In einer Aufzeichnung des Referats 311 vom 11. Januar 1988 wurde festgehalten: „In dem nunmehr sieben Jahre dauernden Krieg herrscht auf militärischem Gebiet – insbesondere an der Landfront – seit einiger Zeit eine Pattsituation. Irak führt seit längerer Zeit mit wechselnder Intensität Luftangriffe auf iranische Wirtschaftziele – Ölverladeeinrichtungen, Tanker, Raffinerien, Kraftwerke u. a. – durch, um Iran an seinem wirtschaftlichen Lebensnerv zu treffen und für Verhandlungen gefügiger zu machen. […] Iran reagiert auf die irakischen Angriffe in der Regel mit Angriffen auf Tanker verschiedener Nationalitäten im Golf […]. Die Lage im Golf hatte sich infolge einiger amerikanisch-iranischer Zusammenstöße im Herbst 1987 beträchtlich verschärft. Vermehrte iranische Angriffe auf Tanker und Raketenangriffe auf Kuwait machten die drohende Gefahr der Ausweitung des Konfliktes auf die arabischen Golfstaaten deutlicher und verursachten dort erhebliche Beunruhigung." Vgl. Referat 310, Bd. 196161.

land und Syrien besonders in der Lage, hier einen Beitrag zu leisten. Sein Besuch solle auch den bilateralen Beziehungen einen positiven Impuls geben. Vor allem aber komme er in der Absicht, die syrische Einschätzung zum Golfkrieg, zur Internationalen Friedenskonferenz[7] und zur Lage in den von Israel besetzten Gebieten zu erfahren.

Außenminister *Scharaa* dankte für die freundlichen Worte des Bundesministers über Syrien und seinen Präsidenten Assad. In der Geiselfrage dürfe den Geiselnehmern nicht gestattet werden, ihre Erpressung durchzuführen. Die syrische Seite habe konkrete Beweise dafür geliefert, daß sie es damit ernst meine, indem sie bei der Befreiung zahlreicher westlicher Geiseln mitgewirkt habe. Vor allem habe Syrien direkte Opfer gebracht. Dutzende syrischer Soldaten seien dabei getötet worden; dies habe man bisher nicht offiziell bekanntgegeben. Er hoffe, daß die Geiseln ohne Blutvergießen befreit werden können. Syrien werde seine diesbezüglichen Bemühungen fortsetzen, insbesondere hinsichtlich Cordes. An das Gespräch zwischen Bundesminister und Assad in Belgrad erinnere er sich sehr gut; auch daß Einigkeit bestanden habe, den Terrorismus zu bekämpfen. Wichtig sei es, den Terrorismus exakt zu definieren und zwischen Terrorismus und legitimem Befreiungskampf zu unterscheiden. Syrien habe immer seine Bereitschaft bekundet, den Terrorismus zu bekämpfen, und habe den Fehler vermieden, Befreiungskampf mit Terrorismus in einen Topf zu werfen. Damit wolle Syrien die Dinge nicht verwischen. Flugzeugentführungen, Gefährdung unschuldiger Menschen und Geiselnahme wie im Libanon seien eindeutig terroristische Akte. Inakzeptabel sei aber die israelische und amerikanische Sicht der Dinge: Israelis und Amerikaner betrachteten den Kampf der Palästinenser und der Libanesen gegen die Besatzungsmacht ebenfalls als Terrorismus. Um diesen Punkt zu klären und eine gemeinsame, weltweite Grundlage für den Kampf gegen den Terrorismus herstellen zu können, habe Syrien eine UN-Konferenz zum Thema Terrorismus gefordert.[8] Dabei habe Syrien auf die Unterstützung durch die EG-Staaten gehofft. Syrien habe gehofft, daß diese Unterstützung klar und deutlich ausfalle.

Der *Bundesminister* erkundigte sich nach Scharaas Einschätzung der Lage im Golfkrieg im Anschluß an dessen Besuch im Iran[9].

Außenminister *Scharaa* erklärte hierzu folgendes: Der Golfkrieg habe auf beiden Seiten Hunderttausende von Opfern gefordert. Der Krieg habe zudem Billionen gekostet, die besser für die Entwicklung der beiden Länder ausgegeben worden

7 Am 11. Februar 1985 einigten sich die jordanische Regierung und die Führung der PLO auf fünf Prinzipien zur Lösung des Nahost-Konflikts. Vgl. dazu Dok. 53, Anm. 25.

8 In einer Aufzeichnung des Referats 515 vom 6. Januar 1988 wurde dargelegt: „Wenngleich Syrien in wiederholten Erklärungen den Terrorismus verurteilt hat, so darf hierbei nicht übersehen werden, daß Syrien die Aktivitäten von Befreiungsbewegungen (wie etwa Palästinenser) ausdrücklich aus seinem Terrorismusbegriff ausgrenzt. Das Bemühen Syriens, dieses Thema durch eine Konferenz im VN-Rahmen […] behandeln und durch die Stimmenmehrheit der Blockfreien bestätigen zu lassen, ist im Dezember 1987 bei der 42. VN-GV vorerst gescheitert. […] Mit inhaltlich gleichlautenden Schreiben vom 17.12.1986 an den VN-Generalsekretär sowie an mehrere Außenminister schlug der syrische Außenminister die Abhaltung einer Internationalen Terrorismuskonferenz im VN-Rahmen vor. Hauptaufgabe der Konferenz sollte es sein, den Terrorismus unter Berücksichtigung des Problems der Befreiungsbewegungen international verbindlich zu definieren. […] Schon im Vorfeld der 42. VN-GV führte die syrische Initiative zu stark kontroverser Diskussion.“ Vgl. Referat 310, Bd. 196161.

9 Der syrische Außenminister Scharaa hielt sich am 22./23. Dezember 1987 im Iran auf.

seien. (BM: Sehr richtig!) Syrien habe von Anfang an die beiden kriegführenden Staaten zur Beendigung des Krieges aufgerufen, leider ohne Erfolg. Es habe auch Bemühungen der Islamischen Konferenz-Organisation, der Blockfreien und der Vereinten Nationen gegeben, die aber nicht erfolgreich gewesen wären. Je größer die Verluste würden, desto schwerer sei es, den Krieg zu beenden. Deshalb habe auch Syrien alle Möglichkeiten ergriffen, eine Ausweitung des Krieges zu verhindern. Die syrische Seite habe eine sehr besonnene Diplomatie durchgeführt, gestützt auf gute Beziehungen zum Iran und die Sorge um die arabischen Bruderstaaten im Golf. Diese Diplomatie sei insofern erfolgreich gewesen, als eine Ausweitung des Krieges verhindert worden sei. Syrien habe sich wenig um Publizität seiner Bemühungen bemüht. Zur Gefahr einer Ausweitung des Konfliktes sei es erst gekommen im Zuge der Ausweitung der Präsenz fremder Kriegsschiffe im Golf und der Ereignisse in Mekka[10]. Die Gipfelkonferenz in Amman habe in dieser angespannten Atmosphäre stattgefunden.[11] Auch in Amman selbst sei die Atmosphäre angespannt gewesen. Assad habe große Anstrengungen unternommen, diese Spannungen beenden zu helfen. Die Mehrheit der arabischen Staaten sei für eine Konfrontationspolitik gegenüber dem Iran eingetreten, nicht zu Syrien. Assad habe die syrische Position (gegen Ausweitung des Konfliktes, für Dialog, für eine Normalisierung der Beziehungen Iran/Golfstaaten) ausführlich dargelegt. Es liege nicht im irakischen Interesse, wenn es zur Einbeziehung der Golfstaaten in den Krieg käme. Dies liege auch nicht im Interesse der anderen arabischen Staaten und erst recht nicht im Interesse der internationalen Staatengemeinschaft. Obwohl der syrische Standpunkt in Amman Zustimmung gefunden habe, habe er sich in den offiziellen Beschlüssen nicht durchgesetzt. Deshalb habe Syrien direkt nach dem Gipfel Kontakt aufgenommen mit dem Iran und den Golfstaaten (besonders Saudi-Arabien) in der Absicht, den Dialog zwischen dem Iran und den Golfstaaten in Gang zu setzen. Das Echo sei auf beiden Seiten positiv gewesen, jedoch seien die Schwierigkeiten auf iranischer Seite weitaus größer. Ein solcher Dialog sei jedoch der erste Schritt auf dem Wege zur Lösung des Golfkonfliktes. Syrien werde seine Bemühungen fortsetzen, zur Entschärfung und zur Schaffung eines günstigen Klimas beizutragen. Es sehe darin einen Beitrag zur Sicherung der freien Schifffahrt im Golf und damit zur Stabilität in der Welt insgesamt.

Der *Bundesminister* dankte für die Ausführungen und die syrischen Bemühungen. Deutschland habe selbst gute Beziehungen zum Iran und zu den arabischen Golfstaaten. Er selbst habe Teheran besucht[12], der iranische Außenminister

10 Botschafter Nowak, Riad, berichtete am 1. August 1987: „1) Eine Massendemonstration iranischer Pilger in Mekka führte am 31.7.1987 zu blutigen Zusammenstößen mit saudischen Sicherheitskräften. Angaben über die Zahl der Todesopfer reichen von ‚einigen' bis zu ‚hunderten'. 2) Nach einer vom saudischen Innenministerium am Morgen des 1.8. herausgegebenen Verlautbarung blockierten iranische Demonstranten […] am 31.7.1987 die Ausgänge der Heiligen Moschee in Mekka und brachten den Verkehr in den umliegenden Straßen zum Erliegen. Nachdem alle friedlichen Versuche, die iranischen Demonstranten zur Freigabe der Wege zu veranlassen, gescheitert seien, hätten sich heftige Zusammenstöße zwischen Iranern einerseits, Pilgern aus anderen Ländern und saudischen Bürgern andererseits entwickelt". Vgl. den Drahtbericht Nr. 383; Referat 311, Bd. 140033.

11 Die außerordentliche Gipfelkonferenz der Arabischen Liga fand vom 8. bis 11. November 1987 in Amman statt.

12 Bundesminister Genscher reiste vom 20. bis 22. Juli 1984 in den Iran. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 201 und Dok. 203.

sei in Bonn gewesen[13]. Velayati komme in diesem Monat auch wieder nach Bonn auf der Rückreise von Polen nach Teheran.[14] Es sei nicht immer einfach gewesen, die guten Beziehungen aufrechtzuerhalten, aber wir seien überzeugt, daß dies im deutschen Interesse und im Interesse der Region liege. Von Kriegsbeginn an hätten wir einen mäßigenden Einfluß auf die Kriegsparteien ausgeübt. Wir seien maßgeblich an der Sicherheitsratsresolution 598 beteiligt.[15] Wir hofften auf eine baldige Beendigung des Krieges, wichtig sei aber auch, daß sich der Konflikt nicht ausweite. Alle besonnenen Kräfte müßten in diesem Sinne auf die beiden kriegsführenden Parteien einwirken. Die Sicherheitsratsresolution habe gegenüber anderen Friedensbemühungen den Vorteil, daß alle Mitglieder des Sicherheitsrates, insbesondere auch die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, hinter dieser Resolution stünden. Wir seien darüber erleichtert, daß sich die arabischen Länder in Amman geeinigt oder doch wenigstens aneinander angenähert hätten. Zerstrittenheit in der arabischen Welt erschwere die Lösung des Konfliktes. Wir bewerteten die syrischen Bemühungen um bessere Beziehungen zwischen dem Iran und den Golfstaaten positiv. Übrigens stehe der Abschluß eines Kooperationsabkommens zwischen der EG und den Golfstaaten in diesem Jahr bevor.[16] Andererseits sei auch ein intensiver Dialog mit der Führung in Teheran wichtig, dies sagten wir auch unseren Freunden. Der Bundesminister erkundigte sich bei Scharaa, ob dieser Anzeichen in Teheran für Friedensbereitschaft festgestellt habe und wie das Ausbleiben der erwarteten iranischen Großoffensive zu bewerten sei. Außenminister *Scharaa* entgegnete, in Teheran sei nicht über alle Punkte gesprochen worden, aber was die syrische Seite in Teheran gesagt habe, sei ernst genommen worden. Im Verhältnis zwischen den Golfstaaten und dem Iran gebe es Kompromißmöglichkeiten. Die Frage des Krieges selbst bleibe jedoch komplex und undurchsichtig. Er, Scharaa, empfehle, die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im April im Teheran[17] sorgfältig zu beobachten. Bezüglich der Golfregion seien die Iraner flexibel. Syrien selbst sehe in der Entschärfung der Lage im Golf einen ersten Schritt zur Beendigung des Golfkrieges. Iran habe die Resolution 598 nicht abgelehnt, doch sehe sich Iran im Recht, wenn es die Frage der Kriegsverursachung in den Vordergrund stelle. Der Irak dagegen fordere die Implementierung der Resolution 598 in der darin vorgesehenen Reihenfolge. Man müsse sich darüber im klaren

13 Der iranische Außenminister Velayati besuchte am 23./24. Juli 1987 die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 221.

14 Bundesminister Genscher traf am 27. Januar 1988 in Frankfurt am Main mit dem iranischen Außenminister Velayati zusammen, der am 26./27. Januar 1988 Polen besucht hatte. Ministerialdirektor Schlagintweit notierte am folgenden Tag, Velayati habe zur Lage im Persischen Golf erklärt: „Iran habe sehr gewürdigt, daß die Bundesrepublik keine Kriegsschiffe in den Golf entsandt habe. Fremde Streitkräfte würden die Spannungen erhöhen und ihren Zweck nicht erreichen. Die Verantwortung für die Sicherheit der Golfregion liege allein bei den Anrainern. Iran stehe seit längerem mit den kleineren Golfstaaten in Verbindung, über Syrien auch mit Saudi-Arabien. Man erwarte von Saudi-Arabien etwas zur Wiedergutmachung der Mekka-Zwischenfälle, dann werde man die Beziehungen weiter verbessern. […] Iran sei auch gegen Truppen oder Flotten der fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder, ebenso wie gegen jede fremde Anwesenheit im Golf.“ Vgl. Referat 311, Bd. 154143.

15 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 1, Anm. 33.

16 Das Kooperationsabkommen der Europäischen Gemeinschaften und ihrer Mitgliedsstaaten mit dem Golf-Kooperationsrat und seinen Mitgliedstaaten wurde am 15. Juni 1988 in Luxemburg unterzeichnet. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1988, S. 111.

17 Im Iran fanden am 7. April und 13. Mai 1988 Parlamentswahlen statt.

sein, daß der Iran ohne die deutschen Änderungsvorschläge die Resolution gänzlich abgelehnt hätte. (Einwurf *BM*: Dafür haben wir auch Prügel bezogen – auch arabische!) Außenminister *Scharaa* ergänzte, die syrischen Vorschläge entsprächen auch dem Interesse der arabischen Staaten, auf das Syrien mehr Rücksicht nehme als auf die Interessen des Irans.

Der kürzliche GCC-Gipfel in Riad habe die syrischen Bemühungen positiv gewürdigt.[18] Wenn sich auf dem Gipfel in Amman ähnliche Überlegungen durchgesetzt hätten, hätte der Ammaner Gipfel mehr erreichen können.

Der *Bundesminister* erkundigte sich, ob es in Teheran Indizien dafür gebe, daß die Personalfrage Saddam Hussein nicht mehr die entscheidende Rolle spiele. Außenminister *Scharaa* erklärte dazu, diese Frage könne er nicht konkret beantworten. Er wolle aber einen anderen Punkt ansprechen, nämlich die Kooperation zwischen EG und GCC. Dieses Vorhaben rühre bei allen anderen arabischen Staaten an Empfindlichkeiten. Es könne nicht im Interesse Europas liegen, die Kooperation auf die GCC-Staaten zu beschränken, denn bei allen anderen arabischen Staaten bestehe ebenfalls ein Interesse an solcher Kooperation. Ein Sonderbund Europas mit den GCC könnte beim arabischen Bürger den falschen Eindruck erwecken, die europäische Politik fördere die Teilung in der arabischen Welt. Syrien begrüße jeden Ausbau der europäischen Integration, denn es habe ein großes Interesse an einem starken Europa in der Welt. Nach syrischer Auffassung bestehe ein enger Zusammenhang zwischen der Sicherheit und Stabilität in Europa und der Sicherheit und Stabilität in der arabischen Welt.

Der *Bundesminister* dankte für die Offenheit, mit der Syrien dieses Problem angeschnitten habe. Dieses sei Ausdruck der gegenseitigen Freundschaft. Mit den Golfstaaten holten wir nach, was es mit den Maghreb-Staaten[19] schon lange gebe. Wir wären froh, wenn wir den institutionalisierten Dialog mit allen arabischen Staaten führen könnten. Eine seiner ersten Aufgaben als Außenminister sei es gewesen, 1974 den US-Außenminister Kissinger zu überzeugen, daß der EAD etwas Gutes und nichts Schlechtes sei.[20] Leider sei die Entwicklung nicht so verlaufen, wie wir es uns gewünscht hätten. Dies habe weniger europäische als vielmehr arabische Gründe. Der Bundesminister fragte nach Möglichkeiten, dem EAD einen neuen Impuls zu geben, und regte ein Treffen auf Troika-Ebene in dem Zeitraum an, in dem Syrien die Präsidentschaft in der Arabischen Liga und die Bundesrepublik die Präsidentschaft in der EG habe.[21]

18 Die Konferenz des Golfkooperationsrats (GCC) auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs fand vom 26. bis 29. Dezember 1987 in Riad statt.

19 Die Kooperationsabkommen der Europäischen Gemeinschaften mit den Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien wurden im April 1976 in Algier, Rabat und Tunis unterzeichnet. Sie wurden durch Verordnungen des EG-Rats auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 26. September 1978 verabschiedet und traten am 1. November 1978 in Kraft. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 9/1978, S. 75, bzw. BULLETIN DER EG 11/1978, S. 73.

20 Am 11. Juni 1974 legte Bundesminister Genscher dem amerikanischen Außenminister Kissinger in Bad Reichenhall die Haltung der Bundesregierung zum Europäisch-Arabischen Dialog dar. Zu dem Gespräch vgl. AAPD 1974, I, Dok. 171.

21 In einer Aufzeichnung des Referats 310 vom 5. Januar 1988 hieß es zum Europäisch-Arabischen Dialog (EAD): „Der Vorschlag des BM vom April 1986, ein euro-arabisches AM-Troika-Treffen vorzusehen, konkretisierte sich mit dem Schreiben der niederländischen Präsidentschaft an GS Klibi vom Juni 1986. Darin wird im Namen der Zwölf die Bereitschaft für dieses Treffen dargelegt. Nach längerer Behandlung dieses Angebots innerhalb der AL unterrichtete GS Klibi die belgische Präsidentschaft am 26.1.1987 schriftlich über die Zustimmung der Liga zu diesem Treffen. […] Die Minister-

Außenminister *Scharaa* entgegnete, in der Substanz dächten die Syrer genauso. Syrien habe den EAD stets unterstützt. Einige arabische Staaten hätten jedoch vorrangig ein gutes Verhältnis zu den Vereinigten Staaten gesucht. Deshalb habe es eine Stagnation des EAD gegeben, die erwünschten Ergebnisse seien nicht erreicht worden. Israel sei gegen den EAD, und die Vereinigten Staaten seien zwar nicht eindeutig gegen ihn, aber auch nicht dafür. (Einwurf *BM*: Wir sind Europäer!) Außenminister *Scharaa* betonte das große Interesse Syriens an guten Beziehungen zu Europa. Deshalb sollte die günstige Gelegenheit der deutschen und syrischen Präsidentschaft genutzt werden. Aber es gebe ein Problem: Die noch bestehenden EG-Sanktionen gegen Syrien.[22] Die Aufhebung dieser Sanktionen sei für Syrien wichtig. Diese Restriktionen müßten fallen, auch wenn sie nur symbolischen Charakter hätten. Der *Bundesminister* ergänzte, daß Syrien durch die Sanktionen offensichtlich nicht sehr beeinträchtigt sei. Hierzu Außenminister *Scharaa*: In der Tat, wie man an den guten Beziehungen zu Deutschland sieht. Aber Deutschland könne sich für eine Aufhebung der Restriktionen einsetzen. Der *Bundesminister* entgegnete, daß Europa die Bedeutung Syriens kenne. Die Sanktionen erschwerten die Zusammenarbeit. Er werde dies mit seinen Kollegen in Europa besprechen, könne·aber keine festen Zusagen machen.

Als nächstes sprach Außenminister *Scharaa* die Lage in den besetzten arabischen Gebieten an.[23] Der Volksaufstand dort sei ein Signal dafür, daß sich die

Fortsetzung Fußnote von Seite 89

konferenz der AL vom 4. bis 6.4.1987 hat die Frage eines Troika-Treffens erneut erörtert. Nach ihrem Abschluß gab GS Klibi in einer Pressekonferenz vom 8.4.1987 allerdings einschränkend bekannt, daß bezüglich des Troika-Treffens verschiedene Punkte noch der Klärung bedürften. […] Nach Aussagen von GS Klibi und stv. GS Omran von Ende November 1987 gegenüber unserem Botschafter in Tunis hat die AL eine Arbeitsgruppe gebildet mit der Aufgabe zu prüfen, ob die bevorstehende deutsche EG-Präsidentschaft genutzt werden könnte, um den EAD wieder flott zu machen." Vgl. Referat 310, Bd. 196161.

22 Referat 515 resümierte am 6. Januar 1988: „Im Rahmen ihrer Urteile in den Terrorismusprozessen Hindawi (geplanter Anschlag auf El-Al-Maschine) und Hasi/Salameh (Anschlag auf Deutsch-Arabische Gesellschaft in Berlin) stellten im Herbst 1986 Gerichte in London und Berlin (West) übereinstimmend eine Involvierung syrischer Stellen in die erwähnten terroristischen Vorgänge fest. In Reaktion hierauf wurden nationale Maßnahmen seitens Großbritanniens (Abbruch der Beziehungen zu Syrien) und der Bundesrepublik Deutschland (u. a. zeitweilige Nichtbesetzung des Botschafterpostens in Damaskus, Nicht-mehr-Anerkennung syrischer Dienstpässe) getroffen. Darüber hinaus verständigten sich die Zwölf auf folgende (in einer Präsidentschafts-Presseerklärung vom 10.11.1986 festgehaltenen) Zusatzmaßnahmen gegenüber Syrien: Waffenembargo, Einstellung hochrangiger Besuche, Überprüfung der Aktivitäten syrischer diplomatischer und konsularischer Vertretungen in den EG-Mitgliedstaaten und ggf. Ergreifung geeigneter Maßnahmen sowie Überprüfung und Verschärfung der Sicherheitsvorkehrungen gegenüber Syrian Arab Airlines. Während sich das deutsch-syrische Verhältnis wieder weitgehend normalisiert hat, hält die britische Seite ihre nationalen Maßnahmen gegenüber Syrien in vollem Umfang aufrecht. Nicht auf den Status quo ante zurückgeführt sind auch die Beziehungen der Zwölf zu Syrien: Wenngleich die Zwölf Einvernehmen über die Wiederzulassung hochrangiger Besuche erreicht haben, bestehen das Waffenembargo sowie die Beschlüsse hinsichtlich der syrischen Außenvertretungen und der syrischen Luftlinie weiter fort." Vgl. Referat 310, Band 196161. Vgl. dazu ebenfalls AAPD 1986, II, Dok. 307, Dok. 333 und Dok. 343.

23 Botschafter Haas, Tel Aviv, legte am 14. Januar 1988 zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada") dar: „Seit fünf Wochen anhaltende Unruhewelle ist größte und längste seit 1967. In unvermindert heftigen Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern und israelischen Sicherheitskräften kommt es fast täglich zu Todesopfern unter palästinensischen Demonstranten und z. T. auch Unbeteiligten. […] Den Unruhen unmittelbar vorausgegangen war der Angriff Palästinenserkommandos mit Drachenseglern gegen israelisches Armeelager am 25.11.1987. Ihm folgte Verkehrsunfall, in dem vier Palästinenser getötet wurden, der dann das Streichholz am Ölfaß bedeutete. Von Gaza griff Unruhe im Schneeballeffekt dann schnell auf West Bank und schließlich

Bevölkerung nicht mit der Besatzung abfinde. Die Ereignisse in den besetzten Gebieten hätten aufs neue bewiesen, daß Israels Politik einen rassistischen und expansionistischen Charakter habe. Israel wolle zwar das besetzte Land behalten, aber dort die einheimische Bevölkerung nicht mehr dulden. Dies sei die schlimmste Form von Kolonialismus, die man sich vorstellen könne. Einer der vier deportierten Palästinenser[24] habe gestern vor der Presse gesagt, Hitler hätte von Israel noch viel lernen können. Trotzdem nehme Israel für sich in Anspruch, ein demokratisches Land zu sein. Israel werfe anderen Ländern vor, keine Juden nach Palästina ausreisen zu lassen. Andererseits würden Palästinenser aus ihrer Heimat deportiert, um Platz zu machen für andere Menschen, die dieses Land nie gesehen hätten. Dies sei nach den Genfer Konventionen[25] eine Art Kriegsverbrechen. Die Araber hätten alles getan, um zu einem dauerhaften Frieden in der Region beizutragen. 1982 hätten sie in Fes unter europäischem und amerikanischem Druck einen Friedensplan ausgearbeitet.[26] Trotzdem sei der Fes-Plan von den USA und Israel abgelehnt worden. Nach Fes habe die andere Seite neue Forderungen gestellt. Daraufhin sei der Vorschlag einer Internationalen Konferenz gemacht worden, mit Beteiligung der USA und Sowjetunion und allen ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates. Heute gebe es in Israel zwei Flügel: Der eine lehne die Internationale Konferenz ganz ab, der andere sage ja, sei aber ebenfalls gegen eine Internationale Konferenz. Sobald es um Israel ginge, träten die USA im Nahen Osten nicht mehr als Großmacht auf. Vielmehr überließen sie Israel die erste Rolle. Dies könne man nur masochistisch nennen. Israel schließe den Weg des Friedens aus, deshalb habe es in den besetzten Gebieten zu einer Explosion kommen müssen. Israel betrachte arabische Staatsbürger als Menschen dritter Klasse. Die syrische Seite hoffe, daß die europäischen Staaten und vor allem Deutschland, die als erste Staaten das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung anerkannt hätten, sich für das Zustandekommen einer Internationalen Konferenz einsetzen würden. Die israelische Repression führe hoffentlich dazu, daß sich Deutschland und Europa nicht mehr von Schuldgefühlen gegenüber Juden bei ihrer Politik leiten ließen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 90

auch auf Ost-Jerusalem über. Beteiligt waren nicht nur Jugendliche aus Flüchtlingslagern, sondern zunehmend auch Frauen, in Israel beschäftigte Arbeitnehmer und Händler, die Gesellschaftsleben in allen Städten z. T. über Tage hinweg völlig zum Stillstand brachten […]. Allseitige Überraschung löste auch Tatsache aus, daß Unruhe offensichtlich ungesteuerte und spontane Bewegung breiter Bevölkerungsschichten ist, die der Führung der Auslands-PLO oder ihrer hiesigen Vertreter nicht bedarf." Vgl. den Drahtbericht Nr. 56; Referat 310, Bd. 149750.

24 Am 4. Januar 1988 berichtete Botschafter Haas, Tel Aviv, daß von den israelischen Sicherheitskräften zur Eindämmung der Unruhen in den besetzten Gebieten die Ausweisung von neun Palästinensern verfügt worden sei, „die im Auftrag terroristischer Organisationen Aufwiegelung und Subversion betrieben hätten". Haas stellte dazu fest: „Gegen Ausweisungsanordnung können Betroffene innerhalb von 48 Stunden Berufung bei Militärkommission einlegen. Sollte diese die Anordnungen bestätigen, besteht weitere Berufungsmöglichkeit vor Oberstem Gericht Israels. Dieses Verfahren kann sich über Monate hinziehen. In Gaza einsitzende Häftlinge sind einstweilen in unbefristeten Hungerstreik getreten. Unklar ist auch, wohin ggf. abgeschoben werden soll (im Gespräch ist Süd-Libanon)." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3; Referat 310, Bd. 149750.

25 Für den Wortlaut des Genfer Abkommens vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten vgl. UNTS, Bd. 75, S. 287–417. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 917–976.

26 Auf der Gipfelkonferenz der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 in Fes einigten sich die Teilnehmer auf acht Prinzipien für einen Frieden im Nahen Osten („Fes-Plan"). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 567.

Der *Bundesminister* erwiderte, Deutschland habe frühzeitig eine realistische Haltung zum Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser eingenommen. Wir seien auch vor den Vereinten Nationen dafür eingetreten.[27] Auch die Erklärung von Venedig sei für uns mitgetragen worden.[28] Man müsse klar sehen, was derzeit in den besetzten Gebieten geschehe, könne aber keine Parallele zum Dritten Reich ziehen. Die damaligen Vorgänge seien einmalig. Der Bundespräsident habe deshalb in seiner Rede vom 8. Mai 1985 zu Recht auch auf die deutsche Verantwortung in der Zukunft hingewiesen.[29] Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Palästinenser und die Venedig-Erklärung zeigten aber, daß die Bundesrepublik Deutschland sehr wohl in der Lage sei, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. So seien der jüngste Sicherheitsratsbeschluß zu den besetzten Gebieten[30] und die europäische Demarche[31] mit deutscher Beteiligung zustande gekommen. Wir haben deutlich auf die·völkerrechtlichen Bestimmungen hingewiesen, die auch in den besetzten Gebieten Anwendung finden müssen. Der Bundesminister: „Sie können davon ausgehen, daß ich das in acht Tagen genauso in Israel sagen werde."[32] Die Frage sei, wie gehe es weiter. Die EG habe sich fast vor einem Jahr für eine Internationale Konferenz ausgesprochen[33] und halte die IK immer noch für richtig. Auch hätten wir unsere Freunde in Israel ermutigt, die IK zu unterstützen. Wir würden darin auch nicht nachlassen. Das Palästina-Problem werde durch den Zeitablauf nicht geringer, wie die Ereignisse in den besetzten Gebieten zeigten, die in diesem Ausmaß von vielen nicht erwartet worden seien. Die Zeit arbeite aber nicht für eine friedliche Lösung. Deshalb gehe er, der Bundesminister, nach Israel, um dort in aller Freundschaft seine große Besorgnis auszudrücken. Der BM: „Sie muß ich ja nicht überzeugen. Zu Ihnen komme ich, um Rat und Informationen zu bekommen."

Der Bundesminister versicherte, daß wir die IK mit Nachdruck unterstützten. Außenminister *Scharaa* stellte fest, daß bezüglich der Notwendigkeit einer IK

27 Vgl. dazu die Erklärung des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (VN), vor der VN-Generalversammlung am 19. November 1974; UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings, S. 969 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 339.

28 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten nach seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 382 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

29 Für den Wortlaut der Rede des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker am 8. Mai 1985 vor dem Bundestag vgl. BULLETIN 1985, S. 441–446.

30 Mit Resolution Nr. 608 vom 14. Januar 1988 forderte der VN-Sicherheitsrat Israel auf, die Weisung zur Abschiebung palästinensischer Zivilisten aus den besetzten Gebieten zurückzunehmen, deren Rückkehr sicherzustellen und keine weiteren Palästinenser mehr auszuweisen. Für den Wortlaut vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1988, S. 2.

31 Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter informierte am 8. Januar 1988 darüber, daß die Botschaft in Tel Aviv nach Abstimmung der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ angewiesen worden sei, „eine Troika-Demarche (mit Kommissionsvertreter) im israelischen Außenministerium durchzuführen. Gesprächspartner sollte möglichst hochrangig (AM Peres) sein. Im einzelnen ist in Anlehnung an SR 607 vom 5. Januar 1988 auszuführen: Anwendbarkeit des Genfer Abkommens von 1949 über den Schutz der Zivilbevölkerung auf die von Israel seit 1967 besetzten Gebiete; die Aufforderung an Israel, von den vorgesehenen Deportationen palästinensischer Zivilisten aus den besetzten Gebieten abzusehen; Aufforderung an Israel, seine Verpflichtungen als Besatzungsmacht gemäß Genfer Abkommen strikt einzuhalten." Vgl. den Runderlaß; Referat 310, Bd. 196161.

32 Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 23./24. Januar 1988 in Israel vgl. Dok. 30, Dok. 40 und Dok. 41.

33 Die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 23. Februar 1987 in Brüssel sprach sich in einer Erklärung zum Nahen Osten „für die Abhaltung einer Internationalen Friedenskonferenz unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen aus". Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1987, D 468.

volle Übereinstimmung bestünde. Syrien glaube an die Zukunft und sei zuversichtlich, daß der Frieden erreichbar ist. Syrien messe dem deutschen und europäischen Beitrag hierzu eine große Bedeutung bei. Europa und die arabische Welt seien Nachbarn und hätten deshalb gemeinsame Interessen. Der *Bundesminister* stimmte dem zu.

Abschließend dankte *Scharaa* dem Bundesminister erneut und betonte, daß der Dialog fortgesetzt werden müsse.

Referat 310, Bd. 196161

17

Botschafter Schoeller, Warschau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 15. Januar 1988, 10.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 100 **Ankunft: 15. Januar 1988, 14.23 Uhr**
Citissime nachts

Betr.: BM-Besuch in Polen (10.–13.1.1988)[2];
hier: Gespräch BM/Wałęsa am 12.1.1988

Als Anlage folgt das von LR I Fenster angefertigte Protokoll über das Gespräch BM/Wałęsa vom 12.1.88. Ich bitte, die Billigung des BM hierfür einzuholen.

[gez.] Schoeller

Folgt Anlage

Betr.: Gespräch BM/Wałęsa (12.1.1988)

1) Rahmen

Das Gespräch BM/Wałęsa fand am 12.1.88 in der Residenz des Botschafters in freundlicher Atmosphäre statt. Es dauerte fast eine Stunde (14.35–15.30 Uhr). An dem Gespräch nahmen außerdem teil:

Botschafter Schoeller (zeitweise), MDg Dr. Kastrup, VLR I Elbe, VLR I Chrobog, LR I Dr. Fenster und Prof. Dr. Geremek, Mazowiecki, Dr. Onyszkiewicz

2) Inhalt

BM eröffnete das Gespräch mit der Feststellung, daß er schon vor drei Jahren den Wunsch gehabt habe, mit Repräsentanten der Opposition zu sprechen und das Popiełusko-Grab[3] zu besuchen. Da ihm das seinerzeit nicht gewährt wurde, habe er die Reise 1984 schweren Herzens absagen müssen.[4] Er habe diese Ziele

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 15. Januar 1988 vorgelegen.
2 Zum Besuch des Bundesministers Genscher in Polen vgl. auch Dok. 14.
3 Am 19. Oktober 1984 wurde der polnische Priester Popieluszko entführt und am 30. Oktober 1984 ermordet aufgefunden. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 292.
4 Im November 1984 wurde die für Dezember 1984 geplante Reise des Bundesministers Genscher nach Polen verschoben. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 323 und Dok. 324.

mit Beharrlichkeit weiterverfolgt und sei heute in der Kostka-Kirche gewesen und habe das Grab Popiełuskos aufgesucht.

Wałęsa dankte für das Zustandekommen des Gesprächs und hob – unter Hinweis auf die außenpolitischen und diplomatischen Verdienste des BM – hervor, daß die „Solidarność“ in der Situation des Kampfes nicht immer nach den Regeln der Diplomatie agieren könne.

BM warf ein, er habe bis 1952 in seiner Heimatstadt Halle gelebt und kenne deshalb viele Probleme aus eigener Erfahrung.

Wałęsa stellte fest, er wolle seine Meinung zu wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Fragen vortragen.

Die größten Schwierigkeiten habe Polen im wirtschaftlichen Bereich.[5] In der „Solidarność“ sehe man die Fehler und Mängel sehr deutlich. Das Land brauche dringend die Wirtschaftsreform.[6] Das System habe sich nicht bewährt. Polen müsse die bestehenden Probleme selbst lösen. Dies sei jedoch leichter, wenn der Wunsch der polnischen Gesellschaft nach Demokratie und Reform im Ausland verstanden werde. Er sei kein Phantast und kein Romantiker. Polen bliebe keine andere Wahl, als ökonomische Reformen durchzuführen. Man wolle nicht länger der Bettler Europas sein.

Die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland seien von großer Bedeutung und er hoffe auf eine Intensivierung der beiderseitigen Zusammenarbeit. In den 70er Jahren sei die bilaterale Zusammenarbeit nicht kontrolliert gewesen. Man zähle auf die guten Kontakte zwischen den beiden Außenministerien und ihren diplomatischen Vertretern.

BM griff den Hinweis auf die 70er Jahre auf und hob hervor, daß die deutsch-polnische Zusammenarbeit damals unter anderen Voraussetzungen als heute erfolgt sei. Er sei bestrebt, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit einen neuen Impuls zu geben. Dies sei auch eine Konsequenz aus der gemeinsamen Geschichte. Wir wollten Polen bei allen Bemühungen helfen, die das Land tatsäch-

5 Am 20. Januar 1988 resümierte Botschafter Schoeller, Warschau, Ausführungen des Mitglieds des Politbüros des ZK der PVAP, Rakowski, in einem Gespräch am 18. Januar 1988: „Polen befinde sich in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage. Für die Regierung stelle sich die Frage nach den Konsequenzen, die hieraus zu ziehen seien. Dabei müsse sie auch die aufgrund ihrer Entscheidungen möglichen Reaktionen im Lande bedenken. […] Man erwarte Regierungsentscheidungen, die Abstriche im Lebensstandard zahlreicher Polen mit sich bringen würden. Dabei müsse man im Auge behalten, daß der Freiheitsraum des Einzelnen und auch von Gruppen in den vergangenen zwei Jahren größer geworden sei und auch genutzt werde. Polen befinde sich in einer Übergangsperiode, und es sei nicht mehr vorauszusehen, wie sich das Land in fünf oder zehn Jahren entwickeln werde. Solide Machtstrukturen seien in Polen nicht mehr vorhanden. […] Angesichts der wirtschaftlichen Misere und den sich daraus ergebenden sozialen Spannungen sei eine weitergehende Demokratisierung jedenfalls schwierig.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 121; Referat 214, Bd. 139701.

6 In einem „Aide-mémoire“, das der Vorsitzende der polnischen Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, Bundesminister Genscher am 12. Januar 1988 in Warschau übergab, hieß es: „Hauptproblem Polens ist die Durchführung einer tiefgreifenden Wirtschaftsreform. Eine solche Reform müßte zur Entpolitisierung der Wirtschaft, d.h. zur Befreiung der Wirtschaft vom System der ‚Nomenklatur‘ und zur Entmonopolisierung führen, d.h. zur praktischen Einführung von Wettbewerb und von Marktmechanismen. Die Verwirklichung einer solchen Reform setzt die Überwindung der zwischen Regierung und Bevölkerung existierenden tiefgreifenden Spaltung voraus […]. Die Verwirklichung der Reform erfordert also die Überschreitung der wichtigsten Schwelle durch die Regierung, nämlich die Anerkennung der vorhandenen gesellschaftlichen Kräfte, die Ermöglichung ihrer Mitwirkung am öffentlichen Leben und an der Lösung der Probleme, die die Wirtschaftskrise des Landes mit sich bringt.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139744.

lich voranbrächten. Bei der Unterstützung der Wirtschaftsreform dächten wir vor allem an Dezentralisierung und Entbürokratisierung.

Wałęsa betonte, in der aktuellen Situation könne man in Polen nur gemeinsam weiterkommen. Weder Jaruzelski, noch Glemp, noch er selbst könnten die Probleme allein lösen. Polen sei nicht der Nabel der Welt. Die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland, wie sie sich in den 70er Jahren entwickelt habe, sei für Polen unverzichtbar.

Auf die Frage des BM, welchen Ratschlag die „Solidarność" für unser Verhalten gegenüber Polen habe, antwortete Wałęsa, man möge die guten Kontakte zwischen den Regierungen aufrechterhalten und weiter ausbauen. Wichtig seien direkte Verbindungen zwischen den Außenministerien und den Diplomaten. Polen dürfe sich selbst nicht wirtschaftlich knock out schlagen. Er bäte darum, der Reform weiter zum Erfolg zu verhelfen. Polen dürfe nicht länger in der Ecke stehen. Heute herrschten andere Zeiten. Zuvorderst sollten wir uns auf wirtschaftlichem Gebiet bewegen. Polen brauche Verständnis.

BM warf ein, daß Polen auf dieses Verständnis unsererseits zählen könne.

Wałęsa fuhr fort, Kontakte seien für Polen auch auf gesellschaftlichem Gebiet nötig. Hinsichtlich der politischen Faktoren lege er Wert auf die Feststellung, daß die „Solidarność" in der Grenzfrage die Auffassung der Regierung uneingeschränkt teile. Wichtig seien der dichte Besucherverkehr und der Austausch von Informationen. Schwierige Fragen der Vergangenheit, die unsere Beziehungen vergiftet hätten, sollten bewältigt, „weiße Flecken" wie der Ribbentrop/Molotow-Pakt[7] beseitigt werden. Man habe gute Absichten und strebe für Polen eine politisch und wirtschaftlich gesunde Entwicklung an. Dabei sei die „Solidarność" nicht überheblich und hüte sich vor Übertreibungen.

Es komme darauf an, die Beziehungen zwischen den Regierungen und den Bevölkerungen neu zu gestalten.

Die „Solidarność" habe sich in den 16 Monaten, in denen sie legal existierte[8], mit allen wichtigen Themen auseinandergesetzt. Nach 40 Jahren Stillstand habe es in der ersten Zeit viele Emotionen gegeben. Diese Periode der „Solidarność" sei zu Ende. Heute wolle man klüger vorgehen. Man suche nach neuen konstruktiven Vorschlägen und wolle mit Hilfe eines großen Landes wie der Bundesrepublik Deutschland Polen weiter nach vorne bringen.

7 Am 23. August 1939 schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR einen Nichtangriffsvertrag. In einem geheimen Zusatzprotokoll steckten sie ihre Interessensphären ab. Für den Wortlaut vgl. ADAP, D, VII, Dok. 228 und Dok. 229.
Zur Frage einer Neubewertung in der UdSSR vgl. Dok. 236, Dok. 330 und Dok. 367.

8 Am 17. September 1980 wurde in Danzig die unabhängige Gewerkschaft „Solidarność" gegründet. Diese wurde am 24. Oktober 1980 registriert, jedoch unter Veränderung der ursprünglich formulierten Statuten. Am 10. November 1980 gab der Oberste Gerichtshof Polens der Klage von „Solidarność" gegen die einseitige Statutenänderung statt und legalisierte die Organisation. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 289 und Dok. 300.
Am 13. Dezember 1981 wurde über Polen das Kriegsrecht verhängt und die unabhängige Gewerkschaft „Solidarność" suspendiert. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365.
Am 8. Oktober 1982 billigte das polnische Parlament ein Gesetz, das in Artikel 52 die Registrierung von Gewerkschaften vor Verkündung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 für ungültig erklärte und damit die Zulassung der Gewerkschaft „Solidarność" widerrief. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 187–192 (Auszug).

BM stellte fest, er habe um dieses Gespräch gebeten, um dem ganzen Polen zu begegnen.

Wałęsa wies darauf hin, daß er – um dieses Gespräch führen zu können – sich selbst frei gegeben habe, da sein Urlaubsantrag abgelehnt worden sei. Er befürchtete, deshalb seine Arbeit zu verlieren.

BM stellte fest, er könne sich nicht vorstellen, daß jemand für ein Treffen mit ihm bestraft werden könne.

Wałęsa hob die Anomalie des Systems und die daraus resultierende Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit vieler Menschen hervor. Die „Solidarność" wolle die Anomalien richtig und vorsichtig beseitigen. Ungerecht wäre es, zu sagen, die Regierung machte alles schlecht. Die positiven Effekte resultierten aber vor allem daraus, daß die „Solidarność" existierte. Jaruzelski bewege sich zwar in die richtige Richtung, aber viel zu langsam. Bei diesem Tempo benötige Polen 200 bis 300 Jahre. Die „Solidarność" wolle forcieren, dabei aber vorsichtig handeln und andere Länder nicht stören. Deshalb seien Gespräche so wichtig. Aus jeder Begegnung erwüchsen neue wichtige Hinweise. In schwierigen Zeiten könne man nicht vorsichtig genug sein. Die „Solidarność" wolle temperieren, abschwächen, keinerlei Bedrohung hervorrufen. Das Land brauche unbedingt Reformen, die Verhältnisse müßten sich ändern.

BM stellte unsere Sicht der deutsch-polnischen Beziehungen dar. Er wies auf die schicksalhafte Verbundenheit unserer beiden Völker und die große Anteilnahme bei uns für Polen hin. Als die „Solidarność"-Zeit begann, sei unter allen westlichen Staaten die deutsche öffentliche Meinung am stärksten aufgewühlt gewesen – nicht nur wegen der geographischen Nähe, sondern auch wegen aller Ereignisse, die Deutsche und Polen im Guten wie im Schlechten verbänden. Der Vergleich der aktuellen mit der damaligen Situation mache deutlich, daß sich Polen verändert habe. Auch das Verhältnis der westlichen Staaten zu Polen habe sich durchgreifend verändert. Das Vertrauen in die Kraft der Freiheit sei gestärkt. Wirtschaftliche Zusammenarbeit führe zu Veränderungen in der Gesellschaft. Daß diese Tendenz immer drängender werde, zeige die Entwicklung in der Sowjetunion.

Wałęsa äußerte die Befürchtung, daß beim Blick auf die großen Länder die Gefahr der Vernachlässigung kleinerer Länder bestehe.

BM zerstreute diese Sorge und hob hervor, daß Polen bei uns immer ganz vorn stehe. Dies gelte auch für andere westliche Staaten. Polen unterschätze sich selbst. Polen habe den bekanntesten Theologen[9] und den bekanntesten Gewerkschafter in der ganzen Welt. Dem Papst habe er einmal gesagt, daß er glaube, sich mit ihm so gut zu verstehen, weil auch er die Praxis des Kommunismus kennengelernt habe. Der Papst habe ihm zugestimmt.

Wałęsa stellte fest, nach der ersten Periode der Emotionen befände sich die „Solidarność" nun in der zweiten Periode des ruhigen Kampfes. Man wolle nicht die Macht übernehmen. Vielmehr gehe es um Öffnung, um Reisen, um Arbeiten und Zurückzahlen der Schulden.[10]

9 Johannes Paul II.

10 Zu einer Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 51.

BM unterstrich, die „Solidarność“ sei ein Beleg für die Kraft der Freiheit. Würde man „Solidarność“ aus der Geschichte streichen, wäre Polen ein anderes Land.

Onyszkiewicz hob die besondere Bedeutung der deutsch-polnischen Beziehungen hervor und äußerte die Hoffnung auf eine Versöhnung zwischen unseren beiden Völkern nach dem deutsch-französischen Muster. Immer noch belaste die Vergangenheit die Gegenwart. Er wolle noch einmal auf den Ribbentrop/Molotow-Pakt zurückkommen, der für Polen deshalb so wichtig sei, weil er bis heute nicht für ungültig erklärt worden sei. Er hoffe, daß die sowjetische Bereitschaft, die „weißen Flecken“ der Geschichte aufzuarbeiten, zur Klärung beitrüge.

BM stellte klar, daß diese Frage in eine andere Richtung gehe. Er hob hervor, wir blieben am Gespräch mit der „Solidarność“ interessiert. Die Botschaft stünde jederzeit für Fragen, Hinweise, Anregungen zur Verfügung. Er hoffe auf eine Fortsetzung des Gesprächs, auf weitere Begegnungen mit Wałęsa – nicht nur in Warschau und unter weniger schwierigen Umständen. Er wolle den Dialog, die Verständigung mit allen Polen.

Wałęsa dankte für den Meinungsaustausch und wies darauf hin, er habe BM mit den Problemen Polens vertraut machen wollen. Die Schlußfolgerungen lägen nun beim BM. Ohne Verständnis lasse sich nichts aufbauen.

Referat 214, Bd. 139715

18

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse

213-321.11 VS-NfD **18. Januar 1988**[1]

Besuch von AM Schewardnadse, 17.–19.1.1988;
hier: Zweites offizielles Gespräch

Am 18. Januar nachmittags trafen der Bundesminister und Außenminister Schewardnadse im Gästehaus auf dem Venusberg zu ihrem zweiten offiziellen Gespräch zusammen. Das Gespräch dauerte von 15.15 bis 17.00 Uhr.

Der *Bundesminister* äußerte einleitend, das Vormittagsgespräch sei in gutem Geist und guter Atmosphäre verlaufen.[2] Auch der Bundespräsident sei von der

1 Durchschlag als Konzept.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 19. Januar 1988 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat Libal am 21. Januar 1988 vorgelegen.

2 In einem ersten Gespräch am 18. Januar 1987 erläuterte der sowjetische Außenminister Schewardnadse Bundesminister Genscher: „Er wisse, daß der Bundesminister über die innenpolitischen Veränderungen in der Sowjetunion sehr gut informiert sei. Er glaube an Lenin, der gesagt habe, daß die allgemeinen menschlichen Interessen über die Klasseninteressen gestellt werden müßten. Vor dem Hintergrund der Prozesse, die in der Sowjetunion vor sich gingen, eröffneten sich sehr gute Perspektiven für die Weiterentwicklung in der bilateralen Zusammenarbeit: Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Es gebe interessante Aussichten in der wirtschaftlichen Kooperation, z. B. Joint-ventures.

Unterredung mit Außenminister Schewardnadse sehr angetan gewesen.[3] Er, BM, habe dem Bundeskanzler noch am Vorabend über das Gespräch in Pech berichtet, dieser sehe dem Gespräch mit dem Außenminister entgegen.

Im Anschluß wurden Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle behandelt, D2A[4] fertigt dazu einen eigenen Vermerk.[5]

Sodann führte der Bundesminister aus: Bevor man zu den Regionalfragen käme, wolle er eine Anmerkung zum bilateralen Verhältnis machen. Sie betreffe die Idee der Einrichtung eines gemeinsamen Gesprächsforums, in dem sich Repräsentanten aus Politik, Publizistik, Kultur und Wirtschaft zu einem umfassenden Meinungsaustausch treffen könnten. Dies könnte ein wichtiger Beitrag sein, um besser als bisher die Öffentlichkeit in beiden Ländern zu erreichen, sich besser kennenzulernen und das Vertrauen zu stärken. Er wäre dankbar, wenn der Außenminister dieser Frage die gebührende Aufmerksamkeit zuwenden könnte. Erläuternd fügte *D2*[6] hinzu: Wir dächten an maximal 30 Personen auf beiden Seiten, die sich alle zwei Jahre oder einmal im Jahr abwechselnd in der BR Deutschland und der Sowjetunion treffen, um Stand und Entwicklung der Beziehungen aus der Sicht der Öffentlichkeit beider Länder zu erörtern und Impulse für die Regierungen beider Länder zu geben.

Der *Außenminister* antwortete, er wolle sich die Sache durch den Kopf gehen lassen. Auf den ersten Blick sei sie ihm noch nicht ganz klar. Andererseits finde alles, was unserer beiderseitigen Annäherung nütze, seine Unterstützung. Die Idee sei interessant.

Der *Bundesminister* ergänzte, er beobachte derartige Formen des Meinungsaustausches in dem sehr komplexen deutsch-polnischen Verhältnis.[7] Die Ergeb-

Fortsetzung Fußnote von Seite 97

Zwar seien erst sechs Joint-ventures vereinbart worden, jeder Anfang sei schwer. Wenn ihm jemand vor zehn oder fünfzehn Jahren gesagt hätte, man könnte Joint-ventures mit der BR Deutschland vereinbaren, würde er das nicht geglaubt haben. Jetzt sei dies aber so." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 147135.

3 Im Gespräch mit Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker am 18. Januar 1988 stellte der sowjetische Außenminister Schewardnadse fest, die sowjetische Führung betrachte den Besuch von Weizsäcker und Bundesminister Genscher vom 6. bis 11. Juli 1987 in der UdSSR „als einen Meilenstein in unseren Beziehungen und glaube, daß nunmehr die Voraussetzungen geschaffen seien für eine Wende in den sowjetisch-westdeutschen Beziehungen, daß die Umgestaltung (Perestroika) nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in unseren Beziehungen vor sich gehe. Er habe bereits anläßlich dieses Besuches mit dem Bundesminister sehr ausführlich über die Frage des gemeinsamen europäischen Hauses und die Überwindung der Spaltung Europas gesprochen und mit ihm festgestellt, daß dies ohne gute und stabile Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der BRD nicht möglich sei. Die politische, technologische und ökonomische Spaltung Europas müsse überwunden werden." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 147135.

4 Josef Holik.

5 Bundesminister Genscher legte dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 18. Januar 1988 die Haltung der Bundesregierung zu Fragen der Rüstungskontrolle dar: „Die SU lege nun den Nachdruck auf doppelt einsatzfähige Systeme. Bei der Artillerie gebe es keine Probleme; Flugzeuge würden von uns nicht ausgeschlossen. Das eigentliche Problem seien die Raketen mit Reichweite von weniger als 500 km. Es sei kein Geheimnis, daß die westliche Verhandlungsposition bezüglich dieser Raketen noch erarbeitet werden müsse. […] Das Zusammenziehen der drei Elemente würde die Verhandlungen belasten. Wir träten für die rüstungskontrollpolitische Erfassung der Flugkörpersysteme unter 500 km Reichweite ein. Die Allianz-Position hierzu sei aber noch nicht so weit entwickelt, wie wir es gerne hätten." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 147135.

6 Hermann Freiherr von Richthofen.

7 Referat 214 vermerkte im April 1987: „Nach den Tagungen des Deutsch-Polnischen Forums in Bonn (1977), Allenstein (1979), Darmstadt (1980) fand, nach fünfjähriger Unterbrechung – z. T. politisch

nisse seien für die beiden Regierungen stets nützlich und interessant. Auf diese Weise sei die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in beiden Ländern sehr belebt worden. Der Bundesminister bot an, ein Papier zu dieser Idee erarbeiten zu lassen.[8]

Der *Außenminister* ging auf diesen Vorschlag ein. Man müsse klären, was die Zielsetzungen seien und was man erreichen wolle. Ähnliches sei mehreren Ländern angeboten worden, z. B. von Generalsekretär Gorbatschow gegenüber Präsident Reagan. Die Idee an sich sei sehr interessant. Das Gesprächsforum solle dort tätig werden, wo die Regierungen noch nicht aktiv seien. Man solle den Beamten für diese Initiative danken.

Danach wandte sich das Gespräch den Regionalfragen zu.

Auf die Aufforderung des *Bundesministers*, etwas über Afghanistan zu sagen, führte der *Außenminister* aus: Afghanistan stelle eines der schwierigsten Probleme dar, vor allem für die Sowjetunion, weil sie so involviert sei.[9] Der afghanische Präsident habe die Erklärung abgegeben, daß die sowjetischen Truppen das Land innerhalb von zwölf Monaten verlassen würden; wenn die Bedingungen günstig seien, könnte dies in einer kürzeren Frist geschehen.[10] Gorbatschow

Fortsetzung Fußnote von Seite 98

bedingt –, im November 1985 in Krakau die IV. Tagung statt. Der anfängliche Verlauf enttäuschte, insbesondere aufgrund alter Argumentationen und Vorwürfe zu Rechtsfragen, während perspektivische Beiträge der deutschen Delegation weitgehend unbeantwortet blieben. Gegen Ende besserte sich das Bild und erlaubte Konsensformulierungen für einige weiterführende Vorschläge auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem, wissenschaftlichem und humanitärem Gebiet." Vgl. Referat 214, Bd. 139694.
Das V. Deutsch-Polnische Forum fand vom 8. bis 10. Mai 1987 in Kiel statt.

8 Beim Gespräch der Arbeitsgruppe bilaterale Fragen am 18. Januar 1988 legte Ministerialdirigent Kastrup der sowjetischen Seite dar: „Das Forum solle ein regierungsunabhängiger Gesprächskreis für Fragen der Politik, Wirtschaft und Kultur sein. Er solle alle zwei Jahre, abwechselnd in der SU und in der BR Deutschland, zusammentreten. Wir seien aber nicht festgelegt, er könne auch jährlich tagen. Es werde an eine Mitwirkung von Repräsentanten der Politik, Wirtschaft, Medien, Kultur und Wissenschaft gedacht. […] Dg 21 betont, die Erörterungen des Forums müßten öffentlich sein mit Berichterstattung der Medien. Das Forum solle regierungsunabhängig sein und könne daher den Regierungen Empfehlungen geben." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 147135.

9 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.
In dem von Botschaftsrat I. Klasse Massmann, Kabul, am 6. Oktober 1987 übermittelten Politischen Halbjahresbericht hieß es zur militärischen Lage in Afghanistan: „Der Widerstand ist auf den vom Regime zum 15.1.1987 einseitig verkündeten sechsmonatigen Waffenstillstand, der im Juli bis zum 15.1.1988 verlängert wurde, nicht eingegangen. Die Kämpfe gehen in verschiedenen Landesteilen, insbesondere im weiteren Umkreis von Kabul, im Bereich der anderen großen Städte sowie in den östlichen und nördlichen Provinzen mit gesteigerter Intensität weiter. Ohnehin sind nach wie vor Operationen gegen Waffentransporte und Stützpunkte der Mudschaheddin vom Waffenstillstand ausgenommen." Dabei habe „der Widerstand durch den Einsatz moderner Luftabwehrraketen (Stinger, Blowpipe) die Luftüberlegenheit der sowjetisch-afghanischen Streitkräfte weitgehend neutralisiert. Die gefährlichen Kampfhubschrauber werden nur noch beschränkt eingesetzt." Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 406; Referat 340, Bd. 144635.

10 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 7. Januar 1988, der sowjetische Außenminister Schewardnadse sei bei seinem Besuch vom 4. bis 6. Januar 1988 in Afghanistan zweimal mit Präsident Nadschibullah zusammengetroffen: „Dabei sei über den Fortgang der ‚nationalen Versöhnungspolitik' gesprochen worden. […] Die afghan[isch]-pakistanischen Gespräche begründeten die Hoffnung auf einen ‚frühen Abschluß des Prozesses einer politischen Lösung'. Die afghan. Seite gehe konstruktiv in die nächste Genfer Verhandlungsrunde. AM Sch[ewardnadse] habe nochmals volle Unterstützung für Politik ‚nationaler Versöhnung' bekräftigt. Hinsichtlich eines möglichen Truppenabzugs innerhalb von zwölf Monaten wurde volles Einvernehmen beider Seiten betont. […] Entscheidend sei jetzt die Vollendung des Verhandlungsprozesses in Genf. […] 60 Tage nach Abschluß der Übereinkunft werde SU mit dem Abzug ihrer Truppen beginnen. Er werde in zwölf Monaten abgeschlossen sein". Vgl. den Drahtbericht Nr. 35; Referat 340, Bd. 144622.

habe die sowjetische Bereitschaft dazu in Washington bestätigt.[11] Die afghanisch-pakistanischen Gespräche würden fortgesetzt.[12] Die Schlüsseldokumente seien bereits vereinbart (Nichteinmischung, Rückkehr der Flüchtlinge, einvernehmliche Verständigung über Kontrollen). So bleibe nur die Frage des Termins für den Truppenabzug. Der Zeitraum von zwölf Monaten sei schon festgelegt, wobei nicht auszuschließen sei eine kürzere Frist, wenn die Kampfhandlungen eingestellt worden seien. In zwölf afghanischen Provinzen gebe es schon keinen sowjetischen Soldaten mehr. In diesen Tagen fahre Cordovez nach Kabul, wahrscheinlich ab 20. Januar; danach beginne die nächste Verhandlungsrunde.[13] Er sei der Meinung, dies werde die Abschlußrunde sein, da alle Bedingungen für eine politische Regelung erfüllt seien. Natürlich blieben Fragen: Wie bilde man eine Koalitionsregierung, in welcher Weise sollten Wahlen stattfinden und andere Fragen des friedlichen Zusammenlebens. All dies sollten die Afghanen selbst entscheiden, nämlich die Regierung und diejenigen, die sich in der Opposition befänden. Die Sowjetunion sei sehr daran interessiert, ihre Truppen so schnell wie möglich zurückzuziehen. In diesem Punkt gebe es völlige Übereinstimmung mit Afghanistan. Die sowjetische Seite habe Kontakt zu den USA gehabt, es gebe auch Kontakte mit Pakistan. Vielleicht fahre Woronzow nach Pakistan. Die Hauptaufgabe bestehe darin, den Prozeß in Genf nicht zu stören. Hier liege auch eine wichtige Rolle für den VN-Generalsekretär[14].

Der *Bundesminister* erklärte: Wir hätten alte, herzliche Beziehungen zum Volk der Afghanen. Aus diesem Grunde würden wir intensiven persönlichen Anteil nehmen. Wir hätten nie einen Zweifel daran gelassen, daß wir ein unabhängiges, freies Afghanistan mit wirklicher Blockfreiheit wünschten; dies entspräche auch den legitimen Interessen der Sowjetunion. Wir begrüßten die Ankündigung Gorbatschows betreffend den Truppenabzug innerhalb von zwölf Monaten.[15] Die Verwirklichung wäre ein bedeutsamer Beitrag zur internationalen Stabilisierung und zur Vertrauensbildung. Zugleich würde gezeigt werden, daß auch komplizierte Fragen im Geiste des Vertrauens gelöst werden könnten.

11 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 7. bis 10. Dezember 1987 in den USA auf. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

12 Am 28. Januar 1988 resümierte Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), die Vermittlungsbemühungen des stellvertretenden VN-Generalsekretärs Cordovez zur Beendigung des Krieges in Afghanistan: „1982 konnte die Zustimmung der Außenminister von Afg[hanistan] und Pak[istan] zur Aufnahme substantieller, aber indirekter Verhandlungen unter Vermittlung von Cordovez erreicht werden. Ziel war eine umfassende Lösung des Afghanistan-Konflikts […]. Derzeit pendelt Cordovez zwischen Kabul und Islamabad, um die Genfer Verhandlungen vorzubereiten. Dabei stellen sich folgende Probleme: a) Zeitrahmen für den Rückzug […]. b) Modalitäten für den Abzug […]. c) Wer unterschreibt auf afghanischer Seite? Von pakistanischer Seite wurde jüngst öffentlich erklärt, eine Unterschrift durch die Nadschibullah-Regierung, die von Pakistan nie anerkannt wurde, sei nicht akzeptabel.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 174; Referat 230, Bd. 167283.

13 Zu den Verhandlungen über eine Beendigung des Krieges in Afghanistan vgl. Dok. 37.

14 Javier Pérez de Cuéllar.

15 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte vom 4. bis 6. Januar 1988 Afghanistan. Am 6. Januar 1988 wies er in einem Interview mit der afghanischen Nachrichtenagentur „Bakthar“ auf den Wunsch der UdSSR hin, „das angelaufene Jahr 1988 zum letzten Jahr des Aufenthalts sowjetischer Truppen“ in Afghanistan zu machen. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 294.
Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, gab am 8. Februar 1988 in Moskau die Absicht der UdSSR bekannt, „für den Beginn des Abzugs der sowjetischen Truppen als konkretes Datum den 15. Mai 1988 festzusetzen und ihren Abzug binnen zehn Monaten abzuschließen“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 297.

Der *Außenminister* unterstrich, das afghanische Volk wünsche Frieden, die Führung des Landes habe die Initiative für eine friedliche Regelung ergriffen. Die Vereinten Nationen spielten hier eine wichtige Rolle. Gerade, daß wir diesen Regionalkonflikt unter Mitwirkung des Generalsekretärs der VN lösen wollten, mache die Angelegenheit so bedeutsam. (Einwurf *Bundesminister*: Wir begrüßten das.)

Schewardnadse fuhr fort: Wenn er die derzeitige Entwicklung in Afghanistan verfolge, wo der Trend zur nationalen Versöhnung sichtbar sei, und wenn er den Blick auf andere Regionen richte, wo sich ähnliche Tendenzen abzeichneten, dann sei es unsere gemeinsame Aufgabe, diese Tendenzen zu fördern: in Mittelamerika, in Afrika, in Kambodscha. Als er seinerzeit Kambodscha besucht habe, habe er keine Anzeichen für eine nationale Versöhnung vorgefunden.[16] Jetzt aber führten Sihanouk und Hun Sen Gespräche miteinander, dies wecke Hoffnungen.[17]

Der *Bundesminister* erklärte, wir hätten in Mittelamerika von Anfang an den Arias-Plan unterstützt.[18] Dies sei ein kühnes Konzept, das die Präsidenten der zentralamerikanischen Länder im letzten August angenommen hätten. Es zeige sich, daß kühne Gedanken Wirklichkeit werden könnten, wenn die Hindernisse realistisch überwunden würden. Auch in Mittelamerika unternähmen wir alles im Rahmen unserer Möglichkeiten, nicht nur zur Gewährleistung der Stabilität, sondern auch zur politischen Konfliktlösung.

Der *Außenminister* sagte, die sowjetische Seite kenne unsere Position bezüglich Mittelamerika. Gerade in der letzten Zeit habe sich der Trend zum Positiven gewandelt. Die Contadora-Gruppe[19] habe ein Konzept entwickelt, jetzt hätten wir den Arias-Plan. Eine politische Regelung in Mittelamerika stelle eine reale Perspektive dar, wenn nicht der große Nachbar Hindernisse in den Weg lege.

Der *Bundesminister* wies darauf hin, daß es viel Rückenwind gebe, auch von seiten der Europäischen Gemeinschaft.

Schewardnadse stellte fest, dies bemerke die sowjetische Seite ebenfalls. Bei seiner Lateinamerika-Reise[20] habe er gespürt, daß die Länder in der Region gerade die lateinamerikanische Lösung wollten. Der Prozeß schreite voran.

Der *Bundesminister* fuhr fort: In der Regel solle man den regionalen Konfliktlösungen den Vorzug geben. (Der Außenminister stimmte zu.) Die Lage im Golf-

16 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte am 10./11. März 1987 Kambodscha.

17 Botschafter Broudré-Gröger, Hanoi, berichtete am 8. Dezember 1987: „Das Treffen von Prinz Sihanouk und MP Hun Sen in Paris vom 2.–4. Dezember 1987 ist der wichtigste Schritt zu einer politischen Lösung des Kambodscha-Problems seit dem Einmarsch vietn[amesischer] Truppen und der Vertreibung Pol Pots 1979. […] Die Zukunft Vietnams ist durch die schwierige aktuelle Wirtschaftslage und ihre heutigen Entwicklungsperspektiven stärker gefährdet als durch regionale militärische Bedrohungsszenarien. Die Präsenz in Kambodscha wird in Vietnam immer weniger als nationale Frage verstanden. […] Eine international garantierte neutrale Position Kambodschas, die eine anti-vietn. Koalition mit anderen Regionalstaaten ausschließt, könnte ausreichend Absicherung für Vietnam sein. Vietnam muß weiterhin dem gewachsenen Nationalbewußtsein auch pro-vietn. Kambodschaner Rechnung tragen, das schon jetzt zu einer verdeckten Zusammenarbeit mit Kräften der Koalitionsregierung geführt hat.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 619; Referat 342, Bd. 137121.

18 Zum Arias-Plan vgl. Dok. 1, Anm. 41.

19 Zu den Friedensbemühungen der Contadora-Gruppe vgl. Dok. 61.

20 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte vom 26. bis 30. September 1987 Brasilien, am 4. Oktober Argentinien und vom 5. bis 7. Oktober 1987 Uruguay.

konflikt bereite uns die allergrößte Sorge.[21] Wir unterhielten zu beiden Ländern des Konflikts gute Beziehungen. Uns sei nicht immer Beifall dafür gezollt worden, daß wir auch zum Iran Beziehungen unterhielten. Aber gerade die Komplexität des Problems verlange, daß man den Dialog nicht nur mit dem Irak, sondern auch mit dem Iran führe. Er sei vor drei Jahren im Iran gewesen[22], der iranische Außenminister habe Bonn 1987 besucht[23]. Die Gespräche seien sehr aufschlußreich gewesen, ebenso wie seine Gespräche mit den Irakern vor Weihnachten[24]. Die Entscheidung des Sicherheitsrats vom 20.7.1987 sei sehr bedeutsam.[25] Die Einstimmigkeit dieser Entscheidung stelle ein hoffnungsvolles Zeichen dar. In diesem Zusammenhang würden wir einer engen Kooperation zwischen West und Ost und den Kontakten zwischen den USA und den Sowjets große Bedeutung beimessen. Welche Möglichkeiten sehe der Außenminister, um die Resolution zu verwirklichen?

Der *Außenminister* antwortete, es gebe zwei Verfahren: Erstens gehe es darum, daß die Resolution strikt erfüllt werde, alle Mitglieder des Sicherheitsrats[26] seien sich einig. Der Sicherheitsrat habe noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Der Generalsekretär könne noch aktiver sein. Die SU habe sogar nahegelegt, daß ein Sondervertreter des Generalsekretärs für diese Frage ernannt werde. Zum zweiten: Zum Inhalt der Resolution selbst gebe es keinen Streit, sie sei ein Appell des Sicherheitsrats an den Iran und Irak, eine Vorwarnung an die kampfführenden Seiten. Es könne aber die Frage eines Embargos konkret werden.[27] Zwar glaube er nicht, daß ein Embargo sehr effektiv sein würde angesichts des schwarzen Marktes für Waffen. Eine dritte Möglichkeit eröffne sich für diejenigen, die zu beiden Seiten gute Beziehungen unterhielten. Das seien die Bundesregierung und die sowjetische Regierung. Die sowjetische Regierung sei auch nicht mit Beifall bedacht worden, weil sie Kontakte zum Iran habe. Aber in der Politik müsse man sich von Emotionen freimachen, der Fundamentalismus stehe auf einem anderen Blatt. Man könne mit dem Iran zusammenarbeiten. Das Gleiche gelte für die Zusammenarbeit mit dem Irak. Es stelle sich aber eine delikate Frage: Wie schaffe man ein internationales Organ, das die Ursprünge des Konfliktes untersuche. Dies sei für den Iran ein wichtiger Faktor, der Irak könnte flexibler sein. Er habe die Regierung in Bagdad gefragt, ob sie Angst davor habe, als Aggressor gebrandmarkt zu werden? Die Antwort habe nein gelautet, der Irak habe mit dem Krieg nicht angefangen. Wenn dies so sei, könne man doch diplomatisch vorgehen. In den nächsten Tagen würde man in Moskau Larijani empfangen, man sei mit ihm aktiv in Kontakt.

21 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 16, Anm. 6.

22 Bundesminister Genscher reiste vom 20. bis 22. Juli 1984 in den Iran. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 201 und Dok. 203.

23 Der iranische Außenminister Velayati besuchte am 23./24. Juli 1987 die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 221.

24 Bundesminister Genscher besuchte am 18./19. November 1987 den Irak. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 330.

25 Vgl. dazu Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1988 zum irakisch-iranischen Krieg; Dok. 1, Anm. 33.

26 Korrigiert aus: „Sicherheits“.

27 Zur Frage eines Waffenembargos gegen den Irak und den Iran vgl. Dok. 66.

Der *Bundesminister* merkte an, er sei mit Larijani drei- oder viermal zusammengetroffen.[28] Wichtig sei, daß sich im Sicherheitsrat in dieser Frage kein Ost-West-Gegensatz entwickle.

Der *Außenminister* entgegnete, nach seiner Meinung verlaufe der Prozeß normal, zumindest zwischen den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates. Sorge bereite der Sowjetunion allerdings die massive Präsenz von Kriegsschiffen im Golf. Die Sowjetunion unterhalte nur vier bis fünf Schiffe. Die Präsenz könne ernsthafte Folgen haben, hier sei der Ansatz für einen gefährlichen Konflikt. Deshalb habe die sowjetische Seite vorgeschlagen, die Frage einer Verringerung der Präsenz aufzugreifen.

Der *Bundesminister* fuhr fort: Wir seien dort nicht präsent. Es gebe hierfür politische und rechtliche Hindernisse, unser Grundgesetz[29] verbiete dies. Dies sei keine Mauer, hinter der wir uns politisch versteckten. Er sei immer dafür eingetreten, daß wir aus politischen Gründen dort nicht präsent sein sollten, selbst wenn es das Grundgesetz erlauben würde.

Der *Außenminister* unterstrich, daß es sich insgesamt um eines der schwierigsten Probleme handele. Im Rahmen des Möglichen sollten wir gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um den Brand zu löschen. Der Bundesminister stimmte zu.

Der *Bundesminister* schlug vor, an dieser Stelle die Gesprächsrunde zu beenden; er bezeichnete den Meinungsaustausch als interessant. Er habe Übereinstimmungen aufgezeigt, aber auch Möglichkeiten, dort zu Übereinstimmung zu kommen, wo sie noch nicht existiere.

Der *Außenminister* bemerkte, die Gespräche dieses Tages seien sehr aufschlußreich gewesen. Die Gespräche mit dem Bundesminister seien wie immer sehr interessant und konstruktiv gewesen.

Teilnehmer am Gespräch: Botschafter Meyer-Landrut, D2, D2A, D2A i.V.[30], Leiter MB[31], Stellv. Leiter MB[32], RL 013[33], Dolmetscher Scheel, RL 213[34];

Botschafter Kwizinskij, Bondarenko, Ussytschenko, Staschewskij, Gluchow, Perfiljew, Stepanow, Dolmetscher Smirnow.

Referat 213, Bd. 147135

28 Bundesminister Genscher traf mit dem stellvertretenden iranischen Außenminister Larijani am 1. Juni 1987 erneut am 28. August 1987 zusammen. Für die Gesprächsaufzeichnungen vgl. Referat 010, Bd. 178903.

29 Artikel 87a des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 in der vom Siebzehnten Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 24. Juni 1968 geänderten Form regelte die Aufstellung und den Einsatz der Streitkräfte. Demgemäß waren Auslandseinsätze der Bundeswehr nur im Bündnisfall oder im Fall eines Angriffs auf die Bundesrepublik zulässig. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1968, Teil I, S. 711. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 100.

30 Rüdiger Hartmann.

31 Michael Jansen.

32 Frank Elbe.

33 Jürgen Chrobog.

34 Eberhard Heyken.

19

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

Dg 20/201-362.08-44/88 VS-vertraulich **18. Januar 1988**

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Bundesminister[2]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung der vorgeschlagenen Linie (Ziffern 2 u. 3)

Betr.: NATO-Gipfel in Brüssel am 2./3. März 1988[3]

Anlg.: DB Nr. 50 vom 15.1.1988 von NATO Brüssel[4]

Nachdem GB bereits seit längerem den amerikanischen Gedanken unterstützt, nach dem Washingtoner[5] und vor dem Moskauer Gipfel[6] der beiden Großmächte einen NATO-Rat auf Ebene der Staats- und Regierungschefs vorzusehen, und nachdem wir uns grundsätzlich positiv geäußert haben sowie F bisher (Lord Carrington) „nicht negativ" eingestellt ist, dürfte ein Konsens für diesen NATO-Rat auf höchster Ebene schnell zustande kommen.

Es ist wichtig, daß wir

– schnell unsere eigenen Ziele definieren und

– das zu ihrer Durchsetzung zu wählende Verfahren festlegen.

1) Ausgehend von den Vorstellungen des NATO-GS (Anlage[7]), die vernünftig sind, stellt sich die Lage wie folgt dar:

a) Der US-Administration geht es vorrangig darum,

– mit Blick auf das INF-Ratifizierungsverfahren die uneingeschränkte Unterstützung der europäischen Verbündeten zu dokumentieren,

– das Bündnis einschließlich seiner politischen und militärischen Strategie zu bestätigen,

1 Hat Staatssekretär Sudhoff am 19. Januar 1988 vorgelegen.

2 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 8. Februar 1988 vorgelegen, der handschriftlich den Rücklauf von Bundesminister Genscher an Referat 201 verfügte.

3 Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs vgl. Dok. 75.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 7.

5 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 7. bis 10. Dezember 1987 zusammen. Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 88 (1988), Heft 2131, S. 12–16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 32–38. Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

6 Zum Treffen des amerikanischen Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

7 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete am 15. Januar 1988, NATO-Generalsekretär Lord Carrington habe am 15. Januar 1988 zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 2./3. März 1988 in Brüssel erklärt: „Es sei sehr wichtig, daß Initiative zu Gipfel von Allianz insgesamt – und nicht von Washington – komme, d. h., daß er kein ‚Reagan event' (obwohl dies gewissen Kreisen im Weißen Haus offenbar vorschwebe), sondern eine echte Ratstagung auf Ebene Staats- und Regierungschefs darstelle. Eine solche werde ‚äußerst nützlich' (‚enormously beneficial') sein, welche Auffassung US teile." Vgl. den Drahtbericht Nr. 50; VS-Bd. 12241 (220); B 150, Aktenkopien 1988.

– sich mit Blick auf den bevorstehenden Moskauer Gipfel der Unterstützung der Verbündeten zu versichern, dies gilt insbesondere für die Washingtoner Priorität für das START-Abkommen, sich im übrigen aber möglichst freie Hand zu sichern und Festlegungen in umstrittenen Fragen zu vermeiden. Der relativ große zeitliche Abstand zum Moskauer Gipfel kommt dem entgegen.

Wir müssen davon ausgehen, daß die Reagan-Administration sich auf die beiden von ihr als prioritär angesehenen Abrüstungsabkommen (INF und START) konzentrieren – und vermutlich auch beschränken – will. Bei Festlegung ihrer Haltung zu anderen Fragen wird eine wichtige Rolle spielen, ob die Erreichung dieser Ziele gefördert oder gestört wird.

Dem an sich naheliegenden Gedanken, in dieser wichtigen Phase der West-Ost-Beziehungen ein Gipfeltreffen dazu zu benutzen, nach einer gründlichen Bestandsaufnahme einen „Harmel II“[8] zu billigen, steht auf der Washingtoner Agenda sicher nicht obenan.

b) Die Interessenlage von GB (und F) ist stark dadurch bestimmt, daß sie ihre Interessen als Nuklearmächte schützen wollen, d. h., sie werden dringen auf

– Bestätigung der gültigen Nuklearstrategie[9] und der sie glaubhaft machenden US-Präsenz in Europa mit konventionellen und nuklearen Streitkräften;
– Indossierung von INF und START bei gleichzeitiger Konditionierung weiterführender Abrüstungsverhandlungen im Nuklearbereich, zwar vorrangig in bezug auf SNF, vermutlich aber auch in bezug auf strategische Systeme. GB wird vermutlich auch ein Bekenntnis der USA zur Fortsetzung von kooperativen Verhältnissen im Nuklearbereich sowie zur Modernisierung von Rüstungen wünschen.

2) Es liegt in unserem Interesse, daß die von einem Gipfel zu verabschiedende Erklärung das von der NATO in Brüssel (Dezember 1986)[10] und in Reykjavik (Juni 1987)[11] festgehaltene umfassende Konzept der Rüstungskontrolle und Abrüstung nicht nur bestätigt, sondern voranbringt[12]. Unsere Interessenlage wird von der der USA, GBs und Fs abweichen vor allem bei

a) CW

b) SNF: Hier wünschen wir bündnisinterne Vorbereitungen eines Mandats. Allerdings ist anzumerken, daß BM Wörner kein solches Mandat wünscht und durch die Forderung Dreggers nach SNF-Verhandlungen in seinem Widerstand noch

8 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.
Zur Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO vgl. Dok. 78.

9 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 11, Anm. 9.

10 Vgl. dazu die „Brüsseler Erklärung über konventionelle Rüstungskontrolle“ des NATO-Ministerrats vom 11./12. Dezember 1986; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 77–79.

11 Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 174.

12 Die Wörter „sondern voranbringt“ wurden von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen hervorgehoben. Staatssekretär Sudhoff vermerkte dazu handschriftlich: „Richtig! Aber schwer zu erreichen.“

stärker motiviert wird. Er beruft sich ausdrücklich darauf, daß die Reykjavik-Erklärung „Verhandlungen" nicht erwähnt. Insofern wird eine Klärung innerhalb der Bundesregierung vor dem Gipfel wichtig sein.

Die Haltung unserer Partner ist derzeit stark von der Sorge geprägt, daß die Tendenz zur Fortschreibung von Null-Lösungen bei US-Nuklearsystemen in Europa unwiderstehlich werden könnte. Sie sehen die Bundesrepublik Deutschland in einer Schlüsselrolle. Unsere Haltung zu den Strategiefragen, d. h.

– Bekräftigung der Abschreckungsstrategie, die auf Nuklear- und konventionellen Mitteln beruht,
– Bestätigung des Festhaltens an konventioneller und nuklearer Präsenz der USA in Europa und nuklearer Teilhabe europäischer Partner mittels kooperativer Verhältnisse,
– Verpflichtung, auch künftig das Erforderliche für die Verteidigung zu tun, einschließlich der – unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte (Veränderung der Bedrohung, Entwicklung der Rüstungskontrolle und Abrüstung u. a.) – für erforderlich gehaltenen Modernisierungsschritte, wird daher ihre Haltung zur rüstungskontrollpolitischen Behandlung von nuklearen Kurzstreckensystemen maßgeblich mitbestimmen.[13]

c) Nicht grundsätzlich umstritten sein wird unser Ziel, eine klare Verpflichtung für schnelle Aufnahme von Verhandlungen über Herstellung konventioneller Stabilität in ganz Europa[14] vorzusehen. Die Aussagen sollten hier so deutlich und konkret wie möglich ausfallen, um

– eine klare Orientierung für die eigene Öffentlichkeit zu geben, wo die wirklichen Probleme liegen (Offensivfähigkeit etc.),
– eine klare Antwort an die SU zu geben, deren allgemeines Bekenntnis zur Bereitschaft, Asymmetrien abzubauen, das Bündnis in der politischen Diskussion in die Defensive drängt.

d) Die Glaubwürdigkeit dieser Aussagen zu KRK hängt aber auch davon ab, ob das Bündnis dazu beiträgt, das Wiener Folgetreffen[15] schnell zum Abschluß zu bringen. Nachdem die Frage des konventionellen Kräfteverhältnisses in den USA in den letzten Wochen stärker in den Vordergrund gerückt ist, könnten wir in Washington einen Verbündeten haben, um Frau Thatcher umzustimmen. Ein schneller und erfolgreicher Abschluß des Wiener Folgetreffens ist aber nicht nur wegen KRK notwendig, er ist auch zur Erhaltung und weiteren Dynamisierung des KSZE-Prozesses erforderlich.

13 Zu diesem Absatz notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Elbe handschriftlich: „Wenn die weitere Behandlung der SNF nur von den in den Anstrichen genannten Voraussetzungen abhängt, dürften unsere Partner eigentlich schon jetzt keinen Grund haben, die weitere Behandlung zu verzögern." Vgl. den beigefügten Vermerk; VS-Bd. 12101 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

14 Zum Stand der Gespräche zwischen NATO und Warschauer Pakt über ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 8.

15 In Wien fand seit dem 4. November 1986 die KSZE-Folgekonferenz statt. Zur Verhandlungsrunde vom 22. September bis 18. Dezember 1987 vgl. AAPD 1987, II, Dok. 377.
Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 22. Januar 1988 über die Eröffnungssitzung der neuen Verhandlungsrunde vom selben Tag: „Insgesamt zeichnet sich kein Durchbruch ab. Zwar drängten einige DL auf Beschleunigung, doch waren dazu erforderliche Bewegungen in der Substanz nicht zu erkennen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 83; Referat 212, Bd. 153430.

e) Carrington ist zuzustimmen, daß die Aussagen eines NATO-Gipfels zu Rüstungskontroll- und Abrüstungsfragen auch dann, wenn sie alle in Reykjavik festgehaltenen Felder des Gesamtkonzepts abdecken und sogar fortschreiben, nicht den Auftrag für die Fortschreibung des Gesamtkonzepts erledigen. Dies bleibt dem nächsten regulären NATO-AM-Treffen[16] vorbehalten.

Die bei dem NATO-Gipfel möglichen Präzisierungen können dafür aber sehr hilfreich sein.

f) Grundsätzlich unproblematisch dürften auch die Aussagen zum INF-Abkommen sein, wo alle NATO-Partner – wie Senator Biden[17] nach Abschluß seiner Rundreise erklärte – eine schnelle und überzeugende Ratifizierung wünschen. Auf den Ratifizierungsprozeß könnte sich allerdings der frühe Termin des NATO-Gipfels günstig auswirken, da inzwischen konservative Senatskreise mit dem Gedanken spielen, die Ratifizierung bis nach dem Moskauer Gipfel aufzuschieben.

g) Besonders wichtig wird für uns sein, die Festlegung aller Partner auf das Ziel einer europäischen Friedensordnung deutlich zu dokumentieren. Grundsätzlich wünschenswert wäre sicher ein „Harmel II", der Zeitpunkt ist dafür aber ungünstig

- wegen der Kürze der verfügbaren Vorbereitungszeit: Eine umfassende interne Erörterung aller Sicherheitsfragen (Verteidigung einschließlich Strategie; Rüstungskontrolle und Abrüstung; Bemühung um Dialog und Zusammenarbeit zwischen West und Ost) müßte erfolgen;
- wegen des enbegrenzten Interesses der auslaufenden US-Administration[18]: Sie ist weniger an Konzepten bis zum Jahre 2000 interessiert als am eigenen Platz in der Geschichte, für dessen Sicherung nur noch wenige Monate zur Verfügung stehen. Andererseits: Die grundsätzlichen sicherheitspolitischen Festlegungen, die in einem solchen Bericht erfolgen könnten, wird die nachfolgende Administration nicht unbedingt für sich gelten lassen, wenn sie im „Schnellverfahren" durchgepeitscht wird;
- wegen der Lage in Frankreich: Mit Herannahen des ersten Wahlganges (24. April[19]) wird der Handlungsspielraum für Präsident Mitterrand stark abnehmen.

Unter diesen Umständen wäre es daher vorzuziehen, wenn die Gipfel-Erklärung, auf der Grundlage akzeptierter Konsenssprache im Bündnis basierend, sich auf die Kernfragen konzentriert und – was eine Fortschreibung des Harmel-Berichts angeht – einen Auftrag erteilt, in dessen Erfüllung die neue US-Administration noch einbezogen werden kann. Diese Arbeiten würden dann parallel zur START-

16 Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1988 in Madrid vgl. Dok. 172 und Dok. 173.

17 Bundesminister Genscher traf am 5. Januar 1988 mit dem amerikanischen Senator Biden zusammen. Dabei erklärte Biden, „daß das INF-Abkommen ohne viel Schwierigkeiten und ohne ‚killer-amendments' von einer großen Mehrheit des Senats ratifiziert werde. Der Widerstand werde Tag für Tag geringer. Zwar gäbe es auf der Rechten und auf der Linken aus verschiedenen Gründen Opposition, aber dazwischen liege eine große, ständig wachsende Gruppe, die erkenne, daß der INF-Vertrag einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der westlichen Sicherheit leisten könne. Der Präsident sei in der ungewöhnlichen Lage, die stärkste Unterstützung von den Demokraten, seiner politischen Opposition, zu bekommen." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 204, Bd. 160063.

18 Die Amtszeit von Präsident Reagan endete am 20. Januar 1989.

19 Korrigiert aus: „28. April".
Die Präsidentschaftswahlen in Frankreich fanden am 24. April und 8. Mai 1988 statt.

Ratifizierung und der damit verbundenen grundsätzlichen Strategiedebatte innerhalb der USA erfolgen, was zwar nicht ohne Risiko wäre, wahrscheinlich aber im Interesse der europäischen Bündnispartner liegt.

3) Bei den letzten NATO-Ministertreffen hat es sich günstig ausgewirkt, daß jeweils ein WEU-Ministerrat vorausgegangen war. Eine interne europäische Vorbereitung für den Gipfel wäre sicher von großem Wert, bedürfte aber der Ansetzung eines Sondertreffens, da der reguläre Ministerrat erst Ende April[20] stattfindet. Unseren Interessen dient es wahrscheinlich eher, wenn wir bilateral Verbündete für unsere Positionen werben, wobei das Gespräch mit Washington mit Sicherheit am wichtigsten ist. Zumal bei Beteiligung der Verteidigungsminister würde uns ein WEU-Sonderministerrat nicht in eine bessere Ausgangsposition für den Gipfel bringen, weil die Interessendifferenzen hier schon sehr deutlich würden.

Wir sollten die WEU-Arbeiten allerdings insofern nutzen, als wir auf Formulierungen aus der Plattform[21] für die Gipfel-Erklärung zurückgreifen.

D2A hat mitgezeichnet.[22]

Richthofen[23]

[Anlage]

P.S.: NATO-Generalsekretär Lord Carrington schlug mir gegenüber bei einem privaten Treffen in der Residenz des hiesigen britischen Botschafters[24] am 9. Januar 1988 vor, die Abfassung einer gemeinsamen Erklärung auf dem NATO-Gipfel im Vierer-Kreis vorzubereiten und auf der Basis des erreichten Konsenses einen der Vier zu beauftragen, einen Entwurf zu machen, der dann die Diskussionsgrundlage unter den 16 in der NATO sein soll. Dieser Prozedurvorschlag erscheint vernünftig, allerdings dürfte ein Treffen auf AM-Ebene à la Chevening[25] nicht unbemerkt bleiben und daher schwer zu verwirklichen sein (Termin ohnehin frühestens zweite Februarhälfte). Das schließt eine Abstimmung auf Direktorenebene jedoch nicht aus. Ich schlage vor, die Frage der Prozedur mit AM Shultz zu besprechen, dem Botschafter Burt, wie er mir sagte, vorschlagen wird, die Frage zunächst zwischen ihm und Ihnen zu klären.

VS-Bd. 12101 (201)

20 Die WEU-Ministerratstagung fand am 18./19. April 1988 in Den Haag statt.

21 Für den Wortlaut der von der Tagung des WEU-Ministerrats am 26./27. Oktober 1987 in Den Haag verabschiedeten Erklärung „Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen" vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 613–616.

22 Hat Botschafter Holik am 18. Januar 1988 zur Mitzeichnung vorgelegen.

23 An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich: „P.S. s[iehe] Anlage."

24 Julian Bullard.

25 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) am 9. Dezember 1986 in Chevening vgl. AAPD 1986, II, Dok. 353 und Dok. 354.

20

Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ritter von Wagner

431-493.15-18/88 geheim **18. Januar 1988**[1]
Fernschreiben Nr. 504 Plurez
Citissime

Betr.: Exportkontrolle auf dem Gebiet der Trägertechnologie;
hier: Einbeziehung aller EG-MS in Exportkontrollregime

Bezug: Dipez Nr. 8 u. 9 vom 2.4.1987, Az. 431-493.15-278/87 VS-v, seit 16.9.1987 offen[2]

Anlg.: Non-paper, Az: 431-493.15-16/88 VS-geh.

1) Seit 16. April 1987 wenden D, F, GB, I, J, KAN und USA ein einheitliches Exportkontrollregime auf dem Gebiet der Trägertechnologie an.[3] Nähere Einzelheiten über den Inhalt und die Zielrichtung der Richtlinien ergeben sich aus dem Bezugs-Dipez, das der Vertretung vorliegt.

2) Als Ergebnis der vierjährigen vertraulichen Verhandlungen, die zu den Trägertechnologie-Richtlinien führten, wurde zwischen den sieben beteiligten Regierungen zusätzlich ein geheimes Aide-mémoire[4] verabschiedet, in dem festgestellt wird, daß

– die Exportkontrollen nicht zwischen den beteiligten sieben Staaten zur Anwendung kommen sollen;
– die Richtlinien vorbehaltlich der internationalen vertraglichen Verpflichtungen der Regierungen aus dem Übereinkommen vom 30. Mai 1975 zur Gründung der Europäischen Weltraumorganisation (ESA-Vertrag)[5] sowie aus den Verträgen zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften[6], soweit anwend-

1 Durchschlag als Konzept.
Der Drahterlaß an die Botschaften in London, Paris und Rom wurde von Legationsrat I. Klasse Grolig konzipiert.
Hat Ministerialdirigent Pabsch vor Abgang zur Mitzeichnung vorgelegen.

2 Vortragender Legationsrat Blankenstein informierte über die zwischen den G7 abgestimmte Exportpolitik auf dem Gebiet der Trägertechnologie: „Im Juni 1982 begannen auf amerikanische Initiative Verhandlungen über Richtlinien zur Kontrolle der Ausfuhr von Raketen und Marschflugkörpern, die als Träger nuklearer Sprengkörper geeignet sind, sowie von Komponenten und Technologien zur Herstellung solcher Träger. […] Zweck des Ausfuhrkontrollregimes ist, zu verhindern, daß gewisse Staaten, hauptsächlich der Dritten Welt, die vermutlich an der Entwicklung von Nuklearsprengsätzen arbeiten, in den Besitz der für den Einsatz erforderlichen Träger gelangen oder solche Träger unter Zuhilfenahme westlicher Technologie herstellen." Vgl. den Runderlaß Nr. 8/9; Referat 431, Bd. 153195.

3 Am 16. April 1987 wurde von der Bundesregierung bekanntgegeben, daß am 7. April 1987 ein Kontrollregime für den Export von Trägertechnologie in Kraft gesetzt worden sei. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 94.

4 Für das Aide-mémoire vom 4. März 1987 vgl. Referat 431, Bd. 153195.

5 Für den Wortlaut des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation (ESA) vom 30. Mai 1975 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 1862–1904.

6 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

bar, durchgeführt werden. Für die NATO-Zusammenarbeit enthält das Aide-mémoire einen ähnlichen Vorbehalt;

– sich die sieben Regierungen über die Ablehnung von einzelnen Exportanträgen und in gewissen Fällen über eine bevorstehende Genehmigung gegenseitig unterrichten werden.

3) Wie sich aus beiliegendem Non-Paper im einzelnen ergibt, wirft die vereinbarte Geheimhaltung des Aide-mémoire im Hinblick auf die innereuropäische Kooperation Probleme auf. Wir sind der Ansicht, daß diese Probleme zwischen den vier europäischen Trägertechnologie-Staaten (D, F, GB, I) möglichst rasch erörtert werden sollten mit dem möglichen Ziel, das geheime Aide-mémoire auch den anderen EPZ-Partnern zugänglich zu machen.

Inzwischen haben die Franzosen das Auswärtige Amt auf die Frage der „Europäisierung" des Regimes angesprochen und angedeutet, daß sie – vor allem wegen des in Ziff. 4 des geheimen Aide-mémoire vorgesehenen Informationssystems – Bedenken gegen eine wesentliche Verbreitung des Regimes unter Bekanntgabe des Aide-mémoire haben. Auf die Frage, wie die Richtlinien nach Verwirklichung des europäischen Binnenmarkts gehandhabt werden sollen, wenn nicht alle EG-Partner umfassend informiert und vollständig in das System integriert sind, blieben sie allerdings die Antwort schuldig. Die Briten sehen die Problematik ähnlich wie wir, die Italiener zeigen niedriges Profil in der ganzen Angelegenheit.

Von amerikanischer Seite ist uns inzwischen Verständnis für unser Anliegen signalisiert worden.

4) Die Vertretungen werden gebeten, in den jeweiligen Außenministerien

– auf der Grundlage anliegenden Non-Papers zu demarchieren, das Non-Paper zu übergeben und dabei

– vorzuschlagen, den gesamten Fragenkomplex im Kreise der vier europäischen Trägertechnologiestaaten am 18. Februar 1988 in Brüssel im Rahmen eines Arbeitsessens, zu dem die deutsche Seite einlädt, zu erörtern (Restaurant l'Atelier Européen, Rue Franklin, 12.30 Uhr).[7] Ort und Zeitpunkt erscheinen deshalb als günstig, weil die zuständigen Kollegen dann ohnehin in Brüssel sein werden (Teilnahme an EPZ-Arbeitsgruppe Nichtverbreitung).

Erforderlichenfalls ist zu betonen, daß D nicht als Präsidentschaft[8] einlädt, sondern weil wir das anliegende Problem als an dem Exportkontrollregime Beteiligte für dringend erörterungsbedürftig halten.

7 Am 24. Februar 1988 teilte Botschafter Schaad, Wien (Internationale Organisationen), mit, daß Vortragender Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner die Niederlande über das Gespräch zwischen der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und Italien wie folgt unterrichtet habe: „F (Gotlieb) habe gleich zu Beginn des Gesprächs Opposition gegen alsbaldige Europäisierung T[räger]T[echnologie]R[egime]s zu erkennen gegeben. […] In der Sache habe UK eine der unsrigen ähnliche Haltung eingenommen. Insbesondere im Hinblick auf eine Erweiterung des TTR durch Staaten außerhalb der EG (SU, VRCh u. a.) sei nach UK-Meinung mehr Eile geboten, als F erkennen lasse." Italien habe dafür plädiert, „das Aide-mémoire nur insoweit anderen EG-Partnern zugänglich zu machen, als dies notwendig sei, um die Grundlage für die EG-Kompatibilität des TTR darzulegen. Die gegenseitige Privilegierung der ursprünglichen Sieben, die das Aide-mémoire etabliere, gehe andere nichts an und sollte nach I-Meinung auch im Hinblick auf außereuropäische Erweiterungen anderen nicht preisgegeben werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 112; VS-Bd. 14539 (431); B 150, Aktenkopien 1988.

8 Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

Ansprechpartner im FCO ist John Gordon, im Quai Bernard Gotlieb[9], im römischen AM P. B. Francese.

5) Bericht über jeweilige Reaktionen der Außenministerien und Ergebnis der Demarchen erbeten.

[gez.] Wagner

Folgt Anlage

Non-Paper

Einbeziehung aller EG-Mitgliedstaaten in das Trägertechnologie-Exportkontrollregime

1) Das seit 16.4.1987 von Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, Großbritannien und USA angewandte Exportkontrollregime auf dem Gebiet der Trägertechnologie hat in den letzten Sitzungen der EPZ-Arbeitsgruppe „Nichtverbreitung" zu erheblicher Kritik einiger EPZ-Partner geführt.[10]

Diese EPZ-Partner – vor allem NL und B – begegnen dem Exportkontrollregime insbesondere deshalb mit Unverständnis, da sie aufgrund des Wortlauts der Richtlinien Grund zu der Annahme haben, die Exportkontrollen könnten auch gegen sie zur Anwendung kommen und damit die bewährte Zusammenarbeit in ESA, EG und NATO in diesem Punkt in Frage stellen. Gegenteilige Versicherungen bei der Unterrichtung dieser EPZ-Partner, die an den vertraulichen Verhandlungen zur Ausarbeitung der Trägertechnologie-Richtlinien nicht beteiligt waren, haben die Verwirrung eher noch erhöht.

2) Die Ausnahmeregelung für EG, ESA und NATO-Partner ergibt sich nur aus dem geheimen Aide-mémoire, über das diese EPZ-Partner seinerzeit nicht unterrichtet wurden. Deswegen war es nicht möglich, auf glaubhafte Art gegenüber diesen EPZ-Partnern zu versichern, daß sich – entgegen dem Wortlaut der bekannten Richtlinien – das Exportkontrollregime gerade nicht nachteilig auf die Kooperation innerhalb von ESA, EG und NATO auswirken wird. Dieser scheinbare Widerspruch ist geeignet, bei den EPZ-Partnern Mißtrauen hervorzurufen und den Verdacht zu bestärken, daß ihnen entscheidende Dokumente vorenthalten werden.

3) Zusätzlich zu diesem Dilemma, das bei der Ausarbeitung des Exportkontrollregimes nicht erkannt wurde und Ursache für die in der EPZ-AG „Nichtverbreitung" vehement vorgetragene Kritik der nicht beteiligten EPZ-Partner ist,

9 Botschafter Pfeffer, Paris, berichtete am 22. Januar 1988, daß seitens der Botschaft bei dem Referatsleiter im französischen Außenministerium, Gotlieb, ein Non-paper übergeben worden sei: „Gotlieb bedankte sich für Papier, das ihm eine präzise Darlegung der deutschen Argumentation liefere und einige Unklarheiten aus der mündlichen Unterrichtung des Vertreters franz[ösischer] Botschaft in Rom bereinige. […] Zur Sache selbst gab er in einer ersten Stellungnahme zu erkennen, daß auch F Konfliktpotential mit den anderen EPZ- und ESA-Partnern sieht, solange sie nicht über das geheime Aide-mémoire unterrichtet sind. Insoweit hielt er unseren Vorstoß für berechtigt. Vor einer definitiven Entscheidung müßten aber noch einmal umfassend im Kreise der Vier (F, UK, I und D) die Argumente geprüft werden, die im Laufe der langwierigen Verhandlungen schließlich zur Aufspaltung in die veröffentlichten Richtlinien und das geheime Aide-mémoire geführt hätten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 215; VS-Bd. 14539 (431); B 150, Aktenkopien 1988.

10 Bei der Sitzung der EPZ-Arbeitsgruppe Nichtverbreitung am 18./19. November 1987 in Brüssel wurden auch Exportkontrollen für Trägertechnologie behandelt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 569 COREU aus Brüssel; Referat 431, Bd. 153293.

gibt es ein weiteres grundsätzliches Problem, das es nahelegt, daß[11] die anderen EPZ-Partner über Existenz und Inhalt des geheimen Aide-mémoire unterrichtet werden sollten:

Exportkontrollen auf dem Gebiet der Trägertechnologie zwischen den EG-Mitgliedstaaten werden spätestens mit der für 1992 angestrebten Verwirklichung des gemeinsamen Marktes und dem damit verbundenen unkontrollierten Warenverkehr[12] auch formal obsolet werden. Dies bedeutet, daß spätestens 1992 die im geheimen Aide-mémoire enthaltene Privilegierung der EG-Partner offengelegt werden müßte, da die Richtlinien allein in Widerspruch zu dem Prinzip eines freien Binnenmarktes stehen. Spätestens bis 1992 wird es auch gelungen sein müssen, alle EG-Mitgliedstaaten zur Anwendung des Exportkontrollregimes zu bewegen, um sicherzustellen, daß keine sensitive Trägertechnologie über EG-Mitgliedstaaten, die das Exportkontrollregime nicht anwenden, an unbefugte Empfänger in Drittstaaten gelangt.

4) Aufgrund dieser Überlegungen hat die Bundesregierung in vertraulichen bilateralen Konsultationen mit den Niederlanden, die das Exportkontrollregime in der EPZ-AG „Nichtverbreitung" besonders skeptisch beurteilt hatten, die in dem Aide-mémoire enthaltenen Absprachen bekannt gemacht. Dies hat auf niederländischer Seite zu größerem Verständnis und zum Abbau der gegenüber allen vier europäischen Trägertechnologie-Partnern bestehenden Verärgerung beigetragen.

Am 8. Dezember 1987 haben wir die USA über diesen Schritt gegenüber den Niederlanden unterrichtet und um Verständnis dafür geworben, daß nach deutscher Auffassung alle EG-Partner über alle Einzelheiten, d. h. auch den Inhalt des geheimen Aide-mémoire, unterrichtet werden müssen, wenn das Regime in Europa mit Erfolg praktiziert werden soll.[13]

Von amerikanischer Seite ist inzwischen Verständnis für dieses Anliegen signalisiert worden.

5) Die Bundesrepublik Deutschland hält es angesichts der dargelegten Problematik für dringend geboten, im Kreise der vier europäischen Trägertechnologie-

11 Korrigiert aus: „die ob".

12 Vgl. dazu Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986; BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

13 Am 4. Januar 1988 wies der französische Botschaftsrat Carré Vortragenden Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner darauf hin, daß „nach französischen Informationen" das geheime Aide-mémoire vom 4. März 1987 von der Bundesrepublik den Niederlanden bekannt gemacht worden sei. Dazu stellte Carré fest: „Französische Botschaft in Washington habe im US-State Dep[ar]t[ment] von angeblicher deutscher Inititative erfahren, den an einem Beitritt zum Trägertechnologieregime interessierten EG-Staaten das Aide-mémoire offenzulegen und diese dadurch den gegenwärtigen sieben Mitgliedern des ‚Clubs' gleichzustellen. F sei darüber erstaunt, in einer die EG-Staaten betreffenden Angelegenheit zuerst von den USA (und nicht von D) unterrichtet zu werden." Wagner erwiderte, „daß es sich nicht um eine deutsche Initiative handele. In der Sache halte man jedoch eine vollständige Information der Verbündeten über das Regime für notwendig, wenn man diese hierfür gewinnen wolle. NL beispielsweise arbeite mit uns in der NATO, der EG, der EPZ und der ESA eng zusammen. Es sei ein Geburtsfehler des Regimes, daß der Inhalt des Aide-mémoire den Kandidaten zwar mitgeteilt (z. B. bei der Unterrichtung im Kreise der NATO-Staaten), dessen Existenz und Text jedoch geheimgehalten werde. […] Bei bilateralen Konsultationen mit NL in Bonn sei klar geworden, daß man mit den verbündeten Holländern das Gespräch über Trägertechnologie nicht mehr ernsthaft führen konnte, ohne die Existenz des Aide-mémoire zuzugeben." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 431, Bd. 153195.

partner gemeinsam darüber nachzudenken, wie das sich aus dem Vorenthalten des Aide-mémoire ergebende Problem gelöst bzw. entschärft werden könnte. Nur dann bestehen auch Chancen, die Übernahme des Exportkontrollregimes durch die anderen EPZ-Partner zu erreichen.

Ob und in welcher Form eine solche Übernahme vollzogen werden könnte, sollte Gegenstand gemeinsamer Überlegungen sein. Es könnte daran gedacht werden, zu prüfen, ob eine Lösung, wie sie im Herbst 1984 mit der EPZ-Erklärung zur Nichtverbreitung und zum freien Warenverkehr von Nukleargütern innerhalb der Gemeinschaft vom 20.11.1984[14] für die Übernahme der sog. „Londoner Richtlinien" gefunden wurde[15], auch für die Trägertechnologie-Richtlinien ein brauchbarer Weg wäre.[16]

VS-Bd. 14539 (431)

14 Die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 20. November 1984 in Brüssel verabschiedete eine gemeinsame politische Erklärung zu den Auswirkungen einer Annahme der „‚Richtlinien von London'" zur Regelung der Ausfuhr von Kernmaterial, kerntechnischen Ausrüstungen und Kerntechnologien durch die EG-Mitgliedstaaten. Vgl. BULLETIN DER EG 11/1984, S. 13.

15 Auf amerikanische Einladung trat am 23. April 1975 in London eine Konferenz von Vertretern der sieben wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie (Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Japan, Kanada, UdSSR, USA) zusammen, um Maßnahmen zur Verhinderung nuklearer Proliferation zu prüfen. Vgl. dazu AAPD 1975, I, Dok. 104.
Auf ihrer vierten Konferenz am 4./5. November 1975 in London verabschiedete die sogenannte „Suppliers' Group" ad referendum Richtlinien für das Exportverhalten im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 354.
Nach dem Beitritt weiterer Staaten und verschiedener Textänderungen und -ergänzungen wurden die Richtlinien am 11. Januar 1978 der IAEO übergeben. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 171–181.

16 Am 25. Januar 1988 resümierte Botschafter Ruhfus, Washington, ein Gespräch des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ritter von Wagner im amerikanischen Außenministerium am 21. Januar 1988: „Im Zentrum stand die Frage nach der Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen zum T[räger]T[echnologie]R[egime] innerhalb der privilegierten Gruppen, insbesondere der EG, und dabei vor allem das Zusammenspiel mit den an der Ausarbeitung des TTR nicht beteiligten Ländern. Wichtigstes Ergebnis war, daß US die Notwendigkeit der Europäisierung des Regimes akzeptiert, unterstützt und die Weitergabe des Inhalts des Aide-mémoire an NL versteht und nicht kritisiert. Das Gespräch offenbarte hinsichtlich der Auslegung des TT-Regimes erhebliche Interpretationsdifferenzen zwischen US und uns und ließ US-Tendenz zu weiterer Verschärfung der Restriktionen im Vollzug erkennen. […] Das Gespräch zeigte, daß US dazu tendiert, von der Grundlinie des TTR, eine ‚catastrophic marriage' von Nuklearwaffen und Trägertechnologie zu verhindern, abzuweichen, und auch an eine Verhinderung und Kontrolle des Reexportes von Trägertechnologien aus nicht ‚nuklearwaffenverdächtigen' Ländern (Beispiel Schweiz) denken." Vgl. den Drahtbericht Nr. 321; VS-Bd. 14539 (431); B 150, Aktenkopien 1988.

21

Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 73 **Aufgabe: 18. Januar 1988, 15.30 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 19. Januar 1988, 08.16 Uhr**

Betr.: Gespräche BM am 16.1.1988 in Damaskus[2];
hier: Gesprächsaufzeichnung

BM hat am 16.1. nacheinander Gespräche mit MP Zoubi, VP Khaddam und Präsident Assad geführt. Alle drei Gespräche verliefen in einer ausgezeichneten und freundschaftlichen Atmosphäre, obwohl auch kontroverse Fragen angesprochen wurden. Anliegend gebe ich den jeweiligen Gesprächsverlauf nach den von mir angefertigten Protokollen wieder.

[gez.] Schlingensiepen

Folgt Anlage

1) Ministerpräsident Mahmoud al-Zoubi

BM betonte eingangs besondere Bedeutung des Besuchs für die weitere Verbesserung der Beziehungen. Da MP Zoubi nach Ausbildung und Werdegang ein Wirtschaftsmann ist, brachte BM das Gespräch gleich auf dieses Gebiet. Wir seien für den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen. BM erkundigte sich nach den syrischen wirtschaftlichen Schwerpunkten.

MP Zoubi sagte, daß die wirtschaftlichen Beziehungen heute bereits gut seien, aber daß die Syrer auf einen spürbaren Ausbau hofften. Die entwicklungspolitische Infrastruktur habe sich auch gerade durch deutsche Hilfe schon spürbar gebessert.[3] Syrien sei ein Agrarland und den Agrarprojekten gehörte absoluter Vorrang. Als zweites kämen die landwirtschaftlich orientierten Industriezweige. Man plane ambitiöse Projekte, leide aber zur Zeit darunter, daß der Dollar gegenüber dem syrischen Pfund aufgewertet worden sei. Die syrische Regierung setze sich vier Schwerpunktziele:

– Modernisierung der Landwirtschaft,
– Reorganisation der Industriebetriebe,
– Exportsteigerung,
– Kostendämpfung.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 21.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 19. Januar 1988 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich am 15./16. Januar 1988 in Syrien auf. Vgl. dazu auch Dok. 16.

3 In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 5. Januar 1988 hieß es: „Die deutsch-syrische Entwicklungszusammenarbeit ist wichtiger Bestandteil der bilateralen Beziehungen. Dies wurde mit der Unterzeichnung der Darlehensverträge für Warenhilfe V (DM 55,9 Mio.) und des Vorhabens Ölextraktionsanlagen (DM 14,7 Mio.) im Juli 1987 zum Ausdruck gebracht. Der im Dezember 1987 gewährte zusätzliche Warenhilfekredit (DM 7,5 Mio.) verdeutlicht die deutsche Bereitschaft zur Unterstützung Syriens." Vgl. Referat 310, Bd. 196161.

Die deutsch finanzierten Projekte liefen gut. Man wolle deutsche Kredite zu günstigen Bedingungen. Man hoffe auf die deutsch-syrischen Joint ventures, auch im Tourismus. Die Maßnahmen der EG gegen Syrien seien ungerecht.[4]

BM lobte, daß Syrer die Landwirtschaft nicht vernachlässigen, was auch Voraussetzung für gesunde Entwicklung der Industrie sei. Es gebe Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit in den Bereichen Landwirtschaft, Handwerk und Industrie. Er begrüßte, daß die Syrer die Leichtindustrie entwickeln wollen.

Der Privatsektor sei der Motor der Industrialisierung. Deshalb sollten nicht nur staatliche, sondern gerade auch private Investitionen und Joint ventures ermutigt werden. Die Syrer müßten allerdings bessere Rahmenbedingungen schaffen. BM sprach Transferproblem als schwierigstes Problem an, nannte besonders Lufthansa. Die Transferschwierigkeiten seien eine Abschreckung für deutsche private Firmen, in Syrien zu investieren.[5]

Wir werden uns für so gute Zusammenarbeit wie möglich bilateral und mit EG stark machen. Es muß zu einer Zeichnung des EG-Finanzprotokolls kommen.[6]

BM wörtlich: „Für mich ist die europäisch-syrische Zusammenarbeit wichtiger Teil der europäisch-arabischen Zusammenarbeit."

Vize-PM Yassin: Transfer-Probleme mit Lufthansa würden gelöst werden. BM sprach außerdem die Flugfrequenz an.

BM sprach auch die Probleme mit AEG[7] und DEMINEX[8] an, wobei MP Zoubi versicherte, daß das DEMINEX-Problem „mit gutem Willen gelöst werden würde".

4 Vgl. dazu die Beschlüsse der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 10. November 1986; Dok. 16, Anm. 22.

5 Vortragender Legationsrat Rau vermerkte am 14. Januar 1988: „a) Von der syrischen Staatsbank sind seit September 1985 keine Devisentransfers von den im Lande mittlerweile kumulierten Lufthansa-Guthaben in einer Größenordnung von umgerechnet ca. 15 Mio. DM vorgenommen worden. Nach Auskunft des syrischen Wirtschaftsministeriums sind die Aussichten für Überweisungen nach wie vor schlecht. b) Gegenüber Syrian Arab Airlines bestehen Lufthansa-Forderungen in Höhe von insgesamt 5,5 Mio. DM aus Gesellschaftsabrechnungen und technischen Leistungen, die trotz mehrfacher Abmahnungen bisher nicht beglichen wurden." Vgl. Referat 310, Bd. 196161.

6 In einer Aufzeichnung vom 7. Januar 1988 wies Referat 411 darauf hin, daß von den Europäischen Gemeinschaften mit Syrien ein erstes Finanzprotokoll über 60 Millionen ECU für den Zeitraum 1977 bis 1981 sowie ein zweites für die Jahre 1982 bis 1986 über 97 Millionen ECU abgeschlossen worden seien: „In der dritten Generation der Finanzprotokolle, die Anfang 1987 vom Rat verabschiedet wurden, sind für Syrien wegen politischer Schwierigkeiten mit GB und uns (im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten) keine Mittel zur sofortigen Verwendung vorgesehen worden. Es stehen jedoch in der Reserve 36 M[illionen]ECU Haushalts- und 110 MECU EIB-Mittel zur Verfügung. GB hat bisher keine Bereitschaft erkennen lassen, die Blockierung dieser Mittel aufzuheben." Vgl. Referat 310, Bd. 196161.

7 Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit informierte am 5. Januar 1988 über den syrischen Wunsch, mit 75,5 Millionen DM aus der Finanziellen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik ein Gasturbinenkraftwerk im Tayem-Ölfeld zu errichten: „Die AEG hat mit der syrischen Seite einen Basisvertrag geschlossen, der noch um derzeit nicht vereinbarungsfähige, für den Betrieb des Kraftwerks jedoch erforderliche Lieferpositionen ergänzt werden muß. Der Gesamtfinanzbedarf steht noch nicht fest, kann aber DM 100 Mio. erheblich übersteigen, so daß neben syrischen Eigenleistungen auch die Inanspruchnahme von Mischfinanzierung (etwa in der Größenordnung von DM 20 Mio.) notwendig werden könnte. Die KfW prüft derzeit die von syrischer Seite übersandten Unterlagen." Vgl. Referat 310, Bd. 196161.

8 Durchgängig korrigiert aus: „IMEX".
In einer Aufzeichnung des Referats 405 vom 6. Januar 1988 wurde ausgeführt: „Die deutsche Erdölversorgungsgesellschaft mbH betreibt seit 1979 mit finanzieller Unterstützung des Bundes in einem Konsortium (37,5 Prozent DEMINEX, 62,5 Prozent Shell/Pecten) in Syrien Erdölexploration. Bis Ende

2) Vizepräsident Khaddam

BM: Wir sind in großer Sorge über Entwicklung im Libanon. Was für Lösungsmöglichkeiten sehen Syrer?

K: Gibt Rückblick seit 1943.

Die christliche Minderheit (nur noch 30 Prozent) wolle mit Hilfe Israels christlichen Staat gründen, die Moslems islamische Republik mit Hilfe des Iran.

Syrien gegen solche Radikallösungen. Schon mit Staatspräsident Frangieh habe sich Syrien über Verfassungsreform geeinigt, was an Jumblatt und Arafat scheiterte. Gemayel habe 1985 mit einem De-facto-Coup d'état[9] den Pakt der verschiedenen Kräfte gesprengt.

Seitdem Zustand absoluter Desorientierung. Syrien versucht, neuen nationalen Dialog zustande zu bringen[10], was bisher an Gemayel und dessen Aversion gegen politische Reformen gescheitert ist.

Der Libanon muß ein unabhängiger demokratisch-parlamentarischer Staat werden. Institutionen statt Personen müssen herrschen. Abschaffung des Konfessionalismus sei nötig. Gemayel habe nichts gegen die Mörder Karames unternommen.

Syrien habe dagegen die „Blockierung" der Maroniten verhindert und Dialog mit US über mögliche Lösungen geführt. US-Papier über Reform liberaler Verfassung fand bei Syrern positives Echo, so daß sie rieten, Papier mit Gemayel zu diskutieren. Gemayel habe Gegenentwurf präsentiert, der verlange, daß er mit Syrien verhandeln könne. „Wozu verlangte er das? Wir sind nicht libanesische Partei!" Ziel müsse Einheitsstaat mit starker Zentralgewalt sein, ideologisch gemäßigt. Alle Bürgerkriegsgruppierungen müßten entwaffnet werden.

BM: Wie kann man bewirken, daß Einflüsse von außen Lage nicht noch erschweren?

Fortsetzung Fußnote von Seite 115

1987 wurden DEMINEX hierfür r[un]d 137 Mio. DM Bundesmittel darlehensweise zur Verfügung gestellt; daneben hat der Bund Bürgschaftsverpflichtungen von bis zu 36 Mio. US-Dollar übernommen. […] DEMINEX hat sich vertraglich verpflichtet, das geförderte Rohöl in den Raffinerien ihrer Gesellschafter (VEBA Öl, Wintershall, UK Wesseling, Saarbergwerke) einzusetzen. Dies scheitert z. Zt. daran, daß die syrische Regierung von ihrem vertraglichen Optionsrecht Gebrauch macht, das Konsortium anstelle der vorgesehenen Öllieferungen durch Barzahlungen abzufinden. Für die syrische Seite war dabei maßgebend die gute Qualität der Rohöle, mit denen syrische Ölimporte ersetzt werden können." Referat 310, Bd. 196161.

9 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter unterschlängelt.

10 Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, gab am 4. Januar 1988 einen Überblick zur syrischen Politik gegenüber dem Libanon: „Die israelische Invasion von 1982 hat Syrien auf den Plan gerufen. Dieses hat den schließlichen Abzug der israelischen (und westlichen) Kräfte vor allem durch eine Mobilisierung und Radikalisierung moslemischer Gruppierungen erreicht. So konnte Israel in die Schranken gewiesen werden, aber das wurde mit dem Zerfall des libanesischen Staates bezahlt. […] Die syrische Politik zeigt seit 1983 folgende Wendepunkte: Mai 1983 israelisch-libanesisches Abkommen, danach syrische Unterstützung der Opposition (drusische P[arti]S[ocialiste]P[rogressiste], Schiiten) gegen die christliche Regierung bis ca. Februar 1984; Oktober 1985 Drei-Milizen-Abkommen (‚Forces Libanaises', Amal, PSP) unter syrischer Ägide; Januar 1986 Entmachtung des pro-syrischen Führers der ‚Forces Libanaises' (Elie Hobeika), Abkehr der F[orces]L[ibanaises] vom Drei-Milizen-Abkommen, praktisches Scheitern des Abkommens; 20./21.2.1987 Einmarsch von 7000 syrischen Soldaten in West-Beirut; 1. Juni 1987 Ermordung MP Karames. […] Die Syrer arbeiten z. Zt. mit einer Reihe von islamischen Gruppierungen zusammen, während das frühere Bündnis mit den Christen nicht mehr besteht. Assad hat Gemayel fallen lassen, der hier als mitschuldig am Tode Karames gilt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 6; Referat 310, Bd. 196161.

K: Einfluß der Religion auf die Politik führe zur Zerstörung des Staates. Deshalb habe Syrien Muslim-Brotherhood zerschlagen.[11] Die Libanesen haben nur die national-demokratische Option. Sonst führe Circulus vitiosus zwischen christlichem und moslemischem Fundamentalismus in den Untergang. Auf beide Seiten müßte Druck zum Kompromiß ausgeübt werden. Israel schüre den konfessionalistischen Ungeist.

BM: Sprechen Sie mit Iranern, daß sie mäßigend auf ihre Freunde einwirken?

K: Iran werde nationale Lösung nicht verhindern können, wenn Konsensus erreicht.

BM: Wer sind die Kräfte der Erneuerung?

K: Das wichtigste ist, daß Präsident national-demokratischer Umwandlung zustimmt und daß Konfessionalismus und militärische Gruppierungen abgeschafft werden.

BM: Wer wird Präsident?[12]

K: Jeder Maronit betrachtet sich als Prätendent.

BM: Nach Bereinigung des OW-Verhältnisses[13] darf NO nicht Experimentierfeld für Konflikte bleiben.

K: Bejaht das. Wenn regionale Spannungsfelder nicht befriedet würden, schlage das auf die Beziehungen der Supermächte zurück. Aber weder USA noch SU hätten ernstliches Interesse, Golfkrise zu beenden.[14] Die westlichen Flotten steigerten den sowjetischen Einfluß im Iran. Der westliche Druck verhärte Iran, und das könne nur SU zugute kommen.

Iran sei mit Bundesrepublik Deutschland als einzigem westlichem Staat zufrieden. Der SR sei ein zu schwankendes Instrument, um sich auf ihn zu verlassen.

BM: Man sollte dessen Arbeit nicht unterschätzen, allein schon wegen Annäherung US/SU auch im SR. SRR 598 bedeutsam.[15] Die Supermächte könnten im SR gemeinsam gegen Ersatzkonflikte arbeiten, wenn es gelinge, sie dort zusammenzuhalten. Unsere Politik ist sehr ähnlich wie die Syriens. Wir würden auch keine Schiffe in den Golf schicken, wenn dieses uns rechtlich möglich wäre.

K: Syrien stehe positiv zur neuen Ost-West-Entwicklung und erhoffe sich positive Auswirkungen auf die Region. USA müßten ihre Verantwortung wahrnehmen. Iran sei gegen SRR 598 skeptisch gewesen, weil anfangs unausgewogen.

BM: Die Deutschen hätten sehr große Anstrengungen für beiderseits akzeptable Resolution unternommen.

K: Golfstaaten seien schwach, deshalb bedroht durch Steigerung der Spannung. Araber dürfen den Krieg nicht mehr unterstützen.

BM: Wie kann man ihn beenden?

11 In der syrischen Stadt Hama kam es 1982 infolge eines Aufstands der Moslem-Bruderschaft zu schweren Kämpfen. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 69.

12 Die Amtszeit des Präsidenten Gemayel endete am 22. September 1988.

13 Ost-West-Verhältnisses.

14 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 16, Anm. 6.

15 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 1, Anm. 33.

K: Forderung Irans nach Änderung des irakischen Systems sei nicht logisch. Beschluß Khomeinis sei aber nun einmal göttlich-heilig, so komme der Iran kaum von der Forderung nach Sturz S. Husseins herunter. Zunächst müßten Spannungen zwischen Golfstaaten und Iran abgebaut werden, was sich dann auf Verhältnis Iran/Irak positiv auswirke.

BM: Durch Abflauen OW-Konflikts werden verschiedene Kraftfelder entstehen. Auch deshalb sollte der euro-arabische Dialog wieder ins Leben gerufen werden.

K: Druck der Supermächte wird abnehmen. Europa, China und andere können stärkere Rollen spielen.

Das Gespräch schloß dann mit dem Austausch von Erinnerungen an frühere Begegnungen.[16]

3) Präsident General Hafiz al-Assad

Nachdem man sich gemeinsam an die früheren Begegnungen erinnerte[17], begann Präsident Assad das Gespräch damit, daß es zwar unlängst Irritationen gegeben habe, unsere Länder aber nicht deren Quelle gewesen seien.

„Unsere Freundschaft ist sehr alt und daher gut. Heute wollen wir in die Zukunft schauen."

BM sagte, wir hätten in einer komplizierten Phase die Beziehungen nicht beschädigen wollen. Sie entwickelten sich gut. Er werde persönlich darauf wirken, daß sie sich weiter intensivierten. So habe er Scharaa eingeladen.[18] Wir würden das Unsere tun, daß sich die syrischen Beziehungen zur EG verbesserten und das Finanzprotokoll endlich unterzeichnet werde.

Die Ost-West-Politik entwickelte sich zur Zeit positiv. Im Nahen Osten gebe es dagegen Verschlechterungen. Wir sehen um so mehr die syrische Politik positiv.

Assad: Die Standpunkte beider Länder stimmten fast überein. Auch Syrien wolle die bilateralen Beziehungen ausbauen. „Wir schätzen Ihre Rolle in der EG, die die Irritationen auszuräumen geeignet ist."

16 Bundesminister Genscher und der syrische Außenminister Khaddam trafen am 12. Mai 1975 zusammen. Vgl. dazu AAPD 1975, I, Dok. 112.
Genscher und Khaddam führten am 9. Februar 1977 in Damaskus zwei Gespräche. Vgl. dazu die Aufzeichnungen des Vortragenden Legationsrats Richter vom 18. Februar 1977; Unterabteilung 31, Bd. 135607.
Am 12. September 1978 empfing Genscher Khaddam. Für das Gespräch vgl. AAPD 1978, II, Dok. 262.
Genscher und Khaddam führten am 27./28. August 1979 in Damaskus zwei Gespräche. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 240 und Dok. 242.

17 Bundesminister Genscher wurde von Präsident Assad am 9. Februar 1977 in Damaskus empfangen. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 27.
Genscher traf mit Assad am 27. August 1979 in Damaskus zusammen. Für das Gespräch vgl. AAPD 1979, II, Dok. 241.
Am 31. August 1985 führten Genscher und Assad in Damaskus ein Gespräch. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 239.
Genscher und Assad begegneten sich am 30. April 1986 in Belgrad. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 126.

18 Der syrische Außenminister Scharaa besuchte am 24. Juni 1988 die Bundesrepublik. Bundeskanzler Kohl führte im Gespräch mit Scharaa aus: „Assads positive Bewertung der bilateralen Beziehungen könne er, BK, nur unterstreichen; er hoffe auch auf eine weitere Vertiefung. Deutsche und Araber könnten über ihr Verhältnis im Grunde positiveres aussagen, als daß es zwischen ihnen keine historischen Probleme gebe. Historisch könne man vielmehr von gegenseitiger Befruchtung sprechen. […] BK unterstreicht sodann die große Bedeutung des Entführungsfalles Cordes auch für die bilateralen Beziehungen. Der syrischen Regierung gebühre unser Dank für ihre bisherigen Bemühungen, uns in der Geiselfrage zu helfen. Er bitte die syrische Regierung, weiter ihre ganze Autorität und Kraft einzusetzen, um Cordes zur Freiheit zu verhelfen." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 412, Bd. 168787.

Bei der Lösung internationaler Probleme könnten wir gemeinsam handeln. Gemäßigt, gerecht und taktisch geschickt müssen die Probleme gelöst werden. Iraner sprächen von den Deutschen in einem freundschaftlichen Ton.

Er habe Walters nach den Gründen für die US-Intervention gefragt. Walters: USA wollten damit die Ausweitung des Krieges verhindern. Assad: Bereits seit sieben Jahren habe er sich nicht ausgeweitet, was das Verdienst Syriens sei. Walters habe darauf nichts Rechtes erwidern können. (Später sagte Assad im gewissen Widerspruch hierzu, heute seien die ausländischen Flotten gegen die Ausweitung des Krieges tätig. Aber anders als Syriens Politik brächte das erhöhte Spannung.)

Wer Gewalt gegen den Iran anwende, kenne nicht dessen Realitäten und die iranische Mentalität, die hartnäckig, starr und sehr ausdauernd sei. Iran habe dagegen keine große (ideologische?) Ausstrahlung auf islamische und arabische Region.

Nur der Druck von Freunden würde Iran beeindrucken, aber auch für die Freunde gebe es keinen „ebenen Weg".

Angeblich unterstützten die Golfstaaten Irak nicht mehr, aber so sicher sei das nicht. Für den Iran seien die Golfstaaten Kriegspartei.

Dort zu intervenieren, sei für den Iran leicht, und das sei nur von Syrien verhindert worden. Inzwischen sei unter Syriens Vermittlung ein Abkommen zwischen Saudi-Arabien und Iran fast fertig ausgehandelt. Anschließend werde sich das Verhältnis zu allen Golfstaaten verbessern. Assad habe in Amman[19] deutlich erklärt, daß er gute Beziehungen zum Iran behalten wolle, und für gute Beziehungen der Partner zu Iran geworben.

Die Ergebnisse von Amman hätten Syriens Verhältnis zum Iran nicht getrübt, das für den Entspannungsprozeß wichtig sei.

Zu Nahost: Syrien wolle Friedenslösung über Internationale Konferenz. Perspektiven dafür wären wenig günstig. Friede müsse umfassend sein. Das gehe nur im Rahmen der IK[20]. Syrische Regierung wolle auch da mit uns zusammenarbeiten und gemeinsame Gedanken entwickeln.

Weltweit gebe es heute nur Dialog oder Sackgasse. Im atomaren Krieg könnten die Neutralen nur Opfer sein. Deshalb stünden auch sie positiv zum INF-Abkommen.

[21]BM erläuterte unsere Politik im Sicherheitsrat. Der Golfkrieg dürfe nicht zum Aspekt des Ost-West-Gegensatzes werden. Sowjetische Position im SR sei wegen der Konkurrenz zu China nicht einfach. Wenn man Golfkrieg nicht beenden könne, so müsse er wenigstens niedrigeres Profil bekommen.

Assad: Die Iraner behaupteten, daß sie keine Hegemonie anstrebten und keine territorialen Ansprüche hätten. Sie seien angegriffen worden, und[22] deshalb müsse Saddam Hussein beseitigt werden. Syrien sei für einen Prozeß der allmählichen Schritte.

19 Die außerordentliche Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga fand vom 8. bis 11. November 1987 in Amman statt.

20 Internationale Konferenz.

21 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 74 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

22 Korrigiert aus: „angegriffen und".

BM bezeichnete das als realistisch. Dialog und Stabilisierung der Umgebung beider Länder seien erforderlich. Sicherheitsrat solle gleichzeitig als Forum[23] genutzt werden. Bundesrepublik Deutschland werde ihre Möglichkeiten in der EG und im Sicherheitsrat wahrnehmen.

Moskau entwickele neue Politik, zunächst in Ost-West-, dann auch in den internationalen Beziehungen. Ost-West-Kooperation sei auch im Golfkrieg notwendig. Wenn atomare Abrüstung möglich geworden sei – ein neues Weltwunder –, dann sei auch Ende des Golfkrieges möglich. Wir hofften auf IK, die nicht zuletzt erforderlich werde wegen der besorgniserregenden Lage in den besetzten Gebieten[24].

Assad kam auf den Libanon zu sprechen. Es dürfe nicht zur Teilung oder Auslöschung eines Volksteiles kommen. Frangieh sei aus nationalen Gründen zurückgetreten.[25] Syrien unterstütze Option des nationalen Konsensus. Seine menschlichen und finanziellen Lasten im Libanon seien groß. Viele rieten Syrien, mit militärischen Mitteln vollendete Tatsachen im Libanon zu schaffen. Die Folgen wären negativ. Der einzige Weg sei der des Dialogs. Syrien habe größere Einwirkungsmöglichkeiten. Man brauche Vernunft und organisiertes Denken.

Assad bat, Syriens Vorstellungen in den einschlägigen Gremien vorzutragen. Manche, auch ständige SR-Mitglieder, seien nicht mit Syrien einverstanden, aber die Syrer hätten gute Nerven.

BM dankte für Rolle Syriens bei Befreiung Schmidt und bat um gleichen Einsatz für die Befreiung von Cordes.[26] Assad sagte dies zu und sprach von Syriens Engagement gegen Terrorismus und Geiselnahme.[27]

Abschließend richtete BM Grüße BP und BK aus.

Das Gespräch erfolgte in ausgesprochen gelockerter und freundschaftlicher Atmosphäre.

P.S. Delegationsbesprechung mit Scharaa folgt 19.1.[28], abschließende Besuchsbewertung, sobald syrische Reaktionen vorliegen.[29]

Referat 310, Bd. 196161

23 Korrigiert aus: „Form“.

24 Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada“) vgl. Dok. 16, Anm. 23.

25 Präsident Frangieh übergab am 23. September 1976 sein Amt an Elias Sarkis.

26 Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt vgl. Dok. 16, Anm. 4.

27 Vgl. dazu den Vorschlag Syriens für eine Terrorismuskonferenz im Rahmen der Vereinten Nationen; Dok. 16, Anm. 8.

28 Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, resümierte am 19. Januar 1988 das Delegationsgespräch des Bundesministers Genscher mit dem syrischen Außenminister Scharaa am 15. Januar 1988: „Das große syrische Interesse an den Wirtschaftsbeziehungen zu Westeuropa und insbesondere zur Bundesrepublik Deutschland wurde darin deutlich, daß auf syrischen Wunsch am Abend ein ergänzendes Ad-hoc-Treffen zu Wirtschaftsfragen abgehalten wurde, auf syrischer Seite unter Leitung von Vize-Planungsminister Merei, auf deutscher Seite unter Leitung von D3. Vizeminister Merei begann das Treffen mit einem weitschweifigen Exposé zur deutsch-syrischen Entwicklungszusammenarbeit. Danach erhofft syrische Seite – als Mindesterwartung – nicht nur eine Wiederaufnahme der EH-Zusagen in früherer Höhe, sondern beansprucht darüber hinaus eine Entschädigung für die Unterbrechung der Entwicklungszusammenarbeit seit 1981.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 75; Referat 310, Bd. 196161.

29 Am 25. Januar 1988 teilte Botschafter Schlingensiepen, Damaskus mit, der Besuch des Bundesministers Genscher am 15./16. Januar 1988 in Syrien sei von der Regierung und der Bevölkerung „als ein besonders wichtiges politisches Ereignis empfunden worden. […] Wichtig ist der Besuch für die Syrer auch deshalb, weil der Vertreter eines der wichtigsten westlichen Länder zu ihnen kam. Assad hat trotz der starken wirtschafts- und rüstungspolitischen Verpflichtungen dem Ostblock gegenüber

22

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse

19. Januar 1988[1]

Besuch des sowjetischen Außenministers Eduard A. Schewardnadse (17.–19. Januar 1988)[2];
hier: Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler (19. Januar 1988, 14.00 Uhr–16.30 Uhr)

Der *Bundeskanzler* begrüßt Außenminister Schewardnadse, würdigt seinen Besuch als „sehr wichtig", für den das heutige sonnige Wetter – normalerweise herrsche im Januar Frost – ein gutes Vorzeichen sei.

Der Bundeskanzler dankt für das von AM Schewardnadse übermittelte Schreiben GS Gorbatschows.[3] Er bekräftigt seine Entschlossenheit, in den Beziehungen ein neues Kapitel zu öffnen.

Es sei zwar nicht unsere Sache, das zu kommentieren, was sich derzeit in Moskau vollziehe, jedoch sei auch kein Geheimnis, wo unsere Sympathie liege. „Neues Denken" sei natürlich für uns eine ganz wichtige Sache, wobei wir allerdings Realisten blieben und wüßten, was gehe und was nicht. Wenn also in dieser Periode der Umgestaltung Chancen bestünden, einen Neuanfang zwischen der Sowjetunion und uns zu setzen, dann sei dies sehr gut.

In zwölf Jahren ende unser Jahrhundert, ein schlimmes Jahrhundert für beide Seiten. Unter den vielen Gedenktagen dieses und des nächsten Jahres sei ein sehr positiver: 1989 werde die bis dahin längste Friedensperiode in Mitteleuropa (1871–1914) übertroffen werden: Diese Periode müsse man ausbauen!

Fortsetzung Fußnote von Seite 120
immer darauf geachtet, daß es nicht zu politischen Abhängigkeiten von Moskau kam, und das ist ihm auch gelungen. Diese Politik wurde durch die letztjährigen Irritationen im Verhältnis zu Europa und Amerika empfindlich gestört. Assad braucht zur Lösung der Probleme in der Region Verständnis und Hilfe vom Westen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 101; Referat 310, Bd. 196161.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner am 21. Januar 1988 gefertigt und von Ministerialdirigent Hartmann, beide Bundeskanzleramt, am 25. Januar 1988 über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl geleitet. Dazu vermerkte Hartmann: „Hiermit lege ich einen Vermerk über Ihr Gespräch mit Außenminister Schewardnadse mit der Bitte um Genehmigung vor. Zugleich erbitte ich Ihre Zustimmung, daß das Auswärtige Amt (z[u] H[änden] des Staatssekretärs) mit Doppel des Vermerks unterrichtet wird. Der Vermerk über einen weiteren Gesprächsteil liegt Ihnen bereits vor."
Hat Schäuble am 26. Januar 1988 vorgelegen.
Hat Kohl vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, verfügte und zur Unterrichtung des Auswärtigen Amts handschriftlich vermerkte: „Ja."
Hat Hartmann am 28. Januar 1988 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Kaestner „zur K[enntnisnahme]" verfügte.
Hat Kaestner am 29. Januar 1988 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 213, Bd. 143534.

2 Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 17. bis 19. Januar 1988 vgl. auch Dok. 18.

3 Für das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 14. Januar 1988 an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 13489 (213).

In beiden Ländern seien 65% der Bevölkerung nach dem Krieg geboren oder aufgewachsen. Wir seien dafür, nach vorn zu schauen. Wir vergäßen aber nicht, was gewesen sei – man müsse zur Geschichte stehen. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland und nach 1917 zwischen Deutschland und der Sowjetunion seien nicht nur von Krieg und entsetzlichen Dingen, sondern auch von fruchtbarer Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Philosophie und Kunst geprägt gewesen (Exkurs: Eremitage, russische Literatur[4] des 19. Jahrhunderts).

Wir seien uns der Unterschiede im System bewußt. GS Gorbatschow habe gesagt, er wolle das System verbessern, aber nicht verändern. Wir blieben bei unseren Überzeugungen. Im friedlichen Wettbewerb liege die große Chance! Dies gelte im bilateralen Verhältnis wie bei Abrüstung und Rüstungskontrolle: Waffen an sich seien nicht gut oder böse, sondern neutral – es komme auf die dahinterstehende Gesinnung an.

Die letzten Jahrzehnte seien von mangelndem Vertrauen zwischen West und Ost, zwischen der SU und uns geprägt gewesen. Er wolle nicht nach Schuld fragen: Es gehe jetzt darum, in die Zukunft zu schauen und Vertrauen zu schaffen. Dies sei Kernstück unserer Politik. Wir leisten unseren Beitrag im Rahmen des Bündnisses und der Europäischen Gemeinschaft. Wichtig sei – wie bereits GS Gorbatschow und Präsident Reagan in ihrem Genfer Kommuniqué[5] festgestellt hätten –, die West-Ost-Beziehungen nicht auf Abrüstungsfragen zu konzentrieren, sondern auf allen Gebieten zu verbessern.

Ein typisches Beispiel, wie ein Feld ins andere herüberwirke, sei das von AM Schewardnadse gegenüber BM Genscher angeschnittene Thema COCOM.[6] Es gelte also, Fortschritte nicht nur bei der Abrüstung, sondern auch im Wirtschafts- und Kulturbereich, in Wissenschaft, Sport und nicht zuletzt in humanitären Fragen zu erzielen.

Ein Wort – so der Bundeskanzler weiter – zu dem, was die Bundesrepublik Deutschland darstellt. Natürlich analysiere die Sowjetunion die Situation hierzulande, genauso wie wir es hinsichtlich der Sowjetunion täten. Er wolle aber trotzdem unterstreichen: Die Bundesregierung könne sich in Grundsatzfragen auf eine breite Mehrheit stützen. Die sie tragenden Parteien stünden nicht im Verdacht, „nach links abzulaufen". Gerade deshalb seien wir für die SU ein besonders verläßlicher Partner. Was uns ideologisch trenne, gebe uns im Pragmatischen größere Chancen.

Die Bundesrepublik Deutschland sei in diesen Jahrzehnten wieder zu einem gewichtigen Land in Europa geworden. Dies zeigten, obwohl er dies nach

4 Korrigiert aus: „Russischliteratur".

5 Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

6 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse legte Bundesminister Genscher am 18. Januar 1988 dar: „Es gebe Einschränkungen, die störend im Wege stünden. […] Der Bundesminister fahre in Kürze in die USA. Man müsse ernsthaft über die COCOM-Listen sprechen. Unsere Firmen spürten die Lage deutlich. Es gehe so weit, daß man sich außer Stande erkläre, ein Joint-venture bei der Schuhproduktion zu machen, wegen bestimmter Einschränkungen. Es gebe 52 wichtige Positionen, die uns störten. Man solle einmal Inventur machen. Derartige Einschränkungen, die mit Sicherheitsfragen verbunden seien, verstehe man. Aber man stoße auch auf veraltete Einschränkungen." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 147135.
Zur Politik der Bundesrepublik im Rahmen des COCOM vgl. Dok. 1, Anm. 44.

draußen nicht sage, die Indikatoren deutlich. Gleichzeitig sei unsere geopolitische Lage nun einmal, wie sie sei: Jede negative Veränderung im Weltklima schlage auf uns durch. Unser Land sei aufgrund der Politik Hitlers, die zum Zweiten Weltkriege geführt habe, geteilt – mit allen Problemen, die AM Schewardnadse kenne. Wir müßten damit leben – es gebe jedoch eine Menge psychologische Wunden. Andererseits seien wir „wieder da". Im letzten Jahr seien in unserem Lande 57 Mrd. DM für Forschung ausgegeben worden. Obwohl Japan die doppelte und die USA die vierfache Bevölkerung hätten, seien wir in der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklung in der Spitzengruppe mit diesen Ländern. Wir lebten von der Offenheit unserer Grenzen und unserer Wirtschaft. Dabei gebe es keinen Grund, die Welt nach Osten zuzumauern!

Wir bemühten uns um gute Beziehungen mit allen Staaten Mittel- und Ost-Europas, die wichtigsten Beziehungen seien jedoch die mit der Sowjetunion. Er wiederhole: Er würde gern mit der jetzigen sowjetischen Führung einen neuen Anfang machen, weil GS Gorbatschow und seine Mannschaft in die Zukunft blickten. Daß wir einiges bewegen könnten, und zwar gerade als Partner und Freund der USA, habe sich im Verlauf der INF-Verhandlungen gezeigt (Pershing-Ia-Entscheidung[7]). Man solle also anfangen, ohne große Kompliziertheit, mit vernünftigen Gesprächen und ohne dem anderen etwas zuzumuten, was man selbst nicht zugemutet haben möchte.

Außenminister *Schewardnadse* dankt für die freundliche Begrüßung und für die ihm und seiner Delegation gewährte Gastfreundschaft. Dies seien gute Voraussetzungen für schöpferische Arbeit. Außenminister Schewardnadse übergibt sodann die offizielle Botschaft Generalsekretär Gorbatschows und übermittelt herzliche Wünsche von ihm und der sowjetischen Führung insgesamt. Das Schreiben nehme zu Fragen von Frieden und Sicherheit in Europa und in der Welt Stellung und verdeutliche die sowjetische Philosophie in der Außenpolitik, insbesondere gegenüber uns. Generalsekretär Gorbatschow habe bereits vor anderthalb Jahren davon gesprochen, man müsse eine neue Seite in den Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland aufschlagen[8]; dies sei natürlich kein zufälliger Satz gewesen, sondern Ergebnis vertiefter Überlegung und ernsthafter Analyse der Lage in Europa und in den bilateralen Beziehungen. Dieser Satz stelle der heutigen und künftigen Generation eine durchaus realistische Aufgabe.

Der Bundeskanzler – so Außenminister Schewardnadse weiter – wisse gut Bescheid, was in der Sowjetunion vorgehe: Es gehe erstens um die Erneuerung der Gesellschaft, um tiefgreifende wirtschaftliche Reformen, für die die bereits erzielten Erfolge und das intellektuelle Potential des ganzen Volkes gute Voraussetzungen seien. Und zweitens um tiefgreifende Demokratisierung der Sowjetgesellschaft – mit dem Ziel höchster Arbeitseffektivität.

Generalsekretär Gorbatschow habe mehrfach betont, er werde diese Linie fortführen, nicht um zu gefallen, sondern weil sie Programm und Ausrichtung der

[7] In einer Erklärung vor der Bundespressekonferenz am 26. August 1987 zu den INF-Verhandlungen in Genf versicherte Bundeskanzler Kohl die Bereitschaft der Bundesregierung, „daß mit der endgültigen Beseitigung aller sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenflugkörper die Pershing-Ia-Raketen nicht modernisiert, sondern abgebaut werden". Vgl. BULLETIN 1987, S. 682. Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 235.

[8] Vgl. das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 21. Juli 1986 in Moskau; AAPD 1986, II, Dok. 209.

Sowjetunion entspreche. In der nächsten Zeit werde die Sowjetunion die fortschrittlichsten Positionen in der Welt einnehmen, während sie heute in mancher Hinsicht ein sekundäres – natürlich kein rückständiges – Land sei.

Das bereits geschaffene Potential erlaube ein schnelles Tempo der Umgestaltung. Aber um diese Pläne zu realisieren, brauche man ein günstiges äußeres Umfeld, insbesondere Frieden. Deshalb sei die Politik der Sowjetunion vorhersehbar. Die Prinzipien der Logik selbst führten die Sowjetunion zur Schlußfolgerung, daß es unmöglich sei, unter den jetzigen Bedingungen einen Krieg, insbesondere einen nuklearen, zu führen. Er verweise auf die Gipfel-Erklärung GS Gorbatschow/Präsident Reagan (Genf 1985).

Wenn man über Verwirklichung der internen Pläne spreche und über die Beziehungen seines Landes mit den europäischen Staaten, aber auch über die Zukunft des Kontinents und des Erdballs nachdenke, müsse man immer die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland berücksichtigen. Der Bundeskanzler habe mehrfach betont, daß er der Politik gegenüber der Sowjetunion zentrale Bedeutung einräume (der Bundeskanzler bekräftigt dies) – auch die sowjetische Führung wisse, daß Europapolitik ohne Klarheit in den Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland unmöglich sei. Beide Gesellschaften seien herangereift, ihre Beziehungen nunmehr umzugestalten. Die Geschichte lehre, daß es in Europa relativ günstig ausgesehen habe, als Rußland und Deutschland friedlich zusammenlebten. In dieser Periode hätten beide Völker zum zivilisatorischen Fortschritt Erhebliches beigetragen. Heute stelle sich die Aufgabe, die Beziehungen auf neuer Grundlage, mit neuem Herangehen an internationale Fragen aufzubauen. Man befinde sich in einer verantwortlichen Etappe der Beziehungen. Selbst in Zeiten schwerster Prüfungen habe die Sowjetunion dem deutschen Volk immer Respekt gezollt. Stalin – heute vielleicht nicht gerade ein modischer Autor – habe gesagt „die Hitlers kommen und gehen, aber das deutsche Volk bleibt“.[9] Generalsekretär Gorbatschow habe dies gegenüber Bundespräsident von Weizsäcker zitiert.[10]

Heute stehe man auf einer neuen Stufe. Die Bundesrepublik Deutschland habe keine Pläne, die Sowjetunion von ihren Verbündeten zu trennen. Gleichermaßen illusorisch wäre es, wenn die Sowjetunion sich zur Aufgabe gesetzt hätte, unsere Beziehungen zu den USA, zu GB, F, J und anderen befreundeten Ländern zu zerstören. Indem man die traditionellen Bindungen beibehalte, könne man die bilateralen Beziehungen umgestalten. Ohne dies werde das „gemeinsame europäische Haus“ nicht existieren. Dieser gelungene Begriff wolle natürlich nicht sagen, daß es ein Kampf um die bessere Wohnung, um die bessere Etage geben solle.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, uns gehe es dabei um offene Türen, damit die Menschen zueinander kommen könnten, und um offene Fenster, damit frische Luft hereingelassen werde.

9 Im Befehl Nr. 55 vom 23. Februar 1942 führte der Volkskommissar für Verteidigung, Stalin, aus, es sei wahrscheinlich, daß der Krieg zur Befreiung der UdSSR „zur Vertreibung oder Vernichtung der Hitlerclique führen wird“. Diese sei aber nicht mit dem deutschen Volk gleichzusetzen: „Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“ Vgl. STALIN, Über den Großen Vaterländischen Krieg, S. 49 f.

10 Vgl. dazu das Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 7. Juli 1987 in Moskau; AAPD 1987, II, Dok. 206.

Außenminister *Schewardnadse* ist einverstanden.

Insgesamt sei er aufgrund der Worte des Bundeskanzlers, aber auch nach Studium seiner Reden und Äußerungen, der Auffassung, daß man in prinzipieller Hinsicht nicht auseinandergehe, sondern vieles gemeinsam tun könne. Gestern habe er gewaltiges Interesse unserer Wirtschaft festgestellt.[11]

Der *Bundeskanzler* teilt die Meinung, daß jetzt bedeutende Chancen bestehen, wobei man allerdings vernünftig sein müsse, damit es nicht zu neuen Enttäuschungen komme. Wirtschaftsbeziehungen seien ein wichtiges Element der Gesamtbeziehungen. AM Schewardnadse kenne die Wirtschaftszahlen – sie seien derzeit nicht befriedigend! Er plädiere deshalb dafür, in diesem Jahr intensiv darüber zu sprechen, wie man die Dinge zum gegenseitigen[12] Nutzen verbessern könne.

Er wolle konkrete Beispiele nennen:

1) Die Heranbildung neuer Wirtschaftskader sei für die Sowjetunion eine existentielle Frage. Sie lasse sich nicht über Nacht lösen. Jedoch sei er bereit, hier einen großen Schritt in Richtung auf Zusammenarbeit zu tun. Man könne mit einem Versuch beginnen – die Sowjetunion möge konkret sagen, wo wir helfen könnten.

2) Wissenschaftliche Zusammenarbeit: Hier gehe es nicht nur um Pauschalverträge, sondern um konkrete Projekte. So gebe es im Bereich der medizinischen Forschung traditionelle Beziehungen, die man reaktivieren könne. Gemeinsam könne man sich auch dem medizinischen Apparatebau zuwenden.

3) Nach den Erfahrungen von Tschernobyl[13] müsse man überlegen, wie man die Sicherheit ziviler Kernanlagen verbessern könne. Dies sei keine nationale Frage der Sowjetunion, sondern berühre auch uns unmittelbar. Deshalb sei die Bundesregierung bereit, hier einen großen Schritt zu tun.[14]

Er bitte, GS Gorbatschow diese Vorschläge vorzutragen. Dabei dürfe man nicht nur den praktischen Nutzen sehen. Vielmehr habe symbolische Bedeutung, wenn

11 Am 19. Januar 1988 vermerkte Legationsrätin I. Klasse Mebus, der sowjetische Außenminister Schewardnadse habe am Vortag bei einer Veranstaltung mit dem Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft erklärt: „Der bilaterale Warenaustausch sei mit 5 Mrd. Rubeln im letzten Jahr zu gering und verlaufe darüber hinaus einseitig. […] Als besondere Schwierigkeit der SU hinsichtlich ihres Exports nannte er die Werbung für die sowjetischen Produkte. Wirtschaftliche Zusammenarbeit dürfe jedoch keine Einbahnstraße sein. Eine wesentliche Beschränkung für die bilaterale Zusammenarbeit stelle die COCOM-Liste dar. 20 große Verträge seien wegen dieser Liste nicht realisiert worden; z. Zt. würden über 30 weitere große Projekte verhandelt, deren Realisierung jedoch aus demselben Grunde fraglich sei. Er frage sich, ob hier Direktiven aus dem BMVg bzw. aus Washington dazwischenfunken." Vgl. Referat 213, Bd. 147135.

12 Korrigiert aus: „gegenteiligen".

13 Am 26. April 1986 explodierte infolge von Bedienungsfehlern und Konstruktionsmängeln der Reaktor in Block 4 des sowjetischen Kernkraftwerks Tschernobyl. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 127, Dok. 128, Dok. 136, Dok. 138 und Dok. 144.

14 In einer Aufzeichnung des Referats 431 vom 4. Mai 1988 wurde festgehalten: „Die mit der Sowjetunion im Rahmen des Ressortabkommens vom 22.4.1987 vereinbarte wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie wurde bei der 1. Tagung der gemischten deutsch-sowjetischen WTZ-Kommission am 20./21.4.1988 einer ersten Überprüfung unterzogen. Die Tagung belegte das beiderseitige starke Interesse, nunmehr nach der Überwindung von Anfangsschwierigkeiten endlich zu konkreter Zusammenarbeit zu kommen. Schwerpunkte sollen bei der Kernenergie die Bereiche Reaktorsicherheit und Behandlung radioaktiver Abfälle werden. Bei der Mehrzahl der vereinbarten Projekte hat eine erste Kontaktaufnahme der Projektpartner bereits stattgefunden. Die konstituierende Sitzung der nach dem Nuklearabkommen zu bildenden Expertengruppe ist nunmehr für die Woche vom 10. bis 17.7.1988 vereinbart worden." Vgl. Referat 431, Bd. 153276.

zwei Völker nach den Zerstörungen des Krieges sich nunmehr gemeinsam bemühten, die Umwelt für kommende Generationen zu erhalten.[15] Die Jugend werde dies verstehen!

Wichtig sei auch der Ausbau der kulturellen Zusammenarbeit, die Zusammenarbeit der Universitäten und der jungen Leute im weitesten Sinn.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, AM Schewardnadse habe an die COCOM-Liste erinnert. Das Problem habe zwei Seiten. Wenn aber die Bundesregierung im Kreise ihrer Verbündeten für Veränderungen plädiere, so habe dies großes Gewicht, gerade weil sie nicht im Verdacht stehe „überzulaufen". Gerade deswegen könnten wir solide Partner sein.

Dies gelte auch für die von ihm vorgeschlagenen Projekte. Dabei dürfe man nicht im Unverbindlichen bleiben, sondern müsse, weil die Menschen in Moskau und Bonn gleich ungeduldig seien, rasch handeln.

Der Bundeskanzler fährt fort, die Sowjetunion wisse, daß für uns humanitäre Fortschritte wichtig seien. Dabei sei 1987 ein gutes Jahr gewesen: über 14 000 Familienzusammenführungen.[16] Dies sei für uns psychologisch von größter Bedeutung. Er hoffe, daß diese günstige Entwicklung sich fortsetze.

Kurzum: Es gebe viele Bereiche, wo man einer Meinung sein könne. In anderen Bereichen werde man verschiedener Meinung bleiben, etwa darin, wie man die Teilung Deutschlands sehe. Wichtig für die Sowjetunion sei, zu wissen, daß für uns endgültig Krieg und Gewalt kein Mittel der Politik mehr seien und daß jede Veränderung der Verhältnisse nur mit Zustimmung aller Nachbarn möglich sei – dies sei eine Formel mit der die Sowjetunion sehr gut leben könne. (AM *Schewardnadse* pflichtet bei.)

Entscheidend – so der *Bundeskanzler* weiter – sei, Vertrauen zu begründen. Im Augenblick stehe man in wichtigen Abrüstungsverhandlungen und schicke der US-Senat sich an, über die Ratifizierung des INF-Vertrages zu beraten. Viele Senatoren kämen nach Bonn und fragten ihn: Kann man jetzt Vertrauen haben?

15 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 12. Januar 1988, der Mitarbeiter im sowjetischen Außenministerium, Nikotin, habe der Botschaft am selben Tag vorgeschlagen, „bilaterales Umweltabkommen einschließlich der beiden Anlagen zum Abkommen bis zum Besuch AM Schewardnadse in Bonn unterschriftsreif vorzubereiten. […] SAM schlug vor, das Umweltabkommen mit den beiden Anlagen beim Besuch von AM Schewardnadse ohne den Arbeitsplan zu unterzeichnen. Letzterer könne dann von der Gemischten Kommission oder in besonderen Konsultationen fertiggestellt werden. Auf unsere Frage, ob dies bedeute, daß SAM mit der von uns vorgeschlagenen Reihenfolge der deutschen Forschungsinstitute einverstanden sei, betonte Gesprächspartner Nikotin, die Haltung des SAM zu der im Arbeitsplan umstrittenen Berlin-Frage sei unverändert. Er schloß jedoch nicht aus, daß die beiden Minister in Bonn zu einer Kompromißformel finden und dies in einer entsprechenden Protokollnotiz gleichzeitig mit der Unterzeichnung des Vertrages festhalten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 93; Referat 213, Bd. 147135.

16 Vortragender Legationsrat Loeschner vermerkte am 19. Januar 1988, der Erste Stellvertretende Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Gluchow, habe am Vortag in der Sitzung der „Arbeitsgruppe humanitäre und rechtliche Fragen" bekräftigt, „daß die Politik der Ausreise fortgesetzt werde. Im übrigen werde die sowjetische Gesetzgebung weitgehend der internationalen Rechtslage angepaßt. Was aber auch seine amerikanischen Gesprächspartner verkannt hätten, sei, daß weder die Menschenrechtspakte noch die Schlußakte eine unbeschränkte Ausreise gewährten. Im Grunde sei das einzige Ausreisehindernis für die Sowjetbehörden die Kenntnis von Geheimnissen. […] Außerdem müsse berücksichtigt werden, daß das Ausland ein wirtschaftliches Interesse an sowjetischen Wissenschaftlern habe." Gluchow habe ferner betont, „daß weniger als 1000 Anträge auf Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland abgelehnt worden seien und daß 80 Prozent der genehmigten Ausreisen früher abgelehnte Anträge seien. Seit dem 1.1.88 lägen 4900 Anträge vor." Vgl. Referat 213, Bd. 147135.

Seine Antwort: Man habe lange genug in den Schützengräben gelegen, nunmehr sei es Zeit herauszugehen. Der INF-Vertrag sei ein erster wichtiger Schritt!

Da die beiden Außenminister – so der Bundeskanzler weiter – bereits die einzelnen Gebiete der Abrüstung besprochen hätten, wolle er sich nur knapp äußern:

– Chemische Waffen halte er für entbehrlich. Er sei nicht der Meinung einiger amerikanischer Freunde, daß ein CW-Abkommen nicht verifiziert werden könne – man könne dies sehr wohl tun!
– Auf konventionellem Gebiet hätten wir eine ziemlich präzise Vorstellung, was zwischen Kiew und der Grenze der DDR stationiert sei, und beobachteten mit großem Interesse, was Marschall Ogarkow vorhabe. (AM Schewardnadse wirft ein, er wisse nicht alles!) Vom gegenwärtigen Niveau der Streitkräfte müsse man herunterkommen. Er habe wegen niedriger Geburtsraten in unserem Land die Wehrpflicht verlängern müssen[17] – dies sei kein fröhliches Unternehmen gewesen.
– Eine Lösung müsse auch bei nuklearen Systemen unter 500 km Reichweite gefunden werden. Dies gehe nicht über Nacht – andererseits hätte vor drei Jahren auch niemand geglaubt, daß heute der INF-Vertrag auf dem Tisch liegt.

Parallel zu dieser Abrüstungsentwicklung brauche man Fortschritt in den Beziehungen auf breiter Front – dies wirke günstig auf die Abrüstungsverhandlungen zurück. AM Schewardnadse habe in seiner Tischrede zu Recht darauf hingewiesen, daß wir neben den Amerikanern die stärkste konventionelle Armee in Westeuropa stellten.[18] Der große Unterschied sei, daß wir eine Wehrpflichtarmee hätten – deshalb könne man in diesem Land über Fragen der Sicherheit nicht theoretisch, nach Art eines Seminars reden – hier werde jeder persönlich berührt. Die heutige Generation, die in der politischen Verantwortung stehe, sei die letzte, die noch den Zweiten Weltkrieg erlebt habe. Dies sei ein ganz wichtiges Argument, jetzt mit der Abrüstung Fortschritte zu machen.

AM *Schewardnadse* erwidert, er schätze sehr, wie der Bundeskanzler über die bilateralen Beziehungen und konkrete Gebiete der Zusammenarbeit gesprochen habe – der sowjetischen Seite imponiere solches Herangehen. Daß sowohl die Führung seines Landes als auch die der Bundesrepublik Deutschland sehr ernsthaft über die Umgestaltung der Beziehungen nachdenke, sei ein positiver Faktor.

Die vom Bundeskanzler vorgeschlagenen Projekte finde er sehr interessant. Er wolle ein weiteres hinzufügen: Zusammenarbeit im Weltraum. Sowjetische Trägerraketen seien Weltspitze.[19]

17 Der Bundestag beschloß am 17. April 1986, die Dauer des Grundwehrdienstes ab dem 1. Juni 1989 von 15 auf 18 Monate zu erhöhen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 210. Sitzung, S. 16141–16166.
Für den Wortlaut des Gesetzes vom 13. Juni 1986 zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und Verlängerung der Dauer des Grundwehrdienstes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 873–878.

18 Für die Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse beim Abendessen am 18. Januar 1988 vgl. Referat 213, Bd. 147135.

19 Am 19. Januar 1988 notierte Legationsrätin I. Klasse Mebus, die sowjetische Seite habe am Vortag bei der Sitzung der „Untergruppe Wirtschaftsfragen der Arbeitsgruppe ‚bilaterale Themen'" ausgeführt: „In der Bundesrepublik warteten 48 Satelliten auf eine Startmöglichkeit, die die SU jederzeit bieten könne. Man warte aber auf den neuen Shuttle bzw. die Ariane als Trägersatelliten, doch würde dies wohl zu lange dauern. Vielleicht warte man ja auch auf Bitten der USA? Die Ariane sei im übrigen nicht so zuverlässig wie die von der SU angebotenen Satelliten." Vgl. Referat 213, Bd. 147135.

Der *Bundeskanzler* erwidert, er sei, wie gesagt, bereit, eine Menge zu tun. Auch über dieses Projekt solle man ernsthaft nachdenken. An der Wand seines Arbeitszimmers brauche nicht nur die deutsche Flagge zu hängen, die mit Spacelab im Weltraum gewesen sei.[20]

AM *Schewardnadse* fährt fort, interessante Kooperationsmöglichkeiten gebe es im energiewirtschaftlichen Gebiet, etwa bei Kernfusion – einer Frage von morgen, für die aber heute bereits Wissenschaftler und Firmen sich vorbereiteten.

Überhaupt müsse man bei der Zusammenarbeit die Perspektiven für die kommenden Generationen im Auge haben: Er unterstütze deshalb die Anregung des Bundeskanzlers voll und ganz, sich darüber Gedanken zu machen, wie man die Begegnung der Jugend fördern könne. Davon werde die Zukunft beider Länder und Europas mit abhängen.

Insgesamt sehe man eine beeindruckende Liste hinreißender Zukunftsprojekte, die für Zusammenarbeit in Frage kämen. Dies erkläre er seitens der politischen Führung. Aber man brauche staatspolitische Impulse, große Politik.

Der *Bundeskanzler* bekräftigt seine Bereitschaft, noch in diesem und im nächsten Jahr ganz konkrete Fortschritte zu erzielen.

In letzter Zeit seien wichtige Verträge geschlossen worden, andere aber lägen noch auf Eis. Er bitte AM Schewardnadse, mit seinen Mitarbeitern noch einmal über die Berlin-Klausel[21] zu reden und „neues Denken auf allen Gebieten" walten zu lassen.

AM *Schewardnadse* erwidert – mit deutlicher Betonung – man habe heute davon gesprochen, daß das „neue Denken" voraussetze, daß man die bestehenden Institutionen respektiere. Man habe mit dem Moskauer Vertrag[22] eine sehr gute, unerschütterliche völkerrechtliche Grundlage. Auch das Vier-Mächte-Abkommen[23] sei unerschütterlich.

Für die bilateralen Beziehungen gebe es eine große Perspektive, aber es gebe Priorität in Fragen der Sicherheit. Hier seien beide Völker mit Rücksicht auf die Lehre der Geschichte am empfindlichsten.

20 Die deutschen Astronauten Reinhard Furrer und Ernst Messerschmidt führten vom 30. Oktober bis 6. November 1985 an Bord der amerikanischen Raumfähre Challenger mit dem europäischen Weltraumlabor Spacelab die „D 1-Mission" durch. Am 21. November 1985 wurden sie zusammen mit anderen Teilnehmern der Mission von Bundeskanzler Kohl empfangen. Vgl. dazu BULLETIN 1985, S. 1148.

21 Im Delegationsgespräch zwischen Bundesminister Genscher und dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 19. Januar 1988 stellte der Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, zu den Verhandlungen in der Arbeitsgruppe bilaterale Fragen fest: „Man sei von der Notwendigkeit ausgegangen, in Zukunft Lösungen anzustreben, die beide Seiten bis jetzt nicht gefunden hätten. Eine Auflistung der offenen Fragen führe zur Hauptfrage, nämlich der Teilnahme von Berlin (West). Der sowjetische Ansatz werde von dem Sonderstatus von Berlin (West) und den legitimen Interessen der DDR, innerhalb deren Gebiet Berlin (West) liege, bestimmt. Die sowjetische Seite betone, daß ein solcher Ansatz keinen Schaden für die Lebensfähigkeit der Stadt und ihrer Einwohner zur Folge habe." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 147135.

22 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

23 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

Wenn sich jetzt Perspektiven eröffneten, in Fragen der Sicherheit eine Wende zu erreichen, wolle er noch einmal betonen, wie hoch man in Moskau die Rolle der Bundesrepublik Deutschland, des Volkes, der Bundesregierung und des Bundeskanzlers persönlich beim Abschluß des INF-Vertrags schätze. Die vom Bundeskanzler getroffene Entscheidung sei nicht einfach, aber die einzige mögliche und logische Entscheidung gewesen.

Nunmehr dürfe man beim INF-Vertrag nicht stehen bleiben, sondern müsse sich weiter vorwärtsbewegen. Komme es hingegen zu Modernisierungen und Kompensationen, dann blieben von diesem Abkommen nur noch Erinnerungen. Aus der Sicht der Sowjetunion sei es einerlei, ob Raketen vom Land, von U-Booten oder Flugzeugen auf sie abgeschossen würden.

Die Sowjetunion bereite nunmehr mit den USA ein Abkommen über die Halbierung der strategischen Angriffswaffen vor[24] – die Bundesrepublik Deutschland könne auch in dieser Sache durchaus ein wichtiges Wort reden.

Der *Bundeskanzler* stimmt zu, erinnert jedoch an den Satz, man dürfe anderen nicht zumuten, was man selbst nicht zugemutet haben wolle. Abrüstung mache nur Sinn, wenn die Sicherheit am Ende größer und nicht geringer sei, und zwar für beide Seiten. Unter diesem Gesichtspunkt werde er seine Politik gestalten. Wegen der laufenden Verhandlungen stehe man mit den amerikanischen Verbündeten im engsten Kontakt, und unser Wort habe Gewicht.

Wichtig sei, in den vier von ihm genannten Abrüstungsgebieten keine Reihenfolge zu sehen, sondern sie nebeneinander zu stellen – er halte Fortschritte auf allen Gebieten für möglich. Was zuvor besprochen worden sei, habe hoffentlich die Tür ein Stück aufgemacht: Es werde in den USA nicht nur registriert, sondern große psychologische Bedeutung haben, wenn die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland in Fragen der Reaktorsicherheit zusammenarbeiteten. Denn wir seien gerade wegen unserer Nähe zum sowjetischen Potential in amerikanischen Augen Spezialisten in Sachen Sicherheit.

Der Bundeskanzler spricht den kürzlichen Besuch GS Honeckers in Paris[25] an: Staatspräsident Mitterrand habe diesen Besuch – der logischerweise nach dem Besuch Honeckers in Bonn[26] stattgefunden habe – begrüßt und wolle damit auch die Politik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der DDR unterstützen.

24 Vortragender Legationsrat Wagner notierte am 18. Januar 1988 zur „Tagung der deutsch-sowjetischen Arbeitsgruppe zu Rüstungskontrolle und Abrüstung“ vom selben Tag: „Die sowjetische Seite berichtete über den Stand der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über nukleare und Weltraumwaffen in Genf, wo am 14.1.1988 eine neue Verhandlungsrunde begann. Dabei gehe es zunächst darum, die bei dem Gipfeltreffen in Washington vereinbarten Elemente des vorliegenden Vertragsentwurfs einzuarbeiten. Die Sowjetunion habe hierfür die Fortsetzung der Tätigkeit bestehender Arbeitsgruppen sowie die Einsetzung neuer Arbeitsgruppen vorgeschlagen. In seiner Struktur (eigentlicher Vertragstext plus Datenmemorandum, Beseitigungsprotokoll und Inspektionsprotokoll) könne sich ein START-Abkommen an dem INF-Abkommen ausrichten, das sich damit erneut als bahnbrechend erweise. SU teilte mit, daß die sowjetische Delegation in Genf vorgeschlagen habe, parallel zu dem START-Abkommen ein Protokoll von gleicher rechtlicher Wirkung über einen zehnjährigen Verzicht auf das Rücktrittsrecht vom ABM-Vertrag abzuschließen. […] Nach Auslaufen der zehnjährigen Bindung gelte der ABM-Vertrag weiter. Falls die USA dann gegen den Vertrag verstießen oder ihn kündigten, sei auch das START-Abkommen hinfällig.“ Vgl. Referat 213, Bd. 147135.

25 Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 9. Januar 1988 in Frankreich vgl. Dok. 8.

26 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, besuchte vom 7. bis 11. September 1987 die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

AM *Schewardnadse* wirft ein, die DDR sei ein souveräner Staat wie Polen und Ungarn und könne ihre Beziehungen gestalten, wie sie es wolle.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, AM Schewardnadse möge ihn nicht mißverstehen: Staatspräsident Mitterrand selber habe gesagt, daß er mit der Einladung GS Honeckers nach Paris seine – des Bundeskanzlers – Politik gegenüber der DDR unterstützen wolle. Hier gebe es keinen Streit.

AM *Schewardnadse* berichtet aus seinen Gesprächen mit AM Shultz[27] bei Unterzeichnung des INF-Vertrages, daß man zum Schluß gekommen sei, die Probleme der konventionellen Abrüstung und der Waffen zwischen 0 und 500 km parallel zu den strategischen Offensivwaffen zu behandeln. Die Sowjetunion sei zutiefst überzeugt, daß Fortschritt möglich sei. Man rede jetzt viel von Asymmetrien, Ungleichgewichten in Europa. Aber GS Gorbatschow habe Präsident Reagan klar gesagt, man müsse die Karten offen auf den Tisch legen: Man müsse in Verhandlungen klären, wo Ungleichgewichte bestehen und sie dann vermindern. Dabei wolle er daran erinnern, daß die Sowjetunion mit dem INF-Vertrag auch Erhebliches geleistet habe: Sie habe sich verpflichtet, zwei- bis dreimal mehr Raketen zu reduzieren als die USA, und sie habe die Arsenale von Frankreich und Großbritannien ausgeklammert. Bei der KVAE in Stockholm sei sie bereit gewesen, die Seestreitkräfte nicht einzubeziehen.[28] Der Bundeskanzler möge verstehen, was dies für die Sowjetunion vom Standpunkt ihrer Sicherheit bedeute!

Voll einverstanden sei er auch mit dem, was der Bundeskanzler von der Vertrauensbildung gesagt habe: Sie sei der wichtigste Faktor. Nunmehr gehe es um weitere Fortschritte bei der Abrüstung – eine historische Bewegung habe begonnen.

Der *Bundeskanzler* sieht gute Chancen für Fortschritte – vor allem hoffe er, daß es ein weiteres Treffen Präsident Reagens und GS Gorbatschows geben werde. Er habe seinen sowjetischen Gesprächspartnern von Anfang an geraten, mit diesem Präsidenten Verträge abzuschließen.

AM *Schewardnadse* versichert, die Sowjetunion tue alles, um mit Präsident Reagan auch das zweite Abkommen zu unterzeichnen.

Bundesminister *Genscher* berichtet über die wesentlichen Ergebnisse der Gespräche des Vortages: Man habe sich auf die Einrichtung eines deutsch-sowjetischen Forums[29] nach dem Vorbild des deutsch-polnischen[30] geeinigt. Man

27 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse begleitete den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, bei seiner Reise vom 7. bis 10. Dezember 1987 in die USA. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 364 und Dok. 365.

28 Am 15. Januar 1986 nahm der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, Stellung zu den noch offenen Fragen der KVAE in Stockholm: „Der kritische Punkt ist dort bekanntlich die Frage der Vorankündigung großer Übungen der Land-, See- und Luftstreitkräfte. Das sind natürlich ernste Probleme, und sie müssen grundlegend, im Interesse einer Vertiefung des Vertrauens in Europa, gelöst werden. Wenn es jedoch einstweilen nicht gelingen sollte, sie im Komplex zu lösen, warum sollte man dann nicht nach Teillösungen suchten? Sagen wir einmal, jetzt über die Ankündigung von großen Manövern der Land- und Luftstreitkräfte übereinzukommen, aber die Frage militärischer Aktivitäten auf See auf die nächste Etappe der Konferenz zu verschieben." Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 155.
Die Ergebnisse der KVAE in Stockholm wurden am 22. September 1986 vorgelegt. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 253.

29 Zur Einrichtung eines Gesprächsforums unabhängiger Persönlichkeiten aus der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. Dok. 18, Anm. 8.

30 Zum deutsch-polnischen Forum vgl. Dok. 18, Anm. 7.

habe sich ausführlich mit humanitären Fragen befaßt. Man habe über die Ausführung des Konsultationsprotokolls gesprochen.[31]

Hinsichtlich der chemischen Waffen habe man festgestellt, daß man gleiche Positionen vertrete. Man habe darüber gesprochen, wie man die konventionellen Verhandlungen fördern könne.

Auch sollen die Perspektiven wirtschaftlicher Zusammenarbeit unter politischen Gesichtspunkten geprüft werden. Hindernisse gebe es auf beiden Seiten – AM Schewardnadse habe eines davon angesprochen. Es gebe aber auch große Chancen, die Fesseln für den bilateralen Austausch zu beseitigen.

Der *Bundeskanzler* betont, in der Wirtschaft gebe es Fälle, wo der Staat etwas tun könne – hier solle man aus psychologischen Gründen vorwärtsgehen.

In diesem Zusammenhang erwähnt der Bundeskanzler die Rolle der Bundesländer und den bevorstehenden Besuch von MP Späth[32], begleitet von einer Wirtschaftsdelegation, in Moskau.

Der Bundeskanzler erwähnt abschließend die geschichtsphilosophische Theorie, nach der es erstens Zeiten gebe, in denen Entscheidungen vorbereitet werden; zweitens Zeiten, in denen entschieden werde; drittens Zeiten, in denen die Völker lange Zeit die Folgen der Entscheidungen erleben oder erleiden. Wir seien heute in der zweiten Phase, sowohl in der Weltpolitik wie in den bilateralen Beziehungen. Deshalb habe er das heutige Gespräch mit AM Schewardnadse sehr begrüßt. Der Bundeskanzler erneuert seine Grüße an GS Gorbatschow.

Gesprächsteilnehmer:

auf deutscher Seite BM Genscher, Botschafter Meyer-Landrut, AL 2[33], RL 212[34] (Note-taker), VLR I Scheel (Dolmetscher);

auf sowjetischer Seite Botschafter Kwizinskij, Botschafter Bondarenko, Herr Stepanow, Mitarbeiter von AM Schewardnadse, Herr Kurpakow, Dolmetscher.

Referat 213, Bd. 143534

31 Bundesminister Genscher und der sowjetische Außenminister Schewardnadse unterzeichneten am 19. Januar 1988 ein Protokoll über Konsultationen. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1988, S. 56.

32 Zum Besuch des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth vom 7. bis 11. Februar 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 52.

33 Horst Teltschik.

34 Uwe Kaestner.

23

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger

VS-NfD **19. Januar 1988**
Fernschreiben Nr. 6/7/8 Ortex

Zum Vorwurf der illegalen Lieferung von Konstruktionsunterlagen für den Bau von U-Booten nach Südafrika (SA)[1]

I. Sprachregelung

1) Die Oberfinanzdirektion Kiel hat am 12.1.1988 bekanntgegeben, daß sie die Bußgeldverfahren gegen die Firmen IKL (Ingenieurkontor Lübeck) und HDW (Howaldtswerke-Deutsche Werft AG, Kiel) sowie gegen die verantwortlichen Personen wegen des Verdachts der ungenehmigten Lieferung von U-Boot-Blaupausen (Fertigungsunterlagen[2]) in die Republik SA eingestellt hat. Die OFD[3] Kiel ist nach eingehender Prüfung zu dem Ergebnis gelangt, daß die Firmen keine Unterlagen für den Bau von U-Booten nach SA geliefert haben, die ausfuhrgenehmigungspflichtig waren. Nach den Bestimmungen des Außenwirtschaftsrechts[4] ist nach Ansicht der OFD eine Ausfuhrgenehmigung nur dann und erst dann erforderlich, wenn wenigstens ein funktionsfähiger Teil eines U-Bootes bzw. Fertigungsunterlagen dafür geliefert werden; erst damit könnte eine Ordnungswidrigkeit vorliegen. Es ergaben sich auch keine Anhaltspunkte dafür, daß ausfuhrgenehmigungspflichtige Lizenzen an Patenten erteilt wurden. Mit den von den Firmen gelieferten Unterlagen konnte weder ein komplettes U-Boot, noch ein funktionsfähiger Teil eines U-Bootes gebaut werden. Insbesondere wurden die für den U-Boot-Bau wesentlichen, der militärischen Geheimhaltung unterliegenden Daten über Waffensystem, Tauchtiefe, Fahrbereich und Geschwindigkeiten nicht geliefert. Auch das Schiffsmodell, das für die komplizierte Verrohrung unverzichtbar ist, wurde nicht geliefert. Auch weiteres wesentliches Know-how für den U-Boot-Bau über die gelieferten Blaupausen hinaus wurde nicht nach SA übermittelt.

Die Tatsache, daß funktionsfähige Teile eines U-Bootes bzw. Fertigungsunterlagen hierfür nicht geliefert wurden, ist das Ergebnis der Bemühungen der

1 Bei ihrem Treffen am 5. Juni 1984 informierte Ministerpräsident Botha Bundeskanzler Kohl über Gespräche mit der Firma Ingenieurkontor Lübeck zur Lieferung von Know-how an Südafrika für den U-Boot-Bau. Kohl sagte eine Prüfung des Projekts zu. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 162.
Zur Lieferung von U-Boot-Konstruktionsunterlagen durch die Firmen Ingenieurkontor Lübeck und HDW vgl. AAPD 1985, II, Dok. 197, AAPD 1986, II, Dok. 369, AAPD 1987, I, Dok. 40 und Dok. 58, sowie AAPD 1987, II, Dok. 215, Dok. 299 und Dok. 353.

2 Korrigiert aus: „Fertigungsanlagen".

3 Oberfinanzdirektion.

4 Die Ausfuhr von Rüstungsgütern war geregelt durch das Ausführungsgesetz vom 20. April 1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz) sowie durch das Außenwirtschaftsgesetz vom 28. April 1961. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 444–452 bzw. S. 481–495.
Ferner verabschiedete der Bundessicherheitsrat in seiner Sitzung am 2. Februar 1977 den Entwurf vom 16. Juni 1976 einer Richtlinie für den Rüstungsexport („Flächenpapier"). Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 195, und AAPD 1977, I, Dok. 16.
Für den Wortlaut der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern" vom 28. April 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 309–311. Vgl. dazu auch AAPD 1982, I, Dok. 126.

Bundesregierung. Sie hat sofort, nachdem sie erstmals Kenntnis davon erhalten hatte, daß die Firmen HDW und IKL Teile von Konstruktionsunterlagen für den Bau von U-Booten nach SA geliefert hatten, geplante weitere Lieferungen von Fertigungsunterlagen für den Bau von U-Booten nach SA gestoppt. Dadurch wurde verhindert, daß die wesentlichen Fertigungsunterlagen nach SA gelangen konnten. Darüber hinaus hat die Bundesregierung alles getan, um den Sachverhalt unverzüglich vollständig aufzuklären. Dies geschah insbesondere durch Einleitung der rechtsstaatlich gebotenen Ermittlungen und Verfahren nach den Vorschriften des geltenden deutschen Außenwirtschaftsrechts.

2) Die Presseerklärung der OFD verweist darauf, daß die Einstellung eines Bußgeldverfahrens der Wiederaufnahme der Ermittlungen nicht entgegensteht, wenn sich neue Tatsachen oder Beweismittel ergeben.

II. Nur zur Information der Vertretungen

Die Anfang Februar 1986 von der OFD Kiel gegen die Firmen HDW und IKL eingeleiteten Bußgeldverfahren konnten erst jetzt abgeschlossen werden, weil schwierige rechtliche und tatsächliche Fragen teilweise auch unter Beteiligung von BMF, BMWi, BMVg, AA, Bundesamt für Wirtschaft und Wirtschaftsministerium des Landes Schleswig-Holstein zu klären waren. Die OFD Kiel ist nach eingehender Prüfung in Ausübung pflichtgemäßen Ermessens zu dem Ergebnis gelangt, daß vertragliche Verpflichtungen allein noch keinen Verstoß gegen Paragraph 45 Abs. 3 AWVO[5] begründen können. Wesentlich hierfür sei vielmehr, daß ein funktionsfähiger Teil eines U-Bootes oder Fertigungsunterlagen tatsächlich geliefert werden. Es habe aber nicht nachgewiesen werden können, daß die Firmen im konkreten Fall Unterlagen geliefert haben, die diesen Erfordernissen entsprechen (s. Presseinformation der OFD Kiel, folgt in Anlage). Zur Unterrichtung über das Verfahren: Die OFD wendet in einem Bußgeldverfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG)[6] Vorschriften der StPO[7] und des GVG[8] entsprechend an. Sie hat nicht nur belastende, sondern auch entlastende Tatsachen zu ermitteln. Die OFD kann das Verfahren einstellen, wenn nach ihrem pflichtgemäßen Ermessen die ermittelten Tatsachen eine weitere Verfolgung nach dem OWiG nicht rechtfertigen. Paragraph 5 Abs. 1 AWVO lautet: „Die Ausfuhr der in Teil I., Abschnitt A, B und C der Ausfuhrliste genannten Waren (u. a. Unterwasserschiffe, Schiffskörper und Teile von Schiffkörpern dafür, Dieselmotoren und Kompasse für Unterwasserschiffe) und von Unterlagen zur Fertigung dieser Waren bedarf der Genehmigung."

Paragraph 45 Abs. 3 AWVO, der aus Anlaß der Verabschiedung des Waffenembargos[9] eingefügt wurde, lautet: „Der Genehmigung bedürfen ferner die Er-

5 Korrigiert aus: „AWG".
Für den Wortlaut der Verordnung zur Durchführung des Außenwirtschaftsgesetzes (Außenwirtschaftsverordnung) in der Fassung vom 18. Dezember 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 2671–2700.

6 Für den Wortlaut des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung vom 1. April 1987 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil I, S.603–629.

7 Für den Wortlaut der Strafprozeßordnung in der Fassung vom 7. April 1987 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil I, S. 1074–1148.

8 Für den Wortlaut des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) in der Fassung vom 9. Mai 1975 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil I, S. 1079–1101.

9 Am 4. November 1977 beschloß der VN-Sicherheitsrat unter Bezugnahme auf Kapitel VII der VN-Charta vom 26. Juni 1945 einstimmig ein Waffenembargo gegen Südafrika. Für den Wortlaut der

teilung von Lizenzen an Patenten sowie die Weitergabe von nicht allgemein zugänglichen Kenntnissen an Gebietsfremde, die in der Republik SA und Namibia ansässig sind, soweit die Patente oder Kenntnisse die Fertigung oder Instandhaltung der in Paragraph 5 Abs. 2 Satz l genannten Waren betreffen." SR-Resolution Nr. 418 (77) lautet im mandatorischen Teil: „Decides that all states shall cease forthwith any provision to South Africa of arms and related material of all types, including the sale or transfer of weapons and ammunition, military vehicles and equipment, paramilitary police equipment, and spare parts of the aforementioned, and shall cease as well the provision of all types of equipment and supplies, and grants of licensing arrangements, for the manufacture or maintenance of the aforementioned."

Falls von Gesprächspartnern der Vertretungen Vorwurf erhoben wird, Bundesregierung habe auf Grund der Einstellung der Bußgeldverfahren durch die OFD Kiel trotz der vorstehend beschriebenen Rechtslage nichtsdestoweniger gegen das Waffenembargo verstoßen, wird um umgehenden Bericht gebeten.

III. 1) Vertretungen in den Staaten Schwarzafrikas, in denen dieses Thema politisch eine Rolle spielt, werden gebeten, von sich aus Regierung des Gastlandes wie zu I. auf hoher Ebene in geeigneter Weise zu unterrichten.[10]

2) VN-Vertretung New York erhält gesonderte Weisung.[11]

IV. Presseerklärungen der OFD Kiel, der Obleute von CDU/CSU und FDP sowie SPD im U-Boot-Untersuchungsausschuß sind als Anlage beigefügt.

Folgt Text Presseerklärungen.

Oberfinanzdirektion Kiel stellt Ermittlungsverfahren gegen die Firmen IKL, Lübeck, und HDW, Kiel, ein.

Die Oberfinanzdirektion Kiel hat als zuständige Behörde nach § 43 Abs. 3 Außenwirtschaftsgesetz i. V. m.[12] § 36 Abs. l Nr. l Ordnungswidrigkeitengesetz wegen Verdachts der ungenehmigten Lieferung von U-Boot-Blaupausen (Fertigungsunterlagen) in die Republik Südafrika außenwirtschaftsrechtliche Bußgeldverfahren gegen die Firmen IKL (Ingenieur-Kontor Lübeck) und HDW (Howaldts-

Fortsetzung Fußnote von Seite 133

Resolution Nr. 418 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Band X, S. 41 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/6141, S. 298.

10 Botschafter Timmermann, Lusaka, übersandte am 9. Februar 1988 eine Verbalnote des sambischen Außenministeriums vom 2. Februar 1988, „in der letzteres ‚im Namen aller Frontlinienstaaten' einen scharfen Protest wegen der o. a. Angelegenheit an die Bundesregierung übermittelt. Der Protest gründet sich im wesentlichen auf drei Argumente: Den beiden Firmen sei vom ‚Export Control Board' bescheinigt worden, daß sie sich keinerlei Verstoß zuschulden kommen ließen; Südafrika habe im November 1987 stolz verkündet, daß es nunmehr in der Lage sei, ein U-Boot zu bauen; letztere Tatsache würde dazu beitragen, die Sicherheitslage in der Region verstärkt zu gefährden." Vgl. den Schriftbericht Nr. 78; Referat 534, Bd. 145945.

11 Ministerialdirigent Bazing übermittelte am 15. Januar 1988 der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York ein Schreiben an das Arms Embargo Committee des VN-Sicherheitsrats. Darin wurde zur Einstellung des Ermittlungsverfahrens durch die Oberfinanzdirektion Kiel am 12. Januar 1988 ausgeführt: „Die Bundesregierung hatte, nachdem sie Kenntnis von dem Geschäft erlangt hatte, jede weitere Lieferung von Konstruktionsunterlagen an Südafrika sofort gestoppt und dadurch entscheidende Teile des Geschäfts verhindert. Dadurch wurden die genannten Firmen an Handlungen gehindert, die gegen das oben genannte Gesetz verstoßen hätten." Vgl. den Drahterlaß; Referat 534, Bd. 145945.

12 In Verbindung mit.

werke-Deutsche Werft AG, Kiel) sowie gegen die verantwortlichen Personen geführt.

Die Verfahren sind eingestellt worden. Dafür waren folgende Gründe maßgebend: Die beiden Unternehmen hatten sich zwar vertraglich verpflichtet, Unterlagen und Know-how für den U-Boot-Bau in einem Umfang zu liefern, der eine Ausfuhrgenehmigungspflicht ausgelöst hätte. Die vertragliche Verpflichtung allein ist jedoch noch kein Verstoß gegen außenwirtschaftsrechtliche Bestimmungen. Nach den Bestimmungen des Außenwirtschaftsrechts ist eine Ausfuhrgenehmigung nur und erst dann erforderlich, wenn wenigstens ein funktionsfähiger Teil eines U-Bootes bzw. Fertigungsunterlagen dafür geliefert werden. Es konnte nicht nachgewiesen werden, daß die Firmen Unterlagen geliefert haben, die ausfuhrgenehmigungspflichtig waren. Es ergaben sich auch keine Anhaltspunkte dafür, daß ausfuhrgenehmigungspflichtige Lizenzen an Patenten erteilt wurden. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen, an denen das Bundesamt für Wirtschaft und die Bundesministerien für Wirtschaft und Verteidigung beteiligt waren, reichen die gelieferten Blaupausen nicht aus, um damit ein U-Boot oder wesentliche Teile davon zu bauen.

Auch die Vernehmungen von Firmenangehörigen von HDW, die sich zeitweilig in Südafrika aufgehalten haben, haben nicht ergeben, daß die Betroffenen über die gelieferten Blaupausen hinaus weiteres wesentliches Know-how für den U-Boot-Bau nach Südafrika übermittelt haben.

Die Oberfinanzdirektion Kiel hat auch geprüft, ob ein außenwirtschaftsrechtlicher Verstoß durch die Lieferung einer geringen Menge Spezialstahl nach SA begangen worden ist. Nach der Stellungnahme des Bundesamts für Wirtschaft unterlag diese Lieferung keiner Genehmigungspflicht.

Der Beginn der vertraglichen Lieferung von Blaupausen stellt keinen Versuch einer Ordnungswidrigkeit dar. Ein solcher Versuch läge nur vor, wenn die Betroffenen den Willen gehabt hätten, das Geschäft auch ohne schriftliche Genehmigung des Bundesamts für Wirtschaft durchzuführen.

Dafür konnte der Nachweis nicht mit der erforderlichen Sicherheit erbracht werden. Es mußte deshalb nach rechtstaatlichen Grundsätzen zugunsten der Betroffenen entschieden werden.

Die Einstellung eines Bußgeldverfahrens steht der Wiederaufnahme der Ermittlungen nicht entgegen, wenn sich neue Tatsachen oder Beweismittel ergeben.

Die Obleute von CDU/CSU und FDP im U-Boot-Untersuchungsausschuß, Friedrich Bohl, MdB, und Frau Ursula Seiler-Albring, MdB, erklären:

Die Oberfinanzdirektion Kiel hat nach zweijährigen gründlichen Ermittlungen das Verfahren gegen IKL und HDW wegen des Verdachtes, unter Verstoß gegen das Außenwirtschaftsgesetz U-Boot-Blaupausen nach Südafrika ausgeführt zu haben, eingestellt.

Wir begrüßen, daß die rechtlich und tatsächlich schwierigen und deshalb langwierigen Ermittlungen endlich abgeschlossen sind und dieser Verdacht auf Gesetzesverstöße ausgeräumt ist.

Die Bundesregierung hat richtig gehandelt, als sie 1985 Ermittlungen durch die zuständige Oberfinanzdirektion einleiten ließ. Trotz des Untersuchungsausschusses, der bei Bekanntwerden der Ermittlungen Ende 1986 auf Betreiben von SPD

und Grünen zu Wahlkampfzwecken[13] eingesetzt wurde[14], ist es im Ergebnis gelungen, das Verfahren von sachfremden politischen Einflüssen freizuhalten. Dazu hat auch die von der Koalition im Untersuchungsausschuß vertretene rechtsstaatliche Linie beigetragen.

Wer in beiden Untersuchungsausschüssen die Anhörung der Sachverständigen zu der komplizierten Rechtsmaterie des Außenwirtschaftsrechts aufmerksam verfolgt hatte, kann von der jetzt erfolgten Einstellung des Ermittlungsverfahrens der OFD nicht überrascht sein. Die Lieferungen haben die Schwelle der Genehmigungspflicht nicht erreicht. Der mit SA geschlossene Vertrag war ohnehin nicht genehmigungspflichtig.

Daneben hatte die SPD immer wieder versucht, die Frage eines angeblichen Geheimnisverrats in den Vordergrund zu rücken. Bereits im Januar 1987 hatte der Generalbundesanwalt[15] und im Sommer 1987 die Staatsanwaltschaft Kiel entschieden, daß mangels eines hinreichenden Anfangsverdachts für eine strafbare Handlung kein Verfahren einzuleiten ist, auch nicht wegen angeblichen Geheimnisverrats, wie immer wieder von der SPD gewünscht wurde.

Soweit bestimmte Kreise die Staatsanwaltschaft drängen, doch noch wegen angeblichen Geheimnisverrats (§ 353 b StGB[16]) ein Ermittlungsverfahren einzuleiten, stellt dies die Richtigkeit der Entscheidung der OFD keineswegs in Frage. Im übrigen äußern wir uns zur Frage des § 353 b StGB mit Rücksicht auf die Staatsanwaltschaft nicht. Es ist bekannt, daß solche Unterlagen zum Zwecke der Akquisition von Aufträgen für den Bau von U-Booten offen an interessierte Staaten gegeben werden.

Den Rufen von SPD und Grünen nach Einleitung eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens zur Prüfung einer Straftat nach § 34 Außenwirtschaftsgesetz[17] wegen einer erheblichen Störung der auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland ist nunmehr der Boden entzogen. Wie bereits im vorausgegangenen Untersuchungsausschuß in der 10. Wahlperiode festgestellt worden ist, kann von einer erheblichen Störung unserer auswärtigen Beziehungen keine Rede sein.

In der Bundesrepublik Deutschland ist durch die Untersuchung auch der Justizbehörden und der Oberfinanzdirektion Kiel alles getan worden, objektiv den Sachverhalt und die in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe zu klären. Die Bundesregierung hat nachweisbar keine Genehmigung für eine Erfüllung des Geschäfts erteilt und dafür gesorgt, daß weitere Lieferungen unterblieben sind.

13 In der Bundesrepublik fanden am 25. Januar 1987 Wahlen zum Bundestag statt.

14 Der 4. Untersuchungsausschuß des 10. Deutschen Bundestages („U-Boot-Ausschuß“) tagte vom 18. Dezember 1986 bis 16. Februar 1987.
Wegen Beendigung der Legislaturperiode am 18. Februar 1987 legte der Untersuchungsausschuß keinen Untersuchungsbericht vor. Aus diesem Grund beantragte die SPD-Fraktion am 11. März 1987 die erneute Einsetzung eines entsprechenden Untersuchungsausschusses im neuen Bundestag. Vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/50.

15 Kurt Rebmann.

16 Für den Wortlaut von Paragraph 353 b vgl. STRAFGESETZBUCH, S. 1714 f.

17 Für den Wortlaut von Paragraph 34 des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 489.
Paragraph 34 des Außenwirtschaftsgesetzes wurde durch das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 geändert. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil I, S. 590.

Die Bundesregierung kann kein Vorwurf wegen eines Verstoßes gegen internationales Recht oder die UN-Sicherheitsrats-Resolution über das Waffenembargo gegenüber SA treffen. Schädlich für das internationale Ansehen der Bundesrepublik Deutschland und ihre auswärtigen Beziehungen wäre nur, wenn SPD und Grüne das Ergebnis all der zwischenzeitlich angestellten Untersuchungen nicht akzeptieren und ihre unbewiesenen Vorwürfe weiter verbreiten würden.

Um so bedauerlicher ist die in der SPD-Formulierung des Untersuchungsauftrags enthaltene Vorverurteilung („rechtswidrige Lieferung"), mit der die SPD offensichtlich auch auf Schädigung des internationalen Ansehens der Bundesregierung und der betroffenen Industrieunternehmen und damit letztlich auf eine Gefährdung der Arbeitsplätze abgezielt hat. Unverständlich bleibt, daß der frühere Bundesjustizminister und SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Hans-Jochen Vogel dafür seine Unterschrift hergegeben hat.

Über die Konsequenzen für seine Arbeit wird der Untersuchungsausschuß zu beraten haben. Dabei wird der Untersuchungsausschuß insbesondere zu prüfen haben, welche Folgerungen daraus zu ziehen sind, daß sich der Untersuchungsauftrag nach seiner vorverurteilenden Formulierung nur auf „rechtswidrige Lieferungen" bezieht, eine Rechtswidrigkeit aber weder vom Generalbundesanwalt noch bislang der Staatsanwaltschaft Kiel noch zuletzt der Oberfinanzdirektion Kiel bestätigt worden ist.

Zu dem Einstellungsbescheid der Oberfinanzdirektion Kiel in Sachen „U-Boot-Pläne nach Südafrika" erklärt der Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im 1. Untersuchungsausschuß Norbert Gansel:

1) Trotz entsprechender Anträge der SPD-Fraktion sind dem Untersuchungsausschuß bisher nicht alle Unterlagen zur Verfügung gestellt worden, aufgrund derer die OFD Kiel entschieden hat. Die Tatsache dieser Entscheidung haben wir gestern aus Agenturmeldungen erfahren. Wir kennen die Entscheidung und ihre Begründung im einzelnen nicht. Deshalb erfolgt unsere erste Kommentierung unter gewissen Vorbehalten.

2) Jetzt können die Regierungskoalitionen nicht mehr verhindern, daß dem Ausschuß sämtliche OFD-Akten vorgelegt werden. Wir werden sie sorgfältig daraufhin überprüfen, ob Recht und Gesetz eingehalten sind und ob Hinweise zutreffen, daß die Bundesregierung auf dieses Verfahren starken Einfluß genommen hat. Eine solche Kontrolle durch den Untersuchungsausschuß ist notwendig und rechtlich zulässig. Schließlich handelt es sich bei der OFD Kiel um eine dem Bundesfinanzministerium untergeordnete weisungsabhängige Behörde. Das OFD-Verfahren litt von Anfang an unter dem Makel, daß es im Auftrag eines Bundesministeriums einen Sachverhalt untersuchen sollte, in den der Minister[18] und zwei Staatssekretäre[19] persönlich verwickelt sind.

3) Zu den Besonderheiten dieses Verfahrens hat jedenfalls gehört:

– daß weder das Bundeswirtschaftsministerium noch das Bundesfinanzministerium die zuständigen Staatsanwaltschaften einschalteten,
– daß in den Ministerien selbst keine ordentlichen Aktenvorgänge angelegt wurden,

18 Gerhard Stoltenberg.
19 Staatssekretäre im Bundesministerium der Finanzen waren Günter Obert und Hans Tietmeyer.

– daß die Akten persönlich vom Bundeswirtschaftsminister[20] an den Finanzminister übergeben wurden, von diesem an seinen Staatssekretär und vom Staatssekretär an den Präsidenten der Oberfinanzdirektion Kiel[21] von Hand zu Hand weitergereicht wurden.

Die OFD Kiel hat insgesamt 27 Monate ermittelt. Sie hat sich dabei auf das „kooperative Verhalten" der Firmen verlassen. Durchsuchungen und Beschlagnahmen sind nicht durchgeführt worden. Die OFD Kiel ist im Verlauf von zwei Jahren zu zwei unterschiedlichen Ergebnissen gekommen. Während sie in ihrem Vorschlag vom 28. November 1986 noch die Rechtswidrigkeit des Verhaltens der betroffenen Firmen feststellte und die Verhängung eines Bußgeldes vorschlug[22], hat sie nunmehr das Verfahren eingestellt. Dies erfolgte mit Zustimmung des Bundesfinanzministers und in Kenntnis des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministers[23], denen der Entscheidungsvorschlag der OFD Kiel zur Stellungnahme vorgelegen hatte.

Zu den Merkwürdigkeiten des Verfahrens gehört, daß seit langem „zu hören war", daß es zwischen Auswärtigem Amt und Bundesfinanzministerium erhebliche Meinungsunterschiede über die Bewertung des Sachverhaltes gebe. Das Finanzministerium soll auf eine Einstellung des Verfahrens gedrängt haben. Der Obmann der CDU-Fraktion im Untersuchungsausschuß hat jedenfalls schon am 16. Oktober 1987 in einer Ausschuß-Sitzung von „der Einstellung durch die OFD Kiel" gesprochen. Wir haben seinerzeit mit einer Presseerklärung darauf hingewiesen.

4) Abgesehen von den vorgenannten juristischen und verfahrensmäßigen Bedenken wird die Entscheidung der OFD weitreichende politische Konsequenzen haben. Soll es wirklich in der Bundesrepublik Deutschland legal und zulässig sein, Konstruktionsunterlagen für den Bau modernster Waffen, auf Mikrofilm im Diplomatengepäck über die Grenzen geschmuggelt, nach Südafrika zu bringen, um dort ein Unrechtssystem militärisch zu stärken und politisch zu stabilisieren?

Bereits die ersten Meldungen über das U-Boot-Geschäft haben zu einer Vielzahl internationaler empörter Reaktionen geführt. So beschäftigten sich drei Ausschüsse der Vereinten Nationen, der UN-Sicherheitsrat[24] und zuletzt im Dezember 1987 sogar die Vollversammlung der UN mit dem von mehreren Staaten, insbesondere aus dem afrikanischen Kontinent, vorgebrachten Vorwürfen gegen die Bundesrepublik, sie verstoße eklatant gegen das von der UN verhängte Waffenembargo und damit gegen geltendes Völkerrecht. Die indische Regierung stellte besorgte Fragen, da sie gehört hatte, es seien die Pläne ihrer U-Boote an Südafrika verkauft worden[25], obwohl es geostrategische Rivalitäten zwischen den beiden Ländern gibt.

20 Martin Bangemann.

21 Svend Olaf Hansen.

22 Für den Wortlaut des Berichts der Oberfinanzdirektion Kiel, der mit Schreiben vom 28. November 1986 an das Bundesministerium der Finanzen übermittelt wurde, vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/6141, S. 51.

23 Roger Asmussen.

24 Korrigiert aus: „US-Sicherheitsrat".

25 Am 12. Februar 1988 vermerkte Legationsrat I. Klasse Bruns, im Gespräch mit Ministerialdirektor Jelonek am 10. Februar 1988 habe der indische Botschafter Ajmani darauf hingewiesen, „daß

Das Auswärtige Amt hat stets versucht, den schweren außenpolitischen Schaden, der durch das U-Boot-Geschäft eingetreten ist, dadurch zu mildern, daß es den Vereinten Nationen und allen protestierenden Regierungen mitteilte, die staatlichen Ermittlungsbehörden seien mit der Aufklärung des Sachverhaltes und der Bestrafung der Verantwortlichen befaßt. Dies ließ Bundesminister Genscher noch im Dezember 1987 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York erklären. Wird derselbe Minister nunmehr der empörten Weltöffentlichkeit mitteilen, daß die Bundesrepublik Deutschland das Waffenembargo der Vereinten Nationen mißachtet und nicht durch nationale Gesetze gesichert hat?

5) Die Rechtsauffassung der OFD, die geplanten Lieferungen an Südafrika seien zwar genehmigungspflichtig, die begonnenen Lieferungen hätten aber noch nicht die Schwelle der Genehmigungspflicht erreicht, stellt geradezu eine Demontage des bisherigen Kontrollinstrumentariums des Außenwirtschaftsrechts dar. Soll der Export von Rüstungsgütern in Spannungsgebiete in Zukunft erst dann genehmigungspflichtig werden, wenn auch das letzte Teilchen geliefert wird, das die Anlage voll funktionsfähig macht? Und soll die Entscheidung darüber den Lieferfirmen vorbehalten bleiben? – Die südafrikanischen Rüstungsfirmen schätzten den Wert der erhaltenen U-Boots-Unterlagen jedenfalls anders als die OFD Kiel ein. Sie weigerten sich, die Konstruktionsunterlagen zurückzugeben und sich den Kaufpreis wieder erstatten zu lassen. Südafrika waren Unterlagen, die die OFD als bedeutungslos einstuft, jedenfalls 45 Millionen D-Mark wert.

Abenteuerlich ist die Begründung, mit der die OFD auch den Versuch einer Ordnungswidrigkeit ablehnt („ein solcher Versuch läge nur vor, wenn die Betroffenen den Willen gehabt hätten, das Geschäft auch ohne schriftliche Genehmigung des Bundesamtes für Wirtschaft durchzuführen"). Aus den schriftlichen Unterlagen, die dem Bonner Untersuchungsausschuß vorliegen, ergibt sich eindeutig, daß das Geschäft ohne eine schriftliche Genehmigung durchgeführt werden sollte. Deshalb haben sich die Firmen um das sogenannte „grüne Licht" bemüht. Die CDU/CSU und FDP kamen deshalb in einem im Februar vergangenen Jahres der Bundespressekonferenz übergebenen Zwischenbericht zu folgender Einschätzung:

„Offensichtlich haben die Unternehmen von Anfang an, vermutlich weil sie die Aussichten auf eine Genehmigung nach dem Außenwirtschaftsgesetz für gering eingeschätzt haben, sich auch mit dem Gedanken getragen, das Geschäft ohne formelle Genehmigung durchzuführen, sofern bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind."

6) Die Entscheidung der OFD wird keinen nachteiligen Einfluß auf die weitere Arbeit des Untersuchungsausschusses haben.

Fortsetzung Fußnote von Seite 138

die Berichte über den angeblichen Export von U-Boot-Konstruktionsplänen an Südafrika bzw. die angebliche Lieferung eines U-Boot-Modells über Israel an Südafrika, wie sie auch in der Debatte des Deutschen Bundestages am 21. Januar 1988 zur Sprache kamen, im indischen Parlament und in der indischen Öffentlichkeit große Beunruhigung ausgelöst hätten. Man befürchte einen Verstoß gegen das deutsch-indische Abkommen über die Zusammenarbeit beim Bau von U-Booten für die indische Marine, insbesondere das Geheimschutzabkommen. […] Er wolle nun auf Weisung seiner Regierung zwei Schreiben übergeben, in denen der Sachverhalt aus indischer Sicht dargestellt, die deutsche Seite um Aufklärung und um eine förmliche Antwort der Bundesregierung gebeten werde". Vgl. Referat 534, Bd. 145945.

Die SPD wird vielmehr jetzt darauf drängen, daß sämtliche verantwortliche Firmenvertreter von HDW und IKL unverzüglich vor den Untersuchungsausschuß geladen werden und dort vollständig aussagen. Das bisher von ihnen geltend gemachte Zeugnisverweigerungsrecht werden sie nun nicht mehr aufrechterhalten. Auch die Regierungsfraktionen, die eine Vernehmung von Firmenvertretern stets mit ihrer Mehrheit verhindert haben, können sich jetzt nicht mehr gegen die entsprechenden SPD-Anträge sträuben.

Die Vernehmung dieser wichtigen Firmenzeugen wird zu einer Klärung führen, ob Staatssekretär Schreckenberger den Untersuchungsausschuß belogen hat, als er entgegen schriftlicher Firmenunterlagen bestritt, HDW und IKL für die Abwicklung ihres Geschäfts „grünes Licht" im Namen von Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Strauß erteilt zu haben.

Wichtige Beweismittel dazu werden sich auch aus den uns nunmehr vorzulegenden OFD-Akten ergeben.

[gez.] Pleuger

Referat 012, Bd. 134236

24

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan in Washington

VS-NfD **21. Januar 1988**[1]

Von BM noch nicht genehmigt

BM-Besuch in Washington vom 20. bis 21. Januar 1988[2];
hier: Gespräch mit Präsident Reagan von 9.45 bis 10.15 Uhr

Teilnehmer auf deutscher Seite: Botschafter Ruhfus, D 2[3], VLR I Weber.

Teilnehmer auf amerikanischer Seite: AM Shultz, Stabschef Baker, Sicherheitsbeauftragter General Powell, Botschafter Burt.

BM überbrachte die Grüße des Bundeskanzlers und des Bundespräsidenten.

Er gab seiner Freude über die Begegnung mit dem Präsidenten Ausdruck.

BM bekräftigte die starke Unterstützung der Bundesregierung und ihrer europäischen Partner für das INF-Abkommen. Er sprach die Erwartung aus, daß der Ratifizierungsprozeß im Senat schnell durchgeführt und erfolgreich abgeschlossen werde.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 25. Januar 1988 gefertigt.

2 Zum Besuch des Bundesministers Genscher in den USA vgl. auch Dok. 25 und Dok. 26.

3 Hermann Freiherr von Richthofen.

Präsident *Reagan* hieß BM herzlich willkommen. Er dankte für die Unterstützung der Bundesregierung und der europäischen Verbündeten bei der Ratifizierung des INF-Abkommens.

AM *Shultz* berichtete dem Präsidenten, daß BM bereits ein Gespräch mit Senatoren[4] und Kongreßabgeordneten geführt habe und unterstrich dabei die Nützlichkeit von Gesprächen verbündeter Politiker mit Senatoren und Abgeordneten, in denen die Unterstützung für die Ratifizierung des INF-Abkommens zum Ausdruck gebracht werde.

BM unterstrich noch einmal, daß der INF-Vertrag sowohl in unserem deutschen als auch im europäischen Interesse liege und daß er die Sicherheit Europas erhöhe.

Präsident *Reagan* wies darauf hin, daß für seine Reise nach Moskau[5] noch offene Angelegenheiten (unfinished business) zu erledigen seien. Die Administration halte es für erforderlich, Fortschritte in Regionalfragen zu erzielen. Außerdem müsse die Sowjetunion noch einiges mehr auf dem Gebiet der Menschenrechte und humanitären Fragen leisten. Er habe sich bei Gorbatschow für die Genehmigung von Ausreisen deutschstämmiger und jüdischer Sowjetbürger[6] aus der Sowjetunion eingesetzt. In den Gesprächen mit den Sowjets über mehr Leistungen im Bereich der Menschenrechte gehe es ihm vor allem darum, daß bei den Ausreisen mehr geschehe.

Präsident Reagan erkundigte sich dann, was AM Schewardnadse bei seinem kürzlichen Besuch in Bonn der Bundesregierung mitgeteilt habe[7], und bat BM um einen Überblick über den Stand der West-Ost-Beziehungen.

BM dankte dem Präsidenten für seinen persönlichen Einsatz für die Ausreisen deutschstämmiger und jüdischer Bürger aus der Sowjetunion. Er wies auf den Anstieg der Zahlen bei der Ausreise Deutschstämmiger hin, die sich im letzten Jahr auf rund 14000 belaufen haben. Die ansteigende Tendenz gelte mehr oder weniger auch für die Ausreisen jüdischer Bürger aus der Sowjetunion.

AM *Shultz* warf ein, daß die Ausreisen jüdischer Bürger leider nicht in demselben Maße zugenommen hätten wie die Ausreisen Deutschstämmiger.

4 Bundesminister Genscher traf am 21. Januar 1988 in Washington mit den amerikanischen Senatoren Lugar, Quayle, Evans und McConnell zu einem Frühstücksgespräch zusammen. Dabei erläuterte Lugar, „daß der Senat am 25. Januar mit den Hearings zur Ratifizierung des INF-Abkommens beginnen werde. Zieldatum für den Abschluß der Hearings sei der 7. März. Er rechne damit, daß das Ratifizierungsverfahren spätestens im April […] beendet werde." Genscher betonte, „er habe sich zu Hause für den Abschluß und die Ratifizierung des INF-Abkommens stark gemacht. […] Er drückte die Hoffnung aus, daß der Senat das INF-Abkommen rasch ratifiziere." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 204, Bd. 160061.

5 Zum Treffen des amerikanischen Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

6 Zur Ausreise von Deutschstämmigen aus der UdSSR vgl. Dok. 22, Anm. 16.
In einer Aufzeichnung der Botschaft in Tel Aviv vom 21. Dezember 1987 wurde festgestellt: „Die Zahl der Ausreisebewilligungen für sowjetische Juden stieg im Vergleich zum Vorjahr erheblich an (1986: 904, davon emigierten 201 nach Israel. In diesem Jahr vermutlich rund 8000 Ausreisen). […] Shamir erklärte mehrfach öffentlich, er fordere die ‚Repatriierung' sowjetischer Juden nach ‚deutschem Modell', wobei er glaubte, deutschen Volkszugehörigen werde die Ausreise allein wegen ihrer Volkszugehörigkeit gestattet und eine Berufung auf Familienzusammenführung sei unnötig." Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 1469 des Botschafters Haas, Tel Aviv, vom 23. Dezember 1987; Referat 310, Bd. 149591.

7 Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 17. bis 19. Januar 1988 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 18 und Dok. 22.

BM wies auf seinen bevorstehenden Besuch in Israel hin[8], bei dem er unsere Erfahrungen mit den israelischen Erfahrungen in der Ausreisefrage vergleichen wolle. Weiter berichtete er, daß er mit AM Schewardnadse die Einrichtung einer Expertengruppe für die Erörterung humanitärer Fragen vereinbart habe[9], die sich zweimal im Jahr treffen solle. Der Bundesregierung gehe es dabei um Fortschritte in allen humanitären Fragen. Sie trete bei den Sowjets auch dafür ein, deutschstämmigen Sowjetbürgern Besuchsreisen in die Bundesrepublik Deutschland zu gestatten und es diesen Menschen zu ermöglichen, ihre deutsche Identität in der Sowjetunion zu bewahren, um ihnen die Entscheidung zu erleichtern, keinen Antrag auf Ausreise zu stellen, sondern in der Sowjetunion zu verbleiben.

BM fuhr fort, daß Schewardnadse in seinen Gesprächen mit ihm sehr klar das sowjetische Interesse am Abschluß eines Abkommens über eine 50%ige Reduzierung der strategischen Waffen zum Ausdruck gebracht habe.

Schewardnadse habe das sowjetische Interesse an einer raschen Ratifikation des INF-Abkommens unterstrichen und erklärt, daß alles getan werden sollte, um eine reibungslose Annahme des Vertrages durch den Senat zu gewährleisten. Er habe ihm erwidert, daß wir alles tun würden, was erforderlich sei, daß der INF-Vertrag im Kongreß angenommen werde. Darüber hinaus habe Schewardnadse das sowjetische Interesse an einem baldigen Abschluß eines Abkommens über das weltweite Verbot chemischer Waffen unterstrichen. Daran habe auch die Bundesregierung ein vordringliches Interesse.

Ferner habe Schewardnadse auf baldigen Abschluß der Mandatsgespräche und Beginn von Verhandlungen über konventionelle Stabilität in Europa[10] gedrängt und westliche Vorschläge angemahnt. Er, BM, habe klargemacht, daß auch der Westen sich auf dieses Feld konzentrieren wolle, wobei es allerdings erforderlich sei, nicht nur über den Abbau von Ungleichgewichten bei den Rüstungen, sondern auch über die unterschiedlichen Doktrinen, den Bereitschaftsgrad der Streitkräfte und die geographischen Disparitäten zu sprechen.

BM fuhr fort, AM Schewardnadse habe in den Gesprächen und in seiner Tischrede klargemacht, daß die Sowjets sich derzeit nicht darauf konzentrierten, eine dritte Null-Lösung bei den atomaren Kurzstreckenwaffen zu erreichen, sondern in Kenntnis der westlichen Ablehnung dieses Zieles anstrebten, die doppelt verwendbaren Waffen ohne die nuklearen Sprengmittel in die konventionellen Abrüstungsverhandlungen einzubeziehen.[11] BM las hierzu die entsprechende Passage aus der Tischrede in der englischen Übersetzung vor.

8 Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 23./24. Januar 1988 in Israel vgl. Dok. 30, Dok. 40 und Dok. 41.

9 Am 19. Januar 1988 unterzeichneten Bundesminister Genscher und der sowjetische Außenminister Schewardnadse ein Protokoll über Konsultationen, das auch Fragen der humanitären Beziehungen einschloß. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1988, S. 56.

10 Zum Stand der Gespräche zwischen NATO und Warschauer Pakt über ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 8.

11 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse erklärte am 18. Januar 1988 in seiner Tischrede: „Nehmen wir zum Beispiel taktische Atomwaffen in Europa. Ob sie sowjetisch oder amerikanisch sind, werden diese Waffen vor allem und, man darf sagen, ausschließlich gegen europäische Staaten eingesetzt, die sich auf der Berührungslinie der beiden militärpolitischen Bündnisse befinden. Wir treten für eine völlige Beseitigung der taktischen nuklearen Mittel ein, was den ureigenen Interessen aller Europäer entsprechen würde. Selbstverständlich ist eine solche Lösung dieser Frage nur unter

Präsident *Reagan* nahm das mit Interesse zur Kenntnis, ohne sich näher dazu zu äußern.

BM fuhr fort, er habe auf die in den NATO-Kommuniqués von Reykjavik und Brüssel im Juni und Dezember 1987 festgelegte Bündnisposition hingewiesen.[12] Diese Bündnisposition enthalte eine weise Linie, nach der das Bündnis weiter vorgehen solle. Nach seinem Eindruck seien die Sowjets keineswegs entschieden, wie sie im Bereich der bodengestützten nuklearen Flugkörper zwischen 0 und 500 km Reichweite vorgehen wollen.

BM fuhr fort, das Hauptinteresse der Sowjetunion in den Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland richte sich auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Der deutsch-sowjetische Handel sei in den letzten beiden Jahren rückläufig gewesen. Die Sowjets seien an einem Ausbau des Wirtschaftsaustausches interessiert. Nicht klar sei gegenwärtig, wie flexibel die Sowjetunion als wirtschaftlicher Partner für den Westen sein könne. Die Struktur der sowjetischen Wirtschaft und der sowjetischen Unternehmen werfe gewisse Probleme auf, die alle westlichen Handelspartner beträfen.

Die Sowjets wollten die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland insgesamt verbessern. Schewardnadse habe in seiner Tischrede allerdings klargestellt, daß, was Deutschland als Ganzes angehe, es keinerlei Veränderung der sowjetischen Haltung gebe. Er habe nur darauf hingewiesen, daß man die Entscheidung über die unterschiedlichen Positionen in dieser Frage der Geschichte überlassen sollte.

In den Gesprächen habe auch ein Treffen des Bundeskanzlers mit Generalsekretär Gorbatschow eine Rolle gespielt. Diesbezüglich sei vereinbart worden, im zweiten Halbjahr 1988 eine Entscheidung zu treffen, sowohl hinsichtlich des Zeitpunktes als auch hinsichtlich des Ortes. Was den Zeitpunkt angehe, so sei ein Treffen noch 1988 oder 1989 möglich. Diese offene Frage werfe jedoch keine Schatten auf die Beziehungen.

Zusammenfassend stellte BM fest, daß die Sowjetunion zwar an einer Verbesserung der Beziehungen zu uns interessiert sei, sich allerdings gegenwärtig ganz auf die Entwicklung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten konzentriere, die für sie die erste Priorität hätten.

Präsident *Reagan* wies darauf hin, daß er bei seinem Treffen mit GS Gorbatschow[13] stets auf das konventionelle Ungleichgewicht und die Notwendigkeit

Fortsetzung Fußnote von Seite 142
Beteiligung der anderen Atommächte möglich, und es ist nicht unsere Schuld, daß sie dazu noch nicht reif geworden sind. Deshalb könnte man wenigstens damit anfangen, daß man in den künftigen Verhandlungen über den Abbau von Streitkräften und konventionellen Rüstungen in Europa die Frage der Träger doppelter Zweckbestimmung erörtert. Die nukleare Komponente selbst könnte man zum Gegenstand entsprechender Verhandlungen machen, ohne die Sache jedoch auf die lange Bank zu schieben." Vgl. das Redemanuskript; Referat 213, Bd. 147135.

12 Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, II, Dok. 174.
Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 86–91. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 108–112. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 369.

13 Vgl. dazu das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 7. bis 10. Dezember 1987 in Washington; AAPD 1987, II, Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

seiner Beseitigung in konventionellen Abrüstungsverhandlungen hingewiesen habe. Er schloß daran die Feststellung an, daß es notwendig sei, zunächst ein Gleichgewicht der Kräfte im konventionellen Bereich zu erzielen, bevor weitere Verhandlungen über nukleare Waffen stattfänden. Wenn der Westen die nuklearen Waffen vorher weggeben würde, bliebe das sowjetische Ungleichgewicht im konventionellen Bereich erhalten.

Präsident Reagan fuhr fort, er habe das Buch von Gorbatschow über Perestroika[14] gelesen. Dabei habe er den Eindruck gewonnen, daß die Sowjets den gegenwärtigen Zustand der Existenz von zwei deutschen Staaten ausgezeichnet fänden und nicht an eine Wiedervereinigung Deutschlands dächten. Er sei jedoch der Auffassung, daß Deutschland vereinigt werden sollte.

BM erwiderte, wir seien realistisch und seien uns darüber im klaren, daß die Sowjetunion im Hinblick auf die DDR den bestehenden Status quo erhalten wolle. Deshalb müßten wir uns jetzt im Interesse der Deutschen darauf konzentrieren, den Handlungsspielraum der DDR in Fragen der Kontakte und Zusammenarbeit zu erweitern. Er habe Schewardnadse jedoch sehr klar gesagt, daß die Menschenrechte des einzelnen und das Recht auf Selbstbestimmung der Deutschen nicht zur Disposition irgendeines anderen Staates stehen können.

BM kam auf die Äußerung des Präsidenten zu der konventionellen Abrüstung zurück und wies darauf hin, daß es nicht ausreiche, im konventionellen Bereich ein Gleichgewicht der Kräfte herbeizuführen. Das Verhandlungskonzept des Bündnisses von 1986[15] berücksichtige vielmehr, daß zur Herstellung konventioneller Stabilität in Europa mehr erforderlich sei als nur ein Kräftegleichgewicht. Es müsse z. B. mit in Betracht gezogen werden, wo Streitkräfte stationiert seien. Es gehe auch darum, die geographische Disparität auszugleichen. Ferner sei es erforderlich, sich mit den unterschiedlichen Doktrinen der beiden Bündnisse zu befassen: Während die NATO ein reines Verteidigungsbündnis mit entsprechender Verteidigungsdoktrin sei, verfolge der Warschauer Pakt eine offensive Militärdoktrin, die ihn in die Lage versetze, Großangriffe und Überraschungsangriffe durchzuführen. Ein weiterer Faktor sei die Frage des Bereitschaftsgrades. Das Jahr 1914 habe bewiesen, daß ein Gleichgewicht konventioneller Kräfte den Frieden nicht garantiere. Wir seien nicht interessiert, diese Erfahrung zu wiederholen. Vielmehr liege es in unserem Interesse, konventionelle Stabilität in Europa herzustellen.

AM *Shultz* warf ein, BM spreche dieselbe Sprache wie General Powell, der zuletzt Kommandeur in Frankfurt gewesen sei.

General *Powell* berichtete daraufhin über seine Erfahrungen hinsichtlich der Verteidigung des „Fulda Gap". Für die NATO-Streitkräfte in diesem Raum wäre es im Verteidigungsfall relativ einfach, einen Angriff der hinter der innerdeutschen Grenze stationierten sowjetischen Armee abzuschlagen. Sehr viel schwieriger wäre es indessen, mit den dann nachfolgenden, aus Westrußland herbeigeführten sowjetischen Armeen fertigzuwerden.

14 Vgl. Michail GORBATSCHOW, Perestroika. Die zweite russische Revolution – Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1987.

15 Vgl. dazu die „Brüsseler Erklärung über konventionelle Rüstungskontrolle" des NATO-Ministerrats vom 11./12. Dezember 1986; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 77–79.

General Powell unterstrich sodann die Ausführungen von BM zur Bedeutung des Bereitschaftsgrades im Rahmen eines konventionellen Abrüstungskonzepts.

BM wies in diesem Zusammenhang auf die Wehrpflicht in der Bundesrepublik Deutschland und in der Sowjetunion hin, die die schnelle Bereitstellung von Reservisten ermögliche, eine Fähigkeit, über die Staaten ohne Wehrpflicht nicht verfügten.

Präsident *Reagan* wies darauf hin, daß die Sowjetunion in der DDR insgesamt 20 Divisionen (seine Berater korrigierten 17) stationiert habe. Diese sowjetischen Truppen seien allerdings nicht allein aus dem Grunde in der DDR anwesend, weil auf der anderen Seite der innerdeutschen Grenze die NATO stehe, sondern um den sowjetischen Machtanspruch durchzusetzen.

AM *Shultz* unterstrich seinerseits den wahren Grund der starken sowjetischen Präsenz in der DDR.

Präsident *Reagan* meinte sodann, GS Gorbatschow werde unruhig (disturbed), wenn er das russische Sprichwort zitiere, Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

BM wandte sich sodann der Europäischen Gemeinschaft und den Problemen zwischen EG und USA zu. Er unterrichtete den Präsidenten über den bevorstehenden europäischen Sonderrat am 11./12.2.1988[16], auf dem die mit der Verabschiedung des Delors-Paketes[17] zusammenhängenden Gemeinschaftsprobleme einer Lösung zugeführt werden sollen.

Der Europäische Rat in Kopenhagen[18] sei zwar nicht gescheitert, aber auch nicht erfolgreich gewesen, um dieses Ziel zu erreichen. Es gehe vor allem um die Lösung der Agrarprobleme, die von großer Bedeutung auch für die Vereinigten Staaten und andere Drittstaaten seien. In diesem Zusammenhang erwähnte BM die umstrittene Frage der Einführung einer Öl- und Fettsteuer der Gemeinschaft[19], gegen die sich die Bundesrepublik und einige andere Mitgliedstaaten zur Vermeidung von Problemen mit den USA ausgesprochen hätten. Eine solche Steuer könne in der EG nur mit einer qualifizierten Mehrheit eingeführt werden. Die Bundesregierung habe sich insbesondere deshalb gegen sie ausgesprochen, weil sie verhindern wolle, daß dadurch die protektionistischen Ideen in den USA Auftrieb erhielten. Wir seien dafür, die Märkte der Gemeinschaft zu öffnen, was eine positive Auswirkung auf die amerikanische Exportfähigkeit bezüglich des europäischen Gemeinschaftsmarkts hätte. BM wies ausdrücklich auf die Öffnung des Telekommunikationsmarktes in der Bundesrepublik Deutschland für amerikanische Exporte hin.[20]

16 Zur außerordentlichen Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel vgl. Dok. 59.

17 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket") vgl. Dok. 15, Anm. 16.

18 Die Tagung des Europäischen Rats fand am 4./5. Dezember 1987 in Kopenhagen statt. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 358.

19 Zum Vorschlag der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 15, Anm. 7.

20 Am 11. Mai 1988 billigte das Kabinett den Entwurf für ein Gesetz zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost (Poststrukturgesetz – PostStruktG). Ziel des Gesetzes war die Schaffung von Strukturen für den neuen Markt der Informations- und Kommunikationstechnologien sowie eine Reform der Deutschen Bundespost. Das Gesetz sah u. a. die „Einführung von Wettbewerb bei Telekommunikationsdiensten und allen Telekommunikationsendgeräten" sowie bei der Satellitenkommunikation und beim Mobilfunk vor, ferner die „Aufrechterhaltung des Netz-, Telefon- und Briefdienstmonopols der Deutschen Bundespost zur Sicherung der Infrastrukturaufgabe und zum Erhalt der Finanzkraft der Deutschen Bundespost". Schließlich sollten die „politisch-

AM *Shultz* begrüßte die Ausführungen von BM. Es wäre nützlich, wenn er dies auch in der Öffentlichkeit sagen könnte. BM erklärte hierzu seine Bereitschaft und gab seiner Befriedigung Ausdruck, den USA auf diesem Gebiet helfen zu können.

Präsident *Reagan* wies darauf hin, daß in der europäischen Presse die Frage aufgeworfen werde, ob das INF-Abkommen bei der Ratifizierung durch den Senat mit Einschränkungen, Ergänzungen oder Vorbehalten versehen werden könnte. Sollte dies eintreten, würde die Regierung an den Verhandlungstisch zurückgezwungen werden. Dies wolle sie unter allen Umständen verhindern.

Auf die Frage von *BM*, ob er sich öffentlich für eine Ratifizierung ohne irgendwelche Zusätze aussprechen sollte, erwiderte AM Shultz, es wäre hilfreich, hierzu eine deutsche Auffassung auszudrücken, ohne den Eindruck zu erwecken, daß dies auf Anregung der amerikanischen Administration geschehe.

BM fragte den Präsidenten, ob er zuversichtlich sei, daß der Moskauer Gipfel erfolgreich verlaufen werde?

Präsident *Reagan* erwiderte, die Mitteilung von BM über die Äußerung von AM Schewardnadse zu START habe ihn optimistischer gestimmt.

Präsident Reagan wies darauf hin, daß die Sowjets versucht hätten, SDI[21] als ein großes Hindernis auf dem Wege zu einem START-Abkommen erscheinen zu lassen. Er habe es abgelehnt, auf einer solchen Grundlage zu verhandeln. Er sei nach wie vor der festen Überzeugung, daß es von großem Vorteil für die Menschheit wäre, die ballistischen Raketen durch SDI obsolet zu machen.

BM berichtete über die Äußerung von AM Schewardnadse, daß es den Sowjets letztlich nicht darauf ankomme, ob die Frist der Nichtkündbarkeit des ABM-Vertrages[22] acht oder zehn Jahre betrage. Schewardnadse habe nur vom ABM-Vertrag, nicht aber von SDI gesprochen. Das Gespräch mit ihm über diese Fragen sei sehr dicht gewesen.[23]

BM fragte den Präsidenten sodann nach dem NATO-Gipfel und seiner Teilnahme. AM *Shultz* und General *Powell* bestätigten das Datum 2./3. März 1988.[24] Präsident Reagan beabsichtige, dazu nach Brüssel zu kommen.

BM brachte daraufhin das Interesse des Bundeskanzlers am Zustandekommen eines Besuchstermins im Februar in Washington zum Ausdruck und wies auf

Fortsetzung Fußnote von Seite 145
hoheitlichen Aufgaben […] dem Bundesminister für Post und Telekommunikation, die betrieblichen Aufgaben den Unternehmen der Deutschen Bundespost zugeordnet" werden; deren Tätigkeitsbereiche würden künftig „auf die drei öffentlichen Unternehmen Deutsche Bundespost Telekom, Deutsche Bundespost Postdienst, Deutsche Bundespost Postbank mit jeweils eigenem Management und eigenen Aufsichtsräten" verteilt. Vgl. JAHRESBERICHT 1988, S. 505 f.
Der Gesetzentwurf wurde von der Bundesregierung am 2. September 1988 eingebracht und am 22. September 1988 in erster Lesung vom Bundestag behandelt. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 94. Sitzung, S. 6376–6406. Für den Gesetzentwurf vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/2854.

21 Zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) der USA vgl. Dok. 11, Anm. 14.

22 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.
Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

23 Zur Grundsatzposition der UdSSR in den amerikanisch-sowjetischen START-Verhandlungen vgl. Dok. 22, Anm. 24.

24 Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs vgl. Dok. 75.

die in Diskussion befindlichen Daten (deutscher Vorschlag 17.–19.2., für USA schwierig; amerikanischer Vorschlag 26.2., für BK schwierig) hin.[25]

General *Powell* erklärte, daß die Frage des Datums weiterhin intensiv geprüft werde, und gab dabei zu erkennen, daß man versuchen wolle, sich auf ein Datum im Februar zu verständigen. *BM* übermittelte den Vorschlag und die Einladung des Bundeskanzlers, falls es im Februar nicht zu dem Besuch in Washington käme, daß Präsident Reagan unmittelbar im Anschluß an den NATO-Gipfel nach Deutschland komme. Er wies in diesem Zusammenhang auf unsere EG-Präsidentschaft[26] hin.

General *Powell* bedauerte, daß der Präsident nach dem Abschluß des NATO-Gipfels unverzüglich in die USA zurückkehren müsse, da hier Anfang März wichtige Termine anstünden. Er hoffe, daß man sich auf einen Termin im Februar einigen könne. *BM* fragte, ob der Präsident nicht ggf. für einen Nachmittag am 3. März nach Bonn kommen könne.

Stabschef *Baker* bekräftigte, daß es für einen Bonn-Besuch nach dem Gipfel keine Chance gebe.

General *Powell* unterstrich die Notwendigkeit, einen Termin für den Kanzlerbesuch im Februar zustande zu bringen. Man suche auch nach einem Datum Anfang Februar.

BM dankte Präsident Reagan für dessen Initiative zur Einrichtung des German-American Day.[27]

Präsident *Reagan* verabschiedete den Bundesminister mit großer Herzlichkeit.

Referat 204, Bd. 160061

25 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 17. bis 20. Februar 1988 in den USA vgl. Dok. 62–64.

26 Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

27 Am 2. Oktober 1987 unterzeichnete Präsident Reagan eine Erklärung zum „German-American Day". Für den Wortlaut der Ansprache Reagans und der „Proclamation 5719–German-American Day, 1987" vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 1126–1129.
Vortragender Legationsrat Kölsch wies am 26. Juni 1988 darauf hin, daß der „German-American Day" am 6. Oktober 1987 die Gelegenheit geboten habe, „den Beitrag der deutschen Einwanderer und der ca. 50 Mio. deutschstämmigen Amerikaner zur Entwicklung der USA in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu würdigen […] sowie in Grußbotschaften des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Bundesministers den ausgezeichneten Stand der bilateralen Beziehungen hervorzuheben. Diese Chance haben wir angesichts des geringen zeitlichen Vorlaufs (Entscheidung im Kongreß damals erst Anfang Aug[ust] 1987) so gut wie möglich genutzt." Zum weiteren Vorgehen notierte Kölsch: „Wir haben langfristig ein Interesse, den „German-American Day" am 6.10. eines jeden Jahres als Dauereinrichtung zu etablieren. Entsprechende Bemühungen laufen seit Beginn des Jahres: BK gegenüber Präsident Reagan und Speaker Wright im Februar d. J.; Kontakte der Botschaft Washington zu ausgewählten Kongreßmitgliedern; Schreiben von Botschafter Ruhfus an unsere Generalkonsulate mit der Bitte, gegenüber den Kongreßmitgliedern ihrer Amtsbezirke in den Wahlkreisen unterstützend tätig zu werden." Vgl. Referat 204, Bd. 160056.

25

Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 21. Januar 1988, 17.27 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 253 **Ankunft: 21. Januar 1988, 23.56 Uhr**

Betr.: BM-Besuch in Washington[2];
hier: Gespräch mit der „German Study Group" des US-Repräsentantenhauses

Aus dem am 21.1.1988 von 9.00–9.30 Uhr stattgefundenen Gespräch des BAM[3] mit Mitgliedern der neugegründeten „German Study Group" des Repräsentantenhauses wird das Nachstehende festgehalten. Der Vermerk hat BM noch nicht zur Genehmigung vorgelegen.

„Anwesend auf amerikanischer Seite: Rep.[4] Lee Hamilton, Rep. Tom Petri, Rep. Bob Livingston.

Auf deutscher Seite: BM, Botschafter Dr. Ruhfus, D 2[5], Ges.[6] Paschke, MDg Dr. Jansen, RL 013[7].

Lee Hamilton leitete das Gespräch ein mit einem lachenden Hinweis auf den übervollen Reisekalender des BM.

BM daraufhin: Dies sei nun einmal die Aufgabe eines AM. Er müsse aber zugeben, daß der Termindruck im ersten Halbjahr 1988 besonders stark sei wegen unserer EG-Präsidentschaft. Dies sei auch der Hauptgrund für diesen Besuch in Washington.

Hamilton: Der Minister sei kürzlich auch im Nahen Osten[8] gereist.

BM: Ja – und nächste Woche werde er in Israel sein.[9]

Hamilton berichtete dann über die Entstehung der „German Study Group". Dieses Projekt habe sich rasch als sehr erfolgreich erwiesen. Auf den von ihm im Namen der acht Gründungsmitglieder geschriebenen Brief hätten binnen kürzester Frist etwa 70 Abgeordnete positiv reagiert. Er sei darüber sehr befriedigt. Die Gruppe könne sich als ein nützliches Instrument für die Befassung des Kongresses mit deutschen Fragen erweisen.

1 Das Fernschreiben wurde von Gesandtem Paschke, Washington, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat Kölsch am 22. Januar 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Von BM noch nicht genehmigt."

2 Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 20./21. Januar 1988 in den USA vgl. auch Dok. 24 und Dok. 26.

3 Bundesaußenminister.

4 Representative.

5 Hermann Freiherr von Richthofen.

6 Gesandter.

7 Jürgen Chrobog.

8 Bundesminister Genscher hielt sich am 15./16. Januar 1988 in Syrien auf. Vgl. dazu Dok. 16 und Dok. 21.

9 Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 23./24. Januar 1988 in Israel vgl. Dok. 30, Dok. 40 und Dok. 41.

BM daraufhin: Die Bundesregierung habe diese Initiative mit großer Genugtuung zur Kenntnis genommen. Was könne man nun tun, um die Kontakte zwischen den Mitgliedern des Repräsentantenhauses und des Bundestages zu intensivieren?

Hamilton: Er hoffe auf einen intensiven Besuchsaustausch und die Beschäftigung mit einer breiten Themenpalette.

Ergänzend dazu Rep. Petri: Man strebe regelmäßige persönliche Kontakte mit den Mitgliedern der deutsch-amerikanischen Parlamentariergruppe im Bundestag an. Erwünscht seien auch Individualreisen in die einzelnen Wahlkreise.

Hamilton abschließend: Die Study Group werde nach einem informellen, lockeren Arbeitsprogramm vorgehen und sich weitgehend nach den Wünschen und Bedürfnissen ihrer Mitglieder ausrichten.

Hamilton bat BM anschließend darum, ihm die deutsche Haltung zu den aktuellen rüstungskontrollpolitischen Themen darzustellen, insbesondere zu den taktischen Nuklearwaffen.

BM leitete dies mit der Feststellung ein, die Bundesregierung stehe fest auf der Grundlage der von der NATO in Reykjavik[10] und Brüssel[11] erarbeiteten gemeinsamen Position. Zunächst einmal seien wir für die schnelle Ratifizierung des INF-Vertrages. Dieses Abkommen werde die Sicherheit in Europa erhöhen. Außerdem könne es in mancher Hinsicht als ein Modell für weitere Abrüstungsvereinbarungen dienen. Des weiteren seien wir für den baldigen Abschluß einer START-Vereinbarung mit dem Ziel der 50prozentigen Reduzierung der Interkontinentalwaffen. Auch zu den chemischen Waffen hielten wir mit Nachdruck an der Bündnisposition fest. Die Sowjets hätten sich, was diesen Bereich angeht, in der Verifikationsfrage bewegt. Wir hielten den Abschluß eines Vertrages über die weltweite Beseitigung von CW für dringlich, dies insbesondere im Hinblick auf die Gefahr weitere Proliferation.

Außerdem gelte es, das große Problem der konventionellen Waffen anzugehen. Hier gebe es eine deutliche sowjetische Überlegenheit, nicht so sehr bei der Truppen-Kopfzahl, als vielmehr bei Panzern und Artillerie. Gerade dies stelle jedoch ein bedrohliches Invasionspotential dar, und da muß etwas getan werden. Erforderlich seien auch weitere vertrauensbildende Maßnahmen und eine Auseinandersetzung über die strategischen Doktrinen. Da die geostrategische Situation in Zentraleuropa für die westliche Allianz natürliche Nachteile aufweise, müsse man auch Fragen der Dislozierung und der Kampfbereitschaft diskutieren.

Was nun SNF angehe, so sei die sowjetische Überlegenheit in diesem Bereich etwa 7:1.[12] Deshalb habe die NATO zu Recht die Forderung erhoben, man müsse

10 Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 174.

11 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 86–91. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 108–112. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, II, Dok. 369.

12 Am 28. Januar 1988 gab Botschafter Holik einen Überblick zum Kräfteverhältnis zwischen NATO und Warschauer Pakt: „Im Bereich der nuklearen Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite unter 500 km verfügt die Sowjetunion über eine drastische Überlegenheit. Derzeit stehen den 88 Lance-Systemen der Allianz rund 1365 sowjetische Systeme gegenüber. Diese sowjetischen Systeme sind aufgrund ihrer Stationierung und Reichweite eine ernste Bedrohung für unser Land und die bei uns stationierten Truppen der Bündnispartner." Vgl. Referat 220, Bd. 144758.

bei SNF asymmetrische Reduzierungen mit dem Ziel gleicher Obergrenzen anstreben. „Gleiche Obergrenzen" heiße logischerweise nicht „Null-Ergebnis".

BM weiter: Er müsse zugeben, daß es in dieser Frage in den NATO-Hauptstädten unterschiedliche Auffassungen gegeben habe. Mancherorts sei von einem „firebreak" gesprochen worden. Eine solche Position könne die Bundesrepublik nicht akzeptieren. Erstens wäre dies ein Geschenk an die Sowjets, weil ihnen damit von vornherein das Festschreiben ihrer gegenwärtigen Überlegenheit zugestanden würde. Außerdem scheine die Dringlichkeit dieses Verhandlungsthemas je nach der geographischen Lage der einzelnen Bündnispartner verschieden beurteilt zu werden. Die deutsche Haltung werde interessanterweise von allen anderen europäischen „Frontlinienstaaten" (wie etwa DK, IT, TR etc.) geteilt. Gorbatschow habe ja in den Gesprächen der letzten Monate immer wieder eingeräumt, bestehende Ungleichgewichte und Überlegenheiten müßten abgebaut werden. Deshalb sollte das westliche Bündnis ihn gerade im Kurzstreckenbereich beim Wort nehmen. Es gelte, auch hierfür möglichst rasch zu Mandatsverhandlungen zu kommen.

Zwischenfrage Rep. Livingston: Werde man dies tun können, ohne auch die konventionellen Gleichgewichte anzugehen?

BM (mit Nachdruck): Man muß beides tun.

Rep. Livingston erwähnte dann einen kürzlich gemachten Vorschlag Brzezinskis, mit den Sowjets ein Abkommen über die Zurückziehung aller Panzer aus Zentraleuropa anzustreben und dies mit den Verträgen über Nuklearraketen zu verbinden.[13] Was sage BM dazu?

BM: Dies würde bedeuten, daß die Sowjetunion ihre Panzer aus Polen, der DDR und der ČSSR lediglich hinter ihre eigene Westgrenze zurückzieht. Wo aber sollten die westlichen Panzer, die aus der Bundesrepublik abzuziehen wären, d.h. die deutschen und die amerikanischen Panzer, dann dislozíert werden? Die amerikanischen müßten wohl zurück in die USA gebracht werden, wo ihr Einsatz wenig Sinn mache. Und unsere westeuropäischen Partner – Franzosen, Spanier, Holländer – fänden wohl deutsche Panzereinheiten auf ihrem Territorium nicht besonders erstrebenswert. Gegen die von Brzezinski eingebrachte Idee, die er (BM) im einzelnen allerdings nicht kenne, spreche außerdem die Tatsache, daß es im KSZE-Prozeß seit Madrid[14] und Stockholm[15] Fortschritte im Bereich der vertrauensbildenden Maßnahmen gebe und dabei einvernehmlich

13 Botschafter Citron, Wien (KRK-Delegation), berichtete am 21. September 1987, im Reichstagsgebäude in Berlin (West) habe vom 16. bis 18. September 1987 eine von der RAND Corporation und der Stiftung Wissenschaft und Politik organisierte Konferenz zur Sicherheitspolitik stattgefunden, an der auch der ehemalige Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten teilgenommen habe: „Brzezinskis Vorschlag für eine Panzer-freie Zone in Mitteleuropa (MBFR-N[ATO]G[uidlines]A[rea] plus Ungarn) fand nur begrenzte Unterstützung, wenn auch die Tendenz, damit u.a. Osteuropa von einem Unterdrückungsinstrument zu befreien, verstanden wurde. Mehr Verständnis fand seine These, daß Wandel in Osteuropa die militärische Dimension im Ost-West-Verhältnis mindern könne." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1367; Referat 221, Bd. 144803.

14 In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

15 Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet und endete am 22. September 1986 mit der Annahme des „Dokuments der Stockholmer Konferenz". Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

mit dem Osten immer von „Europa vom Atlantik bis zum Ural“ die Rede sei. Diesen systemübergreifenden Europabegriff dürfe man nicht ohne Not wieder in Frage stellen.

Zum Abschluß stellte Rep. Petri noch zwei Fragen.

1) Wie zufrieden seien wir mit der Intensität unserer Konsultationen mit dem State Department?

Dazu BM: Die Quantität und die Qualität der Konsultationen mit der gegenwärtigen Administration sei auf allen Ebenen außerordentlich befriedigend.

2) Gelte dies auch für den Wirtschaftsbereich? Und welche Sorgen hätten wir diesbezüglich mit der US-Handelsgesetzgebung?

Dazu BM: Wir in Europa seien, gerade unter der deutschen EG-Präsidentschaft, bemüht um den weiteren Abbau protektionistischer Vorschriften. Er wolle in diesem Zusammenhang an den deutschen Widerstand gegen eine Fettsteuer erinnern.[16] Die gegenwärtigen „Trade Bill“-Pläne erschienen uns allzu protektionistisch.[17] Wir, d.h. die USA und Europa, sollten weiterhin auf Zusammenarbeit und auf Freihandel setzen, wie es in der Uruguay-Runde[18] verabredet sei. Beim nächsten Europäischen Rat[19] werde die deutsche Präsidentschaft große Bemühungen unternehmen, um die europäische Agrarproduktion zu bremsen und im übrigen den europäischen Markt zu fördern. Damit würden sich auch für die USA neue und bessere Handelsmöglichkeiten ergeben.“

[gez.] Ruhfus

Referat 204, Bd. 160061

16 Zum Vorschlag der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 15, Anm. 7.

17 In einer Aufzeichnung des Referats 411 vom 13. Januar 1988 wurde ausgeführt: „EG ist sehr besorgt wegen neuem amerikanischen Handelsgesetz (omnibus trade bill). Nach Repräsentantenhaus hat am 21.7.1987 auch der Senat mit Zweidrittelmehrheit Gesetzesvorlage verabschiedet, die nach Auffassung der EG – aber auch der US-Administration – teilweise GATT-widrig und protektionistisch ist. […] Am 29.9.87 ist ein Vermittlungsausschuß beider Häuser des Kongresses zusammengetreten, der eine gemeinsame Vorlage erarbeiten wird. Präsident Reagan hat deutlich gemacht, daß er gegen jedes die außenhandelspolitischen Interessen der USA gefährdende Gesetz sein Veto einlegen wird. Sein Veto könnte jedoch mit jeweils Zweidrittelmehrheit beider Häuser überstimmt werden. Der Ausgang der Debatte ist deshalb z. Zt. völlig offen.“ Vgl. Referat 202, Bd. 140646.

18 Auf ihrer Tagung vom 15. bis 20. September 1986 in Punta del Este beschlossen die GATT-Mitgliedstaaten eine neue Runde multilateraler Handelsverhandlungen („Uruguay-Runde“). Die Verhandlungen wurden am 28. Oktober 1986 in Genf aufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 268. Zum Stand der Verhandlungen vgl. AAPD 1987, II, Dok. 379.

19 Zur außerordentlichen Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel vgl. Dok. 59.

26

Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt

114-10284/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 21. Januar 1988, 23.40 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 271 **Ankunft: 22. Januar 1988, 06.10 Uhr**

Betr.: BM-Besuch in Washington am 20./21.1.1988[2];
hier: Gespräch mit AM Shultz

Bezug: DB 261 vom 21.1.1988[3]

III. Politische Fragen

1) BM zeigte sich überrascht, daß Präsident[4] sich ihm gegenüber weniger optimistisch zur Möglichkeit eines Abschlusses eines START-Abkommens vor dem Gipfel[5] geäußert habe. Schewardnadse habe ihm[6] eine klare Botschaft für Shultz mitgegeben, daß die Verhandlungen zügig geführt und möglichst bald abgeschlossen werden sollten.

Shultz sagte, niemand dürfte die Schwierigkeiten der START-Verhandlungen[7] unterschätzen, vor allem bei der Verifikation. In den INF-Verhandlungen habe er gelernt, wie kompliziert die Details seien. Das gelte noch mehr für START, da hier die Systeme nur reduziert würden, so daß man eine größere Zahl von Systemen weiter überwachen müsse. Streitig sei auch die Frage der mobilen

1 Das von Gesandtem Henze, Washington, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 21.
Hat Ministerdirigent Jansen am 25. Januar 1988 vorgelegen.

2 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vgl. auch Dok. 24 und Dok. 25.

3 Botschafter Ruhfus, Washington, informierte über die Erörterung von handels- und wirtschaftspolitischen Fragen im Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 21. Januar 1988. Zur Frage des Protektionismus habe Shultz gesagt, „daß die Börsenentwicklung den Protektionisten einen Schlag versetzt hätte. Einer der Gründe für das Sinken der Aktienkurse sei die Furcht vor protektionistischen Maßnahmen gewesen. Der Kampf dagegen gehe weiter, aber die Stimmung habe sich in positiver Weise geändert. Der Präsident sei entschlossen, an seinen Bemühungen um offene Märkte festzuhalten." Zum amerikanischen Außenhandelsdefizit habe Shultz ausgeführt: „Letztlich sei das Defizit für die USA weniger bedenklich. Der amerikanische Markt sei so groß, daß man mit den notwendigen Anpassungsmaßnahmen fertig werden könne. Ein größerer Abbau des Defizits könne aber andere Länder treffen, deren Konjunktur stärker vom Export abhänge, weil sie dann auch Anpassungsmaßnahmen durchführen müßten." Vgl. Referat 204, Bd. 160061.

4 Ronald W. Reagan.

5 Zum Treffen des Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

6 Vgl. dazu die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 18. Januar 1988; Dok. 18, insbesondere Anm. 5.

7 Zum Stand der amerikanisch-sowjetischen START-Verhandlungen vgl. Dok. 11, Anm. 27.
Am 20. Januar 1988 resümierte Vortragender Legationsrat Wagner: „Die Sowjetunion hat ihr Junktim Weltraum/ABM-Vertrag – START nicht aufgegeben. Der Abschluß eines START-Vertrages dürfte nur möglich sein, wenn gleichzeitig ein ‚Weltraum'-Abkommen getroffen wird. Die in der gemeinsamen Gipfelerklärung gewählten Formulierungen zum Bereich Defensiv-/Weltraumwaffen stellen einen Formelkompromiß dar, der den fortbestehenden Dissens in zwei zentralen Fragen verdeckt. Ziel der SU bleibt es, eine Dislozierung weltraumgestützter Abwehrsysteme zu verhindern. Dementsprechend lehnt sie eine Erprobung von Defensivsystemen oder deren Komponenten im Weltraum ab. Ziel der USA bleibt es, neuartige Defensivsysteme zu dislozieren, sofern die technischen Möglichkeiten hierfür gegeben sind. Dementsprechend lehnen sie jegliche Einschränkung von Forschungs-, Entwicklungs- und Erprobungstätigkeit ab." Vgl. Referat 213, Bd. 143586.

Systeme. Die Administration halte es weiterhin für besser, diese Systeme zu verbieten. Die Sowjetunion sehe das anders. Zu SLCM habe die Sowjetunion eine Lösung für die Verifikation angekündigt. Diese könne es so einfach nicht geben. Die Sowjets behaupten, daß man auch aus einem gewissen Abstand von Schiffen feststellen könne, ob Nuklearwaffen an Bord seien. Hier gebe es aber zwei Probleme. Bei Schiffen mit Nuklearantrieb sende auch dieser entsprechende Signale aus. Außerdem sei es nicht schwer, nukleare Abstrahlungen abzudecken. Das könne man sogar durch Wasser machen. Für die Amerikaner sei es schwer zu sehen, wie man diese Schwierigkeiten überwinden könne. Man könne sich darauf einigen, die Zahl der SLCM zu begrenzen. Eine entsprechende Verpflichtung könne durch einseitige Erklärung erfolgen, an die weniger hohe Ansprüche im Hinblick auf Verifizierbarkeit zu stellen wären. Auch bei den ALCM gebe es noch Probleme. So bleibe insgesamt sehr viel Arbeit (tremendous amount) zu tun. Bei dem ABM-Vertrag[8] gebe es Fortschritte, aber auch schwierige offene Fragen.

Allerdings gebe es ein zeitliches Ziel (deadline) für den Abschluß der Verhandlungen. Entgegen der Ansicht einiger Kritiker halte er das für gut. Wenn das Datum nicht eingehalten werde, könne man auch damit leben. Es zwinge aber beide Seiten, notwendige Entscheidungen zu treffen, anstatt sie hinauszuschieben. Die engen Konsultationen zu START werde man fortsetzen. Kampelman werde weiterhin auf seinen Reisen einen Zwischenhalt in Brüssel einlegen und gelegentlich auch Hauptstädte besuchen. Er wäre glücklich, wenn der Vertrag noch während der deutschen EG-Präsidentschaft abgeschlossen werden könne.

2) Zu CW sagte Shultz, die eindeutige Weiterverbreitung und die Gefahr einer noch größeren Proliferation unterstrichen die Notwendigkeit, bei den Verhandlungen zum Ergebnis zu kommen.[9] Dem stimmte BM mit Nachdruck zu. Shultz sieht dabei jedoch erhebliche Schwierigkeiten. Diese Bemerkung dürfe nicht als Hinweis verstanden werden, daß die Administration die Verhandlungen verzögern (dragging our feet) wolle. Man brauche bei einem CW-Abkommen eine große Transparenz. Die Sowjets hätten sich zwar in allgemeiner Form für strikte Verifikation ausgesprochen. Sie hätten bisher jedoch keinen einzigen Vorschlag eingebracht, der erkennen ließe, daß sie das westliche Verifikationskonzept tatsächlich akzeptierten (accept the real meaning of our concept). Sie erweckten den Eindruck, als ob sie entschlossen seien, die Schwierigkeiten zu lösen, und nur die USA Fortschritte aufhalte. Man müsse sich aber darüber im klaren sein, daß man nie ein Abkommen haben werde, wenn man sich jetzt nicht den Problemen stelle. Das Abkommen brauche auch, um wirksam zu sein, eine große Zahl von Vertragspartnern.

Die INF-Verhandlungen hätten gezeigt, wie schwierig die Details der Verifikation seien. Der Vertrag betreffe jedoch nur eine kleine Zahl von Ländern, wäh-

8 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.
Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

9 Zu den Genfer Verhandlungen über ein Verbot von Chemiewaffen vgl. Dok. 10.

rend man bei CW ein ausgedehntes Kontrollnetz einrichten müsse. Man müsse in der Tat noch hart arbeiten und dürfe nicht den Eindruck erwecken, daß diese Arbeit schnell getan werden könne. Ein Abschluß bis Jahresende komme nicht in Frage (probably out of question). Die Delegationen brauchten immer wieder Weisungen aus den Hauptstädten, die sich mit der Industrie abstimmen müßten. Diese werde umfangreichen Inspektionen unterworfen und sei möglicherweise besorgt darüber, daß dabei auch Produktionsgeheimnisse ausgespäht werden könnten.

BM dankte für gründliche Erläuterung. Er sei sich der Schwierigkeiten bewußt. Diese seien jedoch immer bekannt gewesen. Man habe den amerikanischen Verifikationsvorschlag[10] für perfekt gehalten, der von einigen Leuten möglicherweise nur unterstützt worden sei, weil sie nicht an sowjetische Zustimmung geglaubt hätten. Man solle sich jetzt auf CW konzentrieren und nicht bis zum Abschluß der START-Verhandlungen warten. Das habe er auch Schewardnadse erklärt. Zur chemischen Industrie wolle er darauf hinweisen, daß die Bundesrepublik sich bisher als einziges Land verpflichtet habe, keine CW zu produzieren.[11] Wir seien mit Kontrollen vertraut. Unsere Industrie akzeptiere hier die Wünsche der Bundesregierung, zumal sie wegen Umweltfragen unter öffentlicher Kritik stehe. Wir seien sehr an enger Zusammenarbeit mit den Amerikanern interessiert, um gemeinsam herauszufinden, wie man Fortschritte erzielen könne.

3) Zu KRK wies BM auf gerade veröffentlichten Bericht des Senats-Unterausschusses für konventionelle Rüstung hin, der zu dem Ergebnis komme, daß es kein konventionelles Ungleichgewicht gebe. Es sei falsch, nur auf die Zahlen der Panzer, Geschütze und Soldaten zu sehen. Man müsse auch die geographischen Disparitäten, unterschiedliche Doktrinen und Bereitschaftsgrade in Rechnung stellen. Die NATO habe keine offensiven Fähigkeiten. Die Öffentlichkeit in Europa und vor allem in der Bundesrepublik sei sehr an dem Thema interessiert, da sie hiervon stärker berührt werde als die USA. Das Ungleichgewicht sei bei uns unbestritten und habe es erlaubt, die Wehrpflicht zu verlängern[12]. Das sei kein einfacher Schritt gewesen. Man habe aber die Öffentlichkeit davon überzeugen können, daß man eine bestimmte Zahl Soldaten brauche. Die Bundesrepublik leiste hiermit einen großen Beitrag für die gemeinsame Verteidigung, während andere Länder sich den Luxus erlaubten, auf die Wehrpflicht zu verzichten.

10 Die USA legten der Genfer Abrüstungskonferenz am 18. April 1984 einen Entwurf für einen Vertrag über ein Verbot von Chemiewaffen (CD/500) vor, der zur Verifikation Inspektionsrechte beinhaltete. Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 424–446. Vgl. dazu ferner AAPD 1984, I. Dok. 106.

11 Die Bundesrepublik verzichtete in einer auf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz vom 28. September bis 3. Oktober 1954 von Bundeskanzler Adenauer abgegebenen Erklärung auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen auf eigenem Territorium. Diese Erklärung wurde Bestandteil der Anlage I zum Protokoll Nr. III über die Rüstungskontrolle des WEU-Vertrags vom 23. Oktober 1954. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 269.

12 Der Bundestag beschloß am 17. April 1986, die Dauer des Grundwehrdienstes ab dem 1. Juni 1989 von 15 auf 18 Monate zu erhöhen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 210. Sitzung, S. 16141–16166.
Für den Wortlaut des Gesetzes vom 13. Juni 1986 zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und Verlängerung der Dauer des Grundwehrdienstes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 873–878.

4) Bei den Kurzstreckenwaffen stimmten BM und Shultz darin überein, daß man sich weiter an den in Reykjavik[13] und Brüssel[14] vereinbarten Text halten will. BM weist darauf hin, daß niemand in der Bundesregierung oder in den Koalitionsfraktionen für eine dritte Null-Lösung eintrete. Es wäre aber falsch, die sieben- bis neunfache Überlegenheit der Sowjetunion einfach hinzunehmen.[15] Man solle sich an Gorbatschows Erklärung halten, daß, wer mehr habe, auch mehr abrüsten müsse. Auch Schewardnadse habe in Bonn nicht auf eine dritte Null-Lösung gedrängt.

Shultz erklärte, die zahlenmäßige Entwicklung sei zum Teil ein Ergebnis des Beschlusses von Montebello[16] mit dem einseitigen Abbau von Nuklearsystemen. Deshalb müsse man jetzt auch den anderen Teil von Montebello, die Modernisierung, durchführen. Dazu erklärte BM, eine Modernisierung komme nicht in Betracht. Die Lage habe sich nach Montebello geändert. Man müsse im Bündnis über die Kurzstreckenwaffen sprechen, solle das aber nicht in die Schlagzeilen der Presse bringen. Niemand könne an einem Streit über die Bedeutung der Kommuniqués von Reykjavik und Brüssel Interesse haben. Shultz sagte dazu, man müsse auf der Grundlage dieser Texte arbeiten.

Zu KSZE und KRK sagte Shultz, man wolle ein befriedigendes Ergebnis sowohl bei KRK wie auch bei den Menschenrechtsfragen. Hier sei das sowjetische Verhalten bisher nicht befriedigend. Man müsse bereit sein, lange genug am Verhandlungstisch sitzen zu bleiben, um ein gutes Ergebnis zu erzielen. Das KRK-Mandat dürfe weder Nuklearwaffen noch Waffen mit nuklearer und konventioneller Fähigkeit (dual capable) einschließen.[17] Dieses werde von den Sowjets letztlich auch hingenommen werden.

5) BM berichtete, Schewardnadse habe sich lobend über Shultz geäußert. Er habe offensichtlich Einfluß bei Gorbatschow. Shultz bestätigte das. Schewardnadse komme aus dem Parteiapparat und habe dadurch eine starke Position.

BM wies auf den bevorstehenden Besuch des BK in Prag hin.[18] Er selbst sei in Prag mit seinem früheren Kollegen Hájek zusammengetroffen[19], der jetzt zu den Führern der Gruppe 77 gehöre und engen Kontakt mit Dubček habe. Dieser komme drei- bis viermal im Jahr zu privaten Treffen der Gruppe 77 und Be-

13 Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 174.

14 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 86–91. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 108–112. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, II, Dok. 369.

15 Zum Kräfteverhältnis bei den nuklearen Kurzstreckenwaffen (SNF) von NATO und Warschauer Pakt vgl. Dok. 25, Anm. 12.

16 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 in Montebello vgl. Dok. 6, Anm. 8.

17 Zum Stand der Gespräche zwischen NATO und Warschauer Pakt über ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 8.

18 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 26./27. Januar 1988 in der ČSSR vgl. Dok. 33.

19 Bundesminister Genscher hielt sich vom 25. bis 27. November 1987 in der ČSSR auf. Mit Schreiben vom 27. November 1987 informierte Legationsrat I. Klasse Buchholz die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte: „Bei Treffen mit Kardinal Tomášek und mit Charta-77-Mitbegründer Jiří Hájek hat sich Bundesminister über die Lage der katholischen Kirche sowie der Dissidenten aus erster Hand informieren lassen." Vgl. Referat 214, Bd. 139621.

gegnungen mit westlichen Journalisten nach Prag. Die letzten Veränderungen im tschechischen Politbüro gingen nicht weit genug.[20] Štrougal habe ihm offen gesagt, der Unterschied zwischen der ČSSR und der Sowjetunion bestehe darin, daß die Tschechen Reformen fordern und ihre Führer überzeugen müssen, während es in der Sowjetunion umgekehrt sei.

[21]BM unterrichtete Shultz ausführlich über seinen Besuch in Polen.[22] Es sei für ihn eine der bewegendsten Reisen als Außenminister gewesen. Wir hätten ähnlich wie zu Israel auch zu Polen besondere Beziehungen, das mehr als andere Länder unter der deutschen Besatzung gelitten hätte, Opfer des Ribbentrop-Molotow-Vertrags[23] gewesen wäre und dessen Intelligenzschicht weitgehend vernichtet worden sei. In seinen Gesprächen habe er teilweise eine überraschende Unkenntnis, teilweise aber auch eine große Kenntnis der Geschichte gefunden. Im Gespräch mit Orzechowski habe dieser eine neue Haltung gegenüber den Deutschen erkennen lassen. Als er (BM) über die moralischen Aspekte der Beziehungen und die Vergangenheit gesprochen habe, habe Orzechowski erklärt, wenn man über die Vergangenheit rede, müsse man auch die Millionen Deutschen einschließen, die ihre Heimat hätten verlassen müssen. Er (BM) sehe einen sehr wichtigen Aspekt des Warschauer Vertrags[24] darin, daß dieser nicht an den Teufelskreis der Vergangenheit anknüpfe, sondern ein neues Kapitel aufgeschlagen habe. Er habe immer wieder deutlich gemacht, daß die Bundesrepublik keinen Anspruch auf polnisches Gebiet erhebe.

Nachdem er vor drei Jahren einen Polenbesuch zehn Stunden vor dem Abflug habe absagen müssen[25], weil die polnische Seite unannehmbare Bedingungen für die Gestaltung des Besuchs gestellt habe, habe er sich diesmal besonders sorgfältig vorbereitet. Bei seinem Programm, das einen Besuch am Grab von Popiełuszko, eine Kranzniederlegung auf einem deutschen Soldatenfriedhof, ein gemeinsames Morgengebet mit protestantischen Pfarrern und einen Besuch im ehemaligen Kloster von Pater Kolbe eingeschlossen habe[26], habe ihn

20 Botschafter Schattmann, Prag, berichtete am 20. März 1987 über die 5. Plenartagung der KPČ am 18./19. März 1987 in Prag: „Die vom ZK beschlossenen Personalveränderungen sind die quantitativ größten seit dem Amtsantritt des jetzigen Präsidiums der KPČ. […] Einen ‚neuen Prager Frühling', der von vielen, auch aus der Dissidenten-Szene, erwartet worden ist, gibt es vorläufig nicht. Die seit 16 Jahren unter Führung von Husák herrschende Führungsspitze in Partei und Staat hat zwar die seitdem umfassendste quantitative Veränderung erfahren, an der Machtverteilung wurde jedoch nichts geändert. Die Änderung im Präsidium der KPČ bringen keine Verjüngung. […] Die Position Husáks scheint gestärkt. […] Den Termin seines Abgangs kann er selber bestimmen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 311; Referat 214, Bd. 139617.

21 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 272 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

22 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 10. bis 13. Januar 1988 in Polen vgl. Dok. 14 und Dok. 17.

23 Am 23. August 1939 schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR einen Nichtangriffsvertrag. In einem geheimen Zusatzprotokoll steckten sie ihre Interessensphären ab. Für den Wortlaut vgl. ADAP, D, VII, Dok. 228 und Dok. 229.

24 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok 588 und Dok. 589.

25 Im November 1984 wurde die für Dezember 1984 geplante Reise des Bundesministers Genscher nach Polen verschoben. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 323 und Dok. 324.

26 Vortragender Legationsrat I. Klasse Pleuger informierte am 14. Januar 1988 darüber, daß Bundesminister Genscher bei seinem Besuch vom 10. bis 13. Januar 1988 in Polen „am Grabmal des ermordeten

besonders Wałęsa beeindruckt, der nun schon acht Jahre trotz aller Belastungen kämpfe. Wałęsa sei mit Kontakten westlicher Regierungen mit der polnischen Regierung und mit Hilfe bei Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten einverstanden, habe aber sehr gebeten, daß Besucher mit ihm Kontakt aufnehmen. Kardinal Glemp sei nicht der stärkste Vertreter der katholischen Kirche. Auf die Frage nach der Möglichkeit von Gottesdiensten in deutscher Sprache in Schlesien habe er indifferent reagiert.[27] Jaruzelski, mit dem er bereits zweimal zusammengetroffen sei, habe eine feste, von Selbstvertrauen geprägte Haltung gezeigt.[28] Offensichtlich habe er die schwierigen Zeiten im Verhältnis zum eigenen Volk und zur Sowjetunion jetzt überwunden und wolle Reformen. Das Referendum sei ein bemerkenswerter Erfolg nicht für die Regierung, aber für die Demokratie geworden.[29] Die Bundesregierung prüfe die Frage einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Shultz knüpfte an Bemerkung des BM bei früherer Begegnung an, daß Wirtschaftsreformen in den kleineren WP-Staaten eine bessere Grundlage finden als in der Sowjetunion. BM erwiderte, eine Ausnahme gelte für Bulgarien, dieses habe als weitgehend landwirtschaftlich orientierter Staat nach dem Kriege eine bescheidenere Ausgangslage gehabt. Es genieße auch das Vertrauen der Sowjetunion, die ihm die Chance zur Entwicklung moderner Industrien gegeben habe. Die ČSSR dagegen habe vor dem Krieg den höchsten Lebensstandard in Europa gehabt.

Zur Sowjetunion sagte Shultz, daß dort die Entwicklung in China nicht ohne Sorge gesehen werde. China werde in absehbarer Zeit einer der wirtschaftlich mächtigsten Staaten der Welt sein. Es habe seine Politik drastisch geändert,

Fortsetzung Fußnote von Seite 156

Priesters Popieluszko Gebinde" niedergelegt habe. Pleuger berichtete ferner: „BM legte einen Kranz auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Mogily nieder, ehrte Pater Maximilian Kolbe durch Gebinde in der Zelle seines Klosters in Niepolkalanów und traf mit Vertretern des ‚Deutschen Freundschaftskreises in Schlesien' in der Botschaft zusammen. Letztere erbaten die Unterstützung von BM in ihrem Bemühen, ihre sprachlichen und kulturellen Traditionen pflegen zu können." Vgl. den Runderlaß Nr. 4; Referat 214, Bd. 134236.

27 Botschaftsrat Dobbelstein, Warschau, vermerkte am 15. Januar 1988, Bundesminister Genscher habe bei seinem Treffen mit einer Gruppe des „Deutschen Freundschaftskreises in Schlesien" am 12. Januar 1988 in der Botschaft in Warschau erklärt, „er habe auch in seinem Gespräch mit Kardinal Glemp die Probleme der deutschstämmigen Polen angesprochen. Er habe dem Kardinal in dieser Frage ‚eingeheizt'. Er habe mit dem Kardinal abgesprochen, daß er von der Botschaft eine Liste von Orten erhalte, wo wir einen Bedarf für Gottesdienste in deutscher Sprache sähen und die verkehrsmäßig leicht erreichbar seien." Vgl. Referat 214, Bd. 139714.

28 Bundesminister Genscher traf mit Ministerpräsident Jaruzelski am 6. März 1985 in Warschau und am 26. September 1985 am Rande der VN-Generalversammlung in New York zusammen. Für die Gespräche vgl. AAPD 1985, I, Dok. 56, und AAPD 1985, II, Dok. 257.
Am 14. Januar 1988 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Pleuger mit, daß Bundesminister Genscher bei seinem Besuch vom 10. bis 13. Januar 1988 in Polen zweieinhalb Stunden mit dem Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski gesprochen habe. Vgl. den Runderlaß Nr. 4; Referat 012, Bd. 134236.

29 Am 29. November 1987 fand in Polen ein Referendum über die Reform des wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Lebens statt. Gesandter Bauch, Warschau, resümierte am 2. Dezember 1987: „Das Referendum über wirtschaftliche und politische Reformen hat nicht die erforderliche – und allseits erwartete – Zustimmung einer Mehrheit der Wahlberechtigten zur Politik der polnischen Führung erbracht. […] Die Anwendung eines demokratischen Prinzips und das – wenngleich gewundene – Eingeständnis der Niederlage dürfte die Glaubwürdigkeit der Führung langfristig im In- und Ausland erhöhen. […] Das Ergebnis dürfte im wesentlichen zuverlässig sein. Hierfür spricht allein schon das für die Regierung negative Ergebnis. […] Eine großangelegte Manipulation ist auszuschließen, da sich eine solche Aktion in Polen heutzutage kaum geheimhalten lassen dürfte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1977; Referat 214, Bd. 139701.

zunächst die Landwirtschaft liberalisiert und bei der weiteren Liberalisierung darauf aufgebaut. Die Sowjetunion sei nicht in gleichem Maß landwirtschaftlich strukturiert gewesen, so daß dieser Ansatzpunkt fehle. Gorbatschows Reformen würden keine unmittelbaren Erfolge bringen. Möglicherweise werde die Sowjetunion sich in den nächsten Jahren stärker mit internen Problemen beschäftigen. Das bedeute keine Abstinenz in der Außenpolitik, aber stärkere Konzentration auf die interne Entwicklung. Wallis berichtete, ein sowjetischer Gesprächspartner habe ihm erklärt, daß die Kulturrevolution in China die alte Bürokratie beseitigt habe, so daß jetzt von dort weniger Widerstand gegen Reformen komme.

6) Zu Afrika berichtete Crocker, in Angola sei man sehr zufrieden gewesen mit dem Besuch des BM.[30] Es gebe jetzt einige interessante (promising) Hinweise aus Angola auf Verhandlungsbereitschaft. Die MPLA habe deutlich gemacht, daß sie Kuba einen Preis für Konzessionen bei den Verhandlungen habe zahlen müssen. Castro wolle an diesen Verhandlungen beteiligt werden. Ob und wieweit Kuba die Forderung nach einem Truppenabzug akzeptiere, sei noch offen. Das nächste Treffen in Angola sei für Ende des Monats vorgesehen.[31] Im Augenblick tobten dort heftige Kämpfe, an denen MPLA, Kubaner, UNITA und Südafrikaner beteiligt seien. Bemerkenswert seien die Aktivitäten einiger anderer afrikanischer Länder, die von der Notwendigkeit einer internen Aussöhnung in Angola sprächen und auch bereit seien, sich dafür einzusetzen. Es sei offen, ob dos Santos stark genug sei, um intern eine Lösung durchzusetzen. Auf Frage des BM nach der Kontaktgruppe sagte Crocker, man sei für ihre Wiederbelebung.[32]

30 Bundesminister Genscher besuchte am 29./30. Oktober 1987 Angola. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 303.

31 Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 6. Februar 1988, das amerikanische Außenministerium habe über die letzten Gesprächen des Abteilungsleiters Crocker mit der angolanischen Regierung in Luanda informiert. Die dazu gegebenen „Erläuterungen, die gelegentlich an italienische Renaissancegeschichte erinnerten, machten deutlich, daß die Verhandlungen inzwischen auf zwei Ebenen geführt würden: zwischen Angolanern unter kubanischer Beteiligung und den USA als Vermittler über den Abzug der kubanischen Truppen; zwischen MPLA und UNITA unter afrikanischer Vermittlung über die innere Aussöhnung." Das State Department habe „den Schluß gezogen, daß die MPLA eine Lösung möglichst umgehend erreichen wolle […]. Gleichzeitig müsse man davon ausgehen, daß Kuba und SUA an einer Lösung jedenfalls zur Zeit nicht interessiert seien. SUA würde wahrscheinlich jeden Vorwand suchen, um Fortschritte zurückzuweisen. Es sei vermutlich an einer klaren Antwort zum Zeitrahmen nicht interessiert. Das südafrikanische Militär fürchte sogar eine solche Antwort. AM Botha, der die Kontrolle über die Verhandlungen zurückgewinnen wolle, sei flexibler und habe in seinem Presseinterview ausdrücklich gesagt, er wolle ein Angebot über den Zeitrahmen. Die Kubaner würden es möglicherweise der MPLA schwer machen, ein befriedigendes Angebot für einen Zeitrahmen vorzulegen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 534; VS-Bd. 13654 (320); B 150, Aktenkopien 1988.

32 In einer Aufzeichnung des Referats 320 vom Januar 1988 hieß es zur Namibia-Frage: „Für die Unabhängigkeit Namibias gemäß Res. 435 haben sich die Länder der Kontaktgruppe (USA, F, GB, Kanada und D) – zusätzlich separat die USA im Alleingang als Vermittler zwischen SA und Angola – bislang vergeblich eingesetzt. […] Die Geheimverhandlungen unter Vermittlung der USA zeigten im Oktober 1985 eine weitgehende Kompromißbereitschaft der Angolaner in der Kubanerfrage. Das angolanische Entgegenkommen endet erst dort, wo es um die Sicherheit des MPLA-Regimes in Luanda vor dem inneren Feind UNITA geht. […] Wegen der neu aufgelegten amerikanischen Unterstützung für die UNITA (vor allem hocheffizientes Flugabwehrgerät vom Typ ‚Stinger' im Mai 1986 für mehr als 15 Mio. US-Dollar) verlor die US-Vermittlung erheblich an Glaubwürdigkeit. […] Während der Botschafterkonferenz in Dakar (28.–31.10.87) hat BM Genscher eine Wiederbelebung der Kontaktgruppe angekündigt und im Dezember mit entsprechenden Botschaften an die anderen AM der K[ontakt]G[ruppe] angeregt. Bei den Angolanern und den anderen FLS besteht ein erhebliches Interesse an einer aktiven Rolle der KG, um eine Monopolisierung der Namibia-Frage durch die USA zu verhindern." Vgl. Referat 202, Bd. 140646.

Das vermittele den für die Verhandlungen nützlichen Eindruck, daß etwas geschehe. Die Kontaktgruppe könne auch gegenüber Südafrika tätig werden. Offensichtlich sei F jedoch nicht bereit mitzuarbeiten. BM sagte, er werde Raimond darauf ansprechen.[33] D2[34] erwähnte die Möglichkeit eines informellen Expertentreffens.

Shultz erklärte, es gebe ein Potential für Verhandlungen in Angola. Diese Bewegung müsse man unterstützen. Je mehr Erfolge die UNITA habe, desto eher werde es Gespräche über eine interne Aussöhnung geben. Letztlich sei die Entwicklung überall (Afghanistan, Nicaragua) ähnlich. Er habe das Gefühl, daß es mehr Gesprächsbereitschaft gebe. Man solle auf westlicher Seite wach sein für sich bietende Gelegenheiten und alles vermeiden, was die Gesprächsbereitschaft beeinträchtigen könne.

7) Armacost fragte nach den Äußerungen von Schewardnadse zu Afghanistan. BM erwiderte, sie seien nicht sehr substantiell gewesen. Er habe sich mehr auf Erklärungen bezogen, die bereits früher abgegeben worden seien. Offensichtlich hoffe die Sowjetunion, ihre Freunde in Kabul an der Macht halten zu können. Das sei jedoch unmöglich, weil diese von den Afghanen als Verräter betrachtet würden. Die Sowjetunion müsse Afghanistan als bündnisfreies Land akzeptieren. Der Westen müsse diese Entwicklung unterstützen. Niemand könne die innere Entwicklung Afghanistans unter Kontrolle halten. Die Sowjets hätten Erfahrungen in Nordgriechenland gesammelt, wo sie 1948 beim Abzug Tausende von Griechen mitgenommen hätten. D2 ergänzte, daß Schewardnadse sich nicht über die USA beklagt und einen Besuch von Woronzow in Pakistan angekündigt habe.

8) BM berichtete, daß in Paris bei der Feier des 25. Jahrestages des Élysée-Vertrags die Einsetzung eines Verteidigungsrats und eines Koordinationsausschusses im Wirtschafts- und Finanzbereich verkündet werde.[35] Die Zusammenarbeit solle ein Kristallisationspunkt für europäische Zusammenarbeit sein und niemand ausschließen. Shultz bezeichnete das als richtige Einstellung (a good way to look at it). BM ergänzte, diese Kooperation sei in der französischen Regierung, die heterogen sei und sich bei Wirtschaftsfragen und bei Fragen aus der alten Verteidigungspolitik nicht einig sei, unbestritten.

Auf Burts Frage nach Mitterrands Äußerungen zur Strategie der massiven Vergeltung[36] sagte BM unter Hinweis auf die Rede von Mitterrand bei seinem

33 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Raimond am 22. Januar 1988 in Paris vgl. Dok. 27.

34 Hermann Freiherr von Richthofen.

35 Zu den Feierlichkeiten am 22. Januar 1988 in Paris anläßlich des 25. Jahrestags des Élysée-Vertrags vgl. Dok. 32.

36 Der NATO-Ministerrat verabschiedete am 13. Dezember 1956 in Paris eine Direktive an die Militärbehörden mit der Aufforderung, die NATO-Verteidigungsplanung zu überarbeiten. Vgl. dazu NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 275.
In Ausführung dieser Direktive legte der Militärausschuß der NATO den Bericht MC 14/2 („Overall Strategic Concept for the Defense of the North Atlantic Treaty Organization Area") vor, mit dem sich die NATO-Ministerratstagung am 2./3. Mai 1957 in Bonn befaßte und der nach Billigung am 23. Mai 1957 in Kraft trat. Die darin entwickelte nukleare Verteidigungsstrategie der „massive retaliation" ging davon aus, daß einem Angriff nur kurzfristig mit konventionellen Streitkräften begegnet werden könne und eine Einnahme des europäischen Territoriums durch den Gegner mit konventionellen NATO-Streitkräften allein nicht zu verhindern wäre. Daher müsse die NATO zum sofortigen Einsatz ihres strategischen und taktischen Atomwaffenpotentials fähig und bereit sein. Für den Wortlaut vgl. NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 277–313.

Staatsbesuch in Aachen[37], dieser sei besorgt, daß sich die Strategiediskussion in der Allianz zu sehr auf die Frage der Kriegsführung konzentriere. Es gehe aber um die Kriegsverhütung.

9) Abschließend würdigten beide Minister die enge Zusammenarbeit, die sich auf gegenseitiges Vertrauen gründe.

[gez.] Ruhfus

VS-Bd. 13011 (204)

27

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Raimond in Paris

202-321.90/2 FRA **22. Januar 1988**[1]

Deutsch-französische Außenministerkonsultationen anläßlich des 25. Jahrestages der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags[2] am 22. Januar 1988 in Paris[3]

An den Konsultationen im Quai d'Orsay (15.15 Uhr – 16.45 Uhr) nahmen teilweise (ab 16.00 Uhr) auch Staatsministerin Frau Dr. Adam-Schwaetzer und der Staatsminister im Außenministerium für Europafragen, Bosson, teil.

Es wurden besprochen: Gymnich-type-Treffen[4] zu „global trends", Namibia-Kontaktgruppe, Nahost, NATO-Gipfel, West-Ost-Beziehungen, Europäisches TV-Satellitenprogramm, EG-Fragen.

37 Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 20. Oktober 1987 im Rathaus von Aachen vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1987 (September/Oktober), S. 136–140. Für den deutschen Wortlaut vgl. FRANKREICH-INFO Nr. 30 vom 30. Oktober 1987, S. 1–11. Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 294.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Jess am 25. Januar 1988 gefertigt und über Ministerialdirigent von Ploetz und Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen an Ministerialdirigent Jansen mit der Bitte geleitet, „die Billigung des Herrn Bundesministers herbeizuführen".
Hat Ploetz am 25. Januar 1988 vorgelegen.
Hat Richthofen am 26. Januar 1988 vorgelegen.
Hat Jansen am 10. März 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte verteilen ‚vorbehaltlich Billigung durch BM'."
Hat Legationssekretär Schlegelmilch am 22. März vorgelegen, der die Rückleitung an Jess nach Rückkehr verfügte.
Hat Jess am 11. April 1988 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 202, Bd. 140646.

2 Für den Wortlaut des Vertrags vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über die deutsch-französische Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

3 Zu den Feierlichkeiten anläßlich des 25. Jahrestags des Élysée-Vertrags vgl. Dok. 32.

4 Auf Schloß Gymnich bei Bonn fand am 20./21. April 1974 erstmals ein informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und des Präsidenten der EG-Kommission statt. Ziel dieses Treffens und nachfolgender „Gymnich-type"-Treffen sollte es sein, in kleinstem Kreis ohne großen Mitarbeiterstab und feste Tagesordnung wichtige außenpolitische Fragen zu erörtern. Vgl. dazu AAPD 1974, I, Dok. 128.

Im einzelnen

1) Gymnich-type-Treffen zu „global trends“

BM bittet AM Raimond um Prüfung seiner Teilnahme an dem beim Wirtschaftsgipfel in Tokio[5] vorgeschlagenen Treffen der Mitgliedstaaten des Wirtschaftsgipfels zu „global trends“ am 31. März (Gründonnerstag) in Gymnich. AM Shultz habe zugesagt.

AM *Raimond* sagt seine Teilnahme hieran zu.

2) Namibia-Kontaktgruppe

BM *Genscher* erinnert an seine Initiative zur Wiederbelebung der Namibia-Kontaktgruppe[6], die auch bei einem großen Teil der afrikanischen Staaten auf Interesse gestoßen sei. Auch die USA, Kanada und Großbritannien hätten ihr Interesse an dieser Initiative bestätigt. Er würde es sehr begrüßen, wenn F sich zur Teilnahme entschließen könne. AM Raimond werde bei seinem Besuch in Angola sicher hierauf angesprochen werden.[7] Die Kontaktgruppe habe in der Vergangenheit westliche Belange recht gut vertreten.

AM *Raimond* räumt ein, daß F bisher der Initiative reserviert gegenübergestanden habe.[8] Grund hierfür sei, daß man der Meinung sei, die Gruppe habe ihre Aufgaben erfüllt, sowie die von den USA aufgestellte Forderung nach einem Abzug kubanischer Truppen aus Angola als eine Vorbedingung für eine Implementierung von Resolution 435[9]. Er nehme aber das Petitum des BM zur Kenntnis und werde bei seinem bevorstehenden Besuch in Afrika vom 15.–21. Februar, und insbesondere in Angola, seinen Vorschlag nicht aus den Augen verlieren.

BM weist darauf hin, daß wir die Bedingung der USA uns nicht zu eigen gemacht und dies auch unseren Freunden gesagt haben.

3) Nahost

BM stellt die Frage nach einer europäischen Initiative auf diesem Gebiet. Er regt die Einbringung eines Resolutionsentwurfs der vier europäischen Mitglieder des Sicherheitsrats[10] auf der Linie der Resolutionen 242[11] und 338[12] an. Sie könne

5 In Tokio fand vom 4. bis 6. Mai 1986 der Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 137.

6 Zur Namibia-Kontaktgruppe vgl. Dok. 26, Anm. 32.

7 Der französische Außenminister Raimond besuchte am 15. Februar 1988 den Tschad, am 16./17. Februar Mosambik, am 17./18. Februar Angola und am 18./19. Februar 1988 Gabun.

8 Vortragender Legationsrat I. Klasse Nöldeke vermerkte am 15. Januar 1988 zu dem am 10. Dezember 1987 übermittelten Vorschlag des Bundesministers Genscher, die Namibia-Kontaktgruppe wiederzubeleben: „Das Antwortschreiben von Außenminister Raimond fiel erwartungsgemäß sehr zurückhaltend aus […]. Er habe Zweifel, ob es unter den gegenwärtigen Umständen sinnvoll ist, die Kontaktgruppe zu reaktivieren.“ Von seiten des französischen Außenministeriums sei zu erfahren gewesen: „Frankreich könne die US-Forderung nach einem Abzug kubanischer Truppen aus Angola als Vorbedingung für eine Implementierung von Resolution 435 (linkage) nach wie vor nicht akzeptieren. Eine Änderung dieser Haltung würde negative Auswirkungen auf die Präsenz französischer Truppen in Afrika, insbesondere derzeit im Tschad, haben. Da die USA das Linkage-Konzept weiterverfolge, müsse die Reaktivierung der Kontaktgruppe nach außen den Eindruck erwecken, daß die übrigen Mitglieder der Gruppe diese Politik der USA unterstützten. Frankreich habe aber nicht die Absicht, im Kielwasser der USA zu schwimmen.“ Vgl. Referat 320, Bd. 155887.

9 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

10 Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien.

11 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung unterstreichen und eine Internationale Friedenskonferenz unter der Ägide der Vereinten Nationen befürworten. Dies sei eine Idee, zu der er zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Antwort erwarte.

AM *Raimond* weist auf die Unterstützung Frankreichs für eine Internationale Friedenskonferenz hin. Diese Idee habe sich im letzten Jahr gut entwickelt, bevor das Interesse daran durch die Divergenzen zwischen Shamir und Peres und die reservierte Haltung der USA nachgelassen habe. Die Absenz von Perspektiven für eine friedliche Lösung des Nahost-Problems lasse die Palästinenser an ihrer Lage verzweifeln und sei die Ursache für die gegenwärtigen Unruhen in der Westbank und im Gaza-Streifen[13]. F befürworte nach wie vor den Gedanken einer Internationalen Friedenskonferenz. Man müsse dabei aber auch die Entwicklung der sowjetischen Politik gegenüber Israel berücksichtigen. Die Gespräche von Mitgliedern des israelischen und sowjetischen Außenministeriums in Helsinki erweckten den Eindruck, daß die Beziehungen zwischen beiden Ländern sich jetzt auf ein neues, höheres Niveau zubewegten.

4) NATO-Gipfel[14]

AM Raimond unterstützt den Gedanken eines NATO-Gipfels, man wisse aber noch nicht, auf welchem Niveau F bei diesem Anlaß vertreten sein werde. Jedenfalls sei der NATO-Gipfel eine gute Gelegenheit, Paragraph 8 des Kommuniqués von Reykjavik[15] Substanz zu geben. AM Raimond schlägt vor, im Vorfeld des NATO-Gipfels Konsultationen zu zweit oder zu viert durchzuführen.

5) West-Ost-Beziehungen

Auf Bitte von AM Raimond berichtet *BM* über den Besuch von AM Schewardnadse[16] sowie seinen Besuch in Polen[17].

Zum Besuch von AM Schewardnadse:

Das Besuchsziel der SU sei klar gewesen: Sie wolle einen Beitrag zur Verbesserung der Beziehung zur Bundesrepublik Deutschland leisten, so wie sie insgesamt ihre Beziehungen zum Westen entwickeln möchte. Allerdings habe die sowjetische Führung wohl noch keine endgültige Vorstellung von der Form, die sie ihren Beziehungen zu Westeuropa geben wolle. Er habe auch keine konkrete Antwort auf die Frage erhalten, welche Position Westeuropa oder die Bundesrepublik Deutschland in sowjetischer Vorstellung in einer künftigen europäischen Friedensordnung einnehmen solle.

Fortsetzung Fußnote von Seite 161

12 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 338 des VN-Sicherheitsrats vom 22. Oktober 1973 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. IX, S. 44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 313.

13 Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada“) vgl. Dok. 16, Anm. 23.

14 Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 2./3. März 1988 vgl. Dok. 75.

15 Für den Wortlaut von Ziffer 8 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 384. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 174.

16 Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 17. bis 19. Januar 1988 vgl. Dok. 18 und Dok. 22.

17 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 10. bis 13. Januar 1988 in Polen vgl. Dok. 14 und Dok. 17.

Über bilaterale Fragen habe der Besuch zu einer weiteren Verständigung beigetragen, die durch mehr als 14000 Ausreisen von Deutschstämmigen aus der Sowjetunion im Jahre 1987 erleichtert worden sei.[18] Wir hätten uns für größere Reisemöglichkeiten eingesetzt, auch um den Ausreisewillen der deutschstämmigen Bevölkerung möglicherweise damit zu reduzieren.

BM erwähnt die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zu Menschenrechtsfragen, die auf Verlangen der einen oder anderen Seite zweimal im Jahr tagen solle.[19] Wir hielten es für wichtig, daß wir damit einen Rechtstitel haben, konkrete Einzelfälle anzusprechen, ohne uns der Kritik einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten auszusetzen.

AM *Raimond* fragt nach der Anwendung des vereinbarten Konsultationsprotokolls. Er bringt in Erinnerung, daß F ein solches Protokoll mit der SU im Jahre 1970 abgeschlossen habe[20], das aber durch den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan[21] in seiner Anwendung unterbrochen worden sei. Die französische Seite habe seinerzeit eine besondere Schwierigkeit in der Frage einer Funktionsfähigkeit des Protokolls in Krisensituationen gesehen.

BM weist darauf hin, daß wir es immer als Nachteil empfunden hätten, daß wir im Gegenteil zu unseren wichtigsten Verbündeten eine solche Konsultationsvereinbarung mit der SU nicht getroffen hätten. Sie sei aber eine logische Ausformung der Bestimmungen des Moskauer Vertrages[22]. Sie solle dem politischen Dialog zusätzliche Impulse geben. BM unterstreicht unser Interesse, daß SU den Dialog nicht nur mit den USA, sondern auch mit den Europäern führe. Insgesamt solle das Protokoll dazu beitragen, die Beziehungen zu verbessern und aufzuwerten. Die Beamten beider Seiten seien beauftragt, einen Mechanismus für die Durchführung des Protokolls zu erarbeiten.

Zu Polen:

Bei dem Besuch von BM sei mit großer Offenheit über die wirtschaftlichen Probleme Polens gesprochen worden. Nach polnischer Einschätzung sei Polen selbst bei einer Umschuldungsregelung[23] kaum in der Lage, den Zinsendienst zu erfüllen. Das Interesse an weiterer wirtschaftlicher Zusammenarbeit sei groß. Im Unterschied zu der Zeit von Parteichef Gierek wünsche Polen aber keine ungebundenen Kredite, sondern die Finanzierung bestimmter konkreter Vorhaben zur Modernisierung der Volkswirtschaft. Diese Modernisierung sei das Hauptproblem, und in der Notwendigkeit von Reformen seien sich alle Polen einig. Dies habe sich auch beim Gespräch mit Gewerkschaftsführer Wałęsa und Kardinal

18 Zur Ausreise von Deutschstämmigen aus der UdSSR vgl. Dok. 22, Anm. 16.

19 Am 19. Januar 1988 unterzeichneten Bundesminister Genscher und der sowjetische Außenminister Schewardnadse ein Protokoll über Konsultationen, das auch Fragen der humanitären Beziehungen einschloß. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1988, S. 56.

20 Frankreich und die UdSSR unterzeichneten am 13. Oktober 1970 anläßlich des Besuchs des Staatspräsidenten Pompidou vom 6. bis 13. Oktober 1970 in der UdSSR ein Protokoll über Konsultationen. Für den Wortlaut vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1970, II, S. 108 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1970, D 517 f.

21 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

22 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

23 Zu einer Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 51.

Glemp[24] gezeigt. Der Kardinal habe das wirtschaftliche Kirchenprojekt[25] als zur Zeit wenig aussichtsreich bezeichnet, wohl aber gebe es viele kleine Initiativen, die die Akzeptanz für das Projekt langfristig stärken könnten. Das Gespräch mit Kardinal Glemp sei angenehm und gründlich, wenn auch nicht in allen Aspekten befriedigend gewesen (Frage der Gottesdienste in deutscher Sprache).

Zu Grenzfragen habe er in seiner ersten Rede eindeutig Stellung genommen[26], dieses Problem habe in seinen Gesprächen mit der Regierung deswegen auch keine Rolle gespielt, wohl aber in der Unterredung mit Wałęsa. Dieser habe großen Wert darauf gelegt, daß hierzu unter den Polen keine Meinungsverschiedenheit bestünde. Wałęsa habe ein Memorandum mit an uns gestellten Erwartungen übergeben.[27] Dieses sei ein beeindruckendes Dokument. BM bezeichnet Wałęsa als eindrucksvolle Persönlichkeit, die mit einem Höchstmaß an Energie, Ehrgeiz und Aggressivität ausgestattet sei.

Das Gespräch mit dem Staatspräsidenten[28] sei in guter Atmosphäre verlaufen. Dieser habe sich über westliche Nachrichtensendungen beklagt, die sich kritisch zu seiner Person geäußert hätten.

Sein Besuch des Friedhofs und der Kirche von Popiełuszko sei ein ergreifendes Ereignis gewesen. Zum ersten Mal habe er auch eine Begegnung mit Repräsentanten von deutschen Gruppen in Polen gehabt.

Als Ergebnis des Besuchs seien drei Arbeitsgruppen eingerichtet worden.[29] Insgesamt habe der Besuch dazu beigetragen, eine schwierige Phase in den bilateralen Beziehungen zu überwinden. Der Besuch des Bundeskanzlers[30] werde für dieses Jahr, der des Bundespräsidenten im nächsten Jahr[31] erwartet.

24 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Primas von Polen, Kardinal Glemp, vgl. Dok. 26, Anm. 27.

25 Die katholische Kirche in Polen initiierte im Sommer 1982 ein Programm zur Förderung des privaten Sektors der polnischen Landwirtschaft, das von den Kirchen und den Regierungen westlicher Staaten finanziert und von einer Stiftung polnischen Rechts getragen werden sollte. Im Juli 1983 gab auch Ministerpräsident Jaruzelski seine Zustimmung zu dem Projekt. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 287, und AAPD 1983, II, Dok. 197.
In einem am 3. September 1986 veröffentlichten Kommuniqué des Primas von Polen, Kardinal Glemp, wurde erklärt, „daß die Gespräche mit Regierungsvertretern über die Gründung einer Landwirtschaftsstiftung und die Grundlagen für die Tätigkeit einer solchen an einem toten Punkt angelangt waren". Die von der polnischen Regierung aufgestellten Bedingungen hinsichtlich der Tätigkeit und der Satzung einer Stiftung hätten „ein Diktat seitens der staatlichen Verwaltung" bedeutet, „was den Prinzipien der Stiftung, insbesondere deren Autonomie, zuwiderlaufen würde. Angesichts dieser Sachlage wurde Bedauern darüber Ausdruck verliehen, daß die Verwirklichung der Konzeption der Stiftung […] trotz vier Jahre andauernder Verhandlungen nicht möglich war." Vgl. die Anlage zum Drahtbericht Nr. 1482 des Botschafters Pfeffer, Warschau, vom 4. September 1986; Referat 421, Bd. 140342.

26 Bundesminister Genscher stellte am 11. Januar 1988 in Warschau fest: „Wir kennen und respektieren den Wunsch des polnischen Volkes, in dauerhaft gesicherten Grenzen zu leben. Die Bundesrepublik Deutschland erhebt keine Gebietsansprüche gegen irgend jemand – wir werden das auch in Zukunft nicht tun. Wir werden es niemandem erlauben, an dieser Grundeinsicht europäischer Sicherheit, europäischen Vertrauens und europäischer Zukunft zu rütteln." Vgl. BULLETIN 1988, S. 40 f.

27 Zu dem „Aide-mémoire", das der Vorsitzende der polnischen Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, Bundesminister Genscher am 12. Januar 1988 in Warschau übergab, vgl. Dok. 17, Anm. 6.

28 Wojciech Jaruzelski.

29 Zur Einsetzung von drei deutsch-polnischen Arbeitsgruppen vgl. Dok. 14, Anm. 41.

30 Bundeskanzler Kohl besuchte vom 9. bis 14. November 1989 Polen.

31 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte vom 2. bis 5. Mai 1990 Polen.

Polen habe ein erhebliches Interesse an Verbesserung der Beziehungen. Davon verspreche man sich vor allem wirtschaftliche Hilfe. Maßgeblich sei auch, daß Polen es vermeiden wolle, in eine zu starke Abhängigkeit von der SU zu geraten.

Ein Besuch in Polen sei für einen deutschen Außenminister immer schwierig, dieser sei jedoch der schwierigste gewesen.

BM bekräftigte in diesem Zusammenhang unser großes Interesse, daß wir bei der Beurteilung der Lage im Osten und der sich für uns daraus ergebenden Möglichkeiten soweit wie möglich gemeinsam vorgehen, insbesondere mit Frankreich. Wir wollten unsere Bemühungen um Verbesserung der West-Ost-Beziehungen in enger Abstimmung mit unseren westlichen Partnern unternehmen. Es sei für uns wichtig, dabei nicht alleine gelassen zu werden. Aktives Handeln sei aber nötig, wenn wir die Entwicklung in einer für uns günstigen Weise beeinflussen wollen. Das eine zu tun, heiße nicht, das andere zu lassen. Für uns sei eindeutig, daß wir einerseits versuchen müssen, unsere Beziehungen mit dem Osten zu verbessern, andererseits alles tun müßten, um die Einigung im Westen voranzutreiben. BM nimmt in diesem Zusammenhang Bezug auf seine Rede vor dem Europäischen Parlament.[32]

BM erwähnt eine Äußerung von AM Schewardnadse, der ihm gesagt habe, daß die Zeit der Teilung jetzt zu Ende gehen müsse. Er habe ihm darauf erwidert, daß er ihn in dieser Frage beim Wort nehmen werde.

Nach seiner (BMs) Meinung böten die wirtschaftlichen Interessen unserer östlichen Nachbarn große Chancen. Diese solle der Westen mit Selbstbewußtsein, klarem Ziel und in Geschlossenheit nutzen.

AM *Raimond* erklärt sich mit den Ausführungen von BM einverstanden und unterstreicht nachdrücklich die Notwendigkeit von Konsultationen über unsere Politik gegenüber dem Osten. Diese Thematik sollte in unseren bilateralen Konsultationen einen wichtigen Platz einnehmen, insbesondere auf der Tagesordnung der Gespräche der Politischen Direktoren. Um alle Möglichkeiten hierzu zu nutzen, rege er, wenn nötig, die Einsetzung einer Arbeitsgruppe an. Auf die Frage von *BM*, ob in die Thematik dieser Arbeitsgruppe auch Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle einbezogen werden sollten, bejaht dies AM *Raimond*. *BM* stellt daraufhin für die kommenden Wochen einen Vorschlag mit unseren Vorstellungen für die Besetzung der Arbeitsgruppe in Aussicht.[33]

BM bekräftigt die Notwendigkeit verstärkter Konsultationen zu den West-Ost-Beziehungen mit einem Hinweis auf die häufig in der französischen Presse zu findenden unzutreffenden Berichte über vermeintliche Positionen der Bundesregierung in West-Ost-Fragen. Er erwähnt in diesem Zusammenhang die in Verbindung mit der Reise des Bundespräsidenten in die Sowjetunion[34] publizierte Vermutung, GS Gorbatschow werde bei dieser Gelegenheit die Wieder-

32 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 20. Januar 1988 in Straßburg vgl. BULLETIN 1988, S. 61–67.

33 Ministerialdirigent von Ploetz vermerkte am 18. Mai 1988 in einem Sprechzettel für Bundesminister Genscher: „Die sicherheitspolitischen Gremien D/F sind seit Januar nicht mehr zusammengetreten. Die politisch-strategische Arbeitsgruppe soll sich erst am 24. Juni 1988 treffen (später Termin ist französischer Wunsch)." Vgl. Referat 203 (202), Bd. 151088.

34 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte in Begleitung von Bundesminister Genscher vom 6. bis 11. Juli 1987 die UdSSR. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 203, Dok. 206 und Dok. 212.

vereinigung anbieten. Die SU sei aber in Wirklichkeit an nichts weniger interessiert. GS Gorbatschow habe dies in seinen Ausführungen ganz klargestellt.

Im Zusammenhang mit dem Besuch von AM Schewardnadse in Bonn habe es in der französischen Presse Vermutungen gegeben, dieser würde der Bundesregierung die dritte Null-Lösung anbieten. BM zitiert zu diesem Thema aus der Tischrede von AM Schewardnadse.[35] Daraus gehe hervor, daß die SU uns nicht mit einer dritten Null-Lösung konfrontieren werde und dies insbesondere deshalb, weil sie eine eigene Konzeption hierfür noch nicht erarbeitet habe. Der Westen habe keinen Anlaß, nervös zu werden, sondern müsse bei dem bleiben, was vereinbart worden sei. BM unterstreicht erneut die Notwendigkeit eines engen Meinungsaustausches zur Ost-Politik, um diese in möglichst kohärenter Weise bestreiten zu können. Dabei sei besonders eine möglichst enger Schulterschluß mit F wichtig.

AM *Raimond* bestätigt die von BM wiedergegebene Haltung der französischen Presse und selbst politischer Kreise[36], die der deutschen Politik zu Unrecht die geschilderten Positionen zuschrieben. Er habe dies in seinen Interviews immer wieder klargestellt und das Vertrauen in die Haltung der Bundesregierung zum Ausdruck gebracht, wofür *BM* ausdrücklich dankt. AM *Raimond* dankt seinerseits für den Brief des BM zum Besuch von GS Honecker in Paris, in dem seine Haltung gewürdigt worden sei.[37] Er sei Phantasmen über die Wiedervereinigung nie gefolgt, gehöre aber auch nicht zu denjenigen, die sich über die Teilung Deutschlands freuen.

Auf den von BM verlesenen Text aus der Tischrede von AM Schewardnadse zurückkommend, weist AM Raimond auf die dort enthaltene Vermengung von konventionellen und nuklearen Komponenten von Waffensystemen hin. Ein solcher Vorschlag stehe im Gegensatz zur Bündnisposition und stelle letztlich die Präsenz amerikanischer Nuklearwaffen in Europa in Frage.[38]

35 Zur Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 18. Januar 1988 vgl. Dok. 24, Anm. 11.

36 Am 26. Januar 1988 berichtete Botschafter Pfeffer, Paris, über das Gespräch mit dem französischen Europaminister Bosson bei seinem Antrittsbesuch: „Ausgehend von dem ausgezeichneten Stand der deutsch-französischen Beziehungen (‚ein Wunder nach 1945') äußerte der Minister seine tiefe Sorge, die Deutschen könnten, stärker noch als bisher und durch das INF-Abkommen in Euphorie versetzt, alles Nukleare verteufeln, während Frankreich an der zivilen Nutzung der Kernenergie und an seinen nuklearen Streitkräften festhalten werde. Es wäre fatal, wenn es zur ‚Verteufelung Frankreichs als des Abrüstungsfeindes durch die Deutschen' käme. Das bedeute die ‚Scheidung der deutsch-französischen Ehe'. Eine solche Scheidung würde zum ‚europäischen Ende' führen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 229; Referat 410, Bd. 136027.

37 Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 9. Januar 1988 in Frankreich vgl. Dok. 8.
Bundesminister Genscher übermittelte Botschafter Pfeffer, Paris, am 13. Januar 1988 ein Schreiben an den französischen Außenminister Raimond. Darin stellte Genscher fest: „Der Besuch des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, in Paris gibt mir Anlaß, Ihnen gegenüber den besonderen Dank meiner Regierung auszudrücken. Die vertrauensvolle Unterrichtung meiner Regierung durch Ihre Seite im Vorfeld und während dieses Ereignisses sowie unmittelbar danach ist hier als Ausdruck des engen, freundschaftlichen Verhältnisses zwischen unseren beiden Regierungen und Staaten dankbar aufgenommen worden. Der Dank meiner Regierung gilt insbesondere auch der Art und Weise, in der sich die französische politische Führung der deutschen Belange und damit auch der französischen Verantwortung für Deutschland als Ganzes angenommen hat. Auf Ihrer Seite wurden hierzu klare und zugleich vermittelnde Worte gefunden. So hat der Empfang von Herrn Honecker in Paris in eindrucksvoller Weise dokumentiert, daß die Überwindung der Teilung Europas ein gemeinsames Anliegen ist." Vgl. den Drahterlaß; Referat 202, Bd. 151111.

38 Am 28. Januar 1988 vermerkte Ministerialdirektor Citron, der Unterabteilungsleiter im französischen Außenministerium, d'Aboville, habe am Vortag bei den deutsch-französischen Planungsstab-

BM erläutert, daß er den Text verlesen habe, weil er habe zeigen wollen, daß die Sowjetunion keineswegs eine dritte Null-Lösung angeboten habe. Eine genaue Analyse zeige vielmehr, daß es sich dabei um die alte sowjetische Position handele, wie sie exakt seit den Gesprächen in Wien[39] vertreten worden sei. Er habe deshalb darüber mit der sowjetischen Seite auch nicht diskutiert.

Ergänzend teilt BM mit, daß er mit AM Schewardnadse auch über Berlin gesprochen habe. Dabei habe Schewardnadse die Frage gestellt, ob unsere Bemühungen zur Einbeziehung Berlins in die vertraglichen Beziehungen ein Versuch seien, die deutsche Frage offenzuhalten. Er habe gegenüber AM Schewardnadse seine Haltung klargestellt, daß es zwei Rechte gebe, die zu niemandes Disposition stünden: die Menschenrechte des einzelnen und das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes. Diese Rechte bestünden aus sich heraus, sie könnten zwar eingeschränkt, über sie könne aber nicht verfügt werden.

6) Europäischer TV-Satellit[40]

AM *Raimond* spricht die Probleme des durch einen technischen Defekt unbrauchbaren TV-Sat 1 an und betont das große Interesse auch des Premierministers[41] an einer einvernehmlichen Lösung der damit verbundenen Fragen. Er unterstreicht, daß die französische Seite für alle Lösungsvorschläge der Experten offen sei. Wichtig sei eine Weiterführung des Programms der guten Zusammenarbeit auf diesem Gebiet.

7) EG-Fragen

BM stellt die Frage, wie die Ministerratssitzung am 25. und 26. Januar in Brüssel gestaltet werden solle.[42] Die Landwirtschaftsminister hätten sich erwartungs-

Fortsetzung Fußnote von Seite 166

gesprächen in Paris zur Frage der nuklearen Kurzstreckenwaffen (SNF) erklärt: „Der Westen habe sich mit der doppelten Null-Lösung dieses Problem selbst geschaffen. Nun stehe der Westen einer neuen sowjetischen Initiative gegenüber. Die Vorschläge von AM Schewardnadse in Bonn zeigen, daß die Sowjets nicht nur auf Artillerie und Flugkörper zielten, sondern besonders auf Flugzeuge. Frankreich verlange daher, wie uns bekannt sei, die westliche Ablehnung der Einbeziehung von Flugzeugen nicht nur auf die Eingangsphase der KRK zu beschränken, Frankreich wolle Flugzeuge dauerhaft aus den Verhandlungen ausschließen." Vgl. Referat 221, Bd. 163140.

39 Zum Stand der Gespräche zwischen NATO und Warschauer Pakt über ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 8.

40 Mit Schreiben vom 17. November 1987 übermittelte das Bundeskanzleramt den Entwurf eines Glückwunschschreibens des Bundeskanzlers Kohl an Ministerpräsident Chirac. Darin wurde festgestellt: „Heute Nacht haben Deutschland und Frankreich den ersten von zwei gemeinsam entwickelten direktsendenden Fernseh-/Rundfunksatelliten, den TV-SAT, erfolgreich gestartet und damit erneut die Bedeutung der deutsch-französischen Zusammenarbeit für die europäische Weltraumpolitik unter Beweis gestellt. Wir haben damit an den großen Erfolg des deutsch-französischen Symphonie-Projektes angeknüpft und technologische Wege beschritten, die zukunftsweisend für eine neue Generation von Fernseh-/Rundfunksatelliten sind." Vgl. Referat 202, Bd. 151118.

41 Jacques Chirac.

42 Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), teilte am 25. Januar 1988 zur EG-Ministerratstagung vom selben Tag mit: „Außer beim Punkt ‚Währungsreserve' (grundsätzliche Einigung über ihre Einführung und die Höhe der Margen) wurde bei keiner der wichtigen offenen Fragen Einigkeit oder auch nur eine Annäherung der gegensätzlichen Positionen erreicht. […] Allerdings hatte Präs[identschaft] (BM Genscher) von vornherein deutlich gemacht, daß es ihr bei dieser Tagung des Rates hauptsächlich darum gehe, die Fragestellungen und damit die Entscheidungsbasis für das Konklave am 1./2. Februar 1988 herauszuarbeiten." Zur Frage der „Agrarstabilisatoren" legte Ungerer dar: „GB und NL bezeichneten die Ergebnisse des letzten Agrarrates als völlig unzureichend für eine Eindämmung der Produktion und erklärten, daß sie einem neuen Eigenmittelbeschluß nicht zustimmen könnten, wenn nicht insbesondere die Stabilisatoren für Getreide und Ölsaaten restriktiver ausgelegt werden". Vgl. den Drahtbericht Nr. 193; Referat 412, Bd. 168709.

gemäß verhalten.[43] Deswegen sei es sicher notwendig, sich erst einmal auf alle anderen Fragen zu konzentrieren. Wichtig sei, wie die Fragestellung am Ende der Sitzung laute, so daß die Präsidentschaft hieraus Konsequenzen für die Vorbereitung des Konklave[44] ziehen könne.

Zurückkommend auf das Gespräch mit PM Chirac vom Vormittag unterstreicht BM, daß eine abgerundete Paketlösung die Interessen der zurückgebliebenen Regionen berücksichtigen müsse. Dabei müsse geprüft werden, welche Kosten durch einen Ansatz, der sich allein auf die betroffenen Regionen beziehe, entstehen würden. Um italienische Zustimmung zur Ausgestaltung der vierten Einnahmeart[45] zu erhalten, erscheine Einbeziehung des südlichen Teils Italiens unvermeidlich.

AM *Raimond* bezeichnet den Gedanken, statt des länderbezogenen einen regionenbezogenen Ansatz zu wählen, als attraktiv. Er weist aber auf die Besorgnis des Premierministers über eine erhebliche Erhöhung der Ausgaben bei einer Erweiterung der Mittel für die Strukturfonds hin.

Staatsministerin *Adam-Schwaetzer* berichtet aus ihren in Rom geführten Gesprächen[46], daß sich für die italienische Regierung das Problem in dreifacher Weise stelle, nämlich in bezug auf die vierte Einnahmequelle, den GB-Ausgleich[47] sowie die Verteilung der Regionalfonds. Insbesondere zur vierten Ressource habe MP Goria darauf hingewiesen, wie wichtig eine akzeptable Regelung dieser Frage für die italienische Regierung sei. Italien könne nicht in zwei oder drei Bereichen ein negatives Ergebnis hinnehmen. Die Suche nach einer Lösung werde nicht einfach sein, da die italienischen Vorstellungen zur vierten Ressource nicht den Vorschlägen der Kommission entsprechen. Zudem sei Italien noch präsent, daß die Kommission ihren ursprünglichen Vorschlag in Kopenhagen[48] wieder zurückgezogen habe. Schließlich müßten bei der Suche nach einem Kompromiß auch französische Interessen berücksichtigt werden. Dies werde die Bemühungen der Präsidentschaft erschweren.

Staatsminister *Bosson* sieht ebenfalls den Schlüssel für die Bildung eines Kompromißpakets in der italienischen Akzeptanz. Die Suche nach einem Ausgleich mit Italien sei vorrangig vor den Problemen mit GB. Erst dann solle man sich den Problemen der Landwirtschaft zuwenden.

43 Zur EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 18. bis 20. und am 23./24. Januar 1988 in Brüssel vgl. Dok. 15, Anm. 9.

44 Die Sondertagung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten („Konklave") fand am 1./2. Februar 1988 in Brüssel statt.

45 Zur Reform des Eigenmittelsystems der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 1, Anm. 22.

46 Staatsministerin Adam-Schwaetzer hielt am 18. Januar 1988 aus ihren Gesprächen am 14. Januar 1988 in Rom zu Fragen der Europapolitik fest: „Für MP Goria ist die Finanzierung wichtiger als die Strukturpolitik. I werde keinesfalls das Kommissionsmodell für die vierte Einnahmequelle (d. h. die Differenzgrundlage) akzeptieren, dafür ließe es sich – so Goria wörtlich – ‚im Extremfall auch isolieren'." Zur Frage der 4. Einnahmequelle der Europäischen Gemeinschaften habe Goria argumentiert: „Gegen ‚Statistik' als Bemessungsgrundlage. BSP sei nur begrenzt als Maßstab nutzbar. Für eine ‚steuerliche' Grundlage, d. h. MWSt. Wenn Wohlstand als Maßstab, dann wäre eigentlich nur der relative Wohlstand, das BSP pro Kopf, der richtige Maßstab. Kernaussage: Angesichts des Erfordernisses der parlamentarischen Zustimmung sei die Differenzgrundlage für I ‚absolut indiskutabel', ‚ganz absurd'". Vgl. Referat 412, Bd. 168708.

47 Zur Regelung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 1, Anm. 25.

48 Die Tagung des Europäischen Rats fand am 4./5. Dezember 1987 in Kopenhagen statt. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 358.

AM *Raimond* unterstreicht die Notwendigkeit, die italienische Akzeptanz für die Ausgestaltung der vierten Einnahmeart herbeizuführen. Beim Ministerrat in Brüssel sollten unsere Positionen in den drei genannten Bereichen überprüft und die Landwirtschaftsprobleme zunächst beiseite gelassen werden. Ziel sollte sein, der Präsidentschaft eine präzise Vorstellung von der Position jedes Mitgliedstaats zu vermitteln.

Referat 202, Bd. 140646

28

Botschafter Stabreit, Pretoria, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 37 **Aufgabe: 22. Januar 1988, 07.45 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 22. Januar 1988, 08.57 Uhr**

Betr.: Reise des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß nach SA[2] und Mosambik[3]

Bezug: DB Nr. 32 vom 21.1.88 – Pol 321.32 S[4]

Fortsetzung von DB 32 v. 21.1.88

Am gleichen Nachmittag (20.1.) fand ein Gespräch des MinPr[5] mit Präsident Botha statt, an dem auf deutscher Seite zusätzlich Herr Piller und Herr Amt-

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 9.
Hat Legationsrat I. Klasse Gühlcke am 21. Januar 1988 vorgelegen.

2 Südafrika.

3 Der bayerische Ministerpräsident Strauß hielt sich am 20. und vom 23. bis 27. Januar 1988 in Südafrika auf, am 21./22. Januar besuchte er Mosambik und am 28./29. Januar 1988 Namibia. Vgl. dazu auch Dok. 35.
Am 20. Januar 1988 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Pleuger, Staatssekretär Ost, Presse- und Informationsamt, habe zur Reise von Strauß vorab dargelegt: „Bundeskanzler H. Kohl hat den bayerischen Ministerpräsidenten F.J. Strauß gebeten, nach Südafrika und Mosambik zu reisen. F.J. Strauß ist einer der europäischen Politiker, der durch Sachkenntnis und persönliches Ansehen ein wichtiger Gesprächspartner bei weißen, schwarzen und farbigen politischen Führern ist. […] Das Auswärtige Amt hat das Bundeskanzleramt gebeten, MP Strauß zu raten, bei der Auswahl seiner Gesprächspartner in Südafrika alle wichtigen Bevölkerungsgruppen und gesellschaftlichen und politischen Kräfte, auf deren Mitwirkung es bei der Gestaltung einer friedlichen Zukunft des Landes ankommt, zu berücksichtigen sowie während des Besuchs in Maputo die Gelegenheit zu suchen, aus Lusaka anreisende ANC-Vertreter zu sprechen. Der deutsche Botschafter in Südafrika wird MP Strauß bei seinen politischen Gesprächen in Südafrika begleiten; an den Reisen nach Namibia, Bophuthatswana und Ulundi werden keine Vertreter der deutschen Botschaft teilnehmen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 9; Referat 012, Bd. 134237.

4 Botschafter Stabreit, Pretoria, berichtete, daß der bayerische Ministerpräsident Strauß am 20. Januar 1988 in Kapstadt ein Gespräch mit dem südafrikanischen Außenminister Botha geführt habe: „MP Strauß ging sofort ‚dans le vif du sujet‘ und erläuterte den Hintergrund seiner Reise. Er verwies auf die Lageeinschätzung der Amerikaner, die glaubten, Chissano aus dem östlichen Lager lösen zu können. Sie wünschten eine Unterstützung Chissanos durch die westlichen Verbündeten. Sie sähen S[üd]A[frika] als den großen ‚trouble maker‘ im südlichen Afrika. Südafrika habe angeblich das Ziel, die Frontlinienstaaten zu destabilisieren. Er, der Ministerpräsident, habe nach wie vor starke Zweifel, ob es sinnvoll sei, Chissano zu unterstützen […]. Für ihn stehe fest, daß SA unbeschadet des Prozesses des Abbaus der Apartheid im Hinblick auf die Entwicklung und die wirtschaftliche wie politische Stabilität im ganzen südlichen Afrika eine hervorragende Rolle heute wie in Zukunft zu spielen haben werde.“ Vgl. Unterabteilung 32, Bd. 156672.

5 Ministerpräsident.

stätter, und auf südafrikanischer Seite die Minister Botha (Pik), Malan (Verteidigung), Vlok (Law and Order), Generalsekretär des DFA[6] van Heerden, Dr. Jannie Roux (Präsidialkanzlei) und der Leiter der Unterabteilung Europa I im DFA, Marinus Naude, teilnahmen.

Präsident Botha, der braungebrannt wie ein Kontrastprogramm zu seinem überarbeitet wirkenden Außenminister wirkte und dessen kräftige und straffe Art sowie zupackende Argumentation zumindest an diesem Tag alle Gerüchte über eine Erkrankung Lügen zu strafen schien, begrüßte den Ministerpräsidenten mit den Worten, hier sei ein Mann, der bereit sei, Südafrika objektiv zu betrachten. Er brauche nicht darauf hinzuweisen, daß es zwischen Südafrika und Deutschland enge Beziehungen gebe, historische, kulturelle und wirtschaftliche, aber auch menschliche. Er habe mit großem Interesse die Reise von MinPr Strauß in die Sowjetunion verfolgt.[7] Was den Westen anbetreffe, so habe er viel von seinem Vertrauen verloren. Er, Botha, habe immer geglaubt, daß er in Südafrika den durch die Begriffe Freiheit, Entwicklung und Fortschritt gekennzeichneten Weg gehe. Er habe nur Vorwürfe und Sanktionen geerntet und müsse sich heute fragen, ob er vielleicht einen Fehler gemacht habe.

MinPr Strauß antwortete mit Dank für Einladung und Unterkunft. Er habe in den letzten sechs Monaten zahlreiche Stunden mit dem Bundeskanzler zugebracht und dabei auch über das südliche Afrika gesprochen.

MinPr Strauß ging dann zunächst auf die Anspielung des Präsidenten auf seine Moskau-Reise ein. Er sei immer wieder einmal nach Moskau eingeladen worden, doch habe er dort nicht eine Ausstellung eröffnen oder ähnliches tun wollen. Seine Bedingung sei es gewesen, die Nr. 1 der Sowjetunion sprechen zu können und nicht als ein Politiker unter vielen, die ihren Weg dorthin fänden, behandelt zu werden. Am 19.12. nachts habe ihn der sowjetische Botschafter[8] angerufen und ihn über die Einladung informiert. Er sei dann zwischen Weihnachten und Neujahr nach Moskau geflogen und habe mehrere Stunden mit AM Schewardnadse und dem GS Gorbatschow gesprochen, u.a. auch über das Thema Afrika. MinPr Strauß berichtete dann eingehend über seine Gespräche. Im Zentrum seines Berichts standen zunächst seine Eindrücke von Natur und Erfolgsaussicht von sowjetischen Reformen, von Äußerungen des sowjetischen Generalsekretärs zu diesen Themen. Als zweiten Schwerpunkt erläuterte Strauß die Abrüstungssituation (Frage der „doppelten und dreifachen" Null-Lösung). Während die südafrikanischen Partner hinsichtlich der inneren Lage der Sowjetunion, den Absichten Gorbatschows etc., gespanntes Interesse an den Tag legten, präsentierte sich die komplizierte Abrüstungsmaterie für sie als sichtbar sperrig.

MinPr Strauß berichtete u.a., er habe die Sowjets auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, die Furcht vor ihnen im Westen zu beseitigen. In diesem Zusammenhang habe er sie darauf hingewiesen, die Sowjetunion müsse auf das Konzept der Weltrevolution verzichten, dürfe keine Expansionspolitik betreiben und müsse davon absehen, Superiorität zu erlangen (zu allen drei Punkten habe man ihm versichert, dies sei nie Politik der Sowjetunion gewesen). Er,

6 Department of Foreign Affairs.

7 Der bayerische Ministerpräsident Strauß hielt sich vom 28. bis 31. Dezember 1987 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 381.

8 Julij Alexandrowitsch Kwizinskij.

Strauß, habe den Eindruck gewonnen, die Sowjetunion habe sich einige Bürden zuviel aufgeladen, die sie jetzt aber nicht so leicht los werde. Dobrynin habe ihm gesagt, es sei verhältnismäßig leicht, irgendwo hinein, oft aber schwer wieder hinauszukommen. Die Sowjets wollten ihre Kosten reduzieren. Er habe sowohl Schewardnadse und Gorbatschow darauf hingewiesen, daß das sowjetische Engagement in Afghanistan, aber auch in Afrika mit einem völligen Fehlschlag enden werde. Schewardnadse habe ihm gesagt, in Afrika, z. B. in Angola, müsse man versuchen, „local solutions" zu finden. Der Ton sei sehr zurückhaltend und nüchtern gewesen, ganz im Unterschied zu früheren Gesprächen, die er mit Sowjets geführt habe.

Der MinPr schloß die Ausführung mit den Worten, vielleicht könne man die Frage stellen, was Gorbatschow wolle. Völlig klar jedoch sei, was er nicht wolle: Er wolle nicht das kommunistische System durch ein demokratisches ersetzen. Er wolle das System lebensfähig und effizient gestalten. Die Frage sei, ob er diesen Versuch politisch, oder gar physisch überleben werde. Er, Strauß, sehe die realistische Chance, daß hier die ersten Schritte auf einem langen, langen Weg zum Ende des Kommunismus unternommen würden.

Präs. Botha antwortete, für Südafrika handele es sich um eine außerordentlich vitale Frage. Er stelle zwei Dinge fest: Erstens, die Entschlossenheit der Sowjets und ihrer Satelliten, mit revolutionärer Kriegsführung fortzufahren, habe in Afrika nicht nachgelassen; und zweitens, nach wie vor werfe die Sowjetunion riesige Mengen modernen Kriegsgerätes nach Angola, ungeachtet heftiger Verluste. Was ihn erstaunt habe, sei, daß dieses für Europa konzipierte und geeignete Gerät hier einfach eingesetzt werde, obwohl es für die Region gar nicht geeignet sei. Man könne schon wegen der Hitze nicht im Gerät arbeiten, das für Europa ausgelegt sei. So hätten zahlreiche angolanische Soldaten ihr Gerät einfach stehen lassen, weil sie es dort hätten nicht mehr aushalten können. Die Sowjets führen fort „with an overwhelming push of modern equipment". Sie unterstützten die revolutionären Kräfte mit jedem nur denkbaren konventionellen Gerät. Angola sei inzwischen völlig verwüstet. Angola sei ein sehr reiches Land, das das Potential habe, eines der wohlhabendsten Länder des Kontinents zu sein. Heute sei die Hälfte von Angola tot. Nicht einmal Vögel und Tiere befänden sich noch in bestimmten Regionen. Sie seien durch Lärm, Feuer und Kampfhandlungen allgemein vertrieben worden. Die Menschen hungerten, aber die Russen würfen immer weiter Waffen in das Land. Die Kubaner hielten sich in den „townships" auf und wagten sich im allgemeinen nicht heraus, die armen Angolaner müßten kämpfen.

MinPr Strauß antwortete, man müsse jetzt abwarten, ob die Sowjets in diesem Jahr ihre Waffenlieferungen vermindern würden. An dieser Stelle übergab der Präsident dem MinPr zu seiner Unterrichtung ein kurzes Resümee der südafrikanischen Sicherheitssituation sowie eine Studie über einzelne wirtschaftliche und soziale Indikatoren in Afrika. Der Präs. fuhr dann fort, auch die Portugiesen hätten Mosambik nie ganz kontrolliert. Niemand könne Mosambik kontrollieren, das Land habe aber leben können. Zu Zeiten der Portugiesen habe es eine riesige Anzahl portugiesischer Kleinhändler über das ganze Land verteilt gegeben. Die kleinen Farmer unter den Schwarzen hätten bei diesen Händlern ihre Produkte gegen andere Produkte, deren sie bedurften, eintauschen können. Damals sei Mosambik ein Exporteur von „cashew nuts" gewesen. Diese Kleinhändler hätten

Mosambik verlassen, und jetzt trete der Staat als einziger Aufkäufer ein, der den Bauern Geld offeriere, was jedoch Unfug sei, da sich der Bauer mit dem Geld nichts kaufen könne. Unter den Portugiesen sei Portugiesisch die Lingua franca gewesen. Jeder hätte etwas Portugiesisch gesprochen. Inzwischen seien die Schulen in Verfall geraten. Hunderttausende von Mosambikanern könnten kein Portugiesisch mehr. Die Eingeborenensprachen herrschten vor, was die Verständigung erschwere. Mosambik sei heute noch schlechter dran als Angola. Es gebe nur eine positive Entwicklung: Dies sei der Beitrag Südafrikas zum Aufbau des Hafens in Maputo.

[9]Man möge doch bitte einmal vergleichen, was Südafrika für Bildung und Erziehung der Schwarzen ausgebe und was gleichzeitig in Mosambik oder Angola ausgegeben werde. Südafrika tue unvergleichbar mehr. Wie aber reagiere der Westen darauf? Er habe einen „high regard" für die Art, wie Deutschland versuche, eine unvernünftige Entwicklung zu bremsen. Der Westen übe Druck auf Südafrika aus und füge ihm Schaden durch Boykottaktionen zu. Dieser Schaden werde einem gesunden Land zugefügt, während der Rest Afrikas im Sterben liege. Präs. Botha verwies dann auf drei Probleme, die er als vorrangig bezeichnete, nämlich erstens das Problem, das durch die Entwicklung technologischer Prozesse aufgeworfen worden sei. Die Technologie der ersten Welt sei in Südafrika dem Rest Afrikas weit voraus. Der weiße Mann sei in der Beherrschung der Technologie dem schwarzen weit voraus. Südafrika versuche diesen Abstand durch Bildungsmaßnahmen zu verringern, befürchte jedoch, daß der Abstand zunehme, und zwar deshalb, weil der Westen Wirtschaftsmaßnahmen gegen Südafrika ergreife. Auch in anderen Teilen Afrikas weite sich der Abstand und verringere sich nicht. Ein zweites Problem sei das Auftauchen einer neuen mörderischen Spielart der Malaria in bestimmten Bereichen des südlichen Afrika. Hier sei nur Südafrika in der Lage, schnell zu helfen. Präs. Botha wies darauf hin, daß sich Südafrika hiergegen nicht durch Grenzsperren zur Wehr setzen könne und bereits eine ganze Reihe junger Soldaten aus den Grenzgebieten verloren habe. Das dritte Problem, das er nannte, sei AIDS. Auch hier könne nur in Zusammenarbeit aller beteiligten Länder im südlichen Afrika vorgegangen werden. Anstatt, daß die Welt sage: „Dies ist ein stabiles Land, ein wohlhabendes Land, helfen wir ihm bei der Lösung seiner Probleme", stelle man sich an die Seite der revolutionären Kräfte, die das Land zerstören wollten.

Als er seinerzeit das Nkomati-Abkommen[10] unterschrieben habe, habe er gesagt, die südafrikanische Regierung könne nicht Mosambik retten. Dies könne allenfalls der private Sektor. Der private Sektor fordere aber Sicherheit für Leib und Leben, für Eigentum und Investitionen und Sicherheit vor Nationalisierungen. Er habe daraufhin eine Konferenz einberufen, an der ca. 90 Prozent der hiesigen Wirtschaft teilgenommen hätten. Einige Teilnehmer seien auch nach Mosambik mitgefahren, seien aber völlig entmutigt zurückgekommen.

In dem Nkomati-Abkommen habe man vorgesehen, daß, wenn es Probleme gäbe (Art. 9), jede vertragschließende Partei hochrangige Vertreter zu einer Kommis-

9 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 38 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

10 Mosambik und Südafrika unterzeichneten am 16. März 1984 am Grenzfluß Nkomati ein Abkommen über Gewaltverzicht und gutnachbarliche Beziehungen (Nkomati-Abkommen). Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1352, S. 19–31. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 469–472.

sion ernennen solle, die sich mit diesem Problem befassen würde. Südafrika habe dies ein- oder zweimal probiert, doch habe es nicht funktioniert. Wann immer man die Mosambikaner zusammenrufe und sie mit den Fakten konfrontiere, passiere nichts. Solange im übrigen den revolutionären Kräften gestattet würde, ihre Ausbildungslager in den Nachbarstaaten zu unterhalten, solange würde Südafrika sich immer wieder gezwungen sehen „to take strong measures". Südafrika könne nicht zulassen, daß seine Wirtschaft zerstört werde. Präs. Botha kam in diesem Zusammenhang auf das schon von Außenminister Botha vorgeschlagene Projekt einer Konferenz des südlichen Afrika über Fragen der Sicherheit, Wirtschaft, Gesundheit etc. zu sprechen.[11] Zusätzlich zu den von AM Botha genannten möglichen Teilnehmern nannte Präs. Botha hier auch Angola und Zaire.

Präs. Botha beschwerte sich anschließend bitter über die anhaltenden Behauptungen der Mosambikaner, daß Südafrika in den Absturz Präsident Machels verwickelt gewesen sei.[12] Was den Zustand Mosambiks anbetreffe, so berichtete er, daß nach dem Absturz des südafrikanischen Jumbo-Jets „Helderberg"[13] Südafrika beschleunigt einen Rettungshelikopter nach Mauritius hätte schicken wollen, der über mosambikanisches Territorium habe fliegen müssen. Die mosambikanische Regierung habe die Genehmigung hierfür gegeben. Trotzdem sei der Helikopter auf einer Insel festgehalten worden, und die mosambikanische Regierung sei zunächst einmal nicht in der Lage gewesen, mit den dortigen Behörden in Kontakt zu treten. Man falle dort in längst vergangene Entwicklungsstadien zurück.

Ein anderer Aspekt westlichen Drucks auf Südafrika sei, daß dieser für ihn Probleme in Südafrika selbst schaffe. Wenn es nicht gelinge, den Westen zu überzeugen, Südafrika allein zu lassen, werde Südafrika den Weg, den es sich vorgenommen habe, nicht beschreiten können. Präs. Botha berichtete, daß er am gleichen Morgen einen westlichen Botschafter empfangen habe (offenbar eine Abschiedsvisite), der ihm gesagt habe, man sei sich im Westen schon über seine Probleme im klaren, daß er nämlich ständig rechts über die Schulter auf Dr. Treurnicht blicken müsse, wenn er seine Schritte plane. Er, der Präsident, habe dem Botschafter gesagt, dies sei ganz falsch. Er müsse die Meinung seiner eigenen politischen Gefolgsleute im Auge haben. Je mehr der Westen Druck aus-

11 Am 29. Januar 1988 stellte Vortragender Legationsrat Hiller fest: „In einer Rede vom 31.1.1986 hat St[aats]P[räsident] Botha erklärt, daß die schwarzen Nachbarstaaten in einem regionalen Sicherheitssystem mit Südafrika zusammenarbeiten müßten. Sollten die Nachbarn diesem Wunsche nicht nachkommen, sähe sich Südafrika weiterhin gezwungen, seine Hegemonialinteressen mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Im Anschluß hierzu schlug Botha den Regionalstaaten eine Konferenz zur Schaffung eines solchen Sicherheitssystems vor." Vgl. Referat 012, Bd. 138669.

12 Am 19. Oktober 1986 stürzte ein Flugzeug mit Präsident Machel an Bord auf dem Rückweg von Sambia nach Maputo über südafrikanischem Staatsgebiet ab. Vortragender Legationsrat I. Klasse Nöldeke nannte am 22. Oktober 1988 „Spekulationen, daß Pretoria in den Unfall verwickelt sein könnte, wenig überzeugend. Für uns ist nicht ersichtlich, welches Interesse die Südafrikaner an einer Beseitigung von Präsident Machel hätten haben können. Für Pretoria war Machel ein kalkulierbarer und – wie die Nkomati-Verträge, die mosambikanische Bereitschaft, ANC-Aktivitäten vom eigenen Territorium aus zu unterbinden, und die relativ moderate Haltung der Mosambikaner in der Sanktionsfrage zeigen – auch ein politisch realistischer Verhandlungspartner, der die schwache Position seines Landes im Verhältnis zu Südafrika kannte und nicht überzog". Vgl. Referat 320, Bd. 155858.

13 Am 28. November 1987 stürzte eine Boeing 747 der South African Airways nordöstlich von Mauritius infolge eines Feuers an Bord in den Indischen Ozean.

übe, um so weniger sei er mit der von ihm begonnenen Reformpolitik glaubwürdig.[14] Was habe er damit inzwischen schon in Kauf genommen? Er habe seine Partei in zwei Teile gespalten. Und habe er von irgendwoher Ermunterung empfangen? Er, der mehr als irgendeiner seiner Vorgänger getan habe, um in Südafrika Reformen zu initiieren, sei im Westen nicht willkommen. Anstatt ihn zu ermutigen und ihm zu helfen, werde er gescholten. Es gebe hierauf wohl nur eine Reaktion: „Damned, I won't do it." Er wolle doch gern einmal hören, welches Land in Afrika sich Südafrika als Beispiel nehmen solle. Auf den Einwurf von MinPr Strauß, daß in diesem Zusammenhang immer Simbabwe genannt werde, antwortete Präs. Botha, Simbabwe lebe noch „on the steam of Rhodesia". Die Lage verschlechtere sich auch dort von Tag zu Tag.

Im Anschluß zogen sich der MinPr und Präsident Botha auf dessen Bitte zu einem kurzen Vier-Augen-Gespräch zurück.

Abends fand im Hause des Staatspräsidenten ein Abendessen statt, zu dem ich auch geladen war. Eingeladen waren mehrere Kabinettsmitglieder, Vertreter der Administration und der Wirtschaft sowie persönliche Freunde und Verwandte des Präsidenten auf südafrikanischer, auf deutscher Seite die Delegation. Das Buffet-Dinner (nicht gesetzt) verlief in einer freundlichen Atmosphäre. Präs. Botha und MinPr Strauß tauschten kurze Toasts aus. Präs. Botha ließ auf die Gesundheit des Herrn Bundespräsidenten anstoßen.

[gez.] Stabreit

Unterabteilung 32, Bd. 156672

14 Am 7. Mai 1987 skizzierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Nöldeke die Gesellschaftspolitik des Präsidenten Botha in Südafrika: „Diese Politik zeichnet sich durch Reformansätze und einen Veränderungswillen aus, deren Grenzen dort liegen, wo das Machtmonopol der Weißen in Staat und Gesellschaft berührt werden könnte. Es ist zu erwarten, daß Botha und seine Regierung ihre Reformbemühungen in Bereichen des täglichen Lebens, durch soziale Zugeständnisse, durch Gesetzesänderungen und möglicherweise sogar durch Einführung von Formen beschränkter politischer Selbstverwaltung für Schwarze vorantreiben und diese Veränderungen dann als eine evolutionäre Überwindung der Apartheid propagieren werden, in der Hoffnung, damit den Druck der Bevölkerungsmehrheit auf Teilhabe an der politischen Gestaltung Südafrikas aufzufangen oder zumindest abmildern zu können. Eine wirkliche Beteiligung der schwarzen Mehrheitsbevölkerung an der politischen Macht ist in absehbarer Zeit von der südafrikanischen Regierung […] kaum zu erwarten." Vgl. Referat 320, Bd. 155981.

29

Botschafter Behrends, Ottawa, an das Auswärtige Amt

114-10302/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 22. Januar 1988, 11.35 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 61 **Ankunft: 22. Januar 1988, 18.15 Uhr**
Cito

Betr.: Verhandlungen der DDR mit der Jewish Claims Conference

Wie die Botschaft bereits früher berichtet hat[2], verhandelt die Jewish Claims Conference mit aktiver Unterstützung der kanadischen Regierung seit längerem mit der DDR über eine Globalzahlung an die Jewish Claims Conference als Beitrag der DDR zur Wiedergutmachung.[3]

Wie ich von einem kanadischen Mitglied der Delegation der Jewish Claims Conference erfahre, hat Staatsratsvorsitzender Honecker kürzlich die Delegation zu einem Gespräch nach Ostberlin eingeladen.[4] Im Gespräch, das von der Jewish Claims Conference sehr positiv bewertet wird, habe Honecker versichert, daß die Angelegenheit auf gutem Wege sei und daß er dafür sorgen werde, daß in naher Zukunft eine Regelung getroffen wird.

Zum Hintergrund:

1) Die Höhe der Globalzahlung (100 Mio. US Dollar) ist bereits seit langem vereinbart. Strittig ist noch der Zeitraum, innerhalb dessen die Zahlung geleistet wird.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 3. Februar 1988 vorgelegen.

2 Am 2. Mai 1985 teilte Botschafter Behrends, Ottawa, mit: „Wie mir der Generalsekretär des Canadian Jewish Congress, Mr. Alan Rose, mitteilte, hat er kürzlich im Auftrag des Jüdischen Weltkongresses mit der DDR-Regierung über Wiedergutmachungsleistungen verhandelt. Seine Gesprächspartner (Stellvertretender Minister im Außenhandelsministerium und Staatssekretär Gysi) hätten sich kooperativ und liebenswürdig gezeigt. Die DDR habe ihren langen Widerstand gegen Wiedergutmachungsleistungen an die Conference on Material Claims against Germany aufgegeben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 322; B 86 (Referat 503), Bd. 1977.

3 Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, berichtete am 2. März 1988 über die Verhandlungen zwischen der Conference on Jewish Material Claims Against Germany und der DDR: „Zunächst hat es bis zum Beginn der 80er Jahre Gespräche mit der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) gegeben. Danach wurden die Gespräche offiziell mit dem MfAA fortgeführt. AM Fischer hat sich seit 1984 (oder 1985) regelmäßig mit Rabbi Miller in New York am Rande der VN getroffen. Ziel der Verhandlungen ist eine prinzipielle Anerkennung einer Verantwortung gegenüber den Juden auch durch die DDR. Die jüdische Forderung gegen die DDR ergebe sich aus dem Vorbehalt, der von bundesdeutscher Seite 1952 gegenüber den jüdischen Anspruchsberechtigten gemacht worden sei, daß die Bundesregierung nicht allein, sondern nur teilweise für die durch das Dritte Reich verursachten Schäden einzutreten gewillt sei. Auch der andere deutsche Staat müsse dafür einstehen. […] Die DDR habe sich einer solchen Verantwortung zunächst mit dem Hinweis auf ihre antifaschistische Einstellung von Anbeginn zu entziehen versucht und darüber hinaus geltend gemacht, durch Reparationszahlungen gegenüber der Sowjetunion habe die DDR ihrerseits schon erheblich mehr getan, als ihr anteilsmäßig für ganz Deutschland hätte zufallen dürfen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 344; Referat 210, Bd. 145173.

4 Der Vorsitzende der Conference on Jewish Material Claims against Germany, Miller, traf am 23. Juni 1987 in Ost-Berlin mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, zusammen. Vgl. dazu den Artikel „Erich Honecker empfing Rabbiner Dr. Israel Miller"; NEUES DEUTSCHLAND vom 24. Juni 1987, S. 1.

2) Die DDR hält an dem Junktim der Einräumung der Meistbegünstigung zugunsten der DDR durch die Vereinigten Staaten fest.[5] Die amerikanische Regierung ist im Prinzip nicht ablehnend, hat jedoch nach dem Anschlag auf die Diskothek La Belle in Berlin[6] wegen der Involvierung der DDR ihre Haltung verhärtet. Inzwischen – darauf hat Honecker in dem Gespräch hingewiesen – scheint die amerikanische Regierung wieder kooperationsbereit zu sein.

3) Die Amerikaner bestehen jedoch ihrerseits auf einem Junktim mit der gleichzeitigen Regelung von Entschädigungsansprüchen amerikanischer Staatsangehöriger gegen die DDR.[7]

[gez.] Behrends

VS-Bd. 13029 (204)

5 Gesandter von Kyaw, Washington, berichtete am 13. November 1987, das amerikanische Außenministerium habe zum Besuch des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Whitehead am 10./11. November 1987 in der DDR mitgeteilt, der Außenminister der DDR, Fischer, habe Whitehead versichert, „daß für die DDR jetzt der Punkt erreicht sei, wo es möglich erscheine, einen Teil der Summe zur Abdeckung jüdischer Wiedergutmachungsforderungen verfügbar zu machen, wenn die Handelsbeziehungen zwischen der DDR und den USA verbessert werden könnten". Dazu stellte Kyaw fest: „Einen konkreten Betrag nannte Fischer nicht. Es bleibt also offen, ob dieser Betrag über die von der DDR bereits früher angebotene Gesamtzahlung von US-Dollar 5 Mio. hinausgeht, die von der Jewish Claims Conference, die US-Dollar 100 Mio. fordert, abgelehnt worden war". Vgl. den Drahtbericht Nr. 4873; Referat 210, Bd. 145173.

6 Am 5. April 1986 wurden bei einem Bombenanschlag auf die Diskothek „La Belle" in Berlin (West), die vorwiegend von amerikanischen Soldaten besucht wurde, drei Menschen getötet und etwa 250 verletzt. Daraufhin erfolgten am 15. April 1986 amerikanische Luftangriffe gegen Ziele in Libyen. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 92.

7 Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, übermittelte am 2. März 1988 Informationen zu den amerikanischen Entschädigungsforderungen an die DDR: „Es handelt sich um Ansprüche amerikanischer Bürger, die bereits z. Z. der Entstehung des Anspruchs amerikanische Staatsbürger gewesen sind. Die Verhandlungen laufen bereits seit 1974. Der amerikanische Kongreß habe für diese Ansprüche eine Foreign Claims Settlement Commission eingerichtet […]. Aufgrund der vorgelegten Unterlagen habe sich die amerikanische Kommission ein Bild über die Berechtigung der Ansprüche gemacht und Ende der 70er Jahre der DDR eine Gesamtforderung von 78 Millionen Dollar nebst Zinsen seit 1949 präsentiert. Geltend gemacht wurden nur Ansprüche von Privatbürgern, nicht aber Ansprüche für Kriegsverluste. Amerikanischerseits wurde der Auffassungsunterschied, ob auch Ansprüche vor dem Entstehen der DDR am 7. Oktober 1949 erfaßt würden, als kompromißfähig hingestellt. Entscheidend sei die Zahlung einer akzeptablen Globalsumme durch die DDR." Vgl. den Drahtbericht Nr. 344; Referat 210, Bd. 145173.

30

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Herzog in Jerusalem

310-321.11 ISR **24. Januar 1988**[1]

(Von BM noch nicht genehmigt.)

Reise des Bundesministers nach Israel[2]
hier: Gespräch mit Staatspräsident Herzog (24.1.1988)

Nach Einleitung durch StPr.[3] führte *BM* aus, wir wollten feststellen, was wir tun könnten, wo wir nützlich sein könnten. Die Bilder in aller Welt über die Unruhen in den besetzten Gebieten belasteten das Ansehen Israels.[4] Palästinenser fühlten sich wohl in einer ausweglosen Lage. Wir fragten uns, wie ihr Leben eine Perspektive bekommen könne.

Herzog: Wir sehen in Ihnen den Repräsentanten eines befreundeten Landes. Was in den besetzten Gebieten geschieht, ist Rückwirkung dessen, was in der Region vor sich geht. Ohne Fundamentalismus wären diese Unruhen nicht ausgebrochen. Die Vertreter der Palästinenser aus Gaza, die zu denen gehören, die ich oft treffe, haben seit einem Jahr davor gewarnt.

Er wolle den „israelischen Faktor" nicht ausschalten, aber die Verschärfung der Lage gehe auf den Fundamentalismus zurück. In Jordanien seien mehrere hundert Palästinenser festgenommen, die Universität Yarmuk wegen 30 palästinensischer Demonstranten geschlossen worden. Bei Zwischenfällen wurden acht getötet. Die Sorge um die eigene Position erkläre die gemäßigte Reaktion Jordaniens und Ägyptens auf die Unruhen in den besetzten Gebieten.

BM fragt nach den Rückwirkungen der Ereignisse auf Israel.

Herzog: Es gibt eine lebhafte Diskussion innerhalb der Parteien, sogar innerhalb des Likud. Israel ist im Wahljahr.[5] Die Bevölkerung beginnt eine verstärkte Erörterung der Zukunft der besetzten Gebiete. Einwirkung von außen würde dazu führen, sich mit der Regierung zu solidarisieren. Die innerisraelische Diskussion ist sehr gesund. Noch werden bestimmte Lösungswege, z. B. für oder gegen Teilnahme der SU, nicht bevorzugt.

BM fragt, ob es nicht besser wäre, bestimmte, die Unruhen verstärkende Maßnahmen zurückzunehmen.

Herzog: Wir lernen zunehmend, mit der Situation fertig zu werden. Am Anfang haben wir es uns zu leicht gemacht. Die besetzten Gebiete sind wirtschaftlich von Israel abhängig. Meine palästinensischen Gesprächspartner haben Angst vor einer politischen Lösung, die Jordanien oder Ägypten an die Stelle der israelischen

1 Durchschlag als Konzept.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Kaempffe, Tel Aviv, am 25. Januar 1988 gefertigt.

2 Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 23./24. Januar 1988 in Israel vgl. auch Dok. 40 und Dok. 41.

3 Staatspräsident.

4 Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada") vgl. Dok. 16, Anm. 23.

5 In Israel fanden am 1. November 1988 Parlamentswahlen statt.

Militärregierung setzen würde. Im Gazastreifen gab es 1967 ca. 1000 Kraftfahrzeuge, heute gibt es 30–40 000. Die Lebensbedingungen in den Lagern müssen verbessert werden. Wir haben einigen Familien feste Häuser vermittelt, hatten aber nicht mehr Mittel und stießen auf weltweiten Widerstand. Schnelle Lösungen gibt es wegen der komplizierten Verhältnisse nicht.

BM fragt, wie sich eine politische Führung bilden kann und ob Wahlen dazu beitragen würden.

Herzog: Die palästinensischen Persönlichkeiten, mit denen Sie zusammentreffen heute, sind gute Führer. Aber sie werden sich alle PLO-freundlich äußern.

BM fragt, wie sich die Situation darstellt, wenn man sie mit etwas Abstand betrachtet. Ist es nicht notwendig, dem Geschehen eine Perspektive zu geben durch Befürwortung einer IK? Wir und die Europäer befürworten die IK seit einem Jahr.[6] Zu Einzelheiten hätten wir uns nicht geäußert. Wahrscheinlich ist ein internationaler Schirm hilfreich. Würde dieser Weg nach Rücknahme der zur Bekämpfung der Unruhen angeordneten Maßnahmen und nach Ablauf der Wahlen in Israel nicht zum Ausgleich beitragen, verstärkt durchgeführte Entwicklungsvorhaben den Palästinensern nicht zusätzlich materiell eine Zukunftsperspektive geben?

Herzog: Meine palästinensischen Gesprächspartner sagen mir, es wäre ein Fehler gewesen, daß sie nicht auf die Autonomie eingegangen sind. Sie könnten nämlich heute schon eine aus Wahlen hervorgegangene Führungsschicht haben. Palästinenser bewundern manches am israelischen demokratischen Regierungssystem. In den besetzten Gebieten gibt es heute eine Art israelisch-jordanisches Kondominium. Es geschieht sehr viel. „This can show a way to the future." In den Autonomiegesprächen war bis auf drei Punkte bereits alles verhandelt und gelöst worden.[7] Die beschlossenen Wahlen hätten schon durchgeführt worden sein können. Ich weiß nicht, ob der König[8] heute Wahlen will.

6 Am 23. Februar 1987 verabschiedete in Brüssel die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ eine Erklärung zum Nahen Osten, in der eine Internationale Friedenskonferenz befürwortet wurde. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 467 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 52.

7 Im gemeinsamen Schreiben des Präsidenten Sadat und des Ministerpräsidenten Begin vom 26. März 1979 an Präsident Carter zum Friedensvertrag vom selben Tag zwischen Ägypten und Israel waren mehrere Phasen einer Autonomie-Regelung für das Westjordanland und den Gaza-Streifen vorgesehen. Einen Monat nach dem Austausch der Ratifizierungsurkunden sollten Verhandlungen aufgenommen und innerhalb eines Jahres zum Abschluß gebracht werden. Danach sollte eine Übergangsperiode von fünf Jahren beginnen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 195 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 248 f.
Botschafter Haas, Tel Aviv, berichtete am 19. Januar 1988 über Überlegungen zur Wiederaufnahme der Verhandlungen: „Ministerpräsident Shamir hat Vorschlag, mit Ägypten auf C[amp]D[avid]-Grundlage Autonomie für Palästinenser in besetzten Gebieten auzuhandeln, nach Gespräch mit früherem MP Begin vergangene Woche erneut bekräftigt. Offenbar auch mit Blick auf Mubaraks bevorstehende Reise nach Washington hat er Ägypten erneut aufgefordert, alsbald in CD-Gespräche einzutreten, immer vorausgesetzt, daß Unruhen beschwichtigt seien. Außenminister Peres präsentiert gleich drei potentielle Partner: Jordanien, lokale palästinensische Führung in Gebieten und PLO. Während Peres wieder einmal PLO beim Namen nannte, Verhandlungen mit ihr jedoch ausschloß […], wäre er bereit, Kommunalwahlen in besetzten Gebieten zuzustimmen, selbst auf Gefahr hin, daß PLO Ergebnis der Wahlen maßgeblich bestimmt. […] Peres meint nun, nicht jeder sei PLO-Mitglied, der wie ein solches rede. Selbst gemäßigte Palästinenser könnten sich in der Hitze des Wahlkampfes gezwungen sehen, PLO-Parolen wie Forderung nach eigenem palästinensischen Staat zu vertreten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 92; Referat 310, Bd. 149750.

8 Hussein ibn Talal al-Haschemi.

BM stellt fest: Die Entwicklung geht heute zu Lasten Israels. Hier ist jetzt eine Diskussion in Gang gekommen. Aber die Zeit läuft, Wahlen in Israel und USA[9] stehen bevor. Die US-Regierung ist für die ihr verbleibende Zeit auf ein oder zwei Punkte fixiert. Dies ist in Europa Anlaß zur Sorge. Es fehlt dem arabisch-israelischen Konflikt die internationale Aufmerksamkeit.

Herzog stellt fest, bei bevorstehenden Wahlen wird die Situation in den besetzten Gebieten Hauptstreitpunkt sein.

BM fragt, ob dem Mann auf der Straße die Alternativen klar sind.

Herzog: Die unmittelbare Reaktion der Bevölkerung auf die Unruhen in den besetzten Gebieten führt zur Stärkung der Rechten. Langfristig ist dies unterschiedlich. Es kommt darauf an, wie die Sache repräsentiert wird. Die intensive Beschäftigung mit der Frage der besetzten Gebiete wird Folgen haben. Dieser Prozeß muß abrollen können. Sonst wird die Bevölkerung sich allen Argumenten verschließen, so wie sie es nach den Äußerungen des britischen StM Mellor getan hat[10].

Referat 310, Bd. 149750

31

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Mubarak

25. Januar 1988[1]

Gespräch zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem ägyptischen Präsidenten Mubarak am 25. Januar 1988

Teilnehmer auf ägyptischer Seite: Präsident Hosni Mubarak, Herr Mustafa Mohammed El Fiki, Privatsekretär des Präsidenten für Information als Note-taker.

9 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

10 Botschafter Freiherr von Wechmar, London, berichtete am 7. Januar 1988: „Die scharfe, vor Journalisten und Fernsehkameras geäußerte Kritik des FCO-Staatsministers David Mellor während seines Besuches des Jabalya-Lagers im Gaza-Streifen an israel[ischer] Besatzungspolitik (‚Die Bedingungen hier sind ein Affront gegenüber den Werten der Zivilisation'; der Gegensatz zum Reichtum ein paar Meilen weiter in Israel sei ‚erschreckend'; ‚nichts sei getan worden, um das Schicksal der Menschen zu verbessern'; die israelischen Behörden ‚können sich nicht aus der Verantwortung stehlen'.) wurde heute von FCO-Sprecher als ‚vollständige und präzise Darstellung brit[ischer] Regierungspolitik' bezeichnet. Das FCO trat damit Mutmaßungen entgegen, daß es sich um einen emotionalen Ausbruch Mellors gehandelt haben könne, der nicht im Einklang mit den Grundsätzen brit. Nahost-Politik stehe. […] Obwohl der Ausbruch Mellors, der hier als ‚rising star' und Kabinettsanwärter gehandelt wird, sicherlich spontan war, darf auf israel. Seite kein Zweifel bestehen, daß brit. Regierung über israel. Intransigenz, keine I[nternationale]K[onferenz] abzuhalten und eine polit[ische] Lösung des Palästinenser-Problems anzugehen, zunehmend ungehalten ist." Vgl. den Drahtbericht Nr. 21; Referat 310, Bd. 149750.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 25. Januar 1988 gefertigt und am folgenden Tag über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl „zur

Teilnehmer auf deutscher Seite: Der Herr Bundeskanzler, MDg Dr. Hartmann als Note-taker.

Der *Bundeskanzler* heißt Präsident Mubarak herzlich willkommen.

Präsident *Mubarak* bedankt sich und erwähnt, daß er soeben eine längere, erfolgreiche Reise durch mehrere Golfstaaten gemacht habe.[2] Die politische Führung dieser Staaten, zu der er schon vor der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen[3] sehr freundschaftliche Kontakte unterhalten habe, habe ihn sehr herzlich aufgenommen. Er habe in den Gesprächen absolute Übereinstimmung in allen wichtigen Fragen erzielt. Dies beträfe sowohl die bilateralen Fragen (Investitionen und Schuldenproblem) als auch die Beurteilung des Nahost-Konflikts und des Golfkrieges[4].

Er habe allerdings wegen dieser Reise gleichzeitig heftige Angriffe des Iran auf sich gezogen, auf die er schon von Bahrain aus reagiert habe. Er habe dem Iran bedeutet, daß derartige Angriffe mit den Prinzipien des Islams nicht zu vereinbaren seien.

Mit besonderer Herzlichkeit habe ihn der Emir von Katar[5] empfangen und erklärt, daß sein Land die diplomatischen Beziehungen zu Ägypten auch unabhängig von der Konferenz von Amman[6] aufgenommen hätte.

Er habe mit den Ländern des Golfkooperationsrates[7] gesprochen und dabei deutlich gemacht, daß sie ihre Kontakte zum Iran nutzen sollten, um die von dort ausgehenden Gefahren einzudämmen. Wie nützlich diese Kontakte seien, erweise

Fortsetzung Fußnote von Seite 179

Billigung" geleitet. Dazu vermerkte er: „Ich bitte ferner um Weisung, ob BM Genscher den von Ihnen gebilligten Vermerk zur persönlichen Kenntnisnahme erhalten kann."
Hat Schäuble am 26. Januar 1988 vorgelegen.
Hat Kohl vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, verfügte und zur Frage einer Übermittlung an Genscher vermerkte: „Nein."
Hat Teltschik vorgelegen, der den Rücklauf an Hartmann „z[ur] K[enntnisnahme]" verfügte.
Hat Hartmann am 3. Februar 1988 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73; B 150, Aktenkopien 1988.

2 Präsident Mubarak besuchte am 9./10. Januar 1988 Saudi-Arabien, am 10./11. Januar die Vereinigten Arabischen Emirate, am 12. Januar Kuwait, 12./13. Januar Katar, am 13. Januar Bahrain, am 13./14. Januar Oman und am 15. Januar 1988 den Irak.

3 Im Politischen Halbjahresbericht der Botschaft in Kairo vom 7. März 1988 hieß es: „Nach dem arabischen Gipfeltreffen von Amman im November 1987 nahm die Mehrzahl der arabischen Länder wieder diplomatische Beziehungen mit Ägypten auf (Ausnahmen: Libyen, Syrien, Libanon, Algerien). Die Beziehungen waren 1979 nach dem ägyptisch-israelischen Friedensvertrag abgebrochen worden. Vor allem die ägyptische Golfpolitik der letzten Jahre hat die Wiederannäherung bewirkt. Ägypten hat den Irak substantiell mit Waffenlieferungen, Beratern und Freiwilligen unterstützt. Ohne je ein unmittelbar operatives militärisches Engagement auf seiten des Irak zu beabsichtigen, hat Kairo dennoch sein Militärpotential (als ultima ratio im Falle einer entscheidenden Bedrohung des Irak und der Golfstaaten) diplomatisch wirkungsvoll eingesetzt. Zur gleichen Zeit hat sich Syrien – der Hauptkonkurrent um arabische Führungsansprüche – mit seiner Parteinahme für den Iran von der proirakischen Position fast aller anderen arabischen Länder weit entfernt. Damaskus war deshalb in Amman zu schwach, um die Reintegration Ägyptens zu verhindern, konnte allerdings die Wiederaufnahme in die Arabische Liga noch blockieren." Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 329 des Botschafters Elsässer, Kairo, vom 9. März 1988; Referat 310, Bd. 149725.

4 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 16, Anm. 6.

5 Khalifa bin Hamad al-Thani.

6 In Amman fand vom 8. bis 11. November 1987 eine außerordentliche Gipfelkonferenz der Arabischen Liga statt.

7 Oman, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Bahrain, Katar, Kuwait.

sich auch daran, daß sowohl Saudi-Arabien als auch Kuwait Kanäle zum Iran über diese Staaten hätten.

Auf eine entsprechende Frage des Bundeskanzlers erläutert Präsident Mubarak, es könne nicht die Rede davon sein, daß die vom Iran ausgehende Gefahr beseitigt sei – denn die Iraner seien von Natur aus Lügner –, aber er habe den Eindruck, daß die Gefahr eingedämmt sei.

Auf eine weitere Frage des Bundeskanzlers erklärt Präsident Mubarak, nach seinem Eindruck werde es beim Tod von Khomeini zu einem Blutbad kommen, denn es gebe mehrere rivalisierende Cliquen, die die Nachfolge antreten wollten.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach der Rolle der Armee meint Präsident Mubarak, die Armee sei im Augenblick keine wirkliche Macht, sie habe vielmehr in den Revolutionsgarden eine gefährliche Konkurrenz. Vertraulich wolle er im übrigen dem Bundeskanzler mitteilen, daß sich Rafsandjani an ihn gewandt habe, mit der Behauptung, er sei der designierte Nachfolger und bereit, sich mit Ägypten zu arrangieren. Er halte diese Botschaft allerdings nicht für glaubwürdig.

Im übrigen halte er selber auch zu einigen Mullahs im Iran diskrete Kontakte. Er habe über seine Vertrauensleute der iranischen Führung sagen lassen, daß er nichts gegen den Iran habe; das eigentliche Problem sei der Golfkrieg, der beendet werden müsse. Wenn dieser Krieg andauere, so habe dies schlimme Auswirkungen auf die ganze Region.

Der *Bundeskanzler* stellt die Frage, ob es eine Aussicht auf Beendigung des Krieges gebe, solange Khomeini lebe.

Präsident *Mubarak* erwidert, Khomeini trete de facto gar nicht so stark hervor, sondern die wirkliche Macht werde von seinen Stellvertretern ausgeübt. Im übrigen glaube er, daß die Lage sich allmählich beruhige. Beispielsweise habe der Iran eine große Offensive angekündigt, die aber nicht stattgefunden habe. Auch wenn diese Offensive durchgeführt worden wäre, hätte sie nur begrenzte Auswirkungen haben können, da sie die Front lediglich 2 km nach Westen oder nach Osten verschoben hätte.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach der Lage im Irak antwortet Präsident Mubarak, er sei dort gewesen und habe feststellen können, daß die Lage stabil und die Moral gut seien. Das gehe im übrigen auch aus den Berichten der dort lebenden Ägypter hervor. Allerdings müsse der Irak auf gewisse Entwicklungsprogramme verzichten und seine Mittel auf den Krieg konzentrieren.

Die Frage des *Bundeskanzlers*, ob er daher vorsichtig optimistisch sei, bejaht Präsident *Mubarak*.

Der *Bundeskanzler* stellt sodann die Frage, ob er jemanden sehe, der auf den Iran Einfluß ausüben könne.

Präsident *Mubarak* erwidert, dies sei sehr schwierig. Am besten seien direkte Kontakte in den Iran. Diese würden beispielsweise von den Golfstaaten wie Oman, Katar, Bahrain und den Vereinigten Arabischen Emiraten gepflegt. Auf die Frage des Bundeskanzlers nach dem Einfluß der Türkei erklärt Präsident Mubarak, er glaube nicht, daß die Türkei einen großen Einfluß habe.

Der *Bundeskanzler* erkundigt sich sodann nach den Beziehungen zwischen Ägypten und Israel.

Präsident *Mubarak* erwidert, dies sei eine lange Geschichte. Er streite sich mit Israel im wesentlichen nur um die Frage des Friedens.

Als Peres in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident in Ägypten[8] gewesen sei, habe er auf einer Pressekonferenz erklärt, Israel trete für die Einberufung einer Internationalen Friedenskonferenz ein.[9] Dann sei Shamir Ministerpräsident geworden[10] und habe seine Ablehnung gegen eine solche Konferenz sehr deutlich gemacht. Shamir dränge statt dessen auf bilaterale Gespräche mit König Hussein von Jordanien. Diesem Drängen wiederum könne Hussein nicht stattgeben. Shamir habe nicht den politischen Spielraum, den Begin gehabt habe. Shamir sage immer nur nein und wende sich vor allem deshalb gegen eine Internationale Friedenskonferenz, weil sie seiner Meinung nach zur Schaffung eines unabhängigen Palästinenserstaates führen würde – was nicht zutreffe – und weil Israel dann die besetzten Gebiete räumen müsse.

Er frage sich, wo die Glaubwürdigkeit Shamirs bleibe, wenn er gleichzeitig für bilaterale Gespräche eintrete. Am 7. Januar habe Shamir erklärt, Israel werde nie die besetzten Gebiete – die Westbank und den Gazastreifen – räumen[11], damit sei seine wirkliche Position klar.

Der *Bundeskanzler* stellt die Frage, ob es möglich sei, daß sich die Haltung Shamirs noch ändere. Er habe von BM Genscher, der gerade Israel besucht habe[12], gehört, daß sich nach seinem Eindruck die israelische Regierung in der Frage der Friedenskonferenz bewege.

Präsident *Mubarak* erwidert, er habe kein Vertrauen in Shamir. Begin sei in der Lage gewesen, die Knesset zu überzeugen, wenn er selbst von der Richtigkeit seiner Sache überzeugt war. Dies sei bei Shamir aber anders. Möglicherweise ändere Shamir aber seine Meinung angesichts der Auseinandersetzungen und der Unruhe in den besetzten Gebieten[13]. Er wolle im übrigen klarstellen, daß diese Unruhen nicht von außen gesteuert, sondern Folge des Drucks seien, den

8 Präsident Mubarak und Ministerpräsident Peres trafen am 11./12. September 1986 in Alexandria zusammen.

9 Am 11./12. September 1986 führten Präsident Mubarak und Ministerpräsident Peres in Alexandria Gespräche. Ministerialdirigent Schlagintweit notierte am 15. September 1986: „Die angebliche Einigung über eine ‚Friedenskonferenz' ist als Feigenblatt zu betrachten, das die Dürftigkeit des Konferenzergebnisses verdecken soll. Sie besitzt keine wirkliche Substanz. […] Im amtlichen Kommuniqué kommt die Konferenzidee nicht vor. In einer gemeinsamen Pressekonferenz zum Abschluß des Treffens erklärte Mubarak, man habe sich geeinigt, daß eine Internationale Konferenz abgehalten werden soll. Peres sagte in der gleichen Pressekonferenz nach Agenturmeldungen dazu, Israel akzeptiere eine Internationale Konferenz. Bedingung sei aber ein ‚Abkommen' über Teilnehmer und Prozedur. ‚Beide Seiten' seien damit einverstanden, ein ‚Vorbereitungskomitee' zu bilden." Der israelische Außenminister Shamir habe sich von diesen Äußerungen distanziert. Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141110.

10 Am 31. August 1984 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler, der Vorsitzende der israelischen Arbeitspartei, Peres, und der bisherige Ministerpräsident Shamir hätten sich am Vortag auf die Bildung einer Koalition geeinigt: „In der ersten Hälfte dieser 50-monatigen Amtszeit soll Peres das Amt des Premierministers bekleiden, während Shamir das Amt des Außenministers übernimmt und in Abwesenheit von Peres interimistisch die Regierungsgeschäfte führt. In der zweiten Hälfte tauschen beide Politiker dann die Posten." Vgl. Referat 310, Bd. 135748.
Am 20. Oktober 1986 übernahm Ministerpräsident Peres das Amt des israelischen Außenministers und Außenminister Shamir das Amt des israelischen Ministerpräsidenten.

11 Zu den Ausführungen des Ministerpräsidenten Shamir vgl. den Artikel „Shamir lehnt Gespräch ab"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. Januar 1988, S. 5.

12 Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 23./24. Januar 1988 in Israel vgl. Dok. 30, Dok. 40 und Dok. 41.

13 Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada") vgl. Dok. 16, Anm. 23.

die israelische Regierung selbst erzeugt habe. Die Menschen in den besetzten Gebieten hätten alle Hoffnung verloren. Daher sei eine politische Bewegung erforderlich, die den Friedensprozeß fördere.

Präsident Mubarak erklärt sodann, er habe einen Plan entwickelt, der im wesentlichen folgende Punkte enthalte:

1) Die Forderung, für die Dauer von sechs Monaten auf jede Form der Gewaltanwendung zu verzichten.

2) Die Zusicherung Israels, keine Siedlungen mehr zu bauen.

3) Respektierung der politischen Rechte der palästinensischen Bürger in den besetzten Gebieten durch Israel.

4) Alle Parteien müßten einer Friedenskonferenz zustimmen.[14]

Das Echo auf diese Initiative sei positiv gewesen. Präsident Mubarak erwähnt ausdrücklich Großbritannien, aber auch den israelischen Außenminister Peres und die Arbeiterpartei.

Shamir habe erklärt, er wolle diesen Plan prüfen; dasselbe habe die PLO gesagt. Es sei wohl so, daß jeder auf Äußerungen des anderen warte. Radikale Israelis wie Sharon hätten seinen Plan ebenso abgelehnt wie George Habasch.

Seine Initiative habe den Zweck, die gegenwärtige Stagnation zu überwinden. Wenn dies nicht gelinge, könne die Entwicklung außer Kontrolle geraten.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er gebe hinsichtlich der Frist von sechs Monaten zu bedenken, daß im Herbst sowohl in Israel[15] als auch in den USA[16] Wahlen stattfänden. Er wolle daher gerne wissen, ob Präsident Mubarak beabsichtige, über diesen Plan in Washington zu sprechen.[17]

Präsident *Mubarak* erwidert, er habe seine Ideen bereits in einem Gespräch mit der Washington Post entwickelt.[18] Im übrigen hätte die amerikanische Regierung seinen Plan nicht abgelehnt. Natürlich sei er sich darüber im klaren, daß in den USA Wahlen stattfänden. Ihm gehe es darum, den Menschen in den besetzten Gebieten in diesen sechs Monaten neue Hoffnung zu geben. Die arabischen Staaten seien mit seinem Plan einverstanden, wollten sich dazu aber nicht öffentlich äußern. Er habe König Fahd in Saudi-Arabien ausdrücklich hierüber informiert, dessen Reaktion sehr positiv gewesen sei. Allerdings ent-

14 Vortragender Legationsrat I. Klasse Pleuger informierte am 25. Januar 1988 darüber, daß der ägyptische Außenminister Meguid am 25. Januar 1988 ein Memorandum zu der „zuerst am 22. Januar 1988 veröffentlichten Vier-Punkte-Friedensinitiative" des Präsidenten Mubarak übergeben habe. Ziel der Initiative sei es, „Friedensverhandlungen in folgender Weise den Weg zu ebnen: 1) durch Einstellung israelischer siedlungspolitischer Maßnahmen; 2) durch Respekt der politischen Rechte und Freiheiten des unter israelischer Besatzung lebenden palästinensischen Volkes; 3) durch Gewährleistung der Sicherheit und des Schutzes der Palästinenser mit Hilfe angemessener internationaler Mechanismen; 4) durch Bewegung in Richtung auf die Einberufung einer Internationalen Friedenskonferenz mit dem Ziel einer umfassenden Friedenslösung, die sowohl das Recht aller Staaten der Region, in Frieden zu leben, als auch das Recht des palästinensischen Volkes auf Ausübung des Selbstbestimmungsrechts umfaßt." Vgl. den Runderlaß Nr. 14; Referat 012, Bd. 134237.

15 In Israel fanden am 1. November 1988 Parlamentswahlen statt.

16 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

17 Präsident Mubarak hielt sich vom 26 bis 30. Januar 1988 in den USA auf.

18 Zum Pressegespräch des Präsidenten Mubarak vgl. den Artikel „Mubarak Proposes Cooling-Off Period for Israelis, Palestinians"; THE WASHINGTON POST vom 22. Januar 1988, S. A 16.

spreche es der saudischen Mentalität, hierüber keine öffentlichen Erklärungen abzugeben.

König Hussein habe eine große Aversion, wenn er den Begriff Selbstbestimmung höre. Schwierigkeiten gebe es auch mit dem übereifrigen jordanischen Ministerpräsidenten[19], zu dem sein – Mubaraks – Verhältnis durch frühere Auseinandersetzungen etwas belastet sei. Mit König Hussein selber verstehe er sich allerdings sehr gut.

Der *Bundeskanzler* fragt, ob es nützlich sei, wenn er das Thema der Friedenskonferenz auf dem bevorstehenden Europäischen Rat[20] anspreche.

Präsident *Mubarak* erwidert, er halte dies für eine sehr nützliche Sache; jede europäische Initiative in diese Richtung sei außerordentlich wichtig. Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß er Anfang nächster Woche mit PM Thatcher in London zusammentrifft.[21] Präsident *Mubarak* wirft ein, der Sprecher von PM Thatcher habe seiner Initiative ausdrücklich zugestimmt.

Der *Bundeskanzler* erklärt, nächste Woche würden auch die Außenminister der EG zusammentreffen, um den ER vorzubereiten.[22] Er würde es daher sehr begrüßen, wenn Präsident Mubarak veranlassen könnte, daß der ägyptische Außenminister[23] BM Genscher über die Gespräche in London[24] unterrichtet, damit man abgestimmt vorgehen könne. Er vermute im übrigen, daß auch Frankreich bei diesem Vorhaben mitmachen werde.

Präsident *Mubarak* sagt die Unterrichtung von BM Genscher zu[25] und weist darauf hin, daß er selbst außer mit PM Thatcher auch mit Staatspräsident Mitterrand, PM Chirac[26] und der italienischen Regierung[27] zusammentreffen werde.

Der *Bundeskanzler* stellt die Frage, ob man mit einer Initiative des ER dem israelischen AM Peres helfen werde.

Präsident *Mubarak* erwidert, er glaube in der Tat, daß dies Peres helfen würde. Peres sei flexibler und aufgeschlossener als Shamir.

19 Zaid al-Rifai.

20 Die Tagung des Europäischen Rats fand am 11./12. Februar 1988 in Brüssel statt. Zur Vorbereitung durch die Bundesregierung vgl. Dok. 15.

21 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher am 2. Februar 1988 in London; Dok. 47.

22 Die Sondertagung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten („Konklave") fand am 1./2. Februar 1988 in Brüssel statt.

23 Ahmed Asmat Abdel Meguid.

24 Präsident Mubarak besuchte am 26. Januar 1988 Großbritannien.

25 Ministerialdirigent Fiedler vermerkte am 4. Februar 1988, der ägyptische Botschafter Shabana habe ihm am selben Tag „eine mündliche Botschaft von Präsident Mubarak aus Paris" überbracht: „1) Inhalt: Dank an Bundespräsidenten und Bundeskanzler für den erfolgreichen Besuch in Bonn am 25.1.1988. Er habe in Bonn volles Verständnis für die nationalen ägyptischen Anliegen sowie für die ägyptische Haltung zu den Problemen der Region gefunden. 2) Des weiteren dankt Präsident Mubarak BM Genscher für die konstruktiven Gespräche am 7./8. Dezember 1987; 3) bittet er um eine weniger harte Haltung der deutschen Delegation bei den IMF-Verhandlungen mit Ägypten. BM Genscher habe bei seinem Besuch in Kairo Verständnis dafür gezeigt, daß auch politische und soziale Rahmenbedingungen nicht außer acht gelassen werden dürfen. Die innere Stabilität Ägyptens sei eine Voraussetzung dafür, daß es seine aktive Friedensrolle im Nahen Osten weiter verfolgen könne." Vgl. Referat 310, Bd. 149726.

26 Präsident Mubarak besuchte am 1./2. Februar 1988 Frankreich.

27 Präsident Mubarak hielt sich am 4. Februar 1988 in Italien auf.

Der *Bundeskanzler* stimmt zu und ergänzt, wenn Peres die Wahlen in Israel gewinne, böten sich gute Chancen für den Friedensprozeß.

Der *Bundeskanzler* und Präsident *Mubarak* sprechen sodann kurz ihre Stellungnahme gegenüber der Presse ab.[28] Der *Bundeskanzler* erklärt, er werde insbesondere die Idee einer Friedenskonferenz noch einmal unterstützen, ohne sich zu den Einzelheiten der Initiative von Präsident Mubarak zu äußern.

Präsident *Mubarak* stimmt mit der Bemerkung zu, für ihn sei das wichtigste die Unterstützung der Internationalen Friedenskonferenz.

Der *Bundeskanzler* fügt hinzu, es sei besonders wichtig – auch wenn man dies nicht öffentlich sagen dürfe –, auf die USA Einfluß zu nehmen. Dort fänden in diesem Jahr nicht nur Wahlen statt, sondern es gebe auch eine israelische Lobby mit erheblichem Einfluß.

Präsident *Mubarak* erklärt, er habe kürzlich eine Delegation des American Jewish Congress empfangen. Diese habe sich für die Internationale Friedenskonferenz und gegen die Pläne von Shamir ausgesprochen.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, der American Jewish Congress stelle aber nur einen Teil der israelischen Lobby dar.

Präsident *Mubarak* fährt fort, er habe im übrigen von Präsident Reagan am 5. Dezember einen Brief erhalten, in dem auch dieser sich für eine Internationale Friedenskonferenz einsetze. Er hoffe nur, daß Präsident Reagan seine Meinung nicht ändern werde.

Der *Bundeskanzler* wiederholt, man müsse diskret Einfluß ausüben. Dabei hätten PM Thatcher und er noch am ehesten die Möglichkeit, in Washington etwas zu tun. Im übrigen könne er nur hoffen, daß sich bei den Wahlen in Israel die Vernunft durchsetze. Er habe MP Shamir ausdrücklich dazu ermuntert, mit Präsident Mubarak und König Hussein die Dinge voranzubringen.[29] Im übrigen sei es so, daß Gewalt Gegengewalt hervorrufe und man sich daher in einen Teufelskreis begebe.

Präsident *Mubarak* spricht sodann die Problematik des IWF-Bereitschaftskredits an. Hier bitte er dringend um Unterstützung des Bundeskanzlers, denn er habe den Eindruck, daß der IWF manchmal absurde Forderungen stelle.

Er habe in den Jahren 1985 bis 1987 in Ägypten eine Reihe wirtschaftlicher Reformen durchgeführt, insbesondere die Preise für wichtige Konsumgüter teilweise beträchtlich erhöht. Präsident Mubarak führt die Preiserhöhungen im einzelnen auf. Der IWF gebe sich damit nicht zufrieden, sondern verlange insbesondere, daß Ägypten die Energiepreise um weitere 45 bis 50 % erhöhe. Er müsse offen sagen, daß er diesem Verlangen nicht stattgeben könne, weil er sonst große soziale Unruhen riskiere. Er bitte daher den Bundeskanzler, auf den IWF einzuwirken.[30]

[28] Vgl. dazu die Mitteilung des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung vom 27. Januar 1988; BULLETIN 1988, S. 98.

[29] Bundeskanzler Kohl traf mit Ministerpräsident Shamir am 24. Januar 1984 in Jerusalem zusammen. Vgl. AAPD 1984, I, Dok. 18.

[30] Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter vermerkte am 10. April 1987 zu den Verhandlungen zwischen Ägypten und dem IWF: „Ägypten ist nun bereit, in Abstimmung mit dem IWF Wirtschaftsreformen in Angriff zu nehmen. Die Reformen sind z. T. nur halbherzig, aber das Maximum des derzeit

Das Gespräch wird bei dem folgenden Mittagessen fortgesetzt.

Der *Bundeskanzler* erinnert daran, daß er bereits im Mai 1987 beim IWF zugunsten Ägyptens interveniert habe.

Präsident *Mubarak* wirft ein, um so wichtiger sei es jetzt, erneut mit dem IWF in Kontakt zu treten.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, aus seiner Sicht sei es besonders wichtig, daß man der Delegation des IWF, die zur Zeit Ägypten besuche, die Lage und die von der ägyptischen Regierung durchgeführten Maßnahmen richtig erkläre.

Präsident *Mubarak* erwidert, dies werde man in der Tat tun. Er habe für seine Lage bei der Weltbank inzwischen großes Verständnis gefunden, auch bei den USA. Aber er appelliere auch an den Bundeskanzler. Präsident Mubarak weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es in jüngster Zeit wieder Demonstrationen an ägyptischen Universitäten gegeben habe.

Der *Bundeskanzler* erklärt, ihm werde gesagt, daß der IWF zwar den Reformkurs im Prinzip für richtig halte, aber der Auffassung sei, daß das Tempo der Reformen beschleunigt werden müsse.

Präsident *Mubarak* erwidert, genau dies sei sehr schwierig. Das Tempo sei bereits sehr hoch. Wenn er das Tempo noch mehr beschleunige, werde er sich großen Schwierigkeiten gegenübersehen.

Er erinnere nur an die Unruhen von 1977, wo unter dem Druck des IWF drastische Maßnahmen ergriffen wurden, die dann zurückgenommen werden mußten, so daß in sieben Jahren keine weiteren Reformen möglich gewesen seien. Wenn er jetzt den Forderungen des IWF nachgebe, würde dies schließlich zu einem Stopp der Reformen führen, von denen er im übrigen der Meinung sei, daß sie im eigenen Interesse Ägyptens lägen. Der IWF habe eben eine rein ökonomische Sicht und schenke der sozialen Stabilität nicht die erforderliche Aufmerksamkeit.

Er wolle in aller Deutlichkeit sagen, daß er dem IWF keine Beschleunigung der Reformen zusagen könne. In dieser Frage habe er einfach keinen Spielraum.

Fortsetzung Fußnote von Seite 185

innenpolitisch Verkraftbaren. Zustimmung im IWF zeichnet sich ab. Dies würde den Weg zu einem IWF-Stand-by-Kredit (April) und zu Umschuldungen im Pariser Club (Mai) eröffnen." Richter führte zur Hilfe der Bundesrepublik aus: „Als unseren Beitrag zur Schließung der vom IWF-Kredit nicht abgedeckten 1987er Zahlungsbilanzlücke haben wir Mubarak in Stuttgart (13.12.1986) DM 175 Mio. schnell abfließender Hilfe zugesagt und mittlerweile zugänglich gemacht". Angesichts der strukturellen Probleme Ägyptens bleibe der Bundesrepublik darüber hinaus „nur übrig, […] uns im Pariser Club unter Zurückstellung von Bedenken für möglichst großzügige Umschuldungsbedingungen einzusetzen; die Weltbank zu einem höheren Kredit zu drängen; gleichzeitig Ägypten im Energiebereich zu den Schritten zu drängen, die der Weltbank einen höheren Kredit erleichtern würden; unsere bisherige schnell abfließende Hilfe […] so lange als möglich als unseren vorab geleisteten Beitrag zur Schließung der Zahlungsbilanzlücke zu verkaufen; notfalls weitere Teile unserer Hilfe in schnell abfließende Hilfe umzuwandeln und/oder unsere Hilfe aufzustocken". Vgl. Referat 412, Bd. 168679.
Am 20. April 1988 informierte Botschafter Elsäßer, Kairo: „Ägypten wünscht ein neues Abkommen mit dem IWF, das die laufende Vereinbarung noch vor deren Auslaufen Ende Oktober 1988 ersetzen soll. Der Abschluß des neuen Abkommens soll möglichst vor dem 30.6.88 (Ende der laufenden Umschuldungsvereinbarung mit dem Pariser Club) erfolgen. […] Die Nichteinhaltung ihrer Zusagen im Bereich des Staatshaushalts führt die Regierung auf Faktoren zurück, die von ihr nicht zu beeinflussen waren. Dazu gehört in erster Linie der Schuldendienst für Militärkredite (USA, Frankreich) sowie von Geberseite zugesagte, aber nicht eingehaltene flankierende Maßnahmen (Erhöhung der Finanzhilfen). Vor allem bei letzteren erwarte Ägypten von seinen Gebern künftig mehr Hilfsbereitschaft." Vgl. den Drahtbericht Nr. 554; Referat 310, Bd. 149731.

Der *Bundeskanzler* schlägt Präsident Mubarak vor, ihm persönlich eine Botschaft zukommen zu lassen, zu welchem Ergebnis die Delegation bei ihrem Besuch in Ägypten[31] gekommen sei. Es sei wichtig, daß es nicht zu einem Dissens über den Zeitplan zwischen Ägypten und der Delegation komme.

Präsident *Mubarak* wiederholt, er habe in dieser Frage keinen Spielraum mehr. Im übrigen wolle er daran erinnern, daß beispielsweise Präsident Kaunda von Sambia die Forderungen des IWF zunächst akzeptiert habe, aber nach heftigen Unruhen alle Maßnahmen wieder habe zurücknehmen müssen. Ähnliches sei in Marokko, Tunesien und Tansania geschehen.

Der *Bundeskanzler* stellt die Frage, wie die Entwicklung bei den Energiepreisen sei, die bei den Forderungen des IWF eine besondere Rolle spielten. Präsident *Mubarak* erwidert, die Preise für Benzin, Gas und Strom seien in den letzten zwei Jahren um insgesamt 50% erhöht worden. Benzin koste heute an der Tankstelle doppelt so viel wie im vergangenen Jahr. Man könne aber die Benzinpreise nicht noch stärker steigen lassen, denn Ägypten sei ein erdölproduzierendes Land. Auf eine entsprechende Frage des Bundeskanzlers fügt Präsident Mubarak hinzu, daß die Inflationsrate 1987 bei 16% und 1986 bei 25% gelegen habe.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er werde im Rahmen unserer Möglichkeiten versuchen, hilfreich zu sein. Sein Interesse sei, daß Präsident Mubarak erfolgreich sei, wie er dies schon früher erklärt habe.

Präsident *Mubarak* erklärt, deshalb spreche er auch mit dem Bundeskanzler als einem Freund sehr offen über alle Fragen. Er wäre daher dankbar, wenn der Bundeskanzler ihm auch bei der Lösung dieses Problems helfe. Für ihn sei die Alternative, die, daß er entweder das Vertrauen seines Volkes verliere oder sich mit dem IWF arrangiere. Dies sei in Wirklichkeit keine tragbare Alternative.

Der *Bundeskanzler* erkundigt sich nach der Lage von König Hussein in Jordanien.

Präsident *Mubarak* erwidert, König Hussein betreibe eine vernünftige Politik. Er versuche, ihm zu helfen, wo dies möglich sei. Dies betreffe vor allem das Verhältnis von König Hussein zu den Palästinensern. So sei beispielsweise das jordanisch-palästinensische Abkommen[32] in eine Sackgasse geraten. Er habe über einen Emissär erreicht, daß es zwischen Jordanien und den Palästinensern wieder zu einer Einigung gekommen sei.

Er wolle in diesen Dingen immer diskret vorgehen. Präsident Mubarak erwähnt, daß ihm AM Peres ein vertrauliches Treffen zwischen seinem Kabinettschef und einem ägyptischen Emissär in Paris vorgeschlagen habe. Er habe für ein solches Treffen sein Einverständnis gegeben, aber dann die Erfahrung machen müssen, daß die Israelis dieses Treffen publik gemacht hätten.

31 Botschafter Elsäßer, Kairo, berichtete am 7. März 1988, eine Delegation der International Bank for Reconstruction and Development habe nach einer zweiwöchigen „fact-finding-mission" im Februar 1988 zur Finanzlage Ägyptens den Eindruck gewonnen, „daß inzwischen eine Reihe von Maßnahmen des Wirtschaftsreformprogramms tatsächlich eingeleitet worden sind, wobei Regierung verständlicherweise Publizität vermeide. Als Beispiele wurden genannt: neue Stromtarife, örtliche Erhöhung von Wasserpreisen […]. Der allgemeine Eindruck sei, daß die Regierung auch darüber hinaus durch die Anhebung von Preisen Fortschritte beim Abbau von Subventionen mache, dies jedoch vielleicht nicht allen Geberländern und -institutionen bekannt sei." Vgl. den Drahtbericht Nr. 353; Referat 310, Bd. 149731.

32 Am 11. Februar 1985 einigten sich die jordanische Regierung und die Führung der PLO auf fünf Prinzipien zur Lösung des Nahost-Konflikts. Vgl. dazu Dok. 53, Anm. 25.

Präsident Mubarak fährt fort, Ceauşescu habe ihm vorgeschlagen, sich mit Shamir zu treffen.[33] Er habe dem unter der Bedingung zugestimmt, daß es in den wichtigen politischen Fragen zu einem Ergebnis komme, sei es nun hinsichtlich der Internationalen Friedenskonferenz oder der Repräsentanz der Palästinenser auf einer solchen Konferenz.

Er sei zu einem solchen Treffen aber nicht bereit, wenn Shamir bei seiner intransigenten Haltung bleibe. Er habe sich auch auf einen Briefwechsel mit Shamir eingelassen, aber auch hierbei sei nichts herausgekommen. Er habe zunächst seinen Außenminister und dann noch den Auslandsbeauftragten seiner Partei zu Shamir geschickt. Letzterem habe Shamir gesagt, er sei bereit, Verhandlungen auf der Basis von Camp David[34] zu führen. Auf die Frage, ob er denn auch bereit sei, die im Widerspruch zu Camp David stehende Besetzung der Golan-Höhen und die Verlegung der Hauptstadt nach Jerusalem wieder rückgängig zu machen, habe Shamir abgewinkt. Er verspreche sich von einer Begegnung mit Shamir daher nichts.

Der *Bundeskanzler* erklärt, in der Tat sei es schwierig, vor Wahlen in Israel etwas zu bewirken. Man müsse jetzt den Wählern in Israel zeigen, daß die übrige Welt eine Internationale Friedenskonferenz wolle.

Präsident *Mubarak* stimmt dem zu und erklärt, eben dies erwarte er von entsprechenden Initiativen der Europäischen Gemeinschaft und von seinen Gesprächen in den USA. Präsident Mubarak erwähnt in diesem Zusammenhang noch einmal seine Interviews in der Washington Post, der New York Times[35] und mit Time Magazine sowie die Tatsache, daß er kürzlich auch Gespräche mit amerikanischen Senatoren und Mitgliedern des Repräsentantenhauses geführt habe. In diesen Gesprächen stelle er immer die Frage, warum man überhaupt Angst vor einer Internationalen Konferenz habe. Dann erkläre er, daß die Internationale Friedenskonferenz zunächst nur den Schirm für weitere bilaterale Verhandlungen bilden solle. Nach einer solchen internationalen Friedenskonferenz bestehe die Möglichkeit für bilaterale Gespräche sowohl zwischen Israel und Syrien als auch zwischen Israel und Jordanien.

Der *Bundeskanzler* fragt, wie Präsident Mubarak die Lage in Tunesien und Libyen einschätze.

Präsident *Mubarak* erwidert, Tunesien habe am vergangenen Sonnabend[36] die diplomatischen Beziehungen zu Ägypten wiederaufgenommen. Er habe vorher hierüber mit dem tunesischen Ministerpräsidenten[37] gesprochen und insbeson-

33 Präsident Ceauşescu besuchte vom 23. bis 25. November 1987 Ägypten.

34 Ministerpräsident Begin, Präsident Carter und Präsident Sadat trafen vom 5. bis 17. September 1978 in Camp David zusammen, um eine Friedensregelung auszuarbeiten. Für den Wortlaut der am 17. September 1978 in Washington unterzeichneten Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 78 (1978), Heft 2019, S. 7–11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 47–54. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 271, Dok. 278, Dok. 281 und Dok. 282.
Nach weiteren Verhandlungen vom 21. bis 25. Februar 1979 in Camp David unterzeichneten Ägypten und Israel am 26. März 1979 in Washington einen Friedensvertrag. Für den Wortlaut des Vertrags und der dazugehörigen Dokumente vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 100–235. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 235–252. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 86 und Dok. 98.

35 Vgl. dazu den Artikel „U.S. and Egypt Ask 6-Month Israel-Arab Restraint"; THE NEW YORK TIMES vom 29. Januar 1988, S. A 8.

36 23. Januar 1988.

37 Hédi Baccouche.

dere auch die Frage aufgeworfen, ob Tunesien nicht wegen dieses Schrittes Schwierigkeiten mit Libyen befürchten müsse. Der tunesische Ministerpräsident habe erwidert, Tunesien fühle sich für einen solchen Schritt stark genug.

Gaddafi habe seinen Kredit nicht nur bei den Arabern, sondern auch bei den Afrikanern verspielt. Er habe auch auf seiner jüngsten Golfreise gesehen, daß Gaddafi praktisch isoliert sei. In Afrika werde er verachtet und als Lügner angesehen.

Der Bundeskanzler habe sicher von der Drohung eines Terroranschlags auf Ägypten gehört. Er habe, als er von dieser Drohung erfahren habe, Gaddafi wissen lassen, daß er dann noch härter zuschlagen werde als zuvor Sadat. Gaddafi habe diese „Botschaft" verstanden. Jetzt tobe er sich nur noch in seinen täglichen Radioaufrufen aus.

Auf eine entsprechende Frage des Bundeskanzlers erläutert Präsident Mubarak, die Libyer hätten beabsichtigt, den Assuan-Staudamm durch einen gezielten Bombenangriff zu beschädigen.

Unter den Mitarbeitern von Gaddafi gebe es inzwischen eine Aufruhrstimmung. Er habe bekanntlich seinen eigenen Schwager umbringen lassen.

Der *Bundeskanzler* fragt sodann nach der Lage in Saudi-Arabien.

Präsident *Mubarak* erwidert, bekanntlich sei die königliche Familie sehr groß. Die Staatsgeschäfte lägen in Händen von rund 2000 verschiedenen Prinzen. Sie wüßten, daß sie gemeinsam handeln müssen, um die Zukunft zu sichern.

Ägypten unterhalte sehr gute Beziehungen zu Saudi-Arabien. Dort wisse man, daß man sich auf Ägypten verlassen könne. Dies gelte im übrigen auch für Kuwait.

Der *Bundeskanzler* stellt die Frage, ob nach Meinung von Präsident Mubarak der islamische Fundamentalismus in der Nahostregion zunehme.

Präsident *Mubarak* erwidert, in Ägypten gebe es nur wenige Fundamentalisten. Man solle daher die Gefahr nicht überbewerten. Einige versuche man durch Aufklärung ruhig zu stellen, bei anderen, insbesondere den Söldnern des Irans, schlage man härter zu. In Saudi-Arabien gehe man gegen Fundamentalisten entschieden vor. Das gleiche gelte für Libyen. Eine Gefahr sehe er am ehesten noch in Algerien und Tunesien. Was Syrien angehe, so erinnere er nur an das Massaker von Hama[38] und Homs. Probleme gebe es mit Fundamentalisten auch in Malaysia.

Der *Bundeskanzler* stellt sodann die Frage, wie Präsident Mubarak die Ölpolitik Saudi-Arabiens beurteile.

Präsident *Mubarak* erwidert, Saudi-Arabien trete für eine stabile Preispolitik ein. Darin unterscheide es sich klar vom Iran, der versuche, durch Billigangebote, vor allem an Japan, die Preise zu drücken.

Der *Bundeskanzler* fragt sodann nach den Beziehungen zu den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Präsident *Mubarak* erklärt, Ägypten habe ausgezeichnete Beziehungen zu den Vereinigten Arabischen Emiraten. Diese unterstützten Ägypten vor allem auch

[38] In der syrischen Stadt Hama kam es 1982 infolge eines Aufstands der Moslem-Bruderschaft zu schweren Kämpfen. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 69.

durch Investitionen. Leider habe sein Land in dieser Hinsicht Probleme wegen einer negativen Berichterstattung der britischen Medien. Die Briten hätten offensichtlich noch immer nicht vergessen, daß Ägypten zum Zusammenbruch des Empire beigetragen habe.

Der Bundeskanzler erklärt abschließend, er wolle Präsident Mubarak helfen, denn die Stabilität Ägyptens sei entscheidend für die Gesamtregion.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73

32

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger

VS-NfD **25. Januar 1988**[1]
Fernschreiben Nr. 15/16 Ortex

Zu den Feierlichkeiten aus Anlaß des 25. Jahrestages des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit (Élysée-Vertrag[2]) am 22. Januar 1988 in Paris:

1) Zu den Feierlichkeiten anläßlich des 25. Jahrestages des Élysée-Vertrags wurde BK begleitet vom Präsidenten des Deutschen Bundestags[3], dem Präsidenten des Bundesrats MP Dr. Vogel, Bundespräsident a. D. Carstens, BM Genscher, dem Bevollmächtigten für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des deutsch-französischen Vertrags, MP Späth, dem BMF[4], BMWi[5], BMVg[6], BMJFFG[7], BMZ[8], den Staatsministern Stavenhagen und Adam-Schwaetzer sowie Regierungssprecher Ost.

Der Delegation des BK gehörten als Sondergäste ferner an Mitglieder des Deutschen Bundestags, der Präsident der Deutschen Bundesbank[9], ehemalige Bundesminister sowie Vertreter aus Wirtschaft, Kultur und Publizistik.

Der feierliche Rahmen für die Gestaltung des Jahrestags (militärisches Zeremoniell im Ehrenhof des Invalidendoms unter Beteiligung deutscher und französischer Truppenteile, Plenarsitzung im Élysée-Palast mit anschließender feierlicher Unterzeichnung verschiedener Abkommen und Notenwechsel, die Reden von

1 Ablichtung.
2 Für den Wortlaut des Vertrags vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über die deutsch-französische Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710. Zur Élysée-Konferenz vgl. ferner AAPD 1963, I, Dok. 44 und Dok. 136.
3 Philipp Jenninger.
4 Gerhard Stoltenberg.
5 Martin Bangemann.
6 Manfred Wörner.
7 Rita Süssmuth.
8 Hans Klein.
9 Karl Otto Pöhl.

Präsident Mitterrand[10] und dem BK[11] in einer Feierstunde im Élysée-Palast, abschließendes Konzert deutscher und französischer Chöre im Invalidendom) unterstrich mit starker Symbolkraft die Bedeutung, die beide Länder ihrer durch den Élysée-Vertrag geschaffenen Partnerschaft beimessen. Die Unterzeichnung einer Reihe von wichtigen bilateralen Vereinbarungen hat die Zukunftsorientierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit herausgestellt. Mit ihrer dynamischen Fortentwicklung wird die zwischen beiden Ländern bestehende Schicksalsgemeinschaft weiter konkretisiert.

2) Am Rande der Feierlichkeiten fanden Konsultationen des BK mit Präsident Mitterrand und PM Chirac statt, deren Schwerpunkt auf Fragen der Europäischen Gemeinschaft und der West-Ost-Beziehungen lag.

BM Genscher traf mit PM Chirac zu einem Gespräch zusammen und führte einen vertieften Meinungsaustausch mit AM Raimond[12], in dessen Mittelpunkt eine Erörterung über die aus der jüngsten Entwicklung des West-Ost-Verhältnisses sich ergebenden Folgerungen für die Position des Westens stand. Dabei bestand Übereinstimmung über die Notwendigkeit einer abgestimmten westlichen Haltung bei der künftigen Gestaltung der Beziehungen zwischen West- und Osteuropa.

BM unterstrich das Erfordernis eines engen Schulterschlusses, insbesondere mit dem französischen Partner in diesen Fragen mit der dringenden Bitte, in unserem Bemühen um eine Verbesserung der West-Ost-Beziehungen nicht allein gelassen zu werden. Beide Minister vereinbarten vertiefte Konsultationen über diesen Themenbereich. Zu diesem Zweck wurde auch die Einsetzung einer deutsch-französischen Arbeitsgruppe in der nächsten Zukunft beschlossen.[13]

Ferner befaßten sich die Minister ausführlich mit Fragen zur Vorbereitung des Europäischen Sonderrats (11./12.2.[14]) sowie regionalen Problemen (Nahost, Namibia-Initiative[15]).

3) Sichtbarer Ausdruck für die Vitalität der deutsch-französischen Zusammenarbeit war die Verabschiedung mehrerer Vereinbarungen, die den Élysée-Vertrag nach 25 Jahren in für die gemeinsame Zukunft beider Länder entscheidenden Bereichen fortentwickeln. Die zwei unterzeichneten Protokolle zur Einsetzung eines Verteidigungs- und Sicherheitsrats sowie eines Finanz- und Wirtschaftsrats werden Bestandteile des Élysée-Vertrags[16], dem damit eine erweiterte Dimension verliehen wird. Beide Regierungen verabschiedeten darüber hinaus

10 Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 22. Januar 1988 in Paris vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1988 (Januar/Februar), S. 43–45.

11 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl am 22. Januar 1988 in Paris vgl. BULLETIN 1988, S. 77–81.

12 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Raimond vgl. Dok. 27.

13 Zur beabsichtigten Gründung einer politisch-strategischen Arbeitsgruppe im Rahmen der deutsch-französischen Zusammenarbeit vgl. Dok. 27, Anm. 33.

14 Zur außerordentlichen Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel vgl. Dok. 59.

15 Zum Vorschlag des Bundesministers Genscher für eine Wiederbelebung der Namibia-Kontaktgruppe vgl. Dok. 26, Anm. 32.

16 Für den Wortlaut der Protokolle vom 22. Januar 1988 zum Vertrag vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über die deutsch-französische Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, II, S. 1152–1156.

weitere Maßnahmen, die die ganze Breite des erreichten Ausbaus der deutsch-französischen Beziehungen deutlich machen:

– Aufstellung einer deutsch-französischen Brigade,
– Einsetzung eines Kulturrats,
– Stiftung eines Adenauer-de-Gaulle-Preises,
– Erklärung zur Entwicklungshilfe in Afrika.

3.1) Rat für Verteidigung und Sicherheit

Die Einsetzung eines Rates für Verteidigung und Sicherheit entspricht dem Willen beider Länder, ihrer Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung und Sicherheit mehr Sichtbarkeit und Dauerhaftigkeit zu verleihen. Das Protokoll wird von beiden Seiten ausdrücklich dem Ziel gewidmet, eine europäische Identität in der Sicherheit und Verteidigung im Rahmen der Solidarität in der WEU und der Allianz zu entwickeln, zu deren Stärkung es beitragen soll.

Der deutsch-französische Rat für Verteidigung und Sicherheit wird mindestens zweimal im Jahr zusammentreten, abwechselnd in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich. Er wird über ein Sekretariat verfügen, dessen Sitz Paris sein wird. Artikel 4 des Protokolls beschreibt die Hauptaufgaben des Rates wie folgt:

Ausarbeitung gemeinsamer Konzeptionen auf dem Gebiet von Verteidigung und Sicherheit, Sicherstellung einer zunehmenden Abstimmung in allen die Sicherheit Europas angehenden Fragen, einschließlich des Gebietes der Rüstungskontrolle und Abrüstung, Beschlußfassung hinsichtlich der gemischten militärischen Einheiten, Zusammenarbeit zwischen beiden Armeen, Verbesserung der Interoperabilität der Ausrüstung beider Streitkräfte sowie Entwicklung und Vertiefung der Rüstungszusammenarbeit.

Es geht dabei sowohl darum, die bilaterale Zusammenarbeit im Bereich von Sicherheit und Verteidigung zu verstärken, wie auch auf politischer Ebene eine Institution zu schaffen, die der Zusammenarbeit neue Impulse verleiht.

Die bilaterale Zusammenarbeit steht in einer europäischen Finalität und ist nicht exklusiv.

Grundsätzlich sind deshalb beide Länder für eine Beteiligung anderer Verbündeter offen. Es ergeben sich aber aus der Tatsache, daß der eine Partner der militärischen Integration der NATO angehört und der andere nicht[17], praktische Probleme. Wir halten es deshalb für richtig, auch im Interesse der übrigen Allianzpartner, wenn wir diese Probleme in realistischer Einschätzung zunächst bilateral angehen.

3.2) Deutsch-französische Brigade[18]

In Übereinstimmung mit der Entscheidung, die anläßlich der 50. deutsch-französischen Konsultationen in Karlsruhe getroffen wurde[19], wird ab 1988 ein deutsch-französischer Großverband in Form einer Brigade aufgestellt.

17 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus dem integrierten militärischen Kommando der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

18 Zum Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl vom 19. Juni 1987 für die Aufstellung einer Deutsch-Französischen Brigade vgl. Dok. 4, Anm. 20.

Dieser Großverband wird im Raum Stuttgart stationiert. Der deutsche Beitrag wird im wesentlichen durch Verbände der Heimatschutzbrigade 55 gebildet. Der französische Beitrag wird aus Verbänden der französischen 1. Armee bestehen. Das Brigadekommando wird in Böblingen am 1. Oktober 1988 aufgestellt.

Der Brigadekommandeur wird im Wechsel ein französischer oder deutscher General sein, der diese Funktion jeweils zwei Jahre ausüben wird. Der erste Brigadekommandeur wird ein französischer Offizier, Brigadegeneral Jean Sengeisen, sein. Ihm wird ein deutscher Stellvertreter, Oberst Günther Wassenberg, zur Seite stehen.

3.3) Deutsch-französischer Finanz- und Wirtschaftsrat

Dem deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrat gehören die Finanz- und Wirtschaftsminister sowie die Gouverneure der beiden Zentralbanken an. Er tritt viermal im Jahr zusammen, abwechselnd in Frankreich und in der Bundesrepublik Deutschland. Er berichtet den Staats- und Regierungschefs der beiden Länder bei jedem deutsch-französischen Gipfeltreffen über seine Tätigkeit. Er kann den beiden Regierungen alle Fragen vorlegen, die eine Entscheidung seitens der beiden Regierungen erfordern.

Artikel 4 des Protokolls legt die Aufgaben des Rates fest. Dieses sind die Erörterung der Grundlinien der nationalen Haushalte; regelmäßig Erörterung der Wirtschaftslage und Wirtschaftspolitik beider Länder und der Währungspolitik, die sie im nationalen europäischen und internationalen Bereich verfolgen; soweit wie möglich Abstimmung der Positionen der beiden Länder bei internationalen Verhandlungen über Wirtschaftsfragen.

Diese Aufgaben werden wahrgenommen mit dem Ziel, eine möglichst enge Koordinierung der Politik der beiden Länder in den Zuständigkeitsbereichen der dem Rat angehörenden Minister zu erreichen. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

3.4) Deutsch-französischer Kulturrat

Der Kulturrat, dessen Schaffung beim Gipfel in Frankfurt im Oktober 1986 grundsätzlich beschlossen worden war[20], wurde durch einen Notenwechsel[21] nunmehr offiziell eingesetzt. Der Rat wird sich aus 20 Persönlichkeiten des Kulturlebens zusammensetzen, zehn von jeder Seite. Er hat die Aufgabe, der deutsch-französischen Zusammenarbeit in dem Bereich von Kunst und Kultur einen neuen Impuls zu verleihen.

3.5) Adenauer-de-Gaulle-Preis

Durch Notenwechsel der Außenminister[22] wurde ein Adenauer-de-Gaulle-Preis geschaffen, der alljährlich einer deutschen oder französischen Persönlichkeit

Fortsetzung Fußnote von Seite 192

19 Die deutsch-französischen Konsultationen fanden am 12./13. November 1987 in Karlsruhe statt. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 315, Dok. 316 und Dok. 318.

20 Für den Wortlaut der bei den deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Oktober 1986 in Frankfurt am Main verabschiedeten Gemeinsamen Erklärung über kulturelle Zusammenarbeit vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 661–664. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 312 und Dok. 315.

21 Bundesminister Genscher und der französische Außenminister Raimond unterzeichneten am 22. Januar 1988 in Paris Noten zur Errichtung eines deutsch-französischen Kulturrats. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 230 f.

22 Bundesminister Genscher und der französische Außenminister Raimond unterzeichneten am 22. Januar 1988 in Paris Noten zur Vereinbarung über die Stiftung des Adenauer-de Gaulle-Preises. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 232.

oder Institution verliehen werden soll, die sich um die deutsch-französische Zusammenarbeit herausragende Verdienste erworben hat. Die Bestimmung des jeweiligen Preisträgers soll durch eine aus deutschen und französischen Persönlichkeiten bestehende Jury erfolgen.

3.6) Erklärung zur Entwicklungshilfe

Die beiden Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit haben eine feierliche Erklärung zur Entwicklungshilfe in Afrika vorgelegt.[23] Damit wird der gemeinsame Wille unterstrichen, die deutsch-französische Zusammenarbeit zugunsten dieses Kontinents zu verstärken und die Tätigkeit des Europäischen Freiwilligenprogramms fortzuführen und auszuweiten.

3.7) Deutsch-französisches Hochschulkolleg

Bei der Plenarsitzung wurde das beim Gipfel von Karlsruhe am 13. November 1987 gegründete deutsch-französische Hochschulkolleg in seiner Zusammensetzung konkretisiert. Es dient der Stärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Hochschulbereich und der Erhöhung der Mobilität der Studenten und Hochschullehrer zwischen beiden Ländern. Die 18 Persönlichkeiten, die das Kolleg bilden und vor allem dem Universitätsbereich angehören, neun von jeder Seite, sind vor kurzem benannt worden. Der Sitz der beiden Sekretariate ist Straßburg und Mainz.

4) Der Jahrestag hat auf der Grundlage einer erfolgreichen Bilanz weitere wichtige Weichen zur Ausgestaltung der deutsch-französischen Beziehungen gestellt. Die auf den Weg gebrachten Vorhaben leisten in ihrer europäischen Finalität einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau Europas. Beide Länder werden damit der Verantwortung gerecht, die sie sich bereits in der Gemeinsamen Erklärung zum Élysée-Vertrag[24] auferlegt haben, daß sie nämlich „die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern als einen unerläßlichen Schritt auf dem Wege zu dem vereinigten Europa“ betrachten, „welches das Ziel beider Völker ist“.

5) Gemeinsame Unterrichtung über die Ergebnisse des Jahrestags im WEU-, NATO- und EPZ-Rahmen erfolgte auf der Ebene der Botschaften noch am 22.1. 1988 in Paris. Gesonderte Unterrichtung im WEU-Rat und NATO-Rat folgt am 27.1.1988.[25]

[gez.] Pleuger

Referat 012, Bd. 134237

23 Für den Wortlaut der von Bundesminister Klein und dem französischen Entwicklungshilfeminister Aurillac am 22. Januar 1988 in Paris abgegebenen „Gemeinsamen Erklärung zur Entwicklungshilfe in Afrika“ vgl. BULLETIN 1988, S. 85.

24 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer und des Staatspräsidenten de Gaulle vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706.

25 Am 22. Januar 1988 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel sowie der Botschaft in London „Elemente für die Unterrichtung des NATO-Rats bzw. des WEU-Rats in ihren Sitzungen am 27.1.88“. Dazu legte er dar: „Die Elemente sind von uns entworfen worden, Frankreich hat ihnen zugestimmt. Die Unterrichtung ist – nach vorheriger Abstimmung mit dem französischen Vertreter – gemeinsam mit diesem vorzunehmen.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 201, Bd. 143390.

33

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Štrougal in Prag

26. Januar 1988[1]

Besuch des Bundeskanzlers in der ČSSR (26./27. Januar 1988); hier: Delegationsgespräch (26.1.1988, 14.35 Uhr–16.00 Uhr)

MP *Štrougal* begrüßt den Bundeskanzler und berichtet kurz über das vorangegangene Vieraugengespräch (gesonderter Vermerk).[2] Man habe sich lange gesucht, bevor man sich gefunden habe. Die Geschichte habe ihre Logik, aber auch ihre Unlogik. So sei der Bundeskanzler zum ersten Mal in Prag, er selbst sei, mit Ausnahme einer Zwischenlandung in Frankfurt 1953, noch nie in der Bundesrepublik Deutschland gewesen.

Der Bundeskanzler, fährt MP Štrougal fort, komme in einer Atmosphäre, die die Verhandlungen erleichtere. Es sei nicht nur Wunsch der tsl. Regierung, sondern auch des Staatspräsidenten[3] und der Parteiführung, in der Entwicklung der Zusammenarbeit und in der Freundschaft mit der Bundesrepublik Deutschland schnell voranzuschreiten. Wenn man etwas vernachlässigt habe, so gehöre dies der Geschichte an. Jetzt gelte es, die Zukunft zu bauen. Dies habe nicht nur bilaterale Zusammenhänge. Die ČSSR fühle sich traditionell als Mitteleuropa, jedoch werde der Kontinent durch die Militärblöcke geteilt. Aber man müsse ohne Rücksicht auf die Systeme zusammenarbeiten – und dies sei nicht nur sein Wille, sondern auch der der Menschen in seinem Lande. Mit den heutigen Verhandlungen werde eine Phase dynamischer Zusammenarbeit in allen Bereichen eingeleitet. Ohne die Rolle beider Seiten zu überschätzen, wolle er betonen, daß die ČSSR und die Bundesrepublik Deutschland eine gewichtige Rolle bei der Gestaltung der europäischen Verhältnisse insgesamt spielen.

Er würdige sehr, daß der Bundeskanzler von Anfang an seinen Besuch in Lidice[4] vorgesehen habe. Dies werde auch von den Menschen in der ČSSR verstanden.

1 Ablichtung des Entwurfs.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner am 28. Januar 1988 gefertigt und von Ministerialdirigent Hartmann, beide Bundeskanzleramt, am folgenden Tag über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl „mit der Bitte um Genehmigung“ geleitet. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73.

2 Am 28. Januar 1988 berichtete Botschafter Schattmann, Prag, zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 26./27. Januar 1988 in der ČSSR: „Da Vertreter der Zentrale an den Gesprächen unter vier Augen oder im restraint nicht teilnehmen konnten, berichte ich stichworthaltig über deren Inhalt anhand meiner Notizen (Husák) und dessen, was ‚am Rande‘ in Erfahrung zu bringen war.“ Über das „‚Privatgespräch‘“ Kohls mit Ministerpräsident Štrougal am 26. Januar 1988 teilte Schattmann mit: „BK verwies eingangs auf Nachholbedarf in den Beziehungen zur ČSSR. Prag stehe nicht nur geographisch der Bundesrepublik näher als z. B. Budapest. Vorschlag, nach dem Muster der Vereinbarung mit dem ungarischen Ministerpräsidenten den direkten Telefonkontakt zur raschen Lösung komplizierter Fragen zu pflegen. Auch MD Teltschik könne eingeschaltet werden. BK bestätigte, die ČSSR habe es nicht nötig, bei Gorbatschow abzuschreiben. Sie könne sich auf eigene Traditionen besinnen. Er, BK, wolle sich in EG und bei USA für besseres Image der ČSSR einsetzen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 167; Referat 214, Bd. 139631.

3 Gustáv Husák.

4 Nach dem Attentat auf den stellvertretenden Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, Heydrich, am 27. Mai 1942 wurde der Ort Lidice am 9. Juni 1942 von deutschen SS- und Polizei-Einheiten umstellt. Anschließend wurden die männlichen Einwohner erschossen, die Frauen in das Konzen-

Die über tausendjährige Geschichte der Nachbarschaft werde durch positive, aber auch durch tragische Zeitabschnitte gekennzeichnet. Dabei wolle man diese tragischen Abschnitte nicht nur einer Seite anlasten: Die Schrecken des Krieges hätten sich ins Gedächtnis eingegraben und die Nachkriegsordnung – nicht immer positiv – beeinflußt. Dies betreffe auch die deutsche Bevölkerung, die in den Jahren 1945/46 im Rahmen einer großen Bevölkerungsverschiebung, die nicht immer sehr positive Seiten gehabt habe, das Land habe verlassen müssen.

Nunmehr gehe sein Land von den heutigen Realitäten aus und wolle mit allen Nachbarn gut auskommen. Man dürfe die Geschichte nicht vergessen, man solle aber aus ihr keine absurden, feindschaftlichen Beziehungen herleiten.

Der *Bundeskanzler* dankt für den freundlichen Empfang und würdigt die bisherigen Gespräche. Er hofft, Štrougal bald in Bonn begrüßen zu können, und zwar ohne Paßkontrolle.

Im vertrauten Gespräch könne man am besten Vertrauen bilden – dies fehle gegenwärtig noch.

Die Geschichte – so der Bundeskanzler weiter – dürfe man nicht vergessen, jeder lebe aus seiner Geschichte, sei durch sie geprägt. Dies sei normal und zutiefst menschlich. Er habe bewußt seinen Besuch nach Lidice vorgesehen, weil dort die geschichtliche Dimension mitschwinge.

Zugleich denke er in diesem Augenblick an das Schicksal vieler seiner deutschen Landsleute – MP Štrougal habe davon gesprochen –, die nach 1945 ihre alte Heimat verlassen mußten. Es habe viel Haß zwischen beiden Völkern bestanden – aber aus Haß könne man keine neue Welt aufbauen. Heute bestehe die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland wie der ČSSR zu zwei Dritteln aus Menschen, die nach Kriegsende geboren seien. Um so größer sei die Verantwortung der Generation, die den Krieg noch erlebt habe, aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen die Zukunft zu bauen. Für ihn – der bei Kriegsende 15 Jahre alt gewesen sei – seien Fragen der Abrüstung keine Seminarthemen. Natürlich müsse man Panzer und Raketen zählen, wichtiger sei jedoch, trotz der unterschiedlichen Systeme – hier werde man sich nicht verständigen –, neues Vertrauen zu bauen. Jetzt bestehe dafür eine geschichtliche Chance, die man nicht versäumen dürfe.

Er hoffe noch in diesem Jahr auf ein weiteres gutes Treffen zwischen Präsident Reagan und GS Gorbatschow[5] und einen weiteren Abrüstungsvertrag. In drei Wochen werde er in Washington sein und seinen Beitrag leisten, die Dinge weiterzubringen.[6] Chemische Waffen brauche man überhaupt nicht, die konventionellen Bestände seien viel zu hoch. Und die Raketen zwischen Null und

Fortsetzung Fußnote von Seite 195

trationslager Ravensbrück deportiert, die Kinder nach „rassischen" Kriterien selektiert und mehrheitlich im Vernichtungslager Kulmhof ermordet, der Ort umfassend zerstört.
Am 11. November 1987 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Seemann der Botschaft in Prag zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 26./27. Januar 1988 in der ČSSR mit: „BK möchte außerdem Lidice besuchen." Vgl. den Drahterlaß; Referat 214, Bd. 139630.

5 Zum Treffen des amerikanischen Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

6 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 17. bis 20. Februar 1988 in Washington vgl. Dok. 62–64.

500 km seien nicht das Problem der Leute im Kreml und im Weißen Haus, sondern unser Problem: der Bundesrepublik Deutschland wie der ČSSR.

Wir seien gewiß keine Weltmacht, aber ohne die Bundesrepublik Deutschland gehe in Europa nichts. Gerade deshalb sei er entschlossen, seinen Beitrag zur neuen Entwicklung im West-Ost-Verhältnis zu leisten. (Exkurs: Beziehungen zu anderen WP-Staaten.) Auch Moskau sehe inzwischen, daß es nützlich sei, mit den Deutschen zusammenzuarbeiten. Schon Lenin, der heute wieder mehr zitiert werde, habe gesagt: Alle Wege nach Europa führen über Berlin – und zwar über ganz Berlin!

Für ihn – so der Bundeskanzler weiter – wäre bei dieser Entwicklung völlig unannehmbar, wenn die Beziehungen zur ČSSR beiseite stünden. Die Entfernung nach Prag sei, in Kilometern gemessen, für uns näher. Auf dem Wenzelsplatz fühle man, daß man mitten in Europa sei. (Exkurs: Verbindungen in Religion, Philosophie, Kunst usw.)

Mit Frankreich habe man die Erbfeindschaft beendet. Mit der ČSSR, wo nie eine Erbfeindschaft bestanden habe, müsse ein Neuanfang eigentlich leichter sein. Man müsse sich dabei wie Förster verhalten: Bäume pflanzen, selbst wenn man deren vollen Wuchs nicht mehr erlebe. Dies Bild habe er im Sinn, wenn er von Jugendaustausch rede.[7]

Er – der Bundeskanzler – sei bereit, einen weiten Schritt zu gehen. Die Tschechen und Slowaken gehörten zu den technisch begabtesten Völkern der Welt – hier könne man viel gemeinsam tun.

Wir wollen auch eine offenere Grenze.

Auch wolle er die Zeit unserer EG-Präsidentschaft[8] nutzen, entscheidende Schritte in Richtung auf den Binnenmarkt 1992 zu tun. Dann werde mit 330 Mio. Menschen der stärkste Wirtschaftsraum der Welt entstehen.

Jedoch wollten wir nicht die ČSSR ausschließen – im Gegenteil müsse man neue Formen für das Miteinander finden. Dies gelte auch für das Verhältnis EG–RGW.[9]

Die Umwelt sei unser Schicksal – Tschernobyl[10] habe sich als grenzüberschreitendes Problem erwiesen. Er habe GS Gorbatschow deshalb vorgeschlagen, deutsche Sicherheitstechnologie in die sowjetischen Kernkraftwerke einzubauen[11] – denn dies sei unser eigenes Interesse!

Er habe von Vertrauensbildung gesprochen – dies heiße insbesondere, daß die Menschen zueinander kommen könnten. Das „Haus Europa" müsse offene Fenster und Türen haben. Wir wollten mehr Grenzübergänge zwischen der ČSSR

7 Am 13. November 1988 vermerkte Legationsrat I. Klasse Buchholz, bei einer Ressortbesprechung am Vortag sei seitens des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit zur Frage des Jugendaustauschs mit der ČSSR festgestellt worden: „Eine Rahmenvereinbarung der Ressorts nach Modell Ungarn wird angestrebt. Derzeit ist zwar der Jugendtourismus in Richtung Tsl. entwickelt, jedoch nur der kommerzielle und im Bereich Sport. – Entwurf einer Vereinbarung könnte kurzfristig erstellt werden." Vgl. Referat 214, Bd. 139630.

8 Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

9 Zu den Gesprächen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 1, Anm. 18.

10 Zum Unfall am 26. April 1986 im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl vgl. Dok. 22, Anm. 13.

11 Zum Vorschlag einer Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR im Bereich der Kernkraft vgl. Dok. 22, Anm. 14.

und der Bundesrepublik Deutschland. Wir plädierten für mehr Tourismus. (Exkurs: Besuchsreisen aus der DDR.)

Wichtig seien humanitäre Fragen: Je großherziger die ČSSR hier sei, um so weniger hätten Leute in unserem Land eine Chance zu sagen, „die Leute in Prag seien eben schwierig". Humanität habe ungeheure Werbekraft!

Ein für die Menschen ähnlich sensibles Thema seien Kriegsgräber[12]: Hier seien insbesondere die Gefühle der Frauen und Mütter berührt.

Nach den guten Erfahrungen mit dem Deutsch-Französischen Jugendwerk habe er auch für verstärkten Jugendaustausch mit der ČSSR plädiert (Schreiben an Präsident Husák 1986[13]). Die heute heranwachsende junge Generation sei wohl die beste, die dieses Jahrhundert hervorgebracht habe: Sie sei offen, unfähig zu Rassismus und immun gegen Ideologisierung. Das vielleicht Wichtigste für die Vertrauensbildung seien die Kulturbeziehungen. Zwar sei nach einem bekannten Wort die Wirtschaft unser Schicksal, jedoch seien kulturelle Bindungen stärker als alles andere, weil sie das Herz der Menschen anrührten. (Exkurs: Europäische Bautradition in Ost und West.)

Wir plädierten deshalb für Austausch von Kulturinstituten[14] und Verstärkung der wissenschaftlichen und universitären Kontakte. Jeder solche Schritt sei ein Mosaikstein, der neues Vertrauen schaffe.

12 Am 20. Januar 1988 vermerkte Legationsrat I. Klasse Buchholz zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 26./27. Januar 1988 in der ČSSR: „Kranzniederlegung an deutschen Kriegsgräbern in Motol gehört deutscherseits seit dem von BM bei offiziellen Besuchen in Prag gesetzten Präzendenzen zum Standard." Vgl. Referat 214, Bd. 139630.
Am 1. September 1988 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix im Gespräch mit dem tschechoslowakischen Botschafter Kádnár habe Ministerialdirigent Kastrup begrüßt, „daß die t[schecho]sl[owakische] Seite mit konkreten Maßnahmen begonnen hat, deutsche Soldatengräber zu erfassen, instand zu stetzen und zu pflegen. Drückt Hoffnung aus, daß diesem Fortschritt bald konkrete Gespräche der zuständigen Institutionen beider Länder folgen werden." Kádnár habe dazu ausgeführt: „Tsl. Seite bereitet z. Zt. neue Verordnungen und Gesetze vor. Fünf Großfelder (20 mal 20 m mit Granitplatte) würden zur Verfügung stehen. Bitte, daß Gespräche unter Federführung der nationalen Rotkreuz-Gesellschaften geführt werden; jedoch keine tsl. Einwände, wenn V[olksbund]D[eutsche] K[riegsgräberfürsorge]-Vertreter als vollberechtigte Mitglieder der deutschen Delegation angehörten und bilaterale Gespräche führten." Vgl. Referat 214, Bd. 139933.

13 Mit Schreiben vom 11. Juli 1986 wies Bundeskanzler Kohl Präsident Husák darauf hin, daß im Vorjahr „rd. 475 000 Bürger der Bundesrepublik Deutschland in die ČSSR und rd. 154 000 tschechoslowakische Staatsangehörige in die Bundesrepublik" gereist seien. Diese Entwicklung gelte es, auch im Sinne der KSZE-Schlußakte von Helsinki vom 1. August 1975, voranzutreiben: „Mein besonderes Augenmerk gilt dabei dem Jugendaustausch. Die nachrückende Generation soll das von unserer Generation begonnene Werk der Verständigung fortsetzen. Dazu gehört, daß sie in einem Alter, das ihre Persönlichkeit auf Dauer prägt, den Nachbarn aus eigener Anschauung kennenlernt." Eine entsprechende Vereinbarung solle am besten im Rahmen des bilateralen Kulturabkommens erarbeitet werden. Vgl. Referat 214, Bd. 139689.

14 Legationsrat Seebode, Prag, vermerkte am 21. Oktober 1987, im Gespräch mit Ministerialdirigent Wittmann am 14. Oktober 1987 in Prag habe der Mitarbeiter im tschechoslowakischen Außenministerium, Kouda, zur wechselseitigen Einrichtung von Kulturinstituten dargelegt: „Die Lage habe sich fortentwickelt, eine Reihe neuer Argumente sei hinzugetreten, weshalb an die Eröffnung eines Kulturinstitutes der Bundesrepublik Deutschland in Prag zu denken sei. Allerdings müsse dies auf der Basis der Reziprozität vereinbart werden. Für die t[schecho]sl[owakische] Seite sei dabei unabdingbar, daß einem (später zu eröffnenden) tsl. Kulturinstitut in der Bundesrepublik Deutschland eine sortimentsmäßig zu kontigentierende Handelstätigkeit zur Teilselbstfinanzierung gestattet sein müsse. Unserem Kulturinstitut in Prag werde das gleiche Recht eingeräumt. Zu denken sei dabei an den Verkauf von Büchern, Schallplatten, Volkskunst u. ä." Wittmann habe entgegnet, „daß unsere Goethe- und Kulturinstitute im Ausland bislang keine Handelstätigkeit betrieben und man die Realisierbarkeit des tsl. Angebots erst einmal prüfen müsse. Denkbar sei eine Zusammenarbeit mit dem

Insgesamt sei er nach Prag gekommen, um, aufbauend auf der Geschichte, ein neues Kapitel zu beginnen. Nötig dafür seien Realismus und Augenmaß.

Unser spezielles Problem in Deutschland sei unsere Teilung – Ergebnis eines verbrecherischen Krieges. Wir wüßten, daß Krieg und Gewalt niemals mehr Mittel der Politik sein könnten. Aber es gebe – dies habe soeben auch GS Gorbatschow wieder MP Strauß bestätigt[15] – eine deutsche Nation. Wir wüßten, daß die Grenze, die Europa heute teile, nur im Frieden und mit Zustimmung aller Beteiligten zu verändern sei. Diese Frage sei heute kein aktuelles Problem. Deshalb müßten wir mit unseren Landsleuten in der DDR versuchen, vernünftig auszukommen. Von unseren Nachbarn erwarteten wir lediglich das eine: das Wissen, daß es eine deutsche Nation gebe.

Wir hätten Verträge geschlossen. Für uns sei es eines der wichtigsten Dinge im internationalen Leben, daß mit dem deutschen Namen wieder der Begriff „Vertragstreue" verbunden werde. Durch Hitler seien wir in Verruf geraten. Jetzt aber gelte: Pacta sunt servanda.

Auf diesen Verträgen könnten wir nun aufbauen. Dabei müsse aber jeder wissen, daß Berlin dazugehöre. Wir seien sehr dankbar, daß dies im Binnenschiffahrtsabkommen, das gleich anschließend unterschrieben werde, nunmehr zufriedenstellend geregelt sei.[16] Hier liege zwar kein rein bilaterales Problem, sondern vielmehr ein Thema für sein – des Bundeskanzlers – Gespräch mit Gorbatschow. Dennoch sei er der Meinung, daß auch in beiderseitigen Verträgen vernünftige Lösungen möglich gemacht werden müßten.

Er wolle unterstreichen: Wir seien nicht „unterwegs nach Großdeutschland". Aber zu den Realitäten gehöre, daß Deutsche genauso in Leipzig wie in Bonn wohnten. Wir wollten unsere Nachbarn nicht mit unserem Schicksal behelligen. Aber eine Nation brauche wie die Luft zum Atmen den Glauben an ihre Zukunft. Der Nationalheld[17], der am Grabmal des Unbekannten Soldaten auf seinem Pferd sitzend abgebildet sei, werde dies verstehen.

Der Bundeskanzler fährt fort, er sei bereit, heute einen Anstoß in den beiderseitigen Beziehungen zu geben und auf dieser Grundlage – und unter Kontrolle der Chefs – die Mitarbeiter weiterarbeiten zu lassen.

MP *Štrougal* ist einverstanden. Das jetzige Treffen müsse konkrete Ergebnisse bringen.

Aus den Dingen, die der Vergangenheit angehörten, müsse man Lehren ziehen. Dazu gehöre, daß auch die Regierungschefs sich häufiger treffen.

Auch die tschechoslowakische Seite gehe bei Gestaltung der Beziehungen von der vertraglichen Grundlage aus: Dem Prager Vertrag von 1973[18] und der Ge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 198

Börsenverein des Deutschen Buchhandels. Aus finanztechnischen Gründen seien jedoch Schwierigkeiten mit dem BMF vorauszusehen." Vgl. Referat 214, Bd. 139686.

15 Der bayerische Ministerpräsident Strauß hielt sich vom 28. bis 31. Dezember 1987 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 381.

16 Für den Wortlaut des Abkommens vom 26. Januar 1988 zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR über den Binnenschiffsverkehr nebst Protokoll vgl. BUNDESGESETZBLATT 1989, Teil II, S. 1037–1044.

17 Jan Žižka.

18 Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992. Vgl. dazu auch AAPD 1973, III, Dok. 412.

meinsamen Erklärung Schmidt/Husák von 1978[19]. Die Kontakte der staatlichen Behörden müßten ebenso verstärkt werden, wie die der gesellschaftlichen Organisationen und der Menschen allgemein, etwa im Tourismus.

Er stimme mit dem Bundeskanzler überein, daß nunmehr die Jugendorganisationen und Jugendreisebüros die konkreten Voraussetzungen für verstärkten Jugendaustausch schaffen müßten. Man fange dabei nicht bei Null an.

Auch die Städtepartnerschaften sollten zügig ausgebaut werden – vier Partnerschaften seien begründet, über sieben weitere werde verhandelt. (Exkurs: Positive Erfahrungen tsl. Jugendlicher in Wuppertal.)
Jugendaustausch trage bei zum gegenseitigen Kennenlernen der Völker und sei eine wichtige Bedingung für die Vertrauensbildung.

Positiv verzeichne er auch zunehmende Kontakte zwischen Freundschaftsgesellschaften bzw. Gesellschaften für internationale Beziehungen.

Das Thema Kulturaustausch habe er soeben mit Berthold Beitz besprochen (geplante Ausstellung „Das Prag Rudolfs II.“[20]).

Eine wichtige Rolle in den bilateralen Beziehungen spielten auch die Massenmedien. Er – Ministerpräsident Štrougal – sei liberal und tolerant, meine aber dennoch, daß man deren Tätigkeit schärfer beobachten und auf sachliche Informationen konzentrieren müsse. In dieser Frage sei die ČSSR durchaus Schuldner – sie müsse mehr mit den Journalisten aus der Bundesrepublik Deutschland zusammenarbeiten. Er wolle keinen Journalisten daran hindern, die Wahrheit über die ČSSR zu sagen oder zu schreiben. Jedoch gehöre zu dieser Wahrheit auch das Positive, was im Lande geschehe und was man jetzt gemeinsam mit der Bundesrepublik Deutschland schaffen wolle.

Hinsichtlich der Wirtschaftsbeziehungen[21] wolle er sich kurz fassen: Bisher gebe es klassischen Handel, und die 60 deutsch-tschechoslowakischen Kooperationsverträge trügen nur zu einem verschwindenden Teil – nämlich um 2 % – zum Warenaustausch bei (Ungarn: 330 Kooperationsverträge und 15 % Anteil). Hier müsse von beiden Seiten erheblich mehr getan werden, er wolle auch keiner Seite Schuld zuschieben. Sein Land erstrebe Verträge über echte Kooperation und nicht nur über Lohnarbeit. Einzelheiten müßten nun mit westdeutschen Firmen und – was die Regierungsseite angehe – in der Gemischten Kommission oder mit StS von Würzen[22] verhandelt werden. Er wolle aber betonen: Wenn man in

19 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Schmidt und des Präsidenten Husák vom 11. April 1978 vgl. BULLETIN 1978, S. 304–308.

20 Die Ausstellung „Prag um 1600 – Kunst und Kultur am Hof Rudolfs II.“ fand vom 10. Juni bis 30. Oktober 1988 in der Villa Hügel in Essen statt.

21 Die Botschaft in Prag informierte am 12. Januar 1988: „Die Tschechoslowakei ist unser viertwichtigster Handelspartner unter den RGW-Ländern. Der Anteil am Gesamtvolumen des deutschen Außenhandels beträgt jedoch nur etwa 0,5 Prozent; dagegen ist die Bundesrepublik Deutschland seit Jahren der größte westliche Handelspartner der ČSSR (Platz 5 nach UdSSR, DDR, Polen, Ungarn). Der Handelsaustausch war 1986 nach dem Rekordjahr 1985 (Handelsvolumen über 4,85 Mrd. DM) u. a. wegen fallender Erdölpreise mit 4,49 Mrd. DM rückläufig (-7,1 Prozent). Sowohl die deutsche Ausfuhr (-1,4 Prozent) als auch die Einfuhr (-12,3 Prozent) nahmen ab. In den ersten zehn Monaten d[es] J[ahre]s 1987 stieg das Volumen (+2,4 Prozent) wieder aufgrund größerer deutscher Ausfuhren (+9,8 Prozent) bei geringeren Einfuhren (-4,5 Prozent) an.“ Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 71 des Botschaftsrats I. Klasse Metzger, Prag, vom 13. Januar 1988; Referat 214, Bd. 139911.

22 Botschafter Schattmann, Prag, berichtete am 29. Januar 1988, Staatssekretär Würzen, Bundesministerium für Wirtschaft, habe sich gegenüber dem tschechoslowakischen Stellvertretenden Minister-

Prag jetzt davon spreche, daß man sich der Welt gegenüber öffnen wolle, dann gelte dies ganz allgemein, im besonderen aber gegenüber der Bundesrepublik Deutschland!

Hier bestehe auch ein enger Zusammenhang mit Umweltfragen. Er wolle keinen Streit über Realitäten führen, etwa darüber, wer wem mehr an schädlichen Emissionen über die Grenze schicke. Entscheidend sei, daß mit dem nunmehr unterzeichneten Vertrag über Umweltzusammenarbeit[23] die Grundlage vorhanden sei, die Dinge schnell weiterzuentwickeln. Die ČSSR sei dazu bereit und wende erhebliche materielle Mittel auf. Bis 1995 wolle man die Schwefeldioxidemissionen um 30 % vermindern (gerechnet vom Stand 1980), bis 2000 noch weiter herunterfahren. Offen gesagt, dies könne die ČSSR nicht allein leisten – sie brauche Zusammenarbeit, vor allen Dingen mit westdeutschen Firmen.[24] Es gehe auch nicht darum, in klassischer Weise Anlagen zu kaufen, vielmehr müsse man Kooperationen eingehen, um derartige Anlagen in der ČSSR selbst herstellen zu können. Er bitte den Bundeskanzler nicht um vergünstigte Kredite, wohl aber um nachhaltige Förderung dieser Art von Kooperation. Einzelheiten seien bereits in der Gemischten Wirtschaftskommission sowie mit Herrn Otto Wolff von Amerongen besprochen worden. Die ČSSR werde in nächster Zeit abschließen.

Die ČSSR sei auch sehr interessiert am Abschluß eines Abkommens über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit[25] – hier erwarte man unsere Antwort.

Als weiteren Wunsch wolle er Zusammenarbeit in Mikroelektronik und Elektronik allgemein anmelden. (Exkurs: Frühere Zusammenarbeit Siemens/Tungsram.)

Ferner wünsche die tsl. Seite verstärkte Kooperation auf Drittmärkten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 200

präsidenten Toman am 26. Januar 1988 für „Abschluß eines bilateralen Investionsförderungs- und -schutzvertrags“ ausgesprochen: „Für deutsche Industrie wäre dies zusätzliche Stimulanz für Jointventures. Er regte hierzu Expertentreffen an, damit bei Abfassung des in Aussicht stehenden Jointventure-Gesetzes bestimmte Probleme erkannt werden, die für den westlichen Investor vorher ausreichend geklärt sein müßten (Steuerfreiheit, Devisenfrage, Gewinntransfer usw.).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 169; Referat 214, Bd. 139631.

23 Für den Wortlaut der Vereinbarung vom 17. Oktober 1987 zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, Seite 67 f.

24 In einer Aufzeichnung der Botschaft in Prag vom 14. Dezember 1987 wurde festgehalten: „Der hohe Grad der Umweltverschmutzung in der ČSSR beruht im wesentlichen auf der Abhängigkeit vom Primärenergieträger Braunkohle (Jahresförderung ca. 100 Mio. t). Sie ist stark schwefel- und aschehaltig […]. Für 1982 bis 1987 wurde mit einem Schwefeldioxyd-Aufkommen von jährlich 3,3 bis 3,5 Mio. t gerechnet, was in einigen Gebieten zu Durchschnittskonzentrationen bis zu 0,1 mg Schwefeldioxid pro Kubikmeter Luft mit steigender Tendenz führte. […] Die ČSSR hat erhebliche Waldschäden […]. Die landwirtschaftlichen Erträge werden durch Emissionen schätzungsweise um 15 bis 20 Prozent gesenkt.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139630.
In einer Aufzeichnung „Umwelt/ČSSR“ vom Dezember 1987 hieß es: „Die umweltpolitischen Beziehungen der ČSSR mit den Bundesländern, ganz besonders mit Bayern, sind eng und intensiv: Bayern hat der ČSSR eine im Kraftwerk Schwandorf erprobte Rauchgasreinigungsanlage der Firma Uhde zum versuchsweisen Einsatz kostenlos überlassen und wird im Kraftwerk Arzberg, das über moderne Rauchgasreinigungsanlagen verfügt, Versuche mit der Verbrennung stark schwefelhaltiger ČSSR-Kohle durchführen. Beim Besuch des bayerischen Umweltministers Dick am 2./3. April 1987 in der ČSSR war im Zusammenhang mit der Abgasreinigung grenznaher ČSSR-Kraftwerke auch von finanzieller Kooperation die Rede.“ Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 1753 des Botschafters Schattmann, Prag, vom 15. Dezember 1987; Referat 214, Bd. 139630.

25 Vortragender Legationsrat Heinsberg vermerkte am 26. Juli 1988, der Botschaftsrat an der tschechoslowakischen Botschaft, Kafka, habe am 15. Juli 1988 zur Frage eines Abkommens über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit festgehalten: „ČSSR habe Abkommensentwurf übergeben und Expertengespräche im Mai/Juni 1988 vorgeschlagen, bisher aber keine Antwort erhalten.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139911.

Auch darüber habe er mit BM Bangemann[26] sowie mit den Herren Wolff von Amerongen und Beitz gesprochen.

Ein weiteres wichtiges Projekt der Zusammenarbeit sei die Autobahn Prag – Nürnberg. Hier bestehe starkes tsl. Interesse – die Experten sollten sich bald zusammensetzen und Konkretes vereinbaren.[27]

Starkes tsl. Interesse bestehe auch an einem Energieverbund mit uns, aber auch mit anderen RGW-Staaten.

In diesen Rahmen gehöre auch der Komplex Kernkraftwerke. Mit Österreich habe man eine Vereinbarung über Austausch kerntechnischer Informationen getroffen – dies wünsche man auch mit uns.[28] Darüber hinaus könne man angesichts des hohen Standards unserer Reaktorsicherheitstechnologie an Expertenaustausch denken.

Škoda habe Gespräche mit VW über die Zusammenarbeit bei der Motorenherstellung aufgenommen[29] – die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

26 Bundesminister Bangemann hielt sich anläßlich der 11. Tagung der deutsch-tschechoslowakischen Gemischten Kommission vom 30. September bis 1. Oktober 1987 in der ČSSR auf. Botschafter Schattmann, Prag, berichtete am 5. Oktober 1987, im Gespräch mit Bangemann habe Ministerpräsident Štrougal erklärt, „daß man künftig eine höhere Form der Zusammenarbeit anstreben müsse, die über die industriellen Kooperationsprojekte hier und in Drittländern hinausginge und auch die Form der ‚Joint-ventures' einschließe. Die gesetzlichen Voraussetzungen hierzu würden in Kürze geschaffen." Schattmann resümierte: „Allein die Tatsache, daß die tsl. Seite unseren Wünschen entsprechend bei einem 24-Stunden-Besuch in das sehr gedrängte Programm der drei wichtigsten Repräsentanten des Staates Gespräche mit BM Bangemann eingebaut hat, zeigt, welchen Stellenwert die bilateralen Beziehungen zu uns in der Tat zur Zeit hier erreicht haben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1427; Referat 214, Bd. 139630.

27 Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerhardt vermerkte am 30. August 1988, der tschechoslowakische Botschafter Kadnár habe am Vortag in einem Delegationsgespräch mit Ministerialdirigent Kastrup zum Autobahnprojekt Amberg – Prag erklärt: „ČSSR will zunächst mit dem Bau des Grenzübergangs beginnen; Gesamtprojekt werde vom Ministerpräsidenten, AM und Verkehrsminister unterstützt; diskutiert werde noch die Frage der Haushaltsmittel, man sei dabei, die ursprüngliche Planung, die Projekt für das Jahr 2010 vorgesehen habe, um 15 Jahre vorzuverlegen." Vgl. Referat 214, Bd. 139922.

28 Am 12. Januar 1988 unterrichtete Vortragender Legationsrat Mann die Botschaft in Prag: „Hiermit wird der deutsche Entwurf eines Regierungsabkommens mit der ČSSR über Informations- und Erfahrungsaustausch über Fragen des gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit kerntechnischer Sicherheit und Strahlenschutz mit der Bitte um Weiterleitung an die tschechoslowakische Seite übersandt. […] Es wurde bewußt davon abgesehen, bereits in diesem Stadium auf den bereits zuvor übermittelten ČSSR-Entwurf einzugehen, der in wesentlichen Teilen nicht im Einklang mit unseren Vorstellungen steht. Indem sich der ČSSR-Entwurf sehr stark auf Elemente des ČSSR-Übereinkommens mit Österreich abstützt, behandelt er auch Bereiche, die nach unserem Verständnis üblicherweise nicht im Rahmen derartiger Verträge geregelt werden. Aufgabe der nächsten Verhandlungsrunde wird es daher sein, sich in Kenntnis der beiderseitigen Positionen über die möglichen Regelungsinhalte der geplanten Vereinbarung zu verständigen." Vgl. den Schrifterlaß; Referat 214, Bd. 139924.

29 Botschaftsrat I. Klasse Metzger, Prag, informierte am 20. November 1987 über Gespräche zwischen der Volkswagen AG und der ČSSR „über mögliche Zusammenarbeit beim Bau eines Motors für den neuen Škoda-PKW 781 […]. Tsl. Seite verhandelt darüber dem Vernehmen nach gegenwärtig außerdem mit Autoherstellern aus Japan, Frankreich und Italien. VW bietet einen Motor mit Hubraum 1500 – 1600 Kubikzentimeter an, der in der ČSSR in Lizenz gebaut werden würde. Darüber hinaus würde VW Planung und Ausstattung der Motorenfertigung in der ČSSR (einschließlich Lieferung der Anlagen) übernehmen. Das Gesamtprojekt dürfte ein Gesamtvolumen von rd. 2 Mrd. DM erreichen […]. Es ist vorgesehen, die Verhandlungen zügig voranzutreiben". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1748; Referat 214, Bd. 139630.
Botschafter Schattmann, Prag, teilte am 15. April 1988 mit, „daß sich die tsl. Stellen nunmehr über drei ausländische Anbieter geeinigt hätten, mit denen entsprechende motor- und vertriebstechnische sowie kommerzielle Gespräche über die endgültige Projektvergabe durch die tsl. Regierung geführt werden sollen. Die drei Anbieter seien Citroën, VW und ein japanischer Konzern." Vgl. den Drahtbericht Nr. 674; Referat 214, Bd. 139922.

Sehr zufrieden sei er, daß nach über zehnjähriger Verhandlungsdauer im Anschluß an das Gespräch das Binnenschiffahrtsabkommen unterzeichnet werden könne – endlich!

Hinsichtlich der menschlichen Kontakte pflichte er dem Bundeskanzler grundsätzlich bei. Gerade im Reiseverkehr und beim Tourismus sei die tsl. Seite bereit, mehr zu tun. Erleichterungen im Grenzregime seien bereits beschlossen oder geplant (Tagesvisa, Transitvisa mit 48 Stunden Gültigkeitsdauer usw.). Ab 1. Januar 1989 werde am Übergang Waidhaus der Sichtvermerk unmittelbar erteilt werden können. Weitere Überlegungen seien im Gang, so etwa in Frage von Journalistenvisen, die künftig in der Regel ohne Rückfrage in Prag erteilt werden könnten. In der Frage der sofortigen Sichtvermerkserteilung wolle er an die Gegenseitigkeit erinnern.

Zu menschlichen Kontakten gehöre auch der gegenseitige Informationsfluß. Die ČSSR habe nunmehr aufgehört, Sendungen der Deutschen Welle zu stören. Darüber habe man fünf Jahre diskutiert, jetzt sei die Entscheidung getroffen. (Exkurs: Bisher haben Störungen nur im Bereich Prag, nicht aber im übrigen Lande gewirkt.)

In Fragen der Familienzusammenführung seien jetzt Entscheidungen gefallen, künftig großzügiger vorzugehen.[30] Die bisherige Haltung habe in der Tat den Eindruck hervorgerufen, daß die tsl. Seite zu dogmatisch, ohne Verhältnis zu humanitären Fragen an die Dinge herangegangen sei.

Er wolle den Bundeskanzler jedoch auch darum bitten, diese Dinge von deutscher Seite vernünftig anzugehen (Beispiel: Entscheidung über Aufenthalt und Sorgerecht von Kindern).

Auf der tsl. Wunschliste stehe auch noch die Befreiung von Diplomaten- und Dienstpässen von der Sichtvermerkspflicht – jedoch wolle er die heutigen Verhandlungen nicht mit dieser Frage belasten.

Der Bundeskanzler habe (sc.[31] im vorangehenden Vieraugengespräch) die Lage der katholischen Kirche in der ČSSR und das Verhältnis Prags zum Vatikan angesprochen. Er – Ministerpräsident Štrougal – wolle auf folgendes hinweisen:

30 In einer Aufzeichnung des Referats 513 vom 15. Dezember 1987 wurde zur Ausreise von Deutschstämmigen aus der ČSSR ausgeführt: „Wird der Ausreisewille in der ČSSR bekundet, ist, wenn auch nicht ohne Schwierigkeiten, meist mit der Ausreisegenehmigung zu rechnen. Grundsätzliche Probleme bestehen nicht. Härten entstehen allerdings in Fällen der Familienzusammenführung mit Personen, die ohne Genehmigung der tschechoslowakischen Behörden im Bundesgebiet Wohnsitz genommen haben und deren Auslandsaufenthalt daher […] zu legalisieren ist durch a) Bewilligung eines Daueraufenthalts im Ausland (nach fünfjähriger Wartezeit unter bestimmten Voraussetzungen) oder b) Entlassung aus dem tschechoslowakischen Staatsverband (unter bestimmten Voraussetzungen).“ Vgl. Referat 214, Bd. 139630.
In einer Aufzeichnung des Referats 510 vom 15. Dezember 1987 wurde aus den Konsultationen mit der ČSSR über Rechtshilfefragen festgehalten: „Die tschechoslowakische Seite wies darauf hin, daß man als Folge der Konferenz von Helsinki allen Bürgern, die sich illegal im Ausland aufhielten, die Möglichkeit geben wolle, ihr Rechtsverhältnis zur ČSSR durch Entlassung aus der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft oder durch Legalisierung ihres Aufenthaltes zu regeln. […] Die lange Dauer des Verfahrens beruhe auf dem Umstand, daß vor einer Antragstellung die Strafe, die aufgrund des illegalen Auslandsaufenthaltes verhängt worden sei, im Gnadenwege vom Präsidenten der ČSSR erlassen worden sein müsse. […] Dem Vernehmen nach soll eine Reduzierung der Fünf-Jahres-Frist auf drei Jahre bereits geplant sein.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139630.

31 Scilicet.

Zur Zeit bereise Erzbischof Colasuonno mit Delegation das Land.[32] Bei den Gesprächen und Verhandlungen gehe es insbesondere um die Besetzung vakanter Bischofssitze. Was man vereinbaren werde, könne er z. Zt. noch nicht sagen, glaube aber, daß man etwas Konkretes vereinbaren werde, wenn nicht sofort, dann in absehbarer Zeit. Auch gebe es das Problem des Bibeldrucks und Herausgabe anderer religiöser Schriften.

Die Tschechoslowakei habe mit dem Vatikan nie besonders enge Beziehungen gehabt, auch nicht zur Zeit der ersten Republik. Dabei wolle sein Land sich nichts Besonderes herausnehmen, sondern berufe sich lediglich auf das Recht des Staates – wie es bereits zur Zeit der österreich-ungarischen Monarchie bestanden habe –, bei der Bischofsernennung mitzureden. Jetzt kämpfe der Vatikan für eine Liberalisierung dieser Politik. Er – MP Štrougal – entgegne, man solle sich auf beiden Seiten tolerant verhalten. Als Fortschritt wolle er jedenfalls werten, daß beide Seiten – im Gegensatz zu früher – sich jetzt mit dem Willen zur Einigung gegenübersäßen. Die Atmosphäre sei nicht schlecht. Man wolle jedoch derzeit darüber nichts veröffentlichen, um die Verhandlungen nicht zu beeinflussen. Wenn sich aber etwas zum Positiven ändern sollte, könne er – der Bundeskanzler – dies als Ergebnis seines Besuchs ausgeben.

Möglicherweise werde Kardinal Tomášek ein anderes, pessimistischeres Bild entwerfen.[33] Der Kardinal habe dafür seine Gründe. Er – MP Štrougal – wolle aber offen sagen: Die ČSSR habe keinen Grund, die Kirche zu unterdrücken. Wenn es so ausgesehen haben sollte, sei dies ein Mißverständnis, und zwar wahrscheinlich auf beiden Seiten.

Tatsächlich habe es in den letzten Jahren gewisse Fortschritte gegeben, und auch der Vatikan habe dazu beigetragen. Der jetzige Papst[34], der ja selbst Slawe sei, kenne die Tschechen und Slowaken sehr gut. Jetzt sei die Zeit, Kompromisse zu schließen. Die tsl. Regierung sei dazu bereit.

Die heute angesprochenen Projekte der bilateralen Zusammenarbeit – so MP Štrougal weiter – sollten nun von den Experten, sei es im Rahmen der Gemischten Kommission oder in Kontakten der beiden Außenministerien, weitergeprüft werden. Wichtig sei, daß es nicht bei Worten und Ergebnissen auf dem Papier bleibe. In diesem Sinn pflichte er dem Bundeskanzler bei, daß sein Besuch und

32 Botschafter Schattmann, Prag, berichtete am 23. Januar 1988, der Erzbischof von Prag, Kardinal Tomášek, habe ihm am Vortag erklärt: „Seit dem 20.1. hält sich eine Delegation des Vatikan (Sondernuntius Erzbischof Francesco Colasuonno und Pater John Bukovsky vom Staatssekretariat) zu Verhandlungen mit der Regierung in der ČSSR auf. Wie der Kardinal betonte, gibt es bisher keine konkreten Ergebnisse: In der Frage von Bischofsernennungen für die zehn vakanten der insgesamt 13 Bistümer sei man kaum vorangekommen. Allenfalls die Ernennung von Weihbischöfen für die Erzdiözesen Prag, Olmütz und Tyrnavia (Trnava in der Slowakei) zeichne sich bisher ab (allerdings hat weder der Kardinal noch ein anderer Vertreter der kath. Kirche der ČSSR an den Gesprächen […] teilgenommen).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 139; Referat 214, Bd. 139630.

33 Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix vermerkte am 28. Januar 1988 zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 26./27. Januar 1988 in der ČSSR: „Im Gepräch mit Kardinal Tomášek gab dieser eine bedrückende Schilderung der Lage der katholischen Kirche in der ČSSR (10 von 13 Bischofsstühlen vakant, Überalterung des Klerus, staatliche Beschränkungen bei der Ausbildung und Kontrolle des Priesternachwuchses). Er unterstrich mehrfach seinen Dank für die moralische Unterstützung durch den Besuch des BK.“ Vgl. Referat 214, 139631.

34 Johannes Paul II.

die hier besprochenen konkreten Anregungen in der Tat einen gewissen Meilenstein, einen Wendepunkt für die Zukunft darstellen.

Er sage dies nicht nur im bilateralen Verhältnis, sondern wegen der breiteren europäischen Auswirkung. (Folgt knapper Exkurs zu den Abrüstungsverhandlungen; MP Štrougal würdigt dabei Entscheidung des Bundeskanzlers hinsichtlich der Pershing I a[35] als „mutig" – sie werde vor der Geschichte bestehen. Ferner erwähnt MP Štrougal die tsl. Vorschläge über chemiewaffen- und atomwaffenfreie Zonen in Mitteleuropa.[36])

Der *Bundeskanzler* schlägt MP Štrougal vor, daß die beiderseitigen Mitarbeiter sich im Laufe des zweiten Besuchstages auf eine Liste von Projekten einigen, die man dann unmittelbar in Angriff nehmen werde. Dann sollten die beiden Regierungschefs, sei es durch Repräsentanten oder durch Schriftwechsel, im August/September 1988 eine Erfolgskontrolle durchführen.[37]

MP Štrougal ist einverstanden und erinnert daran, daß es zwischen Bonn und Prag auch Telefonverbindungen gebe.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73

35 Vgl. dazu die Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 26. August 1987 zu den INF-Verhandlungen in Genf; Dok. 22, Anm. 7.

36 Zum Vorschlag der ČSSR und der DDR für eine chemiewaffenfreie Zone vgl. Dok. 8, Anm. 16.
In einer Aufzeichnung der Botschaft in Prag vom 12. Januar 1988 wurde ausgeführt: „Die ČSSR hat (zusammen mit der DDR) der Bundesrepublik Deutschland vorgeschlagen, dreiseitige Verhandlungen über eine chemiewaffenfreie Zone (Sept. 1985) und einen kernwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa (April 1987) aufzunehmen. Wir haben den CW-Vorschlag mit dem Hinweis abgelehnt, daß wir für ein allein sinnvolles globales CW-Verbot eintreten. ‚Als Ersatz' verhandeln wir im Dreierkreis mit ČSSR und DDR am Rande der Genfer CD-Konferenz über offene Fragen eines weltweiten CW-Abkommens. Auf den K[ern]W[affen]-Korridor-Vorschlag haben wir noch nicht geantwortet und schon dadurch signalisiert, daß wir den Vorschlag nicht befürworten." Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 71 des Botschaftsrats I. Klasse Metzger, Prag, vom 13. Januar 1988; Referat 214, Bd. 139911.

37 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek am 29. August 1988; Dok. 240.

34

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder

412-424.02/6 **26. Januar 1988**

Über Dg41[1], D4[2], Herrn Staatssekretär[3] Herrn Bundesminister[4] zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung zu 5)

Betr.: Weiterer Ausbau des EWS;
hier: Brief des französischen Finanzministers Balladur an BM Stoltenberg vom 4.1.1988[5]

Bezug: Ihre Weisung vom 17.1.1988[6]

Anlg.: 1 (nur bei Original)[7]

I. 1) Balladur nennt in seinem Memorandum „Der währungspolitische Aufbau Europas“ (s. Anlage) zwei Mängel des EWS in seiner derzeitigen Form:

1 Hat Ministerialdirigent Trumpf am 27. Januar 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich sende dies wegen der aktuellen Pressediskussion weiter, ohne Rückkehr von D4 abzuwarten, der aber noch um seinen Kommentar gebeten werden sollte.“
Hat Ministerialdirektor Jelonek am 16. Februar 1988 in einer weiteren Ausfertigung vorgelegen, der für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schönfelder handschriftlich vermerkte: „1) Diese Art Vorlage bitte stets mit meiner Unterschrift (ggf. liegen lassen!). 2) Wie steht es mit den Überlegungen zur Beauftragung eines kleinen Expertengremiums?“ Vgl. die beigefügte Kopie der Seite 1 der Aufzeichnung; Referat 412, Bd. 168786.

2 Alois Jelonek.

3 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 28. Januar 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herr Gleske (Mitglied des Direktoriums der Bundesbank), den ich lange kenne, rief mich heute an, auch um etwas über unsere Überlegungen zum EWS zu hören. Er ist an einem intensiven Gespräch interessiert u. wir haben ins Auge gefaßt, daß ich etwa im März die Bundesbank besuche (unter dem Stichwort ‚Wieder-Antrittsbesuch‘) u. wir Meinungen betr[effs] des EWS austauschen, möglichst zusammen mit dem Präsidenten Pöhl.“
Zum Passus „wir haben … die Bundesbank“ vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „r[ichtig]“.

4 Hat Bundesminister Genscher am 7. Februar 1988 vorgelegen, der für Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich vermerkte: „Ich bitte ein Memorandum zu verfassen, das auf eine Europ[äische] Zentralbank hinzielt. Es wäre gut, wenn es bis 10.3. vorliegen könnte.“

5 Mit Schreiben vom 17. Januar 1988 übermittelte der französische Finanzminister Balladur das Memorandum „Der währungspolitische Aufbau Europas“. In seinem Schreiben nahm er die seit dem 19. Oktober 1987 aufgetretenen „Störungen an den Devisen- und Effektenbörsen“ zum Anlaß, Bundesminister Stoltenberg Schritte nahezulegen, „um mit allen Mitteln die wirtschafts- und währungspolitische Organisation des Europas der Zwölf voranzutreiben. Wir müssen uns stets vor Augen halten, daß jedes der betroffenen Länder zumindest die Hälfte seines Außenhandels auf dem Gemeinsamen Markt abwickelt. Die Stabilität der Kursrelationen innerhalb dieser Zone ist damit von vorrangiger Bedeutung. Deshalb scheint mir der Augenblick gekommen, zu einem neuen Fortschritt bei der Stärkung des Europäischen Währungssystems anzusetzen.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168786.

6 Gesandter Schmitz, Paris, informierte am 14. Januar 1988 über ein Interview des französischen Finanzministers mit der Tageszeitung „Le Figaro“ vom selben Tag. Balladur habe dabei „das an seine europäischen Kollegen gerichtete Memorandum zu Währungsfragen“ erläutert.“ Am 17. Januar 1988 vermerkte Bundesminister Genscher dazu handschriftlich: „Ich bitte das Memorandum zu besorgen und zu bewerten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 116; Referat 412, Bd. 168786.

7 Dem Vorgang beigefügt. Für das mit dem Schreiben des französischen Finanzministers Balladur vom 4. Januar 1988 an Bundesminister Stoltenberg übersandte Memorandum „La Construction Monétaire Européenne“ vgl. Referat 412, Bd. 168786. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION, S. 337 f.

– die Asymmetrie des Systems (die Last der Anpassung liege bei dem Land, das unter Abwertungsdruck stehe) und
– die Sonderstellung von GB, I, GR, E und P.

Er schlägt vor,

– kurzfristig das EWS innerhalb der bestehenden institutionellen Grenzen auszubauen durch
  – Beitritt GBs zum Wechselkursmechanismus und Verengung der Bandbreiten für Italien,
  – vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs in der Gemeinschaft[8],
  – Verringerung der Asymmetrie durch
    – gemeinsame Festlegung der großen währungs- und wirtschaftspolitischen Ziele,
    – Diversifizierung der Reserveguthaben unter Einbeziehung von ECU,
    – Verteilung der Finanzierungslast von Interventionen auch auf Währungen mit Aufwertungstendenz,
    – Schaffung eines geordneten Rahmens für Währungsbeziehungen mit Drittwährungen in Form von regelmäßigeren und systematischeren Konsultationsverfahren;
– langfristig in der Perspektive und Logik der Schaffung des Binnenmarktes die Errichtung einer Zone mit
  – einheitlicher Währung und
  – gemeinsamer föderativ aufgebauter Zentralbank.

II. 1) Die kurzfristigen Vorschläge Balladurs wiederholen schon bekannte französische Vorstellungen. Sie sind teilweise sinnvoll (Aufhebung der Sonderstellung von GB, I; Kapitalmarktliberalisierung, Koordinierung der Wirtschaftspolitiken), teilweise gehen sie in die falsche Richtung (Diversifizierung der Reserveguthaben; Verteilung der Finanzierungslast von Interventionen).

2) Beachtung gefunden haben vor allem seine langfristigen Vorschläge.

Sie sind vor dem Hintergrund zunehmender Kritik hochrangiger Vertreter der deutschen Wirtschaft an der passiven Haltung der Bundesregierung (in Gesprächen ausdrücklich ausgenommen: BM Genscher) in Fragen der Weiterentwicklung des EWS zu sehen.

In einem im „Handelsblatt“ am 31.12.1987 erschienenen Artikel gibt der Vorsitzende des Vorstandes der Commerzbank AG, Seipp, die in der Wirtschaft vorherrschende Stimmung wieder:

„Es geht heute um die institutionelle Fortentwicklung des EWS in Richtung auf eine europäische Zentralbank oder doch zumindest um eine Art Federal Reserve System, das die bestehenden Zentralbanken der EG stark zusammenfassen würde. ... Auf jeden Fall müssen jetzt auch einmal von deutscher Seite konstruktive Vorschläge zur Fortentwicklung der europäischen Währungsintegration gemacht werden. Das EWS geht zwar auf eine deutsch-französische Initiative zurück, wir haben uns aber in den letzten Jahren in einer rein defensiven Posi-

8 Zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs in den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 180.

tion befunden. Vorschläge der Partner wurden abgelehnt oder mit Abstrichen als Kompromiß gebilligt, selten aber eigene Konzepte vorgelegt. Die deutsche EG-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1988 bietet eine Gelegenheit, hier eine Wende einzuleiten."[9]

3) Am zurückhaltendsten gegenüber solchen Vorstellungen ist der BMF.[10] Auch Bundeskanzler Kohl hat auf die Balladur-Vorschläge zurückhaltend reagiert.[11] Die Schaffung einer europäischen Zentralbank sei ein Endziel. Sie sei nicht eine Frage des politischen Willens, sondern realistischer Einschätzung dessen, was möglich sei.

4) Die Bundesbank denkt erheblich konstruktiver. Dies kam in bemerkenswerten öffentlichen Äußerungen von Bundesbankpräsident Pöhl[12], Direktoriumsmitglied Prof. Köhler[13] sowie Mitgliedern des Zentralbankrats zum Ausdruck, aber auch in internen Papieren. In einem für Präsident Pöhl gefertigten Memorandum zum Balladur-Papier heißt es u. a.:

„Die Bundesbank darf sich nicht rezeptiv verhalten, wenn es darum geht, ihre Interessen im Integrationsprozeß wahrzunehmen. Es wird nicht zu verhindern sein – und ist im Grunde auch zu begrüßen –, daß von verschiedenen Seiten, insbesondere von französischer Seite, die Initiativen zum Ausbau der währungspolitischen Zusammenarbeit ergriffen werden."

Wegen des unstreitigen Zusammenhangs zwischen Notenbankautonomie und Preisstabilität vertritt die Bundesbank aber mit Nachdruck (und zu Recht) die Forderung, daß für den Entwurf einer europäischen Notenbank nur ein sowohl personell als auch funktionell unabhängiges Notenbanksystem in Frage komme[14].

9 Vgl. dazu den Artikel „Es mangelt an EG-Bewußtsein"; HANDELSBLATT vom 31. Dezember 1987, S. 23.

10 Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), berichtete am 10. Februar 1988 über die EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) am Vortag in Brüssel: „Memorandum des F-Finanzministers Balladur über das Europäische Währungssystem: […] Präs[identschaft] (BM Dr. Stoltenberg) betonte die hohe Priorität der Kapitalverkehrsliberalisierung für die Errichtung des Binnenmarktes. Er warnte nachdrücklich davor, eine rasche Entscheidung über die Kom.-Vorschläge dadurch zu erschweren, daß man sie mit der Lösung anderer, mit der Liberalisierung entfernter zusammenhängender Fragen wie Steuerprobleme oder der Weiterentwicklung des EWS verbinde. Es wurde vorgesehen, das Memorandum von F[inanz]M[inister] Balladur dem Währungsausschuß zu überweisen. Vor dem ER von Hannover will ECOFIN-Rat auf seiner Juni-Tagung erneut das Thema behandeln." Vgl. den Drahtbericht Nr. 378; Referat 412, Bd. 168786.

11 Zur Reaktion des Bundeskanzlers Kohl auf die währungspolitischen Vorschläge des französischen Finanzministers Balladur vgl. den Artikel „Die Kehrseite der Integration"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 27. Januar 1988, S. 13.

12 Bundesbankpräsident Pöhl erläuterte seine Haltung zum Ausbau des EWS in einem Presseinterview. Vgl. dazu den Artikel „‚Da werden wirklich Nägel mit Köpfen gemacht'"; DER SPIEGEL vom 31. August 1987, S. 51–62.

13 Am 25. November 1987 notierte Vortragender Legationsrat Schönfelder, das Mitglied des Direktoriums der Bundesbank, Köhler, habe am 12. November 1987 zur Weiterentwicklung des EWS erklärt: „Die Liberalisierung des Kapitalverkehrs betreffe die Bereiche der Finanz-, Zins- und Geldpolitik. Kooperationsnotwendigkeit ergebe sich vor allem in der Zinspolitik. […] Im Rahmen der Zins- und Geldpolitik könne eine neu zu gründende Institution, die Nukleus einer späteren Europäischen Zentralbank sein könnte, wichtige Koordinationsaufgaben wahrnehmen. Diese Institution hätte die notwendigen Analysen zu erstellen, die Kooperation zu fördern und den nationalen Zentralbanken Empfehlungen zu geben. Das Gremium, das darüber entscheiden würde, sollte von den nationalen Regierungen ernannt werden, aber von Weisungen dieser Regierungen unabhängig sein. Es könne aus den Zentralbankgouverneuren jedes Mitgliedslandes gebildet werden, das die Regeln des Interventionsmechanismus des EWS voll akzeptiert hat." Vgl. Referat 412, Bd. 168785.

14 Der Passus „daß für … in Frage komme" wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

Für weitgehend autonome Notenbanken, wie die deutsche und die niederländische, sei es nicht akzeptabel, währungspolitische Zuständigkeiten auf nicht autonome Gemeinschaftsinstanzen zu übertragen.

5) Das Auswärtige Amt hat seit langem die Linie vertreten, daß Fortschritte bei der Währungsintegration, vor allem solche, die über den jetzigen institutionellen Rahmen hinausgehen würden, Hand in Hand gehen müssen mit einer entsprechenden Konvergenz der Wirtschaftspolitiken. Konvergenzfortschritte hat es in den letzten Jahren – nicht zuletzt wegen der Existenz des EWS – ohne Zweifel in erheblichem Maße gegeben. Diese Gelegenheit dürfen wir nicht verstreichen lassen.

Balladur weist zu Recht darauf hin, daß wir uns nicht mit den in Nyborg[15] erreichten Fortschritten begnügen dürfen, wenn das System nicht Gefahr laufen soll, sich zurückzuentwickeln.

Nach den Beschlüssen von Basel[16] und Nyborg ist der Spielraum für weitere Fortschritte ohne neue institutionelle Vorkehrungen nur noch gering. Wir sollten deshalb Ihre vor dem Europäischen Parlament vertretene offensive Linie weiterverfolgen.[17] Konkret heißt dies, daß wir darauf hinarbeiten[18] sollten, daß der Europäische Rat Hannover[19] sich mit dem Ausbau des Europäischen Währungssystems befassen sollte.

Wir können sicherlich nicht davon ausgehen, daß es innerhalb unserer Präsidentschaft möglich sein wird, konkrete Schritte in Richtung auf Schaffung einer europäischen Zentralbank zu vereinbaren. Ein großer Erfolg wäre aber bereits erreicht, wenn wir alle Beteiligten dazu bewegen könnten, endlich auch wieder konkret über den weiteren institutionellen Ausbau des EWS zu sprechen. Dies könnte auf der Basis der von Balladur in seinem Papier gestellten Fragen geschehen:

15 Am 12./13. September 1987 fand in Nyborg die EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) statt. Dabei wurden Maßnahmen zur Stärkung des EWS verabschiedet. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 9/1987, S. 12–14.

16 Vortragender Legationsrat Schönfelder notierte am 18. September 1987 zu den Beschlüssen der Notenbank-Präsidenten der EG-Mitgliedstaaten am 8. September 1987 in Basel: „Die EG-Finanzminister haben auf ihrer informellen Tagung am 12./13. September 1987 in Nyborg/Dänemark die Übereinkunft der Präsidenten der EG-Zentralbanken vom 8. September 1987 bestätigt. […] Die Notenbanken haben ihre Vereinbarungen in eigener Zuständigkeit und Verantwortung getroffen. Einer formellen Billigung von dritter Seite bedurfte es nicht. Die Finanzminister haben den Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen. […] Die Zustimmung der Bundesbank zur Einbeziehungen intramarginaler Interventionen in den Mechanismus der sehr kurzfristigen Finanzierung im E[uropäischen]F[onds für]W[ährungspolitische]Z[usammenarbeit], der normalerweise nur für die Finanzierung obligatorischer Interventionen vorgesehen ist, war allerdings eine Konzession, weil sie von geldpolitischer Relevanz ist und insofern die monetäre Politik der Bundesbank berührt. Die Finanzierung intramarginaler Interventionen (in erster Linie DM-Verkäufe) über den EFWZ bedeutet de facto eine Kreditgewährung und Geldschöpfung der Bundesbank. Derartige Kreditgewährungen sind deshalb nur in den Grenzen möglich, die mit den geldpolitischen Zielen der Bundesbank vereinbar sind. Die Bundesbank hat sich energisch gegen jeden Automatismus bei den intramarginalen Interventionen gewehrt.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168785.

17 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 20. Januar 1988 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg vgl. BULLETIN 1988, S. 61–67.

18 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das bezieht sich zunächst auf die Herbeiführung einer Meinung der Bundesregierung (u. dann der Bundesbank).“

19 Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 in Hannover vgl. Dok. 191.

– Gibt es für die Verwirklichung der einheitlichen Währungszone Vorbedingungen technischer Art?
– Wäre ein schrittweiser Anschluß der Länder möglich, die nicht in der Lage sind, ebenso schnelle Fortschritte zu erzielen wie die anderen?
– Falls man sich in Richtung auf eine Einheitswährung orientieren sollte, müßte diese durch einen Währungskorb definiert werden?
– Würde man im europäischen Raum ein oder mehrere Zahlungsmittel in Umlauf setzen?
– Müßte sofort eine Einheitszentralbank errichtet werden?
– Welches wären ihre Befugnisse?
– Wie würden ihre Beziehungen zu den politischen Organen der Gemeinschaft und zu den nationalen Währungsbehörden geregelt?

Schönfelder

Referat 412, Bd. 168786

35

Botschafter Stabreit, Pretoria, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 51 **Aufgabe: 26. Januar 1988, 12.20 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 26. Januar 1988, 15.27 Uhr**

Betr.: Reise des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß nach Südafrika und Mosambik[2]

Bezug: DB Nr. 37 vom 22.1.1988 – Pol 321.32 SUA[3]

Am 25.1.1988 fand um 9.00 Uhr früh das zweite Gespräch des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß mit Präsident Botha statt. An ihm nahmen von südafrikanischer Seite lediglich AM Botha, GS van Heerden und Botschafter Retief

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 10.
Hat Legationsrat I. Klasse Gühlcke vorgelegen.

2 Der bayerische Ministerpräsident Strauß hielt sich am 20. und vom 23. bis 27. Januar 1988 in Südafrika auf, am 21./22. Januar besuchte er Mosambik und am 28./29. Januar 1988 Namibia.
Botschafter Stabreit, Pretoria, resümierte am 1. Februar 1988, die südafrikanische Regierung sehe „den Besuch als hochwillkommene Unterbrechung des Besuchsostrazismus an, dem sie im allgemeinen unterworfen ist und unter dem sie, wie auch jetzt aus einer Reihe von Bemerkungen hervorging, leidet. Sie nutzte deshalb jede Gelegenheit, den MP für ihre Thesen in Anspruch zu nehmen und, im übertragenen Sinne, als Freund zu umarmen. […] Es ist bedauerlich, daß das von Regierung und Medien verstärkte einseitige Bild des Besuches völlig in den Hintergrund treten ließ, daß MP Strauß sich nicht nur für die Abschaffung der beiden erwähnten Gesetze (beides die zentralen Säulen der Rassentrennung) eingesetzt hat, sondern auch gegen die Verschärfung der Gewerkschaftsgesetzgebung und gegen das Gesetz, mit dem Unternehmer gezwungen werden sollen, am Zwangseinzug von Mieten mitzuwirken, ausgesprochen hat. Gleiches wird […] für seine beachtenswerten Bemühungen gelten, die südafrikanische Regierung zur Entlassung einer Reihe inhaftierter Oppositionsangehöriger zu veranlassen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 65; Unterabteilung 32, Bd. 156673.

3 Für das Fernschreiben des Botschafters Stabreit, Pretoria, an das Auswärtige Amt vgl. Dok. 28.

teil. Auf deutscher Seite nahmen die Herren Lengl, von Waldenfels, Bötsch, Wiesheu, Scharnagl, Piller, Frühauf, Amstätter, Hohlmeier, Dr. Vötter und Dr. Schmidt sowie ich selbst teil. Ministerpräsident Strauß war bereits am Abend zuvor mit Begleitern aus der Kalahari zurückgekehrt, die übrige Delegation von der Mabula Wildfarm. In der Kalahari hatte Ministerpräsident Strauß, wie die Botschaft aus dem Fernsehen erfuhr, Jonas Savimbi getroffen. Auf dem Rückweg hatte er Station in Mmabatho (Bophuthatswana) gemacht.[4] Er traf sich noch am Abend des 24.1. erneut mit AM Pik Botha zu einem nicht sehr langen Gespräch, an dem ich jedoch nicht teilnahm.

Präsident Botha war offensichtlich bereits von AM Botha unterrichtet worden, da er sich gut vorbereitet zeigte. Er eröffnete das Gespräch mit der Bemerkung, auch an diesem Tage noch sei MP Strauß ein gern gesehener Gast. Er hoffe, der MP habe sein Bild des südlichen Afrika vervollständigen können. Er wolle dem MP gern hinsichtlich dessen zuhören, was er über Mosambik zu sagen habe. Im übrigen wolle er selbst etwas zu Themen sagen, die der MP angeschnitten habe.

MP Strauß schilderte dann seine Gespräche mit der mosambikanischen Führung (ich kann hier insoweit auch auf die Berichterstattung der Vertretung Maputo verweisen[5]). Sein über vierstündiges Gespräch mit Präsident Chissano bezeichnete er als „very controversial, partially vehement", gegen Ende jedoch in friedliche Bahnen verlaufend. Chissano habe ihn gebeten, Präsident Botha einige Vorschläge zu übermitteln.

MP Strauß schilderte zunächst seine Eindrücke aus Maputo (eine Verwaltung, die die Kontrolle weitgehend verloren habe, totale Unsicherheit schon wenige

4 Vortragender Legationsrat Hiller führte am 29. Januar 1988 zum Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß in Bophuthatswana aus: „Die südafrikanische Homeland-Politik ist ein Kernbereich der ‚Großen Apartheid'. Sie wird von der Bundesregierung und der internationalen Staatengemeinschaft strikt abgelehnt. Danach kommen weder Anerkennung der Homelands noch offizielle Kontakte mit Homelandführern in Betracht. […] MP Strauß wurde in Bophuthatswana von den Repräsentanten dieses Homelands mit Staatsprotokoll (militärischen Ehren und Abspielen der Nationalhymne) empfangen. Er unterstrich öffentlich, daß er und seine politischen Freunde die Unabhängigkeit Bophuthatswanas befürworten. Strauß machte aber auch darauf aufmerksam, daß eine offizielle Anerkennung Bophuthatswanas durch die Bundesregierung nicht durchsetzbar sei. Staatssekretär Lengl hatte zuvor in Maputo erklärt, daß die Homelands ‚freie und unabhängige Länder' seien. Strauß ergänzte dazu: ‚Die DDR könnte sich glücklich schätzen, über soviel Unabhängigkeit zu verfügen wie diese Länder.'" Vgl. Referat 012, Bd. 138669.

5 Legationsrat I. Klasse Scholz, Maputo, unterrichtete am 22. Januar 1988 über den Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß am 21./22. Januar 1988 in Mosambik. Über dessen Gespräch mit dem mosambikanischen Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Veloso, teilte er mit: „In einem zweistündigen Gespräch gab der als einflußreich, intelligent, gut informiert und umgänglich zu bezeichnende, aber als ideologischer Hardliner bekannte weiße Minister eine zusammenfassende Darstellung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Diese seien vor allem durch den raschen Abzug der Portugiesen nach der Unabhängigkeit eingeleitet und durch die RENAMO-Aktivitäten verstetigt worden. […] Verhandlungen der Regierung mit der RENAMO kämen aus seiner Sicht nicht in Frage, da diese als Terroristenbande keinerlei Rückhalt im Volke besitze, kein Programm vorweisen könne, niemanden repräsentiere und überdies ebenso wenig wie die Regierung zu einer militärischen Lösung in der Lage sei. Er verwies auf das verabschiedete Amnestie-Gesetz, das die Reintegration reuiger Rebellen garantiere". Zum Gespräch mit dem mosambikanischen Verteidigungsminister Chipande stellte Scholz fest: „Das Gespräch verlief im Stile einer bizarren Theatervorstellung mit dem Minister als Alleinunterhalter. Er ging auf keinerlei Fragen der deutschen Delegation ein und gab stereotype Statements propagandistischer Natur ab, die sich bis zu Verleumdungen der Bundesrepublik Deutschland als einem Land, das die RENAMO unterstütze, steigerten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 25; Referat 012, Bd. 138669.

Kilometer außerhalb der Stadt, eine ruinierte und darniederliegende Wirtschaft). Ein zentraler Punkt der Gespräche war die RENAMO. Dabei habe es zunächst so ausgesehen, als könne die mosambikanische Führung, insbesondere der von MP Strauß wenig schmeichelhaft beurteilte Armeechef[6], den Gegner nicht einmal nach seiner Zahl abschätzen. Erst der Präsident habe ihm konkrete Ziffern (22000 Full-time-Kämpfer, etwa 7000 Wochenend-Guerillas) genannt. Präsident Chissano habe zunächst mit „prefabricated opinions" argumentiert. Die RENAMO sei eine Bande von bewaffneten Banditen, Südafrika stehe hinter ihnen, der Zustand der Wirtschaft gehe auch auf die Portugiesen zurück, die das Land nicht entwickelt hätten und dann plötzlich Knall und Fall abgezogen seien, u. ä. m. Er habe dann aber darauf hingewiesen, daß er vom Staatskapitalismus wegkommen wolle und sich dem „private enterprise", zunächst in Form kleinerer Betriebe, zuwenden wolle. Er, MP Strauß, habe ihm geantwortet, unter den gegebenen Bedingungen werde er kaum jemand finden, der sein Geld nach Mosambik trage. Er habe Chissano gefragt, ob er hinsichtlich der RENAMO eine politische oder eine militärische Lösung suche. Chissano habe geantwortet: „Ich suche eine Lösung." Auf die Frage, ob er sich ein Treffen mit RENAMO vorstellen könne, habe die Antwort gelautet: „Mit wem dort?"

Für ihn, Strauß, sei interessant gewesen, daß Chissano hinsichtlich des Grundes für die Gegnerschaft nicht auf ideologische Differenzen verwiesen habe. Gleichfalls interessant sei gewesen, daß er zunächst die Südafrikaner als Stütze der RENAMO bezeichnet, später im Gespräch aber eine andere Meinung vertreten habe. Es seien nicht so sehr die Südafrikaner, als insbesondere Kreise in Portugal, Brasilien, aber auch in den USA, die die RENAMO unterstützten. Als Chissano auch die Bundesrepublik Deutschland genannt habe, habe er sehr heftig reagiert. Eine solche Unterstützung gebe es nicht. Die mosambikanische Führung setze jetzt offenbar ganz auf das Amnestiegesetz. Die Erfolge seien noch sehr begrenzt, aber in etwa einem Jahr hoffe man, das Gesetz breit akzeptiert zu sehen. RENAMO werde nicht förmlich aufgeben, aber es genüge, wenn die Mehrzahl der Guerillas dies tue.

Was SA angehe, so seien sich Mosambikaner im klaren, daß man diesen starken Nachbarn benötige. Die Sicherheitskommission des Nkomati-Abkommens[7] habe nicht funktioniert. Jetzt gebe es aber das Liaison Komitee, bei dem der Armeechef auf mosambikanischer Seite den Vorsitz haben werde. Maputo wünsche, daß sich auch Südafrika auf höchstmöglicher Ebene vertreten lasse.

Man müsse darüber sprechen, wo, wann und durch wen das Nkomati-Abkommen verletzt worden sei. Dann käme auch ein Treffen mit Präsident Botha in Betracht.[8]

An konkreten Projekten hätten auch die Mosambikaner die Wiederherstellung des Hafens Maputo, die Wiederherstellung der Cabora-Bassa-Stromleitung und die Wiederherstellung der Eisenbahnlinie nach Johannesburg als Priorität im

6 Gesprächspartner des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß war der Verteidigungsminister Chipande.

7 Mosambik und Südafrika unterzeichneten am 16. März 1984 am Grenzfluß Nkomati ein Abkommen über Gewaltverzicht und gutnachbarliche Beziehungen (Nkomati-Abkommen). Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1352, S. 19–31. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 469–472.

8 Präsident Botha besuchte am 12. September 1988 Mosambik.

Auge. Chissano habe geäußert, er sage Ja zu einem Treffen mit Präsident Botha, aber hier müsse erst ein Anfang gemacht werden.

MP Strauß äußerte die Auffassung, die eine und andere Bemerkung Chissanos habe erkennen lassen, daß er sich vor seinen eigenen Leuten fürchte. Er habe mehrfach darauf hingewiesen, daß „I have to take account of public opinion". Es habe dann eine Diskussion über Wirtschafts- und Staatsform gegeben, bei der er, MP Strauß, ihm gesagt habe, es gebe kein Land, das durch den Marxismus nicht ruiniert worden sei. MP Strauß entwarf von Chissano ein sehr positives Bild. Er sei eloquent, sehr intelligent, dialektisch geschult. Es sei ihm auch zu glauben, wenn er sage, er müsse seinen Leuten etwas vorzeigen können, bevor er sich mit Präsident Botha treffe.

Was die von SA ins Spiel gebrachte Regionalkonferenz anbetreffe[9], so habe sie Chissano nicht rundweg abgelehnt, aber das Treffen mit Präsident Botha müsse ihr vorausgehen.

Präsident Botha antwortete, er stehe den drei Projekten positiv gegenüber. SA habe sie bereits in der Zeit der Portugiesen begonnen, ja selbst zu Zeiten Ohm Krügers habe man die Bahn nach Lourenço Marques als wichtig erkannt. SA organisiere niemand und schicke ihn über die Grenze, um Zerstörungen anzurichten. Mosambik tue dies mit dem ANC: Er habe dies schon mit Samora Machel diskutiert. MP Strauß fügte hinzu, die beiderseitigen Behauptungen müßten ausgeräumt werden, es dürfe sich nicht um einen Austausch von Monologen handeln. Jeder müsse die Fakten und Beweise auf den Tisch legen.

[10]Präsident Botha fuhr dann fort, solange die Welt SA nicht Glauben schenke, werde man im Lande keinen Fortschritt machen. „If they don't believe our word, no progress will be made." Schon jetzt verfalle das südliche Afrika („is going down the drain"). Statt den Ländern zu helfen, werde eine riesige konventionelle Bewaffnung in das südliche Afrika geworfen, die Südafrika das Leben schwer mache. Die meisten Leute, die von Apartheid sprächen, wüßten nicht, wovon sie redeten. Botha zitierte hier eine längere Passage aus dem, was er angeblich der EG-Ministerdelegation[11] gesagt hatte.

Er sitze hier mit einer Geschichte von dreihundert Jahren im Rücken, die gewisse Fundamente gelegt habe. Erst seit 40 Jahren sei die National Party an der Macht. Langsam bewege man sich von den Säulen des britischen Systems weg. Andere Länder hätten Hunderte von Jahren benötigt, um ihre Verfassung herauszubilden. Hier solle alles sofort gehen. Auf die Bemerkung von MP Strauß, es gebe sogar Pressestimmen, die seinen, Strauß' Besuch als Unterstützung für

9 Zum Vorschlag des Präsidenten Botha vom 31. Januar 1986 vgl. Dok. 28, Anm. 11.

10 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 52 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

11 Vom 30. August bis 1. September 1985 besuchten die Außenminister Andreotti (Italien), van den Broek (Niederlande) und Poos (Luxemburg) sowie das EG-Kommissionsmitglied de Clercq im Rahmen der EPZ Südafrika. Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerz vermerkte am 11. September 1985, Poos habe berichtet, „die Gespräche mit der Regierung hätten keine präzisen Angaben über südafrikanische Reformabsichten ergeben. Die Regierung habe jedoch in Andeutung von einer ‚Teilung der Gewalt' und der Mitverantwortung gesprochen. Die südafrikanische Regierung sei sich bewußt, daß Änderungen eintreten müßten". Gerz notierte, de Clercq habe „seinen Eindruck als ‚Eindruck des Pessimismus'" bezeichnet: „Überall in Südafrika herrsche große Unsicherheit. Alle seien für Abschaffung der Apartheid, und alle seien überzeugt, daß dies schnell geschehen müsse. Aber es liege kein Konzept auf dem Tisch." Vgl. Referat 200, Bd. 134813.

die Apartheid[12] werteten, rief Präsident Botha: „They are behind things." Er habe diese Position schon lange verlassen und den Marsch in die Zukunft angetreten.

Präsident Botha beklagte den Boykott, der gegen ihn international verhängt sei. Man habe offenbar Furcht davor, daß er seine Sache öffentlich vortrage. Er sei im Westen nicht willkommen. Hier warf Ministerpräsident Strauß ein, auch er sehe darin eine Inkonsequenz, wenn gegenüber kommunistischen Machthabern ständig für Gesprächsbereitschaft und Flexibilität gepredigt werde, dies aber im Verhältnis zu den Weißen Südafrikas nicht gelten solle. Wir seien gegen den Kommunismus, aber wir sprächen mit den Kommunisten. Botha antwortete, wenn die westlichen Führer sich so oft träfen und über Afrika sprächen, warum man bei einer solchen Gelegenheit nicht einmal die Chefs aller Länder des südlichen Afrikas einlade, um sie ihren „case" darlegen zu lassen. Er kam an dieser Stelle noch einmal auf Mosambik zurück und äußerte, wenn man mit Samora Machel gesprochen habe, habe man mit ihm ganz gut auskommen können. Dann aber habe er plötzlich alles neu überdenken wollen, und beim nächsten Mal habe man von vorn anfangen müssen. Es seien die Leute im Hintergrund gewesen, die dafür verantwortlich waren.

Im Anschluß an das Gespräch zogen sich der Präsident und Ministerpräsident Strauß zu einem kurzen Vier-Augen-Gespräch zurück. Ich hatte am Morgen Gelegenheit gehabt, gegenüber dem Ministerpräsidenten zu einer Reihe von Einzelfällen, in denen er um Intervention gebeten war, Stellung zu nehmen. Ich habe meinerseits insbesondere den Fall Molobi vorgebracht. Ich gehe davon aus, daß er diese Angelegenheit, wie beabsichtigt, mit Präsident Botha aufgenommen hat.[13]

Es fand anschließend ein Treffen mit der Presse statt, auf dem Ministerpräsident Strauß kategorisch verneinte, mit einer Botschaft Gorbatschows nach Pretoria gekommen zu sein.[14] Er erläuterte ferner die Entwicklung der sowjetischen

12 Am 29. Januar 1988 vermerkte Vortragender Legationsrat Hiller zum Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß vom 20. bis 27. Januar 1988 in Südafrika und Mosambik: „Eine klare und entschiedene Absage an die Apartheid und ihre menschenrechtswidrigen Folgen ist während der gesamten Reise von seiten MP Strauß nicht erkennbar geworden. Die […] politisch etablierten Forderungen des Europäischen Rates und von Bundeskanzler Kohl in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 26. Dezember 1986 wurden von MP Strauß nicht aufgenommen (jedenfalls nicht offen erkennbar). Für die menschenrechtlichen und humanitären Anliegen der westlichen Welt hat sich Strauß – soweit bekannt – nicht eingesetzt. Hinzu kommt die einseitige Auswahl der Gesprächspartner. Keine Kontakte mit Vertretern der schwarzen Bevölkerungsmehrheit […] im Besuchsprogramm." Vgl. Referat 012, Bd. 138669.

13 Am 2. Februar 1988 unterrichtete Botschafter Stabreit, Pretoria, über Häftlingsfreilassungen im Zusammenhang mit dem Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß vom 23. bis 27. Januar 1988 in Südafrika: „Die Veröffentlichung des Briefes von AM Botha an den bayerischen MP, in dem die Freilassung von 14 politischen Gefangenen innerhalb einer Woche in Aussicht und zugleich mit der Freilassung von weiteren 99 Gefangenen in Zusammenhang gestellt wird, wird in hiesigen Oppositionskreisen als ‚durchsichtiges Manöver' kritisiert, mit dem die s[üd]a[frikanische] Regierung die Glaubwürdigkeit des MP erhöhen wolle. Begründet wird diese Kritik damit, daß die Entscheidung über die Freilassung der 99 Häftlinge bereits lange vor dem Besuch des MP gefallen sei, daß es sich bei der 14er Gruppe um weitgehend unbekannte Mitglieder von Studenten- und Community-Organisationen aus dem Transvaal handelt […]. Die laut Antwortschreiben ebenfalls erbetene Freilassung der prominenten Oppositionellen Eric Molobi, Moses Mayekiso, Vusi Khanyile und Raymond Suttner ist dagegen von der Regierung in erster Linie mit der Begründung abgelehnt worden, daß ihre Freilassung ‚eine ernsthafte Bedrohung der öffentlichen Ordnung' darstellen würde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 75; Referat 012, Bd. 138669.

14 Der bayerische Ministerpräsident Strauß hielt sich vom 28. bis 31. Dezember 1987 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 381.

Politik, so, wie er sie einschätze. Was die SU wirklich wolle, wisse man nicht, aber es sei offensichtlich, daß sich die Sowjetunion einer Friedensregelung zwischen Luanda und Savimbi nicht widersetzen werde. Er erläuterte die deutsche, Mosambik in Aussicht gestellte Hilfe.[15] Er erläuterte ferner die in Frage stehenden Projekte. Einen RENAMO-Vertreter habe er nicht sprechen können, da ein Treffen auf mosambikanischem Boden unmöglich gewesen sei, Südafrika sich aber hier nicht der Vertragsverletzung schuldig machen wolle, wenn es ein solches Gespräch auf seinem Boden ermögliche. Nach Bophuthatswana befragt, umging der Ministerpräsident die Frage nach einer „Anerkennung", erklärte die Hintergründe seines Besuches (längere persönliche Bekanntschaft mit Mangope), den Wunsch, einmal ein „Homeland" zu sehen (sein Eindruck: „a relatively well functioning state!"). Bophuthatswana sitze zwischen den Stühlen, weil der Westen es als Teil von SA ansehe und deshalb keine Entwicklungshilfe gebe, umgekehrt aber SA es als souveränen Staat betrachte und deshalb seinerseits wenig tue.

[gez.] Stabreit

Referat 032, Bd. 156672

15 Am 23. Februar 1988 hielt Vortragender Legationsrat I. Klasse Nöldeke fest: „In deutsch-mosambikanischen Regierungsverhandlungen in Bonn am 16.11.1987 war eine Gesamtzusage für den Zeitraum 1987/88 in Höhe von 72 Mio. DM (60 Mio. FZ, 12 Mio. DM TZ) vereinbart worden. […] Ministerpräsident Strauß hat nach eigener Aussage seinen Besuch in Maputo dazu benutzt, um im Auftrag des Bundeskanzlers Möglichkeiten für eine Umsetzung der deutschen Entwicklungshilfe für Mosambik zu untersuchen. Er hat sich in diesem Zusammenhang für die Förderung von folgenden drei Projekten ausgesprochen, die ihm bei vorhergehenden Gesprächen mit Südafrika von der dortigen Regierung besonders empfohlen worden waren: Eisenbahnlinie Maputo–Johannesburg, Ausbau des Hafens von Maputo, Cabora Bassa. Da neue Hilfszusagen für diese Projekte nicht gemacht worden sind, müßten sie durch Umprogrammierung bisheriger Hilfe bzw. durch Altzusagen finanziert werden. Aus der FZ-Zusage 84–86 steht ein Betrag von 23,6 Mio. DM für die Instandsetzung von Hafenkränen in Maputo, Beira und Nacala zur Verfügung." Vgl. Referat 320, Bd. 155872.

36

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf

412-422.82/2 **27. Januar 1988**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: EG-Ministergespräch bei Bundeskanzler Kohl am 28.1.1988 zur Vorbereitung des ER Brüssel am 11./12.2.1988[4];
hier: Gesprächsleitfaden

I. Gesprächsziel

Vorbereitung des Konklave[5] und des ER hinsichtlich

– der weiterbestehenden Sachprobleme: kein neuer Entscheidungsbedarf, aber Hinweis, daß in Agrarfragen[6] brüchige Mehrheit auf unserer Seite. Frau Thatcher wird trotz Isolation nicht nachgeben;[7]
– des prozeduralen Vorgehens: Vermeiden, daß im Konklave der „Agrarkompromiß" aufgeweicht wird; im übrigen darf Ihre Position als Präsident des Konklave nicht eingeengt werden.
– Absprache mit dem Bundeskanzler über Vorgehen nach dem Konklave: Abstimmung über bilaterale Kontakte und über Abfassen und Versenden des Briefes des ER-Präsidenten[8] an seine Kollegen nebst Präsidentschaftskompromiß.

Regieanweisung:

Sie sollten im Ministergespräch als Präsident des Konklave vortragen. Als Gesprächsleitfaden können die Ausführungen unter II dienen.

Den Gesprächsteilnehmern liegt eine fortgeschriebene Bestandsaufnahme einschließlich Deckblatt vor. Sie können auf das Deckblatt verweisen. Darin sind die wichtigsten Probleme aufgeführt.

II. Gesprächsführung

1) Montag und Dienstag[9] unternehmen die Außenminister den letzten Durchgang durch das Delors-Paket[10]. Dabei behandeln sie auch die Agrarfragen, die nach wie vor zentrales Problem der Verhandlung sind.

1 Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Trumpf und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schönfelder konzipiert.
2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 27. Januar 1988 vorgelegen.
3 Hat Legationssekretär Berger am 17. Februar 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vorlage hat BM vorgelegen."
4 Zur Vorbereitung der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel durch die Bundesregierung vgl. auch Dok. 15.
Zur Tagung des Europäischen Rats vgl. Dok. 59.
5 Die Sondertagung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten („Konklave") fand am 1./2. Februar 1988 in Brüssel statt.
6 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „nur".
7 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „auch NL nicht. Kommission nicht voll auf Linie des BML."
8 Helmut Kohl.
9 1. und 2. Februar 1988.
10 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket") vgl. Dok. 15, Anm. 16.

Ich[11] werde die im Agrarrat[12] gefundene Mehrheitslinie verteidigen und versuchen, den Widerstand dagegen soweit wie möglich aufzuweichen. Selbst wenn dies bei den Holländern[13] wenigstens teilweise gelingen sollte, rechne ich mit entschiedenem britischem Widerstand. Die letzte Entscheidung über die wesentlichen offenen Fragen wird deshalb auf dem ER Brüssel fallen müssen.[14]

Die wesentlichen offenen Fragen sind:

– Höhe der Garantieschwelle Getreide (Präs. 160 Mio. t; KOM 158 Mio. t; GB, NL 155 Mio. t);
– maximale jährliche Preissenkung bei Getreide (Präs. 2,5%, KOM und NL 3%, GB unbegrenzt);
– Relation Schwellenüberschreitung/Preissenkungen bei Ölsaaten (Präs. 1:0,4; KOM, GB, NL 1:0,5).

Eine weitere wesentliche Frage ist, was mit dem Paket der anderen Produkte geschieht (Milch, Zucker, Tabak, Schaffleisch etc.)[15], bei denen Sonderwünsche nicht erfüllt werden konnten. Das Paket kann auf dem Konklave nicht aufgemacht werden. Eine Mehrheit ist für Verabschiedung ohne Diskussion auf dem ER, die deutsche Delegation hat sich im Agrarrat wohl für Verschiebung auf die Zeit nach dem ER ausgesprochen. Da hier für D ein Problem steckt, bin ich bereit, im Konklave an die Kommission die Bitte zu richten, zu überlegen, ob sich mit diesem Paket noch etwas machen läßt. (Diese Bitte hat StS Kittel heute telefonisch an uns gerichtet.)[16]

Die Härte der britischen Position sollte nicht unterschätzt werden. Es kann nicht davon ausgegangen werden, daß sich GB Zugeständnisse im Agrarbereich durch Entgegenkommen beim Ausgleich[17] abhandeln läßt. Das Ausgleichsproblem vermindert sich für GB in dem Maße, in dem es seine Agrarvorstellungen durchsetzen kann.

11 Hans-Dietrich Genscher.

12 Zur EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 18. bis 20. und am 23./24. Januar 1988 in Brüssel vgl. Dok. 15, Anm. 9.

13 Am 28. Januar 1988 notierte Vortragender Legationsrat Schumacher zu einem Telefongespräch des Bundesministers Genscher mit dem niederländischen Außenminister vom Vortag: „Van den Broek unterstrich in ungewöhnlich klaren und deutlichen Worten, daß die jetzige Situation (nach dem Landwirtschaftsrat und dem EG-AM-Rat am 25.1.) für die holländische Regierung völlig unannehmbar sei […]. In Kopenhagen sei es das klare Verständnis gewesen, daß die Landwirtschaftsminister sich bei ihren Beratungen lediglich auf das Problem der Set-aside-Maßnahmen konzentrieren, aber nicht das Gesamtpaket wieder aufschnüren sollten. Nun hätten sie am Montag ‚the very delicate structure' von Kopenhagen vollständig geöffnet. […] Er hob zum Abschluß des Gesprächs noch einmal klar hervor, daß man von NL nicht erwarten könne, einer Erhöhung der Ressourcen zuzustimmen, wenn die offenen Fragen im Agrarbereich nicht zufriedenstellend gelöst seien. Unter den jetzigen, völlig fragwürdigen und enttäuschenden Umständen zweifele er sehr, ob es überhaupt in Brüssel zu einem Erfolg kommen könne." Vgl. Referat 412, Bd. 168709.

14 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „Hier werden wir m. E. noch etwas auf die Kommissionsvorschläge zugehen müssen. Nicht von Isolierung von GB sprechen."

15 Der Passus „Eine weitere … Schaffleisch etc.)" wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „wichtig."

16 Der Passus „Da hier … an uns gerichtet.)" wurde von Staatssekretär Lautenschlager in eckige Klammern gesetzt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dazu sollte sich zunächst BML äußern."

17 Zur Regelung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 1, Anm. 25.

PM Thatcher ist sich bewußt, daß ihre Position nicht nur in England populär ist und wird von dieser Basis aus hart verhandeln.[18]

N.B.[19]: BM Kiechle bitten, daß StS Kittel am Konklave teilnimmt. Weitere Ressortvertreter aber nicht erforderlich.

2) Da die Agrarfrage im Konklave nicht gelöst werden kann, werden auch die anderen Hauptprobleme dort nicht gelöst werden können, jedenfalls nicht in ihrem politischen Kern. Bei der Haushaltsdisziplin ist die Festlegung des Steigerungssatzes der Agrarleitlinie die wichtigste noch offene Frage.[20]

Hier könnte möglicherweise bereits im Konklave eine Einigung im Bereich von 60%–80% des BSP-Wachstums herbeigeführt werden. Das hängt aber von den Neuberechnungen der Kommission ab.

3) Schwieriger ist die Frage der Ausgestaltung der 4. Einnahmeart.[21]

Einvernehmen herrscht darüber, daß sich der ER für eines der beiden Grundmodelle entscheiden soll: Anbindung an BSP oder an die Differenzgrundlage.

Hier stehen sich zwei Blöcke von MS gegenüber,

– ein Block, der von der Einführung der Differenzgrundlage besonders profitieren oder nur wenig belastet würde (GB, P, NL, L, IRL, F, E und GR) und
– ein anderer (DK, I, D, B), der durch ihre Einführung besonders belastet würde und deshalb für die Anbindung an das BSP ist.

Hauptproblemländer sind Italien[22] einerseits und Frankreich andererseits. Beide haben angekündigt, daß sie einem neuen Finanzierungssystem nur zustimmen werden, wenn die 4. Einnahmeart in ihrem Sinne ausgestaltet wird.

Wegen der erheblichen finanziellen Belastungen, die auf I bei Annahme der Differenzgrundlage zukämen, dürfte es kaum möglich sein, die Italiener zu ihrer Annahme zu bewegen.

Um die Franzosen von der Notwendigkeit der Annahme des BSP-Modells zu überzeugen, müssen wir erst noch einmal nachdrücklich auf die Italiener einwirken und versuchen, I zur Annahme der Differenzgrundlage zu bewegen. Wenn diese dann, wie zu erwarten, sich nicht bewegen lassen, könnten wir gegenüber den übrigen MS, insbesondere F, darauf hinweisen, daß I den ER notfalls an dieser Frage scheitern lassen werde.

F (wie auch die übrigen Befürworter der Differenzgrundlage) würde auch bei Einführung des reinen BSP-Modells gewinnen, wenn auch weniger als bei der Differenzgrundlage. Insofern dürfte die zu leistende Überzeugungsarbeit leichter sein als im umgekehrten Falle bei I.[23]

18 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Sie vertritt objektiv zugleich auch Gemeinschaftsinteressen, weg von der ‚Agrarlastigkeit', mehr Mittel für Zukunftsaufgaben."

19 Notabene.

20 Zur Frage der jährlichen Steigerungsrate der EG-Agrarausgaben vgl. Dok. 15, Anm. 17.

21 Zur Reform des Eigenmittelsystems der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 1, Anm. 22.

22 Zur italienischen Haltung zur Reform des Eigenmittelsystems der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 27, Anm. 46.

23 Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Vielleicht kann Belgien am Samstag dafür gewonnen werden, den Vorschlag ‚seines BSP-Modells' zur Diskussion zu stellen."

4) GB-Ausgleich

Im Konklave sollte möglichst eine Situation 11 : 1 hergestellt werden. Stichwort: „GB piesacken." Dies könnte auf der Basis des von der Kommission vorgeschlagenen Ausgleichssystems erreicht werden[24]. (Anspruchsgrundlage: Differenz zwischen GB-Anteil am Gemeinschafts-BSP und britischem Rückflußanteil aus EAGFL-Garantie).

Auf dem ER haben wir dann möglicherweise eine neue Entscheidungslage.

5) Strukturfonds

Höhe der Mittel und Grad der Konzentration auf die Regionen (nicht die MS) wird auch nach dem Konklave Thema für den ER bleiben.

III. Was muß nach dem Konklave geschehen?

Achtung: Dieses Thema evtl. nur mit dem Bundeskanzler besprechen!

– Der Präsidentschaftskompromiß muß formuliert und mit dem üblichen Begleitbrief des Vorsitzenden des ER an seine Kollegen versandt werden.[25]

  Dies sollte nicht zu spät geschehen; am besten Fertigstellung bis Freitag, den 5. Februar, anschließend Übersetzung in Brüssel und Absendung.

– Zum Präsidentschaftskompromiß gehört auch der umfangreiche Entwurf von Schlußfolgerungen des Europäischen Rates, der in Kopenhagen[26] auf dem Tisch lag. Die dänische Präsidentschaft ging davon aus, daß dieses dicke Papier (Dok. SN/3919/2/87) vom 5. Dezember nach der Gesamteinigung über die fünf politischen Fragen von allen ER-Mitgliedern ohne Widerspruch akzeptiert worden wäre, obwohl Vorbehalte einzelner MS (darunter auch D) hier und dort weiterbestanden. – Auch wir sollten uns auf diesen Standpunkt stellen.[27]

– Die bilateralen Kontakte zwecks Kompromißfindung sollten fortgesetzt werden. Der Bundeskanzler besucht London.[28] Er sollte auch nach Rom fahren. GB und I sind die schwierigsten Partner. Die Kontakte mit F werden durch Sie fortgesetzt (3. Februar Gespräch mit AM Raimond in Paris). Sie bleiben ferner mit Kommission in laufendem Kontakt, weitere Gespräche mit Belgien und Luxemburg sind vorgesehen. Zu entscheiden bleibt, wer mit den vier Hauptinteressenten an der Struktur- und Kohäsionspolitik – SP[29], P, GR und IRL – spricht.[30]

Trumpf

Referat 412, Bd. 168709

24 Die Wörter „Kommission … erreicht werden" wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das sollte mit Präsident Delors am Sonnabend 30.1. vertieft werden."

25 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Sollte zwischen BK-Amt und AA abgestimmt werden, allenfalls Beteiligung BML auf pol[itischer] Ebene."

26 Die Tagung des Europäischen Rats fand am 4./5. Dezember 1987 in Kopenhagen statt. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 358.

27 Die Wörter „dieses dicke Papier" und der Satz „Auch wir […] Standpunkt stellen." wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist wichtig u. sollte intern bei uns so festgelegt werden."

28 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher am 2. Februar 1988 in London; Dok. 47.

29 Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 5. Februar 1988 in Madrid erklärte Ministerpräsident González zur Verabschiedung eines „Globalkompromisses" beim Europäischen Rat vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel, „das Paket müsse global ausgewogen sein und müsse den Vergleich mit dem

37

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vollers

230-381.10/17 **28. Januar 1988**[1]

Über Herrn Dg 23[2], Herrn D2[3] Herrn Staatssekretär[4]

Betr.: Vermittlungsbemühungen der VN zu Afghanistan[5];
hier: Genfer „Instrumente“ und Implementierungsüberwachung

Zur Unterrichtung

I. Die vier Genfer „Instrumente“[6]

1) Die Vermittlungsbemühungen des VN-GS[7] zur Lösung Afghanistan-Konflikts sind in eine entscheidende Phase getreten. Sollte bei den im Februar beginnenden indirekten Genfer Gesprächen unter Vermittlung des VN-GS und seines persönlichen Beauftragten, Diego Cordovez, die einzige – in Genf – noch offene Frage des Truppenrückzugszeitplans[8] (Beginn, Dauer, quantitative Staffelung des Rückzugs) gelöst werden, bedürften die vier im übrigen abgeschlossenen

Fortsetzung Fußnote von Seite 219

KOM-Vorschlag aushalten können. Der KOM-Vorschlag entspreche dem Geist der Einheitlichen Akte. […] Kopenhagen sei nicht kompatibel gewesen mit der Einheitlichen Akte. Um deren Prinzipien auf die Realität anwenden zu können, müßten die Agrarausgaben auf ein akzeptables Niveau zurückgeführt werden. Dann ließen sich neue EG-Politiken durchführen oder bestehende verstärken. Nur so sei auch eine Garantie für 1992 zu erreichen. Er sei noch immer in Sorge, ob es nicht doch beim alten bleiben würde bei den Agrarausgaben. In Zukunft müßten diese geringer wachsen als die anderen Politiken, für die es eine Garantie geben müsse.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 410, Bd. 141613.

30 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Desgleichen bedarf es noch eines Kontaktes mit Dänemark (Frühstück mit Ellemann-Jensen vorgesehen am 1.2.?).“

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vollers und Legationssekretärin Wasum-Rainer konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent Bazing am 29. Januar 1988 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 29. Januar 1988 vorgelegen, der für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Vollers handschriftlich vermerkte: „Wie tel[efonisch] bespr[ochen].“

4 Hat Staatssekretär Sudhoff am 1. Februar 1988 vorgelegen.

5 Zu den Vermittlungsbemühungen des stellvertretenden VN-Generalsekretärs Cordovez zur Beendigung des Krieges in Afghanistan vgl. Dok. 18, Anm. 12.

6 Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), gab am 28. Januar 1988 einen Überblick zu den Bemühungen der Vereinten Nation für eine Beendigung des Krieges in Afghanistan: „In den indirekten Verhandlungen in Genf gelang es im Verlauf mehrerer Jahre, ein kompliziertes und umfangreiches Vertragswerk auszuhandeln, in dem inzwischen nur noch der Zeitrahmen für und die Modalitäten des Rückzugs der sowjetischen Truppen offen sind. Das Vetragswerk besteht aus folgenden Teilen: bilaterales (afghanisch-pakistanisches) Abkommen über die Prinzipien für die gegenseitigen Beziehungen, insbesondere die Nichteinmischung und Nichtintervention; Erklärung über internationale Garantien; bilaterales Abkommen über die freiwillige Rückkehr der Flüchtlinge; Vereinabrung über das Verhältnis der erwähnten Instrumente zueinander und über den Rückzug ‚fremder Truppen‘ entsprechend einem afghanisch-sowjetischen Abkommen. Das vierte Instrument enthält auch Bestimmungen über ein Konsultativverfahren unter Beteiligung des Beauftragten des VN-Generalsekretärs. Einzelheiten über die Rolle der VN bei der Durchführung des Vertragswerks, einschließlich der Entsendung von VN-Personal, sind in einem Memorandum of Understandig geregelt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 174; Referat 230, Bd. 167283.

7 Javier Pérez de Cuéllar.

8 Zur Frage eines sowjetischen Truppenrückzugs aus Afghanistan vgl. Dok. 18, Anm. 15.

Genfer „Instrumente“ nur noch der Unterschriften von Islamabad und Kabul sowie der Garantieerklärungen der SU und der USA, um eine 60-Tage-Frist in Gang zu setzen, nach deren Ablauf das Genfer Paket in Kraft treten soll.

2) Das Genfer Paket besteht aus folgenden vier Dokumenten, deren Wortlaut im einzelnen nicht bekannt ist:

– „Instrument 1“: Abkommen zwischen Afghanistan und Pakistan über die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans („Principle of mutual relations, non-interference and non-intervention“)
– „Instrument 2“: Freiwillige Rückkehr der Flüchtlinge („a technical instrument, dealing with all aspects of the question of voluntary return of refugees including their rights, guarantees and resettlement“)
– „Instrument 3“: Internationale Garantien für Afghanistan („Declaration of guarantees on the agreement to be given by the Soviet Union and the United States“)
– „Instrument 4“: Querverbindungen/Verknüpfungen („Interrelationships between the three other instruments and the question of the withdrawal of troops from Afghanistan“). Dieses noch offene „Instrument“ betrifft die Frage eines zeitlich gestaffelten Abzugs sowjetischer Truppen aus Afghanistan im Rahmen des Gesamtarrangements (insbesondere Zusammenhang zwischen dem Truppenrückzug und der Implementierung der Nichteinmischungsvereinbarung).

II. Überwachung der Implementierung

1) Darüber hinaus wurde bei den Genfer Gesprächen bereits eine Einigung über die Durchführung der VN-Überwachung des „Pakets“ erzielt. Danach wird dem Vertreter des VN-GS bei der Überwachung das Recht zugestanden, die Implementierung jedes Teilaspekts der Genfer Vereinbarung von sich aus durch eine VN-Überwachungsgruppe zu überprüfen („monitoring“). In diesem Zusammenhang sind noch weitergehende Überlegungen zur Durchführung einer „friedenssichernden Operation“ der VN in Afghanistan angestellt worden. So forderte der sowjetische Botschafter in London, Leonid Samjatin, in einem am 11.1.1988 veröffentlichten Prawda-Artikel die Aufstellung von VN-Verbänden, damit ein Blutbad unter den rivalisierenden Gruppen nach Abzug der sowjetischen Truppen verhindert werden könne.[9] Im Zusammenhang mit dem Besuch des UStS Armacost vom 3. bis 6.1.1988 in Islamabad[10] hat auch ein Sprecher des pakista-

9 Vgl. dazu den Artikel von Vsevold Ovčinnikov, „Vokrug Afganistana“ (Ringsum Afghanistan); PRAVDA vom 11. Januar 1988, S. 6.
Botschafter Freiherr von Wechmar, London, berichtete am 15. Januar 1988 über ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter vom selben Tag: „Samjatin erläuterte Prawda-Artikel vom 11.1. über möglichen sowjetischen Truppenabzug ab 1.5.88 dahingehend, daß Abzug am 1. Mai dann beginnen könne, wenn amerikanische Unterstützung der Rebellen ab 1. März schrittweise eingestellt werden würde. Ohne zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen könnte Truppenabzug zu Blutbad unter rivalisierenden Gruppen führen, weshalb UN-Friedenstruppe sowjet[ische] Verbände ersetzen sollte. Für Phase nach Abzug der Roten Armee empfahl er Einsetzung des im römischen Exil lebenden Ex-Königs Zahir Shah als ‚nationale Integrationsfigur‘. Verbleib von UNO-Einheiten würde westliche Sicherheitsgarantie für Afghanistan beinhalten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 85; Referat 340, Bd. 144622.

10 Ministerialdirigent Zeller, z. Z. Washington, übermittelte am 14. Januar 1988 eine Bewertung des amerikanischen Präsidialamt zur Pakistan-Reise des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Armacost: „Wenn sich die Sowjets aus Afghanistan zurückziehen wollten, so würden ihnen die USA, soweit dies realistisch ist, dabei helfen. Nicht realistisch wäre es, zu glauben, daß die Sowjets Nadschibullah und sein Regime halten könnten. Auch ein Szenario, nach dem die Kommunisten in einer Koalitionsregierung die Schlüsselministerien Verteidigung und öffentliche Sicherheit in Hän-

nischen Außenministeriums darauf hingewiesen, daß Pakistan vorgeschlagen habe, die in den Genfer Gesprächen vorgesehene VN-Überwachungsgruppe zu einer VN-Friedenstruppe zu erweitern.

2) Die Überlegungen zur Aufstellung einer VN-Friedenstruppe konzentrieren sich bislang auf drei Modelle:

– eine kleine VN-Friedenstruppe, die lediglich den geordneten Truppenrückzug überwachen soll („kleine Lösung“);
– eine große VN-Friedenstruppe, die nicht nur den Truppenrückzug überwachen, sondern auch Ordnungsfunktionen zur Prävention des befürchteten „Blutbades“ und zur Überwachung der künftigen „Nichteinmischung“ übernehmen soll („große Lösung“);
– eine VN-Friedenstruppe mit einem über die Überwachung des Truppenrückzugs hinaus etwas erweiterten Mandat („mittlere Lösung“).

3) Der Begriff „friedenssichernde Operation“ findet in der VN-Charta[11] keine ausdrückliche Erwähnung. Friedenserhaltende Operationen stellen eine Entwicklung der VN-Praxis dar. Ihre Rechtsgrundlagen sind umstritten. In der gegenwärtigen VN-Praxis werden „peacekeeping forces“ ausschließlich vom VN-SR aufgestellt. In seinem Auftrag überwacht der VN-GS ihren Einsatz. Die Rolle der VN-GV beschränkt sich auf die Sicherung der Finanzierung der Einsätze. Essentielle Voraussetzung aller Operationen ist die strikte Beachtung des Konsensprinzips, d.h. des Einverständnisses der Parteien an dem Konflikt bzw. des Staates, auf dessen Territorium sie stattfinden.

Aus den bisher stattgefundenen Operationen lassen sich drei verschiedene Zielsetzungen herausarbeiten, welche die VN jeweils verfolgt haben:

– „Observation“: Ziel ist u.a. die Überwachung und Aufrechterhaltung von Waffenstillstandsabkommen zwischen den Streitparteien und die Unterrichtung der VN-Organe von konkreten Verletzungen (so z.B. UNTSO[12], UNDOF[13], UNMOGIP[14]).
– „Interposition“: Zielsetzung dieser Kategorie friedenssichernder Operationen ist die Aufrechterhaltung der Ruhe nach Abzug der kämpfenden Truppen aus einem Krisengebiet, die Überwachung der Einhaltung von VN-Beschlüssen und von Waffenstillstands- und Entflechtungsabkommen zwischen den Streitparteien sowie die Verhinderung neuer Kampfhandlungen durch die Stationierung militärischer Verbände in einer Pufferzone zwischen den Truppen der feindlichen Staaten (so UNEF[15] I und II, z.T. Aufgabe von UNDOF, UNFICYP[16] und UNIFIL[17]).

Fortsetzung Fußnote von Seite 221
den behielten, sei nicht verhandelbar. […] Im Grunde könnten die USA aber nicht mehr tun, als beim Widerstand und bei den Pakistanern darauf hinzuwirken, daß sich die Sowjets ohne allzu große Verluste zurückziehen könnten. Das sei auch beim kürzlichen Armacost-Besuch in Pak[istan] geschehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 147; Referat 340, Bd. 144622.

11 Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 432–503.
12 United Nations Truce Supervision Organization.
13 United Nations Disengagement Observer Force.
14 United Nations Military Observer Group in India and Pakistan.
15 United Nations Emergency Force.
16 United Nations Peace-Keeping Force in Cyprus.
17 United Nations Interim Force in Lebanon.

– „Maintenance of Law and Order“: Diese Operationen haben zum Ziel, Polizeifunktion zur Befriedung konkreter Konfliktherde im Sinne der Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der inneren Ordnung eines Staates auszuüben und/oder das Eingreifen ausländischer Streitkräfte/Interventionstruppen zu verhindern bzw. zu beenden (so ONUC[18], z. T. durch UNFICYP und UNIFIL).

Die in Ziff. 2 genannte „kleine Lösung“ wäre demnach der „Observation“, die „große Lösung“ der „Maintenance of Law and Order“ und die „mittlere Lösung“ der „Interposition“ zuzuordnen.

4) Ob eine „friedenserhaltende Operation“ in Afghanistan durchgeführt werden soll und welche Aufgaben ggf. von einer VN-Friedenstruppe wahrgenommen werden sollen, sind Fragen, die in erster Linie politischer Entscheidungen bedürfen.

Eine VN-Friedenstruppe könnte aufgrund der Situation des Landes (Größe, Unübersichtlichkeit, Unkontrollierbarkeit der Grenzen zu Pakistan, Iran und der SU), wegen der bisherigen dezentralen Taktik der vielen Widerstandsgruppen sowie der tiefen Erbitterung in der Auseinandersetzung sicherlich keine weitgesteckte Aufgabe wie Überwachung des Truppenrückzugs, Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und Unterbindung möglicher Nachschublieferungen für die verschiedenen Bürgerkriegsparteien (Stichwort „äußere Einmischung“) erfüllen, es sei denn, sie erreichte einen Umfang, der jedoch aus Gründen der Finanzierung, der Rekrutierung und des Risikos für sie unrealistisch wäre.

Im übrigen steht der Widerstand den Genfer Gesprächen bisher abwartend bis negativ gegenüber. So lehnte der Präsident der Sieben-Parteien-Allianz, Younes Khalis, die Lösungsbemühungen des VN-GS ab. Ebenso lehnte Khalis am 19.1. 1988 ein Gespräch mit USG[19] Cordovez ab.[20] Am 27.1.1988 gab die Sieben-Parteien-Allianz in Peschawar bekannt, sie sei nur zu einem Dialog mit USG Cordovez bereit, wenn dieser öffentlich den Widerstand als tatsächliche Konfliktpartei anerkenne und akzeptiere, daß jede Regelung des Afghanistanproblems, die nicht den Willen der Allianz widerspiegele, für diese unannehmbar sei und als ungültig und undurchführbar angesehen werden müsse.[21]

18 Opération des Nations Unies au Congo.

19 Under Secretary-General.

20 Am 20. Januar 1988 berichtete Botschafter Berendonck, Islamabad, der Vorsitzende der Siebener-Allianz afghanischer Exilgruppierungen, Khalis, habe am Vortag zur Ablehnung von Gesprächen mit dem stellvertretenden VN-Generalsekretär Cordovez erklärt: „Sowjetunion und afghanischer Widerstand seien die Hauptbetroffenen des Afghanistan-Problems. Gespräche wie in Genf – ohne Beteiligung des Widerstands – seien zwecklos. Der Afghanistan-Krieg befinde sich in der entscheidenden Phase. Der SU sei eine militärische Niederlage beigebracht worden, sie bemühe sich nunmehr, den Widerstand an der politischen Front zu schlagen. Die überwältigende Mehrheit der VN-Mitgliedstaaten habe den sofortigen Abzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan verlangt, während Cordovez dabei sei, eine Anerkennung der Sowjets in Afghanistan herbeizuführen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 53; Referat 340, Bd. 144629.

21 Botschafter Berendonck, Islamabad, teilte am 8. Februar 1988 mit: „Auf Veranlassung Präsident Zias kam es am 6.2.88 in Peshawar zu einem zweistündigen Treffen zwischen VN-Vermittler Cordovez und dem Vorsitzenden der Siebener-Allianz afghanischer Exilparteien, Khalis. Auf seine kategorischen Vorbedingungen für eine Begegnung – Anerkennung des Widerstands als maßgeblichen Verhandlungspartner und Vetorecht des Widerstands – hatte Khalis aufgrund der Intervention Zias verzichtet. Das Cordovez-Khalis-Treffen ist als erste Kontaktaufnahme zu werten – es konnte in der Sache noch keine Fortschritte bringen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 129; Referat 340, Bd. 144629.

Die fehlende Unterstützung einer VN-Friedenstruppe durch den gesamten Widerstand würde diese jedoch vor größte Schwierigkeiten stellen. Eine Nichterfüllung ihrer Aufgaben könnte die SU propagandistisch ausnutzen und würde ihr Argumente geben, den Truppenrückzug zu stoppen. Da es die vorrangige Aufgabe der Genfer Gespräche ist, den Rückzug der sowjetischen Invasionstruppen zu erreichen, sollten die erzielten Erfolge nicht durch unrealistische Implementierungsgarantien wieder gefährdet werden.

5) Aus den genannten Gründen ist aus unserer Sicht die „große Lösung" in jedem Fall abzulehnen. Auch der VN-GS hat sich deshalb bereits negativ zu dieser Überlegung geäußert.

Die Idee einer relativ kleinen VN-Friedenstruppe, die für eine begrenzte Zeit aufgestellt würde und lediglich ein begrenztes Mandat erhielte, wäre aus unserer Sicht dagegen diskutabel. Im Sinne der „mittleren Lösung" wäre es sogar denkbar, daß die VN-Truppe eine über die Überwachung des Truppenrückzugs hinausgehende, auf die Hauptstadt Kabul beschränkte Ordnungsfunktion wahrnehmen könnte, um die Funktionsfähigkeit einer neuen Regierung zu gewährleisten.

6) Das PK hat am 27./28.1. auf Weisung der Außenminister vom 25.1. (Allg. Rat)[22] die Lage in Afghanistan erörtert und die Arbeitsgruppe Asien in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Osteuropa mit der Prüfung aller Aspekte eines evtl. sowjetischen Rückzugs aus Afghanistan, einschließlich der Rückkehr der Flüchtlinge und der inneren Lage, beauftragt.

Referat 340 hat mitgezeichnet.

Vollers

Referat 230, Bd. 167283

[22] Am Rande der EG-Ratstagung am 25. Januar 1988 in Brüssel erörterten die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten auch die Situation in Afghanistan: „Ils ont demandé au Comité Politique d'examiner tous les aspects d'un retrait eventuel des troupes soviétiques, en particulier le problème du retour des réfugiés et la situation interne dans le pays, et de discuter de la stratégie à adopter par les Douze." Vgl. das Fernschreiben vom 25. Januar 1988 (COREU); Unterabteilung 34, Bd. 144626.
Das Politische Komitee der EPZ verabschiedete am 24. Februar 1988 eine „Erklärung der Zwölf zu Afghanistan", die am folgenden Tag veröffentlicht wurde. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 188.

38

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Grewlich

432-497.00/2-15 SB-38/88 VS-vertraulich **28. Januar 1988**[1]

Betr.: Sicherheit in der Informations- und Kommunikationstechnik (IT-Sicherheit)
ISIT (Interministerieller Ausschuß für die Sicherheit in der IT)
EUREKA-Projekt OASIS
EG-Projekt für die Netzintegrität (RACECRYPT[2])

1) Sicherheit in der Informationstechnik (IT-Security) – Worum geht es?

„Hacking", „Computerviren", „Trojanische Pferde", „Daten-Bomben" sind Schlagworte, welche die „Verwundbarkeit" (vulnerability) der modernen Telekommunikationssysteme und Datenverarbeitungsanlagen veranschaulichen.

Sicherheit in der IT kann nur gewährleistet werden, wenn die erforderlichen Sicherheitsprodukte (Hard- und Software)

– hergestellt und

– eingesetzt

werden.

Bekanntlich gelingt einigen engagierten Computerbesitzern (sog. Hackern) der „Einbruch" in fremde Computersysteme über das öffentliche Netz. Es muß damit gerechnet werden, daß feindlichen Nachrichtendiensten dies ebenfalls gelingt. – Bei der elektronischen Verarbeitung können Daten bis einige hundert Meter in

1 Ablichtung.
Hat Staatssekretär Lautenschlager am 1. Februar 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Jelonek verfügte und handschriftlich vermerkte: „Was geschieht mit einem solchen Vermerk? Gibt es operative Vorschläge oder einen Follow-up? (Z. B. Gespräch mit Abt[eilun]g 4?)"
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 1. Februar 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Dieses Ex[emplar] für Herrn Kudlich. 2) W[eiter]g[e]l[eitet]."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kudlich vorgelegen.
Hat Jelonek am 2. Februar 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über Ministerialdirigent Pabsch an Referat 432 verfügte.
Hat Pabsch am 13. Februar 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Grewlich am 4. April 1988 erneut vorgelegen.

2 Research and Development in Advanced Communications-Technologies for Europe Cryptology.
In einer Aufzeichnung des Referats 432 vom 5. November 1986 wurde zum gemeinsamen Programm der EG-Mitgliedstaaten ausgeführt: „Ziel des ‚Research and Development in Advanced Communications-Technologies for Europe (RACE)'-Programms ist: Die industrielle Zusammenarbeit in der Gemeinschaft voranzutreiben, um die Voraussetzungen für eine frühzeitige Einführung der Integrierten Breitbandkommunikation (ISDN) in den neunziger Jahren zu schaffen. Gemeinsame Normen und Standards und eine gemeinsame Philosophie für die Endgeräte und Dienste zu erarbeiten (Zusammenarbeit von Fernmeldenetzbetreibern, Herstellern und Nutzern)." Vgl. Abteilung 4, Bd. 132125.
Am 2. November 1987 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Grewlich: „Aus den Beratungen anläßlich der Sitzung des RACE-Lenkungsausschusses vom 30. Oktober 1987 ist folgendes festzuhalten: Der deutsche Anteil an den RACE-Projekten dürfte nunmehr bei 24,7 Prozent liegen […]. Nachdem die Kürzung zur Streichung einer Reihe von Projekten geführt hat, versucht die deutsche Seite folgende Projekte wieder in das RACE-Programm aufzunehmen: Endgeräte-Bereich (Breitband); HDTV-Breitbandkommunikation (Interdependenz); Sicherheitstechnik (Kryptologie vor allem soweit die Sicherheitstechnik im Verhältnis zum Netz integral und nicht additiv ist); Datenübertragung mit hoher Durchsatzrate (10 G[iga]Bit/sec)." Vgl. Abteilung 4, Bd. 132126.

die Umgebung elektrisch abgestrahlt und dort aufgefangen werden. – Abstrahlung im Nahbereich kann durch Kleinsender/Aufzeichnungsgeräte erfaßt werden. – Die Nachrichtenübertragungswege (das gilt auch für die Glasfaser) können grundsätzlich „angezapft" werden. – „Computerviren" können Programme (z. T. mit zeitlicher Verzögerung) „infizieren", denaturieren oder gänzlich zerstören. (Definition von Computerviren: „A program that can ‚infect' other programs by modifying them. A virus can spread throughout a computer-system or network using the authorisations of every user using it to infect their programs.")

Früher konnte man unterscheiden zwischen Angriffen

– auf die Sicherheit der Datenverarbeitung und

– der Übertragung/Netze.

Mit dem ISDN („Netzintegration") sowie dem Entstehen „intelligenter Netze" ist die Abgrenzung von Übertragung und Datenverarbeitung kaum mehr möglich. Die Frage des Schutzes für Computer und Übertragungswege (COMSEC/COMPUSEC[3]) muß „ganzheitlich" angegangen werden.

2) Der Anspruch auf IT-Sicherheit kommt von drei Seiten:

– dem klassischen Datenschutz,

– der Industrie (Schutz von Geschäftsgeheimnissen), insb. dem kommunikationsgestützten Dienstleistungssektor (Versicherungen, Banken – man denke an das Datenkommunikationssystem „Swift"; Fluglinien – Reservierungssystem SITA[4]),

– der staatlichen Sicherheit (Problem der Aktivitäten feindlicher Dienste/Ost-West-Datenfluß).

IT-Sicherheit wird in der zukünftigen „Informationsgesellschaft" eine Schlüsselfunktion haben: Wer diesen Bereich technologisch und in der realen Anwendung beherrscht, der beherrscht das ganze System, verfügt über totale Transparenz.

Im Rahmen des SDI-Programms[5] wird u. a. versucht, eine absolute IT-Sicherheit zu erreichen. Wie auch immer die Lösung aussehen wird, sie kommt als „Schlager" auf einen dürstenden zivilen Markt (Banken, Versicherungen, Datenbanken, handelsbegleitende Datenflüsse usw.). Soll eine Abhängigkeit von amerikanischen Produkten mit dem Stempel „zuverlässige Software" vermieden werden, bedarf es eigener Grundlagenforschung auch in Europa. Die Beherrschung der IT-Sicherheitstechnologie kann über wirtschaftlich-industriellen Erfolg, aber auch politisch-militärisches Gewicht entscheiden.

Der Fall „unclassified, but sensitive information" hat den Europäern gezeigt, in welche Abhängigkeitssituation sie geraten können. Eine Direktive des US-Präsidenten (sog. „Poindexter-Directive"), mittlerweile wieder zurückgenommen (rescinded), unterschied zwischen geheimer, offener und einer dritten Kategorie, nämlich „offener, aber sensitiver Information" („unclassified, but sensitive information"); zu letzterer Kategorie sollten nur bestimmte Nutzer Zugang haben; der National Security Agency (NSA) sollte das Monopol für die Entwicklung von Kryptochips zukommen.

3 Communications Security/Computer Security.
4 Société Internationale de Télécommunication Aéronautique.
5 Zum SDI-Forschungsprogramm der USA vgl. Dok. 11, Anm. 14.

Gespräche des Verfassers in Washington (mit Mitarbeitern der im State Department für kommunikationstechnologische Fragen zuständigen Botschafterin Diana Lady Dougan) führten zu folgender Schlußfolgerung: Je mehr die Europäer in puncto Sicherheitstechnik bieten können, desto einfacher wird es sein, Zugriff auf amerikanische Datenbanken mit neuester technologischer Information zu erhalten. Andererseits: Die amerikanische Seite legt großen Wert darauf, den Europäern die Sicherheitstechnik zu liefern (Interesse nicht nur der NSA, sondern auch der Software-Produzenten und amerikanischen Endgerätehersteller).

Gespräche, die von 432 Anfang des letzten Jahres mit der „Zentralstelle für das Chiffrierwesen" sowie Vertretern des BND[6] geführt wurden, zeigten ein Bemühen letzterer Organisationen (ähnlich der NSA), die Sicherheitstechnik in Europa im „Staatlichen Monopol", und zwar in engem Kontakt zu (aber nicht in Abhängigkeit von) den amerikanischen „Schwester-Behörden", zu entwickeln.

Politisch ist die zentrale Frage also:

– Wird IT-Sicherheitstechnik (Kryptochips) im Monopol von den Zentralstellen für das Chiffrierwesen und den Geheimdiensten entwickelt und dann für den zivilen Bereich „bereitgehalten" oder
– wird den zivilen Industrien „erlaubt", parallel eigene Sicherheitstechnik, einschließlich der Schlüsselbereiche auf dem Gebiet der Kryptologie zu entwickeln? (Wie kann im letzteren Falle gewährleistet werden, daß kritische Sicherheitstechnologien nicht an unfreundlich gesinnte Partner abfließen?)

In diesem Zusammenhang sind folgende Entwicklungen von Bedeutung:

– Im EUREKA-Rahmen hat sich ein Firmenverbund für Sicherheitstechnik (ANT, BULL, Cap Gemini Sogeti, Haller AG (Schweiz), SEL, Voest Alpine (Österreich)) konstituiert. (Projektname ist OASIS.) Dieses Programm wurde ursprünglich von Baden-Württemberg gefördert, und zwar in der Annahme, daß die Bundesregierung (BMFT) ebenfalls Geld zur Verfügung stellt. BMFT hat mittlerweile erklärt, daß eine finanzielle Förderung nicht möglich ist. (Im Hintergrund steht möglicherweise die Überlegung, daß es sich bei der Sicherheitstechnik/insbesondere Kryptologie um einen Bereich von „Gewährleistungssystemen" mit ausgeprägter staatlicher Verantwortung handelt. BM Post gibt ebenfalls kein Geld, ist aber möglicherweise bereit, Aufträge zu erteilen. Angesichts der bekannt gewordenen zurückhaltenden Einstellung der „Zentralstelle für das Chiffrierwesen" (deren Einfluß bei der Ablehnung der finanziellen Förderung durch BMFT eine Rolle gespielt haben dürfte) ist in der deutschen Industrie nunmehr hinsichtlich EUREKA-OASIS eine gewisse Verunsicherung eingetreten. Es ist noch nicht abzusehen, ob der EUREKA-OASIS-

6 Am 10. Februar 1987 hielt Vortragender Legationsrat Grewlich Einschätzungen eines Gesprächspartners vom BND fest: „Im Bereich COM[MUNICATIONS]SEC[URITY] ist der Leistungsstand der Bundesrepublik zufriedenstellend. Auf dem Gebiet COMPU[TER]SEC[URITY] liegt die Bundesrepublik etwa zehn Jahre gegenüber den Vereinigten Staaten zurück. Realistischerweise sei nicht damit zu rechnen, daß die Vereinigten Staaten ihre COMPUSEC-Technologie den Europäern zur Verfügung stellten; wir seien wohl gezwungen, die Produkte dieser Technologie zu übernehmen und anzuwenden! […] Zurückhaltung zeigte er gegenüber dem Gedanken einer partnerschaftlichen Entwicklung auf der Grundlage einer europäischen Zusammenarbeit. Die Kryptofirmen seien vor allem in USA, in der Schweiz, in Frankreich und in Großbritannien tätig. Die Bundesrepublik hätte gar keine eigene Krypto-Technologie (mit Ausnahme der Entwicklungsarbeiten in der Zentralstelle für Chiffrierwesen […])." Vgl. Referat 432, Bd. 132135.

Firmenverbund das Projekt auch ohne staatliche Förderung durchführen wird.) Die Einschätzung des Leiters der „Zentralstelle für das Chiffrierwesen“: EUREKA-OASIS ist tot!

– Aus Brüssel wurde bestätigt, daß sich in der Tat die an EUREKA-OASIS beteiligten Firmen bereits verstärkt auf ein Projekt im Rahmen des EG-Forschungsprogramms RACE eingestellt haben, das ursprünglich die Bezeichnung „RACECRYPT“ trug. Der Leiter von RACE (Herr Hüber) hat mittlerweile begriffen, daß der kryptologische Bereich nicht im Vordergrund stehen darf, und bezeichnet die Forschungsanstrengungen im Rahmen des RACE-Programms jetzt als „Netz- und Daten-Integrität“, wobei die „authentication“ bei der Netznutzung und Datenübermittlung im Vordergrund stehen soll. (Dies allerdings setzt auch wieder die Beherrschung asymmetrischer kryptologischer Verschlüsselungssysteme, zumindest für den Vorgang der Authentifizierung voraus.) Wie sich die Zentralstelle für das Chiffrierwesen zu dieser Frage stellt, ist noch nicht klar.[7] Selbst wenn die eigentliche Schlüsselvergabe für die Übermittlung durch die Zentralstellen erfolgt, würde die Erforschung und Entwicklung der Authentication-Technologie im RACE-Rahmen auf Bedenken stoßen: Gefahr des Abflusses hochsensitiver Sicherheitstechnik an unfreundlich gesinnte Mächte. Weiteres Problem der Zentralstellen für das Chiffrierwesen: „Wenn die Netze völlig sicher sind, ist ‚Code-breaking‘ nur noch bedingt möglich.“

  In dieser komplizierten Situation auf einem „verminten Felde“ ist ein offenes Gespräch zwischen Vertretern der DG XIII in der EG-Kommission und den nationalen COMSEC-Direktoren zu begrüßen, zu dem der Leiter der Zentralstelle für das Chiffrierwesen in Bonn, Dr. Leiberich, eingeladen hat (Anlage 1[8]). Als Ergebnis dieses Gesprächs könnte durchaus das IT-Sicherheitsprojekt RACE neu orientiert werden, so daß die legitimen Anliegen der „Zentralstellen für das Chiffrierwesen“ berücksichtigt werden, andererseits unsere europäische Industrie in der Lage ist, wichtige Teile der IT-Sicherheitstechnologie zu entwickeln und zu beherrschen.

– Die Bundesregierung hat ihre Aktivitäten im Bereich IT-Sicherheit neu konzipiert: Ursprünglich gab es drei Ausschüsse, die sich mit Sicherheit in der IT befaßten:
  – NASIF (Nationaler Ausschuß für die Sicherheit im Fernmeldewesen),
  – Kommunikationstechnik und Kryptierung,
  – Interministerieller Arbeitsausschuß COMPUSEC (Computer-Security).

7 Am 27. Juli 1988 vermerkte Vortragender Legationsrat Grewlich, der Leiter der Zentralstelle für das Chiffrierwesen (ZFCH), Leiberich, habe am 22. Juli 1988 zur Zusammenarbeit im RACE-Programm dargelegt, es sei „der ZFCH und den drei ‚Schwesterbehörden‘ in Großbritannien, Frankreich und Niederlanden nicht gelungen, den Teil ‚RACE-Krypt[ologie]‘ voll zu besetzen. Der Auftrag sei an ein Konsortium ‚Euro-Krypt‘ gegangen, in dem vor allem Universitäten (insbesondere Den Haag und Amsterdam) vertreten seien. Diese müßten z. T. als ‚Schwachstellen‘ bezeichnet werden. Die ZFCH sowie die drei Schwesterbehörden versuchten nun zu erreichen, daß sensitive Teile aus ‚Euro-Krypt‘ herausgenommen werden und daß sie (ZFCH und Schwesterbehörden) die Möglichkeit haben, beratend Euro-Krypt zu begleiten (Klartext: Sensitive Kryptologie wird auch in Zukunft im Monopol von den Zentralstellen für das Chiffrierwesen erarbeitet; außerdem behalten diese Transparenz über zivile Entwicklungen im Rahmen von RACE). Die Sorge, daß Euro-Krypt nicht sicher genug sei, sei nicht ausgeräumt.“ Vgl. Referat 432, Bd. 150853.

8 Dem Vorgang beigefügt. Für das Schreiben vom 26. Januar 1988 vgl. VS-Bd. 14541 (432/433); B 150, Aktenkopien 1988.

Darüber hinaus bestand ein Unterausschuß für die Definition von Fernmeldesicherheitsbegriffen (CAP/COMSEC[9]).

Diese drei Ausschüsse wurden zur Vermeidung von Doppel-/Dreifacharbeit, vor allem im Interesse einer straffen Vorgehensweise und einheitlicher Position (auch gegenüber der Wirtschaft), in einem „Interministeriellen Ausschuß für die Sicherheit in der IT“ zusammengefaßt. (Auswärtiges Amt wird in diesem Ausschuß durch Ref. 118 sowie u.a. auch Ref. 432 vertreten.) Der „Interministerielle Ausschuß für die Sicherheit in der IT“ (ISIT) ist organisatorisch beim Innenministerium verortet[10]. Der Inhalt der Ausschußsitzungen unterliegt der Geheimhaltung.

Der Zentralstelle für das Chiffrierwesen, der schon bisher die Entwicklung und Zulassung von Kryptosystemen und abstrahlsicheren Geräten oblag, wurde zusätzlich der Aufgabenbereich „Computersicherheit“ übertragen. Der Zentralstelle obliegt – in Abstimmung mit den zuständigen (auch internationalen, d.h. insbesondere NATO-) Stellen – die Erarbeitung und Bereithaltung von Sicherheitsstandards auch für den industriell-wirtschaftlichen Bereich. Die[11] ursprüngliche Formulierung lautete: „Vorgabe von Sicherheitsstandards für die IT auch für den industriell-wirtschaftlichen Bereich“; Neuformulierung erfolgte auf Betreiben des Auswärtigen Amts, das diese Umformulierung gefordert hatte, weil Sicherheitsstandards

- einerseits wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit des industriell-wirtschaftlichen Bereichs sind (wer in Zukunft IT-Security nicht als Mehrwertdienste erbringen kann, wird wesentlich geringere Chancen im Weltmarkt haben),
- andererseits IT-Sicherheit in bestimmten Fällen als Handelshemmnis gesehen wird, und daher sollte man nicht von „Vorgabe“, sondern Bereitstellung sprechen (abgesehen davon muß auch in diesem Bereich der Grundsatz der „Verhältnismäßigkeit“ gelten).

3) Die obigen Ausführungen zeigen, daß der Bereich der IT-Sicherheit ein

- technologisch wie auch administrativ komplexer,
- politisch sehr sensibler,
- und kommerziell vielversprechender

Bereich ist.

Hier werden gegenwärtig Weichen gestellt für

- den Umfang des „freien Informationsflusses“,
- den Umfang des Persönlichkeitsschutzes sowie der Wahrung von Geschäftsgeheimnissen (trade secrets),
- die militärisch-behördlich, aber auch zivilen Sicherheitsvorkehrungen,
- Wettbewerbsfähigkeit in der zukünftigen „Informationswirtschaft“/Technologietransfer/Abhängigkeitsverhältnisse im industriell-technologischen Bereich.

In diesem komplexen, hochsensiblen Bereich sollte das Auswärtige Amt verstärkt seinen Einfluß geltend machen, zumal es, abgesehen von den gerade für das

9 Cryptographic Access Program/Communications Security.
10 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager unterschlängelt.
11 Korrigiert aus: „(Die“.

Auswärtige Amt wichtigen Frage der technischen Sicherheit in der IT, auch um außenpolitisch relevante Abwägungen geht, z. B.

– das Verhältnis von Sicherheitsnotwendigkeiten zum „freien Informationsfluß“ (insbesondere auch die Frage der Abwägung von staatlichen Sicherheitsnotwendigkeiten einerseits und der Wettbewerbsfähigkeit unserer IT-Industrie und der kommunikationsgestützten Dienstleistungsbereiche; zumal für letztere Sicherheit/Netzintegrität ein „Mehrwertdienst“ sein wird);
– das Verhältnis kooperativer Anstrengungen in Westeuropa zur Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten (dies gilt nicht nur für den auf Spezialnetzen abgewickelten interbehördlichen Bereich und die zivile Kommunikation (Postnetze), sondern auch den Bereich der militärischen Kommunikation – Bsp.[12]: European Data Distribution System, wo auf der Grundlage europäischer Anstrengungen ein modernes integriertes Datenkommunikationssystem mit komplizierter Software IT-Sicherheit für alle Teilstreitkräfte entwickelt werden soll);
– die Vermeidung zu weitgehender Sicherheitsanforderung, die einerseits das West-Ost-Verhältnis unnötig belasten würden und andererseits auch Auswirkungen hätten, die im West-West-Verhältnis als Handelshemmnis (GATT) gesehen werden könnten.

Die unter Federführung des Auswärtigen Amts (Ref. 432) stehende „Interministerielle Arbeitsgruppe Grenzüberschreitender Datenverkehr“ wird daher in ihrem Schlußbericht, der demnächst dem Kanzleramt zugeleitet wird, empfehlen, daß im „Interministeriellen Ausschuß für die Sicherheit in der IT“ (ISIT) nicht nur die zwischenbehördlichen (einschl. ziviler COMPUSEC) und militärischen Sicherheitsnotwendigkeiten behandelt werden, sondern daß letztere abgewogen werden gegen das völkerrechtlich verankerte Prinzip des „freien Informationsflusses“/des verfassungsrechtlichen Persönlichkeitsschutzes sowie auch der wirtschaftlichen Erfordernisse eines exportorientierten Landes wie der Bundesrepublik Deutschland.

Mit dieser Empfehlung soll nicht die Stellung der „Zentralstelle für das Chiffrierwesen“ in Frage gestellt werden: Es muß aber gewährleistet werden, daß die „Zentralstelle für das Chiffrierwesen“ bei der Erarbeitung und Bereitstellung von Sicherheitsstandards auch für den zivilen Bereich zu abgewogenen und außenpolitisch vertretbaren Lösungen gelangt.

Grewlich

VS-Bd. 14541 (432/433)

12 Beispiel.

39

Schreiben Staatssekretär Sudhoff an den Vorsitzenden des Unterausschusses des Bundestags für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Vogel

330-504.00 CHL-120/88 VS-vertraulich **28. Januar 1988**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der Sitzung des Unterausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe am 20. Januar 1988 hatten Sie auf Anregung von Ausschußmitgliedern um ein Papier des Auswärtigen Amts mit Daten und Fakten zu „Colonia Dignidad“[1] gebeten.[2]

Ich übermittle Ihnen anliegend einen Vermerk, der die wesentlichen Gegebenheiten und Ereignisse seit 1961 festhält, dem Jahr, in dem die „Colonia Dignidad“ auf chilenischem Boden errichtet wurde. Der Vermerk stellt den Hintergrund zu meinen eigenen Berichten zu diesem Thema vor dem Auswärtigen Ausschuß am 9. Dezember 1987 und am 20. Januar 1988 dar. Ich muß darauf aufmerksam machen, daß die Behandlung dieses Themas im Auswärtigen Ausschuß unter VS-vertraulich erfolgt ist. Der Vermerk muß daher gleichfalls dem Geheimhaltungsgrad VS-v unterliegen.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Sudhoff

[Anlage]

Vermerk zu „Colonia Dignidad“

1) Von der Niederlassung der Kolonie in Chile (1961) bis zur Untersuchungskommission des chilenischen Kongresses (1968)

Keimzelle der „Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad“, kurz: „Colonia Dignidad“, war eine überwiegend religiös-freikirchlich motivierte Gemeinschaft – „Private Sociale Mission“ – von meist Heimatvertriebenen, die sich in den fünfziger Jahren bildete und sich zwecks Anlage und Betriebs eines Waisenhauses bei Siegburg niederließ. Schon damals kapselte sie sich von der Außenwelt ab und gab Anlaß zu Gerüchten verschiedenster Art. 1961 wurde ein Ermittlungsverfahren gegen den Leiter der PSM, Paul Schäfer, wegen sexueller Handlungen

1 Am 25. September 1987 gab Ministerialdirektor Schlagintweit einen Überblick zu den Vorwürfen gegen die „Colonia Dignidad“ in Chile. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 270.

2 Am 21. Januar 1988 vermerkte Ministerialdirigent von Schubert zu der am Vortag abgehaltenen Sitzung des Unterausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags: „Es fand keine Detail-Diskussion statt, lediglich allgemeine Bemerkungen zu der geplanten Anhörung (Ziel, möglichst authentische Information, Personen, die in der Kolonie gewesen sind, etwa sieben bis zehn Personen, auch die ehemaligen Botschafter in Santiago, Strätling und Holzheimer, sowie Stern-Journalist Gemballa). Vorsitzender betonte (MdB Vogel), der Unterausschuß sei kein Untersuchungsausschuß, man werde aber feststellen müssen, ob deutsche Amtspersonen Fehler begingen. Dazu die Abgeordneten Duve und Bindig, es werde sich nicht vermeiden lassen, daß Fragen gestellt würden, Fragen gehörten zur Durchleuchtung des Umfeldes. Vollmer (Grüne) trat ein für Ausdehnung der Fragestellung auf ‚deutschen Täterkreis‘.“ Vgl. Referat 330, Bd. 159190.

an Jugendlichen eingeleitet.[3] Da Schäfer zu dieser Zeit nach Chile auswanderte, wurde das Verfahren 1974 eingestellt.[4]

1961 verkaufte die „Private Sociale Mission" ihre Liegenschaften in Siegburg und erwarb etwa 400 km südlich von Santiago de Chile in einem abgelegenen Seitental der Kordilleren ein größeres, heruntergewirtschaftetes Landgut. Die Übersiedlung nach Chile erfolgte mit Hilfe des damaligen chilenischen Botschafters Maschke. Fast alle Mitglieder der Gemeinschaft – etwa 250 – wanderten damals geschlossen aus und haben seitdem das Landgut unter Zukauf weiterer Ländereien (Gesamtgröße heute angeblich 13 000 Hektar) zu einem landwirtschaftlichen Musterbetrieb umgewandelt, der sich sorgfältig nach außen abschirmte. Mittelpunkt der Siedlung ist ein Krankenhaus, das auch der chilenischen Bevölkerung der weiteren Umgebung zur kostenlosen Behandlung zur Verfügung steht. Weitere Einrichtungen sind: Schule, Mühle, Bäckerei, Fleischerei, Schuster- und Schneiderwerkstätten, Schmiede, Reparaturwerkstätten, Tischlerei und Möbelfabrik. Zur Siedlung gehört eine Landepiste für Flugzeuge, von denen die Kolonie zwei besitzt. Ferner verfügt die Siedlung über eine Radiostation und über ein Haus in Santiago de Chile.

Die Leitung des eingetragenen Vereins liegt formal in den Händen des Vorstands, dessen Vorsitzender Hermann Schmidt-Georgi ist. Der tatsächliche Leiter, Paul Schäfer, hat keine offizielle Funktion inne.

Auch in Chile bildeten sich wegen der Abgeschiedenheit bald Gerüchte um die Kolonie. Verschiedentlich wurden ihre geheimnisumwitterten Verhältnisse Gegenstand von Presseberichten. Der Führung wurden Vorwürfe sexueller und anderer zweifelhafter Praktiken gemacht. Die Kolonie sei ein Staat im Staate, habe ihre eigene Gerichtsbarkeit. 1966 gelang es Wolfgang Müller, der Kolonie zu entkommen und bei der Botschaft Santiago vorzusprechen, die ihm half, nach Deutschland auszureisen. Aus seinen Schilderungen und denen eines weiteren Kolonieflüchtlings im Jahre 1968, Nathanel Bohnau, der allerdings wieder in die Kolonie zurückkehrte, ergaben sich schwere Vorwürfe gegen die Leitung der Kolonie. Die Berichte sprachen von Zuständen wie in einem Zwangsarbeitslager; Verstöße gegen die innere Ordnung würden mit Selbstjustiz einschließlich der Prügelstrafe geahndet. Minderjährige würden homosexuell mißbraucht. Die Führung der Kolonie bezeichnete dies alles als Verleumdung, stellte die Flüchtigen als geistig und körperlich abartig veranlagt hin und überzog eine Vielzahl

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Heubaum notierte am 26. Oktober 1987, der 1968 aus der „Colonia Dignidad" (CD) geflohene Heinz Kuhn habe in einem Gespräch am 22. Oktober 1987 über Paul Schäfer erklärt, „gegen ihn sei 1961 ein Verfahren wegen Unzuchts mit Kindern eingeleitet worden; er habe sich dann nach Chile ‚abgesetzt', um als Homosexueller dort ‚sein Paradies' zu verwirklichen. Er sei von sog. ‚Sprintern' (Jungens) umgeben, die ihm zur persönlichen Verfügung stünden. […] In der CD würden Familienmitglieder voneinander getrennt; in der CD würde mit hundertprozentiger Sicherheit ‚abgehört' und ‚registriert', entsprechende moderne Geräte stünden zur Verfügung." Vgl. Referat 330, Bd. 159188.

4 Mit Schreiben vom 7. Dezember 1987 teilte das nordrhein-westfälische Justizministerium zum Ermittlungsverfahren gegen Paul Schäfer „wegen des Verdachts, sich an drei noch nicht 14-jährigen Jungen in sexueller Hinsicht vergangen zu haben", mit: „Die aufgrund eines gegen Paul Schäfer erwirkten Haftbefehls eingeleiteten Fahndungsmaßnahmen blieben ohne Erfolg. Die Ausschreibung des Beschuldigten zur Festnahme wurde am 23.7.1970 gelöscht, weil sie im Hinblick auf die Verschlechterung der Beweislage (nur auf Kinderaussagen gestützter Tatverdacht) unverhältnismäßig erschien. Der Haftbefehl wurde am 13.10.1970 auf Antrag der Staatsanwaltschaft Bonn aufgehoben." Vgl. Referat 330, Bd. 159189.

von Personen und Institutionen mit Verleumdungsklagen. Zugleich verstand sie es, maßgebliche chilenische Kreise mit ihren kolonisatorischen Leistungen zu beeindrucken und Freunde zu gewinnen.

Am 1. Oktober 1967 veröffentlichte der „Stern" unter der Überschrift „Angst vor der Sekte" einen Artikel mit entsprechenden Behauptungen über führende Mitglieder der „Colonia Dignidad" und über die Zustände in der Siedlung.[5] Er wurde vom Hanseatischen Oberlandesgericht am 2. Mai 1968 zur Veröffentlichung einer Gegendarstellung verurteilt. Die Vorgänge in der Kolonie führten 1968 zur Einsetzung einer Untersuchungskommission des chilenischen Kongresses. Die Kommission untersuchte die Verhältnisse an Ort und Stelle und kam zu einem Ergebnis, daß sich die Vorwürfe nicht hatten beweisen lassen.[6]

2) Von 1968 bis zu den gegen die „Colonia Dignidad" von der VN-Menschenrechtskommission erhobenen Vorwürfe 1976

In den Folgejahren wurde es um die Siedlung vorübergehend ruhiger. Nach dem Sturz der Regierung Allende (11.9.1973)[7] wurde die Kolonie in die internationalen Vorwürfe gegen das Militärregime Pinochets wegen Folterungen politisch Andersdenkender und anderen Menschenrechtsverletzungen einbezogen. Sie geriet in den Verdacht, daß auf ihrem Gebiet Folterungen durchgeführt worden seien. Erstmalig im Zusammenhang mit Verletzungen von Menschenrechten wird die „Colonia Dignidad" in einem Bericht der Ad-hoc-Arbeitsgruppe der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 4. Februar 1976 erwähnt.

In einem weiteren Bericht der Ad-hoc-Arbeitsgruppe der Menschenrechtskommission vom 8. Oktober 1976 wird wiederum auf die Kolonie Bezug genommen.[8] Es sei dort ein Folterzentrum der chilenischen Geheimpolizei „DINA"[9] untergebracht.

Amnesty international, Sektion Bundesrepublik Deutschland, veröffentlichte zur selben Zeit eine Dokumentation über Menschenrechtsverletzungen in Chile.[10]

5 Für den Artikel vgl. „Angst vor der Sekte"; STERN vom 1. Oktober 1967, S. 104–106.

6 Am 28. Oktober 1987 übermittelte Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, eine Chronologie zu den Vorgängen um die „Colonia Dignidad". Darin wurde über den vom chilenischen Parlament im Dezember 1968 verabschiedeten Untersuchungsbericht festgehalten: „Mit Stimmen der Christdemokraten, Radikalen und Sozialisten (Gegenstimme: Kommunisten) wird CD von allen Vorwürfen ‚fast vollkommen' entlastet. Keine Beweise für Freiheitsberaubung und Verabreichung von Drogen." Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 1061; Referat 330, Bd. 159188.

7 Am 11. September 1973 wurde Präsident Allende von den chilenischen Streitkräften unter General Pinochet gestürzt.

8 Vortragender Legationsrat Nölle vermerkte am 14. März 1977: „Im Bericht der Ad-hoc-Arbeitsgruppe der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 8. Oktober 1976 (der englischen Version) wird auf Seite 58 die ‚Colonia Dignidad' als erster von zwölf Plätzen genannt, in denen angeblich politische Gefangene gefoltert werden." Nölle zitierte sodann die auf Seite 97 des Berichts angeführten Aussagen über Folter und Inhaftierungspraktiken in der „Colonia Dignidad". Darin hieß es: „Nach Aussagen wurden in der Colonia Dignidad Häftlinge verschiedenen ‚Experimenten' ohne irgendwelche Befragungen unterworfen: Hunde, die darauf dressiert sind, sexuelle Aggressionen zu begehen und die Geschlechtsorgane von Männern und Frauen zu zerstören; ‚Versuche' über die Grenzen der Belastbarkeit mit verschiedenen Foltermethoden (Schläge, Elektroschocks, Aufhängen usw.); Experimente, um Häftlinge mit Hilfe von Drogen geistig zu zerbrechen; lange Perioden von Isolierung und andere unmenschliche Bedingungen. […] Den Häftlingen werden Leder-Kapuzen über den Kopf gezogen und mit chemischen Klebemitteln an das Gesicht geklebt." Vgl. Referat 331, Bd. 111129.

9 Direccíon de Inteligencia Nacional.

10 Für die Dokumentation vgl. AMNESTY INTERNATIONAL, Colonia Dignidad: Deutsches Mustergut in Chile – ein Folterlager der DINA, Frankfurt am Main 1977.

Diese Dokumentation enthält auch Angaben über angebliche Folterungen von Regimegegnern.

Der damalige Botschafter der Bundesrepublik Deutschland Strätling versuchte durch einen Besuch der Kolonie am 15. November 1976 zu einer Aufklärung dieser Vorwürfe beizutragen. Er fand hierfür keine Anhaltspunkte; auch die von ihm beschafften Luftbilder ergaben bei Auswertung in der Bundesrepublik Deutschland keine Hinweise.[11]

Die deutsche Presse nahm die Vorwürfe von amnesty international und der VN-Menschenrechtskommission auf. U. a. erschien am 17. März 1977 im „Stern" ein Artikel unter dem Titel „Das Folterlager der Deutschen in Chile".[12] Hierin wurden Beschuldigungen gegen die Leitung der Siedlung vorgebracht und die Behauptung aufgestellt, in der Siedlung werde von der chilenischen Geheimpolizei gefoltert.

Die Siedlung hat 1977 gegen diese Veröffentlichungen Klage vor dem Landgericht in Bonn erhoben. Beklagte sind amnesty international, Sektion Bundesrepublik Deutschland, und der Verlag Gruner+Jahr als Herausgeber des „Stern". Dieser Rechtsstreit ist bis heute anhängig. Der chilenischen Justiz liegt ein noch unerledigtes Rechtshilfeersuchen auf Ortsbesichtigung vor.[13]

Die Bewohner der „Colonia Dignidad" reagierten auf die Angriffe in der Presse und auf die Veröffentlichung des Berichts von amnesty international durch einen Hungerstreik (1977), der in der chilenischen Öffentlichkeit große Beachtung fand.

Im März 1977 bat das Auswärtige Amt den BM Justiz[14], die strafrechtliche Relevanz des dem „Stern"-Artikel zugrundeliegenden Sachverhalts zu prüfen und

11 Am 16. November 1976 teilte Botschafter Strätling, Santiago de Chile, über seinen am Vortag erfolgten Besuch in der „Colonia Dignidad" mit: „Da – aus welchen Gründen immer – die Kolonie Dignidad in der Vergangenheit des öfteren verdächtigt und verleumdet worden ist – Prozesse sind zugunsten der Kolonie ausgegangen, ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuß hat Vorwürfe als nicht gerechtfertigt bezeichnet –, halte ich es nicht für ausgeschlossen, daß die Behauptungen in dem oben genannten Report auf Quellen aus früheren Zeiten beruhen. Die Bereitschaft der Leitung der Kolonie, sich einer Inspektion zu unterziehen, die Zustimmung des Innenministeriums, die Offenheit der Atmosphäre im dortigen Gebiet sprechen gegen die Behauptung der Existenz eines geheimen Folterzentrums. Meine eigenen Beobachtungen bestätigen diese Auffassung." Vgl. den Drahtbericht Nr. 351; Referat 331, Bd. 111129.

12 Vgl. den Artikel „Das Folterlager der Deutschen"; STERN vom 17. März 1977, S. 26–32 und S. 266.
Am 18. März 1977 stellte Botschafter Strätling, Santiago de Chile, zu den in der Zeitschrift „Stern" erhobenen Vorwürfen fest: „Soweit hier bekannt, beruht der gegen die Kolonie erhobene Vorwurf von Folterungen auf Aussagen, die nicht eigene sichere Wahrnehmungen, sondern Vermutungen, Mutmaßungen und Schlußfolgerungen wiedergeben. Kontaktpersonen der Botschaft, die sich der Hilfe für politische Häftlinge gewidmet haben, sind in der Vergangenheit in ihren mündlichen Stellungnahmen auf Anfrage der Botschaft nicht weitergegangen, als zu sagen, ‚es gebe Gerüchte, wonach es in oder bei der Kolonie Dignidad ein Geheimnislager der D[ireccíon de]I[nteligencia]NA[cional] gebe oder gegeben habe'. Dieselben gewöhnlich gut informierten Kontaktleute wollen jedoch nicht soweit gehen, die Existenz des DINA-Lagers in oder bei der Kolonie als ihre eigene Auffassung zu bestätigen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 89; Referat 331, Bd. 111129.

13 In einer Aufzeichnung des Referats 330 vom 18. Januar 1988 hieß es: „Wie […] bekannt, schleppt sich seit 1977 ein Zivilverfahren der C[olonia]D[ignidad] gegen Stern und amnesty international auf Unterlassung aufgestellter Behauptungen (u. a. Folterlager) hin. Nach einem Beweisbeschluß des Landgerichts Bonn vom 22.1.1980 sollten Zeugenvernehmungen und ein gründlicher Ortstermin in der CD durchgeführt werden. Ein solcher Ortstermin soll nun – nach Informationen aus Santiago – bevorstehen." Vgl. Referat 330, Bd. 159190.

14 Hans-Jochen Vogel.

evtl. ein entsprechendes Verfahren bei der zuständigen Strafverfolgungsbehörde einzuleiten. Die Staatsanwaltschaften in Siegen und in Bonn prüften im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens die erhobenen Vorwürfe. Die Verfahren wurden jedoch mangels hinreichenden Tatverdachts im Mai 1977 bzw. im Juli 1977 eingestellt.[15]

3) Entwicklung der letzten Jahre

a) 1984 bzw. 1985 flohen die Koloniebewohner Hugo Baar und die Eheleute Packmor aus der Kolonie. Sie berichteten am 15.3.1985 (Herr Packmor), 17.3.1985 (Frau Packmor) und 2.4.1985 (Herr Baar) der Botschaft in Santiago de Chile ausführlich über die unhaltbaren Zustände in der Siedlung.[16] Ihre Berichte bestätigten und erweiterten die Vorwürfe der früheren Flüchtlinge. Das Auswärtige Amt übermittelte am 17.4.1985 bzw. 26.6.1985 ihre Berichte dem Bundesjustizministerium mit dem Ziele der Einleitung eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens bei der Staatsanwaltschaft Bonn gegen Paul Schäfer wegen fortgesetzter Freiheitsberaubung, Körperverletzung, u.a. Dieses Verfahren wurde vom Leitenden Oberstaatsanwalt in Bonn unter dem Aktenzeichen 50JS285/85 eingeleitet und ist zur Zeit noch anhängig.[17]

b) Zum Zweck der Einleitung strafrechtlicher Maßnahmen in Chile hat das Auswärtige Amt die Berichte der oben genannten Koloniemitglieder, nachdem diese am 15.12.1987 ihre Zustimmung gegeben hatten, am 22.12.1987 an die chilenische Regierung weitergeleitet.

Dasselbe geschah im Januar 1988 in Abstimmung mit den zuständigen deutschen Justizbehörden mit den Vernehmungsprotokollen dieser ehemaligen Koloniemitglieder.

15 Mit Schreiben vom 7. Dezember 1987 teilte das nordrhein-westfälische Justizministerium mit, daß die Oberstaatsanwaltschaft in Siegen aufgrund „eines in der Illustrierten ‚Stern' Nr. 13 vom 17.3.1977 erschienenen Artikels ‚Das Folterlager der Deutschen' […] ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen Verdachts des Menschenraubes zum Nachteil des Studenten Wolfgang Müller" eingeleitet habe: „Nachdem die Ermittlungen ergeben hatten, daß Müller im Mai 1975 freiwillig aus Siegen abgereist war, nicht zurückkehrte und sich in der Folgezeit im Lager ‚Colonia Dignidad' in Chile aufhielt, hat der Leitende Oberstaatsanwalt in Siegen das vorgenannte Verfahren durch Verfügung vom 16.5.1977 eingestellt." Der Leitende Oberstaatsanwalt in Bonn habe wegen des Tatverdachts der Freiheitsberaubung von weiteren Personen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, „das durch Verfügung der Staatsanwaltschaft vom 22.7.1977 mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt worden ist. Die Einstellung wurde damit begründet, daß die in den Presseartikeln enthaltenen Aussagen, die auf Begehung von Straftaten schließen ließen, im wesentlichen auf Schlußfolgerungen und Mutmaßungen beruhten, denen auf konkrete Beobachtungen beruhende Ergebnisse von Ermittlungen der deutschen Botschaft in Chile entgegenstanden." Vgl. Referat 330, Bd. 159189.

16 Vgl. dazu den Bericht von Georg Packmor vom 15. März 1985 und den Bericht von Lotti Packmor vom 17. März 1985 sowie den Bericht von Hugo Baar vom 2. April 1985 einschließlich des Vermerks „Mitarbeiter und besondere Vertraute des Herrn Schäfer", ferner die Schreiben von Hugo Baar und Waltraud Baar an Botschafter Holzheimer, Santiago de Chile, vom 6. April bzw. 25. Mai 1985; AV Santiago de Chile, Bd. 31578.

17 Am 5. Januar 1988 notierte Ministerialdirigent Eitel, Oberstaatsanwalt Irsfeld habe bei einer telefonischen Anfrage des Auswärtigen Amts zu den Ermittlungen in der Sache „Colonia Dignidad" dargelegt, „man erwäge zur Zeit bei der Staatsanwaltschaft, ob man ein eigenes Rechtshilfeersuchen an die chilenischen Behörden richten solle, möchte jedoch vor einer Entscheidung über weitere Schritte die Antwort des AA abwarten, da bisher nur die Vernehmungsschriften über die Aussagen der Zeugen Baar, Georg und Lotti Packmor, Kuhn sowie die im Jahre 1985 vom AA übersandten Baar- und Packmor-Protokolle vorlägen; diese Aussagen seien naturgemäß, da es sich um Beteiligte handele, etwas gefärbt, und man möchte sich noch ein Bild aufgrund der Aussagen von Unbeteiligten machen." Vgl. Referat 330, Bd. 159190.

c) Nach der Flucht von Baar und der Eheleute Packmor bemühte sich die Botschaft im Hinblick auf die erhobenen Vorwürfe, einen Konsularsprechtag in der Kolonie durchzuführen. Sie wollte damit vor allem unzufriedenen Mitgliedern die Möglichkeiten eines unmittelbaren Gesprächs und der Anmeldung persönlicher Wünsche eröffnen. Dem Angebot eines Konsularsprechtages hat sich die Kolonie über einen längeren Zeitraum entzogen und den Botschaftsangehörigen den Zutritt verweigert. Erst am 7.11.1987[18] konnte ein Sprechtag in der Kolonie durchgeführt werden.[19] Die von der Kolonieleitung herbeigeführten Umstände der Kontakte mit verschiedenen Koloniemitgliedern ließen nicht zu, daß gerichtlich verwertbare Hinweise auf strafbare Handlungen gefunden werden konnten. Die Botschaftsangehörigen erhielten aber den bedrückenden Eindruck einer Gesellschaft unfreier, häufig mechanisch wirkender Menschen, die in einer abgeschlossenen unwirklichen Welt leben. Einziger Inhalt ihres Daseins scheint harte Arbeit zu sein.

d) Vom 13. bis 18. Dezember 1987 hielt sich eine deutsche Expertendelegation in Chile auf, deren Auftrag es war, sich vor Ort mehr Klarheit über die Verhältnisse in der Kolonie und über die Anschuldigungen zu verschaffen.[20] Der Delegation wurde jedoch der Einlaß in die Kolonie verwehrt. Sie hatte lediglich Gelegenheit, im Umfeld der Kolonie und mit chilenischen Behörden Gespräche zu führen.

4) Kontakte mit den chilenischen Behörden wegen „Colonia Dignidad"

Die Botschaft Santiago de Chile hat, veranlaßt durch die Berichte entflohener Mitglieder der Siedlung, immer wieder die chilenischen Behörden mit den Verhältnissen in der „Colonia Dignidad" befaßt.

Beispielhaft für die Bemühungen waren unter anderem:

- Im Zusammenhang mit dem Entkommen Wolfgang Müllers aus der Kolonie (1966) Kontakte mit der chilenischen Kriminalpolizei, die über die Vorgänge in der Kolonie informiert wurde.
- Flucht des Koloniemitglieds Bohnau (1968) führt zu erneuten Kontakten mit der chilenischen Kriminalpolizei: Chilenische Behörden wurden um Polizeischutz für Kolonieangehörige, die diese verlassen wollen, und um Befragung von Mitgliedern gebeten.
- Zeitlich parallel zu diesen Bemühungen der Botschaft setzt der chilenische Kongreß eine Untersuchungskommission am 7. März 1968 zur Untersuchung der CD ein. Diese entlastet die Kolonie nach achtmonatiger Arbeit fast vollkommen von allen Vorwürfen: Keine Beweise für Freiheitsberaubung und Verabreichung von Drogen.
- Rechtsstreit der Privaten Socialen Mission e. V. gegen amnesty international und Verlag Gruner+Jahr seit 1977. Beweisbeschluß des LG Bonn vom 21. Januar 1980 auf Vernehmung von 25 Zeugen in Chile.

  In diesem Zusammenhang mehrfache Interventionen der Botschaft bis heute.

18 Korrigiert aus: „9.11.1987".

19 Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, übermittelte am 9. November 1987 einen Bericht zum Konsularsprechtag in der „Colonia Dignidad". Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 310.

20 Staatssekretär Sudhoff ließ sich am 21. Dezember 1987 von den Delegationsmitgliedern über ihre Erkenntnisse zur „Colonia Dignidad" unterrichten. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 378.

– Nach der Flucht der Eheleute Baar und Packmor 1985 mehrere Gespräche des Botschafters[21] mit chilenischem Polizeichef[22]. Drängen auf Aufklärung. Chilenische Seite erklärt nach Prüfung, daß es nicht möglich gewesen sei, den Verantwortlichen in der Kolonie strafbare Handlungen nachzuweisen.
– Interventionen BM Genschers bei chilenischem Außenminister unter Hinweis auf die Dringlichkeit strafrechtlicher Ermittlungen der chilenischen Justiz und auf die Notwendigkeit angemessener Schutzmaßnahmen für die Deutschen in der Kolonie (Daten: 8.12.1987[23], 16.12.1987[24] (zwei Schreiben) und 12.1.1988[25]).

VS-Bd. 13661 (330)

21 Horst Kullak-Ublick.

22 Rudolfo Stange Oelkers.

23 Ministerialdirigent von Schubert übermittelte der Botschaft in Santiago de Chile am 8. Dezember 1987 ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den chilenischen Außenminister García zur beabsichtigten Entsendung einer deutschen Delegation, die sich vor Ort mit den gegen die „Colonia Dignidad" erhobenen Vorwürfe befassen sollte. Vgl. dazu den Drahterlaß; Referat 330, Bd. 159189.

24 Mit Schreiben vom 16. Dezember 1987 legte Bundesminister Genscher dem chilenischen Außenminister García zum deutschen Rechtshilfeersuchen bezüglich der Vorwürfe gegen die „Colonia Dignidad" dar: „Als Ende der 70er Jahre in den deutschen Medien schwere Menschenrechtsverletzungen in der Kolonie angeprangert wurden, versuchte die Leitung der Kolonie diesen Angriffen mit rechtlichen Mitteln in Deutschland entgegenzutreten. Da das zuständige deutsche Gericht in diesem bis heute nicht abgeschlossenen Verfahren eine Beweisaufnahme in Chile für erforderlich hielt, wurde im Juli 1980 die Rechtsabteilung Ihres Ministeriums damit befaßt. Die chilenische Seite hat jedoch einer Beweisaufnahme in Chile unter Beteiligung des deutschen Gerichts nicht zugestimmt. Daraufhin übermittelte unsere Botschaft im September 1982 ein Rechtshilfeersuchen an Ihr Ministerium, um eine Beweisaufnahme durch ein chilenisches Gericht zu erreichen. Dieses Ersuchen ist bis heute nicht erledigt." Vgl. Referat 330, Bd. 159189.
Ministerialdirigent von Schubert übermittelte am 16. Dezember 1987 an die Botschaft in Santiago de Chile ein weiteres Schreiben Genschers an Garcia. Darin hieß es: „Die Verhältnisse in Colonia Dignidad erfüllen mich mit zunehmender Sorge. Es liegt mir daran, Sie auf einen schwerwiegenden Aspekt der Angelegenheit aufmerksam zu machen. Die Umstände in der Colonia Dignidad lassen die Befürchtungen aufkommen, daß Leben und Gesundheit der dort lebenden deutschen Staatsangehörigen gefährdet sein könnten. Die Weigerung, Zutritt zu Colonia Dignidad zu verschaffen, bestärkt meine Befürchtungen, daß die bekannten Vorwürfe berechtigt sind. Ich darf Sie deshalb bitten, Ihren Einfluß geltend zu machen, damit alle zum Schutz der in der Colonia Dignidad lebenden Menschen geeigneten Maßnahmen getroffen werden." Vgl. den Drahterlaß; Referat 330, Bd. 159189.

25 Vortragender Legationsrat Urmoneit übermittelte der Botschaft in Santiago de Chile am 12. Januar 1988 ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den chilenischen Außenminister García. Mit Bezug auf sein Schreiben vom 16. Dezember 1987 wies Genscher darauf hin, daß die „angekündigten Übersetzungen der schriftlichen Aussagen der beiden Ehepaare, die Ende 1984 bzw. Anfang 1985 die Colonia Dignidad verlassen konnten", mittlerweile durch die Botschaft übergeben worden seien. Dazu führte er aus: „Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dafür Sorge tragen könnten, daß diese Unterlagen, die die ganze Schwere der den chilenischen Behörden bekannten Anschuldigungen gegen die Leitung der CD erhärten, sobald wie möglich den zuständigen Stellen Ihres Landes zugeleitet werden, damit diese die erforderlichen Maßnahmen treffen können. Ich gehe davon aus, daß diese Tatsachen, die in den übergebenen Berichten enthalten sind, ausreichen werden, strafrechtliche Ermittlungen in Chile einzuleiten". Vgl. den Drahterlaß; Referat 330, Bd. 159190.

40

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Schlagintweit

310-321.11 ISR-116/88 geheim **29. Januar 1988**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Vier-Augen-Gespräch mit Außenminister Peres in Jerusalem am 24. Januar 1988[4]

Nachfolgend lege ich Ihnen Vermerk über den Inhalt Ihres Vier-Augen-Gesprächs mit dem israelischen AM Peres vor, der auch als Unterlage für Ihr Gespräch mit König Hussein[5] dienen kann.

1) Peres erklärte, daß er und seine Partei nach wie vor am Gedanken einer Internationalen Konferenz als Rahmen für direkte Verhandlungen festhielten.

Es gebe zwei Modelle für einen solchen Rahmen:

– die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats,

– die beiden Großmächte USA und Sowjetunion

(wahrscheinlich jeweils mit dem VN-Generalsekretär[6]).

Israel neige eindeutig dem letzteren Modell zu, Hussein dem Fünfer-Modell, u. a. weil er Großbritannien beteiligen wolle.

2) Der amerikanisch-sowjetische Gipfel[7] als Rahmen für eine Begegnung zwischen Israel und den Arabern komme nicht in Frage, schon weil die Amerikaner nicht Moskau als Ort des Treffens akzeptieren würden.

Es gebe einen neuen Gedanken der Briten: Großbritannien lädt die Gipfelmächte ein, vorher in Großbritannien einen Rahmen für israelisch-arabische Gespräche zu bilden. Da es unwahrscheinlich sei, daß Gorbatschow zu diesem Zweck nach Großbritannien komme, käme auch die Außenminister-Ebene in Frage.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 29. Januar 1988 vorgelegen, der die Erstellung einer Kopie für Staatssekretär Lautenschlager verfügte.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 29. Januar 1988 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 11. Februar 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Schlagintweit verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 12. Februar 1988 erneut vorgelegen.
Hat Schlagintweit erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Fiedler verfügte.
Hat Fiedler vorgelegen.

4 Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 23./24. Januar 1988 in Israel vgl. auch Dok. 30 und Dok. 41.

5 Bundesminister Genscher traf am 7. Februar 1988 mit König Hussein auf Schloß Gymnich zusammen. Botschafter Bartels, z. Z. Bonn, vermerkte am 10. Februar 1988, Hussein habe zu den Friedensbemühungen im Nahen Osten erklärt: „Augenblickliche amerikanische Intentionen seien nicht klar. Shultz folgt völlig dem Kurs von Shamir. Präsident Reagan habe ihn nach Treffen mit Präsident Mubarak angerufen und seine – ‚eines unkonventionellen Politikers' – Entschlossenheit mitgeteilt, im letzten Jahr der Amtszeit neuen Anfang zu versuchen […]. Habib habe dazu in Amman folgendes ausgeführt: Die USA wollten neue Friedensinitiativen auf Basis 242 und 338 beginnen. Neues Konzept sei noch ‚Skelett', daß der Ausgestaltung bedürfe. USA hielten an I[nternationaler]F[riedens]K[onferenz] fest." Vgl. Referat 310, Bd. 149766.

6 Javier Pérez de Cuéllar.

7 Zum Treffen des amerikanischen Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

BM schlug vor, wenn überhaupt, einen solchen Rahmen nicht vor, sondern nach dem Moskauer Gipfel herzustellen.

3) Eine weitere Alternative sei die Wiederbelebung der Genfer Nahost-Konferenz von 1973[8]. Hierzu lädt der VN-Generalsekretär ein. USA und Sowjetunion sind Garantiemächte.

4) Minister Peres erläuterte, daß die eigentlichen Verhandlungen in folgenden Kommissionen stattfinden sollten:

a) jordanisch-palästinensische Delegation und israelische Delegation,

b) syrisch-israelische Gespräche,

c) libanesisch-israelische Gespräche,

d) multilaterale Gespräche zwischen allen regionalen Beteiligten.

Die Kommissionen a) bis c) würden im wesentlichen die Probleme der Vergangenheit lösen, die Kommission d) Zukunftsfragen wie wirtschaftliche Entwicklung, Verkehr, Ökologie behandeln.

5) Peres erklärte es als wichtig, daß König Hussein ausdrücklich den Kriegszustand mit Israel als beendet erklärt. Hussein sei bisher nur bereit gewesen zu sagen, er trete für Verhältnisse ein, die ein Ende des Krieges erlaubten. Aus israelischer Sicht müsse darüber hinausgegangen werden.

6) Es sei psychologisch für Israel außerordentlich wichtig, daß eine Internationale Konferenz Israel keine Lösung aufzwingen wolle. Außerdem würde es helfen, wenn gleichzeitig eine Wirtschaftshilfe für die Region angekündigt werden könne.

7) Peres sprach außerdem den Wunsch aus, mit internationaler Hilfe die Negev-Wüste zu entwickeln. Dies hätte den Vorteil, daß im Gegensatz zur Westbank und zu Gaza hier keine arabischen Interessen verletzt würden und daß man Siedler, die sonst in die besetzten Gebiete gingen, in den Negev zöge.

Israel hoffe, daß die Bundesrepublik hierfür die Differenz zwischen den jährlichen DM 200 Mio. Rückflüssen von Entwicklungshilfe und unseren jährlichen Neuzusagen in Höhe von DM 140 Mio. zur Verfügung stelle.[9]

8 Korrigiert aus: „1972".
Die Friedenskonferenz für den Nahen Osten, an der unter dem gemeinsamen Vorsitz der USA und der UdSSR Ägypten, Israel und Jordanien sowie VN-Generalsekretär Waldheim teilnahmen, wurde am 21. Dezember 1973 in Genf auf Außenministerebene eröffnet. Die Konferenz beschloß eine Fortsetzung der Verhandlungen auf Botschafterebene. Außerdem wurde die Bildung militärischer Arbeitsgruppen beschlossen, die über ein Auseinanderrücken der israelischen und ägyptischen Streitkräfte am Suez-Kanal verhandeln sollten. Vgl. dazu den Artikel „Nahost-Konferenz beschließt Militärgespräche in Genf"; DIE WELT vom 24. Dezember 1973, S. 1.
Die Verhandlungen der militärischen Arbeitsgruppen wurden am 9. Januar 1974 unterbrochen und seitdem nicht wiederaufgenommen. Vgl. dazu den Artikel „Mideast Talks Recessed for Consultations"; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 10. Januar 1974, S. 1 f.

9 Am 12. August 1988 berichtete Botschaftsrat Neubauer, Tel Aviv, in der israelischen Tageszeitung „Ma'ariv" sei zur Finanziellen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Israel ausgeführt worden: „Die deutsche Wirtschaftshilfe wurde zur Belastung für den Fiskus – Israel zahlt mehr zurück, als es erhält. Mehrmalige Bitten, die Zahlungsmodi zu ändern, wurden von Bonn entschieden zurückgewiesen. Dieses Jahr werden wir 250 Millionen DM zurückzahlen, aber nur 140 Millionen DM bekommen. Seit 1965 bekommt Israel von Deutschland jährlich 140 Mill[ionen] DM, die über einen Zeitraum von 20 Jahren rückzahlbar sind, davon sind die ersten fünf Jahre zinsfrei. Israel zahlt jährlich 4,5 Prozent Zinsen für den deutschen Kredit […]. Mittlerweile belaufen sich die Schulden Israels bis Ende 1987 bereits auf 2,2 Milliarden DM. Seit 1983 übersteigt die Summe, die Israel Deutschland jährlich zurückzahlen muß, die Summe, die es von den Deutschen erhält (Israel zahlte

8) Zu Gaza erklärte Peres, die Unruhen seien nicht vorbei[10]; Grund sei die sich dauernd verschlechternde soziale Lage der Bewohner. Gaza könne nicht Teil Israels werden. Er sprach sich auch nicht für eine „Gaza first"-Lösung aus, die die Araber nicht akzeptierten, sondern für „auch Gaza". Auch hier denke er an gemeinsame Entwicklungsvorhaben mit Ägypten.

9) BM sprach die Frage von Kommunalwahlen in den besetzten Gebieten an, die dazu helfen würden, den Palästinensern ein Identitätsgefühl zu geben. Peres antwortete, er sei durchaus für solche Wahlen auf der Westbank, selbst wenn dabei der PLO nahestehende Persönlichkeiten gewählt würden. In Gaza hätten solche Wahlen keinen Sinn, da die Stadt relativ klein sei und die Flüchtlingslager bei Kommunalwahlen nicht mitwählten.

Schlagintweit

VS-Bd. 13644 (310)

41

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Richter

310-321.11 ISR **29. Januar 1988**[1]

Über Herrn D 3[2], Herrn Staatssekretär[3] Herrn Bundesminister[4] vorgelegt

Betr.: Ihr Gespräch mit palästinensischen Persönlichkeiten in Ost-Jerusalem (24.1.1988)[5]; hier: Follow-up

Bezug: Weisung des Ministerbüros vom 26.1.88

Anlg.: Teilnehmerliste[6]; Gesprächsvermerk[7]; Brief der palästinensischen Persönlichkeiten vom 24.1.88[8]

1) Das Gespräch mit den palästinensischen Persönlichkeiten hat sich in erster Linie mit den realisierbaren Lösungsmöglichkeiten für die Konfliktsituation[9]

Fortsetzung Fußnote von Seite 239
1987 236 Mill. DM zurück, davon sind nur 152 Mill. DM Kapital und der Rest Zinsen). Das Finanzministerium hat ausgerechnet, daß es 1996 300 Millionen DM zurückzahlen muß." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1053; Referat 310, Bd. 149755.

10 Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada") vgl. Dok. 16, Anm. 23.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter und Vortragender Legationsrätin Kaempffe konzipiert.

2 Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 29. Januar 1988 vorgelegen.

3 Hat Staatssekretär Sudhoff am 29. Januar 1988 vorgelegen.

4 Hat Bundesminister Genscher am 6. Februar 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine Begegnung mit Kaddumi könnte in der Zeit der gr[iechischen] Prä[sidentschaft] stattfinden. (Ich könnte als Angehöriger der Troika teilnehmen.)"
Hat Ministerialdirigent Jansen am 8. Februar 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Schlagintweit und Ministerialdirigent Fiedler an Referat 310 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 8. Februar 1988 vorgelegen.
Hat Schlagintweit erneut vorgelegen.
Hat Fiedler am 10. Februar 1988 vorgelegen.

5 Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 23./24. Januar 1988 in Israel vgl. auch Dok. 30 und Dok. 40.

beschäftigt. Wünsche, Vorstellungen und Befürchtungen der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten sind von den Beteiligten unterschiedlich präsentiert worden. Alle aber waren der Meinung, daß eine Internationale Konferenz neue Anstöße für Lösungsmöglichkeiten fördern wird. Der Meinungsaustausch hat damit für uns zu der wichtigen Klärung geführt, daß die palästinensischen Persönlichkeiten eine IK nachdrücklich unterstützen.

Der Ihnen übergebene Brief enthält die schon aus einer Pressekonferenz bekannten 14 Forderungen:

– für eine unmittelbare Verbesserung der Lage, z. B. Entlassung aller bei den Unruhen Festgenommenen, vor allem der Kinder; keine weiteren Deportationen[10]; keine weitere Verhängung von Ausgehverboten auch bei Flüchtlingslagern; Familienzusammenführungen;
– zur Vergrößerung der wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten, z. B. Aufhebung der Geltung israelischer Verbrauchs- und direkter Steuern in den besetzten Gebieten; Gleichstellung israelischer und palästinensischer Arbeitnehmer in Israel; Aufhebung der Lizenzpflicht für jede Art wirtschaftlicher Betätigung; gleicher Marktzugang in Israel und in den besetzten Gebieten für israelische und palästinensische Produzenten;
– im Hinblick auf die politische Lösung z. B. Beendigung der israelischen Siedlungstätigkeit und der Politik der Landenteignungen.

Der Brief enthält darüber hinaus auch eine Definition der nationalen palästinensischen Ziele. Diese schließt das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf Gründung eines unabhängigen Staates unter Führung der PLO auf palästinensischem Territorium ein. Für die PLO, deren Alleinvertretungsrecht mehrfach erwähnt wird, fordern die palästinensischen Persönlichkeiten die gleichberechtigte Teilnahme („as an equal partner“) an einer IK.

Vor allem durch diesen Brief haben die palästinensischen Persönlichkeiten – wie erwartet – deutlich gemacht, daß die PLO in den besetzten Gebieten als Führung anerkannt wird und Arafat ihr Identifikationssymbol ist. Dies entspricht jüngsten

6 Dem Vorgang beigefügt. Für die Teilnehmerliste vgl. Referat 311, Bd. 149750.

7 Dem Vorgang beigefügt. Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 24. Januar 1988 in Jerusalem erklärte der ehemalige Bürgermeister von Gaza, al-Shawwa, „die an den neuen Unruhen beteiligte Generation ist nach 20 Jahren Besatzung und Verlust der Heimat vor 40 Jahren total entwurzelt. Sie hat keine Möglichkeit, sich zu entwickeln. Es muß dringend für einen internationalen Schutz der Bevölkerung gesorgt werden. Die Palästinenser wissen anders nicht, was ihnen die Zukunft bringen wird.“ Der ehemalige Bürgermeister von Hebron, Natsheh, ergänzte, „die Geduld der palästinensischen Bevölkerung ist nach 20 Jahren israelischer Militärregierung erschöpft. Sie will auf eine politische Lösung nicht mehr warten. 60 Prozent der Westbank-Bevölkerung sei nach 1967 geboren. Sie wolle heute einen palästinensischen Staat. Die israelische Regierung verweigere dies ebenso wie das Selbstbestimmungsrecht.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 149750.

8 Dem Vorgang beigefügt. In dem Bundesminister Genscher anläßlich des Gesprächs am 24. Januar 1988 in Jerusalem übergebenen Schreiben hieß es: „Your visit comes at a time which will enable you to witness at first-hand the uncivilized suppressive measures which Israel is employing to quell the just uprising of our Palestinian nation. […] Our people are in urgent need of immediate international protection from the brutality of Israel's military authorities […]. To this end, we hope the international community will immediately authorize the provision of an international force to intervene in the occupied territories, to whose trusteeship our population can be delivered, as the first step towards the convening of an international conference.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149750.

9 Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada“) vgl. Dok. 16, Anm. 23.

10 Zur Ausweisung von Palästinensern aus den von Israel besetzten Gebieten vgl. Dok. 16, Anm. 24.

Meinungsumfragen (94% pro PLO, 3% pro Jordanien). Jordanien wird im Brief nicht erwähnt und hat auch im Gespräch keine Rolle gespielt.

Im Gespräch hat sich ferner ergeben, daß sich die palästinensischen Persönlichkeiten nicht für Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele aussprechen, solange die Chance einer politischen Lösung noch besteht. Sie scheinen bereit zu sein, vertrauensbildende Maßnahmen (z.B. Kommunalwahlen, Beendigung der Deportationen, Mubarak-Initiative als Interimslösung[11]) von israelischer Seite als ersten Schritt zur Konfliktberuhigung honorieren zu wollen. Zumindest diese Gruppe palästinensischer Führer ist in vollem Vertrauen auf ihren berechtigten Standpunkt der Meinung, daß das Verhalten der israelischen Regierung auch über den israelischen Wähler beeinflußt werden kann. Die Führungsrolle der palästinensischen Bürgermeister, die aus den letzten Wahlen[12] hervorgegangen sind, wird aus ihrem persönlichen Schicksal abgeleitet, nicht aus einem von ihnen formulierten Programm.

Die bei dem Gespräch anwesenden ehemaligen Bürgermeister Natsheh und Shawwa wurden ebenso wie Freij 1976 demokratisch gewählt. Natsheh und Shawwa sind wie alle übrigen Bürgermeister von der israelischen Militärregierung bis 1982 abgesetzt worden. Freij ist heute der einzige gewählte Bürgermeister, der noch in seinem Amt ist.

2) Die Forderungen palästinensischer Persönlichkeiten (mündlich und im Brief) lassen sich wie folgt zusammenfassen:

– Einhaltung des Genfer Abkommens von 1949 zum Schutz der Zivilbevölkerung[13] (ist zur Zeit Gegenstand der VN-SR-Debatte zur Lage in den besetzten Gebieten nach Vorlage des VN-GS-Berichts[14]),
– internationaler oder VN-Schutz für die Bevölkerung in den besetzten Gebieten (ist ebenfalls Gegenstand der Debatte zur Lage in den besetzten Gebieten im VN-SR),
– Verringerung des Konfliktpotentials zwischen Palästinensern und Israelis in den besetzten Gebieten,
– Änderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den besetzten Gebieten.

11 Zum Vorschlag des Präsidenten Mubarak zur Förderung des Friedensprozesses im Nahen Osten vgl. Dok. 31, besonders Anm. 14.

12 Am 12. April 1976 fanden in den von Israel besetzten Gebieten Kommunalwahlen statt.

13 Für den Wortlaut des Genfer Abkommens vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten (IV. Genfer Konvention) vgl. UNTS, Bd. 75, S. 287–417. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 917–976.

14 Am 22. Januar 1988 teilte Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), mit, daß VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar am selben Tag seinen Bericht an den VN-Sicherheitsrat zur Lage in den von Israel besetzten Gebieten vorgelegt habe: „Zunächst unterstrich VN-GS, daß ev[en]t[ue]l[le] Schutzmaßnahmen, die SR erwägen könnte, nicht die zugrundeliegende Problematik beseitigen können, daß heiße, die fortgesetzte israelische Besetzung der 1967 in Besitz genommenen Gebiete. Auch Mitgleider der israelischen Regierung hätten die Notwendigkeit einer politischen Lösung hervorgehoben. Er, VN-GS, teile diese Ansicht vollkommen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 137; Unterabteilung 31, Bd. 147610.
York ergänzte am 27. Januar 1988: „In heutiger (27.1.) ganztägiger SR-Debatte zur Lage in den israelisch besetzten Gebieten nach Vorlage des Berichts des VN-GS war ganz überwiegend Bemühen zu spüren, schrille Töne zu vermeiden. […] PLO äußerte sich ganz bewußt sachlich und ohne Schärfen. Der Bericht des VN-GS sei ein historisches Dokument. Die israelische Politik der ‚eisernen Faust‘ habe nicht zum Erfolg geführt. Palästinenser wollten ihr Recht, in Freiheit und Frieden zu leben, ausüben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 173; Unterabteilung 31, Bd. 147610.

3) Für die Weiterführung und mögliche Umsetzung dessen, was in Ost-Jerusalem diskutiert wurde, ergeben sich somit verschiedene Ansatzpunkte.

Ausgehend von der Repräsentativität der PLO könnte dem Wunsch Kaddumis entsprochen werden, mit Ihnen zusammenzutreffen. Eine Gelegenheit dazu böte sich, wenn er im Rahmen einer Rundreise eines beim letzten AL-AM-Treffens[15] gegründeten Ministerausschusses die EG-Präsidentschaft[16] aufsuchen würde. Entsprechende Absichten werden aus Tunis berichtet.

Ausgehend von dem Gedanken, daß eine Internationale Konferenz die Voraussetzung dafür schaffen soll, daß zwischen den Konfliktparteien Verhandlungen aufgenommen werden können, bleibt das Zustandekommen einer solchen Konferenz oberstes Ziel. Dies könnte in folgender Weise ergänzt werden:

– Eintreten im VN-SR für eine neue grundlegende Resolution (Selbstbestimmungsrecht, IK).
– Einwirken auf Israel, die IV. Genfer Konvention und die Menschenrechte zu beachten.
– Einwirken auf die USA und die SU, der Lösung der Nahost-Frage neue Impulse zu geben.
– Unterstützung aller Maßnahmen, die zum gegenseitigen Verständnis zwischen der Bevölkerung der besetzten Gebiete und Israel beitragen.
– Wirtschaftliche Maßnahmen, die eigene Aktivitäten der Bevölkerung in den besetzten Gebieten abstützen (einschließlich Unterstützung des Hilfsprogramms der EG-Kommission durch nochmalige Troika-Demarche in Jerusalem, falls EGK dies für angemessen hält). Eine Erhöhung der EG-Hilfe könnte für 1989 in Aussicht genommen werden.

Wirtschaftliche Initiativen (z. B. Marshall-Plan[17]), die eine politische Lösung de facto ersetzen wollen, sollten wir auch weiterhin nicht unterstützen.

Der Ausweitung unserer bilateralen TZ (1987: ca. 13 Mio. DM) stehen wegen der mangelnden Kooperation der israelischen Seite sehr große Schwierigkeiten entgegen. Das BMZ bemüht sich um Abhilfe.[18]

Richter

Referat 310, Bd. 149750

15 Die Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga fand am 23./24. Januar 1988 in Tunis statt.

16 Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 die EG-Ratspräsidentschaft inne. Die Wörter „die EG-Präsidentschaft aufsuchen" wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „In Bonn oder in Brüssel? Ich bin für Brüssel. Besser noch wäre Tunis (Arabische Liga!). Man sollte nicht zwei Schritte auf einmal tun."

17 Am 5. Juni 1947 schlug der amerikanische Außenminister Marshall in einer Rede an der Harvard-Universität die Schaffung eines Hilfsprogramms für die europäischen Staaten vor. Das nach ihm auch „Marshall-Plan" genannte European Recovery Program (ERP) diente in den Jahren 1948 bis 1952 dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft. Bis zum Auslaufen der Hilfe flossen ca. 13 Mrd. Dollar nach Westeuropa. Davon entfielen auf die westlichen Besatzungszonen bzw. auf die Bundesrepublik ca. 1,7 Mrd. Dollar. Für den Wortlaut der Rede vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 16 (1947), S. 1159 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1947, S. 821.

18 In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 21. Dezember 1987 wurde zur Hilfe der Bundesrepublik für die von Israel besetzten Gebiete ausgeführt: „Die Bundesregierung hat Maßnahmen in den besetzen Gebieten von 1968 an gefördert, zunächst durch

42

Ministerialdirigent Staab, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 161
Citissime

Aufgabe: 29. Januar 1988, 18.07 Uhr[1]
Ankunft: 29. Januar 1988, 20.23 Uhr

Betr.: Lage in der DDR nach Aktion gegen die oppositionellen Gruppen im Zusammenhang mit der Luxemburg/Liebknecht-Demonstration am 17. Januar 1988[2]

Bezug: FS Nr. 2133 vom 11.12.1987 – VS-vertraulich
und telefonische Weisung RD Käsler vom 29.1.1988

1) Der Vorgang und seine Motive

Es hat zwei deutlich voneinander zu unterscheidende Maßnahmen der Sicherheitsorgane gegeben: Zunächst am Tage der Demonstration am 17.1. die Festnahme von rund 100 Teilnehmern an der Demonstration und danach, wie vom ND am 26.1.[3] gemeldet, die Verhaftung verschiedener Oppositioneller wegen landesverräterischer Beziehungen. Auslösendes Moment für beide Aktionen ist gleichwohl die Luxemburg/Liebknecht-Demonstration gewesen. Sie bot den Sicherheitsorganen die ersehnte Möglichkeit, den bei den Vorgängen um die Zionskirche im November 1987[4] erlittenen Rückschlag wettzumachen. Die Demonstration vom 17.1. war deshalb dafür günstig, weil die beabsichtigte Stö-

Fortsetzung Fußnote von Seite 243
finanzielle Beiträge für Projekte deutscher nichtstaatlicher Träger (1968–86 knapp 18 Mio. DM), später auch durch Unterstützung eines UNICEF-Vorhabens und in der bilateralen staatlichen Zusammenarbeit (insgesamt 9 Mio. DM). 1987 soll die Hilfe 12–13 Mio. DM erreichen (gegenüber rd. 7,5 Mio. DM 1986), davon rd. 4,7 Mio. DM bilaterale TZ, 2 Mio. DM für ein UNRWA-Vorhaben, Rest über nichtstaatliche Träger (fast ausschließlich Kirchen). Für 1988 wird die erstmalige Bereitstellung von FZ geprüft." Vgl. Referat 310, Bd. 149591.

1 Das Fernschreiben wurde von Ministerialrat von Studnitz, Ost-Berlin, konzipiert.

2 Ministerialdirigent Staab, Ost-Berlin, berichtete am 19. Januar 1988: „Im Zusammenhang mit den Festnahmen von Mitgliedern unabhängiger Gruppen während der offiziellen Demonstration zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 17. Januar 1988 sind bisher mindestens sechs Haftbefehle erlassen worden. […] Die Haftbefehle werden gestützt auf den Vorwurf der Zusammenrottung […] und in einem Falle (Krawczyk) auf den Vorwurf der Beeinträchtigung staatlicher und gesellschaftlicher Tätigkeit […]. Wegen des Vorwurfs der Zusammenrottung kann auf bis zu zwei Jahre Haft erkannt werden, gegen Rädelsführer ist ein Strafmaß von höchstens acht Jahren möglich. Wegen Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit ist ein Strafmaß bis zu drei Jahren, in besonderen Fällen bis zu fünf Jahren möglich. Bei den Verhafteten handelt es sich um Bert Schlegel, Andreas Kalk und Till Böttcher – alle drei Mitarbeiter der Umweltbibliothek bei der evangelischen Zionskirche –, Vera Wollenberger […], Herbert Mißlitz sowie den Liedermacher Stephan Krawczyk." Daneben seien zahlreiche Ausreisewillige verhaftet worden: „Der Anteil der Antragsteller wird auf etwa 90 v[on]H[undert] geschätzt. Wie es heißt, haben diese ausreisewilligen Demonstranten sich den Anlaß zunutze gemacht, um ihrem Ausreisebegehren Nachdruck zu geben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1111; Referat 210, Bd. 145159.

3 Korrigiert aus: „25.1."
Vgl. den Artikel „Ermittlungsverfahren wegen landesverräterischer Beziehungen"; NEUES DEUTSCHLAND vom 26. Januar 1988, S. 2.

4 Zur Durchsuchung der „Umweltbibliothek" im Gemeindehaus der Ost-Berliner Zionskirche am 24./25. November 1987 vgl. Dok. 12, Anm. 15.

rung der Liebknecht/Luxemburg-Gedenkveranstaltung für die nötige Empörung auch derjenigen Politbüromitglieder, nicht zuletzt wohl Honecker, sorgte, die außen- und deutschlandpolitisch begründete Bedenken gegen ein hartes Durchgreifen der Sicherheitsorgane haben mochten.

Kamnitzers Artikel im ND vom 28.1. hat die Emotionslage der Kommunisten verdeutlicht.[5]

Das weitere Verhalten, insbesondere die Nachverhaftung am 25. Januar[6] machte deutlich, daß das Durchgreifen der Sicherheitsorgane sich nicht primär gegen die Störung einer von den Kommunisten hochgeschätzten Veranstaltung richtete[7], sondern daß hier die Gelegenheit benutzt wurde, mit Kräften fertig zu werden, die bisher die Staatsorgane erfolgreich herausgefordert hatten. Deshalb wurden im zweiten Zugriff teilweise diejenigen verhaftet, die gar nicht bei der Demonstration gewesen waren. Es handelte sich hier überwiegend, wenn auch nicht ausschließlich, um Angehörige der kirchenunabhängigen Initiative für Frieden und Menschenrechte (s. Bezugsbericht), nämlich Templin, Hirsch, Bohley, Klier. Daß dieser Personenkreis den Staatsorganen ein besonderer Dorn im Auge ist, ergibt sich aus ihrem bisherigen, herausfordernden Verhalten: z. B. Auftreten von Krawczyk und Klier trotz Verbotes, Herausgabe der vergeblich zu unterdrücken versuchten Nr. 11 des „Grenzfall", nicht im geringsten aber auch durch die Tatsache, daß Krawczyk, Klier, Templin und auch Wollenberger abtrünnige SED-Mitglieder sind. Daß sie das eigentliche Ziel der Maßnahmen sind, wird auch daran erkennbar, daß der größte Teil der Ruhestörer vom 17.1., der ganz andere Ziele verfolgte als die Oppositionellen, durch Abschiebung in die Bundesrepublik ihren Ausreisewunsch, der sie zur Teilnahme an der Demonstration bewogen hatte, plötzlich erfüllt sah.

Es ist nicht nur Rache für die Zionskirche, die die Staatssicherheit motiviert, sondern der Wunsch, einen harten Kern Oppositioneller, die anders nicht in den Griff zu bringen sind, zum Schweigen zu bringen. Diese Gruppe ist zwar zahlenmäßig unbedeutend, hatte es aber bisher verstanden, sich einen zunehmend öffentlich Beachtung findenden Platz in der DDR zu schaffen, wobei mit der klaren Absage an Ausreisewünsche zugleich unterstrichen wurde, daß man auf Veränderungen innerhalb der DDR hinwirken wollte. Dies stellt, selbst wenn es keine wirkliche Bedrohung der Macht der SED ist, im Sinne der Berufsrevolutionäre vom Schlage des Sicherheitschefs Mielke, der bereits am 17. Juni 1953[8] als Staatssekretär im Ministerium für Staatssicherheit amtierte, die Machtfrage. In solchen Situationen gibt es für Kommunisten nur die eine Antwort der Zerschlagung des Gegners. Das gilt insbesondere dann, wenn die Führung sich

5 Für die Stellungnahme des Präsidenten des PEN-Zentrums der DDR, Kamnitzer, vgl. den Artikel „Die Toten mahnen"; NEUES DEUTSCHLAND vom 28. Januar 1988, S. 2.

6 Am 29. Januar 1988 informierte Ministerialdirigent Staab, Ost-Berlin: „L[aut] ND vom 26.1.88 wird darüber hinaus gegen fünf Personen wegen ‚landesverräterischer Beziehungen' ermittelt. Sie wurden zum Teil erst eine Woche nach der Demonstration verhaftet. Es handelt sich um Stephan Krawczyk, Freya Klier, Ralf Hirsch, Bärbel Bohley und Wolfgang Templin. […] Stephan Krawczyk und Freya Klier lassen sich nicht einer einzelnen Gruppe zuordnen. Frau Klier war zeitweise in der Leitung der ‚Solidarischen Kirche' tätig. Beide sind in der ganzen Affäre zu den zentralen Symbolfiguren geworden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 158; Referat 210, Bd. 145159.

7 Korrigiert aus: „handelte".

8 Am 16./17. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Demonstrationen von Arbeitern, die sich zu einem Volksaufstand in der DDR ausweiteten. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 187.

mit einer Lage im Lande konfrontiert sieht, die von einem weitgehenden Desengagement, verbunden mit mehr oder weniger deutlich werdenden Wünschen nach Reformen im Sinne Gorbatschows, geprägt ist. Die kommunistischen Berufsrevolutionäre sehen hier die drohende Herausforderung durch Ideen, die das Vakuum füllen könnten, das die 40jährige SED-Herrschaft geschaffen hat. Die Angst vor einer Opposition wird noch dadurch verschärft, daß die alte Führungsgruppe um Honecker, Mielke und Hager, aber auch Mittag, nicht mehr zu der Einsicht fähig ist, daß Reformen dringend geboten sind. Diese Gruppe merkt nur, daß ihre Worte und Taten in der Bevölkerung keine Resonanz mehr finden. (Die einzige Ausnahme gilt für die populäre Besuchspolitik Honeckers im westlichen Ausland, an der Honecker gerade deshalb besonders gelegen ist.)

2) Bisher erkennbare Wirkungen der Aktion der Staatssicherheit

a) auf die Oppositionellen

Die Gruppen und Individualitäten zeigen sich deutlich verunsichert und verängstigt. Der Druck auf sie hält durch einschüchternde, sichtbare Präsenz von Beamten der Staatssicherheit an. Die Gruppen zeigen Wirkung, indem in den kirchlichen Zusammenkünften Anweisungen gegeben werden, wie man Haussuchungen durch Vernichtung privaten Aktenmaterials vorbereitet, wie man sich durch Anordnungen über die Betreuung minderjähriger Kinder auf eventuelle Verhaftungen einstellt. Die in der ersten Hälfte des Jahres 1987 beobachtete Tolerierung der Arbeit freier und oppositioneller Gruppen, die zu Demonstrationen beim Olof-Palme-Marsch[9], zum Kirchentag von Unten[10], zur Herausgabe eigener Zeitschriften (Grenzfall, Umweltblätter) geführt hatte, ist praktisch zu Ende gekommen. Gegenwärtig gibt es als alleinige Aktivität die abendlichen Gebetstreffen in wechselnden Kirchen in Berlin.[11] Daneben ist

9 Der durch drei Staaten führende Olof-Palme-Friedensmarsch durchquerte vom 1. bis 18./19. September 1987 das Staatsgebiet der DDR. Dort gesellten sich zu den staatlichen und kirchlichen Teilnehmern auch unabhängige Gruppen mit eigenen Transparenten und Symbolen, die weitgehend unbehelligt blieben. Vgl. dazu den Artikel „SED läßt Christen demonstrieren"; DIE WELT vom 7. September 1987, S. 10.

10 Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, berichtete am 30. Juni 1987 zum Kirchentag der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg vom 24. bis 28. Juni 1987 in Ost-Berlin: „Ein unruhiger, aber ohne dramatische Zuspitzungen verlaufener ‚Kirchentag von Unten' führte einige hundert vorwiegend jüngere Teilnehmer – Punks eingeschlossen – zusammen. Sie trugen Kritik an Kirche und Gesellschaft vor und boten Ansätze eines eigenen Kulturprogramms. […] Seit April schwebte über den Vorbereitungen des Kirchentages die Drohung der Initiatoren, eine Kirche zu besetzen. Gespräche mit der Kirchenleitung wurden zunächst abgelehnt und kamen erst kurz vor Beginn des Kirchentages zustande, weil den Initiatoren von allen Gemeinden Veranstaltungsräume verweigert worden waren. Auch der Kirchenleitung war es erst in letzter Minute gelungen, einen größeren Raum zur Verfügung zu stellen. Auch gegenüber dem Staat hatte die Kirchenleitung Mühe, verständlich zu machen, daß es besser ist, die unruhigen Jugendlichen nicht auszugrenzen, sondern sie einzubinden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1046; Referat 210, Bd. 145286.

11 Am 29. Januar 1988 berichtete Ministerialdirigent Staab, Ost-Berlin: „Die jeden Abend stattfindenden Andachten in verschiedenen Kirchen, die zugleich Veranstaltungen der Solidarität mit den Verhafteten und Information über ihre aktuelle Lage sind, geben der Kirchenleitung die Möglichkeit, ihre Position öffentlich darzustellen. Diese Veranstaltungen selbst sind Anzeichen dafür, daß die Kirche in der Angelegenheit nicht wegtauchen, sondern Flagge zeigen will. Sie hat darüber hinaus ein ‚Kontaktbüro' möglich gemacht, das Informationen von Betroffenen sammelt und Hilfe organisiert. Außerdem trifft sich in kirchlichen Räumen eine ‚Koordinierungsgruppe', die die unterschiedlichen Positionen und Interessen der einzelnen Friedens- und Menschenrechtsgruppen koordinieren will. Diese tritt bei den abendlichen Veranstaltungen mit einem Sprecher auf." Vgl. den Drahtbericht Nr. 154; Referat 210, Bd. 145159.

aber auch die Solidarisierung durch gleichartige Gruppen im Lande, die ähnliche Gebetstreffen veranstalten, festzustellen.

b) in der Partei

In der SED gibt es zweifellos eine Gruppe, die die bisherige Toleranz durch die Staatsorgane nicht billigt. Aus ihren Kreisen dürften Zitate stammen, wie „unter Ulbricht hätte es so etwas nicht gegeben". Das harte Einschreiten gegen die Störung der Luxemburg/Liebknecht-Demonstration dürfte in breiteren Kreisen der Partei Zustimmung gefunden haben. Ob die stalinistisch geprägten Kommunisten allerdings die Abschiebung der Demonstranten in den Westen gutheißen, mag zweifelhaft sein. Dem harten Durchgreifen gegen die oppositionellen Gruppen, losgelöst von der Demonstration, begegnet aber auch in Kreisen jüngerer Parteimitglieder, die die Tätigkeiten der Oppositionellen als hinnehmbare Randerscheinung werten, deutliche Zurückhaltung. Gerade in den Kreisen der jüngeren Parteigenossen lebt die Überzeugung, daß auch die DDR sich Gorbatschowschen Reformen nicht entziehen kann. Für derartige Strömungen gibt es aber zur Zeit keine politischen Fürsprecher, und denkbare Sympathisanten auf der Führungsebene wagen es noch nicht, die Machtfrage gegen Honecker und seine Altersgenossen zu stellen. Wieweit es in der Führungsgruppe selbst Meinungsverschiedenheiten gibt, muß letztlich Spekulationen überlassen bleiben. Dennoch läßt sich aus bisherigem Verhalten und öffentlichen Äußerungen schließen, daß Mielke und Hager, aber auch der für die Agitation, d. h. das Pressebild verantwortliche Herrmann, zu den Scharfmachern zu zählen sind, während Honecker wegen seiner außenpolitischen Interessen und möglicherweise auch Felfe, von dem es heißt, er habe sich erfolgreich für mehr Transparenz bei der Abfassung des Politbüroberichts an das V. ZK-Plenum[12] eingesetzt, einer auf Schadensbegrenzung ausgerichteten Linie zuneigen dürften.

c) DDR-Öffentlichkeit

Nach den Ereignissen um die Zionskirche, insbesondere wegen der umfangreichen westdeutschen Fernsehberichterstattung, hat es zahlreiche telefonische Sympathiekundgebungen aus der DDR, und sogar auch aus Betrieben, bei den westlichen Medien gegeben. Die bisher nicht erfüllten Hoffnungen auf Reformen im Sinne Gorbatschows werden durch das harte Zugreifen der Staatssicherheit weiter enttäuscht werden. Für eine gewisse Beruhigung sorgen Äußerungen von Axen im Neuen Deutschland vom 28.1.88[13] und das Zitat aus „Unsere Zeit" im

12 Am 18. Dezember 1987 bewertete Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, den Rechenschaftsbericht des Politbüros vor dem 5. Plenum des ZK der SED am 16. Dezember 1987. Er stellte fest, die „harten, abgrenzenden Formulierungen" seien „auch Reaktion auf die in Fluß geratene innere Diskussion in der DDR. Das wird deutlich in den Forderungen nach sozialistischer Wehrerziehung, nach vormilitärischer Ausbildung der Jugend, in der Betonung der Notwendigkeit des vertrauensvollen Gesprächs der Parteigenossen mit parteilosen Lehrern, insbesondere aber auch in der Formulierung, ‚die Feinde des Sozialismus unternähmen große Anstrengungen, mit antisozialistischen Ideologien in die DDR-Gesellschaft einzudringen. Um von der Brutalität und Gewalt in der BRD und Berlin (West) abzulenken, würden einzelne Personen und Personengruppen in der DDR zu rowdyhaften Handlungen gegen den sozialistischen Staat und seine Bürger, zum Teil unter Parolen aus der Nazi-Zeit, zu manipulieren versucht'." Bräutigam wies ergänzend darauf hin: „Mit den Menschenrechtsfragen und den autonomen Gruppen setzt sich der Bericht erwartungsgemäß nicht auseinander, wenn man von den bereits zitierten Äußerungen über Einflüsse des Westens auf rowdyhaftes Verhalten absieht". Vgl. den Drahtbericht Nr. 2172; Referat 210, Bd. 145159.

13 Zu den Äußerungen des Mitglieds des Politbüros des ZK der SED, Axen, am 27. Januar 1988 in Bonn vgl. den Artikel „Gemeinsame Arbeitsgruppe SED–SPD nahm Gespräche auf"; NEUES DEUTSCHLAND vom 28. Januar 1988, S. 1.

ND vom 28.1.[14], daß die deutsch-deutschen Beziehungen unbeeinträchtigt bleiben mögen und daß bisher keine Rückwirkungen auf den Reiseverkehr Ost-West zu konstatieren sind.

d) auf die Kirche

Die Position der Kirche ist deutlich schwächer als in den Vorgängen um die Zionskirche. Sie ist nicht wie damals unmittelbar betroffen, allenfalls durch einige kirchliche Mitarbeiter, die inhaftiert wurden. Dennoch versucht die Kirche, die Verfolgten zu unterstützen, indem sie ihnen rechtsanwaltlichen Beistand durch den erfahrenen Anwalt Schnur vermittelt. Sie tut dies nicht nur aus einem allgemein diakonischen Auftrag heraus, sondern auch, um das ihr vom Staat immer bestrittene, aber in Einzelfällen doch akzeptierte allgemeine Mandat, sich für öffentliche Fragen im Leben der DDR einsetzen zu können, auch in diesem Falle zu beanspruchen. So sind die Worte des Konsistorialpräsidenten Stolpe zu verstehen, daß es gelte, „Erreichtes zu sichern". In diesem Sinne konnte er davon sprechen, daß die Kirche unbeschädigt geblieben sei. Für die Zuerkennung eines gewissen Mandats an die Kirche durch den Staat hat sie aber auch einen bedeutenden Wohlverhaltenspreis zahlen müssen. Hinweise, daß Kirchenstaatssekretär Gysi von Bischof Forck am 18.1. unmißverständlich verlangt habe, die Kirche dürfe keine westlichen Fernsehaufnahmen in ihren Räumen zulassen und keine Mahnwachen veranstalten, werden durch Anweisungen an die deutschen Fernsehkorrespondenten bestätigt, daß Aufnahmen in Kirchen nur mit staatlicher Genehmigung durchgeführt werden dürften (so das MfAA) und daß sich Stolpe zu Fernsehinterviews nur nach Anmeldung über das MfAA bereit erklären wollte, während er zugleich den weniger einflußreichen Medien Presse und Rundfunk unmittelbar zur Verfügung steht. Die Beschränkung auf rechtsanwaltliche Schutzfunktionen fällt der Kirche, abgesehen von der Wahrung eigener Interessen, auch deshalb leichter, weil die Gruppen, die jetzt vom Staat besonders betreut werden („Frieden und Menschenrechte"), sich stets deutlich als von der Kirche unabhängig bezeichnet haben. Eine Solidarität verspürt die Kirche aber insoweit, als auch diese Gruppen sich konsequent für das Verbleiben im Lande ausgesprochen haben.

e) außenpolitische Wirkungen

Die Sorge, daß die deutsch-deutschen Beziehungen nicht Schaden leiden mögen, wird nicht nur vom Neuen Deutschland am 28.1., sondern auch von Gesprächspartnern jeder Provenienz in der DDR ausgesprochen. Die DDR muß sich auch darüber im klaren sein, daß der Respekt, den sie sich durch die Besuchspolitik Honeckers mühsam aufgebaut hat, ein zartes Pflänzchen ist, das unter solchen selbstverschuldeten Frosteinbrüchen erhebliche Gefahr läuft, Schaden zu nehmen. Das gilt auch für die verständnisvolle Rolle, die die DDR im Wiener Folgetreffen der KSZE[15] einzunehmen trachtete.

3) Prognose für die weitere Entwicklung

Es ist davon auszugehen, daß die eingeleiteten Strafverfahren durchgeführt und mit Verurteilungen abgeschlossen werden. Einen Rückzieher wie bei der Zions-

14 Für den Artikel vgl. „Dem ‚Deutschlandfunk' mißfiel eine UZ-Enthüllung"; NEUES DEUTSCHLAND vom 28. Januar 1988, S. 2.

15 In Wien fand seit dem 4. November 1986 die KSZE-Folgekonferenz statt. Zur Verhandlungsrunde vom 22. September bis 18. Dezember 1987 vgl. AAPD 1987, II, Dok. 377.

kirche durch vorzeitige Niederschlagung der Verfahren wird sich der Staatssicherheitsdienst nicht noch einmal aufdrängen lassen, insbesondere deshalb nicht, weil dies für ihn ein deutlicher Prestigeverlust wäre. Eine kleine Konzessionsmarge ist nur darin gegeben, daß mit den Urteilssprüchen deutlich unter dem gesetzlich vorgeschriebenen Höchststrafmaß geblieben wird. Das Urteil gegen Frau Wollenberger mit sechs Monaten innerhalb eines Strafrahmens von zwei Jahren könnte hierfür ein Indiz sein. Wenn dem Staatsapparat aber daran liegt, diese Oppositionsgruppe endgültig auszuschalten, dann kann sie dieses Ziel am ehesten dadurch erreichen, daß in den Fällen der Anklage wegen landesverräterischer Beziehungen (Krawczyk, Klier, Bohley, Hirsch und Templin) harte Strafen ausgesprochen werden, um sie hierdurch zur Ausreise, eventuell im Wege des Freikaufs durch die Bundesrepublik, zu zwingen. Ein Indiz hierfür könnte der Hinweis sein, daß Rechtsanwalt Vogel das Mandat für Krawczyk übernommen haben soll. Die Phase der Verhärtung der DDR-Innenpolitik, die nach dem Honecker-Besuch in der Bundesrepublik[16], äußerlich gekennzeichnet durch die Hager-Rede in Frankfurt/Oder Ende Oktober[17], begonnen hatte, wird mit dem Abschluß der Verfahren gegen die innere Opposition nicht sogleich ihr Ende nehmen. In dem Maße allerdings, wie Rückschläge auch in der Deutschlandpolitik bemerkbar werden, dürfte diese Phase auch länger anhalten, was von verschiedenen Stimmen befürchtet wird.[18]

4) Unsere Einwirkungsmöglichkeiten

Die DDR hat durch ihre Maßnahmen ihr Prestige in erheblichem Maße aufs Spiel gesetzt. Sollte sie durch Reaktionen von außerhalb befürchten, einen weiteren Gesichtsverlust zu erleiden, steht zu erwarten, daß sie mit weiteren Verhärtungen reagiert. Deshalb kann eine bloße Kritik der DDR-Maßnahmen gegen die innere Opposition aus unserem Munde derzeit wenig Änderung bewirken, eher die Lage verschlechtern. Will man die DDR zum allmählichen Einlenken bewegen, muß es an der Stelle geschehen, wo die DDR druckempfindlich ist, ohne selbst reagieren zu können. Das ist im Bereich ihrer Friedenpolitik der Fall. Hier hat sie politisch viel investiert und hofft auf Dividende in Ost und West. Durch Erfolge ihrer Friedenspolitik im Westen gewinnt sie politischen Bewegungsspielraum innerhalb des Warschauer Paktes.

16 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, besuchte vom 7. bis 11. September 1988 die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

17 Zur Rede des Mitglieds des Politbüros des ZK der SED, Hager, vom 28. Oktober 1987 vgl. Dok. 12, Anm. 11.

18 Am 10. Februar 1988 informierte Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, über das weitere Vorgehen der Sicherheitsorgane der DDR: „Die Abschiebung der führenden Oppositionellen aus der DDR infolge der Luxemburg/Liebknecht-Demonstration am 17. Januar 1988 kann von der DDR-Führung allenfalls als Pyrrhus-Sieg gewertet werden. […] Der Staatssicherheitsdienst ist binnen kurzem zum zweiten Mal zum Einlenken genötigt worden. Konnte er schon im Dezember bei der Aktion gegen die Zionskirche sich nicht durchsetzen und mußte die Inhaftierten freilassen und außer Verfolgung setzen, so gelang es ihm auch diesmal nicht, die angestrebten Verurteilungen gar wegen landesverräterischer Beziehungen, die mit Strafen zwischen ein und zehn Jahren bedroht sind, gegen die mutmaßlichen Gegner durchzusetzen. Die Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden blamierten sich sogar so weit, daß die vorgeworfenen Straftaten publiziert wurden, was bedeutete, daß die DDR-Öffentlichkeit sich sehr wohl ein Bild der zu erwartenden Strafen machen konnte, was sich auch in einer gesteuerten Briefaktion, die harte Strafen verlangte, ausdrückte. Wenige Tage darauf waren die Staatsorgane genötigt, bekanntzugeben, daß den Beschuldigten entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen der DDR die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland gestattet worden sei. Dadurch machte man das eigene Justizsystem zur Farce und schuf das Bild unkoordinierten und unbedachten Agierens.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 227; Referat 210, Bd. 145159.

Wenn westlicherseits der DDR vor Augen geführt wird, daß ihre außenpolitische Glaubwürdigkeit entscheidend geprägt wird durch das Maß der inneren Glaubwürdigkeit, das sie sich bei ihrer eigenen Bevölkerung erringt, können diejenigen Kräfte gestärkt werden, die für Mäßigung eintreten.

[gez.] Staab

Referat 210, Bd. 145159

43

Botschafter Pfeffer, Paris, an das Auswärtige Amt

114-10440/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 31. Januar 1988, 09.19 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 302 **Ankunft: 31. Januar 1988, 12.04 Uhr**

Betr.: Antrittsbesuch bei Verteidigungsminister Giraud

Aus meinem Antrittsbesuch bei Verteidigungsminister Giraud, zu dem mich Brigadegeneral Fraidel begleitet hat, halte ich folgendes fest:

1) Der Minister zeigte sich völlig ablehnend gegenüber dem INF-Abkommen. Meine Versuche, dessen Vorteile (z. B. Asymmetrie) für den Westen darzustellen, brachten ihn von dieser Haltung nicht ab. Für Giraud hat das Abkommen die Abkoppelungstendenz von den US in gefährlicher Weise erhöht. Gorbatschow, so der Minister, habe sich mit seiner Abrüstungspriorität „Mittelstrecken-Raketen vor strategischen Waffen" durchgesetzt.

2) Zur Frage der nuklearen Kurzstreckenwaffen äußerte sich Giraud mit einer gewissen Heftigkeit: Der Westen dürfe sich auf keine Diskussion mit der Sowjetunion über diese Waffenkategorie einlassen, bevor nicht das konventionelle Gleichgewicht hergestellt sei. [2]

Als ich Giraud über unsere Haltung unterrichtete, meinte der Minister mit Schärfe: „Finassieren Sie nicht." Selbst wenn die Sowjetunion anfinge, die

1 Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 1. Februar 1988 vorgelegen.

2 Am 15. Oktober 1987 resümierte Brigadegeneral Fraidel, Paris, Ausführungen des französischen Verteidigungsministers Giraud zur Rolle der SNF nach Abschluß eines amerikanisch-sowjetischen INF-Abkommens: „Er sehe auch die übrigen westlichen Staaten durch die dann noch verbleibenden über 15000 Nuklearwaffen der Sowjetunion bedroht. Ebenso behielten die amerikanischen Nuklearstreitkräfte ihre Fähigkeit, östliches Gebiet zu erreichen. Es sei jedoch richtig, daß die Systeme, deren Abbau nun vereinbart werde, diejenigen seien, die die größte Abschreckungswirkung hätten und somit dem Osten insbesondere mißfielen, während diejenigen, die blieben, den Westdeutschen am wenigsten gefielen. Gorbatschow habe sich in den Verhandlungen auf einen Abbau der in der Bundesrepublik dislozierten Systeme konzentriert, die ihm die größte Sorge bereiteten. Die sowjetischen Absichten hinsichtlich Europas seien in diesem Punkt eindeutig. Die Vereinigten Staaten ließen zwar keinen Zweifel an ihrer Solidarität mit den Europäern, aber da deren Systeme nach Vertragsabschluß nicht mehr in Europa stationiert seien, könnten die Deutschen einen anderen Eindruck gewinnen." Giraud habe „in diesem Zusammenhang einen steigenden irrationalen Pazifismus (geschürt durch die Grünen), die ‚Fata Morgana' (le mirage) der Wiedervereinigung und den deutschen Wunsch zu guten Wirtschaftsbeziehungen mit dem Osten" erwähnt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2331; Referat 201, Bd. 143334.

Asymmetrie 15:1 unilateral abzubauen, werde sie das nur tun, um uns „am Ende auf Null zu bringen". In der Bevölkerung würde es kein Halten geben.

Giraud vermerkte interessiert, daß der Bundeskanzler zur Wehrkundetagung[3] kommen wolle (er, Giraud, habe das auch vor).

Giraud äußerte dezidiert, es sei notwendig, trotz aller Abkoppelungstendenzen die Amerikaner in Europa zu halten, und zwar mit ihren konventionellen Kräften und den dazugehörigen landgestützten Nuklearwaffen kürzerer Reichweite. Wenn die deutsche Seite den Abzug dieser landgestützten amerikanischen Kernwaffen fordere oder in Bewegung setze, würden die Amerikaner auch ihre konventionellen Truppen, die dann nicht mehr wirklich geschützt werden könnten, abziehen.

3) Ich habe, nach einigen von Giraud unterbrochenen Anläufen, unsere Auffassung in Einzelpunkten darzustellen, zusammenfassend gesagt:

Ich hielte es für falsch, die Einheitlichkeit der Abschreckung immer wieder durch mangelnde terminologische Klarheit in Frage zu stellen. Wenn die Abschreckung auch weiterhin funktioniere – und objektiv gebe es mehr Grund denn je, das anzunehmen –, seien wir alle gleichermaßen geschützt – wie in den vergangenen 40 Jahren, und zwar gegen eine Aggression und gegen Erpressung. Wir säßen in einem Boot und sollten uns nicht untereinander streiten, ob der eine oder andere verwundbarer sei als der andere. Je mehr wir an der Auffassung der einheitlichen Abschreckung festhielten und sie unseren Bevölkerungen klarmachten, desto solidarischer die Allianz und desto eher werde auch die Perzeption der Abschreckung auf der sowjetischen Seite weiterhin voll wirken. Ich hielte das neue französische Stichwort vom „espace stratégique commun"[4] für glücklich gewählt.

Giraud hakte an dieser Stelle ein: Er spreche lieber vom „espace de manœuvre commun".

Meine Antwort: Ich könnte mir denken, weshalb er das Adjektiv „stratégique" herausnehme: weil es nämlich die Ausdehnung des französischen Nuklearschirms anzeigen könnte. Aber gerade das sei doch die Raffinesse des Ausdrucks, daß er diese, für Teile der französischen Führungsschicht und der Bevölkerung noch schwierige Ausweitung in der Schwebe lasse.

Als Giraud wiederum auf seinem Ausdruck (espace de manœuvre commun) beharrte, ohne sich zu erklären, habe ich beiläufig erwähnt, Ministerpräsident a.D. Barre benutze den von mir angezogenen Begriff des „espace stratégique commun". Ich habe diese Bemerkung gemacht, weil Giraud Barrist ist.

4) Beim Hinausgehen zeigte Giraud an einem Globus die Abdeckungszonen der atomaren Kurzstreckenraketen. Pluton, in Ostfrankreich stationiert, reiche bis

3 Die 25. Internationale Wehrkundetagung fand vom 5. bis 7. Februar 1988 in München statt.

4 Am 13. Dezember 1987 informierte Botschafter Pfeffer, Paris, über eine Rede des französischen Ministerpräsidenten vom Vortag: „Chirac hebt die Bedeutung der in jüngster Zeit lancierten deutsch-französischen Initiativen (‚Kecker Spatz', gemeinsame Heereseinheit) hervor, stellt aber fest, daß diese Initiativen ihre volle Bedeutung erst erlangen würden, wenn die Substanzprobleme in Angriff genommen werden: Können F und die Bundesrepublik sich auf gemeinsame strategische Konzeption einigen, so wie sie der Élysée-Vertrag vorsieht? Angesichts der Stellung der Bundesrepublik in der Allianz müsse man sich auch fragen, bis zu welchem Punkt F und seine Verbündeten ihre Doktrin aneinander annähern könnten. Dies sei Bedingung für den ‚gemeinsamen strategischen Raum', den de Gaulle gegenüber Adenauer beschworen habe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2759; Referat 201, Bd. 143334.

auf das Gebiet der DDR, Hades mit bis zu 500 km über die DDR hinaus „und noch weiter, wenn Hades in der Bundesrepublik Deutschland stationiert" würde, was nach seiner Ansicht in deutschem Interesse läge.[5]

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 12076 (201)

44

Gespräch des Ministerialdirigenten Sulimma mit dem Vertreter der namibischen SWAPO, Shoombe

320-320.15 NAM SB **1. Februar 1988**[1]

Vorsprache des Bonner SWAPO-Repräsentanten Shoombe bei Dg 32[2] am 1.2.1988

Auf eigenen Wunsch und nach kurzer Ankündigung (Freitag, den 29.1.88) sprach der Bonner SWAPO-Repräsentant Shoombe am Montag, den 1.2.1988 bei Dg 32 vor. Aus dem dreiviertelstündigen Gespräch ist festzuhalten:

Shoombe teilte im Auftrag von Sam Nujoma mit, daß der SWAPO-Präsident die Einladung des BM zu einem Bonn-Besuch[3] dankend annehme. Es böte sich ein

5 Am 16. Oktober 1987 teilte Brigadegeneral Fraidel, Paris, mit, der französische Verteidigungsminister Giraud habe bei einem Gespräch zum Bedürfnis der Bundesrepublik nach einer Abschreckung durch Nuklearsysteme mit größerer Reichweite erklärt: „Noch seien die P[ersh ing]-I a vorhanden – bis 1991, diese würden in den erweiterten Bereich hineinwirken. Damit funktioniere die MC-14/3. Nach 1991 sehe das schlechter aus, also müsse die Bundesrepublik Deutschland doch ein Interesse daran haben, weiterhin mit Raketenwaffen in den erweiterten Bereich einzudringen. […] ‚Überall mache man sich in Deutschland Sorgen wegen der Pluton und deren Einsatz auf deutschem Gebiet. 1992 verfüge Frankreich über Hades, die die Rolle der P-I a übernehmen könnte.'" Auf die Zwischenfrage des deutschen Gesprächspartners, „Werfer im Besitz der Bundeswehr und Gefechtsköpfe durch Frankreich", habe Giraud „ein entschiedenes ‚Ja'" geantwortet. Und zur ergänzenden Frage, „ob Frankreich also die Nukleargarantie für die Bundesrepublik Deutschland übernehmen wolle", habe Giraud ausgeführt: „Es sei eine Sache des Vertrauens. Man könne mit der Bundesrepublik dieselben Bedingungen aushandeln, wie sie ja zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA bezüglich der P-I a bestünden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2357; VS-Bd. 12076 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Sitz am 2. Februar 1988 gefertigt und am 4. Februar 1988 an Ministerialdirigent Sulimma „zur Billigung vor Reinschrift" geleitet.
Hat Sulimma am 4. Februar 1988 vorgelegen.

2 Hans-Günter Sulimma.

3 Zu den Planungen für einen Besuch des Präsidenten der namibischen SWAPO, Nujoma, vermerkte Ministerialdirigent Sulimma am 29. April 1988 für Bundesminister Genscher: „Seit Juni 1987 sind uns über Luanda wie New York Signale zugegangen, wonach Sam Nujoma auf Ihre Einladung hin gerne nach Bonn kommen möchte. Konkretisiert wurde dieses Anliegen durch eine Botschaft Nujomas, die Ihnen der senegalesische Präsident Diouf im Oktober 1987 in Dakar übermittelte. […] Während Ihres Besuches in Angola im Oktober 1987 führte D 3 ein Gespräch mit SWAPO-Generalsekretär Toivo ya Toivo, nahm auf Ihr Diouf-Gespräch Bezug und bestätigte Toivo, daß Sie grundsätzlich zu einem solchen Gespräch in Bonn bereit seien. Anfang Dezember 1987 ließen Sie Nujoma über unsere Vertretung New York sagen, daß Sie ihn herzlich nach Bonn einladen würden. Allerdings sähen Sie keine Möglichkeit, ihn noch vor Weihnachten zu empfangen." Vgl. Referat 320, Bd. 155881.

Zeitpunkt vor dem 24. oder nach dem 26. Februar 1988 an, da Nujoma vom 24.–26. in Österreich weile und beide Besuchsprojekte verbinden könne.

Dg 32 begrüßte den baldigen Besuchswunsch des SWAPO-Präsidenten und bezeichnete ein Zusammentreffen mit dem BM als wichtig, um verschiedentlich eingetretene Irritationen, auch im Zusammenhang mit gewissen Politiker-Besuchen, aus der Welt zu schaffen.

Dg 32 sagte im Hinblick auf den Nujoma-Besuch einen Terminvorschlag zu.[4]

Shoombe bat, auch den SWAPO-Vizepräsidenten Witbooi aus Namibia als Delegationsmitglied zu empfangen und ihm eine offizielle Einladung des Bundesministers zuzustellen. Dies würde Witboois Bemühungen um Ausreisepapiere erleichtern. Witbooi könne sich dann auch einer dringend notwendigen ärztlichen Behandlung unterziehen.

Dg 32 sagte Prüfung und Hilfe im Bereich des Möglichen zu, dämpfte aber allzu große Erwartungen mit dem Hinweis, daß sich Südafrika in früheren ähnlich gelagerten Fällen den Wünschen des Auswärtigen Amts gegenüber nicht immer aufgeschlossen gezeigt habe.

Shoombe kam sodann auf die gerade abgeschlossene Reise von Ministerpräsident Strauß nach Namibia zu sprechen.[5] Dadurch sei eine Klimaverschlechterung und große Verwirrung eingetreten. SWAPO sehe in der Reise erste Ansätze zur Anerkennung der Interimsregierung durch die Bundesregierung. Schlimm sei auch das Inaussichtstellen von Wirtschaftshilfe für Namibia durch MP Strauß.

4 Am 9. September 1988 bat Ministerialdirigent Sulimma die Botschaft in Luanda, dem Präsidenten der namibischen SWAPO, Nujoma, mitzuteilen, „daß BM Genscher, der an der 43. GV der VN teilnehmen wird, ein Treffen mit ihm in New York begrüßen würde, falls SWAPO-Präsident Nujoma zu der Zeit in New York sein sollte." Vgl. den Drahterlaß Nr. 113; Referat 320, Bd. 155881.
Botschafter Disdorn, Luanda, teilte am 21. September 1988 mit, daß Nujoma nach Auskunft des Sekretariats der SWAPO „nicht zur VN-GV nach New York reisen werde. Gespräch mit BM während dessen Anwesenheit in New York könne also nicht stattfinden. Präsident Nujoma bedaure dies sehr und habe gebeten, da er sehr an einem Zusammentreffen mit BM interssiert sei, mit uns über einen neuen Vorschlag für Ort und Datum eines Zusammentreffens mit BM ins Gespräch zu kommen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 400; Referat 320, Bd. 155881.

5 Zur Reise des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß vom 20. bis 27. Januar 1988 nach Südafrika und Mosambik vgl. Dok. 28 und Dok. 35.
Am 28./29. Januar 1988 besuchte Strauß Namibia. Ministerialdirigent Sulimma notierte am 29. Januar 1988 Informationen der Otto Benecke Stiftung: „Das Verhalten von MP Strauß auf dem Empfang (Essen) des südafrikanischen Generaladministrators Pienaar sei der ‚Höhepunkt absoluter Peinlichkeit' gewesen. Nachdem sich MP Strauß hingestellt und erklärt habe: ‚Ich bin ein Südwester', hätte er – möglicherweise in vorgerückter Stimmung – das ‚Südwester-Lied' angestimmt." Vgl. Unterabteilung 32, Bd. 156672.
Botschafter Stabreit, Kapstadt, faßte am 5. Februar 1988 eine Wertung des südafrikanischen Außenministeriums zu den Gesprächen von Strauß mit Vertretern der namibischen Übergangsregierung zusammen: „Zunächst sei es für die südafrikanische Seite peinlich gewesen, daß es – entgegen dem geplanten Ablauf – nicht möglich gewesen sei, daß die ‚Übergangsregierung' sich als solche dem Gesprächspartner Strauß stellte. Wegen völlig abweichender Standpunkte innerhalb der ‚Übergangsregierung' habe jedes Mitglied im Halbstundenrhythmus ein Einzelgespräch mit MP Strauß geführt. Ferner habe MP Strauß dem s[üd]a[frikanischen] Administrator General, Louis Pienaar, während seines Gesprächs mit diesem die Frage gestellt, warum er die Pläne und Absichten der ‚Übergangsregierung', die er, MP Strauß, positiv bewerte, ständig hintertreibe. Pienaar habe mit einer gewissen Schärfe reagiert, und es habe AM Pik Botha viel Mühe gekostet, die Lage in einem langen Gespräch mit MP Strauß wieder zu bereinigen. […] Anstatt eine überzeugende Linie der sa. Namibia-Politik vorzuführen, hat der Besuch von MP Strauß aus der Sicht des sa. Außenministeriums die ganze Misere dieser Politik sehr nachhaltig vor Augen geführt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1; Unterabteilung 32, Bd. 156673.

Shoombe erinnerte daran, daß SWAPO bereits die gegenwärtige Praxis von Entwicklungshilfeleistungen der Bundesregierung an Namibia ablehne.

Dg 32 wies auf die heftige innenpolitische Kontroverse hin, die der Besuch des bayerischen MP in Namibia und im südlichen Afrika ausgelöst habe. Er bekräftigte jedoch, daß eine Änderung in der Politik der Bundesregierung weder eingetreten noch geplant sei, und zitierte in diesem Zusammenhang den Bundesminister, der dies am Vortag (31.1.1988) in einer Rede geäußert habe.[6] Dg 32 teilte mit, daß der bayerische Ministerpräsident ohne Begleitung eines Angehörigen der Deutschen Botschaft (Pretoria) in Namibia unterwegs gewesen sei und für seinen Aufenthalt in Namibia keinen Auftrag des Bundeskanzlers gehabt habe. Es gälten unverändert die politischen Aussagen der Bundesregierung auf die Großen Anfragen aus den Jahren 1983[7] und 1986[8]. (Anmerkung: Diese sind der SWAPO und speziell dem Bonner Repräsentanten Shoombe bekannt.)

Shoombe bedauerte gleichwohl, daß die Bundesregierung seit 1983 nicht mehr in klarer Form die Interimsregierung als „null und nichtig" bezeichnet, sondern allenfalls im Rahmen der Vereinten Nationen, der EG oder anderen internationalen Gremien ihre ablehnende Haltung gegenüber der Interimsregierung geäußert habe. Auch aus Parlamentarierkreisen höre man nur noch wenig Zustimmendes zu Resolution 435[9], dagegen viel, was auf eine Anerkennung der Interimsregierung hindeute.

Dg 32 zerstreute diese Bedenken und zitierte den BM, der in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament am 20. Januar 1988 deutlich die Implementierung von Res. 435 gefordert und die Interimsregierung als „null und nichtig" erklärt hat.[10] Zu Wort melden würden sich jedoch immer wieder weniger wichtige Persönlichkeiten und Pressure-Groups. Zuständig für die Außenpolitik der Bundesregierung sei jedoch das Auswärtige Amt. Dessen Haltung sei Shoombe bekannt. Staatliche Wirtschaftshilfe, von der seit Jahren hin und wieder in Parlamentarierkreisen die Rede sei, habe es nicht gegeben, und auch auf absehbare Zeit gäbe es keinen Grund, hier einen neuen Kurs zu befürchten.

6 Am 30. Januar 1988 führte Bundesminister Genscher vor der „Coprayer Hofrunde 1988" des FDP-Bezirksvorstands Niederrhein auf Burg Linn aus: „Die Afrika-Politik der Bundesregierung aus FDP, CDU und CSU ist formuliert mit zwei von der Bundesregierung durch Kabinettsbeschluß festgelegten Antworten auf Große Anfragen aus den Jahren 1983 und 1986. Diese Politik ist die verbindliche Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. […] Die Bundesrepublik Deutschland lehnte und lehnt Apartheid entschieden ab, weil sie elementaren freiheitlichen demokratischen Wertvorstellungen widerspricht. […] Wir wollen den Dialog mit allen politisch relevanten Gruppen in der Republik Südafrika, mit den Repräsentanten der Weißen genauso wie der Farbigen und der Schwarzen. Dazu gehört auch der ANC. Deshalb erwarten wir die Freilassung aller politischen Gefangenen, an der Spitze Nelson Mandela. Und deshalb erwarten wir die Aufhebung der bestehenden Verbote aller politischen Organisationen und Parteien einschließlich des ANC." Vgl. freie demokratische korrespondenz, Nr. 22 vom 30. Januar 1988; Referat 013, Bd. 179069.

7 Am 6. Juli 1983 stellten Abgeordnete der SPD-Fraktion eine Große Anfrage zur „Politik der Bundesregierung im südlichen Afrika". Vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 10/230.
Für die Antwort der Bundesregierung vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 10/833 vom 21. Dezember 1983.

8 Die Fraktion der Grünen stellte am 26. Juni 1986 eine Große Anfrage zur „Namibia-Politik der Bundesregierung". Vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 10/3568.
Für die Antwort der Bundesregierung vom 14. April 1986 vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 10/5312.

9 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

10 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 20. Januar 1988 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg vgl. BULLETIN 1988, S. 61–67.

Shoombe äußerte die Sorge, seitens der Bundesrepublik Deutschland werde eine Art „Rekolonialisierung" Namibias betrieben. Indizien seien ein zunehmender deutscher Touristenstrom, Entwicklungshilfeprojekte mit Unterstützung der Bundesregierung, Reisen von Bundestagsabgeordneten nach Namibia und ihre lautstarke Unterstützung der Interimsregierung.

Dg 32 wies diese Befürchtungen zurück. Die Bundesregierung habe keine Gebietsmacht in Namibia und strebe sie auch nicht an. Was die Reisen von Abgeordneten und politischen Persönlichkeiten nach Namibia betreffe, so betonte er im Hinblick auf die jüngste Reise des bayerischen MP nochmals, es habe sich hierbei um einen „Privatbesuch" gehandelt, und dies sei auch eindeutig von Regierungssprecher Ost bei einer Presseerklärung dargetan worden.[11] Das Mandat des Bundeskanzlers für den bayerischen Ministerpräsidenten habe sich ausdrücklich und ausschließlich auf Südafrika und Mosambik beschränkt.[12] Dg 32 unterstrich nochmals, daß es keine Änderung der Namibia-Politik gäbe. Hierzu wäre es notwendig, einen Koalitionsbeschluß herbeizuführen, eine einzige Koalitionspartei könne diesen Kurs nicht ändern.

Shoombe äußerte sodann Sorgen über den Verkauf zweier Airbusse anläßlich des Besuchs von MP Strauß an Südafrika[13], weil sich hier eine Möglichkeit militärischer Nutzung auftue, und zog den Vergleich zu früheren Hubschrauberverkäufen[14].

Dg 32 wies diese Vermutung zurück und erklärte, ein Airbus-Verkauf an Südafrika verstoße gegen keine Exportregeln. Auch sei der von Shoombe herangezogene Vergleich mit Helikoptern nicht angebracht, da Flugzeuge dieser Art im Gegensatz zu Hubschraubern nicht für Polizei und Überwachungsaufgaben benutzt oder umgerüstet werden könnten.

Shoombe kam auf den geplanten Besuch einer Parlamentarierdelegation im südlichen Afrika zu sprechen, bei der auch SWAPO-Termine vorgesehen seien. Hierzu teilte er mit, daß SWAPO die Delegation angesichts der MP-Strauß-Reise

11 Am 2. Februar 1988 wurde in der Presse berichtet, Staatssekretär Ost, Presse- und Informationsamt, habe am Vortag ausgeführt, nach Ansicht von Bundeskanzler Kohl habe Ministerpräsident Strauß „den Auftrag erfüllt, in der Republik Südafrika und in Moçambique Gespräche und Sondierungen darüber zu führen, welche Ansatzpunkte zu einer friedlichen Entwicklung bestünden. Strauß habe sich auftragsgemäß für die Freilassung Mandelas verwendet und die südafrikanische Regierung aufgefordert, ‚klare Zeichen' in Richtung einer Beendigung der Apartheid zu setzen. […] Die übrigen Reiseunternehmungen des CSU-Vorsitzenden – in Namibia und Bophutatswana – seien private Angelegenheiten gewesen. Nirgends habe Strauß Regierungsverhandlungen geführt – dergleichen sei Sache des Außenministers. Strauß sei nur mit Erkundungen beauftragt gewesen." Vgl. den Artikel „Weiter Streit um Strauß' Reise nach Südafrika"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. Februar 1988, S. 1.

12 Zur Haltung des Bundeskanzlers Kohl zur Reise des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß vom 20. bis 29. Januar 1988 nach Südafrika, Mosambik und Namibia vgl. Dok. 28, Anm. 3.

13 Vortragender Legationsrat Leonberger informierte am 20. Dezember 1988 die Botschaft in Pretoria: „Es trifft zu, daß die Fluggesellschaft South African Airlines, die schon früher Flugzeuge des Typs Airbus gekauft hat, seit 1986 am Bezug weiterer sieben Maschinen des Typs A-320 interessiert ist (der Kaufvertrag wurde aber offenbar erst Anfang 1988 finalisiert). Die Bundesregierung hat jedoch nur der Lieferung von zwei Flugzeugen und einer Kreditlaufzeit von fünf Jahren zugestimmt. GB und F wären bereit gewesen, auch die übrigen Flugzeuge zu verbürgen, hatten sich jedoch ebenfalls nur für eine fünfjährige Kreditlaufzeit eingesetzt. Für eine längere Kreditlaufzeit besteht keine Veranlassung, da amerikanische Konkurrenz für Lieferungen an Südafrika keine staatliche Unterstützung erhält und Airbus somit eine Art Monopolstellung genießt." Vgl. den Drahterlaß Nr. 385; Referat 411, Bd. 160439.

14 Zur Lieferung von Hubschraubern aus der Bundesrepublik an Südafrika vgl. Dok. 137.

nicht empfangen wolle. Die Botschaft sei hierüber informiert. Shoombe präzisierte, die Delegation folge im Grunde nur den Spuren von MP Strauß und strebe eine Wiederholung derselben Gespräche an. Bei diesen Treffen würden auch Homeland-Führer und Repräsentanten der südafrikanischen Regierung zu Gesprächen aufgesucht. Dies sei für SWAPO und wohl auch für den ANC nicht akzeptabel.

Dg 32 erläuterte, daß diese Reise der Vorbereitung eines Hearings diene und deswegen alle politischen Gruppierungen und Persönlichkeiten aufgesucht werden müßten. Insofern sei es bedauerlich, wenn ein Treffen mit SWAPO nicht zustande komme, weil dann ein unvollständiges Bild entstehe. Es sei zu bedenken, daß das Bundestagshearing auch eine Bühne wäre, die Überlegungen und Bedenken von SWAPO vorzutragen.

Shoombe verwahrte sich nochmals, daß SWAPO in diesem Zusammenhang auf dieselbe Stufe wie Angehörige der „Multi Party Conference" in Namibia gestellt würden. Vielmehr sollten auch die deutschen Politiker ihre Anstrengungen darauf richten, Südafrika zum Waffenstillstand mit SWAPO zu bewegen und Resolution 435 zu implementieren. Weitere Untersuchungen seien nicht nötig, es müsse gehandelt werden. Ansonsten hätte SWAPO kein Interesse am Besuche der BT-Delegation.

Dg 32 wiederholte die Vorteilhaftigkeit eines BT-Hearings für die Anliegen der SWAPO. Er erläuterte die eigenständige Rolle des Bundestags im politischen Leben und ergänzte, daß die Zusammensetzung der Delegation (dabei auch Abgeordnete der SPD und der Grünen) das gesamte politische Spektrum abdecke.

Nach Ende des Gesprächs rief SWAPO-Repräsentant Shoombe beim Unterzeichnenden[15] an. Er bat, dafür Sorge zu tragen, daß für die in Aussicht genommenen Besuche von SWAPO-Präsident Nujoma, Vizepräsident Witbooi u. a. Flugtickets zur Verfügung gestellt würden.

Benötigt würden:

Flugscheine Wien/Köln-Bonn/Luanda für SWAPO-Präsident Nujoma, Außensekretär Ben Gurirab und zwei Delegationsmitglieder technisches Personal.

Flugticket Windhuk/Köln-Bonn und zurück für SWAPO-Vizepräsident Witbooi.

Referat 320, Bd. 155881

15 Hermann Sitz.

45

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron

1. Februar 1988[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Minister

Betr.: Image deutscher Philosophie im Ausland
hier: Verdächtigungen um Heidegger

Der Philosoph Martin Heidegger (1889–1976; „Sein und Zeit", „Vom Wesen der Wahrheit" u. a.) ist mit Person und Philosophie wiederum in Faschismus-Verdacht geraten.

Die aktuelle Diskussion wurde vor allem durch den in Berlin lebenden Exil-Chilenen Victor Farías mit seinem Buch „Heidegger et le nazisme"[3] ausgelöst. Sie wird besonders von Intellektuellen in Frankreich (Le Monde, Nouvel Observateur) sowie in Italien, Holland und auch in den USA mit Rückwirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland (Die Zeit, Dossier „Der Philosophen-Streit" vom 29.1.1988[4], u. a.) geführt. Anschluß- und Parallelveröffentlichungen lassen erwarten, daß die kontroverse Diskussion weitergeführt wird und auch auf das deutsche Image im Ausland einwirken könnte.

Was steht zur Diskussion und welche Antworten sind möglich?

Erstens – ob Heidegger ein Nationalsozialist war (so Le Monde vom 14.10.1987: Heidegger était-il nazi?[5]).

Antwort: Ja, er war Parteigenosse. Seine Rektoratsrede vom 1.11.1933[6] war ein Bekenntnis zum NS-Staat und zum Führerprinzip. Das Gewicht, das ausländische Intellektuelle dieser Rede beimessen, wird leicht unterschätzt. Der amerikanische Professor Allan Bloom gibt einem wesentlichen Teil seines kontroversen Bestsellers „The Closing of the American Mind", New York 1987, den Zwischentitel „From Socrates' Apology to Heidegger's Rektoratsrede" und schreibt in seiner Fundamentalkritik am Universitätswesen der USA:

„If I am right in believing that Heidegger's teachings are the most powerful intellectual force in our times, then the crisis of the German university, which everyone saw, is the crisis of the university everywhere ... What happened to the universities in Germany in the thirties is what has happened and is hap-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Breitenstein konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 7. Dezember 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 02 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 7. Dezember 1986 vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Citron erneut vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 1. Februar 1988 vorgelegen.

3 Vgl. Victor FARÍAS, Heidegger et le nazisme, Lagrasse 1987 (dt. Heidegger und der Nationalsozialismus. Mit einem Vorwort von Jürgen Habermas, Frankfurt am Main 1987).

4 Vgl. Michael Haller, Der Philosophen-Streit; DIE ZEIT, Nr. 5 vom 29. Januar 1988, S. 13–16.

5 Vgl. Roger-Pol Droit, Heidegger était-il nazi?; LE MONDE vom 14. Oktober 1988, S. 2.

6 Vgl. Martin HEIDEGGER, Die Selbstbehauptung der deutschen Universität, in: ders., Gesamtausgabe. I. Abteilung: Veröffentlichte Schriften 1910–1976. Bd. 16: Reden und andere Zeugnisse eines Lebenswegs. Hrsg. von Hermann Heidegger, Frankfurt am Main 2000, S. 107–117.

pening everywhere. The essence of it all is not social, political, psychological or economic, but philosophic. And, for those who wish to see, contemplation of Socrates is our most urgent task. This is properly an academic task.“[7]

Zweitens – ob Heidegger ein durchgehend überzeugter Nationalsozialist war, der sich mit Denunziationen keineswegs dem Rang eines Philosophen würdig erwies und dessen kurzzeitige Einberufung zum Volkssturm 1944 nicht als Strafe für einen unliebsamen Denker, sondern routinemäßig erfolgte.

Antwort: Was Farías und andere dazu an Nachweisen vorlegen, ist im einzelnen schwer nachzuprüfen und insgesamt für die Würdigung der Heideggerschen Philosophie nicht von entscheidendem Gewicht.

Drittens – ob Heideggers Philosophie die faschistische Ideologie mitgetragen hat oder diese Ideologie zumindest Elemente der Heideggerschen Philosophie übernahm.

Um solche Nachweise scheinen Farías und andere bemüht zu sein.

Antwort: Schwierig, aber der faschistische Eklektizismus konnte sich zweifellos auch bei Heidegger gut bedienen. Auf ein Element hat Helmuth Plessner, Die verspätete Nation, schon 1959 mit einem deutlichen Satz hingewiesen:

„Chr. Graf von Krockow führt in ‚Die Entscheidung. Eine Untersuchung über Ernst Jünger, Carl Schmitt, Martin Heidegger‘ den Nachweis der inneren Verwandtschaft zwischen diesen auf je verschiedenen Wegen zur Position des Dezisionismus gelangten (und damit zu Wegbereitern des sich seine Normen gebenden Führerstaates gewordenen) Figuren durch.“[8]

Ein anderes Element ist Heideggers naturverbundene Maschinenskepsis, aus der eine „Blut & Boden“-Ideologie sich Kraft holen konnte, auch wenn diese Ideologie im Dienst eines hochtechnisierten Systems stand.

Viertens – ob und wie Heideggers Philosophie weiterwirkt. Das ist die eigentlich wichtige Frage.

Antwort: Ja – diese Philosophie wirkt weiter, anderswo vermutlich noch stärker als in Deutschland. Die „Wiederentdeckung“ Heideggers nach 1945 erfolgte vor allem durch Franzosen, und seine Wirkung auf die französische Philosophie (Sartre, Existenzialismus), damit auch auf die politische Linke (!), erklärt weitgehend die Aufgeregtheit unter französischen Intellektuellen angesichts der neuen Verdächtigungen.

Die Weiterwirkung einer Philosophie bedeutet nicht, daß in den Bahnen eines „Schulengründers“ gedacht wird. Es gibt vielerlei Abzweigungen und gegenläufige Bahnen. Zu den (jüdischen) Schülern Heideggers zählen u. a. Hannah Arendt („Vita activa ...“[9]) und Hans Jonas („Das Prinzip Verantwortung“[10]). Sie wären

7 Allan BLOOM, The Closing of the American Mind. How Higher Education Has Failed Democracy and Impoverished the Souls of Today’s Students, New York 1987, S. 311 f. (dt. Der Niedergang des amerikanischen Geistes. Ein Plädoyer für die Erneuerung der westlichen Kultur, Hamburg 1988, S. 410 f.).

8 Vgl. Helmuth PLESSNER, Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes, Stuttgart 1959, S. 167.

9 Vgl. Hannah ARENDT, Vita activa – oder Vom tätigen Leben, Stuttgart 1960 (zuerst unter dem Titel The Human Condition, Chicago 1958).

10 Vgl. Hans JONAS, Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation, Frankfurt am Main 1979.

mit ihren Denkgebäuden ohne Heidegger undenkbar, sind aber mit keinem Faschismusverdacht belastet. Besonders Jonas (Friedenspreis des Deutschen Buchhandels[11]) hat in der Bundesrepublik Deutschland starkes und positives Echo gefunden. Wenn es zutrifft, daß Heideggers Philosophie politisch nutzbar war, daß ihr jedoch die ethische Dimension fehlte, dann hat Jonas diese Dimension verständlich und praktisch brauchbar (Gentechnik, Umweltprobleme) eingebracht.

Bei Heidegger ist viel Unterschiedliches angelegt. Le Monde ist zuzustimmen, daß man Heidegger–Dr. Jekyll und Heidegger–Mr. Hyde nicht getrennt lesen kann. Die Resonanz auf Jonas zeigt, welche Lesart in der Bundesrepublik Deutschland vorgezogen wird.

Citron

Referat 02, Bd. 178524

46

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Wagner

220-371.76 INF-121/88 geheim **1. Februar 1988**[1]

Über Herrn D 2 A[2] Herrn Staatssekretär[3] mit der Bitte um Zustimmung

Betr.: INF-Abkommen;
hier: Zeitplan für den Abzug der amerikanischen INF-Systeme

1) Bei SCG-/HLG-Sitzung am 19.10.1987 in Washington haben wir vier Kriterien genannt, denen die zeitliche Abfolge der einzelnen Reduzierungsschritte genügen muß:

– Alle Stationierungsländer und jedes der beiden Waffensysteme PII und GLCM müssen bereits in der ersten Eliminierungsphase beteiligt werden;
– auch die PII müssen im ersten Reduzierungsschritt erfaßt werden;
– eine Situation muß vermieden werden, in der am Ende des Reduzierungsprozesses im wesentlichen nur PII verbleiben;
– das Verhältnis zwischen PII und GLCM vom Stand Ende 1987 sollte in etwa beibehalten werden.[4]

11 Der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels wurde am 11. Oktober 1987 in Frankfurt am Main an Hans Jonas verliehen. Für den Wortlaut der Dankesrede von Jonas vgl. den Artikel „Technik – Freiheit und Pflicht"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 12. Oktober 1987, S. 11.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wagner und Legationssekretär Haller konzipiert.
2 Hat Botschafter Holik am 1. Februar und erneut am 3. Februar 1988 vorgelegen.
3 Hat Staatssekretär Sudhoff am 2. Februar 1988 vorgelegen.
4 Botschafter Holik übermittelte am 16. Oktober 1987 der Botschaft in Washington eine entsprechende Weisung mit der Bitte, sie in der gemeinsamen Sitzung der Special Consultative Group (SCG) und

Damit wurden die ursprünglichen Vorstellungen der USA über den Reduzierungsfahrplan zurückgewiesen, nach denen in der Bundesrepublik Deutschland INF-Systeme im Verhältnis zu den anderen Stationierungsländern in größerer Zahl und für längere Zeit stationiert geblieben wären. Dabei ging es um die ausschließlich bei uns stationierten PII, die das Pentagon ursprünglich bis zum Abschluß des ganzen Reduzierungsprozesses beibehalten wollte.[5]

2) Die USA haben zur Stationierungsländer-Quint-Sitzung am 26.1.1988[6] in Brüssel einen ausgewogenen Reduzierungsfahrplan vorgelegt, der unseren Vorstellungen gerecht wird.

a) Pershing II

– Im vierten Monat nach Inkrafttreten des INF-Vertrags, d.h. nach Abschluß der Dateninspektionen, wird der erste Reduzierungsschritt der Abzug einer P-II-Batterie (= 9 Flugkörper plus 1 Reserve-FK) aus Heilbronn sein.
– Im siebten und achten Monat werden je eine P-II-Batterie aus Schwäbisch-Gmünd und Neu-Ulm abgezogen.
– Im 24.–28. Monat werden die übrigen drei P-II-Batterien aus Heilbronn entfernt (= 27 FK plus 3 Reserve-FK).
– Ebenfalls während der 1. Eliminierungsphase (29 Monate nach Inkrafttreten des INF-Vertrags) werden die sechs Reserve-FK der noch verbleibenden drei P-II-Batterien in Schwäbisch-Gmünd und Neu-Ulm abgezogen.
– Insgesamt werden damit nach Abschluß der ersten Eliminierungsphase (29 Monate nach Inkrafttreten des INF-Vertrags) 66 PII aus der Bundesrepublik Deutschland entfernt sein, darunter alle in Heilbronn dislozierten Flugkörper. 54 PII sind dann noch bei uns stationiert, und zwar in Schwäbisch-Gmünd und Neu-Ulm.

b) GLCM

– Alle 78 in der Bundesrepublik Deutschland stationierten GLCM werden vom 23.–29. Monat nach Inkrafttreten des INF-Vertrags abgezogen.
– Bei Abschluß der ersten Eliminierungsphase sind noch 48 GLCM in Großbritannien und 64 GLCM in Italien stationiert.

Fortsetzung Fußnote von Seite 259

der High Level Group (HLG) der NATO am 19. Oktober 1987 vorzutragen. Dazu erläuterte er: „Wir halten es für wünschenswert, daß im Verlauf der Reduzierungen das Verhältnis zwischen PII und GLCM, entsprechend dem jetzigen Stationierungsstand, in etwa beibehalten wird. Dies wäre die folgerichtige Übertragung der Verhandlungsposition vom September 1983. Zu jenem Zeitpunkt hatten die USA in den früheren INF-Verhandlungen im Zusammenhang mit dem ‚Interim Agreement Proposal' ihre Bereitschaft erklärt, ‚to apportion the reductions of Pershing II and Ground-launched Cruise Missiles in an appropriate manner.'" Die Bundesregierung gehe davon aus, „daß die USA keinen vertraglichen Regelungen zustimmen, die der Realisierung unserer Anliegen entgegenstehen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 8191; VS-Bd. 11370 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

5 In der gemeinsamen Sitzung der Special Consultative Group (SCG) und der High Level Group (HLG) der NATO am 30. Oktober 1987 in Washington konnte Einvernehmen über die von der Bundesregierung vorgetragenen Kriterien für einen Fahrplan zur Reduzierung der amerikanischen Mittelstreckensysteme erzielt werden. Nur der Wunsch, das Verhältnis von Pershing II und GLCM während des gesamten Reduzierungszeitraums beizubehalten, fand nicht die Zustimmung der USA. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 301.

6 Korrigiert aus: „16.1.1988".
Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO im kleinen Kreis (Quint) am 26. Januar 1988 in Brüssel vgl. den Drahtbericht Nr. 107 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofstetter, z.Z. Brüssel, vom selben Tag; VS-Bd. 11364 (220); B 150, Aktenkopien 1988.

3) Alle Stationierungsländer haben dem Reduzierungsfahrplan ad referendum zugestimmt. Es ist beabsichtigt, bei nächster SCG-/HLG-/Quint-Sitzung am 3.2.1988 in Washington ihm endgültig zuzustimmen.[7]

Wagner

VS-Bd. 11364 (220)

47

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher in London

2. Februar 1988[1]

Gespräch Bundeskanzler/PM Thatcher am Dienstag, 2. Februar 1988, in London

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß wir in der EG an einer Wegscheide stehen und es daher erforderlich sei, in Brüssel[2] zu einer Entscheidung zu kommen. Eine Vertagung auf Hannover[3] mache die Dinge nur noch schwieriger. Auch verliere man dann kostbare Zeit für Fortschritte beim Binnenmarkt. Es gelte jetzt, einen Kompromiß zu finden, bei dem sich alle bewegen müßten.

PM *Thatcher* erklärte, sie sei ebenfalls zu Entscheidungen in Brüssel bereit. Kern des Problems seien die Überschüsse in der GAP, die überdurchschnittliche Haushaltsmittel verschlängen. Man habe sich schon vor Jahren auf den Abbau der Überschüsse geeinigt, aber in Wirklichkeit nicht viel erreicht. Es gehe nicht nur um einen Kompromiß, sondern um die Frage, ob der Kompromiß sinnvoll sei oder nicht. In der Tat stehe man jetzt an einer Wegscheide.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß man in der GAP durchaus Fortschritte gemacht habe, beispielsweise bei Milch.[4] Er sei bereit, die Überschüsse weiter zurückzuführen, dies müsse aber Schritt für Schritt geschehen.

7 Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 3. Februar 1988, daß die gemeinsame Sitzung der Special Consultative Group (SCG) und der High Level Group (HLG) der NATO Übereinstimmung hinsichtlich des Zeitplans für den Abzug amerikanischer Mittelstreckensysteme erbracht habe: „Holmes kündigte an, daß man der SU vorgeschlagen habe, Ende Februar zu Gesprächen über praktische Durchführungsfragen des INF-Abkommens zusammenzukommen. Er sagte zu, daß nach Durchführung dieser Gespräche die Stationierungsländer ausführlich unterrichtet werden würden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 460; VS-Bd. 11364 (220); B 150, Aktenkopien 1988.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann gefertigt und von Ministerialdirektor Teltschik, beide Bundeskanzleramt, am 3. Februar 1988 an Bundesminister Genscher übermittelt.
Hat Ministerialdirigent Jansen am 3. Februar 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 16. Februar 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Trumpf verfügte.
Hat Trumpf am 16. Februar 1988 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 410, Bd. 141613.

2 Vgl. dazu die außerordentliche Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988; Dok. 59.

3 Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 vgl. Dok. 191.

4 Auf Vorschlag der EG-Kommission beschloß der EG-Rat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister auf seiner Tagung vom 8. bis 16. Dezember 1986 eine Reduzierung der Milchproduktionsmenge in zwei

Im einzelnen

1) Agrarpolitik

Der Bundeskanzler entwickelte die in der Ministerrunde am 28. Januar[5] diskutierten Elemente eines Kompromißpaketes, d. h.

– Hinnahme des sogenannten Restpakets,
– Garantiemenge Getreide 158 Mio. t,
– Preissenkung bei Getreide ab 2. Jahr von 2,5 bis 3%,
– Preissenkung bei Getreide im 1. Jahr bis zu 2%,
– Mitverantwortungsabgabe für die ersten 20 t verkauftes Getreide für kleine Betriebe,
– Preissenkung für Ölsaaten und Eiweißpflanzen von maximal 0,4%.

Der Bundeskanzler erläutert im einzelnen die sich aus diesem Gesamtkompromiß ergebenden Einsparungen (400 Mio. ECU in 1988 und 1,1 Mrd. ECU 1989) und wies darauf hin, daß diese Einsparungen höher sind als diejenigen auf der Basis des Präsidentschaftspapiers von Kopenhagen.[6]

PM *Thatcher* entwickelte zu den einzelnen Punkten folgende Position:

a) Mitverantwortungsabgabe bei Getreide: Sie kritisierte, daß die MVA praktisch wie eine Steuer wirke und auch den Verbraucher treffe; vor allem sprach sie sich entschieden gegen eine Ausnahme für kleine Betriebe aus, weil dies D kaum, dafür aber in erster Linie F und GB treffen würde; im übrigen sei eine solche Maßnahme ökonomisch nicht sinnvoll, weil man damit die tüchtigen Bauern bestrafe.

b) Zur Frage der Garantieschwelle wies sie darauf hin, daß die EG mehr Getreide produziere, als sie verbrauche, nämlich 112%. Eine Garantieschwelle von 158 Mio. t sei daher entschieden zu hoch, wenn man bedenke, daß die Gemeinschaft insgesamt nur 140 Mio. t verbrauche. Jede Tonne Getreide, die exportiert werde, koste rund 80 britische Pfund Exporterstattung, bei 15 Mio. t seien dies allein 1,2 Mrd. ECU. Genausowenig könne sie einer Preissenkung von 2,5% zustimmen, denn die Produktivität könne ja durchaus höher liegen.

c) Bei Ölsaaten und Eiweißpflanzen schlage die Präsidentschaft z. B. bei Raps jetzt 4,5 Mio. t als Garantieschwelle (statt der ursprünglichen 3,5 Mio. t im Kommissionsvorschlag) vor. Dies allein würde höhere Kosten von 600 Mio. ECU verursachen.

d) Auch sie könne das sogenannte Restpaket akzeptieren. Dies solle man aber jetzt noch nicht nach außen zu erkennen geben.

Fortsetzung Fußnote von Seite 261
Stufen um insgesamt 9,5% bis 1. April 1988. Zur Linderung bzw. Neutralisierung des Einkommensausfalls der Landwirte beschloß der Rat überdies Kompensationszahlungen von 6 bis 10 ECU je 100 kg Milch in den folgenden sieben Jahren. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 12/1986, S. 96.

5 Korrigiert aus: „Februar".
Zur Vorbereitung des Ministergesprächs bei Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 36.

6 Für den von der dänischen Ratspräsidentschaft auf der Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 in Kopenhagen vorgelegten „Gesamtkompromiß" (SN/4029/87) sowie die Aufzeichnung des Vorsitzes „Die Einheitliche Europäische Akte muß ein Erfolg werden – Entwurf von Schlußfolgerungen des Europäischen Rates" (SN/3939/2/87) vgl. Referat 412, Bd. 168708.

Zusammenfassend erklärte PM Thatcher, die entscheidenden Streitpunkte seien Ölsaaten und Eiweißpflanzen sowie Getreide, denn vor allem hier stelle sich das Problem der Überproduktion und der Kosten. Die deutschen Kompromißüberlegungen seien eine erhebliche Abschwächung gegenüber den ursprünglichen Kommissionsvorschlägen. Damit könne sie nicht vor das britische Parlament treten.

Auf den deutschen Vorschlag der Flächenstillegung eingehend, erklärte PM Thatcher, sie könne dies akzeptieren, jedoch seien Flächenstillegungsprogramme kein Ersatz für drastische Preissenkungen. Im übrigen sei sie von der Wirksamkeit nicht überzeugt, sondern befürchte, daß die Landwirte die Restfläche um so intensiver bewirtschaften würden. Der *Bundeskanzler*, unterstützt von StM Stavenhagen, hielt dem entgegen, daß das Flächenstillegungsprogramm auch nicht als Ersatz gedacht sei. Vielmehr treffe den Landwirt, der das Flächenstillegungsprogramm nicht annehme, sowohl die MVA als auch die Preissenkung voll. Unser Kompromiß laufe daher darauf hinaus, daß derjenige, der sich zur Flächenstillegung entschließe, ab einer bestimmten Höhe von der MVA ausgenommen sei. Was den Vorwurf angehe, daß hierdurch effiziente Betriebe bestraft würden, so sei zu bedenken, daß unterschiedliche Effizienz sich nicht zuletzt aus der unterschiedlichen Struktur und Bodenqualität ergebe.

Zur Garantieschwelle bei Getreide wies StM *Stavenhagen* darauf hin, daß sich die Zahl von 158 Mio. t aus einem Verbrauch von 140 Mio. t und traditionellen Netto-Exporten in Höhe von 20 Mio. t errechne. Bei einer Garantieschwelle bei 158 Mio. t erreiche man eine sich von Jahr zu Jahr verstärkende Bremswirkung. Im übrigen könne man traditionelle Exportströme nicht einfach abschneiden. Die verschiedenen Mechanismen wirkten im übrigen – wie bei Milch – kumulierend. PM *Thatcher* beharrte demgegenüber darauf, daß die Garantieschwelle niedriger angesetzt werden müsse, wenn man die Überschüsse in den Griff bekommen wolle. Auch GB habe Probleme mit der MVA, sie sei aber bereit, diese zu akzeptieren, wenn man gleichzeitig eine effektive Preissenkung durchsetze. Im übrigen verwies PM Thatcher darauf, daß D in besonderer Weise von seiner Wettbewerbsfähigkeit bei gewerblichen Erzeugnissen profitiere. GB sei in der Landwirtschaft besonders effizient und wolle hierfür nicht bestraft werden.

Auf den Hinweis des *Bundeskanzlers*, daß die deutschen Bauern in den letzten Jahren erhebliche Preissenkungen bei Weizen, Gerste und Raps hätten hinnehmen müssen, während GB bei Getreide einen negativen Währungsausgleich von 17,5% habe, der ja einen Preisanhebungsspielraum gebe, erwidert PM *Thatcher*, hierbei werde übersehen, daß die Preise in der Gemeinschaft auch angehoben worden seien, weil der ECU sich stark an der DM orientiere.

Abschließend wies PM Thatcher noch einmal darauf hin, daß die EG-Subventionen laut Statistiken der OECD um 42% über denen der USA lägen. Man schaffe sich folglich damit auch Probleme im GATT. Der *Bundeskanzler* wies demgegenüber darauf hin, daß auf dem letzten Weltwirtschaftsgipfel in Tokio[7] von kanadischer Seite nachgewiesen worden sei, daß die Zahlungen in den USA in Wirklichkeit höher als angegeben lägen. Der Bundeskanzler drängte abschließend darauf, daß man sich bei der Weiterdiskussion über das vorhandene Agrarpaket zunächst einmal über die Zahlen, von denen man ausginge, einige. Die Mitarbeiter sollten sich dieserhalb mit der Kommission in Verbindung setzen.

7 Der Weltwirtschaftsgipfel in Tokio fand vom 4. bis 6. Mai 1986 statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 137.

2) Haushaltsdisziplin

a) Agrarleitlinie

Der Bundeskanzler erklärte, wir sollten gemäß dem Vorschlag der DK-Präsidentschaft von 27 Mrd. ECU als Bezugsgrundlage für 1988 ausgehen, dann aber den von der EGK errechneten Einnahmeausfall von 1,5 Mrd. ECU für die Nichteinführung der Fettsteuer[8] berücksichtigen. Notfalls solle man sich entsprechend dem dänischen Vorschlag auf 27,5 Mrd. ECU als berichtigte Grundlage verständigen.

PM *Thatcher* widersprach dem heftig mit der Behauptung, die EGK operiere in diesem Bereich mit unseriösen Berechnungen. Die 27 Mrd. ECU entsprächen der faktischen Ausgangslage.

b) Steigerungsrate

Der *Bundeskanzler* stellte die Frage, ob man sich in Brüssel auf 80% der BSP-Wachstumsrate einigen könne; EGK-Präsident Delors habe im Konklave[9] noch einmal auf 100% bestanden.

PM *Thatcher* widersprach auch dem nachdrücklich mit der Feststellung, die Kommission hätte ursprünglich andere Zahlenvorstellungen gehabt.

3) Währungsreserve

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß sich die Außenminister grundsätzlich über die Einführung einig seien.

PM *Thatcher* stimmte dem zu mit der Bemerkung, für sie käme die Einführung einer Währungsreserve nur in Frage, wenn sie dazu diene, mögliche Währungsbewegungen zu berücksichtigen.

8 Zum Vorschlag der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 15, Anm. 7.
Ministerialdirigent Trumpf notierte am 6. Januar 1988 mit Blick auf eine Entscheidung über die Vorschläge der EG-Kommission zur Finanzierung der Europäischen Gemeinschaften („Delors-Paket"), daß sich ohne Einführung einer Fettsteuer der „Spielraum der Agrarausgaben" vermindere. Der Vorschlag der dänischen Ratspräsidentschaft vom 4./5. Dezember 1987 berücksichtige dies „durch Anhebung der Bezugsgrundlage auf 27,5 Mrd. ECU und einmalige Verschiebung der Agrarvorschüsse um einen halben Monat (Wirkung 1988: Spielraum für Agrarausgaben wird um 1,1 Mrd. ECU ausgeweitet). Nach Auskunft KOM kann Agrarhaushalt auf Basis Bezugsgrundlage 27,5 Mrd. ECU und jährliche Steigerungsrate von 60% BSP-Wachstum ohne Einführung einer Fettsteuer gefahren werden." Vgl. Referat 412, Bd. 168708.

9 Am 1./2. Februar 1988 fand in Brüssel eine Sondertagung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten („Konklave") statt. Dazu informierte Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), am 2. Februar 1988: „Eine Annäherung ergab sich beim Thema ‚Währungsreserve', die jetzt von allen akzeptiert wird. […] Große Meinungsverschiedenheiten bestehen dagegen noch bei den übrigen Teilaspekten: Bei den Strukturfonds stehen weiterhin die Maximalforderungen der Südländer, insbes[ondere] E (das aus der Verdoppelung der Fonds eine Prinzipienfrage macht), den Minimalpositionen GBs und Fs gegenüber, die eine Erhöhung der Fonds nur bis um [das] Anderthalbfache des Höchststeigerungssatzes für die nichtobligatorischen Ausgaben zulassen wollen. […] Bei den Agrarstabilisatoren bestehen die bekannten Divergenzen bei Getreide und Ölsaaten fort. Dagegen zeichnet sich eine große Mehrheit dafür ab, den Kompromißvorschlag von Kopenhagen für die übrigen Produkte nicht aufzuschnüren. […] Bei der vierten Einnahmequelle stehen sich unverändert die Befürworter (von F angeführte Mehrheit) des sog. Divergenzmodells (Kommissions-Anssatz) und eines sog. reinen BSP-Modells (IT, D, DK) gegenüber. Vor allem F und IT haben aus der Angelegenheit eine Prinzipienfrage gemacht. […] Bei der Frage eines neuen GB-Ausgleichs sind die Positionen unverändert (GB für gleiche Entlastung wie beim gegenwärtigen Mechanismus unter Berücksichtigung der Vorteile aus der vierten Quelle; andere MS für Herabsetzung und degressive Gestaltung). Offen ist auch noch, ob alle MS sich an der Finanzierung eines neuen Ausgleichs beteiligen und ob D eine Herabsetzung seines Finanzierungsanteils erhält." Vgl. den Drahtbericht Nr. 276; Referat 410, Bd. 168709.

4) Künftige Finanzierung

Der *Bundeskanzler* erklärte, angesichts der unterschiedlichen Positionen müsse er versuchen, hier einen Konsens zu erreichen. D könne mit den verschiedenen Modellen leben. Aber IT beispielsweise lehne kategorisch die Differenzmethode ab, sei aber bereit, eine BSP-Basis zu akzeptieren.[10]

PM *Thatcher* erklärte, jedes Modell, das sich in Richtung BSP bewege, sei für GB gut. Für sie sei entscheidend, daß der Mechanismus von Fontainebleau[11] erhalten bleibe. Wenn das der Fall sei, sei die Wahl des Modells für sie nicht so wichtig.

5) Gesamtplafonds

PM Thatcher erklärte, sie könne in jedem Fall nur dann einer Erhöhung zustimmen, wenn die Frage der Agrarüberschüsse gelöst sei. Auch werde GB darauf bestehen, daß die Übereinkunft über Haushaltsdisziplin in klare Einzelbestimmungen umgesetzt werde. Auf etwas anderes werde sie sich nicht einlassen.

6) Strukturfonds

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß die südlichen MS ebenso wie die Kommission für eine Verdoppelung einträten. Er höre aus dem Konklave in Brüssel, daß sich die Haltung der südlichen MS noch verschärft habe. Er frage sich daher, ob aus der Sicht von GB ein Kompromiß zwischen 50 und 75 möglich sei.

PM *Thatcher* erklärte, dies sei für sie ein ganz prinzipieller Punkt. Unter keinen Umständen dürfe der Höchstsatz für die nicht obligatorischen Ausgaben überschritten werden, sonst werde man einen ständigen Streit mit dem EP haben. Das bedeute in Zahlen, daß eine Steigerung von maximal 50 % drin sei. Wenn man dann die Mittel auf die vier ärmsten MS – Spanien, Portugal, Griechenland, Irland – konzentriere, kämen diese in den Genuß einer Verdoppelung.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß es aus seiner Sicht kaum möglich sei, mit dieser Linie einen Kompromiß zu finden, denn insbesondere IT und F würden auf einer Beteiligung ihrer benachteiligten Regionen bestehen.

7) GB-Ausgleich

PM *Thatcher* führte aus, sie wolle im Prinzip das System von Fontainebleau erhalten wissen, dies habe sich in den letzten fünf Jahren als durchaus gerechtfertigt erwiesen. GB sei nach wie vor zweitgrößter Nettozahler. Auf die entsprechende Frage von StM Stavenhagen stellte PM Thatcher klar, daß GB bereit sei, Entlastungen aus der 4. Einnahmequelle bei der Ausgestaltung eines neuen Mechanismus zu berücksichtigen. Auf die Frage des Bundeskanzlers nach der zeitlichen Begrenzung des Ausgleichs erwiderte PM *Thatcher*, der GB-Ausgleich sei praktisch eine Art eingebauter Mechanismus der GAP. Wenn die Kosten für die GAP zurückgingen, wirke sich das auch auf den Ausgleich aus. Im übrigen habe man sich in Fontainebleau darauf geeinigt, daß der Ausgleich an die Dauer der Eigenmittelregelung geknüpft sei.

Referat 410, Bd. 141613

10 Zur italienischen Haltung zur Reform des Eigenmittelsystems der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 27, Anm. 46.

11 Auf der Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau konnte eine Einigung über den britischen Beitrag zum EG-Haushalt erzielt werden. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 181.

48

Bundeskanzler Kohl an Ministerpräsident Chirac

5. Februar 1988[1]

Sehr geehrter Herr Premierminister, lieber Jacques,

Hans-Dietrich Genscher hat mir über sein gestriges Gespräch mit Ihnen berichtet.

Wir sind zur Zeit in engem Kontakt mit der Kommission dabei, für den Europäischen Rat am 11. und 12. Februar in Brüssel[2] einen ausgewogenen Kompromißvorschlag über das Delors-Paket[3] zu erarbeiten.

Ich kann Ihnen versichern, daß wir uns dabei bemühen, wichtigen französischen Anliegen und der im letzten Jahr gemeinsam zwischen unseren beiden Regierungen erarbeiteten Linie soweit wie möglich Rechnung zu tragen. Ich muß als Vorsitzender des Europäischen Rates allerdings auch die Positionen und Interessen aller Mitgliedstaaten berücksichtigen.

In der Agrarpolitik weiß ich, wie sehr die Garantiemenge für Getreide besondere, auch symbolische Bedeutung für die Erzeuger hat. Dies gilt für die Bauern in Frankreich wie bei uns. Ich muß jedoch anerkennen, daß diese Frage ein ganz wichtiges Anliegen für die Kommission, Großbritannien und die Niederlande darstellt. Vor diesem Hintergrund glaube ich, daß es schwer sein wird, unsere gemeinsamen Vorstellungen durchzusetzen.

Diese Frage ist auch im Zusammenhang mit der Haushaltsdisziplin im Agrarbereich zu sehen. Hier hält die Kommission eine Steigerungsrate der Agrarleitlinie von 60% des BSP-Wachstums für ausreichend. Sie ist bisher nicht bereit, darüber hinauszugehen. Ich hoffe, daß es uns gemeinsam gelingt, die von uns erarbeitete Linie – 80%ige Steigerung – durchzusetzen.

Im Hinblick auf die Modalitäten der Flächenstillegungen haben wir die Absicht, die Befreiung von der Mitverantwortungsabgabe in Ihrem Sinne auf die Kleinerzeuger zu beschränken. Die von Ihrer Regierung geforderte Regelung zugunsten der Weidebrache wie auch einige andere wichtige französische Anliegen sind bereits im Agrarpapier[4] enthalten. Ich werde in meinem Kompromißvorschlag

1 Ablichtung.
Datum des Drahterlasses.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Bächmann übermittelte das Schreiben am 5. Februar 1988 an die Botschaft in Paris. Dazu teilte er mit: „Botschaft wird gebeten, nachstehendes Fernschreiben des Bundeskanzlers an den französischen Premierminister Jacques Chirac unverzüglich weiterzuleiten. Französische Höflichkeitsübersetzung folgt unmittelbar durch Sprachendienst."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bitterlich, Bundeskanzleramt, am 5. Februar 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BK hat Text zugestimmt."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kudlich am 22. Februar 1988 vorgelegen.

2 Zur außerordentlichen Tagung des Europäischen Rats vgl. Dok. 59.

3 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket") vgl. Dok. 15, Anm. 16.

4 Auf der Tagung des EG-Rats auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 18. bis 20. und am 23./24. Januar 1988 in Brüssel konnte eine Einigung für einige Bereiche des Agrarteils des „Delors-Pakets" erzielt werden. Bundesminister Kiechle informierte dazu am 27. Januar 1988, daß u. a. ein Programm zur Stillegung landwirtschaftlicher Flächen („set aside") beschlossen worden sei, das folgende Elemente enthalte: „Alle Mitgliedstaaten sind verpflichtet, dieses Programm einzuführen, während die

daran festhalten. Auch bei der Ausgestaltung der 4. Finanzierungsquelle werde ich mich bemühen, einen Vorschlag zu unterbreiten, der gerade den Anliegen Ihrer Regierung so weit wie möglich entgegenkommt.

Bei dem Finanzziel für die Strukturfonds wird nach meiner Ansicht eine weitere Anstrengung über das hinaus, was wir in Kopenhagen[5] wollten, nötig sein. Wir werden im Rahmen der beabsichtigten Konzentration der Mittel dabei die besonderen französischen Anliegen berücksichtigen.

Lieber Jacques,

ich brauche im Anschluß an unser Gespräch am 22. Januar[6] nicht noch einmal hervorzuheben, wie sehr es aus meiner Sicht in unser aller Interesse liegen muß, einen erfolgreichen Ausgang unseres Treffens am 11. und 12. Februar herbeizuführen. Um dies zu erreichen, müssen wir alle einen Schritt aufeinander zugehen.

Nur mit einer soliden Grundlage für die Ausrichtung der zentralen Gemeinschaftspolitiken für die nächsten Jahre werden wir uns auf das wichtige Ziel konzentrieren können und müssen, den Binnenmarkt bis 1992 zu vollenden.

Ich darf Sie herzlich um Ihre Unterstützung zum Gelingen unseres gemeinsamen Werkes in Brüssel bitten.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Helmut Kohl

Referat 410, Bd. 141613

Fortsetzung Fußnote von Seite 266

Teilnahme der Landwirte auf freiwilliger Basis erfolgt. Die Stillegungsdauer beträgt grundsätzlich fünf Jahre, allerdings wird die Möglichkeit einer Kündigung nach drei Jahren eingeräumt. An dem Stillegungsprogramm kann sich ein Betrieb beteiligen, der bereit ist, mindestens 20 % seiner Ackerfläche stillzulegen. Die je Hektar stillgelegter Fläche zu zahlende Prämie soll den Einkommensverlust ausgleichen. Sie kann je nach Ertragslage zwischen 100 ECU (rd. 240 DM) und 600 ECU (rd. 1440 DM), in Ausnahmefällen bis zu 700 ECU (rd. 1680 DM) variieren. Die Beteiligung der Gemeinschaft erfolgt gestaffelt und beträgt für die ersten 200 ECU 70 %, für 200 bis 400 ECU 25 % und für 400 bis 600 ECU 15 %. Mit der hohen Gemeinschaftsbeteiligung in der untersten Staffel soll ein besonderer Anreiz für das Angebot der Maßnahmen in ärmeren Mitgliedstaaten mit unterdurchschnittlichen Ertragsverhältnissesn geschaffen werden. Ein besonderer Anreiz neben der Hektarprämie wird für teilnehmende Landwirte darin bestehen, daß sie bei einem Stillegungsanteil von 30 % der Ackerfläche von der Mitverantwortungsabgabe für 20 t vermarktetes Getreide befreit werden. Ferner wird die Möglichkeit eingeräumt, die stillgelegten Flächen für extensive Viehhaltung zu nutzen (‚Weidebrache'). In diesem Falle wird die Prämie etwa die Hälfte ausmachen." Vgl. Referat 410, Bd. 168709

5 Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 vgl. AAPD 1987, II, Dok. 358.

6 Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Chirac trafen am 22. Januar 1988 in Paris anläßlich der Feierlichkeiten des 25. Jahrestages des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 zusammen. Vgl. dazu Dok. 32.

49

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit König Hussein

8. Februar 1988[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit anschließendem Mittagessen mit dem jordanischen König Hussein bin Talal am Montag, den 8. Februar 1988, 13.30 Uhr – 15.00 Uhr[2]

I. Vier-Augen-Gespräch

Teilnehmer auf jordanischer Seite: König Hussein, PM Rifai;

auf deutscher Seite: Bundeskanzler, VLR I Ueberschaer als Note-taker, VLR I Weber als Dolmetscher.

König *Hussein* berichtet nach der Begrüßung, daß er im Anschluß an seinen Aufenthalt in Bonn zu einem Staatsbesuch nach Österreich weiterreisen werde.[3]

Auf die Frage des *Bundeskanzlers* nach seiner Bewertung der Lage im Nahen und Mittleren Osten erläutert *Hussein*:

– Der Nahost-Konflikt befinde sich in einer schwierigen Phase; man müsse der Hoffnung auf eine friedliche Überwindung der arabisch-israelischen Tragödie neue Nahrung geben, bevor der Extremismus jede vernünftige Lösung vereitele.
– Angesichts der Auswirkungen des irakisch-iranischen Krieges[4] auf die ganze Region gelte es, Res. 598 des VN-SR[5] sobald als möglich zu verwirklichen.

Die Frage des *Bundeskanzlers*, ob er für einen baldigen Waffenstillstand im Golfkrieg eine Chance sehe, beantwortet *Hussein* mit Nein. Immerhin habe der Iran aber eine geplante Offensive gegen den Irak verschoben – vielleicht wegen Resolution 598 und der Befürchtung einer Folgeresolution, vielleicht auch aus innenpolitischen Gründen. Offenbar stünden dem Iran nicht mehr so viele Offensivtruppen wie 1987 zur Verfügung.

Die Bedrohung der gesamten Region bestehe jedoch fort. Aus jordanischer Sicht habe die Durchführung der Resolution 598 daher jetzt absoluten Vorrang. Er, Hussein, habe dieses Thema auch bei seinem kürzlichen Besuch in der SU[6]

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, am 9. Februar 1988 gefertigt und am 12. Februar 1988 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bächmann „zur Unterrichtung des Auswärtigen Amtes“ übermittelt.
Hat Vortragendem Legationsrat Schumacher am 12. Februar 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Schlagintweit, Ministerialdirigent Fiedler und das Referat 310 verfügte. Ferner verfügte er die Übermittlung von Ablichtungen an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, die Ministerialdirigenten von Ploetz und Bazing sowie die Referate 202, 203, 204, 205, 230, 213, 010, 014 und 311.
Hat Schlagintweit vorgelegen.
Hat Fiedler am 16. Februar 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 19. Februar 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Durch diese Art der Verteilung erfährt z. B. 311 oder 203 eine Woche vor dem zuständigen Referat den Gesprächsinhalt. Sinnvoll?“ Vgl. das Begleitschreiben; Referat 310, Bd. 149766.

2 König Hussein hielt sich vom 7. bis 10. Februar 1988 in der Bundesrepublik auf.

3 König Hussein besuchte vom 10. bis 13. Februar 1988 Österreich.

4 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 16, Anm. 6.

5 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 1, Anm. 33.

6 König Hussein hielt sich vom 21. bis 23. Dezember 1987 in der UdSSR auf.

angesprochen und dort Bereitschaft vorgefunden, gemeinsam mit den übrigen vier Ständigen SR-Mitgliedern sobald als möglich zu einer Lösung zu kommen.

Als ein Positivum zu vermerken sei, daß der kürzliche Gipfel der Arabischen Liga[7] und der Besuch Mubaraks in den Golf-Staaten[8] auf die Region stabilisierend gewirkt hätten.

Der *Bundeskanzler* stellt die Frage, wer die wichtigsten Waffenlieferanten im Golf-Krieg seien; er erläutert dabei die restriktive Waffenexportpolitik der Bundesregierung. *Hussein* nennt als Waffenlieferanten vor allem die USA, Israel, China und Nordkorea.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach neueren Entwicklungen in Teheran berichtet Hussein, daß außer widersprüchlichen Gerüchten über den Gesundheitszustand Khomeinis[9] nichts Konkretes festzustellen sei.

Für den Nahost-Konflikt sagt Hussein eine weitere substantielle Verschlechterung voraus, wenn nicht bald Fortschritte auf dem Wege zu einer Internationalen Friedenskonferenz (IFK) erzielt würden. Der *Bundeskanzler* erklärt sich bereit, beim nächsten Europäischen Rat[10] auf erneute Unterstützung einer solchen Initiative zu dringen[11]; *Hussein* hält dies für hilfreich. Die Frage, ob Jordanien hierbei Probleme mit den europäischen Partnern sehe, verneint der König: Frankreich, Großbritannien und Italien seien für eine IFK. Italien liefere auch nicht mehr – wie früher – Waffen an den Iran.

Hussein berichtet von einer neuen IFK[12]-Initiative von Präsident Reagan[13], der deswegen mit ihm Kontakt aufgenommen habe. Reagan habe anschließend

7 Die außerordentliche Gipfelkonferenz der Arabischen Liga fand vom 8. bis 11. November 1987 in Amman statt.

8 Präsident Mubarak besuchte am 9./10. Januar 1988 Saudi-Arabien, am 10./11. Januar die Vereinigten Arabischen Emirate, am 12. Januar Kuwait, am 12./13. Januar Katar, am 13. Januar Bahrain, am 13./14. Januar Oman und am 15. Januar 1988 den Irak.

9 Botschafter Freitag, Teheran, berichtete am 15. Februar 1988, daß die Vertreter des diplomatischen Corps zu einer „Audienz" Ayatollah Khomeinis in einer Moschee in Teheran eingeladen worden seien: „Aus der Veranstaltung hervorzuheben ist, daß Khomeini, der wie üblich von einem Balkon sprach und gut aus der Nähe beobachtet werden konnte, einen für sein Alter von 87 Jahren sehr guten körperlichen und geistigen Eindruck machte. Seine Bewegungen ließen keine krankhaften Behinderungen erkennen. Seine Ansprache hielt er frei und, wie mir ein farsisprechender Kollege sagte, in guter und klarer Diktion. Durch seinen Auftritt entzog er den vielen Gerüchten, von denen einige sogar wissen wollten, daß sein Tod kurz bevorstehe, nachhaltig den Boden. Dies war sicher einer der Gründe für die sog. Audienz, wie sich auch aus den interessierten Fragen teilnehmender Regierungsvertreter nach der Veranstaltung ergab." Vgl. den Drahtbericht Nr. 144; Referat 311, Bd. 154137.

10 Zur außerordentlichen Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel vgl. Dok. 59.

11 Der Passus „Der Bundeskanzler erklärt … zu dringen" wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter durch Fragezeichen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wie?"

12 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter unterschlängelt. Dazu Fragezeichen und handschriftlicher Vermerk: „Eben gerade nicht!"

13 Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter notierte am 16. Februar 1988, daß die amerikanische Regierung eine Initiative zur Wiederbelebung des Friedensprozesses im Nahen Osten vorbereite: „Soweit bisher bekannt wurde, hat die Initiative etwa folgende Elemente […]: 1) Isr[aelisch]-jor[danische] Direktverhandlungen (evtl. auch mit Ägypten?) über ein Interims- (Autonomie-) Abkommen für die Palästinenser in den isr. besetzten Gebieten (begrenzte palästinensische Selbstverwaltung, Wahlen, Siedlungsstop, evtl. auch Verdünnung der isr. Militärpräsenz?); evtl. Verhandlungseröffnung durch internationale Veranstaltung (‚event'); Beginn möglichst sofort. 2) Gleichzeitig mit Vereinbarung der Autonomie-Verhandlungen: Grundsatzvereinbarung zwischen ISR und JOR, gemäß festem Zeitplan/unabhängig vom Fortschritt der Autonomie-Verhandlungen in Verhandlungen über den endgültigen Status einzutreten (spätestens Ende 1988?); ggf. Einstieg wiederum über internationalen

zur Erläuterung dieser Initiative Sonderbotschafter Habib nach Jordanien[14] und Ägypten entsandt, der in beiden Ländern identische Vorschläge unterbreitet habe. Erklärtes Ziel dieser Initiative Reagans sei es, den Palästinensern neue Hoffnung zu geben.

Der *Bundeskanzler* erklärt sich bereit, bei seinem Besuch in den USA in der kommenden Woche[15] Präsident Reagan in dieser Initiative zu bestärken. *Hussein* stimmt dem zu.[16]

Hussein beklagt das Unverständnis der Israelis für die Situation der Palästinenser in den besetzten Gebieten. AM Peres als Vertreter einer ausgewogenen Haltung der israelischen Regierung werde nach seinem Empfinden von den USA, insbesondere von AM Shultz, im Stich gelassen. Der Hintergrund sei möglicherweise der, daß auch die jüdische Gemeinschaft in den USA zur Frage der israelischen Politik in den besetzten Gebieten gespalten sei.

Der *Bundeskanzler* bekräftigt die zwiespältige Haltung der jüdischen Gemeinschaft in den USA auch zu europäischen Fragen: Ein Teil sei sehr kooperativ; der andere, extremistische Teil sähe in Europa, ohne es zu wollen, nur den Antisemitismus. Eine Reihe von Stellungnahmen des Jüdischen Weltkongresses zu Entwicklungen in Deutschland und in Österreich habe eine sehr schädliche Wirkung. Viele Österreicher würden gerade dadurch in eine falsche Richtung getrieben.

Angesichts der schrecklichen Szenen in den besetzten Gebieten[17], die das Fernsehen täglich übermittle, müsse man sich die Frage stellen, worauf die israelische Regierung eigentlich jetzt – solange ihr noch König Hussein und Präsident Mubarak als Gesprächspartner zur Verfügung stünden – warten wolle. *Hussein* äußert, daß man in Jordanien diese Entwicklung vorausgesehen habe.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach den Wahlaussichten in Israel[18] meint Hussein, daß Peres dann die besseren Chancen habe, wenn ihn die USA unterstützten. Man könne jedoch eine gefährliche Allianz zwischen der Rechten in den USA und der Rechten in Israel nicht ausschließen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 269

Rahmen (I[nternationale] K[onferenz]?). 3) Evtl. isr.-jor. Einvernehmen, daß (erst!) in der zweiten Verhandlungsrunde aus freien Wahlen in den besetzten Gebieten hervorgegangene palästinensische Vertreter die Interessen der dort lebenden Bevölkerung vertreten." Neben diesen Verfahrensvorschlägen legten die USA Wert auf die Ankündigung, „daß ihre Initiative auch inhaltliche Fragen angehen werde". Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 147542.

14 Der amerikanische Sondergesandte Habib führte am 30./31. Januar 1988 Gespräche in Jordanien. König Hussein erklärte im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 7. Februar 1988, Habib habe ihm gegenüber folgendes ausgeführt: „Die USA wollten neue Friedensinitiativen auf Basis 242 und 338 beginnen. Neues Konzept sei noch ‚Skelett', das der Aus[ge]staltung bedürfe. USA hielten an IFK fest. Verhandlungen sollten ‚transitional period' und Regulierung ‚final status' gelten; zwischen beiden Komplexen müsse ‚linkage' bestehen. Fester Zeitplan solle garantieren, daß ‚final status'-Verhandlungen nicht hinausgezögert werden könnten. […] Habib habe davon gesprochen, daß in einer Übergangsperiode, organisch mit Einführung ‚final status'-Gesprächen verbunden, Landbeschlagnahme aufhören und Selbstverwaltung in besetzten Gebieten eingeführt werden sollten. Grundlage der Verhandlungen: 242; israelischer Rückzug aus besetzten Gebieten; ‚Land gegen Frieden'; Anerkennung palästinensischer Rechte im weitestmöglichen Sinne." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 149766.

15 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 17. bis 20. Februar 1988 in den USA vgl. Dok. 62–64.

16 Der Passus „Reagan in dieser … stimmt dem zu" wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ohne sie zu kennen?"

17 Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada") vgl. Dok. 16, Anm. 23.

18 In Israel fanden am 1. November 1988 Wahlen zum Parlament statt.

Der *Bundeskanzler* erwähnt die Notwendigkeit, auch den US-Kongreß auf die bedrohliche Situation in den besetzten Gebieten hinzuweisen. Er werde noch am heutigen Montag einen Ausschußvorsitzenden des US-Kongresses (Aspin)[19] und am Dienstag sechs wichtige Senatoren[20] zu Gesprächen empfangen.

Hussein berichtet über sein jüngstes (Telefon-)Gespräch mit Präsident Reagan, in dem er diesem seine Sorge über das israelische Vorgehen verdeutlicht habe. Er habe vor allem darauf verwiesen, daß im Nahost-Konflikt jetzt eine neue Schwelle überschritten sei, die den Fundamentalisten weitere Hebel in die Hand gebe. Die israelische Regierung verhalte sich gegenüber dieser gefährlichen Entwicklung eher hilflos. Es sei jetzt vordringlich, den Palästinensern neue Hoffnung zu geben.

Präsident Reagan habe ihm erwidert, daß er sich der Gefährlichkeit dieser Entwicklung bewußt sei, diese den Israelis deutlich gemacht habe und vor diesem Hintergrund eine neue Initiative zur Herbeiführung einer IFK entfalten wolle. Zur Erläuterung dieser Initiative habe er ihm, Hussein, dann die Entsendung von Sonderbotschafter Habib angekündigt, der in Reagans Namen auch Präsident Mubarak aufsuchen werde. Dieses Vorgehen habe Reagan selbst als ungewöhnlich in einem Präsidenten-Wahljahr[21], aber angesichts der Dringlichkeit der Situation unumgänglich bezeichnet. Er, Hussein, habe dem zugestimmt.

PM *Rifai* berichtet sodann über die von Sonderbotschafter Habib überbrachten Erläuterungen der Initiative von Präsident Reagan:

Die USA wollten eine wichtige und aktive Rolle bei der Wiederbelebung des Friedensprozesses übernehmen. Dabei gehe es nicht nur um die besetzten Gebiete, in denen gegenwärtig Unruhen herrschten, vielmehr seien die USA an einer endgültigen Bereinigung des Gesamtkonflikts interessiert, wollten dabei die Rolle eines Katalysators[22] übernehmen und die ersten Schritte hierzu alsbald in die Wege leiten.

Aufgabe einer IFK aus amerikanischer Sicht sei es, ein unteilbares Paket zu schnüren, das grundsätzliche Vereinbarungen sowohl für die Übergangszeit wie für den endgültigen Status vorsehe. Dieses Gesamtpaket müsse innerhalb der IFK verhandelt und verabschiedet werden, ohne daß vorher Vorgespräche mit Israel stattgefunden hätten. Der Friedensprozeß solle auch erst nach Verabschiedung dieses Paketes beginnen.

19 Im Mittelpunkt des Gesprächs des Bundeskanzlers Kohl mit dem Vorsitzenden des Streitkräfteausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses, Aspin, am 8. April 1988 standen die Ratifizierung des amerikanisch-sowjetischen INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 und die Fortsetzung der Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 74; B 150, Aktenkopien 1988.

20 Bundeskanzler Kohl führte am 9. Februar 1988 ein Gespräch mit den amerikanischen Senatoren Boren, Byrd, Nunn, Pell und Warner. Themen waren die deutsch-amerikanischen Beziehungen, die Reformpolitik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, die deutsch-französische Verteidigungszusammenarbeit und Fragen der Rüstungskontrolle. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 74; B 150, Aktenkopien 1988.

21 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

22 Die Wörter „Rolle eines Katalysators" wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Alles schon mal dagewesen (Linowitz, Habib, Saunders etc.)."

Die USA wollten die Modalitäten über die Konferenz mit König Hussein abstimmen. Nach amerikanischer Ansicht könne die IFK niemandem Lösungen aufzwingen. Die Gespräche sollten in „geographisch gegliederten bilateralen Gruppen" stattfinden.

Die Verhandlungen über die endgültigen Lösungen sollten zu einem vorher festzulegenden Zeitpunkt ohne Rücksicht auf die Ergebnisse der Gespräche über die Übergangsregelungen beginnen. Auf Gespräche über Übergangsregelungen könne man nicht verzichten, da man Israel sonst nicht zu Verhandlungen bewegen könne. Die amerikanische Initiative sehe aber eine feste Verknüpfung zwischen beiden Prozessen vor: Die Übergangsregelungen dürften nicht zur Durchführung gelangen, bevor nicht die Verhandlungen über endgültige Lösungen begonnen hätten.

Nach amerikanischer Darstellung seien „einige Staaten bereit, eine Rolle als volle Partner bei dem Friedensprozeß zu übernehmen".

Der von den USA erwogene Ablauf des Friedensprozesses sehe einen vollständigen Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten sowie eine anschließende Konföderation zwischen Westbank und Jordanien vor. Er unterstütze nicht die Gründung eines unabhängigen Palästinenserstaats. Die Beteiligung der PLO müßten die Araber im Rahmen einer Einbeziehung in die jordanische Delegation selbst regeln. Während der Übergangszeit müsse sichergestellt werden, daß israelische Siedler nicht weiterhin Land in den besetzten Gebieten erwerben könnten. Den Palästinensern müsse man bereits zu diesem Zeitpunkt die Selbstverwaltung übertragen. Bei all dem komme Jordanien eine wichtige Rolle zu.

Habib habe seine Erläuterungen mit dem Hinweis beendet, daß diese Friedensinitiative den Anfang vom Ende der israelischen Besatzung bedeuten soll. König Hussein könne hierbei eine Schlüsselrolle übernehmen und mit den USA, wenn er hierzu bereit sei, zusammenarbeiten. Auf amerikanischer Seite bestehe der ausgesprochene Wunsch nach enger Zusammenarbeit mit ihm. Im Gegensatz dazu sähen die USA mit den Israelis große Schwierigkeiten voraus.

König *Hussein* bewertet diese neueste US-Initiative als guten Ansatz. Sie beinhalte vor allem ein konkretes US-Engagement, für das er sich seit drei Jahren eingesetzt habe.[23]

Abzuwarten sei jedoch, welche weiteren grundsätzlichen Überlegungen die USA einbringen würden und inwieweit diese mit früheren, von den USA übernommenen Verpflichtungen übereinstimmten.

Wichtig sei vor allem, daß die USA durchsetzten, daß PM Shamir einem Friedensplan zustimme und daß die Verknüpfung zwischen Übergangs- und Dauerregelungen so fest sei, daß es nicht bei den ersteren sein Bewenden habe (was die Intention der Israelis sei).

II. An dem nachfolgenden Mittagessen nehmen zusätzlich teil:

Auf jordanischer Seite: Marwan Qasim, Chef des Königlichen Hofes; Adnan Abu Odeh, Minister des Königlichen Hofes; Taher Masri, Außenminister; Sherif Fawaz Sharaf, Botschafter;

auf deutscher Seite: StM Stavenhagen, MDg Dr. Neuer, Botschafter Dr. Bartels.

23 Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Rifai in Kairo:".

An das vorausgehende Vier-Augen-Gespräch anknüpfend, bittet König *Hussein* den Bundeskanzler um Unterstützung für das baldige Zustandekommen einer IFK und für die darauf abzielende Initiative der US-Regierung.

Der *Bundeskanzler* sagt zu, sich hierfür sowohl bei dem bevorstehenden Europäischen Rat in Brüssel[24] wie bei seinen kommenden bilateralen Gesprächen in Washington zu verwenden.

Auf Zwischenfrage des Bundeskanzlers äußert *Hussein*: Von einem deutschen Einwirken auf Israel verspreche er sich nichts. Nützlich sei aber ein erneutes Unterstreichen des europäischen Engagements.

Die USA planten, auch die Sowjetunion in ihre Initiative für eine IFK einzubinden. Die Erfahrung lehre aber, daß sich die SU meist amerikanischen Vorschlägen widersetze, wie umgekehrt die USA auch sowjetischen Vorschlägen. Daher sei hier eine europäische Rolle besonders nützlich.

Auf weitere Zwischenfrage des Bundeskanzlers äußert Hussein: Er sei sich in seiner Haltung zu einer IFK mit Präsident Mubarak und anderen arabischen Führern – u. a. König Fahd – einig. Habib sei auch nach Syrien entsandt worden; die syrische Reaktion auf die US-Initiative stehe zwar noch aus; im Prinzip sei aber auch Syrien für eine IFK, zumal sich die Einleitung eines Friedenprozesses im Nahost-Konflikt auch günstig auf die Lage im Libanon auswirken dürfte.

Jetzt komme es vor allem darauf an, die wichtigsten Wurzeln der Unruhen zu befrieden. Wenn die Ereignisse in den besetzten Gebieten sich wie bisher weiterentwickelten, werde dies katastrophale Folgen haben.

Zur Frage des Bundeskanzlers nach einer PLO-Urheberschaft der Unruhen bemerkt Hussein:

Es liege im Interesse der PLO, sich das „Verdienst“ an diesen Unruhen zuzuschreiben; Israel habe in bezug auf die PLO dasselbe Interesse. Nach seiner Meinung handele es sich hierbei jedoch um „spontane Hilfeschreie“ der palästinensischen Bevölkerung. Führer seien bei diesen Unruhen noch nicht erkennbar.

Die Frage des *Bundeskanzlers*, ob PM Shamir noch über ausreichende innenpolitische Bewegungsmöglichkeit verfüge, bejaht *Hussein*, fügt aber hinzu, daß sich im Hintergrund Sharon bereits zur Machtübernahme bereithalte.

Bei der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten bestehe die Gefahr, daß sie Hoffnung, Vertrauen und den Glauben an eine friedliche Lösung ganz verliere und sich zu Verzweiflungsschritten entschließe. Ihr stehe die ganze Macht des israelischen Staates mit seinem breiten Spektrum modernster Waffen gegenüber.

Die Frage des *Bundeskanzlers*, ob der Einfluß der PLO-Führung auf die Palästinenser in den besetzten Gebieten noch gesichert sei, beantwortet *Hussein* mit dem Hinweis, daß sie in der Tat Schwierigkeiten habe, die Rolle des Sprechers für die Bevölkerung in den besetzten Gebieten glaubhaft wahrzunehmen.

Auf das Vier-Augen-Gespräch über die Reagan-Initiative zurückkommend, bemerkt der *Bundeskanzler*, daß eine Verwirklichung der amerikanischen Pläne

24 Die Wörter „in Brüssel“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

sicher ein Schritt nach vorn bedeuten würde. *Hussein* bejaht dies, wirft jedoch die Frage auf, was die Amerikaner tun könnten, wenn ihre Initiative an israelischem Widerstand scheitern sollte. Nicht auszuschließen sei auch ein amerikanischer „Rückzieher" aus innenpolitischen Gründen – auch wenn es Präsident Reagan mit seiner Initiative Ernst sei.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, daß man auch die Haltung des US-Kongresses im Auge behalten müsse. Dieser habe in komplizierten außenpolitischen Fragen (Beispiel: Bitburg[25]) wenig psychologisches Einfühlungsvermögen gezeigt.[26]

Man müsse jetzt vor allem sehen, daß die Zeit auslaufe. Er selbst sei bereit, hilfreich zu sein, soweit dies in seinen Kräften stehe. Wenn König Hussein meine, daß er, der Bundeskanzler, durch öffentliche Erklärungen oder diskret Hilfe leisten könne, möge er ihn anrufen. Er habe Sympathie und Respekt für den König und für Jordanien – ein Land, dem wir den Frieden wünschen, in einer Region, die den Frieden dringend braucht. Es sei zutiefst bedauerlich, daß eine Region, aus der drei Weltreligionen ihren Ursprung nähmen, nun zu einem Feld der Zwietracht und des Hasses geworden sei.

Hussein äußert, daß er das Angebot des Bundeskanzlers gerne nutzen werde.

Auf Frage des Bundeskanzlers: Der jordanischen Wirtschaft gehe es im großen und ganzen gut; sie sei von den Folgen des Golfkriegs berührt, entwickele sich aber – wenn auch mit gebremstem Elan – positiv weiter.

Zur Frage des Bundeskanzlers nach der Entwicklung in Ägypten äußert Hussein: Präsident Mubarak versuche seinem Lande Stabilität zu sichern; die jüngsten Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten seien für seine eigene Position hilfreich gewesen. Er benötige jedoch Unterstützung. Jordanien arbeite eng mit ihm zusammen.

Er, Hussein, habe die jüngsten deutsch-französischen Bemühungen um eine noch engere militärische Zusammenarbeit mit Interesse verfolgt. Jordanien könnte – nicht zuletzt im Hinblick auf den Golfkonflikt – etwas ähnliches auch zusammen mit Ägypten ins Auge fassen.

Der *Bundeskanzler* unterstreicht die besonders herzliche Art und Weise, in der Präsident Mubarak in seinen Gesprächen ihm, dem Bundeskanzler, gegenüber stets von König Hussein spreche. *Hussein* erwidert, daß seine Gefühle für Mubarak gleichermaßen herzlich seien.

Der *Bundeskanzler* beendet das Tischgespräch mit Erläuterungen zu den jüngsten Entwicklungen im deutsch-französischen Verhältnis.

Referat 310, Bd. 149766

25 Bundeskanzler Kohl und Präsident Reagan besuchten am 5. Mai 1985 den Soldatenfriedhof in Bitburg. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 123.

26 Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter handschriftlich: „Ha."

50

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron

8. Februar 1988[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Minister[3] zur Unterrichtung

Betr.: Neue Elemente in der innersowjetischen Sicherheitsdiskussion

Zusammenfassung (zugleich als Kurzfassung)

In einer sich seit einigen Monaten streitig entfaltenden Diskussion gewinnt in der SU eine Denkrichtung allmählich an Gewicht, die das Konzept der Suffizienz teilweise in Anlehnung an westliche alternative Sicherheitskonzepte auszufüllen sucht. Ihre Vertreter gehen in entscheidenden Punkten (Bedrohungsanalyse, glaubwürdige Anpassung offensiver Strategie und Strukturierung des sowjetischen Militärpotentials an „defensive" Militärdoktrin etc.) über die vorherrschende Hauptrichtung des sowjetischen Sicherheitsdenkens hinaus und werden darin offensichtlich in Führungskreisen der Partei unterstützt.

Indikativ ist hierfür u.a., daß Vertreter dieser Denkrichtung erstmals im Kommunist (Nr. 1, 1988)[4], dem konzeptionellen Führungsorgan des ZK, zu Wort kommen, nachdem sie sich bis dahin auf Fachzeitschriften sowjetischer Westinstitute und Gesprächsrunden mit westlichen Sicherheitsexperten beschränken mußten.

Zwar haben sich sowjetische Politiker selbst in der Öffentlichkeit bisher zurückhaltender geäußert, und vor allem zeigt die Haltung der militärischen Führung und die unveränderte Qualität und Ausrichtung des sowjetischen Militärpotentials, welcher begrenzte Stellenwert diesen Expertenäußerungen derzeit (noch) zukommt. Aber dennoch sollten wir diese Entwicklung aufmerksam beobachten, da eine Tendenz zu erkennen ist, den Parteiapparat und die Bevölkerung mit derartigen Gedankengängen nicht nur stärker vertraut zu machen, sondern evtl. auch auf allmähliche Veränderungen der bisherigen sowjetischen Sicherheitsstrukturen vorzubereiten.

Der dringliche Appell zur Überprüfung überkommener und durch das letzte Parteiprogramm[5] erneut abgesegneter Bedrohungsvorstellungen (z.B. Kriegsvorbereitung des Imperialismus etc.) ist der entscheidende Ausgangspunkt dieser Denkrichtung. Argumentativ wird die grundsätzliche Friedensfähigkeit der

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Weiß konzipiert.
Vgl. dazu auch Gebhardt WEISS, Suffizienz als sicherheitspolitische Leitvorstellung. Überblick über den Stand der Diskussion in der Sowjetunion, Köln 1988 (Berichte des Bundesinistituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien Nr. 29/1988).

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 12. Februar 1988 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher laut handschriftlichem Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Elbe vom 13. Juni 1988 vorgelegen. Ferner verfügte Elbe den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 02.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 13. Juni 1988 vorgelegen.

4 Vgl. V.V. ŽURKIN/S.A. KARAGANOV/A.V. KORTUNOV, Vyzovy bezopasnosti – starye i novye (Herausforderungen der Sicherheit – alte und neue), in: Kommunist 1988, Heft 1, S. 42–50.

5 Für den Wortlaut des Parteiprogramms der KPdSU vom 1. März 1986 vgl. SCHNEIDER, Moskaus Leitlinie, S. 127–199.

bürgerlichen Demokratien im Westen herausgestellt und damit ein dieser These bislang entgegenstehendes ideologisches Postulat einfach beiseite geschoben. Es werden Kriterien für eine realistische Bedrohungsanalyse angesprochen, die in einem integralen Ansatz nicht nur auf militärische Potentiale und Fähigkeiten starrt, sondern auch die tatsächlichen Ziele, Interessen und Handlungsmöglichkeiten der anderen Seite erfaßt.

Hieran soll – so eine Hauptforderung dieser Denkrichtung – das sowjetische Verteidigungspotential insgesamt angepaßt werden, wobei dessen drastische Umstrukturierung durch Abbau eindeutiger Offensivwaffen und Erhöhung des Anteils von Defensivwaffen gefordert wird.

Die Experten fordern außerdem eine Aufgabe der bisherigen Siegstrategie, um den Widerspruch zum deklarierten defensiven Charakter der Militärdoktrin aufzuheben und eine Grundbedingung für die Herstellung strategischer Stabilität auch im konventionellen Bereich zu gewährleisten.

Zur Verwirklichung dieses Konzepts empfehlen die Experten u. a. eine stärkere Berücksichtigung einseitiger und asymmetrischer Maßnahmen sowie einen noch gezielteren Abbau als bisher von Geheimhaltung, um durch Vertrauensbildung dem Denken in Worst-case-Szenarien (gemeint im Westen) entgegenzuwirken und einer Verwirklichung des Suffizienzgedankens in der Sicherheit zum Durchbruch zu verhelfen.

Es dürfte sich lohnen, bestehende Kontakte zu diesen Experten, die in entscheidenden Punkten gewichtigen Erklärungen der sowjetischen Militärführung widersprechen, zu pflegen und zu nutzen.[6]

Langfassung

I. Einordnung der neuen Denkansätze

In der SU hat sich in den letzten Monaten eine streitige Diskussion über sicherheitspolitische Fragen entfaltet, die in ihrer Intensität an bestimmte Phasen unter Chruschtschow (insbesondere 1960–61) erinnert und die durch die Beteiligung und vor allem das allmählich zunehmende Gewicht ziviler Experten präzedenzlos ist. Dabei lassen sich drei fließend ineinander übergehende Richtungen erkennen, die sich in unterschiedlichen Interpretationen auf das sicherheitspolitische Suffizienzkonzept des 27. Parteitags[7] berufen:

– Vertreter des alten Denkens, die Suffizienz im Sinne einer traditionellen Gewährleistung totaler Sicherheit begreifen (mit der Konsequenz expansiver Beschaffungsprogramme);
– eine Hauptrichtung, in der Suffizienz mit Blick auf die beiden Großmächte bzw. die beiden Bündnisse in der Parität bzw. im Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau angestrebt wird;

6 Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]. Vorschläge!“

7 Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 68.
Im Parteiprogramm vom 1. März 1986 hieß es: „Die KPdSU wird alle Anstrengungen unternehmen, um die Streitkräfte der UdSSR auf einem Niveau zu halten, das eine strategische Überlegenheit der Kräfte des Imperialismus ausschließt, um die Verteidigungsfähigkeit des Sowjetstaates allseitig zu vervollkommnen und die Kampfgemeinschaft der Armeen der sozialistischen Bruderländer zu stärken.“ Vgl. SCHNEIDER, Moskaus Leitlinie, S. 169.

– und eine kleine sich erst formierende fortschrittliche Richtung, die von einer realistischen Bedrohungsanalyse ausgeht und Suffizienz im Sinne einer Hinlänglichkeit begreift, die nicht notwendigerweise Parität in allen Sektoren erfordert.

Gegenstand der nachfolgenden Analyse ist die letztgenannte Richtung, die insbesondere von angesehenen Experten der Westinstitute der Akademie der Wissenschaft vorangebracht wird.[8] Verschiedene Anzeichen, vor allem ein Artikel in der Januar-Nummer von Kommunist[9], dem konzeptionellen Führungsorgan des ZK der KPdSU, zeigen, daß diese Denkrichtung zunehmend von hoher, wahrscheinlich auch höchster Stelle der Parteiführung unterstützt wird.[10] Bei Gorbatschow selbst, der sich anscheinend mit Rücksicht auf das Militär und seine übergreifende Funktion als Generalsekretär auf einer mittleren Linie äußert, war wiederholt eine Präferenz für diese Denkrichtung herauszuspüren (Hintergrund: Interesse an verringerter Verteidigungslast zwecks Erleichterung der Wirtschaftsreform).

Wenn dieser Denkrichtung auch heute zweifellos noch kein entscheidendes Gewicht zukommt, so sollten wir sie dennoch mit besonderer Aufmerksamkeit beobachten. Denn sie könnte die derzeitige Hauptrichtung des sicherheitspolitischen Denkens in der Sowjetunion zukünftig stärker beeinflussen[11], wodurch sich die Chancen auf einen Ost-West-Interessenausgleich bei den verschiedenen Rüstungskontrollverhandlungen verbessern könnten.

II. Aufforderung zur Veränderung der Bedrohungsanalyse

Der dringliche Appell zur Überprüfung überkommener und durch das letzte Parteiprogramm erneut abgesegneter Bedrohungsvorstellungen ist der entscheidende Ausgangspunkt dieser Denkrichtung. Während z. B. im Parteiprogramm und in aktuellen Äußerungen sowjetischer Militärs, darunter Verteidigungsminister Jasow[12], immer noch westliche Kriegsvorbereitungen gegen die SU unterstellt sowie die Gefahr eines plötzlichen Angriffs imperialistischer Kreise beschworen wird, weist Kommunist darauf hin, daß sich heute keine verantwortliche Kraft in den USA und in Westeuropa auf eine derartige Aufgabe vorbereitet.[13] Es sei schwer vorstellbar, mit welcher sinnvollen und lohnenswerten Zielsetzung der Westen das sozialistische Lager überhaupt angreifen sollte. Insbesondere folgende Argumente werden angeführt:

8 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Zu erwähnen sind insbesondere angesehene Vertreter des USA-Instituts sowie des IMEMO wie Primakow, Schurkin, Karaganow, Kortunow, Kokoschin, Larionow etc."

9 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Schurkin, Karaganow, Kortunow; Alte und neue Herausforderungen der Sicherheit, in: Kommunist, 1988, 1, S. 42 ff."

10 Die Wörter „diese Denkrichtung" und „unterstützt wird" wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

11 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang daran, daß im Herbst 1984 ein Buch vom Lomejko und Gromyko jun. unter dem Titel ‚Neues Denken im Nuklearzeitalter' erschien, das zwei Jahre später dem Konzept Gorbatschows seinen Namen gab." Vgl. Anatoli GROMYKO/Wladimir LOMEJKO, Novoe myšlenie v jadernyj vek (Neues Denken im Atomzeitalter), Moskau 1984 (dt. Anatoli GROMYKO/Wladimir LOMEJKO, Wie kann die Menschheit überleben? Eine Antwort auf die Philosophie der Abschreckung, Köln 1985).

12 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „In seiner Broschüre vom Herbst 1987 ‚Auf Wacht für Sozialismus und Frieden'."
Vgl. D. T. JAZOV, Na straže socializma i mira, Moskau 1987.

13 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Schurkin und andere in Kommunist, S. 44."

1) Zentrale Aufgabe des politischen Denkens sei es, eine Verabsolutierung historischer Erfahrungen zu vermeiden und reale Änderungen konzeptionell zu berücksichtigen. Es sei leider eine natürliche Neigung des Menschen, an überkommenen Bedrohungsvorstellungen festzuhalten. Heute gehe es aber nicht mehr wie früher um Sein oder Nichtsein des Sozialismus. Kollektive Bedrohungsvorstellungen, die z.B. auf der Erfahrung des deutschen Überfalls 1941 gründeten, seien auf die heutige Situation nicht mehr übertragbar. (Dies wird verbunden mit einer klaren Absage an Worst-case-Denken und an eine Vorbereitung auf die Abwehr „jedweder beliebigen Aggression".)

2) Die bürgerliche Demokratie im Westen funktioniere durchaus als Barriere gegen den Krieg (gemeint ist bei dieser ideologisch ungewöhnlichen Feststellung der „absichtliche" Krieg, nicht der zufällige, technisch ausgelöste), denn:

– die übergroße Mehrheit der westliche Bevölkerung wolle keinen Krieg;
– im Vergleich zu den 30er Jahren habe sich die politische Kultur im Westen verändert und daher die Anfälligkeit für Extremismus (sprich: Antikommunismus) stark verringert;
– das Feindbild der SU in der westlichen Öffentlichkeit verändere sich und wirke Worst-case-Denken und daran geknüpften militärischen Vorbereitungen im Westen entgegen (eine bemerkenswerte spiegelbildliche Projektion!);
– westliche Rüstungsprogramme fänden ihre Grenzen nicht nur in der Innenpolitik, sondern auch in den wirtschaftlichen Realisierungsmöglichkeiten. In diesem Zusammenhang folgen bemerkenswert korrekte Hinweise auf abflachende Wachstumsraten westlicher Verteidigungsbudgets, darunter auch der USA; die Mehrzahl der NATO-Staaten habe die 3%-Regel nicht verwirklichen können; Hinweis auch auf demographische Grenzen, z.B. bei uns!

3) Die Selbstabschreckung vor einem – absichtlichen – Krieg in globalem (Großmächteverhältnis) als auch regionalem (insbesondere Europa) Rahmen habe infolge der zunehmenden Verletzbarkeit hochempfindlicher Industriegesellschaften zugenommen. (Hinweis: Die Autoren verweisen auf die paradoxe Situation, daß die Gefahr eines – absichtlichen – Krieges abnehme, infolge der Technologie und Überrüstung jedoch die eines zufälligen Kriegsausbruchs zunehme).

4) Die Bedrohung nehme auch neue Formen an. Sie verschiebe sich inhaltlich von einer realen militärischen Bedrohung durch den Klassenfeind stärker hin zu:

– globalen Bedrohungen und Herausforderungen in den verschiedenen Bereichen menschlicher Tätigkeit und Existenzsicherung;
– stärkerer Forcierung des globalen wirtschaftlichen Wettbewerbs, dem sich die SU nicht entziehen könne – mit der Gefahr, immer rascherer Entwertung auch teurer sowjetischer Investitionen im Sicherheitsbereich. (Insbesondere den USA wird mit Blick auf SDI[14] eine entsprechende wirtschaftliche und technologische Überlegenheitsstrategie gegenüber der SU vorgeworfen.)

Die Antwort der SU hierauf sollte in einer konsequenten Verwirklichung der Perestroika sowie in einem Unterlaufen der westlichen Strategie des wirtschaftlichen und technologischen „An-die-Wand-Drückens" der SU durch einen unbeirrten rationalen Mitteleinsatz bestehen. Sie liege jedoch nicht – nach Meinung

14 Zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) der USA vgl. Dok. 11, Anm. 14.

dieser Denkrichtung – in einer übermäßigen Ressourcenzuweisung für die Verteidigung, durch welche ggf. nur die wirtschaftliche Basis und – hiermit zusammenhängend – am Ende auch die sowjetische Verteidigungsfähigkeit geschwächt werde.

Vor diesem Hintergrund hat sich für diese Denkrichtung in Fragen der nationalen Sicherheit für die SU ein neuartiger Bewegungsspielraum ergeben. Es geht dieser Richtung um die Notwendigkeit einer komplexen und ausgewogenen Bedrohungsanalyse, die sich nicht nur auf tatsächliche oder vermeintliche Fähigkeiten der anderen Seite bezieht (d. h. eine klare Kritik an einer derartigen Haltung der Militärs), sondern auch deren tatsächliche Ziele, Absichten und Handlungsmöglichkeiten berücksichtigt. Dabei komme es darauf an, jene Schwelle realistisch zu erfassen, ab welcher der Führung eines anderen Landes die Folgen einer von ihr gegen die SU betriebenen Aggression unannehmbar erscheinen, um hierauf – im Sinne der Suffizienz – die sowjetische Verteidigungsbereitschaft konkret auszurichten.

III. Rahmenbedingungen der Suffizienz

Ausgehend von einer realistischeren, integralen Bedrohungsanalyse wendet sich diese Richtung nicht nur gegen Reste eines traditionellen Überversicherungsdenkens, sondern sie stellt auch den Sinn eines starren Gleichgewichtsdenkens nach allen Seiten in Frage. Gefordert wird angesichts des sich verändernden Charakters der Bedrohung insbesondere ein Umdenken bei den bisherigen Postulaten der Strategie und Taktik, die beide konsequent an den defensiven Charakter der Militärdoktrin angepaßt werden sollen:

1) Während Verteidigungsminister Jasow, der politischen Doktrin mühsam folgend, einerseits zwar die Defensive als die Hauptkampfart der Sowjetarmee bezeichnet, um andererseits jedoch wie bisher den entschlossenen Übergang zur Offensive zwecks Vernichtung des Gegners zu fordern[15] (mit entsprechenden Folgen für Struktur und Bewaffnung), setzen sich die hier analysierten Experten für eine Verteidigungsstruktur ein, die zur Offensive gar nicht erst befähigt (ähnlich Gorbatschow am 17.9.87[16]).

2) Mit Blick auf die eigene Militärgeschichte (z. B. erste Etappe der Kursker Schlacht vom Juli 43)[17] und ausgehend vom sich immer wieder verändernden

15 Korrigiert aus: „fordert".
An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „In der Broschüre ‚Auf Wacht für Sozialismus und Frieden', S. 32–33."

16 In einem Artikel für die sowjetische Tageszeitung „Prawda" legte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, Grundzüge eines „Systems des internationalen Friedens und der Sicherheit" dar. Darin skizzierte er die einzelnen Schritte im Rahmen der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle, „die Bewegung in Richtung Entspannung und Abrüstung" brächten, und führte weiter aus: „Einen starken Impuls in dieser Richtung kann eine Vereinbarung über eine ‚auf Verteidigung gerichtete Strategie' und über eine ‚militärische Hinlänglichkeit' geben. Diese Begriffe postulieren eine Struktur der Streitkräfte der Staaten, die für die Abwehr einer Aggression, aber nicht für die Führung von Angriffshandlungen ausreichend ist. Der erste Schritt dazu ist der kontrollierte Abzug von Kern- und anderen Offensivwaffen von den Grenzen mit nachfolgender Schaffung militärisch verdünnter Streifen und entmilitarisierter Zonen zwischen den potentiellen, sagen wir, Gegnern. Im Prinzip geht es bis zur Auflösung der Militärblöcke und Beseitigung der Stützpunkte auf fremden Territorien und zur Rückführung aller sich im Ausland befindlichen Truppen in die Heimat." Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 5, S. 262.

17 In einem im August 1987 in der Zeitschrift „Mirovaja ėkonomika i meždunadrodnye otnošenija (MEMO)" veröffentlichten Aufsatz von A. Kokoschin und W. Larionow hieß es: „Vor vierundvierzig

Wechselverhältnis zwischen Offensive und Defensive wird der sowjetischen Militärwissenschaft eine Überbetonung der Bedeutung von Offensivoperationen vorgeworfen. Tatsächlich sei es so, daß die Defensive nicht nur wirtschaftlicher, sondern insgesamt gegenüber der Offensive sogar militärtechnologisch begünstigt sei.[18]

3) Der Kriegsverhinderung wird absoluter Vorrang eingeräumt. Die Führbarkeit eines Krieges in Europa (geschweige denn eines großen globalen Krieges) wird bezweifelt und die Gewinnbarkeit in einem lokalen Krieg oberhalb der Größenordnung der US-Intervention in Grenada[19] für immer weniger wahrscheinlich gehalten. Die Tendenz, den Einsatz militärischer Macht generell zu hinterfragen, ist sehr stark spürbar.[20]

4) Parität/Gleichgewicht und strategische Stabilität – so heißt es – drohen sich unter den Bedingungen des Wettrüstens zunehmend auseinanderzuentwickeln. Im Gegensatz zu Meinungen der militärischen Führung (Jasow, z. T. auch Achromejew) erweise sich eine Verabsolutierung der Parität, als einer zentralen strategischen Kategorie der 60er/70er Jahre, im Sinne einer „vernünftigen Suffizienz" als unzweckmäßig:

– im nuklearen Bereich komme es weniger auf Parität oder Gleichgewicht an, als vielmehr darauf „die Führung der anderen Seite von der Entfaltung eines Krieges abzuhalten";
– im konventionellen Bereich fordern die Experten den Verzicht auf autonome regionale Gleichgewichte nach allen Richtungen und die Aufgabe der bisherigen offensiven Siegstrategie.[21]

Als sinnvolles, auch wirtschaftlich vertretbares sicherheitspolitisches Hauptziel einer am Suffizienzprinzip orientierten Verteidigung wird lediglich die Verhinderung eines erfolgreichen gegnerischen Überraschungsangriffs (Blitzkrieg) sowie – im Falle einer Konflikteskalation – die Verwehrung einer Straflosigkeit des Gegners (also nicht mehr explizit die Vernichtung) definiert.

Fortsetzung Fußnote von Seite 279
Jahren fand eine der größten Schlachten des Zweiten Weltkriegs statt, die Schlacht von Kursk, in der die Angriffsstrategie der Hitler-Wehrmacht endgültig zusammenbrach. […] In dieser Schlacht demonstrierte die Verteidigung als die sparsamere Vorgehensweise, daß es möglich ist, durch Steigerung der Feuerdichte, insbesondere bei den Panzerabwehrwaffen, und durch technische Hindernisse, darunter Panzerminen, maximale Vorteile zu gewinnen und den massivsten Panzeranstürmen erfolgreich zu widerstehen. Eben darum ist die Schlacht von Kursk in der Geschichte der Kriege und der Kriegskunst ein außerordentlich wichtiges Beispiel unter dem Gesichtspunkt des dialektischen Gegeneinanders von Angriffs- und Verteidigungsmitteln und der Korrelation der Möglichkeiten von Offensive und Defensive." Vgl. A. KOKOŠIN und V. LARIONOV, Zur Frage der Verringerung der Konventionellen Angriffswaffen, in: Osteuropa 1988, S. A 137–139.

18 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Schurkin und andere in der Monatszeitschrift des USA-Instituts, 12, 1987, S. 13."
Vgl. V. V. ŽURKIN/S. A. KARAGANOV/A. V. KORTUNOV, O razumnoj dostatočnosti (Über vernünftige Suffizienz), in: SŠA Ékonomika, politika, ideologija 1987, Heft 12, S. 11–21.

19 Nach einem Putsch in Grenada am 19./20. Oktober 1983 landeten am 25. Oktober 1983 amerikanische Truppen sowie Streitkräfte aus Barbados, Jamaika und vier OECS-Mitgliedstaaten auf Grenada. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 317 und Dok. 337.

20 Der Passus „Gewinnbarkeit in einem … sehr stark spürbar" wurde von Staatssekretär Sudhoff durch Ausrufezeichen hervorgehoben.
An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Z. B. in Neue Zeit, Nr. 40, 1987, S. 15."
Vgl. Vitali SHURKIN/Sergej KARAGANOW/Andrej KORTUNOW, Ausreichende Verteidigungsfähigkeit oder Wie kommt man aus dem Teufelskreis?, in: Neue Zeit 1987, Heft 40, S. 13–15.

21 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Schurkin u. a. in der Monatszeitschrift des USA-Instituts, 12, 1987, S. 15."

5) Schließlich wird gefordert, das Prinzip der „vernünftigen Suffizienz“ auch in der Dritten Welt zu praktizieren. So sollten die Großmächte zukünftig darauf verzichten, als Garantiemächte von solchen Regimen aufzutreten, die weder über eine breite soziale Basis verfügen noch zum Selbstschutz fähig sind. (Ob die Experten hier u. a. an Afghanistan gedacht haben?)

Insgesamt fordern die Experten somit eine sicherheitspolitische Suffizienz, die sich inhaltlich vom traditionellen Sicherheitsdenken in wesentlichen Punkten klar unterscheidet, die ferner auf einer ausgewogenen Bedrohungsanalyse sowie hierauf zugeschnittenen sicherheitspolitischen Zielsetzungen im globalen und regionalen Rahmen basieren soll und dabei auch die wirtschaftlich und technologisch bedingten Handlungsmöglichkeiten realistisch berücksichtigen soll.

IV. Konkrete Mittel und Wege

Im Hinblick auf die konkreten Maßnahmen zur Implementierung des Suffizienzgedankens werden bei dieser Denkrichtung starke Anlehnungen an das linke bis mittlere Spektrum der westlichen Sicherheitsdiskussion (u. a. SPD) sowie der Rückgriff auf konzeptionelle Elemente der eigenen Militärgeschichte deutlich. Gefordert werden insbesondere:

1) Streitkräftestruktur und Waffensysteme, die zu einer raschen Kräftekonzentration und einem Überraschungsangriff nicht befähigen, und zwar durch Reduzierung von Streitkräften und Bewaffnung unter

– Absenkung des Anteils eindeutiger Offensivwaffen (gefordert wird u. a. ein drastischer Einschnitt bei den eigenen Panzern),
– gleichzeitiger Verstärkung des relativen Anteils von Defensivwaffen,
– Struktur von Informations-, Kommunikations-, und Kommandosystemen, die einer automatischen Eskalation entgegenwirkt und politische Führungsfähigkeit in einem Konflikt bewahrt.

Insgesamt wird ein Komplex an Maßnahmen angestrebt, durch welche – auf beiden Seiten – Defensivoptionen ein klares Übergewicht gegenüber Offensivoptionen erhalten sollen, und zwar auf allen Ebenen, d. h. strategisch, operativ und taktisch. Die Experten wenden sich damit klar gegen die herrschende Lehre der sowjetischen Militärwissenschaft sowie gegen die geltende Einsatzdoktrin und operative Auftragslage der Sowjetarmee. Sie wenden sich damit auch gegen führende Militärs, die in diesen Punkten eine bereits gegebene Übereinstimmung mit dem Suffizienzprinzip behaupten.[22]

2) Stärkere Berücksichtigung einseitiger Reduzierungsmaßnahmen. Der Vorrang bilateraler und multilateraler Vereinbarungen wird zwar nicht bestritten, jedoch vor deren Verabsolutierung gewarnt, insbesondere wegen:

– der möglichen Blockade der eigenen Handlungsfähigkeit je nach Typ der Verhandlungen und taktischen Absichten des Verhandlungsgegners,
– der Gefahr einer Technisierung der Verhandlungen, mit der Folge einer Entpolitisierung des Verhandlungsgegenstandes (interessante Parallele zu ähn-

[22] An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Außer von Verteidigungsminister Jasow u. a. auch von Armeegeneral Gribkow im Roten Stern im September 1987.“
Vgl. A. GRIBKOV, Doktrina sochranenija mira (Eine Doktrin zur Bewahrung des Friedens); Kraznaja Zvezda vom 25. September 1987, S. 2 f.

lichen Äußerungen von Gorbatschow, z.B. im Zusammenhang der subceilings bei START).

3) Stärkere Besinnung auf qualitativ asymmetrische Maßnahmen, weil symmetrische Antworten u.U. den eigenen technologischen Rückstand nur fixieren und zu einer Übernahme von Doktrin und Strategie der anderen Seite zwingen könnten.

4) Neben einer sicherheitspolitisch am Suffizienzprinzip orientierten nüchternen Kombination bilateraler, multilateraler, einseitiger sowie symmetrischer und asymmetrischer Maßnahmen werden auch Maßnahmen eines Zwischentyps gefordert, der die Vorteile dieser Verfahren miteinander verbindet, z.B. ein zeitlicher Parallelismus in Form einseitiger Beschlüsse von Regierungen zu bestimmten Sicherheitsfragen.

5) Sicherung von Berechenbarkeit und Transparenz als zentralem Element der Sicherheit (für die SU) und als einer der wichtigsten Voraussetzungen für die Durchsetzung des Suffizienzgedankens. Übertriebene Geheimhaltung könne unter den heutigen Bedingungen zu einem empfindlichen Störfaktor der Stabilität werden, Anknüpfungspunkte für böswillige Propaganda bieten und der Akzeptanz des Suffizienzgedankens entgegenwirken.

Insgesamt gibt sich diese Denkrichtung keinen Illusionen hin, daß die Umsetzung des Suffizienzgedankens unter Berücksichtigung der behandelten Kriterien und Wege nur in einem langwierigen und komplizierten und politisch gesteuerten Prozeß möglich sein wird. Aber in dieser Perspektive sprechen sie sich nachdrücklich auch für Teilmaßnahmen aus, wo immer diese möglich sind. Sie sehen offensichtlich keinen anderen Ausweg, um die Eigendynamik des Wettrüstens außer Kraft zu setzen.

V. Schlußbemerkung

Im Rahmen eines sich differenzierenden Äußerungsbildes auf sowjetischer Seite zu Fragen der Doktrin und Strategie scheint sich diese Denkschule nicht nur primär an die westliche Öffentlichkeit zu richten. Es besteht der Eindruck, daß derartige Überlegungen in höheren sowjetischen Führungskreisen gefördert werden, um auch nach innen zu wirken und Parteiapparat und Bevölkerung möglicherweise auf Veränderungen bei den realen Sicherheitsstrukturen vorzubereiten.

Auf der anderen Seite muß jedoch klar gesehen werden, daß es sich hierbei um Äußerungen auf der militär-wissenschaftlichen Ebene handelt, die von sowjetischen Politikern noch nicht in dieser Qualität öffentlich aufgenommen worden sind und die sich vor allem noch nicht in der militär-technischen Seite der Doktrin und damit in der Strategie und Taktik niederschlagen. Äußerungen der sowjetischen Militärführung zu Fragen der nationalen Sicherheit sowie die unveränderte Ausrichtung und Beschaffenheit des Militärpotentials der SU lassen weiterhin gewichtige Hemmnisse für baldige reale Veränderungen erkennen.

Es dürfte sich lohnen, das Gespräch mit dieser Denkrichtung nicht nur westlichen Vertretern alternativer Verteidigungskonzepte zu überlassen. Der Kontakt sollte auch über uns zur Verfügung stehende Kanäle gefördert und genutzt werden, z.B. durch eine Intensivierung der bereits bestehenden Kontakte der Botschaft Moskau oder im Rahmen von Einladungen (DGAP, BIOST, Haus Rissen etc.) zu Vortragsveranstaltungen bei uns.

Wir beabsichtigen u. a. bei den am 29.2./1.3.88 vorgesehenen deutsch-sowjetischen Planungsstabskonsultationen, die sowjetischen Gesprächspartner nach ihrer Einschätzung dieser neuen Denkschule zu fragen.[23]

Citron

Referat 02, Bd. 178524

51

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

422-413.07 POL VS-NfD **8. Februar 1988**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Dt.-poln. Finanzbeziehungen;
hier: Beitrag der Bundesregierung zur Bewältigung der polnischen Auslandsverschuldung in Hartwährung

Anlg.: 1[4]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung auf Ihre mündliche Weisung vom 14. Januar 1988

Kurzfassung ist begefügt.[5]

Nach Ihrem Besuch in Warschau vom 10.–12.1.1988[6] haben Sie um amtsinterne Überlegungen zu einem besonderen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur Bewältigung der polnischen Auslandsverschuldung gebeten. Die hierzu erforderlichen Berechnungen konnten somit nur hausintern und ohne Zugriff auf die Expertenkenntnisse der KfW sowie von Hermes (und der Ressorts) kurzfristig vorgenommen werden; sie stehen daher unter dem Vorbehalt einer gewissen Fehlerquote.

I) Problemstellung

1) Die enorme Auslandsverschuldung Polens in Hartwährung (konvertibler Währung) in absoluten Zahlen (über 37 Mrd. US-Dollar), welche die Schuldendienstkapazität der VR Polen angesichts deren reduzierter volkswirtschaftlicher Lei-

23 Die deutsch-sowjetischen Planungsstabsgespräche fanden am 29. Februar und 1. März 1988 statt.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen, Vortragendem Legationsrat Lutz und Legationsrat Schmidt konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 10. Februar 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bevor wir eine dieser Überlegungen in die Ressortdiskussion bringen, bedarf es einer ‚Rahmenweisung' auf der Grundlage eines Gesprächs mit dem BK, dem BMF u. BMWi." Vgl. die beigefügte Kurzfassung; Referat 422, Bd. 148955.

3 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „16.3., 11.00–12.00 lediglich BMF, BMWi." Vgl. die beigefügte Kurzfassung; Referat 422, Bd. 148955.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 19.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Referat 422, Bd. 148955.

6 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vgl. Dok. 14 und Dok. 17.

stungskraft bei weitem übersteigt, läßt auch der weiteren Entwicklung der dt.-poln. Wirtschafts- und Finanzbeziehungen nur einen geringen Spielraum. Damit sind zugleich der Ausweitung des gesamten Spektrums der bilateralen Beziehungen relativ enge Grenzen gesetzt, da das Interesse der polnischen Regierung hieran erklärtermaßen stark durch wirtschaftlich-finanzielle Überlegungen bestimmt wird.

2) Die polnische Regierung fordert unter Berufung auf einen historisch bedingten „außergewöhnlichen" oder „besonderen" Charakter der bilateralen Beziehungen einen außergewöhnlichen oder besonderen deutschen Beitrag zur Bewältigung ihrer Verschuldungssituation; und zwar weit über das hinaus, was wir zum Umschuldungskonzept im Rahmen des „Pariser Clubs" der Hartwährungsgläubigerländer beigetragen haben. Dabei kommt es ihr darauf an, über zusätzliche Devisen in konvertibler Währung zu verfügen, um die polnische Volkswirtschaft mit westlicher Technologie zu modernisieren und international wettbewerbsfähiger zu machen. Dies kann durch Zuführung von „fresh money" in Gestalt von Exportbürgschaften der Lieferländer (in unserem Fall Hermes-Deckungen) oder anderer Formen des Kredits wie auch durch weitere Entlastungen beim Schuldendienst erfolgen, nach polnischer Vorstellung am besten durch eine Kombination beider Elemente. Als Ergebnis wird eine verbesserte Exportstruktur, ein langsames Herauswachsen aus den Schulden durch höhere Exporterlöse und damit einhergehend eine Zurückgewinnung der internationalen Kreditwürdigkeit und (Re)Integration in die internationale Arbeitsteilung erwartet.

3) Erneute, umfangreiche Sonderleistungen an Polen sind wirtschaftlich (und politisch) nur zu vertreten, wenn Polen ihm zufließende zusätzliche Devisen streng zweckgebunden zur wirtschaftlichen Sanierung einsetzt. Nach den schlechten Erfahrungen mit den in der Vergangenheit gewährten Krediten erscheint daher unabdingbare Voraussetzung, daß eine derartige Verwendung der Mittel garantiert ist. Nach Lage der Dinge kann dies nur ein Bereitschaftskreditabkommen mit dem IWF auf der Basis eines mit Polen vereinbarten wirtschaftlichen Anpassungsprogramms sein.

4) Zeitliche Perspektiven

Die Einräumung neuer Hermes-Bürgschaften (d.h. wenigstens der Wiedereröffnung des 100 Mio.-DM-Plafonds, der nur zu 7,3 Mio. in Anspruch genommen ist[7]) hat nach unserer Praxis die vorherige „Regelung" der polnischen Verbindlichkeiten – d.h. abgeschlossene Umschuldungsvereinbarungen – zur Voraussetzung.

Sowohl die bilaterale Umschuldung zur Umsetzung der am 16.12.87 im „Pariser Club" getroffenen multilateralen Umschuldungsvereinbarung[8] als auch des

7 Referat 422 vermerkte am 22. Dezember 1987: „Ein bereits 1985 von BM Bangemann in Aussicht gestellter 100 Mio.-DM-Plafond für neue Hermes-Deckungen konnte im Frühjahr 1986 eröffnet werden, nachdem eine mehrjährige Phase ungeregelter bilateraler Finanzbeziehungen durch Abschluß von Umschuldungsabkommen beendet worden war. Allerdings geriet Polen schon wenig später erneut mit Zahlungen aus früheren Umschuldungsabkommen in Rückstand, was zur Schließung des Plafonds führte; dieser ist deshalb z. Zt. nur mit 7,3 Mio. DM belegt." Die Einigung vom 16. Dezember 1987 zwischen den Gläubigerstaaten („Pariser Club") und Polen eröffne zwar die Möglichkeit, diese Sperre aufzuheben: „Inzwischen sind aber im Zusammenhang mit dem Milliardenkredit von 1975 erneut erhebliche Zahlungsrückstände aufgetreten […]. BMF besteht darauf, daß der Plafond erst wieder eröffnet werden kann, wenn für die polnischen Zahlungsrückstände verbindliche Regelungen gefunden worden sind". Vgl. Referat 422, Bd. 148954.

8 Zur Einigung zwischen den Gläubigerstaaten („Pariser Club") und Polen vgl. Dok. 14, Anm. 33.

1 Mrd.-Kredits von 1975 („Jumbo“)[9] ist bei entsprechendem Willen beider Seiten im 1. Halbjahr 1988 möglich.

II. Struktur der polnischen Brutto-Auslandsverschuldung in Hartwährung einschl. Umschuldungsstatus

1) Gesamtverschuldung: 37,6 Mrd. US-Dollar (Anstieg in jüngster Zeit stark durch Dollarabwertung[10] bedingt).

1.1) Staatl. Gläubiger (75%[11]):

Pariser Club	64%
davon D	20% (= 13% der Gesamtverschuldung),
RGW	7%
andere	4%

1.2) Private Gläubiger (Banken): 25%

Deutsche Banken 7,2 Mrd. DM = 48% der Bankenforderungen und 12% der Gesamtverschuldung.

2) Umschuldungsstatus

2.1) Staatliche Gläubiger des „Pariser Clubs“ (Pariser Protokoll vom 16.12.1987)

Von den gesamten poln. Zahlungsverpflichtungen bis 31.12.88 einschl. Rückständen in Höhe von 9,5 Mrd. US-Dollar wurden 8,5 Mrd. (Zahlungsentlastung) umgeschuldet (dt. Anteil: 2,7 Mrd. DM) und sind nach 5 Freijahren 1993–97 zurückzuzahlen. Damit sind nur 1 Mrd. US-Dollar der bis Ende 1988 gegebenen Fälligkeiten einschl. Rückstände zu zahlen (dt. Anteil: 235 Mio. DM).

2.1.1) Umsetzung des Pariser Protokolls im dt.-poln. Verhältnis durch ein bilaterales Umschuldungsabkommen ist eingeleitet[12] und kann bei vorhandenem politischen Willen auf beiden Seiten im ersten Halbjahr 1988 abgeschlossen werden (aus technischen Gründen kaum vor April 1988).

Einziger Punkt, der in den bilateralen Verhandlungen von Bedeutung werden kann, ist die Höhe der Konsolidierungszinsen, die sich – wie in Paris vereinbart – am Marktniveau zu orientieren, d.h. die deutschen Refinanzierungskosten zu decken haben. Obgleich wir Polen angesichts des relativ niedrigen deutschen Zinsniveaus ein günstigeres Angebot als die meisten anderen Gläubigerländer machen können, ist nicht auszuschließen, daß Polen auf Zinsen unter Marktniveau bestehen wird.

2.1.2) „Jumbo-Kredit“

Durch Subvention aus dem Bundeshaushalt auf 2,5% p.a. heruntergeschleuster und durch Bundesregierung verbürgter ungebundener Finanzkredit der KfW vom 30.10.1975, zurückzahlbar in Jahresraten von DM 50 Mio. von 1980–1999. Die bis 15.11.1987 geleistete Zinssubvention beträgt 524 Mio. DM; die wegen

9 Zum Abkommen vom 9. Oktober 1975 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Gewährung eines Finanzkredits vgl. Dok. 14, Anm. 12.

10 Zu den Kursstürzen an den internationalen Börsen am 19. Oktober 1987 vgl. Dok. 5.

11 Korrigiert aus: „(%)“.

12 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen übermittelte am 20. Januar 1988 der Botschaft in Warschau den Entwurf eines Regierungsabkommens zwischen der Bundesrepublik und Polen „über die Konsolidierung der Auslandsschuld der Volksrepublik Polen (1986–1988)“. Vgl. den Schrifterlaß; Referat 422, Bd. 148955.

Nichtbedienung durch Polen (das nur 174 Mio. an Tilgungen und Zinsen geleistet hat) bisher an KfW gezahlte Entschädigung beläuft sich auf 466 Mio. DM. D.h., Bundesregierung ist bis jetzt mit Haushaltsmitteln fast in Höhe des Gesamtkredits von 1 Mrd. DM eingetreten.

1986 erfolgte eine Umschuldung der Fälligkeiten einschl. Rückstände bis November 1986 (Rückzahlung 1987–89) zu 5,9%.

Bundesregierung sieht den angekündigten polnischen Vorschlägen für eine erneute Umschuldung des Kredits – die auf seinen politischen Charakter abheben und daher Sonderkonditionen verlangen werden – entgegen und hat ihre Bereitschaft erklärt, Verhandlungen hierüber gleichzeitig mit Verhandlungen über Abkommen auf der Basis des Pariser Protokolls zu führen. Polnische Seite hat am 26.1.1988 mitgeteilt, daß sie getrennte Verhandlungen vorzöge und zuerst über den Jumbo-Kredit verhandeln möchte.[13]

2.2) Bankenumschuldung

Das – noch nicht unterzeichnete – Umschuldungsabkommen Polens mit den Geschäftsbanken vom 29. Juli 1987[14] enthält folgende Rahmenbedingungen:

– Umschuldung von annähernd 100% der Kapitalfälligkeiten – auch aus früheren Umschuldungsabkommen – bis einschließlich 1993 (Volumen: 8 Mrd. US-Dollar),
– Laufzeit: 15 Jahre (bis 2002),
– keine Freijahre, d.h. Rückzahlungen werden bereits ab 1988 fällig,
– Zinsfälligkeiten sind nicht in die Umschuldung einbezogen und bleiben weiterhin zu den vertraglich festgelegten Terminen zu begleichen.

III. Modelle

1) Zinssubventionen bei Umschuldungen von Forderungen der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der VR Polen

1.1) Umschuldung von Forderungen aus verbürgten Handelskrediten (Hermes)

Nach den Regeln des „Pariser Clubs“ hat der Schuldner die Kosten der Umschuldung (d.h. Marktzinsen) zu tragen (vgl. Ziff. II.). Dies gilt generell und nicht

13 Botschaftsrat I. Klasse Weber, Warschau, teilte am 26. Januar 1988 mit: „Verhandlungsleiter auf polnischer Seite für bilaterales Abkommen und Jumbo-Kredit wird Abteilungsleiter Sawicki im Finanzministerium sein. Verhandlungssprache wie bisher Englisch. Sawicki zieht es vor, bilaterales Abkommen und Jumbo-Kredit getrennt zu behandeln. Für bilaterales Abkommen erwarte er unseren Entwurf. Danach und nach erstem Studium der Forderungslisten könne er sich erst zur Terminfrage äußern. Unsere Vorstellungen wurden ihm nochmals mitgeteilt. Für Jumbo werde laut S. noch in dieser Woche Schreiben der polnischen Seite mit ihren Vorstellungen übersandt werden. Nach polnischen Vorstellungen könnten und sollten die Verhandlungen über den Jumbo zeitlich vor den Verhandlungen über bilaterales Abkommen stattfinden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 161; Referat 422, Bd. 148955.

14 Zur Vereinbarung zwischen Polen und den Banken teilte das Bundesministerium für Wirtschaft am 4. August 1987 mit: „Wie von der Dresdner Bank zu erfahren war, haben sich die Banken am 29. Juli mit der polnischen Seite auf folgende Rahmenbedingungen für das anstehende Umschuldungspaket geeinigt: Tranche A umfaßt die Kapitalfälligkeiten per 28.12.1987, die Kapitalfälligkeiten 1988–90 aus den Abkommen 1981–87 und die noch nicht umgeschuldeten Kapitalfälligkeiten 1988–93. Tranche B umfaßt die Kapitalfälligkeiten 1991–93 aus den Abkommen 1981–87. Umgeschuldet werden annähernd 100% der genannten Fälligkeiten. Die Laufzeit beträgt 15 Jahre; Freijahre wurden nicht vereinbart. Während für Tranche A auf IWF-Konditionalität verzichtet wurde, ist für Tranche B ein Bereitschaftskreditabkommen ab 1991 erforderlich.“ Vgl. Referat 422, Bd. 148953.

nur für Polen. Eine weitere Regel des „Pariser Clubs“ ist die Gläubigergleichbehandlung.

Würden wir mit Polen bilateral Konsolidierungszinsen unter Marktniveau vereinbaren – d. h. die Differenz aus Mitteln des Bundeshaushalts subventionieren –, so würde dies zwar nicht gegen die Gläubigergleichbehandlung verstoßen (weil eine Besserstellung des Schuldners natürlich erlaubt ist), müßte aber eine Belastung der Gläubigersolidarität im „Pariser Club“ zur Folge haben, da sich die anderen Gläubiger – insbesondere die großen wie F, USA, GB, Österreich – verständlicherweise gleichgerichteten polnischen Forderungen nur schwer entziehen könnten.

Gravierender erscheint aber die aus einem Entgegenkommen gegenüber Polen im Zinsbereich resultierende Gefahr eines weltweiten Präjudizes. Die Bundesregierung hätte keine ausreichend überzeugenden Argumente gegenüber hochverschuldeten EL, die an den international gültigen Kriterien gemessen „ärmer“ als Polen sind, diesen insofern nicht wenigstens Gleichbehandlung zuteil werden zu lassen. Dies dürfte die Möglichkeiten des Bundeshaushalts aber übersteigen. Da sich ein derartiges Vorgehen nicht auf die internationalen Finanzbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland beschränken ließe und somit der internationalen Schuldenstrategie ein wesentliches neues Element hinzufügen würde, müßte es aus Gründen der Gläubigersolidarität auch vorher abgestimmt werden. (Der letzte Weltwirtschaftsgipfel[15] hat konzessionäre Umschuldungszinsen für die ärmsten EL – zu denen Polen nicht zählt – zu erwägen gegeben; ein internationaler Konsens hinsichtlich der Anwendung auf Handelskredite ist – nicht zuletzt wegen deutscher Verweigerung (BMF) – bisher nicht zustande gekommen.)

1.2) Jumbo-Kredit

Der 1 Mrd. DM-Kredit von 1975 ist von Anfang an zu konzessionären Zinsen (2,5 %) vergeben worden. Allerdings hat sich die Bundesregierung bei seiner Umschuldung 1986 auf den Standpunkt gestellt, daß die Kosten derselben wie international üblich vom Schuldner zu tragen sind und sich damit grundsätzlich durchgesetzt (die vereinbarten 5,9 % lagen nur leicht unter den damaligen tatsächlichen Refinanzierungskosten des Bundes).

Da der Jumbo-Kredit nicht unter die Umschuldung im Rahmen des „Pariser Clubs“ fällt, vielmehr ein ausschließlich bilateralen Regelungen unterliegender Vorgang ist, haben wir – im Gegensatz zu den verbürgten Handelskrediten – hinsichtlich seiner weiteren Behandlung Gestaltungsfreiheit. Da der Kredit von 1975 zudem unbestritten politischen Charakter hatte, sollte er auch aus diesem Grunde ohne Präzedenzwirkung auf unsere Finanzbeziehungen zu anderen Staaten konsolidiert bzw. restrukturiert werden können, was die Einräumung von Sonderkonditionen erlauben würde. In der Tat ist das polnische Argument, daß die politische Natur des Kredits auch Wirkungen auf seine weitere Behandlung im Falle polnischen Unvermögens zur Schuldenbedienung entfalte, zwar rechtlich unzutreffend, politisch aber nicht völlig von der Hand zu weisen.

Die Einräumung von Sonderkonditionen kann sowohl in Form eines subventionierten Konsolidierungszinssatzes als auch in einem Schuldenerlaß bestehen.

15 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 in Venedig vgl. AAPD 1987, I, Dok. 176.

Eine erste Einschätzung der Größenordnung der zusätzlichen finanziellen Belastung, die hierdurch jetzt oder in späteren Haushaltsjahren entstehen würde, läßt sich dadurch gewinnen, daß man die auch im Falle einer sofortigen polnischen Rückkehr zur vertragsmäßigen Bedienung des Kredits entstehenden Kosten mit den voraussichtlichen Kosten

– einer erneuten Umschuldung und
– eines vollständigen Erlasses unserer gegenwärtigen und zukünftigen Forderungen aus dem „Jumbo“

vergleicht:

1.2.1) Rückkehr zu vertraglichem Schuldendienst

Im Falle einer sofortigen polnischen Rückkehr zum vertraglichen Schuldendienst würden dem Bund bis 1999 Kosten dadurch entstehen, daß er die Differenz zum jeweiligen Marktzins aus Haushaltsmitteln an die KfW abzuführen hätte. Unter der Annahme eines bis 1999 durchschnittlichen Marktzinses von 7,5 % entstünden dem Bund zwischen 1988 und 1999 Subventionskosten in Höhe von insgesamt 195 Mio. DM, deren gegenwärtiger Wert sich – wieder unter der Annahme eines konstanten 7,5 prozentigen Abzinsungsfaktors – zur Jahresmitte 1988 auf 146,5 Mio. DM beziffern läßt.

1.2.2) Umschuldung zu Sonderkonditionen

Eine Umschuldung zu geringeren als Marktzinsen kommt der Gewährung eines neuen Kredits in Höhe der konsolidierten Beträge zu aus dem Bundeshaushalt zu finanzierenden Vorzugsbedingungen gleich. Die dem Bund hierbei entstehenden Kosten sind abhängig von

– der Höhe der Zinssubvention,
– der Höhe des Konsolidierungsbetrags,
– der Laufzeit der Umschuldungsregelung.

Unter der Annahme

– eines dem ursprünglichen Vergabezinssatz entsprechenden subventionierten Konsolidierungszinssatzes von 2,5 %,
– der Umschuldung aller Rückstände sowie der Zins- und Tilgungsfälligkeiten bis 15.11.1992 (was den polnischen Wünschen nach langfristigen Lösungen entgegenkäme),
– der Rückzahlung zwischen 1998–2002 nach fünf Freijahren (was ebenfalls den polnischen Wünschen entgegenkäme),

würden Kosten entstehen, deren abgezinster fiktiver Gegenwert per Jahresmitte 1988 sich nach überschlägigen Berechnungen auf 330 Mio. DM beläuft (da die unter 1.2.1 erläuterten Kosten hiervon unberührt bleiben, ergibt sich ein Gesamtbetrag von 476,5 Mio. DM).

1.2.3) Schuldenerlaß

Die in ihrer Entlastungswirkung für Polen wie auch in der zusätzlichen Belastung des Bundeshaushalts am weitesten reichende Maßnahme wäre ein vollständiger Erlaß der gegenwärtigen und zukünftigen polnischen Rückzahlungsverpflichtungen aus dem „Jumbo“. Bezüglich der dem Bund in diesem Falle entstehenden Belastungen ist dabei zu unterscheiden zwischen

– den z. Z. bestehenden Rückständen (sowohl aus der 1986er Umschuldung (179,4 Mio. DM zuzügl. Verzugszinsen seit 15.11.1987) als auch aus originären Fälligkeiten (66,25 Mio. DM zuzügl. Verzugszinsen seit 15.11.1987 = DM 245,65 Mio. ohne Verzugszinsen)); da der Bund die KfW insofern bereits entschädigt hat, verzichtet er auf die Einbringung seiner Forderungen, ohne zusätzliche Ausgaben tätigen zu müssen;
– den 15.11.88 und 15.11.89 fällig werdenden Rückzahlungen aus der Umschuldung zum abgezinsten fiktiven Gegenwert zu Jahresmitte 1988 in Höhe von 312 Mio. DM, die ebenfalls bereits entschädigt sind;
– den zukünftigen noch nicht umgeschuldeten Tilgungsfälligkeiten in Höhe von insgesamt DM 600 Mio.; in dieser Höhe müßte der Bund ggf. die polnischen Verpflichtungen gegenüber der KfW ablösen.

Bei der Gesamtsumme von 1,157 Mrd. DM sind jedoch die 146,5 Mio. Subventionskosten (vgl. 1.2.1) zu berücksichtigen, die bei einem Schuldenerlaß naturgemäß nicht mehr anfallen, was zu einer Gesamtbelastung von 1010,5 Mio. DM führt. (Hiervon fließen jedoch nur 600 Mio. DM aus dem Bundeshaushalt ab (vgl. oben), der Differenzbetrag ist in den bereits an die KfW geleisteten Entschädigungen enthalten.)

1.2.4) Umwandlung in Złoty

Der stellv. poln. Finanzminister Dorosz hat mit Schreiben vom 2.1.88 an StS v. Würzen vorgeschlagen, die rückständigen und künftigen Zahlungen aus dem „Jumbo“ in nationaler Währung (Złoty) zu begleichen; über die Verwendung der Złoty-Guthaben solle dann gemeinsam entschieden werden.[16]

Schon jetzt verfügen wir über nicht verwendbare Złoty-Bestände aus Gebühreneinnahmen der Botschaft Warschau. Für die Bundesregierung wären nicht transferierbare Złoty-Guthaben aus dem „Jumbo“-Schuldendienst nicht verwertbar; ein solches Modell müßte deshalb haushaltsmäßig einem Erlaß gleichgestellt werden. Politisch könnte allerdings ein Mitspracherecht bei der innerpolnischen Verwendung der Złoty-Guthaben gewisse Vorteile bringen; dagegen wäre ein völliger Erlaß als Hilfe für Polen in der Öffentlichkeit wirksamer darstellbar.

Die fiktiven Mehrkosten eines Schuldenerlasses gegenüber einer Umschuldung zu Sonderkonditionen dürften sich somit in der Größenordnung von 680 Mio. DM bewegen.

Dabei muß man sich allerdings vor Augen halten, daß auch ein vollständiger Schuldenerlaß der polnischen Seite keine zusätzlichen finanziellen Zuflüsse verschafft. Daher ist das Konzept um eine Komponente „neue Kredite“ zu ergänzen.

2) Neue Kredite („fresh money“)

2.1) Zur Schließung der polnischen Zahlungsbilanzlücke reichen Umschuldungen allein nicht aus; das Land wird in den nächsten Jahren zusätzlich umfangreiche Hartwährungskredite benötigen. Hieran werden sich – neben Banken und internationalen Finanzinstitutionen – auch die westlichen Gläubigerregierungen beteiligen müssen.

16 Für das Schreiben des polnischen Stellvertretenden Finanzministers Dorosz vgl. Referat 422, Bd. 148955.

2.2) Für die Bundesregierung kommen grundsätzlich drei Möglichkeiten in Betracht:

a) Darlehen des Bundes an Polen,

b) Bürgschaft für ungebundenen Finanzkredit der KfW an Polen,

c) Hermes-Bürgschaften für deutsche Liefergeschäfte mit Polen.

Alternative a) wäre nur bei Mitwirkung des Bundestags (Nachtragshaushalt) realisierbar und würde eine entsprechend höhere Neuverschuldung des Bundes bewirken.

Gegen Alternative b) sprechen die schlechten Erfahrungen mit dem „Jumbo"; die polnische Verschuldung würde weiter erhöht, ohne daß eine effiziente Verwendung der Mittel sichergestellt wäre.

Am ehesten sollte daher Alternative c) in Betracht kommen. Eine Belastung des Bundeshaushalts würde zunächst vermieden; falls die Konsolidierung der polnischen Wirtschaft gelingt, wären Entschädigungen aus dem Bundeshaushalt nicht zu zahlen. Die Bundesregierung könnte außerdem bei jedem zu verbürgenden Geschäft prüfen, ob es wirtschaftlich sinnvoll ist und insbesondere zur Stärkung der polnischen Exportwirtschaft beiträgt.

2.3) Zum Umfang neuer Bürgschaften

2.3.1) Freigabe des im Mai 1986 eröffneten, seit Juli 1986 gesperrten 100 Mio.-DM-Plafonds (davon z. Zt. noch 92,7 Mio. DM unausgenützt): Praktisch besteht Einvernehmen zwischen den Ressorts, daß Wiedereröffnung des Plafonds nach Inkrafttreten des bilateralen Umschuldungsabkommens und Regelung der poln. Verpflichtungen aus dem „Jumbo"-Kredit erfolgen kann. Dieses Junktim könnte aufgelöst und der Plafond sofort freigegeben werden (vom BMF bisher abgelehnt), falls dies politisch gewollt wird.

2.3.2) Polnische Seite drängt allerdings auf einen sehr viel umfangreicheren Plafond. (Bei den Gesprächen der Arbeitsgruppe der Gemischten Wirtschaftskommission vom 19.–21.1.1988 in Warschau wurde von polnischer Seite ein Volumen von 1 Mrd. DM genannt.[17])

Ein solcher „Groß-Plafond" kann jedoch neue Probleme schaffen. Wenn die schlechte polnische Wirtschaftslage nicht überwunden wird und bei neu verbürgten Projekten mit hoher Wahrscheinlichkeit Schadensfälle drohen (nach den Erfahrungen der Vergangenheit kein unrealistisches Szenario), müßte der Plafond nach geltendem Haushaltsrecht wieder geschlossen werden. Die polnische Regierung wird ihn jedoch als „Besitzstand" betrachten und eine Einschränkung

17 Ministerialrat Gerlach, Bundesministerium für Wirtschaft, informierte am 25. Januar 1988, daß der polnische Erste Stellvertretende Ministerpräsident Szałajda bei der Tagung der Arbeitsgruppe der deutsch-polnischen Gemischten Wirtschaftskommission hinsichtlich neuer Kredite bzw. Bürgschaften den Wunsch geäußert habe, diese „künftig nicht mehr in Abhängigkeit von den multilateralen und bilateralen Umschuldungsvereinbarungen und deren Erfüllung", sondern „jetzt parallel" zu gewähren: „Keinesfalls dürfte man an diese neuen Finanzbeziehungen so herangehen, wie das in der Vergangenheit mit dem (verunglückten) 100 Mio.-Hermes-Plafond geschehen sei. Also künftig keine gegenseitige Abhängigkeit von anderen Finanzregelungen, sonst finde deutsche Seite immer wieder Gründe für einen Stopp der Kredite/Bürgschaften. Zur Größenordnung der von Polen erwarteten Kredite/Bürgschaften verweise er auf die der deutschen Seite in der Vergangenheit mehrfach mitgeteilten konkreten Kooperationsprojekte (über 300 Vorschläge), die leicht eine Größenordnung von 1 Mrd. DM erreichten." Vgl. Referat 422, Bd. 148955.

der Plafond-Ausnutzung als politisch unfreundliche Maßnahme einstufen (so beim 100 Mio.-DM-Plafond geschehen).

2.3.3) Sinnvoller erschiene deshalb eine stufenweise Aufstockung des 100 Mio.-DM-Plafonds parallel zu Fortschritten bei der Konsolidierung der polnischen Wirtschaft. Daneben könnte die Verbürgung einzelner größerer Projekte in Aussicht gestellt werden, wenn diese für die polnische Wirtschaft – insbesondere für die Stärkung der Exportkraft – besonders wichtig sind. Ein solcher „case-by-case-approach" hätte mehrere Vorteile:

– polnische Seite wäre zu detailliertem Nachweis der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens gezwungen;
– bei Entscheidung über die Verbürgung könnten Kenntnisse und Rahmenpläne anderer Institutionen (z. B. Weltbank) verwertet werden;
– das Projekt müßte nach Umfang und Zielsetzung dem jeweils erreichten Stand der wirtschaftlichen Konsolidierung Polens entsprechen;
– die Risiken des Bundes könnten u. U. durch besondere Vereinbarungen über Verwendung der Devisenerlöse des zu verbürgenden Projekts reduziert werden (ähnlich dem Modell der Projektfinanzierung; Umschuldungsrisiko wäre dadurch allerdings nicht zu eliminieren);
– es könnten in jedem Einzelfall die Erfahrungen mit vorher verbürgten Vorhaben berücksichtigt werden;
– es würde ein Anreiz für Polen geschaffen, künftig Zahlungsverpflichtungen aus Umschuldungsabkommen und neu verbürgten Geschäften besser einzuhalten.

3) Mittelfristige Lösungsansätze

Von den Banken sind im Hinblick auf hochverschuldete lateinamerikanische Länder Modelle zur Weiterentwicklung der internationalen Schuldenstrategie entworfen und in einigen Fällen auch bereits angewandt worden. Von diesen Modellen hat der mit Unterstützung der US-Regierung kürzlich initiierte „Mexiko Deal"[18] international vor allem wegen des in ihm enthaltenen Schuldenerlaßelements besondere Aufmerksamkeit erfahren. Zur Prüfung der Frage, inwieweit diese Modelle auch auf Polen Anwendung finden könnten, ist ein in Fragen der Verschuldung der RGW-Staaten wissenschaftlich ausgewiesener Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik, der über praktische Bankerfahrung verfügt,

18 Referat 422 vermerkte am 29. Juli 1988, daß Mexiko zu Jahresbeginn die Optionen zum Abbau der Auslandsverschuldung um eine weitere Variante erweitert habe: „Altschulden Mexikos gegenüber den Banken sind zu ihrem aktuellen Marktwert abgelöst worden, wobei die Mittel hierfür aus einer neuen amerikanischen Dollaranleihe stammen und die Rückzahlung des Kapitals dieser Anleihe am Laufzeitende durch von Mexiko heute erworbene und als Sicherheit hinterlegte Nullkupon-Anleihen des US-Schatzamtes garantiert wird. In begrenztem Maße wurde hierbei von dem auch in der ‚Baker-Initiative' enthaltenen Grundsatz abgewichen, daß ein auch nur teilweiser Erlaß kommerzieller Schulden nicht in Frage kommt. Trotz des im Vergleich zu den ursprünglichen Erwartungen […] enttäuschenden Ergebnisses der Anfang März 1988 abgeschlossenen Schuldenumwandlungsinitiative (Umwandlung von nur 3,665 Mrd. Dollar Altschulden; durchschnittlicher Forderungsabschlag ca. 30 % anstatt der ursprünglich zugrundegelegten 50 %, im Ergebnis dementsprechend gering ausfallende Zinsendiensterleichterungen für Mexiko) bleibt festzuhalten, daß hier erstmals ein hochverschuldetes Schwellenland durch eine neuartige Kombination von Umschuldung und marktmäßigem, begrenztem Schuldenerlaß – wenn auch in bescheidenem Ausmaß – eine Reduzierung seiner Auslandsverschuldung erreicht hat; das Modell wird daher von etlichen Marktteilnehmern für weiterentwicklungsfähig und -würdig gehalten". Vgl. Referat 422, Bd. 149041.

hinzugezogen worden (Dr. K. Schröder). Die drei von ihm skizzierten Modelle sind beigefügt (Anlage[19]). Bei ihnen handelt es sich um:

3.1) Debt equity swap (Umwandlung von staatlich verbürgten Forderungen in Beteiligungskapital)

Ein an Kapitalanlagen in Polen interessierter Investor erwirbt Polenforderungen in konvertibler Währung zum marktüblichen Abschlag und verkauft diese (mit oder ohne Abschlag) gegen polnische Währung (Złoty), mit der er seine Kapitalanlage in Polen tätigt. Der Investor gewinnt durch den Abschlag, Polen verwandelt Hartwährungsschulden in Złoty.

Dieses Modell wird bisher weltweit allerdings nur auf private Forderungen angewendet. Sollen die polnischen Hartwährungsschulden gegenüber staatlichen Gläubigern reduziert werden, müßte in unserem Fall der Bund auf einen Teil seiner Forderungen verzichten (d.h. auf künftige Rückflüsse in den Bundeshaushalt unter der Annahme, daß Polen dann seine Schulden bedienen kann), würde für diese höchst unsicheren Forderungen aber DM-Einzahlungen in den Haushalt seitens privater Investoren erhalten. Da nach geltendem Haushaltsrecht ein Forderungsverzicht nur ausgesprochen werden darf, „wenn die Einbeziehung nach Lage des einzelnen Falles für den Anspruchsgegner eine besondere Härte bedeuten würde“ (§ 59 BHO[20]), bedürfte es hierzu wohl der Befassung des Parlaments. Die Anwendbarkeit dieses Modells hängt ferner davon ab, daß von polnischer Seite die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen für eine derartige Schuldenumwandlung und attraktive Investitionsbedingungen (wie z.B. der Abschluß eines Investitionsförderungs- und Schutzvertrages) geschaffen werden.

3.2) Anwendung des „Mexiko-Modells“ auf Polen

Dieses um die Jahreswende 1987/88 vorgestellte Modell beruht auf dem Gedanken eines teilweisen Schuldenerlasses, ohne den Verzicht auf Forderungen mit Investitionen im Schuldnerland zu verbinden.

Im aktuellen Fall beabsichtigt Mexiko, eine Dollaranleihe aufzulegen und deren Rückzahlung am Laufzeitende durch Hinterlegung von aus eigenen Devisenreserven erworbenen Nullkuponanleihen des US-Schatzamtes, deren Laufzeit derjenigen der Dollaranleihe entspricht, zu garantieren. Mit den durch die Anleihe aufgebrachten Mitteln sollen dann alte Verbindlichkeiten gegenüber den Banken zum Marktwert (bei Mexiko: ca. 50%–60%) abgelöst werden.

Eine Anwendung dieses Modells auf andere Schuldnerländer erscheint nur unter den Voraussetzungen möglich, daß

– Devisenreserven in ausreichender Höhe vorhanden sind und
– keine Zahlungsrückstände gegenüber den internationalen Gläubigern bestehen (anderenfalls wäre dies ein Anreiz, Devisenreserven zu Lasten des ordnungsgemäßen Schuldendienstes aufzubauen).

In einer mittelfristigen Perspektive könnte ein solches Modell somit auch für den Abbau der polnischen Verschuldung herangezogen werden.

19 Für die Aufzeichnung des Mitarbeiters der Stiftung Wissenschaft und Politik, Schröder, vgl. Referat 422, Bd. 148955.

20 Für den Wortlaut des § 59 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) vom 19. August 1969 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil I, S. 1292.

3.3) „Kieler Modell“

Auf einer Tagung des Deutsch-Polnischen Forums in Kiel (Mai 1987)[21] ist der Vorschlag diskutiert worden, daß Polen für einen gewissen Zeitraum (z. B. drei bis fünf Jahre) einen Teil des in Hartwährungen zu leistenden Schuldendienstes nicht an die Gläubiger auszahlt, sondern für Importe von Investitionsgütern zur Verbesserung der polnischen Exportstruktur verwendet. (Denkbar wäre die Bildung eines Devisen-Fonds, in den Polen Zinsraten bei Fälligkeit einzahlt.) Die Gläubiger(länder), die zeitweilig auf Zinszahlungen verzichten, könnten über die Verwendung der Devisen und Auswahl der geförderten Projekte mitbestimmen.

Dieses Modell wäre vor allem dann interessant, wenn mehrere wichtige Gläubigerländer mitwirken würden. Bilateral könnte dieses Modell nutzbar gemacht werden, wenn sich die Bundesregierung zu einem (Teil)Erlaß des Schuldendienstes aus dem „Jumbo“-Kredit entschlösse: Anders als bei einem reinen Erlaß könnte die sinnvolle Verwendung der von Polen eingesparten Schuldendienstleistungen sichergestellt werden.

3.4) Fazit

In mittelfristiger Perspektive und als 2. Stufe eines Konsolidierungskonzepts sollte Bundesregierung in Abstimmung mit den anderen öffentlichen Gläubigern und den Banken die Anwendung innovativer Modelle, wie sie von den Banken bei lateinamerikanischen Schuldnerländern schon praktiziert werden, ins Auge fassen und könnte hierbei – wie die USA im Falle von Mexiko – eine Vorreiterrolle spielen.

Die Ausarbeitung solcher Modelle könnte in einer zweiten Phase der Arbeitsgruppe 2[22] (zuerst einmal ohne polnische aber mit Beteiligung der Banken) erfolgen. BMF wird hiergegen – im Hinblick auf Auswirkungen auf die weltweite Schuldenstrategie – zumindest vorläufig heftigen Widerstand leisten. Als Alternative wäre die Bildung einer besonderen informellen Arbeitsgruppe denkbar, an der alle interessierten Stellen (Regierung, Banken, evtl. Wissenschaft) teilnehmen könnten. Diese müßte von einer starken und sachkundigen Persönlichkeit (am besten einem Banker) geleitet werden.

Soweit wir wissen, sind sowohl die großen deutschen Banken als auch die polnische Regierung für Überlegungen zu einer Übertragung des „Mexiko-Modells“ auf Polen aufgeschlossen.

21 Das V. Deutsch-Polnische Forum fand vom 8. bis 10. Mai 1987 unter dem Thema „Was können Polen und Deutsche gemeinsam für Europa tun?“ statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix vom 15. Mai 1987; Referat 421, Bd. 140328.

22 Zur Einsetzung von drei deutsch-polnischen Arbeitsgruppen vgl. Dok. 14, Anm. 41.
Am 10. Februar 1988 vermerkte Ministerialdirektor Jelonek, daß die Beauftragung einer Delegation der Bundesregierung für die Arbeitsgruppe 2 „Wirtschafts- und Finanzfragen“ dringlich sei, zumal unterschiedliche Positionen des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums der Finanzen geklärt werden müßten: „Die polnische Seite hat uns am 8.2.1988 mitgeteilt, daß sich die polnische AG 2 konstituiert habe […] und eine erste Gesprächsrunde dieser AG in der ersten Märzwoche wünsche. […] Es ist deshalb dringend, daß über die AG 2 in einem Ministergespräch beim BK entschieden wird.“ Dabei sollten folgende Punkte erörtert werden: „Zusammensetzung der AG: MD Dr. Schomerus, BMWi (Delegationsleiter), Vertreter AA, BMF und möglichst auch ChBK (alle auf Dirigentenebene); Vertreter anderer Ressorts könnten erforderlichenfalls ad hoc hinzugezogen werden, z. B. BMFT (WTZ-Abkommen), BMU (Umweltschutzfragen), BML; evtl. könnte auch ein Vertreter des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft fallweise teilnehmen.“ Vgl. Referat 421, Bd. 140336.

IV.1) Rahmenbedingungen

1.1) Eine mittelfristige Strategie zur Konsolidierung der finanziellen Außenbeziehungen Polens sollte multilateral und langfristig angelegt sein und in enger Abstimmung mit den Geschäftsbanken sowie IWF und Weltbank entwickelt werden.

1.2) Die Strategie (mit der Handschrift Westeuropas) muß weitergehendes Entgegenkommen zeigen, darf aber nicht in einem Block von Vorleistungen bestehen, sondern muß eingebettet sein in ein Stufensystem, das jeden einzelnen zweckmäßigen Schritt der polnischen Seite alsbald honoriert.

1.3) Die Strategie muß daher eine klare Beziehung zur polnischen Reformpolitik haben; denn ein Konzept mit überwiegend finanztechnischen Elementen reicht nicht aus. Erst die Verbindung mit dem Ziel der Stärkung der polnischen Exportwirtschaft bietet diesem Land die Chance, aus der Überschuldung „herauszuwachsen".

2) Prozedurfragen

Die Ausarbeitung konkreter Angebote an Polen sollte in der Arbeitsgruppe 2 (BMWi, BMF, AA) erfolgen.

Zeitrahmen: Da im 1. Halbjahr 1988 Ergebnisse erzielt werden sollen, müßte mit der Erarbeitung unseres Konzepts sofort begonnen werden.

Mandat für die deutsche Seite der AG 2 sollte lauten: Ausarbeitung eines Konzepts, das Polen durch günstige Regulierung des Jumbo-Kredits und – im Zusammenhang mit Jumbo-Kredit und „Pariser Club"-Umschuldung – durch Bürgschaften oder „fresh money" in anderer Form entgegenkommt.[23]

Jelonek

Referat 422, Bd. 148955

23 Die ersten Sitzung der deutsch-polnischen Arbeitsgruppe 2 „Wirtschafts- und Finanzfragen" fand am 21./22. April 1988 statt. Das Bundesministerium für Wirtschaft legte am 22. April 1988 dar, daß die polnische Delegation folgende Positionen vertreten habe: „Für Modernsierung in neun Sektoren polnischer Wirtschaft werden bis 1995 7 Mrd. DM an Krediten zu präferenziellen Bedingungen (Laufzeit und Zinsen) ‚von der Bundesregierung erwartet'. Daneben und darüber hinaus werden folgende weitere Zugeständnisse im Zusammenhang mit bestehenden Finanzbeziehungen erwartet: großzügige Anschlußumschuldung im Pariser Club (25 bis 30 Jahre Laufzeit mit 15 Freijahren; günstige Zinsen) […]; bilaterale Umschuldung zu Vorzugszinsen […]; ‚Jumbo' war politischer Kredit (Familienzusammenführung), den polnische Seite durch wesentlich höhere Aussiedlerzahlen als ursprünglich beabsichtigt, übererfüllt habe. Für damit verbundenen Verlust an Bevölkerungssubstanz werden weitere Konzessionen bei Rückzahlung (Stundung, Einbringung in Stiftung unter Umwandlung in Złoty) erwartet; Wiedereröffnung Hermes." Vgl. Referat 214, Bd. 139715.

52

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

VS-vertraulich **Aufgabe: 9. Februar 1988, 19.15 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 444 **Ankunft: 9. Februar 1988, 18.18 Uhr**
Citissime

Betr.: Gespräch MP Späth mit GS Gorbatschow am 9.2.88[2]

Zur Unterrichtung

1) GS Gorbatschow empfing MP Späth heute zu Gespräch von über zwei Stunden Dauer. Auf sowjetischer Seite war außer Kabinettschef des GS[3] noch Kamenzew, Vorsitzender der Kommission für Außenwirtschaftsbeziehungen anwesend. Im Anschluß an Gespräch unterrichtete MP Späth mitgereiste und ansässige deutsche Pressevertreter.

2) Gespräch verlief in angenehmer und offener Atmosphäre. GS vertrat sowjetische Positionen mit Klarheit (Abrüstung, Verhältnis zu USA, Berlin), aber ohne jegliche polemischen Töne oder ernstzunehmende Vorwürfe, im Gegenteil war seine Gesprächsführung darauf gerichtet, deutlich zu machen, daß wiederholt bestätigtes Interesse an Zusammenarbeit mit uns einer Grundsatzentscheidung zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen entspringt, auf der Grundlage einer Bewertung (aus unserer Sicht: Neubewertung) des Gewichts und der möglichen Rolle der Bundesrepublik. Dies mündet folgerichtig in Gorbatschows Interesse an baldigem Zusammentreffen mit dem BK und der Markierung der Entwicklung der Beziehungen in einem entsprechenden „Dokument".

Für den Ausgangspunkt der „westpolitischen" Überlegungen des GS bemerkenswert war seine direkte Aussage, ihm sei aus Reiseberichten sowjetischer Vertreter durchaus bewußt, daß im Westen immer noch Besorgnisse und auch „Angst vor der SU" vorhanden seien: SU werde durch ihre künftige Politik die „Völker überzeugen", daß dies unbegründet sei.

3) Gesprächsverlauf

– Gorbatschow (G.) erinnerte nach Begrüßung an seine Reise in die BR Deutschland 1975 (Einladung DKP, 30. Jahrestag Kriegsende)[4], die ihn nach Nürnberg, Frankfurt, Saarbrücken und Stuttgart geführt habe. Studenten hätten dort in Diskussion gesagt, sie wollten „1945" vergessen, er habe für „erinnern"

1 Der Drahtbericht wurde von Botschaftsrat I. Klasse Neubert, Moskau, konzipiert.
Hat Botschafter Holik am 11. Februar 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofstetter verfügte.
Hat Hofstetter vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Wagner vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Butler vorgelegen.

2 Der baden-württembergische Ministerpräsident Späth hielt sich vom 7. bis 11. Februar 1988 in der UdSSR auf.
Zum Gespräch vgl. auch GORBATSCHOW, Sobranie, Bd. 9, S. 296–304. Für den deutschen Wortlaut vgl. GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, S. 72 f. (Auszug).

3 Anatolij Sergejewitsch Tschernjajew.

4 Das Mitglied des ZK der KPdSU, Gorbatschow, nahm vom 6. bis 13. Mai 1975 auf Einladung der DKP an Veranstaltungen zum 30. Jahrestag des Kriegsendes teil.

plädiert, um daraus Lehren zu ziehen. Aber die Nachkriegszeit geht vorüber, neue Phase beginnt, man soll historisch traditionelle Verbindungen und positive Elemente gemeinsamer Geschichte nicht vergessen.

Besuch falle in Phase dichteren Dialogs und intensiverer Beziehungen, SU gehe bei politischer Umgestaltung voran, Bundesrepublik scheine über Zukunftsperspektiven des Verhältnisses zur SU noch nicht entschieden zu haben, man habe den Eindruck des Zögerns. SU erwarte eigenständigen deutschen Beitrag, nicht nur „Übersetzung" amerikanischer Politik – SU sehe Bundesregierung nicht als Zwischenträger zwischen sich und USA, ebenso wenig wolle SU unsere Beziehungen zu USA stören. Gegenüber USA habe SU ebenso wie wir eigene Interessen.

Er habe in vergangenen anderthalb Jahren mit mehreren Politikern aus BR Deutschland gesprochen. Gespräch mit MP Strauß sei sehr inhaltsreich gewesen.[5] Er stehe fest auf seinen Positionen, habe aber einen weltweiten Blick. Auch klare Ansichten über Europa und die Rolle unserer beiden Staaten. Interesse an Auffassungen von MP Späth: „Es geht nicht darum, daß wir uns gegenseitig gefallen – das ist auch gut –, aber daß wir unsere gegenseitigen Interessen richtig einschätzen." Beide Seiten könnten ohne Zweifel jede[6] für sich leben, aber Zusammenarbeit sei besser für jeden und für die Lage in Europa. Ob etwa auf deutscher Seite Besorgnis vor zu enger Zusammenarbeit mit „den Kommunisten" bestünde? GS sei für Zusammenarbeit, Entscheidung über innere Organisation und Ideologie sei Sache der jeweiligen Völker.

– MP Späth griff Stichwort des GS zu „Zögern" (im Ausbau der Beziehungen) auf und verwies auf unsere Lage in zwei Staaten mit allen ihren psychologischen Folgen, auf die Einbindung in das westliche Bündnis und das Verhältnis zu den USA, unsere Integration in der EG und unser besonderes Verhältnis zu F. Wir stünden langfristig vor Herausforderung der Wettbewerbssituation Europa – USA – Ostasien und der Tatsache, daß die gesamteuropäische Geschichte und Kultur nicht teilbar sei. Wir glaubten jedoch, daß eine zu selbstbewußte und zu aktive Bundesrepublik auch Widerstände und Unruhe auslösen könne. Wir wollten allerdings Chance zur Verbesserung der Beziehungen zur SU nutzen. Neben dem Abrüstungsdialog, dem bisherigen Sicherheits- und Strategiedenken müsse Zusammenarbeit in Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft ausgebaut werden und ein neues Bewußtsein für diese Komponente der Beziehungen geschaffen werden. Deshalb gäbe es unsererseits kein Zögern, keinen Hinderungsgrund für Ausbau der Beziehungen auf vielen weiteren Feldern, wenn, wie von GS selbst gesagt, jeder in seinem Bündnis, seinen Strukturen bleibt. In der Grundfrage prinzipieller Kooperationsbereitschaft gäbe es eine gute Grundlage bei der Jugend in der BR Deutschland.

– G. begrüßte Darlegung und hob zwei Aspekte hervor: Wir müssen an Zukunft der Beziehungen mit Rücksicht auf die Realitäten herangehen und daß es keine prinzipiellen Hindernisse für eine Verbesserung dieser Beziehungen gibt. Man müsse langfristig denken, Beziehungen seien keine Frage der Konjunktur. SU habe entschieden, Beziehungen auf neue Grundlage zu stellen,

5 Der bayerische Ministerpräsident Strauß hielt sich vom 28. bis 31. Dezember 1987 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 381.

6 Korrigiert aus: „ihr".

Bundesregierung wirke noch „offenbar unentschieden". SU sei nach langen Überlegungen zu ihrer Entscheidung gekommen, nach „Urteil über die Bundesrepublik und ihre Rolle in Wirtschaft und Politik in Europa und der Welt". Die internationalen Beziehungen insgesamt müßten „umgebaut" werden, dafür sei Beitrag Europas unerläßlich, hier lägen das größte intellektuelle Potential und die reichsten historischen Erfahrungen. SU sei bei Wahl ihrer Partner vorsichtig und wählerisch und wolle keinen Staat kompromittieren. Sie wolle vorhersehbare Politik betreiben. Sowjetische Vertreter kämen mit dem Eindruck aus Europa zurück, daß man in westlichen Ländern „Angst vor SU hat". Dies werde sich ändern, „wir werden so handeln, daß wir Staaten und Völker überzeugen".

SU möchte vermeiden, daß Europa nach INF-Abkommen „kompensiert", dies wäre großer Fehler. In diesem Kontext „sehen wir die Bundesrepublik Deutschland als das wichtigste Glied". Die Stabilisierung der Beziehungen ist ein zentrales Element darin. G. würdigte dann Rolle Bundesregierung bei INF. Dies habe SU überzeugt, daß Bundesregierung selbständige Rolle spielen könne, aber wolle sie das auch weiter tun?

G. war einverstanden, daß Dialog über Thema Sicherheit hinaus durch Entwicklung in Wirtschaftswissenschaft[7], Kultur begleitet werden solle. Unsere Vorschläge seien nützlich, SU werde derartiges Herangehen unterstützen.

– MP Späth verwies auf sein Gespräch mit BK in Stuttgart vor seiner Abreise, richtete Gruß aus und betonte, daß er Wertung des GS über ein „Zögern der Bundesregierung" für zu pessimistisch halte. Richtig sei, daß die Dominanz sicherheitspolitischen Denkens noch nicht überwunden sei, hier seien wir alle noch in einem Durchgangsstadium. Zur innenpolitischen Stimmung unterstrich MP Späth die große Bereitschaft des BK, auch nach außen zu dokumentieren, daß wir in den bilateralen Beziehungen ein neues Kapitel aufgeschlagen hätten, und verwies auf unseren Beitrag zu INF. Auf unsere Haltung zum Verhältnis Offensiv-Defensiv-Waffen (ABM), die Rede des BM in Genf zu CW[8] und den bevorstehenden Besuch des BK in den USA[9], in denen[10] dieser sich noch einmal für lNF-Ratifizierung einsetzen werde. Desgleichen setzten wir große Hoffnungen auf Erfolg bei START.[11]

7 So in der Vorlage.

8 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 4. Februar 1988 vor der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. BULLETIN 1988, S. 192–196.

9 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 17. bis 20. Februar 1988 in den USA vgl. Dok. 62–64.

10 Korrigiert aus: „der".

11 Am 12. Februar 1988 übermittelte Botschafter Ruhfus, Washington, Informationen aus dem amerikanischen Außenministerium. Danach habe es „in den letzten acht bis zehn Tagen ein wenig Bewegung gegeben. […] Einigung habe es darüber gegeben, das Wurfgewicht nunmehr durch vertragliche Formulierungen zu begrenzen, nachdem der Grundsatz der Begrenzung schon früher von der SU akzeptiert worden war. Offen ist beim Wurfgewicht jetzt nur noch die Frage, wie die Messung erfolgen soll." Fortschritte habe es auch beim Protokoll über Konversion, Abbau und Zerstörung gegeben, bei dem die UdSSR „konstruktiv" auf den amerikanischen Entwurf geantwortet habe: „Neu ist der Entwurf eines Inspektionsprotokolls, den US heute, am 12.2., in Genf eingebracht haben. Dies ist zunächst nur eine Rohfassung, da über die erforderlichen Verifikationskonzepte noch sehr viel Unsicherheit besteht. […] Keinen Fortschritt habe es bei den SLCMs gegeben. Gesprächspartner bestätigte noch einmal, daß man sich in Washington nicht über eine Zahl für die Begrenzung, sondern nur über das Prinzip geeinigt habe, diese Begrenzung zusätzlich zu den vereinbarten 6000 GK festzulegen […]. Man betrachte es als Rückschritt, daß die SU nicht nur eine Obergrenze von 400 nuklearen, sondern

– G. bemerkte zu START, er wisse nicht, „ob dem Präsidenten[12] diese Möglichkeit noch gegeben ist“, man wolle weiter darauf hinarbeiten. Hoffentlich werde Europa nicht wieder ängstlich wie nach Reykjavik[13]. Er verwies auf sowjetische Vorschläge zur konventionellen Rüstungskontrolle. Seitens USA und Kanada stelle man – und sei es auch rein theoretische – Überlegungen über „militärische Ereignisse“ in Europa an. Letztlich werde Europa so zum Schlachtfeld. Strauß hat hier ganz klar Position bezogen, Europa dürfe nicht zum Schlachtfeld werden, Deutsche und Russen würden darunter am meisten leiden. Zu diesen Planspielen wolle man auch AM Shultz befragen, wenn er nach Moskau kommt.[14]
– MP Späth betonte, Ost und West müßten Denkweise vermeiden, in der Auseinandersetzung auf Europa konzentriert und beschränkt werden kann. Sorge in beiden Staaten in Deutschland – nach INF – seien die von den Kurzstreckenwaffen ausgehenden Gefahren.
– G. verwies erneut auf sein Gespräch mit Strauß – SU werde eine solche Situation (Gefährdung durch Kurzstreckenwaffen) nicht zulassen. Wichtig sei jetzt, in Wien schnell ein Mandat zu vereinbaren und Verhandlungen zu beginnen.[15] Z. Z. werde spekuliert, daß „SU wieder die Tatze auf jemanden legen will“, Verhandlungen über konventionelle Reduzierungen und CW-Verbot würden derartige Unsicherheiten verringern. Wie Schewardnadse-Besuch in Bonn[16] gezeigt habe, hätten „wir“ (D und SU) viele Punkte der Übereinstimmung.

  Auf Frage von MP Späth bestätigte G., SU wünsche eine aktivere Rolle der Bundesregierung in Rüstungskontrollfragen, zumal GB und F schwierige Partner sind, „weil sie sich an ihren Kernwaffen festklammern“. Er habe Frau Thatcher darauf angesprochen, wie sie über eine Situation froh sein könne, in der sie auf einem (nuklearen) Pulverfaß sitze.

  Es gäbe „keine überzeugenden Argumente für nukleare Abschreckung, außer 40 Jahren Frieden, das ist das einzige, aber es ist eine gefährliche Position“. Deshalb habe „realistische Position“ der Bundesregierung große Bedeutung.
– MP Späth verwies auf den politischen Schwachpunkt, den für uns die Lage in Berlin bedeute. Er sähe Lage in Berlin realistisch, sie dürfe jedoch kein Hindernis für eine aktive Politik der Bundesregierung gegenüber dem Osten sein.
– G. verwies auf „Realitäten der Nachkriegslage“, er habe Verständnis, daß viele in der BR Deutschland diese Realitäten nicht gut finden. Wie er Bundespräsi-

Fortsetzung Fußnote von Seite 297

auch eine weitere von 600 konventionellen SLCMs vorgeschlagen habe. Man habe sich ja in Washington darauf geeinigt, nukleare SLCMs zu begrenzen. […] Weiterhin die schwerwiegendsten Probleme bestünden im Bereich der Verifikation. AM Shultz habe dies als ‚die längste Stange im Zelt‘ bezeichnet. Man mache in diesem Bereich langsamen Fortschritt, sei aber vom Ziel noch weit entfernt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 656; VS-Bd. 11283 (220); B 150, Aktenkopien 1988.

12 Ronald W. Reagan.

13 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

14 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz vom 21. bis 23. Februar 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 67.

15 Zum Stand der Gespräche zwischen NATO und Warschauer Pakt über ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 8.

16 Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 17. bis 19. Januar 1988 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 18 und Dok. 22.

dent gesagt habe, solle man diese Fragen der Geschichte überlassen.[17] Dies betreffe auch Berlin. Untereinander müsse Klarheit bestehen, daß keiner den anderen „zu überlisten versucht". Eine gute weltpolitische Lage werde es uns ermöglichen, die Beziehungen zur DDR weiter zu entwickeln. Dies und gute Beziehungen zwischen BR Deutschland und SU und DDR und SU würden auch Berlin zugute kommen.

– Nach Hinweis von MP Späth, daß der Aspekt „Zusammenarbeit mit Kommunisten" nicht mehr maßgeblich sei und daß auch innerparteilich Politik gegenüber dem Osten klar sei, erwiderte G., er habe den Eindruck, daß es immer noch eine gewisse Diskrepanz zwischen der wirtschaftlichen und der politischen Rolle der BR Deutschland zum Nachteil der letzteren gebe, dies sei nicht gut für Europa und die Welt. Schließlich gäbe es noch große „Reserven" für die BR Deutschland, nicht im Westen und der DW, sondern im Osten. Dies bedeute nicht, daß SU um uns werbe, dies sei jedoch sowjetische Analyse. In der BR Deutschland sollte eine Entscheidung fallen. Deshalb sei auch Moment für ein Gipfeltreffen gekommen und dafür, „diese Politik" (der Zusammenarbeit) in einem offiziellen Dokument festzuhalten.

  SU kenne ähnliche Lage, als Verbesserung der Beziehungen zu USA einsetzte. US hatte wohl Eindruck, SU „liefe ihr hinterher", und versuchte deshalb, Vorteil daraus zu gewinnen – „erst als wir diesen Komplex überwunden hatten und das gegenseitige Interesse klar war, gab es (Einigung bei) INF". Er (G.) wünsche ein Treffen mit dem BK mit einem politischen Dokument. Auf Darlegung MP Späth zu Zeit- und Ortsfrage sagte G.: Dieses Problem ließe sich lösen, man solle allerdings Besuchstermin festlegen, damit Vorbereitungen beginnen können. Er sei für baldiges Treffen, daß BK in diesem Jahr nach Moskau kommt.[18] Weitere Unklarheiten würden Spekulationen auslösen, auch zur Substanz der politischen Beziehungen. G. wiederholte Interesse an Dokument über Politik der Zusammenarbeit. Darin könne auch über weltpolitische Fragen etwas stehen.[19]

  Es gelte jetzt keine Zeit zu verlieren bei Kooperation in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. SU habe hier traditionsgemäß großes Interesse. SU befinde sich in tiefgreifender Modernisierung der Volkswirtschaft. SU wolle nicht nur Rohstoffe verkaufen, deshalb laufe seit drei Jahren Revision der gesamten Maschinenbauindustrie.[20] Frühere Vergleiche mit dem Ausland waren katastrophal. SU habe Investitionen verdoppelt, jetzt im dritten Jahr änderte sich

17 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker hielt sich vom 6. bis 11. Juli 1987 in der UdSSR auf. Zum Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 7. Juli 1987 in Moskau vgl. AAPD 1987, II, Dok. 206.

18 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR auf. Für die Gespräche mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 24./25. Oktober 1988 in Moskau vgl. Dok. 300 und Dok. 304.

19 Zur Frage einer gemeinsamen deutsch-sowjetischen Erklärung vgl. weiter Dok. 57.

20 Gesandter Winkelmann, Moskau, teilte am 11. Februar 1988 mit, daß der baden-württembergische Ministerpräsident Späth bei seinem Besuch am 8./9. Februar 1988 in der UdSSR mit dem sowjetischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Silajew ein Memorandum über die Zusammenarbeit im Maschinenbau und die Bildung einer zweiseitigen Arbeitsgruppe unterzeichnet hätte, „die sich speziell der Behandlung und ggf. Klärung von praktischen Problemen bei Errichtung und Betrieb von Jointventures mit Maschinenbauunternehmen aus Baden-Württemberg widmen" solle. Vgl. den Drahtbericht Nr. 453; Referat 421, Bd. 145593.

Bild dramatisch, besonders in der Rechentechnik. – Gegenwärtig werde der Wirtschaftslenkungsapparat umgebaut.

Zum Schluß des Gesprächs sprach G. sich noch einmal für mehr Zusammenarbeit aus, gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit helfe auch politischen Entwicklungen. Er habe Amerikaner auf Ergebnis von 40 Jahren Konfrontation verwiesen: Negative soziale und wirtschaftliche Folgen in beiden Ländern, kaputte Wirtschaftsbeziehungen, mit denen man der Welt kein Beispiel mehr geben kann, beide Seiten haben dabei verloren. Wichtig seien persönliche Kontakte wie z. B. Treffen Carlucci–Jasow[21], man muß einander kennenlernen.

G. äußerte Zufriedenheit über Gespräch mit MP, es sei guter Beitrag für Fortentwicklung der Beziehungen, und bat, Gruß an BK zu überbringen.

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 11311 (220)

53

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schilling

200-350.31 VS-NfD **10. Februar 1988**[1]

Betr.: 69. EPZ-Ministertreffen am 8.2.88 in Bonn;
hier: Ergänzende Unterrichtung zu Verlauf und Ergebnissen

Am 8. Februar fand in Bonn das erste EPZ-Ministertreffen während unserer Präsidentschaft unter Vorsitz des Bundesministers statt. Am Nachmittag trafen die Zwölf mit König Hussein von Jordanien[2] in dessen Eigenschaft als Vorsitzendem des außerordentlichen Gipfels der Arabischen Liga in Amman (8.–11.11.1987)[3] zusammen.

21 Der amerikanische Verteidigungsminister Carlucci und sein sowjetischer Amtskollege Jasow trafen am 16./17. März 1988 in Bern zusammen. Dazu wurde in der Presse berichtet, daß Fragen der Militärdoktrinen sowie der Verteidigungshaushalte besprochen worden seien. Als weitere Themen seien genannt worden „die Verifikation des Abkommens über die Beseitigung der Mittelstreckenraketen, die entsprechenden Probleme bei einem START-Abkommen über die Reduktion der strategischen Systeme, das Vorgehen bei der Errichtung eines Kontrollregimes für Atomwaffenversuche und die noch bestehenden Hindernisse für ein allgemeines Verbot chemischer Waffen. Im Gespräch wurden auch die gegenseitigen Beschwerden über die Nichteinhaltung bestehender Abrüstungsvereinbarungen und, wie es hieß, andere marginale Gegenstände erörtert." Vgl. den Artikel „Erstes Gespräch Carluccis mit Jasow in Bern"; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG vom 18. März 1988, S. 2.

1 Durchschlag als Konzept.
Der Runderlaß wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schilling und Legationsrat I. Klasse Pohl konzipiert. Dazu vermerkte Pohl handschriftlich: „Von D 2 im Original abgez[eichnet]."

2 König Hussein hielt sich vom 7. bis 10. Februar 1988 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 8. Februar 1988 vgl. Dok. 49.

3 Korrigiert aus: „7.–11.11.1987".
Die außerordentliche Gipfelkonferenz der Arabischen Liga fand vom 8. bis 11. November 1987 in Amman statt.

Im Vordergrund der Beratungen stand die Lage im Nahen Osten und in den besetzten Gebieten. Weitere Themen waren u. a. die West-Ost-Beziehungen, einschließlich KSZE, Afghanistan, Zentralamerika und die Lage im südlichen Afrika. Die Minister verabschiedeten eine Erklärung zur Lage im Nahen Osten[4].

Ergänzend zu gesondert übermitteltem Relevé de conclusions[5] wird zu Verlauf und Ergebnissen mitgeteilt:

1) Naher Osten

1.1) Beratung unter den Zwölf

BM wies einleitend darauf hin, daß die Unruhen in den besetzten Gebieten[6] spontan ausbrachen und von gesamter Bevölkerung getragen würden. Die Nachbarstaaten und die PLO seien überrascht worden. In Israel habe er Besorgnis über die angewandten Methoden und über die Gefahr für die Demokratie festgestellt. Die Zwölf sollten weiter für eine Internationale Konferenz (IK) eintreten. Der Arabische Gipfel von Amman habe positive Ergebnisse gezeitigt. Die SU habe uns als Präsidentschaft um Unterstützung für Aktivitäten des VN-SR zugunsten einer IK gebeten.[7] AM Shultz habe in einem Brief die US-Initiative (Verbindung alter und neuer Ideen über Substanz und Verfahren, beschleunigter Fahrplan) erläutert und gebeten, König Hussein zu ermutigen, auf dem eingeschlagenen Weg fortzufahren.[8] Die Konsultationen der USA mit Israel, Jordanien und Ägypten[9] seien ermutigend verlaufen, auch wenn noch Zweifel und Fragen blieben.

4 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 8. Februar 1988 vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 187 f.

5 Für die Übermittlung des Relevé de conclusions vgl. das Fernschreiben Nr. 114 COREU vom 8. Februar 1988; Referat 200, Bd. 134819.

6 Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada“) vgl. Dok. 16, Anm. 23.

7 Im Auftrag des sowjetischen Außenministers Schewardnadse teilte der sowjetische Botschafter Kwizinskij Bundesminister Genscher am 4. Februar 1988 mit, daß seine Regierung die Lage im Nahen Osten als „ernst“ betrachte: „Es sei die Auffassung der sowjetischen Regierung, daß der VN-Sicherheitsrat aktiviert werden solle, damit der Mechanismus einer Internationalen Konferenz in Gang komme. Sobald er zu funktionieren beginne, könne man die damit verbundenen Fragen zum Gegenstand von Beratungen der AM aller Mitgliedstaaten des SR machen. […] Die EG-MS könnten einen wesentlichen Beitrag zur Friedensstiftung in der Region leisten. Würden sich die vier jetzt im SR vertretenen EG-MS in die Konsultationen einschalten, könnten sie einen großen Beitrag zum Erfolg dieser Konsultationen leisten. […] Die SU sei bereit, mit der EG in dieser Richtung zusammenzuarbeiten. Ferner sei es sehr wichtig, einen mäßigenden Einfluß auf Israel auszuüben, damit es die Repressionen einstelle und in der Sache der Nahost-Konferenz eine konstruktive Position einnehme.“ Vgl. den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Libal vom 4. Februar 1988; Referat 213, Bd. 143564.

8 Zur amerikanische Initiative zur Wiederbelebung des Friedensprozesses im Nahen Osten vgl. Dok. 49, Anm. 13.
Der amerikanische Außenminister Shultz informierte Bundesminister Genscher mit Schreiben vom 4. Februar 1988: „Essentially what we have in mind is an accelerated timetable for negotiations on issues related both to a necessary period of accommodation between Israel and its neighbors and to a final settlement. […] I know that many people remain persuaded that an international conference will be necessary to launch negotations. I believe the time has come to try to structure the negotiations themselves rather than a conference. Once the parties have a common acceptance of what the negotiations will concern and how they will unfold, it should be possible to deal more positively with the conference.“ Shultz bat Genscher um Unterstützung der amerikanischen Initiative in den Gesprächen mit König Hussein. Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 147542.

9 Präsident Mubarak hielt sich vom 26. bis 30. Januar 1988 in den USA auf.
Zum Besuch des amerikanischen Sondergesandten Habib am 30./31. Januar 1988 in Jordanien vgl. Dok. 49, Anm. 14.
Der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Murphy, besuchte vom 6. bis 10. Februar 1988 Syrien, Saudi-Arabien, Ägypten und Israel.

BM führte sodann den Entwurf einer Erklärung der Zwölf zum Nahen Osten ein. NL plädierte für einen Hinweis auf SR-Res. 242[10] und 338[11] und Zwischenlösungen. Das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser solle nicht ausdrücklich und eine IK nicht als „einzige" Möglichkeit erwähnt werden. I lehnte diese Änderungsvorschläge ab. Die US-Vorstellungen seien noch unklar, das Camp-David-Konzept[12] überholt. Der Mubarak-Vorschlag (sechs Monate Abkühlung)[13] sei nicht realisierbar. F und E wandten sich ebenfalls gegen die NL-Änderungen. Die Zwölf dürften nicht hinter ihre früheren Erklärungen zurückgehen. GB hielt deutliche Kritik an Israel für erforderlich. Eine IK solle nicht als „einzige" Formel bezeichnet werden. DK, LUX, IRL und besonders energisch GR forderten eine deutlichere Sprache gegenüber Israel. B setzte sich für die IK als „einzige" Möglichkeit ein und schlug vor, die Troika in die USA und zu den VN zu entsenden.

BM schloß diesen Teil der Erörterung mit dem Hinweis, der BK und er würden bei bevorstehendem Besuch in Washington[14] europäische Vorstellungen erläutern. Er forderte sodann die Nahost-Experten auf, im Lichte der Diskussion einen neuen Entwurf zu fertigen.

Nach dem Treffen mit König Hussein erörterten die Minister den von den Experten erarbeiteten neuen Entwurf. Es wurde Einigung erzielt, keine Teile der Venedig-Erklärung[15] gesondert herauszustellen, auf die Erwähnung von SR-Res. 242 und 338 zu verzichten, da diese bereits durch die Venedig-Erklärung abgedeckt sind, und eine IK als „den" geeigneten Rahmen für die erforderlichen Verhandlungen zwischen den direkt betroffenen Parteien zu bezeichnen.

Erklärung[16] wurde anschließend den Botschaftern Israels[17] und Ägyptens[18] sowie dem Leiter des Büros der Arabischen Liga[19] zur Weiterleitung an die Regierungen ausgehändigt. Der spanische GK in Jerusalem soll die Erklärung repräsentativen Vertretern der Palästinenser übergeben.

1.2) Begegnung mit König Hussein

Am Nachmittag trafen die Minister in einer knapp eineinhalbstündigen Begegnung mit König Hussein zusammen.

10 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

11 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 338 des VN-Sicherheitsrats vom 22. Oktober 1973 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. IX, S. 44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 313.

12 Zu den Gesprächen von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 und vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 31, Anm. 34.

13 Zum Vorschlag des Präsidenten Mubarak zur Förderung des Friedensprozesses im Nahen Osten vgl. Dok. 31, besonders Anm. 14.

14 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 17. bis 20. Februar 1988 in den USA vgl. Dok. 62–64.

15 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 zum Nahen Osten vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 382 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

16 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten vom 8. Februar 1988 vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 187 f.

17 Jitzhak Ben-Ari.

18 Abdellfatah M. Shabana.

19 Aziz Hacène.

Nach kurzer Begrüßung durch BM ergriff König Hussein das Wort: Er sprach seinen Dank an die EG-Außenminister, insbesondere an BM als Ratspräsident aus, Gelegenheit zu diesem Zusammentreffen mit den Zwölf zu haben. Er wies auf die zunehmende Bedeutung der EPZ hin, die auch eine wichtige Rolle im Nahen Osten spiele. Der Gipfel von Amman sei ein Wendepunkt für die Araber gewesen. Die gemeinsamen Beschlüsse machten deutlich, daß es jetzt ein größeres Maß an Übereinstimmung als bisher gebe. Die arabische Welt sehe sich gegenwärtig vielerlei Herausforderungen gegenüber.

Der König schilderte im einzelnen die sich verschlechternde Lage in den besetzten Gebieten. Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit breiteten sich aus.

Die EG und die arabische Welt verfolgten weitgehend deckungsgleiche Lösungsansätze: Venedig, Fes[20] und Amman, die auf SR-Res. 242 und 338 beruhten. Jetzt bedürfe es eines Mechanismus, um die Positionsbestimmungen in praktische Politik umzusetzen. Das Palästinenser-Problem müsse in all seinen Aspekten gelöst werden. Dies sei nur durch eine Internationale Konferenz unter der Schirmherrschaft der VN möglich.

Seit 1967 vertrete er, Hussein, die Meinung, daß Israel wählen müsse zwischen Frieden und Gebieten. Die Bevölkerung in den besetzten Gebieten lasse sich nicht auf Dauer unterdrücken. Die Araber hätten sich für den Frieden entschieden. Es müsse gehandelt werden, bevor es zu spät sei.

Zum irakisch-iranischen Krieg[21] erklärte der König, daß die SR-Res. 598[22] schnellstens implementiert werden müsse. Während Irak positiv auf SR-Res. 598 reagiert habe, lehne Iran diese ab. Der König schilderte sodann, wie er es nannte, die agressive iranische Politik, die terroristischen Handlungen einschließlich Geiselnahmen durch Iran und die iranisch-israelische Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet. Der Ammaner Gipfel habe eindeutig zum Golf-Krieg Stellung bezogen. Nachdem sich herausgestellt habe, daß Iran nicht mit dem Sicherheitsrat zusammenarbeiten werde, sei es jetzt an der Zeit, eine Embargo-Resolution gegen Iran zu verabschieden.[23]

Hinsichtlich der Lage im Libanon beschränkte sich der König auf die Kritik an der israelischen Einmischungspolitik.

Die Lage in der gesamten Region sei im höchsten Maße explosiv. Wenn die Krisen nicht gelöst würden, würde nicht nur die Nahost-Region, sondern auch Europa unter den Folgen leiden.

20 Auf der Gipfelkonferenz der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 in Fes einigten sich die Teilnehmer auf acht Prinzipien für einen Frieden im Nahen Osten („Fes-Plan"). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 567.

21 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 16, Anm. 6.

22 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 1, Anm. 33.

23 Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), informierte am 11. Februar 1988: „USA treten für die baldige Annahme eines umfassenden SR-Waffenembargos gegen Iran ein. Als Grund hierfür verweisen sie darauf, daß Irak Res. 598 umgehend bedingungslos akzeptiert habe, während IRN die Akzeptanz nach wie vor verweigert und den Implementierungsprozeß nun bereits fast sieben Monate mit allerlei ‚Tricks' verzögere. Damit habe sich inzwischen zweifelsfrei erwiesen, daß Iran die mandatorische Res. 598 nicht erfüllt habe und nicht zu erfüllen gedenke. Weitere Implementierungsbemühungen seien nicht mehr sinnvoll. Der SR müsse aufgrund dieser Lage, auch um seiner Glaubwürdigkeit willen, nun die Konsequenz ziehen und ein umfassendes SR-Waffenembargo gegen Iran verhängen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 302; Referat 230, Bd. 158101.

Der König forderte abschließend Europa zum Handeln auf. Europa und die arabische Welt seien benachbarte Regionen, die sich gegenseitig ergänzen müßten. Die Zwölf müßten jetzt eine aktive Rolle übernehmen, wie es schon in Venedig angekündigt worden sei.

BM teilte die Lageeinschätzung und Besorgnisse des Königs und kündigte die Verabschiedung einer Erklärung der Zwölf an, die sich auf die Lage in den besetzten Gebieten und die Unterstützung einer Internationalen Nahost-Konferenz konzentrieren werde.

In der sich anschließenden Diskussion bezeichnete GB eine Internationale Konferenz als beste Möglichkeit, den Friedensprozeß voranzubringen. Auf GB-Anfrage nach neuen Anregungen erwiderte der König, die Parteien, einschließlich der Palästinenser, hätten sich bisher allzusehr aufeinander verlassen. Jetzt sei der Punkt erreicht, an dem gehandelt werden müsse. Selbst die Israelis hätten dies eingesehen. Das Palästinenser-Problem müsse auf der Grundlage der SR-Res. 242 und 338 gelöst werden. Sein Freund Mubarak, mit dem er in ständigem Kontakt stehe, habe ihm seine letzten Vorschläge (eine halbjährige Abkühlungsperiode und Siedlungsstopp) erläutert. Hussein vermied es aber, Mubaraks Vorstellungen zu kommentieren, was auf eine gewisse Reserve schließen läßt. Auch die in Ausarbeitung befindliche US-Initiative lehnte er trotz Skepsis nicht rundweg ab. Er beschränkte sich auf die Feststellung, daß den Worten jetzt Taten folgen müßten. Er stehe mit Präsident Reagan in telefonischem Kontakt. Man müsse den Palästinensern jetzt neue Hoffnung geben. Sonst sei die Zukunft in der Region sehr düster, da der Fundamentalismus sich ausbreiten werde.

E bezeichnete die Venedig-Erklärung als Fortschritt gegenüber den SR-Res. 242 und 338. Venedig sei unverändert die Grundlage der Nahost-Politik der Zwölf.

Der König gab einen Überblick über die verschiedenen Lösungsansätze seit dem Teilungsplan 1947[24]. Zwei Realitäten stünden sich gegenüber: Einerseits seien die Palästinenser und Jordanier eine Familie und hätten eine Identität, auf der anderen Seite gebe es das Selbstbestimmungsrecht. Sollte das Selbstbestimmungsrecht zu einem unabhängigen Palästinenserstaat führen, stelle sich die Frage nach seiner Lebensfähigkeit. Deshalb seien in den 70er Jahren auch Möglichkeiten einer Staatenverbindung diskutiert worden. Auch das jordanisch-palästinensische Abkommen vom 11.2.1985[25] sehe eine Konföderation vor. Das Problem der Vertretung der Palästinenser auf einer Internationalen Konferenz sei am besten auf der Grundlage einer gemeinsamen Delegation zu lösen.

F würdigte den Beitrag des Königs zum Gelingen des Ammaner Gipfels. Als Perspektive für eine Lösung des Nahost-Konflikts sei nur eine Internationale Konferenz in Sicht. Der König bestätigte, daß nur eine Internationale Konferenz den Friedensprozeß beschleunigen könne.

24 Am 29. November 1947 legte die VN-Generalversammlung einen „Teilungsplan für Palästina“ vor. Er sah die Schaffung eines arabischen und eines jüdischen Staates, die Ausarbeitung demokratischer Verfassungen sowie die Bildung einer Wirtschaftsunion vor. Der uneingeschränkte Zugang zu den Heiligen Stätten sollte gewährleistet und die völlige Reisefreiheit zwischen den Staaten garantiert werden. Jerusalem war als „corpus separatum“ unter VN-Verwaltung zu stellen. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 181 (II) vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. 1, S. 322–343.

25 Am 11. Februar 1985 einigten sich die jordanische Regierung und die Führung der PLO auf fünf Prinzipien zur Lösung des Nahost-Konflikts. Für den Wortlaut der Vereinbarung vgl. ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. IV, Teil 2, S. 1587. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 516. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 48.

I machte darauf aufmerksam, daß, wie die jüngsten Initiativen zeigten, auch die USA zu der Schlußfolgerung gelangt seien, daß der Status quo nicht länger hinnehmbar sei. Der Fehler der amerikanischen Nahost-Politik sei bisher gewesen, bilaterale Teillösungen zu suchen. Man dürfe jetzt nicht erneut in die Fehler der Vergangenheit verfallen. Auch der König lehnte Teillösungen ab, die kein Ersatz für eine umfassende Lösung seien. Der König setzte sich für eine Beteiligung der Palästinenser/PLO, Ägyptens, des Libanon und Syriens an einer Internationalen Konferenz ein.

BM unterstrich die gemeinsamen Interessen Europas und der Nahost-Region, deren wir uns bewußt seien. Der König habe zur Meinungsbildung der Zwölf wesentlich beigetragen.

König Hussein trug abschließend einige Überlegungen dazu vor, wie die Zwölf zur Lösung des Nahost-Konflikts beitragen könnten, und regte insbesondere an: Weiteres Eintreten für Einberufung einer Internationalen Konferenz auf der Basis von SR-Res. 338 und 242; weiterhin Unterstützung der SR-Res. 605[26], 607[27] und 608[28] sowie des Berichts des VN-GS[29]; Einflußnahme auf Israel, sich „aller provokativen Handlungen" wie der Errichtung neuer Siedlungen, Deportationen und Anwendung von Gewalt zu enthalten; Ermutigung der USA, als unparteiischer Partner am Friedensprozeß zu wirken und die israelische Regierung zu beeinflussen, dem Ruf nach einem gerechten, umfassenden und dauerhaften Frieden zu entsprechen; Erweiterung der Hilfe und Beiträge zum Entwicklungsplan für die besetzten Gebiete; als eine „Brücke" zwischen den Supermächten aufzutreten und Konsultationen zwischen ihnen wie auch zwischen den Mitgliedern des VN-SR zu erleichtern.

Der König dankte abschließend für die bisher einmalige Gelegenheit, seine Überlegungen den Außenministern der Zwölf erläutern zu können.

2) West-Ost-Beziehungen, einschließlich KSZE

Beratung konzentrierte sich auf Verhandlungsstand des Wiener KSZE-Folgetreffens.

BM betonte, daß angesichts der unzureichenden bisherigen Ergebnisse nach Verhandlungsdauer von über einem Jahr[30] nunmehr dringend die notwendigen Schritte in der Substanz getan werden müssen, um ein ausgewogenes Ergebnis

26 Mit Resolution Nr. 605 vom 22. Dezember 1987 bedauerte der VN-Sicherheitsrat das israelische Vorgehen in den besetzten Gebieten, forderte Israel auf, die Genfer Konvention vom 12. August 1949 über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten zu beachten, und betonte die Dringlichkeit einer gerechten, dauerhaften und friedlichen Lösung des Nahost-Konflikts. Für den Wortlaut vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1987, S. 4.

27 Am 5. Januar 1988 bestätigte der VN-Sicherheitsrat, daß die Bestimmungen der Genfer Konvention vom 12. August 1949 über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten auch für palästinensische und andere arabische Gebiete unter israelischer Besatzung gelten. Ferner wurde Israel aufgefordert, keine palästinensischen Zivilisten aus den besetzten Gebieten abzuschieben. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 605 vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1988, S. 1.

28 Mit Resolution Nr. 608 vom 14. Januar 1988 forderte der VN-Sicherheitsrat Israel auf, die Weisung zur Abschiebung palästinensischer Zivilisten aus den besetzten Gebieten zurückzunehmen, deren Rückkehr sicherzustellen und keine weiteren Palästinenser mehr auszuweisen. Für den Wortlaut vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1988, S. 2.

29 Für den Wortlaut des „Berichts des VN-Generalsekretärs an den VN-Sicherheitsrat gemäß Resolution 605 (1987)" (S/19443) vgl. ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. IV, Teil 2, S. 1721–1736.

30 Die dritte KSZE-Folgekonferenz wurde am 4. November 1986 eröffnet. Zur ersten Verhandlungsrunde bis 19. Dezember 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 374.

in allen drei Körben zu erreichen. Allianz habe für zentrales Problem der konventionellen Überlegenheit des WP bei NATO-Tagung im Dezember 1986 Grundsätze für konventionelle Abrüstung[31] entwickelt („einer der besten Beschlüsse, die das Bündnis je gefaßt hat"). Jetzt gelte es, die Verhandlungen über konventionelle Stabilität zustande zu bringen. Solange dies nicht geschehe, bleibe SU-Überlegenheit bestehen bzw. könne SU den Beweis für ihre deklarierte Bereitschaft, Überlegenheit abzubauen, schuldig bleiben. Westen sei ebenso dringend interessiert an Verbesserung der Lage bei Menschenrechten und menschlichen Kontakten. Daher müsse EPZ ein politisches Signal geben, daß Fortschritte in der Substanz gemacht werden müßten. Prozedural könne man auch an Auftreten in Wien auf politischer Ebene denken, er sei dazu bereit.

Aussprache, an der sich NL, I, GB, F, LUX und IRL beteiligten, erbrachte Einverständnis mit Bewertung des BM. NL betonte Notwendigkeit neuer Normen sowie eines Implementierungsmechanismus. GB hob hervor, daß mit Geduld und Festigkeit weiter verhandelt werden solle. Ausdruck gewisser Dringlichkeit sei aber nützlich, um Initiative nicht der SU zu überlassen. Moskauer Konferenz[32] dürfe nicht Anlaß westlicher Uneinigkeit sein, die in der Öffentlichkeit ausgetragen würde. F stimmte zu, daß Wien konkrete Probleme lösen sollte. Positionen der Zwölf zu Moskauer-Konferenz lägen eng beieinander. Die Zwölf sollten sich nicht trennen lassen, sondern auf der Basis von WT.19[33] weiter verhandeln. LUX schlug Cut-off-date für Mitte des Jahres vor. BM wies dies mit Argument zurück, daß – wenn bis dann nicht genügend Substanzergebnisse vorlägen – man entweder abbrechen oder sein selbst gesetztes Datum verlängern müßte. BM faßte zusammen, daß Zwölf an alle TNS appellieren sollten, dem Wiener Treffen neue Impulse zu geben, um es zu baldigem und inhaltsreichem Abschluß zu bringen.

3) Afghanistan

Die Minister hatten einen Meinungsaustausch zur Lage in Afghanistan. Sie bestätigten das Mandat, das sie dem PK am 25. Januar erteilt hatten, alle Aspekte

31 Vgl. dazu die „Brüsseler Erklärung über konventionelle Rüstungskontrolle" des NATO-Ministerrats vom 11./12. Dezember 1986; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 77–79.

32 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse schlug in seiner Rede zur Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz am 5. November 1986 in Wien vor, eine Menschenrechtskonferenz in Moskau abzuhalten. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 133–137 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 341.
Einen entsprechenden Vorschlag brachte die UdSSR am 10. Dezember 1986 ein. Er sah die Behandlung der Themen Menschliche Kontakte, Information, Kultur und Bildung vor. Für den Vorschlag CSCE/WT.2 vgl. Referat 212, Bd. 153445.
In der Plenarsitzung am 24. Juli 1987 legte die UdSSR hierzu schließlich einen Mandatsentwurf vor. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1100 des Botschafters Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation); Referat 212, Bd. 153429.

33 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 6. Februar 1987, die NATO-Mitgliedstaaten sowie Irland hätten am 4. Februar 1987 „mit dem C[onférence sur la]D[imension]H[umaine]-Vorschlag ihr ‚Flaggschiff' im Bereich der M[enschen]R[echte] und menschlichen Kontakte eingeführt und als zentrales Anliegen der 12 und 16 vorgestellt. Inhaltlich geht es dabei um ein kompliziertes System von Verpflichtungen, Notifizierungsverfahren und Sondertreffen, die in einem sequentiellen Ansatz die bessere Implementierung der MR erreichen und die Perspektive auf eine große Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE öffnen sollen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 148/149; Referat 213, Bd. 139414.
Für den Vorschlag vom 4. Februar 1987 (CSCE/WT.19) vgl. Referat 212, Bd. 153445.

eines möglichen Rückzugs der sowjetischen Truppen zu prüfen.[34] Insbesondere beauftragten sie das PK, eine Erklärung vorzubereiten, die vor Aufnahme der proximity talks[35] von den Zwölf abgegeben werden soll.

4) Zentralamerika

Beim Mittagessen hatten die Minister einen Meinungsaustausch zur Lage in Zentralamerika und zum Stand des Friedensprozesses. BM unterstrich in seiner Einführung, daß man sich jetzt, da die politischen Fragen in Bewegung seien, auf die wirtschaftliche und soziale Seite konzentrieren müsse. Er nahm in diesem Zusammenhang Bezug auf die Verpflichtung, die die Europäer im Jahre 1985 in Luxemburg eingegangen seien.[36] Jetzt komme es auf Taten an.

Kommissar Cheysson berichtete über seine kürzliche Zentralamerika-Reise. Er kehre zurück mit dem starken Eindruck, daß die Zwölf in allen fünf zentralamerikanischen Ländern unverändert hoch geschätzt seien. Es sei wichtig, die politische Entwicklung in ZA zu fördern und die politischen Bindungen der ZA-Staaten untereinander zu stärken.

Cheysson sprach das Schicksal der internationalen Überwachungskommission an, der die fünf Präsidenten auf Betreiben von El Salvador und Honduras das Mandat genommen haben.[37] Dieses sei der Grund, warum Ortega bei bestimmten europäischen Ländern für Beteiligung an der Überwachung in Zentralamerika geworben habe.[38] Cheysson sprach sich für eine positive Antwort auf solche Anfragen aus.

34 Zur EG-Ministerratstagung am 25. Januar 1988 in Brüssel vgl. Dok. 37, Anm. 22.

35 Zu den Gesprächen über eine Beendigung des Krieges in Afghanistan vgl. Dok. 37, Anm. 6.

36 Am 11./12. November 1985 fand in Luxemburg eine Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe statt. Dabei wurde ein Kooperationsabkommen zwischen der EWG und den Partnerstaaten des Generalvertrags über die mittelamerikanische Wirtschaftsintegration (Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua) sowie Panama unterzeichnet. Verabschiedet wurden ferner eine Schlußakte, ein gemeinsames politisches Kommuniqué über den politischen Dialog und die wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie ein Wirtschaftskommuniqué. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 250–258.

37 Am 6./7. August 1987 kamen die Präsidenten Arias (Costa Rica), Azcona (Honduras), Cerezo (Guatemala), Duarte (El Salvador) und Ortega (Nicaragua) in Guatemala-Stadt zusammen, um über die Fortsetzung des Friedensprozesses in Mittelamerika zu sprechen. Sie unterzeichneten dabei ein Übereinkommen, in dem ein Verfahren zur Schaffung eines tragfähigen und dauerhaften Friedens in Mittelamerika dargelegt wurde („Esquipulas II“). Es sah u. a. die Einsetzung einer Internationalen Überprüfungs- und Kontrollkommission vor. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 499–504. Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 228.
Auf dem Treffen der fünf Präsidenten am 15./16. Januar 1988 in San José lehnten Ascona und Duarte den Bericht der Überwachungskommission ab. Botschafter Nestroy, San José, informierte dazu am 17. Januar 1988, beide hätten geltend gemacht, daß der Bericht „völlig unausgeglichen, ELS und HON über Gebühr anklagend, dafür aber viel zu ‚nachsichtig‘ gegenüber NIC“ sei: „Mit kargem Dank wurde in Erklärung von San José praktisch Arbeit der Überwachungskommission (‚Acht‘, UNO, OAS, ZA) für beendet erklärt, der Bericht ohne Enthusiasmus der Esq[uipulas] II-Exekutiv-Kommission (= 5 ZA-AM) überwiesen und, so die meisten Beobachter, zu den Akten genommen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 14; Unterabteilung 33, Bd. 146579.

38 Am 16. Februar 1988 informierte Botschafter Rusnak, Managua, daß der nicaraguanische Außenminister d’Escoto erklärt habe: „Zur Einhaltung der Bestimmungen von Esquipulas II im zwischenstaatlichen Bereich müßten sich die fünf zentralam[erikanischen] Staaten – nach dem Scheitern von C[omision]I[nternacional de]V[erificacion y]S[eguimiento] – darüber einigen, welches Gremium die fünf zentralam. AM bei der Verifikation unterstützen sollen. Nicaragua denke dabei an eine Kommission, in der u. a. Spanien, Italien, Norwegen, Schweden und Kanada Mitglieder sein könnten. Ferner sollten lateinamerikanische Staaten beteiligt werden. Hinsichtlich der endgültigen Zusammen-

Cheysson unterstrich weiterhin die Bedeutung des ZA-Parlaments.[39] Da das Wahlverfahren für dieses Regionalparlament Rückwirkungen auf die internen Wahlen in den ZA-Staaten habe, müsse diese Entwicklung gestützt werden.

Zur Frage der Wirtschaftsentwicklung in ZA führte Cheysson aus, daß sich Hilfserwartungen an die VN aufgrund der Resolution vom Herbst 1987[40] an die USA und Kanada sowie auf die EG und ihre MS richteten. Cheysson äußerte die Hoffnung, daß die ZA-Seite rechtzeitig vor Hamburg[41] ihre abschließenden Vorstellungen übermitteln werde. Die Kommission sei bereit, ihre Möglichkeiten eines Beitrags zu prüfen (Nahrungsmittelhilfe gegen Folgen der Dürre, Hilfe bei Rücksiedlung von Flüchtlingen).

E äußerte sich zustimmend. Die europäische Unterstützung helfe dem Friedensprozeß. Dieser sei in Bewegung, es gebe aber noch erhebliche Risiken. Die Zwölf müßten wirtschaftlich etwas Sichtbares tun und nicht bei politischen Erklärungen verharren.

E berichtete, daß Ortega bei seinem Besuch in Madrid an die Zwölf die Bitte gerichtet habe, an Überwachungsmaßnahmen mitzuwirken. E plädierte dafür, diese Bitte nicht einfach zurückzuweisen. I berichtete, daß Ortega in Rom den gleichen Vorschlag gemacht habe. Der Bitte solle jedoch nur entsprochen werden, wenn alle fünf ZA-Staaten dieses wünschten.

GB äußerte, daß es vorziehen würde, wenn ggf. einzelne MS und nicht die Zwölf geschlossen an der Verifizierung teilnehmen würden (entsprechend LUX).

BM faßte den Grundkonsens der Zwölf wie folgt zusammen: Sie seien der Auffassung, daß die kontinuierliche politische Unterstützung des Friedensprozesses

Fortsetzung Fußnote von Seite 307

setzung dieses Gremiums sei Nicaragua gegenüber den anderen zentralam. Staaten sehr flexibel. Nic[araguanische] Reg[ierung] habe sich entschlossen, auch an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland heranzutreten mit dem Ersuchen, sich an dem neuzuschaffenden Verifikationsinstrument zu beteiligen. Nic. Reg. wäre besonders dankbar, wenn die Bu[ndes]reg[ierung] dieses Ersuchen positiv beantworten könnte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 78; Unterabteilung 33, Bd. 146580.
Vortragender Legationsrat I. Klasse von Jagow teilte am 17. Februar 1988 der Botschaft in Managua mit: „Die Bundesregierung ist bereit, die Frage ihrer Teilnahme an einer internationalen Verifikationskommission zu Esquipulas II zu prüfen, wenn alle fünf Vertragsparteien uns darum bitten. Botschaft Mangua wird ermächtigt, dies der nic. Regierung mitzuteilen." Vgl. den Drahterlaß; Unterabteilung 33, Bd. 146580.

39 Am 10. März 1988 notierte Referat 331: „Der Gedanke der Gründung eines regionalen Parlaments in Zentralamerika ist eine persönliche Initiative von GUA-Präsident Cerezo. Mit diesem Projekt meldete er den Anspruch der ersten zivilen Regierung Guatemalas nach 15-jährigem Militärregime an, am Friedensprozeß und an der Demokratisierung in ganz Zentralamerika beteiligt zu sein. Gleichzeitig entsprach es dem Bemühen der neuen guatemaltekischen Demokratie, etwas von der Führungsrolle zurückzugewinnen, die GUA als größte der fünf ZA-Staaten traditionell spielte, bevor es sich als Folge der Militärdiktatur international isolierte. Obwohl einige andere ZA-Staaten, insbes[ondere] ELS und HON, diesem alten guatemaltekischen Führungsanspruch mit einer gewissen Reserve gegenüberstehen, einigten sich die Präsidenten der fünf ZA-Staaten auf ihrem ersten Gipfel in Esquipulas am 24./25. Mai 1986 auf die Gründung eines ZA-Parlaments. Durch Aufnahme in das Esquipulas II-Abkommen vom 7.8.1987 wurde die Initiative Cerezos mit dem Friedensplan des COS-Präsidenten Arias verbunden und ist seitdem Teil des Friedensprozesses in Zentralamerika." Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146597.

40 Die VN-Generalversammlung verabschiedete am 7. Oktober 1987 die Resolution Nr. 42/1, in der sie das Übereinkommen vom 7. August 1987 über „Verfahren zur Herbeiführung eines beständigen und dauerhaften Friedens in Mittelamerika" vom 7. August 1987 würdigte und die internationale Gemeinschaft aufforderte, „die technische, wirtschaftliche und finanzielle Hilfe für die mittelamerikanischen Länder zu erhöhen". Vgl. RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 42. Tagung, S. 14 f.

41 Zum Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und der EG-Kommission mit den Außenministern der „Gruppe der Acht" am 1. März 1988 in Hamburg vgl. Dok. 73.

in Zentralamerika wesentlich zu seinen bisherigen Ergebnissen beigetragen habe. Sie seien sich darüber einig, daß den Zwölf hier auch in Zukunft eine bedeutsame Rolle zukomme. Sie sähen das bevorstehende Außenministertreffen in Hamburg[42] als eine Chance, den Friedensprozeß in einem wichtigen Zeitpunkt erneut zu unterstützen und den 1985 in Luxemburg getroffenen Vereinbarungen über politischen Dialog und wirtschaftliche Zusammenarbeit neue Impulse zu geben.

5) Afrika

Die Minister verabschiedeten den 7. zusammenfassenden Bericht über die Anwendung des Verhaltenskodex für Unternehmen der Gemeinschaft mit Tochtergesellschaften in Südafrika. Sie beschlossen, den Bericht dem Europäischen Parlament und dem Wirtschafts- und Sozialausschuß der Europäischen Gemeinschaft zu übermitteln. Sie kamen überein, eine Presseverlautbarung zu diesem Thema zu veröffentlichen.[43]

Die Minister befaßten sich auch mit der Lage in Angola und der Haltung der Zwölf angesichts der jüngsten Entwicklungen.[44] P legte Einschätzung dar, daß Angola, das dringend wirtschaftlicher und finanzieller Hilfe bedürfe, eine Annäherung an den Westen vollziehen wolle. P sprach sich dafür aus, seitens der Zwölf den von Angola angestrebten Beitritt zum IWF zu unterstützen. BM unterstrich Notwendigkeit, alle Anstrengungen zu unternehmen, um zu einer Beendigung des Bürgerkriegs in Angola zu gelangen. BM verwies dabei auf Aktivitäten der USA (Crocker). Der angolanische Wunsch, dem IWF beizutreten, sollte durch die Zwölf unterstützt werden. Die Bundesregierung sei dazu bereit, wenn auch andere unterstützten.

Die Minister beauftragten die Präsidentschaft, in Mogadischu eine dringliche Demarche zu unternehmen mit dem Ziel, die Vollstreckung von Todesurteilen, die am 7. Februar 1988 gegen Politiker und Militärs ausgesprochen worden waren, zu verhindern. BM hat noch am Abend des 8. Februar ein dringliches Schreiben an Präsident Siad Barre mit diesem Inhalt gerichtet.

[gez.] Schilling

Referat 200, Bd. 134819

42 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe (San José IV) am 29. Februar und 1. März 1988 vgl. Dok. 72.

43 Für den Wortlaut der Pressemitteilung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 8. Februar 1988 vgl. BULLETIN DER EG 2/1988, S. 90.

44 Botschafter Disdorn, Luanda, resümierte am 10. Februar 1988, daß die militärische Auseinandersetzung im Süden Angolas einen neuen Höhepunkt erreicht habe: „Soweit von Luanda aus zu erkennen, haben sich im August 1987 starke Einheiten der Regierungstruppen von ihren befestigten Positionen südöstlich von Cuito Cuanavale in Richtung Süden auf die von UNITA gehaltene Ansiedlung Mabinga vorbewegt. Sie wurden dann von UNITA am Rio Lomba aufgehalten. Als UNITA in Bedrängnis geriet, griffen südafrikanische Truppen ein und trieben die angolanischen Regierungstruppen, unterstützt von UNITA, bis nach Cuito Cuanavale zurück, das dann über viele Wochen aus der Luft angegriffen und mit weitreichender schwerer Artillerie beschossen wurde und jetzt völlig zerstört ist. Mehrfach angegriffen wurden auch die aus der Provinzhauptstadt Menongue nach Cuito Cuanavale herangeführten Versorgungskonvois. Die angolanischen Verluste an Menschen und Material sind hoch. Auch die Südafrikaner haben anscheinend empfindliche Verluste erlitten. Eine solche Eskalation konventioneller Kriegsführung mit dem konkreten Risiko einer vollen Konfrontation mit den kubanischen Truppen hat es seit vielen Jahren in der Auseinandersetzung mit Südafrika nicht mehr gegeben.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 50; Referat 320, Bd. 155824. Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 362.

54

Botschafter Ruth, Rom, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 232 **Aufgabe: 10. Februar 1988, 11.15 Uhr**[1]
Citissime nachts **Ankunft: 10. Februar 1988, 13.55 Uhr**

Betr.: Deutsche EG-Präsidentschaft – Gespräche BM und StM Stavenhagen mit MP Goria, AM Andreotti und EG-Minister La Pergola am 9.2.1988 in Rom;
hier: Italienische Positionen zum Vorschlag der Präsidentschaft für Gesamtkompromiß vor EG-Sondergipfel in Brüssel 11./12.2.1988[2]

Bezug: DE Nr. 38 vom 9.2.1988 – 412-422.82/2-081245[3]

Auf Weisung

I. Ergebnis/Zusammenfassung

1) BM übergab italienische Version des Präsidentschaftspapiers.[4] Er stellte in Mittelpunkt seiner Erläuterung des Gesamtkompromiß-Vorschlags der deutschen Präsidentschaft Appell im Auftrage BKs an MP Goria und an seinen Freund Andreotti, dazu beizutragen, daß Brüsseler Sondergipfel endlich zum Gesamtkompromiß führe.[5] Er sei nach Rom gekommen, um zu zeigen, wie wichtig für Präsidentschaft Italien und seine Politik in anstehender Frage sei. I möge deshalb ernsthaft erwägen, ob es nicht doch bei vierten Einnahmequelle Alternative 1 nach evtl. Verbesserung der Modulation i.S. Is annehmen könne[6], zumal noch einige andere MS für Präsidentschaftsvorschlag zu Strukturfonds gewonnen werden müßten.

1 Das von Botschaftsrat I. Klasse Garbers, Rom, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 18.
Hat Vortragendem Legationsrat Zirpel am 11. Februar 1988 vorgelegen.

2 Zur außerordentlichen Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 vgl. Dok. 59.

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schönfelder übermittelte der Botschaft in Rom die italienische Übersetzung der Alternativen 1 und 2 zur Ausgestaltung der dritten und vierten Einnahmeart sowie des Absatzes über die Erhebungskosten im Papier der Bundesregierung „Vorschlag der Präsidentschaft für einen Globalkompromiß“ vom 9. Februar 1988 (SN/462/88); Referat 412, Bd. 168710.

4 Für das Papier „Proposta di compromesso globale della presidenza“ (SN/462/88) der Bundesregierung vgl. Referat 412, Bd. 168710.

5 Mit Schreiben vom 9. Februar 1988 an die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten betonte Bundeskanzler Kohl die Bedeutung einer Entscheidung über die Vorschläge der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket“) und führte weiter aus: „Damit hat die Gemeinschaft zugleich den Rücken frei für die zügige Behandlung der mit der Verwirklichung des Binnenmarktes zusammenhängenden, schwierigen Themenkomplexe. Nur wenn es uns gelingt, diese Diskussion in den nächsten Monaten voranzutreiben, werden wir unser gemeinsames Ziel erreichen können, den Binnenmarkt bis Ende 1992 tatsächlich zu verwirklichen. Dies ist mein Ziel für den Europäischen Rat im Juni in Hannover. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung und Hilfe, durch die Verabschiedung des ‚Delors-Pakets‘ das europäische Einigungswerk voranzubringen. Europa kann es sich angesichts der internationalen politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten nicht leisten, dringende Entscheidungen vor sich herzuschieben. Europa wird in der internationalen Politik den Platz, der ihm nach unser aller Verständnis gebührt, nur dann einnehmen können, wenn die Gemeinschaft in sich einig und handlungsfähig ist.“ Vgl. das Fernschreiben Nr. 173524 des Bundeskanzleramts vom selben Tag an das Auswärtige Amt; Referat 412, Bd. 168710.

6 Zur Haltung der italienischen Regierung zur Reform der EG-Eigenmittel vgl. Dok. 27, Anm. 46.

2) Goria reagierte mit Hinweis auf weiterhin bestehende italienische Bedenken, ob Vorschlag Präsidentschaft zur Agrarkosten-Disziplin wirklich ausreiche, und wies vor allem auf für I heikelsten Punkt hin: Das Differenzmodell für vierte Einnahmeart. Hier sei Kommissionsvorschlag für I Provokation gewesen. Statt echte europäische Eigenmittel zu schaffen, habe ER einseitig GB in Höhe von 1,75 Mrd. ECU begünstigt, und zwar zu Lasten Is. Auch neuer Vorschlag Präsidentschaft stelle mit Alternative 1 I schlechter als bisher. Er werde I im Gegensatz zum Acquis communautaire mit ca. 400 bis 500 Mio. ECU belasten, GB hingegen in Höhe von 660 Mio. ECU entlasten und trage Grundsatz der Berücksichtigung relativen Wohlstands nicht Rechnung. Die elf anderen MS könnten sich nicht darauf einigen, daß ein zwölfter, nämlich I, „das Abendessen bezahle". Zu einem Kompromiß nach BSP-Schlüssel sei I hingegen immer bereit.

3) Andreotti ergänzte, I, das immer auf Verbesserung MwSt.-Bemessungsgrundlage gedrängt habe, könne jetzt nicht als das Land hingestellt werden, das „mauere". Es verteidige lediglich Identität und Kontinuität der Gemeinschaft, man könne nicht aus Is Taschen das ziehen, was man GB gebe. Einerseits solle es in Genuß der Strukturfonds-Erhöhungen kommen, zugleich soll es aber viel mehr zahlen als bisher. Er, Andreotti, halte jedoch ein Modell für tragbar, das von bestehender MwSt.-Bemessungsgrundlage ausgehe und BSP in Höhe von höchstens 55 Prozent als Obergrenze einführe (statt wie in 2. Alternative der Präsidentschaft 60 Prozent), und denke, daß MP Goria dem zustimmen könne. Goria schwieg dazu und machte an anderer Stelle grundsätzlichen Prüfungsvorbehalt bis Brüsseler EG-Sondergipfel.

II. Im einzelnen

1) Goria eröffnete mit Dank für Überbringung Gesamtkompromiß-Vorschlag der Präsidentschaft, den BM nach Übermittlung durch 412 dank in Botschaft gerade installiertem Telefax in italienischer Sprachfassung vorlegen konnte.

2) BM erläuterte zunächst Grundphilosophie des Vorschlags: BK wolle auf jeden Fall in Brüssel Ergebnis erzielen, dazu hätten sich alle in Kopenhagen[7] verpflichtet, Probleme würden bis ER in Hannover[8] nicht leichter lösbar, ohne Brüsseler Lösung sei EG auf OECD-Tagung[9] und WWG[10] in sehr schlechter Position. Jetzt gelte es, für Vollendung Binnenmarktes Wege zu ebnen. D habe bereits erhebliche Schritte in diese Richtung getan: Gerade dort, wo wir am unmittelbarsten betroffen seien, in Agrarpolitik, hätten wir mit Hilfe BM Kiechle beachtlichen Schritt nach vorn getan[11], und das vor den für uns wichtigen Wahlen im März[12] und Mai[13]. Ebenso auf anderen Kerngebieten, besonders bei der Bereitstellung von Mitteln. Für Finanzreform biete deutsche Präsidentschaft zwei Alternativen an, deren eine gerade mit Rücksicht auf Is Belastungen formuliert sei.

3) Für erstes Hauptproblem auf ER (Strukturfonds) schlage D von 1989 bis 92 jährliche Anhebung von 1,1 bis 1,3 Mrd. ECU vor mit Möglichkeit, für unter

7 Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 vgl. AAPD 1987, II, Dok. 358.
8 Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 vgl. Dok. 191.
9 Die OECD-Ministerratstagung fand am 18./19. Mai 1988 in Paris statt.
10 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 19. bis 21. Juni 1988 in Toronto vgl. Dok. 181–184.
11 Vgl. dazu die Ergebnisse der Tagung des EG-Rats auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 18. bis 20. und am 23./24. Januar 1988 in Brüssel; Dok. 48, Anm. 4.
12 Am 20. März 1988 fanden Wahlen zum baden-württembergischen Landtag statt.
13 Am 8. Mai 1988 fanden vorgezogene Wahlen zum schleswig-holsteinischen Landtag statt.

Ziel Nr. 1 fallende Regionen Mittel zu verdoppeln. Damit könne mit Rücksicht auf Is Belange Regionalprinzip verwirklicht werden (Seite 1 unten des Vorschlags der Präsidentschaft). Mit GB, aber auch wohl mit NL und F werde es hier noch erhebliche Probleme geben. Hier habe D nach Kopenhagen noch einmal einen Schritt weiter auf die Interessen der Südstaaten hin getan.

Goria äußerte seinen Eindruck, Präsidentschaft habe der für I wesentlichen regionalen Optik der europäischen Politik (starke Revaluierung der Strukturfonds) mit ihrem Vorschlag Rechnung getragen, Globalurteil über Gesamtpaket-Vorschlag könne er aber erst in Brüssel abgeben. Andreotti schloß sich hierzu Goria an, gegen 2/3-Konzentration erhöben zwar einige MS Bedenken, I erhebe aber keine Einwände (so auch EG-Minister La Pergola).

4) BM zu Präsidentschafts-Vorschlag b) Haushaltsdisziplin:

Ob sich jährliche Steigerungsrate in Abs. 2 zu a) Agrarleitlinie mehr bei 70 oder 80 Prozent Obergrenze einpendeln solle, sei mehr politische Frage. In dieser Materie sei Urteil des Kommissionspräsidenten für deutsche Präsidentschaft sehr wichtig, wir bräuchten für britische und niederländische Freunde eine Art Gütesiegel der Kommission.

Passus c) zu außergewöhnlichen Umständen mit Anlage 1 entspreche inhaltlich Äußerungen der Kommission am Schluß des AM-Konklave.[14] Absatz 2 zur Haushaltsdisziplin für die nicht-obligatorischen Ausgaben sei nach seinem Gefühl für unsere Parlamente das richtige, wie er hoffe.

Wir wüßten, daß Eigenmittelvorschlag für I sehr wichtiger Punkt sei, I habe uns ja an Wochenende[15] erneut wissen lassen, daß es Differenz-Modell für nicht akzeptabel halte. Alternative 2 des deutschen Vorschlags sei für andere MS nicht akzeptabel, sei von deutscher Präsidentschaft aber mit Rücksicht auf I aufgenommen worden. An dieser Stelle habe sich nach unserem Eindruck eine fast unüberwindliche Schranke aufgebaut. Er bäte daher I um ernsthafte Prüfung, ob es nicht doch Alternative 1 zustimmen könne, evtl. nach Verbesserung Modulation. Aus unserer Präsidentschafts-Verantwortung heraus hätten wir uns unter Abrücken von ursprünglicher deutscher Position doch für Differenzmodell ausgesprochen. BK lasse Goria herzlich bitten, sich Modell 1 auch von Zahlen her noch einmal genau anzusehen. (Diplomatischer Berater des MP, Gesandter Fontana Giusti übergab an dieser Stelle deutscher Delegation italienisches internes Zahlenwerk, das Dg41[16] mitgenommen hat.[17])

5) Goria gab spontane Antwort, die aber nur provisorisch sein könne: Zur Agrarleitlinie sei ursprünglich von 60 Prozent die Rede gewesen, jetzt schon von 70 bis 80 Prozent der jährlichen Steigerungsrate. Hier müsse man bedenken, daß man zusammen mit Abwertung Altlagerbestände und Währungsreserven im Ergebnis noch über 100 Prozent hinausgehe. Hiergegen habe er grundsätzliche

14 Zur Sondertagung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten („Konklave“) am 1./2. Februar 1988 in Brüssel vgl. Dok. 47, Anm. 9.

15 6./7. Februar 1988.

16 Jürgen Trumpf.

17 Für das Papier „Finanziamento del bilancio CEE 1988“ vgl. die Anlage zur Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf vom 10. Februar 1988 über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Goria und Außenminister Andreotti am Vortag; Referat 412, Bd. 168710.

Bedenken. Er müsse sich vorbehalten, hierzu weitere Stellungnahme der Kommission zu hören.

Andreotti erklärte Ds Vorschlag unter Voraussetzung für gut, daß Kommission Gütesiegel gebe.

6) BM erläuterte zu Seite 5 – Stabilisatoren im Agrarbereich –, bei Garantiemengen für Getreide habe sich D sehr schwer getan. Um Konfrontation London/Paris zu vermeiden, hätten wir 155 bis 160 Mio. t. eingesetzt, im Bewußtsein, daß wir unter 160 gehen müssen. Am Ende werde sich wohl Kompromiß unter 160 abzeichnen. Seite 6 oben Ziffer 6 (Freigrenze für Kleinerzeuger) sei sehr wichtiger Punkt und im Blick auf deutsche Landwirtschaft große Konzession. Mit Ziffer 7 (Ankündigung durch Kommission, im erforderlichen Umfange Anpassung der monatlichen Zuschläge für Getreide vorzuschlagen) wolle deutsche Präsidentschaft Preissignal setzen lassen. Das sei ein beachtlicher zusätzlicher Schritt, der nach Meinung von Präsident Delors notwendig sei, um das Gütesiegel der Kommission zu erhalten. Bei Ölsaaten und Eiweißpflanzen (Seite 6 II) solle es bei Agrarminister-Beschlüssen bleiben. Seite 7 oben (Senkung der institutionellen Preise um 0,4 oder 0,5 Prozent) werde von Gesamt-Agrarpaket abhängen. Im übrigen schlage D vor, sog. kleines Paket (Milch, Zucker, Oliven, Wein) und set-aside nicht in Brüssel erneut zur Diskussion zu stellen, sondern bei dem zu bleiben, was schon in Kopenhagen auf dem Tisch lag. Ansonsten verlören wir in Brüssel den Boden unter den Füßen.

[18]Goria hielt es für schwer, darauf sofort im einzelnen einzugehen, und bemerkte nur allgemein, nach seinem Eindruck stelle Komposition von MVA[19] und Preisen gegenüber Kopenhagen völlig neuen Ansatz dar, mit dem wir noch Schwierigkeiten haben würden. Andreotti erwähnte, daß bereits in Kopenhagen Abwertung der Altlagerbestände (Seite 2 Buchstabe B) vorgesehen gewesen sei.

BM verwies auf Seite 1 Abs. 2 des Gesamtkompromiß-Vorschlags der Präsidentschaft mit Hinweis auf Dokument SN 461/88[20], das sei das Papier aus Kopenhagen. Zum Einwand des MP gestand er zu, daß in der Tat im Vergleich zu Kopenhagen Veränderung vorgenommen sei, aber in dem von I gewünschten Sinne: In Kopenhagen habe MVA im Vordergrund gestanden, jetzt sei Preissenkung zu eigenem Instrument ausgestaltet worden. Zwischen Kopenhagen und Agrarministerrat und jetzt weiter im Präsidentschafts-Vorschlag hätten wir immer weitere Schritte in Richtung Preissenkung getan, das habe im Laufe der kommenden Jahre durch Kombination verschiedener Eckwerte insgesamt Preissenkung von 11 Prozent zur Folge. In den letzten Tagen habe man in engem Kontakt mit Delors und im Gespräch Delors/BK sicherstellen wollen, daß für Kompromißpaket Agrarpolitik unter Kontrolle sei.

Zur britischen Entlastung habe Präsidentschaft noch keinen Vorschlag gemacht. Er wolle aber nicht verschweigen, daß sich nach unserer Auffassung alle beteiligen müssen. Er halte es nicht für richtig, daß vier Staaten nicht beteiligt würden und die Frage dann ohne Interesse betrachten.

18 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 233 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

19 Mitverantwortungsabgabe.

20 Für das mit Fernkopie Nr. 90 übermittelte Dokument „Gesamtkompromiß" (SN 461/88) vgl. Referat 410, Bd. 168710.

7) Goria bezeichnete noch einmal vierte Einnahmequelle als für I heikelsten Punkt. Der Kommissionsvorschlag habe in Höhe von 1,75 Mrd. ECU GB begünstigt und I entsprechend belastet. Dieses Differenz-Modell sei für I Provokation gewesen. I sei für Kompromißlösung auf Grundlage relativen Wohlstands der MS mit Pro-Kopf-Einkommen als echtem Indikator – eine nicht nur statistische, sondern politische Position. Zu Kompromiß nach BSP-Schlüssel sei I immer bereit. Der Vorschlag in Alternative 1 der Präsidentschaft stelle I schlechter als bisher, koste I ca. 500 Mio. ECU, stehe im Widerspruch zum Acquis communautaire und berücksichtige nicht wirklich Grundsatz des relativen Wohlstandes.

Andreotti wies auf die verschiedenen Ersparnisse für GB bei den beiden Alternativen hin (422 oder gar 666 Mio. ECU), wogegen niemand erhebliche Einwände erheben könnte. Er halte Modell auf bisheriger MwSt.-Bemessungsgrundlage mit BSP-Grenze von höchstens 55 Prozent für akzeptabel (Modulation der Alternative 2), er hoffe auch im Sinne des MP (der dazu schwieg).

BM warnte vor theologischer Bedeutung, die man Frage beizumessen sich anschicke. Hier dürfe man sich nicht festfahren. Er appellierte an I, ob es nicht doch Alternative 1 annehmen könne. Aber auch für Alternative 2 ließen sich gute Argumente vorbringen.

Goria forderte, daß Kompromißbemühungen wirklich alle Seiten umfassen müßten. Eine weitere Aufsplitterung des Differenz-Modells könne Grundsatz Berücksichtigung relativen Wohlstands nicht wirklich Rechnung tragen. Im Endergebnis könne schließlich auch noch F Ausgleich verlangen. Elf MS könnten sich nicht darauf einigen, daß der zwölfte „das Abendessen bezahle".

BM entgegnete, D könne mit beiden Modellen leben. Es gebe immer noch Länder, die für Strukturfonds-Erhöhung gewonnen werden müßten. Er sei nach Rom gekommen, um I Lagebild zu geben und um zu verhindern, daß sich aus Frage Finanzreform entscheidendes Hindernis für Erfolg des ER entwickelt. I solle nicht Eindruck bekommen, daß es nicht ernstgenommen werde. Doch wolle er zum Ausdruck bringen, daß Präsidentschaft hier ein ganz schweres Problem sehe.

Andreotti rekapitulierte, bis vor kurzem habe noch niemand von der 4. Einnahmequelle gesprochen. I habe stets Aufstockung der bewährten MwSt.-Bemessungsgrundlage gefordert. Jetzt könne man nicht I so betrachten, als ob es „mauere". I verteidige lediglich Identität und Kontinuität der Gemeinschaft, und man könne nicht aus seinen Taschen ziehen, was man GB gebe. Wenn man I in Genuß Strukturfonds-Erhöhung versetzen wolle, es zugleich aber sehr viel mehr zahlen lasse, brauche derzeitiges System gar nicht modifiziert zu werden.

Goria bat um Rücksichtnahme auf Is Sorgen über Gesamtpaket. Italienisches Parlament werfe sonst Regierung Rückschritte in Strukturfonds-Frage vor. I habe schon Konzessionen bei Agrarstabilisatoren gemacht, wo es vornehmlich Preissenkungen verlangt habe. Es sei I nicht zumutbar, daß ihm eine Mehrheit über Finanzreform Mehrbelastungen von 400 Mio. ECU bis 1992 aufzwinge, bei Entlastung um 660 Mio. ECU für GB. Die Brüsseler Beschlüsse hätten immerhin vier Jahre Gültigkeit.

Er sage jedoch gründliche Prüfung der Vorschläge Ds zu, bitte deutsche Präsidentschaft um gute Dienste bei Vermittlung zwischen den einzelnen MS und um Weitergabe der italienischen Positionen an BK und andere Regierungschefs.

8) BM schloß mit Bitte BKs um zügige Behandlung auf ER mit sofortigem abhandeln von Kapitel zu Kapitel, nach ganz kurzer Einführung durch BK und Präsident Delors, unter Konzentration auf Zentralproblem der Strukturfondsverbesserung/Kohäsion zur Erreichung des Ziels der Vollendung des Binnenmarktes.

[gez.] Ruth

Referat 412, Bd. 168710

55

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-10621/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 10. Februar 1988, 16.58 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 200 **Ankunft: 10. Februar 1988, 17.27 Uhr**

Betr.: Nuklearstrategie – Sachstand und Perspektiven aus bündnispolitischer Sicht

Zur Unterrichtung

1) Spezifische Akzeptanzkrise der Nuklearstrategie

Die Nuklearstrategie der Allianz befindet sich in einer spezifischen Akzeptanzkrise. Charakteristisch ist es, daß die Akzeptanz von Nuklearwaffen nicht – wie in früheren Zeiten – von Kreisen der Opposition, sondern aus Regierungen und den sie tragenden Parteien in Frage gestellt wird, insbesondere in den USA und der BR Deutschland. Ob sich diese Akzeptanzkrise bei politischen Entscheidungsträgern zu einer breiten Vertrauenskrise in der Bevölkerung ausweitet, wird die nahe Zukunft zeigen. Vertrauen erfordert logische Stimmigkeit und zeitliche Beständigkeit der politischen Argumente, die man vertritt. Beide Voraussetzungen waren in jüngster Vergangenheit nicht erfüllt:

– In den USA blieb die Vision einer nuklearwaffenfreien Welt virulent, die Vorbehalte gegenüber der NATO-Strategie erlebten einen neuen Höhepunkt („discriminate deterrence“); in ihren Einwänden gegen die nukleare Abschreckungsstrategie stimmen Rechtskonservative mit der Friedensbewegung hier überein.
– Die Haltung von Europäern, insbesondere auch deutschen Politikern, zur INF-Nullösung wirkte einer Chance zur Vertrauensstabilisierung entgegen: Zunächst bedingungsloses Unterstützen der Nullösung, dann deutliche Skepsis in Verbindung mit strategischen und politischen Gegenargumenten, dann nach Durchsetzung im Bündnis verhaltene, verklausulierte Zustimmung.

1 Das von Oberst i. G. Loquai, Brüssel (NATO), konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 15.
Hat Botschafter Holik am 12. Februar 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 15. Februar 1988 vorgelegen.

– Im Widerspruch zur erklärten Doktrin und insbesondere zu den „politischen Richtlinien“ von 1986[2] werden Nuklearwaffen als Kompensation konventioneller Ungleichgewichte auch konzeptionell begründet.
– Aufteilung des Risikoverbundes des Bündnisses in künstliche Zonen unterschiedlicher Gefährdung („fire break“, „Frontstaatengefährdung“), die den Sinn und die Tragfähigkeit des Solidaritätsverbundes untergraben.
– Widerspruch zwischen politisch-strategischem Zweck von Nuklearwaffen und daraus abgeleiteten Kriterien für das Dispositiv und tatsächlich vorhandenen Bestand nach Quantität und Qualität.

Diese Einflußfaktoren werden weiterwirken: Aus dem amerikanischen Wahlkampf[3] sind zusätzliche Irritationen zu erwarten, die Sowjetunion wird ihre deklaratorische Politik gegen Nuklearwaffen fortsetzen. Es besteht so durchaus die Gefahr, daß die spezifische Akzeptanzkrise im politischen Establishment als verstärkender Faktor für die Ausweitung des Vertrauensschwundes bei der Bevölkerung wirkt, zumal der Nährboden hierfür gerade in der BR Deutschland durch die Akzeptanzkrise im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie zusätzlich bereitet ist.

2) Ratifizierung des INF-Abkommens

Die Aufmerksamkeit hinsichtlich der Ratifizierung des INF-Abkommens konzentriert sich auf den Prozeß in den USA, während man die Ratifizierung durch SU als gegeben voraussetzt.[4] Die SU könnte jedoch durchaus ihrerseits die „Ratifizierung“ aussetzen als taktisches Mittel ihrer Politik oder aus wirklicher Besorgnis, falls die USA Bedingungen an den Vollzug des Abkommens knüpfen oder wenn die SU eine faktische Umgehung des Abkommens geltend machen könnte. Das Austragen der Umstrukturierungsforderungen der MNC[5] auf dem offenen Markt[6] sowie der Druck der amerikanischen Rüstungsindustrie und

2 Die auf der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) am 21./22. Oktober 1986 in Gleneagles verabschiedeten General Political Guidelines (GPG) der NATO regelten das Vorgehen beim Nuklearwaffeneinsatz im Rahmen der Strategie der „flexible response“. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 178, und AAPD 1986, II, Dok. 229, Dok. 246 und Dok. 302.

3 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

4 Referat 220 vermerkte am 17. Februar 1988 zum Stand der Ratifizierung des amerikanisch-sowjetischen INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987: „Bei den bisherigen Anhörungen in den Senatsausschüssen wurde die breite Unterstützung für den INF-Vertrag deutlich. Senator Helms ist nahezu isoliert in seiner Haltung, der Senat solle dem INF-Vertrag seine Zustimmung verweigern. Auch die Kritiker unter den bislang angehörten Experten sprechen sich nicht für eine Ablehnung des INF-Vertrags aus. […] Die amerikanische Regierung strebt den Abschluß des Ratifizierungsverfahrens für den April 1988 an. […] Die Sowjetunion ist offensichtlich bemüht, das Ratifizierungsverfahren auf sowjetischer Seite aufzuwerten und als Ereignis von eigenständiger politischer Bedeutung darzustellen. Damit wird eine gewisse Parallelität zum amerikanischen Verfahren nahegelegt. […] Die beiden Auswärtigen Ausschüsse des Obersten Sowjets befaßten sich am 9.2. mit dem Vertrag. Der Vertrag wurde vom Politbüromitglied Ligatschow eingeführt, AM Schewardnadse und VM Jasow gaben Stellungnahmen ab.“ Vgl. Referat 201, Bd. 143420.

5 Major NATO Commanders.
Lee Baggett (Supreme Allied Commander Atlantic, SACLANT), John R. Galvin (Supreme Allied Commander Europe, SACEUR) und Julian J. R. Oswald (Commander in Chief Allied Command Channel, CINCHAN).

6 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete am 1. Februar 1988, daß der Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Galvin, nach einem Bericht der amerikanischen Tageszeitung „International Herald Tribune“ für den Aufbau eines neuen Arsenals nuklearer Kurzstrecken-

Modernisierungsforderungen für bodengestützte Systeme mit einer Reichweite von 450 km oder gar 499 km können der SU Argumente liefern. Würde der INF-Vertrag nicht vollzogen, so dürfte wohl das Stationierungsmoratorium der NATO politisch kaum wieder rückgängig gemacht werden können, die BR Deutschland bliebe insbesondere unter der Bedrohung der für den selektiven Einsatz in Mitteleuropa maßgeschneiderten SS-23[7] und würde sich gleichzeitig mit der Modernisierungsforderung für die PIa konfrontiert sehen. Es ist deshalb wichtig, der SU keine Argumente in die Hand zu geben, die sie als Mittel einer Politik gegen das Bündnis verwenden könnte.

3) Umfang und Struktur des TNF-Bestandes

Die in Europa stationierten Nuklearwaffen erfüllen eine wichtige politische und strategische Funktion. Sie sind das eigentliche NATO-Dispositiv, auf das sich Konsultationen, politische Mitwirkung und Mitgestaltung aller Bündnispartner konzentrieren. Eine strategieangemessene Gestaltung beherrscht die Bündnisdiskussion seit Ende der 50er Jahre. In den Mittelpunkt der Konsultation rückt derzeit die Frage der „Modernisierung". Mit „Modernisierung" wurde beim NATO-Doppelbeschluß[8] eine über technische Verbesserungen hinausgehende qualitative Veränderung des TNF-Bestandes umschrieben. Seit dieser Zeit stößt der Begriff auf politische Widerstände, so wurde z. B. im Montebello-Beschluß[9] der Begriff

Fortsetzung Fußnote von Seite 316

systeme in Europa plädiert habe, „um durch INF-Vertrag verlorengegangene Feuerkraft auszugleichen". Die NATO solle „Folgesystem für Lance und nukleare Abstandswaffe für Flugzeuge einführen, Obergrenze von 1000 Granaten für nukleare Artillerie erhöhen […] und schließlich die nuklearen Flugzeugbomben modernisieren". Hansen bemerkte, daß Galvin mit seinen öffentlichen Äußerungen in „laufende Analysen HLG" eingreife: „Bedenklich ist vor allem Zusammenhang, in den Galvin seine Modernisierungsforderung stellt. Er erweckt Eindruck, als seien von ihm genannte Maßnahmen notwendig, um Auswirkungen eines INF-Abkommens zu kompensieren. Tatsächlich ist dies schon logisch gar nicht möglich, da durch kürzerreichende Systeme weiterreichende nicht ausgeglichen werden können. Zum anderen sind genannte Modernisierungen im Prinzip Maßnahmen, die im Montebello-Beschluß identifiziert worden waren, d. h. kontinuierliche Verbesserungen unabhängig von einem INF-Vertrag. Unklar ist zudem, was Galvin bezüglich nuklearer Artillerie meint." Vgl. den Drahtbericht Nr. 137; VS-Bd. 12129 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

7 Botschafter Ruhfus, Washington, informierte am 16. Februar 1988, daß sich der Generalstabschef der sowjetischen Streitkräfte, Achromejew, gegenüber amerikanischen Gesprächspartnern in Moskau wie folgt geäußert habe: „Die SU sei bei den INF-Verhandlungen bereit gewesen, die sowj[etischen] SS-23-Raketen – einem dringenden amerik[anischen] Anliegen entsprechend – einzubeziehen, obwohl dieses Raketensystem nicht über eine Reichweite von 500 km verfüge. Wenn die USA nun daran gingen, ein Lance-Nachfolgesystem mit einer Reichweite von ca. 450 km zu entwickeln, so würde sich die SU hintergangen fühlen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 726; Referat 220, Bd. 144780.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofstetter notierte dazu am 20. Februar 1988: „1) Die Reichweite der SS-23, von der es ausweislich des Datenmemorandums im Zeitpunkt der Unterzeichnung des INF-Vertrages 102 Werfer und 200 Flugkörper gab, ist für deren Verbot unerheblich. Art. III (2) nennt als ‚vorhandenen Typ von Flugkörpern kürzerer Reichweite' ausdrücklich die SS-23. Selbst wenn ihre Reichweite weniger als 500 km beträgt, ist sie dementsprechend verboten und zu eliminieren. […] 2) In den INF-Verhandlungen war die Reichweite der SS-23 umstritten. Mr. Simmons, der der amerikanischen INF-Delegation in Genf angehörte, sagte mir seinerzeit, daß es unsicher sei, ob die SS-23 tatsächlich eine Reichweite von mehr als 500 km habe. Zwar habe es zwei Tests gegeben, bei denen die SS-23 mehr als 500 km geflogen sei. Dabei könne es sich aber auch um ein ‚Versehen' gehandelt haben. Für eine Reichweite von weniger als 500 km könnte angeführt werden, daß die SS-23 als Nachfolgesystem der Scud konzipiert wurde." Vgl. Referat 220, Bd. 144780.

8 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

9 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 in Montebello vgl. Dok. 6, Anm. 8.

„Verbesserungen“ („improvements“) verwendet, für die Kommuniqués der letzten NPGs war der Begriff „modernization“ nicht durchsetzbar.

1983 war in Montebello durch die NPG ein Bündel von kurz- und mittelfristigen Maßnahmen identifiziert worden, um den TNF-Bestand in einem fortlaufenden Prozeß qualitativ zu verbessern. Einige dieser Maßnahmen sind zumindest teilweise vollzogen (z. B. Modernisierung der nuklearen Artillerie[10]), ein Teil der Maßnahmen wurde im Laufe der Zeit durch die NPG und in der nationalen Verpflichtung zu NATO-Streitkräftezielen zunehmend konkretisiert (z. B. Boden-Boden-Flugkörper kürzerer Reichweite – Follow-on to Lance – FOTL[11]; Abstandsflugkörper für DCA/TASM[12]).

Das mögliche Herausbrechen eines wichtigen Elements im TNF-Bestand durch den INF-Vertrag hat zu Überlegungen geführt, wie der verbleibende Bestand strategieangemessen gestaltet werden könnte. Die HLG hat, beauftragt von der NPG und unterstützt durch MNC und MC, hierzu Analysen durchgeführt. Dabei wurden

– Maßnahmen identifiziert, die geeignet sind, den Verlust vitaler Optionen bei INF auszugleichen,
– die Notwendigkeit begründet, die im Montebello-Beschluß identifizierten Maßnahmen zu verwirklichen.[13]

Für uns besteht Entscheidungsbedarf vor allem für die beiden „Montebello-Maßnahmen“ TASM und FOTL. Zwar wird uns eine konkrete planerische Entscheidung nicht in den nächsten Monaten abverlangt werden, doch werden uns insbesondere die US und GB drängen, uns im Laufe dieses Jahres klar zu äußern, nicht zuletzt auch deshalb, weil man in unserer Entscheidung eine Signalwirkung

10 Zwischen 1985 und 1988 ersetzten die USA die nukleare Artilleriemunition der amerikanischen Streitkräfte in Europa. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 126.

11 Zur Frage eines Nachfolgesystems für das nukleare Kurzstreckensystem „Lance“ vgl. AAPD 1986, II, Dok. 318.

12 Dual-Capable Aircraft/Tactical Air-to-Surface Missile.

13 Die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 14./15. Mai 1987 in Stavangar erteilte der High Level Group (HLG) der NATO den Auftrag, den zukünftigen Zuschnitt „des NATO-Nuklearpotentials in Europa im Hinblick auf Anpassungen, die notwendig werden können im Licht der sich ergebenden Sicherheitslage“, zu prüfen. Die HLG schloß den Bericht am 8. Oktober 1987 ab: „Der Bericht enthält Schlußfolgerungen und Empfehlungen, schlägt aber keine konkreten Entscheidungen über Systeme, Größenordnungen und Dislozierungen vor.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher vom 14. Oktober 1987; VS-Bd. 12124 (201); B 150, Aktenkopien 1987.
Die Ministersitzung der NPG am 3./4. November 1987 in Monterey billigte den Bericht der HLG. Dreher hielt dazu am 6. November 1987 weiter fest: „Die HLG wurde beauftragt, bis zur 43. NPG Ende April 1988 in Dänemark spezifische Empfehlungen zu erarbeiten. Die USA und insbesondere GB drängten auf erste Entscheidungen noch 1988.“ Vgl. VS-Bd. 12124 (201); B 150, Aktenkopien 1987.
Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), informierte am 10. Februar 1988, daß sich die HLG am Vortag erstmals mit dem neuen Auftrag befaßt habe: „Hierzu stehen der Gruppe die folgenden Dokumente zur Verfügung: letzter HLG-Report (für NPG Monterey), insbesondere Feststellungen zu möglichen Optionen und Empfehlungen für Umstrukturierung TNF; Agreed Minute Monterey; Bündnisbeschlüsse von Montebello, Luxemburg und folgende; SHAPE-Studie zu Military Requirements for Restructuring NATO's Nuclear Forces vom 28.1.1988.“ Auf dieser Basis hätten einzelne Mitgliedstaaten Stellungnahmen „zu einzelnen im SHAPE-Bericht identifizierten Maßnahmen“ abgegeben, darunter zweifach verwendbare Flugzeuge vom Typ „FB-111“, „F-111“, „F-16“ und „Tornado“, ferner FOTL und T[actical]A[ir-to-]S[urface]M[issile] sowie seegestützte Systeme. Ein Berichtsentwurf auf Grundlage dieser Diskussion solle in der HLG-Sitzung am 21./22. März 1988 vorgelegt werden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 197; VS-Bd. 11368 (220); B 150, Aktenkopien 1988.

für andere Mitgliedsländer sieht. Bei dieser Entscheidung sollten folgende Überlegungen berücksichtigt werden:

– Die Bundesregierung hat den Montebello-Beschluß mitgetragen, unsere Unterstützung für die in Frage stehenden Maßnahmen haben wir in den letzten NPGs kundgetan, unsere diesbezüglichen Absichten dem Bündnis mitgeteilt (DPQ[14]-Antworten!).
– Verzicht auf Modernisierung bedeutet auf längere Frist Eliminierung durch Veralterung.
– Der Einfluß in der Mitgestaltung nuklearer Entscheidungsprozesse ist nicht vom Besitz eines bestimmten Waffensystems abhängig. Er bemißt sich jedoch auch nach dem Umfang des Risikos und der Verantwortung, die ein Land zu tragen bereit ist.
– Konkrete Entscheidungen für Modernisierungen werden nur von einem Teil der dafür in Betracht kommenden Mitgliedsländer getroffen werden. So haben TUR, B und GR z. B. sich schon gegen ein Nachfolgesystem für Lance entschieden (DPQ-Antworten 1987). Ob I und NL sich dafür entscheiden, ist ungewiß; wir sollten jedenfalls nicht darauf bauen.
– Das TNF-Potential ist in sich in Umfang und Struktur kaum strategiekonform gemäß GPG. Insbesondere die SNF-Lastigkeit ist mit der erklärten Nuklearpolitik des Bündnisses nicht begründbar. Durch eine konstruktive Haltung zur Modernisierung könnte eine quantitative [15]Verringerung und qualitative Umstrukturierung in Richtung auf größere Strategiekonformität erreicht werden.
– Die amerikanische Rüstungsindustrie bietet zur Zeit ihre spezifischen Lösungen insbesondere für ein bodengestütztes Flugkörpersystem knapp unter 500 km Reichweite an. Der „Modernisierungsdruck" der Industrie wird sich noch verstärken, vermittelt durch Politiker und hohe Offiziere. Es ist daher notwendig, eine politische Entscheidung auf der Grundlage eines konzeptionellen Rationals zu entwickeln.
– Verzicht auf Modernisierung bedeutet auch Verzicht auf technische Verbesserungen der operativen Zuverlässigkeit und der technisch-betrieblichen Sicherheit. Zusätzliche Sicherheitsrisiken können sich dadurch ergeben, daß veraltete Waffen länger in Einsatz gehalten werden. Für die BR Deutschland als das Land mit den meisten TNF auf eigenem Boden wiegt diese durch Modernisierungsverzicht verursachte Erhöhung des Sicherheitsrisikos schwer.

Die Bundesregierung wird eine unzweideutige Antwort finden müssen auf die beiden Fragen:

– Ist sie grundsätzlich bereit, ihre nuklearen Einsatzmittel zu modernisieren, und wenn ja welche?
– Falls nein, ist sie bereit, dem Modernisierungsbedarf jedenfalls insoweit Rechnung zu tragen, als sie wenigstens der Stationierung von modernen TNF-Systemen der Bündnispartner (US und GB) auf deutschem Boden zustimmt?

14 Defence Policy Questionnaire.
15 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 201 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens Vgl. Anm. 1.

Eine negative Antwort auf die zweite Frage hätte verhängnisvolle Konsequenzen für das Bündnis insgesamt, eine Verneinung der ersten Frage schwerwiegende Folgen für unsere Rolle im Bündnis und unsere Sicherheit.

Die aktuelle Diskussion wird zunehmend auch die Frage nach der Begründung von Struktur und insbesondere Umfang des TNF-Bestandes in den Vordergrund bringen. Die derzeitigen Umfangzahlen, insbesondere bei SNF, lassen sich strategisch und politisch nicht überzeugend begründen. Wir haben ein besonderes Interesse an einem strategieangemessenen TNF-Potential, wir haben gute Möglichkeiten, durch unsere Repräsentanz und unser Gewicht im Bündnis Denk- und Entscheidungsprozesse zu beeinflussen. Voraussetzung dafür ist eine klare politische Entscheidung über die Zielvorgaben.

4) Nukleare Rüstungskontrolle

Reykjavik[16] hat versucht, die Positionen bezüglich der Zielsetzung und Prioritäten nuklearer Rüstungskontrolle festzuschreiben, allerdings bewegen sich Konsultationen zu Artikel 8 im Kreise. Dies kann sich nach Ratifizierung eines INF-Vertrages ändern.

Eine START-Vereinbarung fände die ungeteilte Unterstützung der Bundesregierung.

Brennpunkt der bündnisinternen Auseinandersetzung wird das Problem der rüstungskontrollpolitischen Erfassung der Systeme unter 500 km Reichweite sein. Hier sind folgende Aspekte bedeutsam:

– „Artikel 7 Reykjavik“ bietet schon deshalb keinen umfassenden Ansatz, weil nur ca. 40 Prozent der NATO-Systeme US-Systeme und etwa 80 Prozent der WP-Systeme SU-Systeme sind.
– Der Präzisierung bedarf die Formel „equal ceilings“; schließt dies auch das Nullniveau ein?
– Das Reduzierungskriterium ist zu definieren: Werfer, Gefechtsköpfe oder Raketen? – Die Zahlen verhalten sich auf westlicher Seite wie etwa 1:8:25.
– Nukleare Artillerie ist durch Artikel 7 überhaupt nicht erfaßt. Hier müßte aufgrund der technischen Charakteristika, z.B. Verhältnis Rohre zu Gefechtsköpfen (auf NATO-Seite etwa 3:1), ein völlig neuer Ansatz gefunden werden. Das Gleiche gilt im Prinzip für Flugzeuge.

Wir werden auch hier unsere Position im Bündnis nach unseren Interessen nur dann vertreten können, wenn wir diese Interessen unzweideutig definiert haben.

5) Bündnissolidarität

Der Zusammenhalt des Bündnisses, die sichtbare Bereitschaft der Partner, füreinander und für das Bündnis Lasten zu übernehmen und das Risiko zu teilen, ist ein entscheidendes Element seiner kriegsverhindernden Funktion. Die Solidarität zeigt sich besonders deutlich an der Bereitschaft, sich am „nuklearen Risiko“ zu beteiligen.

16 Vgl. dazu die Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 174.

Hier sind folgende Tendenzen bemerkenswert:

– Den USA wurde und wird häufiger der Vorwurf nachlassender Bereitschaft gemacht, mit ihrem strategischen Abschreckungspotential für das Bündnis einzustehen. Manches, was man aus Amerika hört, stützt diesen Vorwurf. Doch viele Begründungen von Europäern (z. B. Abkopplung durch INF-Vertrag) sind ungerechtfertigt. Man sollte sich hier vor einer Mentalität der „self-fulfilling prophecy" hüten.

– Die Nichtnuklearmächte in Europa, für die in den 60er und 70er Jahren die Stationierung amerikanischer Nuklearwaffen auf ihrem Territorium Sicherheitsgarantie war, empfinden eine Teilhabe am nuklearen Risiko zunehmend als Last. Die Zahl der Länder schrumpft, die durch Übernahme konkreter Lasten auch Risiken zu übernehmen bereit sind (TUR nähert sich z. B. hinsichtlich seiner Nuklearpolitik GR).

– Je allgemeiner die Verpflichtung ist, sich am nuklearen Risiko zu beteiligen, desto ungeteilter die Zustimmung im Bündnis. Je geringer die Wahrscheinlichkeit, sich konkret beteiligen zu müssen, desto deutlicher die Zustimmung einzelner Länder. Die BR Deutschland hat in der Vergangenheit durch ein Höchstmaß an Risikofreude ein hohes Erwartungsniveau in ihre Risikobereitschaft gesetzt. Sie wird daran auch in Zukunft gemessen werden.

6) Zusammenfassung

Insgesamt ist die Lage auf dem Gebiete der Nuklearstrategie durch ihre Vieldeutigkeit und Unsicherheit bestimmt. Von den Entscheidungen in diesem Jahr und dem nächsten Jahr wird die weitere Richtung bestimmt werden. Die BR Deutschland wird durch ihre Entscheidung nicht nur maßgebend die Richtung mitbestimmen, sondern durch ihr Entscheidungsverhalten die Möglichkeit ihrer Einflußnahme im Bündnis gestalten. Dabei stehen wir nicht unter Zeitdruck, was konkrete planerische Entscheidungen betrifft, jedoch hinsichtlich unserer zukünftigen Richtung. Der Zeitpunkt unserer Entscheidungen wird allerdings auch ein Indiz für unsere Eigenständigkeit und Souveränität sein.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 12241 (220)

56

Botschafter Freiherr von Wechmar, London, an das Auswärtige Amt

114-10629/88 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 306
Citissime

Aufgabe: 10. Februar 1988, 18.30 Uhr[1]
Ankunft: 10. Februar 1988, 20.47 Uhr

Betr.: Irritationen und Besorgnisse im deutsch-britischen Verhältnis aus britischer Sicht

Zur Unterrichtung

Kurzfassung

1) Im deutsch-britischen Verhältnis werden in letzter Zeit auf britischer Seite eine Reihe von Besorgnissen und Irritationen sichtbar, die über die Presse hinaus jetzt partiell auch Regierungskreise beunruhigen. Sie sind durch politische Meinungsverschiedenheiten zu einer Reihe von Problembereichen (s. u.) bedingt, lassen sich aber auch durch personenbezogene Faktoren erklären. Darüber hinaus spielen Unterschiede im politischen System eine Rolle, wobei wir in GB gewisse Verständnisschwierigkeiten für unsere föderalistische Struktur und die Gegebenheiten einer Koalitionsregierung vorfinden.

2) Die Botschaft sieht die Entwicklung des hiesigen Meinungsbildes über uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht für besorgniserregend an. Trotzdem sollten wir allen hiesigen Entwicklungen, die zu einer Fehleinschätzung unserer Außenpolitik führen könnten, rechtzeitig entgegentreten. Die Grundlage der deutsch-britischen Beziehungen ist sehr solide. Trotzdem erscheint es angebracht, die „stille Allianz" mit GB mehr zu pflegen und öffentlichkeitswirksamer zu demonstrieren. Dies erscheint auch angesichts der derzeit großen Publizität der deutsch-französischen Beziehungen angebracht.

3) Auf britischer Seite haben sich in folgenden sechs Problembereichen Irritationen über Meinungsunterschiede mit uns gezeigt: Agrar-Problematik und Haushalt der EG; Abrüstung und Rüstungskontrolle; deutsch-französische Beziehungen; Einschätzung der Innen- und Außenpolitik der SU; Haltung in Terrorismus-Fragen; Politik gegenüber Syrien und Iran.

Darüber hinaus ist das angeblich unterkühlte Verhältnis zwischen PM Thatcher und BK Kohl von Bedeutung, sollte jedoch nicht überbewertet werden. Die PM hat durch Temperament und Charakter ihren Teil dazu beigetragen, daß Irritationen im bilateralen Verhältnis sich nicht einseitig auf britischer Seite einstellen.

4) Die Botschaft ist der Auffassung, daß wir im bilateralen Verhältnis „mehr Flagge" zeigen müssen und schlägt folgende operative Maßnahmen vor:

[1] Ablichtung.
Das von Botschaftsrat Hauswedell, London, konzipierte Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 8 und 23.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 12. Februar 1988 vorgelegen.

– Rede des BM in London vor dem „Institute for Strategic Studies“ oder dem „Royal Institute for International Affairs“ (Chatham House) noch in diesem Jahr.
– Sichtbarere Institutionalisierung bzw. Aufwertung der derzeit drei bis vier Mal jährlich stattfindenden AM-Konsultationen: Größere Delegationen, mehr PÖA[2]-Vorbereitung, vielleicht Treffen an einem symbolträchtigen Ort in GB (Coventry?).
– Entsendung ranghoher Vertreter der Zentrale zur diesjährigen Königswinter-Konferenz (8.–9. April) in Cambridge.
– Überprüfung, ob in der Zentrale nicht doch die Wiedereinrichtung eines Koordinators für deutsch-britische Beziehungen angezeigt ist. Das Vorhandensein von Koordinatoren zur Zusammenarbeit zwischen D und F sowie D und USA könnte bei GB auf Dauer zu falschen Rückschlüssen über seinen Stellenwert in der deutschen Außenpolitik führen.

Langfassung

I. Im deutsch-britischen Verhältnis werden in letzter Zeit auf britischer Seite eine Reihe von Besorgnissen und Irritationen sichtbar, die nach ihrer anfänglichen Limitierung auf den effekthaschenden Bereich der Presse-Schlagzeilen („New Cold War Between Thatcher and Kohl“[3]) jetzt partiell auch Regierungskreise beunruhigen. Die Irritationen beschränken sich nicht auf das angeblich persönlich unterkühlte Verhältnis der Regierungschefs, zu dem PM Thatcher durch Temperament und Charakter ihren Teil beiträgt, sondern resultieren aus einer Reihe von nachfolgend näher erläuterten politischen Meinungsverschiedenheiten zu bestimmten Aspekten unserer Außenpolitik, die in GB mit Skepsis oder Besorgnis gesehen werden. In einer übergeordneten Betrachtungsweise haben hier auch – allerdings bisher eher auf die Presse beschränkt – Spekulationen über die Verläßlichkeit des deutschen Partners in NATO und EG eingesetzt. Es werden Zweifel an der Standfestigkeit unserer West-Bindung laut (Presse-Schlagzeile: „How to Stop Germany From Defecting“), die nach vereinzelter Auffassung durch eine erneute Gorbatschow-Offensive ins Wanken geraten könnte. Auch spielen hier plötzlich – wenn auch mehr „on the fringe“ – die für Paris zur Tagesordnung gehörenden Mutmaßungen eine Rolle, daß die SU für ein Angebot Wiedervereinigung gegen Neutralität bei uns möglicherweise Interessenten finden könnte.

Die Botschaft sieht die Entwicklung des hiesigen Meinungsbildes über uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht für besorgniserregend an. Die Debatte ist auch durch zeitliche Faktoren der Tagespolitik (Übernahme der EG-Präsidentschaft[4]; besondere deutsche Beachtung der SNF-Problematik; hier unterstützte Forderung, daß wir mehr zur Ankurbelung der Weltkonjunktur tun müßten) bestimmt und könnte in dem Maße wieder abebben, wie die zwischen D und GB bestehenden Meinungsverschiedenheiten abgebaut werden oder sich zeitlich erledigen. Trotzdem sollten wir allen hiesigen Tendenzen, die zu einer Fehl-

2 Politische Öffentlichkeitsarbeit.
3 Vgl. dazu den Artikel „Thatcher and Kohl wage their own ‚cold war‘“; THE TIMES vom 15. Januar 1988, S. 7.
4 Die Bundesrepublik übernahm am 1. Januar 1988 für sechs Monate die EG-Ratspräsidentschaft.

einschätzung unserer Außenpolitik führen könnten, rechtzeitig und entschieden entgegentreten.

Die solide Grundlage der deutsch-britischen Beziehungen verschafft uns dabei eine beruhigende Ausgangslage. Das in einer kürzlichen Studie so treffend als „stille Allianz" beschriebene deutsch-britische Verhältnis ist sehr viel nüchterner und eher vom Understatement gekennzeichnet, als etwa das deutsch-französische Verhältnis, in dem aus britischer Sicht sehr viele Emotionen und „Symbolik" mitschwingen. Im deutsch-britischen Verhältnis ist möglicherweise die Abwesenheit von Problemen ein Handikap für ihre öffentliche Wahrnehmung: Großbritanniens Funktion als Schutzmacht für Berlin, sein Engagement mit 65 000 Soldaten der BAOR[5] und der RAF Germany[6] in der Vorneverteidigung der Bundesrepublik, die gemeinsame Integration im nordatlantischen Bündnis: Alle diese Tatsachen werden als gegeben angesehen, sind in Deutschland – und vielleicht auch hier – zu sehr im öffentlichen Unterbewußtsein verschwunden. Es wäre deshalb erwägenswert, ob nicht in unseren bilateralen Kontakten und der Öffentlichkeitsarbeit gewisse Grundtatsachen erneut in Erinnerung gerufen werden sollten. Christopher Mallaby, designierter neuer Botschafter in Bonn, gab mir in einem längeren Gespräch kürzlich zu verstehen, daß unsere „stille Allianz" vielleicht zu still sei und mehr der ständigen Pflege bedürfe.

II. Die folgenden Problembereiche, bei denen uns britische Gesprächspartner auf Friktionen mit bzw. auf Verständnisschwierigkeiten für die deutsche Haltung hingewiesen haben, vermitteln einen ungefähren Eindruck der Prioritäten-Liste der hiesigen Bedenken.

1) EG: Agrar-Problematik und Kontrolle von Haushalt und Finanzen

Deutliche Übereinstimmung zwischen Downing Street, FCO, der seriösen Presse und der Massen-Presse, daß die von PM Thatcher eingenommene Haltung der einzig vernünftige Weg zur Lösung der Probleme sei und daß unsere Haltung durch übergroße (und unverständliche) Rücksicht auf Partikularinteressen diktiert werde, nicht präsidentschaftswürdig sei und sich langfristig zu Lasten der Gemeinschaft und ihres internationalen Rufes auswirken würde. Hier wirft man uns mangelnden Mut und Weitsicht vor; Einwände wegen schwieriger innenpolitischer Rücksichtnahme (Landtagswahlen[7]) läßt man nicht gelten.

Wir werden vor dem Trugschluß gewarnt, darauf zu hoffen, daß PM Thatcher wegen ihrer Isolierung gezwungen sein könnte, in der Sache nachzugeben. Das Gegenteil sei der Fall: Da auch die Bevölkerung überzeugt sei, daß die britische „Radikalkur" das beste Mittel zur Sanierung der Agrar- und Haushaltsproblematik der EG sei, würde die PM durch Prinzipientreue innenpolitisch nur in der Gunst steigen. Die PM sei ein „fighter", sie gehe nie den Weg des geringsten Widerstandes, auch in der EG-Politik verfolge sie ein „viel Feind, viel Ehr"-Konzept. „Splendid isolation" habe hier schließlich einen positiven Klang.

Mallaby, der durch seine Zeit im Cabinet Office der PM lange Zeit sehr nahe stand und selber ein Kenner der Materie ist, bezeichnete mir gegenüber die EG-

5 British Army of the Rhine.
6 Royal Airforce Germany.
7 Am 20. März 1988 fanden Wahlen zum baden-württembergischen und am 8. Mai 1988 vorgezogene Wahlen zum schleswig-holsteinischen Landtag statt.

Problematik als Kernpunkt der beiderseitigen Differenzen: Selbst bei einer Lösung dieser Probleme sieht er noch längere Nachwirkungen der Verstimmung voraus (Quellenschutz erbeten). Im FCO wird unsere EG-Position verständnisvoller, aber in der Sache ähnlich gesehen, wie auch die beiden Reden von AM Howe und StM Lynda Chalker im November 1987 und Januar 1988 in der Bundesrepublik beweisen.

2) Abrüstung und Rüstungskontrolle; Prioritäten des Bündnisses nach dem INF-Vertrag

Hier wird deutsch-britische Übereinstimmung über Wünschbarkeit der baldigen Ratifizierung des INF-Abkommens und über ein START-Abkommen mit fünfzigprozentiger Reduzierung anerkannt; bei dem Bereich SNF im Zusammenhang mit der Entscheidung über zukünftige Prioritäten der Abrüstung und ganz besonders im delikaten Bereich der Modernisierung der verbleibenden Nuklearwaffen herrscht jedoch die bereits bekannte britische Besorgnis, daß unsere von der Mehrheit der Allianz abweichenden Positionen es der SU erlauben könnten, Differenzen im Bündnis auszunutzen, [8]um die Sicherheit des Westens zu schwächen.

Trotz unseres eigenen Anteils am Zustandekommen der WEU-Plattform der europäischen Sicherheitsinteressen[9] mit ihren deutlichen Aussagen über die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung auch der nuklearen Abschreckungskomponente fühlt GB in diesen Fragen eine größere Interessenidentität mit der anderen europäischen Nuklearmacht, Frankreich. Der ungebrochene nationale Konsens in Verteidigungsfragen in F bietet GB größere Gewähr, um die Denuklearisierung Europas und die Einbeziehung der Drittstaatensysteme von F und GB in die Abrüstungsverhandlungen zu verhindern und auch um die Legitimität der Modernisierung der verbleibenden Nuklearwaffen gegenüber der eigenen Bevölkerung zu begründen. GB konstatiert bei uns eine größere Sensibilität der Bevölkerung und einen fehlenden Konsens innerhalb der Regierung: So scheint die brit. Regierung Unterschiede zwischen den Positionen des Bundeskanzlers und denen des BM zu sehen, obwohl dies nicht offen ausgesprochen wird. Die Versicherungen des Bundeskanzlers bei seiner Pressekonferenz in Downing Street (am 2. Februar), daß eine Denuklearisierung und dritte Null-Lösung nicht in Betracht kämen[10], wurden hier mit Genugtuung aufgenommen.

8 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 307 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

9 Der WEU-Ministerrat verabschiedete auf seiner Tagung am 26./27. Oktober 1987 in Den Haag die „Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen". Vgl. dazu die Aufzeichnungen des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Arnim vom 29. und 30. Oktober 1987; VS-Bd. 11913 (209); B 150, Aktenkopien 1987. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 613–616.
Referat 209 vermerkte am 3. März 1988, daß die Special Working Group (SWG) der WEU auf Vorschlag der Bundesrepublik zur Implementierung der Plattform vereinbart habe, alle WEU-Mitgliedstaaten sollten in Form eines Non-papers Anregungen machen, wie die dargelegten Leitlinien zum Umfang der Verteidigungslasten, zur wirksameren Nutzung der vorhandenen Mittel sowie zur Verbesserung der Konsultationen und zur Abstimmung im Fall von Krisen außerhalb Europas (Ziffer III a 4) praktisch umgesetzt werden könnten. Die Bundesregierung habe inzwischen erste Vorschläge zur Vorneverteidigung („Basic Organization of Our Defence"), zum Gefecht der verbundenen Waffen („Integrated Battle") und zu „Training and Operational Procedures" unterbreitet. Dabei gehe es um die Rolle der französischen Streitkräfte sowie deren bessere Integration und Teilnahme an gemeinsamen Übungen. Vgl. Referat 209, Bd. 148752.

10 In der Presse wurde zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Kohl am 2. Februar 1988 in London festgehalten: „Bei dem Londoner Treffen wurden Ost-West- und Rüstungsfragen aus Zeitgründen nur am

GB hat Verständnis für unsere geographische Exponiertheit, läßt das Argument der „Singularisierung“ aber nicht gelten: Die 65 000 Truppen[11] der BAOR und der RAF-Germany mit ihren Angehörigen sowie die Truppen sechs anderer Alliierter auf deutschem Boden seien dem SNF-Risiko ebenso ausgesetzt wie die Deutschen.

Im Bereich chemische Waffen, wo die britisch-deutsche Abstimmung anfangs sehr gut funktioniert hat, gibt es Besorgnisse, daß unser Drängen auf eine schnelle Lösung dann taktisch falsch sein könnte, wenn sie dazu führt, daß die derzeit wegen der Verifikationsschwierigkeiten zögernden Verbündeten USA und F öffentlich unter Druck geraten.

3) Deutsch-französische Beziehungen

Trotz der unterschiedlichen Beurteilung von PM Thatcher einerseits, („NATO first“-policy; Abneigung gegen bilaterale oder auch multilaterale Zusammenarbeit, wenn diese nach britischer Auffassung die Gefahr von „Sub-Strukturen“ in sich bergen, an die Stelle der NATO treten[12] oder in den USA Tendenzen wachrufen könnten, das Engagement in Europa zu vermindern), und von FCO und MOD andererseits (gelassenere Beurteilung der nach ihrer Auffassung eher geringen militärischen Bedeutung der Brigade; Begrüßung der Absicht, F aus verteidigungspolitischer Autarkie herauszulocken), besteht hier jedoch eine gewisse Verstimmung darüber, daß GB – dessen Commitment für die Vorneverteidigung der Bundesrepublik offensichtlich sei – nicht genannt worden ist, als über eine mögliche Erweiterung der Brigade[13] (Mitterrand: Spanien, Italien) seitens F zum Teil öffentlich nachgedacht wurde. Insbesondere war die Nennung Spaniens, mit dem GB wegen Gibraltar ohnehin bilaterale Probleme hat, ungünstig, da GB in anderem Zusammenhang sehr genau auf die Einhaltung der NATO-Bündnisverpflichtungen durch Spanien achtet und jetzt argwöhnt, daß Spanien sich durch WEU-Beitritt[14] oder eine bilaterale Zusammenarbeit seine verteidigungspolitischen „Credentials“ auf billige Weise erwerben will.

Fortsetzung Fußnote von Seite 325

Rande angesprochen. Kohl wies jedoch Behauptungen zurück, daß die Bundesrepublik mit der Sowjetunion ‚flirte‘. Es gebe ‚einen gewissen Nachholbedarf‘ bei der Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion, der jetzt erfüllt werde, meinte der Kanzler. Berichte über grundsätzliche Meinungsunterschiede im Bereich der Kurzstreckenraketen zwischen London und Bonn wies er ebenfalls zurück. Das Problem sei nicht angesprochen worden.“ Vgl. den Artikel „Kohl kann Margaret Thatcher nicht umstimmen“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 3. Februar 1988, S. 1.

11 So in der Vorlage.

12 Korrigiert aus: „NATO zu treten“.

13 Zur Aufstellung einer Deutsch-Französischen Brigade vgl. Dok. 32.

14 Am 17. Februar 1988 vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen: „Seit der Belebung der WEU im Herbst 1984 haben sich eine Reihe unserer westeuropäischen Verbündeten, insbesondere Portugal und Spanien, aber auch die Türkei und Griechenland, an einem Beitritt zur WEU aktiv interessiert gezeigt. […] Insbesondere das Interesse Spaniens an der WEU hat nach der Verabschiedung der ‚Plattform Europäischer Sicherheitsinteressen‘ auf dem Ministertreffen von Den Haag am 26./27. Oktober 1987 wieder zugenommen, da sie in dieser sehr klar und grundsätzlich gehaltenen Definition der Leitlinien einer gemeinsamen Sicherheitspolitik den Beweis für die Ernsthaftigkeit der MS der WEU erblicken, die sicherheitspolitische Dimension der europäischen Integration mit Hilfe der WEU aufzubauen, solange dies im Rahmen der Zwölf nicht möglich ist. Das Risiko, von einer ihre vitalen Interessen berührenden europäischen Entwicklung ausgeschlossen zu bleiben, stimuliert das Interesse an der WEU.“ Die WEU-Mitgliedstaaten hätten sich allerdings bislang „nicht auf operative Schritte einigen können, die zu der für eine Erweiterung nach Artikel 11 des Brüsseler Vertrages erforderlichen Einladung zum Beitritt führen könnten. Die Erweiterungsfrage wurde seit 1984 auf Betreiben von GB und NL regelmäßig nicht einmal als solche auf die Tagesordnung der Ministertagungen gesetzt, sondern regelmäßig nur ‚informell‘ während Essen diskutiert“. Vgl. Referat 202, Bd. 148818.

Während die Botschaft weisungsgemäß NATO-Konformität und europäische Finalität der deutsch-französischen Zusammenarbeit bei allen hiesigen Gesprächen unterstreicht, muß befürchtet werden, daß selbst im FCO und MOD ein erheblicheres Maß an Skepsis gegenüber dieser Zusammenarbeit und ihrer Belastung für die deutsch-britischen Beziehungen zurückbleibt, als uns gesagt wird.[15] Es könnte die paradoxe Wirkung eintreten, daß die deutsch-französische verteidigungspolitische Zusammenarbeit gerade dann zu einem Störfaktor für unsere Beziehungen mit London wird, wenn sie erfolgreich verläuft.

Ein Versuch unsererseits – sollte er beabsichtigt sein –, hiesige Kritik an der deutsch-französischen Zusammenarbeit dadurch aufzufangen, daß wir auf die praktisch schon existierende sicherheitspolitische Abstimmung im Dreieck der Großen (GB–F–D) hinweisen, hätte den Nachteil, daß dies nur beschränkt verwendet werden könnte, da wir die Kritik von I und kleineren Partnerstaaten wegen der Gefahr eines „Direktoriums" zu vergegenwärtigen hätten.

4) Einschätzung der innenpolitischen Reformen und der Außenpolitik Gorbatschows

Britische Presse, aber auch Gesprächspartner in Regierungskreisen, konstatieren eine sehr viel größere Bereitschaft, die Auswirkungen der sowjetischen Reformen als potentiell positiv für den Westen anzusehen und der sowjetischen Außenpolitik eher den „benefit of the doubt" einzuräumen, als dies die britische Öffentlichkeit und Regierung derzeit zu tun bereit wären. Im Zusammenhang mit unserer Teilung und unserer geographischen Lage hält sich hier der Zweifel, ob wir nicht gegenüber den Propaganda-Offensiven des Ostens anfälliger und beeinflußbarer („gullible") seien, insbesondere wenn dies im Zusammenhang mit Spekulationen auftaucht, daß die SU die deutsche Karte spielen könnte, um uns mit dem Preis Neutralität gegen Wiedervereinigung zu ködern. Die Versicherungen des Bundeskanzlers in seinem Interview mit Le Monde am 20. Januar[16] und bei seiner Pressekonferenz in London am 2. Februar, daß unsere Westbindung und Bündnissolidarität nicht zur Verhandlung anstünden, wurden in den hiesigen Regierungskreisen mit Befriedigung aufgenommen.

Es bleibt jedoch abzuwarten, ob diese Versicherungen des Bundeskanzlers die Zweifel beseitigen. Britische Gesprächspartner heben die besondere Aktivität und das Interesse des BM an der Ost-Politik, den Ost-West-Beziehungen und am KSZE-Prozeß hervor. Sie konstatieren auch mit Verblüffung eine „Kehrtwendung" von MP Strauß, der die Linie des BM damit nachträglich sanktioniert habe.

15 Gesandter Rouget, Paris, übermittelte am 2. Februar 1988 Informationen des Mitarbeiters im französischen Präsidialamt, Musitelli, über den Besuch des Staatspräsidenten Mitterrand am 29. Januar 1988 in Großbritannien: „Nach Musitellis Auffassung seien die Briten vom Umfang des neuen Anlaufs, den D und F beim 25. Jahrestag in der bilateralen Zusammenarbeit gemacht hätten, letztendlich überrascht worden. Sie hätten sich vermutlich weniger konkrete Schritte vorgestellt. In Gesprächen mit britischen Offiziellen höre man keine wirklich substantiellen Argumente gegen die deutsch-französische Zusammenarbeit. Vielmehr sei eine gewisse Furcht spürbar, bei der Entwicklung abgehängt zu werden. Die britischen Reaktionen gehörten eher in den Bereich der Psychologie als in den Bereich der sachlichen Analyse. Dessen ungeachtet müsse man ihnen Rechnung tragen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 313; Referat 205, Bd. 160040.

16 Für das Interview vgl. den Artikel „Le chancelier Kohl expose au ‚Monde' sa conception de la sécurité européenne"; LE MONDE vom 20. Januar 1988, S. 1 und 6.

Es ist die Einschätzung der Botschaft, daß die hier vorgenommene kritische Einschätzung der Motive unserer Ost-Politik auch mit einer gewissen deutsch-britischen Rivalität darüber zu tun hat, wer sich der engsten Beziehungen zur[17] SU rühmen kann. Dies gilt insbesondere für die PM, die für sich seit 1984 die „Entdeckung" des aufstrebenden Gorbatschow in Anspruch nimmt[18], in Moskau gern als selbsternannter Sprecher der westlichen Welt auftritt, sich als Vermittler zwischen den USA und der SU anbietet und nach dem Zwischenstopp Gorbatschows in Brize Norton[19] mit dem erhöhten Selbstbewußtsein agiert, ein anerkannter Gesprächspartner des sowjetischen Führers zu sein. Ihre Feststellung „I can do business with him"[20] muß daher auf dem ersten Wort betont werden. Im Vergleich zu uns stuft sich PM Thatcher aber offenbar als ein „hard-nosed realist" (wie der BM in der Davos-Rede „Let's judge him by his deeds, not his words"[21]) im Verhältnis zur SU ein, da sie von der Innenpolitik her gesehen aus einer Position der Stärke und ohne geschichtliches Handikap mit der SU verhandeln kann.

Ohne daß dies uns gegenüber offen ausgesprochen wird, herrscht hier offenbar doch in einigen Kreisen der Eindruck, daß unsere geschichtliche Hypothek gegenüber der SU und die politische Konstellation bei uns (insbesondere Koalitionsregierung und Föderalismus) der SU sehr viel größere Möglichkeiten geben, um unsere „innenpolitische Klaviatur" zur Beeinflussung unserer Außenpolitik zu spielen. Wir stünden deshalb der SU in einer schwächeren Ausgangsposition gegenüber. Die Motive für das Eintreten etwa des BM oder MP Strauß für verbesserte Ost-West-Beziehungen werden hier kritisch hinterfragt und eher innenpolitisch als außenpolitisch gedeutet. Dies gelte z. B. auch für unsere Unterstützung der von den SU gewünschten Menschenrechtskonferenz in Moskau[22], die von den Sowjets und deren Alliierten gegenüber GB gar nicht (mehr) mit Verve propagiert werde.

Unser dezidiertes Eintreten für eine Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses wird auch als wirtschaftspolitisch motiviert gesehen. Nach den durch die Dollar-Abwertung verursachten Einbrüchen im amerikanischen Export-Markt sehe die deutsche Wirtschaft jetzt im verstärkten Osthandel eine Chance, um dringend benötigte neue Märkte zu erschließen. In gleichem Sinne wird die Fürsprache des BM zur Lockerung der COCOM-Liste gesehen.

[23]Im Rahmen der Deutschlandpolitik – die in den Presseveröffentlichungen mit der Ost-Politik verbunden wird – wiesen uns Gesprächspartner auf eine inzwischen behobene Verstimmung hin, die durch den Wunsch von Bürgermeister

17 Korrigiert aus: „der".

18 Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 15. bis 22. Dezember 1984 in Großbritannien auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 353.

19 Premierministerin Thatcher und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 7. Dezember 1987 auf dem Militärflughafen Brize Norton (Oxfordshire) zusammen. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 359.

20 Vgl. dazu das Interview der Premierministerin Thatcher vom 17. Dezember 1984 mit dem britischen Fernsehsender BBC; http://www.margaretthatcher.org/document/105592.

21 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher vor dem Weltwirtschaftsforum am 1. Februar 1987 vgl. BULLETIN 1987, S. 93–97. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 65.

22 Zum sowjetischen Vorschlag für eine KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 53, Anm. 32.

23 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 308 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Diepgen zur Teilnahme an den 750-Jahr-Feiern der Stadt[24] in Ost-Berlin entstanden sei.

5) Haltung in Terrorismus-Fragen

In diesem Fragenkomplex sieht sich GB als Verfechter einer prinzipiellen harten Haltung, während F und wir beschuldigt werden, durch Nachgiebigkeit und separate Abmachungen die verabredete EG-Haltung[25] zu unterminieren und die Terroristen zu neuen Geiselnahmen zu ermutigen. Während uns dies auf höherer Ebene noch mit einer gewissen diplomatischen Zurückhaltung gesagt wird, und man auch vorgibt, unseren gegenteiligen Versicherungen Glauben zu schenken, macht die Arbeitsebene keinen Hehl aus ihrer Auffassung. Es wird uns hier nach wie vor nicht abgenommen, daß wir in der Schmidt-Cordes-Geisel-Affäre[26] bei der Freilassung von Schmidt[27] keinen „Deal" gemacht oder nicht davon gewußt hätten.

Die Einlassung von BM Schäuble vor dem Hamadi-Prozeß in Düsseldorf[28] hat hier Erstaunen und Verärgerung ausgelöst (Mallaby: „We have hostages in the

24 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, und der Oberbürgermeister von Ost-Berlin, Krack, luden am 8. Oktober 1986 den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Diepgen, zu den 750-Jahrfeiern von Berlin nach Ost-Berlin ein. Für die Schreiben vgl. Referat 210, Bd. 139169.
Diepgen äußerte wiederholt sein Interesse an einer Teilnahme, dem die Drei Mächte unter Hinweis auf den Status von Berlin Bedenken entgegenstellten. Einer Entscheidung kam die DDR mit der Ausladung von Diepgen am 6. Mai 1987 nach dessen Rede zur Eröffnung der 750-Jahrfeier am 30. April 1987 in Berlin (West) zuvor. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 5, Dok. 16, Dok. 70, Dok. 112 und Dok. 131.

25 Vgl. dazu die Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 5./6. Dezember 1986 in London; EUROPA-ARCHIV 1987, D 90.

26 Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon vgl. Dok. 16, Anm. 4.

27 Über die Freilassung des Mitarbeiters der Siemens AG, Schmidt, wurde in der Presse berichtet, Vertreter der Bundesregierung seien im Anschluß Spekulationen entgegengetreten, „Gegenleistungen erbracht oder zugesagt" zu haben. Vgl. den Artikel „Alfred Schmidt aus Geiselhaft frei"; DIE WELT vom 8. September 1987, S. 1.
Botschaftsrat von Waldow, London, informierte am 8. September 1987, daß die Freilassung von Schmidt in der britischen Presse großes Interesse finde. U. a. berichte die Tageszeitung „Daily Mail" „von Ärger der PM darüber, daß sie nicht unterrichtet worden sei und erst aus Nachrichtenagenturen von der Freilassung erfahren habe. In Downing Street vermute man, daß es eine Vereinbarung mit den Entführerern gebe – von Pfund Sterling 3 Mio. Lösegeld werde gesprochen –, die Aussichten für die Freilassung der britischen Geiseln sei damit in Frage gestellt. Britische Botschaft habe Weisung erhalten, Bundesregierung nach den Hintergründen zu befragen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1535; Referat 205, Bd. 149656.

28 Am 13. Januar 1987 wurde in Frankfurt am Main der libanesische Staatsangehörige Mohammed Ali Hamadi verhaftet. Er führte eine größere Menge Sprengstoff und gefälschte Ausweispapiere mit sich. Am 24. Juni 1987 entschied die Bundesregierung, einem Auslieferungsersuchen der USA wegen des Verdachts der Beteiligung an der Entführung eines Passagierflugzeugs der amerikanischen Fluggesellschaft TWA am 14. Juni 1985 nicht stattzugeben und Hamadi in der Bundesrepublik anzuklagen. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 9, und AAPD 1987, II, Dok. 195.
Am 27. Januar 1988 wurde in der Presse berichtet, die Bundesregierung habe sich bei ihrer Entscheidung, Hamadi nicht an die USA auszuliefern, sondern in der Bundesrepublik vor Gericht zu stellen, „letztlich von der Drohung der Entführer der beiden Deutschen, Rudolf Cordes und Alfred Schmidt, leiten lassen, andernfalls ihre Geiseln im Libanon zu ermorden und schwere Anschläge gegen deutsche Einrichtungen zu verüben. Der Bonner Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble (CDU) sagte am Dienstag [26.1.1988] als Zeuge im Prozeß gegen Abbas Hamadi, den Bruder des in Frankfurt inhaftierten Libanesen, vor dem 5. Strafsenat des Düsseldorfer Oberlandesgerichts, man habe die Entscheidung für einen Prozeß in der Bundesrepublik ‚letztlich getroffen', weil man unter Abwägung aller Umstände ‚die damit verbundenen Risiken, insbesondere für die beiden Deutschen, als die geringeren empfunden' habe. Auf die Nachfrage […], ob die Drohung der Entführer also mit ursächlich gewesen sei für die Entscheidung, antwortete Schäuble: ‚Sie hat im Sinne des Beweisthemas die Bundesrepublik beeinflußt.'" Vgl. den Artikel: „Schäuble: Regierung wurde unter Druck gesetzt"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 27. Januar 1988, S. 6.

Lebanon, too“[29]). Laut Mallaby wäre die britische Regierung gern vor der unter Eid gemachten Aussage Schäubles über deren Inhalt und Motive unterrichtet worden. Uns wurde bedeutet, daß die Erklärung des FCO-Pressesprechers dann vielleicht auch etwas anders ausgefallen wäre.[30] Auch eine raschere Information gleich nach dem Auftreten von BM Schäuble hätte Irritationen vermieden.

Ich gebe zu bedenken, daß PM Thatchers eher pro-israelische Haltung in der Terrorismus-Frage, die das Leben von Geiseln (selbst prominenter Geiseln wie Terry Waite) niedriger stellt als Staatsräson und Prinzipientreue, hier auch von der Opposition nicht angegriffen wird.

6) Politik gegenüber Syrien und Iran

Im Zusammenhang mit der Terrorismus-Frage wird unsere Politik gegenüber Syrien im FCO mit einem gewissen Mißtrauen betrachtet. Dies gilt noch mehr für unsere Beziehungen zum Iran, wo man sich im FCO wundert, warum wir diese Beziehungen so offenkundig pflegen und dies nach hiesigem Eindruck offenbar sogar zur Folge hat, daß wir Embargomaßnahmen des Sicherheitsrates nur höchst lauwarm zu unterstützen bereit sind.

III. Unsere Gesprächspartner weisen auch darauf hin, daß die Irritationen im deutsch-britischen Verhältnis neben den „policy differences“ in geringerem Maße auch durch personenbezogene Faktoren und die Unterschiede in den politischen Systemen hervorgerufen werden.

Hinsichtlich des angeblich unterkühlten Verhältnisses zwischen der PM und dem Bundeskanzler gehen unsere Gesprächspartner davon aus, daß das Fehlen der „personal chemistry“ eben nicht zu leugnen sei und man damit leben müsse. Durch die Unterschiede im Temperament und im Arbeitsstil ergebe sich eine gewisse Distanz. Die Notwendigkeit eines Dolmetschers sei hindernd. Unsere Kontakte weisen aber auch darauf hin, daß die Konzentration der Presse auf die persönlichen Differenzen die breite politische und ideologische Übereinstimmung überdecke, die die beiden verbinde. Von denjenigen, die sich ein solches Urteil erlauben können, wird uns auch versichert, daß die PM durch ihre kurzangebundene („abrasive“) Art und ihr Oberlehrer-Auftreten ein gutes Teil Schuld an der Abkühlung des Verhältnisses trüge und sich ihrerseits nicht genug Mühe gebe, das Verhältnis zu pflegen. Im übrigen gehe sie so auch mit ihrem eigenen Kabinett um.

[29] Am 30. Januar 1987 informierte Botschafter Freiherr von Wechmar, London, er habe Gespräche mit Vertretern des für die Terrorismusbekämpfung zuständigen Referats im britischen Außenministerium geführt. Diese hätten mitgeteilt, insgesamt befänden sich drei britische Staatsangehörige als Geiseln im Libanon. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 181; VS-Bd. 13615 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

[30] Botschafter Freiherr von Wechmar, London, teilte am 27. Januar 1988 mit, daß ein Sprecher des britischen Außenministeriums gegenüber der Presse ausgeführt habe, „that all our European partners gave a firm undertaking at the European Council in December 1986 not to make concessions under duress to terrorists or their sponsors. We will certainly be taking up with the FRG government how these undertakings square with the statements reported to have been made by a German official in court on 26 January on their handling of the extradition of Muhammed Hamadei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 181; Referat 310, Bd. 149791.
Am 28. Januar 1988 wies Ministerialdirektor Schlagintweit die Botschaft in London an, „im FCO mindestens auf Abteilungsleiterebene zu demarchieren und unser Befremden über die […] Äußerung des Pressesprechers zum Ausdruck zu bringen. Pressesprecher insinuiert, BM Schäuble habe gesagt, wir hätten Durck nachgegeben.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 310, Bd. 149791.

Die langjährige Amtszeit der PM, ihre innenpolitisch unangefochtene Stellung, ihr Anspruch auf die „special relationship" mit den USA und insbesondere Präsident Reagan („Beichtvater"), ihr Glaube an die „world role" von GB (Financial Times-Interview, 23. November[31]) und ihr seit Brize Norton angeschwollenes Selbstbewußtsein als anerkannter Gesprächspartner Gorbatschows hätten sie dazu verführt, zu glauben, daß andere sich auf sie zubewegen müßten. Angesichts der Diskrepanz zwischen ihrem außenpolitischen Selbstverständnis und der wirtschaftlichen Basis britischer Außenpolitik wäre nach dieser Auffassung im Verhältnis zu uns vielleicht aber eher eine Bewegung in unsere Richtung angebracht.

Die Einschätzung von Person und Stellung des BM hängt mit den britischen Verständnisschwierigkeiten gegenüber unserem politischen System (s.u.) zusammen: Sie läßt sich vielleicht am besten mit der saloppen Formulierung eines Gesprächspartners wiedergeben: „We are astonished to see to what extent he leads in foreign policy. He gets away with nearly everything and there seems to be no cabinet discipline." In Regierungskreisen ist man nicht immer mit der Geschwindigkeit und der Reihenfolge der Prioritäten in der Ost-Politik des BM einverstanden; der KSZE-Prozeß spielt im FCO eine untergeordnete Rolle, da das Denken des Security Policy Departments dominiert. Wie bereits gesagt, sieht im Bereich der Sicherheits- und Abrüstungspolitik nach unserem Eindruck die britische Regierung Unterschiede in der Haltung einzelner Mitglieder der Bundesregierung und glaubt sich in größerem Einklang mit den Positionen des BK und von BM Wörner als mit der des BM.

Bei unseren Gesprächspartnern stellen wir trotz ihrer Auslandserfahrung fest, daß sie gegenüber den Besonderheiten unseres politischen Systems (Bundesstaat, Koalitionsregierung) oft verständnislos und mit Ungeduld reagieren. Sie verkennen die internen Sachzwänge einer Koalitionsregierung und reagieren unwirsch auf die ihrer Ansicht nach viel zu oft vorgebrachte Schutzbehauptung, daß wir wegen irgendwelcher Landtagswahlen politische Rücksicht nehmen müßten. Angesichts der unangefochtenen Stellung der PM im britischen Kabinettssystem und der soliden Regierungsmehrheit, die das (zugegeben ungerechte) Wahlsystem produziert, haben die Briten offensichtlich Verständnisschwierigkeiten für unsere Situation. Die Botschaft sieht hier einen gewissen Aufklärungsbedarf, um größere Toleranz für die deutschen Gegebenheiten zu erreichen.

IV. Das deutsch-britische Verhältnis kann wegen seiner Solidität ein gewisses Maß an Unstimmigkeiten verkraften. Wir werden auch nicht verhindern können, daß Irritationen im persönlichen Bereich auf dem offenen Markt durch Presse-Schlagzeilen gehandelt werden. Da unsere Beziehungen aber andererseits auf einer sehr soliden Basis stehen und auf Gemeinsamkeiten beruhen, die zu oft als selbstverständlich angesehen werden und dem öffentlichen Bewußtsein entglitten sind, laufen wir derzeit Gefahr, daß Negativ-Schlagzeilen das Gesamtbild der öffentlichen Meinung bestimmen. Im Vergleich zu unserem Verhältnis mit F haben wir mit GB keine derart intensive Konflikt-Geschichte, die sich analog zum Vorgehen „Versöhnung über den Gräbern von Verdun"[32]

31 Vgl. den Artikel „Thinking about the year 2000"; FINANCIAL TIMES vom 23. November 1987, S. 19.

32 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand gedachten am 22. September 1984 auf dem Schlachtfeld vor Verdun der Toten der beiden Weltkriege. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 242.

dazu eignen würde, durch Zeremoniell und Symbolik die Gemeinsamkeit auch vor der Öffentlichkeit zu beschwören. Das gegenseitige Verhältnis ist weniger emotional.

Eine nüchterne und solide Beziehung braucht kein Handikap zu sein, man muß sie allerdings – wie mir jetzt auf der Konsular-Konferenz die britischen Honorar-Konsuln empfahlen – sehr wohl vorführen und in Erinnerung rufen. Eingeweihte wissen, daß die „stille Allianz" still ist, weil das Grundsätzliche in ihr stimmt, aber die breite Bevölkerung hier kann diese Tatsache wegen der geographisch nach wie vor isolierenden Lage und wegen der ungenügenden Auslandsberichterstattung in den Bild-Medien leicht übersehen. Die positive Medienberichterstattung über den Staatsbesuch des Bundespräsidenten[33] sowie über die Deutschlandreise des Kronprinzenpaares[34] hatten gezeigt, daß solche Ereignisse sehr wohl nützlich sind.

Wenn wir im deutsch-britischen Verhältnis mehr „Flagge zeigen" wollen, wozu die Botschaft rät, dann stoßen wir hier auf Entgegenkommen. In den Meinungsumfragen bei der Bevölkerung über den beliebtesten und verläßlichsten Partner von GB unter den westeuropäischen Partnern rangieren wir nach Umfragen der letzten Jahre (überraschend) stets an erster Stelle, während eine gleiche Umfrage in der Bundesrepublik für Großbritannien „nur" die sechste Platzziffer erbrachte.

Auch um das hier entstehende Bild einer Präponderanz unserer bilateralen Beziehungen mit Frankreich auszugleichen, sollten wir überlegen, ob wir nicht die bilateralen Beziehungen durch hochrangige Besuche verbessern sollten. Da sich die deutsch-britischen Gipfelkonsultationen nicht in der gleichen Weise entwickelt und institutionalisiert haben wie die britisch-französischen und die deutsch-französischen, könnte man daran denken, die drei bis vier Mal im Jahr stattfindenden informellen AM-Konsultationen aufzuwerten und im Teilnehmerkreis zu erweitern. Sie würden sich dann auch besser für die PÖA-Arbeit eignen. Auch hier gibt es Orte mit Symbolcharakter (wie z. B. Coventry), wo eine AM-Begegnung abgehalten werden könnte.

Darüber hinaus empfehle ich für zweite Jahreshälfte Rede BM zu deutsch-britischem Verhältnis vor renommiertem britischem Gremium. Darüber hinaus wäre ich dankbar, wenn der Bundespräsident bewogen werden könnte, die Einladung zur Verleihung der Ehrendoktor-Würde der Universität Oxford im Herbst dieses Jahres anzunehmen.[35]

33 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker hielt sich vom 1. bis 4. Juli 1986 zu einem Staatsbesuch in Großbritannien auf.

34 Prinz Charles und Prinzessin Diana hielten sich vom 2. bis 7. November 1987 in der Bundesrepublik auf.

35 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker erhielt am 22. Juni 1988 die Ehrendoktorwürde der Universität Oxford. Botschafter Freiherr von Wechmar, London, berichtete am 23. Juni 1988: „In einer würdigen, traditionsbewußten akademischen Feier wurde dem Bundespräsidenten am 22. Juni 1988 die Doktorwürde für Zivilrecht per Diploma in Oxford verliehen. Die Laudatio hielt der Public Orator in lateinischer Sprache. Diese einfühlende und verstehende Laudatio betonte die geistige und politische Integrationskraft des Bundespräsidenten und seine offene, lautere Grundhaltung. […] Zum Schluß wurde der Bundespräsident unter Bezug auf seine Verbundenheit zur Universität Oxford (Studienaufenthalt im Balliol College und Honorary Fellowship dieses sowie des St. Antony's College) und in höchster Achtung vor seiner aufrichtigen, offenen Geisteshaltung zum Doktor der Fakultät für Zivilrecht mit allen Ehren und Rechten proklamiert. Der Kanzler der Universität, Lord Jenkins, sprach die Verleihungsformel, und es folgte ein langanhaltender, herzlicher Beifall für den Bundespräsidenten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1224; Referat 205, Bd. 160041.

Ferner rege ich an, in diesem Jahr zur Königswinter-Konferenz in Cambridge (8.–9. April) neben StM Frau Adam-Schwaetzer auch ranghohe Vertreter aus den Abteilungen 2 und 4 sowie dem Planungsstab zu entsenden.

Ebenfalls wäre zu prüfen, ob in der Zentrale nicht doch die Einrichtung eines hochrangigen Koordinators für deutsch-britische Beziehungen angezeigt ist. Der frühere Sonderbeauftragte für die deutsch-britische Zusammenarbeit, StS a. D. Gehlhoff, hat im Dezember 1985 (aus fiskalischen Gründen?) seine Arbeit eingestellt, ohne daß eine Nachfolger-Lösung erwogen wurde. Dies geschah vielleicht auch aus der Erwägung, daß die deutsch-britischen Beziehungen so gut bestellt sind, daß sich die Einrichtung eines Koordinators erübrigt. Andererseits ist die Ernennung eines Koordinators aber auch eine Aussage über den Stellenwert eines Partnerlandes. Das Vorhandensein von Koordinatoren zur deutsch-amerikanischen und zur deutsch-französischen Zusammenarbeit könnte bei Großbritannien zu falschen Rückschlüssen über seinen Stellenwert in der deutschen Außenpolitik führen, die wir nicht beabsichtigen können.

[gez.] Wechmar

VS-Bd. 13010 (204)

57

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

213-321.00-125/88 VS-vertraulich **12. Februar 1988**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Überlegungen zu einem gemeinsamen deutsch-sowjetischen Dokument

I. 1) Generalsekretär Gorbatschow hat am 9.2.1988 im Gespräch mit Ministerpräsident Späth den Wunsch nach einem gemeinsamen Dokument zum Ausdruck gebracht.[4] Das Dokument soll bei dem Treffen zwischen dem Bundeskanzler und Gorbatschow[5] verabschiedet werden.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 12. Februar 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ein gutes Papier!“

3 Hat Bundesminister Genscher am 26. Februar 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „B[itte] Despr[echung] am Samstag.“
Hat Ministerialdirigent Jansen am 15. März 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und Ministerialdirigent Kastrup an Referat 213 verfügte und zum Vermerk von Genscher notierte: „Erledigt“. Ferner vermerkte er handschriftlich: „Siehe Ergebnis Hausbesprechung v[om] 11.3.“
Hat Kastrup am 15. März 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 16. März 1988 erneut vorgelegen.

4 Zum Gespräch des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 52.

5 Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 24. bzw. 25. Oktober 1988 in Moskau vgl. Dok. 300 und Dok. 304.

Gorbatschow mißt einem solchen Dokument offensichtlich erhebliche politische Bedeutung bei. Sein Wunsch ist vor dem Hintergrund seines Drängens nach einer politischen Grundsatzentscheidung der Bundesregierung zur Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu sehen. Bezeichnend hierfür ist die Feststellung Gorbatschows gegenüber MP Späth, die Sowjetunion habe beschlossen, die Beziehungen zur BR Deutschland auf eine neue Grundlage zu stellen, aber die Bundesregierung wirke noch unentschieden. In gleicher Weise, allerdings mit leicht ungeduldigem Unterton, hatte sich Gorbatschow bereits gegenüber dem Bundespräsidenten geäußert.[6]

Die beiden Schreiben Gorbatschows an den Bundeskanzler vom 1.10.1987[7] und 14.1.1988[8] enthalten den werbend und zugleich entschieden vorgetragenen Appell zu einer „engeren und vielseitigeren Zusammenarbeit" auf einem neuen Niveau. In den Schreiben wird deutlich, daß Gorbatschow dabei vornehmlich auch an Rüstungskontrolle und Sicherheit denkt, Bereiche, in denen man die BR Deutschland als „einen soliden Partner sehen" möchte, mit dem man „gemeinsam oder parallel handeln" könnte.

Die TASS-Verlautbarung über das Gespräch Gorbatschow/Späth[9] enthält einige Hinweise über die Absichten Gorbatschows, auch hinsichtlich des gemeinsamen Dokuments. Damit soll bereits öffentlich ein gewisser Erwartungsdruck geweckt werden.

2) Auch wenn Gorbatschow jetzt den Wunsch zum ersten Mal aussprach, so hatten sich entsprechende Absichten doch bereits vorher abgezeichnet. Kwizinskij hatte schon im Herbst 1986 im Zusammenhang mit einem Gorbatschow-Besuch eine Gemeinsame Erklärung ins Gespräch gebracht. AM Schewardnadse sprach sich Ende November 1987 gegenüber Botschafter Meyer-Landrut für gemeinsame Aussagen aus (sowie für eine gemeinsame C-Waffen-Erklärung). Ferner ist offenkundig, daß die sowjetische Seite mit dem Konsultationsprotokoll gemeinsame politische Festlegungen inhaltlicher Art anstrebte.[10]

II. 1) Wir haben uns in den letzten Jahren große Zurückhaltung auferlegt. Die letzte „Gemeinsame Deklaration" in den deutsch-sowjetischen Beziehungen ist

6 Zum Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 7. Juli 1987 in Moskau vgl. AAPD 1987, II, Dok. 206.

7 Für das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Vgl. Referat 213, Bd. 143532.
Für das Antwortschreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 24. November 1987 vgl. AAPD 1987, II, Dok. 335.

8 Für das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. VS-Bd. 13489 (213).
Für das am 15. April 1988 übermittelte Antwortschreiben des Bundeskanzlers Kohl vgl. Dok. 114.

9 Am 9. Februar 1988 veröffentlichte die sowjetische Nachrichtenagentur TASS eine Erklärung über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth am selben Tag in Moskau. Darin wurde ausgeführt: „Auch wenn man die Bedeutung einer Politik nicht unterschätzen darf, die, so führte Michail S. Gorbatschow aus, ‚alles verderben kann, so trägt doch die Schaffung dauerhafter Strukturen für langfristige Wirtschafts- und Kulturbeziehungen, ganz zu schweigen von den Konsequenzen der beiderseitigen Vorteile, in das Verhältnis zwischen den beiden Ländern Elemente der Unumkehrbarkeit hinein'. […] ‚Wir haben unsere Wahl getroffen', sagte Michail S. Gorbatschow, ‚und wenn auch die Führung der BRD eine solche Haltung einnimmt, so ist die Zeit gekommen, grundlegende Vorbereitungen zu treffen, um die gemeinsame Entschlossenheit zu bekräftigen und sie auf dem bevorstehenden Gipfeltreffen dokumentarisch auszugestalten'." Vgl. Referat 213, Bd. 147147.

10 Für den Wortlaut des Protokolls zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über Konsultationen vom 19. Januar 1988 vgl. BULLETIN 1988, S. 56.

zehn Jahre alt (Breschnew-Besuch 1978).[11] Danach haben wir 1980 (Moskau-Besuch BK Schmidt und BM)[12] und 1981 (Breschnew-Besuch)[13] jeweils noch ein „Gemeinsames Kommuniqué" vereinbart. Von da ab gibt es keine gemeinsamen Texte mehr, auch nicht im Zusammenhang mit der Sowjetunionreise von Bundeskanzler Kohl im Juli 1983.[14]

2) Ein Blick auf F, GB und USA zeigt folgendes Bild:

– Präsident Mitterrand hat 1984 und 1986 Moskau besucht[15], Chirac besuchte Moskau 1987[16], Gorbatschow war 1985 in Paris[17]: keine gemeinsame Erklärung, kein Kommuniqué;
– Frau PM Thatcher war 1987 in Moskau[18], Gorbatschow machte im Dezember 1987 eine Zwischenlandung in GB[19]: wiederum keine gemeinsamen politischen Verlautbarungen;
– anders ist es im Verhältnis zu den USA: sowohl in Genf 1985[20] als auch in Washington 1987[21] wurden Gemeinsame Erklärungen veröffentlicht. Der Text von 1985 stellte, wie ausdrücklich festgehalten wurde, eine Auflistung von „Bereichen der Übereinstimmung" dar. Der Text von 1987 hat inhaltlich Kommuniqué-Charakter (Behandlung der vier Bereiche Rüstungskontrolle, Menschenrechte, Regionalfragen und Bilaterales), er enthält aber auch einige politische Kernaussagen.

III. 1) Falls wir uns auf die Erarbeitung einer Gemeinsamen Erklärung einlassen, ist damit zu rechnen, daß die Sowjets u. a. folgende Elemente aufgenommen sehen wollen:

11 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 anläßlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1978, S. 429 f. Zum Besuch von Breschnew vgl. auch AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

12 Für den Wortlaut des Gemeinsamen Kommuniqués anläßlich des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR vgl. BULLETIN 1980, S. 664 f. Zum Besuch vgl. auch AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

13 Für den Wortlaut des Gemeinsamen Kommuniqués über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1981, S. 961–963. Zum Besuch vgl. auch AAPD 1981, III, Dok. 334–340.

14 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. AAPD 1983, II, Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

15 Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 21. bis 23. Juni 1984 bzw. vom 7. bis 10. Juli 1986 in der UdSSR auf. Zu letzterem Besuch vgl. AAPD 1986, II, Dok. 200.

16 Ministerpräsident Chirac hielt sich vom 14. bis 16. Mai 1987 in der UdSSR auf.

17 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 2. bis 5. Oktober 1985 in Frankreich auf.

18 Premierministerin Thatcher besuchte vom 28. März bis 1. April 1987 die UdSSR.

19 Am 7. Dezember 1987 traf der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Premierministerin Thatcher auf dem Militärflughafen Brize Norton (Oxfordshire) zusammen. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 359.

20 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.
Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung vgl. Department of State Bulletin, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. Europa-Archiv 1985, D 687–690.

21 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 7. bis 10. Dezember 1987 in Washington zusammen. Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 88 (1988), Heft 2131, S. 12–16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 32–38. Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

– Bereitschaft zu gemeinsamem und/oder parallelem Handeln (war auch im sowjetischen Entwurf des Konsultationsprotokolls enthalten);
– Gewaltverzicht (s. sowjetischen Entwurf des Konsultationsprotokolls);
– inhaltliche Festlegungen zur Rüstungskontroll- und Sicherheitspolitik (dazu enthalten die beiden Schreiben Gorbatschows an den Bundeskanzler zahlreiche Indizien);
– Aussagen zum „Gemeinsamen europäischen Haus", möglicherweise mit dem Ziel, unsere Anerkennung der Nachkriegsordnung in Europa zu erlangen (Fortschreibung des Moskauer Vertrages[22]);
– Formulierungen zum politischen Dialog und zur Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur;
– Gedanken entsprechend der sowjetischen Initiative „Umfassendes System der Internationalen Sicherheit"[23].
– Aussagen zum Konsultationsschema[24].

2) Alles spricht dafür, daß die Sicherheitsfragen in den bilateralen Beziehungen für die Sowjetunion nach wie vor eine entscheidende Rolle spielen und daß die Sowjets uns gegenüber in dieser Hinsicht besondere Erwartungen hegen. Nicht ohne Grund haben sie unsere Entscheidung zu P I a[25] so nachhaltig und nachdrücklich gewürdigt. Konkret dürfte es besonders um weitere Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung gehen (vor allem in Europa[26]) und um die konventionelle Rüstungskontrolle, wo wir nach der SU das stärkste europäische Potential darstellen, aber zugleich ein besonderes Interesse an dem Abbau des sowjetischen Übergewichts haben. Auf diesem Gebiet müssen wir besonders auf der Hut sein und uns sowjetischer Umarmungsversuche erwehren. Wir müssen an dieser Stelle offen über die unterschiedlichen Größenverhältnisse sprechen und darüber, daß die Bündniszugehörigkeit uns engere Grenzen zieht, als Gorbatschow dies in seinem letzten Schreiben an den Bundeskanzler meint.

3) Es scheint, daß die SU in dem Wunsch nach Anerkennung des Status quo in Europa heute weniger drängend ist als früher und diese Frage pragmatischer angeht. Zwar macht die SU unter Gorbatschow in der Deutschlandfrage in der Sache keine Abstriche. Sie legt aber doch eine erkennbare Flexibilität an den Tag, offenbar in dem Bewußtsein, daß Auseinandersetzungen darüber nicht weiterführen, und wohlwissend, daß Rigidität in diesem Punkt unsere Bereitschaft zu guten Beziehungen beeinträchtigt. Deshalb könnte es sein, daß Moskau auf diesem Gebiet bei der Abfassung einer Gemeinsamen Erklärung keine unzumutbaren Forderungen stellt.

22 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

23 Am 25. Februar 1986 skizzierte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Moskau die Grundlagen für ein „allumfassendes System der internationalen Sicherheit" auf militärischem, politischem, wirtschaftlichem und humanitärem Gebiet. Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 286–288.

24 Die Wörter „Aussagen zum Konsultationsschema" wurden von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt.

25 Zur Entscheidung der Bundesregierung über einen Abzug der amerikanischen Pershing I a vgl. Dok. 22, Anm. 7.

26 Die Wörter „vor allem in Europa" wurden von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Denuklearisierung Europas".

4) Die anderen Fragen, insbesondere zur bilateralen Zusammenarbeit und zu internationalen Themen, müßten weniger Schwierigkeiten bereiten. Es dürfte möglich sein, in der Substanz unsere Positionen zu wahren und in den Formulierungen zu stark sowjetisch geprägte Sprache zu vermeiden. Dies gilt um so mehr, als Gorbatschow außerordentliche Annäherungen an westliches Gedankengut vorgenommen hat und deshalb Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen leichter zu finden sein werden als z. B. bei den Verhandlungen für die Gemeinsame Deklaration 1978. Das läßt sich auch sagen von spezifisch westlichen bzw. deutschen Anliegen, z. B. im Menschenrechtsbereich. So gesehen, würde eine Fortschreibung der Gemeinsamen Deklaration von 1978 eine Fülle von Ansatzpunkten bieten.

5) Wichtig ist eine gut vorbereitete und konsequente Verhandlungsführung. Bisherige Erfahrungen zeigen, daß wir auf diese Weise den Text in unserem Sinne gestalten können. Erinnert sei an die – allerdings äußerst mühsamen – Anstrengungen, um 1978 aus dem völlig unakzeptablen sowjetischen Entwurf ein gut vorzeigbares Dokument zu machen. Beim Konsultationsprotokoll gelang uns das gleiche, ebenso während des Schewardnadse-Besuchs[27] hinsichtlich gemeinsamer Aussagen zu CW.

Ggf. müßten wir deshalb rechtzeitig einen deutschen Entwurf ausarbeiten und präsentieren.

IV. 1) Die Arbeit an einem gemeinsamen Dokument birgt Gefahren, aber auch Chancen.

Einerseits:

Wir müssen aufpassen, daß die bisherigen Fundamente unserer Außenpolitik nicht geschwächt werden und unsere Bündnistreue frei von Zweifeln bleibt. Wir dürfen sowjetischem Werben mit einem Vorrangverhältnis nicht nachgeben; ein Sonderstatus würde uns nicht stärken, sondern schwächen. Ein sowjetisches Droit de regard darf es nicht geben, weder in unserer Sicherheitspolitik noch in unserem sonstigen politischen Verhalten. Auch der Schein muß vermieden werden, wegen unserer Bündnispartner und aus innenpolitischen Gründen.

Andererseits:

Wir haben keinen Grund zum Kleinmut. Auch andere Länder entwickeln ihre Beziehungen zur Sowjetunion, die USA (mit denen wir uns freilich nicht ohne weiteres vergleichen können) vereinbaren ebenfalls mit Moskau gemeinsame Dokumente, möglicherweise beim nächsten Gipfel[28] ein neues.

In unseren Erklärungen nimmt das deutsch-sowjetische Verhältnis einen „zentralen“ Platz ein. Ziel der Bundesregierung ist es, die Beziehungen zur Sowjetunion auf eine stabile Grundlage zu stellen. Unsere Haltung zur Reformpolitik Gorbatschows ist – von Anfang an – konstruktiv. Auch für uns kann es vorteilhaft sein, in einer Gemeinsamen Erklärung unsere Positionen zu verankern: europäische Friedensordnung und Überwindung der Teilung Europas, Überlebensgemeinschaft, Schaffung kooperativer Sicherheitsstrukturen, Wettstreit der

27 Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 17. bis 19. Januar 1988 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 18 und Dok. 22.

28 Zum Treffen des Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

Systeme, Abbau von Feindbildern, Entwicklung der Beziehungen nicht an Berlin vorbei etc.

2) Unsere Reaktion auf den Vorschlag einer Gemeinsamen Erklärung wird die sowjetische Einschätzung der Bedeutung des Treffens zwischen Bundeskanzler und Gorbatschow maßgeblich beeinflussen. Gorbatschow wird sie als Kriterium für die Ernsthaftigkeit der Absichten der Bundesregierung, insbesondere des Bundeskanzlers selbst, ansehen.

Richthofen

VS-Bd. 13489 (213)

58

Botschafter Eiff, Belgrad, an das Auswärtige Amt

Schriftbericht Nr. 198 **15. Februar 1988**[1]

Betr.: Innenpolitische Entwicklung in Serbien

Bezug: Bericht Nr. 86 vom 19.1.1988 – Pol 322.00 JUG[2]

2 Doppel

Je 1 Doppel für GK Zagreb und BPA

Zur Information

(Zusammenfassung Seite 7[3])

1) Die Serben, zwischen den beiden Weltkriegen tonangebend im Königreich Jugoslawien, mußten im neuen Staat der sechs grundsätzlich gleichberechtigten Teil-Republiken miterleben, wie ihnen, der weitaus größten Nation in der Vielvölker-Föderation (8 Mio. Serben gegen 4 Mio. Kroaten als zweitgrößte Volks-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 22. Februar 1988 vorgelegen.

2 Oberregierungsrat Freiherr von Mentzingen, Belgrad, berichtete: „Der Titel ‚Mann des Jahres 1987' wurde von den jugoslawischen Medien gleich zweimal, allerdings auf gegensätzlichen Werteskalen, vergeben. Bedacht wurden der Premierminister Branko Mikulić und der serbische Parteichef Slobodan Milošević." Für ersteren sei diese Kür „keineswegs schmeichelhaft". Er sei „inzwischen zum Punching-Ball der jugoslawischen Journalisten degradiert". Auch die Fernsehzuschauer „gingen rüde mit dem Regierungschef um" und fragten ihn detailliert nach seinen Vermögensverhältnissen: „Der serbische Parteichef Slobodan Milošević dagegen rangiert in der Volksgunst […] gleich hinter einer populären Sängerin." Einem Bericht der jugoslawischen Tageszeitung „Borba" zufolge sei er mit seiner „Aufforderung an die Kosovo-Serben, sie sollten auf serbischer Erde ausharren, damit sie später ihren Kindern reinen Gewissens in die Augen blicken könnten, […] über Nacht zum Nationalhelden aller Serben avanciert und habe unter den Albanern im Kosovo Furcht und Schrecken verbreitet". Mentzingen zog das Fazit: „Die Spatzen pfeifen es von allen Dächern, daß der Stern des Regierungschefs im Sinken begriffen ist. Inzwischen tauchen bereits Gerüchte über seine Ablösung auf der Konferenz des BdKJ im März auf." Vgl. Referat 214, Bd. 139587.

3 Vgl. Anm. 10.

gruppe), nacheinander, vor allem aber seit der den Föderalismus verstärkenden Verfassungsreform von 1974[4], ein Fell nach dem anderen davonschwamm:

– Die aus gutem Grund eher zentralistisch orientierten Serben müssen ohnmächtig mitansehen, wie zentrifugale Kräfte (slowenische Intellektuelle spekulieren offen mit der Möglichkeit der Sezession) sich verstärken.
– Die beiden Autonomen Provinzen Kosovo und Vojvodina gehören seit der Verfassungsreform von 1974 nur noch nominell zur Republik Serbien.
– In der wirtschaftlichen Entwicklung kann Serbien, das ein eigenes Nord-Süd-Gefälle zu verkraften hat, mit Slowenien und Kroatien nicht mithalten. Hinzu kommt, daß ein erheblicher Teil der in den 70er Jahren zur Verfügung stehenden Mittel in schlecht geplante Großprojekte wie das große Verluste produzierende Stahlwerk Smederevo investiert wurde.
– Die serbischen Minderheiten im Kosovo, aber auch in Bosnien und Herzegowina und in Kroatien, befinden sich auf dem Rückzug. Zum Teil werden sie, vor allem in den Großstädten Kroatiens, assimiliert bzw. „jugoslawisiert", zum Teil wandern sie vor allem aus dem Kosovo, aber auch aus Bosnien unter dem zunehmenden Druck der Albaner bzw. der Moslems in das „engere" Serbien aus. Die als serbische Ohnmacht empfundene Übermacht der Albaner im Kosovo ist dabei der schwerste Schlag für das Selbstbewußtsein der Serben.

Kein Wunder, daß die große Mehrheit der Elite in der Hauptstadt Belgrad, von Haus aus liberal-demokratischen Gedanken aufgeschlossen, aber auch in der eigenen (Leidens-)Geschichte zutiefst verwurzelt, immer wieder von einem Groß-Serbien träumt, das die südslawischen Völker um sich schart und die „Skipetaren" auf urserbischer Erde im Kosovo in ihre Schranken verweist. Ausdruck dieser nationalbürgerlichen Geisteshaltung war das viel diskutierte und kritisierte Memorandum der Serbischen Akademie aus dem Jahre 1986.[5] Ähnlich hat sich in jüngster Zeit der serbische Schriftstellerverband geäußert, der zur bevorstehenden Verfassungsreform Stellung bezog. Auf der einen Seite plädierten die Schriftsteller für die Einführung westlich-demokratischer Spielregeln in Jugoslawien. Auf der anderen Seite klagten sie über die ungelöste nationale Frage Serbiens, deren Sprengkraft sogar zur Auflösung des jugoslawischen Gesamtstaates führen könne. Die Verfassung von 1974 sei in der Absicht gegeben worden, Jugoslawien vor den Serben zu schützen. Jetzt sei es umgekehrt, die anderen Nationen gefährdeten die serbische Nation. Selbst von führenden Persönlichkeiten der serbisch-orthodoxen Kirche, die heute auch in der jüngeren Generation wieder beträchtlichen Zulauf hat, sind solche Töne zu hören.

2) Unter dem inzwischen entmachteten Republikspräsidenten Ivan Stambolić[6] zeigten sich Partei und Staat gegenüber den demokratischen Lockerungswün-

4 Am 21. Februar 1974 trat in Jugoslawien eine neue Bundesverfassung in Kraft. Für den Wortlaut vgl. Georg BRUNNER/Boris MEISSNER (hrsg.), Verfassungen der kommunistischen Staaten, Paderborn u. a. 1980, S. 125–251.

5 Für den Wortlaut des Memorandums vgl. Kosta MIHAILOVIĆ/Vasilije KRESTIĆ, Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste. Stellungnahmen zu Kritiken, hrsg. im Auftrag des Präsidiums der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste vom 23. April 1993, Belgrad 1996, S. 117–172.

6 Am 27. November 1987 berichtete Oberregierungsrat Freiherr von Mentzingen, Belgrad, daß auf einer Sitzung des Präsidiums des BdK der Stadt Belgrad am 24. November 1987 der Rücktritt von Ivan

schen der Belgrader Intellektuellen verhältnismäßig aufgeschlossen. Schwerer wog allerdings Stambolićs zurückhaltende Politik in der Kosovo-Frage. Für sie fand die große Mehrheit der Serben überhaupt kein Verständnis.

Diesen seit langem gespeicherten Unmut, ein beachtliches Energiepotential, wußte der Parteichef Milošević im Vorjahr geschickt auf seine Mühlen zu lenken, um sich als erster Mann in Serbien fest zu etablieren. In traditioneller Manier – auch Stambolić soll nicht anders angefangen haben – wurden die serbischen Medien auf neuen Kurs gebracht, während auf den Stuhl des Staatspräsidiumsvorsitzenden der politisch unprofilierte General Gračanin als Galionsfigur geschoben wurde.

Die serbischen Intellektuellen scheinen ihren Standort gegenüber Milošević noch nicht eindeutig bestimmt zu haben. Bisher neigen sie wohl mehrheitlich dazu, sein nicht gerade demokratisches Vorgehen bei der Etablierung seiner Macht mit Rücksicht auf seine – zumindest verbal – national-serbische Politik der harten Hand gegenüber dem Kosovo hinzunehmen.

Der neue Chef in Serbien, daran gibt es keine Zweifel, genießt derzeit die Sympathie der großen Mehrheit seiner Landsleute, und was noch wichtiger ist: Er hat seine Partei jetzt fest in der Hand. In seinen Reden vermittelt er den Eindruck eines Mannes, der endlich die Ärmel aufkrempelt, um mit Cliquenwirtschaft und Schlamperei in Serbien aufzuräumen.

Milošević kommt es jetzt zugute, daß es in der letzten Zeit in Serbien – trotz der allgemeinen Misere – einige positive Entwicklungen gegeben hat:

Im Kosovo hat sich die Lage im Vergleich zu früher etwas beruhigt. Die auf der 9. Sitzung[7] des Zentralkomitees des BdKJ im Sommer 1987 beschlossenen und am 16. Dezember vom Bundesparlament verabschiedeten 87 Maßnahmen zur Beendigung des Exodus der Serben und Montenegriner sowie zur Verbesserung des Zusammenlebens der Nationalitäten im Kosovo[8] werden konsequent durchgeführt. Die besonders ins Auge springende Premiere: eine serbisch gesprochene Fernsehnachrichtensendung aus dem Kosovo – erstes Resultat der Einführung

Fortsetzung Fußnote von Seite 339

Stambolić als Präsident des Präsidiums der Republik Serbien gefordert worden sei, da er „seine Amtsautorität mißbraucht" habe: „Allgemein wird angenommen, daß sein Kontrahent, der Parteichef Serbiens, Slobodan [Milošević], mit diesem ‚Schuß vor den Bug' (sein Abschuß ist nicht möglich, da nicht die Partei, sondern nur die Abgeordneten der serbischen Skupština Stambolić zum Rücktritt zwingen könnten) Stambolićs weitere künftige politische Karriere beenden möchte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 824; Referat 214, Bd. 139587.

Mentzingen berichtete am 16. Dezember 1987: „Auf der Sitzung des Präsidiums der Serbischen Republik vom 14.12.1987 […] wurde beschlossen, Ivan Stambolić von seinem Amt als Präsident dieses Gremiums abzulösen. Stambolić wird dem Präsidium weiter angehören. Als Grund für diesen Schritt wurden Schwierigkeiten bei seiner Amtsausübung angesichts der öffentlichen Kritik an seiner Person angeführt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 869; Referat 214, Bd. 139507.

7 Korrigiert aus: „8. Sitzung".

8 Oberregierungsrat Freiherr von Mentzingen, Belgrad, informierte am 1. Juli 1987, daß das ZK des BdKJ auf seiner 9. Sitzung am 26. Juni 1987 in Belgrad einen 22 Punkte umfassenden Beschluß über das Kosovo verabschiedet habe: „Sie sehen u. a. vor: Die Bundesregierung wird bis zum Ende des Jahres ein umfassendes Wirtschaftsprogramm zur Entwicklung des Kosovo vorlegen. Die Republiken sollen verstärkt direkt im Kosovo investieren. Der BdK Kosovo hat alle drei Monate einen Rechenschaftsbericht über die Arbeit der Kosovo-Behörden und der dortigen Justiz vorzulegen. Die Gleichberechtigung der Sprachen solle hergestellt und der arbeitslosen albanischen Jugend Arbeitsplätze in ganz Jugoslawien vermittelt werden. Die Kader des BdK Kosovo sollen von korrupten und separatistischen Elementen gesäubert […] werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 422; Referat 214, Bd. 139587.

der Zweisprachigkeit in der Provinz – wurde von den Serben mit großer Genugtuung aufgenommen. Die zuvor üblichen Meldungen über politisch motivierte Gewalttaten und Vergewaltigungen serbischer Frauen durch Albaner sind seit Monaten aus den Zeitungen verschwunden.

Eine erste Einigung der Vertreter Serbiens und der beiden Autonomen Provinzen über die Bereiche, die in die Verfassungsrevision der Republik Serbien einbezogen werden sollen (Polizeiwesen, Außenbeziehungen, Anerkennung der Obersten Gerichte Serbiens als Berufungsinstanz für die Provinzgerichte etc.) weckt in Serbien die Hoffnung, daß das Attribut Republik für den serbischen Gesamtstaat wieder eine echte Bedeutung erhält.

Publikumswirksam dürfte auch die von Milošević vor kurzem angekündigte Maßnahme sein, im Republikshaushalt den Sparstift anzusetzen. In den Behörden sollen 10% der Stellen gestrichen und Ministerien zusammengelegt werden: ein Beispiel, das inzwischen auch in anderen Republiken Schule macht.

In Miloševićs Schublade liegen noch andere Projekte zur Modernisierung und Demokratisierung der Gesellschaft. Nach seinen Vorstellungen sollen u.a. künftig die Delegierten in geheimer Wahl und unter mehreren Kandidaten ausgewählt werden, um so das Gespinst der Klüngelwirtschaft nachhaltig zu zerstören.

Schließlich gelang es Milošević in der letzten Woche, denjenigen, die liberaleren Stambolić-Zeiten nachtrauern, eine kalte Dusche besonderer Art zu verabreichen.

In einer äußerst erregten, zehnstündigen Debatte des ZK des Belgrader Parteikomitees wurde Dragiša Pavlović, der zu Beginn der „serbischen Krise“ im vergangenen Herbst aus dem Amt entfernte Parteichef der Stadt Belgrad[9], ein Schützling Stambolićs, von einem eigens eingesetzten Untersuchungsausschuß für schuldig befunden, mit Hilfe von Dossiers der Geheimpolizei eine an Pornographie heranreichende Humoreske mit dem Titel „Vojko i Pavle“ verfaßt zu haben, in der zwei sehr angesehene, aber Stambolić wenig gewogene Persönlichkeiten in übler Weise diffamiert worden waren. Das serbische Sprachrohr Politika war seinerzeit gezwungen worden, die Humoreske abzudrucken. Genüßlich werden jetzt die von Pavlović als Exponenten des „liberalen“ Flügels angewandten Methoden, insbesondere der Gebrauch von Akten der Geheimpolizei, als „stalinistisch“ verurteilt.

3) Serbien hat im Parallelogramm der widerstrebenden und ungleichen Kräfte Jugoslawiens eine von den anderen Völkern Jugoslawiens akzeptierte Rolle noch nicht finden können.

Mit Argusaugen wachen die anderen Republiken über jede Bewegung in Serbien, die als Ausdruck eines Hegemoniestrebens interpretiert werden könnte. Heftige Pressefehden, etwa zwischen dem führenden kroatischen Wochenmagazin Danas und progressiven slowenischen Zeitschriften einerseits und Politika andererseits,

9 Botschaftsrat I. Klasse Göckel, Belgrad, meldete am 25. September 1987: „Die zweiundeinhalbtägige Sitzung des ZK des Bundes der Kommunisten Serbiens ging in der Nacht zum 25. September 1987 zu Ende. Die 132 Anwesenden Delegierten (25 blieben der Sitzung fern) beschlossen in einer offenen Abstimmung mit 106 Stimmen bei 18 Enthaltungen und 8 Gegenstimmen den Ausschluß des Belgrader Parteichefs Dragiša Pavlović aus dem serbischen Parteipräsidium. Diese klare Mehrheit für den Ausschlußantrag bedeutet gleichzeitig eine Niederlage für den Vorsitzenden des serbischen Staatsrates, Ivan Stambolić, der sich eindeutig, sogar mit einem Solidaritätsschreiben, auf die Seite Pavlovićs gestellt hatte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 654; Referat 214, Bd. 139587.

zeigen dies deutlich. (Mit offensichtlicher Genugtuung registrierte in dieser Situation die serbische Presse ein Treffen der Parteiführungen Serbiens und Sloweniens in Belgrad in der Vorwoche, dessen Zustandekommen vom Leser als slowenische Anerkennung Miloševićs und seiner Politik gewertet werden sollte; allerdings unterblieb in der Presse entgegen der Regel die Nennung der Namen der Delegationsmitglieder, wohl wegen einiger peinlicher Absenzen auf slowenischer Seite.)

Im Kosovo, das weiß der gewiefte Taktiker Milošević genau, können die Serben nur noch ehrenvolle Rückzugsgefechte liefern. Die jüngsten Bevölkerungszahlen: Nur noch 7% Serben und Montenegriner in der Provinz zeigen deutlich, daß das Rennen hier bereits gelaufen ist. Die Einbindung des Gesamtstaates in die Verantwortung für den Kosovo (Entsendung der Bundespolizei, Durchführung der erwähnten Maßnahmen) kommt hier gar nicht ungelegen. Inwieweit die angestrebte Änderung der Verfassung der Republik Serbien tatsächlich mehr Kompetenzen für die Autonomen Provinzen bringen wird, steht allerdings noch dahin. Auf einer Sitzung des ZK der Vojvodina, die insofern mit dem Kosovo an einem Strang zieht, wurde bereits klargestellt, daß höchstens eine Präzisierung, nicht aber eine Änderung der geltenden Verfassung in Frage komme.

Daß der dynamische Parteichef Milošević in Serbien einiges in Bewegung gebracht hat, räumen auch seine Gegner ein. Sie bezweifeln allerdings, daß man mit den zwar gewohnten, aber undemokratischen Mitteln den angestrebten Wandel hin zu einer modernen, demokratischen und offenen Gesellschaft vollziehen kann.

[10]4) Beim notwendigen Versuch der Einordnung der Vorgänge im serbischen Mikrokosmos in einen weiteren Bezugsrahmen ist – auch gegenüber Stimmen in der internationalen Presse, nicht zuletzt der deutschen, die Serben zu plakativ auf dem Rückweg aus einer „guten“ liberalen Phase in eine „schlechte“ stalinistische sehen – folgendes festzuhalten:

– In Serbien hat im Vorjahr unter den im Einparteienstaat gegebenen Bedingungen und in den hier üblichen Formen ein Machtkampf mit anschließendem Machtwechsel stattgefunden;
– die neue Führung hat in erster Linie wegen ihres nationaleren Kurses in der Kosovo-Frage stärkere Unterstützung in der Bevölkerung Serbiens als die vorausgegangene;
– der relative Zugewinn an innerer Liberalität in den letzten Jahren, der vor allem in den Medien zum Ausdruck kommt, leidet zwar unter dem innerserbischen Machtkampf, erscheint aber bisher nicht eigentlich gefährdet;
– bedenklich ist, daß Serbien nicht in der Lage zu sein scheint, eine seiner Position im Gesamtstaat entsprechende vermittelnde Rolle zwischen den nördlichen und südlichen Republiken bei der Lösung der drängenden Wirtschaftsprobleme zu spielen, solange es von seinen eigenen Problemen (personelle Machtkämpfe, Kosovo-Befriedung) absorbiert wird; dies haben gerade die letzten Monate deutlich gezeigt;
– Hauptproblem ist die Befriedung des Verhältnisses zum Kosovo, von der die Stabilität des Gesamtstaates mit abhängt.

10 Beginn der Seite 7 der Vorlage. Vgl. Anm. 3.

Hierfür trägt Serbien eine Hauptverantwortung. Bis jetzt gibt es keine Antwort auf die Frage, ob die serbische Führung mit der Politik der härteren Hand gegenüber dem Kosovo die Befriedung voranzubringen vermag.

Eiff

Referat 214, Bd. 139587

59

Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 403 **Aufgabe: 15. Februar 1988, 12.45 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 15. Februar 1988, 13.38 Uhr**

Betr.: ER Brüssel 11./12.2.1988
hier: Ergebnis im Überblick

Zur Unterrichtung

1) Nach langwierigen, schwierigen Verhandlungen, deren Erfolg oft auf des Messers Schneide stand, hat sich der ER am frühen Morgen des 13.2. unter Vorsitz von BK Kohl und BM Genscher auf die noch offenen Grundsatzfragen des Delors-Pakets einigen können (Dok. SN 517/88, ist mit Telekopie übersandt worden[2]). Inkrafttreten dieses Globalkompromisses zusammen mit dem im Dok. SN 461/88 vom 9.2. (liegt dort vor) enthaltenen zusammenfassenden Text der Schlußfolgerungen[3] ist allerdings abhängig von der Bestätigung der Punkte 4–11 im Annex I dieses letzteren Dokuments (sog. „andere Produkte“: Olivenöl, Baumwolle, Zucker, Wein, Obst und Gemüse, Tabak, Milch, Schaf-/Ziegenfleisch) durch die Außenminister im allgemeinen Rat am 22.2. Sowohl Präsident Mitterrand wie auch PM Chirac sahen sich – wegen Rücksichtnahme auf Interessen der französischen Bauern wenige Wochen vor der Präsidentschaftswahl[4] – außerstande, das Paket der „anderen Produkte“, wie bereits in Kopenhagen[5] geschnürt, als mitverabschiedet anzuerkennen. Sie stellten jedoch ihre Bereitschaft in Aussicht, sich auf dem nächsten allgemeinen Rat in dieser Frage mit qualifizierter Mehrheit überstimmen zu lassen. GB und NL gaben ihre Zustimmung zum Gesamtkompromiß daraufhin nur vorbehaltlich der unveränderten

1 Das von Botschaftsrat Hennig, Brüssel (EG), konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 17.

2 Für das mit Fernkopie Nr. 90 übermittelte Dokument „Gesamtkompromiß“ (SN 461/88) vgl. Referat 410, Bd. 168710.

3 Für das mit Fernkopie Nr. 302 übermittelte Dokument „Making a success of the Single European Act – Consolidated conclusions of the European Council“ vgl. Referat 410, Bd. 168710. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG 2/1988, S. 8–19.

4 Die Präsidentschaftswahlen in Frankreich fanden am 24. April und 8. Mai 1988 statt.

5 Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 vgl. AAPD 1987, II, Dok. 358.

Verabschiedung der Punkte 4–11, Annex I der Schlußfolgerungen durch die AM am 22.2. in Brüssel.[6]

2) Die HH-Disziplin[7] für die NOA[8], die Frage der Fortführung der Einbehaltung der 10 Prozent Erhebungskosten durch die MS bei Abführung der traditionellen Eigenmittel, Vorruhestand und Einkommensbeihilfen in der Landwirtschaft sowie die Verabschiedung von Erklärungen des ER zur Agrarpolitik (Verwendung landwirtschaftlicher Rohstoffe im Nichtnahrungsmittelbereich, handelspolitische Aspekte, branchenübergreifende Zusammenarbeit) und zum Haushalt 1988 als Teile des Gesamtkompromisses waren unstreitig. Sie spielten in der Diskussion auf dem ER keine Rolle.

Anders dagegen alle anderen Teilbereiche des Pakets. Einigung konnte schließlich auf Basis der folgenden wesentlichen Elemente gefunden werden:

2.1) Strukturfonds

Finanzausstattung: Über die für das Haushaltsjahr 88 vorgesehenen Mittel (7400 MECU[9]) werden die Verpflichtungsermächtigungen (VE) 1988 um 400 MECU, von 1989–92 jährlich um 1,3 Mrd. ECU angehoben, also auf 13 Mrd. 1992. (Hierin enthalten sind Ausgaben in Höhe von 5100 MECU in den nächsten fünf Jahren als Beitrag zum Modernisierungsprogramm der portugiesischen Industrie.) Die Anstrengungen sollen fortgesetzt werden, um die Verdoppelung zu erreichen, die als Ziel für 1993 festgehalten wurde. Geographische Konzentration: Verdoppelung der Beiträge der Strukturfonds für die unter Ziel 1 fallenden Regionen bis 1992, wobei besondere Anstrengungen für die ärmsten Regionen unternommen werden.

2.2) Agrarleitlinie

Bezugsgrundlage 88:27,5 MECU. Jährliche Steigerungsrate: ca. 74 Prozent des BSP-Wachstums (80 minus Berichtigung um 200 MECU zur Finanzierung der Flächenstillegung). Abwertung der Überschußbestände außerhalb der Leitlinie. Sonderbehandlung für E und P: Sie werden hinsichtlich ihrer finanziellen Beteiligung an der Abwertung der Altlagerbestände so behandelt, als wäre diese Abwertung vollständig im Jahre 1987 von der Gemeinschaft finanziert worden. Verlängerung des „switch“ (Frist für Zahlung der Vorschüsse für Interventionszahlungen durch KOM an MS) von zwei auf zweieinhalb Monate.

2.3) Währungsreserve

Schaffung einer Währungsreserve in Höhe von 1000 MECU mit einer „franchise“ von 400 MECU zur Abdeckung unvorhergesehener Ausgaben für die Landwirtschaft als Folge von Änderungen im Verhältnis Dollar–ECU. Die Streitfrage, ob es noch andere „außergewöhnliche Umstände“ geben soll, konnte unter bewußter Vermeidung jeder Referenz auf „außergewöhnliche Umstände“ durch eine

6 Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), informierte am 22. Februar 1988 über die EG-Ministerratstagung vom selben Tag: „AM-Rat bestätigte die Schlußfolgerungen des ER vom 12.2.88 in allen Punkten. Präs[identschaft] betonte, daß hierzu auch das Kopenhagener Paket gehöre, soweit es nicht vom ER in Brüssel geändert worden sei. F-Del. gab eine Erklärung zu den Agrarstabilisatoren (Dok. SN 461/88, Anl. 1, Nr. 4–11) ab, stellte sich im übrigen aber uneingeschränkt hinter die Entscheidungen des ER von Brüssel.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 480; Referat 410, Bd. 136090.

7 Haushalts-Disziplin.

8 Nichtobligatorische Ausgaben.

9 Millionen ECU.

Erklärung des ER geregelt werden, wonach der Rat auf Vorschlag der Kommission die Art. 43, 113 und 203 EWG-V[10] dann zur Anwendung bringen kann, wenn Drittstaaten im landwirtschaftlichen Bereich ihren internationalen Verpflichtungen mit entsprechenden Rückwirkungen auf den Weltmarkt nicht nachkommen.

2.4) Festsetzung Gesamtplafonds für Eigenmittel

1,2 Prozent des Gesamten BSP der Gemeinschaft für die Zahlungsermächtigungen, 1,3 Prozent für die Verpflichtungsermächtigung.

2.5) Dritte und vierte Einnahmequelle

Dritte Ressource: MwSt. 1,4 Prozent. Vierte Ressource: BSP-Schlüssel mit auf 55 Prozent des BSP begrenzter MwSt.-Bemessungsgrundlage. (Bei einigen MS ist der Anteil der MwSt. am BSP höher als der EG-Durchschnitt, z. B. P).

2.6) Agrarstabilisatoren

a) Getreide: Garantiemenge: 160 Mio. t. Bei Überschreiten dieser Garantiemenge Senkung des Interventionspreises 3 Prozent pro Jahr[11] zu Beginn des folgenden Wirtschaftsjahres.

b) Ölsaaten und Eiweißpflanzen

Garantiemenge: Entsprechend dem ursprünglichen Präs.-Vorschlag[12]. Preissenkung bei Überschreiten: Im Wirtschaftsjahr 88/89 um 0,45 Prozent je 1 Prozent[13] Überschreitung, für die folgenden Wirtschaftsjahre um 0,5 Prozent[14].

c) Set aside

Höhe des Gemeinschaftsbeitrags 50 Prozent für die ersten 200 ECU (statt 70 Prozent wie in Präs.-Vorschlag vorgesehen). Rest unverändert.

2.7) GB-Ausgleich

Bis zur Überprüfung des Ausgleichs im Rahmen des Berichts der KOM über neues Eigenmittelsystem modifizierte Fortführung des Fontainebleau-Mechanismus[15]:

– Ersetzung des MwSt.-Anteils durch Anteil der GB-Zahlungen entsprechend dritter und vierter Einnahmequelle.
– Abzug des GB aus vierter Einnahmequelle erwachsenden Vorteils.
– Finanzierung des Ausgleichs durch alle anderen elf MS anhand BSP-Schlüssels. Dabei Verringerung des deutschen Beitrags um ein Drittel, der Beträge von GR, E, IRL und P um die Hälfte.[16]

10 Für den Wortlaut der Artikel 43, 113 und 203 des Vertrags vom 25. März 1957 zur Gründung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 798–801, 846 f. und 884 f.

11 Korrigiert aus: „3 pro Jahr“.

12 Für den „Vorschlag der Präsidentschaft für einen Globalkompromiß“ vgl. die Anlage zur Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kudlich vom 4. Februar 1988; Referat 410, Bd. 168709.

13 Korrigiert aus: „0,45 je 1 Überschreitung“.

14 Korrigiert aus: „um 0,5“.

15 Auf der Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau konnte eine Einigung über den britischen Beitrag zum EG-Haushalt erzielt werden. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 181.

16 Zu diesem Absatz handschriftlicher Vermerk: „Stimmt nicht.“

[17]3) Verlauf des Gipfels hat deutlich gemacht, daß entgegen hiesigen Erwartungen weder die Frage der Strukturfonds (südliche MS) noch die der Einführung einer vierten Einnahmequelle (Problem Italien) für Erfolg oder Mißerfolg des Reformpakets entscheidend waren: Die südlichen Länder unter Führung Spaniens konnten mit einer Formel befriedigt werden, durch die Strukturfonds ganz wesentlich erhöht, wenn auch noch nicht global bis 1992 verdoppelt werden. Die Mittel für die Regionen mit Entwicklungsrückstand sollen jedoch bereits in diesem Zeitraum verdoppelt werden und die Mittelvergabe auf die am stärksten zurückgebliebenen Regionen konzentriert werden. Italien konnte sich schließlich mit einer Formel abfinden, wonach die dritte Einnahmequelle bei 1,4 Prozent MwSt. Bemessungsgrundlage bleibt und die Differenz zu den Ausgaben durch eine 4. Ressource erhoben wird, die nach dem BSP-Schlüssel (nicht BSP pro Kopf) bemessen wird. Damit ist sichergestellt, daß italienische Finanzlasten sich nur mäßig erhöhen und Mehrbelastungen auf die übrigen MS aufgeteilt werden.

Als Kernproblem erwies sich einmal mehr die Frage nach dem angemessenen Konzept für die Agrarstabilisatoren: Während F (insbesondere PM Chirac, Präsident Mitterrand griff kaum in die Auseinandersetzungen ein) angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen auf einem bauernfreundlichen Kurs bestand, verlangten GB und NL hartnäckig Einsparungen, die weit über das von der Präsidentschaft vorgeschlagene Kompromißangebot hinausgingen. Nachdem der deutsche Vorsitz in ausführlichen bilateralen und trilateralen Gesprächen mit NL und F schließlich Erfolg mit seinen Bemühungen um eine gewisse Überbrückung der Positionen hatte, hat GB schließlich eingelenkt. Es hätte sonst die Verantwortung für ein Scheitern des ER übernehmen müssen. An den Konsequenzen eines Scheiterns: Stagnation in der Gemeinschaft mit negativen Rückwirkungen auf den Binnenmarkt, evtl. stärkere deutsch-französische Zusammenarbeit in Gemeinschaftsfragen, konnte London kein Interesse haben. Außerdem war es offensichtlich, daß es ohne britisches Entgegenkommen bei den Agrarstabilisatoren und den Strukturfonds eine Fortschreibung des britischen Ausgleichs auf der Grundlage des ER-Beschlusses von Fontainebleau (84) nicht geben würde.

Die Vermittlungsbemühungen der deutschen Präsidentschaft waren schließlich auch deshalb erfolgreich, weil sie selbst bereit war, zu den Strukturfonds und zum neuen Finanzsystem angemessen beizutragen, und sie es auch nicht an der unvermeidlichen Flexibilität im Agrarbereich fehlen ließ.

4) Das Ergebnis des Brüsseler ER gibt der Gemeinschaft eine klare mittelfristige Ausrichtung in den zentralen Bereichen: Ausgehend von einer soliden und realistischen Finanzgrundlage bis 1992 ist die Gemeinschaft mit dem Beschluß zur Erhöhung der Strukturfonds in der Lage, eine wirksame Strukturpolitik zu betreiben, die in Umsetzung der Reformziele der EEA[18] die Kohäsion innerhalb der Gemeinschaft stärkt und damit die Verwirklichung des Binnenmarktes erleichtert, an der wir vorrangiges Interesse haben. Der Industrie wird ein klares Signal gegeben, daß der Binnenmarkt bis 1992 verwirklicht werden soll.

17 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 404 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

18 Einheitliche Europäische Akte.
Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115.

Die Landwirtschaft hat im Gegenzug für die im Rahmen des sich verstärkt fortsetzenden Strukturwandels zu erbringenden unvermeidlichen Opfer eine klare Orientierung und eine verläßliche Perspektive für die Zukunft erhalten. Selbst die neuen anderen Politiken (Forschung, Umwelt) können auf dieser mittelfristigen Grundlage wirksamer umgesetzt werden.

Das Ergebnis ist nicht nur als Erfolg der Gemeinschaft, sondern vor allem auch der deutschen Präsidentschaft zu werten.

Für den Rest unserer Präsidentschaft macht der Gipfelbeschluß uns den Rücken frei für die zügige Behandlung der mit der Verwirklichung des Binnenmarktes zusammenhängenden schwierigen Fragenkomplexe.

Die EG-Kommission konnte ihre ursprünglichen Vorstellungen weitgehender durchsetzen, als nach dem Gipfel in Kopenhagen zu erwarten war. Ihr Elan hat dadurch neuen Auftrieb erhalten.

Nach außen bedeutet die Einigung der Zwölf über die internen Probleme der Gemeinschaft eine Stärkung ihrer Position im Hinblick auf die GATT-Verhandlungen[19] und ihre Mitwirkung bei der Lösung der anstehenden internationalen Wirtschafts- und Währungsprobleme.

[gez.] Ungerer

Referat 412, Bd. 168710

60

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Arnim

209-369.00-325/88 geheim **17. Februar 1988**[1]

Betr.: Thesen zur Bedeutung nuklearer Waffen für die Europäische Einigung

1) Nach der historischen Erfahrung sind nukleare Waffen das verläßlichste Mittel zur Verhinderung von Kriegen zwischen Staaten, die über sie verfügen.

2) Konventionelle Waffen haben, selbst bei Überlegenheit, keine nur entfernt ähnlich verläßliche Abschreckungswirkung. Konventionelle Abrüstung kann deshalb die Kriegsverhütung durch nukleare Waffen nicht ersetzen. Die Nuklearmächte werden sich deshalb nicht völlig „denuklearisieren".

3) Nicht-Nuklear-Mächte wie wir haben deshalb ein vitales Interesse daran, die kriegsverhütende Wirkung nuklearer Waffen verbündeter Staaten auch für sich wirksam zu machen.

4) Dies verlangt die Bereitschaft der Verbündeten, nicht nur den Einsatz nuklearer Waffen gegen uns mit der Drohung des Gegenschlages abzuschrecken,

19 Zur Uruguay-Runde des GATT vgl. Dok. 25, Anm. 18.

1 Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 17. Februar 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Sehr guter Entw[urf]. Bitte baldige R[ücksprache] nach Durchsicht meiner Anmerkungen." Vgl. Anm. 2, 3, 5–8, 10–20, 22–24.

sondern auch die Bereitschaft zum Ersteinsatz im Falle einer uns drohenden konventionellen Niederlage.[2]

5) Diese Bereitschaft haben bisher nur die USA aufgebracht. Je mehr jedoch das sowjetische Arsenal nuklearer Waffen zunahm und deshalb das Risiko der nuklearen Bedrohung der USA durch Gegenschläge wächst, desto mehr gerät die Glaubwürdigkeit dieser amerikanischen Zusage in Zweifel.

6) Das Bündnis hat aus dieser Lage die Schlußfolgerung gezogen, daß zur Glaubwürdigkeit des Ersteinsatzes und des Risikos der Eskalation ein nukleares Arsenal der USA erforderlich ist, das von Europa aus einsetzbar ist, also die Gegendrohung nicht unmittelbar auf die USA zielt.

7) Die Funktion dieses Arsenals ist nicht die Bedrohung der SU mit unerträglichem Schaden, sondern mit dem Risiko des Eintretens eines solchen Schadens bei weiterer Eskalation einerseits und der Verweigerung des konventionellen Sieges andererseits. Die Funktion dieses Arsenals in seiner Gesamtheit ist deshalb Kriegsverhütung.

8) Für die Beurteilung der Notwendigkeit oder Verzichtbarkeit einzelner Systeme in diesem Arsenal kommt es damit nicht entscheidend darauf an, ob es sowjetisches Territorium erreichen kann oder nicht. Entscheidend ist, ob es nach seiner Wirkung zu selektiven Schlägen geeignet ist und ob es im Zusammenwirken mit den anderen Teilen dieses Arsenals ein Eskalationsinstrumentarium bereitstellt, das überlebensfähig und flexibel handhabbar ist und kontrolliert steigerbare Eskalationsschritte von gesicherter, aber jeweils begrenzter Wirkung umfaßt.

II. 1) Das SACEUR verfügbare Arsenal ist jedoch nicht entsprechend diesem Rational der Kriegsverhütung auch der[3] nuklearen Waffen entstanden, die das sowjetische Territorium nicht erreichen können, sondern entsprechend heute nicht mehr gültigen Vorstellungen der Kompensation konventioneller Unterlegenheit durch „taktische“ Nuklearwaffen.

2) GB besitzt keine eigenen nuklearen Systeme solcher Reichweiten außerhalb dieses SACEUR verfügbaren Arsenals.

3) F hat zwar begonnen, ein solches Arsenal zu entwickeln (Pluton, in Zukunft eventuell Hades, sowie u. U. auch der wahrscheinlich jedoch für „strategische“ Zwecke gedachte, jetzt eingeführte luftgestützte Abstandsflugkörper). Dieses Arsenal ist aber für die absehbare Zeit zu klein und zu wenig differenziert, um „erweiterte Abschreckung“ – ohne ein amerikanisches Arsenal für den gleichen Zweck – glaubhaft bewirken zu können.

4) Für die Erhaltung erweiterter Abschreckung für uns ist also für die vorhersehbare Zukunft ein in Europa disloziertes, zu selektiven Einsätzen in den Reichweiten zwischen 0 und 1500 km fähiges, zielgenaues und überlebensfähiges amerikanisches Arsenal unverzichtbar.

5) Die mit der Einführung von Trident II in GB[4] und der laufenden Modernisierung in F in den 90er Jahren zunehmende Zahl britischer und französischer

2 Der Passus „zum Ersteinsatz … konventionellen Niederlage“ wurde von Ministerialdirigent von Ploetz angeschlängelt.

3 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „mit“.

4 Am 15. Juli 1980 gab die britische Regierung bekannt, daß das Nuklearsystem „Polaris“ auslaufen und durch den Bau von vier U-Booten ersetzt werde, die mit dem amerikanischen nuklearen Träger-

Sprengköpfe auf SLBM schafft hierfür keinen Ersatz. Sie haben, schon wegen ihrer für die SU völligen oder fast völligen Ununterscheidbarkeit von amerikanischen zentralen Systemen, die Funktion strategischer Bedrohung der SU. Sowohl GB wie F werden sich deshalb dagegen wehren, sie zur Glaubhaftmachung[5] des nuklearen Ersteinsatzes[6] zur Verfügung zu stellen.[7]

6) Aus dem gleichen Grund würde auch die Assignierung von mehr amerikanischen SLBM an SACEUR das Problem nicht lösen.

7) Aus deutschem Interesse ist deshalb eine Restrukturierung des westlichen, in Europa befindlichen Arsenals notwendig, das dem Rational der Kriegsverhütung entspricht. Dies bedeutet, daß die Zahl der nuklearen Granaten für die Artillerie vermutlich drastisch reduziert werden kann.

8) Nach der Reduzierung bodengestützter Optionen durch das INF-Abkommen müssen die Reichweiten zwischen 500 und 1500 km, also weit genug in das sowjetische Territorium hinein, um eine signifikante Bedrohung zu schaffen, luft- und seegestützt erhalten bzw. geschaffen werden.[8]

9) Dafür kommt, gerade für die längeren Reichweiten in diesem Band, vor allem die Assignierung von nuklearen SLCM der amerikanischen Marine an SACEUR in Betracht. Eine Dislozierung solcher Systeme auf Schiffen anderer Marinen ist, wie die MLF-Debatte vor 25 Jahren gezeigt hat[9], nicht praktikabel.

10) Unter dem Gesichtspunkt[10] gerade im nuklearen Bereich wesentlichen Teilung der Lasten und Risiken ist jedoch die Ausrüstung der Jagdbomber-Flotten der Verbündeten mit einem nuklearen Abstandsflugkörper die geeignetste Option, da eine Vielzahl von Verbündeten geeignete Flugzeuge besitzen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 348
system „Trident I/C-4“ und in Großbritannien gebauten Sprengköpfen bestückt werden sollten. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 218.
Mit Briefwechsel vom 11. März 1982 vereinbarten Premierministerin Thatcher und Präsident Reagan den Kauf des in den USA zwischenzeitlich entwickelten Nuklearsystems „Trident II/D-5“. Für die Schreiben vgl. http://www.margaretthatcher.org/document/123218 bzw. http://www.margaretthatcher.org/document/123220.

5 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „einer Doktrin“.

6 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „zugunsten anderer Partner“.

7 Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent von Ploetz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hier muß der Unterschied herausgearbeitet werden, warum man strat[egische] Systeme – auch beim selekt[iven] Ersteinsatz – für Schutz des eigenen Landes in Erwägung zieht. Das Argument mangelnder Unterscheidbarkeit überzeugt nicht, zumal wir von begleitenden pol[itischen] Aktivitäten (s. NPG) ausgehen.“

8 Die Wörter „erhalten bzw. geschaffen werden“ wurden von Ministerialdirigent von Ploetz angeschlängelt.

9 Vom 18. bis 21. Dezember 1962 trafen in Nassau (Bahamas) Präsident Kennedy und Premierminister Macmillan zusammen. Sie kamen überein, daß Großbritannien Polaris-Raketen zur Ausrüstung von U-Booten erhalten und diese Einheiten zusammen mit gleichwertigen amerikanischen Verbänden in eine multilaterale Atomstreitmacht der NATO (MLF) einbringen sollte. Vgl. dazu AAPD 1962, III, Dok. 497.
An Verhandlungen über den Aufbau einer solchen Streitmacht beteiligten sich neben den USA und Großbritannien vor allem die Bundesrepublik und Italien. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 2, Dok. 16 und Dok. 20, sowie AAPD 1963, III, Dok. 414.
Präsident Johnson gab jedoch am 17. Dezember 1964 innen- und außenpolitischen Widerständen gegen das MLF-Projekt nach und entschied, daß vorbehaltlich einer deutsch-britischen Einigung über eine multilaterale Atomstreitmacht weder inhaltliche noch zeitliche Zusagen zu machen seien. Vgl. dazu AAPD 1964, II, Dok. 401.

10 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „der“.

11) Diese Option ist wegen der ständigen Zunahme der Wirksamkeit der Luftverteidigung des WP und der dadurch abnehmenden Eindringfähigkeit von Bombenflugzeugen notwendig. Sie schafft gleichzeitig die Möglichkeit, die wohl relativ hohe Zahl der SACEUR verfügbaren, aber immer schwerer einsetzbaren nuklearen Bomben erheblich zu reduzieren.

12) Für die SU ist die Wahrscheinlichkeit, daß bodengestützte und damit relativ unbewegliche Systeme tatsächlich eingesetzt werden, höher[11] als die Wahrscheinlichkeit luft- oder seegestützter Waffen. Bodengestützte Systeme entfalten also eine größere Abschreckungswirkung. Die dauerhafte Erhaltung einer wirksamen bodengestützten Komponente in einem für eine gesicherte Überlebensfähigkeit gesicherten Umfang ist deshalb aus deutscher Sicht eine wichtige Ergänzung des Eskalationsinstrumentariums.

III. 1) [12]Eine politische Union aus den Staaten der Gemeinschaft kann[13] nur als Ganze Nuklearmacht sein, da GB und F auf ihre nuklearen Waffen nicht verzichten werden. Wenn dieser Union diese Waffen nicht zur Verfügung ständen, so wäre sie „Union" nur dem Namen nach.[14]

2) Eine politische Union Europas ist auch[15] das beste Mittel, um die kriegsverhütende Wirkung nuklearer Waffen nicht nur indirekt durch „erweiterte" Abschreckung, sondern unmittelbar für uns wirksam zu machen.[16]

3) Die Bereitschaft der beiden europäischen Nuklearmächte, z. B. durch Entwicklung entsprechender Konsultationsverfahren, in dieser Richtung voranzuschreiten, setzt damit nicht nur unser grundsätzliches Bekenntnis zum Festhalten an der nuklearen Abschreckung, sondern auch die Bereitschaft voraus, nukleare Waffen dieser beiden Staaten auch bei uns zu dislozieren.[17]

4) Beide europäische Nuklearmächte sind aber auf absehbare Zeit zu schwach, um diesen Prozeß ohne die gleichzeitige glaubwürdige nukleare Präsenz der USA bei uns in Gang zu setzen.[18]

11 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent von Ploetz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Kann man das anders sagen: Die Sichtbarkeit + Verfügbarkeit auf dem bedrohten Territorium erhöht in sowj[etischen] Augen Einsatzwahrscheinlichkeit."

12 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „Die Unterscheidung zwischen originärer, für das eigene Staatsgebiet wirkender Abschreckung und extended deterrence wird im Rahmen der westeuropäischen Integration in dem Maße einer Überprüfung bedürfen, wie sich die vitalen Interessen der Partner unauflösbar verbinden. Letztlich kann".

13 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen.

14 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „(Der NV-Vertrag enthält einen europäischen Vorbehalt.)"

15 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „daher".

16 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirigent von Ploetz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hier muß man differenzieren; entspr[echend] meinem Zusatz zu Ziffer 1. Dabei könnte die Frage, wer entscheidet, in zeitl[icher] Perspektive behandelt werden: Der Zeitpunkt, an dem echte deutsche Teilhabe im Sinne Teilnahme an Einsatzentscheidung – also weit über NATO-Konsultationen hinausgehend –, ist eine Frage, die heute und auf lange Zeit nicht abschließend geklärt zu werden braucht."

17 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „Dies ist allerdings eine sehr langfristige Perspektive."

18 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „In der Zwischenzeit kommt es – auch aus deutschem Interesse an der Fortsetzung der westeuropäischen Integration – darauf an, die nukleare Präsenz der USA in Europa zu erhalten. Sie reduziert den Statusunterschied zwischen nuklearen und nichtnuklearen Europäern auf ein Niveau, auf dem er den Integrationsprozeß außerhalb des mil[itärischen] Bereiches nicht nachhaltig stört."

5) Die Wirksamhaltung des Arsenals von SACEUR und die Entwicklung der verteidigungspolitischen Komponente der politischen Union bedingen damit einander. Gleichzeitig erscheint F und GB ein dauerhaft wirksames Arsenal SACEURs aber auch als Mittel, um sich der Einbindung der eigenen Systeme in einen europäischen Rahmen zu entziehen.

6) Unser Interesse ist deshalb, das Insistieren von F und GB auf Erhaltung eines zu glaubwürdiger Abschreckung ausreichenden Arsenals in Europa mit dem Beharren darauf zu beantworten, daß sie sich an den Lasten und Risiken der damit verbundenen Politik und ihrer militärischen Folgen voll beteiligen.

7) Die Einbindung des französischen nicht-strategischen Potentials in nuklearen Konsultationsverfahren ist das geeignete Mittel[19] dazu. Es ist gleichzeitig die unabdingbare Voraussetzung dafür, daß mit zunehmendem konventionellem Engagement Frankreichs bei uns die sich daraus ergebenden Fragen der nuklearen Abschreckung gelöst[20] werden können.

8) Die USA werden eine solche[21] Entwicklung, die Frankreich stärker auch in den nuklearen Risiko-Verbund einbindet und gleichzeitig die Eskalationskontrolle in der westlichen Gemeinschaft erleichtert, begrüßen, da sie die Last der Verantwortung für den Ersteinsatz tendenziell verringert.[22]

9) Die SU wird diese Entwicklung, die sie bisher nur in ihren Medien kritisiert, bekämpfen, wenn sie weiter voranschreitet, weil sie zur Konsolidierung einer ihr Potential in Europa ausbalancierenden Macht auf dem europäischen Kontinent führt.

10) Aufgabe unserer Ost-Politik bleibt deshalb, zu verdeutlichen, daß die Konsequenz des sowjetischen Interesses[23] an Zusammenarbeit mit den hochentwickelten Staaten Westeuropas nicht in einer Fortsetzung einer Politik umgesetzt werden kann, die versucht, diese Staaten im Schatten sowjetischer Macht zu der gewünschten Zusammenarbeit zu veranlassen, sondern die Akzeptanz eines sich auch politisch, und d. h. auch militärisch, integrierenden Westeuropa verlangt, weil nur ein vor Erpressung und Gewalt sicheres Westeuropa zu umfassender Zusammenarbeit mit der SU bereit sein wird.[24]

Arnim

VS-Bd. 11910 (202)

19 Die Wörter „das geeignete Mittel“ wurden von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „ein erster Schritt“.

20 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „angemessen gehandhabt“.

21 Korrigiert aus: „in einer solchen“.

22 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „Der Prozeß bedarf allerdings sorgfältiger Steuerung, um nicht – was GB immer befürchtet – einen Vorwand für die USA zu liefern, sich mit für die europäische Sicherheit eruptiven Wirkungen aus der Verantwortung zu verabschieden.“

23 Die Wörter „die Konsequenz des sowjetischen Interesses“ wurden von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „das sowjetische Interesse“.

24 An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich: „Zwei Aspekte bedürfen ergänzender Darstellung: 1) Wir befinden uns sicherheitspolitisch in einem Prozeß, der von gemeinsamen Interessen und widersprüchlichen Interessen gekennzeichnet ist. Das verhältnismäßige Gewicht von Faktoren verschiebt sich. Wir stehen in diesem Prozeß nicht vor der Wahl, die ideale Welt entstehen zu lassen, in der alle deutschen Interessen voll berücksichtigt werden; sondern: Wir müssen

61

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Jagow

331-322.00/1 LA **19. Februar 1988**[1]

Über Dg 33[2], D 3[3] Herrn Staatssekretär[4] zur Unterrichtung

Betr.: San José IV[5];
hier: Die Zukunft der Contadora-Gruppe im zentralamerikanischen Friedensprozeß

Anlage[6]

I. Das nie ganz spannungsfreie Verhältnis der zentralamerikanischen Staaten zur Contadora-Gruppe ist seit dem ZA-Gipfel von San José (15./16.1.[7]) durch neue Komplikationen belastet. Das Zusammenwirken des Friedensprozesses

Fortsetzung Fußnote von Seite 351

unsere Interessen in den Prozeß einbringen, seine Tendenzen in unserem Sinn steuern, neg[ative] Entwicklungen abblocken. Im nuklearen Bereich hat der Prozeß drei Dimensionen: transatl[antische], westeur[opäische], W[est]–O[st]. Wir (als D) wollen, daß Europa im W-O-Kontext bei der nuklearen Dimension mitzureden hat, letztlich, daß Eur[opa] bei den seine Sicherheit angehenden Fragen mit am Tisch sitzt. Aber: Wir wollen nicht, daß sich Statusunterschied innerhalb Westeuropas störend bemerkbar macht. Also gibt es keine Entweder-Oder-Lösungen, sondern das Management des Prozesses mit seinen Widersprüchen. Ostpol[itische] Dimension: Anknüpfend an Gesprächsführung Schew[ardnadse]–M[eyer-]L[andrut] (über D/F) und Gorb[atschow]–Späth (D/F) müssen wir darstellen, warum die westeur[opäische] Entwi[cklung] die d[eu]t[schen] ostpol. Interessen nicht gr[un]ds[ätzlich] stört, sondern im Gegenteil letztlich Voraussetzung ist für wirkl[iche] Friedensordnung: Wir müssen der SU beweisen, daß es keine expansive Sicherheit für SU nach klass[ischem] Muster gibt, sondern wirklich nur kooperativ: d. h. Sicherheit gemäß ‚neuem Denken à la D/F' zu sehr viel geringeren Kosten. 2) Wir sollten versuchen, zu verdeutlichen, warum ein deutsches Wackeln in der N[uklear]-Frage nicht nur unsere Si[cherheit] in der W-O- und der atl[antischen] Dimension schädigt, sondern die europ[äische] Integration etc. massiv gefährden könnte." Zu dem Wort „Wackeln" erläuterte Ploetz ferner: „Nukleare dt. Haltung macht unsere Partner unsicher: Sie haben einen Anspruch darauf, daß wir klar sagen, was wir wollen. Nur dann haben wir unsererseits Anspruch darauf, von unseren Partnern Klarheit zu verlangen."

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Jagow und Vortragendem Legationsrat Schmiegelow konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent von Schubert am 19. Februar 1988 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 19. Februar 1988 vorgelegen.

4 Hat Staatssekretär Sudhoff am 19. Februar 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „S[iehe] S. 6." Vgl. Anm. 31.
Am 22. Februar 1988 leitete Vortragender Legationsrat I. Klasse von Jagow die Aufzeichnung erneut über Ministerialdirigent von Schubert und Ministerialdirektor Schlagintweit an Sudhoff. Dazu vermerkte er: „S. 6 ist neugefaßt (Ergänzung ‚Konferenzstrategie')."
Hat Schubert am 22. Februar 1988 erneut vorgelegen.
Hat Sudhoff am 22. Februar 1988 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn BM z[ur] K[enntnis]: Diese Stragtegie ist angesichts der divergierenden Interessenlage die einzig mögliche. Sie wird sich auch in dem Eröffnungsstatement ausdrücken, das Ihnen noch vorgelegt wird."
Hat Vortragendem Legationsrat Schumacher am 24. Februar 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre sowie Schlagintweit und Schubert an Referat 331 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Wurde BM in Besprechung am 24.2. vorgetragen."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 25. Februar 1988 vorgelegen.
Hat Schlagintweit erneut vorgelegen.
Hat Jagow am 25. Februar 1988 erneut vorgelegen.

zwischen den fünf Staaten der eigentlichen zentralamerikanischen Konfliktregion (COS, ELS, HON, GUA, NIC) untereinander (Arias-Plan[8] und Friedensabkommen Esquipulas II[9]) mit den unterstützenden Friedensbemühungen der vier benachbarten Contadora-Staaten (MEX, PAN, VEN, KOL) und der südamerikanischen Unterstützungsgruppe (ARG, URU, BRA, PER) ist in Frage gestellt. Die „Lateinamerikanisierung" der Friedensbemühungen droht angesichts des weit größeren Einflusses der USA auf das Geschehen im engeren zentralamerikanischen Rahmen einen Rückschlag zu erleiden.

1) Der Bericht der gem. Esquipulas II eingerichteten Überwachungskommission (CIVS[10]) über den Stand der Implementierung des Abkommens[11] wurde durch den Gipfel nicht gebilligt; das Mandat der Kommission, in der die Contadora-Gruppe zusammen mit der Unterstützungsgruppe[12] und den GS von VN[13] und OAS[14] eine Schlüsselrolle gespielt hatte, wurde faktisch beendet.

2) Die in Esquipulas II vorgesehene Vermittlerfunktion der Contadora-Gruppe bei den Weiterverhandlungen über die im Contadora-Prozeß unerledigt gebliebenen und auch in Esquipulas II selbst nicht geregelten sicherheitspolitischen Fragen wird im Gipfelkommuniqué nicht mehr erwähnt.

II. Die Contadora-Gruppe und die Unterstützungsgruppe fühlen sich „abgedrängt" und sollen es nach dem Wunsch von vier der fünf ZA-Staaten – gegen den Widerstand von NIC – offenbar auch sein.

Damit ist die Frage der Zukunft der Rolle der Contadora-Gruppe und Unterstützungsgruppe aufgeworfen. Sie wird in Hamburg auch uns gestellt werden. Um Stellung beziehen zu können, müssen wir bei den aufgetretenen Spannungen zwischen drei Problemen unterscheiden:

1) dem Gefühl der Bevormundung der ZA-Staaten durch die Contadora-Gruppe: Der Bericht der CIVS hatte die bekannten Rückstände der ZA-Staaten bei der Erfüllung von Esquipulas II in z. T. undiplomatischer Offenheit gerügt; alte Ressentiments[15] von ELS, COS und HON vor allem gegen die „regionale Großmacht" MEX und ihre „progressive" Außenpolitik zugunsten linksrevolutionärer Kräfte sind wieder aufgelebt, neue von GUA kommen hinzu.

5 Zur vierten Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe (San José IV) am 29. Februar und 1. März 1988 in Hamburg vgl. Dok. 72.

6 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 17.

7 Zum Treffen der Präsidenten Arias (Costa Rica), Azcona (Honduras), Cerezo (Guatemala), Duarte (El Salvador) und Ortega (Nicaragua) am 15./16. Januar 1988 in San José vgl. Dok. 53, Anm. 37.

8 Zum Arias-Plan vgl. Dok. 1, Anm. 41.

9 Zu dem am 7. August 1987 von den Präsidenten Arias (Costa Rica), Azcona (Honduras), Cerezo (Guatemala), Duarte (El Salvador) und Ortega (Nicaragua) in Guatemala-Stadt unterzeichneten Abkommen („Esquipulas II") vgl. Dok. 53, Anm. 37.

10 Comisión Internacional de Verificacion y Sequimiento.

11 Für den Bericht „Informe sobre los progresos en el cumplimiento de los acuerdos del procedimiento para alcanzar la paz firm y duradera en centroamerika" vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146580.

12 Argentinien, Brasilien, Peru und Uruguay gaben am 29. Juli 1985 die Gründung einer Unterstützergruppe für den Contadora-Prozeß bekannt. Vertreter beider Gruppen berieten erstmals am 24./25. August 1985 in Cartagena (Kolumbien).

13 Javier Pérez de Cuéllar.

14 João Baena Soares.

15 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Verständlich!"

2) dem Vorwurf der Parteilichkeit der Contadora-Gruppe zugunsten NICs; er wurde von der US-Regierung schon seit Gründung der CIVS vorsorglich erhoben, nach der Vorlage des Berichts der Kommission jetzt jedoch auch von ELS, HON und COS übernommen, obwohl der Bericht auch NIC Nichterfüllung von Esquipulas II vorwirft. Stein des Anstoßes ist das Bemühen des Berichts um „Äquidistanz" zwischen NIC und seinen den USA nahestehenden Nachbarn, besonders ELS und HON.

3) der Konkurrenz zwischen Contadora-Prozeß und Arias-Plan: Sie wurde durch Esquipulas II nicht völlig bereinigt und beruht z.T. auf unterschiedlichen politischen Schwerpunkten und Methoden (sicherheitspolitische Vertrauensbildung und langer Zeithorizont beim Contadora-Prozeß, Demokratisierung durch sofortigen politischen Willensakt beim Arias-Plan), z.T. auf dem Wunsch von Präsident Arias, seiner mit dem Friedensnobelpreis[16] ausgezeichneten persönlichen Initiative zum Durchbruch zu verhelfen.

III. Mit folgenden Positionen der Contadora-Staaten und ZA-Staaten müssen wir bei San José IV rechnen:

1) Alle Contadora-Staaten halten an ihrer unterstützenden Beteiligung am ZA-Friedensprozeß fest. Zusammen mit der Unterstützungsgruppe haben sie dies in ihrer Erklärung vom 2.2.1988 in Buenos Aires bekräftigt (Anlage[17]).

a) MEX gilt als Inspirator der Contadora-Gruppe und Fürsprecher NICs in dieser Gruppe. Es erhebt als größter Staat der Region unausgesprochen Anspruch auf eine regionale Rolle. Trotz enger wirtschaftlicher Verflechtung mit den USA sucht es außenpolitisch die Abgrenzung zu diesen. Selbst stolz auf seine (in Wirklichkeit konservative) „institutionalisierte Revolution" pocht es wie NIC auf den Pluralismus der Regierungsformen in der Region. Im sicherheitspolitischen Bereich tritt es für Vertrauensbildung nach dem KSZE-Modell ein. Es ist an der Begrenzung des sowjetisch-kubanischen Einflusses in der Region ebenso interessiert wie an der Vermeidung von US-Interventionen.

b) VEN ist als Modellfall des innerstaatlichen demokratischen Pluralismus das „westliche" Gegengewicht zu MEX in der Contadora-Gruppe. Trotz größerer außenpolitischer Nähe zu den USA (VEN ist nicht Mitglied der Blockfreien) tritt es jedoch wie alle anderen Contadora-Staaten und die Unterstützungsgruppe gegen US-Hilfe für die Contras[18] ein. VEN-Positionen zu ZA sind unseren sehr ähnlich. VEN ist von dem Potential der Mäßigung und Versachlichung überzeugt, das in regionaler Zusammenarbeit, auch zwischen ZA und der Contadora- und Unterstützungsgruppe, liegt.

16 Präsident Arias wurde am 10. Dezember 1987 in Oslo der Friedensnobelpreis verliehen.

17 Für die Erklärung der Contadora-Gruppe sowie Argentiniens, Brasiliens, Perus und Uruguays vom 2. Februar 1988 zum Treffen der Präsidenten Arias (Costa Rica), Azcona (Honduras), Cerezo (Guatemala), Duarte (El Salvador) und Ortega (Nicaragua) am 15./16. Januar 1988 in San José vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146557.

18 Nach der Bewilligung von Hilfsgeldern in Höhe von insgesamt 100 Mio. Dollar für nicaraguanische Rebellengruppen („Contras") durch den amerikanischen Kongreß 1986/87 beantragte Präsident Reagan die Freigabe weiterer Mittel in Höhe von 36,25 Mio. Dollar für das Haushaltsjahr 1988. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1988, S. 130–133.
Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 4. Februar 1988, daß das Repräsentantenhaus den Antrag mit 219 zu 211 Stimmen abgelehnt habe: „Während damit das Ende der militärischen US-Hilfe für die Contras besiegelt erscheint, zeichnet sich eine Einigung auf weitere humanitäre Hilfe ab." Vgl. den Drahtbericht Nr. 493; Referat 204, Bd. 160068.

c) KOL, obwohl Mitglied der Blockfreien, vertritt ähnliche Positionen wie VEN, spielt jedoch unter der Regierung Barco eine weniger profilierte Rolle im Contadora-Prozeß als noch unter der Regierung Betancour. Angesichts der Guerilla im eigenen Land ist es am sicherheitspolitischen Programm des Contadora-Prozesses besonders interessiert.

d) PANs gelenkte Demokratie ist mit dem MEX-Modell der konservativen „Revolution" vergleichbar. Nicht zuletzt wegen seiner ungelösten Krise[19] und neuerdings gespannten Verhältnisses zu den USA sucht es die Profilierung im Contadora-Prozeß.

2) Die ZA-Staaten sind in ihrem Verhältnis zur Contadora-Gruppe gespalten:

a) NIC hält an der Contadora-Rolle im ZA-Prozeß fest, um der Majorisierung durch die vier übrigen ZA-Staaten entgegenzuwirken. NIC bemüht sich darum, die obsolet gewordene CIVS durch eine neue Kommission zu ersetzen, die das Element der internationalen Überwachung aufrechterhält, jedoch mit veränderter Zusammensetzung: NIC hat sondiert bei CDN sowie bei E, I, N und S und jetzt auch bei uns.[20]

b) COS, ELS und HON werfen dem Bericht der CIVS und der Contadora-Gruppe in Übereinstimmung mit der US-Regierung Parteilichkeit zugunsten NICs vor. Sie treten gegen eine Wiederbelebung der CIVS und für die Abdrängung der Contadora-Gruppe aus dem ZA-Friedensprozeß ein. Bei ELS und HON mischen sich alte Ressentiments gegen MEX mit Empfindlichkeit gegenüber der Kritik des CIVS-Berichts und ihrem auf der Hand liegendem Interesse an Abstimmung mit der US-Regierung. COS sucht im Gegenteil, die Eigenständigkeit des ZA-Friedensprozesses gegenüber den USA zu sichern, indem es Kritik der USA durch Abdrängung der Contadora-Gruppe zuvorkommt.

COS hat mehrfach an uns appelliert, die Wiederbelebung der CIVS nicht zu unterstützen, die Selbstverantwortung[21] der ZA-Staaten anzuerkennen und eine Rückgewinnung des Einflusses der Contadora-Gruppe und der Unterstützungsgruppe auf ZA über den Dialog der Zwölf mit den Acht in Hamburg nicht zu fördern.[22]

19 Referat 331 notierte in einem für den Auswärtigen Ausschuß des Bundestags bestimmten „Bericht der Bundesregierung über die aktuelle Lage in Panama" vom 19. Januar 1988: „Die Krise der Demokratie ergibt sich aus der Rolle des Militärs in Panama." Das früher beträchtliche Vertrauenskapital des Militärs bei der Bevölkerung sei stark zurückgegangen. Anschuldigungen gegen den Oberkommandierenden der Streitkräfte, Noriega, dem Wahlfälschung und die Verantwortung für politische Morde vorgeworfen werde, hätten im Juni 1987 zu Unruhen geführt. Zwar gelte seit Mitte August 1987 „die zweimonatige Phase der Gewaltanwendung und Gewaltandrohung" als beendet: „Der damit eingetretene Schwebezustand bleibt angesichts unveränderter innenpolitischer Fronten allerdings prekär." Vgl. Referat 331, Bd. 144026.
Kanzler I. Klasse Meixner, Panama-Stadt, berichtete am 26. Februar 1988, daß Präsident Delvalle am Vortag den Oberkommandierenden der Streitkräfte, Noriega, seines Amtes enthoben habe. Daraufhin sei im „noriegaeigenen Kabelfernsehen" die Forderung erhoben worden, „daß nicht Oberkommandierender, sondern Staatschef zu verschwinden habe". Für Mitternacht seien alle Parlamentsabgeordneten zu einer Sondersitzung des Parlaments einberufen worden, die schließlich in den frühen Morgenstunden „Staatspräsident und Vizepräsident gemäß Artikel 186 (wegen Vergehens gegen die Konstitution)" für abgesetzt erklärt hätten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 69; Referat 331, Bd. 144026.

20 Zur nicaraguanischen Bitte um eine Beteiligung der Bundesregierung an einer Verifikationskommission vgl. Dok. 53, Anm. 38.

21 Korrigiert aus: „Selbstbeantwortung".

22 Botschafter Nestroy, San José, teilte am 1. Februar 1988 mit, der costaricanische Außenminister Madrigal habe gebeten, „seine Besorgnis zu folgendem an AA weiterzugeben: Er habe erfahren, daß

c) GUA trat im Rahmen seiner „Neutralitätspolitik“ und außenpolitischen Anlehnung an MEX früher stets für eine Contadora-Rolle in ZA ein. Jetzt fühlte es sich durch die Kritik des Berichts der CIVS an MR-Verletzungen in GUA und am Ausbleiben des Waffenstillstands mit der GUA-Guerilla brüskiert und hat deshalb gemeinsam mit ELS, HON und COS die Annahme des Berichts verhindert. GUA unterstützt jedoch den Gedanken einer internationalen Überwachung in neuer Form und hat unsere Einbeziehung befürwortet.[23]

IV. Unsere Haltung zu Contadora muß berücksichtigen, daß wir diese Initiative seit ihrem Bestehen[24] gemeinsam mit den Zwölf nachdrücklich unterstützt haben. Die Verdienste der Contadora-Staaten und der 1985[25] hinzugetretenen Unterstützer sollten auch künftig positiv gewürdigt werden: unentbehrliche Vorarbeit und Förderung einer politischen Lösung für Zentralamerika. Die Mitwirkung der lateinamerikanischen Nachbarn ist ein wichtiges Element der Mäßigung und Versachlichung des Konflikts.

Die Eigenverantwortung der Zentralamerikaner darf aber nicht überlagert werden. Wir sind für Lösungen aus der Region heraus. Deshalb haben wir die Arias-Initiative und das Friedensabkommen von August 1987 unterstützt. Der Wille der fünf Präsidenten[26], die Rolle der Contadora- und Unterstützungsgruppen zu reduzieren, muß respektiert werden.[27]

Contadora behält seine Aufgabe als Vermittler in den noch ausstehenden Verhandlungen über Rüstungsbeschränkungen, fremde Berater und Stützpunkte (Art. 7 des Abkommens[28]).

Über Umfang und Art der künftigen Einbeziehungen der Contadora- und Unterstützungsgruppen in die Überwachung der Erfüllung des Friedensabkommens muß von den fünf ZA-Staaten einvernehmlich entschieden werden.[29]

Fortsetzung Fußnote von Seite 355

nic[araguanische] Reg[ierung] und VN-GS versuchen, auf San-José-IV-Treffen Hamburg Äußerung der ‚Zwölf‘ dahingehend zu erwirken, daß Europa die Wiederbelebung der CIVS (Überwachungskommission von Esquipulas II) empfiehlt. Auf dem San-José-Gipfel 15./16.1.1988 sei diese CIVS durch fünf Präsidenten aufgelöst worden. COS und seiner Meinung nach unverändert auch ELS–GUA–HON legten Wert auf Durchführung des in San José Vereinbarten, d. h. Überwachung etc. durch ‚Exekutiv-Kommission‘ für Esq[uipulas] II, die aus den fünf AM bestünde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 38; Unterabteilung 33, Bd. 146580.

23 Botschafter Bensch, Guatemala-Stadt, teilte am 30. Januar 1988 mit, daß der guatemaltekische Außenminister Cabrera gegenüber Ministerialdirigent von Schubert am 28. Januar 1988 ausgeführt habe, „Verifikationskommission in bisheriger Zusammensetzung habe ihr Mandat erschöpft. Ihre Aufgaben seien nunmehr auf den von den fünf ZA-AM gebildeten Exekutiv-Ausschuß übergegangen, Contadora habe man ‚beiseitegeschoben‘. Für künftige Verifikationsaufgaben denke der AM-Ausschuß an Beteiligung neutraler Staaten von außerhalb der Region, GUA werde dafür Kanada und Deutschland vorschlagen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 25; Unterabteilung 33, Bd. 146557.

24 Am 8./9. Januar 1983 trafen die Außenminister Amado (Panama), Lloreda (Kolumbien), Sepúlveda (Mexiko) und Zambrano (Venezuela) auf der Insel Contadora in Panama zusammen, um über Möglichkeiten einer friedlichen Lösung verschiedener Konflikte in Mittelamerika zu beraten. Vgl. dazu das Kommuniqué; EUROPA-ARCHIV 1983, D 557 f.

25 Korrigiert aus: „1986“.

26 Óscar Arias Sánchez (Costa Rica), José Simón Azcona del Hoyo (Honduras), Marco Vinicio Cerezo Arévalo (Guatemala), José Napoleón Duarte Fuentes (El Salvador) und José Daniel Ortega Saavedra (Nicaragua).

27 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

28 Für den Wortlaut von Artikel 7 des Friedensabkommens für Mittelamerika vom 7. August 1987 (Esquipulas II) vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 502.

Als Europäer sollten wir uns grundsätzlich für die Existenz von Mechanismen der Überwachung aussprechen, uns aber in den Streit um die Rolle der Contadora- und Unterstützungsgruppen nicht hineinziehen lassen.[30]

[31]V. Hieraus ergibt sich folgendes Konferenzleitungskonzept:

1) In der Form reaktives Verhalten.

2) In der Sache soweit wie möglich werbende Streitvorbeugung[32], ohne das Problem als solches zur Sprache zu bringen.

3) Im Streitfall Schlichtungsbemühen.

zu 1): Da wir stets hervorgehoben haben, daß wir den Friedensprozeß nur stützen, nicht steuern können, müssen wir es gewissermaßen den „Herren des Geschäfts" überlassen, ob sie das Problem zur Sprache bringen wollen oder nicht.

Auf die vertraulichen Signale von COS im Vorfeld der Konferenz haben wir bereits ebenso vertraulich reagiert.

Die öffentliche Aufwertung der Frage bei San José IV ist am ehesten von NIC zu erwarten. Die Contadora-Staaten werden möglicherweise das Forum des Treffens der Acht mit den Zwölf vorziehen.

Zu 2): Streitvorbeugend kann BM dadurch wirken, daß er in seiner Eröffnungserklärung:

– das Prinzip der aus der Region selbst kommenden Lösung hervorhebt und dem politischen Willen der fünf ZA-Präsidenten als ausschlaggebendem Motor des Friedensprozesses Anerkennung zollt;
– für das Prinzip der Zusammenarbeit zwischen Regionen wirbt, also auch für die unterstützende Mitarbeit der weiteren lateinamerikanischen Region am Friedensprozeß in ZA.

Zu 3): Zur Schlichtung kommt folgendes Konzept in Betracht, das für alle Beteiligten konsensfähig sein sollte:

– Entscheidungskompetenz der Zentralamerikaner für sich selbst; prozeduraler Vorrang des Esquipulas-Verfahrens und damit im wesentlichen des Exekutivkomitees der fünf AM;
– bleibende Vermittlerrolle der Contadora-Gruppe für sicherheitspolitische Fragen gem. Art. 7 des Esquipulas II-Abkommens;
– Beteiligung der Contadora- und Unterstützungsgruppe oder einzelner ihrer Mitglieder an einer neuen Überwachungskommission nur, falls sie den Konsens aller fünf ZA-Staaten findet;

Fortsetzung Fußnote von Seite 356

29 Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

30 Der Passus „Streit um … hineinziehen lassen" wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".
An dieser Stelle vermerkte Sudhoff ferner handschriftlich: „Ich teile diese Meinung. Nur: Wir brauchen für Hamburg eine Konferenzleitungsstrategie, damit BM einerseits die drei ZA nicht verprellt, andererseits unsere bisherige Contad[ora-] Unterstützungspolitik nicht desavouiert. Insoweit ist Vorlage für Hamburg anzureichern und aufzuarbeiten. Auch ist Eröffnungsstatement BM entspr[echend] zu formulieren."

31 Beginn der Ergänzung vom 22. Februar 1988. Vgl. Anm. 4.

32 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

– Fortsetzung der institutionalisierten (Luxemburg 1985[33]) Beteiligung der Contadora-Gruppe (nicht der Unterstützungsgruppe) am europäisch-zentralamerikanischen Dialog.

Nur reaktiv:

– Offenheit der Zwölf für unverbindliche Erörterung des Friedensprozesses in ZA mit den Staaten der Acht. Als eines der wichtigen Themen Lateinamerikas läßt sich das ZA-Problem hier nicht ausschließen.

Jagow

Unterabteilung 33, Bd. 146557

62

Ministerialdirigent von Ploetz, z.Z. Washington, an das Auswärtige Amt

114-10752/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 19. Februar 1988, 00.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 4 **Ankunft: 19. Februar 1988, 08.20 Uhr**
Citissime

Betr.: Gespräch BK/BM–AM Shultz am 18.2.1988 in Washington[2]

Zusammenfassung:

Erstes Gespräch während des offiziellen Besuchs, das im Rahmen eines Frühstücks in der Suite von BK stattfand, bildete einen atmosphärisch und inhaltlich guten Auftakt des gemeinsamen Besuchs von BK und BM, dem im Hinblick insbesondere auf den bevorstehenden NATO-Gipfel[3] und die Vorbereitungen für den vierten amerikanisch-sowjetischen Gipfel[4] große Bedeutung zukommt. Es wurden behandelt:

– Bilaterale und europäisch-amerikanische Beziehungen, dabei besonders gesellschaftliche Kontakte (Jugend- und Studentenaustausch, parlamentarische

33 Auf der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den mittelamerikanischen und den Contadora-Staaten am 11./12. November 1985 in Luxemburg (San José II) wurde ein Kooperationsabkommen zwischen der EWG und den Staaten des Generalvertrags über die mittelamerikanische Wirtschaftsintegration – Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua – sowie Panama unterzeichnet. Daneben verabschiedete die Konferenz eine Schlußakte, ein gemeinsames politisches Kommuniqué über den politischen Dialog und die wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie ein Wirtschaftskommuniqué. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 250–258.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 24.
Hat Ministerialdirigent Fiedler am 22. Januar 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 22. Februar 1988 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Zeller am 22. Februar 1988 vorgelegen.

2 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 17. bis 20. Februar 1988 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 63 und Dok. 64.

3 Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 2./3. März 1988 in Brüssel vgl. Dok. 75.

4 Zum Treffen des Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

Kontakte – persönliche BK-Einladung an Mitglieder von Senat und Repräsentantenhaus).

– Nahost-Fragen: Einschätzung der Lage auf Grundlage vielfältiger Kontakte beider Seiten mit Führern aus der Region und unter Berücksichtigung der jüngsten Entwicklung auf der Westbank, Inhalt und Aussichten der amerikanischen Nahost-Bemühungen.
– Afghanistan: Erfolgschancen derzeitiger Bemühungen um politische Lösung (trotz schwieriger Probleme vorsichtig optimistische Einschätzung der US-Seite).
– Beziehungen USA–SU: Laut Shultz stehen Chancen für Einhaltung des Gipfel-Terminplanes 3 : 1 oder besser.
– Allianz: Lage nach Abschluß des INF-Abkommens (positive Einschätzung der Ratifizierungsaussichten im Senat durch Shultz, der ca. mit 80 Ja-Stimmen rechnet[5]), aber Übereinstimmung, daß in psychologisch veränderter Großwetterlage Allianz-Zusammenhalt vordringlicher denn je ist und für die bevorstehenden Gipfel große Bedeutung hat. Beiderseitige Präferenz für klare und möglichst unkontroverse Gipfelerklärung (BK Hinweis auf Williamsburg-Erklärung von 1983[6]). Übereinstimmung auch, daß Gipfel KRK-Position – aufbauend auf Brüsseler-Erklärung über konventionelle Rüstungskontrolle vom 12.12.1986[7] – verdeutlichen soll; deutscher Gedanke, dies in separater Erklärung zu tun, wurde grundsätzlich akzeptiert. Eindringlicher Appell BKs, Modernisierungsdiskussion im SNF-Bereich zu beenden im Verständnis, daß kein aktueller Entscheidungsbedarf besteht, daß aber, wenn eines Tages Entscheidungen anstehen im Rahmen eines Gesamtkonzepts, aus welchem sich künftige Struktur und Zahl der nuklearen Mittel ergeben, diese – wenn sie gemeinsam als notwendig betrachtet würden – von Bundesregierung mitgetragen werden, und daß Inhalt dieses Gesamtkonzepts auch Bündnisposition für Rüstungskontrollverhandlungen in diesem Bereich bestimmt. Dabei Betonung BKs, daß Bundesregierung keiner dritten Null-Lösung und Denuklearisierung zustimmen wird. Positive Shultz-Reaktion auf BK-Vorschlag, auf allen Ebenen engsten bilateralen Kontakt zu pflegen, um Kohäsion der Allianz in schwieriger Phase zu gewährleisten. Zu CW: BK-Erwartung, daß Verifikationsprobleme entschlossen angegangen werden und daß es dabei bleibt, daß amerikanische CW spätestens bis Ende 1992 abgezogen werden.[8]
– Europäischer Rat: Under Secretary Wallis anerkennt – mit Zustimmung von Shultz – Initiativ-Beitrag, den Brüssel-Ergebnis[9] für Bewältigung strittiger Probleme leisten kann.

5 Zum Stand der Ratifizierung des amerikanisch-sowjetischen INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 55, Anm. 4.

6 Auf dem Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30 Mai 1983 in Williamsburg verabschiedeten die teilnehmenden Staats- und Regierungschefs eine Erklärung zu Abrüstung und Rüstungskontrolle. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 333 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 167.

7 Für den Wortlaut der „Brüsseler Erklärung über konventionelle Rüstungskontrolle“ vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 77–79.

8 Zu den Genfer Verhandlungen über ein Verbot von Chemiewaffen vgl. Dok. 10.
Die Bundesrepublik und die USA trafen am 4. Mai 1986 am Rande des Weltwirtschaftsgipfels in Tokio eine Absprache über den Abzug der in der Bundesrepublik lagernden Altbestände amerikanischer Chemiewaffen. Im Eventualfall sollten binäre Chemiewaffen der USA in die Bundesrepublik verbracht werden. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 139.

9 Zur außerordentlichen Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 vgl. Dok. 59.

– Bilaterale Wirtschaftsfragen: BK kündigt Deregulierungsschritte im Fernmeldebereich für 1988 an.[10]

Im einzelnen (Allianzfragen werden in gesondertem Bericht behandelt[11])

1) Shultz war begleitet von Armacost, Wallace, Nitze, Burt, Ridgway, Bodde sowie Note-taker und Dolmetscher. BK und BM waren begleitet durch Reg.Spr.[12] Ost, MdBs Rühe und Ronneburger, Botschafter[13], MD Teltschik, Dg 20[14] und Dolmetscher.

2) Gesellschaftliche Kontakte

BK unterstrich Entschlossenheit, der besorgniserregenden Tendenz abnehmender Kontakte entgegenzuwirken, und erläuterte das Projekt seiner Einladung an zwölf amerikanische Universitätspräsidenten.[15] Er beklagte den zu geringen Schüler- und Studentenaustausch, der nicht nur ein Problem D–USA, sondern auch ein Problem EG–USA und leider auch ein innereuropäisches Problem darstelle. Auch im Hinblick auf die Vorwärtsentwicklung in der EG, wo bis 1992 der Binnenmarkt verwirklicht werde, müsse einem Auseinanderdriften von EG und USA entgegengewirkt werden. Es sei wichtig für die Allianz, daß die Beziehungen sich nicht nur auf den Verteidigungsbereich beschränkten, sondern alle Gesellschaftsgruppen, auch die Kirchen, einbezögen. Die bilateralen Beziehungen seien dabei wichtig, die EG als eigene Einheit müsse aber auch einkalkuliert werden. Shultz stimmte dem zu und begrüßte insbesondere Absicht, die Universitätspräsidenten nach Berlin einzuladen: Nichts mache konkreter das Vorhandensein von Ost-West-Differenzen deutlich als die Mauer in Berlin und die demilitarisierte Zone in Korea.

3) Nahost

BK verwies auf Besuche von Hussein, der auch mit den zwölf EPZ-Ministern zusammengetroffen sei[16], und Mubaraks[17], die beide große Hoffnungen auf die

10 Zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost vgl. Dok. 24, Anm. 20.

11 Für den Drahtbericht des Ministerialdirigenten von Ploetz, z.Z. Washington, vgl. Dok. 63.

12 Regierungssprecher.

13 Jürgen Ruhfus.

14 Hans-Friedrich von Ploetz.

15 Bundeskanzler Kohl empfing am 6. Juli 1988 eine Reihe von Professoren amerikanischer Universitäten zu einem Gespräch über die Möglichkeiten einer Vertiefung des transatlantischen Verhältnisses auf der Ebene der Wissenschaft und der Gesellschaft. Kohl schlug ein „fünfjähriges Pilotprogramm ab 1990 für interdisziplinäre Deutschland- und Europastudien in den USA" vor, das die Bundesregierung mit 5 Mio. DM jährlich fördern wolle, ferner die Einführung von jährlich zehn Stipendien „für künftige amerikanische Führungskräfte zum Studium an deutschen Universitäten", gemeinsame universitäre Forschungsprojekte und „als Fernziel die Gründung einer deutsch-amerikanischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften". Der Präsident der Johns Hopkins University, Muller, äußerte die Besorgnis, „daß Europa noch nicht ausreichend wahrnehme, welche Veränderungen sich in den USA vollzögen: Im Jahre 2020 würden drei von fünf Amerikanern nicht mehr europäischer Herkunft sein." Der Präsident der University of California, Gardner, ergänzte, daß aktuell bereits 40% der Studienanfänger seiner Universität nicht europäisch geprägt seien: „Von Kalifornien aus sei Japan nicht der ‚Ferne Osten', sondern der ‚Nahe Westen'. Deshalb ziele das vorrangige Interesse der Studenten dorthin. Man müsse sich also anstrengen, um das Interesse an Europa zu wahren oder gar zu stärken." Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 76; B 150, Aktenkopien 1988.

16 Zum Besuch des Königs Hussein vom 7. bis 10. Februar 1988 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 49. Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ mit Hussein am 8. Februar 1988 vgl. Dok. 53.

17 Zum Besuch des Präsidenten Mubarak am 25. Januar 1988 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 31.

USA und deren Freunde setzten, um Fortschritte auf dem Weg zu einer Internationalen Nahost-Konferenz zu erzielen.

BM ergänzte, Hussein habe sich mit ungewöhnlichem Enthusiasmus über einen Anruf von Präsident Reagan geäußert. Er habe aus dem Gespräch große Erwartungen in bezug auf starke amerikanische Anstrengungen geschöpft.

BK stimmte der Einschätzung BMs von der Bedeutung des Königs und Mubaraks für eine positive Nahost-Entwicklung zu (mit ihren Nachfolgern würde Israel es sehr viel schwerer haben). Er teilte deren Skepsis in bezug auf die Bereitschaft eines Teils der israelischen Führung, sich in einem Friedensprozeß zu engagieren. Andererseits seien sie aber geprägt von großen – vielleicht zu großen – Hoffnungen auf die USA.

BK bot an, wo immer möglich – auch in diskreter Weise – hilfreich zu sein, und zwar sowohl als Bundesregierung wie auch als EG-Präsidentschaft.

Shultz sah Chancen für Fortschritte, allerdings nicht durch Konferenz. Die Konferenzidee könne Inhalt nicht ersetzen. BM erläuterte, es gehe darum, ein Dach, eine Art Schutzschild für direkte Verhandlungen der Beteiligten zu bieten, die Vorwürfe anderer arabischer Staaten gegen solche Verhandlungen abwehrten.

Shultz blieb bei seiner skeptischen Einschätzung der Konferenzidee und berief sich auf enge Konsultationen mit Ägypten, Jordanien und Israel sowie anderen arabischen Staaten einschließlich Syrien und Saudi-Arabien. Es müsse darum gehen, direkte Verhandlungen in Gang zu bringen. Die Sorge, was das Ergebnis eines nur prozeduralen Ansatzes wäre, sei der Grund für Zurückhaltung gegenüber der Konferenzidee. USA bemühten sich daher, ein Paket von Prinzipien (set of principles) zu entwickeln, welches zeitlich differenziere zwischen

– schnell erreichbaren und
– später erreichbaren Schritten.[18]

Auf diese Weise könne jeder Beteiligte erkennen, daß die ihn besonders interessierenden Themen erfaßt werden sollten. Wenn diese Substanzpositionen gegenseitig akzeptiert würden und damit die Richtung klar werde, werde man die Beteiligten auch eher für direkte Kontakte gewinnen können. Das Ganze solle mit großem Tempo vorangetrieben werden. Shultz verwies auf engste Kontakte mit BM[19] und kündigte an, unmittelbar nach den Moskauer Gesprächen[20] in den Nahen Osten[21] zu reisen.

18 Vgl. dazu die amerikanische Initiative zur Wiederbelebung des Friedensprozesses im Nahen Osten; Dok. 53, Anm. 8.

19 In einem am 6. Februar 1988 übergebenen Schreiben an Bundesminister Genscher legte der amerikanische Außenminister Shultz Grundgedanken einer amerikanischen Friedensinitative für den Nahen Osten dar. Für das Schreiben vgl. Unterabteilung 31, Bd. 147542.

20 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz vom 21. bis 23. Februar 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 67.

21 Der amerikanische Außenminister Shultz führte vom 25. bis 27. Februar 1988 Gespräche in Israel, am 27. Februar in Syrien und Jordanien und am 28. Februar erneut in Israel sowie in Ägypten. Am 29. Februar reiste er nach Jordanien und am selben Tag bis 1. März wieder nach Israel. Nach Aufenthalten vom 1. bis 3. März in London zu Gesprächen mit König Hussein sowie in Brüssel zur Teilnahme an der Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs setzte Shultz am 3./4. März seine Gespräche mit der israelischen Regierung fort. Am 4. März 1988 beendete er seine Nahostreise mit neuerlichen Gesprächen in Syrien und Ägypten.

Präsident Reagan habe Habib in die Nahost-Region entsandt.[22] Die Sachpositionen seien buchstäblich auf der Grundlage der Konsultationsergebnisse formuliert worden. Nicht alle Beteiligten hätten sich verbindlich dazu geäußert, aber niemand habe widersprochen, was ermutigend sei.

Shultz dankte für deutsches Angebot, hilfreich zu sein. Deutsche Seite stimmte der Einschätzung von Shultz zu, daß gewaltsame Eruptionen auf der Westbank[23] mehr oder weniger spontan seien und nicht von außerhalb geführt würden. Dies führe dazu, daß auswärtige Kräfte einerseits ihre Bedeutung sinken sähen, andererseits aber über mögliche Entwicklungen bei eigenen Bevölkerungsgruppen besorgter würden. Bei den Israelis registriere man schon eine offenere Haltung. Aber auch arabische Führer, die Israel kritisierten, fühlten, daß die Proteste sich auch gegen sie richteten. Shultz sah mit Interesse der sowjetischen Einschätzung entgegen, machte aber deutlich, daß über Nahost-Fragen gesprochen werde. Er erinnerte an traditionelle SU-Sorge vor den Auswirkungen des islamischen Fundamentalismus im eigenen Land. Angesichts der direkten Verbindung dieses Problems zu Afghanistan und Iran hielt er es für möglich, daß SU-Haltung sich ändern könnte, die sich bisher eher auf [24]Verhindern von positiven Entwicklungen konzentriert habe. BK wies auf ähnliche Analysen aus arabischen Ländern hin, auch bezüglich der Entwicklung Teil der israelischen Öffentlichkeit.[25] Bisher habe sich jedoch kein Umschlag in der Stimmung ergeben. Die Auswirkungen auf die bevorstehenden Wahlen[26] seien abzuwarten.

4) Afghanistan

Shultz sah deutliche Bewegung, aber eine – ihm politisch legitim erscheinende – Komplikation durch die pakistanische Forderung, daß vor Unterzeichnung der Genfer Vereinbarungen eine akzeptable Interims-Regierung im Amt sein müsse.[27] Bisher sei dies sowjetische Position gewesen. Shultz sieht sich in der „unbequemen" Lage, die Antwort Pakistans und des afghanischen Widerstands in Moskau zu überbringen, wonach eine solche Interimsregierung unter Leitung des Widerstands stehen müsse, aber etwa sieben derzeitige Minister – ausgeschlossen den Regierungschef – umfassen könne. Anscheinend seien Pakistan und der Widerstand bereit, zu sagen, daß eine derartige Regierung das Genfer Abkommen unterzeichnen würde. Die Frage sei, ob Moskau Nadschibullah politisch opfern werde.

Sein Verständnis für diese Position begründete Shultz damit, daß Pakistans Interesse in der Rückkehr der drei Millionen Flüchtlinge bestehe, mit der aber erst bei Einsetzung einer stabilen Regierung zu rechnen sei. Außerdem wolle Präsident Zia sicher sein, daß nach Abzug der SU aus Afghanistan nicht ein blutiges Chaos entstehe und vielleicht sogar eine erneute Intervention der SU vor der Weltöffentlichkeit rechtfertige.

22 Vgl. dazu die Gespräche des amerikanischen Sondergesandten Habib am 30./31. Januar 1988 in Jordanien; Dok. 49, Anm. 14.

23 Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada") vgl. Dok. 16, Anm. 23.

24 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 5 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

25 So in der Vorlage.

26 Die Wahlen zum israelischen Parlament fanden am 1. November 1988 statt.

27 Zu den Gesprächen über eine Beendigung des Krieges in Afghanistan vgl. Dok. 37, Anm. 6.

Shultz schien nicht sicher, daß nach einem sowjetischen Abzug in Afghanistan Kämpfe und Blutvergießen vermeidbar sind. Das Hauptziel sei aber, den Abzug der SU zu erreichen. Der Rest müsse dem afghanischen Volk überlassen werden. Wenn man zu einer Regelung kommen könne, die eigenen Forderungen entspreche, müsse man den Mut haben, einzuschlagen, auch wenn die immer übliche Kritik (Shultz verwies auf INF-Abkommen) geäußert werde.

BK erinnerte an das Interesse Gorbatschows am Abzug. Seine psychologische Offensive werde in der arabischen Welt ebenso wie in Europa entwertet, wenn der Abzug nicht erfolge. Die bisherige Linie, das Afghanistan-Problem Breschnew in die Schuhe zu schieben, lasse sich nur begrenzte Zeit durchhalten. Shultz müsse diese Trumpfkarte spielen.

Shultz teilte Einschätzung. Afghanistan-Problem werde ebenso wie andere regionale Themen (Iran–Irak, Nahost) vermutlich bei seinen nächsten Gesprächen in Moskau stärker im Vordergrund stehen, Armacost werde ihn begleiten. Mit Pakistans AM[28] habe er noch am 17.2. gesprochen.

BK beurteilte Chancen auch deshalb nicht als ungünstig, weil Gorbatschow wegen bevorstehender Parteikonferenz[29] und der Notwendigkeit von Unterstützung aus dem WP einen Erfolg brauche. Bei dem Besuch in Prag[30] sei deutlich gewesen, daß dort – wie auch in anderen WP-Ländern – neben denjenigen, die auf Gorbatschow setzten und neben den üblichen Hardlinern eine abwartend verharrende Gruppe überzeugt werden müsse, woher der Wind in Zukunft wehen werde.

5) Amerikanisch-sowjetischer Gipfel

Shultz bezeichnete Einhaltung der Terminplanung als wahrscheinlich. Die verabredeten monatlichen AM-Treffen zur Vorbereitung seien festgelegt. Abgesehen von immer denkbaren unerfreulichen und unerwarteten Entwicklungen beurteile er die Wahrscheinlichkeit des Gipfels 3:1, vielleicht sogar etwas größer.

6) Wirtschaftsbeziehungen EG–USA

Mit Zustimmung von Shultz äußerte sich Under Secretary Wallis „delighted" über positive Entwicklungen im Wirtschaftsbereich angesichts der Beschlüsse des Europäischen Rates und anerkannte ausdrücklich BK-Anstrengungen in Brüssel. Thema wurde anschließend zwischen BM und Shultz vertieft.[31]

28 Zain Noorani.

29 Zur Allunions-Parteikonferenz der KPdSU vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 in Moskau vgl. Dok. 194.

30 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 26./27. Januar 1988 in der ČSSR vgl. Dok. 33.

31 Über das Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 18. Februar 1988 berichtete Ministerialdirigent von Ploetz, z. Z. Washington, am folgenden Tag, Bundesminister Genscher habe die „wahrhaft historische Bedeutung" der Beschlüsse der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel hervorgehoben, mit denen die Europäischen Gemeinschaften „eine neue Qualität gemeinschaftlicher Solidarität" erreicht hätten. „Die weniger entwickelten Regionen von MS (Irland, Portugal, Spanien, Italien, Griechenland), nicht diese selbst, würden durch einen in der Höhe verdoppelten Strukturfonds besonders gefördert. […] BM wies auch auf die Schritte zur Reduzierung der landwirtschaftlichen Überproduktion hin, die für D und F besonders schwierig gewesen seien. Dies sei ein wichtiger Beitrag der Gemeinschaft für Entspannung des Weltagrarmarkts, besonders aber zum Abbau der Spannungen zu den USA und anderen wichtigen Agrarexportländern. Die Gemeinschaft habe auch ein neues Finanzierungssystem für die Kommission verabschiedet. D habe sich gemeinsam mit GB, NL und DK gegen die Fettsteuer gewandt. Durch diese Entscheidung seien die Türen für die Herstellung eines gemeinsamen, offenen Binnenmarktes bis 1992 geöffnet." Die Bundesregierung hoffe auch, weitere Fortschritte bei der Harmonisierung der Finanzpolitik zu

7) Abschließend griff Shultz den erneuerten Appell von BK auf, engstens zusammenzuarbeiten, ohne daß es um die Entwicklung eines privilegierten Verhältnisses gehe. Shultz stimmte diesem Gedanken zu und erklärte sich bereit, noch im Frühjahr nach Bonn zu kommen. Er äußerte auch Bereitschaft, das Interesse der Administration an vermehrten Reisen von Kongreßmitgliedern nach Deutschland zu unterstützen.

[gez.] Ploetz

VS-Bd. 13641 (310)

63

Ministerialdirigent von Ploetz, z.Z. Washington, an das Auswärtige Amt

114-10753/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 19. Februar 1988, 00.16 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2 **Ankunft: 19. Februar 1988, 08.21 Uhr**

Betr.: Gespräche BK/BM mit AM Shultz am 18.2. in Washington[2];
hier: Allianzfragen

BK leitete mit Bezugnahme auf sein Gespräch mit Verteidigungsminister Carlucci Anfang Februar[3] ein: Ungeachtet der NATO-Konsultationen und bilateraler Kontakte wünsche er, in dieser schwierigen Zeit ganz enge spezielle Verbindungen mit Washington zu unterhalten. Dies solle andere nicht ausschalten, könne aber die multilateralen Foren günstig beeinflussen.

Äußerungen zu den anstehenden wichtigen Fragen fielen anderen Bündnispartnern leichter als uns. In bezug auf Äußerungen von MP Thatcher vor NATO-Rat am 17.2.[4] erinnerte BK daran, daß GB vor vorletzter Unterhauswahl um Auf-

Fortsetzung Fußnote von Seite 363
machen, ohne die der Binnenmarkt nicht völlig hergestellt werden könne: „Anfang der 90er Jahre werde die EG im Vergleich zu heute wirtschaftlich ein anderes Gewicht haben. Dies sei ein Beitrag für die Verbesserung der Weltwirtschaft und für alle unsere Völker, auch die USA. […] Shultz bewertete die Beschlüsse des Eur[opäischen] Rates und Bemühungen der Gemeinschaft positiv. Er ermutigte BM, seine Darstellung auch öffentlich zu wiederholen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1; VS-Bd. 13010 (204); B 150, Aktenkopien 1988.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 24.

2 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 17. bis 20. Februar 1988 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 62 und Dok. 64.

3 Bundeskanzler Kohl und der amerikanische Verteidigungsminister Carlucci trafen am 5. Februar 1988 zusammen. Vgl. dazu den Artikel „Carlucci in Bonn"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 6. Februar 1988, S. 2.

4 Die britische Premierministerin nahm am 17. Februar 1988 im Rahmen eines Besuchs des NATO-Hauptquartiers in Brüssel an der Sitzung des NATO-Rats auf der Ebene der Ständigen Vertreter teil. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete am selben Tag, Thatcher habe ausgeführt, daß das „Abschreckungssignal" der NATO „nur bei fortdauernder Modernisierung konventioneller wie nuklearer Rüstung glaubwürdig" bleibe. Zur Frage der nuklearen Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweite

schub der GLCM-Dislozierung bis nach dem Wahltermin gebeten habe[5], Bundesregierung hingegen habe vor den Bundestagswahlen[6] mit Dislozierung[7] begonnen.

Das Ergebnis der augenblicklichen Entwicklung in der SU sei nicht abzusehen, aber wir hätten drei bis vier wichtige Jahre gemeinsam vor uns, in denen – lebhafte Zustimmung von Shultz – die Allianz noch wichtiger sei als vor 30 Jahren. Damals sei Notwendigkeit überzeugender Abschreckung von Bevölkerung ohne Probleme akzeptiert worden, 70 Prozent habe persönliche Kriegserfahrungen gehabt.

Heute befinde sich das Bündnis in anderer psychologischer Großwetterlage. Ganz abgesehen davon, daß nur noch 30 Prozent der Bevölkerung persönliche Kriegserinnerungen hätten, habe auch die doppelte Null-Lösung dazu geführt, daß wir unserer Wehrpflichtigen-Armee und der Bevölkerung klarmachen mußten, warum Verteidigungsanstrengungen einschließlich eines jetzt sogar 18 Monate dauernden Wehrdienstes[8] notwendig seien.

Die NATO sei für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland unabdingbar. Es gebe keinen Ersatz dafür. Die Verabredungen mit F[9] sollten einen zusätzlichen Beitrag erbringen. Auch die deutsch-amerikanische Partnerschaft könne weder in nuklearen noch im konventionellen Bereich durch irgend jemanden ersetzt werden.

BK bezeichnete es als erfreuliche Entwicklung für die Allianz, daß Präsident Mitterrand sich vom strategischen Konzept General de Gaulles entferne und in Paris neuerdings Truppenstationierungen ganz vorne diskutiert würden. Die

Fortsetzung Fußnote von Seite 364

(SNF) habe sie erklärt: „Ziel SU sei Denuklearisierung Europas. Daher: keine SNF-Verhandlungen. Dritte Null-Lösung wäre für Europa verhängnisvoll (‚fatal'). Gleiche Obergrenzen seien nicht erreichbar. […] Einzig denkbare Reihenfolge weiterer Abrüstungsverhandlungen sei konventioneller Bereich, dann CW." Er, Hansen, habe Thatcher anschließend gefragt, „welchen Stellenwert sie Konsens Öffentlichkeit hinsichtlich NATO-Politiken beimesse. Dieser sei nicht zuletzt für Partner mit Proporzwahlrecht von Belang. In BR Deutschland hoffe man, sich nach INF-Abkommen Konsens wieder zu nähern. Hier spielten nukleare Systeme unter 500 km bekanntlich erhebliche Rolle. Glaube sie nicht, daß Interesse daran bestehe, sowjetische Überlegenheit in diesem Bereich zu korrigieren? Unsere Haltung hierzu sei bekannt. Inwieweit erachte sie nukleare Artillerie für abschreckungsrelevant? – Antwort PM: ‚Konsens' sei zu wenig konkret und erlaube endlose Erörterungen. Innenpolitisch notwendig seien konkrete Vereinbarungen (‚agreements'). Sie werde gottlob nie Koalitionsregierung verstehen oder in einer Weise auf Parlament Rücksicht nehmen müssen, wie dies etwa seitens Administration US gegenüber Kongreß notwendig sei. Frage hinsichtlich Systeme kürzerer Reichweite beantwortete sie nicht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 253; Referat 201, Bd. 143345.

5 Am 9. Juni 1983 fanden in Großbritannien Wahlen zum Unterhaus statt.
Die ersten amerikanischen Marschflugkörper (GLCM) trafen am 14. November 1983 in Greenham Common ein. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1897 des Gesandten von Alten, London, vom 15. November 1983; Referat 204, Bd. 125643.

6 Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

7 Die ersten Lufttransporte mit Teilen des nuklearen Mittelstreckensystems „Pershing II" und den dazugehörigen Sprengköpfen trafen am 23. November 1983 in Ramstein ein. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer vom 24. November 1983; VS-Bd. 12049 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

8 Der Bundestag beschloß am 17. April 1986, die Dauer des Grundwehrdienstes ab dem 1. Juni 1989 von 15 auf 18 Monate zu erhöhen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 210. Sitzung, S. 16141–16166.
Für den Wortlaut des Gesetzes vom 13. Juni 1986 zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und Verlängerung der Dauer des Grundwehrdienstes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 873–878.

9 Zu den deutsch-französischen Abkommen und Notenwechseln vom 22. Januar 1988 vgl. Dok. 32.

Tatsache, daß Mitterrand am NATO-Gipfel in Brüssel[10] teilnehme, sei ebenfalls positiv zu bewerten.

Auch Shultz sah dies als eine gute Entwicklung an, wie auch D/F-Entwicklung insgesamt, dies habe er bereits BM am 21.1. in Washington gesagt.[11]

Auch in der Einschätzung der psychologischen Lage äußerte sich Shultz zustimmend. Sie mache deutlich, warum das INF-Abkommen in doppelter Weise zu bewerten sei

– zum einen in bezug auf seinen Inhalt,
– zum anderen in bezug auf die Art und Weise, in der es erreicht worden sei: Hätte D nicht disloziert, würde es kein INF-Abkommen geben. Die Bundesregierung habe Recht gehabt, nicht die Friedensbewegung und nicht die Kirchen.

Diese Aussage müsse bei den Bemühungen um ein stabileres Verhältnis mit SU und WP deutlich gemacht werden.

Shultz bestätigte, daß Carlucci den BK-Wunsch nach engsten Konsultationen mit allen Beteiligten besprochen habe.

BK erläutert noch einmal die Grundprinzipien der gemeinsamen Sicherheit:

– Das strategische Konzept sei aufgebaut auf Lasten- und Risikoteilung. Abschreckung sei unteilbar – eine Feststellung, die weniger in den USA als bei uns, und zwar auf der rechten Seite des politischen Spektrums – von großer Bedeutung sei. In Washington publizierte „Expertisen" erleichterten dies keineswegs.

  Shultz, der den nichtamtlichen Charakter der Wohlstetter-Studie[12] unterstrichen hatte, verstand sehr gut den Hinweis von BK, daß es auch bei uns nichtamtliche Äußerungen zur Sicherheitspolitik gebe.

– Die Strategie der flexiblen Erwiderung[13] müsse auch künftig auf angemessenen nuklearen und konventionellen Streitkräften beruhen. Daß dabei nukleare Waffen entscheidend seien für die Abschreckung, sei in unserer Lage problematischer als für USA. Angesichts der Tatsache, daß es in den letzten 100 Jahren mit einer Ausnahme für jede Generation einen großen Krieg gegeben habe, sei kriegsverhütende Wirkung der Nuklearwaffen aber darstellbar.

Schlußfolgerung hieraus sei, daß jede Art einer Denuklearisierung Europas oder von Teilen Europas abgelehnt werde. Dies bedeute auch Ablehnung einer dritten Null-Lösung. Das bedeute auch, daß wir wüßten, daß Systeme – wenn notwendig – modernisiert werden müßten, um wirksam zu bleiben.

Zu dieser Problematik sei festzustellen:

– Die Bundesregierung wünsche, daß der Rüstungskontroll- und Abrüstungsprozeß weitergehe.

10 Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 2./3. März 1988 in Brüssel vgl. Dok. 75.

11 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz vgl. Dok. 26.

12 Zum Bericht „Discriminate Deterrence. Report of the Commission on Integrated Long-Term Strategy" vgl. Dok. 11.

13 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 11, Anm. 9.

– Sie wünsche, daß das INF-Abkommen im Senat ratifiziert werde. (Shultz: Es wäre gut, wenn BK – nach BM im Januar – dies verdeutliche. Auch wenn etwa 80 Ja-Stimmen sicher seien, gelte es, Änderungsanträge abzuwehren.)
– Die Bundesregierung wünsche, daß bei START Fortschritte erzielt würden.
– Die Bundesregierung unterstreiche mit Entschiedenheit den konventionellen Aspekt: Manche westliche Reaktion hierzu sei unverständlich.

Für Gorbatschow beginne die eigentliche Problematik im konventionellen Bereich. Er müsse die konventionellen Asymmetrien, die er selbst eingeräumt habe, zunächst einseitig abbauen. Aus dieser Lage ergebe sich auch psychologisch eine starke Argumentation für den Westen: Er müsse viel entschiedener vorangehen.

Der konventionelle Bereich sei die Nagelprobe für Gorbatschows Abrüstungsbereitschaft. Daher müsse das Mandat in Wien[14] verabschiedet werden.

Die Bundesregierung habe dabei keine Illusionen, daß sich hieraus unmittelbare Vorteile für sie selbst – oder für die USA – ergeben würden. Sie gehe davon aus, daß dem notwendigen zusätzlichen Finanzbedarf der Bundeswehr Rechnung getragen werden müsse.

– In Zusammenhang mit den Nuklearsystemen zwischen null und 500 km Reichweite sei der Gedanke einer Brandmauer unvertretbar. Die Bundesregierung wünsche, daß Entscheidungen über Struktur und Zahl nuklearer Waffen im Rahmen eines Gesamtkonzepts getroffen würden. BK verwies hier auf Beratungen der HLG im Herbst 87/Februar 88.[15]

BK zitierte anschließend wörtlich den vierten Anstrich von Ziffer 7 der Reykjavik-Erklärung.[16]

Er erinnerte auch daran, daß der Modernisierungsprozeß im Nuklearbereich (Nuklearartillerie[17]) derzeit im Gang sei, ohne daß darüber öffentliche Diskussionen stattfinden.

Nachdem Shultz dies bejahte, fragte BK nach den Gründen für die derzeitige Debatte.

Shultz äußerte sich defensiv: Man müsse die Entschlossenheit klarmachen, Stärke und Zusammenhalt der Allianz zu erhalten, was voraussetze, daß die Streitkräfte über die bestmögliche Ausrüstung verfügten.

Bei den Vorbereitungen des NATO-Gipfels solle man sich von zwei Gesichtspunkten leiten lassen:

– Der Reykjavik-Erklärung, deren Formulierungen in engsten Kontakten BMs mit BK und mit ihm, Shultz, sowie auch GB und F entwickelt worden seien und die man – auf BM-Vorschlag – im Dezember 1987 wörtlich wieder-

14 Zum Stand der Gespräche zwischen NATO und Warschauer Pakt über ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa (KRK) vgl. Dok. 1, Anm. 8.

15 Zur Arbeit der High Level Group (HLG) der NATO an einem Bericht zur Umstrukturierung und Modernisierung der Nuklearstreitkräfte der NATO vgl. Dok. 55, Anm. 13.

16 Für den Wortlaut der Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f.

17 Zwischen 1985 und 1988 ersetzten die USA die nukleare 203 mm- bzw. 8 inch-Artilleriemunition der amerikanischen Streitkräfte in Europa. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 126.

holt habe.[18] Man habe also gelernt, damit zu leben und solle dies auch fortsetzen.

– Wenn man in Wien das Mandat für KRK habe – wann sei nicht genau vorauszusagen – und dessen wichtige Elemente möglichst beim NATO-Gipfel in einer substantiellen Position verdeutliche, dann sei man auf dem laufenden in bezug auf konventionelle Probleme.

BK appellierte noch einmal eindringlich an amerikanische Seite, unsere Sorge zu verstehen, wenn über alles außer konventionellen Fragen verhandelt werde. Auch im Interesse des deutsch-deutschen Verhältnisses wünschten wir hier Bewegung.

Die Modernisierungsdebatte im Nuklearbereich sei für uns auch deshalb unverständlich, weil wir – gegenüber unserer Wehrpflichtigenarmee – nicht verantworten könnten, eine schlechtere Bewaffnung als die bestmögliche bereitzustellen. Die Debatte über Modernisierung jetzt sei aber unnötig. Wenn Modernisierung nötig sei, würden wir sie auch mittragen.

BK äußerte – unter Hinweis auf die Williamsburg-Erklärung[19], deren Bedeutung auch Shultz hoch einschätzte – Präferenz für kurze klare Erklärung statt eines langen diplomatischen Textes. BM unterstützte dies und bezeichnete Ergebnis der bisherigen Brüsseler Beratungen eher als übliches AM-Kommuniqué denn als Gipfelerklärung. BM sprach sich aus für

– kurze politische Erklärung zur Unterstützung auch der Verhandlungsposition des Präsidenten in Moskau[20],

– zweiten Text, der noch deutlicher als die Dezember-Erklärung von 1986[21], die bereits Prinzipien von KRK aufgeführt habe, die westliche Grundlage einer Verhandlungsposition verdeutliche.

Shultz: „Arbeiten wir also daran."

BK schloß seine Feststellungen zum Rüstungskontrollkonzept der Allianz mit Bemerkungen zu CW ab: Angeblich würden Verifikationsprobleme immer schwieriger. Er hoffe, daß man einen Ausweg finde.

Für uns sei wichtig, daß der Abzug der US-CW – wie in Anwesenheit von AM Shultz in Tokio vereinbart[22] – bis Ende 1992[23] abgeschlossen werde. Die Einhaltung dieser Vereinbarung sei im Gesamtkontext wichtig.

[24]BK empfahl im übrigen, bei Vorbereitung der Gipfel-Erklärung um engste Kontakte mit F bemüht zu sein.

18 Vgl. dazu Ziffer 4 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung vom 11. Dezember 1987 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 87. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 109.

19 Auf dem Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30 Mai 1983 in Williamsburg verabschiedeten die teilnehmenden Staats- und Regierungschefs eine Erklärung zu Abrüstung und Rüstungskontrolle. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 333 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 167.

20 Zum Treffen des Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 vgl. Dok. 165.

21 Vgl. dazu die „Brüsseler Erklärung über konventionelle Rüstungskontrolle" des NATO-Ministerrats vom 11./12. Dezember 1986; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 77–79.

22 Zur Absprache zwischen der Bundesrepublik und den USA am 4. Mai 1986 in Tokio vgl. Dok. 62, Anm. 8.

23 Korrigiert aus: „1982".

24 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 3 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Zur allgemeinen Lage im Bündnis erläuterte er, daß die bevorstehenden Wahlen in F[25] und den USA[26] die Dinge nicht einfacher machten.

Zur Einschätzung der Lage in der SU verwies BK auf zwei Schulen:

– Nach Auffassung der einen habe sich nichts geändert. Dies sei falsch.

– Nach Auffassung der anderen habe sich alles geändert, dies sei noch falscher.

Gorbatschow wolle das kommunistische System beibehalten, aber modernisieren. Ob dies – was in Budapest, Warschau oder Ost-Berlin von manchen Stimmen bezweifelt werde – möglich sei, sei nicht unser Problem.

Die Freiheit sei der stärkste westliche Trumpf. Um ihn voll ausspielen zu können, sei engster Zusammenhalt wichtig. Hieraus ergebe sich keine Notwendigkeit, vor Problemen zurückzuschrecken. Dies hätten wir auch 1983 nicht getan. Amerikanische Administration könne davon ausgehen, daß die Bundesrepublik Deutschland auch diesmal ihren geraden Weg gehen werde.

[gez.] Ploetz

VS-Bd. 13010 (204)

64

Ministerialdirigent von Ploetz, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt

114-10784/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 19. Februar 1988, 14.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 6 **Ankunft: 20. Februar 1988, 09.22 Uhr**
Citissime

Betr.: Gespräch BK/BM-Präsident Reagan am 19.2.1988[2];
hier: Delegationsgespräch

Gespräch fand in einer freundschaftlichen Atmosphäre statt und machte breite Übereinstimmung in den zentralen Fragen deutlich: Bei den wichtigen aktuellen sicherheitspolitischen Fragen bleibt es in[3] der Substanz und Sprache bei Ziffer 7 von Reykjavik[4] für den bevorstehenden NATO-Gipfel[5]. KRK-Problematik soll bei

25 Die Präsidentschaftswahlen in Frankreich fanden am 24. April und 8. Mai 1988 statt.

26 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 25.
Hat Vortragendem Legationsrat Kölsch am 22. Februar 1988 vorgelegen.

2 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 17. bis 20. Februar 1988 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 62 und Dok. 63.

3 Korrigiert aus: „bleibt in“.

4 Für den Wortlaut der Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f.

5 Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 2./3. März 1988 in Brüssel vgl. Dok. 75.

ihm in gesonderter Erklärung durch Verdeutlichung der NATO-Position vorangebracht werden. Unterschiedliche Auffassungen bezüglich INF wurden offen und mit dem erkennbaren Willen angesprochen, den legitimen Interessen der anderen Seite Rechnung zu tragen.

1) Teilnehmer

– Auf US-Seite: Shultz, Carlucci, Baker, Powell, Burt, Ridgway sowie Lesky als Note-taker und Obst als Dolmetscher;
– auf deutscher Seite: Botschafter[6], StS Ost, MD Teltschik, MDg Dr. Neuer, Dg 20[7] als Note-taker und VLR I Weber als Dolmetscher.

2) Präsident Reagan leitete ein mit herzlichem Dank für die Unterstützung BKs zur Ratifizierung des INF-Abkommens. Er äußerte sich zuversichtlich über Ratifizierungsaussichten.[8] Allerdings wünschten viele Senatoren Gewißheit darüber, daß die Verteidigungsfähigkeit in Europa erhalten bleibe und dabei auch die Nuklear-Modernisierung dort erfolge. Der Kurs sei abgesteckt durch die Beschlüsse der Verteidigungsminister in Montebello[9] und der Außenminister in Reykjavik. Diese Agenda gelte es zu verfolgen. (Reagan stützte sich auf Sprechzettel.)

BK dankte für die herzliche Aufnahme und sah Zeitpunkt des Besuchs von beiden Seiten gut gewählt angesichts

– Senatsberatungen über INF-Abkommen,
– bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Außenministergesprächen[10] und
– der Entwicklung in Europa nach den Beschlüssen des Europäischen Rates[11].

Unter Bezugnahme auf – in dieser Dauer und Intensität einmalige – Gespräche am 18.2. im Kongreß[12] betonte BK die Bedeutung intensiver Bemühungen, um deutsch-amerikanische Beziehungen so gut zu halten, wie sie derzeit seien. Er

6 Jürgen Ruhfus.

7 Hans-Friedrich von Ploetz.

8 Zur Ratifizierung des amerikanisch-sowjetischen INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 55, Anm. 4.

9 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 in Montebello vgl. Dok. 6, Anm. 8.

10 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz vom 21. bis 23. Februar 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 67.

11 Zur außerordentlichen Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel vgl. Dok. 59.

12 Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 19. Februar 1988, daß Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher am Vortag Gespräche mit Senatoren und Abgeordneten des Auswärtigen Ausschusses des Repräsentantenhauses, ferner „gesonderte Gespräche mit Mehrheitsführer Senator Byrd, Speaker Wright (zusammen mit Mehrheitsführer des Repräsentantenhauses, Foley)“ und dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Senats, Pell, geführt hätten: „BK warb für Ratifizierung des INF-Vertrages durch den Senat. Er warnte for ‚Killer-Amendments‘, die Vertrag zu Fall bringen könnten. Nach dem erfolgreichen INF-Vertragsabschluß müsse die Abrüstung weiter vorangetrieben werden. Niemand in der Bundesregierung wolle dabei eine Denuklearisierung Europas oder eine dritte Null-Lösung. Man dürfe sich nicht auf eine Salami-Taktik der Sowjets einlassen und sich in Teilbereichen unzumutbare Konzessionen abhandeln lassen. Vielmehr sei entscheidend, daß die NATO ein Gesamtkonzept erarbeitete, das gleichermaßen START, CW, Kurzstreckenwaffen und konventionelle Rüstung enthalte. Im Rahmen eines solchen Gesamtkonzepts sei auch eine Modernisierung von Kurzstreckenwaffen nicht ausgeschlossen.“ Kohl habe ferner die Beschlüsse des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 erläutert und sich für ein bedingungsloses Festhalten am Freihandel ausgesprochen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 761; Referat 204, Bd. 160060.

habe den Senatoren erläutert, die NATO sei noch nie so wichtig wie heute für Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Freiheit unserer Länder gewesen. Ohne die Bedeutung anderer Partner zu verkennen, habe die deutsch-amerikanische Beziehung in der NATO aus geopolitischen Gründen besonderes Gewicht. Dies gelte nicht nur für Verteidigung, auch für andere Bereiche.

BK dankte Präsident für seine Ausführungen in Berlin 1987.[13] Es sei Wunsch der Bundesregierung, auf diesem Wege weiterzugehen. Dies gelte für den Luftverkehr und alle anderen Fragen. BK dankte dem Präsidenten auch für seine persönliche Unterstützung, einen deutsch-amerikanischen Tag abzuhalten.[14] Hier sei ein Stück Geschichte fortgesetzt worden, das nun an die junge Generation weitergegeben werden solle.

BK erläuterte dem Präsidenten als Teil seiner Bemühungen um Intensivierung der bilateralen Beziehungen

– das Projekt der Einladung an zwölf Universitätspräsidenten, um Studenten- und Schüleraustausch neu zu beleben – wie mit Präsident Reagan besprochen[15],
– seine Einladung an eine Gruppe von Senatoren und später Congressmen als persönliche Gäste, um Deutschland kennenzulernen. Bei Besuch bei der Bundeswehr würden sie mit den Besonderheiten einer Wehrpflichtarmee und ihrer psychologischen Lage bekannt werden.

Zum Ergebnis des Europäischen Rates stellte BK fest, viele hätten die politische Dimension der Entscheidung noch nicht erkannt. Nunmehr sei klar, daß die Herstellung eines Binnenmarktes bis 1992 große Chancen habe. BK nahm Bezug auf seine Gespräche mit AM Shultz und Finanzminister Baker[16], in denen er die Bedeutung langfristiger Zusammenarbeit zwischen EG und USA erörtert habe.

Die Bundesregierung sei gegen den Protektionismus, daher werde es mit ihrer Zustimmung keine Fettsteuer[17] geben. Jetzt sei wichtig, die Entwicklung lang-

13 Präsident Reagan besuchte Berlin (West) am 12. Juni 1987 und legte in einer Rede vor dem Brandenburger Tor Grundlagen einer „Berlin-Initiative" dar. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 634–638. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 410–414. Vgl. AAPD 1987, I, Dok. 168, und AAPD 1987, II, Dok. 342.

14 Zum „German-American Day" am 6. Oktober 1987 vgl. Dok. 24, Anm. 27.

15 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit einer Reihe von Vertretern amerikanischer Universitäten am 6. Juli 1988 vgl. Dok. 62, Anm. 15.

16 Über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Finanzminister Baker am 18. Februar 1988 informierte Gesandter von Kyaw, Washington, am folgenden Tag, Kohl habe ausgeführt: „In Brüssel sei inzwischen ein wichtiger Erfolg erzielt worden. Über die Hälfte des Weges zum großen EG-Binnenmarkt sei nunmehr zurückgelegt. Man könne die wirtschaftlichen Auswirkungen nicht genau bemessen. Es gäbe Wirtschaftswissenschaftler, die Vergleiche mit der Einführung der DM vor 40 Jahren anstellen. Andere sprächen von einem zusätzlichen Wirtschaftswachstum in der Größenordnung zwischen 2 und 3 Prozent GNP. Hinzu kämen die stabilisierenden Auswirkungen auf die NATO. Wir sollten uns jedenfalls schon jetzt auf die längerfristigen Folgen einstellen, gerade auch im Verhlältnis EG–USA–Kanada. Auf dem ER in Brüssel sei auch wieder die Fettsteuer kurz angesprochen worden. Man habe das aber beiseite schieben können. Leider höre man in Washington wieder viel über das geplante Handelsgesetz. Es wäre bedauerlich, wenn sich der Protektionismus durchsetzen würde. Unsererseits machten wir ernst mit der Reduzierung der Agrarüberschüsse. Das sei natürlich nicht über Nacht zu realisieren. Immerhin würden allein in diesem Jahre in der Bundesrepublik etwa 20 000 Bauern, vor allem Kleinbauern, ihre Höfe aufgeben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 779; Referat 204, Bd. 160060.

17 Zum Vorschlag der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 15, Anm. 7.

fristig anzulegen. Das Ergebnis des Europäischen Rates werde von den Bauern bei uns schwere Opfer fordern. Die Überproduktion müsse jedoch abgebaut werden, damit sei man auf einem guten Weg. BK machte seine Unterstützung für die Verständigung der beiden Finanzminister Stoltenberg und Baker deutlich.[18] Er verwies auf die bei uns bevorstehenden wichtigen, aber schwierigen Entwicklungen

– Steuersenkung um 45 Mrd. DM[19],

– umfangreiches Kostendämpfungsprogramm im Gesundheitswesen[20],

– Schritte zur Deregularisierung der Bundespost[21], eine auch für die USA interessante Entwicklung, die bei uns auf viel Unverständnis und sogar Streiks stoße.

Damit würden aber gute Fortschritte gemacht.

18 Bundesminister Stoltenberg führte vom 3. bis 5. Februar 1988 in Washington Gespräche mit dem amerikanischen Finanzminister Baker. Mit Schreiben vom 16. Februar 1988 an Bundeskanzler Kohl berichtete er, daß „insbesondere die Aufgaben der weiteren Kooperation im Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik, aber auch die Politik gegenüber den hochverschuldeten Entwicklungsländern“ behandelt worden seien: „Wir konnten dabei gemeinsam erhebliche Fortschritte in der realen Anpassung unserer Außenbilanzen und in der Zusammenarbeit im Kreis der großen Industrieländer feststellen. Secretary Baker unterstrich nachdrücklich die Bedeutung, die auch Präsident Reagan der weiteren Kooperation auf der Grundlage der gemeinsamen Erklärung der großen Industrieländer vom 23. Dezember 1987 sowie einer anhaltenden Stabilisierung des Dollar-Wechselkurses beimißt. In diesem Zusammenhang begrüßte er erneut die deutschen finanz- und geldpolitischen Entscheidungen nach dem 19. Oktober 1987 und zeigte auch Verständnis für die für 1989 vorgesehene Begrenzung des Defizites im Bundeshaushalt. Die Erwartungen der amerikanischen Administration an die Bundesrepublik zielen offensichtlich nicht auf weitere finanzpolitische Aktivitäten, sondern auf Fortschritte im Bereich von Deregulierung und Marktöffnung; Secretary Baker erwähnte in diesem Zusammenhang insbesondere den Telekommunikationsbereich. Er äußerte auch die Sorge, daß trotz der nach wie vor ablehnenden Haltung der US-Administration in den nächsten Wochen die protektionistischen Bestrebungen im Kongreß erneut an Bedeutung gewinnen könnten. Es sei deshalb von außerordentlicher Bedeutung, daß von anderen Ländern hierfür keinerlei Anlaß geboten werde.“ Vgl. Sammlung Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl.

19 Am 26. Juni 1985 verabschiedete der Bundestag das Gesetz zur leistungsfördernden Steuersenkung und zur Entlastung der Familie (Steuersenkungsgesetz 1986/1988), mit dem die Einkommensteuer sowie die Regelungen für die Wohnungsbau- und Sparprämien neu bestimmt wurden. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, I, S. 1153–1242.
Vgl. ferner das Steuersenkungs-Erweiterungsgesetz 1988 vom 14. Juli 1987; BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil I, S. 1629–1670.
Am 23. Juni 1988 verabschiedete der Bundestag das Steuerreformgesetz 1990. Dazu stellte die Bundesregierung fest: „Nachdem die ersten beiden Stufen 1986 und 1988 zu Steuerentlastungen von zusammen fast 25 Milliarden DM geführt haben, wird durch das Steuerreformgesetz 1990 die Einkommen- und Körperschaftsteuer in einer dritten Stufe um weitere rund 37 Milliarden DM gesenkt. Zugleich werden zur Steuervereinfachung und zur gleichmäßigeren Besteuerung Steuervergünstigungen und steuerliche Sonderregelungen in Höhe von rund 18 Milliarden DM zurückgeführt.“ Vgl. JAHRESBERICHT 1988, S. 177. Für den Wortlaut des Steuerreformgesetzes 1990 vom 25. Juli 1988 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, I, S. 1093–1184.

20 Am 18. März 1987 kündigte Bundeskanzler Kohl vor dem Bundestag die Einleitung einer Strukturreform im Gesundheitswesen an und stellte dazu die Vorlage eines Gesetzentwurfs in Aussicht. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 59 f.
Am 3. Mai 1988 legten die Fraktionen von CDU/CSU und FDP den Entwurf eines Gesetzes zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheits-Reformgesetz – GRG) vor, der am 6. Mai 1988 in erster Lesung beraten wurde. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 78. Sitzung, S. 5273–5325. Für den Gesetzentwurf vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/2237.

21 Zum geplanten Gesetz zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost vgl. Dok. 24, Anm. 20.

3) Abrüstungsfragen

BK bezeichnete es als für uns wichtig

a) den INF-Vertrag zu ratifizieren: Seine Unterstützung habe er im Senat deutlich gemacht. Wörtlich habe er Senator Helms gesagt, daß kein Senator sich auf die Bundesregierung berufen könne, wenn er gegen den Vertrag stimme.

b) Wir wünschten Fortschritte bei START, CW, im konventionellen Bereich und natürlich auch bei den Nuklearwaffen der Reichweiten 0–500 km.

Zum letzten Punkt verwies BK auf seine Münchener Rede[22]:

Wir wollten

– keine Denuklearisierung Europas,
– ein ausgewogenes Verhältnis nuklearer und konventioneller Waffen, da nur auf diese Weise der Frieden zu sichern sei,
– keine dritte Null-Lösung.

BK wiederholte seinen dringenden Wunsch, vor Beratungen in der NATO alle Fragen, auch die psychologischen, bilateral genau abzustimmen. Er unterstrich die Bedeutung, Gorbatschow mit einem Gesamtkonzept gegenüberzutreten. Er teilte nicht die Auffassung von Stimmen bei uns und in den USA, wonach Gorbatschow schon die Welt verändert habe oder – nach der anderen Schule – sich nichts verändert habe.

BK empfahl, die Dinge gelassen anzugehen: Gorbatschow sei und bleibe der GS einer kommunistischen Partei. Er sei aber ein moderner und aufgeschlossener Mann. Der Westen sei nicht Lieferant für seinen Erfolg, im West-Ost-Verhältnis sei Geben und Nehmen notwendig.

Dabei sei es wichtig, die konventionelle Rüstungskontrolle nicht zu vergessen. Das konventionelle Kräfteverhältnis in Europa sei durch sowjetische Überlegenheit und Asymmetrien zuungunsten des Westens gekennzeichnet.

Zur Modernisierungsfrage nuklearer Systeme sagte BK ein „offenes Wort“: Er verstehe die ganze Debatte nicht, sie wirke auf ihn wie ein Theologenstreit. Wenn die These richtig sei, daß ohne nukleare Systeme auf dem zu schützenden Territorium wirksame Abschreckung nicht möglich sei, wenn eine dritte Null-Lösung abgelehnt werde, dann sei auch klar, daß diese Waffen modern gehalten werden müßten. Die Modernisierung fände laufend statt, nämlich seit über einem Jahr bei Nuklearartillerie.[23] Darüber rede niemand.

Wir seien entschieden dagegen, daß über alle Themen geredet werde, nur nicht über Rüstungskontrolle bei den Nuklearwaffen kürzerer Reichweite. Es müsse klar sein, daß wir ein Gesamtkonzept haben. Das würden wir auch durchsetzen.

BK distanzierte sich von Leuten in Europa – außerhalb Deutschlands – und auch „weisen Leuten in den USA außerhalb der Administration, die aber früheren Administrationen angehört haben oder künftigen angehören wollen“ (US-Gelächter) – sie sollten zur Kenntnis nehmen, daß bei uns Leute, die für Verteidigungsfähigkeit einträten und Opfer gebracht hätten, nicht in eine Lage

22 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl auf der 25. Internationalen Wehrkundetagung am 6. Februar 1988 in München vgl. BULLETIN 1988, S. 197–202.

23 Zwischen 1985 und 1988 ersetzten die USA die nukleare 203 mm- bzw. 8 inch-Artilleriemunition der amerikanischen Streitkräfte in Europa. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 126.

kommen wollten, wo die Bundesrepublik Deutschland aus der Abrüstung ausgeschlossen werde.

BK wiederholte: Er sei gegen eine dritte Null-Lösung, das Kurzstreckenproblem könne aber nicht ausgeklammert werden. Die Äußerungen von Ridgway gegenüber der Presse am 18.2. im Anschluß an die Gespräche mit AM Shultz seien sehr nützlich gewesen.[24]

BK unterstrich noch einmal, das Thema Modernisierung müsse jetzt aus der Öffentlichkeit verschwinden. Statt dessen sollten sich verantwortliche Mitarbeiter zusammensetzen, damit man in der NATO vorankomme und dann wieder über ein gutes Konzept verfüge.

Es werde deutlich, wie existentiell die deutsch-amerikanischen Beziehungen seien. Hierfür gebe es keinen Ersatz. Der gute Fortschritt mit Frankreich sei, wofür BK dankte, vom Präsidenten anerkannt worden. Es sei auch eine gute Entwicklung, daß französische Einheiten weit vorn übten und daß Präsident Mitterrand zum NATO-Gipfel kommen werde. BK hielt es für wichtig, diese Entwicklung zu ermutigen.

BK erinnerte an Vision Adenauers aus frühen 50er Jahren, die noch heute gültig sei. Er habe zwei Grundelemente der deutschen Außenpolitik aufgezeigt

– als Kernstück der NATO die deutsch-amerikanische Freundschaft,
– als Kernstück der europäischen Integration die deutsch-französische Freundschaft.

BK äußerte sich befriedigt darüber, daß der Zustand beider Beziehungen hervorragend sei. Er dankte Präsident Reagan und den Mitarbeitern der Administration, die dafür große Beiträge geleistet hätten. Auf dieser Grundlage äußerte sich BK positiv über Zukunftsaussichten.

[25]Der Präsident erwiderte:

a) Er unterstrich die vollkommene Verpflichtung der USA in der Allianz (we are totally dedicated to the Alliance) und die Kontinuität dieser Bindung.

b) Zu den nuklearen Kurzstreckenwaffen wiederholte er die von ihm und der Administration seit jeher vertretene Auffassung, daß Reduktionen erst dann erfolgen könnten, nachdem konventionelle Parität in Europa hergestellt worden sei – und nicht vorher.

c) Wenn man über Gorbatschow rede, solle man an Ausspruch von Demosthenes denken: Kein vernünftiger Mensch würde sich in seinem Handeln von den Träumen statt den Taten eines anderen Mannes leiten lassen. Man solle also

[24] Am 20. Februar 1988 wurde in der Presse über den Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 17. bis 19. Februar 1988 in den USA berichtet: „In ungewisser Atmosphäre hatte der Besuch begonnen, doch dann zeigte sich, daß die Gastgeber keine Verstimmung zulassen wollten. […] Vor der Reise hatten auch amerikanische Stimmen auf eine baldige Modernisierung gedrängt und das Zögern Bonns getadelt. Nach der ersten Begegnung Helmut Kohls und Hans Dietrich Genschers mit dem amerikanischen Außenminister George Shultz zeigte plötzlich keiner mehr die geringste Eile mit der Modernisierung: ‚Ich weiß gar nicht, wo das Problem sein soll', sagte Roz Ridgway, die rechte Hand des US-Außenministers in Sachen Europa. ‚Es besteht zur Zeit gar kein dringender Modernisierungsbedarf.' Die Amerikaner schienen sich mit den deutschen Vorstellungen in dieser Sache anzufreunden: Ein grundsätzliches Ja zur Modernisierung, aber ein Nein zu ‚isolierten Modernisierungsmaßnahmen'." Vgl. den Artikel „Kohl war Zugnummer im Senat"; GENERAL-ANZEIGER vom 20. Februar 1988, S. 16.

[25] Beginn des zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

seinen Schutz nicht aufgeben, bevor nicht ganz klar sei, daß die SU ihre expansionistische Politik nicht mehr aufrechterhalte.

d) Landwirtschaftsprobleme stellten, wie in Venedig erörtert[26], für alle ein Weltproblem dar. Es sei wichtig, die Uruguay- und GATT-Runde[27] in einer für alle nützlichen Weise durchzuführen. Man müßte mit dem Landwirtschaftsproblem fertig werden. Die Politik vieler Länder sei hier skandalös und koste insgesamt über 150 Mrd. Dollar im Jahr. Das Problem belaste Beziehungen zwischen Freunden und Verbündeten. USA hofften auf enges Zusammengehen in den internationalen Handelsverhandlungen.

AM Shultz ergänzte unter Bezugnahme auf Gespräche am 18.2., daß die hier erzielte Verständigung sich konstruktiv auswirken werde, auch auf den bevorstehenden NATO-Gipfel. Shultz hielt – in teilweiser, unausgesprochener Relativierung der Ausführungen des Präsidenten – fest:

a) Zu den konventionellen, CW- und Kurzstrecken-Fragen habe man in Reykjavik eine Sprache entwickelt, die in Brüssel[28] unverändert übernommen worden sei. Sie trage und werde verstanden, und jeder finde sich darin wieder. Daran solle man sich auch weiter halten. Er wisse, daß BK und BM die Formulierungen geprüft hätten, sie seien auch mit GB und F abgesprochen, Präsidenten und Regierungschefs hätten sich damit befaßt. Das sei die Arbeitsgrundlage.

b) Als Ergänzung zu der Erklärung der Staats- und Regierungschefs wolle man etwas zur konventionellen Rüstungskontrolle sagen. Ob es zum Zeitpunkt des NATO-Gipfels schon ein Mandat in Wien[29] gebe, sei nicht absehbar. Es sei aber wichtig, die Haltung der NATO festzulegen und deutlich zu machen, daß sie ein Programm habe für die konventionelle Problematik. Dies helfe Carlucci gegenüber dem Kongreß und helfe in der Rüstungskontrollpolitik.

c) Bezugnehmend auf das Gespräch BK–Carlucci[30] über bilaterale Kontakte erklärte Shultz – auf der Grundlage interner Gespräche in der Administration – Bereitschaft, bilaterale Kontakte weiterzuführen. Der Präsident habe diesem Kurs zugestimmt. Shultz behielt sich vor, Einzelheiten zu prüfen, auch, wieweit bestehende Gruppen aktiviert werden könnten. Das Ziel solle sein, Überraschungen zu vermeiden.

d) Gespräche mit BK und BM am 18.2. seien ein wichtiger Beitrag gewesen, Gesprächsführung habe auch im Kongreß einen starken Eindruck hinterlassen. BK habe Positionen ausgezeichnet übergebracht.

[gez.] Ploetz

VS-Bd. 13010 (204)

26 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 vgl. AAPD 1987, I, Dok. 176.

27 Zur Uruguay-Runde des GATT vgl. Dok. 25, Anm. 18.

28 Vgl. dazu Ziffer 4 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 87. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 109.

29 Zum Stand der Gespräche zwischen NATO und Warschauer Pakt über ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 8.

30 Bundeskanzler Kohl und der amerikanische Verteidigungsminister Carlucci trafen am 5. Februar 1988 zusammen. Vgl. dazu den Artikel „Carlucci in Bonn“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 6. Februar 1988, S. 2.

65

Ministerialdirigent von Ploetz an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel

Dg 20/201-362.05-200/88 VS-vertraulich **22. Februar 1988**[1]

Betr.: NATO-Gipfel 2./3. März 1988[2];
hier: Haltung US-Administration zu Erklärung über konventionelle Stabilität

Gespräche von BK und BM in Washington[3] haben deutlich erkennen lassen, daß US-Administration die vom Brüsseler NATO-Gipfel zu veabschiedenden Dokumente in einem direkten funktionalen Zusammenhang zur Senatsdebatte über INF-Ratifizierung[4] sieht, die ihrerseits wiederum in der US-Diskussion im engen Zusammenhang mit einem möglichen START-Abschluß steht. Am deutlichsten sprach dies Ridgway im Gespräch BM–Shultz am 18.2. aus.[5]

Dg 20[6] hatte Gelegenheit, am Rande mit Thomas und Caldwell im State Department und Ermarth im NSC zu sprechen. Folgende Punkte werden festgehalten:

In Brüssel vorliegender US-Entwurf[7] wird weiterhin als gute Grundlage angesehen, zumal nach US-Auffassung letzte HLTF-Beratung[8] zu einer Weiter-

1 Durchdruck.
Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 22. Februar 1988 vorgelegen.

2 Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs in Brüssel vgl. Dok. 75.

3 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 17. bis 20. Februar 1988 in den USA vgl. Dok. 62–64.

4 Zur Ratifizierung des amerikanisch-sowjetischen INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 55, Anm. 4.

5 Ministerialdirigent von Ploetz, z. Z. Washington, informierte am 19. Februar 1988, daß Bundesminister Genscher und der amerikanische Außenminister Shultz am Vortag darin übereingestimmt hätten, daß der NATO-Rat auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 2./3. März 1988 in Brüssel eine „knappe Haupterklärung" und eine „zweite Erklärung zu KRK" abgeben solle. Die Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium, Ridgway, habe sich „mit erkennbarem Zögern" grundsätzlich positiv geäußert: „Auch sie sehe eine gute Chance, durch eine gemeinsame Erklärung die westliche Position für KRK-Verhandlungen zu verdeutlichen. Alle Probleme seien aber nicht zu lösen, die es in Teilbereichen in der Allianz noch gebe, z. B. in bezug auf den WEU-Zonen-Ansatz. Man müsse sehen, wieweit man komme. Zu berücksichtigen sei die Position des Kongresses, der die Modernisierung bei Nuklearsystemen wünsche [und] im konventionellen Bereich keinen Vorwand erhalten dürfe für US-Truppenabzüge. Wenn der Eindruck erweckt werde, z. B. durch eine WEU-Zone bei Rüstungskontrolle, daß es eine neue europäische Säule der Allianz gebe, könnte sich solche Tendenz entwickeln." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1; VS-Bd. 13010 (204); B 150, Aktenkopien 1988.

6 Hans-Friedrich von Ploetz.

7 Der amerikanische Botschaftsrat Grobel übergab Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 10. Februar 1988 den Entwurf „The Challenge to Security in Europe: The Conventional Dimension". Grobel erläuterte, „daß es sich dabei um eine zusätzliche und von der Gipfelerklärung getrennte Erklärung handeln solle, die vor allem für den US-Hausgebrauch bestimmt sei mit dem Ziel, dem Kongreß auf diese Weise vor Augen zu führen, daß die USA ein klares Abrüstungskonzept verfolgten. Insbesondere solle damit möglichen Befürchtungen, durch den Abrüstungsprozeß (INF-Vertrag) werde auch die konventionelle Stabilität gefährdet, entgegengetreten werden." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 12101 (201); B 150, Aktenkopien 1988.
Referat 201 notierte am 12. Februar 1988, daß die Arbeiten an einer Erklärung „weiter kompliziert worden" seien: „US-Papier wiederholt Aussagen aus eigentlicher Gipfelerklärung, betont stark und in technischer Sprache Verteidigungsfähigkeit und geht nur zu 1/3 auf konventionelle Stabilität und KRK ein, was wir für das wesentliche Thema halten." Vgl. Referat 201, Bd. 143419.

entwicklung des Rüstungskontrollteiles geführt hat, die ursprüngliches Ungleichgewicht zwischen Verteidigungs- und Rüstungskontrollelementen in die Balance bringt. Thomas bezeichnete Dokument als besonders wichtig, weil es sich mit dem Kern des europäischen politischen und Sicherheitsproblems befaßt. Er unterstrich daher Notwendigkeit, Harmel-Prinzip[9] überzeugend anzuwenden. Damit wollte er deutlich machen, daß US-Administration nicht einverstanden wäre, wenn sich Dokument allein auf Fortentwicklung der westlichen Rüstungskontrollposition beschränken würde.

Zur Erläuterung führte er aus: Die jüngste Senatsanhörung unter Leitung von Nunn[10] habe Aufmerksamkeit auf alle Aspekte der konventionellen Problematik in Europa gelenkt. Die Frage werde gestellt, ob die Allianz wisse, was sie konventionell im Blick auf Verteidigungsfähigkeit einerseits und Rüstungskontrolle andererseits tue.

Um unmißverständlich deutlich werden zu lassen, daß mit der Betonung des Harmel-Ansatzes nicht der Rüstungskontroll-, sondern der Verteidigungsteil gemeint ist, erklärte Thomas weiter: Die US-Administration bereite derzeit den nächsten Verteidigungshaushalt vor – in einem allgemeinen Klima der Haushaltskürzungen. Automatisch werde der Aspekt der Lastenteilung in den Vordergrund treten, außerdem würden die Begehrlichkeiten von Haushaltskürzern sich aber auch deshalb auf den konventionellen Beitrag der USA in Europa richten, weil der Mittelansatz hier vom Volumen her erheblich sei. In den Jahren 1978/79 und danach sei die beim Washingtoner Gipfel vereinbarte Regel sehr hilfreich gewesen, ein reales Wachstum des Verteidigungshaushalts von 3 Prozent pro Jahr anzustreben.[11] Die US-Administration wünsche deshalb, sich in der jetzt vorzubereitenden Brüsseler Erklärung ausreichend deutlich zum konventionellen Engagement zu verpflichten, um bei Abwehr der zu erwartenden Kürzungsversuche zusätzliche Argumente zu haben. Diejenigen in Washington,

8 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete am 18. Februar 1988: „Die HLTF auf Deputy-Ebene erarbeitete […] ein Papier […] über die Haltung des Bündnisses in der konventionellen Rüstungskontrolle. Das ad referendum verabschiedete Papier soll der HLTF vorgelegt und von ihr am 24.2.88 beraten werden." Grundlage hierfür sei ein britischer Entwurf vom 5. Februar 1988 gewesen: „Aus dem amerikanischen Entwurf, der von den USA im SPC eingebracht worden war, wurden einige Elemente berücksichtigt. […] Wir legten Vorbehalt ein gegen pauschale Formulierung in Ziff[er] 2 über die ‚Polizeifunktion' der sowjetischen Streitkräfte in Osteuropa. Unser Bemühen, Schützenpanzer neben Kampfpanzern und Artillerie als gleich wichtige Waffenkategorie aufzuführen, fand keine Unterstützung." Vgl. den Drahtbericht Nr. 263; VS-Bd. 11544 (221); B 150, Aktenkopien 1988.

9 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

10 Vgl. dazu NATO DEFENSE AND THE INF TREATY. Hearings before the Committee on Armed Services. United States Senate. One Hundredth Congress. Second Session. 5 Teile, Washington 1988/89.

11 Der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO verabschiedete am 17./18. Mai 1977 in Brüssel die „Ministerial Guidance 1977", in der ein Realzuwachs der Verteidigungsausgaben um ca. 3 % jährlich festgelegt wurde. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 71–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 349–352. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, I, Dok. 123 und Dok. 141.
Der NATO-Rat auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 30./31. Mai 1978 in Washington bestätigte diese Verpflichtungserklärung und betonte zugleich die Wichtigkeit eines möglichst wirksamen Einsatzes der eingesetzten Verteidigungsmittel. Vgl. dazu Ziffer 24 des Kommuniqués; NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 94 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 482.

die gedanklich mit Kürzungen in Europa spielten, verstünden nicht, warum die US-Truppenpräsenz dort keine Wohltat gegenüber den Europäern sei, sondern vitalen amerikanischen Sicherheitsinteressen entspreche. Die von der US-Administration gewünschten Verpflichtungen gingen nicht auf Zusage von mehr Mitteln, sondern sollten zu Anstrengungen verpflichten, das Notwendige mit den verfügbaren Mitteln besser zu tun (not richer, but smarter).

Normalerweise sei es so, daß die USA die Europäer drängten, etwas zu tun. Diesmal gehe es darum, daß die Europäer den USA sagten, ihre unverminderte Anwesenheit und Verteidigungsanstrengungen, die sich auf das Wesentliche konzentrierten, seien erforderlich.

Thomas, der sich mehrfach auf die Anhörungen unter Leitung von Nunn berief, in denen er am 18.2. als letzter Vertreter der Administration gehört wurde, rechnete damit, daß AM Shultz dieses Thema am 23.2. im NATO-Rat anspricht[12], um den abschließenden Vorbereitungen im SPC ein zusätzliches Momentum zu geben.

Angesichts der begrenzt zur Verfügung stehenden Zeit bestritt Thomas den Hauptteil des Gespräches. Dg 20 verwies darauf, der ursprünglich vorgelegte US-Entwurf sei von uns als unbalanciert empfunden worden. Er habe umfangreiche Passagen zu Nuklearfragen enthalten, die weitgehend das wiederholten, was in der Haupterklärung[13] in bezug auf die Strategie gesagt werde. Außerdem sei der konventionelle Verteidigungsfragen betreffende Teil im Stile einer DPC-Ministererklärung verfaßt gewesen mit vielen technischen Einzelheiten, die weder vom Inhalt, noch der Sprache her Gipfelniveau hätten. Auf der Grundlage der BK-BM-Gespräche in Washington gingen wir nunmehr davon aus, daß es beim Gipfel zwei Erklärungen geben werde. Beide müßten in sich ausgewogen sein und in die Zukunft weisen.

In bezug auf die Haupterklärung waren wir erstaunt über das Verhalten der drei Nuklearmächte, die den Dialog- und Zusammenarbeitsteil mit nicht anders als obskur zu bezeichnenden Argumenten entweder ablehnten oder offenbar als Faustpfand behalten wollten, um unsere Zustimmung zu weitgehenden Formulierungen bei Modernisierungsfragen (nuklear) oder Verteidigungsprogrammen (konventionell) zu erwirken. Der Versuch von – namentlich nicht bekannten – SPC-Teilnehmern, zwischen „guten D-Wörtern“ wie defense und deterrence und „schlechten D-Wörtern“ wie disarmament und détente zu unterscheiden, mache ein Verständnis der gemeinsam vereinbarten Sicherheitspolitik deutlich, dem wir energisch widersprechen müßten.[14] (Thomas warf ein: Das könne ein US-

12 Zur NATO-Ministerratstagung vgl. Dok. 67.

13 Zum Stand der Arbeiten an einer Erklärung der Staats- und Regierungschefs legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher am 5. Februar 1988 dar: „Ein erster informeller Entwurf des Internationalen Stabs (IS) ist wegen Überlänge, aber auch wegen Aufbau- und Präsentationsmängeln verworfen worden. Ein von GB eingebrachtes Papier […] eignet sich nicht als Konsensgrundlage. Es scheint mit USA und F abgestimmt zu sein und ist mit seiner Überbetonung von Verteidigung (besonders N-Frage mit zwei Bezugnahmen auf Modernisierung) bei gleichzeitiger Unterbetonung Rü[stungs]kontrolle/Dialog äußerst unausgewogen. Die bisherigen Aussprachen, zuletzt am 3.2., über die Erklärung des NATO-Gipfels haben erhebliche Meinungsunterschiede aufgezeigt, die wesentlich auf divergierende Bewertungen des aktuellen Stands der West-Ost-Beziehungen und der Entwicklung in der Sowjetunion zurückgehen, sowie Meinungsunterschiede in sicherheits- und rüstungskontrollpolitischen Fragen.“ Vgl. Referat 201, Bd. 143419.

14 Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), berichtete am 11. Februar 1988 über die Sitzung des Politischen Komitees auf Gesandtenebene (SPC) am selben Tag: „Wie bereits in vorherigen Diskus-

Vertreter gewesen sein. Das mit dem Begriff détente verbundene Konzept stöße in den USA auf die gleiche breite Ablehnung wie bei uns das mit der Brandmauer verbundene Konzept.) Dg20 beklagte, daß auch weniger kritische Begriffe wie Dialog und Zusammenarbeit abgelehnt würden.

Dg20 stellte abschließend fest, es sei auch unser Wunsch, dem Problem der konventionellen Stabilität besondere Aufmerksamkeit zu widmen und die Allianz-Position sowohl gegenüber unserer eigenen Bevölkerung wie auch gegenüber der SU zu verdeutlichen. Die Bundesregierung sei bereit, den Verteidigungsfragen angemessenen Raum einzuräumen. Beispielsweise könne man durchaus sagen, daß wir das zur Aufrechterhaltung einer angemessenen Verteidigungsfähigkeit Notwendige tun werden. Wir könnten auch das Konzept „not richer, but smarter" verdeutlichen. Ferner könnten wir darauf verweisen, daß die Allianz über ein Programm verfüge, um diese Politik zu implementieren. Außerdem aber müßten wir das – besonders von Senator Nunn so nachhaltig angeforderte – Rüstungskontrollkonzept verdeutlichen. Vielleicht sei dies durch die von Thomas erwähnte Arbeit der HLTF bereits vorbereitet, die ihm, Dg20, noch nicht bekannt sei.[15]

Fortsetzung Fußnote von Seite 378

sionen wurde auch in dieser Erörterung Gegensatz zwischen F, GB, US einerseits und uns, sowie, jedoch lediglich gelegentlich unterstützend NWG, E, GR, DK, in abgeschwächter Form auch I und NL andererseits in massiver Weise offenbar. Deutlicher Dissens entzündete sich vor allem an Absicht der drei genannten Verbündeten, Tenor der Erklärung durch intensive Darstellung von Verteidigungsfragen im Sinne einer Verstärkung (Bewaffnung, Abschreckung) und durch skeptisch-kritische Bewertung West-Ost-Verhältnisses zu bestimmen." Bezeichnend sei der Meinungsaustausch darüber gewesen, „ob z. B. Themen wie ‚Denuklearisierung Europas' und ‚Modernisierung' in Erklärung Eingang finden sollten. F sprach sich nachdrücklich dafür aus, jeder Tendenz in Richtung auf eine Denuklearisierung entgegenzutreten. […] GB als Wortführer war bestrebt, seine Formulierung zur Frage der ‚Modernisierung' im Sinne eines kontinuierlichen Prozesses zu interpretieren, durch den Verteidigungsdispositiv auf neuesten Stand gehalten wird, jedoch war Bezug auf bestimmte künftige Programme erkennbar. US bezeichneten Aufnahme der ‚Modernisierung' in die Erklärung als Bestätigung bereits vom Bündnis gefällter Entscheidungen. Wir haben wiederum ausführlich dargelegt, daß Erklärung von Staats- und Regierungschefs Grundsätze des Bündnisses bekräftigen und entsprechend Harmel Signal für Zusammenarbeit und Dialog mit Osteuropa geben sollte. DPC- oder NPG-eigene Themen seien hier nicht am Platze, besonders dann nicht, wenn Entscheidungsbedarf nicht gegeben sei (‚Modernisierung') oder wenn wir mit der Ansprache eines Themas (‚Denuklearisierung') den unzutreffenden Eindruck erzeugten, als bestehe hier ein allianzinternes Problem." Vgl. den Drahtbericht Nr. 213, Bd. 143419.

15 Am 23. Februar 1988 legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde den Entwurf einer Erklärung über konventionelle Rüstungskontrolle vor: „Der Entwurf basiert auf einem Papier, das in der HLTF – auf Vertreterebene – am 18.2. auf der Grundlage eines britischen Texts erarbeitet wurde. Aus diesem Papier sind die Aussagen zur Substanz von KRK weitgehend übernommen (Teile A und D), während dessen Aussagen zur Rolle der sowjetischen Streitkräfte in Osteuropa und zu Verteidigungsanstrengungen sowie zur nuklearen Abschreckung, auf die F, USA und GB Wert legen (Teile B und C), erheblich gekürzt werden." Buerstedde schlug vor, „daß Botschafter Hartmann diesen Entwurf heute abend bei der Quint einführt und bei der HLTF-Sitzung am 24.2. als Grundlage für Beratungen über eine gesonderte Erklärung vorlegt. Taktisch sollte versucht werden, die Beratung in der HLTF auf die Teile A und D des Entwurfs (‚Present Realities' und ‚Allied Objectives') zu konzentrieren und die Beratung der Teile B und C dem SPC zu übertragen." Vgl. VS-Bd. 11544 (221); B 150, Aktenkopien 1988.
Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), teilte am 24. Februar 1988 mit, daß die High Level Task Force (HLTF) der NATO am selben Tag ad referendum den Entwurf einer Erklärung über konventionelle Rüstungskontrolle fertiggestellt habe: „Die Sitzung wurde durch ein Quint-Abendessen vorbereitet. Bereits hier stellte sich heraus, daß unser Wunsch, die Erklärung auf den Abschnitt D (‚The Allies' Objectives') zu konzentrieren und vorhergehende Passagen drastisch zu kürzen, nicht durchsetzbar sein würde. F, GB und die USA erklärten, wenn wir auf diesem Wunsch bestünden, werde es eine Erklärung nicht geben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 301; VS-Bd. 13439 (213); B 150, Aktenkopien 1988.

Zur Haupterklärung nahm Dg20 auf die bei den BK-BM-Gesprächen erzielte Verständigung Bezug, nach Muster der Williamsburg-Erklärung[16] eine einfache, aber eindrucksvolle Sprache zu verwenden. Er erinnerte an die von D in Brüssel eingeführten Elemente, die – unter Verwendung bereits früher einvernehmlich vereinbarter Formulierungen – sich auf das wesentliche konzentriert hätten. Wir seien jetzt dabei, diese Formulierungen noch einmal zu überprüfen und in einem geschlossenen Erklärungsentwurf zusammenzufassen.[17]

Gegenüber Ermath, den diese Frage besonders interessierte, führte Dg20 weiter aus: Über das weitere Verfahren (Einführung des Textes in SPC) müsse noch entschieden werden. Dazu würden wir auch den Rat unserer Brüsseler Kollegen einholen, weil nicht sicher sei, daß in dieser Phase die Vorlage eines neuen Textes als nützlich empfunden werde. Jedenfalls würden wir zur Einführung Gelegenheit suchen, Text mit US-Seite zu besprechen. Er werde im übrigen auch die bisherigen Arbeiten im SPC berücksichtigen.

Ermath (Quellenschutz besonders beachten) machte im übrigen sehr deutlich, wie begrenzt die sicherheitspolitische Agenda dieser Administration ist. Er zeigte Verständnis dafür, daß wir unsere langfristigen sicherheitspolitischen Interessen – unter denen Dg20 besonders die Erhaltung mehrheitlicher Unterstützung für die Strategie der flexiblen Erwiderung[18] als solcher genannt hatte – Vorrang geben vor Forderungen einiger Teile der Administration und/oder des Kongresses, bei denen kurzfristige taktische Erwägungen im Vordergrund stünden. Hier nannte Dg20 besonders das Drängen auf Lance-Modernisierung[19] und erläuterte die von BK gegenüber der Administration und den Senatoren dargelegte Position. Ermath hielt es für richtig, die Frage des Gesamtkonzeptes – sowohl verteidigungs- wie rüstungskontrollpolitisch – für die Nuklearwaffen des Kurzstreckenbereichs erst mit der nächsten Administration[20] zum Abschluß zu bringen. Er unterstrich die Notwendigkeit, bis dahin ein Management zu vereinbaren, um das große Störungspotential unter Kontrolle zu halten.

[gez.] Ploetz

VS-Bd. 12101 (201)

16 Auf dem Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30 Mai 1983 in Williamsburg verabschiedeten die teilnehmenden Staats- und Regierungschefs eine Erklärung zu Abrüstung und Rüstungskontrolle. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 333 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 167.

17 Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen übersandte dem Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium der Verteidigung am 22. Februar 1988 den Entwurf für eine „kurze Gipfelerklärung". Dazu teilte er mit: „Vorbehaltlich der Entscheidung der Amtsleitung behalten wir uns vor, den Entwurf der Erklärung bilateral mit US aufzunehmen mit dem Ziel, ihn dann parallel hochrangig in den Hauptstädten bei den anderen NATO-Partnern einzuführen in der Erwartung, daß ein solcher kurzer Text den Beratungen in Brüssel zugrunde gelegt wird." Vgl. den Drahterlaß; Referat 201, Bd. 143419.

18 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 11, Anm. 9.

19 Zur Frage eines Nachfolgesystems für das nukleare Kurzstreckensystem „Lance" vgl. AAPD 1986, II, Dok. 318.

20 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

66

Botschafter Ellerkmann, Bagdad, an das Auswärtige Amt

114-10790/88 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 119
Citissime

Aufgabe: 22. Februar 1988, 12.20 Uhr[1]
Ankunft: 22. Februar 1988, 12.32 Uhr

Betr.: Irak–Iran nach SR-Resolution 598[2];
hier: Waffenembargo-Resolution

Bezug: DB Nr. 354 vom 19.2.1988 – Pol 381.47 IRK/IRN – aus New York UNO[3]

I. Botschaft Bagdad schlägt vor, zu britischem „working paper“

– keine Stellungnahme abzugeben,
– keine Änderungsvorschläge zu machen, die darauf hinauslaufen, daß Iran nicht allein in Waffenembargo-Res. genannt wird,
– GB darauf zu verweisen, daß zunächst fünf ständige SR-Mitglieder Einigung erzielen sollen.

Begründung

1) Es besteht hier kein Zweifel, daß SU und China den britischen Entwurf mit Waffenembargo nur gegen Iran ablehnen und vermutlich sich der Stimme enthalten oder ihr Veto einlegen würden, wenn es hierüber zur Abstimmung käme. Beide Länder verfolgen in Irak wie in Iran bedeutsame Interessen und wollen diese durch Parteinahme nicht gefährden. China ist so weit gegangen, den Irak in großer Eile ebenfalls mit Silkworm-Raketen zu beliefern, nachdem bekannt wurde, daß im Januar in Bandar Abbas nordkoreanische und chinesische Raketen gelöscht wurden.

2) Insbesondere aber erweckt sowjetisches Verhalten Verdacht eines Doppelspiels. Besuch von AM Tariq Aziz in Moskau[4] und Gespräche mit hochrangigen

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dassel am 24. Februar 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ei[ckhoff] hat K[enn]tn[is].“

2 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 1, Anm. 33.

3 Botschafter Vergau, New York (VN), übermittelte am 19. Februar 1988 den überarbeiteten Entwurf einer Resolution über ein Waffenembargo gegen den Iran. Der britische VN-Botschafter Tickell habe dazu ausgeführt, daß er den Entwurf „im Auftrag und als Sprecher der ständigen SR-Mitglieder“ übergebe: „Es handele sich bei dem übergebenen Papier um ein ‚working paper‘, das die jüngste Version eines informellen Resolutionsentwurfs darstelle. Er sei gehalten, hervorzuheben, daß es keine Einigung unter den Fünf über dieses Arbeitspapier gebe, das lediglich ‚ein Produkt fortgesetzter Arbeit‘ unter den Fünf darstelle.“ Vergau vermerkte weiter, daß diese Vorgehensweise „ein Novum“ darstelle: „Bisher haben sich die Fünf stets an die Regel gehalten, nur gemeinsam getragene Texte den Zehn zur Kenntnis zu geben. […] Der jetzt vorliegende Text hat keinerlei förmlichen Status, ist kein Papier der Fünf und hat keine ‚Autoren‘, geschweige denn Einbringer. […] Die nichtständigen SR-Mitglieder sind jetzt gehalten, eine Stellungnahme abzugeben. Damit ist ihnen in einer frühen Phase ein Tor zur Einflußnahme auf die weitere Behandlung der Angelegenheit eröffnet. Die gegenüber einem Waffenembargo gegen Iran zum jetzigen Zeitpunkt ganz überwiegend skeptische Haltung der Zehn hat die Vertretung laufend berichtet. Statt eines punitiven Waffenembargos gegen Iran ziehen die Zehn einen entschlossenen Implementierungsschritt vor; erst bei dessen Scheitern könne die Konsequenz eines Waffenembargos gegen die nicht implementierende Partei gezogen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 354; Referat 311, Bd. 139187.

4 Der irakische Außenminister Aziz hielt sich am 1./2. Februar 1988 in der UdSSR auf.

Besuchern der Sowjets in Bagdad (Oleg Grinewskij und Gaibnasar Pallajew vom Präsidium des Obersten Sowjet)[5] konnten nicht bewirken, daß Sowjets dem britischen Entwurf zustimmen. Es wird zwar von beiden Seiten Freundschaftsvertrag aus dem Jahre 1972[6] beschworen, auf irakischer Seite die Ankündigung eines Rückzugs aus Afghanistan[7] mit überschwenglichen Worten gewürdigt, für eine Unterstützung des britischen Vorschlags hat dies alles jedoch nicht gereicht. Selbst AM Howe konnte Sowjets offensichtlich nicht umstimmen.[8]

3) Es ist nicht einzusehen, daß bei dieser sowjetischen und chinesischen Zurückhaltung wir die Kastanien für andere aus dem Feuer holen („Why should we bear the brunt?", so japanischer Kollege).

4) Es ist nicht vorstellbar, daß Sowjets in dem Augenblick, in dem sie sich für einen Abzug aus Afghanistan entscheiden, es gleichzeitig mit dem Iran verderben werden. Aus diesem Grunde lassen sie das Geschäft einer Entschärfung des britischen Vorschlags lieber von anderen besorgen.

5) Die Ansicht, die zehn nichtständigen Mitglieder seien sich in der Ablehnung eines punitiven Waffenembargos gegen Iran einig, wird hier nicht geteilt. Zumindest bei Brasilien und Jugoslawien dürften nach Äußerungen hiesiger Botschafter Zweifel angebracht sein. Es wäre auch verwunderlich, daß sich die fünf ständigen uneins sind und die zehn nichtständigen einig wären. Jedenfalls sollten wir uns nicht in einer Sache zu weit nach vorne wagen oder gar zum Sprecher machen, die von zwei ständigen Mitgliedern als zu heikel empfunden wird und deren Interessenlage insofern unserer ähnlich ist.

6) Alle wollen den Krieg beenden, aber alle nehmen gleichzeitig bilaterale Interessen wahr. Dies sollten wir ebenfalls tun. Gegenüber Irak bedeutet dies eine Fortführung und Pflege des erst im November durch Ministergespräche herbeigeführten guten politischen Einvernehmens (Bundesminister in Bagdad)[9] und neuaufgelegter wirtschaftlicher Kooperation (BM Bangemann in Bonn)[10].

7) Es wäre verhängnisvoll, wenn wir nach nur drei Monaten in erneute Phase bilateraler Verständigungsschwierigkeiten gerieten, zumal wir bei Wirtschafts-

5 Der stellvertretende Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjet, Pallajew, hielt sich vom 1. bis 7. Februar 1988 in Irak auf. Botschafter Ellerkmann, Bagdad, berichtete dazu am 8. Februar 1988, daß im gemeinsamen Pressekommuniqué über den Besuch von einer Nachfolgeresolution „nicht die Rede" sei. Ergänzend teilte er mit: „Wie aus Gesprächen mit Kollegen zu erfahren war, hat sich irak[ische] Seite weder beim Besuch von AM Tariq Aziz in Moskau noch bei den jetzt zuende gegangenen politischen Gesprächen in Bagdad durchsetzen können. Im Gegenteil sollen Sowjets irak. Regierung darauf hingewiesen haben, daß auch sie weitere Anstrengungen unternehmen müßten, Res. 598 zu verwirklichen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 76; Referat 311, Bd. 139981.

6 Für den Wortlaut des irakisch-sowjetischen Vertrags vom 9. April 1972 über Freundschaft und Zusammenarbeit vgl. VEDOMOSTI VERCHOVNOGO SOVETA 1972, S. 463–466.

7 Zur Ankündigung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 8. Februar 1988 über den Abzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan vgl. Dok. 70, Anm. 7.

8 Der britische Außenminister Howe hielt sich am 15./16. Februar 1988 in der UdSSR auf.

9 Bundesminister Genscher hielt sich am 18./19. November 1987 im Irak auf. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 330.

10 Am 17./18. November 1987 tagte die deutsch-irakische Wirtschaftskommission unter Leitung von Bundesminister Bangemann und dem irakischen Minister für Schwerindustrie, Huwaish. Vortragender Legationsrat Eickhoff teilte am 19. November 1988 der Botschaft in Bagdad mit, wichtigstes Ergebnis sei eine Absichtserklärung der Bundesrepublik gewesen, einen neuen Bürgschaftsrahmen für Geschäfte von Unternehmen aus der Bundesrepublik mit Irak in Höhe von 300 Mio. DM zu eröffnen, der nach Zahlung ausstehender Zinsrückstände verfügbar sein werde. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 42; Referat 311, Bd. 139975.

kooperation wegen ausbleibender Zinszahlungen mit Sperre gerade eröffneten Hermes-Plafonds rechnen müssen.[11] Ironischerweise bleiben Zinszahlungen auch an andere Länder aus, weil Franzosen für bevorstehende Waffenlieferungsgespräche (21.2.) erfolgreich zur Bedingung gemacht haben, daß sämtliche Handelsschulden bis einschließlich 1985 bezahlt werden. Davon können andere nur träumen.

8) Für Italien und Japan gilt ähnliches. Unsere drei Länder, die zu den fünf führenden Handelspartnern des Irak gehören, würden diese Positionen zumindest vorübergehend einbüßen, wenn wir diejenigen sein sollten, die eine Änderung des britischen Entwurfs herbeiführen.

9) Wir würden unserer Brückenfunktion zwischen beiden Ländern verlustig gehen, wenn wir uns das Wohlwollen der Iraner erhalten, aber das hiesige, soeben erst zurückgewonnene wieder verlieren.

10) Hierzu liegen jetzt bereits Ansätze vor. Schweizerischer UStS Dr. Rüegg, der zu mehrtägigem Besuch in Bagdad weilte, hörte von seinen irak. Gesprächspartnern wiederholt, daß man in Kürze mit einer Nachfolgeresolution mit Waffenembargo gegen Iran rechnen könne, „nur die Deutschen und Italiener würden noch Schwierigkeiten machen".[12]

11) Es besteht kein Grund, von der ständigen Übung im SR abzugehen, daß zunächst das enge Gremium der Fünf Position einnimmt und erst dann die Zehn Stellung beziehen. Sachlich ist Ausnahme zu dieser Regel hier nicht erkennbar.

II. Botschaft ist daher der Auffassung, daß wir uns strikt an DE Nr. 1482 vom 10.2.1988[13] halten, der festlegt, daß, solange die Fünf sich nicht auf einen weiteren Schritt des SR verständigen können, die Grundlage für eine neue Resolution fehlt, da diese nur bei Einheit der Fünf eine Auswirkung auf die Beendigung des Krieges haben kann. Hier geht niemand davon aus, daß ein Waffenembargo den Krieg in absehbarer Zeit beenden würde. Der Iran wird sich von einer „Drohgebärde" nicht beeindrucken lassen und die Waffen auf anderem Weg als dem bisherigen geliefert bekommen. Dies dürfte bei einer mehrere 1000 km langen Landgrenze zu vier Ländern, von denen keins dem Iran feindselig gegenübersteht, keine Schwierigkeiten bereiten. Das damalige Süd-Rhodesien ist das beste

11 Vortragender Legationsrat Lutz vermerkte am 21. Januar 1988, daß der Irak zum 30. Juni 1987 fällige Zinszahlungen im Dezember 1987 geleistet habe: „Von den zum 31.12.87 fälligen Zinszahlungen in Höhe von 75 Mio. DM hat die Central Bank den auf sie entfallenden Betrag von rd. 14,5 Mio. DM bezahlt; dagegen stehen die von der Rafidain Bank geschuldeten Zinszahlungen über rd. 60,5 Mio. DM noch aus." Der Interministerielle Ausfuhrgarantieausschuß (IMA) habe sich Anfang Januar darauf verständigt, „eine gewisse Überziehung des Zahlungstermins als technisch bedingt hinzunehmen" und auf der Sitzung am 12. Januar 1988 einen Teilplafond in Höhe von 100 Mio. DM zu eröffnen: „BMF hat auf der Sitzung jedoch erklärt, daß es auf einer erneuten Sperrung des Plafonds bestehe, wenn die rückständigen Zinszahlungen nicht bis zur nächsten Sitzung (26.1.) eingegangen sind." Vgl. Referat 311, Bd. 154127.
Vortragender Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen informierte am 27. Januar 1988 die Botschaft in Bagdad: „IMA hat in der Sitzung vom 26./27. Januar formellen Beschluß über Schließung des Irak-Plafonds zunächst vertagt, obwohl bisher keine Zahlungen auf Zinsrückstände der Rafidain Bank eingegangen sind." Vgl. den Drahterlaß; Referat 311, Bd. 154127.

12 Der Abteilungsleiter im schweizerischen Außenministerium, Rüegg, hielt sich vom 15. Februar bis zum 1. März 1988 im Irak, Saudi-Arabien und Kuwait auf.

13 Für den am 9. Februar 1988 konzipierten Runderlaß des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen vgl. Referat 230, Bd. 158101.

Beispiel für das Nichtfunktionieren eines Waffenembargos.[14] Das mit Waffen- und Wirtschaftsembargo über zehn Jahre belegte Smith-Regime wurde nicht etwa deswegen an den Verhandlungstisch gezwungen, weil es keine Waffen mehr zur Verfügung gehabt hätte.

III. Es wird unter Kollegen von Ländern mit ähnlicher Interessenlage hier die Auffassung vertreten, daß zunächst der VN-GS[15] angesprochen werden sollte, eine zweite Phase der Implementierung von 598 einzuleiten. 598 sei klar und eindeutig und sollte gegen den durchgesetzt werden, der sie nicht akzeptiert. Eine nicht einmütig verabschiedete Embargoresolution würde hiesiger Einschätzung nach die Position der VN bei der Beendigung des Konfliktes nicht stärken, sondern schwächen und nur dazu führen, daß es eine zweite VN-Resolution gibt, die von einer der beiden Parteien nicht akzeptiert wird.[16]

[gez.] Ellerkmann

VS-Bd. 13650 (311)

14 Am 29. Mai 1968 forderte der VN-Sicherheitsrat alle VN-Mitgliedstaaten zu umfassenden Sanktionen gegen Rhodesien auf, u. a. zum Verbot des Imports von Waren oder des Handels mit Produkten aus Rhodesien, des Exports von Waren oder Produkten nach Rhodesien, der Kreditvergabe an rhodesische Unternehmen, der Einreise rhodesischer Staatsangehöriger, des Flugverkehrs von und nach Rhodesien sowie zum Abzug aller konsularischen und Handelsvertreter. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 253 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VII, S. 15–17.

15 Javier Pérez de Cuéllar.

16 Ministerialdirigent Bazing teilte der Ständigen Vertretung bei den VN in New York am 24. Februar 1988 mit, daß das von Großbritannien am 19. Februar 1988 übergebene Arbeitspapier „schwerwiegende Mängel" aufweise: „Sein Status ist kaum definierbar und der Inhalt nur vorläufig. Es wird nicht von allen ständigen Mitgliedern mitgetragen und ist im gesamten SR nicht mehrheitsfähig. Auch der VN-GS steht ihm distanziert gegenüber; der darin enthaltene Resolutionsentwurf hat ausschließlich punitiven Charakter und richtet sich ohne Begründung einseitig gegen eine Konfliktpartei; da es die im Implementierungsplan des VN-GS vorgesehenen Zwischenschritte völlig negiert, leistet es nicht nur keinen Beitrag zur Durchführung der Res. 598, sondern droht den Verhandlungsweg für längere Zeit zu verschütten". Bazing bat, der britischen Ständigen Vertretung „folgende Antwort zu übermitteln […]: Wir halten an der raschen und vollständigen Implementierung der Res. 598 auf der Grundlage des vom SR indossierten Implementierungsplanes des VN-GS fest und betrachten die Aufrechterhaltung der Einigkeit im SR, insbesondere unter den ständigen Mitgliedern, als absolut notwendige Voraussetzung dafür. Gespräche der ständigen Mitglieder über eine Folgeresolution halten wir weiterhin für nützlich, um den Druck auf die Konfliktparteien aufrechtzuerhalten. Daneben sollte der VN-GS seine Verhandlungen mit den Konfliktparteien über seinen Implementierungsplan fortsetzen. […] Die förmliche Einbringung des gegenwärtigen oder eines künftigen Entwurfes oder gar eine Abstimmung darüber sollte solange vermieden werden, als seine Annahme durch eine breite Mehrheit inklusive der ständigen Mitglieder des SR nicht zweifelsfrei feststeht, da sonst keinerlei Chancen einer Umsetzung bestehen." Vgl. den Drahterlaß; Referat 230, Bd. 158101.

67

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-10847/88 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 286
Citissime

Aufgabe: 23. Februar 1988, 22.00 Uhr[1]
Ankunft: 23. Februar 1988, 22.22 Uhr

Betr.: Ministerrat am 23.2.1988 mit Bericht Shultz über Gespräche in Moskau (21. und 22.2.1988)[2]

Zur Unterrichtung

I. Shultz betonte zu Beginn ausführlicher Unterrichtung, daß für erfolgreiche Gespräche mit Sowjetunion Stärke und Einheit Bündnisses Voraussetzung sei. Er erwähnte in diesem Zusammenhang Bedeutung Besuchs BK und BM in Washington.[3]

Gespräche in Moskau hätten „substantielle Bewegungen" und weitere Anstöße für Verhandlungsprozesse erbracht. Es seien Fortschritte in allen vier Bereichen (Menschenrechte, regionale, bilaterale und Abrüstungsfragen) erzielt worden. Man arbeite jetzt auf nächstes Außenministertreffen am 22. und 23. März in Washington hin[4], wobei dieses Datum als Stichtag für Erreichung weiterer Fortschritte vereinbart worden sei. NATO-Gipfel[5] und den zwei angestrebten Erklärungen kommen für weiteren Ablauf Gespräche mit SU Schlüsselrolle zu. Sowjetunion werde Gipfel genau beobachten und entsprechende Schlußfolgerungen ziehen.

Text Erklärung Shultz wird im Anhang vorgelegt.

II. An anschließender Diskussion beteiligten sich alle anwesenden AM (Andreotti, BM, Stoltenberg, van den Broek, StS PTG Barroso, Poos, Fernandez-Ordóñez,

1 Das von Gesandtem Lohse, Brüssel (NATO), konzipierte Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 23 und 29.

2 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich vom 21. bis 23. Februar 1988 zu Gesprächen mit seinem sowjetischen Amtskollegen Schewardnadse und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in der UdSSR auf. Vgl. dazu FRUS 1981–1988, VI, S. 700–785.

3 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 17. bis 20. Februar 1988 in den USA vgl. Dok. 62–64.

4 Der amerikanische Außenminister Shultz und der sowjetische Außenminister Schewardnadse trafen vom 21. bis 23. März 1988 in Washington zusammen. Botschafter Ruhfus, Washington, informierte am 24. März 1988, daß die Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium, Ridgway, und der amerikanische Sonderbotschafter Nitze über die Gespräche mitgeteilt hätten, es hätten keine wesentlichen Durchbrüche erzielt werden können. Neben Menschenrechtsfragen seien die konventionelle Rüstungskontrolle, START, SDI und weltraumgestützte Waffen, ein nuklearer Teststopp, das Verbot chemischer Waffen sowie Regionalfragen erörtert worden. Ruhfus zog den Schluß: „Die Unterrichtung bestätigte, daß die Gespräche Routinecharakter gewinnen und nicht mehr auf eindeutige Fortschritte in jeder Runde angelegt sind. Ridgway und Nitze bezeichneten sie als sehr offen und nützlich. Wenn auch die Weisung des Präsidenten, auf Erfolge hinzuarbeiten (to go for the gold) weiter bestehe, sei das doch keine Voraussetzung für den Gipfel. Mit der Einigung auf das Gipfeldatum gibt es auch keinen Druck mehr. Das amerikanische Interesse an Erfolgen vor allem bei START und Afghanistan besteht jedoch fort." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1369/1370; VS-Bd. 13666 (340); B 150, Aktenkopien 1988. Vgl. dazu ferner FRUS 1981–1988, VI, S. 793–897.

5 Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 2./3. März 1988 in Brüssel vgl. Dok. 75.

Tindemans) sowie StV F[6] und GB[7]. Außer zu Fragen Rüstungskontrolle und Abrüstung, besonders zu Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle (CST[8]), äußerten sich alle Sprecher – grundsätzlich zustimmend – zu den von Shultz vorgetragenen Überlegungen für eine feierliche allgemeine Erklärung und eine zweite zu konventioneller Rüstungskontrolle aus Anlaß NATO-Gipfels.

Andreotti, der sich in allgemein gehaltenen Ausführungen positiv zu in Moskau erreichten Ergebnissen und Zielsetzungen äußerte, empfahl Beachtung ABM-Vertrages[9], unterstrich Bedeutung von CST- und CW-Abkommen (Hinweis auf gemeinsames Auftreten mit BM in Genf am 4.2.1988[10]) und wies auf sowjetische Fortschritte bei Beachtung Menschenrechte hin.

BM bewertete US-Ansatz, Gespräche nicht auf Rüstungskontrolle und Abrüstung zu beschränken, als richtig. Wir hätten uns bei Besuch Bundespräsident im Juli 1987[11] ähnlich verhalten. Gespräche etwa mit sowjetischen Repräsentanten aus Kunst und Wissenschaft seien für beide Seiten von großem Nutzen.

BM dankte für amerikanische Bemühungen auf Gebiet Menschenrechte. Auf Dauer würden auch für uns die von US mit Erfolg bekämpften sowjetischen Ausreisebeschränkungen auf Verwandte ersten Grades von Bedeutung werden.[12]

Die Schritt für Schritt versuchte Verständigung über Regionalprobleme sei ebenfalls wichtig.

Auf Gebiet Rüstungskontrolle und Abrüstung bestehe wirklicher Wert INF-Abkommens in Eigenschaft, Ausgangspunkt für weitere Verhandlungen zu sein.

6 Gabriel Robin.

7 Michael Alexander.

8 Conventional Stability Talks.

9 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.
Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

10 Bundesminister Genscher und der italienische Außenminister Andreotti hielten am 4. Februar 1988 Reden vor der Gener Abrüstungskonferenz (CD) und gaben anschließend eine gemeinsame Pressekonferenz. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 211 des Botschafters von Stülpnagel, Genf (CD), vom selben Tag; Referat 222, Bd. 162103.
Für den Wortlaut der Rede von Genscher vgl. BULLETIN 1988, S. 192–196.

11 Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker und Bundesminister Genscher hielten sich vom 6. bis 11. Juli 1987 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 200, Dok. 203, Dok. 206 und Dok. 212.

12 Am 26. Februar 1988 übermittelte Botschafter Ruhfus, Washington, Informationen des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium Schifter: „Er habe bei den Gesprächen über Menschenrechtsfragen in Moskau noch deutlicher den Eindruck gewonnen, daß es dort keine geschlossene Haltung mehr gebe. Während Gesprächspartner im Rechtsinstitut (Institute of Law) sich auf orthodoxer Linie geäußert hätten, sei im Außenministerium (AM) erklärt worden, die Entwicklung zu mehr Offenheit dauere länger als vorausgesehen, werde aber weitergehen. […] Bei der Auswanderung scheine man wieder von dem Erfordernis einer Einladung durch Verwandte ersten Grades abgehen zu wollen. Gluchow (SAM) habe ihm gesagt, es gebe eine entsprechende Anweisung aus 1987, die die Ausreisebehörde […] seit Anfang 1988 nicht mehr angewandt habe, inzwischen aber wieder befolge. Das entspreche amerikanischen Beobachtungen.“ Ruhfus resümierte: „Bemerkenswert ist vor allem der sich beschleunigende Rhythmus der amerikanisch-sowjetischen Treffen zu Menschenrechtsfragen und die Ausweitung der Themenliste. Schifters Äußerungen lassen erkennen, daß die entsprechende sowjetische Bereitschaft ihre Wirkung nicht verfehlt, aber noch nicht ausreicht, um die Administration zu einem neuen Urteil und zu einer Änderung ihrer Haltung zur Menschenrechtskonferenz in Moskau zu bewegen. Sie ist bereit, die sowjetische Seite beim Wort zu nehmen, sieht aber hier noch nicht genug Taten auf die Worte folgen. Die Freilassung einer wesentlichen Zahl politischer und religiöser Häftlinge bleibt ein wichtiger Schritt. Sie zählt aus hiesiger Sicht mehr als die mögliche Änderung einschlägiger Gesetzesvorschriften.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 891; Referat 204, Bd. 143570.

Entwicklung bei START sei ermutigend.[13] BM erläuterte Bedeutung START für Europa und verwies auf atlantischen Sicherheitsverbund. Bedrohung gelte für alle, einer sei nicht mehr bedroht als der andere. Er teile die in Diskussion bei uns geäußerten gegenteiligen Auffassungen nicht.

Bei CW müsse man vorankommen. Gespräche in Moskau darüber seien gut gewesen. Aussichten hätten sich durch Änderung sowjetischen Verhaltens gebessert.

Gipfelerklärung solle kein Außenminister-Kommuniqué auf höherem Niveau, sondern besonderem Ereignis angemessen sein, d. h. politische Erklärung über die großen Ziele und Prinzipien, auch keine Wiederholung früherer Außenminister-Kommuniqués. Bemühungen im Ost-West-Verhältnis müßten unterstützt werden auf Grundlage Einheit und Verteidigungsanstrengungen Bündnisses.

In zweiter Erklärung müsse Kernproblem herausgestellt werden: sowjetische konventionelle Fähigkeit zu raumgreifenden Offensiven und zu Überraschungsangriffen aufgrund ihrer konventionellen Überlegenheit. Warschauer Pakt müsse aufgefordert werden, durch asymmetrische Abrüstungsschritte zu beweisen, daß er es ernst meine. Es müsse ein Impuls zur Aufnahme von Verhandlungen zu konventioneller Stabilität gegeben werden. Erklärung Bündnisses von Dezember 1986[14] und Bonner Erklärung[15] seien gute Vorlagen, etwa: Bereitschaft auf sowjetische Vorschläge positiv einzugehen, Rüstungskontrolle als integraler Bestandteil unserer Sicherheitspolitik, Grundsätze des Harmel-Berichts[16]. Schwerpunkt müsse sein: Signal für Aufnahme konventionelle Verhandlungen, Deutlichmachung der Einheit Bündnisses. Erfolgreiche Gespräche mit Sowjetunion seien

13 Zu den amerikanisch-sowjetischen START-Verhandlungen vgl. Dok. 52, Anm. 11.
Botschafter Ruhfus, Washington, teilte am 29. Februar 1988 mit, daß nach Einschätzung des amerikanischen Außenministeriums aufgrund des Besuchs des Außenministers Shultz vom 21. bis 23. Februar 1988 in Moskau eine „Entschlossenheit beider Seiten zu Fortschritten" bei der Rüstungskontrolle erkennbar sei: „Durchbrüche oder wesentliche Positionsveränderungen in Einzelfragen sind aber nicht feststellbar. Die Entschlossenheit zu Fortschritten hatte sich in Moskau in der Vereinbarung niedergeschlagen, dem für den 22.3. in Washington geplanten nächsten Treffen der beiden AM Entwürfe des Inspektions- und Vernichtungsprotokolls und des Datenmemorandums vorzulegen. Die beiden AM hatten zunächst sogar vereinbart, die entsprechenden Protokolle bis dann fertigzustellen. Den Mitarbeitern gelang es jedoch nachher, in dieser Vereinbarung das Wort ‚finish' durch ‚develop' zu ersetzen. Man ist sich darüber im klaren, daß insbesondere beim Inspektionsprotokoll große Lücken verbleiben müssen, solange substantielle Fragen wie beispielsweise die Behandlung von Cruise Missiles nicht endgültig geklärt sind. Beim Datenmemorandum wird US, voraussichtlich diese Woche, in Genf einen Entwurf vorlegen, der die Präsentation und Gliederung der zu erfassenden Informationen enthält, sich dabei am INF-Vertrag orientiert und voraussichtlich Basis der Verhandlungen zwischen beiden Seiten sein dürfte. Tatsächliche Daten sollen erst zu einem späteren Zeitpunkt Zug um Zug eingesetzt werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 911; VS-Bd. 12252 (220); B 150, Aktenkopien 1988.

14 Für den Wortlaut der „Brüsseler Erklärung über konventionelle Rüstungskontrolle" des NATO-Ministerrats vom 11./12. Dezember 1986 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 77–79.

15 Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs anläßlich der Tagung des NATO-Rats am 10. Juni 1982, des Dokuments über Rüstungskontrolle und Abrüstung und des Dokuments über integrierte Verteidigung des Bündnisses vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 72–77. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 342–346. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, I, Dok. 179.

16 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

nur bei großer Geschlossenheit möglich. Es sei unlogisch, wenn Bündnis jetzt nicht fähig und in der Lage sei, an Verhandlungstisch zu gehen.

Stoltenberg hob besondere Bedeutung Konsultation für kleines Land hervor. Regierung brauche und nutze sie für Gestaltung interner Politik. Er danke besonders für Anstrengungen und Äußerungen Shultz zu SLCMs[17] („wichtig für uns") und auf Gebiet Menschenrechte, die unmittelbare Bedeutung für norwegische Fälle habe.

Zustimmung zu Struktur der beiden Gipfelerklärungen, die zu CST solle auf Reykjavik-Erklärung[18] aufbauen. Van den Broek fragte nach Auswirkungen neuer sowjetischer Politik auf andere Staaten Warschauer Paktes und äußerte Sorge über Rückschritte und gewisse Unsicherheit dort über Entwicklung in Sowjetunion. Er nannte besonders DDR, Rumänien und ČSSR. Van den Broek verwies auf Diskrepanz zwischen Äußerungen sowjetischer Führung in Moskau und Verhandlungspraxis sowjetischer Unterhändler in Wien. Hier müsse Druck auf SU ausgeübt werden, aus Moskauer Äußerungen Konsequenzen für Wien zu ziehen.

Für Nahost-Reise wünsche er Shultz „Mut und Weisheit".[19] Er äußerte Verständnis für Frustration Palästinenser in besetzten Gebieten und meinte, Interimslösungen seien nur hilfreich, wenn sie zu endgültigen, dauerhaften Lösungen führen würden.

Einverständnis mit Struktur und Inhalt zweier Gipfelerklärungen wie von Shultz und BM erläutert.

StS Barroso fragte nach sowjetischer Motivation bei CST und verwies darauf, daß SU 80 Prozent ihrer Verteidigungsausgaben für konventionelle Streitkräfte aufwende, daß aber 90 Prozent ihrer öffentlichen Erklärungen nuklearer Abrüstung gelte.

Fernandez-Ordóñez befürwortete Modernisierung nuklearer Kurzstreckenwaffen nach Abschluß INF-Vertrages und Ausschluß von doppeleinsatzfähigen Waffen bei CST. Einverständnis zu zwei Gipfelerklärungen entsprechend den Vorschlägen von Shultz und BM.

Poos betonte Wichtigkeit, INF-Momentum zu erhalten, und unterstrich Bedeutung Herstellung konventioneller Stabilität. Nukleare Kurzstreckenwaffen unter 500 km Reichweite müßten parallel verhandelt werden. Er stellte folgende Kriterien für CST auf:

17 Botschafter Ruhfus, Washington, übermittelte am 4. März 1988 ergänzende Informationen des amerikanischen Außenministeriums zum Besuch des Außenministers Shultz vom 21. bis 23. Februar 1988 in Moskau: „Bei den Gesprächen über START hätten die SLCM eine größere Rolle gespielt. Die sowjetische Seite habe praktisch die Erklärung von Gorbatschow in Washington, daß die Sowj[etunion] technische Möglichkeiten zur Verifikation entwickelt habe, zurückgenommen. Sie trete jetzt stark für eine Nichtumgehungsklausel ein, gewissermaßen als Ersatz für Verifikation. Möglicherweise sei die Sowj. tatsächlich ernsthaft besorgt darüber, daß eine Reduzierung von Raketen und Flugzeugen durch SLCM umgangen werden könnte, und messe deshalb dieser Frage so großes Gewicht bei." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1024; Referat 204, Bd. 143570.

18 Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384.

19 Zur Nahost-Reise des amerikanischen Außenministers Shultz vgl. Dok. 62, Anm. 21.

– Berücksichtigung Kräfteverhältnisses, das asymmetrische Reduzierungen erfordere,
– Zusammenhang mit CW und nuklearen Waffen berücksichtigen,
– niedrige Obergrenzen anstreben,
– Gefahr weiträumiger Invasion und Überraschungsangriffe ausschließen, dabei Möglichkeit Zonen und Unterzonen einbeziehen,
– etwaige neue Technologien berücksichtigen (Panzer und Flugabwehrwaffen),
– ausreichende Verifikationsmaßnahmen vorsehen.

Man müsse Gorbatschow beim Wort nehmen, dies werde auch in der eigenen Öffentlichkeit gut ankommen.

StV F stellte zwei französische Richtpunkte für Rüstungskontrolle heraus: Bereitschaft zu Fortschritten wo möglich, Ablehnung, sich auf einen Weg zu begeben, der zur Denuklearisierung Europas führe. Er hielt es für zweifelhaft, ob Ausarbeitung CST-Erklärung durch HLTF[20] noch möglich sei.

Skeptische Note brachte StV GB ein durch zweifelnde Fragen, ob Gorbatschow seine Politik besonders auf Gebiet Rüstungskontrolle gegenüber seinen internen Gegnern durchsetzen könne, wenn er schon Probleme habe, Zustimmung zu INF-Abkommen zu erhalten; ob Überlegungen, lediglich deklaratorische Vertragsbestimmungen bei Regelung Verifikation SLCM vorzusehen, nicht negative Präzedenz-Wirkungen haben werde.

Tindemans sprach sich für Anlaß entsprechende Gipfelerklärung aus, die allen zweifelnden Fragen aus Öffentlichkeit überzeugend begegne und Eindruck auf Parlamente mache. Es gelte – wie in Harmel – die künftigen Aufgaben Bündnisses zu beschreiben in einem Augenblick, wo im Ost-West-Verhältnis neue Phase beginne.

20 Zu den Arbeiten der High Level Task Force (HLTF) der NATO an einer Erklärung über konventionelle Rüstungskontrolle vgl. Dok. 65, Anm. 15.
Botschafter Holik wies am 26. Februar 1988 die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel an, im Ständigen NATO-Rat folgendes auszuführen: „Der von der HLTF erarbeitete Entwurf, mit dem wir in der Substanz einverstanden sind, leidet unter dem Mangel, daß er auf der Grundlage eines Textes erarbeitet wurde, der als ‚Ressource Paper' und nicht als Gipfelerklärung entworfen worden ist. Als sich am Ende die geänderte Zweckbestimmung des Texts herausstellte, haben wir in der HLTF, bevor diese ihre Beratungen am 24.2. abgeschlossen hat, unsere entsprechenden Vorbehalte geltend gemacht." Die Bundesregierung sei sich im klaren, „daß jetzt nur noch eine sehr beschränkte Zeit zur Verfügung steht und an dem von der HLTF erarbeiteten Entwurf nicht mehr viel geändert werden kann. Wir wollen uns daher auf einige wenige Änderungen beschränken und konzentrieren unsere Wünsche auf drei Punkte: Der Entwurf sollte in einigen Punkten so gestrafft werden, daß er den Erfordernissen einer Gipfelerklärung entspricht. Duplizierungen mit der allgemeinen Gipfelerklärung sollten vermieden werden. Wir wünschen eine Restrukturierung des Aufbaus des Papiers in der Form, daß die Aussagen über den politischen Rahmen (bisherigen Teil B) unmittelbar vor den rüstungskontrollpolitischen Aussagen zu KRK im letzten Teil D stehen und die Aussagen zur Verteidigung und Abschreckung (bisheriger Teil C) sich unmittelbar an die Darstellung der Bedrohung im Anfangsteil anschließen." Vgl. den Drahterlaß; VS-Bd. 11544 (221); B 150, Aktenkopien 1988.
Botschafter Ruhfus teilte am 26. Februar 1988 mit, daß er die Änderungswünsche dem stellvertretenden Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Thomas, übermittelt habe: „Dieser zeigte sich als erste Reaktion rundum ablehnend." Dabei sei die Überzeugung deutlich geworden, „in der Betonung der rüstungskontrollpolitischen Aspekte bereits weit genug gegangen zu sein". Vgl. den Drahtbericht Nr. 888; VS-Bd. 11461 (221); B 150, Aktenkopien 1988.

Shultz antwortete auf verschiedene Fragen und Bemerkungen wie folgt:

CST: Sowjetunion sei deutlich gemacht worden, daß US nicht bereit sein werde, sich durch Einführung Themas zweifachfähiger Waffen auf Verhandlungen über nukleare Waffen in Wien einzulassen.[21] Wichtig sei Erhaltung Gesamtbalance in Wien. SU müsse klargemacht werden, daß Westen Geduld habe. Erklärung zu CST sei auch deswegen wichtig, damit Öffentlichkeit westliche Position erkenne. Zu Erklärung Sacharows hinsichtlich zu stellender Bedingungen für Moskau-Konferenz über Menschenrechte[22] (Freilassung aller politischen Gefangenen, Beendigung Krieges in Afghanistan) mit Ziel, sich dort und dann auf rechtliche Rahmenbedingungen zu konzentrieren, antwortete Shultz (sichtlich zögernd und improvisierend, „just thinking"), er habe diesen Überlegungen nicht zugestimmt, aber sorgfältig zugehört.

Angola/Namibia: Gewisse Bewegung sei feststellbar gewesen, man werde Gespräch in Expertengruppen fortsetzen. Zum ersten Mal sei von Abzug kubanischer Truppen die Rede gewesen.

[23]Kambodscha: Hier sei man weniger zuversichtlich, Sihanouk habe Dinge in Bewegung gebracht, aber er spreche nicht mit Vietnam.[24] Es bestehe Eindruck, als ob Sowjetunion beabsichtige, Vietnam ein wenig zu drängen, seine Truppen abzuziehen.

Durchsetzungsfähigkeit Gorbatschows: Frage sei schwer zu beantworten. Gorbatschows Buch[25] sei bemerkenswert. Man könne sich nicht kritischer über SU äußern als er. Gorbatschow begründe seine Politik damit, daß es keine Alternative gebe. Andernfalls falle Sowjetunion immer weiter zurück. Es sei hingegen fraglich, ob SU Kraft zur Veränderung habe.

Afghanistan[26]: (Frage StV GB) Man könne leider nicht ausschließen, daß nach Abzug sowjetischer Truppen Chaos entstehe. Blutvergießen gebe es allerdings auch jetzt. Das wichtigste sei Abzug sowjetischer Truppen. Es sei schwieriges Unternehmen. GB habe ja einschlägige Erfahrungen gemacht. Shultz bewertete Fähigkeit Widerstandsgruppen zu gemeinsamem Handeln nicht negativ, insbesondere angesichts der von ihnen zu bewältigenden schwierigen Lage.

21 Zur Behandlung der Frage einer Einbeziehung zweifach einsatzfähiger Waffensysteme in Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa bei den Gesprächen des amerikanischen Außenminister Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse vom 21. bis 23. Februar 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 79, Anm. 10.

22 Zum sowjetischen Vorschlag für eine KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 53, Anm. 32.

23 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 287 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

24 Zum Konflikt in Kambodscha vgl. Dok. 18, Anm. 17.

25 Vgl. Michail GORBATSCHOW, Perestroika. Die zweite russische Revolution – Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1987.

26 Botschafter Ruhfus, Washington, resümierte am 4. März 1988 Informationen des amerikanischen Außenministeriums zu den Gesprächen des Außenministers Shultz vom 21. bis 23. Februar 1988 in Moskau: „Zu Afghanistan sei die Entscheidung über einen Abzug möglicherweise in Moskau umstritten. Die sowjetische Seite sei nicht bereit gewesen, über Einzelheiten zu sprechen. Die amerikanische Forderung, mit Beginn des Abzugs die militärische Unterstützung für Nadschibullah (durch Lieferung militärischen Geräts) einzustellen, sei möglicherweise als neue Bedingung mehr gewesen, als die sowjetische Seite im Augenblick verdauen könne. Im State Department habe man Verständnis dafür. Die Sowjets hätten anschließend die amerikanische Erklärung zur sowjetischen Bereitschaft zum Abzug sehr begrüßt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1024; Referat 204, Bd. 143570.

Verifikationsproblem bei SLCM: Problem durch deklaratorische Vereinbarungen lösen zu wollen, sei sicher nicht befriedigend. Andererseits könne man die SLCMs nicht unbehandelt lassen. Verifikation sei sehr schwierig. Beide Seiten wünschten nicht Anwesenheit von Inspektoren an Bord von Schiffen. Wenn jemand bessere Lösung habe, so Shultz mit kritischem Unterton an GB, solle er sie mitteilen.

Auch bei CW sei Verifikation nicht mit 100 Prozent Sicherheit zu lösen. Frage stelle sich jedoch, ob es besser sei, kein Abkommen zu haben oder Abkommen mit nicht absolut sicherer Verifikation. Ohne Abkommen werde Gefahr Proliferation nicht gebannt. Er komme bei Abwägung zum Ergebnis, gegen Proliferation von CW etwas tun zu müssen. Shultz führte als positives Beispiel Nichtverbreitungsvertrag[27] an.

GS[28] forderte Außenminister dringlich auf, Konsequenzen aus ihren Erklärungen und Wünschen nach Struktur und Inhalt vorgesehener Gipfelerklärungen durch entsprechende Weisungen an ihre Vertreter in Brüssel zu ziehen. Zur Zeit gebe es noch gravierende Meinungsunterschiede zwischen den 16 Bündnispartnern, was Sprache und Substanz Erklärungen angehe.

[gez.] Hansen

Folgt Anhang
[…][29]

VS-Bd. 13031 (204)

27 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.

28 Lord Carrington.

29 Dem Vorgang beigefügt war der mit Drahtbericht Nr. 287 und Drahtbericht Nr. 288 übermittelte Wortlaut der Erklärung des amerikanischen Außenministers Shultz in der Sitzung des NATO-Rats auf der Ebene der Außenminister am 23. Februar 1988 in Brüssel. Vgl. VS-Bd. 13031 (204). Vgl. Anm. 1.

68

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem schwedischen Außenminister Andersson

24. Februar 1988[1]

Gespräch BM mit schwedischem AM Sten Andersson am 24.2.1988, 16–18 Uhr[2]

1) AM *Andersson* (AM) äußert einleitend großes Vertrauen in und Respekt für deutsche Außenpolitik, stellt fest, daß es keine bilateralen Probleme gebe, betont Wert deutsch-französischer Zusammenarbeit auch für andere europäische Staaten, würdigt deutsche Bemühungen um Brückenbau zwischen West und Ost. Bitte an BM, deutsche Haltung zu West–Ost, Abrüstung, KSZE, Europa, zu erläutern.

2) Bundesminister

BM weist hin auf erfreuliche Verbesserung des Verhältnisses zwischen beiden Großmächten, die auch Europa Chancen eröffne, die genutzt werden müßten. Was sich in SU tue, sei zu begrüßen, Entwicklung liege in unserem Interesse. Wir lebten auf gleichem Kontinent mit SU zusammen; Verhalten SU bestimme auch Lage in Europa.

Ziel Gorbatschows sei, das sowjetische System effizienter zu machen, wobei Gorbatschow auf Klassiker Lenin zurückgreife, von dem sich sowjetische Entwicklung im Irrweg entfernt habe. Es sei verständlich, wenn Gorbatschow sich nicht gegenüber Kritik dem Vorwurf aussetzen wolle, sich vom Marxismus-Leninismus zu distanzieren.

Ein Partner, der berechenbarer sei, nütze uns. Unsere Analyse gehe daher dahin, die Entwicklung in der SU zu ermutigen und zu fördern. Da sich innenpolitische Erfolge erst langsam einstellen würden, sei Gorbatschow an außenpolitischen Erfolgen interessiert. Dabei müsse sowjetische Seite durchaus mit sich gerungen haben, bedeute INF doch die Übernahme westlicher Vorstellungen durch den Osten.

Wir würden START-Ergebnis begrüßen, da auch im Interesse Europas. Beim NATO-Gipfel[3] würden wir uns dafür einsetzen, daß es bald zu Verhandlungen über konventionelle Stabilität komme. Wir wirkten auf westliche Partner wegen einer weltweiten Ächtung von CW ein. Hier sei die Gefahr groß, daß es zu einer Proliferation käme und daß die CW sich zu einer Vernichtungswaffe der atomaren Habenichtse entwickelten. Er habe seinen Standpunkt in Genf sehr deutlich gemacht[4] und werde dies weiter tun. Er wünsche, daß es in diesem Jahr zu einem

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schneppen am 25. Februar 1988 gefertigt.
Hat im Ministerbüro vorgelegen. Dazu handschriftlicher Vermerk: „Von BM noch nicht genehmigt."

2 Der schwedische Außenminister Andersson hielt sich am 24./25. Februar 1988 in der Bundesrepublik auf.

3 Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 2./3. März 1988 in Brüssel vgl. Dok. 75.

4 Bundesminister Genscher äußerte sich am 4. Februar 1988 vor der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) zur Abrüstung bei den nuklearen, konventionellen und chemischen Waffen. Für den Wortlaut der Rede vgl. BULLETIN 1988, S. 192–196.

Abschluß bei CW und einem Anfang bei der konventionellen Rüstungskontrolle komme. Dabei gehe es u. a. um deutliche Reduzierungen bei Großgeräten wie Artillerie und Panzern. Andererseits zeige die Erfahrung, daß die Herstellung von Gleichgewicht allein nicht ausreiche. Wichtig sei es, den Streitkräften die Angriffsfähigkeit zu nehmen und die geographische Disparität mit der Sowjetunion in einem gewissen Grade auszugleichen. Bei gutem Willen müsse es möglich sein, in relativ kurzer Frist zu Verhandlungen zu kommen.

Zusammenfassend:

BM: Man müsse die Reformpolitik ernst nehmen und auf der Grundlage einer soliden Sicherheitspolitik den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen West und Ost ausbauen. Grundlage sei die Schlußakte von Helsinki[5], die von der östlichen Gesellschaft sehr viel mehr Veränderung fordere als von der westlichen.

AM stimmt dieser Analyse zu. Er bewertet Einigung über Grenzziehung in der Ostsee mit der SU[6] als praktisches Beispiel für neues sowjetisches Verhalten (wobei die Einigung auch die Möglichkeit schaffe, mit der EG über den Fischereikomplex zu sprechen). Allerdings, so AM lächelnd, bleibe er in der Beurteilung der SU etwas skeptischer als Strauß, da man es weiterhin mit reinen Kommunisten zu tun habe. Andererseits werde es schwierig sein, den Prozeß zu stoppen, wenn einmal der Korken aus der Flasche sei. Den Hauptgrund für das Ostsee-Abkommen sehe er in dem Wunsch der SU, an schwedischer Technologie teilzuhaben; dies habe sich auch beim Besuch von MP Ryschkow[7] gezeigt. AM fragt dann nach Gefahr der „Kompensation" im Zusammenhang mit INF und nach Modernisierungsdebatte.

BM stellt hierzu fest, daß er nicht an Kompensation glaube, daß die Modernisierung keine aktuelle Angelegenheit sei und daß es jetzt darauf ankomme, sich auf die konventionelle Stabilität zu konzentrieren, wobei er das Problem mit sowjetischen Zahlen belegt.

AM spricht Wiener Mandatsverhandlungen[8] an und betont Interesse der Neutralen.

BM stellt fest, daß wir hier eigentlich der falsche Ansprechpartner seien, da wir es begrüßt hätten, wenn die Verhandlungen im großen Kreise erfolgten. Ehe es aber überhaupt nicht zu Verhandlungen käme, sei das Forum der 23 besser. Wir schätzten dabei die konstruktive Rolle der Neutralen und insbesondere Schwedens sehr. Wenn es nun zu Verhandlungen zwischen den Paktmitgliedern komme, so müsse man doch sehen, wie man die Neutralen einbeziehe.

5 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

6 Ministerpräsident Carlsson und der sowjetische Ministerpräsident Ryschkow unterzeichneten am 13. Januar 1988 in Stockholm das Abkommen über die Prinzipien der Aufteilung der Seegebiete in der Ostsee. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1557, S. 196–201.
Am 18. April 1988 unterzeichneten der schwedische Außenminister Andersson und der sowjetische Außenminister Schewardnadse in Moskau zwei ergänzende Abkommen über die gegenseitigen Fischereibeziehungen sowie über die Aufteilung des Kontinentalschelfs, die schwedische Fischereizone und die sowjetische Wirtschaftszone in der Ostsee. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1557, S. 246–274 bzw. S. 276–288.

7 Ministerpräsident Ryschkow hielt sich vom 11. bis 14. Januar 1988 in Schweden auf.

8 Zum Stand der Gespräche zwischen NATO und Warschauer Pakt über ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa (KRK) vgl. Dok. 1, Anm. 8.

3) *AM* spricht kurz wirtschaftliche Seite der Zusammenarbeit West-Ost an, die auch von sicherheitspolitischer Bedeutung sei, da eine Kluft im Lebensstandard sich negativ auswirke. Er würdigt dann Bedeutung deutsch-französischer Zusammenarbeit „für beide und auch für uns". AM schneidet Stabilität in Nordeuropa an, stellt gesteigertes strategisches Interesse an diesem Gebiet fest und unterstreicht Bedeutung „gut bewaffneter" schwedischer Neutralitätspolitik, die nicht nur für Schweden, sondern auch für die anderen nützlich sei.

BM weist darauf hin, daß er sich stets gegen eine technologische Spaltung Europas ausgesprochen habe und daß unsere Politik nicht auf eine wirtschaftliche Destabilisierung gerichtet sei. Auch Hebung Lebensstandards mache SU zu einem berechenbareren Partner. In diesem Zusammenhang sei auch West-Ost-Wirtschaftskonferenz zu sehen, die wir vorgeschlagen hätten.[9]

Was nordische Stabilität betrifft, so bewertet BM nach dem Kriege geschaffenes kunstvolles Kräfteparallelprogramm als gelungene Konstruktion, wobei (unterschiedliche) Politiken Schwedens, Finnlands und Norwegens für Stabilität Europas von großer Bedeutung seien.

AM zitiert Meinungsäußerungen, wonach die Beibehaltung der Neutralität ein Hindernis für die Zusammenarbeit in Europa sei. AM betont demgegenüber, daß es viele Gründe gebe, um in Zusammenarbeit ein Europa zu schaffen, in dem man in Frieden leben könne. Er gehöre zu der Generation, die nach dem Zweiten Weltkrieg sich dafür eingesetzt hätten, ein Vereintes Europa zu schaffen. Schweden sei bereit, seine Rolle und seine Verantwortung zu übernehmen. Schweden stimme in vielen Fragen mit der Bundesrepublik überein.

4) AM spricht das Thema EG–EFTA an und stellt die Frage nach dem Nord-Süd-Gegensatz in der EG. Hierzu *BM*: Man habe eine Menge getan, um diese Unterschiede abzubauen. Die Gemeinschaft könne nur existieren, wenn die Unterschiede nicht zu groß würden, wobei er auf das deutsche Beispiel der vom Grundgesetz geforderten Gleichförmigkeit der Lebensverhältnisse[10] verweist.

Was den Binnenmarkt angehe, so sollten seine Fortschritte nicht zu einer Spaltung Europas im Hinblick auf EG und EFTA führen. Hier liege eine ganz wichtige Aufgabe der europäischen Politik, die über die EG hinausgehe.

Er könne nur wiederholen, was er auch seinem österreichischen Kollegen gesagt habe[11]: Der Binnenmarkt bedeute auch für die Mitglieder Entscheidungen, die weh täten, aber die Sache voranbrächten. Der Binnenmarkt sei ein großer Wachstumsimpuls für die Weltwirtschaft, ein Akt zwischenstaatlicher Deregulierung.

9 Bundesminister Genscher kündigte am 7. November 1986 bei der Eröffnung der dritten KSZE-Folgekonferenz in Wien an, daß sich die Bundesrepublik für eine Ost-West-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit einsetzen werde. Vgl. dazu BULLETIN 1986, S. 1147.
Der Vorschlag wurde von den EG-Mitgliedstaaten am 18. Februar 1987 eingebracht. Für den Vorschlag CSCE/WT.58 vgl. Referat 212, Bd. 153446.
Am 19. Februar 1988 berichtete Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), daß die Kontaktgruppe zu Korb II ihre „erste Diskussionsrunde über mögliche Mandate von Folgeveranstaltungen" abgeschlossen habe: „Die Erörterung der für ein Treffen im Wirtschaftsbereich möglichen Themen brachte weitgehende Übereinstimmung, der sich allerdings USA und CDN nicht anschlossen. Strittig blieben hauptsächlich einige östliche Wünsche konkreter Kooperationsprojekte wie z. B. Maschinenbau, Robotertechnologie und Computer, Biotechnologie und die Frage der Erörterung handelspolitischer Themen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 257; Referat 212, Bd. 153430.

10 Vgl. dazu Artikel 72 Absatz 3 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949; BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 9.

11 Der österreichische Außenminister Mock hielt sich am 6./7. Oktober 1987 in der Bundesrepublik auf.

Für die EFTA-Staaten wäre es das Beste, die Entscheidungen der EG mitzuvollziehen, und zwar sofort in der Parallelität, bevor sich die Interessengruppen artikulieren könnten. Diese möchten im einzelnen durchaus recht haben, aber im ganzen sei der Binnenmarkt bzw. der Mitvollzug von Vorteil. Für die EFTA stelle sich die Frage, was besser sei: Unterschied oder Anpassung? Der eine europäische Wirtschaftsraum sei von großer Attraktivität. Natürlich müsse jeder EFTA-Staat für sich entscheiden. Unser Interesse sei, daß es als Preis für den Binnenmarkt nicht zu einer Vertiefung der Grenzen in Europa komme. Wir seien zu engsten Kontakten bereit – wir seien schließlich, wenn auch durch die Ostsee getrennt, Nachbarn und enge Handelspartner. Schon durch die geographische Nachbarschaft der EFTA-Länder seien wir berufen, die Interessen dieser Länder wahrzunehmen.

5) *AM* dankt. Man werde bei Problemen gerne auf das Angebot zurückkommen. Was die Zusammenarbeit Schwedens mit der „Außenpolitik der EG" angehe, so stehe er mit einer „gewissen Trauer im Herzen" aufgrund der Neutralitätspolitik abseits, da die gemeinsame Außenpolitik der EG so gestaltet sei, daß man eigentlich gerne dabei wäre. Es wäre schön, wenn man dennoch (irgendwie) am Gespräch teilnehmen könne oder Wege fände, die Gesichtspunkte auszutauschen. AM würdigte in diesem Zusammenhang insbesondere das Engagement der EG bezüglich Zentralamerikas.

6) *BM* hierzu: Es wäre gut, hierbei manchmal die erfrischende Stimme Schwedens zu hören. Unter den Zwölf überwögen die ehemaligen Kolonialmächte, wenn sie auch inzwischen durch die Vereinigung ihre Unschuld zurückgewonnen hätten.

Zentralamerika sei bemüht, sich von der nach Norden gerichteten Schwerkraft zu befreien und seine Beziehungen zu diversifizieren. EG biete eine demokratische Alternative. BM weist hin auf San-José-Konferenzen I–IV.[12] Wir wüßten, daß Schweden ebenso denke und handele. *AM* hält gewisse Koordinierung der Anstrengungen in diesem Gebiet für wünschenswert. Er bemerkt, daß die Vorstellungen beider Seiten gleich seien. *BM* stellt generell fest, daß es schwierig sei, Punkte zu finden, wo man nicht übereinstimme.

7) *AM* spricht hier das Thema Südafrika an. Meint, daß BM und er ziemlich „gleiche" Meinung im Hinblick auf Sanktionen hätten. Möglichkeiten derselben seien sehr begrenzt. Wichtig aber sei die Stärkung der positiven Kräfte, wobei er über Konferenz mit Außenministern der FLS in Arusha berichtet. AM plädiert für Beitrag Bundesrepublik, GBs und der USA, um die positiven Elemente zu stärken.

BM hält Erfolgsaussichten für begrenzt. Möglichkeiten würden durch südafrikanische Destabilisierungspolitik beeinträchtigt. Er mache sich insgesamt große

12 In San José fand am 28./29. September 1984 die erste Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe statt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 260.
Die zweite Ministerkonferenz (San José II) wurde am 11./12. November 1985 in Luxemburg abgehalten.
Die dritte Konferenz (San José III) fand am 9./10. Februar 1987 in Guatemala-Stadt statt. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 35.
Zur vierten Konferenz (San José IV) am 29. Februar und 1. März 1988 in Hamburg vgl. Dok. 72.

Sorgen. Die heranwachsende schwarze Generation sei kampfbereiter. Man befinde sich in einer vorrevolutionären Situation. Wenn die Weißen glaubten, durch ihre Politik ihren Kindern die Zukunft zu sichern, so müsse man feststellen, daß man die Voraussetzungen für ein Zusammenleben zwischen Schwarz und Weiß zerstöre. Er bezweifelt auf Frage AMs Möglichkeiten der Einflußnahme von D, GB und USA angesichts Machtbewußtseins und missionarischem Bewußtsein der weißen Schicht. Er sei sehr pessimistisch.

AM ist sich darüber im klaren, daß Sanktionen von begrenzter Bedeutung. Sie stellten jedoch moralische Unterstützung dar und zeigten zugleich, so die Argumentation von den Schwarzen, daß nicht alle Weißen gleich seien. *BM* verweist auf laufende Kontakte mit schwarzer Bevölkerung (ANC, SWAPO).

8) *AM* fragt nach Einschätzung sowjetischer Afghanistanpolitik. *BM* analysiert hohe Belastung sowjetischer Politik durch Invasion[13]. Sowjetische Rückzugspläne seien nach seiner Auffassung, aber auch nach der von Shultz und Howe ehrlich gemeint. Wichtig sei für den Westen wirkliche Blockfreiheit Afghanistans. Die innere Organisation Afghanistans sei nicht unsere Angelegenheit. Es sei allerdings eine Illusion anzunehmen, daß mit dem Abzug der Sowjets und der Einsetzung einer Interimsregierung (automatisch) wieder Frieden und Stabilität hergestellt würden. Er gehe vom großen Interesse Gorbatschows aus, vor Gipfel mit Reagan[14] und Allunionskonferenz[15] zu einem Ergebnis zu kommen.

9) *AM* spricht Lage im Nahen Osten an. *BM* berichtet über Besuch von Hussein in Bonn[16], Notwendigkeit, daß Israel gegenwärtige Gesprächsbereitschaft nutzt und Gedanken einer IK akzeptiert, die nicht den Nahostkonflikt lösen wird, aber doch als Dach den Weg zu direkten Verhandlungen eröffnen könnte. BM würdigt Persönlichkeit von Peres, unterstreicht Interesse, daß Israel in gesicherten Grenzen existiert. Was die gegenwärtige Situation[17] angeht, so verlaufe die Entwicklung spontan, sei nicht von der PLO in Gang gesetzt. Es hätten sich spontan selbstautorisierte Sprecher herausgebildet, mit denen sich die PLO arrangieren müsse.

10) Die beiden Minister einigten sich abschließend schnell über die Bewertung des Gesprächs gegenüber der Presse (siehe Presseinformation 1040/88 vom 24.2.1988[18]).

Referat 205, Bd. 160045

13 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

14 Zum Treffen des Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

15 Zur Allunions-Parteikonferenz der KPdSU vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 in Moskau vgl. Dok. 194.

16 Zum Besuch des Königs Hussein vom 7. bis 10. Februar 1988 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 49 und Dok. 53.

17 Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada“) vgl. Dok. 16, Anm. 24.

18 Für die Information Nr. 1040/88 des Referats 013 vgl. Referat 205, Bd. 160045.

69

Gespräch des Ministerialdirigenten Kastrup mit dem Abteilungsleiter im polnischen Außenministerium, Fekecz

214-321.11 POL **25. Februar 1988**[1]

1. Sitzung der Arbeitsgruppe 1 über politische Fragen am 25.2.88[2]

Teilnehmer auf polnischer Seite:

Direktor für Westeuropa Fekecz als Delegationsleiter, Botschafter Dr. Karski, Gesandter Kulski, der für die Bundesrepublik Deutschland zuständige Vizedirektor (Referatsleiter) Jędrys, Erster Sekretär Kutyła.

Teilnehmer auf deutscher Seite:

Dg 21[3], Gesandter Bauch, RL 214[4], stv. RL 214[5], Frau Domke.

Die Sitzung dauerte von 10.00 Uhr bis 17.30 Uhr.

Dg 21 faßte eingangs nochmals den Rahmen zusammen, in dem die AG tagt. Die AG zu wirtschaftlichen und finanziellen Fragen (AG 2) werde im Anschluß an ein Ministergespräch (16.3.)[6] zusammentreten[7]; die AG zu abrüstungs- und rüstungskontrollpolitischen Fragen (AG 3) werde, da der polnische Gesprächs-

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schrömbgens am 26. Februar 1988 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 26. Februar 1988 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Kastrup am 29. Februar 1988 vorgelegen.

2 Zur Einsetzung von drei deutsch-polnischen Arbeitsgruppen vgl. Dok. 14, Anm. 41.

3 Dieter Kastrup.

4 Christoph Derix.

5 Gerhard Schrömbgens.

6 Am 16. März 1988 sollte bei Bundeskanzler Kohl ein Gespräch mit den Bundesministern Genscher und Stoltenberg zur Vorbereitung eines für den Herbst 1988 geplanten Besuchs von Kohl in Polen stattfinden. Am 2. März 1988 erschien dazu eine Meldung der Nachrichtenagentur Reuters über „Differenzen innerhalb der Bundesregierung" hinsichtlich der Umschuldung polnischer Verbindlichkeiten aus dem Finanzkredit vom 9. Oktober 1975 in Höhe von 1 Mrd. DM („Jumbo-Kredit"). Während Stoltenberg auf einem marktüblichen Zinssatz bestehe, wolle Genscher „dem polnischen Wunsch nach einem günstigeren Zinssatz entgegenkommen und finde dabei auch die grundsätzliche Unterstützung Kohls. […] Kohl sei sehr daran interessiert, im Herbst als erster deutscher Bundeskanzler seit zehn Jahren Polen einen offiziellen Besuch abzustatten, um damit ein Signal für die Normalisierung des Verhältnisses zwischen beiden Ländern zu setzen. Voraussetzung sei aber, daß zuvor die Schuldenfrage und andere bilaterale Probleme gelöst würden." Vgl. Sammlung Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl.
Mit Schreiben vom 2. März 1988 übermittelte Kohl die Meldung an Genscher und führte dazu aus: „Als Ergebnis meiner Nachfrage steht fest, daß der vorgesehene Gesprächstermin durch eine Indiskretion des Auswärtigen Amtes veröffentlicht wurde. Ich bin nicht bereit, eine derartige Methode zu akzeptieren, zumal eine vernüftige Zusammenarbeit in dieser Weise unmöglich wird. Im übrigen habe ich zu keinem Zeitpunkt eine grundsätzliche Unterstützung für einen günstigeren Zinssatz für Polen vertreten. Wenn seitens der polnischen Regierung ein Zusammenhang in dieser Frage mit meinem beabsichtigten Besuch hergestellt wird, werde ich in diesem Jahr nicht nach Polen reisen. Angesichts dieser Erfahrung sehe ich mich außerstande, den Termin zu dem Ministergespräch am 16. März einzuhalten. Ich darf Dich bitten, die notwendigen Gespräche mit den Kollegen Stoltenberg und Bangemann zu führen." Vgl. Sammlung Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl.

7 Die erste Sitzung der deutsch-polnischen Arbeitsgruppe 2 „Wirtschafts- und Finanzfragen" fand am 21./22. April 1988 statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Gerhardt vom 22. April 1988; Referat 214, Bd. 139715.

partner inzwischen zugestimmt habe, in der zweiten Aprilhälfte in Warschau tagen[8].

In dieser AG (AG 1) stünden große und schwierige Aufgaben noch vor uns. Wir gingen mit gutem Willen an die Arbeit. Bereits etablierte Verhandlungskanäle sollten nicht außer Kraft gesetzt werden; wir wollten grundlegende politische Fragen vor die Klammer ziehen, Anstöße geben und koordinieren. Wir gingen vom „Gesamtzusammenhang" der Fragen in allen Arbeitsgruppen aus, was die polnische Seite als „Paket" bezeichnet. Wir sollten uns bemühen, eine Situation zu vermeiden, wo eine AG auf die andere warte. Wir seien offen für die Diskussion aller Fragen, die die polnische Seite aufbringen wolle.

Fekecz (F.) unterstrich, seine Notizen seien mit dem eben von Dg Gesagten nahezu identisch. Ausgangspunkt der Beratungen sei der Beschluß der beiden Außenminister, der in einem bestimmten Kontext und Moment gefällt worden sei. Die Arbeit der Arbeitsgruppen sollte der „Schaffung einer Brücke" dienen, wie es Jaruzelski gegenüber BM ausgedrückt habe.[9] Starke Pfeiler seien für diese Brücke notwendig. Auch die polnische Seite sei guten Willens. Gemeinsames Ziel müsse sein, in einer absehbaren Perspektive substantielle und beträchtliche Fortschritte in den wichtigsten Bereichen der Beziehungen beider Staaten im Rahmen eines Konzepts des Gesamtzusammenhangs/Pakets zu erreichen. F. bestätigte, daß die drei AGs neben, nicht anstatt bestehender Kanäle arbeiten sollten. Die drei AGs seien interdependent, doch sei nur ein Erfolg in allen drei AGs ein Erfolg in der ganzen Sache.

F. bestätigte, daß die AG 3 in der zweiten Aprilhälfte in Warschau tagen könne. Für AG 2 warte die polnische Seite auf das Ergebnis des Ministergesprächs vom 16.3.

AG 3 solle nach polnischer Vorstellung ihre Aufgaben über die der Abrüstung/Rüstungskontrolle hinaus erweitern: Im PAM[10] sei die Abteilung „Programmierung" (also eine Art Planungsstab) federführend. Die Arbeitsgruppe solle über den angegebenen Bereich hinaus Bereiche formulieren, an denen beide Länder interessiert seien, und eventuell den Versuch unternehmen, gemeinsame Initiativen und Pläne zu entwickeln.

Wichtig sei der Zeitfaktor: Der polnische Außenminister[11] solle im ersten Halbjahr nach Bonn kommen und gemeinsam mit BM die Arbeit der AGs überprüfen. Sodann solle auf Grundlage konkreter Verabredungen ein Datum für den BK-Besuch festgelegt werden, für den grundsätzlich jedes Datum recht sei, wenn er nur mit genügend Substanz ausgestattet werde. Die AGs sollten schnell, aber nicht auf Kosten der Inhalte arbeiten. Wichtig sei jetzt, ein Paket zu schnüren, über Inhalte zu sprechen und all die Bereiche, in denen bisher nur Titel genannt wurden, wiederaufzunehmen und zu vertiefen, um zu Lösungen, Beschlüssen und beiderseits akzeptablen Entschließungen zu kommen.

8 Die erste Sitzung der deutsch-polnischen Arbeitsgruppe 3 „Abrüstung und Rüstungskontrolle" fand am 25./26. April 1988 in Warschau statt. Vgl. dazu die Aufzeichnungen des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Buerstedde vom 27. bzw. 28. April 1988; Referat 241 (221), Bd. 163119.

9 Bundesminister Genscher hielt sich vom 10. bis 13. Januar 1988 in Polen auf und führte am 13. Januar 1988 in Warschau ein Gespräch mit Präsident Jaruzelski. Zum Besuch vgl. auch Dok. 14 und Dok. 17.

10 Polnisches Außenministerium.

11 Marian Orzechowski.

Die AG solle sich die Möglichkeit vorbehalten, Experten hinzuzuziehen, ohne daß die Arbeitsgruppe als solche erweitert würde. Weiterhin solle die Arbeitsgruppe voll vertraulich arbeiten, um keinen atmosphärischen Belastungen ausgesetzt zu sein.

Dg stimmte den dargelegten Grundlagen und Rahmenbedingungen zu. Zur Themenerweiterung der AG 3 bat Dg um genauere Aufschlüsselung der von polnischer Seite vorgesehenen Themenerweiterung, damit auch wir – vorbehaltlich einer politischen Entscheidung – entscheiden könnten, ob der Leiter des Planungsstabs[12] auf unserer Seite hinzugezogen werden sollte.

Der Expertenzuziehung stimmte er zu, wo dies pragmatisch erforderlich sei; ebenso zur Vertraulichkeit des Inhalts der AG-Sitzungen.

Einzelthemen

Generalkonsulate[13]

Dg erläuterte nochmals, daß trotz bestehender Personengleichheit des Verhandlungsführers auf deutscher Seite in dieser AG nicht die Arbeit der Verhandlungsdelegation zur Errichtung der Generalkonsulate behandelt werden sollte.

Die schwierigste der in dieser AG zu behandelnden Fragen sei die Ortsbezeichnungsfrage. Unser ursprünglicher Vorschlag: Jede Seite teilt der anderen in der eigenen Sprache unter Beifügung einer Übersetzung mit, daß sie ein Generalkonsulat an einem bestimmten Ort mit einem bestimmten Konsularbezirk im anderen Land einzurichten beabsichtige. Wir seien davon ausgegangen, daß dies für die polnische Seite ein gangbarer Weg sei, da er dem von dort vorgeschlagenen Weg bei Rechtshilfeersuchen[14] entspreche. Wir würden in der deutschsprachigen Note deutsche Ortsbezeichnungen, soweit es sie gibt, in der polnischen Fassung polnische Ortsbezeichnungen verwenden. Die polnische Seite werde spiegelbildlich verfahren. Der polnische Gegenvorschlag habe dieselbe Struktur einseitiger Noten übernommen; jedoch teile nach dem polnischen Konzept jede Seite der anderen mit, daß sie ihre Zustimmung zur Errichtung eines Generalkonsulats auf dem eigenen Territorium gebe. In unserer Antwort seien wir daraufhin bereit gewesen, ein solches Lösungsmodell zu akzeptieren, bäten jedoch um einen Schritt mehr: Wir wollten den Eingang der polnischen Note bestätigen und mitteilen, daß sie in deutscher Sprache den (sodann) zitierten Wortlaut habe. Entsprechende Entwürfe seien von Dg am 28.1. an Botschafter Karski übergeben und erläutert worden.[15] Wir warteten auf eine Reaktion.

12 Klaus Citron.

13 Zum Stand der deutsch-polnischen Verhandlungen über die Errichtung von Generalkonsulaten in Hamburg bzw. Krakau vgl. Dok. 14, Anm. 18.

14 Zur Frage der Ortsbezeichnungen im Rechtshilfeverkehr zwischen der Bundesrepublik und Polen vgl. Dok. 14, Anm. 15.

15 Für die Entwürfe von Verbalnoten der Bundesregierung an die polnische Regierung bzw. der polnischen Regierung an die Bundesregierung über die Errichtung von Generalkonsulaten, deren Personalstärken und Zuständigkeiten vgl. Referat 214, Bd. 139718.
Ministerialdirigent Kastrup erläuterte am 29. März 1988 die vorliegenden Vorschläge für den deutsch-polnischen Notenaustausch zur Errichtung von Generalkonsulaten. Ein erster Vorschlag der Bundesregierung habe zwei einseitige Noten vorgesehen, „in denen jede Seite der anderen u. a. Sitz und Amtsbezirk des zu errichtenden Generalkonsulats mitteilt. Die Noten sollten jeweils in der Sprache des Absenders einschließlich der nach dem eigenen Sprachgebrauch üblichen Ortsbezeichnungen gefaßt und eine Übersetzung in der anderen Sprache beigefügt werden. (D. h. in unserer deutschen Note Sitz des GK in ‚Krakau' mit Amtsbezirk u. a. ‚Breslau'. In der polnischen Übersetzung hätte es ‚Wrocław'

Fekecz: Ausgangspunkt sei, daß die deutsche Seite ihre Note und das Exequatur in deutscher Sprache abfassen wolle. Die polnische Seite sehe dafür weder eine Begründung noch eine Möglichkeit, dies zu akzeptieren. Ohne Details erörtern zu wollen, weise er darauf hin, daß der polnische Vorschlag einen Kompromiß beinhalte; damit sei die Ortsbezeichnungsfrage umgangen. Er bitte um einen Entwurf der von Dg erwähnten Bestätigungsnote (wurde am Nachmittag übergeben). (Anlage 1)[16]

Dg machte darauf aufmerksam, daß der polnische Vorschlag die Ortsbezeichnungsfrage durchaus nicht umgehe, sondern daß darin nur einseitig polnische Ortsbezeichnungen zum Tragen kämen. Wir bäten um eine stärkere Ausgewogenheit. Soweit die Formulierung des Exequaturantrages angesprochen sei, müsse man noch weiter nachdenken. Der Antrag sei selbstverständlich in deutscher Sprache gefaßt. Durch eine Lösung der Ortsbezeichnungsfrage in der Verbalnote sei dieselbe Frage im Exequaturantrag noch nicht automatisch gelöst. Auf rein persönlicher Basis und vorbehaltlich der Prüfung durch die Fachleute der Rechtsabteilung könne er sich vorstellen, daß in dem Antrag Bezug genommen werde auf den „Amtsbezirk, der zwischen beiden Regierungen vereinbart wurde", ohne ihn ausdrücklich zu umschreiben. Dg bittet F., im Kontakt mit seinen RK-Kollegen nochmals zu überprüfen, ob die polnische Seite nicht unserem Vorschlag folgen könne, eine Verbalnote in deutscher Sprache mit einer Übersetzung ins Polnische entgegenzunehmen. Bei den Verhandlungen zur Wiederaufnahme der Rechtshilfeersuchen habe die polnische Seite sogar vorgeschlagen, daß deutsche Richter zwei Originale, je eines in deutsch und polnisch, unterschrieben. Gegenüber diesem Vorschlag sei unser Vorschlag bei den Generalkonsulaten ein Minus, da es sich nicht um zwei Originale, sondern um ein Original und eine Übersetzung handle. Zudem habe unsere Note für Polen keinerlei konstitutive Bedeutung.

Zusammenfassend: Wir seien bereit, den polnischen Lösungsweg zu beschreiten; wir bäten um mehr Ausgewogenheit in der Ortsbezeichnungsfrage; für Polen müßte dieser Weg zumutbar sein, da er weniger verlange, als was Polen in anderem Zusammenhang selbst vorgeschlagen habe.

Fekecz betonte nochmals, daß polnische Seite für Orte in Polen polnische Ortsbezeichnungen verwende. Er lasse sich auf keine Diskussion hierüber ein. Den Bezug auf den RH-Verkehr bezeichnete er als nicht adäquat.

Sodann reagierte die polnische Seite (*Jędrys*) mit einem neuen Vorschlag: Ausgehend vom ursprünglichen polnischen Vorschlag, die Generalkonsulate

Fortsetzung Fußnote von Seite 399

geheißen.)" Der polnische Gegenvorschlag „nimmt unser Konzept von zwei einseitigen Noten, die nicht aufeinander Bezug nehmen, auf. Er geht jedoch den umgekehrten Weg, indem er an Artikel 4 WÜK anknüpft, nach der eine konsularische Vertretung mit Zustimmung des Empfangsstaates eröffnet werden kann. Nach polnischer Vorstellung würde mit der Note ihrer Seite, die lediglich in polnischer Sprache abgefaßt wäre und ausschließlich polnische Ortsnamen enthielte, die Zustimmung zur Errichtung unseres Generalkonsulats in Krakau mit dem näher bezeichneten Konsularbezirk erteilt werden. Die deutsche Seite würde umgekehrt verfahren." Mit Zustimmung des Bundesministers Genscher sei dieser Gegenvorschlag aufgenommen, jedoch ergänzend vorgeschlagen worden, „die polnische Note mit folgender Note zu beantworten: ‚Das Auswärtige Amt bestätigt den Erhalt der Note der Botschaft der Volksrepublik Polen vom …, die in deutscher Übersetzung folgenden Wortlaut hat: ‚…'." Vgl. Referat 214, Bd. 139718.

16 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Referat 214, Bd. 163119.

auf Grundlage von Noten zu schaffen (wie es das WÜK[17] auch vorsehe), solle man (neu!) versuchen, daß weder Polen noch die Bundesrepublik Deutschland in ihrer jeweiligen Note den Konsularbezirk benennen. In der Note solle nur vom „Konsularbezirk, der in den Gesprächen festgelegt wurde" die Rede sein. Über den Notenwechsel hinaus sollten beide Seiten informelle Papiere austauschen, die den Konsularbezirk des Generalkonsulats der anderen Seite auf dem eigenen Territorium definieren. Das bedeute, daß hinsichtlich unseres Generalkonsulats in Krakau von Polen ein informelles Papier in polnischer Sprache zum Konsularbezirk übergeben werde und bezüglich des polnischen Generalkonsulats in Hamburg entsprechend umgekehrt. Er bitte um Stellungnahme.

Dg bat, diesen Vorschlag schriftlich zu übergeben. Er könne zu dem neuen polnischen Vorschlag jetzt nicht Stellung nehmen. Dieser würde auf unserer Seite geprüft. Das Problem des Exequaturantrages stelle sich trotzdem; hier gebe es keinen Spielraum. Wenn nach polnischer Darstellung die deutsche Bezeichnung „Krakau" nicht Streitpunkt sei, wolle er auf unseren ersten Vorschlag zurückkommen, daß wir bezüglich unseres Generalkonsulats der polnischen Seite eine Note in polnischer und in deutscher Sprache übersenden, wobei der Konsularbezirk nicht in der Note umschrieben werde. Dieser Vorschlag zeige ein Mehr an Ausgewogenheit. Wir bäten die polnische Seite also, neben unserem letzten Vorschlag (Übermittlung deutscher Übersetzung und polnischer Note) auch unseren ersten Vorschlag (deutsche und polnische Note an Polen wegen Generalkonsulat Krakau, wobei Amtsbezirk nicht in der Note umschrieben wird) zu prüfen. Wir würden gleichzeitig den neuen polnischen Vorschlag (Amtsbezirk in inoffiziellen Papieren – für uns auf Polnisch, für Polen auf Deutsch) prüfen.

Fekecz stimmte dem zu.

Konsularische Betreuung von Personen mit ständigem Wohnsitz in Berlin (West):

Hierzu habe *Dg* den Entwurf einer einseitigen Erklärung übergeben. Wir seien zufrieden, wenn die polnische Seite die Erklärung bei Übergabe zu Protokoll ohne Widerspruch entgegennähme. Bei der konsularischen Betreuung von Berlinern gehe es um natürliche Personen und juristische Personen des Privatrechts und ihre Betreuung unabhängig davon, ob sie sich zum Zeitpunkt der Betreuung in Polen oder nicht aufhalten (Fernbetreuung). Wenn F. dies als eine Erweiterung der Praxis bezeichne, so sei dies nur insoweit richtig, als die bisherige Praxis mit Polen unbefriedigend gewesen sei. Polen solle nicht hinter der Sowjetunion, der vierten Signatarmacht des Viermächteabkommens[18], zurückbleiben. Auf Frage von *Fekecz*, wie das Problem in der Vereinbarung zur Errichtung von Generalkonsulaten zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion gelöst worden sei, verwies *Dg* auf die Erklärung des sowjetischen Unterzeichners

17 Für den Wortlaut des Wiener Übereinkommens vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil II, S. 1585–1703.

18 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

(Außenminister Schewardnadse).[19] Für uns sei auch akzeptabel, wenn der polnische Unterzeichner eine Erklärung im gleichen Sinne abgebe.

Fekecz übergab den Entwurf einer entsprechenden Erklärung (Anlage 2)[20].

Dg sprach sodann das Transferproblem[21] unter Verweis auf den Druck von BMF, BRH[22] und BT an.

Fekecz verwies darauf, daß alle ausländischen Vertretungen in gleicher Weise von diesem Problem betroffen seien. Es sei nicht realistisch, an eine Änderung der polnischen Vorschriften in nächster Zukunft zu glauben. Trotz aller Kontakte des PAM mit den polnischen Finanzbehörden sei dort noch keine Entscheidung gefallen, wenn auch die Problematik erkannt und ernst genommen werde. Wegen der Ernsthaftigkeit des Themas habe noch vor einigen Tagen VAM Olechowski mit dem Finanzministerium Gespräche geführt.

WTZ[23]

F. erklärte die polnische Bereitschaft zur Aufnahme der Verhandlungen. Nach seiner Kenntnis sei auch das BMFT am Beginn der Verhandlungen interes-

19 Am 22. Juli 1986 unterzeichneten Bundesminister Genscher und der sowjetische Außenminister Schewardnadse in Moskau das Protokoll zur Errichtung von Generalkonsulaten in München und Kiew. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 210.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken hielt am 11. August 1986 zur Einbeziehung von Berlin (West) in das Protokoll fest: „Kurz vorher hatten der BM und Schewardnadse in dem angrenzenden Raum, in dem gerade die zweite Gesprächsrunde zwischen beiden Ministern zu Ende gegangen war, Erklärungen zu Berlin abgegeben. Der BM erklärte: ‚Ich gehe davon aus, daß die Interessen von Berlin (West) in befriedigender Weise wahrgenommen werden können'. AM Schewardnadse gab sodann eine Erklärung ab, die inhaltlich wie folgt lautete: ‚Die sowjetische Seite bestätigt ihre Position in der Frage, die auf dem Viermächteabkommen vom 3.9.1971 beruht'." Vgl. Referat 213, Bd. 143541.

20 Dem Vorgang beigefügt. Der polnische Entwurf lautete: „Die polnische Seite erklärt, daß sie sich der Ausübung einer Konsularfernbetreuung der ständigen Einwohner von Berlin-West durch die bundesdeutschen Konsular- und diplomatischen Vertretungen in der V[olks]R[epublik]P[olen] nicht widersetzen wird, wenn diese Personen ihre Angelegenheiten aus objektiven Gründen nicht mittels der Militärmission der VRP in Berlin erledigen können. Diese Betreuung kann auch auf die Westberliner private[n] juristische[n] Personen erstreckt werden, wenn dieses mit dem Viermächteabkommen vom 3. September 1971 nicht in Widerspruch und im Einklang mit den Bedingungen aus der Erklärung des Außenministers der VRP vom 14. September 1972 zur Betreuung der ständigen Einwohner der westlichen Sektoren Berlins steht." Ferner enthielt die Erklärung folgende Klarstellung: „Unter dem Begriff private juristische Personen sind Firmen, Industrie- und Handelskammern, Vereinigungen, d. h. diejenigen privaten juristischen Personen zu verstehen, in bezug auf welche die Ausübung einer Konsularbetreuung mit dem Viermächteakommen nicht in Widerspruch stünde." Vgl. Referat 241 (221), Bd. 163119.

21 Referat 112 vermerkte zur Frage des Umtauschs von Złoty-Guthaben der Botschaft der Bundesrepublik in Warschau in DM: „Einem Auftrag des Rechnungsprüfungsausschusses des Haushaltsausschusses des Bundestags folgend, hat das Auswärtige Amt anzustreben, daß Polen die von unserer Botschaft in Warschau erzielten Gebühreneinnahmen (soweit sie nicht für Ausgaben in Złoty genutzt werden) in DM konvertiert und dadurch es uns endlich ermöglicht, diese Einnahmen an die Bundeskasse abzuliefern. Kassenstand Warschau 31.12.87: 1,5 Milliarden Złoty – 8,7 Mio. DM." Referat 112 fuhr fort: „Seit Jahren werden wir mit unserem Transferwunsch bei den Polen vorstellig. Die bisher einzige polnische Reaktion ist der Hinweis, daß Polens Devisenproblem den Transfer nicht zulasse. Eine Änderung der polnischen Haltung ist offensichtlich nur zu erreichen, wenn wir unser Interesse am Transfer an ein bilaterales Element knüpfen, an dem Polen stark interessiert ist." Vgl. die undatierte Aufzeichnung; Referat 214, Bd. 139215.

22 Bundesrechnungshof.

23 Referat 430 hielt am 13. Oktober 1987 fest: „1) Seitdem in Moskau über die Einbeziehung Berlins in den WTZ-Rahmen Einvernehmen erzielt wurde, ist auch Polen über die Förderung der bilateralen wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit mit uns im Gespräch. Beide Seiten streben derzeit den Abschluß eines WTZ-Abkommens an. […] 2) Das derzeit geplante Abkommen wird die Einbeziehung Berlins in gleicher Weise wie die Abkommen mit der Sowjetunion, der DDR und Ungarn regeln

siert. Er hoffe, daß das Abkommen nicht mit politischen Problemen befrachtet werde.

Dg verwies darauf, daß dem deutschen Entwurf ein polnischer Gegenentwurf mit sehr vielen Projekten entgegenstehe, der derzeit geprüft werde. Dies sei F. offenbar entgangen. Zu den auch für das WTZ relevanten politischen Problemen verwies er auf die Ortsbezeichnungsfrage in den Arbeitsprogrammen. Auch hier schlage die deutsche Seite vor, deutsche Ortsnamen in der deutschen Fassung, polnische in der polnischen Fassung zu verwenden. Dg sagte zu, das BMFT um beschleunigte Aufnahme der Verhandlungen zu bitten. (*Fekecz:* Wir können nächste Woche anfangen!)[24]

Investitionsförderungsvertrag[25]

F. meinte, die Verhandlungen stünden auf einem toten Punkt. Die polnische Seite habe nach den Hinweisen von BM in Warschau auf Unterstützung des Reformprozesses durch die deutsche Seite darauf gehofft, es könnten Fortschritte erzielt werden. Doch in der wichtigsten Frage, der Definition der Investorformel[26], sei kein Fortkommen festzustellen. Offenbar habe die deutsche Delegation noch nicht den Willen des BM voll erfaßt (sic!). Polen wolle die Rechtsordnung

Fortsetzung Fußnote von Seite 402

(Frank-Falin-Formel). Es wird zwei Stufen umfassen: das eigentliche Abkommen und die Projektliste (= 1. Arbeitsprogramm) zum Abkommen. Unser Entwurf wurde mit der Projektliste in deutscher und polnischer Fassung am 15. September d. J. durch die Botschaft Warschau übergeben. Unsere Projektliste enthält 39 Projekte, davon fünf unter Beteiligung Berliner Bundesinstitutionen und drei des Berliner Hahn-Meitner-Instituts (GmbH). Sie benutzt die deutschen Ortsbezeichnungen in der deutschsprachigen Fassung, die polnischen Ortsnamen in der Übersetzung." Vgl. Referat 430, Bd. 154569.
Am 26. November 1987 übermittelte die polnische Botschaft eine Projektliste mit 84 Vorschlägen. Referat 430 notierte am 21. Dezember 1987, daß die Liste nicht auf die Vorschläge der Bundesrepublik eingehe. Darüber hinaus weise sie u. a. folgende Mängel auf: „Auch in der deutschen Fassung werden polnische Ortsnahmen benutzt; Projekte mit Forschern aus Berliner Bundesinstitutionen fehlen; nur neun der 84 polnischen Projekte sind mit unserem Entwurf identisch, drei sind ähnlich". Vgl. Referat 430, Bd. 154569.

24 Die erste Runde der deutsch-polnischen Verhandlungen über ein Abkommen zur wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit fand vom 24. bis 27. Mai, eine zweite Runde vom 20. bis 22. Juni 1988 in Warschau statt. Am 27. Juli 1988 vermerkte Ministerialdirektor Trumpf, daß die dritte Runde am 20./21. Juli 1988 zur Einigung „über das Abkommen selbst und über den Inhalt des ersten Durchführungsprogramms (Themen, beteiligte Stellen)" geführt habe. Allerdings habe keine Einigung über den Gebrauch deutscher Ortsbezeichnungen erzielt werden können: „Das Abkommen orientiert sich weitgehend an den mit der Sowjetunion und anderen WP-Staaten (Ungarn, Bulgarien und DDR) abgeschlossenen WTZ-Abkommen. Die Einbeziehung Berlins ist gewährleistet. Das Abkommen enthält die Frank-Falin-Klausel. Auch die praktische Einbeziehung der Berliner Einrichtungen in die Zusammenarbeit wurde sichergestellt." Vgl. Referat 214, Bd. 139752.

25 Zu einem Investitionsförderungs- und -schutzvertrag zwischen der Bundesrepublik und Polen vgl. Dok. 14, Anm. 28.

26 Zur Frage der Investordefinition in einem Investitionsförderungs- und -schutzvertrag erläuterte Referat 422 am 22. Dezember 1987, die polnische Seite sei nicht bereit, die mit anderen RGW-Mitgliedstaaten verwendete Formel „Deutsche mit Wohnsitz im Geltungsbereich dieses Vertrags" zu akzeptieren: „Sie machte zwei Gegenvorschläge: a) ‚Investor ist eine natürliche Person der VR Polen oder der Bundesrepublik Deutschland'; b) ‚Investor ist eine natürliche Person mit Wohnsitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland oder der VR Polen'. […] Zur Begründung ihrer Position führte die polnische Seite den Fall einer in den polnischen Westgebieten lebenden Person an, die nach unserer Auffassung Deutscher, nach polnischer Auffassung polnischer Staatsangehöriger ist. Dabei kam sie zu dem Ergebnis, daß die Rumänienformel ‚Deutsche mit Wohnsitz im Geltungsbereich dieses Vertrags' Schlüsse auf eine gebietliche und personelle Zuordnung der polnischen Westgebiete bzw. der in ihnen lebenden Personen entgegen der polnischen Rechtsauffassung zuläßt." Vgl. Referat 422, Bd. 148961.

der Bundesrepublik Deutschland nicht ändern, doch könne man von Polen auch nicht verlangen, die deutschen Rechtspositionen in der deutschen Frage zu unterstützen. Daher habe Außenminister Orzechowski auch gegenüber BM nach – pragmatischen – Lösungen verlangt. Die polnische Delegation habe vier Kompromißvorschläge gemacht und bitte um erneute Prüfung.

Dg zeigte sich mit der Beschreibung des Verhandlungsstandes nicht einverstanden. Die deutsche Seite habe am 3. und 4. Februar neue Vorschläge gemacht[27]; die polnische Seite habe Prüfung in Aussicht gestellt. Wir warteten auf eine polnische Reaktion.

Zur Sache wiederhole er: Beide Seiten seien sich einig, daß auf unserer Seite nur Personen mit ständigem Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West) durch den Vertrag erfaßt werden sollten. Damit stelle sich das Problem der in den polnischen Westgebieten lebenden Polen nicht. Es gehe allein um das Problem, wie diese gemeinsam eingenommene Haltung zu formulieren sei. Die von uns ursprünglich gewählte Formulierung „Deutsche mit Wohnsitz im Geltungsbereich des Vertrages" sei für uns klar, habe aber die polnischen Befürchtungen nicht ausgeräumt. In der letzten Verhandlungsrunde seien wir einen Schritt weitergegangen und hätten vorgeschlagen: „Deutsche mit Wohnsitz im deutschen Geltungsbereich des Vertrages". Dies sei ein nicht unbeträchtliches Entgegenkommen gegenüber Polen. Es sei unakzeptabel, zu behaupten, die Diskussion habe nichts Neues gebracht. (Dg übergab nochmals die Formulierung in einem Non-paper.) (Anlg. 3)[28]

Fekecz berief sich auf ein Mißverständnis. Die von ihm mitgebrachten Aufzeichnungen zu diesem Problem enthielten nichts von dem von Dg Gesagten. Die neue Formulierung wirke zwar neu, die Idee sei jedoch dieselbe. Zwei Worte störten: „Deutsche" und „deutscher Geltungsbereich". Auch wenn andere sozialistische Staaten „deutsch" akzeptierten, so sei Polen mit diesen Staaten nicht zu vergleichen. „Deutsch" könne unterschiedlich interpretiert werden. Solange es Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland gäbe, die an der Idee des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 festhielten, könnte „deutsch" problematisch werden.

Dg erläuterte, daß nach unserem Verständnis „polnischer Geltungsbereich" soviel bedeute wie „Geltungsbereich der Volksrepublik Polen" und „deutscher Geltungsbereich" soviel wie „Geltungsbereich der Gesetze der Bundesrepublik Deutschland", d.h. die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West). Insoweit stelle „deutsch" vor „Geltungsbereich" eine wesentliche Klarstellung dar.

Fekecz nahm die Erläuterungen entgegen und versprach, den Vorschlag zu prüfen.

27 Legationsrat Schmidt vermerkte am 17. Februar 1988, daß die polnische Delegation bei den Verhandlungen über einen Investitionsförderungs- und -schutzvertrag (IFV) in Warschau habe erkennen lassen, daß sie „den Begriff des ‚Investors' wiederum über die ‚Staatsangehörigkeit' zu definieren suche". Demgegenüber habe die Delegation der Bundesrepublik ihre Bereitschaft erklärt, „die ‚Investorformel' wie sie im Verhältnis zu Warschauer-Pakt-Staaten seit dem Vertragsabschluß zu Rumänien üblich geworden sei, im Verhältnis zu Polen zu präzisieren, so daß die entsprechende Definition lauten könnte: ‚Für die Zwecke dieses Vertrages … bezeichnet der Begriff ‚Investoren' a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche mit Wohnsitz im deutschen Geltungsbereich des Vertrages …'" Vgl. Referat 422, Bd. 148961.

28 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Referat 241 (221), Bd. 163119.

Umweltabkommen[29]

F. verwies auf die Übergabe eines Entwurfs an BMU[30] und erläuterte, Projektlisten würden derzeit erarbeitet.

Dg verwies auf unsere Prüfung des Entwurfs; wir schlügen in Kürze Aufnahme von Verhandlungen vor.[31] Gleichzeitig mache er schon jetzt darauf aufmerksam, daß wir Wert darauf legten, das Abkommen zusammen mit einem ersten Durchführungsprogramm abzuschließen, wie dies bereits in anderen Fällen mit der DDR[32], Tschechoslowakei[33] und Sowjetunion[34] geschehen sei. Auch bei diesem Abkommen werde sich das Problem der Ortsbezeichnungsfrage stellen.

Im Anschluß hieran entwickelte sich eine längere Diskussion zum Thema der Ortsbezeichnungen, nachdem sich im Gespräch zur Bezeichnung des Sitzes des Generalkonsulats Krakau bereits andeutungsweise gezeigt hatte, daß die Polen „Krakau" zu akzeptieren bereit wären und nicht auf „Kraków" bestünden. Unter Verweis auf das Bulletin der Bundesregierung vom 13. Januar 1988, in dem von Aussiedlerzahlen aus dem „polnischen Bereich" die Rede sei[35], verwies *Fekecz* darauf, daß es sich offensichtlich nicht nur um ein semantisches Problem handle. Gesandter *Kulski* verdeutlichte die Problematik aus polnischer Sicht: Man müsse unterscheiden zwischen Orten in

– Ostpolen/Zentralpolen: Hier habe es nie deutsche Namen gegeben mit Ausnahme von einigen wenigen historisch gewachsenen Namen wie z. B. Warschau und Krakau. Hier bestehe kein Problem.
– Namen aus der Hitler-Zeit: Auch diese tauchten immer wieder auf. Hier könne es nur eine Haltung geben.
– Schlesien, Pommern, Ostpreußen: Hier sei in den letzten Jahren ein Rückschritt zu verzeichnen, als der Rechtshilfeverkehr von deutscher Seite gebremst wurde. Die Folgen seien zu spüren bis hin zum Städtepartnerschaftsabkommen Wiesbaden–Breslau.[36] Die deutsche Seite möge sich an Paragraph 2 des

29 Zu einem Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Zusammenarbeit im Umweltschutz vgl. Dok. 14, Anm. 14.

30 Für den am 25. Januar 1988 übergebenen polnischen Entwurf eines Abkommens zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Zusammenarbeit im Umweltschutz vgl. die Anlage zum Rundschreiben des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vom 2. Februar 1988; Referat 214, Bd. 139753.

31 Die Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und Polen über ein Abkommen zur Zusammenarbeit im Umweltschutz wurden am 3./4. November 1988 in Warschau aufgenommen.

32 Am 8. September 1987 schlossen das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR eine Vereinbarung über die weitere Gestaltung der Beziehungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil II, S. 598 f.

33 Staatssekretär Ruhfus und Bundesminister Töpfer sowie der Vorsitzende der tschechoslowakischen staatlichen Kommission für wissenschaftlich-technische Entwicklung und Investitionen, Obzina, unterzeichneten am 5. Oktober 1987 eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 67 f.
Für den Arbeitsplan zur Durchführung der Vereinbarung im Zeitraum 1987 und 1988 vgl. Referat 214, Bd. 139666.

34 Zu einem Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes vgl. Dok. 22, Anm. 15.

35 Das Bundesministerium des Innern veröffentlichte die Aussiedler-Bilanz des Jahres 1987. Vgl. BULLETIN 1988, S. 35 f.

36 Zur Städtepartnerschaft zwischen Wiesbaden und Breslau vgl. Dok. 14, Anm. 6 und 17.

Personenstandsgesetzes[37] halten, dem zwei Prinzipien zugrunde lägen: zum einen die Respektierung bestehender Ortsnamen, zum anderen die Ortsbezeichnung, die besser dazu diene, sich über die Identität eines Ortes zu verständigen. Die in diesem Gesetz vorgesehene Ausnahme von diesen Prinzipien durch das Herausnehmen von Schlesien, Pommern und Ostpreußen könne von Polen nicht akzeptiert werden.

Dg: Mit den ersten beiden Kategorien habe er keine Probleme; die deutschen Ortsnamen in den Gebieten Ostpolens und Zentralpolens wie z. B. Warschau und Krakau würfen also, wie er Herrn K. verstehe, für die polnische Seite keine unüberwindbaren Probleme auf. Er möchte darauf hinweisen, daß „Wrocław" im Deutschen nie „Wrocław" geheißen habe. Wenn wir „Breslau" sagten, sei dies kein Bestreiten der Tatsache, daß Breslau eine polnische Stadt auf polnischem Territorium sei.

Fekecz stellt klar, daß Polen nicht verlange, polnische Ortsbezeichnungen im deutschen Schrifttum zu verwenden; doch sei dies anders in den Rechtsbeziehungen zwischen beiden Staaten.

Kulturinstitut[38]

Unter Hinweis auf die frühere Einigung beider Seiten über die Konzeption eines Informations- und wissenschaftlich-technischen Dokumentationszentrums in Warschau stellte F. seit Herbst 1987 eine Änderung der Konzeption auf deutscher Seite fest. Offenbar wolle die deutsche Seite hauptsächlich ein Kulturzentrum mit Informationstätigkeit. Im Rahmen der Paketlösung sei die polnische Seite bereit, den deutschen Forderungen entgegenzukommen. Doch solle bereits Erreichtes nicht verloren gehen.

Dg bestätigte, daß F. den Verhandlungsstand im wesentlichen richtig beschrieben habe. Bei BM-Besuch in Warschau sei von polnischer Seite mehrfach der Wille bekundet worden, beide Elemente zu kombinieren. Zur Vereinfachung der Diskussion übergebe er hiermit einen Abkommensentwurf (Anlage 4)[39]. Er weise darauf hin, daß die Kombination der Elemente in diesem Entwurf deutlich zum Ausdruck komme, und verwies u. a. auf Präambelelemente, Art. 3 Abs. 1, 2 und 4. Es handele sich um einen ehrlichen und fairen Entwurf. Der Institutsname sei in Art. 2 erwähnt.[40] „Goethe" sollte jenseits jeder politischen Aktualität akzeptabel sein. Die deutsche Seite lade zu baldigen Verhandlungen ein; D 6[41] sei deutscher Delegationsleiter.

Fekecz nahm den Entwurf zur Prüfung entgegen. Er müsse im PAM von zwei Abteilungen (Kultur sowie Wissenschaft und Technik) geprüft werden.[42]

37 Für den Wortlaut des Personenstandsgesetzes in der Fassung vom 8. August 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil I, S. 1126–1138.

38 Zur Errichtung von Kulturinstituten in der Bundesrepublik und in Polen vgl. Dok. 14, Anm. 31.

39 Dem Vorgang beigefügt. Für den Entwurf der Bundesregierung für eine Vereinbarung zur gegenseitigen Errichtung von Kulturinstituten vgl. Referat 241 (221), Bd. 163119.

40 Nach Artikel 2 des Entwurfs der Bundesregierung für eine Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und Polen zur gegenseitigen Errichtung von Kulturinstituten sollte die Einrichtung der Bundesrepublik den Namen „Goethe-Institut (Kultur- und Informationszentrum der Bundesrepublik Deutschland)" tragen. Vgl. Referat 241 (221), Bd. 163119.

41 Barthold Witte.

42 Die Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und Polen über eine Vereinbarung zur gegenseitigen Errichtung von Kulturinstituten wurden vom 18. bis 20. Juli 1988 in Warschau wiederaufgenommen.

Jugendaustausch[43]

Dg unterstrich, wir hätten mit Befriedigung die Vorschläge zur Kenntnis genommen, die von Botschafter Karski in Vorbereitung des Besuches des polnischen Jugendministers Kwaśniewski dem BMJFFG übergeben worden seien. Dg hob unser Interesse an diesem Thema besonders hervor. Alle Jugendlichen, auch die nicht in einem staatlichen Verband erfaßten und insbesondere die aus dem kirchlichen Bereich, sollten von dem Jugendaustausch profitieren. Der Austausch sollte insbesondere durch Erleichterungen im finanziellen Bereich (Visagebühren, Paßausstellungsgebühren, Gebühren für den Einladenden, Mindestumtausch) vergrößert werden. Als Beispiel einer möglichen Vereinbarung übergab Dg die im letzten Jahr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Ungarn abgeschlossene Vereinbarung, die er ausdrücklich als ein Beispiel bewertete, das lediglich die Tendenz einer Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen, nicht jedoch eines Punkt für Punkt zu kopierenden Musters darstellen könnte (Anlage 5).[44]

Fekecz bewertete das von Botschafter Karski gegenüber BMJFFG Gesagte als „Vision", nicht von endgültigem Charakter. F. bestätigte den von Kwasniewski beabsichtigten Besuch im Mai d.J. K. solle die Gesamtheit der Problematik erörtern. Eine Einigung der Minister auf diesem Gebiet sei im Lichte des „Paketes" zu sehen.

Ausreisen und Familienzusammenführung[45]

Dg erklärte, die polnischen Behörden verführen nach unserem Verständnis weiterhin nach der „Information"[46] im Zusammenhang mit dem Warschauer Vertrag[47]. Während wir jahrelang einen erheblichen Rückgang der Ausreisen vermerkt hätten, seien wir glücklich, daß sich in jüngster Zeit der Trend leicht gewandelt habe. Wir würden es begrüßen, wenn dieser Trend sich verstärkte. Im Jahre 1987 habe es bilaterale Expertengespräche in Bonn und Wien gegeben. Wir seien dankbar, daß Ausreisewillige nunmehr mittels notarieller Erklärungen glaubhaft machen könnten, Deutsche zu sein, und daß die Sprachkenntnisse nicht mehr ein maßgebendes Kriterium für die Ausreise darstellen. Zu den „Illegalen"-Fällen verwies Dg auf die Wartefristen von bis zu fünf Jahren und mehr. Er bat, auch im Lichte der KSZE, um eine Verkürzung der Fristen.

Fekecz betonte, es handele sich um ein wichtiges und delikates Thema. Hierbei sei maximale Transparenz und Klarheit anzustreben. Ihm sei eine politische

Fortsetzung Fußnote von Seite 406

Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Neukirchen vom 27.7.1988; Referat 241 (221), Bd. 163119.

43 Zum Jugendaustausch zwischen der Bundesrepublik und Polen vgl. Dok. 14, Anm. 30.

44 Dem Vorgang beigefügt. Für die Vereinbarung vom 20. November 1987 über Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit und dem ungarischen Staatlichen Amt für Jugend und Sport vgl. Referat 241 (221), Bd. 163119.

45 Zum Stand der Ausreisen Deutschstämmiger aus Polen vgl. Dok. 14, Anm. 32.

46 Im Zusammenhang mit der Paraphierung des Warschauer Vertrags am 18. November 1970 übergab die polnische Regierung eine „Information" über Maßnahmen zur Lösung humanitärer Probleme, die aus einem veröffentlichten und einem vertraulichen Teil bestand. Für den Wortlaut des veröffentlichten Teils vgl. BULLETIN 1970, S. 1696 f. Für den Wortlaut des vertraulichen Teils vgl. AAPD 1970, III, Dok. 551, Anm. 4.

47 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen (Warschauer Vertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

Bereitschaftserklärung, wie sie soeben von Dg erwähnt worden sei, unbekannt. Er wisse nicht, in welchem Zusammenhang sie gegeben worden sein solle und ob sie mit polnischen Vorschriften übereinstimme. (Auch der Hinweis von *stv. RL 214*, der mit Herrn Schleser im Mai 1987 in Wien gewesen war, füllte die Erinnerungslücke von F. nicht auf.) *Fekecz* habe Vorbehalte gegen eine solche Erklärung: Dann könne ein Türke, Argentinier oder Koreaner kommen und behaupten, deutsch zu sein. Polen habe seine Verpflichtungen erfüllt und übererfüllt. Individuelles Herangehen sei notwendig. Polen werde auch weiterhin großzügig sein und von humanitären Gesichtspunkten geleitet werden. Ausreisen schafften Probleme sozialer und wirtschaftlicher Art, die von moralischer Art (Lohn für gegenüber Polen Nichtloyalen!) zu schweigen. Im übrigen sei eindeutige Klarheit anzustreben über die Ausreisezahlen.

Kulturelle und sprachliche Traditionen

Unter Hinweis darauf, daß es sich hier um einen sensitiven Punkt handele, bat *Dg*, denen, die ihre sprachlichen und kulturellen Traditionen in Polen wahren wollten, dies zu gewähren. Insbesondere bat er für diesen Personenkreis um die Erlaubnis, deutschsprachige Gottesdienste feiern zu können; Schulen einzurichten, in denen Deutsch Unterrichtssprache sei oder zumindest Deutsch als Wahlfach angeboten werde; sich zu Vereinen zusammenschließen zu können, um die Traditionen zu pflegen; Zeitungen und/oder Zeitschriften in deutscher Sprache herausgeben zu dürfen.

Fekecz verwies darauf, daß Dg sich offensichtlich auf die Tischrede[48] und Gespräche BMs in Warschau beziehe. BM habe ganz offensichtlich nicht von Personen unbestreitbar deutscher Volkszugehörigkeit gesprochen. Er habe von polnischen Staatsangehörigen gesprochen, die ihre deutschen Traditionen pflegen wollten. Zur sprachlichen Seite wolle er sagen: Deutsch werde breit gefächert unterrichtet. In den Grundschulen lernten es 12%, in den Mittelschulen (Gymnasien) 38,5% (zum Vergleich: Englisch 44,5%, Französisch 16,9%). In den Berufsschulen hätten 59% Deutsch als Pflichtfach.

Seit zehn Jahren gebe es in Polen eine Spracholympiade. Im Schuljahr 1985/86 hätten aus 1330 Schulen 2960 Schüler in Deutsch daran teilgenommen. Es gebe 2592 Lehrer für Deutsch. Davon hätten 176 ein Stipendium im Ausland erhalten. An Hochschulen gebe es elf Germanistiklehrstühle, davon neun an Universitäten. Deutsch studierten 2287 Studenten. Im Ergebnis könne man sagen, Deutsch werde in Polen nicht diskriminiert. Der Zugang zur deutschen Kultur sei möglich und werde nicht erschwert. Andere Fragen gingen über den sprachlichen Bereich hinaus: Die Feier und Gestaltung von Gottesdiensten liege in kirchlicher Hand. Im übrigen sei Deutsch wohl besser an Schulen, denn in Kirchen zu lernen. Zu Vereinen wolle er sagen, daß Polen im Vorfeld neuer Gesetze und Vorschriften des Vereinsrechts stehe. Er frage allerdings, wer sich in Vereinen gruppieren wolle. Zwar habe Polen keine statistischen Untersuchungen, man verspüre aber auch kein Bedürfnis danach. Es gebe allerdings die deutschen Freundschaftskreise. In diesem Zusammenhang wolle er nur bemerken, daß Botschafter Schoeller ihn vor der BM-Reise davon unterrichtet habe, lediglich ein

[48] Für den Wortlaut der Tischrede des Bundesministers Genscher am 11. Januar 1988 in Warschau vgl. BULLETIN 1988, S. 40–42.

Mitglied der Delegation werde Mitglieder der DFKs sehen; man habe feststellen müssen, daß letztendlich dann doch der Bundesminister selbst diese Personen gesehen habe.[49]

Zu Zeitschriften und Deutsch als Unterrichtssprache mache er darauf aufmerksam, es handele sich um das Echo einer alten Frage. Er frage sich, wo die Leser für solche Zeitschriften und wo die Schüler für solche Schulen seien. In Polen gebe es ein System erweiterten Sprachunterrichts für Englisch, Französisch, Spanisch und auch Deutsch. In alldem sehe er ein Echo zum Stichwort „Deutsche Minderheit in Polen". Dieses Thema solle man nicht künstlich beleben.

Dg erinnerte F. daran, daß er in keinem Moment von einer „Deutschen Minderheit" gesprochen habe. Dies habe auch BM nicht getan. Das ändere allerdings nichts an unseren Positionen. Wir hätten die Erläuterungen F.s entgegengenommen. Sie seien insgesamt nicht befriedigend. In Oppeln gebe es z. B. keinen Deutschunterricht, wenngleich dies ein Zentrum deutscher Volkszugehöriger sei. Er bitte um Prüfung der ausgesprochenen Bitten und um Unterrichtung bei nächster Gelegenheit. Regierungssprecher Urban habe kürzlich von einer deutschen Vereinigung mit ca. 120 Mitgliedern in Waldenburg gesprochen. Er frage sich, ob Urbans Erklärung eventuell ein Anzeichen von einer Änderung der polnischen Haltung sei.

Fekecz. wiederholte nochmals, der Sejm arbeite zur Zeit an einer Vereinsgesetzgebung.

Dg schloß dieses Thema mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf ab, daß der Bundeskanzler an dieser Thematik sehr interessiert sei.

Kriegsgräber[50]

Dg verwies auf das große Interesse in der deutschen Öffentlichkeit zur Kranzniederlegung an einer Grabstelle deutscher Soldaten in Polen.[51] Nach seiner Kenntnis habe es in der deutschen Öffentlichkeit hierzu keine falschen Töne gegeben.

Wir würden es begrüßen, wenn wir in dieser sensitiven Problematik weiterkämen. Er schlage vor, wie dies bereits in Warschau geschehen sei, daß der VdK

49 Zum Treffen des Bundesministers Genscher mit einer Gruppe des „Deutschen Freundschaftskreises in Schlesien" am 12. Januar 1988 in Warschau vgl. Dok. 26, Anm. 27.

50 Referat 513 vermerkte am 16. Februar 1988: „Die deutschen Verluste im Zweiten Weltkrieg in Polen werden auf 468 000 Gefallene geschätzt, von denen etwa 300 000 vom VDK erfaßt sind. Die erfaßten Grabanlagen verteilen sich auf 19 253 Orte. Über 24 Gräberanlagen in 21 Orten mit ca. 33 551 Gefallenen hat der VDK von privater Seite Berichte und auch einige Fotos. Diese Grabanlagen sind oft eingeebnet oder überbaut. Die bestehenden sind überwachsen und oftmals kaum noch als solche zu erkennen. Aus dem Ersten Weltkrieg sollen in Polen etwa 400 000 deutsche Gefallene bestattet sein. Die Unterlagen herüber sind lückenhaft. […] Über 24 Gräberanlagen in 22 Orten mit ca. 3131 Gefallenen liegen dem VDK Hinweise und auch einige Fotos vor. Die Grabanlagen werden nicht gepflegt. Sie sind im allgemeinen überwachsen, verwildert und der bauliche Bestand ist verwittert. […] Bisher sind alle Bemühungen der Bundesregierung zur Herstellung von Gesprächskontakten zwischen dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) und den zuständigen polnischen Stellen zur Erörterung von Fragen der Erfassung und Pflege von deutschen Kriegsgräbern an der ablehnenden Haltung der polnischen Regierung gescheitert. Diese verweigert unter Berufung auf die Erinnerungen der polnischen Bevölkerung an die Geschehnisse des Zweiten Weltkrieges jede Zusammenarbeit in der Kriegsgräberfürsorge." Vgl. Referat 214, Bd. 139715.

51 Bundesminister Genscher legte am 12. Januar 1988 auf dem Friedhof in Joachimowo-Mogiły einen Kranz für gefallene deutsche Soldaten des Ersten Weltkriegs nieder. Vgl. den Artikel „Blick über die Gräber in die Zukunft"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 13. Januar 1988, S. 3.

Gelegenheit erhalte, mit polnischen Stellen Kontakt aufzunehmen, um zu erörtern, was möglich sei. Wir respektierten in jedem Falle die Gefühle des polnischen Volkes. Im VdK arbeiteten Menschen mit Sinn für Völkerverständigung und -versöhnung.

Es gehöre zur europäischen Kultur, die Toten angemessen zu ehren. Es wäre ein Zeichen der Reife in unseren Beziehungen, wenn auch hier zu erreichen wäre, was mit anderen möglich war.

Fekecz erklärte, er bemühe sich, das Problem zu verstehen. Die Geschichte habe bewirkt, daß sich in Polen Gräber verschiedener Herkunft befänden. Dazu gehörten Gräber deutscher Antifaschisten, deutscher Kriegsgefangener und auch von Deutschen, die mit Polen Böses im Sinne gehabt hätten. Polen habe nichts dagegen, wenn Menschen die Gräber versorgten. Vorbehalte bestünden gegen Institutionen. Die Situation sei sensitiv, wenn man anfinge, von Soldatengräbern zu sprechen. Man müsse auch zwischen Gräbern aus dem I. und solchen des II. Weltkrieges unterscheiden. Doch habe die Tatsache der Kranzniederlegung durch BM gezeigt, daß das Interesse an diesem „Phänomen" in Polen wachse. Eine Antwort habe man allerdings noch nicht.

Dg bat darum, weiter nachzudenken. Man dürfe den emotionalen Wert dieser Frage auf unserer Seite nicht unterschätzen. Das Versöhnungsziel sei dabei von besonderer Bedeutung. In der deutschen Sprache heiße es „Versöhnung über den Gräbern"; eine Regelung dieser Frage in angemessener Weise[52] helfe außerordentlich bei der Zukunftsgestaltung.[53]

Auschwitz

Erinnerung an das Attentat gegen Hitler

Gedenken an den Widerstand in Kreisau

Dg erinnerte daran, daß ihm schon früher bedeutet worden sei, die polnische Seite nehme konzeptionelle Vorstellungen zu einer Gedenkausstellung in Auschwitz[54] entgegen. Wir seien dabei, diese auszuarbeiten. Auf Frage *Fekeczs*, ob die-

52 Korrigiert aus: „Frage".

53 Vom 16. bis 20. Mai 1988 hielt sich eine Delegation des Polnischen Roten Kreuzes in der Bundesrepublik auf. Dazu teilte das Deutsche Rote Kreuz (DRK) mit Schreiben vom 16. Juni 1988 an das Auswärtige Amt mit, daß sich das DRK in Verhandlungen mit dem Polnischen Roten Kreuz „immer wieder des Themas der Kriegsgräbernachforschungen und der Kriegsgräberfürsorge, in Abstimmung mit dem VDK, angenommen" habe: „Das Thema ‚Kriegsgräber' wurde von uns, stellvertretend und in Abstimmung mit dem VDK, bei den letzten Gesprächen mit dem Polnischen Roten Kreuz angesprochen." Vgl. Referat 214, Bd. 139775.

54 Zur Initiative der Bundesregierung, im ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz eine ständige Gedenkausstellung der Bundesrepublik einzurichten, vgl. AAPD 1986, II, Dok. 217. Ministerialdirigent Kastrup vermerkte am 22. März 1988: „Erstmals im Oktober 1987 ließen die Polen gegenüber Dg 21 die Möglichkeit erkennen, das Thema zu enttabuisieren. Anläßlich des BM-Besuchs in Polen (10. bis 13.1.1988) verwies die polnische Seite darauf, dies[es] Thema gehöre zu dem ‚Paket', das in der Arbeitsgruppe für politische Fragen zu behandeln sei. […] Zu Inhalt und Form einer solchen Ausstellung bestehen noch keine festen Vorstellungen. Sie sollte Verfolgung, Leiden, Widerstand und Tod deutscher Häftlinge zugleich als Mitleidende und Mitkämpfer ihrer polnischen, jüdischen und anderen ausländischen Mithäftlinge gegen die Gewaltherrschaft hervorheben. Neben dem Blick auf die schreckliche Vergangenheit, nicht zuletzt am Ort der Ausstellung selbst, sollte ein Akzent der Ausstellung darauf gelegt werden, in welcher Weise und mit welchem Ergebnis die Bundesrepublik Deutschland versucht hat, mit dem Unrecht fertig zu werden; schließlich, was zu tun bleibt. In der Darstellung könnten ebenso materielle wie pekuniäre Wiedergutmachungsleistungen wie auch Maßnahmen der Justiz, der schulischen Erziehung, der literarischen, künstlerischen, publizistischen

ses schriftlich geschehe, sagte *Dg* eine Skizze unseres Konzepts in schriftlicher Form zu gegebener Zeit zu.

Fekecz : Auschwitz sei ein ganz besonderer Ort in Polen und Europa. Alle Länder, die eine Ausstellung in Auschwitz hätten[55], hätten eine Konzeption vorgelegt. Eine solche würde auch von unserer Seite geprüft werden.

Auch zu der Erinnerung an das Attentat auf Hitler stünde Polen positiv gegenüber. Man erwarte in der nächsten AG-Sitzung eine Konzeption von unserer Seite.

Zu dem Gedenken an den Widerstand des Kreisauer Kreises[56] erinnerte F. an das Gespräch Außenminister Orzechowskis mit BM am 12.1.88. F. zitierte aus seinen Gesprächsaufzeichnungen ein wörtliches Zitat (etwa): „Die Frage ist nicht völlig eindeutig. Wir schätzen alle Männer, die gegen Hitler ihr Haupt erhoben haben. Einige von diesen dort waren Polen gegenüber nicht gut gesinnt. Im Programm habe es anti-polnische Punkte gegeben. Eine andere Sache sei es, von v. Moltke zu sprechen, der ein edler Mensch gewesen sei. Polen schließe v. Moltke als Ansatzpunkt eines Gedenkens nicht aus." BM habe darauf gesagt: „Dies ist der richtige Weg." Fekecz erklärte, er könne nicht mehr sagen als sein Minister.

Dg bestätigte die Erinnerung von F. Er verstehe F. wohl richtig, daß wir die Person v. Moltkes als zentralen Punkt der Erinnerung einbeziehen sollten.

Fekecz bestätigte, daß sein Außenminister eine Diskussion und Lösungen mit v. Moltke als zentralem Punkt nicht ausgeschlossen habe. Er bat um einen Vorschlag.

Dg stellte fest, daß seine Themenliste erschöpft sei.

Verteidigungsattachéstäbe[57]

Fekecz fragte, ob Dg nicht die Verteidigungsattachéstäbe in seinen Darlegungen vergessen habe. Gehörten diese etwa nicht zum Paket?!

Fortsetzung Fußnote von Seite 410
Verarbeitung des Themas in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland seit deren Bestehen Aufnahme finden." Vgl. Referat 214, Bd. 139776.

55 Gesandter Bauch, Warschau, informierte am 5. Februar 1988, daß derzeit folgende Staaten mit nationalen Gedenkausstellungen in Baracken des ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz vertreten seien: „Block 13: Dänemark und DDR; Block 14: UdSSR; Block 15: Polen; Block 16: Tschechoslowakei; Block 17: Österreich und Jugoslawien; Block 18: Bulgarien und Ungarn; Block 20: Frankreich und Belgien; Block 21: Italien und Niederlande; Block 27: Ausstellung des Martyriums der Juden." Vgl. den Schriftbericht Nr. 180; Referat 214, Bd. 139776.

56 Botschafter Pfeffer, Warschau, informierte am 14. Oktober 1985, daß das Vorhaben, in Kreisau eine Tafel zum Gedenken an die Widerstandsgruppe „Kreisauer Kreis" anzubringen, seit 1980 im Gespräch sei. Das polnische Außenministerium habe indes „große Zurückhaltung erkennen" lassen. Dies gelte auch für das Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung, „das Anwesen zu restaurieren und dort eine Begegnungsstätte einzurichten". Ein Schreiben der Stiftung an den polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski vom Herbst 1984 sei unbeantwortet geblieben. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1576; Referat 214, Bd. 133068.

57 Referat 214 erläuterte im Februar 1988: „Die Frage des Austauschs von Verteidigungsattaché-Stäben mit der VR Polen hat unsere Botschaft Warschau bereits 1977 und 1979 mündlich sondiert. Eine Reaktion der polnischen Seite blieb damals aus. Auf Wunsch des BMVg, in dessen Planung die Einrichtung des Postens Warschau inzwischen höchste Priorität genießt und das einen Offizier bereits durch Sprachausbildung vorbereitet, wurde die Frage 1986 erneut auf Arbeitsebene mit der polnischen Seite aufgenommen. Am 6. November 1986 sprach BM das Thema am Rande des Wiener Folgetreffens gegenüber seinem polnischen Amtskollegen an. […] Der polnische AM erwiderte, die Frage sei für ihn neu; er werde sie mit dem Verteidigungsminister aufnehmen. Nach mehreren Anfragen, die von polni-

Dg bestätigte, daß wir weiterhin an den Stäben Interesse hätten. In Warschau sei ihm gesagt worden, daß die polnische Seite grundsätzlich positiv entschieden hätte. Dieser Entschluß sei beim BM-Besuch offenbar noch nicht umgesetzt gewesen. Er gehe jedoch davon aus, daß dies spätestens bis zum Bundeskanzler-Besuch umgesetzt sei. Unser Interesse an den Stäben bestehe fort. Es sei aber falsch zu glauben, daß unser Interesse einseitig sei. In Europa spreche man von militärischer Vertrauensbildung, vom KVAE-Dokument[58], man beobachte Manöver, man wolle den Jaruzelski-Plan[59] in einer Arbeitsgruppe besprechen. Was läge da also näher, als daß beide Länder auch den jeweiligen militärischen Sachverstand nutzen wollten.

Für uns sei die von Polen gedachte Paketlösung auch auf diesen Fall akzeptabel, erscheine jedoch nicht logisch. Das Interesse an Verteidigungsattachéstäben sei aus sich heraus verständlich.

Entschädigung für Zwangsarbeit[60]

Fekecz erinnerte daran, daß er bereits im Oktober gegenüber Dg und daß AM Orzechowski gegenüber BM dargelegt habe, daß eine Regelung der Entschädigung für Zwangsarbeit notwendig sei. Diese Frage habe neben der rechtlichen auch eine politische und moralische Dimension. Die von beiden Seiten gewünschte Versöhnung sei ohne Regelung dieses Problems nicht denkbar. Gleichzeitig kündigte er binnen eines Monats eine Antwort auf unsere Note vom 17. September 1987 an.[61]

Fortsetzung Fußnote von Seite 411

scher Seite dahingehend beantwortet worden waren, die Stellungnahme des Verteidigungsministers läge noch nicht vor, ließ die poln[ische] Seite im Oktober 1987 gegenüber Dg 21 in Warschau erstmals den Willen zur Errichtung von Militärattaché-Stäben durchblicken. […] Es kann davon ausgegangen werden, daß die VR Polen erhebliches Interesse an der Errichtung eines Verteidigungsattaché-Postens in Bonn haben wird, schon um gegenüber anderen WP-Verbündeten nicht zurückzustehen." Vgl. Referat 214, Bd. 139715.

58 Für den Wortlaut des „Dokuments der Stockholmer Konferenz" vom 19. September 1986 vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253.

59 Zum Vorschlag des Präsidenten Jaruzelski vom 8. Mai 1987 über Abrüstung und militärische Vertrauensbildung vgl. Dok. 9, Anm. 16.

60 Referat 503 notierte am 15. Dezember 1987: „Mit gewisser Regelmäßigkeit wirft Polen die Frage deutscher Reparations- und Wiedergutmachungsleistungen auf. Zuletzt geschah dies durch polnische Note vom 11.12.1986, die mit Note des Auswärtigen Amts vom 17.9.87 […] beantwortet wurde. Diesem jüngsten Notenwechsel waren frühere Noten und Antwortnoten vorausgegangen. Die von polnischer Seite geltend gemachten Entschädigungsansprüche umfassen Schäden verschiedener Personengruppen, darunter Widerstandskämpfer, Zwangsarbeiter, Opfer von Repressalien, aber auch typische NS-Opfer (§ 1 B[undes]E[ntschädigungs]G[esetz]). […] Die polnischen Forderungen sind völkerrechtlich als Reparationsforderungen zu betrachten. Diese umfassen sowohl die Forderungen im Sinne der deutschen Wiedergutmachungsgesetzgebung (BEG) als auch alle übrigen völkerrechtlichen Entschädigungsforderungen. Am 23.8.1953 hat die polnische Regierung mit Wirkung vom 1.1.1954 auf weitere Reparationsleistungen gegenüber Deutschland als Ganzem verzichtet". In ihrer Note vom 11. Dezember 1986 versuche die polnische Regierung „zwischen Entschädigungsansprüchen polnischer Staatsbürger und sonstigen Reparationsforderungen zu unterscheiden. Diese Unterscheidung ist nicht gerechtfertigt." Vgl. B 86, Bd. 2041.

61 In der Note vom 17. September 1987 nahm das Auswärtige Amt Bezug auf den von Polen 1953 geäußerten Verzicht auf Reparationen und führte weiter aus: „Der Verzicht wurde 1970 gegenüber der Bundesrepublik Deutschland bekräftigt. Ansprüche der jetzt geltend gemachten Art wurden auch in der Folgezeit, insbesondere bei den Verhandlungen über das deutsch-polnische Rentenabkommen von 1975 nicht erhoben. Für die Bundesrepublik Deutschland ist schließlich von Bedeutung, daß die Prüfung von aus dem Zweiten Weltkrieg herrührenden Forderungen durch das Londoner Schuldenabkommen von 1953 bis zu einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage in einem Friedensvertrag

Dg erinnerte an die Rechtsauffassung der Bundesregierung, wie sie letztmalig am 17. September 1987 der polnischen Seite erklärt worden sei.[62]

Grundlagen des deutsch-polnischen Verhältnisses

Fekecz erklärte, man müsse sich auf beiden Seiten bewußt sein, daß eine Konzeption zur Erweiterung der Zusammenarbeit nur möglich sei bei Verständigung über die Grundlage der Beziehungen. Dies sei der Warschauer Vertrag von 1970. Polen habe mit Befriedigung die Erklärungen des Bundesministers in Warschau zur Kenntnis genommen. Sie sollten Grundlage für die Zukunft sein. Sie sollten nicht zerstört werden durch andere Erklärungen. Jaruzelski habe gegenüber BM gesagt, es sei alles zu vermeiden, was ärgern könne.

Dg unterstrich, daß das, was BM zu den deutsch-polnischen Beziehungen vor, während und nach dem Besuch gesagt habe, die Politik der Bundesregierung sei. Hieran bestehe kein Zweifel.

Rechtshilfeverkehr

Fekecz fragte, ob die Bundesregierung es als zweckmäßig ansehe, den unterbrochenen Rechtshilfeverkehr wieder aufzunehmen.

Dg versprach, diese Frage mit der Rechtsabteilung aufzunehmen und alsbald eine Antwort zu geben. Er halte es für sinnvoll, wenn sich die zuständigen Beamten träfen. Auf Einwurf *Fekeczs*, man solle dies durch Fortsetzung der RK-Konsultationen tun, sagte *Dg* eine Antwort zu.

Abschließend sprach *Fekecz* für die Fortsetzung der Arbeit, die bisher nicht alle Fragen habe klären können, eine Einladung zur Fortsetzung der Gespräche in Warschau aus, die *Dg* grundsätzlich annahm. Eine Terminfestsetzung konnte *Fekecz* noch nicht geben: Sie hänge von der AG 2 sowie von verschiedenen Terminen seines Ministeriums mit Drittstaaten ab. Er werde einen Terminvorschlag auf diplomatischem Wege übermitteln. Er lege jedoch Wert darauf festzustellen, daß er kein Interesse daran habe, den Termin hinauszuzögern.[63]

Referat 241 (221), Bd. 163119

Fortsetzung Fußnote von Seite 412

zurückgestellt ist." Eine Unterscheidung „zwischen Entschädigungsansprüchen polnischer Staatsbürger und sonstigen Reparationsforderungen" sei „nicht gerechtfertigt", da der Begriff der Reparationen in der Staatenpraxis in einem umfassenden Sinn verwandt werde. Jedoch sei sich die Bundesregierung „der menschlichen Leiden bewußt, die zahlreichen Polen unter der Herrschaft des Dritten Reiches zugefügt wurden. Sie hat deshalb in der Vergangenheit im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten für bestimmte Personengruppen Entschädigungen gezahlt. Die Bundesregierung bedauert, daß sie nach nochmaliger Prüfung aus den dargelegten Rechtsgründen nicht in der Lage ist, darüber hinausgehende Entschädigungsleistungen zu gewähren." Vgl. B 86, Bd. 2041.
Der Abteilungsleiter im polnischen Außenministerium, Fekecz, führte am 27. Oktober 1987 gegenüber Ministerialdirigent Kastrup aus, daß die polnische Haltung in der Entschädigungsfrage unverändert sei, und kündigte eine baldige Antwort auf die Note der Bundesregierung vom 17. September 1987 an: „Man wolle keine öffentliche Polemik. Vertrauliche Konsultationen seien die richtige Form, um so schwierige Fragen zu erörtern." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; B 86, Bd. 2041.

62 Der polnische Gesandte Jędrys übergab Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 19. September 1988 die Antwortnote der polnischen Regierung auf die Note der Bundesregierung vom 17. September 1987. Darin bekräftige sie ihren Standpunkt, daß die „Unterscheidung zwischen den Kriegsreparationen und den zivil-rechtlichen Entschädigungen sowohl in der internationalen Praxis als auch in den in der Doktrin des Völkerrechts ausgedrückten Ansichten ihre Begründung hat". Für die Note vgl. B 86, Bd. 2041.

63 Die zweite Sitzung der deutsch-polnischen Arbeitsgruppe 1 „Politische, kulturelle und humanitäre Fragen" fand am 30./31. Mai 1988 in Warschau statt. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139715.

70

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken

213-322 AFG **26. Februar 1988**[1]

Über Herrn Dg 21[2], Herrn D 2[3] Herrn Staatssekretär[4]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Betr.: Afghanistan-Politik am Vorabend der bevorstehenden indirekten Genfer Gespräche (ab 2.3.1988)[5]

I.1) Die SU unternimmt derzeit außerordentliche Anstrengungen, um eine Afghanistan-Lösung herbeizuführen. Zweifel, daß sie es ernst meint, schwinden immer mehr. Kennzeichnend ist die Feststellung von AM Shultz als einem westlichen Politiker, der mit am sachkundigsten urteilen kann und der von dem Verdacht leichtfertiger Bewertung frei ist: Er habe nicht die „geringsten Zweifel", daß die SU sich aus AFG zurückziehen wolle. (23.2.)[6]

Sichtbarstes Zeichen für die sowjetische Entschlossenheit war die Gorbatschow-Erklärung vom 8.2.88.[7] Der Generalsekretär zog damit gleichsam einen Schlußstrich unter die Vergangenheit, indem er frühere sowjetische Bedingungen fallen ließ (prosowjetische Regierung in Kabul, kein Machtvakuum) und wichtige amerikanische Forderungen erfüllte („Anfangslastigkeit des Rückzugs").

Auch wenn Gorbatschow sich noch eine letzte Hintertür offengehalten hat (Unterzeichnung in Genf bis 15. März 1988 als Bedingung), hat er zugleich jedoch einen solchen Erwartungsdruck erzeugt, daß die SU auf dem vorbezeichneten Weg weitergehen muß.

2) Angesichts des Dilemmas, das acht Jahre lang den Rückzug blockierte, wirkt die Entscheidung fast radikal. So konnte sich offenbar erst allmählich, und wohl

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken und Legationsrat I. Klasse Brett konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent Kastrup am 26. Februar 1988 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 26. Februar 1988 vorgelegen.

4 Hat Staatssekretär Sudhoff am 29. Februar 1988 vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 1. März 1988 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Vortragenden Legationsrat Libal verfügte.
Hat Legationsrat I. Klasse Brett am 10 März 1988 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Heyken verfügte.
Hat Heyken am 10. März 1988 erneut vorgelegen.

5 Zu den Gesprächen über eine Beendigung des Krieges in Afghanistan vgl. Dok. 37, Anm. 6.

6 Korrigiert aus: „(22.2.)".
Vgl. dazu die Unterrichtung der NATO-Ministerratstagung durch den amerikanischen Außenminister Shultz am 23. Februar 1988 in Brüssel; Dok. 67.

7 In der Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gobatschow, zum Afghanistan-Konflikt hieß es: „In dem Bestreben, zum schnellen und erfolgreichen Abschluß der afghanisch-pakistanischen Verhandlungen in Genf beizutragen, haben die Regierungen der UdSSR und der Republik Afghanistan vereinbart, für den Beginn des Abzugs der sowjetischen Truppen als konkretes Datum den 15. Mai 1988 festzusetzen und ihren Abzug binnen zehn Monaten abzuschließen. Bei der Festsetzung dieses Datums wurde davon ausgegangen, daß die Unterzeichnung der Abkommen über die Regelung spätestens am 15. März 1988 stattfindet und sie entsprechend gleichzeitig in zwei Monaten in Kraft treten. Wenn die Abkommen vor dem 15. März unterzeichnet werden, beginnt der Abzug der Truppen entsprechend früher." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 297.

auch nur unter Gorbatschow und der von ihm vertretenen Außenpolitik die Erkenntnis durchsetzen, daß die von Moskau 1979 angestrebten Ziele ohne fortdauernden Krieg unter Einsatz erheblicher sowjetischer Truppen nicht zu erreichen sind und daß dieser Preis zu hoch ist.

Die bestehende Ordnung in Kabul kann offensichtlich nur durch sowjetische Waffengewalt aufrechterhalten werden. Das Konzept der „Nationalen Versöhnung", von den Sowjets seit Dezember 1986 mit großem Nachdruck gefordert, hat sich nicht bewährt. Die sowjetischen Mittel für die Herstellung einer politischen Ordnung nach dem Truppenabzug sind demnach begrenzt. Es liegt daher eine gewisse – wenn auch zynisch zu wertende – Logik darin, wenn die SU sich aus der Regelung der innerafghanischen Probleme weitgehend heraushalten will. Allerdings unternimmt sie in diesen Wochen erhebliche diplomatisch-politische Anstrengungen gegenüber einer Reihe von Ländern, um den vorauszusehenden Schaden zu begrenzen. Ferner wird sie dies durch Fortdauer einer gewissen Präsenz in Afghanistan versuchen, natürlich auch aus eigenen langfristigen Interessenerwägungen heraus.

II.1) Mit der Rückzugsentscheidung befreit sich die SU von einer schweren Hypothek für ihre internationale Stellung. Jahrelang saß sie im Verhältnis zum Westen, zu China, der gesamten Dritten Welt und in den Vereinten Nationen auf der Anklagebank. Es wird für Moskau daher eine befreiende Wirkung haben, wenn es sich nunmehr dieser Bürde entledigt. Gleichzeitig entfallen auch die enormen Verteidigungslasten, die die Besetzung AFGs verursacht hat. In sowjetischen Kommentaren wird bereits die Erleichterung spürbar. Afghanistan könne im Westen nicht mehr als Beispiel der fortgesetzten sowjetischen Aggression angeführt werden, sondern habe als „Beleg für das veränderte Denken" (Moskaus) zu gelten („Iswestija", 20.2.).[8]

2) Allerdings muß die SU erhebliche politische Verluste auf anderen Gebieten hinnehmen.

2.1) Die SU gibt sich mit dem militärischen Rückzug aus AFG den Anschein des Nachgebens und der Schwäche, den sie als eine Beeinträchtigung ihrer Stellung als Weltmacht empfinden wird.

2.2) Die SU tritt auch regionalpolitisch gewissermaßen den Rückzug an, weil sie es aufgibt, an ihrer Südflanke durch eine vorgeschobene Stellung ihren Einfluß auszubreiten. Selbst wenn sie sich um eine Kompensierung dieser Einbuße bemüht, wird sie eine Positionsminderung im regionalstrategischen Kräfteverhältnis hinnehmen müssen und den Status quo ante (vor 1979) nicht wiederherstellen können. Das ist der sichtbarste Preis, den sie bezahlen muß. Heute scheint sie einzugestehen, daß ihr die Intervention nichts genutzt, nur geschadet hat.

2.3) Auch innerhalb der „sozialistischen Gemeinschaft" wird Moskau mit negativen Auswirkungen zu rechnen haben: Die SU zieht sich den Vorwurf zu, ein Land mit sozialistischer Orientierung im Stich zu lassen und unzuverlässig zu sein. Vergleiche mit den USA nach Vietnam drängen sich auf. Sie bemüht sich allerdings, diese Wirkung zu mildern, indem sie ein umfangreiches wirtschaft-

8 Vgl. den Artikel „Afganskaja proba" (Afghanischer Versuch); IZVESTIJA, vom 20. Februar 1988, S. 5.

liches Aufbauprogramm beschlossen hat (hochrangige ZK-Sitzung am 15.12.87) und ihre politische Verbundenheit unterstreicht.

2.4) Es wird für den Westen und die ganze Welt einen bemerkenswerten Erfolg darstellen, wenn sich sowjetische Truppen erstmals wieder seit 1955 (Österreich)[9] aus einem besetzten Land zurückziehen.

Damit wird ein wichtiger Beweis für die Umkehrbarkeit der sowjetischen Machtausdehnung durch friedlichen Wandel erbracht.

III. 1) Angesichts der Unvermeidlichkeit eines Abzugs bemüht sich Moskau darum, die Gunst der Stunde zu nutzen:

– Die zeitgerechte Ankündigung des Rückzugs ab 15. Mai entschärft das AFG-Problem in einer entscheidenden Phase der amerikanisch-sowjetischen Annäherung (INF-Ratifikation[10]) und erleichtert die Vorbereitung und Durchführung des vierten Gipfeltreffens[11].
– Die SU hat sich einen taktischen Vorsprung bei dem Ringen um eine politische Lösung des Konflikts verschafft. Sie vermochte es, der pakistanisch-amerikanischen Seite überraschend das Gesetz des Handelns aufzuzwingen und das widerstrebende Pakistan unter erheblichen Erwartungsdruck zu setzen.

2) Damit hat sie zugleich eine Atempause gewonnen, um auf diplomatischer Ebene zu einer breit angelegten Offensive überzugehen. Ihr Hauptziel ist es, direkt und indirekt auf die beiden Nachbarstaaten Pakistan und Iran im Sinne einer Mithilfe bei der Einbindung aller afghanischen Gruppen in den „friedlichen Aufbau“ (Gorbatschow am 8.2.) des Landes einzuwirken und sie gleichzeitig daran zu hindern, das entstehende Machtvakuum zu füllen. Daneben stärkt Moskau Indien als Regionalmacht mit ähnlicher Interessenlage und wirbt in der arabisch-islamischen Welt (Schwerpunkt: Saudi-Arabien) intensiv und differenziert für ihre Strategie einer Befriedigung AFGs. Sie unterstreicht damit zugleich, daß sie ihren Anspruch auf Mitsprache in der Region nicht aufgeben will, sich vielmehr darum bemüht, verlorenes politisches Terrain zurückzugewinnen. Sie wird auch die Chance für eine Verbesserung des Verhältnisses zu China nach Wegfallen eines der „drei Hindernisse“[12] nutzen.

IV.1) Moskau hält zum gegenwärtigen Zeitpunkt an Nadschibullah fest. Gorbatschow sprach am 8.2. von der „afghanischen Führung mit Präsident Nadschi-

9 Nach Artikel 20 des Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich verloren das Übereinkommen über den Kontrollapparat in Österreich vom 28. Juni 1946 sowie das Abkommen über Besatzungszonen in Österreich und die Verwaltung der Stadt Wien vom 9. Juli 1945 ihre Wirksamkeit. Ferner war vorgesehen: „Die Streitkräfte der Alliierten und Assoziierten Mächte und die Mitglieder der Alliierten Kommission für Österreich werden innerhalb von neunzig Tagen, angefangen vom Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages, soweit irgend möglich, spätestens bis zum 31. Dezember 1955 aus Österreich zurückgezogen.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1955, S. 730.

10 Zum Stand der Ratifizierung des amerikanisch-sowjetischen INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 55, Anm. 4.

11 Zum Treffen des Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

12 Referat 213 führte am 4. März 1985 zur Haltung der Volksrepublik China gegenüber der UdSSR aus: „Die politischen Beziehungen sind durch gravierende Meinungsverschiedenheiten in folgenden Grundfragen (sog. drei Hindernisse) belastet: sowjetische Besatzung Afghanistans, sowjetische Unterstützung der vietnamesischen Expansion in Kambodscha, Grenzproblematik, Stationierung von SS-20 sowie sowjetischer Truppen an der sino-sowjetischen Grenze und in der Mongolei.“ Vgl. Referat 341, Bd. 133640.

bullah an der Spitze“ als einer „Regierung, die mit verfassungsmäßigen Vollmachten ausgestattet ist und die reale Macht im Lande besitzt“.

2) Es ist ferner wahrscheinlich, daß die Sowjets versuchen, einen Zusammenbruch der Ordnung nach dem Truppenabzug zu verhindern (dies nehmen auch State Department und Foreign Office an) und daß sie dazu eine Restpräsenz ihrer Spezialtruppen sowie KGB-Einheiten im Lande zurücklassen. Es erscheint jedoch fraglich, daß es ihnen mit diesen Mitteln auf die Dauer gelingen kann, das Regime gegen den wachsenden Machtanspruch des Widerstands aufrechtzuerhalten, der sich durch den Truppenabzug noch bestärkt fühlen wird. Die Zweifel erscheinen um so berechtigter, als selbst die Sowjets hinsichtlich der Dauerhaftigkeit des Regimes derzeit eine unentschlossene und abwartende Haltung einnehmen: Man könne von Nadschibullah nicht erwarten, daß er freiwillig von der Bühne abtrete und die ganze Macht den bewaffneten Gegnern überlasse („Iswestija“, 20.2.).

Gorbatschow ging in seiner Erklärung vom 8.2. auf diese Frage nicht ein. Er zeichnete nur ein allgemeines Bild von Afghanistan („unabhängig, blockfrei und neutral“) und beschränkte sich auf die Forderung nach „guter Nachbarschaft“ im Rahmen „friedlicher Koexistenz“.

Seine Worte wirkten jedoch ernüchtert. Er sprach vom „noch stärkeren Entbrennen der militärischen Zusammenstöße nach dem Abzug der sowjetischen Truppen“. Wie wenn er das Schlimmste verhüten wollte, richtete er einen eindringlichen Appell an alle Afghanen, an dem „friedlichen Aufbau“ des Landes mitzuwirken.[13]

Referat 340 hat mitgezeichnet.

Heyken

Referat 213, Bd. 143552

13 Die Gespräche zwischen Afghanistan und Pakistan unter Vermittelung des stellvertretenden VN-Generalsekretärs Cordovez über eine Beendigung des Krieges in Afghanistan wurden vom 2. bis 4. März 1988 in Genf fortgesetzt. Botschafter Dannenbring, Genf (Internationale Organisationen), teilte am 4. März 1988 mit, daß Cordovez ihn wie folgt informiert habe: „In einer auch für ihn selbst überraschenden Entwicklung hätten die Sowjets bereits am zweiten Verhandlungstag einer Rückzugsfrist von neun Monaten und dem Abzug der Hälfte ihrer Truppen innerhalb der ersten drei Monate zugestimmt. Damit sei ein wesentliches Hindernis für den Verhandlungsabschluß ausgeräumt worden. […] Unter diesen Umständen bleibe die von PAK aufgeworfene Frage der Bildung einer funktionsfähigen Übergangsregierung in AFG das einzige ernsthafte Hindernis für den Vertragsabschluß.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 557; Referat 340, Bd. 144629.

71

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Schlagintweit

330-504.00 CHL VS-NfD **2. März 1988**

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Bundesminister vorzulegen

Betr.: Behandlung Chiles in der Menschenrechtskommission

Bezug: Vorlage D3 vom 23.2.1988 – 330-504.00 CHL VS-NfD[2]

1) Die persönliche Berichterstattung Botschafter Kullak-Ublicks bestätigt:

– Nur mit aktiver Hilfe und Mitwirkung der chilenischen Behörden kann etwas für die in der CD[3] lebenden Deutschen getan, können Rechtsverletzungen dort geahndet werden.

– AM Garcia bemüht sich persönlich in dieser Sache. Er scheint fest entschlossen, ein Strafverfahren gegen Schäfer in Gang zu bringen. Ein juristisches Gutachten, das er in Auftrag gegeben hat, wurde am 1.3. vom Staatsrat erörtert. Es wird ihm am 3. oder 4.3. vorgelegt. Dann will er Ihre Schreiben vom 12.1.[4] und 24.2.[5] beantworten.

– In dieser Phase sollten wir die Chilenen nicht in einer Weise unter Druck setzen, die in der Sache nichts bewirkt, ihre Hilfsbereitschaft aber zu beeinträchtigen droht.

1 Hat Staatssekretär Sudhoff am 2. März 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich teile voll die Meinung von Herrn Schlagintweit."

2 Ministerialdirektor Schlagintweit vermerkte für Bundesminister Genscher, daß zur Verbesserung des Loses der in der „Colonia Dignidad" lebenden deutschen Staatsangehörigen kein Weg an den chilenischen Behörden vorbeiführe: „Schäfers Verbindungen reichen offenbar bis in die Spitze der chilenischen Führung. Wenn wir unser Ziel erreichen wollen, Schäfer aus Colonia Dignidad herauszulösen, so ist es erforderlich, Pinochet selbst von dessen moralischer Verwerflichkeit, seinem kriminell sadistischen Charakter und seiner Gefährlichkeit zu überzeugen. Hierfür kommt in Frage: a) Die Reise eines persönlichen Abgesandten des Bundeskanzlers (StS oder StM des Bundeskanzleramts) nach Chile zur Übermittlung einer Botschaft des Bundeskanzlers an Pinochet. […] b) Als Alternative kommt eine Reise des Vorsitzenden des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Fragen aufgrund der kürzlichen Anhörung in Frage. […] c) Es könnte zweckmäßig sein, eine Mission vor allem nach a) auf Beamtenebene (AA) vorzubereiten. Ausgestattet durch eine persönliche Botschaft von Ihnen an Ihren Kollegen könnte eine kleine Delegation Gespräche mit dem Außenminister, dem Innenminister und evtl. dem Präsidialamt führen." Vgl. Referat 330, Bd. 159191.

3 Zur „Colonia Dignidad" (CD) vgl. Dok. 39.

4 Zum Schreiben des Bundesministers Genscher vom 12. Januar 1988 an den chilenischen Außenminister Garcia vgl. Dok. 39, Anm. 25.

5 Ministerialdirigent von Schubert bat die Botschaft in Santiago de Chile am 24. Februar 1988, ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den chilenischen Außenminister Garcia zu übergeben. Darin wurde ausgeführt: „Mit Befriedigung habe ich davon Kenntnis genommen, daß Sie sich persönlich dafür einsetzen wollen, daß auf der Grundlage der Ihnen übergebenen Unterlagen auch in Chile ein strafrechtliches Verfahren gegen die Verantwortlichen eingeleitet wird. Ich möchte Ihnen aber auch mit aller Eindringlichkeit sagen, daß Bundesregierung und deutsche Öffentlichkeit nunmehr erwarten, daß die chilenische Justiz die hierfür notwendigen Schritte unverzüglich einleitet und dafür sorgt, daß die deutschen Staatsangehörigen in Colonia Dignidad vor weiterem Schaden bewahrt werden. Außerdem muß der deutschen Botschaft die Gelegenheit gegeben werden, ihre konsularische Betreuung uneingeschränkt auszuüben. Bereits die Tatsache, daß es den chilenischen Behörden nicht gelang, im vergangenen Dezember der von mir entsandten Expertendelegation Zugang zu Colonia Dignidad zu verschaffen, hatte in der Bundesrepublik Deutschland Betroffenheit und Kritik ausgelöst. Ich schreibe Ihnen diesen Brief aus Sorge um die betroffenen Menschen und um die Entwicklung unserer bilateralen Beziehungen." Vgl. den Drahterlaß; Referat 330, Bd. 159191.

Aus diesem Grund erscheint eine Befassung der MRK[6] gegenwärtig nicht zweckdienlich. Der Fall der 15 in Haft befindlichen Chilenen sollte nicht in die Rede von BM a. D. Jäger[7] aufgenommen werden.

2) Die Berichterstattung des Botschafters vermittelt den Eindruck, daß AM Garcia sich nach der Rückkehr aus dem Urlaub mit Nachdruck um ein offizielles Verfahren gegen die Führung von CD bemüht.[8] Aus verständlichen Gründen geht er umsichtig vor und schaltet den Staatsrat, ein unabhängiges Beratungsorgan, ein.[9] Dessen Bericht wird dem AM voraussichtlich noch diese Woche vorgelegt. Am Engagement von AM Garcia, der auch den Fall Brinkmann[10] in einer für Chile großzügigen Weise gelöst hat, besteht kein Zweifel. Er sollte nicht den Eindruck erhalten, daß wir seine persönlichen Bemühungen nicht nur nicht honorieren, sondern ungeachtet seiner Aktivitäten Chile gerade jetzt vor der internationalen Öffentlichkeit anklagen wollen.

6 Die 44. Tagung der VN-Menschenrechtskommission fand vom 1. Februar bis 11. März 1988 in Genf statt.

7 Am 8. März 1988 gab Bundesminister a. D. Jäger auf der Tagung der VN-Menschenrechtskommission in Genf folgende, von Bundesminister Genscher redigierte Stellungnahme ab: „Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland wird immer wieder durch die Behandlung chilenischer und deutscher Staatsangehöriger in der sogenannten ‚Colonia Dignidad' stark bewegt. Ich appelliere an die chilenische Regierung, mit den notwendigen Maßnahmen Menschenrechtsverletzungen unmöglich zu machen. Ich begrüße es, daß die chilenische Regierung sich zu entsprechenden Maßnahmen bereit erklärt hat: Im Jahre 1987 durfte der VN-Sonderberichterstatter Volio ungehindert im Lande arbeiten, und Vertretern des Roten Kreuzes wurde der Besuch von Häftlingen erlaubt. In einigen Einzelfällen zeigte die chilenische Regierung Entgegenkommen. Hoffnungsvoll stimmte uns der Beitritt Chiles zur Antifolterkonvention. Andererseits mußten wir aber zu unserem schmerzlichen Bedauern feststellen, daß auch 1987 Menschen jahrelang – fünf Jahre und mehr – ohne Gerichtsurteil gefangengehalten wurden, daß immer wieder gefoltert wurde und daß zahlreiche andere Menschenrechtsverletzungen vorgekommen sind. Wir appellieren deshalb an die chilenische Regierung, sich nun an die Antifolterkonvention zu halten, den Worten Taten folgen zu lassen, jegliche Folter durch staatliche Organe zu unterbinden und endlich für die Einhaltung der Menschenrechte in ihrem Hoheitsbereich zu sorgen. Die Probleme des Menschenrechtsschutzes in Chile sind eng mit dem Problem einer dauerhaften ‚politischen' Lösung verbunden. Diese aber ist unserer Meinung nach nur von einem Dialog zwischen der Regierung und der demokratischen Opposition zu erwarten." Vgl. die Fernkopie Nr. 40 der Ständigen Vertretung bei den Internationalen Organisationen in Genf vom 8. März 1988; Referat 231, Bd. 148130.

8 Botschafter Kullack-Ublick, Santiago de Chile, berichtete am 18. Februar 1988: „1) Nachdem Außenminister von seinem Urlaub zurückgekehrt ist und Dienstgeschäfte wiederaufgenommen hat, habe ich ihm am 18.2. die staatsanwaltlichen Vernehmungsprotokolle Baar und Packmor übergeben. 2) Außenminister bestätigte zunächst den Eingang des Schreibens des Herrn Bundesministers vom 15. Januar, das er ebenfalls jetzt vorgefunden habe. Er entschuldigte sich, daß er noch nicht hierauf geantwortet habe. Grund sei, daß er sofort nach Rückkehr an Hand der Niederschriften der Ehepaare Baar und Packmor vom Jahre 1985, die ich ihm am 22. Dezember übergeben hatte, ein juristisches Gutachten in Auftrag gegeben habe. Er wollte das Ergebnis des Gutachtens und die Empfehlung, die er noch in diesem Monat erwartet, zunächst abwarten. 3) AM nahm die staatsanwaltlichen Vernehmungsprotokolle mit Befriedigung entgegen, die ich ihm mit einer offiziellen Note übereichte. Er sieht in den amtlichen Protokollen und der offiziellen Note den Ansatz für ein von amtlicher Stelle einzuleitendes offizielles Verfahren. 4) Im Gespräch wurden mehrere Möglichkeiten des weiteren Vorgehens erörtert, wobei prinzipielles Einverständnis darüber bestand, daß ein Prozeß in Chile eingeleitet werden müsse, unabhängig davon, ob auch in Deutschland gegen Schäfer ermittelt wird." Vgl. den Drahtbericht Nr. 63; Referat 330, Bd. 159191.

9 Am 26. Februar 1988 teilte Botschafter Kullack-Ublick, Santiago de Chile, mit: „Neben dem juristischen Gutachten hat AM inzwischen auch chilenischen Staatsrat mit Fall CD beschäftigt. Staatsrat wird am 1. März in Sondersitzung über dieses Thema verhandeln. AM erwartet konkrete Angaben, welches juristische Procedere zur Einleitung eines Gerichtsverfahrens erforderlich ist." Vgl. den Drahtbericht Nr. 80; Referat 330, Bd. 159191.

10 Die seit dem 19. September 1986 inhaftierte Beatriz Brinkmann wurde im September 1987 freigelassen. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 205.

Ein Schreiben des Leiters unserer MRK-Delegation Jäger an den Sonderberichterstatter der MRK zu Chile, Volio, sollten wir uns für den Fall vorbehalten, daß wider Erwarten in Chile nichts oder zu wenig geschieht.

Allenfalls könnte Herr Jäger in seiner Rede sagen: „Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland ist in den letzten Wochen durch die Behandlung chilenischer und deutscher Staatsangehöriger in der sog. ‚Colonia Dignidad' erneut stark bewegt worden. Ich appelliere an die chilenische Regierung, so rasch wie möglich die notwendigen Verfahren einzuleiten, um etwaige Menschenrechtsverletzungen einer rechtlichen Klärung zuzuführen."

3) Gegen die Erwähnung der 15 chilenischen Inhaftierten spricht[11] eine Reihe von Gründen:

– Es fehlt uns ein überzeugendes Petitum. Die Bitte um den raschen Abschluß der Strafverfahren rechtfertigt, insbesondere nach der Umwandlung eines Todesurteils in eine lebenslange Haftstrafe, nicht eine besondere Nennung in der Rede des deutschen Vertreters.
– Es ist nicht üblich, in solchen Reden Einzelfälle anzusprechen. Auch der jetzige Duktus der Jäger-Rede spricht dagegen.
– Der Kabinettsbeschluß, daß die gegenwärtige Lage keinen Entscheidungsbedarf für die Bundesregierung erfordert, gilt nach wie vor.

Die chilenische Regierung ist in der Frage der 15 besonders empfindlich. Sie hat den Eindruck, daß wir hier aus innenpolitischen Gründen Verfahren dramatisieren, in denen sie sich nach ihrer Überzeugung an rechtsstaatliche Verfahren hält und in denen Todesurteile bis jetzt vermieden wurden.

Die Aufnahme dieser Fälle in die Rede Jägers wäre in der jetzigen Phase der Prozesse nicht nur nicht zu rechtfertigen, sie würde auch menschenrechtspolitisch nichts einbringen.

Insbesondere würde es aber unsere Bemühungen stören, im Falle CD rasch ein Verfahren in Gang zu bringen, wenn in Santiago der Eindruck entstünde, nicht humanitäre Gründe, sondern der innenpolitisch motivierte Wunsch, Chile anzuprangern, würde unser Verhalten bestimmen.[12]

11 Korrigiert aus: „sprechen".

12 Mit Schreiben vom 7. März 1988 an Bundesminister Genscher teilte der chilenische Außenminister Garcia mit, daß er folgendes beschlossen habe: „4.1) Die erhobenen Anschuldigungen wegen Freiheitsberaubung und Verletzung des Briefgeheimnisses werden […] den Gerichten der Rechtspflege zur Kenntnis gebracht, obwohl die eingereichten Unterlagen nicht in erforderlichem Maße amtlich beglaubigt sind. 4.2) Was einen möglichen Vorwurf von Unregelmäßigkeiten bei der Einhaltung der Verpflichtungen im Bereiche der Arbeits-, Erziehungs- und Gesundheitsvorschriften betrifft, werden die entsprechenden Dienststellen und Körperschaften der öffentlichen Verwaltung um die diesbezügliche Berichterstattung ersucht werden." Ferner teilte Garcia zum Vorwurf, in der Colonia Dignidad hätten „Körperverletzungen oder unzüchtige Handlungen" stattgefunden, mit, „daß diese Vorwürfe die öffentlichen Behörden Chiles weder verpflichten noch ihnen eine Grundlage geben, das Tätigwerden der Gerichte der chilenischen Rechtspflege zu fordern. Aus den eingereichten Unterlagen ergibt sich nämlich, daß der Zeitabstand der Ereignisse zeigt, daß die strafbare Handlung verjährt ist oder die verstrichene Zeit den Beweis der Verletzungen oder den Beleg der unzüchtigen Handlung mit Hilfe der einschlägigen Fachgutachten wohl hemmt." Vgl. Referat 010, Bd. 178920.

4) Es wird vorgeschlagen, daß über das weitere Verfahren in der Frage Colonia Dignidad in absehbarer Zeit ein Gespräch in kleinem Kreise bei Ihnen stattfindet. Dg 23[13] hat mitgezeichnet.

Schlagintweit

Referat 010, Bd. 178920

72

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Jagow

331-323.60/3 VS-NfD **3. März 1988**[1]
Fernschreiben Nr. 2484 Plurez

San-José-IV-Konferenz der Zwölf/EG mit Zentralamerika/Contadorastaaten, Hamburg 29.2.–1.3.1988

1) Die vierte San-José-Konferenz ist in einem konstruktiven und freundschaftlichen Geist verlaufen. Das Klima der ZA-Teilnehmer untereinander hat sich seit dem letzten Treffen[2] deutlich verbessert. Der Wille, das Esquipulas-Abkommen[3] zum Erfolg zu bringen, ist allseits bekräftigt worden. Der Zusammenhang zwischen äußerem und innerem Frieden fand durch alle Reden hindurch Bestätigung. LA-Sprecher betonten in diesem Zusammenhang das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Das Projekt des ZA-Parlaments[4] fand als Forum des friedensfördernden Dialogs in ZA besondere Würdigung und wurde in seiner Bedeutung hervorgehoben durch Anwesenheit des VP von GUA[5] und einer Delegation des EP.

2) Das Thema Menschenrechte wurde wiederholt grundsätzlich angesprochen und war in abschließender Pressekonferenz Gegenstand von Fragen an ELS,

13 Hans-Peter Bazing.

1 Hat Ministerialdirigent von Schubert und Vortragendem Legationsrat von Stechow am 2. März 1988 zur Mitzeichnung vorgelegen.

2 Zum Treffen der Präsidenten Arias (Costa Rica), Azcona (Honduras), Cerezo (Guatemala), Duarte (El Salvador) und Ortega (Nicaragua) am 15./16. Januar 1988 in San José vgl. Dok. 53, Anm. 37.

3 Zu dem am 7. August 1987 von den Präsidenten Arias (Costa Rica), Azcona (Honduras), Cerezo (Guatemala), Duarte (El Salvador) und Ortega (Nicaragua) in Guatemala-Stadt unterzeichneten Abkommen („Esquipulas II") vgl. Dok. 53, Anm. 37.

4 Zum Vorschlag der Schaffung eines zentralamerikanischen Parlaments vgl. Dok. 53, Anm. 39. Referat 331 vermerkte am 24. Februar 1988: „Das Gründungsverfahren ist bereits sehr weit gediehen, jedoch noch nicht abgeschlossen. In Übereinstimmung mit dem in Esquipulas I beschlossenen Verfahren hat ein Vorbereitungsausschuß, dem die fünf Vizepräsidenten, die fünf Außenminister und Delegierte aus den fünf nationalen Parlamenten angehörten, den Gründungsvertrag ausgearbeitet. Der Gründungsvertrag wurde am 2.10.1987 in Guatemala von den fünf Präsidenten der ZA-Staaten unterzeichnet. Ratifiziert haben ihn bisher jedoch nur GUA und NIC. In den Ländern, die den Gründungsvertrag noch nicht ratifiziert haben, gibt es Kräfte, die von den Wahlen zum ZA-Parlament eher politische Nachteile als Gewinne erwarten und deswegen kein Interesse an der Ratifizierung haben." Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146590.

5 Roberto Carpio Nicolle.

HON und GUA (nicht an NIC). Protestkundgebungen in Hamburg am ersten Konferenztag blieben ohne Einfluß auf das Treffen.

3) Die Zwölf erneuerten ihre Zusage, bei der Umsetzung des Friedensabkommens mitzuwirken, wenn und soweit alle fünf ZA-Staaten darum bitten.

4) BM legte Gewicht auf die wirtschaftliche Seite der Zusammenarbeit: Nach europäischer Erfahrung seien politische Stabilität, wirtschaftliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit untrennbar verbunden. Handfestes Ergebnis für ZA war die Zusage der EG, in drei konkreten Gebieten zu helfen (Flüchtlinge, ZA-Parlament, Nahrungsmittel). EG erklärte grundsätzliche Bereitschaft, auch den mittelfristigen Entwicklungsplan für ZA[6] zu unterstützen. BM in Eröffnung: Wir werden an der Durchführung des Plans (ZA-Aktionsplan) konstruktiv mitwirken.[7] Hinzugefügt wurde das Erfordernis der Abstimmung mit anderen Gebern und mit VN-GS[8]. BM setzte Akzent auf die Langfristigkeit der Kooperation zwischen beiden Regionen.

Die sichtbar gewordenen Grenzen der europäischen Möglichkeiten haben das ZA-Interesse an Fortsetzung des Dialogs nicht gemindert.

5) Honduras lud zur nächsten San-José-Konferenz nach San Pedro Sula ein. Europäer nahmen die Einladung grundsätzlich an. Termin ist offen.[9]

6) Die Entwicklung in Panama[10] ist am Rande der Konferenz behandelt worden. Wir haben die Meinung der LA-Teilnehmer sondiert. Panama (Vize-AM Cabrera) hat am San-José-Treffen teilgenommen. Auf Empfehlung der LA-Seite blieb PAN jedoch dem anschließenden Treffen der Zwölf mit der „Gruppe der Acht“[11] fern. Wir haben während der Konferenz eine Zwölfer-Erklärung zu PAN abgestimmt, deren Veröffentlichung aber auf Drängen einiger Partner auf den Tag danach verschoben wurde.[12]

7) Die seit Luxemburg (1985)[13] festgeschriebene volle Teilnahme der Contadora-Staaten am politischen Dialog ist unverändert beibehalten worden. Im Vorfeld

6 Am 22. Januar 1988 beschlossen die Vizepräsidenten und Außenminister sowie weitere Fachminister von Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua in Guatemala-Stadt einen „Entwicklungsplan“ für Zentralamerika („Plan de accion inmediata“). Botschafter Nestroy, San José, berichtete am 17. Februar 1988: „Der Plan enthält folgende Kapitel: Nahrungsmittelhilfe; Sonderfonds zur Wirtschaftsbelebung; Sicherung der Energieversorgung; Auslandsverschuldung; Flüchtlingshilfe. Ein besonders umfangreiches Kapitel behandelt die Aktivierung des ZA-Integrationsprozesses.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 66; Unterabteilung 33, Bd. 146590.

7 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher zur Eröffnung der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe (San José IV) am 29. Februar 1988 in Hamburg vgl. BULLETIN 1988, S. 253–255.

8 Pérez de Cuéllar.

9 Die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe (San José V) fand am 27./28. Februar 1989 in San Pedro Sula statt.

10 Zur innenpolitischen Entwicklung in Panama vgl. Dok. 61, Anm. 19.

11 Zum Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und der EG-Kommission mit den Außenministern der „Rio-Gruppe“ am 1. März 1988 in Hamburg vgl. Dok. 73.

12 Für den Wortlaut der Erklärung der EG-Mitgliedstaaten vom 2. März 1988 zu Panama vgl. BULLETIN DER EG 3/1988, S. 118.

13 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 11./12. November 1985 in Luxemburg (San José II) vgl. Dok. 61, Anm. 33.

bedurfte es bei einigen ZA-Staaten europäischer Überzeugungsarbeit, um Versuchen der Relativierung dieser Beteiligung entgegenzuwirken, die die bereits angereisten C-Staaten in eine für uns als Gastgeber unannehmbare Lage gebracht hätten.

8) Wertung

Wir können San José IV als Erfolg buchen. Störfaktoren konnten im Vorfeld abgefangen werden. Zu beiden Konferenztexten – Politische Erklärung und Wirtschaftskommuniqué[14] – gelang vollständige Abstimmung bereits in der Vorkonferenz.[15]

Unsere Anstrengungen als Gastgeber sind anerkannt worden. Zentralamerikaner und Contadora-Staaten würdigten die persönliche Rolle des BM als Initiator des Dialogs der Regionen. Unser Ziel, ermutigend auf den Friedensprozeß in ZA einzuwirken, ist erreicht. Daß die wirtschaftliche Untermauerung hinter hochgespannten ZA-Erwartungen zurückbleiben mußte, hat dieses Ergebnis nicht beeinträchtigt. ZA-Teilnehmer haben verstanden, daß der EG die grundsätzliche Zusage der Unterstützung des ZA-Aktionsplans keineswegs leicht gefallen ist und deshalb einen großen Fortschritt bedeutet.

Die Konferenz hat bestätigt, daß Europa mit einer Politik der Zusammenarbeit mit anderen Regionen der Welt auf dem richtigen Weg ist: Der San-José-Prozeß ist ein Beispiel dafür, wie Regionen zum beiderseitigen Vorteil zusammenarbeiten können. BM in der PK am 1.3.: „Er ist auch ein Beispiel dafür, wie die EG mit Friedensbemühungen und durch – politische wie wirtschaftliche – Unterstützung von Friedensinitiativen aus der Region zur Befriedung von Konflikten in anderen Teilen der Welt beitragen kann." Wie bereits frühere San-José-Konferenzen hat das Treffen in Hamburg erneut die politische Kraft des europäischen Beispiels bewiesen.

Mit San José IV haben wir in unserer Präsidentschaft im Verhältnis zu Lateinamerika einen kräftigen Akzent gesetzt.

Jagow[16]

Unterabteilung 33, Bd. 146591

14 Für den Wortlaut des Gemeinsamen Wirtschaftskommuniqués der Europäischen Gemeinschaften und der Partnerländer des Generalvertrags über die Zentralamerikanische Wirtschaftsintegration sowie Panamas bzw. der Gemeinsamen Politischen Erklärung der Hamburger Ministerkonferenz über den politischen Dialog und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten, den Ländern Mittelamerikas und der Contadora-Gruppe vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 222–231.

15 Die Vorkonferenz von Vertretern der EG-Mitgliedstaaten mit den zentralamerikanischen und den Contadora-Staaten fand am 26. bis 28. Februar 1988 statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1 des Ministerialdirigenten Trumpf, z. Z. Hamburg, vom 29. Februar 1988; Unterabteilung 33, Bd. 146590.

16 Paraphe vom 3. März 1988.

73

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Stoecker

012-312.74 VS-NfD **3. März 1988**[1]
Fernschreiben Nr. 30 Ortex **Aufgabe: 4. März 1988**

Betr.: Zum Treffen der Außenminister der Mitgliedstaaten und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften mit den Außenministern der lateinamerikanischen „Gruppe der Acht“ in Hamburg am 1.3.1988

1) Im Anschluß an die San-José-IV-Konferenz[2] fand am 1.3.1988 in Hamburg ein Außenministertreffen der Zwölf mit der „Gruppe der Acht“ statt. Die „Gruppe der Acht“ (auch „Rio-Gruppe“) hatte sich im Dezember 1986 bei einem AM-Treffen in Rio de Janeiro aus den Staaten der Contadora-Gruppe (KOL, MEX, PAN, VEN) und der Unterstützergruppe (ARG, BRA, PER, URU) als informelle Konsultationsgruppierung gebildet.[3] Ende November 1987 fand das erste Gipfeltreffen der „Gruppe der Acht“ in Acapulco statt. Dort wurde auch das „Bekenntnis von Acapulco zu Frieden, Entwicklung und Demokratie“[4] verabschiedet, das die Grundzüge der gemeinsamen politischen Auffassungen der „Acht“ darlegt.

Die AM der Zwölf trafen sich zum ersten Mal mit den AM der „Acht“ am 23.9.1987 am Rande der VN-Generalversammlung in New York.[5]

2) Das zweite Treffen der Zwölf mit der „Gruppe der Acht“ (AM Panama[6] nahm nicht teil, da Panama bereits bei der Vorkonferenz der „Acht“ in Cartagena (26.2. 1988) suspendiert wurde[7]) fand auf Vorschlag der Acht statt. In Anlehnung an die

1 Der Runderlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Roesch konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heubaum am 3. März 1988 vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Schlagintweit vorgelegen.

2 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe (San José IV) am 29. Februar und 1. März 1988 in Hamburg vgl. Dok. 72.

3 Am 17./18. Dezember 1986 trafen in Rio de Janeiro die Außenminister Alberto (Venezuela), Caputo (Argentinien), Costa (Brasilien), Iglesias (Uruguay), Londoño (Kolumbien), Sepúlveda (Mexiko) und Wagner (Peru) zusammen. Botschafter Gorenflos, Brasilia, berichtete am 19. Dezember 1986, daß die Teilnehmer neben einem Kommuniqué eine von der Contadora- und der Unterstützergruppe unabhängige Erklärung verabschiedet hätten: „Ausgehend von den Erfahrungen der gemeinsamen Aktion der Contadora- und der Unterstützungsgruppe wollen die acht Staaten ihre politische Abstimmung durch regelmäßige Konsultationen systematisieren. […] Der ‚Konsultationsmechanismus‘ bestehe aus drei jährlichen Treffen (angestrebt wird die Ebene der Außenminister).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 897; Unterabteilung 33, Bd. 146556.

4 Vom 27. bis 29. November 1987 trafen sich in Acapulco die Präsidenten Alfonsín (Argentinien), Barco (Kolumbien), Delvalle (Panama), García (Peru), Lusinchi (Venezuela), de la Madrid (Mexiko), Sanguinetti (Uruguay) und Sarney (Brasilien) und verabschiedeten die „Verpflichtung zu Frieden, Entwicklung und Demokratie von Acapulco“. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D. 83–85 (Auszug).

5 Bei dem Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern acht lateinamerikanischer Staaten am 23. September 1987 in New York wurden die Umsetzung des Friedensabkommens für Mittelamerika vom 7. August 1987 (Esquipulas II), ferner die Wirtschaftslage in Lateinamerika, insbesondere die Ursachen der Verschuldung und Möglichkeiten zu ihrer Verminderung, behandelt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 32 des Ministerialdirektors Schlagintweit, z. Z. New York, vom 24. September 1987; Referat 230, Bd. 142150.

6 Jorge Abadía Arias.

7 Die Außenminister Abadía (Panama), Caputo (Argentinien), Costa (Brasilien), Iglesias (Uruguay), Londoño (Kolumbien), Nava (Venezuela), Sepúlveda (Mexiko) und Wagner (Peru) trafen sich vom

Formel des ersten Treffens in New York handelte es sich um einen informellen Meinungsaustausch ohne feste Tagesordnung und ohne Schlußkommuniqué.

3) Von lateinamerikanischer Seite wurden vor allem folgende politische Aspekte des Treffens hervorgehoben:

– Treffen von zwei Kontinenten,
– Fortsetzung des Nord-Süd-Dialogs,
– Dialog von Demokratien.

Der sehr lebendig geführte Dialog orientierte sich an einer Reihe von Themen, für die die lateinamerikanischen Staaten vorher ihr Interesse angemeldet hatten: Perspektive des Ost-West-Dialogs, wirtschaftliche Koordination der IL insbesondere im Hinblick auf Toronto-Wirtschaftsgipfel[8], Ergebnisse des Sonderrats in Brüssel vom 11.–13.2.1988[9], Ergebnisse des Acapulco-Gipfels der Acht, wirtschaftliche Perspektive der lateinamerikanischen Region, insbesondere Verschuldungsfrage, Welthandelsfragen unter besonderer Berücksichtigung der Uruguay-Runde[10].

4) Wirtschaftspolitische Fragen, insbesondere die politischen Auswirkungen der Verschuldung LA, die Probleme des Welthandels, Fragen der Auslandsinvestitionen und die Vorbereitungen auf den Weltwirtschaftsgipfel in Toronto dominierten die erste Hälfte des Gesprächs. LA Gesprächspartner stellten Gefährdung junger Demokratien durch Wirtschaftsproblem heraus. Die Präsidentschaft[11] erläuterte die Außenwirkungen des EG-Sondergipfels vom 11.–13. März, die vor allem aus zwei Gründen für die LA-Länder positive Auswirkungen haben können, falls sie die Chance nutzten:

– Gemeinsamer Binnenmarkt (bis 1992 verwirklicht) aktiviere große Wachstumsreserve.
– Beschlüsse zur Reduzierung der Überschußproduktion bedeuten Entlastung des Weltagrarmarktes und dadurch Verbesserung der Marktposition der LA-Staaten.

UK erläuterte Vorbereitungen zum Wirtschaftsgipfel in Toronto, die Kommission nahm zu den Aspekten des Handels Stellung. In das Thema hatte Peru eingeführt.

5) Mexiko berichtet über das Acapulco-Treffen der Acht (26.–28.11.1987). Mex. AM[12] hob die Bedeutung der politischen Abstimmung zwischen den LA Demo-

Fortsetzung Fußnote von Seite 424

24. bis 26. Februar 1988 in Cartagena. Botschafter Schlaich, Bogota, berichtete am 27. Februar 1988, daß die Teilnehmer am Vortag ohne Panama eine Erklärung verabschiedet hätten, deren Bestandteile im wesentlichen lauteten: „1) Keine Beurteilung der Ursachen noch der Tatsachen, die zur derzeitigen politischen Situation in Panama geführt haben. 2) Gemäß den Aussagen des Kompromisses von Acapulco ist es ein Grundprinzip für die Zugehörigkeit zu dessen politischem Mechanismus der Beratungen und Aussprachen […], daß in den Mitgliedstaaten die demokratischen Einrichtungen voll in Kraft sein müssen. 3) Dieses Prinzip wird durch die derzeitige politische Lage in Panama berührt. 4) Deshalb dürfen die gegenwärtigen Inhaber der Regierung von Panama […] an den Aktivitäten des genannten Mechanismus solange nicht teilnehmen, bis eine neue Bewertung der Umstände dieses erlaubt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 82; Unterabteilung 33, Bd. 146590.

8 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 19. bis 21. Juni 1988 in Toronto vgl. Dok. 181–184.

9 Zur außerordentlichen Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel vgl. Dok. 59.

10 Zur Uruguay-Runde des GATT vgl. Dok. 25, Anm. 18.

11 Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

12 Bernardo Sepúlveda Amor.

kratien hervor und die Bedeutung, die das Acapulco-Treffen im Hinblick auf die Strukturalisierung dieser Abstimmung auf Staatschefsebene gehabt habe.

Der Bedeutung des Konzepts der „regionalen Sicherheit" widmete er weitere Ausführungen. Es sei zu einer anerkannten Grundlage der Abstimmung unter den LA-Staaten geworden und beinhalte nicht nur strategische, sondern auch soziale und wirtschaftliche Aspekte. Die „Gruppe der Acht" strebe eine gemeinsame Haltung zu diesen Fragen an. Mex. AM unterstrich die Bedeutung des Überprüfungssystems für ZA und die Bereitschaft der Acht, beim wirtschaftlichen Aufbau in ZA zu helfen, wie es in Acapulco vorgeschlagen worden sei.

6) NL AM[13] gab einen Überblick über die politische Entwicklung des Ost-West-Dialogs. Er zeichnete die Verständigungsmöglichkeiten auf, die sich zwischen Ost und West ergeben und die durch das jüngste INF-Abkommen einen positiven Schub erhalten hätten. Lateinamerikanische AM teilten im wesentlichen diese positive Einschätzung, wobei allerdings lateinamerikanische Befürchtungen (z. B. Argentinien), daß regionale Konflikte von der Verbesserung der Beziehungen zwischen den Supermächten unberührt bleiben könnten, zutage traten.

7) Präsidentschaft schlug Fortsetzung des Dialogs am Rande der 43. GV der VN in New York[14] vor. Nächste Präsidentschaft (GRI) wurde gebeten, Vorbereitung des Treffens zu übernehmen. Kolumbien nahm im Namen der „Gruppe der Acht" den Vorschlag an. Griechischer AM[15] erklärte sich im Namen seiner Regierung bereit, nächstes Treffen auszurichten.

Spanien schlug Ausweitung des Themenkreises für das nächste Gespräch vor. Es sollten folgende Themen zusätzlich behandelt werden: Menschliche Ressourcen, Bildung, Kultur sowie die weltpolitischen Probleme Mittlerer Osten, Apartheid, Afghanistan.

Stoecker[16]

Ref. 012, Bd. 134238

13 Hans van den Broek.
14 Die VN-Generalversammlung wurde am 20. September 1988 eröffnet.
15 Karolus Papoulias.
16 Paraphe vom 4. März 1988.

74

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats von Stechow

411-420.30 TUR VS-NfD **3. März 1988**

Betr.: Beziehungen EG–Türkei

1) Am Rande der San-José-IV-Konferenz in Hamburg am 1.–2.3.[1] sowie des NATO-Gipfels in Brüssel am 2.3.[2] führten der Bundeskanzler, Bundesminister Genscher und Frau Staatsministerin Adam-Schwaetzer Gespräche über die Beziehungen EG–Türkei mit dem türkischen Premierminister Özal (Bundeskanzler in Brüssel am 2.3.[3], Bundesminister und EG-Kommissar Cheysson in Brüssel am 2.3. sowie Bundesminister und StM'in Adam-Schwaetzer in Hamburg am 29.2.). Es erfolgt zur dortigen Unterrichtung wesentlicher Gesprächsinhalt.

2) Im ca. einstündigen Gespräch Bundesministers sowie EG-Kommissars Cheysson mit türkischem Premierminister erläuterte Bundesminister Stand der Vorbereitungen des für den 25./26. April geplanten Assoziationsrates EG–Türkei. Über Vorstellungen zur Tagesordnung herrsche im wesentlichen Einvernehmen, beide Seiten wünschten einen erfolgreichen Verlauf des Assoziationsrates.[4]

PM Özal sprach Frage der finanziellen Zusammenarbeit zwischen EG und Türkei an und verwies auf Schwierigkeiten beim 4. Finanzprotokoll (600 Mio. ECU).[5]

1 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe (San José IV) am 29. Februar und 1. März 1988 vgl. Dok. 72.

2 Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 2./3. März 1988 in Brüssel vgl. Dok. 75.

3 Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Özal trafen sich nach Abschluß der Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 3. März 1988 in Brüssel.

4 Referat 411 vermerkte am 22. Januar 1988: „1) Am 15.1.1988 übergab der türkische Botschafter in Brüssel ein Schreiben, in welchem die Türkei um Einberufung des Assoziationsrats auf Ministerebene im März oder April d. Js. bittet. Wir haben im AStV am 21.1. angekündigt, daß wir die Absicht haben, den Assoziationsrat EWG–Türkei am 25.4. am Rande des Allgemeinen Rates einzuberufen. 2) Die Politik der Bundesregierung richtet sich seit Anfang 1986, nachdem die Türkei ernsthafte Anstrengungen zur Wiedereinführung demokratischer Verhältnisse im Lande unternommen hat, auf eine Normalisierung der Beziehungen EG–Türkei. Es gelang, im Verlauf des Frühjahrs 1986 die meisten MS im Rat von der Nützlichkeit der Wiederbelebung der Beziehungen zu überzeugen. Deswegen wurde der Assoziationsrat EG–Türkei auf Ministerebene nach über fünfjähriger Pause erstmals wieder am 16.9.1986 einberufen. GR wollte der von der Präsidentschaft vorbereiteten Erklärung damals nicht zustimmen, so daß die (GB) Präsidentschaft die Erklärung ‚im Namen der Präsidentschaft' abgeben mußte. Zu substantiellen Vereinbarungen ist es auf dem Assoziationsrat nicht gekommen. 3) Am 14.4.87 hat die Türkei Anträge auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften gestellt. Sie hat die Anträge u. a. damit begründet, daß die Assoziation zwischen EWG und Türkei nicht mehr in der Lage sei, die für die Türkei wichtigste Perspektive der Assoziation, nämlich den Beitritt, zu ermöglichen. Nach Auffassung der Bundesregierung und wohl auch der meisten EG-MS ist der Beitrittsantrag unabhängig von der Assoziation zu prüfen." Vgl. Referat 206 (203), Bd. 151050.

5 Referat 411 hielt am 24. Februar 1988 fest: „Bei der Behandlung des 4. Finanzprotokolls (600 M[illionen]ECU), das nicht in Kraft getreten ist, werden auf dem Assoziationsrat kaum Fortschritte zu erreichen sein. Die Kommission wird das Finanzprotokoll erst dann dem Rat vorlegen, wenn sie sicher ist, daß die erforderliche Zustimmung durch das EP mit der absoluten Mehrheit der Mitglieder erfolgt. Die Kommission schätzt die Gefahr einer Zurückweisung […] derzeit für sehr hoch ein und argumen-

Bundesminister betonte unsere Unterstützung für die Deblockierung der Finanzhilfe. Initiative läge bei der Kommission.

Kommissar Cheysson erläuterte Maßnahmen der Normalisierung und Wiederbelebung der Beziehungen EG–Türkei in der Assoziation in finanziellem Bereich. Er verwies auf die Deblockierung erster Finanztranchen in Höhe 10 Mio. ECU für 1987 und geplante weitere 19 Mio. ECU für 1988 aus Restmitteln. Das 4. Finanzprotokoll sei problematisch. Gelöst sei die Frage der zeitlichen Angleichung und Laufzeit des inzwischen abgelaufenen Protokolls. Eine Vorlage an den Rat durch die Kommission, die das Initiativrecht habe, könne erst nach Zustimmung durch das Europäische Parlament erfolgen. Hierzu sei absolute Mehrheit der Mitglieder von 260 Stimmen erforderlich. Eine kleine Minderheit im EP sei wegen der oft nur schwachen Präsenz der Abgeordneten bereits in der Lage, die Annahme der Finanzprotokolle zu verhindern. Auf Bitten des Bundesministers erläuterte Cheysson die politischen Schwierigkeiten, die es noch im Bereich der Beziehung EP–Türkei gäbe. Es müsse behutsam vorgegangen werden.

Özal betonte türkische Anstrengungen auf Vorbereitung zum EG-Beitritt der Türkei.[6] Es sei hierfür ein Europaministerium (Minister Bozer) geschaffen worden, die Universitäten Ankara und Marmara hätten Institute und Kurse zur Einführung in die Gesetzgebung der Gemeinschaft errichtet, Ministerialbeamte würden dort im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit Europa ausgebildet. Insbesondere die Industrie und die türkische Wirtschaft wollten Kooperation und den Beitritt der Türkei zur EG. Özal erläuterte anschließend die großen Anstrengungen, die die Türkei in den letzten fünf Jahren in der Ausrichtung auf eine freie Marktwirtschaft unternommen habe. Dies sei sehr schwierig gewesen, die Türkei sei vorher ein Land mit einer hohen planwirtschaftlichen Komponente gewesen, Zollbarrieren hätten für den Innenschutz gesorgt, Wechselkursbestimmungen, schlechte Konvertibilität der türkischen Währung hätten stärkere multilaterale Verflechtung seines Landes in die Weltwirtschaft behindert. Der von Özal eingeleitete Strukturwandel habe einen fünffachen Anstieg der Exporte der Türkei herbeigeführt. Nunmehr seien 80 % der Exporte Industriewaren. Darunter besonders Textilien und Stahl. Gerade am Beispiel des Stahls werde die hohe Wettbewerbsfähigkeit der Türkei deutlich. Während z. B. im Ruhrgebiet eine große Krise herrsche, hätte die Türkei ihre Exporte im Stahlsektor ausgedehnt. Jetzt exportiere die Türkei sogar Stahl nach Japan, früher sei er von dort importiert worden. Dies zeige die Rolle der Türkei bei der Arbeitsteilung, die für das zukünftige Europa nötig sei.

Kommissar Cheysson verwies darauf, daß letzteres Beispiel auf die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft abschreckend wirken müsse.

Özal betonte den hohen Grad der Verflechtung des Handels der Türkei mit der Gemeinschaft. 60–65 % des Handels würden nunmehr mit der EG abgewickelt. Die Lohnkosten in der Türkei seien niedrig, es bestünden reizvolle Möglichkeiten für Investitionen der Mitgliedstaaten, z. B. im Bereich des Tourismus seien Jointventures möglich. Alle diese Gründe sprächen für einen Beitritt der Türkei, das

Fortsetzung Fußnote von Seite 427

tiert, daß, wenn das EP in dieser Frage erst einmal negativ festgelegt ist, die Deblockierung des Finanzprotokolls auf längere Zeit nicht mehr erfolgen wird." Vgl. Referat 411, Bd. 144912.

6 Die Türkei stellte am 14. April 1987 einen Antrag auf EG-Beitritt. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 93 und Dok. 136, sowie AAPD 1987, II, Dok. 218.

Problem der Wanderung der Arbeitskräfte würde bereits lange davor, seiner Meinung nach, gelöst sein. Der Lebensstandard in der Türkei werde steigen, sich vielleicht in den nächsten 30–40 Jahren an den der Gemeinschaft anpassen.

Auf Frage des Bundesministers führte Özal aus, er schätze die Bevölkerungsentwicklung nach derzeitigen Angaben auf etwa 76 Mio. Einwohner bis zum Ende des Jahrhunderts. Die Türkei habe große Ressourcen, Arbeitskräfte, das Bildungsniveau steige ständig, es gäbe kaum noch Analphabeten.

Ein großes Problem seien, laut Özal, Beziehungen zum Europäischen Parlament. Eine Zusammenarbeit vor allem mit den linken Fraktionen, er nannte Kommunisten und andere Extreme, sei kaum möglich. Diese würden immer wieder neue Gründe finden, um die Türkei anzuklagen. Zuerst sei die Militärherrschaft vorgebracht worden, dann nach Einführung freier Wahlen und einer demokratischen Regierung seien andere Gründe gefunden worden. Dieses sei eine sicherlich noch lange anhaltende Schwierigkeit, die das Verhältnis zur Türkei belaste.

Der Bundesminister und Kommissar Cheysson betonten die Notwendigkeit, die Beziehungen zwischen Türkei und EP zu verbessern. Hierzu bedürfe es vor allem großer Anstrengungen seitens der Türkei.

Cheysson meinte, die derzeit laufenden Beratungen im wirtschaftlichen und politischen Komitee des Europäischen Parlaments würden voraussichtlich zu einer Befürwortung der Wiedereinsetzung der gemischten Parlamentariergruppe Europäisches Parlament–große türkische Nationalversammlung im Laufe des Jahres (vielleicht schon im Sommer) führen. Staatsminister Bozer verwies auf den für die Türkei ungünstigen Bericht des Abgeordneten Walter.[7] Es sei notwendig und wünschenswert, mit Walter zu sprechen. Türkei würde dies gerne tun, Walter habe sich aber geweigert, in die Türkei zu reisen. BM versprach, Kontakte mit Walter aufzunehmen.

Der Bundesminister erkundigte sich nach der Bewertung von Özal über Davos.[8] Özal sagte, der Dialog sei jetzt zwar in Gang gekommen, jedoch noch nicht auf

7 Am 16. Februar 1988 legte der Abgeordnete des Europäischen Parlaments Walter (SPD) den Entwurf eines Berichts und eines Entschließungsantrags über die Wiederbelebung der Assoziation EG–Türkei vor. Vgl. dazu Referat 206 (203), Bd. 151050.
Gesandter Heinichen, Brüssel (EG), stellte am 28. März 1988 fest: „Kritische, aber zugleich aufgeschlossene Grundtendenz Entschließungsentwurfs von SPD-MdEP Walter zur Wiederbelebung Assoziation EWG–TUR dürfte Stimmung Politischen Ausschusses insgesamt treffen. Entwurf befürwortet interparlamentarische Gespräche EP–TUR zur Wiedereinsetzung gemischten parlamentarischen Ausschusses. Zugleich fordert er von TUR-Regierung Erfüllung Assoziierungsabkommens sowie Fortschritte in den Bereichen Demokratisierung und Menschenrechte.“ Heinichen kam zu der Bewertung: „Unter Berücksichtigung stark divergierender Standpunkte im EP ist dem Berichterstatter ein sehr sachlicher und konstruktiver Text gelungen. Inwieweit er vom Gesamtausschuß und EP-Plenum mitgetragen wird, müssen Anzahl und Tendenz der Änderungsanträge sowie die Stimmenverhältnisse bei deren Behandlung erweisen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 920; Referat 206 (203), Bd. 151050.

8 Die Ministerpräsidenten Özal und Papandreou trafen am 30./31. Januar 1988 am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos zusammen und unterzeichneten eine „Erklärung von Davos“. Referat 203 vermerkte am 19. Februar 1988, daß vereinbart worden sei: „Die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Prüfung von Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Handels, Tourismus, Kulturaustauschs und der Kommunikation sowie die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Feststellung der bilateralen Problembereiche und Erarbeitung von Möglichkeiten für eine Annäherung und dauerhafte Lösungen. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe sollen unmittelbar beiden Regierungschefs vorgelegt werden. Verstärkte Kontakte zwischen zivilen und militärischen Stellen, Medienvertretern und Geschäftsleuten sowie die Einrichtung eines Unternehmerrates oder einer gemeinsamen Industrie- und Handelskammer; (mindestens) jährliche Begegnungen und gegenseitige Besuche im anderen Land

dem Gebiet der Beziehungen EG–Türkei. Zuerst sei es ihm darum gegangen, einen Mechanismus zu bilateralen Gesprächen zu schaffen. Es habe im bilateralen Verhältnis große Schwierigkeiten in den letzten 35 Jahren gegeben. Es gäbe noch viele Falken in beiden Ländern. Die Presse, die Schulbücher und viele andere Probleme belasteten das bilaterale Verhältnis zwischen Griechenland und der Türkei. Dies alles zu lösen werde lange dauern. Es ginge darum, durch ständige Gespräche Vertrauen aufzubauen. Dies könne nicht sofort erfolgen, denn es gäbe zu viele grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten. Die beiden errichteten Ausschüsse für die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen sowie für die politischen Beziehungen müßten die einzelnen Problembereiche behutsam erörtern. Aber auch andere Kontakte kämen nunmehr in Gang. Es gäbe Kontakte der Vereinigten Handelskammern, der Banken, der Versicherungen usw. Diese Kreise würden zu einer Verständigung beitragen. Er plane nun auch bilaterale Militärkontakte, am besten in Form eines Ausschusses. Dieses Thema wolle er in seinem Gespräch am 3.3. mit dem griechischen Premierminister am Rande des NATO-Gipfels aufnehmen.[9] Eine weitere Normalisierung werde sicher durch den von ihm geplanten Besuch in Griechenland im Juni des Jahres erreicht werden.[10] Die eigentliche Schwierigkeit im Dialog mit Griechenland läge darin, daß griechische Haltung sehr unflexibel sei.

Der Bundesminister erklärte, auch wir hätten die Absicht, mit Griechenland zu sprechen. Dies sei in unserer Eigenschaft als Präsidentschaft notwendig, um einen guten und reibungslosen Ablauf des Assoziationsrates zu erreichen.

Kommissar Cheysson erkundigte sich noch nach Özals Iran-Besuch.[11]

Özal führte zu der Beziehung Türkei–Iran aus, die Türkei sei schon immer ein offenes Fenster zu Iran und Irak gewesen. Sie habe zu beiden Ländern gute Kontakte. Nur die Beziehungen zu Syrien seien nicht sehr gut gewesen. Um dies zu ändern, habe er sich letztes Jahr zu seiner Reise nach Damaskus entschlossen.[12] Er sei in der Lage gewesen, gute Beziehungen herzustellen. Dies habe er vor allem durch wirtschaftliche Angebote erreicht. Er habe den Kauf von Gas aus Syrien sowie Stromlieferungen nach Syrien vereinbart. Das gleiche gelte für die Entwicklung von gemeinsamen Bewässerungsprojekten. Özal erläuterte die Bewässerungsprojekte in Mesopotamien.

Bundesminister führte aus, politischer Dialog mit der Türkei sei von Interesse für die EG. Traditionelles Abendessen vor dem Assoziationsrat am 25.4. sei hier-

Fortsetzung Fußnote von Seite 429
auf Regierungschefebene; die Einrichtung einer direkten Telefonverbindung zwischen beiden Ministerpräsidenten; verstärkte Kontaktaufnahme zwischen den Botschaftern in internationalen Organisationen." Vgl. Referat 206 (203), Bd. 151034.

9 Die Ministerpräsidenten Özal und Papandreou führten am 3./4. März 1988 in Brüssel Gespräche über die Verbesserung der bilateralen Beziehungen. Botschaftsrat I. Klasse Repges, Brüssel, informierte am 7. März 1988, daß dabei über türkische Militärflüge in griechischem Hoheitsgebiet, eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit und das Schicksal der im Zypern-Krieg vermißten Personen gesprochen worden sei. Griechenland habe sich bereit erklärt, „die Zusatzprotokolle zum Assoziationsvertrag nicht weiter blockieren, sondern innerhalb der nächsten zwei Monate unterzeichnen" zu wollen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 163; Referat 411, Bd. 144912.

10 Ministerpräsident Özal hielt sich vom 13. bis 15. Juni 1988 in Griechenland auf.

11 Ministerpräsident Özal besuchte den Iran vom 28. Februar bis 1. März 1988.

12 Ministerpräsident Özal reiste vom 15. bis 17. Juli 1988 nach Syrien.

für geeignet. Die von Özal genannten, aber z. B. auch das Nahost-Thema könnten Themen beim Abendessen sein.

Özal betonte die Stellung der Türkei als einziges säkularisiertes islamisches Land. Türkei habe gute Beziehungen zu allen Nachbarn. Seine Ansätze zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme seien auch für die islamischen Nachbarländer interessant. Die Angst vor dem Fundamentalismus präge oft das Verhalten westlicher Staaten. Hier könne die Türkei helfen.

3) Die mehrstündigen Gespräche in Hamburg (29.2.) mit dem türkischen Minister für Europafragen, Ali Bozer, (BM–Bozer: Höflichkeitsbesuch) und StM'in Frau Adam-Schwaetzer befaßten sich vor allem mit Einzelfragen der Vorbereitung des Assoziationsrates EG–Türkei auf Ministerebene am 25./26. April dieses Jahres unter deutscher Präsidentschaft. Dabei wurde über die meisten Fragen Verständigung erzielt. Als Tagesordnungspunkte wurden, vorbehaltlich der Zustimmung der Mitgliedstaaten, die Zollunion und damit verbundene Fragen zwischen EG und Türkei, die Freizügigkeit und die finanzielle Zusammenarbeit in Aussicht genommen. Zwar ist nicht zu erwarten, daß es zu übereinstimmenden Aussagen in den einzelnen Bereichen der Tagesordnung kommt, hierzu fehlt es an den erforderlichen Voraussetzungen, jedoch kann Übereinstimmung hinsichtlich der weiteren Behandlung dieser Themen angestrebt werden. Die gemeinschaftsinternen Diskussionen im Rat werden in diesen Tagen aufgenommen, am 12.4. tritt dann der Assoziationsausschuß EG–Türkei zur Vorbereitung des Assoziationsrates zusammen. Ob eine Gemeinschaftsposition zustande kommt – beim letzten Assoziationsrat war dies wegen griechischen Widerspruches nicht der Fall[13] – ist noch offen. Griechenland hat auch diesmal darauf hingewiesen, daß ein Assoziationsrat wegen der unzureichenden Fortschritte in der Assoziation nicht sinnvoll sei. Wir beabsichtigen dennoch, um unser Interesse an einer Normalisierung und Entwicklung der Beziehungen zur Türkei im Bereich der Assoziation zu bekunden, im Rahmen unserer Möglichkeiten auf eine reibungslose Vorbereitung hinzuwirken. Dies muß behutsam und unter Beachtung der bestehenden Empfindlichkeiten, besonders im Verhältnis Griechenland–Türkei, geschehen. Der Bundesminister beabsichtigt, bei seiner bevorstehenden Reise nach Griechenland[14] über diese Fragen auch mit Griechenland Gespräche zu führen.[15]

13 Auf Beschluß des EG-Ministerrats vom 16. Juni 1986 tagte der Assoziationsrat EG–Türkei am 16. September 1986 in Brüssel. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 180.

14 Bundesminister Genscher hielt sich vom 27. bis 29. März 1988 in Griechenland auf. Für das Gespräch mit Ministerpräsident Papandreou am 28. März 1988 vgl. Dok. 98.

15 Zur EG-Ministerratstagung am 25./26. April 1988 in Brüssel und zur anschließenden Sitzung des Assoziationsrats EG–Türkei berichtete Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), am 26. April 1988: „Im AM-Rat war es zunächst zwar gelungen, sich auf eine gemeinsame Haltung aller MS zu einigen, so daß GR seinen Generalvorbehalt aufhob. Der für den gleichen Tag vorgesehene Assoziationsrat mußte jedoch verschoben werden, weil türk[ische] Delegation unter diesen Bedingungen keinen Wert auf die Durchführung dieser Tagung legte. Streitpunkt war – wie vorauszusehen – die Zypernfrage. Die Art und Weise, wie sie in der Gemeinschaftsposition zum Ausdruck kam, war für Türkei, mit der der reibungslose Ablauf des Treffens wie üblich abgestimmt wurde, nicht annehmbar. BM Genscher und mehrere MS versuchten daraufhin im Rat, durch Neuformulierungen die bestehende Diskrepanz zu überbrücken, jedoch war GR, nachdem sein Ergänzungsvorschlag vom Rat angenommen war, nicht bereit, auch nur ein Jota daran zu ändern. BM Genscher vereinbarte daraufhin mit Türkei die Vertagung des Assoziationsrates. Ein neuer Termin muß nunmehr gesucht werden. BM betonte, daß von einem Scheitern nicht gesprochen werden könne. Darüber hinaus führten die Minister ihr ‚poli-

Die Beitrittsfrage hat bei den Gesprächen nur eine Rolle am Rande gespielt. Sie wurde sowohl von Özal wie auch von Minister Bozer angesprochen, jedoch gab es keine hervorgehobenen Versuche, uns in dieser Frage jetzt schon zu einer Meinungsäußerung zu veranlassen.

Minister Bozer erwähnte negative Berichterstattung in der Türkei zur Rolle der Bundesrepublik bei der Beitrittsfrage.[16] Er betonte, eine solche Berichterstattung könne der Sache nicht nützlich sein, die Türkei werde das ihr mögliche tun, sie zu unterbinden. Die guten und freundschaftlichen Beziehungen im bilateralen Verhältnis ließen eine solche Berichterstattung nicht zu.

[gez.] Stechow

Referat 201, Bd. 143366

75

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 356
Citissime

Aufgabe: 3. März 1988, 19.50 Uhr[1]
Ankunft: 3. März 1988, 20.15 Uhr

Betr.: NATO-Gipfel 2./3.3.1988

Zur Unterrichtung

1) Gipfel, an dem sämtliche Staats- und Regierungschefs sowie Außenminister Allianz teilnahmen (nur erkrankter AM KAN[2] wurde – durch VM Beatty – vertreten), bekräftigte eindrucksvoll enge Solidarität Partner in Zeit wichtiger neuer Entwicklungen in SU und im West-Ost-Verhältnis (INF-Abkommen, weitere Rüstungskontrollperspektiven, WFT) und erbrachte wesentliche Orien-

Fortsetzung Fußnote von Seite 431
tisches' Abendessen durch und behandelten dabei die vorgesehenen Themen, einschließlich der Zypernfrage." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4; Referat 206 (203); Bd. 151051.

16 Gesandter Reichenbaum, Ankara, berichtete am 2. Februar 1988: „Von Dezember 1987 bis Januar 1988 – wohl im Zusammenhang mit der Übernahme der EG-Präsidentschaft durch die Bundesrepublik Deutschland – häuften sich negative Pressestimmen und Äußerungen von Verbandsvertretern über die Bundesrepublik im Zusammenhang mit der von TUR angestrebten Vollmitgliedschaft in der EG. Äußerungen wie die folgenden sind symptomatisch: ‚Achtung, die auf unsere Vollmitgliedschaft am eisigsten blickende Nation: die Bundesrepublik Deutschland. Während TUR-Öffentlichkeit GR als größtes Hindernis sah, hat D GR weit übertroffen'. Deutsche Beamte: ‚Die EG braucht die Türkei nicht'. (‚Hürriyet' 18.12.1987 über Interview mit BMWi-Vertreter); ‚Das Land, das der EG-Vollmitgliedschaft am meisten widersteht, ist die als ‚Freund' geltende Bundesrepublik Deutschland', und zwar mit der Behauptung ‚Eure Wirtschaft ist noch nicht so weit' […] (‚Hürriyet' 1.1.1988); ‚Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wirft der Türkei einen Knüppel zwischen die Beine bei ihrem Bemühen, in die EG aufgenommen zu werden' (‚Cumhuriyet', Titelseite vom 30.12.1987)." Vgl. den Drahtbericht Nr. 145; Referat 203, Bd. 151050.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 23.
2 Joe Clark.

tierungen für Zukunft Bündnisses. Alle Teilnehmer unterstrichen Bewährung und Weitergültigkeit Harmel-Konzepts[3].

Erstmalige Mitwirkung französischen Staatspräsidenten (zusammen mit PM[4]) und dessen Ausführungen verdeutlichen Annäherung von F an Allianz.

Schlußerklärung vom 3.3.[5] und bereits am 2.3. nachmittags veröffentlichte Erklärung zur „Konventionellen Rüstungskontrolle: Der Weg nach vorn“[6] wurden gesondert vorgelegt.

2) In kurzer Eröffnungssitzung im größeren Kreis und zu Beginn insgesamt knapp fünfstündiger geschlossener Sitzungen (Teilnahmeformel Zwei plus Sechs; außer Bo[7], StS Ost, MD Teltschik, D2[8], D2A[9] und GenLt[10] Tandecki) faßte GS Wesen und Aufgaben Allianz zusammen. Sie habe sich bewährt („time of achievement“) und müsse dies weiterhin tun („much remains to be done“). INF-Abkommen und Bereitschaft Gorbatschows, „einige Spannungen“ weiter abzubauen, vermindere, so bedeutungsvoll dies auch sei, noch nicht militärische Fähigkeiten und Potential WP. Konstruktivere West-Ost-Beziehungen und stabileres Sicherheitssystem bei niedrigerem Rüstungsniveau müsse verbunden bleiben mit angemessenen militärischen Anstrengungen (Hinweis auf Doppelbeschluß[11]).

TO Rüstungskontrolle sei seit eh und je vom Bündnis bestimmt worden. Betonung Wichtigkeit Erarbeitung Gesamtkonzepts. Dringlichkeit konventioneller Rüstungskontrolle (KRK), in welchem Bereich öffentliche Meinung energische westliche Bemühungen und Initiativen erwarte. Dies sei auch bedeutungsvoll für Akzeptanz Kernwaffen. Anmahnung Fortschritte bei Definierung unserer Substanz-Positionen, so komplex damit verbundene Probleme sich auch darstellten.

Unsere Verteidigungsanstrengungen seien komplementär. INF-Abkommen habe Unzulänglichkeiten keineswegs behoben. Nur wenige Partner orientierten sich noch am Dreiprozent-Ziel[12], Haushaltsprojektionen seien statisch oder rückläufig.

3 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

4 Jacques Chirac.

5 Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten vom 3. März 1988 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 18–21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 201–204.

6 Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 22–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 204–208.

7 Niels Hansen.

8 Hermann Freiherr von Richthofen.

9 Josef Holik.

10 Generalleutnant.

11 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

12 In der „Ministerial Guidance 1977“, die in der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 17./18. Mai 1977 in Brüssel verabschiedet wurde, hieß es, daß alle NATO-Mitgliedstaaten angesichts nachteiliger Tendenzen im Kräfteverhältnis zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt eine reale Erhöhung ihres Verteidigungshaushalts um etwa drei Prozent jährlich anstreben sollten. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 71–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 349–352. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, I, Dok. 123 und Dok. 141.

Amerikanischer Druck auf Europa wegen „burden sharing“ werde sich nicht vermindern. Um gute Ergebnisse bei Rüstungskontrolle zu erreichen, müsse, wenn dies auch Öffentlichkeit nur schwer zu vermitteln sei, Effektivität vorhandener Mittel aufrechterhalten und aus Position militärischer Hinlänglichkeit („sufficiency“) verhandelt werden.

3) In Äußerungen sämtlicher Staats- und Regierungschefs bei „tour de table“ am 2.3. und Erörterung West-Ost-Verhältnisses am 3.3. wurde diese Thematik aufgenommen, paraphrasiert und ergänzt, wobei man häufig jeweils eigenen Beitrag zu Verteidigungsanstrengungen kurz erläuterte. Erklärung BK wurde mit DBs 342–344 vom 2.3.1988 – I-370.00 –[13] vorgelegt.

Dabei unterstrichen vor allem US und (sehr prononciert) GB (beide plädierten für volle Implementierung von Montebello[14]) sowie TUR und – weniger ausgesprochen – NL und NWG Erfordernis hinreichender Verteidigungsbemühungen. Im einzelnen kamen vor allem folgende Fragen zur Sprache:

– Einhelliger Dank an Reagan und Administration US für INF-Abkommen (mehrfach im Sinne Meilensteins für weitere Fortschritte bei Rüstungskontrolle). Hinweis auf Doppelbeschluß (US, BK, ISL, KAN, das Hochachtung für Standfestigkeit Stationierungsländer zum Ausdruck brachte). Erwartung baldiger Ratifizierung durch Senat.[15]
– Allgemein Hoffnung auf Fortschritte bei START (positive Würdigung durch alle Sprecher; NL: am besten Abschluß bei Moskauer Gipfel[16]). NWG brachte Unterstützung für auf Washingtoner Gipfel[17] getroffene Entscheidung zum Ausdruck, gegenseitig annehmbare Untergrenzen bei Dislozierung von SLCMs anzustreben. Es sprach sich für Einhaltung ABM-Vertrag[18], DK für kooperative Lösung im Bereich D und S aus – ebenso weltweites CW-Verbot. (BK: WP habe hier „erdrückendes Übergewicht“, „Abkommen würde also Bündnis mehr Sicherheit bringen und zugleich Proliferation in Länder dritter Welt beenden.“) Ausdrücklich auch F. Nuancierte Hinweise auf Verifikationsproblematik.
– KRK nahm breitesten Raum Erörterungen ein. Erhebliche Überlegenheit WP. Schwierige geographische Lage. Ziel Abbau Fähigkeit zu Überraschungsangriff und raumgreifender Offensive (z. B. BK). KRK müsse Sicherheit und Stabili-

13 Für die Drahtberichte Nr. 342 bis 344 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 2. März 1988 vgl. Referat 201, Bd. 143419.
Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl auf der Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 2. März 1988 in Brüssel vgl. BULLETIN 1988, S. 289–291.

14 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 in Montebello vgl. Dok. 6, Anm. 8.

15 Zum Stand der Ratifizierung des amerikanisch-sowjetischen INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 55, Anm. 4.

16 Zum Treffen des Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

17 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 7. bis 10. Dezember 1987 in Washington zusammen. Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 88 (1988), Heft 2131, S. 12–16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 32–38. Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

18 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.
Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

tät erhöhen. US unterstrichen ebenso wie GS außerordentliche Komplexität. Asymmetrische Reduzierungen (NL: „Substantially asymetrical“). Mehrere Sprecher (GS, F, GB, NL, B, L) betonten Priorität KRK für Europäer. BK äußerte wie andere Hoffnung, daß noch in diesem Jahr Verhandlungsbeginn. In diesem Forum keine Behandlung von Nuklearwaffen (GB).

– Notwendigkeit Einbeziehung nuklearer Systeme kürzerer Reichweite (4. Anstrich Ziffer 7 Reykjavik[19]) wurde vor allem von BK (Verhandlungsziel: „Gleiche Obergrenzen, jedoch nicht null“), aber auch von DK, I, NL, NWG und TUR unterstrichen. Vor allem in diesem Zusammenhang Hinweis auf zu erarbeitendes Gesamtkonzept (GS, BK, E, NL). BK erwähnte in „Allgemeinen Politischen Richtlinien“[20] niedergelegten Grundsatz Schwergewichts bei Systemen größerer Reichweite.
– Zur Abschreckung jeder Art Krieges Weitergültigkeit Strategie flexibler Antwort[21] mit nuklearer Komponente, welch letztere vor allem von drei Kernwaffenstaaten unterstrichen wurde. US: „Each leg of the triad is and will remain essential.“ Mitterrand wies allerdings darauf hin, daß französische Vorbehalte gegenüber dieser Strategie bekannt seien; er habe sie mehreren Partnern erläutert, und er wolle dies auch jetzt zu Protokoll geben. ABM-Vertrag garantiere Gleichgewicht Abschreckung.
– Unteilbarkeit Sicherheit (besonders BK, NWG, TUR) und Lasten (I).
– Allgemeines Bekenntnis zu transatlantischem Schulterschluß. Befriedigung über enge Konsultationen zwischen US und anderen Partnern. US: „Our troops will remain in Europe as long as the common defence of our democratic way of life requires them.“ Bombardierung Amsterdams werde amerikanischerseits gleiche Reaktion auslösen wie diejenige Chicagos. SU wisse dies, weswegen Ernstfall nie eintreten werde. KAN unter Bezugnahme auf Besuch in Lahr: „Canadians are in Europe in increasing numbers, because we believe we must share with Europe in the responsibility for this first and most sensitive line of defence. The national well-being of Canada and North America is inextricably linked to the strategic defence and political integrity of Europe.“ NL regte Ausdehnung atlantischer Partnerschaft auf handels- und währungspolitischen Bereich an.
– „Europäischer Pfeiler“: Positive Einschätzung durch US: „In this regard the US welcomes greater European defence cooperation. When I consider this subject, I apply a very simple standard: Does it strengthen NATO? Greater European defence cooperation can do just that if it is properly conceived and executed. So can European political cooperation. Both can help the transatlantic relationship and our NATO alliance.“ Würdigung auch durch BK, P und bemerkenswerterweise NWG („cooperative efforts in more narrowly defined

19 Für den Wortlaut der Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f.

20 Die auf der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) am 21./22. Oktober 1986 in Gleneagles verabschiedeten General Political Guidelines (GPG) der NATO regelten das Vorgehen beim Nuklearwaffeneinsatz im Rahmen der Strategie der „flexible response“. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 178, und AAPD 1986, II, Dok. 229, Dok. 246 und Dok. 302.

21 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 11, Anm. 9.

fora in the political and defence fields should and could certainly strengthen the security partnership on which the alliance is based").

– Einschätzung Gorbatschows: Allgemein sehr positiv. Thatcher bezeichnete ihn aufgrund ihrer mehrfachen Begegnungen[22] als kühnen Reformer, der fest im Sattel sitze. Es gelte, ihm auf Grundlage gegenseitigen Respekts und mit Festigkeit zu begegnen. Sie habe ihm klargemacht, es sei sinnlos, etwa Keile in westliches Bündnis treiben zu wollen, was unsererseits umgekehrt ebenfalls nicht versucht werde. Mitterrand unterstrich, man habe in Gorbatschow – objektiv und subjektiv – Partner, der zähle. Er besitze Überzeugungen, denen er treu bleibe. In diesem Zusammenhang: SU könne sich nicht mehr abkoppeln, und sie müsse sich künftigen Entwicklungen im Verbund mit übriger Welt stellen. Es sei wichtig, was wir täten. Keine „sphères incommensurables" mehr. Vonnöten sei Verbindung von Stärke (Abschreckung) und Geschmeidigkeit (Dialog). Es müsse Versuch dauerhafter Zusammenarbeit gewagt werden, den es jedoch laufend zu überprüfen gelte. BK riet, unterstützt von NWG, zu differenzierter Einschätzung Entwicklungen in SU. Gorbatschow wolle Reformen, doch bleibe er Kommunist, und man müsse dies illusionslos sehen. Es gelte, ihn beim Wort zu nehmen. GB, BK und TUR meinten, Liberalisierungsprozeß in SU solle in geeigneter Weise unterstützt werden. Reagan betonte, Gorbatschow unterscheide sich von anderen sowjetischen Führern wesentlich. Mann der Tat, nicht von Worten. Er sei erster Generalsekretär, der auf Partei-Kongreß nicht mehr Weltrevolution gepredigt habe. Jedoch tue man gut daran, im Verhältnis zu ihm gemäß russischer Spruchweisheit „vertraue, aber überprüfe" zu handeln.
– [23]Menschenrechte: GS erläuterte Zusammenhang zwischen Glasnost/Perestroika und Vertrauen SU bei anderen. US: „Core of East-West conflict", SU sei nach wie vor „dictatorial empire". TUR erwähnte Protokoll mit Bulgarien über türkische Minorität. Besonders ausführlich ging NL auf notwendige Fortschritte bei 3. Korb WFT ein. BK dankte Reagan für amerikanischen Einsatz zugunsten deutscher und jüdischer Minderheiten in SU. Er verwies darauf, daß menschliche Erleichterungen und humanitäre Fortschritte in geteiltem Land unverzichtbar seien. Auch Religionsfreiheit solle eingemahnt werden.
– WP-Länder außerhalb SU: GB schätzte Entwicklungen als sehr unsicher ein. BK: Es gelte, Verhältnis zu SU jeweils sorgfältig zu analysieren und erforderlichenfalls auch im EG-Rahmen nach Möglichkeit wirtschaftliche Hilfe zu leisten (z. B. Ungarn).
– Deutsche Frage. Reagan: US würden unnatürliche Teilung Europas und Deutschlands nicht hinnehmen. Er habe im Juni in Berlin Gorbatschow aufgefordert, in Osteuropa und Berlin wirkliche Offenheit zu beweisen.[24] Dank

22 Premierministerin Thatcher empfing das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 16. Dezember 1984 auf ihrem Landsitz Chequers. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 353.
Thatcher und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen ferner am 30. März 1987 in Moskau zusammen.
Eine weitere Begegnung fand am 7. Dezember 1987 auf dem Militärflughafen Brize Norton (Oxfordshire) statt. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 359.

23 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 357 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

24 Präsident Reagan besuchte Berlin (West) am 12. Juni 1987 und legte in einer Rede vor dem Brandenburger Tor Grundlagen einer „Berlin-Initiative" dar. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS,

BK. NL unter Bezug auf BK: Europäische Teilung werde am meisten vom deutschen Volk empfunden. ISL sprach sich für Abbau Berliner Mauer aus. BK berichtete am zweiten Tag über Entwicklungen in DDR seit letztem Jahr, die er als dramatisch bezeichnete. 1987 hätten über 3 Mio. DDR-Bürger BR Deutschland besucht, davon 1,5 Mio. zum ersten Mal. Es gehe darum, Gemeinsamkeiten zu fördern.

– Im Zusammenhang mit „neuem Denken" wurde Erfordernis Dialogs mit Osteuropa in abgestufter Betonung stets angesprochen, eher zurückhaltend seitens GB, US und F. BK: „Wir müssen Chancen für eine Wende zum Besseren in den West-Ost-Beziehungen ernsthaft prüfen und, wo immer mit unserer Sicherheit vereinbar, entschlossen nutzen. Eine sich nach innen und außen öffnende SU liegt in unserem Interesse." Er plädierte zusammen mit NL für Intensivierung menschlicher, kultureller und wirtschaftlicher Kontakte.
– Erfordernis, Sache Allianz angesichts Medienpolitik Gorbatschows bei Öffentlichkeit wirksam darzustellen, wurde mehrfach angesprochen, vor allem auch von KAN. BK wies auf Notwendigkeit hin, Wehrpflichtige zu motivieren.
– Regionale Fragen: Fast alle äußerten Hoffnung auf baldigen Rückzug SU aus Afghanistan. GB gab sich überzeugt, daß es Gorbatschow ernst damit sei.[25] Besorgnis TUR, daß nach Abzug Verschlechterung Lage und Blutvergießen, was vermieden werden müsse. In dritter Welt (NO, Golf, Afrika) bleibe SU ungebrochen aktiv (GB). TUR erwähnte Golf und NO als gefährliche Problemregionen. Hinweis auf Verbesserung Verhältnis zu GR[26] und Syrien sowie kürzlichen Besuch in Teheran[27]. Positive Einschätzung Balkankonferenz in Belgrad.[28]
– Herzlicher Dank an Lord Carrington für geleistete Arbeit.

4) Weiter ist berichtenswert:

– Mitterrand zitierte Artikel 5 NATO-Vertrag (casus foederis).[29] F werde zwar in keiner Weise („de quelque façon que ce soit") in integrierte militärische NATO-Struktur zurückkehren, doch wolle es an Erörterung „großer Orientierungen" Bündnisses, wie heute, teilnehmen. Er billige diese. Zum Schluß seiner Ausführungen: Man müsse SU klarmachen, daß, sollte sie sich nicht innerhalb vernünftigen, festzulegenden Zeitraums bei KRK und CW-Verhandlungen bewegen („s'engager"), es für Bündnis unvermeidlich sein werde, andere Maßnahmen („dispositions") zu treffen, um erforderliche Gleichgewichte wiederherzustellen.
– Thatcher, die Reagan zu seinem „phantastic work" beglückwünschte, wies sehr pointiert auf Unterschiede zwischen Rhetorik und Realität in SU hin.

Fortsetzung Fußnote von Seite 436
REAGAN 1987, S. 634–638. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 410–414. Vgl. AAPD 1987, I, Dok. 168, und AAPD 1987, II, Dok. 342.

25 Vgl. dazu die Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 8. Februar 1988; Dok. 70, Anm. 7.

26 Vgl. dazu die von griechisch-türkische „Erklärung von Davos" vom 31. Januar 1988; Dok. 74, Anm. 8.

27 Ministerpräsident Özal hielt sich vom 28. Februar bis 1. März 1988 im Iran auf.

28 Die Außenminister Lončar (Jugoslawien), Malile (Albanien), Mladenow (Bulgarien), Papoulias (Griechenland), Totu (Rumänien) und Yilmaz (Türkei) trafen vom 24. bis 26. Februar 1988 in Belgrad zur Konferenz der Außenminister der Balkanstaaten zusammen.

29 Für den Wortlaut des Artikels 5 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

Moskau hänge immer noch „Angriffsdoktrin“ an. Jasow habe noch nach Abschluß INF-Abkommens gesagt, man müsse immer stärker werden. 1995 werde SU ihr strategisches Dispositiv zur Gänze erneuert haben. Allgemein würden Kernwaffen in SU laufend modernisiert. Nur dort gebe es eisenbahnbewegliche strategische Systeme. Alle 37 Tage laufe neues U-Boot vom Stapel. Kampfflugzeuge würden in Kürze in vierte Generation eintreten. Raketenstarts in Weltraum dienten weitgehend militärischen Zwecken. SU beute unsere Meinungsverschiedenheiten rücksichtslos aus. SACEUR müsse SLCMs und ALCMs zur Verfügung erhalten. Ständige Modernisierung unserer sämtlichen Kernwaffen sei unabdingbar, und einschlägige Entscheidungen müßten angesichts technologischer Komplexitäten rechtzeitig getroffen werden. Europäer seien wohlhabender denn je, was auch bei „burden sharing“ zu berücksichtigen sei. „Never be afraid of strength, only of weakness.“

– BK brachte am zweiten Tag Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß man sich – nicht zuletzt auch in beiden Erklärungen – in so eindrucksvoller Weise einig gewesen sei. Man habe identische Absichten und spreche gleiche Sprache. Dies werde in SU Eindruck nicht verfehlen und Präsidenten im Hinblick auf Moskauer Gipfel helfen. Wir dürften auf Fortschritt und Freiheit vertrauen und optimistisch sein.
– Reagan äußerte sich abschließend sehr emotional. Bündnis stelle historisch einmaligen Zusammenschluß dar. Es sei Glücksfall und Art von Wunder („miracle“). Garant des Friedens. Schicksal ganzer Welt liege in Hand Allianz. Er vertraue fest darauf, daß sie so stark und engagiert bleibe wie bisher.

[gez.] Hansen

Referat 201, Bd. 143419

76

Gespräch des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, mit dem polnischen Botschafter Karski

4. März 1988[1]

Gespräch AL 2/polnischer Botschafter Ryszard Karski (Bonn, 4.3.1988, 16.00 Uhr–16.45 Uhr)

AL 2 empfängt Botschafter Karski (K.) auf dessen Wunsch zu einem Gespräch über Stand und Perspektiven der bilateralen Beziehungen.

Karski lädt zunächst AL 2 im Namen von Außenminister Orzechowski zu einem Besuch der Volksrepublik Polen ein. Sein eigentlicher Gastgeber werde Vize-AM Olechowski sein, ein Kreis hochrangiger Gesprächspartner sei garantiert.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 7. März 1988 gefertigt.
Hat Bundesminister Schäuble vorgelegen.
Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der Ministerialdirektor Teltschik um Rücksprache bat.

K. erkundigt sich sodann nach der Antwort auf den Brief von MP Messner an den Herrn Bundeskanzler.

K. wendet sich sodann dem Follow-up zum Besuch von BM Genscher in Warschau Mitte Januar[2] zu. Die damals eingesetzten Arbeitsgruppen arbeiteten mit unterschiedlicher Intensität: Die politische Gruppe habe bereits mit zufriedenstellenden Ergebnissen in Bonn getagt.[3] Nunmehr solle, so könne man der Presse entnehmen, am 16. d.M. ein Treffen unter Leitung des Herrn Bundeskanzlers stattfinden, das Beschlüsse zur wirtschaftlich-finanziellen Arbeitsgruppe fassen werde. Er – K. – bitte AL2 um schnellstmögliche Unterrichtung über die Ergebnisse.[4]

Von polnischer Seite – so K. weiter – werde die Tätigkeit aller drei Arbeitsgruppen im engen Verbund betrachtet („do ut des").

Die politische Arbeitsgruppe habe hinsichtlich der Konsulate Hamburg/Krakau einen Kompromiß erreicht, die Schwierigkeiten beim Investitionsschutzabkommen (Definition des „Investors") nicht lösen können, für ein WTZ-Abkommen gebe es gute Prognosen, desgleichen für die Zusammenarbeit im Umweltschutz und im Gesundheitswesen.

Ende Juni werde der polnische AM Orzechowski nach Bonn kommen, um die vereinbarte Bestandsaufnahme vorzunehmen.[5]

Polen – so K. weiter – sei entschlossen, von der Normalisierung zur Verständigung zu kommen. Polnischerseits werde in der Propaganda Zurückhaltung geübt, so lange man Polen nicht provoziere.

Leider müsse er feststellen, daß Äußerungen des Bundeskanzlers in Tutzing[6] Leute auf den Plan gerufen hätten, die gegen eine Öffnung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland eingestellt seien. General Jaruzelski habe die polnische Haltung umrissen: Die „deutsche Minderheit in Polen" sei eine künstliche Sache.

K. umreißt sodann weitere Einladungen (u.a. an MP Strauß und CDU-Generalsekretär Geißler) und bilaterale Veranstaltungen: Deutsch-polnisches Seminar Loccum[7], Lenkungsausschuß des Forums Bundesrepublik Deutschland – VR Polen[8].

2 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 10. bis 12. Januar 1988 in Polen vgl. Dok. 14 und Dok. 17.

3 Zur ersten Sitzung der deutsch-polnischen Arbeitsgruppe 1 „Politische, kulturelle, humanitäre Fragen" am 25. Februar 1988 vgl. Dok. 69.

4 Der Passus „Nunmehr solle … die Ergebnisse" wurde von Bundeskanzler Kohl hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.
Zum geplanten Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit den Bundesministern Bangemann, Genscher und Stoltenberg vgl. Dok. 69, Anm. 6.

5 Bundesminister Genscher und der polnische Außenminister Olechowski trafen am 26. September 1988 in New York zusammen. Vgl. dazu Dok. 265.

6 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl vor der Evangelischen Akademie Tutzing am 20. Januar 1988 vgl. BULLETIN 1988, S. 130–135.

7 Vom 20. bis 22. April 1988 fand die Tagung „Zur Zukunft des deutsch-polnischen Verhältnisses" der Evangelischen Akademie Loccum statt. Vgl. dazu ZUR ZUKUNFT DES DEUTSCH-POLNISCHEN VERHÄLTNISSES. Loccumer Journalistentagung Volksrepublik Polen – Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Hartmut Reichardt, Rehburg-Loccum 1989.

8 Am 30. März 1988 informierte Botschafter Schoeller, Paris, der polnische Sekretär des Lenkungsausschusses, Tomala, habe die Bitte übermittelt, die für den 25./26. April 1988 vorgesehene Sitzung des Lenkungsausschusses des deutsch-polnischen Forums zu verlegen: „Treffen sei u.a. bestimmt,

Schließlich würdigt er die Haltung des Bundeskanzlers während des kürzlichen NATO-Gipfeltreffens[9]: Die vorherige Diskussion über Modernisierung von Nuklearwaffen habe in Polen beunruhigt, die Art, wie der Bundeskanzler die Dinge in Brüssel angegangen sei, sei jedoch sehr positiv aufgenommen worden. *AL 2* umreißt zunächst unsere in Brüssel eingenommene Haltung: Kein Zeitpunkt, um Nuklearsysteme zu modernisieren, erst aufgrund bisheriger Abrüstungsergebnisse – INF – und möglicher weiterer Abrüstungsschritte – START – Definition der künftigen Struktur der Nuklearwaffen der NATO unter Einschluß der Systeme unter 500 km Reichweite. Keine isolierten Entscheidungen über einzelne Waffensysteme, allerdings auch kein Verzicht auf Modernisierung generell, weil Nuklearsysteme auch künftig zur Verteidigung Europas erforderlich sein werden. Appell an die SU, durch Reduzierungen im Bereich unter 500 km Entscheidungen zu erleichtern. Jetzt Konzentration auf Gespräche über Mandat für Verhandlungen über konventionelle Stabilität.[10] Insgesamt optimistisch!

In der SU wichtige Veränderungen, die Chancen für verstärkte Zusammenarbeit ergeben. Diese Chancen gelte es zu nutzen. Der Bundeskanzler habe in seinem Schlußwort im NATO-Rat ausdrücklich darauf hingewiesen, daß wir die Beziehungen nicht nur zur SU, sondern auch zu den übrigen ost- und südosteuropäischen Staaten konsequent weiterentwickeln wollen.

In diesem Zusammenhang – so AL 2 weiter – stelle sich auch die Frage einer Begegnung des Bundeskanzlers mit GS Gorbatschow, wahrscheinlich im Herbst.[11]

Karski regt an, jedenfalls einen entsprechenden Abstand zum Besuch des Bundeskanzlers in der VR Polen vorzusehen.

Auf Frage von AL 2 erläutert Karski den Stand der Diskussion über ein Kulturinstitut. Die polnische Seite halte an ihrer Konzeption eines „Zentrums für wissenschaftlich-technologische Information" fest. Er habe während des Besuchs BM Genschers mit dem Präsidenten des Goethe-Instituts, Herrn Klaus von Bismarck, eine Formel ausgearbeitet, die beiderseits tragfähig sein sollte.[12] Sie werde jetzt in den Außenämtern geprüft.

Fortsetzung Fußnote von Seite 439

um Bundeskanzlerbesuch in Polen vorzubereiten. Es sei jetzt absehbar, daß der Stand der Vorarbeiten Ende April noch nicht Gespräche erlaube, die zu einer weitergehenden Qualität des Kanzlerbesuches beitragen könnten. Ende April würden fast gleichzeitig zahlreiche deutsch-polnische Treffen stattfinden, so in Loccum, in Hannover von BM Bangemann mit Vize-Premierminister Szalajda, in Bonn durch die Besuche von Czyrek und Jugendminister Kwasniewski. Diese Häufung sei geeignet, die Bedeutung des Forum-Treffens zu mindern." Vgl. den Drahtbericht Nr. 469; Referat 214, Bd. 139695.
Die Sitzung des Lenkungsausschusses fand vom 17. bis 19. Oktober 1988 statt.

9 Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 2./3. März 1988 in Brüssel vgl. Dok. 75.

10 Zum Stand der Gespräche zwischen NATO und Warschauer Pakt über ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 8.

11 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR auf. Für die Gespräche mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 24. bzw. 25. Oktober 1988 in Moskau vgl. Dok. 300 und Dok. 304.

12 Zur Errichtung von Kulturinstituten in der Bundesrepublik und in Polen vgl. Dok. 14, Anm. 31.
Botschaftsrat Dobbelstein, Warschau, teilte am 16. Januar 1988 mit, daß der Präsident des Goethe-Instituts, von Bismarck, am 12. Januar 1988 gegenüber dem polnischen Kulturminister Krawczuk ausgeführt habe, daß die Gründung eines Instituts „auch von entspannungspolitischer Bedeutung" sei: „Wir seien zu einem Kompromiß bereit, der so aussehen könne, daß das zu gründende Institut sowohl die für uns im Vordergrund stehenden kulturellen Aufgaben erfülle, als auch die wissenschaft-

K. spricht sodann den Jumbo-Kredit[13] an: Hier bewege sich nichts. Die von BM Bangemann in früheren Jahren gegebenen Zusagen für neue Hermes-Deckungen seien durch diese Frage wieder blockiert. Nunmehr werde Vize-MP Szalajda am Rande der Hannover-Messe mit BM Bangemann zusammentreffen, um in dieser schwierigen Frage einen Durchbruch zu erreichen.[14] Erforderlich seien politische Entscheidungen – wenn man die Dinge lediglich formell betrachte, komme man nicht voran.

Der Jumbo-Kredit – so K. weiter – sei bereits 1975 von Bundeskanzler Schmidt und Generalsekretär Gierek politisch gesehen worden, Polen habe die in diesem Zusammenhang gegebene Zusage, 125 000 Personen im Wege der Familienzusammenführung ausreisen zu lassen, mit 212 000 Ausreisen übererfüllt. Nunmehr möge die Bundesregierung der vorgeschlagenen Lösung zustimmen, die Kredittilgungen in eine Stiftung einzubringen, aus der z. B. ein evangelisches und ein katholisches Krankenhaus in Warschau finanziert werden könnten.

AL 2 teilt K. mit, aufgrund der Presse-Indiskretionen sei ein ursprünglich für den 16. d. M. angesetztes Ministergespräch abgesagt und stattdessen die zuständigen Ressorts – AA, BMF, BMWi – aufgefordert worden, eine gemeinsame Position zu erarbeiten.

Karski erinnert sodann an die polnische Forderung, die Bundesrepublik Deutschland müsse die noch lebenden 800 000 Zwangsarbeiter entschädigen. Das Londoner Schuldenabkommen[15] habe mit dieser Frage nichts zu tun, es gehe um zivilrechtliche Forderungen.[16] Er habe die Angelegenheit ausführlich mit BM Engelhard besprochen, der ihm gesagt habe, rechtlich sei nichts zu machen, man könne die Frage nur politisch lösen.

Er – K. – wolle dazu nur sagen, daß man sich einer Zeit nähere, die eine historische Wende in den Beziehungen bringen könnte. Dabei solle man nicht über Kleinigkeiten stolpern, sondern sich mit politischem Willen darüber hinwegsetzen.

AL 2 erinnert daran, daß im Zusammenhang mit den deutsch-polnischen Verträgen und Absprachen der 1970er Jahre die damalige Bundesregierung die damalige Opposition unterrichtet habe, alle Ansprüche Polens seien erledigt.[17]

Fortsetzung Fußnote von Seite 440

lich-technologischen Interessen der polnischen Seite berücksichtige. Es sei allgemeines Prinzip der Goethe-Institute, daß sich das Programm vor Ort in erster Linie nach den Interessen der Partner des Gastlandes richte. Allgemeines Prinzip sei aber auch, daß die Leitung unserer Institute bei uns liege. Eine gemeinsame polnisch-deutsche Leitung des in Polen zu gründenden Instituts sei für uns nicht akzeptabel. […] Kultusminister Krawczuk antwortete, daß er persönlich für die Gründung eines Instituts/Zentrums sei. Er stimme unserer Kompromißvorstellung zu, daß ein solches Institut die Interessen beider Seiten berücksichtigen sollte." Dobbelstein fuhr fort, daß auch Ministerpräsident Jaruzelski im Gespräch mit Bismarck am selben Tag bestätigt habe, „daß die polnische Regierung im Prinzip einverstanden mit unseren Kompromißvorstellungen sei". Vgl. den Drahtbericht Nr. 105; Referat 214, Bd. 139772.

13 Zum Abkommen vom 9. Oktober 1975 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Gewährung eines Finanzkredits („Jumbo-Kredit") vgl. Dok. 14, Anm. 12.

14 Die „Hannover-Messe Industrie 88" fand vom 20. bis 27. April 1988 statt.

15 Für den Wortlaut des Abkommens vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 333–485. Vgl. dazu ferner AAPD 1951, Dok. 210, AAPD 1952, Dok. 1, und AAPD 1953, I, Dok. 42.

16 Der Passus „K. Erinnert sodann … zivilrechtliche Forderungen" wurde von Bundeskanzler Kohl hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

17 Im Rahmen des parlamentarischen Zustimmungsverfahrens für die Vereinbarung mit Polen vom 9. Oktober 1975 über Renten- und Unfallversicherung gab die Bundesregierung mehrere Stellung-

Diese Frage könne deshalb aus rechtlichen Gründen, aber auch wegen der Stimmung in unserer Bevölkerung nicht erneut aufgerührt werden. Auch sei zu fragen, warum immer nur die Bundesrepublik Deutschland Entschädigung leiste, nie die DDR.

Aus den heutigen Erklärungen K.'s könne er nur entnehmen, daß die Vorbereitung des Besuchs des Bundeskanzlers im wirtschaftlich-finanziellen Bereich am schwierigsten sein werde. Er könne nicht vorwegnehmen, in welcher Richtung die Dinge sich bewegen würden – zunächst gelte es, die gemeinsame Stellungnahme der zuständigen Ressorts abzuwarten.

AL 2 verabschiedet K. mit der Zusage, den Bundeskanzler unverzüglich über dieses Gespräch und insbesondere die an ihn ausgesprochene Einladung zu unterrichten und K. baldmöglichst Bescheid zu geben.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 74

77

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz

Dg 20-360.92 GRO-288/88 VS-vertraulich **7. März 1988**

Über Herrn D 2[1], Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Zweck der Vorlage: Weiterleitung an ChBk[3] und Chef Bundespräsidialamt[4]

Betr.: Britische Europapolitik unter besonderer Berücksichtigung der deutsch-britischen Beziehungen

Anlg.: 1[5]

1) Die fast verletzenden Bemerkungen von PM Thatcher vor dem NATO-Rat über Koalitionsregierungen in anderen Bündnisländern[6] haben verdeutlicht, wie

Fortsetzung Fußnote von Seite 441
nahmen ab. Vgl. dazu u. a. die Stellungnahme vom 16. Februar 1976; BULLETIN 1976, S. 197–204. Vgl. dazu ferner die Ausführungen des Bundesministers Genscher am 19. Februar 1976 vor dem Bundestag; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 7. WP, 224 Sitzung, S. 15539, sowie seine Erklärung im Auswärtigen Ausschuß des Bundesrats vom 10. März 1976; BULLETIN 1976, S. 250–254.

1 Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 8. März 1988 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 8. März 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 3. März 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 17. März 1988 vorgelegen, der den Rücklauf an Ministerialdirigent von Ploetz verfügte.
Hat Ploetz am 18. März 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 205 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat von Lukowitz am 21. März 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Weiterleitung durch BStS (Auskunft Legationsrat Kähler v. 21.3.1988) veranlaßt."

3 Wolfgang Schäuble.

4 Klaus Blech.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 14.

6 Zu den Äußerungen der Premierministerin Thatcher in der Sitzung des NATO-Rats auf der Ebene der Ständigen Vertreter am 17. Februar 1988 in Brüssel vgl. Dok. 63, Anm. 4.

wenig Frau T. den Vorteil z. B. des deutschen Systems gerade für ein Land in unserer Lage einzuschätzen vermag, das stets zu Bemühung um mehrheitsfähige Politik zwingt.

Umgekehrt fällt es uns nicht immer leicht zu verstehen, wie zentralistisch das britische Regierungssystem angelegt ist: Beispielsweise wissen wir, daß AM Howe und Verteidigungsminister Younger – wie insbesondere ihre Reden vom Frühjahr 1987 in Brüssel[7] bzw. vor der Wehrkundetagung in München[8] ausweisen – eine unseren Vorstellungen sehr viel näherstehende Vision von Europa haben als PM Thatcher – eine Vision, die häufig sogar den Mitarbeitern beider Ministerien zu weit geht.

PM Thatcher vertritt demgegenüber eine Politik, die keine Vision für Europa beinhaltet im Sinne der Vollendung eines autonomen Prozesses, der zu einer Europäischen Union führt, die Europa auch in der Welt von morgen den ihm gebührenden Platz sichert. Folgerichtig verneint sie die Notwendigkeit, GB diesem sich einigenden Europa aktiv zuzuordnen und seine Konstruktion zu gestalten. Ihre Europapolitik geht davon aus, daß Westeuropa sein eigenes Schicksal auf lange Sicht nicht in eigene Hände nehmen kann, sondern von den USA abhängig bleibt. Daher hält sie europapolitische Rhetorik für gefährlich, die diesbezüglich Illusionen nähren könnte. Für völlig verantwortungslos hält sie solche Schritte, die einer Reduzierung der militärischen US-Präsenz Vorschub leisten könnten.

Dementsprechend funktional ist die Europapolitik von PM Thatcher strukturiert: Soweit gestaltend gehandelt wird, muß sie zu einem nachweisbaren (bisher fast immer finanziellen) Vorteil führen. Soweit nicht initiativ gehandelt wird (z. B. in der Sicherheitspolitik), steht die Verhinderung von unerwünschten Entwicklungen im Vordergrund (z. B. US-Abzug; Denuklearisierung Europas). Das Interview in der Financial Times vom November 1987[9] verdeutlicht diese Politik.

Verteidigungsminister Heseltine suchte seinerzeit, anders als AM Howe jetzt, die offene Auseinandersetzung – und wurde entlassen.[10] Howe und Younger, die wir europapolitisch als Verbündete ansehen können, gehen behutsamer vor.

2) Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, daß wir unser eigenes europapolitisches Konzept in GB stärker verdeutlichen (womit wir in die gleiche Richtung zielende britische Kräfte unterstützen) und auch unsere Erwartungen in bezug auf britische Beiträge stärker artikulieren (Empfehlungen siehe Ziffer 8).

7 Für den Wortlaut der Rede des britischen Außenministers Howe vom 16. März 1987 in Brüssel vgl. SURVIVAL, Bd. 29 (1987), S. 376–380 (Auszug).

8 Die Internationale Wehrkundetagung fand vom 30. Januar bis 1. Februar 1987 in München statt. In der Presse wurde zur Rede des britischen Verteidigungsministers ausgeführt, Younger habe sich „bemüht, im NATO-Bündnis die ‚konvergierenden Kräfte' für zukunftsträchtiger als die ‚divergierenden' hinzustellen. Er warnte jedoch den amerikanischen Bündnispartner, von den europäischen Partnern ‚zu viel zu schnell' zu erwarten. Den Partnern auf dem Kontinent riet er, für die andersartige geostrategische Sichtweise der Vereinigten Staaten, vor allem auch für ihre Hemisphären-Bindung, mehr Verständnis aufzubringen." Vgl. den Artikel „Scharfe Kritik an den europäischen NATO-Partnern"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. Februar 1987, S. 1.

9 Korrigiert aus: „Dezember 1987".
Vgl. dazu den Artikel „Thinking about the year 2000"; FINANCIAL TIMES vom 23. November 1987, S. 19.

10 Nach Kontroversen wegen der Sanierung des britischen Luftfahrtunternehmens Westland trat der britische Verteidigungsminister Heseltine am 9. Januar 1986 zurück.

Dies ist besonders wichtig im Anschluß an den NATO-Gipfel[11], in dessen Vorfeld teils tatsächlich, teils eher psychologisch bedingte andere Akzentsetzungen in Kernfragen der Bündnispolitik (Nuklearproblematik/Modernisierung) und der West-Ost-Politik zwischen Bonn und London deutlich geworden sind. Wir müssen in GB unsere Sicht von der Zukunft Europas verdeutlichen, dessen Umfeld sich gleichzeitig in drei Dimensionen verändert:

– West-Ost-Beziehungen,
– West-West-Beziehungen,
– Entwicklung innerhalb des westeuropäischen Verbundes.

3) Die Frontenstellung, die im Vorfeld des NATO-Gipfels deutlich wurde zwischen USA, F und GB auf der einen und uns auf der anderen Seite, war Ausdruck einer speziellen Interessenlage eines jeden dieser drei Länder. Sie ist nicht allein damit zu begründen, daß alle drei Staaten über Nuklearwaffen verfügen, wir hingegen nicht. Die Konvergenz ergab sich – besonders deutlich bei den beiden europäischen Nuklearmächten – daraus, daß sie glauben, Anlaß zu besonderer Wachsamkeit gegenüber der Bundesrepublik Deutschland zu haben in bezug auf unsere Haltung zum nuklearen Element der Verteidigung und in bezug auf unsere Ostpolitik.

Während bei F, in der Administration, nicht auf höchster Ebene, besondere Uneinsichtigkeit deutlich wurde (was nicht nur personenbezogen ist, andererseits aber auch mit der innenpolitischen Situation zu tun hat), verhielt sich GB einigermaßen korrekt, wenn man von den Ausführungen von PM Thatcher im NATO-Rat absieht. Ihre starke Hand war aber deutlich in dem Bemühen, uns mittels Kommuniqué „auf Linie zu bringen".[12]

4) Für GB (und F) ist der sicherheitspolitische Status quo grundsätzlich nicht unbequem:

– Die derzeitige – im Verhältnis zum eigenen Nuklearpotential großzügige – Nuklearpräsenz der USA erlaubt es GB, die nukleare Verantwortung den USA zu überlassen, sowohl in der Verteidigung wie in der Rüstungskontrolle. GB kann sich auf die Verhinderung negativer Entwicklungen beschränken und das eigene Potential als „nationale Lebensversicherung" zurückhalten.
– Die Nichtteilnahme von F an der NATO-Integration sichert GB eine Sonderrolle im Verhältnis zu den USA als einzige vollintegrierte europäische Nuklearmacht. Eine deutsch-französische Entwicklung, die F materiell näher an die NATO heranführt, wird – auch wenn dies vehement bestritten würde – in gewissem Sinne als „statusbedrohend" angesehen.
– Die „special relationship" mit den USA, die PM Thatcher so vorrangig pflegt, wird von US-Seite schon seit langem in einem anderen Lichte gesehen; die Ausführungen von Dean Acheson in seinen Memoiren[13] belegen dies eindrucksvoll. Aus US-Sicht zählen die Fakten stärker: Sie belegen, daß die Bundesrepublik Deutschland der wichtigste Bündnispartner in Europa ist. Daß es

11 Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 2./3. März 1988 in Brüssel vgl. Dok. 75.

12 Zu den Arbeiten an Erklärungen des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 2./3. März 1988 in Brüssel vgl. Dok. 65, besonders Anm. 14 und 15.

13 Vgl. Dean ACHESON, Present at the Creation. My Years in the State Department, New York 1969.

auch in den USA viele gibt, die die Beziehungen zu D bzw. GB emotional unterschiedlich sehen, bleibt unbestritten. (Die Fakten belegen, worauf in GB immer stärker hingewiesen wird, im übrigen auch, daß die Bundesrepublik Deutschland zum wichtigsten Partner von GB geworden ist – wirtschaftlich schon seit längerem, außen- und sicherheitspolitisch zunehmend. Die beigefügte Analyse von Edward Mortimer in der Financial Times vom 5. Januar 1988 „A Year of Decision for Germany“[14] ist eine von vielen Stimmen.)

– Der Status quo gibt GB auch in bezug auf die SU – jedenfalls nach Einschätzung von Downing Street – einen herausgehobenen Status als Gesprächspartner. (Thatcher verdeutlicht ihre Sicht der „Weltmacht Großbritannien“ als Gesprächspartner der beiden Supermächte in Financial-Times-Interview.)

Vor allem aber besteht auch heute – wie 1954 bei der EVG – in Großbritannien die Sorge, daß eine echte europäische Verteidigungsintegration GB zur Bestimmung seines Standorts in Europa zwingen könnte, diesmal aber in einer sehr viel unbequemeren Ausgangslage. PM Thatcher spricht sicher für die vorherrschende Meinung in GB, wenn sie gegenüber Europa soviel freie Hand wie nur möglich behalten will.

5) Deshalb sieht GB mit Sorge, daß der Status quo sich zu verflüssigen[15] droht. Eine Ursache sieht es in Präsident Reagans Nuklearpolitik (SDI/Reykjavik[16]), die den europäischen Aspekt völlig außer acht ließ. Hier ist sein Ziel bei den Kommuniqué-Verhandlungen in Brüssel deutlich geworden, Reagan für den Rest seiner Amtszeit die Hände so weitgehend wie möglich zu binden. Der Vorrangigkeit dieses Zieles werden andere britische Positionen, die unseren traditionell sehr nahe waren, geopfert – jedenfalls für einige Monate (kein GB-Drängen auf KSZE-Fortschritte oder CW-Verbot).

GB sieht mit besonderer Sorge, daß Washington bei Verfolgung eigener Ziele letztlich einigermaßen gleichgültig sein kann in bezug auf die politischen Konsequenzen in Deutschland (Wirkung der beiden Null-Lösungen). Diese Sorge wird durch den Eindruck verstärkt, daß Bonn im Windschatten der amerikanisch-sowjetischen Entwicklung seinen ostpolitischen Handlungsspielraum ausweitet, und daß sich hieraus die Sicherheit von GB unmittelbar berührende Veränderungen in Zentraleuropa ergeben könnten. Es wird zwar eingeräumt, daß Veränderungen in der Architektur des West-Ost-Verhältnisses durchaus im KSZE-Prozeß angelegt sind. Aber die Überwindung der europäischen (und deutschen) Teilung ist eigentlich[17] kein operatives britisches Ziel.

6) Die derzeitige Politik von GB ist daher vor allem Ausdruck des Wunsches, der Verflüssigung[18] des Status quo entgegenzuwirken,

– jedenfalls bis eine neue Administration in Washington regiert[19]

14 Vgl. den Artikel von Edward Mortimer, A year of decision for Germany; FINANCIAL TIMES vom 5. Januar 1988, S. 15.

15 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „verflüchtigen?“

16 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

17 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff eingeklammert.

18 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff durch Fragezeichen hervorgehoben.

19 In den USA fanden am 8. November 1988 Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

– und möglichst auch, bis klargeworden ist, daß Gorbatschows Mobilität Grenzen hat und wo sie liegen.

In dem Maße, wie sich dieser Wunsch nicht realisieren läßt, will GB, in voller Übereinstimmung mit F, das westliche – in erster Linie heißt das: das deutsche – Vorgehen im West-Ost-Prozeß steuern und kontrollieren können.

7) GB glaubt also letztlich, auf eine aus eigenem nationalem Interesse aktive Ostpolitik verzichten zu können, während wir zu ihr entschlossen sind und sein müssen – und dafür die westeuropäische Verankerung, Absicherung und Unterstützung suchen.

In dieser Situation ist es wichtig, manchem ausgesprochenen – vor allem aber dem nichtausgesprochenen – Verdacht in bezug auf den deutschen Standort in der Zukunft entgegenzuwirken.

Unser Problem besteht darin, daß GB sich nicht in der gleichen umfassenden Weise wie wir der Herausforderung stellen muß und will, die Entspannung voranzubringen, ohne die Sicherheit Europas und die deutsch-französische Verständigung zu gefährden. GB sieht sich – jedenfalls subjektiv – in der komfortablen Lage, dem Verteidigungsaspekt gegenüber den anderen integralen Elementen der westlichen Sicherheitspolitik den Vorrang geben zu können. Innenpolitisch hat sich für PM Thatcher allemal eine „harte" Haltung gegenüber dem Osten ausgezahlt.

Unsere durch die jüngsten deutsch-französischen Vereinbarungen[20] unterstrichene Bereitschaft, unsere Verankerung im Westen auch institutionell zu verstärken, überzeugt London aus den erwähnten Gründen nicht. Andererseits müssen wir aber – nicht nur in der WEU – feststellen, daß GB zur Stärkung des europäischen Verbundes im Grunde „keinen Handlungsbedarf" sieht (Howe gegenüber Wechmar am 29. Februar 1988[21]). Dies zwingt uns letztlich, die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen auch dort in den Vordergrund zu stellen, wo wir eine Präferenz für einen größeren europäischen Rahmen haben.

20 Vgl. dazu die Einrichtung eines deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrats sowie die Aufstellung einer deutsch-französischen Brigade; Dok. 32.
Ferner unterzeichneten Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand am 22. Januar 1988 in Paris ein Protokoll zur Errichtung eines deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrats. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1988, S. 83.
Am selben Tag unterzeichneten Bundesminister Genscher und der französische Außenminister Raimond Noten zur Errichtung eines deutsch-französischen Kulturrats und zur Schaffung eines Adenauer-de Gaulle-Preises. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 230–232.

21 Korrigiert aus: „1. März 1988".
Botschafter Freiherr von Wechmar, London, berichtete am 1. März 1988 über sein Gespräch mit dem britischen Außenminister Howe am Vortag: „Im Zusammenhang mit der WEU kamen wir auch auf die Rolle Frankreichs sowie auf die dt.-frz. Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich zu sprechen. […] Die dt.-frz. Zusammenarbeit (Brigade/Verteidigungsrat) sei dann zu begrüßen, wenn sie der Schaffung Europas diene und F wieder näher an die NATO führe (‚Die volle Reintegration ist jetzt sowieso noch nicht zu haben'). Es müßten aber das NATO-Gefüge auflösende Substrukturen vermieden werden, weil dies auch in den USA mißverstanden würde. Im übrigen sei der militärische Effekt der Brigade – ganz im Gegensatz zur B[ritish]A[rmy]O[n the]R[hine] – wohl eher gering. Deutsch-britisch-französische Erörterungen von delikaten Fragen im Bereich der Sicherheit wolle er ebenso nicht ausschließen wie bilaterale Konsultationen der Politischen Direktoren über strategische Konzepte und Rüstungskontrolle, sehe aber z. Zt. keinen Handlungsbedarf." Vgl. den Drahtbericht Nr. 458; VS-Bd. 12077 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

8) Zusammenfassung

Die weitgehend reaktive, auf Status-quo-Erhalt abzielende britische Politik beschwört das Risiko herauf, daß sich die Linien der Politik von Bonn und London weiter voneinander entfernen, obwohl eigentlich alles dafür spricht, daß sie in gemeinsamen Initiativen zur Förderung der westeuropäischen Integration zusammenlaufen müßten.

Wir sollten daher entschlossen GB – öffentlich und im vertraulichen Gespräch – unsere Vision von Europa verdeutlichen, sowohl die eines sich immer stärker integrierenden Westeuropa, das sich im Bündnis mit den USA befindet, als auch die des ganzen Europas, das seine Teilung schrittweise überwindet.

Die Tatsache, daß wir über die Zukunft Europas in allen seinen Dimensionen sehr viel erfinderischer und umfassender nachdenken als unsere Partner, ist leicht zu erklären. Weder beim Nachdenken noch beim Handeln wollen wir aber alleingelassen werden.

Daher sollten wir insbesondere folgende Maßnahmen vorsehen:

– künftig wieder regelmäßige Gipfelkonsultationen der Regierungschefs, AM und Fachminister (Wirtschaft, Finanzen, Verteidigung u. a.);
– öffentlichkeitswirksamere Darstellung der regelmäßigen AM-Treffen (drei- bis viermal jährlich);

  für beides: Bemühung auch um gewisse Symbolik (z. B. durch Ortswahl), allerdings möglichst nach vorn gerichtet;
– Reden prominenter deutscher Vertreter in GB (Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesaußenminister);
– Aufwertung der deutsch-englischen Gespräche (Königswinter) durch hochrangigere politische Wahrnehmung;
– Implementierung der Vorschläge von Dr. Walter Gehlhoff und Sir Norman Statham, die 1985 im Auftrag beider Regierungen Bestandsaufnahme der Beziehungen durchführten[22], (Problem vor allem: GB muß, z. B. im Sprachbereich, erheblich größere Anstrengungen als wir unternehmen.)

Ploetz

VS-Bd. 12092 (201)

22 Korrigiert aus: „durchführen“.

78

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron

02-282/88 VS-vertraulich **8. März 1988**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2], Herrn Minister

Betr.: Überlegungen über ein sicherheitspolitisches Gesamtkonzept[3] und das Schlüsselelement SNF

In der Erklärung der NATO-Staats- und Regierungschefs vom 3. März 1988 ist erneut auf die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts für Rüstungskontrolle und Abrüstung hingewiesen worden.[4] Der im Bündnis als typisch deutsch angesehene Begriff „Gesamtkonzept" hat seit dem Kommuniqué von Reykjavik[5], in dem er sowohl mit der Rüstungskontrolle als auch mit den Sicherheitserfordernissen des Bündnisses verbunden wird, ein Eigenleben entfaltet. Angesichts weitergehender Forderungen nach Erarbeitung eines „Harmel-II-Berichts" oder einer „Atlantischen Charta NATO 2000" bedarf es der Klarstellung:

1) Es geht nicht um eine neue Sicherheitspolitik. Die einzelnen Bausteine eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts sind im Laufe der Jahre nach und nach entwickelt worden:

– Harmel-Konzept[6],
– KSZE-Prozeß,
– Flexible Response-Doktrin (MC 14/3)[7],
– Nuklearkonzept (General Political Guidelines = GPG)[8],

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Daerr konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 8. März 1988 vorgelegen.
Hat im Ministerbüro am 9. März 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 10. Oktober 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 02 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 10. Oktober 1988 vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Citron erneut vorgelegen.

3 Auf seiner Tagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik erteilte der NATO-Ministerrat dem Ständigen NATO-Rat den Auftrag, ein umfassendes Konzept der Abrüstung und Rüstungskontrolle auszuarbeiten, das zugleich den Erfordernissen der Bündnissicherheit und der Strategie der Abschreckung Rechnung trug. Vgl. dazu Ziffer 8 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 384. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 174.

4 Vgl. dazu Ziffer 14 der Erklärung der Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten vom 3. März 1988; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 20. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 203 f.

5 Vgl. dazu Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f.

6 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

7 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 11, Anm. 9.

8 Die auf der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) am 21./22. Oktober 1986 in Gleneagles verabschiedeten General Political Guidelines (GPG) der NATO regelten das Vorgehen beim

– Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit (Conventional Defense Improvement = CDI)[9],
– WEU Plattform (europäische Säule)[10]
– sowie unterschiedlich weit entwickelte Rüstungskontrollkonzepte für KRK, INF, START und CW.

Diese sich ergänzenden Konzepte liegen vor, sie bedürfen allenfalls der Anpassung an aktuelle Entwicklungen. Es kann h.E. nicht in unserem Interesse liegen, den Eindruck nach völligem Neubedarf zu fördern und damit bei den Verbündeten Spekulationen über unsere Motive zu wecken.

2) Gesamtkonzept kann auch nicht heißen, daß alle Bausteine ein starres Gesamtpaket bilden, welches durch eine Art Super-Junktim verknüpft wird, und daß Entwicklungen bzw. Entscheidungen in Einzelbereichen angehalten werden, bis überall die gleiche konzeptionelle oder operative Reife erreicht ist. Verknüpfungen sollten sachlich fundiert sein, damit der Spielraum für dilatorische Ansätze möglichst eingeengt wird.

II. Eine Schlüsselrolle im sicherheitspolitischen Gesamtkonzept spielen die SNF (Kernwaffen in Europa unter 500 km Reichweite), weil hier die konzeptionelle und operative Aufbereitung die größten Lücken aufweist und weil sich hier eine sicherheitspolitische Paketlösung innerhalb des Bündnisses anbietet, welche deutschen Interessen Rechnung trägt.

Eine solche Lösung könnte die Zustimmung unserer Partner zu ergebnisorientierten Rüstungskontrollverhandlungen über SNF, KRK und CW mit unserem „Ja" zu begrenzter SNF-Modernisierung bei gleichzeitigem massivem Abbau von Nuklear-Artilleriekapazität verknüpfen.

1) Der „do ut des"-Ansatz zwischen uns und den Kernwaffenstaaten der Allianz bestünde aus unserer grundsätzlichen Zustimmung zu einer begrenzten SNF-Modernisierung als Gegenleistung für die Einbeziehung der SNF in Rüstungskontrollverhandlungen sowie eine unseren Interessen gerecht werdende Interpretation der Funktion von SNF im Konzept nuklearer Abschreckung.

Als dritte und vierte Gegenleistung sollte ein stärkeres Eingehen auf unsere Vorstellungen bei KRK und CW gefordert werden. (Vor allem Frankreich dürfte Bremsung bei KRK vermindern, wenn Sorge vor Denuklearisierung Europas genommen wird.)

Unser „Ja" zu einer begrenzten Modernisierung „auf den gebotenen Stand" könnte verknüpft werden mit unserem Beharren auf

– Lastenteilung durch Stationierung in mehreren Staaten,
– Anpassung der Zahl an den Stand der KRK-Rüstungskontrollverhandlungen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 448
Nuklearwaffeneinsatz im Rahmen der Strategie der „flexible response". Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 178, und AAPD 1986, II, Dok. 229, Dok. 246 und Dok. 302.

9 Die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO beschloß am 22. Mai 1985 in Brüssel ein Programm „Conventional Defence Improvements" zur Stärkung der konventionellen Verteidigung für die Jahre 1987 bis 1992. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 141.

10 Auf ihrer Tagung am 26./27. Oktober 1987 in Den Haag verabschiedete der WEU-Ministerrat die Erklärung „Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen". Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 613–616.

2) Bei der Erarbeitung eines SNF-Konzepts müssen folgende Probleme behandelt werden:

– Einigung auf eine für alle Verbündeten akzeptable Rolle der SNF im Konzept nuklearer Abschreckung, d. h. Zurücktreten des militärischen Einsatzwertes gegenüber dem politischen Beitrag zur unmittelbar (durch Eskalationsverbund) kriegsverhütenden Abschreckung.

  Das aus deutscher Sicht Befriedigendste wäre eine Interpretation bzw. Weiterentwicklung der nuklearen Einsatzrichtlinien dahingehend, daß SNF allenfalls in Kombination mit dem für die Abschreckung zentralen Einsatz gegen Aggressorterritorium zur Anwendung kommen. Dann stellt sich auch das Singularisierungsproblem i. S. einseitiger Risikoverteilung nicht.

– Wünschenswert wäre die Definition des Verhältnisses zwischen SNF und konventionellem Kräfteverhältnis. Ein gewisser Zusammenhang besteht schon wegen der SNF-Aufgabe, konventionelle Massierung zur Offensive zu verhindern, d. h., so wie Kernwaffen insgesamt sind SNF auch bei konventionellem Gleichgewicht nicht völlig entbehrlich.

– Der Begriff Modernisierung muß geklärt und entemotionalisiert[11] werden. Die Ablösung von veraltenden SNF durch Nachfolgesysteme ist wie im konventionellen Bereich (Leopard I/II) ein normaler Prozeß der Erhaltung der Verteidigungsfähigkeit, auch wenn neue Systeme i. d. R. leistungsfähiger sind. (Gilt für beide Seiten!) In der öffentlichen Debatte sollte mehr argumentiert werden, daß die Systeme der Kriegsverhinderung glaubwürdig gehalten werden müssen. Eine mißbräuchliche Verwendung des Terminus „Modernisierung“ mit kontraproduzenter Wirkung läge dann vor, wenn der Begriff erhebliche quantitative Steigerungen oder den Übergang in andere Kategorien verdecken soll.[12]

– Die SNF-Architektur, d. h. die Kombination verschiedener Waffensysteme sollte den politischen Einsatz-Richtlinien entsprechen, Flexibilität bieten und Risiken (technologische Durchbrüche bei Gegenmaßnahmen) streuen. Das bislang quantitative Übergewicht der kürzesten Reichweiten widerspricht der Allianzeinigung auf Schwerpunktverlagerung zu den größeren Reichweiten.[13]

– Bei der zahlenmäßigen Bestimmung eines SNF-Minimums könnte wie folgt argumentiert werden:
  – Für eine erste Reduzierung spricht die Wahrung eines ausgewogenen Verhältnisses der Kernwaffenkategorien untereinander nach doppelter Null-Lösung im INF-Bereich und „deep cuts“ bei START sowie die vereinbarte Schwerpunktverlagerung zu größeren Reichweiten.
  – Ein weiterer Reduzierungsspielraum öffnet sich mit dem tatsächlichen Abbau konventioneller Disparitäten.

11 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das wird nicht so einfach sein!“

12 Der Passus „wenn der Begriff … verdecken soll“ wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

13 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Allerdings lassen sich die bisherigen SNF-Zahlen dadurch erklären, daß gerade bei den kürzesten Reichweiten die erforderliche Abdeckung durch entsprechend größere Stückzahl gewährleistet wurde.“

– Modernisierung ermöglicht ferner Reduzierung durch Verbesserungen bei der Überlebensfähigkeit, der Eindringfähigkeit sowie durch wählbare Detonationswerte bei ein und demselben Sprengkopf (dial a yield).
– Umstrukturierung in Richtung größerer Einsatzflexibilität (z. B. durch Reichweitensteigerung) erlaubt ebenfalls Reduzierung. Experten sehen die Möglichkeit eines Abbaus der Nuklearartilleriemunition um bis zu 80 % bei Ersatz durch andere weiterreichende Systeme.

  Zwei Punkte, die der Klärung bedürfen, sind der künftige Zuschnitt der deutschen Teilhabe an SNF[14] (zu unterscheiden von der SNF-Stationierung auf deutschem Boden) und die Schwelle der Rücksichtnahme auf Nichtumgehungsforderungen der anderen Seite (Reichweitenabstand neuer SNF zu den vertraglich verbotenen Systemen).

3) Ein künftiger SNF-Zuschnitt, der militär-strategisch praktisch alle Anforderungen erfüllt, insgesamt deutliche Reduzierungen ermöglicht, deutsche nukleare Teilhabe erhält und eine bessere Verteilung der SNF im Bündnisgebiet ermöglicht, müßte in den nächsten Jahren konzipiert werden.

Denkbar wären:

– bis zu 80 % Reduzierung der nuklearen Artilleriemunition,
– Abstandswaffen statt Bomben für die dual capable Jagdbomber,
– Nachfolge Lance mit gesteigerter Reichweite bei begrenzter Werferzahl (nicht mehr als heute) und Reduzierung der Sprengkopfzahl.

Das bei SNF-Verhandlungen anzustrebende Niveau ballistischer SNF-Flugkörper beider Seiten sollte so niedrig sein, daß bei gleichem Bestand auf östlicher Seite eine konventionelle ballistische Bedrohung ausgeschlossen wird und damit auch Überlegungen bezüglich einer Raketenabwehr überflüssig werden.

III. Notwendig ist nicht so sehr ein Gesamtkonzept, sondern eine sicherheitspolitische Bestandsaufnahme, die

– Veränderungen der Rahmenbedingungen analysiert und darauf reagiert,
– konzeptionelle Lücken schließt,
– Maßnahmen konkretisiert und quantifiziert,
– Fehlentwicklungen korrigiert,
– sich um öffentliche Akzeptanz bemüht,
– die Stärkung des europäischen Pfeilers im Auge hat.

Dabei ergeben sich konkrete Aufgaben[15], die z. T. zunächst in Bonn und danach im Bündnis bewältigt werden müssen:

a) die Abwehr konzeptioneller Fehlentwicklungen wie

– Schwächung der Kopplung zwischen Kernwaffen in Europa und zentralstrategischen US-Potentialen,
– Aufwertung nuklearer Gefechtsfeldoptionen,

14 Die Wörter „deutsche Teilhabe an SNF“ wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was ist damit gemeint?“

15 An dieser Stelle Fußnote im Text: „Die Liste enthält keine Hinweise auf Problembereiche, bei denen wie bei KRK nationale Vorarbeit weitgehend getan und nur noch Bündnisabstimmung erforderlich ist.“

– Forderung nach weitreichender Gegenoffensivfähigkeit der NATO,

– Versuch der Einbeziehung chemischer Waffen in das Abschreckungskonzept.

b) Konkrete Ausgestaltung und Quantifizierung einer nuklearen Minimalarchitektur und des europäischen Beitrages hierzu; Untersuchung der Konvergenz der Nuklearstrategie Frankreichs und der NATO.

Die Vorgabe der Beschränkung der Rolle von Kernwaffen „auf das quantitativ und qualitativ erforderliche absolute Mindestmaß" (BK am 4.6.87)[16] bedarf der inhaltlichen Klärung, da u.a. der Begriff „qualitatives Minimum" nicht leicht zu deuten ist.

c) Kritische Bewertung eines Trends zur „Entnuklearisierung der Nichtnuklearmächte" im Bündnis (Egon Bahrs Konzept[17]). Hinweis auf:

– Gefährdung der „extended deterrence" und der konventionellen US-Präsenz in Europa,

– Reduzierung des Bündniszusammenhalts,

– Blockade der sicherheitspolitischen Integration Europas.

d) Bündniseinheitliche Öffentlichkeitsarbeit bezüglich der Zukunft nuklearer Abschreckung:

Das Inaussichtstellen einer kernwaffenfreien Welt ist auf Dauer weniger akzeptanzfördernd als die Darlegung der Vorteile nuklearer Abschreckung für die absehbare Zukunft („so lange wie bewaffnete Konflikte möglich sind").

e) Analyse technologischer Trends mit dem Ziel, sie zur Verbesserung der Stabilität und für eine defensivere Verteidigungsstruktur zu nutzen.

f) Weiteres Ausloten der Möglichkeiten optimaler Ressourcenverwendung und (parallel durch NATO und WEU) der Ansätze zur Stärkung des europäischen Pfeilers, im Bündnisrahmen ebenso wie durch zusätzliche eurospezifische, aber NATO-kompatible Maßnahmen.

g) Prüfung der Idee eines Großprogramms der „Verifikationstechnologien", das zu stabiler Sicherheit und zur Entwicklung der Schlüsseltechnologien eventuell mehr beitragen kann als SDI.

h) Bessere Vorbereitung der Reaktion auf künftige sowjetische Initiativen (Zeitgewinn durch Antizipation).

Citron

VS-Bd. 14050 (02)

16 Am 4. Juni 1987 führte Bundeskanzler Kohl vor dem Bundestag aus: „Die Nachkriegsgeschichte in Europa bestätigt, daß die Idee der Abschreckung und die Existenz von Nuklearwaffen seit 40 Jahren Krieg in Europa unmöglich gemacht haben. Dabei muß selbstverständlich die Rolle der Nuklearwaffen auf das quantitativ und qualitativ erforderliche, absolute Mindestmaß beschränkt werden." Vgl. STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 16. Sitzung, S. 924.

17 Im Rahmen seiner Mitarbeit in der Palme-Kommission stellte der SPD-Abgeordnete Bahr einen Vorschlag zur Diskussion, der allerdings keine Aufnahme in den Abschlußbericht fand. Er lautete: „1) Alle Atomwaffen werden aus den Staaten in Europa abgezogen, die nicht über sie verfügen. 2) Auf dem Gebiet der konventionellen Streitkräfte wird ein annäherndes Gleichgewicht zwischen NATO und Warschauer Pakt hergestellt. 3) Die beiden Bündnisse mit ihren Verpflichtungen und Garantien bleiben unverändert." Vgl. DER PALME-BERICHT. Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit. „Common Security", Berlin 1982, S. 199 f. Vgl. dazu ferner Egon Bahr, Gemeinsame Sicherheit. Gedanken zur Entschärfung der nuklearen Konfrontation in Europa; EUROPA-ARCHIV 1982, S. 421–430.

79

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Staatssekretär im ungarischen Außenministerium, Horn, in Budapest

214-321.11 UNG **10. März 1988**[1]

Von BM noch nicht gebilligt

BM-Reise nach Budapest am 9./10. März 1988[2];
hier: Frühstück am 10.3.1988

Teilnehmer: BM, Bo Steger, Dg21[3], RL 214[4]; StS Horn (H.), VAM Kovacs, Dolmetscher.

Horn eröffnet das Gespräch zur internationalen Lage mit dem Hinweis, Schewardnadse habe die WP-Staaten vor 14 Tagen in Prag[5] über seine Begegnung mit Shultz[6] unterrichtet und das Treffen sehr positiv gewürdigt. Das Problem sei nun, wie es im konventionellen Bereich vorwärts gehe. Man prüfe derzeit die Dokumente des NATO-Gipfels[7]. Im März werde sich das nächste Treffen der WP-AM insbesondere mit Fragen der konventionellen Rüstung befassen.[8]

BM: Die Befassung mit der konventionellen Rüstung entspreche auch unserem Interesse. Der NATO-Gipfel habe dieser Frage eine besondere Erklärung gewidmet. Die Bedeutung der nuklearen Waffen sollte deshalb nicht herabgesetzt werden. Aber diese Fragen erschienen in einem anderen Licht, wenn es gelinge, die konventionellen Waffen auf die Verteidigungsfähigkeit zu reduzieren. Hier seien kühne neue Gedanken nötig, um in Zukunft neue Sicherheitsstrukturen zu schaffen.

Horn würdigt die Rolle der Bundesrepublik und den persönlichen Einsatz von BM in der Frage der konventionellen Stabilität in Washington und beim NATO-Gipfel. Aus ungarischer Sicht ergäben sich im konventionellen Bereich drei Komplexe, denen man jetzt Aufmerksamkeit widmen müsse:

– zu überlegen, wie jede Seite einseitige Schritte dort tun könne, wo sie die Überlegenheit besitze,
– die Frage eines Moratoriums bei der weiteren Entwicklung der Rüstung,

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix gefertigt.
2 Bundesminister Genscher hielt sich anläßlich der Eröffnung der Kulturwoche der Bundesrepublik und der Ausstellung „Bauhaus“ in der ungarischen Nationalgalerie am 9. März 1988 sowie der Eröffnung des Kultur- und Informationszentrums der Bundesrepublik am folgenden Tag in Ungarn auf.
3 Dieter Kastrup.
4 Christoph Derix.
5 Die Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten trafen am 23. Februar 1988 in Prag zusammen.
6 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz am 21./22. Februar 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 67.
7 Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten und der „Erklärung zur konventionellen Rüstungskontrolle: Der Weg nach vorn“ vom 2./3. März 1988 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 18–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 201–208. Vgl. dazu auch Dok. 75.
8 Das Komitee der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten tagte am 29./30. März 1988 in Sofia.

– die baldige Verabschiedung eines Mandats für die Gespräche im Rahmen der 23[9].

BM weist darauf hin, daß es veränderbare und nicht veränderbare Disparitäten gibt. Zu letzteren gehörten die geographischen Disparitäten, die zu Lasten des Westens wirkten. Man müsse sich auf die Waffen konzentrieren, ohne die ein Angriff nicht zu führen sei. Wenn hier am Anfang ein wichtiger Schritt getan werden könne, werde dies das Klima der Verhandlungen positiv beeinflussen. Dann könnten auch schwierige Fragen (künftige Sicherheitsstrukturen, Bereitschaftsgrade) in Angriff genommen werden.

BR Deutschland spiele bei KRK eine treibende Rolle aus naheliegenden Gründen (größter konventioneller Beitrag im Westen, Stationierung der meisten konventionellen Streitkräfte bei uns, D als Konfrontationsterritorium). In Wien müsse es bald zu einem ausgewogenen Schlußdokument kommen, damit die Verhandlungen über konventionelle Stabilität bald beginnen könnten.

Horn führt aus, es gebe eine gewisse Unklarheit. US und SU hätten sich darauf geeinigt, daß Waffen mit doppelter Bestimmung bei KRK nicht ausgeschlossen seien.[10] Sie sollten bei den konventionellen Waffen gezählt werden. Die Delegationsleiter beider Seiten in Wien[11] seien von dieser Einigung aber nicht unterrichtet. Die ungarische Seite habe vor einer Woche in London Gespräche geführt. AM Howe habe erklärt, nach britischer Auffassung müßten Waffen mit doppelter Bestimmung berücksichtigt werden. Auch er habe von der Einigung Shultz–Schewardnadse offenbar keine Kenntnis gehabt.

Es komme jetzt darauf an, die Äquivalenzen klar herauszuarbeiten. Ungarn habe in dieser Frage mit Polen Konsultationen aufgenommen. Budapest strebe zu dieser Frage ein Round-table-Gespräch auf „höherer Ebene“ zwischen BR Deutschland, DDR, Ungarn und Italien an. Der von Ungarn anvisierte Mai-Termin werde vielleicht zu früh sein.

9 Zum Stand der Gespräche zwischen NATO und Warschauer Pakt über ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 8.

10 Am 14. März 1988 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde für Bundesminister Genscher zur Behandlung zweifach einsatzfähiger Waffensysteme in Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa: „Östliches Ziel bei den KRK-Mandatsgesprächen ist es, im Mandatstext eine Formulierung durchzusetzen, die eine ausdrückliche Einbeziehung von ‚dual-capable systems‘ vorsieht. […] Der Westen hat die Forderung nach ausdrücklicher Erwähnung von ‚dual-capable systems‘ im KRK-Mandat bislang stets abgelehnt. Zugleich hat der Westen jedoch bei den Mandatsgesprächen klargestellt, eine Nicht-Erwähnung von ‚dual-capable systems‘ im Mandat bedeute nicht, daß konventionelle Waffen, die auch eine weitere Fähigkeit haben, deswegen von den eigentlichen KRK-Verhandlungen ausgeschlossen seien. Nach Shultz eigenen Aussagen vor dem NATO-Rat am 23.2. hat er am 21./22.2. in Moskau diese NATO-Position vertreten: ‚We were firm against inclusion of nuclear weapons, and I think in the end they'll agree. We resisted the concept of using dual-capable systems as a back door through which to introduce nuclear issues.‘ Der ungarische StS Horn hat Ihnen gegenüber berichtet, US und SU hätten sich bei Shultz-Besuch in Moskau ‚darauf geeinigt, daß Waffen mit doppelter Bestimmung bei KRK nicht ausgeschlossen seien‘. Wenn Horn darauf abstellte, Shultz habe in Moskau zugestimmt, daß ‚dual-capable systems‘ bei KRK nicht ausgeschlossen seien, stünde dies nicht im Widerspruch zu den von den westlichen Unterhändlern bei den KRK-Mandatsgesprächen vertretenen Positionen. Die Amerikaner haben in Wien im NATO-Caucus jedoch dem von den Sowjets verbreiteten Eindruck scharf widersprochen, beim Shultz-Besuch in Moskau sei es auch zu einer ‚Einigung‘ über die eigentlich strittige Frage gekommen, nämlich der Erwähnung von ‚dual-capable systems‘ im KRK-Mandat.“ Vgl. VS-Bd. 12269 (221); B 150, Aktenkopien 1988.

11 Jurij B. Kaschlew (UdSSR) und Stephen J. Ledogar (USA).

In Wien schleppten sich die KSZE-Verhandlungen dahin. Die SU sei derzeit mit den Vorbereitungen des nächsten Gipfeltreffens[12] sehr beschäftigt. Ungarn wolle deshalb sehen, wie der Prozeß forciert werden könne.

BM stimmt zu, daß wegen der US-SU-Gipfelvorbereitungen und der Wahlen in F im Mai[13] nicht viel passieren werde. Der Juni werde ein wichtiger Monat sein. Die US-Administration erweise sich in ihrer Endphase[14] außenpolitisch als sehr handlungsfähig.

Horn fragt, ob sich der Abschluß einer Vereinbarung über die 50 prozentige Reduzierung bei START verzögern könne, weil die Demokraten dem auslaufenden Präsidenten[15] diesen Erfolg nicht mehr zukommen lassen wollten.

BM weist darauf hin, daß auch die Demokraten das Abkommen wollten. Es stehe daher fest, daß man dazu kommen werde, offen sei, ob vor oder nach der Wahl.

Wichtig sei, daß der Osten jetzt in Wien beim Korb III die Schritte tue, die für ein ausgewogenes und akzeptables Ergebnis notwendig seien.

Horn verweist auf die nach ungarischer Auffassung maximalistischen Erwartungen der US bezüglich des Korbs III. Ein Problem in diesem Bereich sei aber auch die Haltung Rumäniens, das hier alle Fortschritte kategorisch ablehne und entschlossen sei, von seinem Vetorecht Gebrauch zu machen.[16] Vor zwei Wochen habe es bei der rumänischen Delegation in Wien einen Personalwechsel gegeben. Der neue Mann habe gesagt, er sei mit neuen Weisungen gekommen. Er solle mit Ungarn eine Einigung anstreben, um die bilateralen Meinungsverschiedenheiten bezüglich des Korbs III abzubauen. Ungarn wolle sehen, ob sich das in der Praxis auswirke. Man habe aber keine Illusionen.

BM weist darauf hin, daß die EG am 22. März über die Korb-III-Problematik und Menschenrechte sprechen werde.[17]

Horn erwidert, die WP-Partner würden sich bei einem Treffen in Sofia diesem Komplex zuwenden.[18] Er fragt, ob BM die Absicht habe, in nächster Zeit in Wien zu sprechen.

12 Zum Treffen des Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

13 Die Präsidentschaftswahlen in Frankreich fanden am 24. April und 8. Mai 1988 statt.

14 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

15 Ronald W. Reagan.

16 Referat 212 notierte am 3. Dezember 1987, daß sich Rumänien bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien auch innerhalb des Warschauer Pakts „durch sein zwar nur geringes, aber selten konstruktives und kaum kompromißbereites Profil weitgehend isoliert" habe. Im Bereich „Militärische Sicherheit und Abrüstung" präsentiere sich Rumänien „durch eigene Vorschläge entsprechend seinem traditionellen Selbstverständnis als Vorbereiter in diesem Bereich in Europa […], ohne allerdings in der konkreten Verhandlungssituation auf die eigenen Vorschläge zurückzukommen. […] Im Bereich Prinzipien verfolgt RUM ein eigenes Profil und scheut sich dabei auch weiterhin nicht, gelegentlich aus der Phalanx der WP-Staaten auszuscheren. Gegenwärtig verfolgt RUM-Delegation weniger die Realisierung der Vielzahl von ihr vorgeschlagenen Folgeveranstaltungen, als vielmehr die Sicherung der eigenen Vorstellungen bei Themen wie nationale Minderheiten, Emigration und Verbesserung zwischenstaatlicher Kooperation. RUM blockiert z. Zt. hartnäckig vor allem die Suche nach Kompromissen bei Texten zum Schutz der Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten." Vgl. Referat 212, Bd. 133552.

17 Zur Sondersitzung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 22. März 1988 in Brüssel vgl. Dok. 92, Anm. 3.

18 Vortragender Legationsrat Metscher resümierte am 31. März 1988 die Beratungen des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 29./30. März 1988 in Sofia zur KSZE-Folgekonferenz:

BM erwidert, er erwäge, nach der Pause[19] zu gehen, dann könne man mehr fördern.

Horn erklärt, Ungarn habe überlegt, ob ein Treffen der 35 AM den Prozeß beschleunigen könne.

BM erwidert, die Zeit könne kommen, wo eine solche Initiative vernünftig sei. BM fragt sodann, was von der für Juni geplanten Parteikonferenz in der SU[20] zu erwarten sei.

Horn weist auf politische Reformen und eine Änderung in der Zusammensetzung des ZK der KPdSU hin.[21] Man habe in Moskau ganz neue Gedanken. Die Aufgabenteilung zwischen Partei und Staat solle auf eine neue Basis gestellt werden. Man überlege, das Rotationsprinzip einzuführen, aber nicht nach jugoslawischem Muster. Die Leitungsfunktionen sollten eventuell auf höchstens zwei Amtsperioden begrenzt werden. Es solle ein Spektrum von Referenda eingeführt und der Schutz des Bürgers gegenüber der Verwaltung verbessert werden.

In Ungarn werde es im Mai eine Parteikonferenz geben.[22] Man denke ebenfalls in dieser Richtung nach.

BM fragt, wie man sich die Funktionstrennung zwischen Staat und Partei vorzustellen habe.

Fortsetzung Fußnote von Seite 455

„Schwerpunkt: Forderung nach schnellstmöglichem Beginn von KRK-Verhandlungen. Im übrigen allgemeiner Hinweis auf Respekt aller Prinzipien der S[chluß]A[kte] Betonung der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit (zunehmender Schwerpunkt östlicher Argumentation in Wien). Keine konkrete Aussage zu den humanitären Aspekten. Keine besondere Erwähnung östlicher Vorschläge in Wien (namentlich kein Hinweis auf Moskauer Konferenz). Forderung nach ‚qualitativ neuem' Niveau entspricht westlicher Haltung (im KSZE-Prozeß sei ein qualitativer Schritt nach vorne zu tun). Bekannter Vorschlag, Wiener Treffen durch AM abschließen zu lassen." Vgl. Referat 213, Bd. 143574.

19 Die fünfte Runde der KSZE-Folgekonferenz in Wien endete am 25. März 1988. Die sechste Runde der Verhandlungen begann am 15. April 1988.

20 Zur Allunions-Parteikonferenz der KPdSU vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 in Moskau vgl. Dok. 194.

21 Im Mittelpunkt des Plenums des ZK der KPdSU am 17./18. Februar 1988 in Moskau standen Maßnahmen zur Schul- und Hochschulreform, eine Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, über „Die revolutionäre Umgestaltung – eine Ideologie der Erneuerung" sowie Veränderungen im Politbüro und im Sekretariat des Zentralkomitees. Gesandter Arnot, Moskau, informierte dazu am 20. Februar 1988, das Plenum habe ein „nicht ganz einheitliches Bild" abgegeben: „Die vom ZK-Plenum beschlossenen Personalveränderungen lassen keine wesentlichen politischen Gewichtsverlagerungen erkennen. Sie stärken die Fraktion der Rüstungstechnokraten in der Führung […]. Eine Verjüngung der Führung hat nicht stattgefunden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 561; Referat 213, Bd. 143518.

22 Vom 20. bis 22. Mai 1988 fand in Budapest die Landeskonferenz der USAP statt. Botschafter Steger, Budapest, berichtete am 23. Mai 1988: „In Ungarn ist am 22. Mai 1988 eine Ära zu Ende gegangen – ganze 32 Jahre, die von dem heute 76-jährigen János Kádár bestimmt wurden. […] Kádár ist nunmehr zum Vorsitzenden der USAP gewählt worden. Er dürfte aber praktisch jede politische Macht verloren haben. Er gehört nicht einmal mehr dem Politbüro an. An seine Stelle als Generalsekretär der Partei ist Károly Grósz getreten, der damit die beiden wichtigsten Positionen in Partei und Staat auf seine Person vereinigen konnte." Für eine Zäsur spreche auch die Zusammensetzung des neuen Politbüros, von dessen elf Mitgliedern sechs neu seien, die an die Stelle der „alten Garde" getreten seien: „Unserer Auffassung nach kann man also nicht mehr davon sprechen, daß es im P[olit]B[üro] eine Art ‚Balance of Power' zwischen Reformern und ‚Konservativen' gibt, sondern die ersteren haben ganz entschiedenes Übergewicht, wenn man nicht gar davon sprechen muß, daß sie nunmehr das Machtmonopol besitzen." Steger kam zu dem Schluß: „Eines ist allerdings hervorzuheben: Bei diesem Kurs handelt es sich nicht – jedenfalls bisher nicht – um so etwas wie den ‚Prager Frühling'. Das Schwergewicht dürfte nach wie vor auf den Maßnahmen zur Gesundung und Dynamisierung der ungarischen Wirtschaft liegen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 703; Referat 214, Bd. 139935.

Horn: Die Partei solle sich künftig auf die strategischen Fragen konzentrieren. Die Entscheidung über praktische Fragen gehöre in die Kompetenz der Regierung. Daß sich bis heute Staat und Partei mit allen Fragen befaßten, sei Doppelarbeit. Seit MP Grósz sein Amt übernommen habe[23], sei in dieser Richtung schon viel geschehen. Die ungarische Regierung entscheide heute, ob eine Frage dem Politbüro vorgelegt werde. Hier müsse aber stufenweise noch mehr geschehen.

BM fragt nach der Beteiligung des ungarischen Außenministers[24] an Diskussionen im Kabinett über innenpolitische Fragen.

Horn erläutert, daß AM zu allen wichtigen politischen Fragen gehört werde. Er leitet über zu Ungarns Verhandlungen mit der EG.[25] Die Verhandlungen gestalteten sich schwierig. Mit der deutschen Seite gebe es keine Probleme. Das gelte aber nicht für andere westliche Partner (Italien).

BM gibt zu erwägen, Ungarn solle überlegen, ob es nicht eine Lösung anstreben solle, die weniger beinhalte, als was Budapest derzeit wolle, aber mehr sei, als derzeit auf dem Tisch sei. Er schlägt vor, BR Deutschland und Ungarn sollten sich daran begeben, hierzu ein realistisches Papier zu erstellen. Er weist darauf hin, daß unsere Präsidentschaft in gut drei Monaten zu Ende gehe. Ungarn solle einen kompetenten Vertreter nach Bonn schicken oder wir seien bereit, jemanden zu entsenden, um zu untersuchen, was jetzt zu machen sei.

Horn weist darauf hin, daß Ungarn nichts akzeptieren könne, wo nicht ein genauer Termin für die Aufhebung der diskriminierenden Beschränkungen genannt werde. Er fragt, wo BM noch Bewegungsmöglichkeiten sehe, bei der EG oder bei Ungarn.

BM: Auf beiden Seiten. Es wäre gut, wenn man sich ganz pragmatisch zusammensetze. Er wiederhole daher nochmals seinen Vorschlag einer Bestandsaufnahme.

Horn nimmt den Vorschlag an. Ungarn sei bereit, jederzeit Vertreter zu uns zu entsenden oder von unserer Seite zu empfangen.

23 Károly Grósz wurde am 25. Juni 1987 ungarischer Ministerpräsident.

24 Péter Várkonyi.

25 Referat 411 vermerkte am 2. März 1988: „Die wiederaufgenommenen EG/RGW-Kontakte haben auch Bewegung in das Verhältnis EG–Ungarn gebracht, nachdem 1982 aufgenommene Verhandlungen über ein Handelsabkommen 1984 zum Stillstand gekommen waren. […] Zentrale Forderung der Ungarn für ein Handelsabkommen ist ein verbindlicher Zeitplan für den Abbau der spezifischen mengenmäßigen Beschränkungen […]. Wir haben uns vor allem aus politischen Gründen (Unterstützung und Honorierung der ungarischen Bemühungen um Integration in die Weltwirtschaft, Erweiterung des wirtschaftlichen Spielraums eines kleinen RGW-MS, generell Förderung des ungarischen Modells) für die Erfüllung der ungarischen Wünsche eingesetzt und einen entsprechenden EGK-Vorschlag für ein Verhandlungsmandat vom November 1986 gefördert." Das Mandat sah die Aufteilung ungarischer Exporte in die EG-Mitgliedstaaten in drei Fallgruppen mit je eigenem Zeitrahmen für eine Liberalisierung bzw. die Erstellung von Kontingenten vor. Das am 27. April 1987 vom EG-Ministerrat verabschiedete Mandat habe indes auf eine eindeutige Festlegung verzichtet und u. a. bestimmt, „daß für bis 1992 nicht liberalisierte Waren Maßnahmen getroffen werden, die ‚grundsätzlich vorübergehender Art sind'. […] Die bisherigen Verhandlungsrunden (4./5. Juni 1987, 16./17. Juli 1987 und zuletzt 26.–29.10.87) zeigten, daß Ungarn an dem Ziel eines vollständigen Abbaus aller mengenmäßigen Beschränkungen festhält. […] Besonders I und E wollten dennoch eine Reihe von mengenmäßigen Beschränkungen beibehalten, scheinen aber jetzt – vor allem auch unter deutschem Druck […] – einzulenken. Schwierigkeiten macht jetzt GB bei der Definition dessen, was als diskriminierende, im Gegensatz zu allgemein angewandten mengenmäßigen Beschränkungen zu gelten hat; dies würde die Reichweite entsprechender Regelungen zu Lasten Ungarns u. U. erheblich begrenzen." Vgl. Referat 411, Bd. 160454.

BM weist nochmals darauf hin, daß dies schnell geschehen müsse, wenn die Verhandlungen noch unter unserer Präsidentschaft erledigt werden sollten. Er erläutert sodann die Bedeutung und Ergebnisse des EG-Sondergipfels (Notwendigkeit einer gemeinsamen Währungspolitik und gemeinsamen Zentralbank).[26] Die fortschreitende EG-Integration werde auch für die RGW-Länder tendenziell von Vorteil sein.

Horn schließt das Gespräch mit dem Hinweis ab, Ungarn wolle den Vorschlag von BM annehmen und mit uns über seine Verhandlungen mit der EG sprechen.[27] Des weiteren wolle Ungarn unsere KSZE-Delegation in Wien für die Verhandlungspause im April zu Konsultationen nach Budapest einladen. Solche Konsultationen würden auch mit anderen westlichen Delegationen geführt.[28]

Abschließend wünscht er BM noch einen angenehmen Aufenthalt in Budapest und erinnert daran, daß die regulären Konsultationen auf AM-Ebene für dieses Jahr in Budapest noch ausstehen.[29]

Referat 214, Bd. 139494

26 Zur außerordentlichen Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel vgl. Dok. 59.

27 Gespräche zwischen der Bundesrepublik und Ungarn über ein Handels- und Kooperationsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Ungarn fanden am 30. März 1988 statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Rosengarten notierte am 31. März 1988, das Auswärtige Amt habe betont, daß die Bundesregierung zu einem „politischen Signal" mit Blick auf den Abschluß eines Abkommens bereit sei. Ungarn habe seinerseits bekräftigt, daß das „System der mengenmäßigen Beschränkungen" beendet werden müsse. Ein Scheitern der Verhandlungen müßte die ungarischen Reformbemühungen entmutigen. Rosengarten berichtete ferner: „Es wurde deutlich, daß bei den Grundprämissen – jedenfalls zwischen uns und Ungarn – keine Probleme bestehen. Bei der Implementierung dieser Grundkonzeption sind im wesentlichen nur einige – allerdings durchaus gewichtige – handelspolitische Details offen. Mit großem Geschick versucht Ungarn jetzt, der Gemeinschaft das äußerst mögliche Angebot zu entlocken. Hierbei besteht die Gefahr des Überreizens gerade gegenüber den zögernden EG-MS. Es dürfte gelungen sein, der ungarischen Seite diese Gefahr deutlich zu machen. […] Falls es auf politischer Ebene zu einer Einigung über die Unterstützung der Kompromißlösung der EG-Kommission für die weiteren Verhandlungen kommt […], könnten die Verhandlungen mit Ungarn Anfang Mai fortgeführt werden. Bei mehr ungarischer Flexibilität wäre eine Paraphierung durch die EG-Kommission im Mai und eine Unterzeichnung des Abkommens evtl. noch durch die deutsche Ratspräsidentschaft im Juni zusammen mit der EG-Kommission denkbar." Vgl. Referat 411, Bd. 160454.

28 Die KSZE-Konsultationen zwischen der Bundesrepublik und Ungarn fanden am 21. April 1988 in Budapest statt. Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), teilte dazu am 25. April 1988 mit, die ungarische Seite habe ihr großes Interesse „an weiterführenden Vorschlägen im Bereich der Kultur" unterstrichen: „Wir haben nachhaltig für die westlichen Positionen auf dem WFT – auch als EG-Präsidentschaft – geworben und konnten dabei besondere Anliegen Ungarns (Minderheiten, Kultur) ausdrücklich unterstützen." Nach ungarischer Einschätzung könne die KSZE-Folgekonferenz in Wien im Sommer abgeschlossen werden, doch müßten im Bereich der Menschenrechte „realistische Grenzen des Erreichbaren" erkannt werden: „Auch WP könne dieses Mal nicht alle seine Ziele, z. B. bei den Kollektivrechten, durchsetzen; doch KSZE sei langfristig angelegter Prozeß. Zentraler Bezugspunkt für Westen in Wien sei Position der SU; Westen solle aber von Parteikonferenz im Juni für WFT nicht unmittelbare Folgen für WFT erwarten. Die Konferenz werde die Perestroika bestätigen, die jedoch erst auf längere Sicht wirksam werden würde. WFT sei für SU wichtig." Vgl. den Drahtbericht Nr. 594 Referat 214, Bd. 158530.

29 Bundesminister Genscher hielt sich am 14./15. Dezember 1988 in Ungarn auf. Vgl. dazu Dok. 366.

80

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Schlagintweit

310-530.36 LIA-271/88 geheim **11. März 1988**

Über Herrn Staatssekretär[1], Herrn Bundesminister[2]

Betr.: Entführungsfall Cordes[3]

1) Der Arbeitsstab Libanon erörterte am 10.3.1988 ausführlich die Frage des weiteren Vorgehens im Fall Cordes. BM Schäuble zog eine nüchterne Bilanz. Nachdem man früher der Familie Cordes und der Fa. Hoechst gesagt habe, ohne gewisse unmittelbare Bemühungen könnte man möglicherweise erfolgreicher sein[4], und diese Bemühungen im Februar eingestellt worden seien, stelle sich die Frage, was die Bundesregierung nun diplomatisch tun könne, um einer Freilassung näher zu kommen. Gegenüber Syrien und Iran müsse etwas geschehen. Wir müßten uns nun energisch fragen, was wir tun könnten, um mehr Druck[5] auszuüben. Im Falle Syriens könne man u. U. mit der Entwicklungshilfe operieren. Unter diesem Aspekt müsse man noch einmal darüber nachdenken, ob es richtig sei, daß BM Klein Ende März (auf der Rückreise von Delhi) Damaskus besuche und dabei sicher die Pipeline weiter öffnen werde.[6] Gegenüber Iran gebe es diese Möglichkeit nicht. Das Auswärtige Amt sei aufgerufen, Vorschläge zu machen.

StS Sudhoff erklärte, er verfüge nicht über das politische Mandat, zu dieser Frage Vorschläge zu machen. Er warnte davor, Beziehungen, die auf der einen Seite sehr kompliziert seien, auf der anderen Seite sich in vielfacher Hinsicht als nützlich und wertvoll erwiesen hätten, aufs Spiel zu setzen.[7]

1 Hat Staatssekretär Sudhoff am 11. März 1988 vorgelegen.

2 Hat Bundesminister Genscher am 13. März 1988 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Jansen am 14. März 1988 vorgelegen, der den Rücklauf an Ministerialdirektor Schlagintweit verfügte.

3 Zum Entführungsfall Cordes im Libanon vgl. Dok. 16, Anm. 4.

4 Der Passus „ohne gewisse … erfolgreicher sein“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben.
Dazu vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Zu solchen Aussagen ist mir nichts bekannt.“

5 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

6 Bundesminister Klein hielt sich vom 7. bis 10. April 1988 in Syrien auf. Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, berichtete am 13. April 1988: „Bei fast allen Gesprächen schnitt BM Klein die Geiselfrage an. […] Er überbrachte den Dank der Bundesregierung für die bisherigen syrischen Bemühungen, insbes[ondere] den persönlichen Einsatz von Präsident Assad, und erneuerte dringlich die Bitte, weiterhin alles in syrischer Macht Stehende zu tun, um die Freilassung von Cordes zu erreichen. Präsident Assad sagte zu, weiterhin alle Anstrengungen zu unternehmen. Es handle sich um ein schwieriges Problem, das sich weder mit Gewalt noch mit politischem Druck allein lösen lasse.“ Gegenüber dem syrischen Außenminister al-Sharaa habe Klein ausgeführt, „BM Genscher sei von allen westlichen AM bei der Pflege der Beziehungen zu Iran am weitesten gegangen, was er selbst mit gewisser Skepsis beurteile, aber nach außen loyal vertrete. Diese Politik sei vom Iran bisher nicht honoriert worden. Die Bundesrepublik Deutschland gerate daher in Gefahr, nicht nur im Westen, sondern auch unter den arabischen Staaten isoliert zu werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 487; VS-Bd. 13646 (310); B 150, Aktenkopien 1988.

7 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

Auch StS Neusel stellte die Frage nach Druckmöglichkeiten. Wir müßten uns sehr ernsthaft überlegen, was wir bereit seien, für Cordes einzusetzen.[8]

BM Schäuble erklärte, bei dieser Sachlage werde ein Ministergespräch erforderlich. Er werde den Bundeskanzler befassen. Das Gespräch müsse möglichst in Anwesenheit von BM Klein geführt werden; hierfür komme praktisch nur der 17. März in Frage, da Klein erst am 16. aus Afrika zurückkehre[9] und am 18. nach Indien reise.

BM Schäuble und StS Neusel sagten, eine solche Ministerrunde müsse gut vorbereitet werden. In einem ähnlichen Fall sei ein Optionspapier vorbereitet worden. Da es sich um Fragen der Auswärtigen Politik handele, sei das Auswärtige Amt zuständig. StS Sudhoff antwortete, ein solches Papier sei problematisch, er könne es daher nicht zusagen.

StS Bouffier wies darauf hin, daß mit dem Eröffnungsbeschluß des Verfahrens gegen Mohammed Ali (Anfang April) und dem Beginn der Hauptverhandlung (Anfang Juni) eine noch schwierigere Situation eintreten werde.[10]

Vom ChBK höre ich inzwischen, daß der Bundeskanzler am nächsten Mittwoch, 16. März, im Anschluß an die Kabinettssitzung, d. h. von 10.30 – 11.30 Uhr, ein Gespräch mit Ihnen, BM Klein, Engelhard, Zimmermann und Schäuble führen will.

2) Aus der Sicht des Auswärtigen Amts verfügen wir über keine Möglichkeit, wirkungsvoll Druck auf Syrien oder Iran auszuüben. Gegen Syrien könnte man theoretisch in der Tat an die Entwicklungshilfe denken, praktisch ist nichts davon zu erwarten. Assad wird sich nicht durch Druck zu einem anderen Vorgehen bewegen lassen, insbesondere nicht durch Beträge, die in seinen Augen zwar nützlich, aber nicht besonders hoch sind.

Hinsichtlich Irans ist unser Instrumentarium noch geringer. Unsere Haltung in den Vereinten Nationen kann und darf nicht zum Instrument politischen Drucks werden. Dies hätte außerdem nicht nur keine Erfolgsaussichten, sondern würde kontraproduzent wirken.

Theoretisch könnte man noch an den Abbruch oder Einschränkung der diplomatischen Beziehungen denken. Auch hier ist nicht der geringste Effekt zu

8 Zu diesem Absatz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Wem gegenüber?“

9 Bundesminister Klein begleitete Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker bei dessen Besuch vom 1. bis 15. März 1988 in Mali, Nigeria und Simbabwe und reiste vorzeitig am 14. März 1988 zurück. Vgl. dazu auch Dok. 87.

10 Zum Fall des in Frankfurt am Main inhaftierten libanesischen Staatsangehörigen Hamadi vgl. Dok. 56, Anm. 28.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Bosch informierte am 14. April 1988 die Botschaft in Washington, daß die Schwurgerichtskammer des Landgerichts Frankfurt am Main am 12. April 1988 entschieden habe, in der Strafsache gegen Hamadi sei die Zuständigkeit der Jugendkammer begründet. Die Akten würden daher „durch Vermittlung der Staatsanwaltschaft der Jugendkammer zur Entscheidung vorgelegt“. Bosch erläuterte dazu: „Hauptgrund dieses Beschlusses ist, daß Schwurgerichtskammer Zweifel hat, ob die Begehung der Tat nicht bereits vor dem 14.6.1985 begonnen hat und damit noch in die Zeit des Heranwachsendenalters zurückreicht. Somit hat jetzt die Jugendkammer zu entscheiden, ob sie das Verfahren gegen H[amadi] eröffnet.“ Ein Verfahren vor der Jugendstrafkammer bedeute indes nicht, „daß Gericht automatisch nur Jugendstrafe (Höchstmaß zehn Jahre) verhängen könnte. Es ist durchaus möglich, daß gegen H. nach Para[graph] 105 Jugendgerichtsgesetz vom Gericht nicht Jugendstrafrecht, sondern allgemeines Strafrecht angewendet wird. In diesem Fall könnte auch Jugendstrafkammer nach Erwachsenenstrafrecht (Höchstmaß lebenslange Freiheitsstrafe) entscheiden.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 310, Bd. 149792.

erwarten. Wir würden vielmehr unsere guten und in vieler Hinsicht nützlichen und aussichtsreichen Gesamtbeziehungen und unsere Neutralität im Golfkonflikt aufs Spiel setzen und uns außerdem größeren Gefahren im Sicherheitsbereich aussetzen.

3) Aus dem Bundeskanzleramt höre ich, daß auf Arbeitsebene die Dinge inzwischen wieder weniger dramatisch gesehen werden. Es wird dort eine Aufzeichnung vorgelegt, in der vorgeschlagen wird, daß sich der Bundeskanzler in persönlichen Schreiben an die Staats- oder Regierungschefs beider Staaten richtet und sie dringlich und unter Hinweis auf das, was wir bisher für diese Länder getan haben, bittet, die Freilassung von Cordes zu erreichen.[11] Ich habe angeregt, daß im Rahmen einer solchen Aktion auch versucht wird, über Iran und Syrien ein neues Lebenszeichen von Cordes zu erhalten.[12]

Schlagintweit

VS-Bd. 13646 (310)

81

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Derix

214-322.00 POL/VAT-225/88 VS-vertraulich **11. März 1988**[1]

An das Referat 501 im Hause

nachrichtlich Referat 504

Betr.: Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Polen und dem Hl. Stuhl[2]
hier: Konsequenzen für die Gebiete östlich von Oder und Neiße

1) Im Zusammenhang mit der möglicherweise im Herbst diesen Jahres anläßlich des 10. Jahrestages des Pontifikatsantritts von Papst Johannes Paul II.[3] an-

11 Zum Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Präsident Assad vom 17. März 1988 vgl. Dok. 94, Anm. 3. Zum Schreiben von Kohl an Ministerpräsident Mussawi vgl. Dok. 102, Anm. 4.

12 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

1 Durchschlag als Konzept.

2 Vortragender Legationsrat Schrömbgens unterrichtete am 10. Februar 1988 die Botschaft in Warschau, daß dem Auswärtigen Amt folgendes bekannt geworden sei: „1) Der Text des Abkommens, das endgültig den Namen ‚Konvencja' (Konvention) tragen werde, sei bereits fertiggestellt und werde im Oktober 1988 zum zehnten Jahrestag der Wahl Johannes Paul II zum Papst (16.10.78) unterzeichnet werden. […] 2) Die endgültige Fassung der Konvention weise gegenüber früheren Entwürfen wesentliche Veränderungen auf, die aus dem Verzicht des Vatikan auf eine vorhergehende Anerkennung des Rechtsstatus der Kirche durch die polnische Führung resultierten. 3) Laut Äußerungen Jaruzelskis habe man in dieser Angelegenheit Moskau konsultiert. Die sowjetische Führung sehe ihrerseits die Konvention als ein ‚Muster für eine Verständigung zwischen dem Vatikan und den übrigen Sowjetblockstaaten' an. Angesichts ernster kirchenpolitischer Probleme in der DDR und ČSSR, die gegen eine ‚Tauwetter-Politik' eingestellt seien, wolle man jedoch ‚keine Spannungen herausfordern'. 4) Anstehende Probleme zwischen Kirche und Staat, die nicht im Rahmen der Konvention geregelt werden sollen, würden in mehreren vertraulich behandelten Zusätzen (sogenannten Annexen)

stehenden Aufnahme diplomatischer Beziehungen bzw. dem Abschluß eines Konkordates zwischen dem Hl. Stuhl und der VR Polen wurde die Bundesregierung in letzter Zeit mehrfach aufgefordert, aus diesem Anlaß beim Vatikan auf eine rechtswahrende Erklärung im Hinblick auf den Status der Gebiete östlich von Oder und Neiße hinzuwirken (vgl. verschiedene Schreiben von MdB Dr. Czaja an BK, ChBK[4]).

Die angeschriebenen Referate hatten in früheren Zuschriften die rechtliche Notwendigkeit einer solchen Erklärung verneint. Ref. 500 hielt indessen eine Bezugnahme des Hl. Stuhls auf jene Klarstellungen für erwägenswert, die in der zwischen der Bundesregierung und den drei Westmächten aus Anlaß der Ratifizierung des Warschauer Vertrages[5] erfolgten Notenwechsel von 1970[6] enthalten sind (vgl. Zuschrift 500-322.00 VAT/POL, Tgb. Nr. 6/87 VS-v vom 4.6.1987[7]).

2) Angesichts des Drängens aus interessierten Kreisen der Öffentlichkeit, die Bundesregierung möge auf eine entsprechende Erklärung des Hl. Stuhls hinwirken, wird eine rechtlich fundierte politische Entscheidung über die Haltung der Bundesregierung zu dieser Frage erforderlich werden.

Referat 214 bittet um Stellungnahme zu folgenden, h. E. noch klärungsbedürftigen Fragen:

a) Hat die Bundesregierung bei der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen Polen und dritten Staaten Erklärungen hinsichtlich der Oder-Neiße-Gebiete abgegeben bzw. bei dritten Staaten auf Abgabe einer solchen Erklärung hingewirkt?[8]

b) Hat die Bundesregierung sich tatsächlich durch „Schweigen" der in der Note vom 30.8.1972 ausgeführten Auffassung des Hl. Stuhls angeschlossen, die Gebiete östlich von Oder und Neiße seien aus dem Geltungsbereich des Reichskonkordats[9]

Fortsetzung Fußnote von Seite 461

präzisiert (‚causae minores')". Dies betreffe u. a. die Ausdehnung rechtlicher Belange des Heiligen Stuhls auf die polnische Kirche, die Auswahl von Geistlichen für kirchliche Positionen, die Nutzung der Massenmedien und die Gründung von Vereinigungen durch die Kirche und die Anerkennung von Diplomen theologischer Fakultäten durch den Staat. Vgl. den Drahterlaß; VS-Bd. 13497 (214); B 150, Aktenkopien 1988.

3 Kardinal Wojtyła wurde am 16. Oktober 1978 zum Papst gewählt und nahm den Namen Johannes Paul II. an.

4 Wolfgang Schäuble.

5 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok 588 und Dok. 589.

6 Für den Wortlaut der Note der Bundesregierung vom 19. November 1970 an die Drei Mächte sowie der Noten der Drei Mächte vom selben Tag an die Bundesregierung vgl. EUROPA-ARCHIV 1971, D 17. Vgl. dazu ferner AAPD 1970, III, Dok. 491, Dok. 494, Dok. 522, Dok. 530, Dok. 533, Dok. 538, Dok. 549 und Dok. 560.

7 Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hilgenberg vgl. VS-Bd. 13501 (214); B 150, Aktenkopien 1987.

8 Vortragender Legationsrat Goldschmidt legte am 31. März 1988 dar, daß diese Frage nur „das federführende Referat, gegebenenfalls mit Hilfe der in Frage kommenden Vertretungen", beantworten könne: „Es wäre dabei wohl zu unterscheiden zwischen der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen vor 1970 und danach. Staaten, die, wie unsere engsten Verbündeten, schon früh nach dem Zweiten Weltkrieg diplomatische Beziehungen mit Warschau aufgenommen haben, werden wahrscheinlich eher Veranlassung gehabt haben, auf das Staatsgebiet Polens bezogene Erklärungen bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen abzugeben als Staaten, die dies nach 1970 taten." Vgl. VS-Bd. 13497 (214); B 150, Aktenkopien 1988.

9 Für den Wortlaut des Konkordats vom 20. Juli 1933 zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl vgl. REICHSGESETZBLATT 1933, Teil II, S. 679–690.

mit Ratifikation des Warschauer Vertrages endgültig ausgeschieden und die Bundesregierung mithin bzgl. dieser Gebiete nicht mehr berechtigt (so zuletzt Zuschrift 501-506.1 vom 6.4.1987[10] mit Bezug auf die Antwortnote des Hl. Stuhls vom 30.8.1972 auf die Note der Bundesregierung vom 10.7.1972[11]; so auch schon Zuschrift 500-321.05 POL VS-NfD vom 20.3.1984). Nach den hier vorliegenden Unterlagen hat Botschafter Böker in einer mündlichen Demarche im Oktober 1972 gegenüber Kardinalstaatssekretär Casaroli noch einmal ausdrücklich der vom Hl. Stuhl in seiner Note vom 30.8.1972 ausgeführten Auffassung auf der Linie der Verbalnote der Bundesregierung vom 10.7.1972 widersprochen und in diesem Zusammenhang deutlich gemacht, daß die Bundesregierung auch hinsichtlich der Oder-Neiße-Gebiete an den im Reichskonkordat statuierten Konsultationspflichten (Art. 11 Abs. 2; Art. 33 Abs. 2) festhält (vgl. DB Nr. 96 vom 12.10.1972 VS-v aus VAT[12]).[13]

c) Könnte vor diesem Hintergrund die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Hl. Stuhl und Polen ohne eine erläuternde Erklärung des Hl. Stuhls als dem Reichskonkordat zuwiderlaufend interpretiert werden?

(Etwa: Die definitive „Herausnahme" der Oder-Neiße-Gebiete aus dem Geltungsbereich des Reichskonkordates würde dessen „Implementierung" mit einem nachfriedensvertraglichen Konkordatspartner Deutschland unmöglich machen.)[14]

Könnte hieraus wiederum auf eine Pflicht der Bundesregierung geschlossen werden, beim Hl. Stuhl auf die Abgabe einer entsprechenden Erklärung – etwa

10 Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Graeve vgl. Referat 214, Bd. 139733.

11 Für die Note der Bundesregierung vom 10. Juli 1972 an den Heiligen Stuhl vgl. B 80 (Referat 501), Bd. 1138.
Zur Antwortnote des Heiligen Stuhls vom 30. August 1972 an die Bundesregierung vgl. den Drahtbericht Nr. 82 des Botschafters Böker, Rom (Vatikan), vom 31. August 1972; VS-Bd. 5852 (V 8); B 150, Aktenkopien 1972. Vgl. dazu auch AAPD 1972, II, Dok. 228.

12 Für den Drahtbericht Nr. 96 des Botschafters Böker, Rom (Vatikan), vom 12. Oktober 1972 vgl. VS-Bd. 5852 (V 8); B 150, Aktenkopien 1972.

13 Vortragender Legationsrat Goldschmidt stellte am 31. März 1988 fest: „Für die Beantwortung der Frage, ob der Vatikan Konsultationsverpflichtungen aus Art. 11 Abs. 2, Art. 33 Abs. 2 des Konkordats hat, kann es hiesigen Erachtens dahingestellt bleiben, ob wir durch ‚Schweigen' auf die Note des Vatikans vom 30.8.1972 anerkannt haben, daß jedenfalls zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Gebiete östlich der Oder-Neiße nicht mehr Gegenstand des Konkordats sind, oder diese Rechtsansicht durch Widerspruch unseres Botschafters im Oktober 1972 gegenüber dem Kardinalstaatssekretär Casaroli neutralisiert haben. Der Vertrag ist zur Zeit nach Auffassung von Referat 501 hinsichtlich der Gebiete östlich der Oder-Neiße gegenstandslos, weil er auf sie nicht angewendet werden kann. Angewendet werden kann aber der Vertrag noch [insofern], als Konsultationspflichten über das Schicksal dieser Gebiete in Frage stehen. Insofern liegt eine Meinungsverschiedenheit über die Auslegung des Konkordats vor, auf die Art. 33 Abs. 2 Anwendung findet." Vgl. VS-Bd. 13497 (214); B 150, Aktenkopien 1988.

14 Vortragender Legationsrat Goldschmidt vermerkte am 31. März 1988: „Die unter dieser Ziffer gestellte Frage wäre dann positiv zu beantworten, wenn der Vatikan eine völkervertragsrechtliche Verpflichtung hätte, eine Erklärung bei Aufnahme der diplomatischen Beziehungen abzugeben. Dies ist aus zwei Gründen nicht der Fall. Zum einen vertritt Referat 501 den Standpunkt, daß zur Zeit jedenfalls das Konkordat im Bezug auf die Gebiete östlich der Oder-Neiße bis zu einer friedensvertraglichen Regelung gegenstandslos ist. Diese Auffassung deckt sich wohl mit der des Vatikans, die er in der Presseerklärung vom 28. Juni 1972 bekundet hat, indem er auf die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte verwies. Zum anderen schmälert er durch die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen keine Rechtspositionen, weil […] mit der Aufnahme dieser Beziehungen keine Anerkennung von territorialen Ansprüchen verbunden ist. Sofern kann auch nicht von einer definitiven ‚Herausnahme' der Gebiete östlich der Oder-Neiße gesprochen werden. Eine ‚Implementierung' des Konkordats nach einer friedensvertraglichen Regelung wird damit jedenfalls nicht in positivem oder negativem Sinne präjudiziert." Vgl. VS-Bd. 13497 (214); B 150, Aktenkopien 1988.

im Wege einer Bezugnahme auf den Notenwechsel zwischen der Bundesregierung und den Westmächten aus Anlaß der Ratifikation des Warschauer Vertrages im Jahre 1970 – hinzuwirken?[15]

Derix[16]

VS-Bd. 13497 (214)

82

Gesandter Schmitz, Paris, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 707 **Aufgabe: 11. März 1988, 15.40 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 11. März 1988, 16.24 Uhr**

Betr.: Deutsch-französische Wirtschaftsbeziehungen;
hier: Erbetener Sachstand zu den deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen und Stichworte für Tischrede BM[2]

Bezug: DE Nr. 120 vom 10.3.88, 420-321.90/04 FRA 101200[3]

1) In Frankreich wachsen das Engagement und der Glaube, das wirtschaftliche Gleichgewicht mit Deutschland erreichen zu können. Die Verzahnung der beiden

15 Zu dieser Frage stellte Vortragender Legationsrat Goldschmidt am 31. März 1988 fest, „daß keine völkerrechtliche Handlungspflicht der Bundesregierung zur Einwirkung auf den Vatikan zur Abgabe einer Erklärung aus dem Konkordat erkennbar ist. Eine andere Frage ist es, ob eine Handlungspflicht im skizzierten Sinne aus dem Grundgesetz, etwa aus dem Wiedervereinigungsgebot, abgeleitet werden kann. Es ist dabei aber zu bedenken, daß das Bundesverfassungsgericht (BVerfGE, Bundesverfassungsgerichtsentscheidung 55, S. 365) der auswärtigen Gewalt einen weiten Ermessenspielraum einräumt." Vgl. VS-Bd. 13497 (214); B 150, Aktenkopien 1988.
Am 5. April 1988 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hillgenberg Referat 214 mit: „Die Bundesrepublik Deutschland beansprucht auch im Verhältnis zu dritten Staaten keine Regelungsbefugnis hinsichtlich der O[der-]N[eiße-]G[renze]. Sie kann also gegenüber VAT keine praktische Anwendung des Konkordats auf die ONG verlangen. Die Bundesrepublik Deutschland ist durch den Warschauer Vertrag hingegen nicht gehindert, die Offenhaltung der endgültigen friedensvertraglichen Regelung der Zugehörigkeit der ONG klarzustellen. Sie kann dies auch gegenüber dem VAT tun und einen Anspruch auf Konsultation insoweit anmelden, als es um die Vermeidung des Eindrucks geht, der VAT wolle die ONG völlig aus Regelungsbereich des Konkordats herausnehmen, indem Polen endgültig als territorial allein zuständiger Partner behandelt wird. Wenn die Aufnahme dipl. Beziehungen zwischen dem Vatikan und Polen konkludent diese Aussage enthielte, könnte die Bundesregierung verfassungsrechtlich verpflichtet sein, den Vatikan auf die Offenheit der deutschen Frage hinzuweisen und auf ihn einzuwirken, seine Haltung in geeigneter Form klarzustellen (der ‚weite Ermessensspielraum' wird vom BVerfG in BVerfGE 55, 365, auf diplomatischen Schutz bezogen). Da die Aufnahme diplomatischer Beziehungen aber keine Aussage zu territorialen Fragen enthält und schon gar nicht eine Anerkennung die Endgültigkeit des Besitzstandes, entfällt nach Auffassung von Ref. 500 eine solche mögliche Verpflichtung. Dies sagt nichts über die mögliche politische Zweckmäßigkeit eines Schrittes." Vgl. VS-Bd. 13497 (214); B 150, Aktenkopien 1988.

16 Paraphe vom 11. März 1988.

1 Hat Ministerialdirektor Jelonek am 23. März 1988 vorgelegen, der handschriftlich für Referat 412 vermerkte: „Für Rede."

2 Bundesminister Genscher empfing am 31. März 1988 die Delegationen des deutsch-französischen Unternehmertreffens, das am selben Tag in Köln stattfand.

3 Vortragender Legationsrat Leonberger bat die Botschaft in Paris um „Stichworte" für eine Tischrede des Bundesministers Genscher anläßlich des deutsch-französischen Unternehmertreffens am 31. März

Wirtschaftsgrößen erscheint allerdings auf Grund der in beiden Ländern noch bestehenden politisch-wirtschaftlich-soziologisch unterschiedlichen Strukturen und der industriellen Schwäche Frankreichs nicht innerhalb kurzer Frist erreichbar. Dennoch ist das Ziel im Rahmen der europäischen Entwicklung keine Illusion.

2) Die wichtigsten Kriterien der deutsch-französischen Zusammenarbeit sind zum einen die '83 begonnenen und '86 durch Liberalisierung der Wirtschafts- und Währungsgesetzgebung verstärkten französischen Anstrengungen für eine mit Deutschland konvergierende Wirtschaftspolitik; andererseits belastet die seit den fünfziger Jahren negative Handelsbilanz Frankreichs im Verhältnis zu Deutschland unsere Wirtschaftsbeziehungen. Diese Elemente – einerseits Konvergenz, andererseits aber noch keine ausgeglichene Handelsbilanz – machen deutlich, daß das Ziel einer modernen Industriegesellschaft und der Platzerhalt in der Spitzengruppe der westlichen Industrieländer von Frankreich zwar fest anvisiert wird, daß jedoch im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland eine gleiche Leistungskraft der französischen Volkswirtschaft nicht gegeben ist und dies auf absehbare Zeit auch bei grundsätzlich gleichlaufender Wirtschaftspolitik aus eigener Kraft nicht zu erreichen sein dürfte. Hieraus ergibt sich mit besonderer Schärfe eine zusätzliche Belastung, nämlich die Schwäche des Francs insbesondere im Verhältnis zur DM.

3) Das deutsche Produkt hat Frankreich seit den frühen fünfziger Jahren erobert. Das gilt für alle Güter. Wenngleich der Markt schwieriger geworden ist, die Gewinne zum Teil erheblich abgenommen haben, die Aufwertungen der DM schwerer aufzufangen sind, dürften nationale französische Produkte die deutsche Marktposition in wichtigen Bereichen in den nächsten Jahren noch nicht gefährden.

4) Frankreich kommt sehr spät auf dem deutschen Markt an. Die Umorientierung des französischen Exports von dem frankophonen Afrika in die westlichen Industrieländer erst in jüngerer Zeit bringt enorme Umstellungsschwierigkeiten. Klein- und Mittelbetriebe verfügen weder über die nötige Exportinfrastruktur noch die finanziellen Mittel, den Kunden zu erreichen. Auch große Firmen haben oft noch keine moderne Konzeption von dem Verhältnis Käufer/Kunde. Behinderungen (nicht-tarifäre Handelshemmnisse), Normen, administrative Schwierigkeiten werden gegen uns vorgebracht. Exporteure und Regierung gehen davon aus, daß „die Deutschen" Hilfe zum Abbau des Defizits leisten müßten: Kauf von Nuklearstrom, besserer „accueil" und anderes mehr. Vor allem wird Klage geführt, die Deutschen seien zu wenig an industrieller Kooperation interessiert. Andererseits wird unser Engagement in EUREKA[4] nach dem in Frankreich so

Fortsetzung Fußnote von Seite 464

1988 in Köln sowie um einen Sachstand zu den deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen. Vgl. dazu Referat 416, Bd. 131077.

4 Am 14./15. September 1987 fand in Madrid die V. EUREKA-Ministerkonferenz statt. Ministerialdirigent Rembser, Bundesministerium für Forschung und Technologie, z. Z. Madrid, informierte am 17. September 1987: „58 neue EUREKA-Projekte mit einem Volumen von über 1,4 Mrd. DM wurden angemeldet, darunter 17 Projekte mit deutscher Beteiligung mit einem Gesamtvolumen von 500 Mio. DM. Neun dieser Projekte laufen auf deutscher Seite ohne Finanzbeiträge der öffentlichen Hand. Bei den neuen Projekten überwiegen die Sektoren ‚Biotechnologie und ‚Medizintechnik' und ‚Produktionstechnik' in der Zahl der Anmeldungen. Die Gesamtzahl der EUREKA-Projekte erhöht sich

beliebten Prinzip des „accompagnement de l'État" begrüßt. Das gleiche gilt für unsere Beteiligung im Rahmen von Raumfahrtprojekten. Private Unternehmen sind, wenn man von dem Fall Airbus und der Rüstungskooperation absieht, auf beiden Seiten zu Kooperationen nur dann bereit, wenn sie sehr präzise ausgelegt und mittelfristig produktionsträchtig sind.

Positiv zu bewerten sind die wechselseitigen Zunahmen der Investitionen. Einzelne französische Firmen (St. Gobain, Rhône-Poulenc, Thomson) haben in Deutschland beachtliche Marktanteile gekauft und wollen das weiter tun. Dabei spielt der Gedanke, deutsche Unternehmen fest in die Hand zu bekommen und „zu durchleuchten", eine besondere Rolle.

Deutsche haben in den letzten Jahren keine größeren Akquisitionen in Frankreich gemacht[5], sondern vor allem auf mittlerer Ebene Marktanteile weiter dazugekauft und Erweiterungsinvestitionen vorgenommen (zum Beispiel Bosch). Eine verstärkte Neigung zum industriellen Engagement in Frankreich ist zur Zeit nicht erkennbar.[6] Die liberalen Bekenntnisse von Staatsminister Balladur stehen in einem gewissen Widerspruch zu einer restriktiv nationalen Interessenwahrnehmung, d.h. alles, was im weitesten Sinn in den Bereich des „patrimoine national" fällt, wird dem Zugriff von Ausländern entzogen.

5) Die Schwierigkeiten auf Grund des Leistungsgefälles Deutschland/Frankreich, die in den vergangenen dreißig Jahren nicht aufgelöst werden konnten, sollen und müssen aus französischer Sicht im europäischen Rahmen einschließlich einer europäischen Emissionsbank behoben werden.[7] 1992[8] ist die große Hoffnung, allerdings auch eine große Besorgnis. Die Erwartung ist, die Deutschen in die Pflicht nehmen zu können und eine Art institutionellen Leistungsausgleich als systemimmanent zu proklamieren.

6) Die „Redlichkeit" dieses Konzepts soll nicht geprüft werden. Die Durchsetzung in einer nicht hinreichend ausgewogenen Form könnte die deutsche Industrie und Wirtschaft doch materiell berühren, selbst wenn man berücksichtigt, daß die deutsche Wirtschaft innerhalb der EG ihren wichtigsten Nachkriegserfolg erzielt hat.

Im industriellen Bereich hat sich in Frankreich zwar eine durchaus positive Entwicklung in jüngster Zeit angebahnt: Die Autoindustrie hat sich „gefangen". Die von den Sozialisten erstmals betriebene Restrukturierung bei Werften, Stahl, Kohle ist weitgehend vollzogen. In der Textilindustrie steht sie noch aus. Das gesamte Bild der Industrielandschaft ist jedoch nicht sehr befriedigend. So ist Frankreich im Jahre 86 erstmals sogar Netto-Importeur von Industriegütern[9]

Fortsetzung Fußnote von Seite 465

nach Madrid nunmehr auf 165 mit einem Volumen von über 8 Mrd. DM. An diesen nehmen über 600 europäische Partner aus Industrie und Institutionen der öffentlichen Hand teil. Mit der Eröffnung der Projektdatenbank können nunmehr rasch alle interessierten Stellen sich über EUREKA-Projekte und Projektvorschläge unterrichten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1004; Referat 203 (202), Bd. 151118.

5 Der Passus „Deutsche haben … in Frankreich gemacht" wurde von Ministerialdirektor Jelonek unterschlängelt.

6 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Jelonek unterschlängelt.

7 Zu dem vom französischen Wirtschafts- und Finanzminister Balladur am 29. Dezember 1987 vorgelegten Memorandum „La Construction Monétaire Européenne" vgl. Dok. 34.

8 Vgl. dazu Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986; Dok. 1, Anm. 19.

9 Der Passus „Frankreich im Jahre … von Industriegütern" wurde von Ministerialdirektor Jelonek unterschlängelt.

geworden! Die gesamte einst florierende Werkzeugmaschinenindustrie existiert nicht mehr. Andere Zweige, insbesondere im Bereich moderner Technologien, entwickeln sich gut. Die Wettbewerbsfähigkeit hat sich in vielen Bereichen auf Grund geringer Stückkosten verbessert. Die Gewinne sind seit 84 gestiegen. Nach Abbau der Schulden haben die Unternehmen auch wieder investiert.

Wichtig sind vor allem Ansätze in der Veränderung der Mentalität. Regierung, Presse und nicht zuletzt die Unternehmer haben die nachteiligen Folgen des fortwährenden Spiels mit Abwertungen erkannt. So hört man zur Zeit im Wahlkampf[10] nirgendwo die frühere Forderung nach Abwertung zur Aufbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. „Pour un franc fort" heißt die Parole.

7) 1983 hat Mitterrand nach langer Diskussion vor allem in der Sozialistischen Partei (von März bis September) über das Verbleiben Frankreichs in der Gemeinschaft und insbesondere im EWS positiv entschieden. Dies ist ein historisches Datum auch für die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen. Dies „sichert" uns weiterhin den größten Handelspartner.

8) Die oben aufgeführten Daten und Entscheidungen aus 1983 sollten die deutsche Seite ermutigen, Vertrauen in eine stabilitätsorientierte französische Politik zu haben. Unser Verhältnis kann nicht immer konfliktfrei sein. Frankreich sucht eine Konsolidierung im und durch das europäische Umfeld, in dem wir ein besonderes Gewicht haben. Doch müssen wir über Zahlen und Daten hinaus Frankreich gründlicher betrachten. Die geltende Ordnung der Grundwerte ist der einer modernen Industriegesellschaft noch immer nicht völlig angepaßt. Konkret: Die Devise „Rente geht vor Risiko" (Immobilien bringen bessere Erträge als Industriebeteiligungen) gilt immer noch. Der Einfluß des Geldbürgertums ist noch immer erheblich. Das gilt von der Zulassung zu einer besonderen Schule bis zur Sicherung eines einflußreichen Postens in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft. Die Reprivatisierung[11] und die dabei geschaffenen sogenannten „harten Kerne" haben im übrigen in jüngster Zeit wieder gezeigt, wie der Staat auf die Existenz dieses „Stabilisierungsfaktors" zurückgreift.

Trotz aller Bekenntnisse zu einer liberalen Wirtschaftsverfassung besteht in der Praxis die Intervention des Staates weiter. Die Wirtschaft ihrerseits in ihrem derzeit immer noch nicht konsolidierten Zustand möchte auf einen starken Staat noch nicht verzichten. Das soziale Netz für die Arbeitnehmer hat sein Gegenstück im staatlichen Netz für die Unternehmer.[12]

10 In Frankreich fanden am 24. April und 8. Mai 1988 Präsidentschaftswahlen statt.

11 In dem am 11. März 1988 von der Botschaft in Paris übermittelten „Politischen Halbjahresbericht Frankreich" hieß es: „Nach zwei Jahren liberal-konservativer Regierung hat die französische Wirtschaftsordnung einen bemerkenswerten Abstand zu ihrer von staatlichem Dirigismus und Interventionismus geprägten Tradition gewonnen und sich marktwirtschaftlich orientiert. […] Zu nennen sind hier insbesondere die vollständige Aufhebung der Preis- und Devisenkontrolle, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und die Privatisierung der verstaatlichten Unternehmen. Das Privatisierungsprogramm, das bis dahin erfolgreich verlaufen war, hat durch den Börsenkrach vom Oktober 1987 einen gewissen Rückschlag erlitten. Der Testfall der Privatisierung des Mischkonzerns Matra zu Beginn des Jahres 1988 ist jedoch positiv verlaufen. Abzuwarten bleibt, wie sich der Ausgang der Präsidentschaftswahlen auf die Fortsetzung des Entstaatlichungsprogramms auswirken wird." Vgl. Referat 201, Bd. 143335.

12 Botschafter Pfeffer, Paris, berichtete am 10. März 1988 über ein Gespräch mit dem Präsidenten des französischen Unternehmerverbandes Conseil national du patronat français, Périgot. Dieser habe zur wirtschaftlichen Entwicklung Frankreichs ausgeführt: „Man dürfe nicht übersehen, daß die Grund-

Die Nachkriegsgeschichte zeigt, daß ein Konsensus über die Grundlagen der Industriegesellschaft Frankreich noch nicht gefunden ist. Man darf voraussehen, daß die Politik dieses Strukturproblem der französischen Gesellschaft nur behutsam wird lösen können.

Wie auch immer man diese Sachlage beurteilen mag, deutsche Hilfe an Frankreich ist die Voraussetzung auch unserer eigenen Zukunft.

Stichworte für die Tischrede folgen mit gesondertem Drahtbericht.[13]

[gez.] Schmitz

Referat 412, Bd. 168642

83

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Durbach

14. März 1988[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand am Montag, dem 14. März 1988, in Durbach

Teilnehmer auf französischer Seite: Staatspräsident Mitterrand, Herr Attali, Frau Guigou, Frau Sauzay als Dolmetscherin.

Teilnehmer auf deutscher Seite: der Herr Bundeskanzler, MDg Dr. Neuer, MDg Dr. Hartmann, Frau Raible als Dolmetscherin.

Der *Bundeskanzler* heißt Präsident Mitterrand in Durbach herzlich willkommen. Er schlägt als Gesprächsthemen vor:

Fortsetzung Fußnote von Seite 467

sätze freier wirtschaftlicher Betätigung (in einer Art Rahmenordnung) erst Anfang 1987 verwirklicht worden seien. Die französische Industrie, die französische Wirtschaft, die französische Gesellschaft seien aber immer noch durch gesetzliche Regelungen gehemmt, die jahrhundertealtem Colbertismus und eingefressenem Dirigismus entstammten. Die Franzosen seien sich dieser Tatsache nicht voll bewußt. Die ‚Entlassung in die wirtschaftliche Freiheit' sei ein Prozess, der Umgang mit dieser Freiheit noch unsicher. Der Staat sei nach wie vor ziemlich allgegenwärtig." Vgl. den Drahtbericht Nr. 690; Referat 416, Bd. 141077.

13 Gesandter Schmitz übermittelte am 11. März 1988 Elemente für eine Rede des Bundesministers Genscher über die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 708; Referat 412, Bd. 168642.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 15. März 1988 gefertigt und am selben Tag von Ministerialdirektor Teltschik über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl „zur Billigung" geleitet. Dazu vermerkte er: „Ich bitte ferner um Weisung, ob der von Ihnen gebilligte Vermerk Herrn BM Genscher und/oder Herrn BM Wörner zur persönlichen Kenntnisnahme übersandt werden kann."
Hat Schäuble am 17. März 1988 vorgelegen.
Hat Kohl vorgelegen, der den Rücklauf an Teltschik verfügte und zu dessen Bitte um Weisung vermerkte: „Nein."
Hat Teltschik am 22. März 1988 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundesarchiv, B 136, Bd. 34084.

– Stand und Entwicklung der West-Ost-Beziehungen,

– Die Lage in der EG nach dem ER in Brüssel[2].

Staatspräsident *Mitterrand* erklärt sich einverstanden.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, wir seien derzeit mit der Vorbereitung des nächsten ER in Hannover[3] beschäftigt. Morgen werde er mit Kommissionspräsident Delors zusammentreffen.[4] Letzte Woche habe er vor dem EP seinen Bericht erstattet und feststellen können, daß das Echo auf den ER von Brüssel außerordentlich positiv sei. Diesen Schwung müsse man jetzt für Hannover nutzen.

Wie sich in Brüssel gezeigt habe, sei derzeit der Umgang mit PM Thatcher etwas schwierig. Es sei zu befürchten, daß mit dem Ende der Ära Reagan[5] diese Schwierigkeiten noch zunehmen würden, da PM Thatcher mit einem möglichen künftigen Präsidenten Bush nicht die gleiche Seelenverwandtschaft verbinde. Auf die Entwicklung in den USA eingehend, erklärt der Herr Bundeskanzler, er habe bei seinem letzten Besuch in Washington[6] von vielen Seiten gehört, daß man mit einem republikanischen Präsidenten, aber einer demokratischen Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses rechnen könne. Wenn Bush Präsident werde, sei dies zu begrüßen, denn dieser kenne Europa sehr gut.

Präsident *Mitterrand* stimmt dieser Einschätzung zu.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, da Bush mehr ein Mann der Mitte sei, werde dies auch Rückwirkungen auf PM Thatcher haben. Im Moment sei nicht abzusehen, wohin sich PM Thatcher europapolitisch bewege. Eine wichtige Frage sei beispielsweise, ob GB dem EWS beitrete oder nicht.

Der Bundeskanzler leitet sodann auf die West-Ost-Beziehungen über und erklärt, er habe am Wochenende[7] in Abstimmung mit der sowjetischen Seite bekanntgeben lassen, daß er im Herbst nach Moskau reisen und Gorbatschow im Frühjahr nächsten Jahres nach Bonn kommen werde.[8] Im übrigen habe er den Eindruck, daß die internen Probleme Gorbatschows in der letzten Zeit eher zugenommen hätten.

Staatspräsident *Mitterrand* erklärt, der letzte ER sei sehr schwierig gewesen. Das Ergebnis gebe aber Anlaß zu Optimismus. Der Bundeskanzler habe den Rat sehr gut präsidiert, und auch Herr Delors sei sehr hilfreich gewesen. Der ER habe aber auch gezeigt, daß nur dann ein gutes Ergebnis zu erreichen sei, wenn viele Bedingungen zusammenkämen.

2 Zur außerordentlichen Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel vgl. Dok. 59.

3 Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 in Hannover vgl. Dok. 191.

4 Bundeskanzler Kohl und EG-Kommissionspräsident Delors nahmen am 15. März 1988 an der Gemeinschaftsveranstaltung der deutschen Wirtschaft „Europas Zukunft – Vollendung des Binnenmarktes 1992“ in Bonn teil. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schürmann vom 22. März 1988; Referat 410, Bd. 160935.

5 Die Amtszeit des Präsidenten Reagan endete am 20. Januar 1989.

6 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 17. bis 20. Februar 1988 in den USA vgl. Dok. 62–64.

7 12./13. März 1988.

8 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.
Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte in Begleitung des sowjetischen Außenministers Schewardnadse die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu AAPD 1989.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, eine der entscheidenden Bedingungen sei die deutsch-französische Zusammenarbeit.

Präsident *Mitterrand* stimmt dem nachdrücklich zu und wiederholt, vor allem der Bundeskanzler und Delors hätten den ER zum Erfolg geführt. Für ihn sei es selbstverständlich gewesen, den Bundeskanzler hierbei zu unterstützen.

Die Strategie, Frau Thatcher zu isolieren – die er schon seinerzeit in Fontainebleau[9] und in Luxemburg[10] empfohlen habe –, habe sich auch in Brüssel bewährt. So sei PM Thatcher schließlich zum Nachgeben gezwungen worden.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, für ihn sei die Haltung der Niederländer leider sehr enttäuschend gewesen.

Präsident *Mitterrand* stimmt zu und erklärt, auch die Italiener hätten sich nicht sehr konstruktiv verhalten. Sie hätten für sich alle Vorteile einheimsen, aber keine Konzessionen machen wollen. Goria und Andreotti seien damit von der traditionellen pro-europäischen Haltung ihres Landes abgewichen.

Der *Bundeskanzler* ·erklärt, den Italienern müsse man wegen ihrer besonderen innenpolitischen Probleme, die für sie nun einmal prioritär seien, mildernde Umstände zubilligen.

Auf die Frage von Präsident *Mitterrand*, wie die niederländische Haltung zu erklären sei, verweist der *Bundeskanzler* auf die Rolle des niederländischen Außenministers van den Broek. Insgesamt sei zu bedauern, daß man so viel Energie aufwenden müsse, um voranzukommen. Er frage sich daher, wie es mit der politischen Integration weitergehen solle.

Präsident *Mitterrand* erklärt, er könne sich entscheidende Fortschritte im politischen Bereich mit GB nicht vorstellen.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, dann müßten D und F vorangehen.

Staatspräsident *Mitterrand* stimmt zu und erklärt, GB werde bei der politischen Integration auch nach einem möglichen Abgang von Frau Thatcher keine besonders aktive Rolle spielen.

Der *Bundeskanzler* fügt hinzu, vielleicht brauche Großbritannien auch mehr Zeit. Man dürfe nicht übersehen, daß – anders als die Kontinentaleuropäer – über die Hälfte der Briten ihr Land noch nie verlassen hätte.

Präsident *Mitterrand* leitet zu den West-Ost-Beziehungen über und erklärt unter Hinweis auf die Entwicklung in Aserbaidschan und Armenien[11], die Lage werde für Gorbatschow sichtlich schwieriger, und diese Vorgänge spielten seinen Gegnern in die Hände.

Der *Bundeskanzler* stimmt zu und erklärt, welche Auswirkungen die Politik Gorbatschows habe, habe er jüngst bei seinem Besuch in der ČSSR feststellen können.[12] Dort gebe es faktisch drei Gruppen. Die erste, die sich um MP Štrougal schare, setze auf Gorbatschow, daneben gebe es eine Gruppe alter Stalinisten sowie eine kleinere Gruppe um den neuen Generalsekretär Jakeš, die abwarte.

9 Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau vgl. AAPD 1984, II, Dok. 181.
10 In Luxemburg fand am 2./3. Dezember 1985 eine Tagung des Europäischen Rats statt.
11 Zum Konflikt zwischen den Sowjetrepubliken Armenien und Aserbaidschan vgl. Dok. 85, Anm. 3 und 4.
12 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 26./27. Januar 1988 in der ČSSR vgl. Dok. 33.

Sie werde sich auf die Seite von Gorbatschow schlagen, wenn er Erfolg habe, sonst nicht. Auch in der DDR seien die Auswirkungen der Politik Gorbatschows deutlich.[13] Im Grunde genommen habe sich im gesamten Bereich des Warschauer Pakts das Klima verändert.

Präsident *Mitterrand* erklärt, der Westen müsse die vor uns liegende Zeit nützen, um vor allem in Fragen der Abrüstung Fortschritte zu erzielen. Er wäre daher dem Bundeskanzler sehr dankbar, wenn er ihm seine Ideen hierzu erläutern könne, insbesondere in den Bereichen der konventionellen Rüstungskontrolle, der C-Waffen und der Kurzstreckensysteme.

Er selber habe in Brüssel[14] dafür plädiert, die Frage der Modernisierung der Kurzstreckensysteme zurückzustellen und der konventionellen Rüstungskontrolle Priorität einzuräumen. Damit werde ein Prozeß ähnlich dem des NATO-Doppelbeschlusses eingeleitet. Dies bedeute im Klartext:

Wenn die Sowjets weiter aufrüsten würden, werde der Westen nachrüsten. Allerdings solle man den Sowjets bis zu dieser Entscheidung nicht vier, sondern lediglich zwei Jahre einräumen.

Was die Kurzstreckensysteme angehe, so müsse man auch sehen, daß diese nicht über Krieg oder Frieden entscheiden würden. Es sei daher gefährlich, sich jetzt auf eine Modernisierung der Kurzstreckensysteme festzulegen, weil man damit riskiere, daß es nicht zu weiteren Fortschritten in anderen Bereichen der Abrüstung komme, wofür dann der Westen verantwortlich gemacht werde.

Der *Bundeskanzler* erklärt, diese Argumentation gefalle ihm sehr. Man sei sich in den beiderseitigen Positionen sehr nahe.

Unser Problem bestehe darin, daß in D auch über diese Frage (die der Kurzstreckensysteme) unter dogmatischen Vorzeichen diskutiert werde. Demgegenüber solle man zuerst die Tatsachen zur Kenntnis nehmen. Gorbatschow habe beim INF-Abkommen keine großen Gegenleistungen erbringen müssen. Bei START werde es schon etwas schwieriger für ihn sein. Die eigentliche Probe für ihn werde die konventionelle Abrüstung sein, denn damit müsse er auch in die Machtstruktur der sowjetischen Streitkräfte eingreifen.

Gorbatschow selber habe die im konventionellen Bereich bestehende Asymmetrie zugegeben. Im übrigen seien die Sowjets dabei, in entscheidenden Bereichen – der Bundeskanzler erwähnt die Panzer- und Luftlandetruppen – zu modernisieren.

Er sei insgesamt sehr zufrieden mit dem Ergebnis von Brüssel, denn jetzt müsse Gorbatschow den Beweis antreten, ob und welche wirklichen Fortschritte in der Abrüstung er wolle.

Das Problem der Kurzstreckensysteme stelle sich im übrigen nicht jetzt, sondern frühestens ab 1992. Allerdings müsse verhindert werden, daß die sogenannte dritte Null-Lösung zum Postulat werde und dann so etwas wie eine denuklearisierte Zone in Europa entstehe. Es dürfe keine Zonen verminderter Sicherheit im Bündnis geben. Auch in Deutschland müßten weiter Nuklearwaffen stationiert bleiben.

13 Zu den Auswirkungen der Reformpolitik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, auf die DDR vgl. Dok. 12.

14 Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 2./3. März 1988 in Brüssel vgl. Dok. 75.

Wenn nach einiger Zeit bei der konventionellen Rüstungskontrolle keine Fortschritte zu verzeichnen seien, werde man auch bei den Kurzstreckensystemen nachbessern müssen. Er fürchte eine Diskussion hierüber nicht. Die psychologische Lage sei übrigens anders als 1983. Damals sei er allein auf das Vertrauen der Menschen angewiesen gewesen. Jetzt habe man den Beweis dafür erbracht, daß unser Kurs richtig sei. Dies sei das wichtigste Argument.

Er schließe nicht aus, daß die SPD diese Frage 1990 zum Wahlkampfthema machen werde.[15] Dies werde ihr selbst nicht viel nützen, sondern nur den Grünen zugute kommen.

Insgesamt sei heute in D die Stimmung in den entscheidenden Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik optimal. Die Mehrheit der Bevölkerung habe begriffen, wie wichtig es sei, daß die jetzige Bundesregierung gute Beziehungen zu den USA und exzellente Beziehungen zu Frankreich unterhalte. Gleichzeitig wirke sich die Entwicklung im Ostblock – insbesondere bei den Ausreisen – positiv aus. Den Menschen sei bewußt, daß von Europa heute keine Krise ausgehe.

Die von Präsident Mitterrand vorgebrachte Idee eines „Mini-NATO-Doppelbeschlusses" solle man aufgreifen, wenn die amerikanischen Präsidentschaftswahlen[16] vorbei seien.

Präsident *Mitterrand* stellt die Frage, wie der Bundeskanzler die deutsch-französische Abstimmung auf dem KSZE-Folgetreffen in Wien beurteilt.

Der *Bundeskanzler* erklärt, seines Wissens gebe es keine Probleme.

Präsident *Mitterrand* fährt fort, in der Tat sei man sich heute in Fragen der Abrüstung sehr nahe. Allerdings müsse man sehen, daß es auch in Frankreich starke Kräfte gebe, die sich jetzt auf die Problematik der Kurzstreckensysteme stürzten. Er habe in dieser Frage seinen Standpunkt durchsetzen können.

Man dürfe dabei aber nicht übersehen, daß auch die anderen Standpunkte nach wie vor vertreten würden.

Das Gespräch wird beim Mittagessen fortgesetzt.

Staatspräsident Mitterrand erkundigt sich nach der innenpolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland.

Der *Bundeskanzler* gibt einen kurzen Überblick über die wirtschaftlichen Daten, die insgesamt positiv seien. Allerdings habe die Bundesregierung auch schwierige Probleme zu lösen. Der Bundeskanzler erwähnt die Steuerreform[17] und erläutert anhand einer Reihe von Beispielen die Schwierigkeiten, die einer Kostenbegrenzung im Gesundheitswesen[18] im Wege stehen.

Der Bundeskanzler fragt Präsident Mitterrand sodann, wie er die Lage in Israel beurteile und welche Chancen er einer Internationalen Friedenskonferenz gebe.

15 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 2. Dezember 1990 statt.

16 In den USA fanden am 8. November 1988 Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

17 Zur Steuerreform der Bundesregierung vgl. Dok. 64, Anm. 19.

18 Vgl. dazu das geplante Gesetz zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheits-Reformgesetz – GRG); Dok. 64, Anm. 20.

Präsident *Mitterrand* erklärt, er sehe im Augenblick keine Chancen für einen Durchbruch. MP Shamir wolle keine Internationale Friedenskonferenz[19]; man müsse zudem damit rechnen, daß Shamir wegen der Unruhen in den besetzten Gebieten[20] die nächsten Wahlen[21] gewinnen werde.

Der von AM Shultz vorgelegte Nahostplan[22] bringe aus seiner Sicht nicht viel. Das Problem der Autonomie werde nicht zwischen Israel und den USA, sondern zwischen Israel und den Arabern entschieden. Der neue amerikanische Plan habe dieselben Fehler wie seinerzeit der entsprechende Teil des Camp-David-Abkommens.[23] Der entscheidende Teil von Camp David, nämlich das Palästinenserproblem, sei bis heute nicht gelöst.

Natürlich hätte eine Nahost-Konferenz den großen Vorteil, daß für einige Jahre relative Ruhe herrschen würde und in dieser Zeit bilaterale Verhandlungen mit Jordanien und Ägypten stattfinden könnten.

Er bleibe jedoch skeptisch, so lange die israelische Politik intellektuell die USA beherrsche.

Der *Bundeskanzler* erklärt, auch er sei pessimistisch, wenn Shamir die künftigen Wahlen gewinne.

Präsident *Mitterrand* erklärt, in der Tat wäre damit alles blockiert. Er glaube, daß Israel weiterhin auf eine Spaltung der Araber setze. Damit könne es allerdings höchstens noch zehn Jahre gewinnen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, dies sei eine sehr bedrückende Perspektive, zumal man bedenken müsse, daß in zehn Jahren wichtige arabische Führer wie Mubarak und Hussein, die für einen Ausgleich sorgten, möglicherweise nicht mehr aktiv seien.

Er frage sich, ob D und F irgend etwas tun könnten, um zu einer Besserung der Lage im Nahen Osten beizutragen.

19 Ministerpräsident Shamir hielt sich vom 14. bis 17. März 1988 in den USA auf. In den Gesprächen mit der amerikanischen Regierung konnte jedoch keine Einigung über die Einberufung einer Internationalen Friedenskonferenz erzielt werden. Am 16. März 1988 führe Shamir in Washington vor der Presse aus: „I have strong reservations concerning the proposed international conference which, in my view, is not conducive to peace. […] Nevertheless, I shall be ready to consider a similar proposal. Israel firmly believes that those who are prepared to live with each other in peace must learn to negotiate directly with each other." Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 8 (1988), Heft 2135, S. 40.

20 Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada") vgl. Dok. 16, Anm. 23.
Botschafter Haas, Tel Aviv, berichtete am 18. März 1988, die Unruhen hielten unverminder an: „Neben herkömmlichen Formen der Auseinandersetzung (Zusammenstöße von Demonstranten und Sicherheitskräften, Händlerstreiks, Ausgangssperren, Festnahmen, Administrativhaft) treten zunehmend Aktionen gewaltfreien Widerstands auf palästinensischer und wirtschaftliche sowie administrative Sanktionen auf israelischer Seite." Haas kam zu dem Schluß: „Auch die neuesten israelischen Repressionsmaßnahmen scheinen wenig geeignet, dem Aufruhr ein baldiges Ende zu bereiten. Weit eher werden sie Druck im Dampfkessel der besetzten Gebiete noch erhöhen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 376; Referat 310, Bd. 149758.

21 Die Wahlen zum israelischen Parlament fanden am 1. November 1988 statt.

22 Am 18. März 1988 veröffentlichte der amerikanische Außenminister Shultz einen Artikel in der amerikanischen Tageszeitung „The Washington Post", in dem er den Rahmen einer Internationalen Konferenz für den Frieden im Nahen Osten darlegte. Für den Wortlaut vgl. ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. IV, Teil 2, S. 1887 f.

23 Zu den Gesprächen von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 und vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 31, Anm. 34.

Präsident *Mitterrand* erwidert, man müsse sich damit abfinden, daß es nicht für alle Probleme eine Lösung gebe.

Der *Bundeskanzler* erwidert, das Wort von Bismarck, daß man den Mantel Gottes ergreifen müsse, wenn er durch die Geschichte gehe, treffe auf die jetzige Lage in Israel zu. Aber wenn er an Leute wie Shamir denke, habe auch er nicht viel Hoffnung: Andererseits hätten Land und Volk Israel eine andere Zukunft verdient.

Präsident *Mitterrand* erwidert, vielleicht gebe es eine Lösung, wenn eine andere Generation in Israel das Sagen habe. Auch diese Generation werde zwar an dem Ziel festhalten, möglichst viel Land zu behalten, aber sie werde möglicherweise nicht versuchen, alle Probleme gleichzeitig lösen zu wollen, wie die derzeitige Generation. Die Israelis müßten mehr der Geschichte vertrauen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er sei nicht sicher, daß sich die nächste Generation vernünftiger verhalten werde, denn der europäische Einfluß gehe mit der Zeit mehr und mehr zurück.

Präsident *Mitterrand* stellt die Frage, wie der Bundeskanzler den amerikanischen Präsidenten Reagan gefunden hätte.

Der *Bundeskanzler* erwidert, er glaube, daß Präsident Reagan sich ein glänzendes Ansehen in den USA erworben habe. Wie man sehe, profitiere Bush davon im derzeitigen Wahlkampf. Zu diesem Ansehen habe sicherlich auch seine besondere Fähigkeit der Darstellung gegenüber der Öffentlichkeit beigetragen.

Auf einen entsprechenden Einwurf von Präsident Mitterrand ergänzt der Bundeskanzler, in der Tat werde das in vier Jahren möglicherweise anders aussehen. Der Nachfolger von Präsident Reagan werde sich mit den innenpolitischen Schwierigkeiten auseinandersetzen müssen, die Reagan hinterlasse. Der Bundeskanzler erwähnt die Budget-Probleme, aber auch die großen Lücken in der Infrastruktur und bei der Sozialpolitik.

Man müsse daher damit rechnen, daß der Nachfolger Reagans die Frage der Verteidigungslasten im Bündnis verstärkt zur Diskussion stellen werde.[24] Dies könnte insofern eine gute Seite haben, als dann die deutsch-französische Kooperation im Verteidigungsbereich mehr Anerkennung finden werde.

Er habe erst jüngst bei einer informellen Diskussion im Senat und im Kongreß wieder feststellen können, daß man dort die europäischen Probleme nur sehr unzulänglich kenne.[25] Er werde daher im Mai erneut zehn amerikanische Senatoren einladen und sie insbesondere auch mit den Problemen einer Wehrpflichtarmee vertraut machen.

24 Am 31. März 1988 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Moltke: „Das Thema ‚Lastenteilung' findet in den USA zunehmend Interesse. Es ist zu befürchten, daß es […] zu einem Thema im Wahlkampf wird. VM Carlucci hat sich Mitte März gegenüber BM Wörner besorgt darüber geäußert, daß das Thema ‚burden-sharing' erneut in einer für das Bündnis schädlichen Form im Kongreß an Bedeutung gewinnt, und angeregt, daß die Verbündeten gemeinsam etwas unternehmen müßten. […] Das Pentagon hat sich in seinem Bericht an den Kongreß über die Lastenteilung im Bündnis für eine faire Bewertung des europäischen und besonders des deutschen Verteidigungsbeitrages eingesetzt." Vgl. Referat 201, Bd. 143494.

25 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit amerikanischen Senatoren und Mitgliedern des Repräsentantenhauses am 18. Februar 1988 in Washington vgl. Dok. 64, Anm. 12.

Präsident *Mitterrand* stellt die Frage, wer nach Ansicht des Bundeskanzlers der Kandidat der Demokraten sein werde, ob dies Gouverneur Dukakis sein könnte?

Der *Bundeskanzler* erwidert, er habe über diese Frage mit verschiedenen Demokraten gesprochen, hierauf aber keine schlüssige Antwort erhalten können.[26]

Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß die Japaner sich in den USA besser verkauften als die Europäer.

Präsident *Mitterrand* stimmt zu und ergänzt, gleichzeitig sei erstaunlich, daß die Japaner mit ihrer Strategie Erfolg hätten, auf allen internationalen Konferenzen praktisch nichts zu sagen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, andererseits müsse man bezweifeln, daß die wirtschaftliche Strategie der Japaner gegenüber Asien erfolgreich sein werde. Dort seien – beispielsweise in Indien und Indonesien – starke Reserven spürbar.

Herr *Attali* weist in diesem Zusammenhang auf die Eroberung der amerikanischen Finanzmärkte durch Japan hin.

Präsident *Mitterrand* stellt die Frage, ob sich dieses Problem auch in Deutschland stelle.

Der *Bundeskanzler* verneint dies und fügt hinzu, auch auf die Japaner kämen schwierige Probleme zu. Sie hätten praktisch nicht die Frage gelöst, wie die japanische Tradition mit dem westlichen way of life in Einklang zu bringen. sei. Es gebe eine ernstzunehmende Krise in der japanischen Gesellschaft, wie ihm Professoren der angesehen Sophia-Universität in Tokio gesagt hätten.

Auch müsse man sehen, daß die Japaner sich mit ihrer Geschichte nicht auseinandersetzten.

Herr *Attali* weist darauf hin, daß die USA ernsthafte Sorgen davor hätten, technologisch von Japan abhängig zu werden. Dies sei auch von sicherheitspolitischer Bedeutung.

Präsident *Mitterrand* fragt, ob man auch in Deutschland diese Sorge habe. Der *Bundeskanzler* verneint dies und verweist auf die erheblichen Investitionen, die die Bundesrepublik Deutschland allein im Jahre 1987 im Bereich von Forschung und Technologie getätigt habe. Unser Problem gegenüber Japan sei die Frage fairer Bedingungen.

Präsident *Mitterrand* erklärt, in der Tat sei die entscheide Frage, wie man Japan zwingen könne, seinen Markt für unsere Erzeugnisse zu öffnen. Zwar würden die Japaner immer wieder darauf verweisen, daß sie keine internationalen Bestimmungen verletzten. Sie hätten aber fest etablierte Bräuche, die uns den Zugang zu ihrem Markt erschwerten. Diese zu ändern, sei außerordentlich schwierig.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er rechne damit, daß die USA uns hierbei behilflich sein würden. Ihre Exportoffensive gehe vor allem in Richtung Japan.

26 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Moltke vermerkte am 28. April 1988: „Nach den deutlichen Erfolgen von Michael Dukakis in Wisconsin (5.4.), New York (19.4.) und nunmehr Pennsylvania (26.4.) […] stehen die wichtigsten Ergebnisse des demokratischen Vorwahlkampfs fest: Dukakis ist die Nominierung als demokratischer Herausforderer des republikanischen Bewerbers, George Bush, für das entscheidende Duell am 8. November mit großer Wahrscheinlichkeit nicht mehr zu nehmen." Vgl. Referat 204, Bd. 160050.
Auf dem Nominierungsparteitag der Demokratischen Partei vom 18. bis 21. Juli 1988 in Atlanta wurde Michael Dukakis als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen am 8. November 1988 nominiert.

Der Bundeskanzler schlägt abschließend vor, daß man sich nach den Wahlen in Frankreich[27] zusammensetzt und eine gründliche Bestandsaufnahme dessen macht, was man in den nächsten vier bis fünf Jahren in Angriff nehmen sollte. Man müsse immer wieder sagen, daß sich in Europa nichts bewege, wenn nicht Deutschland und Frankreich vorangingen.

MP *Späth*, der zusammen mit BM Schäuble zum Schluß zu dem Gespräch hinzukommt, erläutert Präsident Mitterrand kurz die wirtschaftliche und technologische Entwicklung in Baden-Württemberg und bittet Präsident Mitterrand zudem um Unterstützung in zwei Bereichen:

– bei der Errichtung eines deutsch-französischen Umweltinstituts,

– bei der Schaffung eines deutsch-französischen Fernsehkanals für Kulturfragen.

Bundesarchiv, B 136, Bd. 34084

84

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofstetter

223-370.78/50 VS-NfD **14. März 1988**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: 3. VN Sonder-Generalversammlung Abrüstung (3. SGV) 31.5.–25.06.1988[4]; hier: Unsere Konferenzstrategie

Anlg.: 1[5]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Stellenwert der Konferenz

Die bevorstehende Sondergeneralversammlung Abrüstung ist die dritte Konferenz dieser Art:

27 In Frankreich fanden am 24. April und 8. Mai 1988 Präsidentschaftswahlen statt.

1 Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten Barker und Nourney konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 14. März 1988 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 17. März 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich möchte eine sehr profilierte Rede halten."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 17. März 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Botschafter Holik an Referat 223 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 17. März 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 18. März 1988 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Barker und Holik „n[ach] R[ückkehr]" verfügte.
Hat Barker am 18. März 1988 erneut vorgelegen.
Hat Holik am 21. März 1988 erneut vorgelegen.

4 Zur VN-Sondergeneralversammlung in New York vgl. Dok. 189.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 9.

– Die 1. SGV (1978)[6] stärkte das Bewußtsein, daß Sicherheit in der heutigen, interdependenten Welt nicht mehr nur die Angelegenheit einer Region ist. Mit der Annahme eines umfangreichen programmatischen Schlußdokuments[7] weckte sie andererseits Erwartungen, die so nicht einlösbar waren.
– Die 2. SGV (1982)[8] scheiterte an den zu hoch gespannten Erwartungen vor allem der DW, an ideologischer und thematischer Überfrachtung und an dem ungünstigen Ost-West-Klima.
– Für die 3. SGV, die vom 31. Mai bis 25. Juni 1988 unter dem Vorsitz des Stellv. DDR-Außenministers Florin stattfindet, sind die Rahmenbedingungen günstiger, um Verkrustungen aufzubrechen und den weltweiten Dialog über Abrüstungsfragen wiederzubeleben, der nicht nur zu stärkerer Sachbezogenheit und größerem Realismus in Sicherheitsfragen beitragen kann, sondern auch zu gesteigertem gegenseitigem Vertrauen.

Als die mit Abstand bedeutendste multilaterale Abrüstungskonferenz der letzten Jahre im Rahmen der Vereinten Nationen wird die 3. SGV ein Forum für die Verdeutlichung unserer eigenen Sicherheitsvorstellungen und das Werben für unsere Anliegen sein. Gelegenheit dazu bietet vor allem die vierzehntägige Generaldebatte, wo, wie auf den früheren Sondergeneralversammlungen, hochrangige politische Beteiligung zu erwarten ist (vgl. Anlage[9]). Der zweite Teil der Konferenz wird dann vor allem den Verhandlungen über ein Schlußdokument vorbehalten bleiben, das im Konsens angenommen werden muß. Wie weit es möglich ist, über den kleinsten gemeinsamen Nenner und Formelkompromisse hinaus zu substantiellen Aussagen über die nächsten Schritte im Rüstungskontrollprozeß zu kommen, wird letztlich das Kriterium für Erfolg oder Mißerfolg der 3. SGV bilden.

II. Unsere Ziele

Aus unserer Sicht wäre die 3. SGV dann ein Erfolg, wenn sie dazu beitragen würde,

– die Kluft zwischen tatsächlicher Entwicklung im Abrüstungs- und Rüstungskontrollbereich und der dazu im VN-Kontext geführten Debatte zu verringern;

  Wir wollen auch bei den DW-Ländern die Einsicht fördern, daß der VN-Abrüstungsdialog die laufenden Rüstungskontrollverhandlungen nur dann unterstützen kann, wenn er realistische Ziele, nicht utopistische Maximalforderungen verfolgt. Es muß klar werden, daß konfrontative Auseinandersetzungen in New York nicht zu kooperativen Lösungen an den einzelnen Verhandlungstischen beitragen.

6 Zur VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 23. Mai bis 30. Juni 1978 in New York vgl. AAPD 1978, II, Dok. 212.

7 Für den Wortlaut des Schlußdokuments der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 30. Juni 1978 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1978, S. 411–439. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 520–542.

8 Zur VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 7. Juni bis 10. Juli 1982 in New York vgl. AAPD 1982, II, Dok. 215.

9 Dem Vorgang beigefügt war eine Übersicht über das „Niveau der Delegationsleitungen zu Sondergeneralversammlungen Abrüstung (SGV)“ der EG-Mitgliedstaaten sowie weiterer ausgewählter VN-Mitgliedstaaten. Vgl. Referat 243, Bd. 162175.

– günstige Rahmenbedingungen für eine kooperative Sicherheitspolitik im globalen Maßstab zu schaffen;

  Wir wollen für unser Anliegen werben, Fortschritte im West-Ost-Verhältnis als Einstieg für eine Diskussion wirksamer Strukturen kooperativer Sicherheitspolitik zu nutzen. Dazu gehören Beseitigung der Invasionsfähigkeit, Ausrichtung von Umfang und Strukturen der Streitkräfte an den Erfordernissen der Verteidigung, Abbau von Feindbildern, weltweites Krisenmanagement.[10]

– den für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa relevanten Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle weltweit Unterstützung und Anerkennung zu verschaffen;

  Wir wollen dabei primär auf konventionelle Rüstungskontrolle und CW abstellen. Im konventionellen Bereich geht es darum, deutlich zu machen, daß die KRK-Verhandlungen mit dem Ziel einer Stabilität auf niedrigerem Niveau beispielgebend sein können für regionale Reduzierungs- und Gleichgewichtsmaßnahmen in anderen Regionen der Welt. Bei CW wollen wir vor allem an die Staatengemeinschaft appellieren, sich uneingeschränkt für ein weltweites Verbot auszusprechen und einem Verbotsabkommen beizutreten.[11]

– Konzepte für vertrauensbildende Maßnahmen und regionale Konfliktlösungen voranzutreiben.

  Wir wollen die Fertigstellung des VBM-Richtlinienkatalogs erreichen, der seit 1986 nur noch zwei synoptische Stellen enthält; zu ihrer Beseitigung bedarf es einer Einigung mit dem Osten, der bisher dazu neigte, einseitig-deklaratorischen Beiträgen zu mehr Transparenz den Vorrang vor verbindlich vereinbarten Schritten zu geben. Dabei können wir auf die positiven Erfahrungen mit der bisherigen KVAE-Implementierung verweisen.[12]

Wieweit die 3. SGV diese Erwartungen erfüllen wird, ist allerdings noch sehr fraglich. Nach wie vor bestehen zu zentralen Themenbereichen – insbesondere denen der nuklearen Abrüstung – beträchtliche Meinungsunterschiede.

III. Probleme

1) Interessenkonstellation

Da eine direkte Ost-West-Konfrontation nicht zu erwarten ist und da die Supermächte nicht dominieren werden, wird die 3. SGV stark von den Staaten der Dritten Welt geprägt werden. Unter ihnen werden, sofern sich die „schweigende Mehrheit“ nicht vom Westen mobilisieren läßt, die Radikalen den Ton angeben mit ihren Anliegen. Der Osten dürfte sich damit solidarisieren in der Hoffnung auf Sympathiegewinne. Angesichts dieser Kollusion von Ungebundenen und Osten wird dem Westen eine maßgebliche Rolle zufallen. Da die USA sich wegen ihrer Vorbehalte gegen die SGV nicht engagieren, sind die Zwölf die wichtigste Gruppe, auch als Dialogpartner der Ungebundenen. Wir haben damit schon auf-

10 Dieser Absatz wurde von Botschafter Holik hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

11 Dieser Absatz wurde von Botschafter Holik hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

12 Dieser Absatz wurde von Botschafter Holik hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

grund unserer Sprecherrolle als EPZ-Präsidentschaft die Chance einer gewissen Stimmführerschaft. Allerdings wird sie durch Divergenzen innerhalb der Zwölf bei wichtigen Punkten (vor allem im nuklearen Bereich) beeinträchtigt werden.

2) Kontroverse Sachfragen

Auf folgende Themenschwerpunkte müssen wir uns einstellen:

– Forderung nach vorrangiger nuklearer Abrüstung. Prominente Punkte dabei: kernwaffenfreie Zonen als „Bausteine" für eine atomwaffenfreie Welt, Einfrieren der nuklearen Arsenale, sofortiger und vollständiger Teststopp, Ersteinsatzverzicht, negative Sicherheitsgarantien; die Schwarzafrikaner werden vermutlich auch die Nuklearfähigkeit Südafrikas, die Araber die behaupteten israelischen Atompläne hochspielen.

  (Unsere Haltung dazu: Wegen Unvereinbarkeit mit der geltenden Abschreckungsdoktrin[13] sowie aus Gründen der Bündnissolidarität befinden wir uns in diesem Themenbereich üblicherweise in der Defensive. Wir müssen diese Forderungen in den größeren Zusammenhang der Strategie einer Verhinderung jeden Krieges stellen und den Stellenwert verdeutlichen, den wir im Rahmen dieser Strategie der konventionellen und chemischen Rüstungskontrolle beimessen.)

– Forderung nach Kontrolle neuer technologischer Entwicklungen und ihrer behaupteten negativen Auswirkungen auf die Abrüstung. Zu diesem, von einer Gruppe um Indien vertretenen Anliegen gehört auch der Widerstand gegen eine „Militarisierung des Weltraums", die vor allem mit Blick auf SDI eine Rolle spielen wird.[14]

  (Unsere Haltung: Keine pauschale Dämonisierung des technischen Fortschrittes, stattdessen differenzierende Behandlung.)

– Forderung nach „Nachbesserung" des Konferenzergebnisses zu Abrüstung und Entwicklung (sprich: obligatorische Verwendung von Abrüstungsersparnissen zugunsten der EL) – obwohl das Schlußdokument der VN-Konferenz Abrüstung und Entwicklung (August/September 1987)[15] die Ansprüche der EL reduziert und realistische Aussagen über den Zusammenhang von Abrüstung, Entwick-

13 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 11, Anm. 9.

14 Vortragender Legationsrat Barker, z. Z. New York, berichtete am 29. Januar 1988 über die Plenardebatte der Vorbereitungskonferenz zur 3. VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung am 27./28. Januar 1988 in New York: „Indischer Vertreter umriß in eigens diesem Thema gewidmeter Erklärung Ziel und Zweck eingehender Behandlung des von allen radikaleren N+N-Staaten favorisierten Themas ‚Auswirkung neuer Technologien auf den Rüstungswettlauf' (Emerging Technologies). Staatengemeinschaft stehe an der Schwelle eines neuen, technologisch bedingten Rüstungswettlaufs. Computerisierung und optronische Optimierung der Aufklärungs-, Zielsuch- und Leitsysteme, Miniaturisierung der Waffen und Sprengladungen bei Steigerung ihrer Zerstörungskapazität, Satellitentechnik, datengestützte Gefechtsführungssysteme sowie exotische Technologien wie z. B. Röntgenlaser, ‚intelligente Munition' etc. erhöhten die Varianten möglicher militärischer Gewaltanwendung, höben klare Unterscheidung zwischen qualitativen Waffenebenen auf, schöben jede vorbedachte Eskalation(!) auf eine ‚schlüpfrige Bahn', relativierten Möglichkeiten zentraler Kontrolle, entzögen sich wirksamer Verifikation und machten – gleichgültig, ob nuklearer oder konventioneller Provenienz – jede Unterscheidung zwischen stabilisierenden und destabilisierenden Funktionen unmöglich. Vgl. den Drahtbericht Nr. 199; Referat 243, Bd. 162175.

15 Die Internationale Konferenz über das Verhältnis zwischen Abrüstung und Entwicklung fand vom 24. August bis 11. September 1987 in New York statt. Für das Schlußdokument vgl. UN DISARMAMENT YEARBOOK 1987, S. 372–378.

lung und Sicherheit getroffen hat. Beim Osten besteht die Neigung, sich mit diesem DW-Petitum solidarisch zu erklären.[16]

(Unsere Haltung: Bereitschaft zur erneuten Bekräftigung des im letzten Jahr verabschiedeten Schlußdokuments der Konferenz über Abrüstung und Entwicklung, damit Anerkennung bestehender Disproportionen zwischen hohen Rüstungsausgaben und erheblichen Entwicklungsdefiziten, Betonung der Staatensicherheit als des entscheidenden Faktors bei der Beurteilung des Zusammenhangs von Abrüstung und Entwicklung, Bereitschaft zu Bemühungen um Verbesserung der Lage in der DW; aber keine Übernahme konkreter neuer Verpflichtungen. Wir haben dabei zu beachten, daß die USA, die vergangenes Jahr an der Konferenz nicht teilgenommen haben, bisher jede Diskussion hierüber ablehnen.)

– Forderung nach Multilateralisierung der Abrüstungsverhandlungen. Dabei geht es um die vom WP, aber auch von wichtigen DW-Staaten verfolgte Vorstellung, im VN-System einen neu zu schaffenden Apparat für die Verifikation von Rüstungskontrollvereinbarungen aller Art zu verankern. Auch die Funktion der Genfer CD wird in diesem Zusammenhang zur Sprache kommen; von den Ungebundenen wird seit längerer Zeit eine universale Mitgliedschaft statt des jetzigen „exklusiven" 40-Staaten-Gremiums gefordert.

(Unsere Haltung: Beide Vorschläge sind für uns so nicht akzeptabel, da zum einen Verifikation nicht allgemeingültig, sondern nur fallbezogen geregelt werden kann, zum anderen die Genfer CD selbst über eine eventuelle Erweiterung entscheiden muß. Vor allem die USA sind strikt dagegen, daß die SGV über Mitgliedschaft und Struktur der CD, die kein VN-Organ ist, beschließt.)

IV. Umsetzung unserer Ziele

1) Unsere EPZ-Präsidentschaft gibt uns eine westliche Führungsrolle. Sowohl der Osten als auch wichtige DW-Staaten haben uns in der bisherigen Vorbereitung auf die SGV in dieser Eigenschaft angesprochen. Allerdings ist unsere Sprecherrolle, wie bereits erwähnt, begrenzt durch Divergenzen unter den Zwölf. Trotzdem wollen und können wir dieses Amt nutzen.

2) Wir haben bei der bisherigen Vorbereitung großen Wert darauf gelegt, daß die 3. SGV sich nicht in einer rückwärtsgerichteten Debatte über die Versäumnisse

[16] Botschafter von Stülpnagel, Genf (CD), informierte am 18. Februar 1988, daß der sowjetische Stellvertretende Außenminister Petrowskij ihm gegenüber ausgeführt habe, „daß mit der 3. SGV der geeignete Zeitpunkt gekommen sei, um nunmehr die Einrichtung eines Entwicklungsfonds aus Mitteln der Abrüstung in die Wege zu leiten. Darüber hinaus sei im Hinblick auf das START-Abkommen, das ‚im Sommer oder Herbst' d. J. vereinbart werden würde, der richtige Zeitpunkt bereits im Juli gekommen, um zu beschließen, daß die Abrüstungskonferenz im Anschluß an START die multilaterale nukleare Gesamtabrüstung in Angriff nehmen solle. Es sei leicht einzusehen, daß nach der 50prozentigen Reduzierung der Bestände der Großmächte auch die anderen Kernwaffenbesitzer ihre Arsenale verringern müßten. Ich habe Petrowskij gesagt, daß mir die von ihm vorgeschlagene Liste einen klaren Kollisionskurs mit dem Westen anzeige, von dem ich nur abraten könnte. In einem zweiten Gespräch beteuerte Petrowskij, die Sowjetunion wünsche keine Konfrontation mit dem Westen auf der Sondergeneralversammlung. Gleichwohl werde es, aus der Natur der Sache heraus, zu harten Auseinandersetzungen kommen. Er glaube jedoch, daß schließlich seine Delegation auf den meisten Gebieten zu Kompromissen bereit sein werde. Wir müßten jedoch mit der Möglichkeit rechnen, daß Moskau ein bis zwei Prozent der Einsparungen aus dem nicht weiterverfolgten SS-20-Programm als seinen Grundstock für einen Entwicklungsfonds anbieten werde. Um welchen Betrag es sich hierbei handele, vermochte er nicht anzugeben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 355; Referat 342, Bd. 162175.

bisheriger Abrüstungsbemühungen erschöpft, sondern sich ausgehend vom gegenwärtigen Stand mit den zukünftigen Schritten der Rüstungskontrolle befaßt. Es war deshalb folgerichtig, daß wir uns um den Vorsitz derjenigen Arbeitsgruppe beworben haben, die den zukunftsgerichteten Teil des Schlußdokuments erarbeitet. Botschafter von Stülpnagel (der die Verhandlungsführung auf der 3. SGV übernehmen soll) ist bisher der einzige (und von der WEOG indossierte) Kandidat.

3) Ihre Rede zu Beginn der Generaldebatte[17] ist der richtige Anlaß, unsere Positionen an prominenter Stelle zu präsentieren. Dabei werden Sie zunächst im Namen der Zwölf sprechen und dann einen nationalen Teil anschließen, der unsere Positionen genauer reflektieren kann.

Hofstetter

Referat 243, Bd. 162175

85

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 782 **Aufgabe: 14. März 1988, 14.30 Uhr**[1]
Ankunft: 14. März 1988, 13.45 Uhr

Betr.: Gorbatschow – Drei Jahre nach Amtsantritt (11.3.88)

Bezug: DB 742 v. 11.3.87[2]

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Innenpolitische Entwicklung der Sowjetunion hat im dritten Jahr der Ära Gorbatschow mit Nationalitätskonflikten in Armenien und Aserbaidschan unerwartete Zuspitzung erfahren. Votum des Sowjets in Nagornyj Karabach, friedliche Massendemonstrationen und nationaler Konsens in Armenien[3], aber

17 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 6. Juni 1988 vor der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung in New York vgl. BULLETIN 1988, S. 721–725.

1 Das von Botschaftsrat I. Klasse Neubert, Legationsrat I. Klasse Brandenburg und Legationsrat Biontino, alle Moskau, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 14. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 14. März 1988 vorgelegen.

2 Gesandter Arnot, Moskau, analysierte die innenpolitische Entwicklung der UdSSR zwei Jahre nach dem Amtsantritt des Generalsekretärs des ZK der KPdSU. Vgl. Referat 213, Bd. 143521.

3 Am 24. Februar 1988 berichtete Gesandter Arnot, Moskau, daß es nach sowjetischen Pressemeldungen seit dem 11. Februar 1988 „im Autonomen Gebiet Nagornyj Karabach, einer 4400 Quadratkilometer großen ‚Insel' innerhalb der Aserbaidschanischen SSR", zu Unruhen und Demonstrationen der armenischen Bevölkerung gekommen sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 626; Referat 213, Bd. 143529. Arnot ergänzte am 25. Februar 1988, daß in Nagornyj Karabach eine öffentliche Unterschriftensammlung für die Vereinigung mit Armenien veranstaltet worden sei: „Der örtliche Sowjet soll diese Petition unterstützt haben. Ende Januar soll eine Delegation diese Petition im Obersten Sowjet in Moskau übergeben haben, damit eine Kommission des O[bersten] S[owjet] diese prüfe. Nach Rückkehr

auch anschließende Pogrome in Aserbaidschan[4] sind Ergebnis nachlassenden Drucks und offizieller Ermunterung zu selbständigem Handeln. Nahezu vollständiger Blackout sowjet. Medien andererseits zeigt Hilflosigkeit und Grenzen der „Glasnost“: Nach wie vor ist Presse Erzieher und Organisator, keine eigenständige „vierte Gewalt“. Daß „kritische Phase der Perestroika“, von der Gorbatschow seit September 1987 spricht, sich nach erstem Aufflackern in Kasachstan[5], bei Krimtataren[6] und in baltischen Republiken[7] ausgerechnet im Kaukasus manifestiert, scheint ihn und Rest der Führung überrascht zu haben. Weniger überraschend kommen Anlaufschwierigkeiten und Streit um Konzepte bei Wirtschaftsreform, zu denen Gorbatschow und seine Medien sich unverhüllt äußern. Ebenfalls von langer Hand vorbereitet sind die Selbstverständnis und Ideologie in Frage stellende Geschichtsrevision, Demokratisierung und Transparenz zur Kontrolle des allmächtigen Apparats und Konzessionen in Menschen-

Fortsetzung Fußnote von Seite 481

der Delegation sei bekanntgeworden, daß die Reaktion in Moskau nicht positiv war.“ Am 23. Februar 1988 habe sich der Gebietssowjet (Obkom) in Nagornyj Karabach „erneut zu 80% […] für die Vereinigung mit Armenien ausgesprochen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 643; Referat 213, Bd. 143529.

4 Gesandter Arnot, Moskau, informierte am 4. März 1988 über Angriffe auf Angehörige der armenischen Minderheit in Aserbaidschan am 28. Februar 1988: „SAM-Sprecher bestätigte Zusammenstöße mit Todesopfer(n) am 28.2. in Sumgait, ausgelöst von ‚Hooligans‘ und ‚haltlosen Elementen‘, gegen die jetzt ermittelt werde.“ Weitere Angriffe hätten in Baku und Kirowabad stattgefunden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 720; Referat 213, Bd. 143529.
Am 10. März 1988 ergänzte Arnot: „Von bisherigen inoffiziellen Quellen in Moskau […] wurde Zahl der fast ausschließlich armenischen Todesopfer des Pogroms vom 28.2. vor zwei Tagen auf 180 beziffert. Dagegen berichteten Überlebende bei Demonstration auf armenischem Friedhof in Moskau von 330 Toten. […] Tausende seien verletzt worden. Großteil armenischer Bevölkerung aus der Stadt geflüchtet. Aserbaidschanische Miliz sei gegen Mordkommandos nicht eingeschritten, erst Armee habe Ruhe hergestellt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 757; Referat 213, Bd. 143529.

5 Am 17./18. Dezember 1986 kam es in Alma Ata zu Unruhen. Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken hielt am 16. Januar 1987 fest, Auslöser sei die „Ablösung des seit 1964 amtierenden kasachischen Parteichefs Kunajew durch einen aus der RSFSR ‚importierten‘ russischen Parteifunktionär ohne jegliche Wurzeln in der Kasachischen Republik“ gewesen: „Den sowjetischen Medien läßt sich entnehmen: daß die Demonstrationen nationalistischen Charakter hatten (‚Kasachstan nur für Kasachen‘); daß die Demonstranten sich mit Stöcken, Eisenstangen und Flaschen bewaffneten; daß sie Ordnungshüter (Milizionäre, Milizhelfer) angriffen, einen Milizhelfer tödlich und eine weitere Anzahl schwer verletzten; daß sie Passanten (vermutlich Russen) verprügelten und Geschäfte zerstörten.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143521.

6 Gesandter Arnot, Moskau, berichtete am 1. August 1987 über Proteste von Krimtataren in Moskau: „Die Hartnäckigkeit, mit der die Krimtataren seit über einer Woche um ihr Recht auf Wiedererrichtung einer Autonomen SSR auf der Krim kämpfen, versetzt die sowjet[ische] Führung zunehmend in Bedrängnis“. Im Unterschied etwa zu den Unruhen in Kasachstan seien „die Protestkundgebungen der Krimtataren besser vorbereitet, von größerer Ausdauer und – bislang – von der sowjet. Führung geduldet“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2497; Referat 213, Bd. 143529.
Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, teilte am 23. Januar 1988 mit, daß die Aktivitäten der Krimtataren nach Veröffentlichung des Berichts einer Sonderkommission des Obersten Sowjets, die 1987 nach Protesten auf dem Roten Platz in Moskau eingesetzt worden sei, an Umfang scheinbar zugenommen hätten. Der Bericht schlage „lediglich verbesserten Sprachunterricht vor, verurteilt aber ‚Extremisten‘ und wendet sich gegen Rücksiedlung auf die Krim“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 243; Referat 213, Bd. 143548.

7 Referat 213 vermerkte am 8. Dezember 1987: „1) Im Jahre 1987 ist es in den baltischen Staaten, vor allem in Lettland, zu bemerkenswerten Demonstrationen eines unverändert starken Nationalbewußtseins gekommen. Am 14.6. fand in Riga eine Kundgebung zum Gedenken an die Massendeportationen nach der Annexion im Jahre 1940 statt. Am 23.8. gab es in allen drei baltischen Republiken Demonstrationen zum Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes. Am 18.11. kam es in Riga zu einer Kundgebung kleineren Ausmaßes anläßlich des 69. Jahrestages der Unabhängigkeit des ‚bürgerlichen Lettlandes‘. 2) Diese Demonstrationen sind zweifelsohne durch die – relative – innenpolitische Auflockerung im Zuge der Gorbatschowschen Reformpolitik, insbesondere durch ‚Glasnost‘, ermutigt worden.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143519.

rechtsfragen. In allen diesen Bereichen formiert sich Widerstand, führt zu deutlichen Kurskorrekturen (z.B. werden in Moskau kritische Demonstrationen kaum noch genehmigt, gegen Anführer wieder Haftstrafen verhängt), konnte jedoch Gorbatschow und Mitstreiter vom eingeschlagenen Kurs bisher nicht abbringen.

19. Parteikonferenz im Juni d.J.[8] soll möglichst viel davon sanktionieren. Ihre Vorbereitung – immerhin müssen nach neuem Verfahren rund 5000 Delegierte gewählt werden – könnte kontroverser als geplant verlaufen. Jüngste Unruhen gefährden bisherigen Konsens mit jenen, die nach Jahren des Stillstands Reformprogramm als unvermeidlich zu akzeptieren bereit waren, jetzt aber innere Sicherheit bedroht sehen.

Insgesamt ist der revolutionäre Charme der frühen Anfänge der „Perestroika" verdrängt durch die immer deutlicheren Konturen der sich auftürmenden Hindernisse:

– Das volle Ausmaß der verfahrenen Strukturen und der mangelnden Fähigkeit zu rascher Leistungssteigerung der Wirtschaft wird für jedermann sichtbar;
– der Bürokratismus von gestern ist nicht von heute auf morgen zu beseitigen, schon gar nicht per Erlaß aus Moskau im ganzen unendlichen Land;
– wenn schon die 18 Mio. Parteimitglieder Schwierigkeiten haben, die Notwendigkeit des „radikalen Umbaus" einzusehen (von „sich zu eigen machen" gar nicht zu reden), um wieviel schwieriger ist es, den Funken einer – notwendigen – Kultur- und Gesellschaftsrevolution auf die übrigen 262 Mio. Sowjetbürger überspringen zu lassen;
– das Aufbrechen des Nationalitätenproblems ist nur ein Symptom für die gravierenden gesellschaftlichen Verwerfungen der letzten Jahrzehnte, deren Korrektur jetzt imperativ auf die Tagesordnung drängt.

Vielleicht ist es kein Zufall, daß auch der GS in letzter Zeit nur selten das „Bad in der Menge" gesucht hat: Vier Monate vor der Parteikonferenz sieht es so aus, als würden immer stärker die „eisernen Zähne" des GS gefragt, auf die Gromyko bei seiner Kandidatenempfehlung hingewiesen haben soll, als das gewinnende Lächeln des zweiten großen „Kommunikators". Vorbereitung und Durchführung der Parteikonferenz werden zeigen, ob nicht nur der GS – an ihm dürfte es nicht mangeln –, sondern Partei und Gesellschaft willens und fähig sind, die Lösung ihrer Probleme ernsthaft anzugehen.

Entlastung durch außenpolitische Erfolge wird dabei für Gorbatschow immer wichtiger.

Der Ernst der Lage an der „inneren Front" – über die sich der GS keine Illusionen machen dürfte – ist sicher ein zusätzlicher Grund, außer den jeweiligen Sachgründen, um außenpolitische Handlungsspielräume zu erschließen und konsequent zu nutzen. Dabei kam dem GS zweifellos zugute, daß es zunächst darum ging, Über- und Fehlinvestitionen kritisch zu bewerten und dort abzubauen, wo vitalen sowjetischen Interessen durch eine „andere" Politik besser gedient ist: Ohne lange Aufzählung seien stichwortartig genannt die Entwicklung der sowj. Positionen zu INF, START und KRK und zu Afghanistan. Auch wenn sich zeigen muß, ob nach der Phase des „Abbaus alter Hypotheken" auch die Kraft

8 Zur Allunions-Parteikonferenz der KPdSU vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 in Moskau vgl. Dok. 194.

zu einer zukunftsträchtigen Konzeption des Neuaufbaus der sowjet. Außenbeziehungen vorhanden sein wird, so ist der politische Mut zur klaren Diagnose der Fehler und zu ihrer Beseitigung anzuerkennen. Er berechtigt immerhin zu Hoffnung auf eine rationalere Politik.

Daß dieses „Neue Denken" (Ost) der kontinuierlichen Politik (West) i. S. der Priorität der „zivilen" Entwicklung der Gesellschaft, der Entmilitarisierung der Politik, der „ausreichenden Verteidigung" und des Dialogs i. S. des Harmel-Berichts[9] merkwürdig ähnelt, mag erstaunen. Aber: Das Plagiat bleibt nun mal die höchste Form der Schmeichelei. Der Wandel in der Sache ist – angesichts dessen, was auf dem Spiel steht – wichtiger als der Streit ums Urheberrecht, und auch hier reifen noch lange nicht alle Blütenträume anfänglicher Aufbruchskonzepte. Insgesamt müssen wir aber sehen, daß diese Gesellschaft zwar – sektoral begrenzt und ideologisch halbherzig – den Anschluß an die nichtsowjetische Außenwelt sucht, daß sie aber auf absehbare Zeit weder gesellschaftlich noch politisch die Funktion eines attraktiven Modells übernehmen kann. Auch intensive Propaganda dürfte dies auf Dauer nicht kompensieren können. Der Westen täte gut daran, sich durch sie im Bewußtsein seiner tatsächlichen Stärke – nämlich freier politisch-gesellschaftlicher Ordnung – und seiner Fähigkeiten nicht beeindrucken zu lassen. Ein besseres West-Ost-Verhältnis bedarf dieses Selbstbewußtseins als Grundlage und Anreiz für den Osten zu kooperativer Politik.

II. Im einzelnen

1) Wer stützt Gorbatschow?

a) Nach wie vor gehört Schicht der Intelligenz zu wichtigsten Hoffnungsträgern der Erneuerung: Dort reagiert man am schnellsten auf Veränderungen im Überbau, gibt sich über längere Strecken mit geistiger Nahrung zufrieden und läßt sich für Konzepte begeistern. Im dritten Amtsjahr Gorbatschows haben offenere Debatten in der Presse, erleichterte Ausreiseverfahren und das Bemühen um Wahrheit zur eigenen Geschichte das Ansehen des Parteichefs in der Intelligenz zweifellos steigen lassen. Kaum einer bestreitet ihm ehrliche Absicht, Pessimismus angesichts tatsächlicher Möglichkeiten hält jedoch viele von größerem Engagement ab. Letzte Kongresse mancher „schöpferischen Verbände" (Künstler, Komponisten, Schriftsteller) stützen solchen Pessimismus und vermitteln überwiegenden Eindruck, daß diese Organisationen nach wie vor von saturierten Phrasendreschern beherrscht werden, die sich in erster Linie um Posten und Privilegien sorgen.

Wer Gorbatschow beim Wort nimmt (Gebietssowjet Nagornyj Karabach zeigt Eigeninitiative und votiert für Anschluß an Armenien, gesamte armenische Intelligenz solidarisiert sich), löst andererseits schwere Krise aus oder geht persönliches Risiko ein. Letzteres gilt für demonstrierende Krimtataren und Ausreisewillige, Umweltschutzaktivisten und Angehörige der vielen tausend informellen Jugendgruppen. Deren Aktivitäten werden von der Presse überwie-

9 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

gend gefeiert, ihre Namen werden jedoch unter Mitwirkung von Schulen und Hochschulen beim KGB gesammelt. Sich anbahnende Aufbruchstimmung in diesen Kreisen ist bemerkenswertes Ergebnis der Reformpolitik. Ihre Dämpfung aus Gründen der Staatsraison hätte negative Signalwirkung auch für abwartende Mehrheit.

b) Abwartend verhalten sich bisher einige Schlüsselgruppen, die vom wirtschaftlichen Teil der Perestroika eigentlich profitieren müßten. Dazu gehören z. B. Ingenieure und Facharbeiter in der zivilen Wirtschaft. Kampf gegen Gleichmacherei und täglich propagiertes Prinzip „von jedem nach seinen Fähigkeiten – jedem nach seiner Leistung" haben technologischer Elite bisher wenig Fortschritte gebracht. Nach wie vor werden Ingenieure (wie auch Ärzte und Lehrer) vergleichsweise schlecht bezahlt. Bezahlung qualifizierter Facharbeiter ist traditionell besser, jedoch weitgehend leistungsunabhängig. Technische Innovationen werden verbal gefördert, de facto finden Neuerungen und Erfindungen nur selten (oft nach jahrzehntelangem Kampf gegen die Bürokratie) Eingang in die Produktion. Ob Engagement dieser politisch kaum motivierbaren Bevölkerungsgruppe letztlich auf materielle Anreize anspricht, wird sich erst vom laufenden Jahr an zeigen (Inkrafttreten des „Gesetzes über den Staatsbetrieb" 1.1.88). Negativ dürfte auch die technische Intelligenz der Militärindustrie eingestellt sein, der – wie der Bürokratie – Privilegienfülle wegzuschwimmen droht. Dagegen haben Maßnahmen zur Förderung von Genossenschaften (Gesetzentwurf soeben publiziert) und individueller Erwerbstätigkeit (Gesetz in Kraft seit 1.5.87) punktuell beachtliche Wirkung gezeigt: nämlich dort, wo sie nicht von untergeordneter Bürokratie sabotiert wurden. Freigesetzte Kreativität und Energie findet in hiesigem Mangelsystem breites Bestätigungsfeld, stößt jedoch schnell an Systemgrenzen. Restaurant-Kooperative ist in staatliches Verteilsystem nicht eingebunden und kann sich legal nur auf freien Kolchosmärkten versorgen, wo es zwar Fleisch und Gemüse, nicht aber Zucker und Salz gibt. Moskauer Kooperative zur Herstellung von Schildern und Aufklebern wurde soeben zwangsweise suspendiert, weil ihre Mitglieder in dieser Marktlücke Monatseinkommen von 18 000 Rubel (Durchschnitt: 200 Rubel) erzielt hatten.[10] Steuerprogression gibt es bisher nicht, soll aber aufgrund derartiger Erfahrungen eingeführt werden.

c) Nur zu verlieren hat Großteil der lt. Gorbatschow 18 Mio. Bürokraten, die allerdings in verbaler Zustimmung geübt sind und nie offen Widerstand leisten. Kampf gegen Phantom der Bürokratie schafft immer wieder breiten Konsens. Mit seiner Smolnyj-Rede (Oktober 1987[11]) kündigte Gorbatschow vor allem Parteibürokraten Kampf und Verfolgung an: Wichtigstes Kriterium für Verbleiben im Amt müsse Haltung zur Perestroika sein. Einen Monat später folgte dialektische Einschränkung, natürlich müsse Perestroika im wesentlichen mit den heute vorhandenen Kadern geleistet werden.[12] Bei kürzlichem Treffen mit

10 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

11 Korrigiert aus: „September 1987".
Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 13. Oktober 1987 im Smolnyj-Institut in Leningrad; GORBATSCHOW, Reden, Bd. 5, S. 325.

12 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 20. November 1987 in Moskau; GORBATSCHOW, Reden, Bd. 5, S. 435.

Moskauer Arbeitern knüpfte er wieder an erstgenannte Forderung an.[13] Zwischendurch fand unionsweite Berichtskampagne auf Plena aller Parteiebenen (bis zu Republiken) statt, die unter Anleitung von Instruktoren aus Moskau der Basis Kritikfreudigkeit und demokratische Spielregeln beibringen sollte. Meßbare Ergebnisse könnten bevorstehende Delegiertenwahlen (auf Gebietsversammlungen, geheim, mit mehreren Kandidaten) für Parteikonferenz im Juni zeigen. Berichte zu vergangener Kampagne zeigen, daß altgediente Funktionäre jedenfalls neues Vokabular voll verinnerlicht haben.

Beunruhigung herrscht in großen Teilen Moskauer Ministerialbürokratie wegen bevorstehenden Personalabbaus. Unter großer Anteilnahme der Medien wurde soeben überflüssiges Maschinenbau-Ministerium geschlossen. Noch droht keine langfristige Arbeitslosigkeit. Wer sich jedoch ungeschickt anstellt, könnte in Provinz oder Produktion verschwinden: gleichermaßen unbeliebte Perspektiven. Um gefährliche Demoralisierung des Apparates zu verhindern, tauchen in letzter Zeit Untersuchungen z. B. aus Donezk auf, wo alle Angehörigen aufgelösten Bergbauministeriums der Ukraine auf anderen Verwaltungsjobs Unterschlupf fanden.

d) Große Mehrheit werktätiger Bevölkerung in Industrie und Landwirtschaft ist Gegenstand immer häufigerer Meinungsumfragen und soziologischer Untersuchungen. Übereinstimmend wird dort festgestellt, daß von Auswirkungen der Perestroika bisher kaum jemand etwas gemerkt hat. Unterschiedliches Bild ergeben Fragen zur eigenen Einstellung. Vom Publizisten Burlazkij letzten Oktober aufgestellte Drittel-Regel (je ein Drittel Gegner und Befürworter der Umgestaltung, Rest wartet ab) dürfte grob zutreffen. Lohneinbußen durch strengere Qualitätskontrollen seit 1987 und Auswirkungen der Wirtschaftsreform auf unrentable Betriebe könnten Bild in Zukunft eher verschlechtern. Zu viele haben sich an sozialen Besitzstand ohne besondere Anstrengung am Arbeitsplatz gewöhnt, Kategorien wie Rentabilität und leistungsabhängige Entlohnung sind völlig fremd, trotz neuer Überbrückungsgelder schrecken Arbeitsplatzverlust und erzwungene Mobilität.

[14]2) Gorbatschow und die Parteiführung

Ereignisse in Armenien und Aserbaidschan könnten zum Testfall werden, inwieweit PB und ZK Gorbatschows Entwurf einer Erneuerung durch Demokratisierung weiter stützen oder auf „Law and order"-Kurs umschwenken. Kampf gegen Korruption, Ineffizienz und andere Zerfallserscheinungen der Breschnew-Zeit reichte bisher als gemeinsamer Nenner. Zu Recht gilt der (seit Dezember 1987 auch öffentlich) zweite Mann Ligatschow als Vertreter strikter Aufsicht und Kontrolle. Seine öffentlichen Auftritte (z. B. zur Geschichtsdebatte und zur Legitimität von Kritik) setzen andere Akzente als Gorbatschow, bei der Ligatschow konservativen Flügel ruhigstellt.[15] Gorbatschow hat noch immer Sinn für Konsens und Machterhalt bewiesen.

13 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, bei einem Treffen mit einem Kollektiv der Ersten Staatlichen Kugellagerfabrik am 4. März 1988 in Moskau; GORBATSCHOW, Sobranie, Bd. 9, S. 427.

14 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 783 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

15 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, informierte am 4. Dezember 1987 über ein Interview des Sekretärs des ZK der KPdSU, Ligatschow, mit der französischen Tageszeitung „Le Monde" vom selben Tag: „Äußerungen Ligatschows gegenüber Le Monde zu seinen Kompetenzen im ZK-Apparat machen deut-

Engster Vertrauter Gorbatschows in ideologischen Fragen scheint nach wie vor Jakowlew zu sein, dem Vernehmen nach Hauptverfasser der Geschichtsrede zum 70. JT der Oktoberrevolution[16] und wichtiger Vordenker für Parteikonferenz. Sajkow (PB-Mitglied, ZK-Sekretär und seit November 1987 auch Nachfolger Jelzins in Moskauer Partei) pflegt nach wie vor niedriges Profil, gilt jedoch als fähiger und leutseliger Administrator, wird von Gorbatschow gefördert und könnte Nachfolger Ligatschows werden. Rückschlag durch politischen Selbstmord Jelzins beim Oktober-Plenum[17] konnte zwar nicht völlig überwunden werden, Berufung Rasumowskijs zum PB-Kandidaten stärkt jedoch Vertrauensmann Gorbatschows im wichtigen Bereich Kader und Parteiorganisation. Nach wie vor wird Stärkung der Wirtschaftsaufsicht durch Einsatz erfahrener Rüstungsmanager (Gosplan-Chef und PB-Kandidat Masljukow, ZK-Sekretär Baklanow) angestrebt.

3) Gorbatschow in Planverzug?

Es wäre abwegig gewesen, nach dem Tod Tschernenkos[18] bzw. beim April-Plenum 1985[19] detailliertes Reformkonzept oder genauen Zeitplan vorzulegen: Hierfür hätte Gorbatschow keine Mehrheit erhalten. Wichtige Etappen wie 27. Parteitag (März 1986)[20], Entwicklung vom Januar- zum Juni-Plenum 1987 (mit Beschluß über Parteikonferenz)[21], Oktober-Plenum und Rede zum 70. Jahrestag markieren jedoch erfolgreiche Überzeugungsarbeit.

Fortsetzung Fußnote von Seite 486

lich, was auch bisher bekannt war: daß er nach Gorbatschow zweiter Mann der Partei und für alle Arbeitsbereiche, insbesondere für die Geschäftsführung des ZK-Apparates, zuständig ist. […] Die Deutung, Gorbatschow selbst habe Macht zugunsten seines Stellvertreters abgeben müssen, scheint jedoch weit überzogen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3886; Referat 213, Bd. 143517.

16 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, auf der Gemeinsamen Festsitzung des ZK der KPdSU, des Obersten Sowjets der UdSSR und des Obersten Sowjets der RSFSR anläßlich des 70. Jahrestags der Russischen Revolution am 2. November 1987 in Moskau vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 5, S. 354–409.

17 Botschaftsrat I. Klasse Haak, Moskau, berichtete am 2. November 1987, daß nach Auskunft des Sekretärs des ZK der KPdSU, Lukjanow, auf der Plenumssitzung des ZK der KPdSU am 21. Oktober 1987 in Moskau „verschiedene Meinungen" geäußert worden seien: „Auch Jelzin habe das Wort ergriffen. Er habe dabei vor allem den Arbeitsstil der führenden Organe der Partei und den Fortgang der Perestroika angesprochen. Sein Beitrag habe eine Reihe von Wertungen enthalten, mit denen die Mitglieder des ZK nicht übereingestimmt hätten." Haak fuhr fort: „Was inhaltlich beim Plenum strittig war, ist auch jetzt noch wenig bekannt. Jelzins Beitrag bezog sich offensichtlich nicht auf die Rede zum 70. Jahrestag. Er sprach der Tradition entsprechend zu Anfang, kritisierte offenbar bürokratische Behinderungen der Neuordnung im Wirtschaftsbereiche, darunter auch viele künstlich errichtete Hürden bei der Zulassung von Kooperativen. Hierbei soll er Ligatschow namentlich angesprochen haben […]. Jelzin dürfte seinen Beitrag mit der ihm eigenen Ungeduld formuliert und sich nach Ansicht der Mehrheit im Ton vergriffen haben. […] Gorbatschow, der selbst von Jelzins Beitrag überrascht gewesen sei, habe ihn nach der Diskussion gefragt, ob er nach wie vor zu seinen Aussagen stehe. Jelzin habe dies bejaht und seinen Rücktritt angeboten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3512; Referat 213, Bd. 143517.
Am 12. November 1987 informierte Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, daß das Plenum der Kommunistischen Partei Moskaus am Vortag „Befreiung Jelzins von den Funktionen als Erster Sekretär und als Mitglied des Büros des Moskauer Stadtparteikomitees wegen schwerer Mängel in der Leitung der Moskau Stadtpartei-Organisation" beschlossen habe: „Als Nachfolger Jelzins – so wird gemeldet – sei einstimmig PB-Mitglied und ZK-Sekretär der KPdSU L. N. Sajkow zum Moskauer Parteichef gewählt worden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3644; Referat 213, Bd. 143517.

18 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, verstarb am 10. März 1985.

19 Die Sitzung des Plenums des ZK der KPdSU fand am 23. April 1985 in Moskau statt.

20 Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 68.

21 Die Sitzung des Plenums des ZK der KPdSU fand am 27./28. Januar 1987 in Moskau statt.
Auf seiner Sitzung am 25./26. Juni 1987 in Moskau nahm das Plenum des ZK der KPdSU personelle Veränderungen vor und beschloß für den 28. Juni 1988 die Einberufung einer Allunions-Parteikonferenz.

Gorbatschow ist es gelungen,

- Fernsehen, Zentrale und Teil örtlicher Presse zu kritischem Mobilisierungsinstrument umzuformen, das Interesse weckt und zu eigenständiger Meinungsäußerung ermuntert. Bei allen Risiken ein wirksames Mittel zur Überwindung allgemeiner Lethargie. Jüngste Entwicklungen in Armenien/Aserbaidschan machen jedoch Schwächen deutlich. Von Pressefreiheit kann nicht, sollte aber auch nie die Rede sein;
- ein umfangreiches Programm zur Schaffung von Rechtssicherheit in die Wege zu leiten, auch wenn manche Formulierungen an Klarheit zu wünschen übrig lassen und objektive Widerstände (Durchsetzbarkeit, Fehlen von Anwälten u. a.) Verwirklichung behindern. Beispiele aus vergangenem Jahr: Gesetz über Beschwerderecht gegen illegale Verwaltungsakte, Verordnung über psychiatrische Hilfe, Änderungen im Strafvollzugsrecht, Wirtschaftsgesetze (individuelle Erwerbstätigkeit, Staatsbetrieb, Genossenschaften). Umfangreiche Strafrechtsreform ist in Arbeit, Pressegesetz und Gesetz über Vereinigungen sind angekündigt. Hier besteht Hoffnung auf irreversible Fortschritte, mindestens auf Überwindung von Willkürherrschaft. Einfluß westlicher Vorbilder und westlichen Drucks in Menschenrechtsfragen sind unbestreitbar. Dies wird auch in liberalerer Ausreisepraxis deutlich;
- schrittweise Revision sowjetischer Geschichtsschreibung mit Auswirkungen auf Ideologie und Selbstverständnis der SU einzuleiten. Fortsetzung der Entstalinisierung und Abrechnung mit Stillstand und Korruption sollen neue moralische Rechtfertigung schaffen und Ursachen für heutige Mißstände offenlegen (Gorbatschows Standardbegriff: „administrative Kommandowirtschaft"). Neue Anknüpfung bei Lenin und schwierigen Auseinandersetzungen der Anfangszeit bietet ideologische Legitimation für heutiges Reformprogramm. Vergangenheitsbewältigung stößt auf harten Widerstand nicht nur aller noch lebenden Henker und Mitwisser, sondern auch vieler, die von jederzeitiger Unfehlbarkeit der Partei überzeugt waren. Heute schreibt Prawda, Partei habe nie Anspruch auf Wahrheitsmonopol erhoben;
- mit Förderung von Genossenschaften (Berufungsgrundlage: Lenin) und Privatarbeit neue Aktivitäten zu mobilisieren, die allerdings schnell an bürokratische und ideologische Grenzen stoßen. Weit schwieriger gestaltet sich Einführung wirtschaftlicher Lenkungsmechanismen im staatlichen Sektor, in dem außer gewisser Verunsicherung bisher noch kaum Ergebnisse festzustellen sind. Planerfüllungsstatistik für 1987 weist im Gegenteil Zurückbleiben in vielen Gebieten aus. Wirtschaftsreform wird mehr als eine Generation in Anspruch nehmen, Gorbatschow daher lange Durststrecke bis zum Greifen erster Maßnahmen überwinden müssen.

Wenn Gorbatschow heute erklärt, keine Frage der Perestroika dürfe mehr ohne Auswirkungen auf Nationalitätenbeziehungen geprüft werden, ist dies neue Erkenntnis und macht deutlich, woran Parteichef bisher offenbar kaum gedacht hat (noch bei seiner Rede zum 70. Jahrestag waren nichtssagende Formulierungen zu diesem Thema aufgefallen). Der jetzt 57jährige wird nicht müde zu betonen, schwierigste Phase stehe noch bevor. Dafür ist er jung genug, hat Zielstrebigkeit und taktisches Gespür bisher nicht verloren. Sowjet. Gesprächspartner versuchen, Parallelen zu Chruschtschow zu zerstreuen: Gorbatschow gehe

systematischer vor, heutige Perestroika sei komplexes Programm, keine Sammlung punktueller Maßnahmen. Dennoch bewegt sich der Parteichef auf dünnem Eis. Zu Selbstzufriedenheit hat er keinen Anlaß.

4) Gorbatschow und die Außenpolitik

a) Ost–West

Der Kurswechsel in der Außenpolitik ist vom GS selbst gesucht und durchgesetzt worden. Anfangs standen dem entgegen sowohl die Vertreter der alten sowj. Linie als auch die auf Stärkung der USA bedachte Politik der Administration und schließlich die angehäuften Scherben vergangener polit. Fehler (SS-20, Afghanistan u. a. m.).

Mit zunehmend günstiger Konstellation in Moskau und Washington nahm der Wechsel jedoch zunehmend mehr Tempo und Tragweite an:

– Aus taktischem Tauziehen um denkbare INF-Varianten hat sich ein ernsthafter Prozeß zu einer umfassenden Regelung des strategischen Verhältnisses mit den USA entwickelt, auch wenn dessen Dimension, Ergebnisse und Dauerhaftigkeit noch nicht bestimmbar sind;
– damit einher, wenn auch noch etliche Schritte zurück, geht ein Interesse zur Entwirrung der politischen und militärischen Situation in Europa. Der Dialog ist bi- und multilateral wieder in Gang gekommen, nach gut einem Jahrzehnt verfehlter sowj. Westpolitik im Zeichen der SS-20-Dislozierung und ihrer Folgen.

Während das sowjetische Interesse primär an einer zügigen, aber begrenzten Regelung des strategischen Verhältnisses zu den USA hing, ist es westlichem Drängen zugute zu halten, daß im Sog dieses zentralen sowj. Interesses auch die anderen Themen Regionalkonflikte und Menschenrechte in den Dialog einbezogen werden konnten.

Hier ist der Führung unter Gorbatschow allerdings zuzubilligen, daß sie ihre anfänglichen Abwehrreaktionen aus Großmacht-Prestige und Ideologie heraus überwunden hat und sich der rationalen Erkenntnis erschlossen hat, daß beide Themen für die westlichen Führungen und Gesellschaften wichtige Bestandteile einer Gesundung der Ost-West-Beziehungen sind. Insgesamt kann man sagen, daß Gorbatschow zielstrebig und unter Hintanstellung herkömmlicher sowjet. Vorstellungen in den drei Jahren erheblich mehr Wegstrecke zurückgelegt hat, als die wohlmeinendsten Beobachter im März ‘85 hätten gewagt vorauszusagen. Aus europ. Sicht bleibt anzumerken, daß er aber ebenso konsequent die Prioritäten zunächst auf die andere Großmacht gesetzt hat. Dies zeigt sich sowohl in den personellen Umbesetzungen (Dobrynin, Woronzow, Jakowlew) als auch in den Substanzfragen. Diese – nicht unlogische – Privilegierung des Verhältnisses zu den USA hat den europ. Garten bisher weitgehend unbestellt gelassen: Weder hat er hier seine besten Kader angesetzt, noch sein Prestige in gleichem Maße zugunsten einer radikalen Revision überlieferter polit. Grundsatzpositionen eingesetzt. Das Europa-Kapitel „seiner“ Außenpolitik muß weitgehend noch geschrieben werden.

b) Je stärker die West- und Abrüstungspolitik zum zentralen Thema der sowjet. Außenpolitik wurde und am ehesten innenpolitisch vorzeigbare Erfolge versprach, desto mehr wurde auch in anderen Bereichen der Außenpolitik unter

Gorbatschow das Bemühen sichtbar, Spannungsfelder zu entschärfen und bestehende bzw. ausbaufähige Bindungen zu konsolidieren.

Damit war insbesondere die Absicht verbunden:

– die störende Wirkung von Krisenherden (Afghanistan, Kampuchea, Südafrika, Zentralamerika) auf die für bessere Beziehungen zum Westen und den Abrüstungsprozeß notwendige Vertrauensbildung zu reduzieren;
– eine weitere Beeinträchtigung sowjet. Sicherheitsinteressen durch Krisenherde in geographischer Nähe zur SU (insbesondere Gefahr eines verstärkten US-Engagements in Nah- und Mittelost sowie speziell im Persischen Golf) zu vermeiden;
– die allgemeinen Kosten politischer Art (Afghanistan) sowie finanzieller Art (insbesondere Afrika) auf ein für die SU vertretbares Maß zu begrenzen; insbesondere scheinen auch in Moskau die Unabwägbarkeiten eines kostspieligen „over-commitments" mit fragwürdigen, unfähigen und unpopulären Vasallen stärker ins Bewußtsein getreten zu sein;
– das unausgeschöpfte Potential „normaler diplomatischer Beziehungen" zu einer Reihe von Staaten der Dritten Welt (insbes. Lateinamerika und „kapitalistische" Staaten Afrikas) stärker zu nutzen;
– und die Beziehungen zu Staaten in Nachbarregionen zu aktivieren (China, Indien, ASEAN, aber auch Nord- und Westeuropa).

Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die Wladiwostok- und Murmansk-Reden Gorbatschows[22] sowie das Schlagwort des „gemeinsamen Hauses Europa".

Dabei sind die Konzepte wie „Vertrauen", „Interdependenz" und „Überleben der Menschheit" zu Schlüsselworten geworden. Der Ansatz einer ideologisch-gesellschaftlichen Rivalität bzw. eines Antagonismus mit der kapitalistischen Welt sind, zumindest in der öffentlichen Darstellung, in den Hintergrund getreten.

Die SU ist bestrebt, sich als berechenbaren, attraktiven Partner darzustellen. Gorbatschow selbst, ein wirkungsvoller, beeindruckender Kommunikator, bedient sich dabei virtuos der Medien, um neues Image der SU zu propagieren (Interviews, wie z. B. mit NBC am Vorabend des Washington-Gipfels[23], Namensartikel[24], sein Buch v. Herbst 87[25]).

Auch die VN wird in diesem Sinne als Forum der Selbstdarstellung gesucht (Vorschlag eines umfassenden Systems internationaler Sicherheit[26]). Die Ent-

22 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 28. Juli 1986 in Wladiwostok bzw. am 1. Oktober 1987 in Murmansk vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 9–37, sowie GORBATSCHOW, Reden, Bd. 5, S. 283–313.

23 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 7. bis 10. Dezember 1987 in Washington zusammen. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365. Für den Wortlaut des Interviews von Gorbatschow mit dem amerikanischen Fernsehsender NBC vom 2. Dezember 1987 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 5, S. 443–459.

24 Vgl. den Artikel „Real'nost' i garantii bezopasnogo mira" („Realität und Garantien für eine sichere Welt"); PRAVDA vom 17. September 1987, S. 1 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 5, S. 258–270.

25 Vgl. Michail GORBATSCHOW, Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1987.

26 Zur sowjetischen Initiative für ein „allumfassendes System internationaler Sicherheit" vgl. Dok. 57, Anm. 23.

ideologisierung sowjet. Außenpolitik und die damit einhergehende Flexibilität und Nüchternheit lassen aber auch bislang von Ideologie überlagerte traditionelle Macht- und Interessenpolitik stärker hervortreten. Die SU sieht sich weiter als Ordnungsmacht im näheren geographischen Umfeld und erhebt darüber hinaus als Weltmacht einen Anspruch auf globale Mitsprache. Das Prinzip Gleichberechtigung auch gegenüber kleineren und schwächeren Parteien bedarf noch der Verinnerlichung und diplomatischen Umsetzung, soweit dies für eine Großmacht überhaupt möglich ist.

[gez.] Meyer-Landrut

Referat 213, Bd. 143518

86

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen und des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofstetter

Dg 20/201-360.92 USA-345/88 VS-vertraulich **15. März 1988**[1]
220-371.61-427/88 VS-vertraulich

Über Herrn Staatssekretär[2], Herrn Bundesminister[3]

Zweck der Vorlage: Entscheidung über Vertretung des AA (Ziffer 4)

Betr.: Einsetzung einer Expertengruppe aus Bundeskanzleramt, AA und BMVg für vertrauliche bilaterale Konsultationen mit USA über sicherheitspolitische Fragen einschließlich Gesamtkonzepts für Sicherheit, Rüstungskontrolle und Abrüstung

1) Sachverhalt

a) Unter Berufung auf sein Gespräch mit Verteidigungsminister Carlucci Anfang Februar in Bonn[4] erneuerte BK gegenüber AM Shultz am 18. Februar 1988 in Washington die Bitte, „in dieser schwierigen Zeit ganz enge spezielle Verbindun-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Seibert und Vortragendem Legationsrat Wagner konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 17. März 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vorschlag: D 2 A und Dg 20."

3 Hat Ministerialdirigent Jansen am 18. März 1988 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Sudhoff vermerkte: „BM bittet um Rücksprache."
Hat Jansen am 5. April 1988 erneut vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Referat 02, Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, Ministerialdirigent von Ploetz und Botschafter Holik an Referat 220 verfügte. Ferner vermerkte er handschriftlich: „BM ist mit Vorschlag StS (D 2 A u. Dg 20) einverstanden."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 6. April 1988 vorgelegen.
Hat Ploetz am 6. April 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 201 verfügte.
Hat Richthofen am 8. April 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Bertram am 11. April 1988 vorgelegen.

4 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Carlucci am 5. Februar 1988 vgl. Dok. 63, Anm. 3.

gen mit Washington zu unterhalten". Derartige bilaterale Konsultationen sollten die multilateralen Beratungen günstig beeinflussen. – AM Shultz reagierte in allgemeiner Weise positiv.[5]

BK wiederholte gegenüber Präsident Reagan am 19. Februar 1988 „seinen dringenden Wunsch, vor Beratungen in der NATO alle Fragen, auch die psychologischen, bilateral genau abzustimmen." – Während der Präsident hierauf nicht reagierte, erklärte Shultz unter Bezugnahme auf Gespräch BK–Carlucci Bereitschaft, bilaterale Kontakte, denen der Präsident zugestimmt habe, weiterzuführen. Shultz behielt sich jedoch vor, Einzelheiten zu prüfen, insbesondere, inwieweit bestehende Gruppen aktiviert werden könnten. Als Ziel derartiger bilateraler Kontakte bezeichnete er es, Überraschungen zu vermeiden.[6]

b) In der Sitzung des Bundessicherheitsrats vom 24. Februar 1988 entschied Bundeskanzler Kohl, eine Gruppe von Experten aus dem Bundeskanzleramt, AA und BMVg zur Erarbeitung eines Gesamtkonzepts für Sicherheit, Rüstungskontrolle und Abrüstung einzusetzen. Aufgabe dieser Dreiergruppe wird es sein, zunächst intern eine gemeinsame Position der Bundesregierung festzulegen und auf dieser Grundlage vertraulich mit einer amerikanischen Dreiergruppe zu konsultieren.

2) Im Rahmen eines Abendessens, das D2[7] am 8. März 1988 für Frau Ridgway in Bonn gab, erinnerte MD Teltschik an die Absprache von Washington. Das Gespräch, an dem sich auch D2, D2A[8] und Burt beteiligten, ließ gewisse Vorbehalte bei Frau Ridgway erkennen. Erst die Zusicherung von Teltschik, es solle sich um informelle und streng vertrauliche Kontakte handeln, etwa nach dem Muster der deutsch-amerikanischen Konsultationen 1983 (damals war Teltschik in Südfrankreich mit Perle zusammengetroffen; AA war durch Ploetz, State Department durch Dobbins vertreten), bewirkte die Zustimmung von Ridgway.

Sie erklärte später D2, daß sie persönlich die Leitung dieser Gespräche fest in der Hand behalten wolle. Aus dem Pentagon wolle sie den Nachfolger von Perle, Lehman, hinzuziehen. Insgesamt wolle sie die Teilnehmerzahl sehr eng begrenzt halten (insgesamt etwa drei Personen).

3) Die Gesprächsthematik ist im einzelnen bisher nicht mit den USA erörtert worden. Die Entstehungsgeschichte – erster BK-Vorschlag gegenüber Carlucci – macht jedoch deutlich, daß sie sich vorrangig auf das Gesamtkonzept bezieht, in dessen Rahmen mögliche Modernisierungsentscheidungen eingeordnet werden sollen. Die Amerikaner haben offenbar, so jedenfalls das Verständnis der hiesigen Botschaft, die Vorstellung, darüber hinaus sensitive Fragen der bilateralen Beziehungen und Fragen des beiderseitigen Verhaltens in Regionalkonflikten zu erörtern.

Teltschik bestätigte gegenüber Dg20[9], der operative Hauptzweck bestehe zunächst darin, im sicherheitspolitischen Bereich die weitere Entwicklung fest unter Kontrolle zu halten, das Tempo der multilateralen Beratungen zu kon-

5 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Außenminister Shultz vgl. Dok. 63.
6 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan vgl. Dok. 64.
7 Hermann Freiherr von Richthofen.
8 Josef Holik.
9 Hans-Friedrich von Ploetz.

trollieren und Überraschungen zu vermeiden. Eine weitere Präzisierung der Thematik solle einer ersten Gesprächsrunde überlassen bleiben.

Im amerikanischen Verständnis sollen die Gespräche über die Amtszeit der jetzigen Administration[10] hinausreichen.

4) Nach Angaben des BK-Amtes hat das BMVg General Hüttel als seinen Vertreter benannt. Es ist nunmehr zu entscheiden, wer bei der bisher nicht terminierten ersten Gesprächsrunde (Frau Ridgway wird alsbald Vorschlag machen) das AA vertreten soll.

Die Ressortzuständigkeit würde es gebieten, die Delegationsleitung für das AA zu beanspruchen. Hierfür spricht auch, daß auf US-Seite Frau Ridgway Delegationsleiter sein wird. Voraussetzung wäre bei uns allerdings, daß wir einen ranghöheren Vertreter als Herrn Teltschik benennen. Dies scheidet nach Lage der Dinge aus.

Ausgehend davon, daß die Thematik der deutsch-amerikanischen Gespräche auf sicherheitspolitische Fragen konzentriert wird – eine Erweiterung auf andere Fragen liegt nicht im Interesse des AA, das für diese Fragen allein zuständig ist und daher keiner Erörterung unter Beteiligung von BK-Amt und BMVg zustimmen[11] sollte –, ist im AA von Zuständigkeit der Abteilungen 2 und 2A auszugehen. Auch wenn von der einen oder anderen Seite von einer Dreiergruppe gesprochen wurde, sollten wir dies nicht so eng verstehen, daß damit nur drei Personen gemeint seien; wir sollten uns vielmehr auf den Standpunkt stellen, daß die beiden zuständigen Abteilungen des AA vertreten sein werden.

– Abteilung 2 sollte je nach Verfügbarkeit durch D2 oder Dg20 vertreten werden.
– Abteilung 2A sollte durch den Abteilungsleiter vertreten werden. Die Teilnahme des Rüstungskontrollbeauftragten erscheint unter folgenden Gesichtspunkten geboten: Im Verhältnis zur amerikanischen Seite muß deutlich werden, daß es uns vor allem darum geht, die Ausführung des von den NATO-Außenministern in Reykjavik erteilten Auftrags[12] vorzubereiten. Dazu müssen rüstungskontrollpolitische Gesichtspunkte von Anfang an zur Geltung gebracht werden. Die Beteiligung des Bundeskanzleramts und des BMVg auf Abteilungsleiterebene macht es zudem erforderlich, die Federführung des Auswärtigen Amts für Rüstungskontrollfragen uneingeschränkt zu wahren. Wir können nicht erwarten, daß das Bundeskanzleramt oder das BMVg, das der rüstungskontrollpolitischen Erfassung der nuklearen Kurzstreckenraketen ohnehin äußerst zurückhaltend gegenübersteht, diese Gesichtspunkte in unserem Sinne einbringen werden.

Richthofen
Hofstetter

VS-Bd. 12094 (201)

10 Die Amtszeit des Präsidenten Reagan endete am 20. Januar 1989.

11 Der Passus „Erörterung unter … BMVg zustimmen“ wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

12 Vgl. dazu die Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 174.

87

Botschafter Freiherr von Mentzingen, Harare, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 200 **Aufgabe: 16. März 1988, 7.40 Uhr**
Citissime **Ankunft: 16. März 1988, 8.33 Uhr**

Betr.: Staatsbesuch des Bundespräsidenten in Simbabwe vom 10.–15.3.1988[1];
hier: Wertung

1) Der Zeitpunkt für den ersten deutschen Staatsbesuch in Simbabwe, zugleich der erste, den Mugabe als Staatspräsident[2] empfing, war gut gewählt. Im Vorfeld galt es ein gewisses Desinteresse und Ruppigkeiten der zuständigen Persönlichkeiten im simbabwischen Außenministerium zu überwinden.[3] Die Einschätzung, daß Mugabe selbst und die maßgeblichen Kabinettsmitglieder ebenso wie die breite Öffentlichkeit dem Besuch mit mehr als nur routinemäßigem Interesse entgegensahen, erwies sich als richtig. Das Ziel, die guten bilateralen Beziehungen in den Bereichen der Wirtschaft, der Entwicklungszusammenarbeit sowie der Kulturbeziehungen durch eine dringend gebotene Aufwertung der politischen Beziehungen zu vervollständigen, wurde erreicht. Es darf erwartet werden, daß der vom Bundespräsident wiederholt angeregte politische Dialog, die konstruktive und fortgesetzte politische Auseinandersetzung auch von simb. Seite als wünschenswert und lohnend angesehen werden.

2) Im Mittelpunkt stand naturgemäß die Begegnung beider Präsidenten. Bei Mugabe hatte man, da sein erfolgreicher Besuch in der Bundesrepublik Deutsch-

1 Im Anschluß an Besuche vom 1. bis 5. März 1988 in Mali und vom 5. bis 10. März 1988 in Nigeria hielt sich Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker vom 10. bis 15. März 1988 in Simbabwe auf.

2 Botschafter Freiherr von Mentzingen, Harare, informierte am 4. Januar 1988: „Nach seiner einstimmigen Wahl durch beide Häuser des Parlaments am 30.12.1987 wurde der bisherige Premierminister Robert Gabriel Mugabe am 31.12.1987 in vollbesetztem Nationalstadion […] feierlich als erster Exekutiv-Präsident Simbabwes vereidigt. […] Mugabe sah, wie er in seiner im übrigen trockenen und mehr einer Regierungserklärung gleichenden Rede betonte, in der Einführung der Exekutivpräsidentschaft die Erfüllung eines bei den Lancaster-House-Verhandlungen verfochtenen, aber nicht erfüllten Wunsches des simbabwischen Volkes. Für ihn bedeutet die Übernahme dieses Amtes den Höhepunkt seiner Macht, die ihm auch nach außen Ebenbürtigkeit mit den afrikanischen Staatschefs gibt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2; Referat 320, Bd. 155961.

3 Botschafter Freiherr von Mentzingen, Harare, berichtete am 3. März 1988, daß für den am 12. März 1988 geplanten Besuch der Delegation des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker in der Ruinenstadt Groß-Simbabwe und eines Landwirtschaftsprojekts in der Provinz Masvingo die zugesagten Flugkapazitäten (Präsidenten-Jet, Hubschrauber und Militärflugzeuge vom Typ „Cassa“) nicht im verabredeten Maß zur Verfügung stünden. Er habe daher um ein Gespräch beim simbabwischen Vizepräsidenten Muzenda gebeten: „Ich berief mich auf eine auf Bu[ndes]Präs[ident] zurückgehende Weisung. Vizepräsident reagierte sofort telefonisch und stellte Treffen am 29.2. in Aussicht, das schließlich nicht zustande kam. Leider beauftragte er wieder StS Mashingaidze, mich zu empfangen. Treffen mit ihm am 2.3. verlief wenig ersprießlich und letztlich ergebnislos. Er beschuldigte mich u. a. der Unfairneß und mangelnden Vertrauens in seine Bemühungen (was zutrifft) und sagte schließlich zu, anstelle der Cassa eine DC 3 zur Verfügung zu stellen, die, wie er auf mehrfache Nachfrage versicherte, ‚problemlos die gesamte Gruppe‘ (ca. 80 Personen) transportieren könne. Unsere anschließende sofortige Nachfrage bei hiesiger Luftwaffe ergab jedoch, daß DC 3 insgesamt nur 24 und in Fallschirmjäger-Konfiguration 34 Passagiere aufnehmen kann.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 179; Referat 320, Bd. 155963.

land als Ministerpräsident lange zurückliegt (1982)[4], den Eindruck kühler Distanz zur Bundesrepublik Deutschland. Dies dürfte zum geringeren Teil auf ideologischen Vorbehalten, in größerem Maße jedoch auf Enttäuschung über die Haltung der Bundesregierung im Südafrika-Konflikt (Ablehnung umfassender und mandatorischer Sanktionen) zurückzuführen sein. Außerdem stehen ihm die Blockfreien, aus Tradition das Commonwealth und wegen der Unterstützung im Befreiungskampf gewisse sozialistische Staaten (Nordkorea, Rumänien, Jugoslawien, VR China) näher.

In seiner ersten Rede, beim Staatsbankett am 10.3.88, kam diese Distanz, für manche überraschend, für andere gewohnt und vergleichsweise milde empfunden, zum Ausdruck. Irritierend wirkten die von ihm gebotenen Fakten zum Handelsaustausch und zur Entwicklungshilfe, die unrichtig waren und nicht auf Unterrichtung durch das Finanz- und Entwicklungsministerium, sondern vermutlich durch das Außenministerium beruhten.[5] In der Delegationssitzung am nächsten Tage hat Mugabe diese Zahlen nach entsprechenden Hinweisen des Bundespräsidenten im Vieraugengespräch ohne Umstände zurückgenommen.[6]

Die in öffentlicher Rede und im Vieraugengespräch von Bundespräsident verfolgte Linie, den vertrauensvollen und offenen Dialog über bilaterale Fragen, das SA-Problem und weltpolitische Fragen zu suchen, räumte zunehmend bei Mugabe Reserven zur Seite, was sich in deutlicher Steigerung bei allen seinen öffentlichen Äußerungen während des Staatsbesuches, besonders bei seinen Schlußworten bei der abschließenden Pressekonferenz vor dem Abflug zeigte. Mugabe fand überzeugende Worte von bei ihm seltener Wärme und Herzlichkeit.[7]

3) Die Anwesenheit von BM Klein und dessen Gespräche, vor allem mit Finanz- und Entwicklungsminister Chidzero wurden von simb. Seite als Ausdruck des Willens zur Fortsetzung der intensiven und breit gefächerten Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Entwicklung verstanden. Von deutscher

4 Ministerpräsident Mugabe hielt sich am 24./25. Mai 1982 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt vgl. AAPD 1982, I, Dok. 163.

5 Botschafter Freiherr von Mentzingen, Harare, übermittelte mit Drahtbericht Nr. 198 vom 15. März 1988 den Wortlaut der Rede des Präsidenten Mugabe vom 10. März 1988. Vgl. Referat 320, Bd. 155963.

6 Zum zweiten Tag des Besuchs des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker in Simbabwe teilte Botschafter Freiherr von Mentzingen, Harare, am 17. März 1988 mit: „Am zweiten Tag (11.3.) folgte auf die übliche Kranzniederlegung am Denkmal für die Gefallenen des Befreiungskrieges ein anderthalbstündiges Gespräch der Präsidenten unter vier Augen ohne Note-taker, bei dem das bilaterale Verhältnis, Südafrika und weltpolitische Fragen (die Blockfreien, Abrüstung u. a.) erörtert wurden. Die parallel vorgesehenen Delegationsgespräche beschränkten sich auf informelle Einzelgespräche ohne eigene Struktur. Erst nach Hinzukommen der beiden Präsidenten, die Statements abgaben, wurden in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit besonders Fragen der Entwicklungszusammenarbeit erörtert. Atmosphärisch zeigte sich deutlich, daß das Vieraugengespräch starken Eindruck auf Mugabe gemacht hatte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 202; Referat 320, Bd. 155963.

7 Präsident Mugabe zog in seinen Ausführungen am 15. März 1988 eine Bilanz der Gespräche mit Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker und schloß: „And so at the end of this visit I want to say to President von Weizsäcker and his gracious Lady thank you very much for having done us this great honour, it's a tremendous honour to Zimbabwe and we shall never forget it at all. You have brought with you not just your own heart but the hearts of many others in West Germany, and we are able to feel more than ever the parts of love that Germany has, that ticks in the heart of Germany for us. And I want through you to relay back from the bottom of our own hearts, the heart of the Zimbabweans, our profound gratitude as Zimbabweans, as a small nation, but nevertheless a nation very ambitious, nevertheless a nation which is aspiring to the heights that have already been reached by your nation. From the bottom of their hearts which say to the Germans well done, you are our friends, please let us remain friends forever. Thank you.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 199; Referat 320, Bd. 155963.

Seite wurde gerade im Hinblick auf das vielleicht bedrohlichste Zukunftsproblem Simbabwes, das dramatische Ansteigen der Arbeitslosigkeit gerade bei voll- und halbausgebildeten Jugendlichen, auf die Schaffung eines günstigen Investitionsklimas (u. a. Investitionsschutzabkommen[8]) hingewiesen. Chidzero bat, sich für mehr Warenhilfe einzusetzen und Länder wie Simbabwe, die weder zu den least developed countries noch zu den Schwellenländern gehören, nicht zu benachteiligen.

Die Ankündigung des Bundespräsidenten, daß in absehbarer Zeit ein Goethe-Institut in Harare eingerichtet werde, fand sehr lebhaften Applaus.

4) Im Vordergrund standen jedoch die politischen Gespräche, vor allem der Dialog über Südafrika. Bei fortbestehendem Dissens bezüglich der Verhängung umfassender und bindender Sanktionen gegenüber SA überzeugte die Bereitschaft des Bundespräsidenten, sich die simb. Argumente anzuhören und über die Position der FL-Staaten[9] vorurteilsfrei nachzudenken. Den Gastgebern wurde klar, daß hierüber in der Bundesrepublik Deutschland ein intensiver Meinungsstreit herrscht und das Klischee von den „Alliierten Südafrikas" nicht schlechthin anwendbar ist. Befriedigt hat naturgemäß die mehrfach zum Ausdruck gebrachte Anerkennung für den Erfolg der Versöhnungspolitik Mugabes und deren Beispielcharakter. Unser Stimmverhalten in VN-SR am 8. März 88[10] verfehlte in diesem Zusammenhang seine Wirkung nicht.

5) Große Bedeutung maßen die Gastgeber der Tatsache zu, daß der Bundespräsident außer der Hauptstadt das flache Land besuchte, wo er den Kontakt zur einfachen Landbevölkerung fand. Seine Referenz vor den Ruinen von Great Zimbabwe, Zeugnis weit zurückreichender Kultur, und sein Interesse an der

8 Botschaftsrat Bußmann, Harare, informierte am 26. November 1987, daß Gespräche mit Vertretern der simbabwischen Regierung in jüngster Zeit zwar das Interesse an einer Verbesserung des Investitionsklimas in Simbabwe gezeigt hätten: „Nach bisherigem Kenntnisstand ist allerdings nicht davon auszugehen, daß die Verbesserungen soweit reichen, daß an den Abschluß eines allgemeinen, bilateralen Investitionsförderungs- und -schutzvertrags mit Simbabwe gedacht werden kann." Vgl. den Schriftbericht Nr. 696; Referat 422, Bd. 149324.
Am 8. April 1988 meldete Botschafter Freiherr von Mentzingen, Harare, daß der simbabwische Finanzminister Chidzero ihm gegenüber am Vortag ausgeführt habe, die Ablehnung eines Investitionsschutzabkommens sei „nicht ideologisch begründet, sondern stoße auf verfassungsrechtliche Bedenken. Für Simbabwe gehe es zunächst darum, die Richtlinien für durchaus erwünschte und dringend erforderliche Auslandsinvestitionen zu formulieren, um ein günstiges Investitionsklima zu schaffen." Mentzingen führte weiter aus, daß ein Abkommen zwar „kein absolutes Tabu" mehr sei: „In den Vordergrund stellte er allerdings, vor allem bei größeren Investitionsvorhaben, das Einzelabkommen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 230; Referat 422, Bd. 149324.

9 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

10 Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), informierte am 7. März 1988, daß die blockfreien Mitglieder des VN-Sicherheitsrats als Reaktion auf südafrikanische Maßnahmen gegen Anti-Apartheid-Organisationen einen Resolutionsentwurf einbringen wollten, der „selektive mandatorische Sanktionen gemäß Kap. VII der VN-Charta" enthalte, die zunächst für zwölf Monate verhängt und über deren Verlängerung anschließend „im Lichte der Entwicklung in S[üd]A[frika]" zu entscheiden sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 486; Referat 230, Bd. 158127.
Am 8. März 1988 berichtete York, daß der Resolutionsentwurf „an den Neinstimmen von zwei ständigen SR-Mitgliedern, USA und GB, gescheitert" sei: „Wir haben uns weisungsgemäß der Stimme enthalten […]. JAN und F übten ebenfalls Stimmenthaltung. Die übrigen zehn SR-Mitglieder, darunter auch Italien, stimmten mit Ja. Im Vergleich zu der SR-Sitzung im März 1987, bei der ebenfalls mandatorische Sanktionen (allerdings nach dem Muster der US-Sanktionen) gefordert worden waren, war die Änderung unseres Stimmverhaltens (seinerzeit Nein) die einzige Veränderung im Abstimmungsbild. Italien war, wie zu erwarten, nicht bereit, von seiner damals abgegebenen Ja-Stimme wieder abzugehen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 495; Referat 230, Bd. 158127.

Entwicklung zurückgebliebener Regionen verfehlten ebensowenig tiefen Eindruck, wie der Besuch in Bulawayo. Sein erneutes Zusammentreffen mit Mugabe in dieser Stadt, die Mugabe als Präsident und nach Vollzug des Einigungsaktes zwischen ZANU und ZAPU[11] zum ersten Mal besuchte, war von großer innenpolitischer Bedeutung und setzte einen besonderen Akzent.[12]

6) Empfänge des Bundespräsidenten in Harare und Bulawayo für die Angehörigen der deutschen Gemeinschaft wurden von diesen als Anerkennung ihrer Tätigkeit als Missionare, Lehrer, Ärzte, Experten und Wirtschaftsvertreter empfunden. Angehörige des DED, die von simbabwischer Seite von der Veröffentlichung einer die Südafrikapolitik der Bundesregierung verurteilenden Zeitungsanzeige abgehalten wurden[13], waren auf diesen Empfängen nur vereinzelt vertreten.

7) Als wirkungsvoll erwies sich eine ausgiebige und weitgehend sehr positive Berichterstattung der Medien sowohl in Simbabwe (hierüber erfolgt gesonderter Bericht[14]) als auch in der Bundesrepublik Deutschland.

8) Zusammenfassung

Die Zeit war für einen hochrangigen Besuch reif. Dem Bundespräsidenten ist es gelungen, ein persönliches Verhältnis zu Mugabe herzustellen und diesen, der noch auf absehbare Zeit die Geschicke des Landes leiten wird und der als Staatsmann zweifellos eine herausragende Persönlichkeit ist, aus seiner bisher eher

11 Am 22. Dezember 1987 teilten die Parteivorsitzenden Mugabe (ZANU) und Nkomo (ZAPU) vor der Presse den Zusammenschluß beider Parteien unter dem neuen Namen „Zimbabwe African National Union (Patriotic Front)“ mit. Botschafter Freiherr von Mentzingen, Harare, teilte am 23. Dezember 1987 mit, daß die Einigung nach zehn offiziellen Treffen seit 1985 durch Unterzeichnung eines Elf-Punkte-Abkommens besiegelt worden sei. Mugabes sei als 1. Sekretär und Präsident der Partei bestätigt worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 450; Referat 320, Bd. 155961.

12 Botschafter Freiherr von Mentzingen, Harare, berichtete am 17. März 1988: „Der dritte Tag (12.3.) galt dem Besuch der Ruinen von Great Zimbabwe, die Bu[ndes]Präs[ident] als Weltwunder und Zeugen einer alten Kultur würdigte, und des deutsch-simbabwischen Entwicklungsprojekts für einen durch Überbevölkerung, übergroße Viehhaltung und Umweltzerstörung bedrohten Distrikt. Hier beeindruckten der breite Ansatz mit verhältnismäßig wenig Aufwand sowie die Akzeptanz durch die Bevölkerung. Bei beiden Programmpunkten war die Anteilnahme der Bevölkerung bemerkenswert. Es wurde dankbar empfunden, daß ein Staatsbesuch die Mühe auf sich nahm, aufs Land zu kommen und sich für die Lebensbedingungen fernab der Hauptstadt zu interessieren. Bei Eintreffen in Bulawayo, der Hauptstadt von Matabeleland und ehemals bedeutendsten Stadt des Landes, wurde BuPräs wieder von Mugabe erwartet, der ihm einen Empfang im State House gab. Die Anwesenheit Mugabes wurde als Geste gegenüber dem Gast, aber auch gegenüber Matabeleland empfunden, die nur möglich war, da die Vereinbarung zwischen ZANU und ZAPU vom 22.12.1987 die langersehnte Versöhnung gebracht hatte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 202; Referat 320, Bd. 155963.

13 Mit Schreiben vom 24. März 1988 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bächmann übermittelte Ministerialrat von Puttkamer, Bundespräsidialamt, die Kopie eines offenen Briefs von in Zimbabwe arbeitenden deutschen Staatsangehörigen. Dazu informierte er, daß diese, darunter Angehörige des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED), beabsichtigt hätten, „vor Eintreffen des Herrn Bundespräsidenten in der dortigen Presse einen offenen Brief mit Kritik an der Bundesrepublik Deutschland wegen der Südafrika-Politik und der Reise von MP Strauß zu veröffentlichen. Der Sprecher des Parlaments, Mutasa, an den sie sich vorher gewandt hatten, hat erreicht, daß sie von diesem Vorhaben Abstand nahmen, mit dem Argument, daß der bevorstehende Staatsbesuch dadurch nicht belastet werden sollte, zugleich aber auch mit dem Versprechen, den Herrn Bundespräsidenten auf ihren Protest aufmerksam zu machen. In Erfüllung dieses Versprechens hat Speaker Mutasa dem Herrn Bundespräsidenten am 11. März 1988 anläßlich ihres Zusammentreffens auf der Cold Comfort Farm den […] Brief vom 11.3.1988 und den offenen Brief der deutschen Staatsangehörigen übergeben.“ Vgl. Referat 320, Bd. 155963.

14 Für den Schriftbericht Nr. 150 des Botschafters Freiherr von Mentzingen, Harare, vom 17. März 1988 vgl. Referat 320, Bd. 155963.

kühlen Distanz zur Bundesrepublik Deutschland herauszulösen. Es empfiehlt sich, den Dialog und kontinuierlichen Gedankenaustausch auf breiter Basis fortzusetzen und die ausgesprochene Gegeneinladung für Mugabe für einen nicht zu fernen Zeitpunkt vorzusehen, um das Momentum zu erhalten. In der Zwischenzeit könnte an einen Besuch des Herrn Bundesministers in Simbabwe gedacht werden.

Der Besuch, der unter nicht einfachen Voraussetzungen stattfand, war ein Erfolg.

[gez.] Mentzingen

Referat 320, Bd. 155963

88

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem saudi-arabischen Außenminister Prinz Saud al-Faisal

17. März 1988[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Außenminister Saudi-Arabiens, Prinz Saud al-Faisal, am 17. März 1988 von 16.00 bis ca. 17.00 Uhr[2]

Teilnehmer auf deutscher Seite: der Bundeskanzler, MD Teltschik, Botschafter Dr. Nowak, VLR I Dr. Ueberschaer als Note-taker, Dolmetscher Hajjaj;

auf saudi-arabischer Seite: AM Prinz Saud al-Faisal, Botschafter Abbas Faig Ghazzawi, Dr. Nizar Madani, Leiter der Westeuropa-Abteilung im saudi-arabischen Außenministerium.

Nach der Begrüßung übermittelt AM *Faisal* dem Bundeskanzler die Grüße des Königs[3]: Dieser denke gern an das letzte Gespräch, das allerdings schon lange Zeit zurückliege.[4] Die bilateralen Beziehungen bewerte der König als sehr gut; sie würden durch den regen Besucheraustausch stetig vertieft. Hindernisse für den weiteren Ausbau gebe es aus der Sicht des Königs nicht.

Für die Entwicklung der Region (Nah- und Mittelost) könne man allerdings nicht den gleichen Optimismus aufbringen: Seit dem Besuch des Bundeskanzlers in

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, am 22. März 1988 gefertigt und mit Begleitschreiben vom 24. März 1988 „auf Weisung des Bundeskanzlers“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bächmann übermittelt.
Hat Legationssekretär Köhler am 24. März 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Schlagintweit, Ministerialdirigent Fiedler und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Dassel „z[ur] K[enntnis] und m[it] d[er] B[itte], ggf. weitere Verteilung vorzunehmen“, verfügte.
Hat Fiedler am 25. März 1988 vorgelegen.
Hat Dassel am 30. März 1988 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 311, Bd. 154224.

2 Der saudi-arabische Außenminister Prinz Saud al-Faisal hielt sich am 17./18. März 1988 in der Bundesrepublik auf.

3 Fahd ibn Abdul Aziz al-Faisal al-Saud.

4 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 9. bis 11. Oktober 1983 in Saudi-Arabien auf und traf am 9. Oktober 1983 mit König Fahd zusammen. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 299.

Saudi-Arabien hätten sich die alten Probleme verschärft und ein Ausmaß erreicht, das größte Aufmerksamkeit erfordere.

Dies gelte zum einen für den Nahost-Konflikt:

Die Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten[5] hätten eine völlig neue Lage geschaffen.

– Die Entwicklung habe gezeigt, daß die Araber in den besetzten Gebieten wie auch die Araber israelischer Staatsangehörigkeit die Besetzung total ablehnten.
– Das Sicherheitskonzept Israels sei gescheitert, wobei die Verschärfung der innenpolitischen Lage mehr auf die Uneinigkeit seiner politischen Führung als auf Mängel im Durchsetzungspotential des Machtapparats zurückzuführen sei.
– Die Entwicklung entlarve für die Außenwelt die israelische Verwaltungspraxis gegenüber den Arabern sowohl in den besetzten Gebieten wie im israelischen Kernland.

Seit den Unruhen in den besetzten Gebieten gebe es kein Zurück mehr zu den früheren Verhältnissen: Israels Operieren mit Zeitfaktor und Status quo funktioniere nicht mehr.

Das Selbstbestimmungsrecht sei heute das einzige Kriterium für eine Lösung im Rahmen einer Internationalen Konferenz. Vor diesem Hintergrund sei die jüngste Erklärung der EG zur Lage in den besetzten Gebieten[6] positiv zu würdigen. Er, AM Faisal, hoffe, daß Israel unter amerikanischem Druck eine Verhandlungslösung auf der Grundlage einer Internationalen Konferenz akzeptieren werde.[7]

Der *Bundeskanzler* unterstreicht sein Interesse am weiteren Ausbau enger und freundschaftlicher Beziehungen zu Saudi-Arabien. Wir seien uns der gegenwärtigen und künftigen Bedeutung Saudi-Arabiens sehr bewußt.

In der Golfregion erhofften wir baldige positive Auswirkungen der stabilisierenden Haltung Saudi-Arabiens. Wir seien an einem Erfolg Saudi-Arabiens interessiert und zur Unterstützung bereit.

Im Hinblick auf den Nahost-Konflikt seien für uns die täglichen Bilder über die Entwicklung in den besetzten Gebieten sehr beunruhigend. Er, BK, werde dabei an einen Flug erinnert, den er im Hubschrauber zusammen mit dem jordanischen Kronprinzen[8] entlang des Jordan unternahm und der ihm einen weiten Überblick über die gesamte Region vermittelt habe.[9] Dieses Ur-

5 Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada“) vgl. Dok. 83, Anm. 20.

6 In einer Presseerklärung vom 18. Dezember 1987 gaben die EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ bekannt: „Im Auftrag der Regierungen der zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft brachte heute der dänische Botschafter in Tel Aviv in Begleitung seines belgischen und deutschen Kollegen sowie des Vertreters der Kommission gegenüber der israelischen Regierung die tiefe Besorgnis der Zwölf über die schnelle und schwerwiegende Verschlechterung der Lage in Westjordanien und im Gazastreifen zum Ausdruck. Die Zwölf forderten die israelischen Behörden nachdrücklich auf, umgehend den Schutz der Bewohner der besetzten Gebiete im Einklang mit dem Völkerrecht und den Normen im Bereich der Menschenrechte zu gewährleisten.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 183.

7 Vgl. dazu den Artikel des amerikanischen Außenministers Shultz in der amerikanischen Tageszeitung „The Washington Post“ vom 18. März 1988, in dem er den Rahmen einer Internationalen Konferenz für den Frieden im Nahen Osten darlegte; ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. IV, Teil 2, S. 1887 f.

8 Hassan ibn Talal al-Haschemi.

9 Bundeskanzler Kohl besuchte vom 5. bis 7. Oktober 1983 Jordanien. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 291.

sprungsland von drei Weltreligionen gehöre heute zu den gefährdetsten Regionen der Welt.

Es wäre bedauerlich, wenn Israel von den vorhandenen Ansätzen zu einer friedlichen Konfliktlösung keinen Gebrauch machte. Israel beginge damit auch einen schweren Fehler, da künftig unter den Beteiligten gleichermaßen zu einem friedlichen Ausgleich geeignete Persönlichkeiten nicht mehr zur Verfügung stünden. Im Gegenteil: Spätere Führer würden radikaleren Lösungen zuneigen. Es gebe Situationen in der Geschichte, wo eine verantwortliche Führung handeln müsse. Dies habe er, BK, der israelischen Seite mehrfach gesagt; allerdings ohne Erfolg.

Er habe vor vier Wochen bei einem Besuch in Washington[10] – noch vor der Reise von AM Shultz in die Region[11] – Präsident Reagan ermutigt, noch während seiner Amtszeit auf den Beginn einer Nahost-Friedenslösung im Rahmen einer Internationalen Konferenz hinzuarbeiten. Reagan sei als Initiator deswegen besonders geeignet, weil ein solcher politischer Prozeß nicht mehr vor dem Ende seiner Amtszeit beendet werden könne (wodurch die nächste US-Regierung automatisch eingebunden würde) und er keine politischen Rücksichten mehr zu nehmen habe. Aus den gleichen Gründen habe er, BK, auch im EG-Rahmen den baldigen Beginn eines politischen Prozesses befürwortet. Er hoffe jetzt auf Bewegung in den erstarrten Fronten.

AM *Faisal* erklärt, daß man, auch wenn die Ergebnisse des Besuchs von PM Shamir in Washington[12] noch nicht bekannt seien, sicher sein könne, daß ohne Druck auf ihn ein Ergebnis nicht zustande komme.

Auch wenn PM Shamir weiterhin die Rechte der Palästinenser mißachte, bestehe das Problem dennoch fort und verschärfe sich durch deren wachsende Radikalisierung. Wenn man den gemäßigten Elementen keine überzeugenden Argumente in die Hand gebe, hätten die Radikalen das Wort.

Er, AM Faisal, werde König Saud über die positive deutsche Haltung zum bilateralen Verhältnis wie auch zu den drängenden Problemen einer Stabilisierung der Nah- und Mittelostregion unterrichten.

Saudi-Arabien sei ein Land ohne außenpolitischen Ehrgeiz, das an guter Nachbarschaft, Sicherheit und Frieden in der Region interessiert sei.

Gerade deswegen sei es über die Entwicklungen im iranisch-irakischen Krieg, der durch stete Ausweitung immer gefährlicher werde[13], beunruhigt. Die Schuld

10 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 17. bis 20. Februar 1988 in den USA vgl. Dok. 62–64.

11 Zur Reise des amerikanischen Außenministers Shultz vom 25. Februar bis 4. März 1988 in Länder des Nahen Ostens vgl. Dok. 62, Anm. 21.

12 Ministerpräsident Shamir hielt sich vom 14. bis 17. März 1988 in den USA auf.

13 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 16, Anm. 6.
Referat 311 notierte am 2. März 1988: „Mehrwöchige relative Ruhe an der Front wurde mit Wiederaufnahme des Städtekrieges beendet. Nach verstärkten irakischen Luftangriffen auf iranische Wirtschaftsziele reagierte Iran am 29. Februar mit erneutem Raketenbeschuß Bagdads. Irak beschoß danach überraschend erstmals auch Teheran mit Raketen und setzte diese Angriffe über mehrere Tage fort (24 Raketen in drei Tagen). Verwendete Raketen (650 km Reichweite) sind vermutlich sowjetischer Bauart, möglicherweise aber auch ganz oder teilweise in Eigenproduktion hergestellt. Massiver Raketeneinsatz durch Irak bedeutet neue Dimension der militärischen Auseinandersetzung.“ Vgl. Referat 230, Bd. 158101.
Botschafter Ellerkmann, Bagdad, berichtete am 10. März 1988, daß die irakische Regierung bekanntgegeben habe, sie werde „ab Freitag, 11.3., 16.00 Uhr OZ, Raketen- und Luftwaffenangriffe auf iran[i-

an der Fortsetzung des Krieges liege eindeutig beim Iran, der eine Hegemonialstellung im Golf anstrebe. Dies werde besonders aus seinem Verhalten gegenüber den Golfstaaten deutlich.

Der Iran beziehe andere grundlos in den Kriegszustand mit ein: Dies gelte für Kuwait und die Golf-Emirate ebenso wie für die internationale Schiffahrt. Der Iran sei auch für die Eskalation terroristischer Anschläge innerhalb und außerhalb der Region verantwortlich, z. B. für die Krawalle iranischer Pilger in Mekka.[14]

Saudi-Arabien betrachte den Iran dennoch nicht als Feind: Es sei ein Land, zu dem Saudi-Arabien historische Beziehungen unterhalte, das große strategische Bedeutung habe und dessen Einheit und Wohlstand Saudi-Arabien wünsche.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, ob er Ansätze für eine Mäßigung der iranischen Politik nach dem Tode Khomeinis sehe, äußert AM *Faisal*, daß zuvor die gesamte iranische Führungsschicht ihre Grundhaltung zum Golfkrieg und zur Provokation Unbeteiligter ändern müsse. Er habe nicht den Eindruck, daß der Tod Khomeinis zu einer alsbaldigen Änderung der iranischen Haltung führen werde. Vielleicht würden dadurch aber künftige Nachfolger der jetzt führenden Schicht in ihrer Haltung beeinflußt. Die Persönlichkeit Rafsandjanis, den er kenne, gebe jedenfalls keinen Anlaß, auf eine Änderung der iranischen Grundhaltung zu hoffen. Rafsandjani habe er, AM Faisal, nicht in Mekka kennengelernt. Khomeini wie auch Rafsandjani hätten ihre Hadj früher, lange vor der Machtübernahme im Iran unternommen. (Damals hätten sie allerdings nicht demonstriert.)

AM Faisal unterstreicht erneut, daß zwischen seinem Land und dem Iran keine grundsätzliche Feindschaft bestehe, sondern daß die Abkühlung der Beziehungen nur auf die gegenwärtige politische Haltung des Iran zurückzuführen sei. Man habe mit dem Iran keine Grenzprobleme. Beide Staaten hätten die gleiche Wirtschaftsordnung. Der Iran sei der islamische Staat mit der längsten Grenze zur SU. Saudi-Arabien wolle keine Schwächung des Iran, sondern mit ihm im gegenseitigen Interesse zusammenarbeiten. Saudi-Arabien müsse jedoch jede Gefährdung seiner eigenen Stabilität und jedem gegen sein Territorium gerichteten iranischen Hegemonialanspruch entgegentreten.

Als Souverän seines Landes wie auch als gegenwärtiger Präsident des Golfkooperationsrates (GCC) bitte König Saud den Bundeskanzler um Unterstützung im Hinblick auf eine baldige Beendigung des Golfkrieges und hier insbesondere

Fortsetzung Fußnote von Seite 500

sche] Städte einstellen". Der Irak erwarte, daß der Iran „seinerseits Städtekrieg beende". Andernfalls „werde Irak mit allen vorhandenen Mitteln alle iran. Städte angreifen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 205; Referat 230, Bd. 158101.

Am 14. März 1988 teilte Ellerkmann mit, daß die irakische Regierung erklärt habe, der Iran habe das Moratorium durch „den Beschuß grenznaher Städte" gebrochen: „In Vergeltung für die Wiederaufnahme des Städtekrieges und wegen weiterer Verletzung des Moratoriums habe Irak am 13.3. um 9.11 [Uhr] p. m. eine Boden-Boden-Rakete auf Teheran abgeschossen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 216; Referat 230, Bd. 158101.

14 Am 31. Juli 1987 kam es in Mekka zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen iranischen Pilgern und saudi-arabischen Sicherheitskräften. Botschafter Nowak, Riad, informierte am 2. August 1987, daß nach offiziellen Angaben der saudi-arabischen Regierung 402 Menschen ums Leben gekommen seien, 275 Iraner, 42 Pilger anderer Nationalitäten und 85 Saudis. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 384; Referat 311, Bd. 140033.

auf baldige Durchführung der SR-Res. 598[15]. Die Bundesrepublik Deutschland, die an dieser Resolution mitgewirkt habe, sei erstmals SR-Mitglied, was ein historisches Faktum sei. Ein anderes historisches Faktum sei das einstimmige Zustandekommen einer SR-Resolution, die das Ende einer bewaffneten Auseinandersetzung fordert. Er, AM Faisal, hoffe, daß es gelingen werde, im VN-Rahmen eine Beendigung des Krieges herbeizuführen.

Der *Bundeskanzler* wirft hierzu ein, daß er gern hilfreich sein wolle, aber hinsichtlich einer Durchführung von SR-Res. 598 skeptisch sei, da er nicht an eine Bereitschaft Teherans zur Änderung seiner bisherigen Haltung glaube.[16]

AM *Faisal* bemerkt dazu, daß er die Verantwortlichen im Iran sehr gut kenne: Sie seien einerseits Fanatiker, vermöchten andererseits aber auch durchaus rational zu denken. Ein rationales Argument, das der Iran verstehe, sei internationaler Druck.

Der *Bundeskanzler* bemerkt dazu, daß ein solcher Druck dann als Heuchelei empfunden werden müsse, wenn von SR-Mitgliedern gleichzeitig weitere Waffenlieferungen erfolgten.

AM *Faisal* erwidert, daß man SR-Res. 598 durchführen und gleichzeitig einen VN-Ausschuß mit seiner Umsetzung betrauen müsse. Wenn es zu einem Waffenembargo gegen den Iran kommen sollte[17], werde es auch Mittel zu seiner Über-

15 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 1, Anm. 33.

16 Am 25. Februar 1988 antwortete Bundeskanzler Kohl auf ein Schreiben des Königs Fahd vom 19. Januar 1988, in dem dieser ihn über die Ergebnisse der Tagung des Obersten Rats des Golfkooperationsrats vom 26. bis 29. Dezember 1987 in Riad informiert hatte: „Ich teile die Sorge der Mitgliedstaaten des Golfkooperationsrates über die Entwicklung des Krieges zwischen Irak und Iran. Meine Regierung ist im Rahmen der uns gegebenen Möglichkeiten bemüht, einen Beitrag zur baldigen Beendigung des Konflikts zu leisten. So war die Bundesrepublik Deutschland an der Ausarbeitung und Verabschiedung der Sicherheitsrats-Resolution 598 aktiv beteiligt. Diese Resolution ist auch nach meiner Auffassung nach wie vor die einzige geeignete Grundlage für eine politische Lösung des Konflikts. Wir unterstützen daher aktiv alle Bemühungen zu ihrer Verwirklichung. Dabei nutzen wir auch unsere guten bilateralen Beziehungen zu den beiden Konfliktparteien, um sie zu größerer Flexibilität gegenüber den Bemühungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen um Durchführung der Resolution zu bewegen. Die Möglichkeiten des Generalsekretärs, die Verwirklichung der Resolution 598 herbeizuführen, sind nach meiner Überzeugung noch nicht erschöpft. Er sollte daher auch weiter ermutigt werden, den Verhandlungsprozeß aktiv voranzutreiben. Die Gespräche der fünf Ständigen Sicherheitsratsmitglieder in New York über eine Folgeresolution sind zu begrüßen. Auch die zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft haben in ihrer Erklärung vom 5. Dezember 1987 darauf hingewiesen, daß eventuell eine Folgeresolution erforderlich werden könnte. Die Verabschiedung einer solchen Folgeresolution hängt jedoch von einer vorherigen Einigung der Fünf ab, die gegenwärtig offenbar noch aussteht.“ Vgl. Referat 311, Bd. 154224.

17 Zur Frage einer Resolution des VN-Sicherheitsrats über ein Waffenembargo gegen den Iran vgl. Dok. 66.
Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), informierte am 7. März 1988, daß die UdSSR überraschend eine Dringlichkeitssitzung des VN-Sicherheitsrats vorgeschlagen habe mit dem Ziel, eine Resolution „zur sofortigen Beendigung des Städtekriegs sowie zur Ernennung eines Sonderbeauftragten des VN-GS“ zu verabschieden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 490; Referat 230, Bd. 158101.
Am 8. März 1988 ergänzte York, die UdSSR habe einen Textentwurf vorgelegt und „Flexibilität hinsichtlich der Formulierung“ betont. Er fuhr fort: „Nach den jüngsten Entwicklungen ist die Lage im SR gegenwärtig noch unübersichtlich. Zwar scheint die Idee einer unmittelbaren SR-Waffenembargoresolution vorerst vom Tisch zu sein. Auch ist das Bewußtsein dafür weiter gestiegen, daß stattdessen nun ein weiterer, energischer Implementierungsversuch und Test der Parteien nötig ist. Allerdings ist noch nicht deutlich, in welcher Form jetzt der Implementierungsprozess vom SR wieder vorangebracht werden wird. Der informelle sowjetische Resolutionsentwurf hat in der präsentierten Form kaum Chancen auf einheitliche Annahme durch den SR.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 499; Referat 230, Bd. 158101.

wachung geben. Schon eine Reduzierung der iranischen Waffenimporte könne sehr hilfreich sein. Viele Iraner würden angesichts der bisherigen Blutopfer und der Zerstörungen im Lande verminderte Waffenimporte begrüßen. Das politische System des Iran lasse nur eine Artikulierung der öffentlichen Meinung nicht zu. Die baldige Durchführung von SR-Res. 598 liege im wohlverstandenen Interesse des Iran.

Für Saudi-Arabien sei hingegen eine Lösung nicht akzeptabel, die die Rechte Dritter antaste. Die iranische Bevölkerung wisse, daß die saudische Haltung legitim sei. Ihr Problem sei nur, daß sie in Khomeini einen „Gott-Herrscher" habe, der von seiner Umgebung nicht beeinflußt werde oder sich nicht beeinflussen lasse.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, daß der türkische Ministerpräsident Özal vor zwei Wochen den Iran besucht habe[18] und die Auswirkungen des Städtekrieges in Teheran miterlebt habe. Er habe zwar nicht Khomeini, aber die wichtigsten anderen Mitglieder der iranischen Führung gesprochen. Er sei hinsichtlich der weiteren Entwicklung nicht optimistisch; sein Urteil entspreche dem von AM Faisal.

AM *Faisal* weist darauf hin, daß, solange Khomeini am Leben sei, niemand anders als er über Krieg und Frieden entscheide. Eine Veränderung der innenpolitischen Lage im Iran lasse sich – wenn überhaupt – von außen nur durch ein Waffenembargo erreichen.

Saudi-Arabien sehe die Gefahr einer Eskalation des Golfkrieges und wolle dem vorbeugen. Eine solche Eskalation liege weder im Interesse der arabischen Staaten noch im objektiven Interesse des Iran. Sie müsse der Einmischung von dritter Seite, vor allem seitens der SU, in der Golfregion Tür und Tor öffnen.

Saudi-Arabien sei nicht aus innenpolitischen Gründen gezwungen, sich so intensiv mit Sicherheitsfragen zu befassen. Sein Land fühle sich aber im Norden durch den Nahost-Konflikt, im Osten durch den Golfkrieg und im Süden durch den von Südjemen ausgehenden Terror bedroht. Hinzu kämen die Probleme am Horn von Afrika. Da es sich seine Nachbarn nicht aussuchen könne, befinde sich Saudi-Arabien so – ohne eigene innenpolitische Probleme – in einem Teufelskreis. Einen Ausweg sehe es nur in der Vertiefung der Zusammenarbeit mit den gemäßigten Staaten mit dem Ziel der Stabilisierung der Region.

Auf Frage des Bundeskanzlers nach dem Ergebnis dieser Bemühungen bemerkt AM Faisal, daß auch in den gemäßigten Staaten die Gefahr labiler Entwicklungen gegeben sei. Die gesamte Region sei vom Fanatismus bedroht. Im Golfkrieg habe es bereits über eine Million Tote mit Folgen für die Region gegeben, die denen der Weltkriege für Europa vergleichbar seien. Auch wirtschaftliche Probleme bedrohten die Stabilität wichtiger Regionalstaaten (Ägypten). Bei zunehmender Resignation der Gemäßigten wachse die Gefahr der Radikalisierung.

AM Faisal berichtet sodann über seine Gespräche mit BM Genscher[19] über den baldigen Abschluß eines Kooperationsabkommens zwischen der EG und dem GCC. Geplant sei die baldige Unterzeichnung eines Rahmenabkommens, dem

18 Ministerpräsident Özal hielt sich vom 28. Februar bis 1. März 1988 im Iran auf.

19 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem saudi-arabischen Außenminister Prinz Saud al-Faisal am 17. März 1988 vgl. Referat 311, Bd. 154224.

dann ein alle Bereiche umfassendes Kooperationsabkommen folgen solle. Er hoffe auf den Abschluß des Rahmenabkommens im Juni noch unter der deutschen EG-Präsidentschaft. Das umfassende Kooperationsabkommen könnte aus der Sicht des GCC bereits ein Jahr später abgeschlossen werden.

Auf Frage des *Bundeskanzlers*, ob es Probleme gebe, bemerkt AM *Faisal*, daß dies beim Rahmenabkommen nicht der Fall sei. Hinsichtlich eines umfassenden Kooperationsabkommens gäbe es noch Interpretationsprobleme sowie Meinungsunterschiede über die Gewichtung einzelner Sparten, z. B. der Petrochemie, die von europäischer Seite als überbewertet angesehen werde. Ferner spielten europäische Partikularinteressen eine Rolle.

Das gemeinsame Ziel von EG und GCC sei die Sicherung der Freiheit des Handels. Die EG habe anfangs Schwierigkeiten gehabt, da sie nicht über ein klares Verhandlungsmandat mit dem GCC verfügt habe. Inzwischen habe sie es jedoch erhalten.

Auf Frage des Bundeskanzlers präzisiert AM Faisal, daß der GCC daran interessiert sei, auch das umfassende Kooperationsabkommen, das nach Abschluß des Rahmenabkommens verhandelt werden solle, möglichst bald abzuschließen. Er werde dem Bundeskanzler hierüber eine schriftliche Unterrichtung zukommen lassen.

Der *Bundeskanzler* betont sein Interesse am Abschluß des Rahmenabkommens noch in der Zeit der deutschen Präsidentschaft. Er bittet AM Faisal insofern um direkte Unterrichtung.

Falls die Verhandlungen dies zuließen, solle das umfassende Kooperationsabkommen ein Jahr später unter spanischer EG-Präsidentschaft unterzeichnet werden. Die Spanier seien hierfür eine „gute Adresse". AM *Faisal* betont, daß dies auch die saudi-arabische Auffassung sei.

Wenn der Bundeskanzler persönlich interveniere, werde die Unterzeichnung des Rahmenabkommens noch während der deutschen Präsidentschaft möglich sein. Der *Bundeskanzler* sagt zu, sich hierfür einzusetzen.[20]

Der Bundeskanzler weist sodann darauf hin, daß 1989 Spanien erstmals die EG-Präsidentschaft übernehmen werde. AM *Faisal* bemerkt, daß dies aus seiner Sicht ein historisches Ereignis sei, da Spanien eine Mittlerrolle zwischen den

[20] Am 24. März 1988 wurde in Brüssel ein Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Golf-Kooperationsrat paraphiert. Ministerialdirektor Jelonek notierte dazu am 14. April 1988, daß das Abkommen am Rande des EG-Ministerrats am 14. Juni 1988 in Luxemburg unterzeichnet werden solle: „In der Präambel des Abkommens wird u. a. auf die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen Bezug genommen, wodurch auch der Aspekt der Menschenrechte erfaßt wird. Eine ausdrückliche Erwähnung der Menschenrechte hatten die Golfstaaten mit dem Hinweis abgelehnt, daß dies in Abkommen der Gemeinschaft bisher nicht üblich gewesen sei. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit soll im Rahmen der Zuständigkeit der Vertragsparteien soweit wie möglich gefördert und dabei kein Bereich von vornherein ausgeschlossen werden". Der Handelsaustausch solle gefördert und diversifiziert werden: „Gleichzeitig werden Gespräche über ein weiteres Abkommen vereinbart, das den Handel liberalisieren soll. Bis zum Abschluß dieses Abkommens räumen die Vertragsparteien einander Meistbegünstigung ein." Jelonek zog das Fazit: „Das Abkommen hat vor allem politische Bedeutung. Angesichts der eskalierenden Krise am Golf unterstreicht es das Engagement der Europäischen Gemeinschaft für Stabilität und Sicherheit in der Region und trägt dazu bei, die Rolle des Golf-Kooperationsrates als integrierendes und stabilisierendes Element zu stärken. Materiell geht das Abkommen nicht über die Regelungen vergleichbarer Abkommen der Gemeinschaft mit anderen regionalen Staatenzusammenschlüssen (ASEAN, Andenpakt, Zentralamerika) hinaus." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 147650.

europäischen und den arabischen Ländern zukomme. Der *Bundeskanzler* betont, daß er auch im Verhältnis zu Spanien hilfreich sein und mit MP Gonzáles sprechen wolle. AM Faisal möge hierüber auch König Saud unterrichten. AM *Faisal* sagt dies zu und äußert, daß auch König Saud zu MP Gonzáles großes Vertrauen habe.

Der *Bundeskanzler* beendet das Gespräch mit der Bitte, König Saud seine Grüße zu bestellen. König Saud sei von ihm zu einem offiziellen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland eingeladen. Er sei darüber hinaus gern bereit, sich mit ihm bei dessen nächstem Europa-Aufenthalt in einem beliebigen westeuropäischen Land zu treffen.

Referat 311, Bd. 154224

89

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher

201-360.90 FRA **17. März 1988**[1]

Über Herrn Dg 20[2], Herrn D 2[3] Herrn Staatssekretär[4]

Betr.: Französische Sicherheitspolitik

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. 1) Die französische Sicherheitspolitik hat einen Monat vor dem ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen[5] besondere Akzente erfahren durch

– sicherheitspolitische Äußerungen Mitterrands Mitte/Ende Februar in Presseinterviews (Ouest-France[6], U.S. News and World Report[7]),
– die seit dem Ausscheiden Frankreichs aus der militärischen NATO-Integration 1966[8] erstmalige Teilnahme von Präsident und Premierminister bei einem NATO-Gipfel (2./3. März)[9],

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher und Vortragendem Legationsrat von Morr konzipiert.
2 Hat in Vertretung des Ministerialdirigenten von Ploetz Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff am 17. März 1988 vorgelegen.
3 Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 17. März 1988 vorgelegen.
4 Hat Staatssekretär Sudhoff am 21. März 1988 vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 21. März 1988 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Bertram verfügte.
Hat Bertram am 22. März 1988 vorgelegen.
5 In Frankreich fanden am 24. April und 8. Mai 1988 Präsidentschaftswahlen statt.
6 Für den Wortlaut des am 29. Februar 1988 veröffentlichten Interviews des Staatspräsidenten Mitterrand mit der französischen Tageszeitung „Ouest-France“ vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1988 (Januar/Februar), S. 116 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 193–195.
7 Vgl. den Artikel „Mitterrand: ‚The choice is America's‘“; U.S. NEWS AND WORLD REPORT vom 7. März 1988, S. 43–45.
8 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus dem integrierten militärischen Kommando der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.
9 Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 2./3. März 1988 in Brüssel vgl. Dok. 75.

– die Pressekonferenz Chiracs vom 8. März[10],

wobei im Vordergrund der öffentlichen Beachtung die aktivere Rolle Frankreichs in der NATO steht, die von der Zeitschrift „U.S. News and World Report" mit folgender Unterschrift unter einem Foto Mitterrands treffend beschrieben wird: „Under his Leadership, France is half in, half out of NATO – and in a pivotal role."

2) Schon bei seinem Staatsbesuch im Oktober 1987 (Reden in Schloß Brühl, Aachen)[11] hatte Mitterrand die Bedeutung der Allianz gewürdigt und die Mitgliedschaft Frankreichs hervorgehoben. Seine Äußerungen vor und bei dem NATO-Gipfel belegen ebenfalls die generell erkennbare Entkrampfung Frankreichs gegenüber dem Atlantischen Bündnis, die sich auch in einer in der Öffentlichkeit registrierten Intensivierung der praktischen Zusammenarbeit zeigt, so z.B. kurz vor dem NATO-Gipfel in zweiwöchigen Übungen von 1000 US-Marines auf französischem Territorium im Februar 1988 („New York Times": „Quietly, France boosts NATO Cooperation", „Die Zeit": „Mitterrand sucht den Weg zurück"[12]).

In seiner Pressekonferenz am 8.3. schloß auch Chirac zu Mitterrand auf, indem er eine aktivere Rolle Frankreichs im Bündnis forderte, „damit dieses zu einer Allianz der Gleichen werden kann: Nordamerika auf der einen Seite, Europa auf der anderen Seite".[13] Die sowohl von Mitterrand wie von Chirac stets hinzugefügten Hinweise, daß Frankreich nicht der militärischen Integration angehöre und auch nicht in diese zurückzukehren beabsichtige, wurden dabei in einer Form vorgetragen, die praktische Schritte in der Zusammenarbeit keineswegs ausschließt, sondern bilaterale und multilaterale Kooperation durchaus fördert.

3) Die Belebung der sicherheitspolitischen Diskussion in Frankreich und hierbei nicht zuletzt Mitterrands Haltung in der Modernisierungsfrage hat zu der Frage geführt, ob und inwieweit Mitterrands und Chiracs Auffassungen zunehmend divergieren. Bemerkenswert an Chiracs jüngsten Ausführungen ist daher zunächst der dringende Appell an die Bewahrung des Konsenses über die Kernelemente der nationalen Verteidigung. Dieser Konsens, so Chirac, sei eine

10 Ministerpräsident Chirac erläuterte am 8. März 1988 vor der Presse in Paris seine verteidigungspolitischen Leitlinien. Für die Ausführungen vgl. die Anlage zur Fernkopie Nr. 74 der Botschaft in Paris vom selben Tag; Referat 201, Bd. 143335.

11 Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 19. bis 22. Oktober 1987 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 294.
Für den Wortlaut der Reden von Mitterrand am 19. Oktober 1987 auf Schloß Augustusburg bei Brühl und am 20. Oktober 1987 im Rathaus von Aachen vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1987 (September/Oktober), S. 131–133 bzw. S. 136–140. Für den deutschen Wortlaut vgl. FRANKREICH-INFO, Nr. 29 vom 30. Oktober 1987, S. 1–6, bzw. Nr. 30 vom 30. Oktober 1987, S. 1–11. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, II, Dok. 294.

12 Vgl. den Artikel „Mitterrand sucht den Weg zurück"; DIE ZEIT vom 10. März 1988, S. 4.

13 Botschafter Pfeffer, Paris, legte am 15. März 1988 dar, daß Ministerpräsident Chirac am 8. März 1988 seinen Anspruch deutlich gemacht habe, „Frankreich bei der Organisierung einer europäischen Verteidigung die Führungsrolle zu sichern. Dafür sieht er drei Aktionsebenen: bilaterale Beziehungen nach dem Beispiel der deutsch-französischen Kooperation mit Italien und Spanien sowie mit Großbritannien (mit eindeutigen Avancen); diese bilateralen Beziehungen sollen in einen kollektiven Ansatz eingebunden werden, der in der Wiederbelebung und Erweiterung der WEU besteht und der zur Bildung der europäischen Säule in der Allianz führen soll". Vgl. den Drahtbericht Nr. 741; Referat 201, Bd. 143335.

Trumpfkarte, die weder in Washington noch in Moskau ihren Eindruck verfehle. Dieser kostbare, aus der Zeit de Gaulles stammende Konsens habe auch die Mehrheitswechsel von 1981[14] und 1986[15] überdauert. In diesem Zusammenhang erinnerte Chirac Mitterrand an die Gültigkeit des nahezu einstimmig beschlossenen militärischen Programmgesetzes von 1986[16], dessen Prioritätenskala für die französische Verteidigungspolitik maßgeblich sei: Vorrang für die Nuklearwaffen, Sicherstellung des erforderlichen konventionellen Dispositivs für die Erfordernisse der Landesverteidigung, der europäischen Verpflichtungen sowie der französischen Interessen in Übersee.

4) Tatsächlich unterscheiden sich die sicherheitspolitischen Auffassungen von Mitterrand und Chirac (Barre hat sich in letzter Zeit nicht mehr im einzelnen zum Thema geäußert) nur um – wenn auch wichtige – Nuancen. Beide betonen die Notwendigkeit der nuklearen Abschreckung für die Sicherheit Frankreichs und Europas, wobei Chirac die Modernisierung aller Komponenten der Force de frappe, der nach Abzug der amerikanischen Mittelstreckenraketen zusammen mit den britischen Nuklearwaffen größere Bedeutung als jemals zuvor zukomme, unterstreicht. Hierbei erwähnte Chirac ausdrücklich das neue Atom-U-Boot mit M-5-Rakete, bewegliche strategische Raketen mit mittlerer Reichweite und die prästrategischen Waffen Hades[17] und ASMP[18].

14 Nach den Präsidentschaftswahlen in Frankreich am 26. April bzw. 10. Mai 1981 löste François Mitterrand Valérie Giscard d'Estaing im Amt des Staatspräsidenten ab.

15 Aus den Wahlen zur französischen Nationalversammlung am 16. März 1986 ging das Wahlbündnis des „Rassemblement pour la République" (RPR) mit der „Union pour la démocratie française" (UDF) als Sieger hervor. Der neue Ministerpräsident Chirac trat sein Amt am 20. März 1986 an.

16 Am 9. April 1987 verabschiedete die französische Nationalversammlung mit 536 gegen 35 Stimmen das Programmgesetz 1987–1991. Brigadegeneral Fraidel, Paris, faßte am 27. April 1987 den Inhalt zusammen: „Solange F einer nuklearen Bedrohung und einem konventionellen Ungleichgewicht ausgesetzt ist, ruht seine Sicherheit auf dem Prinzip der Abschreckung. […] Sie muß so strukturiert sein, daß sie weder angetastet noch gespalten und umgangen werden kann. Grundlegendes Element bleibt die nuklearstrategische Abschreckung und die Aufrechterhaltung ihrer Glaubwürdigkeit durch Modernisierung. Nuklearprästrategische Kräfte, die zum einen durch ihre Eigenschaft zur letzten Warnung (ultime avertissement) vor dem Rückgriff auf strategische Waffen, zum anderen durch ihre militärische Einsatzwirksamkeit charakterisiert sind, verbleiben im Bestand der Streitkräfte. Frankreich muß ebenfalls über konventionelle Streitkräfte verfügen, die vor jeder feindlichen Handlung, die keinen nuklearen Gegenschlag rechtfertigen würde, abschrecken sollen. Um feindliche Aktionen deutlich zu machen bzw. ihnen begegnen zu können, müssen diese Kräfte vorne stationiert sein oder frühzeitig intervenieren können. […] Französische Streitkräfte, die innerhalb der Allianz eingesetzt werden, sind so organisiert, daß sie unter nationalem Oberbefehl verbleiben. Frankreich hält seine Präsenz in der Welt aufrecht, Schutz der franz. Staatsangehörigen, Beachtung von Freundschafts- und Verteidigungsabkommen, Schutz der Versorgungswege." Vgl. den Drahtbericht Nr. 941; Referat 201, Bd. 143333.

17 Zur Entwicklung des nuklearen Kurzstreckensystems „Hades" teilte Oberregierungsrat Kuhn, Paris, am 11. Dezember 1987 mit, daß nach französischen Presseinformationen im Verteidigungsministerium über folgende Änderungen nachgedacht werde: „Das prästrategische Boden-Boden-Raketensystem ‚Hades' mit Atomsprengkopf und einer Reichweite von ca. 450 km soll mit einer Stückzahl von ca. 100 ab 1992 dislozíert werden. Die Kosten betragen wahrscheinlich 15 Mrd. FF. In einer ersten Phase soll die auf Sattelschleppern montierte Abschußanlage mit zwei Raketen bestückt sein. Im fra[nzösischen] Verteidigungsministerium sollen nun Überlegungen im Gange sein, die Abschußanlage vielfachschußfähig zu machen, um die Zahl der Sattelschlepper zu verringern." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2749; Referat 201, Bd. 143334. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 190.

18 Air-sol moyenne portée.
Oberstleutnant Heider, Paris, stellte am 22. Juli 1987 zum französischen Kampfflugzeug vom Typ „Mirage 2000" fest: „Die erste Mirage 2000 N (N für nucléaire) wurde im Februar 1987 dem Flugversuchszentrum […] in Mont-de-Marsan übergeben. Inzwischen befindet sich eine zweite Mirage 2000 N mit dem für die prästrategische Einsatzrolle vorgesehenen Abstandsflugkörper ASMP […] in der Erprobung. Die Mirage 2000 N wird in der Erstrolle ‚prästrategischer Einsatz' (früher tak-

Während Mitterrand aus seiner Geringschätzung prästrategischer Waffen schon bei seinem Staatsbesuch keinen Hehl machte[19], weist Chirac ihnen eine unersetzliche Rolle bei der Krisenbewältigung und im Konfliktfall zu: Als Einsatzziele nennt er ausdrücklich die rückwärtigen Verbindungen des Angreifers und die letzte Warnung vor einem strategischen Schlag, d. h. die Wiederherstellung der Abschreckung. Wie schon in seiner Grundsatzrede vor dem IHEDN vom 12.12. 1987[20], in der er die Abschreckungswirkung des Einsatzes dieser Waffen davon abhängig machte, daß der Schlag präzise, wirksam, begrenzt und so weit wie möglich in der Tiefe des Gegners erfolgt, unterstrich Chirac auch in seiner Pressekonferenz am 8.3., daß dieser Einsatz keinesfalls die Akzeptierung eines nuklearen Schlagabtausches bedeute, der Europa verwüsten würde: Dies entspricht der NATO-Strategie der Kriegsbeendigung durch selektiven Nukleareinsatz. Hierin liegt der entscheidende Widerspruch zu Mitterrand, der sich wiederholt für die Abschreckungseffizienz der „massive retaliation" und gegen „flexible response"[21] ausgesprochen hat.[22] Mitterrand vertritt hierbei die alte gaullistische Linie, die die Abschreckung als ein Element der Theorie der „Nonguerre" versteht und in der gefechtsfeldbezogenen „flexible response" das Risiko erblickt, daß die französische Abschreckung tatsächlich ausgelöst werden könnte. Chirac stellt demgegenüber fest, daß es wenig Sinn habe, zu einer theoretischen Debatte über die jeweiligen Vorzüge der französischen und der NATO-Strategie zurückzukehren, die von keinem der Partner ernsthaft in Frage gestellt werden sollte: Die Frage sei vielmehr, wie sich beide Strategien gegenseitig verstärken könnten.

5) Mitterrand wie auch Chirac wetteifern darum, die deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit als vorbildlich darzustellen, wobei der gemeinsame Verteidigungsrat[23] und die gemischte Brigade[24] ausdrücklich hervorgehoben werden. Beide weisen der deutsch-französischen Kooperation eine Modellfunktion für die Zusammenarbeit auch mit anderen Partnern zu, wobei insbesondere Chirac wiederholt die nukleare Zusammenarbeit mit GB und die Zusammenarbeit mit I und SPA im Mittelmeerraum als zukünftige Aufgaben europäischer Sicherheitspolitik beispielhaft beschreibt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 507

tisch-nuklear) für den Ersatz der 75 in dieser Einsatzmission z. Zt. im Dienst befindlichen Mirage III E und Jaguar vorgesehen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 652; Referat 201, Bd. 143333.
15 Kampfflugzeuge vom Typ „Mirage 2000 N" wurden am 12. Juli 1988 von Staatspräsident Mitterrand in Luxeuil in Dienst gestellt. Vgl. dazu den Artikel „Die Modernisierung der ‚Force de frappe'"; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 14. Juli 1988, S. 3.

19 Zum Passus „Während Mitterrand … keinen Hehl machte" vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich: „Mitterrand hält die sog. prästrategischen frz. Nuklearsysteme – auch im Hinblick auf die Sicherheitspartnerschaft mit der Bundesrepublik – für die Zwecke der Abschreckung und Kriegsverhütung für ungeeignet. Er hat geg[enüber] Mrs. Thatcher auf Frage erklärt, daß er sie nicht auf Köln gerichtet einsetzen würde, wenn sowj[etische] Verbände bis dorthin vorgedrungen sein sollten. Die prästrategischen Waffen verführen nach seiner Auffassung zu einem Denken in Kriegsführungsstrategien."

20 Für den Wortlaut der Rede des Ministerpräsidenten Chirac vor dem Institut des Hautes Études de la Défense Nationale in Paris vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1987 (November/Dezember), S. 126–130. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 39–43 (Auszug).

21 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 11, Anm. 9.

22 Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich: „Mitterrand denkt in erster Linie an den Abschreckungswert strategischer Nuklearwaffen zur Kriegsverhütung. Taktische Nuklearwaffen eignen sich dafür nach seiner Meinung nicht."

23 Zur Bildung eines deutsch-französischen Rats für Verteidigung und Sicherheit vgl. Dok. 4.

24 Zur Aufstellung einer Deutsch-Französischen Brigade vgl. Dok. 32.

II. Die französischen Bemühungen der letzten Monate, verteidigungspolitische Verantwortung für Europa zu übernehmen, sind eng mit dem Interesse verknüpft, europäische Sicherheitspolitik „à la carte“ auf Paris zu zentrieren. Die Botschaft Paris sieht ein Entgegenkommen insbesondere Chiracs gegenüber amerikanischen Wünschen, die Bundesrepublik Deutschland in das westliche Lager einzubinden und die Rolle des Festlandsführers der Allianz zu übernehmen. Zu konstatieren sei eine Rollenveränderung Frankreichs in der Allianz vom Antagonisten amerikanischer Hegemonie zu einem in vielen Fragen kongenialen Verbündeten der westlichen Führungsmacht. Festzuhalten ist für uns aber auch die positive Entwicklung in der französischen sicherheitspolitischen Diskussion: Gemessen am Ausgangspunkt etwa vor einem Jahr können wir eine erfreuliche Entwicklung in die richtige Richtung feststellen:

– Abrücken vom Glacis-Denken;
– Eingehen auf unsere Wünsche hinsichtlich bilateraler Projekte (Verteidigungsrat, Brigade);
– Verständnis für deutsche Befürchtungen in Nuklearfragen[25] (Mitterrand im Interview von „U.S. News and World Report“ auf die Frage „How can we reassure West Germany?“: „Keep watch over the balance of forces in all domains and do everything to keep German soil from becoming the scene of a new war. That is precisely the objective[26] of deterrence.“);
– aufgeschlossenere Haltung gegenüber der Allianz insgesamt.

Von Mitterrands Haltung in der Frage der Modernisierung der Kurzstreckensysteme abgesehen, haben wir allerdings eine französische Bewegung in Rüstungskontrollfragen, insbesondere bei CW und KRK, bisher nicht verzeichnen können. Vor dem Ausgang der Präsidentschaftswahlen wird nicht mit weiteren Fortschritten zu rechnen sein.

Ohne Zweifel steht Mitterrand unserer sicherheitspolitischen Situation gegenwärtig am nächsten. Aber die Einstellungen Chiracs und auch Barres sind nicht so weit von der Position des Präsidenten entfernt, daß wir den Ausgang der französischen Wahlen nicht mit Gelassenheit abwarten könnten.

Dreher

Referat 201, Bd. 143335

25 Zum Passus „Verständnis für … in Nuklearfragen“ vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich: „allerdings noch immer keine Nuklearkonsultationen trotz Perspekt[iv-] Beschl[uß] v[on] 1986 entsprechend den GPG in der NATO.“

26 Korrigiert aus: „object“.

90

Oberstleutnant i.G. Remmers, Oslo, an das Auswärtige Amt

114-11253/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 17. März 1988, 12.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 114 **Ankunft: 17. März 1988, 14.05 Uhr**
Citissime nachts

Betr.: Einzelbericht 2/88
hier: Militär- und sicherheitspolitischer Lagebericht anläßlich des Besuchs des norw. VM Holst in Bonn am 22./23.3.88;

Stand: Mitte März 1988

1) Stand der gegenseitigen Beziehungen

Seit der Ankündigung der kanadischen Regierung im Frühjahr 1987, seine im Verteidigungsfall fest für Nordnorwegen vorgesehene Brigade statt dorthin nach Süddeutschland zu verlegen[2], haben sich in der norwegischen Sicherheitspolitik einige erhebliche, noch vor einem Jahr kaum für möglich erachtete Änderungen abgezeichnet. Die schon traditionelle, geschichtlich begründete jahrzehntelang abweisende Haltung gegenüber deutschen Soldaten in Norwegen hat nun plötzlich und unerwartet eine interessante Drehung bekommen. Solange die kanadische Zusage bestand, gab es für Norwegen überhaupt keinen Grund, deutsche Soldaten als für die Verteidigung des Landes mit in Betracht zu ziehen – man war versorgt. Selbst in der AMF[3] waren deutsche Soldaten, außer Sanitätern und Fernmeldern, nicht in Norwegen erwünscht. Die vermeintliche notwendige Rücksichtnahme auf die skandinavische und vor allem finnische Situation hielt Norwegen gegenüber der Sowjetunion davon ab, deutsche Kampftruppen ins Land zu lassen, zumal der Demonstrationseffekt der NATO-Solidarität bereits durch die zur Verfügung gestellten Versorgungseinheiten gewährleistet war. Nun, nach der kanadischen Entscheidung, ist alles anders: In einer Pressekonferenz am 21. Dezember 1987 gab die Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland den Weg frei: Selbstverständlich könne sie sich vorstellen, daß auch deutsche Soldaten mit in die Verteidigung der NATO-Nordflanke einbezogen werden können[4], Verteidigungsminister Holst entdeckte plötzlich viele Gemeinsamkeiten mit der Bundesrepublik: Beide Staaten seien, im Ost-West-Sinne, Frontstaaten, und man habe bemerkt, daß in den vergangenen 20 Jahren in der Friedens- und Entspannungspolitik beider Länder kaum Unterschiede spürbar geworden seien. Norwegen, das sich in der Vergangenheit auf eine fast „Inselposition" zurückgezogen hatte, entdeckte Europa, und dort besonders die Bundesrepublik Deutschland. VM Holst erklärte, Norwegens südlichste Verteidigungslinie liege

1 Hat Vortragendem Legationsrat Bertram vorgelegen.
2 Zum Einsatz der Canadian Air-Sea Transportable Brigade (CAST) in Norwegen im Verteidigungsfall vgl. Dok. 1, Anm. 45.
3 Allied Mobile Force.
4 Ministerpräsidentin Brundtland wurde von der Presse am 21. Dezember 1987 in Oslo auf einen möglichen Ersatz der kanadischen Brigade angesprochen. Auf die Frage: „Sie schließen nicht aus, daß die Deutschen nach Norwegen kommen?" antwortete sie: „Ich schließe nicht aus, daß deutsche Soldaten nach Norwegen kommen, das tun sie ja auch heute, und es ist eine natürliche Sache, etwas schrittweise zu normalisieren, was inzwischen eine viele Zehnjahre alte Geschichte nach dem Krieg ist." Vgl. den Drahtbericht Nr. 17 des Oberstleutnants i.G. Remmers, Oslo, vom 13. Januar 1988; Referat 201, Bd. 143355.

in Norddeutschland, die Bundesrepublik leiste damit indirekt einen Beitrag zur Verteidigung Norwegens. Es gebe keinen Grund, Deutsche zu diskriminieren („...to put Germany in a discriminatory position"). Dieser Anschauungswandel ist um so bemerkenswerter, als daß noch im Oktober/November 1987 wegen der Wörner/Willoch-Doppelkandidatur für das Amt des NATO-Generalsekretärs[5] ein nicht sehr objektives Deutschlandbild in den norw. Medien existierte! Erklärbar ist dieser Sinneswandel damit, daß eine (aus norwegischer Hoffnungshaltung heraus) erwartete spontane Welle der Hilfsbereitschaft anderer Länder ausblieb, Deutschland sich aber zögernd wohlwollend verhielt.

Letzter Stand in dieser Entwicklung, nachdem am 7.3. die Bundesrepublik Deutschland in Brüssel ihre Bereitschaft ausgedrückt hat, im Verbund mit anderen Nationen einen Beitrag zur Verteidigung Norwegens zu leisten, diese Bereitschaft von anderen Ländern zur Zeit aber nicht erkennbar ist, erläuterte der CHoD[6] Norway, General Eide, dem deutschen Verteidigungsattaché in einem persönlichen Gespräch in Oslo seine Vorstellungen über den Ersatz der CAST-Brigade. Hauptanliegen war, trotz der bis jetzt ausgebliebenen Zusagen weiterer Länder, die begonnenen deutsch-norwegischen Gespräche jetzt nicht abreißen zu lassen, man könne sich von dem jetzt erreichten Punkt „in jede Richtung bewegen – es muß nur weitergehen!".[7] Hier wird deutlich, daß es sich bei der norwegischen Wandlung nicht um eine Liebeshochzeit, sondern um eine Zweckehe handelt, die nur einem Ziel dient: Aufrechterhaltung der Verteidigungsbereitschaft, ohne daß Norwegen daraus Kosten und Belastungen entstehen!

Es liegt bei der Bundesrepublik Deutschland, aus einer – vermutlich gar nicht beabsichtigten – Position der Stärke heraus jetzt für beide Seiten tragbare Voraussetzungen und Bedingungen zu definieren und auszuhandeln, Norwegen handelt nach der Devise: Lieber Deutsche als überhaupt niemand!

2) Norwegens Haltung in Fragen internationaler Abrüstungs- und Entspannungspolitik

Nach der einschränkungslosen Befürwortung des INF-Vertrags verfolgt Norwegen zur Zeit ziemlich deutlich die deutsche Linie: Die Abrüstungsgespräche müssen

5 Bei der NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel wurde Bundesminister Wörner als Nachfolger von Lord Carrington in das Amt des NATO-Generalsekretärs gewählt. Vgl. dazu die Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 11. Dezember 1987; BULLETIN 1987, S. 1219. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, II, Dok. 250 und Dok. 304.

6 Chief of Defense.

7 Oberstleutnant i.G. Remmers, Oslo, berichtete am 15. März 1988, daß ihm der norwegische General Eide erläutert habe, als Ersatz für die kanadische Brigade käme keine nationale Brigade mehr in Frage. Stattdessen würden „kleinere Verbände, etwa in Bataillonsstärke," erwogen: „An dieser Stelle nahm er wieder Bezug auf die […] ‚positive signals' aus der Bundesrepublik; Deutschland habe sich bereit erklärt, in einer noch näher zu definierenden Form (Art und Umfang) zu der Verteidigung Norwegens – mit anderen NATO-Mitgliedstaaten zusammen – beizutragen, nur sei eben diese Bereitschaft anderer Länder, in einem solchen – wie auch immer gearteten – internationalen Verband mitzuwirken, noch nicht zu erkennen. Gerade unter diesem Aspekt halte er es für äußerst wichtig, einem eventuell jetzt auf deutscher Seite einsetzenden Zögern entgegenzuwirken und auch ohne bis jetzt erkennbare Mitwirkung anderer Nationen die Gespräche zu diesem Thema nicht abreißen zu lassen. Eine deutsche Erklärung werde eine Signalwirkung für andere Länder haben, diesem Beispiel zu folgen, erklärte er, damit könnten die notwendigen Gespräche in jeder Richtung fortgesetzt werden – das sei jetzt wichtig!" Remmers kam zu dem Schluß, das Gespräch stelle den bisherigen Höhepunkt im norwegischen Werben um eine Beteiligung der Bundesrepublik an einem Ersatz für die CAST-Brigade dar: „Ich hatte zeitweise den Eindruck, hier klammere sich ein Ertrinkender an den berühmten Strohhalm." Vgl. den Drahtbericht Nr. 105; VS-Bd. 12114 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

weitergehen, nuklear und konventionell, nicht unbedingt am gleichen Tisch, aber doch im Zusammenhang stehend. Ziel muß sein, eine Parität auf niedrigst möglichem, aber sicherheitsmäßig notwendigem Niveau zu erreichen. VM Holst gebraucht in diesem Zusammenhang gern das Kanzlerwort „Gesamtkonzept".

3) Norwegens Außenpolitik

Norwegens Außenpolitik war und ist von zwei Komponenten bestimmt: Abschreckung und Entspannung. Abschreckung durch den auch weiterhin unverrückbaren Verbleib in der NATO (unter Beibehalt der bekannten norw. Vorbehalte) und Entspannung mit seinen primär skandinavischen Nachbarn, aber auch der Sowjetunion. Die sich daraus entwickelnde, früher hauptsächlich „skandinavische" Außenpolitik wendet sich verstärkt, ohne sich dabei von der nordischen Zusammenarbeit abzuwenden, dem „anderen" Europa zu: Norwegen erkennt (und „bekennt") seine größer werdende politische, wirtschaftliche und militärische Abhängigkeit von Europa – an eine Neuauflage eines EG-Beitrittsreferendums wie 1972[8] (52 Prozent gegen, 48 Prozent für eine EG-Mitgliedschaft) ist jedoch nach Gro Harlem Brundtland nicht zu denken: „Norwegen wird sich so weit es geht an Europa beteiligen, aber nicht für den Preis einer Mitgliedschaft vor 1992!" Ob eine Mitgliedschaft nach 1992[9] in Frage kommt, ist völlig offen und z. Z. eher zweifelhaft.

4) Die Streitkräfte

Die drei Teilstreitkräfte Heer, Marine und Luftwaffe sind in ihrer Ausrüstung – von wenigen Ausnahmebereichen abgesehen – überaltert, in Führung und Einsatz – gerade im Heer – nicht mit deutschen Maßstäben zu messen. Die Luftwaffe ist zwar mit modernen F-16-Jägern ausgerüstet, zum wirksamen Einsatz fehlt jedoch die schon lange vorgesehene Bewaffnung. Gegen Ende des Jahres 1988 sollen endlich die ersten „Penguin III"-Luft-Schiff-Raketen ausgeliefert werden, ohne die die F-16-Flotte nur in der Luftverteidigungsrolle bis zum schnell erreichbaren Ende ihrer „Sidewinder"-Luft-Luft-Raketen eingesetzt werden kann. Im Heer und in der Marine sollen ehrgeizige Modernisierungs- und Neubeschaffungsprogramme die Gesamtsituation verbessern.

Der Verteidigungshaushalt 1988 in Gesamthöhe von 18,885 Mrd. Kronen wurde nach Vorlage durch das Verteidigungsministerium von ursprünglich 3 Prozent Realwachstum per Parlamentsbeschluß auf 3,5 Prozent Realwachstum aufgebessert. Gleichzeitig wurden durch „Umstrukturierungen" Posten aus anderen Etats in den Verteidigungshaushalt eingestellt, die damit ein – auf tatsächliche Verteidigungsausgaben bezogenes – reales Wachstum von annähernd null Prozent ergeben.

Norwegen kann die Kampfkraft seiner Streitkräfte nur mit großen Anstrengungen aufrechterhalten, Verbesserungen sind kaum zu erwarten.

5) Zusammenfassung

Norwegens geostrategische Lage (324 000 qkm, der größte Teil der Fläche für Siedlung, Wirtschaft und Industrie kaum nutzbar, mit nur rund 4 Mio. Ein-

8 Die Volksabstimmung in Norwegen über den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften fand am 25./26. September 1972 statt. Vgl. dazu AAPD 1972, II, Dok. 295.

9 Vgl. dazu Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986; BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

wohnern eines der am dünnsten besiedelten Länder Europas, große Nord-Süd-Ausdehnung ohne räumliche Tiefe, lange Küstenlinie, 196 km Grenze mit der Sowjetunion) hat dazu geführt, daß sich das Land mit eigenen Mitteln nicht verteidigen kann. Nach Aufkündigung der CAST-Brigade-Hilfeleistung ist die Lage prekär geworden: Norwegen ist – mehr als schon bisher – von Unterstützungsleistungen anderer Länder abhängig. Norwegen sollte gerade deshalb dazu gebracht werden, seine eigenen Verteidigungsanstrengungen zu straffen und effizienter zu machen – wenn von norwegischen Soldaten auf Übungen geleistete „Überstunden" mit beachtlichem „Mehrsold" abgegolten werden – und deshalb sehr begehrt sind! – dann tauchen vermehrt Fragen auf wie im Herbst 1987: „Können wir von anderen Ländern verlangen, daß sie uns verteidigen, wenn wir selbst mehr tun müssten?"

Norwegen muß seine Verteidigungsanstrengungen überdenken.

[gez.] Remmers

VS-Bd. 12078 (201)

91

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-11289/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 18. März 1988, 19.48 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 417 **Ankunft: 18. März 1988, 20.04 Uhr**

Betr.: Ratskonsultationen über MBFR;
hier: Mündlicher Bericht Ad-hoc-Gruppe am 18.3.88 und Aussprache

Bezug: DE 3071 vom 16.3.88 – 221-373.16/4 VS-NfD

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Aussprache über Bericht Ad-hoc-Gruppe, der vom britischen Delegationsleiter O'Neill vorgetragen wurde, befaßte sich mit Verhandlungsstand nach 44. Runde[2] und Perspektiven. Überraschende dänische Anregung, bei fortbestehendem Verhandlungsstillstand neuen Verhandlungsansatz ins Auge zu fassen, stieß auf weitgehende Ablehnung. Aussprache über Bericht ergab, daß – mit Ausnahme DK – alle Teilnehmerstaaten sich einig sind, daß Westen Verhandlungen fortsetzen solle. Vom Osten angebotene „symbolische" abschließende Vereinbarung[3] komme ebensowenig in Betracht wie zum jetzigen Zeitpunkt eine „End Game"-Diskussion. Es gelte weiterhin, WP unter Druck zu halten und auf substantielle

1 Der Drahtbericht wurde von Botschaftsrat Richtsteig, Brüssel (NATO), konzipiert. Hat Legationsrat I. Klasse Schon vorgelegen.

2 Die 44. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 28. Januar bis 17. März 1988 in Wien statt.

3 Die Warschauer-Pakt-Staaten unterbreiteten den Vorschlag eines „symbolischen Abkommens" zuletzt während der 43. MBFR-Verhandlungsrunde vom 24. September bis 3. Dezember 1987 in Wien. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 355.

Antwort auf westlichen Vorschlag vom Dezember 1985[4] zu drängen. Westen dürfe sich hierbei nicht durch anhaltende Kritik WP an westlichem Vorschlag entmutigen lassen.

GB unterstützte ausdrücklich im AHG-Bericht dargelegte Analyse und gezogene Schlußfolgerungen. Es sei wohl nicht mehr realistisch, auf Zustandekommen einer Vereinbarung auf der Grundlage der 85er-Initiative zu hoffen. Eine Abschwächung dieses Vorschlags verbiete sich jedoch, da er bereits einen Kompromiß darstelle. Abschluß einer von SU gewünschten „bescheidenen", „symbolischen" Vereinbarung sei mangels fehlender Verifikationsvorschläge ausgeschlossen. Westen müsse weiter auf eindeutige Kriterien hinsichtlich Verifikation drängen, was auch insbesondere im Hinblick auf künftige Verhandlungen über konventionelle Stabilität wichtig sei. Osten wolle Westen Verantwortung für ergebnislose Beendigung von MBFR zuschanzen, und es gelte, diese Falle zu vermeiden. Westen solle MBFR mit Energie weiterbetreiben.

DK (DL[5]) wies darauf hin, daß man im Bericht unter Ziffer 2 getroffene Feststellung, daß MBFR eine nützliche Rolle spiele, mitzutragen vermöge, wenn CST[6]-Mandatsverhandlungen[7] und Wiener Folgekonferenz in Kürze erfolgreich abgeschlossen werden könnten. Andernfalls seien im Bericht gezogene Schlußfolgerungen nicht gerechtfertigt.

Sollten MBFR-Verhandlungen über August dieses Jahres andauern[8], sei es angezeigt, daß man sich Frage stelle, ob neue Weisungen notwendig seien. Erklärungen NATO-Gipfels[9] gäben Veranlassung, darüber nachzudenken, ob neue Flexibilität notwendig sei. U.U. sei ein neuer westlicher Vorschlag erforderlich, der sich auch auf Waffen beziehe. Zu denken sei auch an einen „Status Report", der bestehende Übereinstimmungen, bzw. Nichtübereinstimmungen aufführe.

DK sei besorgt, daß Westen durch sein bisheriges Vorgehen sich bietende Gelegenheiten auf dem Gebiet der konventionellen Rüstungskontrolle verpasse.

B (DL)[10] schloß sich Ausführungen Vertreters GB an, und warnte mit Bezug auf Intervention DK davor, ungeduldig zu werden; wichtig sei es, östliche Vorschläge auf ausreichende Verifikation hin auszuloten; er rate zu äußerster Wachsamkeit des Westens, da durch unterschiedliche Nuancen in NATO-Gipfelerklärung zu KRK[11] und in westlicher MBFR-Position Gefahr bestehe, daß Osten dort zum Ausdruck kommende Position und westliche MBFR-Position auseinanderdividiere.

4 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 5. Dezember 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 308 und Dok. 339.

5 Jens Christensen.

6 Conventional Stability Talks.

7 Zum Stand der Gespräche zwischen NATO und Warschauer Pakt über ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 8.

8 Die 45. Runde der MBFR-Verhandlungen in Wien fand vom 19. Mai bis 30. Juni 1988 statt. Die Verhandlungen wurden am 29. September 1988 wiederaufgenommen.

9 Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 2./3. März 1988 in Brüssel vgl. Dok. 75.

10 Jean Coene.

11 Für den Wortlaut der Erklärung „Konventionelle Rüstungskontrolle: Der Weg nach vorn" der Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten vom 2. März 1988 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 22–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 204–208.

Westen habe nach Unterbreitung seines Vorschlags 1985 eine defensive Haltung eingenommen.

US bezeichnete westliche Initiative als auch für Gegenwart gute Verhandlungsposition, es dürften an dem Vorschlag keine Änderungen vorgenommen werden. Ein „symbolisches" Abkommen wolle man nicht, dies würde der SU nur einen unberechtigten Vorteil in der Öffentlichkeit bescheren. Besser als eine „symbolische" Vereinbarung sei gar kein Abkommen. Es gelte in den bisherigen Anstrengungen nicht nachzulassen und am westlichen Vorschlag festzuhalten.

NL sprach sich ausdrücklich gegen dänische Überlegungen auf Einbeziehung von Waffen aus und warnte vor Abänderung bestehender Positionen. Vorschlag von 1985 sei immer noch sehr gute Verhandlungsposition.

Um diese zu überwinden, solle man Osten in Zukunft um Erläuterung seines Vorschlags vom Februar 1986[12] bitten. Zur Verifikation könne man eine Fallstudie anfertigen, um Osten zu zwingen, sich konkret zu äußern.

Ich habe in meinem Beitrag Auffassungen von I, GB, B und US unterstützt und mich im übrigen gemäß Weisung (Bezugs-DE) geäußert, hinsichtlich Erläuterungen zu Diskrepanzen zwischen SU und NSWP-Staaten[13] jedoch nicht insistiert.

NL riet, insbesondere in Richtung B und DK, zu Vorsicht, es sollten keine neuen Vorschläge formuliert bzw. neue Fragen an den Osten gerichtet werden. Westen solle stattdessen weiter an Initiative von 1985 festhalten. Von DK und B gegebene Anregungen seien schon wegen sowjetischer Haltung, sich bei MBFR nicht zu bewegen, nicht erfolgversprechend.

KAN bezeichnete dänische Überlegungen als interessant. Man wolle „End Game" nicht mit Osten debattieren, aber es gelte, sich indessen bereits jetzt hierüber Gedanken zu machen. Presse nehme MBFR weitgehend nicht mehr ernst, Glaubwürdigkeit westlicher Position stehe auf dem Spiel. In der nächsten Runde gelte es, „etwas Nützliches" zu machen, wobei er allerdings nicht glaube, daß man Osten in einen Dialog über Verifikationsfragen bzw. Fragen Einschlusses von Waffen einbeziehen könne.

F wies darauf hin, daß Gipfelerklärung zu KRK Philosophie und Definition der Zielsetzung konventioneller Rüstungskontrolle anders als bei MBFR umschrieben habe. Da CST-Mandatsverhandlungen vorrangig seien, frage er sich, ob MBFR weiterhin nützliche Rolle spielen könne. Diese seien Verhandlungen, für die keine Hoffnung bestehe und die für andere Zwecke geopfert werden sollten.

Abschließend wies Botschafter O'Neill darauf hin, daß von sowjetischer Haltung teilweise abweichenden positiven Äußerungen einzelner NSWP-Länder keine Bedeutung zukomme, da SU in solchen Fällen sofort klar gemacht habe, daß für sie z. Z. kein Abkommen in Betracht komme. Es gelte für Westen, Glaubwürdigkeit zu wahren: Hier liege auf längere Sicht Problem. AHG be-

12 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 20. Februar 1986 vgl. AAPD 1986, I, Dok. 59.

13 Nicht-Sowjetische Warschauer-Pakt-Staaten.

halte sich vor, auf diesen Aspekt bei nächster Ratssitzung mit AHG zurückzukommen.[14]

[gez.] Hansen

VS-Bd. 12257 (221)

92

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

212-341.81 **21. März 1988**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Zweck der Vorlage: Unterrichtung und Billigung von Ziffer 5

Betr.: Diskussion über die „Menschliche Dimension" des KSZE-Prozesses auf dem allgemeinen Ministerrat am 22. März 1988[3]

Anlg.: „Non-paper" zum WT.19-Verfahren[4]

1) Der Auftrag von Konstanz

Sie haben in Konstanz die entscheidende Rolle der Frage der Menschenrechte und menschlichen Kontakte auf der Wiener Konferenz unterstrichen und für

14 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete am 13. Juli 1988 über eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit der Ad-hoc-Gruppe der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten am selben Tag: „Aussprache über Bericht Ad-hoc-Gruppe, der von Botschafter Joetze, begleitet von Molitor (L) und Pucci (I), vorgetragen wurde, befaßte sich mit Perspektiven Wiener Verhandlungen und möglichen Eventualvorbereitungen Westens im Hinblick auf Beendigung MBFR. Von NL, unterstützt von I und B, geforderter Eintritt in ‚End Game'-Diskussion stieß auf Ablehnung insbesondere bei USA, aber auch bei GB und uns. Mangels Konsensus über eine Alternative bleibt es also bei dem von uns gewünschten Ergebnis: weiterhin business as usual." Vgl. den Drahtbericht Nr. 875; VS-Bd. 12257 (221); B 150, Aktenkopien 1988.

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Haak konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 25. März 1988 vorgelegen.

2 Jürgen Sudhoff.

3 Am 15. März 1988 in Brüssel einigte sich das Politische Komitee im Rahmen der EPZ auf vier Punkte zum weiteren Vorgehen auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien: „1) Co-sponsors of WT.19 should be immediately informed about the positions of the Twelve as stated below with a view to establishing a common negotiating line. These positions should be introduced with necessary comments into the negotiating process before the Easter recess (possibly through the Coordinator of the Drafting Group on Principles). 2) The common aim of the Twelve remains to establish, on principle, the possibility for each Participating State to take up individual humanitarian cases among the 35 with a view to resolving them. At the present stage there is no need further to modify para[graph] 4 of WT.19. The Belgian amendment will be kept under consideration and might be used as a possible fall-back. 3) As to the follow-up part of WT.19 the Twelve should aim to focus negotiations on a mandate for a conference or a sequence of conferences in the Human Dimension, its or their venues being left to a later stage of the Vienna meeting. Organisation and venues must be compatible with such a mandate. 4) Negotiators of the Twelve in Vienna should be instructed accordingly." Vgl. das Fernschreiben Nr. 221 COREU vom 17. März 1988; Referat 212, Bd. 158536.
Über die Sondersitzung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 22. März 1988 in Brüssel vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Haak am 25. März 1988, daß den

Ihren Vorschlag einer vertieften Diskussion im allgemeinen Rat am 22.3. die Zustimmung Ihrer Kollegen erhalten.[5] Nach der von Ihnen skizzierten Gedankenführung sollen die zwölf Minister am 22.3. konkret darüber sprechen,

– welche praktischen Verbesserungen wir für die Menschen in Europa anstreben,
– welche Kontrollmechanismen zur Gewährleistung erforderlich sein werden,
– inwieweit diese Mechanismen entsprechend dem unterschiedlichen Stand der Implementierung in den verschiedenen WP-Staaten auch verschieden ausgestaltet sein sollten.

2) Lage in Wien

Die Sowjetunion hat in Wien und auch uns gegenüber bilateral (Mendelewitsch bei Planungsstab-Konsultationen im Auswärtigen Amt Anfang März[6]) ihr Interesse signalisiert, im Sommer abzuschließen.

Sie hat mit den von DL Kaschlew skizzierten Umrissen eines Schlußdokuments (einschließlich Moskauer Konferenz über humanitäre Zusammenarbeit[7]) in der „Menschlichen Dimension" noch zu wenig angeboten. Sie zeigt auch durch Verhärtung ihrer Positionen in diesem Bereich bei gleichzeitigem Entgegenkommen auf dem Gebiet der militärischen Sicherheit, daß es ihr auf den Beginn der KRK-Verhandlungen ankommt, ohne in der „Menschlichen Dimension" allzuviel zahlen zu müssen.

Andererseits beharren fast alle westlichen Partner einschließlich der Neutralen auf großen, konkreten Fortschritten in der „Menschlichen Dimension". Sie sehen im Wiener Folgetreffen (WFT) die letzte wirksame Verknüpfung zwischen „Militä-

Fortsetzung Fußnote von Seite 516

Vorschlägen des Politischen Komitees zugestimmt worden sei: „Dabei unterstrich GB, daß seine Zustimmung zu Punkt 3 nicht dahingehend interpretiert werden könne, daß GB einen Konferenzort Moskau akzeptieren würde. NL verband seine Zustimmung mit der Forderung, in Kontakten mit österreichischem Koordinator Torovsky müsse weiter auf Möglichkeit gedrungen werden, ad hoc im Rahmen der 35 humanitäre Einzelfälle anzusprechen." Vgl. Referat 212, Bd. 158536.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 9.
Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 4. Februar 1987 für eine Konferenz über die „menschliche Dimension" der KSZE-Schlußakte (CSCE/WT.19) vgl. Dok. 53, Anm. 33.

5 Am 5./6. März 1988 fand in Konstanz ein informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ statt. Bundesminister Genscher wies dabei auf die Bedeutung einer raschen Aufnahme von Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle hin, um die Bereitschaft des Ostens zu testen, „seine Überlegenheit tatsächlich abzubauen". Da dies nicht geschehen werde, solange die KSZE-Folgekonferenz in Wien nicht zum Abschluß komme, „bestehe ein Interesse, darauf hinzuarbeiten, das WFT zum Ergebnis zu führen. […] Die Frage der Menschenrechte spiele für die Wiener Konferenz eine entscheidende Rolle. Dasselbe gelte für die humanitären Fragen, besonders solche, die zur Vertiefung der menschlichen Kontakte führen. […] Es gehe darum, Instrumente zu schaffen, um hier zu helfen und um die Menschenrechtsfrage laufend auf der Tagesordnung der West-Ost-Beziehungen zu halten." Genscher schlug eine „vertiefte Diskussion über Menschenrechtsfragen" auf dem außerordentlichen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 22. März 1988 in Brüssel vor. Er halte es für falsch, „den Osten in der Menschenrechtsfrage als monolithischen Block anzusehen (unterschiedliche Positionen der katholischen Kirche in Polen und in der ČSSR; Nationalitätsfragen in Rumänien und Ungarn). […] Er halte es für erforderlich, festzustellen, ob Übereinstimmung bestehe, was die Zwölf für die Menschen erreichen wollen, welche Kontrollmechanismen erforderlich seien und ob diese nicht für Rumänien, Polen und die ČSSR unterschiedlich sein müßten." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 212, Bd. 158536.

6 Die deutsch-sowjetischen Planungsstabsgespräche fanden am 29. Februar und 1. März 1988 statt.

7 Zum sowjetischen Vorschlag für eine KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 53, Anm. 32.

rischer Sicherheit“ und „Menschlicher Dimension“, weil sich die künftigen KRK-Verhandlungen weitgehend verselbständigen werden.

Unsere Hauptpartner USA, F und GB haben es – aus verschiedenen Gründen – nicht eilig. Kampelmans Diktum, daß man immer einen Tag länger Zeit haben sollte als die Russen, wird gerne zitiert. Daß der KSZE-Prozeß an Glaubwürdigkeit verliert, wenn sich das Wiener Folgetreffen weiter hinschleppt, hat nur bei den Kleineren (auch im Osten!) wirklich Gewicht. Wir stehen bei Partnern im Verdacht, für baldige KRK-Verhandlungen menschenrechtliche Frontverkürzungen in Kauf nehmen zu wollen.

3) Die Substanz

Die westlichen Substanzpositionen zu Menschenrechten (insbesondere Freizügigkeit, Glaubensfreiheit, Minderheitenrechte) und menschlichen Kontakten sind von den Koordinatoren im wesentlichen übernommen worden. Der Westen befindet sich deshalb in einer prozedural günstigen Verhandlungsphase.

Wir haben aufgrund des Auftrages von Konstanz die Diskussionen in AG und PK entsprechend strukturiert und hierzu Papiere vorgelegt. Die Partner zögern allerdings, die Diskussion über den westlichen Implementierungs- und Follow-up-Vorschlag WT.19 im Lichte der Verwirklichung der Menschenrechte in den einzelnen WP-Staaten zu führen, weil dieser für alle KSZE-Staaten in gleicher Weise gelten müsse.

Ihre Partner wünschen vielmehr eine Aussprache über den westlichen Hauptvorschlag WT.19 („Flaggschiff“) als solchen, bei dem wir an einem toten Punkt angelangt sind.

Richtig ist:

Wenn wir im jetzigen Stadium – statt beim unausweichlichen „give and take“ des „Endspiels“ – über Abstriche an unseren Substanzpositionen reden, verletzen wir Empfindlichkeiten und setzen uns dem Vorwurf aus, den Koordinatoren in den Rücken zu fallen. Eine jetzt durchgeführte Diskussion über „minimum requirements“ könnte uns, statt ein „Paket“ zu ermöglichen, eher die Hände fesseln, weil jeder erst einmal seine „Juwelen“ auf den Tisch legen würde.

Deshalb wäre es gut, wenn Sie die Thematik der Menschenrechte nochmal in Ihrem Sinne ansprechen, aber Ihre Gesprächsführung vorsichtig anlegen und insbesondere dazu nutzen, unser Eintreten für die Menschenrechte des einzelnen in den WP-Staaten nochmal zu unterstreichen.

Sie sollten dem Eindruck entgegenwirken, daß wir mit dem Ziel eines baldigen Abschlusses in Wien eine Frontverkürzung bei den westlichen MR-Positionen befürworten. Mit diesem Caveat sollte die Diskussion auch dazu dienen, eine flexible Verhandlungsstrategie zu ermöglichen.

4) Implementierung und Follow-up („WT.19“)

Bei dem westlichen Hauptvorschlag der 12 und 16 in der „Menschlichen Dimension“, der einen „Implementierungsmechanismus“ (Informationen, bilaterale Konsultationen, Notifikationen, Ad-hoc-Treffen) sowie einen „Follow-up-Teil“ (Treffen/Konferenzen) enthält, ist die Verhandlungslage schwierig – aus Gründen, die der Westen selbst zu vertreten hat.

a) Der „Implementierungsmechanismus“ konnte erst im Februar des Jahres nach erheblichem Widerstand von NL um wenige Elemente reduziert und so in die

Konferenz eingeführt werden.[8] Die Bemühungen des Koordinators[9] um Anpassung des Textes und Kontaktaufnahme mit anderen TNS wurde dann aufgrund des Beschlusses der Minister in Konstanz wieder aufgehalten. Es liegt also bisher immer noch kein Koordinatorentext zu unserem Hauptvorschlag vor.

Problempunkt bleibt hier die Ziffer 4, wonach jeder Teilnehmerstaat eine 35er-Konferenz einberufen kann, um humanitäre Fälle ad hoc erörtern zu lassen. Der Grundgedanke ist berechtigt: Es sollte Verfahren geben, die allen TNS gestatten, konkrete Menschenrechtsverletzungen im Kreise der 35 auch in der Zeit zwischen dem Wiener und dem nächsten Folgetreffen zur Sprache zu bringen. Kleinere westliche Partner, die ihre Anliegen in bilateralen Kontakten nicht mit demselben Gewicht verfolgen können wie größere Länder, wünschen, daß sich die WP-Staaten der Erörterung in größerem Kreis nicht entziehen können. Wir sollten uns jetzt im Zwölferkreis noch einmal für diesen Grundgedanken aussprechen, ohne konkrete Ausformungen bei Para. 4 zu indossieren, der in der gegenwärtigen Fassung nach Auffassung aller mit Ausnahme von NL letztlich nicht verhandelbar ist.

Wir haben den Eindruck, daß auch NL sich auf eine solche Linie einlassen kann und nicht, wie noch im PK in ziemlich unverhüllter Form, auf der Beibehaltung des Passus in der jetzigen Fassung durch den Koordinator.[10] Übrigens ist auch bereits – von B – eine andere Ausformung des Grundgedankens als Rückfallposition vorgeschlagen worden (Ersetzung der Ad-hoc-Treffen durch drei bis vier reguläre jährliche Treffen). Wir würden es allerdings letztlich befürworten, ohne dies schon jetzt sagen zu können, daß solche konkreten Menschenrechtsfälle bei der Implementierungsdebatte in den Treffen zwischen Wien und dem nächsten Folgetreffen, und zwar vielleicht in subsidiären Organen dieser Treffen, behandelt würden.

b) Zum Follow-up von WT.19

Wir legen aus Gründen der Ausgewogenheit und auch mit Rücksicht auf unsere Öffentlichkeit Wert auf eine Konferenz/Treffen in der „Menschlichen Dimension“,

8 Am 19. Februar 1988 brachten die NATO-Mitgliedstaaten in der Kontaktgruppe „Prinzipien“ der KSZE-Folgekonferenz in Wien ein Non-paper zur Durchführung ihres Vorschlags vom 4. Februar 1987 für eine Konferenz über die „menschliche Dimension“ der KSZE-Schlußakte (CSCE/WT.19) ein. Darin hieß es, daß die KSZE-Teilnehmerstaaten die Einhaltung ihrer Verpflichtungen verbessern sollten, indem sie „1) etwaigen Informationsersuchen oder Darstellungen Rechnung tragen, die von den Regierungen anderer Teilnehmerstaaten von sich aus oder im Namen von Privatpersonen oder privater Vereinigungen an sie gerichtet werden und Fragen der Menschenrechte oder menschlichen Kontakte betreffen, die in ihrem Hoheitsgebiet oder unter ihrer Hoheitsgewalt aufgetreten sind […]; 2) mit einem Teilnehmerstaat auf dessen Antrag hin zweiseitige Zusammenkünfte abhalten, um Fälle oder Situationen, die in bezug auf die Menschenrechte oder die menschlichen Kontakte Anlaß zur Besorgnis geben, im Hinblick auf die Herbeiführung einer Regelung zu prüfen; 3) ein Notifikationsverfahren einführen, das es den Teilnehmerstaaten auf Wunsch ermöglicht, die bei den in Absatz 2 erwähnten zweiseitigen Zusammenkünften nicht geregelten Fälle oder Situationen sowie andere Fälle oder Situationen […] allen anderen Teilnehmerstaaten durch offizielle Mitteilungen an die Außenministerien zur Kenntnis zu bringen; 4) jedem Teilnehmerstaat die Möglichkeit geben, die Einberufung einer Sondertagung der 35 Teilnehmerstaaten binnen kürzester Frist zu beantragen, um die bei den in Absatz 2 erwähnten zweiseitigen Zusammenkünften noch nicht geregelten Fälle sowie andere Fälle oder Situationen, die in bezug auf die Menschenrechte oder die menschlichen Kontakte Anlaß zur Besorgnis geben, im Hinblick auf die Herbeiführung einer Regelung zu erörtern. Die Teilnehmerstaaten verpflichten sich, an den Tagungen teilzunehmen, auf denen die betreffende Fragen erörtert werden sollen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139415.

9 Rudolf Torovsky.

10 So in der Vorlage.

die aus mehreren Teilen bestehen könnte. Allerdings müssen wir uns dabei mit dem sowjetischen Vorschlag in Moskau auseinandersetzen.

Sie sollten nicht versuchen, eine Entscheidung hierüber jetzt herbeizuführen. Die bei unseren Partnern gehegten Zweifel, angesichts der derzeitigen Implementierungslage in der SU bis zum Sommer (Abschluß des WFT) Moskau als Konferenzort akzeptieren zu können, sind zu groß. Deshalb sollten wir die Frage jetzt unentschieden lassen und stattdessen vorschlagen, mehrere Treffen vorzusehen und zunächst nur über deren Mandate zu verhandeln.

Zur amerikanischen Haltung:

Assistant Secretary Ridgway hat uns erklärt, daß nach ihrer Auffassung die amerikanischen Bedingungen für eine Konferenz in Moskau bis zum Sommer nicht erfüllbar seien, und daß man deshalb, wenn man im Sommer fertig werden wolle, ohne Moskauer Konferenz abschließen sollte. Demgegenüber hat US-DL Zimmermann dafür plädiert, noch einen Spalt für eine Konferenz in Moskau offen zu lassen: Haftentlassungen und Ausreisegenehmigungen für Juden könnten nach seiner Auffassung eine „neue" Situation für USA und letztlich auch für GB herbeiführen.

Zur britischen Haltung:

PM Thatcher sagt intern kategorisch „Nein"; die britische Delegation operiert im Zwölferkreis mit der Position nach außen „no, unless ...", verhindert aber bisher jede prozedurale Bewegung in diese Richtung. Auch PORT ist – im Kielwasser von GB – gegen Moskau festgelegt.

Zur französischen Haltung:

F hat sich in den letzten Monaten recht distanziert gegeben und die Meinung vertreten, daß eine Konferenz in Paris aus Anlaß der 200-Jahrfeier der Französischen Revolution auch außerhalb des KSZE-Zusammenhanges durchgeführt werden könnte. Einen zwischenzeitlich unter den Zwölf erörterten Änderungsvorschlag mit drei Konferenzen ohne Benennung der Orte (also mit einer klaren Öffnung gegenüber Moskau) verfolgt F z. Z. nicht aktiv weiter; er wird von GB abgelehnt. F ist nicht bereit, im Austausch gegen Paris Moskau zu akzeptieren.

5) Zum weiteren Prozedere

Wir können im gegenwärtigen Stadium nur versuchen, durch vorsichtiges Taktieren den Verfahrensstillstand zu überwinden und Veränderungen in der Substanz der weiteren Entwicklung zu überlassen.

Deshalb wird vorgeschlagen:

a) Zum Implementierungsmechanismus sollten wir klarstellen, daß die aus Konstanz an den Koordinator gerichtete Bitte, seine Bemühungen bis zum 22.3. einzustellen, nun ausläuft. Wir sollten es bei dem Text unseres Vorschlages belassen, wie er dem Koordinator vorliegt, also einschließlich Ziffer 4, wie wir sie im Februar 1988 modifiziert haben.

Ergänzend kann ihm zur Erläuterung gesagt werden: Er möge in seinen – autonomen – Überlegungen den Grundgedanken berücksichtigen, wie er in Ziffer 4 (aber auch z. B. im belgischen Änderungsvorschlag) zum Ausdruck kommt: Das gemeinsame Ziel der Zwölf bleibt unverändert, grundsätzlich für jeden Teilnehmerstaat die Möglichkeit zu schaffen, einzelne humanitäre Fälle im Rahmen der 35 anzusprechen mit dem Ziel, diese zu lösen. Wenn NL auf eine striktere Aus-

formulierung des Grundgedankens des Para 4 drängen sollte, sollte es isoliert bleiben.

b) Beim „Follow-up" sollten wir – einen französischen Gedanken aufnehmend, der auch in der Rede von AM Raimond in Wien am 11.3. zum Ausdruck gekommen ist[11] – eine Einigung auf folgender Linie anstreben:

- mehrere, nach der Zahl nicht näher bestimmte Konferenzen oder Treffen, unter Berücksichtigung auch des Intervalls bis zur nächsten Folgekonferenz;
- vorläufige Ausklammerung der Frage der Konferenzorte, statt dessen Konzentrierung der Verhandlungen auf Fragen des inhaltlichen Mandats (der Mandate);
- Entscheidung über Orte im „Endspiel" unter Anwendung des Kriteriums der „Kompatibilität" (Übereinstimmung des Ortes mit dem Thema und dem Verhalten des Gastlandes) an Stelle der „Konditionalität".

Man sollte also über die Inhalte verhandeln und nicht über den Ort streiten. Dieser Ansatz würde es uns auch erlauben, Änderungen zu berücksichtigen, die in der Haltung unserer Partner bis zum Sommer noch eintreten könnten (insbesondere beim Gipfel US–SU in Moskau[12]). Allerdings ist nicht ganz auszuschließen, daß GB auch dieses sehr flexible Vorgehen blockiert. Die Widersprüchlichkeit der GB-Haltung wäre dann offenkundig.

Denkbar wäre dann allenfalls noch folgende Variante: Zwei Treffen/Konferenzen, davon eines in einer westlichen Hauptstadt (Paris), das andere in einer N+N-Hauptstadt. Also: wie Ottawa[13] und Bern[14]. Damit würden wir aber – jedenfalls zunächst einmal – zu Moskau implicit „Nein" sagen. Für den Osten muß dann – wenn er nicht doch auf einem dritten Treffen in Moskau besteht – in einem anderen Bereich eine Kompensation gefunden werden (erster Teil unserer Wirtschaftskonferenz in Prag?[15]). Vorteil dieser Variante: Wir haben dann immerhin

11 Für den Wortlaut der Rede des französischen Außenministers Raimond am 11. März 1988 in Wien vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1988 (März/April), S. 33–37.
Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), stellte am 12. März 1988 über die „sachliche, ausschließlich auf die Themen des WFT in gegenwärtiger Verhandlungssituation bezogene Rede" fest, daß Raimond auch auf den Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 4. Februar 1987 für eine Konferenz über die „menschliche Dimension" der KSZE-Schlußakte (CSCE/WT.19) eingegangen sei: „Angesichts des Überangebotes guter Texte sei ein Mechanismus notwendig zur Überprüfung ihrer Einhaltung. WT.19 wolle weder eine permanente Struktur noch eine Institutionalisierung; Folgeveranstaltungen dürften nicht als Alibi für die Nichterfüllung mißbraucht werden. Er erneuerte Einladung nach Paris zum 200. Jahrestag der Erklärung der Menschenrechte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 392; Referat 212, Bd. 153430.

12 Zum Treffen des Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

13 In Ottawa fand vom 7. Mai bis 17. Juni 1985 das KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten statt.

14 In Bern fand vom 15. April bis 26. Mai 1986 das KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 77 und Dok. 156.

15 Auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien brachte die ČSSR am 15. Dezember 1986 zusammen mit der DDR, Polen und Ungarn den Vorschlag ein, ein Wirtschaftsforum in Prag einzuberufen, bei dem Vertreter der KSZE-Teilnehmerstaaten und Führungskräfte aus den Bereichen Handel, Industrie, Finanzen, Wissenschaft und Technik „zur Erörterung perspektivischer Entwicklungsrichtungen, neuer Möglichkeiten und Formen der Entwicklung von Handel und industrieller Kooperation sowie eines damit verbundenen Technologieaustausches" zusammenkommen sollten. Für den Vorschlag (CSCE/WT.3) vgl. Referat 212, Bd. 153445.
Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 für eine Ost-West-Wirtschaftskonferenz vgl. Dok. 68, Anm. 9.

überhaupt eine Verhandlungsposition. Allerdings: Wir schlagen den Gordischen Knoten jetzt durch und gehen davon aus, daß die Erfüllung der Voraussetzungen für Moskau bis zum Sommer unwahrscheinlich ist. Nachteil: Wir lassen mögliche Entwicklungen in der US-Position unberücksichtigt und bekommen wahrscheinlich sehr wenig in der „Menschlichen Dimension".

Zu a) und b): Diese Linie sollten wir mit den notwendigen Erläuterungen noch vor Ostern[16] in die Verhandlungen einbringen, damit der Koordinator der „Gruppe Prinzipien" in den Stand versetzt wird, sein Koordinatorenpapier in diesem wesentlichen Punkt zu vervollständigen. Vorher aber müssen wir unser Vorgehen mit den Miteinbringern von WT.19 abstimmen.

F regt an, mit der Einführung in die Verhandlungen dann den amerikanischen DL Zimmermann zu beauftragen. Dies bietet sich um so mehr an, als wir so den „Schwarzen Peter" vermeiden, für etwaiges Zurückbleiben der Wiener Verhandlungsergebnisse hinter den sehr weitgehenden Wunschzielen einiger Partner verantwortlich gemacht zu werden.[17]

Richthofen

Referat 213, Bd. 139415

16 3./4. April 1988.

17 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), teilte am 25. März 1988 mit, daß die sich aus der Sondersitzung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 22. März 1988 in Brüssel ergebende Weisung ausgeführt worden sei, „die Zustimmung der verbündeten Miteinbringer zu den Beschlüssen der Minister hinsichtlich WT.19 herbeizuführen sowie im Einvernehmen mit ihnen die entsprechenden Teile dieser Beschlüsse dem Koordinator für ‚Prinzipien', Botschafter Rudolf Torovsky, zu übermitteln". Dazu sei Torovsky eine Mitteilung in der Form von „Talking Points" folgenden Inhalts übergeben worden: „1) This instruction is carried out in agreement with all co-sponsors of WT.19. 2) WT.19 in its present form, i. e. as modified by the non-paper introduced in the Contact Group ‚Principles' on February 19, 1988, remains our main proposal for Basket I ‚Principles' and for the whole human dimension, taking into account the following. 3) As far as the mechanism of our proposal is concerned, the common aim of the sponsors remains to establish, as a principle, the possibility for each participating state to take up individual humanitarian cases among the 35 with a view to resolving them. 4) As to the follow-up part of WT.19 the sponsors aim to focus negotiations on a mandate for a conference or a sequence of conferences in the human dimension, its or their venue(s) being left to a later stage of the Vienna meeting. Organization and venues must be compatible with such a mandate. 5) We expect the coordinator to use this information in his considerations for supplementing his non-paper ‚principles' in due time." Eickhoff fuhr fort, daß Torovsky mitgeteilt habe, er werde die Arbeit an einem Koordinatorenentwurf „noch vor Ostern abschließen und den TNS übermitteln". Vgl. den Drahtbericht Nr. 493; Referat 212, Bd. 153430.

93

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Arnim

209-369.76-569/88 VS-vertraulich **21. März 1988**[1]

Betr.: Europäische Sicherheitspolitik (WEU) nach dem NATO-Gipfel[2]

1) In allen Hauptstädten der sieben WEU-MS, aber auch darüber hinaus, insbesondere in Madrid, wird seit einiger Zeit stärker darüber nachgedacht, welche Instrumente verwendet werden können oder auch erst entwickelt werden müssen, um eine gemeinsame westeuropäische Sicherheitspolitik[3] zu schaffen. Dabei wird vor allem an einen Ausbau der WEU gedacht.

2) Die Triebkräfte hierfür sind vor allem

– eine Analyse der amerikanisch-sowjetischen Zusammenarbeit,
– die sich in den USA mit Deutlichwerden der Konsequenzen der massiven Auslandsverschuldung der USA akzentuierende Debatte über eine Entlastung im Bündnis,
– sowie eine Beobachtung der deutschen Sicherheits- und Ostpolitik.

3) In der Analyse der sich über den Bereich der Rüstungskontrolle hinaus verbreitenden Zusammenarbeit zwischen der SU und den USA (z. B. Afghanistan-Konflikt, Ausreisefragen) wird, insbesondere in London und Paris, vor allem der Anteil betont, den persönliche Faktoren an dieser Entwicklung haben. Insbesondere das emotionale Engagement von Präsident Reagan für eine Abrüstung im Bereich nuklearer Waffen wird hierfür verantwortlich gemacht. Daneben wird auf Gorbatschows Ziel verwiesen, Ressourcen für den wirtschaftlichen Aufbau der SU freizumachen.

In diesen beiden Hauptstädten spürt man insofern eine gewisse Hoffnung, daß mit Ende der Reagan-Administration[4] in Washington wieder eine den Wert nuklearer Waffen für die Abschreckung stärker betonende Administration die Politik bestimmen werde. Gleichzeitig steckt hinter der Skepsis über Gorbatschows Aussichten, das sowjetische Wirtschaftssystem wirksam verändern zu können,

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Arnim am 21. März 1988 an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen geleitet. Dazu teilte er mit: „In der Anlage lege ich eine Informationsaufzeichnung vor, die auf Anregung von Dg 20 geschrieben worden ist. Sie hat ihm vorgelegen. Wir sind zu einer Diskussion im einzelnen aus Zeitmangel nicht gekommen. Nach Ostern soll versucht werden, eine Grundsatzaufzeichnung für die Amtsleitung zu entwerfen."
Hat Richthofen am 26. März 1988 vorgelegen, der zur Mitteilung Arnims handschriftlich vermerkte: „Gut." Ferner vermerkte er für Arnim: „Bitte Bespr[echung] 28.3. (a) Vorbereit[un]g Kons[ultationen] mit GB am 30.3. – Fragen an GB; b) europ[äische] Ostpolitik gem[äß] BK-Rede am 22.1.88 = Paris)."
Hat Richthofen am 31. März 1988 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Vorwerk am 6. April 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Arnim „n[ach] R[ückkehr]" verfügte und handschriftlich vermerkte: „Ich hatte bereits Gespräch mit D 2 am 30./31.3., er möchte nochmals mit Ihnen sprechen." Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11920 (202); B 150, Aktenkopien 1988.

2 Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 2./3. März 1988 in Brüssel vgl. Dok. 75.

3 Die Wörter „gemeinsame europäische Sicherheitspolitik" wurden von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Und Ostpolitik!"

4 Die Amtszeit des Präsidenten Reagan endete am 20. Januar 1989.

wohl auch die Erwartung, daß einem bei einer Bremsung der Reform-Politik durch die gewachsenen Interessen in Partei, Wirtschaft und Militär auch die Last abgenommen werden würde, über eine Anpassung der eigenen Politik gegenüber der SU nachdenken zu müssen.

Diese Denkschule, die auch in anderen westeuropäischen Hauptstädten (z. B. NL) anzutreffen ist, leugnet aber nicht, daß hinter dem persönlichen Engagement der Führer auch länger wirkende Interessen beider Supermächte an der Begrenzung des strategischen Wettrüstens und der Kontrolle von Konflikten stehen, aus denen sich, bei unkontrollierter Entwicklung, erneute schwere Spannungen für ihr Verhältnis ergeben könnten.

4) In den vergangenen Jahren hat sich allmählich, in jüngster Zeit jedoch stärker, ein weiterer Faktor herausgebildet, von dem eine potentiell ins Gewicht fallende Veränderung des amerikanischen militärischen Engagements in Europa ausgehen könnte: die inneramerikanische Suche nach Möglichkeiten, die Verteidigungsausgaben zu reduzieren. Zwar ist richtig, daß die Debatte der NATO über burden sharing so alt ist wie das Bündnis. Die USA sind jedoch erst in den letzten drei Jahren zu einer Nation geworden, die Auslandsschulden in präzedenzloser Höhe auf längere Frist zu bedienen haben wird. Das wirtschaftspolitische und budgetäre Umfeld, innerhalb dessen zukünftige Administrationen die Kosten für das amerikanische militärische Engagement in Europa gegenüber inneramerikanischen Kritikern zu verteidigen haben werden, hat sich also grundlegend verändert.

5) Hinzu kommt eine von Paris und London mit deutlichem Alarm beobachtete innenpolitische Debatte bei uns über nukleare Waffen. Nachdem sich Mitterrand 1983 noch mit Erfolg bei uns für die Nachrüstung einsetzen konnte[5], befürchten Paris und London, daß die Bundesregierung nach der Diskussion über die Null-Lösung für SRINF einem sowjetischen Angebot auf eine solche Lösung für SNF nicht würde widerstehen können.[6] Zwar wird in beiden Hauptstädten eingeräumt, daß – ganz anders als bei den LR- und SRINF – bei den SNF

5 Vgl. dazu die Rede des Staatspräsidenten Mitterrand vom 20. Januar 1983; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 9. WP, 142. Sitzung, S. 8978–8992.

6 Der Passus „befürchten Paris … widerstehen können“ wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „So GB, Mallaby am 24.3.“
Am 24. März 1988 stattete der britische Botschafter Mallaby Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen seinen Antrittsbesuch ab: „D 2 umriß […] die drei Komponenten unserer Sicherheitspolitik (ausreichende Verteidigungsfähigkeit, im Ausland nicht immer genügend anerkannt; Dialog und Zusammenarbeit mit dem Osten; Abrüstung und Rüstungskontrolle) und erläuterte deren Zielsetzung (Herstellung einer dauerhaften und gerechten Friedensordnung in Europa), der ein Status-quo-Denken nicht gerecht werde. […] Mallaby wies auf im Ausland entstandenen Eindruck hin, daß die Bundesrepublik Deutschland nur am Dialog interessiert sei. Er wisse, daß dieser Eindruck nicht richtig sei, meine aber, daß dies öfter klargemacht werden müsse. Er wolle ganz offen fragen, was passiere, wenn es aufgrund des Dialogs mit dem Osten zu Fortschritten komme. Er denke an den wichtigen und schweren Schritt der Modernisierung. […] Mallaby machte geltend, daß es schwer sein werde, eine weitere Null-Lösung zu vermeiden, wenn das Prinzip der Verhandlungen über SNF-Systeme einmal akzeptiert sei. Die Zahl der Waffen, ihr Ungleichgewicht und andere Faktoren würden in diese Richtung drängen. Sei es wirklich möglich und realistisch, dann eine Null-Lösung zu vermeiden und sich auf niedrigere Obergrenzen zu einigen? D 2 erläuterte, daß wir uns am Ziel des notwendigen qualitativen und quantitativen Minimums zur Aufrechterhaltung der Abschreckung ausrichteten. […] Mallaby machte absolute Notwendigkeit westlicher nuklearer Komponente im Hinblick auf konventionelle Überlegenheit Warschauer Paktes geltend.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 201, Bd. 143345.

alle MS des Bündnisses, einschließlich der USA, gegen eine Null-Lösung sind. Paris und London sehen aber, daß die Argumentation für Dislozierungen nuklearer Waffen in unserem Lande als Teil eines Abschreckung glaubhaft machenden Eskalationsinstrumentariums nur noch schwer verständlich zu machen ist[7], weil in der Debatte um die Nachrüstung den landgestützten LRINF argumentativ eine solche Schlüsselrolle zugemessen wurde, daß andere nukleare Waffen geringerer Reichweite in Europa danach großen Teilen der Öffentlichkeit und auch prominenten Politikern bei uns als „Kriegsführungswaffen" erscheinen.

6) Während Paris und London sich zwar in einer solchen Analyse von potentiell das amerikanische nukleare wie konventionelle Engagement erheblich verändernden Faktoren einig sind, so reagieren sie darauf operativ und taktisch z. T. völlig unterschiedlich.

7) PM Thatcher[8] versucht, mit ihrer Politik der Modernisierung des nuklearen Arsenals des Bündnisses:

- den jetzigen Präsidenten an der Weggabe der Trident II als Modernisierungsoption für die britischen strategischen Streitkräfte[9] zu hindern,
- die zukünftige amerikanische Administration auf Modernisierung des TNF-Potentials von SACEUR[10] festzulegen,
- dadurch die „Tornado" der britischen Luftwaffe mit einem penetrationsfähigen Abstandswaffensystem, anstelle der veralteten Bomben, auszurüsten,
- und so zu einem dauerhaft modernen Eskalationsinstrumentarium zu gelangen, das die Verantwortung für die Erweiterung der Abschreckung auf die Nicht-Nuklearstaaten des Bündnisses bei den USA läßt,
- sowie gleichzeitig in Mitteleuropa die Entstehung nuklearfreier Räume verhindert, die zu einem Risiko für die amerikanische konventionelle Präsenz mit eventuellen weiteren Folgen für die entsprechende Präsenz der übrigen Verbündeten führen könnte.

7 Der Passus „schwer verständlich … Debatte um" wurden von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen angeschlängelt.

8 Zur Haltung der Premierministerin Thatcher hinsichtlich einer künftigen Verteidigungsstrategie der NATO vgl. Dok. 63, Anm. 4.

9 Zur Ausrüstung der britischen Streitkräfte mit dem amerikanischen Nuklearsystem „Trident" vgl. Dok. 60, Anm. 4.
Am 17. März 1988 teilte Brigadegeneral Schenk Graf von Stauffenberg, London, mit, daß der britische Verteidigungsminister Younger im britischen Parlament die Kosten für das Trident-Programm auf 9,043 Mrd. Pfund beziffert habe. Das Programm liege im Zeitplan: „Inzwischen hat PM Thatcher auch öffentlich die Indienststellung des ersten Trident-U-Bootes für 1994 angekündigt." Ergänzend übermittelte Schenk Informationen des britischen Verteidigungsministeriums: „Bei den nuklearen Gefechtsköpfen werden keine Schwierigkeiten gesehen, das erste U-Boot bis 1994 auszurüsten. Hierzu müßten jedoch besonders alle personellen Ressourcen zusammengefaßt und voll ausgeschöpft werden. Ob für die drei weiteren Boote dieses ebenfalls zeitgerecht gelingen wird, muß mit Zweifel versehen werden. Qualifiziertes Personal ist nur schwer zu gewinnen, da die Industrie hier bessere Angebote parat hat." Schenk kam zu dem Schluß, es zeige sich, „daß für eine Mittelmacht wie GB die Aufrechterhaltung von bedrohungsgerechten nuklearen Mitteln – besonders im nuklearstrategischen Bereich – nicht nur ein Haushaltsproblem ist. Die Einrichtung und Aufrechterhaltung einer richtig dimensionierten Forschungs- und Produktionskapazität ist mindestens gleich schwierig." Vgl. den Drahtbericht Nr. 601; Referat 201, Bd. 143345.

10 Der Passus „zukünftige amerikanische … von SACEUR" wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bis Ende 89."

8) In Frankreich ist die Lage komplizierter.[11] Anders als die sich aus den Äußerungen von PM Thatcher relativ klar erschließende Politik ist die französische nur indirekt aus Äußerungen erfaßbar, die das gewünschte Ziel vermutlich nicht direkt beschreiben. Vermutlich sieht der Präsident, daß die Entwicklung der deutschen Diskussion über den Beitrag Frankreichs zur Verteidigung Deutschlands zur Forderung nach erweiterter Abschreckung durch französische nukleare Waffen führen könnte, wenn sich Frankreich allzu sehr durch Insistieren auf deutsches Festhalten an Dislozierung nuklearer Waffen exponiert.

Er hat deshalb, schon während des Staatsbesuchs[12] bei uns beginnend, den Akzent auf die Erhaltung der klassischen Nuklearstrategie de Gaulles[13] gelegt, die Abschreckung nur zwischen Nuklearmächten für glaubwürdig erklärt. Damit hat er nicht nur indirekt der Dislozierung von amerikanischen Systemen bei uns entgegengewirkt, die die SU nicht erreichen können, sondern auch der Dislozierung vergleichbarer französischer Systeme (Hades). Er hat damit nicht nur auf die innenpolitische Diskussion bei uns über SNF Rücksicht genommen, sondern den – ein Jahr zuvor von ihm selbst angebotenen – Konsultationen über „prästrategische Waffen“[14] praktisch den Hauptgegenstand entzogen. Dem entspricht seine sich allmählich akzentuierende, wenn auch noch nicht definitiv formulierte Ablehnung von „Hades“ in Frankreich. Auf diese Weise verhindert er das Aufkommen einer deutschen Suche nach einem Ersatz für amerikanische erweiterte Abschreckung, die sich in manchen Stellungnahmen deutscher konservativer Politiker andeutet. Er bewahrt so die weitgehende französische Entscheidungsfreiheit und beläßt – wenn auch mit anderen Methoden als Mrs. Thatcher – die Verantwortung für die erweiterte Abschreckung bei den USA. Gleichzeitig sammelt er in Deutschland im Kontrast zur fordernd auftretenden PM Thatcher Punkte und setzt sich in Frankreich innenpolitisch von der Mehrheit ab. Insbesondere die Akzentuierung dieser Politik nach dem Besuch des BK in Washington[15] im Vorfeld und während des NATO-Gipfels läßt darauf schließen, daß er sich zu dieser Politik um so eher entschließen kann, als er überzeugt ist, daß die Bundesregierung sich trotz aller Schwierigkeiten letztlich doch mit den USA auf eine Modernisierung des Arsenals von SACEUR einigen wird, welche zur Erhaltung seiner Glaubwürdigkeit ausreicht.

Anders als der Präsident halten PM Chirac und die Gaullisten sowie wohl insbesondere VM Giraud[16] (der als Republikaner Barre stützt) die Möglichkeiten

11 Zur Haltung der französischen Regierung hinsichtlich der künftigen Verteidigungsstrategie der NATO vgl. Dok. 89.

12 Staatspräsident Mitterrand besuchte vom 19. bis 22. Oktober 1987 die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 294.

13 Korrigiert aus: „Nuklearstrategie zu de Gaulles“.

14 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand vereinbarten am 17. Dezember 1985 in Paris Gespräche zwischen Generalinspekteur Altenburg und dem französischen Generalstabschef Saulnier über Strategie- und Nuklearfragen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 347. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 190 und Dok. 201.

15 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 17. bis 20. Februar 1988 in den USA vgl. Dok. 62–64.

16 Zu den verteidigungspolitischen Überlegungen des französischen Verteidigungsministers Giraud vgl. Dok. 43.
Brigadegeneral Schenk Graf von Stauffenberg, London, informierte am 23. März 1988 über einen Vortrag von Giraud am Royal Institute of International Affairs vom Vortag: „Auf die Unterschiede in den Strategievorstellungen angesprochen, machte Giraud klar, daß unter Berücksichtigung des über-

Frankreichs wohl für geringer, nuklear und überhaupt militärisch, wie bisher in der Hinterhand zu bleiben. Dabei spielt bei ihnen eine insgesamt skeptischere Analyse der Dauerhaftigkeit des gegenwärtigen amerikanischen Engagements in Europa eine Rolle. Hinzu kommt wohl, daß die französische Rechte über das Aufkommen einer deutschen, den deutschen Nationalstaat wenn nötig auch unter Lockerung der Westbindung anstrebenden Politik grundsätzlich eher besorgt ist als die französische Linke. Für diese französische Denkschule ist damit das französische militärische Engagement in Deutschland, eventuell sogar nuklear, vermutlich weniger ein militärisches Instrument zur Aufrechterhaltung von nuklearer Abschreckung als ein politisches Mittel zur westeuropäischen Einbindung deutscher ostpolitischer Dynamik („Wir dürfen die Deutschen nicht allein lassen").

9) Sowohl der britischen wie den beiden französischen Denkschulen gemeinsam ist aber das Streben nach einer möglichst dauerhaften Erhaltung des Status quo zwischen Ost und West.[17] Dieser Status quo hat es ihnen erlaubt, hinter dem im wesentlichen von den USA aufgebauten Riegel der NATO ihre nationalen Interessen in relativ großer Bewegungsfreiheit zu verwirklichen, während dieser Riegel dafür sorgte, daß das Risiko von Bewegungen in Mitteleuropa, die der SU stärkere Einflußmöglichkeiten in West-Europa mit Hilfe eines Einwirkens auf unsere Politik eröffnen könnten, gering blieb. Sowohl in London wie in Paris ist aber deutlich, daß die allein wirtschaftliche Integration West-Europas wohl nicht ausreichen würde, um solche sowjetischen Einwirkungsmöglichkeiten abzublocken, wenn das Engagement der USA in Europa sich militärisch signifikant verringert. Daraus würde eine weitere Zunahme des relativen militärischen und politischen Gewichts unseres Landes und damit auch unseres Interesses an einer Überwindung der Teilung Europas folgen – sowie entsprechend geringere Chancen einer reinen Status-quo-Politik, die jede Bewegung von Vorbedingungen der Änderung der inneren Ordnung in den Staaten des WP („Menschenrechte") abhängig macht.[18]

Fortsetzung Fußnote von Seite 526

geordneten Ziels der Kriegsverhinderung weder eine konventionelle Abschreckung noch eine nuklearstrategische Abschreckung allein glaubwürdig sein könnte. Nur durch die Ergänzung durch prästrategische Waffen und aus den daraus resultierenden Optionen ergibt sich die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit der französischen Strategie. Vergleicht man diese Strategievorstellungen mit der ‚flexible response', so ist eine weitgehende Übereinstimmung mit dieser dann gegeben, wenn die ‚flexible response' als Kriegsverhinderungsstrategie und nicht als Kriegsführungsstrategie definiert wird." Schenk berichtete weiter, daß Giraud den amerikanisch-sowjetischen INF-Vertrag vom 8. Dezember 1987 „negativ" bewertet habe: „Wohl habe Frankreich keinen unmittelbaren Einfluß auf die im Bündnis nunmehr laufende Modernisierungsdiskussion, eindeutig ist jedoch die französische Auffassung zu diesem Komplex. Es geht vorrangig darum, sowohl land- als auch luftgestützte Mittel in Westeuropa in ihrer Reichweite zu steigern. Dies verstärkt die Abschreckung als Ganzes und berücksichtigt gerade die Bedenken der deutschen Öffentlichkeit. Frankreich selbst geht bei der Modernisierung seiner prästrategischen Systeme – Hades, ASMP – diesen Weg. Diese in Europa stationierten oder zu stationierenden Nuklearwaffen sind in einem theoretischen Ansatz der Rüstungskontrolle die letzten, die abzurüsten wären". Vgl. den Drahtbericht Nr. 631; Referat 201, Bd. 143335.

17 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Kurzer Vermerk, Bergedorfer Kreis, Berlin 25.3."

18 Botschafter Freiherr von Wechmar, London, berichtete am 23. Februar 1988 über die Sitzung der Special Working Group der WEU vom Vortag: „Debatte zeigte, daß bei F und GB hier ein unverändert defensiver Ansatz besteht, unter Konzentration auf SU-Absicht der Denuklearisierung den sowj[etischen] Intentionen (F: SU will Status quo zementieren und Einigung Europas verhindern) entgegen-

10) In beiden Hauptstädten ist man sich deshalb darüber klar, daß in einer solchen Lage wohl nur fühlbare Fortschritte auf dem Weg zu einer politischen, und d.h. auch sicherheitspolitischen Union Westeuropas geeignet wären, um auf unsere Ost-Politik, und damit die Lage in Mitteleuropa, steuernd einzuwirken und ein Gegengewicht zu sowjetischen Positionen zu schaffen. In beiden Hauptstädten schreckt man jedoch vor deutlichen Schritten zur Politischen Union zurück, weil sie mit einem Verlust an nationalem Spielraum verbunden sein und zu einer Instrumentalisierung des britischen und französischen Gewichts für eine dynamische Ost-Politik durch uns führen könnten. Hinter dieser Sorge, durch eine Politik der Politischen Union nicht uns einzubinden in den Status quo, sondern selbst durch uns eingebunden zu werden in dessen Überwindung, steht damit der grundlegende Mangel einer gemeinsamen, konkreten Vorstellung, wie die „dauerhafte und gerechte Friedensordnung" aussehen soll, der sie sich, wie wir, in NATO und WEU verpflichtet haben.

11) Dennoch ist der Versuch wohl aussichtlos, sich mit ihnen auf eine gemeinsame Definition einer solchen, die Staaten West- und Ost-Europas einander konkret zuordnenden Struktur zu einigen, solange sie darauf rechnen, daß die Ansätze einer Verflüssigung des Status quo, die sich aus Reagans und Gorbatschows Politik ergeben, bald wieder verschwunden sein werden. Jedoch ist die Diskussion über eine solche Ordnung mit ihnen wohl die notwendige Voraussetzung dafür, um bei ihnen den gegebenen Anreiz zu erhalten, sich Gedanken über Schritte zur Politischen Union West-Europas zu machen, da sie in solchen deutschen Diskussionsanstößen die Notwendigkeit erkennen werden, der deutschen Dynamik ein Ziel zu geben.

12) Dabei können wir in beiden Hauptstädten daran anknüpfen, daß die USA sich zur Stärkung der NATO ein sich sicherheitspolitisch organisierendes West-Europa wünschen. Zwar ist das Risiko, daß eine solche Organisation in den USA den Eindruck verstärkt, sich guten Gewissens entlasten zu können, nicht zu bestreiten. Jedoch gründet sich die Wahrscheinlichkeit amerikanischer Entlastungsversuche vor allem auf einem amerikanischen Ressourcenproblem, nicht auf europäischen Bemühungen zur besseren Nutzung der eigenen Ressourcen.

13) Zwar ist es uns mit der Brigade[19] gelungen, politisch einen wesentlichen Schritt vorwärts zu machen, weil wir damit den in Frankreich vorherrschenden Eindruck zerstört haben, französische Streitkräfte könnten grundsätzlich nicht an multilateralen Einheiten beteiligt sein. Das militärische Problem der wirksamen Nutzung der französischen Streitkräfte insgesamt als operative Reserve der Vorneverteidigung nicht nur im Süden Deutschlands (CENTAG), sondern auch im Norden (NORTHAG), wo es sich besonders gravierend stellt, ist damit

Fortsetzung Fußnote von Seite 527

zuwirken, während wir zusammen mit NL und I darauf gedrungen haben, daß auch die neuen konstruktiven Elemente der sowj. Außenpolitik getestet werden müssen und der Westen offensiv in anderen Gebieten (konventionelle Rüstungskontrolle, Menschenrechte) drängen muß, wo die SU geben muß, um ihren Behauptungen eines Wandels zum konstruktiven Verhalten Nachdruck zu verleihen. Wir haben unsere bekannten Vorstellungen wiederholt, daß wir das Ziel einer europäischen Friedensordnung auf der Grundlage der Schlußakte dynamisch – und nicht auf Grundlage des Status-quo-Konzepts – angehen wollen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 411; VS-Bd. 12243 (220); B 150, Aktenkopien 1988.

19 Zur Aufstellung einer Deutsch-Französischen Brigade vgl. Dok. 32.

aber nicht wirklich angegangen. Es ist auch von einer solchen Dimension, daß es weder rein militärisch durch Absprache der existierenden Stäbe, noch politisch durch rein deutsch-französische Bemühungen gelöst werden kann. Frankreich muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß seine verstärkte Mitwirkung an der Vorneverteidigung letztlich ohne politische, multilaterale Absprachen mit allen West-Europäern und den USA nicht zu organisieren ist. Wenn Frankreich dabei bleibt, daß die relativ einfache Lösung – die Rückkehr in die militärische Integration der NATO[20] – nicht in Betracht kommt, dann müssen Modelle einer indirekten Integration, also der Integration westeuropäischer Streitkräfte in einer europäischen Sicherheitsgemeinschaft mit eigenen Kommando-Strukturen, die ihrerseits wieder im Kriegsfalle NATO-Stäben unterstellbar wären, geschaffen werden. Solche Modelle müßten mit F und GB und den Benelux für Mitteleuropa, sowie mit I, SP und PTG sowie F für den Mittelmeerraum erörtert werden. Ansätze dafür lassen sich aus Integrationsüberlegungen der Benelux-Verteidigungsminister gewinnen.

14) Es ist klar, daß solche Integrationsmodelle auch die Frage aufwerfen, wie die konventionellen Einheiten der Integration nuklear abgedeckt werden sollen. Dabei ist durchaus möglich, an der nationalen unbegrenzten Autonomie der Einsatzentscheidung festzuhalten, die z. Z. ja auch GB besitzt, dessen konventionelle Streitkräfte integriert sind. Es ist auch nicht unbedingt notwendig, im Zuge der Verlagerung der Rolle der französischen Streitkräfte nach vorne auch französische, bodengestützte nukleare Systeme nach vorne zu verlagern, obwohl dies hinter den Überlegungen von VM Giraud stehen könnte, während Präsident Mitterrand einem wirklichen Ausbau dieser Rolle u. U. gerade deshalb skeptisch gegenüberstehen könnte, weil sie faktisch – wenn auch nicht juristisch – doch zu einer Einengung seiner Entscheidungsfreiheit im Sinne einer Verlegung der französischen Entscheidung auf ein früheres Kriegsstadium führen könnte. Notwendig wäre bei einem solchen Modell, das der militärischen Struktur in West-Europa „zwei Säulen“ aus West-Europäern und Nordamerikanern gäbe, jedoch ein Gremium für nukleare Konsultationen, um die Doktrin einander anzunähern. Eine solche Annäherung dürfte in Zukunft angesichts des anhaltenden Trends zur Betonung des politischen Charakters auch von TNF in der NATO durchaus möglich sein. Dadurch könnte auch die Arbeit der HLG der NATO mit den französischen Entscheidungen über die Zukunft seiner nicht-strategischen Systeme harmonisiert werden.

15) Ein solches Modell schüfe auch erheblich verbesserte Möglichkeiten, in Verhandlungen sowohl über konventionelle wie über nukleare Waffen einheitliche westeuropäische Positionen zu vertreten, weil es erlauben würde, ein gemeinsames Minimum von konventionellen und nuklearen Streitkräften und umgekehrt damit die Verhandlungsmasse zu definieren. Wenn dann die Gemeinschaft, nicht aber jeder an den Verhandlungen teilnehmende westeuropäische Staat, der Verhandlungspartner der SU wäre, so hätten F und GB auch die von ihnen so dringend gesuchte Gewähr, nicht nach deutschem Nachgeben und amerikanischem relativen Desinteresse allein und unmittelbar sowjetischem

20 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus dem integrierten militärischen Kommando der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

Druck ausgesetzt zu sein. Gleichzeitig würde so die Trennung von West-Europa in rüstungskontrollpolitisch verschieden behandelte Zonen vermieden und die Möglichkeit geschaffen, das Problem der Nichteinbeziehung von Drittlandspotentialen, das bei rein sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über SNF unvermeidbar ist, zu lösen.

Gleichzeitig zeigt die Entwicklung des letzten Jahres, daß der umgekehrte Weg, also der Versuch, gemeinsame rüstungskontrollpolitische Positionen vor gemeinsamen verteidigungspolitischen und strategischen zu definieren, zu schwer überwindlichen Schwierigkeiten, immer neuen Verzögerungen und gegenseitigen Unterstellungen mangelnder Standfestigkeit bzw. mangelnden Abrüstungswillens führt.

16) Dies alles sind Fragen, die vor der französischen Präsidentschaftswahl[21] mit F operativ kaum sinnvoll aufgegriffen werden können. Jedoch bietet es sich an, danach sowohl mit F wie mit GB vertrauliche Gespräche zu führen, in denen diese Fragen im Zusammenhang, und nicht wie meistens bisher getrennt nach Einzelfragen der Verteidigungs- bzw. der Rüstungskontrollpolitik und der Ostpolitik, erörtert werden. Die zukünftige britische Rolle des Vorsitzes in der WEU könnte geeignet sein, um GB für solche Gespräche zu gewinnen, die im nächsten Jahr mit der neuen amerikanischen Administration fortgesetzt und danach in der WEU und im Bündnis umgesetzt werden müßten.

v. Arnim

VS-Bd. 11920 (202)

21 Die Präsidentschaftswahlen in Frankreich fanden am 24. April und 8. Mai 1988 statt.

94

Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, an das Auswärtige Amt

114-11348/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 22. März 1988, 10.40 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 358 **Ankunft: 22. März 1988, 10.27 Uhr**
Citissime

Betr.: Geiselfrage[2];
hier: Schreiben des Bundeskanzlers an Präsident Assad[3]

D 3[4] wurde am 21.3.1988 von Präsident Assad empfangen und zwar, wie hier immer üblich, ohne vorherige Mitteilung des Termins um 14.00 Uhr.[5]

Assad war ausgesprochen liebenswürdig und lebhaft und leitete das Gespräch damit ein, daß die kurze Zeit der getrübten Beziehungen nun hinter uns liege, die Bundesrepublik Deutschland und Syrien viele Berührungspunkte hätten und das nutzen sollten. D 3 stimmte dem zu und kam dann auf den Anlaß seines Besuches zu sprechen, nämlich die Botschaft von Bundeskanzler Kohl in der Geiselfrage, die er in den Hauptpunkten mündlich erläuterte. Der Präsident nahm daraufhin die arabische Fassung und las sie aufmerksam Satz für Satz durch. Dann bemerkte er, Syrien sei sehr froh, daß die beiden Geiseln Schmidt und Schray inzwischen befreit worden seien. Dieses Problem laste auch sehr stark auf Syrien und genieße Priorität, weit vor anderen wichtigen Problemen. Das könne man daran sehen, daß die Zahl der Soldaten, die in Auseinandersetzung mit den verschiedenen Geiselnehmern gefallen seien, größer als die Zahl aller westlichen Geiseln sei. Es gebe eben kein festes Gebiet oder genau zu bestimmende Orte, wo man die Geiseln ausfindig machen könne. Außerdem „trifft man, wenn man Bomben wirft, Geisel und Geiselnehmer zugleich". Mit Bomben

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 22. März 1988 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Fiedler am 11. Juni 1988 vorgelegen.

2 Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon vgl. Dok. 16, Anm. 4.
Am 27. Januar 1988 wurde der deutsche Staatsangehörige Ralph Schray in Beirut entführt. Staatssekretär Ost, Presse- und Informationsamt, gab am 3. März 1988 bekannt, daß Schray „von seinen Entführern im Libanon freigelassen und von den dortigen syrischen Behörden nach Damaskus verbracht worden" sei. Ost fuhr fort: „Die syrische Regierung hat sich nachhaltig um die Freisetzung von Ralph Schray bemüht und diese schließlich durchgesetzt. Hierfür spricht die Bundesregierung der syrischen Regierung ihren aufrichtigen Dank aus." Vgl. BULLETIN 1988, S. 284.

3 Mit Schreiben vom 17. März 1988 dankte Bundeskanzler Kohl Präsident Assad für die Unterstützung bei der Freilassung des deutschen Staatsangehörigen Ralph Schray und äußerte seine Sorge um das Schicksal der noch verbliebenen Geisel Rudolf Cordes: „Der so erfolgreiche syrische Einsatz bei der Befreiung von Ralph Schray hat uns bei der Einschätzung Ihrer Möglichkeiten zu wirksamer Hilfe im Libanon neue Hoffnung gegeben. Ich möchte daher an Sie, Herr Präsident, appellieren, bei Ihren Bemühungen um die Befreiung von Rudolf Cordes einen neuen Anlauf zu unternehmen. […] Ich weiß mich mit Ihnen, Herr Präsident, in der Ablehnung jeglichen Nachgebens gegenüber terroristischer Gewalt einig. Konzessionen gegenüber Forderungen von Erpressern führen zur Selbstaufgabe eines Staates. Bei der Befreiung von Rudolf Cordes, der ein unschuldiges Opfer von Verbrechern ist, können sich unsere gemeinsamen Überzeugungen, dem internationalen Terrorismus mit Festigkeit und Härte zu begegnen, erneut bewähren. Angesichts Ihres großen Einflusses im Libanon vertraue ich darauf, daß es Ihnen möglich sein könnte, eine baldige Lösung zum Guten auch für Rudolf Cordes herbeizuführen." Vgl. Referat 310, Bd. 149791.

4 Reinhard Schlagintweit.

5 Zum Besuch des Ministerialdirektors Schlagintweit in Syrien vgl. auch Dok. 95.

meine er jede Art von Repressalie gegen die Geiselnehmer. Er könne aber dem Bundeskanzler versichern, daß Syrien alles tue, was in seiner Macht stehe, um dieses Problem einer Lösung näher zu bringen. D3 dankte dem Präsidenten und sagte, uns sei bekannt, was Syrien an Anstrengungen und Opferleistungen für uns täte. Er verwies noch einmal auf die schlechte Gesundheit von Cordes und die Tatsache, daß wir seit längerem kein Lebenszeichen von ihm hätten.

Das Gespräch wandte sich dann politischen Themen zu. Hierüber wird gesondert berichtet.[6]

Der Präsident schloß die Unterredung mit der Bitte, dem Herrn Bundeskanzler seine besten Grüße zu übermitteln. Auch dieser jüngste Kontakt habe trotz seines traurigen Anlasses erwiesen, wie gut die beiderseitigen Beziehungen seien.

[gez.] Schlingensiepen

VS-Bd. 13646 (310)

95

Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, an das Auswärtige Amt

114-11365/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 22. März 1988, 13.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 359 **Ankunft: 22. März 1988, 15.22 Uhr**
Citissime

Betr.: Mission D3 in Syrien[2];
hier: Gespräche mit Präsident Assad, VP Khaddam und StM Qaddour über die Situation in der Westbank

1) Da AM Scharaa während des Aufenthalts von D3 hier nur zu einem kurzen Zwischenaufenthalt zwischen Moskau, Peking und Amman weilte, wurden MD

6 Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, berichtete am 22. März 1988: „Präsident Assad behielt D3 und mich nach Behandlung der eigentlichen Mission noch fast eine Stunde bei sich […], wobei er ein wahres Feuerwerk an Geist und Witz versprühte. Er war in besonders gelöster und heiterer Stimmung, schien gesünder als sonst und genoß die Diskussion sichtlich." Im Mittelpunkt habe der irakisch-iranische Krieg gestanden: „Assad sagte, ‚mit euch haben wir viel gemeinsam, während wir manchmal unter uns Arabern viele Widersprüche haben, besonders mit dem Irak.' Die Syrer seien von Anfang an gegen die irakische Aggression gegen den Iran gewesen, und Assad habe Saddam Hussein damals gesagt, man könne seine Dispute haben, aber schließlich müsse man wissen, daß Krieg keine Lösung sei. Er wiederholte dann, was er bereits BM gesagt hat, daß der Iran ein schwieriges Land sei mit einem Volk, das stolz sei, nie Druck nachgebe, und daß man daher mit Druck und Gewalt gegenüber den Iranern nichts bewirken könne. Das habe er selbst erfahren müssen. Das iranische Volk glaube, der Irak wolle sein Land teilen, und verzeihe den Tatbestand der Aggression nicht. Der Städtekrieg habe die Entwicklung um Jahre zurückgeworfen und auch die syrischen Bemühungen um eine Eindämmung des Krieges zunächst zunichte gemacht. […] Syriens Verdienst sei es, die Golfstaaten aus dem Krieg herausgehalten zu haben. Es sei zu wünschen, daß der SR wieder eine freie Schiffahrt im Golf durchsetzen könne, die auch die Schiffe der beiden Kriegsparteien umfassen müsse. Das wäre ein guter Anfang, den Krieg zurückzuführen, aber auch dies müsse ohne Druck geschehen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 363; VS-Bd. 13650 (311); B 150, Aktenkopien 1988.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 23. März 1988 vorgelegen.
2 Zum Besuch des Ministerialdirektors Schlagintweit in Syrien vgl. auch Dok. 94.

Schlagintweit zusätzlich zu der Begegnung mit Präsident Assad Gespräche mit seinem Vertreter Staatsminister Qaddour und VP Khaddam vermittelt.

2) In den Gesprächen erläuterte D3 eingangs unsere Politik und unsere verstärkte Befassung mit der Situation in den besetzten Gebieten und legte die[3] Sitzung der zwölf AM mit König Hussein[4] und den Verlauf der NO-Debatte im Bundestag[5] dar und wies hierbei darauf hin, daß wir den Shultz-Plan[6] als positiv empfänden, weil er zeige, daß die Amerikaner endlich aktiv geworden seien, und ihn unterstützten, wenn wir uns auch nicht mit den Einzelheiten identifizieren wollten.

I. Über die Situation in der Westbank äußerte sich Präsident Assad wie folgt:

Was den Shultz-Plan angehe, so hätte er den Eindruck, daß dessen Initiativen nichts Nützliches enthielten. Die Studien seien aber noch nicht abgeschlossen, und vorher habe man keine offizielle Antwort. Er, Assad, habe Shultz gesagt, die Materie sei sehr kompliziert und schwer zu lösen. Im Plan des Gesprächspartners habe er nichts finden können, was im Interesse der Araber sei. Bilaterale Verhandlungen z. B. forderten die Israelis seit Jahren, um damit die Araber zu spalten.

Natürlich könne man theoretisch alles bilateralisieren und jordanische oder palästinensisch-jordanische, oder syrische oder sonstige Verhandlungen führen. Diese Methode sei mit Ägypten in Camp David[7] bereits angewandt worden und habe keinen Frieden gebracht. Die größten Desaster der israelisch-arabischen Geschichte hätten sich nach und wegen Camp David ereignet, und Frieden zwischen den Ägyptern und Israelis gebe es bis heute nicht. Er habe Shultz auch gesagt, „was soll ein amerikanischer Stufen-Plan? Jede neue amerikanische Administration macht wieder eine ganz andere Politik als die vorige, und wenn wir die abgestufte Lösung akzeptieren, wissen wir nicht, wie es später weitergeht". Die IK[8], wie sie Shultz vorschlage, sei bedeutungslos, weil sie nur als Schirm für bilaterale Verhandlungen gedacht sei. „Wir brauchen weder Feste noch Zeremonien für die Lösung unserer Probleme." Eine Konferenz dürfe kein Diskutierclub sein, sondern müsse etwas bewirken. Wenn das nicht möglich sei, müsse man die Mitglieder des SR eben einzeln für die Sache engagieren. Shultz habe erwidert, die Konferenz solle nicht diktieren dürfen, worauf er erwidert habe, „sie soll mir nicht sagen, was ich tun soll, aber sie soll die Grundprinzipien festsetzen". Ein solches Prinzip sei die von 242[9] und 338[10] vorgesehene vollstän-

3 Korrigiert aus: „und die".

4 Zum Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ mit König Hussein am 8. Februar 1988 vgl. Dok. 53.

5 Der Bundestag debattierte am 11. März 1988 die Lage im Nahen Osten, insbesondere in den von Israel besetzten Gebieten. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 69. Sitzung, S. 4667–4683.

6 Am 18. März 1988 veröffentlichte der amerikanische Außenminister Shultz einen Artikel in der amerikanischen Tageszeitung „The Washington Post", in dem er den Rahmen einer Internationalen Konferenz für den Frieden im Nahen Osten darlegte. Für den Wortlaut vgl. ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. IV, Teil 2, S. 1887 f.

7 Zu den Gesprächen von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 und vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 31, Anm. 34.

8 Internationale Konferenz.

9 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

dige Rückgabe der besetzten Territorien, eine vollständige Waffenruhe. Später könnten dann bilaterale technische Komitees eingesetzt werden. Shultz werde jedenfalls bald seine Antwort bekommen. Man prüfe sorgfältig und äußere sich nicht über die Medien. D 3 wies darauf hin, daß Shultz größere Schwierigkeiten mit Shamir habe, der von dem ganzen Plan nur die Worte „George Shultz" anerkenne.[11]

Abschließend sagte der Präsident noch einmal, wie zufrieden er mit den deutsch-syrischen Beziehungen sei und daß die deutsche Rolle in den arabischen Fragen von ihm sehr hoch eingeschätzt werde. Die außergewöhnliche Liebenswürdigkeit und Freundlichkeit, mit der er D 3 begegnete, sprach dafür, daß diese Worte nicht nur dahingesagt waren.

II. 1) Bei VP Khaddam bedankte sich D 3 eingangs für die Hilfe im Geiselfall Schray[12] und drückte seine Hoffnung auf weitere Hilfe im Fall Cordes[13] aus. Er fragte dann nach den syrischen Auffassungen zur Westbank und zum iranisch-irakischen Krieg. Der Städtekrieg[14] habe die Situation zwar erheblich verschlimmert, immerhin aber den Vorteil gehabt, daß z. Zt. niemand mehr für eine zweite SR-Resolution[15] sei.

Khaddam antwortete, das syrische Engagement in der Geiselfrage sei unvermindert. Der Präsident habe direkte Weisung an die syrischen Streitkräfte und Diplomaten gegeben, dieses Problem vorrangig zu behandeln. Man hoffe auf ein positives Ergebnis.

2) Zum Aufstand in den besetzten Gebieten[16] sagte er, dieser zeige, daß eine fortbestehende Okkupation der Westbank durch Israel auf die Dauer die Fortexistenz einer palästinensischen Bevölkerung ausschließe. Einer der beiden Gegner müsse auf die Dauer weichen. Beide israelischen Parteien seien für Fortdauer der Okkupation. Die Syrer stünden wie alle Araber hinter der palästinensischen Bevölkerung. Seine Regierung hoffe, daß die Europäer immer stärkeren Druck auf die USA und Israel für eine gerechte Lösung des Konfliktes ausüben würden.

D 3 machte im wesentlichen die gleichen Ausführungen wie gegenüber Qaddour und betonte, daß wir die neuerliche Aktivität der USA positiv sähen. Khaddam bezeichnete den Shultz-Plan als hundertprozentig im israelischen Interesse. Es sei der Versuch, ein israelisches Problem in ein arabisches Problem zu verwandeln. Mit isolierten Ansätzen in der Westbank und den anderen besetzten Gebieten wolle der Plan die politische Rolle, die die Palästinenser spielten, zunichte machen. Die Palästinenser der Westbank verträten sich jetzt zum ersten Mal selbst. Niemand könne also dieses Territorium den Jordaniern übergeben.

Fortsetzung Fußnote von Seite 533

10 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 338 des VN-Sicherheitsrats vom 22. Oktober 1973 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. IX, S. 44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 313.

11 Zur Haltung des Ministerpräsidenten Shamir in der Frage einer Internationalen Konferenz für den Frieden im Nahen Osten vgl. Dok. 83, Anm. 19.

12 Zum Entführungsfall Schray vgl. Dok. 94, Anm. 2.

13 Zum Entführungsfall Cordes im Libanon vgl. Dok. 80.

14 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 88, Anm. 13.

15 Zur Frage einer Resolution des VN-Sicherheitsrats über ein Waffenembargo gegen den Iran vgl. Dok. 88, Anm. 17.

16 Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada") vgl. Dok. 83, Anm. 20.

Auch ein isoliertes syrisch-israelisches Problem gäbe es nicht. Es gebe nur ein gesamtarabisches Problem, deshalb sei auch König Hussein gegen individuelle Gespräche, die ihm nur neue Probleme schaffen würden. Wenn dieses Problem aber ein gesamtarabisches sei, so müsse es auch auf der IK eine gesamtarabische Delegation geben.

Trotz der eindeutig negativen Charakterisierung des Shultz-Planes fügte Khaddam hinzu, daß man die USA bitten wolle, ihre Haltung zu verdeutlichen, weil sie bisher schwer verständlich sei. Man werde die Prüfung und den Dialog mit den Amerikanern fortsetzen, bis man ein klares Bild habe. Auf einen Hinweis von D 3 auf die Problematik einer multilateralen Delegation sagte Khaddam, hier herrsche Krieg, es müsse daher ein Verfahren und einen Vertrag geben wie den von Potsdam[17], wo die Alliierten und die Deutschen beide unterzeichnet hätten (sic!). Der Plan einer jordanisch-palästinensischen Verhandlungsdelegation sei Unsinn, denn die Westbank gehöre nicht zu Jordanien.

Qaddour gab eine ausführliche Übersicht des Konflikts zwischen Israelis und Arabern aus arabischer Sicht. Die Syrer begrüßen, daß die Bundesregierung und das deutsche Volk diesen Konflikt mit so wachem Interesse verfolgten. Die Palästinenser hätten durch 20 lange Jahre der Unterdrückung auf eine UN-Lösung gewartet. Erst als diese endgültig aussichtslos schien, sei es zum Aufstand gekommen. Israel habe keine andere Antwort gefunden als eine stärkere Unterdrückung. Die arabische Nation werde nicht nur in der Westbank, sondern auch in Gaza und natürlich auch im Golangebiet unterdrückt und gequält. Wenn man eine faire Lösung des Konflikts finden wolle, so könne dies nur durch eine internationale Konferenz im Rahmen der VN geschehen. Über diese IK gebe es schon seit 1973 Einverständnis, aber was habe das geholfen. Israel habe seitdem ein weiteres Territorium, nämlich den Südlibanon[18], okkupiert. Angesichts dessen könne es keinerlei Teillösung in der Region geben, sondern nur den totalen Abzug aus allen eroberten Gebieten gemäß denjenigen UN-Resolutionen, die auch von den USA unterstützt worden seien.

Der Shultz-Plan zeige wenigstens, daß auch die USA endlich davon überzeugt seien, daß Teillösungen nichts bringen könnten. Die Amerikaner seien aber schwankende Leute, sie kämen immer wieder auf Teillösungen zurück. So sei es wirklichkeitsfremd, wenn sie glaubten, das Westbank-Problem durch Verhandlungen zwischen Israel und einer jordanisch-palästinensischen Delegation lösen zu können. Solange die USA ihr Embargo gegen die PLO aufrechterhielten, werde man keinen Schritt weiterkommen. Falsch sei auch die amerikanische Idee, eine IK nur als Schirm und Aushängeschild für bilaterale Verhandlungen zu benutzen. Eine solche Schirmherrschaft sei sinnlos. Eine IK mache nur Sinn, wenn sie die Vollmacht bekomme, beschlossene Lösungen auch durchzusetzen.

17 Auf der Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 in Potsdam trafen die Premierminister Churchill bzw. ab 28. Juli 1945 Attlee mit Präsident Truman und dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam („Potsdamer Abkommen") vgl. DzD II/1, S. 2102–2148.

18 Am 6. Juni 1982 marschierten israelische Truppen in den Libanon ein. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 178 und Dok. 191.
Am 10. Juni 1985 schloß Israel den Rückzug seiner Truppen ab, erklärte den südlichen Libanon aber zu einer „Sicherheitszone", in der israelisches Militärpersonal verblieb. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 788 des Botschafters Hansen, Tel Aviv, vom 11. Juni 1985; Referat 310, Bd. 149645.

Bisher weise Shamir sogar die genannten verwaschenen US-Vorschläge zurück.[19] Dies sei kein Wunder. Reagan sage einmal, daß die USA kein Verhandlungs- oder Vermittlungspartner sei, und fordere Israel auf, seine Unterdrückungspolitik zu beenden, dann wieder versichere er die Israelis seiner uneingeschränkten Unterstützung. Die Amerikaner äußerten manchmal Vorschläge und manchmal Ideen, über die man nachdenken könne. Einen festen Standpunkt hätten sie aber bislang nicht gefunden. Solange sich Washington mit dem israelischen Standpunkt immer wieder identifiziere, könne es nicht auf Glaubwürdigkeit hoffen. Alle Araber seien jedenfalls gegen Teillösungen und für die Befreiung aller von Israel unterdrückten Brüder.

4) D3 erwiderte, daß wir im Grundsatz mit dem einverstanden seien, was die Araber wollten, nämlich für eine umfassende und gerechte Verhandlungslösung und für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser. Die Syrer wüßten, daß wir ebenso für die Anerkennung Israels in sicheren Grenzen seien. Der Aufstand habe uns sehr beeindruckt und darin bestärkt, daß der Status quo nicht bleiben könne. Wie ernst wir und unsere europäischen Freunde das Problem nähmen, hätten die EG-Staaten mit der Einladung König Husseins bewiesen, der erste Fall, daß ein Staatsoberhaupt von den zwölf EG-Außenministern eingeladen wurde. Die Deutschen hätten keine detaillierten Vorschläge für diese Konferenz, wüßten aber, worauf deren Prinzipien beruhen müßten. Seit der Erklärung von Venedig[20] hätten wir Europäer unsere Politik weiterentwickelt. Israel dagegen habe nicht aus der Entwicklung gelernt. Murphy habe uns kürzlich von den Plänen unterrichtet.[21] Wir seien beeindruckt, daß die USA endlich aktiv geworden seien, die Amerikaner wollten nicht nur Zeit gewinnen, sondern es ernst meinen[22], und uns erschiene an den neuen amerikanischen Vorschlägen wichtig, daß die Konferenz die gesamten Verhandlungen begleiten solle, der SU ein

19 Der amerikanische Außenminister Shultz führte im Rahmen einer Nahostreise am 4. April 1988 Gespräche mit der israelischen Regierung. Botschafter Haas, Tel Aviv, informierte dazu am 6. April 1988, die Gespräche hätten „erwartungsgemäß keine Veränderungen in Haltung israelischer Protagonisten zu seiner NO-Friedensinitiative gebracht. Angesichts offenbar unüberwindlicher Unnachgiebigkeit des Shamir-Lagers hat sich Shultz unmittelbar an israelisches (Wähler-) Volk gewandt, um für sein Konzept zu werben. Nur klares jordanisches Ja zu amerikanischen Vorschlägen könnte derzeit Bewegung in festgefahrene israelische Positionen bringen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 444; Unterabteilung 31, Bd. 147543.

20 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten nach seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 382f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

21 Der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Murphy, übergab am 10. März 1988 Ministerialdirektor Schlagintweit Kopien von Schreiben an König Hussein, Ministerpräsident Shamir und Präsident Assad. Dazu führte er aus: „Für Shultz-Initiative gebe es angesichts des Aufweichens verfestigter Meinungen aller Parteien nunmehr eine Chance. Ausgangslage sei besser als je zuvor in den letzten Jahren, allerdings könne jede Partei die Initiative auch zunichte machen. Chancen stünden nicht mehr 50:1, sondern 5:1. Mubarak und Peres besonders aufgeschlossen. Initiative enthalte nicht nur ausgeklügelten Kompromiß für Verfahren (Verhandlungs-Terminkalender), sondern auch Substanz. Sie stecke im Grundsatz, daß alle bilateralen Verhandlungsgruppen auf Grundlage ‚S[icherheits]R[ats]R[esolution] 242 in all its parts' verhandeln sollen. Das bedeute: ‚Land gegen Frieden', was man aber, um Shamir nicht zu provozieren, so nicht habe ausbuchstabieren können. Dennoch sei allen bewußt, daß die USA dies wollten. Initiative stoße bei Shamir auf ideologische (Rückgabe von Territorien) und politische (IK-Element ist Peres-Gedankengut) Vorbehalte." Auf die Frage, wie die USA auf eine mögliche Ablehnung des Plans durch Israel reagieren würden, antwortete Murphy: „Fest bei den vorgelegten Vorschlägen bleiben, die ein Paket (‚integrated whole') bilden, aus dem einzelne Aspekte nicht herausgelöst werden können." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 311, Bd. 158101.

22 Korrigiert aus: „meinten".

größerer Part eingeräumt werde als bisher, möglicherweise auch in den bilateralen Verhandlungen. Schließlich handle es sich um ein Paket, dessen Einzelheiten nicht mehr geändert werden könnten[23]. Ein positives Zeichen sei auch, daß die Amerikaner trotz aller Rücksichten auf ihre jüdische Minderheit den israelischen Pressionen nicht nachgegeben hätten, als Shamir die USA besuchte.[24] Schwachpunkte seien die Haltung Shamirs und die Tatsache, daß die PLO keinen Platz im Shultz-Plan habe.

D 3 erkundigte sich dann nach der syrischen Auffassung über die PLO. StM Quaddour[25] sagt, daß kein Araber die PLO ausschließen wolle. Nur mit ihr sei eine Lösung des fraglichen Problems möglich. In der Westbank fände sich niemand, der es wagen würde, an die Stelle der PLO zu treten. Israel habe vergeblich versucht, seit Anfang des Aufstandes Marionetten zu finden. Es gebe Auseinandersetzungen innerhalb der Führung der PLO, aber nicht über diesen Aufstand. Die PLO bleibe der einzige Vertreter des palästinensischen Volkes.

6) Zum Shultz-Plan sagte Qaddour, der Amerikaner sei sehr vage gewesen. Er hätte Syrien um Hilfe bei den amerikanischen Bemühungen gebeten. Man habe ihm gesagt, daß die Araber im wesentlichen ablehnend gegen den Shultz-Plan seien, aber daß Syrien mit dessen Studium noch nicht abgeschlossen habe.[26]

D 3 warb noch einmal dafür, das Positive an dem Vorgehen der Amerikaner zu sehen und zu würdigen. Qaddour bedankte sich abschließend für die Darlegungen von D 3, die wieder einmal zeigten, wie nahe[27] die beiderseitigen Auffassungen seien.

[gez.] Schlingensiepen

VS-Bd. 13642 (310)

23 Korrigiert aus: „könne".

24 Ministerpräsident Shamir hielt sich vom 14. bis 17. März 1988 in den USA auf.

25 Korrigiert aus: „Shakour".

26 Am 5. April 1988 führte der amerikanische Außenminister Shultz Gespräche in Syrien. Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, resümierte am 7. April 1988: „Nach der formellen Überbringung des Shultz-Planes in schriftlicher Form anläßlich seines letzten Damaskus-Besuches war nunmehr Syrien an der Reihe zu antworten. Eine solche Antwort war jedoch von vornherein nur in Form von konkreten Fragen zu erwarten gewesen. Assad hat jedoch keine formellen Fragen vorgebracht, sondern lediglich die traditionelle syrische Haltung in der allerdings neuartig präzisen Form von vier Punkten zusammengefaßt: 1) Einberufung einer effektiven […] Internationalen Konferenz mit Vollmachten. 2) Völliger israelischer Rückzug aus allen besetzten arabischen Gebieten. 3) Anerkennung aller nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich des Rechts auf Selbstbestimmung und Errichtung eines eigenen unabhängigen Staates. 4) Teilnahme der arabischen Staaten an der IK in einer einheitlichen Delegation. Diesen Punkt präzisierte Assad dahingehend, daß angesichts der schon bestehenden gemeinsamen Auffassung aller Araber hinsichtlich der Friedensbedingungen alle arabischen Staaten in einer einheitlichen Delegation an der IK teilnehmen könnten, die auch die PLO einschließe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 435; Unterabteilung 31, Bd. 147543.

27 Die Wörter „wie nahe" wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

96

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup

213-320.08 SOW VS-NfD **23. März 1988**[1]

Über Herrn D 2[2] Herrn Staatssekretär[3]

Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung

Betr.: Unsere Politik im Baltikum

I. 1) Die Intensivierung der deutsch-sowjetischen Beziehungen stellt uns in der baltischen Frage vor ein wachsendes Dilemma: Einerseits erkennen wir die Einverleibung des Baltikums in die Sowjetunion nicht an. Andererseits nutzen wir in der politischen Praxis den Spielraum, den die faktische Hinnahme der Annexion bietet, um deren Auswirkungen zu mildern. Beides steht in Wechselwirkung zueinander: Der Rechtsstandpunkt darf unseren Spielraum nicht unnötig einengen, die Ausnutzung des Spielraums darf unseren Rechtsstandpunkt nicht auflösen.

2) Es besteht kein Anlaß, unsere bisherige Vorgehensweise besonders zu problematisieren. Verschiedentlich haben wir öffentlich klargestellt, daß es nach wie vor keine Änderung des deutschen Rechtsstandpunktes gibt. Dies ist zuletzt durch StM Möllemann am 8.11.1985 vor dem Deutschen Bundestag geschehen.[4] Auch in jüngster Zeit haben wir auf Beamtenebene gegenüber den Sowjets unsere bekannte Position wiederholt: D 2 gegenüber Botschafter Kwizinskij am 1.3.88[5] und unsere Kulturdelegation bei den Kulturverhandlungen in Moskau (11.–16.11.1987)[6].

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken und Legationsrat I. Klasse Grunenberg konzipiert.

2 Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 31. März 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Vorlage, die das Datum vom 23.3. trägt, wird nach Klärung eines Punktes mit RL 213 erst unter dem heutigen Datum vorgelegt."

3 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 31. März 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Sache ist nicht eilig. Angesichts der angesprochenen Grundsatzfragen H[errn] StS Sudhoff n[ach] R[ückkehr] vorzulegen."
Hat Staatssekretär Sudhoff am 11. April 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Interessantes Papier! Herrn RL 213 und Verf[asser] b[itte] R[ücksprache]." Vgl. Anm. 22.
Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 12. April 1988 erneut vorgelegen, der den Rücklauf über Ministerialdirigent Kastrup an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Heyken verfügte.
Hat Heyken am 13. April 1988 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Grunenberg „z[ur] K[enntnisnahme]" verfügte.
Hat Grunenberg am 13. April 1988 erneut vorgelegen.

4 Staatsminister Möllemann antwortete auf eine Frage des CDU-Abgeordneten Hupka: „Die Bundesregierung hat die Annexion der baltischen Staaten durch die Sowjetunion nicht anerkannt. Diese Haltung hat in wiederholten Erklärungen der Bundesregierung, auch im Deutschen Bundestag, Ausdruck gefunden." Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 172. Sitzung, S. 12959.

5 Vortragender Legationsrat Libal notierte am 4. März 1988, daß sich der sowjetische Botschafter Kwizinskij am 1. März 1988 gegenüber Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen „über eine angebliche Bundeswehrkarte ‚Annexionen der Sowjetunion und Ausweitung ihres Einflußbereichs nach Westen' beschwert habe: „D 2 [Richthofen] sagte zu, der Angelegenheit nachzugehen. Man sehe jedoch, daß es sich um eine rein historische Karte handele. Die Rechtsauffassung der Bundesregierung zur Frage der baltischen Staaten sei bekannt, ein entsprechender Vorbehalt sei auch bei Aufnahme der diplomatischen Beziehungen gemacht worden." Vgl. Referat 213, Bd. 143533.

6 Vortragender Legationsrat Ehni vermerkte am 17. November 1987 zu den Verhandlungen über ein Zweijahresprogramm zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vom 19. Mai

Dennoch besteht Anlaß zur Erörterung der Frage, wie wir unsere praktische Politik in den baltischen Staaten gestalten sollen. Und zwar nicht nur wegen der ins Auge gefaßten Intensivierung der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit, sondern auch wegen der offensichtlichen Bemühungen sowjetischer Zentralbehörden, das Baltikum stärker als bisher in die internationalen Beziehungen einzubeziehen.

Darüber hinaus ist es 1987 in den baltischen Staaten zu bemerkenswerten Demonstrationen eines unverändert starken Nationalbewußtseins gekommen.[7] Diese Demonstrationen sind zweifelsohne durch die – relative – innenpolitische Auflockerung im Zuge der Gorbatschowschen Reformpolitik ermutigt worden. Gerade diese Ereignisse sorgen dafür, daß die Vorgänge in den baltischen Staaten und die Politik ihnen gegenüber im Westen wie auch bei der sowjetischen Zentralregierung mit großer Aufmerksamkeit verfolgt werden. Desto mehr ist Sensibilität vonnöten.

3) Es handelt sich um eine Frage, die den Westen insgesamt betrifft. Dies zeigt sich auch an der Tatsache, daß in diesen Wochen Vertreter baltischer Exilorganisationen („Baltischer Weltrat") durch Vorsprachen in den AM der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft bemüht sind, die Unterstützung für die Rückgewinnung einer „internationalen Souveränität" der baltischen Staaten zu erlangen.[8]

An dem konkreten Fall der anscheinend beabsichtigten Übertragung der „Visumshoheit" von der Zentrale in Moskau auf die Behörden der baltischen Staaten[9] fand in der EPZ-Arbeitsgruppe Osteuropa bereits ein Meinungsaus-

Fortsetzung Fußnote von Seite 538

1973 über kulturellen Zusammenarbeit: „Die Verhandlungen wurden mit einem Text beendet, auf den sich beide Seiten ad referendum geeinigt haben […]. Dissense sind mit Klammern gekennzeichnet; über einige Punkte/Ziffern wurde noch keine Einigung erzielt". Ehni führte weiter aus: „Bei der Behandlung von Austauschvorhaben gaben wir zum Vorhaben eines Gastspiels des Kammerorchesters der Litauischen SSR sowohl in einer Untergruppe Kultur als auch im Redaktionskomitee eine mündliche Erklärung bezüglich unseres Rechtsstandpunktes zur Frage der baltischen Staaten ab. Dies führte zu einer äußerst scharfen sowjetischen Reaktion, so daß die Verhandlungen für einen Augenblick kurz vor deren Abbruch standen." Vgl. Referat 213, Bd. 143612.

7 Zu den Demonstrationen in Estland, Lettland und Litauen vgl. Dok. 85, Anm. 7.

8 Am 7. März 1988 erkundigte sich der Leiter des Europabüros des Baltischen Weltrates in Straßburg, Klimaitis, bei Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken nach der Haltung der Bundesregierung zur baltischen Frage. Attaché Gärtner vermerkte am selben Tag, Heyken habe geantwortet, „daß die Bundesregierung die Annexion der baltischen Gebiete nach wie vor nicht anerkenne". Sie intensiviere aber die Kooperation mit der UdSSR, „die auch in den baltischen Republiken entsprechenden Niederschlag finden" sollte. Klimaitis habe sich hingegen für eine „Akzentverschiebung zugunsten des Rechtsstandpunktes ausgesprochen, um damit einer weiteren Manifestierung des Status quo entgegenzuwirken. Es sei nicht so bedeutsam, ob Lektoren entsandt oder Städtepartnerschaften geschlossen würden. Wesentlich sei die Frage des Rechtsstandpunktes. […] Die deutsche Politik solle mithelfen, eine Festlegung des Status quo zu verhindern. Wenngleich die Bundesregierung die Annexion verurteile, so scheine sie den Anschluß faktisch jedoch anzuerkennen." Anschließend habe Klimaitis gebeten: „Das Ziel, die Souveränität für die baltischen Staaten zurückzuerlangen, könne mit der Unterstützung der europäischen Regierungen konsequent verfolgt werden. So bestehe im Rahmen der KSZE-Schlußakte die Möglichkeit zu einer Änderung von Grenzen auf friedlichem Wege. Eine gemeinsame Initiative, vielleicht eine gemeinsame Erklärung der Zwölf, könnte hilfreich wirken." Vgl. Referat 213, Bd. 143519.

9 Generalkonsul Metternich, Leningrad, übermittelte am 17. Dezember 1987 Informationen des Außenministeriums der Estnischen SSR, wonach die sowjetische Regierung eine Verordnung plane, „die eine Übertragung der ‚Visumshoheit' an Estland (und wohl auch an die übrigen baltischen Teilrepubliken) vorsehe und voraussichtlich in zwei Monaten in Kraft trete. […] Damit würde das estnische ‚Außenministerium' die deutsche diplomatische Vertretung mit Verbalnote bitten, einen Sichtvermerk zur Einreise in die Bundesrepublik Deutschland auszustellen". Die Verordnung „bedeute eine wesent-

tausch statt.[10] Fragen des Baltikums sollen auch in der nächsten Sitzung der Osteuropa-AG behandelt werden, allerdings vor allem im Hinblick auf die innenpolitischen Entwicklungen im Baltikum.[11] Wir möchten nicht den Anstoß dazu geben, daß durch eine detaillierte Diskussion der Implikationen der Nichtanerkennung in einem großen Kreis neue Probleme geschaffen werden.

II. 1) Wir sollten uns zum Grundsatz machen, daß das Baltikum in den von uns angestrebten weiteren Ausbau der bilateralen Beziehungen im deutsch-sowjetischen Verhältnis so weit wie möglich einbezogen wird. Es wäre sonderbar, wenn ausgerechnet die baltischen Völker, die mit uns Deutschen durch ein traditionell enges Verhältnis verbunden sind, die sich in besonderer Weise als Teil Europas empfinden und für deren jetzige Lage wir Deutsche eine historische Mitverantwortung tragen, von dieser wachsenden Zusammenarbeit ausgeklammert würden.[12] Zugleich sollte unsere Politik – ohne illusionären Vorstellungen einer Revision der Folgen von 1940 anzuhängen – darauf abzielen, örtliche Autonomie der Staaten gegenüber den sowjetischen Zentralbehörden zu stärken, soweit dies mit Mitteln der Zusammenarbeit durchführbar ist. Auch hieraus folgt eine Stärkung unserer kulturellen und wirtschaftlichen Präsenz in den baltischen Staaten.

Wir können uns dabei an den Aktivitäten von F und USA orientieren, die trotz gleichen Rechtsstandpunkts gegenüber der Baltikum-Annexion in ihren Aktivitäten vor Ort weiter gehen als wir:

– F unterhält in Riga und Vilnius im Rahmen des französisch-sowjetischen Kulturaustauschs Lektoren für die franz. Sprache, die an den dortigen Universitäten aktive Kulturarbeit leisten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 539

liche Erleichterung der Ausreisemodalitäten. Allerdings werde sich damit die Anerkennungsfrage hinsichtlich der ‚Estnischen SSR' und der anderen baltischen Teilrepubliken stellen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 232; Referat 213, Bd. 143519.

10 Referat 213 vermerkte am 9. Februar 1988, daß sich die Arbeitsgruppe Osteuropa der EPZ am 4. Februar 1988 in Brüssel mit der beabsichtigten Übertragung der Berechtigung zur Erteilung von Sichtvermerken durch das sowjetische Außenministerium an das estnische Außenministerium beschäftigt habe: „GB machte deutlich, daß es auch in Zukunft keine Kontakte mit baltischen Regierungen, sondern nur mit lokalen Behörden im Baltikum unterhalten wolle (ähnlich F, B, P, DK). Wir gaben zu bedenken, daß man die Erteilung von Einreisesichtvermerken als eine typische, mit unserer Grundsatzposition zur baltischen Frage zu vereinbarende Praxis des konsularischen Routineverkehrs betrachten könne. Man könne den Visumsantrag als Antrag einer Einzelperson, nicht als Antrag eines Staates durch seine Organe qualifizieren. […] Es werde immer schwerer, die Kontakte mit offiziellen Stellen zu vermeiden. Der Westen stünde deshalb zunehmend vor dem Dilemma, entweder eine Relativierung seiner rechtlichen Position hinzunehmen oder auf Kontakte mit dem Baltikum zu verzichten." Vgl. Referat 213, Bd. 143519.

11 Zur Diskussion in der Arbeitsgruppe „Osteuropa" der EPZ am 28./29. März 1988 in Brüssel hielt Referat 213 am 6. April 1988 fest: „Es bestand Einigkeit darüber, daß es in einer Diskussion über die baltische Problematik nicht darum gehen könne, die Haltung zur Annexion der baltischen Staaten durch die Sowjetunion zu modifizieren. Insbesondere F, GB, NL, aber auch wir wiesen darauf hin, daß in dieser Frage eine Änderung ihrer Haltung nicht zuletzt angesichts des beträchtlichen Drucks aus der Öffentlichkeit nicht zu erwarten sei. Insgesamt war eine gewisse Zurückhaltung hinsichtlich einer vertieften Diskussion der rechtlichen Aspekte der baltischen Frage deutlich. GB sprach von einer ‚constructive ambiguity' in der Haltung der Zwölf und äußerte sich skeptisch zu einer auf operative Schlußfolgerungen gerichteten Diskussion über Rechtsfragen". Vgl. Referat 213, Bd. 143519.

12 Der Passus „traditionell enges Verhältnis … ausgeklammert würden" wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

1974 bereits tagte in Riga die gemischte französisch-sowjetische Seeschiffahrtskommission, „da man dem Gastgeber schlecht den Verhandlungsort vorschreiben kann".

– Im September 1986 fand in Jurmala – bei Riga – eine breit publizierte amerikanisch-sowjetische Diskussionsveranstaltung mit rund 200 amerikanischen Teilnehmern statt[13]; dazu gehörte auch der damalige Präsidentenberater und jetzige Moskau-Botschafter Jack Matlock. Darüber hinaus war das örtlich zuständige US-GK Leningrad offiziell vertreten.

  Ähnlich verhielt es sich bei amerikanischen Konzertveranstaltungen in Vilnius und Tallin sowie einer amerikanischen Kunstausstellung in Tallin, die 1987 im Rahmen des amerikanisch-sowjetischen Kulturaustauschs stattfanden.

Wir sollten insgesamt gegenüber dem Baltikum eine Politik anstreben, die uns erlaubt, die dargestellten Interessen in der Region zu verfolgen, ohne daß dies zu Friktionen im übergreifenden deutsch-sowjetischen Verhältnis führt.

2) Allerdings ist darauf hinzuweisen, daß es drei Bereiche gibt, in denen Änderungen unseres Verhaltens als Veränderung unseres Rechtsstandpunkts interpretiert werden könnten.

a) Änderungen unseres Verhaltens im Bereich der „institutionellen Routine"; d.h. Aufnahme von Kontakten zu staatlichen Stellen in Moskau bzw. den baltischen Staaten auf einer Hierarchie-Ebene, die als zu hochrangig für die Abwicklung der Routine-Geschäfte unserer Vertretungen betrachtet werden müßte.

b) Änderungen unseres Verhaltens im Bereich der „thematischen Routine"; d.h. Aufnahme von Kontakten zu staatlichen Stellen außerhalb dessen, was auch bei flexibler Handhabung des deutsch-sowjetischen Konsularvertrages[14] (er gestattet viel) vertretbar ist.

c) Änderungen im Hinblick auf die Häufigkeit und die Publizität der unter a) und b) dargestellten Kontakte.

Änderungen könnten zwar weitgehend neutralisiert werden, wenn sie von einer entsprechenden Vorbehaltserklärung (= explizite, öffentlich vorgenommene Wiederholung unseres Rechtsstandpunktes) begleitet werden. Derartige Erklärungen sind jedoch kein Allheilmittel: Es wird sich immer die Frage stellen, inwieweit die Erklärung über das Fortbestehen des bisherigen Rechtsstandpunkts glaubhaft ist angesichts eines möglicherweise entgegengesetzten Verhaltens! Rechtlich gesehen ist Kernfrage, ob das tatsächliche Verhalten der Bundesrepublik Deutschland den Anschein erweckt, als weiche sie von ihrer Position der Nichtanerkennung der Annexion ab. Die ausdrückliche Erklärung der Nichtanerkennung kann zwar dem Entstehen eines solchen Anscheins entgegengesetzt werden. Ihre rechtswahrende Wirkung kann aber durch faktisches Verhalten weitgehend zunichte gemacht werden.

III. Eine Durchsicht der vorhandenen Betätigungsfelder gibt einen Überblick darüber, inwieweit eine Intensivierung der deutsch-baltischen Beziehungen mit

13 Vom 15. bis 19. September 1986 fand in Jurmala eine öffentliche Konferenz u. a. mit Vertretern des amerikanischen Außenministeriums statt. Vgl. Ojras KALNINS (Hrsg.), Chautauqua/Jurmala 1986. A Latvian-American Perspective, American Latvian Association in the United States 1987.

14 Für den Wortlaut des Konsularvertrags vom 25. April 1958 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1959, II, S. 233–241.

einer Aufrechterhaltung unseres Rechtsstandpunkts vereinbar ist oder nicht. Ohne zu unserer Rechtsposition allgemein in Widerspruch zu geraten, läßt sich im Einzelfall in der Praxis sehr viel machen, wenn und insoweit die Zusammenarbeit auf privater Ebene bzw. von Kommunen oder lokalen Behörden abgewickelt oder von unseren Vertretungen unter Ausschöpfung des Rahmens der konsularischen Routine wahrgenommen wird.

1) Unter den genannten Gesichtspunkten bestehen gegen die folgenden Aktivitäten im allgemeinen keine durchgreifenden Bedenken:

a) Städtepartnerschaften

Ein Großteil der gesellschaftlichen und kulturellen Kontakte zum Baltikum verläuft auf der Ebene der Städtepartnerschaften Kiel–Tallin, Bremen–Riga und Duisburg–Vilnius. Botschaft wie auch Generalkonsulat sind dabei kaum eingeschaltet. Wir sollten derartige Partnerschaften deshalb besonders ermuntern[15]. Weitere Kandidaten könnten dabei sein: Jurmala, Klaipeda, Narwa, Kaunas und Ventspils. Entgegen unserer generellen Linie sollten wir im Falle der baltischen Staaten von uns aus auf die Erfassung örtlicher kultureller Aktivitäten und Einbeziehung in die Gesamtbilanz der Kulturbeziehungen der sowjetischen Seite nicht hinwirken.

b) Universitätspartnerschaften

Im Rahmen der Städtepartnerschaften bestehende oder sich anbietende Hochschulkontakte (Universitäten Riga–Bremen, Pädagogisches Institut Tallin–Kiel, Universität Vilnius–GHS Duisburg[16]) sollten von uns ermutigt werden. Es gelten hier grundsätzlich die gleichen Bedingungen wie beim zuvor Gesagten. Besonders zu begrüßen wäre die Anbahnung einer Partnerschaft zu Tartu (Dorpat), das mit seiner Universität nach wie vor das geistige Zentrum Estlands ist. Voraussetzung ist allerdings, daß die Stadt für längerfristige Aufenthalte von Ausländern geöffnet wird.

c) Jugendbegegnungen

Der mit Mitteln des Bundes geförderte und von den gesellschaftlichen Gruppen in eigener Regie organisierte Jugendaustausch könnte ohne Bedenken Jugendliche aus dem Baltikum einbeziehen bzw. deutsche Jugendliche in diese Staaten bringen.

d) Öffentlichkeitsarbeit

Die Erweiterung unserer allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit in den baltischen Staaten (Materialverteilung bei Messen, Ausbau des Film-Ringtausches mit Freundschaftsgesellschaften, Vortragstätigkeit, regelmäßige Pressekontakte) hängt vom Ausbau unserer eigenen Kapazitäten und Ressourcen ab und erfordert keine Einbeziehung von Republik- oder Unionsbehörden. Ein Teil dieser Arbeit kann auch weiterhin über gesellschaftliche Organisationen wie die ARGE[17] bzw. SSOD[18] abgewickelt werden.

15 Die Wörter „besonders ermuntern“ wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

16 Gesamthochschule Duisburg.

17 Arbeitsgemeinschaft der Gesellschaften Bundesrepublik Deutschland–Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken e. V.

18 Sojuz sovetskich obščestv družby s narodami zarubežnych stran (Verband der sowjetischen Gesellschaften für Freundschaft und kulturelle Beziehungen mit dem Ausland).

e) Quotenreisen

Sofern wir – wie bislang schon – lediglich von technisch-organisatorischen Kontakten zu zentralen sowjetischen Institutionen Gebrauch machen, um Journalisten und andere Multiplikatoren aus den baltischen Staaten zu uns einzuladen, können wir weiterhin Bedenken, wir nähmen den Anspruch sowjetischer Hoheit über die baltischen Staaten rechtlich hin, zurückstellen.

f) Deutsch-sowjetische Wirtschaftskommission

Bereits jetzt gibt es gelegentlich Sitzungen von Arbeitsgruppen der Wirtschaftskommission in den baltischen Staaten. Unter der Voraussetzung, daß der Anteil von Sitzungen an diesen Orten nicht überproportional ansteigt und die an solchen Sitzungen teilnehmenden offiziellen Vertreter unserer Seite (Ressorts, Botschaft bzw. GK) protokollarische Kontakte mit den Republiksministerien vermeiden, kann auch in diesem Bereich die etablierte Praxis unter Zurückstellung von Bedenken fortgesetzt werden.

g) Durchführung der Projekte im Rahmen des WTZ-Abkommens

Mit dem erst 1986[19] abgeschlossenen Abkommen[20] liegen noch keine praktischen Erfahrungen vor. Die künftige Durchführung von Projekten mit Baltikum-Bezug sollte sich jedoch an den Erfahrungen mit der deutsch-sowjetischen Wirtschafskommission ausrichten.

h) Messe-Beteiligung

Unsere Seite sollte bei derartigen Anlässen vorzugsweise durch Vertreter deutscher Unternehmen präsent sein; Botschaft und Generalkonsulat sollten sich auf die Gewährung technisch-konsularischer Hilfe und Unterstützung beschränken und nicht „offiziell“ in Erscheinung treten.

i) Dienstreisen-Kontakte unserer Vertretungen

Alle technisch-protokollarischen Kontakte, die die Mitarbeiter unserer Vertretungen mit den sowjetischen Behörden bisher eingegangen sind, um ihren Dienstgeschäften in den baltischen Staaten nachgehen zu können, sind auch in Zukunft vertretbar.

2) Aktivitäten und rechtswahrende Erklärungen

a) Projekte im Rahmen des Kulturprogramms

Bei den Verhandlungen zum Zwei-Jahres-Programm hat die SU ein Gastkonzert des Kammerorchesters der Litauischen SSR vorgeschlagen. Unsererseits haben wir die Absicht, künftig auch an baltische Universitäten DAAD-Lektoren zu entsenden. Anläßlich der Gesprächsrunde in Moskau vom 11.–16.11.1987 haben wir einen Vorbehalt hinsichtlich des Status der baltischen Staaten vorgebracht. Die sowjetische Seite hat diesen Hinweis richtig verstanden, wie ihre Proteste verdeutlichen. Diese rechtswahrende Erklärung war bedeutsam, um gegebenenfalls auch öffentlich unseren Rechtsstandpunkt überzeugend darzustellen.

19 Korrigiert aus: „1987“.

20 Für den Wortlaut des Abkommens zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vom 22. Juli 1986 über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und der dazugehörigen Anlage vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 395–397. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 196, Dok. 198, Dok. 202 und Dok. 212.

b) Einbeziehung von Vilnius in Amtsbezirk GK Leningrad

Praktische Gründe (Nähe zum GK, personelle Engpässe der Botschaft Moskau) sprechen dafür, daß die Stadt Vilnius ebenso wie die Städte Riga und Tallin dem Konsularbezirk unseres Generalkonsulats Leningrad zugeschlagen wird. (Der Amtsbezirk des französischen Generalkonsulats in Leningrad ist bereits in dieser Weise geregelt.) Wenn wir einen solchen Wunsch an die sowjetische Regierung herantragen, müßten wir wahrscheinlich unseren Rechtsstandpunkt noch einmal erklären.

3) Politische Kontakte

Kontakte politischer Art, die den Anschein erwecken können, als wichen wir von unserer Position der Nichtanerkennung der Annexion ab, namentlich

– hochrangige Besuche von Vertretern der Bundesregierung (StS oder höherrangig) in den baltischen Staaten,
– offizielles Auftreten von Botschafter bzw. Geschäftsträger aus Moskau in den baltischen Staaten

sollten wie bisher unterbleiben.

4) Länderpartnerschaften

Gegenwärtig bestehen erste Überlegungen zur Realisierung derartiger Partnerschaften auf Länder- und Republik-Ebene zwischen Bremen und Lettland sowie Schleswig-Holstein und Estland.[21] Mit dem Eingehen solcher Partnerschaften wird unvermeidlich der Anschein erweckt, als handle es sich bei den betroffenen baltischen Staaten um Republiken der UdSSR wie andere Sowjetrepubliken auch. Ein solcher Anschein widerspräche unserer Rechtsposition der Nichtanerkennung der Annexion der baltischen Staaten im Jahre 1940 durch die Sowjetunion.

Es ist deshalb geboten, die Länder von solchen Projekten beizeiten abzubringen. Sonst wäre mindestens eine öffentliche Distanzierung der Bundesregierung von dem Vorgehen der Länder unumgänglich – mit den vorhersehbaren Problemen für unsere auswärtigen Beziehungen sowohl im Hinblick auf die Sowjetunion als auch die westlichen Partner.

5) Sonstiges

Wir sollten wie bislang möglichst davon absehen, das Baltikum-Problem in multilateralen Gremien (Menschenrechtskommission, Europarat) zu diskutieren. Insbesondere sollten wir an dieser Haltung in unseren Stellungnahmen gegenüber den verschiedenen baltischen Exilorganisationen festhalten. Wir sollten auch diesen Organisationen gegenüber unsere Haltung beibehalten. Wie bisher könnten also gelegentliche Gespräche mit ihren Repräsentanten stattfinden

21 Generalkonsul Metternich, Leningrad, übermittelte am 23. Dezember 1987 die Information eines Vertreters des Exekutivkomitees des Stadtsowjets von Tallinn, „daß man in Tallinn und Kiel eine über die bestehende Städtepartnerschaft hinausgehende Partnerschaft zwischen Estland und dem Land Schleswig-Holstein anstrebe. Der Plan folge dem Modell der Verbindung zwischen der SSR Georgien und dem Saarland. Bekanntlich haben zur Zeit auch das Land Bremen und Lettland solche Partnerschaftspläne […], die an die Städtepartnerschaft Bremen/Riga anknüpfen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 236; Referat 213, Bd. 143519.

– allerdings ohne, daß wir deshalb diese Organisationen in einer „offiziellen" Funktion anerkennen.[22]

Referat 500 hat mitgewirkt. D5[23] hat mitgezeichnet.

Kastrup

Referat 213, Bd. 143519

97

Generalkonsul Müller-Chorus, Istanbul, an das Auswärtige Amt

Schriftbericht Nr. 261 **23. März 1988**[1]

Betr.: Porträt Kaiser Wilhelm II.

Länderdoppel Ref. 203, Doppel Ref. 117 – l.b.[2]

Doppel Botschaft Ankara unmittelbar

Bitte um Weisung

Zu den Gemälden, die in den offiziellen Räumen der ehemaligen kaiserlichen Gesandtschaft und z. Zt. in Tarabya[3] auf ihre demnächstige Rückführung in das Dienstgebäude warten, gehört auch ein Porträt Kaiser Wilhelm II.[4]

Mir sind nach Lektüre des Buches des deutsch-britischen Historikers Röhl, dem neue Forschungen und Brieffunde zugrunde zu liegen scheinen (John C. G. Röhl, Kaiser, Hof und Staat – Wilhelm II. und die deutsche Politik, S. 22)[5], Zweifel daran gekommen, ob es richtig wäre, wenn wir dieses Porträt erneut aufhängen würden. Ich würde es jedenfalls für bedenklich halten, wenn wir – bei aller gebotenen Wahrung des Erbes des Bismarckschen Reiches – dem Bildnis eines

22 Vortragender Legationsrat Heyken notierte am 26. April 1988, daß Staatssekretär Sudhoff in einem Gespräch am 20. April 1988 mit Blick auf die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup vom 23. März 1988 Weisung erteilt habe, „konkrete Möglichkeiten für eine Verstärkung unserer Aktivitäten in den baltischen Staaten zu entwickeln. Er denkt dabei an solche Projekte, die mit unserem Rechtsstandpunkt im Hinblick auf die Annexion dieser Staaten durch die Sowjetunion vereinbar sind […]: insbesondere Städtepartnerschaften, Universitätspartnerschaften und Jugendbegegnungen. Wichtig ist dabei vor allem die Frage, was das Auswärtige Amt tun kann, um solche Kontakte und Austauschvorhaben unterhalb der Regierungsebene zu fördern." Vgl. Referat 213, Bd. 143519.

23 Jürgen Oesterhelt.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Weidel vorgelegen.

2 Lectori benevolo.

3 In Tarabya nördlich von Istanbul befand sich die von 1885 bis 1887 erbaute historische Sommerresidenz der deutschen Botschafter.

4 Es handelt es sich um das Porträt von Kaiser Wilhelm II. in osmanischer Uniform, das von Max Fleck 1916 in Berlin gemalt wurde (Öl auf Leinwand, 236 x 146 cm). Es war als Geschenk an Sultan Mehmet V. gedacht, konnte wegen des Ersten Weltkriegs jedoch nicht übergeben werden. Vgl. http://www.tuerkei.diplo.de/Vertretung/tuerkei/de/05-gk-istanbul/04-kanzlei-und-residenz/02-adler-brunnen-graeber-kaiserzeit/04-kaiserzeit.html.

5 Vgl. John C. G. RÖHL, Kaiser, Hof und Staat. Wilhelm II. und die deutsche Politik, München 1988.

Mannes einen Ehrenplatz zuweisen würden, der sich möglicherweise in seinen Äußerungen nicht nur als Antisemit, sondern als Anhänger einer Judenvernichtung zu erkennen gegeben hat und damit als Vorläufer des Nationalsozialismus angesprochen werden muß.[6]

Dr. Müller-Chorus

Referat 111, Bd. 162611

98

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Papandreou in Athen

28. März 1988[1]

BM-Besuch in Griechenland vom 27.–29. März 1988;

Gespräch mit MP Papandreou am 28. März

BM wurde am 28. März 1988 von MP Papandreou zu einstündigem außenpolitischem Meinungsaustausch empfangen. Weitere Gesprächsteilnehmer: Botschaf-

6 Vortragender Legationsrat I. Klasse Weidel vermerkte am 29. März 1988 für Ministerialdirektor Bertele: „Bei aller kritischen Distanzierung zu Kaiser Wilhelm II. halte ich den Vorschlag des GKs für überzogen. Da das GK in Istanbul, das z. Zt. aufwendig restauriert wird, u. insbesondere der dortige Kaisersaal so eng mit Kaiser Wilhelm II. verbunden sind, würde eine Eliminierung des kaiserlichen Bildes, zumal von den Türken, sicher nicht verstanden werden. Ich hielte seine Entfernung aber auch unter rein innerdeutscher Betrachtungsweise für zu kleinlich und nicht gerechtfertigt. Ich beabsichtige deshalb Herrn GK mitzuteilen, daß das Auswärtige Amt seine Bedenken nicht teilt.“ Vgl. Referat 111, Bd. 162611.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Waldner legte am 13. April 1988 dar: „Die u. a. durch den Historiker John C. G. Röhl bekannt gewordenen antisemitischen Äußerungen Kaiser Wilhelms II. sind zwar nicht unbedenklich, sie fallen aber sämtlich in die Zeit nach seiner Abdankung, sind also Äußerungen des Privatmannes Wilhelm II. Während seiner Regierungszeit ist der Kaiser dagegen, soweit bekannt, nicht als Antisemit hervorgetreten und hat sogar zu vielen Bürgern jüdischen Glaubens nicht nur gute, sondern – z. B. Albert Ballin – sogar freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Entscheidend für die vorliegende Frage sollte hiesigen Erachtens die Erwägung sein, daß zur Regierungszeit Kaiser Wilhelms II. die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Türkei besonders gut und freundschaftlich waren; im I. Weltkrieg waren beide Mächte verbündet. Das Gebäude des Generalkonsulats, die frühere Kaiserliche Botschaft, wurde als ‚das deutsche Kaiserliche Palais in Istanbul‘ bezeichnet (Felix Otto Gaerte in: Istanbuler Mitteilungen 85, 1985, S. 323 ff.), nicht zuletzt deshalb, weil der Kaiser anläßlich seiner drei Besuche in Konstantinopel (1889, 1898, 1916) in der Botschaft gewohnt hat. Bei dem Besuch im Jahre 1916 wurde er vom Sultan zum Marschall der osmanischen Armee ernannt. Damals entstand auch das in Frage stehende Ölgemälde, das den Kaiser in türkischer Uniform zeigt und deshalb als Ausdruck der traditionell guten deutsch-türkischen Beziehungen an seinen angestammten Platz im sog. ‚Kaisersaal‘ wieder aufgehängt werden sollte.“ Vgl. Referat 111, Bd. 162611.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 29. März 1988 gefertigt und am selben Tag zusammen mit Aufzeichnungen über die Gespräche des Bundesministers Genscher am 28. März 1988 in Athen mit dem stellvertretenden griechischen Außenminister Pangalos und Außenminister Papoulias „mit der Bitte um Billigung durch Herrn BM“ an Vortragenden Legationsrat Schumacher geleitet.
Hat Schumacher am 30. März 1988 vorgelegen, der vermerkte, die Gesprächsaufzeichnung könne mit dem Hinweis verteilt werden, daß sie noch nicht von Genscher gebilligt sei. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 206 (203), Bd. 150963.

ter Evangelidis und Botschafter Graf von der Schulenburg, persönlicher Referent MP und RL 203[2] als Note-taker. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen Fragen der Europäischen Gemeinschaft, das griechisch-türkische Verhältnis und die Entwicklung im Nahen Osten.

Im einzelnen

1) *MP* gab eingangs seiner Freude Ausdruck, daß deutsche Präsidentschaft in EG bisher äußerst erfolgreich verlaufen sei und die schwierigen Fragen der EG-Finanzierung gelöst habe.[3] GRI werde die Nachfolge im EG-Vorsitz in dem von D geprägten konstruktiven Geiste übernehmen.

BM dankte für die Einladung, betonte Entschlossenheit, die ohnehin bereits guten bilateralen Beziehungen fortzusetzen und auszubauen. Er habe mit Vize-AM Pangalos ein gutes Gespräch über die Ziele der griechischen EG-Präsidentschaft geführt.[4] Es komme darauf an, das Momentum in Brüssel zu erhalten. Die nächsten Monate würden für deutsche Präsidentschaft durch die Vorbereitung auf den ER in Hannover[5] bestimmt, der seinerseits den europäischen Binnenmarkt seiner Verwirklichung näherbringen solle. Er erhoffe sich auch Fortschritte bei den Währungsfragen. Er stimme mit Pangalos darin überein, in einem Memorandum die Einsetzung einer Gruppe hochrangiger Währungsexperten vorzuschlagen, um die Währungsfragen auf Expertenebene vorzubereiten. Die Bundesregierung habe hierüber allerdings noch keine Entscheidung getroffen.

Er sei persönlich davon überzeugt, daß der EG-Binnenmarkt nur dann funktionieren könne, wenn die Währungsfragen gelöst würden. Er halte es daher für notwendig, neben den bisher bestehenden großen Währungszonen des Yen- und des Dollar-Bereichs möglichst rasch auch eine ECU-Zone einzurichten, um die EG-Positionen besser verteidigen zu können. Das sei mit einer Währungsunion leichter zu erreichen.

MP stimmte grundsätzlich zu. Vorher müßten allerdings die Meinungsunterschiede in der Gemeinschaft beseitigt werden. GRI müsse zunächst sein eigenes Währungssystem in Ordnung bringen. Noch sei die griechische Inflationsrate zu

2 Karl-Heinz Kuhna.

3 Vgl. dazu die außerordentliche Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel; Dok. 59.

4 Griechenland hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1988 inne.
Im Gespräch mit Bundesminister Genscher führte der stellvertretende griechische Außenminister Pangalos am 28. März 1988 in Athen aus, für Griechenland „bleibe die Liberalisierung des Kapitalverkehrs zur Zeit ein schwieriges Problem". Auf die Frage „nach den Absichten der Bundesregierung, aber auch der Liberalen im besonderen in der Währungspolitik" erklärte Genscher: „Am besten sei es, mit der weiteren Prüfung eine Gruppe von hochrangigen Währungsexperten (wise men) zu beauftragen. Er persönlich halte eine Vereinheitlichung der Währungssysteme für unabdingbar; ohne diese werde die Gemeinschaft künftig nicht funktionieren. P[angalos] stimmte im Prinzip zu, wies aber darauf hin, daß GRI hierbei wegen seiner hohen Inflationsrate noch Schwierigkeiten habe. Athen sei daher reserviert, sei aber andererseits nicht gegen die Vereinheitlichung. BM ergänzte, die Börsenkrise vom Oktober 1987 habe erneut gezeigt, daß Europa eine eigene Zentralbank brauche. Dies sei keine Position seiner Partei, sondern diejenige des Außenministers. Eine Lösung müsse gefunden werden." Zu den Zielen der griechischen EG-Ratspräsidentschaft erläuterte Pangalos: „Ein Schwerpunkt werde bei der EPZ liegen. Unter gri[echischer] Präsidentschaft sollten die AKP-Verhandlungen und die Assoziationsräte mit Malta, Zypern, Algerien und Jugoslawien neue Impulse erhalten. Auch der EG-Abstimmung zur Vorbereitung der nächsten VN-GV messe er große Bedeutung bei. Schließlich sei die GATT-Zwischenbilanz (midterm review) in Montreal innerhalb der EG-Partner vorzubereiten." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 206 (203), Bd. 150963.

5 Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 in Hannover vgl. Dok. 191.

hoch. Für 1988 rechne er nochmals mit einer zweistelligen Inflationsrate, ab 1989 hoffe er auf eine Reduzierung auf einstellige Zahlen. GRI müsse vor allem sicher sein, daß es die wirtschaftliche Lücke zu den übrigen EG-Staaten schließen könne.

In der Vergangenheit sei die Kapitalflucht aus GRI ein Hauptproblem gewesen. Jetzt gebe es aber z. B. keinen Schwarzen Markt für Dollars mehr. Man hoffe auf eine weitere Wirtschaftsexpansion der Gemeinschaft im Gefolge der Entwicklung in D. GRI hänge von seinen stärkeren Partnern ab. Vor diesem Hintergrund befürworte er die Verwirklichung des Binnenmarkts.

BM wies auf Abhängigkeit der Europäer von der Wi-Entwicklung in den USA hin. Er hoffe, daß der Aktienmarkt im Interesse einer kontinuierlichen Wirtschaftsentwicklung bis November stabil bleibe. Bei dem bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel in Toronto[6] müßten die Europäer erneut mit US-Forderungen nach erhöhten Beiträgen zur Stabilisierung der Wirtschaftslage rechnen. US-Finanzminister Baker habe bereits 1987 Sondermaßnahmen der Europäer verlangt.

2) Zur Lage in den USA vor den Präsidentschaftswahlen[7] bemerkte *MP*, Jackson habe bei den Demokraten stark aufgeholt, er sei die dominierende Kraft, wenn auch Dukakis weiter die Nr. 1 bleibe. Jackson habe aber gezeigt, daß es bei den Demokraten noch Alternativen gebe. Dukakis könne mit Jacksons Hilfe Präsident werden. Bei den Republikanern fehle es Bush an persönlicher Ausstrahlung (not a man that attracts). Bush könne von einem starken Demokraten geschlagen werden. Bei den Demokraten sehe er immer noch die Möglichkeit, daß in letzter Minute ein „dark horse", wie z. B. Bradley, auftauche. Ein demokratischer Wahlsieg sei allerdings wegen der abweichenden Wirtschaftsvorstellungen für Europa schlechter.

3) *BM* erläuterte sodann den Stand der Verhandlungen EG/COMECON. Die Einbeziehung Berlins sei gelöst.[8] Rumänien mache allerdings wegen seiner Grenzschwierigkeiten mit Ungarn noch gewisse Probleme. Er hoffe, daß sich diese Fragen in den nächsten Wochen lösen ließen. Sonst bitte er um griechische Unterstützung.

MP erwiderte, er sei jederzeit bereit, mit BUL (Schiwkoff) hierüber zu sprechen. Dieser habe in Bulgarien erstaunliche Leistungen erbracht. In Rumänien verlaufe die Entwicklung ungleich schwieriger. Ceauşescu habe ein striktes Regime errichtet. Möglicherweise müsse man gelegentlich mit einem Umsturz rechnen. Er, MP, könne aber ggf. auch mit Ceauşescu über EG/COMECON sprechen.

BM unterstreicht die Bedeutung des Protokolls EG/COMECON, mit dessen Unterzeichnung die SU und ihre Verbündeten die EG formal anerkennen würden. Die gewandelte Einstellung der SU gegenüber der Gemeinschaft äußere sich auch in einem Schreiben von SU-AM Schewardnadse vom Februar d. J., das er an BM in seiner Eigenschaft als derzeitigen EPZ-Präsidenten gerichtet habe.[9] Die SU nehme insofern eine realistische Haltung ein.

6 Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 19. bis 21. Juni 1988 in Toronto statt. Vgl. dazu Dok. 181–184.

7 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

8 Zu den Gesprächen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 1, Anm. 18.

9 Vgl. dazu die vom sowjetischen Botschafter Kwizinskij Bundesminister Genscher am 4. Februar 1988 übermittelte Nachricht; Dok. 53, Anm. 7.

4) *MP* unterstrich, dieser Wandel in der sowjetischen Haltung äußere sich auch in einer geänderten Einstellung der griechischen KP gegenüber der Gemeinschaft. Während diese bisher die Mitgliedschaft von GRI in der EG strikt abgelehnt hätte, erkläre die KP-Führung nunmehr (auf Weisung aus Moskau), man wolle innerhalb der Gemeinschaft für die politischen Ziele eintreten. Leider zeige sich, daß die griechische KP trotz ihrer Abhängigkeit von Moskau noch nicht auf der verständigungsbereiten Linie Gorbatschows liege. Die KP bleibe mit 10 % Stimmenanteil ein Faktor im politischen Leben Griechenlands, ohne aber entscheidenden Einfluß zu gewinnen. Die Lage bei den griechischen Eurokommunisten sei verworren, nachdem diese sich in vier Splittergruppen geteilt hätten. Sie hätten Rückhalt bei der griechischen Intelligenz, ohne breitere Basis in der Bevölkerung.

Einziger innenpolitisch ernstzunehmender Gegner der PASOK bleibe die Nea Dimokratia unter Mitsotakis. Die nächsten Parlamentswahlen fänden im Juni 1989 statt.[10] Schwierig erscheine ihm noch die Zusammenlegung mit dem Wahltermin für das EP.[11] Dies müsse noch mit Brüssel geregelt werden. Er wolle auf jeden Fall einen vorzeitigen Rücktritt der Regierung vermeiden, um in die Wahlen nicht mit der Belastung als Chef einer Übergangsregierung gehen zu müssen. Dies müsse die EG verstehen.

5) Über die projektierte Rüstungskooperation (MEKO-Fregatten)[12] mit D äußerte sich MP Papandreou zuversichtlich. Er sei von AM Papoulias über jüngsten Stand unterrichtet worden.[13] Er halte den von BM gemachten Vorschlag in seinem Gespräch mit Papoulias[14] für nützlich und hilfreich. Auf dieser Basis solle AM mit Verteidigungsministerium die Position wohlwollend überprüfen.

10 In Griechenland fanden am 18. Juni 1989 Wahlen zum Parlament statt.

11 Die Direktwahlen zum Europäischen Parlament fanden am 15. und 18. Juni 1989 statt.

12 Referat 209 vermerkte am 15. März 1988: „1) Griechenland will vier Fregatten beschaffen. Nach Auswertung der Ausschreibung stehen das NL-Angebot (M-Fregatte) und das D-Angebot (MEKO 200, Hersteller: Blohm & Voss, Vertrieb: Thyssen Rheinstahl Technik) in der engeren Wahl. Lieferanteil für deutsche Industrie bei Zuschlag für MEKO 200 ca. 1 Mrd. DM. 2) Griechenland hat um eine R[üstungs]S[onder]H[ilfe] für das Projekt gebeten, zuletzt mit folgendem Vorschlagspaket: 100 Mio. DM Finanzhilfe für das MEKO-Projekt; 100 Mio. DM Preisnachlaß des MEKO-Konsortiums; Lieferung von 50 Kampfpanzern Leopard I aus Beständen der Bundeswehr (Wert ohne Umrüstung 100 Mio. DM). GRI lehnt eine Finanzierung des Projekts aus der laufenden Verteidigungshilfe (12. Tranche 1989–1991, Volumen: 140 Mio. DM) ab. GRI orientiert sich bei seinen Forderungen zum einen an der RSH für die portugiesischen Fregatten (254 Mio. DM RSH, 140 Mio. DM VH, 96 Mio. DM Preisnachlaß), zum anderen an der RSH an die Türkei (150 Kampfpanzer Leopard I, umgerüstet, Wert: 580 Mio. DM).“ Vgl. Referat 202, Bd. 148854.

13 Staatssekretär Sudhoff übermittelte am 23. März 1988 der Botschaft in Athen ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den griechischen Außenminister Papoulias. Darin schrieb Genscher, daß die Bundesregierung zu einer „sehr bedeutenden Rüstungssonderhilfe“ bereit sei, „falls Griechenland den Auftrag zum Bau von vier Fregatten an das deutsche MEKO-Konsortium vergibt. Diese Rüstungssonderhilfe wird insbesondere in einem Zuschuß in Höhe von 100 Mio. DM zur Finanzierung dieser auf deutschen Werften zu bauenden Fregatten bestehen. Darüber hinaus wird Griechenland in diesem Fall 50 Panzer Leopold I im Wert von 100 Mio. DM erhalten, um dadurch die griechischen Landstreitkräfte zu stärken. Die Bundesrepublik Deutschland ist darüber hinaus bereit, die erforderliche Umrüstung der 50 Panzer auf die griechische Konfiguration zu übernehmen und mit 65 Mio. DM zu finanzieren. Schließlich wäre die Bundesregierung bereit, Griechenland bis zu 28 F-104-Flugzeugen der deutschen Luftwaffe einschließlich Ersatzteilbevorratung sowie Meß- und Prüfgeräten im Werte von 100 Mio. DM zu überlassen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 3340; Referat 202, Bd. 148854.

14 Der griechische Außenminister Papoulias legte am 28. März 1988 gegenüber Bundesminister Genscher dar, daß das Angebot der Bundesregierung „aus griechischer Sicht nicht voll zufriedenstellend“ sei:

Generell plane GRI in der Zukunft eine Reihe von wichtigen Infrastruktur-Maßnahmen; Brückenverbindung Peloponnes–Attika bei Patras, Fluß-Umleitung des Acheloos und weitere Maßnahmen innerhalb der nächsten 15 Jahre. Hier werde GRI nicht nur die Angebote der verschiedenen Konsortien prüfen, sondern politische Entscheidungen im Sinne der EG-Zugehörigkeit treffen. Besonderes Interesse bestehe an weiteren deutschen Investitionen.

BM erwiderte, er halte es für richtig, daß sich bei dem Fregattenprojekt die bilateralen Kommissionen rasch zusammensetzten, um sich über die letzten Einzelheiten zu einigen. Die Bewilligung der Sonderhilfe sei ein wichtiger und schwieriger Schritt im Kabinett gewesen.[15] BM Bangemann komme im April, um über die weitere Wi-Zusammenarbeit zu sprechen. GRI sei ein guter Partner, für den sich der gemeinsame Binnenmarkt vorteilhaft auswirken werde.[16]

6) Auf Bitte BM gab *MP* Überblick über Stand der griechisch/türkischen Beziehungen. Nach der Ägäiskrise vom März 1987[17] sei er zu der Erkenntnis gelangt,

Fortsetzung Fußnote von Seite 549

„1) Griechenland würde einen Proporzsatz der Rüstungssonderhilfe BRD–GRI–Türkei 7:10 begrüßen, wie es im Verhältnis USA–GRI–Türkei üblich sei. Ihm entspräche deutsches Angebot im Hinblick auf Lieferung von 150 Leopard-I-Panzern im Werte von 580 Mio. DM an die Türkei nicht. 2) Da unser Angebot an Griechenland niedriger als unsere letzte Sonderhilfe an Portugal sei, bäte er zu prüfen, ob wir unser Angebot nicht verbessern könnten. BM dankte für die Darlegung und schlug vor, daß beiderseitige Delegationen sich mit der Frage befassen sollten. Deutsche Seite habe aufgrund unserer Haushaltsschwierigkeiten große Probleme gehabt, unser Angebot so zu machen, wie es ist. Er glaube, daß es sich um ein günstiges deutsches Angebot handele und es schwierig sein werde, es zu verbessern." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 206 (203), Bd. 150963.

15 Vortragender Legationsrat von Arnim notierte am 5. April 1988, daß der stellvertretende griechische Verteidigungsminister Yiotas am 29. März 1988 ein Schreiben an Staatssekretär Timmermann, Bundesministerium der Verteidigung, gerichtet habe, „in dem er unter Bezugnahme auf die angebliche Einschätzung von BM, das deutsche Angebot könne noch verbessert werden, vorschlägt, unter Aufrechterhaltung des bisherigen Hilfsangebots im übrigen die Zahl der an Griechenland abzugebenden Panzer von 50 auf 75 Leopard I zu erhöhen". Vgl. Referat 202, Bd. 148854.

16 Botschafter Graf von der Schulenburg, Athen, berichtete am 15. April 1988, daß Bundesminister Bangemann gegenüber der griechischen Regierung erklärt habe, „die Bundesregierung habe davon Kenntnis genommen, daß die grie[chische] Regierung an dem deutschen Angebot interessiert sei, jedoch den Wunsch auf zusätzliche Lieferung von 25 Panzern Leopard I geäußert habe. Die Bundesregierung habe diese Angelegenheit geprüft. Es sei für uns schwierig, in das deutsche Angebot ein weiteres Angebot auf Lieferung von 25 zusätzlichen Panzern […] einzuschließen. […] Die Bundesregierung habe jedoch geprüft, wie dem grie. Wunsche entgegengekommen werden könne. Als Ergebnis biete sie der grie. Seite an, getrennt von dem Abkommen die Lieferung von 25 zusätzlichen Panzern mit Modernisierung entsprechend grie. Spezifikation baldmöglichst, spätestens jedoch im Lauf des Jahres 1990, zuzusagen und hierüber der grie. Regierung einen Letter of Intent zuzustellen. Premierminister Papandreou antwortete, dieses deutsche Angebot sei angenommen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 346; Referat 202, Bd. 148854.
Am 20. April 1988 meldete Oberst i. G. Hülsen, Athen: „Griechischer Verteidigungsrat hat sich am 18.4.88 mittags im Fregattenbauprogramm endgültig für das deutsche Angebot (Thyssen-Rheinstahl, Blohm und Voss, MEKO 200) entschieden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 364; Referat 202, Bd. 148854.

17 Am 26. März 1987 erläuterte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, daß seit dem 15. März 1987 das türkische Meeresforschungsschiff „Piri Reis" in Begleitung eines Zerstörers und eines Kanonenboots zu Forschungszwecken in der Ägäis unterwegs sei und sich am 19. März bis auf 12 sm den griechischen Inseln Limnos, Thassos und der Halbinsel Athos genähert habe. Am 20. März habe das griechische Außenministerium die Vertreter aller NATO-Mitgliedstaaten in Athen einbestellt, „um die NATO-Regierungen über ‚eine neue, sehr ernste und zu tiefer Besorgnis Anlaß gebende türkische Provokation in der Nordost-Ägäis zu unterrichten'. […] Am 24. März 1987 wurden die Missionschefs der NATO-Staaten im türkischen AM über die türkische Haltung unterrichtet: Die griechischen Angaben über die Bewegung der ‚Piri Reis' in der Ägäis träfen zu. […] TUR sei bereit, von militärischem Begleitschutz abzusehen, sofern griechische Seite […] Behinderungen in Zukunft unterlasse." Forschungstätigkeiten in internationalen Gewässern seien nach dem internationalen Seerechtsübereinkommen vom 10. Dezember 1982 eine „klassische Freiheit". Vgl. Referat 203, Bd. 150966.

daß ein bewaffneter Konflikt zwischen beiden Ländern unter allen Umständen vermieden werden müsse. Er habe daraufhin seine bisher ablehnende Haltung zum griechisch/türkischen Dialog geändert, ohne die politischen Positionen aufzugeben. Davos habe sich als neutraler Treffpunkt angeboten.[18] In Davos habe man sich dann auf folgende Grundpositionen geeinigt:

– Kein Krieg, keine Gewalt,
– langfristige Lösung der Probleme suchen,
– Schaffung von Goodwill und Vertrauen als Ausgangsbasis für Fortschritte in Sachfragen.

Als erste Maßnahme habe Özal dann die diskriminierende Gesetzgebung gegenüber den Auslandsgriechen in Istanbul aufgehoben.[19] Die Aufhebung sei inzwischen rückwirkend in Kraft getreten und habe in GRI damit vielen Kritikern der Regierung den Wind aus den Segeln genommen.

Umgekehrt habe GRI zugesagt, das Assoziationsprotokoll EG/TUR zu unterzeichnen.[20] Damit sei der erste Schritt getan. In der NATO werde man sich in wenigen Tagen einigen, die jeweiligen Verteidigungsangaben nicht länger gegenseitig zu blockieren.[21] Noch in dieser Woche werde eine griechisch/türkische Kommission zusammentreten, um über das Problem der Luftraum-Verletzungen zu verhandeln. Diese seien bereits auf ein Zehntel des früheren Umfangs zurückgegangen – unter Beibehaltung der beiderseitigen Rechtsstandpunkte zur Frage der Lufthoheitszonen. Die gemischte griechisch/türkische Kommission, bestehend aus Diplomaten und Offizieren, werde unter Vorsitz der beiden AM tagen. Zielsetzung:

– Reduzierung militärischer Übungen in der Region,
– Festhalten am Modus vivendi, d.h. keine Aufgabe von Rechtsansprüchen, aber praktische Annäherung ohne Gesichtsverlust.

18 Zum Treffen der Ministerpräsidenten Özal und Papandreou am 30./31. Januar 1988 in Davos vgl. Dok. 74, Anm. 8.

19 Im Jahr 1964 erließ die türkische Regierung eine Verordnung, die die Verfügungsrechte griechischer Staatsangehöriger über ihre unbeweglichen Güter in der Türkei einschränkte. Gesandter Reichenbaum, Ankara, berichtete am 9. Februar 1988: „Laut Staatsanzeiger (Resmî Gazete) vom 6.2.1988 ist das Dekret Nr. 6/3801 mit Verbot der Übertragung dinglicher Rechte griechischer Staatsbürger in TUR einschließlich Erbfolge mit Wirkung vom selben Tage aufgehoben worden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 178; Referat 411, Bd. 144912.

20 Am 20. April 1988 unterzeichneten in Brüssel die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten das Protokoll zum Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und der Türkei vom 12. September 1963 im Anschluß an den Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1142 des Botschafters Ungerer, Brüssel (EG), vom 20. April 1988; Referat 206 (203), Bd. 151051.

21 Referat 201 vermerkte am 27. Februar 1986, daß die im Dezember 1984 verkündete neue griechische Verteidigungsdoktrin, wonach Griechenland nicht vom Warschauer Pakt, sondern von der Türkei bedroht werde, das Verhältnis Griechenlands zur Türkei weiter verschlechtert und seine Rolle in der NATO beeinträchtigt habe. In der Folgezeit habe die Türkei das Länderkapitel Griechenland im Rahmen der NATO-Verteidigungsplanung und im Anschluß daran die griechische Regierung das Länderkapitel Türkei blockiert. Vgl. Referat 201, Bd. 143339.
Zum Stand der Arbeiten an den NATO-Streitkräfteziele 1989 bis 1994, über die auf der Sitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 26./27. Mai 1988 in Brüssel entschieden werden sollte, teilte Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), am 10. Mai 1988 mit: „Trotz erneuter Feststellung gegenteiliger Positionen GR und TUR im Zusammenhang mit Lemnos-Frage wurden Vorbehalte lediglich zu entsprechenden Einzelstreitkräftezielen bzw. ‚Force Table' gemacht. Bemühen beider Seiten im D[efence]R[eview]C[ommittee], Zurückhaltung zu zeigen, war deutlich." Vgl. den Drahtbericht Nr. 633; VS-Bd. 12110 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

MP versicherte, der Verständigungsprozess werde in jedem Falle weitergehen, auch wenn im Einzelfalle keine Einigung erzielt werden könne. Türk. MP Özal werde am 13. Juni nach Athen kommen. Dabei werde man auch über die für beide Seiten wichtigen Wi-Fragen sprechen.[22]

6) Als weiteres wichtiges Thema griechisch/türkischer Gespräche bezeichnete MP Papandreou die Zypernfrage. Er habe nach Davos das gemeinsam mit dem damaligen zyprischen Staatspräsidenten ausgearbeitete Angebot einer völligen Demilitarisierung der Insel (d. h. Abzug der türkischen Truppen, Auflösung der zyprischen Nationalgarde, Schaffung einer neutralen Polizeitruppe unter der Ägide des VN-GS) mitgebracht. TUR habe z. Z. ca. 35000 Mann und 300 Panzer auf Zypern stationiert, dazu eine starke Luftwaffe. Für GRI sei ein Schutz der Insel wegen der großen Entfernung schwierig, wenn nicht gar unmöglich. Özal habe sich den griechisch-zyprischen Vorschlag in Davos angehört und jedenfalls nicht „nein" gesagt. Dies werte er, MP, als positives Zeichen.

Auf Frage *BM*, wieviel Entscheidungsspielraum Özal nach griechischer Einschätzung habe, erläuterte *MP*, in TUR gebe es drei Ebenen:

– die Armeen;

– das diplomatische Corps, das in nationalen Fragen eine harte Haltung à la Halefoğlu vertrete;

– die Wirtschaft, die voll hinter Özal stehe.

StPr Evren habe eine starke Stellung. Aber der MP, der bis vor kurzem in der Rangfolge erst an 7. Stelle nach Evren rangierte, habe seine Stellung verbessert. Er gewinne zusehends an Boden.

7) Auf weitere Frage *BM* erläuterte *MP* sodann die möglichen Auswirkungen der griechisch/türkischen Annäherung auf das Assoziationsverhältnis EG/TUR. GRI habe das Assoziationsprotokoll nunmehr unterzeichnet. Die Zustimmung zum 4. Finanzprotokoll[23] sei – wie Pangalos am Morgen BM erläutert habe[24] – von GRI mit der Zypernfrage verbunden worden. Dies solle künftige Konfrontation vermeiden und zu einem Ende der türkischen Besetzung der Insel beitragen. Die Türkei verstehe offenbar, daß eine Regelung der Zypernfrage für GRI wichtig sei.

BM fragte, was Bundesregierung zur Lösung der Zypernfrage beitragen könne. *MP* hierzu: Alles, was dazu beiträgt, Özal zu flexibleren Maßnahmen zu veranlassen, wäre hilfreich.

MP berichtete sodann über seinen ersten Eindruck nach dem Athen-Besuch des neuen zyprischen StPr Vassiliou[25]: Dieser sei hochintelligent; als Geschäfts-

22 Ministerpräsident Özal hielt sich vom 13. bis 15. Juni 1988 in Griechenland auf.

23 Zur Frage einer Freigabe des 4. Finanzprotokolls zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Türkei vgl. Dok. 74, Anm. 5.

24 Der stellvertretende griechische Außenminister Pangalos führte am 28. März 1988 gegenüber Bundesminister Genscher in Athen aus: „Hauptproblem bleibe für GRI das 4. Finanzprotokoll, dessen Zustimmung aus gri[echischer] Sicht von weiterem türkischem Entgegenkommen, namentlich in der Zypernfrage, abhänge." Eine Zustimmung sei „letztlich kein Problem, sofern man einen Weg indirekter Einflußnahme finden sollte, um TUR zu einem Einlenken in den bilateralen Streitfragen mit GRI und besonders in der Zypernfrage zu bewegen. Leider höre man aus TUR immer noch die alten Slogans mit dem Ziel territorialer Ausdehnung." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 206 (203), Bd. 150963.

25 Präsident Vassiliou hielt sich vom 13. bis 17. März 1988 in Griechenland auf.

mann und „business consultant“ sei er die Nummer 1 im Nahen Osten. Seine Qualifikation habe sich auch bei der Durchführung des Wahlkampfs gezeigt: Er habe alles hervorragend geplant und jedes einzelne Dorf auf Zypern besucht. Seine politische Strategie habe V. wie folgt erläutert:

– Er wolle alle zyprischen Gemeinden – also auch die türkisch-zyprischen – in seine Entscheidungen einbeziehen und ihnen damit klarmachen, daß er für die Gesamtbevölkerung handele.
– Er wolle – im Gegensatz zu seinem Vorgänger Kyprianou – die politische Entscheidungsgewalt nicht Athen überlassen, sondern selbst über vitale Fragen der Einheit Zyperns entscheiden. Insofern sei V. unabhängiger als Kyprianou.

Özal habe den Vorschlag Vs zu einem Treffen bisher nicht zurückgewiesen. Nach Jahren der Stagnation müsse man jetzt den Versuch wagen, wieder Bewegung in die Zypernfrage zu bringen, auch wenn dies riskant sei.

Für ihn, Papandreou, stehe dabei die externe Situation der Insel, d.h. die Frage der türkischen Besetzung, im Vordergrund. GRI wolle vor allem vermeiden, durch eine erneute Übernahme von Garantien für Zypern – wie seinerzeit gemeinsam mit TUR und GB[26] – erneut in einen gefährlichen Konflikt hineingezogen zu werden. Die nächsten Schritte müßten daher sorgfältig geplant werden. Die Sachprobleme seien ungelöst.

Zunächst wolle man Özal am 13. Juni in Athen zu seinem ersten offiziellen Besuch angemessen und vernünftig empfangen. Dann werde er selbst nach Ankara gehen, und zwar nach Beendigung der griechischen EG-Präsidentschaft. Wichtig für ihn sei, daß seine ersten Schritte nach Davos in der griechischen Öffentlichkeit begrüßt worden seien. Er habe sich auch der Unterstützung der Armee versichert. Aber die griechisch/türkische Annäherung bleibe ein langfristig angelegter Prozeß, von dem man keine raschen und spektakulären Ergebnisse erwarten könne.

8) Bei einer abschließenden kurzen Erörterung der Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten wies *BM* darauf hin, daß er iranischen AM Velayati auf dessen Bitte am folgenden Morgen (29.3.) in Athen zu einem Gespräch empfangen werde. Namentlich im Iran zeichne sich eine Spaltung der Führungsspitze ab. Der Konflikt Irak/Iran[27] sei eine Belastung der gesamten Region. *MP* kündigte an, er erwäge unter griechische EG-Präsidentschaft eine neue Initiative der EG zur Lösung, etwa in Form eines Vermittlungsangebots.

Mit Sorge verwies MP sodann auf die Entwicklung in den besetzten Gebieten Israels.[28] Selbst die USA hätten kürzlich Israel vor zu massivem Eingreifen (Einsatz von Kampfflugzeugen) gewarnt. Arafat versuche, das Aufflammen des Widerstandes für PLO zu reklamieren. *BM* stimmte zu, daß die Situation in den besetzten Gebieten zunehmend schwieriger geworden sei. *MP* beendete das

26 Auf den Konferenzen von Zürich (5. bis 11. Februar 1959) und London (17. bis 19. Februar 1959) wurde eine Einigung über den künftigen Status von Zypern erzielt. Am 16. August 1960 unterzeichneten Großbritannien, Griechenland, die Türkei und Zypern einen Garantievertrag und Griechenland, die Türkei und Zypern einen Bündnisvertrag. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 382, S. 3–7, bzw. UNTS, Bd. 397, S. 287–295.

27 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 88, Anm. 13.

28 Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada“) vgl. Dok. 83, Anm. 20.

Gespräch mit guten Wünschen für einen weiteren erfolgreichen Verlauf der deutschen Präsidentschaft. GRI wolle hierzu nach besten Kräften beitragen.

Referat 206, Bd. 150963

99

Gespräch des Ministerialdirigenten Fiedler mit dem irakischen Botschafter Ghani

311-321.21 IRK **28. März 1988**[1]

Einbestellung des irakischen Botschafters Ghani am 28.3.1988, außerdem anwesend: ein Dolmetscher der irakischen Botschaft, LR Dr. Ney (Ref. 500), LR Haßmann (Protokollführer).

1) *Dg 31* sprach die Berichte über den Einsatz von C-Waffen an der Nordfront im irakisch-iranischen Krieg[2] an.

Die Bundesregierung sei sehr betroffen über den berichteten Einsatz von C-Waffen bei Halabdscha, wodurch offenbar viele Zivilpersonen den Tod gefunden hätten. Die Anwendung von C-Waffen im Kriege sei absolut verboten, unabhängig davon, ob sie gegen die bewaffneten Streitkräfte oder Zivilisten eingesetzt würden. Rechtfertigungsgründe gebe es nicht. Wir riefen beide Kombattanten auf, den Einsatz von C-Waffen sofort zu beenden.

Unser allgemein gehaltener, keine Namen nennender Hinweis auf das C-Waffen-Verbot des Genfer Protokolls von 1925[3] stelle entgegen der irakischen Auffassung keine Verletzung unserer Neutralität dar. Beide Kombattanten seien dem Protokoll 1929 bzw. 1931 beigetreten.

Auch unsere Demarche beim VN-GS in unserer Funktion als EG-Präsidentschaft[4] stelle keine Neutralitätsverletzung dar. *Botschafter* stellte fest, die

1 Durchschlag als Konzept.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Haßmann gefertigt.
Hat Ministerialdirigent Fiedler am 29. März 1988 vorgelegen.

2 Am 21. März 1988 informierte Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), daß die iranische Regierung VN-Generalsekretär Péréz de Cuéllar über den irakischen Einsatz von Chemiewaffen „im kurdischen Gebiet im Norden des Irak“ in Kenntnis gesetzt habe: „Iran behauptet, daß insgesamt ca. 9000 Menschen durch den CW-Einsatz getötet bzw. verletzt worden sein sollen (ca. 5000 Tote, 4000 Verwundete). Iran fordert Entsendung eines CW-Expertenteams durch die VN nach dem Muster früherer Vorgänge (letzte Entsendung: April/Mai 1987).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 623; Referat 230, Bd. 158102.

3 Für den Wortlaut des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 173–177.

4 Am 24. März 1988 bat Ministerialdirigent Fiedler die Ständige Vertretung bei den VN, VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar folgende Erklärung der EG-Mitgliedstaaten zu übergeben: „The Twelve are deeply concerned at the recent escalation of hostilities in the Iraq/Iran war and at the further attacks on land, in the air and at sea. They are particularly alarmed by the continuation of the war of the cities, military attacks on civilian targets and the reported extensive use of chemical weapons against civilian populations. The Twelve reiterate their strong and unreserved condemnation of the use of chemical weapons and urge all parties to abide by the 1925 Geneva Protocol. They give their

C-Waffen seien auf irakischem Boden gegen das irakische Volk eingesetzt worden. Er ließ es offen, wer die C-Waffen eingesetzt habe, lenkte aber indirekt den Verdacht auf den Kriegsgegner Iran: „Man weiß genau, wo solche Waffen vorhanden sind." Iran habe Halabdscha mit „allen möglichen" Waffen beschossen. Der Vertreter der Bundesrepublik bei den VN[5] habe sicher registriert, daß Iran für den Fall der Fortsetzung des Städtekrieges[6] mit dem Einsatz von C-Waffen gedroht habe.

LR Dr. Ney führte aus, nach dem Völkergewohnheitsrecht dürften nur militärische Ziele angegriffen werden.

Allein die Tatsache, daß die Zivilbevölkerung in die Kampfhandlungen mit einbezogen worden sei, gleichgültig von welcher Seite, mache uns sehr besorgt. Der Hinweis auf diese Völkerrechtsverletzung sei keine Parteinahme im Krieg Irak/Iran.

Botschafter sagte zu, Bagdad über dieses Gespräch zu unterrichten. Auf Nachfrage von Dg 31 hin kündigte er endgültigen Bescheid bezüglich des Besuches von AM Tariq Aziz „in ein bis zwei Tagen" an.[7]

2) Botschafter dankte für die Gelegenheit, ein wichtiges Anliegen vorzubringen: Er bat dringend, den polizeilichen Schutz für Kanzlei und Residenz durch Aufstellung eines ständigen Postens zu verbessern. Ihm lägen „präzise Informationen" vor, daß Terrorgruppen Anschläge gegen irakische Einrichtungen planten. Vorfälle ähnlich wie im Iraqi Airways-Büro in Frankfurt[8] habe es bereits in Paris, bei der irakischen Botschaft in Stockholm und zuletzt, „vor einer Stunde", in Wien gegeben; dort sei es sogar zum Schußwechsel gekommen. Hier in Bonn sei trotz mehrerer Verbalnoten[9] und telefonischer Erinnerungen im Auswärtigen Amt keine verbesserte Bewachung eingeführt worden. Auch Bagdad habe sich bereits nach dem Sachstand erkundigt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 554

full support to the United Nations Security Council statement of 16 March 1988. They also fully support the UN Secretary General's statement of 22 March 1988 and the efforts which he is undertaking. The Twelve reiterate their strong appeal for the speedy and full implementation of UN Security Council Resolution 598, in particular by the observance of an immediate cease-fire, and urge the belligerents to cooperate fully with the UN Secretary General to that end." Vgl. den Drahterlaß; Referat 230, Bd. 158102.

5 Alexander Graf York von Wartenburg.

6 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 88, Anm. 13.

7 Zum Besuch des irakischen Außenministers Aziz am 29./30. Juni 1988 vgl. Dok. 190 und Dok. 192.

8 Vortragender Legationsrat I. Klasse Dassel notierte am 23. März 1988: „BR Fahad, irakische Botschaft, teilt mir heute morgen gegen 11 Uhr telef. mit, daß etwa 50–70 Iraner in das Iraqi Airways Büro in der Frankfurter Innenstadt eingedrungen seien und sich dort verschanzt hätten. Er bat um Schutz und Intervention. Die Polizei sei bereits unterrichtet. Ich unterrichtete daraufhin BMI und BKA. BKA […] rief soeben zurück und teile mit, daß die Polizei Frankfurt das Büro gestürmt und 18 Personen (v. a. irakische Kurden) festgenommen habe, die angaben, aus Protest gegen berichteten CW-Einsatz des Irak in der Kurdenregion gehandelt zu haben. Ich habe Fahad/IRK-Botschaft unterrichtet, daß die Polizei das Büro gestürmt habe und Festnahmen erfolgt seien." Vgl. Referat 311, Bd. 154120.

9 Mit Verbalnote vom 29. Januar 1988 informierte die irakische Botschaft das Auswärtige Amt darüber, daß „Feinde und Terrorgruppen Attentate auf die Sicherheit der Botschaft und Botschaftsangehörigen sowie die Residenz in Annaberger Straße 289 in Bonn-Bad Godesberg verüben sollen. Die Botschaft bittet das Auswärtige Amt um besondere Berücksichtigung dieses Falles sowie Verschärfung der Sicherheits- und Bewachungsmaßnahmen der Botschaft und Residenz." Vgl. Referat 311, Bd. 154120.
In weiteren Verbalnoten vom 23. und 24. März 1988 wies die irakische Botschaft erneut auf Bedrohungen hin und bat darum, die Sicherheit von Botschaft und Residenz zu gewährleisten. Vgl. dazu Referat 311, Bd. 154120.

Dg 31 wies auf die Zuständigkeit des Protokolls hin, sagte aber zu, sich sofort für eine bessere Bewachung einsetzen zu wollen. Auf die irakischen Hinweise sei die „Bestreifung“ schon intensiver geworden. Soweit uns bekannt sei, habe die Polizei in Bonn personelle Engpässe.[10]

Referat 701 wurde vorab von Vorstehendem unterrichtet.

Referat 311, Bd. 154120

100

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

431-493.15 ARG-213/88 geheim **28. März 1988**[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Betr.: Multilateral abgestimmte Exportpolitik auf dem Gebiet der Trägertechnologie;
hier: US-Demarche vom 14.1.1988 betr. angebliche Kooperation MBB/Argentinien

Bezug: 1) US Non-paper vom 14.1.1988, Az.: 431-493.15 13/88 VS-geh.[3]
2) Ihre Weisung auf Vorlage 431-493.15 ARG 14/88 VS-geh. vom 14.1.1988[4]
3) Vorl. 431-493.15 ARG 81/88 VS-geh. vom 5.2.1988[5]

10 Gesandter Holtermann teilte am 31. März 1988 der Botschaft in Bagdad mit: „Polizei hat seit einer Woche verstärkte Schutzmaßnahmen für irakische Botschaft und Residenz ergriffen. Ab heute ist das Gelände an der Kanzlei (Bürgersteig) abgesichert und ein Panzerwagen aufgefahren. Hintergrund ist die heutige Besetzung der Büros von Arabischer Liga und UNHCR und neue Drohungen gegen Irak. Einsatzdauer bis voraussichtlich Dienstag unter Berücksichtigung der weiteren Entwicklung.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 311, Bd. 154120.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner und Legationsrat I. Klasse Ammon konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 30. März 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Zur Ebene der Gesprächspartner im BMWi brauchen wir uns wohl nicht zu äußern (der letzte Satz ist mir nicht ganz verständlich). Ich würde vorziehen, wenn wir – wie die USA – nur ein ‚Non-paper‘ übergeben. ChBK sollte (durch BMWi?) unterrichtet werden.“
Hat Ministerialdirektor Jelonek am 31. März 1988 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Pabsch und Referat 431 verfügte.
Hat Pabsch am 31. März 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „(Er stand vor Dg 42).“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner am 31. März 1988 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Ammon verfügte.

3 Für das amerikanische Non-paper „Missile Technology Control Regime: Demarche on Condor II/Vector Program“ vgl. VS-Bd. 14539 (431).

4 Vortragender Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner notierte, der amerikanische Botschafter Burt habe Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, vorgetragen, daß die Firma MBB seit 1982 an der Entwicklung der argentinischen Mittelstreckenrakete „Condor II/Vector“ beteiligt sei. An dem Projekt seien neben Argentinien auch Ägypten und der Irak beteiligt: „MBB als Hauptauftragnehmer sowie die deutschen Firmen MAN Technologie und Wegmann trügen unter Verstoß gegen die multilateral abgestimmte Exportpolitik auf dem Gebiet der Trägertechnologie maßgeblich zu dem Condor II/

Anlg.: Aide-mémoire zu angeblicher Beteiligung deutscher Firmen am argentinischen Condor II/Vector-Programm[6]

Zweck der Vorlage: Billigung des anliegenden Aide-mémoires und Zustimmung zu Ziffer 5

1) US-Botschafter Burt hat am 12.1.1988 im Bundeskanzleramt bei MD Teltschik wegen angeblicher Verstöße deutscher Unternehmen, insbesondere der Firma MBB, gegen das Trägertechnologiekontrollregime (TTR)[7] demarchiert. Im Vordergrund der US-Demarche stand der Vorwurf einer angeblichen führenden Beteiligung der Firma MBB an der Entwicklung der argentinischen Rakete Condor II/ Vector.

2) Nachforschungen des BMWi, die von Erkenntnissen des BND gestützt werden, ergaben folgendes Bild:

MBB war an der Entwicklung der als Höhenforschungsrakete konzipierten Condor I Anfang der 80er Jahre beteiligt. Diese Rakete ist wegen unzureichender Zielgenauigkeit nicht militärisch verwendbar. Das Nachfolgeprojekt Condor II/ Vector, das in Zusammenarbeit mit Ägypten realisiert wird, ist hingegen für militärische Verwendungen ausgelegt (800 km Reichweite, 500 kg Nutzlast, hohe Zielgenauigkeit) und fällt unter die Beschränkungen des TTR. MBB hat die Mitarbeit an diesem Projekt nach Gesprächen mit der Bundesregierung Ende 1985 abgebrochen, bevor es zur Lieferung von Technologie oder Hardware kommen

Fortsetzung Fußnote von Seite 556

Vector-Entwicklungsprogramm bei. MBB habe dem Projekt seit 1982 sowohl trägertechnologierelevante Gegenstände als auch technisches Wissen zukommen lassen und setze die direkte Beteiligung durch Tochtergesellschaften und vorgeschobene Zwischenfirmen sowohl in der Bundesrepublik als auch in den nicht am Trägertechnologie-Exportkontrollregime beteilgten Staaten Schweiz, Österreich und Monaco fort. […] Im übrigen bestünde auch der Verdacht, daß MBB amerikanisches Know-how unzulässigerweise an Argentinien weitergegeben habe." Auf der Aufzeichnung vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Dg 43 b[itte] R[ücksprache]." VS-Bd. 14539 (431); B 150 Aktenkopien 1988.

5 Ministerialdirektor Jelonek vermerkte, daß der israelische Botschafter Ben-Ari mit Schreiben vom 26. Januar 1988 an Bundesminister Genscher darüber informiert habe, daß Argentinien, Ägypten und der Irak unter Mithilfe von Firmen aus der Bundesrepublik, darunter Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB), Gildemeister AG, Bayern-Chemie, Wegmann & Co. und MAN, an „Entwicklung und Bau einer ‚Langstreckenrakete' (Reichweite ca. 800 km)" arbeiteten. Jelonek erläuterte, daß das Auswärtige Amt die Zusammenarbeit mit Argentinien zunächst „im Hinblick auf die argentinischen Bemühungen um die Schaffung einer eigenen Nutzlastkapazität für Satelliten nicht als politisch sensitiv" einschätzte: „Erst im März 1985, als die an der Ausarbeitung des Trägertechnologie-Exportkontrollregimes beteiligten Regierungen von D, F, I, J, KAN, UK und USA sich auf eine vorläufige Anwendung der Trägertechnolgie-Richtlinien (TT-RL) verständigt hatten, war ein erneuter amerikanischer Hinweis auf eine – nunmehr im Widerspruch zu der Zielsetzung der TT-RL stehende – Beteiligung von MBB am Condor II/Vector-Projekt Anlaß, dem behaupteten Sachverhalt nachzugehen." Die Firma MBB habe versichert, „keine nach dem Außenwirtschaftsgesetz bzw. nach der Außenwirtschaftsverordnung genehmigungspflichtigen Lieferungen ausgeführt und auch nicht in unzulässiger Weise US-Technologie weitergegeben zu haben." Angesichts der politisch nicht erwünschten Mitarbeit an dem Projekt habe sie „die Kooperation mit Argentinien zum Jahresende 1985" eingestellt. Vgl. VS-Bd. 14539 (431); B 150, Aktenkopien 1988.

6 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Die Stellungnahme der Bundesregierung wurde am 5. April 1988 in Form eines Non-papers übergeben. Vgl. VS-Bd. 14539 (431); B 150, Aktenkopien 1988.

7 Am 16. April 1987 wurde von der Bundesregierung bekanntgegeben, daß am 7. April 1987 ein Kontrollregime für den Export von Trägertechnologie in Kraft gesetzt worden sei. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 94.
Für die Richtlinien sowie die Technische Liste des Exportkontrollregimes vgl. Referat 431, Bd. 153195.

konnte. Technische Unterstützung für das Projekt Condor II/Vector leistet jedoch weiterhin die in Monaco ansässige Fa. CONSEN (Tochterfirmen in D, AUT, CH und I), die nach Ausstieg von MBB aus dem Vorhaben eine Reihe führender Mitarbeiter dieses Unternehmens abgeworben hat. Die Firma MBB hat glaubhaft versichert, daß sie keinerlei geschäftliche Beziehungen zu CONSEN unterhält.

3) Der amerikanische Vorwurf, daß in diesem Zusammenhang Pershing-II-Technologie illegal von MBB nach Argentinien transferiert wurde, trifft nach Erkenntnissen des BMWi nicht zu. Für diese Ansicht spricht, daß die Zusammenarbeit zwischen MBB und dem Pershing-Hersteller Martin Marietta (Technex Projekt) erst seit 1986, d.h. nach Abbruch der Kooperation mit Argentinien, besteht.

4) In der amerikanischen Demarche wird ferner behauptet (Punkt 15), daß MBB an der Ausrüstung einer militärischen Forschungs- und Entwicklungseinrichtung im Irak (Saad 16) beteiligt sei. Die Nachforschungen des BMWi haben ergeben, daß die deutsche Firma Gildemeister mit MBB als Unterauftragnehmer tatsächlich eine führende Rolle bei der Einrichtung dieses Forschungszentrums spielt. Das BMWi ging bisher bei der Erteilung der erforderlichen Ausfuhrgenehmigungen für das Projekt davon aus, daß die Anlage nicht der behaupteten Entwicklung und dem Bau von Raketen dient.[8]

Die Tatsache, daß bei der 1983 erfolgten Lieferung eines Realzeitsimulators, der zu 90% US-Komponenten enthielt, vom amerikanischen Handelsministerium eine Reexport-Lizenz für den Irak erteilt wurde, läßt nach Ansicht des BMWi den Schluß zu, daß auch die USA zumindest zu diesem Zeitpunkt die Bedeutung von Saad 16 ähnlich beurteilten wie wir.

Auf unsere Bitte hin wird das BMWi und das BAW[9] die seit 1985 genehmigten Exportanträge für Saad 16 erneut unter dem Blickwinkel der TTR überprüfen. Bis zum Vorliegen dieser Ergebnisse ist eine abschließende Bewertung der amerikanischen Vorwürfe nicht möglich. Vom BMWi war zwischenzeitlich zu erfahren, daß für Exportanträge der Firma Gildemeister in diesem Zusammenhang seit ca. sechs Monaten keine Genehmigungen mehr erteilt werden.

5) Das BMWi hat vorgeschlagen, die US-Demarche anhand des anliegenden Aidemémoires durch den für Außenwirtschaftspolitik zuständigen Unterabteilungsleiter im BMWi, Herrn MDg Abel, gegenüber einem Vertreter der US-Botschaft beantworten zu lassen.

Aus Sicht von Abteilung 4 sollten wir wegen der besonderen Verantwortung des BMWi in dieser Frage diesem Vorschlag zustimmen.[10]

8 Legationsrat I. Klasse Ammon vermerkte am 25. März 1988 über eine Ressortbesprechung am 21. März 1988, daß über die Aufgaben des nordirakischen Forschungszentrums „Saad 16“ und der Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik nach wie vor Unklarheit bestehe. Auf Nachfrage habe das Bundesministerium für Wirtschaft, das Einsicht in den Vertrag zwischen der irakischen Regierung und der Firma Gildemeister AG habe, erklärt, daß das Forschungszentrum „lediglich als ‚multi-purpose facility‘ bezeichnet werde. Man gehe jedoch davon aus, daß es u.a. auch militärischen Zwecken diene. Eine Beurteilung der Zweckbestimmung anhand der ausgeführten Gegenstände sei schwierig; nach Beurteilung des BMWi handele es sich hierbei um Lieferungen, wie sie für Forschungslabors typisch seien.“ Vgl. VS-Bd. 14539 (431); B 150, Aktenkopien 1988.

9 Bundesamt für Wirtschaft.

10 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

Nach 6.7.3.3. des Leitfadens ist das Auswärtige Amt für die Unterrichtung zuständig. Ich halte es jedoch für zulässig, daß AA dies an BMWi „abgibt". Angesichts Bedeutung der Angelegenheit sollte AA jedoch anwesend sein.

Zur „richtigen" Ebene im BMWi sollten wir uns nicht äußern. Die hängt auch ab vom Gespräch MD Teltschik ./. Botschafter Burt.[11]

Jelonek

VS-Bd. 14539 (431)

101

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

202-321.90 FRA **31. März 1988**[1]

Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: Vertragsgesetz zu den Protokollen vom 22. Januar 1988 zum Vertrag vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit über die Schaffung eines deutsch-französischen Verteidigungs-

11 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager durch Fragezeichen hervorgehoben.
Legationsrat I. Klasse Ammon notierte am 5. April 1988, daß Ministerialdirigent Abel, Bundesministerium für Wirtschaft, am selben Tag dem amerikanischen Botschaftsrat Parker ein Non-paper übergeben und dabei unterstrichen habe, „daß keinerlei Hinweise für eine Beteiligung der Firma MBB an dem Projekt Condor II/Vector festgestellt werden konnten." Als erste Reaktion habe Parker ausgeführt, „daß hiermit nur ein Dementi in Sachen MBB auf den Tisch gelegt würde. Die USA seien beunruhigt über den möglichen Abfluß deutscher relevanter Technologie nach Argentinien." Auf den Hinweis von Abel, daß der Antwort der Bundesregierung „auch eigene Recherchen zugrunde gelegen hätten" und „Nachforschungen in anderer Richtung nur nach Vorliegen von weiteren Hinweisen erfolgen" könnten, habe Parker erwidert, „daß dies möglicherweise auf Bedenken bei den amerikanischen Geheimdiensten stoßen könnte, die ihre Quellen schützen müßten. MDg Abel beendete das Gespräch mit dem Hinweis, daß die Bundesregierung sich bemüht habe, USA eine ins einzelne gehende Antwort auf deren Fragen und Besorgnisse zu geben. Dies sei in diesem Grad international nicht allgemeine Praxis. Die deutsche Seite sei jedoch grundsätzlich weiterhin zur Kooperation mit den USA bereit, um die Durchsetzung des Regimes sicherzustellen." Vgl. VS-Bd. 14539 (431); B 150, Aktenkopien 1988.

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 31. März 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wir sollten jetzt erst einmal abwarten, bis das BK Amt sich äußert."

3 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich bitte mit aller Konsequenz auf unserem Standpunkt zu beharren. Wir sind federführend, wir können die Sache nicht unbefristet liegenlassen. Wie ist die Terminlage? [Ratifizierung] muß vor der Sommerpause abgeschlossen werden."
Hat Ministerialdirigent Jansen am 26. April 1988 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 202 verfügte und handschriftlich vermerkte: „BM ist über Haltung von BM Schäuble unterrichtet."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff am 26. April 1988 erneut vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen „m[it] d[er] B[itte] u[m] Gelegenheit zur R[ück]spr[ache]" verfügte.

und Sicherheitsrates, über die Schaffung eines deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrates[4];
hier: Stand der Angelegenheit

Bezug: Vorlage UA 20 vom 21.3.1988 – 202-321.90 FRA[5]

Anlg.: 1[6]

1) Unser Entwurf einer Kabinettsvorlage in o. a. Angelegenheit[7] ist auf Veranlassung BK seit dem 18.3.1988 zurückgestellt, da BK mit Bundesbankpräsident Pöhl sprechen will, offensichtlich über die Klarstellung der Unabhängigkeit der Bundesbank (vgl. Bezugsvorlage). Um das Verfahren wieder in Gang zu setzen, machte StS Tietmeyer mir am 28.3.1988 folgenden Lösungsvorschlag, mit dem die Bundesbank, die Kritiker in den Koalitionsfraktionen und das frz. Finanz- und Wirtschaftsministerium einverstanden seien:

Ausgehend von der Tatsache, daß Art. 59 Absatz 2 des Grundgesetzes[8] die Zustimmung oder Mitwirkung der jeweils für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes vorsehe für Verträge,

– welche die politischen Beziehungen des Bundes regeln

– oder sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen,

wobei beide Wege unabhängig voneinander bestehen, möchte das BMF unterstreichen, daß es sich bei den Zusatzprotokollen um Verträge handelt, welche die politischen Beziehungen des Bundes regeln. Dementsprechend soll in dem Zustimmungsgesetz[9] zum Ausdruck gebracht werden:

4 Für den Wortlaut der Protokolle vom 22. Januar 1988 zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 über die Schaffung eines deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrats bzw. über die Schaffung eines deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrats vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 1152–1156.

5 Vortragender Legationsrat I. Klasse Holthoff vermerkte: „Die Zuständigkeit für das Protokoll über die Schaffung eines deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrates liegt gemeinsam beim Auswärtigen Amt und dem BMVg, für das Protokoll über die Schaffung eines deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrates beim BMF und BMWi. Da die beiden Protokolle in Übereinstimmung mit dem Vorgehen auf französischer Seite in einem Zustimmungsgesetz den gesetzgebenden Körperschaften zugeleitet werden sollen, ist eine gemeinsame Kabinettvorlage vorgesehen, die von allen für die geregelte Materie zuständigen Ministern unterschrieben wird." Das Auswärtige Amt habe nach einer Ressortbesprechung am 1. März und einem Koalitionsgespräch am 4. März einen Entwurf der Kabinettvorlage mit der Bitte um Zustimmung bis zum 24. März 1988 übermittelt, „um eine Behandlung im Kabinett am 19.4.1988 zu ermöglichen". Eine weitere Abstimmung des Entwurfs sei jedoch unterblieben, da nach Angaben der Bundesministerien der Finanzen und für Wirtschaft noch keine endgültige Klarheit darüber bestehe, wie die Unabhängigkeit der Bundesbank sichergestellt werden könne. Alternativen seien eine Klarstellung im Vertragstext oder in der Denkschrift: „Nach unserer Kenntnis […] hat sich die Koalitionsrunde darauf geeinigt, die Klarstellung nach innen in die Denkschrift aufzunehmen." Vgl. Referat 202, Bd. 140647.

6 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 5.

7 Vortragender Legationsrat I. Klasse Holthoff übermittelte am 17. März 1988 dem Bundeskanzleramt sowie den Bundesministerien der Finanzen, des Innern, der Justiz, der Verteidigung und für Wirtschaft den Entwurf einer Kabinettvorlage zum Gesetz zu den Protokollen vom 22. Januar 1988 zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963. Der Entwurf umfaßte einen Beschlußvorschlag, ein Vorblatt zum Gesetzentwurf, einen Entwurf des Vertragsgesetzes, eine Begründung zum Vertragsgesetz, die Protokolltexte, eine Denkschrift zum Vertrag sowie einen Sprechzettel für den Regierungssprecher. Vgl. dazu Referat 202, Bd. 140647.

8 Für den Wortlaut des Artikels 59 Absatz 2 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 7.

9 Die Wörter „in dem Zustimmungsgesetz" wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Laut Abt[ei]l[un]g 5 sollte es heißen: ‚geltendes Recht wird nicht berührt'."

– „bundesgesetzliche Regelungen werden nicht berührt".

In der Begründung des Zustimmungsgesetzes soll für die Öffentlichkeit klargestellt werden, daß das Bundesbankgesetz[10] durch das Zusatzprotokoll über den deutsch-französischen Wirtschafts- und Finanzrat nicht berührt wird.

StS Dr. Tietmeyer würde, wenn das AA – und das BMVg, das vom AA eingeschaltet werden soll – mit dem Vorschlag des BMF einverstanden sei, BM Dr. Schäuble über die Einigung unterrichten und ihm vorschlagen, angesichts einer solchen Einigung von dem vorgesehenen Gespräch auf politischer Ebene abzusehen und der Fertigstellung und Einbringung der Kabinettsvorlage zuzustimmen.

2) Die Aufnahme einer Unberührtheitsklausel im Gesetzestext (und ihre Erläuterung in der Gesetzesbegründung) ist – auch in Hinblick auf den Verteidigungs- und Sicherheitsrat (so auch BMVg) – grundsätzlich möglich. Diese Option wurde bereits in der Ressortbesprechung vom 1.3.1988 geprüft, wurde aber nur vom BMF und BMI befürwortet. BMJ wies darauf hin, daß nach der Praxis der Bundesregierung grundsätzlich selbst Vorbehalte nicht im Vertragstext, sondern nur in der Denkschrift erwähnt werden. Eine Klarstellung in der Denkschrift wurde hingegen von allen Ressorts als geeigneter Weg angesehen, zumal die Denkschrift bei den Beratungen des Deutschen Bundestages eine zentrale Bedeutung hat.

3) Gegen diesen Vorschlag spricht, daß

– wir uns in der Ressortbesprechung vom 1.3. eindeutig dafür ausgesprochen haben, die Klarstellung der Unabhängigkeit der Bundesbank nur in die Denkschrift aufzunehmen[11];
– sich die Koalitionsrunde vom 4.3. darauf geeinigt hat, die Klarstellung nach innen in die Denkschrift aufzunehmen;
– die Bundesbank diesen Weg zu akzeptieren bereit ist, wenn im Außenverhältnis gegenüber dem Vertragspartner eine eindeutige Klarstellung erfolgt (Gespräch Teltschik/Pöhl vom 14.3.);
– es für die frz. Seite, die über den Stand der Meinungsbildung genau unterrichtet sein dürfte, einen Unterschied macht, ob wir eine Unberührtheits-

10 Für den Wortlaut des Gesetzes vom 26. Juli 1957 über die Deutsche Bundesbank vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil I, S. 745–755.

11 Mit Drahterlaß vom 2. März 1988 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Holthoff dem Bundeskanzleramt sowie den Bundesministerien der Finanzen, des Innern, der Justiz, der Verteidigung und für Wirtschaft den Ergebnisvermerk über die Ressortbesprechung vom 1. März 1988. Darin hieß es: „Zwischen den Ressorts bestand Konsens, daß […] die Unabhängigkeit der Bundesbank durch Schaffung des deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrates und die Teilnahme des Präsidenten der Bundesbank an ihm nicht angetastet wird. […] Eingehende Erörterung der politischen Frage, ob und wie […] nach innen (gegenüber Bundesbank und Bundestag) und nach außen (gegenüber Frankreich) klargestellt werden sollte, ergab: Innenverhältnis: a) Eine Präambel zum Zustimmungsgesetz wird von keinem Ressort vorgeschlagen, wobei die äußerst schädlichen außenpolitischen Wirkungen einer Präambel angesichts des Präzedenzfalls von 1963 von allen Ressorts gesehen werden. b) Eine Unberührtheitsklausel im Zustimmungsgesetz selbst wird zwar als verfassungsrechtlich grundsätzlich möglich angesehen, aber von keinem Ressort befürwortet. […] c) Eine Klarstellung in der Denkschrift zum Zustimmungsgesetz wurde hingegen von allen Ressorts als geeigneter Weg angesehen, zumal die Denkschrift bei den Beratungen des Deutschen Bundestages eine zentrale Bedeutung hat." Schließlich könnte gegenüber Frankreich auf der ersten Sitzung des deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrates „die Haltung der Bundesregierung […] in Anwesenheit der Bundesbankpräsidenten klargestellt und zu Protokoll genommen oder, falls es keine offiziellen Protokolle gibt, schriftlich übermittelt werden". Vgl. Referat 202, Bd. 140647.

klausel nun doch in den Gesetzestext aufzunehmen bereit sind oder ob diese (gegebenenfalls) erst im Gesetzgebungsprozeß erfolgt;

– BK das Verfahren bis auf weitere Mitteilung angehalten hat.

4) Ich habe StS Tietmeyer am 31.3.1988 mitgeteilt, daß nach sorgfältiger Überprüfung das Auswärtige Amt an der aus Ressortbesprechung und Koalitionsgespräch bekannten Position festhalte, wonach wir eine Klarstellung der Unabhängigkeit der Bundesbank in der Denkschrift für juristisch ausreichend und frankreich-politisch am angemessensten halten.[12] Da BK die Angelegenheit bis auf weitere Mitteilung aufgehalten habe, schlage er vor[13], daß StS Tietmeyer versuche, den Meinungsbildungsprozeß über ChBK wieder in Gang zu setzen. Auch wir seien an einer möglichst baldigen Einbringung der Kabinettsvorlage interessiert.

StS Tietmeyer erwiderte, er habe mit seinem Anruf vom 28.3.1988 dem Auswärtigen Amt die Sicht des BMF in dieser Angelegenheit darlegen wollen, auch im Hinblick auf kommende Gespräche auf politischer Ebene. Wenn es nicht zur Aufnahme einer Klarstellung im Gesetzestext (und ihrer Erläuterung in der Gesetzesbegründung) komme, sehe er großen Streit in den Koalitionsparteien voraus. Seine Gespräche mit französischen Partnern hätten ergeben, daß Balladur mit dieser Lösung keine Schwierigkeiten haben würde. Ich habe darauf hingewiesen, daß man zum Gesamtbild der offiziellen französischen Meinung auch die Auffassungen des Élysée und des Matignon brauche, die zu gegebener Zeit durch Chef BK eingeholt werden könnten.

StS Tietmeyer stimmte mir zu, daß der Ball nach wie vor im Bundeskanzleramt liege. Er wird sich mit BM Schäuble in Verbindung setzen, um den Meinungsbildungsprozeß von dort aus voranzubringen. Er betonte noch einmal, daß es ihm vor allem darum gegangen sei, das AA frühzeitig von dem Ergebnis seiner Überlegungen und Besprechungen zur Vorbereitung der weiteren Meinungsbildung zu unterrichten.[14]

Richthofen

Referat 202, Bd. 140647

12 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

13 Die Wörter „schlage er vor" wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er: „Wer ist ‚er'?"
Dazu vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Muß ‚ich' wissen."

14 Ministerialdirigent von Ploetz notierte am 5. Mai 1988: „Chef BK hat nach hiesiger Kenntnis bis heute keine Schritte unternommen, um den Meinungsbildungsprozeß voranzubringen. Inzwischen hat die französische Seite ihren Gesetzentwurf nach Billigung durch das Kabinett ins Parlament eingebracht. […] Bei uns ist durch das Anhalten des Abstimmungsverfahrens (18.3.) die ursprünglich aus politischen Gründen angestrebte synchrone Behandlung in Frage gestellt. Auch wenn das Ziel einer abschließenden parlamentarischen Behandlung vor der Sommerpause aufgrund der Terminlage in Frage gestellt zu sein scheint, sollte doch alles daran gesetzt werden, um das durch die Unterzeichnung der Protokolle geschaffene Momentum in den deutsch-französischen Beziehungen zu erhalten. Daher erscheint es unerläßlich, den Gesetzesentwurf so bald wie möglich im Kabinett zu behandeln und ihn dem Parlament zuzuleiten." Ploetz schlug vor, daß Staatssekretär Sudhoff „am Rande der Sitzung der beamteten Staatssekretäre am 9. Mai BM Schäuble erneut auf die Dringlichkeit einer Klärung der noch offenen Fragen ansprechen" solle. Vgl. Referat 202, Bd. 140648.

102

Botschafter Freitag, Teheran, an das Auswärtige Amt

114-11601/88 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 377
Citissime

Aufgabe: 1. April 1988, 10.30 Uhr[1]
Ankunft: 1. April 1988, 14.27 Uhr

Betr.: Gespräch D3 mit iran. MP Mussawi in Teheran am 31.3.88, 16.00 Uhr[2]

M. hieß D3 willkommen und erinnerte sich an frühere Zusammentreffen.

D3 drückt Anteilnahme der Bundesregierung zu Verlusten Irans durch Städtekrieg und chemische Waffen aus.[3] Für Bundesregierung sei chemische Kriegführung gegen Zivilbevölkerung und Soldaten unannehmbar.

D3 übergab Schreiben BK Kohl an PM Mussawi[4], verbunden mit besten Wünschen für PM[5] und iranisches Volk. Nachdem PM Schreiben BK in Übersetzung durchgelesen hatte, gab D3 auf Bitte PM folgende zusätzliche Erläuterung:

Anlaß für vorliegendes Schreiben BK zum jetzigen Zeitpunkt sei das Ausbleiben von Nachrichten über das Befinden von R. Cordes im Libanon.[6] Es gebe beunruhigende Informationen – unter anderem, daß Cordes seelisch schwer erkrankt sei. Der Bundesregierung sei bekannt, daß Gruppen, die C. weiterhin festhalten, auf Irans Stimme hörten. Dies sei der Grund, warum sich Bundesregierung nochmals an Iran mit der Bitte um Hilfe im Falle C. wende. Bundesregierung habe positives Signal durch Nichtauslieferung Hamadis an die USA gegeben.[7] Hamadi müsse sich jedoch vor deutscher Gerichtsbarkeit verantworten.

1 Hat Staatssekretär Sudhoff am 9. April 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 11. April 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Richter verfügte.
Hat Richter am 11. April 1988 vorgelegen.

2 Ministerialdirektor Schlagintweit hielt sich vom 30. März bis 1. April 1988 im Iran auf.

3 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 88, Anm. 13.
Zum Einsatz von Chemiewaffen durch den Irak vgl. Dok. 99.

4 Ministerialdirektor Schlagintweit übermittelte am 24. März 1988 der Botschaft in Teheran ein Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Ministerpräsident Mussawi. Zu den Entführungsfällen deutscher Staatsangehörige im Libanon legte Kohl dar: „Von den drei deutschen Geiseln im Libanon haben inzwischen auch zwei – Alfred Schmidt und Ralph Schray – ihre Freiheit wiedererlangt. Für die hilfreiche Rolle, die der Iran hierbei gespielt hat, möchte ich Ihnen […] meinen aufrichtigen Dank aussprechen. Um so größer ist die Sorge um den dritten Deutschen, Rudolf Cordes, […]. Bei der Befreiung von Rudolf Cordes, der ein unschuldiges Opfer erpresserischer Gewalt ist, können sich unsere gemeinsamen Überzeugungen, dem internationalen Terrorismus mit Festigkeit und Härte zu begegnen, erneut bewähren. Angesichts Ihres großen Einflusses im Libanon vertraue ich darauf, daß es Ihnen möglich sein könnte, eine baldige Lösung zum Guten auch für Rudolf Cordes herbeizuführen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 158; VS-Bd. 13646 (310); B 150, Aktenkopien 1988.

5 Korrigiert aus: „PK“.

6 Zur Entführungsfall Cordes im Libanon vgl. Dok. 16, Anm. 4.

7 Zum Fall des in Frankfurt am Main inhaftierten libanesischen Staatsangehörigen Hamadi vgl. Dok. 56, Anm. 28.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Bosch informierte am 14. April 1988 die Botschaft in Washington, daß die Schwurgerichtskammer des Landgerichts Frankfurt am Main am 12. April 1988 den Beschluß gefaßt habe, in der Strafsache gegen Hamadi sei die Zuständigkeit der Jugendkammer begründet. Die Akten würden daher „durch Vermittlung der Staatsanwaltschaft der Jugendkammer zur Entscheidung vorgelegt“. Bosch erläuterte: „Hauptgrund dieses Beschlusses ist, daß Schwur-

Er habe große Mengen Sprengstoff, wahrscheinlich in terroristischer Absicht, in die Bundesrepublik verbracht. Er werde gut behandelt und habe alle Rechte, einschließlich guter Verteidigung.

M. dankte für Erläuterungen. Es gebe gute Ansätze für weitere Vertiefung der bilateralen Beziehungen zwischen Iran und der Bundesrepublik. Bundesrepublik sei in ihren Beziehungen zu Iran realistischer als andere Länder. Daher sei ein konstruktiver Dialog im politischen und wirtschaftlichen Bereich möglich. Er hoffe, daß dieser Dialog weiter fortgeführt und vertieft werden könne.

Unter Hinweis auf Interesses D3 an iranischem Dichter Rumi äußerte PM das große Interesse vieler Iraner an der deutschen Philosophie. Kulturelle Beziehungen seien die Grundlage für Ausweitung der Beziehungen auch im nicht-kulturellen Bereich.

PM dankte für Erklärungen zu CW-Einsatz. Wiederholungen müßten auf jeden Fall auf der ganzen Welt verhindert werden, entsprechende Kampfmittel verschwinden. Innerhalb der letzten 24 Stunden sei er über erneute irakische CW-Einsätze an der Front gegen iranische Soldaten unterrichtet worden. Dem müßten iranische Kämpfer etwas entgegensetzen. Iran werde im Kampf um seine Rechte nicht nachgeben. Sollte internationale Gemeinschaft gegenüber CW-Einsatz untätig bleiben, so würden CW für alle Menschen zur Gefahr. CW sei einfach und billig und überall zu produzieren. Hier bestehe eine globale Gefahr und Verantwortung.

Zur Geiselfrage erklärte PM die frühere und auch jetzige Bereitschaft Irans, sich positiv einzusetzen. Er äußerte Verständnis für die Besorgnis der Bundesregierung und bestätigte den Einfluß Irans im Südlibanon. Dieser Einfluß könne jedoch nicht in Einmischung bestehen. Trage jedoch ein Land eine Bitte um Hilfe an die iranische Regierung heran und sehe Iran eine Möglichkeit zu entsprechender Einwirkung, so setze sich iranische Regierung im Rahmen des Möglichen ein. So werde dies auch im Fall R. Cordes geschehen. Er sei nicht so sicher wie die Bundesregierung, daß iranische Regierung die Freilassung der Geisel erwirken könne. Das Problem müsse grundsätzlich angegangen werden. Grundsätzliche Lösungen seien hier wichtiger als anderswo. Drei iranische Diplomaten seien von Phalangisten zu Geiseln gemacht worden.[8] Kein europäisches Land habe etwas zu ihrer Befreiung unternommen. Die iranische Regie-

Fortsetzung Fußnote von Seite 563

gerichtskammer Zweifel hat, ob die Begehung der Tat nicht bereits vor dem 14.6.1985 begonnen hat und damit noch in die Zeit des Heranwachsendenalters zurückreicht. Somit hat jetzt die Jugendkammer zu entscheiden, ob sie das Verfahren gegen H[amadi] eröffnet." Ein Verfahren vor der Jugendstrafkammer bedeute indes nicht, „daß Gericht automatisch nur Jugendstrafe (Höchstmaß zehn Jahre) verhängen könnte. Es ist durchaus möglich, daß gegen H. nach Para[graph] 105 Jugendgerichtsgesetz vom Gericht nicht Jugendstrafrecht, sondern allgemeines Strafrecht angewendet wird. In diesem Fall könnte auch Jugendstrafkammer nach Erwachsenenstrafrecht (Höchstmaß lebenslange Freiheitsstrafe) entscheiden." Vgl. den Drahterlaß; Referat 310, Bd. 149792.

8 Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter vermerkte am 12. April 1988 zum Verschwinden iranischer Diplomaten im Libanon: „1) Aus offener Quelle ist über das Schicksal der von MP Mussawi erwähnten iranischen Diplomaten nichts bekannt. Der BND bestätigt, daß vor einigen Jahren drei iranische Diplomaten im Libanon verschwunden seien. Er vermutet, daß sie nicht mehr am Leben sind. Der libanesische christliche Partnerdienst streitet ab, daß die Verschwundenen im christlichen Landesteil festgehalten werden. 2) Um dem Argument Mussawis entgegenzutreten, kein europäisches Land unternehme etwas zugunsten der Verschwundenen, sollte die Botschaft Teheran Weisung erhalten, der iranischen Regierung anzubieten, daß wir Nachforschungen bei libanesischen Regierungsstellen nach dem Schicksal der drei Diplomaten anstellen." Vgl. Referat 310, Bd. 149792.

rung wäre dankbar, wenn sie etwas über Befinden und Verbleib der drei Diplomaten hören würde.[9]

D3 bedankte sich. Aus Verstehen der Kultur des anderen könne Verständnis und Zusammenarbeit auch im politischen Bereich erwachsen. Mehr als Mulavi müsse zur Zeit das Wohlergehen des iranischen Volkes interessieren.[10] Hierum bemühe sich die Bundesregierung gegenüber Iran; auf die Ergebnisse sei sie stolz. Bundesregierung hoffe besonders seit ihrer Mitgliedschaft im SR[11], konstruktive Beiträge zur Beendigung des iranisch-irakischen Krieges leisten zu können.

Wir versuchten auf Formel hinzuwirken, die auch Irans Interessen berücksichtigten.[12] Wir begrüßten die Nachricht über bevorstehenden Besuch von StS Larijani in New York.

Libanon-Konflikt sei noch komplizierter als Golfkrieg. Daher Bitte um Bemühungen und Anstrengungen zur Freilassung der Geiseln und insbesondere Cordes vor Lösung Libanon-Frage.

M.: Iranische Regierung sehe klare deutsche Position zum (Golf-)Krieg und danke dafür. Äußerungen BM Genschers zum Golfkrieg seien mutig und couragiert; sie seien auch richtig gewesen. Wenn Position des Sicherheitsrates deutscher Position entsprechen würde, dann wäre eine Lösung zweifellos erreichbar.

Wertung

PM äußerte sich uns gegenüber freundlicher und aufgeschlossener als bei früheren Gelegenheiten. Offenbar hat unsere Politik im Sicherheitsrat iranisches Vertrauen in Aufrichtigkeit unserer Haltung gestärkt.

In der Frage Cordes blieb der PM bei allem gezeigten Wohlwollen zurückhaltend. Die von ihm eröffnete Perspektive – Lösung des Falles Cordes im Rahmen allgemeiner Entwicklung des Libanon-Problems – wirkte nicht sehr ermutigend.

Dennoch war das Gespräch nützlich, um PM auf Geiselfrage erneut aufmerksam zu machen und Regierungschef persönlich an unsere konstruktive Iran-Politik zu erinnern.

[gez.] Freitag

VS-Bd. 13646 (310)

9 Der Passus „Kein europäisches … hören würde“ wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben und mit einem Stern versehen. Dazu vermerkte er auf Seite 1 des Drahtberichts: „Was wissen wir? Was könnten wir tun?“
Nach einem Gespräch im iranischen Außenministerium übermittelte Botschafter Freitag, Teheran, am 28. April 1988 eine Namensliste von elf Iranern, „die im Sommer 1982 in Beirut entführt worden bzw. verschwunden seien“. Freitag führte aus, daß es sich bei vier Personen um Angehörige der iranischen Botschaft handele, bei den übrigen sieben „um iran[ische] Residenten in Westbeirut“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 505; Referat 310, Bd. 149792.

10 So in der Vorlage.

11 Die Bundesrepublik gehörte 1987/88 dem VN-Sicherheitsrat als nichtständiges Mitglied an.

12 Zur Frage einer weiteren Resolution des VN-Sicherheitsrats zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 88, Anm. 17.

103

Oberstleutnant i.G. Hübschen, Bagdad, an das Auswärtige Amt

114-11635/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 5. April 1988, 12.15 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 331 **Ankunft: 6. April 1988, 07.18 Uhr**

Betr.: Zusammenarbeit mit den irak. SK[2];
hier: Ausbildung an der Führungsakademie der BW (FüAkBW)

Bezug: 1) FS MilAttStab Bagdad, Tgb-Nr. 88/88 vom 17.3.88
2) Persönlich Gespräch im irak. VgMin AttRef[3] vom 30.3.88

Nachdem am 24.3.88 bereits um einen Gesprächstermin gebeten worden war, der auf irak. Veranlassung verschoben wude, wurde ich am 30.3.88 kurzfristig in das irak. VgMin gebeten. Neben einem Angehörigen des AttRef (Section 6) wurde ich vom Leiter des „Planning and Coordinating Wing – Staff College – Iraqi Armed Forces" Brigadier Nadir Ajeel (Heer) erwartet.

Nach dem Austausch der üblichen Höflichkeiten unter besonderer Erwähnung des traditionell guten Verhältnisses zwischen Arabern und Deutschen und der Leistungsfähigkeit der BW kam der Brigadier sehr direkt zur Sache:

Um prägnanter formulieren zu können, wird das Gespräch in Form von Statements wiedergegeben:

Ajeel:

– Wir kennen die Position und die rechtliche Lage der Bundesrepublik in bezug auf Waffenexport in Kriegs- und Krisengebiete.[4] Deshalb haben wir von Wünschen auf diesem Gebiet Abstand genommen, obwohl gerade deutsche Waffen einen guten Ruf haben.
– Wir möchten auf dem Gebiet der Ausbildung mit der BW zusammenarbeiten und dabei mit der Generalstabsausbildung beginnen.
– Eine irak. Delegation möchte deshalb die FüAkBW besuchen. Teilen Sie uns bitte mit, ob das möglich ist. Wenn ja:

1 Hat Vortragendem Legationsrat Vorwerk am 6. April 1988 vorgelegen, der mit der Bitte um Wiedervorlage die Weiterleitung an Referat 311 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dassel am 7. April 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat von Arnim am 14. April 1988 vorgelegen, der die Übermittlung einer Ablichtung an Referat 311 verfügte. Mit der Bitte um Wiedervorlage vermerkte Arnim dazu handschriftlich: „209 ist gegen diesen Vorschlag. Falls er von dort befürwortet wird, wäre eine Entscheidung des BM erforderlich."
Hat Vortragendem Legationsrat Eickhoff vorgelegen, der den Rücklauf an Arnim verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „RL 311 äußert Bedenken gegen Zusammenarbeit. In jedem Fall wünscht er schriftliche Mitzeichnung AA. RL Fü S II 5 hat Erlaß vorbereitet: Tenor: Anfrage müsse über Bo[tschaft] Bonn laufen. Hintergrund: Keine Ausbildung, keine Unterlagen. RL Fü S II 5 wird Erlaß an 209 schicken m[it]d[er]B[itte] um Mitzeichnung und Weiterleitung."
Hat Arnim erneut vorgelegen.

2 Irakischen Streitkräften.

3 Verteidigungsministerium Attaché-Referat.

4 Zur Regelung des Rüstungsexports in der Bundesrepublik vgl. Dok. 23, Anm. 4.

  - Termin und Dauer des Besuches,
  - Anzahl der Delegationsteilnehmer,
  - gewünschter Anzug,
  - Unterbringung etc.,
  - Kostenfrage.
- Wir bitten um schriftliche Unterlagen über Ihre FüAkBW, wie
  - Aufbau und Organisation,
  - Lehrinhalte,
  - Lehrmethoden,
  - Lehrmaterial,
  - Anlage von Übungen,
  - Lehr- und Lernunterlagen.

  Diese Unterlagen würden von uns vertraulich behandelt. Eine Übernahme würde sich nach den deutschen VS-Bestimmungen richten.
- Wir möchten irak. Offz. aller TSK[5] zur Ausbildung an die FüAkBW schicken. Sie sollten nach Möglichkeit am Lehrgang der deutschen Offiziere teilnehmen. Wenn das nicht geht, ist auch eine Ausbildung im Rahmen des Ausländerlehrganges akzeptabel. Besser ist eine Teilnahme an der deutschen Generalstabsausbildung. In diesem Zusammenhang bitten wir um Beantwortung folgender Fragen:
  - Lehrgangsdaten,
  - Anzahl der Plätze,
  - Voraussetzung für die irak. Offiziere,
  - Regelung der Kostenfrage.

  Sprachausbildung würde im Irak durchgeführt.

Brigadier Ajeel bat um schnellstmögliche Beantwortung seiner Fragen, weil die Ausbildung der irak. Generalstabsoffiziere für die Leistungsfähigkeit der Armee von größter Bedeutung sei.

MilAtt

- Die Bundesrepublik Deutschland ist um gute Beziehungen zum Irak auf allen Gebieten sehr bemüht. Die Einrichtung eines MilAtt-Stabes ist ein wichtiges Zeichen für dieses Engagement.
- Es ehrt die BW besonders, wenn ausländische Armeen an Ausbildungsgängen unserer SK interessiert sind. Die Generalstabsausbildung (GenStAusb) ist die höchste Ausbildungsstufe der BW.
- An der deutschen GenStAusb nehmen außer Deutschen ausschließlich NATO-Offiziere teil.
- Der Lehrgang für Offz. aus Nicht-NATO-Ländern kann von Angehörigen befreundeter SK besucht werden.

5 Offiziere aller Teilstreitkräfte.

– Die Teilnahme irak. Offz. an den Lehrgängen der FüAkBW ist nicht nur eine mil.[6], sondern auch eine politische Entscheidung. Im Falle eines kriegsführenden Landes kommt dieser Entscheidung besondere Bedeutung zu. Die Bundesrepublik nimmt im iran.–irak. Krieg[7] eine neutrale Position mit dem Ziel ein, diesen Krieg schnellstmöglich zu beenden.
– Entscheidungsprozesse in demokratischen Ländern sind zeitaufwendig; deshalb kann eine schnelle Antwort auf die vorgetragenen Wünsche nicht erwartet werden. MilAtt wird die irak. Bitten unverzüglich an die zuständigen Stellen weiterleiten.

Bewertung

Brigadier Ajeel, der praktisch der G3[8] des irak. Staff College ist, hatte sich vor dem Gespräch einige Hintergrundinformationen beschafft.

Über die pol. Haltung der Bundesrepublik in puncto iran.-irak. Krieg und Bestimmung des Waffenexports war er bestens informiert. Die irak. Forderung zielt in die Lücke: Ausbildung ist ja kein Waffenexport. Man will die mit der Ausbildung der irak. Offz. an der Hochschule der BW in München begonnene Zusammenarbeit fortsetzen und erheblich „aufbohren".[9]

Es ist wohl davon auszugehen, daß die irak. Seite auch an andere Nationen mit ähnlichen Bitten herangetreten ist, der Ostblock war wahrscheinlich ausgenommen.

Aus Sicht MilAtt soll die irak. Hinwendung zum Westen nach ersten politischen und wirtschaftlichen Schritten offensichtlich auch im mil. Bereich begonnen werden.

Darin liegt, trotz aller pol. Brisanz aufgrund der aktuellen Kriegssituation, auch eine große Chance der Einflußnahme auf die weitere Entwicklung dieses auch für uns wichtigen Landes der Region. Denkweisen im mil. Bereich würden sich auch im pol. Sektor auswirken.

Die SU hat momentan noch den stärksten Einfluß in der irak. Armee. Aus Sicht MilAtt ist u. a. das „selbstverständliche Einsetzen von C-Waffen" auf die sowjet. Einstellung zu diesen Kampfstoffen zurückzuführen. Die Führungs- und Einsatzgrundsätze der BW würden Grundlage für eine GenStAusb im Rahmen international gültiger Normen auf der Basis eines freiheitlich demokratischen Rechtsstaates sein.

MilAtt bittet deshalb, die Anliegen der Iraker zu prüfen und möglichst schnell zumindest einen Zwischenbescheid zu erteilen.

6 Militärische.

7 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 88, Anm. 13.

8 Generalstabsabteilung 3.

9 In einer Aufzeichnung der Abteilung 2 vom 11. März 1985 wurde festgehalten: „Mit Schreiben vom 16.1.1985 an das Bundesverteidigungsministerium beantragte der Militärattaché der irakischen Botschaft, 25 irakische Studenten, die zur Zeit am Studienkolleg der Universität München Deutsch lernen, ab Oktober 1985 zum Studium an der Hochschule der Bundeswehr in Neubiberg, Abteilung Flugzeugbau […], zuzulassen. Wie auf Arbeitsebene zu erfahren war, ist der Leitung des BMVg in einer Vorlage empfohlen worden, neun bis zwölf Studenten […] zuzulassen. Diese Vorlage liegt bei Staatssekretär Dr. Rühl zur Zeit vor. Ihm wurde empfohlen, in dieser Angelegenheit mit Herrn Staatssekretär zu telefonieren." Vgl. VS-Bd. 13623 (311); B 150, Aktenkopien 1985.

Als Kompromiß, um sich die Türen für die Zukunft offenzuhalten, müßte es möglich sein, zumindest einige der erbetenen Unterlagen, sofern keine Sicherheitsbestimmungen dagegenstehen, zur Verfügung zu stellen. Die Iraker setzen z. Zt., auch im pol. und wirtschaftlichen Bereich, mehr auf die Bundesrepublik.

Im mil. Bereich sollte zumindest die Chance genutzt werden für eine eventuelle spätere Zusammenarbeit.

Wo die Bundesrepublik Nein sagt, stehen für die Iraker auch auf dem Gebiet der mil. Ausbildung genügend Alternativen zur Verfügung.

[gez.] Hübschen

VS-Bd. 11862 (202)

104

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Kaunda in Brüssel

8. April 1988[1]

Von BM noch nicht genehmigt.

Gespräch BM Genscher/Präsident Kaunda (Sambia) am 8.4.1988 in Brüssel[2]

Auf Initiative des sambischen Präsidenten traf BM Genscher am 8.4.1988 mit diesem in Brüssel zu einem ausführlichen Meinungsaustausch zusammen. Dabei war es besonderes Anliegen von Präsident Kaunda, daß BM Genscher sein Gespräch in doppelter Eigenschaft (EPZ-Präsident und deutscher AM) führte.

Aus dem Gespräch ist folgendes festzuhalten:

Präsident *Kaunda* unterstrich eingangs den sehr guten Stand der bilateralen Beziehungen. Er sprach seinen Dank aus für das, was die Bundesregierung für die sambische Wirtschaft tue.[3] Er lobte ferner die Hilfe, die die EG in der DW leiste.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Sulimma am 11. April 1988 gefertigt. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen am 15. April 1988 vorgelegen.

2 Ministerialdirigent Sulimma teilte der Ständigen Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel am 2. April 1988 mit: „Sambische Botschaft Brüssel hatte mit Verbalnote bei unserer EG-Vertretung Brüssel angefragt, ob BM Genscher als EG-Präsident am Freitag, 8.4.88, dort in Brüssel Besuch machen könnte. Kaunda hält sich in nächster Woche zu Veranstaltung des World-Food-Council in Brüssel auf. BM, der zunächst ablehnen mußte, ist es trotz großer Terminprobleme gelungen, Termin frei zu bekommen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 3703; Referat 320, Bd. 155930.

3 In der von Botschafter Timmermann, Lusaka, am 1. März 1988 übermittelten Länderaufzeichnung wurde zur finanziellen Zusammenarbeit ausgeführt: „Sambia war in den Jahren 1979–82, gemessen an der Einwohnerzahl, ein Schwerpunktland unserer Entwicklungshilfe. Die kumulierten Gesamtzusagen beliefen sich von 1965 bis 1984 auf rd. 660 Mio. DM. 1985/86 wurden Mittel in

BM *Genscher* erklärte, daß er gerne nach Brüssel gekommen sei. Es sei für einen umfassenden Meinungsaustausch für die EG-MS wie für Afrika ein wichtiger Zeitpunkt. Er freue sich, mit dem Vorsitzenden der OAU[4] und dem Sprecher der FLS[5] zusammentreffen zu können. Er begrüße in ihm auch den Präsidenten Sambias, eines Landes, mit dem die Bundesrepublik lange und freundschaftliche Bindungen habe.

Zum Thema Südafrika:

Präsident *Kaunda*: Wir haben unterschiedliche Ansichten, aber die gleiche Einschätzung. Für ihn seien Sanktionen keine Strafmaßnahmen (punitive measures), sondern zukunftsgerichtet. Der US Congress habe Sanktionen beschlossen[6], die Regierungen von D, GB und USA müßten jetzt auch entsprechende zusätzliche Maßnahmen ergreifen.

Er fürchte, daß es in Südafrika eine Explosion geben werde, die das ganze südliche Afrika erfasse. Er erläuterte seine eigenen Bemühungen bei der Konferenz von Lusaka (1984)[7], er wies auf das Nkomati-Abkommen[8] hin und erklärte, daß sich die Lage nur noch verschlimmert habe. Damals hätten 2000 südafrikanische Soldaten in Angola gestanden, jetzt seien es 9000.

Der Präsident berichtete von seinem Treffen mit Botha und seinen dabei gemachten Hinweisen auf die Entwicklung innerhalb des ANC. Auf eine Generation von Staatsmännern, wie Mandela und Tambo, würden jüngere Führer folgen, die nicht mehr bereit seien, Lösungen mit friedlichen Mitteln zu suchen. Die südafrikanische Regierung habe verstockt gehandelt: 17 Anti-Apartheids-Organisationen seien gerade unterdrückt worden, eine Freiheit der Presse gebe

Fortsetzung Fußnote von Seite 569

Höhe von 50 Mio. DM FZ zuzüglich 68 Mio. reprogrammierte Altzusagen und 39,3 Mio. DM TZ, insgesamt also DM 158 Mio. zugesagt." Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 131; Referat 320, Bd. 155929.

4 Präsident Kaunda wurde von der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten, die vom 27. bis 30. Juli 1987 in Addis Abeba tagte, zum OAU-Vorsitzenden gewählt. Kaunda übte das Amt bis zum 25. Mai 1988 aus. Legationsrat I. Klasse Timpe, Lusaka, zog am 8. Juni 1988 Bilanz: „Präsident Kaunda hat nach seiner zweiten OAU-Amtszeit nur wenig konkrete Erfolge vorzuweisen. Die in ihn gesetzten Erwartungen waren, wie sich jetzt zeigt, zu hoch gesetzt. Afrikas komplexe Probleme, die unterschiedlichen nationalen Politiken und Interessen der OAU-Mitglieder haben ihm Grenzen gesetzt, die er auch nicht (mehr) mit dem Gewicht eines ‚senior African statesman' sowie Appellen an die Ideale der Einheit Afrikas überwinden konnte. Seine Forderung, ‚to die for Africa', blieb weitgehend ohne Resonanz." Vgl. den Drahtbericht Nr. 161; Referat 320, Bd. 155928.

5 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

6 Gesandter Paschke, Washington, resümierte am 3. Mai 1988 die Beratungen im amerikanischen Kongreß: „Ein Gesetzentwurf zur drastischen Verschärfung der US-Sanktionen gegen Südafrika liegt nach seiner Annahme durch die Unterausschüsse für Afrika sowie für die Internationale Wirtschaftspolitik und Handel jetzt dem Auswärtigen Ausschuß des US-Repräsentantenhauses vor. An einer Verabschiedung durch das Plenum des Hauses (möglicherweise im Mai) bestehen kaum Zweifel. Doch ist nicht zu erwarten, daß der Entwurf in seiner radikalen Form Gesetzeskraft erlangt; im Senat, der bisher mit der möglichen Verschärfung der Sanktionen nicht befaßt ist, wird voraussichtlich nur eine begrenzte Erweiterung der 1986 beschlossenen Sanktionen mehrheitsfähig sein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1898; Referat 422, Bd. 149377.

7 Vom 11. bis 13. Mai 1984 fand in Lusaka auf Einladung des Präsidenten Kaunda eine Konferenz der SWAPO, des südafrikanischen Generalverwalters für Namibia, van Niekerk, sowie von Vertretern der in der „Vielparteien-Konferenz" zusammengeschlossenen Parteien aus Namibia statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 137 des Botschafters Wasserberg, Lusaka, vom 14. Mai 1984; Referat 320, Bd. 138102.

8 Mosambik und Südafrika unterzeichneten am 16. März 1984 am Grenzfluß Nkomati ein Abkommen über Gewaltverzicht und gutnachbarliche Beziehungen (Nkomati-Abkommen). Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1352, S. 20–31. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 469–472.

es nicht mehr.[9] Wenn westliche Unternehmen Südafrika jetzt noch als ein Land, in dem sich Investitionen lohnten, ansehen würden, wäre das ein Fehler. Eine größere Explosion werde kommen. Das sei unvermeidbar.

BM *Genscher* dankte K. für die Ausführungen. Er wies darauf hin, daß wir uns in der Analyse der Lage nicht sehr unterschieden. Wir sähen mit großer Sorge die Zunahme von Gewalt in Südafrika. Dies sei Folge der Verweigerung des notwendigen politischen Dialogs. Wir hätten immer wieder deutlich gemacht, was wir als Voraussetzung für einen politischen Dialog ansehen würden:

– Freilassung der politischen Gefangenen, besonders von Nelson Mandela,

– Entbannung des ANC und anderer verbotener Organisationen,

– Aufhebung der Notstandsregelung[10].

Auch wir hätten die große Sorge, daß die verantwortungsvollen Stimmen bei den Schwarzen nicht mehr gehört würden. Wenn die südafrikanische Minderheitsregierung aus Angst vor rechten Strömungen derartige Maßnahmen treffe, dann schätze sie die Lage falsch ein. Sie erkenne nicht, daß sich Südafrika in einer vorrevolutionären Situation befinde. Bei den Schwarzen gebe es zunehmend keine Angst mehr vor Repression. Die Aussichten für die Zukunft seien schlecht.

Zusätzlich müßten wir die südafrikanische Politik der Destabilisierung, besonders in bezug auf Angola und Mosambik, sehen. Das alles könne nicht hoffnungsvoll stimmen. Die Frage sei, wie die Staatengemeinschaft dem begegnen wolle. Er habe für die Bundesregierung vor den VN und vor dem deutschen Parlament immer wieder betont, daß Apartheid nicht reformierbar sei. Sie müsse abgeschafft werden.

Die EG-MS hätten 1986 eine Reihe von positiven und restriktiven Maßnahmen beschlossen.[11] Wir haben Grund zu der Annahme, daß Südafrika gerade die Wirkungen der positiven Maßnahmen unterbinden wolle.

Zu weiteren Maßnahmen (hier sprach BM ausdrücklich für die Zwölf): Die Positionen unter den Zwölf seien unterschiedlich. Was die Bundesregierung angehe, so habe ihre Enthaltung bei der Abstimmung über die letzte Resolution über Sanktionen gegen Südafrika im Sicherheitsrat gezeigt[12], daß sie der südafrikanischen Regierung ein Warnsignal habe geben wollen. Dies entspreche dem, was der Bundespräsident auf seiner kürzlich durchgeführten Afrika-Reise[13] gesagt habe: Niemand dürfe glauben, daß er für sein Verhalten einen Freibrief habe. Das sei an die Adresse von Südafrika gerichtet gewesen.

9 Am 24. Februar 1988 berichtete Botschafter Stabreit, Pretoria: „Die s[üd]a[frikanische] Regierung hat am 24.2.88 mit Wirkung vom 22.2.1988 mit Hilfe des Notstandsrechts die weitere politische Betätigung des Gewerkschaftsdachverbands COSATU und der beiden führenden Oppositionsgruppen des Landes, United Democratic Front (UDF) und Azanian People's Organisation (AZAPO), sowie weiterer 15 oppositioneller Organisationen verboten. Hierunter fällt auch die Menschenrechtsorganisation D[etainees'] P[arents]S[upport]C[ommittee]." Vgl. den Drahtbericht Nr. 114/115; Referat 320, Bd. 155988.

10 In Südafrika wurde vom 21. Juli 1985 bis 7. März 1986 ein regional begrenzter Notstand verhängt und ab 12. Juni 1986 ein landesweiter Notstand.

11 Auf der Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1986 wurden Beschlüsse über die Politik der Europäischen Gemeinschaften gegenüber Südafrika gefaßt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 181.

12 Zur Haltung der Bundesrepublik in der Frage einer Resolution des VN-Sicherheitsrats zur Verhängung von Sanktionen gegen Südafrika vgl. Dok. 87, Anm. 10.

13 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte vom 1. bis 5. März 1988 Mali, vom 5. bis 10. März Nigeria und vom 10. bis 15. März 1988 Simbabwe. Zum Besuch in Simbabwe vgl. Dok. 87.

Unsere Zurückhaltung im Hinblick auf wirtschaftliche Sanktionen habe mit Südafrika direkt nichts zu tun. Auf keinen Fall dürfe man annehmen, daß sie Ausfluß unserer wirtschaftlichen Interessen in Südafrika sei. Diese seien für unsere nationale Wirtschaft nicht so wichtig, daß wir uns von ihnen bestimmen ließen. Wir hätten jedoch eine prinzipielle Position, die wir bei den verschiedensten Gelegenheiten praktiziert hätten, z.B. – trotz amerikanischem Drängens – gegenüber Sowjetunion und Nicaragua. Diese Haltung mache es uns jetzt schwieriger, unsere Positionen zu ändern. Aber er, BM, wolle wiederholen: Unsere Haltung im SR zeige an, daß wir niemand einen Freibrief ausstellen würden.

Zur Situation in Angola:

Auf Frage von BM, wie es am Ende des Jahres in Angola aussehen werde, wies Präsident *Kaunda* auf eine Reihe von Punkten hin, die klar seien:

– Ende des Jahres wäre die Reagan-Administration nicht mehr im Amt[14];
– bis dahin wüßten sowohl Südafrika wie Angola (um nur die am meisten beteiligten Parteien zu nennen), daß die USA ein gewisses Interesse am Erfolg der laufenden Verhandlungen hätten. Beide Seiten wollten das ausnutzen.
– Südafrika sei darauf aus, die Reagan-Administration herauszufordern (to defy).

Auf Frage von BM: Er sähe keine ernsthafte Veränderung der Lage bis Ende des Jahres. Anstrengungen werde es wohl geben, aber keine Änderung der Lage. Es werde aber eine Menge Kämpfe und viele Tote geben.

Auch sehe er keine Unabhängigkeit Namibias in den nächsten Monaten. Ziel müsse es aber sein, hierfür einen „major struggle“ zu führen.

Er sehe jedoch Aussichten auf Erfolg im Falle von Mosambik. Hier gebe es eine Verbesserung der Lage.

Auf die Frage nach der Stärke von UNITA führte K. aus: Savimbi werde von den USA unterstützt und ermutigt. Der US-Präsident habe wohl die Absicht, Angola ähnlich wie Korea aufzuteilen. Savimbi habe örtlichen, stammesmäßigen Rückhalt. Die große Mehrheit der Bevölkerung sei aber auf seiten der Regierung. In der OAU unterstütze man jetzt voll den Wunsch der angolanischen Regierung, die kubanische Truppenpräsenz[15] beizubehalten.

Bilaterale Bitte:

K. erläuterte BM das zunehmend wachsende Drogenproblem in Sambia. Die Einfuhr der Drogen erfolge nach Wissen seiner Regierung aus Zaire und auch aus Indien. Die Drogen würden über die Flugplätze, vor allem Lusaka, hereingebracht. Er bitte die Bundesregierung um materielle und personelle Hilfe bei der Drogenbekämpfung auf den Flugplätzen des Landes und an den Grenzen. Er denke dabei auch an deutsche Ausbilder.

BM sagte zu, Anfang nächster Woche mit den zuständigen Kollegen in der Bundesregierung zu sprechen. Schon jetzt glaube er, eine generell positive Zusage machen zu können.[16]

14 Die Amtszeit des Präsidenten Reagan endete am 20. Januar 1989.

15 Zur Frage eines Abzugs der kubanischen Truppen aus Angola vgl. Dok. 26, Anm. 31.

16 Legationsrat I. Klasse Timpe, Lusaka, resümierte am 14. November 1988 ein Gespräch im sambischen Innenministerium: „Der Drogenhandel in Sambia hat in den letzten Jahren einen besorgniserregenden

SADCC

BM unterstrich die Bedeutung, die wir SADCC beimessen. Aufgrund unserer Erfahrungen mit der EG legten wir größten Wert auf regionale Zusammenschlüsse.[17]

OAU

Präsident *Kaunda* teilte mit, er werde in der nächsten Woche OAU-Vorsitz niederlegen. Sein Nachfolger stehe noch nicht fest. Ein Kandidat sei Malis Präsident Moussa Traoré; andere Kandidaten seien die Präsidenten von Nigeria[18] und Ägypten[19].

Einladung

Präsident Kaunda lud BM Genscher noch für dieses Jahr zu einem Besuch in Sambia ein. *BM* nahm Einladung an und kündigte Besuch für Oktober oder November 1988 an. *Kaunda* wies darauf hin, daß dann möglicherweise Wahlen in Sambia stattfinden würden.[20] Beide Seiten waren sich einig, daß Wahlen in Sambia kein Hindernis für einen BM-Besuch sein würden.

In anschließendem Gespräch mit internationaler Presse haben sambischer Präsident wie BM Treffen als außerordentlich wertvolle Begegnung bezeichnet. BM nannte Unterredung ein von beiderseitigem Verständnis und von Sorge getragenes Gespräch. Auch in Zukunft sei eine enge Zusammenarbeit in wirtschaftlichen und sonstigen Fragen beabsichtigt. Das jetzige Treffen sei für ihn auch deshalb so wichtig, weil er den Vorsitz bei Luxemburger EG/AKP-Treffen am 26.4.1988[21] haben werde.

Fortsetzung Fußnote von Seite 572

Aufschwung erfahren. Dabei handelt es sich im wesentlichen um den Anbau und den Schmuggel lokalen Haschischs (Canabis) […] sowie um die erkannte Drehscheibenfunktion der Flughäfen Lusaka und Livingstone für den Schmuggel von Heroin und Mandrax aus Indien (Bombay). Nach Erkenntnissen der sambischen Behörden dient vor allem der International Airport Lusaka als Umschlagplatz für Heroin nach Europa […]. Die sambische Polizei unterhält seit ca. einem Jahr ein sog. Anti-Drug-Squadron, deren Erfolge bisher sehr begrenzt sind. Die Gründe liegen in mangelnder Ausbildung und Ausrüstung. In der Suche nach Hilfe habe Staatspräsident Kaunda, auf Empfehlung der sambischen Polizei, entschieden, daß nur die Bundesrepublik Deutschland eine ausreichende Gewähr für effektive – und vor allem pünktliche – Hilfe biete." Vgl. den Drahtbericht Nr. 296; Referat 320, Bd. 155937.

17 Mit Schreiben vom 24. November 1988 unterrichtete das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit den mosambikanischen Transportminister Guebuza über die Zusammenarbeit mit der Southern African Development Coordination Conference (SADCC): „Bei der Jahres-Konsultationskonferenz der SADCC am 28. und 29. Januar 1988 hatte der Leiter der deutschen Delegation, der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dr. V. Köhler, einen Betrag aus Mitteln der Finanziellen Zusammenarbeit in Höhe von 25 Millionen DM angekündigt. Der Betrag sollte in erster Linie zur Unterstützung von Projekten im Transport- und Kommunikationssektor bereitgestellt werden." Vgl. Referat 320, Bd. 155820.

18 Ibrahim Badamasi Babangida.

19 Mohammed Hosni Mubarak

20 In Sambia fanden am 26. Oktober 1988 Wahlen statt, bei denen sich 95,5 Prozent der Wähler für eine weitere Amtszeit von Präsident Kaunda aussprachen.

21 Am 2. Mai 1988 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Pleuger: „Am 26.4.1988 fand am Rande des Allgemeinen Rates in Luxemburg Treffen zwischen EG-Troika und AKP-Staaten über Lage in Südafrika und dem südlichen Afrika statt. Treffen war Ende Dezember 1987 auf Bitten der AKP-Staaten vereinbart worden." Hauptthema sei das südliche Afrika gewesen: „Europäische Gemeinschaft habe gegenüber Südafrika klare und feste Positionen. Durch positive und restriktive Maßnahmen werde politischer und wirtschaftlicher Druck ausgeübt und gleichzeitig Programm zur Hilfe für Opfer der Apartheid ins Werk gesetzt. […] Zur Maßnahmenpolitik der Europäer erläuterte BM folgendes: Diese Politik sei nicht ein für allemal festgeschrieben, sondern ihre Anpassung und Fortsetzung sei Gegenstand laufender Beratung der europäischen Partner. Dies gelte auch hinsichtlich der restriktiven

Bemerkenswert war die moderate, staatsmännische Haltung von Präsident Kaunda, der z. B. auf die Frage eines deutschen Journalisten nach Kritik an der deutschen Haltung gegenüber Südafrika sagte, seine Aufgabe sei es gewesen zu erklären, BM Genscher müsse jetzt Zeit haben, hierüber nachzudenken und mit seinen europäischen Kollegen zu sprechen. Er bestätigte allerdings auf Zusatzfrage, daß er BM zu verstärkten Maßnahmen gegenüber Südafrika gedrängt habe.

Referat 422, Bd. 149377

105

Aufzeichnung des Botschafters Holik

221-370.90 VS-NfD **8. April 1988**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] mit der Bitte um Zustimmung

Betr.: KSZE-Seminar über Militärdoktrinen;
hier: Polnischer Vorschlag einer deutsch-polnischen Initiative auf dem WFT[4]

1) Am 7.4.88 suchte mich der polnische Botschafter Dr. Ryszard Karski auf, um mir im Hinblick auf die erste Sitzung der bei Ihrem Warschau-Besuch (10.–13.1.88[5]) eingesetzten rüstungskontrollpolitischen Arbeitsgruppe am 25.4.88 in Warschau im Auftrag seiner Regierung vorzuschlagen, auf dieser Sitzung eine deutsch-polnische Initiative auf dem WFT für ein KSZE-Seminar über Militärdoktrinen zu erörtern.

Fortsetzung Fußnote von Seite 573
Maßnahmen. Es gäbe für Pretoria in diesem Zusammenhang weder Freibrief noch ‚Carte blanche'. […] Ziel der europäischen Südafrika-Politik sei Abschaffung der nicht-reformfähigen Apartheid." Vgl. den Runderlaß Nr. 43/44; Referat 422, Bd. 149377.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Gruber und Legationsrat I. Klasse Schon konzipiert.
Hat Ministerialdirigent Jansen am 12. April 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 12. April 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Siehe Ziff[er] 5."

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 11. April 1988 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 18. April 1988 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 18. April 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Botschafter Holik an Referat 221 verfügte.
Hat Staatssekretär Sudhoff am 18. April 1988 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde vorgelegen.

4 Auf seiner Tagung am 28./29. Mai 1987 in Ost-Berlin verabschiedete der Politische Beratende Ausschuß des Warschauer Pakts eine Erklärung über Militärdoktrinen, in der sie den NATO-Mitgliedstaaten vorschlugen, Konsultationen über die jeweiligen Militärdoktrinen zu führen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1987, D 394.

5 Zum Besuch des Bundesministers Genscher in Polen vgl. Dok. 14 und Dok. 17.

2) Der polnische Vorschlag sieht im einzelnen vor:

– Gemeinsame Einladung durch Polen und uns, entweder in die Bundesrepublik oder nach Polen. Die Frage, ob das Seminar durch das WFT eingesetzt werden soll, ist offen und klärungsbedürftig.
– Teilnehmer: Regierungsexperten der 35 KSZE-TNS.
– Thematik: Gedankenaustausch über Militärdoktrinen, dabei Präzisierung der Terminologie und des Inhalts der Militärdoktrinen, ggf. Vereinbarung von Kriterien, an denen die defensive Ausrichtung einer Doktrin gemessen werden könnte.
– Dauer: ca. zwei Wochen.

Polen hat über seinen Plan mit F gesprochen, das laut Botschafter Karski zwar nicht als Miteinbringer fungieren, aber den Gedanken auf dem WFT unterstützen will.

3) Der polnische Vorschlag ist nicht unattraktiv, birgt aber auch Risiken. Die polnische Seite greift einen ursprünglich westlichen, nämlich französischen, Gedanken auf. Sie hofft, uns auf diese Weise für einen gemeinsamen Vorschlag im Bereich der militärischen Sicherheit im KSZE-Rahmen zu gewinnen. Die Polen könnten auf diese Weise im WP ihren bereits durch den Jaruzelski-Plan[6] angemeldeten rüstungskontrollpolitischen Anspruch deutlich unterstreichen und einen erheblichen Zugewinn an Prestige und Selbstbewußtsein erzielen.

Aus unserer Sicht entspricht die Diskussion über Militärdoktrinen, die wir im KSZE-Rahmen ansiedeln würden, einem vom Bundesminister wiederholt bekräftigten Anliegen. Darüber hinaus bietet der Vorschlag die Möglichkeit, eine gemeinsame deutsch-polnische Initiative zu ergreifen und so die deutsch-polnische rüstungskontrollpolitische Arbeitsgruppe mit Substanz zu füllen.

Andererseits wäre ein gemeinsames Vorgehen mit den Polen ein sicherheitspolitisches Novum im KSZE-Bereich und dürfte im Bündnis mit Skepsis aufgenommen werden. Wichtige Verbündete könnten sich fragen, ob ein solches Vorgehen nicht die Bündnissolidarität in Wien in Frage stellt. Eine gemeinsame deutsch-polnische Initiative könnte u. U. unterschwellig ohnehin vorhandene Befürchtungen über ostpolitische Alleingänge der Deutschen stärken.

4) Das Bündnis hat sich Ende Januar 1988 auf folgende Linie zur Behandlung von Militärdoktrinen bei einer etwaigen Konkretisierung des Vorschlags des WP von Ende Mai 1987 verständigt:

Über Militärdoktrinen sollte zu Beginn von weiteren VSBM-Verhandlungen im 35er-Rahmen in einer seminarartigen Diskussion im Zusammenhang mit Streitkräftestrukturen und -fähigkeiten in Europa diskutiert werden. Die Möglichkeit soll offenbleiben, auch in den Verhandlungen über konventionelle Stabilität unter den 23 auf Militärdoktrinen Bezug zu nehmen.

Die Verständigung im Bündnis kam erst nach langwieriger, kontroverser Diskussion zustande; sie verbirgt mehrere Dissens-Elemente. US und GB stehen einer Doktrinendiskussion generell sehr skeptisch gegenüber. Wir hielten die

6 Vgl. dazu die Rede des Staatsratsvorsitzenden Jaruzelskis am 8. Mai 1987 in Warschau; Dok. 9, Anm. 16.

KRK-Verhandlungen für den geeigneteren Rahmen auch für eine Erörterung über Militärdoktrinen. F hatte ursprünglich die Idee des KSZE-Seminars lanciert, war damit aber im Kreis der Partner nicht durchgedrungen und rückte zunächst wieder von dieser Vorstellung ab. AM Raimond hat in seiner Rede vor dem WFT am 11.3.88 allerdings andeutungsweise wieder darauf Bezug genommen.[7]

5) Unter diesen Umständen schlage ich folgendes Vorgehen vor: Zunächst werden die wichtigsten Alliierten von dem polnischen Vorschlag und unserer Absicht, mit den Polen darüber zu sprechen, unterrichtet. Sofern sich nicht schon dabei unüberwindliche Widerstände herausstellen, werden anschließend die Bündnispartner in Brüssel formell in Kenntnis gesetzt. Auf der Arbeitsgruppensitzung mit den Polen legen wir dar, daß wir eine polnische Initiative zu einem Doktrinen-Seminar auf dem WFT zu unterstützen bereit sind, falls Polen sich darauf einläßt, den im Bündnis entwickelten prozeduralen und inhaltlichen Vorstellungen (s. Ziff. 4) zu folgen. Sollten die Polen darauf eingehen und unsere eigenen Bündnispartner keine unüberwindlichen Bedenken erheben, könnten wir die Initiative gemeinsam mit Polen auf dem WFT weiter verfolgen.[8]

6) D 2[9] hat mitgezeichnet.

Holik

Referat 221, Bd. 144809

[7] Der französische Außenminister Raimond griff in seiner Rede auf der KSZE-Folgekonferenz am 11. März 1988 in Wien auch die Frage der Militärdoktrinen von NATO und Warschauer Pakt auf. Für den Wortlaut der Rede vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1988 (März), S. 33–37.

[8] Am 27. April 1988 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde, bei der ersten Sitzung der deutsch-polnischen Arbeitsgruppe 3 „Abrüstung und Rüstungskontrolle“ am 25./26. April 1988 in Warschau seien „zwei Optionen erörtert worden: Die Erörterung von Militärdoktrinen in einer seminarartigen Weise zu Beginn der neuen VSBM-Verhandlungen als Teil der Beschlüsse des Wiener KSZE-Folgetreffens (wir haben dazu ein Non-paper mit den im Bündnis vereinbarten Kriterien zu Verfahren und Substanz übergeben […]). Die Einladung zu einem ‚Seminar über Militärdoktrinen‘ durch die beiden Regierungen für eine solche Veranstaltung und mögliche Erwähnung dieser Initiative im Wiener KSZE-Schlußdokument. Diese Optionen sollten nun schnellstmöglich von den Regierungen geprüft […] werden.“ Vgl. Referat 241 (221), Bd. 163119.

[9] Hermann Freiherr von Richthofen.

106

Botschafter Freiherr von Wechmar, London, an das Auswärtige Amt

VS-vertraulich **11. April 1988**[1]
Schriftbericht

Betr.: Britische Europapolitik unter besonderer Berücksichtigung der deutsch-britischen Beziehungen

Bezug: StS-Vorlage Dg 20 vom 7.3.1988;
hier mit Fernkopie eingegangen am 30.3.1988 –
Dg 20/360.92 GRO-288/88 VS-v – (205-321.00 GRO 183/88 VS-v)[2]

Die Bezugsvorlage ist hier mit großem Interesse zur Kenntnis genommen worden. Sie gibt – in ihren Hauptpunkten – die ständige Berichterstattung der Botschaft über die letzten drei, vier Jahre wieder.

Die Botschaft möchte einige zusätzliche Bemerkungen zum Inhalt der Vorlage machen, welche die dortigen Überlegungen ergänzen.

Die Regierungssysteme in Großbritannien und in der Bundesrepublik sind unterschiedlich, wie vom Verfasser dargelegt. Kritik ist h. E. auf beiden Seiten fehl am Platze[3]. Es muß vielmehr unsere Aufgabe sein, den Briten das Funktionieren unseres eigenen Systems (Koalition in Bonn, Bundesstaat) zu erläutern.

Die in der Vorlage gewählte Definition der Thatcherschen Europapolitik, wie in den Formulierungen „keine Vision für Europa" … „verneint die Notwendigkeit, Großbritannien diesem sich einigenden Europa aktiv zuzuordnen und seine Konstruktion zu gestalten" … „Westeuropa kann sein eigenes Schicksal auf lange Sicht nicht in die eigenen Hände nehmen, sondern bleibt von den USA abhängig", ist etwas zu apodiktisch.

Großbritannien hat eine über viele Jahrhunderte gewachsene nationale Tradition, auf die es mit berechtigtem Stolz zurückblicken kann. Nicht der Zweite Weltkrieg, sondern der Verlust des Empire sowie der deprimierende Niedergang der britischen Wirtschaft in den 60er und 70er Jahren waren die entscheidenden Einschnitte für dieses Land. Sie haben das Selbstverständnis der britischen Nation verletzt, keineswegs aber gebrochen. Die 80er Jahre mit Wirtschaftsauf-

1 Fernkopie.
Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 14. April 1988 vorgelegen, der für Referat 205 handschriftlich vermerkte: „Z. T. sehr hilfreiche Argumente, besonders S. 1–3. Andere Argumente leiden darunter, daß sie differenzierend formulierte Aussagen der Aufzeichnung verkürzen und damit verfälschen. Z. B. ist nicht gesagt, daß Thatcher auf Ostpolitik verzichtet, sondern glaubt, auf eine aus eigenem nat[ionalen] Interesse aktive Ostpolitik verzichten zu können. Wenn erneut Bedarf an einer Aufzeichnung besteht, sollten die Argumente S. 1–3 eingearbeitet werden, auch die handschr[iftliche] Anmerkung von Bo[tschafter] v[on] Wechmar. Im übrigen halte ich keine Änderung für nötig." Vgl. Anm. 11.

2 Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz vgl. Dok. 77.

3 Die Wörter „Kritik" und „fehl am Platze" wurden von Ministerialdirigent von Ploetz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

schwung, Falkland-Krieg[4] und einer dominierenden Führungspersönlichkeit haben dem Land viel von dem alten Selbstbewußtsein zurückgebracht. Trotz Verlustes des Empire spielt das Commonwealth noch immer eine wichtige Rolle. Die Insellage und die Tatsache, daß seit 1066 kein äußerer Feind ins Land eingedrungen ist, haben seit Jahrhunderten den Charakter des Volkes und der britischen Politik bestimmt.

In dieses wieder gewachsene Selbstbewußtsein als britische Nation ordnet Mrs. Thatcher auch die Europapolitik ein. Bei der Abwägung der politischen Realitäten spielen die USA als sprachverwandte Weltmacht fraglos eine bevorzugte Rolle. „Europa" dringt allerdings mehr und mehr in das britische Bewußtsein ein. Die gerade angelaufene Kampagne der britischen Regierung für den Binnenmarkt 1992 zeigt, daß Großbritannien den wirtschaftlichen Nutzen der Gemeinschaft längst erkannt hat. Nur haben die Briten im Gegensatz zu den Deutschen, die sich nach der Zerstörung der großdeutschen Blütenträume und der Teilung ihres Landes politisch, wirtschaftlich und auch emotional der europäischen Einigung verschrieben hatten, theoretisch noch immer politisch durchaus denkbare und durchführbare Alternativen[5]. Sie ergeben sich sowohl aus der Insellage als auch aus dem Status als Nuklearmacht und Ständiges Mitglied des VN-SR. Dies heißt:

– Die Briten erkennen heute ohne Umschweif den politischen Nutzen der EG an (seit Jahren gute Zusammenarbeit in der EPZ).
– Sie streben wirtschaftlich und handelspolitisch eine zunehmende, für sie nützliche europäische Verflechtung an, eine Politik, die Großbritannien Ende der 70er Jahre, als es sich im wirtschaftlichen Niedergang befand, vermutlich nicht so selbstbewußt betrieben hätte. Ein Indiz hierfür ist auch die von PM Thatcher – für viele überraschend – bewiesene Kompromißfähigkeit beim Europäischen Sonderrat in Brüssel am 11./12.2.1988[6] zur Sicherstellung der agrar- und finanzpolitischen Reformbeschlüsse.
– Mit dem Herzen stehen die Briten „Europa" allerdings eher abwartend gegenüber. Unsere Vision einer „European Union" ist ihrem Denken letztlich noch fremd. Die PM artikuliert dies gelegentlich überpointiert. Es ist kein Zufall, daß die EG im Vereinigten Königreich oft noch als „Gemeinsamer Markt" bezeichnet wird. Der wirtschaftliche Nutzen (Profitdenken) steht weit vor einem emotionalen Europa-Engagement. Nach Auffassung von Beobachtern mag sich dies ändern, wenn die Auto- und Eisenbahnverbindung unter dem Ärmelkanal fertiggestellt sein wird[7]. Sie könnte emotional-psychologisch die Zugehörigkeit Großbritanniens zu Europa dokumentieren.

4 Am 1./2. April 1982 besetzten argentinische Truppen die von Argentinien als Malvinen beanspruchten, unter britischer Hoheit stehenden Falkland-Inseln. Britische Einheiten gingen am 21. Mai 1982 an mehreren Stellen der Inseln an Land. Am 15. Juni 1982 kapitulierten die argentinischen Truppen und ein Waffenstillstand trat in Kraft. Am 20. Juni 1982 erklärte die britische Regierung einseitig die Kampfhandlungen für beendet. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 108, Dok. 110, Dok. 137 und Dok. 175.

5 Der Passus „theoretisch noch … durchführbare Alternativen" wurde von Ministerialdirigent von Ploetz durch Fragezeichen hervorgehoben.

6 Zur Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 vgl. Dok. 59.

7 Bei einem Treffen in Lille am 20. Januar 1986 verabredeten Staatspräsident Mitterrand und Premierministerin Thatcher den Bau eines Eisenbahntunnels unter dem Ärmelkanal, dessen Fertigstellung für 1993 vorgesehen war. Vgl. dazu den Artikel „Thatcher and Mitterrand agree on rail tunnel"; THE TIMES vom 21. Januar 1986, S. 1.

Zur Abrüstungsdiskussion über nukleare Waffen, in der sich unterschiedliche Auffassungen gerade auch zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik zeigen, ist anzumerken, daß der deutsche nukleare Habenichts ungleich einfacher auf nukleare Abrüstung drängen kann als die USA, Großbritannien oder Frankreich, die damit eine Schwächung ihrer wichtigsten politischen und militärischen Abschreckungswaffe befürchten müssen.

Die Aufzeichnung spricht davon, daß Großbritannien auf eine Ostpolitik verzichte[8].[9] Diese Bewertung trifft für die letzten Jahre der Thatcher-Regierung nicht mehr zu. Mrs. Thatcher begreift sich als die Vorreiterin für die Suche eines ernsthaften Dialogs mit der Sowjetunion des Herrn Gorbatschow, den sie selbst entdeckt zu haben glaubt. Hochrangige politische Besuche in allen Ostblockstaaten (AM Howe, Staatsministerin Younger) in den letzten beiden Jahren verdeutlichen, daß das Interesse Großbritanniens an den osteuropäischen Staaten wächst und es sich bemüht, ein differenzierteres Bild des gesamten kommunistischen Machtbereichs zu finden.

Gleichzeitig ist natürlich richtig, daß sich Großbritannien nicht – wie wir – in der gleichen umfassenden Weise der Herausforderung einer Entspannungspolitik stellen muß. Die britische sicherheitspolitische Ausrichtung ist insofern durchaus verständlich. Wir Deutschen hoffen mehr auf die Segnungen eines Wandels.[10]

Hinsichtlich unserer gleichzeitigen Bemühungen, in der WEU sowie[11] im deutsch-französischen Verhältnis zusätzliche europäische Sicherheitsstrukturen zu schaffen, die die westliche Sicherheitsgemeinschaft stärken, müssen wir unseren britischen Freunden die politische Ratio dieses Vorhabens immer wieder verständlich machen. Vor allem müssen wir den Briten und unseren übrigen westlichen Verbündeten immer wieder aufs neue die Sorge nehmen, wir planten Alleingänge oder gar die Finnlandisierung Europas. Gerade weil wir in unseren Überlegungen und in unserem politischen Handeln im Sicherheitsbereich von den USA und vor allem auch von unseren europäischen Verbündeten unterstützt werden wollen und müssen – um erfolgreich sein zu können –, lohnt sich der beständige Dialog.

In diesem Zusammenhang spielen die sicherheitspolitischen Beratungen der sieben WEU-Mitgliedstaaten eine ergänzende, nützliche Rolle. GB ist bereit zur Zusammenarbeit in der WEU, verlangt aber, daß zunächst über Reorganisation und die Zusammenlegung der Organe entschieden werden muß. (Die in der Bezugsvorlage gegebene Interpretation der diesbezüglichen Äußerungen von AM Howe treffen in der wiedergegebenen Form nicht zu, vgl. DB Nr. vom 1.3.1988[12]).

8 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent von Ploetz unterschlägelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „verzichten kann".

9 Dieser Satz von Ministerialdirigent von Ploetz angeschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Unvollständiges Zitat."

10 Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich: „r[ichtig]".

11 Ende der Seite 3 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

12 Die Wörter „vgl. DB Nr. vom 1.2.1988" wurden von Ministerialdirigent von Ploetz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „B[itte] beifügen."
Botschafter Freiherr von Wechmar, London, berichtete am 1. März 1988, der britische Außenminister Howe habe ihm am 29. Februar 1988 dargelegt: „Ihm sei Bedeutung der britischen Präsidentschaft klar. Er werde Fortsetzung der S[pecial]W[orking]G[roup]-Arbeiten auch nicht behindern, sehe aber

Die in der Aufzeichnung vorgeschlagenen Maßnahmen zur besseren Sichtbarmachung der deutsch-britischen Beziehungen entsprechen den von der Botschaft schon bei verschiedener Gelegenheit vorgetragenen Vorstellungen. Hinsichtlich der in der Aufzeichnung angeregten öffentlichkeitswirksamen Darstellung von AM-Treffen weist die Botschaft darauf hin, daß dies nur dann von hier aus unterstützt werden kann, wenn die Botschaft möglichst rasch und umfassend Kenntnis von Inhalt und Verlauf solcher Gespräche bekommt. Dies gilt in weit größerem Maße für Begegnungen mit leitenden Beamten des FCO, die stets weitaus schneller und umfassender über Begegnungen ihres AM mit unserem BM informiert sind.

[gez.] Wechmar

VS-Bd. 13034 (205)

107

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Stellvertretenden VN-Generalsekretär Cordovez

230-381.10/17 **12. April 1988**[1]

Vom BM noch nicht genehmigt.

Gespräch des BM mit USG Cordovez am 12.4.1988[2]

BM begrüßte USG Cordovez und bat ihn um eine Darstellung der für Afghanistan erreichten Verhandlungslösung.[3]

Cordovez begann mit einem Dank für die Unterstützung durch die Zwölf. Diese Unterstützung habe ihm bei seinen Bemühungen geholfen. Entscheidendes Ergebnis der nun erfolgreich beendeten Verhandlungen sei die feste Verpflich-

Fortsetzung Fußnote von Seite 579

Gefahr, daß Realitäten stärker als politische Theorien seien. Noch so schöne und nützliche politische Erklärungen büßten an Überzeugungskraft ein, wenn die Realität etwas anderes zeige […]. Langfristig sei die WEU vor allem im Zusammenhang mit dem Verhältnis USA – Europa wichtig, und er sei froh, daß Präsident Reagan nun häufiger die WEU erwähne. […] Paris habe, so sagte Howe, vor vier Jahren die WEU-Revitalisierung initiiert und PM Chirac habe mit seiner ‚Charta'-Rede den Anstoß für die WEU-Plattform gegeben, nun blockiere F mit seinem Collocation-Veto notwendige Fortschritte in der sachlichen Arbeit." Vgl. den Drahtbericht Nr. 458/459; VS-Bd. 12077 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Bazing am 13. April 1988 gefertigt.
Hat Ministerialdirigent Jansen am 14. April 1988 vorgelegen.
Hat Bazing am 15. April 1988 erneut vorgelegen.

2 Vortragender Legationsrat I. Klasse Vollers informierte: „U[nder]S[ecretary-]G[eneral] Cordovez, der Sonderbeauftragte des VN-GS für die Afghanistan-Verhandlungen, kam am 12.4.1988 nach Bonn, um den Bundesminister – auch als Präsidentschaft der Zwölf – über den Stand der Afghanistan-Verhandlungen kurz vor der Unterzeichnung zu unterrichten." Vgl. den Runderlaß vom 14. April 1988; Referat 230, Bd. 167283.

3 Zu den Vermittlungsbemühungen der VN im Afghanistan-Krieg vgl. Dok. 37.

tung der SU zum Truppenrückzug.[4] Mit dem Abzug der sowjetischen Truppen würden auch die Flüchtlinge zurückkehren können. Die Rückkehr der Flüchtlinge werde wiederum eine Lösung der anstehenden politischen Fragen, insbesondere der Bildung einer neuen afghanischen Regierung ermöglichen. Die SU wolle bereits während der ersten drei Monate bis zu 50% ihrer Truppen abziehen. Er, Cordovez, verspreche sich von dieser zügigen Durchführung des Truppenabzugs eine starke Wirkung auf die Rückkehrwilligkeit der Flüchtlinge.

Besonders schwierig sei in den Verhandlungen das Problem der Unterstützungssymmetrie gewesen.[5] In dieser Frage habe sich die Position der USA im Laufe der Verhandlungen geändert, vor allem wohl deshalb, weil die USA erkannt hätten, daß Nadschibullah doch eine größere Chance als ursprünglich angenommen besitze, sich an der Macht zu halten. Die jetzt gefundene Lösung halte den USA die Option offen, die Mudschaheddin, je nach innerer Entwicklung in Afghanistan, auch weiterhin zu unterstützen. Praktisch betrachteten aber beide Großmächte weitere Waffenlieferungen als Verstoß gegen den Geist des Abkommens.

Auf die Frage von *BM*, wie lange der gesamte Truppenabzug dauern werde, erwiderte *Cordovez*, die Sowjets wollten bis Ende 1988 die Rückführung der Truppen abgeschlossen haben. Nach Abzug der sowjetischen Truppen sei die Gefahr interner Auseinandersetzungen groß. Die Entwicklung innerhalb Afghanistans werde weitgehend durch die zurückkehrenden Flüchtlinge bestimmt werden. Die politisch aktiven Flüchtlingsgruppen, auf die es künftig in besonderem Maße ankomme, befänden sich im wesentlichen in Pakistan. Die Flüchtlinge in Iran seien eher Wirtschaftsflüchtlinge, die sich erst später bis zu einem gewissen Grad auch politisch strukturiert hätten.

BM wirft ein, daß er die Gefahr eines Bürgerkriegs für groß halte.

Cordovez stimmt dieser Einschätzung zu. Zwischen den verschiedenen Flüchtlingsgruppen in Pakistan gebe es tiefgreifende Unterschiede und Feindschaften. Die „Allianz" könne keineswegs ohne weiteres Repräsentativität im Lande selbst beanspruchen.[6] Eine wichtige Gruppe stellten die im europäischen Exil verstreut lebenden afghanischen Intellektuellen und Technokraten dar. Diese Gruppe

4 Zur Ankündigung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 8. Februar 1988, über den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan vgl. Dok. 70, Anm. 7.

5 Am 16. April 1988 resümierte Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), die Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats durch die USA zum Genfer Abkommen über Afghanistan vom 14. April 1988: „Auf Washingtoner Gipfeltreffen habe US beiderseitige Einstellung von Waffenlieferungen vorgeschlagen, was SU unter Hinweis auf bestehende Verpflichtungen gegenüber Kabul abgelehnt habe. US habe daher auf amerikanische Waffenlieferungen an Widerstandskämpfer bestehen müssen, zumindest soweit dies aufgrund Verhaltens der Gegenseite erforderlich werde. […] Auch nach Inkrafttreten Abkommens werde es trotz von Pakistan übernommener Verpflichtungen möglich sein, Widerstand erforderlichenfalls mit Waffen zu versorgen. Haltung US sei hier eindeutig. Falls nötig würden Waffen in ausreichender Zahl und Qualität geliefert werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 522; VS-Bd. 13666 (340); B 150, Aktenkopien 1988.

6 Botschafter Berendonck, Islamabad, berichtete am 17. März 1988 über die Allianz afghanischer Widerstandsgruppen in Pakistan: „Die Siebener Allianz hat am 15.3.88 den Chef der Hezb-i-Islami, Hekmatyar, zum neuen Sprecher der Allianz bestimmt. Hekmatyar ist seit Beginn des Afghanistanproblems unter den Führern der Widerstandsparteien der Favorit des pakistanischen Geheimdienstes und hat den größten Prozentsatz an Hilfsgütern zur Verteilung innerhalb Afghanistans erhalten. Hekmatyar sagte am 15.3., die Allianz werde demnächst eine eigene Interimsregierung innerhalb Afghanistans aufstellen, er selbst nach Afghanistan gehen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 302; Referat 230, Bd. 167283.

müsse wieder integriert werden. In dem Maße, in dem dies gelinge, könne auch eine neue Regierung eine gute Chance haben. Eine wesentliche Rolle spielten auch die örtlichen Widerstandskommandeure im Lande. Sie stellten eine eigene politische Kraft dar. Mit dem Abzug der sowjetischen Truppen hätten sie ihr entscheidendes Ziel erreicht. Jede neue Ordnung im Lande müsse auch mit dieser Gruppe rechnen.[7]

BM fragte, ob es in den einzelnen Teilen Afghanistans ein unterschiedliches Maß an Unterstützung für die gegenwärtige Regierung gebe.

Cordovez erwiderte, daß Nadschibs[8] Einfluß auch nach sowjetischer Einschätzung nicht weit über Kabul hinausreiche, wo er über etwa 90000 Bewaffnete verfüge. Man müsse bedenken, daß die Zentralregierung in Afghanistan traditionell schwach gewesen sei. Entscheidend seien immer wieder die regionalen und Stammesordnungen gewesen. Zu diesem traditionellen Grundmuster werde das Land über kurz oder lang wohl wieder zurückkehren.

BM fragte nach der möglichen Rolle des Königs[9].

Cordovez glaubt, daß der König bei umsichtigem Verhalten durchaus eine Möglichkeit habe, wieder eine Rolle zu spielen. Er verkörpere für viele die Erinnerung an frühere, bessere Zeiten. Er trage aber wegen seiner Schwäche in seiner Regierungszeit auch eine Mitschuld an der späteren tragischen Entwicklung des Landes. Nichtsdestotrotz könnte er als nominelles Staatsoberhaupt eine wichtige stabilisierende Rolle spielen.

BM brachte seine besondere Wertschätzung für die Bemühungen von Cordovez und für die Rolle der Vereinten Nationen bei der Ausarbeitung der nun gefundenen Afghanistanlösung zum Ausdruck. Er stellte die Frage, welche Unterstützung vom Europa der Zwölf und von der Bundesrepublik nach Unterzeichnung der Vereinbarungen am 14.4.[10] erwartet werde.

7 Am 12. Februar 1988 übermittelte Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), eine Einschätzung des Stellvertretenden VN-Generalsekretärs Cordovez zu den afghanischen Widerstandsgruppen: „Die anfangs vom Widerstand in Peshawar ermutigten oder zumindest geduldeten Bemühungen der exilierten afghanischen Intelligenzia (vornehmlich in Europa), eine Plattform für eine Übergangsregierung zu erarbeiten, seien vorerst gescheitert. Dem Widerstand seien die auch nach Peshawar gereisten Angehörigen der Exil-Intelligenzia ‚unheimlich' geworden – er habe offenbar Konkurrenz und eine zu große Rolle der Intelligenzia in einer zukünftigen Regierung gefürchtet. Noch besorgniserregender sei aber, daß in den Gebieten, aus denen sich die sowjetischen Truppen bereits zurückgezogen hätten oder in denen sie bereits bisher nicht präsent waren, Widerstandsgruppen unter den verschiedenen Kommandanten sich bereits jetzt untereinander zunehmend bekämpften. Damit zeichne sich schon jetzt ein erhebliches Blutbad innerhalb des Widerstands ab. In der Frage der Übergangsregierung sei man bei dieser Lage bisher nicht wirklich weitergekommen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 315; Referat 230, Bd. 167283.

8 Muhammed Nadschibullah.

9 Mohammed Zahir Shah.

10 Für den Wortlaut des Zweiseitigen Abkommens vom 14. April 1988 zwischen Afghanistan und Pakistan über die Prinzipien der gegenseitigen Beziehungen, besonders der Nichteinmischung und der Nichtintervention, vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 88 (1988), Heft 2135, S. 56f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 303–305.
Für die von dem amerikanischen Außenminister Shultz und dem Sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 14. April 1988 unterzeichnete Erklärung über internationale Garantien für das Zweiseitigen Abkommen vom selben Tag zwischen Afghanistan und Pakistan über die Prinzipien der gegenseitigen Beziehungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 88 (1988), Heft 2135, S. 57. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 306f.
Für den Wortlaut des Zweiseitigen Abkommens vom 14. April 1988 zwischen Afghanistan und Pakistan über die freiwillige Rückkehr von Flüchtlingen nach Afghanistan vgl. DEPARTMENT OF STATE

Cordovez beantwortete diese Frage mit dem Hinweis auf die großen Zerstörungen im Land. Hier lägen große Aufgaben, die eine gewaltige internationale Anstrengung erforderten. Die Rückkehr der Flüchtlinge könne nur in Verbindung mit einem ausgedehnten Hilfs- und Wiederaufbauprogramm durchgeführt werden.[11] Zunächst gehe es darum, die Grundbedürfnisse der zurückkehrenden Bevölkerung bis zur ersten Ernte zu decken. Ein längerfristiges Entwicklungsprogramm für Afghanistan müsse finanziert werden. Auch wenn man davon ausgehe, daß zunächst nur zwei von den fünf Mio. Flüchtlingen zurückkehrten – dies sei eine realistische Annahme –, kämen hier erhebliche Lasten auf die internationale Gemeinschaft zu.

BM fragte nach den Gründen, die den schließlich erreichten Durchbruch bei den Verhandlungen möglich gemacht hätten.

Cordovez erwiderte, daß seine Einschätzung dahin gehe, daß Gorbatschow persönlich die jetzt erreichte Lösung von Anfang an angestrebt habe. Er habe dabei erhebliche interne Probleme überwinden müssen. Die Entschlossenheit der Sowjets, in diesem Jahr die Truppen aus Afghanistan zurückzuholen, hätte auch zu einigen Schwierigkeiten mit dem Regime Nadschibullah geführt, die in letzter Zeit sehr deutlich zutage getreten seien. Die USA seien ihrerseits ebenfalls entschlossen gewesen, mit der SU bei einer Lösung zusammenzuarbeiten. Schließlich müsse betont werden, daß die Pakistanis eine wichtige Rolle bei den Lösungsbemühungen gespielt hätten. MP Junejo sei hier eine treibende Kraft gewesen und habe sehr geschickt verhandelt.

BM fragte, worin die Garantie-Rolle der SU und der USA bestehe.

Cordovez bezeichnete als Kernpunkte die Verpflichtung beider Seiten zu „non-interference“ und „non-intervention“. Hier liege das in den Verhandlungen erreichte entscheidende Element der Balance. Diese Abmachungen seien naturgemäß von besonderer Bedeutung während der Monate des Truppenrückzugs und der Zeit der Rücksiedlung der Flüchtlinge. Für letzteres seien 18 Monate veranschlagt. Diese Zeit könne jedoch auch verlängert werden. Auf entsprechende Frage des BM erklärte Cordovez, die USA hätten ausreichende Mittel in der Region, um ihre Garantie-Funktion wahrzunehmen und eine Regierungsbildung in Kabul zu fördern. Wichtig sei im übrigen auch, daß die SU ihre Bereitschaft zu erkennen gegeben habe, sich auch finanziell an den Kosten der Rücksiedlung der Flüchtlinge zu beteiligen. Er, Cordovez, habe alle afghanischen Gruppen auf-

Fortsetzung Fußnote von Seite 582

BULLETIN, Bd. 88 (1988), Heft 2135, S. 57 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 305 f.

Für den Wortlaut des Abkommens vom 14. April 1988 über die Wechselbeziehungen für die Regelung der Lage um Afghanistan zwischen Afghanistan und Pakistan sowie den Garantiemächten USA und UdSSR vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 88 (1988), Heft 2135, S. 58–60. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 307–311.

11 Vortragender Legationsrat I. Klasse Zehentner äußerte sich am 4. März 1988 über den Beitrag der Bundesrepublik zu einer Rückkehrhilfe für die afghanischen Flüchtlinge: „Aus den Mitteln der H[umanitäre]H[ilfe] wurden in den letzten Jahren jeweils 10 Mio. DM für afghanische Flüchtlinge zur Verfügung gestellt. Über diesen Rahmen können wir bei gleichbleibender Mittelausstattung des Titels 0502 686 12 nicht hinausgehen. Andere wichtige Hilfsprojekte können nicht nennenswert eingeschränkt werden (z. B. Äthiopien, Mosambik, Angola). Sollte die Rückkehroperation Afghanistan noch in diesem Jahr voll in Gang kommen, ist wohl mit Anforderungen zu rechnen, die ein vielfaches von 10 Mio. DM sein werden. Diese können nur aus zusätzlicher Bewilligung aufgebracht werden. Hierfür käme – aus Sicht des Ref. 301 – ein Sondertitel (Nachtragshaushalt 1988) für Afghanistan in Frage.“ Vgl. Referat 230, Bd. 167283.

gefordert, an der Bildung einer Regierung auf breitester Basis mitzuwirken. Entscheidend sei, daß eine solche Regierung dann auch von allen Seiten akzeptiert werde. Woronzow habe ihm erklärt, daß auch Nadschibullah zur Mitwirkung an einer solchen Regierung bereit sei. Demgegenüber glaube er, Cordovez, nicht an eine Teilung des Landes.

BM fragte, wie sich der Widerstand voraussichtlich gegenüber den abziehenden sowjetischen Truppen verhalten werde. Werde es Kämpfe geben?

Cordovez zeigte sich überzeugt, daß es keine größeren Kampfhandlungen mehr geben werde. Dies werde auch dadurch erleichtert, daß die Sowjets die Absicht hätten, am 15.5. alle ihre Truppen in die Kasernen zurückzuziehen, und jetzt bereits 13 Provinzen geräumt haben. Die SU habe auch versprochen, während des Abzugs laufend alle notwendigen Daten und Informationen an die VN zu übermitteln. Man müsse immer wieder betonen, daß der eigentliche Kern aller Probleme in der Präsenz sowjetischer Truppen in Afghanistan liege. Nach ihrem Abzug könne auch die in Afghanistan durchaus verbreitete Einsicht wieder zum Tragen kommen, daß man mit dem großen Nachbarn im Norden aus eigenem Interesse freundliche Beziehungen wahren müsse.

BM schloß das Gespräch mit der nochmaligen Feststellung, daß Cordovez Großes erreicht habe. Hierfür wolle er ihm auch persönlich danken. Er hoffe, daß die so erfolgreiche Rolle der VN im Falle Afghanistans auch für die Lösung anderer regionaler Krisen und Konflikte ein Modell sein könne.[12]

Referat 010, Bd. 178934

[12] Vortragender Legationsrat I. Klasse Elias und Vortragender Legationsrat Honsowitz legten am 21. April 1988 eine Bewertung des Abkommens vom 14. April 1988 über Afghanistan vor: „Aus unserer Sicht stellt das Genfer Übereinkommen den entscheidenden ersten Schritt zu einer politischen Lösung der gegenwärtigen Krise in Afghanistan dar. Es ist als Erfolg des Widerstands des afghanischen Volkes gegen die sowjetische Besetzung, der konsequenten Haltung Pakistans und der kontinuierlichen Afghanistan-Politik des Westens sowie der überwältigenden Mehrheit der VN-GV zu werten. Der Erfolg wäre aber auch nicht ohne das neue Denken in Moskau erreicht worden. […] Das Genfer Übereinkommen stellt jedoch keinen Friedensvertrag dar und hat keine politischen Strukturen für die Zeit nach dem Abzug geschaffen. Mit einer Fortsetzung der Kämpfe in Afghanistan muß gerechnet werden. Ein erneutes Eingreifen sowjetischer Truppen ist allerdings nicht zu befürchten.“ Vgl. Referat 230, Bd. 167283.

108

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Schlagintweit

331-321.20 PAN VS-NfD **12 April 1988**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] mit der Bitte um Zustimmung (Vorschlag Ziff. II)

Betr.: Unsere Beziehungen zu Panama;
hier: Überreichung des Beglaubigungsschreibens durch Botschafter Dr. von Boehmer

I. Sachverhalt

1) Botschafter Dr. von Boehmer hat seinen Dienst in Panama am 28. Februar 1988 angetreten. Zwei Tage zuvor hatte Staatspräsident Delvalle versucht, den „starken Mann" des Landes, General Noriega, gegen den in den USA ein Strafverfahren wegen Beteiligung am Drogenhandel läuft, zu entlassen. Noriega hatte jedoch seine Entlassung nicht akzeptiert und das Parlament veranlaßt, in einer mitternächtlichen, nur zehn Minuten dauernden Sitzung Delvalle abzusetzen und als kommissarischen Staatspräsidenten den Minister Solis Palma einzusetzen.[4]

Da die Verfassungsmäßigkeit des Präsidentenwechsels umstritten war, die USA an Delvalle als Staatspräsidenten festhielten, manche lateinamerikanischen Staaten ihre Botschafter zur Konsultation zurückzogen und panamaische Oppositionspolitiker über einige Bundestagsabgeordnete[5] darauf drängten, daß die Bundesregierung die neue PAN-Regierung auch nicht de facto anerkennen möge, erhielt der Botschafter Weisung, sein Beglaubigungsschreiben bis auf weiteres nicht zu überreichen.[6]

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Jagow konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 12. April 1988 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 18. April 1988 vorgelegen, der handschriftlich um Rücksprache bat.
Hat Ministerialdirigent Jansen am 11. Mai 1988 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 331 verfügte und handschriftlich vermerkte: „BM bittet, zu gegebener Zeit erneut befaßt zu werden."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Jagow am 11. Mai 1988 erneut vorgelegen, der mit der Bitte um Wiedervorlage die Weiterleitung an Ministerialdirigent von Schubert und Vortragenden Legationsrat Schmiegelow verfügte.
Hat Schmiegelow vorgelegen.

4 Zur innenpolitischen Entwicklung Panamas vgl. Dok. 61, Anm. 19.

5 Vortragender Legationsrat Schmiegelow übermittelte der Botschaft in Panama am 4. März 1988 eine Aufzeichnung über die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags am 2. März 1988. Darin hieß es: „MdB Repnik fragte, ob es opportun sei, daß unser neuer Botschafter in Panama gerade jetzt sein Amt antrete. StS Sudhoff erklärte, die Anreise Botschafter von Boehmers sei praktisch mit den Ereignissen des Wochenendes zusammengefallen. Unter den jetzt gegebenen Umständen behalte sich das Auswärtige Amt die Entscheidung über die Frage der Überreichung des Beglaubigungsschreibens vor. Das in den Händen des Botschafters befindliche Beglaubigungsschreiben sei noch an Präsident Delvalle gerichtet. Das panamaische Außenministerium habe offensichtlich großes Interesse an der Übergabe, auf welchen Namen das Beglaubigungsschreiben auch immer laute. Dies komme für uns selbstverständlich nicht in Frage. Der Botschafter habe Weisung, sich bis auf weiteres auf die Beobachtung der Lage im Lande zu beschränken." Vgl. den Drahterlaß Nr. 25; Referat 331, Bd. 144031.

6 Am 30. März 1988 teilte Ministerialdirigent von Schubert der Botschaft in Panama mit: „Die politischen Gründe für unsere hinhaltende Taktik bestehen fort. Wir können nicht vermeiden, daß die Übergabe des Beglaubigungsschreibens als politisches Signal wirkt und von der PAN-Regierung ausgenutzt

2) Seitdem hat es eine Reihe innen- und außenpolitischer Versuche gegeben, General Noriega zum Rücktritt zu bewegen. Innenpolitische Kräfte sind

– die Oppositionsparteien, darunter die Christdemokratische (Arias Calderón) und die Liberale Partei;
– die Cruzada Civilista, eine Bürgerrechtsbewegung, der weit über 100 Organisationen angehören; sie hat Protestmärsche und einen zehntägigen Generalstreik organisiert;
– die katholische Kirche, die sich als Vermittler angeboten hat.

Von außen wirken insbesondere die USA auf Panama ein: Die US-Regierung hat auf Antrag des abgesetzten Präsidenten Delvalle, den sie als rechtmäßigen Regierungschef betrachtet, die Beschlagnahme der Konten des Banco Nacional de Panama, der panamaischen Staatsbank, in den USA veranlaßt und die Zahlungen der Kanal-Nutzungsgebühren gestoppt. Dadurch ist die Bargeldversorgung Panamas zusammengebrochen, was zur Schließung aller Banken in Panama für den in- und ausländischen Geldverkehr seit dem 4. März 1988 geführt hat. Bemühungen zur Wiedereröffnung der Banken haben bisher kaum Erfolg gehabt. Ferner haben die USA ihre Militärpräsenz in der ehemaligen Kanalzone um ca. 2500 Mann verstärkt.

Alle Aktionen von innen und außen haben bislang nicht zu dem gewünschten Erfolg eines Rücktritts Noriegas geführt. Es läßt sich auch nicht voraussagen, daß sie innerhalb weniger Wochen zum Erfolg führen werden. Man muß sich vielmehr darauf einstellen, daß Noriega noch monatelang im Amt bleiben wird und mit ihm die von ihm eingesetzte Regierung Solís Palma.

3) Botschafter Dr. von Boehmer befindet sich seit dem 6. April in Bonn. Seine Ausreise wurde erforderlich, weil sich das PAN-Außenministerium weigerte, länger hinzunehmen, daß der Botschafter sich nicht auf die Übergabe des Beglaubigungsschreibens einlassen konnte.[7]

Die Botschaft wird ad interim erneut von Kzl I. Kl.[8] Meixner als Geschäftsträger geleitet, der diese Funktion nach dem faktischen Ausscheiden von Botschafter Wolf[9] bereits zweieinhalb Monate ausgeübt hat.

Kzl I Meixner geht Mitte April auf Heimaturlaub, der aus gesundheitlichen Gründen nicht aufgeschoben werden kann. Er wird als Geschäftsträger ersetzt durch

Fortsetzung Fußnote von Seite 585

wird mit der Folge einer Zurücksetzung der PAN-Opposition, die den Vorgang aufmerksam beobachtet. Wir sind nicht bereit, uns von PAN unter Druck setzen zu lassen." Vgl. den Drahterlaß; Referat 331, Bd. 144031.

7 Am 30. März 1988 gab Vortragender Legationsrat I. Klasse von Jagow zu bedenken: „Der Botschafter benötigt nach Ablauf von 30 Tagen (Einreise 28.2.) ein Visum, das ihm vom Außenministerium unter Hinweis auf seinen Nicht-Status verweigert wird. Der Protokollchef hat ihn darauf aufmerksam gemacht, daß er bisher keinen diplomatischen Schutz genieße. […] Das Protokoll verweigert die Einfuhr des Umzugsgutes. Zwischenlagerung in Costa Rica würde Diebstahls-, Feuchtigkeits- und Termitengefahr bedeuten. […] Längeres Hinhalten ist nicht mehr möglich. Wir haben jetzt nur die Wahl, den Botschafter zurückzurufen und bis auf weiteres in Bonn zu halten oder seinen Status zu normalisieren. Für die zweite Option spricht: Wir brauchen einen handlungsfähigen Botschafter, gerade für den Fall, daß sich die Krise weiter hinzieht. Ohne Normalisierung könnte Botschafter von Boehmer in die jetzige Lage nicht nach Panama zurückkehren. Wir haben unsere Distanz zu dem Regime deutlich zum Ausdruck gebracht. Bedenken ergeben sich im Blick auf Washington und auf die Opposition in Panama. Wir sind gezwungen, dem Regime einen begrenzten Punktvorteil zuzugestehen." Vgl. Referat 331, Bd. 144031.

8 Kanzler I. Klasse.

9 Botschafter Wolf trat am 31. Januar 1988 in den Ruhestand.

LR Meitzner (Abordnung aus Montevideo) und als Kanzler durch AR Moch (Ref. 115).

II. Es wird vorgeschlagen, wie folgt zu verfahren:

– Der Botschafter nimmt ab Mitte April für drei bis vier Wochen an einem Spanischkurs in Malaga teil.
– Anschließend zwei Wochen Einweisung in der Zentrale.
– Mitte Mai wird über die Rückkehr des Botschafters nach Panama zu entscheiden sein.

III. Begründung

Zunächst kommt es weiterhin auf Zeitgewinn an. Wir leisten damit einen Beitrag zum politischen Druck auf Noriega und vermeiden es, die PAN Opposition einerseits und die Administration in Washington andererseits zu enttäuschen, die auf die Fortsetzung unseres bisherigen Verhaltens Wert legen.

Wenn Noriega in den nächsten Wochen allerdings nicht weicht, wird zu prüfen sein, ab wann unser Interesse überwiegt, gerade in Zeiten der Krise durch einen handlungsfähigen Botschafter in Panama vertreten zu sein.

Die anderen EG-Botschafter am Ort (GB[10], F[11], IT[12], E[13]) haben ihre Anwesenheit nicht unterbrochen. Die LA-Botschafter, die zunächst zur Berichterstattung abgereist waren, sind inzwischen weitgehend[14] zurückgekehrt (ARG[15], BRA[16], BOL[17], MEX[18], PER[19], DOM Rep[20], Uruguay). Der ägyptische Botschafter[21], in gleicher Lage wie wir, hat sein Beglaubigungsschreiben bereits im März übergeben.[22]

Abteilung 1 hat mitgezeichnet.

Schlagintweit

Referat 331, Bd. 144031

10 Margaret Bryan.
11 Jacques Rummelhardt.
12 Enzo Montano.
13 Tomás Lozano Escribano.
14 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wer nicht?“
Zu Genschers Frage wurde handschriftlich vermerkt: „Nur Kolumbien.“
15 Bernardo Sola.
16 Paulo Monteiro Lima.
17 Samuel Gallardo Lozada.
18 Carlos Planck Hinojosa.
19 Javier Ortiz de Zevallos Thorndike.
20 Dominikanische Republik.
Héctor Pereyra Ariza.
21 Yehia Mohammed Hosny Kabel.
22 In einer Aufzeichnung der Abteilung 3 vom 26. Mai 1988 wurde festgestellt: „Die Bemühungen der US-Regierung, General Noriega durch massive Wirtschaftssanktionen gegen Panama zur Aufgabe zu bewegen, sind offensichtlich fehlgeschlagen. Zwar hat sich die wirtschaftliche Situation des Landes durch diese Sanktionen dramatisch verschlechtert. Doch ist es Noriega gelungen, die Kraftprobe ohne erkennbaren Machtverlust zu überstehen. Auch unter Freunden der USA in Lateinamerika gilt die Strategie der Wirtschaftssanktionen als gescheitert. Die US-Regierung hat daraufhin selbst eine völlige Kehrtwendung vollzogen und ist Noriega in mittelbaren Verhandlungen mit diesem bereits sehr weit entgegengekommen (Angebote: Fallenlassen der Anklage gegen N[oriega] wegen Drogen-

109

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem beninischen Außenminister Hazoumé

321-321.11 BEN **13. April 1988**[1]

Betr.: Gespräch BM–Außenminister Hazoumé, Volksrepublik Benin, am 13. April 1988[2]

Bezug: Vorlage vom 11.4.1988 – AZ wie oben

BM führte mit AM Hazoumé, VR Benin, am 13.4.1988 ein ca. 35minütiges Gespräch.

Gesprächsteilnehmer:

Auf deutscher Seite: BM, StM Schäfer, Botschafter Flimm, RL 013[3], VLR Schumacher, RL 321[4].

Auf beninischer Seite: AM Hazoumé, Planminister Souradjou, Botschafter Boukary-Mory.

AM *Hazoumé* unterstrich zunächst den guten und problemlosen Stand der bilateralen Beziehungen. Für das Interesse der deutschen Seite an der Situation der Menschenrechte in Benin habe er Verständnis[5]; diese Frage sei mit StM aus-

Fortsetzung Fußnote von Seite 587

handels, Möglichkeit für N., nach befristeter Abwesenheit wieder nach Panama zurückzukehren)." Vgl. Referat 331, Bd. 144031.
Botschafter Boehmer, Panama, berichtete am 15. Juni 1988: „Bereits am 13. d[es] M[onats] empfing mich AM Ritter zur Entgegennahme der Kopie des Beglaubigungsschreibens. […] Der Minister erläuterte mir die Geschichte des Landes, in der das Militär immer eine entscheidende Rolle gespielt habe und die zivilen Regierungen stets vom Militär abhängig gewesen seien. Man müsse deshalb Verständnis dafür haben, daß die an sich wünschenswerte demokratische Entwicklung nur langsam vor sich gehen könne". Vgl. den Drahtbericht Nr. 180; Referat 331, Bd. 144031.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ganns am 14. April 1988 gefertigt und an Bundesminister Genscher „mit der Bitte um Genehmigung vor Verteilung" geleitet. Dazu schlug Ganns die Verteilung an das Ministerbüro, das Büro Staatssekretäre, das Büro Staatsminister, Ministerialdirektor Schlagintweit und Ministerialdirigent Sulimma sowie an die Referate 320, 321, 322, 311 und die Botschaft in Cotonou vor.
Hat Vortragendem Legationsrat Schumacher am 14. April 1988 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 321 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „M[it]d[er]B[itte], Vermerk gem[äß] vorgesehenem Verteiler zu verteilen mit Hinweis ‚Von BM noch nicht genehmigt'."
Hat Oberamtsrat Michel vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vom BM noch nicht genehmigt."

2 Der beninische Außenminister Hazoumé besuchte vom 13. bis 16. April 1988 die Bundesrepublik.

3 Jürgen Chrobog.

4 Harald Ganns.

5 Am 22. Februar 1988 hielt Ministerialdirektor Schlagintweit fest: „Bereits im September 1987 bat uns die beninische Regierung, AM Hazoumé in Bonn zu Gesprächen über Menschenrechte zu empfangen. Wir haben seinerzeit die Anregung zu solchen Gesprächen grundsätzlich begrüßt, jedoch zunächst keinen konkreten Terminvorschlag gemacht. […] MR-Organisationen wie a[mnesty]i[nternational], aber auch die VN-Menschenrechtskommission, befassen sich mit Vorwürfen, wonach in Benin mehrere Personen (wahrscheinlich gewaltlose Regimekritiker) ohne ordentliches Gerichtsverfahren in Haft gehalten werden. […] Ein Gespräch mit AM Hazoumé wäre eine gute Gelegenheit, der Regierung Benins die Bedeutung der MR-Frage in unserer Außenpolitik darzulegen." Vgl. Referat 321, Bd. 154253.

führlich diskutiert worden[6]. Über Maßnahmen, welche bessere Rechtsgarantien für Inhaftierte gewährleisten sollten, werde derzeit in der Nationalversammlung debattiert und demnächst entschieden.

Ein wichtiges politisches Thema in den Beziehungen sei auch die Haltung zur Apartheid und Maßnahmen gegen dieses abwegige, aber leider auch sehr mächtige System. Die Afrikaner allein könnten dabei ohne die Hilfe der Staaten, welche über Druckmittel verfügten, nicht sehr viel erreichen. Eine Fülle von wirtschaftlichen und politischen Pressionen sei erforderlich. Besonders wies AM Hazoumé auf terroristische Aktionen des Regimes in Pretoria im Ausland hin; er bezog sich insbesondere auf die jüngsten Vorfälle in Botsuana, Paris und Maputo.[7] Mit allen denkbaren Aktionen müsse man darauf hinwirken, daß ein Rassenkrieg vermieden werde. Ihm schwebe eine Lösung für Südafrika wie in Simbabwe vor[8], welches er kürzlich besucht habe. Die Aktionen, welche die Bundesrepublik Deutschland bereits bisher unternehme, seien gut, er beglückwünsche uns dazu, wünsche aber gleichzeitig, daß wir noch einen Schritt weiter gingen.

6 In einem Gespräch am 13. April 1988 dankte Staatsminister Schäfer dem beninischen Außenminister Hazoumé dafür, „daß er als erster ihn besuchender Außenminister die Menschenrechtsproblematik von sich aus angesprochen habe. Es sei sicher gut, daß in Benin jetzt Möglichkeiten eröffnet werden sollten, wie wir sie von einem funktionierenden Rechtssystem erwarteten. Dies werde sicher auch dem internationalen Ruf Benins nützlich sein, denn in der Tat werde die Frage der Menschenrechte in Benin häufig an uns herangetragen. StM Schäfer begrüßte ausdrücklich, daß Benin jetzt Gefängnisbesuchen durch das IKRK zugestimmt habe, und übergab mit der Bitte, dem Schicksal der Inhaftierten nachzugehen, eine von amnesty international zur Verfügung gestellte Liste." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 321, Bd. 154253.

7 Am 4. Juni 1987 übermittelte Botschafter Freiherr von Mentzingen, Harare, eine dementierende Stellungnahme der südafrikanischen Handelsmission „zu dem angeblich südafrikanischen Überfall auf ANC-Gebäude in Maputo". Mentzingen stellte fest: „Aus hiesiger Sicht ist die Urheberschaft dieses Überfalls ungeklärt. Die hier veröffentlichten Nachrichten sind unpräzise und nicht sehr überzeugend. Bisher hat die südafrikanische Regierung sich zu von ihr durchgeführten Anschlägen bekannt." Vgl. den Schriftbericht Nr. 327; Referat 320, Bd. 155965.
Botschafter Katzki, Gaborone, referierte am 29. März 1988 Informationen über ein „Kommandounternehmen südafrikanischer Streitkräfte" in Botsuana: „Danach hat ein S[üd]A[frika]-Kommando in der Nacht vom 27./28. März um ca. 1.00 Uhr ein Wohngebäude im Außenbezirk von Gaborone überfallen und die Bewohner, ein Mann und drei Frauen, im Schlaf erschossen. […] Südafrika stellt Überfall als Folgeaktion zu Vorkommnissen an der südafrikanisch-botsuanischen Grenze am 25. März dar, bei der angeblich drei ANC-Mitglieder getötet wurden". Vgl. den Drahtbericht Nr. 35; Referat 320, Bd. 156023.
Zur Ermordung der Vertreterin des südafrikanischen ANC in Frankreich, September, am 29. März 1988 vgl. den Artikel „ANC-Vertreterin in Paris erschossen"; FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 30. März 1988, S. 1.

8 Vom 10. September bis 15. Dezember 1979 fand im Lancaster House in London die Verfassungskonferenz für den Übergang Simbabwes/Rhodesiens zur Unabhängigkeit statt. Am 21. Dezember 1979 unterzeichneten der britische Außenminister Lord Carrington, der britische Lordsiegelbewahrer Gilmour, der Ministerpräsident von Simbabwe/Rhodesien, Muzorewa, sein Stellvertreter Mundawarara, der Vorsitzende der „Zimbabwe African National Union" (ZANU), Mugabe, und der Vorsitzende der „Zimbabwe African Peoples Union" (ZAPU), Nkomo, ein Abkommen (Lancaster-House-Abkommen). Dieses enthielt eine Zusammenfassung der Unabhängigkeitsverfassung, Regelungen für die Übergangszeit vor der Unabhängigkeit sowie ein von den Bürgerkriegsparteien unterzeichnetes Waffenstillstandsabkommen. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 108–124 (Auszug).
Gemäß den Bestimmungen des Lancaster House-Abkommens wurde ein britischer Gouverneur eingesetzt, der für den 14. Februar bzw. vom 27. bis 29. Februar 1980 Wahlen ansetzte, aus denen die ZANU unter Mugabe als Sieger hervorging. Am 18. April 1980 entließ Großbritannien Simbabwe formell in die Unabhängigkeit. Am selben Tag nahmen die Bundesrepublik und Simbabwe diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 101.

Bezüglich der krisenhaften Situation im Tschad[9] wies AM Hazoumé darauf hin, daß sein Land schon durch eine große tschadische Kolonie, in der Vertreter vieler tschadischer Richtungen vertreten seien, besondere Beziehungen zu diesem Land habe. Wichtig sei, daß die inneren Probleme des Tschad friedlich gelöst werden könnten. Zu diesem Zweck müsse es aber von seinen Nachbarländern in Ruhe gelassen werden. Benin hoffe, daß die OAE eine Lösung für das Aouzou-Problem finde und Tschad und Libyen eine Basis der Verständigung fänden. Benin könne dabei allerdings nur eine sekundäre Rolle spielen.

Ausdrücklich wies AM Hazoumé darauf hin, daß es im Zusammenhang mit dem Tschad-Konflikt in seinem Lande viele, lange Zeit nicht kontrollierte „Bewegungen" gegeben habe. Dies habe man jetzt eingeschränkt, da diese Aktivitäten für Benin ein Problem der inneren Sicherheit dargestellt hätten. Man wolle auf keinen Fall in terroristische Aktivitäten einbezogen werden und habe deshalb Distanz zu diesen Aktivitäten deutlich gemacht.[10]

AM Hazoumé dankte für die wichtige und effiziente deutsche Hilfe.[11] Diese sei in Benin wie in ganz Afrika durchaus auch in unserem eigenen Interesse, da Afrika nach wie vor ein Kontinent der Zukunft sei.

BM erläuterte AM Hazoumé unsere Einschätzung der derzeitigen Lage in Südafrika, die uns allergrößte Sorge bereite. Ansätze für eine Umkehr in der Regierungspolitik sähen wir nicht, eher das Gegenteil. Das Ergebnis könne noch mehr Gewalt sein, die Verantwortung dafür läge bei denen, die den von uns geforderten nationalen Dialog verhinderten. Dies alles bestätige uns in der Auffassung, daß Apartheid nicht reformierbar sei. Unser Abstimmungsverhalten im SR sei ein Warnsignal an Pretoria gewesen[12], ganz im Sinne der Ausführungen des Bundespräsidenten auf seiner Afrikareise[13], daß die weiße Minderheitsregierung keinen Freibrief habe. Das jüngste südafrikanische Vorgehen in Namibia und die Behandlung des dortigen Puppenregimes zeige im übrigen, daß Pretoria selbst dort die Lage nicht mehr unter Kontrolle habe. Die Bemühungen der USA in Angola[14] zeigten außerdem, daß Südafrika trotz aller Zusicherungen nicht bereit

9 Zum Tschad-Konflikt vgl. Dok. 2, Anm. 3.

10 Am 29. Februar 1988 berichtete Botschafter Flimm, Cotonou, anläßlich der Verhaftung von zwei Libyern am 20. Februar 1988 in Dakar, die in Cotonou mit Pistolen und Sprengstoff an Bord eines Passagierflugzeugs gegangen waren: „Aufgrund seiner geographischen Lage […] und der bevorzugten Stellung der Libyer im Lande ist Benin seit Jahren eine wichtige Operationsbasis Libyens in der Region. Die Landungen und Starts libyscher Sondermaschinen – teilweise ohne jede Markierung – auf dem Flughafen von Cotonou sind ein offenes Geheimnis. Ideologische Gemeinsamkeiten und die Hoffnung auf massive Wirtschaftshilfe bestimmten ursprünglich das beninische Interesse an einer engen Verbindung mit Libyen. Die Öffnung Benins zum Westen – von dem das Land mit Abstand die meiste bilaterale Hilfe erhält – und die beninische Enttäuschung über das Ausbleiben des Kapitalstroms aus Libyen haben inzwischen zu einer gewissen Abkühlung im beninisch-libyschen Verhältnis geführt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 25; Referat 311, Bd. 154186.

11 Laut Abkommen zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und der Volksrepublik Benin über finanzielle Zusammenarbeit vom 28. Juni 1988 sollte Benin von der Kreditanstalt für Wiederaufbau für Projekte im Bereich der Landwirtschaft, Wasserversorgung und Infrastruktur „Finanzierungsbeiträge bis zu insgesamt 38 000 000 DM erhalten". Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, II, S. 786 f.

12 Zur Haltung der Bundesrepublik in der Frage einer Resolution des VN-Sicherheitsrats zur Verhängung von Sanktionen gegen Südafrika vgl. Dok. 87, Anm. 10.

13 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte vom 1. bis 5. März 1988 Mali, vom 5. bis 10. März Nigeria und vom 10. bis 15. März 1988 Simbabwe. Zum Besuch in Simbabwe vgl. Dok. 87.

14 Vortragender Legationsrat Hiller informierte die Botschaft in Luanda am 28. April 1988 über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem angolanischen Außenminister M'Binda am 26. April

sei, aus Namibia herauszugehen. Im Rahmen der EG werde beraten, wie die Europäer sich der neuesten Entwicklung stellen könnten. Hierüber habe er gerade auch ein wichtiges Gespräch mit Präsident Kaunda geführt.[15]

StM *Schäfer* legte zum Tschad-Konflikt unsere Auffassung dar, eine friedliche Lösung unabhängig von äußeren Einflüssen und insbesondere ohne Angriffe des nördlichen Nachbarn müsse gefunden werden, damit das tschadische Volk seine eigene Identität verwirklichen könne.

Auf Frage BM zur Einschätzung der libyschen Politik, führte AM *Hazoumé* aus, daß dieses Land souverän sei und daher seine eigene Politik betreibe. Man könne aber nicht akzeptieren, daß Libyen den Tschad als die südliche Verlängerung seines Territoriums betrachte. Auch Libyen müsse sich an die aus der Kolonialzeit übernommenen Grenzen halten, Annektionen seien nicht akzeptabel. Auch dürfe die Unstetigkeit libyscher Politik keinen Einfluß auf die Nachbarn haben. Benin selbst habe, obwohl man es teilweise beschuldigt habe, klargemacht, daß es kein Satellit Libyens sei. Insbesondere sei es kein islamisches Land und daher nicht im Einvernehmen mit Bestrebungen der libyschen islamischen Expansion.

BM wies darauf hin, daß auch wir balancierte Beziehungen zu Libyen unterhielten, es sei sicherlich falsch, dieses Land völlig zu isolieren.

AM *Hazoumé* wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Benin dringend Unterstützung im Sicherheitsbereich brauche. Von deutscher Seite würden hier neuerdings Überlegungen angestellt.[16] Auch Frankreich wolle helfen. Die Bewegungen gefährlicher Personen müßten eingeschränkt werden.

Abschließend unterstrich *BM*, daß zu den Fragen Südafrika und Tschad eine weitgehende Übereinstimmung der Ansichten festzustellen sei. Dies habe bei den bekannt guten und problemfreien Beziehungen zu Benin seiner Erwartung entsprochen.

Referat 321, Bd. 154253

Fortsetzung Fußnote von Seite 590

1988 in Luxemburg: „Bisheriges Ergebnis der amerikanisch-angolanischen Gespräche über Rückzug der kubanischen Soldaten, Zeitplan etc. beurteilte M'Binda mit begrenztem Optimismus. Er wies darauf hin, daß man im März Zeitplan für Kubaner-Rückzug vorgeschlagen habe (24 Monate, 30 000 Soldaten). Voraussetzung sei allerdings, daß Unterstützung von UNITA aufhöre und daß sich südafrik[anische] Truppen aus Angola zurückzögen. Es komme jetzt darauf an, abzuwarten, wie Pretoria reagiere." Vgl. den Drahterlaß Nr. 4593; Referat 320, Bd. 155828.

15 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Kaunda am 8. April 1988 vgl. Dok. 104.

16 Botschafter Flimm, Cotonou, berichtete am 31. März 1988 über den Wunsch Benins „nach wesentlicher Verstärkung der Zusammenarbeit bei Polizei und Streitkräften […], und zwar nicht nur im Bereich der Ausbildung, sondern auch im Bereich der Ausstattung. In der polizeilichen Zusammenarbeit zeichnet sich eine im beiderseitigen Interesse liegende Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Rauschgifthandels ab […]. Das Interesse an der Zusammenarbeit bei Polizei und Militär geht nicht nur auf die Notwendigkeit zurück, in derzeitiger schwieriger Lage zusätzliche materielle Hilfe zu gewinnen, sondern verdeutlicht auch die stärkere Öffnung gegenüber dem Westen, nachdem die enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion im militärischen Bereich zu großen Enttäuschungen geführt hat." Vgl. den Drahtbericht Nr. 42; Referat 321, Bd. 154253.

110

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten des American Jewish Committee, Ellenoff

204-320.15/7 USA **14. April 1988**[1]

Vom BM noch nicht gebilligt.

Gespräch BM–Präsident des American Jewish Committee, Theodore Ellenoff, am 14.4.1988[2]

1) BM empfing am 14. April den Präsidenten des American Jewish Committee, Theodore Ellenoff, zu einem einstündigen Gespräch. Ellenoff war begleitet von Frau Eleanor Lazarus und William Trosten, Associate Director, beide vom AJC.

An dem Gespräch nahm auch BR I Dr. Calebow, Botschaft Washington, teil.

Diese erste Begegnung des BM mit dem 1986 für die Dauer von drei Jahren in sein Amt gewählten Theodor Ellenoff verlief in freundlicher, lockerer Form. BM geleitete nach dem Gespräch die Besucher bis in die Eingangshalle und erläuterte ihnen auf dem Weg die Gedenktafeln für die durch terroristische Anschläge und im Widerstand ums Leben gekommenen Amtsangehörigen.

2) Schwerpunkte des Gesprächs waren die Schulbuchprojekte des AJC mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und mit der Atlantik-Brücke und die Lage in Israel, wohin Ellenoff anschließend zu Gesprächen mit MP Shamir und AM Peres reiste. Weitere Themen waren die Beschlüsse des Europäischen Rates und ihre Bedeutung für die westliche Welt sowie die Frage der Ausreisen aus der SU.

Hinsichtlich des Schulbuchprojektes sah BM eine Aufgabe für den Koordinator[3], dessen Beteiligung er anregte.

3) Aus dem Gespräch ist im einzelnen festzuhalten:

a) Schulbuchprojekt

Ellenoff führte aus, dem AJC gehe es in seinen Bemühungen in der Bundesrepublik Deutschland u. a. darum, Verständnis dafür zu wecken, daß die hier anzutreffende Gleichsetzung von Juden und Israel unzutreffend ist, daß in den USA doppelt so viel Juden leben wie in Israel (6 Mio.), die trotz aller Unterstützung für Israel ihre eigene Identifikation haben, und die Unterschiede zwischen israelischen und amerikanischen Juden zu verdeutlichen. *BM* fügte hinzu, der verstorbene Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, habe ihn hierauf ebenfalls wiederholt hingewiesen.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 22. April 1988 gefertigt und an das Ministerbüro mit der Bitte, „die Zustimmung des Bundesministers herbeizuführen", geleitet.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 22. April 1988 vorgelegen, der den Rücklauf vom Ministerbüro an Referat 204 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bitte auf Vermerk Zusatz ‚Von BM noch nicht gebilligt' hinzufügen und dann verteilen."
Hat Moltke am 25. Januar 1988 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 204, Bd. 160052.

2 Der Präsident des American Jewish Committee, Ellenoff, hielt sich vom 10. bis 15. April 1988 in der Bundesrepublik auf.

3 Werner Weidenfeld.

Ellenoff berichtete von der Schulbuch-Konferenz mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, die soeben sehr erfolgreich verlaufen sei und an der Vertreter von elf Bundesländern teilgenommen hätten. Alle hätten sich bereit erklärt, innerhalb der nächsten anderthalb Jahre die Schulbücher und das Lehrmaterial im Hinblick auf die Existenz und Rolle der Juden in den USA zu ergänzen. Hiervon würden beide Seiten profitieren und die Brücke der Verständigung gestärkt.

Lazarus und *Trosten* berichteten über das mit der Atlantik-Brücke in den USA in den Staaten Ohio und Michigan in der Durchführung befindliche Gegenprojekt, das amerikanische Lehrbücher zum Holocaust durch Hinweise auf das jüdische Leben in der Bundesrepublik Deutschland und unser Verhältnis zu Israel ergänzt.[4] Die bisherigen Texte endeten mit dem Kriegsende und behandelten nicht die Nachkriegsentwicklung in Deutschland, die jedoch für die Beziehungen und ein besseres Verstehen wichtig sei. Der Gouverneur von Ohio, der gerade ein neues Holocaust-Lehrbuch ausarbeiten lasse, habe sich hinsichtlich entsprechender Ergänzungen interessiert gezeigt. Eine erste Gesprächsrunde in Ohio mit Herrn Kiep sei positiv verlaufen. Gouverneur Celeste wolle auch einen Koordinator für Holocaust-Fragen ernennen und ihn nach Deutschland schicken. In Michigan sei die erste Reaktion zu Ergänzungsvorschlägen ebenfalls positiv gewesen. Der entsprechende Text werde von Professor Schwarz, Bonn, ausgearbeitet. Das Ziel sei es, in diesen beiden Staaten ein Modell zu entwickeln, das dann andere Staaten übernehmen. Letztlich werde es auch darum gehen, das Holocaust Memorial Museum in Washington in entsprechender Weise zu interessieren. Die Gespräche mit der Atlantik-Brücke sollen im Juni in New York fortgesetzt werden.[5]

BM wertete diese Bemühungen positiv und bezeichnete sie als lohnenswert. Das AA müsse darüber nachdenken, welchen Beitrag es leisten könne. Hier läge eine gute Aufgabe für den Koordinator. BM gab RL 204[6] die Weisung, dies mit dem

4 Am 21. Januar 1988 notierte Botschaftsrat I. Klasse Calebow, Washington, zur Zusammenarbeit zwischen dem American Jewish Committee (AJC) und der Atlantik-Brücke: „Das AJC hat in Kenntnis der Schwierigkeiten, auf die wir bei Bemühungen um die Berücksichtigung eines angemessenen Deutschlandbildes bei zentralen amerikanischen Institutionen wie dem U.S.-Holocaust Memorial Council und dem Interfaith Council on the Holocaust gestoßen sind, vorgeschlagen, dieses Anliegen – zunächst einmal auf regionaler Ebene – in solchen amerikanischen Bundesstaaten aufzunehmen, die dem AJC dafür als u. U. besonders aufnahmebereit geeignet erscheinen. […] Der Vorsitzende der A[tlantik-]B[rücke], Walter Leisler Kiep, der ‚Associate Director' des AJC, William S. Trosten, und der Unterzeichnete sind zu Gesprächen am 18.1.88 in Columbus, Oh[io], und am 19.1.88 in Detroit gereist, um dort – gemeinsam mit maßgeblichen örtlichen Vertretern des AJC – dieses Thema mit für den Holocaust-Unterricht Verantwortlichen in den Staaten Ohio und Michigan aufzunehmen." Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 277 des Botschafters Ruhfus, Washington, vom 25. Januar 1988; Referat 204, Bd. 160052.
Botschafter Ruhfus, Washington, ergänzte am 10. Mai 1988 zur Behandlung der Bundesrepublik im amerikanischen Holocaust-Unterricht: „Das AJC ist jetzt der Auffassung, daß es unter Berufung auf die Präzedenzfälle Ohio und Michigan – nach vollzogener Einführung unseres Ergänzungskapitels in diesen Staaten – möglich sein könnte, dieses Anliegen auch mit dem Staat Kalifornien und – nach dessen Zusage – auch mit Connecticut mit guten Aussichten auf Erfolg aufzunehmen. Das AJC legt – im Interesse dieses Vorhabens – großen Wert darauf, sich dabei möglichst nicht dem Risiko einer Absage auszusetzen, die von etwaigen Gegnern des Vorhabens danach u. U. auch als Präzedenzfall herangezogen werden könnte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1985; Referat 204, Bd. 160052.

5 Botschaftsrat I. Klasse Calebow, Washington, vermerkte am 22. Juli 1988: „Vom 18. bis 20. Juni 1988 fand in New York die zweite gemeinsame Tagung der Atlantik-Brücke und des American Jewish Committe über das Thema ‚American Jews and the Federal Republic of Germany – Part II' statt. Organisatorisch und thematisch handelte es sich um die Fortsetzung der ersten derartigen Tagung vom 21. bis 23. November 1987 in Bonn." Vgl. Referat 204; Bd. 160052.

6 Gebhardt von Moltke.

Koordinator aufzunehmen. Auch der Zentralrat der Juden sollte angesprochen werden. *Trosten* wies darauf hin, daß der Koordinator bei seinem kürzlichen Besuch in New York unterrichtet wurde. *Ellenoff* ließ erkennen, daß der AJC das Projekt im bisherigen Rahmen weiterbehandeln möchte.

Calebow wies darauf hin, daß das Fernziel sei, in das Holocaust Memorial Museum in Washington eine versöhnliche Note zu bringen. Entscheidend sei dabei, daß dies von amerikanischer Seite und nicht von uns Deutschen betrieben werde. Für das Schulbuchprojekt gehe es neben der Bildung sachkundiger Gesprächskreise unsererseits um die Bereitstellung von Infrastruktur und Mitteln.

b) Israel

Ellenoff berichtete, daß er MP Shamir und AM Peres in den nächsten Tagen sehen werde. Die Lage in Israel sei gespannt.[7] Das AJC habe MP Shamir kürzlich in New York[8] deutlich zu verstehen gegeben, daß der Status quo nicht aufrechterhalten werden könne. Shamir sei ein sehr ehrenwerter Mann, der sage, was er denke. Man könne mit ihm aber nicht argumentieren wie mit Allon, Dayan oder Peres. Er sei kein Schachspieler-Typ. Er habe auf die Vorstellungen des AJC geantwortet, daß er die Geburtsstunde Israels miterlebt habe und nicht zu denen gehören werde, die seine Todesstunde einleiteten. Er (Ellenoff) glaube, daß Shamir einen Fehler begehe, wenn er nicht irgendeine Form des Dialogs anstrebe.

BM meinte, daß nach seiner Einschätzung Peres mit seinem Ansatz starken Rückhalt in Israel habe, er sich aber frage, ob nicht Shamir bei Wahlen doch mehr Stimmen bekommen würde.[9] *Ellenoff* erwiderte, daß nach einer Umfrage vom 15.3. Likud Wahlen knapp gewinnen würde. Shamir werde aber dadurch nicht seine Position verstärken können, sondern weiterhin auf eine Koalition mit den kleineren Parteien angewiesen bleiben.

BM erwähnte, daß er auf seiner Israel-Reise im Januar lange Gespräche mit Shamir und Peres geführt habe.[10] Er habe das Land nie so aufgewühlt und bewegt gesehen wie bei diesem Besuch. Die Frage, in welche Zukunft Israel gehe, habe sich nie so akut gestellt wie jetzt. Die Gespräche mit Shamir hätte er in guter Erinnerung. Sie hätten sich trotz bleibender Meinungsverschiedenheiten in wichtigen Fragen gut verstanden. Ein anderer Gesprächspartner in Israel habe ihm gesagt, daß er (BM) zu denen gehöre, deren Urteil und Meinung Shamir schätze. Er habe den Eindruck, daß vielleicht bei uns ein größeres Maß an Verständnis für Israel bestehe, weil wir uns so intensiv miteinander befaßten. AM Allon habe ihm zu Beginn seiner (BMs) Außenministerzeit in langen Gesprächen viel über Israel erzählt und viel zu seinem Verständnis für das Land beigetragen.[11] Die Bundesregierung könne in dieser schwierigen Lage zwar nicht wie die USA Einfluß nehmen, wir könnten aber mit Verständnis Anteil nehmen. Wir hätten kürzlich im BT eine Debatte über die Lage in den besetzten

7 Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada“) vgl. Dok. 83, Anm. 20.

8 Ministerpräsident Shamir hielt sich vom 14. bis 22. März 1988 in den USA auf.

9 In Israel fanden am 1. November 1988 Parlamentswahlen statt.

10 Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 23./24. Januar 1988 in Israel vgl. Dok. 30, Dok. 40 und Dok. 41.

11 Bundesminister Genscher traf mit dem israelischen Außenminister Allon am 25. September 1974 in New York zusammen. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 283.

Gebieten geführt, die in Israel positive Aufmerksamkeit erregt hätte.[12] Von allen Parteien im BT sei diese Debatte gleichermaßen ernst und verantwortungsvoll geführt worden. Deshalb hätten auch die kritischen Passagen den positiven Eindruck in Israel nicht geschmälert. Zwei Gesichtspunkte hätten die Debattenbeiträge beherrscht: Erstens das spezielle Verhältnis der Deutschen und Juden, das uns zwar erlaubt, an allem teilzunehmen, uns aber auch zur Zurückhaltung mahnt, zweitens der Gedanke, daß man bei dem, was immer man jetzt zur Politik Israels sagt, bedenken muß, wie der Staat Israel entstanden ist. Er (BM) habe in seinem Redebeitrag im BT auch festgestellt, daß der Status quo nicht fortbestehen könne, aber die Richtung notwendiger Veränderungen habe er offengelassen.

c) Ausreisen aus der Sowjetunion

Ellenoff erwähnte auf BMs Frage, daß 1987 ca. 9000 Juden aus der SU ausgereist seien (etwa 900 pro Monat). *BM* stellte fest, daß damit zum ersten Mal sich die Ausreise bei Deutschen und Juden nicht parallel entwickle.[13] Die Ausreisezahlen der Deutschen stiegen schneller, wenn auch tendenziell die Parallelität fortbestehe. Die Erfahrungen hätten gezeigt, daß die Entwicklung in ihrem Auf und Ab nie etwas mit den bilateralen Beziehungen, sondern mit der Haltung der inneren sowjetischen Behörden zu tun gehabt habe. Ein 20minütiges, offenes Gespräch mit Andropow, der selbst KGB-Chef gewesen sei, habe ihm dies bestätigt.[14] *Ellenoff* meinte, daß man, wenn dies zuträfe, wegen der Entwicklung in Armenien[15] wohl leider wieder einen Rückgang der Ausreisen befürchten müsse.

d) Entwicklungen in Europa

BM wies auf die unter unserer Präsidentschaft zustande gekommenen Beschlüsse des ER[16] im agrar- und finanzpolitischen Bereich hin, die den Weg zum Binnenmarkt, für dessen Herstellung noch einige wichtige Schritte zu machen seien, ebneten. Der angestrebte europäische Binnenmarkt sei nicht nur für uns, sondern für die ganze freie Weltwirtschaft wichtig. Mit ihren 320 Mio. Einwohnern stelle die EG als Binnenmarkt wahrscheinlich die größte Wachstumsreserve der Weltwirtschaft dar. In der gegenwärtigen Phase der West-Ost-Politik komme dieser Entwicklung große Bedeutung zu. Es gehe um die Bewahrung des Gleichgewichts und die Stärkung Europas, selbstverständlich als Partner der USA. Dem Dreiecksverhältnis USA–Europa–Japan komme ebenfalls in der Zukunft zunehmende Bedeutung zu. Europa müsse aber erst noch seinen Weg zum Einheitsmarkt abschließen.

Referat 204, Bd. 160052

12 Die Aussprache des Bundestags über die Lage im Nahen Osten, insbesondere in den von Israel besetzten Gebieten, fand am 11. März 1988 statt. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 69. Sitzung, S. 4667–4683.

13 Zur Ausreise von Deutschstämmigen aus der UdSSR vgl. Dok. 22, Anm. 16.

14 Bundesminister Genscher nahm am 15. November 1982 in Moskau am Gespräch des Bundespräsidenten Carstens mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, teil. Für das Gespräch vgl. AAPD 1982, II, Dok. 302.
Bundeskanzler Kohl und Genscher führten am 5. Juli 1983 in Moskau ein Gespräch mit Andropow. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 204.

15 Zu den Nationalitätenkonflikten zwischen Armeniern und Aserbaidschanern in der UdSSR vgl. Dok. 85, Anm. 3 und 4.

16 Zur Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel vgl. Dok. 59.

111

Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, an das Auswärtige Amt

114-11763/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 14. April 1988, 09.10 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 488 **Ankunft: 14. April 1988, 12.59 Uhr**

Betr.: Syriens Position im Geflecht der Nah- und Mittelost-Krisen

1) Seit Beginn letzten Jahres hat sich einiges in der Situation Syriens zwischen den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens verändert, so daß seine Führung zur Überprüfung ihrer Optionen gezwungen wurde.

Bis dahin hatte die Isolierung Ägyptens und die Fesselung und Schwächung der Kriegsgegner im Golf[2] Syrien einen Einfluß verschafft, der über sein eigentliches Gewicht hinausging. Erst seit einem Jahr beginnen die drei Krisen in der Region, Syrien wirklich zu bedrohen und zu schwächen.

2) Die Syrer und ihr Präsident rechnen nun damit, daß der Golfkrieg, je mehr er sich als unlösbar erweist, eines Tages über die Grenzen schwappen könnte. Sie halten es mehr und mehr für denkbar, daß der Aufstand in den besetzten Gebieten[3] auch sie wieder in bisher sorgfältig vermiedene Konfrontationen zu Israel bringen kann. Sie fürchten ferner, daß sich im Libanon die Dinge weiter radikalisieren und ihrer Kontrolle entgleiten könnten.[4] Zudem hat sich die syrische wirtschaftliche Lage[5] – vor allem durch die Libanon-Besetzung – so bedrohlich verschlechtert, daß Vertreter der hiesigen politischen Kaste jenseits

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 14. April 1988 vorgelegen.

2 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 88, Anm. 13.

3 Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada“) vgl. Dok. 83, Anm. 20.

4 In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums der Verteidigung vom 17. März 1988 wurde zur Rolle Syriens im Libanon ausgeführt: „Mit der Rückkehr syrischer Truppen nach West-Beirut im Februar 1987 konnte dort eine gewisse Ordnung hergestellt werden. Die Übernahme der Kontrolle der im Raum Beirut befindlichen PLO-Lager von den Amal-Milizen durch Syrien im Januar 1988 beendete zumindest vorläufig den blutigen ‚Lagerkrieg‘. Doch zeigen zahlreiche Sprengstoffanschläge und Entführungen, daß die Sicherheit in Beirut nicht garantiert werden kann […]. Das Erstarken der pro-islamischen Hizbollah bringt für Syrien, das aus Rücksicht gegenüber Teheran ein zu hartes Durchgreifen vermeidet, zunehmend Probleme mit sich. Syrien dürfte derzeit mit den bisher eingesetzten Mitteln und Kräften am Ende seiner Möglichkeiten in der Lösung des Libanon-Problems angelangt sein.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149778.

5 Angestellter Dilger, Damaskus, teilte am 27. Januar 1987 mit, „daß es auch 1987 zu keiner spürbaren Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Syriens kommen wird. Wie von der Zentralbank bestätigt, betrug der Devisenbestand Syriens um die Mitte des Monats nur noch ca. 20 Mio. Dollar und befand sich damit auf dem bisher niedrigsten Stand. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß fällige Zahlungen an internationale Entwicklungsbanken Ende 1986 nicht geleistet wurden. Neben der Weltbank und der Europäischen Investitionsbank ist davon die KfW betroffen. […] Abgesehen von der saudischen Hilfe, dem Überschuß aus der Ölbilanz und den arg verringerten privaten Transfers kann die Zentralbank bisher noch keinen Hinweis geben, wo 1987 weitere Devisen in der erforderlichen Höhe herkommen sollten, um dringend benötigte Importe zu finanzieren und internationalen Verpflichtungen nachzukommen. Die Baumwollernte 1986/87 ist, wie es heißt, zwar nicht schlecht gewesen. Ein großer Teil dürfte jedoch im Rahmen von Tauschvereinbarungen an Ostblockstaaten, in erster Linie die Sowjetunion, gehen. Die syrische Industrie ist mit der Produktion wegen des Mangels an Rohstoffen und Ersatzteilen ständig zurückgefallen und nicht leistungsfähig.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 83; Referat 310, Bd. 149707.

der Regierung erstmalig seit Hama[6] wieder plötzliche Unruhen für möglich halten.

3) Aus diesen Gründen muß Syrien an Konfliktlösungen dringend interessiert sein, und all meine Informationen sprechen dafür, daß Assad und seine Männer dieses auch wollen.

So ist zu erklären, daß – nachdem die ersten beiden Shultz-Reisen in Damaskus völlige Fehlschläge waren – die dritte Runde offensichtlich im Verhältnis USA–Syrien eine qualitative Veränderung zum Positiven gebracht hat.[7]

Wenn man vom Libanon absieht, ist man zwar in der Sache so weit entfernt wie eh und je. Aber Assad und seine Leute haben begriffen, daß das Nein zu jedweden fremden Lösungsversuchen Syrien nicht mehr stärken kann, sondern schwächen muß – und sie konstatieren, daß die Amerikaner jedenfalls nicht mehr „willenlose Werkzeuge der Zionisten" sind, sondern eigenständiges Krisen-Management zu betreiben beginnen.

Kein absolutes Mißtrauen mehr in die NO-Politik des anderen, das heißt, daß der größte Stein zu sinnvollem Krisenmanagement aus dem Weg geräumt ist. (Gleiches gilt übrigens auch für die NO-Kontakte der Supermächte.)[8]

Assads Annäherung an den Westen trug für ihn also nicht nur in Europa Früchte. Syrien braucht eine Lösung der Westbank-Probleme[9] und dazu die USA.

5) Hier fürchtet man nichts so sehr wie eine weitere Radikalisierung im Libanon, weil man weiß, daß der islamische Extremismus auf die frustrierte syrische Bevölkerung durchschlagen kann.

Die syrische Führung fürchtet, daß sich auch in der Westbank zunehmend radikale Kräfte durchsetzen werden.

Im syrischen Hama haben die Moslembrüder schon 1982 so selbstmörderisch gekämpft wie heute die Hizbollah im Libanon. Syrien, so erzählen einem hier gut informierte Syrer, soll heute versuchen, Großbeirut zu befrieden, um die Schiiten-Krieger in den Südlibanon umzusiedeln, damit sie die Israeli bekämpfen[10]. Das birgt aber die Gefahr unkontrollierter Konfrontationen mit Israel, so daß ich entgegen diesen Informationen nicht glaube, daß Assad das wirklich beabsichtigt.

6) Syrien ist wie Jordanien ein eher konservatives „Sultans-Regime", das Ruhe braucht. Die Macht ruht hier wie da nur auf zwei Schultern, in Damaskus mehr noch als in Amman.

Die neuen radikalen Strömungen, wenn sie sich denn durchsetzen, werden solche Regime auf die Dauer unterspülen, so stark dieses hier auch ist oder scheint, solange Assad lebt. Weil das so ist, muß Assad, muß das hiesige Regime sich um Ruhe und um Frieden in der Region bemühen. Ich zweifle nicht, daß es das tut.

6 In der syrischen Stadt Hama kam es 1982 infolge eines Aufstands von Mitgliedern der Moslem-Bruderschaft zu schweren Kämpfen. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 69.

7 Shultz reiste am 27. Februar, am 4. März und am 5. April 1988 nach Syrien. Zu seinem Besuch am 5. April 1988 in Syrien vgl. Dok. 95, Anm. 26.

8 Zu diesem Absatz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter handschriftlich: „Aha."

9 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter unterschlängelt.

10 Der Passus „Großbeirut zu … Israeli bekämpfen" wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter durch Fragezeichen hervorgehoben.

Ein Zeichen dafür ist, Assad vermied ein Nein zur Initiative des amerikanischen Außenministers.[11]

[gez.] Schlingensiepen

VS-Bd. 13644 (310)

112

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten des italienischen Senats, Spadolini

15. April 1988[1]

Gespräch BM mit dem Präsidenten des italienischen Senats, Spadolini, am 15. April 1988, 12.30 Uhr

BM hat den Präsidenten des italienischen Senats, Herrn Giovanni Spadolini, am 15. April 1988 zu einem 40 Minuten langen politischen Meinungsaustausch empfangen. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die innenpolitischen Entwicklungen in Italien und Deutschland sowie die internationale Lage, namentlich der Stand der sowjetisch-amerikanischen Rüstungskontrollverhandlungen, die Entwicklung in Polen und Frankreich vor den Präsidentenwahlen[2].

Im einzelnen

1) Innenpolitische Entwicklung in Italien und bilaterale Beziehungen

BM drückt seine Freude darüber aus, Senatspräsident Spadolini in seiner neuen Funktion in Bonn begrüßen zu können. *Spadolini* betont, nach vielen Jahren des aktiven politischen Kampfes habe er als Senatspräsident einen Augenblick der Ruhe verdient. Dies sei wichtig, da gerade jetzt in Italien die Diskussion über die dringend notwendige Reform der politischen Institutionen in Gang gekommen sei, die einen vollen persönlichen Einsatz verlange. Er hoffe, jetzt mehr Zeit für die literarische Arbeit zu gewinnen. Aus diesem Grunde überreiche er hiermit BM sein neuestes Werk über die Geschichte von Florenz.[3]

11 Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter handschriftlich: „Weil er das Nein Shamir überlassen will."
Am 18. März 1988 veröffentlichte der amerikanische Außenminister Shultz einen Artikel in der amerikanischen Tageszeitung „The Washington Post", in dem er den Rahmen einer Internationalen Konferenz für den Frieden im Nahen Osten darlegte. Für den Wortlaut vgl. ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. IV, Teil 2, S. 1887 f.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 15. April 1988 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat Schrömbgens am 18. April 1988 vorgelegen, der den Umlauf in Referat 214 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „(Lage in Polen)."

2 Die Präsidentschaftswahlen in Frankreich fanden am 24. April und 8. Mai 1988 statt.

3 Vgl. Giovanni SPADOLINI, La Firenze di Gino Capponi fra restaurazione e romanticismo. Gli anni dell'Antologia, Florenz 1986.

Auf Frage *BM* nach innenpolitischer Lage in Italien, nach Bildung der neuen Regierung erwidert *Spadolini*, er hoffe, die Regierung De Mita werde von soliderer Dauer sein als die Vorgänger-Regierung Goria[4]. Er habe allerdings Zweifel, ob De Mita längere Zeit die beiden Ämter des Ministerpräsidenten und DC-Parteivorsitzenden gleichzeitig ausüben könne. Bei der Fünfer-Koalition in Rom handle es sich um eine besondere Form einer Art großen Koalition, allerdings ohne Kommunisten. Wichtig sei für ihn, daß das Verteidigungsministerium weiterhin in der Hand der Liberalen (Zanone) bleibe. Dadurch werde die Kontinuität in sicherheitspolitischen Fragen gewahrt. Auch die gute Zusammenarbeit BM/AM Andreotti trage zur Kontinuität in den bilateralen Beziehungen bei.

BM bestätigte dies und äußerte sich befriedigt darüber, daß sein Freund Colombo das Finanzministerium übernommen habe. Er halte es für besonders wichtig, in allen außenpolitischen Fragen mit Italien das hohe Maß an Übereinstimmung fortzusetzen. Er wisse, daß namentlich seine Übereinstimmung mit AM Andreotti für die politische Willensbildung in Europa großes Gewicht habe.

2) West–Ost, Lage in Polen

Spadolini fragt nach Einschätzung BM des bisherigen Gorbatschow-Kurses. Die sowjetische Haltung zu Afghanistan zeige, daß man auf einem guten Wege sei. *BM* stimmt zu und betont, die Afghanistan-Entscheidung der SU[5] mache deutlich, daß Gorbatschow es ernst mit seiner Politik meine.

Spadolini fragt, wie BM den polnischen Vorschlag einer Konferenz der europäischen Parlamentspräsidenten beurteile. Hierzu *BM*: Man müsse den Vorschlag sorgfältig prüfen und vor allem erfahren, was Polen mit dem Vorschlag beabsichtige. Sein eigener Besuch in Polen zu Beginn des Jahres 1988 sei gut verlaufen.[6] Demnächst werde auch BK Polen besuchen. Damit erhielten die äußerst komplizierten deutsch-polnischen Beziehungen neue Impulse.

Spadolini bemerkte zur Lage in Polen, er habe bei seinem Besuch im November 1987 (als Senatspräsident) den Eindruck gewonnen, daß Jaruzelski fest im Sattel sitze, auch wenn das Referendum für die Regierung nicht sehr günstig verlaufen sei[7]. *BM* erläuterte, der Ausgang des Referendums sei eine typisch polnische Lösung gewesen. Die Regierung selbst habe das Referendum so angelegt, daß es trotz einer relativen Mehrheit letztlich nicht zum Erfolg führen konnte.

4 Nachdem es Ministerpräsident Goria nicht gelungen war, einen Haushalt zu verabschieden, erklärte er am 11. März 1988 nach 227 Tagen Amtszeit seinen Rücktritt. Am 13. April 1988 wurde die Regierung des Ministerpräsidenten De Mita vereidigt. Botschafter Ruth, Rom, stellte am 14. April 1988 fest: „Sie ist die 48. Nachkriegsregierung Italiens und die zweite Regierung der seit den Parlamentswahlen vom 14./15.6.1987 laufenden zehnten Legislaturperiode. Sie ist außerdem die sechste ‚Pentapartito'-Koalition zwischen den Parteien DC, PSI, PRI, PSDI und PLI, die mit dem ersten Kabinett Spadolini im Juni 1981 eingeführt wurde. […] Sachliche und personelle Änderungen neuer Regierung De Mita gegenüber Vorgänger-Regierung Goria sind geringer als Tauziehen vergangener Wochen hätte vermuten lassen. Kritiker werten Regierung De Mita teilweise weniger als neue Regierung, denn vielmehr als Revirement früherer Regierung Goria." Vgl. den Drahtbericht Nr. 606; Referat 206, Bd. 140514.

5 Zum sowjetischen Truppenabzug aus Afghanistan vgl. Dok. 107.

6 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 10. bis 12. Januar 1988 in Polen vgl. Dok. 14 und Dok. 17.

7 Zum Referendum vom 29. November 1987 über die Reform des wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Lebens in Polen vgl. Dok. 26, Anm. 29.

In jedem anderen Land mit einer klassischen Tradition der Volksbefragung – wie z. B. in der Schweiz – hätte die Regierung unter den gegebenen Umständen obsiegt. Man müsse Jaruzelski sehr differenzierend sehen. J. selbst habe einem ausländischen Besucher einmal gesagt: „Ich bin die letzte Lösung für Polen." Diese Einschätzung sei völlig richtig. J. gehöre zu den tragischen Persönlichkeiten in der Geschichte, die in einer schwierigen Lage Verantwortung übernehmen, ohne die Situation wesentlich verändern zu können und damit Nachruhm zu ernten. Trotzdem habe er Polen viel erspart.

Eine weitere Tragik sei es, daß die Solidarność-Bewegung Wałęsa aus der Hand geglitten sei. Er habe seinerzeit die Möglichkeiten der Einwirkung optimistischer eingeschätzt als die Mehrheit seiner Freunde. Damals sei er überstimmt worden. Er, BM, habe mit W. ein langes Gespräch geführt und sei von seiner Persönlichkeit sehr beeindruckt. W. sei ein „Kraftwerk voller politischer Energie".

Spadolini bedauerte, daß er bei seinem Besuch in Polen nicht mit W. zusammengetroffen sei. Er habe allerdings den Eindruck, daß sich der Einfluß von Solidarność abgeschwächt habe.

BM stimmt dieser Bewertung zu. Dies gelte aber nicht für Wałęsa selbst, der weiterhin großen Einfluß auf die Entscheidungen der polnischen Regierung habe. Er sitze sozusagen als stummer Gast am Kabinettstisch. Die polnische Regierung müsse seine möglichen Reaktionen immer einkalkulieren. Im Gespräch habe sich W. verantwortungsbewußt gezeigt und ihm versichert, er halte den Besuch des deutschen AM in Polen für richtig,

– ebenfalls richtig sei es, der polnischen Regierung Finanzhilfe zu bieten;
– wichtig sei es jedoch, nicht allein mit der Regierung zu sprechen, sondern auch mit der Opposition (d. h. Solidarność).

Man müsse die polnischen Möglichkeiten realistischer sehen, als dies viele westliche Außenministerkollegen täten. Immerhin habe Jaruzelski bewirkt, daß Polen heute das offenste Land im WP sei. Bemerkenswert seien die Vielfalt der Meinungen, das eigenständige kulturelle Leben und die Stärke der katholischen Kirche. Er, BM, sei manchmal verwundert über die Haltung westlicher AM-Kollegen, die den übrigen WP-Staaten betont freundlich gegenüberträten, aber gerade gegenüber Polen immer wieder die Unzulänglichkeiten beim Schutz der Menschenrechte überproportional betonten.

Spadolini weist auf besonders guten Draht Jaruzelskis zu Gorbatschow hin. Hierzu *BM*: J. habe Gorbatschow von Anfang an unterstützt, weil er sich von der fortschreitenden Perestroika die Legitimation seines eigenen Weges erhoffe.

3) Abrüstungsfragen

Auf Bitte von *Spadolini* erläutert *BM* sodann seine Einschätzung in der Abrüstungsfrage: Die Bundesrepublik Deutschland sei angesichts ihrer Nähe zur SU direkt betroffen. Man müsse die Abrüstungsbemühungen entschieden fortführen. Dabei müsse man auch über den Abbau von Kurzstrecken-Raketen reden, da die SU hier übermächtig sei[8]. Man dürfe der SU keinen Vorwand liefern,

[8] Zum Kräfteverhältnis der nuklearen Kurzstreckenwaffen (SNF) von NATO und Warschauer Pakt vgl. Dok. 25, Anm. 12.

hier ihre Überlegenheit zu bewahren. Man müsse wegen der Überlegenheit der SU auf diesem Gebiete – wie in Reykjavik vereinbart[9] – zu einer Absprache über gleiche Obergrenzen gelangen.

Spadolini stimmt dem zu und weist darauf hin, daß die sowjetische Überlegenheit auf dem Gebiet der Kurzstreckenwaffen das Verhältnis 1:10 erreicht habe.

BM: Das geht zu Lasten der „Frontstaaten" wie DK, N, TUR, GRI und besonders D.

4) Stationierung von amerikanischen F-16-Jägern in Italien

Spadolini fragt, wie BM die beabsichtigte Verlegung von amerikanischen F-16 von dem spanischen Stützpunkt Torrejon nach I beurteilt.[10] Er halte dies für richtig, auch um die Folgen des GRI/TUR-Konflikts an der NATO-Südostflanke zu kompensieren. *BM*: Sie müssen irgendwo bleiben.

5) Entwicklung in Frankreich

Spadolini geht davon aus, daß F in sicherheitspolitischen Fragen – auch hinsichtlich der Verhandlungen mit SU – mit deutscher Haltung weitgehend übereinstimmt.

BM weist darauf hin, daß man zunächst die französischen Präsidentenwahlen am 8. Mai 1988 abwarten müsse. Jetzt sei die Lage dort zu kompliziert, um Entscheidungen zu erwarten. Für Mitterrand werde der Wahlsieg schwieriger sein als erwartet. Trotzdem werde er es schaffen.

Spadolini ergänzt, daß Chirac sich als geschickter Kämpfer mit einer glänzenden Organisation erwiesen habe. Er sei ein Mann großer Qualitäten, auch wenn seine Regierung Schwächen zeige.

BM fügt hinzu, das Konzept der Kohabitation in F sei praktisch gescheitert. Beide Seiten versuchten nun, sich die Verantwortung hierfür zuzuschieben. Eine Wiederholung werde es in Zukunft wohl kaum geben. Chirac habe es jedoch verstanden, diese für ihn gefährliche Lage in einen Vorteil zu verwandeln. Er habe den sozialistischen Wählern die Angst genommen, näher an die Mitte heranzurücken. Damit habe er Stimmen gewonnen.

9 Vgl. dazu die Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 174.

10 Am 15. April 1988 berichtete Brigadegeneral Freiherr von Uslar-Gleichen, Washington, über die Entscheidung der amerikanischen Regierung, 72 Kampfflugzeuge vom Typ „F-16" aus Spanien abzuziehen, welche jedoch nach Auskunft des Hauptquartiers der amerikanischen Luftwaffe „auf alle Fälle in Europa verbleiben würden. Sollte sich die Aufnahme des Geschwaders in Italien aus politischen oder finanziellen Gründen (Übernahme der Infrastrukturkosten durch die NATO) nicht realisieren lassen, so besabsichtige H[ead]Q[uarters] U[nited]S[tates]A[ir]F[orce] die Flugzeuge nach Großbritannien zu verlegen, um dort ohnehin zur Ablösung heranstehende Flugzeuge zu ersetzen. [...] O.A. Planung würde faktisch die Auflösung der 401 T[actical]F[ighter]W[ing] bedeuten, wobei die Flugzeuge in Europa verbleiben würden. Allerdings würde dafür eine entsprechende Anzahl von veralteten Flugzeugen anderer Verbände aus Europa abgezogen werden, ebenso würde die einem Geschwader entsprechende Anzahl von Personal freigesetzt. [...] Die Verlegung der Flugzeuge nach England bedeutet äußerlich betrachtet zwar den Abzug eines ‚dual capable' (nuklear u. konventionell) einsetzbaren Geschwaders von der Südflanke der NATO, in der Praxis könnten die Flugzeuge allerdings auch von England aus ihren bisherigen Auftrag für den Verteidigungsfall durch Verlegung auf die vorgesehenen Plätze Aviano […] und Incirlic […] wahrnehmen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1644; VS-Bd. 12079 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

6) Weitere Themen

Auf Frage von *Spadolini* zur wirtschaftlichen Entwicklung führt *BM* aus, die internationale Wi-Lage[11] bleibe labil. Wir würden alle in Zukunft noch Probleme haben. Wie empfindlich die Lage sei, habe sich nach dem Börsensturz erwiesen.[12]

Zur Lage in der liberalen Partei erläuterte BM, in Baden-Württemberg habe die FDP bei den Landtagswahlen einen Rückschlag hinnehmen müssen.[13] Die jüngsten Meinungsumfragen deuteten allerdings auf eine Zustimmung von 9% der Wähler, darunter ein beachtlicher Anteil von jungen Leuten. Die Auseinandersetzung mit den Grünen sei noch nicht ausgestanden.

Spadolini fragt nach den Aussichten einer sozial-liberalen Koalition, über die er Presse-Spekulationen gelesen habe.

Antwort *BM*: Dies war ein Osterfeuer ohne ernsthaften Hintergrund.

Zum Abschied überreicht Senatspräsident *Spadolini* einen Band der von ihm herausgegebenen Literaturzeitschrift „Nuova Antologia“ und spricht die Hoffnung aus, BM demnächst in seinem Hause in Florenz begrüßen zu können.

BM nahm die Einladung ohne Terminzusage gern an.

Referat 214, Bd. 139701

11 Wirtschafts-Lage.

12 Zu den Kursstürzen an den internationalen Börsen am 19. Oktober 1987 vgl. Dok. 5.

13 Bei den Landtagswahlen am 20. März 1988 in Baden-Württemberg entfielen auf die CDU 49,1%, die SPD 32,0%, die Grüne 7,9% und auf die FDP 5,9% der abgegebenen gültigen Wählerstimmen.

113

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

212-340.81 **15. April 1988**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: KSZE-Folgetreffen in Wien;
hier: Rückblick und Ausblick

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und Genehmigung des Vorschlages zu III., Ziff. 1.

I. Rückblick auf die 5. Sitzungsperiode (22.1.–25.3.1988)

Die Bilanz der abgelaufenen Sitzungsperiode ist insgesamt gesehen unbefriedigend.

Wichtig ist, daß wir in einem zentralen Bereich des Rüstungskontrollprozesses, nämlich bei der Aushandlung des KRK-Mandats[4] vorangekommen sind. Nicht zu unterschätzen ist auch die Notierung eines überwiegend westliche Anliegen berücksichtigenden Pakets aus einigen Vorschlägen in Korb III („Eisbrecher")[5], dem die SU in letzter Minute zustimmte. Aber: Ein nach Substanz und Ausgewogenheit für alle Teilnehmerstaaten (TNS) akzeptables Schlußdokument ist noch nicht in Sicht, da die Auffassungen über ein Ergebnis bei den Menschenrechten in Korb I[6] bisher noch weit auseinanderliegen und, in zweiter Linie, da

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Haak konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 16. April 1988 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 17. April 1988 vorgelegen, der um Wiedervorlage am 20. April 1988 bat und handschriftlich vermerkte: „Was kann operativ in Richtung N+N geschehen? Wer ist dort Meinungsführer? Was soll das Paket noch enthalten?"
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 18. April 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und Ministerialdirigent Kastrup an Referat 212 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „S[iehe] Fragen BM. W[ieder]v[orlage] 20.4."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann vorgelegen.

4 Zum Stand der Gespräche zwischen NATO und Warschauer Pakt über ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 8.

5 Am 23. März 1988 teilte Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), zu den Verhandlungsfortschritten bei Korb III mit: „Angesichts des zähen Verhandlungsganges ergriff der Koordinator eine von allen Seiten begrüßte Initiative, als ersten Schritt zumindest ein Bündel von Texten für gemeinsame Notierung aus allen Bereichen des Korbes III zu identifizieren. Am 29.2.88 legte er dann ein ‚Paket' vor, das sieben Absätze zu den menschlichen Kontakten, drei zu Information, zwei zu Kultur und einen Absatz zur Bildung enthielt. Hierunter befinden sich eine Reihe durchaus substantieller Bestimmungen, die – von einer harmlosen Ausnahme abgesehen – ausschließlich westliche Interessen, darunter wichtige deutschlandspezifische Belange, berücksichtigten. Während Westen umgehend Zustimmung zum Paket gab, zögerte WP, zuletzt allein noch die SU, ihr Einverständnis bis zum 22.3.88 hinaus. Da die Paketinitiative ungebührlich viel Zeit beanspruchte und die Arbeit an den Textvorschlägen praktisch lähmte, hat sie die ihr ursprünglich zugedachte Funktion eines ‚Eisbrechers' für die Verhandlungen in Korb III, aber auch darüber hinaus, nicht erfüllen können." Vgl. den Drahtbericht Nr. 464; Referat 212, Bd. 158550.
Für das Papier des schwedischen Koordinators für Korb III, Eliasson, vom 22. März 1988 vgl. Referat 212, Bd. 153437.

6 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 25. März 1988: „In Korb I waren weder zum Prinzipienteil noch zur militärischen Sicherheit Notierungen möglich. Bei Verhandlungen zum Prinzipienteil wurden hinter der östl[ichen] Verhärtung überwunden geglaubte, vor allem sowjet[ische]

auch die Verhandlungen in Korb II[7] stagnieren. Und: Die Unausgewogenheit des Verhandlungsstandes kann uns in eine taktisch schwierige Situation bringen.

II. Ausblick auf die 6. Sitzungsperiode (ab 15.4.1988)

Für die Aussichten, im Sommer zum Abschluß zu kommen, sind folgende Faktoren bestimmend:

– die Interessenlage und Verhandlungsziele der wichtigen TNS,
– das politische Umfeld,
– prozedurale Entwicklungen.

1) Interessenlage und Verhandlungsziele

Die Interessenlage der verschiedenen Hauptakteure ist einem baldigen Abschluß in Wien nicht sonderlich günstig, obwohl eine Tendenz in dieser Richtung doch insgesamt zuzunehmen scheint. Die unausgewogene Verhandlungslage in Wien kann uns, wenn sie anhält, angesichts divergierender Interessen zwischen Ost und West und innerhalb des Westens vor schwierige Entscheidungen stellen.

Der Osten ist an einem baldigen Abschluß in Wien als Voraussetzung der Aufnahme von KRK-Verhandlungen (WP-AM-Kommuniqué vom 30.3.1988: „schnellstmöglich“[8]) interessiert, ohne in der „Menschlichen Dimension“ allzuviel zahlen zu wollen. Was die von westlichen Partnern gerne in Anspruch genommene Reformpolitik Gorbatschows anbetrifft, deren Anwendung in Wien man vermisse, so haben wir allem Anschein nach den hierfür günstigsten Zeitpunkt (Sommer 1987 als ursprünglich vorgesehener Abschlußtermin) verpaßt. Besonders ohne Eingehen auf den sowjetischen Vorschlag einer Konferenz über huma-

Fortsetzung Fußnote von Seite 603

Systemschutzinteressen erkennbar. Zwar konnten Texterklärungen zu Fragen wie Terrorismus erzielt werden. Im Bereich Menschenrechte aber muß es bereits als Erfolg angesehen werden, daß das Non-paper des Koordinators trotz heftiger sowjet. Kritik als Verhandlungsgrundlage erhalten blieb. Im Bereich milit[ärische] Sicherheit ist Verhandlungsprozeß […] nach konzeptionellen Annäherungen der Verhandlungspositionen aller Seiten etwas weiter fortgeschritten, als sich an dem seit Oktober 1987 unveränderten Notierungsstand ablesen läßt. […] Solange allerdings die KRK-Mandatsgespräche nicht abgeschlossen sind, erlaubt die Verhandlungssituation unter 35 beim WFT den N+N, zu den Verbindungselementen Maximalforderungen zu stellen, hinter denen sich gelegentlich auch WP-Staaten verstecken, ohne ihre wirklichen Absichten erkennen zu lassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 495; Referat 212, Bd. 158550.

7 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), legte am 23. März 1988 dar: „Angesichts der Stagnation bei Bemühungen um substantiellen Text-Teil zu Korb II im WFT-Schlußdokument gewinnt follow-up zunehmend an Bedeutung. Grundsatzfrage über Zahl der Folgeveranstaltungen ist allerdings weiter offen. Während Osten zu drei Veranstaltungen bereit scheint, bewegen sich USA weiter auf restriktiver Linie lediglich einer Veranstaltung. Unser Vorschlag einer West-Ost-Wirtschaftskonferenz trifft weiter auf das größte Maß an Zustimmung (bei fortbestehender US-Reserve). CH-Initiative eines Umweltforums hat jedoch an Boden gewonnen. […] Italienischer Erice-Vorschlag ist an Ende der Prioritätenliste gerückt. Italienische Delegation sieht noch keinen Ausweg aus Dilemma der Vorgabe offener Tagesordnung aus Rom einerseits und östlichem Drängen auf konktretes, praxisbezogenes Mandat andererseits. […] Osten, der bilateral mit Kritik an italienischer Politik des Offenhaltens der Mandatsfrage nicht zurückhält, beschränkt sich in Kontaktgruppe auf allgemeine Bemerkungen und stellte als Hauptziel des Forums heraus, neue Impulse für die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit zu entwickeln.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 457; Referat 212, Bd. 158550.

8 Auf ihrer Tagung am 29./30. März 1988 in Sofia verabschiedeten die Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten einen Appell an die NATO-Mitgliedstaaten und die KSZE-Teilnehmerstaaten, in dem sie ihren Wunsch nach einer „schnellstmöglichen Vereinbarung eines Mandats für Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in Europa vom Atlantik bis zum Ural“ ausdrückten. Dem würde es dienen, „in allernächster Zeit einen Austausch von Angaben über die Streitkräfte und konventionellen Rüstungen der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrags und der NATO in Europa vorzunehmen“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 289.

nitäre Zusammenarbeit in Moskau[9] werden wir keine großen Erwartungen an Substanzergebnisse in der „Menschlichen Dimension" hegen dürfen (der Verhandlungswert für die SU ist allerdings nicht wirklich bekannt)[10].

Andererseits beharren fast alle westlichen Partner einschließlich der Neutralen auf beachtlichen, konkrete Fortschritten bei den Menschenrechten. Sie sehen im Wiener Folgetreffen (WFT) die letzte formelle Verknüpfung zwischen ‚Militärischer Sicherheit' und ‚Menschlicher Dimension', weil sich die künftigen KRK-Verhandlungen weitgehend verselbständigen werden.

Unsere Hauptpartner USA, F und GB haben es – aus verschiedenen Gründen – nicht eilig. Kampelmans Dictum, daß man immer einen Tag länger Zeit haben sollte als die Russen, wird gerne zitiert. Daß der KSZE-Prozeß an Glaubwürdigkeit verliert, wenn sich das Wiener Folgetreffen weiter hinschleppt, hat nur bei den Kleineren (auch im Osten!) wirklich Gewicht. Nicht beachtet wird von unseren Partnern, daß auch die Sowjets auf Zeit spielen können, zumal sie nicht auf eine öffentliche Meinung Rücksicht nehmen müssen wie wir.

Wir stehen bei Partnern im Verdacht, für baldige KRK-Verhandlungen menschenrechtliche Frontverkürzungen in Kauf nehmen zu wollen.

Diese auch innerhalb des Westens stark divergierende Interessenkonstellation kann im Sommer zu einer schwierigen Lage führen, wenn die Verhandlungen über die Mandate im Sicherheitsbereich erfolgreich abgeschlossen werden, in der „Menschlichen Dimension" dagegen steckenbleiben. Wir stehen dann vor der Wahl,

– weiterzuverhandeln und damit eine unabsehbare Verzögerung des Beginns der KRK-Verhandlungen in Kauf zu nehmen, von deren Ergebnis wir uns die Herstellung konventioneller Stabilität in Europa erhoffen,
– bei einem bescheidenen Ergebnis in der „Menschlichen Dimension" abzuschließen.

Es ist nicht auszuschließen, daß westliche und neutrale Partner (NL, CDN, F, GB, CH) den Konsens zur zweiten Alternative verweigern.

In dieser Lage wird der amerikanischen Position eine Schlüsselbedeutung zukommen. Sie ist noch nicht eindeutig zu übersehen und wird sich erfahrungsgemäß erst spät (im Kontext des Gipfels[11]?) klären. Für die Amerikaner kann ein sich weiter hinschleppendes WFT als Bühne für Implementierungskritik in der „Menschlichen Dimension" eine nützliche Funktion haben, auch gerade dann, wenn konkrete Menschenrechtsfälle bilateral mit der SU gelöst werden.[12] Andererseits mag Reagan in einem WFT-Abschlußdokument einen zusätzlichen Baustein für seine außenpolitische Erfolgsbilanz sehen. Im letzteren Falle gibt es zwei Möglichkeiten – je nachdem, ob die Amerikaner den Sowjets eine Konferenz in Moskau zubilligen:

9 Zum sowjetischen Vorschlag für eine KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 53, Anm. 32.

10 Der Passus „(der Verhandlungswert … wirklich bekannt)" wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt.

11 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

12 Zur Diskussion um die Menschenrechte beim KSZE-Folgetreffen in Wien vgl. Dok. 149.

– Da die Amerikaner vorweisbare Zeichen fortschreitender Implementierung, insbesondere Ausreisezahlen, als „Pragmatiker“ höher zu bewerten pflegen als neue textliche Verpflichtungen, mögen sie im Prinzip beim derzeitigen Stand abschließen können, zumal wenn die Sowjets bei den jüdischen Ausreisezahlen[13] noch zulegen.

  Ass. Secretary Ridgway hat uns gegenüber – unter der Voraussetzung eines Verzichts auf eine Moskauer Konferenz – einen entsprechenden Hinweis gegeben.

– DL Zimmermann dagegen hält neue Texte bei den Menschenrechten für nötig und schließt nicht aus, daß sich nach dem Gipfeltreffen auch hinsichtlich amerikanischen Eingehens auf den Moskauer Konferenzvorschlag eine neue Lage ergeben könne (entsprechend Sacharows Bedingungen: Afghanistan und Freilassung der politischen Häftlinge).

2) Das politische Umfeld

a) Der amerikanische Wahlkampf[14] hat sich bisher nicht ausgewirkt. Das mag bis in den Sommer hinein so bleiben, obwohl nicht völlig auszuschließen ist, daß das WFT doch noch zu einem Thema wird und überzogene Forderungen von Menschenrechtsaktivisten (insbesondere im Kreise jüdischer Organisationen) der amerikanischen Regierung den Abschluß politisch unmöglich machen („Ausverkauf der Menschenrechte“).

Aber in der „heißen Phase“ pflegt die ausgehende US-Administration erfahrungsgemäß keine größeren internationalen Entscheidungen mehr zu treffen, so daß das WFT mangels Abschlusses im Sommer weit in das Jahr 1989 hinein fortdauern würde, zumal auch von der neuen Administration nicht sofort Entscheidungen zu erwarten sind.

b) Das Moskauer US–SU-Gipfeltreffen Ende Mai/Anfang Juni kann ein Katalysator für den Abschluß der Wiener Verhandlungen sein.

c) Die KPdSU-Parteikonferenz[15], die für den innenpolitischen Spielraum der sowjetischen KSZE-Politik wichtig sein kann, liegt am 28.6. zu spät, um für unsere Konferenzstrategie eine größere Rolle (im Hinblick auf sowjetische Konzessionsmöglichkeiten in der „Menschlichen Dimension“) spielen zu können.

3) Prozedurale Entwicklungen

Positiv ist: Die N+N arbeiten z. Zt. an einem Kompromißentwurf für das Schlußdokument, der Mitte Mai durch eine N+N-Außenministerkonferenz abgesegnet werden soll.[16] Allerdings:

13 Zur Ausreise von Juden aus der UdSSR vgl. Dok. 24, Anm. 6.

14 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

15 Zur Allunions-Parteikonferenz der KPdSU vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 in Moskau vgl. Dok. 194.

16 Am 14. April 1988 resümierte Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), Informationen des Leiters der österreichischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien, Torovsky: „Nach Treffen der N+N-Delegationsleiter in Genf nach Ostern wurde beschlossen, daß interne Arbeitsgruppen der N+N in den einzelnen Körben alsbald an die Ausarbeitung des Gesamtentwurfs eines Schlußdokuments mit dem Ziel gehen sollten, möglichst bis zum geplanten Treffen der N+N-AM am 12. und 13. Mai 1988 in Wien damit abzuschließen. […] Dabei fehlt es nicht an Meinungsverschiedenheiten innerhalb ihrer Gruppe. Hauptprobleme dabei sind: der Mechanismusteil des westlichen Hauptvorschlags WT.19 zur menschl[ichen] Dimension, soweit er vom Koordinator Torovsky übernommen

– ob es ihnen gelingt, sich zu einigen, ist offen, nachdem ein vorausgegangener Versuch im Herbst 1987 scheiterte,
– es besteht die Gefahr des Stillstandes der Verhandlungen bis zur Vorlage des Papiers,
– die danach bis Ende Juli für die Verhandlungen bleibende Zeit ist knapp.

III. Was können wir tun?

Wir haben innerhalb des Westens manche Interessen, die nicht von allen Partnerländern in gleicher Weise geteilt werden:
– unser Interesse an einer aktiven Friedenspolitik auf der Grundlage des Harmel-Konzepts[17],
– unser Interesse an KRK,
– unser Interesse an menschlichen Kontakten und Erleichterungen des Dritten Korbes, mit Vorrang gegenüber Verbesserungen bei den menschenrechtlichen Prinzipien des Ersten Korbes als Ausdruck der besonderen Lage der Deutschen[18].

1) Es wird vorgeschlagen, daß eine Intervention des BM (Namensartikel, Rede in Wien) dann ins Auge gefaßt wird, wenn sich ein Ergebnis der N+N-Bemühungen abzeichnet. Dies wäre nicht vor Anfang Mai. Im gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen würde eine Intervention des BM kaum gebührende Wirkung entfalten können. Vorerst genügt die Erklärung, die Botschafter Eickhoff in Wien auf der Eröffnungssitzung am 15.4. abgegeben hat.[19]

2) Die Tatsache, daß wir – als westlicher „Hauptinteressent" am KSZE-Prozeß – aus der Präsidentschaft[20] heraus operieren können, gibt uns sicherlich zusätz-

Fortsetzung Fußnote von Seite 606

wurde. Der Kernpunkt des Mechanismus, daß jeder einzelne TNS menschenrechtl[iche] Einzelfälle und Situationen im 35er-Kreis geltend machen kann, ohne daß der inkrimierte TNS ein lösungsorientiertes Gespräch verweigern darf, geht einigen Partnern der Gruppe, namentlich Jug[oslawien], zu weit. Ebenso überfordern die ehrgeizigen Vorschläge der nordischen und neutralen Staaten für umweltpolitische Verpflichtungen einige ihrer N+N-Partner." Vgl. den Drahtbericht Nr. 551; Referat 212, Bd. 158550.
Zum Entwurf der N+N-Staaten vom 13. Mai 1988 für ein Abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 153.

17 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt.
Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

18 Der Passus „als Ausdruck … der Deutschen" wurden von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt.

19 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), faßte am 15. April 1988 seine Rede zusammen: „Für die Zwölf habe ich ihre gemeinsamen Ziele dargelegt und an erster Stelle die Forderung nach einem Beratungsmechanismus i[n] V[erbindung] m[it] einer Folge von Treffen zur besseren Beachtung der MR (WT.19) genannt. Politische wie militärische Vertrauensbildung müsse durch mehr und verläßliche Zusammenarbeit ‚dort, wo sie überfällig ist', in allen KSZE-Gebieten ergänzt werden, insbes[ondere] auch im Korb II. Ich habe auch an die Konferenzvorschläge der Zwölf erinnert (Ost-West-Wirtschaftskonferenz, Wissenschaftsforum in Erice, Treffen zu den mediterranen Ökosystemen in Palma de Mallorca). Zum Korb III habe ich ausgeführt, daß die Zwölf hier die praktische Erfüllung der Menschenrechte auf Freizügigkeit verlangten. Ferner habe ich den Vorschlag zur Einrichtung von Kulturinstituten in Erinnerung gerufen. Ganz allgemein sei für die Zwölf die Erfüllung der Vereinbarungen im Korb III ein Prüfstein für die ehrliche Bereitschaft der KSZE-TNS zur Beachtung der MR." Vgl. den Drahtbericht Nr. 555; Referat 212, Bd. 158550.

20 Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

liche Möglichkeiten, birgt aber auch Gefahren. (Schon bei einer minimalen Bewegung in der „Menschlichen Dimension“ erhielten wir einen Beschwerdebrief des NL-AM an BM.)

3) Wir sollten die N+N bei ihrem Vorhaben ermutigen und mit ihnen engen Kontakt halten, um über den Fortgang ihrer Bemühung auf dem laufenden zu sein und sie nach Möglichkeit zu beeinflussen. Ggf. werden wir auch bilaterale Demarchen in den Hauptstädten unternehmen.[21]

4) Wir müssen einer Tendenz zum Abwarten des N+N-Papiers entgegenwirken und die Verhandlungen weiter fördern.

5) Wir sollten die Amerikaner drängen[22], den Abschluß des WFT bei ihrer Gipfeldiplomatie mit den Sowjets aktiver als bisher (beim letzten Treffen der AM in Washington war das WFT immerhin ein Thema[23]) einzubeziehen und ggf. den Gipfel für einen Durchbruch zu nutzen. (Könnte in den Konsultationen im kleinsten Kreis am 29.4. auch geg[enüber] Mrs. Ridgway geschehen.)[24]

Hierbei muß allerdings darauf geachtet werden, daß die Einseitigkeiten der amerikanischen und der sowjetischen Sicht des KSZE-Prozesses nicht kumulativ zum Tragen kommen und der Prozeß nicht verkürzt wird. (Der Sicherheitsbereich wird dominant, KSZE-Konferenzen dienen in erster Linie der Implementierungskritik, praktische Fälle werden durch bilaterale Gespräche gelöst.)

Auch muß eine Verstimmung der kleineren KSZE-TNS über das Zusammenspiel der Großen vermieden werden.

Wir sollten deshalb bei den Amerikanern für eine substantielle Lösung plädieren und uns für die notwendigen Vorab-Konsultationen einsetzen.

21 Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies sollte jetzt praktisch umgesetzt werden.“
Bundesminister Genscher vermerkte dazu handschriftlich: „Wie?“

22 Die Wörter „Amerikaner drängen“ wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Beim nächsten Treffen BM/Shultz!“

23 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 21. bis 23. März 1988 in den USA auf. Botschafter Ruhfus, Washington, informierte am 24. März 1988 über eine Unterrichtung durch den amerikanischen Sonderbotschafter Nitze und die Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium, Ridgway, vom selben Tag. Demnach habe die amerikanische Seite im Gespräch mit Schewardnadse „den Zusammenhang zwischen den KRK-Mandatsgesprächen und dem KSZE-Folgetreffen erläutert. Dabei habe sie für die ‚Gemeinsame Erklärung‘ (Seite 2, Absatz 4) einen entsprechenden Vorschlag gemacht, in dem von einem ‚ausgeglichenen Ergebnis‘ (balanced outcome) der KSZE gesprochen worden sei. Die sowjetische Seite habe diesen Zusatz nicht akzeptiert, so daß ‚ausgeglichen‘ durch ‚erfolgreich‘ (successful) ersetzt worden sei. Bei der Menschenrechtskonferenz sei nicht klar geworden, wie viel die Sow[jetunion] für westliches Entgegenkommen zu zahlen bereit sei. Möglicherweise sei sie nach den Ereignissen in Aserbaidschan gar nicht mehr so sehr an einer Konferenz in Moskau interessiert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1369; VS-Bd. 13666 (340); B 150, Aktenkopien 1988.

24 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt.
Am 5. Mai 1988 vermerkte Richthofen, beim Vierertreffen der Politischen Direktoren am 29. April 1988 in London habe die Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium, Ridgway, erklärt, „daß nach der Schlußerklärung des letzten amerikanisch-sowjetischen Außenministertreffens in Moskau (‚ausgewogenes WFT-Ergebnis‘) jetzt bis zum Moskauer Gipfel so viel Substanz wie möglich aus der SU in Wien herausgeholt werden muß, daß AM Shultz AM Schewardnadse beim nächsten Treffen in Genf (11./12.5.) in diesem Sinne zu weiteren Schritten drängen werde. Auch bleibe abzuwarten, welche Wirkung der eigene sowj[etische] Wunsch habe, bis Ende Juli in Wien zum Abschluß zu kommen. Der Westen dürfe sich selbst nicht unter Zeitdruck setzen und solle an seinen Forderungen festhalten. Das Abschlußdokument sei bis jetzt auch noch nicht gut genug, erhebliche Anstrengungen seien erforderlich.“ Vgl. VS-Bd. 13020 (204); B 150, Aktenkopien 1988.

6) Innerhalb der Zwölf sollten wir uns eng mit F abstimmen, das zwar nicht sonderlich interessiert ist (zumal es den Beginn der KRK-Verhandlungen eher scheut), aber unser Interesse versteht[25] und innerhalb der Zwölf eine konstruktive Rolle spielt. Auch mit GB müssen wir engen Kontakt[26] halten, weil es nicht übergangen werden kann und auf Arbeitsebene wertvolle Arbeit leistet, obwohl es die Frage des Abschlusses des WFT aus einer gewissen Distanz betrachtet und sich PM Thatcher zur Moskauer Konferenz auf ein „Nein" festgelegt hat (kein „Gütesiegel" für die SU). I plädiert für Moskauer Konferenz (Entscheidung Andreottis), dürfte aber im übrigen auch weiterhin nur begrenzt hilfreich sein (zu sehr auf sein Projekt Erice[27] fixiert).

7) Zur Substanz

a) Bei den Mandatsverhandlungen im Sicherheitsbereich sollten wir die westliche Position, insbesondere hinsichtlich des Nuklearen, nachdrücklich weiter vertreten. Wir sollten uns aber wie bisher, auch bei weiterer Unausgewogenheit des Verhandlungsstandes, für die Annahme der jeweils möglichen Fortschritte einsetzen, ohne eine entsprechende Entwicklung in den anderen Körben abzuwarten (so auch US-DL Zimmermann). Die Fortschritte könnten wir argumentativ nutzen, um entsprechende Schritte in anderen Bereichen anzumahnen.

b) „Menschliche Dimension"

Wir müssen einen schwierigen mittleren Kurs steuern zwischen den Maximalisten im eigenen Lager (insbesondere NL, CDN, auch B, PORT) und den Minimalisten im Osten. Es wird noch erhebliche Überzeugungsarbeit zu leisten sein,

– daß wir im Hinblick auf KRK einen baldigen Abschluß des WFT brauchen,
– daß wir andererseits die Vitalität des KSZE-Prozesses als Weg zu einer dauerhaften und gerechten[28] europäischen Friedensordnung erhalten müssen.

Die Erwartungshaltungen wichtiger westlicher Partner müssen auf das politisch Mögliche zurückgeführt werden, und andererseits muß der Osten verstehen, daß wir ohne Konzessionen auch bei den Menschenrechten nicht abschließen können. Wir brauchen ein „Madrid Plus"[29], und zwar nicht nur Implementierungsfortschritte (wie die sehr beachtlichen Ausreisezahlen) und Folgeveranstaltungen, sondern auch textliche Fortschritte in Korb III („Bern Plus"[30]) und in gewissem Umfang auch in Korb I.

25 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „sieht".

26 Die Wörter „eng mit F abstimmen" sowie „mit GB" und „engen Kontakt" wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Praktischer Vorschlag erwünscht."

27 Zusammen mit Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Griechenland, Jugoslawien, Portugal und Spanien brachte Italien am 18. Februar 1987 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien den Vorschlag ein, ein „Wissenschaftliches Forum" in Erice abzuhalten. Dort sollten „Probleme von gemeinsamem Interesse bezüglich des derzeitigen Standes der wissenschaftlichen Erkenntnisse und zukünftiger Forschungsziele" erörtert werden. Ferner sollten Maßnahmen zur Entwicklung der Kontakte und des Informationsaustauschs zwischen Wissenschaftlern bzw. wissenschaftlichen Einrichtungen mit dem Ziel einer besseren Koordinierung geprüft werden. Für den Vorschlag CSCE/WT.64 vgl. Referat 212, Bd. 153446.

28 Die Wörter „dauerhaften und gerechten" wurden von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt.

29 Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554. Vgl. dazu auch AAPD 1983, II, Dok. 223.

30 Das KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte fand vom 15. April bis 26. Mai 1986 in Bern statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 77 und Dok. 156.

aa) Menschenrechte

Aus unserer Sicht sind wir in Korb I, Prinzipien, einem realistischen (von der SU implementierbaren) und auch vorzeigbaren Ergebnis à la „Madrid Plus" bereits nähergekommen (Behandlung von Inhaftierten, Mißbrauch der Psychiatrie, Terrorismus). Wir stehen aber mit dieser Auffassung allein.

Deshalb: In Kontakten mit dem Osten, insbesondere SU und DDR, sollten wir wie bisher weiter den östlichen Spielraum auszuloten versuchen und ihn zu Entgegenkommen drängen. Im westlichen Kreise gilt: Wenn wir im jetzigen Stadium – statt beim unausweichlichen „give and take" des „Endspiels" – über Abstriche an unseren Substanzpositionen im Hinblick auf Gorbatschows begrenzten Spielraum reden, verletzen wir Empfindlichkeiten und setzen uns dem Vorwurf aus, den Koordinatoren in den Rücken zu fallen. Eine jetzt durchgeführte Diskussion über „minimum requirements" könnte uns, statt ein „Paket" zu ermöglichen, eher die Hände fesseln, weil jeder erst einmal seine „Juwelen" auf den Tisch legen würde. Aber auch bei den Verhandlungen über die einzelnen Texte wird es für uns schwer sein, im westlichen Kreise nunmehr für ein Tieferlegen der Meßlatte zu votieren.

bb) WT.19[31]

Wir werden uns auch weiter um westliche Beweglichkeit bemühen müssen, wenn der jetzt vorgelegte Vorschlag des Koordinators diskutiert wird[32]. Dabei wird uns F hoffentlich Arbeit abnehmen.

Wir müssen die Moskauer Konferenz als „Verhandlungshebel" für den Mechanismusteil von WT.19 und bessere Substanzergebnisse weiter „in petto" halten, zumal wir den Verhandlungswert für die SU nicht kennen.

cc) Dritter Korb

Hier liegt für uns der Schwerpunkt, weil es sich um die praktische Wirkung der Menschenrechte handelt. Für diese Sicht müssen wir bei unseren westlichen Partnern weiter werben, die überwiegend den Schwerpunkt bei den menschenrechtlichen Prinzipien sehen. Die bisher notierten Texte sind bereits präziser als in Bern. Wir haben gute Aussicht, „Bern Plus" zu erreichen.

dd) Korb II

Wir sollten uns nicht auf die Vereinbarung von Follow-up-Veranstaltungen beschränken, sondern brauchen auch hier Texte („Madrid Plus"). Wir erwägen deshalb, analog dem „Eisbrecher" im Korb III, ein kleines Paket zu schnüren, um dem Osten ein Zeichen unserer Verhandlungsbereitschaft zu geben. Wir können

31 Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 4. Februar 1987 für eine Konferenz über die „menschliche Dimension" der KSZE-Schlußakte vgl. Dok. 53, Anm. 33.

32 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 18. Dezember 1987, der schwedische Koordinator für Korb III, Eliasson, habe am selben Tag ein Non-Paper zum Abschnitt menschliche Kontakte vorgelegt. Eine erste Durchsicht erlaube „ein insgesamt positives Urteil. Koordinator ist vom schweiz[erisch]-österr[eichischen] Non-paper zu Korb III ausgegangen, hat Klarstellungen redaktioneller Natur vorgenommen, sich seit längerem abzeichnende Konvergenzen zwischen West und Ost weitgehend akzeptabel formuliert und insbesondere bei den Texten mit Fristen (Rumäniens Problem) lediglich die Ziffern eingeklammert, nicht aber die gesamten Zeitangaben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2005; Referat 212, Bd. 153430.
Für das Papier des Koordinators zu Korb III betreffend „Co-operation in humanitarian and other fields" vom 18. Dezember 1987 vgl. Referat 212, Bd. 153436.

nur dann Druck auf den Osten in der „Menschlichen Dimension“ ausüben, wenn wir in Korb II offensiv verhandeln. Dies müssen wir insbesondere den USA klarmachen, die gegenüber unserem Drängen auf Unterstützung des EG-Flaggschiffs einer Ost-West-Wirtschaftskonferenz[33] auf die Notwendigkeit von Fortschritten bei den Menschenrechten verweisen.

Korb II hat allerdings mit dem Verlust seines ursprünglichen Charakters als Domäne überwiegend östlicher Interessen an Hebelkraft für den Westen eingebüßt. (Westen hat mit Forderungen zum Umweltschutz und zur Verbesserung der geschäftlichen Rahmenbedingungen eine neue Balance in Korb II geschaffen.)

Unsere Bemühungen, den Konferenzgang durch positive Signale des Westens in Korb II zu fördern, müssen sich daher auf die verbleibenden Schwerpunkte östlichen Interesses konzentrieren: Abbau von Handelshemmnissen – unter Wahrung legitimer Sicherheitsinteressen (COCOM-Problematik[34]) –, Ausdehnung der industriellen Kooperation zwischen West und Ost, verstärkte wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. In diesen Fragen nehmen einige westliche Staaten, insbesondere die USA, eine äußerst zurückhaltende Position ein.

Referate 221 und 421[35] haben mitgezeichnet.

Richthofen

Referat 212, Bd. 158550

33 Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 (CSCE/WT.58) für eine Ost-West-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit vgl. Dok. 68, Anm. 9.

34 Zum Wunsch der UdSSR nach Änderung der COCOM-Listen vgl. Dok. 22, Anm. 6.

35 Der Passus „Korb II hat allerdings … zurückhaltende Position ein“ wurde am 15. April 1988 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gerhardt an Referat 212 übermittelt. Dazu führte er aus, daß Referat 421 die Aufzeichnung mitzeichne, aber um Einfügung dieses Textes bitte. Vgl. Referat 212, Bd. 158550.

114

Bundeskanzler Kohl an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow

15. April 1988[1]

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

für Ihren Brief vom 14. Januar 1988[2], den mir Außenminister Schewardnadse überbracht hat[3], danke ich Ihnen. Ich begrüße es sehr, daß sich der politische Dialog zwischen unseren Ländern erheblich intensiviert hat.

Für Ihre Einladung zu einem Besuch der Sowjetunion danke ich Ihnen. Ich werde ihr im Herbst dieses Jahres gerne Folge leisten.[4] Ich freue mich, Sie in der ersten Hälfte des kommenden Jahres als meinen Gast begrüßen zu können.[5]

Den Besuch von Außenminister Schewardnadse in Bonn und unsere Gespräche mit ihm hat die Bundesregierung in guter Erinnerung. Die Öffentlichkeit meines Landes hat mit Zustimmung auf den Besuch reagiert. Seine Bedeutung lag vor allem darin, daß die Menschen die positiven Veränderungen in unserem bilateralen Verhältnis verstärkt wahrnehmen und sich damit die Basis für eine Politik der Zusammenarbeit verbreitert. Zu diesen positiven Veränderungen gehört nicht zuletzt der erhebliche Anstieg der Ausreisen und Besuche von Sowjetbürgern deutscher Nationalität.[6]

Ebenso wie Sie bin ich davon überzeugt, daß unsere beiden Länder ihr Verhältnis zueinander auf ein qualitativ höheres Niveau bringen können. Erste Schritte auf diesem Wege sind bereits erfolgt.

1 Ablichtung.
Das Schreiben wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 15. April 1988 an die Botschaft in Moskau übermittelt. Dazu legte er dar: „Botschafter wird gebeten, das nachstehende Schreiben des Bundeskanzlers (Original folgt im nächsten Luftbeutel) mit dort zu erstellender Höflichkeitsübersetzung GS Gorbatschow, falls nicht verfügbar, AM Schewardnadse, zu übermitteln. Für Gesprächsführung bei diesem Anlaß folgt ergänzende Weisung."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 15. April 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Kastrup und Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Eilt: Das Schreiben wird vor Weiterleitung StS S[udhoff] und auch dem BM vorgelegt (so H[err] Bächmann zu mir). Ich bin mit dem Schreiben einverstanden."
Hat Kastrup am 15. April 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Orientiert sich im wesentlichen an unserem Entwurf."
Hat Richthofen am 15. April 1988 vorgelegen.
Hat Heyken am 19. April 1988 erneut vorgelegen, der Vortragenden Legationsrat Libal „wegen der ergänzenden Weisung" um Rücksprache bat und handschriftlich vermerkte: „Schreiben ging am 15.4. ab. Durchschläge für D 2 A/220 und Dg 42 werden gefertigt. 1 Ex[emplar] läuft um im Referat."
Hat Libal am 20. April 1988 vorgelegen. Vgl. den Drahterlaß; Referat 213, Bd. 143534.

2 Für das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 14. Januar 1988 an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 13489 (213).

3 Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 17. bis 19. Januar 1988 vgl. Dok. 18 und Dok. 22.

4 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und 309.

5 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte vom 12. bis 15. Juni 1989 die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1989.

6 Zur Ausreise von Deutschstämmigen aus der UdSSR vgl. Dok. 22, Anm. 16.

Es gibt wichtige vertragliche Grundlagen. An erster Stelle ist natürlich der Moskauer Vertrag[7] zu nennen. Ich möchte zwei weitere Abkommen herausgreifen, die Bundesminister Genscher und Außenminister Schewardnadse Anfang des Jahres unterzeichnet bzw. verlängert haben: das Protokoll über Konsultationen[8] und das Langfristige Wirtschaftsabkommen von 1978[9].

Außenminister Schewardnadse wird Ihnen berichtet haben, was ich ihm über unsere Beziehungen zur Sowjetunion gesagt habe: Wir sind entschlossen, ein neues Kapitel zu öffnen. Gerade in dieser Periode der Umgestaltung und Öffnung in der Sowjetunion, in der Sie und Ihre Kollegen in der Führung Ihres Landes entschieden in die Zukunft blicken, wollen wir alle Chancen für einen langfristig konzipierten Neuanfang in den bilateralen Beziehungen nutzen.

Dies ist der Sinn meiner Feststellung vor dem Deutschen Bundestag am 18. März 1987, daß die Beziehungen zur Sowjetunion für uns von zentraler Bedeutung sind.[10] Die Bundesregierung begreift die umfassende Gestaltung dieser Beziehungen als unerläßlichen Beitrag zur Schaffung einer stabilen und dauerhaften Friedensordnung, die künftig jeden Krieg in Europa ausschließt und in der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ohne Furcht voreinander in friedlichem Wettbewerb miteinander leben können.

Eine solche Friedensordnung muß sich auf die Achtung der Menschenrechte und der legitimen Sicherheitsinteressen aller Staaten gründen. Sie setzt die Bereitschaft voraus, auf dem Weg über gemeinsame Maßnahmen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle die eigenen Streitkräfte auf das zur Verteidigung notwendige Minimum zu beschränken. Sie erfordert einen Dialog über die künftige umfassende Zusammenarbeit aller Staaten in Europa sowie darüber, wie die KSZE-Dokumente[11] verwirklicht werden und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker Rechnung getragen wird. Dieses Recht ist gerade für das geteilte deutsche Volk von besonderer Bedeutung.

Bei unseren Begegnungen in diesem und im kommenden Jahr sollten wir alle diese grundsätzlichen Fragen und Probleme erörtern, die sich sowohl für die beiderseitigen Beziehungen unserer Länder als auch für die Zukunft ganz Europas stellen und für die wir gemeinsame Antworten finden müssen.

Ich würde es darüber hinaus begrüßen, wenn wir schon bei unserem ersten Treffen in diesem Herbst möglichst konkret verschiedene Felder des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern vereinbaren oder soweit

7 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

8 Am 19. Januar 1988 unterzeichneten Bundesminister Genscher und der sowjetische Außenminister Schewardnadse ein Protokoll über Konsultationen. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1988, S. 56.

9 Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, II, S. 59 f.
Das Abkommen wurde durch Notenaustausch am 19. Januar 1988 um fünf Jahre verlängert. Vgl. dazu BULLETIN 1988, S. 57.

10 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 18. März 1987 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 51–73.

11 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.
Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554. Vgl. dazu auch AAPD 1983, II, Dok. 223.

abstecken könnten, daß sie dann bei unserem zweiten Treffen im Jahre 1989 in der Bundesrepublik Deutschland abschließend behandelt werden können.

Nicht zuletzt sollten wir auch jene Fragen erörtern,

– die der Beseitigung von Gefahren dienen, die aus der technologischen Entwicklung und der Belastung der Umwelt entstehen und
– auf Lösung der Probleme zwischen den hochindustrialisierten Ländern und den wirtschaftlich weniger entwickelten Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zielen.

Was unsere bilateralen Beziehungen betrifft, so können wir davon ausgehen, daß ein starkes gegenseitiges Interesse an einer für beide Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit in den Bereichen von Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Technologie und Umweltschutz vorhanden ist. Wir haben deshalb mit Bedauern festgestellt, daß der Handel zwischen unseren beiden Staaten in den letzten Jahren trotz aller entgegengerichteten Anstrengungen kontinuierlich zurückgeht. Die Gründe dafür sind bekannt. Sie hängen vor allem mit der Struktur des sowjetischen Außenhandels zusammen, auf die die deutsche Seite keinen Einfluß hat. Die Bundesregierung hat sich intensiv bemüht, zu einer positiven Entwicklung beizutragen.

Sie sprechen von ernsthaften Schwierigkeiten bei den gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen. Handelspolitische Diskriminierung lehnen wir ab und praktizieren sie nicht: weder national noch im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft. Sicherheitsrelevante Bereiche werden in Ost und West geschützt. Wir sorgen dafür, daß auf unserer Seite entsprechend den Fortschritten der Zusammenarbeit auf allen Gebieten dieser Schutz auf den Kernbereich sicherheitsrelevanter Technologie beschränkt wird. Wachsendes gegenseitiges Vertrauen kann auch in diesem Zusammenhang einiges erleichtern.

Wir wollen mit vertiefter wirtschaftlicher und technologischer Zusammenarbeit neue Verbindungen schaffen und die Grundlage unserer Gesamtbeziehungen stärken und ausbauen. Wir sind bereit, über den Handel hinaus auch fortgeschrittene Formen der Unternehmenszusammenarbeit bis hin zu Joint-ventures zu fördern. Je konkreter zwischen beiden Seiten über diese großen Möglichkeiten gesprochen wird, um so besser. Lassen Sie uns auch im wirtschaftlichen Bereich neue Impulse geben, damit unsere beiden Volkswirtschaften, die sich in vielen Sektoren ergänzen, ihre Potentiale zum gemeinsamen Nutzen voll entfallen können.

Die Neugestaltung der Beziehungen zwischen unseren Ländern wird besonders dadurch erleichtert, daß sich die internationalen Rahmenbedingungen verbessert haben. Seit etwa drei Jahren entwickeln sich die West-Ost-Beziehungen positiv. Die von Ihnen in Angriff genommene Reformpolitik und das „Neue Denken“ in der sowjetischen Außenpolitik werden im Westen, nicht zuletzt in der Bundesrepublik Deutschland, mit großer Aufmerksamkeit verfolgt.

Auch in jüngster Zeit sind weitere Fortschritte im West-Ost-Verhältnis festzustellen. Die Bundesregierung begrüßt die Ergebnisse der jüngsten Gespräche der beiden Außenminister der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten[12], ins-

[12] Der sowjetische Außenminister Schewardnadse und der amerikanische Außenminister Shultz trafen vom 20. bis 23. März 1988 in Washington zusammen. Botschafter Ruhfus, Washington, resümierte am

besondere die Einigung über das vierte Treffen zwischen Ihnen und Präsident Reagan[13]. Sie ist befriedigt darüber, daß in die Vorbereitung der Begegnung nicht nur Fragen der Sicherheit und Abrüstung einbezogen werden, sondern das ganze Spektrum der Fragen, die das West-Ost-Verhältnis berühren, einschließlich der regionalen Konflikte und der Menschenrechtsfragen.

Ich begrüße die Unterzeichnung des Genfer Abkommens vom 14. April[14], das eine politische Lösung des Afghanistan-Konflikts in die Wege leitet. Mit dem vollständigen und termingerechten Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan wird eine schwerwiegende Belastung der West-Ost-Beziehungen entfallen.

Angesichts dieser Fortschritte sollten wir jedoch nicht übersehen, daß gerade im zentralen Forum des West-Ost-Dialogs, dem Wiener KSZE-Folgetreffen, politischer Wille erforderlich ist, um ein gehaltvolles und ausgewogenes Ergebnis zu erreichen. Ich würde es begrüßen, wenn das Wiener Folgetreffen jetzt den politischen Anstoß bekäme, den es braucht.

Für die Bundesrepublik Deutschland steht die Bündnis-Loyalität in keinem Widerspruch zu den Bemühungen um Verständigung und Zusammenarbeit zwischen West und Ost. Sie haben in Ihrem letzten Schreiben vorgeschlagen, daß beide Länder bleiben, was sie sind. Damit ist die Bundesregierung einverstanden. In diesem Rahmen sollten wir unsere Zusammenarbeit ausbauen: aufrichtig und ohne Vorbehalt, aber auch ohne dem anderen etwas zuzumuten, was man selbst auch nicht zugemutet bekommen möchte.

Als Mitglied des Atlantischen Bündnisses und der Europäischen Gemeinschaft leistet die Bundesrepublik Deutschland ihren Beitrag zu einer kontinuierlichen, allgemeinen Verbesserung des West-Ost-Verhältnisses. Wir haben dies in jüngster Zeit mehrmals mit Erfolg tun können: Bei meinem Besuch in Washington[15] waren wir uns mit unseren amerikanischen Freunden darin einig, daß die Politik des Dialogs und der breiten Zusammenarbeit mit den Staaten des Warschauer Pakts fortgesetzt werden soll.

Der erfolgreiche Abschluß des Europäischen Rates vom 11./12. Februar in Brüssel[16] schafft die notwendigen Voraussetzungen dafür, daß die Europäische Gemeinschaft in den großen internationalen Fragen ihr Gewicht in die Waag-

Fortsetzung Fußnote von Seite 614

24. März 1988 eine Unterrichtung den amerikanische Sonderbotschafter Nitze und die Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium, Ridgway: „Die Gespräche seien mit der Behandlung von Menschenrechtsfragen eröffnet worden […]. Shultz habe dabei Fortschritte bei der Ausreise Deutschstämmiger und von Armeniern sowie die steigende Zahl (large increase) von Visen für die Besucher von Familienangehörigen in den USA anerkannt, jedoch die weiterhin unbefriedigende Lage bei der Freilassung politischer und religiöser Häftlinge sowie der Änderung des sowjetischen Rechts und bei der Lösung humanitärer Probleme geteilter Familien beklagt. Schewardnadse habe den USA Rassismus und Todesstrafen für Minderjährige sowie die Aufnahme von Kriegsverbrechern vorgeworfen. […] Der Vorschlag einer Menschenrechtskonferenz in Moskau sei von Schewardnadse im Zusammenhang mit einem Bericht über die Demokratisierung in der Sow[jetunion] mit dem Hinweis angesprochen worden, wenn die USA völlig dagegen sei, könne die Sowjetunion damit leben. Sie könne auch Konferenzen in Paris oder London akzeptieren. Die Konferenz in Moskau könne später stattfinden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1369; VS-Bd. 13666 (340); B 150, Aktenkopien 1988. Zu der Unterrichtung vgl. ebenfalls Dok. 113, Anm. 23.

13 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

14 Zu den Abkommen über Afghanistan vom 14. April 1988 vgl. Dok. 107, Anm. 10.

15 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 17. bis 20. Februar 1988 in den USA vgl. Dok. 62–64.

16 Zur Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel vgl. Dok. 59.

schale werfen kann. Das Gipfel-Treffen der NATO-Staaten in Brüssel[17] hat, nicht zuletzt dank des Engagements der Bundesregierung, auf der Grundlage einer positiven Einschätzung der in der Sowjetunion stattfindenden Veränderungen das im Harmel-Bericht[18] niedergelegte Konzept bestätigt und die Bereitschaft bekräftigt, die Zusammenarbeit mit den Staaten des Warschauer Pakts zum gegenseitigen Nutzen auszuweiten. Oberstes Ziel der Politik der Bundesregierung ist eine europäische Friedensordnung, in der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ohne Furcht voreinander in friedlichem Wettbewerb miteinander leben und zusammenarbeiten können.

Gemeinsame Bemühungen um konkrete Fortschritte in der Rüstungskontrolle und Abrüstung werden uns diesem Ziel näherbringen. Der erfolgreiche Abschluß der INF-Verhandlungen war ein historischer Schritt. Er bestärkt mich in der Überzeugung, daß der eingeleitete Prozeß fortgesetzt werden muß.

Mit dem INF-Abkommen wurden prinzipielle Durchbrüche in Schlüsselfragen von Rüstungskontrolle und Abrüstung erreicht, die in die Zukunft weisen. Der INF-Vertrag setzt für den Grundsatz asymmetrischer Reduzierungen wie im Bereich der Verifikation Maßstäbe, hinter denen zukünftige Abkommen nicht zurückbleiben dürfen.

Der INF-Vertrag darf kein isoliertes Ereignis bleiben: Weitere Abkommen müssen folgen.

Zusammen mit unseren Verbündeten arbeiten wir aktiv an einem Gesamtkonzept für Sicherheit, Rüstungskontrolle und Abrüstung.[19]

Dieses Konzept umfaßt ein faires Angebot zur Zusammenarbeit im rüstungskontrollpolitischen Bereich zwischen West und Ost. Meine Regierung tut alles in ihren Kräften Stehende, damit die darin genannten Ziele in die Tat umgesetzt werden. Die Verwirklichung dieser Ziele würde die Sicherheit aller Staaten in Ost wie West beträchtlich erhöhen.

Die Bundesregierung unterstützt nachdrücklich die Bemühungen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, einen START-Vertrag über die 50prozentige Reduzierung der strategischen Offensivwaffen noch in diesem Jahr abzuschließen. Die hieraus resultierende Festigung der strategischen Stabilität auf einem wesentlich niedrigeren Rüstungsniveau liegt im unmittelbaren Sicherheitsinteresse der Europäer.

Ich teile Ihre Auffassung, daß konventionelle Rüstungskontrolle in Europa von großer Dringlichkeit und zentraler Bedeutung ist. Das bestehende konventionelle Ungleichgewicht stellt meiner Überzeugung nach das Kernproblem der Sicherheit in Europa dar. Wir werden uns mit ganzer Kraft dafür einsetzen, daß in den künftigen Verhandlungen kooperative Lösungen gefunden werden, die allen Beteiligten einen Zugewinn an Sicherheit bringen.

17 Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 2./3. März 1988 in Brüssel vgl. Dok. 75.

18 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

19 Zur Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO vgl. Dok. 78.

Es kommt darauf an, Schritt für Schritt konventionelle Asymmetrien zu beseitigen, die Fähigkeit zum Überraschungsangriff und zur raumgreifenden Offensive abzubauen und dauerhafte Stabilität auf niedrigem Niveau herzustellen. Nur so läßt sich ein Zustand herbeiführen, bei dem die Streitkräfte beider Seiten in Europa ausschließlich zur Verteidigung des eigenen Territoriums befähigt sind und sich dies in Umfang, Bewaffnung, Dislozierung, Bereitschaftsstand und Führungsgrundsätzen der Streitkräfte manifestiert.

Eine Behandlung von Nuklearwaffen bei Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle würde im Widerspruch zum besonderen Charakter dieser Waffen und der konventionellen Zielrichtung dieser Verhandlungen stehen. Diese Verhandlungen sollten sich daher auf die Herstellung eines stabilen und sicheren Gleichgewichts konventioneller Streitkräfte, einschließlich konventioneller Waffen und Rüstungen, konzentrieren.

Über die Reduzierung der Nuklearflugkörpersysteme kürzerer Reichweite sollte in einem getrennten Forum verhandelt werden. Ich begrüße es, daß auch Sie einen solchen Lösungsansatz nicht ausschließen wollen. In diesem Zusammenhang möchte ich meinen Appell wiederholen, daß die Sowjetunion ihre große Überlegenheit im Bereich der Kurzstreckenraketen abbaut[20], die für uns ein Grund zur Sorge bleibt. Ein Verzicht auf einen Teil dieser Raketen würde das Sicherheitsinteresse der Staaten des Warschauer Pakts nicht beeinträchtigen. Er würde gleichzeitig die Ausgangslage für künftige Verhandlungen über amerikanische und sowjetische Kurzstreckenraketen verbessern.

Sie haben zu Recht festgestellt, daß unsere Länder in dem Ziel übereinstimmen, ein weltweites und verläßlich verifizierbares Verbot chemischer Waffen möglichst bald zu erreichen. Das sowjetische Einverständnis vom August letzten Jahres, die notwendigen weitreichenden Verifikationsmaßnahmen einschließlich mandatorischer Verdachtskontrollen zu akzeptieren[21], erscheint mir als eine gute Grundlage für weitere Fortschritte. Der prinzipiellen Einigung über das Verifikationssystem muß jetzt zügig die gemeinsame Aufarbeitung der zum Teil schwierigen technischen Probleme folgen. Wir haben dazu eine Reihe von Arbeitspapieren eingebracht und bereiten weitere Beiträge vor.[22] Gerade zur Ausgestal-

20 Zum Kräfteverhältnis der nuklearen Kurzstreckenwaffen (SNF) von NATO und Warschauer Pakt vgl. Dok. 25, Anm. 12.

21 Gesandter Paschke, Washington, berichtete am 13. August 1987, seitens der USA sei zur 6. Runde der bilateralen amerikanisch-sowjetischen Chemiewaffen-Konsultationen mitgeteilt worden: „Unter den behandelten vertrauensbildenden Maßnahmen spielte das Thema Datenaustausch eine besondere Rolle. Hierbei seien Positionen zu Ausgestaltung des Austauschs (zwei Phasen, zunehmende Detailliertheit) nah beieinander. […] Bewertung der nach der Ankündigung durch Schewardnadse von Nasarkin wiederholten sowjetischen Bereitschaft zur Vereinbarung mandatorischer Verdachtsinspektionen bereite Amerikanern gegenwärtig noch einige Schwierigkeiten. Aus Nazarkins Äußerungen gehe in der Tat hervor, daß Sowjets dazu bereit seien, zu jeder Zeit an jedem Ort und ohne Verweigerungsrecht Verdachtsinspektionen zuzulassen. Damit bewegten sie sich nicht nur auf die in Artikel 10 des amerikanischen Vertragsentwurfs enthaltene Position zu, sondern auch auf die Aufhebung der Unterscheidung gemäß Artikel 11 (staatliche/private Einrichtungen).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3429; VS-Bd. 11557 (222); B 150, Aktenkopien 1987.

22 Zu den Genfer Verhandlungen über ein Verbot von Chemiewaffen vgl. Dok. 10.
In einer Aufzeichnung des Referats 222 vom 18. April 1988 wurde zu den Genfer Verhandlungen über ein Chemiewaffenverbot festgehalten: „Bei der Nichtherstellungskontrolle wurden Fortschritte bei der Ausarbeitung weiterer Vertragselemente – insbesondere der Zusammensetzung der Substanzenliste – erzielt. Schwierige technische Einzelfragen bleiben zu lösen.“ Vgl. Referat 222, Bd. 162052.

tung der Verdachtskontrollen wären spezifische Beiträge der UdSSR, die über ein großes Potential chemischer Waffen und die Kapazität zu ihrer Herstellung verfügt, jetzt hilfreich.

Sehr geehrter Herr Generalsekretär, ich betrachte unseren intensiven Briefwechsel in den letzten Jahren als eine außerordentlich nützliche Vorbereitung auf unsere persönliche Begegnung. Diesem Treffen sehe ich mit großem Interesse entgegen.[23]

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung

[gez.] Dr. Helmut Kohl

Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

Referat 213, Bd. 143534

115

Gespräch des Bundesministers Schäuble mit dem Sekretär des ZK der KPČ, Fojtík

18. April 1988[1]

Gespräch von Herrn Chef des Bundeskanzleramtes mit dem Präsidiumsmitglied und ZK-Sekretär der KPČ, Jan Fojtík, Bonn, 18.4.1988, 15.00 Uhr–16.15 Uhr[2]

BM Dr. Schäuble empfängt Präsidiumsmitglied Fojtík (F.) zu einem mehr als einstündigen Gespräch, an dem teilnehmen

auf tschechoslowakischer Seite: Botschafter Dr. Dušan Spáčil, Abteilungsleiter im ZK Radoslav Klein, Mitarbeiter im ZK Zdeněk Pilich (Note-taker), Dolmetscherin;

auf deutscher Seite: RL 212[3] (Note-taker).

23 Am 20. April 1988 erteilte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen Botschafter Meyer-Landrut Weisung, bei der Übergabe des Schreibens von Bundeskanzler Kohl an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, das „Gespräch auf folgender Linie zu führen: „Brief ist Ausdruck unserer Entschlossenheit, Beziehungen zur SU zu verbessern, politischen Dialog zu intensivieren und Zusammenarbeit in verschiedensten Bereichen auszubauen. Er dient gleichzeitig der Vorbereitung auf die Begegnung des BK mit GS.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 401; Referat 213, Bd. 143534.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 20. April 1988 gefertigt.
Hat Ministerialdirigent Kastrup am 28. April 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 214 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 28. April 1988 vorgelegen.

2 Der Sekretär des ZK der KPČ, Fojtík, besuchte vom 14. bis 19. April 1988 die Bundesrepublik. Am 18. April 1988 legte er Staatssekretär Sudhoff dar: „ČSSR wolle seriös und gründlich, ohne Übereilung die Probleme gesellschaftlicher und politischer Art lösen, die ökonomischen Reformen durchsetzen. Die ausländische Presse schreibe zwar, die ČSSR trete auf der Stelle, doch man arbeite eben ohne überstürzte Hast. Die Probleme seien komplex und nur über eine ‚Demokratisierung‘ zu lösen. Die Suche nach ‚konservativen‘ Kräften durch westliche Beobachter fruchte da wenig. Eine Entstabilisierung sei nicht erstrebenswert.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139914.

3 Uwe Kaestner.

BM *Dr. Schäuble* begrüßt F. und gratuliert zu seiner kürzlichen Wahl zum Präsidiumsmitglied der KPČ.

Der Bundeskanzler – so BM Dr. Schäuble weiter – habe durch seinen offiziellen Besuch in der ČSSR[4] und seine Gespräche mit der tsl. Führung zum Ausdruck gebracht, daß wir die Verbesserung der Zusammenarbeit auf allen Gebieten wünschten und dazu bereit seien. Nunmehr gelte es, die von diesem Besuch ausgegangenen Impulse zu weiteren Fortschritten zu nutzen.

Fojtík dankt für Begrüßung und Glückwünsche zum neuen Amt, das für ihn die Erweiterung seines bisherigen Zuständigkeitsbereichs (Ideologiefragen) um kulturelle und wissenschaftliche Fragen mit sich bringe.

Auch die tsl. Führung schätze den Besuch des Bundeskanzlers in der ČSSR sehr hoch ein, man wisse um die bedeutende Position des Nachbarlandes Bundesrepublik Deutschland in Europa und in der Welt und sei zu einem Maximum an Zusammenarbeit bereit. Belastungen aus der Vergangenheit, die diese Zusammenarbeit bisher behindert hätten, gelte es abzubauen.

F. übermittelt sodann die Grüße der Führung von Partei und Staat an den Bundeskanzler.

Unter Anknüpfung an das kürzliche Spiegel-Interview BM Dr. Schäubles[5] erkundigt sich F. sodann nach dem Stand der innenpolitischen Debatte bei uns.

BM *Dr. Schäuble* verdeutlicht, daß wir nach Urteil aller in- und ausländischen Beobachter uns derzeit einer insgesamt guten wirtschaftlichen Situation erfreuen, jedoch wichtige Veränderungen anstehen, die Anpassungen erfordern, um die wirtschaftliche Position auch in den 1990er Jahren halten zu können. Dabei gehe es im wesentlichen um die relativ hohe Besteuerung von Einkommen und Erträgen in unserem Lande – deshalb Abbau durch Steuerreform[6] – sowie um die demographischen Veränderungen, aufgrund derer der Anteil der jungen Leute an der Gesamtbevölkerung schrumpfe, der der älteren zunehme – deshalb Reform im System der sozialen Sicherung.

Dabei zeige sich, daß je höher das wirtschaftliche und soziale Niveau insgesamt sei, desto schwieriger seien selbst begrenzte Veränderungen durchzusetzen. Dies erkläre die intensive politische Diskussion der letzten Zeit – er sei aber sicher, daß die angekündigten Reformen Schritt für Schritt verwirklicht würden und sich dann die Diskussion legen werde.

BM Dr. Schäuble erkundigt sich sodann nach der wirtschaftlichen Entwicklung der ČSSR[7] und nach den jüngsten Beschlüssen des ZK-Plenums zur Wirtschaftsreform[8].

4 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 26./27. Januar 1988 in der ČSSR vgl. Dok. 33.

5 Für das Interview des Bundesministers Schäuble vgl. „Völker, hört die Signale“; DER SPIEGEL Nr. 11 vom 14. März 1988, S. 25–32.

6 Zur Steuerreform der Bundesregierung vgl. Dok. 64, Anm. 19.

7 Am 9. März 1988 informierte Botschaftsrat I. Klasse Metzger, Prag, über die Wirtschaftsentwicklung der ČSSR 1987: „Insgesamt zeichnet sich das Bild einer real eher stagnierenden Wirtschaft ab, die ihre technisch und qualitativ unzureichende Produktion nur schwer und zu niedrigen Preisen auf westlichen Märkten absetzen konnte (Westexport minus 4,4 %) und deren Handelsverflechtung mit dem RGW weiter anstieg (79,1 %); ebenso erhöhten sich die unverkäuflichen Lagerbestände. […] Die aufgrund der restriktiven Verschuldungspolitik bestehende Modernisierungslücke hinterläßt in der tsl. Industrie zunehmend tiefere Spuren und schränkt ihre Wettbewerbsfähigkeit auf nichtsoziali-

Fojtík erläutert, die ČSSR habe sich „in Bewegung gesetzt". Unter dem Einfluß dessen, was in der SU vor sich gehe, sei die Zielrichtung verhältnismäßig klar formuliert worden, nicht einfach sei jedoch, die Bewegung als solche zu bewältigen. Es gehe dabei um tiefe Eingriffe in das bisherige System, nicht nur der Volkswirtschaft, sondern der Gesamtgesellschaft. Dies rufe einerseits Hoffnungen, andererseits Enttäuschungen hervor und erzeuge Spannungen, wenn z. B. Menschen bisherige Positionen verlieren (Exkurs: Reduzierungen bei Zentralinstitutionen und ihren Mitarbeitern).

Die wichtigsten aktuellen Vorhaben – so F. weiter – betreffen die Gesetze über den staatlichen Betrieb und über die Genossenschaften sowie die Einführung wirtschaftlicher Rechnungsführung. Die Unternehmen müßten rentabel arbeiten und sich aus ihren Erträgen entwickeln und modernisieren können.

Des weiteren gehe es um die Demokratisierung der Gesellschaft, d. h. bedeutsame Veränderungen von Methoden und Stil der Leitung, nicht nur in den Unternehmen, sondern im gesamtpolitischen System. Der dirigistische Zentralismus müsse abgebaut werden, Zentralinstitutionen dürften nur noch tun, wofür sie zuständig sind: Analyse globaler Probleme, strategische Entscheidungen über die Entwicklungsperspektiven usw.

Die ČSSR wolle im Grunde dasselbe, was man sich auch in anderen sozialistischen Ländern vorgenommen habe – wolle dies aber entsprechend den Bedürfnissen und Bedingungen des Landes durchführen und danach das Tempo wählen. In diesem Sinn habe die April-Tagung des ZK bedeutsame Maßnahmen getroffen, insbesondere auch zur Änderung der Methoden der Arbeit der KPČ als führende Kraft der Gesellschaft: Sie müsse auf die Veränderung der Bedingungen flexibler reagieren und Stil und Methoden ihrer Arbeit ändern. Kurzum: Man packe an, was in der Welt Perestroika und Glasnost genannt werde, und berücksichtige dabei die nationalen Erfahrungen, insbesondere des Jahres 1968[9]: „Wir wollen nicht, daß die Entwicklung unseren Händen entgleitet!" Heute werde die Entwicklung durch die Lage in den anderen sozialistischen Ländern und insbesondere durch Impulse aus der SU gefördert und sei deshalb einfacher, 1968 seien die Beschlüsse des Januar-Plenums des ZK[10] angesichts der äußeren Bedingungen kaum umsetzbar gewesen. Hätte allerdings die Parteiführung damals die Kontinuität der Veränderungen im revolutionären Prozeß nach 1948

Fortsetzung Fußnote von Seite 619

stischen Märkten weiter ein. Die Zahlungsbilanz mit Ländern mit konvertibler Währung dürfte sich 1987 erstmals seit langem passiviert haben, wodurch der Modernisierung durch den Kauf westlicher Technologie noch engere Grenzen gezogen werden dürften als bislang schon." Vgl. den Schriftbericht Nr. 378; Referat 214, Bd. 139921.

8 Im Politischen Halbjahresbericht Tschechoslowakei mit Stand vom 10. August 1988 legte Botschaftsrat I. Klasse Metzger, Prag, dar: „Auf dem 9. ZK-Plenum (8./9.4.1988) wurden wichtige Umbesetzungen im Parteipräsidium […] und ZK-Sekretariat vorgenommen, die Begrenzung der Amtszeit führender Kader und eine Umstrukturierung des Parteiapparates sowie der Regierung und der Ministerien von Föderation und der tschechischen und slowakischen Teilstaaten (Strukturreform der zentralen Organe) beschlossen. Demgemäß gab es Mitte April Regierungsumbildungen, denen einige Stellvertretende Premierminister und Minister zum Opfer fielen und die die Auflösung bzw. Zusammenlegung von Ministerien und ihnen untergeordneter Organe brachte (Rücktritt der Föderalregierung am 20.4., Neubildung am 21.4.)." Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 1001 vom 10. August 1988; Referat 214, Bd. 139910.

9 Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

10 Die Plenartagung des ZK der KPČ fand vom 3. bis 5. Januar 1968 in Prag statt.

stärker betont, so hätte auch dieser Reformprozeß erfolgreich verlaufen können. Aber dies sei Vergangenheit… Heute gehe es darum, Probleme, die auch schon früher Anlaß zur Sorge gewesen seien, grundlegend zu lösen: Intensivierung der Volkswirtschaft, Modernisierung und Dynamisierung des politischen Systems.

BM *Dr. Schäuble* dankt für die eindrucksvolle Schilderung und betont, daß wir – wenn wir auch keine Ratschläge zu geben befugt seien – diesen Weg mit Sympathie begleiteten. Denn wirtschaftliche Reformen und gewisse Veränderungen der politischen und sozialen Verhältnisse erleichterten auch die Zusammenarbeit. Dazu seien wir gern bereit. Beim Besuch des Bundeskanzlers in Prag seien eine Reihe von Feldern abgesteckt worden, wir hofften auf Fortschritte und sähen der Überprüfung der Ergebnisse durch die beiden Außenminister im Sommer d. J.[11] entgegen.

Fojtík berichtet, über die Ergebnisse des Bundeskanzler-Besuchs habe das Politbüro ausführlich diskutiert und die konkreten Schlußfolgerungen sowie Richtlinien für die Regierung gebilligt.

BM *Dr. Schäuble* betont, mit der Entwicklung der Beziehungen könnten wir genauso zu einer Verbesserung des West-Ost-Verhältnisses allgemein und zur Stabilität in Europa beitragen, wie wir dies auch durch unsere Zusammenarbeit mit der DDR beabsichtigten. Dabei sei wichtig, daß alle in Europa genau wüßten, was sich vollziehe und was sich nicht vollziehe, damit es keine Mißverständnisse gebe (Exkurs: Intensivierung des hochrangigen politischen Dialogs und der Zusammenarbeit mit der DDR).

Entscheidend – so BM Dr. Schäuble als Fazit – sei in bezug auf unsere Beziehungen zur ČSSR wie auch zur DDR, daß die Grenze weniger trenne, sondern durchlässiger werde. Wir beobachteten mit einiger Sorge, daß es in der DDR seit Ende vergangenen Jahres gewisse Schwierigkeiten gebe.[12] In jüngster Zeit habe es von kirchlicher Seite den Vorschlag gegeben, Abmachungen zu treffen, wie viele Menschen aus der DDR jährlich in die Bundesrepublik Deutschland übersiedeln könnten – wir könnten auf derartige Vorschläge nicht eingehen. Wir hätten klar zum Ausdruck gebracht, daß möglichst viele·der Ausreisewilligen aus der DDR zu uns in die Bundesrepublik Deutschland kommen sollten. Andererseits: Wir versuchten nicht, die Menschen aus der DDR abzuwerben; denn wir hätten Interesse an Stabilität, weil dies die beste Voraussetzung für die Entwicklung der Beziehungen sei. Wir hätten deshalb seit Dezember 1987 insgesamt sehr zurückhaltend reagiert, obwohl die Nachrichten, die von drüben zu uns gekommen seien, die Menschen und die Medien in unserem Lande sehr beschäftigten. Wir übten uns auch in schwierigen Situationen in Geduld und verlangten nichts Unmögliches. Er wiederhole: Mit dieser Politik wollten wir unseren Beitrag zur Zusammenarbeit aller Staaten in Europa leisten und seien deshalb dankbar, wenn unsere Nachbarn und alle anderen europäischen Staaten diesen Weg zwischen den beiden deutschen Staaten mit Interesse und Sympathie begleiteten.

BM Dr. Schäuble erinnert sodann an seinen letzten Prag-Besuch im Oktober 1983 auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung um den NATO-Doppel-

11 Zum Besuch des Außenministers der ČSSR, Chňoupek, vom 28. bis 30. August 1988 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 240.

12 Zur inneren Lage der DDR vgl. Dok. 42.

beschluß[13]. Heute habe sich bestätigt, was damals unser Ziel gewesen sei: zu tatsächlicher Abrüstung zu kommen. Ein für die Geschichte neuer Schritt auf dem Feld der Rüstungskontrolle sei Ende vergangenen Jahres getan worden – und nun gelte es, diesen Impuls zu nutzen, um die Beziehungen auf allen Feldern – Politik, Wirtschaft, Kultur – zu verbessern. Je mehr Offenheit man zugestehe, je mehr Zusammenarbeit man praktiziere, desto mehr wüchsen Vertrauen und Stabilität.

Angesichts der modernen Informationsmedien wachse auch das Interesse der Menschen füreinander. Man beobachte Vorgänge in Nachbarländern schärfer als früher. So verfolgten wir mit großem Interesse die Gespräche der ČSSR mit dem Vatikan[14] und die religiöse Entwicklung im Lande.

Bedanken wolle er sich für die tsl. Haltung in einem kürzlichen Vorfall mit zwei Sportfliegern.[15] Hier habe es glücklicherweise auf tsl. Seite keine Mißverständnisse gegeben, und man habe der Situation angemessen reagiert.

Von der Verbesserung der Beziehungen – so BM Dr. Schäuble weiter – erwarteten die Menschen Hilfe bei ihren persönlichen Schicksalen. Deshalb hätten wir aus Anlaß des Bundeskanzler-Besuchs in Prag eine Liste mit Härtefällen übergeben, und er wolle sich für die bereits gefundenen Lösungen bedanken und um wohlwollende Prüfung der verbleibenden Fälle bitten. Heute erlaube er sich, eine kurze Liste mit drei weiteren Fällen zu überreichen.

Fojtík dankt für die Unterrichtung über den Stand der deutsch-deutschen Angelegenheiten.

Zu den von BM Dr. Schäuble angesprochenen Gesprächen ČSSR–Vatikan betont F., gerade in diesen Tagen verhandele eine tsl. Delegation in Rom, er sei noch nicht über Ergebnisse unterrichtet. Sicher sei jedoch, daß eine Vereinbarung getroffen und bestimmte Schritte nach vorn getan würden. Auch die tsl. Führung halte es nicht für normal, daß eine Reihe von Diözesen nicht besetzt seien. Aus Sicht der Kirche gebe es weitere Probleme. Jedoch gebe es auch Forderungen, die von staatlicher Seite nicht annehmbar seien, insbesondere wenn es darum gehe, die gesetzlich festgelegte Trennung von Kirche und Staat zu überspielen und der katholischen Kirche Vorrechte einzuräumen, die anderen Religionsgemeinschaften nicht gewährt würden. Der Vatikan habe einen Kodex verabschiedet, den aber sein Land nicht mechanisch anwenden könne. Deshalb habe man darum gebeten, offiziell darzustellen, was dieser Kodex für die ČSSR bedeute. Bisher gebe es keine Reaktion. Insgesamt habe man auf tsl. Seite das Gefühl, daß mit Antritt des gegenwärtigen Papstes[16] im Vatikan kein ausgeprägtes Interesse

13 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

14 Zu den Gesprächen zwischen der Regierung der ČSSR und dem Heiligen Stuhl vgl. Dok. 33, Anm. 32.

15 Botschafter Schattmann, Prag, berichtete am 11. April 1988, daß zwei Sportflieger aus der Bundesrepublik irrtümlich in Karlsbad in der ČSSR gelandet seien. Das tschechoslowakische Außenministerium habe mitgeteilt: „Die tsl. Behörden hätten sich zwischenzeitlich davon überzeugt, daß die Landung irrtümlich wegen Unerfahrenheit, Irrtum bei der Orientierung und Treibstoffmangel erfolgt sei. Man beabsichtige daher, beide Genannten am 11.4.1988 gegen 17.00 Uhr an Grenzübergang Pomezi/Schirnding der deutschen Seite zurückzuüberstellen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 634; Referat 214, Bd. 139927.

16 Das Pontifikat von Johannes Paul II. begann am 16. Oktober 1978.

herrsche, mit der tsl. Führung zu beiderseits annehmbaren Einverständnissen zu kommen. Hinsichtlich der zu ernennenden Bischöfe sei es keine tsl. Forderung, daß nur Mitglieder der Vereinigung Pacem in Terris ausgewählt werden dürften, jedoch müßten die Kandidaten dem Staat loyal gegenüberstehen.

Die religiösen Fragen – so F. weiter – müsse und kann man lösen, dies sei im tsl. Interesse. Denn man sehe die religiösen Organisationen als integrierte Bestandteile der Gesellschaft, nicht aber als fremdartige Elemente, die dem Staat feindlich gegenüberstünden. Zwar nehme die Zahl der religiös eingestellten Menschen ab, jedoch müsse man die Gläubigen respektieren und ihnen im Rahmen der bestehenden Gesetze Spielraum für ihre Tätigkeit einräumen. Dieser Spielraum dürfe jedenfalls nicht dazu mißbraucht werden, die Gesellschaftsordnung zu destabilisieren. Soweit man derartige Versuche überhaupt festgestellt habe, seien sie nicht solchen Charakters, daß sie der tsl. Führung den Schlaf raubten. Die Presse übertreibe und dramatisiere.

F. umreißt sodann in großen Zügen den von GS Jakeš im Februar d. J. verkündeten Plan zur Bildung einer Vertrauenszone an der Nahtstelle der Bündnisse.[17] Die tsl. Vorschläge berührten unmittelbar auch die bilateralen Beziehungen und seien ernst und ehrlich gemeint.

Zum Dank BM Dr. Schäubles für die Freilassung von zwei Sportfliegern führt F. aus: Vor fünf Jahren, vielleicht noch vor einem Jahr hätte die Lösung anders aussehen können. Die Tatsache, daß der Fall diesmal nicht zum Zwischenfall geworden sei, beweise, daß von tsl. Seite neue Methoden angewendet würden, die vermeiden helfen, daß an der gemeinsamen Grenze geschossen werde.

Schließlich verspricht F., sich der humanitären Fälle anzunehmen, obwohl die Dinge sich aus tsl. Sicht oft anders darstellten.

Bei Verabschiedung lädt F. BM Dr. Schäuble ein, Prag erneut zu besuchen. BM *Dr. Schäuble* dankt und sagt Prüfung zu.

Referat 214, Bd. 139911

17 Der Generalsekretär des ZK der KPČ, Jakeš, sprach sich am 24. Februar 1988 in Prag für die Errichtung einer „Zone der verdünnten Rüstung, des Friedens und der Kooperation in Mitteleuropa" aus. Vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIV (1987/88), S. 481.
Am 10. März 1988 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, im Gespräch mit Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am Vortag habe der tschechoslowakische Botschafter Spáčil erläutert: „Die Jakeš-Initiative fasse die verschiedenen Zonenvorschläge (kernwaffenfreie Zone Nordeuropa – Balkan, chemiewaffenfreie Zonen Mitteleuropa usw.) zusammen, gehe aber gleichzeitig deutlich über den Rahmen von Abrüstung und Rüstungskontrolle hinaus. Sie wolle einen breiten Prozeß der Vertrauensbildung an der Trennlinie der Systeme in Gang bringen und dazu alle wirtschaftlichen, ökologischen, humanitären und natürlich auch militärisch-sicherheitsmäßigen Fragen einbeziehen. […] Hinsichtlich der Inhalte und Prozeduren sei die Initiative völlig offen: Man könne sowohl an bilaterale Vereinbarungen der ‚Staaten an der Nahtstelle' denken, als auch an multilaterale Vereinbarungen, wobei die gesamteuropäische Zusammenarbeit im KSZE-Prozeß Vorbild sein könne." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139911.

116

Aufzeichnung der Vortragenden Legationsräte I. Klasse Ritter von Wagner und Nagel

431-493.15 IRK-255/88 geheim **18. April 1988**[1]

Über Herrn Dg 43[2], Herrn Dg 42[3] und Herrn D 4[4] Herrn Staatssekretär[5]

Betr.: Erweiterung der Reichweite der irakischen Scud-B-Raketen;
hier: Angebliche Zusammenarbeit deutscher Firmen mit Irak

Anlg.: 1) FS Nr. 403 des BND vom 16.3.1988 – VS-v-Tgb.-Nr. 11244[6]
2) FS Nr. 467 des BND vom 28.3.1988 – VS-v-Tgb.-Nr. 11530[7]
3) US Non-Paper vom 14.1.1988[8]

Zweck der Vorlage: Zur Information

1) Erkenntnisse des BND (s. Bezugs-FS) bestätigen in wesentlichen Teilen den Bericht des französischen Nachrichtenmagazins „Le Point“[9]: Danach haben deutsche Firmen (darunter Gildemeister und MBB) für die Reichweitenerweiterung der von Irak verwendeten Mittelstreckenrakete Scud-B (sowjet. Ursprungs) technische Voraussetzungen durch Bau und Einrichtung des Forschungszentrums Saad 16 geschaffen.

Die entsprechenden technischen Arbeiten (vor allem Adaptierung des Steuerungssystems an die reduzierte Nutzlast und die dadurch erzielte höhere Reichweite) würden in dem irakischen Forschungszentrum Saad 16 in der Nähe von Mossul durchgeführt. Es gibt bislang jedoch keinen Beweis dafür, daß die Erweiterung der Reichweite der Scud-B durch Techniker der genannten deutschen Firmen

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Ritter von Wagner und Nagel sowie den Legationsräten I. Klasse Ammon und Cappell konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent Pabsch am 24. April 1988 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirigent Höynck am 25. April 1988 vorgelgegen.

4 Hat Ministerialdirektor Jelonek am 25. April 1988 vorgelegen.

5 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 27. April 1988 vorgelegen, der für Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich vermerkte: „Die Sache ist von erheblicher pol[itischer] Bedeutung. BMWi muß laufend gedrängt werden, seiner Verantwortung gerecht zu werden u. uns (ggf. Ressortbespr[echung]) unterrichtet zu halten. (Gespräch mit Firma Gildemeister durch BMWi ist dringend.) BMWi muß auch ChBK unterrichtet halten. Ich sehe der auf Seite 4 angekündigten Vorlage bald entgegen.“ Vgl. Anm. 18.
Hat Bundesminister Genscher am 9. Mai 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]V[orlage] mit der abschließenden Bewertung und abschließendem Vorschlag.“
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 9. Mai 1988 vorgelegen, der mit Hinweis auf die Weisung Genschers den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Jelonek verfügte.
Hat Lautenschlager und Jelonek am 10. Mai 1988 erneut vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Cappell am 11. Mai 1988 erneut vorgelegen.

6 Dem Vorgang beigefügt. Für das Fernschreiben des Bundesnachrichtendiensts vgl. VS-Bd. 14538 (431).

7 Dem Vorgang beigefügt. Für das Fernschreiben des Bundesnachrichtendiensts vgl. VS-Bd. 14538 (431).

8 Dem Vorgang beigefügt. Für das am 14. Januar 1988 übergebene Non-paper der amerikanischen Botschaft vgl. VS-Bd. 14538 (431).

9 Am 21. März 1988 resümierte Botschafter Pfeffer, Paris, Berichte aus der französischen Presse: „‚Le Point‘ meldet, daß die westdeutsche Firma MBB im Irak die sowjetischen Raketen Scud-B technisch so umgerüstet hätte, daß sie mit ihrer neuen Reichweite Teheran erreichen könnten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 793; Referat 424, Bd. 145914.

erfolgt ist. Der BND berichtet allerdings über einen unbestätigten Hinweis, wonach ein deutscher Spezialist für Steuerungssysteme sich Mitte Februar 1988 in Bagdad aufgehalten haben soll.

Auch in dem am 14.1.1988 von US-Botschafter Burt an MD Teltschik übergebenen Non-paper in Sachen Trägertechnologie wird der Vorwurf erhoben, MBB sei an der Errichtung und Ausrüstung von Saad 16 beteiligt. Saad 16 diene der Entwicklung und Produktion von Flugkörpern.

2) Rückfragen beim BMWi im Februar und März 1988 haben ergeben:

a) Die Firma Gildemeister ist in der Tat Generalunternehmer für die Errichtung des Forschungszentrums „Saad 16". Das Auftragsvolumen beläuft sich auf ca. 206 Mio. DM. In dem Ende 1984 geschlossenen Vertrag zwischen Gildemeister und irakischen Stellen wird MBB als Hauptlieferant für die benötigte Technologie benannt; die Aufgaben von „Saad 16" werden jedoch nur oberflächlich skizziert (es soll eine Vielzahl von Laboratorien errichtet werden, deren Spezialisierung von der Bodenforschung bis hin zur Aerodynamik reicht). Es wurden seither eine Vielzahl von Ausrüstungsgegenständen durch die Fa. Gildemeister geliefert, von denen einige ausfuhrgenehmigungspflichtig waren. Für das Projekt wurden deswegen laufend Ausfuhranträge gestellt und – bis ca. Anfang 1988 – auch genehmigt. In insgesamt drei Fällen war AA beteiligt (Laserausrüstung bzw. Ersatzteile, Teile zur vorübergehenden Verwendung für Montage einer Drei-Koordinator-Meßmaschine). Hinweise auf illegale Exporte (ohne erforderliche Genehmigung) liegen nicht vor.[10]

b) Noch vor dem Auftrag im Jahre 1984 hat Firma Gildemeister einen Echtzeitsimulator in den Irak geliefert, der möglicherweise zur Berechnung von Raketenflugbahnen eingesetzt werden kann. Dieser Simulator bestand zu 90% aus US-Teilen, für die amerikanische Re-Exportlizenzen für Irak vorlagen.

II. 1) Das Auswärtige Amt hat erst durch das US Non-Paper vom 14.1.1988 und – detaillierter– durch den Bezugsbericht zu 1) Kenntnis von der nun vermuteten Zweckbestimmung von Saad 16 erhalten. Zumindest seit Beginn der Anwendung der Trägertechnologierichtlinien (ab 1987)[11] sind nach Kenntnis des BMWi keine Gegenstände nach Irak exportiert worden, die auf der zum Trägertechnologieregime (TTR) gehörenden Technischen Liste aufgeführt sind. (Ref. 431 ist deswegen mit Exportanträgen in dieser Sache nie befaßt gewesen.) Selbst wenn dies der Fall gewesen wäre, hätte das TTR nicht den Export dieser Gegenstände verhindern können, da dieses nur auf nuklearfähige Raketen abzielt (mindestens 300 km Reichweite, 500 km Nutzlast). Durch die Reichweitenerwei-

10 Vortragender Legationsrat Schlegel bewertete am 6. April 1988 ein Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 19. Januar 1988 zu den Genehmigungsverfahren für die Exporte der Firma Gildemeister in den Irak: „Unter den vom BMWi im Bezugsschreiben aufgeführten Genehmigungsvorgängen sind nur zwei von Referat 424 bearbeitet worden […]. Die vom BMWi genannten restlichen 20 (!) Genehmigungsnummern sind bei Ref. 424 1987/88 nicht vorgelegt worden. […] Es erfolgt eine entsprechende Richtigstellung gegenüber BMWi mit der Bitte mitzuteilen, warum diese restlichen Vorgänge AA nicht vorgelegt worden sind." Vgl. VS-Bd. 14538 (431); B 150, Aktenkopien 1988.

11 Am 16. April 1987 wurde von der Bundesregierung bekanntgegeben, daß am 7. April 1987 ein Kontrollregime für den Export von Trägertechnologie in Kraft gesetzt worden sei. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 94.
Für die Richtlinien sowie die Technische Liste des Exportkontrollregimes vgl. Referat 431, Bd. 153195.

terung sinkt die Nutzlast unter diesen Wert; Irak ist zudem Mitglied des NV-Vertrages[12].

Eine Vielzahl der in diesem Zusammenhang erfolgten Exporte ist jedoch genehmigungspflichtig nach § 3 und § 7 AWG[13]. Das Auswärtige Amt (Ref. 424) konnte den ihm vom BMWi vorgelegten Anträgen zustimmen, da damals keine Hinweise auf die – nun zu vermutende – Zweckbestimmung dieser Gegenstände und der gesamten Anlage Saad 16 vorlagen.

2) Mit dem BMWi wurde auf Arbeitsebene folgende weitere Vorgehensweise vereinbart:

– Alle zur Zeit vorliegenden sowie künftigen Ausfuhranträge, die mit Saad 16 in Zusammenhang stehen, werden vorerst nicht mehr genehmigt (Rechtsgrundlage: § 7 Abs. 1 Nr. 2 AWG).
– Das Auswärtige Amt (Ref. 424 und Ref. 431) wird über alle eingehenden weiteren Ausfuhranträge in dieser Angelegenheit unverzüglich unterrichtet.
– Das BMWi/BAW überprüft alle bislang erteilten Ausfuhrgenehmigungen für das Projekt erneut unter besonderer Beachtung des Aspekts Trägertechnologie.
– Im übrigen hat das Auswärtige Amt das BMWi mit Schreiben vom 6. April 1988 um eingehende Stellungnahme zu diesem Fragenkomplex gebeten.

Das BMWi hat mit MBB den Sachverhalt ausführlich besprochen[14]; ein Gespräch mit „Gildemeister“ steht noch aus[15], da diese Firma bei solchen Fragen sehr schwierig sei.

III. Der Vorgang wirft die Frage auf, wie derartige Exporte in Zukunft verhindert werden können. Gemäß Erlaß vom 20.8.1986 über das Verfahren für die Genehmigung der Ausfuhr werden dem Auswärtigen Amt – außer Liste A (komplette Rüstungsgüter)[16] – nur Anträge für einige besonders sensitive Güter der

12 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.

13 Für den Wortlaut der Paragraphen 3 und 7 des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 482 f. und S. 484.

14 Vortragender Legationsrat I. Ackermann notierte am 27. September 1988: „Firma MBB hat mündlich erklärt, daß sie sich (für Tochterfirma Transtechnica) aufgrund der militärischen Zweckbestimmung von Saad 16 aus dem Projekt zurückgezogen habe. Irakische Ingenieure seien 1987/88 für ca. 14 Tage im Zusammenhang mit dem Projekt Saad 16 bei MBB ausgebildet worden. Am möglichen irakischen Projekt einer Reichweitenerweiterung von Scud-B-Raketen sei MBB in keiner Weise beteiligt. MBB sei technisch nur in der Lage, Raketen mit einer Reichweite bis 45 km zu bauen.“ Vgl. VS-Bd. 14531 (424); B 150, Aktenkopien 1988.

15 Am 24. Juni 1988 notierte Legationsrat I. Klasse Cappell, daß am Vortag im Bundesministerium für Wirtschaft ein Gespräch mit dem Projektleiter der Firma Gildemeister Projecta GmbH stattgefunden habe: „Herr Tödtmann erläuterte, daß Gildemeister Ende 1984 Auftrag für Projekt Saad 16 an Irak als Generalunternehmer erhalten habe. […] Die genehmigungspflichtigen Lieferungen für die Labors von Saad 16 seien inzwischen alle erfolgt. […] Auf Frage zu den künftigen Aufgaben des Saad-16-Forschungszentrums antwortete H[err] Tödtmann: Genau wisse er das nicht. Er nehme an Grundlagenforschung. Auf Frage, warum Gildemeister dann schriftlich gegenüber BAW bescheinigt habe, daß die Ausfuhren für zivile Zwecke eingesetzt werden, antwortete Herr Tödtmann, daß alle gelieferten Waren Katalog-Waren seien, die nicht speziell für militärische Zwecke konstruiert wurden. Die Frage, ob die gelieferten Dual-use-Güter für militärische Zwecke eingesetzt werden, konnte H. T[ödtmann] nicht beantworten. Er vermute, daß sie für zivile Zwecke eingesetzt werden, da Saad 16 später der Universität angeschlossen werden soll und er bei zwei Besuchen in Mossul im Saad 16 kein militärisches Personal gesehen habe.“ Vgl. Referat 431, Bd. 153197.

16 Am 1. Juli 1988 informierte Legationsrat I. Klasse Cappell Referat 02-9 unter Bezugnahme auf zwei Fernschreiben des Bundesnachrichtendiensts vom 16. und 28. März 1988: „Dem Auswärtigen Amt

Liste C (dual use) vorgelegt.[17] Zu der Frage, ob künftig eine über das bisherige Verfahren hinausgehende Beteiligung des AA angestrebt werden soll, folgt weitere Vorlage[18].

D 3[19] hat mitgezeichnet.

Wagner
Nagel

VS-Bd. 14538 (431)

117

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Soares

19. April 1988[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem portugiesischen Staatspräsidenten Dr. Mário Soares am 19. April 1988, 12.05 Uhr bis 12.50 Uhr[2]

Teilnehmer:

Der Bundeskanzler, VLR I Bitterlich als Note-taker, Frau Eichhorn als Dolmetscherin.

Staatspräsident Soares, Dr. Nunes Barata als Note-taker, Frau Dr. Salema als Dolmetscherin.

Fortsetzung Fußnote von Seite 626

liegen mehrere Anträge der Firma Gildemeister auf Genehmigung der Lieferung von Ersatzteilen für das Projekt Saad 16 im Irak zur Stellungnahme vor. Fa. Gildemeister hatte als Generalunternehmer für das Projekt Saad 16 im Irak seit 1985 laufend Genehmigungen für Lieferungen von Maschinen, aber auch Elektronik erhalten. Der Genehmigungsbehörde wie den Ressorts in Bonn ist der militärische Charakter dieses Projektes erst aufgrund der Bezugsfernschreiben bekannt geworden. Nach Angaben der Firma Gildemeister, die die militärische Ausrichtung des Projekts Saad 16 bezweifelt, ist das Forschungszentrum Saad 16 bis auf das Galvanik-Labor noch nicht in Betrieb. Angebliche Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für den Raketenbau könnten deshalb noch nicht stattgefunden haben. Da die Bundesregierung im Falle eines Widerspruchs der Firma Gildemeister bei Ablehnung der jetzt vorliegenden Anträge für das Projekt Saad 16 den militärischen Charakter des Forschungsinstituts Saad 16 beweisen muß, wäre das AA für nähere Angaben, die zu den in den Bezugs-FS geschilderten Erkenntnissen geführt haben, dankbar." Vgl. VS-Bd. 14531 (424); B 150, Aktenkopien 1988.

17 Für den Wortlaut der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – in der Fassung der Verordnung vom 6. November 1984 vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 213 vom 10. November 1984, Beilage Nr. 55a/84.

18 Die Wörter „weitere Vorlage" wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Vgl. dazu Anm. 5.
Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ritter von Wagner vom 28. Juli 1988; Dok. 218.

19 Reinhard Schlagintweit.

1 Vervielfältigtes Exemplar.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bitterlich, Bundeskanzleramt, am 20. April 1988 gefertigt und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna „zur persönlichen Kenntnisn[ahme] und Verbleib" übermittelt. Vgl. die beigefügte Präsentkarte; Referat 203, Bd. 140508.
Hat Kuhna am 4. Mai 1988 vorgelegen.

2 Präsident Soares besuchte die Bundesrepublik vom 17. bis 23. April 1988. Vgl. dazu auch Dok. 118.

Der *Bundeskanzler* leitet das Gespräch nach der Begrüßung mit der Bemerkung ein, er höre nur Gutes über die Entwicklung in Portugal. In der Europäischen Gemeinschaft spiele Portugal eine gute Rolle. Die bilateralen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern entwickelten sich positiv.

Der *Präsident* wirft ein, daß die deutschen Unternehmen leider weniger als erwartet in Portugal investierten. Es sei merkwürdig, daß die deutschen Unternehmen insoweit langsamer reagierten als die aus den USA oder Japan. Die deutschen Unternehmen, die bereits seit Jahren in Portugal ansässig seien, wie z. B. Siemens oder Hoechst, hätten gute Erfolge. Die Bundesrepublik Deutschland sei der wichtigste Handelspartner Portugals, allein die Investitionen vermochten dieser Entwicklung nicht zu folgen. Er hoffe auf ein stärkeres Engagement von deutscher Seite.

Der *Bundeskanzler* verweist darauf, daß dies vermutlich auf einer Vielzahl von Gründen beruhe. Hierzu gehöre, daß sich die deutschen Unternehmen angesichts der Entwicklung im Dollar-Raum bei Auslandsinvestitionen zurückgehalten hätten. Insgesamt bestehe aber im Hinblick auf eine Stärkung der Exporte und Investitionen im europäischen Raum eine eindeutig positive Perspektive. Dies zeige sich schon daran, daß 1988 rund 53 % unserer Exporte in die EG-Länder, nur 16 % in den Dollar-Raum gehen. Er werde darauf hinwirken, daß unsere Unternehmen diese wichtigen Grundlagen für unsere Wirtschaft noch mehr begreifen. Er fragt den Präsidenten nach seiner Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung in Portugal.

Der *Präsident* betont, daß er insgesamt mit der wirtschaftlichen Entwicklung sehr zufrieden sei. Gute Grundlage hierfür bilde die politische Stabilität seines Landes. Die Parlamentswahlen vom 19. Juli 1987[3] hätten dazu geführt, daß erstmals die Sozialdemokratische Partei, die mehr oder weniger mit der FDP in Deutschland vergleichbar sei, die absolute Mehrheit errungen habe. Der von ihr gestellte Premierminister[4] sei ein sehr dynamischer Mann, der entschlossen Reformen mit dem Sachverstand des Ökonomen anpacke. Die Sozialistische Partei sei die größte und im Grunde die einzige Oppositionspartei, da die KP immer mehr an Stimmen verliere. Durch die Parlamentswahlen sei gewissermaßen ein „Gleichgewicht" entstanden: Er sei mit den Stimmen der Linken zum Präsidenten gewählt worden[5] – mit seiner Wahl habe er jedoch seine Parteimitgliedschaft niedergelegt –, die Regierung sei Mitte rechts einzuordnen. Nach der portugiesischen Verfassung[6] bestehe seine Aufgabe darin, Garant des guten Funktionierens der politischen Institutionen zu sein. Um, wenn notwendig, eingreifen zu können, müsse er als Staatspräsident auch unabhängig sein.

Der Präsident erläutert weiter, daß das Wirtschaftswachstum sehr positiv sei, man habe Erfolge in bezug auf die Inflation, die soziale Situation sei weitgehend stabil. Konzertation zwischen Gewerkschaften und Regierung habe zu einem

3 Bei den Parlamentswahlen am 19. Juli 1987 in Portugal entfielen auf die Sozialdemokratische Partei 50,4 %, die Sozialistische Partei 22,2 %, die Vereinigte Volksallianz (Kommunisten) 12,0 %, die Reformpartei 4,9 % und das Demokratisch-Soziale Zentrum 4,4 % der Wählerstimmen.

4 Aníbal Cavaco Silva.

5 Mário Soares wurde am 16. Februar 1986 zum portugiesischen Präsidenten gewählt.

6 Für den Wortlaut der Verfassung Portugals vom 2. April 1976 vgl. André THOMASHAUSEN, Verfassung und Verfassungswirklichkeit im neuen Portugal, Berlin 1981, S. 384–476.

Einvernehmen über die Lohn- und Preispolitik geführt. Über die Entwicklungslinien der Modernisierung Portugals bestehe weitgehend Konsens zwischen Regierung und Opposition. Positiv seien in diesem Zusammenhang die Entscheidungen des Europäischen Rats vom Februar 1988[7] zu bewerten. Durch die Erhöhung der Strukturfondsmittel und das Programm zur Modernisierung der portugiesischen Industrie erhalte die Strukturmodernisierung seines Landes einen wichtigen Impuls. Es sei aber nicht leicht, schon in den nächsten Jahren den großen Rückstand des Landes zu überwinden. Der Binnenmarkt stelle daher eine große Herausforderung für Portugal dar.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, daß der Binnenmarkt auch für Portugal nicht nur eine Herausforderung, sondern auch eine große Chance mit sich bringe. Er sei überzeugt davon, daß die in Brüssel beschlossene Verdoppelung der Strukturfondsmittel gerade in der Perspektive des Binnenmarktes besonders wichtig für die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in der Gemeinschaft sei. Er habe nachdrücklich in diesem Sinne mit dem Präsidenten der EG-Kommission[8] zusammengewirkt. Er sei überzeugt, daß Portugal spätestens in einem Jahrzehnt eine wichtigere Rolle in der Europäischen Gemeinschaft einnehmen werde. Einige Mitgliedstaaten würden sich über die große Kraft dieses Landes noch wundern. Anhalten der innenpolitischen Stabilität, die ein besonderes Verdienst des Staatspräsidenten sei, werde Konsequenzen zeigen. Dies sei auch wichtig für deutsche Investoren. Es habe in der Vergangenheit insoweit wohl einige Irritationen gegeben, die aber langsam verschwinden würden. Der Bundeskanzler hebt hervor, daß Portugal immer auf seine Unterstützung zählen könne. Auch im europäischen Einigungsprozeß könne Portugal wichtige Impulse leisten, dies angesichts seiner Erfahrungen in Afrika wie aufgrund seiner geopolitischen Lage.

Auf Bitten des Präsidenten erläutert der Bundeskanzler in großen Zügen die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland: Mit der wirtschaftlichen Entwicklung sei er zufrieden. Das Bruttosozialprodukt werde 1988 weiter ansteigen; wir hätten die niedrigsten Zinsen seit Gründung der Bundesrepublik; bereits im fünften Jahr bestehe Null-Inflation; die privaten Einkommen würden in diesem Jahr um 3 bis 4% steigen. Unsere Probleme seien nicht materieller Natur, sondern lägen im Immateriellen. Die Deutschen brauchten dringend eine „Selbstbesinnung". Deutschland drohe zudem die Überalterung. Seit 16 Jahren hätten wir die niedrigste Geburtenrate der Welt. 1950 habe es 200 000 Menschen über 80 Jahre gegeben, 1988 seien es bereits 2,1 Mio. Umdenken für unser Sozialsystem sei dringend notwendig. Es sei nicht einfach, dies den Menschen verständlich zu machen und durchzusetzen. Er sei aber zuversichtlich.

Der Bundeskanzler betont, daß wir unbedingt mehr für unsere Zukunft investieren müßten. Der Binnenmarkt 1992 biete eine große Chance, man müsse sie jedoch wahrnehmen. Hierfür seien zusätzliche Anstrengungen notwendig. Er gehe heute nachmittag nach Hannover, um die größte Industriemesse der Welt zu eröffnen.[9] Es wäre gut, wenn Portugal in den nächsten Jahren sich als „Partner-

7 Zur Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis13. Februar 1988 in Brüssel vgl. Dok. 59.

8 Jacques Delors.

9 Vgl. dazu die Rede des Bundskanzlers Kohl zur Eröffnung der „Hannover-Messe Industrie" am 19. April 1988; BULLETIN 1988, S. 513–517.

land der Messe“ besser vorstellen würde. Er werde diese Idee in Hannover aufnehmen.

Der Bundeskanzler kommt anschließend auf die West-Ost-Beziehungen zu sprechen. Es sei wichtig für uns, in diesen Bereich ein Stück Vernunft hineinzubringen. In bezug auf die Entwicklung in der Sowjetunion sei er im Gegensatz zu manchen anderen nicht euphorisch. Er sehe noch nicht, inwieweit Gorbatschow mit seiner Politik Erfolg haben werde. Er sehe, wie die alten Garden sich zur Wehr setzten. Das ganze System sei aber in Bewegung geraten. Er sei froh über den Abschluß des INF-Abkommens. Er sei auch dafür, daß die Europäer gegenüber den Amerikanern ihren Einfluß geltend machen, damit es zum Abschluß des START-Abkommens komme. Des weiteren müsse man bei den Kurzstreckenraketen Vereinbarungen über gleiche Obergrenzen erreichen, die chemischen Waffen müßten abgeschafft werden, und es müßten schließlich im konventionellen Bereich Abrüstungsschritte erreicht werden. Dieser Bereich sei für uns existentiell. Man müsse sehen, daß er für uns auch eine gewaltige Belastung darstelle: 500000 Mann Bundeswehr, allgemeine Wehrpflicht – die wir aufgrund der demographischen Entwicklungen verlängern mußten[10]. Insgesamt sei er gedämpft optimistisch.

Diese Fragen seien für uns auch wegen des Verhältnisses zur DDR wichtig. Der Besucherverkehr habe sich sehr positiv entwickelt – 1982 seien nur rund 100000 Besucher aus der DDR in die Bundesrepublik gekommen, 1987 seien es 3,5 Mio. gewesen. Hierin sei eine erhebliche qualitative Veränderung zu sehen. Er wisse nicht, wie lange Honecker diese Entwicklung mitmachen könne, für Honecker sei dies ein „Balance-Akt“.

Der *Präsident* dankt dem Bundeskanzler zunächst für seine Worte des Vertrauens in die Zukunft Portugals. Auch aus seiner Sicht sei die Geschichte Portugals seit 1974[11] trotz aller Probleme eine Erfolgsgeschichte. Er erinnere sich daran, daß in diesem Raume vor rund zehn Jahren der Bankrott Portugals verhindert worden sei.[12] Heute, zehn Jahre später, komme er unter anderen Bedingungen zurück. Um die Probleme seiner Rückständigkeit zu überwinden, müsse Portugal große Anstrengungen unternehmen. Priorität gebühre neben der Modernisierung der Landwirtschaft und der Industrie insbesondere der Erziehung und Berufsausbildung. Hier strebe Portugal engere Kooperation mit deutschen Universitäten und Forschungszentren an. Insgesamt sei er optimistisch in bezug auf die Entwicklung Portugals. Die Arbeit der 80000 Portugiesen in der Bundesrepublik Deutschland verdiene besondere Anerkennung. Auch in Portugal wolle man in bezug auf das Erlernen der deutschen Sprache stärkere Anstrengungen unternehmen.

10 Der Bundestag beschloß am 17. April 1986, die Dauer des Grundwehrdienstes ab dem 1. Juni 1989 von 15 auf 18 Monate zu erhöhen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 210. Sitzung, S. 16141–16166.
Für den Wortlaut des Gesetzes vom 13. Juni 1986 zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und Verlängerung der Dauer des Grundwehrdienstes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 873–878.

11 Die portugiesischen Streitkräfte stürzten am 25. April 1974 in der sogenannten „Nelkenrevolution“ Präsident Caetano.

12 Am 13. Juni 1978 erörterten Bundeskanzler Schmidt und Ministerpräsident Soares Maßnahmen zur Stabilisierung der portugiesischen Zahlungsbilanz. Vgl. AAPD 1978, I, Dok. 182.

Der *Bundeskanzler* befürwortet dies nachdrücklich und verweist darauf, daß die in der Bundesrepublik lebenden Portugiesen zu Recht ein hohes Ansehen genießen. Er bedauere, daß seine Vorgänger und die deutschen Unternehmen in der Vergangenheit nicht mehr Portugiesen und Spanier ins Land geholt hätten. Viele Probleme, die wir heute in bezug auf die Gastarbeiter hätten, würden dann nicht bestehen.

Der *Präsident* dankt dem Bundeskanzler für seine Beurteilung des West-Ost-Verhältnisses. Er habe im November 1987 die Sowjetunion besucht.[13] Er sei von der neuen Sprache Gorbatschows überrascht gewesen. Auch er habe Zweifel am Erfolg der Reformpolitik, zumal die konservativen Kräfte in der Sowjetunion sehr stark seien. Im Rahmen seines Besuches habe er auch die heutigen Krisenregionen Armenien und Aserbaidschan[14] besucht. Schon damals seien Spannungen spürbar gewesen. Er habe im Gespräch mit den regionalen Führungspersönlichkeiten festgestellt, daß zumindest damals Glasnost und Perestroika noch nicht bis dorthin durchgedrungen seien. Er habe vor seinem Besuch Gorbatschows Buch[15] gelesen, das in diesen beiden Regionen offensichtlich noch nicht bekannt gewesen sei. Gorbatschow schätze die Lage der Sowjetunion und des Systems nüchterner als seine Vorgänger ein. Er habe mit der Unterzeichnung des INF-Abkommens und dem Abzug aus Afghanistan[16] große Schritte eingeleitet. Er, Soares, sehe dem Gipfel im kommenden Mai zwischen Reagan und Gorbatschow[17] mit großen Erwartungen entgegen. Er sei auch überzeugt, daß die USA und die Sowjetunion sich demnächst mehr und mehr über die Regelung regionaler Konflikte verständigen würden, z. B. in Mittelamerika, vielleicht auch Südafrika.

Ihm gefalle nicht, daß die Sowjetunion und die USA sich hinter dem Rücken der Europäer über Fragen verständigten, die auch die Europäer angehen. Er beglückwünsche den Bundeskanzler zu den substantiellen Fortschritten im deutsch-französischen Verhältnis. Die deutsch-französische „Einheit" stelle für Europa einen Meilenstein dar, um den Großmächten die Stirn zu bieten.

Der *Bundeskanzler* und der *Präsident* verständigen sich darüber, beim Mittagessen das Gespräch fortzusetzen und dabei, entsprechend dem Wunsch des Präsidenten, über Lateinamerika und Afrika[18] zu sprechen.

Referat 203, Bd. 140508

13 Präsident Soares hielt sich vom 23. bis 28. November 1987 in der UdSSR auf.

14 Zum Konflikten zwischen den Sowjetrepubliken Armenien und Aserbaidschan vgl. Dok. 85, Anm. 3 und 4.

15 Vgl. Michail GORBATSCHOW, Perestroika. Die zweite russische Revolution – Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1987.

16 Zum Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan vgl. Dok. 107.

17 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

18 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kuhna informierte am 22. April 1988 über den Besuch des Präsidenten Soares vom 17. bis 23. April 1988: „Besonders engagiert sprach sich Präsident Soares für internationale Anstrengungen aus, um die schwierigen und explosiven Probleme des südlichen Afrika einer Lösung zuzuführen. Dies könne nur durch globales Arrangement unter Einschluß der Großmächte geschehen, wobei Südafrika, dessen Rassenpolitik er verurteile, eine besondere Verantwortung zukomme. Portugal stehe mit seinen engen Beziehungen zu den lusophonen Staaten der Region bereit, bei der Suche nach Lösungen mitzuwirken." Vgl. den Runderlaß Nr. 4427; Referat 203, Bd. 140508.

118

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem portugiesischen Außenminister Pinheiro

19. April 1988[1]

Von BM noch nicht genehmigt

Staatsbesuch des portugiesischen Staatspräsidenten Soares in der Bundesrepublik Deutschland vom 17.–23. April 1988[2];
hier: Gespräch BM/AM Pinheiro am 19. April

1) BM hat portugiesischen AM Pinheiro im Rahmen des Staatsbesuchs am 19. April zu einem einstündigen außenpolitischen Meinungsaustausch empfangen. Hauptthemen waren die Lage im südlichen Afrika und die Entwicklung des West/Ost-Verhältnisses. Bei dem offenen und freundschaftlichen Gespräch wurde das ausgeprägte Interesse Portugals an den Entwicklungen in den lusophonen Staaten Afrikas erneut deutlich.[3] Daneben treten zunehmend Themen wie West/Ost und Europapolitik.

BM begrüßte den portugiesischen Gast und hob eingangs die Bedeutung des Staatsbesuchs von Präsident Soares für die weitere Vertiefung der ohnehin bereits hervorragenden bilateralen Beziehungen hervor. In allen wichtigeren Fragen stimmten PTG und D weitgehend überein.

AM stimmte dieser Bewertung zu. Gleichwohl gebe es eine Reihe von Themen, die vertieft erörtert werden könnten:

2) Als besonders wichtig aus ptg. Sicht hob AM die Entwicklung im südlichen Afrika hervor. Gerade jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, an dem man sich die Frage stellen müsse, wie es weitergehen solle; welche weiteren Schritte man einleiten solle. Dies gehe besonders die Staaten mit eigenen Erfahrungen im südlichen Afrika an, wie z. B. PTG oder die Bundesrepublik Deutschland. In Angola und Mosambik stagniere die Entwicklung z. Z., dafür gebe es in Südafrika mehr Bewegung.

In Angola werde namentlich die Armee (250000 Mann) von in der SU ausgebildeten Offizieren beherrscht. Die jüngere Gruppe dieses Führungskaders sei vor etwa fünf Jahren mit neuem Selbstbewußtsein nach Angola zurückgekehrt und

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 20. April 1988 gefertigt und „mit der Bitte um Billigung durch Herrn Bundesminister“ an das Ministerbüro geleitet. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 210, Bd. 145162.

2 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Soares am 19. April 1988; Dok. 117.

3 Legationssekretär Schröder, Lissabon, berichtete am 18. März 1988: „Weiterentwicklung der Beziehungen zum lusophonen Afrika bildet einen der Schwerpunkte portugiesischer Außenpolitik. Hierbei strebt Portugal an: noch vorhandene Belastungen aus der Kolonialzeit abzubauen; die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu verstärken; neue Kooperationsbereiche (Erziehungs- und Gesundheitswesen, Wissenschaft und Technologie) zu erschließen. In jüngster Zeit intensivieren sich die Beziehungen Portugals zu Angola und Mosambik. Besuche von Fachministern, des angolanischen Staatspräsidenten und des mosambikanischen Premierministers in Portugal bewirkten eine deutliche Klimaverbesserung und führten zur Unterzeichnung einiger bilateraler Abkommen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 136; Referat 203, Bd. 140508.

glaube nun, den Krieg ohne die Hilfe der Sowjets oder Kubaner weiterführen zu können.

Auf der UNITA-Seite, die weiter von Südafrika unterstützt werde, stünden etwa 25000 Guerillas den Regierungstruppen gegenüber. Dies reiche in den nächsten Jahren nicht dazu aus, um eine Umkehr der Machtverhältnisse zu erzwingen. Er selbst, Pinheiro, habe in Luanda einen starken Willen festgestellt, mit Südafrika direkte Gespräche zu führen. Allerdings habe er die Sorge, daß dies zu einem ähnlichen Fiasko führen könne wie seinerzeit die Gespräche Mosambik/Südafrika. Die Regierung in Luanda habe wiederholt den Wunsch nach einer stärkeren Zusammenarbeit mit D, F, GB und PTG ausgesprochen. Man glaube dort vor allem, daß diese Länder mehr Einfluß auf Südafrika in Richtung auf eine Annäherung ausüben könnten. Die ptg. Regierung sei ausdrücklich von Angola gebeten worden, sich in diesem Sinne bei den übrigen Westeuropäern zu verwenden. Auch aus portugiesischer Sicht halte er den Zeitpunkt für ein stärkeres Engagement in Angola für richtig. Im einzelnen könne er sich folgende Friedensphasen vorstellen:

– Rückzug der Kubaner und Südafrikaner aus Angola,
– Schaffung der Unabhängigkeit für Namibia,
– Aufstellung und Durchführung eines Plans zur wirtschaftlichen Gesundung (unter besonderer Beteiligung des Westens).
  Hierbei sehe er keine unüberwindlichen Schwierigkeiten, da Angola reich an Bodenschätzen und bisher von den Ostblock-Ländern schamlos ausgeplündert worden sei.

Auf Zwischenfrage *BM*, was nach dem Abzug der Kubaner und Südafrikaner kommen solle, erwiderte *AM*, hier komme es darauf an, was man selbst anzubieten bereit sei. Aus der Sicht von Angola sei es wichtig, hier positive Signale zu erhalten. Der von ihm skizzierte Friedensplan sei nur sinnvoll, wenn man überhaupt etwas anbieten könne.

BM hob grundsätzliche Übereinstimmung mit den Ausführungen zu Angola hervor. Man müsse über Angola sprechen, aber nicht isoliert. Wir selbst gehörten der Kontaktgruppe an, die seinerzeit die Namibia-Resolution im VN-Sicherheitsrat[4] eingebracht habe.[5] Auch wir träten für einen Rückzug der Kubaner und Südafrikaner ein. Allerdings sei die von den USA später hergestellte Verbindung (link) zwischen dem Abzug der Kubaner und der Herstellung der Unabhängigkeit Namibias nicht unproblematisch. Dies habe zur Einstellung der Mitarbeit von F in der Kontaktgruppe geführt. Er glaube nach wie vor, daß der Weg Namibias in die Unabhängigkeit nur über die Namibia-Resolution des VN-SR führe. Präsident Botha habe durch seine Behandlung der Interimsregierung in Windhuk ganz offen gezeigt, daß er diese für eine Marionettenregierung halte. Marionetten lasse man tanzen, solange man sie brauche. Man hänge sie an den Nagel zurück, wenn man sie nicht mehr brauche. Er halte es daher nicht für einen Nachteil, wenn Südafrika jetzt wirklich auf die Gesprächsangebote Angolas eingehen wolle.

4 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

5 Zur Namibia-Kontaktgruppe vgl. Dok. 26, Anm. 32, und Dok. 27, Anm. 8.

Die Interimsregierung sei stets ein künstliches Gebilde ohne echte Unterstützung von irgendeiner Seite gewesen.

Auch er, BM, halte drei Elemente für einen Friedensplan im südlichen Afrika für unerläßlich:

– Unabhängigkeit Namibias,
– Abzug der Kubaner,
– Rückzug Südafrikas und Beendigung der südafrikanischen Destabilisierungspolitik in der Region.

Aus unserer Sicht bestehe das Interesse fort, die Zusammenarbeit der neun Staaten der South African Development Coordination Conference (SADCC) zu einem Erfolg werden zu lassen. Das sei allerdings nur möglich, wenn wir einen entsprechenden Anstoß gäben, zum Beispiel durch einen Entwicklungsplan zum Vorteil aller Beteiligten.[6]

Er, BM, habe stets die Auffassung vertreten, daß man sich wie beim Sport die stärkste Disziplin auswählen müsse, wenn man erfolgreich sein wolle. Die Stärke des Westens liege bei der Hilfe für das südliche Afrika, eben nicht in der Unterstützung von Bürgerkriegen (wie vom Osten unterstützt), sondern auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe. Deshalb sei das Angebot eines Entwicklungsplans an SADCC die einzige Alternative zum gegenwärtigen Zustand. Voraussetzung dafür sei, daß Südafrika dabei mitspiele und nicht seine schwarzafrikanischen Nachbarstaaten als Glacis für militärische Störoperationen betrachte.

Er teilte im übrigen die Auffassung von AM Pinheiro, daß Angola des Bürgerkriegs müde sei. Aber auch die SU und Kuba hätten die Lust an ihrem Engagement im südlichen Afrika verloren. Dabei sei der Zeitpunkt für eine westliche Initiative günstig.

Dies erkläre den Erfolg der Mission des US-Afrika-Beauftragten Crocker. Offen bleibe allerdings die Frage, wie die südafrikanische Regierung ihre eigene Interessenlage definiere. Bisher spreche einiges dafür, daß sie in der Fortsetzung des Guerilla-Krieges in den Nachbarstaaten eine willkommene Gelegenheit sehe, von den eigenen Problemen abzulenken. Nur dadurch könne sie die eigene weiße Bevölkerung weiter für die Apartheid-Politik mobilisieren.

AM stimmte dieser Bewertung zu. In der weißen Bevölkerung Südafrikas sei zunehmend Unruhe zu spüren. Er selbst sei als Besucher dort nach möglichen Lösungen gefragt worden. Südafrika fühle sich sowohl vom Osten wie vom Westen in die Ecke gedrängt. Es sei höchste Zeit, die Lage in Südafrika differenzierter zu sehen. Politischer Druck von außen habe bisher nur die „Hardliner“ gestärkt. Auch die derzeitige gemäßigte Opposition müsse in Lösungspläne eingebunden werden. Erzbischof Tutu habe ihm versichert, er sei gemäßigt. Aber er erhalte keine Möglichkeit, sich aktiv einzuschalten. Tutu sei daher überzeugt, daß Lösungen z. Z. nur von außen durch einige SA[7] nahestehende Staaten vorgeschlagen werden könnten.

6 Zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit der Southern African Development Coordination Conference (SADCC) vgl. Dok. 104, Anm. 17.

7 Südafrika.

Er, AM, teile die Befürchtung Bischof Tutus, daß in wenigen Jahren eine gewaltsame Lösung unvermeidlich werde. Das bedeute in der Praxis, daß man politischen und wirtschaftlichen Druck – richtig dosiert – auf SA ausüben müsse.

BM hierzu: Er sehe die Kernfrage, wie man SA unter Druck setzen könne. Bisher könne noch keine Rede von Druck sein. Er halte die Entwicklung in SA für außerordentlich besorgniserregend. Botha verliere Stimmen an die Rechten, nicht an die Linken. Tutus Position werde in Frage gestellt. So werde die Mitte zwangsläufig zum linken Flügel. Hauptschwierigkeit sei, daß die Führung der weißen Minderheit zu den Kernfragen nicht Stellung nehme. Solange diese Minderheit die Überwindung der Apartheid ablehne und die selbst gemäßigte und erlaubte Opposition (Mandela) zu strangulieren suche, werde sich das Klima nicht verbessern. Die weiße Minderheit lebe mit einem gespaltenen Bewußtsein, ohne die Realitäten anzuerkennen. Andererseits verhalte man sich dann trotzdem bei den privaten Dispositionen so, als ob sich etwas ändern wird. Für einen allmählichen Bewußtseinswandel bei der weißen Minderheit gebe es zwei Indikatoren:

– die regelmäßige Kapitalabwanderung aus Südafrika;
– die Tatsache, daß die Kinder südafrikanischer Familien im Ausland eine zweite Existenz begründeten.

Letztlich sei es schwierig, zu einem abschließenden Urteil zu kommen. Von wirtschaftlichen Sanktionen halte er, BM, nach wie vor nichts. Diese hätten zwar oft eine beeinträchtigende Auswirkung, sie seien aber kein Mittel, um Dinge zu verändern. Das Verhalten befreundeter Staaten in der Sanktionsfrage sei widersprüchlich: Gerade diejenigen, die am lautesten Sanktionen forderten, seien oft bei der Implementierung sehr nachlässig. Führende Persönlichkeiten der südafrikanischen Wirtschaft seien gegen Apartheid. Diese Kräfte seien normalerweise nicht links angesiedelt. Man müsse prüfen, wie man diese Elemente auf lange Sicht stärken könne. Alles andere schade nur.

3) Als bilaterales Problem wies *AM* auf die bevorstehenden Verhandlungen über die Nutzung des Luftwaffenstützpunkts Beja hin.[8] Auf portugiesischer Seite sollten die Verhandlungen vom Außenministerium geführt werden. Man gehe davon aus, daß dies auf deutscher Seite seine Entsprechung finde. Man erwarte vor allem eine klare Definierung unserer Interessenlage. BM Wörner habe sich in PTG zu dem Thema in einer Weise geäußert, die mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet habe.[9]

[8] Am 3. November 1987 notierte Vortragender Legationsrat Bertram: „Die Luftwaffenbasis Beja wurde in den 60er Jahren errichtet. Seit Aufnahme des regulären Ausbildungsbetriebes im Jahre 1980 dient Beja – zusammen mit dem Schießplatz Alcochete – der Luftwaffe zur Ausbildung auf dem Waffensystem Alpha-Jet […]. Die Luftwaffenbasis Beja wurde – einschließlich des Wohnbereichs – aus deutschen Haushaltsmitteln in Höhe von ca. 180 Mio. DM errichtet. Die Betriebskosten im Jahre 1986 betrugen 49,7 Mio. DM, von denen ca. 31 Mio. DM der portugiesischen Wirtschaft zugute kamen. […] Die Verträge über die Nutzung der Luftwaffenbasis Beja und die Mitbenutzung des Schießplatzes Alcochete laufen am 31.7.1988 aus. Nachdem im Laufe der Jahre 1985 und 1986 Vorgespräche (zwischen BMVg und portugiesischem VM) über die weitere Nutzung von Beja stattfanden, wurden die Verhandlungen am 28.4.1987 (durch Botschaft Lissabon) formell beantragt." Vgl. Referat 203, Bd. 140507.

[9] Bundesminister Wörner besuchte vom 24. bis 26. März 1988 Portugal. Fregatten-Kapitän Pusch, Lissabon, berichtete am 28. März 1988, der portugiesische Verteidigungsminister de Melo habe Wörner am 24. März 1988 zur deutschen Weiternutzung der Luftwaffenbasis Beja erklärt, „daß man unter Freunden und Alliierten verhandeln würde. Allerdings sei es notwendig, die zehn Jahre alten Ver-

Auf Bitte BM erläutert *RL 203*[10] unsere Haltung: Wir hätten bisherige bilaterale Zusammenarbeit in Beja stets geschätzt und seien an Fortsetzung interessiert. Aus diesem Grunde seien wir an baldmöglicher Aufnahme der Verhandlungen interessiert. Frage der Verhandlungsführung sei intern noch nicht völlig entschieden, dies werde aber in Kürze geklärt, wobei wir auch ptg. Vorstellungen Rechnung tragen wollten. Wir sähen Nutzung Beja auch unter dem Gesichtspunkt der WEU-Erweiterungsperspektive11. Dies biete PTG Gelegenheit, sein erhöhtes sicherheitspolitisches Engagement für die gemeinsame Verteidigung deutlich zu machen.

AM nahm dies befriedigt zur Kenntnis, wies aber nochmals darauf hin, BMVg habe in Portugal eher abnehmendes Interesse an Beja signalisiert. Hierzu Botschafter Poensgen: Hinsichtlich künftiger Nutzung von Beja müsse daran festgehalten werden, daß Umstellung auf Mietzahlung – auch wegen möglicher Präzedenzwirkungen – nicht in Frage komme. BMVg befinde sich z. Z. in Phase des Umdenkens hinsichtlich künftiger Nutzungsmöglichkeiten; das bedeute jedoch nicht nachlassendes Interesse.

BM faßte zusammen, wir seien an baldmöglicher Aufnahme der Verhandlungen über Vertragsverlängerung Beja interessiert. Er halte es für zweckmäßig, Verhandlungsführung – wie auf ptg. Seite – in den Händen des AA zu koordinieren.

AM dankte für die Erläuterungen zu Beja und wies darauf hin, daß auch ptg. Seite künftig an stärkerer Eigennutzung von Beja interessiert sein könnte.

4) In diesem Zusammenhang machte AM nochmals ptg. Interesse an einer raschen Klärung unserer Haltung zur Preisgleitklausel im Rahmen des Fregattenprogramms (MEKO) deutlich. Er halte die von der Bundesregierung seinerzeit gegebenen Zusagen, sich in angemessener Weise an dem Ausgleich für auftretende Kostensteigerungen zu beteiligen, für befriedigend, sei aber über das Ausbleiben konkreter Reaktion beunruhigt.[12]

Fortsetzung Fußnote von Seite 635

träge zu überarbeiten und die 21 bestehenden Abkommen in zwei Verträge einzubringen: einen über die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich und ein technisches Abkommen über die Nutzung, die jedoch nicht über den bisherigen Umfang hinausgehen sollten. […] Por[tugiesischer] Verteidigungsminister erläuterte die Planungen zur Erweiterung des Schießplatzes in Alcochete, die erhebliche finanzielle Anstrengungen bedeuten." Wörner habe erwidert, „daß wir Beja zumindest im bisherigen Umfang und mit einer gewissen Ausweitung weiter nutzen wollen. […] BM zeigt Verständnis für die finanziellen Lasten, die Por. aus der Erweiterung von Alcochete erwachsen. Es müsse jedoch vermieden werden, daß in Por. oder Deutschland der Eindruck entsteht, die Deutschen bezahlen für die Nutzung von Beja." Vgl. den Drahtbericht Nr. 158; Referat 206, Bd. 140507.

10 Karl-Heinz Kuhna.

11 Am 19. April 1988 legte Präsident Soares Bundesminister Genscher dar: „Er wolle nicht verhehlen, daß sich die Abgeordneten der Grünen (Frau Kelly, Herr Schily) heute morgen ihm gegenüber sehr besorgt über die Tatsache des bevorstehenden WEU-Beitritts von PTG geäußert hätten. Er selbst habe dabei bekräftigt, daß die Entscheidung Portugals für den WEU-Beitritt unter der Perspektive getroffen worden sei, die Stellung Europas gegenüber den beiden Großmächten zu verstärken, ohne allerdings die atlantischen Bindungen Portugals aufzugeben. PTG habe keine Probleme mit dem WEU-Beitritt. Darin seien sich Präsident und Regierung einig." Genscher stellte dazu fest, „daß es ihm bisher nicht gelungen sei, die Grünen von dem Nutzen der WEU zu überzeugen und von einer Verteufelung der Organisation abzuhalten." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 203, Bd. 140508.

12 Am 17. Januar 1986 vermerkte Vortragender Legationsrat von Arnim: „Am 10. Dezember 1985 ist in Bonn das Regierungsabkommen zwischen der Bundesregierung und der portugiesischen Regierung über eine Rüstungssonderhilfe (RSH) für das MEKO-Fregattenprojekt paraphiert worden." Gemäß diesem Abkommen habe die Bundesrepublik den Bau von drei Fregatten auf deutschen Werften mit insgesamt 490 Mio. DM unterstützt: „Diese Hilfe wird in den Jahren 1986 bis 1992 zur Verfügung gestellt. Das Abkommen verdeutlicht, daß die Hilfe der Bundesregierung unter der Voraussetzung geleistet wird, daß Portugal die Finanzierung der restlichen Kosten des Projektes in eigener

BM führte hierzu aus, die Bundesregierung stehe zu ihrer Zusage vom 24. Januar 1986, ihre Möglichkeiten beim Auftreten besonderer Schwierigkeiten im Laufe der Durchführung des Projekts zu prüfen. Er habe noch nie eine gegebene Zusage zurückziehen müssen. Deshalb wolle er sich jetzt nur dahingehend äußern, daß die Haushaltsverhandlungen 1989 noch nicht begonnen hätten. Er rechne jedoch damit, daß die Frage im Juli im Kabinett erörtert werde, möglicherweise sogar schon früher zwischen den Fachministern BMF und BMVg. Man werde jedoch eine Lösung im partnerschaftlichen Geiste finden.[13]

5) Abschließend gab *AM* einen Überblick über sein Gespräch mit dem sowjet. AM Schewardnadse in Lissabon.[14] Er habe Schewardnadse auf den Kopf zugesagt, SU könne sich angesichts ihres Defizits an moderner Technologie in Europa kaum isolieren. Daher sei die Entspannungspolitik der einzige Ausweg aus dem Dilemma. S. habe dies ganz offen zugegeben und versichert, der Ausbau der Beziehungen zu Westeuropa habe für die SU hohe Priorität. Als nächste Schritte, die für die Entwicklung der SU entscheidend seien, sehe er die Fortsetzung der Abrüstungsgespräche und die Einführung eines vernünftigen „Finance Management" nach westlichem Vorbild. S. habe in Lissabon den starken Wunsch der sowjetischen Führung deutlich gemacht, mit den führenden Politikern Westeuropas eine Vertrauensbasis herzustellen. Diesem Ziel habe der Besuch in Lissabon gedient. S. habe auch gesagt, er halte einen positiven Abschluß der KSZE-Verhandlungen in Wien (mit klarem Ergebnis) für durchaus möglich. Er, S., sei an Besuchen westeuropäischer Politiker von Rang in Moskau interessiert, um den Prozeß der Vertrauensbildung zwischen West und Ost voranzutreiben.

BM unterstrich, er sehe in der sowjetischen Politik unter Gorbatschow/Schewardnadse – eindeutiger als zur Zeit von Gromyko – eine deutliche Hinwendung zu Europa. Für ein so riesiges Land wie SU mit all ihren Problemen biete sich Westeuropa als natürlicher Partner für die Zusammenarbeit bei der wirtschaftlichen

Fortsetzung Fußnote von Seite 636

Verantwortung sicherstellt. Die Bundesrepublik übernimmt keinerlei Haftung für die Vertragserfüllung des zwischen Portugal und dem Konsortium abzuschließenden Liefervertrages durch das Konsortium." In den Verhandlungen zwischen Portugal und dem Herstellerkonsortium sei unter anderem noch die Frage der „Finanzierung der Preisgleitung" offen. Während Portugal fordere, „jeder Beteiligte sollte die Preisgleitung für seinen Anteil übernehmen", lehne das Konsortium eine Übernahme der Preisgleitung für seinen Anteil (DM 96 Mio.) ab. Vgl. Referat 203, Bd. 140507.
Am 24. Januar 1986 wies Arnim die Botschaft in Lissabon an, der portugiesischen Regierung folgende Verbalnote zu übermitteln: „Die Bundesregierung bedauert, gegenwärtig keine Zusage hinsichtlich einer weiteren Erhöhung ihrer Rüstungssonderhilfe zur Finanzierung des Baus von drei MEKO-Fregatten für Portugal durch das MEKO-Konsortium abgeben zu können. Die Bundesregierung ist jedoch nach wie vor an der Durchführung dieses Projektes interessiert. Für den Fall, daß Portugal im Verlauf der Durchführung des Projektes auf besondere Schwierigeiten stoßen sollte, ist die Bundesregierung bereit, ggf. von Portugal aufgeworfene Fragen zu prüfen." Vgl. den Drahterlaß; Referat 203, Bd. 140507.

13 Legationsrat Mafael notierte am 6. Juli 1988, er habe einem Vertreter der portugiesischen Botschaft am selben Tag zur Beteiligung der Bundesrepublik an den Preisgleitkosten für das MEKO-Fregatten-Projekt dargelegt, „daß die Bundesrepublik Deutschland mit der Verbalnote vom 24. Januar 1986 keine völkerrechtliche Verpflichtung eingegangen sei, wohl aber ein politisches Engagement, das zu erfüllen sie stets bereit gewesen sei. Trotz der schwierigen Haushaltslage des Bundes bestünden aufgrund der bisherigen Haushaltsverhandlungen über den Haushalt 1989 berechtigte Aussichten für eine zusätzliche Hilfe an Portugal für das Fregattenprojekt. Um die parlamentarische Zustimmung für eine zusätzliche Hilfe zu erhalten, sei es allerdings ganz wesentlich, daß in dem Abkommen festgehalten werde, daß es sich um eine abschließende deutsche Zahlung für das Projekt handelt. Eine fortlaufende anteilige Übernahme von Preisgleitkosten sei aus deutscher Sicht nicht akzeptabel. Die Bundesregierung schlage vor, über die zusätzliche Hilfe ein Zusatzabkommen zu dem R[üstungs]-S[onder]H[ilfe]-Abkommen von 1986 abzuschließen." Vgl. Referat 203, Bd. 140507.

14 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich am 24. März 1988 in Portugal auf.

und technologischen Entwicklung des Landes an, das einen großen Entwicklungsrückstand aufzuholen habe. Er selbst habe im Juli 1986 über drei Stunden mit Gorbatschow gesprochen.[15] Damals habe er G. gesagt, er könne nicht verstehen, warum die SU eine riesige Armee an der Westgrenze stationiere, obwohl von dorther keinerlei Gefahr drohe. G. habe ihm den Eindruck vermittelt, daß hinter seiner unbestimmten Formulierung des „Hauses Europa" der sowjetische Wunsch stehe, mit Westeuropa in eine engere Beziehung hinsichtlich der dringend notwendigen technologischen Entwicklung und Modernisierung der SU zu treten.

AM ergänzt, Schewardnadse habe auf seine Frage nach der künftigen Entwicklung der deutschen Frage keine Antwort gewußt. Auf die Frage, welchem Präsidentschaftskandidaten[16] S. in den USA den Vorzug geben würde, habe dieser eindeutig Bush genannt, da dieser die Kontinuität der gegenwärtigen Politik der Annäherung gewährleiste.

BM hierzu: Dies zeige, daß das kommunistische System in der SU zunehmend konservative Tendenzen entwickle. Auch dies sei eine Konsequenz der eingeleiteten Systemveränderungen. Abschließend versicherte BM, er freue sich darauf, AM Pinheiro bereits am kommenden Montag beim EG-AM-Rat in Luxemburg[17] wiederzusehen.

Referat 210, Bd. 145162

119

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron

VS-NfD **19. April 1988**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: Überlegungen über die Zukunft von KRK

1) In der NATO-Erklärung zur konventionellen Rüstungskontrolle vom 3.3.1988[3] haben die Bündnispartner die Beseitigung der konventionellen Ungleichgewichte

15 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 21. Juli 1986 in Moskau; AAPD 1986, II, Dok. 209.

16 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

17 Die EG-Ministerratstagung fand am 25./26. April 1986 in Luxemburg statt.

1 Ablichtung.
Hat Legationsrat I. Klasse Schon am 28. April 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „An diesem Papier ist richtig, daß man dem Osten schwerlich Zahlen in der Weise präsentieren kann, wie das Rühl getan hat. Andererseits ist das Tauschgeschäft Panzer gegen Kredite und Ausbildungshilfe wohl auch fragwürdig, wenn tatsächlich ‚die Machtfrage in Osteuropa' berührt ist. Ließe man sich dagegen auf die zu erwartenden östlichen Daten als Reduzierungsgrundlage ein, dann wäre die Asymmetrie in jedem Falle geringer (bei Artillerie gar nicht mehr vorhanden). Das Ergebnis gleicher Höchststärken würde dennoch erreicht (entsprechende Verifikation vorausgesetzt)."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Buerstedde vorgelegen.

2 Jürgen Sudhoff.

3 Für den Wortlaut der „Erklärung zur konventionellen Rüstungskontrolle: Der Weg nach vorn" der Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten vom 3. März 1988 vgl. NATO FINAL

und der Fähigkeit zum Überraschungsangriff als zentrale Ziele bezeichnet und die Kriterien zur Verwirklichung dieser Ziele in großen Zügen definiert. Sie haben damit deutlich gemacht, daß sie die sowjetische Führung in Zukunft vorrangig daran messen werden, ob sie bereit und in der Lage ist, dem Westen in diesem zentralen Bereich entgegenzukommen.

Die Erklärung stellt u. a. klar, daß der Westen erwartet, daß der WP Zehntausende von Waffen, darunter Kampfpanzer und Artillerie, aus Europa abzieht. Die NATO hat damit die Meßlatte, an der sie Gorbatschow messen will, sehr hoch angelegt, um so mehr, da sie auch die Durchsetzung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten fordert.

2) Die in der Erklärung enthaltenen Forderungen an den WP stellen eine Kurzfassung der in der HLTF bisher erwogenen KRK-Verhandlungsposition dar.[4] Die im Bündnis diskutierten Verhandlungsvorschläge zielen vorrangig darauf ab, bei dem kampfentscheidenden Großgerät, d. h. vor allem bei Panzern und Artillerie, gleiche Höchststärken zu erreichen.

Diese Vorschläge knüpfen an Gorbatschows Erklärungen an, in denen er vorgeschlagen hat, daß die jeweils überlegene Seite auf das Niveau der anderen abrüstet. Nimmt man Gorbatschow beim Wort, würde dies bedeuten, daß zunächst fast nur die SU abrüsten müßte, da sie laut NATO-Zahlen in fast allen Bereichen überlegen ist (Ausnahme: Transporthubschrauber).

Der vor allem auf deutsche Überlegungen zurückgehende Vorschlag, ein Niveau von 5 % unter dem bisherigen NATO-Niveau anzustreben, stellt dagegen einen Versuch dar, die stark asymmetrischen Reduzierungen für die SU akzeptabler zu machen, da sie zumindest nicht ganz einseitig sein würden.

3) Sollte F eines Tages gleichen Höchststärken vom Atlantik bis zum Ural (5 % unter NATO-Niveau) oder einer Kompromiß-Lösung mit mehreren Regionen, die insgesamt das Gebiet vom Atlantik bis zum Ural einschließen, zustimmen, dann hieße das, daß der Westen ca. 1100 Panzer abziehen müßte, während der WP ca. 30-mal so viele, nämlich 33 000 Panzer verschrotten bzw. hinter den Ural zurückbringen müßte.

Bei der Artillerie wäre die Asymmetrie sogar noch höher, nämlich 885 westliche Artilleriegeschütze gegen etwa 34-mal soviel, d. h. etwa 30 685 östliche Waffen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 638

COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 22–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 204–208. Vgl. dazu auch Dok. 75.

4 Zu den Arbeiten der High Level Task Force (HLTF) der NATO an einer Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 65, Anm. 15.
Am 22. April 1988 resümierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofstetter, z. Z. Brüssel, den Stand der Arbeiten an einem KRK-Verhandlungsvorschlag: „HLTF konzentrierte Erörterung auf Daten- und Informationsaustausch sowie die Rolle von stabilisierenden Maßnahmen im Konzept der Allianz für KRK-Verhandlungen. Es bestand stillschweigendes Einvernehmen, die offenen, miteinander zusammenhängenden Kernfragen gleicher Obergrenzen und regionaler Differenzierung vorerst auszuklammern. […] Man war sich einig, daß nach dem sowjetischen Vorschlag eines frühzeitigen Datenaustausches Festlegung einer Allianzposition zu dieser Frage eine vordringliche Aufgabe ist. Einvernehmen bestand ferner, daß beim derzeitigen Stand der Wiener Mandatsgespräche die Einigung auf ein Mandat und insbesondere die Klärung des noch offenen Gegenstandsbereichs von KRK-Verhandlungen im Vordergrund stehen sollten. Dies sollte durch einen Datenaustausch vor Aufnahme der eigentlichen Verhandlungen nicht erschwert werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 550; VS-Bd. 12269 (221); B 150, Aktenkopien 1988.

(Die aufgrund eines Hintergrundgesprächs von StS Rühl veröffentlichten Zahlen – u. a. FAZ vom 23.3.88, s. Anlage 1[5] – beziehen sich lediglich auf Zentraleuropa, d. h. auf westlicher Seite auf die WEU-Staaten plus DK und auf östlicher Seite auf die DDR, Polen, die ČSSR, die westlichen Militärbezirke der SU sowie auf die Militärbezirke Kiew, Wolga und Ural. In diesem Bereich müßte die NATO 800 Panzer und 400 Geschütze reduzieren, während der WP 25 000 Panzer (d. h. 31-mal soviel) und 22 000 Geschütze (d. h. 55-mal soviel) abziehen müßte.)

4) Osteuropäische und sowjetische Gesprächspartner bei den KRK-Mandatsgesprächen gaben zu verstehen, daß der Westen kaum mit derart einseitigen Leistungen des WP rechnen könne.[6] Sie deuten an, daß Gorbatschow nicht stark genug sei, solche massiven westlichen Forderungen, welche letztlich auch die Machtfrage in Osteuropa betreffen, zu erfüllen. Botschafter Kwizinskij hat beim außenpolitischen Kongreß der CDU am 14.4.88 diesen Ansatz pauschal abgelehnt, ohne die Abkehr von Gorbatschows Paritätskonzepten zu erklären.

Einige Osteuropäer stellen in diesem Zusammenhang die Frage, ob der Westen nicht die Möglichkeit habe, einen massiven Abzug der sowjetischen Truppe aus Osteuropa durch ökonomische Anreize politisch zu erleichtern. Sie sprechen offen die Befürchtung aus, daß künftige KRK-Verhandlungen trotz des „Neuen Denkens" in eine endlose Daten- und Qualitätsdiskussion[7] einmünden könnten, in denen der WP z. B. versuchen werde, dem Westen dessen weltweite Stützpunkte, Flotten sowie dessen ökonomische und technologische Überlegenheit vorzuhalten, um damit die Notwendigkeit östlicher zahlenmäßiger Überlegenheit bei einigen Waffenkategorien zu rechtfertigen.[8] (Andere halten es für möglich, daß der WP für asymmetrische Reduzierungen weitreichende Modernisierungsverzichte u. a. bei FOFA[9] fordern werde.)

5) Die o. a. Befürchtungen dieser Osteuropäer sind zweifellos nicht unbegründet. Die westlichen Vorschläge – so berechtigt sie sind – verlangen in der Tat massive Opfer – vor allem von der Roten Armee. Es ist schwer vorherzusehen, ob Gor-

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. den Artikel „Vom Atlantik bis zum Ural"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 23. März 1988, S. 12.

6 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Vor allem argumentieren die WP-Vertreter, daß es Waffenkategorien gebe (angeblich Kampfflugzeuge oder Panzerabwehrwaffen), bei denen der Westen überlegen sei. Sie sind allerdings nicht in der Lage, ihre Behauptungen zu belegen, und flüchten sich u. a. in leicht widerlegbare Behauptungen über die Zahl westlicher Kampfflugzeuge."

7 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Laut BND sieht General Tatarnikow (SU-KRK-Delegation) einen jahrelangen Datenstreit voraus."

8 Vortragender Legationsrat Gröning vermerkte am 4. Mai 1988 Informationen des Bundesnachrichtendiensts zu Zielvorstellungen der UdSSR bei der konventionellen Rüstungskontrolle: „Trotz zahlreicher sowjetischer Initiativen und neuer Ansätze sei unter Gorbatschow grundsätzlich keine Änderung der sowjetischen Militärdoktrin erkennbar. Die sowjetischen Vorschläge hätten vielmehr zum Ziel: die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Pakts zu wahren; Europäer und Amerikaner zu trennen; und die NATO-Strategie (flexible response) zu schwächen. […] Sowjetische Bedrohungsperzeption: globale Bedrohung (nicht nur in Europa), Bedrohung durch maritimes westliches Bündnis. Als Reaktion hierauf strategisch-defensive Optionen in Fernost und Nah-/Mittelost; strategisch-offensive Option nur in Europa. Entsprechende Massierung sowjetischer Streitkräfte in letzterem Bereich." Vgl. VS-Bd. 12078 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

9 Follow-on Forces Attack.
Am 9. November 1984 billigte der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO auf der Ebene der Ständigen Vertreter die Langzeitplanungsrichtlinie (Long Term Planning Guideline, LTPG) zur Verteidigung gegen die zweite Staffel konventioneller Streitkräfte des Warschauer Pakts. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vom 12. November 1984; VS-Bd. 12025 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

batschow stark genug sein wird, diese im Interesse der sowjetischen Wirtschaft und des Ansehens der SU im Westen durchzusetzen.

Der INF-Vertrag hat allerdings gezeigt, daß die SU zu stark asymmetrischen Reduzierungen bereit ist; allerdings waren die politischen und militärischen Wirkungen des INF-Vertrages für Moskau ungleich günstiger als die eines KRK-Abkommens mit extrem asymmetrischen Reduzierungen, wie in Ziffer 3). beschrieben.

6) Nachstehend werden denkbare sowjetische KRK-Eröffnungszüge skizziert, die für den Westen inakzeptabel sind, aber in der Öffentlichkeit durchaus den Eindruck sowjetischer Verhandlungsbereitschaft wecken könnten:

– prozentual gleiche Reduzierungen von Verbänden bzw. Großgerät in Ost und West oder
– Bereitschaft, z.B. acht Divisionen abzuziehen, wenn der Westen vier Divisionen abzieht, oder
– Bereitschaft zu stark asymmetrischen Reduzierungen von Panzern und Artillerie, falls der Westen dafür Kampfflugzeuge und Kriegsschiffe reduziert.

Vorschläge dieser Art sind für den Westen nicht akzeptabel, sie würden es jedoch dem WP erlauben, bei einem Teil westlicher Öffentlichkeit den Eindruck der Verhandlungsbereitschaft, ja sogar des Entgegenkommens zu erwecken. Der Westen wird dafür der öffentlichen Präsentation seiner eigenen Verhandlungsposition große Aufmerksamkeit widmen müssen, auch weil damit gerechnet werden muß, daß die WP-Staaten z.T. massive Kritik an den westlichen Vorschlägen üben werden. (Erste östliche Reaktionen auf das Hintergrundgespräch von StS Rühl vom März zeigen, daß SU den westlichen Ansatz derzeit ablehnt.)

7) Die Frage stellt sich, wie der Westen die KRK-Verhandlungen langfristig planen und gestalten kann. Zweifellos wird es notwendig sein, die westliche Ausgangsposition weitgehend so zu gestalten, wie sie derzeit in der HLTF vorbereitet wird. Das Ziel gleicher Höchststärken ist sicherheitspolitisch gerechtfertigt und sollte beibehalten werden.

Es scheint jedoch sinnvoll, über geeignete Eröffnungszüge nachzudenken und die KRK-Verhandlungen in ein auch wirtschaftliche Kooperation einschließendes Gesamtkonzept einzubetten.

Sollten sich die Verhandlungen – wie zu befürchten ist – nach einiger Zeit festfahren, weil die SU entweder nicht bereit ist, derart stark asymmetrisch zu reduzieren oder weil die SU die Einbeziehung von anderen westlichen Kapazitäten (vor allem Flugzeuge) in die Verhandlungen fordert, so müßten ergänzende bzw. alternative Ansätze in Erwägung gezogen werden, einmal, um die KRK-Verhandlungen voranzubringen, aber auch, um eine langfristige Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen zu vermeiden.

8) Nachstehend werden mögliche Ansätze kurz skizziert, die gegebenenfalls zu Fortschritten bei KRK beitragen könnten:

a) Im Westen sollte darüber nachgedacht werden, ob der sowjetischen Führung nicht zu gegebener Zeit signalisiert werden kann, daß der Westen stark asymmetrische sowjetische Reduzierungen Schritt für Schritt mit Entgegenkommen im wirtschaftlichen Bereich honorieren könnte. Hier könnte schrittweise an Kredite und Ausbildungshilfe, gegebenenfalls auch an wohlwollende Prüfung sowjeti-

scher Annäherungsbemühungen an GATT und IMF, gedacht werden. (Ein solcher Ansatz dürfte im Westen nicht leicht durchzusetzen sein, sollte aber h. E. ernsthaft geprüft werden, da er letztlich nicht nur im sicherheitspolitischen, sondern auch im wirtschaftspolitischen Interesse des Westens liegt.)

b) Der Westen könnte statt der bisher vorgesehenen gleichen Höchststärken von 5% unter NATO-Niveau, welche vom Bündnis kaum Reduzierungen verlangen, einen niedrigeren Plafond (z. B. 10% oder 25% unter Allianzniveau) vorschlagen. (Solche Zahlenrelationen müßten allerdings vom BMVg und dann im Bündnis geprüft werden, ob sie sicherheitspolitisch vertretbar sind.)

c) Der Westen könnte ferner statt der oben beschriebenen Reduzierungsrelationen

1:30 für Panzer,

1:34 für Artillerie,

in einem künftigen Verhandlungsvorschlag als ersten Schritt auf dem Wege zu gleichen Obergrenzen weniger asymmetrische Reduzierungen vorschlagen, die aber immer noch einen massiven Abbau der Bedrohung und der Invasionsfähigkeit des WP darstellen würden. Gedacht wird hierbei an Reduzierungsrelationen wie sie etwa die US-RAND Corporation vorschlägt: nämlich 1:6 oder 1:5, allenfalls 1:4. Die Fachleute der RAND-Corporation haben u. a. errechnet, daß bei einem Abzug von 24 sowjetischen Divisionen aus Europa gegen den Abzug von 4 westlichen Divisionen die SU die Fähigkeit zu einem erfolgreichen Überraschungsangriff verlieren würde.[10]

Auch Vorschläge dieser Art würden von der SU erhebliche Opfer verlangen, aber eine Relation von 1:5 dürfte h. E. innenpolitisch für die sowjetische Führung leichter durchzusetzen sein als 1:30, vor allem dann, wenn er als Schritt auf dem Wege zu gleichen Höchststärken präsentiert und der Akzent nicht vorrangig auf die starken Asymmetrien gelegt würde.

d)[11] Auch sollte überlegt werden, die ohnehin vorgesehenen, die Reduzierungen ergänzenden vertrauensbildenden Maßnahmen in ein separat zu vereinbarendes Paket zu schnüren, das gegebenenfalls schon als erstes Ergebnis der KRK-Verhandlungen vor einem sicher nur mühsam erreichbaren Reduzierungsabkommen vereinbart werden kann.[12]

Citron

Referat 221, Bd. 144814

10 Vgl. dazu James A. THOMSON, Nanette C. GANTZ, Conventional Arms Control Revisited Objectives in the New Phase, Santa Monica, California, 1987.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde bermerkte am 9. Mai 1988: „Das Rand-Team hat bei der Unterrichtung über seine Studie in Bonn berichtet, es habe auch unseren Vorschlag einer Limitierung der K[ampf]P[an]z[er], S[chützen]P[an]z[er] und Artillerie bei 95% des derzeitigen NATO-Niveaus in einer erweiterten Region Europa-Mitte untersucht und sei zum Ergebnis gekommen, daß ein solcher Vorschlag geeignet sei, das konventionelle Kräfteverhältnis zu stabilisieren." Vgl. Referat 221, Bd. 144814.

11 Korrigiert aus: „c)".

12 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofstetter, z. Z. Brüssel, gab am 22. April 1988 einen Überblick zur Diskussion bei der Sitzung der High Level Task Force (HLTF) der NATO am Vortag: „Alle Delegationen waren sich einig, daß stabilisierende Maßnahmen im Rahmen des KRK-Verhandlungskonzepts des Bündnisses eine wichtige Rolle zu spielen haben werden. Solche Maßnahmen sollten nicht nur auf

120

Botschafter Haas, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt

114-11864/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 19. April 1988, 12.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 485 **Ankunft: 19. April 1988, 14.27 Uhr**

Betr.: Israelische Außenpolitik;
hier: Sicht von MP Shamir

Zur Unterrichtung

Quellenschutz erbeten

Halte nachstehend in direkter Rede, aber nicht wörtlich Gespräch vom 14.4. mit Avi Pazner, Medienberater von Shamir, fest, das insbesondere Shultz-Initiative[2], israelisch-sowjetisches Verhältnis sowie Außenpolitik der nächsten israelischen Regierung betraf und zusätzlichen Einblick in Shamirs politische Vorstellungen eröffnete. (Hie und da sind Mitteilungen Pazners aus früheren Gesprächen eingeflochten.)

Zu Pazner, mit dem ich seit gemeinsamen Jahren in Nairobi befreundet bin: Berufsdiplomat, im Gespräch als Botschafter Paris, parteilos, Dienst Shamir, dessen Pressereferent er im Außenministerium war und dessen volles Vertrauen er besitzt, loyal, hochprofessionell und mit beamteter Distanz, Pazner hat mich nie irregeführt oder gar belogen.

Obgleich Pazner weiß, daß ich über unsere Gespräche berichte, bitte ich für Nachstehendes um vollen Quellenschutz.

I. 1) Zum Shultz-Plan

Wir verstehen nicht, was sich Shultz von seiner Rückkehr nach Israel letzte Woche und dem zweiten Shuttle versprochen hat.[3] Shamir hat ihm schon in

Fortsetzung Fußnote von Seite 642
Transparenz-Verbesserung und Verifikation ausgerichtet sein." Zum Diskussionsbeitrag der Bundesrepublik hielt Hofstetter fest: „Wir haben auf die Notwendigkeit von Maßnahmen hingewiesen, die darauf angelegt sind, die Fähigkeit zum Überraschungsangriff zu beschneiden und die Wirkung von Limitierungen und Reduzierungen abzusichern und zu verstärken. Wir haben unser Arbeitspapier mit diesbezüglichen Vorschlägen eingeführt und insbesondere auf unser Interesse an Maßnahmen zur Präsenz-Reduzierung hingewiesen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 550; VS-Bd. 12269 (221); B 150, Aktenkopien 1988.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter vorgelegen.

2 Am 18. März 1988 veröffentlichte der amerikanische Außenminister Shultz einen Artikel in der amerikanischen Tageszeitung „The Washington Post", in dem er den Rahmen einer Internationalen Konferenz für den Frieden im Nahen Osten darlegte. Für den Wortlaut vgl. ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. IV, Teil 2, S. 1887 f.

3 Der amerikanische Außenminister Shultz besuchte am 4. April 1988 Israel, am Folgetag Jordanien und Syrien, am 6. April Ägypten, am 7. April Saudi-Arabien und am 8. April 1988 erneut Jordanien. Botschafter Ruhfus, Washington, teilte am 12. April 1988 mit: „Im State Department, wo man nach dem ergebnislosen Shamir-Besuch in Washington […] von der erneuten NO-Mission des US-AM ohnehin keinen ‚Durchbruch' erwartet hatte, ist man nach dritter Pendel-Mission von AM-Shultz der festen Auffassung, US-Initiative sei weiterhin ‚in ihrer Gesamtheit intakt und operativ'. Trotz der Unnachgiebigkeit von PM Shamir (Haupthindernis) wird Forschritt vor allem darin gesehen, daß es gelungen sei, die Parteien in den US-Vermittlungsvorschlag ‚sachlich zu involvieren und zu

Washington gesagt, der Shultz-Plan sei unannehmbar, und er könne, wenn er wolle, ein „Nein" hören. Aber Shultz wollte nicht.

Man kann Shamir manches nachsagen, nicht aber, daß er seine Gesprächspartner im unklaren läßt.

Shultz hat nach Jerusalem nichts Neues mitgebracht. Er wollte von Shamir wie von den Arabern hören, daß wir seine Friedenssuche begrüßen. Shamir hat ihn gern ermutigt, denn Friedenssuche an sich ist notwendig und begrüßenswert, und Shultz macht ja im übrigen auch amerikanische Innenpolitik.

2) Zu Jordanien, PLO und Palästinensern

Verändert, nämlich verhärtet, hat sich seit dem ersten Shultz-Shuttle[4] die arabische, insbesondere die jordanische Haltung. König Hussein zieht jetzt die Konsequenz daraus, „that he cannot deliver the Westbank and Gaza". Seine Position ist geschwächt, und er nimmt vermehrte Rücksicht sowohl auf Assad als auch auf Arafat. Die jordanische Option läuft nicht mehr.[5]

Auf Frage, ob Shamir dies Shultz gesagt habe: Natürlich, und Shultzens Antwort war, „die andere Option ist die PLO, und die wollt ihr nicht und wollen wir nicht". Meine Zwischenbemerkung „außer nach Anerkennung 242[6] etc. etc.", wischt Pazner untypisch unwirsch mit „that is only for public consumption" vom Tisch.

(Früher hatte Pazner mir gesagt, Shamir habe mit PLO Probleme, nicht wegen ihrer terroristischen Aktivitäten, sondern weil er nicht hergeben könne, was sie verlange, und weil er tief überzeugt sei, daß jede Konzession an palästinensischen Nationalismus letztlich das jüdische Tel Aviv gefährden werde. Pazner charakterisierte Shamir damals als einen „almost unideological conservative hardliner".)

Auf Frage, wer denn heute die Palästinenser „delivern" könne: Wahrscheinlich nicht einmal die PLO. Das Hauptproblem für uns ist, daß wir heute keinen valablen Verhandlungspartner haben. Vielleicht kann einer für Nablus und ein anderer für Hebron oder ein Dorf sprechen, aber niemand kann heute Westbank

Fortsetzung Fußnote von Seite 643

engagieren'." Zu Shamir sei im amerikanischen Außenministerium festgestellt worden: „Es sei bekannt, daß das Prinzip ‚Land für Frieden' von Teilen seines Lagers nicht akzeptiert werde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1590; Unterabteilung 31, Bd. 147543.
Botschafter Haas, Tel Aviv, berichtete am 6. April 1988 die Gespräche von Shultz am 4. April 1988 in Israel hätten „erwartungsgemäß keine Veränderungen in Haltung israelischer Protagonisten zu seiner NO-Friedensinitiative gebracht". Vgl. den Drahtbericht Nr. 444; Unterabteilung 31, Bd. 147543.

4 Zu den Reisen des amerikanischen Außenministers Shultz zwischen dem 25. Februar und 4. März 1988 in Staaten des Nahen Ostens vgl. Dok. 62, Anm. 21.

5 Botschafter Bartels, Amman, berichtete am 21. April 1988: „Eine einschneidende und in allen ihren Auswirkungen noch unüberschaubare Änderung der jordan[ischen] NO-Politik zeichnet sich jetzt deutlicher ab. Nach meiner Rückkehr aus den besetzten Gebieten Mitte März hatte mich AM Masri davon unterrichtet […], daß die einmütige Haltung der Bevölkerung in den I[sraelisch]B[esetzten]G[ebieten], eine politische Rolle Jordaniens in der Palästinenserfrage abzulehnen, inzwischen von König und MP Rifai zur Kenntnis genommen worden sei […]. Der neue jordan. Kurs besteht offenbar darin, sich der – im weitesten Sinne – politischen Verantwortung für die besetzten Gebiete zu entledigen, Palästinensern künftig nur noch erbetene Hilfestellung zu leisten und sich außenpolit[isch] vermutlich auf eine vor allem arabische Rolle zu konzentrieren." Vgl. den Drahtbericht Nr. 301; Unterabteilung 31, Bd. 147543.

6 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

und Gaza insgesamt „delivern". Auf Einwurf, jene, die verhandeln könnten, sperrt ihr ein oder deportiert sie, kommt Antwort: Nein, das sind nur die kleinen Scharfmacher und Aufhetzer, und die kommen als Verhandlungspartner ohnehin nicht in Frage. Auf Frage, ob Pazners Wertung jordanischer und palästinensischer Verhandlungsunfähigkeit nicht europäische Auffassung stütze, daß Zeit gegen Israel und Verhandlungslösungen überhaupt spielt, kommt Feststellung: Shamir glaubt nach wie vor fest, daß die Zeit für Israel ist, solange es Geduld, Entschlossenheit und Zuversicht besitzt.

Setzt Shamir, wenn Jordanien und PLO als Verhandlungspartner ausscheiden, auf eine „palästinensische Option", wie sie Moshe Arens kürzlich in Jerusalem Post avisiert hat? Ja. Wer sollen die Verhandlungspartner sein? Gemäßigte, an Ruhe und Ordnung und Koexistenz mit Juden interessierte Palästinenser, die sich zu Wort melden werden, wenn erst einmal israelische Sicherheitskräfte (in einigen Monaten) Palästinenser davon überzeugt haben, daß mit Gewalt nichts zu erreichen ist. Dies ist für Shamir nicht bloße Hoffnung, sondern durch Gutachten von Araberexperten erhärtete Gewißheit.

In den letzten Tagen hat die Zahl explosiver Vorfälle übrigens abgenommen.[7] Meiner Bemerkung, es gebe jetzt vielleicht weniger Explosionen, aber mehr Pulverfässer, widersprach Pazner nicht.

3) Zum israelisch-sowjetischen Verhältnis

Ja, aus Moskau sind neue Töne zu hören.[8] Wahrscheinlich will Gorbatschow afghanische Schlappe durch nahöstlichen Erfolg aufwiegen. Jedenfalls will er amerikanischen Erfolg verhindern. Es bleibt abzuwarten, wie groß sowjetisches Interesse ist, voll ins Geschäft zu kommen, was an Israel vorbei nicht geht.

Shamir hat in SU nie einen Feind Israels gesehen, anders als Begin, für den sie ein „evil empire" war (Hinweis auf Hauskrach zwischen Begin und Shamir, als dieser 1981 Gromyko traf[9]). Shamir sucht Dialog mit Moskau und Normalisierung

7 Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada") vgl. Dok. 83, Anm. 20.

8 Am 20. Januar 1988 berichtete Botschafter Terfloth, Helsinki, daß am Vortag in der Botschaft der UdSSR sowjetisch-israelische Gespräche stattgefunden hätten. Seitens der israelischen Botschaft sei berichtet worden: „Seit einiger Zeit sei eine sowjetische Delegation in Israel und habe ihre Arbeit in einzelnen Punkten abgeschlossen. Die Sowjets hätten aber darüber hinaus die Absicht, mit ihrer Delegation ständig in Israel zu bleiben. Hierzu sei Israel bereit, allerdings müsse man jetzt auf Gegenseitigkeit bestehen. Hierin seien die Gespräche erfolgreich gewesen. Sowjetunion sei jetzt bereit, eine israelische Delegation für zwei Monate nach Moskau zuzulassen, um die israelische Sektion in der Schutzmachtvertretung Niederlande ‚zu inspizieren'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 16; Referat 310, Bd. 149752.
Am 26. Mai 1988 legte Botschafter Haas, Tel Aviv, dar, daß es „am 24.5. in Genf zu Einigung über Erteilung sowjetischer Visen für israelische Konsulardelegation gekommen" sei: „Israelische Hoffnung ist, Arbeitsbereich der Delegation in Moskau im Laufe des Aufenthaltes auszuweiten – besonders auf Kontakte mit sowjetischen Juden und Erteilung von Visa, letzteres auch, um hohe ‚Absprungrate' (z. Zt. bei 90 Prozent) sowjetisch-jüdischer Auswanderer, die nicht nach Israel kommen, zu verringern." Vgl. den Drahtbericht Nr. 674; Referat 310, Bd. 149752.

9 Der sowjetische Außenministers Gromyko traf mit seinem israelischen Amtskollegen Shamir am 25. September 1981 am Rande der VN-Generalversammlung in New York zusammen. Botschafter van Well, New York (VN), berichtete am 2. Oktober 1981, von israelischer Seite sei dazu mitgeteilt worden: „Gromyko habe auf seine eigene Rolle bei der Entstehung des Staates Israel als SU-Delegierter im VN-Sicherheitsrat hingewiesen und betont, daß die SU unverändert für das Existenzrecht Israels eintrete und dies auch gegenüber ihren arabischen Gesprächspartnern tue." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2122; Referat 213, Bd. 133212.

zu seinen Bedingungen, d.h. nicht als Gegenleistung für israelisches Ja zu Internationaler Konferenz.

Primäres Interesse Shamirs an SU ist ihre Ausreisepolitik. Notwendigkeit und Möglichkeit massiver jüdischer Einwanderung aus SU[10] gehört zu den Dingen, „which make Shamir tick". Und wenn die Sowjets bereit sein sollten, viele Juden auswandern zu lassen? Dann muß Shamir vielleicht zwischen zwei seiner prioritären Ziele wählen (Einwanderung und IK-Verhinderung), und wie er sich dann entscheidet, weiß ich, Pazner, nicht.

Auf Frage, ob mein bisheriger Eindruck besonderen Mißtrauens von Shamir gegenüber SU falsch war, sagt Pazner, Shamir ist allgemein mißtrauisch.

4) Zur nächsten Regierung

Shamir spürt Rückenwind der Wählerschaft und möchte im August (was Arbeiterpartei ablehnen wird) oder Anfang September wählen lassen.[11] Er rechnet damit, wie veröffentlichte und nichtveröffentlichte Meinungsumfragen bestätigen, mit Kopf-an-Kopf-Rennen Likud und Maarach und Stärkung der rechten und linken Flügel. Kleine Koalitionen werden für beide Blöcke unattraktiv sein, weil keiner auf Stimmen der Extremisten angewiesen sein möchte. Also ist erneute „große Koalition" wahrscheinlich, die Koalitionsvereinbarungen über Zukunft der Gebiete und Friedensprozeß abschließen müßte.

Ist das möglich? Ja, denn Konföderationsmodell Gebiete/Jordanien/Israel und Shamirs Vorstellungen von funktionaler Autonomie sind Peres so fremd nicht. Und wer soll die besetzten Gebiete in eine solche Konföderation einbringen? Die gemäßigten Palästinenser, die, siehe oben, nach Niederwerfung des Aufstands hervortreten werden.

II. 1) Pazner spricht für seinen Herrn, den er sehr gut kennt.

2) Im Ministerpräsidentenamt hört man im allgemeinen mehr Klartext als im Außenministerium.

Shamir vernebelt nicht, hegt und verbreitet aber m.E. Illusionen. Dabei ist er ein hervorragender Taktiker.

Peres sieht die Israel von außen und innen drohenden Gefahren, äußert sich aber interpretationsfähiger als Shamir. Taktisch ist er[12] von Shamir seit der Rotation[13] regelmäßig ausgespielt worden.

10 Zur Ausreise von Juden aus der UdSSR vgl. Dok. 24, Anm. 6.

11 Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter vermerkte am 20. April 1988: „PM Shamir sucht die Entscheidung in den Knesset-Wahlen, die spätestens im November 1988 stattfinden. Im Zeichen anhaltender Unruhen in den besetzten Gebieten sind die Prognosen für ihn eher günstig. Bis dahin versucht er offenbar, auf Zeit zu spielen. Einziges Ergebnis der Gespräche von AM Shultz in Israel war daher die Einsetzung von Arbeitsgruppen im Amt des israelischen PM und im israelischen Außenministerium, die die amerikanischen Vorschläge prüfen sollen. AM Shultz hat dieser Situation Rechnung getragen, indem er sich während seiner jünsten Nahostreise ausführlich über Funk und Fernsehen an die israelischen Wähler wandte." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 147543.
Die Wahlen zum israelischen Parlament fanden am 1. November 1988 statt.

12 Korrigiert aus: „es".

13 Am 31. August 1984 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler, der Vorsitzende der israelischen Arbeitspartei, Peres, und der bisherige Ministerpräsident Shamir hätten sich am Vortag auf die Bildung einer Koalition geeinigt: „In der ersten Hälfte dieser 50-monatigen Amtszeit soll Peres das Amt des Premierministers bekleiden, während Shamir das Amt des Außenministers übernimmt und in Abwesenheit von Peres interimistisch die Regierungsgeschäfte führt. In der zweiten Hälfte tauschen beide Politiker dann die Posten." Vgl. Referat 310, Bd. 135748.

3) Shamirs „unideologische“ Haltung zu SU war mir neu. Ich nehme fest an, daß er auf einer politischen Ebene sowjetische Absichten sondieren läßt.[14]

4) Wie schnell Pulver im Faß der besetzten Gebiete, das in letzter Woche etwas feucht geworden zu sein schien, wieder trocknen und sich entzünden kann, haben Reaktionen auf Tod Abu Dschihads[15] gezeigt.

5) Ob Shamirs Arabisten ihren Chef heute besser als früher beraten über mögliche palästinensische Gesprächspartner, bezweifle ich. Wenngleich es gewiß auch Palästinenser gibt, die auf glaubwürdige israelische Signale und Zugeständnisse warten, die es ihnen erlauben würden, zu ruhigeren Verhältnissen zurückzukehren. Solche Angebote hat Shamir aber bisher auch nicht andeutungsweise gemacht.

[gez.] Haas

VS-Bd. 13644 (310)

14 Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ergänz[ender] DB liegt vor.“

15 Der Oberste Militärkommandant der PLO, al-Wazir („Abu Dschihad“), fiel am 16. April 1988 in Tunis einem Attentat zum Opfer. Botschafter Bente, Tunis, berichtete am 13. Mai 1988, er habe sich wegen Spekulationen „über angebliche Mithilfe westlicher Botschaften einschl[ießlich] der deutschen“ an die PLO gewandt. Deren Vertreter habe erklärt, „niemand in der PLO habe je an die Möglichkeit einer deutschen Mithilfe bei der Durchführung des Mordanschlags gedacht. Er könne mir seitens der PLO versichern, daß weder für die deutsche Botschaft, noch für die deutsche Kolonie oder sonstige deutsche Einrichtungen Gefahr bestehe. […] Was die Durchführung des Mordanschlages anbelange, so glaube die PLO nicht, daß die Attentäter über See gekommen seien und Luftunterstützung erhalten hätten. Es werde vielmehr die Auffassung vertreten, daß die Tat von Israelis durchgeführt worden sei, die jederzeit und in großer Zahl mit regulären Pässen als Doppelstaatler nach Tunesien einreisen könnten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 227; VS-Bd. 13650 (311); B 150, Aktenkopien 1988.

121

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron

22. April 1988[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Minister

Betr.: Gentechnologie;
hier: Perspektiven, Probleme, politischer Handlungsbedarf

Bezug: 1) Vorlagen des Planungsstabes vom 8.2.[3] und 2.3.1988[4]
2) Ihr Auftrag an Leiter Planungsstab vom 24.3.1988[5]

I. Perspektiven und Grundprobleme

Die Biotechnologie entwickelt sich zu einer Schlüsseltechnologie für das 21. Jahrhundert. Als progressivster Bereich der Biotechnologie erschließen Genforschung, Genomanalyse und weiterführend die Gentechnologie neue Dimensionen unseres Lebens: mit unabsehbaren Chancen und Risiken; mit bisher unklaren Zielvorstellungen.

Es geht essentiell um die Funktion des Menschen als „homo creator" organischen Lebens. Es geht um das Wesen des Menschen an sich. Das erklärt das zunehmende, von Hoffnungen und Ängsten beflügelte öffentliche Interesse an der Gentechnologie. Es gilt,

– die Möglichkeiten der Gentechnik zum Wohl der Menschheit und speziell der Dritten Welt zu nutzen;
– einen Mißbrauch der Gentechnik (bis hin zu Aldous Huxleys Horrorvision einer „Brave New World"[6] der geklonten Menschen) zu verhindern;

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Breitenstein konzipiert.

2 Jürgen Sudhoff.

3 Ministerialdirektor Citron stellte mit Blick auf den zu erstellenden Kabinettsbericht über künstliche Befruchtung beim Menschen fest: 5) „Ebenso wie andere Technologien, mehr noch, ist Gentechnologie ein internationales Thema. Eine vielfältige Diskussion ist im Gange. Die Bundesrepublik leistet ihren Beitrag. Wir brauchen die äußerste Sorgfalt in jedem Einzelfall und die sorgfältige internationale Abstimmung. Denn hier geht es um einzelne Menschen und um Wesen und künftige Existenz der Menschen insgesamt." Vgl. Referat 02, Bd. 178549.

4 Ministerialdirektor Citron vermerkte: „Das Bundeskabinett hat am 10.2.1988 mit Beratung und Beschlußfassung über den von BMJ, BMJFFG und BMFT gemeinsam erstellten ‚Kabinettbericht zu Fragen der künstlichen Befruchtung beim Menschen' die gesetzgeberischen Weichen für ein außerordentlich komplexes Teilgebiet der modernen Gentechnologie gestellt, das für die Zukunft der Menschheit wirklich wesentlich ist […]. Im Zentrum der gesetzgeberischen Maßnahmen des Bundes steht demnach das Embryonenschutzgesetz […] mit einem strafrechtlichen Verbot der gezielten Erzeugung von Embryos zu Forschungszwecken oder deren ‚fremdnütziger Verwendung' sowie der Abspaltung totipotenter Zellen des Embryos für Forschung und Diagnostik, eines Gentransfers in menschliche Keimbahnen, der Erzeugung identischer Menschen (Klonen) sowie der Erzeugung von Chimären und Hybriden. Daneben stehen das Problem der ‚Leihmutterschaft' […] und die Diskussion über eine Strafbarkeit heterologer Insemination." Vgl. Referat 02, Bd. 178549.

5 Am 24. Februar 1988 vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich auf der Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron vom 8. Februar 1988: „Erbitte Vorschläge zu 5)." Vgl. Referat 02, Bd. 178549. Vgl. Anm. 3.

6 Vgl. dazu Aldous HUXLEY, Brave New World. A Novel, London 1932.

– einem Mißlingen gentechnologischer Experimente (spezielle Problematik: nichtrückholbare organische Entwicklungen) durch international abgestimmte Sicherheitsvorkehrungen vorzubeugen.

Dazu der FDP-Abgeordnete Roland Kohn (zitiert nach „Die Zeit"):

„Ich habe zwei Horrorvisionen: Erstens, daß etwas Irreversibles passiert in der Umwelt. Und zweitens, daß der Staat Menschen schafft mit genau den Eigenschaften, die er haben will."[7]

Es gilt, vor allem Antworten auf zwei Fragen zu geben:

Erste Frage: Was soll die Gentechnik zum Wohl der Menschheit leisten?

Das ist eine zukunftsentscheidende Frage der Ethik. Die Naturwissenschaft kann darauf keine schlüssige Antwort, sondern nur Perspektiven für Teilbereiche bieten: Ernährung einer schnell wachsenden Weltbevölkerung durch neuartige Pflanzen- und Tierzucht; Verbesserung der Gesundheit der Menschen durch neuartige Diagnose- und Therapieverfahren und Pharmazeutika (über die Erfolge mit Insulin, Interferon u. ä. hinaus); Verhinderung und Beseitigung von Schäden der Umwelt (z. B. Mikrobeneinsatz gegen Ölpest und Entlastung der Umwelt durch nachwachsende Rohstoffe).

Die ethische Einbindung einer prinzipiell freien, d. h. uneingeschränkten und nicht auf vorgegebene Ziele gerichteten, sondern von „Wissen-Wollen" geleiteten Forschung muß in einer offenen, verantwortungsvollen gesellschaftlichen Diskussion mit rechtlich handhabbaren Ergebnissen erfolgen, vor allem zur Klärung der Frage, was Mißbrauch der Gentechnologie ist.

Einerseits besteht weitgehendes Einvernehmen, daß Menschenkloning, Mensch-Tier-Kreuzungen (trotz experimenteller Ansätze) u. ä. abzulehnen sind. Hier muß eine Brandmauer gegen schweren Mißbrauch errichtet werden.

Andererseits besteht weitgehendes Einvernehmen, daß Genforschung nicht zu verbieten ist. Hier geht es um ein Gleichgewicht von Freiheit, Förderung und Sicherheit.

Dazwischen steht über einem weiten Feld von Möglichkeiten die Frage: Wo beginnt der Mißbrauch? Ist im Humanbereich schon eine Forschung als Mißbrauch anzusehen, die Erbeigenschaften genetisch zuordnet? Oder eine darauf aufbauende Genomanalyse, die z. B. Arbeitnehmer als „erbstark/erbschwach" bzw. „brauchbar/unbrauchbar" für bestimmte Tätigkeiten einordnen könnte? Oder eine pränatale Diagnostik, die Entscheidungen über „lebenswert/nicht lebenswert" nahelegt? Oder erst genchirurgische Eingriffe mit züchterischen, statt heilenden Intentionen?

Wir spüren, wie schwer die Bürde des neuen Wissens wird.

Ist die herkömmliche, auch mit dem Arbeitsbegriff (besonders ausgeprägt im Marxismus) verbundene Subjekt/Objekt-Beziehung von Mensch und Natur noch haltbar? Haben Pflanzen und Tiere ihren Eigenwert und sind so in die ethische Verantwortung des Menschen einzubeziehen? (Dafür in der Bundesrepublik

[7] Zu den Ausführungen des FDP-Abgeordneten Kohn vgl. den Artikel „Die Evolution ist zu gewährleisten!"; DIE ZEIT, Nr. 16 vom 15. April 1988, S. 45–49 (Extra).

Deutschland neben Ökologen besonders deutlich die EKD; prinzipiell auch BM Genscher schon 1984.) (Vgl. Anhang/Materialien 1 c[8] und 4 b[9])

Zweite Frage: Was kann geschehen, wenn es bei der Nutzung der gentechnologischen Möglichkeiten zu Fehlschlägen kommt, und was muß getan werden, um dies zu verhindern?

Das ist eine Frage der Sicherheit.

Auf den Versuch, die Risiken der Gentechnologie für den Menschen einzudämmen und Sicherheit zu schaffen, konzentrieren sich die Bemühungen im politischen Bereich (Enquête-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“[10]; Anhörung über „Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen“; dazu auch Entwürfe von zwei Richtlinien der EG-Kommission; Kabinettbericht zu Fragen der künstlichen Befruchtung beim Menschen[11]).

Der Vorsitzende der Enquête-Kommission des Bundestages, Wolf-Michael Catenhusen, MdB, hat eine plausible, kurze Erklärung der Gentechnologie, ihrer Perspektiven und Probleme gegeben:

„Die Gentechnologie ist durch ein grundlegendes Verfahren definiert: Die gezielte Neukombination des genetischen Materials von Lebewesen. Der Mensch hat die Möglichkeit, einzelne Erbkombinationen, die in lebenden Zellen vorhanden sind, zu analysieren. Er kann diese Erbinformation aus ihrer Umgebung herauslösen und über Artgrenzen hinweg in andere Organismen übertragen. Auch wird daran gearbeitet, neue genetische Informationen synthetisch zu erzeugen, um sie in Organismen zur Expression zu bringen. Die Beeinflussung von Erbinformationen erfolgt gegenüber der natürlichen Evolution, die unabhängig davon weiter abläuft, gezielter sowie mit einer neuen Geschwindigkeit und Reichweite.“

Der Mensch kann versuchen, sich – das ist die eine Perspektive der Gentechnologie – eine „Welt nach Maß“ zu schaffen; nach Menschenmaß. Wir können die Erde und ihre Lebewesen schneller und präziser als bisher für uns zurichten. Aber der Mensch kann auch – das ist die andere Perspektive – wiederum schneller und präziser als bisher Pflanzen und Tiere zugrunde richten und durch gentechnologische Veränderung seines eigenen Wesens als Individuum seine Würde und als Art seine Funktion als Eichmaß der Schöpfung verlieren.

8 Dem Vorgang beigefügt. In der undatierten Aufzeichnung zur Haltung der Katholischen und der Evangelischen Kirche hieß es zur Position der EKD: „In der Humangenetik wird von extra-korporaler Befruchtung allgemein, von heterologer Insemination nachdrücklich abgeraten. Leihmutterschaft ist sittenwidrig und zu verbieten. Der Konflikt, eine Schwangerschaft abzubrechen oder ein krankes Kind auszutragen, sei kaum lösbar. Gentransfer und andere Eingriffe in menschliche Keimbahnen sind ethisch nicht vertretbar; ebensowenig auch Eingriffe an Embryos, die ihre Vernichtung in Kauf nehmen.“ Vgl. Referat 02, Bd. 147181.

9 Dem Vorgang beigefügt. In dem im Entwurf beigefügten Schreiben des FDP-Vorsitzenden Genscher vom 18. Juli 1984 an die FDP-Mitglieder hieß es: „Ich plädiere auch bei der Gentechnologie nicht für blinde Gläubigkeit in den technischen Fortschritt. Ich wiederhole, was ich im Dezember 1983 in meiner Rede vor der B[undesvereinigung der]D[eutschen]A[rbeitgeberverbände] gesagt habe: ‚Wer ja zum Fortschritt sagt, ist keineswegs so töricht, nicht auch die Risiken zu sehen. Aber er sieht auch die Chancen, und er ist entschlossen, diese Chancen zu nutzen und die Risiken zu kontrollieren und auszuschalten. Technische Entwicklungen sind weder gut noch böse an sich. Entscheidend ist, daß sie richtig benutzt, daß sie beherrscht werden.‘“ Vgl. Referat 02, Bd. 178549.

10 Für den Bericht der Enquête-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ vom 6. Januar 1987 vgl. BT DRUCKSACHEN, 10. WP, Drucksache Nr. 10/6775.

11 Für den „Kabinettbericht zur künstlichen Befruchtung beim Menschen“ vom 23. Februar 1988 vgl. BT DRUCKSACHEN, 11. WP, Drucksache Nr. 11/1856.

Mit der Gentechnologie werden die Fragen nach dem Nutzen menschlichen Handelns und den Normen menschlichen Daseins in ganz neuer Weise aufgeworfen. Die große ethische Debatte, die deshalb notwendig ist, hat erst zögernd begonnen.

Die Argumentation, die Gentechnologie sei nichts eigentlich Neues, weil die Menschen seit Jahrtausenden Pflanzen und Tiere systematisch gezüchtet hätten, jetzt könne das nur gezielter, schneller und damit effizienter geschehen (z. B. direkte Übertragung einer erwünschten Eigenschaft auf eine Pflanze, statt unsicherem, langwierigem Ausmendeln von Kreuzungen), und was gentechnologisch praktiziert werde, sei prinzipiell auch in der Natur möglich, erscheint aus folgenden Gründen nicht stichhaltig:

1) Gentechnologische Übertragungen können ohne natürliche Hemmschwellen artübergreifend erfolgen (z. B. Erbmaterial von Kaninchen in Tabakpflanzen; im Extremfall: Mensch-Tier-Kreuzungen);

2) Gentechnologisch veränderte Organismen werden im Vergleich zur natürlichen Evolution in rasender Geschwindigkeit (in Monaten statt Millionen von Jahren) entwickelt, so daß die natürlichen, langsamen Selektions- und Anpassungsprozesse ausgeschaltet werden. (Die Bedeutung dieses Zeitrafferverfahrens und seiner Rückwirkung auf das gesamtökologische System ist im Rahmen der Arbeit der Enquête-Kommission vorwiegend von Prof. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Institut für Europäische Umweltpolitik, vorgetragen worden. Es hat bisher in der öffentlichen Diskussion viel zu wenig Beachtung gefunden).

3) Mit der synthetischen Erzeugung neuer genetischer Informationen würde sich der Mensch offensichtlich „schöpferisch" vom natürlichen Geschehen lösen.

Das Argument, die Gentechnologie sei nur eine kontinuierliche Weiterentwicklung bekannter Verfahren, ist ähnlich zu beurteilen wie die These, die Atomraketen seien nur eine Weiterentwicklung der herkömmlichen Artillerie.

II. Pflanzen, Tiere und Humangenetik

Die Gentechnologie ist prinzipiell im Bereich von Mikroorganismen, Pflanzen und Tieren sowie des Menschen selbst anwendbar. In der tatsächlichen Anwendung gelten jedoch wesentliche Unterschiede, die sich auch in Stand und Bewertung von Forschung und Entwicklung zeigen:

- In der Pharmazie („weiße Gentechnologie") sind mit der Herstellung von Insulin und Interferon, von Hormonen gegen Zwergwuchs und gegen Herzinfarkt beachtliche Erfolge erzielt worden. Es besteht Hoffnung, auch Mittel gegen Krebs und AIDS zu entwickeln. Dabei und im pharmazeutischen Bereich allgemein ergeben sich vor allem Fragen der Forschungsförderung, Laborsicherheit, Kosten, internationalen Zusammenarbeit und Konkurrenz (Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen).
- Im Pflanzenbereich („grüne Gentechnologie") richten sich die Hoffnungen auf eine qualitativ neue „grüne Revolution" zur Sicherung der Ernährung besonders in der Dritten Welt. Aktuell geht es vor allem um Unkrautbekämpfung (Entwicklung von herbizidresistenten Nutzpflanzen) und verbesserte Resistenzen (gegen Krankheiten und Frost), in der Perspektive dieser Entwicklungen um die Regelung von Freisetzungen von genetisch veränderten Organismen und um die Schärfe entsprechender Sicherheitsvorschriften (Thema einer Anhörung des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie am

2.3.1988[12] sowie von zwei EGK-Richtlinien-Entwürfen vom 3.3.1988[13]). Auch stehen erhebliche kommerzielle Interessen (aktuell: Herbizid-Saatgut-Pakete) auf dem Spiel (Probleme der Patentierung). Die Entwicklung von „selbstdüngenden" Nutzpflanzen (Aufnahme von Stickstoff aus der Luft) ist eine Perspektive, die eine tiefgreifende Veränderung der Landwirtschaft bedeuten und neue Probleme der Bodenökologie aufwerfen würde.

– Im Tierbereich („rote Gentechnologie") wird mit relativ größter Unbefangenheit und einem überraschenden Wegsehen beim Leiden der „stummen Kreatur" gearbeitet. Beispielsweise findet Rinderkloning in Gesetzen und in der Öffentlichkeit wenig Widerstand. Die Entwicklung von impotenten Supersäuen oder von „Turbo-Kühen" erscheint weniger als ethischer Mißgriff, mehr als ökonomischer Unsinn. Die Patentierung von Mäusen mit angezüchtetem Erbgut Brustkrebs (erste Patentvergabe dieser Art in den USA) hat im US-Kongreß jetzt Widerstand ausgelöst.[14]
– Im Menschenbereich (Humangenetik) gelten ebenfalls Kosten/Nutzen-Erwägungen (gentechnologisch entwickelte Pharmazeutika sind einstweilen noch relativ teuer) und Risiko/Sicherheitserwägungen. Sie treten jedoch gegenüber ethischen Fragestellungen zurück. In der öffentlichen Diskussion werden der Gentechnologie auch humangenetische Fragen zugerechnet, die nicht eigentlich gentechnologischer Art sind: Fortpflanzungsmedizin, vor allem extrakorporale Befruchtung, Probleme der Embryonenforschung und juristische Fragen der „Leihmutterschaft".

  Über die genannten Bereiche hinaus werden schon jetzt mit der biologischen Molekular-Technologie spezifische Werkstoffe entwickelt, die z. B. als Bio-Polymere oder als ultradünne Schichten für Biochips verwendet werden sollen. Eine öffentliche Diskussion darüber ist noch nicht angelaufen.

  Fachwissenschaftliche Diskussionen und parlamentarische Anhörungen zeigen, daß die Begriffsbildung und Begriffsabgrenzung im Bereich der Biotechnologie noch im Fluß ist. Unterschiedliche Perspektiven sind möglich (z. B. Kategorisierung nach Substanzen oder nach Anwendungsbereichen, bzw. nach Herstellungsverfahren oder Gefahrenpotentialen). Das kann zu unterschiedlichen Denkansätzen und verschiedenartigen politischen Strategien führen, die auch in der Bundesregierung noch auszudiskutieren sind.

  Obwohl die gentechnologischen Prinzipien allgemeingültig sind und der Pflanzen- und Tierbereich nicht aus der ethischen Fragestellung auszuklammern ist, besteht eine verständliche Tendenz, die Humangenetik als einen einheit-

12 Zur Anhörung des des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie am 2. März 1988 vgl. den Artikel „Moratorium in der Gentechnik umstritten"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 3. März 1988, S. 2.
Vgl. dazu ebenfalls die Beschlußempfehlung und den Bundesbericht Forschung 1988 des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie vom 2. März 1989; BT DRUCKSACHEN, 11. WP, Drucksache Nr. 11/4112.

13 Die EG-Kommission legte am 16. Mai 1988 einen „Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die absichtliche Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen in die Umwelt" vor. Für den Wortlaut vgl. vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. C 198 vom 28. Juli 1988, S. 19–27.

14 Zur Erteilung eines Patents für eine zu Zwecken der Krebsforschung gentechnisch veränderte Maus durch das amerikanische Patent- und Handelsmarkenamt vgl. den Artikel „Gentechnologie-Patent"; DIE WELT vom 13. April 1988, S. 25.

lichen separaten Bereich aufzufassen, der von „Leihmutterschaft“ bis Keimbahngenetik alles umfaßt, was die Menschen unmittelbar betrifft. Das erscheint auch insofern angemessen, als neue Entwicklungen schnell von der Forschung über die genetische Analyse bzw. über die Reproduktionstechnologie hinweg in den eigentlichen gentechnologischen Bereich und damit zu neuen Problemstellungen führen.

Dafür zwei aktuelle Beispiele:

– Bei der In-vitro-Befruchtung können überzählige Embryonen entstehen. Dürfen sie zu gentechnologischen Experimenten genutzt werden? (Was soll sonst mit ihnen geschehen?)
– Die pränatale Diagnostik kann frühzeitig Mißbildungen/Erbkrankheiten aufdecken. Soll der Diagnose eine gentechnologische „Reparatur“ folgen, sofern dies möglich ist? (Oder die Empfehlung einer Abtreibung? Diese Problematik hat zu politischen Auseinandersetzungen beim „Beratungsgesetz“[15] geführt.)

III. Öffentlichkeit und Menschenbild

Der enormen Bandbreite von Chancen und Risiken der Gentechnologie entspricht ein zunehmendes Interesse auch der deutschen Öffentlichkeit an gentechnologischen Entwicklungen. Die Komplexität der Sache und eine schnelle Emotionalisierung (Urängste vor Chimären, aktuelle Skepsis gegen Hormonbehandlung von Nutztieren usw.) erschweren eine rationale Diskussion.

Johannes Mario Simmels gentechnologischer Roman „Doch mit den Clowns kamen die Tränen“[16] war der Bestseller-Erfolg der Frankfurter Buchmesse 1987.

Die Massenmedien (ARD-Serie „Gen-Report“, „Stern“-Titel[17], „Spiegel“-Titel[18], ausführliche „Zeit“-Serien[19], auch Zunahme der Tagesberichterstattung zur Gentechnologie bis in lokale Bereiche) haben das Thema ausführlich aufgegriffen. In diesen Darstellungen und in vielen Diskussionen überwiegen Ängste und Gefahrenanzeigen. Der Nutzen der Gentechnologie (z. B. Hoffnung auf Mittel gegen Krebs und AIDS; Hungerhilfe für die Dritte Welt) erscheint entfernter oder tatsächlich widersinnig: „Turbo-Kühe“ in einer EG-Milchschwemme. Die Argumentation für die Gentechnologie (bisher unfallfrei und zukunftssicher) wirkt oft entweder apologetisch („wir haben keine Wahl“) oder arrogant („wir wissen, was wir tun“). In den USA (so berichtet „Die Zeit“) ist die Diskussion offener geführt worden, so daß Ängste abgebaut und Sicherheitsrichtlinien gelockert werden konnten.

15 Der Schwangerschaftsabbruch war in der Bundesrepublik durch die Paragraphen 218 und 218a geregelt. Für den Wortlaut vgl. STRAFGESETZBUCH, S. 1103 und S. 1111.
Zur Ausarbeitung eines Beratungsgesetzes durch das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit vgl. den Artikel „Ohne Durchblick“; DER SPIEGEL, Nr. 15 vom 11. April 1988, S. 51–54.

16 Vgl. Johannes Mario SIMMEL, Doch mit den Clowns kamen die Tränen, München 1987.

17 Für den Titel der Wochenzeitschrift „Stern“ vgl. „Gentechnik: Forscher die Gott spielen. Unheimliche Experimente am Menschen“; STERN, Nr. 12 vom 17. März 1988.

18 Für den Titel des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ vgl. „Babys nach Maß: Leihmütter, Samenspender, Retortenkinder“; DER SPIEGEL, Nr. 15 vom 6. April 1987.

19 In der Wochenzeitung „Die Zeit“ wurde am 11. März 1988 eine Serie zur Gentechnik begonnen. Vgl. dazu den Artikel „Die Welt nach Maß“; DIE ZEIT, Nr. 11 vom 11. März 1988, S. 1.

Es gilt, in der Bundesrepublik Deutschland eine Verkürzung der Argumentation und eine Polarisierung der öffentlichen Meinung zu vermeiden, wie sie bei der Kernenergie zu schweren Auseinandersetzungen geführt hat.

Die DDR hat ihr gentechnologisches Programm verstärkt. (Soweit feststellbar, liegen die Staaten des RGW in Forschung, Entwicklung und Anwendung der Gentechnologie gegenüber den USA, Japan und der Bundesrepublik Deutschland erheblich zurück.)

Ein Vergleich der gen-ethischen Diskussion in beiden deutschen Staaten, besonders der Humangenetik, zeigt exemplarisch die Systemunterschiede:

– Hier geht es in hohem Maße um die Freiheit der Wissenschaften, ihre verantwortliche Einbindung und um wissenschaftlich-kommerzielle Verflechtungen;
– dort geht es um die marxistische Grundidee einer unendlichen Verbesserungsfähigkeit des Menschen, die jetzt bei Wissenschaftlern und in der Gesellschaft in gentechnologischen Diskussionen auf neue Bedenken und auf Widerstand stößt.

Könnte sich aus der Einsicht in die notwendige, verantwortungsbewußte Beschränkung sowohl des individualistisch-freiheitlichen wie des kollektivistisch-deterministischen Ansatzes speziell in der Humangenetik eine neue Verständigung zwischen West und Ost über das Menschenbild, über die Menschenwürde als Charakteristikum des Individuums und der Gattung entwickeln? Das wäre neues Denken für den Kernbereich menschlichen Daseins und Handelns.

Empfehlung: Aufnahme dieses Themas in die Rede BM Genschers am 11. Juni 1988 bei der „Institute for East-West Security Studies Conference“ in Potsdam.[20]

Der Philosoph Hans Jonas hat über ideologische Systemgrenzen hinweg Vorarbeit geleistet mit seinen Büchern:

– Das Prinzip Verantwortung (1979)[21];
– Technik, Medizin und Ethik (1985)[22], speziell auch zur Gentechnologie (u. a. zu Veränderung der Subjekt/Objekt-Beziehung zwischen Mensch und Natur; zu pränataler Auslese und zum Kloning; zur „Nichtgleichzeitigkeit“ bei gentechnologischen Entwicklungen und zum „Recht zum Nichtwissen“) .

Die Darlegungen von Jonas, Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels[23], erscheinen weiterhin wegweisend für eine neue, weltweit verbindliche Ethik.

Jonas sagt mit Blick auf menschliches Handeln, wie es sich in einem politisch-ethischen Prozeß manifestieren muß:

„… noch für das Unbekannte im voraus mitzuhaften, ist bei der letztlichen Ungewißheit der Hoffnung gerade eine Bedingung handelnder Verantwortung: eben das, was man den ‚Mut zur Verantwortung‘ nennt.“

20 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher vgl. BULLETIN 1988, S. 785–791.
21 Vgl. Hans JONAS, Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation, Frankfurt am Main 1979.
22 Vgl. Hans JONAS, Technik, Medizin und Ethik: Zur Praxis des Prinzips Verantwortung, Frankfurt am Main 1985.
23 Der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels wurde am 11. Oktober 1987 in Frankfurt am Main an Hans Jonas verliehen. Für den Wortlaut der Dankesrede von Jonas vgl. den Artikel „Technik – Freiheit und Pflicht“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 12. Oktober 1987, S. 11.

Genchirurgie am Menschen heißt nach Jonas „der Identität des Menschen die Treue brechen".

„Es wäre ein metaphysischer Bruch mit dem normativen ‚Wesen' des Menschen und zugleich, bei der gänzlichen Unvorhersehbarkeit der Folgen, das leichtsinnigste Hasardspiel – das Pfuschen eines blinden und anmaßenden Demiurgen am empfindlichen Herzen der Schöpfung."

Jonas stellt eine „Pflicht zur Zukunft", der man sich nicht entziehen kann, und ein „ethisches Vakuum" fest, das aufgefüllt werden muß – mit neuer Tapferkeit und neuer Bescheidenheit.

Die Befreiung aus bisherigen Zwängen und damit die Freiheit zu neuem Handeln fordert neue Gebote der Verantwortung: So wie zur Befreiung der Juden aus der ägyptischen Botmäßigkeit und zur Wanderung ins gelobte Land die neuen, mosaischen Gesetze gehörten, so müssen der neuen Freiheit gentechnologischen Handelns die Gebote einer neuen Ethik entsprechen.

IV. Innenpolitischer Handlungsbedarf

Im Bereich der Gentechnologie ist innenpolitisch vor allem notwendig,

– die wissenschaftliche, öffentliche und regulative Diskussion über Risiken und Nutzen dieser Technologie zu verstärken, den Nutzen zu optimieren und die Risiken vertretbar zu minimieren;
– darüber hinaus eine offene Diskussion über eine neue Ethik zu fördern und ihre Ergebnisse rechtlich bindend umzusetzen.

In der Bundesrepublik Deutschland haben Parlament und Regierung sich – soweit feststellbar – intensiver (und mit einer Tendenz zu stärkeren Restriktionen) wesentlichen Fragen der Gentechnologie gestellt als Regierungen und Parlamente der meisten vergleichbaren Staaten (wie USA und Japan). Es bedarf jedoch erheblicher weiterer Anstrengungen, um konkrete, auch international vorzeigbare Ergebnisse zu erreichen.

Unmittelbarer politischer Handlungsbedarf ergibt sich aus den von Bundesregierung und Bundestag eingeleiteten Schritten.

Das Bundeskabinett hat am 10.2.1988 mit Beratung und Beschlußfassung über den von BMJ, BMJFFG und BMFT gemeinsam erstellten „Kabinettbericht zu Fragen der künstlichen Befruchtung beim Menschen" die gesetzgeberischen Weichen für wesentliche Bereiche der Humangenetik (auf der Basis des Berichtes der „Benda-Kommission" von 1984 und der zwischenzeitlichen Entwicklung) gestellt. Im Zentrum der gesetzgeberischen Maßnahmen des Bundes steht das Embryonenschutzgesetz (Referentenentwurf erste Jahreshälfte 1988) mit einem strafrechtlichen Verbot der gezielten Erzeugung von Embryos zu Forschungszwecken oder deren „fremdnütziger Verwendung" sowie der Abspaltung totipotenter Zellen des Embryos für Forschung oder Diagnostik, eines Gentransfers in menschliche Keimbahnen, der Erzeugung identischer Menschen (Klonen) sowie der Erzeugung von Chimären und Hybriden.

Daneben stehen das Leihmutter-Problem (durch Änderung des Adoptionsvermittlungsgesetzes[24] vor allem Verbot der Vermittlung von Ersatzmutterschaften) und

[24] Für den Wortlaut des Gesetzes über die Vermittlung der Annahme als Kind (Adoptionsvermittlungsgesetz) vom 2. Juli 1976 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, I, S. 1762–1765.

die Diskussion über eine Strafbarkeit heterologer Insemination (vgl. Anhang/Materialien 1 a[25]).

Die Bundesregierung hat mit ihrer Beschlußfassung nicht zu international und auch in der Bundesrepublik Deutschland aktuellen Fragen der Humangenetik wie der Genomanalyse oder zu Perspektiven und Problemen der Gentechnologie im Pflanzen- und Tierbereich Stellung genommen; die Vorarbeiten dafür werden als noch nicht ausreichend angesehen.

Handlungsbedarf für die Bundesregierung besteht damit

– bei der Ausführung der Beschlußfassung zur Humangenetik;
– bei der Ausweitung der Beschlußfassung auf weitere Fragen der Humangenetik (Genomanalyse)und auf Fragen im Bereich von Mikroorganismen, Pflanzen und Tieren.

Für die genannte Ausweitung hat die Enquête-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie" wesentliche Vorarbeit geleistet. Mit ihrem Bericht vom 6.1.1987 empfiehlt die Kommission prinzipiell eine Förderung gentechnologischer Verfahren im Pflanzen- und Tierbereich sowie für die Humanmedizin. Dieses Votum, das von den Bundestagsparteien mit Ausnahme der „Grünen" getragen wird, wird durch eine Reihe von Vorbehalten im Detail abgebremst (vgl. Anhang/Materialien 2 a[26]).

Besonders aktuell und kontrovers sind die Empfehlungen der Kommission

– für eine bedingte und beschränkte Zulassung von Genomanalysen bei Arbeitnehmern (Ablehnung u. a. durch den DGB);
– für ein fünfjähriges Moratorium bei der Freisetzung gentechnologisch veränderter Organismen (Ablehnung u. a. durch Deutsche Forschungsgemeinschaft/DFG);
– für eine gesetzliche Verankerung der gegenwärtigen Sicherheitsrichtlinien.

Diese Empfehlungen waren Gegenstand öffentlicher Anhörungen von Bundestagsausschüssen am 24.2.1988[27] (Genomanalyse an Arbeitnehmern) und am 2. März 1988[28] (Freisetzung genetisch veränderter Organismen).

Die Anhörung über die Genomanalyse (populäres Stichwort: „gläserner Mensch") zeigte weit in die Zukunft weisende Perspektiven: wie durch neuartige Analysen der Genstrukturen ererbte Eigenschaften früher und präziser festgestellt werden können als mit bisherigen Methoden, so daß Arbeitnehmer von unzuträglichen Arbeiten entbunden werden können. Das kann zu ihrem Vorteil (Vermeidung gesundheitlicher Schäden bei speziellen Anfälligkeiten) und zu ihrem Nachteil (Verlust des Arbeitsplatzes) sein. Eine grundsätzliche Zulassung von Genomanalysen fordert eine Fülle von Beschränkungen, um vor allem das Persönlich-

25 Dem Vorgang beigefügt. Für den Kabinettbericht zur künstlichen Befruchtung beim Menschen vom 10. Februar 1988 vgl. Referat 02, Bd. 178549.

26 Der Bericht der Enquête-Kommission des Bundestages „Chancen und Risiken der Gentechnologie" war dem Vorgang nicht beigefügt.

27 Vgl. dazu den Artikel „Gen-Analysen können widerstandsfähige Arbeitnehmer entdecken"; FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 25. Februar 1988, S. 1.

28 Vgl. dazu den Artikel „Experten warnen vor dem Schritt aus dem Labor in die Natur"; FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 3. März 1988, S. 1.

keitsrecht zu sichern (Freiwilligkeit der Analyse, Datenschutz). Auch eine Ausweitung von der Arbeitswelt in das allgemeine Gesundheits- und Sozialwesen wurde angesprochen.

Die Anhörung über die Freisetzung genetisch veränderter Organismen erbrachte auf hohem Niveau der Auseinandersetzungen einerseits Argumente für ein Moratorium über fünf Jahre hinaus, andererseits für eine fallweise Behandlung von Freisetzungsanträgen anstelle eines Moratoriums sowie für und gegen gesetzliche Regelungen von Sicherheitsfragen.

Stellungnahme

– Zum Moratorium:

  Ein pauschales Moratorium würde die Forschung und Entwicklung im Bereich der Gentechnologie in der Bundesrepublik Deutschland erheblich bremsen. Soweit feststellbar, bestehen in vergleichbaren Ländern, speziell in Westeuropa, keine ähnlichen Absichten, so daß die Bundesrepublik Deutschland sich singularisieren würde. Die im Entwurf vorliegenden Sicherheitsrichtlinien der EG-Kommission laufen ebenfalls auf eine fallweise Behandlung von Freisetzungsanträgen hinaus.

  Während Kommissions-Vorsitzender Catenhusen (laut „Die Zeit“[29]) die Anhörung im Ergebnis als Unterstützung der Moratoriums-Empfehlung wertete, haben die Experten-Aussagen doch offensichtlich auch in der Kommission neue Zweifel am Sinn eines Moratoriums ausgelöst.

  Es erscheint vorstellbar, den Bedenken, die zur Moratoriums-Empfehlung geführt haben, zumindest teilweise durch eine Verschärfung des Genehmigungsverfahrens und stärkere Berücksichtigung ökologischer Kriterien besonders bei der „Zentralen Kommission für Biologische Sicherheit“ (ZKBS) Rechnung zu tragen.

– Zu Sicherheitsrichtlinien:

  Die maßgebenden „Richtlinien zum Schutz vor Gefahren durch in vitro neukombinierte Nukleinsäuren“ sind von der Bundesregierung beschlossene Verwaltungsvorschriften, die für staatlich geförderte Projekte verbindlich sind, darüber hinaus als Leitlinien für freiwillige Bindungen gelten.[30] Die Richtlinien haben sich bewährt und sind mehrfach fortgeschrieben worden. Für ihre Weiterführung wird vor allem die Flexibilität der Handhabung geltend gemacht. Eine zu erwartende wesentliche Ausweitung der gentechnologischen Entwicklung dürfte hingegen für eine schärfere Handhabung und eventuelle gesetzliche Verankerung sprechen.

Die Stellungnahmen von DFG und DIHT sind nicht als Blockierungen eines Weges zur gesetzlichen Verankerung anzusehen (vgl. Anhang/Materialien 2b und c[31]).

[29] Zu den Äußerungen des SPD-Abgeordneten Catenhusen zur Arbeit der Enquête-Kommission des Bundestages „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ vgl. den Artikel „Die Evolution ist zu gewährleisten!“; DIE ZEIT, Nr. 16 vom 15. April 1988, S. 45–49 (Extra).

[30] Für den Wortlaut der Richtlinien vom 28. Mai 1986 zum Schutz vor Gefahren durch in vitro neukombinierte Nukleinsäuren vgl. BT DRUCKSACHEN, 10. WP, Drucksache Nr. 10/6775.

[31] Die Stellungnahmen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) waren dem Vorgang nicht beigefügt.

V. Internationaler Handlungsbedarf

Neue Technologien (Mikroelektronik, Raumfahrt usw.) sind in Forschung, Entwicklung und Anwendung grenzüberschreitend/global und erfordern internationale Zusammenarbeit, um den bestmöglichen Nutzen zu sichern (freiheitlicher Austausch der internationalen scientific community), Risiken zu begrenzen und Wettbewerbsverzerrungen in der kommerziellen Auswertung zu vermeiden.

Internationaler Handlungsbedarf in der Gentechnologie ist vor allem in drei Bereichen zu sehen:

1) Bei der Organisation der Hilfe für unterentwickelte Länder der Dritten Welt durch Verbesserung der Ernährung und Gesundheit der Menschen (Nord-Süd-Kooperation);

2) Bei der Herstellung von tatsächlicher und rechtlicher Sicherheit durch möglichst einheitliche gentechnologische Standards (Kooperation vor allem fortschrittlicher Industriestaaten);

3) Und durch Hinwirken auf eine neue Ethik, die mit den sich entwickelnden Möglichkeiten Schritt hält (globale Verständigung).

Zu 1) Dritte Welt

Die „grüne Revolution“ (wesentliche Steigerung besonders der Reis- und Getreideerträge in Ländern der Dritten Welt durch eine Kombination von Förderungsmaßnahmen, vor allem züchterische Verbesserung von Nutzpflanzen) hat nachweislich konkrete Hilfe vor allem in Asien gebracht, aber auch neue, speziell sozioökonomische Probleme (Bevorteilung von Großgrundbesitzern) und ökologische Fragen (Überstrapazierung des Bodens) aufgeworfen.

Beispiel Indien: In den achtziger Jahren ist es gelungen, die Agrarproduktion so zu steigern, daß sie zur Ernährung auch einer rasch wachsenden Bevölkerung von gegenwärtig über 750 Millionen Menschen ausreicht. Das bedeutet keineswegs eine tatsächlich ausreichende Ernährung aller Inder (Verteilungsproblem), jedoch konnten Hungerepidemien früherer Zeiten vermieden werden. Bei der Steuerung der „grünen Revolution“ durch die Punjab Agricultural University bewährte sich die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit Instituten der Bundesrepublik Deutschland.

Es erscheint möglich, die Versorgungslage in Ländern der Dritten Welt auch angesichts einer weiterhin schnell wachsenden Bevölkerung durch eine „gentechnologische Revolution“ nochmals entscheidend zu verbessern.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat in einer Studie („Gentechnik und Dritte Welt“, Januar 1988) erklärt: „Gentechnik wird keinen substantiellen Beitrag zur Bekämpfung des Welthungers leisten … Die biotechnologische Substitution von Erzeugnissen der Dritten Welt macht Standortvorteile zunichte …“ Es bestehe die Gefahr neuer Abhängigkeiten für die Länder der Dritten Welt.[32]

Den Schlußfolgerungen ist in dieser Form nicht zuzustimmen; jedoch sind die Hinweise auf mögliche neue Probleme beachtenswert. Eine spezielle Diskriminierung wird in den Entwicklungsländern darin gesehen, daß Gentechnologen

32 Vgl. dazu GENTECHNOLOGIE IM NORD-SÜD-KONTEXT. Initiative Entwicklung und Einsatz von Risikotechnologien in Schwellenländern, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung/Abteilung Entwicklungsländerforschung, Bonn 1988.

sich dort Pflanzen als genetisches Material beschaffen, die anderswo nicht mehr verfügbar sind, um nach gentechnologischer Behandlung das Saatgut an die Entwicklungsländer zu verkaufen.

Wenn eine gentechnologische Hilfe für Länder der Dritten Welt Erfolg haben soll, bedarf sie einer sorgfältigen Abstimmung und Lenkung. Die Züchtung von „Turbo-Kühen" und „Super-Säuen" ist keine Hilfe für die Dritte Welt.

Zu 2) Sicherheitsstandards, Recht und Haftung

Die gentechnologischen Möglichkeiten sind in führenden Ländern der Erde wie in den USA und Japan sowie auch in der Bundesrepublik Deutschland weiter entwickelt als die rechtlichen Bindungen der Gentechnologie und die ethischen Vorstellungen ihrer Auswirkungen. Die tatsächliche Verantwortung liegt daher weitgehend persönlich und institutionell bei denen, die gentechnologische Forschung und Entwicklung betreiben und die Ergebnisse anwenden.

Im Bereich der Humangenetik sind weder in den USA noch in Japan umfassende Regelungen getroffen worden oder beabsichtigt, wie sie dem Stand in der Bundesrepublik Deutschland gemäß Kabinettsbeschluß entsprechen würden. In den USA heißt es, der Gesetzgeber wolle erst eingreifen, wenn die öffentliche Konsensbildung weiter fortgeschritten sei. Bis dahin sind die Entscheidungen in der Hand der Gerichte, die fallweise entscheiden. Einige Fälle („Baby M"[33]) haben erhebliches Aufsehen erreicht. Das Fehlen eines öffentlichen Konsensus und darauf beruhender gesetzlicher Regelungen beschränkt die Handlungsfähigkeit der USA in der internationalen Diskussion, obwohl die amerikanischen Sicherheitsrichtlinien international als Orientierungen gelten.

Weltweit und auch im engeren europäischen Rahmen ist in der Humangenetik und in der Gentechnologie allgemein eine erhebliche Rechtsunsicherheit festzustellen. Es besteht die Gefahr, daß sich mit weiteren Fortschritten der Gentechnologie die Schere zwischen den gentechnologischen Möglichkeiten und den rechtlichen Bindungen dieser Technologie weiter öffnet. Dabei dürfte es weniger um Chimärenbildung u. ä. gehen als vielmehr um Fragen der Patentierung und Nutzung neuer Verfahren (Pharmazeutika, herbizidresistente Pflanzen u. ä.) und damit um die Erschließung neuer Märkte, um strukturelle Veränderungen in der Landwirtschaft, um Risikohaftung (Umweltproblematik) und allgemein um einheitliche Sicherheitsstandards.

Vergleichende Zusammenstellungen zur europäischen bzw. internationalen Rechtslage durch die Europäische Kommission (im Zusammenhang mit dem Entwurf von Sicherheitsrichtlinien), ansatzweise durch das BMJ sowie Umfragen bei unseren Botschaften[34] bestätigen eine erhebliche Rechtsunsicherheit (vgl. Anhang/Materialien 3 a, b, c[35]).

33 Am 3. Februar 1988 erging das Urteil des Obersten Gerichtshofs des amerikanischen Bundesstaats New Jersey im Sorgerechtsstreit um ein von einer Leihmutter ausgetragenes Kind. Vgl. dazu den Artikel „Leihmuttervertrag für ‚Baby M' illegal"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. Februar 1988, S. 9.

34 Am 19. Februar 1988 stellte Botschafter Ruhfus, Washington, fest: „In den USA gehen Gesetzentwürfe in der Regel aus dem Schoße der gesetzgebenden Körperschaften hervor. Ihre Verabschiedung setzt Konsensfähigkeit voraus. Das Thema Humangenetik ist jedoch nicht konsensfähig. Zum einen besteht in dieser pluralistischen Gesellschaft durchaus kein Konsens über die zugrundezulegenden ethischen Grundsätze; zum anderen stehen ethische Erwägungen, die im wesentlichen von staatsbürgerlichen Vereinigungen vertreten werden, Interessen der Wissenschaft, der kommerziellen Gentechnologie

Es wäre nützlich, eine präzisere Übersicht über die europäische und internationale Rechtslage und Rechtsentwicklung zumindest zur Humangenetik und zu aktuellen Fragen der Gentechnologie zu gewinnen. Ein solches „Projekt Rechtsvergleich Gentechnologie/Humangenetik" müßte von einem deutschen oder europäischen Institut übernommen werden. (Es würde schon im Ansatz die Möglichkeiten des Planungsstabes und offenbar auch der zuständigen Referate im AA und im BMJ übersteigen. Im Auswärtigen Amt sind keine Mittel für ein solches Projekt vorhanden.)

Zu 3) Neue Ethik

Die Einsicht in die gentechnologischen Möglichkeiten muß zu einer neuen Selbstbesinnung des Menschen, einem neuen Selbstverständnis und einer neuen Ethik führen. Neue ethische Gebote, zumal mit weltweiter Verbindlichkeit, lassen sich nicht auf mosaische Weise setzen oder als Verkündigung erwarten. Sie müssen in mühevollem Miteinander der Menschen, ihrer unterschiedlichen Ideen und Interessen, gewonnen werden.

In die notwendige internationale Ethikdiskussion müssen die religiösen und philosophischen Einsichten von Jahrtausenden menschlicher Geschichte einfließen, z. B. des Buddhismus und des Konfuzianismus ebenso wie solche der abendländischen Philosophie und des Christentums. Im Rahmen einer solchen Diskussion haben fernöstliche Vorstellungen in Europa neues Interesse gefunden (z. B. Carl Friedrich von Weizsäckers Plädoyer für eine „Kultur der Askese"[36]). Eine besondere europäische Verantwortung für eine weltweite Ethikdiskussion ergibt sich aus dem umwälzenden Einfluß, den Christentum und Aufklärung mit ihren wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Konsequenzen weltweit ausgeübt haben.

Wir Europäer können in eine solche Diskussion wesentliche Beiträge einbringen, vor allem aus dem Arsenal der Aufklärung, das einer Überprüfung bedarf. Dabei ist beispielsweise zu denken an

Fortsetzung Fußnote von Seite 659

sowie kinderloser Frauen und Ehepaare entgegen. Die gesetzgeberischen Körperschaften dürften daher vorerst auf die Verabschiedung nicht durchzusetzender Gesetze verzichten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 760; Referat 02, Bd. 178549.

Botschafter Hallier, Tokio, teilte am 2. März 1988 mit: „In einem Informationsgespräch mit Rechtswissenschaftlern und Medizinern über den Stand der Diskussion über rechtliche Fragen der Humangenetik konnte der RK-Referent feststellen, daß die rechtliche Diskussion über künstliche Befruchtung, Leihmutterschaft, Kaimbahngenetik, Embryomißbrauch sowie über Kloning und Chimären in Japan noch sehr in den Anfängen steckt. Einige Rechtswissenschaftler beobachten sehr genau die rechtspolitische Entwicklung im Ausland zu den genannten Themenbereichen, aber man hält hier rechtliche Regelungen gegenwärtig noch nicht für notwendig und erforderlich. Man vertraut hier auf die freiwillige Selbstkontrolle der Ärzte und Forscher. […] Nach hiesiger Auffassung entspricht diese Auffassung der japanischen Rechtswissenschaftler zu den Fragen der Humangenetik der üblichen japanischen Haltung, möglichst ohne rechtlich verbindliche Regelungen auszukommen. Solange die freiwillige Selbstkontrolle der Ärzte und der Universitäten funktioniert, wird in Japan auf Rechtsvorschriften in diesem Bereich verzichtet werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 353; Referat 02, Bd. 178549.

35 Dem Vorgang nicht beigefügt.

In der Aufzeichnung des Planungsstabs vom 22. April 1988 zu den im Anhang beigefügten „Materialien" wurden als Anlage 3 a eine „Zusammenstellung aus dem BMJ (Humangenetik)" und als Anlage 3 b eine „Zusammenstellungen der Kommission der Europäischen Gemeinschaft" genannt. Eine Anlage 3 c wurde nicht aufgeführt. Vgl. Referat 02, Bd. 178549.

36 Vgl. dazu Carl Friedrich Freiherr von WEIZSÄCKER, Gehen wir einer asketischen Weltkultur entgegen?, in: derselbe, Deutlichkeit. Beiträge zu politischen und religiösen Gegenwartsfragen, München 1978, S. 60–68.

– die Feststellung Kants, daß die Notwendigkeit der (politischen) Entscheidung über den Horizont der Erkenntnis hinausreicht, und die Weiterführung durch Jonas, daß auch für das, was nicht absehbar ist, Verantwortung übernommen werden muß;
– die Überlegung, daß der These „Wissen ist Macht" das Bedenken „Macht korrumpiert, und absolute Macht korrumpiert absolut", entgegensteht, daß dies nicht nur für die Staatsmacht (gegenüber Bürgern oder anderen Staaten), sondern eben auch für die Wissenschaft und ihre Versuchungen zu gelten hat;
– das Bibelwort „Macht Euch die Erde untertan"[37], das einer neuen, verantwortlichen Definition bedarf. Dabei dürfte das scheinbare Paradoxon gelten, daß der Mensch sich als absolutes Maß der Schöpfung zurücknehmen, also wesentliche Abstriche vom anthropozentrischen Weltbild zu machen hat, wenn er ein humanes Sein sichern will;
– die spezielle Problematik moderner Wissenschaft, wie sie schon in der Atomphysik deutlich wurde und in der Gentechnologie neue Dimensionen gewinnt: daß eine Trennung von Forschung, Entwicklung und Anwendung schwierig oder unmöglich ist, weil Forschungsergebnisse zum Handeln treiben und weil schon Entwicklungen im Modellmaßstab tatsächlich gravierende, nicht rückholbare Eingriffe darstellen können. (Jonas: „Das Experiment ist die Tat").

Auch wenn tatsächlich umsetzbare Resultate einer solchen Ethikdebatte nicht kurzfristig zu erwarten sind, hat sie einen Sinn, wenn sie einer Toleranz gegenüber unterschiedlichen Ideen und gegenüber der Schöpfung dient.

Die Bundesregierung (Kabinettbericht) und das Parlament (Enquête-Kommission) haben darauf hingewiesen, daß internationaler Handlungsbedarf besteht, zunächst im europäischen Bezugsrahmen (Europäische Gemeinschaft; Europarat), aber auch global.

Im europäischen Rahmen sind vor allem folgende Ansatzpunkte für weiterführende Initiativen gegeben:

– Im Europarat auf der Basis eines Prinzipienkatalogs zur Humangenetik (künstliche Befruchtung, Embryonenschutz, Leihmutterschaft, Chimärenverbot), der von einem Sachverständigenausschuß (CAHBI[38]) unter deutscher Beteiligung (BMJ) entwickelt worden ist. Deutscherseits bestehen nur wenige Vorbehalte (vor allem zu heterologer Insemination), während anderen Mitgliedern der

37 1 Mose 1,28.

38 Le Comité ad hoc d'experts sur les progrès des sciences biomédicales.
Für den vom „Ad-hoc-Sachverständigenausschuß Fortschritte in der biomedizinischen Wissenschaft (CAHBI)" am 8. April 1987 dem Europarat in Straßburg vorgelegten Enwurf einer Empfehlung des Ministerkomitees der Mitgliedstaaten über die künstliche Befruchtung beim Menschen vgl. Referat 200, Bd. 141804.
Botschaftsrat I. Klasse Praller, Straßburg (Europarat), informierte am 26. April 1988 über die Behandlung des Entwurfs bei der Sitzung der Ministerbeauftragten des Europarats vom 18. bis 27. April 1988: „Der irische Vertreter erklärte, daß die aufgeworfenen Probleme in Irland von verfassungsrechtlicher Bedeutung seien. Der CAHBI-Bericht sei dem irischen Parlament zur Kenntnis gebracht worden, wobei natürlich klargestellt worden sei, daß die Ministerbeauftragten noch keine Entscheidung getroffen hätten." Liechtenstein habe den Entwurf in seiner derzeitigen Fassung als nicht annehmbar bezeichnet und erklärt, „der Entwurf sei ein ‚totgeborenes Kind' und habe keine Aussicht, angenommen zu werden. Man solle die Behandlung des Entwurfs aufgeben." Vgl. den Schriftbericht Nr. 261; Referat 200, Bd. 141804.

Entwurf als zu weitgehend oder nicht weitgehend genug erscheint (vgl. Anhang/Materialien 1 d[39]).

(Die sachliche Zuständigkeit liegt bei Ref. 430; die formale Zuständigkeit bei Ref. 200. Eine abschließende Behandlung des Prinzipienkatalogs ist nach Einschätzung von Ref. 200 wegen der gebotenen Einstimmigkeit im Ministerkomitee zunächst nicht zu erwarten.)

– In der Europäischen Gemeinschaft hat BM Riesenhuber mit der Anregung bioethischer Konferenzen speziell zum Thema Embryomißbrauch eine humangenetische Initiative ergriffen.[40] Die Kommission hat Entwürfe für einen Teilbereich der Gentechnologie (Richtlinien für Freisetzungen und Industrienutzung/Sicherheit in geschlossenen Systemen) vorgelegt.

Über den europäischen Bereich hinaus werden gentechnologische Fragen im Rahmen der Weltwirtschaftskonferenzen angesprochen, speziell durch

– Konferenzen von Fachwissenschaftlern zur Bioethik (Hakone-Typ-Konferenzen[41]); mit deutscher Beteiligung, bisher ohne operative Umsetzung;
– eine japanische Initiative „Human Frontier Science Program (HFSP)", deren Organisationsform und Zielsetzung noch unklar sind.[42]

Im KSZE-Prozeß sind seitens der Bundesregierung Vorschläge für den Austausch von Daten zu biotechnologischer Sicherheit (als Einstiegsmöglichkeit für eine breitere West-Ost-Diskussion) eingeführt worden.

Als großes, zukunftsweisendes Thema, das in besonderer Weise die Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd (Ernährung), das Wohl und Wehe der Menschen rund um die Erde (Gesundheit; Verhinderung biologischer Kriegführung) und das Wesen des Menschen an sich betrifft, gehört die Gentechnologie, speziell die Humangenetik, vor allem in die Zuständigkeit der Vereinten Nationen.

BM Genscher hat in seiner Rede vor der 39. Generalversammlung der Vereinten Nationen bereits 1984 einen entsprechenden Appell an die Weltorganisation gerichtet (vgl. Anhang/Materialien 4 a[43]).

39 Der Entwurf eines Prinzipienkatalogs zur Humangenetik war dem Vorgang nicht beigefügt.

40 Am 22. November 1988 hielt Vortragender Legationsrat I. Klasse von Rohr fest: „Eine von D initiierte Wissenschaftler-Konferenz der EGK lief am 7.–9.11.88 in Mainz. Ergebnisse sind noch abzuwarten." Vgl. Referat 430, Bd. 163056.

41 Vortragender Legationsrat Rudolph notierte am 17. Mai 1984, die „Conference on Life Sciences and Mankind" vom 19. bis 22. März 1984 in Hakone gehe „auf einen Vorschlag zurück, den der japanische Ministerpräsident Nakasone im Mai 1983 auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg unter Zustimmung der übrigen Gipfelteilnehmer gemacht hatte […]. Bei der Hakone-Diskussion ethischer Probleme der Gentechnologie, der Biotechnik und der Biomedizin wurde die wachsende Bedeutung dieses Fragenbereichs anerkannt. Gleichzeitig überwog die Meinung, daß auf absehbare Zukunft mit unterschiedlichen Meinungen zu Einzelfragen zu rechnen sei und daß diese Unterschiedlichkeit respektiert werden sollte. Es sei daher zur Zeit nicht ratsam, gesetzliche Lösungen zu Einzelfragen anzustreben." Vgl. Referat 02, Bd. 178549.

42 Am 22. November 1988 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Rohr zum Human Frontier Science Program: „Neben Hirnforschung (Neuro-Science) ist die Genom-Analyse (an höheren Lebewesen und am Menschen) Ziel dieses neuen, transkontinentalen Forschungsansatzes, der im Umfeld des Weltwirtschaftsgipfels (JAN/USA/CAN/EG) konzipiert wurde. Diese Wissenschaftler-Initiative ist weder organisatorisch noch finanziell gesichert. Das letzte einer Reihe von Gesprächen mit jap[anischen] Delegationen (26.10.88) offenbarte erneut ungeklärte jap. organisatorische und finanzielle Vorstellungen." Vgl. Referat 430, Bd. 163056.

Empfehlung:

– Erneuter Appell in der Rede des Bundesministers vor den VN im September 1988[44] unter Hinweis auf den Appell von 1984 und die zwischenzeitlichen Entwicklungen mit der Zielvorstellung einer internationalen Ethik-Konvention und internationaler Sicherheitsstandards;
– Vorbereitende Initiativen in der Weltgesundheitsorganisation/WHO (Empfehlung der Ständigen Vertretung New York sowie der Ständigen Vertretung Wien; nach Bericht der Ständigen Vertretung Genf ist bei der WHO das Hereditary Diseases Programme u. a. mit einem Teilbereich der Humangenetik befaßt);
– Einleitung einer intensiven Diskussion ethischer Fragen der Gentechnologie in der UNESCO (Empfehlung Referat 430);
– Weiterführung der Initiativen in der OECD – „National Experts on Biotechnology" des Committee of Science and Technology Policy – (Empfehlung Referat 430).[45]

Als substantieller Kern von humangenetischen Initiativen erscheint der Entwurf des Prinzipienkatalogs des Europarats auch für andere Gremien geeignet (vgl. Anhang/Materialien 1d).

Citron

Referat 02, Bd. 178549

Fortsetzung Fußnote von Seite 662

43 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Bundesminister Genscher betonte am 26. September 1984 vor der VN-Generalversammlung in New York, daß „die Gentechnologie der Dritten Welt neue und große Möglichkeiten für die Landwirtschaft und die Lösung des Ernährungsproblems bieten" werde. Vgl. BULLETIN 1984, S. 963.

44 Am 28. September 1988 führte Bundesminister Genscher vor der VN-Generalversammlung in New York aus: „Die Gentechnologie wird dem Menschen schon bald die Macht geben, sich selbst zu verändern. Hieraus ergibt sich die Frage nach unserem Selbstverständnis als Menschen. Diese Frage kann kein Biogenetikerkongreß, kein Staat, diese Frage kann nur die Menschheit beantworten. Ihre Behandlung gehört daher in die Vereinten Nationen." Vgl. BULLETIN 1988, S. 1101.

45 Vortragender Legationsrat Wölker notierte am 28. Oktober 1988 zu den Bemühungen um internationale Regelungen im Bereich der Bio- und Gentechnologien: „Schon jetzt finden internationale Abstimmungen zur Wahrung nationaler Belange und der Sicherung der internationalen Kompatibilität nationaler Regelungen statt: auf EG-Ebene, wo Regelungen für Teilbereiche der Gentechnologie vorbereitet werden (‚contained use', ‚deliberate release' von gentechnisch veränderten Mikroorganismen); auf OECD-Ebene laufen z. Zt. Diskussionen über Leitlinien zu ‚contained use' und ‚deliberate release'; auf UNESCO-Ebene, wo der GS von deutscher Seite gebeten wurde, einen international akzeptablen ethischen Grundkonsens im Bereich der Humangenetik herbeizuführen; auf ECE-Ebene, wo eine deutsche Initiative, über die Systemgrenzen hinweg die bestehenden Sicherheitsregeln im Bereich der Biotechnologie zu inventarisieren, vorerst am Veto USA/GB/CAN scheiterte; auf der KSZE-Ebene, wo ein deutscher Vorschlag zum Informationsaustausch im Bereich der bio- und gentechnologischen F[orschung]u[nd]E[ntwicklung] eingebracht wurde." Vgl. Referat 430, Bd. 163056.

122

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher

201-363.39 SOW-491/88 geheim **22. April 1988**[1]

Über Herrn D2[2], Herrn Staatssekretär[3] Herrn Bundesminister[4] zur Unterrichtung

Betr.: Sowjetische Post-INF-Maßnahmen im nuklearen Bereich

Bezug: 1) DB Brüssel NATO Nr. 419 vom 21.3.1988[5]
2) DB Brüssel NATO Nr. 481 vom 6.4.1988[6]

Anlg: 3 (nur beim Original)[7]

Zweck der Vorlage: Ihre Weisung auf Bezug 1)[8] (Anlage 1)

Sie baten um Bewertung der Hauptaussagen aus dem DIA (Defense Intelligence Agency)-Vortrag vor der HLG (17./18.3.) über die sowjetischen nuklearen Fähigkeiten nach INF. Berücksichtigt wurden zwei weitere DIA-Vorträge in Ratssitzung (6.4.) und im BMVg (20.4.). Texte der Vorträge liegen nicht vor. Vom BMVg war auch keine Stellungnahme zu erhalten.

I. Zielrichtung der Vorträge war es, zu demonstrieren, daß

– durch INF-Vertrag prinzipielle Fähigkeit der SU zur Zielabdeckung in Europa nicht nennenswert eingeschränkt wird;

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher und Legationsrat I. Klasse Beck konzipiert.

2 Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 27. April 1988 vorgelegen.

3 Hat Staatssekretär Sudhoff am 28. April 1988 vorgelegen.

4 Hat Ministerialdirigent Jansen am 28. April 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 19. Oktober 1988 vorgelegen, der handschriftlich den „Rücklauf von BM“ über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 19. Oktober 1988 vorgelegen.

5 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), resümierte eine Stellungnahme der amerikanischen Defense Intelligence Agency (DIA) vor der High Level Group (HLG) der NATO zu den Moderniserungsmaßnahmen der UdSSR im nuklearen Bereich und den ihr daraus erwachsenden „Zielabdeckungsmöglichkeiten gegen Europa“. Hansen stellte fest: „Das Bild, das gezeigt wurde, beruhte teilweise auf gesicherten Erkenntnissen, zum Teil auf mechanistischen Trendfortschreibungen und Projektionen, die kaum nachzuvollziehen waren. Es stellt sich Frage, ob SU derartiges Programm angesichts auch dort begrenzter Ressourcen durchführen kann oder ob sie nicht stärker als bisher Modernisierungsschwerpunkte setzten muß und wird.“ Das Fernschreiben hat Bundesminister Genscher am 26. März 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Sudhoff mit der Bitte um Wiedervorlage am 15. April 1988 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ich bitte um Bewertung dieses Vorbringens.“ Vgl. VS-Bd. 12144 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

6 Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), berichtete über einen Vortrag eines Mitarbeiters der amerikanischen Defense Intelligence Agency (DIA) vor dem Ständigen NATO-Rat am 6. April 1988 zu den Zielabdeckungsmöglichkeiten der sowjetischen Nuklearstreitkräfte. Rantzau wies darauf hin: „Vortrag war noch deutlicher […] auf Zwecksetzung gerichtet: Verdeutlichung, daß SU bereits konsequent durchführt, worüber NATO sich noch im Entscheidungsprozeß befindet: fortlaufende Modernisierung aufgrund langfristiger Planungen einerseits und Anpassungen aufgrund INF-Abkommen andererseits. Dies dürfte auch ‚erkenntnisleitendes Interesse‘ des Vortrags anläßlich der nächsten NPG sein.“ Vgl. VS-Bd. 12078 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

7 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 5, 6 und 17.

8 Vgl. Anm. 5.

– SU bereits Modernisierungen und Umstrukturierungen durchführt, um ihre Zielabdeckungsmöglichkeiten an die Auswirkungen des INF-Vertrages anzupassen. Dazu gehören fortlaufende Modernisierung aufgrund langfristiger Planungen und Anpassungen aufgrund des INF-Abkommens.

Das Gesamtfazit zog der DIA-Vortragende in der Diskussion selbst, als er sagte, daß die Stationierung der SS-21 in Polen die einzige spezifische Anpassungsmaßnahme nach Unterzeichnung des INF-Vertrages sei, daß aber über das gesamte Streitkräftespektrum alle Modernisierungen fortgesetzt würden. Entsprechend basieren die DIA-Aussagen über Fortführung laufender sowjetischer Modernisierungen weitgehend auf gesicherten Erkenntnissen. Dies gilt insbesondere:

– für die 1987 eingeführten modernen mobilen Interkontinentalraketen (ICBM; SS-24, SS-25);
– für das seit 1986 erprobte Folgemodell der schweren SS-18;
– für die 1986 eingeführte modernste SLBM (SSN-23), für die bereits ein Folgemodell entwickelt wird;
– für die 1987 eingeführten ersten beiden weitreichenden seegestützten Marschflugkörper (SLCM) der SU;
– für die für 1989 erwartete Einführung des strategischen Bombers Blackjack, der ebenso wie der 1984 eingeführte Bear-H mit luftgestützten Marschflugkörpern (ALCM) ausgerüstet werden kann.

Begründet scheint die Annahme, daß die SU die durch den INF-Vertrag wegfallenden Zielabdeckungsoptionen (insbesondere SS-20) hauptsächlich über ICBM und SLBM ersetzen wird. Insbesondere die modernen ICBM (SS-25, SS-24) haben die technischen Fähigkeiten dazu. Zuverlässige Aussagen sind jedoch nicht möglich, da die NATO die sowjetische Zielplanung nicht kennt, sondern nur aus Doktrin, Ausbildung und Kräftedislozierung ableiten kann. Verläßliche Aussagen über die sowjetischen Zielabdeckungsfähigkeiten nach START sind ebenfalls heute noch nicht möglich, da neben der noch nicht endgültig geregelten Frage der Zwischengrenzen für wichtige Umstrukturierungs-optionen wie SLCM und ALCM eine Einigung noch aussteht.

Spekulativ erscheinen die US-Aussagen über künftige sowjetische Modernisierungen im operativ taktischen Bereich (bis 1000 km). Gesicherte Erkenntnisse über eine moderne weiterreichende Scud und eine SS-21-Nachfolge für Mitte der 90er Jahre mit einer Reichweite von ca. 450 km liegen nicht vor. Weder unser nationaler noch der US-Streitkräftevergleich (Soviet Military Power)[9] machen – im Gegensatz zu den anderen Reichweiten – hierzu Angaben. DIA-Chef[10] machte geltend, verläßliche Beweise für verbesserte GKs[11] und Leitsysteme sowjetischer SRBM[12] zu haben. Weniger gut seien die Beweise für eine Reichweitensteigerung.

II. Im einzelnen zu DIA-Ausführungen gemäß DB Nr. 419 (unterstrichen):

1) Bei taktisch operativen Systemen (bis 1000 km) ist von folgenden Entwicklungen auszugehen:

9 Vgl. SOVIET MILITARY POWER 1987, hrsg. von Caspar W. Weinberger, Washington D. C. 1987.
10 Leonard H. Perroots.
11 Gefechtsköpfe.
12 Short-Range Ballistic Missiles.

– SU wird für die vorhandenen SNF (Flugkörper) neue Systeme entwickeln mit größerer Reichweite (bis 500 km) und Zielgenauigkeit. Eine SS-23-Variante wurde bereits getestet.
– Bei der Artillerie kann man z. Z. von 9000 nuklearfähigen Rohren ausgehen, für 1996 wird die Zahl auf 14 000 steigen.[13]

Nach einer BND-Analyse hat die Bedrohung durch Kurzstreckenraketensysteme (SRBM) im Zeitraum 1977 bis 1987 in Europa quantitativ nur gering, vor allem aber durch Modernisierung qualitativ zugenommen. So wurde die bereits 1961 eingeführte Scud (300 km) vorübergehend durch die jetzt vom INF-Vertrag erfaßte SS-23 ersetzt. Die 1969 eingeführte FROG (90 km) wurde bis heute zu 20% durch die zielgenauere SS-21 (120 km) ersetzt (156 SS-21, 621 FROG). Eine Leistungssteigerung der veralteten Scud, die die SS-23-Rolle wohl wieder übernehmen muß, oder Entwicklung eines neuen zielgenaueren Raketensystems mit einer Reichweite um 400 km wird in der BND-Analyse lediglich vage angedeutet. Für die DIA-Angaben zu einer modernisierten weiterreichenden Scud und einer modernisierten SS-21 Anfang der 90er Jahre und einer SS-21-Nachfolge Mitte der 90er Jahre mit einer Reichweite von ca. 450 km liegen keine gesicherten Erkenntnisse vor. Sie scheinen eher spekulativ. Auch der US-SKV[14] (Soviet Military Power 87) spricht nur allgemein von Verbesserungen der Zielgenauigkeit und der Gefechtsköpfe, ohne Nennung konkreter neuer Systeme.

2) SU wird bisherige SS-20-Ziele kurzfristig vor allem mit ICBM und SLBM abdecken.[15]

Alle sowjetischen ICBM – außer der schweren SS-18, die ausschließlich auf US-ICBM gerichtet sind – wurden auch über kürzere Distanzen getestet. Insbesondere die beiden neuesten strategischen Flugkörpersysteme, die straßenmobile SS-25 und die schienenmobile SS-24 (10 MIRV[16]) sind technisch zur Zielabdeckung in Europa – die SS-25 sogar bei höherer Zielgenauigkeit – in der Lage (s. hierzu Aufzeichnung vom 7.10.1987, „Verwundbarkeit Westeuropas durch bodengestützte sowjetische strategische Waffen", Anl. 3[17]). Die Verlegung der älteren Yankee U-Boote von der US-Ostküste nach Europa dient nach US-Auffassung ebenfalls der Abdeckung europäischer Ziele mit SLBM. Darüber hinaus kommen SLBM der Nordflotte (SSN-5, -6, -8) für Zielabdeckung in Europa in Betracht.

3) Selbst nach Vollzug eines START-Abkommens[18] wird die SU alle ihre wichtigen Ziele abdecken können.[19]

13 Der Passus „II. Im einzelnen … auf 14 000 steigen" wurde in der Vorlage als Zitat aus dem Drahtbericht Nr. 419 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 21. März 1988 kenntlich gemacht.
14 US-Streitkräftevergleich.
15 Dieser Satz wurde in der Vorlage als Zitat aus dem Drahtbericht Nr. 419 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 21. März 1988 kenntlich gemacht.
16 Multiple Independently Targetable Reentry Vehicle.
17 Dem Vorgang beigefügt. Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher vgl. AAPD 1987, II, Dok. 278.
18 Am 6. Mai 1988 vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, die Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium, Ridgway, habe bei den Vierertreffen der Politischen Direktoren am 29. April 1988 in London dargelegt, daß bei den amerikanisch-sowjetischen START-Verhandlungen zu drei Bereichen „eine sehr vertiefte Diskussion stattfinde: Zählregel für ALCM […], SLCM und mobile ICBM, für die SU eine Begrenzung von 1600 G[efechts]K[öpfe] vorgeschlagen habe, zu der es noch keine amerikanischen Vorstellungen gebe. Sie wollte es nicht ausschließen, daß es bis zum Gipfel hier

Zu einem von den US angestrebten Verbot mobiler Systeme – damit der besonders wichtigen Zielabdeckungsoptionen SS-25, SS-24 – wird es bei START wegen sowjetischem Widerstand voraussichtlich nicht kommen. Damit fallen diese Systeme lediglich unter die Obergrenze von 4900 Gefechtsköpfen auf ballistischen Flugkörpern. Von den weiteren Zielabdeckungsoptionen, den luft- und bodengestützten Marschflugkörpern (ALCM, SLCM) und Flugzeugen sind die INF-Flugzeuge bisher rüstungskontrollpolitisch nicht erfaßt. Die Art der Erfassung von ALCM durch START und die Begrenzung der SLCM im Zusammenhang mit START sind noch nicht geregelt. Daher steht noch nicht endgültig fest, welche Zielabdeckungsmöglichkeiten der SU nach Abschluß eines START-Abkommens verbleiben. Insbesondere die sich abzeichnende Zulassung mobiler ICBM spricht aber für die Annahme militärischer Stellen, daß ihr ausreichende Zielabdeckungsmöglichkeiten verbleiben werden. Gesicherte Aussagen sind aber nicht möglich, da – wie DIA-Vortragender einräumt – zuverlässige Informationen über sowjetische Zielplanung fehlen. Zielplanung wird vielmehr aus Doktrin, Ausbildung und Kräftedislozierung abgeleitet.

4) SU modernisiert mit Schwerpunkt SLBM-Dispositiv in Richtung auf größere Überlebensfähigkeit und Zielgenauigkeit. Es ist davon auszugehen, daß sie Anfang der 90er Jahre gehärtete Ziele von U-Booten aus bekämpfen kann.[20]

Ansicht wird von BND geteilt. Ein für die 90er Jahre erwartetes Folgemodell der neuesten, 1986 eingeführten SLBM (SSN-23) könnte über eine verbesserte Zielgenauigkeit (CEP[21] 100–300 m statt bisher 500 m) Einsatz gegen gehärtete Ziele ermöglichen. BND erwartet Beginn der Flugerprobung eines der drei möglichen Systeme noch für 1988. SU unternimmt auch große Anstrengungen, die Abwehrfähigkeit der U-Boote zu erhöhen.

5) Weitere Zielabdeckungsmöglichkeiten gegen Europa verschafft sich die SU durch SLCM mit einer Reichweite von 3000 km, stationiert auf U-Booten und Unterwasserschiffen.[22]

Seit Mai 1987 hat die SU mit der SSN-21 ihre erste weitreichende (3000 km, nach BND 185 Systeme) SLCM einsatzbereit. Mit der SSN-24 hat sie seit Ende 1987 eine zweite größere überschallschnelle weitreichende (2400 km) SLCM eingeführt (BND/DIA: zwölf Stück).

6) SU modernisiert und verstärkt strategische und taktische Bomberflotte und rüstet Flugzeuge mit ALCM aus.[23]

Mit der 1989 erwarteten Einführung des Blackjack wird die SU neben dem 1984 eingeführten Bear-E einen zweiten strategischen Bomber mit ALCM ausrüsten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 666

Lösungsansätze und vielleicht auch den Entwurf eines Textes zur Weitergeltung von ABM gebe. Wenn bis zum Gipfel kein START-Abkommen mehr zustande komme, würden auf jeden Fall die Verhandlungen auch danach fortgesetzt werden". Vgl. VS-Bd. 13027 (204); B 150, Aktenkopien 1988.

19 Dieser Satz wurde in der Vorlage als Zitat aus dem Drahtbericht Nr. 419 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 21. März 1988 kenntlich gemacht.

20 Dieser Absatz wurde in der Vorlage als Zitat aus dem Drahtbericht Nr. 419 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 21. März 1988 kenntlich gemacht.

21 Circular Error Probable.

22 Dieser Satz wurde in der Vorlage als Zitat aus dem Drahtbericht Nr. 419 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 21. März 1988 kenntlich gemacht.

23 Dieser Satz wurde in der Vorlage als Zitat aus dem Drahtbericht Nr. 419 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 21. März 1988 kenntlich gemacht.

Bei der taktischen Bomberflotte erreichte dagegen das laufend zugeführte jüngste sowjetische Modell Backfire bereits 1974 die Einsatzreife. (Tornado und F-16 der NATO wurden später eingeführt.) Alle sowjetischen LRINF-Flugzeuge (Badger, Blinder, Backfire) sind mit ALCM ausgerüstet.

7) Die SU führt alle Modernisierungsmaßnahmen durch, ohne den Gesamtbestand der Gefechtsköpfe zu verringern.[24]

Es entspricht bisheriger Erfahrung, daß die SU Modernisierungen „one for one" durchführt und nicht wie die NATO mit Reduzierungen (seit 1980 einseitig 2400 GK) verbindet.

8) In der sowjetischen Doktrin ist die Unterscheidung zwischen taktisch-operativen Systemen (0 bis 1000 km) und strategischen Systemen (ab 1000 km) wichtig.[25]

1000 km Distanz entsprechen in etwa der Entfernung von der innerdeutschen Grenze (d.h. der Demarkationslinie zwischen den beiden Bündnissystemen) bis zur sowjetischen Westgrenze. Nach sowjetischer Auffassung läßt sich ein Konflikt nach Überschreiten der Schwelle zu „strategischen" Waffen, d.h. nach Nuklearwaffeneinsatz auf sowjetischem Gebiet, nicht mehr kontrollieren. Die SU strebt daher danach, das eigene Gebiet aus einem nuklearen Konflikt auszuklammern. Für das westliche Bündnis gilt dagegen der in den „Allgemeinen Politischen Richtlinien"[26] niedergelegte Grundsatz, daß im Interesse der Glaubwürdigkeit der Abschreckung sowjetische Planer nie zu der Einschätzung kommen dürfen, das Territorium der SU könne ein „Sanktuarium" bilden.

Dreher

VS-Bd. 12144 (201)

24 Dieser Satz wurde in der Vorlage als Zitat aus dem Drahtbericht Nr. 419 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 21. März 1988 kenntlich gemacht.

25 Dieser Satz wurde in der Vorlage als Zitat aus dem Drahtbericht Nr. 419 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 21. März 1988 kenntlich gemacht.

26 Die auf der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) am 21./22. Oktober 1986 in Gleneagles verabschiedeten General Political Guidelines (GPG) der NATO regelten das Vorgehen beim Nuklearwaffeneinsatz im Rahmen der Strategie der „flexible response". Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 178, und AAPD 1986, II, Dok. 229, Dok. 246 und Dok. 302.

123

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-11977/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 25. April 1988, 21.10 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 566 **Ankunft: 25. April 1988, 22.02 Uhr**
Citissime

Betr.: Ministerrat am 25.4.1988 mit Bericht Shultz über Gespräche in Moskau (21.–24.4.1988)[2]

Zur Unterrichtung

I. 1) Shultz wies zu Beginn ausführlicher Unterrichtung auf in letzten drei Jahren positive Entwicklung im sowjetisch-amerikanischen und allgemein im Ost-West-Verhältnis hin. Diese erfordere jedoch besonders gründliche und sorgfältige Behandlung der Ost-West-Probleme. Gerade in Zeiten von Veränderungen sei Zusammenhalt und Vitalität Bündnisses notwendig. Gleichzeitig sei es aber schlechtester Zeitpunkt, sich zurückzulehnen oder von bewährter Allianzpolitik abzuweichen. Es gelte auch, Bündnis stark zu erhalten und das für Verteidigung Notwendige zu tun. Shultz würdigte in diesem Zusammenhang italienische Reaktion hinsichtlich Frage Unterbringung 401. US-F-16-Geschwaders.[3]

Shultz konkretisierte positive Bilanz im Ost-West-Verhältnis mit Hinweis auf:

– Stockholmer KVAE-Dokument[4],
– INF-Abkommen,
– Vereinbarung über Zentren zur Verminderung nuklearen Kriegsrisikos[5],
– Fortschritte bei START-Verhandlungen,
– positive Entwicklung Genfer CW-Verhandlungen,

1 Das von Gesandtem Lohse, Brüssel (NATO), konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 33.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 26. April 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 11. Mai 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Kölsch vorgelegen.

2 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz vom 21. bis 24. April 1988 in der UdSSR vgl. auch Dok. 129. Vgl. dazu ferner FRUS 1981–1988, VI, Dok. 144–147.

3 Zur Verlegung eines Geschwaders amerikanischer Kampfflugzeuge von Spanien nach Italien vgl. Dok. 112, Anm. 10.

4 Für den Wortlaut des „Dokuments der Stockholmer Konferenz" vom 19. September 1986 vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253.

5 Vortragender Legationsrat Wagner hielt am 13. Oktober 1987 fest: „Die Außenminister Shultz und Schewardnadse unterzeichneten am 15.9.1987 in Washington ein Abkommen über die Etablierung sog. ‚Nuclear Risk Reduction Centers' (NRRC), deren Arbeit einen durch Mißverständnisse, Fehlkalkulationen oder mögliche Zwischenfälle verursachten Kriegsausbruch verhindern soll. […] In beiden Hauptstädten sollen – etwa innerhalb von zwölf Monaten – Kommunikationszentren eingerichtet werden, die über eine Satellitendirektverbindung mit großer Geschwindigkeit Texte und Graphiken austauschen können. […] Über diesen neuen Kommunikationsweg wollen beide Seiten sich vor allem Mitteilungen über geplante Raketentests zukommen lassen". Vgl. Referat 213, Bd. 143586.
Für den Wortlaut des Abkommens vom 15. September 1987 zwischen den USA und der UdSSR über die Einrichtung von Zentren zur Verminderung des nuklearen Risikos vgl. UNTS, Bd. 1530, S. 386–392. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 572–576.

– Fortschritte auf Wege zu Verhandlungen über konventionelle Stabilität,
– Lösung regionaler Probleme, besonders Genfer Abkommen über Afghanistan[6],
– Fortschritte im Bereich Menschenrechte,
– Fortschritte in bilateralen Angelegenheiten.

2) Im Bereich START seien noch sehr schwierige Fragen zu lösen: ALCM, SLCM, mobile ICBMs, Zwischengrenzen, Verifikation, ABM/Weltraum.

Amerikaner hätten ihre bisherige Position, für jeden ALCM-fähigen schweren Bomber zehn ALCMs anzurechnen, aufrechterhalten.

Angesichts Schwierigkeit, Verifikation für SLCMs zu finden, sehe er keinen anderen Weg, als Problem durch einseitige Erklärungen[7] beider Seiten (deklaratorischer Ansatz) zu lösen. Nitze wies ergänzend darauf hin, daß man amerikanischerseits Möglichkeit gefunden habe, nukleare und konventionelle ALCMs zu unterscheiden[8]. Dies gelte jedoch nicht für SLCMs.

Was Verifikation mobiler ICBMs angehe, sei amerikanische Seite zuversichtlich, Lösung zu finden. Besondere Sorgen mache man sich über nicht stationierte mobile Raketen. Shultz teilte mit, SU habe erstmals Zahlen für auf Gefechtsköpfe mobiler Raketen bezogene Zwischengrenze genannt. Zahl von 1600 sei allerdings zu hoch, ermögliche aber zumindest Beginn konkreter Erörterung. Im Bereich Weltraum sei es zu begrüßen, daß SU endlich eigenen Vertragsentwurf vorgelegt habe.

3) Auch bei CW habe es Fortschritte gegeben. Dies gelte besonders für Einigung über Testinspektionen zur Überprüfung Verifikationsmöglichkeiten[9]. US werde darüber mit amerikanischer Industrie sprechen. Es sei zu hoffen, daß SU Vorschlag in Genf vorlege. Übereinstimmung sei auch darüber erzielt worden, daß acht Jahre nach Inkrafttreten Verbotsabkommens Überprüfung Verifikationsverfahrens vorgenommen werden solle. Ferner sei man sich darüber einig gewesen, daß während Eliminierungsphase zunächst Parität sowjetischer und amerikanischer CW-Bestände angestrebt werden solle.

6 Zu den Abkommen über Afghanistan vom 14. April 1988 vgl. Dok. 107, Anm. 10.

7 Der Passus „Verifikation für SLCMs … durch einseitige Erklärungen“ wurde von Vortragendem Legationsrat Kölsch durch Kreuz hervorgehoben.

8 Der Passus „Möglichkeit gefunden … zu unterscheiden“ wurde von Vortragendem Legationsrat Kölsch hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

9 Die Wörter „Testinspektionen zur Überprüfung Verifikationsmöglichkeiten“ wurde von Vortragendem Legationsrat Kölsch hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.
Vortragender Legationsrat I. Klasse von Moltke notierte am 6. Mai 1988, die Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium, Ridgway, habe am 29. April 1988 in London zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über ein Chemiewaffenverbot dargelegt, die Verhandlungspartner „befaßten sich mit einem gemeinsamen Papier zur Beseitigung der Produktionsstätten und der Vernichtung der Bestände. Hierzu seien die Standpunkte weitgehend angenähert. Die SU sei insbesondere auch an der Erfassung der neuen binären CW interessiert. Zu dem mandatorischen Verdachtskontrollen hätte die SU ein klares Ja oder Nein der USA gefordert. Die USA hätten ihrerseits auf sowjetischen Vorschlägen zum Verfahren bestanden, die jedoch bisher ausgeblieben seien. Für den Gipfel strebe die SU eine größere Erklärung zu CW an. Auf amerikanischer Seite sei man nur zur Erwähnung in der gemeinsamen Erklärung bereit. […] Die Administration werde weiter auf Fortschritt drängen; niemand solle an ihrer Ernsthaftigkeit, ein Verbot zu erreichen, zweifeln. Die SU habe jetzt einen Vorschlag zu Testinspektionen in der chemischen Industrie gemacht, der gegenwärtig auf US-Seite geprüft werde.“ Vgl. VS-Bd. 13027 (204); B 150, Aktenkopien 1988.

Shultz wies ferner auf Fortschritte auf Gebiet Nukleartests[10] hin (baldige Durchführung vereinbarter Tests, Aussichten für Unterzeichnung Verifikationsprotokolls für PNET[11] und TTBT[12] auf Moskauer Gipfel[13]).

Bei KRK-Thematik hätten Amerikaner erneut darauf hingewiesen, daß es sich hier um Probleme handele, die in von Bündnis zu Bündnis geführten Verhandlungen behandelt würden und sich grundsätzlich nicht für bilaterale Gespräche oder gar Absprachen eigneten. Sowjetische Haltung zu doppelt einsatzfähigen Systemen habe sich nicht geändert.[14] Amerikanischerseits rechne man mit Lösung dieser Frage, wenn Allianz an ihrer Position entschlossen festhalte. US habe Sowjets gedrängt, in Wien auf Gebiet Menschenrechte längst fällige Schritte zu tun, um zu ausgewogenem Gesamtergebnis zu gelangen. Man habe auf Unterschiede sowjetischer Äußerungen in Moskau und Wien aufmerksam gemacht. Es sei sehr positiv zu werten, daß sich in gemeinsamer Moskauer Erklärung SU mit Formulierung Notwendigkeit „balanced outcome“ einverstanden erklärt habe.[15]

4) Bei Erörterung regionaler Fragen habe zum ersten Mal nicht Afghanistan, sondern Naher Osten im Mittelpunkt gestanden. Amerikanische maritime Aktivitäten im Golf seien von Sowjets nur am Rande angesprochen worden. Neu eingeführt von SU sei Thema Zypern[16]. US seien jedoch Auffassung, daß Frage nicht in Rahmen bilateraler Verhandlungen passe.

5) Zusammenfassend stellte Shultz fest, daß erneut Fortschritte erzielt worden seien. Gorbatschow habe ihn durch Schewardnadse ausdrücklich wissen lassen, daß er positive Einschätzung teile. Um Gipfelvorbereitungen weiter voranzu-

10 Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über einen nuklearen Teststopp in Genf vgl. Dok. 11, Anm. 24.

11 Für den Wortlaut des Vertrags vom 28. Mai 1976 zwischen den USA und der UdSSR über unterirdische Kernsprengungen zu friedlichen Zwecken (PNET) mit dazugehörigem Protokoll vgl. UNTS, Bd. 1714, S. 431–472. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 539–542.

12 Für den Wortlaut des Vertrags vom 3. Juli 1974 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche (TTBT) sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 217 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 364–367. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 197 und Dok. 200.

13 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

14 Botschafter Hartmann, Wien (KRK-Delegation), berichtete am 24. März 1988, der Militärberater der sowjetischen KRK-Delegation, Tatarnikow, habe zu den zweifach verwendbaren Waffensystemen ausgeführt: „‚Dual-capable means‘ umfaßten nach sowjetischer Ansicht Artillerie, Flugzeuge und Raketen und müßten in die KRK-Verhandlungen einbezogen werden. Auf Hinweis auf die im Kommuniqué von Reykjavik enthaltene Perspektive gesonderter Verhandlungen für Raketen unter 500 km Reichweite für amerikanische und sowjetische bodengestützte Raketen erklärte T[atarnikow], daß solche bilateralen Verhandlungen nicht akzeptabel seien, da auf diesem Gebiet eine erhebliche Überlegenheit der SU bestünde und die SU deshalb sehr stark asymmetrische Reduzierungen akzeptieren müßte. Der Westen habe eine Überlegenheit bei Strike-Flugzeugen. Man müsse deshalb die drei vorgenannten Kategorien von ‚dual-capable means‘ in einer Verhandlung behandeln. Hinzu komme, daß bilaterale Verhandlungen die britischen und französ[ischen] Systeme außer acht ließen. Nur die Einbeziehung in KRK gewährleiste, daß alle diese Aspekte berücksichtigt und ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden könne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 471; VS-Bd. 11541 (221); B 150, Aktenkopien 1988.

15 Zum Abschluß der Gespräche des amerikanischen Außenministers Shultz mit seinem sowjetischen Amtskollegen Schewardnadse am 21./22. April 1988 in Moskau wurde eine Gemeinsame sowjetisch-amerikanische Erklärung veröffentlicht. Für den Wortlaut vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 23./24. April 1988, S. 5.

16 Die Wörter „Thema Zypern“ wurden von Vortragendem Legationsrat Kölsch hervorgehoben. Dazu Fragezeichen und handschriftlicher Vermerk: „Warum?“

treiben, werde man sich am 11. und 12. Mai in Genf noch einmal treffen.[17] Es seien noch schwierige Probleme zu lösen, doch dürfe man sich dadurch nicht entmutigen lassen. Dies gelte auch für Problem im Zusammenhang mit Abkommen über 50 v. H.-Reduzierung strategischer Systeme. Dabei müsse man im Auge behalten, daß diese Herzstück Abschreckung Westens seien. Ziel sei gutes und verifizierbares Abkommen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß solches Abkommen bis zum Gipfel erreicht werden könne, obwohl es zunehmend unwahrscheinlicher werde. Auf alle Fälle müßten bis zum Gipfel so viele Fortschritte wie möglich gemacht werden. Bereits jetzt lasse sich sagen, daß zwischen Gipfeltreffen in Washington[18] und bevorstehendem Moskauer Gipfel im START-Bereich beachtliche Fortschritte erzielt worden seien. Text Erklärung Shultz wird nach Eingang vorgelegt.[19]

II. In Aussprache äußerten sich alle Bündnispartner. (B[20], DK[21], D, I, L[22], NL, NWG[23], P[24], TUR und GB waren durch AM, G und E durch hohe Beamte, KAN[25], F[26] und ISL[27] durch Botschafter vertreten.) Alle Sprecher brachten Dank für Gelegenheit zur Aussprache über Moskauer Treffen zum Ausdruck.

1) Andreotti befaßte sich in Intervention überwiegend mit regionalen Fragen, besonders mit Lage im Nahen Osten. Bündnis müsse in Frage Menschenrechte überall gleiche Maßstäbe anlegen. Er verurteilt Attentat in Tunis[28] als Verletzung Völkerrechts und grundlegender Menschenrechte. Er wies auf verantwortungsvolle Haltung PLO in jüngster Zeit[29], insbesondere Absage an Politik der Gewalt, hin. Er zitierte Präsident Reagan, daß Status quo nicht länger geduldet werden könne.

17 Zum Treffen des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 11./12. Mai 1988 in Genf vgl. Dok. 152.

18 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 7. bis 10. Dezember 1987 in Washington zusammen. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

19 Für die Aufzeichung „Secretary Shultz's Remarks to the North Atlantic Council April 25, 1988" der Ständigen Vertretung der USA bei der NATO vgl. VS-Bd. 13031 (204).

20 Leonard Tindemans.

21 Uffe Ellemann-Jensen.

22 Jacques Poos.

23 Thorvald Stoltenberg.

24 João de Deus Pinheiro.

25 Gordon Scott Smith.

26 Gabriel Robin.

27 Einar Benediktsson.

28 Zum Attentat auf den Obersten Militärkommandanten der PLO, al-Wazir („Abu Dschihad"), am 16. April 1988 in Tunis vgl. Dok. 120, Anm. 15.

29 Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), wies am 3. Februar 1988 darauf hin, daß die PLO durch die Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada") „auch hier in den VN wieder erheblich an politischem Gewicht gewonnen" habe: „Dieses neugewonnene Gewicht hat die PLO bisher in den VN und vor allem im SR in relativ gemäßigter Form eingesetzt. Ihr geht es um eine Umsetzung der Ereignisse in den besetzten Gebieten in einen politischen Erfolg für sich und die Palästinenser. Sie weiß, daß sie hierfür im SR auch der Duldung der USA bedarf". Der Vertreter der PLO bei den Vereinten Nationen, Terzi, habe „unter Berufung auf Arafat" erklärt, „daß die PLO ein SR-Res[olution] 242 und 338 bestätigendes ‚Paket' mit den drei Prinzipien inadmissibility of the acquisition of territories by war (242), Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes, Recht auf Existenz und Sicherheit aller Staaten in der Region, einschließlich Israels, ‚within defined borders', akzeptieren würde. Akzeptanz eines Pakets 242, 338 und Selbstbestimmungsrecht (auch ohne Nennung der Möglichkeit eines Staats) sei denkbar und mögliche Konferenzbasis. Weniger akzeptabel denn je sei aber isolierte Akzeptanz von 242 und 338." Vgl. den Drahtbericht Nr. 234; Referat 310, Bd. 149760.

Genfer Abkommen über Afghanistan habe Hoffnung auf Lösung anderer regionaler Probleme geweckt. SU wüchsen neue Möglichkeiten zu. Ihre Glaubwürdigkeit gegenüber Dritter Welt habe sich dadurch verbessert. Wir müßten dem Rechnung tragen.

2) Van den Broek stimmt Shultz' Bewertung Ost-West-Verhältnisses zu. Er wies auf Dilemma hin, einerseits Beziehungen zu Regierungen Staaten WP verbessern zu wollen, andererseits Sympathie für Oppositionsgruppierungen in diesen Ländern konkret zum Ausdruck bringen und diese nicht entmutigen zu wollen.[30] Er stimme Shultz auch darin zu, daß Bündnis das Erforderliche tun müsse, um notwendige Verteidigung zu gewährleisten. Auf der anderen Seite müsse Verhältnis zu Rüstungskontrolle und Abrüstung im Gesamtkonzept[31] überzeugend dargelegt werden. Dies sei auch deswegen erforderlich, um nicht Eindruck entstehen zu lassen, als ob WP auf Gebiet Rüstungskontrolle aktivere Rolle als Westen spiele. Er drückte seine besondere Befriedigung über Tatsache aus, daß in gemeinsamer Erklärung Notwendigkeit eines „balanced outcome" für WFT zum Ausdruck gebracht worden sei.

3) BM teilte ebenfalls positive Gesamtbewertung durch[32] [33]Shultz und stellte dabei besonders Ergebnisse im Bereich INF, START, Menschenrechte und regionale Fragen (Afghanistan) heraus. Erzielte Fortschritte seien Festigkeit Bündnisses und insbesondere seinen klaren Zielsetzungen zu verdanken. Davon müsse sich Allianz in allen Abrüstungsfragen leiten lassen. Daher sei weitere Entwicklung Gesamtkonzepts so wichtig. Nachdem man sich in Moskau auf „balanced outcome" geeinigt habe, müsse man günstiges Umfeld vor Moskauer Gipfel für Fortschritte in Wien nutzen. Gleiches gelte für START, wo Ergebnisse im Interesse aller Bündnispartner lägen. Die in Moskau erzielten Fortschritte im Bereich chemischer Waffen müßten am Genfer Verhandlungstisch umgesetzt werden. Idee, Zwischenbilanz Verifikationsverfahren während zehnjähriger Eliminierungsphase vorzunehmen, begrüßten wir um so mehr, als wir diesen Gedanken in Genf eingeführt hätten. Je dynamischer wir in Genfer Abrüstungskonferenz verhandelten, desto leichter könnten wir östliche Zonenkonzepte[34] zurückweisen. Auch auf Gebiet konventioneller Rüstungskontrolle gelte es, günstige Phase im Ost-West-Verhältnis am Verhandlungstisch zu nutzen, um in diesem Bereich, der Kernproblem europäischer Sicherheit betreffe, bald zu Verhandlungen zu kommen. Die Wochen vor Moskauer Gipfel würden für ausgewogenes Wiener Folgetreffen entscheidend sein. SU sei jetzt leichter zu bewegen als danach. Es dürfe aber auch nach Moskau keine Pause im Rüstungskontrolldialog geben. Westliche Bemühungen müßten glaubwürdig bleiben. Deutsche Öffentlichkeit habe nicht Eindruck, daß SU auf Gebiet Abrüstung und Rüstungskontrolle in Offensive sei. Wir hätten daher auch keine Schwierigkeiten, Notwendigkeit unserer Verteidigungsanstrengungen Öffentlichkeit verständlich zu machen.

30 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Kölsch durch Fragezeichen hervorgehoben.
31 Zur Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO vgl. Dok. 78.
32 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke handschriftlich eingefügt.
33 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 567 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.
34 Vgl. dazu die Vorschläge der DDR und der ČSSR für eine chemiewaffenfreie Zone und einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa; Dok. 33, Anm. 36.

4) Howe würdigte intensive Konsultationen Shultz mit Rat. Heute sei 25. Ministertreffen seit Gorbatschows Amtsantritt[35]. Amerikanischer Gesprächsansatz mit SU sei richtig. START-Abkommen müsse solide sein, man dürfe sich nicht künstlichen Zeitplan aufdrängen lassen. Bei Thema Nukleartest sei US-Verfahren, schrittweise zu Lösungen zu kommen, gut. Für CW-Abkommen gelte es zwar, Grundsatz zu folgen, daß das Bessere Feind des Guten sei, hier sei jedoch schon das Gute nur sehr schwierig zu erreichen. Zustimmung auch für Aussagen zum WFT, besonders zu „balanced outcome" in gemeinsamer Erklärung.

5) Yilmaz schloß sich Äußerungen Andreottis zum Nahen Osten an und forderte, palästinensischem Volk Recht auf Selbstbestimmung zu gewähren.

6) Im übrigen wurden Fragen an Shultz gestellt, die dieser wie folgt beantwortete:

a) Deklaratorische SLCM-Lösung sei sicherlich kein ideales Ergebnis, man habe zur Zeit jedoch keine Alternative. Immerhin würde auf diese Weise Vorstellung beider Seiten über Größenordnung des geplanten SLCM-Arsenal-Problems vermittelt. Er gebe allerdings – auch aufgrund von Erfahrungen im Verifikationsbereich – Hoffnung nicht auf, daß Verifikationslösung bei SLCMs erreichbar sei.[36] Bemühungen jedenfalls gingen weiter (Frage NL und KAN).

b) Es sei ausgeschlossen, daß US wegen Schwierigkeiten bei Verifikation totalen Verzicht auf SLCMs ins Auge fassen könnte. Dies sei mit langfristigen Verteidigungsplanungen nicht in Einklang zu bringen (Frage KAN).

c) Für Moskauer Gipfel sei Treffen Reagans mit Bevölkerung und Dissidenten vorgesehen. Er werde Rede in Staatsuniversität Moskau[37] halten, die, wie man erwarte, von sowjetischen Medien vollständig übernommen werde (Frage GB).

d) Gorbatschow habe seine internen Probleme im Gespräch mit ihm erkennen lassen, und er habe keinen besorgten Eindruck gemacht. Shultz wies hier auf Buch Gorbatschows[38] hin, in dem dieser sich äußerst kritisch über Zustand sowjetischer Wirtschaft geäußert habe (Frage B).

e) Nicht mit Gorbatschow, aber mit Schewardnadse sei lange über Nahost gesprochen worden. Murphy habe getrennte Gespräche geführt. Erörterungen seien hilfreich gewesen. Über Internationale Konferenz sei allerdings keine Einigkeit erzielt worden (Frage B).

f) US legten großen Wert auf Intensivierung Kontakte mit NSWP-Staaten[39]. Hier hätten Bündnispartner jedoch bessere Möglichkeiten als US, die sie nutzen sollten (Frage NWG).

g) Da Moskau Moratorium nicht zugestimmt habe, versorgten SU Regime in Kabul und US Mudschaheddin weiter mit Waffen.[40] Es sei Fehler, anzunehmen,

35 Michail Sergejewitsch Gorbatschow war seit dem 11. März 1985 Generalsekretär des ZK der KPdSU.

36 Der Passus „Deklaratorische SLCM-Lösung … erreichbar sei" wurde von Vortragendem Legationsrat Kölsch durch Fragezeichen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wie? Widersp[ruch]? Anstelle? Einstweilen!"

37 Präsident Reagan sprach am 31. Mai 1988 vor Studenten der Staatsuniversität „Michail Lomonossow" in Moskau. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 683–692. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 353–358 (Auszug).

38 Vgl. Michail GORBATSCHOW, Perestroika. Die zweite russische Revolution – Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1987.

39 Nicht-sowjetische Warschauer-Pakt-Staaten.

40 Zur Frage von Waffenlieferungen an die Konfliktparteien in Afghanistan vgl. Dok. 107, Anm. 5.

weitere Entwicklung werde ruhig und friedlich verlaufen. Zu guter Entwicklung würde Hilfe an Flüchtlinge und Mitarbeit bei Wiederaufbau beitragen. Genfer Abkommen werde schon durch seine Existenz allein günstige Wirkungen ausüben. Dies sei eines der Motive für US gewesen, als Garantiemacht aufzutreten.

h) Zwar sei es zweckmäßig und vorzuziehen, wenn Administration Abkommen, das es ausgehandelt habe, selbst auch im Ratifikationsverfahren vertrete, doch sei START-Abkommen ein von beiden Parteien unterstütztes Vorhaben („bipartisan issue"). Demokratische Präsidentschaftsbewerber[41] seien über Verhandlungsstand vollständig unterrichtet und unterstützten 50prozentige Reduzierungen strategischer Waffen. Hier liege auch Grund für Erfolg von INF. Shultz verwies auf – wenn auch nicht konstitutive – Abstimmung im Repräsentantenhaus[42] (393 : 7 für INF-Abkommen) (Frage L).

i) Im Bereich ABM/Weltraum bestünden noch grundlegende Probleme besonders hinsichtlich erlaubter Aktivitäten (Frage F).

j) Thema ballistische Raketen im Nahen Osten sei von US angesprochen worden, schon wegen Gefahr, die von CW-bestückten Raketen ausgehe (Frage F).

k) Menschenrechtskonferenz in Moskau[43] sei von SU nicht erwähnt worden, daher habe auch US keine Veranlassung gesehen, Thema anzusprechen.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 13031 (204)

41 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

42 Zum Stand der Ratifizierung des amerikanisch-sowjetischen INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 55, Anm. 4.
Am 25. April 1988 berichtete Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofstetter, z. Z. Brüssel, über eine amerikanische Unterrichtung zum Stand der Ratifizierung des INF-Vertrags in den USA: „Bei der Ausschußbehandlung im Senat hätten sich bisher 50 Senatoren für das Abkommen ausgesprochen. Nur vier hätten sich ablehnend geäußert. Erfreulich sei gewesen, daß das Repräsentantenhaus mit der Mehrheit von 393 zu 7 die Ratifizierung des Abkommens befürwortet habe. Das Senatsplenum könne sich erst am 9. Mai mit dem Abkommen befassen; die Administration gehe gleichwohl davon aus, daß bei dem Moskauer Gipfel die Ratifizierungsinstrumente ausgetauscht werden könnten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 565; VS-Bd. 13490 (213); B 150, Aktenkopien 1988.

43 Zum sowjetischen Vorschlag für eine KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 53, Anm. 32.

124

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

203-321.00 ITA **26. April 1988**[1]

Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Deutsch-italienische Regierungskonsultationen Rom 12./13.5.88[4]; hier: Verabschiedung einer deutsch-italienischen „Gemeinsamen Erklärung“

Bezug: StS-Vorlagen der Abteilung 2 vom 13.1.87 und 2.6.87 – Az.: 203-321.00 ITA – beigefügt[5]

Anlagen[6]

Zweck der Vorlage:

1) Unterrichtung über neue Ansätze zur Stärkung der deutsch-italienischen Zusammenarbeit und Bitte um Zustimmung zu Ziffer 1: Verabschiedung einer „Gemeinsamen Erklärung“ anläßlich der bevorstehenden Regierungskonsultationen in Rom am 12./13. Mai 1988.

2) Unterrichtung über die wesentlichen Elemente des kürzlich überreichten italienischen Entwurfs für eine „Gemeinsame Erklärung“.[7]

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Born und Legationsrat I. Klasse Grafe konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff am 26. April 1988 im Konzept vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 27. April 1988 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 2. Mai 1988 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 2. Mai 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 203 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 2. Mai 1988 vorgelegen.

4 Bundeskanzler Kohl besuchte in Begleitung der Bundesminister Genscher, Stoltenberg und Wörner am 12. Mai 1988 Italien.

5 Dem Vorgang beigefügt. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen stellte am 13. Januar 1987 fest: „Die italienische Regierung hat wiederholt angeregt, die politische Abstimmung mit der Bundesregierung auszuweiten. […] Italien und die Bundesrepublik Deutschland haben bereits regelmäßige halbjährliche Konsultationen der Regierungschefs und Außenminister vereinbart. Zur Verbesserung der Konsultationprozeduren sollte zukünftig stärker als bisher darauf geachtet werden, daß diese Treffen nicht wegen kurzfristig auftretender Terminschwierigkeiten aus dem Rhythmus geraten. Für die höchste Ebene der Regierungschefs und Außenminister wäre – in Ergänzung zu den regelmäßigen Konsultationen – zu prüfen, ob in größeren Zeitabständen bzw. bei gegebenem Anlaß ‚Sondergipfel‘ (z. B. im Kulturbereich) angesetzt werden könnten.“ Vgl. Referat 203, Bd. 140522.
Mit Blick auf die Konsultationen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik und Italiens am 5. Juni 1987 vermerkte Richthofen am 2. Juni 1987: „Wie in der von StS Meyer-Landrut gebilligten Bezugsvorlage […] vom 13.1.1987 in Ziff[er] III angeregt, haben die zuständigen Arbeitseinheiten des Hauses inzwischen einen ersten Rohentwurf für die deutsch-italienische ‚Gemeinsame Erklärung‘ erarbeitet […]. Zur weiteren Konkretisierung der in Abteilung 2 seit Jahresbeginn angestellten Überlegung zur Intensivierung der deutsch-italienischen Zusammenarbeit wird vorgeschlagen, bei den Konsultationen D 2 – Biancheri […] den Entwurf einer ‚Gemeinsamen Erklärung‘ zu erörtern“. Vgl. Referat 203, Bd. 140522.

6 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 5, 7, 9, 10 und 13.

7 Für den am 20. April 1988 übergebenen italienischen Entwurf für eine Gemeinsame Erklärung der Bundesrepublik und Italiens vgl. Referat 203, Bd. 140522.
Legationsrat I. Klasse Grafe führte dazu am selben Tag aus: „Erste Durchsicht italienischen Gegenentwurfs ergab, daß ital[ienische] Seite der Gemeinsamen Erklärung eine Präambel voranstellen

I. 1) Bei den letzten deutsch-italienischen Direktorenkonsultationen (durch Dg20) in Rom am 15.12.87[8] war mit der italienischen Seite – auf der Grundlage der von StS Meyer-Landrut im Januar 1987 und von StS Sudhoff im Juni 1987 grundsätzlich gebilligten Überlegungen hinsichtlich einer Intensivierung der deutsch-italienischen Zusammenarbeit – u.a. auch über einen ersten Rohentwurf für eine deutsch-italienische „Gemeinsame Erklärung“[9] gesprochen worden. Im Verfolg der anläßlich der Direktorenkonsultationen in Rom vorgetragenen italienischen Vorstellungen war Anfang Januar 1988 ein weiterer deutscher Rohentwurf[10], d.h. der Versuch einer Synthese der deutschen und italienischen Entwürfe, dem italienischen Außenministerium übermittelt worden.

[11]Wegen der zweimonatigen italienischen Regierungskrise zwischen Mitte Februar und Mitte April[12] erfolgte die italienische Reaktion hierauf erst vergangene Woche am Rande des 184. PK Bonn (20./21.4.). Dabei übergab der Politische Direktor im italienischen AM, Perlot, mir und dem für Italien zuständigen Unterabteilungsleiter im Kanzleramt, MDg Dr. Hartmann, einen italienischen Gegenentwurf. Dieser soll bereits vom neuen italienischen MP De Mita und AM Andreotti in der uns vorgelegten Fassung gebilligt worden sein.

Wegen der Kürze der vor den Konsultationen noch zur Verfügung stehenden Zeit wird hiermit um Zustimmung zur weiteren Vorgehensweise bei der formalen Behandlung des italienischen Gegenentwurfs gebeten. Ziel ist die rechtzeitige Ausarbeitung eines zwischen den beteiligten Ressorts (BKAmt, AA, BMVg, BMWi, BMF) konsensfähigen deutschen Entwurfs, der nach folgendem Ablaufplan erarbeitet werden soll:

Fortsetzung Fußnote von Seite 676

will, die hauptsächlich anspricht: Achtung der Menschenrechte; Probleme der Unterentwicklung; Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken; Korrektur weltwirtschaftlicher Ungleichgewichte; Wachstum, Stabilität und Vollbeschäftigung. Die Präambel enthält in der gegenwärtigen Fassung keine Gliederung oder Struktur. Sie enthält nur in den beiden ersten Sätzen bilaterale Bezüge (gemeinsames kulturelles Erbe etc.).“ Vgl. Referat 203, Bd. 140522.

8 Am 16. Dezember 1987 vermerkte Ministerialdirigent von Ploetz, daß bei den deutsch-italienischen Konsultationen am 15./16. Dezember 1987 die Lage in der NATO nach Abschluß des amerikanisch-sowjetischen INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 im Mittelpunkt gestanden habe. Über seine italienischen Gesprächspartner stellte er fest: „Die Aufforderung, als Mitglied der ‚Big Boys-League‘ aktiv Beiträge zu leisten, wird gern gehört. Andererseits ist deutlich, daß Rom in konzeptionellen Fragen weitgehende Interessenidentität mit Bonn sieht (‚Frontlinienstaat‘, Hauptgefährdung von der Zentralfront her, Nicht-Nuklearmacht, Stationierungsland für US-Nuklearmittel) und den deutschen Überlegungen daher großes Vertrauen entgegenbringt – unter der Voraussetzung allerdings, daß ein ständiger, auch für die Öffentlichkeit sichtbarer gleichberechtigter Dialog stattfindet. Insofern wird die Politik Mitterrands, eine Beteiligung Italiens an deutsch-französischen Projekten ‚à la carte‘ zu entwickeln, mit empörten Untertönen zurückgewiesen. Den bewußt von BM gepflegten regelmäßigen Konsultationen mit AM Andreotti, aber auch der baldigen Anberaumung eines deutsch-italienischen Gipfels kommt dabei eine große Bedeutung zu.“ Vgl. VS-Bd. 12092 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

9 Im dem von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 9. Dezember 1987 vorgelegten „Entwurf einer deutsch-italienischen ‚Gemeinsamen Erklärung‘“ hieß es: „Für die Ausgestaltung der Kulturbeziehungen kommen den sieben Zweigstellen des Geothe-Instituts in Italien, dem Deutschen Archäologischen Institut, dem Deutschen Historischen Institut, der Bibliotheca Hertziana, der Deutschen Akademie, der Villa Vigoni und dem Deutschen Kunsthistorischen Institut einerseits sowie den fünf italienischen Kulturinstituten in der Bundesrepublik Deutschland andererseits besondere Bedeutung zu.“ Vgl. Referat 203, Bd. 140522.

10 Für die vom Sprachendienst am 8. Januar 1988 erstellte „Bozza di una ‚Dichiarazione congiunta‘ italotedesca“ vgl. Referat 203, Bd. 140522.

11 Beginn der Seite 2 der Vorlage. Vgl. Anm. 33.

12 Zum Rücktritt des Ministerpräsidenten Goria am 11. März 1988 und zum Amtsantritt der Regierung des Ministerpräsidenten De Mita am 13. April 1988 vgl. Dok. 112, Anm. 4.

– Gemeinsame Haus- und Ressortbesprechung über den italienischen Gegenentwurf im AA am Mittwoch, 27.4.;
– BM-Vorlage eines zwischen den beteiligten Ressorts erarbeiteten Gegenentwurfs[13] bis 2. Mai; nach Billigung durch BM wird Gegenentwurf durch Botschaft Rom dem italienischen AM übermittelt;
– deutsch-italienische Abstimmung auf AM-Unterabteilungsleiterebene (von Ploetz–Negrotto) am Freitag, 6. Mai, auf der Grundlage des von BM gebilligten Entwurfs.[14]

2) Das Bundeskanzleramt hat auf Unterabteilungsleiterebene (MDg Dr. Hartmann) nach Erörterung der von ital. Seite am Rande des 184. PK zusätzlich vorgetragenen Gesichtspunkte – großes Interesse von MP De Mita an einem ersten öffentlichkeitswirksamen außenpolitischen Ergebnis – auf Abteilungsleiterebene (MD Teltschik) beschlossen, dem Bundeskanzler das deutsch-italienische Vorhaben einer „Gemeinsamen Erklärung" mit positivem Votum vorzutragen. Eine Entscheidung des Bundeskanzlers hierzu ist noch nicht erfolgt.

Botschafter Vanni d'Archirafi hat ebenfalls mit Nachdruck das Interesse der italienischen Seite an der öffentlichkeitswirksam zu präsentierenden „Gemeinsamen Erklärung" unterstrichen.[15]

3) Der vom italienischen Politischen Direktor Perlot überreichte Gegenentwurf unterscheidet sich in einer Reihe wesentlicher Punkte von den deutschen Entwürfen:

– Er enthält eine Präambel, die sich in unstrukturierten und sehr allgemein gehaltenen Textpassagen mit den Problemen der Menschenrechte, der Unterentwicklung, weltwirtschaftlichen Ungleichgewichten, Stabilität und Vollbeschäftigung befaßt.
– Völlig weggefallen sind im italienischen Entwurf die Passagen, die sich ausführlicher mit der deutschen kulturellen Präsenz in Italien befassen[16] und auf deren Aufnahme in die Endfassung einer „Gemeinsamen Erklärung" die Abteilung 6 größten Wert legt (so auch Weisung von StS Ruhfus vom 20.7.87).
– Der italienische Entwurf hebt hingegen im Kulturbereich die Bedeutung des Europäischen Hochschulinstituts Florenz hervor (keine bilaterale Institution), erwähnt das Begegnungszentrum „Villa Vigoni", leitet über zum Stichwort „Stiftungsgründung für die Partnersprache" und schließt mit dem Vorschlag der Einrichtung eines deutsch-italienischen Begegnungsforums[17] nach Art der Königswinterer Gespräche (Vorbereitungen hierzu erst im Anfangsstadium).
– Darüber hinaus wünscht Italien bilaterale Konsultationen in halbjährlichem[18] Abstand. Wir hatten einmal pro Jahr durchzuführende Konsultationen vorgeschlagen. Ferner werden regelmäßige Konsultationen zwischen Vertretern

13 Vgl. dazu den Entwurf der Bundesregierung vom 28. April 1988 für eine deutsch-italienische Gemeisame Erklärung; Referat 203, Bd. 140522.
14 Vgl. dazu die „Gemeinsame Erklärung der Regierungschefs"; BULLETIN 1988, S. 617 f.
15 Ende der Seite 2 der Vorlage. Vgl. Anm. 33.
16 Dazu vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Das läßt sich sicher nachbessern."
17 Dazu vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Ein solches Forum wollten wir."
18 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Vorsicht! Ist das zu schaffen?"

beider Verteidigungsministerien gefordert, ebenso eine Ausdehnung der bereits bestehenden Zusammenarbeit[19] zwischen den Streitkräften beider Länder.

– Große Bedeutung mißt die italienische Seite dem von ihr gemachten Vorschlag der Einrichtung eines Ständigen Sekretariats[20] bei, das sich aus Beamten der beiden Außenministerien und Vertretern der beiden Verteidigungsministerien zusammensetzen soll. Das Ständige Sekretariat soll in periodischen Abständen abwechselnd in Rom und Bonn zusammentreten. Unsere bisherigen Vorstellungen sahen hingegen vor, solche Koordinierungsarbeiten auf Referats- bzw. Unterabteilungsebene durchführen zu lassen. Der italienischen Seite scheint jedoch sehr daran gelegen zu sein, eine ständige, mit hochrangigen Beamten besetzte Einrichtung zu schaffen.[21]

II. 1) Bewertung der italienischen Vorschläge aus unserer Sicht

Angesichts der atmosphärisch wie substantiell ausgezeichneten Zusammenarbeit mit Italien sollten jetzt weiterführende Überlegungen bezüglich einer intensiveren Nutzung der bilateralen Konsultationsmechanismen angestellt werden. Die anzustrebende Intensivierung muß allerdings den Abstand zur Qualität der deutsch-französischen Konsultationen wahren. Eine gewisse Anlehnung an die Ausgestaltung der deutsch-britischen Beziehungen, wie sie z. B. in der „Erklärung über die deutsch-britischen bilateralen Beziehungen“ vom Mai 1984[22] niedergelegt sind, erscheint sinnvoll.

Der damalige italienische Ministerpräsident Andreotti und Bundeskanzler Schmidt hatten im Januar 1977 regelmäßige gemeinsame Konsultationen der Regierungschefs und Außenminister in halbjährlichem Abstand vereinbart.[23] Eine derartige Konsultationsdichte erscheint allerdings nicht erforderlich. Unser Interesse ist es, deutsch-italienische Konsultationen auf der Ebene der Regierungschefs und Außenminister einmal pro Jahr durchzuführen, ggf. unter Hinzuziehung weiterer Bundesressorts; eine zusätzliche bilaterale Konsultationsrunde könnte auf die Ebene der Außenminister beider Länder beschränkt bleiben.

2) Zur Verbesserung der deutsch-italienischen Konsultationsprozeduren sollte jedoch zukünftig stärker als bisher darauf geachtet werden, daß diese Treffen nicht wegen immer wieder kurzfristig auftretender Terminschwierigkeiten aus dem Rhythmus geraten[24]. Die letzten regulären deutsch-italienischen Regierungs-

19 Die Wörter „Ausdehnung der bereits bestehenden Zusammenarbeit“ wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was soll das heißen?“

20 Die Wörter „Ständigen Sekretariats“ wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Weder notwendig noch machbar.“

21 Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Wenn keine ständige Einrichtung, dann mehr Ad-hoc-Treffen aller Ebenen der Beamten.“

22 In der „Erklärung über die deutsch-britischen bilateralen Beziehungen“ vom 2. Mai 1984 hieß es: „Die Regierungschefs nahmen mit besonderer Befriedigung die sehr engen Konsultationen und die Abstimmung aller politischen Fragen zur Kenntnis, die zwischen den beiden Staaten bilateral, insbesondere im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit, erfolgen. Dies wurde getragen von weitgehend übereinstimmenden Interessen, einer gemeinsamen Grundauffassung zur Außen- und Sicherheitspolitik, zu den Ost-West-Beziehungen, zur Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.“ Vgl. Referat 203, Bd. 140522.

23 Bundeskanzler Schmidt und Ministerpräsident Andreotti trafen am 17./18. Januar 1977 zu Gesprächen zusammen. Für das Gespräch am 18. Januar 1977 vgl. AAPD 1977, I, Dok. 7.

24 Der Passus „kurzfristig auftretender … Rhythmus geraten“ wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

konsultationen fanden in Bonn im Februar 1986 statt.[25] Nach Beilegung der Regierungskrise im Juli 1987[26] stattete MP Goria (begleitet von AM Andreotti) im September 1987 Bonn einen Antritts- und Arbeitsbesuch ab[27]. Die Regierungskonsultationen in Rom am 12./13. Mai stellen somit die erste reguläre Konsultationsrunde auf Regierungschef- und Außenministerebene in 26 Monaten (!) dar.[28]

3) Hochrangige politische Begegnungen am Rande multilateraler Treffen, kurze Arbeitsbesuche und Staatsbesuche ergänzen jedoch den bilateralen Meinungsaustausch und überbrücken auch längere Zeitabstände zwischen den regulären Konsultationen. Allenfalls schmerzt unsere italienischen Freunde der vergleichende Blick auf die besser entwickelten und formalisierten deutsch-britischen sowie auf die für uns an erster Stelle stehenden vertraglich geregelten deutsch-französischen Beziehungen[29]. Auch im europäischen Konzert und auf der internationalen Bühne bringt Italien in zunehmendem Maße sein Unbehagen über eine aus italienischer Sicht nicht ausreichende Einbeziehung in wichtige europäische und internationale Entscheidungsgremien zum Ausdruck, z. B. bei den vom Weltwirtschaftsgipfel eingesetzten Gremien. Eine stärkere Einbeziehung Italiens liegt daher auch in unserem Interesse, um die Basis unserer politischen Kooperation in Europa zu sichern[30] und zu verbreitern.

4) Die italienische Regierung mißt den ersten Konsultationen nach Amtsantritt von MP De Mita großen innen- und außenpolitischen Wert bei; sie hat wiederholt zu erkennen gegeben, daß sie es begrüßen würde, wenn intensive Regierungskonsultationen unter Beteiligung einer möglichst großen Zahl weiterer Ressorts durchgeführt werden könnten.[31] Nach dem bisherigen Stand der diesbezüglichen

25 Die deutsch-italienischen Konsultationen fanden am 20. Februar 1986 statt. Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Craxi bzw. des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Andreotti; AAPD 1986, I, Dok. 49 und Dok. 50.

26 In Italien unterlag die Regierung von Ministerpräsident Fanfani am 28. April 1987 in einer Vertrauensabstimmung. Staatspräsident Cossiga löste daraufhin das Parlament auf. Am 14./15. Juni 1987 fanden Parlamentswahlen statt. Die Regierung von Ministerpräsident Goria wurde am 29. Juli 1987 vereidigt.

27 Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Goria trafen am 28. September 1987 zusammen. Vgl. dazu das deutsch-italienische Regierungsgespräch vom selben Tag; AAPD 1987, II, Dok. 271.

28 Bei der Plenarsitzung der deutsch-italienischen Regierungsgespräche am 12. Mai 1988 in Rom erklärte Bundeskanzler Kohl: „D und I blickten auf über 1000-jährige Beziehungen zurück. Diese seien ein Fluß, der sich zu einem breiten Strom der Geschichte entwickelt habe. Besonders die kulturellen Dinge, die in dieser langen Zeit gewachsen seien, müßten noch pfleglicher behandelt werden. In der internationalen Politik werde leider die kulturelle Perspektive oft unter-, die wirtschaftliche Perspektive dagegen überschätzt. In der gemeinsamen Erklärung müsse gerade der kulturelle Aspekt hervorgehoben werden." Ministerpräsident De Mita betonte, „die italienische Regierung unterstütze voll die deutsch-französische Annäherung. […] Man müsse sich allerdings fragen, ob man die guten bilateralen Beziehungen nur zu einem Partner als Instrument benutzen könne, um den europäischen Prozeß insgesamt zu beschleunigen." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 203, Bd. 140523.

29 Für den Wortlaut des Vertrags vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über die deutsch-französische Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

30 Der Passus „Einbeziehung Italiens … zu sichern" wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

31 Im Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 12. Mai 1988 in Rom skizzierte Ministerpräsident De Mita seine Haltung zum Ausbau der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Italien: „Hauptziel der Politik seiner Regierung sei in der Tat die Vollendung des Binnenmarktes und das weitere politische Zusammenwachsen von Europa. Dieser Prozeß könne gleichzeitig durch engere bilaterale Kontakte günstig beeinflußt werden. […] Eine besser koordinierte, so weit wie möglich gemeinsame Außenpolitik. Hierbei sei für D und Italien wichtig, vor allem mit Aufmerksamkeit zu verfolgen, was sich in Osteuropa abspiele. Den Vorgängen dort dürfe man nicht nur als Optimist oder Pessimist

Planungen im Kanzleramt scheint man dort eher geneigt, die deutsch-italienischen Konsultationen in einem engeren zeitlichen Rahmen durchführen zu wollen. Dies steht im Gegensatz zur Interessenlage der italienischen Regierung, die uns gebeten hatte, eine zweitägige Konsultationsrunde anzusetzen. Diesem Wunsch des italienischen Gastgebers nach intensiven Konsultationen sollten wir weitgehend entsprechen.

Hingegen liegt die Einrichtung eines Ständigen Sekretariats nicht in unserem Interesse, insbesondere nicht in Verbindung mit einer Zuordnung von BMVg-Vertretern zu einem solchen[32] Sekretariat. Das BMVg hat bereits wissen lassen, daß es einem Ständigen Sekretariat unter der Leitung hochrangiger AA-Beamter (gemäß italienischem Vorschlag), denen sich die BMVg-Vertreter unterzuordnen hätten, seine Zustimmung verweigern würde.

Wir sollten daher gemeinsam mit Italien nach Formulierungen für die „Gemeinsame Erklärung" suchen, die einerseits deutliche Hinweise auf die von beiden Seiten intendierte engere Abstimmung und Koordination geben, andererseits jedoch den Begriff eines Ständigen Sekretariats und dessen inhaltliche Ausgestaltung vermeiden.[33]

Richthofen

Referat 203, Bd. 140522

Fortsetzung Fußnote von Seite 680

begegnen, vielmehr bedürfe es einer europäischen Initiative, die diesen Prozeß begleite. Wenn sich beispielsweise die Entwicklung in der Sowjetunion fortsetze, so werde das Gleichgewicht in Osteuropa in hohem Maße von unserem Verhalten abhängen. […] Wichtig sei ferner die polnische Frage. Wenn es in Polen nicht zum Zusammenbruch komme – was niemand wisse –, so bestehe auch hier die Möglichkeit, etwas zu tun." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 74; B 150, Aktenkopien 1988.

32 Der Passus „nicht in unserem … zu einem solchen" wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

33 An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff handschriftlich eingefügt: „Zu den übrigen strittigen Punkten erfolgt weitere Vorlage nach der Ressortbesprechung am 27.4.1988 (vgl. S. 2, Zif[fer] 1) 2. Anstrich)." Vgl. Anm. 11 und 15.
Am 4. Mai 1988 hielt Vortragender Legationsrat I. Klasse Kuhna fest: „Die von italienischer Seite vorgeschlagene Organisationsform des ‚Ständigen Sekretariats' ist ganz offensichtlich dem deutsch-französischen Verteidigungsrat nachgebildet; daher können wir auf ihn nicht eingehen. Zum einen würden die deutsch-französischen, auf den Élysée-Vertrag gegründeten, privilegierten Beziehungen relativiert. Gleichzeitig würde dadurch einer Proliferation bilateraler sicherheitspolitischer Gremien Vorschub geleistet, die von Italien und Großbritannien sonst heftig bekämpft wird." Vgl. Referat 203, Bd. 140523.

125

Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 26. April 1988, 12.15 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 737 **Ankunft: 26. April 1988, 13.04 Uhr**

Betr.: Innere Lage der DDR im Frühjahr 1988

I. Zusammenfassung

Der gegenwärtige Zustand der DDR ist durch ein ungewohnt hohes Maß von Ungewißheit, Unsicherheit, nervöser Spannung und teilweise auch tiefem Pessimismus gekennzeichnet. Gefühle solcher Niedergeschlagenheit finden sich vor allem in der undefinierbar großen Gruppe der Ausreisewilligen, neuerdings aber auch in der Kirche, wo das nach den Ereignissen um die Zionskirche[2] und den 17. Januar[3] spürbare Gefühl eigener Stärke geschwunden ist. Die Partei- und Staatsführung selbst ebenfalls ist nicht frei von Unsicherheit. Sie schwankt zwischen demonstrativen Äußerungen rücksichtslosen Durchsetzungswillens und zugleich damit einhergehenden Bekenntnissen zu Bürgernähe und Wahrung der Menschenrechte. Unvermittelt neben der Repression gegenüber Ausreisewilligen steht weiterhin eine großzügige Praxis bei der Genehmigung von Besuchsreisen. Das Zurückschneiden von Freiheiten, die sich die Kirchen im Laufe des verflossenen Jahres ungestraft nehmen durften, kontrastiert mit einer bisher nicht gekannten Offenheit der Meinungsäußerungen in Theater und Kabarett. Die die westlichen Medien beherrschenden Probleme der Ausreisewilligen und des Verhältnisses des Staates zu den Kirchen sind nur ein, wenn auch wichtiger Teilaspekt der sehr viel weiterreichenden Umbruchssituation, in der sich die DDR in der spürbaren Endphase der Ära Honecker und, damit zusammenfallend, dem absehbaren Abtreten der Gründergeneration der DDR befindet. Die Erwartung dieser Zäsur wird angesichts der stürmischen Reformdiskussion der SU[4] dadurch kompliziert, daß die alten Männer der DDR-Führung nicht die Kraft und den Mut aufbringen, selbst die notwendigen Reformen einzuleiten, während die politische Nachfolgergeneration noch nicht die Entschlossenheit besitzt, ihrerseits das Heft in die Hand zu nehmen. Aus diesen Kreisen vernimmt man gegenwärtig nur den allgemeinen Wunsch, die DDR möge gewisse Reformen einleiten, was allerdings von der gegenwärtigen Führung nicht mehr erwartet werden könne. Die von der DDR-Führung unter Honecker so konsequent betriebene Dialogpolitik zum Westen kompliziert dadurch zugleich das Verhältnis zur eigenen Bevölkerung, daß das Disziplinierungsmittel der äußeren Bedrohung an Bedeutung zurückgegangen ist. Auch auf der wirtschaftlichen Seite steht die Führung unter Druck. Die Leistungen des Jahres

1 Das in zwei Teilen übermittelte Fernschreiben wurde von Ministerialrat von Studnitz, Ost-Berlin, konzipiert. Vgl. Anm. 9.

2 Zur Durchsuchung der „Umweltbibliothek“ im Gemeindehaus der Zionskirche am 24./25. November 1987 in Ost-Berlin vgl. Dok. 12, Anm. 15.

3 Zu den Aktionen oppositioneller Gruppen am 17. Januar 1988 am Rande der Gedenkdemonstration für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Ost-Berlin vgl. Dok. 42.

4 Zu den Auswirkungen der Reformpolitik in der UdSSR auf die DDR vgl. Dok. 12.

1987 entsprachen nicht den hochgesetzten Erwartungen. Im Vergleich mit der Bundesrepublik, der immer wieder auch öffentlich angestellt wird, macht die DDR nicht die gewünschten Fortschritte, ja sie bleibt sogar zurück. Auch an der grundsätzlichen Orientierung der Wirtschaft wird der zu erwartende Führungswechsel nicht spurlos vorbeigehen. Die hinhaltende Taktik der DDR-Führung gegenüber allen notwendigen Reformmaßnahmen legt den Schluß nahe, daß entscheidende Veränderungen erst in der Periode nach Honecker erfolgen werden.

II. Im einzelnen

1) Das Ausreiseproblem

Das Ausreiseproblem hat sich seit den Ereignissen des 17. Januar deutlich verschärft. Der Staat reagiert auf die geringsten demonstrativen Bekundungen des Ausreisewillens mit harten Strafen, die jüngst bis zu 2 1/2 Jahren Gefängnis betrugen.[5] Man hört auch wieder, daß Ausreisewillige ihren angestammten Arbeitsplatz verlieren und deren Kinder von den weiterführenden Schulen oder dem Studium ausgeschlossen werden. Das kontrastiert deutlich mit der früheren Politik, um Ausreisewillige zu werben, damit sie Ihren Antrag zurückziehen. Die Ausreiseproblematik wird durch nicht verifizierbare Gerüchte verschlimmert, daß es angeblich zu einer Grundsatzentscheidung kommen soll, derzufolge einige wenige Härtefälle positiv beschieden werden und eine weitere, nicht sehr große Gruppe von Antragstellern ihre Anträge in der Erwartung weiterverfolgen darf, daß sie früher oder später positiv beschieden werden; die weitaus größere Zahl der Anträge soll dagegen definitiv abgewiesen werden mit der Folge, daß neugestellte Anträge als strafbare Handlungen qualifiziert werden. Das Bewußtsein, daß das Problem auf diese Weise nicht gelöst werden kann, vermindert das Vertrauen zum Staat und ist geeignet, Menschen zu verzweifelten Schritten zu treiben. Von Vertretern der Kirchen wird sogar die Sorge geäußert, es könnte etwa am 1. Mai zu demonstrativen Selbstverbrennungen kommen.

2) Das Verhältnis des Staates zur Kirche

Hier hat es nach der großzügigen Praxis des Jahres 1987, wo erstmals seit vielen Jahren wieder ein Kirchentag in Berlin[6] und ein von den Kirchen selbstgestalteter Beitrag zum Olof-Palme-Marsch[7] gestattet wurde, merkliche Rückschritte gegeben. So wurden Kirchenzeitungen zensiert oder gänzlich verboten, es kam zu Aussperrungen von Gottesdienstbesuchern, dem praktischen Verbot, über kirch-

5 Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, berichtete am 24. März 1988: „Die Strafverfolgung von Personen, die ihrem Ausreiseanliegen durch öffentliche Auftritte Nachdruck verleihen wollten, geht weiter. In der jüngsten Zeit finden Aburteilungen derjenigen statt, die Ende Februar an Gruppendemonstrationen in der Straße ‚Unter den Linden' teilgenommen haben. Diese Menschen gingen ohne äußere Kennzeichnung irgendwelcher Art in Zweier- und Dreier-Gruppen in dem Bereich zwischen Friedrichstraße und Brandenburger Tor auf und ab und werden jetzt wegen Verstoßes gegen Para[graph] 214 des DDR-StGB, d. h. wegen Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit, bestraft. In den ersten Fällen wurden nur Geldstrafen in der Höhe von 2000–3000 Mark verhängt. Von dem gleichen Gericht wurde wenige Tage später, offenbar auf höhere Weisung, das Strafmaß drastisch verschärft und Strafen von neun Monaten bis zu einem Jahr verhängt. Eine Erklärung hierfür wurde nicht gegeben. Die Urteile gegen die sogenannten Rädelsführer dieser Aktion sind noch nicht verhängt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 489; Referat 210, Bd. 145159.

6 Zum Kirchentag der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg vom 24. bis 28. Juni 1987 in Ost-Berlin vgl. Dok. 42, Anm. 10.

7 Zum Olof-Palme-Friedensmarsch vgl. Dok. 42, Anm. 9.

liche Veranstaltungen in den westlichen Medien direkt zu berichten, und letztlich zu der Forderung, die Kirche dürfe über staatliche Belange nicht diskutieren. Sie solle sich auf die rein religiösen Dinge beschränken. Trotz wiederholter Bekenntnisse, an der positiven Einstellung des Staates zur Kirche habe sich nichts geändert, insbesondere, daß die Grundsatzentscheidung vom März 1978 die weiterhin gültige Leitlinie sei, sind Änderungen in der Kirchenpolitik nicht zu übersehen. Die Wende wurde ausgelöst durch die Ereignisse um die Zionskirche und um den 17. Januar 1988. Die Tatsache, daß die Kirche sich in diesem Zusammenhang als eine eigenständige Kraft erwies, die ihre Forderung gegenüber dem Staat durchsetzen konnte (Zionskirche) und die nach eigenen Aussagen einen Beitrag zur Entschärfung der Krise nach dem 17.1. leistete, den der Staat nicht erbringen konnte oder wollte, stellte in den Augen doktrinärer Ideologen im kommunistischen Sinne die Machtfrage an den Staat. Nach deren Selbstverständnis kann und darf es keine andere Macht als die der Partei geben. Als die Kirche das in Frage stellte, wurde sie in ihre Schranken verwiesen.

3) Wehrdienstverweigerung

Durch die Einrichtung eines Wehrdienstes ohne Waffen bei den sog. Bausoldaten hat die DDR bedeutend mehr als andere sozialistische Staaten zur Lösung des Problems der Wehrdienstverweigerung getan. Darüber hinaus hat sie eine pragmatische Lösung für die totalen Wehrdienstverweigerer in der Weise gefunden, daß diese bislang stillschweigend überhaupt nicht zur Armee eingezogen wurden. Auch hier gibt es jetzt eine Änderung. Nach glaubhaften Hinweisen sollen diese nun ausnahmslos eingezogen werden, was zusätzliche innere Probleme befürchten läßt.[8] Um mutmaßliche Ruhestörungen aus diesem Kreis zu vermeiden, sollen die Wehrpflichtigen entgegen der sonstigen Praxis bereits vor dem 1. Mai eingezogen werden, um ihnen die Möglichkeit zu nehmen, etwa Maikundgebungen zur Demonstration zu nutzen. Sollten totale Wehrdienstverweigerer sich nicht zum Dienst bei den Bausoldaten bereit finden, sind neue Konflikte des Staates mit einzelnen vorprogrammiert. Die Gründe für das verschärfte Vorgehen des Staates liegen nicht notwendigerweise nur im Doktrinären. Bekannt ist, daß auch die DDR erhebliche demographische Probleme mit der Bereitstellung der erforderlichen Zahl von Wehrpflichtigen hat. Das Unverständnis für die Notwendigkeit, Wehrdienst zu leisten, ist erhöht worden durch die lautstark propagierten ersten Erfolge bei der Abrüstungspolitik.

[9]4) Fortgang der inneren Diskussion

Die DDR-Führung grenzt sich deutlich gegen diejenigen ab, die ihren Staat und die in ihm herrschende Ordnung ganz oder teilweise in Frage stellen (Kirche und

[8] Am 24. März 1988 legte Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, dar: „Im Mai, wenn die Wehrpflichtigen zur NVA eingezogen werden, sollen auch alle Ausreiseantragsteller, die bisher stillschweigend vom Wehrdienst zurückgestellt wurden, um keine Konflikte zu provozieren, nun doch einberufen werden. Damit ist dieser Personenkreis mit der Folge konfrontiert, daß er für die Dauer des anderthalbjährigen Wehrdienstes und der darauf automatisch folgenden dreijährigen Reisesperre für Geheimnisträger auf mindestens viereinhalb Jahre der Möglichkeit beraubt ist, das Ausreiseanliegen weiter zu betreiben. Wer sich weigert, der Einberufung zur NVA Folge zu leisten, läuft Gefahr, auf zwei Jahre ins Gefängnis gehen zu müssen. Auch hier stellt sich dann wieder die Alternative, ob man sehenden Auges ins Gefängnis gehen will in der Hoffnung, dann evtl. freigekauft zu werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 489; Referat 210, Bd. 145159.

[9] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 738 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Ausreisewillige). Die Äußerung systemimmanenter Kritik bleibt daneben durchaus möglich, sie wird sogar ausgeweitet. Das Experiment des Schriftstellerkongresses im November 1987[10] gilt weiterhin als Erfolg. Auf den Sprechbühnen und im Kabarett gibt es ein überraschendes Maß von System-Kritik, die wegen der begrenzten Öffentlichkeit akzeptabel und mit Rücksicht auf die Intellektuellen auch notwendig erscheint. Kritische Diskussionen werden bewußt in kleinem Kreise gehalten. Denkanstöße finden sich allenfalls in Fachzeitschriften mit begrenzter Auflage, während die Massenblätter der doktrinären Linie folgen. Aus den gleichen Gründen steht auch Gorbatschows Buch „Perestroika“[11] trotz einer Auflage von 160 000, die schnell in Partei-Bibliotheken verschwindet, der breiten Masse nicht zur Verfügung.

5) Das Jugendproblem

Die SED-Führung macht sich um die Jugend große Sorgen. Sie hat es nicht vermocht, die Jugend für sich zu gewinnen. In ihrer großen Menge steht sie dem Staat desinteressiert und ohne Engagement gegenüber. Kampagnen der FDJ, die zu besonderen Anstrengungen im Hinblick auf den 40. Jahrestag der Gründung der DDR[12] aufrufen, bleiben Propaganda. Aktiv droht der DDR-Führung von der Jugend keine Gefahr. Das viel ernstere Problem ist allerdings, daß sie sich in so großen Teilen versagt. Die wachsende Berichterstattung in allen DDR-Zeitungen über Kriminalität in der DDR, wobei die Gerichtsreportagen überdurchschnittlich zahlreich über straffällig gewordene Jugendliche berichten, weist auf das Problem hin, das der DDR-Führung aus der Illusions- und Perspektivlosigkeit der Jugend erwächst.

6) Die Diskussion in der Partei

Die Verabschiedung des gemeinsamen Dokuments von SPD und SED[13] hat innerhalb der Partei erhebliche Unruhe ausgelöst, was sehr bald zu einer deutlichen Einschränkung der in dem Dokument getroffenen Aussagen durch die Hager-Rede vom Oktober 1987[14] führte. Damit ist die Diskussion nicht beendet. Der innere Veränderungsdruck gegen die alternde Führung ist allerdings nicht groß. Die Unzufriedenheit mit der Stagnation an der Spitze äußert sich nur in Hoffnungen, es möge einmal anders werden. Von den potentiellen Nachfolgern Honeckers wagt es niemand, diesen jetzt schon herauszufordern. Er ist gegenwärtig immer noch die maßgebliche Integrationsfigur, die nicht ersetzt werden kann. Dabei werden Führungsschwächen Honeckers durchaus sichtbar. Den außenpolitischen Bereich, für den er sich besonders interessiert, hat er voll unter Kontrolle. Das gilt nicht für die Innenpolitik, wo es bei entscheidenden Fehlgriffen, wie bei den Verhaftungen an der Zionskirche oder am 17. Januar,

10 Der 10. Kongreß des Schriftstellerverbandes der DDR fand vom 24. bis 26. November 1987 in Ost-Berlin statt. Vgl. dazu den Artikel „Glaube oder Glasnost“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. November 1987, S. 27.

11 Vgl. Michail GORBATSCHOW, Perestroika. Die zweite russische Revolution – Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1987.

12 Am 7. Oktober 1949 erklärte sich der „Deutsche Volksrat“ zur „provisorischen Volkskammer“ und erklärte das Territorium der Sowjetischen Besatzungszone zur Deutschen Demokratischen Republik.

13 Für den Wortlaut des von SPD und SED am 27. August 1987 gleichzeitig in Bonn und Ost-Berlin vorgelegten Papiers „Der Streit der Ideologien und die Gemeinsame Sicherheit“ vgl. VORWÄRTS, Nr. 35 vom 29. August 1987, S. 31–34. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, II, Dok. 240.

14 Zur Rede des Mitglieds des Politbüros des ZK der SED, Hager, vom 28. Oktober 1987 vgl. Dok. 12, Anm. 11.

wie auch bei der Veröffentlichung des Artikels aus Sowjetskaja Rossija[15] geheißen hat, Honecker sei nicht dagewesen und habe erst nachher korrigierend eingegriffen. Offenbar funktioniert das innenpolitische Frühwarnsystem nicht fehlerfrei.

7) Innenpolitische Bedeutung der Deutschlandpolitik

Zu den insbesondere auch innenpolitisch wirksamen Aktiva der Honecker-Politik gehören die Erfolge in der Deutschlandpolitik. Sie sind an der drastisch gestiegenen Zahl von Besuchsreisen deutlich ablesbar. Zwar ist die darüber hinaus beabsichtigte Folge, hierdurch auch den Ausreisedruck zu senken, nicht eingetreten, aber gegenwärtig will die Führung nicht das Risiko eingehen, ihre Popularität durch eine Beschneidung der Besuchsreisen aufs Spiel zu setzen. Daß sie hier sehr sensibel reagieren kann, beweist die Rücknahme der Reisebeschränkungen in bezug auf die ČSSR. Solange die Zahl derjenigen, die von einer Besuchsreise nicht zurückkehren, weiter unter 0,3 v.H. bleibt, bleiben die negativen Auswirkungen für die DDR erträglich. Das gute, störungsfreie Verhältnis zur Bundesrepublik hat darüber hinaus wirtschaftliche Bedeutung, weil es eine bessere Versorgung der Bevölkerung ermöglicht, was wiederum der Führung zugute kommt. Nur durch eine deutliche Verschärfung des Ausreiseproblems könnte der deutsch-deutsche Dialog gefährdet werden. Bisher sind keine Anzeichen dafür erkennbar, daß die DDR den Druck auf die Ausreisewilligen bis zu dem Punkt verschärfen will, daß Rückwirkungen auch auf das deutsch-deutsche Verhältnis unvermeidlich werden, weil dies dann auch weitere Bevölkerungskreise der DDR erfassende Auswirkungen hätte, an denen der DDR nicht gelegen ist.

III. Ausblick

Von jüngeren, einsichtigen Parteimitgliedern wird durchaus erkannt, daß die DDR-Führung über die Mittel verfügt, um größere Zustimmung bei der eigenen Bevölkerung zu gewinnen. Die Rufe nach einer Reform à la Gorbatschow beweisen, daß die Mehrheit der Bevölkerung auf Veränderungen wartet und bereit ist, solche Veränderungen innerhalb der DDR zu verwirklichen. Der Ruf nach Veränderungen stellt nicht die DDR in Frage, sondern lediglich die gegenwärtig

15 Am 21. April 1988 hielt Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken fest: „Die Kontroverse um den angeblichen ‚Leserbrief' einer Leningrader Dozentin in der sowjetischen Tageszeitung ‚Sowjetskaja Rossija' vom 13. März hat die Aufmerksamkeit auf den Stand der Reformpolitik Gorbatschows im Vorfeld der Allunions-Parteikonferenz Ende Juni d. J. gelenkt. […] Der ‚Leserbrief' Frau Andrejewas ist aller Wahrscheinlichkeit nach redaktionell überarbeitet worden. Er trägt den Charakter einer sorgfältig formulierten, umfassenden Abrechnung mit allen den Konservativen unliebsamen Erscheinungen der Reformpolitik. Als roter Faden zieht sich durch dieses Papier die Warnung vor der Aufgabe bewährter ideologischer Grundsätze und politischer Verhaltensweisen. […] Eben dies ist wohl auch der Grund dafür gewesen, daß die Reformkräfte im ZK-Apparat (vermutlich aus dem Kreis von PB-Mitglied und ZK-Sekretär Jakowlew) diesen ‚Leserbrief' nicht einfach als individuelle Stellungnahme einer Privatperson ignoriert, sondern ihn vielmehr zum Anlaß für eine energische Gegenoffensive genommen haben. Der Leserbrief von Frau Andrejewa wurde in der Prawda vom 5. April zum ‚ideellen Manifest' der Perestroika-Gegner erklärt und seine Veröffenlichung zu einem Versuch, die Parteibeschlüsse stufenweise zu revidieren." Vgl. Referat 213, Bd. 143518.
Der Leserbrief wurde von der Tageszeitung „Neues Deutschland" nachgedruckt. Vgl. dazu den Artikel „Ich kann meine Prinzipien nicht preisgeben"; NEUES DEUTSCHLAND vom 2./3. April 1988, S. 11 f.
Für die zunächst in der sowjetischen Tageszeitung „Prawda" erschienene Stellungnahme Jakowlews vgl. den Artikel „Die Prinzipien der Umgestaltung: Revolutionäres Denken und Handeln"; NEUES DEUTSCHLAND vom 9./10. April 1988, S. 11 f.

praktizierten Strukturen. Das Problem besteht nur darin, daß die alt gewordene Führung zu solchen Reformen die Kraft nicht mehr aufbringt und dazu auch von den Sowjets nicht gedrängt wird, die augenscheinlich zunächst die Reformen in ihrem eigenen Lande sichern wollen, bevor sie auf Angleichung auch bei den verbündeten Ländern drängen. Dennoch ist denkbar, daß der Prozeß der Ablösung der alten Führung schneller als erwartet beginnt. Das könnte dann der Fall sein, wenn eine der wichtigen Führungspersonen (Honecker, Stoph, Hager, Axen, Mittag) plötzlich ausfiele und ersetzt werden müßte. Honecker selbst dürfte sicher die Absicht haben, den Feiern zum 40. Jahrestag der DDR zu präsidieren und dann vielleicht vor dem 12. Parteitag, der turnusmäßig 1991 stattfinden müßte, selbst den Wechsel einzuleiten. Bis dahin könnte es aber wegen der mannigfaltigen inneren Probleme noch erhebliche Unruhe und Unsicherheit geben.

[gez.] Bräutigam

Referat 210, Bd. 145159

126

Botschafter Kempf, Kathmandu, an das Auswärtige Amt

114-12024/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 26. April 1988, 15.15 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 139 **Ankunft: 27. April 1988, 08.21 Uhr**

Betr.: Beziehungen Nepals zur DDR[2];
hier: Einladung Generalsekretär Honecker an König Birendra zur Teilnahme an dem Internationalen Treffen für nuklearfreie Zonen vom 20.–22.6.88 in Berlin (Ost)[3]

Bezug: ohne

Der Principal Private Secretary des Königs, der sich mit außenpolitischen Angelegenheit befaßt, Mr. Shrestha, hat mich heute zu sich gebeten, um im Auf-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elias am 28. April 1988 vorgelegen.

2 Am 6. Juni 1988 legte Botschafter Kempf, Kathmandu, zu den Beziehungen zwischen Nepal und der DDR dar: „Die Beziehungen zur DDR haben für Nepal nur einen geringen Stellenwert […]. Der Rang bzw. die Bedeutung der DDR-Vertretung ist der niedrigste aller hiesigen Botschaften […]. Das Zusammenspiel der hiesigen DDR-Botschaft mit der Botschaft der Sowjetunion scheint ausgezeichnet zu sein. Namhafte Nepalis, auch politische Kreise, und meine westlichen Kollegen teilen meine Einschätzung, daß die DDR-Botschaft ein ergänzender ‚Horchposten' der Botschaft der Sowjetunion ist." Vgl. den Schriftbericht Nr. 310; Referat 210, Bd. 145169.

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach äußerte am 14. April 1988 zu dem unter der Schirmherrschaft des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, geplanten Treffen die Vermutung, „daß das Projekt vor allem den Zweck verfolgt, das internationale Prestige der DDR als eines in der Friedenspolitik engagierten Staates zu festigen. Ferner sollen die von der DDR propagierten Ziele eines atomwaffenfreien Korridors in Mitteleuropa und der kontinentalen und globalen Beseitigung aller Kernwaffen gefördert werden. Die Frage nach dem Für und Wider von kernwaffenfreien Zonen ist durch die Anlage des Treffens vorbestimmt, der Meinungsaustausch, zu dem aufgerufen wird, wird

trage des Königs mit mir zu erörtern und meinen Rat zu erbitten, wie der König auf eine Einladung von Generalsekretär Honecker zur Teilnahme an dem vom 20.–22.6.88 in Berlin vorgesehenen internationalen Treffen für nuklearfreie Zonen reagieren solle. Dabei habe der König ausgeführt, daß er angesichts der guten Beziehungen zur Bundesrepublik und der ausführlichen politischen Gespräche mit dem Herrn Bundeskanzler anläßlich dessen Besuchs in Nepal im Juli letzten Jahres[4] keinerlei Schritte zu tun gedenke, die dem Bundeskanzler mißfallen oder die mit der Politik der Bundesregierung nicht in Einklang zu bringen seien. Er legte mir dabei das Einladungsschreiben Honeckers an den König und die begleitende Note sowohl im Originaltext (deutsch) als auch in englischer Fassung zur Einsichtnahme vor.

Nach eingehender Erörterung unter Zugrundelegung der Regierungserklärung des Bundeskanzlers zu dem amerikanisch-sowjetischen INF-Abkommen[5] habe ich mit dem Principal Private Secretary vereinbart, daß dieser Generalsekretär Honecker dahingehend antworten wird: Er bedauere, aus Termingründen an diesem Treffen nicht teilnehmen zu können; Nepal sähe jedoch dem Ergebnis dieses Treffens mit Interesse entgegen.

Im Anschluß an diese Erörterungen sprach mich der Principal Private Secretary, ebenfalls im Auftrag des Königs, auch auf die Frage der Stärke der konventionellen Streitkräfte im Warschauer Pakt und in der NATO an. Auch hier habe ich unter Zugrundelegung von Regierungserklärung des Bundeskanzlers und Erklärungen des Bundesaußenministers sowie unter Hinweis auf die seit mehr als zehn Jahren andauernden MBFR-Verhandlungen in Wien[6] erklärt, daß es die Politik der Bundesregierung sei, auf ein ausgewogenes Kräfteverhältnis im konventionellen Bereich hinzuwirken.

Der Rest der Unterhaltung befaßte sich wieder einmal mit dem problematischen Verhältnis Nepals zu Indien.[7] Auf die vom Principal Private Secretary über-

Fortsetzung Fußnote von Seite 687

sich demnach voraussichtlich auf die Propagierung dieser Zonen und auf den besten Weg, sie zu erreichen, konzentrieren." Vgl. 210, Bd. 145220.

4 Bundeskanzler Kohl besuchte Nepal am 19./20. Juli 1987. Botschafter Kempf, Kathmandu, teilte am 22. Juli 1987 mit, daß König Birendra von seinem Gespräch mit Kohl „tief beeindruckt" gewesen sei: „Das Gespräch befaßte sich nach einer internationalen ‚Tour d'horizon', wobei die Lage Nepals zwischen den beiden großen Nachbarn im Vordergrund stand, überwiegend mit dem bilateralen Verhältnis, vor allem Entwicklungshilfe. Dabei stand das Bestreben des Königs, Nepal bis zum Jahre 2000 an den asiatischen Standard heranzuführen, im Mittelpunkt. […] Der König bat den BK, Nepal auch dabei zu helfen, seine kleine Armee in einem seinen Bedürfnissen entsprechenden Ausrüstungsstand zu erhalten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 285; Referat 340, Bd. 144696.

5 Für die Erklärung des Bundeskanzlers Kohl am 10. Dezember 1987 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 49. Sitzung, S. 3400–3406.

6 Die MBFR-Verhandlungen wurden am 30. Oktober 1973 in Wien aufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 397.
Für eine Bilanz nach zehn Jahren Verhandlungsdauer vgl. AAPD 1983, II, Dok. 344.

7 Legationsrat I. Klasse Green, Kathmandu, wies am 12. Januar 1987 auf die Haltung der nepalesischen Regierung zur indischen Einwanderung hin: „Allgemein wird befürchtet, daß die mit der Einwanderung verbundene zunehmende indische Dominanz in der nepalesischen Wirtschaft die Abhängigkeit Nepals von Indien noch weiter verstärken wird. Die Befürchtungen gehen sogar so weit, daß Nepal schließlich seine nationale Unabhängigkeit an Indien verlieren könnte, wobei vielen Nepalis das Beispiel von Kaschmir und Sikkim warnend vor Augen steht. Die zunehmende Zahl von Indern in Nepal wird dabei als ‚Fünfte Kolonne' Indiens angesehen." Vgl. den Schriftbericht Nr. 26; Referat 340, Bd. 144699.

mittelte Frage des Königs, welche Möglichkeit die deutsche Politik sehe, Nepals Situation gegenüber Indien zu verbessern, habe ich erwidert, daß aus meiner Sicht SAARC[8] die beste Möglichkeit biete, hier zu einem für alle Mitgliedsländer erträglichen Modus vivendi zu finden. Nur dürfe man aus meiner Sicht bei multilateralen Organisationen dieser Art größere Erfolge nicht kurzfristig erwarten, sondern beharrlich an einem Ausbau der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen arbeiten, womit sich automatisch vorhandene Spannungen abbauen würden.

Falls ich wider Erwarten zur Frage der Teilnahme des Königs an dem internationalen Treffen für nuklearfreie Zonen eine Auffassung vertreten habe, die möglicherweise aus mir nicht bekannten Gründen dort nicht geteilt wird, bitte ich um citissime Drahtweisung.

Ich bitte, die erforderliche Verteilung im Hause und die evtl. für erforderlich gehaltene Unterrichtung des Bundeskanzleramts von dort aus vorzunehmen.

[gez.] Kempf

VS-Bd. 13668 (340)

8 Im Gespräch mit Staatsminister Schäfer am 7. Juni 1988 erläuterte der Staatsminister im indischen Außenministerium, Natwar Singh, die Rolle der von Bangladesh, Bhutan, Indien, den Malediven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka gebildeten South Asian Association for Regional Cooperation: „SAARC fehle es […] an Institutionen, es habe nur ein Sekretariat. Es bestehe erst seit vier Jahren. Man konzentriere sich auf Zusammenarbeit in Bereichen wie Drogen- und Terrorismusbekämpfung, Informationsaustausch, Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen. Selbst bei Handel und Finanzen noch wenig Bewegung, da Reserven hinsichtlich Souveränität bestünden. Bisher lockerer Zusammenhalt dürfe auf absehbare Zeit nicht mit Politik befrachtet werden. ASEAN habe für politische Zusammenarbeit und Außenkontakte mehr Handlungsspielraum. In Südasien bestehe dagegen dauerhaftes Problem Indien–Pakistan. Ohne seine Lösung keine politische Zusammenarbeit.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 340, Bd. 156146.

127

Botschafter Pfeffer, Paris, an das Auswärtige Amt

114-12026/88 geheim **Aufgabe: 27. April 1988, 11.08 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1135 **Ankunft: 27. April 1988, 11.54 Uhr**

Betr.: Trägertechnologie-Richtlinien[2]

Bezug. 1) DE Nr. 3928 vom 7.4.1988[3]
2) Gesprächsunterlage 431-493.15 VS-geheim für D-F-Konsultationen der Wirtschaftsdirektoren am 28.3.88 in Paris[4]

1) Non-Paper konnte am 18.4.88 weisungsgemäß zuständigem Referatsleiter Gotlieb im Quai übergeben werden. Gotlieb nahm das Papier mit den Erläuterungen gemäß Bezugserlaß entgegen. Er sah sich außerstande, unmittelbar eine Stellungnahme abzugeben, sagte aber Prüfung und Rückäußerung zu.

2) Bei Nachfrage „zur französischen Haltung zur weiteren Europäisierung" des Exportkontrollregimes erwiderte Gotlieb, daß die Erläuterungen der deutschen Auffassung durch RL 431[5] in Brüssel sehr hilfreich gewesen seien. Französische Seite habe aber noch kein klares Bild über praktische Umsetzung der deutschen Vorstellungen. Eine volle Einbeziehung der anderen, nicht dem Regime angeschlossenen EPZ-Staaten[6] würde das Regime in der praktischen Anwendung ungeheuer schwerfällig[7] machen, wenn nicht sogar blockieren.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner am 27. April 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationssekretär Freytag von Loringhoven verfügte.
Hat Freytag von Loringhoven am 27. April 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Ammon „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]" verfügte.
Hat Ammon vorgelegen.

2 Am 16. April 1987 wurde von der Bundesregierung bekanntgegeben, daß am 7. April 1987 ein Kontrollregime für den Export von Trägertechnologie in Kraft gesetzt worden sei. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 94.

3 Korrigiert aus „11.4.1988".
Vortragender Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner übermittelte den Botschaften in London, Ottawa, Paris, Rom, Tokio und Washington ein Non-paper. Dazu führte er aus: „Am 30.9.1987 hat US-Regierung der Bundesregierung die Ablehnung gemäß T[räger]T[echnologie]R[icht]L[inien] für zwei von US-Firmen gestellte Exportanträge mitgeteilt. Es handelt sich hierbei um die vorgesehene Lieferung von Treibstoff und Lagesteuerungssystemen nach Brasilien. […] Botschaften werden gebeten, die jeweiligen Gastregierungen zu unterrichten, daß unserer Meinung nach US-Ablehnung aufgrund TTRL nicht gerechtfertigt ist. Hierbei soll das in Anlage übersandte Non-paper übergeben werden. Da die Notifikation einer Verweigerung einer Exporterlaubnis gemäß TTRL […] durch einen Partner Verpflichtungen für die Bundesregierung auslöst, muß sie einer unzutreffenden Einstufung widersprechen." Vgl. VS-Bd. 14539 (431); B 150, Aktenkopien 1988.

4 In den von Vortragendem Legationsrat Blankenstein am 22. März 1988 vorgelegeten Gesprächsunterlagen zur Frage einer Einbeziehung aller EG-Mitgliedstaaten in das Kontrollregime für den Export von Trägertechnologie hieß es: „Die Frage der Europäisierung hat insbesondere im Hinblick auf den für 1992 angestrebten gemeinsamen Binnenmarkt besondere Bedeutung und bedarf deshalb – zunächst intern – weiterer Erörterung. Die unklaren und teilweise nicht kohärenten Aussagen der Trägertechnologie-Richtlinien sollten dabei im Hinblick auf eine anzustrebende Europäisierung in Ruhe, aber umfassend geprüft werden. Nach Auffassung der Bundesregierung sollte eine möglichst ‚europafreundliche' Lösung angestrebt werden." Vgl. VS-Bd. 14539 (431); B 150, Aktenkopien 1988.

5 Adolf Karl Ritter von Wagner.

6 Zu einer Einbeziehung aller EG-Mitgliedstaaten in das Kontrollregime für den Export von Trägertechnologie vgl. Dok. 20.

7 Die Wörter „praktischen Anwendung ungeheuer schwerfällig" wurden von Legationsrat I. Klasse Ammon hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich für Attaché Freytag von Loringhoven:

Eine fakultative Einbeziehung, wie von deutscher Seite erwogen, bedürfe noch der Präzisierung. F erwarte hier deutschen Vorschlag.

3) Gotlieb ging dann, als persönliche Meinungsäußerung, nochmals grundsätzlich auf die Kontrolle der Trägertechnologie ein. Sein Eindruck sei, daß das jetzige Regime unbefriedigend sei. Politischer Druck, unter dem US-Seite stehe, habe ein besseres Verhandlungsergebnis (im Sinne der Effizienz) unmöglich gemacht. Heute müsse man bei realistischer Betrachtung zugeben, daß das Regime de facto schon gescheitert sei, da SU, VR China und Israel Beitritt abgelehnt[8] hätten und sich, wie sowjetische Lieferungen an Irak und chinesische an Iran und Saudi-Arabien[9] zeigten, auch nicht daran gebunden sähen.

Er erwähnte, daß in der Presse auch von deutschen Lieferungen für Raketen des Irak berichtet werde[10], betonte aber sofort, daß er hiermit keine formelle Frage gestellt oder gar Demarche unternommen habe, da man die klare, die Non-Proliferation stützende Haltung der Bundesregierung kenne. Dies alles zeige nur, wie unklar und damit unsicher die Regelungen auf diesem Gebiet seien.

Im Grunde sei ein neues Kontrollregime erforderlich, in dessen Aushandlung von vorneherein – wie in der Nuclear Suppliers Group – alle Lieferanten einzubeziehen seien.

F betrachte die jetzige Situation mit großer Sorge. Man brauche eine wirksame Kontrolle dieser Technologie. Im übrigen müsse man sich auch darauf einstellen, daß die künftige US-Regierung dieses Thema erneut aufgreife, insbesondere wenn ein demokratischer Präsident gewählt würde[11]. Wenn man dann nicht wieder nur amerikanische Vorschläge entgegennehmen wolle, müsse man (insbesondere D und F) eine eigene Konzeption entwickeln. Dies sei seiner Meinung nach ein wichtiges Thema für die deutsch-französische Zusammenarbeit nach den Wahlen[12].

4) Wertung

Obwohl Gotlieb die von ihm geäußerten erheblichen Zweifel an der Wirksamkeit des Kontrollregimes als persönliche Meinungsäußerung deklarierte, dürfte sich

Fortsetzung Fußnote von Seite 690

„Die Aussage teile ich nicht. Man muß einmal zählen, wie oft 1) wir eine Ablehnung notifiziert haben, 2) wie oft F[rankreich] und die USA eine notifiziert haben. M[eines]E[rachtens] war da nicht sehr viel."

8 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Stimmt das?"

9 Am 23. März 1988 berichtete Oberst i. G. Geerdts, Riad, über die Lieferung chinesischer Trägerraketen an Saudi-Arabien: „Gründe für Erwerb Raketen dieser Reichweite liegen für alle Beobachter noch im spekulativen Bereich. Möglicherweise führt eine nüchterne Analyse des Verhältnisses Raum – Bevölkerungszahl – Verteidigungskapazität zu der Folgerung, daß dieses große Land selbst mit hochmoderner konventioneller Rüstung aufgrund der geringen Bevölkerungszahl mit nur rudimentär vorhandenem Wehrwillen nicht gegen einen mit allen T[eil]S[treit]K[räften] angreifenden Feind zu verteidigen ist. Man erhofft mit einem solchen MIRV-fähigen Waffensystem ausreichend Abschreckungskraft zu erlangen. Kauf in Ch[ina]V[olksrepublik] zeigt einen schon bei anderen arabischen Staaten erkennbaren Weg. […] Die kritischste Frage muß auch noch unbeantwortet bleiben: Wozu eine für nuklearen Einsatz konzipierte Rakete mit MIRV-Fähigkeit kaufen, wenn man sie angeblich nicht mit nuklearen Sprengköpfen versehen will? Wird chemische Munition als Alternative gesehen?" Vgl. den Drahtbericht Nr. 177; VS-Bd. 13651 (311); B 150, Aktenkopien 1988.

10 Zur Frage einer Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik am Raketenprogramm des Irak vgl. Dok. 116.

11 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

12 Die Präsidentschaftswahlen in Frankreich fanden am 24. April und 8. Mai 1988 statt.

darin doch im wesentlichen die Meinung der betroffenen Arbeitseinheiten des Quai widerspiegeln. Dabei kann kein Zweifel bestehen, daß F gerade auch als Nuklearmacht im Hinblick auf seine eigenen Sicherheitsinteressen ein effektives Kontrollregime für Trägertechnologie wünscht. Voraussetzung ist dessen universelle Gültigkeit. Das jetzige System reicht offenbar nicht aus. Die Frage der Einbeziehung der kleineren europäischen EPZ-Partner in das jetzige Regime verliert damit aus französischer Sicht an Bedeutung.

Es ist damit zu rechnen, daß das Thema von der neuen französischen Regierung uns gegenüber aufgegriffen wird.

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 14540 (431)

128

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

422-413.GA/JOR-298/88 VS-vertraulich **28. April 1988**[1]
424-411.10/08 GRO-298/88 VS-vertraulich

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: a) Britischer Export von MRCA-Tornado-Flugzeugen nach Jordanien[4]
b) Bundesbürgschaft für deutschen Lieferanteil

Anlg.: 1[5]

Zweck der Vorlage: Zustimmung zu Ziff. V

I. Britische Anfrage

1) Die britische Botschaft hat gemäß Art. 2.3 der deutsch-britischen Vereinbarung „über die Ausfuhr von gemeinsam entwickeltem und/oder gefertigtem Rüstungs-

1 Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten I. Klasse von Wistinghausen und Nagel, Vortragendem Legationsrat Lutz und Legationsrat I. Klasse Cappell konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 5. Mai 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eilt. Ich schließe mich dem Votum unter Ziffer V an."

3 Hat Bundesminister Genscher am 8. Mai 1988 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 9. Mai 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 422 verfügte.
Hat Staatsekerär Lautenschlager am 10. Mai 1988 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Jelonek verfügte.
Hat Jelonek am 10. Mai 1988 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen am 10. Mai 1988 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Lutz am 15. Mai 1988 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ref[erat] 424 ist um weitere Veranlassung zu Ziff[er] V 1) a + b gebeten worden."

4 Mit Schreiben vom 4. März 1988 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Nagel dem Bundesministerium der Verteidigung mit: „GB ist offenbar bereit, an Jordanien Tornado-Flugzeuge in der Version I[nter]D[iction]S[trike] zu liefern, falls sich die jordanische Regierung für den Tornado entscheidet. […] Wie im Falle Saudi-Arabiens sollte sich der Bundessicherheitsrat auch mit dem britischen Tornado-Exportvorhaben nach Jordanien befassen." Vgl. VS-Bd. 13645 (311); B 150, Aktenkopien 1988.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 8.

material in dritte Länder“ vom 25.5.1983[6] das BMVg über das Interesse Jordaniens am Erwerb von acht bis zehn Tornado-Flugzeugen in IDS-Version („interdiction strike“, Erdkampf-Version) unterrichtet. GB sehe keine großen politischen oder militärischen Bedenken gegen eine Lieferung des Tornado IDS an Jordanien, zumal das Flugzeug bereits nach Saudi-Arabien geliefert wurde[7] und die jordanische Regierung eine verantwortungsbewußte gemäßigte Politik verfolge. König Hussein hat den Erwerb von Tornado-Flugzeugen IDS-Version inzwischen gebilligt.

2) AM Howe hat mit beigefügtem Schreiben unter Hinweis auf die besondere politische Bedeutung des Vorhabens um Gewährung einer Bundesbürgschaft für die deutschen Zulieferungen zu den für Jordanien bestimmten Tornados gebeten.[8]

II. Beurteilung unter rüstungsexportpolitischen Gesichtspunkten

1) Gemäß 2.3 der o. g. deutsch-britischen Vereinbarung kann das BMVg das britische Verteidigungsministerium um Konsultationen ersuchen, falls erhebliche Bedenken gegen das britische Exportvorhaben bestehen. Ein deutsches Veto-Recht besteht nicht. Da die jeweiligen nationalen Gesetze unberührt bleiben, könnten zwar theorethisch die Ausfuhrgenehmigungen für die deutschen Tornado-Teile-Lieferungen nach GB verweigert werden. Gemäß Nr. 2.7 der o. g. Vereinbarung sind aber vorher ausführliche Konsultationen vorgeschrieben.[9] Dabei wäre zu berücksichtigen, daß gemäß Nr. 2.6 der o. g. Vereinbarung die Ausfuhrvorschriften im Geiste der deutsch-britischen Zusammenarbeit ausgelegt und angewendet werden sollen. Gemäß Nr. 3 der Rüstungsexportpolitischen Grundsätze der Bundesregierung[10] ist bei der Frage der Exportgenehmigungen für Zulieferungen zu Koproduktionen dem Kooperationsinteresse grundsätzlich Vorzug vor der Verwirklichung der Rüstungsexportpolitischen Grundsätze einzuräumen.

Gemäß Nr. 6 der Rüstungsexportpolitischen Grundsätze kommen Einwendungen der Bundesregierung – nach BSR-Befassung – gegen die Verwendung deutscher Zulieferungen bei Exporten von Kriegswaffen, bei denen deutsche Zulieferungen Verwendung finden, u. a. in Betracht bei

6 Für die deutsch-britische Regierungsvereinbarung vom 25. Mai 1983 über die Ausfuhr von gemeinsam entwickeltem und/oder gefertigtem Rüstungsmaterial in dritte Länder vgl. Referat 422, Bd. 135843.

7 Zum saudi-arabischen Wunsch nach dem Erwerb von Kampfflugzeugen vom Typ „Tornado“ vgl. AAPD 1981, I, Dok. 53.
Am 18. Februar 1986 wurde in der Presse berichtet, der Vertrag zwischen Großbritannien und Saudi-Arabien über die Lieferung von 132 Flugzeugen, darunter 72 vom Typ „Tornado“, sei am Vortag unterzeichnet worden. Er habe einen Umfang von 7 Mrd. US-Dollar und werde vornehmlich durch die Lieferung von Öl bezahlt. Vgl. dazu den Artikel „U. K., Saudis Sign Arms Deal“; THE WASHINGTON POST vom 18. Februar 1986, S. A 12.

8 Für das vom britischen Botschafter Mallaby am 31. März 1988 übergebene Schreiben des britischen Außenministers Howe an Bundesminister Genscher vgl. VS-Bd. 14521 (422). Für eine Kopie des Schreibens vgl. auch Referat 424, Bd. 145905.

9 Der Passus „Ein deutsches Vetorecht … Konsultationen vorgeschrieben“ wurde von Vortragendem Legationsrat Lutz gestrichen. Dazu vermerkte er handschriftlich, daß die Streichung auf Ministerialdirigent Höynck zurückgehe, der dazu vermerkt habe: „M[eines] E[rachtens] entbehrlich.“

10 Für den Wortlaut der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 28. April 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 309–311. Vgl. dazu auch AAPD 1982, I, Dok. 126.

– Exporten, welche die auswärtigen Beziehungen zu Drittländern so erheblich belasten würden, daß selbst das eigene Interesse an der Kooperation und an der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zum Kooperationspartner zurückstehen muß.

2) Folgende Gründe sprechen dafür, keine Bedenken im Rahmen von Konsultationen gegen den britischen Tornado-Export vorzutragen:

– Der Export der Tornados nach Jordanien erfolgt in britischer Verantwortung (wir sind wertmäßig an der Kooperation mit 42,5% beteiligt). Wir können den britischen Export letztlich nicht verhindern. (Die Möglichkeit der Verweigerung der Genehmigung für Zulieferungen nach GB besteht nur theoretisch, da vorab nicht bekannt ist, welche Zulieferteile in die für den Export nach Jordanien vorgesehenen Tornados eingebaut werden sollen.)
– GB hat trotz der von uns vorgetragenen Bedenken 1985 48 Tornado IDS-Version und 24 Tornados ADV (Air Defence Version) an Saudi-Arabien (im Wert von insgesamt ca. 14 Mrd. DM) verkauft (einige sind bereits ausgeliefert). Es ist daher wenig wahrscheinlich, daß GB aufgrund von uns vorgetragener Bedenken auf das Jordanien-Geschäft verzichten wird.[11]

3) Folgende Gründe sprechen dafür, Bedenken gegen das britische Tornado-Exportvorhaben im Rahmen von Konsultationen vorzutragen:

– Präzedenzlage:

  BSR hatte am 26.10.1983 – als GB Tornado-Exporte nach Saudi-Arabien vorbereitete – beschlossen, gegenüber GB grundsätzliche Bedenken gegen einen solchen Export zu erheben. Da diese Bedenken auf unserer Einschätzung des Kräftegleichgewichts im Nahen Osten und damit der Bedrohungssituation Israels beruhten, gelten sie in deutlich erhöhtem Maße auch für Tornado-Lieferungen an Jordanien.
– Obwohl auch Jordanien, genau wie Saudi-Arabien, eine positive und auf Stabilisierung ausgerichtete Politik im Nahen Osten verfolgt, ist zu berücksichtigen, daß es an den letzten Nahost-Konflikten im Gegensatz zu Saudi-Arabien militärisch beteiligt war und durch seine unmittelbare geographische Nachbarschaft eine erheblich größere Bedrohung für Israel darstellt.
– Bei der für Jordanien geplanten IDS-Version des Tornado handelt es sich um die Angriffsversion des Tornado, mit der aufgrund ihrer hochmodernen elektronischen Ausrüstung mit radargesteuerten Autopiloten dicht über der Erdoberfläche gegnerisches Radar unterflogen werden kann. Die IDS-Version besitzt Allwetterfähigkeit. Diese Version ist erheblich gefährlicher als die der Luftaufklärung dienende ADV-Version, die Jordanien ursprünglich kaufen wollte. (BSR hatte deshalb am 20.4.1983 entschieden, gegenüber britischem Verkauf von 8 Tornados der ADV-Version nach Oman keine Bedenken zu erheben.[12])
– Israel würde sich durch die Tornadolieferung nach Jordanien erheblich in seiner Sicherheit bedroht fühlen. Israel hatte bereits anläßlich der britischen

11 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

12 Zur Entscheidung der Bundesregierung bezüglich einer Lieferung von Kampffluzeugen vom Typ „Tornado" durch Großbritannien an den Oman vgl. AAPD 1983, I, Dok. 100.

Tornado-Lieferung nach Saudi-Arabien gegenüber GB sein „Mißfallen“ zum Ausdruck gebracht und uns (AM Shamir–BM am 23.9.1985 und amtierender PM Moshe Arens–BM am 9.10.1985[13]) gefragt, ob wir britischen Export nicht verhindern können. Der Tornado würde das waffentechnische Gleichgewicht im Nahen Osten entscheidend verändern. BM hatte erläutert, daß wir Einwände vorgetragen hätten, aber kein Veto-Recht besäßen. Eine stillschweigende Hinnahme des britischen Exports nach Jordanien müßte auf israelisches Unverständnis stoßen und könnte unsere Beziehungen zu Israel erheblich belasten.[14]

4) Die Abwägung ergibt, daß wir aufgrund unseres besonderen Verständnisses für die Sicherheitsbelange Israels im Rahmen von Konsultationen gegenüber GB unsere Einwände gegen das britische Exportvorhaben vortragen sollten, auch wenn diese, was anzunehmen ist, von britischer Seite nicht berücksichtigt werden sollten. BMVg sollte mit diesem Votum BSR befassen.

III. Bundesbürgschaft für deutsche Zulieferungen

1) Eine Verbürgung der Lieferung ausfuhrgenehmigungspflichtiger Güter an das Ausland kann nur in Betracht gezogen werden, wenn zuvor die erforderliche Ausfuhrgenehmigung erteilt worden ist. AM Howe geht in seinem Schreiben ausschließlich auf das Erfordernis einer Verbürgung der deutschen Zulieferungen zu dem Jordanien-Geschäft durch die Bundesregierung ein; die Erteilung der Ausfuhrgenehmigung wird offenbar stillschweigend vorausgesetzt.

2) Auch wenn die Bundesregierung der Lieferung der Tornados an Jordanien inklusive deutscher Komponenten letztlich nicht widerspricht, sollte eine Verbürgung der deutschen Zulieferungen dennoch nicht in Betracht gezogen werden:

a) Während mit Erteilung der Ausfuhrgenehmigung lediglich die Durchführung des Geschäfts auf eigenes Risiko des Herstellers erlaubt wird, würde eine Verbürgung (Risikoübernahme) durch den Bund eine erheblich weitergehende aktive Förderung des Geschäfts bedeuten. Es wäre kaum in Einklang zu bringen[15], wenn die Bundesregierung einerseits[16] im Konsultationsverfahren Bedenken gegen die Durchführung des Vorhabens anmeldet[17], dann aber einen entscheidenden Beitrag zu dessen Finanzierung leistet[18].

13 Am 10. Oktober 1985 berichtete Ministerialdirektor Haas, z. Z. Tel Aviv, der israelische Minister ohne Geschäftsbereich, Arens, habe Bundesminister Genscher am Vortag zu den Plänen Großbritanniens für eine Lieferung von Kampfflugzeugen vom Typ „Tornado“ an arabische Staaten dargelegt: „Der Tornado sei zwar nicht für nahöstliche Bedingungen entwickelt, zur Abwehr seiner ‚low altitude penetration capability‘ müsse Israel gleichwohl Maßnahmen treffen. Er, Arens, wisse, daß früher jeder Koproduzent des Tornado ein ‚Vetorecht‘ bei Exporten gehabt habe […]. Er habe jetzt von Botschafter Hansen erfahren, daß es ein solches Vetorecht nicht mehr gebe. Das löse das Problem nicht, und es bleibe dabei, daß deutsche Unternehmen mit 42,5 Prozent am Geschäft partizipieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 6; Referat 310, Bd. 149587.

14 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „Eine Enttäuschung Jordaniens dürfte sich in Grenzen halten, da GB im Zweifel trotz unserer Bedenken liefern wird.“

15 Der Passus „Es wäre … zu bringen“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Dies würde erst recht gelten“.

16 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen.

17 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „anmelde“.

18 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „leisten würde“.

b) Unter dem Grundsatz der restriktiven Rüstungsexportpolitik war es ständige Praxis aller Bundesregierungen, die Ausfuhr von Rüstungsgütern in Länder der Dritten Welt nicht durch Gewährung von Bürgschaften zu fördern. Zwar sind vereinzelt Ausnahmen – insbesondere für Marinefahrzeuge – gemacht worden. Die Lieferung von Kampfflugzeugen oder Teilen hierfür ist jedenfalls für Länder außerhalb der NATO bisher nicht verbürgt worden (z.B. wurde Verbürgung der deutschen Zulieferungen für Tornados an Oman abgelehnt). Eine Verbürgung der deutschen Tornado-Teile für Jordanien würde somit zu einer wesentlichen Aufweichung unserer aus guten Gründen restriktiven Deckungspraxis bei Rüstungsgütern führen.

c) Infolge der eingeschränkten Wirtschafts- und Transferkraft Jordaniens können selbst entwicklungspolitisch förderungswürdige zivile Investitionsvorhaben nur begrenzt durch Bürgschaften gefördert werden (Orientierungsgröße pro Einzelgeschäft 20 Mio. DM). BMF dürfte unter Risiko-Gesichtspunkten gegen die Verbürgung eines solchen militärischen Großprojekts erhebliche Bedenken geltend machen.

Ein Deckungsantrag der Fa. Panavia liegt bisher nicht vor, so daß Einzelheiten über den Umfang der angestrebten Bundesbürgschaft noch nicht bekannt sind. Nach britischen Angaben dürfte der deutsche Lieferanteil einen Wert von rd. 395 Mio. DM haben; die Kreditlaufzeit soll zehn Jahre betragen.

3) Art. 3.2 der deutsch-britischen Kooperationsvereinbarung vom 25. Mai 1983 sieht vor, daß jede Regierung eigenverantwortlich über Anträge auf Kreditversicherung entscheidet. Versagt eine Regierung die erforderliche Kreditgarantie für ein Ausfuhrvorhaben, „gegen das im übrigen nichts einzuwenden ist“, kann die andere Regierung nach Art. 4.1 „andere Regelungen für die Fertigung unter Nutzung von Lizenzen zu angemessenen Bedingungen“ treffen. Über die Anwendung dieser Bestimmungen könnten in der Praxis Meinungsverschiedenheiten auftreten. Die britische Regierung hat jedoch bisher nicht angedeutet, daß sie sich bei Verweigerung einer Verbürgung des deutschen Lieferanteils auf Art. 4.1 berufen werde.

IV. Der britische Botschafter[19] hat am 28.4. gegenüber Dg 42[20] das Interesse seiner Regierung am Zustandekommen des Exportauftrags unterstrichen. Eine Gefährdung der israelischen Sicherheit werde nicht befürchtet, da die israelische Luftüberlegenheit erhalten bleibe und die sonst zu befürchtende Lieferung sowjetischer MiGs an Jordanien gefährlicher sei. Bei den für Mai vorgesehenen abschließenden Verhandlungen mit Jordanien spiele die Finanzierung eine entscheidende Rolle, weshalb er um eine rasche Entscheidung der Bundesregierung auch über eine Bundesbürgschaft ersuche. Das Geschäft mit Jordanien „stehe und falle“ mit der Verbürgung des deutschen Lieferanteils.

V. 1) Es wird vorgeschlagen,

a) dem BMVg mitzuteilen, daß nach Auffassung des Auswärtigen Amts GB im Rahmen von Konsultationen unsere Einwände gegen das britische Exportvorhaben vorgetragen werden sollten,

19 Christopher Mallaby.
20 Wilhelm Höynck.

b) BMVg zu bitten, gemäß Nr. 6 der Rüstungsexportpolitischen Grundsätze den BSR mit diesem Votum zu befassen.[21]

2) Außerdem wird vorgeschlagen, folgende Antwort des BM auf die Botschaft von AM Howe über den deutschen Botschafter[22] in London zu übermitteln:

„Haben Sie Dank für Ihr von Botschafter Mallaby am 31. März 1988 übermitteltes Schreiben, in dem Sie mich über eine beabsichtigte britische Lieferung von acht Tornado-Flugzeugen an Jordanien unterrichten und die Notwendigkeit einer Regierungsgarantie für die deutschen Zulieferungen zu diesem Geschäft erläutern.

Sie werden verstehen, daß die Entscheidung der Bundesregierung über eine deutsche Beteiligung an diesem Vorhaben nicht einfach ist. Die zuständigen Gremien der Bundesregierung werden sich so bald wie möglich mit der Frage befassen, ob Konsultationen auf der Basis der deutsch-britischen Vereinbarung vom 25. Mai 1983 über die Ausfuhr von gemeinsam entwickeltem und gefertigtem Rüstungsmaterial in dritte Länder angestrebt werden sollten.

Bisher hat die Bundesregierung Bürgschaften für die Finanzierung vergleichbarer Rüstungsgeschäfte mit Ländern der Dritten Welt aus grundsätzlichen Erwägungen stets abgelehnt. Dazu kommt, daß der Umfang dieses Auftrags nach unseren Erkenntnissen die finanzielle Leistungskraft Jordaniens voraussichtlich bei weitem überfordern dürfte. Auch diese Gesichtspunkte wird die Bundesregierung sorgfältig prüfen müssen.

Ich werde Sie über die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit unterrichten."[23]

D 2[24] und D 3[25] haben mitgezeichnet.

Jelonek

VS-Bd. 14521 (422)

21 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „c) als Linie des AA festzustellen, daß eine Verbürgung nicht in Betracht gezogen wird."

22 Rüdiger Freiherr von Wechmar.

23 Am 27. Mai 1988 vermerkte Vortragender Legationsrat Schlegel, dem Bundesministerium der Verteidigung solle mitgeteilt werden, daß Bundesminister Genscher den britischen Außenminister Howe von der Absicht der Bundesregierung in Kenntnis gesetzt habe, zu prüfen, „ob Konsultationen aufgrund des deutsch-britischen Kooperationssabkommens von 1983 angestrebt werden sollen". Des weiteren hielt Schlegel fest, „daß US-Botschafter Burt am 25. Mai 1988 bei StS S[udhoff] zugunsten des britischen Verkaufs von Tornados nach Jordanien interveniert hat […], weil die USA die für den Verkauf notwendigen Lizenzen, soweit es sich um US-Bauteile handele, bereits erteilt hätten; der Verkauf der Tornados legitimen jordanischen Verteidigungsinteressen entspreche; Israel durch die Lieferung von Tornados keine Einschränkung seiner eigenen Verteidigungsmöglichkeiten erfahre und daher nicht berührt würde; die Alternative sowjetische Flugzeuglieferungen politisch nicht wünschenswert sei." Vgl. VS-Bd. 14534 (424); B 150, Aktenkopien 1988.

24 Hermann Freiherr von Richthofen.

25 Reinhard Schlagintweit.

129

Vortragender Legationsrat Libal an die Botschaften in Moskau und Washington

213-322 USA VS-NfD **28. April 1988**[1]
Fernschreiben Nr. 4605 Plurez

Betr.: Beziehungen SU – USA;
hier: Treffen Shultz – Schewardnadse am 21./22.4.1988[2]

Bo. Kwizinskij unterrichtete am 28.4. D 2[3] über den Verlauf der Moskauer Gespräche aus sowjetischer Sicht[4]. Er führte dabei folgendes aus:

Die Verhandlungen seien durch bestimmte Fortschritte gekennzeichnet gewesen. Von großer Bedeutung sei das aufgeschlossene Gespräch zwischen Gorbatschow und Shultz gewesen. Diese Offenheit sei nützlich gewesen für die Weiterentwicklung des politischen Dialoges. In Moskau hoffe man, daß dieser Dialog durch die konkrete Suche nach gegenseitig annehmbaren Lösungen für internationale Schlüsselprobleme gekennzeichnet sein werde.

START/ABM

Hier sei der Vorbereitung eines Abkommens über die Einhaltung des ABM-Vertrages[5] besondere Aufmerksamkeit gewidmet worden. Die Sowjets hätten die Notwendigkeit betont, diesen Vertrag als Ganzes exakt zu implementieren und in das künftige Abkommen exakt und vollständig die vereinbarte Formel aus der Erklärung vom 10.12.1987[6] aufzunehmen. Was die zu diesem Abkommen gehörenden Fragen der Kontrolle und anderer Maßnahmen im Hinblick auf die Voraussagbarkeit der Entwicklung der strategischen Situation betreffe, so sollten diese zwei Fragen in getrennten Protokollen zum Abkommen niedergelegt werden. Der Meinungsaustausch hierüber habe auf weitere Fortschritte in Genf hoffen lassen. Diese Fortschritte seien jedoch nur möglich, wenn beide Seiten sich strikt an die Vereinbarung[7] vom Dezember 1987 hielten.

1 Ablichtung.
Der Drahterlaß wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 25 und 41.
Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 28. April 1988 vor Abgang zur Mitzeichnung vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Kölsch vorgelegen.

2 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz vom 21. bis 24. April 1988 in der UdSSR vgl. auch Dok. 123. Vgl. dazu ferner FRUS 1981–1988, VI, Dok. 144–147.

3 Hermann Freiherr von Richthofen.

4 Der Passus „Verlauf der … sowjetischer Sicht“ wurde von Vortragendem Legationsrat Kölsch hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dauer?“

5 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.
Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

6 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 7. bis 10. Dezember 1987 zusammen. Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 88 (1988), Heft 2131, S. 12–16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 32–38. Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

7 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Kölsch unterschlängelt. Dazu Ausrufe- und Fragezeichen.

Die Sowjets hätten mit den Amerikanern die Idee einer unbegrenzten Nutzung von Informationssensoren im Weltraum erörtert.[8] Nach sowjetischer Auffassung sei hier der Hauptpunkt die strikte Einhaltung des ABM-Vertrages. Dies sei wichtig, weil die Amerikaner von Sensoren sprächen, die nicht nur der Frühwarnung vor einem Raketenangriff dienten, sondern auch der Lösung von Aufgaben der ABM-Verteidigung (z. B. Selektion der Ziele). In diesem Zusammenhang hätten die Sowjets die Notwendigkeit einer schnellen und konstruktiven amerikanischen Antwort zu Schlüsselfragen der Verhandlungen betont. Sie würde einen Abschluß der Arbeiten am Vertrag ermöglichen. Die Amerikaner seien jedoch nicht zu positiven Antworten bereit gewesen im Hinblick auf die Begrenzung und Verifikation von SLCM, die Verifikation mobiler TL[9] von ICBM und im Hinblick auf die Frage von sublimits bei ICBM und SLCM. Dies verlangsame die Abstimmung des Vertragstextes und der begleitenden Dokumente. Die Amerikaner hätten einige Anregungen für die Beschränkung von ALCM gegeben. Sowjetischerseits bewerte man die amerikanische Bereitschaft, alle bestehenden ALCM als nuklearbestückt zu betrachten, positiv. Die amerikanischen Vorschläge implizierten jedoch einen offenkundigen Versuch, aus künftigen Vereinbarungen einen beträchtlichen Teil ihrer strategischen Luftwaffe samt ihrer Bewaffnung auszuklammern, z. B. die schweren Bomber, mit gewissen Ausnahmen, und eine große Anzahl nuklearbestückter CM. Dies würde dem Ziel und den Aufgaben der Verhandlungen nicht gerecht werden. Die Sowjets hätten ihre Forderung nach Begrenzung aller schweren Bomber mit ihrer Ausrüstung bekräftigt. Es könne einen Kompromiß geben, wenn man, ausgehend von der wirklichen Möglichkeit[10] der Bestückung, die ALCM je nach dem Typ des schweren Bombers differenziert berechne. Was die Kontrolle betreffe, so seien die Sowjets bereit zu Inspektionen vor Ort in Fliegerhorsten. Die Sowjets seien bereit, Daten über die strategischen Waffen zwecks Aufnahme in das Memorandum of Understanding, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit, auszutauschen. Aber man dürfte nicht selektiv vorgehen, sondern müsse alle Komponenten strategischer Waffen einschließen. Die SU sei jederzeit bereit, diesen Schritt zu tun.

D 2 wies auf unser großes Interesse am Abschluß eines Abkommens hin. Allerdings müsse die Verifikation wasserdicht sein. Wenn der US-Kongreß den Vertrag nicht annehme, wäre dies ein Rückschlag für den gesamten Abrüstungsprozeß. Auf die Frage von D 2, ob es beim kommenden Gipfel[11] zumindest einen Progress Report über die Verhandlungen geben werde, antwortete K., die Amerikaner seien dagegen, das festzuklopfen, was man schon fertig habe. Jetzt solle

8 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Moltke hielt am 6. Mai 1988 fest, beim Vierertreffen der Politischen Direktoren am 29. April 1988 in London habe die Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium, Ridgway, erläutert, daß beim Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz vom 21. bis 24. April 1988 in Moskau „über einzelne Forschungsvorhaben im Weltraum mit der SU im Zusammenhang mit der ABM-Diskussion nicht gesprochen worden sei. Die USA hätten aber ihren Vorschlag erneuert, die Erprobung und Dislozierung von Sensoren (die beide Seiten schon als Frühwarnsystem besitzen) im Weltraum zu erlauben. Man könne ihre Einsatzmöglichkeiten nicht begrenzen, lediglich ihre Zahl." Vgl. VS-Bd. 13027 (204); B 150, Aktenkopien 1988.

9 Transport Launcher.

10 Die Wörter „einen Kompromiß geben" und „der wirklichen Möglichkeit" wurden von Vortragendem Legationsrat Kölsch unterschlängelt. Dazu Ausrufezeichen und handschriftlicher Vermerk: „SU-Forder[un]g."

11 Zum Treffen des Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

man erst noch einmal beide Seiten in Genf miteinander reden lassen. D2 unterstrich das Engagement der Amerikaner, sie seien jedoch gegen unfertige Lösungen und behielten die innenpolitische Situation im Auge.

Nukleartests[12]

K. führte aus, man habe in Moskau den Entwurf eines Abkommens über die Vorbereitung und Durchführung gemeinsamer Kontrollexperimente in Semipalatinsk und in Nevada gebilligt[13], um eine Grundlage zu schaffen für verbesserte Kontrollmaßnahmen zur Verwirklichung des Vertrages von 1974[14]. Man habe einen Zeitplan gebilligt für die Explosion in Nevada (sowjetische Ladung) und in der SU (US-Ladung). Auch sehe man die Möglichkeit einer schnellen Ausarbeitung des Protokolls zum Vertrag von 1976[15]. Die Sowjets hätten ihre Bereitschaft bekräftigt, sofort die Anzahl unterirdischer Tests auf drei bis vier im Jahre zu begrenzen. Auf die Frage von D2, ob all dies noch auf dem Gipfel abgeschlossen werden könne (die Tests sollten wohl erst im Juni/Juli stattfinden), antwortete K., Zeitangaben lägen ihm nicht vor. Man werde wohl Zeit brauchen. Im Prinzip sollten die Verträge aber noch während dieser Administration[16] in Kraft gesetzt werden.

Chemische Waffen[17]

Sowjetischerseits habe man nach wie vor den Eindruck, daß die Administration nicht bereit sei, den Abschluß einer Konvention in kurzer Frist anzusteuern. Zugleich machten sich die Amerikaner aber Sorgen über den möglichen negativen Eindruck ihrer Linie. Daher versuche die Administration, manches in ihrem Herangehen zu verbessern. So hätten die Amerikaner, im Hinblick auf die Tatsache, daß ein CW-Verbot ein Hauptthema der kommenden SGV[18] sein werde, grundsätzlich den sowjetischen Vorschlag akzeptiert, daß man in bestimmten Betrieben die systematische Kontrolle der Nicht-Produktion erprobe. Die Sowjets

12 Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über einen nuklearen Teststopp in Genf vgl. Dok. 11, Anm. 24.

13 Botschafter Ruhfus, Washington, faßte am 12. Februar 1988 Informationen des amerikanischen Außenministeriums zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über einen nuklearen Teststopp in Genf zusammen: „Die in der letzten Gesprächsrunde (9.–20.11.1987) getroffene Vereinbarung, erstmals Ortstermine an den Teststätten in Nevada und Kasachstan durchzuführen, ist beim Washingtoner Gipfel mit Erklärung vom 9.12.1987 […] bekräftigt worden. Die Besuche in Semipalatinsk (10.–15.1.88) und Nevada (25.–30.1.88) haben inszwischen stattgefunden, die Vorarbeiten für die Durchführung je eines Nukleartests unter Beobachtung und Messung durch die andere Seite sind angelaufen […] Das JVE (Joint Verification Experiment) könne dann voraussichtlich im Frühsommer durchgeführt werden. Wenn sofort danach mit der Auswertung begonnen werde, sei es vorstellbar, daß bereits im Herbst alle Voraussetzungen vorlägen, um eine Vereinbarung über die Verbesserung der Verifikation zu treffen, die Grundlage für die Ratifizierung der Schwellenverträge (PNET und TTBT) sein würden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 652; Referat 213, Bd. 143586.

14 Für den Wortlaut des Vertrags vom 3. Juli 1974 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche (TTBT) sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 217 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 364–367. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 197 und Dok. 200.

15 Für den Wortlaut des Vertrags vom 28. Mai 1976 zwischen den USA und der UdSSR über unterirdische Kernsprengungen zu friedlichen Zwecken (PNET) mit dazugehörigem Protokoll vgl. UNTS, Bd. 1714, S. 431–472. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 539–542.

16 Die Amtszeit des Präsidenten Reagan endete am 20. Januar 1989.

17 Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über ein Chemiewaffenverbot vgl. Dok. 123, Anm. 9.

18 Zur VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 31. Mai bis 26. Juni 1988 in New York vgl. Dok. 84 und Dok. 189.

hätten auch einige neue Ideen unterbreitet, zur Vernichtung von CW und über einen Austausch von Angaben über CW und über Produktionsbetriebe noch vor Abschluß einer Konvention. Die Reaktion der Amerikaner habe im großen und ganzen hoffnungsvoll gestimmt.

D2 wies darauf hin, daß der BM diesen Punkt auf seiner PK in Brüssel[19] ausdrücklich hervorgehoben habe. Wir betrachteten die amerikanischen Absichten als ernsthaft. Aber auch hier sei die Verifikation die Schlüsselfrage, was zu einem vorsichtigen Vorgehen der Administration führe. Wir drängten immer wieder. Jeder Fortschritt im Detail sei wichtig.

Konventionelle Rüstungskontrolle

K. führte aus, die Amerikaner hätten das sowjetische Interesse an einem möglichst baldigen Abschluß des Treffens in Wien geteilt, damit noch in diesem Jahr die Verhandlungen beginnen könnten. Man habe mögliche Wege zur Lösung der Frage des Verhandlungsgegenstandes erörtert. Die Sowjets hätten bestätigt, daß die doppelt verwendbaren Waffen nicht ausgeschlossen werden dürften.[20] Sie hätten auch eine Formel vorgeschlagen, die weiter erörtert werden sollte. Sie seien enttäuscht über die ausweichende Antwort der USA auf ihren Vorschlag, gleichzeitig Angaben über die Streitkräfte und Rüstungen der NATO und des WP zu veröffentlichen. Die amerikanische Haltung zum sowjetischen Vorschlag, die Tätigkeit der Kriegsflotten zu beschränken, sei weiterhin negativ.[21]

D2 erinnerte K. daran, daß die USA mit Rücksicht auf die Bündnispartner[22] sich nicht auf bilaterale Gespräche zu diesem Thema einlassen wollten. K. kenne die gemeinsame westliche Auffassung zu den doppelt verwendbaren Systemen. Der Vorschlag einer Veröffentlichung von Daten unterscheide sich von dem früheren Vorschlag eines Datenaustausches. Dieser habe bei uns die Sorge vor einer fruchtlosen Datendiskussion hervorgerufen, durch die der Beginn von Verhandlungen hinausgezögert werden könnte[23]. Es müsse ausgeschlossen bleiben, daß man sich über Zahlen streite, ohne zu Verhandlungen zu kommen. K. erwiderte, man solle die Zahlen wenigstens veröffentlichen. Dies würde automatisch Fragen auf beiden Seiten hervorrufen, die dann in den Verhandlungen geklärt werden müßten. Es habe keinen Sinn, Artikel aneinander vorbeizuschreiben. (Diese Äußerung verband K. mit einigen polemischen Bemerkungen über die im Westen

19 Zu den Ausführungen des Bundesministers Genscher am 25. April 1988 vor der Presse in Brüssel vgl. den Artikel „Trotz der Schwierigkeiten bei ‚Start' bleibt die NATO optimistisch"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. April 1988, S. 2.

20 Zur Frage der zweifach verwendbaren Systeme bei den KRK-Verhandlungen vgl. Dok. 123, Anm. 14.

21 Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 24. März 1988, der amerikanische Sonderbotschafter Nitze und die Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium, Ridgway, hätten am selben Tag zum Besuch des sowjetischen Außenministers vom 20. bis 23. März 1988 in den USA mitgeteilt: „Schewardnadse habe weiterhin eine ‚internationale Konferenz' über die Beschränkung von Flottenaktivitäten (naval constraints) unter Hinweis auf die Reden von Gorbatschow in Murmansk und Jugoslawien vorgeschlagen. Als Teilnehmer habe er USA, SOW, GB, F ‚und andere' genannt. […] KVAE II müsse die Seestreitkräfte behandeln." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1369; VS-Bd. 13666 (340); B 150, Aktenkopien 1988.

22 Die Wörter „mit Rücksicht auf die Bündnispartner" wurden von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt.

23 Die Wörter „hinausgezögert werden könnte" wurden von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „hinausgezögert worden wäre".

veröffentlichten Angaben, auf die D2 hingewiesen und SU zu mehr Tansparenz aufgefordert hatte[24].)

[25]Regionale Fragen

K. führte aus, Sowjets hätten gegenüber Shultz betont, daß bei den Entwicklungen in den Konfliktherden eine bestimmte Dynamik zu verzeichnen sei. Bei einem ausgewogenen Herangehen jeder der beiden Seiten könnte man die Entwicklung zum Frieden fördern. Die am 14. April unterzeichnete Vereinbarung zur Regelung der äußeren Aspekte des Afghanistan-Problems[26] könne als Beispiel für eine gegenseitig akzeptable Lösung in anderen Regionen dienen. Sie sei ein wichtiger Schritt, der die Deblockierung anderer regionaler Probleme fördern könnte.

Spezifisch zu Afghanistan sagte K., die Sowjets betrachteten die Unterzeichnung des Abkommens nur als ersten Schritt. Jetzt gelte es, die Vereinbarungen strikt zu implementieren und Maßnahmen zur völligen, gegenseitig annehmbaren Einstellung des inneren Konfliktes einzuleiten. Die SU und USA hätten eine politische und moralische Verantwortung für den weiteren Ablauf der Ereignisse. Shultz habe gesagt, der erzielte Erfolg werde sich auf die allgemeine Situation auswirken. Afghanistan solle künftig den Status eines neutralen und nicht-paktgebundenen Staates haben.

Hier warf D2 ein, dies sei auch die Position der Zwölf. Diese seien bereit, bei der Rückkehr und Eingliederung der Flüchtlinge zu helfen. Wir würden eine Deblockierung anderer Regionalprobleme begrüßen und hätten insofern auch Interesse an Regionalkonsultationen mit der sowjetischen Seite. Es entspann sich eine Diskussion über die Frage, ob die Hilfe der Zwölf mit der Auflage an den afghanischen Widerstand verbunden werden sollte, auf Kampfhandlungen zu verzichten, worauf K. insistierte.

D2 unterstrich, daß es allein Sache der Afghanen sei, eine allgemein akzeptable Regierung zu bilden. Wir träten für eine friedliche Lösung ein und seien gegen neue Gewalttätigkeiten. Wir wollten einen Beitrag zur Stabilisierung der Verhältnisse leisten. Wir seien gegen humanitäre Hilfe mit politischen Bedingungen und gingen davon aus, daß Institutionen der VN die Koordination der Hilfsleistungen übernehmen würden, damit die Hilfe den Menschen in Afghanistan direkt zugute komme.[27]

Nahost

K. führte aus, Shultz und Murphy hätten behauptet, daß sowohl Israel als auch die Araber keine Einwände gegen eine Fortsetzung der amerikanischen

24 Der Passus „auf die D2 … aufgefordert hatte“ wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt.

25 Beginn des mit Drahterlaß Nr. 4606 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

26 Zu den Abkommen über Afghanistan vom 14. April 1988 vgl. Dok. 107, Anm. 10.

27 Ministerialdirigent Zeller vermerkte am 16. Juni 1988: „Der VN-Generalsekretär hat am 10.6.1988 ein VN-Hilfsprogramm vorgelegt und an die internationale Gemeinschaft appelliert, Afghanistan bei der Bewältigung seiner Probleme finanzielle Hilfe zu leisten. In einer ersten Phase käme danach humanitäre Hilfe zur Repatriierung und Wiederansiedelung der über sieben Mio. Flüchlinge und Vertriebenen in Betracht. Der Appell veranschlagt dafür 1,16 Mrd. US-Dollar. In einer zweiten Phase ist Wiederaufbauhilfe zu leisten, wenn die internen Voraussetzungen hierfür in Afghanistan erfüllt sind (repräsentative Regierung; stabile innenpolitische Verhältnisse). Hier gehen die VN für 1990–93 von 839 Mio. US-Dollar aus.“ Vgl. Referat 340, Bd. 144629.

Bemühungen hätten.[28] Sie hätten sich aber nicht zur Substanz geäußert. Sie hätten weiterhin darauf bestanden, daß eine internationale Konferenz nur den Auftakt für bilaterale Verhandlungen bilden solle. Ferner hätten sie sich gegen das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und gegen eine Teilnahme der PLO am Friedensprozeß gewandt.

D2 warf ein, die amerikanischen Bemühungen seien nun einmal „the only game in town". Im übrigen hätten sie sich durchaus in Richtung des europäischen Standpunktes bewegt. In der Tat wünschten Israel und die Araber eine Fortsetzung, auch wenn sie einzelne Punkte nicht akzeptierten. Wir würden eine internationale Konferenz begrüßen, unter deren Schirm bilaterale Verhandlungen stattfinden könnten. Die sowjetische Seite könne im Hinblick auf die Ausreise von Juden[29] und die Beziehungen der SU zu Israel einen eigenen Beitrag leisten. (Hier führte K. die angebliche Kritik jüdischer Organisationen in Europa an der Politik Israels auch im Hinblick auf die Auswanderung der sowjetischen Juden ins Feld.) Auf die Frage von D2, ob Arafat im Gespräch mit Gorbatschow den sowjetischen Auffassungen zugestimmt habe[30], antwortete K., Arafat sei immer der Auffassung gewesen, daß das Recht auf Selbstbestimmung und auf gesicherte Grenzen auch für Israel gelte, dann aber auch für die Palästinenser gelten müsse. Man könne auf der Konferenz natürlich viele Formen nutzen. Es dürfe aber nicht der Fall eintreten, daß sich die Konferenz nach ihrer Eröffnung erübrige. Teilverhandlungen müßten in für alle akzeptable Vereinbarungen einmünden.

Iran–Irak[31]

Die Amerikaner – so K. – hätten alles auf die zweite SR-Res.[32] zugespitzt. Sie seien unzufrieden gewesen mit der Einschätzung der Lage durch den VN-GS[33]. Sie hätten angeboten, Druck auf den GS auszuüben, damit er sich präzise zur Frage der Annahme der Res. 598[34] durch Irak und Iran äußere. Die Sowjets hätten keine Einwände gegen die Fortführung der Arbeiten an der zweiten SR-Res. erhoben. Aber es seien noch nicht alle Möglichkeiten politischer Bemühungen ausgeschöpft, auch nicht auf der Linie des GS und des SR. Auch seien die bewaffneten Handlungen der USA im Persischen Golf nicht friedensfördernd, sondern ein zusätzliches Hindernis für eine politische Lösung, auch für die

28 Zur amerikanischen Initiative zur Wiederbelebung des Friedensprozesses im Nahen Osten vgl. Dok. Dok. 53, Anm. 8.

29 Zur Ausreise von Juden aus der UdSSR vgl. Dok. 24, Anm. 6.

30 Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, hielt sich vom 7. bis 9. April 1988 in der UdSSR auf. Botschafter Bente, Tunis, teilte dazu am 14. April 1988 mit: „PLO-‚AM' Kaddumi dementiert in ‚La Presse' noch einmal ausdrücklich TASS-Meldung, nach der Gorbatschow PLO zur Anerkennung Israels aufgefordert habe. TASS habe diese Behauptung schon am 12.4. zurückgezogen. Sowj[etunion] trete unverändert für Internationale Konferenz auf Grundlage der einschlägigen VN-Resolutionen unter Beteiligung aller betroffenen Parteien, einschließlich der PLO, ein. Shultz-Plan, der von Sowj. und PLO übereinstimmend beurteilt werde, ziele darauf ab, den Aufstand in den besetzten Gebieten zu beenden. […] Auch sowjetische Gesprächspartner hätten Lücken, Nachteile und Absichten der amerikanischen Initiative aufgezeigt, die nicht zum Frieden führen könne." Vgl. den Drahtbericht Nr. 177; Referat 310, Bd. 149760.

31 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 88, Anm. 13.

32 Zur Frage einer Resolution des VN-Sicherheitsrats über ein Waffenembargo gegen den Iran vgl. Dok. 66.

33 Javier Pérez de Cuéllar.

34 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 1, Anm. 33.

Annahme einer zweiten SR-Res. Es sei notwendig, die amerikanische Präsenz im Golf zu verringern.

D2 warf ein, die Bundesregierung unterstütze die Bemühungen des GS um die Implementierung von SR-Res. 598 und bemühe sich selbst nach Kräften, beide Konfliktparteien zur Annahme zu bewegen[35]. Sie unterstütze auch die Bemühungen der Fünf[36] um eine zweite SR-Res., es seien aber die Fünf, die sich einigen müßten. K. wies darauf hin, daß es zwei Gruppen im Iran gebe. Diejenige, die für eine Fortsetzung des Krieges sei, könne sich als Folge der US-Aktionen profilieren. D2 erinnerte daran, daß die amerikanischen Aktionen der Verteidigung der Freiheit der Schiffahrt dienten. Wir seien über die Situation im Golf besorgt.[37]

Zentralamerika

Die Sowjets – so K. – hätten auf positive Tendenzen in der Region hingewiesen. Sie hätten die Amerikaner vor Versuchen gewarnt, die Versöhnungsbemühungen zu hintertreiben. Die Amerikaner hätten die sowjetischen Vorschläge für eine Einstellung der Waffenlieferungen nicht akzeptiert. Daher hätten die Sowjets eine neue Initiative ergriffen: Ein Moratorium für eine gewisse Zeit, das eine günstige Atmosphäre für Lösungen auf der Grundlage der Vereinbarungen von Sapoá[38] schaffen würde. Auch eine allgemeine militärische Entspannung, etwa durch Abzug der ausländischen Truppen gemäß den Vorschlägen der zentralamerikanischen Staaten, würde dazu beitragen. Die Amerikaner seien nicht bereit gewesen, definitiv auf diese Initiative zu antworten. Shultz habe in allgemeinen Worten das erreichte Abkommen gutgeheißen, aber die „Halsstarrigkeit" der Sandinisten und sowjetische Waffenlieferungen nach Nicaragua kritisiert.

D2 warf ein, wir fühlten uns durch das Abkommen von Sapoá bestätigt und prüften eigene Beiträge zur Friedensgestaltung durch die Staaten der Region. Aber es gebe nun mal eine große Haltstarrigkeit der Sandinisten. K. erwiderte, die Amerikaner wollten durch ihre Forderung nach Demokratisierung demonstrieren, daß Nicaragua weniger demokratisch sei als die anderen Staaten der Region. Sie wollten auch die Bemühungen Wischnewskis hintertreiben.[39] Die

35 Der Passus „beide Konfliktparteien … zu bewegen" wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt.

36 Ständige Mitglieder des VN-Sicherheitsrates waren die Volksrepublik China, Frankreich, Großbritannien, die UdSSR und die USA.

37 Dieser Satz ging auf handschriftliche Änderungen und Einfügungen des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen zurück. Vorher lautete er: „D2 erinnerte daran, daß die amerikanischen Aktionen der Verteidigung der Freiheit der Schiffahrt dienten, wir aber über die Situation im Golf besorgt seien."

38 In einer Aufzeichnung des Referats 331 vom 3. Juni 1988 wurde zu den Verhandlungen zwischen der Regierung und den Rebellengruppen („Contras") in Nicaragua ausgeführt: „Am 23. März 1988 war in Sapoá, an der Grenze zu Costa Rica, zunächst ein auf zwei Monate befristeter Waffenstillstand geschlossen worden. Er ist seither eingehalten worden und scheint auch nach Fristablauf weiter zu halten, solange die Verhandlungen laufen. Es geht jetzt darum, einen unbefristeten Waffenstillstand zu erreichen. […] Das Abkommen von Sapoá sieht zur Durchführung des Waffenstillstandes vor: Die Kräfte des Widerstandes ziehen sich in sieben Zonen in Nicaragua zurück und werden dort von nichtstaatlichen Organisationen versorgt. Wenn sie ihre Waffen niedergelegt haben, steht es ihnen offen – unter Amnestie – in das Zivilleben in Nicaragua zurückzukehren, sich politisch der unbewaffneten Opposition anzuschließen und mit dieser am nationalen Dialog teilzunehmen. […] Als Berater der nic[araguanischen] Regierungsdelegation hat der Abgeordnete Wischnewski an allen bisherigen Verhandlungen teilgenommen und das Abkommen von Sapoá mit unterzeichnet." Vgl. Referat 331, Bd. 143942.

39 Nach einem Besuch in Nicaragua am 10. Februar 1988 führte der SPD-Abgeordnete Wischnewski am 11. Februar Gespräche in Costa Rica, am 11./12. Februar in El Salvador und am 12. Februar 1988

Bundesrepublik Deutschland ihrerseits habe bisher die humanitäre Hilfe an Nicaragua nicht wiederaufgenommen.[40] (D 2: Warten Sie ab!)

[41]Südliches Afrika

Die Sowjets – so K. – hätten die objektiven Voraussetzungen für eine positive Entwicklung durch Verhandlungen zwischen den unmittelbar Beteiligten betont. Sie werde jedoch durch die Fortsetzung der südafrikanischen Aggression gegen Angola[42], durch die Unterstützung der UNITA durch SAR und USA sowie durch die fehlende Implementierung der VN-Resolution über Namibia[43] gebremst. Viel hänge von den USA ab. Shultz habe sich nur allgemein für gemeinsame und parallele Aktionen zur Regelung der Situation im südlichen Afrika ausgesprochen. Von D 2 auf diesbezügliche Möglichkeiten angesprochen, brachte K. die bekannten sowjetischen Forderungen nach Einstellung der Aggression gegen Angola und der[44] Unterstützung der UNITA sowie nach Implementierung der VN-Resolution über Namibia vor. D 2 wies auf die Präsenz auch kubanischer Truppen in Angola hin. K. behauptete, die Bundesregierung habe erhebliche Möglichkeiten, auf Südafrika einzuwirken, doch sei in manchen Kreisen, vor allem der Wirtschaft, die Haltung gegenüber Südafrika zu positiv. D 2 verneinte

Fortsetzung Fußnote von Seite 704

in Guatemala. Botschafter Heymer, San Salvador, berichtete am 15. Februar 1988, Wischnewski habe Präsident Duarte über seine Gespräche mit dem nicaraguanischen Präsidenten mitgeteilt: „Ortega habe ihn […] gebeten, zu sagen, daß man sich bemüht habe, Guerilla in ELS und GUA zu realistischen Waffenstillstandsverhandlungen zu veranlassen (keine Machtbeteiligung, die nichts mit Feuereinstellung zu tun habe), und glaube, daß bei diesen jetzt entsprechende Bereitschaft bestehe. Auf Rückfrage von D[uarte] bestätigte W[ischnewski], daß Contras ihre Waffen übergeben müßten (D.: also Kapitulation) und ihnen keine Teilhabe an der Macht eingeräumt werde. Doch erhielten sie weitgehende Garantien für die Teilnahme am politischen Leben. Für Waffenübergabe gebe es im übrigen Mechanismus. Contras werde Zeit gelassen, um zu sehen, wie sich die Dinge entwickeln." Vgl. den Drahtbericht Nr. 35; Unterabteilung 33, Bd. 146580.

40 Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit teilte dem Auswärtigen Amt am 21. Mai 1986 mit: „Die Bundesregierung macht Neuzusagen im Rahmen der staatlichen bilateralen Zusammenarbeit mit Nicaragua davon abhängig, daß die nicaraguanische Regierung ihre Politik der Destabilisierung von Nachbarländern aufgibt und den Weg der Demokratie einschlägt. Die z. Z. noch laufenden fünf Vorhaben der staatlichen bilateralen Technischen Zusammenarbeit werden weiter abgewickelt. […] Im Bereich der bilateralen staatlichen Finanziellen Zusammenarbeit mußte wegen nicaraguanischer Zahlungsrückstände (aus FZ und Handelsforderungen) ein Auszahlungsstopp für alle noch nicht abgeflossenen Mittel aus FZ-Verträgen verhängt werden. Über FZ-Zusagen in Höhe von 40 Mio. DM sind keine Regierungsvereinbarungen mehr geschlossen worden." Vgl. das Schreiben; Referat 331, Bd. 136379.

41 Beginn des mit Drahterlaß Nr. 4607 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

42 Am 28. April 1988 informierte Vortragender Legationsrat Hiller die Botschaft in Luanda, im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 26. April 1988 in Luxemburg habe der angolanische Außenminister M'Binda dargelegt: „Südafrika habe bei der letzten Offensive mit großem Einsatz alles versucht, um strategische Geländegewinne zu erzielen, um damit Lage von UNITA zu verbessern. Dies sei aber aufgrund des erfolgreichen Widerstandes der Regierungskräfte nicht gelungen. […] Bisheriges Ergebnis der amerikanisch-angolanischen Gespräche über Rückzug der kubanischen Soldaten, Zeitplan etc., beurteilte M'Binda mit begrenztem Optimismus. Er wies darauf hin, daß man im März Zeitplan für Kubaner-Rückzug vorgeschlagen habe (24 Monate, 30 000 Soldaten). Voraussetzung sei allerdings, daß Unterstützung von UNITA aufhöre und daß sich südafrik[anische] Truppen aus Angola zurückzögen. Man sei bereit, Gespräche mit Washington fortzusetzen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 4593; Referat 320, Bd. 155828.

43 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

44 Die Wörter „und der" wurden von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „unter".

dies für die Bundesregierung[45] und wies darauf hin, daß gerade unsere Ablehnung der südafrikanischen Politik einen Dialog mit Südafrika schwierig mache. Er wies K. auf unser Interesse an Afrika-Konsultationen hin.

Horn von Afrika

Die Sowjets – so K. – hätten zwei Aspekte des Problems unterstrichen: Erstens die Aktivierung der Separatisten, die von außen unterstützt würden, was großes Leid schaffe. In diesem Zusammenhang hätten die Sowjets die konstruktive Haltung der äthiopischen Regierung unterstrichen[46], die für eine politische Lösung eintrete.[47] Der zweite Aspekt sei die Einleitung internationaler Bemühungen, damit verhindert werde, daß eine regionale Krise entstehe. Hier habe es konkrete Schritte der Sowjets zur Verbesserung der Beziehungen Äthiopiens zu Somalia und zum Sudan gegeben.

Kampuchea

Die Sowjets – so K. – hätten positive Veränderungen registriert. Sie erlaubten es, den Dialog zwischen Hun Sen und Sihanouk unter Einbeziehung auch anderer Khmer-Elemente fortzusetzen.[48] Man müsse sich jedoch der Tatsache bewußt sein, daß die Existenz der VR Kampuchea eine asiatische Realität sei. Die Amerikaner hätten festgestellt, daß derzeit die Bedingungen für eine Lösung durch eine nationale Versöhnung heranreiften. Der beste Weg seien Verhandlungen zwischen Vietnam und Sihanouk.

Korea[49]

Hier habe man von den Amerikanern nichts Neues erfahren. Die Sowjets hätten die Notwendigkeit praktischer Maßnahmen unterstrichen, um die militärische

45 Die Wörter „für die Bundesregierung“ wurden von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt.

46 Die Wörter „Sowjets“ und „konstruktive Haltung der äthiopischen Regierung“ wurden von Vortragendem Legationsrat Kölsch hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

47 Am 10. März 1988 teilte Botschafter Stöckl, Addis Abeba, mit, daß die äthiopische Armee im Norden des Landes in verlustreiche Kämpfe gegen die Tigray People's Liberation Front (TPLF) verstrickt sei. Stöckl wies darauf hin, „daß es um die Moral der äthiopischen Truppen nicht allzu gut bestellt ist und daß sich auch unter den kommandierenden Offizieren die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß der Bürgerkrieg nicht mit Waffen zu gewinnen ist […]. Diese Erkenntnis scheint die Armee dem Staatschef mitgeteilt zu haben, der davon aber nichts hören wollte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 294; Referat 322, Bd. 149906.
Stöckl stellte am 7. Juni 1988 fest: „Militärische Lage im Norden Äthiopiens ist nach wie vor undurchsichtig. […] Die Ostblockbotschafter […] stellen die Lage so dar, daß die Regierung eine Gegenoffensive gestartet hat, um verlorene Städte in Tigray und Eritrea zurückzuerobern, und dann aus einer Position der Stärke heraus mit den Rebellen verhandeln will.“ Der sowjetische Botschafter Dmitriew habe betont, „es sei der Wunsch der SU, daß sobald wie möglich eine Verhandlungslösung zustande komme. Sie sei sich darin mit den USA und den Westeuropäern völlig einig. Eine reguläre Armee könne bei den Rahmenbedingungen in Tigray und Eritrea keinen militärisch entscheidenden Sieg erringen, fügte er unter Anspielung auf eigene Erfahrungen in Afghanistan hinzu.“ Vgl. Drahtbericht Nr. 504; Referat 322, Bd. 149906.

48 Zu den Bemühungen um eine Beilegung des Kambodscha-Konflikts vgl. Dok. 18, Anm. 17.

49 In einer Aufzeichnung des Referats 341 vom 17. Februar 1988 wurde „zur koreanischen Wiedervereinigungspolitik“ festgehalten: „Südkorea fordert direkte, bilaterale Verhandlungen mit Nordkorea über Herstellung eines ‚Modus vivendi‘ (Entspannung und Regelung humanitärer Fragen). Nordkorea hat bisher stets trilaterale Verhandlungen N[ord]K[orea]/USA/S[üd]K[orea] vorgeschlagen mit den Zielen: Friedensvertrag NK/USA, Abzug US-Truppen, Denuklearisierung Südkoreas, Nichtangriffserklärung NK/SK, Verhandlungen NK/SK über Konföderation. SK hat die Beteiligung Dritter abgelehnt. 1987 wurden sowohl von SK als auch NK verschiedentlich Gespräche auf hoher Ebene bis

Konfrontation abzubauen und den Dialog zwischen den Koreanern zu fördern. Dies sei der am ehesten realistische Weg zur Lösung der Probleme.

Humanitäre Fragen

Hier seien die Gespräche in konstruktivem Geiste verlaufen. Man habe Gebiete für eine mögliche praktische Zusammenarbeit identifiziert. Die Sowjets hätten ihre Ansprüche im Hinblick auf humanitäre Probleme in den USA angemeldet. Sie erwarteten die Einhaltung der Grundsatzabsprache, daß die Gespräche keine Einbahnstraße darstellen dürften.

Bilaterale Fragen

Hier habe man gemeinsam den Stand der Gipfelvorbereitungen analysiert und die Ergebnisse der laufenden Verhandlungen bewertet. Kontakte, Austausch und Zusammenarbeit spielten eine zunehmend positive Rolle bei der Intensivierung der Beziehungen und eröffneten neue Perspektiven. Man habe sich auf einige Abkommen konzentriert (K. gab keine Details) und kurz auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit behandelt.

Sowjetische Gesamteinschätzung

Man befinde sich in einer verantwortungsvollen Phase der Beziehungen. Viel hänge von der Vorbereitung des Gipfels ab, dem man auf sowjetischer Seite große Bedeutung beimesse, nicht nur für die bilateralen Beziehungen, sondern auch für die Weiterentwicklung der internationalen Lage insgesamt.

Libal[50]

Referat 204, Bd. 160067

Fortsetzung Fußnote von Seite 706

zu Gipfeltreffen vorgeschlagen, zu denen es jedoch bisher nicht gekommen ist. Der Anschlag auf das südkoreanische Passagierflugzeug vom 29.11.1987 hat die Aussichten auf derartige Gespräche für die nächste Zeit erheblich verschlechtert." Vgl. Referat 341, Bd. 142619.

50 Paraphe.

130

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem thailändischen Außenminister Savetsila

342-321.11 THA **29. April 1988**[1]

Von BM noch nicht gebilligt.

Gespräch BM/thai AM am 29.4.88 von 9.15–10.00 Uhr im Auswärtigen Amt

Anwesend: BM, AM, thai Botschafter[2], D 3[3], Abteilungsleiter Kasit Piromya, RL 342[4], Dolmetscher.

1) *BM* erwähnte eingangs des Gesprächs, daß er im Juli in Bangkok sein werde.[5] *AM* fragte ihn, ob er vor dem Institut für internationale Beziehungen einen Vortrag halten könne. Man einigte sich auf einen etwa halbstündigen Vortrag über Wirtschaftsthemen (Toronto[6], EG–ASEAN) mit anschließender kurzer Diskussion.[7]

2) Anschließend fragte *BM* nach der Lage in Thailand. *AM* erwiderte, daß es wegen eines Urheberrechtsgesetzes zu einem Abfall der Demokratischen Partei von der Regierungskoalition gekommen sei, weshalb er, der AM, gleich nach dem Treffen nach Bangkok zurückreisen müsse.[8]

3) *BM* sagte sodann, es gebe für Düsseldorf[9] ein Problem, von dem er nicht wisse, ob es heute gelöst werden könne. Es gehe um die Erwähnung Ost-Timors[10] im

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ahrens gefertigt und von Vortragendem Legationsrat Dane am 13. Mai 1988 über Ministerialdirigent Zeller an das Ministerbüro mit der Bitte, „die Genehmigung des BM herbeizuführen", geleitet.
Hat Vortragendem Legationsrat Schumacher am 17. Mai 1988 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 342 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Zur Verteilung mit Vermerk ‚von BM noch nicht genehmigt'." Vgl. den Begleitvermerk; Referat 342, Bd. 144584.

2 Sakol Vanabriksha.

3 Reinhard Schlagintweit.

4 Geert-Hinrich Ahrens.

5 Bundesminister Genscher nahm vom 5. bis 9. Juli 1988 in Bangkok an der Konferenz der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten mit ihren Amtskollegen aus den EG-Mitgliedstaaten sowie Australien, Japan, Kanada, Neuseeland und den USA teil. Vgl. dazu Dok. 202.

6 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 19. bis 21. Juni 1988 in Toronto vgl. Dok. 181–184.

7 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 6. Juli 1988 vor dem Forschungsinstitut des thailändischen Außenministeriums in Bangkok vgl. BULLETIN 1988, S. 891–894.

8 Botschaftsrat I. Klasse Fröwis, Bangkok, berichtete am 29. April 1988: „Die erste große parlamentarische Auseinandersetzung der diesjährigen Sitzungsperiode galt einem verbesserten Copyright-Gesetz. […] Erwartungsgemäß gewannen die Regierungsparteien die Abstimmung mit 183 zu 134 Stimmen. Immerhin hatten die Oppositionsparteien, die über insgesamt 113 Abgeordnete verfügen, von denen allerdings 14 nicht an der Abstimmung teilnahmen, die Unterstützung der Dissidentengruppe der Demokratischen Partei gefunden. Von den 99 demokratischen Abgeordneten stimmten nur 45 für die Regierungsvorlage, 31 dagegen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 725; Referat 342, Bd. 144582.
Botschafter Oldenkott, Bangkok, resümierte am 2. Mai 1988: „Um die zerstrittenen, undisziplinierten und wenig loyalen Parteienvertreter zu bestrafen, löste MP Prem am Freitag überraschend das Abgeordnetenhaus auf. Neuwahlen werden am 24. Juli stattfinden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 738; Referat 342, Bd. 144582.

9 Zur Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten vom 2. bis 3. Mai 1988 in Düsseldorf vgl. Dok. 143.

Kommuniqué[11]. Er verstehe die Empfindlichkeiten der indonesischen Freunde, auf der anderen Seite müsse er aber auch das Interesse der Portugiesen verstehen.[12] Wir versuchten, heute eine Lösung zu finden. BM und AM sollten aber in engem Kontakt bleiben, damit Ost-Timor nicht zu einem Problem für die Konferenz werde. Es sei ihre Aufgabe als Vorsitzende, mäßigend auf die Kontrahenten einzuwirken.

AM sagte, er habe einen Brief des indonesischen AM[13] erhalten. Dieser bitte ihn als Vorsitzenden, keine Diskussion des Themas Ost-Timor auf der Konferenz zu akzeptieren.

BM erwiderte, es gehe um zwei verschiedene Punkte: einmal um die endgültige Fassung der Gemeinsamen Erklärung und zum anderen um die Erwähnung in den eigentlichen Gesprächen. Hierauf meinte *AM*, es handele sich um ein bilaterales Problem. Auch in der Vergangenheit seien bilaterale Probleme nicht erwähnt worden. Man solle nicht indonesisch-portugiesische Streitigkeiten in den großen EG/ASEAN-Dialog aufnehmen, dieser solle „produktiveren und kooperativeren" Themen gewidmet sein. Wenn es zur Diskussion von Ost-Timor komme, dann sei auch mit Diskussion von Neukaledonien[14] zu rechnen. *BM*: Wir als Vorsitzende haben eine Rolle als Feuerwehr. Ich möchte jetzt nicht die Sache selbst mit Ihnen besprechen. Wir müssen mäßigenden Einfluß ausüben.

Fortsetzung Fußnote von Seite 708

10 Am 27. April 1988 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Ahrens zu Ost-Timor: „Nach überstürzter portugiesischer Entkolonialisierung und drohender Machtübernahme durch die linksradikale FR[ente]RE[volutionária]T[imor-]E[ste]In[dependente] 1975 indonesische militärische Besetzung, und, nach international nicht anerkannten Wahlen, Annexion. Internationale Gremien haben Thema fallenlassen: VN-SR 1976, GV 1982 […], Blockfreie 1979, VN-MR-Ausschuß 1985, 1988 mit deutscher Unterstützung wiederaufgenommen. Abnehmende indonesische Übergriffe, zugleich Aufbauleistungen. […] Portugal wünscht erneut Internationalisierung. Sein Ziel: neuer Selbstbestimmungsakt, kulturelle und andere Rechte für die halbe Mio. Bevölkerung. Frankreich sehr für Portugals Anliegen, vermutete Motive: ASEANs Unterstützung für die VN-Neukaledonienresolutionen und unfreundlich verlaufener Besuch Mitterrands in Indonesien 1987." Vgl. Referat 342, Bd. 144456.

11 Für den Wortlaut der Erklärung der Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten vom 2. bis 3. Mai 1988 in Düsseldorf vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 274–281.

12 Am 5. April 1988 informierte Vortragender Legationsrat Dane die Botschaft in Jakarta: „Portugal hat EPZ-Partner mit starkem Druck darum gebeten, in die gemeinsame Erklärung (Kommuniqué), die im Anschluß an das EG-ASEAN-Treffen in Düsseldorf veröffentlicht werden soll, folgende Passage aufzunehmen: ‚The Ministers took a favourable view on the contacts between Portugal and Indonesia, under the auspices of the U. N. Secretary General, aiming to ensure to the people of East-Timor its rights and cultural identity.' Aus hiesiger Sicht bestehen Bedenken dagegen, den ASEAN vorzuschlagen, das Thema in die Gemeinsame Erklärung aufzunehmen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 156; Referat 342, Bd. 144455.

13 Ali Alatas.

14 In einer Aufzeichnung des Referats 342 vom 10. Mai 1988 wurde festgehalten: „Die Mehrheit der Bevölkerung des französischen Überseeterritoriums Neukaledonien – 43 % melanesische Kanaken, 37 % Franzosen sowie 20 % asiatische und polynesische Zuwanderer – sprach sich in einer Volksbefragung am 13.9.87 für den Verbleib bei Frankreich und gegen die Unabhängigkeit aus. Der FLNKS (‚Front de Libération National Kanake Socialiste'), die wichtigste Interessenvertretung der kanakischen Ureinwohner, hatte zum Boykott des Referendums aufgerufen. Die Wahlbeteiligung betrug 59,1 %. Für den Status quo votierten 98,3 % der Urnengänger, 83,2 % der wahlbereichtigten Kanaken sollen der Abstimmung ferngeblieben sein. […] Der FLNKS war zu keiner Zeit bereit, das Ergebnis des Referendums anzuerkennen, da es nach seiner Auffassung in erster Linie den Ureinwohnern vorbehalten bleiben müsse, über die Zukunft Neukaledoniens zu entscheiden." Zu den Regionalwahlen am 24. April 1988 wurde weiter ausgeführt: „Der FLNKS hatte die Ureinwohner erneut zu einem Boykott beider Wahlgänge aufgerufen. Der Boykottaufruf wurde weitgehend befolgt. […] Die Territorialwahlen waren von schweren Unruhen mit nahezu 30 Toten überschattet." Vgl. Referat 342, Bd. 144457.

4) BM sagte sodann, er möchte hier in diesem Kreis, und nicht auf der Konferenz, noch ein weiteres Thema ansprechen: Bei uns in der öffentlichen Meinung sei die Behandlung der vietnamesischen Flüchtlinge zu einem Thema geworden.[15] Es heiße, Thai-Patrouillenboote hätten Flüchtlingsboote gerammt, einige dieser Boote habe die Bundesregierung geliefert. Er, der BM, wäre dankbar, wenn dafür gesorgt werden könnte, daß so etwas nicht passiere. Er wolle nicht, daß die ausgezeichneten und sehr engen deutsch-thailändischen Beziehungen durch eine öffentliche Diskussion belastet würden.

AM erwiderte, jeder spreche ihn auf dieses Thema an. Ende 1987/Anfang 1988 habe es einen großen Zustrom vietnamesischer Boat People gegeben. Diese würden, und das sei neu, durch Schmugglerringe ins Land geschleust, an denen Vietnamesen, Khmer und korrupte Thais beteiligt seien, die Geld machen wollten. Die Flüchtlinge kämen durch Kambodscha und hätten dann nur noch 40 km Seeweg nach Thailand. Es handele sich nicht um einen Wandel der thai Politik. Dieser Menschenschmuggel sei etwas Neues. Gegenwärtig werde untersucht, was es mit dem Rammen von Flüchtlingsbooten auf sich habe. Sicherlich hätten Patrouillenboote versucht, einzelne Flüchtlingsboote wieder ins offene Meer hinauszutreiben („push away"), andere Flüchtlinge seien aber auf Inseln und an Land aufgenommen worden. Wie viele gerammt worden seien, wisse er nicht. Ihm seien fünf Fälle mit privaten Fischerbooten bekannt. Der Zustrom der Flüchtlinge nehme in alarmierender Weise zu. Es habe amerikanische Beschwerden gegeben. Die Thais seien erbittert, sie hätten Flüchtlinge seit langem aufgenommen, aber die Aufnahmen durch dritte Länder fielen. Das Orderly Departure Programme der Vietnamesen sei nicht effizient.[16] Die freiwillige Rückkehr der Flüchtlinge nach Vietnam sei sehr schwierig, auch die nach Laos. Thailand untersuche evtl. Zwischenfälle und lasse auch Amerikaner und ausländische Diplomaten sich vor Ort selbst überzeugen. Viele Länder „push us around". Am 20.4. habe Thailand ein Memorandum of Understanding mit dem UNHCR unterzeichnet, in dem es die Rolle als Erstaufnahmeland akzeptiere. Die Endaufnahmeländer müßten mehr aufnehmen. Im übrigen müsse man sich den Ursachen zuwenden. Thailand habe ein neues Lager in der Nähe des Lagers Site 2 eingerichtet. Die geschmuggelten Flüchtlinge kämen aber nicht in die „processing camps" (deren Insassen werden auf Einwanderung in dritte Länder

15 Legationsrat Lingenthal, Bangkok, berichtete am 23. Februar 1988, von Vertretern der amerikanischen Botschaft sei zu den Maßnahmen der thailändischen Regierung gegen vietnamesische Bootsflüchtlinge festgestellt worden: „Auf Abfangen mit vietnamesischen Flüchtlingen besetzter ‚Schmuggelboote' abzielende Patrouillen der Thai Marine Police und der Thai Navy (insgesamt neun Boote) haben zur Festnahme von 30 Khmer-Schmugglern sowie Beschlagnahme deren Booten geführt. Nach Schätzungen sind ca. 70–80 Boote mit Flüchtlingen aus thai Gewässern in kambodschanische Gewässer abgeschoben worden. Vorsichtigen Schätzungen zufolge sollen dabei über 100 Flüchtlinge zu Tode gekommen sein. Ca. 1200 bereits in Thailand angelandete Bootsflüchtlinge werden zur Zeit in drei Lagern festgehalten. Zahl ankommender ‚Schmuggelboote' ist zurückgegangen, entsprechend Zahl thai ‚push-off'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 308; Referat 342, Bd. 137322.

16 Ministerialdirigent Zeller vermerkte am 1. März 1988, der thailändische Botschafter Vanabriksha habe zu Frage der vietnamesischen Bootsflüchtlinge und der legalen Ausreise aus Vietnam erklärt, „daß sich der Flüchtlingsstrom aus Vietnam nach Thailand in kurzer Zeit verdreifacht habe. Auf thailändischer Seite sehe man darin eine durchaus beabsichtigte Politik Vietnams, um Thailand Schwierigkeiten zu schaffen. Vietnam nutze z. Zt. nicht die guten Dienste des UNHCR, und die orderly departure procedures seien unterbrochen. Es wäre gewiß gut, wenn wir, z. B. in Gesprächen mit dem vietnamesischen Botschafter, auf eine Wiederaufnahme der orderly departure procedures drängen könnten". Vgl. Referat 342, Bd. 137322.

geprüft (to process)), denn keiner wolle sie aufnehmen. Schon 15000 Boat People warteten auf Endaufnahme. Etwas Abschreckung sei notwendig. Wenn jemand diese Leute aufnehmen wolle, so könne er sie sehr schnell haben. Das hätten die Thais den Amerikanern gesagt.[17]

5) *BM* fragte sodann, was noch für die Konferenz wichtig sein könne. *AM* erwähnte Kambodscha.[18] Er sehe aber keine Abweichungen in den gegenseitigen Standpunkten, auch nicht bezüglich der Roten Khmer. Die Vietnamesen seien knapp an Nahrungsmitteln, sie sollten die Sowjetunion fragen und sich selbst helfen. Schon seit einem Jahr versuchten sie sich mit Wirtschaftsreformen. Prinz Sihanouk werde nach Thailand kommen, er habe eine Schlüsselrolle zu spielen. Im Juli werde er in Thailand sein. AM bitte BM (auf dessen Frage), BM möge Prinz Sihanouk in Bangkok sehen, dies sei in thailändischem Interesse. *BM* sagte dies grundsätzlich zu. *AM* erklärte sodann, Thailand sei auch für das Treffen in Jakarta, die sogenannte Cocktail-Party.[19] Thailand werde die beiden anderen Widerstandsfraktionen außer Sihanouk überreden teilzunehmen. In der zweiten Phase dieses Treffens müßten dann aber die Vietnamesen erscheinen.

6) Zu dem Düsseldorfer Treffen selbst meinte AM, es solle eine freie Erörterung geben, nur in der Eröffnungssitzung sollten Reden oder Statements verlesen werden. Er bestätigte auf Frage des BM, daß alle ASEAN-AM[20] am Sonntagabend[21] schon da sein würden. *BM* sagt daraufhin, man könne die Erörterung auch am Sonntagabend noch vertiefen.

7) *AM* erwähnte noch, daß er bei dem Dialogtreffen im Juli in Bangkok ein Dinner geben wolle für alle Außenminister, so daß man miteinander sprechen und sich persönlich besser kennenlernen könne. Er fügte hinzu, daß er annehme, die Verabschiedung der Gemeinsamen Erklärung in Düsseldorf werde leicht sein. *BM* sagte, wir wollten substantielle Dinge diskutieren, nicht Ost-Timor.

Referat 342, Bd. 144584

17 Am 7. März 1988 resümierte Legationsrat Lingenthal, Bangkok: „Derzeitige thai Flüchtlingspolitik trägt sinkender Aufnahmebereitschaft westlicher, mit Arbeitslosigkeit belasteter Endaufnahmeländer Rechnung und versucht, in neuem Anlauf, mit ‚long-stayers' besetzte Flüchtlingslager durch gesonderten Aufnahmeappell […] zu entleeren sowie Zustrom neuer Flüchtlinge zu verhindern. Diese Politik trägt letztlich auch Interessen der Endaufnahmeländer Rechnung. Das Hearing im US-Kongreß hat nach Einschätzung auch hiesiger US-Botschaftsvertreter gezeigt, daß niemand mehr zusätzliche Aufnahmequoten bereitstellt. Selbst die starke Lobby in USA aufgenommener Flüchtlinge hat ‚nicht mehr' vermocht als drastische Thai-Maßnahmen zur Sprache zu bringen. Weder US-Regierung noch Kongreß hat ernsthaft mehr Mittel und höhere Aufnahmekontingente für vietnamesische Bootsflüchtlinge in Erwägung gezogen bzw. beschlossen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 407; Referat 342, Bd. 137322.

18 Zu den Bemühungen um eine Beilegung des Kambodscha-Konflikts vgl. Dok. 18, Anm. 17.

19 Botschafter Wallau, Jakarta, informierte am 22. April 1988 über die Bemühungen Indonesiens um eine Beilegung des Kambodscha-Konflikts: „Im INO AM gibt man sich betont optimistisch, noch vor der nächsten VN-GV ein informelles Zweistufentreffen zur Lösung des Kambodscha-Konflikts in Jakarta durchführen zu können. AM Alatas hat sich auf seiner Rundreise in ASEAN-Hauptstädte […] Unterstützung seiner AM-Kollegen versichert. Nach INO Einschätzung gibt es auch bei SU, China und den Khmer-Fraktionen keinen Widerstand mehr gegen das informelle Treffen, das auf der INO-VIE-Vereinbarung vom Juli 1987 in Ho Chi Minh-Stadt basiert. […] Lediglich die Bezeichnung Cocktail-Party wird nicht mehr verwendet. Auch wenn man den Zweckoptimismus im INO [AM] nicht teilt, so scheinen doch die Voraussetzungen für ein informelles Treffen in Jakarta günstiger als noch vor wenigen Monaten: Der bilaterale Gesprächsansatz Sihanouk–Hun Sen befindet sich in einer Sackgasse." Vgl. den Drahtbericht Nr. 488; Referat 342, Bd. 137122.

20 Ali Alatas (Indonesien), Hassanal Bolkiah (Brunei), Suppiah Dhanabalan (Singapur), Raul S. Manglapus (Philippinen), Abu Hassan bin Omar (Indonesien), Sidhi Savetsila (Thailand).

21 1. Mai 1988.

131

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem honduranischen Außenminister López

29. April 1988[1]

Herrn Bundesminister mit der Bitte um Genehmigung vorgelegt

Gespräch des Bundesministers mit dem Außenminister von Honduras, López Contreras am 29.4.1988

Der Bundesminister führte am 29.4.88 ein über einstündiges Gespräch mit dem honduranischen Außenminister López Contreras. An dem Gespräch nahmen teil auf deutscher Seite: D3[2], MDg Jansen, LR I Dr. Lehnhardt, auf honduranischer Seite der Botschafter[3].

Auf Bitte des Bundesministers berichtete der *Außenminister* (AM) über den Friedensprozeß in Zentralamerika. Honduras bemühe sich um eine gemäßigte Haltung. Es wolle Konflikte vermeiden, auch mit den Nachbarn. Nicaragua sei nicht in der gleichen Lage. Es sei allerdings von der These abgerückt, daß die „Revolution" in Nicaragua (d.h. die Contra-Bewegung) keine authentische Revolution, sondern von den USA gemacht sei. Die zentralamerikanische Krise sei nicht allein ein Problem der Contras. Es gebe z.B. auch in Salvador mit der FMLN eine Kraft, die von Kuba, der SU und Nicaragua unterstützt werde.[4] Davon spreche aber niemand. Dieser Umstand führe zu der paradoxen Situation, daß Präsident Duarte sich an die USA gewandt habe mit der Bitte, die Contrahilfe einzustellen, niemand könne aber erreichen, daß auch die Unterstützung für die FMLN verurteilt oder eingestellt werde.

Es gebe ein weiteres Problem, das den politischen Prozeß bedrohe: Die Klage Nicaraguas gegen Honduras vor dem Internationalen Gerichtshof.[5] Honduras

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit am 3. Mai 1988 gefertigt. Hat Schlagintweit am 10. Mai 1988 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 331 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Müßten wir noch etwas tun? (Siehe letzte Absätze.)" Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Jagow am 13. Mai 1988 vorgelegen.

2 Reinhard Schlagintweit.

3 Alex Mayr.

4 Am 22. Februar 1988 informierte Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), darüber, daß El Salvador dem VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar am 22. Dezember 1987 ein Schreiben übermittelt habe, „in dem auf die anhaltende Unterstützung Managuas für die salvadorianische Guerilla-Bewegung F[rente Farabundo]M[artí para la]L[iberacíon]N[acional] hingewiesen wird". Dazu stellte York fest: „In Reaktion hierauf weist der hiesige nic[araguanische] Geschäftsträger […] auf das ständige Drängen seiner Regierung nach Entsendung von unabhängigen Beobachterteams in die Region hin. Inhaltlich wird auf den salvadorianischen Vorwurf allerdings nicht eingegangen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 360; Referat 331, Bd. 143910.

5 Botschafter Schober, Tegucigalpa, legte im Politischen Halbjahresbericht Honduras mit Stand vom 10. Februar 1988 dar: „Die bilateralen Beziehungen zu Nicaragua sind […] weiterhin gespannt, auch wenn es im Berichtszeitraum zu keinen militärischen Konfrontationen zwischen beiden Staaten – wie etwa im September 1985 und Dezember 1986 – gekommen ist. Nicaragua hat zwar im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Guatemala-Dokuments – Esquipulas II – zugestimmt, die Prozeßhandlungen vor dem IGH (Streitgegenstand: Hon[duras]-Unterstützung für die Contras) einige Monate nicht zu forcieren, doch kann sich dies jederzeit ändern, da Managua der Behauptung von Honduras, die Contras hätten das Land bis auf unkontrollierbare Reste verlassen, keinen Glauben schenkt. Tegucigalpa behauptet seinerseits, Beweise auch aus jüngster Zeit dafür zu besitzen, daß Nicaragua die

habe im August 1987 in Guatemala auf den Bona-fide-Grundsatz hingewiesen, daß nicht gleichzeitig Friedensgespräche Fortschritte machen und eine Klage eines Staates gegen den anderen wegen des Aufenthaltes fremder Rebellen laufen könne. Sein Präsident habe darauf hingewiesen, daß er mit seiner Unterschrift unter das Abkommen von Esquipulas[6] Nicaragua eine Art Rettungsring hingeworfen habe, anstatt mit den Vereinigten Staaten über den Reagan-Wright-Plan[7] zu verhandeln. Esquipulas erlaube eine Beilegung der Krise durch die fünf zentralamerikanischen Staaten selbst. Die letzte Klausel des Vertrags sehe den Dialog zwischen den fünf Staaten vor. Dennoch habe Ortega darauf bestanden, die Klage gegen Honduras nicht zurückzuziehen. Präsident Azcona habe immer wieder versucht, einen Mechanismus zu finden, um eine Lösung zu ermöglichen, aber ohne Erfolg. Er habe vorgeschlagen, die Klage wenigstens einzufrieren, ohne Erfolg. Für Nicaragua sei der Internationale Gerichtshof eine Art Sicherheitsrat ohne Veto, mit dessen Hilfe Nicaragua seine Ziele verwirklichen könne.

Auf der letzten Außenministertagung[8] habe Honduras Vorschläge für eine Verifikation der Sicherheitsfragen gemacht. Es sei aber nicht bereit, diesen Gedanken weiterzuverfolgen, wenn Nicaragua die Klage nicht zurückziehe.

Der *Bundesminister* sagte, wir hätten in Nicaragua demarchiert mit dem Ziel der Rücknahme der Klage. Er habe hierüber auch mit dem Außenminister von Costa Rica gesprochen.[9]

Fortsetzung Fußnote von Seite 712
Subversion in Honduras schüre." Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 65 vom 11. Februar 1988; Referat 331, Bd. 143934.

6 Zu dem am 7. August 1987 von den Präsidenten Arias (Costa Rica), Azcona (Honduras), Cerezo (Guatemala), Duarte (El Salvador) und Ortega (Nicaragua) in Guatemala-Stadt unterzeichneten Abkommen („Esquipulas II") vgl. Dok. 53, Anm. 37.

7 Die USA legten am 5. August 1987 in Washington einen von Präsident Reagan und dem Sprecher des Repräsentantenhauses, Wright, ausgearbeiteten Friedensplan für Zentralamerika vor. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 87 (1987), Heft 2127, S. 55 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 497 f.

8 Am 8. April 1988 resümierte Botschafter Bensch, Guatemala, Informationen des stellvertretenden guatemaltekischen Außenministers Rivera Irías zur Sitzung der aus den Außenministern Acevedo (El Salvador), Cabrera (Guatemala), d'Escoto (Nicaragua), López (Honduras) und Madrigal (Costa Rica) bestehenden Exekutivkommission „Esquipulas II" am Vortag: „Zusammenkunft wurde gestern am späten Abend mit wortreichem Kommuniqué abgeschlossen, das auf ersten Blick Eindruck umfassenden Abkommens erweckt, in Wirklichkeit jedoch unverbindlich ist […]. Text trägt daher auch keine Unterschriften. Hintergrund: Nic[aragua] hatte bei IGH Klage gegen Hon[duras] wegen Eingreifen von hon[duranischer] Luftwaffe zugunsten Contras in Kämpfe auf nic[araguanischem] Territorium erhoben. Hon. hatte als Voraussetzung für seine Teilnahme an AM-Treffen Rücknahme der Klage gefordert, und Nic. hatte diese Bedingung erfüllt. Nunmehr aber schob López die Forderung nach, Nic. müsse auch seine seit Esquipulas II suspendierte Klage vom Juni 1986 beim IGH definitiv zurückziehen, vorher könne er nichts unterschreiben. D'Escoto hingegen machte Klagerückzug von vorheriger völkerrechtlich verbindlicher Unterwerfung von Hon. unter Verifikationsmechanismus abhängig. Im Kommuniquétext erklärte d'Escoto Bereitschaft von Nic. zu gleichzeitigem Vollzug beider Akte; López hatte jedoch keine Vollmacht, von der von Hon. geforderten Zeitfolge abzuweichen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 91; Unterabteilung 33, Bd. 146580.

9 Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 29. Februar 1988 legte der costa-ricanische Außenminister Madrigal dar, „nach Esquipulas II hätten sich die Präsidenten Zentralamerikas kürzlich zu einer Überprüfung der Lage versammelt. Sie hätten festgestellt, daß noch viel fehlt. In Guatemala und El Salvador sei kein Dialog mit der Guerilla zustandegekommen. Die Guerilla hätte ihn nicht gewollt, aber auch die Regierungen trügen Verantwortung. In Honduras sei es nicht gelungen, die Contra herauszudrängen, u. a. weil es in Nicaragua keine Amnestie gebe. […] In El Salvador werde Duarte von der Rechten heftig angegriffen, und er habe Schwierigkeiten mit der Guerilla. ARENA komme im Wahlkampf voran. Duarte sei in einer schwierigen Position. Costa Rica versuche, ihm zu helfen, u. a. in Menschenrechtsfragen in Genf. Duarte habe sich um den Dialog mit der Guerilla be-

Der *Außenminister* fuhr fort, Nicaragua behandele den Internationalen Gerichtshof wie eine Art Damoklesschwert, das über dem Friedensprozeß hängen solle. Wenn Nicaragua darauf bestehe, den IGH weiter für seine politischen Ziele zu nutzen, so werde Honduras ihn auffordern, sich endlich zu seiner Zuständigkeit zu äußern. Dies sei im Oktober geplant, dann aber zurückgestellt worden. Jetzt werde eine mündliche Verhandlung im Juni d. J. stattfinden. Er erwarte ein Urteil im Oktober.

Wie schon erwähnt, habe Honduras einen Vorschlag zur Ergänzung von Esquipulas II gemacht. Das Exekutivkomitee habe drei Länder zur Verifikation des Abkommens vorgeschlagen, darunter die Bundesrepublik Deutschland.[10]

Das Konzept von Honduras sehe wie folgt aus: Honduras werde am 21. Mai Gastgeber des Exekutivkomitees sein. Er hoffe, daß dann ein Weg zur Lösung dieser Frage gefunden werde. Vor allem, daß in Nicaragua ein Waffenstillstand geschlossen werde und die Demokratisierung Fortschritte machen könne. Dann könne der Friedensprozeß weitergehen. Honduras werde diesen Weg aber nicht betreten, wenn die Klage vor dem IGH weiter schwebe.

Der *Bundesminister* erklärte, wir stellten mit Befriedigung Fortschritte im Friedensprozeß fest. Wir wollten ihn ermutigen, diesen Weg weiter zu gehen. Trotz aller Probleme hielten wir Esquipulas II für den einzigen Weg, der der Region Frieden und Stabilität bringen könne. Wir unterstützten diese Bemühungen daher unverändert und mit großem Nachdruck. Die Absicht, uns an der Verifikation zu beteiligen, empfänden wir als Ausdruck des Vertrauens. Wir seien uns der Verantwortung bewußt, die sich für uns ergibt. Deshalb prüften wir die Voraussetzungen und Möglichkeiten. Deutschland werde alles tun, was es könne, um zu einem Gelingen des Friedensprozesses beizutragen.

In der Frage der Klage Nicaraguas habe er unseren Standpunkt dargestellt. Wir sind tätig gewesen und werden es weiter sein, wenn Hindernisse bei der Fortsetzung des Friedensprozesses aus dem Wege geräumt werden könnten.

Er mache dem Außenminister das gleiche Angebot wie dem Kollegen aus Costa Rica: Wenn er den Eindruck habe, daß wir, die Bundesrepublik Deutschland oder die EG in dieser Hinsicht etwas bewirken könnten, solle er es ihn bitte in persönlicher Form wissen lassen. Wir meinten es sehr ernst mit unserer Absicht, den Friedensprozeß zu unterstützen.

Der *Außenminister* bedankte sich, Außenminister Madrigal habe ihn von seinem Gespräch mit dem Bundesminister informiert.

Fortsetzung Fußnote von Seite 713

müht, aber diese stelle unzumutbare Forderungen." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178936.

10 Ministerialdirektor Schlagintweit vermerkte am 15. April 1988: „Die fünf Außenminister Zentralamerikas haben am 7.4.1988 in ihrer Erklärung von Guatemala beschlossen, bei der Überprüfung der Verpflichtungen im Sicherheitsbereich aus dem Guatemala-Abkommen vom 7.8.1987 und der Gemeinsamen Erklärung der fünf Präsidenten von San José (16.1.1988) die Mitwirkung einer technischen Hilfsgruppe zu erbitten […]. Über den GS der VN sollen die Regierungen von Kanada, Spanien und der Bundesrepublik Deutschland gebeten werden, spezialisiertes Personal für diese Gruppe abzustellen, die einen Mechanismus für die Verifikation und Kontrolle im Sicherheitsbereich bilden sollen (Einstellung der Unterstützung von Aufständischen und der Benutzung des eigenen Territoriums für Angriffe, Verzicht auf Grenzverletzungen; eine Ausweitung auf die Überwachung von Waffenstillständen ist nicht auszuschließen)." Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146580.

Honduras werde auch von den USA unterstützt. Aber die USA habe Honduras nicht ermutigt, an diesem Prozeß – gemeint war das Abkommen vom 7.4.88 und der Verifikationsvorschlag – teilzunehmen. Dennoch habe Honduras die erwähnten Vorschläge gemacht, die dazu führen sollen, Grenzverletzungen zu vermeiden. Dies zeige die Unabhängigkeit der Außenpolitik von Honduras. Honduras könne und wolle nicht in einem dauernden Spannungszustand mit dem Nachbarn leben.

Die Bundesrepublik Deutschland habe großen Einfluß in der Frage des IGH-Verfahrens. Vielleicht wäre es möglich, eine gemeinsame europäische Haltung dazu einzunehmen. Er habe dies auch in London und Paris angesprochen. Honduras habe keine Angst vor dem Verfahren, aber der Friedensprozeß wäre ohne das Problem der Klage leichter.

Der Außenminister erwähnte abschließend noch ein weiteres Projekt. Es gebe eine Feasibility-Studie über die Gründung einer Zusammenarbeit mit der Interamerikanischen Entwicklungsbank. Das Ziel sei, eine Bahnverbindung zwischen Pazifik und Atlantik in Honduras zu bauen. Es handele sich nicht um eine Zusammenarbeit zwischen Regierungen, sondern um allgemeine Unterstützung durch Investoren und andere Formen der Privatwirtschaft.

Referat 331, Bd. 143935

132

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nagel

424-410.05/2-300/88 VS-vertraulich **29. April 1988**[1]

Über Dg 42[2], D 4[3], Herrn Staatssekretär[4] Herrn Bundesminister[5]

Ohne Anlage VS-NfD

Betr.: Verdacht der Beteiligung mehrerer deutscher Firmen an der irakischen CW-Herstellung[6]

Bezug: 1) Vorlage vom 2.12.1987 – 424-410.05 SO VS-NfD[7] (beigefügt)
2) Vorlage vom 18.5.1987 – 424-410.55 IRK 400/87 VSv[8]

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel, Vortragendem Legationsrat Schlegel und Legationsrat Warnken konzipiert.

2 Wilhelm Höynck.
An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Nagel handschriftlich: „Von Dg 42 im Konzept gezeichnet."

3 Hat in Vertretung von Ministerialdirektor Jelonek Ministerialdirigent Trumpf am 29. April 1988 vorgelegen.

4 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 29. April 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Seite 10 letzter Satz zeigt einen Weg auf zur Verbesserung der unbefriedigenden Lage. Siehe auch meine Anmerkung Seite 3." Vgl. Anm. 16 und 26.

5 Hat Bundesminister Genscher am 8. Mai 1988 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 9. Mai 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 424 verfügte.
Hat Staatssekretär Lautenschlager am 10. Mai 1988 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Jelonek verfügte.
Hat Jelonek am 10. Mai 1988 vorgelegen, der Ministerialdirigent Höynck auf einem beigefügten handschriftlichen Vermerk darlegte: „Wir müssen versuchen, Lücken zu stopfen und die Rechtsgrundlage zu verbessern; dies gilt insbes[ondere] für die Fortentwicklung von Pragraph 34; ich bitte um operative Vorschläge sobald wie möglich."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel am 11. Mai 1988 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung „zunächst" an Vortragenden Legationsrat Schlegel und „dann" an Höynck verfügte.
Hat Schlegel erneut vorgelegen, der am 8. Juli 1988 auf einem weiteren beigefügten handschriftlichen Vermerk für Legationsrat Warnken notierte: „Operative Maßnahmen sind eingeleitet; Cappell entwirft Brief des StS an BMWi, um AWG/AWV zu erweitern (Kontrolle deutscher Wissensträger/Ing[enieure] im Ausland); ich habe BMWi an Vorlage zu Paragraph 34 erinnert unter Bezug auf Brief von Schäuble an Bangemann. Vorlage kann m. E. z. d. A."
Hat Warnken am 12. Juli 1988 erneut vorgelegen.

6 Zur Frage einer Lieferung von Ausrüstungen und Vorprodukten zur möglichen Herstellung chemischer Waffen an den Irak vgl. AAPD 1987, II, Dok. 219.

7 Vortragender Legationsrat Schlegel hielt fest: „1) Im deutschen Fernsehen wurde am 1.12., in mehreren Tageszeitungen am 2.12. gemeldet, daß die Staatsanwaltschaft in Darmstadt gegen mehrere Personen und Firmen Durchsuchungsmaßnahmen durchgeführt habe wegen des Verdachts, an Lieferungen nach Irak für dort befindliche CW-Produktionsanlagen beteiligt gewesen zu sein. 2) Gegen die Firmen Kolb und Pilot Plant bestand seit langem der Verdacht, durch Lieferung von Anlagen einen wichtigen Beitrag zum Aufbau der irakischen Chemiewaffenproduktion geleistet zu haben und weiterhin zu leisten." Vgl. Referat 424, Bd. 135880.

8 Im Zusammenhang mit der Beteiligung deutscher Firmen am irakischen Chemiewaffenprogramm stellte Ministerialdirektor Jelonek fest: „Es besteht kein vernünftiger Zweifel daran, daß es sich bei der großen militärisch gesicherten chemischen Fabrik (Fläche ca. zehnmal die der BASF in Ludwigshafen) in der irakischen Wüste in der Nähe von Samarra um die irakische Produktionsstätte für chemische Kampfstoffe handelt. Ferner deuten zahlreiche Indizien darauf hin, daß der bei Falluja (in der Wüste südlich von Samarra) entstehende, noch größere neue Komplex ebenfalls eine Fabrikationsanlage für chemische Kampfstoffe ist. Nach deren Fertigstellung dürfte der Irak über das größte

Anlg.: 1) Bezugsvorlage zu 1)[9]
2) Bezugsvorlage zu 2) (nur bei Original)[10]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. In den Bezugsvorlagen war über den Verdacht der Beteiligung mehrerer deutscher Firmen an der irakischen CW-Herstellung sowie über das von der Staatsanwaltschaft Darmstadt eingeleitete entsprechende Ermittlungsverfahren berichtet worden.

Sie hatten hierzu folgende Fragen gestellt:

„Was ist inzwischen geschehen, um deutsche Mitwirkung an CW-Produktion auszuschließen?“

„Reicht das rechtliche Instrumentarium aus oder bedarf es der Ergänzung?“

II. Zusammenfassung

a) Staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren

Seit Anfang November 1987 ist bei der Staatsanwaltschaft Darmstadt (zuständig für Sammelverfahren) ein Ermittlungsverfahren gegen sieben deutsche Firmen wegen des Verdachts von Verstößen gegen das Außenwirtschaftsrecht anhängig. Am 25. November 1987 wurden Durchsuchungsmaßnahmen in Wohn- und Geschäftsräumen an ca. 30 Stellen durchgeführt, mehrere Tonnen Material wurden sichergestellt. Ein Untersuchungsergebnis wird lt. Staatsanwaltschaft nicht vor Oktober 1988 vorliegen.

BK teilte uns vor einigen Tagen mündlich mit, es habe im Rahmen informeller Kontakte von Staatsanwaltschaft Darmstadt erfahren, daß sich der Verdacht auf eine Beteiligung aller o.g. sieben deutschen Firmen an entsprechenden Lieferungen nach Irak für die dortigen CW-Produktionslieferungen bestätigt habe; man werde das Verfahren aber eventuell einstellen müssen, weil man wohl nicht ausschließen könne, daß die Beteiligten im Verbotsirrtum gehandelt hätten[11].

b) Rechtliches Instrumentarium

aa) in bezug auf chemische Substanzen

Bei uns und in fast allen westlichen Industriestaaten (außer Portugal) unterliegen jetzt acht chemische Substanzen, die die Herstellung von CW ermöglichen, weltweiten Exportkontrollen. Nach Absprache in EPZ und im Kreis der sog. „Australischen Initiative“[12] (EG, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Neuseeland, Australien und Japan) war abgestimmt worden, daß diese acht Substanzen besonders gefährlich seien aus zwei Gesichtspunkten: Schlüsselvorprodukte für CW und/oder bestätigte Nachfragebemühungen aus Irak/Iran. Die Frage einer Erweiterung dieser Kontrollen um weitere potentielle CW-Vorprodukte wird im

Fortsetzung Fußnote von Seite 716
CW-Produktionspotential außerhalb des Ostblocks verfügen.“ Vgl. VS-Bd. 14531 (424); B 150, Aktenkopien 1987.

9 Dem Vorgang nicht beigefügt. Vgl. Anm. 7.

10 Dem nicht Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 8.

11 Der Passus „man werde … gehandelt hätten“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

12 Seit 1984 bemühten sich die Teilnehmerstaaten der „Australischen Initiative“ bei informellen Treffen um Exportkontrollen für zur Herstellung von Chemiewaffen geeigneten Substanzen. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 45.

multilateralen Expertenkreis laufend erörtert (zuletzt 19.–21.4. in Paris). Daneben gibt es eine ausfuhrrechtlich nicht verbindliche sog. warning list[13], auf der weitere 32 chemische Substanzen, die als CW-Vorprodukte verwendet werden können, aufgeführt sind. Wenn diese Substanzen nachgefragt werden, sollen die betreffenden Unternehmen bei Vorliegen bestimmter Verdachtsmomente die zuständigen Behörden ansprechen und ggf. auf das Geschäft verzichten. Die Mitarbeit der Industrie ist hier freiwillig, funktioniert aber nach den bisherigen Erfahrungen, zumindest bei den Großfirmen.

bb) Chemische Anlagen

Wir haben als erste Nation weitgehend den Export von Chemieanlagen, die geeignet sind für die CW-Produktion, unter Exportkontrolle gestellt. Probleme ergeben sich aus der Unsicherheit, ob die einschlägige Vorschrift (Abschnitt D der Ausfuhrliste i.V. mit § 7 AWG[14] und § 5a AWV[15]) rechtswirksam ist (zwei Gerichte haben schon dagegen entschieden). Außerdem läßt sich bei einer Lieferung von entsprechenden Einzel-Ausrüstungsgegenständen für Chemieanlagen meist nicht erkennen, ob ein Mißbrauch – nämlich z.B. CW-Produktion – beabsichtigt ist, nur dann könnte die Ausfuhr untersagt werden.

c) Fazit

Das bestehende rechtliche Instrumentarium reicht im Prinzip aus, obwohl es erhebliche Mängel hat.[16] Das Problem liegt jedoch im faktischen Bereich: Fast alle Substanzen, die zur CW-Herstellung benötigt werden, werden in großem Umfang zivil gehandelt. Eine auch nur halbwegs effektive Kontrolle CW-naher Substanzen würde gravierende Behinderungen des Chemiehandels erfordern. Selbst dann bliebe Umgehung möglich. Wir müssen deshalb ständig abwägen zwischen unserem Interesse an einer Verhinderung der CW-Proliferation, den objektiv sehr unzulänglichen Kontrollmöglichkeiten und unseren wirtschaftlichen Interessen als (wahrscheinlich) weltgrößter Chemieexporteur. Die deutsche chemische Industrie ist kooperationsbereit, wehrt sich aber gegen Kontrollen, die sie schwer behindern, ohne die Gefahr der CW-Proliferation wirklich einzuschränken. Allerdings: Einige Firmen nehmen das Risiko, zur CW-Proliferation beizutragen, bewußt (zumindest) in Kauf. Diese Firmen nutzen die anfechtbare juristische Qualität des AWG, um gesetzliche Hürden zu umgehen. Solchem Mißbrauch sind die zuständigen Stellen der Bundesregierung, insbesondere das BAW, nicht gewachsen. Dies hat vor allem der Fall Kolb/Pilot Plant gezeigt: Zwei deutsche Chemiker (ein Beamter des BAW) waren als „Inspektoren" in Samarra auf einer Baustelle, die sie als Pestizid-Anlage identifizierten. Heute steht fest, daß dort CW hergestellt werden – ohne daß wir dies jedoch bisher mit gerichtstauglichen Beweismitteln belegen könnten.

13 Beim Treffen der „Australischen Initiative" am 14./15. September 1987 in Paris wurde eine Liste chemischer Substanzen mit Relevanz für die Produktion von Chemiewaffen zusammengestellt. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 272.

14 Für den Wortlaut von Paragraph 7 des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 484.

15 Für den Wortlaut von Paragraph 5a der Verordnung zur Durchführung des Außenwirtschaftsgesetzes (Außenwirtschaftsverordnung) in der Fassung vom 18. Dezember 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 2672.

16 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dieser etwas ambivalente Satz beschreibt die unbefriedigende Lage, aber auch das Dilemma, in dem wir uns befinden." Vgl. Anm. 4.

III. Im einzelnen

1) Geltende Rechtslage

Nachdem Anfang 1984 die Hinweise auf Einsatz chemischer Waffen durch Irak auch von VN-Experten bestätigt wurden[17], bildete sich eine Initiative im Rahmen der EPZ, um durch Exportkontrollen sicherzustellen, daß möglichst keine wichtigen Vorprodukte und Anlagen, die zur Herstellung von chemischen Waffen verwendet werden können, nach Irak geliefert werden. Es wurden von allen EG-Staaten – bei uns mit Wirkung vom 15.5.84 durch Verordnung der Bundesregierung[18] – chemische Substanzen unter Ausfuhrkontrolle gestellt. Zusätzlich werden bei uns chemische Anlagen bzw. Anlagenteile erfaßt (durch Verordnung vom 6.8.84[19]), die u.a. zur Herstellung von phosphororganischen Verbindungen, Lost oder anderen hochtoxischen Verbindungen geeignet sind. Dies geschah u.a. aufgrund konkreter nachrichtendienstlicher Hinweise auf Beteiligung der deutschen Firmen Kolb/Pilot Plant an der Errichtung des umfangreichen Komplexes chemischer Produktionsanlagen in Samarra, von denen heute feststeht, daß sie Kampfstoffe produzieren.

Angesichts des fortdauernden Einsatzes chemischer Waffen durch Irak wurde am 2./3.9.86 im Rahmen der EPZ Einigkeit über eine Erweiterung der ausfuhrkontrollierten Substanzen um drei weitere Chemikalien erzielt.[20] Seit dem 1.1.1987 stehen bei uns acht chemische Substanzen unter Ausfuhrkontrolle, eine neunte Substanz (Thionylchlorid) soll bald hinzugefügt werden. (Noch besteht Widerstand bei der Industrie und beim BMWi.)

Neben der EPZ stimmen die EG-Staaten ihre CW-Exportpolitik mit anderen westlichen Staaten in der „Australischen Gruppe“ ab, die seit 1984 besteht; bei ihren informellen Treffen sind inzwischen alle wichtigen westlich orientierten Staaten (EG-MS, Norwegen, Schweiz, USA, Kanada, Japan, Australien und Neuseeland) vertreten. Ziel ist, den Export solcher chemischer Substanzen, die

17 Am 22. Juni 1988 faßte Referat 424 zusammen: „VN-Expertenteams haben in bislang zwei Berichten den Einsatz chemischer Waffen (CW) durch Irak eindeutig bestätigt (zuletzt im Frühjahr 1987). Auch in jüngster Zeit sind von seiten des Irak offenbar in größerem Umfang chemische Waffen eingesetzt worden (ca. 5000 Tote in Halabscha). VN-Expertenbericht bestätigt CW-Einsatz im Golfkrieg, nennt aber nicht die Schuldigen. […] Aufgrund verschiedener Erkenntnisse ist davon auszugehen, daß der Irak die eingesetzten chemischen Kampfstoffe inzwischen in großem Umfang selbst herstellt und bestrebt ist, durch Errichtung von Anlagen zur Herstellung der Vorprodukte der chemischen Kampfstoffe auf diesem Gebiet autark zu werden.“ Vgl. Referat 424, Bd. 145914.

18 Die Bundesregierung stellte mit der 52. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – vom 14. Mai 1984 die Ausfuhr von Methylphosphonsäuredimethylester, Methylphosphonsäuredifluorid, Methylphosphonsäuredichlorid, Phosphoroxychlorid und Thiolglycol unter Genehmigungspflicht. Für den Wortlaut der Verordnung vgl. BUNDESANZEIGER vom 15. Mai 1984, S. 4509.

19 Für den Wortlaut der 56. Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung sowie der 53. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste, jeweils vom 6. August 1984, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil I, S. 1079 f.

20 Mit Schreiben vom 11. September 1986 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Nagel das Bundesministerium für Wirtschaft: „Auf der 166. Sitzung des Politischen Komitees der EPZ am 2. und 3.9.1986 in London ist festgestellt worden, daß alle Partner bereit sind, ihre Exportkontrollen um drei chemische Substanzen (Phosphortrichlorid, Dimethylphosphit, Trimethylphosphit) zu erweitern. Ferner wurde beschlossen, daß die Partner umgehend die notwendigen Maßnahmen für die Umsetzung dieser Erweiterung der Ausfuhrkontrollen in nationales Recht treffen.“ Damit sei die von der Bundesregierung aufgestellte Bedingung, „daß alle Partner der Erweiterung zustimmen und entsprechend ihre nationalen Exportkontrollen ändern“, erfüllt. Vgl. Referat 424, Bd. 135877.

für die Produktion von CW besonders geeignet sind, in diejenigen Länder zu verhindern oder zu erschweren, die bestrebt sind, ein eigenes CW-Potential aufzubauen. Die Exportkontrollen erfolgen mittels einer sog. „Kernliste", d.h. Substanzen, zu deren Ausfuhr staatliche Genehmigung erforderlich ist, und mittels einer sog. „Warnliste" (z.Z. 32 Substanzen, wird bald um zunächst vier Substanzen erweitert), deren Beachtung die Industrie in der Weise zugesichert hat, daß sie verdächtige oder auffällige Exportanfragen (hierzu wurde in letzter Sitzung in Paris, 19.–21.4.88, Auflistung entsprechender Kriterien vereinbart) entweder selbst ablehnt und/oder die Genehmigungsbehörde um Überprüfung bittet. Bei letzter Sitzung wurde in intensiver Mitarbeit der deutschen Delegation die Warnliste um Chemie-Anlagen und -Einzelteile erweitert.

2) Allgemeine Problematik der Ausfuhrkontrollen

a) bei den chemischen Substanzen

Die meisten der derzeit unter Ausfuhrkontrolle stehenden acht Substanzen finden auch eine breite zivile Verwendung bei der Herstellung von Pestiziden und Herbiziden. Sie werden in großen Mengen weltweit gehandelt, und nur ein geringer Prozentsatz wird für die Herstellung chemischer Waffen mißbraucht. Einige dieser Substanzen werden auch bereits in Schwellenländern wie Brasilien und Indien, die keine entsprechenden Exportkontrollen ausüben, produziert und wohl auch exportiert.

Die Auswahl der von uns, den EG-MS sowie anderen westlichen Staaten (u.a. USA, Kanada und Australien) unter Ausfuhrkontrolle gestellten chemischen Substanzen erfolgte aufgrund von Erkenntnissen über die Art der von Irak eingesetzten chemischen Waffen, deren mutmaßliches Herstellungsverfahren sowie über erkannte irakische und andere Beschaffungsaktivitäten. Die Bemühungen einiger Länder im Nahen Osten, chemische Vorprodukte für ihre Kampfstoffherstellung auf dem Weltmarkt zu beschaffen, konnten zwar erschwert, jedoch nicht vollständig verhindert werden. Denn es gibt zum einen – wie oben erwähnt – Produzenten-Länder, die diese Vorprodukte nicht kontrollieren, und zum anderen können chemische Waffen aus einer sehr großen Anzahl verschiedener Substanzen (ca. 150) in unterschiedlichen Verfahren hergestellt werden.

b) Problematik der Kontrolle chemischer Anlagen und Anlagenteile

Im internationalen Vergleich haben wir in diesem Bereich die am weitesten gehende gesetzliche Regelung, da nach Liste D die Eignung (und nicht Bestimmung) von Anlagen, Anlagenteilen oder sonstigen Ausrüstungsgegenständen für Herstellung, Verarbeitung etc. von phosphororganischen Verbindungen, Lost oder anderen hochtoxischer Verbindung Kriterium für die Ausfuhrgenehmigungspflichtigkeit ist.[21]

Diese Liste D wirft jedoch für die Genehmigungsbehörden große Probleme auf, da es sich bei den Anlagen und Anlagenteilen sowie den Ausrüstungen in der Regel um sog. „multi-purpose"-Waren handelt, die sich zwar auch zur Kampfstoffproduktion eignen, aber überwiegend in der zivilen Produktion verwendet werden. Das bedeutet, daß die Genehmigungsbehörde nur dann eine fundierte

21 Für den Wortlaut der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – in der Fassung der Verordnung vom 6. November 1984 vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 213 vom 10. November 1984, Beilage Nr. 55a/84.

Entscheidung treffen kann, wenn sie das gesamte Projekt oder die gesamte Anlage in ihrer technischen Auslegung kennt. Der Bau von Anlagen erfolgt heute meist schon aus ökonomischen Gründen nicht mehr durch Vergabe eines Auftrages für die Gesamtanlage. Statt dessen werden auf der Basis einer möglichst weitgehenden nationalen Eigenfertigung die Einzelteile weltweit bei den günstigsten Anbietern zusammengekauft und dann von einer Engineering Firma zur Anlage zusammengefügt. Bei einem solchen Vorgehen kann der Verkäufer von Anlagenteilen oft nicht wissen, wofür die Teile schließlich gebraucht werden. Andererseits kann das BAW entsprechende Ausfuhranträge ohne konkrete Verdachtsmomente nicht ablehnen. Daraus folgt, daß es praktisch nicht zu verhindern ist, wenn sich ein Land mittels einer „Einkaufsliste" eine chemische Anlage durch gezielte Bestellungen bei verschiedenen Herstellern in verschiedenen Ländern zu verschaffen sucht.

3) Der Fall Kolb u. a.

a) Von der Fa. Kolb angestrengtes Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das BMF, wegen Ablehnung der Ausfuhrabfertigung:

Wie unter 1) schon geschildert, hat die Bundesregierung am 6.8.1984 durch Rechtsverordnung die Ausfuhr bestimmter Anlagen und Anlagenteile, die zur Kampfstoffherstellung geeignet sind, ausfuhrgenehmigungspflichtig gemacht. Die klagende Firma hatte in großem Umfang diverse Anlagen für das irakische Samarra-Projekt (mutmaßliche Kampfstoffabrik) vor Erlaß dieser Verordnung getätigt.[22] Ein Antrag auf Ausfuhrgenehmigung für eine Restlieferung wurde – zurückgehend auf einen entsprechenden Beschluß des Bundeskabinetts – abgelehnt.

In einem seit 1984 anhängigen Gerichtsverfahren klagt die Fa. Kolb auf Gestattung der Ausfuhr der Restlieferungen für das Samarra-Projekt mit dem Argument, die von der Bundesregierung 1984 erlassene Verordnung sei unwirksam und damit dieser Anlagenexport nicht genehmigungspflichtig. Zwei erstinstanzliche Gerichte (Hessisches Finanzgericht Kassel vom 14.12.1984 und VG Darmstadt[23] vom 14.1.1988) haben bislang mit unterschiedlichen Begründungen (Formfehler bei Verabschiedung der Verordnung, Überschreiten der Ermächtigungsgrundlage) – allerdings nicht rechtskräftig – die Unwirksamkeit der o. a. Verordnung festgestellt. Die Berufungsbegründung des BMF gegen das zuletzt gefällte Urteil wird derzeit erstellt. (Das BMF hat nach Verlust des zweiten Verfahrens endlich einen renommierten Anwalt beauftragt.)

b) Staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren gegen die Firmen Kolb, Preussag, WET, Heberger Bau u. a.

Ende 1986 erhielt die Bundesregierung erstmals Hinweise darauf, daß nach der Einführung der verschärften Genehmigungspflicht für die Ausfuhr von Ausrüstungsgegenständen für Chemieanlagen ungenehmigte Lieferungen für das Samarra-Projekt (Irak) von deutschen Firmen vorgenommen worden seien.[24] Daraufhin wurden Außenwirtschaftsprüfungen bei sieben deutschen Firmen

22 So in der Vorlage.

23 Verwaltungsgericht Darmstadt.

24 Beim Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 20. bis 23. Oktober 1986 in den USA wurden vom amerikanischen Außenministerium Informationen übergeben, die Lieferungen von Ausrüstungen und Vorprodukten zu einer möglichen Herstellung chemischer Waffen durch Firmen aus der Bundesrepublik an den Irak zum Gegenstand hatten. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 331.

(u. a. Preussag AG) durchgeführt. Dabei ergab sich gegen die geprüften Firmen der Verdacht, durch ungenehmigte Warenausfuhren zum Aufbau einer Kampfstoffherstellungsanlage in Samarra beigetragen zu haben. Daraufhin wurde im Oktober 1987 ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Verletzung des Außenwirtschaftsgesetzes gegen die betroffenen Firmen eingeleitet (Sammelverfahren bei der Staatsanwaltschaft Darmstadt).

Die Staatsanwaltschaft bedient sich der beim Zollkriminalinstitut eingerichteten Sonderermittlungsgruppe des Zollfahndungsdienstes als Ermittlungsorgan. Am 25. November 1987 sind zeitgleich die Geschäftsräume und Wohnungen der betroffenen sieben Firmen bzw. ihrer Verantwortlichen durchsucht worden. Das sichergestellte Beweismaterial (mehrere Tonnen Unterlagen) wird zur Zeit beim Zollkriminalinstitut ausgewertet. Mit dem Abschluß des Verfahrens ist vor September/Oktober 1988 nicht zu rechnen.

Als Zwischenergebnis hat die Staatsanwaltschaft dem Bundeskanzleramt vor einigen Tagen mitgeteilt, daß der Verdacht illegaler Ausfuhren sich bei allen sieben Firmen bestätigt habe. Das Verfahren müsse aber möglicherweise eingestellt werden, weil die Betroffenen evtl. im Verbotsirrtum gehandelt hätten: Nachdem die Beteiligten von ihren Rechtsanwälten immer wieder bestätigt bekommen hatten, daß die Rechtsgrundlagen für die Ausfuhrkontrollen nicht rechtmäßig und damit die entsprechenden Lieferungen nicht genehmigungspflichtig seien, hätten die Beteiligten wohl annehmen dürfen, sie dürften diese Exporte nach Irak durchführen, ohne gegen geltendes Recht zu verstoßen. Daß diese subjektive Wertung der Beteiligten kaum beanstandet werden kann, wird zunehmend dadurch erhärtet, daß nunmehr schon zwei Gerichte die Unwirksamkeit der Erweiterung der Ausfuhrliste festgestellt haben.

4) Weitere Probleme bei Praxis der Exportkontrollen

a) BAW-Arbeitsweise

Nach dem Eindruck aller am Außenwirtschaftsverkehr Beteiligten ist die deutsche Genehmigungsbehörde, das Bundesamt für Wirtschaft in Eschborn, von der Zahl und der Qualifikation ihrer Mitarbeiter her nicht in der Lage, eine effektive und zügige Handhabung der deutschen Exportkontrollen zu gewährleisten. Weitere Pannen sind nicht auszuschließen. Das BMWi müßte sich bei den nächsten Haushaltsberatungen bemühen, zusätzliche Stellen für das BAW zu bekommen und viele bestehende Stellen anzuheben, um endlich qualifizierte Mitarbeiter zu bekommen. Außerdem müßte die Arbeits- und Ablauforganisation im BAW so geändert werden, daß sie den Mindestanforderungen einer solchen Behörde entspricht. Die USA drängen uns seit langem zu entsprechenden Maßnahmen.

Es ist vorgesehen, daß D4 sich hierzu nochmals an den zuständigen Abteilungsleiter, MD Dr. Schomerus, wendet.

b) § 34 AWG[25]

Staatsanwälte und Zollbehörden zögern, mit Ermittlungen wegen Verstößen gegen das Außenwirtschaftsrecht überhaupt zu beginnen, weil sie – zu Recht –

25 Für den Wortlaut des Paragraphen 34 des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 489.
Paragraph 34 des Außenwirtschaftsgesetzes wurde durch das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 geändert. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil I, S. 590.

befürchten, daß selbst bei erfolgreichen Ermittlungen die Beteiligten letztlich doch nicht bestraft werden. Dies liegt u. a. daran, daß § 34 kein Gefährdungs-, sondern ein erfolgsqualifiziertes Delikt ist. Ein Umgehungstäter kann nur bestraft werden, wenn erwiesen ist, daß durch die Verletzung der Außenwirtschaftsvorschriften z. B. die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland erheblich gestört worden sind. Die Anforderungen der Gerichte und schon der Staatsanwälte an diesen Nachweis sind so hoch, daß der Nachweis meist nicht geführt werden kann. Diese Problematik ist vor allem bei COCOM-Umgehungsgeschäften gegeben, die Vorbehalte in Justiz und Zollverwaltung haben aber Auswirkungen auf Exporte in alle Länder. Die Ressorts (AA, BMI, BMJ, BMF) haben sich deshalb schon vor einiger Zeit auf Arbeitsebene grundsätzlich verständigt, daß § 34 von einem Erfolgsdelikt in einen Gefährdungstatbestand umgewandelt werden sollte. Dieser Vorschlag wird nur vom BMWi nicht mitgetragen.[26]

Nagel

Referat 424, Bd. 145881

133

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem indonesischen Außenminister Alatas

1. Mai 1988[1]

Gesprächsvermerk über das Gespräch des BM mit dem indonesischen AM Ali Alatas am Sonntag, 1. Mai 1988[2]

Gesprächsdauer: etwa 30 Min.

Nach Glückwünschen des BM an AM Alatas zur Übernahme seines neuen Amtes schnitt *Alatas* das Thema des bevorstehenden AM-Treffens[3] an.

BM würdigte die gute Entwicklung der Beziehungen EG–ASEAN in den vergangenen zehn Jahren. Die sich dabei entwickelnde Zusammenarbeit habe beiden Teilen gut getan. *Alatas* äußerte seine Erwartung, daß dieses Treffen einen weiteren guten Zehnjahreszyklus eröffnen möge.

26 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies müssen wir erneut mit BMWi aufnehmen." Vgl. Anm. 4.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller am 4. Mai 1988 gefertigt.

2 Der indonesische Außenminister Alatas hielt sich anläßlich der Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 2./3. Mai 1988 in der Bundesrepublik auf.

3 Zur Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 2./3. Mai 1988 in Düsseldorf vgl. Dok. 143.

Auf die Frage des BM nach der Lage in Indonesien berichtete Alatas, daß mit den Wahlen ein neuer Vizepräsident in seinem Lande ins Amt gekommen sei. Suharto sei, wie dies verfassungsmäßig möglich, wiedergewählt worden.[4] Wahrscheinlich beginne er damit seine letzte Amtsperiode von fünf Jahren.

Im neuen Kabinett habe sich wenigstens teilweise ein Generationswechsel vollzogen.[5] Diejenigen, die noch den Befreiungskampf 1945 miterlebt hätten, stellten nur noch die Hälfte des Kabinetts. Die andere Hälfte gehört der jungen Generation an. Während also bei der politischen Führung des Landes die Wachablösung nur zur Hälfte durchgeführt worden sei, sei sie bei den Streitkräften abgeschlossen.

Alatas selbst bezeichnete sich als Vertreter der Kontinuität. Was die Außenpolitik Indonesiens beträfe, so könne man ohnehin von Kontinuität ausgehen.

Auf das AM-Treffen zurückkommend, bemerkte der *BM*, daß ihm sehr daran gelegen sei, unsere Unternehmer stärker für ASEAN zu interessieren. Sie hätten bis jetzt die in der Region liegenden Chancen noch nicht voll genutzt. Dabei legte er ihnen schon seit Jahren nahe, sich um diese große Wachstumsregion mehr zu kümmern, und dies rechtzeitig genug, ehe der Platz von anderen eingenommen würde. *Alatas* stimmte nachdrücklich zu. In Indonesien räume man der Privatindustrie zunehmend mehr Platz ein und ließe ihr immer mehr Freiheit. Nur so könne Indonesien für die Zukunft auch wirtschaftlich bestehen. Seine Regierung hoffe sehr, daß dies von der Privatwirtschaft auch erkannt werde.

Nach einer Bemerkung über die hohe Bedeutung, die für ihn ein Meinungsaustausch mit Vertretern von ASEAN-Staaten immer habe, weshalb er solche Begegnungen auch immer wieder suche, z. B. in New York, erkundigte sich *BM* danach, wie sich das neue Mitglied Brunei[6] in die Zusammenarbeit innerhalb ASEANs eingefügt habe. *Alatas* entgegnete, daß dies zwar einige Zeit in Anspruch genommen habe. Letztlich habe Brunei jedoch schnell gelernt. Es werde im nächsten Jahr auch den koordinierenden Vorsitz stellen.

Auf die Frage von *BM* nach Investitionen Bruneis in den ASEAN-Staaten – Brunei könne der Bankier von ASEAN werden und dies sehr zu seinem Vorteil – entgegnete *Alatas*, daß sich Brunei nur langsam in diese Richtung bewege. Der Sultan[7] hätte sehr konservative Finanzberater. Brunei entsende nach und nach Investitionsteams in andere ASEAN-Länder.

4 Am 10. März 1988 wählte das indonesische Parlament Suharto einstimmig erneut zum Präsidenten, am folgenden Tag Sudharmono zum Vizepräsidenten.

5 Botschafter Wallau, Jakarta, informierte am 22. März 1988, daß Präsident Suharto am Vortag das neue Kabinett vorgestellt habe, das keinen Generationswechsel markiere. Vielmehr sei „ein starkes Element der Kontinuität festzustellen, auch wenn Rotation und Aufstieg stattgefunden haben. Entsprechend der Charakterisierung von Suharto gibt es – vor allem bei den Juniorministern – neues Blut und Verjüngung. Die Regeneration ist im Wirtschaftsbereich stärker ausgeprägt als im politischen und Sicherheitssektor, wo die bekannten und bewährten Figuren – mit Ausnahme des Außenministers – in veränderter Konstellation weiterhin an den Schalthebeln sitzen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 351; Referat 341, Bd. 144483.

6 Brunei trat am 7. Januar 1984 der ASEAN bei.

7 Hassanal Bolkiah Muizzadin Waddaulah.

Von sich aus schnitt AM Alatas Ost-Timor[8] im Kontext des Treffens an. Er erläuterte, daß auf solchen Treffen politische Fragen immer nur bei Übereinstimmung aller Teilnehmer angesprochen worden wären. Es sei doch auch sehr viel vernünftiger und politisch nützlicher, wenn sich die Beratungen auf solche Themen konzentrierten, zu denen Übereinstimmung bestehe. Würde man es anders tun, so würde es nur zu Streit kommen. Auch die ASEAN-Staaten könnten eine Reihe von Themen vorbringen, wie z. B. Zypern, Neukaledonien[9] und die Malwinen-Frage, an denen ASEAN oder wenigstens einige ASEAN-Staaten ein großes Interesse haben, die aber den europäischen Teilnehmern im Dialog Schwierigkeiten bereiten könnten.

Es sei ganz klar, daß Ost-Timor nicht im Kontext EG–ASEAN besprochen werden kann. Es sei nicht Teil des EG-ASEAN-Konsenses. Dies bedeute aber nicht, daß Indonesien die Augen vor der Frage verschließe. Er selbst habe sie als VN-Botschafter seines Landes in den VN behandelt.

BM dankte, daß ihm Alatas Gelegenheit gebe, kurz zu dieser Frage zu antworten. Er werde sie morgen beim Frühstück mit dem portugiesischen AM besprechen, wobei er allerdings über das Ergebnis dieses Gesprächs unsicher sei.[10] Würde er gefragt, so könne er jetzt sagen, daß dieses Thema zwischen ihm und Indonesien bilateral angesprochen worden sei.

BM äußerte abschließend seine Zuversicht, daß das EG-ASEAN-AM-Treffen harmonisch verlaufen würde.

Referat 342, Bd. 144457

8 Zur Ost-Timor-Frage vgl. Dok. 130, Anm. 10 und 12.

9 Zur Neukaledonien-Frage vgl. Dok. 130, Anm. 14.

10 Am 2. Mai 1988 bot Bundesminister Genscher dem portugiesischen Außenminister Pinheiro in einem „zur Ost-Timor-Frage ziemlich kurzen und unkontroversen Meinungsaustausch“ an, „daß wir ein portugiesisches Begehren, die Ost-Timor-Frage seitens der Zwölf vor der Generalversammlung der VN in der EG-Erklärung anzusprechen, unterstützen würden. […] Portugiesischer AM sagte, daß für Portugal die Fragen der Menschenrechte eine große Rolle spielen. Er sei auf den Vorschlag des BM zur Behandlung von Ost-Timor auf der EG-ASEAN-Konferenz so rasch vor allem auch aus Respekt für die Person des BM eingegangen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 342, Bd. 144457.

134

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher

201-363.21-521/88 VS-vertraulich **3. Mai 1988**

Über Herrn Dg 20[1], Herrn D 2[2], Herrn Staatssekretär[3] Herrn Bundesminister[4] zur Unterrichtung

Betr.: 43. NPG, 27./28. April 1988 in Brüssel

Anlg.: 1

Die 43. NPG verlief so, wie sie konzipiert war: als Routine-Tagung ohne Entscheidungen. Die Entschließung des dänischen Parlaments[5] und die Ergebnisse des Moskaubesuchs von AM Shultz[6] sorgten für aktuellen Diskussionsstoff. Mit dem veröffentlichten Kommuniqué[7] können wir zufrieden sein. Amerikanische und britische Änderungsvorschläge, die unseren Interessen zuwiderliefen, konnten abgewehrt werden.

1) GS Lord Carrington eröffnete mit einem positiven Rückblick auf die Unterzeichnung des INF-Vertrages, den US-SU-Gipfel in Washington[8] und den NATO-Gipfel Anfang März[9]. Er warnte vor der Gefahr einer Beeinträchtigung von NATO-Konferenzen durch nachträgliche irreführende Medienkommentare. Für diese 43. NPG gelte, daß keine Entscheidungen zu treffen seien, und zwar deshalb, weil keine Entscheidungen anständen – und nicht etwa, weil das Bündnis uneins sei. Die weitreichenden Entscheidungen könnten nicht isoliert, sondern nur im Rahmen eines umfassenden Rüstungskontrollkonzepts beschlossen werden.

1 Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 3. Mai 1988 vorgelegen.

2 Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 3. Mai 1988 vorgelegen.

3 Hat Staatssekretär Sudhoff am 3. Mai 1988 vorgelegen.

4 Hat Bundesminister Genscher am 3. Mai 1988 vorgelegen, der handschriftlich um Wiedervorlage am 9. Mai 1988 bat.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 4. Mai 1988 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 201 verfügte und handschriftlich vermerkte: „S[iehe] Fragen BM. T[ermin] 9.5." Vgl. Anm. 16, 20, 21 und 29.

5 Botschafter Pachelbel-Gehag, Kopenhagen, berichtete am 15. April 1988, eine Mehrheit im dänischen Parlament habe am Vortag folgenden, von der sozialdemokratischen Partei eingebrachten Antrag gebilligt: „Indem das Folketing feststellt, daß es 30 Jahre lang dänische Politik gewesen ist, keine Kernwaffen auf dänischem Gebiet zu empfangen, hierunter in dän[ischen] Häfen, wird die Regierung aufgefordert, Besuche abstattende Kriegsschiffe darüber zu unterrichten". Ministerpräsident Schlüter habe im Anschluß an eine Kabinettsitzung mitgeteilt, daß er die übrigen NATO-Mitgliedstaaten befragen wolle, „wie sie sich gegenüber Auflage Folketingsmehrheit verhalten würden", und daß er mögliche Konsequenzen hieraus in spätestens zehn Tagen bekannt geben werde: „Diese Frist wird vielerorts als Countdown für vorgezogene Neuwahlen betrachtet." Vgl. den Drahtbericht Nr. 173; Referat 205, Bd. 160028.

6 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz am 21./22. April 1988 in Moskau vgl. Dok. 123 und Dok. 129.

7 Für den Wortlaut des Kommuniqués über die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. April 1988 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 92 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 403–405.

8 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 7. bis 10. Dezember 1987 zusammen. Am 8. Dezember 1987 unterzeichneten sie den Vertrag über die Beseitigung der Mittelstreckenwaffen kürzerer und mittlerer Reichweite. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

9 Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 2./3. März 1988 in Brüssel vgl. Dok. 75.

2) Dänemark erläuterte die innenpolitische Situation, dankte für Stellungnahmen und Bewertungen der Partner und erklärte, die Regierung suche in der Wahl vom 10. Mai 1988[10] ein Mandat für die volle Mitgliedschaft Dänemarks im Bündnis. Fast alle Partner würdigten und unterstützten die Haltung der dänischen Regierung unter Hinweis auf den Grundsatz der Risikoteilung, der Verstärkungsplanung und der Verteidigung Nordwesteuropas.

3) Zu START hob Carlucci hervor, daß zwar Fortschritte erreicht worden seien, daß die Unterzeichnung eines START-Abkommens während des nächsten amerikanisch-sowjetischen Gipfels in Moskau[11] aber unwahrscheinlich sei. Für die USA komme es entscheidend auf ein gutes Abkommen an.

Der Moskauer Gipfel sei ein weiterer Schritt in einem fortlaufenden Prozeß; die SU habe zu verstehen gegeben, daß sie an einem Abschluß des START-Abkommens noch mit dieser Administration interessiert sei. Die Ausführungen Carluccis zum Stand von START nach dem Moskau-Besuch von AM Shultz entsprachen im übrigen der Unterrichtung des NATO-Rates am 25.4.1988 durch AM Shultz, ebenso wie ein mit Schaubildern gestützter Vortrag von Assistant Secretary Lehman, der zunächst einen Rückblick auf den START-Prozeß gab.

Auf Fragen erklärte Carlucci:

– Bei „Defense and Space" habe sich wenig Bewegung ergeben. Die Texte vom Washingtoner Gipfel bildeten immer noch die Grundlage. Die SU verharre in einer Position der Ambiguität. USA seien zu vertrauensbildenden Maßnahmen bereit, z. B. zu Einblick in Testprogramme und zu Gebrauch von Sensoren.
– Zum Problem der SLCM in START halte er Abtrennung dieser Materie von einem START-Abkommen und getrennte Weiterverhandlung für möglich. Ein Daten- und Informationsaustausch im Sinne der Vertrauensbildung sei denkbar; echte Verifikation nicht. Ohne den Namen zu nennen, wies Carlucci die Überlegungen von Nitze zur Lösung der SLCM-Frage[12] zurück.
– Bei Nukleartests käme es den USA auf die Vereinbarung eines Verifikationsregimes an.[13] Man konzentriere sich auf hydro-elektronische Maßnahmen.

10 Am 10. Mai 1988 fanden in Dänemark Wahlen zum Parlament statt, aus denen die Sozialdemokratische Partei als stärkste Partei hervorging. Am 3. Juni 1988 stellte Ministerpräsident Schlüter das neue Kabinett aus Mitgliedern der Konservativen Volkspartei, der Liberalen Venstre und der Radikalen Venstre vor. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schneppen vermerkte am 6. Juni 1988: „Über die umstrittene Kernwaffenresolution, die die Neuwahlen auslöste, wird es wahrscheinlich zu einem Formelkompromiß kommen, mit dem versucht wird, sowohl Dänemarks Atomwaffenfreiheit als auch den Interessen der Verbündeten gerecht zu werden." Vgl. Referat 205, Bd. 160028.

11 Zum Treffen des Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

12 Am 7. April 1988 wurde in der Presse berichtet, daß der amerikanische Sonderbotschafter Nitze einen Vorschlag zur Begrenzung seegestützter nuklearer Mittelstreckensysteme vorgelegt habe: „Under the suggestion, the two sides would agree to eliminate sea-launched cruise missiles that are armed with nuclear warheads, nuclear-armed depth charges, and torpedoes with nuclear warheads. Nuclear bombs carried by planes on ships might also be banned under the plan, some officials said. The suggested ban would not cover submarine-launched ballistic missiles that carry nuclear warheads. These strategic weapons are relatively invulnerable and are regarded as vital to each side's capability to retaliate against a possible nuclear attack." Vgl. den Artikel „Nitze Suggests A-Arms Trims For the U.S. and Soviet Navies"; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 7. April 1988, S. 1 f.

13 Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über einen nuklearen Teststopp in Genf vgl. Dok. 11, Anm. 24.

4) Zu sowjetischen Modernisierungs- und Anpassungsmaßnahmen wies Carlucci eingangs darauf hin, daß die SU über Möglichkeiten zur Anpassung ihres nach dem INF-Abkommen verbleibenden Nuklearpotentials verfüge und ihre Modernisierungsprogramme fortsetze. Dies habe SU-VM Jasow in Bern zugegeben.[14]

Der Vortrag wurde dann vom Chef der DIA, GenLt[15] Perroots, gehalten und entsprach weitgehend den uns bekannten drei ähnlichen Vorträgen aus jüngster Zeit. Fazit: Die SU führt ihre Modernisierungsprogramme voll durch, besonders im strategischen Bereich, aber auch bei Flugzeugen, see- und luftgestützten Marschflugkörpern.[16]

5) Zum INF-Vertrag erklärte Carlucci, die Ratifizierung[17] an sich könne als gesichert gelten, ein Zeitpunkt vor Sommer 1988 sei aber keineswegs sicher. Dies hänge mit zwei Fragen zusammen:

– Sind die während des Ratifizierungsverfahrens von der Administration gegebenen Erläuterungen als autoritative Interpretation verbindlich?
– Verbietet der INF-Vertrag auch „futuristische" Technologie? Es sei offen, ob der Brief von Schewardnadse hierzu den Senat zufriedenstelle.

Der Leiter der neu geschaffenen „On-Site Inspection Agency" (OSIA)[18] gab einen kurzen Überblick über Organisation und Aufgabe dieser Agentur.

6) Aus dem Vortrag von SACEUR, General Galvin, zur Implementierung von Montebello[19] ist erwähnenswert:

– Mit der Reduzierung der GK-Zahl in Europa (abgeschlossen Sommer 1987) sei jetzt auch die Zahl der Nuklearwaffenlager von 129 auf 69 verringert worden;

14 Am 16./17. April 1988 trafen in Bern der sowjetische Verteidigungsminister Jasow und der amerikanische Verteidigungsminister Carlucci zusammen.

15 Generalleutnant.

16 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Heißt das, daß sie in diesen Bereichen neue Waffensysteme einführen? Wenn ja, welche, wieviel und wann an Stelle welcher anderen?"
Am 11. Mai 1988 nannte Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher Bundesminister Genscher Beispiele sowjetischer Modernisierungsmaßnahmen: „Die SU verfügt über ca. 4200 nuklearfähige Flugzeuge, davon ist einem knappen Drittel eine rein nukleare Rolle zugewiesen. Schutzmaßnahmen für diese Flugzeuge werden verstärkt: Luftbetankung, Begleitschutz durch Abfangjäger, Ausrüstung mit Luft-Luft-Raketen. Seit 1986 sind zusätzlich 120 Fencer-Mittelstreckenbomber eingeführt worden. Das Flugzeug ‚Bear H' wird z. Z. mit einer luftgestützten Cruise Missile von 3000 km Reichweite ausgerüstet. Damit können ohne Verlassen des sowjetischen Luftraums Ziele in ganz Europa abgedeckt werden. […] Für SNF ist in der SU ein neues Testgelände in Bau. Für FROG, Scud und SS-21 ist verstärktes Nachladetraining beobachtet worden. Die Nachladefähigkeit der FROG z. B. wird auf 4- bis 6-fach geschätzt. Die bisher fünf nukleargetriebenen und mit je 20 SLBM von je 9000 km Reichweite bestückten U-Boote der Typhoon-Klasse (die größten der Welt) sind vor der Ostküste der USA festgestellt worden. Dafür werden die U-Boote der älteren Yankee-Klasse z. T. in einen Raum östlich von Island zurückgenommen; in erster Linie, um sie bei Reparaturanfälligkeit schneller in ihre Heimathäfen zurückbringen zu können, in zweiter Linie, weil sie von dieser Position aus auch Ziele in Europa abdecken können. Das Luftverteidigungssystem wird systematisch und ständig ausgebaut. Inzwischen sind 14 Systeme von Boden-Luft-Raketen mit sich überlappender Reichweite stationiert, zuletzt das System SA-10 in der DDR und SA-11 in Ungarn." Vgl. VS-Bd. 12125 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

17 Zum Stand der Ratifizierung des amerikanisch-sowjetischen INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 123, Anm. 42.

18 Roland LaJoie.

19 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 in Montebello vgl. Dok. 6, Anm. 8.

– die Überlebensfähigkeit des Nuklearpotentials der NATO müsse erhöht, sowie „Command, Control, Communication“ verbessert werden.
– Den zukünftigen Umfang des Nuklearpotentials könne er wie folgt beschreiben:
  – im Bereich unter 500 km werde über die nächsten zehn Jahre eine drastische Reduzierung der Gefechtskopfzahlen[20] möglich, wenn neue 155 mm-Artilleriegefechtsköpfe[21] und eine modernisierte, reichweitengesteigerte Lance eingeführt würden; zur Launcher-Zahl wurde keine Aussage gemacht;
  – bei weiterreichenden Systemen werde eine deutliche Reduzierung der Waffenzahlen möglich, wenn eine Abstandswaffe für Flugzeuge eingeführt werde, um Bomben weitgehend zu ersetzen, und wenn die von der HLG identifizierten Maßnahmen zur Anpassung des Nuklearpotentials größerer Reichweite (DCA, SLCM, SLBM) umgesetzt werden können. Entscheidungen hierüber setzen weitere – von der NPG in Auftrag gegebene – Prüfungen voraus.

Modernisierung und Anpassung eröffneten die Möglichkeit zu Reduzierungen. Wenn die NATO ihr Nuklearpotential hinsichtlich Zuverlässigkeit, Eindringfähigkeit, Flexibilität, Reichweiten und Treffgenauigkeit verbessere, ließe dies entscheidende Reduzierungen des Umfangs an Gefechtsköpfen zu.

7) Zum TOP „High Level Group“ trug Assistant Secretary Lehman die Schlußfolgerungen und Empfehlungen des HLG-Berichts „Umstrukturierung der NATO-Nuklearstreitkräfte in und für Europa“[22] vor, die von den Ministern gebilligt wurden, wobei die Empfehlungen in die „Agreed Minutes“ übernommen wurden.

Zu den Einzelheiten s. die noch vorliegende Aufzeichnung vom 13.4.1988 – Dg 20/201-363.31 HLG-438/88 geheim.[23]

20 Die Wörter „drastische Reduzierung der Gefechtskopfzahlen“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Von wieviel auf wieviel?“
Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher vermerkte dazu am 11. Mai 1988: „Nach dem im Sommer 1987 beendeten Abzug von 1400 nuklearen Gefechtsköpfen entsprechend dem Montebello-Beschluß befinden sich in Europa noch rd. 4600 GK. Nach Durchführung des INF-Vertrages wird diese Zahl bis Ende 1991 (Abbau der P II, der GLCM und der P I a) auf rd. 4000 sinken. Mit der Einführung neuer, moderner Artilleriemunition (sie ist sicherer zu handhaben, zu transportieren, zu lagern und hat einen engeren Strahlungsradius) und einer reichweitengesteigerten Lance sowie eines Abstandsflugkörpers ließe sich die Zahl der in Europa befindlichen Gefechtsköpfe erheblich verringern. Die Verteidigungsminister haben auf der NPG eine neue ‚Nuclear Weapons Requirement Study‘ für Ende 1988/Anfang 1989 bei SACEUR in Auftrag gegeben. Unter Berücksichtigung des von SACEUR vorgetragenen Prinzips wird sie Berechnungen und Zahlen enthalten, die dann von den Regierungen militärisch und politisch sorgfältig zu prüfen sein werden.“ Vgl. VS-Bd. 12125 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

21 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „US-Kongreß hat bisher der Produktion von nur 970 modernen GK zugestimmt. Da im Schnitt etwa drei alte GK durch zwei neue GK ersetzt werden, wäre eine Aufhebung dieser zahlenmäßigen Beschränkung des US-Kongresses wünschenswert.“
Das Wort „155 mm-Artilleriegefechtsköpfe“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wieviel KT?“
Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher am 11. Mai 1988: „Der KT-Wert für diese Artilleriemunition liegt bei 0,1.“ Vgl. VS-Bd. 12125 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

22 Für den Bericht der High Level Group (HLG) der NATO „On Restructuring NATO Nuclear Forces“ vom 12. April 1988 vgl. VS-Bd. 12125 (201).

23 Ministerialdirigent von Ploetz hielt am 13. April 1988 fest: „Am 12. April 1988 schloß die HLG in Brüssel ihre Arbeiten an dem Bericht für die NPG-Minister (27./28. April 1988) ab. […] Aus Sicht des AA war es politisch vor allem wichtig, deutlich zu machen, daß kein Modernisierungsbedarf vor Verabschiedung des Gesamtkonzepts festgestellt wird. Unsere Bemühungen bei der Sitzung am

8) Der Vorsitzende der „Senior Level Weapons Protection Group“ (Schutz von Nuklearwaffen vor Anschlägen und Angriffen) berichtete über den Stand der Arbeiten, die übereinstimmend als wichtig bezeichnet wurden. Zur Zeit läuft ein Ausbildungsprogramm mit Sicherheitstraining für Wachmannschaften von Nuklearwaffenlagern und der Aufbau eines elektronischen Warnsystems für diese Lager. Mittelfristig wird an besondere Schutzbauten sowie an eine bessere lokale Verteilung nuklearfähiger Flugzeuge gedacht.

9) Kommuniqué (s. Anlage)

Die Verhandlungen gestalteten sich sehr schwierig. USA und GB brachten laufend Änderungen mit zwei Zielrichtungen ein:

– in der Frage der Modernisierung „Fortschritt“ bzw. „Bewegung“ anzudeuten (USA bestanden lange Zeit auf der Erwähnung von „deployment options“, wurden allerdings nur von GB unterstützt);
– das „Gesamtkonzept“ aufzuspalten in ein zunächst zu erarbeitendes sicherheitspolitisches Konzept, auf dessen Grundlage dann ein rüstungskontrollpolitisches Konzept aufbauen sollte, bzw. in der Lockerung der Verbindung Gesamtkonzept – Modernisierungsentscheidung.

Eine Aussage zu „deployment options“ konnte auch mit Hilfe anderer Partner schließlich vermieden werden. Der Preis hierfür ist der Satz zu Montebello in Ziff. 3, der von jedem Partner nach eigener Vorstellung interpretiert werden kann.

Bei der Erhaltung des Gesamtkonzepts und des Junktims Gesamtkonzept – Modernisierungsentscheidung standen wir weitgehend allein. Es kam uns aber in Ziff. 3 auf die Worte „in Übereinstimmung mit unserem umfassenden und integrierten Konzept für Sicherheit und Rüstungskontrolle“ besonders an. Der jetzige Text war erst gesichert, nachdem Carlucci – auch dank Unterstützung unserer Position durch GS Lord Carrington – einlenkte.

Zu Ziff. 4 hatten wir für eine andere Version plädiert, standen aber mit Italien allein.[24]

10) Ausblick

Die Medien haben sich bei dieser 43. NPG ebenso wie bereits in Monterey im November 1987[25] fast ausschließlich für das Thema „Modernisierung“ interessiert. In der Sache geht die Tendenz dahin, daß die USA (Lance-Nachfolgemodell) und GB (Abstandsflugkörper) für 1989 eigene, nationale Entwicklungsentscheidungen anzustreben scheinen. Es ist noch offen, ob sie hierfür auf eine

Fortsetzung Fußnote von Seite 729

12. April 1988 richteten sich daher vor allem darauf, dort Textänderungen durchzusetzen, wo Anlaß zu Mißverständnissen bestand.“ Ploetz fuhr fort: „Aus unserer Sicht ist die Klarstellung wichtig, daß jetzt keine Entscheidungen getroffen werden – weder über die Restrukturierung noch gar über künftige Stationierungen (hier ist ausdrücklich von Optionen die Rede) –, weil die Grundlage für Entscheidungen über derartige Optionen nicht gegeben ist. Mit dem Hinweis auf den ‚identifizierten Bedarf‘ für die beiden Systeme gelang uns eine Rückkehr zur Sprache des Montebello-Berichts (‚measures identified‘) und gleichzeitig die Eliminierung der bisher ausdrücklich erklärten Unterstützung für Entwicklung und Produktion dieser Systeme.“ Vgl. VS-Bd. 12134 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

24 Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Ohne uns geht nichts, das hat Reykjavik gezeigt.“

25 In Monterey fand am 3./4. November 1987 die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO statt. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 327, Anm. 17.

ausdrückliche Unterstützung der Partner Wert legen oder ihre Entscheidungen in eigener Verantwortung zu treffen beabsichtigen. GB denkt für den Abstandsflugkörper an eine Kooperation mit Frankreich (das bereits über eine solche Waffe mit einer Reichweite von 80–300 km – je nach Auslösehöhe – verfügt) oder mit den USA, ggf. mit beiden. Die USA könnten sich wegen der Reichweite eines Lance-Folgemodells nochmals an das Bündnis wenden wollen. Insgesamt erscheint es wichtig, daß innerhalb der Bundesregierung bald mehr Klarheit über den Inhalt des Gesamtkonzepts geschaffen und die deutsche Position ins Bündnis eingebracht wird.[26]

Dreher

[Anlage]

Erste Arbeitsübersetzung, es gilt der englische und französische Urtext!!

Kommuniqué der Nuklearen Planungsgruppe der NATO

1) Die Nukleare Planungsgruppe der NATO trat am 27. und 28. April 1988 im NATO-Hauptquartier in Brüssel zu einer Ministertagung zusammen. Island nahm als Beobachter teil. Wir erörterten eine Reihe von sicherheitspolitischen Fragen bezüglich der nuklearen Streitkräfte des Bündnisses, wie die laufenden Rüstungskontrollverhandlungen, die Auswirkungen des INF-Abkommens, den Stand der Durchführung des Beschlusses von Montebello 1983, die Tätigkeit mehrerer Studiengruppen und die künftige Arbeit der NPG.

2) Unsere Erörterungen haben sich im Rahmen der Verpflichtungen bewegt, die in der Erklärung des NATO-Gipfeltreffens im März 1988[27] zum Ausdruck gebracht wurden. Die Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedsländer hatten festgestellt, daß es zwar ermutigende Anzeichen für Änderungen in der Politik der Sowjetunion und einiger ihrer Bündnispartner gebe, sie jedoch kein Nachlassen der seit Jahren von der Sowjetunion unternommenen militärischen Anstrengungen erkannt hätten, und daß diese massive Streitmacht, die weit über den für Verteidigungszwecke erforderlichen Umfang hinausgehe, eine grundlegende Ursache von Spannungen zwischen Ost und West sei. Sie bekräftigten die seit langem bestehende Verpflichtung des Bündnisses für eine ausgewogene Sicherheitspolitik, die sowohl die Strategie der Abschreckung auf der Grundlage angemessener militärischer Stärke als auch konstruktiven Dialog und Zusammenarbeit mit dem Osten, deren integraler Teil die Rüstungskontrolle ist, einschließt. Sie brachten auch ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, die weitere Lebensfähigkeit, Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit einer geeigneten Zusammensetzung konventioneller und nuklearer Streitkräfte sicherzustellen, einschließlich nuklearer Streitkräfte in Europa, die weiterhin auf dem gebotenen Stand gehalten werden, wo dies erforderlich ist.

3) Für die absehbare Zukunft werden nukleare Streitkräfte weiterhin eine integrale Rolle bei der Abschreckung aller Arten der Aggression spielen. Ihre Präsenz in Europa ist deshalb wesentlich. Wir erinnerten an den im Jahre 1983 in

[26] Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

[27] Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten vom 3. März 1988 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 18–21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 201–204.

Montebello festgelegten Rahmen zur Erhaltung einer glaubwürdigen nuklearen Abschreckung auf dem geringsten erforderlichen Stand von Nuklearwaffen.[28] Dies hat es uns ermöglicht, die Zahl der NATO-Nuklearwaffen auf den niedrigsten Stand seit zwanzig Jahren zu verringern. Auf dieser Tagung haben wir diesen Rahmen überprüft und erneut bestätigt und dabei unsere Sicherheitserfordernisse, die Entwicklungen in der Rüstungskontrolle sowie die beeindruckende Breite militärischer Fähigkeiten des Warschauer Paktes berücksichtigt. Wir haben bekräftigt, daß die nach dem INF-Abkommen verbleibenden Streitkräfte überlebensfähig, reaktionsfähig und wirksam bleiben und in angemessener und ausgewogener Weise strukturiert werden müssen. In dieser Hinsicht haben wir unsere fortgesetzte Unterstützung von Anstrengungen von Mitgliedsländern bekräftigt, die aus Montebello resultierenden Erfordernisse[29] zu erfüllen. Wir haben auch unseren schrittweisen Ansatz für die Maßnahmen gebilligt, die notwendig sind, um unsere allgemeinen Zielsetzungen zu erreichen und haben weitere Leitlinien für das weitere Vorgehen erteilt. Dieser Prozeß wird weitergeführt in Übereinstimmung mit unserem umfassenden und integrierten Konzept für Sicherheit und Rüstungskontrolle, wie es fortentwickelt wird. Dies wird in keiner Weise die sich aus der Implementierung des INF-Abkommens ergebende reale Verringerung der Nuklearwaffen des Bündnisses unterlaufen.

4) Das vor kurzem abgeschlossene INF-Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ist ein Meilenstein in unseren Bemühungen, einen sichereren Frieden mit weniger Waffen zu erreichen. Dieses seit langem bestehende Ziel der NATO-Rüstungskontrolle konnte durch die Solidarität und Entschlossenheit der Bündnispartner erreicht werden. Wir sehen dem baldigen Inkrafttreten dieses Abkommens entgegen. Dieses Abkommen führt zwar zur Vernichtung einer gesamten Klasse nuklearer Waffen, hindert die Sowjetunion jedoch nicht daran, ihre offensichtlichen Anstrengungen zur Modernisierung und Verbesserung ihrer Streitkräfte fortzusetzen, die auf ihren Vorteilen in anderen Bereichen aufbauen, einschließlich der konventionellen und chemischen

28 Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Hier muß Klarheit geschaffen werden!"

29 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was ist gemeint?"
Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher erläuterte am 11. Mai 1988: „Zunächst: Der englische Text ist etwas klarer: ‚In that regard we reaffirmed our continuing support for national efforts stemming from Montebello'. Dieser Satz ist bewußt interpretationsfähig gehalten. Er reflektiert zunächst den Bündniskonsens, daß an der Korrektur der ungleichgewichtigen Verteilung von Nuklearwaffen in Europa (‚maldeployment') – zu viele in der Zentralregion, zu wenige an den Flanken – weitergearbeitet wird. Hierzu führt SACEUR Gespräche mit Italien, Griechenland und der Türkei. Wir haben an der Korrektur des ‚maldeployment' ein großes Interesse. Wir haben ferner ein Interesse an dem mit Montebello eingeleiteten und dann in den ‚Allgemeinen Politischen Richtlinien' fortgesetzten ‚shift of emphasis', d.h. der Verlagerung des Schwerpunktes von den kürzeren auf die längeren Reichweiten. Zum Thema ‚Montebello' ist anzumerken, daß das BMVg, und insbesondere BM Wörner, Montebello im Hinblick auf eine modernisierte Lance und einen Abstandsflugkörper als gültige Perspektiv-Entscheidung betrachten, die freilich noch der Konkretisierung im einzelnen bedarf. Darüber hinaus wird die US-Administration diesen Satz aus dem NPG-Kommuniqué gegenüber dem Kongreß verwenden, um die zahlenmäßige Limitierung bei der Artilleriemunition zu überwinden und um erste Entwicklungsstudien für eine modernisierte Lance und einen Abstandsflugkörper in Gang bringen zu können. GB ist an der Entwicklung eines Abstandsflugkörpers besonders interessiert und erwägt hierzu ein Kooperationsmodell mit F oder USA. Insgesamt dürfte GB diesen Satz auch als allgemeine politische Unterstützung für das eigene Modernisierungsprogramm interpretieren." Vgl. VS-Bd. 12125 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

Waffen sowie der nuklearen Streitkräfte, die nicht vom Abkommen erfaßt werden. Wir haben gleichwohl der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß dieses Abkommen eine grundlegende und dauerhafte Veränderung in der sowjetischen Politik in Richtung auf eine konstruktive und stabilere politische wie militärische Lage zwischen Ost und West anzeigt. In diesem Zusammenhang unterstützen wir voll die Haltung der Vereinigten Staaten in den START-Verhandlungen mit dem Ziel einer Verringerung der strategischen nuklearen Arsenale der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion um 50 Prozent und würden schnelle Fortschritte in diesem Bereich begrüßen.

VS-Bd. 12125 (201)

135

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach

210-321.32 VS-NfD **4. Mai 1988**[1]

Über Herrn Dg 21[2], Herrn D 2[3], Herrn Staatssekretär[4] Herrn Bundesminister[5]

Betr.: Gespräche von politischen Persönlichkeiten aus der Bundesrepublik Deutschland mit GS Honecker

Zweck der Vorlage: Zur Information

Innerhalb von acht Tagen haben drei Politiker aus der Bundesrepublik Deutschland (MP von Rheinland-Pfalz, Vogel, am 21.4., stv. Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Rühe, am 28.4. und SPD-Vorsitzender Vogel am 29.4.)[6] Möglichkeiten gehabt, GS Honecker in Berlin (Ost) zu besuchen und mit ihm über Fragen der Abrüstung und des deutsch-deutschen Verhältnisses zu sprechen.

1) Zu Abrüstungs- und Sicherheitsfragen hat GS Honecker die bekannte Haltung der DDR zu den verschiedenen Aspekten wiedergegeben, ohne dabei neue Akzente zu setzen.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach und Referent Lassus konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent Kastrup am 9. Mai 1988 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 9. Mai 1988 vorgelegen.

4 Hat Staatssekretär Sudhoff am 11. Mai 1988 vorgelegen.

5 Hat Vortragendem Legationsrat Mützelburg am 29. November 1988 vorgelegen, der den „Rücklauf von BM“ über das Büro Staatssekretäre an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lambach verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 30. November 1988 vorgelegen.
Hat Lambach am 30. November 1988 erneut vorgelegen.

6 Für die Gespräche des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Vogel, des CDU-Abgeordneten Rühe und des SPD-Vorsitzenden Vogel mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, vgl. KOALITION DER VERNUNFT, S. 745–785.

2) Innerdeutsche Beziehungen

GS Honecker hat sich positiv über den Stand der Beziehungen geäußert. Im einzelnen hat er wie folgt Stellung genommen:

– Reiseverkehr: Die DDR beabsichtige nicht, die Reisen einzuschränken. Im ersten Quartal 1988 sei eine weitere Zunahme zu verzeichnen: In Richtung Bundesrepublik Deutschland betrage die Steigerung im Verhältnis zum ersten Quartal 1987 55 v.H., in Richtung Berlin (West) 25 v.H. Von 986383 Reisen im ersten Quartal des Js. seien 362563 von Personen unterhalb des Rentenalters unternommen worden, d.h. 36,7 v.H. im Verhältnis zu nur 25,4 v.H. im ersten Quartal 1987.

  Gegenüber Herrn Rühe sagte Honecker weiter, daß die DDR voraussichtlich die Besuchsreisen durch den Erlaß einer Verordnung regeln werde. Gegenüber MP Vogel ging GS Honecker auf die öffentliche Kontroverse über eine angebliche Quotenregelung bei der Familienzusammenführung[7] ein und bezeichnete das wiederum als „Märchen".

– Schießbefehl: GS Honecker erklärte Herrn Rühe mit dem Hinweis, daß diese Bemerkung nicht für die Presse bestimmt sei, daß der Schießbefehl aufgehoben sei; wenn trotzdem ein Schuß falle, dann sei es aus Versehen.[8]

– Dem Stromverbund[9] maß GS Honecker eine außerordentlich große, nicht nur wirtschaftliche, aber auch politische Bedeutung bei.
  Positiv würdigte Honecker die in Gang gekommenen Gespräche über den Ausbau der Eisenbahnverbindung Hannover–Berlin[10] sowie die Durchführung der drei während seines Besuches in der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Abkommen[11].

7 Am 9. Mai 1988 berichtete die Wochenzeitschrift „Der Spiegel", daß die DDR eine Novellierung der Ausreisevorschriften vorbereite, jedoch nicht bereit sei, „die Ausreisepraxis grundlegend zu ändern". Vgl. den Artikel „DDR-Ausreise: ‚Wie bisher'"; DER SPIEGEL, Nr. 19 vom 9. Mai 1988, S. 18f.

8 Vortragender Legationsrat Herold notierte am 6. Juli 1988, in der Sitzung der Bonner Vierergruppe am Vortag habe der Vertreter der Bundesregierung ausgeführt, „daß Äußerungen Honeckers gegenüber westlichen politischen Besuchern über eine Aufhebung des Schießbefehls nicht von den Tatsachen bestätigt würden. Der jüngste Zwischenfall vom 26.6., bei dem offenbar ein Fluchtversuch durch gezielte Schüsse verhindert wurde, zeige dies erneut. Nach hiesigen Erkenntnissen müsse insbes[ondere] auch bei Fluchtversuchen von Militärpersonen mit dem Schußwaffengebrauch gerechnet werden." Vgl. Referat 210, Bd. 145254.

9 Am 7. März 1988 wurde zwischen der PreussenElektra AG und der Berliner Elektrizitätsgesellschaft BEWAG-AG einerseits sowie der DDR-Gesellschaft Intrac andererseits eine Vereinbarung über stromwirtschaftliche Zusammenarbeit unter Einbeziehung von Berlin (West) geschlossen. Vgl. dazu den Artikel „Deutsch-deutscher Stromvertrag unterzeichnet"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 8. März 1988, S. 14.

10 Referat 210 hielt im Juli 1988 fest, daß im April 1988 Sondierungsgespräche mit der DDR über den Bau einer Schnellbahnverbindung zwischen Hannover und Berlin abgeschlossen worden seien. Gesprochen worden sei über „die denkbaren Optionen für eine Verbesserung der Bahnverbindung, nämlich Aus-/Neubau der Nordstrecke (über Wolfsburg–Stendal); Aus-/Neubau der Südstrecke (über B[raun]S[chweig]–Magdeburg), jeweils für eine Geschwindigkeit von 160, 200 oder 250 km/h". Vgl. Referat 210, Bd. 145184.

11 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, besuchte die Bundesrepublik vom 7. bis 11. September 1987. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.
  Für den Wortlaut der Vereinbarung vom 8. September 1987 zwischen der Bundesrepublik und der DDR über die weitere Gestaltung der Beziehungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil II, S. 598f.
  Für den Wortlaut der Abkommen vom 8. September 1987 über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik bzw. über Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet

– Zu den Städtepartnerschaften äußerte er, es wäre gut, sich etwas Zeit zu lassen, um Erfahrungen zu sammeln („Eile mit Weile").[12]
– Zur Regelung der Elbegrenze-Frage[13] unterstrich Honecker, daß beide Seiten von einer Klärung dieser Frage profitieren würden und daß weitere Verträge dann in Kraft treten könnten:
  – MP Vogel gegenüber sagte GS Honecker, daß auch eine Werra-Weser-Regelung[14] dadurch erleichtert wäre.
  – In der gemeinsamen Pressemitteilung nach dem Gespräch Honecker–Vogel (SPD-Vorsitzender)[15] wird die Lösung des Grenzproblems erneut mit dem DDR-Angebot, den grenznahen Verkehr auf Hamburg, Hannover und Kiel zu erstrecken, verknüpft. Die mit der Elbefrage bislang verknüpften Umweltschutzmaßnahmen werden nachrangig erwähnt.

Auch auf anderen Gebieten müsse sich laut Honecker die Bundesregierung bewegen, z.B. bei „Salzgitter"[16] und bei den Kontakten Volkskammer–Bundestag[17].

Fortsetzung Fußnote von Seite 734
des Strahlenschutzes einschließlich der dazugehörigen Anlage vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 78–80 und S. 159 f.

12 Am 3. Mai 1988 informierte der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags: „Bisher liegen 26 Partnerschafts-Vereinbarungen (April 1988) vor. Für 14 weitere wurde eine Bereitschaft seitens der DDR signalisiert. Die innerdeutschen Städtepartnerschaften werden von seiten der Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik im Rahmen ihres Rechts auf Selbstverwaltung kommunaler Angelegenheiten in eigener Kompetenz geschlossen. Die Kommunen in der DDR bedürfen dagegen als Teilorganisationen eines einheitlichen Staatsapparates hierzu der Genehmigung oder der Anweisung durch die staatliche Zentrale bzw. die politische Führung." Vgl. „Der aktuelle Begriff", Nr. 9/88; Referat 210, Bd. 145216.

13 Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach vermerkte am 29. Juli 1987, daß die DDR weiterhin eine Regelung des Grenzverlaufs auf der Elbe (Flußmitte) anstrebe: „Die Grenzfeststellung im Elbe-Bereich ist sehr kompliziert, weil die Besatzungsmächte den im Text des Londoner Protokolls enthaltenen Grenzverlauf (‚springende Grenze') erkennbar nicht vollzogen haben. Die Ermittlung der davon abweichenden Grenze der ehemaligen britischen und sowjetischen Besatzungszone muß auch die nachfolgende Praxis der ehemaligen Besatzungsmächte berücksichtigen. Hierüber liegen umfangreiche, zum Teil widersprüchliche Dokumente vor." Die Bundesrepublik halte an der Auffassung fest, „daß der Grenzverlauf seinerzeit von den Alliierten an das Ostufer gelegt worden ist." Vgl. Referat 210, Bd. 145253.

14 Am 10. November und 10./11. Dezember 1987 fanden zwischen der Bundesrepublik und der DDR Sondierungsgespräche über Maßnahmen zur Reduzierung der Salzbelastung der Werra und über die Kaliabwasserversenkung statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen vom 22. Dezember 1987; Referat 210, Bd. 145249.
Am 14. September 1988 erklärte die Bundesregierung ihre Bereitschaft, sich an Maßnahmen zur Reduzierung der Belastung mit Chlorid mit bis zu 200 Mio. DM zu beteiligen unter der Voraussetzung, daß die DDR „als Verursacher der Schadstoffbelastung und der dadurch bewirkten Schäden die übrigen durchzuführenden Maßnahmen als Eigenleistung erbringt". Vgl. die Anlage 2 des Rundschreibens des Bundesministeriums für innderdeutsche Beziehungen vom 7. Dezember 1988; Referat 210, Bd. 145249.

15 Für den Wortlaut der Presseerklärung über das Treffen des SPD-Vorsitzenden Vogel mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 29. April 1988 auf Schloß Hubertusstock vgl. den Artikel „Die Erhaltung und Sicherung des Friedens die zentrale Aufgabe der Menschheit"; NEUES DEUTSCHLAND vom 30. April 1988, S. 1.

16 Die Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen wurde am 24. November 1961 in Salzgitter eingerichtet. Ihre Aufgabe war „die Erfassung von seit dem 13. August 1961 an der Zonengrenze und in der DDR durch die SED-Regierung und ihre Organe begangenen Gewaltverbrechen". Vgl. KABINETTSPROTOKOLLE, Bd. 14 (1961), S. 246, Anm. 11.

17 Hinsichtlich der Herstellung offizieller Kontakte zwischen Bundestag und Volkskammer der DDR blieb die Frage der Einbeziehung von Abgeordneten aus Berlin (West), insbesondere die Anerkennung

– GS Honecker ging auf die innere Lage der DDR ein, um ein positives Gesamtbild zu zeichnen, wobei er von einer stabilen und dynamischen Entwicklung, der vielseitigen Entfaltung der sozialistischen Demokratie, von Wirtschaftswachstum und der Verwirklichung der sozialen Menschenrechte in der DDR sprach.
Gegenüber MP Vogel kritisierte er den „Erfindergeist der westlichen Medien" in ihren Berichten über die DDR.

3) Die ADN-Pressemitteilung über den Besuch des SPD-Parteivorsitzenden Vogel fällt wegen ihrer außergewöhnlichen Breite und Plazierung auf der Titelseite des „Neuen Deutschland" auf. Sie enthält interessante und zum Teil neue Nuancen:

3.1) Wünschenswerte weitere Begegnung der Staats- und Regierungschefs als einseitiger Hinweis Vogels: Könnte bedeuten, daß

– Honecker Einvernehmen mit SPD hinsichtlich Gegenbesuch des Bundeskanzlers herausstellen will;

– Honecker den Zeitpunkt des Gegenbesuchs noch offenhalten will, dieser sich aber allmählich abzeichnet.

3.2) Breitere Definition der Ratio der innerdeutschen Beziehungen: Sicherung des Friedens und Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen in beiden deutschen Staaten.

Dies

– ist mehr als bisher „zum Wohle der Menschen",

– erfaßt neben Reiseverkehr auch Gesamtheit sozialer, wirtschaftlicher, ökologischer Bedingungen,

– wird letztlich von der DDR-Bevölkerung auf sie selbst bezogen,

– ist damit ein Eingeständnis der DDR-Führung.

3.3) Perspektive des Grundlagenvertrags[18] mittelfristig angelegt: Auf ihm aufbauende Beziehungen ein „unverzichtbares Element der gegenwärtigen Ordnung in Europa".

3.4) Grundsatz, daß die Hoheitsgewalt jedes der beiden Staaten die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in den inneren und äußeren Angelegenheiten zu respektieren hat: Dies nimmt die gesellschaftspolitische Ebene aus.

3.5) Beide Staaten können nicht isoliert nebeneinander existieren: Dies ist mehr, als die anschließende Definition „Wechselbeziehungen" beinhaltet.

3.6) SPD/SED-Papier[19]:

– Vogel: Offene Diskussion muß innerhalb jedes Systems möglich sein.

Fortsetzung Fußnote von Seite 735
von Ausweispapieren, ungeklärt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Ulrich vom 13. Mai 1988; Referat 210, Bd. 145156.

18 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

19 Am 27. August 1987 veröffentlichten SPD und SED in Bonn bzw. Ost-Berlin das Grundsatzpapier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit". Für den Wortlaut des Grundsatzpapiers vgl. VORWÄRTS, Nr. 35 vom 29. August 1987, S. 31–34. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, II, Dok. 240.

– Honecker: Gemeinsames Handeln von SPD und SED im Interesse der gemeinsamen Sicherheit.

Lambach

Referat 210, Bd. 145164

136

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Takeshita

VS-vertraulich **5. Mai 1988**[1]

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem japanischen Ministerpräsidenten, Noboru Takeshita, am 5. Mai 1988, 11.15 Uhr bis 13.45 Uhr im Bundeskanzleramt

Teilnehmer: Herr Hasegawa, Abteilungsleiter für Europa im Außenministerium; Horst Teltschik, Ministerialdirektor; zwei Dolmetscher.

Der *Bundeskanzler* hieß den Ministerpräsidenten Takeshita herzlich willkommen. Es sei für ihn eine große Freude, mit ihm zusammentreffen zu können. Sein Wunsch sei es, auch mit ihm die Zusammenarbeit eng und freundschaftlich zu gestalten. Er würde sich freuen, wenn ein persönlicher und sehr vertraulicher Kontakt, wie er ihn mit seinem Vorgänger gehabt habe, fortgeführt werden könnte.

Er wisse, daß es in vielen Grundsatzfragen ein gemeinsames Denken gebe. Er habe Ministerpräsident Takeshita bereits als Generalsekretär der LDP kennengelernt. Gerade angesichts der gegenwärtigen politischen Entwicklungen sei die Zusammenarbeit wichtig. Mit Blick auf die neue Dynamik in den West-Ost-Beziehungen, der Veränderungen in den USA, der wachsenden Probleme in der Dritten Welt und der Fortschritte in der Europäischen Gemeinschaft sei es offen-

[1] Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 10. Mai 1988 gefertigt und am 20. Mai 1988 an Bundesminister Genscher zu „Ihrer Unterrichtung und weiteren Veranlassung“ übermittelt.
Hat Genscher am 25. Mai 1988 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 26. Mai 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Schlagintweit und Ministerialdirigent Zeller an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Scheel verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 26. Mai 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) StS haben Kopien. 2) Rege Unterrichtung der Abt. 2, 2A, 4 und 6 an.“
Hat Schlagintweit am 26. Mai 1988 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 13670 (341); B 150, Aktenkopien 1988.
Hat Zeller am 27. Mai 1988 vorgelegen, der handschriftlich zum Vermerk von Bächmann notierte: „H[errn] Scheel: 1) Was steht unter 2)? Kulturabteilung? 2) Zum ‚Kulturbeauftragten‘: Das wird wohl auf D6 zulaufen, was dann seine Ordnung hätte. M.E. sollte aber auch das J[apanisch-]D[eutsche] Z[entrum]B[erlin] eng von Anfang an beteiligt sein.“
Hat Scheel am 27. Mai 1988 vorgelegen. Vgl. den beigefügten Vermerk; VS-Bd. 13670 (341); B 150, Aktenkopien 1988.

sichtlich, daß eine solche Zusammenarbeit für beide Seiten von größtem Nutzen sei.

Auch die alten traditionellen Verbindungen zwischen beiden Ländern sprächen dafür. Bei seinem letzten Besuch in Japan[2] sei er in Kyoto gewesen. Gerade dort sei er von den Ergebnissen der deutsch-japanischen Zusammenarbeit beeindruckt gewesen. Sie sollte deshalb in allen Bereichen fortgesetzt werden: Politisch, wirtschaftlich und nicht zuletzt im kulturellen Bereich. Er wolle sich im besonderen Maße für einen neuen Anlauf in der kulturellen Zusammenarbeit aussprechen.

Der Bundeskanzler forderte den Ministerpräsidenten auf, mit ihm das Werk, das er mit seinem Vorgänger Nakasone begonnen habe, jetzt fortzusetzen und die Zusammenarbeit weiter zu intensivieren. Dies sollte in freundschaftlicher Gesinnung und in enger Abstimmung erfolgen. Die Öffentlichkeit beider Länder solle erkennen, wie eng beide Seiten zusammenarbeiten würden.

Ministerpräsident *Takeshita* bedankte sich für die Worte des Bundeskanzlers. Es sei von Anfang an sein Wunsch gewesen, die Bundesrepublik Deutschland zu besuchen. Er habe von seinem Vorgänger Nakasone den Auftrag, viele Grüße zu übermitteln. Nakasone werde im September das deutsch-japanische Zentrum in Berlin besuchen.[3]

Ministerpräsident Takeshita berichtete, daß es Nakasone gewesen sei, der bei der Wahl seines Nachfolgers zwischen drei Kandidaten den Ausschlag für ihn gegeben habe.[4] Alle drei hätten jedoch gemeinsam beschlossen, sich zukünftig gegenseitig zu unterstützen.

Als Mitglied einer Partei wisse er, daß der Bundeskanzler vor der Wahl am 8. Mai[5] sehr beschäftigt sei, um so dankbarer sei er, daß ihn der Bundeskanzler trotzdem empfangen habe.

Ministerpräsident Takeshita erläuterte seine außenpolitischen Ziele: Grundstein für seine Regierung sei die Zusammenarbeit mit der westlichen Welt, die er vorantreiben wolle. In der Zusammenarbeit mit den USA und mit Europa seien für ihn drei Pole wichtig. Diese trilaterale Zusammenarbeit sei noch kein gleichschenkliges Dreieck. Japan wolle sich jedoch bemühen, dieses Ziel zu erreichen. Die deutsch-japanischen Beziehungen seien stets sehr gut gewesen. Dies gelte bereits für die Zeit vor ihrer Geburt. Ein Beispiel sei dafür die Zusammenarbeit in der Medizin. Japanische Ärzte hätten sehr viel von Deutschland übernommen. Die Ärzte in Japan seien am besten mit der deutschen Sprache vertraut.

Japan sei kein ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland sei jedoch gut und sollte weiterentwickelt werden.[6]

2 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1986 in Japan auf. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 134 und Dok. 137.

3 Der ehemalige Ministerpräsident Nakasone besuchte vom 15. bis 18. September 1988 Berlin (West).

4 Noboru Takeshita wurde am 6. November 1987 von beiden Häusern des japanischen Parlaments zum Ministerpräsidenten gewählt.

5 Am 8. Mai 1988 fanden die Wahlen zum schleswig-holsteinischen Landtag statt, bei denen die SPD 54,8% und die CDU 33,3% erreichten. Am 31. Mai 1988 wurde Björn Engholm (SPD) zum Ministerpräsidenten gewählt.

6 Seit 1. Januar 1987 gehörten die Bundesrepublik und Japan dem VN-Sicherheitsrat für zwei Jahre als nichtständige Mitglieder an.

Seit seinem Amtsantritt habe er für seine Außenpolitik immer erklärt, daß Japan zur Entwicklung der Welt beitragen müsse. Angesichts der Beschränkungen der japanischen Verfassung könnte sein Land jedoch keine militärische Zusammenarbeit anstreben.[7]

Wenn jetzt die sowjetischen Truppen aus Afghanistan abgezogen würden[8], sei Japan bereit, einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Afghanistans zu leisten und im Rahmen der Vereinten Nationen Soldaten zur Überwachung zu entsenden.

Ein zweiter Pfeiler seiner Außenpolitik sei die öffentliche Entwicklungshilfe. Mit seiner Leistung von zehn Milliarden US-Dollar habe Japan sogar die USA überholt. Er sei jedoch der Auffassung, daß dieser Beitrag auch weiter verbessert werden könne. Vor 25 Jahren habe er Ost-Pakistan, das heutige Bangladesch, besucht und dort junge Deutsche kennengelernt, die im Rahmen der Colombo-Hilfe gearbeitet hätten. Er habe damals sehr viel von diesem Beispiel gelernt.

Als dritten Pfeiler seiner Politik bezeichnete Ministerpräsident Takeshita Kultur und Wissenschaft. Das Abkommen über Wissenschaft und Technologie mit der Bundesrepublik Deutschland[9] entwickle sich erfolgreich und stelle ein Vorbild dar. Die Bundesrepublik und Japan seien Länder mit den höchsten Leistungsbilanzüberschüssen. Diese müßten sie der ganzen Welt durch Kapitalrückfluß zur Verfügung stellen.

Ministerpräsident Takeshita erläuterte die Lage der Wirtschaft in Japan. Er berichtete, daß sich jetzt die Situation verändert habe. Heute sei in stärkerem Maße die Binnennachfrage Motor der wirtschaftlichen Entwicklung als die Exportorientierung.

1985 habe er gemeinsam mit dem Bundesbankpräsidenten Pöhl und mit Bundesfinanzminister Stoltenberg die Vereinbarung von Plaza[10] getroffen. Seit dieser Zeit stimme man sich in den G-5-Sitzungen über die Währungsentwicklung ab. Auch die G7 schätze diese Zusammenarbeit. Diese währungspolitische Abstimmung sei praktisch eine japanisch-deutsche Initiative gewesen.

Ministerpräsident Takeshita betonte, daß die Bundesrepublik und Japan die Wertvorstellungen von Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft teilten. Beide Länder hätten auch ein vergleichbares Schicksal. Dies alles trage dazu bei, daß Japan eine enge Zusammenarbeit wünsche. In Vorbereitung seines Besuches

7 Gemäß Artikel 9 der japanischen Verfassung vom 3. November 1946 entsagte Japan den Mitteln der Kriegführung und der Gewaltandrohung und verzichtete zu diesem Zweck darauf, Land-, See- und Luftstreitkräfte zu unterhalten. Vgl. CONSTITUTIONS OF NATIONS, II, S. 523.

8 Zum Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan vgl. Dok. 107.

9 Für den Wortlaut des Abkommens vom 8. Oktober 1974 zwischen der Bundesrepublik und Japan über Zusammenarbeit auf wissenschaftlich-technischem Gebiet vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 1327 f.

10 Bei ihrem Treffen am 22. September 1985 im Plaza-Hotel in New York bekundeten die Finanzminister und Notenbankgouverneure der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Japans und der USA ihre Bereitschaft, durch ein koordiniertes Vorgehen auf den Devisenmärkten eine weitere Verteuerung des Dollar zu verhindern. Dadurch sollte eine Aufwertung der DM und des Yen bewirkt werden mit dem Ziel, das Handelsdefizit der USA zu verringern und Forderungen des amerikanischen Kongresses nach protektionistischen Maßnahmen zu begegnen. Vgl. dazu den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger vom 26. September 1985; Referat 412, Bd. 130568.

in die Bundesrepublik Deutschland habe er eine Karte anfertigen lassen, die die Standorte japanischer Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland enthielte. Das Ergebnis habe seine Erwartungen übertroffen.

Der *Bundeskanzler* bedankte sich für die Ausführungen von Ministerpräsident Takeshita. Er sei über die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland im großen und ganzen recht zufrieden. Wirtschaftlich erwarte man jetzt im fünften Jahr einen Zuwachs des Bruttosozialproduktes in beachtlicher Höhe. Die Inflation sei ebenfalls praktisch gleich Null gewesen. Ein besonderes Problem stelle die zu hohe Arbeitslosigkeit dar, obwohl die Statistik, die 2,2 Millionen Arbeitslose ausweise, nicht stimme.

Die Bundesrepublik befinde sich in einer Phase der Umstrukturierung, insbesondere im Bereich der Kohle-, Stahl- und Werftenindustrie. In diesen Bereichen hätte die Bundesrepublik gleiche Probleme wie Japan. Sicherlich bräuchte die Bundesrepublik auch zukünftig solche Industrie, aber es sei offensichtlich, daß die Zahl der Arbeitskräfte in diesen Strukturbereichen zurückgehen werde. Man müsse auch davon ausgehen, daß es auch Arbeitskräfte gebe, die nicht arbeiten wollten. Die Bundesregierung sei außerdem bereit, das Sozialsystem auf seine Effektivität zu überprüfen mit dem Ziel, den wirklich Betroffenen helfen zu können.

1988 müsse die Bundesregierung drei große Reformen zum Abschluß bringen: Die Steuerreform, die 1986 begonnen worden sei und eine Steuersenkung von 45 Milliarden DM erreichen solle.[11] Damit wolle man vor allem auch die Wirtschaft ankurbeln. Ein besonderes Problem stelle die Kostenexplosion im gesamten Gesundheitswesen dar. Das Reformgesetz[12] bereite ihm im Augenblick viel Ärger.

Der Bundeskanzler unterstrich, daß die Geburtenentwicklung das zentrale Problem in der Bundesrepublik darstelle. Damit verbunden sei eine zunehmende Überalterung der Bevölkerung, wenn dies auch andererseits eine erfreuliche Entwicklung sei. 1950 habe es in der Bundesrepublik bei einer Gesamtzahl von 54 Millionen Menschen 220 000 Bürger gegeben, die älter als achtzig Jahre gewesen seien. Heute, im Jahre 1988, seien es bei einer Gesamtbevölkerung von 60 Millionen insgesamt 2 Millionen über Achtzigjährige. Die Auswirkungen dieser Entwicklung seien offensichtlich.

Die dritte Reform solle zu einer Deregulierung der Post[13] führen. Auch hier gebe es starke Proteste der Gewerkschaft. Alles in allem wolle er jedoch feststellen, daß alles in vernünftigen Bahnen verlaufe. Die Turbulenzen vom Herbst 1987 im Rahmen des Dollar-Verfalls[14] seien überwunden. Auch in der Bundesrepublik werde die Konjunktur im wesentlichen von der Binnennachfrage getragen.

Sicherlich gebe es auch zukünftig eine Reihe von Risiken: Beispielsweise wisse niemand, wer der nächste Präsident in den USA[15] und welche Wirtschaftspolitik

11 Zur Steuerreform der Bundesregierung vgl. Dok. 64, Anm. 19.

12 Zum geplanten Gesetz zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheits-Reformgesetz – GRG) vgl. Dok. 64, Anm. 20.

13 Zum geplanten Gesetz zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost vgl. Dok. 24, Anm. 20.

14 Zum „Schwarzen Montag" am 22. Oktober 1987 vgl. Dok. 5.

15 In den USA fanden am 8. November 1988 Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

er verfolgen werde. Hier müsse man Fragezeichen anbringen. So kämen die Berater von Vizepräsident Bush aus der Umgebung von Professor Feldstein aus Harvard. Dort studiere gerade sein Sohn, und von ihm wisse er, was in Harvard gedacht werde. Feldstein sei nach wie vor der Meinung, daß der Dollar überbewertet sei und der Kurs weiter sinken müsse. Die Folgen für Japan und für die Bundesrepublik Deutschland lägen auf der Hand. Auch deshalb sei eine Zusammenarbeit zwischen Japan und der Bundesrepublik Deutschland erforderlich.

Der Bundeskanzler erläuterte das Ziel der Europäischen Gemeinschaft, bis 1992 den Binnenmarkt zu erreichen.[16] Japan müsse davon ausgehen, daß dieses Ziel erreicht werden könne und zu einer qualitativen Veränderung führen werde. Er sei als Bundeskanzler entschlossen, alles zu tun, um diesen Erfolg zu erreichen. Sicherlich bedeute dieses Ziel auch für die Bundesrepublik Deutschland große Umstellungen: Die Grenzen müssen weiter geöffnet werden, Deregulierungen seien erforderlich; andererseits zeichnen sich für die Europäer auch große Chancen ab.

Heute nehme die Bundesrepublik Deutschland von ihrem Gewicht her die erste Position in Europa ein. Er rede darüber öffentlich nicht, weil dies psychologisch nicht gut wäre. Aber er sei sicher, daß die Position der Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Gemeinschaft sicherlich sich nicht verschlechtern werde.

Wenn der Ministerpräsident von einem dreischenkligen Dreieck zwischen Japan, USA und Europa spreche, begrüße er es, wenn Japans Politik in diese Richtung ziele. Alle drei müßten sich aber für die jeweils anderen öffnen und den Protektionismus abbauen. Sicherlich seien beide, Japan und die Bundesrepublik Deutschland, auch daran interessiert, daß die USA keine protektionistischen Maßnahmen ergriffen.

Was die Entwicklungshilfe betreffe, so seien unsere beiden Länder mit ihren Leistungen bezogen auf Pro-Kopf an der Spitze der Welt. Deshalb sollten beide Seiten darüber nachdenken, ob sie in der Entwicklungspolitik nicht enger kooperieren könnten. Aus seiner Sicht sollte eine engere Zusammenarbeit möglich sein.

Der Bundeskanzler schlug vor, die zuständigen Ressortminister zu beauftragen, ein gemeinsames Konzept über die Zusammenarbeit in der Entwicklungshilfe zu entwickeln und Beispiele für gemeinsame Aktivitäten zu erarbeiten.

Der Bundeskanzler leitete auf die West-Ost-Beziehungen über. Sie seien für die Bundesrepublik Deutschland existentiell. Viele im Ausland würden vergessen, daß sowjetische Panzer nur fünf bis sechs Fahrstunden von Bonn entfernt stünden. Bei allen neuen Entwicklungen und Ankündigungen in Moskau müsse man wissen, daß die Sowjetunion immer noch 17 Millionen Deutsche beherrsche. Man habe es noch immer mit einem kommunistischen Zwangsstaat und einer Diktatur zu tun.

Das Problem von Generalsekretär Honecker sei es, daß etwa 500 000 DDR-Bürger in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen wollten. Dies sei gewissermaßen eine Abstimmung mit den Füßen gegen das SED-Regime.

16 In Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 kamen die EG-Mitgliedstaaten überein, bis zum 31. Dezember 1992 einen Binnenmarkt zu schaffen, „in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital" gewährleistet sei. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

Das Problem im Westen sei der Traum vieler, daß Generalsekretär Gorbatschow jetzt den Frieden auf Erden möglich machen werde. Vielleicht werde dieser Traum auch in Japan und den USA geträumt. Sicherlich sei es die Absicht von Gorbatschow, Reformen durchzuführen mit dem Ziel, sein System zu stärken. Die Sowjetunion sei militärisch eine Weltmacht, wirtschaftlich jedoch eine Mittelmacht, ein Riese auf tönernen Füßen. Heute kann die Sowjetunion nach wie vor Kriege über Dritte anzetteln. Würde sie selbst einen Krieg beginnen, würde dies zu einer weltweiten Katastrophe führen.

Deutschland und Japan seien die beiden Verlierer des Zweiten Weltkrieges. Heute stünden sie jedoch weltweit an der Spitze der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Dies wisse auch Gorbatschow. Dennoch wisse er, daß er keinen Krieg gewinnen könne. Aber seine Panzer hätten trotzdem Wirkung. Sie flößten Angst ein, und über Angst könne man ein Volk sturmreif machen, ohne auch nur einen Schuß abzugeben. Die Sowjetunion sei in der psychologischen Kriegsführung ein Meister, und Gorbatschow ein Meister der Public Relation.

Es sei ein großes Problem hier in Europa und in den Vereinigten Staaten von Amerika, daß zu viele Menschen nicht die Realitäten, sondern nur ihre Wunschträume im Auge hätten.

Er selbst wolle die Beziehungen mit der Sowjetunion entwickeln und weitere Abrüstungsschritte erreichen, die jedoch nicht zu weniger, sondern zu mehr Sicherheit führen müssen. Die Ausgangslage in der Bundesrepublik Deutschland sei schwieriger als in Japan. Deutschland sei ein geteiltes Land. Die Gefahr befinde sich gewissermaßen vor der Haustür. Dennoch entspräche es der menschlichen Natur, möglichst keine Opfer bringen zu wollen. Die Bundesrepublik Deutschland verfüge jedoch über eine Wehrpflichtarmee. Er sei gezwungen gewesen, aufgrund der niedrigen Geburtenrate die Wehrdienstzeit auf 18 Monate zu verlängern.[17] Am Beispiel seiner eigenen Söhne könne er immer wieder erkennen, welche Auswirkungen das INF-Abkommen und das Abkommen über Afghanistan[18] auf die Verteidigungsbereitschaft hätten. Sie zu erhalten, stelle ein großes psychologisches Problem dar.

Die Bundesregierung sei weiterhin für Abrüstung, für die Ratifizierung des INF-Abkommens, für einen Erfolg der START-Verhandlungen und für ein weltweites Verbot aller chemischen Waffen und im besonderen für konventionelle Abrüstung und Rüstungskontrolle. Er plädiere nur für mehr Realismus und weniger Euphorie. Kommunisten blieben Kommunisten. Ein bißchen Kommunismus könne es nicht geben. Dennoch wolle er zusammenfassend sagen, daß er optimistisch sei.

Heute morgen habe er den NATO-Generalsekretär Carrington verabschiedet.[19] Sie hätten darüber gesprochen, was die Verteidigung der Freiheit koste: Sie

17 Der Bundestag beschloß am 17. April 1986, die Dauer des Grundwehrdienstes ab dem 1. Juni 1989 von 15 auf 18 Monate zu erhöhen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 210. Sitzung, S. 16141–16166.
Für den Wortlaut des Gesetzes vom 13. Juni 1986 zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und Verlängerung der Dauer des Grundwehrdienstes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 873–878.

18 Zu den Abkommen über Afghanistan vom 14. April 1988 vgl. Dok. 107, Anm. 10.

19 Auf der NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel wurde Bundesminister Wörner als Nachfolger von Lord Carrington in das Amt des NATO-Generalsekretärs gewählt. Vgl. dazu die Er-

erfordere Opfer, viel Geld und führe z. B. aufgrund des Fluglärms von Tiefflliegern zu erheblichen Belästigungen der Bevölkerung. Dennoch gebe es dafür keine Alternative. Es könne keine Freiheit zum Null-Tarif geben.

Ministerpräsident *Takeshita* berichtete, daß er vor seiner Reise Nakasone besucht habe. Dessen Rat sei es gewesen, daß er den westeuropäischen Politikern zuhören sollte, was sie zu den West-Ost-Beziehungen sagen würden. In Japan würde man diese Probleme nicht gut genug verstehen. Er müsse jetzt feststellen, daß er nach den Ausführungen des Bundeskanzlers jetzt vieles besser verstünde.

Ministerpräsident Takeshita berichtete, daß am heutigen Tag die kommunistischen Kader Japans in Moskau mit Gorbatschow zusammentreffen. Vier Tage später würden die japanischen Sozialisten nach Moskau reisen.[20] Die Führungspersönlichkeiten dieser Parteien erklärten ständig, daß Gorbatschow seine Innen- und Außenpolitik verändern und Frieden und Entspannung wolle. Sie haben in diesem Sinne auf die japanische Bevölkerung eingewirkt. Er habe jedoch immer gesagt, daß man die Realitäten sehen müsse.

Japan sei noch immer mit der territorialen Frage der vier Kurilen-Inseln konfrontiert.[21] Die sowjetische Haltung habe sich in dieser Frage bisher nicht verändert. Die japanischen Oppositionsparteien würden diesen Punkt sehr gut verstehen. Selbst die Kommunisten würden sagen, daß die Sowjetunion in dieser Frage eine falsche Politik verfolge. In diesem Punkte gebe es in Japan zwischen den Parteien keinen Unterschied.

Dies sei für ihn sehr interessant, warf der *Bundeskanzler* ein. In der Bundesrepublik Deutschland spiele die DKP keine Rolle, da sie gegenüber Moskau keinen eigenen Standpunkt vertreten würde.

Ministerpräsident *Takeshita* fuhr fort, daß die Kommunistische Partei Japans behaupte, daß die Sowjetunion die vier Kurilen-Inseln nicht zurückgeben wolle, solange Japan den Sicherheitspakt mit den USA fortsetze und amerikanische Truppen in Japan stationiert seien. Wenn die amerikanischen Truppen abgezogen würden, wäre die Sowjetunion bereit, ihre Truppen von diesen vier Inseln abzuziehen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 742

klärung des Bundeskanzlers Kohl vom 11. Dezember 1987; BULLETIN 1987, S. 1219. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, II, Dok. 250 und Dok. 304.
Kohl und Carrington trafen am 5. Mai 1988 zusammen. Für den Wortlaut der Ansprache von Kohl vgl. BULLETIN 1988, S. 545.

20 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, empfing am 6. Mai 1988 in Moskau eine Delegation der Sozialistischen Partei Japans. Vgl. dazu den Artikel „Michail Gorbatschow traf mit Delegation der SP Japans zusammen"; NEUES DEUTSCHLAND vom 7. Mai 1988, S. 5.

21 Seit 1946 beanspruchte die UdSSR die von ihr zuvor besetzten, vor der japanischen Nordküste gelegenen und zu den Kurilen gehörenden Inseln Kunashiri, Etorofu, Shikotan sowie die Habomai-Gruppe. Gesandter Jung, Tokio, informierte am 1. Juli 1988, daß die Territorialfrage auch Gegenstand der japanisch-sowjetischen Konsultationen am 23./24. Juni 1988 in Moskau gewesen seien. Nach Auskunft des japanischen Außenministeriums habe Japan darauf hingewiesen, „daß Tokio unverändert die 1956 unmittelbar vor der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen abgegebene gemeinsame Erklärung als völkerrechtliche Grundlage dieses Streitfalles betrachte (Art. 9 sehe die Rückgabe von Habomai und Shikotan nach Abschluß eines Friedensvertrages und Verhandlungen über die übrigen Inseln vor). Die von Gromyko anläßlich der Erneuerung des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrages 1960 in einem Memorandum mitgeteilte einseitige sowj[etische] Aufkündigung dieser bindenden bilateralen Absprache (bzw. ihre Koppelung an den Rückzug der US-amerikan[ischen] Truppen aus Japan) sei nichtig." Die sowjetische Seite hingegen habe „die Existenz der Territorialfrage als ungelöstes bilaterales Problem geleugnet". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1108; Referat 213, Bd. 143561.

Heute gebe es auf diesen Inseln keine japanischen Bürger mehr. Vor dem Krieg hätten ca. 10 000 Japaner dort gelebt. Heute befänden sich sowjetische Basen auf diesen Inseln, die militärisch in starkem Maße ausgebaut seien. Für Japan seien diese Inseln die einzigen noch besetzten Gebiete.

Ministerpräsident Takeshita berichtete über seine Befürchtung, daß sich die japanische Bevölkerung nach dem Abzug der sowjetischen SS-20-Raketen in Illusionen wiegen könnte. Deshalb würde seine Regierung immer wieder auf das noch ungelöste Problem der strategischen Nuklearwaffen, der C-Waffen, der konventionellen Systeme und der regionalen Konflikte hinweisen. Wichtig sei jetzt, realistisch zu bleiben. Der japanische Erziehungsminister sei deshalb aufgefordert worden, immer wieder auf diese offenen Probleme hinzuweisen.

Ministerpräsident Takeshita fuhr fort, daß er vergessen habe, seine Dankbarkeit zum Ausdruck zu bringen. Der kaiserliche Prinz habe der Bundesrepublik einen Besuch abgestattet und sei warmherzig empfangen worden.[22] Seine Majestät, der Tenno[23], habe ihn beauftragt, dem Bundeskanzler seinen Dank dafür zum Ausdruck zu bringen.

Der *Bundeskanzler* bat Ministerpräsident Takeshita, die Grüße an Seine Majestät herzlich zu erwidern. Er erinnere sich noch an den Besuch des Tenno 1971[24] in der Bundesrepublik Deutschland.[25] Damals hätten sie zusammen eine ganztägige Rheinfahrt unternommen. Er habe erfahren, daß der Kronprinz beabsichtige, zu einem Besuch in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen. Er wolle dem Ministerpräsidenten ausdrücklich sagen, daß dieser Besuch des Kronprinzen und seiner Gattin[26] sehr begrüßt und große Freude bereiten werde.

Ministerpräsident *Takeshita* bedankte sich dafür. Er berichtete, daß der Tenno wieder gesund sei. Dies habe in der japanischen Bevölkerung große Freude ausgelöst. Am 29. April habe er den Tenno anläßlich dessen 87. Geburtstages besucht.

Der *Bundeskanzler* bat den Ministerpräsidenten, über die Beziehungen Japans zur Volksrepublik China zu berichten.

Ministerpräsident *Takeshita* erwiderte, daß sich jetzt anläßlich des Volkskongresses in Peking ein neuer Führungswechsel vollzogen habe.[27] Er sei überzeugt, daß sich die Öffnungspolitik der Volksrepublik China fortsetzen werde. Er schätze die politische Lage als sehr stabil ein.

Der *Bundeskanzler* fügte hinzu: Stabiler als in Moskau! Dem stimmte Ministerpräsident *Takeshita* zu.

22 Prinz Naruhito hielt sich vom 7. bis 12. November 1987 in der Bundesrepublik auf und nahm am 8. November 1988 an der Eröffnung des Japanisch-Deutschen Zentrums in Berlin teil.

23 Hirohito.

24 Korrigiert aus: „1972“.

25 Kaiser Hirohito und Kaiserin Tanako besuchten die Bundesrepublik vom 11. bis 13. Oktober 1971. Vgl. dazu AAPD 1971, III, Dok. 345.

26 Akihito und Michiko.

27 Vom 25. März bis 13. April 1988 fand in Peking der VII. Nationale Volkskongreß statt. Botschafter Hellbeck, Peking, berichtete am 14. April 1988: „Seit dem Parteitag im Oktober 1987 war es klar, daß dieser Nationale Volkskongreß wichtige personelle Neubesetzungen in der Regierungsspitze vornehmen werde. Zum Ministerpräsidenten wurde wie erwartet Li Peng ernannt. […] Bei den Ministern ist im Ganzen eine Verjüngung und eine höhere fachliche Qualifikation zu verzeichnen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 734; Referat 341, Bd. 142557.

Was die wirtschaftliche Entwicklung beträfe, benötige China noch Zeit. Die chinesische Führung setze aber den Weg zur Liberalisierung fort. Angesichts einer Bevölkerung von einer Milliarde Menschen müsse man die Entwicklung mit Geduld verfolgen. Er selbst werde die Volksrepublik China im August besuchen[28] und dann nicht nur Gespräche in Peking führen, sondern auch in die Provinzen reisen.

Nachdem er Ministerpräsident geworden sei, habe er anläßlich des ASEAN-Treffens[29] auch Manila besucht. Dort sei die Lage noch nicht stabil. Er hoffe, daß der Westen Frau Aquino unterstützen werde. Der *Bundeskanzler* bekräftigte das.

Ministerpräsident *Takeshita* berichtete, daß auf diesem ASEAN-Gipfeltreffen der eingeleitete Dialog über Kampuchea begrüßt worden sei. Es sei beschlossen worden, Sihanouk zu unterstützen.

Im Februar sei er in Südkorea gewesen.[30] Die Präsidentenwahl sei friedlich verlaufen, jedoch habe die Regierungspartei bei den Parlamentswahlen keine Mehrheit erhalten.[31] Da aber alle Parteien konservativ seien, erwarte er eine stabile Lage in Südkorea.

Der *Bundeskanzler* fragte den Ministerpräsidenten, ob mit einem friedlichen Verlauf der Olympiade in Seoul[32] zu rechnen sei.

Ministerpräsident *Takeshita* erwiderte, daß aus seiner Sicht die Olympischen Spiele unbedingt erfolgreich verlaufen müßten. Japan ergreife deshalb bereits Maßnahmen gegen den Terrorismus, um rechtzeitig Vorsorge zu treffen.

Der *Bundeskanzler* fragte in diesem Zusammenhang nach der Rolle der Südkoreaner in Japan, deren Zahl mehrere Hunderttausend betragen solle, und nach der Entwicklung des Terrorismus in Japan generell.

Ministerpräsident *Takeshita* berichtete, daß sich die Koreaner, die in Japan leben würden, nicht mit dem Terrorismus beschäftigen würden. Japan habe dafür Sorge getragen, daß der Verkehr zwischen Japan und Korea sehr strengen Kontrollen unterliege. Ca. zehn Terroristen seien nach Japan gekommen. Einige von ihnen konnten bereits festgenommen werden.

Der *Bundeskanzler* sprach noch einmal seinen Wunsch an, die kulturellen Beziehungen zu entwickeln. Er würde es gerne sehen, wenn mit diesem Besuch des Ministerpräsidenten eine kulturelle Offensive eingeleitet werden könnte. Beide Seiten sollten einen ihrer Mitarbeiter beauftragen, die entsprechende Vorschläge erarbeiten sollten. Er denke dabei an den Austausch von Studenten, von Musikern usw. Er halte dies alles für sehr wichtig. Er sei dafür, daß sie anschließend vor der Presse eine solche gemeinsame Initiative zur Verstärkung des kultu-

28 Ministerpräsident Takeshita hielt sich vom 25. bis 30. August 1988 in der Volksrepublik China auf.

29 Am 14./15. Dezember 1987 fand in Manila die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der ASEAN-Mitgliedstaaten statt.

30 Ministerpräsident Takeshita hielt sich anläßlich der Vereidigung des Präsidenten Roh Tae-Woo am 25. Februar 1988 in Südkorea auf.

31 Am 16. Dezember 1987 fanden in Südkorea Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Demokratischen Gerechtigkeitspartei, Roh Tae-Woo, als Sieger hervorging. Bei den Wahlen zum südkoreanischen Parlament am 26. April 1988 erhielt die Demokratische Gerechtigkeitspartei dagegen nur 33,96%. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 244 des Botschafters Kleiner, Seoul, vom 2. Mai 1988; Referat 241, Bd. 142619.

32 Die XXIV. Olympischen Sommerspiele fanden vom 17. September bis 2. Oktober 1988 in Seoul statt.

rellen Austausches bekanntgeben sollten. Dies wünsche er sich sehr, erwiderte Ministerpräsident *Takeshita*.

In diesem Zusammenhang bedankte sich der *Bundeskanzler* für die japanische Unterstützung der Deutschen Schule. Dies wäre ein solcher wünschenswerter symbolischer Akt.

Ministerpräsident *Takeshita* erwiderte, daß der Kulturaustausch viele Bereiche umfasse. Die Bundesrepublik werde ja jetzt ein Japan-Forschungsinstitut einrichten.[33] Seine Regierung überlege im Augenblick, welche Form von Unterstützung sie geben könne. Dies gelte auch für die Frage des Umzugs der Deutschen Schule. Auch dort wolle seine Regierung Hilfe geben.

Die beiderseitige Zusammenarbeit im wissenschaftlich-technologischen Bereich sei für Japan ein Modell, das jetzt weiter konkretisiert werden müsse. Außerdem sei jetzt in Berlin das Deutsch-Japanische Zentrum eingerichtet worden.[34] Man müsse jetzt nachdenken, wie dieses Zentrum genutzt werden könne.

Die japanische Regierung habe außerdem ein Programm in der Planung, deutsche Absolventen nach Japan einzuladen. Was die Initiative des Bundeskanzlers betreffe, werde er den Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt beauftragen, die Gespräche zu führen und entsprechende Vorschläge zu erarbeiten.

Der *Bundeskanzler* betonte noch einmal, daß es ein schwerer Fehler wäre, die kulturellen Beziehungen gegenüber den wirtschaftlichen Beziehungen zu vernachlässigen. Die Menschen bräuchten mehr als die Ökonomie. Aus seiner Sicht bleibe noch viel, vor allem im Bereich des Studentenaustausches, zu tun. Sie sollten deshalb die jetzt vereinbarte Initiative öffentlich bekanntgeben. Ihm bereite es Sorgen, daß die Zahl der deutschen Studenten, die heute in Japan studierten, so gering sei. Ministerpräsident *Takeshita* stimmte dem zu.

An dieser Stelle wurde das Gespräch unterbrochen und bei einem gemeinsamen Arbeitsessen im Schmidt-Rottluff-Zimmer fortgesetzt. Als Teilnehmer kamen hinzu: Herr Kitamura, Vizeaußenminister und japanischer Sherpa, Botschafter Miyazawa, Herr Terada, Büroleiter von Ministerpräsident Takeshita, Bundesminister Stoltenberg, Staatssekretär Sudhoff, Botschafter Hallier.

Der *Bundeskanzler* berichtete einleitend über das vorausgegangene Gespräch und den beiderseitigen Wunsch, die engen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern fortzusetzen. Er bat Bundesminister Stoltenberg, über

[33] Das Bundesministerium für Forschung und Technologie teilte am 20. Januar 1988 mit: „Am 13.1.1988 haben Vertreter des Bundesministeriums für Forschung und Technologie, der Alexander-von-Humboldt-Stiftung, Bonn, und der MINERVA Gesellschaft für die Forschung mbH, München (eine Tochtergesellschaft der Max-Planck-Gesellschaft), die Stiftungsurkunde der Philipp-Franz-von-Siebold-Stiftung, Deutsches Institut für Japanstudien, unterzeichnet. Zweck der Philipp-Franz-von-Siebold-Stiftung […] ist der Betrieb eines Deutschen Instituts für Japanstudien mit Sitz in Tokio. […] Das Institut will einen Beitrag zum deutsch-japanischen Verständnis leisten und zu diesem Zwecke sich die Aufgaben stellen, das moderne Japan und die deutsch-japanischen Beziehungen mit Hilfe der Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften zu erforschen." Vgl. die Pressemitteilung Nr. 6/88; Referat 341, Bd. 142551.

[34] Zum Japanisch-Deutschen Zentrum Berlin (JDZB) vermerkte Referat 341 am 29. Oktober 1987: „Aufgrund einer Vereinbarung zwischen Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Nakasone wurde das JDZB als private Stiftung deutschen Rechts am 15. Januar 1985 in Berlin gegründet. Zweck der Stiftung ist, ‚die japanisch-deutsche und internationale Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Kultur sowie ihres Zusammenhanges mit dem Wirtschaftsleben zu fördern und zu vertiefen'." Vgl. Referat 341, Bd. 142638.

die Auswirkungen der Börsenkrise in der Bundesrepublik Deutschland zu berichten.

Bundesminister *Stoltenberg* erläuterte, daß die Bundesregierung sehr besorgt gewesen sei, daß die Turbulenzen des Oktobers 1987 den Westen in eine Stagnation oder Rezession führen könnten. Die Entwicklung in den letzten vier Monaten sei günstiger als erwartet verlaufen. Dies gelte besonders für Japan, aber auch für Europa und die USA. Jetzt sei es notwendig, daß die Märkte stärker auf stabile Währungskurse vertrauen könnten. Anläßlich des Treffens des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank Mitte April in Washington[35] sei es seine Sorge gewesen, daß auch die USA an einer Stabilisierung der Wechselkurse interessiert sein müßten.

Nach wie vor müsse man mit Risiken rechnen. Dazu gehörte beispielsweise die Veröffentlichung der monatlichen Zahlen in den USA. Außerdem würden die Zinssätze leicht steigen. Es bestünde auch Sorge über eine gewisse Inflation. Dennoch könne man auch auf eine größere Stabilität in den USA hoffen. Er sei deshalb zuversichtlich, daß die gegenwärtige Entwicklung anhalte.

Japan sei in der Umstellung auf eine binnenwirtschaftliche Entwicklung erfolgreich gewesen. Vielleicht verfüge Japan zu Hause über größere Reserven. Die Bundesregierung müsse ebenfalls einen solchen Weg gehen. Man rechne mit einem stärkeren Wachstumspotential in Europa, wenn der Binnenmarkt 1992 verwirklicht werde. Der Bundeskanzler betreibe dieses Ziel energisch. Insgesamt müsse man feststellen, daß sich die Zusammenarbeit nach den Turbulenzen wieder gefestigt habe und sich damit die Lösungschance erhöhe.

Ministerpräsident *Takeshita* berichtete, daß die Ereignisse nach dem Schwarzen Montag große Angst bereitet hätten. Jetzt sei man über die erreichte Stabilität zufrieden. Was die Politik eines neuen amerikanischen Präsidenten betreffe, so werde auch Bush eine andere Wirtschaftspolitik betreiben als Reaganomics. Er sei sich jedoch nicht sehr sicher, was er im einzelnen tun werde. Sicherlich müsse er jedoch in stärkerem Maße den Haushalt konsolidieren.

Nach dem Gespräch mit dem Bundeskanzler habe er den Eindruck, daß keine großen Veränderungen zu erwarten seien. Man werde jedoch mit einer stärkeren Konsolidierung rechnen können.

Der *Bundeskanzler* erläuterte, daß sich seine Bemerkung auf die Entwicklung des Dollar-Kurses bezogen habe. Zentrales Problem für die Bundesrepublik wäre es, wenn der Dollar-Kurs weiter sinken würde. Seiner Auffassung nach könnten die USA im Prinzip nichts anderes tun, als den Haushalt zu konsolidieren.

Ministerpräsident *Takeshita* berichtete, daß die japanische Regierung im Herbst eine Steuerreform verwirklichen wolle. 1979 sei man mit dieser Steuerreform gescheitert. Sein großes Interesse sei, daß die japanische Bevölkerung die Einführung einer Mehrwertsteuer akzeptiere. Dies werde die wichtigste Aufgabe seiner jetzigen Regierung sein. Man müsse wissen, daß das jetzige Steuersystem in Japan vor vierzig Jahren eingeführt worden sei. Die Bevölkerung habe sich jetzt in hohem Maße daran gewöhnt und sei besorgt gegenüber allen möglichen

35 Am 14./15. April 1988 tagte in Washington der Interimsausschuß des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Entwicklungsausschuß der Weltbank und des IWF. Für den Wortlaut der Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 326–330 und D 334–336.

Veränderungen. Dieses Problem sei ihm sehr vertraut, warf der *Bundeskanzler* ein.

Bundesminister *Stoltenberg* erläuterte, daß es zwischen der Steuerreform in Japan und in der Bundesrepublik sehr interessante Parallelen gebe. Er habe einen Bericht gelesen, daß die japanische Regierung auch die Besteuerung von Zinseinkünften beschlossen habe. Die Bundesregierung werde dies auch tun. Sie habe sich damit viel Ärger eingehandelt.

Der *Bundeskanzler* fragte nach der Höhe des angestrebten Spitzensteuersatzes. Ministerpräsident *Takeshita* erwiderte, daß dieser bei sechzig bis siebzig Prozent liegen solle. Bisher habe der Spitzensteuersatz in der Einkommenssteuer bei fünfundsiebzig Prozent gelegen. Dazu seien noch Kommunalsteuern gekommen. Jetzt wolle man den Spitzensatz bei der Einkommenssteuer auf fünfzig Prozent senken.

In der Frage der Mehrwertsteuer sei die Bundesrepublik für Japan das Vorbild. Er habe die Absicht, viel von der Bundesrepublik zu lernen und nachzumachen. Die Besteuerung der Zinsen habe man 1987 eingeführt und die Zustimmung des Parlaments erreicht.

Der *Bundeskanzler* fragte nach den Schwierigkeiten bei der Einführung der Mehrwertsteuer. Ministerpräsident *Takeshita* erwiderte, daß es für ihn in dieser Frage sechs Besorgnisse gebe:

1) Bisher habe es in Japan nur das System von indirekten Steuern gegeben. Dieses Verfahren sei äußerst kompliziert.

2) Angst vor Inflation.

3) Es bestünde die Besorgnis, daß die Mehrwertsteuer nach der Einführung ständig weiter erhöht werde.

4) Die Bürger mit niedrigem Einkommen befürchten als Ergebnis eine höhere steuerliche Belastung.

5) Der Mittelstand diskutiere die Frage, ob die Belastung am Ende nicht höher als zum jetzigen Zeitpunkt sei. Hier handele es sich um eine Schicht, die gerade durch die Ausbildung ihrer Kinder besonders hoch belastet sei.

Insgesamt werde sich die Steuerreform jedoch für die Bevölkerung günstig auswirken, obwohl die Sozialabgaben ebenfalls steigen werden. Jetzt sei die Bevölkerung an ein bestimmtes Einkommenssteuersystem gewöhnt und fürchte die Umstellungen. Er sei jedoch sicher, daß sie sich an das neue Steuersystem gewöhnen werde. Die Auswirkung der Steuerreform auf die Konjunktur in Japan schätze man neutral ein. Gleichzeitig beabsichtige seine Regierung, die Körperschaftssteuer auf einen internationalen Standard abzusenken. Damit solle der Unternehmensgeist stimuliert werden.

Bundesminister *Stoltenberg* wies darauf hin, daß es in den Grundgedanken eine Reihe von Parallelen gebe. Die japanische Regierung wolle die Steuern für Arbeitnehmer und Unternehmen absenken und den Verbrauch stärker besteuern. Dies sei auch die Absicht der Bundesregierung. Die entstehenden Widerstände seien nur natürlich, weil die Bürger die Vorteile einer Steuerreform einstecken und nur über mögliche Nachteile reden würden. Bundesminister Stoltenberg fragte nach dem möglichen Risiko für die japanische Geldwertstabilität.

Ministerpräsident *Takeshita* wies darauf hin, daß insbesondere die Preiserhöhungen für Immobilien ein unerträgliches Problem darstellen würden. Er selbst werde dafür immer wieder verantwortlich gemacht, weil er als Finanzminister die Internationalisierung des Finanzmarktes vorangetrieben habe und dadurch die ausländischen Banken nach Japan hineingeholt hätte. Seine Regierung versuche jetzt, diese Entwicklung zu kontrollieren. Eine Lösung sei jedoch nicht möglich ohne Umzug der Hauptstadt in einen anderen Ort. Ein solcher Umzug benötige jedoch viel Zeit. Seine Regierung habe jetzt damit begonnen, die Forschungsinstitute der Ministerien in andere Städte zu verlegen. Seine Regierung habe keinen anderen Ausweg. Die pro Kopf bewohnbare Fläche in Japan betrage im Vergleich zu den USA 1:40. Seit einem halben Jahr würden jedoch die Preise für Immobilien nicht mehr steigen; sie würden jedoch auch nicht sinken. Ein Quadratmeter Boden koste heute in Tokio 100 Millionen Yen; umgerechnet seien dies 1,3 Millionen DM. Japan sei ein Land, das zu 70% aus Gebirge bestünde. Deshalb sei eine Entscheidung über eine neue Hauptstadt so schwierig. Die neue Hauptstadt solle sich 150 Kilometer nördlich von Tokio befinden. Ihr Name laute Sendai. Der Umzug solle bis Anfang des nächsten Jahrhunderts erfolgen. Was er in seiner Amtszeit leisten könne, sei der Umzug der Forschungsinstitute der Ministerien nach Sendai.

Die Lage in den Wohngebieten Tokios sei nicht wesentlich günstiger. Deshalb versuche man eine weitere Ausdehnung der Wohngebiete nach außen. In den Wohngebieten koste ein Quadratmeter Boden drei Millionen Yen; umgerechnet 40000 DM.

Der *Bundeskanzler* würdigte die großen Anstrengungen der japanischen Regierung im Rahmen der Privatisierung der Post, der Bahn und der japanischen Fluggesellschaft. Er bat den Ministerpräsidenten, über die Erfahrungen zu berichten.

Ministerpräsident *Takeshita* berichtete, daß sich durch diese Privatisierungen die japanische Wirtschaft verändert habe. Die Binnennachfrage konnte dadurch entscheidend belebt werden. Die Bahn, einst im Defizit, mache heute Profit und zahle Körperschaftssteuer.

Der *Bundeskanzler* wechselte auf das Thema der japanischen Verteidigung über.

Ministerpräsident *Takeshita* berichtete, daß Japan über 260000 Berufssoldaten verfüge. Bedauerlicherweise habe man Schwierigkeiten, den Bedarf von Berufssoldaten angesichts der Besoldung und einer Arbeitslosigkeitsrate von 2,6% zu decken.

Die Verteidigungsausgaben würden pro Jahr real um 5,3% steigen.

Zum Abschluß bat der *Bundeskanzler* den Ministerpräsidenten noch einmal, seine Grüße an den Tenno zu übermitteln. Er sei glücklich zu hören, daß es ihm gesundheitlich gut ginge. Er bat, auch Grüße an den Kronprinzen zu übermitteln und ihm auszurichten, daß er in der Bundesrepublik Deutschland herzlich willkommen sei. Er bat, auch den gemeinsamen Freund Nakasone herzlich zu grüßen. Er hoffe, ihn im September treffen zu können. Er dankte dem Ministerpräsidenten für seinen Besuch und für das freundschaftliche und gute Gespräch.

VS-Bd. 13670 (341)

137

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nagel

424-411.10 SUA VS-NfD **5. Mai 1988**[1]

Über Dg 42[2], D 4[3], Herrn Staatssekretär[4] Herrn Bundesminister[5]

Betr.: Lieferung von zivilen Hubschraubern nach Südafrika

Bezug: DB 1134 vom 10.3.1988 aus Washington[6]

Anlg.: 1) Bezugs-DB[7]
2) Briefentwurf[8]
3) Aufzeichnung der Abt. 4 vom 10.4.1985[9]

Zweck der Vorlage: Zustimmung zu beigefügtem Briefentwurf

I. Sie hatten um Prüfung gebeten, was die im Bezugs-DB dargestellte US-Praxis zur Lieferung von Hubschraubern nach Südafrika für unsere Praxis bei Hubschrauberlieferungen nach Südafrika bedeutet.

StS Lautenschlager hatte darum gebeten zu prüfen, wie von anderen westlichen Ländern der Export ziviler Hubschrauber nach Südafrika behandelt wird.

II. Unsere Praxis bei Hubschrauberlieferungen nach Südafrika:

1) Rechtslage

Die Ausfuhr folgender Hubschrauber bedarf nach den im Rahmen der COCOM-Liste, die bei uns national in die Ausfuhrliste[10] umgesetzt wurde, international abgestimmten Kriterien der Genehmigung:

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel, Legationsrat I. Klasse Cappell und Legationsrat Warnken konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent Höynck am 6. Mai 1988 vorgelegen.

3 An dieser Stelle vermerkte Legationsrat I. Klasse Cappell handschriftlich, Ministerialdirektor Jelonek habe „im Konzept gezeichnet".

4 Hat Staatssekretär Sudhoff am 11. Mai 1988 vorgelegen.

5 Hat Bundesminister Genscher am 24. Juli 1988 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 25. Juli 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Höynck an Referat 424 verfügte und handschriftlich vermerkte: „S[iehe] Anmerk[un]g S. 7." Vgl. Anm. 22.

6 Botschafter Ruhfus, Washington, informierte, daß das amerikanische Handelsministerium ein Verbot für Exporte und Reexporte nach Südafrika und Namibia von Waffen, Munition, militärischem Gerät sowie Materialien und Maschinen zur Herstellung und Wartung solchen Geräts verfügt habe. Darunter fielen auch Hubschrauber, „die für militärische Zwecke besonders entwickelt, umgerüstet oder ausgestattet sind". Ruhfus fuhr fort, daß es nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums bei der Abgrenzung militärischer von zivilen Hubschraubern „nur auf die technische Ausstattung und nicht auf die beabsichtigte Verwendung im Käuferland ankomme […]. Beispiel: Ein Entwicklungsland beabsichtigt, einen zivilen (von der Federal Aviation Administration für den Zivilverkehr zugelassenen) Hubschrauber für seine Streitkräfte für die Beobachtung der Küste aus der Luft zu erwerben. Ein solcher Hubschrauber würde nicht der Kontrolle durch das State Department, sondern durch das Handelsministerium unterliegen, welches den Export aus anderen Gründen, darunter politischen, versagen könne." Bundesminister Genscher vermerkte zu dem Bericht handschriftlich: „Was bedeutet das für unsere Praxis?" Vgl. Referat 424, Bd. 162459.

7 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 6.

8 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 21.

9 Dem Vorgang beigefügt. Ministerialdirigent Loeck nahm zur Bitte des Bundesministers Genscher Stellung, mit den Bundesministerien für Wirtschaft (BMWi) und Verteidigung (BMVg) die Frage erweiterter Kontrollmöglichkeiten für die Ausfuhr von Hubschraubern zu erörtern. Vgl. dazu Referat 424, Bd. 162459.

a) Kampfhubschrauber gem. Nr. 78 der Kriegswaffenliste[11] und Nr. 10 Teil A der Ausfuhrliste; nach KWKG[12] und AWG[13] genehmigungspflichtig;

b) Hubschrauber mit einem Leergewicht von mehr als 4530 kg gem. Nr. 1460 a der Ausfuhrliste, Teil C (dual-use-Güter);

c) sowie alle anderen Hubschrauber, ausgenommen solche, die keine der in Teil I A oder in den Nummern 1485 und 1501 erfaßten Geräte oder Einrichtungen (d. h. besondere Navigations- und Kommunikationseinrichtungen) enthalten und die nach verläßlichen Angaben im normalen zivilen Luftverkehr eingesetzt sind.

Die Ausfuhr der zuletzt genannten Hubschrauber bedarf somit keiner Genehmigung.

Durch die COCOM-Listen und das KWKG ist das VN-Waffenembargo gegenüber Südafrika[14] voll umgesetzt. Das Waffenembargo verbietet die Lieferung von „Waffen und dazugehörigem Material aller Art" ... „einschließlich paramilitärischer Polizeiausrüstung". Die Lieferung „rein ziviler" Hubschrauber wird vom Waffenembargo nicht erfaßt, da solche Hubschrauber, auch wenn sie von Militär oder Polizei benutzt werden, nicht zu „Militärausrüstung" oder zu „paramilitärischer Polizeiausrüstung" werden.

2) Unsere Praxis

Kampfhubschrauber-Ausfuhren (z. B. Bo 105 in der Militärversion) im Sinne von Nr. 78 der Kriegswaffenliste und Nr. 10 der Ausfuhrliste wurden nach Südafrika nicht genehmigt; sie wurden auch nicht beantragt. Es gibt keine Hinweise, daß die Fa. MBB solche Hubschrauber illegal nach Südafrika geliefert hat. Der Lieferung von Hubschraubern nach Südafrika, deren Ausfuhr aufgrund des Einbaus besonderer Navigations- oder Kommunikationsgeräte genehmigungspflichtig ist, die aber weiterhin als „rein zivile" Hubschrauber angesehen werden, hat das AA in vier Fällen, nicht für Polizei und Streitkräfte bestimmt, zugestimmt:

1970 ein Hubschrauber Bo 105,

1979 ein Hubschrauber Bo 105,

1981 zwei Hubschrauber Bo 105.

MBB hat angegeben, darüber hinaus 1980 bis 1987 sieben genehmigungsfreie Hubschrauber Bo 105 und 9 genehmigungsfreie Hubschrauber BK 117 an südafrikanische Firmen geliefert zu haben. Ein Teil dieser Hubschrauber ist offenbar an die Streitkräfte und Polizei Südafrikas weitergeleitet worden. MBB ist im

10 Für den Wortlaut der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – in der Fassung der Verordnung vom 6. November 1984 vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 213 vom 10. November 1984, Beilage Nr. 55a/84.

11 Für den Wortlaut der Kriegswaffenliste vom 6. Oktober 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 1630–1633.

12 Für den Wortlaut des Ausführungsgesetzes vom 20. April 1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 444–452.

13 Für den Wortlaut des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 481–495.

14 Am 4. November 1977 beschloß der VN-Sicherheitsrat unter Bezugnahme auf Kapitel VII der VN-Charta vom 26. Juni 1945 einstimmig ein Waffenembargo gegen Südafrika. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 418 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. X, S. 41 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/6141, S. 298.

Besitz einer gültigen Negativbescheinigung des Bundesamtes für Wirtschaft, wonach zivile Hubschrauber der Typen Bo 105 ACS und BK 117 ohne Bord- und Navigationsgeräte, die von Nr. 1485 und 1501 der Ausfuhrliste erfaßt werden, weltweit ohne Genehmigung ausgeführt werden können. MBB hat von dieser Negativbescheinigung im Falle Südafrikas in insgesamt 16 Fällen Gebrauch gemacht.

3) Rechtslage und Praxis in anderen westlichen Ländern

a) USA

In den USA bedarf der Export aller Hubschrauber nach Südafrika, über die COCOM-Listen hinaus, aufgrund nationaler Gesetzgebung einer Genehmigung. Der Export von für militärische Zwecke besonders entwickelten, umgerüsteten oder ausgestatteten Hubschraubern nach Südafrika wird von vornherein nicht genehmigt. Bei der Abgrenzung zwischen militärischen und zivilen Hubschraubern kommt es nach US-Praxis nur auf die technische Ausstattung und nicht auf die beabsichtigte Verwendung im Käuferland an.

Der Export von zivilen Hubschraubern nach Südafrika kann im Einzelfall genehmigt werden, wenn ausreichende Zusicherungen vorliegen, daß der zivile Hubschrauber nicht durch Polizei, Militär oder paramilitärische Kräfte Südafrikas verwendet werden soll.

b) Frankreich

Über die COCOM-Listen hinaus bedarf aufgrund nationaler Gesetzgebung der Export aller zivilen Hubschrauber einer Genehmigung. Genehmigungen für den Export von Hubschraubern (militärisch oder zivil) nach Südafrika werden in Frankreich derzeit nicht erteilt (Ausnahme: Rettungshubschrauber für das Rote Kreuz Südafrikas). Allerdings bereitet Frankreich z. Z. wegen der Absatzkrise der französischen Luftfahrtindustrie eine Änderung der bestehenden Vorschriften mit dem Ziel Erleichterung der Lieferung von zivilen Hubschraubern nach Südafrika vor. Aber auch dann werde es den Export von zivilen Hubschraubern (militärische Hubschrauber werden von vornherein nicht genehmigt) nicht geben, wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß der Endabnehmer die zivilen Hubschrauber für militärische Zwecke im weitesten Sinne einsetzen wird.

c) Italien

Italien würde die Lieferung ziviler Hubschrauber nach Südafrika aus „innenpolitischen Gründen“ nicht zulassen. Offenbar bedarf in Italien der Export aller Hubschrauber einer Genehmigung.

d) Spanien

Gegenwärtig werden keinerlei Hubschrauber (militärisch/zivil) nach Südafrika geliefert. Eine Genehmigung würde nur dann erteilt, wenn der Abnehmer eine private Firma oder Organisation in Südafrika ist. Eine Lieferung von zivilen Hubschraubern an südafrikanische Regierungsstellen würde wegen der Gefahr der Umrüstung für militärische Zwecke voraussichtlich nicht genehmigt werden.

IV. Einführung erweiterter Kontrollen für Hubschrauberexporte

Der Bundesregierung ist wiederholt im Arms Embargo Committee des Sicherheitsrats der VN vorgeworfen worden, sie habe entgegen dem vom Sicherheits-

rat der Vereinten Nationen 1977 gegen Südafrika verhängten mandatorischen Waffenembargo die Lieferung von Hubschraubern, die militärisch (z. B. für Transporte von bewaffneten Soldaten) eingesetzt würden, nach Südafrika geduldet.[15] Die Bundesregierung ist wegen dieser Praxis auch im Deutschen Bundestag kritisiert worden.[16]

Es bestünde grundsätzlich

– die Möglichkeit, die deutsche Ausfuhrliste über das im COCOM Beschlossene hinaus zu erweitern (Einführung einer Genehmigungspflicht für den Export aller Hubschrauber nach Südafrika oder gar weltweit),
– die Möglichkeit, auf MBB mit dem Ziel einzuwirken, freiwillig auf ausfuhrgenehmigungsfreie zivile Hubschrauberexporte an die Streitkräfte und Polizei Südafrikas zu verzichten. Zivile Empfänger ausfuhrgenehmigungsfreier Hubschrauber in Südafrika müßten MBB zusichern, daß eine Weiterlieferung an Streitkräfte und Polizei ausgeschlossen ist.

1) Für eine Änderung der Ausfuhrliste (durch Verordnung der Bundesregierung) und gegen eine freiwillige Regelung spricht:

– Angesichts der Nutzung deutscher Hubschrauber durch das südafrikanische Militär und die dortigen Polizeikräfte ist unsere Position, es handele sich hierbei um „zivile" Übungsgeräte, national und international nur schwer verständlich zu machen. Sie trägt vielmehr dazu bei, unsere Südafrikaposition ins Zwielicht geraten zu lassen.[17]
– In anderen westlichen Ländern, die Hubschrauber exportieren (USA, F, I, SP), werden schon jetzt alle Exporte von Hubschraubern kontrolliert. Mit der Einführung einer Genehmigungspflicht für den Export aller Hubschrauber würden wir uns der Praxis dieser Länder annähern.
– Eine freiwillige Regelung (Verzicht von MBB auf Hubschrauberexporte an Polizei und Streitkräfte Südafrikas) würde nicht den gleichen Rang wie eine Verordnungsregelung haben.[18] Sie wäre auch weder einklagbar noch durch-

15 Am 18. Dezember 1987 unterrichtete Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), über die Sitzung des Waffenembargo-Ausschusses des VN-Sicherheitsrats vom selben Tag: „Zu Beginn der Sitzung führte der Ausschußvorsitzende, der VAE-Botschafter al-Shaali, die ca. 30 Fälle auf, in denen in diesem Jahr von seiten Abdul Mintys der Vorwurf einer Verletzung des Waffen-Embargos erhoben wurde. Neben den gegen uns gerichteten Vorwürfen wegen des ‚Blaupausenverkaufs' und der Lieferung von Hubschraubern nach SA wurden auch Vorwürfe gegen Österreich, Dänemark, Schweiz, Honduras, Barbados, St. Lucia, Belgien und die USA aufgeführt. Der Ausschußvorsitzende faßte in seinem Bericht die erhobenen Vorwürfe sowie die jeweiligen Stellungnahmen der Regierungen zusammen. Dabei verlas er auch unsere, den anderen Ausschußmitgliedern bereits vorliegende Stellungnahme zum Thema Hubschrauberlieferung." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3574; Referat 230, Bd. 158131.

16 Vgl. dazu die Frage des SPD-Abgeordneten Waltemathe in der Fragestunde des Bundestags am 26. Juni 1985; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 148. Sitzung, S. 10986 f.
Vgl. dazu ebenfalls die Kleinen Anfragen der Grünen-Abgeordneten Eid und der Fraktion der Grünen „Militärisch relevante Zusammenarbeit mit Südafrika (IV)" und „Militärisch relevante Zusammenarbeit mit Südafrika (V)" vom 25. November 1985; BT DRUCKSACHEN, Nr. 10/3080 bzw. Nr. 10/4370.
Vgl. dazu ferner die Ausführungen der SPD-Abgeordneten Wiczorek-Zeul am 4. Februar 1988; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 58. Sitzung, S. 3974.

17 Der Passus „Übungsgeräte … geraten zu lassen" wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

18 Der Passus „würde nicht … Verordnungsregelung haben" wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

setzbar. Im übrigen könnten Hubschrauberexporte auch durch deutsche Waffenhändler durchgeführt und so ein „Selbstbeschränkungsabkommen“ mit MBB umgangen werden.

2) Gegen die Einführung einer Genehmigungspflicht (durch Änderung der Ausfuhrliste) und für eine freiwillige Regelung spricht:

– Die Einführung einer Ausfuhrgenehmigungspflicht für alle Hubschrauber wäre ein sehr schwerwiegender Eingriff in unser Außenwirtschaftsrecht. Länderbezogene Genehmigungspflichten gab es bisher bei uns nur, wenn die VN ein Embargo verbindlich beschlossen haben (Südafrika und Rhodesien[19]). Solche auf ein Land beschränkten Genehmigungspflichten können nicht effektiv sein, da sie jederzeit durch einfache Lieferungen über ein Drittland umgangen werden können. Die Einführung einer weltweiten Kontrolle von Hubschrauberexporten wäre ein noch schwerwiegenderer Eingriff.
– Eine rein nationale Änderung der deutschen Ausfuhrliste über die COCOM-Beschlüsse hinaus wäre ein Präzedenzfall:
  – Bisher konnten wir Bitten der US-Seite, unsere Exportkontrollen z. B. bezüglich Iran und Libyen auszudehnen (fahrbare Pontonbrücken, Taucheranzüge, Schlauchboote, Außenbordmotoren), unter Hinweis auf die Umsetzung der COCOM-Listen, die solche Waren nicht enthalten, abschlägig bescheiden.
  – Wir müßten auch überlegen, eine Genehmigungspflicht für die Lieferung von Unimogs, Schwerlasttransportern und Lkws nach Südafrika einzuführen. Die Bundesregierung war wegen dieser Lieferung im Bundestag ebenfalls kritisiert worden.
– Eine rein nationale Änderung der deutschen Ausfuhrliste wird aus den o. g. Gründen auf erheblichen Widerstand des BMWi stoßen. Sie hatten deshalb dem Vorschlag der Bezugsaufzeichnung zugestimmt, in dieser Richtung keine Initiative zu ergreifen.

3) Abteilung 4 ist deshalb der Auffassung, daß gegenüber einer Änderung der Außenwirtschaftsverordnung dem Einwirken auf MBB der Vorzug gegeben wird (Absendung des beiliegenden Briefes von D 4 an BMWi[20]).

Demgegenüber vertritt Abteilung 3 die Auffassung, daß angesichts wachsender Kritik an unseren Hubschrauberlieferungen nach Südafrika trotz der von

19 Am 29. Mai 1968 forderte der VN-Sicherheitsrat alle VN-Mitgliedstaaten zu umfassenden Sanktionen gegen Rhodesien auf. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 253 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VII, S. 15–17.

20 Dem Vorgang beigefügt. In dem undatierten Entwurf eines Schreibens an Ministerialdirektor Schomerus, Bundesministerium für Wirtschaft, wies Ministerialdirektor Jelonek darauf hin, daß die bestehende Praxis der Ausfuhr von Hubschraubern nach Südafrika dem außenpolitischen Ansehen der Bundesrepublik schade: „Es sollte deshalb dafür gesorgt werden, daß derartige Hubschrauberlieferungen nach Südafrika unterbleiben. Ich bin mir bewußt, daß MBB nach der Interpretation der Ausfuhrliste C, Pos[ition] 1460 b nicht gehindert werden kann, genehmigungsfreie Zivilhubschrauber nach Südafrika zu liefern. Ich hielte es aber für sinnvoll, wenn das Bundesministerium für Wirtschaft und das Auswärtige Amt zunächst in einem gemeinsamen Gespräch versuchten, auf MBB mit dem Ziel einzuwirken, daß MBB sich bei Lieferungen nach Südafrika Zusicherungen geben läßt, daß zu liefernde Hubschrauber nicht an Militär, Polizei oder sonstige Sicherheitskräfte weitergegeben werden.“ Vgl. Referat 424, Bd. 162459.

Abteilung 4 vorgetragenen Bedenken eine Verordnungsregelung erforderlich ist.[21]

D 3[22] hat mitgezeichnet.[23]

Nagel

Referat 424, Bd. 162459

138

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Gruber

221-376.15-654/88 VS-vertraulich **5. Mai 1988**[1]

Betr.: KRK-Konsultationen zu Fünft in Bonn am 4.5.88

Anlg.: Teilnehmerliste[2] und französisches Papier[3]

I. Zusammenfassung

1) Bei den KRK-Konsultationen im Fünfer-Kreis (USA, GB, F, I und wir), die am 4.5. in Bonn stattfanden, zeigte sich, daß es noch beträchtlicher Anstrengungen bedarf, um einen gemeinsamen Vorschlag des Westens zeitgerecht bis zu Beginn

21 Die Wörter „eine Verordnungsregelung erforderlich ist" wurden von Legationsrat I. Klasse Cappell gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „eine ‚freiwillige' Regelung mit MBB nicht versucht, sondern sofort auf eine Verordnungsregelung gedrängt werden sollte. Falls Sie sich für diesen Weg entscheiden, sollte ein entsprechendes Schreiben an den BMWi durch den Herrn StS gezeichnet werden." Dazu vermerkte er handschriftlich: „Änderung Dg 42."
Staatssekretär Sudhoff vermerkte zum Vorschlag der Abteilung 3 handschriftlich: „Ich würde mir den von Abt. 3 vorgeschlagenen Weg aufsparen, bis wir einen akuten Anlaß haben, politisch wieder Flagge zu zeigen. Dies könnte z. B. im Fall der Hinrichtung der Sharpeville 6 oder bei Einführung der Gesetzgebung gegen unsere ‚Positiven Maßnahmen' der Fall sein."
Der Vermerk von Sudhoff wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]". Ferner vermerkte er handschriftlich: „Ich mache die Entscheidung von der Reaktion von MBB abhängig." Vgl. Anm. 5.

22 Reinhard Schlagintweit.

23 Am 28. September 1988 fand im Bundesministerium für Wirtschaft eine Besprechung unter Teilnahme des Auswärtigen Amts mit einem Vertreter der Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) statt. Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 3. Oktober 1988, daß letzterer erklärt habe, „für die Hubschrauberproduktion der Fa. MBB sei Südafrika ein bedeutender Exportmarkt (1987 5 % der Exporte, vier Hubschrauber). Er erkenne aber die Berechtigung der Forderung nach Exporteinstellung grundsätzlich an. Eine formelle Entscheidung könne allerdings nur die Geschäftsführung treffen, der er diese Angelegenheit umgehend vorlegen werde. MBB ziehe jedenfalls ein Gentlemen's Agreement einer Rechtsänderung vor. MBB sei aber sehr daran interessiert, durch die Entscheidung nicht in eine innenpolitische Diskussion und insbesondere in eine politische Auseinandersetzung mit seinem Gesellschafter, dem Lande Bayern, hineingezogen zu werden (Stichwort: freiwillige Beteiligung von MBB an einem gesetzlich nicht gebotenen Embargo gegen Südafrika)." MBB bitte daher um die Einbeziehung der zuständigen Stelle der bayerischen Staatskanzlei und um ein Gespräch der Geschäftsführung im Auswärtigen Amt. Vgl. Referat 424, Bd. 162459.

1 Ablichtung.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Haak und Vortragendem Legationsrat Metscher vorgelegen.

2 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 13487 (212); B 150, Aktenkopien 1988.

3 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 13487 (212).

bevorstehender KRK-Verhandlungen auszuarbeiten.[4] Wie erwartet, gab es keine Anzeichen für Bewegung in den beiden offenen, miteinander verknüpften Kernfragen gleicher Obergrenzen und einer regionalen Aufgliederung des Gesamtraumes. Die USA setzen darauf, daß sich die französische Haltung nach den französischen Wahlen[5] und etwaigen personellen Veränderungen danach verändert. Die Franzosen halten an ihrer Ablehnung gleicher Obergrenzen – außer in einem WEU-Kontext – fest.

2) Auch zum Informationsaustausch wichen die Vorstellungen voneinander ab: Wir wiesen auf die politische Notwendigkeit hin, die östlichen Bereitschaftserklärungen zu Beginn der Substanzverhandlungen[6] aktiv auf die Probe zu stellen und dabei auch einem Austausch über Daten der Luftstreitkräfte nicht auszuweichen; dabei legten wir uns nicht fest, welches der beste Rahmen für einen solchen Austausch sei. Die Franzosen möchten dagegen einem Datenaustausch bei den 23 aus dem Weg gehen, da sie befürchten, über ihn würden Flugzeuge zu einem Verhandlungsgegenstand. Sie wurden von den USA, die sich widersprüchlich äußerten, unterstützt. Unklar blieb, ob die Franzosen bei einer Datendiskussion bei den VSBM-Verhandlungen[7], die sie als Alternative ins Gespräch brachten, zu einem Datenaustausch über Flugzeuge bereit sind.

3) Der Gedanke einer deutsch-polnischen Initiative zu einer Diskussion über Militärdoktrinen[8] wurde am Rande erörtert. Die Verbündeten erhoben keine grundsätzlichen Einwände dagegen. Beim Vergleich der beiden Varianten (Seminar über Doktrinen zu Beginn der VSBM-Verhandlungen oder deutsch-polnische Einladung zu einem Symposium), die sich bei den rüstungskontrollpolitischen Konsultationen von D 2 A am 25./26.4. in Warschau mit den Polen herausgeschält hatten[9], ergab sich keine eindeutige Präferenz.[10]

4 Zum Stand der Gespräche zwischen NATO und Warschauer Pakt über ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 8.
Referat 221 hielt im April 1988 fest, daß am 21./22. März 1988 die Texte über Ziele, Methoden, Präambel sowie Informationsaustausch und Verifikation vereinbart worden seien: „Mit diesen wichtigen Notierungen bleibt bei den KRK-Mandatsgesprächen vor allem die Substanzfrage der Behandlung von zweifach verwendbaren Systemen offen. Der Osten besteht bisher noch auf expliziter Erwähnung von solchen Systemen im Mandatstext; der Westen ist zwar für die Behandlung von Artillerie und schließt auch Flugzeuge grundsätzlich nicht aus, ist aber vor allem wegen französischer Bedenken gegen eine ausdrückliche Erwähnung des Begriffs ‚dual capable' im Mandatstext. Weiteres Problem ist das Verhältnis zwischen den KRK-Verhandlungen zu 23 und der KSZE einschließlich der VSBM-Verhandlungen zu 35. Die westliche Position ist nach dem Kompromiß der NATO-Außenminister in Reykjavik vom 12.6.1987 durch zwei Eckpunkte festgelegt: Die Verhandlungen der 23 finden zwar einerseits im Rahmen des KSZE-Prozesses statt, bewahren aber Autonomie hinsichtlich Teilnehmer, Verfahren und Substanz. Die N+N-Staaten akzeptieren zwar das Prinzip gesonderter Verhandlungen zur KSZE, dringen aber auf eine sehr enge Verbindung zur KSZE, u. a. institutionalisierte Information und Berücksichtigung ihrer Interessen. Die WP-Staaten unterstützen die N+N – wohl vorwiegend aus taktischen Gründen." Vgl. Referat 221, Bd. 144814.

5 In Frankreich fanden am 24. April und 8. Mai 1988 Präsidentschaftswahlen statt.

6 Die Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) wurden am 6. März 1989 in Wien aufgenommen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 378 des Botschafters Hartmann, Wien (VKSE-Delegation), vom 23. März 1989; AAPD 1989.

7 Die Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen wurden am 6. März 1989 in Wien aufgenommen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 386 des Botschafters Joetze, Wien (VSBM-Delegation), vom 23. März 1989; AAPD 1989.

8 Zum Vorschlag für eine Initiative der Bundesrepublik und Polens auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien für ein Seminar über Militärdoktrinen vgl. Dok. 105.

9 Zur Sitzung der Arbeitsgruppe 3 „Abrüstung und Rüstungskontrolle" am 25./26. April 1988 in Warschau vgl. Dok. 105, Anm. 8.

II. Im einzelnen

1) Presse-Politik

D'Aboville beanstandete, daß unmittelbar nach der letzten KRK-Quint[11] die Ergebnisse der Untersuchungen des BMVg über die operativen Minima im Detail in der deutschen Presse veröffentlicht worden sind.[12] D'Aboville verband sein Plädoyer für mehr Zurückhaltung bei der Weitergabe interner Überlegungen an die Presse mit der Ankündigung, als Antwort auf die Darstellungen der KRK-Substanzposition der Bundesregierung in der deutschen Presse werde Paris das eigene KRK-Konzept (WEU-Zone, Verhältnisregeln) in der Öffentlichkeit darstellen (Anlage 2).

D2A erwiderte, die Haltung der Bundesregierung sei im Namensartikel des Bundesministers in der Frankfurter Rundschau[13] dargelegt worden; dieser Artikel enthalte keine Abweichungen von der im Bündnis bislang erarbeiteten Linie, wie sie in der Gipfelerklärung[14] zum Ausdruck kam.

2) Sowjetisch-amerikanische KRK-Kontakte

Thomas (US) berichtete über die Gespräche über KRK am Rande des jüngsten Shultz-Besuchs in Moskau[15]:

Fortsetzung Fußnote von Seite 756

10 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofstetter bat die Botschaft in Warschau am 30. Mai 1988, im polnischen Außenministerium folgendes mitzuteilen: „Wir halten die Aussicht, beim Wiener KSZE-Folgetreffen zu diesem späten Zeitpunkt – nach Vorlage des Entwurfs der N+N für ein Schlußdokument – einen Konsensus über die Behandlung von Militärdoktrinen zu Beginn weiterer VSBM-Verhandlungen mit all den notwendigen Kriterien und Präzisierungen […] zu erzielen, für sehr gering. Es erscheint uns daher sinnvoll, die zweite Option, die eines Symposiums, weiterzuverfolgen. […] Angesichts der Notwendigkeit einer sorgfältigen Vorbereitung eines solchen Symposiums wäre ein Zeitpunkt in diesem Jahr nicht realistisch." Vgl. den Drahterlaß; Referat 214, Bd. 139742.

11 Vortragender Legationsrat Gruber vermerkte am 18. März 1988, daß bei den KRK-Konsultationen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der USA (Quint) am Vortag in Rom auch über die Frage des Niveaus gleicher Obergrenzen gesprochen worden sei: „Aus der Diskussion, die sich an die Präsentation der Untersuchung von Fü S III 6 über ‚Operative Minima und Kräfteaufwuchs' anschloß, ist festzuhalten: Von allen Seiten wurde festgestellt, daß die Studie keine operative Begründung für den Vorschlag gleicher Obergrenzen bei 95% des derzeitigen NATO-Niveaus liefere. Sie zeige zwar, daß gleiche Obergrenzen bei einem solchen Niveau mit den westlichen Sicherheitsinteressen vereinbar seien, unbeantwortet bleibe jedoch die Frage, wieso der NATO-Vorschlag für KRK ein Niveau bei 95% und nicht bei mehr oder weniger vorsehen solle." Diese Frage solle durch eine Expertengruppe der Fünf untersucht werden. Vgl. VS-Bd. 12268 (221); B 150, Aktenkopien 1988.

12 Am 23. März 1988 wurde in der Presse berichtet, daß die Bundesregierung ein Konzept zur konventionellen Abrüstung beschlossen und in der NATO vorgelegt habe: „Das Bonner Konzept will beiden Seiten 46 ‚Divisionsäquivalente' belassen und ihre Bewaffnung auf insgesamt 14000 Panzer, 7500 Schützenpanzer und 7500 Geschütze begrenzen. Für die NATO würde dies eine Verringerung der Zahl ihrer Panzer um 800, ihrer Schützenpanzer um 400 und ihrer Geschütze um ebenfalls 400 Stück bedeuten. 9000 Soldaten könnten dadurch nach Hause geschickt werden. Der Warschauer Pakt müßte seine Streitkräfte um 25000 Kampfpanzer, 11000 Schützenpanzer und 22000 Artilleriegeschütze reduzieren; 220000 Mann würden dadurch freigesetzt. Umgerechnet hieße das, daß die NATO von ihren heute 48 Divisionen zwei, der Warschauer Pakt dagegen 80 von 126 auflösen müßte. […] Die Reduzierung von 48 auf 46 Divisionsäquivalente auf westlicher Seite beließe der NATO 95 Prozent ihrer in Zentraleuropa heute vorhandenen Streitkräfte." Vgl. den Artikel „Vom Atlantik bis zum Ural"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 23. März 1988, S. 12.

13 Vgl. den Artikel von Hans-Dietrich Genscher, „Konventionelle Stabilität in Europa – Kernproblem europäischer Sicherheit"; FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 7. April 1988, S. 5.

14 Für den Wortlaut der „Erklärung zur konventionellen Rüstungskontrolle: Der Weg nach vorn" vom 3. März 1988 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 22–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 204–208. Vgl. dazu ferner Dok. 75.

15 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz am 21./22. April 1988 in Moskau vgl. Dok. 123 und Dok. 129.

Auf Expertenebene hätten sich die Sowjets dagegen gesträubt, die Notwendigkeit eines ausgewogenen Ergebnisses in Wien anzuerkennen. Die diesbezügliche Formulierung in der gemeinsamen Abschlußerklärung[16] gehe auf ein Einlenken von Schewardnadse persönlich zurück. Die Sowjets hätten sich für eine Einbeziehung der Seestreitkräfte stark gemacht, wobei jedoch unklar geblieben sei, wo sie dieses Anliegen operativ anhängig machen wollten.

Die Sowjets hätten ihren Vorschlag eines vorgezogenen Datenaustausches[17] nicht mit Nachdruck weiter verfolgt. Auf die französische Frage, ob sich die USA jedoch auf einen bilateralen Datenaustausch über das globale Kräfteverhältnis zwischen den USA und der SU einließen, antwortete Thomas ausweichend.

3) Stand der Mandatsgespräche in Wien

Alle Partner teilten die Auffassung, daß der Osten auf seiner Forderung nach Erwähnung von zweifach einsatzfähigen Systemen im Mandat nicht beharren werde, der Moment für eine Einigung über den Verhandlungsgegenstand jedoch noch nicht gekommen sei. Man war sich unter den Fünf einig, daß es angezeigt ist, den geographischen Anwendungsbereich jetzt im Mandat festzulegen, die Klärung dieser Frage nicht allein den Sowjets und Türken zu überlassen. Die USA berichteten über ihre bilateralen Gespräche mit den Türken und erläuterten, daß Washington die Türken nicht zu einem Ausschluß des von den USA benutzten Flugplatzes Incirlik dränge.[18]

Bemerkenswert war, daß die USA die Gelegenheit nicht nutzten, um für die Autonomie der 23 eine Lanze zu brechen.[19] Selbst unsere Aufforderung, nicht auf zwei getrennten Gebäuden für die KRK- und VSBM-Verhandlungen zu beharren, ließen sie unbeantwortet im Raum stehen. Potentiellen Sprengstoff enthielt d'Abovilles Feststellung, wonach für F eine Fortsetzung der KRK-Verhandlungen parallel zu einem künftigen KSZE-Folgetreffen nicht in Frage kommen könne. D'Aboville relativierte allerdings diese Aussage, indem er hinzu-

16 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung über die Gespräche des amerikanischen Außenministers Shultz und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 21./22. April 1988 in Moskau vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 23./24. April 1988, S. 5.

17 Vgl. dazu die Erklärung der Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 29./30. März 1988 in Sofia; Dok. 113, Anm. 8.

18 Botschafter Hartmann, Wien (KRK-Delegation), teilte am 22. April 1988 mit: „1) Gesprächen mit der US-Delegation entnehme ich, daß die türkische Haltung zum Einschluß ihres Territoriums noch nicht festgelegt ist, daß aber die Türkei auf die Herausnahme erheblicher Gebiete in der Ost-Türkei zusteuert. 2) Mitte März haben in Ankara US-TU-Gespräche stattgefunden, bei denen die türkischen Militärs den Amerikanern den Vorschlag gemacht haben, relativ große Teile an ihrer Südostgrenze gegenüber dem Iran, Irak und Syrien sowie einen Teil der Gegenküste Zyperns auszuschließen. […] Die US-Basis Incirlik wird nicht ausgeschlossen und wäre von einem Abkommen erfaßt." Hartmann wies abschließend darauf hin, daß der Ausschluß eines so großen Teiles der Türkei die Sowjetunion dazu bestimmen würde, „ihrerseits erhebliche Teile der Militärbezirke Transkaukasus und Nordkaukasus auszuschließen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 588; VS-Bd. 11541 (221); B 150, Aktenkopien 1988.

19 Botschafter Holik vermerkte am 12. April 1988, daß ihm der amerikanische Botschaftsrat Grobel ein Aide-mémoire zur Frage der Autonomie der KRK-Verhandlungen übergeben habe: „Er gab an, daß parallele Demarchen, wenn auch nicht unter Verwendung der gleichen Argumente, in allen KSZE-Hauptstädten unternommen worden sind. Grobel erklärte auf Weisung, daß die US-Administration an dem in Reykjavik erzielten Kompromiß, wonach KRK-Verhandlungen im KSZE-Rahmen, aber autonom stattfinden sollten, konsequent festhalten werde. Wenn andere Bündnispartner sich gegenüber den NNA auf Kompromisse einlassen sollten, die die Autonomie untergraben würden, werde Washington ohne Furcht vor Isolierung seinen Konsens verweigern. Dies sei die auf oberster Ebene des State Departments gebilligte Linie." Vgl. Referat 221, Bd. 144814.

fügte, daß diese Frage im Augenblick nicht zur Entscheidung anstehe. Daß Paris jedoch weiter an der kontroversen Idee einer Konferenz (KVAE II) mit zwei Verhandlungen festhält, machte d'Aboville durch die Zirkulierung eines entsprechenden Schaubildes klar (s. Anlage 2).

Insgesamt war beachtlich, daß sowohl F wie USA es vermieden, einen neuen Prozedurenstreit loszubrechen.

4) Niveau von Obergrenzen und Schützenpanzer

GB berichtete über das Treffen von Militärexperten der Quint vom 28.4., bei dem der Spielraum für Reduzierungen auf NATO-Seite vor dem Hintergrund der operativen Verteidigungserfordernisse diskutiert worden war. Die Expertendiskussion habe gezeigt, daß nach den deutschen und britischen Untersuchungen keine militärischen Einwände gegen den Vorschlag gleicher Obergrenzen bei 95% des derzeitigen westlichen Niveaus sprächen.

In der Diskussion über dieses Ergebnis schloß sich auch Italien der von uns vertretenen Auffassung an, daß es für den Westen politisch notwendig ist, sich zu Reduzierungen auch auf seiner Seite bereit zu zeigen.

F trug gegen diese Auffassung eine Reihe von Einwänden vor: D'Aboville wollte, wie schon bei der letzten Quint, wissen, wie etwaige Reduzierungen des Westens zwischen den Verbündeten aufgeteilt würden. Laut d'Aboville solle man in den Verhandlungen nur Forderungen an die SU zum Abbau ihres Übergewichts stellen und auf die Frage, ob auch der Westen zu Reduzierungen bereit sei, gar nicht eingehen. D'Aboville kritisierte in diesem Zusammenhang, daß die Bundesregierung den Gedanken gleicher Obergrenzen bei 95% des derzeitigen NATO-Niveaus an die Öffentlichkeit gegeben habe. Er behauptete, ein auf dem Gedanken der Parität aufbauender Verhandlungsansatz, den er als ein Ergebnis der Denkgewohnheiten von MBFR abzuqualifizieren versuchte, werde weder gegenüber der westlichen Öffentlichkeit noch gegenüber dem Osten durchzuhalten sein. GB, I und wir plädierten dagegen für ein Verhandlungskonzept, das auf ein gleichgewichtiges Ergebnis abstellt und als Konsequenz zu asymmetrischen Reduzierungen führt.

Unser Drängen auf eine Entscheidung zur Erfassung von Schützenpanzern führte zu keiner abschließenden Klärung. Die Verbündeten sind noch nicht bereit, sich festzulegen, obwohl auch bei ihnen die Militärs dafür aufgeschlossen sind, in einem Vorschlag für Schützenpanzer Limitierungen und Reduzierungen in gleicher Form wie für Kampfpanzer und Artillerie vorzusehen.

5) Stabilisierende Maßnahmen

Die Diskussion beschränkte sich auf eine Kommentierung der Arbeitspapiere, die die USA und wir zu stabilisierenden Maßnahmen in der HLTF eingebracht haben.[20] F äußerte sich oberflächlich und sehr kritisch zu den Maßnahmen, die

20 Für das am 21. April 1988 von der Bundesrepublik in die High Level Task Force (HLTF) der NATO eingebrachte Papier „Gedanken zu Stabilisierenden Maßnahmen" vgl. Referat 221, Bd. 144814. Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofstetter, z. Z. Brüssel (NATO), berichtete am 22. April 1988: „Alle Delegationen waren sich einig, daß stabilisierende Maßnahmen im Rahmen des KRK-Verhandlungskonzepts des Bündnisses eine wichtige Rolle zu spielen haben werden. Solche Maßnahmen sollten nicht nur auf Transparenz-Verbesserung und Verifikation ausgerichtet sein. US-Papier, das sich auf diese Aspekte beschränkte, wurde dementsprechend als ergänzungsbedürftig angesehen.

wir zur Diskussion gestellt hatten, ohne von sich aus Maßnahmen zu nennen, die es aus französischer Sicht verdienen, ernsthaft weiterverfolgt zu werden. GB und I setzten sich dagegen – ähnlich wie die USA es zuvor in einem schriftlich zirkulierten Kommentar gemacht hatten – konstruktiv mit den von uns eingebrachten Vorschlägen auseinander. Beide lehnten den Gedanken von „Dichte"- und Produktions-Beschränkungen ab. Am meisten Gefallen unter den von uns zur Diskussion gestellten Maßnahmen fand die Idee von Maßnahmen zur Präsenz-Beschränkung. Die Briten unterstrichen die Probleme, auf die wir schon in unserem Papier hingewiesen hatten: Eine Beschränkung des Anteils an Großgerät, das in aktiven Verbänden präsent sein darf, ließe sich nur dann glaubhaft präsentieren, wenn für alle Waffenkategorien der gleiche Prozentsatz für eine Präsenz-Beschränkung vorgeschlagen wird. Es bleibt also zu überprüfen, ob wir genügend Spielraum haben, um den Anteil von Schützenpanzern und Artillerie in aktiven Einheiten ebenso weitgehend zu beschränken wie den von Kampfpanzern. Nach britischer Auffassung wäre es einfacher, nur zwischen Gerät in aktiven Verbänden und sonstigem Gerät (d.h. solchem in mobilmachungsabhängigen Verbänden und in der Kriegsreserve) zu unterscheiden und von einer spezifischen Kategorie von „mobilzumachendem" Gerät abzusehen. Die Briten hielten ferner an ihrer ursprünglichen Präferenz fest, wonach ein Vorschlag zur Präsenz-Beschränkung ausschließlich auf stationierte Kräfte abstellen und einheimische Kräfte aussparen sollte.

Von den im amerikanischen Papier zur Diskussion gestellten Maßnahmen zur Transparenz-Verbesserung wurde vor allem der Vorschlag ständiger Beobachter kontrovers diskutiert. F wiederholte seine bekannte Ablehnung der Legitimation einer ständigen Präsenz sowjetischer Beobachter auf westlicher Seite. I plädierte in abgeschwächter Form im gleichen Sinn. GB unterstützte dagegen den Vorschlag eines Austauschs mobiler Beobachter.

6) Informationsaustausch

D2A legte die politische Bedeutung dar, die einer gemeinsamen Bündnisposition zum Informationsaustausch nach dem jüngsten östlichen Angebot zum Datenaustausch zukommt. Es komme darauf an, einen Ausweg aus dem Dilemma zu finden, vor dem der Westen stehe: Der Westen wolle seine Verhandlungsposition zu Flugzeugen nicht durch den Datenaustausch präjudizieren lassen. Andererseits würde er durch eine Verweigerung eines solchen Austausches dem Osten das Argument in die Hand spielen, der Westen kneife, weil er seine „Überlegenheit" in dieser Kategorie nicht zugeben wolle.

Die Diskussion führte zu keiner Klarheit darüber, wie der Westen nach Beginn der Verhandlungen auf das absehbare Verlangen des Ostens nach Einbeziehung der Luftstreitkräfte in einen Datenaustausch reagieren soll. Einverständnis bestand, daß der Datenaustausch bei den KRK-Verhandlungen von den Verhandlungsvorschlägen nicht losgelöst werden sollte. Demzufolge würde der

Fortsetzung Fußnote von Seite 759

US wollen nunmehr ihr Arbeitspapier im Licht der Diskussion überarbeiten. Wir haben auf die Notwendigkeit von Maßnahmen hingewiesen, die darauf angelegt sind, die Fähigkeit zum Überraschungsangriff zu beschneiden und die Wirkung von Limitierungen und Reduzierungen abzusichern und zu verstärken. Wir haben unser Arbeitspapier mit diesbezüglichen Vorschlägen eingeführt und insbesondere auf unser Interesse an Maßnahmen zur Präsenz-Reduzierung hingewiesen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 550; VS-Bd. 12269 (221); B 150, Aktenkopien 1988.

Westen in Verbindung mit einem Vorschlag zur Begrenzung und Reduzierung von Panzern und Artillerie sowie ggf. Schützenpanzern detaillierte Daten über diese Waffenkategorien auf den Tisch legen. Kontrovers blieb dagegen, ob der Westen auch Daten über Flugzeuge auszutauschen bereit sein solle. F lehnte dies ab. Die USA äußerten sich dazu widersprüchlich, schlossen sich jedoch am Ende der französischen Argumentation an.

Als Alternative zu einem allgemeinen Datenaustausch bei den 23 warb F erneut für den Gedanken eines solchen Austauschs bei den VSBM-Verhandlungen. Trotz Nachfragens wich F jedoch jeder Festlegung darüber aus, zu welchem Zeitpunkt ein Datenaustausch bei den 35 stattfinden solle und welche Kategorien er umfassen solle.

7) Nächstes Treffen

Die nächste Quint soll am 14.6.1988 in Washington stattfinden.[21]

Gruber

VS-Bd. 13487 (212)

21 Botschafter Holik, z. Z. Washington, berichtete am 15. Juni 1988 über die KRK-Konsultationen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der USA (Quint) vom Vortag, wichtigstes Ergebnis sei die Einigung auf eine Formulierung für die zweifach verwendbaren Systeme gewesen, die mit der UdSSR in Wien sondiert werden solle: „Der Meinungsaustausch über die vom Westen einzuschlagende Strategie zum Datenaustausch führte zu keiner Übereinkunft. Der Gedanke, bei den 23-Verhandlungen einen frühen, umfassenden Datenaustausch parallel zur Erörterung der Substanz-Vorschläge vorzusehen und dafür zwei Arbeitsgruppen einzurichten, fand keine Unterstützung. Bei der Diskussion über die Substanz eines westlichen Verhandlungsvorschlags zeigte sich, daß F (d'Aboville) unverändert Parität in ganz Europa zwischen den beiden Bündnissen ablehnt und gleiche Obergrenzen nur zwischen der WEU und einem östlichen Gegenstück als einem unter mehreren Elementen eines westlichen Vorschlags akzeptieren will. Die USA zeigten grundsätzliche Bereitschaft, sich auf eine erweiterte Region Europa-Mitte einzulassen, die von Portugal bis zu den Militärbezirken Wolga und Ural reichen würde. Es wurde vereinbart, bis zum nächsten Quint-Treffen in Paris am 8./9. August ein ‚Baustein-Papier' zu erarbeiten. Es soll Bausteine für einen westlichen Verhandlungsvorschlag zusammenstellen, dabei identifizieren, über welche Elemente eines Vorschlags schon Konsens in der Quint und der HLTF besteht, sowie für die Fragen, wo es noch keine Gemeinsamkeit gibt, Optionen für eine Lösung aufzeigen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2490; VS-Bd. 14159 (010); B 150, Aktenkopien 1988.

139

Botschafter Seitz, Neu Delhi, an das Auswärtige Amt

Schriftbericht Nr. 822 **5. Mai 1988**[1]

Betr.: Besuch des indischen Premierminister Rajiv Gandhi in der Bundesrepublik Deutschland[2];
hier: Deutsch-indische Wirtschaftsbeziehungen

Bezug: Schrifterlaß vom 21.4.1988 – 340-321.10 – (Ziff. 3.3)[3]

2 Doppel

Doppel für BMWi, Referat VB6; BMZ, Referat 101; BMFT, Referat 226 unmittelbar

Zur Unterrichtung auf Weisung

I. 1) Die deutsch-indischen Wirtschaftsbeziehungen befinden sich in einer mittelfristig entscheidenden Phase: Unsere beiden Hauptkonkurrenten (USA, Japan) sind mit aller Kraft dabei, in Indien wirtschaftliche Schlüsselsektoren zu besetzen. Wird es uns gelingen, mit ihnen Schritt zu halten?

2) Bei den Exporten ist unsere gegenwärtige Marktposition als zweitwichtigster Lieferant (hinter Japan) noch ausgezeichnet. Jedoch droht Japan mit seiner groß angelegten Export-Offensive, die von einer starken Steigerung der Entwicklungshilfe angetrieben wird, den Abstand zu uns weiter zu vergrößern.

3) Unsere Position als industrieller Kooperationspartner Indiens ist nur scheinbar gut: Wir rangieren nach der Zahl der „industrial collaborations" in den letzten Jahren auf Platz zwei, knapp hinter USA. Bei den entscheidenden Direktinvestitionen sind wir weit abgeschlagen hinter den USA und seit jüngster Zeit auch hinter Japan.

4) Unsere traditionell privilegierte Entwicklungszusammenarbeit (jährlich rund 650 Mio. ODA[4]) schafft grundsätzlich eine solide Basis zum Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen. Wir müssen jedoch unser EZ-Konzept überprüfen und dafür sorgen, daß künftig verstärkt Hochtechnologieprojekte einbezogen werden.

5) Der vielleicht entscheidende Schwachpunkt unserer Wirtschaftsbeziehungen zu Indien: Es fehlte unserer Wirtschaft (und Politik) bisher ein langfristiges strategisches Indien-Konzept. Die halbherzige Investitionsbereitschaft gerade

1 Der Schriftbericht wurde von Botschaftsrat I. Klasse Holl, Neu Delhi, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat Lohkamp am 11. Mai 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Elias verfügte und handschriftlich vermerkte: „Ein deutlicher Bericht; empfehle Weiterleitung; Aufnahme in Mappe ist vorgesehen."
Hat Elias am 11. Mai 1988 vorgelegen, der zum Vermerk von Lohkamp handschriftlich vermerkte: „Ja."

2 Zum Besuch des Ministerpräsidenten Gandhi vom 6. bis 8. Juni 1988 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 167.

3 Vortragender Legationsrat Elias bat die zuständigen Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amts sowie die Bundesministerien für Wirtschaft und für wirtschaftliche Zusammenarbeit, das Presse- und Informationsamt und die Botschaft in Neu Delhi um Themenbeiträge und Gesprächsführungsvorschläge für den Besuch des Ministerpräsidenten Gandhi vom 6. bis 8. Juni 1988 in der Bundesrepublik. Vgl. Referat 340, Bd. 156146.

4 Official Development Assistance.

im mittleren und kleineren Unternehmensbereich zeigte, daß Indien noch nicht als einer der potentiell bedeutendsten Märkte des 21. Jahrhunderts erkannt worden war. Wie Technogerma India 88[5] beweist, hat unsere Industrie nun erkannt, daß Indien mehr als jedes andere Land der Dritten Welt hervorragende Chancen für den Wirtschafts- und Technologieaustausch bietet. Aus dieser Erkenntnis müssen jedoch nun voll die Konsequenzen gezogen und unser industrielles Engagement mit langem Atem zielstrebig und durchdacht aufgebaut werden. Sonst fährt der Zug ab, sind die Positionen im Jahr 2000 von USA und Japan besetzt.

6) Technogerma India 88 erfüllte die Funktion einer doppelten Bewußtseinsbildung: Indien erkennt wieder deutlicher, daß auch wir Spitzentechnologie liefern können. Wir erkennen verstärkt, daß Indien ein hochinteressanter Wirtschaftspartner schon heute, vor allem aber für morgen ist. Dieser Prozeß des Bewußtwerdens ist jetzt erfolgreich in Gang gesetzt. Wir dürfen in unseren Bemühungen nicht nachlassen, ihn vor allen bei den mittleren und kleineren Unternehmen mit Nachdruck zu fördern.

II. Im einzelnen

1) Das Bild des Wirtschaftspartners Indien

Jeder Deutsche kennt das Indien der Armut, der Schlangenbeschwörer und Witwenverbrennungen. – Gewiß gibt es dieses Indien, in der Nomenklatur der Vereinten Nationen ein „most seriously affected country“ (MSAC). Ein Drittel seiner Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze („poverty line“), in abgelegenen Regionen teilweise noch auf Steinzeitniveau. Doch es gibt nicht nur dies.

Wenig bekannt ist bei uns das moderne Indien, das mit 100 Mio. Menschen schon heute am modernen Wirtschaftskreislauf teilnimmt, mit 100 Mio. Konsumenten langlebiger Verbrauchsgüter, Arbeitnehmern, Produzenten, von denen 30–40 Mio. den Lebensstandard des Mittelstandes in der Bundesrepublik Deutschland der 50er Jahre erreichen. Wenige wissen, daß es eine Bevölkerungselite gibt, die auf britischen oder amerikanischen Universitäten studiert hat, auf internationalen Kongressen auftritt, jährlich mehrfach zu Geschäftsreisen nach Europa oder USA aufbricht. Mit einem BSP von 2350 Mrd. Rs[6] (1986/87 geschätzt = ca. 400 Mrd. DM, die Kaufkraft liegt allerdings wesentlich höher) besetzt Indien weltweit Platz 12. Als Abnehmer der deutschen Exportwirtschaft lag es 1987 mit 3231 Mio. DM unter allen Ländern auf Platz 24, unter denen der Dritten Welt auf Platz 2 (hinter China). Es übertrifft klar Länder wie Brasilien (2666 Mio. DM) oder Saudi-Arabien (2580 Mio. DM), aber auch sozialistische Länder wie Polen, ČSSR oder Ungarn.

Indien hat bei uns oft keine gute Presse. Während den aufstrebenden ASEAN-Ländern hohes Interesse gilt, wird Indien sogar in Fachpublikationen wie denen des Ostasiatischen Vereins gelegentlich unter „ferner liefen“ abgehandelt.

5 Vom 14. bis 20. März 1988 fand in Neu Delhi die Industriemesse „Technogerma India ’88“ statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Elias vermerkte dazu am 12. April 1988: „An dieser Leistungsschau der deutschen Wirtschaft nahmen rd. 270 Firmen teil, im Rahmen der Ausstellungen fanden über 100 Symposien und Gesprächskreise für indische Wirtschaftler und Wissenschaftler statt. Die Technogerma war nach Ansicht unserer Botschaft und der beteiligten deutschen Firmen ein voller Erfolg. […] Die höheren Weihen erhielt die Ausstellung durch den Besuch von PM Gandhi am letzten Tage.“ Vgl. Referat 340, Bd. 144688.

6 Rupees.

Eine kleine Gruppe deutscher Unternehmen (Siemens, Bosch, Daimler-Benz, Großchemie, AEG, Deutsche Bank), die seit Jahrzehnten oder – wie Siemens – über ein Jahrhundert in Indien tätig sind, kennen die Bedeutung dieses Partners. Ihr Bestreben ist darauf gerichtet, ihre Präsenz auf diesem hochinteressanten Zukunftsmarkt zu stärken und gegen die Konkurrenz der USA und Japans zu sichern. Die Mehrzahl der mittleren und kleineren deutschen Unternehmen aber haben Indien – trotz Technogerma India 88 – bis heute nicht wirklich entdeckt.

2) Bilateraler Handel

Der deutsche Indienexport ist nach stürmischem Wachstum in den Jahren 1984 und 1985 (+ 24% und + 28%) infolge der DM-Aufwertung 1986[7] erstmals seit 1982 geringfügig (– 0,2%) zurückgegangen. Auch 1987 kam es zu einer Verminderung unserer Indienausfuhr (– 4,1%), die damit 3231 Mio. DM ausmacht. Mit diesem Ergebnis liegt Indien hinter China – allerdings mit weitem Abstand – auf Platz 2 unter den Abnehmerländern in der Dritten Welt.

Nach den jüngsten vom indischen Handelsministerium veröffentlichten Zahlen (1.4.–31.12.1987) hält die deutsche Ausfuhr 9,2% Marktanteil und liegt hinter Japan (9,6%) vor USA (8,9%) auf Platz 2.

So erfreulich unsere Lieferantenposition ist, so problematisch erscheint unsere Abnehmerposition. Hier liegen wir auf Platz 5 mit einem Anteil von 6,5% an der indischen Gesamtausfuhr, weit hinter den USA (18,2%), SU (12,9%), Japan (10,3%), und noch hinter GB (6,7%). Erfreulicherweise hat die indische Ausfuhr nach Deutschland auf Rupie-Basis (indische Statistik) 1987 um 45,8% zugenommen. Nach der deutschen Statistik ist unsere Einfuhr aus Indien 1987 (auf DM-Basis) um 13,7% gestiegen.

Nach wie vor aber bleibt zwischen unserer Ausfuhr (3231 Mio. DM) und Einfuhr (1604 Mio. DM) ein erhebliches Defizit, das unsere Handelsbeziehungen zu Indien belastet. Das von beiden Regierungen initiierte Exportförderungsprogramm, das Anfang 1988 angelaufen ist, läßt sich „politisch gut verkaufen", dürfte jedoch erst mittelfristig „greifen" und zur Verringerung des indischen Defizits beitragen.

3) Investitionen, Gemeinschaftsunternehmungen

Nicht den Chancen gerecht wird die Entwicklung der deutschen Investitionen. Wir fallen immer stärker gegenüber den USA, und auch gegenüber Japan zurück.

Nach der in Indien üblichen Zählweise der seit 1957 registrierten „Industrial Collaborations" liegen wir mit insgesamt 2068 Industriekooperationen (31.1.1988) optisch gut auf Platz 3 hinter GB (2285) und USA (2174). Noch günstiger scheint der Vergleich der letzten fünf Jahre. Zwischen 1982 und 1987 wurden 786 deutsch-indische Kooperationen registriert. Damit liegen wir hinter den USA (976) sogar auf Platz 2 vor GB (751).

[7] Bei ihrem informellen Treffen vom 4. bis 6. April 1986 in Ootmarsum kamen die Finanzminister der EG-Mitgliedstaaten überein, die Währungsparitäten im Europäischen Währungssystem neu festzusetzen. Mit Wirkung vom 7. April 1986 wurden die DM und der niederländische Gulden um 3% sowie der belgische Franc, der luxemburgischen Franc und die dänische Krone um 1% aufgewertet. Italienische Lira und irisches Pfund blieben unverändert, während der französische Franc um 3% abgewertet wurde. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministeriums der Finanzen vom 6. April 1986; Referat 412, Bd. 168785. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, I, Dok. 89.

Doch diese Zahl, mit der wir natürlich nach außen hin arbeiten, um die eindrucksvolle Präsenz der deutschen Wirtschaft in Indien zu dokumentieren, ist trügerisch:

– Zunächst nennt sie nur die registrierten, nicht aber die tatsächlich existierenden Kooperationen. Wir schätzen, daß sich die heute existierenden deutsch-indischen Kooperationen nur auf rund 800 belaufen.

– Vor allem aber: Der ganz überwiegende Teil der „Kollaborationen" (rund drei Viertel) entfällt auf Lizenzverträge. Es ist ein einmaliger Verkauf von Technologie, verbunden für eine Weile mit Zulieferungen von Komponenten und Royalties-Einnahmen für die Dauer der Laufzeit des Vertrages. Mit Auslaufen des Vertrages ist die „Kooperation" Vergangenheit. Eine Dauerposition auf dem großen Zukunftsmarkt Indien wird so nicht erworben.

  Als Beispiel sei die 1955 abgeschlossene, anfangs sehr fruchtbare Technical Collaboration zwischen Daimler-Benz und dem (zur Tata-Gruppe gehörenden) indischen Unternehmen Telco genannt. Nachdem Telco einmal das technologische Know-how des deutschen Partners absorbiert hatte, endete die technische Kollaboration. Daimler-Benz würde es heute begrüßen, wenn es damals einen höheren Anteil an Telco erworben hätte als die rund 10%, die Daimler-Benz keinen Einfluß geben. In richtiger Einschätzung des indischen Marktes verhandelt Daimler-Benz mit Telco jetzt über eine neue Zusammenarbeit.

– Nur rund ein Viertel der „industrial collaborations" sind echte Gemeinschaftsunternehmen (Joint-ventures) mit Kapitalbeteiligung. Nur diese Investitionen aber sind der Garant einer langfristigen Präsenz auf dem indischen Markt. Nur durch sie werden die Positionen für die Zukunft besetzt. Nach einer Studie der Deutsch-Indischen Handelskammer (DIHK) betrug die Zahl der deutsch-indischen Gemeinschaftsunternehmen Ende 1987 184.

– Die Zahl der Gemeinschaftsunternehmen sagt noch nichts über die Höhe der Investitionen aus. Nach unseren eigenen Zahlen (DIHK-Studie, Bundesbank) dürften die deutschen Investitionen in Indien ca. 400 Mio. DM ausmachen. Kumulierte Vergleichszahlen für USA und Japan fehlen.

Aufschlußreich sind die vom indischen Industrieministerium veröffentlichten Jahreszahlen für ausländische Investitionen in Indien. Danach beliefen sich die Gesamtinvestitionen amerikanischer Unternehmen von 1981–1987 auf 1289 Mio. Rs, die japanischen auf 637 Mio. Rs, die deutschen (Platz 3) nur auf 585 Mio. Rs (es folgt GB mit 338 Mio. Rs).

Vor allem unsere amerikanischen Konkurrenten haben seit 1985 mächtig zugelegt. Von den ausländischen Gesamtinvestitionen hatten die USA regelmäßig einen Anteil von rund einem Viertel. In absoluten Zahlen: 1985 400 Mio. Rs (= 31,7 % der Gesamtinvestitionen), 1986 294 Mio. Rs (= 26,7 %) und 1987 295 Mio. Rs (22,9 %).

Bei den japanischen Investitionen (die Spitzen liegen in den Jahren 1982 und 1985) ist zu berücksichtigen, daß diese zu einem erheblichen Teil auf die Beteiligung an der PKW-Herstellung des Maruti entfallen. Die kürzlich beschlossene Produktionserweiterung des Unternehmens, verbunden mit einer Erhöhung des japanischen Kapitalanteils auf 40% (d.h. die in Indien gesetzlich zulässige Obergrenze einer ausländischen Kapitalbeteiligung), läßt einen weiteren Investitions-

stoß der Japaner erwarten. Die indische Presse bezifferte den (von Suzuki zu erbringenden) Fremdwährungsanteil der Neuinvestitionen mit 12 Mio. $ (156 Mio. Rs).

Im Vergleich zu der dynamischen Investitionsstrategie der Amerikaner und Japaner, die durch direkte Kapitalbeteiligungen den indischen Markt von innen her besetzen, fällt die deutsche Wirtschaft mit ihren Investitionen zurück. „Einmalgeschäfte" werden immer noch gegenüber dem langfristigen Engagement bevorzugt.

4) Deutsch-indische Entwicklungszusammenarbeit

Indien ist seit je der bedeutendste Empfänger deutscher (und internationaler) EZ. Bei den jüngsten Regierungsverhandlungen (April 1988)[8] wurde über einen Gesamtbetrag von 672,44 Mio. DM (einschließlich reprogrammierter Mittel) verhandelt. Davon entfallen 395 Mio. DM auf FZ. Einschließlich reprogrammierter Mittel des Vorjahres beläuft sich unsere FZ 1988 auf 448,44 Mio. DM. Davon sind 182 Mio. DM für Projektfinanzierung im Wege der Mischfinanzierung im Mischverhältnis 1:1. Die Projekthilfe beträgt somit insgesamt 364 Mio. DM. Weltweit ist der Lieferanteil der deutschen Wirtschaft an den Auszahlungen aus unserer Kapitalhilfe auf 85,6% (1986) anzusetzen (vgl. RE vom 22.1.1988 – 400-440.09[9]). Spezifische Zahlen für Indien liegen zwar nicht vor. Jedoch zeigt die tägliche Praxis, daß auch in Indien der deutsche Lieferanteil ganz erheblich ist.

Hinzu kommen Einzelposten der FZ wie allgemeine Warenhilfe (45 Mio. DM) und Ausrüstungshilfe (60 Mio. DM), die ausschließlich der deutschen Wirtschaft zugute kommen. Die Annahme erscheint nicht unrealistisch, daß Güterexporte im Gesamtwert von 450–470 Mio. DM unmittelbar oder mittelbar auf Grund der FZ erfolgen.

Unsere Projekthilfe konzentriert sich auf die Schwerpunkte Energie und Transportwesen. Wir finanzieren konventionelle Kraftwerke, Stein- und Braunkohleexplorationen, den Bau von Eisenbahnwaggons usw., Technologien, die im wesentlichen ausgereift sind. Hier stellt sich die Frage, ob wir künftig in verstärktem Maße die indischen Bemühungen im Hochtechnologiebereich zu finanzieren bereit sind (z.B. im Bereich der erneuerbaren Energien oder moderner Transportsysteme). Unsere EZ sollte das technologische Niveau widerspiegeln, das die deutsch-indische industrielle Zusammenarbeit und Forschungszusammenarbeit inzwischen erreicht haben.

8 Die deutsch-indischen Regierungsverhandlungen über die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) fanden vom 11. bis 13. April 1988 statt. Vgl. dazu das Fernschreiben Nr. 7 des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 13. April 1988; Referat 340, Bd. 144659.

9 Vortragender Legationsrat I. Klasse Borchard unterrichtete über den Anteil der deutschen Wirtschaft an Aufträgen aus Entwicklungshilfeprojekten der Bundesrepublik: „Der überwiegende Teil unserer EH-Leistungen fließt in Form von Aufträgen der Entwicklungsländer (EL) wieder an die deutsche Wirtschaft zurück, obwohl unsere Hilfe – abgesehen von Lieferungen des Schiffsbaus sowie von Lieferungen und Leistungen aus anderen sensiblen Wirtschaftsbereichen – grundsätzlich ohne Lieferbindung vergeben wird. […] Ferner hat sich durch Einführung des Instruments der Mischfinanzierung (Mischung von FZ-Mitteln mit einem kommerziellen Finanzkredit, der durch Hermes-Bürgschaft abzusichern ist) eine indirekte Lieferbindung für einen Teil unserer FZ ergeben, da Hermes-Bürgschaften nur für deutsche Ausfuhren übernommen werden. Nicht zuletzt aufgrund dieser Faktoren hat der Anteil der deutschen Wirtschaft an Entwicklungsprojekten, die aus unserer Kapitalhilfe finanziert werden, im Jahr 1986 85,6% erreicht." Vgl. den Schrifterlaß; Unterabteilung 33, Bd. 146693.

5) Langfristiges Indienkonzept

Wenngleich eine Reihe bedeutender deutscher Unternehmen (u. a. Siemens, Bosch, Daimler-Benz, Großchemie, AEG, Deutsche Bank) Indien als selbstverständlichen Partner betrachten, fehlte der deutschen Wirtschaft insgesamt bisher ein langfristiges, strategisch angelegtes Indienkonzept. Die Entscheidung für technische Zusammenarbeit und Investitionen wurde allzu oft nur halbherzig betrieben nach Motto: „Nur das unbedingt Notwendige!" Neuankömmlinge ließen sich durch die indische Bürokratie abschrecken. Ihnen ist nicht bewußt, daß alle ausländischen Unternehmen, die hier einmal Fuß gefaßt haben, gute Gewinne erzielen und das Land nicht mehr verlassen wollen.

Die China-Euphorie und die damit Hand in Hand gehende Unterschätzung des indischen Wirtschaftspotentials hat unserer Präsenz in Indien geschadet. Sie hat manche Fehlentscheidung begünstigt. Klassisches Beispiel ist die Entscheidung der Volkswagen AG, eine Produktionsstätte in China – statt Indien, für das ein unterschriftsreifer Vertrag vorlag – zu errichten.[10] Das Argument der Volkswagen AG lautete damals, daß die personellen und materiellen Voraussetzungen für zwei Großprojekte (d. h. China und Indien) nicht gegeben seien. In die Lücke sprang Suzuki, das binnen fünf Jahren die Produktion des Erfolgsautos Maruti auf jährlich 100 000 steigerte. Bei den Neuzulassungen erreicht der Maruti heute 80 %. Diesen Erfolg hätte Volkswagen einstreichen können. Die Produktionsziffer der Volkswagen AG in China liegt nach meiner Kenntnis ungleich niedriger als die des Maruti in Indien (10 000 gegen 100 000). Japan scheint sich schon heute eine dominierende Positon auf dem indischen PKW-Markt gesichert zu haben.

Aufschlußreich sind auch die folgenden soeben veröffentlichten Zahlen: Von 15 Anträgen auf Genehmigung ausländischer Kollaborationen auf dem Automobilsektor, die der indischen Regierung derzeit vorliegen, entfallen je vier auf Japan und SU, drei auf F, zwei auf I und nur einer auf D (BMW) sowie NL.

6) Psychologischer Wandel

Technogerma India 88 war ein sehr erfolgreicher „Startschuß" in die Zukunft. Damit ist das Rennen jedoch erst eröffnet. Die deutsche Industrie – dieses Fazit läßt sich aus Technogerma India 88 ziehen – hat begonnen, die Chancen voll zu erkennen, die der indische Markt langfristig bietet. Vor allem bei manchem mittelständigem Unternehmen – sie sind die Stärke unserer Außenwirtschaft – dürfte jedoch ein langfristiges strategisches Indienkonzept noch nicht erarbeitet worden sein.

Wie es in unserem Indienbild ein Defizit gibt, bedarf auch das indische Deutschlandbild der Korrektur. Die Positionen als führende Hochtechnologieländer halten in der hiesigen Öffentlichkeit inzwischen die USA und Japan besetzt. Von

10 Am 10. Oktober 1984 unterzeichneten das Volkswagenwerk und verschiedene chinesische Partner in Peking einen über 25 Jahre laufenden Vertrag zur Gründung der „Shanghai Volkswagen Automotive Corporation Limited", an der Volkswagen und die chinesische Seite zu je 50 % beteiligt waren. Das Grundkapital des Joint-venture betrug 200 Mio. DM. Vorgesehen war, in einem noch auszubauenden Werk in Anting bei Schanghai ab 1989 20 000 Personenwagen vom Typ „Santana" sowie ab 1990 100 000 Motoren zu produzieren. Vgl. dazu den Artikel „Bundeskanzler Kohl trifft Deng Hsiao-ping. ‚Für ein einiges und starkes Europa'"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 11. Oktober 1984, S. 2.

uns (und den übrigen Europäern) ist in den Medien selten die Rede, allenfalls von der Raumfahrtmacht Frankreich.

Wenn man das Fachpublikum befragt, stellt man allerdings fest, daß die deutsche Wirtschaft als Partner und Technologielieferant nach wie vor in hohem Ansehen steht. Eine Studie der DIHK erbrachte das Ergebnis, daß die indischen Partner in deutsch-indischen Gemeinschaftsunternehmen nahezu einhellig (97,4%!) auch künftig wieder mit einem deutschen Partner ein Joint-venture starten würden. Diese Zahl spricht für sich.

Der indische Markt läßt sich nicht mit der linken Hand erobern. Japaner und Amerikaner machen uns vor, wie man unter Einsatz des gesamten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Instrumentariums nach außen hin geschlossen auftritt und die öffentliche Meinung in Indien entscheidend prägt. Demgegenüber agiert der deutsche Unternehmer weiterhin als „Einzelkämpfer", nicht selten als schärfster Konkurrent eines anderen deutschen Unternehmens.

Wir wollen nicht die Japaner kopieren. Doch ein höheres Maß an Geschlossenheit und Konzeptionalität ist nötig (siehe DB zum deutschen und japanischen Auftreten auf der Herbstmesse IITF, Nr. 1316 vom 1.12.1987 – Wi 1 – 412.30[11]). Das Signal muß durch die Bundesregierung gesetzt und von unserer Wirtschaft in voller Breite übernommen werden. Entscheidend ist eine wesentliche Steigerung unserer Investitionen. Nur durch eine fortgesetzte Aktion in breitem Stil unter Einbeziehung der mittleren und kleineren Unternehmen, die mit ihrem Innovationspotential die besondere Qualität unserer Außenwirtschaft ausmachen, ist die deutsche Präsenz auf dem großen indischen Markt des 21. Jahrhunderts gewährleistet.

Ich bitte, ein Doppel dieses Berichts an den ChBK[12] weiterzuleiten.

[gez.] Seitz

Referat 340, Bd. 156146

11 Botschafter Seitz, Neu Delhi, zog eine Bilanz der India International Trade Fair (IITF) vom 14. bis 29. November 1987: „Von der Bundesrepublik waren diesmal nur 13 Aussteller gekommen, zumeist kleinere Firmen. Die Begründung liegt z.T. in der im März '88 stattfindenden Technogerma. Die deutschen Firmen waren mit Ausstellern anderer Länder in einer großen Halle zusammengewürfelt und fielen kaum als Einheit auf – was in diesem Falle kein Schaden war. Ausgestellt wurden in zumeist anspruchslosen Ständen Nähmaschinen, Fischfutter, Maschinen für Kunstschmiedearbeiten und Holzschnitzereien, Komponenten wie kontaktlose Schalter und z.T. überhaupt nur Plakate. Das Kontrastprogramm war im Pavillon Japans zu sehen: Die japanische Ausstellung stand konsequent unter einem Thema: Hi-Tech. Der in silbergrau gehaltene Innenraum des Pavillons war erfüllt vom flimmernden Licht der Fernsehgeräte, die zu Rockklängen ein Bild des heutigen Japan zeigten: ‚This is Japan.' In diesem Licht drehten sich Industrieroboter, boten sich Computer-Steueranlagen für Werkzeugmaschinen dar, glänzten Geräte der Unterhaltungselektronik und medizinische Geräte; und in dieses Hi-Tech-Licht waren auch das glitzernde Yamaha-Motorrad und der weiße Suzuki-Personenwagen (unter dem Namen Maruti der Marktrenner in Indien) eingetaucht." Vgl. Referat 422, Bd. 149513.

12 Korrigiert aus: „ChBA".
Wolfgang Schäuble.

140

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger

012-9-303.13 **6. Mai 1988**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: Programm-Werkstatt der SPD „Für eine Europäische Friedensordnung“ am 5.5.1988

Anlg.: 2[3]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Die SPD veranstaltet zur Zeit eine Reihe von Werkstattgesprächen. Sie sollen einerseits verschiedene gesellschaftliche Gruppen in die Programmdiskussion einbeziehen, besonders aber die wichtigsten Forderungen des Irseer Programmentwurfs[4] der Öffentlichkeit vorstellen.

Das Werkstattgespräch am 5.5.1988 hatte als Thema „Für eine europäische Friedensordnung“. Höhepunkt war ein Disput zwischen Kanzleramtsminister Dr. Schäuble und Egon Bahr über die „Politik und Rolle der beiden deutschen Staaten für eine europäische Friedenssicherung“.

Das Gespräch verlief sachlich; häufig wurden Gemeinsamkeiten in der Praxis unterstrichen, dann aber auch rhetorische Unterschiede zum Teil als Sachdifferenzen dargestellt.

Egon Bahr bemühte sich, die SPD als die Partei herauszustellen, die eine pragmatische Außenpolitik mit Perspektiven und neuen Ideen gerade im Bereich der Sicherheitspolitik verbindet.

II. Der Disput über „Politik und Rolle der beiden deutschen Staaten für eine europäische Friedensordnung“ im einzelnen:

1) BM Schäuble warnte in seinem Eingangsstatement davor, die politischen Möglichkeiten beider deutscher Staaten zu überschätzen, die Gegensätze zu verharmlosen und durch eine deutsche Sonderrolle das Mißtrauen der jeweiligen Verbündeten hervorzurufen. Es liege nur in unserer Kompetenz, eingebunden in das westliche Bündnis die Zusammenarbeit und den Dialog mit der DDR zu

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pleuger und Legationssekretärin Sparwasser konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 9. Mai 1988 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Jansen am 27. Mai 1988 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 012 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Vorlage konnte BM nicht vorgelegt werden.“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pleuger am 30. Mai 1988 erneut vorgelegen.

3 Dem Vorgang nicht beigefügt.

4 Auf ihrem Parteitag vom 17. bis 21. April 1984 in Essen beschloß die SPD die Einsetzung einer Kommission, die ein neues Grundsatzprogramm erarbeiten sollte. Die Kommission unter Leitung des SPD-Vorsitzenden Brandt legte dem SPD-Parteitag vom 25. bis 29. Mai 1986 in Nürnberg als „Zwischenbericht“ den „Irseer Programmentwurf“ vor. Dieser sollte im Anschluß von den Parteigliederungen diskutiert und im Lichte der Ergebnisse durch eine erweiterte Programmkommission überarbeitet werden. Vgl. ENTWURF FÜR EIN NEUES GRUNDSATZPROGRAMM DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS. Irsee, Juni 1986, Bonn 1986.

fördern. Ziel sei dabei die Erlangung menschlicher Erleichterungen und das Offenhalten der Deutschen Frage.

Egon Bahr kritisierte die Aufnahme der Wiedervereinigung als vorrangiges Ziel in das CDU-Grundsatzpapier; dies entspreche nicht der Realität und sei ein bloßes Lippenbekenntnis. Es gelte, Unterschiede zwischen den politischen Systemen der beiden deutschen Staaten nicht zu übersehen; es dürften aber keine Konditionen für die Aufnahme des Dialogs gestellt werden. Die Ideologiediskussion zwischen SPD/SED[5] sei ein richtiger Schritt.

Die beiden deutschen Staaten hätten durch ihre Geschichte, Kultur, Geographie die Pflicht, eine Sonderrolle in der Friedenssicherung zu übernehmen. Dies müsse selbstverständlich in Abstimmung mit unseren Partnern geschehen.

Egon Bahr schlug vor, BK Kohl solle mit Staatsratsvorsitzendem Honecker über gemeinsame Abrüstungsziele beraten. Er sehe nicht ein, warum nur die Großmächte über ihre Abrüstungsinteressen beraten sollten, nicht aber beide deutschen Staaten.

2) Zum Thema atomwaffenfreie Zonen[6], Abschaffung von chemischen Waffen vertraten die beiden Disputanten folgende Auffassungen:

BM Schäuble lehnte atomwaffenfreie Zonen als Auflösung eines einheitlichen Sicherheitskonzepts ab; der Zusammenhalt des Bündnisses würde durch sie gefährdet. Die Bundesrepublik Deutschland werde 1992 keine chemischen Waffen mehr auf ihrem Territorium lagern.[7] Er sprach sich gegen die Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa[8] aus; Ziel sei die weltweite Abschaffung der C-Waffen.

Egon Bahr wandte ein, daß eine atomwaffenfreie Zone wegen der weiterhin existierenden see- und luftgestützten Systeme keine Denuklearisierung Mitteleuropas bedeute; sie würde das System der Abschreckung nicht in Frage stellen.

Wenn die weltweite Ächtung von C-Waffen in absehbarer Zeit nicht gelänge, sei es doch in jedem Fall wünschenswert, daß nicht nur die[9] Bundesrepublik keine

5 Am 27. August 1987 veröffentlichten SPD und SED in Bonn bzw. Ost-Berlin das Grundsatzpapier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“. Für den Wortlaut des Grundsatzpapiers vgl. VORWÄRTS, Nr. 35 vom 29. August 1987, S. 31–34. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, II, Dok. 240.

6 Zu den von SPD und SED am 21. Oktober 1986 vorgestellten Grundsätzen für einen atomwaffenfreien Korridor vgl. Dok. 8, Anm. 15.
Am 3. April 1987 übergab der Außenminister der DDR, Fischer, Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, ein Schreiben des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, an Bundeskanzler Kohl mit dem Vorschlag, unverzüglich in Verhandlungen über die Bildung einer nuklearwaffenfreien Zone in Mitteleuropa einzutreten. Für den Wortlaut vgl. AUSSENPOLITISCHE KORRESPONDENZ 1987, S. 114 f.
Am selben Tag überreichte der tschechoslowakische Außenminister Chňoupek Botschafter Schattmann, Prag, ein gleichlautendes Schreiben des Ministerpräsidenten Štrougal an Kohl. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 379/381 des Legationsrats I. Klasse Burbach, Prag, vom 2. April 1987; Referat 214, Bd. 139659.

7 Die Wörter „Die Bundesrepublik“, „werde“ und „lagern“ wurden von Staatssekretär Sudhoff unterschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wir lagern schon jetzt nicht! Andere lagern auf unserem Territorium.“
Am Rande des Weltwirtschaftsgipfels vom 4. bis 6. Mai 1986 in Tokio erzielten Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher mit Präsident Reagan und dem amerikanischen Außenminister Shultz eine Übereinkunft über den Abzug amerikanischer Chemiewaffen vom Gebiet der Bundesrepublik bis 1992. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 139. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 27.

8 Zum Vorschlag der ČSSR und der DDR für eine chemiewaffenfreie Zone vgl. Dok. 8, Anm. 16.

9 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff unterschlängelt.

C-Waffen mehr auf ihrem Territorium lagere[10], sondern auch die DDR und die ČSSR.

3) Gefragt, wie die Situation beider deutscher Staaten im Jahr 2000 sein werde, antwortete Egon Bahr, er sei sicher, daß es beide deutschen Staaten mit unterschiedlichen Systemen noch geben werde. Er hoffe aber, daß bis dahin keine Atomwaffen mehr in ihnen stationiert seien, strukturelle Nichtangriffsfähigkeit und friedlicher Wettstreit der Systeme zwischen ihnen herrsche und die Bündnissysteme sich in Auflösung befänden.

BM Schäuble meinte, die Bündnissysteme müßten fortbestehen, solange die politischen Systeme beider deutscher Staaten unterschiedlich seien[11].

Er hoffe auf Annäherung durch Liberalisierung in der DDR.

III. Die übrigen Veranstaltungen der Programmwerkstatt:

1) Der einführende Vortrag von Oskar Lafontaine wiederholte im wesentlichen die im Irseer Entwurf enthaltenen Forderungen zur Sicherheitspolitik:

– Ablehnung der flexible response[12],
– Forderung einer Konzeption gemeinsamer Sicherheit,
– Abbau von Drohpotentialen bis hin zur strukturellen Nichtangriffsfähigkeit,
– Abschaffung chemischer Waffen,
– Einrichtung eines atomwaffenfreien Korridors.

Neu hinzu fügte er die Forderung, das Angebot des Warschauer Paktes über eine Diskussion der Militärdoktrinen[13] anzunehmen.

2) Interessant in der anschließenden Podiumsdiskussion der Hinweis von Prof. Ehmke: Er wisse, daß nach einem Wahlsieg von Präsident Mitterrand[14] die französischen prästrategischen Nuklearwaffen abgeschafft würden. Die französische atomare Abschreckung würde sich dann auf U-Boot-gestützte Waffen konzentrieren.

3) Im Arbeitskreis erläuterte Andreas von Bülow sein Konzept der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit: Gemeinsame Obergrenzen auf niedrigem Niveau bei den konventionellen Waffen, Rückzug von den Blockgrenzen und regionale Verteilung insbesondere der Panzerverbände. Gekoppelt mit vertrauenbildenden Maßnahmen ermögliche dieses System, daß ein Angreifer dem Angegriffenen automatisch unterlegen sei. Taktische Nuklearwaffen als Kompensation für konventionelle Unterlegenheit würden sich bei gemeinsamen Obergrenzen im konventionellen Bereich erübrigen.

4) In der darauffolgenden Diskussion wurden folgende Punkte besonders erörtert:

– Eine Reduzierung der konventionellen Rüstung auf derzeitiges NATO-Niveau sei für die SU nicht tragbar; die gemeinsame Obergrenze müsse deutlich darunter liegen.

10 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff unterschlängelt.

11 Die Wörter „politischen Systeme“ und „unterschiedlich seien“ wurden von Staatssekretär Sudhoff unterschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Da ist wohl was anderes gemeint.“

12 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 11, Anm. 9.

13 Zum Vorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten für Gespräche mit den NATO-Mitgliedstaaten über die jeweiligen Militärdoktrinen vgl. Dok. 105, Anm. 4.

14 Die französischen Präsidentschaftswahlen fanden am 24. April und 8. Mai 1988 statt. Im zweiten Wahlgang erhielt François Mitterrand 54,02% der abgegebenen gültigen Stimmen und Jacques Chirac 45,98%.

– Das „Erbsenzählen“, Panzer gegen Panzer, wurde fast einhellig abgelehnt; stattdessen müßten Gespräche über die Militärdoktrinen mit dem Warschauer Pakt aufgenommen werden.
– Erwähnt wurde auch, daß BM Genscher für Abrüstungsschritte werbe, die mit den NATO-Verbündeten so nicht durchsetzbar seien.[15]

Pleuger

Referat 012, Bd. 150187

141

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Witte

615-423 EG **9. Mai 1988**[1]

Herrn Staatssekretär[2] zur Information

Betr.: Informelles Treffen der EG-Kulturdirektoren in Bonn (20./21. April 1988);
hier: Ergebnis

Bezug: StS-Vorlage der Abteilung 6 vom 3. März 1988 (615-423 EG)[3]

Anlg.: 3[4]

Am 20. und 21. April 1988 habe ich in Bonn ein informelles Treffen der EG-Kulturdirektoren (d.h. der Leiter der Kulturabteilungen in den AM der EG-MS) veranstaltet.

1) Zweck des Treffens

Das Treffen diente einem Gedankenaustausch über Fragen der Auswärtigen Kulturpolitik der EG-MS gegenüber Drittstaaten.

Zugrunde lag ihm

– ein politischer Auftrag: die Feierliche Deklaration von Stuttgart (Juni 1983) sieht eine „engere Koordinierung kultureller Tätigkeiten in Drittländern im

15 Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Wer hat das gesagt? Doch nicht BM Schäuble?!“

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin von Malsen-Tilborch und Legationsrätin I. Klasse Knotz konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kudlich am 16. Mai 1988 vorgelegen.

2 Hans Werner Lautenschlager.

3 Ministerialdirektor Witte führte aus, daß die Auswärtige Kulturpolitik bislang kein Gegenstand von Beratungen zwischen den EG-Mitgliedstaaten sei: „Eine von konkreten Vorhaben unabhängige Beratung der Auswärtigen Kulturpolitik gegenüber Drittstaaten im EG-Kreis ist überfällig. […] Ich möchte in diesem Sinne während unserer EG-Ratspräsidentschaft einen ersten Versuch machen und meine Kollegen in den EG-Hauptstädten zu einem Treffen am 20./21. April 1988 nach Bonn einladen.“ Vgl. Referat 410, Bd. 141674.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 6–8.

Rahmen der Politischen Zusammenarbeit“ vor.[5] Dieser Auftrag ist – trotz verschiedener Weisungen des PK – bisher nur unvollkommen umgesetzt worden. Es fehlte die systematische Abstützung aus den Hauptstädten;

– eine sachliche Überlegung: Ein Erfahrungsaustausch, ggf. eine Abstimmung der Planungen zwischen den EG-MS kann die Effizienz ihrer Kulturarbeit in Drittländern steigern – Sachthemen waren:
  – Kulturaustausch mit den Staaten des Warschauer Pakts und mit China,
  – Kulturaustausch mit den Staaten der arabisch-islamischen Welt,
  – Zusammenarbeit unserer Kulturinstitute in Drittländern.

Das Treffen verfolgte nicht die Absicht, eine neue Institution oder Beratungsebene zu schaffen; über eine Institutionalisierung wird – wie ich gegenüber meinen Kollegen ausdrücklich betont habe – erst im Lichte weiterer Treffen zu entscheiden sein.

Das Treffen hatte informellen Charakter; sein Ergebnis ist kein als Referenzgrundlage zu verwendendes Protokoll, sondern Schlußfolgerungen des Vorsitzes (Anlage 1[6]).

2) Teilnehmer

Über Ablauf und Teilnehmer des Treffens geben die Anlagen 2[7] und 3[8] Auskunft. Acht MS waren auf Abteilungsleiterebene vertreten. EGK war vertreten, da sie zum einen auch an den EPZ-Beratungen teilnimmt, zum anderen bereits einzelne gemeinsame Vorhaben (z. B. Filmwochen) in Drittländern unterstützt.

Aufgrund der umfassenden Zuständigkeit der Sprachgemeinschaften hatte der belgische Teilnehmer nur die Funktion eines Beobachters. Auf deutscher Seite war im Hinblick auf Thematik und informellen Charakter des Treffens von einer Beteiligung der Länder abgesehen worden; KMK war jedoch über das Treffen informiert.

3) Ergebnisse

Das Treffen hatte als wichtigstes Ergebnis seine Fortführung durch die nachfolgende griechische Präsidentschaft[9] sowie zwei operative Maßnahmen.

3.1) Die Beratungen zu den Sachthemen erbrachten im einzelnen folgendes Ergebnis:

TOP 1: Zusammenarbeit mit den Staaten des Warschauer Pakts und mit China:

Bezüglich der WP-Staaten ergab sich eine weitgehende Übereinstimmung in der Beurteilung der Beziehungen (Verbesserung im Verhältnis zu SU, Probleme

5 Für den Wortlaut der vom Europäischen Rat am 19. Juni 1983 verabschiedeten Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 420–427. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 185.

6 Für die Schlußfolgerungen des Vorsitzes „Informelles Treffen der für die Auswärtige Kulturpolitik zuständigen Direktoren in den Außenministerien der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft am 20./21. April 1988 in Bonn“ vgl. Referat 410, Bd. 141674.

7 Für den Ablaufplan des informellen Treffens der für die Auswärtige Kulturpolitik zuständigen Direktoren in den Außenministerien der EG-Mitgliedstaaten am 20./21. April 1988 in Bonn“ vgl. Referat 410, Bd. 141674.

8 Für die Teilnehmerliste vgl. Referat 410, Bd. 141674.

9 Das zweite informelle Treffen der für die Auswärtige Kulturpolitik zuständigen Abteilungsleiter in den Außenministerien der EG-Mitgliedstaaten fand am 17./18. Oktober 1988 in Athen statt.

mit RUM, vergleichsweise gute Kontakte mit PL und UNG) und im finanziellen Engagement: Alle EG-MS verwenden einen vergleichsweise geringen Anteil ihres Budgets für Auswärtige Kulturpolitik für die Beziehungen zu WP-Staaten.

Bezüglich Chinas wurde übereinstimmend festgestellt, daß die Kontakte zwar quantitativ zugenommen hätten, jedoch nur die Elite daran teilhaben könne.

Operatives Ergebnis:

Kulturreferenten der EG-MS in Peking werden angewiesen, in einem gemeinsamen Bericht Entwicklungsmöglichkeiten der kulturellen Zusammenarbeit mit China zu bestimmen. Die Initiative soll von unserer Botschaft auf Grundlage einer mit unseren EG-Partnern inhaltlich abgestimmten Weisung ausgehen; parallel dazu werden unsere EG-Partner ihre Botschaften entsprechend anweisen.

TOP 2: Kulturaustausch mit den Staaten der arabisch-islamischen Welt

Die zentrale Frage nach der Auswirkung des islamischen Fundamentalismus auf die kulturelle Zusammenarbeit wurde übereinstimmend dahingehend beantwortet, daß der Fundamentalismus die Zusammenarbeit vielerorts erschwere, aber nicht unmöglich mache. Insgesamt wenden EG-MS einen vergleichsweise großen Teil ihres Budgets für die Zusammenarbeit mit arabisch-islamischen Ländern auf; die regionalen Schwerpunkte werden – historisch bedingt – sehr unterschiedlich gesetzt.

Ich habe Zusammenarbeit bei kostspieligen Kulturhilfeprojekten (z. B. Restaurierung der Sphinx von Gizeh[10]) angeregt.

TOP 3: Zusammenarbeit unserer Kulturinstitute in Drittstaaten

Eine verbesserte Zusammenarbeit der Institute wird von allen EG-MS gewünscht, insbesondere hinsichtlich der praktischen Möglichkeit, die Infrastruktur (Räumlichkeiten etc.) von EG-Partnern zu nutzen (DK z. B. verfügt über keine eigenen Kulturinstitute). Der Einfluß der Kulturdirektoren ist hier allerdings begrenzt, da die Institute zum großen Teil nicht weisungsabhängig sind; ausschlaggebend ist das Engagement der Personen vor Ort. Zu klären sind noch rechtliche Fragen.

Operatives Ergebnis

F entwirft den Text einer Empfehlung an die Kulturinstitute zur Förderung der Koordination ihrer Aktivitäten und zur Entwicklung einer großzügigen Praxis in der Frage der Nutzung von Infrastruktur durch EG-Partner. Text soll auf nächstem Kulturdirektorentreffen finalisiert werden. Praktische Umsetzung in den EG-MS erfolgt unterschiedlich je nach Grad der Weisungsgebundenheit der Institute.

3.2) Die abschließenden Beratungen zur Frage der Fortführung der Kulturdirektorentreffen erbrachten eine einstimmige Annahme der Einladung durch GR nach Athen für Oktober 1988. Hervorgehoben wurde die Bedeutung des informellen Charakters der Veranstaltung, der einen zwanglosen und informativen Meinungsaustausch fördert.

Bei Erörterung der Thematik des nächsten Treffens wollte insbesondere F Fragen der Kooperation zwischen den Zwölf nicht ausklammern. Ich habe an die seit Jahren etablierte Zusammenarbeit der EG-Kulturminister und ihre Beratungsverfahren erinnert. Der Punkt wurde nicht abschließend geklärt.

10 Korrigiert aus „Gizah“.

4) Bewertung

Das Kulturdirektorentreffen ist einem bestehenden Bedürfnis nach zwanglosem Informationsaustausch zu Sachfragen der Auswärtigen Kulturpolitik entgegengekommen. Es stellt möglicherweise den Anfang regelmäßiger Treffen dar.

Hinsichtlich der praktischen Wirksamkeit bei den operativen Maßnahmen sind noch keine Prognosen möglich: Der Auftrag an die Kulturreferenten der Zwölf in Peking ist ein erster Versuch, durch direkte Absprache zwischen den Hauptstädten die Kooperation der Zwölf bei einem konkreten Projekt zu fördern. Die Ausarbeitung der Empfehlung an die Kulturinstitute dürfte zunächst vor allem dazu dienen, gemeinsam und in Rücksprache mit den Kulturinstituten die Möglichkeiten praktischer Kooperation auszuloten.

Bei einer Fortführung der Treffen müssen wir uns einer gewissen Ambivalenz bewußt sein: EGK hat in ihrer Mitteilung „Neue Impulse für die Aktion der Gemeinschaft im kulturellen Bereich" der Zusammenarbeit der Zwölf mit Drittstaaten immerhin ein ganzes Kapitel gewidmet. Die Redebeiträge des EGK-Vertreters in Bonn und die – uns informell bekannt gewordene – Reaktion von EG-Kommissar Ripa Meana lassen eine Verstärkung der diesbezüglichen Ambitionen der EGK erkennen. Andererseits kann die Einrichtung von Kulturdirektorentreffen als Signal an EGK gewertet werden, daß die MS ihre Auswärtige Kulturpolitik als nicht vom EWG-Vertrag[11] tangiert verstehen und daher außerhalb der Brüsseler Verfahren beraten; diese Auffassung brachte z.B. die britische Vertreterin wiederholt deutlich zum Ausdruck.

Im Sinne dieses Verständnisses werden wir darauf achten müssen, daß die Beratungsmaterie in Brüssel (Zusammenarbeit zwischen den EG-MS) von der der Kulturdirektoren (Auswärtige Kulturpolitik in Drittstaaten) getrennt bleibt. Für das Folgetreffen in Athen bedeutet dies, daß wir eine Aufnahme von Themen der kulturellen Zusammenarbeit zwischen den EG-MS in die Tagesordnung so weit wie möglich verhindern sollten. Wir können hier auch praktische Argumente anführen: eine Behandlung dieser Themen außerhalb der zuständigen Brüsseler Arbeitsgruppe verspricht wenig konkrete Ergebnisse und kann dazu führen, daß aufgrund von Beteiligungsansprüchen von seiten der nationalen Kulturbehörden (bei uns KMK) das Kulturdirektorentreffen seinen von allen geschätzten Charakter einer zwanglosen Zusammenarbeit im Kollegenkreis verliert.

Witte

Referat 410, Bd. 141674

11 Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 770–963.

142

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nöldeke

320-321.36 Allg. **9. Mai 1988**[1]

Betr.: Suche nach einer Verhandlungslösung für Angola und Namibia;
hier: Gespräch zwischen dem kubanischen Vize-Außenminister Kourí und StM Schäfer am 6.5.1988 in Bonn

Am 6.5.1988 um 11.45 Uhr empfing StM Schäfer (StM) den kubanischen Vize-Außenminister Raúl Roa Kourí (VAM) zu einem etwa 40minütigen Gespräch, das der Unterrichtung der Bundesregierung über den Verlauf des Treffens von Vertretern Angolas, Kubas, Südafrikas und der USA zur Lösung des Angola-Namibia-Problems in London am 3. und 4.5.1988 diente. Aus dem Gespräch, das auf kubanische Initiative zustande kam, halte ich folgendes fest:

Im Anschluß an die Begrüßung durch StM dankte VAM für die Gelegenheit zur Unterrichtung der Bundesregierung. Er habe gestern bereits britische Regierung informiert und werde im Anschluß an den Besuch in Bonn zur Unterrichtung der dortigen Regierungen nach Madrid und Lissabon weiterreisen. Ein anderes Mitglied der kubanischen Delegation unterrichte die französische und die italienische Regierung.

Das Londoner Treffen sei in konstruktiver, herzlicher Atmosphäre verlaufen und als ein wertvoller Beitrag zum Frieden im südlichen Afrika zu werten. Hierzu habe entscheidend beigetragen, daß die südafrikanische Delegation, der unter Leitung des Generaldirektors im Außenministerium, van Heerden, auch drei Generäle[2] und der Chef des nationalen Nachrichtendienstes[3] angehört hätten, gemäßigt, verantwortlich und ohne Arroganz aufgetreten sei. Obwohl die südafrikanische Delegation nur zu „Gesprächen über Gespräche“ ermächtigt worden war, habe sie sich in bemerkenswerter Weise erneut ausdrücklich „in letter and spirit“ zu der Sicherheitsratsresolution 435[4] bekannt. Für Kuba sei die Implementierung von SR 435 und damit die Beendigung der Bedrohung Angolas durch in Namibia stationierte südafrikanische Truppen die einzige Voraussetzung für einen Truppenabzug. Kubanische Truppen sollten nicht länger als unbedingt nötig in Angola bleiben.

Weder der Zeitplan für einen Truppenabzug noch die in einer UNITA-Unterstützung gesehene Einmischung in innerangolanische Angelegenheiten seien Gegenstand einer vertieften Diskussion im Plenum gewesen.

Die südafrikanische Delegation habe die entsprechenden angolanisch-kubanischen Vorschläge vom März dieses Jahres[5] als verbesserungsfähig bezeichnet und

1 Ablichtung.
2 Johannes Geldenhuys, Neels van Tonder und J. W. Sonnekus.
3 Lucas Daniel Barnard.
4 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.
5 Zur Frage eines Abzugs der kubanischen Truppen aus Angola vgl. Dok. 129, Anm. 42.

sie damit als Grundlage für künftige Verhandlungen akzeptiert. Nach kubanisch-angolanischen Vorstellungen könnte Implementierung von SR 435 an ihrem 10. Geburtstag, dem 29.9.1988, beginnen. Der Rückzug kubanischer Truppen nach Norden würde dann am 10.10.1988 (Jahrestag der kubanischen Unabhängigkeit) in Gang gesetzt werden. Man sei im übrigen unter der Voraussetzung, daß SR 435 implementiert werde, in der Frage des Zeitplans (bisher 48 Monate) flexibel.[6]

Die kooperative Haltung Südafrikas sei auch eine Folge der Tatsache, daß es bei Cuito Cuanavale eine militärische Niederlage erlitten habe. Kubanisch-angolanische Truppenverbände seien bis auf 40 km an die namibische Grenze herangerückt.[7] Angesichts der gegnerischen Lufthoheit in Südangola könnte Südafrika weitere militärische Niederlagen nur durch eine erhebliche Verstärkung seiner Truppenpräsenz in Angola verhindern. Allerdings sei man sich auch darüber im klaren, daß es in der südafrikanischen Regierung unterschiedliche Auffassungen zu SR 435 gäbe. So habe sich die südafrikanische Delegation zum Beispiel der Erwähnung von SR 435 in der gemeinsamen Abschlußerklärung für die Presse[8] nach dem Londoner Treffen widersetzt. Dennoch halte man eine friedliche und für alle Beteiligten ehrenhafte Lösung für möglich.

Auf Frage nach dem Fortgang des Verhandlungsprozesses führte VAM aus, das nächste Treffen solle bereits in etwa zwei Wochen – entweder vor oder nach dem OAU-Gipfel vom 19. bis 27. Mai 1988[9] – voraussichtlich in Brazzaville – durchgeführt werden.[10] Die Kap Verden kämen aus lnfrastrukturgründen nicht in Betracht. Chester Crocker habe es übernommen, eine endgültige Einigung über Ort und Zeit der nächsten Begegnung herbeizuführen.[11]

6 Botschafter Freiherr von Wechmar, London, berichtete am 6. Mai 1988 von einem „eher knappen Briefing" des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Crocker: „Aus amerikan[ischer] Sicht sei das Treffen als deutlicher Fortschritt zu werten. Die Teilnehmenden Staaten hätten die politische Entscheidung getroffen, das diplomatische Gespräch wieder aufzunehmen (‚to re-engage diplomacy'). Für alle Beteiligten stünden jedoch harte Entscheidungen an. Ein Hauptproblem sei die Zeitplanung. Der ursprüngliche angolan[isch]-kuban[ische] Vorschlag eines kuban. Truppenabzugs in einem Zeitraum von vier Jahren sei ‚outlandish'. Aus US-Sicht sei der kuban. Abzug zeitlich parallel zur Implementierung von 435, also etwa innerhalb eines Jahres, durchzuführen. Ein weiter großer Problembereich, der in nächster Zeit anzugehen sei, beträfe die Verifikation der jeweiligen Abmachungen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 892; Referat 320, Bd. 155832.

7 Zu den militärischen Auseinandersetzungen im südlichen Angola vgl. Dok. 53, Anm. 44.

8 Für die Presseerklärung zu den Gesprächen zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA über eine Lösung des Angola-Konflikts und die Unabhängigkeit von Namibia am 3./4. Mai 1988 in London vgl. Referat 320, Bd. 155832.

9 Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten fand vom 25. bis 28. Mai 1988 in Addis Abeba statt.

10 Am 12./13. Mai 1988 trafen sich in Brazzaville Vertreter Angolas und Südafrikas zu Gesprächen. Botschafter Stabreit, z. Z. Kapstadt, resümierte am 19. Mai 1988 „von der Botschaft geführte Einzelgespräche" über den Verlauf: „Große s[üd]a[frikanische] Besorgnis über einen kubanischen Truppenaufbau im Süden Angolas (wird tendenziell von den USA geteilt), jedoch gegenwärtig keine Neigung, den von Kuba ausgelegten Köder aufzunehmen. Unterstellt wird eine Absicht der Kubaner, die Gespräche gegen den Willen der UdSSR zu sabotieren. Sa. Zufriendenheit über die Gespräche unter bilateralen Gesichtspunkten. Südafrika wie Angola erkennen offenbar viele Gemeinsamkeiten. Sa. Neigung, zunächst zu einer Angola-Lösung zu kommen und Namibia nicht von vornherein einzubeziehen. Angedeutete Bereitschaft Südafrikas, Savimbi (nicht aber UNITA) gegebenenfalls fallen zu lassen." Südafrika betrachte die Rolle der USA als „sehr hilfreich"; eine Vereinbarung solle jedoch vorzugsweise zwischen Angola und Südafrika ausgehandelt werden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 154; Referat 320, Bd. 155832.

11 Die zweite Runde der Gespräche zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA über eine Lösung des Angola-Konflikts und die Unabhängigkeit von Namibia fand am 24./25. Juni 1988 in Kairo

Auf die Frage von StM nach der Einschätzung der Rolle von Savimbi erklärte VAM, daß die US-Delegation keinen Zweifel daran gelassen habe, daß die USA die UNITA als nationale Bewegung weiter unterstützen werde. Im bilateralen Gespräch mit Außenminister M'Binda habe Crocker allerdings durchblicken lassen, daß eine neue US-Administration[12] möglicherweise das Schwergewicht auf eine politische – im Gegensatz zu einer militärischen – Unterstützung der UNITA legen könnte.

Die kubanische Regierung sei mit der angolanischen Regierung der Auffassung, daß jede ausländische Unterstützung für die UNITA aufhören müsse. Verhandlungen mit Savimbi und seine Beteiligung an einer Regierung in Luanda kämen für die MPLA unter Präsident dos Santos nicht in Betracht. Bei einer Beendigung der ausländischen Unterstützung werde die Bereitschaft der UNITA zur Kooperation mit der MPLA wachsen. Man hoffe für diesen Fall auf einen Erfolg des geltenden Amnestie-Angebots der Regierung gegenüber ehemaligen UNITA-Mitgliedern.[13]

Abschließend dankte StM für die rasche und hochrangige Unterrichtung über das Konferenzergebnis von London. Wir wünschten den Beteiligten für die weiteren Verhandlungen Erfolg und seien bereit, alle auf Frieden für Angola und Unabhängigkeit für Namibia gerichteten Bemühungen nach besten Kräften zu unterstützen. Wir stellten dabei mit Genugtuung fest, daß die Auffassung der Bundesregierung über die grundlegende Bedeutung von SR 435 im Rahmen des Friedensprozesses sich in London bestätigt habe. Auch wir hofften, daß fortgesetzter Druck, vor allem aus den USA, dazu beitragen würde, die südafrikanische Regierung zu der notwendigen Konzessionsbereitschaft zu bewegen.

Nöldeke

Referat 320, Bd. 155832

Fortsetzung Fußnote von Seite 777

statt. Referat 320 faßte die Ergebnisse am 6. Juli 1988 wie folgt zusammen: „Hauptergebnis der Kairoer Gespräche war die Übereinkunft, auch weiterhin die Suche nach einer Lösung des Angola-Namibia-Konflikts auf dem Verhandlungsweg fortzusetzen. Einzelheiten: Beide Seiten unterbreiteten Prinzipienkataloge, die, wenn sie vereinbart werden könnten, Grundlage für eine Friedenslösung in der Region darstellen würden. Es werden Fragen wie Gewaltverzicht, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten ebenfalls angesprochen wie Resolution 435 oder die Verpflichtung zur Zusammenarbeit auf den Gebieten von Landwirtschaft, Wasserversorgung, Ernährung und Bekämpfung von Tierkrankheiten. Verhandlungsvorschläge: Die weitere Arbeit an den beiderseitigen Prinzipienkatalogen, die in einer Reihe von Punkten übereinstimmen sollen, ist einer Expertengruppe übertragen worden, die ab 11.7.1988 in New York tagen soll." Vgl. Referat 320, Bd. 155832.

12 Die Amtszeit des Präsidenten Reagan endete am 20. Januar 1989.

13 Am 2. Dezember 1986 faßte Botschafter Disdorn, Luanda, eine Rede von Präsident Dos Santos vom 11. November 1986 anläßlich des 11. Jahrestag der Unabhängigkeit Angolas zusammen: „Erstmals seit langer Zeit […] spricht der Präsident von einer ‚Politik der Verzeihung und der Milde', gegenüber Anhängern der UNITA, die ‚ihre Fehler bereuten' und sich von dieser abwenden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 299; Referat 320, Bd. 138702.

143

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger

012-312.74 VS-NfD **9. Mai 1988**[1]
Fernschreiben Nr. 48 Ortex

Zum 7. EG-ASEAN-Außenministertreffen, Düsseldorf, 2./3. Mai 1988

1) Das 7. EG-ASEAN-Außenministertreffen verlief in einem ausgesprochen freundschaftlichen und konstruktiven Geist. Die engagierte, lebhafte und harmonische Diskussion zeigte eine weitgehende Annäherung der politischen Auffassungen beider Seiten. Vor zwölf Jahren haben beide Staatengruppen den Dialog aufgenommen[2], vor zehn Jahren fand das erste Außenministertreffen[3] – ebenfalls unter deutscher EG-Präsidentschaft – statt. In der Zwischenzeit hat sich die Teilnehmerzahl bei der EG um drei (GRI, SPA, PTG) und bei ASEAN um einen (Brunei) erhöht.

2) Der politische Meinungsaustausch machte deutlich, daß sich beide Regionen durch weltweite politische Entwicklungen gleichermaßen berührt fühlen. Dies gilt für die West-Ost-Beziehungen, Fragen von Abrüstung und Rüstungskontrolle, auch der weltweiten Abschaffung der chemischen Waffen, regionale Konflikte wie Kambodscha und Afghanistan wie auch für die Entwicklung im südlichen Afrika, im Nahen Osten und im Golf. Dabei kamen beide Seiten zu nahe beieinanderliegenden Analysen und Schlußfolgerungen. Bezüglich des INF-Abkommens wies der BM darauf hin, daß EG und ASEAN sich bereits frühzeitig für eine weltweite Beseitigung der Mittelstreckenraketen eingesetzt hätten und insoweit den Abschluß des INF-Abkommens auch als gemeinsamen Erfolg ansehen könnten.

3) Zu Kambodscha[4] stellten beide Seiten fest, daß Fortschritte im West-Ost-Verhältnis und bei der Lösung des Afghanistan-Konflikts günstige Auswirkungen haben könnten, auch wenn sich die politischen Bedingungen nicht gleichen.

Für Europäer und ASEAN-Staaten bleibt der Rückzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha Voraussetzung für die Lösung des Konflikts. Vordringlich war den Ministern, den Druck auf Vietnam und die SU aufrechtzuerhalten, gleichzeitig aber Chancen für Gespräche aktiv zu fördern. Besondere Unterstützung galt den Bemühungen von Prinz Sihanouk.

4) Im Zusammenhang mit der vietnamesischen Besetzung Kambodschas und der wirtschaftlichen Situation Vietnams belastet der Anfang 1988 wieder angewachsene Flüchtlingsstrom aus Vietnam v.a. Thailand und Malaysia.[5] Die Vertreter dieser Länder stellen zunehmend wirtschaftlich motivierte Fluchtbewegungen

1 Der Runderlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Dane konzipiert.

2 Vom 4. bis 6. April 1977 fand in Brüssel die erste Konferenz der Europäischen Gemeinschaften mit Vertretern der ASEAN-Mitgliedstaaten über industrielle Kooperation statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1381 des Gesandten Graf von Brühl, Brüssel (EG), vom 18. April 1977; B 201 (Referat 411), Bd. 423.

3 Die erste Konferenz der Außenminister der EG- und der ASEAN-Mitgliedstaaten fand am 20./21. November 1978 in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 353.

4 Zu den Bemühungen um eine Beilegung des Kambodscha-Konflikts vgl. Dok. 130, Anm. 19.

5 Zu den vietnamesischen Bootsflüchtlingen vgl. Dok. 130, Anm. 15–17.

fest. Der BM wies darauf hin, daß die Beendigung des Vietnam-Krieges[6] die wirtschaftliche Lage Vietnams verbessern und damit das von ASEAN als Ursache für die Fluchtbewegung bezeichnete Element entfallen könnte.

Die Minister der EG und ASEANs forderten Vietnam nachdrücklich auf, verstärkt selbst an der Lösung des Problems mitzuwirken und die freiwillige Rückkehr der Flüchtlinge nach Vietnam unter angemessenen Garantien zu ermöglichen.

5) Die Unternehmer wurden gemeinsam aufgefordert, ihre Chancen auf den Märkten beider Regionen besser wahrzunehmen. Dies gilt für die Exporte aus den ASEAN-Staaten in die EG ebenso wie für Investitionen von EG-Unternehmen in ASEAN.

Die ASEAN-Botschafter in Brüssel und die EG wurden beauftragt, zur Intensivierung der Zusammenarbeit auf dem Industrie- und Investitionssektor, der Finanzierungstechnik, der Erschließung des Arbeitskräftepotentials und anderer flankierender Maßnahmen konkrete Vorschläge auszuarbeiten. Seit Abschluß des Kooperationsabkommens 1980[7] ist der Handelsaustausch bereits um 45% gestiegen. Die EG ist heute der drittwichtigste Markt und Lieferant für die ASEAN-Staaten.

6) Beide Seiten haben verabredet, in einer Reihe konkreter Fragen der Bekämpfung des Terrorismus und der des Anbaus und der Verbreitung von Drogen enger zusammenzuarbeiten. Die Kooperation in der Drogenbekämpfung soll zu einem Schwerpunkt werden. Der BM hat angeregt, über dieses Thema eine Arbeitskonferenz beider Regionen einzuberufen.

7) Die EG hat die Einladung der ASEAN-Staaten zum 8. Treffen im Herbst 1989 in Manila[8] angenommen.

8) Bewertung

Das EG-ASEAN-Außenministertreffen können wir als Erfolg unserer Präsidentschaft buchen. Störfaktoren (Differenzen zwischen Portugal und Indonesien über Ost-Timor) konnten im Vorfeld abgefangen werden.[9] Bereits in der Vorkonferenz[10] gelang vollständige Abstimmung der Gemeinsamen Erklärung (politischer und wirtschaftlicher Teil)[11].

Die ASEAN- und EG-Staaten würdigten die persönliche Rolle des BM als Initiator des Dialogs zwischen beiden Regionen und betonten ihre Entschlossenheit, in der nächsten Dekade des Meinungsaustauschs die Zusammenarbeit noch enger zu gestalten.

6 So in der Vorlage.

7 Auf ihrer Konferenz am 6./7. März 1980 in Kuala Lumpur schlossen die Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten ein Kooperationsabkommen. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 144 vom 10. Juni 1980, S. 2–8. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 84.

8 Die Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten fand erst am 16./17. Februar 1990 in Kuching statt.

9 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem portugiesischen Außenminister Pinheiro am 2. Mai 1988 in Düsseldorf; Dok. 133, Anm. 10.

10 Das Vorbereitungstreffen zur Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten fand am 29./30. April 1988 statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller vom 1. Mai 1988; Referat 342, Bd. 144457.

11 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 2./3. Mai 1988 in Düsseldorf vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 274–281.

Die Beratungen haben gezeigt, daß beide Seiten von dem dichten Dialog profitiert haben. Nicht nur ist der Wirtschaftsaustausch merkbar gestiegen, auch im politischen Bereich ist es möglich geworden, sehr viel mehr Themen in sehr viel offenerer Weise anzusprechen, als noch vor wenigen Jahren. BM in PK[12] am 3.5.: Die Konferenz hat bestätigt, daß das von uns entworfene Modell der regionalen Zusammenarbeit und der Kooperation zwischen regionalen Zusammenschlüssen außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitisch zu den Zukunftsperspektiven in der internationalen Politik gehört. Es ist der Weg, auf dem mittlere und kleinere Staaten nicht nur ihre Unabhängigkeit in ihrer Region bewahren, sondern auch gemeinsam ihre Zukunftschancen wahrnehmen können. Zusammenschlüsse der Regionen und Zusammenarbeit zwischen den Regionen ist ein Beitrag zur internationalen Stabilität.[13]

Pleuger[14]

Referat 342, Bd. 144457

144

Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 699
Citissime

Aufgabe: 9. Mai 1988, 10.30 Uhr[1]
Ankunft: 9. Mai 1988, 11.15 Uhr

Betr.: 3. KSZE-Folgetreffen in Wien (WFT);
hier: Haltung der USA auf dem WFT zur Kultur – Konsultationen D6[2] in Washington am 16./17.5.1988

1) Angesichts der von Desinteresse und Unverständnis gekennzeichneten Haltung der US-Delegation zum Thema „Kultur" im Rahmen der Korb-III-Verhandlungen wird angeregt zu prüfen, ob D6 bei den vorgesehenen Konsultationen in Washington einmal grundsätzlich das deutsche – und europäische – Eintreten für kulturelle Kontakte und Kooperation als ein wesentliches Instrument zur Milderung des Ost-West-Gegensatzes erläutern und darüber hinaus die Bedeutung des Ausbaues bestehender Verpflichtungen in diesem Bereich auf dem WFT darlegen könnte.

2) Im Gegensatz zum öffentlich stets laut bekundeten Engagement für den Korb III haben die USA in der für Korb III zuständigen Redaktionsgruppe „H"

12 Pressekonferenz.
13 Für den Wortlaut der Presseerklärung des Bundesministers Genscher vom 3. Mai 1988 in Düsseldorf vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D. 281 f. (Auszug).
14 Paraphe.

1 Der Drahtbericht wurde von Botschaftsrat Wrede, Wien (KSZE-Delegation), konzipiert.
2 Barthold Witte.

seit Beginn WFT[3] eine wenig beeindruckende Rolle gespielt. Lediglich bei der Ausarbeitung der westlichen Vorschläge war die Mitarbeit sachlich kompetent, wenngleich in der Tendenz vornehmlich auf harte Implementierungskritik zu den Menschenrechten ausgerichtet. Ständiger Personalwechsel (praktisch alle zwei Monate) hat kontinuierliche, geschweige denn niveauvolle US-Präsenz im Korb III unmöglich gemacht. Konzeptionelle Einordnung des Korbes III in KSZE-Gesamtzusammenhang wird von US-Delegation kaum begriffen; nämlich, daß es darum geht, die mißbräuchlichen Einschränkungen der Menschenrechte durch die WP-Staaten mit praktischen, oft nur kleinen Schritten humanitärer Kooperation für die betroffenen Menschen erträglicher zu machen. Hierzu gehört auch die Zusammenarbeit bei der Kultur, die es u. a. erlaubt, geschichtliche Gemeinsamkeiten zu pflegen, ebenso wie die Vielfalt der Kulturen einander nahezubringen, unter Einbeziehung der kulturell Tätigen und bei erweitertem Zugang der Bürger selbst zu kulturellen Veranstaltungen.

3) US-Delegation in Wien hat die beiden westlichen Konferenzvorschläge zur Kultur (WT.29[4] und WT.54[5]) bis heute nicht als Miteinbringer unterstützt, bewertet das Budapester Kulturforum neutral-negativ (wegen Störung der unabhängigen Alternativ-Veranstaltung durch ungarische Behörden)[6], ohne den von uns anerkannten „Schatz der Ideen" und die zahlreichen, intensiven Kontakte zwischen den Künstlern auf dem Forum zu würdigen, und hat bisher auch den Vorschlag eines Symposiums über das kulturelle Erbe in Krakau[7] offen – im Gegensatz zu vielen westlichen Miteinbringern, darunter auch F und D – kritisiert.

3 Die dritte KSZE-Folgekonferenz wurde am 4. November 1986 eröffnet. Zur ersten Verhandlungsrunde bis 19. Dezember 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 374.

4 Am 11. Februar 1987 brachten Belgien, Italien, Griechenland, Norwegen und Österreich auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien einen Vorschlag ein, mit dem die Teilnehmerstaaten aufgefordert wurden, die Arbeit offizieller Kulturinstitute zu unterstützen; die „geeigneten nationalen und internationalen nichtstaatlichen Organisationen anzuregen, Rahmenbedingungen für den Kulturaustausch in Form von Ausstellungen, Gastspielen usw. auszuarbeiten"; Kontakte zwischen Künstlern zu erleichtern; Auslandsreisen nicht zu behindern; und Hindernisse für den Kulturaustausch zu beseitigen. Für den Vorschlag CSCE/WT.29 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

5 Belgien, die Bundesrepublik, Frankreich, Griechenland, Italien und Portugal legten am 17. Februar 1987 der KSZE-Folgekonferenz in Wien einen Vorschlag vor, in dem die Teilnehmerstaaten ihre Absicht bekundeten, „[r]echtliche und administrative Maßnahmen zu beseitigen, die dem Schaffen und der Verbreitung in den verschiedenen Bereichen der Kultur Grenzen setzen"; den ungehinderten Verkehr von Kunstgegenständen zu gewährleisten; den Zugang der Bürger zu Werken, Gedankengut und Persönlichkeiten der anderen Teilnehmerstaaten zu verbessern; Übersetzungen zu fördern; den ungehinderten Zugang zu öffentlichen Archiven, Bibliotheken und Forschungsinstituten zu gewährleisten; die „Möglichkeit der rechnergestützten Erfassung und Verbreitung von Bibliographien und Katalogen kultureller Werke und Unterlagen in Standardform zu erforschen"; und die „historischen und ästhetischen Aspekte der Umwelt bei der Erhaltung, Gestaltung und Errichtung von Städten in Betracht zu ziehen". Für den Vorschlag CSCE/WT.54 vgl. Referat 212, Bd. 153446.

6 Das KSZE-Kulturforum fand vom 15. Oktober bis 25. November 1985 statt. Botschafter von Hase, z. Z. Budapest, informierte am 16. Oktober 1985, daß die ungarischen Behörden eine Veranstaltung der „International Helsinki Federation for Human Rights", die vom 15. bis 18. Oktober 1985 in einem Budapester Hotel stattfinden sollte, untersagt hätten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1057; Referat 212, Bd. 133517.

7 Am 17. Dezember 1986 brachte Polen auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien zusammen mit der Bundesrepublik, Dänemark, der DDR, Frankreich, Griechenland, Italien, Jugoslawien, Malta, Norwegen, Österreich, Rumänien, Schweden und Ungarn den Vorschlag „bezüglich eines Symposiums über das kulturelle Erbe der Teilnehmerstaaten der KSZE" ein, das in Krakau stattfinden sollte. Für den Vorschlag CSCE/WT.6 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

Schließlich wehrte sich USA dagegen, vor Ostern[8] dem schwedischen Koordinator in Korb III[9] konkrete Hinweise dazu zu geben, ob und in welcher modifizierten Form östliche Vorschläge im Bereich Kultur u.U. für den Westen akzeptabel sein könnten.

4) Westen, zumindest die Zwölf, waren sich seit Vorlage des schweizerisch-österreichischen Non-papers zum Korb III am 30.7.1987[10] grundsätzlich einig, daß der darin enthaltene Abschnitt Kultur nach Umfang und Substanz durchaus angereichert werden sollte. Dementsprechend hatte der Westen eine Reihe nicht berücksichtigter Elemente aus WT.29 und WT.54 in der Kontaktgruppe „H" mittels Non-papers wiederbelebt[11], zugleich aber auch nicht rundweg ablehnend auf die östlichen Ideen reagiert. Non-paper des Koordinators vom 29.4.1988 zur Kultur hat daher Elemente aus West und Ost aufgenommen.[12] Auch der Gesamtentwurf der N+N für ein Wiener Schlußdokument wird zweifellos ebenfalls östliche Elemente enthalten und gewiß nicht immer in der für den Westen befriedigenden Form.[13]

5) Der amerikanischen Seite könnten daher folgende Vorstellungen der deutschen, aber auch der westeuropäischen Seite zur Kultur mit der freundschaftlichen Bitte, sie gebührend im bevorstehenden Wiener Endspiel in Betracht zu ziehen, vermittelt werden:

a) Kultur ist, zumal im KSZE-Kontext, eigenständiger, langfristig wirksamer Bestandteil der West-Ost-Beziehungen. Kultur ist weder museales Accessoire noch allein instrumental einsetzbar zur Erfüllung klassischer Menschenrechte. Kulturvorschläge sind im KSZE-Rahmen besonders ungeeignet als Vehikel maximalistischer Forderungen an den Osten. Sie wird auch keineswegs Konzession an das gouvernemental-repräsentative WP-Kulturkonzept.

b) Offensive Ausschöpfung des möglichen Kooperationsspektrums kann bestandskräftige Bindungen schaffen, die Spaltung der geistigen Identität Europas seit 1945, ausgelöst 1933, zu überwinden helfen und vor allem einen Dialog unter Einbeziehung einer weiten Öffentlichkeit fördern. Westen kann auf Überlegenheit seiner von Freiheit und Vielfalt bestimmten Ideen bauen.

8 3./4. April 1988.

9 Nils Eliasson.

10 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), informierte am 30. Juli 1987, daß Österreich und die Schweiz in der Sitzung der Redaktionsgruppe H ein Non-paper zirkuliert hätten, das alle Bereiche des Korbs III umfasse, also menschliche Kontakte, Information, Kultur und Erziehung: „Erste vorläufige Durchsicht des Non-papers zeigt, daß westliche Interessen, einschließlich unserer nationalen Anliegen, weitgehend berücksichtigt sind (ohne daß die einzelnen Formulierungen bereits in jedem Fall definitiv bewertet werden können), aber auch selbstverständlich östliche Themen behandelt werden. Das Non-paper der beiden westl[ichen] Neutralen ist eine außerordentlich nützliche Unterlage für die Redaktionsarbeiten nach der Sommerpause und hilft insb[esondere] dem schwed[ischen] Koordinator bei seiner noch nicht tatsächlich aufgenommenen Vermittlungstätigkeit." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1141; Referat 212, Bd. 153429.

11 Am 25. April 1988 legten die NATO-Mitgliedstaaten auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien das Non-paper „Western Amendments to the Coordinator's Non-paper on the Human Dimension of the Helsinki Process" vom 30. Juli 1987 vor. Für das Non-paper vgl. Referat 212, Bd. 153437.

12 Für das Non-paper „Co-Operation in Humanitarian and Other Fields" vom 29. April 1988 vgl. Referat 212, Bd. 153437.

13 Zum Entwurf der N+N-Staaten vom 13. Mai 1988 für ein Abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 153.

c) Ein gehaltvolles Kapitel Kultur im Wiener Schlußdokument mit kooperativen Elementen genau so wie mit einer Folgeveranstaltung birgt – für den Osten letztlich nicht kontrollierbare – Multiplikationsmöglichkeiten und, im Falle auch eines so bescheiden begrenzten Ereignisses wie des Krakau-Symposiums, Chancen der Begegnung und Öffnung sowie auch der Teilnahme für die nach Information und Diskussion hungernden Bürger der WP-Staaten.

d) Wir wären dankbar, wenn amerikanische Freunde den Erfahrungen und dem Urteil der Europäer in der aktiven Nutzung des Themas Kultur auf dem WFT vertrauen.

Neben unserer Einwirkung auf die Experten in diesem Sinne habe ich diese Gesichtspunkte unter den DL[14], besonders in der Vorschlagsphase, unter den 16 und in kleinerem Kreise wieder und wieder geltend gemacht, ohne bei US und KAN mehr Verständnis bewirken zu können. Beide wissen indessen, daß wir unsere Bemühungen fortsetzen werden, auch über das WFT hinaus.

[gez.] Eickhoff

Referat 212, Bd. 158550

145

Gemeinsame Sitzung der Bundesregierung und der EG-Kommission in Brüssel

VS-NfD **10. Mai 1988**[1]

Gemeinsame Sitzung des Bundeskanzlers und von Mitgliedern des Bundeskabinetts mit der EG-Kommission am 10. Mai 1988 in Brüssel

Beginn der Sitzung: 10.45 Uhr

Teilnehmerliste: s. Anlage[2]

Kommissionspräsident *Delors* begrüßt den Herrn Bundeskanzler und die Mitglieder des Bundeskabinetts. Dies sei das erste Mal, daß eine Regierung, die den EG-Vorsitz innehabe, zu einer Arbeitssitzung nach Brüssel komme. Er schlage vor, daß man alle Themen behandele, bei denen es innerhalb der EG sowie zwischen der EGK und der Bundesregierung Probleme gebe.

14 Delegationsleiter.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialrat Feiter und den Ministerialdirigenten Thiele und Hartmann, alle Bundeskanzleramt, am 11. Mai 1988 gefertigt und von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bitterlich, Bundeskanzleramt, am 17. Mai 1988 „zur persönlichen Unterrichtung von Herrn Bundesminister Genscher“ an Ministerialdirigent Jansen übermittelt. Ferner teilte Bitterlich mit: „Frau Staatsministerin Dr. Adam-Schwaetzer hat gesondert Ablichtung des Vermerks erhalten.“ Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178986.

2 Dem Vorgang beigefügt. Für die Teilnehmerliste vgl. Referat 010, Bd. 178936.

Der *Bundeskanzler* erinnert an die erste Gesprächsrunde am 1./2. April 1987[3] und erklärt, er hoffe, daß derartige Begegnungen künftig zur Normalität gehörten.

Zur Thematik schlage er vor, daß man sich vor allem auf Fragen des Binnenmarktes konzentriere. 1992 sei nicht mehr weit entfernt und diese Bundesregierung fest entschlossen, dieses Datum einzuhalten. Zu dieser Politik – der Schaffung des Binnenmarktes – gebe es keine Alternative. Das gelte für alle, insbesondere aber für Deutschland, dessen Zukunft nur unter einem europäischen Dach liegen könne. Der Binnenmarkt werde die Westbindung der Bundesrepublik Deutschland irreversibel machen.

BM *Bangemann* erklärt, erstens hätten wir uns in der EEA[4] auf ein Verfahren geeinigt, das Mehrheitsabstimmung auch faktisch möglich mache. Dies führe in vielen Fällen zum Erfolg. In anderen Fällen werde man an einem Beschluß gehindert, weil der Kommissionsvorschlag und die Auffassung der Mehrheit der Mitgliedstaaten nicht zur Deckung gebracht werden könnten. Bestes Beispiel hierfür sei die Verkehrspolitik. Die Kommission müsse daher abwägen, ob sie ihren Standpunkt aufrechterhalten oder auf die Mehrheitsmeinung eingehen wolle.

Zweitens sei wichtig, daß die Kommission auch in der Frage der Befugnisübertragung flexibel sei. Dies sei insbesondere für uns als Bundesstaat ein sensibles Problem.

BM Bangemann spricht sodann folgende Punkte an:

– Die Richtlinie über das öffentliche Auftragswesen werde am 22. Juni im Binnenmarktrat behandelt.[5] Dann könne man wahrscheinlich einen Gemeinsamen Standpunkt des Rates festlegen. Allerdings habe das EP noch eine Reihe Forderungen, für die es im Rat keine Mehrheit gebe.
– Bei der 4./7. Richtlinie – GmbH & Co. KG –[6] sei es wichtig, Ausnahmen für kleinere und mittlere Unternehmen vorzunehmen. Er habe hierüber mit Kommissar Matutes gesprochen und würde es begrüßen, wenn die Kommission dessen Position unterstütze.

3 Für die gemeinsame Sitzung der Bundesregierung und der EG-Kommission am 2. April 1987 vgl. AAPD 1987, I, Dok. 91.

4 Einheitliche Europäische Akte.
Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115.

5 Die EG-Kommission unterbreitete am 1. Juli 1987 den Vorschlag für eine Richtlinie zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für das Verfahren zur Vergabe öffentlicher Liefer- und Bauaufträge. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7/8/1987, S. 23.
Das Europäische Parlament sprach sich am 18. Mai 1988 zwar für eine neue Richtlinie aus, wünschte jedoch eine Reihe von Änderungen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 5/1988, S. 22.

6 Die EG-Kommission legte dem Rat am 5. Mai 1986 einen Vorschlag zur Änderung des Geltungsbereichs der Vierten Richtlinie vom 25. Juli 1978 über den Jahresabschluß von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen bzw. der Siebten Richtlinie vom 13. Juni 1983 über den konsolidierten Abschluß vor. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 5/1986, S. 26.
Das Bundesministerium der Justiz nahm dazu am 4. Juni 1987 Stellung: „Der Richtlinienvorschlag betrifft in erster Linie die Bundesrepublik Deutschland, weil die GmbH & Co. in anderen Mitgliedstaaten entweder nicht oder nur in beschränkter Zahl vorkommt". Die Bundesregierung „lehnt den Richtlinienvorschlag aus rechts- und wirtschaftspolitischen Gründen strikt ab". Vgl. Referat 416, Bd. 141956.

– Zur Problematik eines Statuts für eine „Europäische Aktiengesellschaft“[7] wolle er nur anmerken, daß in der Tat eine rechtliche Regelung auf europäischer Ebene vonnöten sei. Allerdings gebe es das Problem der Mitbestimmung, das bisher nicht gelöst werden konnte.
– Die Fragen Markenrecht und Gemeinschaftspatentübereinkommen[8] seien von einigen Mitgliedstaaten miteinander und mit der Problematik des Sitzes des Markenamtes verknüpft worden. Es gelte daher ein Verfahren zu finden, das die bestehende Blockade auflöse.[9]

Abschließend weist BM Bangemann noch auf die besonderen deutschen Anliegen in den Bereichen Strukturfonds und Regionalpolitik hin.[10] Zunächst benötige man von der EGK ausreichende Informationen (Statistiken etc.). Ferner müsse man sich über die Frage der Kriterien unterhalten. Beispielsweise schlössen einige von der EGK vorgeschlagene Kriterien wegen des geforderten hohen Arbeitslosenanteils deutsche Problemgebiete wie das Saarland aus. Dies sei innenpolitisch nicht akzeptabel.

Ein weiteres Problem stelle für uns die sogenannte De-minimis-Regelung dar. Hier zeichne sich allerdings ein Kompromiß ab. Je mehr die europäische Regionalpolitik an Bedeutung gewinne, um so mehr werde der nationale Spielraum eingeschränkt. Es sei aber wichtig, daß wir ein gewisses Maß an eigenem Gestaltungsraum behielten. Dies sei auch eine Frage, die die Bundesländer bewege.

BM *Warnke* legt den Stand der Diskussion in der Verkehrspolitik dar. Die deutsche Präsidentschaft habe am 14. März einen realistischen Vorschlag eingebracht, der sowohl einen entscheidenden Schritt zur Liberalisierung wie auch eine

7 Das Bundesministerium der Justiz informierte am 5. Februar 1988, daß die Idee der Schaffung einer Europäischen Aktiengesellschaft (EAG) von Frankreich stamme, 1970 von der EG-Kommission aufgegriffen und am 30. April 1975 als Verordnungsvorschlag konkretisiert worden sei. Ziel sei es gewesen, „den europäischen Unternehmen die Rechtsform einer supranationalen Aktiengesellschaft europäischen Rechts“ zur Verfügung zu stellen. Beratungen über den Vorschlag seien 1982 unterbrochen worden; zentrale Problembereiche, insbesondere die Ausgestaltung der Arbeitnehmerbeteiligung, das Konzernrecht und die Rechnungslegung einer EAG, seien ungeklärt. Vgl. dazu Referat 416, Bd. 141956.

8 Am 17. Dezember 1985 erzielte die EG-Kommission Einigung über einen geänderten Vorschlag einer ersten Richtlinie des EG-Rats zur Angleichung der Rechtsvorschriften der EG-Mitgliedstaaten über die Marken. Damit sollte der einheitliche Schutz eingetragener Marken im Recht aller EG-Mitgliedstaaten gewährleistet werden. Für den Wortlaut des Entwurfs vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. C 351 vom 31. Dezember 1985, S. 4–13.
Die EG-Ratspräsidentschaft unterbreitete am 30. Mai 1988 den Vorschlag, „noch im Juni die für das Inkrafttreten des Gemeinschaftsmarkenrechts erforderlichen Entscheidungen“ zu treffen sowie einen Gemeinsamen Standpunkt zum Richtlinienvorschlag der EG-Kommission über die Angleichung des Markenrechts festzulegen. Für das Papier 6507/88 PI 47 (MARCA) vgl. Referat 416, Bd. 141593.

9 Am 22. Juni 1988 vereinbarte der EG-Rat auf der Ebene der Handels- und Wirtschaftsminister (Binnenmarktrat) in Luxemburg eine Gemeinsame Stellungnahme zum Vorschlag der EG-Kommission vom 17. Dezember 1985 über die Angleichung des Markenrechts. In der Frage einer Vereinbarung über Gemeinschaftspatente entschied der Rat, im zweiten Halbjahr 1988 eine Regierungskonferenz der EG-Mitgliedstaaten in Luxemburg einzuberufen, um noch offene Fragen zu klären und den Text einer Vereinbarung fertigzustellen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1988, S. 35.

10 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schürmann legte am 27. Juni 1988 dar, daß der EG-Ministerrat am 20. Juni 1988 „endgültiges Einvernehmen über die Rahmenverordnung zur Reform der Strukturfonds“ erzielt habe. Vgl. dazu Referat 416, Bd. 141916.
Für den Wortlaut der auf der EG-Ratstagung auf der Ebene der für Industriefragen zuständigen Minister am 24. Juni 1988 verabschiedeten Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 185 vom 15. Juli 1988, S. 9–20.

politische Verpflichtung zur Aufhebung der Quoten beinhalte.[11] Sie habe damit ihren Spielraum ausgereizt. Er hoffe, daß die Kommission nunmehr die erforderliche Beweglichkeit zeige, um den entscheidenden Fortschritt zu ermöglichen.

Die deutsche Seite sei auf die Harmonisierung im Verkehrsbereich in besonderer Weise angewiesen. Es sei nicht möglich, bereits jetzt den Endzustand der Liberalisierung rechtlich verbindend festzulegen. Damit würde man auch den Erfolgsdruck auf andere Mitgliedstaaten in der Harmonisierungsfrage wegnehmen. Er bitte daher ausdrücklich die EGK, auf den Präsidentschaftsvorschlag einzugehen.

Kommissionspräsident *Delors* erklärt, die Kommission werde demnächst ein Memorandum verabschieden, das in großen Linien die Problematik der „Europäischen Aktiengesellschaft" behandeln werde.[12] Darin werde auch der Vorschlag enthalten sein, die Mitbestimmungsfrage so zu gestalten, daß im Prinzip drei Modelle zur Wahl stünden, nämlich die Mitbestimmung nach deutschem Recht, das schwedische System und eine betriebsverfassungsrechtliche Lösung.

Für die deutschen Unternehmen werde es infolgedessen möglich sein, die paritätische Mitbestimmung nach deutschem Recht beizubehalten.

Lord Cockfield erinnert daran, daß die Kommission Ende 1988 einen Fortschrittsbericht Binnenmarkt erstellen müsse; was immer die deutsche Präsidentschaft daher in diesem Bereich erreiche, werde in diesem Fortschrittsbericht seinen Niederschlag finden. Was die deutsche Präsidentschaft bisher geleistet habe, sei ermutigend. Dennoch sei es wichtig, die Arbeiten jetzt zu beschleunigen, zumal hierauf auch die griechische Präsidentschaft[13] aufbauen müsse.

Zu den einzelnen Sachthemen:

– Er bitte dringend darum, daß der deutsche Vorsitz seinen Einfluß geltend mache, daß die Richtlinie „Anerkennung der Hochschuldiplome" bis Ende Juni verabschiedet werde. Dies sei auch ein wichtiges Element für das „Europa der Bürger".[14]
– Ein weiteres wichtiges Anliegen aus seiner Sicht sei die Verabschiedung der Versicherungsrichtlinie.[15] Diese könne über die Bühne gehen, wenn man vermeide, sich in Haarspaltereien zu verlieren.

11 Referat 416 vermerkte am 7. April 1988, daß Bundesminister Warnke auf der Tagung des EG-Rats auf der Ebene der Verkehrsminister am 14. März 1988 in Brüssel einen Vorschlag zur Frage der Liberalisierung des gewerblichen Straßengüterverkehrs vorgelegt habe. Dieser sah die Vereinbarung von Kontingenten und die Einführung einer auf qualitativen Kriterien beruhenden Marktzugangsregelung ab dem 1. Januar 1993 vor. Vgl. dazu Referat 416, Bd. 141959.

12 Die EG-Kommission legte am 8. Juni 1988 dem Rat, dem Europäischen Parlament und den Sozialpartnern ein Memorandum über die Schaffung einer Europäischen Aktiengesellschaft (EAG) vor und bat um eine Stellungnahme bis Ende 1988. Damit solle festgestellt werden, „welchen politischen Rückhalt der Gedanke zur Zeit bei den Mitgliedstaaten findet". Vgl. BULLETIN DER EG 6/1988, S. 64. Für das Memorandum vgl. BULLETIN DER EG, Beilage 3/1988.

13 Griechenland hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1988 inne.

14 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schürmann notierte am 1. Juli 1988: „Der Binnenmarktrat einigte sich am 22.6.1988 auf einen Gemeinsamen Standpunkt zur ‚Richtlinie über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen'. […] Mit der gegenseitigen Anerkennung der Hochschuldiplome wurde neben der Liberalisierung des Kapitalverkehrs und des Straßengüterverkehrs ein weiterer Schwerpunkt unseres Binnenmarktprogrammes verwirklicht." Vgl. Referat 416, Bd. 141934.

15 Am 22. Juni 1988 billigte der EG-Rat auf der Ebene der Handels- und Wirtschaftsminister (Binnenmarktrat) in Luxemburg die Zweite Richtlinie zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungs-

– Im Bereich „öffentliches Auftragswesen“ könne eine weitere Richtlinie noch unter deutschem Vorsitz verabschiedet werden, vorausgesetzt, daß „mehr Dampf“ gemacht werde; im übrigen seien auch andere wichtige Richtlinien-Entwürfe aus diesem Bereich (Telekommunikation[16], Wasser, Verkehr) auf den Weg gebracht. Er hoffe, daß man hier bis Ende des Jahres Fortschritte mache.
– In der Frage „Markenrecht“ sei die Kommission so flexibel, daß sie sich fast selbst verleugne. Im übrigen habe man in dieser Frage informell Einvernehmen erzielt. Der deutsche Vorsitz müsse daher die anderen MS nur dazu bringen, sich an diese informelle Vereinbarung zu halten. Die Verabschiedung scheitere jedenfalls nicht an der Kommission.
– Ferner gebe es noch ein spezifisches Problem gegenüber D, nämlich ein Paket von drei Richtlinien zur Harmonisierung der direkten Steuern zur Erleichterung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.[17] Schon 1970 habe D erklärt, man könne einer Regelung erst zustimmen, wenn das deutsche Steuersystem entsprechend umgestellt werde. Jetzt argumentiere man, die Frage müsse erst mit den USA geklärt werden. Dies sei kein Argument, das überzeuge.
– Bei der Fernsehrichtlinie wisse er, daß D große Probleme habe.[18] Aus seiner Sicht sei eine Europaratskonvention kein Substitut für eine Gemeinschaftsregelung. Es sei unerläßlich, daß auch die Gemeinschaft den rechtlichen Rahmen in diesem Bereich abstecke. Wenn wir nicht aufpaßten, werde die technologische Entwicklung uns überholen und zu chaotischen Verhältnissen führen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 787

vorschriften für die Direktversicherung (mit Ausnahme der Lebensversicherung) und zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs sowie zur Änderung der Richtlinie 73/239/EWG. Für den Wortlaut der Richtlinie vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 172 vom 4. Juli 1988, S. 1–14.

16 Die EG-Kommission legte am 26. Januar 1988 den Entwurf einer Richtlinie über den Wettbewerb auf dem Markt für Telekommunikations-Endgeräte vor, die am 16. Mai 1988 erlassen wurde. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 131 vom 27. Mai 1988, S. 73–77.

17 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schönfelder vermerkte am 5. Oktober 1988: „Im Bereich der direkten Steuern gibt es konkrete und (zumindest teilweise) entscheidungsreife R[icht]L[inien]-Vorschläge der Kommission, deren Verabschiedung von der deutschen und europäischen Wirtschaft seit langem gefordert wird. Während die Kommission ihr vor längerer Zeit angekündigtes Weißbuch ‚Direkte Steuern‘ noch nicht vorgelegt hat, liegen seit 1969 zwei steuerliche Vorschläge zur transnationalen Unternehmenszusammenarbeit vor, nämlich RL-Vorschlag ‚Gemeinsames Steuersystem für Mutter-Tochter-Gesellschaften‘ (sog. Konzern-RL); RL-Vorschlag ‚Gemeinsames Steuersystem für Fusionen, Spaltungen und die Einbringung von Unternehmensteilen‘ (Fusions-RL). Ein weiterer Vorschlag für eine multilaterale Konvention ‚Schiedsverfahren betreffend die Vermeidung der Doppelbesteuerung‘ zwischen verbundenen Unternehmen datiert formell vom Januar 1988, ist aber ebenfalls schon jahrelang Gegenstand von Beratungen in Brüssel.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168793.

18 Vortragender Legationsrat Goldschmidt führte am 4. August 1988 aus: „Der von der Kommission im April 1986 vorgelegte Vorschlag einer Richtlinie für die grenzüberschreitende Rundfunktätigkeit gehört zu den im Binnenmarktweißbuch von 1985 vorgesehenen Maßnahmen zur Verwirklichung des gemeinsamen Binnenmarktes bis 1992.“ Nach mehr als anderthalbjährigen Verhandlungen liege nun der Entwurf einer Konvention vor. Bundesminister Zimmermann habe Interesse an einer Unterzeichnung geäußert: „Die Regelungsbereiche von Richtlinie und Konvention überschneiden sich, so daß eine Kollision beider Normbereiche denkbar ist. Deshalb geht die Bundesregierung bei der Mitarbeit an Konvention und Richtlinie vom Grundsatz der ‚Parallelität‘ und ‚Kompatibilität‘ aus. Der Bundesrat hat mit Beschluß vom 20.2.1987 der EG jegliche Kompetenz abgesprochen, während die Bundesregierung sich zu einer Teilkompetenz der EG […] bekennt. […] Die Bundesländer sind nötigenfalls entschlossen, die Kompetenzfrage vom EuGH klären zu lassen“. Vgl. Referat 416, Bd. 141987.

– Zur Frage der „Komitologie“[19] wolle er nur darauf hinweisen, daß die Staats- und Regierungschefs in Luxemburg[20] beschlossen hätten, daß man sich vorwiegend des beratenden Ausschusses bedienen wolle. Der Ministerrat ignoriere diesen Beschluß einfach, obschon die Kommission große Flexibilität in dieser Frage an den Tag gelegt habe.

Er wolle abschließend feststellen, daß die britische Präsidentschaft[21] seinerzeit deshalb erfolgreich gewesen sei, weil PM Thatcher in einem persönlichen Schreiben an die anderen Staats- und Regierungschefs die noch wichtigen offenen Fragen aufgelistet und auf entsprechende Beschlüsse gedrängt habe. Auf diese Weise sei es möglich gewesen, unter britischem Vorsitz mehr Richtlinien als je zuvor zu verabschieden.

Der *Bundeskanzler* greift den letzten Punkt auf und erklärt, wir seien dabei, ähnliche Überlegungen anzustellen.

Kommissionspräsident *Delors* spricht die Liberalisierung des Kapitalverkehrs an und erklärt, man habe in diesem Bereich viele Fortschritte gemacht, aber es gebe noch wichtige Auffassungsunterschiede zwischen der Kommission und einigen Mitgliedstaaten. So glaube die Kommission, daß die Gemeinschaft auch Instrumente zur Verfügung haben müsse, um Schwierigkeiten im internationalen Kapitalverkehr zu begegnen. Je nachdem, wie die Diskussion verlaufe, könne die Kommission gezwungen sein, ihre Vorschläge zurückzunehmen.[22]

Herr *Clinton Davis* greift die Verkehrspolitik auf und erklärt, er sei sich mit BM Warnke darin einig, daß man einen Kompromiß brauche. Man habe im übrigen in den letzten Monaten sehr eng zusammengearbeitet. Die Probleme seien im übrigen sehr praktischer Natur. Beispielsweise führten rund ein Drittel der ausländischen LKWs auf europäischen Fernverkehrsstraßen keine Ladung mit sich. Das sei ökonomisch unsinnig und führe zu Umwelt- und Verkehrsproblemen.

Man habe sich schon 1986 über die Abschaffung der bestehenden Beschränkungen geeinigt. Diese Einigung müsse jetzt in eine gesetzliche Regelung umgesetzt werden. Nachdem ursprünglich elf Mitgliedstaaten mit dem Vorschlag der Kommission einverstanden gewesen seien, gebe es inzwischen eine Mehrheit für den Vorschlag der deutschen Präsidentschaft.

19 Als Komitologie wird das System von Ausschüssen bezeichnet, in denen Experten der EG-Mitgliedstaaten mit der EG-Kommission über die Durchführungsbestimmungen zu einzelnen Ratsbeschlüssen beraten. Referat 416 notierte am 20. April 1988, daß das Entscheidungsverfahren derzeit bei ca. 25 Richtlinienentwürfen des Lebensmittelrechts umstritten sei: „Gegenwärtig sind mindestens sechs inhaltlich weitgehend ausverhandelte RL blockiert (Zusatzstoffe, Bedarfsgegenstände, Tiefkühlkost, Diätlebensmittel, Etikettierung und Konfitüren). Eine Verabschiedung scheitert an der Frage, ob künftige Entscheidungen einem Ausschuß zugewiesen werden sollen (so die große Mehrheit der MS) oder weitgehend dem Ministerrat vorbehalten bleiben (so D, DK, GR und im Einzelfall schwankend I).“ Vgl. Referat 416, Bd. 141923.

20 Die Tagung des Europäischen Rats fand am 2./3. Dezember 1985 statt.

21 Großbritannien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1986 inne.

22 Referat 412 vermerkte am 20. April 1988: „Im November 1987 hat die KOM Vorschläge zur vollständigen Liberalisierung des Kapitalverkehrs vorgelegt. Diese Vorschläge umfassen die folgenden Texte: 1) Vorschlag für eine R[icht]L[inie] zur Durchführung des Art[ikels] 67 des EWG-Vertrages – Liberalisierung des Kapitalverkehrs. 2) Vorschlag für eine Änderung der RL von 1972 zur Regulierung der internationalen Finanzströme. 3) Vorschlag zur Einführung eines einheitlichen Systems des mittelfristigen finanziellen Beistandes zur Stützung der Zahlungsbilanzen der MS. Mit diesen Vorschlägen sollen sämtliche Beschränkungen des Kapitalverkehrs aufgehoben und die finanziellen Produkte des Finanzmarktes eines Landes für alle EG-MS zugänglich gemacht werden.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168788. Vgl. dazu weiter Dok. 180.

Er wolle nicht, daß es auf dem nächsten Verkehrsrat einen Zusammenstoß[23] zwischen der Kommission und der Präsidentschaft gebe. Er habe daher BM Warnke bereits eine schriftliche Mitteilung übermittelt, wonach die Kommission alle Vorschläge der deutschen Präsidentschaft akzeptiere bis auf einen Punkt, die Frage der rechtlich bindenden Verpflichtung zur Marktöffnung ab 1992. Er sei bereit, seinen Kollegen zu empfehlen, daß die Kommission nicht mehr darauf bestehe, die Quoten zum 1.1.1993 automatisch abzuschaffen, sondern daß für die Zeit danach ein Ausnahmeverfahren eingeführt werden könne. Über dieses Angebot könne er jedoch nicht hinausgehen. Er könne dem deutschen Vorschlag in diesem Punkt nicht folgen, da er zuviel Unsicherheit für das Verkehrsgewerbe enthalte und nicht mit dem EuGH-Urteil im Einklang stehe.[24]

Im übrigen habe die Kommission zahlreiche Vorschläge für die Harmonisierung vorgelegt, die deutschen Wünschen entgegenkämen. So lägen derzeit Vorschläge zur sozialen und technischen Harmonisierung vor, die noch im Juni verabschiedet werden könnten. Die Frage der steuerlichen Harmonisierung sei allerdings schwieriger.

Nicht akzeptieren könne er, daß die Liberalisierung mit Konditionen verbunden werde. Im übrigen wolle er auf das Beispiel Luftverkehr verweisen, wo man sich erfolgreich um eine Lösung bemüht habe.[25]

Kommissionspräsident *Delors* ergänzt, daß die Kommission im Zusammenhang mit der Verkehrspolitik einen Präzedenzfall befürchte, der zur Folge haben könne, daß auch andere Fragen erst nach 1992 gelöst würden. Beispielsweise könnte ein Land wie Portugal bei der Liberalisierung des Kapitalverkehrs etwas Ähnliches fordern.

BM *Warnke* erwidert, es gebe keinen vergleichbaren Beschluß, wo einem MS soviel zugemutet werde, wie in diesem Fall der Bundesrepublik Deutschland. Das von Herrn Clinton Davis genannte Beispiel des Luftverkehrs sei nicht zutreffend.

Er wolle noch einmal wiederholen, daß man bei Annahme des Vorschlages der Kommission jeglichen Anreiz nehme, in der Frage der Harmonisierung weiter zu kommen. Dies habe mit Konditionen nichts zu tun. Er könne sich allerdings nicht zu einem „unconditional surrender" bereit erklären. Es nütze deshalb auch nicht viel, wenn die Pille jetzt von der Kommission – wie von Herrn Clinton Davis geschildert – verzuckert werde.

Kommissionspräsident *Delors* erklärt, das Ganze sei auch eine Frage des Vertrauens. Er habe ein gewisses Verständnis für die deutsche Frage, was aus der

23 Korrigiert aus: „Zusammenschluß".

24 Der EG-Rat auf der Ebene der Verkehrsminister beschloß auf seiner Tagung am 20./21. Juni 1988 in Brüssel ein dreistufiges Verfahren zum Marktzugang im Güterverkehr. Ministerialdirigent Grünhage, Brüssel (EG), informierte am 22. Juni 1988, daß die EG-Kommission zum Transitverkehr Verhandlungsdirektiven vorlegen werde: „Dabei wurden folgende Elemente vorschattiert: Zugang zum jeweiligen Hoheitsgebiet auf der Grundlage der Gegenseitigkeit, Nutzung der kürzesten Transitstrecken, Berücksichtigung von Möglichkeit der Straßensicherheits- und Umweltschutzerwägungen, Zusammenarbeit beim kombinierten Verkehr." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1941; Referat 416, Bd. 141961.

25 Der EG-Ministerrat einigte sich am 14. Dezember 1987 auf Maßnahmen zur Liberalisierung des Luftverkehrs. Für den Wortlaut der Verordnungen vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 374 vom 31. Dezember 1987, S. 1–26.

Harmonisierung werde, wenn man die völlige Liberalisierung jetzt in der (von der EGK) vorgeschlagenen Form vereinbare.

Der *Bundeskanzler* erklärt, man müsse in dieser Frage auch das Problem der Akzeptanz sehen. Er könne die Liberalisierung gegenüber der deutschen Öffentlichkeit und dem Deutschen Bundestag nur durchsetzen, wenn er gleichzeitig auf faire Wettbewerbsbedingungen hinweisen könne. Jedermann wisse, daß beispielsweise die steuerliche Belastung für LKWs in der Gemeinschaft sehr unterschiedlich sei. Wir hätten keine Angst vor der Liberalisierung, aber es gelte gleichzeitig, faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Bis jetzt gebe es nur eine entsprechende politische Absicht, aber wer garantiere, daß diese Absicht auch konkret umgesetzt werde?

Herr *Clinton Davis* erklärt, aus seiner Sicht verknüpfe der deutsche Vorsitz die Liberalisierung mit Konditionen. Man könne keine letzte Garantie bekommen, was die Harmonisierung angehe. Im übrigen brauche man hier auch ein Stimulans für die Steuerharmonisierung. Wenn Deutschland 1992 nachweise, daß es ernsthafte Schwierigkeiten habe, sei die Kommission bereit, nach entsprechender Konsultation der anderen Mitgliedstaaten Ausnahmeregelungen zu treffen.

Kommissionspräsident *Delors* erklärt, er habe in der Tat bei seinen verschiedenen Besuchen in Deutschland feststellen müssen, daß man dort Sorge habe, was 1992 auf die Bundesrepublik Deutschland zukomme. Man müsse also weiter nachdenken. Die Botschaft der deutschen Seite sei verstanden worden. Vielleicht werde man eine Lösung dahingehend finden, daß man die Frage der Harmonisierung in einer Art Kalender regele.

BM *Zimmermann* weist zur Rundfunkrichtlinie auf den allgemeinen Vorbehalt hinsichtlich der Kompetenz der EG und der politischen Notwendigkeit einer Richtlinie hin. Diesen Vorbehalt halte die Bundesregierung aufrecht. Wir zögen eine Europarats-Regelung vor. Unabhängig davon wolle er fünf Punkte des Kommissionsvorschlages ansprechen:

Einigkeit bestehe über das politische Ziel, die europäische Programmproduktion zu stärken. Starre prozentual festgelegte Quoten seien jedoch kein für alle Mitgliedstaaten geeignetes Mittel. Von einer Abschottung der Märkte durch derartige Maßnahmen hielten wir nichts. Die Bundesregierung schlage daher vor, ganz auf Quotenregelungen zu verzichten oder diese wenigstens auf einen „angemessenen Anteil“ zu konzentrieren.

Bei der programmunterbrechenden Werbung müßten wir eine unbestimmte Generalklausel, die jedem Sendestaat die Möglichkeit unterschiedlicher Interpretation beläßt, ablehnen. Eine derartige Generalklausel führe zu Wettbewerbsverzerrungen oder der Angleichung an einen niedrigen Standard. Uns erscheine es deshalb notwendig, eindeutige Zeitbegrenzungen für das generelle Verbot programmunterbrechender Werbung festzulegen.

Wegen der besonderen Situation der Bundesrepublik Deutschland, die ein föderatives und zugleich duales Rundfunksystem zu finanzieren habe, sei die Werbedauer für uns von besonderer Bedeutung.

Schließlich könne auf eine Regelung des Jugendschutzes nicht verzichtet werden.

In der Frage der Urheberrechte sei die Bundesrepublik immer für den Vorrang von vertraglichen Verhandlungen über den Erwerb von Urheberrechten, und

zwar möglichst ohne Druck drohender Zwangsmaßnahmen, eingetreten. Sie habe sich allerdings für die hilfsweise Einbeziehung von Zwangselementen ausgesprochen.

Lord Cockfield gibt zu, daß es nicht nur eine Gemeinschaftszuständigkeit gebe. Was das Übereinkommen des Europarats angehe, so bedeute dies bloß eine Art Absichtserklärung. Im übrigen sei die deutsche Argumentation nicht immer ganz konsequent. So werde eine detaillierte Unterbrecherwerbung verlangt, im übrigen aber mehr Flexibilität. Die Kommission versuche, den Rahmen abzustecken, in dem die Mitgliedstaaten tätig werden können. Ziel der Kommission sei nicht, den Mitgliedstaaten vorzuschreiben, wie sie den Rundfunk zu organisieren hätten. Sie wolle nur den Rahmen für eine Freizügigkeit innerhalb der EG schaffen. Die Bürger müßten die Möglichkeit haben, Programme anderer Völker zu hören.

BM *Bangemann* beurteilt die Frage, ob eine Sendung durch Werbung unterbrochen werden könne, unter Wettbewerbsgesichtspunkten, aber auch unter dem Gesichtspunkt der europäischen Kultur. Soweit Wettbewerb und Binnenmarkt betroffenen seien, sei auch eine Zuständigkeit der EG gegeben.

Daneben müsse es gelingen, die EFTA-Länder über den Europarat oder durch parallele bilaterale Vereinbarungen einzubeziehen. Gelinge dies, zerstreue das viele unserer Bedenken. Gemeinschaftsregelungen dürften jedenfalls nicht zu künstlichen Grenzen zwischen EG und EFTA-Ländern führen.

Der *Bundeskanzler* spricht das Problem von der Kulturlandschaft Europa her an. Er sei sich darin mit Präsident Mitterrand einig. Für ihn sei deutlich, daß man die deutschsprechenden Länder Europas nicht ausgrenzen dürfe. Wir hätten mit dem 3sat-Programm, einer Gemeinschaftssendung der Bundesrepublik, Österreichs und der Schweiz, eine Situation von größter politischer Wirkung geschaffen. Dies habe auch Ausstrahlung nach Osten. Er sei sehr daran interessiert, daß die EG-Politik nicht z. B. Österreich in eine Sackgasse treibe. Deshalb plädiere er für einen Mittelweg. Auch unter Berücksichtigung der Zuständigkeiten unserer Länder trete er für eine Gleichbehandlung von Europarat und EG ein. Auch mit Rücksicht auf die Teilung Deutschlands dürften wir keinen Beitrag zur weiteren Abkapselung leisten.

Lord Cockfield versichert, daß der Richtlinienentwurf der Kommission weder die EFTA noch östliche Länder schädige. Ziel sei allein, Hemmnisse innerhalb der EG abzubauen.

BM *Genscher* leitet zum Lebensmittel- und Veterinärbereich über. Wir wären der Kommission dankbar, wenn sie im Rahmen der Komitologie auf das Regelungsverfahren übergehen könne. Unsere Ressorts würden nicht mehr auf dem erschwerten Verfahren bestehen, sondern seien bereit, zu dem erleichterten überzugehen. Allerdings seien politisch empfindliche Fragen sowie die Akzeptanz durch unsere Länder zu berücksichtigen. Eine Bewegung in diesem Bereich würde jedenfalls die Verabschiedung vieler Richtlinien sehr erleichtern.

Lord Cockfield bekräftigt die Notwendigkeit von mehr Flexibilität auf beiden Seiten. Die Kommission habe hier allerdings schon mehr Flexibilität an den Tag gelegt als der Rat.

BM *Kiechle* berichtet zur Agrarpolitik. Er erinnert an das erste Treffen der EG-Kommission mit der Bundesregierung in Bonn im Jahre 1987, bei dem die Neu-

orientierung der Agrarpolitik, die Preisverhandlungen 1987 und Fragen des Währungsausgleichs im Mittelpunkt gestanden hätten. Damals hätte es unüberwindbare Gegensätze gegeben. Seit dieser Zeit sei viel Positives zu vermerken.

Die Währungsausgleichsproblematik sei beim Europäischen Rat im Juni 1987[26] grundsätzlich gelöst worden. Die Neuorientierung der Agrarpolitik im Rahmen des Delors-Pakets sei durch die Beschlüsse des ER vom Februar 1988 erfolgt.[27] Offen seien noch einige Fragen, die im Rahmen der diesjährigen Agrarpreisverhandlungen für das Wirtschaftsjahr 1988/89 gelöst werden müßten.

In Anbetracht dieser Forschritte gelte der Kommission und insbesondere Vizepräsident Andriessen besonderer Dank für die stete Bereitschaft zur Kooperation. Er erinnert an die schwierige innenpolitische Lage in der Bundesrepublik nach den Preisbeschlüssen für das Wirtschaftsjahr 1987/88[28] und stellt die positiven Elemente des Agrarbeschlusses vom Februar 1988 heraus. Set-aside und Vorruhestand gäben der Landwirtschaft eine positive Perspektive, weil sie die Produktion durch entsprechenden Einkommensausgleich begrenzten und gleichzeitig einen Beitrag zum Umweltschutz leisten.

Zum Beschluß des ER bezüglich der Einkommensbeihilfen verspricht er das Mögliche zu tun, um den festgelegten Termin einzuhalten. Die EG-Kommission habe hierzu neue Vorschläge angekündigt.

Er geht auf die Agrarpreisverhandlungen für das Wirtschaftsjahr 1988/89[29] ein und kündigt an, daß der Agrarministerrat am 16./17. Mai[30] wegen der EP-Sitzung[31] nur zwei Tage dauern könne. Deshalb sei ein weiterer Agrarministerrat für die Woche ab 6. Juli 1988 vorgesehen, der ebenfalls drei Tage dauern solle. Der bisher anberaumte Ministerrat in der folgenden Woche würde ebenfalls in der Planung bleiben. Er habe die Absicht, im Juni 1988 Entscheidungen herbeizuführen.[32]

26 Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. Juni 1987 in Brüssel vgl. AAPD 1987, II, Dok. 193.

27 Zur Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel vgl. Dok. 59.

28 Im Anschluß an die Tagung des Europäischen Rats am 30. Juni 1987 in Brüssel trat der EG-Rat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister zusammen und einigte sich über die Festsetzung der Agrarpreise für Getreide, Fette, Wein, Obst, Gemüse, Tabak und Milch sowie flankierende Maßnahmen, insbesondere den Abbau der bestehenden Währungsausgleichsbeträge. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1987, S. 17–19.

29 Die EG-Kommission legte auf der Tagung des EG-Rats auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 28. bis 30. März 1988 in Brüssel Vorschläge zur Festsetzung der Agrarpreise und flankierender Maßnahmen vor. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Bellinghausen vom 31. März 1988; Referat 416, Bd. 142000.

30 Auf der EG-Ratstagung am 16./17. Mai 1988 in Brüssel kam es zu einer Verständigung von elf EG-Mitgliedstaaten und der EG-Kommission über die Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1988/89 und über den Abbau der Währungsausgleichsbeträge. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schürmann notierte am 1. Juli 1988, daß die Verabschiedung des Preispaketes von Griechenland blockiert worden sei. Die Einigung sehe „im wesentlichen unveränderte Preise für alle Agrarprodukte (‚Nullrunde')" vor, hinsichtlich der Währungsausgleichsbeträge allerdings „einen deutlich höheren Abbau, als von der KOM vorgeschlagen". Vgl. Referat 416, Bd. 142000.

31 Am 19. Mai 1988 nahm das Europäische Parlament in Straßburg die Vorschläge der EG-Kommission über die Agrarpreise und die flankierenden Maßnahmen für das Wirtschaftsjahr 1988/89 zustimmend zur Kenntnis, lehnte jedoch die Verordnungen für Getreide, die Mitverantwortungsabgabe für Milch sowie die Preise für Olivenöl, Fette, Wein und Tabak ab. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 5/1988, S. 52.

32 Der EG-Rat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister verabschiedete am 19. Juli 1988 in Brüssel die Agrarpreise und die flankierenden Maßnahmen für das Wirtschaftsjahr 1988/89, nachdem er zuvor

Nach dem bisherigen Ministerratsverlauf habe er den Eindruck, daß die Kommissionsvorschläge, die eine Status-quo-Festschreibung der Preise vorsehen, im Grundsatz von allen Mitgliedstaaten akzeptiert werden könnten. Probleme gebe es bei einigen flankierenden Maßnahmen, und hier insbesondere bei den monatlichen Zuschlägen und beim Feuchtigkeitsgehalt für Getreide. Er empfiehlt der Kommission eine flexiblere Haltung bei einigen flankierenden Maßnahmen, um den Abschluß der Verhandlungen zu erleichtern.

Bezüglich der agrimonetären Vorschläge weist er darauf hin, daß die Bundesregierung die EG-Kommission mit ihrem Vorschlag, nur für Griechenland eine Abwertung der grünen Paritäten um 10% zuzulassen, voll unterstütze.[33] Einige weitere Mitgliedstaaten forderten jedoch den Abbau ihres negativen Währungsausgleichs. In der Anhebung der Freimargen für den negativen Währungsausgleich sieht BM Kiechle keinen Lösungsansatz, da eine solche Anhebung zu unvertretbaren und einseitigen wettbewerblichen Auswirkungen führen würde.

Er bittet die EG-Kommission, mit der Präsidentschaft engen Kontakt zu halten, um den Abschluß der Preisverhandlungen zu ermöglichen. BM Kiechle erinnert sodann an die positiven Auswirkungen der Garantiemengenregelung für Milch.[34] Man spreche bereits von Zeichen regionaler „Verknappung". In diesem Zusammenhang erinnert er noch an einige Interpretationsprobleme, die uns erhebliche Sorgen machten, er meine das Anlastungsproblem. Er hoffe sehr, daß es uns in Zusammenarbeit mit der EG-Kommission gelänge, diese Probleme einvernehmlich zu lösen.

Bezüglich des 2%-Mehrwertsteuerausgleichs erinnert er an den Beschluß des Europäischen Rates vom Juni 1987.[35] Wir hätten inzwischen in dieser Frage mit den Dienststellen der Kommission engen Kontakt gehalten und unsere Vorstellungen zur künftigen Ausgestaltung dieser Maßnahme erläutert. Die Kommission solle doch nun bitte bald einen Vorschlag vorlegen. Die Bundesregierung

Fortsetzung Fußnote von Seite 793

eine Einigung hinsichtlich des Abbaus der Währungsausgleichsbeträge für Griechenland erzielt hatte. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7-8/1988, S. 55–63.

33 Zum Abbau der negativen Währungsausgleichsbeträge (WAB) stellte die EG-Kommission in ihren Vorschlägen vom 25. März bzw. 4. April 1988 fest, daß die Währungen der EG-Mitgliedstaaten entweder stabil geblieben seien oder nur geringe Abweichungen gegenüber der Schwankungsbreite von 2,25% aufgewiesen hätten: „Nur bei der Drachme waren aufgrund der Kurssenkung erhebliche Abweichungen festzustellen. Angesichts dieser Situation und der mit den Marktüberschüssen vorgegebenen Grenzen für die Festsetzung der Agrarpreise schlägt die Kommission ausschließlich für Griechenland einen Abbau der bestehenden negativen WAB vor. Dieser Abbau sollte 10 Punkte betragen, um die Preise nicht mehr als 7,2% zu erhöhen." Vgl. BULLETIN DER EG 3/1988, S. 19.

34 Auf Vorschlag der EG-Kommission beschloß der EG-Rat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister auf seiner Tagung vom 8. bis 16. Dezember 1986 eine Reduzierung der Milchproduktionsmenge in zwei Stufen um insgesamt 9,5% bis 1. April 1988. Zur Linderung bzw. Neutralisierung des Einkommensausfalls der Landwirte beschloß der Rat überdies Kompensationszahlungen von 6 bis 10 ECU je 100 kg Milch in den folgenden sieben Jahren. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 12/1986, S. 96.

35 Der EG-Rat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister ermächtigte die Bundesrepublik am 30. Juni 1984, den Landwirten als Kompensation für den sukzessiven Abbau der positiven Währungsausgleichsbeträge in der Zeit vom 1. Juli 1984 bis 31. Dezember 1988 eine Sonderbeihilfe in Form einer Erhöhung der Mehrwertsteuerermäßigung von 3% auf 5% des Kaufpreises eines jeden Agrarerzeugnisses vor Steuern zu gewähren. Für den Wortlaut der Entscheidung vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 185 vom 12. Juli 1984, S. 41. Vgl. dazu ferner BULLETIN DER EG 6/1984, S. 11 und S. 59.
Zum Beschluß über den Abbau des positiven Währungsausgleichs durch den Europäischen Rat am 29./30. Juni 1987 in Brüssel vgl. AAPD 1987, I, Dok. 193.

lege großen Wert darauf, daß die Beihilfenregelung noch während der deutschen Präsidentschaft verabschiedet werde.[36]

Zusammenfassend stellt er fest, daß die deutsche Präsidentschaft auch in Zukunft alles tun werde, um mit der Kommission gemeinsam in einem konstruktiven Klima die anstehenden Agrarprobleme zu lösen.

Vizepräsident *Andriessen* stimmt der Analyse von BM Kiechle voll zu. Auch nach seiner Auffassung habe sich seit dem Treffen mit der EG-Kommission in Bonn im April 1987 sehr vieles zum Positiven gewendet. Von dieser positiven Wende hätten alle profitiert. Es sei deshalb wichtig, daß bei den laufenden Agrarpreisverhandlungen der Beweis für die Richtigkeit der beschlossenen Maßnahmen gebracht werde. Manche zweifelten die Durchsetzbarkeit und Wirksamkeit der beschlossenen Maßnahmen an.

Zu den laufenden Agrarpreisverhandlungen weist er darauf hin, daß die negativen Währungsausgleichsbeträge ein sehr großes Problem darstellten und eine Reihe von Mitgliedstaaten einen Abbau ihrer negativen Währungsausgleichsbeträge wünsche. Er begrüßt die volle Unterstützung der Kommissionsposition durch die Bundesregierung in diesem Punkt und verweist auf den sehr geringen finanziellen Spielraum für einen teilweisen Abbau der vorhandenen negativen Währungsausgleichsbeträge. 1% Abbau koste den EG-Haushalt 130–150 Mio. ECU.

Er kündigt an, daß die EG-Kommission am 10. Mai neue Vorschläge zum Thema Einkommensbeihilfen beraten werde. Er sei nicht sicher, ob der Ministerrat bis zum 1. Juli 1988 entsprechende Beschlüsse fassen könne; denn auch das EP müsse bei neuen Vorschlägen vorher noch konsultiert werden.

Zum Thema Anlastungsproblematik im Rahmen der Garantiemengenregelung für Milch[37] verweist er auf die Kontakte zwischen Bundesregierung und Kommission. Wir müssen versuchen, eine gerechte Lösung zu finden, die den verschiedenen Aspekten Rechnung trage.

Zur Fortführung des 2%igen Einkommensausgleichs verweist er auf die Kontakte zwischen Bundesregierung und Kommission. Über die Modalitäten der Fortführung habe man gesprochen. Er glaube, daß man zum Inhalt bereits Fortschritte erzielt habe. Über Zahlen und Modalitäten müsse man jedoch noch einmal sprechen, bevor ein Vorschlag gemacht werde, der dann auch die entsprechenden Gremien „glatt passieren" könne. Konzeption und Präsentation dieses

36 Am 17. Juni 1988 billigte der EG-Rat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister in Brüssel einen Vorschlag der EG-Kommission, der die Bundesrepublik ermächtigte, den Landwirten ab dem 1. Januar 1989 eine Beihilfe zu zahlen, welche die am 31. Dezember 1988 auslaufende zusätzliche Beihilfe in Höhe von 2% nicht übersteigen durfte. Für den Wortlaut der Entscheidung vgl. BULLETIN DER EG 6/1988, S. 89f.

37 Vortragender Legationsrat Bellinghausen erläuterte am 23. März 1988: „1) Seit dem Wirtschaftsjahr 1985/86 überschritt D die ihm zustehende Milchgarantiemenge regelmäßig um bis zu 3%. 2) Die KOM erwägt D zur Zahlung von Kompensationen heranzuziehen (bis einschließlich 1987/88 bis zu ca. 1,5 Mrd. DM). Sie hat bisher keine Schritte unternommen, weil sich BM Kiechle in einer Absprache mit Vizepräsident Andriessen vom Dezember 1986 verpflichtet hatte, den Überhang bis zum 1.4.1988 abzubauen." Ein entsprechender Vorschlag des Bundesministers Kiechle sei jedoch von einigen Bundesländern abgelehnt worden. Kiechle habe diesen Punkt in einer Neufassung des Entwurfs deshalb gestrichen und bemühe sich, von der EG-Kommission einen weiteren Aufschub bis zum 1. April 1989 zu erhalten. Vgl. Referat 416, Bd. 142007.

Vorhabens müßten der großen politischen Bedeutung dieser Maßnahme gerecht werden.

Zu den laufenden Preisverhandlungen weist er auf die Bemühungen einiger Mitgliedstaaten hin, „kleine Geschenke" zu bekommen. In Anbetracht der knappen Haushaltsmittel erinnert er an das gegebenenfalls erforderliche Abstimmungsverfahren mit dem ECOFIN-Rat. Eine Befassung des ECOFIN-Rates wolle er jedoch vermeiden.

Kommissar *Matutes* weist darauf hin, daß die Kommission eine eigene Zuständigkeit für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geschaffen habe. Leitgedanke dieser Politik sei u.a., die KMU besser an den Vorteilen des Binnenmarktes teilhaben zu lassen. Zunächst gehe es um die Verbesserung des Umfeldes. Die KMU müßten besser in die Forschungs- und Entwicklungspolitik der Gemeinschaft sowie in die flankierenden Politiken wie die Strukturpolitik einbezogen werden.

Wichtig sei in diesem Zusammenhang auch die Ergänzung der 4. und 7. Gesellschaftsrechts-Richtlinien. Man habe bei dem kürzlichen informellen Ministertreffen in Glücksburg[38] festgestellt, daß sich die Mitgliedstaaten wie auch die Dienststellen der Kommission sehr weitgehend auf die Vorstellungen der deutschen Präsidentschaft hinbewegten (Einbeziehung der GmbH & Co. KG bei gleichzeitiger Freistellung der KMU von den Anforderungen der Richtlinien). Noch seien allerdings eine Reihe von Fragen zu klären. Wichtig sei die Feststellung, wann ein Unternehmen klein, wo also die Schwelle festzusetzen sei. Er habe jedoch die Hoffnung, daß sich die Kommission auf die Linie des deutschen Vorschlags verständige, der ihm vernünftig erscheine.

Kommissar Matutes führt weiter aus, daß die KMU gegenüber größeren Unternehmen in Fragen des Managements, der Kapitalisierung, der Nutzung von bestehenden finanziellen Ressourcen, beim Zugang zu Risikokapital, Know-how, Lizenzen usw. benachteiligt seien. Die Kommission wolle deshalb ein Netz von Informationszentren, sog. Euroschaltern, aufbauen. Hier könne ein KMU erfahren, was es interessiere. Daneben solle ein Business-Information-Network die Euroschalter ergänzen. Hier könnten die KMU sich über Beteiligungen, neue Märkte oder Technologietransfers informieren. Den KMU solle die Möglichkeit für eine phantasievolle Unternehmenspolitik gegeben werden. Dies bedeute keinerlei Einmischung, sondern nur Eingliederung der KMU in den europäischen Rahmen.

Kommissar *Sutherland* bittet die Bundesregierung bei dem Vorhaben Fusionskontrolle[39] um Unterstützung. Die deutsche Präsidentschaft habe zwar großes

38 Am 5./6. Mai 1988 fand in Glücksburg ein informelles Treffen der für die Mittelstandspolitik zuständigen Minister der EG-Mitgliedstaaten statt. Die Minister hoben die Bedeutung hervor, die „transparente, einfache und unbürokratische Gemeinschaftsregeln" für die Nutzung des EG-Binnenmarktes durch kleinere und mittlere Unternehmen besäßen. Ergänzend seien aber spezifische Maßnahmen erforderlich, um die „Informations- und Kommunikationsstrukturen in der Gemeinschaft und die Unterstützung der Kooperationsbereitschaft dieser Unternehmen in den verschiedenen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft" zu verbessern. Vgl. die Zusammenfassung der Sitzungsergebnisse; Referat 416, Bd. 141878.

39 Die EG-Kommission billigte am 2. März 1988 ein überarbeitetes Konzept für eine Verordnung über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen („Europäische Fusionskontrolle"). Auf seiner Tagung am 22. Juni 1988 in Luxemburg verabschiedete der EG-Rat auf der Ebene der Handels- und Wirtschaftsminister (Binnenmarktrat) Eckpunkte zu dem Entwurf. Er sah den Vorrang der Gemeinschafts- vor den einzelstaatlichen Entscheidungen, die Bekanntgabe von Zusammenschlüssen vor ihrer

Interesse an den Tag gelegt, doch in der zuständigen Arbeitsgruppe sei das Projekt in Einzelheiten festgefahren. Nötig sei ein politischer Impuls. Er bittet den Bundeskanzler, in sein Schreiben an die übrigen Regierungschefs einen entsprechenden Appell aufzunehmen, was der *Bundeskanzler* sofort zusagt.[40]

Zum Problem der regionalen Beihilfen erkennt Kommissar *Sutherland* die große Sensibilität in der Bundesrepublik an. Er habe dazu mit BM Bangemann ein Einvernehmen hergestellt, das auch von den Ländern gutgeheißen worden sei. Bei den Ländern gebe es allerdings einige, die hier eine strengere Linie verfolgten, während andere dieses laxer sähen. Zu Recht weise der Cecchini-Bericht[41] darauf hin, daß der einheitliche Binnenmarkt ohne eine einheitliche Beihilfendisziplin nicht bestehen könne. Die von den Ländern geforderte Flexibilität sei oft nur ein Synonym für Ad-hoc-Regelungen. Er möchte in diesem Zusammenhang auch auf die Aussagen der deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Institute hinweisen, die die Senkung der staatlichen Beihilfen als ein wichtiges Ziel hinstellen. Was die De-minimis-Regelung angehe, wisse er um die deutschen Schwierigkeiten. Die Kommission sei dabei, eine insgesamt kohärente Politik zu verfolgen und dabei sowohl die berechtigten Bedürfnisse aller Mitgliedstaaten wie auch die Grundsätze der Gemeinschaft zu berücksichtigen.

Vizepräsident *Marin* gibt die Überlegungen der Kommission zur sozialen Dimension der Gemeinschaft wieder. Die Kommission wolle keine Sozialpolitik vorschreiben, sondern nur eine reale Zielsetzung vorgeben. Der Binnenmarkt sei zwar unausweichlich, doch brauche man dafür die Unterstützung aller Europäer. Außerdem werde der Binnenmarkt positive wie negative Auswirkungen im sozialen Bereich nach sich ziehen. Positiv zu vermerken sei mit Sicherheit ein stärkeres Wachstum, das zu mehr Arbeitsplätzen führe. Gleichzeitig müsse man jedoch auch mit Widerständen rechnen. Z. T. werde gefürchtet, der Binnenmarkt hemme gewisse Weiterentwicklungen, oder er führe zur Absenkung bereits bestehender sozialer Rechte. Dies sei insbesondere eine Befürchtung des DGB. Die Kommission werde eine Übersicht vorlegen. Bereits jetzt gebe es einige heikle Themen wie das Statut für eine Europäische Aktiengesellschaft, die Mitbestimmung oder die Informationsrechte der Arbeitnehmer. Insgesamt gesehen wolle er jedoch deutlich machen, daß der gemeinsame Binnenmarkt nichts an den Gewerkschaftsrechten ändern werde. In diesem Sinne wolle die Kommission auch mit den Gewerkschaften, insbesondere mit dem DGB, sprechen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 796

Durchführung und die mögliche Wettbewerbsbehinderung als maßgebliches Kriterium für die Ablehnung einer Unternehmensfusion vor. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 3/1988, S. 38 f., und BULLETIN DER EG 6/1988, S. 55 f.

40 Mit Schreiben vom 20. Mai 1988 an die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten sowie den Präsidenten der EG-Kommission, Delors, listete Bundeskanzler Kohl die Bereiche auf, in denen mit Blick auf die Schaffung des gemeinsamen Binnenmarktes 1992 Entscheidungen noch ausstünden. Er schloß: „Ich wende mich heute an Sie persönlich mit der Bitte, durch konstruktive Mitarbeit und durch Kompromißbereitschaft dazu beizutragen, das von allen angestrebte Ergebnis zu erzielen. […] Unser gemeinsames politisches Anliegen sollte es sein, alles zu tun, damit der Europäische Rat in Hannover eine positive Zwischenbilanz der Fortschritte auf dem Weg zum Binnenmarkt ziehen und gleichzeitig die nächsten Prioritäten bis zur Halbzeit Ende 1989 vereinbaren kann. Damit machen wir vor der gesamten europäischen Öffentlichkeit deutlich, daß es auf dem eingeschlagenen Weg zügig vorangeht und wir gewillt sind, den vereinbarten Fahrplan einzuhalten.“ Vgl. Referat 416, Bd. 141923.

41 Vgl. Paolo CECCHINI, The European Challenge 1992. The Benefits of a Single Market, Aldershot u. a. 1988 (dt. Europa ‘92. Der Vorteil des Binnenmarktes, Baden-Baden 1988).

Der *Bundeskanzler* stellt dazu fest, daß wir den Binnenmarkt nicht erreichen werden, wenn es nicht gelinge, die gesellschaftlichen Gruppen in das Vorhaben einzubinden. Dies sei in vielen Bereichen schwierig. Es sei jedoch ein Akt der Klugheit, vernünftige Lösungen zu finden; alle müßten sehr intensiv daran arbeiten.

BM *Töpfer* spricht die Harmonisierung der Umweltstandards an. Er dankt der Kommission zunächst für das europäische Jahr der Umwelt[42] und schließt die konkrete Bitte an, daß die Kommission die Diesel-Richtlinie auch unter Hintanstellung der Fristenlage weitertreiben möge.[43] Besondere Bedeutung komme auch der Umsetzung des Montreal-Protokolls zur Reduzierung der Produktion des Verbrauchs von FCKW[44] zu. Für die Öffentlichkeit sei es unverständlich, wenn es nicht gelänge, dieses Protokoll bald umzusetzen. Darüber hinaus habe die Bundesrepublik ein weiteres großes Anliegen, die Reduzierung von Emissionen aus Großfeuerungsanlagen.[45] Die Bundesregierung führe hier bilaterale Gespräche und bitte die Kommission um entsprechende Unterstützung. Abschließend führt er aus, daß es für die Entwicklung der Gemeinschaft und ihre Akzeptanz sehr hinderlich wäre, wenn der Eindruck entstünde, die EG sei nur eine Wirtschaftsgemeinschaft und in der Umwelt würde nichts vollzogen.

Präsident *Delors* unterstreicht diese Aussage und weist darauf hin, daß es bei der Verhandlung über die Einheitliche Europäische Akte leider nicht gelungen sei, im Umweltbereich auch die qualifizierte Mehrheitsentscheidung einzuführen. Umweltpolitik gehöre für die Kommission zu den sechs prioritären Bereichen im Rahmen der EEA-Umsetzung.

Kommissar *Clinton Davis* legt dar, daß FCKW und das Montreal-Protokoll kritische Punkte für die Glaubwürdigkeit der Gemeinschaft nach innen und außen

42 Mit Entschließung vom 18. März 1986 billigte der EG-Rat auf der Ebene der Handels- und Wirtschaftsminister (Binnenmarktrat) in Brüssel ein Aktionsprogramm für das Europäische Umweltjahr vom März 1987 bis März 1988. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. C 63 vom 18. März 1986, S. 1 f.

43 Am 13. Mai 1986 verabschiedete die EG-Kommission eine Richtlinie zur Angleichung von Rechtsvorschriften der EG-Mitgliedstaaten über Maßnahmen gegen die Verunreinigung der Luft durch Abgase von Kraftfahrzeugmotoren (Begrenzung der Partikelemissionen von Dieselmotoren) und über Maßnahmen gegen die Emission gasförmiger Schadstoffe aus Dieselmotoren zum Antrieb von Fahrzeugen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 5/1986, S. 56 f.
Nachdem sich der EG-Rat auf der Ebene der Umweltminister am 7. September 1987 über einen Gemeinsamen Standpunkt zum Richtlinienvorschlag über die gasförmigen Schadstoffe aus Dieselmotoren zur Übermittlung an das Europäische Parlament geeinigt hatte, billigte er am 16./17. Juni 1988 in Luxemburg den Richtlinienvorschlag zur Begrenzung der Partikelemissionen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 9/1987, S. 45 f, bzw. BULLETIN DER EG 6/1988, S. 77 f.

44 Für den Wortlaut des Montrealer Protokolls vom 16. September 1987 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 1015–1028.
Die EG-Kommission verabschiedete am 17. Februar 1988 eine Entscheidungsvorlage über die Ratifizierung des Protokolls, über die der EG-Rat auf der Ebene der Umweltminister auf seiner Tagung am 16./17. Juni 1988 in Luxemburg Einvernehmen erzielte. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 2/1988, S. 57, bzw. BULLETIN DER EG 6/1988, S. 78.

45 Die EG-Kommission übermittelte dem EG-Rat am 19. Dezember 1983 bzw. in geänderter Fassung am 25. Februar 1985 den Vorschlag für eine Richtlinie betreffend die Begrenzung der Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen in die Luft. Für den Wortlaut des Vorschlags vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. C 49 vom 21. Februar 1984, S. 1–7, bzw. Nr. C 76 vom 22. März 1985, S. 6–8.
Der EG-Rat auf der Ebene der Umweltminister erzielte auf seiner Tagung am 28./29. Juni 1988 in Luxemburg Einvernehmen über die Richtlinie. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1988, S. 78.

(insbesondere gegenüber den USA) seien. Schwierigkeiten hätten hier noch Spanien und Dänemark. Er versprach jedoch, seine Bemühungen zu verdoppeln, um die bei der Umsetzung des Montreal-Protokolls und auch bei der Reduzierung von Emissionen von Großfeuerungsanlagen bestehende Probleme zu überwinden.

Ende der Sitzung: 13.05 Uhr.

Referat 010, Bd. 178936

146

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

Dg 20/201-363.20-560/88 geheim **10. Mai 1988**

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Bundesminister[2]

Zweck der Vorlage: zur Unterrichtung im Hinblick auf Hausbesprechung am 10. Mai 1988

Betr.: Gesamtkonzept[3];
hier: Parameter für künftige Struktur des Nuklearpotentials der NATO

1) Zusammenfassung

Die Bündnisberatungen über das Gesamtkonzept geben der Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit, für die eigene – und die damit untrennbar verbundene westliche – Sicherheit im umfassenden Sinne wichtige Weichenstellungen zu beeinflussen

– für die weitere Entwicklung des westeuropäischen Integrationsprozesses,

– für das amerikanisch-europäische Verhältnis,

– für die Bemühungen um ein stabileres West-Ost-Verhältnis.

Voraussetzung ist, daß wir zunächst unsere eigenen Interessen definieren, um auf dieser Basis die Meinungsbildung der westeuropäischen Bündnispartner zunächst bilateral (F, dann GB), anschließend Gesamt-WEU[4] und (nach den Wahlen[5]) USA sowie des übrigen Bündnisses zu lenken. Da wir die wichtigste Karte in der Hand halten (ohne uns geht es nicht), sollte das möglich sein, wenn

1 Jürgen Sudhoff.

2 Hat Bundesminister Genscher am 10. Mai 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „V[or]t[ra]g".
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 28. Juni 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirigent von Ploetz und Referat 201 verfügte.
Hat im Büro Staatssekretäre am 29. Juni 1988 vorgelegen.
Hat Ploetz am 4. Juli 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Gröning vorgelegen.

3 Zur Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO vgl. Dok. 78.

4 Zur Diskussion über eine gemeinsame Sicherheitspolitik im Rahmen der WEU vgl. Dok. 93.

5 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

wir sie klug spielen. Das heißt vor allem, sie nicht zu früh, aber auch nicht zu spät aus der Hand zu geben, sondern im wirklichen Sinne eines sicherheits- (nicht nur rüstungskontroll)politischen Gesamtkonzepts vorzugehen in allen drei Dimensionen (Schlußfolgerungen für deutsche Position s. Ziffern 4–6).

2) Schon der Harmel-Bericht[6] geht von einem Zusammenwachsen Europas aus. In letzter Konsequenz wird und kann es dies nicht geben, wenn sich die europäischen Bündnispartner nicht mit den Herausforderungen des nuklearen Zeitalters auseinandersetzen. Die Beratungen über das Gesamtkonzept bieten eine Chance dafür. Allerdings sind die bisherigen Stellungnahmen, vor allem von GB, nicht ermutigend.

Ausgangspunkt sollte der immer wieder bekräftigte Konsens sein, daß es in Europa[7] keine Kriegsverhütung ohne nukleare Waffen gibt. Das Dilemma vor allem der öffentlichen Präsentation besteht darin, daß Nuklearwaffen den Europäern wirklich nur dann dienen, wenn sie nicht eingesetzt werden. Und hierfür wiederum besteht nur dann eine Chance, wenn der Gegner – im Ernstfall – mit ihrem Einsatz rechnet. Aron hat dieses Dilemma schon früh beschrieben.[8]

Frankreich hat einen Teilschritt getan, hieraus ist die Schlußfolgerung zu ziehen: Seine Nuklearpolitik ist aber bis jetzt nur Ausdruck eines nuklearen Nationalismus, einer Art nuklearen Maginot-Denkens, geblieben. Sie setzt die Fortdauer des Status quo voraus, der durch eine – mit entsprechenden, in Europa präsenten nuklearen Mitteln der USA glaubhaft gemachte – Allianzstrategie der flexiblen Erwiderung[9] gekennzeichnet ist, die ihrerseits ausreichende deutsche und amerikanische konventionelle Mittel sowie öffentliche Akzeptanz der NATO-Nuklearstrategie, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland, voraussetzt.[10] Diese beiden, bisher als Konstante betrachteten Bedingungen dafür, daß die Inkonsequenz der französischen Doktrin nicht offengelegt werden muß, erscheinen heute weniger konstant.

F trifft sich daher mit GB in dem Bemühen, den bisherigen Status quo wieder zu verfestigen. Das Mittel: eine substantielle Verstärkung der nuklearen US-Präsenz für die Zeit nach der Implementierung des INF-Abkommens – durch die sogenannte Modernisierung.[11]

6 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

7 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher unterschlängelt.

8 Vgl. Raymond ARON, Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt, Frankfurt am Main 1963, S. 574–581.

9 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 11, Anm. 9.
Die Wörter „flexible Erwiderung“ wurden von Bundesminister Genscher unterschlängelt.

10 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher durch Fragezeichen hervorgehoben.

11 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher durch Fragezeichen hervorgehoben.
Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), analysierte am 4. Mai 1988 die verteidigungspolitischen Vorstellungen Frankreichs und Großbritanniens. Beide Staaten hätten ein erhebliches Interessen an einem amerikanisch-sowjetischen Übereinkommen über die Verminderung strategischer Nuklearsysteme um 50 %, da dies das Gewicht ihrer eigenen strategischen Systeme ohne eigene Reduzierungsverpflichtungen erhöhen würde: „Keinerlei Interesse haben F und GB an Beendigung amerikanischer nuklearer Präsenz in Europa oder auch nur an qualitativ bedeutsamer Verringerung. Bei Frage Modernisierung von nuklearen Systemen unter 500 km Reichweite und rüstungskontrollpolitischer Behandlung von

GB stellt die Lance-Nachfolge in den Vordergrund, obwohl es – für sein eigenes Arsenal – das Schwergewicht auf den Abstandsflugkörper legt. Hierin liegt eine politische Logik: GB möchte, daß die USA auch weiter die – möglichst alleinige – Verantwortung für ein eventuelles Überschreiten der nuklearen Schwelle tragen und dafür über Mittel verfügen, die GB nicht hat.

Neue strategische oder sonstige konzeptionelle Überlegungen für die Lance-Modernisierung sind weder von F noch von GB vorgebracht worden; das fällt angesichts der Aussage der militärischen NATO-Stellen schwer, wonach ein Abstandsflugkörper mit 400 km Reichweite etwa 90 % aller derzeit von INF-Systemen abgedeckten Ziele abdecken kann und natürlich auch entsprechende Abdeckung in geringeren Entfernungen erlauben sollte. GB räumt auch ein, daß für das „Brandmauer"-Konzept kein wirklich überzeugendes, strategisches oder politisches Rationale vorhanden ist. Es ist offenbar eine Art vordere Verteidigungslinie im Hinblick auf befürchtete sowjetische Vorstöße einerseits und angebliche deutsche Unsicherheit oder sogar Neutralismus andererseits.

Unsere europäischen Partner GB und F haben – leider – noch nicht begriffen, daß sie selbst mit ihrem nuklearen Nationalismus, man könnte ihn bei F gelegentlich sogar nuklearen Neutralismus nennen, in ihren Köpfen das Gespenst eines deutschen Neutralismus erzeugen, weil sie ihn als eine letztlich zwingende Konsequenz des eigenen Verharrens im Status quo (Nuklearstatus ohne Verantwortung für Europa; kein wirkliches Hinarbeiten auf europäische Friedensordnung) ansehen!

3) Vor diesem Hintergrund müssen wir unter Gesichtspunkten der Substanz wie der Prozedur und Taktik unsere Position für die Bündnisberatungen über das Gesamtkonzept formulieren.

Aus dem unter 1) und 2) Gesagten folgt, daß wir diese Positionsbestimmung nicht auf die Frage der rüstungskontrollpolitischen Erfassung der der NATO in und für Europa nach der INF-Implementierung verbleibenden Nuklearsysteme beschränken können. Dies würde eine unseren Interessen zuwiderlaufende und das Bündnis in seinem Grundkonsens erschütternde Blockadehaltung bei GB – unterstützt von den anderen beiden Nuklearmächten – auslösen.[12]

Fortsetzung Fußnote von Seite 800

SNF treten ebenfalls parallele Interessen zutage. Beide wollen Modernisierung […]. Sie wehren dadurch schon im Vorfeld Forderung nach Begrenzung ihrer eigenen Systeme ab, sichern weiteren Verbund mit amerikanischen Systemen in Europa, garantieren fortdauernde US-Präsenz in Europa und erleichtern im Falle F eigene Modernisierungen (Pluton/Hades). Durch Herauslösung rüstungskontrollpolitischer Behandlung von SNF aus Gesamtkonzept Bündnisses für Rüstungskontrolle und Abrüstung soll befürchteten Tendenzen zu weiteren Null-Lösungen in Richtung auf denuklearisiertes Europa Riegel vorgeschoben werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 597; VS-Bd. 12250 (220); B 150, Aktenkopien 1988.

12 Brigadegeneral Schenk Graf von Stauffenberg, London, übermittelte am 22. April 1988 eine Einschätzung des britischen Außenministeriums zu einem sicherheitspolitischen Gesamtkonzept der NATO: „Bezüglich der Ziele und Inhalte dieses Konzepts sieht sich das MOD UK in voller Übereinstimmung mit dem BMVg. Es geht bei dem Gesamtkonzept darum, zunächst die zukünftig notwendigen Potentiale zur Aufrechterhaltung der Abschreckungsfähigkeit zu definieren und darauf basierend die zukünftige Abrüstungs-/Rüstungskontrollinitiativen festzulegen. Bei den sicherheitspolitischen Konsultationen im AA am 30.3.88 hat man durch die Ausführungen Botschafter Holiks den Eindruck gewonnen, daß auf deutscher Seite außerdem auch Überlegungen zu einem engeren Ansatz in der Weise bestehen, daß in diesem Gesamtkonzept nur die zukünftigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollinitiativen mit Schwerpunkt auf der SNF-Problematik zu definieren wären. Diesem Ansatz kann britischerseits nicht zugestimmt werden." Stauffenberg kam zu dem Schluß: „Im MOD UK bestehen ganz offensichtlich Zweifel, ob die Bundesrepublik als Initiator des Gesamtkonzept-Ansatzes selbst schon einvernehm-

a) Ausgangspunkt: Ziel unserer Sicherheitspolitik bleibt Kriegsverhütung. Sie setzt Abschreckung voraus in einer Welt, aus der Nuklearwaffen nicht verschwinden werden – ungeachtet diesbezüglicher Rhetorik[13] von Reagan und Gorbatschow – und in der letztlich nicht Absichten den Ausschlag über Sicherheit oder Unsicherheit geben, sondern die verfügbaren militärischen Optionen. Abschreckung ist – gemäß historischer Erfahrung – mit konventionellen Mitteln allein nicht zu gewährleisten.

– Daher: Auf voraussehbare Zeit wird die kriegsverhütende Abschreckung „auf der Grundlage einer geeigneten Zusammensetzung angemessener und wirksamer nuklearer und konventioneller Streitkräfte" gewährleistet werden müssen. Es gibt keine kriegsverhütende Abschreckung für Europa ohne Nuklearwaffen. Man könnte sogar sagen: Europa braucht sie mehr als die USA, die nicht mit einer anderen Supermacht auf demselben Kontinent zusammenleben müssen.
– Die Nuklearmächte selbst halten es grundsätzlich für ausreichend, zur Abschreckung von Angriffen gegen ihr eigenes Territorium solche Systeme verfügbar zu halten, die das Territorium des potentiellen Aggressors unter Risiko halten.[14]

  GB ist diesem Prinzip treu geblieben, F scheint – entsprechend Aussagen Mitterrands[15] – zu ihm zurückzukehren.
– D als Nichtnuklearmacht an vorderster Linie ist mehr als alle anderen auf die kriegsverhütende Wirkung von N-Waffen angewiesen. Es ist aber sein Interesse, daß die dafür erforderliche Abschreckung gegenüber dem potentiellen Angreifer entwickelt wird; d. h.: Unter Abschreckungsgesichtspunkten sollte der Schwerpunkt aus unserer Sicht eindeutig bei den längeren Reichweiten liegen. Der durch die allgemeinen politischen Richtlinien für den Einsatz von Nuklearwaffen[16] eingeleitete – aber nicht abgeschlossene – Prozeß einer Umstrukturierung mit Schwerpunktverlagerung zu weiterreichenden Systemen muß fortgesetzt werden.

b) Da die Bundesrepublik Deutschland auch in Zukunft keine eigenen Nuklearwaffen anstrebt, ist sie auf die Abschreckung angewiesen, die durch die kollektive Verteidigung im NATO-Rahmen erzeugt wird.

Grundlage dafür ist die NATO-Strategie der flexiblen Erwiderung, in deren Rahmen sich die US- und GB-Systeme, nicht aber die F-Systeme einordnen.

Gemeinsam ist allen drei Potentialen, daß die Einsatzentscheidung dem Staats- bzw. Regierungschef vorbehalten ist. Unterschiede gibt es aber in bezug auf das strategische Konzept und seine Umsetzung, wofür wir im NATO-Rahmen weitgehende Vorkehrungen für Konsultationen haben, die bei F (noch?) fehlen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 801

lich definiert hat, welche Ziele und Inhalte dieser umfassen muß." Vgl. den Drahtbericht Nr. 793; VS-Bd. 12242 (220); B 150, Aktenkopien 1988.

13 Dieses Wort wurden von Bundesminister Genscher unterschlängelt.

14 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Alle?"

15 Zum sicherheitspolitischen Denken des Staatspräsidenten Mitterrand vgl. Dok. 89.

16 Die auf der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) am 21./22. Oktober 1986 in Gleneagles verabschiedeten General Political Guidelines (GPG) der NATO regelten das Vorgehen beim Nuklearwaffeneinsatz im Rahmen der Strategie der „flexible response". Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 178, und AAPD 1986, II, Dok. 229, Dok. 246 und Dok. 302.

Im Zusammenhang mit dem sich verändernden globalen und insbesondere nuklearen Kräfteverhältnis (Verlust zunächst des Monopols und dann der Überlegenheit der USA bei strategischen Systemen) hat sich das strategische Denken in den USA entwickelt.

Die USA, die – anders als F und GB – einen Teil der Abschreckungswirkung ihres Nuklearpotentials an europäische Bündnispartner „ausleihen" (extended deterrence), halten für diesen speziellen Zweck Nuklearsysteme unterhalb der strategischen Ebene für erforderlich. Die Tendenz des amerikanischen Denkens geht erkennbar in eine unseren Interessen zuwiderlaufende Richtung: Die Regionalisierungskonzepte denkbarer Konflikte in der Studie von Wohlstetter und anderen prominenten US-Denkern („Discriminate Deterrence")[17] verdeutlichen sie.[18]

Für die Bundesrepublik Deutschland ist es wichtig, Entscheidungen über die künftige Struktur des NATO-Nuklearpotentials in Kenntnis dieser Tendenzen in eine auch unseren Interessen Rechnung tragende Richtung zu lenken.

c) Es liegt ferner in unserem Interesse, daß das Bündnis auch folgende voraussehbaren Entwicklungen der Nuklearpotentiale unserer Verbündeten berücksichtigt:

– USA: Implementierung von INF, Reduzierung des strategischen Potentials um 50 % (START). Alle Bündnispartner gehen davon aus, daß die START-Reduzierungen strategieneutral sind; dennoch ist nicht zu übersehen, daß sich – vor allem durch Fortsetzung des START-Prozesses – die für eine glaubwürdige flexible Erwiderung erforderliche Flexibilität der Optionen in strategierelevanter Weise verändern könnte.[19] Der WEU-Ministerauftrag, europaspezifische Auswirkungen dieses Prozesses zu untersuchen[20], ist Ausdruck einer entsprechenden Sorge.
– GB: Modernisierungsprogramm bei seegestützten strategischen Systemen; starke Bemühungen um Entwicklung eines Abstandsflugkörpers.
– F: Modernisierung des gesamten see- und luftgestützten Potentials (bei letzterem einschließlich Abstandsflugkörpers); Überlegungen zur Modernisierung des landgestützten strategischen Potentials. Voraussichtlich: Überprüfung der Planung des landgestützten Kurzstreckenpotentials. Offenhalten der Option einer Neutronenwaffe.

Inwieweit GB und F in der Zukunft im nuklearen Bereich wirklich enger zusammenarbeiten, ist ungewiß. Vor allem die Haushaltsentwicklung in F läßt aber erwarten, daß in diese Richtung wichtige Entwicklungen möglich sind.

17 Zum Bericht „Discriminate Deterrence. Report of The Commission On Integrated Long-Term Strategy" vgl. Dok. 11.

18 Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Nitze?"

19 Der Passus „die für eine glaubwürdige … verändern könnte" wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

20 Auf der WEU-Ministerratstagung am 18./19. April 1988 in Den Haag beauftragten die Außenminister der WEU-Mitgliedstaaten die Sonderarbeitsgruppe der WEU, einen Bericht zu folgenden Punkten anzufertigen: „1) goals of conventional stability talks seen in a European perspective; 2) consequences for Europe of possible developments in the START talks; 3) role of the nuclear and conventional components of deterrence for security in Europe; 4) defence burden-sharing within the Atlantic Alliance and possible initiatives in this respect from the European allies that are members of WEU which aim at developing sound and balanced transatlantic relations." Vgl. die Anlage zur Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Arnim vom 21. April 1988; Referat 220, Bd. 144760.

In der Gesamtrelation der westlichen Potentiale zueinander wird also das relative Gewicht der britischen und französischen Systeme gegenüber den amerikanischen zunehmen; zunehmende Eignung der modernisierten F- und GB-Systeme für selektive Einsätze (die bisher – Ausnahme luftgestützte Systeme – weitgehend fehlte) verstärkt diese Tendenz.

d) GB und F haben (besonders bei Vorbereitung der WEU-Plattform[21]) Wert darauf gelegt, daß zwar der Beitrag ihrer Systeme zur Gesamtabschreckung ausdrücklich anerkannt wird, weil die politische Unterstützung für GB- und F-Weigerung wertvoll ist, die Nuklearpotentiale in nukleare Abrüstungsverhandlungen nicht – wenigstens nicht in dieser Phase – einzubringen.

Eine Gegenleistung für diese politische Unterstützung – konkretere Aussagen über den strategischen Beitrag dieser Systeme zur Sicherheit der übrigen Partner – konnten F und GB bisher vermeiden, weil diese nach Umfang und technischen Merkmalen für den (für die Abschreckung in Europa vor allem wichtigen) selektiven Einsatz nicht in Betracht kamen. Angesichts der „überreichlichen" Verfügbarkeit amerikanischer Mittel bestand keine Dringlichkeit an Klärung.

Dies kann sich in Zukunft ändern: einmal wegen der Entwicklung des amerikanischen strategischen Denkens, zum anderen wegen der relativen Veränderung der Gewichte.

Für die Antwort auf die Frage, wie das zukünftige Nuklearpotential der NATO, d. h. das in und für Europa verfügbare Nuklearpotential unterhalb der strategischen Ebene zwischen den beiden Großmächten, strukturiert sein und welchen Umfang es haben soll, wird es wichtig sein, daß F und GB sich etwas deutlicher erklären.

e) Dies ist um so wichtiger, weil auch in einem Verteidigungsbündnis grundsätzlich das Prinzip der Subsidiarität gilt: Jeder ist zunächst einmal im Rahmen seiner eigenen Leistungsfähigkeit für sich selbst verantwortlich. Es ist abzusehen, daß die Burden-Sharing-Diskussion, die sich keineswegs auf Haushaltsfragen beschränkt, auch eines Tages zu der sensitiven Frage vorstoßen wird, was die europäischen Nuklearmächte letztlich beitragen.

Westeuropa muß deshalb behutsam anfangen, sich eine gemeinsame europäische Meinung zu bilden, ob es dem Zusammenwachsen der vitalen Interessen im wirtschaftlichen und monetären, aber auch im außenpolitischen Bereich, schrittweise Schlußfolgerungen im sicherheitspolitischen Bereich folgen lassen will.

Das bisherige Verhalten von GB und F, insbesondere im Zusammenhang mit den Null-Lösungen und der Modernisierungsfrage, läßt erkennen, daß beide Staaten sich dieser Fragestellung entziehen wollen.

Den Einstieg könnte die gegenwärtige Diskussion über das Gesamtkonzept bilden. In seinem Rahmen könnte eine europäische Meinungsbildung, d. h. im wesentlichen eine Meinungsbildung zwischen F, GB, D und I, zunächst darüber beginnen, welche strategische Funktion die amerikanischen Nuklearsysteme in und in dem für Europa nach der INF-Implementierung sich verändernden Umfeld der Jahre 1995 ff. haben sollen. In diesem Zusammenhang er-

21 Auf seiner Tagung am 26./27. Oktober 1987 in Den Haag verabschiedete der WEU-Ministerrat die Erklärung „Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen". Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 613–616.

gibt sich dann zwangsläufig die Frage nach der Rolle britischer und französischer Systeme. Sie braucht also nicht demonstrativ in den Vordergrund gestellt zu werden, weil sonst die Diskussion sofort zu Ende ist.

f) Für diese Diskussion ist die Beantwortung folgender Grundsatzfrage durch uns wichtig: Erfordert die kriegsverhütende Abschreckung auch dann noch Nuklearwaffen, wenn konventionelle Stabilität erzielt ist?

Die Opposition sagt nein und wird auf dieser Linie die bevorstehende Diskussion bestreiten.

Wenn die Antwort der Bundesregierung – was nach dem oben Gesagten klar sein müßte – positiv ausfällt, könnte der Versuch unternommen werden, das quantitative und qualitative Minimum für drei Szenarien zu bestimmen:

– konventionelle Stabilität bei Fortsetzung des nuklearen Abrüstungsprozesses der USA und SU;
– im wesentlichen unverändertes konventionelles Kräfteverhältnis, aber durch Abrüstung wie durch Modernisierung verändertes nukleares Kräfteverhältnis (s. oben);
– ein Zustand zwischen diesen beiden Szenarien; d. h. sehr mühsames Vorankommen bei den Verhandlungen über konventionelle Stabilität, Implementierung von INF und START und Aussichten auf weitere Abrüstungsschritte im nuklearen Bereich. Dieses Szenario ist wahrscheinlich dasjenige, das für die operative Politik die größte Bedeutung haben wird.

g) Nicht gefördert würden diese Überlegungen, wenn wir auf Grund der – seit Existenz der NATO-Strategie bekannten – Tatsache, daß mit ihrer Hilfe entgegengesetzte Interessen von Europäern und USA überbrückt werden, diese Strategie als unehrlich bezeichneten und in Frage stellten. Es erscheint nicht möglich, sie „ehrlicher" zu machen[22], ohne unsere Sicherheitsinteressen zu beeinträchtigen: Das oben für Europa beschriebene nukleare Dilemma gibt es – in anderer Form – auch im europäisch-amerikanischen Verhältnis. Vielmehr sollten wir als Europäer so lange an ihr festhalten, wie die USA dazu bereit sind. Letzteres ist nicht nur eine Frage der deklaratorischen amerikanischen Politik, sondern auch der praktischen Verfügbarkeit von einer die Strategie in den Augen des potentiellen Gegners plausibel erscheinen lassenden Mischung von militärischen Optionen. Dabei ist im Zeitalter nuklearer Parität nicht ausschlaggebend, ob die SU Gewißheit hat, daß die Strategie der NATO implementiert wird, sondern daß sie Zweifel hat, daß sie nicht implementiert wird.

4) Folgende Kriterien sollten aus deutscher Interessenlage Berücksichtigung finden:

– Angesichts der gegebenen Kräfteverhältnisse und ihrer wahrscheinlichen Entwicklung werden die Europäer auf voraussehbare Zeit auf die USA angewiesen sein, um die Macht der SU auszubalancieren.
– Die militärische Präsenz der USA in Europa ist für die Glaubwürdigkeit des Sicherheitsverbundes Europa–USA unverzichtbar. Unabhängig von sonstigen Überlegungen müssen die USA über das Minimum an nuklearen Mitteln für

[22] Die Wörter „sie ‚ehrlicher' zu machen" wurden von Bundesminister Genscher unterschlängelt.

ihre in Europa stationierten konventionellen Kräfte verfügen können, das sie selbst für unverzichtbar halten.[23]

(Die amerikanische nukleare Präsenz in Westeuropa hat eine weitere, in deutschem Interesse liegende Funktion: Sie relativiert den Statusunterschied zwischen den nuklearen und nichtnuklearen europäischen Partnern – bisher jedenfalls – so weit, daß er sich nicht störend auf den Fortgang der europäischen Integration ausgewirkt hat. „Im Windschatten" dieser US-Präsenz müssen noch in anderen Fragen erhebliche weitere Integrationsfortschritte erzielt werden, bevor im Verteidigungsbereich in Westeuropa wirkliche qualitative Fortschritte möglich werden.)

- Das für notwendig gehaltene Nuklearpotential muß so strukturiert sein, daß auch unsere vitalen Interessen respektiert werden. Das bedeutet insbesondere:
  - Die politische Funktion nuklearer Waffen (Kriegsverhinderung) muß deutlich werden; sie sind kein Ausgleich für mangelnde konventionelle Stärke. Hieraus ergibt sich gleichzeitig die Notwendigkeit konsequenter Anstrengungen um konventionelle Stabilität durch Rüstungskontrolle sowie konventionelle Verteidigungsanstrengungen, solange Stabilität nicht erzielt ist. Auf die von F und GB so häufig zitierte schiefe Ebene der Denuklearisierung begibt sich bereits, wer keine angemessenen Anstrengungen in diesen beiden Bereichen unternimmt.
  - Ein Teil des Risikos, das mit der Bereitstellung von Nuklearmitteln für und in Europa verbunden ist, muß von den Europäern im Interesse der Glaubwürdigkeit der Strategie und im Interesse ihrer Akzeptanz in den USA mitgetragen werden; d.h., eine allein auf strategische Systeme abgestützte US-Abschreckung, die auf in Europa stationierte Systeme verzichtet, hat in sowjetischen Augen geringe Glaubwürdigkeit und aus amerikanischer Sicht keine ausreichende öffentliche Unterstützung. (Anmerkung: In bezug auf strategische Systeme von F und GB stellt sich diese Frage – angesichts der geographischen Lage – völlig anders. Hier gibt es kein Problem der extended deterrence in dem Sinn, wie es zwischen Europa und USA existiert.)
  - Wir müssen nolens volens akzeptieren, daß eine zwar durch das nukleare Risiko, nicht aber durch die Geographie mit uns sicherheitspolitisch untrennbar verbundene Macht wie die USA das Risiko zu kontrollieren versucht, mit dem eigenen Territorium in Haft genommen zu werden. Der Hinweis deutscher Kritiker darauf, daß wir bereits konventionell mit unserem Territorium ausreichendes Risiko tragen, hilft demgegenüber nicht weiter.
  - Im Rahmen dieser Parameter müssen wir darauf bestehen, daß die mit den GPG eingeleitete Umstellung des NATO-Potentials auf möglichst lange Reichweiten entschlossen fortgesetzt wird. Dies können wir stark beeinflussen, wenn wir unsere Präferenzen deutlich machen. Ein Offenhalten aller Optionen ist daher auf unbestimmte Zeit ausgeschlossen. Wenn wir beispielsweise für die Entwicklung eines weitreichenden (in der HLG wird über 400 km gesprochen) Abstandsflugkörpers eintreten (ein solches

[23] Der Passus „die USA über … unverzichtbar halten" wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wofür unverzichtbar?"

System würde breite Beteiligung von Bündnispartnern bei der Stationierung erlauben), könnte es gelingen, bei der nuklearen Artillerie stark zu reduzieren oder sogar auf Null zu gehen; selbst bei landgestützten Raketen könnten wir eine – noch zu definierende Entwicklung – in die von uns gewünschte Richtung einleiten.

5) Allerdings:

Der Zeitpunkt für eine solche Festlegung ist noch nicht gekommen: Zunächst muß sich in F und USA die innenpolitische Situation – mit möglichen Auswirkungen auf das strategische Denken – klären.

Außerdem müssen wir den Schwebezustand so lange erhalten, bis unsere Partner sich zur rüstungskontrollpolitischen Erfassung, soweit diese möglich und wünschenswert ist, mit uns verständigt haben.

Das Gesamtkonzept sollte also die Voraussetzung dafür schaffen,

– Konsens über das unter unterschiedlichen Voraussetzungen für erforderlich gehaltene quantitative und qualitative Minimum zu erzielen, desgleichen über die Rolle, die die jeweiligen Systeme der drei westlichen Nuklearmächte hierbei spielen;
– das NATO-Nuklearpotential in und für Europa entsprechend umzustrukturieren: Stärkere Abstützung auf längere Reichweiten erhöht die Flexibilität und reduziert Anforderungen an Gesamtumfang. SACEUR[24] hat dies bei der letzten NPG-Tagung[25] erstmals deutlich angesprochen;
– einen rüstungskontrollpolitischen Ansatz dort zu identifizieren, wo er unserem Interesse Rechnung trägt und Erfolgsaussichten bietet; nicht in unserem Interesse liegt es beispielsweise, einen Abbau der Nuklearartillerie von einer Verhandlung abhängig zu machen, deren Ergebnis wahrscheinlich nicht verifizierbar wäre. Verhandlungen würden der anderen Seite eine unkontrollierbare Chance bieten, eine einseitige Umstrukturierung aufzuhalten und in unserer Öffentlichkeit weiter die Legitimität nukleargestützter Abschreckung zu reduzieren.

6) Noch nie in der NATO-Geschichte hing eine Entwicklung von so grundsätzlicher Bedeutung so weitgehend von der Bundesrepublik Deutschland ab. Viel spricht dafür, daß Mitterrand dies erkannt hat. Ein wichtiger erster Schritt nach interner Verständigung auf unsere Ziele in der Bundesregierung muß daher darin bestehen, mit der neuen Mannschaft in Paris[26] zu sprechen. Wenn Bonn und Paris sich verständigen können, wird das Gespräch gemeinsam mit GB (und Italien sowie den übrigen WEU-Partnern) leichter zu führen sein, anschließend mit der nächsten US-Administration[27].

Hieraus folgt, daß ein Abschluß der Beratungen im Jahre 1988 nicht in unserem Interesse liegt. Ob wir danach noch lange zuwarten sollten, muß im Lichte des

24 John R. Galvin.

25 Zur Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. April 1988 in Brüssel vgl. Dok. 134.

26 Die französischen Präsidentschaftswahlen fanden am 24. April und 8. Mai 1988 statt. Im zweiten Wahlgang erhielt François Mitterrand 54,02% der abgegebenen gültigen Stimmen, Jacques Chirac 45,98%.

27 Die Amtszeit des Präsidenten Reagan endete am 20. Januar 1989.

Ergebnisses unserer eigenen Meinungsbildung geprüft werden. Die Bundesregierung muß nach den Ankündigungen der Opposition davon ausgehen, daß die Sicherheitspolitik ein zentrales Thema der innenpolitischen Auseinandersetzung wird. Es hängt von der Klarheit der Regierungspositionen ab, ob das inzwischen negativ besetzte Stichwort „Modernisierung" diese Diskussion beherrscht oder ob sie unter den Stichworten „Umstrukturierung und Reduzierung" sowie „quantitatives und qualitatives Minimum" und „Rüstungskontrolle" geführt wird. Glaubhaft ist dieses Konzept, wenn es auch – im eigenen Interessen liegende – Reduzierungsschritte einseitig vorsieht, d.h., diese Schritte zwar als Teil des Gesamtkonzepts vorsieht, sie aber, jedenfalls nicht bei der Artillerie, mit einem Verhandlungsjunktim versieht. Entsprechend sollten auch gemeinsam für notwendig erkannte Maßnahmen zur Erhaltung eines glaubwürdigen Potentials nicht von Verhandlungsbemühungen abhängig gemacht werden, weil wir sonst in einen neuen Doppelbeschluß[28] hineinrutschen, den niemand wünschen kann, der nukleare Abschreckung im Interesse der Kriegsverhütung für unverzichtbar hält.

Richthofen

VS-Bd. 12098 (201)

147

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder

412-424.02/6 **11. Mai 1988**[1]

Über Dg 41[2], D 4[3], Herrn Staatssekretär[4] Herrn Bundesminister[5] zur Unterrichtung

Betr.: Haltung der Bundesbank zur Weiterentwicklung des EWS;
hier: Positionspapier für die Sitzung des Zentralbankrats und anschließende Pressekonferenz von Bundesbankpräsident Pöhl (5.5.88)

I. Das Positionspapier der Bundesbank (s. Anlage[6]) ist in einem mehrere Monate langen internen Meinungsbildungsprozeß erarbeitet worden. Es ist von einer

28 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schönfelder und Legationssekretär Gescher konzipiert.

2 Hat in Vertretung des Ministerialdirigenten Trumpf Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kudlich am 11. Mai 1988 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirektor Jelonek am 11. Mai 1988 vorgelegen.

4 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 13. Mai 1988 vorgelegen.

5 Hat Legationssekretär Berger am 7. Juni 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Trumpf an Referat 412 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Vorlage hat BM anläßlich des Ministergesprächs am 3.6. vorgelegen." Ferner vermerkte er handschriftlich: „S. 3: Präferenz der Bundesbank. S. 5: Bedingungen der Bundesb[an]k." Vgl. Anm. 12, 13 und 17.

flexiblen und sehr konstruktiven Grundhaltung getragen. Als „Hüterin der Währung“ macht die Bundesbank auf Gefahren aufmerksam, die bei der konkreten Fortentwicklung des EWS berücksichtigt werden müssen. Sie spricht sich aber nicht gegen einen institutionellen Ausbau des EWS und die Schaffung einer europäischen Währung aus, sondern ermutigt im Gegenteil zu einer langfristig angelegten politischen Initiative. Sie stellt klar heraus, daß die Frage der Schaffung einer europäischen Währung und eines europäischen Notenbanksystems Aufgabe und Verantwortung der Regierungen und Parlamente ist.

II. Im einzelnen

In einem uns vertraulich übergebenen internen Positionspapier vom 8.4.1988 untersucht die Bundesbank Möglichkeiten, das Endziel einer Währungsunion zu erreichen. Folgende Überlegungen über Modelle einer monetären Integration werden in dem Papier erörtert:

1) Ausbau des EFWZ[7] zu einem Europäischen Währungsfonds (EWF) entsprechend dem Beschluß des Europäischen Rates vom 5.12.1978[8]:

Dieses Modell beinhaltet die Ausgestaltung der ECU zum Reservemedium und die Zusammenfassung der bestehenden Interventions- und Kreditmechanismen in einem Fonds. Der EWF könnte Zahlungsbilanzfinanzierungshilfe leisten und zur Wechselkursstabilisierung beitragen. Jedoch würde die Fixierung auf die Sicherung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes das Ziel der Preisstabilität in den Hintergrund rücken lassen. Es bestünde die Gefahr, daß die interne Stabilität der externen durch die unkonditionierte Bereitstellung von Finanzmitteln für die Interventionszwecke auf den Devisenmärkten und die in Aussicht genommene Ausrichtung und Koordinierung der Wirtschafts-, Fiskal- und Geldpolitik (zitiert werden die Vorschläge von Balladur[9] und Amato[10]) geopfert würde. Außerdem befürchtet die Bundesbank, daß der EWF nicht unabhängig wäre, sondern durch die Vermischung von Notenbankfunktionen und Regierungskompetenzen in das Gravitationsfeld von Ministerrat oder Kommission geraten könnte.

2) Einführung einer Europäischen Parallelwährung

Diesem Vorschlag liegt der Gedanke zugrunde, nicht Regierungen, sondern den Markt zur treibenden Kraft des Integrationsprozesses zu machen. Der Markt würde entscheiden, welcher Währung – der nationalen oder der europäischen – der Vorzug gegeben wird.

Fortsetzung Fußnote von Seite 808

6 Dem Vorgang beigefügt. Für das Papier „Weiterentwicklung des Europäischen Währungssystems (Entwurf eines Positionspapiers der Deutschen Bundesbank)“ vom 8. April 1988 vgl. Referat 412, Bd. 168786.

7 Europäischer Fonds für Währungspolitische Zusammenarbeit.

8 Auf seiner Tagung am 4./5. Dezember 1978 in Brüssel beschloß der Europäische Rat ein Europäisches Währungssystem (EWS) zum 1. Januar 1979 einzuführen und die dazu eingeführten Bestimmungen zwei Jahre später in ein „endgültiges System“ zu überführen, das „die Schaffung des Europäischen Währungsfonds sowie die uneingeschränkte Verwendung der ECU als Reserveaktivum und als Instrument für den Saldenausgleich“ mit sich bringen werde. Ferner würden die in der Anfangszeit noch bestehenden Kreditmechanismen „in der Endphase des EWS zu einem einzigen Fonds zusammengefaßt“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 125 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 380.

9 Zu den währungspolitischen Überlegungen des französischen Wirtschafts- und Finanzministers Balladur vgl. Dok. 34.

10 Für das Memorandum „European Monetary Construction“: The Italian Position vgl. EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION, S. 375 f.

Voraussetzung wäre die irreversible Festlegung des Austauschverhältnisses nationaler Währungen zur Gemeinschaftswährung. Damit geht die Autonomie der Geldpolitik verloren. Zur Optimierung der Wirtschaftspolitik wäre eine Übertragung auch weitgehender wirtschaftspolitischer Befugnisse (Haushaltspolitik, Steuerpolitik) erforderlich. Für die Zeit, in der die Wechselkurse endgültig festgelegt sind, strukturelle Ungleichgewichte aber fortbestehen, müßte auch ein Finanzausgleich zugunsten strukturschwacher MS durch ein Gemeinschaftsorgan sichergestellt werden, um eine Kompensation für die Anpassungslasten zu bieten, die mit dem endgültigen Verzicht auf Abwertungen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit verbunden sind. In der Einkommenspolitik müßte ein Ausgleich für die unterschiedliche Entwicklung der Produktivitätszuwächse gefunden werden.

Die Bundesbank kommt zu dem Schluß, daß eine Parallelwährung nur erfolgreich sein kann, wenn sie

– binnenwirtschaftlich den Status einer nationalen Währung hat,
– als Anlagewährung (Gewinnaussichten) auch mit der stärksten EG-Währung konkurrieren kann
– und als Transaktionswährung mit möglichst geringen Kosten verbunden ist.

Diese Voraussetzungen beschreiben aber weitgehend den Endzustand einer Währungsunion. Zwischenlösungen einer Korb-ECU[11] oder eines eigenständigen ECUs mit festen, aber anpassungsfähigen Wechselkursen, bieten keine Gewähr für einen spannungsfreien Integrationsprozeß. Daher kommt die Bundesbank zu einer negativen Beurteilung der Parallelwährungsstrategie.

3) Errichtung einer europäischen Währungsbehörde

Die Bundesbank befürwortet diese Alternative[12], die allerdings großen politischen Einsatz erfordert, da eine neue Institution geschaffen werden muß.

Konkret wird vorgeschlagen, die Rolle des EG-Gouverneur-Ausschusses, der sich gegenwärtig einmal monatlich in Basel trifft, auszubauen.[13] Von gegenseitiger Information soll der Weg zu immer größeren Mitsprachemöglichkeiten der EG-Partner in der jeweiligen Währungspolitik führen. „Das Koordinierungsniveau könnte, ausgehend von den gegenwärtigen Verfahren, allmählich in Richtung auf obligatorische Vorauskonsultationen bis hin zu einer Art Richtlinienkompetenz gesteigert werden. Der geldpolitische Freiraum der nationalen Notenbanken

11 Legationssekretär Gescher erläuterte am 21. April 1988: „Die einzelnen Währungen im ECU-Korb haben derzeit folgendes Gewicht: DM 32,1%; britisches Pfund 15,1%, französischer Franc (FF) 19,1%, holländischer Gulden 10,2%, belgischer Franc und luxemburgischer Franc zusammen 8,2%, dänische Krone 2,7%, irisches Pfund 1,2%, Drachme 1,3%. Das jeweilige Gewicht einer Währung wird unter Berücksichtigung folgender Kriterien errechnet: dem Anteil des Bruttosozialproduktes eines Währungslandes am Bruttosozialprodukt der EG (37,5%), dem Anteil am innergemeinschaftlichen Handel (37,5%), der Höhe der Quote des Währungslandes im Rahmen des kurzfristigen Beistandsmechanismus (25%); jeweils ausgedrückt in ECU. […] Bei Veränderungen eines oder mehrerer Parameter dieser Berechnungsmethode kann sich das Gewicht der Währung im Korb und damit der Wert des ECU gegenüber Drittwährungen verändern. Über Cross-rate-Effekte würde dies auch die Kursrelationen der Korbwährungen untereinander berühren. Dies würde wiederum die Notwendigkeit fixer, unveränderlicher Wechselkurse der EWS-Währungen bei einem als Parallelwährung eingesetzten ECU verletzen. Insofern dürfte eine ‚Parallelwährung ECU' nicht als Korbwährung konstruiert, sondern müßte sie echte eigenständige Währung sein." Vgl. Referat 412, Bd. 168786.

12 Der Passus „3) Errichtung … diese Alternative" wurde hervorgehoben. Vgl. Anm. 5.

13 Dieser Satz wurde hervorgehoben. Vgl. Anm. 5.

würde so schrittweise eingeengt." In einem späteren Stadium könnte die Währungsbehörde als Entscheidungsorgan einen Gouverneursrat (gewichtete Repräsentation aller MS), als Exekutivorgan ein Direktorium (fünf bis sechs Personen) und Beratungs- und Teilexekutivorgane umfassen.

4) In einem weiteren Abschnitt widmet sich das Positionspapier den Übergangsproblemen. Untersucht werden die Rechtsgrundlagen im Bereich des EG-Rechts und des deutschen Rechts, die Alternative einer stufenweisen Integration, die Optionen der Teil- bzw. Gesamtintegration und die Frage, ob der Rahmen des EWG-Vertrages[14] ausreicht. In allen Fällen plädiert das Papier für eine ausdrückliche Regelung anstehender Fragen durch politisch klar herauszustellende Beschlüsse. Insbesondere plädiert das Positionspapier für eine Paketlösung, bei der durch eine Erweiterung des EG-Vertrages, die einmal von den gesetzgebenden Körperschaften aller Mitgliedstaaten verabschiedet werden müßte, Ziele und Befugnisse der Gemeinschaft im währungspolitischen Bereich genau geregelt werden könnten.

5) Die in dem Positionspapier aufgeworfenen Fragen und Schlußfolgerungen wurden eingehend unter Hinzuziehungen zahlreicher Meinungsäußerungen zur Europäischen Währungsintegration in D und der EG im Zentralbankrat am 5.5.88 erörtert. Mit einem „selten hohen Maß an Übereinstimmung" (Pöhl) wurde das Positionspapier in seinen Grundzügen bestätigt.

6) In der anschließenden Pressekonferenz unterstrich Pöhl die außerordentlich positive Bewertung des EWS durch den Zentralbankrat und nahm Bezug auf die Initiative der EG-KOM[15], den Kapitalverkehr zu liberalisieren.[16]

7) Volle Konvertibilität der Währungen und volle Freizügigkeit des Geld- und Kapitalverkehrs sind nach Pöhls Ausführungen Voraussetzung für weitere wirtschafts- und währungspolitische Fortschritte in der EG. Eine Währungsunion, die die vollständige/irreversible Konvertibilität der Währungen, die unwiderrufliche Festsetzung der Paritätsverhältnisse und die völlige Liberalisierung des Kapitalverkehrs zur Bedingung hätte, hält Pöhl derzeit für nicht machbar. Sie

14 Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 770–963.

15 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Liberalisierung des Kapitalverkehrs vgl. Dok. 145, Anm. 22.

16 Bundesbankpräsident Pöhl äußerte sich am 5. Mai 1988 vor der Presse in Frankfurt am Main zur Weiterentwicklung des Europäischen Währungssystems. Das Währungssystem habe Vorteile für die Bundesrepublik gebracht, wenngleich „der Handel innerhalb des EWS sich keineswegs signifikant anders entwickelt hat als der Handel mit Ländern, die nicht diesem System angehören. […] Eine eindeutig positive Rolle hat das EWS allerdings bei der Entwicklung der währungspolitischen Zusammenarbeit gespielt. Die Verpflichtung, das Wechselkurssystem funktionsfähig zu halten, hat die Notwendigkeit für eine engere Kooperation vergrößert. […] Wir befinden uns in einer Phase neuer Initiativen in der Europäischen Gemeinschaft. Bis 1992 sollen binnenmarktähnliche Verhältnisse in Europa geschaffen werden. Diese politischen Absichten beurteilt auch die Bundesbank positiv. Wir sind immer für mehr Freizügigkeit eingetreten. Dabei denken wir nicht nur an einen freieren Waren- und Dienstleistungsverkehr, sondern auch an mehr Freizügigkeit im Geld- und Kapitalverkehr. Wir haben deshalb von Anfang an die Initiative der EG-Kommission unterstützt, den Kapitalverkehr zu liberalisieren und noch vorhandene Beschränkungen des Geld- und Kapitalverkehrs, auch des Devisenverkehrs, in Europa zu beseitigen. Neben unserer Auffassung bilden die volle Konvertibilität der Währungen, die auch bis heute in der EG nicht völlig hergestellt ist, und die volle Freizügigkeit des Geld- und Kapitalverkehrs die wichtigsten Voraussetzungen für wirtschafts- und währungspolitische Fortschritte in der Europäischen Gemeinschaft." Vgl. das Protokoll des Pressegesprächs; Referat 412, Bd. 168786.

sei ohne eine gleichzeitige Integration der Finanz-, Regional- und Sozialpolitik nicht vorstellbar. Dagegen plädierte Pöhl für eine politische Initiative zur Weiterentwicklung des EWS und den Ausbau der Konzertation im Ausschuß der Notenbankgouverneure der EG. So könnte diesem eine eingeschränkte Kompetenz für eigenverantwortliche Realignments im EWS übertragen werden.

An die Errichtung eines Europäischen Notenbanksystems seien folgende Forderungen zu stellen:

– Es müsse eine klare stabilitätsbezogene Zielsetzung haben („die Währungen sichern“),
– unabhängig von politischen Weisungen sein,
– föderalistisch aufgebaut sein,
– von der Finanzierung von Haushaltsdefiziten freigestellt sein und
– dem marktwirtschaftlichen Prinzip verpflichtet sein.[17]

Schönfelder

Referat 412, Bd. 168786

148

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1445 **Aufgabe: 12. Mai 1988, 16.45 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 12. Mai 1988, 15.46 Uhr**

Betr.: Besuch MdB Dr. Vogel[2];
hier: Gespräch mit Gorbatschow

Gespräch mit Gorbatschow, an dem auf deutscher Seite gesamte SPD-Delegation und ich, auf sowjetischer ZK-Sekretär Dobrynin und sein Vertreter Sagladin teilnahmen, dauerte vier Stunden. Es fand in einer aufgeschlossenen Atmosphäre statt, Themen waren: Perestroika, Friedenssicherung, „Europäisches Haus“, bilaterale Beziehungen, Berlin und deutsche Frage.

Nach freundlicher Begrüßung unterstrich Gorbatschow die Bedeutung, die Beziehungen zur SPD für KPdSU haben. Diese hätten große Intensität, seien nützlich für beide Seiten, ohne Versuche, Unterschiede zu verwischen. In einer Zeit

17 Der Passus „An die Errichtung … verpflichtet sein“ wurde hervorgehoben. Vgl. Anm. 5.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 13.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 13. Mai 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Libal, Legationsrat I. Klasse Brett und Legationssekretär Höfer-Wissing verfügte.
Hat Brett und Höfer-Wissing am 13. Mai 1988 vorgelegen.
Hat Libal am 16. Mai 1988 vorgelegen.

2 Der SPD-Vorsitzende Vogel hielt sich vom 10. bis 13. Mai 1988 in der UdSSR auf. Vgl. dazu auch GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 22, S. 76–87 (Auszug).

des politischen Umbruchs seien Meinungsaustausch und politischer Dialog besonders wichtig. KPdSU sei bereit, diesen weiter zu vertiefen.

Auf entsprechende Bitte von Vogel gab Gorbatschow anderthalbstündigen Überblick über den Stand von Perestroika. Diese sei bereits im Land, das über großes intellektuelles und wirtschaftliches Potential verfüge, angelegt gewesen und habe nur der Geburtshilfe bedurft. Die Geburt erfolge allerdings unter Schmerzen. Ziel sei es, den Sozialismus zu entfalten. Stagnation und Fehlentwicklungen hätten nichts mit Sozialismus gemein gehabt, es habe sich um Deformation gehandelt, d. h., es sei nach der Revolution nicht gelungen, die Entfremdung der Partei und der Menschen im allgemeinen vom Sozialismus zu verhindern. Das administrative Befehlssystem konnte sich nur entwickeln, indem die Aktivität der Werktätigen eingeengt wurde. Durch Vertiefung demokratischer Prozesse solle Potential des Sozialismus, an dem man unter allen Umständen festhalten werde, sich entfalten. Dies sei ein tiefgreifender, revolutionärer Prozeß. Dieser werde vom Volk unterstützt.

Reformversuche, wie sie nach Stalin von Chruschtschow und in dessen Anfangsjahren von Breschnew unternommen wurden, mußten scheitern, weil der politische Überbau unberührt blieb, nämlich Kommandopolitik und Kommando-Wirtschaft erhalten blieben. Deshalb konnte es nicht gelingen, dem Sozialismus neue Impulse zu geben. Es wurden nur neue Institutionen geschaffen, die alsbald in den alten Gleisen fuhren: ein Teufelskreis.

Jetzt befinde man sich, nach der Definition der Konzeption der Perestroika, in der schwierigsten Phase, dem Beginn von deren Umsetzung in die Wirklichkeit. Man habe hierdurch die Gesellschaft mit enormen Problemen belastet: Staatskontrolle, wirtschaftliche Rechnungsführung, Analyse der Geschichte, auch der jüngsten, Glasnost. Die Führung müsse deshalb jetzt besonders genau aufpassen. Denn nur, wenn das Volk das Neue begreift und mitzieht, werde man Erfolg haben. Dazu bedürfe es der Offenheit, der Demokratie und großer ideologischer Anstrengungen. Die Arbeiterklasse trage eine schwere Last, insbesonders durch Einführung des Gesetzes über den sozialistischen Betrieb[3], ihre Haltung sei bewundernswert. Viele hätten noch nicht gelernt, unter den neuen Bedingungen zu arbeiten, sie müßten lernen.

Am 24./25. Mai werde im Obersten Sowjet das Gesetz über die Kooperative beschlossen.[4] Dies sei ein wichtiger Schritt zur wirtschaftlichen Demokratisierung. In den vergangenen zwei Jahren seien 13 000 Kooperative angemeldet worden, seit dem Beginn der Diskussion über das neue Gesetz vor zwei Monaten, allein 2000. Die Verwaltung käme nicht nach.

[3] Am 8. Februar 1987 wurde in der sowjetischen Presse der Entwurf für ein Gesetz über den staatlichen Industriebetrieb veröffentlicht. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 384 des Gesandten Arnot, Moskau, vom 10. Februar 1987; Referat 213, Bd. 143590.
Das Gesetz wurde am 30. Juni 1987 verabschiedet. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 3574 des Gesandten Winkelmann, Moskau, vom 23. Oktober 1987; Referat 213, Bd. 143590.

[4] Gesandter Winkelmann, Moskau, teilte am 10. Juni 1988 mit, daß das vom Obersten Sowjet auf seiner Sitzung vom 24. bis 26. Mai 1988 verabschiedete Gesetz über das Genossenschaftswesen am 7. Juni 1988 veröffentlicht worden sei: „Insgesamt kann dieses Gesetz als bisher wichtigster wirtschaftspolitischer Schritt der vergangenen Jahre angesehen werden. Das Gesetz regelt drei Bereiche genossenschaftlicher Tätigkeit: landwirtschaftliche Genossenschaften (Kolchosen); Verbrauchergenossenschaften; Produktions- und Dienstleistungsgenossenschaften." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1803; Referat 213, Bd. 143590.

Man stehe an der Schwelle einer Preisreform[5], auch dies sei ein komplizierter Prozeß bei seit Jahrzehnten eingefrorenen falschen Preisen. Es werde z. B. mehr Getreide produziert als in vielen westlichen Ländern pro Kopf der Bevölkerung und dennoch werde teures Getreide eingeführt, weil Brot vergeudet werde.

Auf dem Agrarsektor soll den Bauern mehr Raum für Eigeninitiative eingeräumt werden.

Es bedürfe einer neuen Dialektik im Verhältnis der Zentrale zu lokaler Initiative. Freilich müsse eine Entwicklung wie in Polen vermieden werden, wo die Führung jeglichen Einfluß auf das Lohn-Preis-System verloren habe, mit negativen Konsequenzen.

Durch eine vernünftige Preisbildung solle auch die Initiative der Arbeiterschaft angehoben werden. Offen müsse er sagen, daß die Umsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Industrie noch nicht gelungen sei.

Nächstes Ziel sei es, die Leicht- und Nahrungsmittelindustrie zu entwickeln, daneben Maschinenbau und Elektronik. Gewisse Erfolge seien erkennbar.[6]

Es müsse aber das gesamte politische System der Gesellschaft den wirtschaftlichen Erfordernissen angepaßt werden.

Zur Zeit würden die Thesen für die Parteikonferenz im Juni[7] vorbereitet. Sie würden bald veröffentlicht.[8] Sie beträfen die Rolle der Partei, ihr Verhältnis zu den Sowjets, die Funktionsteilung in der Administration und in der Wirtschaft, Finanzpolitik und Rechtspolitik.

5 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, erläuterte am 28. April 1988, daß die wirtschaftlichen Reformmaßnahmen in der UdSSR „zu widersprüchlich und unklar“ seien: „Nicht minder widersprüchlich ist die Diskussion (Praxis fehlt) der – immerhin von fast allen als entscheidend wichtig anerkannten – Preisgestaltung oder, wie die Umschreibung meist lautet, ‚Ware-Geld-Beziehung‘. Selbst den Anhängern eines pragmatischen Vorgehens […] fällt es nicht leicht, sich von ideologischen Fesseln zu befreien, zumal die Wörter ‚Marktorientierung‘ oder ‚private Bedürfnisse‘ nach wie vor anrüchig klingen und Reformgegner versuchen, das Nachdenken über rationalere Preisgestaltungsmechanismen durch Gleichsetzung mit ‚kapitalistischer (also ausbeuterischer und Errungenschaften des Sozialismus preisgebender) Produktionsweise‘ zu diskreditieren. So viel scheint immerhin festzustehen, daß es drei verschiedene Preisgestaltungsniveaus geben wird: zentral festgelegte Preise für Waren, die dem System der Staatsaufträge unterliegen (entsprechendes gilt für die dafür notwendigen Ressourcenzuteilungen), vorgeschriebene Preisspannen für Warenlieferungen, die zwischen Betrieben außerhalb der Staatsaufträge kontrahiert werden sollen, schließlich freie Preise für Waren, die gänzlich frei verkauft werden dürfen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1288; Referat 421, Bd. 140349.

6 Dieser Absatz wurde von Legationssekretär Höfer-Wissing durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

7 Zur Allunions-Parteikonferenz der KPdSU vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 in Moskau vgl. Dok. 194.

8 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, resümierte am 27. Mai 1988 die Thesen des ZK für die Allunions-Parteikonferenz der KPdSU vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 in Moskau: „Thesenpapier widmet der Außenpolitik (These Nr. 10) nur die letzten drei von fast dreißig Seiten, was aber dem Umstand gerecht wird, daß die Konferenz über den innenpolitischen Kurs und die Machtverteilung operative Entscheidungen treffen soll […]. Überraschend die Einleitung mit ihrer vernichtenden Kritik an der früheren Außenpolitik der SU als sowohl ‚dogmatisch‘ wie auch ‚subjektivistisch‘, sie habe u. a. hinter ‚fundamentalen Veränderungen in der Welt hinterhergehinkt‘; ‚Chancen zur Minderung von Spannungen und Verständigung unter Nationen verpaßt‘; im Streben nach militärischer Parität Möglichkeiten nicht genutzt, Sicherheit (für SU) mit politischen Mitteln zu gewährleisten und sich so in ein Wettrüsten hineinziehen zu lassen, das den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt der SU beeinträchtigt habe. […] In der Sache stellt die Abrechnung eine – wenn auch verklausulierte – Verurteilung der politischen und militärischen Strategie dar, deren Instrument (u. a.) Flottenpolitik und SS-20 sein sollten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1631; Referat 213, Bd. 143518.
Für den Wortlaut vgl. den Artikel „Thesen des Zentralkomitees der KPdSU zur XIX. Unionsparteikonferenz“; NEUES DEUTSCHLAND vom 28./29. Mai 1988, S. 9–11.

Ziel sei: der sozialistische Rechtsstaat! D. h., es gehe um die Prinzipien, nach denen die Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten leben solle, und dabei spiele die Demokratisierung die Hauptrolle.

Vogel habe nach eventuellen Befürchtungen gefragt: Wir haben keine Angst. Doch die Aufgabe sei sehr schwer. Der Partei müsse immer wieder gesagt werden, daß sie fürs Volk da sei und nicht umgekehrt. Der gesamte Prozeß müsse ideologisch abgesichert werden, auch dies sei eine große Aufgabe.

In manchen Betrieben, die auf der neuen Grundlage arbeiten, seien die neuen Räte äußerst aktiv und fordernd gegenüber Administration und Partei. Dies sei ermutigend.

Zur Außenwirkung: Zunächst sei die Politik der Perestroika begrüßt worden, doch sich alsbald gewundert, wieso sich das „Reich des Bösen" plötzlich demokratisiere, mit weitgehenden Abrüstungsvorschlägen, einschließlich Verifikationsbereitschaft, hervortrete.[9] Eine ganze Konzeption sei ins Schwanken geraten, auch der letzte NATO-Gipfel[10] habe diese Situation widergespiegelt, in den Völkern des Westens spüre man positive Reaktionen. Die Welt sei der Konfrontation müde. Es sei doch merkwürdig, daß sein recht einfaches Büchlein[11] bereits eine Auflage von vier bis fünf Millionen erreicht habe.[12]

Im Verhältnis zu den USA werde man weiterhin ruhig und selbstbewußt vorgehen, aber im Drängen um Abrüstung und Abbau der Konfrontationen nicht nachlassen.

Vogel bedankte sich für die „faszinierende" Darstellung. Zum Thema Friedenssicherung übergehend, erläuterte er die Position der SPD zur INF-Ratifizierung, START, CW, Weltraumrüstung, strukturellen Nichtangriffsfähigkeit, Gefechtsfeldwaffen, Kurzstreckenraketen, CW-freien Zone, atomfreien Korridor. Die SPD halte am Bündnis fest und seiner Strategie, bis etwas Besseres gefunden werde. Einen deutschen Sonderweg lehne sie ab. DDR und Bundesrepublik Deutschland könnten allerdings Beiträge zur Friedenssicherung leisten.

Gorbatschow erwiderte, der Vortrag von Vogel bestärke ihn in der Erkenntnis, daß die SPD konstruktive Beiträge leiste. INF sei eine wichtige Angelegenheit, aber schon versuche man zu kompensieren. Reagan habe erneut gesagt, man müsse mit der SU aus einer Position der Stärke verhandeln. So eine Einstellung führe früher oder später zu einem erneuten Rüstungswettlauf.

[13]Im einzelnen führte er aus:

Bei START habe es Fortschritte gegeben, auch die noch offenen Fragen (Verifikation, mobile ICBM, Zählkriterien bei Flugzeugen) seien lösbar, doch sei Reagans Zeit in dieser Hinsicht wohl abgelaufen. Man wolle das Erreichte beim Gipfel[14]

9 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

10 Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 2./3. März 1988 in Brüssel vgl. Dok. 75.

11 Vgl. Michail GORBATSCHOW, Perestroika. Die zweite russische Revolution – Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1987.

12 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

13 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1446 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

14 Zum Treffen des Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

möglichst fixieren, konzentriere sich aber auf die Zukunft, Prozeß müsse in die nächste US-Administration[15] hinübergeführt werden.

Zu Kosmos könne er nur wiederholen: Ein Wettrüsten dieser Art werde Abrüstungsversuche auf der Erde zunichte machen und in gefährlicher Weise destabilisierend wirken.

Zu CW hoffe man, beim Gipfel eine gemeinsame Erklärung zustande zu bringen.

Bei der Frage konventioneller Waffen gehe es vordringlich um das Mandat.[16] Alle offenen, zugegebenermaßen komplizierten Fragen seien am Verhandlungstisch zu lösen. Die Grundfrage laute immer wieder: Wolle der Westen die Abrüstung überhaupt?

Vogel erwiderte: Diese Frage stelle sich für ihn so nicht. Der Abrüstungsprozeß sei seiner Meinung nach unumkehrbar. SU müsse auch Geduld zeigen, jahrelang habe der Westen geduldig sein müssen.

Gorbatschow insistierte: Viele Politiker im Westen unterstützten zwar diesen Prozeß mit Worten, wollten aber praktisch offensichtlich keinen Fortschritt.

Europa könne politisch hier eine wichtige Rolle spielen, insbesondere Deutschland.

SU wolle bessere Beziehungen mit Deutschland. Hier sei Stagnation, ja Rückschritt in den letzten Jahren eingetreten. Dies werde jetzt korrigiert. Seiner Meinung nach sei eine solche Entwicklung im deutschen wie im sowjetischen Interesse.

Vogel fragte: Was sei unter „Europäischem Haus“ zu verstehen? SPD sei für EG-Integration, aber auch für bessere Beziehungen EG/RGW. Er hoffe, daß die geschaffene Arbeitsgruppe SPD – KPdSU zu Europafragen zur Klärung offener Fragen beitragen werde.

In den bilateralen Beziehungen habe es in der Tat Rückschläge gegeben. SPD begrüße, daß Bundeskanzler in die SU käme[17], und habe großes Interesse am Besuch von Gorbatschow bei uns, hoffe, daß er auch Besuche außerhalb Bonns abstatten werde, empfehle Düsseldorf.

Wirtschaftliche Beziehungen müßten belebt werden, er begrüße Düsseldorfer Absprache über Kreditrahmen.[18] Auf kulturellem Gebiet gäbe es noch großes unausgeschöpftes Potential, z. B. Städtepartnerschaften. Er empfehle Wolfsburg/Togliattigrad. Dies sei eine Bitte aus Wolfsburg. Die Friedrich-Ebert-Stiftung biete 20 bis 30 Stipendien für Managerausbildung an. Auch denke SPD an einen Einsatz von „jungen Pensionären“ in der SU, insbesondere im Schwerindustriebereich.[19] Darüber hinaus interessiere die[20] FES, eine Vertretung in Moskau

15 Die Amtszeit des Präsidenten Reagan endete am 20. Januar 1989.

16 Zum Stand der Gespräche zwischen NATO und Warschauer Pakt über ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 138, Anm. 4.

17 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

18 Zur Rahmenkreditvereinbarung vom 6. Mai 1988 zwischen der Deutschen Bank und der sowjetischen Außenhandelsbank vgl. Dok. 156, Anm. 10.

19 Zu diesem Satz vermerkte Legationssekretär Höfer-Wissing handschriftlich: „S[enior]E[xperten]S[ervice]?“

20 Korrigiert aus: „interessiere sich die“.

eröffnen zu können[21], und die SPD würde gerne 10000 Exemplare des Vorwärts in der SU vertreiben. Schließlich wolle er sich auch hier für die Einbeziehung Berlins in den Austausch D–SU einsetzen.

Gorbatschow erwiderte, alle diese Gedanken führten in die richtige Richtung. Politischer Dialog, wirtschaftlicher Dialog müsse fortgesetzt werden. Heute beginne ja gemischte Wirtschaftskommission ihre Jahrestagung.[22] In der praktischen Zusammenarbeit begrüßte er die Vorschläge Vogels. Er hoffe, daß beim Bundeskanzlerbesuch einiges im Bilateralen konkretisiert werde. Entscheidungen wirtschaftlicher Art seien auf der Ebene dafür Verantwortlicher zu treffen. In der Neustrukturierung des Außenhandels gäbe es noch ungelöste Probleme auf sowjetischer Seite, dies werde aber nach und nach ausgebessert. Dem FES-Manager-Projekt stehen keine Hindernisse entgegen, das „Alten"-Projekt könne im Zusammenhang mit Joint-ventures geprüft werden. Das FES-Projekt einer Vertretung in Moskau sei positiv entschieden, die Anregung wegen des Vorwärts werde geprüft.

Zu West-Berlin sei das VMA[23] das Beste, was wir hätten, dessen Balance müsse erhalten bleiben. Die SU wünsche nicht, daß West-Berlin eine tote Stadt werde.

Zu Europa wolle er noch sagen: Hier komme es auf eindeutige Begriffe und ein klares Verständnis an, wenn die SU vom Europäischen Haus rede, so meine sie Zusammenarbeit auf der Grundlage der politischen Realitäten, nicht die Überwindung dieser Realitäten durch Verschwindenlassen von Staaten. Hier müsse man realistisch bleiben.

Vogel erklärte, Ziel der SPD sei, daß Grenzen verbinden und nicht trennen sollten. Er übergab das gemeinsame Papier SPD/SED[24], das dem Generalsekretär möglicherweise einige Anregungen in der angedeuteten Richtung geben könne.

Gorbatschow warf ein: Er habe dieses gelesen, und zwar – lachend – noch bevor die Partner es unterschrieben hätten.[25]

Vogel fuhr fort: Was die deutsche Frage angehe, habe er durchaus im Ohr, was Gorbatschow zum Bundespräsidenten gesagt habe im Hinblick auf deren histori-

21 Die Außenstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau wurde am 10. April 1989 eröffnet.

22 Die Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit fand am 11./12. Mai 1988 in Moskau statt. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 12. Mai 1988: „Beide Seiten ernsthaft bemüht, die mögliche Erosion der Bedeutung der Kommission zu verhindern und die zentralen Fragen der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen wieder innerhalb der Kommission zu erörtern. Das gilt vor allem für folgende sowjetische Vorschläge zur Zusammenarbeit: bei der Modernisierung der Konsumgüterindustrie mit Hilfe des von Deutscher Bank ins Spiel gebrachten 3,5 Mrd.-Kredits […]; beim Aufbau nicht nur einer Öl- und Gasverarbeitungsindustrie, sondern auch einer Kunststoff- und Chemieindustrie in Tjumen (Westsibirien); bei Ausbeutung der seltenen Bodenschätze der Kola-Halbinsel. Deutsche Wirtschaftsvertreter äußern sich positiv gegenüber sowjetischer Seite, allerdings mit merklicher Zurückhaltung gegenüber Tjumen. Sie üben deutlich Kritik am Vorgehen der Deutschen Bank (Tätigwerden außerhalb der Wirtschaftskommission, keine Beteiligung anderer Banken, Beteiligung zu weniger Firmen)." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1447; Referat 213, Bd. 143593.

23 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

24 Am 27. August 1987 veröffentlichten SPD und SED in Bonn bzw. Ost-Berlin das Grundsatzpapier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit". Für den Wortlaut des Grundsatzpapiers vgl. VORWÄRTS, Nr. 35 vom 29. August 1987, S. 31–34. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, II, Dok. 240.

25 Dieser Satz wurde von Legationsrat I. Klasse Brett durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

schen Charakter.[26] Dem stehe aber nicht im Wege, daß die Deutschen hüben und drüben durch eine gemeinsame Geschichte, eine gemeinsame Sprache und eine Gefühlsgemeinschaft verbunden seien.

Gorbatschow: Wir hören Sie aufmerksam an, wir analysieren, was Sie gesagt haben, und wir werden dann unsere Schlüsse daraus ziehen.

Einen Gedanken wolle er aber noch äußern: Die Verschiedenheit der Völker, auch ideologische Unterschiede haben zu zahlreichen Kriegen geführt. Heute sollten diese Elemente kein Hindernis für Zusammenarbeit darstellen: Man müsse einander achten und dann versuchen, eine Balance, einen Ausgleich der Interessen zu finden. Bei allen Unterschieden gehören wir einer Zivilisation an. Wir müssen lernen, miteinander zu leben. Einen anderen Weg gibt es nicht.

Bewertung: In der ihm eigenen engagierten Form hat Gorbatschow seine Gesprächsführung durchgehend werbend angelegt: Verständnis suchend für die eigene Innenpolitik, die sowjetische Rüstungskontrollpolitik und die friedlich-kooperativen Absichten in der Außenpolitik. Gewisse Stereotype in der Beurteilung der Außenwelt treten zwar hervor, werden aber durch Verständnis- und Zusammenarbeitsbereitschaft abgemildert. Im Perestroika-Teil fällt der Widerspruch auf, daß einerseits das Volk diese Politik unterstütze, andererseits ihr Erfolg vom Verständnis und dem Mitziehen durch die Bevölkerung abhängig gemacht wird. Wichtig erscheinen mir auch die grundsätzlichen Äußerungen zum Europäischen Haus, die relativ schematische Berlin-Einlassung und das grundsätzliche Kooperationsinteresse mit uns.

[gez.] Meyer-Landrut

Referat 213, Bd. 143513

26 Zum Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 7. Juli 1987 in Moskau vgl. AAPD 1987, II, Dok. 206.

149

Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-12298/88 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 713
Citissime

Aufgabe: 12. Mai 1988, 20.30 Uhr[1]
Ankunft: 12. Mai 1988, 21.56 Uhr

Auch für Brüssel NATO – BM-Delegation[2] – von KSZE-Delegation

Delegationsbericht Nr. 374 (A)

Betr.: 3. KSZE-Folgetreffen in Wien (WFT);
hier: Taktische Schritte der Vier zur Nutzung sowjetischen Entgegenkommens

Zur Unterrichtung

1) US-DL Zimmermann teilte DL von F[3], GB[4] und mir folgendes mit: AM Schewardnadse habe gestern in Genf AM Shultz gesagt[5], daß SU WFT voranbringen wolle und westlichen Forderungen in der menschlichen Dimension bei Menschenrechtsaktivisten (Monitoren) und bei der Glaubensfreiheit weitgehend entsprechen wolle. Es würde auch weitere Konzessionen in der menschlichen Dimension geben.

Gleich darauf nahm SU-DL Kaschlew in Wien mit Zimmermann Kontakt auf und nannte ihm eine Reihe von Punkten sowjetischer Akzeptanz zu den genannten Themen anhand des Ihnen (und uns) bereits vorliegenden N+N-Textes zu Prinzipien, der Teil des morgen von N+N-Außenministern einzuführenden Gesamtentwurfs[6] ist. Diese Punkte sind wesentlich, enthalten aber immer noch weitgehende Ausweichklauseln, die das sowjetische Angebot zumindest fragwürdig machen. Sie umfassen an sich gehaltvolle Texte zur Arbeitsmöglichkeit von Menschenrechtsaktivisten, zur allgemeinen Betätigungsfreiheit von Gruppen und Individuen und Verbesserungen bei der Glaubensfreiheit. Weitere Konkretisierungen zum dritten Korb sollen schnell folgen.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Haak vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Sudhoff verfügte und handschriftlich vermerkte: „Bo[tschafter] Eickhoff ruft an und bittet um Übermittlung folgender Gedanken: Was er hier tut, ist, weil wir im Vorsitz sind, gewagt: Es kann von den Maximalisten unter den ‚Zwölf' (Canada, B) als Mißbrauch der Präsidentschaft und Vertrauensbruch gewertet werden, wenn sie es erfahren. Aber: GB und F vertreten wie wir eine mittlere Linie innerhalb der Zwölf. Und: wenn uns die Weltmacht um Rat fragt, können wir nicht ‚Nein' sagen."
Hat laut Vermerk des Vortragenden Legationsrats Zeisler vom 16. Mai 1988 Staatssekretär Sudhoff vorgelegen. Ferner verfügte Zeisler den Rücklauf über Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bächmann an Haak.
Hat Bächmann am 16. Mai 1988 vorgelegen.
Hat Haak am 24. Mai 1988 erneut vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich anläßlich der NATO-Ministerratstagung am 12./13. Mai 1988 in Brüssel auf. Vgl. dazu Dok. 152.

3 Gilles Curien.

4 Laurence O'Keeffe.

5 Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 11./12. Mai 1988 in Genf vgl. Dok. 152.

6 Zum Entwurf der N+N-Staaten vom 13. Mai 1988 für ein Abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 153.

Folgeveranstaltungen und zweiter Korb sind, so Zimmermann, in den amerikanisch-sowjetischen Kontakten nicht berührt worden. Das sowjetische Angebot „einer großen Bewegung“ an die US beschränke sich auf die menschliche Dimension.

Inhalt dieses Gesprächs ist Außenstehenden im Bündnis und WP unbekannt. Kaschlew äußerte vor allem die Sorge, daß vorzeitiges Bekanntwerden sowjetischer Bereitschaft zu Zugeständnissen jetzt westliche Exponenten des harten Kurses – vor allem CDN – zu maximalistischen Forderungen ermutigen und letztlich SU zu zurückfallen in defensives Verharren veranlassen könnte.

2) Die vier DL teilen diese Sorge. US-Delegation in Genf[7] und Wien hat den Eindruck, daß SU stark an baldigem Abschluß WFT interessiert ist.

Die vier DL sind ferner der Ansicht, daß Chance für ein erfolgreiches Endspiel geprüft werden muß. SU muß ein Angebot ohne entwertende Ausweichklauseln machen und dies um ausstehende Einigungen bei Minderheiten, Freizügigkeit und menschlichen Kontakten vervollständigen. Ist sie dazu in befriedigendem Maße in der Lage, würde der österreichische Prinzipien-Koordinator Torovsky von uns veranlaßt werden, die Verhandlung zunächst auf die schwierigsten Punkte der menschlichen Dimension zu konzentrieren und deren routinemäßige Abhandlung in seiner Kontaktgruppe so zu steuern, daß der von uns ermittelte Spielraum der SU hier zügig ausgeschöpft werden kann. Ähnlich müßte im dritten Korb bei den menschlichen Kontakten verfahren werden.

Voraussetzung dafür ist, daß die Vier der SU die erforderlichen Ergänzungen des sowjetischen Angebotes schon Anfang der Woche anhand des N+N-Gesamtentwurfs spezifizieren. Diese Punkte wollen die vier DL am Abend des 15. (Sonntag) definieren, die Absprache muß vertraulich bleiben.[8]

[gez.] Eickhoff

VS-Bd. 13485 (212)

7 Korrigiert aus: „Bern“.

8 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), informierte am 16. Mai 1988 über die Besprechung im kleinen Kreis am Vorabend. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 733; VS-Bd. 13485 (212); B 150, Aktenkopien 1988.

150

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz in Brüssel

Dg 20/201-600/88 VS-vertraulich **13. Mai 1988**[1]

Betr.: Bilaterales Gespräch BM-AM Shultz am 13.5.1988 am Rande des NATO-Rats in Brüssel[2];
hier: Gesamtkonzept[3]

Shultz, der bilaterales Treffen unter Nennung des Themas angeregt hatte, leitete ein: Das Gespräch solle dem Zweck dienen, erneut über ein früher bereits eingehend erörtertes Thema zu reden und zu bestätigen, was gemeinsam vorher gesagt worden sei:

– Die Bundesregierung wolle nicht, daß Verhandlungen „auf ewig" ausgeschlossen würden. Sie anerkenne aber die Priorität, die Verhandlungen über konventionelle Stabilität und ein CW-Verbot zukomme.
– Auf dieser Grundlage sei sehr sorgfältig in Reykjavik eine Sprache gefunden worden, die den Auffassungen beider Seiten Rechnung getragen habe und an der beide kein Komma ändern wollten.[4]

Dies sei der Standort, dabei müsse es bleiben. In der NATO könne man über Dinge reden, die der deutschen Seite helfen würden, aber: Dies schließe weder Beratungen über ein Mandat noch Verhandlungen ein.

In diesem Sinne sei US-Seite auch bereit, mit deutschen Vertretern zu sprechen. Es sei aber wichtig, nicht den Eindruck entstehen zu lassen, daß ein Verhandlungsbeginn beabsichtigt sei: Wir sind dagegen!

Ridgway sprach die operativen Aspekte an: In Madrid[5] werde ein mündlicher Bericht des GS erstattet – mit Aussicht auf einen späteren schriftlichen Bericht.[6]

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gefertigt und am selben Tag an das Ministerbüro „mit der Bitte, BM-Genehmigung einzuholen", geleitet.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 16. Mai 1988 vorgelegen.

2 Zur NATO-Ministerratstagung vgl. Dok. 152.

3 Zur Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO vgl. Dok. 146.

4 Vgl. dazu die Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 174.

5 Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1988 vgl. Dok. 172 und Dok. 173.

6 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), informierte am 22. April 1988, daß sich der Ständige NATO-Rat mit dem weiteren Vorgehen in der Frage der Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO befaßt habe: „Angesichts Unmöglichkeit, schriftlichen Zwischenbericht noch für Ministerrat am 9./10.6.1988 zu erarbeiten, stimmte Rat Lösung zu, daß GS in eigener Verantwortung Ministern in Madrid mündlichen Sachstandsbericht erstattet. Rat war sich ferner einig, daß für Herbsttagung schriftlicher Zwischenbericht geboten ist." NATO-Generalsekretär Lord Carrington habe ferner vorgeschlagen, „prozedurale Schwierigkeiten […] durch neuen Ansatz zu umgehen und ‚open ended' Gruppe (‚Friends of the Chairman') unter Vorsitz amtierenden Vorsitzenden P[olitical] C[ommittee], Amerikaner Pearson, Auftrag zu geben, Entwurf zu erarbeiten". Vgl. den Drahtbericht Nr. 559; VS-Bd. 12245 (220); B 150, Aktenkopien 1988.
Am 18. Mai 1988 teilte Hansen mit, daß der Ständige NATO-Rat am Vortag Einvernehmen über das weitere Vorgehen erzielt habe: „Gruppe ‚Freunde des Vorsitzenden' (‚Pearson-Gruppe') wird baldmöglich Arbeit aufnehmen; als Grundlage soll belgisches Papier unter Berücksichtigung unserer

In diesem Zusammenhang sei es wichtig, eine Klärung der deutschen Position zu haben in bezug auf die Wahrscheinlichkeit von Verhandlungen.

BM: Wir meinen, was wir sagen.

In bezug auf Madrid zustimmend: Niemand erwarte einen Substanzbericht. Die Substanz sei noch nicht vorhanden. Außerdem sei es nicht erforderlich, bei jedem NATO-AM-Treffen ein umfassendes Kommuniqué zu verabschieden, welches alles früher Gesagte wiederhole. Da in Madrid keine Entscheidungen anstünden, biete es sich – wie er, BM, mit Carrington besprochen habe – an, die Diskussion über Globaltrends fortzuführen (Zustimmung von Shultz).

Zum Gesamtkonzept stellte BM fest, in Washington[7] habe Einvernehmen geherrscht, daß ein Gesamtkonzept der Allianz ausgearbeitet werde und daß bei seinen Vorbereitungen engste Kontakte zwischen Bonn und Washington stattfinden sollten. Dies entspreche unserer Verantwortung und unseren Beziehungen.

BM äußerte große Zweifel, daß die Ausarbeitung dieses Konzepts bis Dezember[8] gelingen könne. Daher solle in Ruhe weiterberaten werden.

Auf Rückfrage von *Shultz*, ob es um ein umfassendes Durchdenken der Problematik gehe, bejahte *BM*.

BM erinnerte daran, daß er beim gerade beendeten NATO-Rat – wie schon beim letzten Mal[9] – als Rüstungskontrollthemen für den Moskauer Gipfel[10] START, CW und konventionelle Stabilität genannt habe, nicht aber SNF. (Shultz bestätigte, daß er dies zur Kenntnis genommen habe.)

Auch vor der deutschen Presse, die er gerade über den NATO-Rat unterrichtet habe, sei Thema nicht erwähnt worden. Weder wolle Bundesregierung die Ratifikationsdebatte[11] belasten, noch wolle sie etwas vorwegnehmen, was erst auszuarbeiten sei.

Die Bundesregierung wäre gerne bei der in Reykjavik vereinbarten Position geblieben und hätte daraus kein öffentliches Thema gemacht. Daß es dennoch dazu geworden sei, liege daran, daß – ohne Not – die Modernisierungsfrage plötzlich aufgebracht worden sei. Die Bundesregierung bringe auch diese Frage nicht auf.

Beides, die Frage des Bedarfs einer Modernisierung und wie über Kurzstreckensysteme zu verhandeln sei, müsse im Gesamtkonzept abgehandelt werden.

Zum Stand der Diskussion in Deutschland verwies BM darauf, daß Bundesregierung die Frage initiativ nicht aufgreife, weil es in der Allianz noch keine

Fortsetzung Fußnote von Seite 821

heutigen Vorschläge dienen; Arbeitsmethoden soll Gruppe weitgehend selbst bestimmen können; Rat soll laufend mit Arbeiten befaßt bleiben, und zwar generell mit Substanzfragen wie auch punktuell schwierigeren Einzelproblemen; für Herbstsitzung N[orth]A[tlantic]C[ouncil] soll nach Auffassung Mehrheit ein Papier angestrebt werden; Frage Verwendung für Öffentlichkeitsarbeit soll im Auge behalten werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 664; Referat 201, Bd. 143421.

7 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 17. bis 20. Februar 1988 in den USA vgl. Dok. 62–64.

8 Am 8./9. Dezember 1988 fand in Brüssel die NATO-Ministerratstagung statt. Vgl. dazu Dok. 361 und Dok. 362.

9 Zur NATO-Ministerratstagung am 23. Februar 1988 in Brüssel vgl. Dok. 67.

10 Zum Treffen des Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

11 Zum Stand der Ratifizierung des amerikanisch-sowjetischen INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 123, Anm. 42.

gemeinsame Antwort gebe. Sobald aber die Modernisierungsfrage von außen aufgebracht werde, erkläre sie: Eine Entscheidung werde erst im Rahmen eines Gesamtkonzepts fallen, welches auch die Verhandlungsfrage beantworte. Daher sein Rat, beide Fragen nicht öffentlich zu behandeln.

Die Opposition, wie gerade beim Besuch ihres Vorsitzenden in Moskau deutlich geworden[12], trete für eine dritte Null-Lösung ein. Die Bundesregierung bleibe bei dem, was BM schon in Reykjavik gesagt habe: Sie wolle keine dritte Null-Lösung.

BM empfahl daher, jetzt intern über das Gesamtkonzept zu sprechen

– über die Frage des Bedarfs im Modernisierungsbereich und

– wie über diese Art von Waffen verhandelt werden solle.

BM unterstrich noch einmal, wie wichtig es sei, nicht täglich die Kurzstreckenraketen in einer Weise öffentlich zu behandeln, als ob diese Frage im Zentrum der Allianzsicherheit oder der deutsch-amerikanischen Beziehungen stehe. Dabei solle auch berücksichtigt werden, daß die Modernisierung – der Nuklearartillerie – ja bereits ohne jedes Problem stattfinde. BM erinnerte an seine Ausführungen gegenüber US-Senatoren, die von der Denuklearisierungsgefahr gesprochen hätten[13]: Die Nuklearwaffendichte pro Quadratkilometer sei bei uns viel höher als in den USA. Von einer solchen Gefahr könne also keine Rede sein.

Ridgway wandte ein, daß Allianzprozeß in der Modernisierungsfrage laufe und daß in ein bis zwei Jahren Entscheidungen anstünden über Lance-Nachfolge und Abstandsflugkörper. Wenn der deutsche Ansatz laute, diese Entscheidungen nur „in conjunction" mit Verhandlungsentscheidung zu treffen, laute US-Position: Wir wollen keine Verhandlungen. Dies sei das Problem.

BM erinnerte an gemeinsamen Beschluß, ein Gesamtkonzept zu entwickeln. In dieses gehörten beide Aspekte. Dies sei nicht nur eine façon de parler, sondern eine Substanzfrage. Man solle dies aber nicht überdramatisieren und vor allem nicht jeden Tag zur öffentlichen Diskussion stellen.

Shultz, das Gespräch abschließend: Wir hören auf, wenn auch deutsche Seite aufhört, darüber zu reden. BM stimmte zu.

VS-Bd. 14162 (010)

12 Zum Besuch des SPD-Vorsitzenden Vogel vom 10. bis 13. Mai 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 148.

13 Am 9. Februar 1988 empfing Bundesminister Genscher die amerikanischen Senatoren Boren, Byrd, Nunn, Pell und Warner zu einem Gespräch, in dessen Mittelpunkt der amerikanisch-sowjetische INF-Vertrag vom 8. Dezember 1987, eine Modernisierung des Nuklearpotentials der NATO und von Verhandlungen über nukleare Kurzstreckensysteme standen. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 204, Bd. 160063.
Am folgenden Tag resümierten Genscher und der amerikanische Botschafter das Gespräch: „Burt wies darauf hin, daß die Senatoren mit der falschen Vorstellung gekommen seien, BM trete für eine dritte Null-Lösung ein […], und in Deutschland gebe es einen starken Trend zur Denuklearisierung. Sie hätten erkannt, daß beides nicht der Fall sei. Schwierigkeiten bereite aber die Haltung der SPD." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 204, Bd. 160062.

151

Botschafter Pfeffer, Paris, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1312 **Aufgabe: 13. Mai 1988, 11.25 Uhr**[1]
Ankunft: 13. Mai 1988, 14.50 Uhr

Betr.: Europa als Thema der französischen Politik

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

In F hat sich in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit ein Interesse, ja eine Begeisterung für Europa herausgebildet, deren konkreter Bezugspunkt das zum magischen Datum erhobene Jahr 1992[2] geworden ist. Die Europa-Begeisterung artikuliert sich nicht immer in sehr präzisen Formen, hat sich aber zu einer breite Schichten erfassenden Grundströmung entwickelt. Mit Ausnahme der Kommunisten konzentriert sich die gesamte politische Klasse auf das Europa-Thema, und zwar nicht nur als Echo auf diese Grundströmung der öffentlichen Meinung. Vielmehr ist die Europa-Begeisterung auch das[3] Produkt einer von der politischen Führung nach Kräften geförderten Erziehungs- und Mobilisierungskampagne, mit der die französische Wirtschaft und Gesellschaft auf die „Herausforderung" des Jahres 1992 vorbereitet werden soll.

Im Präsidentschaftswahlkampf[4] ist das Thema von allen Kandidaten mit Ausnahme der Kommunisten genutzt worden. Es spielte dabei die Rolle eines politischen Leitmotivs, mit dem wohl auch versucht wurde, die klassischen ideologischen Spaltungen zu überwinden. Eine vertiefte Diskussion über konkrete Inhalte zukünftiger europäischer Politik fand nicht statt.

Spätestens seit dem Ausgang des ersten Wahlganges am 24. April, bei dem der Front National zum Unbehagen der meisten besonders gut abschnitt[5], finden sich auch kritische Töne: Man hat bei einem Teil der Bevölkerung eine „diffuse Europa-Angst" ausgemacht. U.a. wird das überdurchschnittlich gute Abschneiden

1 Das von Botschaftsrat Elfenkämper, Paris, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 9.
Hat Vortagendem Legationsrat I. Klasse Holthoff am 16. Mai 1988 vorgelegen.

2 In Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 kamen die EG-Mitgliedstaaten überein, bis zum 31. Dezember 1992 einen Binnenmarkt zu schaffen, „in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital" gewährleistet sei. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

3 Korrigiert aus: „als".

4 Die französischen Präsidentschaftswahlen fanden am 24. April und 8. Mai 1988 statt. Im zweiten Wahlgang erhielt François Mitterrand 54,02% der abgegebenen gültigen Stimmen, Jacques Chirac 45,98%.

5 Botschafter Pfeffer, Paris, berichtete am 25. April 1988, der Präsidentschaftskandidat des Front National, Le Pen, habe „mit ca. 14% das beste Ergebnis erzielt, das je eine rechtsextreme Partei nach 1945 erreichen konnte. […] Le Pen ist es gelungen, die Stimme der Besorgten, Ohnmächtigen und Wütenden (der Protestler) auf sich zu ziehen. Chirac wurde noch im Wahlkampf, aber zu spät, klar, daß seine Immigrationspolitik zu wenige der rechtskonservativen Wähler zufriedenstellte. Le Pen lastet mehr denn je auf der parlamentarischen, liberal-bürgerlichen Mehrheit und auf dem Präsidentschaftskandidaten Chirac, der auf einen fast hundertprozentigen Stimmenübertrag der Le-Pen-Wähler angewiesen ist." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1108; Referat 203 (202); Bd. 140604.

des FN im Elsaß damit erklärt. In den Medien wird auch der Ruf nach einer inhaltlichen Ausfüllung des im Wahlkampf mehr oder weniger als Leerformel verwendeten Europa-Begriffs lauter.

Die neue französische Regierung wird mit PM Rocard wahrscheinlich an einer breit angelegten Mobilisierungskampagne mit dem Blick auf das Jahr 1992 festhalten. Sie wird dies aus dem Bewußtsein heraus tun, daß Wirtschaft und Gesellschaft in Frankreich auf die „europäische Herausforderung" nicht genügend vorbereitet sind. Sie wird dabei aber auch zunehmend die Ängste derer in Rechnung stellen müssen, die von „Europa" eine Verschlechterung ihrer eigenen Lage befürchten. Schließlich wird sie konkretere Vorstellungen dazu entwickeln müssen, wie ein zukünftiges Europa aussehen soll.

Mit der Wiederwahl Mitterrands und der Perspektive einer – zumindest indirekten – Stützung seiner Politik durch die traditionell pro-europäischen Kräfte der Mitte liegen grundsätzlich gute Voraussetzungen für eine aktive Mitwirkung Frankreichs an europa-politischen Fortschritten vor, die über die bloße Durchführung der Einheitlichen Akte bis 1992 hinausweisen. Die deutsch-französische Zusammenarbeit wird dabei mehr denn je eine zentrale Rolle spielen. Der Wahlkampf hat gezeigt, welche Attraktivität eine enge Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland in einer europäischen Perspektive für das französische Publikum besitzt.

Für einen Teil der politischen Klasse bleibt jedoch das Bild der Bundesrepublik ambivalent. Ökonomische Überlegenheit einerseits, die Vermutung einer nachlassenden wirtschaftlichen Dynamik andererseits und schließlich die stets virulente Furcht vor einem Abgleiten der Bundesrepublik Deutschland nach Osten bleiben Elemente des französischen Deutschland-Bildes. Vor diesem Hintergrund bedeutet die französische aktive Europa-Politik immer auch einen Versuch, die Bundesrepublik Deutschland „in den Westen einzubinden".

Ein in seiner Intensität nicht nachlassendes, durch konkrete Vorschläge sich auszeichnendes deutsches Engagement für Europa, das der französischen Öffentlichkeit auch klargemacht werden muß, erscheint am besten geeignet, in den kommenden Jahren einem Auseinanderklaffen der politischen Grundstimmungen in den beiden Ländern, über das hier viel geschrieben und gesprochen wird, entgegenzuwirken.

II. Im einzelnen

1) Das politische Gewicht des Europa-Themas in der französischen Öffentlichkeit ist statistisch verschiedentlich untersucht und belegt worden: Eine Regierungsbroschüre zum Thema „Europa von Tag zu Tag" von 1987 gibt an, daß für 77,1 v. H. der unter 25-Jährigen die Schaffung einer Europäischen Union ein „wichtiges Thema" sei. 72 v. H. seien der Meinung, daß die Konstruktion Europas nicht schnell genug vorangehe.

Einer am 16.4.1988 in „Le Monde" veröffentlichten Meinungsumfrage zufolge sind 79 v. H. der Franzosen für eine gemeinsame europäische Währung, 79 v. H. für einen durch allgemeine Wahlen zu bestimmenden europäischen Präsidenten und 56 v. H. für eine europäische Armee unter multinationalem Kommando.[6]

6 Vgl. dazu den Artikel „Priorité à la formation et à l'Europe et refus de l'exclusion"; LE MONDE vom 16. April 1988, S. 10.

Von einem gestiegenen „europäischen Bewußtsein“ der Franzosen zeugt auch die Tatsache, daß die Jahreszahl 1992 in nahezu allen Kreisen der Bevölkerung bekannt ist, auch wenn sich mit ihr oft unklare, bisweilen von unbestimmten Befürchtungen durchsetzte Vorstellungen über die Konsequenzen des europäischen Binnenmarktes für den einzelnen verbinden.

Die Entwicklung eines europäischen Bewußtseins bei den Franzosen ist nicht nur die Folge einer sozio-kulturellen Entwicklung, in deren Verlauf die Franzosen – wie andere Europäer vor ihnen – begonnen haben, über die Grenzen ihres eigenen Landes hinauszuschauen.

Sie ist auch, und vielleicht vor allem, das Ergebnis einer von nahezu allen politischen Kräften des Landes (die einzige Ausnahme bilden die Parteien am linken Rand des Spektrums) mitgetragenen Europa-Kampagne, deren vordergründiges Hauptziel eine breite Mobilisierung der französischen Wirtschaftskräfte im Hinblick auf das Jahr 1992 ist.

2) Diese Mobilisierung vollzieht sich jedoch in einer politischen Rhetorik und in einer thematischen Breite, die deutlich werden läßt, daß es für einen großen Teil der politischen Klasse um mehr geht als um eine bloß wirtschaftliche Mobilisierung. Vor allem die Konservativen suchen durch Europa eine generelle, politisch-moralische Erneuerung des Landes.

Die Notwendigkeit, für die „große Schlacht von 1992“ (dieser Begriff hat sogar in das Wahlkampfvokabular Mitterrands Eingang gefunden) gerüstet zu sein, bildet die Rechtfertigung für einen Forderungskatalog, der weit über den engeren wirtschaftlichen Bereich hinausgeht und in den z. B. die Forderung nach einer aktiveren Bevölkerungspolitik der Regierung aufgenommen worden ist.

Eine kulturkritisch-pessimistische Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Lage Frankreichs liegt bei vielen konservativen Politikern diesem Mobilisierungsimpuls zugrunde. Sie findet ihren Ausdruck in der vor allem im Jahre 1987 vielzitierten Formel vom „Niedergang“ (déclin) Frankreichs.[7]

Daneben findet sich jedoch, vor allem in dem stark voluntaristisch geprägten Weltbild des Lagers um Chirac, die Vision von Frankreich als einem Land, das die Fähigkeit und die Dynamik besitzt, um (wieder) zur führenden Nation Europas zu werden, beziehungsweise die europäischen Partner zu neuer gemeinsamer europäischer Größe emporzureißen.

Mitterrand hat im Europa-Motiv die Zauberformel gefunden, die angesichts einer bewußten Entideologisierung das ideelle Vakuum auf der Linken füllt und den Brückenschlag zu den Zentristen erleichtert, auf deren Hilfe er angewiesen ist. Er stützt sich dabei auf seinen Ruf als überzeugter Europäer der ersten Stunde: Vor diesem Hintergrund ist auch seine Teilnahme am Kongreß der Europäischen

[7] Am 26. Juni 1987 resümierte Botschafter Schoeller, Paris, die innenpolitische Debatte in Frankreich: „Im Juni herrscht Novemberwetter, und Frankreich zweifelt an sich selbst: Frankreichs Niedergang (‚le déclin‘) oder französische Verspätung – dies ist die Frage für die classe politique. ‚Tout va bien, madame la Marquise‘ ist z. Zt. nicht angebracht, „bonjour tristesse‘ reflektiert schon eher die Atmosphäre. Die Meinungsumfragen zeigen bröckelnde Popularitäten bei den populären Politikern – auch der französische Bürger hat zunehmend Identifizierungsschwierigkeiten mit ‚denen in Paris‘. Die politische Rede greift nicht, die wirtschaftlichen Fakten und das soziale Klima spüren der Wähler und der Bürger.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1465; Referat 202, Bd. 140612.

Bewegung aus Anlaß ihres 40. Geburtstages in Den Haag am 7. Mai, also am Vorabend des Zweiten Wahlganges, zu sehen.[8]

3) Das Europa-Motiv ist im Wahlkampf von der Mehrzahl der Kandidaten bis an den Rand der Abnutzung strapaziert worden, wodurch – neben dem oben beschriebenen Mobilisierungseffekt – auch negative Gegenreaktionen ausgelöst wurden.

Zum einen wird das hohe Abschneiden des Front National u. a. auf eine wachsende „Europa-Furcht" eines Teils der Bevölkerung zurückgeführt, der sich den Anforderungen eines völlig freien Wettbewerbs nicht gewachsen fühle.

[9]Mit diesem Phänomen wird das generelle Anwachsen des Front National in vielen ländlichen Regionen ohne spezielle Einwanderer- und Arbeitslosen-Probleme erklärt, vor allem aber das mit 22 v. H. sehr hoch über dem Landesdurchschnitt (14,5 v. H.) liegende Ergebnis des FN im Elsaß, wo die Realität eines freien Konkurrenzkampfes mit den wirtschaftlich stärksten europäischen Nachbarn konkret erlebt werde (hoher Anteil elsässischer Pendler, die in D arbeiten, starke wirtschaftliche deutsche Rolle im Elsaß selbst).

Des weiteren wird in den französischen Medien Kritik an der eher oberflächlich-deklaratorischen Art laut, in der das Europa-Thema im Wahlkampf behandelt wurde. Alfred Grosser hat dazu in „Le Monde" beißend angemerkt, es sei „langfristig schwierig so zu tun, als sei man Jean Monnet und dem General de Gaulle gleichzeitig treu".[10]

4) Mit der Wiederwahl Mitterrands und seiner wahrscheinlichen Duldung, möglicherweise Unterstützung seiner Politik durch die traditionell pro-europäischen Kräfte der Mitte sind die Bedingungen dafür gegeben, daß F sich gegenüber neuen europapolitischen Initiativen besonders offen zeigen wird. Hier liegen Chancen für unsere Politik. Für konkrete Fortschritte wird es immer wieder auf eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit ankommen. Die überaus fruchtbar verlaufene jüngste Phase der bilateralen Zusammenarbeit bietet dafür einen guten Ausgangspunkt. Wir müssen dabei die Ambivalenz im Auge behalten, die das Bild der Bundesrepublik Deutschland bei großen Teilen der politisch interessierten Kreise und der politischen Klasse Frankreichs prägt. Zum einen hat sich das Bild eines wirtschaftlich übermächtigen Nachbarn erhalten, der nur schwer einzuholen ist – auch wenn die Devise, F werde die Nummer eins in Europa werden, z. B. zu PM Chiracs Wahlkampf-Repertoire gehörte. Zum anderen werden Indizien (angeblich) nachlassender deutscher Dynamik aufmerksam registriert. Hierzu gehören nicht nur kurzfristig Wachstumsprognosen für die Volkswirtschaft, sondern auch die hier überaus pessimistisch gesehenen demographischen[11] Perspektiven der Bundesrepublik. Schließlich bleiben rein politische Motive für die französische Europapolitik bedeutsam: Die Furcht vor einem langsamen „deutschen Abgleiten nach Osten" oder einem deutschen Sonderweg ist immer virulent. Eine in Frankreich gängige Vorstellung lautet, die Bundes-

8 Vom 5. bis 8. Mai 1988 fand in Den Haag der Europa-Kongreß der Europäischen Bewegung statt. Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand vgl. 40 YEARS EUROPEAN MOVEMENT. 40 JAHRE EUROPÄISCHE BEWEGUNG. 40 ANS MOUVEMENT EUROPÉEN. Congress of Europe/Europa-Kongreß/Congrès de l'Europe The Hague/Den Haag/La Haye 5.–8. Mai 1988, Bonn 1989, S. 58–65.

9 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1313 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

10 Vgl. dazu Alfred Grosser, „Clarifier"; LE MONDE vom 5. Mai 1988, S. 2.

11 Korrigiert aus: „demokratischen".

republik Deutschland sei wegen ihres wirtschaftlichen Eigengewichts weniger auf Europa angewiesen als F, für das es keine Alternative zu Europa gebe, wenn es als Industriestaat überleben wolle. Vor diesem Hintergrund ist französische Europapolitik immer auch ein Mittel zur Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in den Westen.

Eine, auch der breiten Öffentlichkeit vor[12] Augen geführte, aktive, geduldige, stetige deutsche Europapolitik ist das beste Mittel, derartigen Vorstellungen auf französischer Seite entgegenzuwirken. Der Durchbruch des Brüsseler Sondergipfels[13] hat in dieser Hinsicht bereits eine beträchtliche Wirkung ausgeübt, der Gipfel von Hannover[14] kann uns einen weiteren Schritt voranbringen.

[gez.] Pfeffer

Referat 202, Bd. 140612

152

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-12322/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 13. Mai 1988, 20.05 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 653 **Ankunft: 13. Mai 1988, 20.24 Uhr**
Citissime

Betr.: Ministerrat am 13.5.1988 mit Bericht Shultz über Gespräche in Genf (11. und 12.5.1988)

Bezug: DB 566/567 vom 25.4.1988 – I-371.80/1-1052/88 VS-vertraulich[2]

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Shultz wies zu Beginn Unterrichtung auf langfristiges amerikanisches Ziel hin: Gestaltung sich herausbildender stabilerer Beziehungen zu SU. Er wiederholte dabei Grundsätze, von denen sich US und Bündnis leiten lassen sollen. Das bedeute vor allem, die sich bietenden Gelegenheiten zu nutzen und zugleich Stärke und Realismus zu bewahren (s. Bezugsbericht).

Aus Shultz-Unterrichtung ergab sich, daß Bereinigung von noch offenen Fragen INF-Abkommens mit Blick auf Ratifizierungsdebatte im Senat[3] im Vordergrund

12 Korrigiert aus: „Öffentlichkeit deutsch vor".

13 Zur außerordentlichen Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel vgl. Dok. 59.

14 Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 in Hannover vgl. Dok. 191.

1 Ablichtung.
Das von Gesandtem Lohse, Brüssel (NATO), und Oberst Oldigs, z.Z. Brüssel, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 25.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 16. Mai 1988 vorgelegen.

2 Für den Drahtbericht des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vgl. Dok. 123.

3 Zum Stand der Ratifizierung des amerikanisch-sowjetischen INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 123, Anm. 42.

Genfer Treffens gestanden hat. Es sei in schwierigen Verhandlungen gelungen, notwendige Klärungen herbeizuführen. Powell sei bereits in Washington, um Reagan und Senat zu unterrichten. Nach Shultz' Auffassung liegen nunmehr alle Voraussetzungen für Ratifizierung vor.

In Moskau[4] werde START-Abkommen nicht unterzeichnet werden. Es seien jedoch auch hier weitere Fortschritte gemacht worden. Man habe vor, auf Gipfel Moskau gemeinsame Erklärung – Form im einzelnen stehe noch nicht fest – zu START zu verabschieden, in der Sachstand und erzielte Übereinstimmungen festgehalten werden sollten.

Positive Ergebnisse seien auch in folgenden Bereichen erzielt worden: CW-Abkommen, KSZE (Menschenrechtsfragen, KRK), Nukleartests sowie bilaterale Fragen.

Shultz wird nach Gipfel Moskau Rat am 2. Juni informieren.

In Interventionen Bündnispartner (B[5], E[6], I[7], ISL[8], NWG[9] und wir waren durch Außenminister, GB durch Staatsminister Mellor, die übrigen Bündnispartner durch Botschafter bzw. Vertreter vertreten) kam besondere Erwartung nach Ratifikation INF-Vertrag vor Gipfel zum Ausdruck, Vertrag dürfe nicht nur als bilaterales amerikanisch-sowjetisches Abkommen, sondern müsse als im Interesse gesamten Bündnisses liegende Vereinbarung gewertet werden. Zustimmung Shultz. Es komme darauf an, Berechenbarkeit westlicher Politik unter Beweis zu stellen (keine Wiederholung von SALT).

II. Im einzelnen

1) Shultz: Erst am 13. Mai, 7.00 h früh Ortszeit, sei Übereinkommen gezeichnet worden, das noch offene Fragen INF-Abkommens sowie neun verschiedene Punkte im Bereich Verifikation geklärt habe.[10]

Alle künftigen Waffensysteme in Reichweitenband von 500 bis 5500 km seien, unabhängig von Gefechtskopfart, erfaßt. Entscheidend sei, daß Gefechtskopf vorhanden sei, der Ziele treffen, bekämpfen und zerstören könne. Nicht betroffen seien daher mit Aufklärungssensoren bestückte Drohnen.

Von den neun verschiedenen Einzelpunkten (z. B. Inspizierung abgedeckter Objekte, zweite Stufe von GLCMs, Lageskizzen des Inspektionsbereichs, Möglichkeit ihrer Korrektur, Festlegung von Unterscheidungskriterien zu eindeutiger Identifizierung von SS-20 und SS-25) erwähnte Shultz besonders Behandlung von deutschen in US befindlichen PIa. US hätten sich nach Konsultationen mit Bundesregierung bereit erklärt, Zahl deutscher in USA befindlicher PIa

4 Zum Treffen des Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

5 Leo Tindemans.

6 Francisco Fernández Ordóñez.

7 Giulio Andreotti.

8 Steingrímur Hermannsson.

9 Thorvald Stoltenberg.

10 Am 14. Mai 1988 wurde in der Presse berichtet, daß der amerikanische Außenminister Shultz und der sowjetische Außenminister Schewardnadse in ihren Gesprächen am 11./12. Mai 1988 in Genf noch offene Fragen des amerikanisch-sowjetischen INF-Abkommens vom 8. Dezember 1987 hätten klären können. Vgl. dazu den Artikel „In Genf gaben die Sowjets alle verlangten Antworten"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 14. Mai 1988, S. 3.

anzugeben. Diese Angaben seien gemacht worden, um nach INF-Vertrag notwendige Unterscheidung zwischen deutschen und amerikanischen PIa während Vorortinspektionen zu ermöglichen.[11]

Im übrigen würden Gespräche Verifikationsexperten beider Seiten fortgesetzt (nächstes Treffen 18. Mai in Wien).

Da es zu START-Vertrag noch nicht kommen werde, beabsichtige man, in Moskau Vereinbarungen über gegenseitige Notifizierung von Raketenabschüssen unter Einschaltung „Nuclear Risk Reduction Centers“[12] zu unterzeichnen, Regelung, die ursprünglich als Bestandteil START-Vertrages geplant gewesen sei.

Im Bereich Weltraum und Verteidigung bestünden Schwierigkeiten bei Definition erlaubter Aktivitäten während Periode Verpflichtung, am ABM-Vertrag[13] festzuhalten, weiter. US bestünden nach wie vor auf Abbau Radaranlage in Krasnojarsk.

Shultz sprach allerdings auch von erstaunlichen Fortschritten im START-Bereich, die er auf spätere Fragen wie folgt präzisierte:

– Zu ALCM: START-Vertrag werde nur nuklear bestückte ALCMs erfassen. Für bereits vorhandene gelte, daß alle längerreichenden ALCMs als nuklear bestückt angesehen würden. Für künftige ALCMs werde Verpflichtung eingegangen werden, Produktion so vorzunehmen, daß Unterscheidung zwischen konventionellen und nuklearen Systemen möglich sei. Zudem sei durch Art Trägerflugzeuge Unterscheidung mittels nationaler technischer Mittel (z. B. Photos) möglich.
– Bekannte Probleme bei mobilen Raketen bestünden weiter. Allerdings seien bei Versuch, Verifikationsräume abzugrenzen, Fortschritte, jedoch noch keine Lösungen erzielt worden.

Umfangreiche Vereinbarungen über gemeinsame Experimente von Nukleartests (160 Seiten, 37 Anlagen) würden in Moskau unterzeichnet werden.

11 Vortragender Legationsrat I. Klasse Seibert erläuterte am 13. Oktober 1988: „Nach Angaben des BMVg (FüS III 5) befinden sich in den USA derzeit 17 deutsche Pershing-Ia-Raketen, zusätzlich eine kleinere Zahl von Launchers und Übungsraketen sowie Systemteile in den Einrichtungen Pueblo (Colorado), Redstone Arsenal (Alabama) und Fort Sill (Oklahoma). Sie sind mit der Aufschrift ‚German Air Force‘ versehen und damit deutlich von den ebenfalls in diesen Basen räumlich getrennt gelagerten amerikanischen PIa-Systemen und Systemteilen unterschieden. Die deutschen PIa sind nicht Gegenstand des INF-Vertrags. Für sie – unabhängig davon, ob sie sich in den USA oder der Bundesrepublik Deutschland befinden – gilt die Erklärung des Bundeskanzlers vom 26.8.1987, ‚daß mit der endgültigen Beseitigung aller sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenflugkörper die Pershing Ia-Raketen nicht modernisiert, sondern abgebaut werden‘. Der sowjetische Vorstoß ist auch vor dem Hintergrund früherer Initiativen zu sehen, die darauf abzielten, eine Gleichbehandlung der in den USA gelagerten deutschen und amerikanischen PIa zu erreichen. Zuletzt hatte die Sowjetunion am 8. Mai 1988 an die USA die Forderung gerichtet, die in den USA befindlichen deutschen PIa-Raketen in die Verifikations- und Eliminierungsregelungen des INF-Vertrags einzubeziehen, da ‚Raketen auf amerikanischem Territorium als Eigentum der USA anzusehen seien‘ […]. Wir haben in Übereinstimmung mit den USA an dem dem INF-Vertrag zugrundeliegenden Prinzip des Ausschlusses von Drittstaatensystemen festgehalten.“ Vgl. VS-Bd. 12251 (220); B 150, Aktenkopien 1988.

12 Zur amerikanisch-sowjetischen Vereinbarung über die Einrichtung von Zentren zur Verminderung des nuklearen Risikos vgl. Dok. 123, Anm. 5.

13 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.
Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

Es bestünden auch Aussichten für Abschluß Verifikationsprotokolls zum PNET-Vertrag.[14]

Im Bereich KSZE habe Schewardnadse flexiblere Haltung hinsichtlich Menschenrechte gezeigt, insbesondere beim Thema Menschenrechtsaktivisten („monitoring groups"). Es gehe hier zum Beispiel um Betätigungsfreiheit – auch Versammlungsfreiheit – für religiöse Gruppen, Möglichkeit Verteilung von Material, Zugang zu Medien. Shultz habe Schewardnadse gebeten, sowjetische Delegation in Wien entsprechend zu instruieren.[15]

SU habe für KRK-Mandat verbesserte Formulierung zur Regelung doppelrollenfähiger Waffensysteme vorgeschlagen. SU sei gebeten worden, diese in Wiener Gespräche einzubringen.[16] SU sei allerdings klargemacht worden, daß US nicht bereit sein werde, in Wien über nukleare Waffen („nuclear matters") zu sprechen.

Auf spätere Frage Tindemans erklärte Shultz, dritte Null-Lösung sei nicht erwähnt worden.

Bei CW-Verbotsverhandlungen gebe es in Grundsatzfragen erhebliche Fortschritte, allerdings müßten diese in praktische Regelungen umgesetzt werden, was Zeit erfordere. Hoffnungsvolle Ansätze ergäben sich aus sowjetischem Vorschlag, daß beide Seiten chemische Fabrik als Testobjekt zur Erarbeitung und Erprobung von Verifikationsverfahren benennen.[17]

14 Für den Wortlaut des Vertrags vom 28. Mai 1976 zwischen den USA und der UdSSR über unterirdische Kernsprengungen zu friedlichen Zwecken (PNET) mit dazugehörigem Protokoll vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 74 (1976), S. 802–812. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 539–542.
Am 25. Mai 1988 teilte Botschafter Ruhfus, Washington, mit, im amerikanischen Außenministerium sei zu erfahren gewesen, „daß Unterzeichnung eines Verifikationsprotokolls zum PNET beim Gipfel nicht mehr zu erwarten sei, nachdem SU am 24.5. neuen Entwurf übermittelt habe. Dessen Überprüfung bis zum Gipfel sei nicht mehr zu erwarten." Dagegen glaube man weiter daran, die Vereinbarung zu den gemeinsamen Verifikationsexperimenten zum Abschluß bringen zu können. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2191; Referat 222, Bd. 162064.

15 Zu den Absprachen zwischen dem amerikanischen Außenminister Shultz und dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 11. Mai 1988 im Bereich der Menschenrechte in Genf vgl. Dok. 149.

16 Botschafter Hartmann, Wien (KRK-Delegation), berichtete am 18. Mai 1988: „Bo Ledogar hat heute den Caucus darüber informiert, daß während des kürzlich erfolgten Treffens Shultz/Schewardnadse in Genf die sowjetische Delegation einen Text zu dual capable vorgeschlagen habe […]. Der Text sei dann den beiden Delegationen in Wien zur Kommentierung übermittelt worden." Er und der Leiter der sowjetischen KRK-Delegation, Kaschlew, hätten ihn dann überarbeitet und die Neufassung zurück nach Genf übermittelt, wo er aber nicht weiter diskutiert worden sei. Dieser Entwurf habe folgenden Wortlaut: „The subject of the negotiations will be conventional armed forces, which include conventional armaments and equipment. Nuclear weapons will not be and will not become subject to negotiation. Conventional forces, armaments, and equipment that can use other weapons in addition to conventional ones will be neither excluded from the subject of the negotiations nor addressed separately." Vgl. den Drahtbericht Nr. 753; Referat 221, Bd. 144814.

17 Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über ein Chemiewaffenverbot vgl. Dok. 123, Anm. 9.
Botschafter Ruhfus, Washington, teilte am 19. Mai 1988 mit, daß nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums das Thema eines Verbots von Chemiewaffen bei den Gesprächen des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 11./12. Mai 1988 in Genf „keine eigenständige Rolle" gespielt habe. In den am Rande laufenden bilateralen Expertengesprächen indes habe sich die sowjetische Seite bemüht, „Themenbereiche zu identifizieren, in denen Fortschritte mit US möglich seien. […] US habe nochmals ihr Einverständnis mit dem sowjetischen Vorschlag übermittelt, Testinspektionen in der chemischen Industrie durchzuführen, um Verifikationserfahrung zu sammeln. US-Nachfragen nach Präzisieren sowjetischer Vorstellungen, wie dies getan werden solle, seien ins Leere gestoßen." Ferner habe die UdSSR ein bilaterales Papier zum Thema „Order of Destruction" vorgeschlagen, die Frage nach der Mindesteilnehmerzahl eines Verbotsabkommens aufgeworfen und die USA aufgefordert, die Arbeit am gemeinsamen Papier über den Datenaustausch wiederaufzunehmen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2135; Referat 222, Bd. 162052.

SU gegenüber sei US-Besorgnis über Proliferation ballistischer Raketen zum Ausdruck gebracht worden. (Problem China, Saudi-Arabien[18]). US habe China ohne Erfolg („we got a pretty cold stare") auf Frage angesprochen. US habe noch keine klaren Vorstellungen, wie man Problem lösen könne. Gegenwärtig komme es aber auch eher darauf an, Problem erkennbar und bewußt zu machen.

Nur verhältnismäßig kurze Zeit sei auf regionale Probleme verwendet worden:

– südliches Afrika: Shultz vermittelte Eindruck, SU sei hilfreich bei dem in London eingeleiteten Prozeß (Gespräche Südafrika, Angola, Kuba unter Beteiligung US als Vermittler)[19];
– Afghanistan: SU sei an Pflicht erinnert worden, Minen zu beseitigen, zumindest Karten mit eingezeichneten Minenfeldern zu überlassen. US geht von positiver Reaktion SU aus;
– Mittelamerika: „Frostige Aussprache";
– Äthiopien: Erörterung Behinderung Lebensmittellieferungen in Hungergebiete[20];
– Zypern: US lehnt nach wie vor ab, Zypern zum Thema bilateraler Gespräche zu machen. Beide Seiten seien sich einig darüber, in Gipfelerklärung alles niederzulegen, was seit erstem Gipfel November 85 in Genf[21] und besonders seit Gipfel in Washington[22] erreicht worden sei. Es solle ferner zu den in Zukunft liegenden Aufgaben und Möglichkeiten Stellung genommen werden.

Moskauer AM-Treffen sei sehr produktiv gewesen und habe in guter Atmosphäre stattgefunden. Beide Seiten seien überzeugt, daß man vor erfolgreichem Gipfel in Moskau stehe.

Shultz erwähnte, daß Reagan vor Gipfel in Helsinki[23] sprechen und am 3. Juli in öffentlicher Rede in London[24] zum Gipfel Stellung nehmen werde.

[25]2) Andreotti betonte in Aussprache positive Entwicklung Ost-West-Beziehungen in vielen Bereichen (START, KSZE, Afghanistan, südliches Afrika), wies jedoch

18 Zur Lieferung chinesischer Trägerraketen an Saudi-Arabien vgl. Dok. 127, Anm. 9.

19 Zu den Gesprächen zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA über eine Lösung des Angola-Konflikts und die Unabhängigkeit von Namibia am 3./4. Mai 1988 in London vgl. Dok. 142.

20 Vortragende Legationsrätin I. Klasse Gräfin Strachwitz führte am 25. Juli 1988 aus, daß weder die äthiopische Regierung noch die EPLF und TPLF bereit seien, „der Hilfe für die von Hungersnot bedrohte Bevölkerung Vorrang vor der gewaltsamen Durchsetzung ihrer politischen Ziele einzuräumen". Letztere hätten ihre jüngste militärische Großoffensive zum Zeitpunkt der seit Jahrzehnten schwersten Hungersnot durchgeführt, während die äthiopische Regierung sich angesichts militärischer Niederlagen zu einer großangelegten Gegenoffensive gezwungen gesehen und ausländisches Hilfspersonal zum Verlassen von Eritrea und Tigre aufgefordert habe: „Internationalem Druck nachgebend, hat die äthiopische Regierung inzwischen die Rückkehr des UN-Personals auf eigenes Risiko gestattet. Leider ist eine Einigung der äthiopischen Regierung mit dem IKRK bisher nicht erfolgt. […] Größere Sorge bereiten […] die Widerstandsbewegungen, die den Hunger wiederholt zur Aufwertung ihrer Organisationen und zur Förderung ihrer politischen Ziele eingesetzt haben." Vgl. Referat 322, Bd. 149906.

21 Das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, fand vom 19. bis 21. November 1985 in Genf statt. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

22 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 7. bis 10. Dezember 1987 in Washington zusammen. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

23 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 27. Mai 1988 in Helsinki vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1988, S. 656–661.

24 Präsident Reagan besuchte am 2./3. Juni 1988 Großbritannien und hielt am 3. Juni 1988 in London eine Rede. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1988, S. 715–720.

25 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 654 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

zugleich auf noch kritische Punkte hin (Polen, Eritrea, Naher Osten – ähnlich auch E).

BM dankte für Unterrichtung und würdigte Ergebnis Bemühungen Shultz. Bündnis habe von Anfang an klares Ziel gehabt, INF-Abkommen zu erreichen. Langer Atem bei Durchsetzung habe zu gewünschtem Erfolg geführt. Abkommen werden von allen Bündnispartnern als Fortschritt für Sicherheit Europas gewertet. Daher sei es begrüßenswert, daß noch notwendige Klärungen Vertrages erzielt worden seien. Bundesregierung habe Erwartung, daß Interpretation, die Administration jetzt Senat geben könne, Ratifikation zum richtigen Zeitpunkt, d.h. vor Moskauer Gipfel, sicherstelle.

Dies sei außerordentlich wichtig zum Beweis Berechenbarkeit und Kontinuität westlichen Bündnisses gegenüber Sowjetunion. Auch in Moskau müsse man Sicherheit haben, daß abgeschlossene Verträge durch Westen ratifiziert würden. Negatives Beispiel SALT[26] dürfe sich nicht wiederholen. Das gelte um so mehr, als INF-Abkommen Einstieg in weitere Ost-West-Vereinbarungen sei. Auch durch Art Behandlung INF-Abkommens müsse für weiteren Rüstungskontroll- und Abrüstungsprozeß Impuls gegeben werden.

BR Deutschland habe seinen Beitrag zur Ratifikation durch einstimmigen Beschluß Bundestages[27] bereits geleistet. Damit sei nicht nur technische Zustimmung zu uns betreffenden Verifikationsteil erfolgt, man müsse Beschluß auch als politische Ratifikation gesamten Vertrages sehen. Bundestag habe einstimmige Botschaft an Senat gerichtet, INF-Vertrag rechtzeitig zu ratifizieren. Dies gelte um so mehr nach großen Anstrengungen, die Shultz in Genf erfolgreich unternommen habe.

Vom Moskauer Gipfel erwarte Bundesregierung atmosphärische Verbesserung amerikanisch-sowjetischen und Ost-West-Verhältnisses insgesamt, was zu größerer politischer Vertrauensbildung führe. Dies werde sich positiv auswirken auf bevorstehende Verhandlungen. Gipfel finde zu günstigem Zeitpunkt statt. Alle Besorgnisse, daß US-Regierung in letzten Monaten ihrer Amtszeit[28] weniger verhandlungsfähig sein werde, seien widerlegt worden. Administration habe Gegenteil unter Beweis gestellt.

Deutsche Hoffnungen bezögen sich besonders auch auf WFT. Es müßten vor und während Gipfels Schritte unternommen werden, um für WFT ausgewogenes

26 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.
In einem Schreiben an den Mehrheitsführer im amerikanischen Senat, Byrd, bat Präsident Carter am 3. Januar 1980 darum, die Debatte im Senat über eine Ratifizierung des Vertrags angesichts der sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 auszusetzen. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980/81, S. 12. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 59.

27 Am 11. Dezember 1987 unterzeichneten die USA sowie Belgien, die Bundesrepublik, Italien, Großbritannien und die Niederlande das Übereinkommen „über Inspektionen in bezug auf den Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Beseitigung ihrer Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite“ Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 369.
Der Bundestag stimmte dem Übereinkommen am 21. April 1988 einstimmig, der Bundesrat am 29. April 1988 mehrheitlich zu. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 74. Sitzung, S. 5013 f., bzw. BR STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 588. Sitzung, S. 125.
Für den Wortlaut des Übereinkommens vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 431–437.

28 Die Amtszeit des Präsidenten Reagan endete am 20. Januar 1989.

Ergebnis zu erreichen. Besonders gelte es, KRK-Mandat zu vereinbaren. Hier müßten wir von Sowjetunion am meisten verlangen, nämlich nicht nur zahlenmäßigen Abbau ihrer konventionellen Streitkräfte, sondern Verzicht auf offensive Überlegenheit.

Wir erwarteten Fortschritte auch bei Abkommen über Verbot chemischer Waffen. Zeit sei reif für Ergebnis, angesichts deutlich werdender Proliferationsgefahren. Gipfel solle hier Impulse geben. Ähnliches gelte für START.

Bundesminister würdigte positive Entwicklung bei Versuch Lösung Probleme im südlichen Afrika. Das auf Londoner Konferenz erzielte Momentum müsse beibehalten werden. Allgemein gelte es, die bei Lösung regionaler Konflikte erzielten Ansätze intensiv weiterzuverfolgen und soviel wie möglich in jetziger günstiger Phase Ost-West-Beziehungen sicherzustellen. Er sage keine Rückschläge voraus, doch könne es in Zukunft auch wieder Phasen der Belastung geben, in der Fortschritte schwieriger zu erzielen seien. Sowjetunion wolle durch positive Gestaltung Ost-West-Beziehungen Möglichkeiten zu Fortschritten im Inneren abstützen.

Durch Entwicklung in letzter Zeit sei Stärkung inneren Zusammenhalts Bündnisses deutlich und erkennbar geworden. Bündnis habe seine prinzipielle Zielsetzung, Verteidigungsfähigkeit zu stärken und Abrüstungsschritte zu ergreifen, weiterverfolgt. Es sei heute erkennbar, daß es absurd sei, anzunehmen, daß dadurch Gefahr für Allianzzusammenhalt oder Mißtrauen zwischen Bündnispartnern verursacht worden sei. Im Gegenteil, INF-Abkommen habe zum inneren Zusammenhalt Bündnisses wesentlich beigetragen. INF-Abkommen sei damit mehr als nur Abrüstungserfolg und Schaffung von mehr Sicherheit. Es sei auch als Stärkung Bündnisses insgesamt zu bewerten. Für diesen Erfolg sei er amerikanischer Regierung und besonders Shultz außerordentlich dankbar.

Alle Bündnispartner äußerten in ihren Interventionen im übrigen volle Unterstützung für amerikanisches Vorgehen bei Vorbereitung Gipfel und drückten Befriedigung über Klärung von noch offenen INF-Punkten aus. Positive Entwicklung im Ost-West-Verhältnis sei daraus erkennbar, daß AM-Treffen zwischen Shultz und Schewardnadse zu regelmäßiger Erscheinung bei Gestaltung ihrer Beziehungen geworden sei (GB). Ost-West-Beziehungen seien bisher Gegenstand Krisenbewältigung gewesen. Jetzt gehe es darum, Veränderungen zu gestalten. Daran müßten alle Bündnispartner teilnehmen (B). Es sei wichtig, daß START-Verhandlungen nach Gipfel mit unverminderter Intensität weitergingen. Bündnispartner könnten durch Intensivierung ihrer bilateralen Kontakte zu NSWP-Staaten[29] unterstützend wirken (NWG). Beim WFT sei wirklich ausgewogenes Ergebnis wichtiger als rasches (NL).

3) Auf weitere Fragen antwortete Shultz:

– Nach Gipfel seien keine monatlichen AM-Treffen vorgesehen. Allerdings würde er sich im September am Rand VN-GV erneut in New York mit Schewardnadse treffen.[30]

29 Nicht-Sowjetische Warschauer-Pakt-Staaten.

30 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich am 22./23. September 1988 zu Gesprächen mit Präsident Reagan und dem amerikanischen Außenminister Shultz in Washington auf. Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 88 (1988), Heft 2140, S. 28–30.

– In Administration habe es zu Beginn Gipfeltreffen Diskussion gegeben, ob Erörterung regionaler Themen zweckmäßig sei, besonders in bezug auf Nahen Osten. Es habe sich jedoch herausgestellt, daß durch Expertengespräche auf sowjetischer Seite größeres Verständnis der tatsächlichen Schwierigkeiten gewonnen worden sei. SU halte jedoch nach wie vor in entscheidenden Fragen (Entscheidungsbefugnis internationaler Konferenz, Vertretung Palästinenser) an für sie bequemen, aber nicht realisierbaren Positionen fest. Shultz wertete Entwicklung in letzten Monaten dahin, daß sich Hoffnungen auf Lösungen im NO-Konflikt wieder verschlechtert hätten. Je näher Wahlen in Israel[31] rückten, desto geringer würden Lösungschancen. Er werde gleichwohl nach Moskauer Gipfel erneut in NO reisen.[32]
– US hätten keine Pläne, auf nukleare Waffen, die auf Überwasserschiffen stationiert sind, zu verzichten (Antwort auf entsprechende Anregung Islands).

[gez.] Hansen

VS-Bd. 13641 (310)

153

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

212-340.81 VS-NfD **16. Mai 1988**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: KSZE-Folgetreffen in Wien (WFT);
hier: Gesamtentwurf der Neutralen und Nichtgebundenen (N+N) für ein Schlußdokument[4]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Die Vorlage eines Gesamtentwurfs für das Schlußdokument durch die N+N-Außenminister am 13.5.[5] ist ein wichtiger prozeduraler Zwischenschritt auf

31 Die Wahlen zum israelischen Parlament fanden am 1. November 1988 statt.
32 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 3./4. Juni in Ägypten, am 4. Juni in Jordanien, am 5. Juni in Israel und in Ägypten, am 6. Juni in Syrien und am 6./7. Juni 1988 erneut in Ägypten auf.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Haak konzipiert.
2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 17. Mai 1988 vorgelegen.
3 Hat Bundesminister Genscher laut handschriftlichem Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Elbe vom 25. Mai 1988 vorgelegen. Ferner verfügte Elbe den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 212.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 25. Mai 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Haak erneut vorgelegen.
4 Für den Entwurf der N+N-Staaten vom 13. Mai 1988 für ein Abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien (CSCE/WT.137) vgl. Referat 212, Bd. 158445.
5 Der Entwurf der N+N-Staaten wurde in der Plenarsitzung am 13. Mai 1988 durch die Außenminister Brunhart (Liechtenstein), Felber (Schweiz), Iacovou (Zypern), Lončar (Jugoslawien), Mock (Österreich), Sorsa (Finnland) und Tabone (Malta) eingeführt. Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation),

dem Wege zum Abschluß des Treffens. Zusammen mit anderen Faktoren (Interesse der SU an baldigem Abschluß, intensiver Dialog USA–SU) verbessert er die Chancen für einen Abschluß im Sommer – ohne daß wir dies aus taktischen Gründen zur Zeit laut sagen dürfen. Viel geduldige Verhandlungsarbeit ist noch zu leisten:

– gegenüber dem Osten, der den baldigen Abschluß des WFT möglichst preiswert haben möchte, aber noch zugeben kann,
– gegenüber denjenigen westlichen Partnern, die mehr wollen und Zeit haben (insbesondere CDN, B, NL, aber auch z. B. CH).

1) Der N+N-Entwurf als neue Verhandlungsgrundlage

Das Papier ist als nützliche Grundlage für die weiteren Verhandlungen zu bewerten und wird aller Voraussicht nach de facto so behandelt werden – auch wenn dies aus taktischen und auch prinzipiellen Gründen (Maximalpositionen) noch von keiner Seite offen zugegeben wird.

Allerdings: Der Anteil bereits konsentierter Texte ist gering. Aber abgesehen von diesem Handicap aus dem unbefriedigenden Verhandlungsstand ist die Grundanlage des Papiers durchaus richtig:

– ehrgeizig genug, um auch bei östlichen Abstrichen noch die Perspektive eines Ergebnisses „Madrid Plus“[6] und „Bern Plus“[7] zu eröffnen,
– andererseits auch hinreichend realistisch, um durch gewisses Zurückbleiben hinter dem Standard der Koordinatorenpapiere östliche Verhandlungsbereitschaft zu ermutigen.

2) Zum Inhalt

a) Militärische Aspekte der Sicherheit

Hier haben die N+N allerdings der Versuchung nicht widerstanden, ihr eigenes, besondere N+N-Interessen reflektierendes Non-paper[8] mit geringfügigen Abstrichen zum „Kompromißpapier“ zu machen.[9] Problematisch für den Westen sind

Fortsetzung Fußnote von Seite 835

berichtete am selben Tag: „AM Mock bezeichnete N+N-Entwurf als gemeinsamen Vorschlag, der alle wesentlichen Elemente in ausgewogener und kompromißhafter Weise enthalte, so daß er den gegenwärtigen Verhandlungsstand widerspiegele. Es sei auch ein N+N-interner Kompromiß, der sich nahtlos in die traditionelle Rolle der N+N im KSZE-Prozeß einfüge. Gegenwärtiger Stand der Ost-West-Beziehung unterscheide sich von der bloßen Spannungsabnahme – Détente – während der Konferenzen von Belgrad und Madrid. Für WFT sei charakterisierend Entstehung des Begriffes der menschlichen Dimension und Vorschlag eines dynamischen Mechanismus zur gemeinsamen Überprüfung der Einhaltung der Verpflichtungen in diesem Bereich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 723; Referat 212, Bd. 153444.

6 Vgl. dazu das Abschließende Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983; EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554. Vgl. dazu auch AAPD 1983, II, Dok. 223.

7 In Bern fand vom 15. April bis 26. Mai 1986 das KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 77 und Dok. 156.

8 Für das von Finnland, Malta, Österreich, San Marino, Schweden und der Schweiz am 24. März 1988 vorgelegte Non-paper über die militärischen Aspekte der Sicherheit vgl. Referat 212, Bd. 153437.

9 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), bewertete am 13. Mai 1988 den Abschnitt „Confidence- and Security-Building Measures and Certain Aspects of Security and Disarmament in Europe“ des Entwurfs der N+N-Staaten vom selben Tag für ein Abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien. Dieser entspreche „mit Ausnahme von (vier) geringfügigen Änderungen/Auslassungen dem N+N-Non-paper vom 24.3.1988. Positiv zu werten ist die grundsätzliche Übernahme des westlichen Strukturkonzepts. Doch enthält der vorgelegte Text nach wie vor Probleme in Substanz und Details. Es wird nunmehr darauf ankommen, die westl[ichen] Gravamina zu erläutern und deutlich zu machen, wo – je nach Priorität – für den Westen Veränderungen sinnvoll, notwendig bzw. Conditio sine qua non sind.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 727; Referat 212, Bd. 153444.

die Formulierungen zum „link“ der KRK-Verhandlungen mit den 35.[10] Sie schränken die im Prinzip akzeptierte Autonomie zu stark ein. Ob der von der Schweiz vorgeschlagene Konsultationsanspruch jedes Teilnehmerstaates an die 23 aufrechterhalten wird, ist noch offen, da der entsprechende Annex nicht mitvorgelegt wurde.[11]

b) Menschliche Dimension

Der Standard des Papiers ist gerade auch angesichts der Beteiligung von JUG bemerkenswert (wir hatten auf Bitten des österreichischen Koordinators in Belgrad diskret demarchiert).

aa) Substanz

Die Formulierungen zu Religionsfreiheit, Minderheiten, Freizügigkeit, Rolle der NGOs („Helsinki-Monitors“) enthalten, wenn auch in schwächerer Form als im Koordinatorenpapier, wichtige und substantielle, zum Teil in der KSZE neue Verpflichtungen.

Der Korb III gewidmete Abschnitt enthält alle wesentlichen westlichen, darunter auch unsere deutschlandspezifischen Belange.[12]

bb) Überprüfungsmechanismus und Konferenz (Westliches „Flaggschiff“ WT.19[13])

Das N+N-Papier übernimmt im wesentlichen den Text des Koordinators[14], der seinerseits bereits Abstriche am westlichen „Flaggschiff“ vorgenommen hatte.

10 Im Dokument „Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und gewisse Aspekte der Sicherheit und Abrüstung in Europa“ des Entwurfs der N+N-Staaten für ein Abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien (CSCE/WT.137) vom 13. Mai 1988 hieß es: „Die Teilnehmerstaaten sind übereingekommen, daß KSZE-Treffen mit dem Ziel stattfinden werden, Ansichten und Informationen über den Verlauf der Verhandlungen über … in Europa auszutauschen. Diese Treffen werden mindestens zweimal während jeder Sitzungsperiode der Verhandlungen über … in Europa abgehalten. Die Bestimmungen betreffend die praktischen Modalitäten dieser Treffen sind in Anhang … zu diesem Dokument enthalten. Bei diesen Treffen werden so umfassende und substantielle Informationen über Entwicklungen, Fortschritt und Ergebnisse in Verhandlungen über … in Europa gegeben, daß jedem Teilnehmerstaat die Bewertung des Verlaufs dieser Verhandlungen möglich ist. Die Teilnehmer an jenen Verhandlungen werden die auf diesen Treffen geäußerten Ansichten im Verlauf ihrer Verhandlungen berücksichtigen. Informationen werden auch auf bilateraler Grundlage gegeben werden. Das nächste Folgetreffen der Teilnehmerstaaten der KSZE, das ab … in … stattfindet, wird das Funktionieren dieser Vorkehrungen bewerten.“ Vgl. Referat 212, Bd. 158445.

11 Die Wörter „Annex nicht mitvorgelegt wurde“ wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ich hatte hierzu in der vergangenen Woche ein langes Gespräch mit StS Brunner, Bern. Er sagte zu, unsere Vorstellungen seiner Delegation ‚zur Beachtung‘ zu übermitteln. Es wird sich zeigen, was daraus wird.“

12 Am 14. Mai 1988 nahm Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), zu dem Korb III gewidmeten Teil des Entwurfs der N+N-Staaten vom Vortag für ein Abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien Stellung. Dieser stelle „eine gute Grundlage für das Wiener ‚Endspiel‘ in diesem Bereich dar. Alle wesentlichen Anliegen, darunter auch unsere deutschlandspezifischen Belange, sind im N+N-Entwurf berücksichtigt. Dies gilt vor allem für den zentralen Abschnitt menschliche Kontakte; doch auch in den Abschnitten Information, Kultur und Bildung sind westliche Vorschläge umfassend aufgenommen worden.“ Problematisch seien hingegen „der Präambeltext, genauer Prüfung bedürfen u. a. die Texte zu den Wanderarbeitern (dies war der Preis, den N+N an JUG zu zahlen hatten), aber auch op[erativer] Para[graph] 20 menschliche Kontakte (östliche Hauptforderung zur Einreiseerleichterung). Experten der Zwölf und Sechzehn werden kommende Woche N+N-Text bewerten und notwendige Änderungen zu identifizieren versuchen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 728; Referat 212, Bd. 153444.

13 Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 4. Februar 1987 für eine Konferenz über die „menschliche Dimension“ der KSZE-Schlußakte (CSCE/WT.19) vgl. Dok. 53, Anm. 33.

14 Zum Non-paper des Koordinators für Korb III, Eliasson, vom 22. März 1988 vgl. Dok. 113, Anm. 5.

Zur Frage, ob wir hier noch Verbesserungen erreichen können, wird es vermutlich noch lebhafte westliche Diskussionen geben.

c) Korb II

Die Texte zu Korb II sind weitgehend am Ziel der Konsensfindung orientiert und bleiben hinter manchen Wünschen des Westens, stärker noch hinter östlichen Zielsetzungen, zurück. Nachbesserungen in der einen oder anderen Richtung dürften nur in ausbalancierter Weise möglich sein.

Wie zu erwarten, zeigt die Behandlung des Umweltschutzes gegenüber Madrid nach Länge und Substanz die größten Fortschritte. Während unseren Anliegen weitgehend entsprochen wird, dürfte Zustimmung einigen EG-Staaten Probleme bereiten.

An Folgeveranstaltungen werden eine West-Ost-Wirtschaftskonferenz (ohne Ortsbenennung, also offen ob Bonn oder Aufteilung zwischen Bonn und Prag), ein Wissenschafts- und ein Umweltforum vorgesehen.

Auf unsere Interventionen bei CH und anderen N+N-Ländern dürfte es zurückgehen, daß auf Vorlage von Mandaten für Folgeveranstaltungen in Form von Annexen überhaupt verzichtet wurde. Dadurch konnte eine angesichts der zurückhaltenden US-Haltung sich abzeichnende negative Weichenstellung zu Lasten der West-Ost-Wirtschaftskonferenz verhindert werden.

3) Zum weiteren Verfahren

a) Die 12 und die 16 werden am 16. und 18.5. in Wien eine gemeinsame Position ausarbeiten.[15] Im übrigen werden wir die KSZE-AG am 25./26. Mai[16] und das PK am 30./31. Mai[17] zur weiteren Abstimmung nutzen. Wir sollten auch in allen

15 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), bemerkte am 20. Mai 1988 zur Abstimmung der am KSZE-Prozeß teilnehmenden EG- bzw. NATO-Mitgliedstaaten, der Schwerpunkt habe auf der „Erarbeitung gemeinsamer Bewertungsgrundlagen für den N+N-Gesamtentwurf (der implizit als Verhandlungsgrundlage akzeptiert wurde) und von Änderungsvorschlägen für die bevorstehenden Verhandlungen" gelegen: „Die Arbeiten zur Bewertung konnten sowohl unter [den] Zwölf wie unter Sechzehn überall abgeschlossen werden. Über Verfahrensweise bei Änderungsvorschlägen (nur ganz wenige aktive ‚amendments', Vorbereitung mehrerer reaktiver Vorschläge zum Abfangen bzw. Ausgleichen erwarteter östl[icher] Vorschläge) konnte Einigung erzielt werden. Eine Sonderstellung nimmt der Bereich der milit[ärischen] Sicherheit ein, da das Bündnis, vor allem wegen US-Weisungslage, noch nicht für alle Fragen gemeinsame Positionen erzielt hat. Erarbeitung der westl[ichen] Änderungsvorschläge wurde so weit vorangetrieben, daß Verhandlungen in der nächsten Woche aufgenommen werden können." Vgl. den Drahtbericht Nr. 780; Referat 212, Bd. 158455.

16 Thema der Sitzung der Arbeitsgruppe „KSZE" der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Brüssel war ein Bericht an das Politische Komitee über den Entwurf der N+N-Staaten vom 13. Mai 1988 für ein abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien. Vortragender Legationsrat Beuth teilte der Botschaft in Wien am 30. Mai 1988 mit, daß der Bericht zum Anlaß genommen werden sollte, „um eine allgemein politische Debatte zu eröffnen, den Stand des Wiener Treffens im gesamten Ost-West-Zusammenhang zu bewerten und damit auf einen Beschluß des PK hin[zu]steuern, daß die EPZ-AM am 13./14.6.88 eine entsprechende Erklärung abgeben". Vgl. den Drahterlaß Nr. 164; Referat 212, Bd. 158432.

17 Über die Sitzung des Politischen Komitees am 30./31. Mai 1988 in Brüssel informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling am 1. Juni 1988, daß Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen die Notwendigkeit herausgestellt habe, den Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Wien im „Zusammenhang mit positiven Entwicklungen im West-Ost-Verhältnis (bilaterales Großmächteverhältnis, Rüstungskontrolle, Afghanistan und andere Regionalkonflikte, EG–RGW, interne Entwicklungen im WP)" zu sehen. Die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ sollten deshalb auf ihrer Tagung am 13./14. Juni 1988 in Luxemburg eine „Erklärung West-Ost-Entwicklung einschließlich KSZE" abgeben. Belgien habe die Bundesregierung als EG-Ratspräsidentschaft gebeten, ein Diskussionspapier als Grundlage der Ministerdiskussion vorzulegen „mit dem Ziel, Orientierungen für Delegationen in Wien zu geben". Vgl. den Runderlaß Nr. 19; Referat 200, Bd. 134832.

politischen Gesprächskontakten die Verhandlungslage in Wien ansprechen und dabei je nach Stand der Abstimmung im Westen auch konkrete Punkte zur Sprache bringen, um das Momentum aufrechtzuerhalten und alles zu tun, um jetzt bald in das „Endspiel" einzutreten.[18]

Wir können den Text als Verhandlungsgrundlage akzeptieren, werden diese Frage aber mit Rücksicht auf andere Partner pragmatisch behandeln und im Prinzip offenhalten müssen.

Wir brauchen – vorbehaltlich der Prüfung durch die Ressorts – keine umfangreichen Änderungen in der Substanz. Allerdings:

– Es mag sein, daß wir aus taktischen Gründen dort, wo wir eine Reduzierung des Papiers nicht hinnehmen wollen, vorhalten müssen.
– Einige Partner, insbesondere CDN, B und NL, werden bei den Menschenrechten wie auch beim Implementierungs- und Follow-up-Mechanismus in der Menschlichen Dimension (WT.19) vermutlich über das N+N-Papier hinausgehende Forderungen erheben.
– Ein Thema der Abstimmung im westlichen Kreise wird die Identifizierung der Punkte der N+N und der von ihnen übernommenen WP-Punkte sein, die wir nicht akzeptieren können, u. a.:
  – Abschaffung der Sichtvermerke (Osten),
  – Wanderarbeiter (eine Konzession der N+N an JUG),
  – der auf Polen zurückgehende, aber auch von unseren westlichen Partner teilweise befürwortete Passus zur KSZE-Harmonisierung der nationalen Gesetzgebungen.

b) Der Osten scheint informellen Äußerungen zufolge zwei bis drei Wochen zu brauchen, um Weisungen zu dem N+N-Papier auszuarbeiten. Gewisse Aufschlüsse können wir von der Rede erwarten, die DDR-AM Fischer am 20.5.[19] vor dem Plenum des WFT zu halten beabsichtigt.[20]

4) Zur Sprachregelung

Es kommt darauf an, westliche Maximalpositionen nicht zu provozieren und östlichen Realismus nicht zu kompromittieren. Wir sollten uns deshalb nur reaktiv und auf vorsichtiger Linie[21] äußern, wie dies bereits Bo Eickhoff für die Zwölf in der Plenarsitzung am 13.5. getan hat[22]: Dank an die N+N, Zusage genauer

18 Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Ich bitte um frühzeitige Vorlage, wenn wir BM persönlich einschalten müssen."

19 Korrigiert aus: „20.6."

20 Am 20. Mai 1988 berichtete Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation): „Nachdem DDR-Außenminister Fischer in den Vortagen bereits erkennen ließ, daß der Kompromißvorschlag, den die N+N-Staaten am vergangen Freitag (13.5.1988) vorgelegt hatten, einen guten Abschluß der Konferenz erwarten lasse, enthielt seine heutige Intervention im Plenum keinen darüber hinausgehenden Erkenntniswert. In seiner vorsichtigen, sehr allgemein gehaltenen Intervention betonte er das besondere Interesse der DDR an Aspekten der militärischen Sicherheit, während er die Materie der anderen Körbe lediglich streifte und wertende Äußerungen zum N+N-Entwurf vermied." Vgl. den Drahtbericht Nr. 774; Referat 212, Bd. 153444.

21 Die Wörter „nur reaktiv" und „auf vorsichtiger Linie" wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

22 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), informierte am 13. Mai 1988 über seine Ausführungen in der Plenarsitzung der KSZE-Folgekonferenz in Wien am selben Tag: „In meiner (unter den Zwölf abgestimmten) Erklärung würdigte ich die konstruktiven Beiträge, die seitens der N+N für den KSZE-

Prüfung, aber keine Aussagen zum Wert als Verhandlungsgrundlage und zu den weiteren Perspektiven (Eintritt ins Endspiel).[23]

Ref. 221 und 421 haben mitgezeichnet.

Richthofen

Referat 212, Bd. 158445

154

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger

012-312.74 VS-NfD **16. Mai 1988**
Fernschreiben Nr. 52 Ortex

Zu der CW-Resolution 612 vom 9.5.1988[1]

1) Auf Initiative der Bundesrepublik Deutschland hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 9. Mai einstimmig die Entschließung 612 angenommen.[2] Sie verurteilt den Einsatz chemischer Waffen im Konflikt zwischen Iran und Irak[3] und ruft alle Staaten auf, den Export von chemischen Produkten an die

Fortsetzung Fußnote von Seite 839
Prozeß insgesamt geleistet wurden. Ich sagte für die Zwölf unverzügliche und gründliche Prüfung des N+N-Entwurfs zu, damit hieraus bestmöglicher Nutzen zur Erreichung eines ausgeglichenen und gehaltvollen Schlußdokuments gezogen werden könne." Vgl. den Drahtbericht Nr. 723; Referat 212, Bd. 153444.

23 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), resümierte am 20. Mai 1988: „Der vor einer Woche von den N+N-AM eingebrachte Gesamtentwurf für ein Wiener Abschließendes Dokument ist in jeder praktischen Hinsicht von allen Beteiligten als Grundlage der gegenwärtigen Konferenzarbeit akzeptiert worden und hat damit seine erste Bewährungsprobe bestanden. […] Die Delegationen der beiden Großmächte drängten – nach dem Treffen ihrer Außenminister in Genf und im Vorfeld des Moskauer Gipfels – ihre jeweiligen Verbündeten zur Eile und versuchten – allerdings sehr aufmerksam beobachtet –, in bilateralen Gesprächen Struktur und Inhalt der Verhandlungen vorzuklären. Durch informelle Abstimmung sind der Lage angepaßte Arbeitsmethoden (u. a. Einrichtung kleiner ‚Task Forces') vereinbart worden bei Prinzipien, in Korb II und in Korb III zu menschlichen Kontakten und Information, um ab nächster Woche erste Verhandlungsschritte zu unternehmen. Es zeichnet sich ab, daß das Arbeitsprogramm (grid) erneut um weitere sechs Wochen, d. h. zunächst bis zum 8. Juli 1988, verlängert werden wird." Vgl. den Drahtbericht Nr. 780; Referat 212, Bd. 158455.

1 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 612 des VN-Sicherheitsrats vom 9. Mai 1988 vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1988, S. 10.

2 Am 9. Mai 1988 teilte Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), mit: „Res. 612 ist ein Erfolg für den Sicherheitsrat. Der SR hat geschlossen gehandelt, was der Resolution zusätzliches Gewicht gibt. Er hat zudem gezeigt, daß er – unbeschadet der politischen Nähe seiner Mitglieder zu der einen oder anderen Konfliktpartei – zu neutralem, objektivem und entschlossenem Handeln fähig ist, wenn die Sache es erfordert. Der Sicherheitsrat ist damit gleichsam über seinen Schatten gesprungen und über den bequemeren Weg von Erklärungen hinausgegangen – dies, obwohl das ‚Resolutionsmonument' 598 dies sicherlich erschwert hatte." Die Resolution sei aber auch für die Bundesrepublik ein sehr beachtlicher Erfolg, „den noch vor einer Woche die wenigsten hier in New York für möglich gehalten hätten. Wir haben gezeigt, daß wir im Sicherheitsrat auch gegen anfängliche erhebliche Widerstände in einem VN-politisch sehr sensitiven Bereich etwas erreichen können." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1038; Referat 311, Bd. 154132.

3 Zum Einsatz von Chemiewaffen durch den Irak vgl. Dok. 99.

kriegführenden Staaten, die zur Herstellung von chemischen Waffen dienen, unter strikte Kontrolle zu stellen.

Zum ersten Mal hat der Sicherheitsrat in der Form einer Entschließung mit präventiver Zielrichtung auf den seit 1984 von den Vereinten Nationen festgestellten Einsatz von chemischen Waffen reagiert. Zugleich hat er in klarer und grundsätzlicher Weise zu den unmenschlichen Mitteln, die im irakisch-iranischen Konflikt wiederholt Anwendung fanden, Stellung bezogen. Der Sicherheitsrat hat sich damit erstmals auch zur Art und Weise, wie ein Konflikt geführt wird, geäußert. Dies ist im Vergleich zur bisherigen Praxis des SR eine neue Entwicklung.

Die deutsche Initiative richtet sich allein gegen den Einsatz von chemischen Waffen und nicht gegen eine oder beide Konfliktparteien. Sie knüpft an den Bericht des VN-Generalsekretärs vom 25. April 1988 zur jüngsten Anwendung chemischer Waffen im Konflikt an.[4] Ebensowenig wie dieser nimmt sie eine Schuldzuweisung vor. Entscheidend war für unsere Initiative vielmehr die Absicht, mit allem gebotenen Nachdruck der drohenden Proliferation des Einsatzes chemischer Waffen vorzubeugen. Die Staatengemeinschaft wird dazu aufgerufen, effektive Maßnahmen gegen die besorgniserregende Aushöhlung des seit 1925 bestehenden Verbotes des Einsatzes von chemischen Waffen[5] zu unternehmen. Es darf nicht dahin kommen, daß die Welt sich mit der Anwendung dieser furchtbaren und inhumanen Waffen abfindet oder sich gar allmählich daran gewöhnt.

2) Die schließlich einstimmig erfolgte Annahme der Entschließung verrät nichts über die erheblichen Schwierigkeiten, die damit verbunden waren. Seitdem von 1984 an insgesamt viermal in Berichten des VN-GS der Einsatz von chemischen Waffen im Konflikt Irak/Iran festgestellt worden war[6], hatten westliche nichtständige SR-Mitglieder wiederholt den Versuch unternommen, eine Entschließung des SR herbeizuführen. Mehr als politisch weit weniger gewichtige Erklärungen war jedoch wegen der Kräftekonstellation im SR, die von den Interessen der ständigen Mitglieder im Konflikt zwischen Irak und Iran bestimmt wurden, nicht zu erreichen.

Auch wir haben uns bis zuletzt mit beträchtlichem Widerstand eines Teils der ständigen Mitglieder und einiger Ungebundener gegen eine Entschließung auseinandersetzen müssen. Die Motive dafür waren vielfältiger Natur. Die Scheu vor einer Aktion, die als indirekte Stellungnahme gegen die Interessen einer Konfliktpartei mißverstanden werden konnte, spielte dabei ebenso eine Rolle wie die Befürchtung, daß durch Befassung mit einem Einzelaspekt des Krieges

4 Für den Bericht des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar „Report of the Mission Dispatched by the Secretary-General to investigate Allegations of the Use of Chemical Weapons in the Conflict Between the Islamic Republic of Iran and Iraq“ vom 25. April 1988 (S/19823) vgl. http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/19823&referer=http://www.un.org/en/documents/index.html&Lang=E.

5 Für den Wortlaut des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 173–177.

6 Im Auftrag des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar hielten sich vom 13. bis 19. März 1984, vom 1. bis 5. April 1985, vom 26. Februar bis 3. März 1986 und vom 22. April bis 3. Mai 1987 Experten im Irak und Iran auf, um die Frage des Einsatzes chemischer Waffen im irakisch-iranischen Krieg zu untersuchen. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1984, S. 232, YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1985, S. 247 f., YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1986, S. 233, und YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1987, S. 232 f.

die Implementierung der Res. 598[7] und damit eine umfassende Lösung des Konfliktes Irak/Iran erschwert werden könnte. Ein anderes Bedenken richtete sich gegen den Präzedenzfall, daß der SR erstmals zur Art und Weise einer Kriegsführung Stellung nahm.

3) Wir haben schließlich alle SR-Mitglieder davon überzeugen können, daß diese Bedenken wenig stichhaltig waren und der zunehmende Einsatz von chemischen Waffen ein den Rahmen des irakisch-iranischen Krieges weit übersteigendes ernstes Problem darstellt, das eine angemessene und wirkungsvolle Aktion des SR erfordert. Wir haben dafür einen optimalen Zeitpunkt (Bericht des VN-GS, Gesamtlage im Konflikt) gefunden.

Daß wir die erste deutsche Initiative im SR so erfolgreich abschließen konnten, verdanken wir der Unterstützung insbesondere Italiens und Japans, die beide die Entschließung miteinbrachten, und der weniger deutlichen, aber wirkungsvollen Mithilfe der USA und der SU.[8]

Intern ist unser Erfolg auf das enge Zusammenwirken von VN-Vertretung, unseren Botschaften in den SR-Mitgliedsländern und der Zentrale zurückzuführen. Das Auswärtige Amt dankt allen Beteiligten.

4) Die Entschließung 612 hebt auf Prävention ab. Falls es in Zukunft erforderlich werden sollte, muß das in ihr enthaltene Potential für weitere Aktionen des SR genutzt werden. Die Bundesregierung hofft, daß von dieser Entschließung des Sicherheitsrates auch ein Anstoß für die in Genf geführten Verhandlungen über ein weltweites Verbot der Herstellung von chemischen Waffen[9] ausgeht. Der Bundesminister hat sich in diesem Sinne unmittelbar nach Verabschiedung der Entschließung an alle SR-Mitglieder gewandt, die größtenteils der Genfer Abrüstungskonferenz angehören.[10]

7 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 1, Anm. 33.

8 Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), berichtete am 9. Mai 1988, daß der „erstmals vollkommen neutrale CW-Bericht des VN-GS“ die Chance für die Initiative der Bundesrepublik eröffnet habe, so daß das Argument der Parteilichkeit entfallen sei: „Ausschlaggebend war aber letztlich neben unserer richtigen ‚Strategie‘ […] und der Unterstützung, die wir vor allem von I, aber auch von der sowjetischen und chinesischen Mission von Anfang an erhielten, die gute Vorbereitung unserer Initiative in Bonn und die Unterstützung unserer Botschaften. Die umgehende Demarche von Dg 23 noch am 29.4. in Washington hatte die USA zur Unterstützung unserer Idee geführt. Die BM-Telegramme unmittelbar vor den vorentscheidenden SR-Plenarkonsultationen am 6.5. […] hatten den französischen Widerstand schließlich überwunden, den algerischen SR-Präs[identen] zur strikten Neutralität und GB zu einer nachdrücklicheren Unterstützung veranlaßt, als von diesen ursprünglich beabsichtigt. Im übrigen hatten die wiederholten Demarchen unserer Botschaften in den Hauptstädten der SR-Mitglieder die Tendenz zu einer SR-Res. entscheidend verstärkt und gegenläufige Strömungen abgeschwächt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1038; Referat 311, Bd. 154132.

9 Zu den Genfer Verhandlungen über ein Verbot von Chemiewaffen vgl. Dok. 114, Anm. 22.

10 Ministerialdirigent Bazing übermittelte am 10. Mai 1988 den Botschaften in den Mitgliedstaaten des VN-Sicherheitsrats den Text von Schreiben des Bundesministers Genscher an die jeweiligen Außenminister, in denen dieser für die Unterstützung dankte und erneut die Absicht der Bundesrepublik darlegte, „mit allem gebotenen Nachdruck der drohenden Proliferation des Einsatzes chemischer Waffen vorzubeugen. […] Die Bundesregierung hofft, daß von der Entschließung 612 auch ein Anstoß für die in Genf geführten Verhandlungen über ein weltweites Verbot der Herstellung von chemischen Waffen ausgeht. Denn nur mit der weltweiten Durchsetzung eines umfassenden und verifizierbaren Chemiewaffenverbots kann diese Waffenkategorie verläßlich und auf Dauer aus den Arsenalen getilgt werden. Ich appelliere an die Teilnehmerstaaten der Abrüstungskonferenz, alles zu tun, um diese Verhandlungen möglichst bald zum Erfolg zu führen.“ Vgl. den Runderlaß; Referat 222, Bd. 162052.

Der Text der Resolution lautet:

„The Security Council,

– having considered the report of 25 April 1988 (S/19823) of the mission dispatched by the Secretary-General to investigate allegations of the use of chemical weapons in the conflict between the Islamic Republic of Iran and Iraq,

– dismayed by the mission's conclusions that chemical weapons continue to be used in the conflict and that their use has been on an even more intensive scale than before,

1) affirms the urgent necessity of strict observance of the protocol for the prohibition of the use in war of asphyxiating, poisonous or other gases, and of bacteriological methods of warfare, signed at Geneva on 17 June 1925;

2) condemns vigorously the continued use of chemical weapons in the conflict between Iran and Iraq contrary to the obligations under the Geneva protocol;

3) expects both sides to refrain from the future use of chemical weapons in accordance with their obligations under the Geneva protocol;

4) calls upon all states to continue to apply or to establish strict control of the export to the parties to the conflict of chemical products serving for the production of chemical weapons;

5) decides to remain seized with the matter and expresses its determination to review the implementation of this resolution."

Pleuger[11]

Referat 012, Bd. 134239

155

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Carlsson

17. Mai 1988[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem schwedischen Ministerpräsidenten Ingvar Carlsson am 17. Mai 1988 in Bonn[2]

Teilnehmer auf schwedischer Seite: MP Carlsson, Botschafter Eckerberg (als Note-taker), Dolmetscherin;

auf deutscher Seite: Der Herr Bundeskanzler, MDg Dr. Hartmann (als Notetaker).

11 Paraphe.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 17. Mai 1988 gefertigt und von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 24. Mai 1988 an Bundesminister Genscher „zu Ihrer persönlichen Unterrichtung" übermittelt.
Hat Genscher am 28. Mai 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nach Schweden mitgeben." Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178924.

2 Ministerpräsident Carlsson hielt sich am 16./17. Mai 1988 in der Bundesrepublik auf.

Der *Bundeskanzler* heißt MP Carlsson herzlich willkommen.

MP *Carlsson* dankt für die Einladung nach Bonn. Er erinnert an den Besuch des Bundeskanzlers in Stockholm[3], der sehr erfolgreich verlaufen und ein Beweis dafür sei, wie gut die deutsch-schwedischen Beziehungen seien.

Zur Zeit führe er eine Reise durch Europa durch. Er habe in Spanien begonnen[4], sei gestern in Brüssel mit MP Martens und Kommissionspräsident Delors zusammengetroffen und werde morgen eine Begegnung mit PM Thatcher in London haben.

Im Mittelpunkt seiner Gespräche stehe die Frage der Beziehungen Schwedens zu Europa. Hintergrund sei die immer rascher voranschreitende Entwicklung in Richtung auf den Binnenmarkt. Schweden wolle von dieser Entwicklung nicht ausgeschlossen bleiben, denn es fühle sich kulturell Europa zugehörig und sei wirtschaftlich stark auf die EG ausgerichtet. Die schwedische Industrie sei hochentwickelt und in wichtigen Bereichen auf dem Weltmarkt präsent.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, dies gelte auch für die BR Deutschland.

Botschafter *Eckerberg* ergänzt, in der Bundesrepublik Deutschland seien 700 schwedische Unternehmen tätig.

MP *Carlsson* fährt fort, Schweden verfüge über ein beachtliches Forschungspotential; es gebe rund 10% seines BSP für Forschung aus. Andererseits verfolge Schweden eine Neutralitätspolitik, was einige Leute dazu verleite, seinem Land Egoismus vorzuwerfen. Schweden seinerseits glaube, daß es in der Nachkriegszeit einen erheblichen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in Nordeuropa geleistet habe. Sicherheitsmäßig trage Schweden Verantwortung für eine lange Küste. Die schwedische Neutralitätspolitik sei Teil des europäischen Gleichgewichts.

Schweden strebe eine so intensive Zusammenarbeit wie möglich mit der Europäischen Gemeinschaft an. Im Hinblick auf die schwedische Bündnisfreiheit müßten hiervon allerdings Verteidigungs- und Außenpolitik ausgeschlossen bleiben.

Die EFTA-Staaten stünden theoretisch vor zwei Alternativen: Entweder sie bemühten sich um die Mitgliedschaft in der EG, ohne die vollen Verpflichtungen zu übernehmen, oder eine neue Kluft zwischen EG und EFTA tue sich nach 1992 auf. Beides könne nicht gutgehen. Schweden hoffe auf einen dritten Weg, der sowohl realistisch als auch pragmatisch sein sollte. Über diesen dritten Weg wolle er mit den anderen europäischen Ländern sprechen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, zunächst wolle er festhalten, daß die bilateralen Beziehungen zwischen Schweden und der BR Deutschland exzellent seien. Dies sei eine wichtige Errungenschaft, die man auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen dieses Jahrhunderts sehen müsse.

Für die deutsche Politik sei das Wichtigste, die anderen zu respektieren. Dies sei auch das Schlüsselwort mit Blick auf die schwedische Haltung gegenüber der EG. Er respektiere diese Haltung und sei bereit, die schwedischen Bemühungen im Rahmen des Möglichen zu unterstützen.

3 Bundeskanzler Kohl hielt sich am 4. September 1986 in Schweden auf. Für das Gespräch mit Ministerpräsident Carlsson vgl. AAPD 1986, II, Dok. 231.

4 Ministerpräsident Carlsson führte im Anschluß an eine Sitzung der Sozialistischen Internationale am 16. Mai 1988 ein Gespräch mit Ministerpräsident González in Madrid. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 481 des Botschafters Brunner, Madrid, vom selben Tag; Referat 205, Bd. 160046.

Er habe immer die Auffassung vertreten, daß man EG-Europa nicht mit Europa gleichsetzen dürfe. Hierauf habe er kürzlich noch in einem Gespräch mit der EGK in Brüssel hingewiesen.[5] Natürlich sei die EG ein wichtiger Teil Europas, aber es gebe auch eine Reihe Länder in Europa, die aus bestimmten Gründen sich der EG nicht anschließen könnten. Dies gelte nicht zuletzt auch für die Länder Osteuropas.

In der Tat dürfe man auf dem Weg, den die EG jetzt eingeschlagen habe, keine neuen Zäune errichten, sondern müsse immer daran denken, daß alte Nachbarn und Freunde wie Schweden zu Europa gehörten. Im übrigen sei er auch der Auffassung, daß die EG nicht südlastig werden dürfe, sondern daß man hier eine Balance brauche.

MP Carlsson könne davon ausgehen, daß Schweden auf uns als gute Freunde zählen könne. Er wolle noch einmal wiederholen, daß wir die schwedische Haltung respektierten und bereit seien, Schweden bei möglichen Gesprächen mit der EG zu helfen.

Er stimme auch MP Carlsson ausdrücklich darin zu, daß ein starkes Schweden für die Sicherheit und Stabilität in Europa von großem Nutzen sei.

Der Bundeskanzler weist sodann darauf hin, daß die Bundeswehr in Europa die Hauptlast der konventionellen Verteidigung im Bündnis trägt. Angesichts des nach wie vor bestehenden erheblichen konventionellen Übergewichts des Warschauer Paktes sei es wichtig, daß niemand in Euphorie verfalle und so tue, als ob der Friede ausgebrochen sei. Er sei andererseits davon überzeugt, daß wir in Europa in der friedlichsten Region der Welt lebten, aber man dürfe keinen Augenblick vergessen, daß nur wenige Stunden von Bonn entfernt die 1. sowjetische Panzerdivision stehe. Die europäischen Völker müßten wissen, daß Freiheit nicht zum Nulltarif zu haben sei.

Der Bundeskanzler fährt fort, er habe auch deswegen großes Verständnis für die Position des schwedischen Ministerpräsidenten, weil sie für die fernere Zukunft nichts verschütte. Niemand wisse heute, wohin die EG sich entwickele. Die Römischen Verträge hielten ausdrücklich die politische Integration als Ziel fest.[6] Nach 1992 werde sich daher die Frage stellen, wie es weiter gehe mit der politischen Integration.

Er finde es sehr klug, wie MP Carlsson jetzt seine Position beschreibe, nämlich daß er offen sei, vor allem auch im wirtschaftlichen Bereich. Die anderen Fragen solle man der Zukunft überlassen. Er empfehle in diesem Punkt Gelassenheit.

MP *Carlsson* dankt dem Bundeskanzler für seine Ausführungen, die für ihn sehr wichtig seien. Es bedeute für ihn sehr viel, daß der Bundeskanzler die besondere Position, die Schweden nun einmal habe, unterstütze. Das werde vor allem dann wichtig werden, wenn Schweden in förmliche Verhandlungen mit der EG eintrete.

Er wolle den Bundeskanzler offen fragen, ob es möglich sei, bis 1992 – also in der Zeit, in der gleichzeitig die Arbeiten für den Binnenmarkt liefen – Mitglied in der Europäischen Gemeinschaft zu werden.

5 Vgl. dazu die gemeinsame Sitzung des Kabinetts und der EG-Kommission am 10. Mai 1988 in Brüssel; Dok. 145.

6 In der Präambel EWG-Vertrags vom 25. März 1957 bekundeten die Vertragsparteien ihren „festen Willen, die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker zu schaffen“. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 770.

Der *Bundeskanzler* erwidert, er wolle hierauf ganz offen antworten. Zunächst glaube er, daß ein solcher Antrag arbeitsmäßige Schwierigkeiten aufwerfen werde. Das eigentliche Problem stelle aber weder Schweden noch die Schweiz oder Österreich dar, sondern die Türkei, deren Beitrittsantrag vorliege.[7]

Der Bundeskanzler führt im einzelnen aus, welche Probleme sich für die BR Deutschland aus dem seinerzeitigen Anwerben türkischer Arbeitskräfte ergeben haben, und schließt mit der Feststellung, er habe persönlich kein Problem mit einem schwedischen Antrag an die Europäische Gemeinschaft – wenn man einmal von den damit verbundenen arbeitsmäßigen Schwierigkeiten absehe –, im Gegenteil, ihm wäre es am liebsten, wenn auch Nordeuropa ein Teil der Europäischen Gemeinschaft sei. Dies würde nicht zuletzt auch die Rolle Dänemarks in der EG erleichtern.

MP *Carlsson* erklärt, er sähe ein, daß es schwierig sei, während der laufenden Arbeiten über den Binnenmarkt einen solchen Antrag zu stellen. Er habe daher eine eher theoretische Frage gestellt.

Der *Bundeskanzler* wiederholt, seine Antwort sei klar: Er unterstütze die schwedische Haltung. Wenn Schweden jetzt erkläre, es wolle in die EG, dann werde er darauf eingehen.

MP *Carlsson* stellt die Frage, ob auch die Bundesrepublik Deutschland Probleme mit politisch radikalen Kurden habe.

Der *Bundeskanzler* bejaht dies. In der Tat hätten wir erhebliche Probleme gerade auch mit dieser Gruppe.[8] Er sei hier zu diskreter Zusammenarbeit bereit.

Die Gesamtproblematik stehe im Zusammenhang mit unserem sehr großzügigen und durch die Verfassung abgesicherten Asylrecht.[9] Leider habe man es hier mit einem großen Mißbrauch zu tun.

Der Bundeskanzler erinnert an die Einschleusung von Asylanten über Ost-Berlin, die man abgestellt habe.[10] Derzeit hätten wir es mit einem starken Zustrom von Polen zu tun.[11]

7 Die Türkei stellte am 14. April 1987 einen Antrag auf EG-Beitritt. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 93 und Dok. 136.
Zum Stand der Gespräche zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Türkei vgl. Dok. 74.

8 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kuhna notierte am 20. April 1988: „Parallel zu den bewaffneten Terroraktionen in der Türkei haben die in Westeuropa lebenden radikalen, meist türkischen Kurden den Auftrag, den bewaffneten Kampf politisch zu unterstützen und die öffentliche Meinung in Westeuropa für den ‚Befreiungskampf des kurdischen Volkes gegen die faschistische Türkei' zu mobilisieren." Dies gelte besonders für die Bundesrepublik, wo rund 400000 Türken kurdischer Abstammung lebten. Die Zahl kurdischer Aktivisten in der Bundesrepublik liege laut Verfassungsschutzbericht von 1986 bei rund 2700. Im Februar und März 1988 seien auf Weisung der Bundesanwaltschaft „insgesamt 14 Kurden wegen des Verdachts der Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung und weiterer Delikte (u. a. Mord, Freiheitsberaubung, Entführung)" verhaftet worden. Vgl. Referat 203, Bd. 151072.

9 Vgl. dazu Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949; BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 3.

10 Zur Einreise von Asylbewerbern über den Flughafen Berlin-Schönefeld nach Berlin (West) vgl. AAPD 1986, II, Dok. 210 und Dok. 228.

11 Vortragender Legationsrat Plischka stellte am 17. Mai 1988 zur Entwicklung der Asylbewerberzahlen fest: „1) Der Zustrom der Asylbewerber ist im ersten Quartal d. J. gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um knapp 60 % gestiegen. Hält dieser Trend an, ist damit zu rechnen, daß die Zahl der Asylbewerber 1988, die 1987 auf rund 57000 zurückging, wieder den sehr hohen Stand von 1986 (rund 100000) erreicht. […] Einen besonders starken Anstieg weisen die Asylbewerber aus Polen auf,

MP *Carlsson* schlägt sodann vor, kurz über die Entwicklung der West-Ost-Beziehungen zu sprechen. Er stellt die Frage, ob aus der Sicht des Bundeskanzlers von dem bevorstehenden Treffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow[12] weitere Fortschritte zu erwarten seien.

Der *Bundeskanzler* erwidert, insgesamt hätten wir es in den West-Ost-Beziehungen mit einer positiven Entwicklung zu tun. Er habe dies immer vorausgesehen, weil er auch den amerikanischen Präsidenten Reagan richtig eingeschätzt habe.

Er überschätze den INF-Vertrag nicht, aber die bloße Tatsache, daß man einen solchen Vertrag abgeschlossen habe, sei von großer politischer Bedeutung. Er sei im übrigen sicher, daß der amerikanische Senat den INF-Vertrag ratifizieren werde.[13]

Er glaube auch, daß es noch möglich sein werde, in der Ära Reagan bei dem START-Abkommen weitere Fortschritte zu machen, sei aber skeptisch, ob es noch zu einem Abschluß der Verhandlungen komme. Dies sei aber nicht entscheidend, sondern es genüge, den erreichten Verhandlungsstand[14] festzuschreiben. Auf dieser Grundlage könne dann die nächste Administration[15] weiterarbeiten.

Skeptischer sei er hinsichtlich der chemischen Waffen. Er selber sei auf diesem Gebiet ein Vorkämpfer, aber man müsse sehen, daß beispielsweise Frankreich und Großbritannien, aber auch die USA, sich in dieser Frage eine gewisse Zurückhaltung auferlegten. In der Tat gebe es schwierige Verifikationsprobleme.[16]

Am schwierigsten dürften die Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle werden. Die Schwierigkeiten seien dabei nicht von westlicher, sondern von östlicher Seite zu erwarten. Diese Verhandlungen würden zu einer Probe auf den wirklichen Mut von Gorbatschow, denn sie berührten unmittelbar Rolle und Struktur der sowjetischen Streitkräfte. Der Westen werde Gorbatschow in dieser Frage daher zum Beweis seines wirklichen Abrüstungswillens zwingen müssen. Gleichzeitig seien wir selbst elementar an derartigen Verhandlungen interessiert, zumal wir davon ausgehen müßten, daß die neue amerikanische Administration[17] die Europäer verstärkt mit der Frage der Lastenverteilung im Bündnis[18] konfrontieren werde.

Eine andere Frage sei, wie es in der Sowjetunion weitergehe. Er, der Bundeskanzler, sehe noch nicht, daß Gorbatschow Erfolg haben werde. Zwar hätten weder diejenigen recht, die sagten, unter Gorbatschow habe sich nichts geändert, noch diejenigen, die so täten, als habe sich schon alles geändert. Gorbatschow

Fortsetzung Fußnote von Seite 846

die ca. 33 % aller Antragsteller ausmachen. […] 2) Nach Feststellungen des BMI ist bei einer Reihe von Ländern der Anteil der Asylbewerber, die mit einem Besucher-Sichtvermerk einer deutschen Auslandsvertretung eingereist sind, relativ hoch. Dies gilt insbesondere für Polen, Iraner und Rumänen." Vgl. Referat 514, Bd. 217519.

12 Zum Treffen des Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

13 Zum Stand der Ratifizierung des amerikanisch-sowjetischen INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 123, Anm. 42.

14 Zu den amerikanisch-sowjetischen START-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 122, Anm. 18.

15 Die Amtszeit des Präsidenten Reagan endete am 20. Januar 1989.

16 Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über ein Chemiewaffenverbot vgl. Dok. 152, Anm. 17.

17 Die Amtszeit des Präsidenten Reagan endete am 20. Januar 1989.

18 Zur Frage der Lastenteilung innerhalb der NATO vgl. Dok. 83, Anm. 24.

stehe unter dem Zwang, die Dinge zu verändern, wenn er sein Land in Ordnung bringen wolle.

Die Frage sei, ob er das mit dem bestehenden System bewerkstelligen könne. Wenn er tatsächlich, wie er erkläre, die Leistung des einzelnen anheben wolle, dann gehe dies letztlich an die Wurzeln des Systems. Der Bundeskanzler verweist in diesem Zusammenhang auf ein Gespräch mit Deng Xiaoping[19], der ihm erklärt habe, er schätze die Chancen für Veränderungen in der Sowjetunion nicht sehr hoch ein.

Dabei sei – auch in der Sicht von Deng Xiaoping – eines der Hauptprobleme Gorbatschows, daß seine Rezepte auch in den anderen WP-Staaten Anwendung fänden. So sei beispielsweise die Reform in Ungarn schon sehr weit gediehen. Die Frage stelle sich sogar, wo die Grenze dessen erreicht sei, was in Moskau noch toleriert werde. Ähnliche Probleme stellten sich in Polen sowie in der ČSSR.

Somit sei die Frage, wie die Sowjetunion auf diese Entwicklungen reagieren werde. Mit absoluter Sicherheit könne man davon ausgehen, daß sie grundlegende Änderungen beispielsweise in der DDR nicht hinnehmen werde.

Er habe bereits bei seinem ersten Zusammentreffen mit Honecker[20] vorgeschlagen, die prinzipiellen Fragen, über die man sich ohnehin nicht einigen werde, auszuklammern und sich auf praktische Verbesserungen zu konzentrieren. Dies habe Honecker faktisch akzeptiert. Im übrigen gebe er Honecker recht, wenn er – wie in seiner Rede in der Godesberger Redoute[21] – davon spreche, daß „Kapitalismus“ und „Sozialismus“ wie Feuer und Wasser geschieden seien.

Wir hätten im Verhältnis zur DDR eine Reihe beachtlicher Fortschritte erzielt. Dies gelte insbesondere für den stark gestiegenen Besucherverkehr. 1987 seien dreieinhalb Millionen Menschen aus der DDR in der Bundesrepublik Deutschland gewesen (insgesamt fünf Millionen Besuche), 1988 könne man mit vier Millionen Besuchern rechnen. Es habe sich also in der Qualität einiges verändert. Allerdings sei der Weg schmal, und niemand wisse, was noch auf uns zukomme.

Er, der Bundeskanzler, werde im Oktober nach Moskau reisen[22] und Generalsekretär Gorbatschow werde im Frühjahr 1989 nach Bonn kommen[23]. Zur Zeit stünden wir mit der Sowjetunion in einer Reihe von Verhandlungen, die eine einmalige Dichte von Themen aufwiesen. Wir seien zu einer Intensivierung der Zusammenarbeit bereit. Dies gelte nicht nur für den Handel – wo allerdings die SU erhebliche Strukturprobleme habe –, sondern auch für Bereiche, die für

19 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 12. bis 19. Juli 1987 in der Volksrepublik China auf und führte am 14. Juli 1987 ein Gespräch mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, Deng Xiaoping. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1742 des Botschafters Hellbeck, Peking, vom 15. Juli 1987; VS-Bd. 13670 (341); B 150, Aktenkopien 1987. Zum Besuch vgl. ferner AAPD 1987, II, Dok. 209, Dok. 213 und Dok. 222.

20 Bundeskanzler Kohl und der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, trafen anläßlich der Trauerfeierlichkeiten für den am 9. Februar 1984 verstorbenen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am 13. Februar 1984 in Moskau zusammen. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 43.

21 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 7. September 1987 in Bonn-Bad Godesberg vgl. BULLETIN 1987, S. 707 f.

22 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

23 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte in Begleitung des sowjetischen Außenministers Schewardnadse die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu AAPD 1989.

uns selber wichtig seien wie der Umweltschutz[24] und die Sicherheit von Kernkraftwerken[25].

MP *Carlsson* erklärt, auch die Beziehungen zwischen Schweden und der Sowjetunion hätten sich sehr gut entwickelt. Vor zwei Jahren habe man noch mit sehr schwierigen Problemen – vor allem im Bereich der Menschenrechte und der Abgrenzung der Ostsee – zu tun gehabt. Inzwischen seien bekanntlich alle 21 MR-Fälle gelöst worden. Auch die mit der SU vereinbarte Aufteilung der Wirtschaftszone in der Ostsee[26] sei für Schweden eine gute Lösung.

Er habe mit großem Interesse gehört, was der Bundeskanzler zur Entwicklung in Osteuropa gesagt habe. Er wolle nur noch hinzufügen, daß die Sowjetunion auch erhebliche Probleme mit ihren verschiedenen Nationalitäten habe. Dies gelte insbesondere für die baltischen Länder, aber auch, wie man kürzlich gesehen habe, für Armenien oder Aserbaidschan[27]. Es bestehe die Gefahr, daß die Nomenklatura diese Unruhen zum Vorwand nehme, um Gorbatschow vorzuhalten, daß sein Vorgehen für das Land gefährlich werde.

24 Am 9. Dezember 1987 vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen: „Ende März 1987 wurde in Bonn der Text eines Umweltschutzabkommens samt erstem Arbeitsplan mit der SU einvernehmlich erarbeitet, allerdings mangels Vollmacht der sowjetischen Delegation nicht paraphiert." Im Frühsommer habe das sowjetische Außenministerium die Forderungen vorgelegt, die Teilnehmer aus Berlin (West) gesondert aufzuführen. Beim Besuch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker vom 6. bis 11. Juli 1987 in der UdSSR seien dann Bundesminister Genscher und der sowjetische Außenminister Schewardnadse übereingekommen, „das Abkommen so zu finalisieren, wie im März ausgehandelt. Das SAM bezieht dies nur auf den Abkommenstext, nicht auf den Arbeitsplan". Vgl. Referat 213, Bd. 143603. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, II, Dok. 204.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach informierte am 12. Juli 1988: „Während der jüngsten Runde der deutsch-sowjetischen Expertengespräche zu Berlin-Fragen im Juni 1988 in Moskau wurde wiederum auch die noch offene Berlin-Frage des deutsch-sowjetischen Umweltschutzabkommens erörtert." Dabei habe die sowjetische Seite einen weiteren Vorschlag zur gesonderten Kennzeichnung von Teilnehmern aus Berlin (West) im Arbeitsplan vorgelegt. Das Auswärtige Amt habe darauf hingewiesen, „daß dies nicht dem 1986 beim Abschluß des WTZ-Abkommens vereinbarten System der Auflistung entspreche, und nahm im übrigen den Vorschlag lediglich zur Prüfung entgegen". Vgl. den Runderlaß; Referat 213, Bd. 143603.

25 Mit Schreiben vom 20. Mai 1988 übermittelte das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit den Entwurf für ein Abkommen mit der UdSSR über Fragen gemeinsamen Interesses im Bereich der kerntechnischen Sicherheit und des Strahlenschutzes. Darin hieß es: „Im Hinblick auf die seinerzeit laufenden Umweltgespräche mit der UdSSR, bei denen Schwierigkeiten insbesondere hinsichtlich der Frage der Berlin-Einbeziehung aufgetreten waren, war damals entschieden worden, R[eaktor]S[icherheit]-bezogene Gespräche mit der UdSSR zunächst zurückzustellen. Zwischenzeitlich ist auf der am 3. Mai 1988 im BK […] stattgefundenen Ressortbesprechung auf AL-Ebene auf Wunsch des BK Übereinstimmung erzielt worden, die Arbeiten zur Verbesserung der angestrebten Zusammenarbeit auf dem Gebiet kerntechnischer Sicherheit und Strahlenschutz unabhängig von der weiteren Entwicklung beim Umweltabkommen fortzusetzen. Auch die UdSSR hat im Rahmen der 3. Konsultationsrunde betr. NV-Fragen am 11./12.2.1988 in Moskau von sich aus ihr besonderes Interesse am Abschluß einer bilateralen Absprache auf dem Gebiet der kerntechnischen Sicherheit und des Strahlenschutzes betont und um entsprechende Schritte unserer Seite gebeten." Es sei nun beabsichtigt, den Entwurf nach einer Ressortbesprechung zur Klärung weiterer Fragen der sowjetischen Regierung zu übermitteln. Vgl. Referat 213, Bd. 143602.

26 Am 18. April 1988 unterzeichneten der schwedische Außenminister Andersson und der sowjetische Außenminister Schewardnadse in Moskau Abkommen über die Aufteilung des Kontinentalschelfs und über die Wirtschaftszone sowie ein Protokoll über die Fischereiquoten. Botschaftsrat Spiegel, Stockholm, berichtete am 22. April 1988: „Das Abkommen legt die genauen Koordinaten der Trennungslinie, die das Gebiet im Verhältnis 75 Prozent für Schweden zu 25 Prozent für die SU teilt, fest. Ein ergänzendes Protokoll bestimmt, daß das Abkommen am 16. Mai 1988 provisorisch in Kraft treten soll und die Verhandlungen über die im Prinzipienabkommen gegenseitig zugestandenen Fischquoten innerhalb drei Wochen abgeschlossen werden sollen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 167; Referat 205, Bd. 160046.

27 Zum Konflikt zwischen den Sowjetrepubliken Armenien und Aserbaidschan vgl. Dok. 85, Anm. 3 und 4.

Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu und ergänzt, in der Tat sehe sich die Sowjetunion einer schwierigen Entwicklung gegenüber. Es genüge, daran zu erinnern, daß etwa 1995 über 50% der Rekruten der Roten Armee aus den islamischen Bevölkerungsteilen der Sowjetunion kommen werde.

Seine Botschaft sei, daß der Westen einen klaren Kopf behalten müsse und nicht vergessen dürfe, daß die Freiheit nicht zum Nulltarif zu haben sei. Wir seien zu praktischen Fortschritten bereit, wobei es immer darauf ankomme, Leistung und Gegenleistung sorgfältig abzuwägen. Es sei falsch, anzunehmen, daß die Sowjetunion friedlicher werde, wenn es ihr schlecht gehe. Das Gegenteil sei richtig, wie die Erfahrung zeige.

Letztlich habe der Westen die besseren Karten. Dies habe er offen gegenüber dem damaligen Generalsekretär Andropow angesprochen[28], der hierzu geschwiegen habe. Letzten Endes sei die Freiheit stärker. Dies sei auch in Wirklichkeit das große Problem Honeckers in der DDR.

Referat 010, Bd. 178924

156

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Gerhardt

421-410.20 SOW VS-NfD **17. Mai 1988**

Von BM noch nicht genehmigt.

Betr.: Beziehungen zur SU;
hier: Zusammentreffen des Bundesministers mit Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft am 16.5.88, 16.00–19.00 Uhr im Gästehaus der Bundesregierung

Anlg.: Teilnehmerliste[1]

Bundesminister stellte Gedankenaustausch einleitend in den Zusammenhang derzeitiger intensiver Phase deutsch-sowjetischen Besucheraustauschs (Bundespräsident[2], AM Schewardnadse[3], MP Strauß[4], MP Späth[5], BM Bange-

28 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am 5. Juli 1983 in Moskau vgl. AAPD 1983, II, Dok. 200.

1 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Referat 421, Bd. 140406.

2 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

3 Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 17. bis 19. Januar 1988 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 18 und Dok. 22.

4 Ministerpräsident Strauß besuchte die UdSSR vom 28. bis 31. Dezember 1987. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 381.

5 Zum Besuch des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth am 8./9. Februar 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 52, besonders Anm. 20.

mann[6]; Gemischte Wirtschaftskommission[7]) und in die Perspektive seines Treffens mit AM Schewardnadse Anfang Juni in N.Y.[8] sowie der bevorstehenden Treffen zwischen BK Kohl und GS Gorbatschow[9].

StS Lautenschlager berichtete auf Bitte des BM über die Sitzung der Gemischten Wirtschaftskommission (11./12.5.1988 in Moskau): Sowjetische Führung habe ihr Interesse an Verwirklichung von Perestroika und Glasnost in den verschiedenen Bereichen betont; nach Stagnation des Wirtschaftsaustauschs wolle man die Wirtschaftsbeziehungen mit der deutschen Industrie intensivieren; im Vordergrund stehen z. Zt. drei Komplexe:

– Modernisierung der sowjetischen Leicht- und Nahrungsmittelindustrie (unter Ausnutzung eines 3 1/2 Mrd. DM Konsortial-Kreditrahmens unter Führung der Deutschen Bank)[10],
– Erschließung der Kola-Halbinsel (Mineralien)[11],
– Energiegewinnung und -aufbereitung in West-Sibirien (Tjumen)[12].

6 Bundesminister Bangemann hielt sich vom 10. bis 16. Mai 1988 anläßlich der Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit in der UdSSR auf.

7 Zur Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit am 11./12. Mai 1988 in Moskau vgl. Dok. 148, Anm. 22.

8 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 7. Juni 1988 in New York vgl. Dok. 167, Anm. 5.

9 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

10 Vortragender Legationsrat I. Klasse Pleuger informierte am 25. Mai 1988: „1) D[eutsche] B[ank] hat am 6.5.88 auf sowjetischen Wunsch mit der Außenwirtschaftsbank der SU eine Rahmenkreditvereinbarung (‚Geschäftsversorgungsvertrag') über 3,5 Mrd. DM (= 1 Mrd. R[u]b[e]l) unterzeichnet. DB hat inzwischen zur Bildung eines Konsortiums unter ihrer Führung eingeladen. Das noch zu bildende Konsortium soll evtl. auch ausländische Banken einbeziehen. 2) Anschließend wird DB als Konsortialführer mit Vollmacht der übrigen Konsorten die Kreditbedingungen aushandeln. Es wird von Laufzeiten von bis zu 8 1/2 Jahren und einer Marktverzinsung von etwa 6 bis 7% gesprochen. 3) Die Mittel werden entsprechend den Abschlüssen einzelner Kontrakte deutschen Lieferfirmen zur Verfügung gestellt werden. Die Mittel sollen vor allem dazu dienen, durch Modernisierung bestehender Betriebe der sowjetischen Leicht- und Nahrungsmittelindustrie (Textilien, Schuhe, Nahrungsmittel, Verpackung) in einem Sofortprogramm bis 1990 mit ausländischer Hilfe den Lebensstandard des sowjetischen Konsumenten zu erhöhen. Die Mittel sind nicht formell an Lieferungen durch deutsche Firmen gebunden, doch geht die DB davon aus, daß sie im Rahmen des o. a. Programms in erster Line bei Lieferverträgen mit deutschen Unternehmen eingesetzt werden." Vgl. den Runderlaß Nr. 54; Referat 012, Bd. 134239.

11 Bei der Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit am 11./12. Mai 1988 in Moskau erläuterte die sowjetische Delegation Vorhaben zur Erschließung der Kola-Halbinsel und übergab eine Projektliste. Das Bundesministerium für Wirtschaft vermerkte am 13. Mai 1988: „Insgesamt plant die Sowjetunion vier große Komplexe zur Erschließung der Kola-Halbinsel, wovon einer bereits außerhalb des Gebiets der Halbinsel liegen soll. Für jedes dieser Projekte sind Investitionen in Höhe von 500 bis 600 Mio. Rubel notwendig. […] Insgesamt sollen die vier Komplexe folgenden Zwecken dienen: Gewinnung von Apatit und Nephilin; Verarbeitung von Nephilin-Konzentrat; Gewinnung und Anreicherung von Aluminiumsilikat, feuerfeste Materialien; andere Rohstoffe, insbesondere Eisen." Die UdSSR plane dort auch Tourismus-, Fischerei-, Holzbe- und -verarbeitungsprojekte. Vgl. Referat 421, Bd. 140417.

12 Auf der Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit am 11./12. Mai 1988 in Moskau stellte die sowjetische Delegation Projekte zur „Errichtung neuer Produktionskapazitäten (Maschinen, Ausrüstungen, neue Werkstoffe, modernste und abfallfreie Technologien) zur Verarbeitung von Erdöl und Erdgas im westsibirischen Tjumengebiet und in Surgut, Tobolsk, Nowy Urengoi und Nischnewartowsk […] vor. Nach heutigen Kenntnissen verfüge man dort über 400 Mio. t Öllagerstätten, 480 Mrd. Kubikmeter Erdgas und 30 Mrd. Kubikmeter Erdölderivate." Vgl. den Ergebnisvermerk des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 18. Mai 1988; Referat 421, Bd. 140417.

BM fragt

– nach der Einschätzung der Möglichkeiten wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit der SU durch die Anwesenden,
– nach den möglichen Bereichen der Zusammenarbeit,
– nach dem möglichen Beitrag der Politik zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

BM betont seine Bereitschaft, gegenüber AM Schewardnadse die Petiten der deutschen Wirtschaft zum Ausdruck zu bringen; was solle er ihm sagen?

Botschafter Meyer-Landrut berichtet aus den Gesprächen zwischen BM Bangemann und GS Gorbatschow[13] sowie MP Ryschkow[14] am gleichen Tage (großes sowjetisches Interesse an alsbaldiger Anhebung des Lebensstandards der breiten Massen zur Absicherung des Reformkurses; in diesem Zusammenhang Kreditrahmen von 1 Mrd. Rubel für sowjetische Leicht- und Konsumgüterindustrie, trotz grundsätzlich weiterhin zurückhaltender sowjetischer Verschuldungspolitik; sowjetisches Interesse an Verbesserung sowjetischer Außenhandelsstruktur; sowjetisches Verständnis für Probleme deutscher Firmen mit Reibungsverlusten der Perestroika, sowjetische Bitte um Geduld; sowjetische Würdigung der bilateralen politischen Beziehungen und der Intensivierung des Dialogs).

Aus den Beiträgen der Wirtschaftsvertreter wird folgendes festgehalten:

– Interesse an traditionellem Handelsgeschäft mit SU, das allerdings in der Regel im Volumen hinter den Märkten in Europa, USA, JAN, zurücktritt.
– Grundsätzliche Bereitschaft zu engeren Formen der Kooperation, einschließlich Joint-ventures (JV), falls ökonomisch langfristig aussichtsreich; Voraussetzung sei eine Beteiligung von mindestens 50 zu 50 und gleichberechtigte Mitwirkung.
– Große Skepsis gegenüber unrealistischem sowjetischem Bestreben, in kürzester Frist und ohne adäquate Projektplanung (Lieferung von Maschinen sechs Monate nach Unterschrift, Produktion von Konsumgütern 18 Monate nach

13 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 18. Mai 1988 über ein Gespräch des Bundesministers Bangemann mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU. Gorbatschow habe ausgeführt: „Man habe eine neue Seite in den Beziehungen aufgeschlagen und beschreibe sie. Die Sowjetunion sei für eine breite Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland, unabhängig davon, welche Regierung vom Volke gewählt sei – mit Ausnahme einer nationalfaschistischen allerdings. […] Wenn er an einen zweiten Atem in unseren Beziehungen denke, auf politischem, wissenschaftlichem, kulturellem Gebiet, so sei dies ohne umfassende wirtschaftliche Kooperation nicht möglich. Es bedürfe der Schaffung gegenseitiger Abhängigkeiten, nicht im Sinne einer sowjetischen Umarmungsstrategie, um den Partner zu ersticken, sondern ausgewogen zu gegenseitigem Nutzen. Ein gewisses Zusammenwachsen der beiden Wirtschaften könnte beispielhaft für Europa und die Welt sein. Er glaube nicht, daß er hier Illusionen, Utopien nachjage, sondern durchaus auf einer realistischen Grundlage argumentiere.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1498; Referat 421, Bd. 140416.

14 Bundesminister Bangemann führte am 16. Mai 1988 ein Gespräch mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten in Moskau. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, teilte am 18. Mai 1988 mit, Ryschkow habe ausgeführt, „daß die Wirtschaftsbeziehungen von deutscher Seite auch in der Vergangenheit stets von politischen Schwankungen freigehalten worden seien, dies sei eine gute Basis. Mit anderen Ländern verhalte es sich nicht so: In den USA und Japan sei häufig politischer Druck in den Wirtschaftsbeziehungen spürbar geworden. BMWi bestätigte von R[yschkow] charakterisierte deutsche Außenwirtschaftspolitik gegenüber der SU. Die Bundesregierung habe sich beim Erdgas-Röhren-Geschäft nicht irre machen lassen und werde sich auch durch die von Verteidigungsminister Carlucci geübte Kritik am 3,5 Mrd.-Kredit nicht beeindrucken lassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1497; Referat 421, Bd. 140416.

Unterschrift) sowjetische Konsumgüterindustrie zu modernisieren. Gefahr, daß deutsche Firmen bei Mißerfolg oder Zeitüberschreitungen von Projekten haftbar gemacht werden und guter Ruf deutscher Wirtschaft Schaden leidet.

Ökonomisch richtiges sowjetisches Vorgehen müsse bei Definition sowjetischer Prioritäten beginnen; auf dieser Grundlage müßten Projektstudien durch deutsche Kooperationspartner erfolgen (Sowjets seien in der Regel nicht willens, derartige Studien zu bezahlen, und nähmen statt dessen eher Fehlinvestitionen in Kauf); anschließend Lieferung von Maschinen und schließlich Produktion von Konsumgütern; realistischer Zeitbedarf z. B. für die Einrichtung einer Produktion von Textilien: drei Jahre. Erheblich komplizierter und aufwendiger sei die Modernisierung bestehender sowjetischer Produktionsstätten.

– Starke Kritik an Qualität sowjetischer ziviler Produktion und an Reibungsverlusten durch „Perestroika".
– Kurzfristige Verbesserung des sowjetischen Konsumgüterangebots sei nur durch unmittelbaren Import von Konsumgütern erzielbar; hierzu sei SU bisher nicht bereit; man solle SU empfehlen, zumindest für die Übergangszeit, d. h. bis zum Anlaufen neuer Produktionen, Konsumgüter zu importieren. Empfehlung der Gründung von branchenorientierten, bilateralen Projektplanungsgruppen zur Ausarbeitung von Produktions- und Modernisierungsprojekten, z. B. Textilbranche, Schuhbranche; Anlehnung an bestehende Fachgruppen der Wirtschaftskommission wurde für möglich gehalten.
– Betonung der Bedeutung der Ausbildung im Managementbereich, da – im Gegensatz zu China – Anknüpfen an vorrevolutionäre Managementtradition in SU nicht möglich; Empfehlung an Bundesregierung, Finanzierung für überbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen, z. B. Seminare, bereitzustellen (BM stimmt zu); Bereitschaft der Firmen zu Ausbildung sowjetischer Manager in begrenztem Rahmen (zwei bis drei Fachleute pro deutsche Firma).

  (StS L weist hin auf Behandlung von Ausbildungsfragen mit Jegorow-Delegation.[15] Bundesminister warnt davor, sowjetische Erwartungen zu wecken, die nicht erfüllt werden können, Mißerfolge könnten zu Belastungen im politischen Bereich führen; spricht sich für Ausbildungsmaßnahmen im Managementbereich aus sowie für effektive Ausnutzung des 3,5 Mrd. DM Kreditrahmens. Auf Frage nach sowjetischer Persönlichkeit, die Koordinierungsfunktion für Ausnutzung des Kreditrahmens übernehmen könnte, wird überwiegend genannt: Stv. MP Kamenzew, Leiter des Staatskomitees für Außenhandel).

  Problem: Selbst sprachkundige sowjetische Fachleute aus Partnerfirmen erhielten keine Ausreisevisen für Ausbildung in deutscher Partnerfirma.
– Kritik an überzogener sowjetischer Kompensationspolitik auch bei Kooperationsprojekten; SU wolle deutsche Konzepte und deutsche Anlagen gegen Bezahlung aus den Produkten der zu erstellenden Fabriken; dies sei eine unrealistische Philosophie.

15 Vom 13. bis 18. März 1988 besuchte eine Delegation unter Leitung des Stellvertretenden Ministers für Hoch- und Fachschulbildung, Jegorow, die Bundesrepublik und führte Gespräche mit Vertretern der Bundesregierung und mehrerer Bundesländer sowie dem Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft, dem Deutschen Industrie- und Handelstag und dem Sekretariat der Ständigen Kultusministerkonferenz der Länder. Vgl. dazu die gemeinsame Ergebnisniederschrift vom 18. März 1988; Referat 421, Bd. 140426.

– Kritik an mangelndem betriebswirtschaftlichem (Kosten-)Denken bei sowjetischen Betriebsleitern; kein Verständnis für Arbeitsteilung; gewöhnlich zu hohe Fertigungstiefe; besonderer Schwachpunkt: unterentwickelte Fähigkeit, Durchführbarkeitsstudien durchzuführen.

  Herr Christians (erscheint verspätet) berichtet ergänzend zum Kreditrahmenvertrag: Ausgangspunkt war Gespräch bei Ryschkow Mitte März 1988. Ryschkow habe im Vier-Augen-Gespräch um 1 Mrd.-Rubel-Kredit für sowjetische Konsumgüterindustrie (Textilien, Schuhe, Nahrungsmittel, Verpackung) gebeten. Produktion solle bis 1990 auf dem Markt sein. Ryschkow habe darauf gedrängt, daß Delegation Antonow noch vor der Sitzung der Wirtschaftskommission Verhandlungen in D führe; so sei es unter erheblichem Zeitdruck zur Veranstaltung in Düsseldorf gekommen, mit 200 Vertretern der entsprechenden Branchen (nicht nur DB[16]-Kunden!). Kreditvertrag („Geschäftsbesorgungsvertrag") sei innerhalb von einem Tag bis zur feierlichen Unterschriftsleistung mit Chef sowjetischer Außenhandelsbank, Moskowskij, ausgehandelt worden. Rahmenkredit solle von noch zu gründendem Konsortium für Lieferungen zur Modernisierung der sowjetischen Konsumgüter- und Nahrungsmittelindustrie nach Maßgabe von jeweils abzuschließenden Einzelverträgen ausgefüllt werden. Liste der Konsortialteilnehmer orientiere sich an damaligem Kredit für Jamal–Erdgasleitung[17]; es handle sich um ein breitgestreutes Konsortium – auch ausländische Banken könnten einbezogen werden; Kreditlaufzeit bis zu 8 1/2 Jahren; Konditionen offen.
– Kurze Erörterung von COCOM-Auswirkungen führt zu unterschiedlichen Stellungnahmen:
  – erhebliche und – angesichts zunehmendem Gewicht von Hochtechnologie in den Wirtschaftsbeziehungen – wachsende Bedeutung als Handelshemmnis mit präventiver Wirkung;
  – Auswirkungen werden von Osten aus politischen Gründen zu sehr hochgespielt; man findet pragmatische Lösungen unterhalb der COCOM-Schwelle; US-Haltung wird flexibler.

BM schließt mit Dank an alle Anwesenden; erklärt sich bereit, einige der vorgetragenen Auffassungen und Empfehlungen in Gesprächen mit sowjetischer Führung, insbesondere AM Schewardnadse, umzusetzen, z. B.

– Einsetzung sowjetischen Koordinators für Konsumprogramm in Ausfüllung des Kreditrahmens mit Zugang zu Gorbatschow: Stv. MP Kamenzew;
– Hinweis auf Zeitbedarf seriöser Modernisierungsbemühungen zur Vermeidung enttäuschter Erwartungen (Überbrückung durch Konsumgüterimport möglich);

16 Deutsche Bank.

17 Am 20. November 1981 unterzeichneten die Ruhrgas AG und Sojusexport in Essen eine Übereinkunft über die Lieferung von Erdgas aus der UdSSR. Getrennt hiervon liefen Verhandlungen über die Lieferung von Röhren und anderen Ausrüstungsgegenständen. Dazu vermerkte Ministerialdirektor Fischer am 10. November 1981: „Für die Finanzierung eines großen Teils der Ausrüstungslieferungen wird voraussichtlich ein Kreditrahmen eines deutschen Bankenkonsortiums unter Federführung der Deutschen Bank mit einem Außenzinssatz von 7,8 % zur Verfügung stehen". Eine Übernahme von Bundesbürgschaften sei vorgesehen. Vgl. Referat 421, Bd. 141337.

– Hinweis auf Aus- und Fortbildung von Managern mit Hilfe deutscher Industrie und Bundesregierung.

Gerhardt

Referat 421, Bd. 140406

157

Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 2105 **Aufgabe: 18. Mai 1988, 20.40 Uhr**[1]
Ankunft: 19. Mai 1988, 03.06 Uhr

Betr.: Beziehungen USA–DDR

Bezug: 1) DB Nr. 1952 vom 6.5.88 – Pol 322.00 DDR VS-NfD[2]
2) DE 4965 vom 9.5.88 – Pol 210-362.05[3]

Auf Weisung

1) Im Zuge der amerikanischen Bemühungen um einen Ausbau der Beziehungen zu den kleineren WP-Staaten findet auch die DDR zunehmend Aufmerksamkeit. Kontakte werden verstärkt, die Ebene schrittweise angehoben. Bisher ungeklärte Fragen der Entschädigung für Enteignungen und Wiedergutmachungsleistungen an Juden[4], die weiterhin als unbefriedigend empfundene Menschenrechtslage in der DDR und geringe Möglichkeiten zur Ausweitung des Handels setzen der Entwicklung jedoch Grenzen.

2 a) Im Rahmen der vom stellv. AM Whitehead im Auftrag von AM Shultz verfolgten Politik der Verbesserung der Kontakte und des politischen Dialogs mit den kleineren WP-Staaten werden auch die Beziehungen mit der DDR ausgebaut. Nach Gesprächen von Shultz und DDR-AM Fischer am Rande der UN-Vollversammlung im Oktober 1987[5] (wie zuvor 1984[6]) besuchte mit Whitehead der

1 Das von Botschaftsrat I. Klasse Calebow, Washington, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 20.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 19. Mai 1988 vorgelegen.

2 Für den Drahtbericht des Botschafters Ruhfus, Washington, vgl. Referat 210, Bd. 145173. Für einen Auszug vgl. Anm. 12.

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach bat die Botschaften in London, Paris und Washington zur Vorbereitung des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Dumas (Frankreich) Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) über Deutschland- und Berlin-Fragen am 8. Juni 1988 in Madrid einen „zusammenfassenden Sachstandsbericht (DB) über die Beziehungen zwischen dem Gastland und der DDR“ zu verfassen. Vgl. Referat 210, Bd. 145217.

4 Zur Frage von Entschädigungsleistungen der DDR an jüdische Organisationen vgl. Dok. 29.

5 Der amerikanische Außenminister Shultz führte am 23. September 1987 in New York ein Gespräch mit dem Außenminister der DDR, Fischer. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Graf von Waldersee vom 12. Oktober 1988; Referat 210, Bd. 145173.

6 Der amerikanische Außenminister Shultz traf am 4. Oktober 1984 in New York mit dem Außenminister der DDR, Fischer, zusammen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4291/4292 des Gesandten Wallau, Washington, vom 5. Oktober 1984; Referat 210, Bd. 132598.

bisher ranghöchste Vertreter der Administration im November 1987 Berlin (Ost)[7]. Die Reise war durch einen Besuch von Ass. Sec.[8] Ridgway im Juli 1987 in Berlin (Ost)[9] vorbereitet worden. Außerdem hielt sich nach einem Besuch einer Delegation des Unterausschusses „Europa und Naher Osten" des Repräsentantenhauses 1986 in Berlin (Ost)[10] 1987 mit einer Gruppe von Mitgliedern des gemeinsamen KSZE-Ausschusses von Senat und Repräsentantenhaus[11] dort auch schon eine zweite Parlamentarierdelegation aus den USA auf. Im April 1988 kam der stellv. Außenhandelsminister der DDR, Christian Meyer, in Vertretung von Außenhandelsminister Beil zur Teilnahme an der Tagung des USA-DDR-Wirtschaftsrates nach Washington.[12] Vom 1. bis 6. Mai 1988 stattete Hermann Axen – auf Einladung des Institute for Contemporary German Studies – als bisher ranghöchster Vertreter der DDR Washington einen „privaten" Besuch ab, bei dem er aber auch von Shultz und Whitehead empfangen wurde.[13] In der vergangenen Woche fand in Berlin (Ost) die fünfte bilaterale politische Konsultationsrunde beider Länder (Bodde–Nier) statt, die in angenehmer Atmosphäre verlaufen sei, neue Entwicklungen aber nicht ergeben habe, bei der Bodde auch von AM Fischer empfangen wurde.[14]

7 Zum Besuch des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Whitehead am 10./11. November 1987 in der DDR vgl. Dok. 12, Anm. 14.

8 Assistant Secretary.

9 Die Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium, Ridgway, führte am 24. Juli 1987 in Ost-Berlin Gespräche mit dem Ersten Stellvertretenden Außenminister der DDR, Krolikowski, und dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Axen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1211 des Staatssekretärs Bräutigam, Ost-Berlin, vom 28. Juli 1987; Referat 210, Bd. 145173.

10 Am 10./11. Januar 1986 hielt sich eine Delegation des amerikanischen Repräsentantenhauses in Ost-Berlin auf und führte u. a. ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 44 des Staatssekretärs Bräutigam, Ost-Berlin, vom 13. Januar 1988; Referat 210, Bd. 139200.

11 Eine Delegation des KSZE-Ausschusses des amerikanischen Kongresses hielt sich am 12. Oktober 1987 in Ost-Berlin auf. Ministerialdirigent Staab, Ost-Berlin, teilte am 15. Oktober 1987 mit, die Delegation habe „Gespräche sowohl mit Vertretern der Staats- und Parteiführung (P[olit]B[üro]-Mitglied und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der Volkskammer, Axen, AM Fischer, StS für Kirchenfragen, Gysi) als auch der Kirchen (Ev[angelischer] Bischof von Berlin-Brandenburg, Forck, neuernannter Rabbi hiesiger jüdischer Gemeinde, Neumann) sowie mit DDR-Bürgerrechtlern geführt". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1716; Referat 210, Bd. 145173.

12 Gesandter Paschke, Washington, berichtete am 21. April 1988: „Der stellvertretende Minister für Außenhandel der DDR, Meyer, hat am 12. und 13. April 1988 Washington besucht. Offizieller Anlaß war eine Tagung des ‚US–GDR Trade and Economic Council'. Auf amerikanischer Seite ist das eine Organisation von Unternehmen, die an der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zur DDR interessiert sind, wie Dow Chemical und IBM." Meyer habe Gespräche im amerikanischen Außenministerium und im Handelsministerium geführt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1736; Referat 210, Bd. 145217.

13 Botschafter Ruhfus, Washington, teilte am 6. Mai 1988 mit, „daß Shultz in einem 35 Minuten dauernden Gespräch Axen gegenüber die grundsätzliche Bereitschaft zu einer Weiterentwicklung der Beziehungen hervorgehoben habe, wenn die DDR dem bisher noch entgegenstehende Hindernisse ausräumen würde. Shultz habe in diesem Zusammenhang die Mauer, die Menschenrechtslage in der DDR und Verwicklungen der DDR in den internationalen Terrorismus (u. a. Anschlag auf die Diskothek La Belle) genannt. Axen habe darauf mit monologartigen Ausführungen über die DDR als zuverlässigen Partner der USA geantwortet und insbesondere das Interesse der DDR an einer Ausweitung des Handels und an erweitertem Zugang zu westlicher Technologie hervorgehoben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1952; Referat 210, Bd. 145173.

14 Legationsrat I. Klasse Graf von Waldersee notierte am 19. Mai 1988, der amerikanische Vertreter in der Bonner Vierergruppe habe am 17. Mai 1988 über die Gespräche des Mitarbeiters im amerikanischen Außenministerium, Bodde, mit dem stellvertretenden Außenminister der DDR, Nier, am 10./11. Mai 1988 in Ost-Berlin mitgeteilt: „Die USA hätten darauf hingewiesen, daß die Menschen-

Zur Teilnahme an einer Konferenz des Institute for East-West Security Studies vom 9. bis 11. Juni 1988 in Potsdam werden erneut Whitehead und – erstmals – US-Handelsminister Verity reisen.[15] Letzterer ist vor allem interessiert, dort mit seinem DDR-Counterpart Beil zusammenzutreffen. Ein Besuch von Honecker in den USA ist bisher weder von der DDR angesprochen, noch von der amerikanischen Seite erwogen worden.

Bei den bisher stattgefundenen Besuchen wurden die Gesprächsthemen stärker auf internationale Fragen erweitert. Dabei hat sich für Whitehead und die Parlamentarier Honecker als ein Gesprächspartner darzustellen gewußt, der sich mit größerer Unbefangenheit und gutem Urteil äußert, während Fischer aus amerikanischer Sicht lediglich die offizielle Linie wiedergibt, wenig Phantasie zeigt und damit kaum interessant ist. Axen hat während seines USA-Aufenthaltes den Stil seiner Präsentationen den hiesigen Gegebenheiten anzupassen versucht und damit die Aufnahmebereitschaft seiner amerikanischen Gesprächspartner und Zuhörer vergrößern können.

b) Ein Hindernis bei der weiteren Entwicklung der Beziehungen bleiben die amerikanischen Ansprüche auf Entschädigung wegen Enteignung und die jüdischen Forderungen auf Wiedergutmachung. Nach amerikanischen Angaben handelt es sich bei der Entschädigung für Enteignungen um einen Betrag in Höhe von ursprünglich 78 Mio. Dollar, der mit Zins und Zinseszins auf 250 bis 300 Mio. Dollar angestiegen ist. Gespräche hierüber im April d.J. in Berlin (Ost) haben zwar zu einer Verständigung über den Text einer möglichen Vereinbarung über diese Frage geführt, nicht jedoch über die Hauptfrage der Höhe dieser Entschädigungen. Das von der DDR bei dieser Gelegenheit vorgetragene Angebot, hierfür Zahlungen von insgesamt 11 Mio. Dollar zu leisten, zeigt, wie weit die Vorstellungen beider Seiten hierbei tatsächlich noch auseinanderliegen.[16] Bei der Frage der jüdischen Wiedergutmachung ergibt sich das Dilemma, daß die

Fortsetzung Fußnote von Seite 856

rechtsfrage weiterhin zwischen der DDR und den USA stehe und daß die Haltung der DDR bei der Terrorismusbekämpfung innerhalb Osteuropas die am wenigsten zufriedenstellende sei. Die amerikanische Seite habe begrüßt, daß im Bereich der Expertenkontakte zu Umweltfragen Fortschritte erzielt worden seien. Die DDR habe […] ihr Interesse bekräftigt, das Problem der Vermögens- und Entschädigungsansprüche der USA und der amerikanischen Juden zu lösen. AM Fischer habe Sorge geäußert, daß der Senat mit der INF-Ratifizierung zögere. Die Beziehungen USA – DDR seien nach seiner Auffassung deutlich verbessert, könnten aber noch ‚entgleisen'." Vgl. Referat 210, Bd. 145173.

15 Der stellvertretende amerikanische Außenminister Whitehead sprach am 10. Juni 1988 in Potsdam mit dem Außenminister der DDR, Fischer, und am folgenden Tag in Ost-Berlin mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, teilte am 14. Juni 1988 mit, das Gespräch mit Fischer „habe überwiegend Handels- und Entschädigungsfragen zum Gegenstand gehabt." Das Gespräch mit Honecker habe „zu 50 v.H. Erläuterung Moskauer Gipfeltreffens aus US-Sicht gedient. […] Im bilateralen Teil habe Whitehead innere Lage der DDR nicht berührt, aber erneut ‚Berliner Mauer' angesprochen. GS habe in seiner Antwort um Verständnis für Notwendigkeit der Mauer geworben (dramatische Verluste von Menschen und Gütern, Spekulantentum). Grenze habe sicherer gemacht werden müssen, wie dies offenbar auch zwischen USA und Mexiko erforderlich gewesen sei." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1113; Referat 210, Bd. 145173.

16 Die neunte Runde der Verhandlungen zwischen den USA und der DDR über die Klärung von Vermögensansprüchen fand vom 12. bis 15. April 1988 in Ost-Berlin statt. Legationsrat I. Klasse Graf von Waldersee notierte am 2. Mai 1988, der amerikanische Vertreter in der Bonner Vierergruppe habe am 28. April 1988 festgestellt: „Von dem gemeinsamen Textentwurf würde nicht die Reichsschuld erfaßt, sondern ‚property claims under international law of nationals'. Eine Forderung der DDR, einen Hinweis auf ‚nationals of the German Democratic Republic according to GDR law' aufzunehmen, sei von den USA zurückgewiesen worden." Vgl. Referat 210, Bd. 145173.

DDR ihre Bereitschaft zu Zahlungen bisher von amerikanischen Gegenleistungen im Handelsbereich abhängig macht. Ein amerikanisches Entgegenkommen im Handelsbereich ist aber nur aufgrund entsprechender Gesetzgebung des Kongresses möglich. Eine Mehrheit dafür im Kongreß ist nach bisheriger Einschätzung jedoch nur zu gewinnen, wenn die Regelung der Entschädigungsfrage für beschlagnahmte US-Vermögenswerte und vor allem die Erfüllung jüdischer Wiedergutmachungsforderungen bereits erfolgt sind. (Ein kürzlich unterbreitetes Angebot der DDR, 40 Prozent des Erlöses künftiger zusätzlicher DDR-Exporte in die USA für Wiedergutmachungsleistungen zu verwenden, soll von der Jewish Claims Conference abgelehnt worden sein, die eine derartige Verbindung zwischen Exportsteigerungen der DDR und der Aufnahme von Wiedergutmachungsleistungen zurückweist.)

c) Die Handelsbeziehungen bleiben weiter sehr begrenzt (1987 US-Exporte von 53,9 Mio. Dollar, US-Importe von 96,2 Mio. Dollar, Vergleichswerte 1986: 67,9 Mio. Dollar und 95,5 Mio. Dollar).

Die DDR wünscht die Meistbegünstigung (MFN[17]). Das wird von der Administration im Blick auf das Jackson-Vanik-Amendment[18] abgelehnt. Die politische Lage sei dafür noch nicht reif. Erwogen wird eine Meistbegünstigung in begrenzten Bereichen, in denen der DDR erleichterter Marktzugang in den USA gewährt werden kann. Die DDR hat eine Liste von Produkten vorgelegt, die nicht mit amerikanischen Produkten konkurrieren. Nur hier kommt aus der Sicht des State Department eine Senkung der bisher hohen Zölle in Betracht. Diese erfordert aber die Zustimmung des Kongresses, die gemäß Ziff. 2b) nicht ohne eine Regelung der Entschädigungs- bzw. Wiedergutmachungsfrage zu erreichen ist. Da in der verlaufenden Legislaturperiode dafür nur noch etwa zwei Monate zur Verfügung stünden, müßte die DDR – nach Einschätzung im State Department – zu den oben genannten Fragen sehr schnell attraktive Lösungsangebote vorlegen, wenn sie in der Handelsfrage jetzt noch etwas bewegen möchte.

Für Joint-ventures fehlt es bisher am Interesse auf beiden Seiten. Der DDR-Markt ist für amerikanische Firmen nicht attraktiv.

d) Im Kulturbereich wünscht die DDR ein Abkommen. Das State Department ist daran aber nicht interessiert, solange sich nicht deutliche Fortschritte im Rahmen des bereits bestehenden Austausches ergeben (kleineres Stipendienprogramm, DDR-Orchester in den USA, gelegentliche Ausstellungen, die von amerikanischen Museen organisiert werden). Erste Fortschritte hat es beim Zugang zur Bibliothek der US-Botschaft in Berlin (Ost) und bei der nach dreijährigen schwierigen Vorbereitungsarbeiten Anfang dieses Jahres in Berlin (Ost) mit Erfolg durchgeführten amerikanischen Ausstellung zum Thema „Film“ gegeben.[19] Im kommenden Monat werden in Washington Kulturkonsultationen stattfinden.

17 Most Favoured Nation.

18 Am 20. Dezember 1974 verabschiedete der amerikanische Kongreß den „Trade Act of 1974“, der von Präsident Ford am 5. Januar 1975 unterzeichnet wurde (Public Law 93-618). Das Gesetz enthielt auf Initiative von Senator Jackson und dem Abgeordneten Vanik im Abschnitt 402 Zusatzklauseln, welche die Gewährung von Handelsvorteilen mit dem Recht auf Auswanderung verknüpften. Für den Wortlaut vgl. US STATUTES AT LARGE 1974, Bd. 88, S. 2056–2060. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 108 f.

19 Die Ausstellung „Film in Amerika“ fand vom 4. bis 29. April 1988 in Ost-Berlin statt.

e) In der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Terrorismus und Drogenhandel (Gespräche im Januar d. J. in Berlin (Ost)) wird die entsprechende Bereitschaft der DDR weiterhin als unbefriedigend empfunden.

f) In humanitären Fragen gab es bisher nur wenige bilaterale Problemfälle. Die DDR hat dem State Department unmittelbar vor dem Axen-Besuch in Washington im April d. J. mitgeteilt, daß diese Fälle jetzt gelöst worden seien, bzw. gelöst würden. Insgesamt wird die Menschenrechtslage jedoch weiterhin als unbefriedigend empfunden. Mauer und Schießbefehl sind fast unüberwindbare Hindernisse bei der Verbesserung des Bildes der DDR in den USA.

[20]2 a) Im State Department werden die Beziehungen zur DDR nach Bedeutung und Qualität unter die Beziehungen mit Ungarn und Polen, aber über die Beziehungen mit der ČSSR und Rumänien eingeordnet.

Die Besuche von Whitehead im November 1987 und der von Axen im Mai 1988 haben eine Aufwertung, jedoch keine grundlegende Änderung gebracht. Man vermißt bei der DDR (im Gegensatz zu Ungarn und Polen) Ansätze zu größerer Eigenständigkeit und erwartet hier in naher Zukunft weiterhin keine grundlegenden Änderungen. Das amerikanische Interesse bleibt begrenzt, anerkannt werden der Beitrag der DDR zum Ausbau der innerdeutschen Beziehungen und die damit verbundenen humanitären Erleichterungen. Aus amerikanischer Sicht haben wir eine besondere Rolle bei der Entwicklung der westlichen Beziehungen zur DDR zu spielen.

b) Die DDR-Botschaft hält sich weiter bei öffentlichen Auftritten zurück. Von Experten wird ihre größere Unbefangenheit gegenüber gemeinsamen Auftritten mit uns registriert. Für die Öffentlichkeit gibt es weiterhin nur einen „echten" deutschen Staat, die Bundesrepublik. Die Berichterstattung der Medien bleibt sehr beschränkt. Neben den üblichen Themen (Zwischenfälle an der Mauer) wird gelegentlich die größere Öffnung der DDR in Sachen Reiseverkehr registriert, aber auch Zwischenfälle wie die in Verbindung mit der Demonstration zum 1. Mai[21] bzw. die Abschiebung von DDR-Bürgern in den Westen.

Im Kongreß gibt es einige Abgeordnete, die beginnen, die DDR etwas differenzierter zu sehen. Für die große Masse bleibt sie ein kommunistischer Staat, der sich durch die Mauer, das Symbol der Zwangsherrschaft, schützen muß.

[20] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2106 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

[21] Am 2. Mai 1988 wurde in der Presse berichtet: „Mit brutaler Gewalt gingen Polizei und Stasi-Posten am Rande der Ostberliner Maikundgebung […] gegen einen jungen Mann vor, der sich an ein Steinkreuz vor dem Portal der Marienkirche im Zentrum Ost-Berlins gekettet hatte. ‚Zwischen fünf und zehn' schätzte man in Kirchenkreisen die Gesamtzahl der gestern Festgenommenen. In der gesamten ‚DDR' waren kurz vor dem 1. Mai rund 20 Wehrdienstverweigerer verhaftet worden, die ihrer Einberufung Ende April aus Protest nicht nachgekommen waren. Der etwa 30jährige Mann […] trug ein Plakat mit dem Text ‚Wegen meiner Gesinnung enteignet, entrechtet und eingesperrt. Freiheit! Menschenrechte! Gleichheit!' Als ein ARD-Team die Szene filmen wollte, schlugen Stasi-Posten auf die Kameraleute ein. Zwei akkreditierten Fotoreportern westlicher Agenturen schlug man die Kameras aus der Hand. […] Nach Berichten aus Kirchenkreisen gab es auch unmittelbar vor der Sophienkirche mehrere Verhaftungen von Ausreisewilligen." Vgl. den Artikel „Ost-Berlin: Stasi unterdrückt Protest bei Mai-Kundgebung"; DIE WELT vom 2. Mai 1988, S. 1.

Resolutionen mit der Aufforderung zur Aufhebung des Schießbefehls und zum Abbau der Mauer[22] werden weiterhin einstimmig verabschiedet.[23]

[gez.] Ruhfus

Referat 204, Bd. 160066

158

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Mulack

513-542.15/3 VS-NfD **19. Mai 1988**[1]

Über Herrn Dg 51[2], Herrn D 5[3] Herrn Staatssekretär[4]

Betr.: Vorsprache und Zufluchtnahme von Deutschen aus der DDR in unseren osteuropäischen Vertretungen;
hier: Neuere Entwicklungen

Bezug: Aufzeichnung vom 22.3.1988[5]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. 1) Die Vorsprachen von übersiedlungswilligen Deutschen aus der DDR an unseren Botschaften in Osteuropa, insbesondere in Prag und Budapest, haben

22 Botschafter Ruhfus, Washington, informierte am 18. November 1987, daß das amerikanische Repräsentantenhaus am Vortag in namentlicher Abstimmung und einstimmig eine Resolution angenommen habe, „mit der Honecker aufgefordert wird, den Schießbefehl an der Grenze aufzuheben und die Berliner Mauer abreißen zu lassen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 4954; Referat 210, Bd. 145173.

23 Botschafter Ruhfus, Washington, informierte am 20. September 1988: „Wie wir aus dem State Department erfahren, ist die DDR-Regierung am Montag dieser Woche über die von der Administration im August d. J. getroffene Entscheidung unterrichtet worden, dem von der DDR verfolgten Anliegen einer gleichzeitigen Lösung der Frage der Entschädigung für in der DDR beschlagnahmte US-Vermögenswerte und der von der DDR angestrebten Erweiterung der beiderseitigen Handelsbeziehungen nicht zu entsprechen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3719; Referat 210, Bd. 145173.

1 Auf der Aufzeichnung wurde handschriftlich vermerkt: „Aufzeichnung ist mit BMB abgestimmt."

2 Hat Ministerialdirigent Freiherr von Stein am 19. Mai 1988 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirektor Oesterhelt am 20. Mai 1988 vorgelegen.

4 Hat Staatssekretär Sudhoff am 21. Mai 1988 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Oesterhelt am 24. Mai 1988 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 513 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Mulack am 30. Mai 1988 erneut vorgelegen.

5 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kunzmann nahm Stellung zum Umgang der Botschaften der Bundesrepublik in den Warschauer-Pakt-Staaten mit Zufluchtsuchenden aus der DDR, die nicht zu einer Rückkehr bereit waren: „In Warschau gab es 1986 keine und bis Ende November 1987 nur zwei Festsetzungen. […] Die Lage in Warschau hat sich plötzlich geändert. Zwischen dem 19.1.1988 und dem 2.3.1988 hatten sich 14 Personen festgesetzt. Die Botschaft Warschau war nicht mehr mit diesen schwierigen Fällen vertraut. Trotz enger telefonischer Weisungen mußte sie immer wieder in Form- und Sachfragen auf die bestehenden Erlasse hingewiesen werden." Zur Zeit könnten die folgenden Zusagen gegeben werden: „1) Straffreiheit für die Festsetzung und eventuell damit zusammenhängende Straftatbestände (wie z. B. illegale Ausreise); 2) Bearbeitung der Ausreiseanträge; 3) Anberaumung eines Termins zur Vorsprache bei Rechtsanwalt Vogel. Nicht angeraten werden sollte dagegen eine Befassung der Ständigen Vertretung in Berlin (Ost)." Vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 2334.

in den ersten Monaten dieses Jahres wiederum zugenommen (Prag bis über 100 Personen monatlich (Februar 103); Budapest bis 50 Personen monatlich; Warschau bis ca. 20 Personen monatlich).

Die für die Jahreszeit ungewöhnlich hohe Zahl der Vorsprachen, aber auch der Inhalt der Gespräche zeigen, daß der Ausreisedruck in der DDR nach wie vor sehr stark ist. Gerade in Prag sprechen viele wiederholt vor und beklagen sich darüber, daß ihre oft seit Jahren betriebenen Ausreiseanträge noch nicht beschieden oder abgelehnt worden sind. Außer durch Vorsprachen werden unsere Botschaften teilweise auch telefonisch und brieflich über den Stand von Ausreisebemühungen unterrichtet.

2) Die DDR hat 1987 nur ca. 11500 Ausreiseanträge genehmigt (1985: 19000; 1986: 20000). Im ersten Quartal 1988 haben 3885 Personen die Bewilligung zur Ausreise erhalten. Die beim Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen mit der Bitte um Unterstützung angemeldeten Ausreisewünsche nehmen zu. Von den dort ca. 65000 registrierten Fällen konnte das BMB 1987 bei 8500 die Ausreise vermerken. Die Schätzungen der Gesamtzahl der ausreisewilligen Antragsteller in der DDR gehen von 100000 bis zu 900000 Personen. Realistisch erscheint eine Zahl von 100000–300000 Antragstellern.

3) Die Zahl der Festsetzungen in diesem Jahr zeigen bereits jetzt deutliche Unterschiede zum Vorjahr:

Warschau: 14 (2)

Budapest: 6 (15)

Prag: 0 (17)

Wenn gerade in der bei Ausreisewilligen bekannten Botschaft Prag Festsetzungen vermieden werden, so ist dieses auf die verstärkten Bemühungen der Botschaft zurückzuführen, den Festsetzungswilligen in oft stundenlangen Gesprächen nahezulegen, von der Festsetzung abzusehen und wieder in die DDR zurückzukehren. Diese langwierigen und psychologisch schwierigen Gespräche mit festsetzungswilligen Deutschen aus der DDR stellen für die Botschaften eine nicht unerhebliche Belastung dar.

4) Nach dem gegenwärtigen Sachstand, der sich allerdings kurzfristig ändern kann, sind die Festsetzungsfälle innerhalb eines kurzen Zeitraumes lösbar. Die DDR ist im allgemeinen bereit, folgende Zusagen zu geben:

– Straffreiheit für die Festsetzung und eventuell damit zusammenhängender Straftatbestände,
– Bearbeitung der Ausreiseanträge.

Die oft verlangte Anberaumung eines Termins zur Vorsprache bei Rechtsanwalt Vogel ist in letzter Zeit schwieriger zu realisieren.

Eine Ausreise, insbesondere innerhalb eines bestimmten Zeitraumes, wird von der DDR prinzipiell nicht zugesagt. Da die Lösung von Festsetzungsfällen kostspielig ist, sollten die Botschaften nach wie vor bemüht bleiben, durch intensive Gespräche die Festsetzungswilligen von ihrer Absicht abzubringen und sie zur Rückkehr in die DDR zu bewegen. Hierbei kann zugesagt werden, daß die Ausreiseanliegen in die besonderen Bemühungen des BMB aufgenommen werden. Bei der Lösung der Festsetzungsfälle hat sich der direkte Kontakt mit dem

BMB-Berlin, das diese Fälle gegenüber dem Rechtsanwalt Vogel anspricht, gut bewährt.

II. 1) Eine Welle von 14 Festsetzungen in der Botschaft Warschau im Februar 1987 hat die Belastung durch Festsetzungsfälle und die damit verbundenen Schwierigkeiten nochmals verdeutlicht.[6] Im Rahmen einer Dienstreise des zuständigen Unterabteilungsleiters im BMB-Berlin, MR Plewa, und des Unterzeichneten vom 4.–6.5.88 wurde die Botschaft Warschau ausführlich über die Behandlung von Festsetzungsfällen und die Beratung hilfesuchender Deutscher aus der DDR informiert. Damit wurde an die bewährte Praxis der direkten Unterrichtung der Botschaften Prag und Budapest im November 1987 angeknüpft.[7] Die Botschaft Warschau wurde insbesondere darauf hingewiesen, daß eine Festsetzung in den Räumen der Botschaft vorliegen muß („nötigender Aufenthalt in der Botschaft"), damit der Fall als Festsetzungsfall gegenüber der DDR angesprochen werden kann. Keinesfalls ausreichend ist die Unterbringung der Festsetzenden in einer in der Nähe der Dienstgebäude gelegenen Dienstwohnung. Es wird dabei nicht verkannt, daß gerade in Warschau aufgrund der räumlichen Enge der Dienstgebäude eine Unterbringung einer größeren Anzahl von Zufluchtsuchenden nicht möglich ist. Die Botschaft wurde nochmals darauf hingewiesen, daß gegenüber den Festsetzenden nur die autorisierten Zusagen zu machen und darüber hinaus allgemeine Versprechen zu vermeiden sind. Alle sich Festsetzenden werden nach Rückkehr in die DDR ausführlich von den dortigen Staatssicherheitsdienststellen verhört. Angebliche Zusagen der Botschaft werden dem BMB von der DDR stets vorgehalten und verursachen Irritationen.

2) Der jetzt vorgenommene Erfahrungsaustausch mit der Botschaft Warschau hat sich als notwendig und nützlich erwiesen. Gerade in Anbetracht des Personalwechsels im RK-Bereich sollen derartige Gespräche auch zukünftig regelmäßig mit den betroffenen Botschaften durchgeführt werden.[8]

Mulack

B 85 (Referat 513), Bd. 1994

6 Botschafter Schoeller, Warschau, informierte am 25. Februar 1988: „Trotz intensiver Gespräche zeichnet sich in keinem der Fälle eine Lösung in der Weise ab, daß die Betreffenden bereit wären, die Räumlichkeiten der Botschaft ohne verbindliche Zusicherungen der DDR (Straffreiheit, Ausreise) freiwillig zu verlassen und in die DDR zurückzukehren. […] Die Botschaft bleibt weiterhin mit allen Zufluchtsuchenden im Gespräch. Sie versucht, auf die physisch und psychisch zum Teil stark mitgenommenen Menschen stabilisierend einzuwirken." Vgl. den Drahtbericht Nr. 308; B 85 (Referat 513), Bd. 2334.

7 Vortragender Legationsrat Mulack und Ministerialrat Plewa, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, hielten sich am 11. November 1987 in Prag und am 12./13. November 1987 in Budapest auf. Mulack resümierte am 17. November 1987: „Bei den Gesprächen wurde klargestellt, daß es in erster Linie darum geht, die Hilfesuchenden von der Festsetzung durch argumentative Gespräche abzuhalten, ohne ihnen falsche Versprechungen zu machen. Andererseits dürfen wir einen offensichtlich gefährdeten Deutschen aus der DDR nicht abweisen (keinen in das Messer laufen lassen). […] Die Verhältnisse in Prag erlauben es der Botschaft, auch über längere Zeit unter zwar beengten und nicht bequemen Verhältnissen, aber dennoch zumutbar Zufluchtsuchende in begrenzter Zahl unterzubringen. […] Bei den Gesprächen in Budapest zeigte sich, daß hier zwar wesentlich weniger Fälle von Vorsprachen und Festsetzungen zu verzeichnen sind, daß es sich aber öfters um Problemfälle handelt (vergebliche Fluchtversuche, illegale Grenzübertritte usw.). […] Die Deutschen aus der DDR sind darauf hinzuweisen, daß ihnen rechtlich zwar Pässe ausgestellt werden können, daß diese Pässe ihnen aber keinesfalls nutzen, sondern eher schaden können. Eine Ausreise mit einem bundesdeutschen Paß ohne Einreisesichtvermerk ist sowohl aus der ČSSR wie auch aus Ungarn nicht möglich." Vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 152048.

8 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

159

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schlegel

424-411.10 IRK **19. Mai 1988**[1]

Über Dg42[2], D4[3], Herrn Staatssekretär[4] Herrn Bundesminister[5]

Betr.: Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Olaf Feldmann, FDP;
hier: Mitwirkung deutscher Staatsangehöriger bei der Ausbildung an Flugabwehrraketen Roland in Irak

Anlg.: 1) Schriftliche Fragen MdB Dr. Feldmann vom 6.5.1988[6]
2) Antwortentwurf BMWi[7]

Zweck der Vorlage: Zustimmung zu 5.

1) BMWi hat dem AA Antwortentwurf (Anl. 2) zu schriftlichen Fragen MdB Dr. Feldmann (Anl. 1) zur Stellungnahme vorgelegt. Federführung für Antwort liegt bei BMWi. Zustimmung AA zu AE[8]-Entwurf gilt als erteilt, falls bis 24.5. 1988, 13.00 Uhr, keine Einwände geltend gemacht werden.[9]

2) Fragen beschäftigen sich mit der von Presse aufgestellten Behauptung, wonach freigestellte MBB-Mitarbeiter als militärische Ausbilder und Berater der französischen Firma Euromissile für in irakischem Besitz befindliche Roland-Flugabwehrraketen in Irak tätig gewesen sein sollen.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schlegel und Legationsrat I. Klasse Cappell konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 24. Mai 1988 vorgelegen.

2 Hat Ministerialdirigent Höynck am 20. Mai 1988 vorgelegen.

3 Hat in Vertretung des Ministerialdirektors Jelonek Ministerialdirigent Trumpf am 21. Mai 1988 vorgelegen.

4 Hat Staatssekretär Sudhoff am 24. Mai 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Schlegel am 25. Mai 1988 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] C[appell] wie bespr[ochen].“
Hat Legationsrat I. Klasse Cappell am 26. Mai 1988 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Habe am 25.5. BMWi IV B 4 (Dr. Stübel) den von StS gebilligten Antwortvorschlag zu Frage 102 u[nd] Billigung Antworten 100 und 101 mitgeteilt.“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel am 30. Mai 1988 vorgelegen.

5 Die Wörter „Herrn Bundesminister“ wurden von Vortragendem Legationsrat Schlegel gestrichen.

6 Dem Vorgang beigefügt. Mit Schreiben vom 6. Mai 1988 an das Bundeskanzleramt richtete der FDP-Abgeordnete Feldmann folgende Fragen an die Bundesregierung: „(100) Kann die Bundesregierung die Meldung der ‚Neue Presse Hannover‘ vom 5. Mai 1988 bestätigen, wonach der Irak im Besitz von 104 deutsch-französischen Roland-Raketen ist und bis zu 40 freigestellte MBB-Mitarbeiter als militärische Ausbilder und Berater der französischen Firma Euromissile, einer gemeinsamen Tochter von MBB und Aérospatiale, im Irak tätig gewesen sind? (101) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, zukünftig zu verhindern, daß im Rahmen der europäischen Rüstungskooperation deutsche Waffentechnik in Krisengebiete exportiert wird, und wie beurteilt sie diese Praxis? (102) Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf angesichts der Tatsache, daß Mitarbeiter deutscher Firmen in kriegführenden Ländern an militärischem Gerät ausbilden, das nach deutschen Gesetzen nicht exportiert werden dürfte?“ Vgl. Referat 424, Bd. 145914.

7 Dem Vorgang beigefügt. Mit Schreiben vom 18. Mai 1988 an das Auswärtige Amt übermittelte das Bundesministerium für Wirtschaft Antwortentwürfe für die schriftliche Anfrage des FDP-Abgeordneten Feldmann vom 5. Mai 1988. Vgl. Anm. 12 und 14.

8 Antwortentwurf.

9 Der Passus „AE-Entwurf gilt … gemacht werden“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „T[ermin] wurde von BMWi verlängert (Vormittag 25.5.).“

3) Sachstand

Die Roland-Flugabwehrrakete ist eine deutsch-französische Koproduktion (Euromissile-MBB), die vom deutsch-französischen Rüstungskooperationsabkommen[10] erfaßt wird. F exportiert die Roland-Raketen in eigener Verantwortung. Ein Veto-Recht seitens der Bundesregierung gegen französische Exporte besteht nicht. F hatte BMVg 1980 gemäß deutsch-französischem Rüstungskooperationsabkommen mitgeteilt, daß beabsichtigt sei, den Export von 4200 Flugkörpern Roland nach Irak zu genehmigen. BMVg hatte Bedenken der Bundesregierung gegen dieses Vorhaben vorgetragen. Es ist nicht bekannt, wie viele Roland-Raketen trotz der von uns vorgetragenen Bedenken nach Irak geliefert wurden. Botschaft Bagdad konnte feststellen, daß Irak seit 1985/86 von französischer Firma Euromissile mit Roland-Raketen beliefert wird, die u. a. zur Luftverteidigung Bagdads eingesetzt werden.

Botschaft Bagdad hat berichtet, daß nicht ausgeschlossen werden könne, daß deutsche Staatsangehörige aufgrund von Individualverträgen mit französischer Firma Euromissile im Irak tätig gewesen sind. Derzeit seien keine deutschen Staatsangehörigen für die Firma Euromissile im Irak tätig.[11]

4) Rechtslage

BMWi hat festgestellt, daß keine Genehmigungspflicht für die Aufnahme derartiger Tätigkeiten besteht. Es gibt auch keine Vorschriften, nach denen eine solche Tätigkeit deutscher Staatsangehöriger im Ausland verboten wäre. Nach geltender Rechtslage bestehe auch keine Möglichkeit, Mitarbeitern deutscher Firmen in kriegführenden Ländern die Ausbildung an militärischem Gerät zu untersagen.

Antwortentwürfe zu den ersten beiden Fragen (Nr. 100 und 101) berücksichtigen Informationsstand und Rechtslage und können von AA mitgetragen werden.[12]

10 Im Februar 1972 schlossen die Bundesrepublik und Frankreich eine Regierungsvereinbarung über die Ausfuhr von gemeinsam entwickelten und/oder gefertigten Kriegswaffen und sonstigem Rüstungsmaterial in dritte Länder. Vgl. VS-Bd. 9521 (422); B 150, Aktenkopien 1972. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, I, Dok. 17.

11 Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 520 des Botschafters Ellerkmann, Bagdad, vom 15. Mai 1988; Referat 424, Bd. 145914.

12 Am 18. Mai 1988 übermittelte das Bundesministerium für Wirtschaft folgende Antwortentwürfe für die ersten beiden Fragen des FDP-Abgeordneten Feldmann vom 6. Mai 1988: „Zu Frage 100: Nach Kenntnis der Bundesregierung ist das Raketenabwehrsystem ‚Roland' im Irak stationiert; es wird u. a. zur Luftverteidigung Bagdads eingesetzt. Über die Anzahl der im irakischen Besitz befindlichen Raketen ist die Bundesregierung jedoch nicht informiert. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß deutsche Staatsangehörige aufgrund von Individualverträgen mit der französischen Firma Euromissile im Irak tätig gewesen sind. Soweit der deutschen Botschaft in Bagdad jedoch bekannt ist, befinden sich derzeit keine deutschen Staatsangehörigen für die Fa. Euromissile im Irak. Zu ihren Informationsmöglichkeiten muß die Bundesregierung darauf hinweisen, daß weder eine Genehmigungspflicht für die Aufnahme derartiger Tätigkeiten besteht noch diese Personen verpflichtet sind, sich bei der zuständigen deutschen Auslandsvertretung nach Ankunft anzumelden. Zu Frage 101: Das Raketensystem ‚Roland' ist zwar ein deutsch-französisches Kooperationsprojekt, der Export in Drittstaaten erfolgt jedoch ausschließlich in französischer Verantwortung. Gegen französische Lieferungen dieser Waffen aus Gemeinschaftsproduktion in Länder, die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind, bestehen seitens der Bundesregierung erhebliche Einwände. Diese werden gemäß der deutsch-französischen Regierungsvereinbarung über die gemeinsame Produktion des Waffensystems ‚Roland' aus dem Jahre 1972 und der Nr. 6 der rüstungsexportkontrollpolitischen Grundsätze aus dem Jahre 1982 der französischen Regierung im Konsultationswege vorgetragen. Ein Vetorecht der Bundesregierung gegen französische Exporte besteht allerdings nicht." Vgl. Referat 424, Bd. 145914.
Für die Antworten des Parlamentarischen Staatssekretärs von Wartenberg, Bundesministerium für Wirtschaft, vom 1. Juni 1988 vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/2407, S. 13 f.

Antwortentwurf zu 3. Frage (Nr. 102), die auf Handlungsbedarf angesichts „Lücke“ im geltenden Recht abzielt, befriedigt aus Sicht AA nicht.

Die Frage, ob es wünschenswert wäre, eine an sich rechtlich mögliche Einführung einer Genehmigungspflicht durch Rechtsverordnung aufgrund von § 7 AWG[13] für bestimmte Fälle des Dienstleistungsverkehrs (z. B. militärische Beratungs- und Ausbildungsleistungen in kriegführenden Staaten durch deutsche Staatsangehörige) einzuführen, bedarf einer gründlichen Prüfung durch die Bundesregierung. AA, Ref. 424, hatte BMWi Ende April 1988 gebeten, diese Frage zu prüfen. Wir sollten das negative Ergebnis nicht schon vorab – wie im AE-Entwurf des BMWi – mitteilen. Die Haltung des AA hierzu müßte durch gesonderte Leitungsvorlage vorbereitet werden.

Deshalb sollte AE-Entwurf zu Frage 102[14] nach 1. Absatz[15] wie folgt ersetzt werden:[16]

„Die Frage, ob Auslandsaktivitäten – Dienstleistungen – von Inländern einer außenwirtschaftsrechtlichen Beschränkung unterworfen werden sollen, bedarf einer gründlichen Prüfung.“

D 3[17] und D 5[18] haben mitgezeichnet.

Schlegel

Referat 424, Bd. 145914

13 Für den Wortlaut des Paragraphen 7 des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 484.

14 Der erste Absatz des am 18. Mai 1988 vom Bundesministerium für Wirtschaft übermittelten Antwortentwurfs an den FDP-Abgeordneten Feldmann lautete: „Angesichts der Tatsache, daß die Ausreisefreiheit aus der Bundesrepublik Deutschland verfassungsrechtlichen Schutz genießt und der Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland genehmigungsfrei ist, besteht nach gegenwärtiger Rechtslage keine Möglichkeit, Mitarbeitern deutscher Firmen in kriegführenden Ländern die Ausbildung an militärischem Gerät zu untersagen.“ Der weitere Text lautete: „Nach § 7 Abs. 1 und 2 AWG wäre zwar eine Beschränkung derartiger Aktivitäten von Inländern denkbar, jedoch wären Beschränkungen dieser Art insbesondere aus folgenden Gründen sehr problematisch: Einmischung in die Angelegenheiten des fremden Staates; Fehlen direkter Sanktionsmöglichkeiten bei Zuwiderhandlungen; Schwierigkeiten bei der Abgrenzung der zu erfassenden Tätigkeiten; Leerlauf der Beschränkungen bei Aufgabe des inländischen Wohnsitzes durch die Mitarbeiter deutscher Firmen. Aus diesen Gründen ist in der Vergangenheit von einer außenwirtschaftsrechtlichen Beschränkung der Auslandsaktivitäten von Inländern abgesehen worden.“ Vgl. Referat 424, Bd. 145914.
Für die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs von Wartenberg, Bundesministerium für Wirtschaft, vom 1. Juni 1988 vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/2407, S. 14.

15 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Höynck handschriftlich eingefügt: „etwa“.

16 An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirigent Höynck handschriftlich: „Dafür spricht auch: 1) Der Industrie gegenüber eine gewisse abschreckende Wirkung. 2) Die vom BMWi angeführten Gründe in der Strichaufzählung überzeugen nur z[um] Teil.“

17 Reinhard Schlagintweit.

18 Jürgen Oesterhelt.

160

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas

VS-NfD **20. Mai 1988**[1]

Konsultationen von Bundesminister Genscher mit Außenminister Dumas am 20.5.1988 in Bonn

AM Dumas stattete BM am 20.5.1988 als erstem Amtskollegen nach seiner Ernennung zum Außenminister Frankreichs[2] einen Besuch ab. Im Verlauf der Konsultationen wurde AM auch vom Bundeskanzler empfangen. Nach Abschluß der Gespräche gaben BM und AM eine gemeinsame Pressekonferenz.

An dem Gespräch nahmen teil:

Auf deutscher Seite: D2[3], Dg41[4], Frau Siebourg.

Auf französischer Seite: Botschafter Boidevaix, Europadirektor Blot, Unterabteilungsleiter de Boissieu.

BM begrüßte AM herzlich und gab seiner Freude über die erneute Zusammenkunft Ausdruck. Die persönliche Verbundenheit aus der ersten Amtszeit von AM sei ein gutes Omen für die weitere Zusammenarbeit in einer wichtigen Phase der internationalen und bilateralen Beziehungen. Die gute Zusammenarbeit in der Vergangenheit habe zu wichtigen Initiativen in den deutsch-französischen Beziehungen, der Entwicklung in der EG und im Ost-West-Verhältnis geführt, deren Fortsetzung er sich im Interesse Europas wünsche.

BM fuhr fort, AM komme zu einem Zeitpunkt, wo die deutsche EG-Präsidentschaft zu Ende gehe. Das herausragende Ereignis der deutschen Präsidentschaft sei der Europäische Rat in Brüssel.[5]

In den letzten Monaten der Präsidentschaft richte sich unser Interesse darauf, daß vom Europäischen Rat in Hannover[6] wichtige Impulse ausgingen. Außer dem Europäischen Rat in Hannover stünden im Juni zwei weitere wichtige Konferenzen an: die NATO-Ministerratstagung in Madrid[7] und der Weltwirtschaftsgipfel in Toronto[8]. Für Hannover, Madrid und Toronto sei ein enger deutsch-französischer Schulterschluß wichtig. Er freue sich daher, daß AM nach Bonn gekommen sei.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 24. Mai 1988 gefertigt.
Hat Ministerialdirigent Trumpf am 25. Mai 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 412 verfügte und handschriftlich vermerkte: „S. 3." Vgl. Anm. 15.
Hat Vortragendem Legationsrat Zirpel am 26. Mai 1988 vorgelegen.

2 Roland Dumas wurde am 12. Mai 1988 zum französischen Außenminister ernannt.

3 Hermann Freiherr von Richthofen.

4 Jürgen Trumpf.

5 Zur außerordentlichen Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel vgl. Dok. 59.

6 Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 in Hannover vgl. Dok. 191.

7 Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1988 in Madrid vgl. Dok. 172 und Dok. 173.

8 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 19. bis 21. Juni 1988 in Toronto vgl. Dok. 181–184.

AM dankte BM als Vizekanzler und Bundesaußenminister für den herzlichen Empfang. Er gab seinerseits seiner ganz persönlichen Freude über das Wiedersehen mit BM Ausdruck. Auch er erinnerte sich gern an die früheren Begegnungen und die frühere Zusammenarbeit, die eine gute Grundlage für die weitere Zusammenarbeit bildeten. Die Umstände hätten es so gefügt, daß er rechtzeitig noch während der deutschen Präsidentschaft mit dem Blick auf den Europäischen Rat in Hannover nach Bonn komme. Das erinnere ihn an den Europäischen Rat in Fontainebleau.[9] Auch damals seien kräftige Vorarbeiten notwendig gewesen. BM habe bereits darauf hingewiesen, was für die Europapolitik der kommenden Monate wichtig sei. Zugleich gebe es einiges in den bilateralen Beziehungen zu tun: die Festlegung eines Termins für den nächsten deutsch-französischen Gipfel[10] sowie eines Termins für das nächste persönliche Treffen von Präsident Mitterrand mit Bundeskanzler Kohl. Außerhalb der bilateralen Beziehungen halte auch er die Umsetzung der Brüsseler Beschlüsse und die Vorbereitung auf die NATO-Ministerratstagung und den Weltwirtschaftsgipfel für vordringlich. Er stimme BM zu, daß hierfür ein enger deutsch-französischer Schulterschluß, eine gemeinsame Ansicht wichtig seien.

BM unterstrich, wie sehr wir es zu schätzen wüßten, daß AM seine erste Auslandsreise nach Bonn unternehme.

AM wiederholte, daß es ihm bei der Bewältigung der vor uns liegenden außenpolitischen Aufgaben in der Europapolitik, in den Ost-West-Beziehungen und in der Rüstungskontrolle und Abrüstung nicht nur um Zusammenarbeit, sondern auch um die gemeinsame Analyse und eine gemeinsame Vorbereitung gehe. Dabei werde sich herausstellen, daß es Gebiete gäbe, auf denen sich eine verstärkte Zusammenarbeit anbiete, während andere Gebiete dafür vielleicht noch nicht reif seien. Die deutsch-französische Zusammenarbeit sei gerade in der gegenwärtigen Weltlage und angesichts der künftigen Entwicklungen von großer Notwendigkeit. Daher liege ein großes Stück Arbeit vor uns. Für ihn sei es daher besonders wichtig gewesen, in Bonn zu beginnen, und er freue sich, daß ihn seine erste Auslandsreise hierher führe.

BM schlug vor, mit einer konkreten Frage anzufangen, nämlich mit der Abwicklung des GB-Ausgleichs. Er habe bereits in Paris auf die italienischen Probleme bei der Aufbringung der Mittel für den GB-Ausgleich hingewiesen.[11] Wie stehe F zu dem Lösungsvorschlag von GS Ersbøll?[12]

AM bat, darüber beim Mittagessen zu sprechen. Er sei noch nicht dazu gekommen, das Dossier durchzuarbeiten.

BM wies auf die beim EG-Rat am 24.5.1988 in Brüssel anstehenden Fragen hin:

– Umsetzung der Beschlüsse des Brüsseler Gipfels (Übergabe der anstehenden Themen an de Boissieu);

9 Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau vgl. AAPD 1984, II, Dok. 181.

10 Die deutsch-französischen Konsultationen fanden am 3./4. November 1988 statt. Vgl. dazu Dok. 313.

11 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Raimond am 22. Januar 1988; Dok. 27.

12 Der Generalsekretär des EG-Rats, Ersbøll, unterbreitete am 21. April 1988 im Ausschuß der Stellvertreter einen Vorschlag zur Berechnung der Ausgleichszahlungen für Großbritannien. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder vom 2. Mai 1988; Referat 412, Bd. 168711.

– Vorbereitung und Durchführung des Kooperationsrats mit Israel[13];
– Gemeinsame Erklärung EG/RGW[14].

An dieser Stelle wurde das ca. halbstündige Gespräch durch den Aufbruch von AM zum Bundeskanzler unterbrochen und nach Rückkehr von AM beim Mittagessen fortgesetzt.

Nach Vortrag von de Boissieu und Dg41 zum GB-Ausgleich äußerte *AM* seine grundsätzliche Bereitschaft zu einem Kompromiß auf der Basis des Ersbøll-Vorschlages. Er hob jedoch hervor, daß F aus haushaltsrechtlichen Gründen am Jahresende keine offene Position im Budget haben dürfe, d. h., es dürften keine über 1,4% hinausgehenden Zahlungsverpflichtungen für F entstehen.[15] Über die Einzelheiten werde Mme Cresson am 24.5.1988 im EG-Rat verhandeln.[16]

BM kam auf die in Paris mit AM erörterte gleichzeitige Ratifizierung der Zusatzprotokolle zum Élysée-Vertrag durch die französische Nationalversammlung und den Deutschen Bundestag[17] zurück. Nach Erörterung der Terminlage (letzte Sitzungswoche des Deutschen Bundestages vom 20. bis 25.6.1988, nach der Sommerpause erste Möglichkeit der Behandlung in der französischen Nationalversammlung nach der Budgetdebatte im Oktober) einigten sich BM und AM auf einen Termin im Oktober. BM wird den Bundestagspräsidenten[18] und die Fraktionsvorsitzenden[19] entsprechend unterrichten.

BM schlug weiter vor, die Politischen Direktoren[20] mit einer Untersuchung zu beauftragen, wie die Verbindung und die Zusammenarbeit der beiden Auswärtigen Dienste weiter verbessert werden könnte. Das Ergebnis dieser Untersuchung solle den Außenministern im Herbst vorgelegt werden. Er halte es für das gegenseitige Verständnis für außerordentlich wichtig, die seinerzeit mit AM eingeleitete

13 Der 6. Kooperationsrat EG – Israel auf der Ebene der Außenminister fand am 24. Mai 1988 in Brüssel statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1524 des Botschafters Ungerer, Brüssel (EG); Referat 413, Bd. 144878.

14 Zu den Gesprächen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 1, Anm. 18. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und Ministerialdirigent Trumpf vermerkten am 20. Mai 1988, daß sich die EG-Kommission und Vertreter des RGW am Vortag in Brüssel auf den Text einer Gemeinsamen Erklärung hätten verständigen können. Die Einbeziehung von Berlin (West) werde über eine Geltungsbereichsklausel sichergestellt. Der RGW habe „mündlich und schriftlich eine einseitige Unberührtheitserklärung (UBE) über die Nichtberührung des Vier-Mächte-Abkommens vom 3.9.1971 abgegeben". In materieller Hinsicht sehe die Gemeinsame Erklärung vor: „Aufnahme offizieller Beziehungen EG–RGW (Abs[atz] 1); Hinweise auf Kooperation EG–RGW (Abs. 2, 3, 4), aber keine substantiellen Aussagen zu Handel und Kooperation, diese sollen für die Abkommen der EG mit den einzelnen RGW-MS reserviert bleiben; Geltungsbereichsklausel." Vgl. Referat 411, Bd. 160461.
Die Gemeinsame Erklärung wurde am 25. Juni 1988 in Luxemburg unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 576 f.

15 Der Passus „grundsätzliche Bereitschaft … für F entstehen" wurde hervorgehoben. Vgl. Anm. 1.

16 Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), berichtete am 25. Mai 1988 über die EG-Ministerratstagung am Vortag in Brüssel. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1522; Referat 412, Bd. 168711.

17 Zum Stand der Ratifizierung der Protokolle vom 22. Januar 1988 zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 über die Schaffung eines deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrats bzw. über die Schaffung eines deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrats vgl. Dok. 101.

18 Philipp Jenninger.

19 Alfred Dregger (CDU), Wolfgang Mischnick (FDP), Regula Schmidt-Bott (Die Grünen) und Hans-Jochen Vogel (SPD) bzw. Helmut Lippelt, Regula Schmidt-Bott und Christa Vennegerts (alle Die Grünen).

20 Hermann Freiherr von Richthofen und Jean-François Noiville.

Entwicklung[21] energisch voranzutreiben. Die Zusammenarbeit müsse noch viel lebendiger werden. Der Personalaustausch und die Zusammenarbeit der Auslandsvertretungen einschließlich der technischen Dienste im Ausland sollten intensiviert werden.

AM stimmte diesem Vorschlag zu. *Blot* und *D2* wiesen auf die bereits erreichten Fortschritte hin.[22]

BM stimmte dem Vorschlag von AM, gemeinsame Analysen anzufertigen, zu, da nur bei gemeinsamen Analysen gemeinsame Ergebnisse erzielt werden könnten. Er wies in diesem Zusammenhang auf die Erarbeitung des Gesamtkonzepts zur Verteidigung, Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bündnis hin (auch zur Strategie, nicht nur zur Rüstungskontrolle und Abrüstung).[23] Präsident Mitterrand habe in verschiedenen Reden seine Auffassung dazu dargelegt. In den USA gebe es offiziöse und nichtoffiziöse Diskussionen. Es sei daher wichtig, zu analysieren, wie die Verteidigung auszusehen habe, was wir in der Rüstungskontrolle und Abrüstung wollten. Er schlage eine gemeinsame Analyse vor. Nach entsprechenden Vorarbeiten sollte im Herbst eine Klausurtagung nur zu diesem Thema mit den engsten Mitarbeitern abgehalten werden.

BM fuhr fort, die USA wollten in der NATO die Arbeiten zu diesem Thema beschleunigen, was aus der Sicht der Mitglieder der jetzigen Administration verständlich sei.[24] GS Lord Carrington glaube, im Herbst 1988[25] einen Zwischenbericht vorlegen zu können. Auf der NATO-Ministerratstagung in Madrid solle man über die künftige Entwicklung diskutieren und auf ein ausführliches Kommuniqué verzichten. Es genüge, auf frühere Kommuniqués und die Gipfelerklärung vom März 1988[26] Bezug zu nehmen. Die diesbezüglichen britischen Vorschläge erschienen bis auf einen Punkt vernünftig, der die Nichterwähnung Berlins betreffe. Das sei nicht akzeptabel; das Kommuniqué müsse wie üblich eine Berlin-Passage enthalten.

AM stimmte dem zu.

Blot wies auf die derzeit in Arbeit befindliche gemeinsame Analyse zur Lage in Osteuropa und den Ost-West-Beziehungen hin, die aufgrund eines Mandats des deutsch-französischen Gipfels erweitert werden könnte.[27] Er berichtete über die

21 Bundesminister Genscher und der französische Außenminister Dumas vereinbarten am 7. Januar 1986 in Paris Maßnahmen zur engeren Zusammenarbeit der diplomatischen Dienste. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 2.

22 Vortragender Legationsrat I. Klasse Holthoff resümierte am 13. September 1988 den Stand der administrativen Zusammenarbeit zwischen den Auswärtigen Diensten der Bundesrepublik und Frankreichs: „Die auf unserer Seite ernannten Koordinatoren (Dg 11, Dg 51) haben den franz[ösischen] Counterparts Vorschläge übermittelt. Erste Konsultationsrunde ist für Anfang September vereinbart (Dg 11 hat am 12./13.9. in Paris Gespräche geführt)." Vgl. Referat 203 (202), Bd. 151116.

23 Zur Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO vgl. Dok. 150.

24 Die Amtszeit des Präsidenten Reagan endete am 20. Januar 1989.

25 Korrigiert aus: „1989".

26 Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten vom 3. März 1988 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 18–21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 201–204. Vgl. dazu ferner Dok. 75.

27 Am 13. September 1988 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Holthoff zu den Arbeiten an einer deutsch-französischen Analyse der sowjetischen Innen- und Außenpolitik und zur Lage in Osteuropa: „Einigung über Text wurde am 12.9. erzielt. Das Papier soll nunmehr den Politischen Direktoren bis zu den nächsten Konsultationen am 7.10. zur zustimmenden Kenntnisnahme vorgelegt werden mit dem Ziel der Vorlage über die Minister an die Staats- bzw. Regierungschefs anläßlich der nächsten deutsch-französischen Konsultationen am 3./4.11.1988. Dg 21 und Europadirektor Blot haben sich als zwei-

von ihm und D2 während der Unterbrechung des Gesprächs angestellte Überlegung, auf der Basis einer gemeinsamen Analyse in einigen Bereichen der Beziehungen zur Sowjetunion gemeinsam vorzugehen, z.B. gemeinsame Angebote bei der Ausbildung von Führungskräften und der Sicherheit von Kernkraftanlagen in der Sowjetunion zu unterbreiten. *D2* wies zusätzlich auf Nuklearforschung und Modernisierung der sowjetischen Konsumgüterindustrie hin. *BM* und *AM* stimmten diesen Gedanken zu.

Auf die Sicherheitspolitik und die Schlüsselrolle von D und F bei der Mitgestaltung westlicher Positionen in allen wichtigen Fragen, die Europa betreffen, zurückkommend, unterstrich *BM* die Notwendigkeit, die Meinungsbildung über das Gesamtkonzept gemeinsam voranzutreiben.

AM stimmte dem zu und sprach sich dafür aus, auf diesem Wege gemeinsam voranzuschreiten, betonte aber, daß dabei auch die Risiken untersucht werden müßten. Dies wäre eine der ersten Aufgaben des neugeschaffenen Rates für Verteidigung und Sicherheit. Daher sei die Ratifikation der Zusatzprotokolle zum Élysée-Vertrag sehr dringlich. Der Rat für Verteidigung und Sicherheit eröffne die Möglichkeit, die Aufgaben zu viert festzulegen, einschließlich einer Risikoanalyse.

BM sprach sich dafür aus, mit den notwendigen Arbeiten nicht bis zur Konstituierung des Rates für Verteidigung und Sicherheit[28] zu warten.

AM berichtete, daß er mit dem Bundeskanzler über einen Termin für den deutsch-französischen Gipfel gesprochen habe. Er stellte fest, daß es sehr schwierig sei, noch einen Termin im Sommer zu finden. Was die persönliche Begegnung zwischen Präsident Mitterrand und dem Bundeskanzler angehe, so habe er mit dem Bundeskanzler darin übereingestimmt, daß diese bald stattfinden sollte. Ein geeigneter Termin muß noch vereinbart werden.

BM schlug vorbehaltlich einer Abstimmung mit dem Bundeskanzler vor, den deutsch-französischen Gipfel im September in Paris abzuhalten. Ein früherer Termin wäre, so wünschenswert dies sei, angesichts der zahlreichen Terminverpflichtungen im Juni/Juli kaum zu verwirklichen.

BM wies darauf hin, daß er im Juli an den Bayreuther Festspielen[29] teilnehmen werde, und gab zu erwägen, unter Umständen in Bayreuth zu einem weiteren Gespräch zusammenzutreffen. *AM* nahm diesen Gedanken positiv auf.

Auf die Sicherheitspolitik zurückkommend, fuhr *BM* fort, im nuklearen Bereich wäre es wichtig, eine konzeptionelle Verständigung zwischen D und F über die künftige Struktur der für die Sicherheit Europas erforderlichen Nuklearwaffen herbeizuführen. Wir fänden, daß diese auch von Europa her definiert werden müßte. Die Amerikaner sprächen viel darüber, doch sollte ihre Definition auch den europäischen Interessen Rechnung tragen.

AM wies auf die strategische Dimension der Nuklearwaffen hin, die unberührt bleibe.

Fortsetzung Fußnote von Seite 869

ten Schritt dahingehend verständigt, nunmehr eine Harmonisierung ihrer Analyse des sowjetischen Europakonzepts (‚Europäisches Haus') in Angriff zu nehmen." Vgl. Referat 203 (202), Bd. 151116.

28 Der deutsch-französische Rat für Verteidigung und Sicherheit konstituierte sich am Rande der deutsch-französischen Konsultationen am 19./20 April 1989 in Paris. Vgl. dazu AAPD 1989.

29 Die Bayreuther Festspiele fanden vom 26. Juli bis 29. August 1988 statt.

BM und *AM* stellten übereinstimmend fest, daß die USA über die strategische Dimension nur mit den Sowjets sprechen; auf dem Moskauer Gipfel[30] werde es zwar noch kein Abkommen über eine 50%ige Reduzierung der strategischen Waffen geben, doch würden diese Verhandlungen auch nach dem Gipfel fortgesetzt werden.

BM wies darauf hin, daß der amerikanische Senat die START-Verhandlungen durch die Konzentration auf die Verifikation bei den Anhörungen über das INF-Abkommen gebremst habe.[31]

AM wies darauf hin, daß der Rhythmus der Abrüstungsverhandlungen von den beiden Großmächten abhänge und den Europäern vorgegeben sei. Der Abrüstungsprozeß sei durch die doppelte Null-Lösung verändert worden.[32] Durch START werde eine weitere Veränderung eintreten. Die Natur der Abrüstung müsse neu durchdacht werden. Da die eigenen französischen Nuklearwaffen durch die von F eingenommene konsequente Haltung von den nuklearen Abrüstungsverhandlungen nicht betroffen seien, könne man den Ausgang dieser Verhandlungen der beiden Großmächte in Ruhe abwarten. Wenn diese Verhandlungen nicht vorankämen, brauche man keine neuen Überlegungen anzustellen; wenn es in diesen Verhandlungen aber Fortschritte gebe, müsse man darüber sprechen. Das schließe aber nicht aus, über die anderen Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion zu sprechen, z.B. über den ganzen Bereich der konventionellen Abrüstung und das weltweite Verbot chemischer Waffen. Bisher seien nicht alle Möglichkeiten der Diskussion ausgeschöpft worden. Wir sollten gemeinsam überlegen, wie das Gespräch über Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle vorangebracht werden könnte, besonders im Bereich der konventionellen und der chemischen Waffen. Der Westen solle die Sowjetunion mit ihren Abrüstungskonzepten testen und eigene Konzepte entwickeln, wie man zu Abkommen gelangen könnte.

BM unterstrich die Notwendigkeit, die Struktur der nuklearen Waffen in Europa zu untersuchen. Darüber sowie über die Frage, was zur Abschreckung gehöre, was wir brauchten, um die Abschreckung mit dem Ziel der Kriegsverhütung glaubwürdig zu erhalten, sollte eine gemeinsame Analyse erarbeitet werden. Präsident Mitterrand habe dazu Gedanken geäußert, die wir interessant fänden.

AM: Die Aachener Rede von Präsident Mitterrand![33]

BM: Ja, und danach.

Hinweis in diesem Zusammenhang auf die große Zahl in Europa stationierter nuklearer Sprengköpfe. AM habe im übrigen recht, daß wir uns auf die konventionelle Stabilität konzentrieren sollten entsprechend den Grundsätzen, die

30 Zum Treffen des Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

31 Zum Stand der Ratifizierung des amerikanisch-sowjetischen INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 123, Anm. 42.

32 Vgl. dazu den amerikanisch-sowjetischen INF-Vertrag vom 8. Dezember 1987; UNTS, Bd. 1657, S. 4–595. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 18–30 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1987, II, Dok. 360.

33 Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 20. Oktober 1987 in Aachen vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1987 (September/Oktober), S. 136–140. Für den deutschen Wortlaut vgl. FRANKREICH-INFO, Nr. 30 vom 30. Oktober 1987, S. 1–11. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, II, Dok. 294.

die NATO dazu 1986 beschlossen habe[34], d.h. nicht nur auf die zahlenmäßigen Ungleichgewichte, sondern auch auf die anderen Disparitäten. Ebenso wichtig sei das weltweite Verbot chemischer Waffen. Gemeinsame deutsch-französische Überlegungen seien wichtig für die Beratungen in der WEU und im Bündnis.

AM stimmte dem zu. Bei den konventionellen Waffen gebe es mehrere Aspekte, quantitative und qualitative. Die Analyse sollte von den gegenwärtig vorhandenen Waffen in allen Kategorien ausgehen und die vorhandenen Potentiale darstellen. Hierzu gäbe es voneinander abweichende Zahlen. Die Experten sollten prüfen, was wirklich auf beiden Seiten vorhanden sei. Im qualitativen Bereich sollte die Analyse den Verteidigungs- bzw. Offensivcharakter von Waffen herausarbeiten, da die Natur der Waffen von großer Bedeutung sei. Dann sollten Methoden und Sichtweisen für das Herangehen an die Herstellung konventioneller Stabilität in Europa ausgearbeitet werden. Er halte es für erforderlich, daß wir selbst Vorschläge machten und initiativ würden und nicht nur auf die Vorschläge der anderen Seite reagierten. Wir müßten darstellen, welche Reduktionen wir wollten, was auf einer bestimmten Ebene reduziert werden solle, welche Waffenkategorien verändert werden müßten, um die Angriffsfähigkeit zu beseitigen. Dazu brauchten D und F eine gemeinsame Definition des Herangehens. Es sei überdies notwendig, eine Frist zu setzen, in der wirkliche konventionelle Abrüstung in Europa beginne.

AM wies sodann auf die Fragen der Modernisierung und die einer sogenannten dritten Null-Lösung hin. Präsident Mitterrand habe auf die Notwendigkeit hingewiesen, ernsthaft über die Reduzierung konventioneller Waffen zu verhandeln. F sei im Prinzip nicht gegen eine Modernisierung, wenn diese notwendig sei.

BM wies auf die Notwendigkeit hin, beim Wiener Folgetreffen[35] und bei den Wiener Mandatsverhandlungen[36] nunmehr beschleunigt zu einem ausgewogenen und substantiellen Ergebnis in allen Körben zu gelangen[37]. Er warnte davor, in eine falsche Logik zu verfallen und den Beginn der Verhandlungen über konventionelle Stabilität in Europa durch ein Überziehen der Forderungen im Bereich der menschlichen Dimension zu verzögern.

D2 und *Blot* wiesen auf die Verabredung hin, in Wien in der Endphase die noch offenen Fragen gemeinsam anzugehen. Dem wurde zugestimmt.

BM schlug vor, daß AM und er notfalls gemeinsam nach Wien gehen sollten, um die Dinge voranzubringen. *AM* nahm das positiv auf.[38]

AM dankte BM für den herzlichen Empfang und das gute Gespräch.

Referat 412, Bd. 168711

34 Vgl. dazu die „Brüsseler Erklärung über konventionelle Rüstungskontrolle“ des NATO-Ministerrats vom 11./12. Dezember 1986; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 77–79.

35 Zum Stand der KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 153.

36 Zum Stand der Gespräche zwischen NATO und Warschauer Pakt über ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 138, Anm. 4.

37 Korrigiert aus: „erlangen“.

38 Bundesminister Genscher und der französische Außenminister Dumas nahmen an der Plenarsitzung der KSZE-Folgekonferenz am 1. Juli 1988 in Wien teil. Vgl. dazu Dok. 196.

161

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Giesder

231-321.15 USA **24. Mai 1988**[1]

Betr.: Deutsch-amerikanische MR-Konsultationen in Washington am 19. Mai 1988

Das Gespräch mit Botschafter (ASS[2]) Schifter, dem Leiter der Abteilung für MR und humanitäre Fragen im State Department – dem die Erörterung einzelner Teilaspekte mit Mitarbeitern seiner Abt. voranging – läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

1) Erster von mir angeschnittener Punkt war die Erweiterung der Frauenrechtskommission (FRK) von 32 auf 43 Mitglieder und mögliche Auswirkungen auf die MRK[3]. Die von der FRK im Konsens mit Res. Entwurf XIII[4] vorgeschlagene Ausweitung auf die Größe der MRK wäre für den Westen akzeptabel, weil bei grundsätzlichen Bedenken gegen die Ausweitung des VN-Apparats durch die Erhöhung der Zahl der WEOG-Sitze von acht auf zehn der westliche Anteil ungefähr gewahrt bliebe. Die „Gruppe der 77“ hat jedoch in einem Abänderungs-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Giesder über Ministerialdirigent Bazing an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen „mit der Anregung der Vorlage bei StS“ geleitet.
Hat Bazing am 1. Juni 1988 vorgelegen.
Hat Richthofen vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 6. Juni 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Zeisler verfügte.
Hat Zeisler am 6. Juni 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Sudhoff und den Rücklauf an Referat 231 verfügte.
Hat Sudhoff am 6. Juni 1988 vorgelegen.
Hat Giesder am 1. Juli 1988 erneut vorgelegen.

2 Assistant Secretary of State.

3 Menschenrechtskommission.
Vortragender Legationsrat Dröge notierte am 6. April 1988: „Die Frauenrechtskommission der VN wurde bereits 1946 gegründet. Sie hat die Aufgabe, die Rechte der Frauen auf allen Gebieten zu fördern, und ist ein Unterorgan des Wirtschafts- und Sozialrats der VN (ECOSOC). Derzeit sind 32 Regierungen in der FRK vertreten. […] Aus der EG sind derzeit Frankreich, Italien und Griechenland Mitglied. Die Bundesrepublik Deutschland war 1976–1980 und 1984–87 Mitglied, sie hat gegenwärtig Beobachter-Status.“ Dröge fuhr fort, daß die VN-Frauenrechtskommission (FRK) auf ihrer Tagung vom 14. bis 23. März 1988 in Wien beschlossen habe, die Zahl der Mitglieder von 32 auf 43 zu erweitern: „Forderungen der afrikanischen und lateinamerikanischen Gruppe nach einem für sie günstigeren Schlüssel als in der Menschenrechtskommission wurden von der westlichen Gruppe (vor allem USA) als auch von der östlichen entschieden abgelehnt, so daß die FRK in Zukunft die gleiche geographische Sitzverteilung wie die Menschenrechtskommission haben wird.“ Demnach kämen künftig elf Mitglieder aus Afrika, neun aus Asien, acht aus Lateinamerika, fünf aus Osteuropa und zehn aus der westlichen Gruppe (WEOG). Vgl. Referat 231, Bd. 148244.

4 Am 23. März 1988 billigte die VN-Frauenrechtskommission (FRK) in Wien den Entwurf einer Resolution Nr. XIII des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECOSOC) mit dem Ziel, die FRK entsprechend der Zusammensetzung der VN-Menschenrechtskommission von 32 auf 43 Mitglieder zu vergrößern. Für den Wortlaut des Entwurfs vgl. COMMISSION ON THE STATUS OF WOMEN. Report on the Thirty-second Session (14—23 March 1988). Economic and Social Council. Official Records, 1988. Supplement Nr. 5, New York 1990, S. 26.

antrag die Umverteilung der Sitze in „equitable geographical distribution" vorgeschlagen. Würde dieser Antrag mit Stimmenmehrheit der Dritten Welt angenommen, würde die Zahl der westlichen Sitze auf sieben zurückgehen. Die osteuropäische Gruppe würde ebenfalls Sitze verlieren. Da ein Kompromiß auf dieser Sitzung nicht zu erreichen sein dürfte, hat der belgische Vizevorsitzende vorgeschlagen, das Thema auf den ECOSOC 1989 zu vertagen, um der FRK Gelegenheit zu ergänzender Stellungnahme und den Regionalgruppen die Möglichkeit bilateraler Konsultationen zu geben. Die USA widerstrebten dieser Vertagung, weil die US-Delegationsleiterin bei der FRK, Maureen Reagan, die Erweiterung unter der jetzigen Administration[5] durchsetzen möchte. Die Umverteilung der Sitze in der FRK würde, wie von Radikalen in der „Gruppe der 77" eingeräumt wird, Antrag auf Verteilung der Sitze auch in der MRK nach praktisch arithmetischem Schlüssel zur Folge haben. Dadurch würde die Zahl der WEOG-Sitze in der MRK von zehn auf maximal sieben zurückgehen und damit die westliche Position erheblich geschwächt werden. Deshalb bäten wir die Amerikaner, die Erweiterung der FRK im VN-Gesamtrahmen und nicht nur als Problem einer Kommission zu sehen.

Schifter und seine Mitarbeiter erkannten sogleich die Bedeutung des Problems vor allem hinsichtlich der Auswirkungen auf die Zusammensetzung der MRK. Schifter und Mitarbeiter wollten sich umgehend mit der Abteilung Internationale Organisationen in Verbindung setzen. Auch nach Schifters Meinung wäre die Vertagung der ECOSOC-Entscheidung um ein Jahr die beste Lösung.

2) Wir erörterten dann die MRK-Mission nach Kuba.[6] Ich übermittelte die Bitte des westlichen Vertreters, Botschafter Lillis (Irland), ihm möglichst konkretes Material über bekannt gewordene MR-Verletzungen in Kuba zu übermitteln.[7] Außerdem müßten wir in diesem Falle die Linie äußerster Sparsamkeit verlassen und der Mission nicht nur die Mittel für die fünftägige Reise nach Kuba zur Verfügung stellen, sondern auch für ein oder zwei Anhörungen vor der Abreise (z. B. in Genf) sowie ein oder zwei Sitzungen zur Redaktion des Berichts an die MRK, der möglicherweise in eine Mehrheits- und in eine Minderheitsmeinung zerfallen werde. Schifter sah das Problem wie wir. Er sagte zu, daß die USA wie

5 Die Amtszeit des Präsidenten Reagan endete am 20. Januar 1989.

6 Auf der 44. Sitzung der VN-Menschenrechtskommission vom 1. Februar bis 11. März 1988 in Genf legten die USA den Entwurf für eine Resolution zur Lage der Menschenrechte in Kuba vor. Vortragender Legationsrat I. Klasse Giesder vermerkte am 16. März 1988, die USA hätten den Entwurf am vorletzten Sitzungstag zurückgezogen, „nachdem ARG, KOL, MEX und Peru die Kommission mit einer Kuba abgerungenen Einladung an den MRK-Vorsitzenden Sène und je ein Mitglied aus jeder der fünf Regionalgruppen zur Überprüfung der MR-Lage im Lande überrascht hatten. Schnell wurde klar, daß bei Ablehnung dieses Vorschlags der Res.-Entwurf der USA keine Mehrheit mehr finden würde. Es blieb nur der Weg, den Besuch der Gruppe soweit wie möglich in den Rahmen der anerkannten Prozeduren der MRK einzufügen. Diesem Ziel diente eine Erklärung des Vorsitzenden Sene, in der er auf das Erfordernis des freien Zugangs zu allen Örtlichkeiten und Personen ausdrücklich hinwies. Die Entscheidung über die Annahme der ‚Einladung' wurde ohne Abstimmung angenommen." Vgl. Referat 231, Bd. 148125.

7 Legationssekretär Gebele notierte am 2. Mai 1988, daß der irische Ständige Vertreter beim Büro der Vereinten Nationen in Genf, Lillis, gegenüber Ministerialdirigent von Schubert und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Giesder am 29. April 1988 die Bitte geäußert habe, „ihn auch weiterhin mit Informationen und Material zu versorgen". Seines Erachtens werde „besonders die Qualität des vorab vorliegenden Materials von entscheidender Bedeutung für den Erfolg der MRK-Mission nach Kuba sein. Er wiederholte Bitte, deutsche NGOs um baldige Übermittlung ihres Kuba-MR-Materials zu ersuchen". Vgl. Referat 231, Bd. 148167.

wir der Mission alle Möglichkeiten zur Verfügung stellen müßten, auch wenn keine Illusionen darüber bestünden, wie wenig herauskommen werde.[8]

3) Schifter wiederholte die (schon mehrfach geäußerte) amerikanische Bitte, wir möchten bei der Wahl zur MRK in der lateinamerikanischen Gruppe nicht Kuba und Nicaragua unsere Stimme geben. Ich wies auf unsere bei früheren Demarchen abgegebene Erklärung hin, daß wir unsere drei Stimmen für Costa Rica, Guatemala und Kolumbien vorgesehen hätten.[9]

4) Zur Lage in EL Salvador sagte Schifter, der Erfolg der rechten ARENA-Partei bei den kürzlichen Wahlen[10] sei entsprechend demokratischen Spielregeln erfolgt. Es käme jetzt darauf an, wer die Richtung der ARENA bestimme. Auch bei ARENA gäbe es einen gemäßigten, nicht zu d'Aubusson neigenden Flügel. Während D'Aubuisson für die USA nicht akzeptabel sei, werde man wahrscheinlich mit Cristiani auskommen können. Die Christlichen Demokraten seien in keiner guten Verfassung. Die Familie Duarte, wenn auch nicht der Präsident selbst, werde der Korruption verdächtigt. Im Hinblick auf die Präsidentenwahl[11] (bei der Duarte aufgrund der Verfassung[12] und seiner Gesundheit nicht wieder kandidieren könne) sei CD gespalten. Vielleicht habe die soziale Umschichtung in den oberen Klassen mäßigenden Einfluß. Die alte Oligarchie habe ihre Latifundien verkauft und lebe in den USA. Die neue Oberschicht bestehe aus Kaufleuten und Angehörigen der freien Berufe, die demokratischen Auffassungen zugänglicher seien. Sehr wichtig sei auch die Frage, ob und wie weit die FMLN und ihre pol. Exponenten (Ungo) am demokratischen Prozeß teilnehmen wollten. Ohne ihre politische Einbindung werde ELS nicht zur Ruhe kommen.

Ich habe dieser Einschätzung zugestimmt, aber auch auf die Berichterstattung unserer Botschaft hingewiesen, die sich über die Entwicklung der MR-Lage besorgt geäußert hat.[13]

8 Der Besuch einer Delegation der VN-Menschenrechtskommission in Kuba fand vom 16. bis 25. September 1988 statt. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 2101 des Botschafters Dannenbring, Genf (Internationale Organisationen), vom 6. Oktober 1988; Referat 231, Bd. 148167.

9 Am 26. Mai 1988 wählte der VN-Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) in New York aus der Gruppe lateinamerikanischer und karibischer Staaten Kolumbien, Kuba und Panama für drei Jahre ab dem 1. Januar 1988 in die MRK. Für den Beschluß 1988/150 vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS OF THE ECONOMIC AND SOCIAL COUNCIL. Organizational Session for 1988, New York, 2–5 February and 3 March 1988. First Regular Session of 1988, New York, 3–27 May 1988. Economic and Social Council. Official Records, 1988. Supplement Nr. 1, New York 1988, S. 55.

10 Am 20. März 1988 fanden in El Salvador Wahlen zum Parlament statt. Botschafter Heymer, San Salvador, berichtete am 19. Mai 1988, daß das Endergebnis wegen eines schwebenden Streits zwischen der Partido Demócrata Cristiano (PDC) und der Alianza Republicana Nacionalista (ARENA) über einen Sitz im Departement La Unión noch nicht feststehe. Jedoch habe die PDC „eine schwere, möglicherweise vernichtende Niederlage" erlitten: „Während die PDC 1985 52,3% und ARENA nur 29,6% der (gültigen) Stimmen erhielt, hat sich das Verhältnis der Anteile jetzt fast umgekehrt: Der Stimmenanteil der PDC beträgt nur noch 35% gegenüber 48% der ARENA." Vgl. den Schriftbericht Nr. 216; Referat 331, Bd. 143910.

11 Die Präsidentschaftswahlen in El Salvador fanden am 19. März 1989 statt.

12 Artikel 154 der Verfassung von El Salvador vom 15. Dezember 1983 legte die Amtszeit des Präsidenten auf fünf Jahre ohne Möglichkeit der Wiederwahl fest. Vgl. dazu http://www.constitutionnet.org/ vl/item/constitution-republic-el-salvador.

13 Legationsrat I. Klasse Schäfer, San Salvador, teilte am 2. Mai 1988 mit, daß sich im Gefolge der Parlamentswahlen die innenpolitische Krise zugespitzt habe: „Seit den Wahlen am 20.3. haben Gewalttaten von rechts und links sprunghaft zugenommen. Rechtsextremen Todesschwadronen wird Großteil der Ermordungen und Folterungen zugeschrieben. FMLN versucht ihrerseits, Klima der Unsicherheit durch Bombenanschläge, Morde etc. zu schüren. Staatsstreich durch unzufriedene Militärs ist nicht mehr auszuschließen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 128; Referat 231, Bd. 148158.

5) Chile: Schifter sagte, die Regierung Pinochet habe die vier US-Bedingungen für das Plebiszit[14] bis jetzt erfüllt, nämlich:

– mindestens 6 Mio. eingetragene Wähler (z. Zt. 6 1/2);
– Opposition müsse im Wahlkampf Zugang zu den Medien haben (es erscheinen Oppositionszeitungen, Opposition habe Zugang zum Fernsehen);
– Wahlen müßten frei von Furcht und Einschüchterung sein (treffe bisher zu);
– Stimmenauszählung müsse fair sein (Regierung habe den drei Oppositionsparteien je einen Wahlbeobachter in jedem Wahllokal konzediert).

Pinochet werde als Kandidat beim Plebiszit aufgestellt werden, selbst wenn er zunächst in der „gesetzgebenden" (vierköpfigen) Junta nur auf seine eigene Stimme rechnen könne. Kritischer für ihn sei die Forderung des Marine-Befehlshabers, Admiral Merino, daß der Kandidat Zivilist sein müsse. Werde Pinochet sein Amt als Heeres-Befehlshaber aufgeben oder nicht kandidieren und lieber als mächtiger Mann im Hintergrund bleiben? Auf meine Frage meinte Schifter, Pinochet habe sich in seiner vierzehnjährigen Herrschaft unter den führenden Offizieren eine solche Loyalität aufgebaut, daß er nicht Oberbefehlshaber bleiben müsse, um des Heeres sicher zu sein. Das Militär halte eng zusammen. Dies erschwere Kenntnis und Aufklärung von MR-Verletzungen. Nach neuesten Umfragen hätten sich nur 30% der Befragten für die Verlängerung der Präsidentschaft von Pinochet ausgesprochen, 40% dagegen, 30% unentschieden. Bei dem in diesem Fall erforderlichen Wahlgang käme es darauf an, daß die Opposition sich auf einen gemeinsamen Kandidaten verständige, sonst würde Pinochet wohl gewählt werden.

Ein Problem aus MR-Sicht sei die Amnestie am Ende der Militärherrschaft. In Argentinien, wo das Militär abgewirtschaftet hatte, mußte die Regierung Alfonsín recht bald den „punto final" setzen.[15] In Brasilien ist eine justizielle Nachprüfung der Militärherrschaft erst gar nicht versucht worden. In Chile werde es auf die Haltung der kath. Kirche ankommen, die im Gegensatz zu ARG und BRA sich für die Achtung der MR eingesetzt habe und breiter Achtung gewiß sei. Kardinal Silva habe ihm, Schifter, sehr vorsichtig gesagt: „The army as an

14 Artikel 25 in Verbindung mit den Übergangsbestimmungen der chilenischen Verfassung vom 11. September 1980 legte die Amtszeit des Präsidenten Pinochet auf weitere acht Jahre fest. Nach Ablauf dieser Periode sollte in einer Volksabstimmung über einen von den Oberbefehlshabern der Streitkräfte und der Polizei vorzuschlagenden Präsidentschaftskandidaten abgestimmt werden. Botschaftsrat Spohn, Santiago de Chile, berichtete am 1. Juni 1988, daß eine Entscheidung über die Benennung des Kandidaten und das Datum des Plebiszits „formell noch nicht getroffen" worden sei: „Neu ist, daß sich Pinochet erstmals im April deutlich als Kandidat zu erkennen gegeben hat. […] Die politischen Bedingungen verbessern sich langsam: Die Zahl der Einschreibungen wächst, die politischen Freiräume haben sich erweitert, wenn auch von einer Gleichheit der Bedingungen nicht ernsthaft gesprochen werden kann. Aufmerksame Beobachtung bleibt geboten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 283; Referat 330, Bd. 142930.

15 Botschafter Graf Finck von Finckenstein, Buenos Aires, berichtete am 13. Januar 1987, der argentinische Präsident Alfonsín habe „nur zwei Tage vor Weihnachten im Eilverfahren das juristisch und politisch umstrittene Gesetz über den Schlußstrich unter die Strafverfahren wegen Menschenrechtsverletzungen in der Zeit der Repression durch den Kongreß gebracht […] und den Militärs als Geste der Aussöhnung auf den Gabentisch gelegt". Denn der Präsident habe „mit seiner Initiative seine Glaubwürdigkeit gegenüber den Menschenrechtsorganisationen und gegenüber der Linken und der liberalen Minderheit aufs Spiel gesetzt, ohne dafür das Vertrauen der Militärs und ihre Zufriedenstellung wirklich zu gewinnen. Die Entscheidung über Fortgang oder Ende der Menschenrechtsprozesse liegt jetzt vor allem in den Händen der Gerichte, die nunmehr auf ihre Weise damit begonnen haben, ihre Unabhängigkeit zu demonstrieren." Vgl. den Drahtbericht Nr. 34; Referat 330, Bd. 142755.

institution should not be prosecuted." Schifter ist der Auffassung, daß – so sehr man die Nichtahndung von MR-Verletzungen bedauern müsse – man Chile mit übertriebenen Forderungen nicht in neue Schwierigkeiten treiben dürfe. Eine Amnestie könne den Übergang zur Demokratie erleichtern.

6) Bulgarien: Schifter vertrat die Ansicht, daß das gute Verhältnis zwischen Regime und Griechisch-Orthodoxer Kirche und Islamischer Geistlichkeit hauptsächlich darauf zurückzuführen sei, daß beide hundertprozentig die Partei-Linie unterstützten. Er habe dies bei seinem Besuch in BUL selbst erlebt. Die harte Linie des Regimes gegenüber den übrigen Kirchen und gegenüber der türkischen Minderheit sei ihm, Schifter, unverständlich. Die bulgarischen Kommunisten seien die einzigen im Ostblock, die bei freien Wahlen eine Erfolgschance hätten, weil sie das Land wirtschaftlich beträchtlich vorwärts gebracht hätten. Dies habe er bulgarischen Ministern auch gesagt.

7) Sowjetunion: Schifter erkundigte sich nach den neuesten Ausreisezahlen für Deutsche, die ich ihm mitteilte.[16] Bei Juden betrage die April-Ziffer 1055. Nach Schifters Meinung dürften die erfreulichen Zahlen für Deutsche, Juden und Armenier nicht darüber hinwegtäuschen, daß aufgrund des Erfordernisses der Verwandtschaft ersten Grades für die übrigen gewöhnlichen Sowjetbürger die Ausreise so gut wie unmöglich geworden sei, da großzügige Ausnahmen nur für die drei „Nationalitäten" gemacht würden.

Bei den Gründen für die sowjetische Konzessionsbereitschaft stimmten wir überein, daß außenpolitisches Entgegenkommen ebenso wichtig sei wie der Wunsch, einen unruhigen Bevölkerungsteil loszuwerden. Die Ausreiseerlaubnis für deutsche Pfingstkirchler schwäche zugleich die Stellung ihrer russischen Glaubensbrüder.

Schifter berichtete dann einige erstaunliche Beispiele für die neuerdings der US-Botschaft und ihm bei seinen Besuchen in Moskau möglichen Kontakte. Als Gründe für die größere Offenheit glaubt Schifter neben der wirtschaftlichen Notwendigkeit zwei für Gorbatschow wichtige Elemente zu erkennen:

– Durch öffentliche Kritik in Medien erhalte die Führung Kenntnis von Mißständen, die auf dem „beschönigenden" Verwaltungswege „oben" nie bekannt geworden wären.
– Gorbatschow behandle bewußt Intelligentsia und akademische Berufe selektiv auf „liberale" Weise, um sich diese Bevölkerungsgruppen als Stützen seines Kurses zu verpflichten und sie zugleich im Zaum zu halten.

8) Polen: Die Lage sei total verfahren. Neben der katholischen Kirche gebe es keine Autorität. Primas Glemp repräsentiere nur bedingt Episkopat und Geistlichkeit. Auf Fragen nach den Nahzielen habe ihm Kardinal Macharski gesagt,

16 Vortragender Legationsrat Mulack vermerkte am 31. Mai 1988: „Die positive Entwicklung der Ausreisezahlen Deutscher aus der Sowjetunion hat sich auch in diesem Jahr fortgesetzt (Januar 1655, Februar 2253, März 1681, April 2909). Die sowjetischen Behörden erteilen Ausreisegenehmigungen entsprechend der neuen sowjetischen Ein- und Ausreiseverordnung in aller Regel nur bei nahem Verwandtschaftsverhältnis (inkl. Familienzusammenführung von Geschwistern). Allerdings wenden sie die restriktiven Vorschriften der Verordnung nicht so konsequent an, wie befürchtet worden war. Immerhin hatten nach Erhebungen des Deutschen Roten Kreuzes von den 14 488 Aussiedlern des Jahres 1987 913 (6,4 %) nur entfernte Verwandte oder Bekannte im Bundesgebiet. Im Januar 1988 betrug der entsprechende Anteil 5,1 %, im Februar 1988 4,7 %." Vgl. Referat 231, Bd. 148107.

„eine Gewerkschaft", Wałęsa, „den freien Markt". Ohne Änderung des Wirtschaftssystems in Richtung freier Markt sei eine wirtschaftliche – und damit politische – Gesundung nicht möglich. Der Staat zahle nicht (bzw. mit wertlosem Geld), der Arbeiter arbeite nicht. Wałęsa habe ihm, Schifter, gesagt, selbst bei einem Appell des Papstes[17] würden die Polen höchstens zwei Tage arbeiten. Falsch sei gewesen, Solidarność als Gewerkschaft in den Betrieben zu zerschlagen, dafür existiere sie um so mehr als politische Bewegung weiter.

9) Im engeren MR-Bereich waren wir uns in der Hoffnung einig, daß die Verlängerung des Mandats bei den Sonderberichterstattern zu phänomenorientierten Themen von einem auf zwei Jahre[18] zur Stärkung dieser Institution beitragen möge. Die SBE seien – neben den Staatenberichten – ein wichtiges Mittel zur Überprüfung der Verwirklichung der MR. Deshalb hätten die USA – nach Schifter – neben der Arbeitsgruppe auch einen SBE zur religiösen Intoleranz für notwendig gehalten.

Schifter setzte sich dann für die bessere Kontrolle der Unterkommission (UK) ein. Ich verwies auf die von uns zu diesem Thema initiierte und nun viele Hindernisse gesteuerte Resolution auf der letzten (44.) MRK[19] hin.[20] Die UK sei lange von der MRK ignoriert worden und habe sich unter Vernachlässigung ihres Auftrags als beratendes Expertengremium zu einer Art Parallelorgan neben der MRK entwickelt, in der mehr politische als fachliche Themen behandelt würden. Außerdem sei die UK ein „Selbstbedienungsladen" ihrer Mitglieder für immer neue Studien geworden, mit der die MRK laufend zu weiteren Kodifikationen gedrängt werde. Schifter setzte sich für enge Koordinierung unserer Bemühungen ein. Ich stimmte ihm zu, weil nur durch gemeinsame Aktion Aussicht auf Erfolg bestehe, die UK auf ihr eigentliches (Berater-)Mandat zurückzuführen.

17 Johannes Paul II.

18 Am 12. März 1988 informierte Bundesminister a. D. Jäger, z. Z. Genf, über den Ausbau der Verfahrensmechanismen der VN-Menschenrechtskommission: „Das bedeutsamste Ergebnis in diesem Bereich ist die Grundsatzentscheidung, dem ECOSOC die Verlängerung der Mandate der thematischen Berichterstatter (über Folter, summarische Hinrichtungen, religiöse Intoleranz, Söldner und die Zusammenarbeit mit Südafrika) auf zwei Jahre vorzuschlagen. Dies rationalisiert die Prozeduren, entlastet das Sekretariat und vermeidet den Leerlauf zwischen der Entscheidung der Menschenrechtskommission zur Mandatsverlängerung und der Bestätigung dieser Entscheidung durch den ECOSOC. Die Berichterstatter werden aber wie bisher jährlich einen Bericht vorlegen. Die westliche Gruppe war, nach anfänglichen amerikanischen Vorbehalten, darin einig, daß die Verlängerung der Mandate zu Südafrika und Söldnern auf zwei Jahre ein akzeptabler Preis für die Verlängerung der Mandate war, an denen der Westen ein hauptsächliches Interesse hat." Vgl. den Drahtbericht Nr. 648; Referat 231, Bd. 148125.
Für den Wortlaut der Resolution Nr. 1988/30 vom 8. März 1988 vgl. COMMISSION ON HUMAN RIGHTS. Report on the Fourty-fourth Session. (1 February–11 March 1988). Economic and Social Council. Official Records, 1988. Supplement Nr. 2, New York 1988, S. 85.

19 Bundesminister a. D. Jäger, z. Z. Genf, resümierte am 12. März 1988 den Verlauf der Debatte über die Arbeit der Unterkommission der VN-Menschenrechtskommission auf deren Sitzung vom 1. Februar bis 11. März 1988 in Genf: „Nach sorgfältiger Vorbereitung in der westlichen Gruppe wurde der in diesem Jahr von uns (traditionell von Belgien) eingebrachte Resolutionsentwurf über die Arbeit der Unterkommission im Konsens angenommen. Die Sow[jetunion] zeigte auch hier konstruktives Interesse. Die Resolution bezweckt, die Unterkommission künftig stärker an ihr Mandat zu binden und einige der Mißstände, die sich insbesondere in den letzten Sitzungen gezeigt haben, abzustellen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 648; Referat 231, Bd. 148125.
Für den Wortlaut der Resolution Nr. 1988/43 vgl. COMMISSION ON HUMAN RIGHTS. Report on the Fourty-fourth Session. (1 February–11 March 1988). Economic and Social Council. Official Records, 1988. Supplement Nr. 2, New York 1988, S. 103–107.

20 So in der Vorlage.

10) Das Gespräch, das fast zwei – und mit Vorgesprächen fast drei – Stunden dauerte, verlief in sehr angenehmer und offener Atmosphäre. Schifter betonte am Schluß, als er um Grüße an BM a. D. Dr. Jaeger und Dg 23[21] bat, die Notwendigkeit häufigerer Konsultationen. Ich meine, wir sollten ihn beim Wort nehmen.

gez. Giesder

Referat 231, Bd. 148107

162

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-12571/88 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 715
Citissime

Aufgabe: 26. Mai 1988, 23.50 Uhr[1]
Ankunft: 27. Mai 1988, 00.40 Uhr

Betr.: DPC-Ministersitzung 26./27.5.88;
hier: Sitzung mit beschränktem Teilnehmerkreis am 26.5.88

1) GS Lord Carrington eröffnete die Sitzung mit einem kurzen Rückblick auf seine vierjährige Tätigkeit als NATO-GS und einigen Anmerkungen zur TO des DPC.

Seine Hauptaufgabe sei seit seinem Amtsantritt im Juni 1984 gewesen, die Glaubwürdigkeit der Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit des Bündnisses zu erhalten und den Zusammenhalt und die Geschlossenheit des Bündnisses zu bewahren, wobei der Verbund Europa – USA ständige Aufmerksamkeit erfordere.

Von den die Politik des Bündnisses beeinflussenden äußeren Faktoren müsse er die Ernennung Gorbatschows zum GS der KPdSU[2] als Hauptereignis nennen.

Mit Gorbatschow hätte sich nicht nur die Qualität der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen stark verändert – die bevorstehende dritte Gipfelbegegnung Reagan – Gorbatschow[3] sei hierfür Beleg –, sondern in der sowjetischen Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik hätten sich Entwicklungen und Öffnungen ergeben, die sich nach außen vor allem in der Rüstungskontrolle und Abrüstung niedergeschlagen hätten – mit Auswirkungen auf die West-Ost-Beziehungen und auf das sicherheitspolitische Umfeld. Zusammenarbeit und Solidarität des

21 Hans-Peter Bazing.

1 Das von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher, z. Z. Brüssel, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 19.

2 Michail Sergejewitsch Gorbatschow wurde am 11. März 1985 Generalsekretär des ZK der KPdSU. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 59.

3 Zum Treffen des Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

Bündnisses seien in dieser Zeit von besonderer Bedeutung und hätten schließlich auch den Abschluß des INF-Vertrages ermöglicht. Das Bündnis sei gefordert, Solidarität auch in Zukunft und angesichts einer in der Öffentlichkeit abnehmenden Bedrohungsperzeption zu bewahren. Leider hätten sich die militärischen Realitäten in der SU und im WP bisher nicht geändert.

Die Pflege der transatlantischen Beziehungen werde auch in Zukunft hohe Priorität haben. Bei seinem kürzlichen Besuch in Washington sei ihm im Gespräch mit Kongreßmitgliedern klar geworden, daß es sich bei dem Thema Lastenteilung[4] nicht nur um die zyklische Wiederkehr eines alten Themas handele, sondern daß hierüber in den USA unüberhörbar und heftiger als zuvor diskutiert werde. Seit 1984 sei hierzu im Bündnis aber einiges erreicht worden: Eine bessere Koordination der Verteidigungsleistungen im Bündnis insgesamt (Stichwort „Conventional Defence Improvements")[5], eine erhebliche Steigerung der Mittel für die Infrastruktur[6], verbesserte Verfahren für Koordinierung und Abwicklung in der Rüstungszuammenarbeit (Stichwort „Conventional Armaments Planning System"), Fortschritte in Richtung auf einen militärischen Bündnisbeitrag Spaniens[7]. Allerdings werde ein Mangel an Mitteln für die Verteidigungsfähigkeit das Bündnis in den nächsten Jahren begleiten: Nach dem Aufschwung in den Verteidigungshaushalten zu Beginn der 80er Jahre sei der Rückgang unübersehbar.

Die den Ministern vorliegenden Streitkräfteziele[8] enthielten Verbesserungen. Alle Regierungen seien aufgerufen, diese Ziele auch in die Tat umzusetzen. Konventionelle Stärke und Solidarität des Bündnisses bildeten auch die notwendige Grundlage für künftige Verhandlungen über konventionelle Stabilität in Europa.

Das Thema Lastenteilung umfasse zwei Probleme: Zum einen handele es sich um ein Perzeptionsproblem in der amerikanischen Öffentlichkeit, der die europäischen Leistungen und Anstrengungen verdeutlicht werden müßten, ohne daß

4 Zur Frage der Lastenteilung innerhalb der NATO vgl. Dok. 83, Anm. 24.

5 Die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO verabschiedete am 22. Mai 1985 in Brüssel ein Programm zur Stärkung der konventionellen Verteidigung für die Jahre 1987 bis 1992 („Conventional Defence Improvements"). Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 141.

6 Am 16. Mai 1984 beschloß die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO in Brüssel das NATO-Infrastrukturprogramm 1985–1990 (Common-funded Infrastructure Programme). Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 142.

7 Am 7. April 1988 vermerkte Referat 201, daß Spanien verstärkt in den NATO-Gremien mitarbeite. Die Ausgestaltung des spanischen Bündnisbeitrags sei in Zusammenarbeit mit Vertretern der NATO erfolgt und habe sich auf die Bereiche „Force Planning", „Roles and Missions" und „Exercises" konzentriert. Ferner würden die spanischen Streitkräfte Aufgaben zur Landesverteidigung und zur Kontrolle der Straße von Gibraltar sowie See- und Luftoperationen im westlichen Mittelmeer und im östlichen Atlantik übernehmen." Vgl. Referat 201, Bd. 143367.

8 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete am 27. Mai 1988, daß NATO-Generalsekretär Lord Carrington in der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 26./27. Mai 1988 in Brüssel den Tagesordnungspunkt „Streitkräfteziele" mit dem Hinweis eingeleitet habe, „daß die zur Verabschiedung anstehenden Streitkräfteziele 1989–94 auf die Schlüsselgebiete der Initiative zur Steigerung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit ausgerichtet seien. Mit den neu eingeführten Langfristzielen sei ein weiterer Schritt zur Verbesserung des Verfahrens erzielt worden. […] In der anschließenden Aussprache brachten die Minister ihre Zustimmung zum General Report zum Ausdruck, wiesen auf die nationalen Verteidigungsleistungen und auf die Herausforderungen hin, die die Streitkräfteziele darstellen, erklärten ihre Entschlossenheit, die Streitkräfteziele zu implementieren, wobei sich die Implementierung angesichts ökonomischer Probleme und knapper werdender Ressourcen in zahlreichen Ländern schwierig gestalte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 725; VS-Bd. 12110 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

dies zu einer Frontstellung Europa – USA führe. Zum anderen seien konkrete Taten erforderlich.

Hierzu wolle er jetzt nur die Stichworte „Verlegung des 401. US-Geschwaders“[9] und „Regelung der Infrastrukturproblematik“[10] nennen. Er müsse hier auch das Problem der Luftverteidigung in der europäischen Zentralregion erwähnen (d. h. belgische Nichtteilnahme an Patriot). Eine von ihm eingesetzte Arbeitsgruppe habe noch keine Fortschritte erzielen können. Für alle eventuellen Lösungsmöglichkeiten bitte er die Minister um Aufgeschlossenheit (dies vor allem mit Blick auf Belgien).

2) GS erteilte dann dem Vorsitzenden des Militärausschusses das Wort. Dessen Erklärung wird im Wortlaut mit separatem FS übermittelt.[11]

3) Aus der Diskussion der Minister ist festzuhalten:

US-VM Carlucci erklärte zum bevorstehenden Moskauer Gipfel, man habe wieder die bewährte TO mit den vier Themen Menschenrechte, bilaterale Fragen, Regionalprobleme, Rüstungskontrolle vereinbart. Es sei ein Erfolg, daß sich die SU dem Thema „Menschenrechte“ nicht mehr entziehe – und der sowjetische Truppenabzug aus Afghanistan[12] sei Ergebnis der Erörterung des Themas „Regionalprobleme“. In der Rüstungskontrolle rechne er mit Fortschritten bei allgemeinen Verifikationsfragen, mit einem fruchtbaren Dialog über CW, mit einer substantiellen Annäherung beim „Threshold Test Ban Treaty“[13]. Ein START-Abkommen werde nicht unterschriftenreif sein, doch seien zahlreiche Fortschritte erreicht worden. Vor allem zwei Probleme blieben: Für mobile ICBM hätte noch kein Verifikationsverfahren vereinbart werden können, und eine Einigung in Moskau sei nicht wahrscheinlich. Auch die SLCM-Problematik sei noch nicht gelöst: Die USA seien zu verifizierbaren Begrenzungen bereit, aber die Verifikationsfrage sei schwierig. Eventuell komme es in Moskau zum Austausch einseitiger Erklärungen.

Insgesamt werde der Dialog fortgesetzt; die Stimmung sei gut.

9 Zur Verlegung eines Geschwaders amerikanischer Kampfflugzeuge von Spanien nach Italien vgl. Dok. 112, Anm. 10.
Referat 201 hielt am 31. Mai 1988 fest, die USA und Spanien hätten sich auf einen Abzug des 401. US-Kampfgeschwaders bis 1991 geeinigt: „Es wird erwartet, daß sich Italien bereit erklären wird, das 401. US-Geschwader in Süditalien (Reggio di Calabria) aufzunehmen.“ Die Mehrzahl der NATO-Mitgliedstaaten sei bereit, „die Verlegungskosten innerhalb des Plafonds für das Gesamtprogramm der NATO-Infrastruktur unterzubringen. BM Scholz hat auf der DPC-Ministersitzung am 26.5.1988 offiziell dem Vorschlag zugestimmt, die Verlegungskosten aus der gemeinsamen NATO-Infrastruktur zu finanzieren. zu der wir mit 26,7 % beitragen. Gleichzeitig bat BM Scholz jedoch um einen Aufschub der Entscheidung zur Finanzierungsfrage, da diese Entscheidung gem[äß] unserem nationalen Verfahren erst in der Dezember-Sitzung möglich ist. Dem schlossen sich aus unterschiedlichen Gründen B, DK und NL an.“ Vgl. Referat 201, Bd. 143498.

10 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), teilte am 27. Mai 1988 mit, daß der amerikanische Verteidigungsminister Carlucci in der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am Vortag in Brüssel darauf hingewiesen habe, er gebe seine Zustimmung zum Kommuniqué in dem Verständnis ab, daß die Finanzierung der Verlegung des amerikanischen 401. Kampfgeschwaders nach Italien das gemeinsame Infrastrukturprogamm nicht belaste. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 722; Referat 201, Bd. 143450.

11 Für die Äußerungen des Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses, Altenburg, in der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO in Brüssel vgl. den Drahtbericht Nr. 713/714 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 26. Mai 1988; Referat 201, Bd. 143450.

12 Zum Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan vgl. Dok. 107.

13 Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über einen nuklearen Teststopp in Genf vgl. Dok. 11, Anm. 24.

Er, Carlucci, werde am Rande des Gipfels mit SU-VM Jasow zusammentreffen, der ihn übrigens zu einem bilateralen Besuch in die SU eingeladen habe. Er, Carlucci, habe allerdings klargestellt, daß er nicht der Unterhändler für Rüstungskontrolle sei. Er werde vor allem zwei Themen mit Jasow ansprechen:

– Verhinderung militärischer Zwischenfälle. Hier sei SU bereit, in Zukunft nicht mehr zu schießen, was einen großen Fortschritt darstelle.
– Diskussion über Militärdoktrin. Keine Verhandlung, aber Darlegung und Erläuterung. Dabei habe sowjetische Seite allerdings Schwierigkeiten, ihre angeblich defensive Doktrin im einzelnen zu erklären, während US-Seite darauf verweise, der beste Beleg für eine Änderung der sowjetischen Doktrin sei eine Änderung der sowjetischen Streitkräftestrukturen. Er, Carlucci, müsse nach seinem Gespräch mit Jasow im März in Bern[14] feststellen, daß sich im Grunde nur die sowjetische Selbstdarstellung, nicht aber die sowjetische Doktrin geändert habe. Die sowjetische Rüstung wachse um mindestens drei Prozent jährlich.

Die Ratifizierung des INF-Vertrages durch den Senat noch in dieser Woche sei wahrscheinlich[15] und damit auch der Austausch der Ratifikationsurkunden während des Moskauer Gipfels.

Zum Golf verwies Carlucci auf das amerikanische Angebot zum Schutz der Schiffahrt, soweit hierum gebeten werde.[16] Iran spüre zunehmende Isolierung. US strebten Folgeresolution zu 598[17] an. Dem stehe aber SU-Haltung entgegen.

Zur Diskussion über die Lastenteilung im Bündnis erklärte Carlucci, es erfülle ihn mit Sorge, daß in der amerikanischen Öffentlichkeit mit Fingern auf die Europäer gezeigt werde. Er habe sich dem entgegengestellt, denn eine Konfrontation wäre schädlich für das Bündnis. Auf der anderen Seite sei die Erörterung der Teilung von „roles, risks and responsibilities“ im Bündnis legitim. Eine kooperative Behandlung dieses Themas im Bündnis könne durchaus eine posi-

14 Der amerikanische Verteidigungsminister Carlucci und der sowjetische Verteidigungsminister Jasow trafen am 16./17. April 1988 zusammen.

15 Zum Stand der Ratifizierung des amerikanisch-sowjetischen INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 123, Anm. 42.
Der amerikanische Senat billigte den amerikanisch-sowjetischen INF-Vertrag am 27. Mai 1988 mit 93 gegen fünf Stimmen. Dazu hieß es in der Presse, der Senat habe mit Blick auf die erweiterte Auslegung des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972 durch die amerikanische Regierung zugleich „eine Bestimmung in die Ratifizierungsentschließung aufgenommen, die künftige Neuinterpretationen des INF-Vertrags durch die Regierung von der Zustimmung des Senats abhängig macht. […] Ohne Gegenstimme verabschiedete der Senat ferner einen von den Außenministern Shultz und Schewardnadse vor zwei Wochen ausgehandelten Vertragszusatz, wonach das Abkommen auch Waffen mit Technologie der Zukunft betreffe. In einem weiteren Zusatz wird die Regierung aufgefordert, sich bei dem angestrebten Vertrag über die weitreichenden Atomwaffen (START) die Option offenzuhalten, konventionelle luft- und seegestützte Marschflugkörper zu behalten.“ Vgl. dazu den Artikel „Der Senat ratifiziert den INF-Vertrag“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 28. Mai 1988, S. 2.

16 Am 3. Mai 1988 übergab die amerikanische Botschaft im Auswärtigen Amt den Text einer Erklärung des amerikanischen Verteidigungsministers Carlucci vom 29. April 1988, in der dieser die Bereitschaft der USA bekannt gab, „den Schutz ihrer Kriegsschiffe auch auf nicht-amerikanische Handelsschiffe im Golf auszudehnen“. Ministerialdirektor Jelonek notierte dazu am 13. Mai 1988, daß es in einer Weisung des amerikanischen Außenministeriums dazu hieß, „Voraussetzung für US-Schutzangebot sei, daß der Flaggenstaat vorab mitteile, keine Einwände gegen solche Hilfe zu haben. […] Schließlich wird in der Weisung an die US-Botschaften darum gebeten, daß die in der Demarche anzusprechenden Staaten um starke öffentliche Unterstützung für neues US-Konzept ersucht werden sollten.“ Vgl. Referat 311, Bd. 154135.

17 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 1, Anm. 33.

tive Tendenz haben. Die Administration lege die Leistungen der Verbündeten ausführlich dar. Sie strebe an, von einer rein finanziellen Betrachtungsweise zu einer Betrachtung unter dem Aspekt „Stärkung der Sicherheit" zu gelangen, wobei es aber auch auf einige echte Steigerungen ankomme.

Deshalb sei eine Lösung in der Frage der Verlegung des 401. US-Geschwaders ebenso wichtig wie eine befriedigende Lösung der Infrastrukturfinanzierung. Der Kongreß verfolge diese Fragen sehr aufmerksam. 1988 werde es im Kongreß sehr wahrscheinlich keine Initiative für einen Truppenabzug aus Europa geben. Doch seien einige kollektive und konkrete Ergebnisse der Lastenteilungs-Diskussion erforderlich.

I-VM Zanone würdigte die Leistungen Lord Carringtons und äußerte Hoffnung auf konkrete Fortschritte auf dem Moskauer Gipfel. Es komme jetzt darauf an, alle Anstrengungen auf die Erreichung konventioneller Stabilität in Europa auf möglichst niedrigem Niveau zu richten. Die Inspektionen gemäß Stockholmer KVAE-Dokument[18] liefen sehr gut. Es gelte, die Invasionsfähigkeit des WP abzubauen. Auf dem Wiener KSZE-Folgetreffen gehe es um Fortschritte in allen Bereichen. In der Lastenteilungs-Diskussion gehe es um politische und finanzielle Beiträge. I erbringe Leistungen im Golf und in der Entwicklungshilfe mit dem Ziel einer Stabilisierung in Krisengebieten. I hoffe auf mehr Verständnis in der US-Öffentlichkeit für europäische Leistungen unter Berücksichtigung der spezifisch europäischen Verhältnisse. Die Bemühungen zur Stärkung des europäischen Pfeilers im Bündnis hätten auch das Ziel, vorhandene Ressourcen besser zu nutzen.

GB-VM Younger: Bei den Themen Verteidigungsfähigkeit und Lastenteilung sei das Bündnis Opfer seiner eigenen Erfolge. Der INF-Vertrag stelle einen Triumph für die Solidarität des Bündnisses auf der Grundlage solider Verteidigungsfähigkeit dar, die Voraussetzung für einen konstruktiven Dialog mit dem Osten und für weitere Abrüstungserfolge bilde. Es sei richtig gewesen, auf der Grundlage der Stärke mit dem Osten zu verhandeln.

[19]Jedoch könnten der INF-Erfolg und die Politik Gorbatschows in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, es gebe kaum noch eine Bedrohung. Die Gorbatschow'schen Reformversuche seien zu begrüßen, wir sollten aber im Westen realistisch und wachsam bleiben. Die Modernisierung des sowjetischen Nuklearpotentials werde fortgesetzt, an der sowjetischen Militärdoktrin habe sich nichts geändert. Die Streitkräfte des Bündnisses müßten deshalb weiterhin in der Lage sein, das Bündnisgebiet wirksam zu verteidigen. Für konventionelle Rüstungskontrolle gelte, daß asymmetrische Ergebnisse erzielt werden müßten. Rüstungskontrolle stelle eine langfristige Perspektive für die westliche Sicherheit zu geringeren Kosten dar. Zunächst gehe es aber um eine bessere Nutzung der vorhandenen Ressourcen und in einigen Fällen auch um echte Steigerungen der Verteidigungsfähigkeit. GB halte an der Modernisierung seines konventionellen und nuklearen Potentials fest. Zur Lastenteilungs-Diskussion mache man sich Sorgen über die sehr enge Betrachtungsweise des Schroeder-

18 Für den Wortlaut des „Dokuments der Stockholmer Konferenz" vom 19. September 1986 vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253.

19 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 716 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Panels.[20] Er danke der US-Administration für die Würdigung der europäischen Leistungen. Der europäische Beitrag sei anders und höher als finanziell meßbar. GB sei bereit, der Administration beim Management der Lastenteilung behilflich zu sein. Es sei klar, daß das Bündnis adäquate Beiträge erbringen müsse. Man müsse jedoch realistisch bleiben und sich nicht überhöhte Ziele setzen. Der beschlossene Bericht des Bündnisses[21] müsse alle Aspekte des Lastenteilungs-Problems enthalten. Verbesserungen seien denkbar: Vielleicht könnten vorhandene nationale Streitkräfte zusätzlich dem Bündnis zur Verfügung gestellt werden. Über die Verlegung des 401. Geschwaders müsse jetzt entschieden werden. Man solle auch den spanischen militärischen Beitrag zum Bündnis nicht vergessen. Ein in Sicherheitsfragen geeinteres Europa stelle in sich einen Beitrag zur Lastenteilung dar. In der WEU beschäftige man sich mit einer größeren Zusammenarbeit der Europäer. Die WEU habe sich auch als Forum für eine Konsultation der Europäer zum Golf als nützlich erwiesen. Schließlich müsse auch der französische Beitrag zur Vorneverteidigung in Süddeutschland gewürdigt werden.

BM Prof. Scholz dankte Carlucci für dessen Bericht über den amerikanisch-sowjetischen Dialog in Fragen der Sicherheitspolitik und insbesondere der Rüstungskontrolle.

– Die Bundesregierung begrüße die Anstrengungen der USA, ein Abkommen mit der Sowjetunion über 50prozentige Reduzierungen ihrer strategischen Offensivwaffen zu erreichen. Ein derartiges Abkommen liege auch im besonderen Interesse der europäischen Verbündeten der Vereinigten Staaten: Eine Reduzierung um 50 Prozent werde die Bedrohung, die von den sowjetischen strategischen Waffen für Europa ausgehe, vermindern.

  Reduzierungen bei den strategischen Offensivwaffen würden darüber hinaus die Möglichkeiten der Sowjetunion einschränken, den Abbau der Mittelstreckensysteme durch strategische Systeme zu kompensieren.

– Hierzu wolle er noch einige Bemerkungen anfügen:

  Wir wüßten, daß die Sowjets die Aufstockung ihrer mobilen strategischen Systeme, also der SS-24 und SS-25 mit variablen Reichweiten zwischen 3000 und 9000 km betreiben. Schon eine begrenzte Zahl von SS-24 könnte die Zieloptio-

20 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Moltke, hielt am 31. März 1988 fest, daß die amerikanische Kongreßabgeordnete Schroeder als Vorsitzende des Unterausschusses „Military Personnel and Compensation" des Verteidigungsausschusses des Repräsentantenhauses seit Anfang Februar Anhörungen zum Thema „Lastenteilung" durchführe. Sie habe sich „seit Jahren für Kürzung der Verteidigungsausgaben eingesetzt und 1986 auch einen Antrag auf Reduzierung der US-Truppen im Ausland eingebracht. In den Anhörungen zum Thema ‚Lastenteilung' hat sie eine vorgefaßte Meinung erkennbar werden lassen und wenig Bereitschaft gezeigt, auf sachliche Argumente einzugehen. Ihr Ziel ist es, die Übernahme größerer Verteidigungslasten anderer Länder (besonders Japans und der Bundesrepublik Deutschland) zu erreichen, die den USA ihrerseits eine Reduzierung der Verteidigungsausgaben erlauben würden. In letzter Zeit hat sie sich wiederholt kritisch über den unbefriedigenden Beitrag der Europäer geäußert." Vgl. Referat 201, Bd. 143494.

21 Vgl. dazu Ziffer 4) des Kommuniqués der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 26./27. Mai 1988 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 94. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 407.
Die Executive Working Group der NATO legte am 30. Juni 1988 den ersten Entwurf „The Alliance Collective Defence Effort. Shared Roles, Risks and Responsibilities in the Alliance" vor. Vgl. dazu Referat 201, Bd. 143492.

nen der zur Vernichtung bestimmten SS-20-Systeme in Westeuropa übernehmen.

Es liege daher im europäischen Interesse, die mobilen landgestützten Interkontinentalraketen entweder zu verbieten oder hinsichtlich Anzahl und Stationierungsorten eng zu begrenzen.

Bei den nuklearen see- und luftgestützten Marschflugkörpern und ihren Träger- bzw. Abschuß-Systemen werde man sich über Zählkriterien und Reichweitenspektren verständigen müssen, die es erlaubten, auch künftig – insbesondere nach Implementierung des INF-Abkommens – die Sowjetunion von Westeuropa aus durch hinsichtlich Anzahl und Stationierung ausreichend flexible Optionen in Schach zu halten.

– Er begrüße es, daß es AM Shultz während seines letzten Treffens mit seinem sowjetischen Kollegen[22] gelungen sei, noch bestehende Probleme im Hinblick auf den INF-Vertrag zu lösen und damit die Voraussetzung zu schaffen für eine baldige Ratifizierung – möglichst noch vor dem Gipfel. In der Bundesrepublik Deutschland sei der Ratifizierungsprozeß abgeschlossen. Der Deutsche Bundestag habe dem „Stationierungsländerübereinkommen“[23] einstimmig zugestimmt. Er habe damit ein unmißverständliches politisches Signal dafür gesetzt, daß der INF-Vertrag von allen politischen Parteien unterstützt werde.

  Damit sei auch deutlich geworden, daß man in der Bundesrepublik Deutschland diesen Vertrag nicht nur als bilateralen Vertrag der USA und der Sowjetunion verstehe, sondern auch als einen Vertrag des ganzen Bündnisses sehe.

NL-VM van Eekelen regte an, daß sich das Bündnis mit der Rolle der Militärs in der SU befasse. Zur Zeit stünden sie offenbar noch hinter Gorbatschow. Dies könnte sich dann ändern, wenn Gorbatschow eines Tages den Verteidigungshaushalt beschneide. Das Bündnis sollte sich auch auf eine eventuelle Rückverlegung von ein bis zwei SU-Divisionen aus Osteuropa einstellen. Eine solche Geste würde die westliche Öffentlichkeit beeindrucken. Seine, van Eekelens, Reaktion wäre: Dies ist zu begrüßen, reicht aber nicht aus. Unserer Öffentlichkeit müsse auch erläutert werden, warum die USA jetzt selbst an die Einführung mobiler ICBM dächten, nachdem sie vorher der SU ein Verbot vorgeschlagen hätten. Das Vorgehen der US-Administration in der Lastenteilungs-Diskussion sei vernünftig und konstruktiv. Es müsse jedoch stärker der Output gemessen werden, denn eine wesentliche Erhöhung der Verteidigungshaushalte komme für kaum ein Land in Frage.

Nur ein bescheidenes, stetiges Anwachsen der Verteidigungshaushalte über die Jahre hinweg sei realistisch. Er habe zwar Verständnis für die geforderte Erhöhung des Infrastrukturprogrammes, müsse aber vor Verdrängungseffekten warnen. Für NL bedeute eine Erhöhung seines Beitrages zur Infrastruktur zugleich eine Reduzierung bei den Beschaffungsprogrammen. Der im Bündnis zu erstellende Bericht über die Lastenteilung sei als solcher wohl ebenso wichtig

22 Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 11./12. Mai 1988 in Genf vgl. Dok. 152.

23 Zur Ratifizierung des Stationierungsländerübereinkommens vom 11. Dezember 1987 vgl. Dok. 152, Anm. 27.

wie sein Ergebnis. Man solle hierbei nicht zu hoch zielen. Zur WEU wolle er noch nachtragen, das sie eine Brücke darstelle zwischen dem Bündnis und Frankreich und zugleich ein Forum für die Erörterung von „Out-of-area"-Aktivitäten. In der WEU selbst sei klar, welche Bedeutung der Stärkung des Bündnisses zukomme.

E-VM Serra erklärte, die Lastenteilungsdiskussion sei so alt wie das Bündnis. Guter Wille werde von allen gefordert und auch gezeigt. Letzten Endes gehe es um die Setzung von Prioritäten. Es handele sich um einen fortlaufenden Prozeß, der alle Länder, nicht nur die Europäer, betreffe. E hoffe, durch den zur Zeit im Bündnis diskutierten Beitrag Es zum Bündnis eine Entlastung der Diskussion zu bewirken.

NWG-VM Holst begrüßte den amerikanisch-sowjetischen Dialog und die bevorstehende Ratifizierung des INF-Vertrages.

NWG sei an einer SLCM-Regelung im Rahmen von START interessiert und wolle vermeiden, daß im Norden ein „Wettlauf auf dem Wasser" stattfinde. Der West-Ost-Dialog dürfe nicht nur auf die USA und die SU begrenzt werden. Alle Bündnispartner müßten an ihm teilnehmen. Bei der konventionellen Rüstungskontrolle komme es darauf an, die Fähigkeit der SU zu Überraschungsangriffen und zur Invasion abzubauen. Bei dem Problem der Lastenteilung gehe es um Perzeptionen und Realitäten, beides ließe sich verbessern.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 12110 (201)

163

Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem Staatssekretär im pakistanischen Außenministerium, Sattar

430-321.15 PAK **27. Mai 1988**[1]

Herrn Staatssekretär[2] mit der Bitte um Genehmigung

Arbeitsessen StS Dr. Sudhoff mit dem pakistanischen Foreign Secretary Abdul Sattar am 27.5.1988

Arbeitsessen fand am 27.5.88 im Anschluß an Gespräch mit StS Dr. Sudhoff/Foreign Secretary Sattar (weitere Teilnehmer: Botschafter Masud und D3[3]) von 12.30 bis 14.00 Uhr im Blauen Salon statt. Runde wurde ergänzt durch BR Shadani, Dg23[4], RL 301[5], RL 340[6]. Themen während des Essens waren Afgha-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elias am 30. Mai 1988 gefertigt.
2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 30. Mai 1988 vorgelegen.
3 Reinhard Schlagintweit.
4 Hans-Peter Bazing.
5 Klaus Zehentner.
6 Jürgen Elias.

nistan und Indien, im kleineren Kreis war im wesentlichen über West-Ost-Beziehungen und Perspektiven des Europäischen Binnenmarktes gesprochen worden.

StS begrüßt Foreign Secretary im größeren Kreis, schlägt vor, Afghanistan in Mittelpunkt der Diskussion zu stellen.

Sattar dankt einleitend der Bundesrepublik Deutschland und den Zwölf für Hilfe und Unterstützung in der Afghanistanfrage während der vergangenen Jahre. Dies sei um so notwendiger gewesen, als sein Land am Konflikt nicht nur materiell schwer zu tragen gehabt, sondern sich auch in seiner Sicherheit bedroht gefühlt habe. Nach Abschluß der Genfer Abkommen[7] versuchten Sowjets weiterhin, Regime in Kabul aufzuwerten. Regime würde von Afghanen abgelehnt, da es von Moskau eingesetzt worden sei. Normalität in Afghanistan werde es erst nach Verschwinden Nadschibullahs geben. Er habe Cordovez während des jüngsten Treffens in Genf (25./26.5.) gebeten, seine Bemühungen um die Bildung einer neuen afghanischen Regierung zu intensivieren.

An dieser Stelle wolle er, Sattar, kurz auf die Kategorisierung des Widerstandes durch die westliche Presse eingehen. Die sogenannten Fundamentalisten seien keine Eiferer im iranischen Sinne, sie seien „Professionelle" des Freiheitskampfes. Einen religiösen Hintergrund hätten die sogenannten Gemäßigten. Der oft zitierte pakistanische Einfluß auf den Widerstand werde überschätzt. Wenn letzterer seine Quartiere nach Afghanistan verlegt habe, werde er noch geringer werden.

D 3 fragt nach künftiger Regierung. Wird sie Elemente des Regimes miteinbeziehen?

Sattar bezweifelt das. Wenn der Widerstand das wolle, werde Pakistan keine Anerkennungsprobleme haben. Rolle des Ex-Königs[8] sei im Widerstand umstritten. Cordovez sei bemüht, Exilafghanen/Technokraten in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten zur Zusammenarbeit mit den Mudschaheddin zu gewinnen. Alle afghanischen Kräfte, inklusive der der Kommandanten, müßten gebündelt werden, um eine Libanisierung des Landes zu verhindern.

StS erkundigt sich, wie Islamabad Anerkennung künftiger afghanischer Regierung sieht.

Sattar: Pakistan ermuntere die Siebener-Allianz in Peshawar nicht, sich um die internationale Anerkennung einer provisorischen Regierung zu bemühen. Der Zeitpunkt dafür sei nicht gekommen, da der Konsens aller in Frage kommenden Kräfte noch nicht herzustellen sei. Eine vorzeitig gebildete Regierung werde die Uneinigkeit innerhalb des Widerstandes nur vergrößern. (Auf Frage) Pakistan sei erstaunt über die indischen Anstrengungen, Nadschibullah zu legitimieren.[9] Delhi setze damit auf einen Verlierer. Dies geschehe durchaus nicht

7 Zu den Abkommen über Afghanistan vom 14. April 1988 vgl. Dok. 107, Anm. 10.

8 Mohammed Zahir Shah.

9 Präsident Nadschibullah hielt sich vom 4. bis 6. Mai 1988 in Indien auf. Botschaftsrat I. Klasse Schatzschneider, Neu Delhi, informierte am 13. Mai 1988, daß über die drei Gespräche mit Ministerpräsident Gandhi nichts bekannt geworden sei. Vor der Öffentlichkeit habe sich Nadschibullah zuversichtlich gezeigt „hinsichtlich seines von Indien mit Nachdruck begrüßten Plans, seiner Regierung nach dem sowjetischen Abzug eine breite pluralistische Mehrparteienbasis und damit eine gesicherte Zukunft zu verschaffen. […] Soweit erkennbar, stimmte Indien der optimistischen Lagebeurteilung Nadschibullahs im wesentlichen zu, daß die Zeit für ihn arbeite." Vgl. den Drahtbericht Nr. 710; Referat 340, Bd. 144657.

auf sowjetisches Drängen, Delhi verfolge in Afghanistan seit 40 Jahren eigene Interessen. Es habe wohl eingesehen, daß es beim Widerstand diskreditiert sei, und setze deshalb auf Kabul.

Für die pakistanische Regierung ergäbe sich aus der jetzigen Situation die Frage, wie die humanitäre Hilfe zu kanalisieren sei? Die Flüchtlinge würden Hilfe über Kabul nicht akzeptieren, außerdem werde das Regime die zurückgekehrten Flüchtlinge nicht kontrollieren. Es müsse abgewartet werden, wie die Situation sich entwickle. Die Flüchtlinge würden im Laufe dieses Jahres nicht in größerer Zahl nach Afghanistan zurückkehren, der Rückstrom werde erst im Frühjahr 1989 einsetzen. Prinz Sadruddin, den er gerade getroffen habe, sei sich der Problematik bewußt.

D3 erläutert deutsche Vorstellungen zu Hilfsmaßnahmen in zwei Phasen. In der ersten (humanitären) Phase wollten wir uns der Kanäle der VN bedienen.[10]

Sattar weist darauf hin, daß dies beim UNHCR zu Problemen führen könne, da der Flüchtlingskommissar im Normalfall etablierte Regierungskanäle benutze. Die Schweden hätten für den vorliegenden Fall eine gute Studie erstellt. (Sattar gibt keine nähere Erläuterung. Es handelt sich möglicherweise um das Swedish Committee for Afghanistan.)

Dg 23 geht auf die Rolle der Kommandanten in Afghanistan ein. Fragt nach deren Eigenständigkeit.

Sattar: Sie hätten Bindungen unterschiedlicher Intensität an die Allianz. Es gebe auch solche, die keinerlei Beziehungen nach Peshawar unterhielten. In drei afghanischen Provinzen habe es keine bewaffneten Auseinandersetzungen gegeben, weil die Kommandanten sowohl die Sowjets als auch die Allianz rausgehalten hätten.

Problematisch sei die Frage der weiterlaufenden Waffenlieferungen an Regime und Widerstand.[11] Der Komplex „negative bzw. positive Symmetrie“ sei nicht in die Genfer Abkommen eingebunden und somit nur außerhalb der VN politisch zu lösen.

Kommt noch einmal auf Kategorisierung des Widerstandes zu sprechen. Er würde die Einteilung in „Traditionalisten“ (für Gailani, Modschaddedi, Mohammadi) und „Professionalisten“ (Rabbani, Hekmatyar, Sayyaf, Junis Chalis) bevorzugen. Sicherlich betonten letztere die „islamische Qualität“ eines künftigen Afghani-

10 Vortragender Legationsrat I. Klasse Elias stellte am 26. Mai 1988 zur Diskussion über die Gewährung Humanitärer Hilfe für Afghanistan fest, daß die EG-Mitgliedstaaten in einer Erklärung vom 14. April 1988 den Abschluß der Genfer Abkommen über Afghanistan gewürdigt und ihre Bereitschaft erklärt hätten, „wirkungsvoll Hilfe bei der Repatriierung der Flüchtlinge und, in einer späteren Phase, beim Wiederaufbau des Landes zu leisten. Vorrangig kommt es jetzt darauf an, mit einem substantiellen Beitrag an humanitärer Soforthilfe zur freiwilligen Rückkehr und Wiederansiedlung der Flüchtlinge beizutragen. Die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen und nichtstaatliche Organisationen wie das IKRK werden in dieser ersten Phase organisatorisch eine Hauptrolle spielen. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat den ehemaligen Hochkommissar für das Flüchtlingswesen, Prinz Sadruddin Aga Khan, zum Koordinator der Afghanistanhilfe ernannt. Im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit wird auf unsere Initiative hin seit Beginn dieses Jahres die Frage der Hilfe für Afghanistan intensiv erörtert. Auf Beschluß der Außenminister der Zwölf vom 25.4.1988 wurde eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe ‚Afghanistan‘ ins Leben gerufen, die der Koordinierung der Afghanistanpolitik der Zwölf und besonderen Fragen der Hilfe für das Land dient. Dabei waren sich die Zwölf einig, daß die Humanitäre Hilfe im wesentlichen über die etablierten Kanäle der Vereinten Nationen laufen sollte.“ Vgl. Referat 340, Bd. 144618.

11 Zur Frage von Waffenlieferungen an die Konfliktparteien in Afghanistan vgl. Dok. 107, Anm. 5.

stan. Dessen Straf- und Zivilrecht sei jedoch schon immer dem Islam verpflichtet gewesen. Sie forderten also nichts Neues. Und wenn man sie mit Khomeini vergleiche, dann vergesse man, daß jener als Islamgelehrter zu Macht und Ansehen gekommen sei, die „Professionalisten" jedoch als professionelle Kämpfer für die Unabhängigkeit ihres Landes. Eher seien die „Traditionalisten" mit dem Werdegang Khomeinis vergleichbar.

Botschafter *Masud* ergänzt, daß das Regime in Kabul den Widerstand in die „fundamentalistische Ecke" stelle, um ihn durch ein pro-iranisches Etikett diskreditieren zu können. Der Islam sei traditionell das einigende Band der Afghanen gegen äußere Feinde.

StS geht auf verschiedene Szenarien ein, die nach Abzug der Sowjets möglich seien. Frage, ob Pakistanis Möglichkeit eines Blutbades in Kabul einkalkulierten.

Sattar: Entwicklung sei nicht vorhersehbar. Wenn Regime durch Desertionen größeren Ausmaßes geschwächt werde, sei ein Blutbad vermeidbar. Ansonsten dürfte sich eine „Bunkermentalität" in Kabul entwickeln, und es werde zu erbitterten Auseinandersetzungen kommen. Die Haltung der Sowjets sei natürlich von Bedeutung. Woronzow, den er aus gemeinsamer Botschafterzeit in Delhi schätze, habe ihm gesagt: „Once we withdraw, we don't give a damn." Aber wenn sie Waffen lieferten, würden sie sich weiterhin einmischen, und die Gefahr blutiger Auseinandersetzungen wüchse. Die Bemühungen des Regimes um „nationale Versöhnung" seien Augenwischerei. Nadschibullah habe zwar gerade den parteilosen Sharq zum Premierminister ernannt. Der sei aber seit acht Jahren mit dem Regime verbunden.

StS: Gorbatschow habe eine Reihe von heißen Eisen angepackt. Der Rückzug aus Afghanistan sei für ihn eine zusätzliche Bewährungsprobe, denn er berühre die Frage der Internationalen Sozialistischen Solidarität. Unsere Haltung zu Afghanistan sei klar. Die Afghanen müßten über ihr Schicksal selbst entscheiden. Eine Einflußnahme von außen könne dabei nur schaden. Wir böten Humanitäre und Wiederaufbauhilfe an, um den Afghanen eine menschenwürdige Existenz in ihrem eigenen Lande zu ermöglichen.

Sattar: Gut gemeinten Ratschlägen gegenüber sei die Führung des Widerstandes durchaus aufgeschlossen. Sie wären bereit, auf Westeuropäer und Amerikaner zu hören.

Möchte abschließend einige Ausführungen zum pakistanisch-indischen Verhältnis machen. Dies sei weiterhin getrübt. Im Grunde genommen habe Indien Pakistan noch immer nicht die Teilung von 1947 verziehen. Er werde am 31.5. zu Verhandlungen in Delhi sein.[12] Man habe sich schon auf einige Maßnahmen gegen Grenzverletzungen und Schmuggel geeinigt. Die Inder versuchten, das Sikhproblem den Pakistanis anzulasten, es sei aber ein ausschließlich inner-

12 Der Staatssekretär im pakistanischen Außenministerium, Sattar, hielt sich vom 30. Mai bis 2. Juni 1988 in Indien auf. Botschaftsrat I. Klasse Schatzschneider, Neu Delhi, informierte am 3. Juni 1988: „Die indischen Vorwürfe, Pakistan unterstütze Terrorismus und Sezession im Punjab, standen im Mittelpunkt. PM Gandhi […] ließ keinen Zweifel an Indiens Unzufriedenheit über die Diskrepanzen zwischen Pakistans Zusicherungen beim letzten StS-Treffen im Dezember 1986, indischen Terrorismus nicht zu unterstützen, und seinem Verhalten. […] Der pakistanische StS war offenkundig bemüht, die positiven Elemente des Treffens herauszustreichen und die Perspektive einer Entspannung mit Indien zu betonen. Zugleich bestritt er die indischen Vorwürfe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 829; Referat 340, Bd. 156196.

indisches. Wenn Waffen geschmuggelt würden, dann sei auch die pakistanische Seite daran interessiert, das zu unterbinden. Pakistan habe deshalb nichts gegen die Errichtung eines Grenzzaunes an der gemeinsamen Grenze zum Punjab. Ein weiterer Stein des Anstoßes zwischen seinem Land und Indien sei der Siachen Gletscher im Norden Kaschmirs.[13] 1983/84 habe Delhi ihn besetzt, obwohl Nehru früher zugestanden habe, daß er zu Pakistan gehöre. Indien ginge es dabei allein um eine Demonstration seiner Macht.

Pakistan wolle seine Beziehungen mit den Indern normalisieren und habe deshalb u. a. einen Nichtangriffspakt und ein Abkommen zur Vermeidung von Erstschlägen gegen nukleare Einrichtungen vorgeschlagen. Letzteres könne vielleicht am 3.6. d. J. paraphiert werden. Es bleibe aber noch viel zu tun. Indien werfe Islamabad vor, seine Armee über Gebühr und gegen den indischen Nachbarn gerichtet zu modernisieren. Was seien die vierzig seit 1980 an Pakistan gelieferten F-16-Kampfflugzeuge gegen die forcierte indische Aufrüstung? Er erinnere sich noch gut an ein Gespräch mit Rajiv Gandhi, als dieser noch nicht in der Politik gewesen sei. „So long as we remain at each other's throat, nobody will make progress", habe der klarsichtige Gandhi gesagt.

Indien sei die führende Macht auf dem Subkontinent, es habe aber Schwierigkeiten, seine Führungsrolle richtig auszuüben. Es gehe darum, daß es seine Macht gesittet einsetze („how to civilize power").

(Auf Frage). Die Aussichten für Sri Lanka seien nicht besonders gut. Indien habe durch sein Eingreifen Gewalt gesät.[14] Es gebe jetzt innerethnische Auseinandersetzungen unter den Singhalesen.

Botschafter *Masud* bittet, indische Seite während des bevorstehenden Gandhibesuchs[15] auf die Notwendigkeit eines regionalen Ausgleichs im Nuklearbereich hinzuweisen.

13 Gesandter Vogeler, Neu Delhi, stellte am 1. Oktober 1987 fest: „Nach Presseberichten sind bei Kämpfen zwischen indischen und pakistanischen Streitkräften am Siachen-Gletscher im Osten Kaschmirs ca. 150 Pakistaner und eine nicht genannte kleinere Zahl von Indern gefallen. Pakistan habe letzte Woche etwa in Bataillonsstärke indische Positionen in über 6000 m Höhe an den Pässen Sia La, Indira Col, Bilaford und Saltoro unter Einsatz von Artillerie und Raketen angegriffen und sei zurückgeschlagen worden. […] Dieser Abschnitt der Kontrollinie zwischen pakistanischem und indischem Teil Kaschmirs wurde, anders als westlicher Hauptabschnitt, 1972 nicht einvernehmlich festgelegt und ist, wegen seiner Nähe zu der ebenfalls umstrittenen Grenze Indiens mit China sowie für die Verteidigung Ladakhs, für Indien von besonderer strategischer Bedeutung." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1095; Referat 340, Bd. 156196.

14 Am 1. Juni 1988 informierte Botschafter Ruyter, Colombo, im Politischen Halbjahresbericht: „Mit dem indisch-srilankischen Akkord zur Wiederherstellung von Frieden und Normalität in Sri Lanka vom 29. Juli 1987 hat sich […] auch die innenpolitische Landschaft grundlegend verändert. Die Gefahr einer Sezession des Nordens und der Ostprovinz scheint gebannt." Von den fünf militanten Organisationen würden sich heute vier zum indisch-srilankischen Friedensplan bekennen, auch wenn sie weitergehende Rechte für die Tamilen und eine andere staatsrechtliche Struktur anstrebten: „Die indische Friedenstruppe […] hat mit hartem militärischen Einsatz, der sich seit Oktober 1987 vor allem gegen die Tiger richtet (L[iberation]T[igers of]T[alim]E[elam]), die Nordprovinz und insbesondere Stadt und Halbinsel Jaffna im wesentlichen unter Kontrolle gebracht, wenn auch nicht ohne beträchtliche Blutopfer auf allen Seiten, auch unter der Zivilbevölkerung des Nordens, die weiter in Furcht und Schrecken lebt, zumal es in einigen Gegenden, vor allem im Nordosten, weiter gelegentlich zu Überfällen und Sprengstoffanschlägen sowie Fememorden kommt und von Wiederherstellung einer funktionierenden Verwaltung und Justiz zur Sicherung der Rechtsordnung in diesem Teil des Landes bisher kaum die Rede sein kann." Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 452; Referat 340, Bd. 144744.

15 Ministerpräsident Gandhi hielt sich vom 6. bis 8. Juni 1988 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 8. Juni 1988 auf Schloß Gymnich vgl. Dok. 167.

StS unterstreicht, daß wir pakistanische Nöte gut verstünden. Auch wir hätten einen großen Nachbarn, mit dem es sich zu arrangieren gelte. Helsinki habe 1975 die „vertrauensbildenden Maßnahmen" im politischen Bereich entwickelt.[16] Die Entwicklung im West-Ost-Verhältnis habe gezeigt, wie wichtig dieser Ansatz gewesen sei. Genau das scheine Pakistan auch zu tun, dies sei der einzig richtige Weg.

Sattar spricht nach abschließendem Dank Einladung an StS aus, zu Gegenbesuch und Konsultationen nach Islamabad zu kommen.

StS dankt für umfassende Unterrichtung, insbesondere zu Afghanistan. Nimmt Einladung an. Termin bleibt zu vereinbaren.

Referat 340, Bd. 144714

164

Gespräch des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rau mit Präsident Jaruzelski in Warschau

3. Juni 1988[1]

Besuch MP Rau in Polen 1.–3. Juni 1988;
hier: Gespräch mit Jaruzelski

Nach Begrüßung eröffnete *MP* Gespräch mit Feststellung, daß man sich international wie auch im deutsch-polnischen Bereich in einer interessanten Dialogphase befinde. Auf deutscher Seite seien Regierung wie Wirtschaft interessiert, zur polnischen Entwicklung beizutragen. Im wirtschaftlichen Bereich gäbe es interessante Projekte, wie ein Gespräch mit MP Messner gezeigt habe, an dem auch Vertreter der deutschen Wirtschaft teilgenommen hätten.

Ihn würde eine Bewertung der internationalen Lage im Lichte der Moskauer Ereignisse und der inneren Lage Polens durch den Vorsitzenden des Staatsrats interessieren.

Jaruzelski äußerte, er sei erfreut über den Besuch von MP, einem der führenden Mitglieder der SPD, mit der seit langem konstruktive Kontakte gegeben seien. Die Erklärungen des MP zu polnischen Fragen im Jahre 1985 habe er mit Zufriedenheit registriert.[2] Wenn Tatsachen entscheidend seien, so hätten doch auch

16 Vgl. dazu das „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung" der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Schoeller, z. Z. Bonn, am 7. Juni 1988 gefertigt.
Hat Legationsrat I. Klasse Ulrich am 9. Juni 1988 vorgelegen.

2 Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau sprach auf der Tagung der Evangelischen Akademie Mühlheim/Ruhr vom 29. November bis 1. Dezember 1988 über „Die politische Position im Verhältnis zur VR Polen – 40 Jahre nach Kriegsende". Für den Wortlaut seiner Rede vgl. BEGEGNUNGEN, Nr. 2/1986, S. 24–43.

Symbole ihre Bedeutung. Der 50. Jahrestag des Kriegsbeginns im kommenden Jahr sollte nicht im Schatten von Belastungen aus der Vergangenheit liegen. Entsprechend müsse man sich heute bemühen. Die Vorreiterrolle der SPD bei der Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen sehe man unabhängig von der politischen Machtausübung in der Bundesrepublik Deutschland. Die damalige Haltung der SPD würde heute von einer Mehrheit der deutschen Bevölkerung gebilligt.

Wenn er jetzt offen spreche, bitte er dies als ein Zeichen von Wertschätzung zu sehen. Seit einigen Jahren sei die Qualität der Beziehungen abgesunken. Hierbei wolle er nicht auf die Reaktionen zu den polnischen Ereignissen in den Jahren 1980/81 eingehen. Für ihn stelle sich die Frage, ob dieser Rückgang eine steigende oder fallende Tendenz habe oder ob es sich um eine gebrochene Linie handeln würde. Die polnische Position sei schwächer geworden, die deutsche Position sei stärker geworden. Deshalb sei man vielleicht empfindlicher.[3] In der Politik sei man jedenfalls realistisch. Im wirtschaftlichen Bereich müsse man noch Realismus lernen. In den deutsch-polnischen Beziehungen werde sich Polen gegen Pressionen aus einer Position der Stärke heraus wehren. Sie seien nicht akzeptabel. Hierbei denke er nicht an Czaja und Hupka. Dies seien Exoten.

In der offiziellen Haltung der Bundesrepublik gegenüber Polen sehe er jedoch eine gewisse Versteifung, ja ein gewisses Nachlassen des Willens zur Zusammenarbeit: Man streite sich um kleine Beträge aus der Sicht der Bundesrepublik. Beträge, die für Polen jedoch eine große Bedeutung hätten.

Im Pariser Club nähmen die Vertreter der Bundesregierung eine polenfeindliche Haltung ein.[4]

Solle dies bedeuten, daß man deutscherseits Polen eine zunehmend geringere politische und wirtschaftliche Bedeutung beimesse?

Es sei deshalb erfreulich, was MP eingangs über die Projektförderungen bei MP Messner gesagt habe. Mit NRW wickle Polen 30% seines Handels mit der Bundesrepublik ab. Wenn MP als Eisbrecher in den deutsch-polnischen Beziehungen auftreten würde, so würde sein Besuch hierdurch eine historische Dimension bekommen.

Polen wolle nicht im Schatten der Vergangenheit leben. Im Zentrum Europas gelegen, könne Polen angesichts der gegebenen kulturell-historischen Situation im Ost-West-Verhältnis eine Brückenfunktion ausfüllen. Eine derartige Vorstellung gehöre zum polnischen Selbstverständnis, das er an folgendem Beispiel erläutern wolle: Wenn man einen Deutschen frage, an was er denke, wenn man

3 Botschafter Schoeller, Warschau, teilte am 25. Mai 1988 mit: „In der zweiten Aprilhälfte hat auf unmittelbare Veranlassung von AM Orzechowski im Polnischen Institut für Internationale Beziehungen (P[olski]I[nstytut]S[praw]M[iędznarodowych]) eine eintägige Klausur stattgefunden, die ausschließlich der künftigen polnischen Haltung gegenüber der deutschen Frage gewidmet war. […] Grundlage der Diskussion war ein unter Federführung des Außenministeriums in Zusammenarbeit mit dem PISM konzipierter Katalog von Fragen, von dem es der Botschaft gelungen ist, eine Kopie zu erhalten. […] Eine erste Überprüfung des Papiers macht deutlich, wie sehr Polen in seiner Haltung gegenüber der ‚deutschen Frage' angesichts der zügigen Entwicklung der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den übrigen sozialistischen Staaten verunsichert ist. […] Bemerkenswert neben der Darstellung der Haltung der DDR […] und dem eindeutigen Hinweis auf die Konkurrenz Polen/DDR in der WP-Hierarchie sind die Zweifel, die nach dem Papier hinsichtlich der sowjetischen langfristigen Absichten bestehen (‚deutsche Karte')." Vgl. den Drahtbericht Nr. 735; Referat 214, Bd. 139708.

4 Zu einer Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 51.

da „Elefant“ sage, so würde er antworten: „an die Macht“. Ein Franzose: „an den Eros“ und ein Pole: „an die polnische Frage“.

Zu den Ereignissen in Polen in den vergangenen Wochen[5] wolle er festhalten, daß Polen schon viele Stürme hinter sich gebracht habe. Polen werde daran nicht zugrunde gehen. Es habe sich um einen Zwischenfall gehandelt. Streiks habe es in den vergangenen Monaten in verschiedenen westlichen Staaten gegeben. Zwischenfälle in zwei polnischen Großbetrieben seien dagegen eine Sensation. In Nowa Huta hätten sich von einer Belegschaft von 32000 nur etwa 1000 am Streik beteiligt. Bei einem Streik im Westen würde man gegebenenfalls die gewünschten Produkte von einem nicht bestreikten Betrieb kaufen. Polen sei dieser Ausweg verschlossen.

Der Streik auf der Leninwerft von 12000 Beschäftigten sei von einer Minderheit ausgerufen worden. In weiteren Betrieben sei es zu beunruhigenden Situationen, jedoch nicht zu Streiks gekommen.

Aus diesen Ereignissen habe die westliche Presse gefolgert, die Situation in Polen sei labil und schlecht.

Der Aufruf der polnischen Regierung zu unpopulären Sparmaßnahmen sei von der westlichen Presse nicht positiv aufgenommen worden.

Die Streiks seien begrenzt gewesen und damit die Situation anders als im Jahre 1981.

Das polnische Schiff sei nicht ins Schaukeln gekommen. Mit offiziellen westlichen Reaktionen habe man versucht, auf die polnische Regierung Druck auszuüben. Die US-Regierung habe unter dem Vorwand der Ereignisse in Polen sogar die US-polnischen Wirtschaftsverhandlungen abgebrochen.

Polen unterstütze die laufenden sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen. Man gewinne den Eindruck, daß man versuche, eine Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen durch eine Verschlechterung der US-polnischen Beziehungen auszugleichen.

Man versuche jetzt, Polen zum Prügelknaben zu machen.

Die polnische Regierung werde die Reformpolitik nicht aufgeben und auch weiterhin um nationale Verständigung bemüht sein.[6] Die Zwischenfälle in den ver-

5 Vortragender Legationsrat Schrömbgens führte am 6. Mai 1988 aus: „Auch am Ende der zweiten Streikwoche ist die Lage in Polen unentschieden. Trotz Streiks in einigen großen Werken und in der symbolträchtigen Lenin-Werft in Danzig griffen die Streiks nicht wie ein Flächenbrand auf das gesamte Land über […]. Die streikführenden Arbeiter waren durchgehend keine ‚Solidaritäts‘-Aktivisten, sondern ganz normale Angehörige des jeweiligen Werks. Streikmotiv war der Wunsch nach Lohnerhöhungen – mit Ausnahme der Arbeiter auf der Lenin-Werft, die die Wiederzulassung unabhängiger Gewerkschaften forderten –, nicht dagegen strukturelle wirtschaftliche und politische Reformen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139701.
Gesandter Bauch, Warschau, informierte am 11. Mai 1988: „Mit der Beendigung der Streiks auf der Danziger Lenin-Werft ist die gegenwärtige Auseinandersetzung in ihrem wesentlichen Teil zu Ende gegangen. […] Die überraschende Lösung der verfahrenen Situation in Danzig – Verzicht der Streikenden auf jegliche Vereinbarung – ist ein Erfolg kirchlicher Vermittlungsbemühungen und des Einsatzes Lech Wałęsas. […] Die rasche Beendigung der meisten Ausstände wurde durch Lohnerhöhungen erkauft, die im Widerspruch zum binnenwirtschaftlichen Gleichgewicht als wesentlichem Ziel der Wirtschaftsreform stehen. Es erscheint fraglich, ob die Wirtschaftsreform überhaupt wie geplant wird weitergeführt werden können.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 666; Referat 214, Bd. 139701.

6 Am 5. Juli 1988 analysierte Botschafter Schoeller, Warschau: „Keine andere sozialistische Partei- und Staatsführung dürfte sich in ihren Konzessionen und Reformversuchen so vorgewagt haben wie die

gangenen Wochen hätten gezeigt, mit wem ein Dialog möglich sei und wem das Schicksal des Landes gleichgültig sei. Die Deutschen seien die ersten, die eine Erhöhung der Löhne durch die polnische Regierung kritisieren würden.

Man würde die polnische Regierung zwiespältig beurteilen. Es sei nun einmal so, daß Reformen soziale Zwänge mit sich bringen würden. Ausländische Sender würden in überzogener Weise über Polen berichten, so z. B. auch über Streiks, die nie stattgefunden hätten. Es sei ein verworrenes Bild.

Tatsächlich sei Polen in der Umstrukturierung im politischen, sozialen wie wirtschaftlichen Bereich weiter fortgeschritten als die übrigen sozialistischen Staaten. Was sich in Polen abspiele, sei eine Visitenkarte für den gesamten Ostblock. Die übrigen Ostblockstaaten würden Polen nacheifern.

Wenn man im Westen interessiert sei, daß die weitere Entwicklung erfolgreich vor sich gehe, daß es zu einer Annäherung zwischen Ost und West komme, daß gemeinsame Lösungen für die globalen Herausforderungen gefunden würden, dann sollte man die polnische Entwicklung nicht weiter erschweren. Für die Regierung stelle sich das gleiche Problem im Inneren Polens. Polen sei ein wichtiges Mitglied des Warschauer Pakts und im RGW. Die Beziehungen Polens zur SU seien seit Kriegsende noch nie so gut gewesen wie heute. Der Besuch Gorbatschows in Warschau werde diese Analyse bestätigen.[7] Polen habe ein erhebliches Gewicht im Bündnis. Am 28. Juni komme Honecker nach Breslau[8], womit sich auch das gute Verhältnis Polens zur DDR bestätigen werde. Dies gelte damit insgesamt für das Verhältnis zwischen Polen und Deutschen. Der Jugendaustausch mit der DDR werde in diesem Jahr 300 000 Jugendliche erfassen.

Auch die Bundesrepublik sei an einem Jugendaustausch interessiert.[9] Das könne nicht isoliert gesehen werden. Man müsse dies im Zusammenhang der politisch wie wirtschaftlich erheblichen Substanz der Beziehungen sehen. Diese Substanz werde z. Zt. in drei Arbeitsgruppen herausgearbeitet.[10] Man müsse abwarten, welche Möglichkeiten die Bundesregierung hierbei wirtschaftlich wie politisch eröffnen würde. Zahlreiche offene Fragen im deutsch-polnischen Verhältnis seien kompromißfähig. Das müsse jetzt mit Schwung und Elan angegangen werden. Man könne nicht abwarten, bis Polen noch schwächer geworden sei. Polen würde nicht schwächer werden.

Er kenne viele Sozialdemokraten in der Bundesrepublik Deutschland. Man solle sich um gemeinsame tragbare Ergebnisse bemühen. Man könne nicht nach Moskau gehen und Warschau ausklammern.

Fortsetzung Fußnote von Seite 893

polnische. Der Verzicht auf bzw. das Unvermögen zur Kontrolle bestimmter Teile der gesellschaftlichen und privaten Sphäre befördert dabei den langsamen Wandel vom totalitären zu aufgeklärt autoritärem System. Die Kontrolle der Macht markiert die Grenze dieser Entwicklung. Keine Anzeichen deuten auf eine Bereitschaft der Führung zu Konzessionen im Sinne pluralistischer Partizipation gemäß westlich-demokratischer Vorstellungen. Nach wie vor ist die Führung bereit, ihr bedrohlich erscheinenden oppositionellen Regungen mit traditionellen Repressionsmaßnahmen zu begegnen (Inhaftierung, Geldstrafen, Konfiskationen, Bespitzelung, Diffamierung u[nd] ä[hnliches] m[ehr])." Vgl. den Drahtbericht Nr. 957; Referat 214, Bd. 139701.

7 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte vom 11. bis 14. Juli 1988 Polen.

8 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, traf am 24. Juni 1988 mit Präsident Jaruzelski in Warschau zusammen.

9 Zum Jugendaustausch zwischen der Bundesrepublik und Polen vgl. Dok. 14, Anm. 30.

10 Zur Einsetzung von drei deutsch-polnischen Arbeitsgruppen vgl. Dok. 14, Anm. 41.

MP *Rau* erklärte, folgende Punkte der ausführlichen Darlegung des Staatsratsvorsitzenden anders zu bewerten:

Er sähe nicht die Gefahr, daß Polen in die Position eines Prügelknaben geraten könne. In den US gäbe es eine große Affinität zu Polen. Auch aus bundesrepublikanischer Sicht gäbe es wie mit Frankreich so auch mit Polen historische Beziehungen, wenn auch unterschiedlicher Qualität.

Die seit Jahren gegebene Verengung des Europabegriffs auf Westeuropa lockere sich auf.

In der Bundesrepublik gäbe es sicher außerhalb des demokratischen Spektrums Gruppen, die revanchistische Positionen einnehmen würden. Entscheidend seien jedoch die Erklärungen des Bundeskanzlers vor dem Bundestag zum Warschauer Vertrag[11].

Er habe 1985 nach seinem Vortrag in Mülheim, wo er zu deutsch-polnischen Fragen gesprochen habe, zahlreiche anonyme Anrufe erhalten und sei auch öffentlich deshalb angegriffen worden. Man solle derartige Ausfälle nicht überbewerten.

Er sei sich bewußt, daß das polnische Volk mit der deutschen Geschichte, insbesondere der Jahre von 1939–1945, so leidvoll verbunden sei.

Wenn er allerdings in einem Gespräch den Ortsnamen Breslau verwende, dann verletze er vielleicht damit Gefühle, damit wolle er jedoch nicht zum Ausdruck bringen, Revanchist zu sein.

Fasziniert beobachte er die Entwicklung im Warschauer Pakt, nachdem er Gelegenheit gehabt habe, mit Breschnew[12] und Gorbatschow[13] zu sprechen. Er, Jaruzelski, sei für zahlreiche Bürger der Bundesrepublik derjenige Verantwortliche, der als erster innerhalb des Warschauer Pakts die Ideen Gorbatschows aufgegriffen und unterstützt habe. Er kenne Ostblockstaaten, die in dieser Beziehung viel zurückhaltender seien, als dies hier in der Volksrepublik Polen der Fall sei. Weil dem so sei, gäbe es eine entsprechende Erwartungshaltung, und man frage sich, wie wird sich in Polen der Pluralismus entwickeln, wie das Verhältnis Kirche–Staat, wie der Dialog zwischen den verschiedenen Sozialgruppen?

Dieses Interesse sollte als Zeichen von besonderer Anteilnahme gewertet werden. Unterschiede in der Beurteilung und der Kritik seien ein normaler Vorgang. So wie man diese Freiheit der polnischen Seite einräume, so nähme man diese Möglichkeit auch für die deutsche Seite in Anspruch.

Er freue sich feststellen zu können, daß von der jetzigen Bundesregierung die konstruktive Polenpolitik fortgesetzt werde. Die SPD-FDP-Koalition habe diese Politik eingeleitet.

11 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok 588 und Dok. 589.

12 Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau traf mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 21. Oktober 1981 in Moskau zusammen. Vgl. dazu den Artikel „Breschnew empfängt Rau im Kreml"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 22. Oktober 1981, S. 3.

13 Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau hielt sich am 9./10. September 1985 in der UdSSR auf. Zu seinem Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 10. September 1985 in Moskau vgl. AAPD 1985, II, Dok. 244.

Jaruzelski stellte hierzu fest, er habe die Politik der Bundesregierung nicht nach Äußerungen der Landsmannschaften beurteilt, sondern nach den Äußerungen von BM Zimmermann[14], mit denen der Warschauer Vertrag abgewertet werde.

Man könne verstehen, wenn jemand Breslau statt Wrocław sage. Wenn man in Polen Briefe adressiere, dann schreibe man gegebenenfalls „München" und benutze nicht das polnische Wort „Monachium". Auch die Frage der Staatsangehörigkeit derjenigen, die 1937 in den ehemals deutschen Gebieten wohnten, sei noch offen. Die Grundsubstanz der deutsch-polnischen Beziehungen sei die Wirtschaft. Dabei gehe man davon aus, daß die Bundesrepublik als Partner und nicht als jemand auftritt, der Polen seinen Willen aufzwingen will. Im wirtschaftlichen Bereich gäbe es einen Stillstand. Polen brauche Kredit, Technologie und Manager, die mit polnischen Betrieben zusammenarbeiten würden. Würde diesen Vorstellungen entsprochen, würde zum Ausdruck kommen, daß man deutscherseits an einem stabilen Polen interessiert ist. Nur ein europäischer Selbstmörder könne dieses Interesse nicht teilen. Er wolle nur daran erinnern, daß 1981 ein großer Brand in Sicht gewesen sei. Man müsse eine Annäherung der beiden Teile Europas anstreben. Polen stehe mit einem Bein im Osten, mit dem zweiten Bein im Westen. Das sei eine Chance für die Bundesrepublik. So wie man die Beziehungen mit Frankreich und Israel normalisiert habe, so solle man auch den Ehrgeiz haben, das deutsch-polnische Verhältnis zu bereinigen.

Er hoffe, daß man bald Fortschritte mache. Bisher habe es in den Arbeitsgruppen nur geringe Fortschritte gegeben. Die geplanten Besuche von AM Orzechowski in Bonn und ein Besuch des Bundeskanzlers in Polen sollten konkrete Ergebnisse zeitigen und keine Propaganda sein.

Es wäre beleidigend für unsere beiden großen Völker, wenn wir einen Zustand des kalten Krieges im Zentrum Europas beibehielten. Äußerungen über Beunruhigung über die Lage in Polen ließen oft einen missionarischen Eifer erkennen. Jeder habe das Recht zur Bewertung einer Situation, aber nicht den Anspruch, sich einmischen zu können.

Er sei für einen möglichst breiten Informationsaustausch. Deshalb verhandele man z. Zt. mit dem italienischen Fernsehen, damit es in Polen empfangen werden könnte. Andererseits müßten Sendungen verhindert werden, die nicht dem Ziel der Transparenz, sondern der Konfrontation dienen. Als er von missionarischem Eifer gesprochen habe, habe er dies im Auge gehabt. Jeder mache Fehler, aber in Polen betreibe man Selbstprüfung. Außerhalb der Regierungspresse gäbe es Zeitungen mit großen Auflagen, die sich kritisch zur Regierungspolitik äußern. In Polen sei man kritisch, aber nicht masochistisch.

Man betreibe die wirtschaftlichen Reformen und die Demokratisierung des öffentlichen Lebens, weil man überzeugt sei, daß der bisherige Weg falsch war.

Die Kinderkrankheiten des Sozialismus seien zu Greisenkrankheiten geworden.

Man wäre bereits weiter, wenn nicht die Fehler der Vergangenheit zu belastend wären.

14 Vgl. dazu die Reaktionen in Polen auf die Rede des Bundesministers Zimmermann am 9. November 1987 auf dem Bundesparteitag der CDU; Dok. 14, Anm. 4.

Zur Schlußakte von Helsinki[15] wolle er festhalten, daß in Polen gewaltige Fortschritte auf dem Wege zur Verwirklichung der Menschenrechte gemacht worden seien. Trotzdem werde Polen in der Bundesrepublik kritisiert, obwohl dort ein Berufsverbot[16] bestehe.

Im wirtschaftlichen Bereich sei man seit 1975[17] keinen Schritt weitergekommen.

Gorbatschow halte er für einen hervorragenden Menschen. In einem großen Land habe er eine große Verantwortung. Auch bei der Lösung internationaler Probleme zeige er großen Mut.

Es sei paradox, daß Polen vom Westen am häufigsten angegriffen werde.

Polen müsse man Erfolg wünschen, auch im Hinblick auf die übrigen Staaten des Warschauer Vertrages[18].

Von der Philosophie der Feindbilder müsse man sich lossagen und den Weg der Zusammenarbeit beschreiten. Der Besuch des MP von NRW könne hierzu beitragen.

Referat 210, Bd. 145164

15 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

16 Am 28. Januar 1972 vereinbarten die Ministerpräsidenten der Länder unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers Brandt Grundsätze über die Mitgliedschaft von Beamten in extremen Organisationen, den sogenannten „Radikalenerlaß". Vgl. dazu BULLETIN 1972, S. 142.

17 Bundesminister Genscher und der polnische Außenminister Olszowski unterzeichneten am 9. Oktober 1975 in Warschau ein Langfristiges Programm für die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 1741–1743.

18 Für den Wortlaut des Vertrags vom 14. Mai 1955 zwischen Albanien, Bulgarien, der ČSSR, der DDR, Polen, Rumänien, der UdSSR und Ungarn über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vgl. GESETZBLATT DER DDR 1955, Teil I, S. 382–391.

165

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz

204-322.00 USA/SOW VS-NfD **3. Juni 1988**[1]
213-322.00 SOW/USA VS-NfD

Über Herrn Staatssekretär[2], Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Amerikan.-sowjet. Gipfel in Moskau (29.5.–2.6.[4]);
hier: Bewertung

Zur Unterrichtung (vor Ihrer Reise zur VN-SGV über Fragen der Abrüstung nach New York[5])

I. Fazit

Der tiefere Wert des Moskauer Gipfels liegt in der dauerhaften Verankerung eines in Genf 1985[6] vereinbarten Dialogs der Großmächte („Prozeß der Schaffung einer produktiveren und stabileren Grundlage", so Gemeinsame Erklärung/GE[7]). Diese Grundlage soll über den Tag hinaus sich bis in das „kommende Jahrhundert" erstrecken. Er soll langfristig die Überwindung der fortexistierenden „offenen Differenzen" (GE) ermöglichen. Er gründet sich sowohl auf „Realismus" (GE), den Gorbatschow vor dem Gipfel als Anpassungsfähigkeit an eine veränderte Situation definiert hat, als auch auf das Interesse an der „Erlangung konkreter Ergebnisse" (GE), das für die USA im Vordergrund steht.

Auffallend war auch der geschäftsmäßige Ton, in dem beide Seiten in ihren Gesprächen schwierige Fragen angingen; obwohl Gorbatschow auf die öffentlichen Äußerungen von Reagan zur Menschenrechtssituation in der SU ärgerlich reagierte, ging er dennoch gelassen zur Tagesordnung über.

1 Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten I. Klasse von Moltke und Heyken, Vortragendem Legationsrat Kölsch sowie Legationsrat I. Klasse Brett konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 4. Juni 1988 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 4. Juni 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 8. Juni 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an die Referate 204 und 213 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 8. Juni 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Kölsch am 8. Juni 1988 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Moltke nach Rückkehr verfügte.
Hat Moltke erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Libal am 15. Juni 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Heyken am 19. Juni 1988 erneut vorgelegen.

4 Korrigiert aus: „1.6."
Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. ferner FRUS 1981–1988, VI, Dok. 158, Dok. 160 und Dok. 162.

5 Bundesminister Genscher hielt sich vom 5. bis 8. Juni 1988 in New York auf. Zur VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 31. Mai bis 26. Juni 1988 vgl. Dok. 84 und Dok. 189.

6 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.
Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung über das Treffen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690.

7 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN Bd. 88 (1988), Heft 2137, S. 25–31. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 367–376.

Ein weiteres Novum des Gipfels stellt die breite Einbeziehung der Öffentlichkeit beider Länder dar. Das Programm sah Gesprächsmöglichkeiten des amerikanischen Präsidenten mit den verschiedensten Gruppen der Bevölkerung (Dissidenten, Künstler, Studenten) und gemeinsame zwanglose Auftritte mit GS Gorbatschow (Roter-Platz-Spaziergang) vor, an denen die Öffentlichkeit in beiden Ländern über die Medien teilhaben konnte. In den USA, wie im Westen insgesamt, wurden auf diese Weise für die Menschen in der Sowjetunion Sympathien geschaffen, auf die sich der weitere Dialog und Prozeß der Verständigung stützen kann. Gorbatschows Intention dürfte es entsprochen haben, das gute persönliche Einvernehmen mit Reagan und das harmonische Umgehen der beiden miteinander sichtbar zu machen und in der sowjetischen Bevölkerung vertrauensbildend wirken zu lassen. Die starke Ausstrahlung dieser Atmosphäre wird nachwirken und dem Dialog über die Zeit Reagans hinaus Dauerhaftigkeit verleihen.

Der Besuch führte Reagan und Shultz deutlich vor Augen, welcher Wandel in der Substanz sich in der SU vollzogen hat (Shultz: „beeindruckende Menschenrechtspassagen“ in der GE). Diese tiefgreifende Veränderung hat die Möglichkeiten zum Dialog erheblich erweitert, nicht nur für die Großmächte. Diese Entwicklung bestätigt AM Shultz gegenüber konservativen Kritikern nachträglich in seiner Rolle als Vorreiter der Annäherung zur SU und des Architekten eines besseren Umgangs mit der anderen Großmacht, wie Sie gestern sagten[8].

Erkennbar ist der deutliche Wille von Reagan und Shultz, sich von der Entspannungspolitik der Ära Nixon/Kissinger abzuheben (Shultz: „Ablehnung aller nicht in der Sache begründeter Verknüpfungen und Bedingungen“). Sie lehnten einen sowjetischen Textvorschlag für die GE ab, der die „friedliche Koexistenz“ und andere Prinzipien („principle of equality“) der Gemeinsamen Erklärung von 1972[9] enthielt und auf eine Anerkennung der Sowjetunion als gleichberechtigte Weltmacht abzielte.

II. Zu den Ergebnissen im einzelnen

1) Sicherheitspolitik

1.1) Grundsatzfragen

Das in der GE fixierte Postulat „Kein Sieger im Atomkrieg/Ächtung des Atomkriegs/Verhinderung jeden Krieges zwischen US/SU (nuklear oder konventionell)/Verzicht auf Überlegenheitsstreben“ wiederholt einen entsprechenden Passus aus der GE von Genf (Nov. 85).

8 Am 2. Juni 1988 resümierte Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), die Unterrichtung der NATO-Ministerratstagung am selben Tag über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, durch den amerikanischen Außenminister: „Sprecher beglückwünschten einhellig Reagan und Shultz zum Erfolg des Gipfels. Rolle Shultz (BM: ‚Architekt neuer Formen des Umgangs zwischen den Großmächten‘) fand besondere Würdigung. […] BM wies auf außergewöhnliches Interesse hin, das Moskauer Gipfel über mehrere Tage hinweg in deutscher Öffentlichkeit gefunden habe. Dies sei verständlich, denn es sei in Moskau um unser Schicksal gegangen. Bewertung sei positiv gewesen, weil durch Bündnis Vertrauen geschaffen worden sei, daß nicht gegen unsere Interessen gehandelt werde. […] Besonders bedeutsam sei, daß Berlin Gegenstand Erklärung Präsidenten gewesen sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 750; Referat 204, Bd. 160066.

9 Für den Wortlaut der Grundsatzerklärung vom 29. Mai 1972 über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

Die von F im NATO-Rat vorgebrachte Kritik am angeblichen Ziel beider Großmächte, letzten Endes eine völlige Abschaffung nuklearer Waffen anzustreben[10], kann sich nicht auf die GE, wohl aber auf eine mündliche Antwort Reagans in der Diskussion mit Studenten der Lomonossow-Universität berufen[11]. Offensichtlich handelt es sich um eine persönliche Auffassung Reagans. Shultz verwies im NATO-Rat auf die unveränderte Gültigkeit der bisherigen NATO-Strategie[12]. Diese implizite Bestätigung der „extended deterrence" entspricht den Sicherheitsinteressen der Europäer.

1.2) Abrüstung und Rüstungskontrolle

Gesamtbewertung

Rüstungskontrolle und Abrüstung war wie schon in Genf, Reykjavik[13] und Washington[14] auch beim Moskauer Gipfel zentrales Thema, das in der gemeinsamen Erklärung breiten Raum einnimmt.

Das mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden bewirkte Inkrafttreten des INF-Vertrages war Höhepunkt des Gipfels.[15]

In einzelnen Bereichen der Rüstungskontrolle und Abrüstung wurden zum Teil substantielle Fortschritte erreicht, die in der gemeinsamen Erklärung bzw. in gesonderten Vereinbarungen festgeschrieben wurden. Dem INF-Abkommen vergleichbare weitreichende Durchbrüche sind nicht zu verzeichnen, waren aber auch nicht zu erwarten, da schon seit längerem feststand, daß ein unterschriftsreifes START-Abkommen[16] bis zum Gipfel nicht vorliegen würde.

Jedoch wurden gerade bei START in Schlüsselbereichen (ALCM, mobile ICBM) Absprachen getroffen, die die Chancen für eine endgültige Lösung dieser beiden Kernprobleme verbessern und damit die Grundlage für ein START-Abkommen verbreitern.

10 Am 2. Juni 1988 berichtete Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), der amerikanische Außenminister Shultz habe die NATO-Ministerratstagung am selben Tag über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, informiert: „Die von F mit kritischem Ton gestellte Frage nach Aussage in Erklärung, man strebe letzten Endes völlige Abschaffung nuklearer Waffen an, beantwortete Shultz mit grundsätzlicher Bestätigung gegenwärtiger Strategie, die Frieden erhalten habe. Er fügte jedoch hinzu, Tschernobyl-Unfall habe auf sowjetische Führung und sowjetische Bevölkerung tiefgreifenden Eindruck hinterlassen. Gorbatschow habe über Ereignis mit großer persönlicher Anteilnahme und Engagement gesprochen und gefragt, welche Folgen etwa konventioneller Krieg in Frankreich haben würde, wenn die vielen französischen nuklearen Kraftwerke zerstört würden. Gorbatschow werde sich über diese Fragen noch häufig äußern. Sicher sei davon viel Propaganda. Tschernobyl habe ihn jedoch tief getroffen. Reagan habe Überzeugung, daß politische Toleranz nuklearer Abschreckung Grenzen habe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 750; Referat 204, Bd. 160066.

11 Präsident Reagan sprach am 31. Mai 1988 vor Studenten der Staatsuniversität „Michail Lomonossow" in Moskau. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 683–692. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 353–358 (Auszug).

12 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 11, Anm. 9.

13 Präsidenten Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen sich am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

14 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 7. bis 10. Dezember 1987 in Washington zusammen. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

15 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, tauschten am 1. Juni 1988 in Moskau die amerikanische und die sowjetische Ratifizierungsurkunde zum INF-Vertrag vom 8. Dezember 1987 aus. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 88 (1988), Heft 2137, S. 23–25.

16 Zum Stand der amerikanisch-sowjetischen START-Verhandlungen vgl. Dok. 122, Anm. 18.

Bei den chemischen Waffen bekräftigen beide Supermächte ihr Engagement für ein weltweites und verifizierbares Verbot. Zugleich aber verschiebt sich gegenüber dem Dezember-Kommuniqué[17] das Gewicht deutlich vom CW-Verbot zur Untersuchung von CW-Einsätzen und der Perfektionierung von Exportkontrollen geeigneter Substanzen.

Bei der letzten offenen Frage der Wiener KRK-Mandatsgespräche, der Festlegung des Verhandlungsgegenstandes[18], brachte der Gipfel zwar keine Klärung; wichtig ist jedoch, daß sich Amerikaner und Sowjets für einen baldigen und ausgewogenen Abschluß des Wiener KSZE-Folgetreffens ausgesprochen haben. Grundsätzlich zu begrüßen ist die sowjetische Offenheit zu einem verifizierten Datenaustausch sowie die Bereitschaft zum Abbau von Asymmetrien, wobei sich allerdings schon jetzt abzeichnet, daß sich Meinungsverschiedenheiten darüber auftun werden, wo diese Asymmetrien bestehen.

Insgesamt hat der Moskauer Gipfel sowohl durch die erreichten Fortschritte der Substanz wie durch das vereinbarte Arbeitsprogramm das Momentum der Rüstungskontrolle gestärkt. Beide Seiten sind entschlossen, ihre Anstrengungen zu intensivieren.

Im einzelnen

a) START/Weltraum

In diesem Bereich konnten in zwei Schlüsselfragen – ALCM und mobile ICBM – wesentliche Fortschritte erzielt werden. Damit besteht nunmehr eine solide Grundlage für eine definitive Regelung dieser beiden Kernfragen.

aa) ALCM

In vielen Punkten konnte Einvernehmen erzielt werden. Hervorzuheben ist insbesondere:

– Alle gegenwärtig existierenden weitreichenden ALCM gelten als nuklear.
– Etwaige zukünftige konventionelle ALCM sollen sich von nuklearen unterscheiden lassen.
– Bomber, die nukleare ALCM tragen, sollen sich von solchen Bombern unterscheiden, die keine nuklearen ALCM tragen.
– Die Umwandlung von Bombern, die nukleare ALCM tragen, in andere Rollen (nukleare Schwerkraftbomben, konventionelle Waffen) ist zulässig.

Gleichwohl bleibt eine Reihe gewichtiger Probleme noch zu lösen. Hierzu zählen:

– Unterscheidung gegenwärtiger nuklearer ALCM von zukünftigen konventionellen ALCM.
– Wieviel ALCM sollen pro schwerem Bomber angerechnet werden?
– Ab welcher Reichweite sollen nukleare ALCM gezählt werden? (Gegenwärtige amerikanische Position 1500 km; gegenwärtige sowjetische Position: 600 km.

17 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 7. bis 10. Dezember 1987 in Washington zusammen. Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 88 (1988), Heft 2131, S. 12–16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 32–38. Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

18 Zum Stand der Gespräche zwischen NATO und Warschauer Pakt über ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 207.

USA sind jedoch in dieser Frage flexibel, wenn eine insgesamt zufriedenstellende ALCM-Regelung gefunden wird.)

bb) Mobile ICBM

Auch hier konnten wichtige Punkte geklärt werden. Ein Verifikationsregime zeichnet sich in Umrissen ab. Hervorzuheben ist:

– ICBM und deren mobile Launcher sollen nur in Dislozierungsgebieten von beschränkter Größe stationiert werden dürfen; für diese Gebiete wird eine noch zu vereinbarende Höchstgrenze von Flugkörpern und deren Launchern festgelegt.
– Flugkörper und deren mobile Launcher sollen diese Gebiete nur nach vorheriger Ankündigung zu Übungs-, Instandsetzungs- und Testzwecken verlassen dürfen.
– Nichtdislozierte ICBM sollen sich nur in noch zu vereinbarenden Einrichtungen (beispielsweise Reparaturstätten, Lager, Testgelände), die im Datenmemorandum aufzulisten sind, befinden.
– Diese nichtdislozierten ICBM sollen gleichfalls begrenzt werden (wichtiges sowjetisches Zugeständnis, SU hatte bisher Erfassung nichtdislozierter Systeme abgelehnt!); sie müssen sich in einer noch zu vereinbarenden Mindestentfernung von den Dislozierungsgebieten befinden.

Auch bei den mobilen ICBM bleiben schwierige Fragen noch zu lösen:

– Höhe der Zwischengrenze für diese Systeme
– Ausgestaltung eines speziellen Verifikationsverfahrens (uneingeschränkte Verdachtskontrolle?)
– Welche Produktionsstätten sollen der ständigen Kontrolle (permanent portal monitoring) unterliegen?
– Größe der Dislozierungsgebiete.

Abschließend läßt sich sagen, daß aufgrund der erzielten Fortschritte ein amerikanischer Verzicht auf das gegenwärtig von ihnen geforderte völlige Verbot mobiler Systeme wahrscheinlicher geworden ist. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß auch die USA beabsichtigen, mobile Systeme zu dislozieren (50 MX in Spezial-Zügen), bzw. neue zu entwickeln (Midgetman).

cc) SLCM

Demgegenüber ist in einem dritten Bereich von zentraler Bedeutung für die Verhandlungen, in der SLCM-Problematik, keine Bewegung erkennbar geworden. Die SU ist nicht auf den amerikanischen Vorschlag, die SLCM-Potentiale in einseitigen Erklärungen festzulegen, eingegangen. Sie hält daran fest, daß auch für die SLCM gemeinsame Obergrenzen gefunden werden müssen. Die USA sind hierzu nur unter der Bedingung bereit, daß ein effektives und praktikables Verifikationsregime gefunden wird. Ein solches Regime ist nach amerikanischer Auffassung gegenwärtig nicht in Sicht.

dd) Weltraum

Für den Bereich Weltraum wurde ein Protokoll vereinbart, das integraler Bestandteil eines zukünftigen separaten Weltraum-Vertrages werden soll. Dieses Protokoll enthält eine Reihe von vertrauensbildenden Maßnahmen im Bereich

der Forschung an neuartigen strategischen Abwehrsystemen. Über einzelne Elemente konnte bereits Einvernehmen erzielt werden (Informations- und Datenaustausch, gegenseitiger Besuch von Forschungsstätten).

Ungelöst blieben auch beim Gipfel die zwei entscheidenden Fragen:

– Erlaubte Aktivitäten während der Zeit, an der beide Seiten grundsätzlich am ABM-Vertrag[19] festhalten;

– Anschlußregelung für die Zeit nach der Bindungsfrist an den ABM-Vertrag.

Die SU macht weiterhin den Abschluß eines START-Vertrages vom gleichzeitigen Zustandekommen eines Weltraumvertrages abhängig.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß trotz beträchtlicher Fortschritte in Kernbereichen der Abschluß eines START-Vertrags noch in diesem Jahr angesichts der Zahl und der Komplexität der im START-Bereich ungelösten Probleme sowie des sowjetischen Junktims (START/Weltraum) ungewiß bleibt.

b) Vereinbarung über die Vorankündigung von Teststarts strategischer ballistischer Raketen

USA und SU vereinbarten, sich über Teststarts strategischer ballistischer Raketen im voraus zu unterrichten. Die Notifizierung wird mindestens 24 Stunden vorher über die in Washington und Moskau eingerichteten Zentren zur Verringerung des Nuklearrisikos (Nuclear Risk Reduction Centers)[20] erfolgen. Die neue Vereinbarung schließt an frühere Regelungen an, geht aber in ihrer Wirkung wesentlich weiter. Nach bisheriger Regelung waren nur Raketenstarts zu notifizieren, die über das jeweilige Staatsgebiet hinausgingen. Nunmehr sind alle Teststarts strategischer ballistischer Raketen voranzukündigen. Die Sowjetunion, die bisher nur einen geringen Teil ihrer Versuchsstarts anzukündigen hatte, wird künftig alle Starts (ca. 80–90 pro Jahr) notifizieren. Die USA hatten auch bisher schon praktisch alle Starts ihrer strategischen Raketen (ca. 30 jährlich) notifiziert.

Damit wird ein wichtiger Beitrag zu Vertrauensbildung und Transparenz geleistet.

c) Genfer CW-Verhandlungen[21]

Zwar wird das weltweite Verbot chemischer Waffen als dringende Aufgabe bezeichnet, doch liegt der Akzent auf den damit verbundenen einzigartigen Schwierigkeiten, insbesondere der Notwendigkeit effektiver Verifikationen, der Aufrechterhaltung unverminderter Sicherheit, der Teilnahme aller CW-besitzenden und CW-fähigen Staaten sowie der wichtigen Rolle von mehr Offenheit und Vertrauensbildung.

Eine zeitliche Perspektive für das Erreichen eines CW-Verbots fehlt.

19 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.
Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

20 Zum amerikanisch-sowjetischen Abkommen vom 15. September 1987 über die Einrichtung von Zentren zur Verminderung des nuklearen Risikos vgl. Dok. 123, Anm. 5.

21 Zu diesem Punkt vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Hier wird für uns ein Schwerpunkt unseres politischen Engagements u[nd] politischer Überzeugungsarbeit liegen müssen."

Die CW-Passage mündet in eine Unterstützung von Untersuchungen von CW-Einsätzen und einen Appell zu strengen Exportkontrollen von zur CW-Herstellung geeigneten Substanzen.

Die CW-Passage ist im Vergleich zum Dezember-Kommuniqué zwar ausführlicher, aber nicht engagierter. Beide Supermächte bekräftigen ihr Eintreten für ein CW-Verbot, sie lassen jedoch erkennen, daß die Lösung der von ihnen betonten offenen Fragen noch einige Zeit beanspruchen wird. Wir werden insbesondere weiterhin herauszufinden versuchen, ob mit der schon im Dezember-Kommuniqué enthaltenen Forderung der „Teilnahme aller CW-Staaten und CW-fähigen Staaten" eine Ratifizierungsvoraussetzung gemeint und damit eine Hürde für das Inkrafttreten der Konvention errichtet werden sollte.

Die Sowjetunion hat dies auf unsere Fragen bisher verneint, die USA antworteten ausweichend.

Das Handlungserfordernis aufgrund der CW-Einsätze wird vor allem bei Aufklärung von Verletzungen des Genfer Protokolls von 1925[22] und Exportkontrollen gesehen.

d) KRK

Zu den KRK-Mandatsgesprächen stellten die beiden Seiten in der Gipfel-Abschlußerklärung mit Befriedigung den bereits erzielten Fortschritt bei der Ausarbeitung des Mandats für neue „Verhandlungen über Streitkräfte und konventionelle Rüstungen" fest. Gorbatschow wies in seiner abschließenden Pressekonferenz darauf hin, daß der Gipfel die Wiener Mandatsgespräche vorangebracht habe; er bedauerte jedoch, daß die Amerikaner einer Formalisierung der Abrede über den Verhandlungsgegenstand nicht zugestimmt hätten, die angeblich beim letzten Treffen Shultz–Schewardnadse[23] schon erreicht worden sei.[24]

Im Gespräch zwischen Gorbatschow und Reagan unterbreitete Gorbatschow Vorstellungen über das Vorgehen bei den eigentlichen KRK-Verhandlungen. Er schlug vor, in drei Etappen vorzugehen:

– Datenaustausch vor oder unmittelbar nach Beginn der Verhandlungen, Verifizierung dieser Daten u. a. durch Vor-Ort-Inspektionen, Vergleich der Einschätzung der beiden Seiten über das Kräfteverhältnis und über spezifische Asymmetrien, Ausarbeitung von Wegen zur Beseitigung dieser Asymmetrien;
– nach Beseitigung der Asymmetrien auf beiden Seiten Reduzierung der Truppen um 500 000 Mann;
– Umstrukturierung der Streitkräfte auf defensive Verteidigung und Ausschluß der Fähigkeit zu Offensivoperationen.

Die Sowjets erläuterten Gorbatschows „Drei-Etappen-Plan"[25] in den Expertengesprächen nicht in größerem Detail. Sie legten auch keine schriftliche Ausarbei-

22 Für den Wortlaut des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 173–177.

23 Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 11./12. Mai 1988 in Genf vgl. Dok. 152.

24 Für den Wortlaut der Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 1. Juni 1988 vor der Presse in Moskau vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 358–362 (Auszug).

25 Am 2. Juni 1988 berichtete Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), der amerikanische Außenminister Shultz habe die NATO-Ministerratstagung am selben Tag über das Treffen des Präsidenten Reagan

tung darüber vor. Sie stellten nur klar, daß es ihnen um die wechselseitige Reduzierung von Waffen mit offensivem Charakter, nämlich Angriffsflugzeugen und Panzern, gehe.

2) Menschenrechte und KSZE-Prozeß

Erstmals wurde in einer Gipfelerklärung ein eigenständiger substantieller Absatz den Menschenrechten gewidmet (Washingtoner Gipfel nur Feststellung, daß Teil der TO), der die ausführliche Behandlung der Thematik widerspiegelt. Konkretes Ergebnis ist die Lösung von fünf Einzelfällen; 100 Refuseniks waren bereits seit April d.J. entlassen worden. Allerdings sind lt. Shultz noch zehn Mitglieder von Helsinki-Gruppen im Gefängnis.

Die Gespräche zu KSZE verliefen nach Darstellung von Shultz „frustrierend" und haben Erwartungen, die durch frühere Zustimmung der SU zu einem „ausgewogenen Ergebnis" geweckt worden sind (Erklärung AM-Treffen April 88/Moskau[26]), nicht entsprochen. AM Shultz erwartet jedoch, daß die SU sich bald zum Abschluß entscheidet. Sie blockiert derzeit noch und vermittelt den Eindruck, als ob die NSWP-Staaten Schwierigkeiten machten, weil sie in Menschenrechtsfragen konservativer seien als die SU selbst.

In Aussicht genommen wurde die Einrichtung eines bilateralen[27] Forums zur regelmäßigen Erörterung von Menschenrechtsfragen. Sie einigten sich auf Zielkriterien für den Dialog in Menschenrechtsfragen, die sich an der klassischen Menschenrechtsvorstellung orientieren.

3) Regionale Fragen

Spürbar ist, daß seit der Lösung des Afghanistan-Problems[28] die Suche nach einer politischen (statt militärischen) Lösung aller Regionalkonflikte als erfolgversprechender angesehen wird.

Fortsetzung Fußnote von Seite 904

mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, unterrichtet: „SU habe Dreistufenvorschlag zur konventionellen Abrüstung vorgetragen, aber nicht schriftlich vorgelegt. Vorschlag enthalte Datenaustausch, beiderseitige Truppenreduzierung (500 000), Erreichung gleicher Obergrenzen. US hätten geantwortet, man müsse vor Beginn Erörterung Substanz die KRK-Verhandlungen erst einmal einrichten. Im übrigen sei Beispiel MBFR nicht ermutigend, um mit Datenaustausch zu beginnen. Andere Themen seien wichtiger, etwa die Erörterung schweren Materials (Tanks, Artillerie)." Vgl. den Drahtbericht Nr. 749; Referat 204, Bd. 160066.

26 Zum Abschluß der Gespräche des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 21./22. April 1988 in Moskau wurde eine sowjetisch-amerikanische Gemeinsame Erklärung veröffentlicht. Für den Wortlaut vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 23./24. April 1988, S. 5. Vgl. dazu auch Dok. 123 und Dok. 129.

27 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Achtung! Hier dürfen wir nicht draußen bleiben."

28 Zum Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan vgl. Dok. 107.
Am 8. Juni 1988 resümierte Botschafter Ruhfus, Washington, eine ergänzende Unterrichtung des amerikanischen Außenministeriums über die Afghanistan-Gespräche beim Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow: „Schewardnadse und V[er]t[eidigun]g[s]m[inister] Jasow hätten deutlich ‚Sorge und Mißvergnügen' über die Entwicklung zu erkennen gegeben. Sie fürchteten Angriffe auf die abziehenden Truppen und möglicherweise auch einen frühen Zusammenbruch der Regierung. Niemand habe die USA beschuldigt, die Genfer Abkommen zu verletzen. Die Sowjets seien jedoch hart mit Pakistan ins Gericht gegangen. In privaten Gesprächen hätten sie Drohung wiederholt, den Truppenabzug zu verzögern (to slow down the time table). Nicht wiederholt worden sei die von Gorbatschow ausgesprochene Drohung, daß man den Abzug einstellen werde, wenn die Verletzungen der Genfer Vereinbarungen sich fortsetzten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2396; Referat 204, Bd. 160066.

a) Südliches Afrika[29]

AM Shultz nannte den 29.9.88 als Zieldatum für den Abschluß der Verhandlungen. Für Fortschritte sei Gesprächsbereitschaft der MPLA erforderlich. Es stelle sich die Frage, wer als Garantiemacht auftritt; SU fände Lösung nach der Afghanistan-Formel[30] attraktiv. Bisher ist die SU nicht direkt beteiligt, unterstützt aber nach Angaben Gorbatschows die Vierer-Gespräche[31] und wäre bereit, direkt einzutreten.

b) Naher Osten

AM Shultz war am Vorabend seiner dritten Nahost-Mission (3.6.) an Fortschritten besonders gelegen.[32] Die Gemeinsamkeit ging jedoch über die Einschätzung der Lage als „explosiv" und die Dringlichkeit einer politischen Lösung nicht hinaus. Nach SU-Darstellung haben die USA einer Teilnahme der SU an der IK zugestimmt. Offen ist dagegen weiterhin die palästinensische Vertretung und die Rolle der IK überhaupt.

c) Weiter

wurden erörtert Golf, Mittelamerika, koreanische Halbinsel, Zypern, Kambodscha und Afghanistan.

4) Bilaterale Fragen[33]

Wie bei früheren Gipfeltreffen wurde auch eine breite Palette der Zusammenarbeit in Einzelbereichen behandelt, was seinen Niederschlag auch in der Unterzeichnung von sieben Abkommen fand.

(Verlängerung bestehenden Kulturaustauschprogramms für Lehrer, Studenten und Künstler bis 1991, Erarbeitung von Maßnahmen für Such- und Rettungsaktionen auf See, Einrichtung eines gemeinsamen Seefunksystems, Erneuerung der wissenschaftl. und technolog. Kooperation bei der friedl. Nutzung der Atomenergie, Ausweitung der Kooperation in der Weltraumforschung zu friedlichen Zwecken, verstärkte Zusammenarbeit in Forschung und Technologie auf dem Gebiet öffentlicher Verkehrsmittel, Erstellung von Richtlinien für Fischerei und Fangrechte[34]).

Die Bereiche Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit nahmen keinen besonderen Stellenwert ein. In der GE werden lediglich die bisher erzielten Ergebnisse indossiert. Im Rahmen der kulturellen Zusammenarbeit wurden Verhandlungen über die Eröffnung von Kultur- und Informationszentren in den USA

29 Zu diesem Punkt vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Eine interessante Entwicklung!"

30 Vgl. dazu das Abkommen über die Wechselbeziehungen für die Regelung der Lage um Afghanistan vom 14. April 1988 zwischen Afghanistan und Pakistan sowie den Garantiemächten USA und UdSSR; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 88 (1988), Heft 2135, S. 56–60. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 307–311.

31 Zu den Friedensgesprächen zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA am 3./4. Mai 1988 in London vgl. Dok. 142.

32 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 3./4. Juni 1988 in Ägypten, am 4. Juni in Jordanien, am 5. Juni in Israel, am 6. Juni in Syrien und am 6./7. Juni 1988 erneut in Ägypten auf.

33 Zu diesem Punkt vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Wir müssen prüfen, welche gedanklichen Ansätze wir hier für unseren bilateralen (D/SU) Bereich finden."

34 Zu den amerikanisch-sowjetischen Abkommen, die anläßlich des Besuchs des Präsidenten Reagan vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in der UdSSR unterzeichnet wurden, vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 88 (1988), Heft 2137, S. 42–45.

und in der UdSSR mit dem Ziel der Unterzeichnung eines entsprechenden Abkommens vereinbart.

Der in Aussicht genommene Jugend- und Schüleraustausch ist lt. AM Shultz auch ein persönliches Anliegen des Präsidenten. Diese Anliegen entsprechen unseren eigenen Bemühungen gegenüber den osteuropäischen Staaten. Die Absprachen der USA mit der SU können unsere eigenen Anstrengungen fördern.

5) Deutschlandpolitische Aspekte[35]

Reagan wiederholte mehrmals die Forderung nach Abriß der Berliner Mauer (in Gespräch gegenüber Gorbatschow „die traurige Mahnung an eine gespaltene Welt"; es sei Zeit, diese Schranken zu beseitigen, die Menschen auseinanderbringen; ebenso in Rede vor Moskauer Universität). Die Reaktion der sowjetischen Seite bezeichnete Shultz als „nicht zufriedenstellend"; der Präsident werde die Angelegenheit jedoch weiter verfolgen.

6) Europäische Aspekte

Reagan unterstrich beim Austausch der INF-Urkunden, daß auch Alliierte und Freunde den Vertrag begrüßen, da er auch nach ihrer Einschätzung ihre Sicherheit verstärke. Er versicherte wiederholt, daß Sicherheit der Alliierten nicht zur Disposition gestellt werde.

7) Der rüstungskontrollpolitische Teil wurde von Abt. 2 A erarbeitet. Die Referate der Abteilungen 3, 4, 5 und 6 wurden beteiligt.

Die gemeinsame Erklärung läßt nicht erkennen, daß – über die Behandlung von Einzelaspekten hinaus – das Konzept einer europ. Friedensordnung eine Rolle gespielt hätte. Hier sind die Europäer selbst gefordert.[36] Es ist deshalb wichtig, das EPZ-Ministertreffen für eine West-Ost-Erklärung zu nutzen, die unsere Interessenslage verdeutlicht.[37] Ein deutscher Entwurf ist in Vorbereitung.[38]

i.V. Ploetz

Referat 204, Bd. 160066

35 Zu diesem Punkt vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Die Berlin-Initiative Reagans taucht nicht auf."

36 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

37 Die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ fand am 13./14. Juni 1988 in Luxemburg statt. Für den Wortlaut der Erklärung zu den Ost-West-Beziehungen vgl. BULLETIN DER EG 6/1988, S. 134 f.

38 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt.

166

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf

400-440.00 **7. Juni 1988**[1]

Über Referat 011[2], Herrn Staatssekretär[3], Herrn Bundesminister[4]

Betr.: Kabinettssitzung am 8.6.1988;
hier: TOP 4 „Maßnahmen zur Erleichterung der Schuldenprobleme der Entwicklungsländer“

Bezug: Gemeinsame Kabinettvorlage des BMZ und des BMF vom 6.6.1988 – 213-K 3200.32/88[5]

Anlg.: 4 (Kabinettvorlage mit Begleitunterlagen, tabellarische Übersicht der FZ-Schulden der für einen erweiterten Schuldenerlaß in Betracht kommenden sieben Länder Subsahara-Afrikas sowie ergänzende Gesprächsvorschläge)[6]

Vorschlag: Zustimmung und ergänzende Gesprächsführung gem. Ziffer 8

1) Die Kabinettsaufträge vom 19.4. und 25.5.1988[7], eine Bewertung der Verschuldungslage der EL vorzunehmen und eine konkrete Beschlußfassung über zusätzliche Maßnahmen für Länder südlich der Sahara vorzuschlagen, konnten erst am 25.5. und 1.6. erörtert werden, wobei der BMF zunächst die Notwendigkeit jeglicher zusätzlicher Maßnahmen bestritt und schließlich mit einem für BMZ und AA unakzeptablen Gegenentwurf[8] aufwartete.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Borchard konzipiert.

2 Hat Legationssekretär König am 7. Juni 1988 vorgelegen.

3 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 7. Juni 1988 vorgelegen.

4 Hat Bundesminister Genscher am 8. Juni 1988 vorgelegen, der mit der Bitte um Wiedervorlage handschriftlich vermerkte: „Warum wird nicht Äthiopien in den Erlaß einbezogen? Welche LLDCs sind außerdem nicht einbezogen? Warum nicht?“
Hat Vortragendem Legationsrat Staks vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 400 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Von Kabinett am 8. Juni 1988 beschlossen.“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Borchard am 9. Juni 1988 erneut vorgelegen.

5 Für die Gemeinsame Kabinettvorlage des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und des Bundesministeriums der Finanzen vgl. Referat 400, Bd. 182189.

6 Dem Vorgang beigefügt. Mit Schreiben vom 6. Juni 1988 teilten die Bundesminister Klein und Stoltenberg mit: „Hiermit legen wir den von Herrn Bundeskanzler in der Kabinettsitzung vom 19.4.1988 erbetenen, mit den Bundesministern des Auswärtigen und für Wirtschaft abgestimmten Bericht (Anlage 1) zum Verschuldungsproblem der Entwicklungsländer, insbesondere der ärmeren Länder in Afrika südlich der Sahara, vor und bitten, zur Frage weiterer Maßnahmen zur Erleichterung der Verschuldungsprobleme der Entwicklungsländer die Beschlußfassung der Bundesregierung in der Kabinettsitzung am 8.6.1988 herbeizuführen. Für den Bundeshaushalt werden sich Mindereinnahmen ergeben, deren Höhe erst festzustellen ist, wenn die Ressorts gemäß Beschlußvorlage die Einzelheiten ausgearbeitet haben. Länder und Gemeinden werden nicht mit Kosten belastet. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau sind nicht zu erwarten.“ Für die übersandten und als Anlagen dem Vorgang beigefügten Unterlagen vgl. Referat 400, Bd. 182189.

7 Mit Schreiben vom 27. Mai 1988 teilte Bundesminister Schäuble Bundesminister Klein zur Kabinettsitzung am 25. Mai 1988 mit, „daß der Bundeskanzler nochmals das Verschuldungsproblem der ärmsten Entwicklungsländer angesprochen hat. Er hat erneut unterstrichen, daß er im Hinblick auf den Weltwirtschaftsgipfel im Juni und auf die IWF/Weltbank-Jahrestagung im September die Vorlage einer zwischen den Ressorts abgestimmten Bewertung für das Kabinett erwartet.“ Vgl. Referat 400, Bd. 182190.

8 Im Entwurf des Bundesministeriums der Finanzen vom 30. Mai 1988 „einer gemeinsamen Kabinettvorlage BMF/BMZ“ hieß es: „1) Schuldenerlaß auf der Basis einer Einzelfallprüfung für die nach dem

2) Die beiliegende Kabinettvorlage konnte erst am Wochenende fertiggestellt werden, nachdem die federführenden BM Klein und Dr. Stoltenberg sich am Freitagnachmittag[9] auf folgenden Kompromißvorschlag zur Beschlußfassung geeinigt hatten:

a) Den LLDC Guinea, Sierra Leone, Sudan, Togo und Zentralafrikanische Republik werden die aus früheren EH-Umschuldungen stammenden FZ-Restschulden in Höhe von 86 Mio. DM, deren Erlaß bisher auf Verlangen des BMF aus prinzipiellen Gründen zurückgestellt wurde, nunmehr erlassen.

b) Weitere Entschuldungsmaßnahmen sollen auf der Basis einer Einzelfallprüfung erfolgen. Voraussetzung dafür ist, daß die betreffenden Länder von IWF bzw. Weltbank nach dem derzeitigen Stand als besonders arm, besonders hochverschuldet und anpassungsbereit identifiziert und Anpassungsverfahren beachtet werden, wie sie in der Regel der Pariser Club fordert.

c) Die Kreditbedingungen der FZ sollen unter Beachtung der Situation der EL geprüft und neu festgestellt werden.

d) Die Ressorts werden beauftragt, die Einzelheiten auszuarbeiten.

(Im Lichte der Erörterung der Staatssekretäre ist nachträglich in Ziffer b) „können" durch „sollen" ersetzt worden, um das Prinzip der Ausweitung des Schuldenerlasses zu verdeutlichen.)

2)[10] Die Einigung der beiden federführenden Minister ist hinsichtlich der Ziffer b) (Erweiterung des Schuldenerlasses) in einem Protokollvermerk präzisiert: Die Minister gehen davon aus, daß im Regelfall die Umschuldung im Pariser Club die Voraussetzung für weitere Entschuldungsmaßnahmen sein soll. Es sollen Ressortgespräche über Regeln geführt werden, wenn diese Voraussetzung im Einzelfall nicht vorliegt. In diesen Ressortgesprächen müßten auch die Konsequenzen für den Haushalt geprüft werden. Die Frage, welche Länder im einzelnen unter die genannten Kriterien fallen, soll im Zusammenhang mit dieser Kabinettvorlage nicht streitig erörtert werden. Die Frage, ob die Entschuldungsmaßnahmen als totaler Erlaß getroffen werden sollen oder (nach den Vorstellungen des BMF) in Form kompensierender Zuschüsse aus dem Haushalt des BMZ für flexibel gehandhabte Anpassungsperioden, muß zwischen den Häusern erörtert werden.

3) Ein weiterer FZ-Schuldenerlaß ist bei enger Auslegung der o.g. Ziffer b) für folgende Länder Subsahara-Afrikas möglich: Madagaskar, Mosambik, Sambia, Senegal und Zaire (Gesamtobligo: Zinsen plus Tilgungen = 1,6 Mrd. DM). Ghana (Obligo 513 Mio. DM) und Kenia (Obligo 785 Mio. DM), die ebenfalls von der Weltbank als besondere Problemländer („debt distressed countries") eingestuft sind, aber nicht im Pariser Club umgeschuldet haben, würden dagegen nach

Fortsetzung Fußnote von Seite 908

Kabinettbeschluß vom 4. Oktober 1978 antragsfähigen LDC-Länder (Höhe des Betrags aus derzeitiger Sicht etwa 1,8 Mrd. DM); 2) Erlaß der Restschuld an die LDC-Länder Guinea, Sierra Leone, Sudan, Togo und ZAR (Höhe des Betrags 86 Mio. DM); 3) Entschuldungsmaßnahmen auf der Basis einer Einzelfallprüfung für die von IWF bzw. Weltbank nach dem derzeitigen Stand als besonders arm, besonders hoch verschuldet und anpassungsbereit identifizierten Länder, sofern diese nach den Regeln des Pariser Clubs umschulden, für die jeweils in eine Anpassungsperiode fallenden FZ-Fälligkeiten; 4) Finanzierung durch Bereitstellung von Zuschüssen aus FZ-Mitteln; 5) Auftrag an die Ressorts, die Einzelheiten auszuarbeiten." Vgl. Referat 400, Bd. 182190.

9 3. Juni 1988.

10 Numerierung so in der Vorlage.

BMF-Auffassung nicht berücksichtigt werden. Daher ist im Ergebnisprotokoll der Ministervereinbarung vorgesehen, daß Regeln für Ausnahmen von dem Kriterium „Umschuldung im Pariser Club" erarbeitet werden sollen. Damit ist unser Anliegen, neben Ghana auch Kenia einzubeziehen, im Prinzip gewahrt.

4) Das AA hat an den Beratungen jeweils mitgewirkt und die Positionen vertreten, die in den Schreiben des BM an BM Stoltenberg vom 13.3.86[11] und in einem weiteren Schreiben an den Bundeskanzler von Ende Dezember 1987[12] enthalten sind. Insbesondere haben wir durchsetzen können, daß auch die Verbesserung der FZ-Konditionen einbezogen wird. (BMZ hatte dies Anliegen bereits aufgegeben.) Es ist auch gelungen, der alten AA-Forderung nach Erlaß der FZ-Restschulden – einer Forderung, die sich der BMZ erst später zu eigen gemacht hat – Geltung zu verschaffen.

Die Kernelemente des Beschlußvorschlages,

– prinzipielle Ausweitung des bisherigen FZ-Schuldenerlasses über LLDC hinaus auf einen noch festzulegenden Kreis der Begünstigten,

– Inangriffnahme der dringend notwendigen Überprüfung der FZ-Konditionen,

entsprechen der Interessenlage des AA, wenngleich sie hinter unseren Forderungen nach einer konkreten Liste der zu berücksichtigenden Länder und einer Präzisierung der Verbesserung der FZ-Konditionen zurückbleiben. Angesichts des harten Widerstands des BMF, der sich bis zuletzt gegen jegliche Verbesserungen wandte, war jedoch unter dem gegebenen Zeitdruck kein günstigeres Ergebnis möglich. Andererseits beeinträchtigt die erzielte Ministervereinbarung keine Position, die das AA in den vorangegangenen Beratungen eingenommen hat. Es wird daher darauf ankommen, unsere Vorstellungen in den weiteren Beratungen zur Regelung der Einzelheiten durchzusetzen.

5) Auch der Bundeskanzler[13] und der BMZ dürften mit dem Ergebnis kaum zufrieden sein, da die Konkretisierung der Beschlüsse noch aussteht und diese

11 Mit Schreiben vom 13. März 1986 legte Bundesminister Genscher Bundesminister Stoltenberg dar: „Da die Freijahre der in der Vergangenheit im Rahmen unserer FZ zur Auszahlung gekommenen Kredite zunehmend ablaufen, geht der Nettotransfer (Auszahlung abzüglich der Summe aus Tilgungen und Zinsen) insoweit kontinuierlich zurück (gemäß KfW: FZ-Nettotransfer 1982 = 1786 Mio.; 1984 = DM 1442 Mio.). Für einzelne Länder, die z. T. für den Westen politisch wichtig sind, ist in Kürze mit negativen Transfers zu rechnen. Eine Umkehr der Zahlungsströme ist systemimmanent, soweit unsere Hilfeleistungen in Form von Darlehen erfolgen; eine länderbezogene Zusicherung von Nettotransfers quasi als Besitzstand ist auszuschließen. Die Bundesregierung sollte sich aber zu gegebener Zeit öffentlich zu dem Ziel bekennen, die Tendenz zur Verringerung des globalen Nettotransfers aufzuhalten." Vgl. Referat 400, Bd. 182189.

12 Der Passus „BM an BM … Dezember 1987" wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bitte Durchschlag der Briefe beifügen."
Mit Schreiben vom 14. Dezember 1987 an Bundeskanzler Kohl regte Bundesminister Genscher an: „Ich denke vor allem an eine selektive Ausweitung des Schuldenerlasses auf Länder wie Ghana, Kenia, Madagaskar, Mosambik, Sambia, Senegal, Zaire und das bisher unberücksichtigt gebliebene LLDC-Land Äthiopien, an einen Verzicht auf zum Zeitpunkt unseres Schuldenerlasses für LLDC bestehende Zahlungsrückstände sowie an eine Verbesserung der FZ-Konditionen. […] Beträchtliche außenpolitische Bedeutung kommt auch einer künftig flexibler zu handhabenden Anwendung der im Einzelplan enthaltenen Klausel zu, von dem Recht einer Pro-rata-Kürzung unserer Beiträge an multilaterale Finanzierungsinstitutionen Gebrauch zu machen, sobald z. B. die USA auf Grund von Budgetkürzungen im Interesse der Haushaltssanierung ihre Zahlungen nicht fristgerecht leisten. Die ‚automatische' Vornahme solcher Kürzungen durch das BMF hat uns wiederholt in der westlichen Gebergemeinschaft in die Isolierung geführt." Vgl. Referat 400, Bd. 182190.

13 Vortragender Legationsrat I. Klasse Borchard hielt am 31. Mai 1988 zur Haltung des Bundeskanzlers Kohl fest: „Aus dem Bundeskanzleramt ist vertraulich zu erfahren, daß der Bundeskanzler in seinem

sich insofern bis auf weiteres kaum öffentlichkeitswirksam ankündigen lassen. So kann der Bundeskanzler auf dem Wirtschaftsgipfel in Toronto[14] nunmehr lediglich in allgemeiner Form eine selektive Ausweitung des FZ-Schuldenerlasses auf besonders hart betroffene, hochverschuldete Länder Subsahara-Afrikas und eine Verbesserung der FZ-Konditionen in Aussicht stellen.[15]

6) Beide Elemente – Schuldenerlaß und Verbesserung der FZ-Konditionen – sind, ganz abgesehen von der durch den Bundeskanzler auf dem Venediger Gipfel[16] nachdrücklich betonten Notwendigkeit zusätzlicher Hilfsmaßnahmen für Subsahara-Afrika, auch vor folgendem allgemeinem Hintergrund von Bedeutung:

– Der Anteil unserer EH-Nettoleistungen am BSP ist infolge relativ geringer Steigerung der Bruttoausgaben, steigenden FZ-Rückflüssen und wachsendem BSP in den letzten Jahren stark rückläufig: Von 0,47% in 1985 über 0,43% in 1986 auf 0,39% (vorläufig) in 1987 mit weiter fallender Tendenz. Wir entfernen uns damit immer weiter von dem im Rahmen der VN als wünschenswert deklarierten Ziel von 0,7%.
– Die übrigen Geberländer (außer Japan) haben von vornherein mehr Zuschüsse als Kredite an die EL vergeben und zusätzlichen Schuldenerlaß für die ärmeren EL oder gleichwertige Maßnahmen durchgeführt bzw. angekündigt. Im Ergebnis liegt daher die Konditionenqualität der deutschen EH (Anteil des Zuschußelements an der Gesamthilfe) unter dem durchschnittlichen OECD-Niveau. Nur Japan gewährt noch ungünstigere Konditionen als wir.
– Die bisherigen relativ „harten" Konditionen für eine Reihe von Ländern schränken aufgrund neuer OECD-Regeln über Mindestzuschußelemente bei der FZ die Möglichkeiten der Mischfinanzierung erheblich ein und tragen daher zum weiter fallenden BSP-Anteil unserer EH bei.

7) Der BMF wird auch nach der vorgeschlagenen Beschlußfassung durch das Kabinett an der Position festhalten, daß die angestrebten Verbesserungen möglichst „haushaltsneutral" gestaltet werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 910

Gespräch mit Weltbank-Präsident Conable am 26.5. bereits einen weiteren FZ-Schuldenerlaß in Aussicht gestellt haben soll. Der Bundeskanzler wünsche, daß die Angelegenheit außerhalb der TO des Kabinetts am 8.6. entschieden, zunächst keine Verlautbarung nach außen erfolgen, sondern Entscheidung erst auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Toronto bekannt gegeben werden solle." Vgl. Referat 400, Bd. 182190.

14 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 19. bis 21. Juni 1988 in Toronto vgl. Dok. 181–184.

15 In einer Aufzeichnung vom 9. Juni 1988 wurde über das „Verhandlungsergebnis BMF – BMZ zum Sprechzettel des Bundeskanzlers für Toronto" festgehalten: „Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Venedig haben wir die Hilfen für die hochverschuldeten ärmsten Länder Afrikas in den Mittelpunkt gestellt. Inzwischen sind die Ausleihmöglichkeiten der internationalen Organisationen für die ärmsten Länder Afrikas erheblich ausgeweitet worden, und zwar durch die achte Wiederauffüllung der Mittel der Weltbanktochter IDA, durch die Zusagen zur Unterstützung der Sonderinitiative der Weltbank für hochverschuldete Subsahara-Länder und die fünfte Wiederauffüllung des Afrikanischen Entwicklungsfonds. Die Bundesregierung trägt zu diesen Maßnahmen in einer Größenordnung von r[un]d 3,5 Mrd. DM bei. Sie wird außerdem mit r[un]d 1,6 Mrd. DM zur Aufstockung besonders zinsgünstiger Ausleihmöglichkeiten des Internationalen Währungsfonds unter der erweiterten Strukturanpassungsfazilität (ESAF) beitragen. […] Seit der UNCTAD-Resolution von 1978 hat sie 24 der am wenigsten entwickelten Ländern (LDC) Schulden in Höhe von 4,2 Mrd. DM erlassen – davon 2,8 Mrd. DM zugunsten von 20 Subsahara-Ländern." Vgl. Referat 400, Bd. 182189.

16 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 in Venedig vgl. AAPD 1987, I, Dok. 171 und Dok. 176.

Daher besteht weiterhin ein fundamentaler Gegensatz zum BMF in der Form des Schuldenerlasses: Während BMZ und AA einen Erlaß der gesamten FZ-Schulden dieser Länder befürworten, möchte der BMF nur eine etwa auf Jahresbasis oder auch längeren Zeitraum vorzunehmende Zuschußzahlung zur Abdekkung der im jeweiligen Zeitraum zu leistenden Zinsen und Tilgungen, und zwar „haushaltsneutral" im Rahmen der jeweils geltenden Plafonds des EPL 23[17]. Ein solches Vorgehen hätte erhebliche entwicklungspolitische Implikationen hinsichtlich der Verteilung künftiger FZ-Mittel, würde dem sinkenden Anteil unserer Nettoleistungen am BSP nicht entgegenwirken und würde auch nicht dem von allen Parteien im Bundestag befürworteten generellen FZ-Schuldenerlaß für ärmere EL entsprechen.

Ähnliche haushaltsneutrale Lösungen werden jetzt im BMF für die Verbesserung der FZ-Konditionen angestrebt. Bisher bestehen vier Konditionengruppen: LLDC erhalten Zuschüsse, alle übrigen EL Kredite zu 0,75% Zinsen und 50 Jahre Laufzeit oder zu 2% Zinsen und 30 Jahre Laufzeit bzw. 4,5% Zinsen und 20 Jahre Laufzeit. BMZ hat vorgeschlagen, künftig nur noch zwei Konditionengruppen zu schaffen: Zuschüsse an LLDC und sog. IDA-Konditionen, d.h. 0,75% Zinsen und 40 Jahre Laufzeit, davon zehn Freijahre. AA hält demgegenüber zusätzlich für erstrebenswert, künftig auch denjenigen Ländern Zuschüsse zu gewähren, denen die FZ-Schulden erlassen werden, und diejenigen Länder, die bisher alte IDA-Konditionen (50 Jahre Laufzeit) erhalten, künftig nicht schlechter zu stellen. Eine Verschlechterung der Konditionen gerade für die ärmeren Länder und in einer für diese gerade besonders kritischen Zeit erscheint kaum vertretbar.

8) Zusammenfassend ist festzustellen, daß gegenüber dem BMF ein wesentlicher Durchbruch bei der Erweiterung des FZ-Schuldenerlasses für ärmere hochverschuldete und anpassungsbereite Länder Subsahara-Afrikas sowie bei der Überprüfung der FZ-Konditionen gelungen ist. Äußerst unbefriedigend ist, daß nicht zugleich die notwendige Konkretisierung der Einzelheiten beschlossen werden kann. Aufgrund der Terminnöte, der involvierten komplexen Fragen und des anhaltenden Widerstands des BMF war eine solche Konkretisierung allerdings kaum erreichbar. Wichtig ist, daß die AA-Positionen gewahrt worden sind und nunmehr in den Einzelberatungen durchgesetzt werden sollten.

Es kommt jetzt darauf an, daß das Kabinett zusätzlich eine konkrete Frist für die Erarbeitung der Einzelheiten festlegt, damit zumindest rechtzeitig für die Jahresversammlung von IWF und Weltbank in Berlin[18] die Ankündigungen konkretisiert werden können. Das Kabinett sollte den Auftrag erteilen, die Einzelheiten spätestens bis zur ersten Kabinettssitzung im September 1988 vorzulegen.

Es wird daher vorgeschlagen,

– der Kabinettvorlage zuzustimmen[19] und

17 Einzelplan 23.

18 Zur Jahrestagung von IWF und Weltbank vom 27. bis 29. September 1988 in Berlin (West) vgl. Dok. 285.

19 Legationsrat I. Klasse Amelung informierte am 13. Juni 1988 über Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl am 10. Juni 1988 vor der Presse über die Kabinettssitzung vom Vortag. Die Bundesregierung habe beschlossen, „die Restschulden einiger Länder – das betrifft Guinea, Sierra Leone, Sudan, Togo und die Zentralafrikanische Republik in Höhe von 86 Mio. DM zu erlassen sowie in gleicher Weise gegenüber den beiden Ländern Birma und Mauretanien zu verfahren, die aufgrund ihrer Entwicklung

– auf eine Fristsetzung für die Ausarbeitung der Einzelheiten des erweiterten FZ-Schuldenerlasses und der FZ-Konditionen-Verbesserung bis zur ersten Kabinettssitzung im September 1988 hinzuwirken.

Ein Sprechzettel für eine Stellungnahme im Kabinett ist beigefügt.[20]

Für den Fall, daß die Diskussion auch generelle Aspekte der internationalen Verschuldungslage berührt, ist zusätzlich ein weiterer Sprechzettel[21] beigefügt.[22]

Trumpf

Referat 400, Bd. 182189

Fortsetzung Fußnote von Seite 912

jetzt ebenfalls in diese Gruppe gezählt werden müssen." Darüber hinaus habe sich das Kabinett grundsätzlich auf einen Schuldenerlaß für Ghana, Madagaskar, Mosambik, Sambia, Senegal und Zaire entschieden: „Ich will allerdings darauf hinweisen, daß wir bei der Gruppe dieser Länder von der Bedingung ausgehen, daß die betroffenen Länder die Anpassungs- und Reformprogramme, die in der Diskussion sind, zusammen mit dem IWF und der Weltbank auch tatsächlich durchführen." Vgl. den Runderlaß Nr. 6277; Referat 422, Bd. 149027.

20 Dem Vorgang beigefügt. In der Aufzeichnung des Referats 400 vom 7. Juni 1988 wurde folgender „Vorschlag zur Gesprächsführung" für die Kabinettsitzung am 8. Juni 1988 gemacht: „Ich begrüße die in dem Beschlußvorschlag enthaltenen Kernaussagen zur weiteren Verbesserung unserer Finanziellen Zusammenarbeit mit den EL […]. Ich bedaure jedoch sehr, daß es nicht möglich ist, bereits jetzt ein konkretes Konzept zu unterbreiten. Eine entsprechende konkrete Ankündigung vor der deutschen Öffentlichkeit, der internationalen Gebergemeinschaft und den betroffenen EL wäre insbesondere schon im Hinblick auf den Weltwirtschaftsgipfel in Toronto und auf unsere EG-Präsidentschaft wünschenswert gewesen." Vgl. Referat 400, Bd. 182189.

21 Dem Vorgang beigefügt. Am 6. Juni 1988 führte Referat 400 in einem „Eventualsprechzettel" für die Kabinettsitzung am 8. Juni 1988 aus: „Wir haben in jüngster Vergangenheit eine Reihe von Fortschritten bei der Bewältigung der internationalen Verschuldungsprobleme verzeichnen können. Im ‚Pariser Club' sind anpassungsbereiten, besonders armen und hoch verschuldeten Ländern entsprechend den Empfehlungen des Weltwirtschaftsgipfels in Venedig deutlich längere Rückzahlungszeiträume eingeräumt worden. Diese Erleichterungen reichen jedoch auf längere Sicht gesehen nicht aus, diesen Ländern den erforderlichen Spielraum für die Wiedergewinnung ihrer Schuldendienstkapazität zu verschaffen, wenn nicht Zinserleichterungen hinzutreten. Bundesregierung sollte daher dem Gedanken nähertreten, die britische Initiative zugunsten von Zinskonzessionen in ausgesuchten Einzelfällen auch bei verbürgten Handelsforderungen zu unterstützen." Vgl. Referat 400, Bd. 182189.

22 Am 6. Oktober 1988 informierte Vortragender Legationsrat Stoecker: „Am 21.9.88 hat das Bundeskabinett ferner eine deutliche Verbesserung der Bedingungen unserer Finanziellen Zusammenarbeit beschlossen. Danach erhalten LDC FZ-Leistungen wie bisher als Zuschüsse. Für FZ-Kredite gibt es in Zukunft nur noch zwei Konditionengruppen: Länder, die von der Weltbank als IDA-anspruchsberechtigt eingestuft werden, d. h. Länder mit einem Pro-Kopf-Einkommen von z. Zt. unter 835 US-Dollar (Stand 1986), erhalten Kredite zu 0,75 % Zinsen bei 40 Jahren Laufzeit und zehn Freijahren. […] Den übrigen EL werden Kredite zu den bisherigen ‚Standardkonditionen', d. h. 2 % Zinsen, 30 Jahre Laufzeit, zehn Freijahre gewährt. […] Ein wesentlicher Effekt dieser Neuregelung wird sein, daß sich das Zuschußelement unserer gesamten EH […], das in den vergangenen Jahren deutlich unter dem entsprechenden Durchschnittswert für alle D[evelopment]A[ssistance]C[ommittee]-Mitglieder lag, spürbar erhöht." Vgl. den Runderlaß Nr. 89; Referat 012, Bd. 134241.

167

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Gandhi auf Schloß Gymnich

321.10 INI VS-NfD **8. Juni 1988**[1]

Von BM noch nicht genehmigt.

Frühstücksgespräch BM Genscher mit PM Gandhi (8.6.1988)

PM äußerte sich einleitend zufrieden über sein Besuchsprogramm, das sehr reichhaltig sei.[2]

BM berichtete kurz über seine Teilnahme an der SGV, seine Rede[3], über die in New York geführten Gespräche, wobei er insbesondere das mit AM Schewardnadse[4] hervorhob, das nach dem Gipfel in Moskau[5] sehr befriedigend verlaufen sei. Für die Europäer gehe es nun darum, möglichst rasch zu Fortschritten im Bereich der konventionellen Waffen zu kommen. Er verneinte die Frage Gandhis, ob in diesem Zusammenhang auch schon über nukleare Kurzstreckenwaffen gesprochen werde. Im konventionellen Bereich wollten wir uns auf die besonders aggressiven Waffen wie Panzer und Artillerie, wohl auch Flugzeuge, konzentrieren. Hier gebe es auch noch Probleme innerhalb des westlichen Lagers, die sich aber bewältigen ließen. Den Sowjets geht es zunächst darum, präzise Daten auszutauschen, jedenfalls sei es wichtig und gut, diesen Bereich jetzt endlich anzupacken, nachdem man ihn über Jahre hinweg vernachlässigt habe.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller am 8. Juni 1988 gefertigt und am selben Tag an Ministerialdirigent Jansen geleitet. Dazu vermerkte er: „Ich bitte um Zustimmung zur weiteren Verteilung des Vermerks an D 2, D 2 A, D 4 und Botschafter Seitz persönlich mit dem Vermerk ‚BM hat noch nicht zugestimmt'."
Hat Vortragendem Legationsrat Schumacher am 8. Juni 1988 vorgelegen, der den Rücklauf an Zeller verfügte und handschriftlich vermerkte: „Zustimmung erteilt."
Hat Zeller am 8. Juni 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 340 „z[ur] w[eiteren] V[erwendung]" verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elias am 11. Juni 1988 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 340, Bd. 156146.

2 Ministerpräsident Gandhi hielt sich vom 6. bis 8. Juni 1988 in der Bundesrepublik auf.

3 Zur VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 31. Mai bis 26. Juni 1988 in New York vgl. Dok. 84 und Dok. 189.
Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 6. Juni 1988 vgl. BULLETIN 1988, S. 721–725.

4 Bundesminister Genscher traf den sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 7. Juni 1988 in New York. Im Hinblick auf Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa führte Genscher aus: „Zur Frage des von AM zuvor kurz erwähnten Datenaustauschs gebe es im westlichen Kreis eine Sorge, die man nicht leicht nehmen dürfe. Viele hätten die MBFR-Verhandlungen im Auge, wo man viele Jahre mit einer Datendiskussion verbracht habe. Deshalb legten wir das Gewicht auf das Ergebnis, was wir in den Verhandlungen erreichen wollen. Auf dem Weg dorthin müsse dann auch eine Zahlendiskussion stattfinden. Wenn klar feststehe, daß Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle stattfänden und wenn Datenaustausch keine Voraussetzung für den Verhandlungsbeginn sei, seien unsere Bedenken behoben." Schewardnadse erwiderte: „Zunächst müsse der Datenaustausch kommen. Er sei die Grundlage für alles Folgende. Dieser Datenaustausch müsse an Ort und Stelle überprüft werden. Wenn ein klares Bild bestehe, sollten die Asymmetrien beseitigt werden". Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 12254 (221); B 150, Aktenkopien 1988.

5 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

Auf die Frage des BM nach der indischen Einschätzung des Gipfels entgegnete *Gandhi*, daß es in eigentlichen harten Sachfragen dort nicht viel Fortschritte gegeben habe. Es sei aber wichtig und positiv zu bewerten, daß die Verbindung zwischen den Großmächten offen bliebe und das Gespräch fortgesetzt werden könne. In der Frage der Abrüstung habe Indien einen detaillierten Aktionsplan ausgearbeitet. Er beschäftige sich mit dem nuklearen, dem konventionellen und dem Bereich neuer Waffentechnologien mit Massenzerstörungswirkung. Hierüber habe Indien mit anderen (gemeint sind wahrscheinlich die Sechs von Mexiko) in Stockholm gesprochen.[6] Er habe eine Kopie dieses Planes gestern dem BK übergeben.[7]

BM stellte fest, daß der Moskauer Gipfel ein Vertrauensklima geschaffen habe, in dem es auch möglich sein wird, regionale Probleme einer Lösung näherzubringen. Dies gelte für Afrika, wohl auch für den Mittleren Osten und Kambodscha. Diese positiven Auswirkungen seien am wichtigsten.

Unter allen Gipfelbegegnungen zwischen Präsident Reagan und GS Gorbatschow sei die von Reykjavik[8] die substantiellste und wichtigste gewesen. Dort seien die Grundlagen für konkrete Absprachen auf dem Abrüstungs- und Rüstungsbegrenzungssektor gelegt worden. Man habe diese Begegnung zunächst unterschätzt. Im Ergebnis habe sie zu einer besseren Beziehung zwischen den Supermächten geführt. Für die Großmächte sei die fünfzigprozentige Reduzierung der strategischen Waffen vorrangig. Wir Europäer müssen darauf bestehen, da es für uns vor allem auch um eine Begrenzung der konventionellen Waffen und um die Abschaffung der chemischen Waffen gehe.

Gandhi wirft ein, daß in einem späteren Stadium des Abrüstungsgesprächs auch China, GB und F einbezogen werden müßten. Generell gehe es darum, daß sich Rüstungskontrolle und Abrüstungsabmachungen auch auf andere Teile der Welt erstreckten. Nach indischer Meinung müsse man möglichst rechtzeitig verhindern, daß neue Technologien, so z. B. auf chemischem und biologischem Gebiet,

6 Am 21./22. Januar 1988 fand in Stockholm die Konferenz der Sechs-Nationen-Initiative statt, an der Argentinien, Griechenland, Indien, Mexiko, Schweden und Tansania teilnahmen. Vgl. dazu den Artikel „Sechs-Nationen-Initiative fordert Verbot von Atomwaffen"; FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 22. Januar 1988, S. 2.
Am 26. Januar 1988 teilte Botschafter Schenk, Stockholm, mit: „An das Sechs-Nationen-Treffen in Stockholm schloß sich am 22. und 23. Januar 1988 noch ein eintägiger Besuch des indischen Premierministers Rajiv Gandhi an." Zum Gespräch Gandhis mit Ministerpräsident Carlsson stellte Schenk fest: „Die indische Seite gab eine längere Erläuterung ihrer Politik in Sri Lanka: Als Grund für die Bereitschaft zum Engagement wurde auch die Sorge genannt, daß sonst Pakistan sich evtl. mehr eingemischt hätte. Indische Truppen seien den Tamilen weniger fremd und hätten deshalb eine bessere Befriedungsmöglichkeit. Die Tamil-Tigers würden auf die Dauer die Unterstützung der Bevölkerung verlieren und keine Chance haben. Insofern zeigte Gandhi Optimismus." Carlsson habe Sorge geäußert, „daß die indischen Truppen sich in einem langen Buschkrieg festfahren könnten". Vgl. den Schriftbericht Nr. 89; Referat 340, Bd. 144657.

7 Im Gespräch mit Ministerpräsident Gandhi am 7. Juni 1988 betonte Bundeskanzler Kohl: „Wichtig für die Außenpolitik seien auch gute persönliche Beziehungen. Er habe z. B. ein sehr persönliches Verhältnis mit Präsident Mitterrand, PM Thatcher, dem amerikanischen Präsidenten, dem japanischen Premierminister. Man rufe sich gegenseitig an. Ein solches persönliches Verhältnis sollte auch zwischen ihm und MP Gandhi sich entwickeln. Er schlage auch vor, einen direkten Kontakt zwischen MD Teltschik und seinem Counterpart in Delhi im Amt des Premierministers einzurichten. […] MP Gandhi erklärte sich mit der Etablierung eines direkten Telefon-Kontakts zwischen ihm und BK Kohl […] einverstanden." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 340, Bd. 156146.

8 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

eine militärische Anwendung fänden (we have to catch it before it goes into military application). Dazu müßte sich jedermann verpflichten.

Gandhi äußerte sich sehr besorgt über besonders hochentwickelte Waffen, die spezifisch, z.B. gegen die Führungsgruppen von Staaten, eingesetzt werden könnten. Dies könnte enorm destabilisierende Wirkungen entfalten.

Sodann kam er darauf zu sprechen, daß der NPT[9] Ende 1995 auslaufe. Viele Staaten seien ihm nicht beigetreten, so auch Indien. Für Indien habe es hier ein grundsätzliches Problem der Diskriminierung gegeben. Man müsse schon jetzt darüber nachdenken, wodurch man den NPT ersetzen könne. Dies müßte ein dauerhaftes für alle akzeptables Instrument sein. Die eigentliche Frage sei allerdings, womit man nukleare Waffen als das Mittel ersetzen könne, die Supermächte auseinander zu halten. Man müßte an ein globales, mit Kontrolle versehenes Sicherheitssystem denken.

BM erwähnte, daß er in seiner New Yorker Rede eine Reihe von Prinzipien für ein Sicherheitssystem erwähnt habe. Er fragte Gandhi nach seinen Vorstellungen für ein Nachfolge-Instrument zum NPT.

Gandhi erläuterte, daß sich die indischen Vorstellungen innerhalb eines Zeitrahmens bis zum Jahr 2010 bewegten. Es müßte möglich sein, in der Zeit von 1995 bis zum Jahr 2000 gewisse Fortschritte in einzelnen Fragen zu erzielen; in der Zeit von 2000 bis 2010 könnte es dann zu einer Abrüstung auf breiter Front kommen. Im Ergebnis sollten konventionelle Waffen im Rahmen eines minimalen Verteidigungssystems erlaubt sein, wobei durch ein Kontrollsystem vor allem auch Überraschungsangriffe zu verhindern seien. Das Kontrollsystem (policing system) würde sich auch gut in die UN-Charta[10] und das UN-System einfügen. Er wolle diese Überlegungen möglichst rasch weiterverfolgen. Dabei denke er zunächst an ein Gespräch, nicht zwischen Regierungen, sondern unter Wissenschaftlern und Experten. Erst nach dieser Vorklärung sollte man darüber unter Regierungen sprechen.

Auf eine Frage von BM bezeichnete PM *Gandhi* die indischen Beziehungen zu China als grundsätzlich gut mit einigen negativen Einsprengseln. Sowohl Indien wie China wünschten die Grenzfragen zu bereinigen.[11] Es gebe aber Schwierigkeiten, sowohl technischer wie psychologisch-politischer Natur, wobei er nicht ganz verstehe, warum die Chinesen sagten, daß die psychologischen Fragen auf ihrer Seite enorm seien. Auf indischer Seite seien sie es jedenfalls, angesichts

9 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.

10 Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 432–503.

11 Botschafter Seitz, Neu Delhi, führte am 6. April 1988 aus: „Für Indien, daran kann kein Zweifel sein, ist die Lösung der Grenzfrage und damit die Bereinigung des Verhältnisses zu China von größtem Interesse. Ohne die politische Gegnerschaft und potentielle militärische Bedrohung seitens Chinas sähe sich Indien weit eher in der Lage, seinen Einfluß in der Region geltend zu machen. Wo immer Indien sich in Asien als Führungsmacht zu etablieren sucht, sieht es sich dem entgegengesetzten chinesischen Interesse gegenüber […]. Im Mittelpunkt der indischen Sorge steht zunehmend das chinesische Nuklearpotential und seine unter Deng energisch vorangetriebene Modernisierung. Dies ist der eigentliche Grund, weshalb Indien sich weigert, dem NV-Vertrag beizutreten […]. China behauptet, Indien habe in den letzten Jahren der britischen Kolonialherrschaft und bis in die 50er Jahre Schritt für Schritt 90 000 Quadratkilometer chinesischen Gebiets an der Ostgrenze besetzt, überläßt aber ausdrücklich dem Gang der Verhandlungen, wieviel von diesem Gebiet es zurückfordern wird.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 607; Referat 340, Bd. 144682.

einer freien und kritischen öffentlichen Meinung, der sich die indische Regierung täglich und im besonderen bei Wahlen stellen müsse. Die Schwierigkeiten würden allerdings schon im Technischen beginnen. Man müsse sich zunächst über die augenblickliche Position einigen, sodann über das, was die Chinesen beanspruchen, und das, was die Inder beanspruchen. Dies wären drei Linien auf der Landkarte. Dabei sei die zusätzliche Schwierigkeit, daß die bisherigen Karten schon in der Darstellung des Geländes ungenau seien und Berge wie Täler einmal da und einmal dort eingezeichnet seien. Nach indischer Vorstellung müßte sich der Grenzverlauf an bestimmten geographischen Fixpunkten ausrichten, nach chinesischer gehe es um Längen- und Breitenbestimmungen.

Man habe aber langsam Mißtrauen abgebaut. So wurde ein indisch/chinesisches Kulturabkommen[12] unterzeichnet, und man wünschte auch, über Verbesserungen im Handel zu sprechen. Generell spreche man über unkontroverse Gegenstände, so z. B. über ländliche Entwicklung, wo beide Seiten voneinander lernen können. Zweck sei, im Gespräch zu bleiben, sich mehr und mehr zueinander zu öffnen. Von der öffentlichen Meinung und von den Medien werde bei indisch/chinesischen Gesprächen sofort und hartnäckig die Frage gestellt, wie es mit der Grenzziehung stehe. Dies erschwere es, über diese Frage überhaupt zu sprechen.

Negativ sei zu bemerken, daß es auf chinesischer Seite an der Grenze gewisse Verstärkungen und Verschiebungen gegeben habe (a certain build-up), wobei er sich frage, ob das chinesische Verhalten eine Antwort auf indisches Verhalten sei. Indien habe an bestimmten Punkten seine Präsenz an der Grenze verstärkt. Man könne dies auch ein besseres Grenzmanagement nennen. So hätten sich gewisse Probleme ab Frühjahr 1986 entwickelt. Bis dato habe man in einem umstrittenen Gebiet abwechselnd und ohne es wirklich zum Konflikt kommen zu lassen, Markierungen hinterlassen. Dann habe aber plötzlich China in diesem Gebiet seine militärische Präsenz verstärkt. Indien hätte die chinesischen Truppen verdrängen können, denn das Terrain sei für Indien günstig gewesen. Man habe aber nicht so hart antworten wollen und sei deshalb nur sehr nahe an die chinesischen Stellungen herangerückt. Dies habe Spannungen ergeben, und es sei auch Mitte 1986 zu Schießereien gekommen. Man habe sich aber dann darauf verständigt, daß die lokalen Befehlshaber sich treffen und Tee miteinander trinken. Die Chinesen hätten sich daraufhin zurückgezogen.

Auf die Frage des *BM*, ob es sich hierbei um Anordnungen von Peking oder um die Aktionen lokaler Kommandeure gehandelt hätte, entgegnete *Gandhi*, daß nach seiner Einschätzung die lokalen Kommandeure die Initiative ergriffen hätten.

BM: Die lokalen Kommandeure scheinen eine starke Position zu haben.

Gandhi stimmte zu und ergänzte, daß nach seiner Einschätzung diese Bewegungen möglicherweise Vorstadien für Verhandlungen seien. Es seien im übrigen kleinere Vorfälle, die aber in seinem Land doch erhebliches politisches Gewicht hätten.

Die Beziehungen Indiens zur SU bezeichnete Gandhi auf Frage als gut. Sie weiten sich auch auf neue Gebiete, so z. B. wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit, aus. Auch der Handel nehme zu. Auch aus diesem Grund sei Indien sehr

12 Für den Wortlaut des Kulturabkommens vom 28. Mai 1988 zwischen der Volksrepublik China und Indien vgl. UNTS, Bd. 1555, S. 191–193.

daran interessiert, seine Beziehungen zu Europa zu verbessern. Europa sei auch deshalb besonders wichtig, weil die Beziehungen zu den USA möglicherweise nicht störungsfrei bleiben. Dies vorwiegend aus politischen Gründen, mit Blick auf Pakistan, und dort die nuklearen Fragen[13]. Nach indischer Einschätzung hätten die USA die Möglichkeit, die Kernwaffenentwicklung in Pakistan zu kontrollieren, was sie aber nicht täten. Indien habe sehr klare Beweise dafür, daß Pakistan mit seinem Nuklearprogramm vorangehe und jetzt Uran waffengrädig (über 90%) anreichern könne. Indien habe Proben solch angereicherten Urans in der Hand.

Auf ein anderes Thema übergehend, stellte *BM* die Frage, wie man kleinere und mittlere Betriebe ermutigen könne, sich mehr in Indien zu engagieren.

Gandhi entgegnete, daß es dazu eines Katalysators bedürfe. Japan z.B., dessen Engagement in den letzten Jahren in seinem Land sehr sichtbar geworden sei, habe mit der Zusammenarbeit Maruti-Suzuki begonnen. Dieser Zusammenarbeit seien viele kleinere Zulieferer gefolgt. Daraus habe sich ein ganzes Netz von Industrien entwickelt. Wäre statt Suzuki Volkswagen mit Maruti zusammengegangen, so wäre dieses Netz ein deutsches bzw. europäisches Netz geworden.

Im High-Tech-Gebiet spielten kleinere und mittlere Betriebe eine wichtige Rolle, und hier komme es auch zu raschen Entwicklungen. Diese würden durch die indische Bürokratie noch behindert. Hier werde man Abhilfe schaffen. Im deutsch-indischen Verhältnis wolle man eine kleine Gruppe von je drei Fachleuten einrichten, die die Möglichkeiten der Zusammenarbeit untersuchen sollen.[14] Diese sollten nicht Vertreter der Regierungen sein, sondern des privaten Sektors, auf indischer Seite auch des öffentlichen Wirtschaftssektors und öffentlicher Einrichtungen, z.B. aus dem Bereich der Raumforschung.

BM erwähnte, daß auf Grund einer Absprache zwischen ihm und dem französischen AM Dumas EUREKA eingerichtet wurde[15], an der alle europäischen demokratischen Staaten teilnehmen. Dabei schafften die Staaten lediglich Rahmenvoraussetzungen, die dann von privater Seite und Forschungseinrichtungen ausgefüllt werden müssen. Dies würde vorzüglich funktionieren.

Gandhi bemerkte, daß die indische Privatindustrie leider nicht in Forschung investierte. Das gelte insbesondere für die großen Unternehmen. Hier habe der

13 Am 31. März 1988 informierte Oberst i.G. Grigull, Neu Delhi, über Schätzungen des Mitarbeiters der Carnegie Stiftung für internationalen Frieden, Kemp, zu den Kernwaffenpotentialen Indiens und Pakistans: „Indien hat bereits eine Anzahl nuklearer Sprengköpfe mit niedrigen K[ilo]T[onnen]-Werten hergestellt, die sowohl zum Einsatz mit Boden-Boden-Raketen als auch mit Kampfflugzeugen geeignet sind. Darüber hinaus kann Indien theoretisch spaltbares Material in ausreichender Menge zum Bau von 30 nuklearen Sprengkörpern jährlich herstellen. […] Die pakistanische nukleare Kapazität wird von Kemp so eingeschätzt, daß Pakistan Vorräte an spaltbarem Material hat, die zur Herstellung von drei nuklearen Sprengkörpern ausreichen." Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 587; Referat 340, Bd. 144685.

14 In einer Aufzeichnung des Referats 340 vom 30. Juni 1988 wurde die Haltung der Bundesrepublik zur „Vereinbarung einer deutsch-indischen ‚Monitoring Group' zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für deutsche Investitionen in Indien (‚fast track')" umrissen: „Vereinbarung wurde von deutscher Wirtschaft begrüßt. Umsetzung sehr wichtig, um deutsches Investitionsvolumen (akkumuliert ca. 350 Mio. DM) zu erhöhen. Federführung bei BMWi. Der kleinen Gruppe sollen von deutscher Seite Angehörige der Botschaft und (eventuell) der Deutsch-Indischen Handelskammer angehören. Sie sollen regelmäßig zusammentreten (bei Bedarf auch ad hoc) und in die Deutsch-Indische Wirtschaftskommission eingebunden sein." Die indische Regierung habe ihre Vorstellungen noch nicht mitgeteilt. Vgl. Referat 340, Bd. 144679.

15 Zum europäischen Forschungs- und Technologieprogramm EUREKA vgl. Dok. 82, Anm. 4.

Staat eintreten müssen mit Forschungseinrichtungen für Kernenergie, Raumforschung und Biotechnik. Auch in ausgewählten Bereichen der Metallforschung, z. B. Superleitfähigkeit, habe man in Indien gute Ergebnisse vorzuweisen. Der Staat dränge die Privatindustrie, aber auch Universitäten und ähnliche Institutionen, die bisher sehr stark von der Wirklichkeit abgekoppelt seien, sich stärker um angewandte Forschung zu kümmern.

Gandhi wandte sich sodann sehr dezidiert der Frage der Beziehungen Indiens zu Pakistan zu. Hier hätten sich seit 1980 in einer hohen Bergregion militärische Auseinandersetzungen verstärkt. Es handele sich um ein schlecht abgegrenztes, mithin umstrittenes Gebiet von etwa 3000 km², das bis dahin keinerlei Rolle gespielt hätte. Letztes Jahr habe es einen schweren Zwischenfall gegeben, als Indien einen von Pakistan errichteten Militärposten zurückerobert habe. Erstaunlicherweise sei dies breit in der pakistanischen Presse berichtet worden, und Bhutto habe den Vorfall aufgegriffen, um Präsident Zia Versagen vorzuwerfen. Dies habe Pakistan veranlaßt, zu versuchen, seinerseits den Posten zurückzuerobern. Indien habe gewarnt, aber im September letzten Jahres sei es auf pakistanischer Seite zu schweren Verlusten gekommen, die wiederum nicht geheimgehalten werden konnten.[16]

Zia habe daher in der Auseinandersetzung um dieses kleine Gebiet aus innenpolitischen Gründen den Heiligen Krieg erklärt. Er sehe, daß dies für Zia schwierig sei.

Besorgniserregender sei das pakistanische Nuklearprogramm. Pakistan sei nicht weit entfernt davon, eine Nuklearwaffe herzustellen. Nach indischer Einschätzung könnte Pakistan drei Bomben, wenn auch in wenig entwickelter Form, jederzeit herstellen. Um eine entwickelte Waffe herzustellen, brauche Pakistan wohl etwa ein Jahr. Probleme bereitet Pakistan die Trägerwaffe. Es versuche daher, seine F-16 entsprechend umzurüsten (nuklearfähig sei die F-16/C, über die Pakistan nicht verfüge). Bis jetzt sei Pakistan mit diesen Versuchen nicht sehr erfolgreich gewesen. Indien habe den USA seine schwerwiegenden Sorgen in dieser Frage mitgeteilt.

Mit Sorge sehe Indien auch, daß China daran denke, Pakistan mit Silkworm-Raketen auszustatten. Darüber habe man wohl bei dem geplanten China-Besuch Zias sprechen wollen, der aber vorübergehend abgesagt wurde.

Indien habe darauf verzichtet, seine Kernwaffentechnologie über den Stand von 1974[17] hinaus zu entwickeln. Würde aber Pakistan vorangehen, so müßte Indien folgen.

Auf die Frage von BM nach Kontakten Gandhis mit der pakistanischen Führung sagte PM Gandhi, daß er sich bislang sechsmal mit Präsident Zia getroffen habe. Bei diesen Begegnungen spreche man offen über alle Fragen. Er habe bislang auch fünf- bis sechsmal mit Zia telefoniert, sei es aus Anlaß von Spannungen oder bei anderer Gelegenheit. Kommunikation herzustellen sei jedenfalls kein Problem.[18]

16 Zu den Auseinandersetzungen im indisch-pakistanischen Grenzgebiet vgl. Dok. 163, Anm. 13.

17 Am 18. Mai 1974 führte Indien einen unterirdischen Atomtest durch. Zur Reaktion der Bundesregierung vgl. AAPD 1974, II, Dok. 228.

18 Botschafter Berendonck, Islamabad, teilte am 30. November 1987 mit: „Das indische Großmanöver ‚Brasstacks' Ende 1986/Anfang 1987 führte zu einem inoffiziellen Krisenmanagement, in dem sich

Indien habe darüber hinaus eine Reihe von Vorschlägen zur Vertrauensbildung gemacht, Friedensvertrag, Nichtangriffsabkommen, Meinungsaustausch zwischen militärischen Kommandanten. Darüber hinaus habe es vorgeschlagen, den Markt gegenseitig zu öffnen. In einem ersten Stadium sollten die Unternehmen des anderen Landes frei im Rahmen internationaler Konkurrenz im Nachbarstaat anbieten können. Danach sollten sie auch Zugang zum öffentlichen Sektor erhalten und schließlich könne man auch an einen präferenziellen Umgang miteinander denken. Weitere Gebiete der Zusammenarbeit seien Drogenbekämpfung, Flugzeugentführungen und generell Terrorismus. Der Gedanke war, zu einer möglichst umfassenden Zusammenarbeit zu gelangen. Dies habe wohl auch Zia gebilligt. Die ganze Entwicklung sei aber zu einem gewissen Stillstand gekommen, nachdem in Pakistan ein Parlament gewählt wurde[19].

Referat 340, Bd. 156146

168

Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Dumas (Frankreich), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) in Madrid

VS-NfD **8. Juni 1988**[1]

Von BM noch nicht gebilligt

Deutschland- und Berlinessen der vier Außenminister am Vorabend der NATO-Ministerratstagung[2] am 8. Juni 1988 in Madrid

Teilnehmer auf deutscher Seite: BM, D 2[3], Leiter Ministerbüro[4].

Fortsetzung Fußnote von Seite 919

beide Seiten bemühten, den Eintritt des Ernstfalls durch Fehlkalkulationen zu verhindern. Auf dem Höhepunkt der durch ‚Brasstacks' hervorgerufenen Krise signalisierten pakistanische Stellen der indischen Seite, daß sie den Aufmarsch für ‚Brasstacks' erkannt, entsprechend reagiert hätten und auch auf den Fall vorbereitet seien, daß aus der ‚Übung Brasstacks' eine ‚Operation Brasstacks' werde. Dabei soll mehrfach das ‚rote Telefon' zwischen den Ministerpräsidenten benutzt worden sein. […] Schließlich wurde in mehreren pakistanisch-indischen Gesprächsrunden die schrittweise beiderseitige und überwachte Entflechtung der Truppen im Grenzgebiet vereinbart. Am 21./22.2.87 besuchte Zia in Jaipur ein indisch-pakistanisches Cricket-Länderspiel und traf mit Rajiv Gandhi in Neu Delhi zusammen, um die verkrampfte Situation zu entspannen." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1316; Referat 340, Bd. 156196.

19 In Pakistan fanden am 25. Februar 1985 Parlamentswahlen statt.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 15. Juni 1988 gefertigt.
Hat Legationsrat I. Klasse Hanckel am 21. Juni 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Moltke nach Rückkehr verfügte.
Hat Moltke am 15. Juli 1988 vorgelegen.

2 Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1988 in Madrid vgl. Dok. 172 und Dok. 173.

3 Hermann Freiherr von Richthofen.

4 Michael Jansen.

Auf französischer Seite: AM Dumas, M. Noiville, Note-taker.

Auf britischer Seite: AM Howe, Sir John Fretwell, Note-taker.

Auf amerikanischer Seite: AM Shultz, Mrs. Ridgway, Note-taker.

Themen:

1) Ost-West-Beziehungen, namentlich KSZE, Rüstungskontrolle und Abrüstung, Beziehungen mit der Sowjetunion und sowjetische Außenpolitik sowie Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten

2) Weltwirtschaftsgipfel[5], einschließlich Terrorismusbekämpfung

3) Naher und Mittlerer Osten, einschließlich Irak/Iran

4) Afghanistan

Zu 1) *BM* wies auf die Notwendigkeit hin, eine schlüssige Haltung zum N+N-Gesamtentwurf für ein Schlußdokument einzunehmen.[6] Nach seinem Eindruck gebe es dazu in den WP-Staaten unterschiedliche Auffassungen. Bei seinen Gesprächen mit einigen osteuropäischen Kollegen am Rande der 3. Sonder-Generalversammlung über Abrüstung in New York[7] habe sich gezeigt, daß für die Mehrheit der WP-Staaten das N+N-Dokument eine geeignete Grundlage zur Formulierung des Schlußdokuments des WFT darstelle, während es große Probleme mit Rumänien[8] und gewisse Probleme mit der DDR gebe.

AM *Shultz* berichtete vom Moskauer Gipfel[9], daß er an AM Schewardnadse und GS Gorbatschow appelliert habe, in Wien am Verhandlungstisch dieselbe Position einzunehmen wie in Moskau, weil die sowjetische Delegation bisher nicht auf dem gleichen fortgeschrittenen Standpunkt wie in Moskau diskutiere.

BM bezeichnete das N+N-Gesamtpapier als eine gute Grundlage für die Formulierung des Schlußdokuments und sprach sich dafür aus, dies auch öffentlich zu erklären, damit die anderen darauf eingehen könnten.

AM *Shultz* sprach sich dafür aus, die menschenrechtlichen Passagen des N+N-Papiers zu stärken. Die USA seien weiter der Auffassung, daß das Verhältnis der Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle zum KSZE-Prozeß nicht im Sinne des Bündniskompromisses über das „link" dargestellt sei und die Formulierung im N+N-Papier im Schlußdokument entsprechend geändert werden müßte.

BM unterstrich die Notwendigkeit, nunmehr bald ein substantielles und ausgewogenes Schlußdokument zu bekommen. Er sprach sich dafür aus, dafür die Initiative zu übernehmen. Die menschenrechtlichen Passagen des N+N-Dokuments stellten eine Grundlage dar, auf der gearbeitet werden könne.

AM *Shultz* bestätigte, daß das N+N-Papier eine gute Grundlage sei, die jedoch noch verstärkt werden müßte.

5 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 19. bis 21. Juni 1988 in Toronto vgl. Dok. 181–184.

6 Zum Entwurf der N+N-Staaten vom 13. Mai 1988 für ein Abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 153.

7 Zur VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 31. Mai bis 26. Juni 1988 in New York vgl. Dok. 84 und Dok. 189.

8 Zur rumänischen Haltung auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 197.

9 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

AM *Howe* sprach sich dafür aus, wie bisher fest zusammenzustehen, um ein substantielles und ausgewogenes Ergebnis zu erreichen. Nach seiner Auffassung seien die Sowjets zu weiteren Zugeständnissen bereit. Da die Moskauer Menschenrechtskonferenz[10] auf dem Moskauer Gipfeltreffen von den Sowjets nicht angesprochen worden sei, schlage er vor, sie abzuschreiben. Hinsichtlich des Mandats über konventionelle Rüstungskontrolle[11] sei es ebenfalls geboten, einheitlich aufzutreten, um zu vermeiden, daß die Sowjets mit Propagandathesen Keile in das westliche Lager trieben. Es sollte insbesondere möglich sein, eine Lösung für das Problem der zweifach verwendbaren Waffensysteme zu finden. Die Sowjets sollten hierzu eine einseitige Erklärung abgeben.

AM *Dumas* hielt das N+N-Gesamtpapier für ausgewogen. Er unterstrich die große Bedeutung, die Frankreich auf den menschenrechtlichen Teil des Papiers lege, besonders in einer Zeit, in der die Sowjets über konventionelle Waffen sprechen wollten. Dies sei ein Grund, in allen anderen Körben selbst fest zu bleiben. F halte den N+N-Gesamtentwurf für eine nützliche Grundlage und ein Ende des WFT im Sommer für machbar.

AM *Shultz* bestätigte, daß die Menschenrechtskonferenz in Moskau nicht erwähnt wurde, während ansonsten die Menschenrechtsfrage in den Gipfelgesprächen eine dominante Rolle spielte. Die Amerikaner seien beeindruckt gewesen, was die Sowjets an menschenrechtlichen Aussagen in der gemeinsamen Gipfelerklärung[12] akzeptiert hätten. In dieser Lage sollte sich der Westen bemühen, die menschenrechtlichen Aspekte im KSZE-Prozeß voranzubringen. Was die Zahl der Folgetreffen angehe, so träten die Amerikaner für eine Beschränkung auf nicht zu viele ein.

BM betonte unser Interesse an der Ost-West-Wirtschaftskonferenz.[13]

Er kam sodann auf die Frage der konventionellen Rüstungskontrollverhandlungen zurück und gab einen Bericht über sein Gespräch mit AM Schewardnadse am 7. Juni 1988 in New York[14] und die von AM Schewardnadse vorgetragene sowjetische Formel zum Verhandlungsgegenstand:

„Gegenstand der Verhandlungen sind konventionelle Streitkräfte, konventionelle Rüstung und konventionelle Technik. Dabei werden keine Streitkräfte, Rüstungen und Technik ausgeschlossen, weil sie auch eine andere Verwendbarkeit haben als die konventionelle. Nukleare Streitkräfte, Rüstungen und Technik sind kein Verhandlungsgegenstand."

AM *Howe* bestätigte, diese Formel auch von den Sowjets gehört zu haben. Auf die Frage, welche Formel die Sowjets in Moskau vorgebracht hätten, wurde *von*

10 Zum sowjetischen Vorschlag für eine KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 53, Anm. 32.

11 Zum Stand der Gespräche zwischen NATO und Warschauer Pakt über ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 138, besonders Anm. 4.

12 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN Bd. 88 (1988), Heft 2137, S. 25–31. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 367–376.

13 Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 (CSCE/WT.58) für eine Ost-West-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit vgl. Dok. 68, Anm. 9.

14 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 7. Juni 1988 in New York vgl. Dok. 167, Anm. 4.

amerikanischer Seite eine sowjetische Formulierung vom 12. Mai, die am 25. Mai wiederholt wurde, und ein amerikanischer Text, der den Sowjets am 12. Mai angeboten wurde[15], vorgetragen:

„Soviet formula of 12 May, repeated 25 May

The subject matter of the negotiations shall be conventional armed forces, conventional armaments and equipment, and no conventional armaments and equipment shall be excluded from the subject matter of the negotiations because they are capable of using, along with conventional charges, also other charges. Nuclear charges are not included in these negotiations.

U.S. text offered to Soviets on 12 May

The subject of the negotiations will be conventional armed forces, which include conventional armaments and equipment .... Nuclear weapons will not be and will not become subject to negotiation. Conventional forces, armaments, and equipment that can use other weapons in addition to conventional ones will be neither excluded from the subject of the negotiations nor addressed separately."

AM Howe hielt die sowjetische Formel als einseitige sowjetische Erklärung für akzeptabel.

AM *Shultz* äußerte sein Unverständnis, warum dies nur eine einseitige Erklärung sein könne.

Mrs. *Ridgway* wies auf den französischen Widerstand hin, eine solche Formel in das Verhandlungsmandat selbst aufzunehmen.

AM *Howe* erklärte, es sei schwierig, mit einer solchen Erklärung nicht übereinzustimmen.

AM *Shultz* erklärte, die amerikanische Seite sei sehr bereit, mit dieser Formel zu arbeiten.

BM stimmte dem zu.

AM *Dumas* sagte Prüfung zu. F sehe ein Problem darin, daß die Sowjetunion zwischen Gefechtsköpfen und Trägern unterscheide. Es sei erforderlich, rasch unter den Bündnispartnern Klarheit zu schaffen, wie weit der Westen bei der Formulierung des Mandats gehen und worüber die Verhandlungen stattfinden sollen. Mit der amerikanischen Gegenformel könne er leben.

Mrs. *Ridgway* unterstützte den französischen Vorschlag, bald zu einer einheitlichen westlichen Haltung zum Verhandlungsgegenstand zu kommen; der Westen dürfe nicht in eine Lage geraten, in der die Russen behaupten könnten, jeder einzelne Partner habe ihrer Formel zugestimmt.

AM *Shultz* kam auf die Frage des KRK-Mandats im Verhältnis zum Gesamtergebnis des WFT zu sprechen und stellte fest, das Ergebnis der Verhandlungen müsse sein, daß die KRK-Verhandlungen unter den 23 ohne Beteiligung der N+N-Staaten geführt werden. Er habe geglaubt, daß darüber Einvernehmen bestehe.

AM *Dumas* bekräftigte die französische Position in der Frage des links.

15 Vgl. dazu das Treffen des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 11./12. Mai 1988 in Genf; Dok. 152.

Mrs. *Ridgway* erklärte, daß die USA KRK-Verhandlungen als eine Folgekonferenz der KSZE ablehnten.

AM *Howe* stellte fest, er sehe in dieser Frage unter den Vier keine grundsätzlichen Differenzen. Eine neue Grundsatzdiskussion sollte vermieden werden. Er halte die Frage eher für ein politisch-psychologisches Problem.

AM *Dumas* fragte nach dem Verhältnis der KRK-Verhandlungen zu den MBFR-Verhandlungen. F denke, daß mit der Einigung auf ein Mandat für die KRK-Verhandlungen die MBFR-Verhandlungen beendet werden sollten[16]; eine parallele Fortführung der MBFR-Verhandlungen würde nur Verwirrung stiften. Er erinnerte daran, daß F an den KRK-Verhandlungen teilnehmen werde, nicht aber Teilnehmer an den MBFR-Verhandlungen sei.

AM *Shultz* stimmte dem zu. Wenn über die Herstellung konventioneller Stabilität in Europa unter den 23 verhandelt werde, sollten die MBFR-Verhandlungen beendet werden. Er sehe nicht, was dann aus den MBFR-Verhandlungen herausgepreßt werden könnte. Er sprach sich dafür aus, diese Frage jetzt anzupacken.

Mrs. *Ridgway* wies darauf hin, daß es zur Beendigung der MBFR-Verhandlungen noch keine Allianz-Position gebe.

BM erklärte, er sei in dieser Frage nicht objektiv, da er von Anfang an nie viel von MBFR gehalten habe. Er habe diese Verhandlungen im Gegenteil für sehr gefährlich gehalten, weil ihr geographischer Erfassungsbereich sich auf Mitteleuropa beschränkt habe. Er könne F gut verstehen, daß es an den Verhandlungen nicht habe teilnehmen wollen. Bei den KRK-Verhandlungen sei der geographische Anwendungsbereich vom Atlantik bis zum Ural deshalb sehr wichtig, weil damit endlich sowjetisches Territorium bis zum Ural mit erfaßt werde. MBFR sei von den Sowjets nur zu dem Zweck gemacht worden, um die Bundeswehr unter Kontrolle zu bekommen. Alles andere sei Theater gewesen. Wir müßten sehen, die MBFR-Verhandlungen in irgendeiner Weise zu Ende zu bringen und dann zur Kernfrage der europäischen Sicherheit, der Beseitigung der Asymmetrien zugunsten der Sowjetunion und ihrer Fähigkeit zu raumgreifender Invasion und Überraschungsangriffen zu kommen. Es sei nunmehr an der Zeit, mit den KRK-Verhandlungen zu beginnen. Dies sei kein Geschenk an die Sowjetunion, da es um den Abbau der sowjetischen Überlegenheit gehe.

AM *Shultz* wies darauf hin, daß die MBFR-Verhandlungen aus amerikanischer Sicht begonnen worden seien, um einen amerikanischen Truppenrückzug aus Europa zu verhindern. Er bekräftigte seine Auffassung, die MBFR-Verhandlungen in irgendeiner Weise zu Ende zu bringen.

AM *Howe* unterstrich die Bedeutung, die Verhandlungen über konventionelle Abrüstung auf einer breiteren Grundlage vom Atlantik bis zum Ural zu führen.

AM *Dumas* meinte, daß die MBFR-Verhandlungen, obwohl F sich an ihnen nie beteiligt habe, gleichwohl eine nützliche Übung für eine gewisse Zeitperiode gewesen seien. Jetzt sollte man vorangehen und nicht länger zögern, den Herausforderungen des Tages gerecht zu werden.

AM *Howe* stimmte dem zu.

AM *Shultz* setzte sich für ordentliche Konsultationen darüber ein.

16 Zur Frage einer Beendigung der MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 179.

BM fragte AM *Shultz* nach dem Vorschlag von GS Gorbatschow beim Moskauer Gipfel zum Datenaustausch.[17]

AM *Shultz* wiederholte seine Ausführungen bei der Unterrichtung im NATO-Rat am 2.6.1988.[18] GS Gorbatschow habe zunächst einen Datenaustausch mit Verifikation und als zweiten Schritt die Reduzierung der bewaffneten Streitkräfte auf beiden Seiten mit ca. je 500 000 Mann vorgeschlagen. Er habe diesen Vorschlag nicht schriftlich übergeben. Die amerikanische Seite habe darauf erwidert, daß zunächst ein Verhandlungsmandat benötigt werde. Ein Datenaustausch sei gut, doch habe man in den MBFR-Verhandlungen 14 Jahre vergeblich über diese Frage verhandelt. Eine so große Truppenreduzierung wie von sowjetischer Seite vorgeschlagen, verfehle vollständig den Zweck, die bestehenden Asymmetrien abzubauen.

AM Shultz hielt es für wichtig, eine NATO-Position zu dem Gorbatschow-Vorschlag zu erarbeiten.

BM berichtete über die Ausführungen von AM Schewardnadse in seinem Gespräch mit ihm am 7. Juni 1988 in New York. Er habe AM Schewardnadse nach dem Gorbatschow-Vorschlag gefragt, so wie ihn AM Shultz vorgetragen habe, und habe ihm erklärt, daß AM Schewardnadse nicht erwarten könne, daß der Westen zunächst einer großen Reduzierung und erst danach der Beseitigung der Asymmetrien zustimmen werde. Der Verlauf müsse vielmehr umgekehrt sein. Schewardnadse habe geantwortet, daß man zunächst ein Verhandlungsmandat anstrebe und danach die Verhandlungen mit einem Austausch von Daten und deren Überprüfung beginnen könnte. Wenn dann feststehe, wo Asymmetrien bestünden, könne man sich über deren Beseitigung einigen. Wenn die Asymmetrien abgebaut seien, könne man den großen Schritt tun und die beiderseitigen Truppen um je 500 000 Mann reduzieren. Auf meinen Vorschlag, die bestehenden Unklarheiten durch eine öffentliche Klarstellung zu beseitigen, habe Schewardnadse seinen Mitarbeitern Weisung gegeben, dies in seiner VN-Rede[19] vorzunehmen.

AM *Shultz* faßte zusammen, daß man sich bemühen solle, in Wien im Sommer auf der Grundlage des N+N-Gesamtentwurfs, der im Bereich der Menschenrechte noch nicht zufriedenstellend sei und verbessert werden müßte, zum

17 Zum sowjetischen Vorschlag für einen „Drei-Etappen-Plan" bei Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 165, Anm. 25.

18 Zur Unterrichtung der NATO-Ministerratstagung durch den amerikanischen Außenminister Shultz vgl. Dok. 165, Anm. 8, 10 und 25.

19 Botschafter von Stülpnagel, z. Z. New York, berichtete am 8. Juni 1988 über die Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse bei der Plenarsitzung der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung am selben Tag: „Das neue Sicherheitskonzept, auf nicht-offensiver Verteidigung beruhend, bedürfe des Vergleiches und der Diskussion der Militärdoktrinen der NATO und des WP. Gespräche über konventionelle Abrüstung seien vorrangig für die SU. Dazu schlage sie vor, in einem ersten Schritt bestehende Ungleichgewichte und Asymmetrien ‚auf der Basis' eines gegenseitigen Datenaustausches zu beseitigen. Dieser Austausch offizieller Daten könne noch vor Verhandlungsbeginn stattfinden und durch Vorortinspektionen verifiziert werden. Der zweite Schritt der Verhandlungen solle sich mit der Reduzierung der bewaffneten Kräfte um etwa 500 000 Mann jeder Seite beschäftigen. In einem dritten Schritt sollten die Streitkräfte bis zu einer Nicht-Offensivfähigkeit zurückgebildet werden. Die SU sei bereit zu einer reziproken Reduzierung offensiver Waffen, einschl[ießlich] taktischer Atomwaffen, Angriffsflugzeugen und Panzern. Parallel zu diesen Maßnahmen sollten zwischen WP- und NATO-Streitkräften Zonen frei von nuklearen und chemischen Waffen eingerichtet werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1328; Referat 243, Bd. 162178.

Abschluß zu kommen. Die Verhandlungen über die Herstellung konventioneller Stabilität in Europa sollten unter den 23 geführt werden und keine anderen Länder einschließen.

AM *Dumas* fragte, was der eigentliche Grund dafür sei, warum die Amerikaner auf einer Behandlung unter den 23 bestünden.

AM *Shultz* wiederholte die amerikanische Position, daß N+N-Staaten, wie z. B. Schweden, in diesen Verhandlungen keine Mitsprache haben sollten. Er drückte die Hoffnung aus, in dieser Frage einvernehmlich weiterzukommen.

AM Shultz wies kurz auf die START- und die CW-Verhandlungen hin. Er unterstrich in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, an dem Konzept für Abrüstung und Rüstungskontrolle, wie es in der Erklärung von Reykjavik vom Juni 1987[20] festgelegt sei, festzuhalten und daran nichts zu ändern. In den Moskauer Gipfelgesprächen habe die sowjetische Außenpolitik einen breiten Raum eingenommen.

Auf Frage von AM *Dumas*, ob es einen weiteren Gipfel zwischen Präsident Reagan und GS Gorbatschow geben werde, antwortete AM *Shultz*, falls es zu einer Einigung bei START komme, sei dies sicherlich möglich. Er halte dies allerdings nicht für sehr wahrscheinlich (three chances out of ten). Ein Gipfeltreffen müsse einen tragenden Grund haben, egal welchen. Möglich wäre es, doch habe er dazu keinerlei Informationen, daß sich GS Gorbatschow entschließe, zur Vollversammlung der Vereinten Nationen[21] zu kommen. In einem solchen Fall könnte es zu einer weiteren Begegnung mit Präsident Reagan in den USA kommen. (AM Shultz unterstrich allerdings, daß es sich hierbei um eine reine Hypothese und nicht um eine konkrete Annahme handele.)

AM Shultz hielt es darüber hinaus für wichtig, was in Osteuropa (außer Sowjetunion) vor sich gehe. Er sei interessiert, die Meinung der anderen zu hören. Er wolle allerdings betonen, daß die amerikanische Seite hierüber mit den Russen in Moskau bewußt nicht gesprochen habe. Die USA sprächen mit jedem einzelnen osteuropäischen Land für sich.

Zu 2)

Im Zusammenhang mit Toronto sprach AM *Howe* das Thema Terrorismus an und nannte die britischen Vorschläge nach Verschärfung der Haager Konvention[22] durch ein Startverbot für gelandete entführte Flugzeuge und einer breiteren Annahme der genannten Konvention.

AM *Dumas* sprach im Zusammenhang mit Toronto die Verschuldungsproblematik an, die ein Hauptdiskussionsgegenstand werden könnte.

Hieran schloß sich eine Diskussion über Schuldenerlaß für die am wenigsten entwickelten Länder[23] und Umschuldungsabkommen mit Niedrigstzinssätzen an. *BM* fragte, ob man allen dafür in Betracht kommenden Ländern den gleichen

20 Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 174.

21 Die XLIII. VN-Generalversammlung wurde am 20. September 1988 in New York eröffnet.

22 Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 16. Dezember 1970 zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1506–1512.

23 Zum Schuldenerlaß für Entwicklungsländer vgl. Dok. 166.

niedrigen Zinssatz einräumen oder ob man aus politischen Gründen eine unterschiedliche Behandlung einzelner Länder vorsehen solle. AM *Howe* wies darauf hin, daß die Debatte sehr schnell voranschreite; die Amerikaner hätten versucht, die Kanadier zu übertrumpfen.

AM *Shultz* sprach sich dafür aus, bei der Verschuldung zu unterscheiden zwischen Krediten von Privatbanken, von Regierung zu Regierung oder von der Weltbank bzw. dem IMF. Aus amerikanischer Sicht sollten die Regierungen davon Abstand nehmen, Schulden völlig abzuschreiben und den privaten Gläubigern die Schuldenregelung selbst überlassen.

BM wies auf gesellschaftsrechtliche und steuerrechtliche Konsequenzen dieser oder jener Problemlösung hin (Verlustabschreibung bei Privatbanken). Hierauf könne von seiten der Regierungen im Wege der nationalen Gesetzgebung Einfluß genommen werden.

AM *Shultz* wies auf die unterschiedlichen Gesetzesregelungen in den Vereinigten Staaten über Verlustabschreibungen für Banken hin, die der Grund seien, weshalb man europäischen Vorbildern nicht folgen könne. Die USA kämpften sehr hart für Umschuldungsregelungen bei Krediten von Regierung zu Regierung. Die Haltung der amerikanischen Regierung in dieser Frage werde allerdings innenpolitisch in einem Verhältnis zu den Krediten an Bauern gebracht. Am schwierigsten seien Umschuldungsregelungen für Weltbank- und IMF-Kredite. Diese müßten von der Natur der Sache her auf einer Rückzahlung der Kredite bestehen.

Im übrigen stelle sich für ihn die Frage, daß die Entwicklungsländer ein großes Interesse an der Anziehung von Kapital haben. Der Kapitalfluß in diese Länder werde allerdings entscheidend durch die Verschuldungsproblematik beeinträchtigt.

AM *Dumas* sprach sich für eine koordinierte Politik auf diesem Gebiet aus.

AM *Shultz* beklagte das Fehlen einer gemeinsamen Strategie; hätte es eine solche vor fünf oder sechs Jahren gegeben, würde das Bankensystem sehr viel besser dastehen. Er bezeichnete dies als rein persönliche Bemerkung.

AM *Dumas* betonte noch einmal, daß das Verschuldungsproblem mit Sicherheit auf den Tisch kommen werde.

AM *Howe* stellte fest, daß eine ausgewogene Konditionalität erhalten bleiben müsse.

AM *Shultz* wies auf die Notwendigkeit einer Problemstrukturierung, wie von ihm vorgezeichnet, hin.

Zu 3)

AM *Howe* sprach die Lage im Nahen Osten und Mittleren Osten an. Die britische Regierung sehe sich ständigen Fragen im Unterhaus ausgesetzt. Er sei den USA sehr dankbar für ihr neues Engagement im Nahen Osten.[24] Er habe den Eindruck, daß AM Shultz die Tonlage gegenüber Israel etwas verschärft habe. Es seien kollektive Anstrengungen erforderlich, um Shamir zu beeinflussen.

24 Vgl. dazu die amerikanische Initiative für eine Wiederbelebung des Friedensprozesses im Nahen Osten; Dok. 95, Anm. 6.

AM *Shultz* erwiderte, er habe sowohl Shamir als auch Peres erklärt, daß die Entscheidung bei den israelischen Wählern[25] liege.[26] Er müsse ihnen allerdings sagen, was die amerikanische Ansicht sei. Dazu fühlten sich die USA berechtigt. Er habe in seinen Gesprächen in Israel auch darauf hingewiesen, daß die NATO-Außenminister bei seinen Unterrichtungen im NATO-Rat nicht nur an den Ost-West-Beziehungen, sondern zum großen Teil auch am Nahen Osten interessiert seien. In einem gewissen Sinn habe der Nahe Osten die Ost-West-Beziehungen sogar zur Seite gedrängt. Er beabsichtige, an die Kollegen morgen Material über global trends und den Nahen Osten zu verteilen. Er hoffe, daß dies die Diskussion anrege, und sei wie immer offen für Ideen der Kollegen. Die Amerikaner würden im Nahen Osten engagiert bleiben. Als nächstes sei ein Treffen zwischen Murphy und Poliakow noch im Juni geplant. (Er bitte jedoch, diese Information vertraulich zu behandeln.)

Danach plane Murphy eine Reise in die Region Ende Juli/Anfang August. Im September wolle er eine öffentliche Rede zum Nahen Osten halten[27] und das Thema in Konsultationen, u. a. am Rande der Vollversammlung der Vereinten Nationen, und in besonders organisierten Treffen zum Nahen Osten behandeln. Dann gehe es in die Oktoberwahlen in Israel. Nach den Wahlen wolle er eine weitere Reise in den Nahen Osten unternehmen, um das Momentum seiner Bemühungen zu erhalten. Nach der Herbsttagung des NATO-Ministerrats[28] werde er nach Kairo fahren, um dort die neue amerikanische Botschaft zu eröffnen. Diese Reise werde ihn auch nach Israel und Jordanien führen.

AM *Shultz* fuhr fort, was den Krieg Irak/Iran[29] angehe, so hätten sich die Sowjets hinsichtlich einer zweiten Resolution des VN-Sicherheitsrats nicht bewegt.[30] Seine eigene Analyse sei, daß der Iran von den Amerikanern gezügelt worden sei, Gebiet an den Irak verloren hätte und auch Grund im Libanon verloren hätte. Syrien komme im Libanon jetzt besser voran. Der Iran habe vielleicht begonnen nachzudenken.

Zu 4)

Zu Afghanistan sagte AM Shultz, nach amerikanischen Informationen nähme die Sowjetunion Pakistan gegenüber zunehmend eine härtere Haltung ein.[31] Das wirkliche sowjetische Problem sei die Erbeutung von Waffen durch den afghanischen Widerstand. Für GS Gorbatschow wäre es problematisch, vor der Parteienkonferenz[32] Ende Juni größere Städte an den Widerstand zu verlieren.

25 In Israel fanden am 1. November 1988 Parlamentswahlen statt.

26 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 3./4. Juni 1988 in Ägypten, am 4. Juni in Jordanien, am 5. Juni in Israel, am 6. Juni in Syrien und am 6./7. Juni 1988 erneut in Ägypten auf.

27 Der amerikanischer Außenminister Shultz sprach am 16. September 1988 in Queenstown über den Friedensprozeß im Nahen Osten. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 88 (1988), Heft 2140, S. 10–12.

28 Zur NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1988 in Brüssel vgl. Dok. 361 und Dok. 362.

29 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 88, Anm. 13.

30 Zur Frage einer Resolution des VN-Sicherheitsrats über ein Waffenembargo gegen den Iran vgl. Dok. 66.

31 Zur sowjetischen Einschätzung der Afghanistan-Politik Pakistans vgl. Dok. 165, Anm. 28.

32 Zur Allunions-Parteikonferenz der KPdSU vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 in Moskau vgl. Dok. 194.

Im Anschluß an die Sitzung wurde anliegendes Papier von Mr. Charly Thomas übergeben.[33]

Referat 204, Bd. 160076

169

Ministerialdirektor Witte, z.Z. Tel Aviv, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 743 **Aufgabe: 8. Juni 1988, 13.35 Uhr**[1]
Cito **Ankunft: 8. Juni 1988, 14.05 Uhr**

Betr.: Deutsch-israelische kulturpolitische Konsultationen (4.–8. Juni 1988)

Vom 4. bis 8. Juni 1988 hielt ich mich zu kulturpolitischen Konsultationen in Israel auf. Außerdem führte ich politische Gespräche mit Mitgliedern der Knesset und der israelischen Regierung und hatte Gelegenheit, mich bei einer Reihe von deutschen und israelischen Instituten über deren Arbeit und den Zustand der bilateralen Kulturbeziehungen zu unterrichten. Die Gespräche fanden in einer Atmosphäre großer Herzlichkeit und Offenheit statt und können von Verlauf und Ergebnis her als außerordentlich erfolgreich bewertet werden. Zu den Resultaten im einzelnen:

1) Meine Gesprächspartner bei den zuständigen israelischen Ministerien (GD Beilin und AL Hadas vom Außenministerium und GD Shimshon Shoshani vom Erziehungs- und Kulturministerium) stimmten meiner Einschätzung zu, daß die bilateralen Kulturbeziehungen einen Umfang und eine Intensität gewonnen haben, wie es noch vor zehn Jahren wohl von niemandem hätte vorausgesehen werden können. In diesem Zusammenhang bedankten sich alle israelischen Gesprächspartner ausdrücklich für den sehr substantiellen deutschen Beitrag zum diesjährigen Israel-Festival[2], von dessen Qualität ich selbst Gelegenheit hatte, mich zu überzeugen.

33 Dem Vorgang nicht beigefügt.

1 Das Fernschreiben wurde von Legationsrat I. Klasse Herzog, z.Z. Tel Aviv, und Botschaftsrat Freiherr von Stackelberg, Tel Aviv, konzipiert.
Hat Ministerialdirigent Fiedler am 10. Juni 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 310 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wußten wir etwas von dieser Reise?“
Hat Vortragender Legationsrätin Kaempffe am 10. Juni 1988 vorgelegen, die für Fiedler handschriftlich vermerkte: „Ja – er war auf allen Terminübersichten vermerkt, u[nd] wir haben Berichte aus Tel Aviv mitgelesen.“
Hat Fiedler am 11. Juni 1988 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter vorgelegen.

2 Am 25. Juli 1988 informierte Botschafter Haas, Tel Aviv, über das Israel-Festival vom 14. Mai bis 11. Juni 1988: „Es gewann in diesem Jahr seinen besonderen Charakter durch das 40. Jubiläum der israelischen Staatsgründung, dem das Festival gewidmet war. […] Der bei weitem bedeutendste internationale Beitrag kam aus der Bundesrepublik Deutschland, wobei die Ausgewogenheit des Angebots auffiel. Die finanzielle Unterstützung durch Bundes- und Landesregierungen sowie Kommunen und andere Institutionen wurde – auch in der Öffentlichkeit – sehr bewußt wahrgenommen. […] Die Präsentation der ‚Linie 1‘ durch das Berliner Grips-Theater litt unter einem Planungsfehler der Fest-

Übereinstimmend wurde die Rolle des Jugendaustausches im Prozeß der Versöhnung zwischen beiden Völkern gewürdigt.

Um dem beiderseitigen Wunsch nach weiterer Zusammenarbeit und Vertiefung der kulturellen Zusammenarbeit Rechnung zu tragen, wurden eine Reihe Vorhaben und zusätzliche Aktivitäten beschlossen:

a) Es wurde die Einsetzung einer gemischten Kommission verabredet, die in zweijährigem Abstand zusammentreten und die Grundlinien der kulturellen Zusammenarbeit beraten soll. In die Arbeit der Kommission sollen alle zuständigen Stellen beider Länder eingebunden werden. Es wurde verabredet, die Kommission noch im Sommer d.J. durch Notenwechsel formell zu konstituieren. Die israelische Regierung wird nach den für Herbst d.J. vorgesehenen Wahlen[3] prüfen, ob die politischen Voraussetzungen für den Abschluß eines bilateralen Kulturabkommens gegeben sind.[4]

In den Jahren zwischen den Sitzungen der Kommission sollen in den Hauptstädten beider Länder unter Beteiligung der Botschaften Evaluierungssitzungen stattfinden.

b) Was die Verbreitung der deutschen Sprache betrifft, so ist die israelische Regierung bereit, unserem Wunsch nach Einführung von Deutsch als Wahlfach an weiterführenden Schulen nachzukommen. Zum Verfahren wurde verabredet, daß die deutsche Seite zunächst intern prüft, welche Hilfestellung materiell und ausbildungsmäßig gewährt werden kann, bevor dann an ausgewählten weiterführenden Schulen in Gemeinden unterschiedlicher Größenordnung Deutsch als Wahlfach mit hochschulzugangsrelevanter Prüfungsberechtigung eingeführt werden wird. Hierzu kann als realistischer Zeithorizont der Beginn des Schuljahres 1989/90 angenommen werden.[5]

Eine wichtige Rolle wird in diesem Zusammenhang die Lehrerausbildung spielen. Hier wird man sich hauptsächlich auf den germanistischen Lehrstuhl der Hebräischen Universität in Jerusalem stützen müssen, von dessen Qualität ich selbst Gelegenheit hatte, mich zu überzeugen. Der Lehrstuhl ist gerade dabei,

Fortsetzung Fußnote von Seite 929

spiel-Organisatoren. Angesprochen sollten vor allem israelische Jugendliche werden, weshalb die in London erfolgreich gelaufene englische Sprachfassung gewählt wurde. Aufgrund prohibitiver Eintrittspreise (wie bei fast allen Veranstaltungen) blieb dieser Personenkreis allerdings weitgehend aus, während das stattdessen erschienene ältere Publikum Probleme mit dem Stück hatte und enttäuscht über den Gebrauch der englischen Sprache war." Vgl. den Schriftbericht Nr. 852; Referat 310, Bd. 149756.

3 In Israel fanden am 1. November 1988 Parlamentswahlen statt.

4 Im Gespräch mit Ministerialdirektor Witte am 11. Juli 1988 kam der israelische Botschafter Ben Ari „auf letzte Kulturkonsultationen in Israel (4.–8.6.1988) zu sprechen und würdigt den guten Erfolg der Gespräche […]. Dennoch können in einem Wahljahr keine allzu großen Schritte erwartet werden. Vermieden werden solle vor allem, die deutsch-israelischen Kulturbeziehungen zu einem Wahlkampfthema zu machen. Weist in diesem Zusammenhang auf das Interview des SAT.1-Korrespondenten U. Sahm mit PM Shamir hin, in dem sich letzterer gegen ein formelles bilaterales Kulturabkommen ausspreche." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 149756.

5 Mit Rundschreiben vom 7. Juli 1988 informierte Legationsrat I. Klasse Wehrmann: „Die israelische Regierung wird fünf bis acht Schulen benennen, an denen mit deutscher Unterstützung D[eutsch]a[ls] F[remdsprache] eingeführt wird. Dabei ist auch an Schulen gedacht, in deren Einzugsbereich deutsche Juden wohnen (Naharia beispielsweise). Deutscherseits wird davon ausgegangen, daß es sich hierbei nicht um Schulen in den besetzten Gebieten handeln wird. Der Deutschunterricht wird außerhalb des regulären Lehrplans, jedoch im Schulgebäude, beispielsweise als Arbeitsgemeinschaft, angeboten. Die Entscheidung über die Einführung von Deutschkursen liegt bei den Schulen; das Erziehungsministerium hat keine Weisungsbefugnis." Vgl. Referat 310, Bd. 149756.

die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß in Zukunft auch der Grad eines Magister Artium erworben werden kann (bislang nur B. A.).

Angesichts der teilweise noch vorhandenen emotionalen Vorbehalte hierzulande ist die Entscheidung der israelischen Seite, Deutsch als Wahlfach einzuführen, von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

c) Dem Wunsch der israelischen Regierung nach stärkerer Verbreitung zeitgenössischer hebräischsprachiger Literatur in Deutschland nachkommend, wurde beschlossen, im ersten Halbjahr 1989 in D ein Symposium zu veranstalten, das die Beteiligten (Verleger, Autoren, Übersetzer etc.) zusammenbringt und wo die Schwierigkeiten und Probleme besprochen werden können.

d) Es wurde außerdem verabredet, eine deutsch-israelische Expertengruppe zu bilden, um mehr gemeinsame Forschungsprojekte im Bereich Geistes- und Sozialwissenschaften auf den Weg zu bringen. Der jüdische Beitrag zur kulturellen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklung Europas (Anregung der Universität Haifa) ist ein mögliches Thema. Auch das rasch wachsende Interesse in Israel an Jiddisch sollte entsprechende Vorhaben auslösen. Das auf unseren Vorschlag von der UNESCO geplante Jiddisch-Seminar sollte in Israel stattfinden.

2) Am Rande der Konsultationen besuchte ich eine Reihe von israelischen und deutschen Institutionen, wo ich mich über den Stand der Zusammenarbeit informieren und zusätzliche Anregungen gewinnen konnte. Dazu gehörten in Haifa die dortige Universität, das Haus Rutenberg (Zentrum für internationalen Jugendaustausch) und die Stadtbibliothek, das Haus Mainz. Im Gespräch mit dem Bürgermeister von Haifa, Herrn Gur'El, sprach dieser sich mit Blick auf unser großes Engagement in Tel Aviv und Jerusalem für eine stärkere deutsche kulturelle Präsenz in Haifa mit dem Endziel eines Goethe-Instituts aus. Ich sagte ihm zu, mich zunächst für eine größere Ausstellung deutscher Kunst dort einzusetzen.

In Jerusalem besuchte ich die Hebräische Universität und die dortige Nebenstelle des Goethe-Instituts, wo ich mit dem Leiter[6] die zukünftige Unterbringung der Nebenstelle erörterte. Außerdem hatte ich ein Informationsgespräch mit den Vertretern der in Israel tätigen deutschen politischen Stiftungen und traf mich mit israelischen Abgeordneten zu einem politischen Gespräch in der Knesset.

In Tel Aviv unterrichtete mich der Leiter der Zweigstelle des Goethe-Instituts[7] über die Arbeit seines Instituts; darüber hinaus hatte ich ein Gespräch mit dem Minister ohne Geschäftsbereich und Vertrauten von MP Shamir, Moda'i.

3) In einer für Israel kritischen Zeit wurde unser zentrales Anliegen, die kulturelle Zusammenarbeit nicht nur fortzuführen, sondern auf allen sich bietenden Feldern – wo dies sinnvoll und finanziell möglich erscheint – zu intensivieren, von allen Gesprächspartnern überaus positiv gewürdigt. Die Offenheit der Gespräche auch über Fragen, die an israelisches Selbstverständnis einschließlich innenpolitischer Durchsetzbarkeit bestimmter Vorhaben rührten, war bemerkenswert. Israelische Seite ist sichtlich daran gelegen,

6 Johannes Weissert.
7 Matthias Serwo.

– Gemeinsamkeiten zu unterstreichen,
– mögliche Problemfelder zu reduzieren und
– alle Möglichkeiten zu weiterer Intensivierung der Zusammenarbeit zu nutzen.

Die mit Genugtuung registrierte grundsätzliche Solidarität, wie sie in der BT-Debatte vom 8. Mai[8] zum Ausdruck kam, trägt in der kulturellen Zusammenarbeit ebenso ihre Früchte wie der immer noch nachwirkende Besuch des Herrn Bundespräsidenten[9]. Vor allem mit der Vereinbarung der als Vorstufe für ein Kulturabkommen gedachten gemischten Kommission sowie der israelischen Zusage zu weitgehender Unterstützung bei der Einführung fakultativen Deutschunterrichts an Schulen des Sekundarbereichs visieren beide Seiten eine neue Qualität der Zusammenarbeit an, die noch vor wenigen Jahren undenkbar war.

4) Der deutsche Beitrag zum israelischen Kulturleben ist sowohl nach Qualität wie Quantität überdurchschnittlich. Dies wurde im Zusammenhang mit dem soeben stattfindenden Israel-Festival besonders deutlich. Auch wenn eine Wiederholung der diesjährigen besonders umfangreichen Unterstützung deutscher Gastspiele durch das Auswärtige Amt in dieser Form nicht möglich ist, sollte auch künftig dafür Sorge getragen werden, daß unser Beitrag seine besondere Sichtbarkeit behält.

5) Die Kulturkonsultationen fanden zum richtigen Zeitpunkt mit den richtigen Inhalten statt. Sie können als besonders erfolgreich bezeichnet werden.

[gez.] Witte

Referat 310, Bd. 149756

8 Am 8. Mai 1985 fand im Bundestag eine Feierstunde zum 30. Jahrestag des Kriegsendes statt. Vgl. dazu die Rede des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker; BULLETIN 1985, S. 441–446.

9 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte vom 8. bis 11. Oktober 1985 Israel. Vortragender Legationsrat I. Klasse Pleuger informierte am 14. Oktober 1985: „Es ist der Persönlichkeit des Bundespräsidenten, seinem glaubwürdigen und moralisch begründeten Bekenntnis zu unserer Vergangenheit und ihren Folgen zu verdanken, daß der Staatsbesuch zu einem Erfolg und Meilenstein (Herzog nannte ihn historisch) für die deutsch-israelischen und deutsch-jüdischen Beziehungen geworden ist. […] Bezeichnend waren die spontanen Worte Präsident Herzogs beim Mittagessen im Weizman-Institut kurz vor dem Abflug: ‚Vor Ihrem Eintreffen haben wir Sie respektiert; jetzt haben wir Sie in unsere Herzen eingeschlossen.‘“ Vgl. den Runderlaß; Referat 310, Bd. 149587.

170

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Schäuble mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Whitehead

9. Juni 1988[1]

Der stv. amerikanische Außenminister Whitehead wird zunächst von Herrn Chef des Bundeskanzleramtes empfangen. Das Gespräch wird sodann bei dem Herrn Bundeskanzler fortgesetzt.

Teilnehmer auf amerikanischer Seite: Botschafter Richard Burt, Herr Bodde (Deputy Assistant Secretary of State), Herr Kelly, Botschaftsrat Olaf Grobel (Note-taker).

Teilnehmer auf deutscher Seite: AL 2[2] (während des zweiten Gesprächsteils), RL 212[3] (Note-taker), VLR I Weber (Dolmetscher).

Bundesminister *Dr. Schäuble* begrüßt stv. AM Whitehead (W.) mit der Feststellung, wir werteten es als wichtiges Zeichen der Verbundenheit, daß er vor seinem DDR-Besuch[4] nach Bonn komme.

Auf Frage Whiteheads nach der Lage in „Ost-Deutschland" erläutert Bundesminister Dr. Schäuble (BM): Die Entwicklung zwischen beiden deutschen Staaten verlaufe insgesamt positiv. Im letzten Jahr habe sich der Besucherverkehr aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland dramatisch gesteigert. Es sei für ein sozialistisches System in einem geteilten Lande von ungeheuerer Bedeutung, daß in einem Jahr etwa jeder fünfte Einwohner in die Bundesrepublik Deutschland oder nach West-Berlin zu Besuch gekommen sei. Man habe fünf Millionen Besuche und etwa 3,5 Mio. Besucher verzeichnet.

Diese Entwicklung sei erreicht worden, obwohl wir von unserer Seite der DDR in Grundsatzfragen – Vorläufigkeit der Lage in Deutschland und Berlin, unsere Zugehörigkeit zur westlichen Allianz – keinerlei Zugeständnisse gemacht hätten. Die Rechnung der Führung der DDR – und insbesondere Honeckers –, mit dieser Politik der Öffnung eine Stabilisierung in der DDR zu erreichen, sei bisher nicht aufgegangen (Demonstrationen im Januar[5], Probleme in Kirchen in Ost-Berlin und in der DDR). Dies habe große Irritationen in der Führung erzeugt, weil

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner am 13. Juni 1988 gefertigt und von Ministerialdirigent Hartmann, beide Bundeskanzleramt, am folgenden Tag über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl mit der Bitte um Genehmigung geleitet. Dazu vermerkte Hartmann: „Zugleich erbitte ich Ihre Zustimmung, daß das Auswärtige Amt durch Doppel unterrichtet wird."
Hat Schäuble am 14. Juni 1988 vorgelegen.
Hat Kohl vorgelegen, der einer Unterrichtung des Auswärtigen Amts zustimmte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Teltschik erl[edigen]." Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 76.

2 Horst Teltschik.

3 Uwe Kaestner.

4 Zu den Gesprächen des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Whitehead am 10./11. Juni 1988 in der DDR Vgl. Dok. 157, Anm. 15.

5 Zu den Aktionen oppositioneller Gruppen am 17. Januar 1988 in Ost-Berlin vgl. Dok. 42.

offensichtlich für die Unruhe in der Bevölkerung mitursächlich war, daß so viele Menschen im Westen unmittelbar erleben konnten, daß unser System der Freiheit und der Menschenrechte viel effektiver sei als der bürokratische Sozialismus in der DDR.

Dennoch spreche alles dafür, daß die Führung der DDR entschlossen sei, die Öffnung uns gegenüber und die Entwicklung des Reiseverkehrs fortzusetzen und nicht etwa zurückzufallen –, wobei die Führung selbstverständlich wisse, daß ein solcher Rückfall in den deutsch-deutschen Beziehungen überhaupt nicht in den Gesamtzusammenhang der West-Ost-Beziehungen passen würde.

Von unserer Seite sei Generalsekretär Honecker klargemacht worden, daß für uns die Frage der Öffnung und insbesondere des Reiseverkehrs entscheidend für die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen uns und der DDR sei – und daß wir bereit seien, auch die wirtschaftlichen Beziehungen zu einem Teil dazu einzusetzen, die Folgen aus dieser Öffnung – wachsende Ansprüche und Erwartungen der Bevölkerungen – unter Kontrolle zu halten. Wir seien auch bereit, im begrenzten Rahmen wirtschaftliche Leistungen zu erhöhen, um die Absicherung dieser Öffnung zu ermöglichen. (Exkurs: Zwei Währungen in der DDR.)

Wir seien uns darüber im klaren, daß dieser Reise- und Besucherverkehr nicht von der DDR in Hartwährung finanziert werden könne: Wir müßten dies vielmehr selbst tun (Begrüßungsgeld[6], Leistungen der Gastgeber in unserem Lande).

Anderenfalls könnten jährlich nicht Millionen, sondern nur einige Tausende in den Westen reisen.

Zu den Diskussionen der letzten Zeit, ob es Vereinbarungen zwischen der DDR und uns über Umsiedlerquoten gebe oder geben könne, wolle er klarstellen: Es gebe eine derartige beschränkende Regelung nicht und könne sie nach unserer Verfassungsordnung nicht geben. Bekanntlich werde für jede Übersiedlungsgenehmigung ein gewisser Betrag bezahlt (Regelfall 8000 DM, komplizierte Fälle mehr), und wir seien bereit, die jeweils genehmigte Zahl von Übersiedlungen zu bezahlen – jedoch nicht bereit, darüber Quotenvereinbarungen zu treffen.

Stv. AM *Whitehead* fragt nach Aussiedlern aus anderen WP-Staaten.

BM verweist auf die etwa zwei Mio. Deutschstämmigen in der Sowjetunion, von denen ein Großteil zu uns ausreisen wolle – hier hätten sich die Ausreisezahlen ebenfalls stark erhöht.[7] In Rumänien lebten noch etwa 200 000 Deutsche in miserablen Verhältnissen – und alle wollten ausreisen.[8] Anders in Ungarn: Dort habe ein liberaler Besuchsverkehr und ein Abkommen über Minderheitenrechte für Deutschstämmige[9] die Lage sehr entspannt. Mit Polen stünden wir in schwie-

6 Das Begrüßungsgeld für Besucher aus der DDR wurde zum 1. September 1987 auf 100 DM erhöht. Vgl. dazu die Erklärung der Bundesministerin Wilms vom 26. August 1987; BULLETIN 1987, S. 693.

7 Zur Ausreise von Deutschstämmigen aus der UdSSR vgl. Dok. 22, Anm. 16.

8 Zur Ausreise von Deutschstämmigen aus Rumänien vgl. Dok. 226.

9 Ministerialdirigent Höynck übermittelte dem Bundesministerium für Wirtschaft am 9. Oktober 1987 einen Durchdruck der Vereinbarung „über die gegenseitige Errichtung von Kultur- und Informationszentren sowie einer Erklärung“ zwischen der Bundesrepublik und Ungarn. Dazu teilte er mit: „Die ‚Erklärung‘ ist zwar in der Öffentlichkeit unterschrieben worden, die ungarische Seite hat jedoch ausdrücklich gebeten, diesen Text nicht der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Es wird deshalb

rigen Gesprächen, wobei Polen langsam begreife, daß man sich aufeinander zu bewegen müsse.

In der DDR hätten Hunderttausende Übersiedlungsanträge gestellt. GS Honecker wolle mit der Besuchsregelung erreichen, daß diese Zahl geringer werde – diese Hoffnung habe sich jedoch nicht erfüllt.

Das Gespräch wird nunmehr bei dem Herrn Bundeskanzler fortgesetzt.

Der *Bundeskanzler* (BK) bittet W. um Bewertung der Lage in den von ihm besuchten Ländern Ungarn[10] und Jugoslawien[11], denen wir bei der Lösung ihrer wirtschaftlichen Probleme zu helfen suchten.

Stv. AM *Whitehead* betont, die Bundesrepublik Deutschland sei in der Tat sehr hilfreich, insbesondere durch den Beitrag von 100 Mio. US-Dollar zum Überbrückungskredit für Jugoslawien[12].

Fortsetzung Fußnote von Seite 934

gebeten, die Einstufung dieser ‚Erklärung' zu beachten." Vgl. das Schreiben nebst Anlagen; Referat 421, Bd. 140300.

Bundeskanzler Kohl unterrichtete die Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn mit Schreiben vom 15. Oktober 1987, „daß wir anläßlich des Besuchs von Ministerpräsident Grósz erstmals mit einem Land des Warschauer Pakts eine konkrete Vereinbarung über die Unterstützung der Kulturarbeit der deutschen Minderheit, in so wichtigen Bereichen wie Ausbildung – vom Kindergarten bis zur Universität – und Förderung der deutschen Sprache, getroffen haben. Durch die Unterstützung von Bildungseinrichtungen wird das Erlernen der deutschen Sprache in Ungarn künftig erheblich erleichtert. Die Zusammenarbeit wird sich nicht nur auf eine Übersendung von Lehrmitteln beschränken, sondern es werden auch Dozenten zur intensiven Lehrerfortbildung entsandt und Stipendien für ungarische Deutschlehrer vergeben werden." Vgl. Referat 214, Bd. 139517.

10 Der stellvertretende amerikanische Außenminister Whitehead hielt sich am 7./8. Juni 1988 in Ungarn auf. Botschafter Steger, Budapest, berichtete am 13. Juni 1988: „Besonderes ung[arisches] Interesse galt gegenüber Whitehead unverändert der konventionellen Abrüstung in Europa, um eigene Rüstungsbelastung – Horn sprach von sieben Prozent des B[rutto]N[ational]P[rodukts] – zu senken." Vgl. den Drahtbericht Nr. 815; Referat 214, Bd. 139945.

11 Der stellvertretende amerikanische Außenminister Whitehead besuchte vom 5. bis 7. Juni 1988 Jugoslawien. Botschaftsrat I. Klasse Göckel, Belgrad, hielt am 9. Juni 1988 fest, daß Kredit- und Wirtschaftsfragen im Zentrum der Gespräche gestanden hätten: „Whitehead habe Unterstützung im Pariser Club zugesagt, jedoch klar gestellt, daß es für Jugoslawien keinen ‚special deal' geben könne. Er habe die jug[oslawische] Seite aufgefordert, auch die Refinanzierung der Zinsen zu beantragen. Auf Lončars Kritik, die USA seien bei der jetzigen Umschuldung nicht so aktiv wie 1983, erwiderte Whitehead, die USA hätten selber ein großes Außenhandelsdefizit und es gebe Arbeitsteilung mit den Europäern." Vgl. den Drahtbericht Nr. 459; Referat 214, Bd. 139838.

12 Am 25. April 1988 vermerkte Legationsrat I. Klasse Linden: „1) Am 12.4. einigten sich der IWF und die jugoslawische Regierung auf ein fondsgestütztes Bereitschaftskreditabkommen mit einer Laufzeit von zwölf Monaten und einem Kreditvolumen von 306 Millionen S[onder]Z[iehungs]R[echten]. Das Kreditabkommen soll nach der bisherigen Planung am 13. Mai 1988 vom Exekutivdirektorium des IWF gebilligt und in Kraft gesetzt werden. 2) Vor Inkrafttreten muß die jugoslawische Seite folgende Maßnahmen implementieren: Abwertung des Dinar (23,9%); Liberalisierung des Systems der Devisenzuteilung; Ausweitung der ohne Importlizenzen einführbaren Güter von 26% auf 40% des gesamten Importvolumens; Liberalisierung der Importpreise; Einführung eines managed floatings der Wechselkurse. 3) Nach vorläufigen Berechnungen des IWF entsteht eine Finanzierungslücke in Höhe von 1 Mrd. US-Dollar, die je zur Hälfte von Regierungen und privaten Banken aufgebracht werden soll. […] 4) Es ist im Augenblick nicht erkennbar, wie die Finanzierungslücke von 1 Mrd. US-Dollar geschlossen werden kann". Vgl. Referat 214, Bd. 139601.

Mit Schreiben vom 13. Juni 1988 informierte das Bundesministerium für Wirtschaft über die am 11. Juni 1988 zwischen Jugoslawien und den Gläubigerländern des Pariser Clubs erzielte Einigung zur Umschuldung jugoslawischer Verbindlichkeiten. Diese verschaffe Jugoslawien „bis Mitte 1989 eine Entlastung von 952 Mio. US-Dollar. Auf die Bundesrepublik Deutschland als einen der größten Gläubiger entfällt ein Beitrag von 328 Mio. DM (225 Mio. DM Handelsforderungen, 102 Mio. Darlehen der Finanziellen Zusammenarbeit); dies entspricht einem Anteil am umzuschuldenden Gesamtvolumen von rd. 20%. […] Da trotz der gewährten großzügigen Schuldenregelung auch nach Auffassung des IWF für 1988 ein Fehlbetrag von 250 bis 300 Mio. US-Dollar bleibt, werden sich Jugoslawiens

Von dem dort Erlebten sei er sehr beeindruckt. Die Führung sei erstmals tatsächlich zu Wirtschaftsreformen entschlossen. Der Devisenmarkt sei bereits – erstmals in der Geschichte eines sozialistischen Landes – freigegeben, andere Änderungen in Richtung Marktwirtschaft eingeleitet. Jugoslawien verdiene Unterstützung des Westens und werde sie hoffentlich bekommen.

Leider sei das Finanzierungspaket im Rahmen des IWF-Programms noch nicht vollständig. Jedoch entwickelten sich die Dinge positiv, und der deutsche Beitrag werde hoch geschätzt.

Der *BK* betont, Hilfe für Jugoslawien in der jetzigen Situation sei keine Frage von Sympathie oder Antipathie, sondern ein Akt der Klugheit.

– Jugoslawien stehe „auf der Kippe" – wenn das Land mangels westlicher Unterstützung nach Osten kippe, erreiche Gorbatschow, was Stalin nicht erreichen konnte, und dies, obwohl er selbst überhaupt nichts tue.
– Die europäische Geschichte habe sich immer katastrophal entwickelt, wenn die Lage in dieser Region destabilisiert worden sei. Eine Destabilisierung Jugoslawiens habe Folgen für das ganze Umfeld (Ungarn, evtl. auch Griechenland) – deshalb gelte es Jugoslawien jetzt bei der Stabilisierung zu helfen.

Leider sähen dies einige seiner EG-Kollegen nicht in gleicher Weise. Jedoch müsse man langfristig denken: Wenn Jugoslawien die Auflagen des IWF durchsetze, bedeute dies eine ideologische Bankrott-Erklärung.

Stv. AM *Whitehead* pflichtet bei: Wenn Jugoslawiens Wirtschaft zusammenbreche, habe dies nicht zu überschätzende Folgen für die osteuropäischen Länder, die sich von ihrer gegenwärtigen Abhängigkeit von der SU lösen wollten. Gelinge die Stabilisierung Jugoslawiens, so werden dies und das Beispiel Ungarns auch andere RGW-Länder ermutigen, sich auf dem Weg der Reformen weiter zu bewegen.

Der *BK* fährt fort, im Augenblick erscheine die zur Stabilisierung Jugoslawiens nötige Summe als hoch, in Wahrheit aber spare man Geld. Denn wenn die Dinge schlecht liefen, koste es für uns am Ende mehr. Das gleiche gelte für Ungarn, wobei ein Scheitern des ungarischen Weges das Scheitern einer ganzen Richtung innerhalb des Warschauer Paktes bedeute.

Stv. AM *Whitehead* berichtet von seinen Gesprächen mit dem neuen Generalsekretär Grósz, dieser sei sehr zuversichtlich und stehe jetzt in voller Verantwortung. Er habe ein Team fähiger jüngerer Leute um sich geschart. Im Politbüro kontrolliere er die Dinge – tatsächlich sei der kürzliche Parteikongreß eine Revolution gewesen (acht von 13 PB-Mitgliedern ersetzt).[13] Man könne sogar von einem unblutigen Coup sprechen, möglicherweise ohne Zustimmung aus Moskau – aber die SU habe keine Alternative.

Der *BK* betont unsere intensiven Beziehungen zu Ungarn und stellt die Frage, ob Grósz klug genug sei, jetzt nicht zu weit zu gehen, sondern in kleinen Schritten – anderenfalls seien Reaktionen der Sowjets nicht auszuschließen.

Stv. AM *Whitehead* äußert die persönliche Meinung, daß das Risiko einer sowjetischen Reaktion sehr gering sei. Für Gorbatschow, der als „Mann des Friedens"

Fortsetzung Fußnote von Seite 935
öffentliche Gläubiger vermutlich schon bald mit neuen Wünschen nach Finanzhilfen konfrontiert sehen." Vgl. Referat 214, Bd. 139601.

13 Zur Landeskonferenz der USAP vom 20. bis 22. Mai 1988 in Budapest vgl. Dok. 79, Anm. 22.

erscheinen wolle, sei es sehr schwierig, gegenüber osteuropäischen Ländern hart durchzugreifen. Die USA ermutigten deshalb die osteuropäischen Länder, sich vorwärts zu bewegen und nicht zu furchtsam zu sein.

Für ihn wäre es sehr interessant zu hören, ob der BK hier anderer Meinung sei.

Der *BK* erwidert, es gehe im Grund um eine Frage der Definition. Generalsekretär Gorbatschow sei Russe und kommunistischer Machtpolitiker – nicht mehr, nicht weniger. Das, was er heute tue, geschehe nicht, weil er seine Weltanschauung geändert habe, sondern weil er handeln müsse, um die Effizienz des Systems zu verbessern. Dabei habe Gorbatschow kein Problem mit Ungarn, auch nicht mit Bulgarien. Anders stehe es jedoch, wenn in Polen das gleiche wie in Ungarn gemacht werde – und das Problem potenziere sich, wenn dies in Ost-Berlin geschehe.

Stv. AM *Whitehead* stimmt zu.

Bei den letztgenannten Ländern, so der *BK* weiter, handele es sich für Gorbatschow um strategische Positionen. Und er – der BK – sage voraus, daß Gorbatschow in der DDR große Schritte, wie sie jetzt in Ungarn getan würden, nicht dulden werde. Für Marschall Ogarkow sei Budapest nicht so interessant wie Warschau und Ost-Berlin! Hier liege Gorbatschows Problem.

Wenn GS Schiwkow einen Reformkurs steuere, nütze dies Gorbatschow, denn er könne zu Hause sagen, daß auch „die Verbündeten" den Reformkurs wollten.

Anders in der DDR: Die „Gorbi-Gorbi"-Rufe von jungen Leuten aus Berlin (Ost) bei einem Rock-Konzert im westlichen Teil der Stadt hätten nicht dem Generalsekretär der KPdSU gegolten, sondern seien der Ruf nach Freiheit oder kurz: „Wir wollen hier raus!"[14]

Er habe dieses Problem mit Generalsekretär Grósz diskutiert, und man liege in den Argumenten nicht weit voneinander.[15] Aber die Ungarn und die Polen seien stolze Leute ... Es gebe da psychologische Verwerfungen, die niemand kontrollieren könne. (Exkurs: Private Reise des Bundeskanzlers in die DDR.[16])

Stv. AM *Whitehead* schildert Planung seiner DDR-Reise (Gespräche mit GS Honecker, AM Fischer und PB-Mitglied Axen) sowie anschließend nach Berlin (West). Er unterstreicht, daß er es zur ständigen Praxis gemacht habe, vor jedem DDR-Besuch nach Bonn zu kommen.

Der *BK* dankt für diese Geste, die auch nach draußen symbolisch wirke.

14 Referat 210 notierte am 16. Juni 1987: „Anläßlich dreier am Pfingst-Wochenende (6.–8.6.87) vor dem Reichstagsgebäude in Berlin (West) veranstalteter Rock-Konzerte ist es auf Ost-Berliner Seite zu Zusammenstößen jugendlicher Rock-Anhänger mit der Polizei gekommen. […] Aus der am Abend des 8.6. auf ca. 4000 Personen angewachsenen Menge waren spontan Protestrufe und Sprechchöre ‚Die Mauer muß weg' ertönt. Vor der benachbarten sowjetischen Botschaft skandierten Rufe: ‚Gorbatschow, Gorbatschow'. Möglicherweise durch diese Sprechchöre provoziert, war die Polizei unter Einsatz von Schlagstöcken gegen die Menge vorgegangen, wobei es zu mehreren Festnahmen kam. […] Die Ereignisse am Brandenburger Tor haben schlaglichtartig die Gemütslage in der DDR, sowohl der Bevölkerung als auch der Polizeikräfte, deutlich gemacht." Vgl. Referat 210, Bd. 145159.

15 Ministerpräsident Grósz besuchte die Bundesrepublik vom 7. bis 10. Oktober 1987. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 7. Oktober 1987 vgl. AAPD 1987, II, Dok. 277.

16 Bundeskanzler Kohl reiste am 27. Mai 1988 zu einem dreitägigen Privatbesuch in die DDR. Vgl. dazu KOHL, Erinnerungen 1982–1990, S. 706–711.

Die Lage in der DDR – so der BK weiter – gestalte sich in diesem Jahr komplizierter, und zwar aus wirtschaftlichen Gründen sowie wegen der Politik Gorbatschows.

Die wirtschaftliche Lage sei – wie im ganzen RGW – deutlich schlechter geworden. Insbesondere müsse die DDR mehr für die anderen Brudervölker tun. Sie sei durch den Dollar-Verfall schwer getroffen. Zwar sei die DDR nach wie vor wirtschaftlich die Nummer eins im RGW, jedoch sei dies relativ: Tatsächlich sei die Versorgung, insbesondere im Konsumbereich, schlechter geworden. Ein besonderes Problem sei die Doppelwährung – denn tatsächlich werde unsere Deutsche Mark immer mehr zum Zahlungsmittel. Damit werde die DDR immer stärker zur Drei-Klassen-Gesellschaft: Funktionäre – DM-Besitzer – „arme Teufel". (Exkurs: Autokauf in der DDR.)

Das andere Problem der DDR – so der BK weiter – sei die Wirkung Gorbatschows: Die DDR sei Deutschland, mit Ausnahme der Dresdener Gegend könne jedermann das Fernsehen aus der Bundesrepublik Deutschland empfangen, mit dem Ergebnis, daß er – der BK – den Leuten mindestens so gut bekannt sei wie Honecker selbst. Dies habe er gerade bei seinem kürzlichen Besuch wieder festgestellt. Vor allem aber wirkten sich hier die Besuchsmöglichkeiten aus: „Die Deutschen gehen wieder zusammen – das Miteinander ist heute stärker als vor zehn Jahren."

Honecker mache eine Gratwanderung: Er wolle die wirtschaftlichen Vorteile, wolle gleichzeitig die Dinge aber unter Kontrolle halten. Unser Ziel könne es nicht sein – so der BK weiter –, dazu beizutragen, daß die Lage in der DDR explodiere. Denn dann helfe den Leuten niemand. Die amerikanischen Panzer stünden am Checkpoint Charly, aber nicht anderswo. Das wisse stv. AM W. genauso gut wie er. Deshalb gelte es, möglichst viel Frischluft in die DDR hineinzupumpen, aber nicht so viel, daß sie Lungenentzündung bekomme.

Hinzu komme ein weiteres: Honecker wolle im Amt bleiben, obwohl er keineswegs Intimus von Gorbatschow sei, und sorge sich zugleich darum, in der Geschichte nicht wie sein Vorgänger Ulbricht zur Unperson zu werden.

Mit alledem – so der BK weiter – habe er die Haupttatsache angesprochen, auch für unsere Politik gegenüber Gorbatschow: Die andere Seite habe die schlechteren Karten. Wenn der Westen klug sei, gewinne er das Spiel. Dies setze voraus, daß der Westen zwei Dinge nicht tue:

– zu behaupten, es habe sich im Osten überhaupt nichts geändert – dies wäre töricht. Dennoch höre man derartige Stimmen auf beiden Seiten des Atlantik (genannt Senator Helms);
– zu behaupten, es habe sich schon alles geändert – tatsächlich gingen die Dinge außerordentlich langsam voran. Auch diese andere Extremposition sei gefährlich, und es gebe in Europa und auch bei uns gewaltige Versuche zur Desinformation. Hierin – wie auch in der Spionage, der illegalen Beschaffung westlicher Technologien und der Unterstützung nützlicher Idioten – habe der Osten sich nicht geändert.

Für uns werfe dies schwierigere Probleme als für die ferner gelegenen USA auf. Auch müsse er unseren jungen Leuten erklären, warum sie weiterhin als Soldaten in unserer Bundeswehr dienen müßten, obwohl Gorbatschow zu Abrüstung

bereit sei usw. Auch PM Frau Thatcher habe ja bekundet, wie sehr Gorbatschow ihr imponiere, nur Präsident Reagan stehe in ihrer Gunst höher!

Stv. AM *Whitehead* teilt die Meinung über die Sowjetunion: Die USA sähen sich die Taten an, nicht nur die Worte. Einige Taten gebe es, jedoch nicht viele. Daneben blieben viele Dinge, die die USA erheblich beunruhigten.

Auch beim kürzlichen Gipfel[17] habe man kein größeres neues Abkommen geschlossen, nur um „mehr Abkommen" zu haben. Man werde auch in Zukunft vorsichtig sein.

Die Geschichte der Beziehungen zwischen USA und SU habe ihre Höhen und Tiefen gekannt: Kalter Krieg – Entspannung – „Reich des Bösen"[18]. Präsident Reagans Ziel sei, für diese Beziehungen nunmehr eine langfristig stabile Grundlage zu schaffen und den Achterbahneffekt auszuschalten. Sei die SU also zu Fortschritten bereit, dann seien auch die USA entschlossen, auf vernünftigen Gebieten und nicht zu schnell voranzugehen.

Der *BK* pflichtet bei: Wir hätten, wie er bereits gesagt habe, gute Karten. Entscheidend aber sei nun möglichst enge Zusammenarbeit der Europäer und der Amerikaner im allgemeinen und der Bundesrepublik Deutschland mit den amerikanischen Freunden im besonderen. Man müsse die Dinge auch so sehen: Vor fünf Jahren seien Präsident Reagan und er die Hauptbösewichte der sowjetischen Propaganda gewesen: Abteilung Peitsche. Jetzt komme die Abteilung Zuckerbrot zum Zuge – deshalb müsse man genau hinhören und aufs engste zusammenarbeiten. Er hoffe, daß dies auch die neue Administration in den USA begreifen werde. (Stv. AM *Whitehead* pflichtet bei.)

Der *BK* verweist auf seinen bevorstehenden Besuchsaustausch mit Generalsekretär Gorbatschow und sagt auch hier engste Abstimmung zu.[19]

Die Sowjetunion müsse wissen: Wir – die Bundesrepublik Deutschland – seien nicht käuflich. In gleichem Sinne habe Staatspräsident Mitterrand, als GS Gorbatschow ihm wegen der deutsch-französischen Zusammenarbeit Vorhaltungen machte, geantwortet: Es gibt keinen Preis, der Frankreich von der deutsch-französischen Partnerschaft abbringen könnte.

Diese Erklärung Mitterrands sei für ihn – den BK – eine außerordentlich wichtige Klarstellung gegenüber Moskau. Und das gleiche gelte auch für unser Verhältnis zu den USA.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 76

17 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

18 Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Reagan vom 8. März 1983 bei der „Annual Convention of the National Association of Evangelicals" in Orlando, Florida; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 364.

19 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

171

Ministerialdirektor Schlagintweit, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 9. Juni 1988, 20.47 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1344 **Ankunft: 10. Juni 1988, 03.13 Uhr**

Betr.: Gespräch Bundesminister[2] mit israelischem MP

Bundesminister führte am 6.6. bei einem Mittagessen in dessen Suite ein etwa 1 1/2 stündiges Gespräch mit dem israelischen Ministerpräsidenten.

1) Der MP berichtete von seinem Gespräch mit Shultz am Vortag: Darüber gebe es nichts Interessantes zu berichten. Im wesentlichen habe Shultz vom Gipfel in Moskau[3] erzählt. Der Nahe Osten sei dort fast nicht diskutiert worden; es würde aber eine Arbeitssitzung zwischen Murphy und Poliakow im nächsten Monat geben. Man habe in Moskau auch über eine internationale Konferenz gesprochen; die Sowjetunion habe diesmal gesagt, es müsse eine Arbeitskonferenz, eine effektive Konferenz sein. Die Haltung der SU sei positiv, aber das sei nicht sehr bedeutsam.

Von arabischem Gipfel in Algerien[4] erwarte er, Shamir, nicht viel. Die Gemäßigten, wie Ägypten und Jordanien, seien beunruhigt, daß der Gipfel eine Resolution annehmen werde, die der Mission Shultz ein Ende bereite. Deshalb hätten die Gemäßigten Shultz gebeten, etwas zu sagen, das diese Elemente stärke.

Der Bundesminister wies darauf hin, daß eine Resolution Einstimmigkeit erfordere. Die Gemäßigten könnten sich hier zur Geltung bringen. Dazu gehöre auch Marokko, mit dessen König er vor kurzem gesprochen habe[5].

2) Der MP fragte nach der Ansicht des Bundesministers über die Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten im allgemeinen und zum Mittleren Osten im besonderen. Der Bundesminister erwiderte, beide Seiten hätten sich einigen wollen über bestimmte Fragen wie INF und strategische Waffen. Wir begrüßten dies. Die kleineren osteuropäischen Staaten hätten

1 Ablichtung.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 5. bis 8. Juni 1988 zur VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung in New York auf.

3 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

4 Die außerordentliche Gipfelkonferenz der Arabischen Liga fand vom 7. bis 9. Juni 1988 in Algier statt.

5 Bundesminister Genscher besuchte am 26./27. Mai 1988 Marokko. Botschafter Montfort, Rabat, resümierte am 30. Mai 1988 die Begegnung mit König Hassan II.: „Auf dem Programm für den Abend standen eine Audienz und ein Abendessen beim König. Tatsächlich war der Abend eher ausgefüllt durch endlose Warterei auf den Beginn dieser beiden Ereignisse […]. Wenn trotzdem der von Marokko angestrebte politische Erfolg des Abends nicht ohne gewisse Einschränkung eintrat, dann deswegen, weil seine Majestät geruhte, seine europäischen Ehrengäste zunächst einmal eine Stunde auf Abruf in den Gästevillen warten zu lassen und dann eine weitere halbe Stunde Wartezeit im Palast gemeinsam mit dem marokk[anischen] Ministerpräsidenten, Parlamentspräsidenten, Kabinett und dem hohen Offizierskorps folgte, bevor die Audienz begann. Diese dauerte eine Stunde und um 23.30 Uhr konnte schließlich das achtgängige Abendessen beginnen. […] Bei Audienz und Abendessen gab sich der König als Staatsmann, der sich in der Welt auskennt und der zu den brennenden Problemen der internationalen Politik etwas zu sagen hat.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 196; Referat 311, Bd. 154198.

jetzt mehr Bewegungsspielraum, um ihre Beziehungen zum Westen zu verbessern. Sie wollten zwar solche Verbesserungen, seien aber kritisch zu den inneren Veränderungen in der Sowjetunion eingestellt. Er sei überzeugt, daß Gorbatschow sich durchsetzen werde, wenn auch mit Rückschlägen. Die SU wolle auch ihre Verbindlichkeiten in der Dritten Welt abbauen. Daher begünstigten sie wahrscheinlich ein Übereinkommen im südlichen Afrika und vielleicht auch im Nahen Osten.

Möglicherweise sei jetzt eine gute Gelegenheit, um Fortschritte zu erzielen und ernsthaft nach Lösungen zu suchen.

Er fragte, wie der MP es einschätze, daß die SU kürzlich zum ersten Mal in einem entsprechenden Papier nicht von einem palästinensischen Staat gesprochen habe.

Der MP bezweifelte, daß es wirkliche Veränderungen in der sowjetischen Haltung gebe. Die SU wolle im wesentlichen flexibler erscheinen, z.B. auch dadurch, daß sie eine palästinensische Konföderation akzeptiere. Eine solche Konföderation sei aber nur der erste Schritt zu einem palästinensischen Staat. Der Bundesminister warf ein, das befürchte auch König Hussein. Der MP bestätigte, der König sei sehr nervös.

3) Als nächster Schritt, erklärte der MP, wäre es für Israel wünschenswert, Verhandlungen zwischen Israel und einer jordanisch-palästinensischen Konföderation oder Gruppe oder ähnlichem zu führen. Palästinenser und Jordanier seien das gleiche Volk. Es müsse zu einer palästinensisch-jordanisch-israelischen Lösung kommen. Es müsse aber bezweifelt werden, ob auf der anderen Seite der Wille hierzu vorhanden sei. Der König wisse nicht, was er wolle.

Der Bundesminister sagte, der König wolle einen internationalen Rahmen, d.h., es müsse eine internationale Konferenz geben.

Zur Stärke der PLO sagte der MP, sie sei nicht sehr groß, weder in Jordanien noch in den besetzten Gebieten. Dort seien allerdings alle gegen Jordanien. Die Bevölkerung wolle keine Rückkehr Jordaniens: Man ziehe eine israelische Besetzung einer jordanischen Besetzung vor, wegen der wirtschaftlichen Vorteile. Alle Palästinenser wollten den Rückzug Israels. Aber es werde keinen israelischen Rückzug geben, auf jeden Fall nicht ohne Verhandlungen. Er zweifele, daß eine internationale Konferenz zu Verhandlungen zwischen Israel und den Arabern führen werde.

Der Bundesminister erwiderte, er glaube, daß viele Araber Verhandlungen wollten, aber nicht ohne eine internationale Konferenz.

4) Der MP fragte nach den Auswanderungsmöglichkeiten der Deutschen aus der SU.[6] Der Bundesminister sagte, sie hätten sich sehr verbessert. Der MP: Für Juden auch, aber nur langsam. Die jährliche Quote betrage immer noch 10000. Herr Rubinstein fügte hinzu, in der Sowjetunion wachse mit Glasnost der Antisemitismus. Jetzt könnten die Leute sagen, was sie dächten.

5) Der MP fragte, ob der Minister glaube, daß sich die Beziehungen zwischen der SU und der westlichen Welt verbesserten.

6 Zur Ausreise von Deutschstämmigen aus der UdSSR vgl. Dok. 22, Anm. 16.

Der Bundesminister antwortete: Ja. In der SU stünden wichtige Entwicklungen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet bevor. Diese seien aber nicht möglich ohne wichtige Änderungen im Leben der Gesellschaft: Freiheit der Meinungsäußerung, der Information, der Bewegungsmöglichkeiten. Er könne nicht entscheiden, wie weit solche Entwicklungen im Rahmen eines sozialistischen Systems gehen könnten. Es sei bemerkenswert, daß Gorbatschow an Lenin anknüpfen wolle.

6) Der MP erklärte, er sehe eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen der EG und Israel.

Der BM: Für Deutschland ist diese Aussage nicht gerechtfertigt; aber es werde immer schwieriger, im Europäischen Parlament die deutsche Auffassung (in der Frage der europäisch-israelischen Protokolle[7]) durchzubringen. Er setzte sich sehr hierfür ein. Kürzlich hätte er darüber mit dem Politischen Ausschuß des EP (etwa 80 Leuten) gesprochen. Er habe keinen Widerspruch gefunden. Vielleicht verbesserten sich also die Chancen Israels. Er werde in den nächsten Wochen auch mit dem Präsidenten des EP[8] sprechen.

Daher sei es für Israel auch sehr wichtig, den Europäern klarzumachen, was seine langfristigen Ziele hinsichtlich der besetzten Gebiete seien. Die Fernsehberichte über die Verhältnisse dort[9] lösten bei der Bevölkerung Sorge aus, eine freundschaftliche Sorge. Der MP bemerkte, was ihn beunruhige, sei die Aussicht auf eine Art wirtschaftlicher Sanktionen der Europäer. BM: Dem würden wir nicht zustimmen. MP: Wir wissen, daß Sie dagegen sind und daß Sie sich anstrengen, diese Richtung zu ändern. Wir schätzen dies hoch ein und hoffen, daß Sie damit erfolgreich sind.

7) Der MP sprach ein weiteres Problem an: Die Entwicklung von Boden-Boden-Raketen mit 800 km Reichweite im Irak zusammen mit Ägypten und Argentinien mit Hilfe deutscher Firmen.[10] Der BM antwortete: Wir kennen diese Vorwürfe und untersuchen sie. Er habe persönlich an den Bundeswirtschaftsminister[11] geschrieben und ihn gebeten, zu prüfen, ob zusätzliche gesetzgeberische Maßnahmen notwendig seien, um solche Dinge zu verhindern. Wir würden Israel

7 Mit Schreiben vom 15. März 1988 informierte der juristische Dienst des Rats der Europäischen Gemeinschaften darüber, daß das Europäische Parlament dem Abschluß von Zusatzprotokollen zum Abkommen vom 11. Mai 1975 zwischen den EG und Israel nicht zugestimmt habe: „Soweit ersichtlich ist, daß das Parlament im vorliegenden Fall seine Zustimmung nicht aus spezifischen Gründen, die sich auf die Bedingungen der ausgehandelten Abkommen beziehen, sondern aus politischen Gründen verweigert hat, besteht kein Anlaß (sofern nicht andere Gründe dafür sprechen), Änderungen an den Protokollen vorzunehmen und somit die Verhandlungen mit dem israelischen Partner wieder zu eröffnen. Unter diesen Umständen ist es Sache des Rates, zu beurteilen, ob und wann ein neues Ersuchen um Stellungnahme auf der Grundlage neuer Elemente, die sich in der Zwischenzeit ergeben haben, an das Parlament zu richten“ sei. Vgl. Referat 310, Bd. 149754.
Botschaftsrat Löhr, Brüssel (EG), teilte am 13. Mai 1988 mit: „Nach Aussage hiesiger deutscher Journalisten soll EP-Präsident Lord Plumb bei Presse-Lunch am 11.5.88 in Brüssel erklärt haben, er habe die dem EP vom Ratspräsidenten erneut zugeleiteten Anpassungsprotokolle EWG-Israel dem Ratspräsidenten zum zweiten Mal zurückgeschickt. In Begleitschreiben habe er darauf hingewiesen, daß der Rat ‚nach Eintreten einer neuen Lage‘ (in Israel) dem EP einen neuen Vorschlag senden könne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1412; Referat 310, Bd. 149754.

8 Lord Plumb.

9 Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada“) vgl. Dok. 83, Anm. 20.

10 Zu einer Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik an der Raketenproduktion in Argentinien bzw. im Irak vgl. Dok. 100 bzw. Dok. 116.

11 Martin Bangemann.

vom Ergebnis unserer Untersuchung unterrichten. Der MP fügte hinzu: Israel sei auch sehr beunruhigt über die Entstehung einer Industrie für chemische Waffen in den arabischen Staaten. Es sei Aufgabe dieser Sondergeneralversammlung[12], etwas dagegen zu tun. Man wisse, daß deutsche Lieferungen für solche Zwecke verwendet werden, aber daß es schwer sei, dies zu beweisen.[13]

Der Bundesminister verwies auf seine Rede vor der Sondergeneralversammlung.[14] Auch wir seien sehr beunruhigt über die Möglichkeit der Proliferation chemischer Waffen und würden alles in unseren Kräften Stehende dagegen tun.

8) Beim Hinausgehen sprach der MP noch die Bitte an, Rückflüsse von deutschen TZ-Krediten[15] für Projekte der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu verwenden. Der Bundesminister sagte Prüfung zu.

[gez.] Schlagintweit

Referat 02, Bd. 273252

172

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-12874 VS-vertraulich **Aufgabe: 11. Juni 1988, 11.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 784 **Ankunft: 11. Juni 1988, 11.52 Uhr**
Citissime

Betr.: Sitzung im kleinsten Kreis (AM, Bo, Politische Direktoren) bei NATO-Außenministerrat Madrid, 9./10.6.1988[2];
hier: Entwicklungen in den NSWP-Staaten (NSWPS[3])

Zur Unterrichtung (BM hat noch nicht zugestimmt)

1) GS[4] wies, bevor er BM zur Einführung Themas Wort erteilte, darauf hin, daß Osteuropa ständige Quelle von Instabilität sei. Werde es neue Spannungen geben? Wie beurteilten NSWPS Reformprogramm Gorbatschows? Würden aus

12 Zur VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 31. Mai bis 26. Juni 1988 in New York vgl. Dok. 84 und Dok. 189.

13 Zur Ausfuhr von Flußsäure nach Syrien durch Firmen aus der Bundesrepublik vgl. AAPD 1985, I, Dok. 65 und Dok. 99, sowie AAPD 1986, I, Dok. 6.
Zu einer Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik an der Chemiewaffenherstellung im Irak vgl. Dok. 132.

14 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 6. Juni 1988 vor der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung in New York vgl. BULLETIN 1988, S. 721–725.

15 Zur Finanziellen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Israel vgl. Dok. 40, Anm. 9.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 10.
Hat Vortragendem Legationsrat Kölsch am 13. Juni 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 14. Juni 1988 vorgelegen.

2 Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1988 in Madrid vgl. auch Dok. 173.

3 Nicht-Sowjetische Warschauer-Pakt-Staaten.

4 Lord Carrington.

unkontrollierten Forderungen nach größerer Unabhängigkeit stärkere Unsicherheiten resultieren? Wie weit werde Moskau hier gehen können? Dies sei auch für militärische Präsenz SU in diesen Ländern in Zusammenhang mit KRK wichtig.

2) BM, auf den mehrere AM (B, DK, F, GB, L, NL, US) dann in zustimmender Weise Bezug nahmen, betonte zunächst, es sei falsch, NSWPS, mit denen sich ein erfreulicher Besucheraustausch entwickelt habe, über einen Kamm scheren zu wollen. Drei verschiedene Entwicklungen seien von Bedeutung:

– Jedes Land versuche, auf seine Weise mit seinen – jeweils teilweise verschiedenartigen – Wirtschaftsproblemen fertig zu werden.
– Jedes bemühe sich um differenzierte Antwort auf Entwicklungen in SU und sich daraus ergebenden Folgen für eigene Entwicklung.
– Mit Ausnahme lediglich von Polen werde Generationswechsel nachdrücklich diskutiert.

Was wirtschaftliche Lage anbelange, so sei sie – systembedingt – allenthalben kompliziert und schwierig. Die Antworten seien verschieden. Ungarn etwa, das am stärksten marktwirtschaftliche Gesichtspunkte zum Tragen bringe, habe sich mit den Restbeständen sozialistischer Wirtschaft auseinanderzusetzen.

Am homogensten stelle sich Lage in Bulgarien dar, wo seit Zweitem Weltkrieg erhebliche konkrete Fortschritte erzielt worden seien. Wenn man Vergleich der Jahre 1936 und 1988 anstelle, so seien ČSSR und heutige DDR (als Teil Deutschen Reichs) vor dem Krieg wirtschaftlich am weitesten fortgeschritten gewesen, Bulgarien am wenigsten. Bei letzterem Land sei seither Steigerung festzustellen, bei den anderen eher Rückschritt. Bulgarien habe 1936 als rückständiges Agrarland gelten können, wohingegen es heute über moderne Agrarstrukturen verfüge und im übrigen bemerkenswerten Industrialisierungsprozeß durchgemacht habe. Die inneren Spannungen seien dort deshalb vergleichsweise gering. Hinzu komme traditionelle Verbundenheit mit russischem Volk. Generationswechsel zeichne sich erst ab.

Situation in Rumänien sei dagegen besonders bedrückend. Neben schärfster Unterdrückung praktiziere Regime eine vor allem auf Schuldenabbau gerichtete Wirtschaftspolitik, die stark zu Lasten Lebensstandards gehe. Hier seien innere Spannungen, aber auch Perfektion repressiver Methoden am stärksten.

In Ungarn sei Generationenwechsel von Kádár zu Grósz ohne größere Schwierigkeiten vonstatten gegangen.[5] Letzterer sei deutlich wirtschaftlichen Reformen verpflichtet.

In ČSSR bestehe gleiche Tendenz, doch sei Wechsel noch nicht so grundlegend. Die alten politischen Kräfte hätten früher abweichlerische Tendenzen von der SU verurteilt, kritisierten heute jedoch diejenigen, die zu stark auf Übernahme Moskauer Reformkurses drängten.

In Polen sei von Anfang an besondere Entwicklung festzustellen gewesen. Sie entspreche polnischer Geschichte und verschiedenen Teilungen des Landes. Hierbei habe katholische Kirche seit jeher Faktor nationaler Identifikation dargestellt, was sogar für Zeit Stalinismus gelte. Regime sei es nicht gelungen,

5 Vgl. die Landeskonferenz der USAP vom 20. bis 22. Mai 1988 in Budapest; Dok. 79, Anm. 22.

Unterstützung Öffentlichkeit zu gewinnen, obwohl Solidarność heute nicht mehr gleiche Rolle spiele wie früher. Unsicherheit bestehe fort.

Lage in DDR sei besonders kompliziert. Regime falle es schwer, sich auf die neuen Entwicklungen einzustellen. Andererseits sei DDR wirtschaftlich am stärksten von allen RGW-Ländern, weswegen Regierung darauf hinweisen könne, richtigen Weg zu gehen. Bevölkerung vergleiche indessen weniger mit RGW, sondern mit BR Deutschland. Regierung habe Probleme damit, Spannungen zu reduzieren. Von Bedeutung sei laufende Ausdehnung Besucherverkehrs mit BR Deutschland: 1987 hätten rund fünf Mio. Reisen von etwa 3,5 Mio. Personen stattgefunden, von denen mehr als eine Million Rentenalter noch nicht erreicht hätten. Nur geringe Zahl bleibe im Westen, was auch mit Zurücklassung von Kindern und Ehegatten zusammenhänge. Wunsch nach legaler Ausreise verstärke sich. Im letzten Jahr liege Zahl Genehmigungen bei 30 bis 40 000. Hier sei soziologische Schichtung von Interesse: Je qualifizierter Beruf, desto höher Anteil.

Bei allen Unterschiedlichkeiten sei den NSWPs gemeinsam, daß nunmehr Diskussionsprozeß hinsichtlich neuer Entwicklungen in SU begonnen habe. Weitgehend werde zunächst jedoch bevorstehende Allunions-Konferenz[6] abgewartet, denn in Vergangenheit habe man Erfahrung gemacht, daß sich Änderungen ergeben könnten, denen es Rechnung zu tragen gelte. Dies bedinge gewisse Vorsicht.

BM wies auf Protokoll EG–RGW über wirtschaftliche Beziehungen hin, das noch in diesem Monat gezeichnet werde.[7] Haltung NSWPS habe sich hier geändert. Während sie noch vor einigen Jahren (wenn auch hinter vorgehaltener Hand) uns gegenüber aus Sorge vor sowjetischer Disziplinierung Zurückhaltung geäußert hätten, so seien sie heute allgemein positiv eingestellt und meinten, Institutionalisierung und damit verbundene Legitimierung der gegenseitigen Beziehungen schade nichts. Protokoll habe zwei positive Auswirkungen: Anerkennung der EG als politische und wirtschaftliche Realität sowie ein Vehikel Legitimation NSWPS für wirtschaftspolitische Beziehungen mit Gemeinschaft.

Es liege im Interesse Westens, Dialog mit NSWPS auszuweiten. Dies gelte über politischen und wirtschaftlichen, nicht zuletzt auch für kulturellen Bereich. Kultureller Austausch sei entscheidend wichtig für Bewahrung nationaler Identitäten. Es gebe recht hoffnungsvolle Anzeichen. Wir müßten besonnenen Weg weitergehen, woraus sich positive Wirkungen ergeben könnten. Unsere bisherige Strategie sei richtig.

3) Aus Meinungsäußerungen anderer AM (I war durch Senatorin Agnelli, GR durch StS Georgiou und Kanada durch Botschafter[8] vertreten) wird festgehalten:

Dumas würdigte zunächst Moskauer Gipfel[9] und bedankte sich bei Shultz für dessen Beharrlichkeit. START-Verhandlungen gingen, obwohl sich noch kein

6 Zur Allunions-Parteikonferenz der KPdSU vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 in Moskau vgl. Dok. 194.

7 Zur Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung der Europäischen Gemeinschaften und des RGW am 25. Juni 1988 in Brüssel vgl. Dok. 160, Anm. 14.

8 Gordon S. Smith.

9 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

Durchbruch ergeben habe, in richtige Richtung. Probleme hätten sich aus Reichweite ALCMs, Verifikationsmodalitäten für Drittländer und SLCMs ergeben.

Was Entwicklung in Osteuropa angehe, so stimme er im allgemeinen BM zu. Es handele sich indessen um langfristigen Prozeß, und sofortige Ergebnisse seien nicht zu erwarten. Bereits jetzt könne man positive Entwicklungen feststellen, doch gelte es, wachsam zu bleiben. Perestroika sei eine Gewißheit. Die verschiedenen Ausgangslagen und Entwicklungen seien ein Beweis dafür, daß es hier nicht ausschließlich Ansatz Block zu Block geben dürfe. Er müsse entsprechend unterschiedlich sein. F wolle sich in diesem Sinne an Intensivierung Beziehungen beteiligen. Im wirtschaftlichen Bereich ergäben sie sich auch aus Protokoll EG–RGW.

Howe betonte die enormen Veränderungen in Osteuropa, wobei er nicht zuletzt auf die Entwicklung innewohnenden Risiken abstellte. „Massive Probleme" lägen vor. Für NSWPS werde Richtung wirtschaftlich und moralisch vom Westen bestimmt. Änderungen im Wirtschaftssystem gingen nicht notwendigerweise mit solchen politischer Art Hand in Hand, wofür Grósz in Ungarn Beispiel darstelle. In Polen wecke Kirche (und Solidarność) „zu ehrgeizige" Hoffnungen. Wer komme nach Jaruzelski? Wenn schon bei uns im Westen Regierungen bei wirtschaftlichen und anderen Reformvorhaben häufig nicht Zustimmung weiter Teile Bevölkerung besäßen, so gelte dies erst recht für Osteuropa. Auch er sei für Ausdehnung unserer Beziehungen im kulturellen Bereich, und Begriff „europäisches Erbe" ziehe er dem „europäischen Haus" vor. Wir sollten nicht „moralistisch" vorgehen. Im übrigen hätten ja nicht alle westlichen Länder so besondere Beziehungen wie etwa BR Deutschland mit DDR. Es gelte, die Unterschiedlichkeiten in angemessener Weise in Rechnung zu stellen („to exploit"), aber mit Vorsicht. [10]Destabilisierungen dürften sich daraus nicht ergeben.

Yilmaz ging zunächst auf die Lage in Bulgarien ein. Zwar sei das Land seit jeher getreuster Bundesgenosse Moskaus. Hinsichtlich „Neuen Denkens" ergäben sich weitgehend identische ideologische Positionen und Hoffnungen. Schiwkow werde – trotz angesteuerter Beschränkung politischer Mandate auf zehn Jahre – wohl zunächst bleiben, da Parteikongreß diese Maßnahme erst 1991 zu billigen haben werde. Im Menschenrechtsbereich gebe es günstige Entwicklungen. Aus einem ersten Treffen habe sich insoweit konkrete TO ergeben, und man sei Bündnispartnern für jede moralische Unterstützung dankbar. – Hinsichtlich türkisch-sowjetischer Beziehungen bestehe nunmehr „mehr Hoffnung", wozu Nachbarschaft beitragen könne. Moskau bemühe sich darum, gewisse bilaterale Probleme Lösungen zuzuführen: z. B. Abgrenzung von wirtschaftlichen Zonen, Flugüberwachung, wirtschaftliche Fragen (Förderung von Erdgas, Zulassung türkischer Arbeiter für Bauvorhaben in SU, „Joint-ventures", Handel und Tourismus).

Auch Ordóñez wies auf Unterschiedlichkeiten hin. Wechsel sei mit gewissen Risiken verbunden, osteuropäische Länder blickten zum Westen. Wir dürften nicht etwa Druck ausüben, was nur zu Instabilitäten führen werde. Zustimmung zu Anregung BM, nicht zuletzt kulturelle Beziehungen zu verdichten. Dies schon deswegen, weil NSWPS uns insoweit näher ständen als SU.

[10] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 785 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

KAN betonte Interesse an stabiler, evolutionärer Entwicklung. Prozeß dürfe nicht außer Kontrolle geraten. Unsere Mittel seien beschränkt. Im wirtschaftlichen Bereich gelte es, entsprechende marktwirtschaftliche Möglichkeiten zu schaffen und keine Sonderkonditionen vorzusehen. Hinweis auf Folgen Satellitenfernsehens.

Frau Agnelli (die Andreotti vertrat, da dieser durch parlamentarische Behandlung Verlegung 401. Kampfgeschwaders nach Italien[11] in Rom festgehalten war) plädierte in allgemeiner Weise unter Bezugnahme auf Unterschiedlichkeiten in Osteuropa für koordinierte Politik.

Stoltenberg meinte, Protokoll EG–RGW leiste in Norwegen positiven Beitrag zur dortigen positiven Einschätzung Gemeinschaft. Er betonte stärkere Hinwendung aller WP-Staaten zu internationalen Organisationen (z. B. VN), was – im Sinne BM – neue Möglichkeiten für stärkere nationale Identifizierung eröffne. Norwegen habe als kleines Land keine allzu großen Möglichkeiten. Er erwähnte bilaterale Symposien von Fachleuten über Probleme von „mixed economies" und unterstrich allgemein Rolle kleiner Staaten für kulturelle Identität von Minderheitsgruppen im Osten.

Hermannsson betonte Rolle Europarats, in welchem Rahmen auch Island gewissen Beitrag leiste. Kontakte könnten auch dazu führen, unser Vertrauen in positive Entwicklungen im Osten zu stärken.

Ellemann-Jensen äußerte – aufgrund seiner journalistischen Erfahrungen in Osteuropa, z. B. in ČSSR während „Prager Frühlings", Skepsis. Es gebe viele Gründe für „tiefe Skepsis". Es sei noch zu früh, Prognosen zu wagen, wohin die Reise gehe. Dem Kreml seien enge Grenzen gezogen. Entwicklung beinhalte im Hinblick auf verminderte Stabilität erhebliche Risiken. Man müsse „Schwerkraftgesetze" in Rechnung stellen; der große Ballon habe noch nicht abgehoben. Entwicklungen würden allenfalls sehr langfristig erfolgen. Trotzdem seien neue politische Kräfte freigeworden. „Neues Denken" werde weiterwirken. Aber Moskau werde seinen Griff nicht dramatisch lockern. Westen müsse Daumen drücken und hoffen. Er halte Protokoll EG–RGW für wichtiges Mittel, NSWPS bei Stärkung ihrer jeweiligen Individualität zu helfen.

StS Georgiou: Liberalisierung Wirtschaftssystems werde schrittweise auch mehr politische Freiheiten mit sich bringen, aber innerhalb Grenzen Systems. Griechenland sei besonders an günstigen Entwicklungen auf Balkan interessiert. Positive Würdigung Belgrader Konferenz im Februar.[12]

Pinheiro: Er sei nicht überoptimistisch. Bemerkenswerterweise seien im rechtlichen Bereich und hinsichtlich einschlägiger Institutionalisierungen noch keine Fortschritte zu erkennen. Dies gelte auch für Erziehungswesen. Hinweis auf Allunions-Kongreß. Wir sollten vorsichtig mit Konzessionen ohne Gegenleistungen sein.

Tindemans würdigte Rolle BR Deutschlands, die eine Art Fenster darstelle.[13] Begriff vom „europäischen Haus" habe zweifellos seine geographische Berechti-

11 Zur Verlegung eines Geschwaders amerikanischer Kampfflugzeuge von Spanien nach Italien vgl. Dok. 162, Anm. 9.

12 Die Außenminister Lončar (Jugoslawien), Malile (Albanien), Mladenow (Bulgarien), Papoulias (Griechenland), Totu (Rumänien) und Yilmaz (Türkei) trafen vom 24. bis 26. Februar 1988 in Belgrad zur Konferenz der Außenminister der Balkanstaaten zusammen.

13 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „S[iehe] auch Mitterrand Welt-Interview."

gung, doch stellten sich ansonsten hier natürlich manche Fragen. Vor allem dürfe Begriff nicht zur Trennung Europas von Nordamerika führen. Belgischerseits unterhalte man besonders im Gewerkschaftsbereich Kontakte mit Polen. Hierbei sei gemäßigter Optimismus festzustellen. Man schätze es nicht, zusammen mit SU unqualifiziert zur Region Osteuropa geschlagen zu werden. Besorgnisse seien hinsichtlich gemeinsamen EG-Binnenmarkts 1992 deutlich geworden: Werde es nicht zu einer weiteren Spaltung Europas mit protektionistischen Tendenzen führen? Interessanterweise sei immer wieder Beunruhigung über deutsch-französische militärische Zusammenarbeit geäußert worden.

Auch Poos sprach von besonderer deutscher Rolle, da unser „physischer Kontakt" mit Osteuropa von allen Allianzpartnern am stärksten sei. Westen besitze großen moralischen Kredit bei den NSWPS. Er unterstrich wie NWG Wichtigkeit gerade kleinerer westlicher Länder und betonte Bedeutung Protokolls EG–RGW für Menschenrechte. Werde SU ihre militärische Macht über NSWPS mindern? Wirtschaftliche Hilfe an diese könne auch zu Verminderung ökonomischer Dominanz SU führen.

Van den Broek: Bestreben NSWPS nach engen Bindungen zu uns sei bemerkenswert. Auch er ziehe Ausdruck „europäisches Erbe" „europäischem Haus" vor. Wesentlich sei, daß Reformen SU „von oben" (Hinweis auf Wichtigkeit Allunions-Kongresses), bei NSWPS „von unten" kämen, was gerade auch bei Menschenrechten wichtig sei. Was müsse getan werden, um „Chaos" zu verhindern? Wir seien mit Harmel-Konzept[14] und KSZE auf dem einzigen, richtigen „sicheren" Weg. Verteidigungsanstrengungen müßten aufrechterhalten werden. Was künftige Instabilitäten anbelange, so gehe SU bei Reformbemühungen ja viel weiter als NSWPS, und schon deshalb sei er eher optimistisch. Wenn SU versuchen müsse, Druck auf NSWPS zu verschärfen, werde dies automatisch zum Abgang Gorbatschows von politischer Bühne führen. Für uns seien angemessene Verteidigung und Abschreckung sowie konstruktiver Dialog entscheidend. Er glaube wie BM, daß sich viele konstruktive Entwicklungen abzeichneten. Wir müßten vermeiden, SU Gefühl zu geben, wir wollten zwischen sie und NSWPS Keil treiben. Engere wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen würden Verhältnis in Frage stehender Länder zu Moskau sowie ihrer Führung gegenüber Opposition stabilisieren.

Shultz unterstrich ebenfalls, wir hätten eine gute Strategie, die funktioniere. Hinweis auf Harmel-Bericht und „allgemeine Agenda". Andererseits: SU habe bisher militärisch nicht abgerüstet, und auch der KGB sei so mächtig wie bisher. Wir müßten voranschreiten, aber mit „gesundem Skeptizismus[15]". Bei KRK gehe es um „scharf asymmetrische" Reduzierungen.[16]

Diese hätten auch Auswirkungen auf NSWPS. Wie werde man dort auf geringere sowjetische Truppenpräsenz reagieren? Hier stellten sich für uns Probleme

14 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

15 So in der Vorlage.

16 Zum Stand der Gespräche zwischen NATO und Warschauer Pakt über ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 138, Anm. 4.

des Managements. Auch Shultz unterstrich unterschiedliche Entwicklungen in NSWPS. Diese hätten im Gegensatz zu SU historische Erfahrungen mit anderen Gesellschaftsordnungen, auch mit Marktwirtschaft. Ihr Lebensstandard sei häufig höher. Schwierigkeiten könnten sich auch dadurch ergeben, daß SU bessere wirtschaftliche Leistungen abschöpfe („syphon it off"). Wirtschaftlich sei SU immer noch stark agrarisch ausgerichtet. Auch insoweit habe China bessere Leistungen erzielt. Allgemein sei bei WP-Staaten stärkere Orientierung auf internationale Organisationen festzustellen, was grundsätzlich positiv zu bewerten sei. SU strebe Mitgliedschaft im GATT an[17], einige NSWPS wirkten dort und in ähnlichen Gremien bereits mit.

Wir müßten uns jeweils genau überlegen, ob wir unsere Beziehungen zu NSWPS nicht zu sehr forcierten. US lehne es im übrigen ab, mit SU über diese Staaten zu sprechen, da dies von Moskau als Anerkennung Hegemonie ausgelegt werden könne. Wechselbeziehungen zwischen wirtschaftlicher und politischer Freiheit seien gewiß gegeben, doch dürfe man hier nicht verallgemeinern (Hinweis auf Korea, Taiwan und Singapur). In diesem Bereich gebe es viele Unterschiedlichkeiten und Möglichkeiten, und er sei beeindruckt von den von NWG erwähnten einschlägigen Symposien.

Abschließend plädierte Shultz für Überwindung Spaltung Europas. Berliner Mauer müsse im Wortsinne fallen. Sie sei Symbol für das, was uns trenne. Die zahlreichen Reisen von DDR-Bürgern in die BR Deutschland bewiesen westliche Attraktivität.

GS bemerkte abschließend: Leider wüßten wir nicht, wie diese ganze Problematik von Gorbatschow eingeschätzt werde. Das sei nicht zuletzt auch für KRK gewiß sehr relevant.

4) Erörterung war substantiell und erbrachte weitgehend ähnliche Einschätzung. DK, F, GB und US gaben sich vergleichsweise skeptisch und wiesen auf Risiken Instabilitäten hin.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 13031 (204)

17 Am 23. Februar 1988 führte Ministerialdirigent Trumpf aus: „Die SU hat seit 1982 wiederholt Interesse an einer Mitwirkung im GATT gezeigt, zuletzt durch den am 12. August 1986 beim GATT-Sekretariat förmlich angemeldeten Wunsch nach Teilnahme an der neuen GATT-Runde (Uruguay-Runde). Der Vorstoß von 1986 fand zwar […] die Unterstützung von 50 Vertragsparteien des GATT (von damals knapp über 90), war aber letztlich – nicht zuletzt wegen der klar ablehnenden Haltung der USA und der skeptischen Haltung der Gemeinschaft – nicht konsensfähig. […] Die SU hat gegenüber uns, den USA und Kanada bei verschiedenen offiziellen Kontakten auf die wirtschafts- und handelspolitischen Konsequenzen der seit Anfang 1987 eingeleiteten Reform des sowjetischen Außenwirtschaftssystems hingewiesen (Schritte in Richtung auf: zunehmende Dezentralisierung der Außenhandelsentscheidungen, Selbständigkeit und Selbstverantwortung der Unternehmen für ihre Auslandsgeschäfte, Preisreform und im Anschluß an diese die Einführung des konvertiblen Rubels). Die SU hatte uns im Mai 1987 um Unterstützung bei der Verfolgung ihres Beitrittszieles gebeten […]. Eine ähnliche Demarche wurde in Washington ausgeführt." Vgl. Referat 421, Bd. 140465.

173

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-12877/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 11. Juni 1988, 11.07 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 787 **Ankunft: 11. Juni 1988, 12.35 Uhr**

Betr.: Sitzung im kleinsten Kreis bei NATO-Außenministerrat Madrid 9./10.6.1988;
hier: KSZE

Bezug: DB 784 vom 11.6.1988 – B-362.05/1/1435/88 VS-vertraulich[2]

Zur Unterrichtung (BM hat noch nicht zugestimmt)

1) GS[3] sagte einführend zum Stand WFT, Bild sei nicht klar. Gewisse Signale in Moskau hätten noch nicht auf Wien durchgeschlagen. Offenbar habe SU auch Probleme damit, ihre Alliierten auf eine Linie zu bringen, da es jetzt schwieriger geworden sei, pluralistische Prinzipien in den NSWP-Ländern[4] durchzusetzen als in SU. Oder sei dies für Moskau nur ein Vorwand? Alles in allem sei Westen in recht guter Lage. Bei uns gelte es insbesondere, Grundsätze Kompromisses von Reykjavik[5] deutlicher zu konkretisieren. Er appelliere an AM, flexible Weisungen zu geben und Spaltung Bündnisses vorzubeugen.

Für KRK-Mandat habe man sich auf eine Reihe von Elementen geeinigt.[6] Offen sei Behandlung doppelrollenfähiger Systeme, geographischer Anwendungsbereich und Verhältnis zu KSZE. Was unsere konkreten Vorschläge anbelange, so sei Fortschritt in HLTF langsam[7], welches Problem er bereits bei letztem NAC[8] unterstrichen habe, Fortschritte seien dringlich. Hinweis auf VN-Rede Schewardnadses vom 8.6.[9]

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 25.
Hat Vortragendem Legationsrat Kölsch am 13. Juni 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 14. Juni 1988 vorgelegen.

2 Für den Drahtbericht des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vgl. Dok. 172.

3 Lord Carrington.

4 Nicht-Sowjetischen Warschauer-Pakt-Ländern.

5 Vgl. dazu die Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 174.

6 Zum Stand der Gespräche zwischen NATO und Warschauer Pakt über ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 138, Anm. 4.

7 Am 23. Juni 1988 berichtete Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofstetter, z. Z. Brüssel, aus der Sitzung der High Level Task Force (HLTF) der NATO vom selben Tag, „daß die Zeit drängt, Fortschritte bei der Arbeit an einem KRK-Verhandlungsvorschlag zu erzielen. Die meisten HLTF-Vertreter äußerten sich in gleichem Sinn und bezeichneten es als unbedingt erforderlich, daß der Westen zum möglichen Beginn der Verhandlungen im Oktober zumindest wesentliche Substanzelemente eines Vorschlags zu präsentieren in der Lage sein müsse. Trotz dieser übereinstimmenden Äußerungen über die Dringlichkeit von Fortschritten in der Substanz war eine Annäherung der Standpunkte bei den offenen Kernfragen eines westlichen Vorschlags nicht erkennbar. Insbesondere USA und F wiederholten ihre seit langem bekannten Positionen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 819; VS-Bd. 13487 (212); B 150, Aktenkopien 1988.

8 North Atlantic Council.

9 Zur Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 8. Juni 1988 vor der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung in New York vgl. Dok. 168, Anm. 19.

2) Stv GS Guidi erstattete Bericht über Arbeiten HLTF. „Speaking notes" im Anhang.[10] Er fügte hinzu, er wolle seine Besorgnisse über Fortgang Arbeiten zum Ausdruck bringen. Gebotenes Bewußtsein für Dringlichkeit fehle. Noch ausstehende Ergebnisse benötigten einige Zeit. Er müsse feststellen, daß man zögere, schwierige Probleme anzupacken. Falls dies nicht gelinge, werde Allianz bald in Hinterhand geraten.

3) Stoltenberg führte Thema KSZE ein:

– Zum Hintergrund: Er sei in den 60er Jahren mit dabei gewesen, als man begonnen habe, ein Konzept zu entwickeln. Von manchen sei dies belächelt worden, und man habe Widerstand geleistet. Jetzt sei Prozeß von großer Wichtigkeit. Geduld und Ausdauer hätten sich ausgezahlt. Noch vor einigen Jahren sei es schwierig gewesen, Menschenrechte gegenüber dem Osten ins Gespräch zu bringen. Nunmehr sei dies voll akzeptiert.
– Möglichkeiten und Stärken des Pluralismus: Innerhalb Westens seien ständig Konsultationen erforderlich. Pluralismus sei Trumpf 16 Allianzpartner. Initiativen seien geboten. Zunehmend gelte dies auch für WP-Länder, wo es heute gelegentlich schon drei, vier oder mehr Antworten gebe.
– Derzeitige Lage: Entwurf N+N[11] entspreche im allgemeinen unseren Zielen. Es sei ein ausgewogenes und substantielles Kompromißdokument, das geschützt und verbessert werden solle. Unrealistische Forderungen, die Möglichkeiten Einigung erschwerten, müßten vermieden werden. An Moskauer Menschenrechtskonferenz[12], der gegenüber man norwegischerseits grundsätzlich positiv eingestellt sei, sei SU jetzt offenbar nicht mehr so stark wie anfangs interessiert. Wichtig seien nicht zuletzt Fortschritte bei den Körben II und III. Hinsichtlich weiterer VSBMs sei man vorangekommen. Hauptprobleme bei KRK: doppelrollenfähige Systeme und geographischer Anwendungsbereich.
– Zeitfaktor: Wir seien an Abschluß Ende Juli interessiert. Er glaube, daß dies möglich sei. Wichtig seien jedoch ausgewogene und befriedigende Ergebnisse. Schlechte Kompromisse würden künftige Verhandlungen ungünstig beeinflussen. Man dürfe sich von SU nicht unter Druck setzen lassen.
– Ausblick: Noch offene Probleme könnten vielleicht auf AM-Ebene geklärt werden. Die häufigen Treffen mit Secretary Shultz hätten sich bewährt. Solle man diese Technik nicht häufiger anwenden, um Dinge aus gegebenen Anlässen zu beschleunigen? Er sei dafür.

4) BM führte aus: Wenn er Lage bei Beginn WFT[13] und jetzigen Stand vergleiche, so sei festzustellen, daß sich Standhaftigkeit und Geduld bewährt hätten. Er halte N+N-Dokument für gute Grundlage hinsichtlich abschließender Formulierungen. Verbesserungen an dieser oder jener Stelle seien möglich. Insgesamt handele es sich um ausgewogenen Entwurf. Interessant sei es, daß WP-Länder

10 Dem Vorgang beigefügt. Für das gleichfalls mit Drahtbericht Nr. 788 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), am 11. Juni 1988 übermittelte Papier „HLTF: Oral Report by the Chairman" vgl. VS-Bd. 13031 (204).

11 Zum Entwurf der N+N-Staaten vom 13. Mai 1988 für ein Abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 153.

12 Zum sowjetischen Vorschlag für eine KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 53, Anm. 32.

13 In Wien fand seit dem 4. November 1986 die KSZE-Folgekonferenz statt.

in manchen Punkten verschiedener Ansicht seien. Einige (z. B. SU) meinten mit uns N+N-Papier stelle geeignete, wenn auch verbesserungsbedürftige Basis dar. Andere seien kritischer. Dies sei wichtig, da früher SU für alle gesprochen habe. Im Augenblick möge dies für uns nachteilig sein, im Grundsatz sei es aber positiv zu bewerten.

Zum KRK-Mandat habe GS VN-Rede Schewardnadses erwähnt. Shultz habe am 2. Juni[14] noch davon gesprochen, daß sowjetischerseits bei Moskauer Gipfel[15] vorgeschlagen worden sei, zunächst jeweils 500 000 Mann zurückzuziehen und dann Disparitäten abzubauen. Das sei natürlich nicht annehmbar. Bei einem Frühstück am 7.6. habe er Schewardnadse gegenüber unterstrichen, dies sei ein „non starter", da damit zunächst Disparitäten noch deutlicher würden.[16] Schewardnadse habe jedoch betont, man sei stets der Meinung gewesen, daß es zunächst die Ungleichgewichte zu beseitigen gelte, und er habe einen Mitarbeiter angewiesen, dies noch in Rede einzubauen. Nunmehr seien die sowjetischen Vorschlagselemente grundsätzlich positiv zu bewerten, da jedenfalls einige (wenn auch nicht alle) Forderungen der Allianz vom Dezember 1986[17] entsprächen.

Zunächst gelte es, sich auf das N+N-Papier zu konzentrieren. Dann müsse man sich über Inhalt KRK-Mandats unterhalten. Wir hätten INF-Abkommen zu Recht als solches allgemein begrüßt. Seinen eigentlichen Wert erhalte es jedoch dadurch, daß es den Beginn eines breit angelegten Abrüstungsprozesses darstelle. Hinweis auf Wichtigkeit von START und weltweite Ächtung von CW („sehr dringlich").

Zur konventionellen Instabilität in Europa: Manchmal erweckten Reden westlicher Politiker Eindruck, wir kämen bei KRK SU entgegen. In Wirklichkeit sei es umgekehrt, da SU uns zahlenmäßig, in Bewaffnung, Fähigkeit zu Überraschungsangriff und raumgreifender Offensive sowie hinsichtlich geographischer Disparitäten überlegen sei. Hier hätten wir größte Erwartungen und Forderungen an SU. Wir seien an baldigem Verhandlungsbeginn sehr interessiert und müßten darauf hinwirken

5) Aus Einlassungen anderer Teilnehmer ist festzuhalten:

Dumas meinte, er sei eher pessimistisch, ob WFT im Sommer beendet werden könne. Allunions-Kongreß werde hierfür Bedeutung haben.[18] SU sei an KRK gelegen, was wir nutzen sollten. Bei von SU gewünschter Einbeziehung doppelrollenfähiger Systeme handle es sich um ein falsches Problem zugunsten Moskaus. Das wahre Problem liegt in Bedeutung für Systeme kürzerer Reichweite und für Flugzeuge, und wir dürften hier nicht in eine Falle tappen.

14 Der amerikanische Außenminister Shultz unterrichtete die NATO-Ministerratsragung am 2. Juni 1988 in Brüssel über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau. Vgl. dazu Dok. 165, Anm. 8, 10 und 25.

15 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

16 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 7. Juni 1988 in New York vgl. Dok. 167, Anm. 4.

17 Vgl. dazu die „Brüsseler Erklärung über konventionelle Rüstungskontrolle" des NATO-Ministerrats vom 11./12. Dezember 1986; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 77–79. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 359.

18 Zur Allunions-Parteikonferenz der KPdSU vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 in Moskau vgl. Dok. 194.

F sei sehr an baldiger Beendigung von MBFR interessiert.[19] Keinesfalls dürfe es parallel zu KRK weiterlaufen, was keinen Sinn mache, da sich Rahmen und Ziele beider widersprächen. Für F sei dies nicht akzeptabel, denn es stifte Verwirrung. Paris wünsche, daß MBFR vor Beginn KRK-Verhandlungen zu Ende gehe, z.B. zum Zeitpunkt Einigung auf Mandat. Hinsichtlich Orts Verhandlungen habe man einen „prejuge favorable" für Wien gegenüber etwa Genf und Stockholm. Wesentlich seien nicht zuletzt die jeweils angebotenen Bedingungen.

Senatorin Agnelli betonte Wichtigkeit von Fortschritten. Wir dürften nichts übereilen, andererseits aber auch nicht zögern. Substanz sei wichtig. N+N-Dokument sei ermutigend, es stelle erfolgreiche Kompromißbemühung dar. Sie halte es für annehmbar, und man solle es nicht mit zu vielen Bedingungen versehen. Es gelte, voranzukommen, jedoch an unseren grundsätzlichen Forderungen festzuhalten.

Pinheiro: N+N-Papier akzeptabel. Moskauer Menschenrechtskonferenz sei angesichts derzeitiger Voraussetzungen in SU nicht annehmbar.

Kanadischer Botschafter[20] sprach sich ebenfalls zugunsten N+N-Papier aus, doch sei dieses verbesserungsbedürftig. Der Osten wolle vor allem Verwässerung im Bereich Menschenrechte, was nicht hingenommen werden dürfe. Geduld und Festigkeit seien vonnöten. Es gelte Szenario Berner Konferenz[21] zu vermeiden. Keine zeitlichen Festlegungen im vorhinein. Hinsichtlich KRK teile er Besorgnisse von Guidi. Wir müßten sobald wie möglich unsere Position festlegen. MBFR: Er wolle nicht drängen, doch sollten unsere Vertreter in Wien nunmehr möglichst konkrete Erwägungen über Beendigung anstellen. Als Stichwort wolle er bekanntes kanadisches Anliegen erwähnen, sich systematischer als bisher hinsichtlich Öffentlichkeitsarbeit Gedanken zu machen.

Ordóñez: Wir dürften keine Zeit verlieren. Positive Würdigung N+N-Papiers.

Van den Broek bezeichnete N+N-Dokument ebenfalls als gute Grundlage. Es stelle eine wesentliche Verbesserung dar. Hinsichtlich KRK-Mandats werde notwendige Autonomie der 23 jedoch relativiert. „Follow up": Elf Veranstaltungen seien wohl zuviel. Gewisse Begrenzungen müßten vorgesehen werden, da wir sonst in physische Schwierigkeiten kämen. Bei KRK teile er die Besorgnisse von GS und Stv GS. Arbeiten HLTF müßten beschleunigt werden. Weitere VSBM seien sehr wichtig, Stockholm sei fortzuführen.[22]

Howe meinte, N+N-Papier sei grundsätzlich annehmbar, doch sei noch viel zu tun. WP-Staaten dürften keine weiteren Konzessionen gemacht werden. Moskauer Menschenrechtskonferenz solle begraben werden, um so mehr als sie weder bei seinem Besuch in Moskau[23] noch beim Moskauer Gipfel erwähnt worden sei. Bei CW seien noch viele technische Probleme zu lösen, aber man mache weitere Fortschritte. Arbeiten HLTF sollten intensiviert werden. Er erinnere an

19 Zur Frage einer Beendigung der MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 179.

20 Gordon S. Smith.

21 In Bern fand vom 15. April bis 26. Mai 1986 ein KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 77 und Dok. 156.

22 Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet und endete am 22. September 1986 mit der Annahme des „Dokuments der Stockholmer Konferenz". Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

23 Der britische Außenminister Howe besuchte am 15./16. Februar 1988 die UdSSR.

Aussage von Halifax „bold new steps“.[24] KRK müsse jedoch militärisch sinnvoll („military sound“) sein. Zur VN-Rede Schewardnadses: Sowjetisches Konzept, vor beidseitigen Reduzierungen von je 500 000 Mann Asymmetrien zu bereinigen, sei schon vorher klar gewesen, wie sich aus einschlägigem US-Papier für HLTF ergebe. SU gehe damit zum Teil auf unsere Vorstellungen ein. MBFR: Es werde nicht sinnvoll sein, zwei Verhandlungen gleichzeitig zu führen. MBFR stelle eine Art Trapez dar. Spätestens mit Beginn KRK sei es hinfällig.

Tindemans: Bei WFT habe man gute Fortschritte erzielt, und es bestehe jetzt Möglichkeit wesentlicher Verbesserungen. Im Menschenrechtsbereich müsse SU nunmehr beweisen, daß ihre Ankündigungen nicht leere Worte seien. N+N-Papier stelle Grundlage dar, die zu verbessern und zu präzisieren sei. Hinsichtlich Verbindung der 23 zu den 35 solle Buchstabe und Gesetz nach Reykjavik beachtet werden. Die 23 müßten entscheidend sein, kein abgestimmter Kalender mit KSZE.

[25]Hermannsson betonte, KRK habe Priorität vor weiteren rüstungskontrollpolitischen Schritten im nuklearen Bereich. Betonung Wichtigkeit Menschenrechtsdimension. Positive Reaktion auf Idee Stoltenbergs, bei Bedarf Konsultationen auf Ebene AM vorzusehen.

Shultz bewertete N+N-Papier wie folgt:

– Grundlage für Menschenrechte und menschliche Kontakte.
– Weniger günstig hinsichtlich Korb II.
– Unannehmbar im militärischen und Sicherheitsbereich.

Bei Menschenrechten sei Überprüfungsmechanismus wesentlich. Hinsichtlich religiöser Erziehung habe SU das, was sie in „Thesen“ angekündigt habe[26], in Wien noch nicht eingebracht[27]. Hier sei nicht nur Unterricht zu Hause, sondern auch außerhalb wichtig. Hinweis auf Doppelstaatler und Vertraulichkeitsschutz bei Auswanderung. Bei KRK müsse er auf amerikanischer Forderung Autonomie 23 bestehen, und er sei sicher, daß dies auch durchsetzbar ist. Elf WFT-Nachfolgeveranstaltungen seien mehr als man verkraften könne. Bei MBFR könnten wir noch warten.

Hinsichtlich des kürzlichen sowjetischen KRK-Vorschlags stellte Shultz sechs Punkte heraus:

– Datenaustausch müsse nach Abschluß Mandatsverhandlungen erfolgen.
– Verifikation einschließlich Vorortinspektionen entspräche unserem Anliegen. Hinweis auf Scheitern bei MBFR.

24 Am 29./30. Mai 1986 fand in Halifax die NATO-Ministerratstagung statt. Dabei wurde eine Erklärung zur Konventionellen Rüstungskontrolle verabschiedet. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381.

25 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 788 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

26 Zu den „Thesen des Zentralkomitees der KPdSU zur XIX. Unionsparteikonferenz“ vgl. Dok. 148, Anm. 8.

27 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 23. Juni 1988 über seine KSZE-Konsultationen mit der UdSSR in Moskau. Zur Frage der Religionsfreiheit in einem Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien teilte er mit: „Sowjets verweigern das kollektive Element bei religiöser Erziehung. Wir können am Ende mit N+N-Text leben, der dieses kontroverse Element nicht erwähnt […]. Wir könnten noch einmal Versuch unternehmen, herauszufinden, ob dies im Hinblick auf sowjetische Gesetzgebungsvorhaben nicht doch noch erreichbar ist. Dasselbe gilt für ‚religious publications‘ […], wo SU bisher Qualifizierung ‚in sufficient quantities‘ verweigert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 959; Referat 212, Bd. 153444.

– Gleichheit: SU verwische hier offenbar. Man müsse abwarten, was sich bei Datenaustausch ergebe. Möglicherweise strebe Moskau Aufrechnung Flugzeuge gegen Panzer o. ä. an.
– Reduzierung von jeweils 500 000 Soldaten werde erhebliche Implikationen haben.
– Restrukturierung Streitkräfte und „defensive defence" werfe nicht zuletzt schwierige Fragen Militärdoktrin auf.
– Sonstige Maßnahmen (nuklearfreie Zonen, taktische Kernwaffen usw.) seien nicht in Mandat enthalten.

Die ersten beiden Punkte seien in Ordnung, die anderen jedoch problematisch. Er sei im übrigen nicht sicher, ob SU nicht wieder versuchen werde, Seestreitkräfte einzubeziehen, woran wir nicht interessiert seien. Wir müßten Vorschlag gemeinsam prüfen. Es gebe Schularbeiten zu machen.

GS faßte zusammen: Es habe sich eine Menge Übereinstimmung ergeben, was ermutigend sei. Das gelte auch für Beschleunigung Arbeiten HLTF, und er hoffe, es werde sich in den Weisungen niederschlagen.

6) Diskussion erbrachte Übereinstimmung, daß

– N+N-Dokument geeignete Ausgangsbasis darstellt. Nuancierte Auffassungen hinsichtlich erforderlicher Verbesserungen.
– Beendigung WFT im Sommer wünschbar sei, daß Substanz jedoch vor Zeitgewinn Vorrang besitze.
– Arbeiten HLTF intensiviert werden müssen.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 13031 (204)

174

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron

13. Juni 1988[1]

Über Herrn Staatssekretär[2], Herrn Minister

Betr.: Rolle der USA in der Welt von morgen;
hier: Paul Kennedy, The Rise and Fall of the Great Powers[3]; sowie anschließende Veröffentlichungen

Kurzfassung[4]

Immer wieder versuchen Historiker, Gesetzmäßigkeiten des Aufstiegs und Niedergangs von Großmächten zu entdecken: Wegweisend Edward Gibbon (History

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Breitenstein konzipiert.
2 Hat Staatssekretär Sudhoff vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ein interessantes Papier."
3 Paul KENNEDY, The Rise and Fall of the Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500–2000, New York 1987. (Dt. Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000, Frankfurt am Main 1989).
4 Zur Langfassung vgl. Anm. 14.

of the Decline and Fall of the Roman Empire. 1776–88[5]) und Arnold Toynbee (A Study in History[6]) mit dem weiterhin gültigen Entwicklungsschema von „Challenge and Response".

Mit Leopold von Rankes „Die großen Mächte"[7] (1833) als Vorbild, legt der Yale-Historiker Paul Kennedy sein umfangreiches Buch „The Rise and Fall of the Great Powers" (1987) vor. Das Buch erregt in den USA im Wahljahr[8] erhebliches Aufsehen, weil Kennedy

– ungeschminkt einen Niedergang der USA aus ihrer weltpolitischen Spitzenposition diagnostiziert (Parallele: Bloom, „Der Niedergang des amerikanischen Geistes"[9]; ebenfalls ein Bestseller), aber nicht als Untergang, sondern als relativen Abstieg zum Plateau einer multipolaren Welt (USA, UdSSR, Japan, EG, China);
– diese Entwicklung als eine historische Zwangsläufigkeit darstellt, die durch eine Überbürdung mit Militärlasten in Relation zur Wirtschaftskraft einer Großmacht verursacht wird.

Kennedys Thesen können Forderungen nach einer Entlastung der USA durch neues militärpolitisches „burden sharing" und/oder durch Stärkung ihrer Wirtschaftskraft stützen; sie können auch dahingehend interpretiert werden, daß die USA in einer historisch neuartigen Situation eine neue Rolle finden müssen. Wenn Dean Acheson einmal von den Briten sagte, sie hätten ein Weltreich verloren, aber ihre Rolle in der Welt noch nicht wieder gefunden[10], so dürfte für die USA gelten, daß sie ihre neue Rolle finden müssen, während sich ihre gegenwärtige Weltposition verändert – im eigenen Interesse, im Interesse des Bündnisses und der globalen Stabilität.

Kennedys Buch ist als Teil einer solchen Suchaktion anzusehen. Andere Veröffentlichungen – wie David Calleo: Beyond American Hegemony[11]; Calleo/Cleveland/Silk: The Dollar and the Defense of the West (in Foreign Affairs)[12]; Cohen/Wilson: Superpowers in Decline? Economic Performance and National Security (in Comperative Strategy)[13] – liegen im gleichen Trend. Darin werden auch – stärker als bei Kennedy – Forderungen an die Verbündeten herausgearbeitet, in sich verstärkendem Maße an die Bundesrepublik Deutschland.
Bei Kennedy und Calleo erfährt der (bei uns infolge von Haushofer-Hess-usw.-Verirrungen noch immer belastete) Begriff Geopolitik eine solche objektivie-

5 Edward GIBBON, The History of the Decline and Fall of the Roman Empire, 6 Bände, London 1776, 1781 und 1788.
6 Arnold TOYNBEE, A Study of History, 12 Bände, London 1934–1961.
7 Leopold von RANKE, Die Großen Mächte, hrsg. von Friedrich Meinecke, Leipzig 1916.
8 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.
9 Allan BLOOM, The Closing of the American Mind. How Higher Education Has Failed Democracy and Impoverished the Souls of Today's Students, New York 1987, S. 311 f. (Dt. Der Niedergang des amerikanischen Geistes. Ein Plädoyer für die Erneuerung der westlichen Kultur, Hamburg 1988).
10 Vgl. dazu die Rede des amerikanischen Außenministers Acheson am 5. Dezember 1962 in West Point; VITAL SPEECHES OF THE DAY, Bd. XXIX, Nr. 6 (1. Januar 1963), S. 162–166.
11 David CALLEO, Beyond American Hegemony. The Future of the Western Alliance, New York 1987. (Dt. Die Zukunft der westlichen Allianz, Stuttgart 1987.)
12 David CALLEO/Harold van B. CLEVELAND/Leonard SILK, The Dollar and the Defense of the West, in: Foreign Affairs, Bd. 66, Nr. 4 (Spring 1988), S. 846–862.
13 Richard COHEN/Peter A. WILSON, Superpowers in Decline? Economic Performance and National Security, in: Comparative Strategy, Bd. 7, Nr. 2/1988, S. 99–132.

rende Aufwertung, daß es möglich und sinnvoll erscheint, unsererseits stärker die geopolitische Problematik der deutschen Lage herauszuarbeiten.[14]

Kennedys Buch und – in geringerem Maße – ähnliche Veröffentlichungen haben über die USA hinaus starke Beachtung gefunden, u. a. mit ausführlichen, insgesamt positiven, in wichtigen Details distanzierenden Rezensionen in NZZ[15], FAZ[16] und „Die Zeit“[17].

Citron

Referat 02, Bd. 178526

175

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dassel

311-322.00 IRK/IRN **13. Juni 1988**

Über Herrn Dg 31[1], Herrn D 3[2], Herrn Staatssekretär[3] Herrn Bundesminister[4]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Betr.: Angriff iranischer Kampfboote auf das deutsche Containerschiff „Dhaulagiri Dlik“ in der Straße von Hormuz am 11.6.1988[5]

1) Bei der „Dhaulagiri“ handelt es sich um ein unter deutscher Flagge fahrendes Containerschiff (11744 BRT) einer Partenreederei aus Elsfleth (Niedersachsen).

14 In der Langfassung der Aufzeichnung vom 13. Juni 1988 stellte Ministerialdirektor Citron fest: „Neben der Entwicklung von Wirtschaftskraft räumt Kennedy vor allem der geographischen Lage bestimmende Bedeutung für die Geschichte eines Landes ein, also seiner geopolitischen Situation. […] Damit könnte sich eine – auch unter deutschen Historikern bereits anklingende – Möglichkeit eröffnen, geopolitische Betrachtungen aus dem Schatten herauszuholen, in den sie als Wissenschaft durch den Mißbrauch während des Dritten Reiches geraten sind. Eine raumbezogene Betrachtung kann die spezielle Situation eines Staates und damit seine spezifischen Probleme und seine Handlungsweisen verdeutlichen. Auf uns Deutsche bezogen und in politische Sprache umgesetzt: Es geht nicht um deutsche ‚Sonderwege‘, sondern um spezifische, geopolitische deutsche Probleme und ihre Bewältigung.“ Vgl. Referat 02, Bd. 178526.

15 Vgl. den Artikel von Hansrudolf Kamer „Am Ende des amerikanischen Zeitalters?“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG vom 7./8. Februar 1988, S. 5.

16 Vgl. den Artikel von Gregor Schöllgen „Aufstieg und Fall großer Reiche“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 7. Juni 1988, S. 31.

17 Vgl. den Artikel von Jost Dülffer „Ludwig XIV., Lord Palmerston und die Zukunft von Reagans Amerika“; DIE ZEIT vom 25. März 1988, S. 17 f. (Literaturbeilage).

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter in Vertretung von Ministerialdirigent Fiedler am 13. Juni 1988 vorgelegen.

2 Hat Ministerialdirigent Sulimma in Vertretung von Ministerialdirektor Schlagintweit am 13. Juni 1988 vorgelegen.

3 Hat Staatssekretär Sudhoff am 13. Juni 1988 vorgelegen.

4 Hat Bundesminister Genscher laut Vermerk des Vortragenden Legationsrats Schumacher vom 13. Juni 1988 vorgelegen. Schumacher verfügte den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Schlagintweit und Ministerialdirigent Fiedler an Referat 311.
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 14. Juni 1988 vorgelegen.
Hat Schlagintweit und Fiedler am 15. Juni 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dassel am 21. Juni 1988 erneut vorgelegen.

5 Mit Schreiben vom 11. Juni 1988 informierte der Präsident des Bundesnachrichtendiensts, Wieck: „Der iranische Angriff muß als Reaktion auf den irakischen Raketenangriff vom Donnerstag, 9. Juni,

Die Eigner sind: Hans-Dieter Lilienthal, Peter Dörfler und Michael Kordes. Durch die Partenreederei war das Schiff an die Wakl-Container-Line Singapur verchartert und von dieser wiederum an die (US-amerikanische) President-Line unterverchartert. Das Schiff befand sich auf der Fahrt von Südostasien nach Bahrain und Kuwait. Die Ladung bestand aus 400 Containern[6].

2) Nach Mitteilung des Kapitäns des Schiffes, Peter Dietz, und Information der Reederei (Eigner Peter Dörfler und Michael Kordes) wurde die „Dhaulagiri", die in einem Convoy mit einem bulgarischen und einem chinesischen Frachter als mittleres Schiff fuhr, am 11.6.1988 um 12.45 OZ etwa auf dem Scheitelpunkt der Straße von Hormuz von zwei iranischen Kampfbooten gezielt mit Panzerfäusten und schwerem MG-Feuer ca. drei bis vier Minuten lang angegriffen. Das Schiff führte im Zeitpunkt des Überfalls die deutsche Flagge und war am Rumpf deutlich mit den deutschen Farben gekennzeichnet.

Bei dem Überfall wurden ein Besatzungsmitglied getötet und zwei weitere durch Splittereinwirkung leicht verletzt. Außerdem wurde bisher noch nicht im einzelnen zu übersehender Sachschaden angerichtet. Bei dem Toten und den verletzten Besatzungsmitgliedern handelt es sich um philippinische Staatsangehörige. Das Schiff sendete Notruf. Ihm kam ein omanisches Kriegsschiff zu Hilfe. Mit omanischer Hilfe wurden auch die Verletzten per Hubschrauber in ein omanisches Militärkrankenhaus in der Enklave Jibal gebracht. Das Schiff lief mit eigener Kraft zunächst weiter und erreichte am frühen Morgen des 12.6.1988 den Hafen von Dubai, nachdem es zunächst auf Reede Dubai auf evtl. nicht explodierte Geschosse untersucht worden war. Da die VAE-Behörden bereits vor Ankunft des Schiffes auf der Reede von Dubai die Bedingung zu obiger Untersuchung gestellt hatten, entstand zunächst durch Agenturmeldungen der Eindruck, daß diese vermuteten, das Schiff habe Sprengstoff geladen. Dieser Irrtum scheint damit aufgeklärt. Die Eigner haben gegenüber dem Auswärtigen Amt versichert, nach ihren Charterverträgen dürfte kein Kriegsmaterial transportiert werden.

Das Schiff wird nach Erledigung der wichtigsten Reparaturen an der Ruderanlage und der Radarausrüstung voraussichtlich noch im Laufe des 14.6.88 seine Fahrt nach Bahrain und Kuwait fortsetzen, um die Ladung zu löschen. Die weiteren notwendigen Reparaturen sollen erst dann im Trockendock – voraussichtlich – in Kuwait erfolgen.

3) Der Zwischenfall wurde dem Auswärtigen Amt gegen 15.00 Uhr am Samstag, dem 11.6.1988, durch eine Reuters-Meldung bekannt, um 16.20 Uhr ging zusätz-

Fortsetzung Fußnote von Seite 957

auf einen Schlepper aus Singapur, der im iranischen Auftrag fuhr, gewertet werden. Es muß davon ausgegangen werden, daß die Pasdaran-Boote in der Lage waren, die Nationalität des angegriffenen Handelsschiffes vor dem Angriff festzustellen. Der Angriff erfolgte trotz glaubhafter Hinweise, nach denen deutsche Handelsschiffe von seiten des Iran verschont werden sollen. Da es sich bei den Pasdaran-Einheiten nicht um reguläre Streitkräfte handelt, entsprechen deren Handlungsweisen nicht unbedingt gegebenen Weisungen. Angriffe der Pasdaran erfolgten in letzter Zeit nur, wenn keine westlichen Seestreitkräfte in der Nähe waren. Es kann davon ausgegangen werden, daß die regulären Seestreitkräfte des Iran auch weiterhin Handelsschiffe unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland nicht angreifen werden, da das Interesse Teherans an möglichst guten Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland unvermindert besteht." Vgl. Referat 311, Bd. 154135.

6 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Aufschrift? Inhalt?"

lich eine direkte Telex-Information des Kapitäns der „Dhaulagiri“ über Norddeich-Radio im Auswärtigen Amt ein[7].

Daraufhin wurde auf Weisung StS Arbeitsstab gebildet, an dem RL 311[8] und RL 423[9] beteiligt waren. Gegen 15.30 Uhr wurde der iranische Botschafter durch Dg31 einbestellt und um Aufklärung über den Zwischenfall ersucht. Nach Bekanntwerden weiterer Einzelheiten – insbesondere bezüglich der iranischen Urheberschaft durch das FS des Kapitäns der „Dhaulagiri“ – wurde auf Ihre Weisung der iranische Botschafter erneut durch D3 einbestellt. Dieses zweite Gespräch fand um 18.15 Uhr im Auswärtigen Amt statt. D3 ersuchte dabei erneut dringend um Aufklärung, protestierte gegen den Angriff auf das deutsche Schiff, forderte strenge Bestrafung der Schuldigen und meldete Schadensersatzforderungen an.

Botschaft Teheran wurde am 12.6.1988 angewiesen, ebenfalls entsprechend im iranischen Außenministerium vorstellig zu werden.[10]

Durch den Arbeitsstab wurden sowohl die Botschaft Abu Dhabi als auch die Außenstelle Dubai sofort eingeschaltet. Der Geschäftsträger in Abu Dhabi, Blaas, begab sich sofort nach Dubai, wo er etwa gegen 20.00 Uhr deutscher Zeit eintraf. Er nahm erst per Funk mit dem in Dubai noch nicht eingetroffenen deutschen Schiff Verbindung auf und begab sich nach dessen Eintreffen noch in der Nacht an Bord.[11] Unser Botschafter in Maskat[12] wurde gleichfalls telefonisch um Betreuung der nach Oman ausgeflogenen Besatzungsmitglieder gebeten und wurde entsprechend tätig. Die Verletzten sind noch in Maskat in Behandlung.

Schiffseigner Dörfler und Kordes bedankten sich gegenüber dem Auswärtigen Amt, der Kapitän gegenüber Geschäftsträger Abu Dhabi, ausdrücklich für die schnelle und umfassende Unterstützung.

Auf Ihre Weisung wurde erneut am 13.6.1988 der iranische Botschafter durch D3 einbestellt und nochmals mit dem Vorfall konfrontiert. Botschafter Mostafavi

7 Mit Fernschreiben vom 11. Juni 1988 führte Kapitän Dietz aus: „Was gedenken Sie, Herr Bundesminister, zu tun, um unbewaffnete Handelsschiffe unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland in neutralen Gewässern vor iranischen Kampfbooten zu schützen?“ Vgl. Referat 311, Bd. 154135.

8 Peter Dassel.

9 Friedrich Garbers.

10 Legationsrat I. Klasse Schon erteilte am 12. Juni 1988 der Botschaft in Teheran Weisung für eine Demarche im iranischen Außenministerium. Vgl. den Drahterlaß Nr. 356; Referat 311, Bd. 154135. Botschaftsrat I. Klasse Trömel, Teheran, antwortete am 13. Juni 1988: „1) Habe heute dringenden Termin bei hochrangigem Gesprächspartner im hiesigen AM zwecks Durchführung Demarche in o. a. Sache beantragt. 2) Über Angriff auf ‚Dhaulagiri‘ wurde in hiesiger Presse unter Verwendung von Agenturmaterial […] berichtet. […] 3) Entsprechend hiesiger Praxis werden Angriffe von Pasdaran-Motorbooten auf neutrale Schiffe in Teheran nicht offiziell bekanntgegeben. Angreifer werden bei Wiedergabe ausländischer Agenturmeldungen in den Medien als ‚gunboats‘ bzw. ‚unidentified gunboats‘ bezeichnet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 669; Referat 311, Bd. 154135.

11 Am 13. Juni 1988 berichtete Botschaftsrat Blaas, Abu Dhabi: „Suchte am 12.6.88 […] vor Dubai auf Reede liegendes MS ‚Dhaulagiri‘ auf. Besatzung stand noch unter Schock des Angriffs vom Vortag. Ihr Großteil, sowohl Deutsche als auch Philippinos, nicht aber Kapitän, beabsichtigt, demnächst abzumustern. Kapitän Peter Dietz zeigte sich sehr erfreut über Anwesenheit Botschaftsvertreters an Bord. Er erwarte nach Angriff ‚zumindest einen scharfen Protest‘ Bundesregierung gegenüber Iran. Protest sollte ‚klar in der Presse zu lesen‘ sein. […] Zum Angriff in Straße von Hormuz sagte Kapitän, eines von zwei iranischen Speedbooten sei bis auf 30 Meter an MS ‚Dhaulagiri‘ herangefahren. Sie beschossen Aufbauten (Brücke und Kajüten), nicht die Ladung, mit Maschinengewehr und – wie ein Fachmann anhand der Geschoßteile feststellte – RPG-7-Granaten (rocket-propelled grenades) chinesischer Produktion.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 78; Referat 311, Bd. 154135.

12 Gert Strenziok.

bestritt, daß sich iranische Marineeinheiten im fraglichen Zeitpunkt im angegebenen Seegebiet befunden hätten, und stellte iranische Urheberschaft des Angriffs in Abrede. Iranische Marineeinheiten hätten vielmehr Anweisung, keine Angriffe gegen deutsche Handelsschiffe durchzuführen, diese ständen vielmehr unter iranischem Schutz. D3 äußerte sich befriedigt über diese Zusicherung, nicht jedoch über die Ausführungen des Botschafters, daß Iran nicht für den Angriff verantwortlich sei: Es lägen vielmehr starke Anhaltspunkte vor, daß es sich um einen Angriff iranischer Streitkräfte gehandelt habe.[13] D3 forderte nochmalige Prüfung der Angelegenheit. Botschafter Mostafavi sagte dies zu und fügte hinzu, angesichts des guten Standes der Beziehungen würde Iran sicherlich auch eventuellen Irrtum eingestehen.

4) Votum

Eine Befassung des Sicherheitsrates erscheint nicht angezeigt, da es eine Vielzahl von Zwischenfällen im Golf gab, bei denen Handelsschiffe dritter Staaten involviert waren, ohne daß der Flaggenstaat den einzelnen Vorfall dem Sicherheitsrat zur Kenntnis gebracht oder gar eine Debatte darüber verlangt hätte.[14]

Wir sollten im Interesse der deutschen Eigner und der zu Schaden gekommenen Besatzungsangehörigen der „Dhaulagiri" Schadensersatzansprüche mit allem Nachdruck verfolgen und auch auf die volle Aufklärung und strenge Bestrafung der Schuldigen durch die iranische Regierung drängen.[15]

5) Zum Ablauf des Zwischenfalls erhielten wir soeben aus einem Gespräch mit Geschäftsträger Blaas, Abu Dhabi, mit Kapitän Dietz von der „Dhaulagiri" telefonisch noch folgende Information: Die zwei Kampfboote seien von Uniformierten besetzt gewesen. Sie hätten sich aus der Richtung der iranischen Küste genähert und seien nach dem Angriff mit hoher Geschwindigkeit (ca. 40 kn) in diese

13 Für Staatssekretär Sudhoff notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Dassel am 13. Juni 1988 Informationen der Außenstelle der Botschaft Abu Dhabi in Dubai: „Kapitän und Besatzungsmitglieder hätten bezüglich der Identifizierung der Angreifer als iranische Kampfboote darauf verwiesen, daß sie durch eine Bild-Veröffentlichung im Spiegel Nr. 1/88 nach dem Bootstyp und der Art der nach außen sichtbaren Bewaffnung diese als iranische Kampfboote erkannt hätten. Kommandos hätte man wegen des Lärms nicht verstehen können. Das Boot hätte keine Flagge geführt." Vgl. Referat 311, Bd. 154135.

14 Am 15. Juni 1988 stellte Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), fest: „Die Staaten, deren Schiffe von einer der Kriegsparteien im Golf angegriffen wurden, haben in der Tat bisher davon abgesehen, den SR einzuschalten. Bei einem Treffen am 11.5., zu dem INTERTANKO und zwei weitere Schiffahrtsverbände alle SR-Mitglieder eingeladen hatten […], zeigte sich weitgehende Übereinstimmung, daß die Einleitung eines separaten Verhandlungsprozesses zur Sicherung der freien Schiffahrt im Golf die Gefahr einer weiteren Verzögerung bei der Implementierung von Resolution 598 in sich berge. Gerade Iran hat in letzter Zeit versucht, die Europäer zu einer Initiative zum Schutz der freien Schiffahrt im Golf zu bewegen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1396; Referat 311, Bd. 154135.

15 Am 23. Juni 1988 berichtete Botschaftsrat I. Klasse Trömel, Teheran: „Erst nach wiederholtem energischen Drängen konnte Demarche am 21.6.1988 beim zuständigen Abteilungsleiter in der Rechtsabteilung des I[ranischen]A[ußen]M[inisterium] durchgeführt werden. Wegen der Verzögerung hatte ich Protest zwischenzeitlich auch durch Verbalnote übermittelt […]. Das Gespräch in der Rechtsabteilung vermittelte den Eindruck, daß der iranischen Regierung der Angriff auf die ‚Dhaulagiri' im gegenwärtigen Zeitpunkt höchst ungelegen gekommen und äußerst unangenehm ist. […] Fraglich bleibt trotzdem, ob sich die Kreise […], die sich über die negativen Auswirkungen derartiger Vorfälle auf die Beziehungen zu den befreundeten westlichen Staaten im klaren sind, gegenüber den extremen Kreisen durchsetzen können, die in Angriffen auf neutrale Schiffe im Golf das einzige Mittel der Vergeltung und zur Ausübung von Druck dort sehen. Unter diesen Umständen ist schwer erkennbar, wie die iranische Regierung einen Weg zu einer auch nur einigermaßen gesichtswahrenden Beilegung des Vorfalls uns gegenüber finden kann." Vgl. den Drahtbericht Nr. 713; Referat 311, Bd. 154135.

Richtung zurückgelaufen. Ein Boot habe offenbar Schiffsflagge und Namen durch Annäherung an Bug und Heck der „Dhaulagiri“ visuell geprüft und dann sofort ohne Anruf oder Warnung das Feuer eröffnet.

Die Referate 230 und 423 haben mitgezeichnet; 423 hat mitgewirkt.

Dassel

Referat 311, Bd. 154135

176

Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 13. Juni 1988, 09.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 767 **Ankunft: 14. Juni 1988, 19.25 Uhr**

Betr.: Syrien vor dem Besuch AM Scharaa in Bonn 23.–24.6.1988[2]
hier: Syrien, der Nahe und Mittlere Osten und die Sowjetunion

1) Der seit vielen Jahren bestehende starke Einfluß der SU in Syrien ist bekannt. Die SU und ihre Verbündeten haben ca. 90 Prozent der syrischen Armee ausgerüstet, u. a. mit schwerem Gerät. Ohne diese Ausrüstung wäre etwa das syrische Engagement im Libanon nicht denkbar. Die SU ist mit umfangreichen Wirtschafts- und Entwicklungsprojekten engagiert. In der syrischen Führungsschicht genießen die Russen nach wie vor erhebliches Ansehen. Anders ist es in den breiten Bevölkerungsschichten. Daß die zahlreichen russischen Berater sich auch in der Gorbatschow-Ära abkapseln (müssen) und fast unsichtbar bleiben, wird ihnen in diesem gastfreien, kontaktfreudigen Volk übelgenommen. Ferner weiß der kleine Mann, daß die hiesige besonders korrupte und unfähige staatliche Planwirtschaft, die ihn verarmen läßt, durch die Baath-Partei vom Kommunismus übernommen worden ist. Der Mann auf der Straße lastet also auch den Russen an, daß es ihm schlecht geht. Die Amerikaner dagegen sind besser als anderswo im syrischen Volke angesehen. Eine „Yankee, go home“-Stimmung findet man hier nicht. Dagegen hat wiederum die Führungsschicht eine gründliche Abneigung gegen die USA wegen ihrer Israelpolitik.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 15. Juni 1988 vorgelegen.

2 Im Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 24. Juni 1988 berichtete der syrische Außenminister Scharaa „von den laufenden Troika-Gesprächen im Rahmen des Europäisch-Arabischen Dialogs (EAD), bei denen er – zusammen mit den Außenministern Somalias und des Sudan – die arabische Seite vertrete. Die syrische Regierung, die den EAD von Anfang an gefördert habe, sei an den Troika-Gesprächen sehr interessiert. […] Er unterstreicht die gegenseitige Abhängigkeit beider Regionen auch in Sicherheitsfragen und das gemeinsame Interesse an Sicherheit und Frieden in der Welt. […] AM betonte abschließend, daß, wenn einige europäische Staatsmänner falsche Vorstellungen von den syrischen Absichten hätten, dies auf israelische Manipulation zurückzuführen sei.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 149700.

2) Präsident Assad hat seit seinem Besuch in Moskau im April 1987[3] vorsichtig darauf hingearbeitet, den sowjetischen Einfluß zu vermindern. Es ist auch bekannt, daß Syrien von der SU im letzten Jahr weniger erhalten hat, als damals abgesprochen wurde, etwa an Rohstoffen und in Industrieausrüstungen. Vereinbarte Joint-ventures sind nicht zustande gekommen, wie man hier sagt, weil die Sowjets sich mit ihren Zusagen übernommen hätten und technische Hilfe in der Form von neuer Industrieausrüstung nur sehr begrenzt geben können. Außerdem spürten die Syrer, wie schwerfällig das sowjetische Planungssystem ist. Die Zusammenarbeit sei schleppend. Trotz des starken sowjetischen Einflusses war Syrien nie ein Satellit. Gelegentlich lädt Assad, um das zu demonstrieren, antikommunistische Rebellen ein, etwa die eritreische Befreiungsfront, und verschafft ihnen hier große Publizität für Erklärungen, die die Sowjets nicht unbedingt erfreuen können. Einen wirklichen politischen Einfluß auf Assad haben sie so wenig wie irgend jemand sonst.

3) Für die Sowjets ist Syrien ein Land, das seit jeher gegen den starken amerikanischen Einfluß im NO agiert hat und in dieser Hinsicht als Alliierter zuverlässig war. Dies hat sich seit einem Jahr geändert. Syrer und Amerikaner gehen vorsichtig und langsam aufeinander zu.

4) Als laizistisches und sozialistisches Land ist Syrien für die Sowjets auch eine Bastion gegen die islamische Revolution. Syrien sucht diese im Libanon zu verhindern und hatte seither eine gründliche Abneigung gegen die afghanischen Mudschaheddin, die auch von hiesigen arabischen Diplomaten geteilt wird. Der Sieg der Mudschaheddin über die SU gibt auch anderen nicht nur Anlaß zur Freude, so verdient und gerecht er auch ist. Wenn die Iraner die Stinger-Raketen, die sie den Kataris anbieten, nicht von Oliver North, sondern von den Mudschaheddin bekommen haben, so kann man vieles daraus ableiten. Der Sieg der Afghanen ist nichts Prowestliches, sondern in dem gleichen Geiste errungen worden, mit dem der Ayatollah Khomeini über die Amerikaner triumphierte. Man kann dieses alles also auch unter ganz anderen Aspekten sehen, nämlich, daß die Revolution, die sich seit Beginn des Jahrzehnts im Iran und in Afghanistan vollzogen hat, nach Peking 1949 und Saigon 1974/75, die dritte große Niederlage des Nordens durch den Süden oder doch durch dessen revolutionäre Avantgarden bedeutet.

5) Bei den Supermächten scheint man das zu spüren. In den Erfahrungen mit der islamischen Revolution, wie sie aus dieser Ecke kommt, liegt u. a. die voranschreitende Zusammenarbeit begründet, die die Supermächte im NO pflegen. US-Botschafter Eagleton äußerte sich zu mir höchst angetan darüber, „how much

[3] Präsident Assad besuchte vom 23. bis 25. April 1987 die UdSSR. Gesandter Arnot, Moskau, teilte am 27. April 1987 mit: „Bei der Analyse der Ursachen des NO-Konflikts trafen sich beide Seiten in Schuldzuweisungen an israelischen Expansionismus und dahinterstehenden US-Imperialismus. G[orbatschow] beschuldigte in seiner Tischrede die USA sogar ganz allgemein, ‚Regionalkonflikte dazu zu benutzen, um den Grad der Spannung und Konfrontation zu manipulieren'. Andererseits sprach sich G. für friedlichen Lösungsweg und für Existenzrecht Israels mit einer bemerkenswerten Nachdrücklichkeit – und das gegenüber Assad (sic!) – aus. […] Die relativ ausführlichen Kommentare G.s zu Israel dürften durch Warnungen Assads vor der Zulassung einer massiven Judenauswanderung nach Israel und durch Fragen nach aktuellen sowj[etisch]-israel[ischen] Kontakten ausgelöst worden sein. Assad spricht selbst in Tischrede davon, daß ‚der Zionismus sich zum Zwecke der Mobilisierung menschlicher Ressourcen die Rolle des Repräsentanten der Juden auf der ganzen Welt anmaßt'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1294; Referat 310, Bd. 149705.

the Soviets have learned already though they have still to go a long way". Wie weit die Strecke auch ist, die die Supermächte noch zu gehen haben, ihr Lernprozeß im NO könnte auch Auswirkungen auf ihr sonstiges Miteinander haben. Der sowjetische Botschafter[4] äußerte sich übrigens unfreundlicher als Eagleton und kritisierte deutlich die „nach wie vor unbewegliche Israelpolitik der USA". Als ich einwandte, die Shultz-Initiative[5] scheine mir doch ein Schritt zu sein, der zu Hoffnung Anlaß gebe, räumte er dieses nur zögernd ein. Im ganzen redet auch er freundlicher über die Amerikaner als vor Jahresfrist. Die SU bewegt sich, wie verschiedentlich berichtet, im NO sehr behutsam, sehr vorsichtig und mit psychologischem Geschick.

In Jordanien, so sagt mein hiesiger jordanischer Kollege[6], sind die Sowjets auf dem Vormarsch, wenn auch die Amerikaner nach wie vor weitaus stärker engagiert sind und das auch bleiben werden. Die Verbitterung über die USA wachse dort. In Syrien steigt die Sympathie für USA. Die Sowjets sollen in Ägypten, in Irak und anderswo Fortschritte machen und ihre Positionen ausbauen, um zu erreichen, daß sie wirksam an den NO-Prozessen Anteil gewinnen.

6) Sowjets und Amerikaner haben im NO gemeinsame Interessen. Die Abwehr der islamischen Revolution, die Verhinderung kriegerischer Auseinandersetzung zwischen Arabern und Israelis und anderes. Wenn die Eindämmung des Iran ein solches Ziel ist, so bedeutet das auch, daß beide Mächte die Lage im Golf unter dem Blickwinkel betrachten, wie weit eine Friedenslösung iranische revolutionäre Energien freisetzt oder nicht. Die Sowjets scheinen da stärkere Sorgen zu haben als die USA. Nach hiesigem amerikanischem Eindruck werden sie nichts für die SR 598[7] tun, solange sie den Abzug aus Afghanistan militärisch und politisch nicht bewältigt haben[8]. Solange ist auch die amerikanische Flotte im Golf für sie nicht nur ein Element ihres Mißvergnügens.

Die partielle Konvergenz der Supermächte im NO ist jedenfalls eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Bewältigung der Krisen in der Region. Diese Region eignet sich wegen der mehrfachen Interessenübereinstimmung besonders zur Kooperation. Das Klima bei ihren einschlägigen Kontakten zwischen beiden Weltmächten im NO wird freundlicher und entspannter. Botschafter Eagleton, der als Sach- und Menschenkenner sowie an Bildung vielen seiner US-Kollegen allerdings voraus ist, äußerte sich so kenntnisreich und aufgeschlossen über Gorbatschows Reformen, wie ich das aus amerikanischem Munde bisher nicht gehört hatte.

4 Alexander Sergejewitsch Dsasochow.

5 Zur amerikanischen Initiative für eine Wiederbelebung des Friedensprozesses im Nahen Osten vgl. Dok. 95, Anm. 6.
Vortragender Legationsrat I. Klasse von Moltke vermerkte am 12. Juli 1988, die Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium, Ridgway, habe beim Vierertreffen der Politischen Direktoren am 6. Juli 1988 in Paris berichtet, „daß die Shultz-Initiative fortgesetzt werde. Shultz werde von vielen Stimmen in der Region hierzu ermutigt. Ass[istant] Secr[etary] Murphy werde demnächst mit Poljakow die bilateralen amerikanisch-sowjetischen Konsultationen fortsetzen. Shultz plane z. Zt. keine weitere NO-Reise; dies schließe aber nicht eine Reise zu einem späteren Zeitpunkt aus." Vgl. VS-Bd. 13027 (204); B 150, Aktenkopien 1988.

6 Ali Khurais.

7 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrates vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 1, Anm. 33.

8 Zum Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan vgl. Dok. 107.

7) Die Kooperation ist notwendig, um die untereinander zerstrittenen arabischen Staaten an die Leine zu bekommen und sie zu zwingen, wenigstens einige überflüssige Kriegsbeile zu begraben. Assad, intransigent in seiner Feindschaft etwa zu Ägypten und Irak, hat diese neue Lage begriffen. Syrien nähert sich sehr langsam – und nutzt seine kleinen Schritte zu Vorteilen aller Art – Amerika und sucht ebenso langsam, den sowjetischen Einfluß zu schwächen, ohne die intensive Kooperation aufzugeben. Beide Supermächte arbeiten daran, die USA verhaltener als die Sowjets, die Achse Teheran und Damaskus weiter zu schwächen. Sie möchten, daß sich die Beziehungen zwischen Syrien und den gemäßigten arabischen Staaten verbessern. Beide arbeiten vor allem darauf hin, daß Syrien weniger Obstruktion gegen den IFK-Prozeß treibt.

8) Der Perestroika-Prozeß scheint gewisse Autonomiebestrebungen in den zentralasiatischen Gebieten der SU gefördert zu haben.[9] Der Virus des revolutionären Islam, wie er aus dem Iran kommt, ist wohl auch mit drakonischen administrativen Mitteln nicht völlig fernzuhalten. Er hat in Zentralasien bereits abträgliche Wirkungen gezeigt und sein Selbstbewußtsein könnte auch auf andere Minderheiten ausstrahlen. Mein sowjetischer Kollege nannte in diesem Zusammenhang als Sorgenkinder Weißrussland und die Esten.

Ob Russen, Amerikaner, Franzosen, die Syrer selbst oder andere Araber, jeder sieht und betont hier die Gefahr dieser Revolution, die etwa aus den friedlichen schiitischen Libanesen fanatische Kämpfer gemacht hat, die einer fremden Macht folgen, also revolutionäre „Internationalisten“ geworden sind, wie einst die Kommunisten. Eine Revolution, die plötzlich aufflammt und gerade erst gezeigt hat, daß sie es ebenso wie einst der Kommunismus in SO-Asien[10] vermag, eine Weltmacht zu demütigen und aus einem kleinen Lande zu jagen, wird auch noch andere Kunststücke vollbringen. Lösungsvorschläge für dieses Problem scheint niemand zu haben. Mehr als eindämmen können auch die Großmächte nicht. Das ist dadurch erschwert, daß sie als potentielle Verbündete nur laizistische Diktaturen und vergleichbare Regime haben, also Regierungen mit einem schwachen Unterbau, die nicht genügend in den breiten Volksmassen verankert sind und mit ihrem starken Mann stehen und fallen. Der Westen, dieses Mal mit ihm der Osten, hat also hier vergleichbare gesellschaftspolitische Probleme, wie sie einst in Fernost und in SO-Asien zu erheblichen Umschichtungen führten. In Europa fürchten manche, daß im NO mehrere Sarajewos liegen könnten. Die Kooperation der Supermächte, wenn sie wirklich für die Dauer zustande kommt, kann nicht mehr tun, als konkrete Schäden einzudämmen und hier und da neue Regelungen zu oktroyieren. Eine wirkliche Lösung müssen die arabischen Eliten schon selber finden und dazu müßten sie ihre finassierende, streitsüchtige Form von Politik erst einmal ändern. Die Annäherung der Weltmächte wird hier nicht nur positiv, sondern auch mit Unruhe gesehen. Assad, so sagte mir neulich einer, der ihn gut kennt, fürchte weniger Sarajewo als ein nahöstliches Jalta. Und mancher andere soll das mit ihm tun. Schließlich hat Assad die Weltmächte immer virtuos gegeneinander ausgespielt. Wenn Russen und Amerikaner zusammengehen, wird sich der Spielraum für die politischen Spielchen verringern, an denen die arabischen Führer soviel Freude haben. Die Kriegsfurcht wird gerin-

9 Zur Nationalitätenproblematik in der UdSSR vgl. Dok. 85.
10 Südost-Asien.

ger, die eigene Manövrierfähigkeit aber auch. Sie werden fürchten müssen, daß ihre Länder an Souveränität verlieren. Also werden sie Gegengewichte suchen müssen, und ein solches ist für sie Europa.

Ob Assad, den Kissinger einmal als härter als die Israelis und wendiger als die Ägypter bezeichnete, zu einer den neuen Gegebenheiten angepaßten großangelegten Strategie findet, bleibt abzuwarten.

[gez.] Schlingensiepen

Referat 310, Bd. 149700

177

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten des südafrikanischen ANC, Tambo

320-320.15 SUA/SB **14. Juni 1988**[1]

Gespräch des BM mit dem Präsidenten des African National Congress (ANC), Oliver Tambo, am 14.6.1988, um 15.00 h im Auswärtigen Amt[2]

Weitere Teilnehmer: Freddie Dlamini, Mitglied des „National Executive Committee"; Kingsley Phomolong, ANC; Distance Bathabathe, ANC; Tony Seedat, ANC-Vertreter in Bonn; D 3[3], RL 013 i. V.[4], VLR Dr. Schumacher, RL 320[5].

Aus dem etwa einstündigen Gespräch halte ich folgendes fest:

BM begrüßt Oliver Tambo (T.) und bittet um Schilderung der Situation in Südafrika.

Tambo sieht keine dramatischen Veränderungen der Lage. Präsident Botha behaupte, daß die von ihm geplanten Reformen durch Radikale, wie den ANC, verhindert würden. ANC müsse deshalb vernichtet werden, um den Weg für Verhandlungen mit den gemäßigten Kräften freizumachen. Hierbei denke Botha z. B. an die Homeland-Führer und schwarze Gemeinderäte, die im kommenden Oktober neu gewählt werden würden[6]. ANC spreche sich gegen eine Beteiligung an diesen Gemeindewahlen aus.

1 Durchschlag als Konzept.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nöldeke am 15. Juni 1988 gefertigt.

2 Referat 320 vermerkte am 13. Juni 1988 zum Besuch des Präsidenten des südafrikanischen ANC, Tambo: „Gesprächswunsch wurde an uns von der EKD herangetragen. Tambo wird sich vom 14.6.–16.6.1988 auf Einladung der EKD zu Gesprächen mit der Kirche und mit der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten." Vgl. Referat 320, Bd. 156007.

3 Reinhard Schlagintweit.

4 Reinhard Bettzuege.

5 Eberhard Nöldeke.

6 In Südafrika fanden am 28. Oktober 1988 Gemeinderatswahlen statt.

Der Ausnahmezustand[7] habe seinen Zweck, die Opposition auszuschalten, nicht erreicht. Daher seien zusätzliche Repressionsmaßnahmen, wie das Verbot von 18 Oppositionsorganisationen, das Verbot der politischen Betätigung der COSATU ergriffen[8] und Mordanschläge gegen ANC-Vertreter im Ausland[9] durchgeführt worden. Die Zahl der Hinrichtungen sei erschreckend hoch. Es gäbe etwa 20 oder mehr ähnliche Fälle wie den der „Sharpeville Six“[10]. Der ANC habe eine Liste von über 50 „politischen“ Todeskandidaten veröffentlicht.[11]

Aber das Botha-Regime fühle den internationalen Druck. Außenminister Botha habe die Wirkung von Sanktionen bestätigt. Die südafrikanische Wirtschaft sei in einer Krise. Das Wachstum in den letzten Jahren liege unter 1%, die Inflationsrate bei etwa 18%, die Kapitalflucht – einschließlich südafrikanischen Kapitals – mache sich bemerkbar. Die Neuverhängung des Ausnahmezustandes verschärfe die Lage.

Der dreitägige Generalstreik, der erste seit 1961, sei sehr erfolgreich verlaufen. Er sei Ausdruck der Entschlossenheit seines Volkes, die Apartheid zu besiegen. Je stärker die Repression, um so stärker sei auch der Widerstand der Bevölkerung.

7 In Südafrika wurde vom 21. Juli 1985 bis 7. März 1986 ein regional begrenzter Notstand, ab 12. Juni 1986 ein landesweiter Notstand verhängt. Am 10. Juni 1988 führte Ministerialdirektor Schlagintweit aus: „Die Situation in Südafrika verhärtet sich. Die Notstandsregelung und damit die Fortdauer der Gefangenschaft von Tausenden von Apartheidsgegnern wurde von Staatspräsident Botha heute um ein weiteres Jahr verlängert. Appelle der MS der EG oder gestern im Deutschen Bundestag der Bundesregierung, diese Gesetzgebung abzuschaffen und den Weg für einen nationalen Dialog zu ebnen, sind fruchtlos geblieben.“ Vgl. Referat 320, Bd. 156007.

8 Zu den Maßnahmen der südafrikanischen Regierung vom 24. Februar 1988 vgl. Dok. 104, Anm. 9.

9 Zu Anschlägen auf Mitglieder des südafrikanischen ANC vgl. Dok. 109, Anm. 7.
Am 5. April 1988 teilte Botschafter Stabreit, Pretoria, über „südafrikanische Mordanschläge auf ANC-Mitglieder im Ausland“ mit: „Mindestens neun Überfälle auf Nachbarstaaten mit insgesamt 146 Toten (nicht gerechnet die Operationen in Namibia und Angola) hat die s[üd]a[frikanische] Armee (SADF) seit 1981 zugegeben. Die sa. Regierung hat darüber hinaus angekündigt, derartige Aktionen auch in Zukunft durchführen zu lassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 197; Referat 320, Bd. 156007.

10 Im Rahmen einer Demonstration kam es am 3. September 1984 im südafrikanischen Township Sharpeville zur Ermordung eines lokalen Amtsträgers. Am 12. Dezember 1987 wurden gegen sechs Angeklagte Todesurteile ausgesprochen. Botschafter Stabreit, Pretoria, beleuchtete am 6. Juli 1988 die Hintergründe: „Die beweisrechtlichen und strafprozeßrechtlichen Probleme im Falle der Sharpeville Six sind in gewisser Weise typisch für eine ebenso typische wie sich häufig wiederholende Situation. Wenn eine Menge von mehreren hundert Menschen einen Lynchmord begeht, ist es im allgemeinen schwer, die Täter zu identifizieren. […] Die auch in der s[üd]a[frikanischen] Literatur sehr umstrittene Ausdehnung der ‚common purpose doctrine‘, die es erlaubt, jeden Teilnehmer an einem von der Menge begangenen Tötungsdelikt, unabhängig von der Kausalität seines Handelns im Hinblick auf den eingetretenen Erfolg, dann wegen dieses Tötungsdelikts zu verurteilen, wenn die Menge als solche – und damit auch der ‚sich ihr aktiv einfügende einzelne Teilnehmer‘ – ‚das Ansinnen hatte, einen Menschen umzubringen‘, dürfte diese Beweisnot des Staates zum Hintergrund haben“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 356; Referat 320, Bd. 156048.

11 Ministerialdirigent Sulimma unterrichtete Bundesminister Genscher, z. Z. Bangkok, am 7. Juli 1988: „Heutiges Gespräch mit dem hiesigen ANC-Vertreter, Tony Seedat, zur Problematik der Sharpeville Six und weiterer ähnlicher Fälle, ergab folgendes: […] Der ANC sei pessimistisch hinsichtlich des Ausgangs des Verfahrens gegen die Sharpeville Six. Zumindest vier oder fünf von ihnen würden gehängt werden. Es ginge dem ANC aber nicht nur um die Sharpeville Six, sondern um alle Fälle, in denen aus politischen Gründen Todesurteile gesprochen würden. Nach Informationen des ANC gebe es z. Zt. 52 Fälle. Der ANC sehe keinen besonders herauszustellenden Fall. […] Das zentrale Problem sei die Verhängung von Todesstrafen und die Hinrichtung in einem Land, das von Apartheid bestimmt werde und in dem ein gerechtes Verfahren gegen Schwarze nicht zu erwarten sei. Der ANC beabsichtige deshalb, in naher Zukunft in der Bundesrepublik eine Kampagne gegen Todesurteile in Südafrika zu initiieren, voraussichtlich in Zusammenarbeit mit den Kirchen und der SPD.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 7090; Referat 320, Bd. 156048.

Die Hilfe der Internationalen Gemeinschaft werde begrüßt, sie sei aber nicht ausreichend. In diesem Zusammenhang wolle er zwei Beschwerden vorbringen:

Seit seinem letzten Besuch vor zwei Jahren habe die Bundesrepublik Deutschland ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Südafrika verstärkt und stehe jetzt als Handelspartner Südafrikas nach Japan an zweiter Stelle.[12] Dieses Verhalten stehe im Widerspruch zu dem durch unsere Stimmenthaltung im Sicherheitsrat[13] und durch die Äußerungen des Bundespräsidenten in Afrika[14] gegebenen Signale.

BM unterstreicht den Ernst dieser Signale an Südafrika, das sich nicht auf das Ausbleiben weiterer Sanktionen verlassen könne.

Tambo fordert die Bundesregierung auf, dem Beispiel der USA zu folgen und zusätzliche Sanktionen gegen Südafrika zu verhängen. Dies würde auch die Haltung von GB beeinflussen.

Seine zweite Beschwerde betreffe die deutsche Wirtschaft. MBB liefere Hubschrauber an die südafrikanische Polizei und die sog. unabhängigen Homelands.[15] BMW, VW und Daimler Benz lieferten Transportmittel und gepanzerte Fahrzeuge für die südafrikanische Armee und die Polizei. MBB plane darüber hinaus gemeinsam mit British Aerospace die Lieferung einer „multi-sensor platform" für militärische Zwecke.[16] Die alte Frage der U-Boote wolle er gar nicht erneut ansprechen.[17] Alle diese Lieferungen verstießen gegen das Waffenembargo[18] und ermutigten Südafrika, der Weltmeinung zu trotzen.

12 Am 6. Januar 1988 gab Vortragender Legationsrat Braun einen Überblick zu den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Südafrika: „Die deutsche Wirtschaft spielt in Südafrika sowohl als Handelspartner als auch als Investor eine relativ große Rolle. Die wichtigsten deutschen Großkonzerne (Siemens, Mercedes, Volkswagen, BMW u. a.) sind dort mit eigenen Niederlassungen vertreten. Das Südafrika-Geschäft ist am Gesamtvolumen des deutschen Außenhandels mit etwas über 1% beteiligt. Die deutschen Direktinvestitionen in Südafrika belaufen sich auf etwas unter 1%, gemessen an den deutschen Auslandsinvestitionen. In beiden Bereichen hält die deutsche Wirtschaft mit Großbritannien, den USA und Japan […] eine der vorderen Rangstellen. Da die BR Deutschland, anders als die übrigen westlichen Industriestaaten, über keine ‚nationale Rohstoffbevorratung' verfügt, besteht eine relative Abhängigkeit von Südafrika im Bereich der sogenannten strategischen Metalle (Chrom, Vanadium u. a.)." Vgl. Referat 320, Bd. 156011.

13 Zur Haltung der Bundesrepublik in der Frage einer Resolution des VN-Sicherheitsrats zur Verhängung von Sanktionen gegen Südafrika vgl. Dok. 87, Anm. 10.

14 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte vom 1. bis 5. März 1988 Mali, vom 5. bis 10. März Nigeria und vom 10. bis 15. März 1988 Simbabwe. Zum Besuch in Simbabwe vgl. Dok. 87.

15 Zur Lieferung von Hubschraubern aus der Bundesrepublik an Südafrika vgl. Dok. 137.

16 Am 23. September 1988 notierte Referat 424: „1) Bundesamt für Wirtschaft hat 1985 ohne Beteiligung AA auf Antrag Firma MBB die Lieferung von drei ‚Geräten und Apparaten für die Vermessung von Satellitenbahnen' (englisch ‚multi-sensor platforms') nach Südafrika, Endempfänger Staatliches Wetterbüro, genehmigt. Ein Gerät ist bereits ausgeführt. […] 2) Überprüfung des BMWi ergab: a) Multisensor platforms sind Dual-use-Geräte (nach Liste C der Ausfuhrliste zum AWG zu beurteilen), die nicht speziell für militärische Zwecke konstruiert sind. […] BMWi hält zivilen Einsatzzweck für ‚nicht unplausibel'. Ausstattung der Geräte sei jedoch evtl. zu aufwendig im Vergleich zu dem Verwendungszweck. MBB hat angegeben, daß die Geräte ‚zum Teil auch für Raketentestzwecke geeignet' seien. b) British Aerospace, die an MBB elektronische Teile für die multi-sensor platforms zugeliefert hat, verwendet ähnliche Geräte nur für militärische Zwecke. GB hat deshalb uns gegenüber erklärt, britische Seite hätte Export von multi-sensor platforms nach Südafrika nicht genehmigt. […] 3) BM hat entschieden, daß die Ausfuhr der beiden restlichen multi-sensor platforms mit allen rechtlichen Mitteln verhindert werden muß". Vgl. Referat 424, Bd. 145930.

17 Zum Verdacht der Ausfuhr von U-Boot-Konstruktionsunterlagen nach Südafrika vgl. Dok. 23.

18 Am 4. November 1977 beschloß der VN-Sicherheitsrat unter Bezugnahme auf Kapitel VII der VN-Charta vom 26. Juni 1945 einstimmig ein Waffenembargo gegen Südafrika. Für den Wortlaut der

Die OAE habe in einer Resolution vorgeschlagen, eine Sicherheitsratssitzung im südlichen Afrika abzuhalten. Wie stehe die Bundesregierung dazu?

BM begrüßt diesen – ihm bisher unbekannten – Gedanken und sagt Unterstützung zu.

Tambo erklärt, der ANC unterstütze die andauernden Verhandlungen über Angola/Namibia.[19] Trotz Mißtrauens gegenüber der südafrikanischen Haltung hoffe man, daß der wachsende Druck auf Südafrika in dieser Frage Erfolge ermöglichen werde.

In Südafrika mache die verstärkte Repression Verhandlungen immer schwieriger. Der ANC habe sich z. B. der Eminent Persons' Group des Commonwealth[20] gegenüber zu Verhandlungen bereit erklärt. Hierzu stehe man auch heute. Voraussetzung sei aber die Herstellung eines angemessenen Verhandlungsklimas durch Freilassung der politischen Gefangenen und Aufhebung des Ausnahmezustandes. Um dies zu erreichen, sei verstärkter Druck des Auslands auf die südafrikanische Regierung notwendig.

BM dankt für die Darlegungen von T. und gibt seiner Freude über das Wiedersehen Ausdruck. Er halte es für wichtig, daß er als deutscher Außenminister und Vorsitzender des EG-Ministerrats mit dem ANC spreche. Er könne daran anknüpfen, was sie beim letzten Treffen 1986 besprochen hätten.[21] Er teile die Auffassung Tambos, daß die Lage in Südafrika sich weiter verschärft habe. T. sei sicher informiert darüber, was BM wiederholt – auch vor dem Deutschen Bundestag – zu Südafrika gesagt habe. Er, BM, sei davon überzeugt, daß Apartheid nicht reformierbar sei, sondern abgeschafft werden müsse, und daß diejenigen, die Apartheid und Repressionsmaßnahmen aufrechterhielten, die Verantwortung für erhöhte Spannung und Gewalt trügen. Wir wollten die Beendigung der Apartheid erreichen. Dazu gehöre, daß Repräsentanten aller Gruppen untereinander redeten, um einen friedlichen Wandel zu erreichen. Dies sei aber nur möglich, wenn das Verbot der politischen Organisationen der schwarzen Mehrheit, einschließlich des ANC, aufgehoben und alle politischen Gefangenen, an der Spitze Nelson Mandela, entlassen würden. Aus Anlaß des 70. Geburtstages von Nelson Mandela[22] beabsichtigten wir, aller politischen Gefangenen in Südafrika

Fortsetzung Fußnote von Seite 967

Resolution Nr. 418 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. X, S. 41 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/6141, S. 298.

19 Zu den Friedensgesprächen zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA am 3./4. Mai 1988 in London vgl. Dok. 142.

20 Auf ihrer Konferenz vom 16. bis 22. Oktober 1985 in Nassau kamen die Regierungschefs der Commonwealth-Mitgliedstaaten überein, eine Commonwealth Group of Eminent Persons (EPG) mit dem Ziel ins Leben zu rufen, „auf jede mögliche Weise Hilfe zu leisten bei der Entfaltung des notwendigen politischen Dialogprozesses". Vgl. das Commonwealth-Übereinkommen über das südliche Afrika; EUROPA-ARCHIV 1986, D 55.

21 Der Vorsitzende des ANC, Tambo, hielt vom 7. bis 9. April 1986 in der Bundesrepublik auf. Vortragender Legationsrat I. Klasse Pleuger informierte am 11. April 1986, Tambo habe im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 9. April 1986 betont, „daß der ANC sich weigere, die Südafrikaner nach Rassen und Hautfarbe aufzuteilen. Die Sorge der Weißen, von einer Übermacht der Schwarzen überwältigt zu werden, stelle eine falsche Sicht dar. […] Tambo unterstrich, daß der ANC die Überwindung der Apartheid in kürzest möglicher Zeit erreichen wolle. Hierzu wolle man alle gesellschaftlichen Gruppen aufrufen. Man sei auch zu weiterem bewaffneten Kampf bereit. Man erwarte, daß man noch mehr Menschen opfern müsse." Vgl. den Runderlaß Nr. 24; Referat 320, Bd. 156004.

22 18. Juli 1988.

zu gedenken. Er habe gerade einen Bericht des deutschen Botschafters in Südafrika erhalten, der Eric Molobi am 9.6. im Gefängnis besucht habe und derartige Besuche in Zukunft fortsetzen werde.[23]

Er teile die Sorge Oliver Tambos über die Erhöhung der Zahlen von Todesurteilen und Hinrichtungen in Südafrika. Wir hätten Todesstrafe abgeschafft. In den VN habe er eine Initiative zur weltweiten Abschaffung der Todesstrafe ergriffen.[24] Wir wüßten aus unserer eigenen Geschichte, wie die Todesstrafe mißbraucht werden könne.

Er habe heute die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft vor dem Hintergrund der Weigerung des Supreme Court in Pretoria, das Verfahren gegen die „Sharpeville Six" wieder zu eröffnen, mit Südafrika befaßt. Die Außenminister hätten dazu aufgerufen, alle rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, um die Vollstreckung der Todesstrafen zu verhindern. Der deutsche Botschafter werde im Namen der Zwölf eine entsprechende Demarche in Kapstadt durchführen. Die weitere Entwicklung dieses Falles würden wir genau beobachten.[25]

Die von der südafrikanischen Regierung geplante gesetzliche Beschränkung der positiven Maßnahmen[26] sei eine direkte Provokation der EG. Die EG werde reagieren, wenn ein solches Gesetz verabschiedet würde.

23 Am 16. Dezember 1987 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Nöldeke der Botschaft in Pretoria ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den südafrikanischen Außenminister Botha. Darin hieß es: „Die Verhaftung des UDF-Politikers Eric Molobi am 7.12.1987 hat bei seinen Freunden und Gesprächspartnern in der Bundesrepublik Deutschland größte Besorgnis ausgelöst. Auch die Bundesregierung fühlt sich tief betroffen. Aus Gesprächen, die ich mit Herrn Molobi geführt habe, […] kenne ich ihn als engagierten Verfechter eines friedlichen und gewaltlosen gesellschaftlichen Wandels in der Republik Südafrika." Vgl. den Drahtbericht Nr. 304; Referat 320, Bd. 156046.
Botschafter Stabreit, Pretoria, berichtete am 10. Juni 1988 über seinen Gefängnisbesuch am Vortag: „Molobi fand ich im ganzen unverändert (äußerlich in gutem Zustand und auch in guter seelischer Verfassung). Er freute sich riesig über mein Kommen […]. Es handelte sich bei meinem Besuch meines Wissens um eine Art von ‚Premiere', da mir nicht bekannt ist, daß irgendein Botschafter bisher einen ‚emergency detainee' aufgesucht hat." Vgl. den Drahtbericht Nr. 298; Referat 320, Bd. 156046.

24 Vortragender Legationsrat Richter hielt am 29. Februar 1988 fest: „Die Bundesrepublik Deutschland hat im Herbst 1980 zusammen mit einigen anderen Staaten in der 35. Generalversammlung der Vereinten Nationen den Entwurf eines Übereinkommens zur weltweiten Abschaffung der Todesstrafe eingebracht. Der Entwurf hat die Form eines zweiten Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte. […] Nach mehrfacher Befassung mit unserer Initiative hat die 39. Generalversammlung der Vereinten Nationen 1984 den VN-Generalsekretär gebeten, einen Bericht über die weiteren Vorarbeiten in der Menschenrechtskommission und in der mit unabhängigen Experten besetzten Unterkommission für Diskriminierung und Minderheitenschutz vorzulegen. […] Die Unterkommission der Menschenrechtskommission hat sich Ende August 1987 in Genf mit diesem Bericht befaßt. Der Bericht stellt eine wachsende Tendenz zur Einschränkung der Todesstrafe fest. Er unterstützt inhaltlich unsere Initiative, läßt aber als Ausnahme die Todesstrafe in Kriegszeiten zu." Vgl. Referat 231, Bd. 148139.

25 Vortragender Legationsrat Braun vermerkte am 3. August 1988, daß von Botschafter Stabreit, Pretoria, am 16. Juni 1988 eine Demarche der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ im südafrikanischen Außenministerium durchgeführt worden sei. Vgl. dazu Referat 320, Bd. 156048.

26 Der Europäische Rat beschloß am 26./27. Juni 1986 in Den Haag positive Maßnahmen zur Unterstützung von Opfern der Apartheid. Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats vom 26./27. Juni 1988 zu Südafrika; BULLETIN 1986, S. 668. Vgl. dazu ebenfalls AAPD 1986, I, Dok. 181.
Im Gespräch mit einer Delegation des südafrikanischen Gewerkschaftsdachverbandes COSATU am 22. Juni 1988 stellte Bundesminister Genscher zu einer Gesetzesinitiative im südafrikanischen Parlament fest: „Wir fühlten uns als Bundesregierung, und er spräche insoweit auch als Vorsitzender der EG, im besonderen Maße provoziert durch die in Südafrika geplanten gesetzlichen Maßnahmen zur Einschränkung der Auslandsfinanzierung von Oppositionsorganisationen. […] BM weist auf die positiven Maßnahmen der EG hin. Ihre Behinderung durch ein südafrikanisches Gesetz wäre eine Pro-

Die Äußerungen des Bundespräsidenten in Afrika und unsere Stimmenthaltung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sollten in Südafrika sehr ernst genommen werden. Die EG werde die Lage in Südafrika weiterhin genau beobachten.

Er werde auch mit Repräsentanten der deutschen Wirtschaft über die von T. angeführten Fälle sprechen, obwohl sie keine Verletzung deutscher Gesetze darstellten.

Die Unterstützung des ANC für die Verhandlungen über Angola/Namibia habe ihn sehr interessiert. Er selbst sei im letzten Herbst in Angola[27] gewesen und begrüße die Verhandlungen ebenfalls.

Die Apartheid betrachteten wir als eine der scheußlichsten Menschenrechtsverletzungen.

Auf die Frage nach seiner Einschätzung der Stimmung in der schwarzen Bevölkerung dankt *Tambo* zunächst für die ermutigenden Worte des BM. Ein Beispiel für die Stimmung unter der Bevölkerung Südafrikas sei der Erfolg des jüngsten dreitägigen Generalstreiks. Obwohl Buthelezi sich dagegen ausgesprochen habe, sei die Beteiligung auch in seinem Einflußgebiet hoch gewesen. Dies sei früher anders gewesen. Obwohl die Organisation der Opposition in den Städten einfacher und besser sei, fänden die Ziele des ANC im ganzen Lande – auch in den Homelands – eine günstige Aufnahme. Die Jugend habe infolge der Repression gelernt, sich im Untergrund zu organisieren. Die 250 000 Mitglieder des South African Youth Congress seien hierfür ein Beispiel.

Auf die Frage von T. nach der Wahrscheinlichkeit einer substantiellen Änderung der Haltung der Gemeinschaft in der Sanktionsfrage antwortet *BM*, daß dies entscheidend von den Entwicklungen in Südafrika abhängen werde.

Abschließend gibt BM der Hoffnung Ausdruck, T. gegen Ende des Jahres in Lusaka wiederzusehen, wohin er auf Einladung Präsident Kaundas reisen werde. T. sei auch jederzeit hier in der Bundesrepublik willkommen. Er hoffe, daß der persönliche Dialog fortgesetzt würde, und zwar nicht nur alle zwei Jahre.

010 mit der Bitte, die Billigung des BM herbeizuführen.

Referat 320, Bd. 156007

Fortsetzung Fußnote von Seite 969

vokation gegen die EG, auf die die Zwölf reagieren würden." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 422, Bd. 149377.

Am 23. Oktober 1988 vermerkte Ministerialdirigent Freiherr von Pfetten-Arnbach, Bundespräsidialamt, die südafrikanische Botschaft habe am Vortag zum „Gesetz gegen das ‚foreign funding'" mitgeteilt, „daß die Regierung von Südafrika den Gesetzentwurf mit den geplanten Beschränkungen zurückziehe". Referat 320, Bd. 156011.

27 Bundesminister Genscher besuchte am 29./30. Oktober 1987 Angola. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 303.

178

Botschaftsrat I. Klasse Metzger, Prag, an das Auswärtige Amt

Schriftbericht Nr. 811 **14. Juni 1988**[1]

Betr.: Tsl. Innenpolitik;
hier: Dissidenten

Bezug: Bericht Nr. 774 vom 8.6.1988[2]

Anlg.: 1[3]

2 Doppel

Zur Unterrichtung

Die tsl. Führung ist offenbar äußerst besorgt, daß Umbau und „Demokratisierung“[4] – nicht zuletzt im Zusammenhang mit den 1988 anstehenden Jahrestagen – von den „inneren und äußeren Feinden des Sozialismus“ genutzt werden könnten, die „sozialistische Gesellschaftsordnung in unserer Heimat zu untergraben und die Werktätigen gegen die gegenwärtige Politik der Partei zu stellen“.

Das ZK der KPTsch hat deshalb eine ausführliche „Information über unabhängige Bewegungen“ erstellen lassen, auf deren Grundlage Referenten das „Parteiaktiv“ und „auf den nächsten Mitgliederversammlungen“ die Mitglieder und Kandidaten der Partei sofort zu unterrichten und problembewußt zu machen haben. Die in der o.g. Information enthaltenen „konkreten Angaben über einige illegale

1 Hat Legationsrat I. Klasse Buchholz am 23. Juni 1988 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Ministerialdirigent Kastrup „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“, den Umlauf in Referat 214 und die Übermittlung einer Ablichtung an Bundesminister Schäuble „mit Schnellbrief (wegen Gespräch Teltschik – Janku)“ verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 23. Juni 1988 vorgelegen.
Hat Kastrup und Vortragendem Legationsrat Schrömbgens am 24. Juni 1988 vorgelegen.

2 Botschaftsrat I. Klasse Metzger, Prag, berichtete: „Trotz einiger Rückschläge gibt es auf der innenpolitischen Szene der Tschechoslowakei Lichtblicke, die eine gewisse Lockerung andeuten. Deshalb überraschten zumindest der Ton und die Primitivargumentation im Stil des Kalten Krieges, mit denen das KPTsch-Organ Rudé Právo in einem Artikel vom 2.6.1988 die ‚Dissidenten‘ einschließlich der ‚Charta 77‘ als Helfershelfer der ‚imperialistischen‘ Subversion gegen die sozialistischen Staaten diskreditiert.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 774; Referat 214, Bd. 139622.

3 Dem Vorgang beigefügt. In der undatierten „Information der KPTsch über unabhängige Bewegungen“ hieß es zur Charta 77: „Sie entstand am 1.1.1977 durch Herausgabe einer Grundsatzerklärung (von 241 Personen unterzeichnet) als Reflex des Beginns der Carter-Regierung in den USA und ihrer Orientierung auf die [De]stabilisierung […] der sozialistischen Staaten durch den Kampf für die Menschenrechte. Sie schuf sich ein Dach durch den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, der in der Sammlung der Gesetze der ČSSR Nr. 120/76 veröffentlicht wurde, und die Schlußakte der KSZE von Helsinki aus dem Jahre 1975.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139622.

4 Am 28. Juni 1988 teilte Botschafter Schattmann, Prag, mit: „Auf ihrer Frühjahrstagung (14.–16.6. 1988) hat die tsl. Föderalversammlung ein Gesetzpaket verabschiedet, mit dem die rechtlichen Voraussetzungen für die Verwirklichung des ‚Umbaus‘ geschaffen worden sind. […] GS Jakeš sieht inzwischen gewisse Analogien zwischen den Zielen des KPTsch-ZK-Plenums vom Januar 1968 und dem ‚Umbau‘ von heute […]. PM Štrougal plädiert gegenüber Wiener Journalisten für sofortige, auch politische Reformen, sprach vom Übergang zu Marktmechanismen, kritisierte die polizeiliche Aktion gegen die Teilnehmer des Friedensseminars der Charta 77 (16.–18.6.) und gestand Fehler in der staatlichen Kirchenpolitik ein. Damit hat er nicht im Namen aller Mitglieder der tsl. Parteiführung gesprochen: Präsidentschaftsmitglied Bilak kündigte gegenüber dem britischen StM Mellor sogar ein Dementi der Äußerungen Štrougals zur Polizeiaktion gegen die Chartisten an“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 882; Bd. 139906.

Strukturen antisozialistischer Kräfte“ offenbaren, daß Charta 77 und katholische Kirche der KPTsch die größten Ängste bereiten.

Im einzelnen

1) In ihren „Informationen über die Charta 77“, Jg. 11 (1988) – Nr. 11 S. 12–14, veröffentlichen die Chartisten den Text eines internen, vom ZK an die KPTsch-Basisorganisationen gerichteten Papiers „Informationen über Zentren einiger feindlicher Kräfte“[5], das als Anlage in deutscher Übersetzung vorgelegt wird.

In einem Anschreiben wird dargelegt, daß die „inneren und äußeren Feinde des Sozialismus“, durch Umbau und Demokratisierung ermutigt, die Komplikationen und Probleme, „die auf diesem Wege auftreten“, auszunutzen versuchten, um die sozialistische Gesellschaftsordnung zu untergraben. Jedoch: „Umbau und Demokratisierung, die von der Leninschen Konzeption des Sozialismus ausgehen, bedeuten nicht Demobilisierung im ideologischen und politischen Kampf“. Vielmehr sei es Aufgabe und Pflicht der gesamten Partei und eines jeden Kommunisten, „die Situation in ihrem Wirkungsbereich, das Stimmungsbarometer, die Organisatoren feindlicher Aktionen zu kennen und zu verhindern, daß sie die öffentliche Meinung beeinflussen“. Es müßten „konkrete Maßnahmen gegen die unerwünschten Einflüsse getroffen“ werden.

2) „Für die Bedürfnisse von Referenten, die das Parteiaktiv und die Parteimitglieder mit den Informationen des Sekretariats des ZK der KPTsch vertraut machen werden“, folgen sodann aufschlußreiche Angaben über „einige illegale Strukturen antisozialistischer Kräfte“.

a) Charta 77

In dem Papier werden zunächst Entstehungsgeschichte und das System der jährlich wechselnden Sprecher dargelegt. Sodann wird auf die Mitgliederzahl eingegangen, die heute 1300 überschreite. Erwähnt wird, daß es eine Reihe von Sympathisanten der Charta 77 gebe, die selbst keine Signatare seien. „Zu den aktiven Organisatoren feindlicher Tätigkeit gehören rd. 100 Personen, davon in Prag etwa 60.“ Die Charta 77 wird als ein Sammelbecken unterschiedlichster politischer oppositioneller Kräfte dargestellt („aus der Partei ausgeschlossene Rechtsopportunisten, sog. Ex-Kommunisten, sich zur Sozialdemokratie, zum Trotzkismus bekennende Personen, klerikalisierende Elemente u.ä.“). Sie bemühe sich ständig um ihre Legalisierung, wozu sie insbesondere auch ihre Auslandskontakte nutze. Diese Kontakte erfolgten in der Form von Begegnungen mit prominenten ausländischen Besuchern[6], der Teilnahme an Veranstaltungen im Ausland sowie von Verbindungen zu Botschaften einiger westlicher Länder.

Ziel der Charta sei es gerade in letzter Zeit, eine politische Opposition zu organisieren. Dabei orientiere sie sich zunehmend auf Jugend und Kirche und versuche, in das Arbeitermilieu einzudringen, um so die Öffentlichkeit direkt zu beeinflus-

5 Für die „Informace o Chartě 77, ročník jedenéct (1988) – č.11“ vgl. Referat 214, Bd. 139622.

6 Am ersten Tag des Besuchs des Bundeskanzlers Kohl am 26./27. Januar 1988 in der ČSSR trafen Ministerialdirektor Teltschik und der CDU-Abgeordnete Rühe mit Vertretern der Charta 77 zusammen. Botschaftsrat I. Klasse Metzger, Prag, berichtete am 9. Februar 1988: „Die tsl. Führung hat sich in dem Interessenkonflikt zwischen Duldung und Verhinderung des Treffens mit Charta-77-Vertretern für die politisch vernünftige Duldung entschieden. Das ist ihr nicht leichtgefallen; denn damit ist ein weiteres Präzedens geschaffen worden, von dem man nicht ohne Gesichtsverlust wieder abweichen kann.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 231; Referat 214, Bd. 139622.

sen. Eine wichtige Plattform für dieses Bemühen sei das sog. Fór CH 77[7], das gleichzeitig der Politisierung der Charta dienen solle. Ausdruck der ständigen Bemühungen um ein Wirken unter der Jugend sei auch die Entstehung unabhängiger Friedensvereinigungen und der Initiative zur Demilitarisierung. Von Anfang an habe die Charta sich bemüht, Dokumente herauszugeben, die die verschiedensten innen- und außenpolitischen Fragen mit dem Ziel behandelten, „die Politik von Partei und Staat zu diskreditieren". Auch hier wende sie sich in letzter Zeit an die Jugend und die Kirche, deren Aktivitäten sie unterstütze. Alle Charta-Dokumente würden im Ausland, insbesondere durch die „Stimme Amerikas", „Radio Freies Europa" und „BBC" veröffentlicht. Der Inhalt der Dokumente werde zunehmend radikaler. Schließlich würden „im feindlichen Umfeld gegenwärtig annähernd 115 verschiedene Samisdat-Titel in einer Auflage von 10–300 Exemplaren herausgegeben". „Zu dem am weitesten verbreiteten Samisdat-Periodikum sollen die sog. Lidové noviny werden, deren Registrierung abgelehnt wurde und die man illegal herauszugeben versucht". Die Charta 77 werde moralisch, materiell und finanziell vom Ausland aus unterstützt, was näher dargelegt wird.

Wichtiger Bestandteil der Taktik der Charta 77 sei es, sog. unabhängige Strukturen zu bilden oder in bestehende gesellschaftliche Institutionen und Organisationen einzudringen und zu versuchen, sie zu beeinflussen. Die bedeutendsten, von der Charta gesteuerten Strukturen seien

- der Ausschuß zur Verteidigung von zu Unrecht Verfolgter – VONS[8],
- der Umweltausschuß,
- die Gesellschaft der Freunde der USA – SPUSA[9] – (die sich jetzt „Gemeinschaft" statt „Gesellschaft" nenne in der Hoffnung, sich dann nicht registrieren lassen zu müssen),
- das Netz der bürgerlichen Selbstverteidigung – SOS[10], das nunmehr zur Initiative der Sozialverteidigung – ISO[11] – umbenannt worden sei,
- die unabhängige Friedensgruppe,
- die unabhängige Friedensvereinigung der Initiative für die Demilitarisierung.

Auf einige dieser Organisationen wird dann näher eingegangen:

b) Ausschuß zur Verteidigung von zu Unrecht Verfolgter (VONS)

Das Informationspapier beschreibt Entstehung, Arbeitsweise und Zielrichtung des VONS.

c) Initiative zur Sozialverteidigung (ISO)

Eine solche Initiative solle im Mai 1988 gegründet werden. Ihre „Aufgabe" sei es, sich mit außergerichtlichen Fragen von Arbeitsrecht und Verwaltungsverfahren, die im Rahmen des Umbaus zahlreicher auftauchten, zu befassen und auf diese Weise allmählich in das Arbeitermilieu einzudringen.

7 Charta 77.
8 Výbor na obranu nespravedlivě stíhaných.
9 Společnost přátel USA.
10 Síť občanské sebeobrany.
11 Iniciativy sociální obrany.

d) Jazz-Sektion

In der o.g. Aufzählung von der Charta 77 gesteuerter „Strukturen“ nicht enthalten ist die sog. Jazz-Sektion, deren Entstehung und Aktivitäten ausführlich dargelegt werden. Deren Basis, so die Information, bildeten 6–7000 Mitglieder „und eine bedeutende Anzahl von Gönnern“. Während sie sich ursprünglich auf den Musikbereich konzentriert habe, sei die Jazz-Sektion später dazu übergegangen, Publikationen mit antisozialistischem Charakter zu veröffentlichen und sich dabei insbesondere an die junge Generation zu wenden. Nachdem die Organisation verboten worden sei, habe diese ihre Aktivitäten illegal fortgesetzt. Deshalb sei es zu einem Strafverfahren gekommen, das Charta 77, VONS, die Botschaften einiger kapitalistischer Länder in Prag und internationale Organisationen zum Vorwand genommen hätten, der tsl. Seite Verletzung der Menschenrechte vorzuwerfen. Die Jazz-Sektion habe nunmehr ihre Neuzulassung unter der Bezeichnung Unijazz beantragt. Diese sei abgelehnt worden.

e) Illegale Strukturen der römisch-katholischen Kirche

Die katholische Kirche habe auf Weisung des Vatikans schon bald nach Machtübernahme der Kommunisten eine „Wühltätigkeit“ im Lande organisiert, um für die Zeit nach dem bald erwarteten Zusammenbruch des Sozialismus gerüstet zu sein. Die illegalen kirchlichen Gruppen entfalteten ihre Tätigkeit innerhalb der Kirche und bemühten sich, zwecks Erreichung illegaler Ziele legale Möglichkeiten zu nutzen. „Gegenwärtig ist die Tätigkeit der illegalen Kirchenstrukturen auf die Organisation von umstürzlerischen Aktionen mit Druckausübung gerichtet, deren Ziel es ist, die religiösen Gefühle der Bürger zu antisozialistischen Manifestationen zu mißbrauchen“. Als Beispiele werden verschiedene Unterschriftenaktionen, der „Mißbrauch“ von Wallfahrten und geistlichen Versammlungen und das Bemühen, die Tätigkeit mit der Charta 77 und dem VONS zu koordinieren, genannt. Hierzu gehöre ferner die systematische Weiterleitung von tendenziösen, verleumderischen Informationen an die westlichen Massenmedien. Auch die Kirche werde vom Ausland her mit jährlich mehreren Millionen Kronen unterstützt.

Wertung:

1) Vertreter der Charta 77 haben mir versichert, daß das Dokument authentisch sei. Es dürfte vom März oder April 1988 stammen.

Vom holprigen tsl. Stil her zu urteilen, dürften die Sachangaben über die „illegalen Strukturen“ aus der Feder des Sicherheitsdienstes stammen.

2) Das Dokument belegt einerseits große Sorge der Partei, die sich gezwungen sieht, offen über das bislang mehr oder weniger tabuisierte Thema „Dissidenten“ referieren zu lassen. Es beweist aber auch gute, wenngleich zum Teil falsch interpretierte Kenntnisse der Sicherheitsorgane über die Dissidentenszene.

Die tatsächlichen Angaben sind im wesentlichen auch nach Aussage von Charta-Vertretern zutreffend, aber im Hinblick auf den angestrebten Zweck tendenziös und in den Schlußfolgerungen (z.B. betreffend die katholische Kirche) unkorrekt. Die in dem Dokument genannten Dissidentengruppierungen sind hiesiger Einschätzung nach nicht überwiegend Charta-Ableger. Falsch ist h.E. auch die Behauptung, die Kirche wolle sich an die Charta 77 „anhängen“ – das Gegenteil dürfte eher zutreffen. Der Kirche, die härter angegriffen wird als Charta 77,

VONS oder die Jazz-Sektion, subversive Absichten zu unterstellen, wäre eine Ungeheuerlichkeit und widerlegte den staatlicherseits immer wieder behaupteten Verständigungswillen. Deshalb wird ein subversiver Charakter der katholischen Untergrundkirche konstruiert und anschließend der Unterschied zwischen „legalen" und „illegalen" kirchlichen Strukturen geschickt verwischt. Das wiederum offenbart nicht nur die bösen Absichten, sondern auch, wie verunsichert die KPTsch dem wachsenden Selbstvertrauen der katholischen Kirche in der ČSSR gegenübersteht und wie verbittert sie darüber ist, daß man auch in Prag letztlich zu einem Arrangement mit dem Vatikan (vgl. die Ernennung neuer Bischöfe[12]) genötigt war.

3) Der Zweck, der mit den „Informationen der KPTsch über unabhängige Bewegungen" verfolgt wird, liegt auf der Hand: Es geht um den Feindbild-Erhalt angesichts der mit Umbau und Demokratisierung verbundenen und wohl als unausweichlich eingeschätzten „Liberalisierungszwänge". Daß in diesem Zusammenhang die katholische Kirche als „besonders gefährlich" eingeschätzt wird, verwundert nicht, erhält sie doch immer stärkeren Zulauf. Bemerkenswerter ist dagegen, daß die KPTsch der Charta 77 – von offizieller Seite in der Vergangenheit weniger ernstgenommen, als man dies im Westen zuweilen meinte – ein so großes Gefahrenpotential zuordnet. Dies dürfte mit dem Inhalt der angestrebten sozialistischen Demokratisierung, laut Definition führender Parteiideologen „eine stärkere Beteiligung des Bürgers am Entscheidungsprozeß", zu tun haben. Die KPTsch dürfte befürchten, daß auch die Charta 77 einen Anspruch auf politische Mitsprache geltend macht; angesichts des hohen intellektuellen und moralischen Potentials, das deren aktive Signatare verkörpern, wäre die Bedeutung der Charta 77 im Verhältnis zu ihrer relativ geringen Mitgliederzahl sehr viel höher und für die Führung in der Tat gefährlicher.

4) Gleichwohl könnte sich der Brief der Parteiführung an die Basis als kontraproduzent erweisen: Den wahrscheinlich eher erstaunten kommunistischen Werktätigen wird eröffnet, daß es mehrere Oppositionsgruppen im Lande gibt, davon zwei mit tausend oder mehreren Tausend Anhängern. Falls der Glasnost- und Perestroika-Virus bereits in die Basis der tsl. KP eingedrungen sein sollte, was naheliegt, dürfte diese durch die Mitteilungen der Parteiführung eher verunsichert als zum ideologischen Gegenangriff motiviert werden.

Metzger

Referat 214, Bd. 139622

12 Zu den Gesprächen zwischen der Regierung der ČSSR und dem Heiligen Stuhl vgl. Dok. 33, Anm. 32. Am 14. Juni 1988 berichtete Botschaftsrat I. Klasse Metzger, Prag: „Am 11.6.1988 sind im Prager Veitsdom die im April 1988 vom Papst neuernannten Weihbischöfe für das Erzbistum Prag, Generalvikar Jan Lebeda (75) und Kanonikus Dr. Antonín Liška (64) geweiht worden. Am 12.6.1988 erhielt Ján Sokol (54) die Weihe zum Bischof und Apostolischen Administrator der Erzdiözese Türnau (Trnava). […] Die erste Bischofsweihe in Prag nach fast 30 Jahren ist das Ergebnis jahrelanger vergeblicher Bemühungen des H[ei]l[igen] Stuhls um ein Arrangement mit dem tsl. Staat und ein vorläufiger Höhepunkt einer schrittweisen Annäherung beider Seiten. […] Nach dem Eindruck von Vertretern der Prager katholischen Kirche ist die tsl. Führung gegenwärtig verunsichert in der Frage, wie sie sich gegenüber der Kirche verhalten soll. Dies dürfte nicht unwesentlich von der Kirchenpolitik Gorbatschows beeinflußt sein". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1059; Referat 214, Bd. 139688.

179

Botschafter Holik, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt

114-12958/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 15. Juni 1988, 20.46 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2492 **Ankunft: 16. Juni 1988, 03.09 Uhr**

Betr.: Trilateraler Meinungsaustausch über das Ende von MBFR

1) Im Anschluß an die KRK-Konsultationen im Fünfer-Kreis[2] erörterte ich mit Holmes (USA) und Goulden (GB) das Szenario für das Ende von MBFR. Holmes betonte, die USA-Administration habe die amerikanische Haltung zum Abschluß von MBFR noch nicht festgelegt. Er könne daher über das end game bei MBFR nur einen informellen Meinungsaustausch, keine trilateralen Konsultationen führen.

2) Zum Zeitpunkt des Endes: Wir waren uns einig, MBFR nach Verabschiedung des KRK-Verhandlungsmandats zu beenden. Goulden schlug vor, außerdem einen Beschluß über das Ende von MBFR zeitlich von der Einigung im Bündnis über einen gemeinsamen westlichen KRK-Verhandlungsvorschlag abhängig zu machen. Dieses weitere zeitliche Kriterium soll als Druckmittel gegenüber den Franzosen genutzt werden, um auf sie den Druck zur Einigung auf einen gemeinsamen Substanz-Vorschlag für KRK zu verstärken. Es bestand jedoch Einvernehmen, daß die Möglichkeiten dieses Druckmittels begrenzt sind und die zweite zeitliche Bedingung u. U. aufgegeben werden muß, damit MBFR vor Eröffnung der KRK-Verhandlungen beendet wird.

3) Zur Form des Endes

Die Amerikaner haben den Gedanken einer Vertagung von MBFR „sine die“ noch nicht aufgegeben. Goulden und ich legten dar, warum wir es für politisch unangemessen ansehen, bei MBFR ohne einen förmlichen Beschluß über das Ende auseinanderzugehen: Ein solches Vorgehen brächte einen fatalen Mangel an Vertrauen gegenüber dem neuen KRK-Forum zum Ausdruck. Selbst für den unerwünschten (und unerwarteten) Fall eines Scheiterns der neuen Verhandlungen wäre eine Wiederbelebung von MBFR keine realistische Option.

Die Amerikaner verschlossen sich diesen Argumenten nicht, konnten sich jedoch wegen des zwischen den „agencies“ noch nicht abgeschlossenen Meinungsbildungsprozesses nicht festlegen.

GB und USA erklärten ihre Präferenz für einen Abschluß von MBFR mit dem Austausch einseitiger westlicher und östlicher Erklärungen auf einer letzten Abschlußsitzung. Nach ihrer Vorstellung soll die westliche Erklärung aus westlicher Sicht Bilanz über die 15jährigen Verhandlungen[3] und die dabei gewonnen Lehren ziehen. Die westliche Abschlußerklärung könnte dann auch gegenüber der Öffentlichkeit benutzt werden.

1 Das Fernschreiben wurde von Vortragendem Legationsrat Gruber, z. Z. Washington, konzipiert. Hat Legationsrat I. Klasse Schon vorgelegen.

2 Zu den KRK-Konsultationen im Fünfer-Kreis am 14. Juni 1988 in Washington vgl. Dok. 138, Anm. 21.

3 Die MBFR-Verhandlungen wurden am 30. Oktober 1973 in Wien aufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 397.
Für eine Bilanz nach zehn Jahren Verhandlungsdauer vgl. AAPD 1983, II, Dok. 344.

Ich plädierte dafür, nicht nur Erklärungen der beiden Seiten vorzusehen, sondern darüber hinaus auch eine gemeinsame Abschlußerklärung[4] anzustreben. GB und USA machten dagegen geltend, daß bei der Ausarbeitung eines gemeinsamen Textes mit dem Osten erhebliche Schwierigkeiten zu erwarten seien, das Risiko eines letzten Scheiterns schwerer wiege als der Vorteil einer gemeinsamen Abschlußerklärung, die in der Substanz ohnehin nur mager ausfallen könne. GB und USA erklärten, sie ließen sich unter Zurückstellung ihrer Bedenken allenfalls für einen Versuch gewinnen, mit dem Osten ein rein prozedurales Abschluß-Kommuniqué auszuhandeln. Goulden sagte zu, diese Frage noch einmal zu überdenken. Ich regte an, einen der westlichen Unterhändler in Wien zu beauftragen, die Erfolgschancen einer gemeinsamen Abschlußerklärung mit einem der östlichen Delegationsleiter zu sondieren.

4) Zum weiteren Verfahren

Wir waren uns einig, daß es zwar dem NATO-Rat obliegt, eine Position zum Vorgehen des Westens bei der Beendigung von MBFR zu verabschieden. Gleichzeitig stimmten wir jedoch überein, daß eine vorzeitige Erörterung darüber im Rat vermieden werden sollte. Der „oral report" über die laufende Runde[5] sollte daher nur in ganz allgemeiner Form auf das Ende von MBFR eingehen und auf die entsprechende Qualifizierung in der Absprache mit dem Osten über die Daten für die Herbst-Runde[6] hinweisen.[7]

[gez.] Holik

VS-Bd. 12257 (221)

4 Die Wörter „gemeinsame Abschlußerklärung" wurden von Legationsrat I. Klasse Schon hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

5 Die 45. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 19. Mai bis 30. Juni 1988 statt.

6 Die 46. Runde der MBFR-Verhandlungen wurde am 29. September 1988 eröffnet.

7 Am 13. Juli 1988 berichtete Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), über den mündlichen Bericht der MBFR-Ad-hoc-Gruppe am selben Tag vor dem Ständigen NATO-Rat: „Aussprache über Bericht Ad-hoc-Gruppe, der von Botschafter Joetze […] vorgetragen wurde, befaßte sich mit Perspektiven Wiener Verhandlungen und möglichen Eventual-Vorbereitungen des Westens im Hinblick auf Beendigung MBFR. Von NL, unterstützt von I und B, geforderter Eintritt in ‚End game'-Diskussion stieß auf Ablehnung insbesondere bei USA, aber auch bei GB und uns. Mangels Konsensus über eine Alternative bleibt es also bei dem von uns gewünschten Ergebnis: weiterhin business as usual." Vgl. den Drahtbericht Nr. 875; VS-Bd. 12257 (221); B 150, Aktenkopien 1988.

180

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder

412-424.03/2 **16. Juni 1988**[1]

Über Dg 41[2], D 4[3] Herrn Staatssekretär[4]

Zur Unterrichtung

Betr.: Vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs in Europa (Grundsatzbeschluß des ECOFIN-Rats vom 13.6.1988[5])

Bezug: Vorlagen Ref. 412 vom 16.11.1987[6] und 17.5.1988[7]

I. Mit der Einigung über die vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs ist dem Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) am 13. Juni 1988 ein entscheidender Durchbruch auf dem Weg zur Vollendung des Binnenmarkts und zur Weiterentwicklung des EWS in Richtung auf eine Wirtschafts- und Währungsunion gelungen.

Der Beschluß (dessen förmliche Verabschiedung erfolgen kann, sobald das Europäische Parlament seine Stellungnahme abgegeben hat[8]) eröffnet insbesondere

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schönfelder und Vortragendem Legationsrat Zirpel konzipiert.

2 Hat in Vertretung des Ministerialdirigenten Trumpf Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rosengarten am 16. Juni 1988 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirektor Jelonek am 16. Juni 1988 vorgelegen.

4 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 20. Juni 1988 vorgelegen.

5 Die EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister fand am 13. Juni 1988 in Luxemburg statt. Am 14. Juni 1988 berichtete Ministerialdirigent Grünhage, Brüssel (EG): „Unter Leitung von BM Dr. Stoltenberg faßte der Rat nach sehr schwierigen und umfangreichen Beratungen einen einstimmigen Grundsatzbeschluß zur vollständigen Liberalisierung des Kapitalverkehrs […]. Ratspräs[ident] Dr. Stoltenberg wertete die Beschlüsse als Meilenstein auf dem Weg zur Vollendung des Binnenmarktes und zur Einleitung der notwendigen Schritte in Richtung Wirtschafts- und Währungsunion." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1849; Referat 412, Bd. 168788.

6 Vortragender Legationsrat Schönfelder notierte zum Vorschlag der EG-Kommission vom 4. November 1987 über die Schaffung eines europäischen Finanzraums: „Auf der Basis eines von der KOM im Mai 1986 vorgelegten Liberalisierungsprogramms hat der Rat im November 1986 in einem ersten Schritt die Zahl der liberalisierten Finanztransaktionen in Europa deutlich erhöht. Nunmehr schlägt die KOM weitere Maßnahmen zur vollständigen Liberalisierung des Kapitalverkehrs in allen MS der Gemeinschaft vor. Die Vorlage dieser Vorschläge wurde von uns seit langem gefordert. […] Wir sollten deshalb versuchen, die KOM-Vorschläge während unserer Präsidentschaft zur Entscheidungsreife zu bringen. Wir sollten aber gleichzeitig darauf achten, daß das Ziel eines wirklich freien Kapitalverkehrs nicht durch die Einführung dirigistischer Regulierungsinstrumente in Gefahr gerät." Vgl. Referat 412, Bd. 168788.

7 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schönfelder vermerkte über das informelle Treffen der Finanzminister der EG-Mitgliedstaaten am 13./14. Mai 1988 in Travemünde: „Nicht zuletzt dank energischen Einsatzes der deutschen Präsidentschaft ist es gelungen, das Projekt einer vollständigen Liberalisierung des Kapitalverkehrs so weit voranzubringen, daß beim nächsten ECOFIN-Rat […] eine Verabschiedung der von der Kommission vorgeschlagenen drei Richtlinien möglich erscheint. […] Im Einzelnen wurde Einvernehmen über die Aufnahme einer ‚Erga-omnes-Klausel' in die Richtlinie selbst oder zumindest in ihre Präambel erzielt. Sie besagt, daß die Liberalisierung des Kapitalverkehrs grundsätzlich nicht nur für innergemeinschaftliche, sondern auch für die internationalen Finanzbeziehungen gelten soll. Es wird sich jedoch um eine Soll- und keine Muß-Vorschrift handeln." Vgl. Referat 412, Bd. 168786.

die Möglichkeit, daß der Europäische Rat am 27./28. Juni 1988 in Hannover[9] die nötigen weiterführenden Impulse zur Schaffung eines europäischen Währungsraums und einer Europäischen Zentralbank gibt.

Mit der Liberalisierung des Kapitalverkehrs kann die deutsche Präsidentschaft einen weiteren bedeutenden Erfolg vorweisen, denn die Freizügigkeit des Kapitals stellt neben dem freien Verkehr von Personen, Waren und Dienstleistungen eine der schon im Vertrag von Rom niedergelegten „vier Freiheiten" dar[10].

Der Beschluß sieht vor, daß – von einigen Übergangsregelungen für SP, P, GR und IRL abgesehen – bis Mitte 1990 die letzten Devisenbeschränkungen in der EG aufgehoben werden. Dann können Geld und Kapital ungehindert über die Grenzen der Mitgliedstaaten fließen, können Anleger sich die günstigste Anlage- und Unternehmen die beste Finanzierungsquelle suchen. Damit wird nicht nur eine optimale Allokation knapper finanzieller Ressourcen ermöglicht, sondern auch ein disziplinierender Druck auf eine konvergente Wirtschafts- und Währungspolitik der Mitgliedstaaten ausgeübt.

Die Einigung kam zustande aufgrund energischen Einsatzes der deutschen Präsidentschaft in den vergangenen sechs Monaten, umsichtiger Verhandlungsführung von BM Stoltenberg bei den Finanzministertreffen in Travemünde und Luxemburg und einem bemerkenswerten Einigungswillen aller Mitgliedstaaten.[11] Insbesondere Frankreich, dem ein Abbau seiner traditionellen Devisenbeschränkungen nicht leichtfällt, und das, ebenso wie DK, massive Steuerflucht bezüglich Kapitalertragssteuern und der von Mitterrand erneut erwogenen „Reichtumssteuer" befürchtet, zeigte zuletzt, nachdem deutlich geworden war, daß ein Junktim zwischen Kapitalverkehrsliberalisierung und parallelen Maßnahmen im Steuerbereich nicht durchsetzbar war, eine beachtliche Flexibilität.

II. Neben seinem eigentlichen Kern, der Aufhebung der letzten Devisenbeschränkungen in der EG, weist der Luxemburger Beschluß folgende wesentliche Merkmale auf:

– Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, im Verhältnis zu Drittstaaten den gleichen Liberalisierungsgrad anzuwenden wie im Innern der Gemeinschaft (Erga-omnes-Prinzip).
– Belgien und Luxemburg verpflichten sich, bis Ende 1992 ihr bisher praktiziertes System gespaltener Devisenkurse abzuschaffen. Ebenfalls bis Ende 1992 werden SP, P, GR und IRL eine Übergangsfrist erhalten, die im Falle von GR und P um weitere drei Jahre verlängert werden kann.
– Für den Fall, daß kurzfristige Kapitalbewegungen außergewöhnlichen Umfangs starke Spannungen auf den Devisenmärkten hervorrufen oder die Geld- und Devisenpolitik eines Mitgliedstaats ernstlich stören, kann der betroffene MS selbständig wieder Beschränkungen einführen (eine spezifische Schutz-

Fortsetzung Fußnote von Seite 978

8 Zur Stellungnahme des Europäischen Parlaments vom 17. Juni 1988 vgl. BULLETIN DER EG 6/1988, S. 25 f.

9 Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 in Hannover vgl. Dok. 191.

10 Vgl. dazu Artikel 3 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957; BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 772–775.

11 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

klausel, die über Art. 73, 108f. EWG-V[12] hinausgeht). Dies aber nur für einen Zeitraum bis zu sechs Monaten und unter dem Vorbehalt nachträglicher Genehmigung durch die Kommission (die ihrerseits nach Anhörung des EG-Währungsausschusses und der Zentralbankpräsidenten entscheidet).

– Parallel zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs wurde eine Verordnung über ein einheitliches System des mittelfristigen finanziellen Beistands zur Stützung der Zahlungsbilanzen der MS beschlossen. Hierdurch werden die bisherigen Instrumente (finanzieller Beistand und Gemeinschaftsanleihe) zusammengeführt, ihr Gesamtvolumen auf 16 Milliarden ECU aufgestockt und gleichzeitig mit wirtschaftspolitischen Auflagen im Sinne einer verstärkten Konditionalität verbunden.
– Die EG-Kommission wird dem Rat bis Ende 1988 Vorschläge unterbreiten, die darauf abzielen, die Gefahren von Steuerflucht und Steuerhinterziehung infolge unterschiedlicher Kapitalbesteuerung in den MS zu beseitigen oder zu verhindern. Der Ministerrat soll über diese Vorschläge bis Mitte 1989 befinden, wobei allerdings zu beachten ist, daß steuerliche Maßnahmen nach den Regeln des EWG-Vertrages nur einstimmig beschlossen werden können. Es bleibt daher fraglich, ob man sich auf eine allgemeine Quellensteuer oder ein System obligatorischer Kontrollmitteilungen der Banken einigen kann. Immerhin dürfte nunmehr der Druck auf eine Harmonisierung auch der direkten Steuern zunehmen.

Schönfelder

Referat 412, Bd. 168788

181

Gespräch der Außenminister der G7 in Toronto

VS-NfD **19. Juni 1988**[1]

Von BM noch nicht gebilligt.

Weltwirtschaftsgipfel in Toronto[2];
hier: Sitzung der Außenminister am 19.6.1988

Die Außenminister der Sieben, Clark, Andreotti, Shultz, Dumas, Howe, Uno, BM und Kommissar de Clercq, hatten in ihrer ersten gut zweistündigen Nachmit-

12 Für den Wortlaut der Artikel 73, 108 und 109 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 820f., 840–843.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 22. Juni 1988 gefertigt.
Hat Ministerialdirigent Jansen am 22. Juni 1988 vorgelegen.

2 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 19. bis 21. Juni 1988 in Toronto vgl. auch Dok. 182–184.

tagssitzung am 19.6.1988 einen Meinungsaustausch über die zu behandelnden außenpolitischen Themen und was davon in den öffentlichen Erklärungen[3] seinen Niederschlag finden sollte sowie eine vertiefte Diskussion über die weitere Entwicklung der West-Ost-Beziehungen.

1) Die Verabschiedung einer politischen Erklärung zu den Ost-West-Beziehungen, die die Einigkeit der Sieben in den Grundlagen und Zielen der Politik gegenüber der Sowjetunion und den anderen Ostblockstaaten zum Ausdruck bringen soll, wurde allgemein sehr begrüßt. Die Amerikaner sprachen sich unterstützt vor allem von GB und IT dafür aus, die politische Gipfelerklärung breiter anzulegen und auch den Kampf gegen den Terrorismus und den Drogenmißbrauch einzubeziehen.

BM sprach sich für die Annahme des – abgesehen von Einzelfragen bereits abgestimmten – Textes der Ost-West-Erklärung aus, die durch ein bis zwei weitere gewichtige Themen ergänzt werden könnte.

Er warnte andererseits vor einer Inflationierung politischer Gipfeltexte. BM bezeichnete das Drogenproblem, das sich in neuen Formen ausbreite, als wichtiges Thema.

Dabei gehe es nicht nur um den Drogenhandel auf der Straße und den Drogenanbau, sondern auch um die Mitwirkung von Regierungen beim Ehrlichmachen von Geldern durch Geldwaschanlagen. Dem Begriff des Staatsterrorismus könnte man heute einen Begriff des Staatsdrogenterrorismus von Regierungen, die das direkt oder indirekt betrieben, zur Seite stellen. Diese unerträgliche Beteiligung von Regierungen sollte in der politischen Gipfelerklärung angesprochen werden.

Auch AM *Shultz*, unterstützt von AM Andreotti, forderte nachdrücklich eine Gipfelerklärung zu Drogenproblemen. Beide setzten sich für eine stärkere Koordinierung der Drogenbekämpfung durch die Sieben und die Einsetzung einer Expertengruppe ein, die den Außenministern möglichst bald einen Bericht vorlegen sollte.[4] (Die Außenminister einigten sich in der Vormittagssitzung am 20.6. auf die Vorlage eines Berichts zu den Einzelpunkten der Erklärung auf ihrem nächsten Treffen im Rahmen der VN-GV Ende September in New York.[5])

3 Für den Wortlaut der Politischen Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 20. Juni 1988 vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 378–380.
Für den Wortlaut der Wirtschaftserklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 21. Juni 1988 vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 380–387.

4 Am 3. Juni 1988 setzte Vortragender Legationsrat I. Klasse Giesder die Botschaft in Toronto davon in Kenntnis, daß das amerikanische Finanzministerium ein Non-paper zum Weltwirtschaftsgipfel vom 19. bis 21. Juni 1988 in Toronto übergeben habe: „Am 3.6.1988 fand im BMJFFG eine Ressortbesprechung zum o. g. Non-paper zum Bereich Drogenbekämpfung statt. […] Die Pläne und Aktivitäten der Amerikaner werden im Grundsatz begrüßt. Allerdings sollte dem Vorschlag einer sofortigen Einberufung einer ‚expert group' der Sieben […] nicht zugestimmt werden. Es sind bereits verschiedene Gremien mit diesem Thema befaßt. Neben der Pompidou-Gruppe (EG-Ebene), dem Europarat und Spezialorganisationen wie Interpol sind hier besonders die Gremien der VN zu nennen. Eine von der VN-Drogenkommission eingesetzte ‚expert group' wird Ende Juni eine letzte Überarbeitung des Entwurfs für die neue Drogenkonvention vornehmen, die im Rahmen einer diplomatischen Konferenz Ende dieses Jahres von den MS unterzeichnet werden soll. Die Konvention behandelt eine Reihe der im Non-paper aufgeführten Themen. Erst wenn der endgültige Konventionstext vorliegt, kann die Erfordernis eines weiteren Gremiums geprüft werden." Vgl. den Drahterlaß; Referat 204, Bd. 160075.

5 Zum Treffen der Außenminister der G 7 am 27. September 1988 in New York vgl. Dok. 270.

AM Shultz nannte zehn Punkte, die unbeschadet der Wiener Verhandlungen[6] im VN-Rahmen untersucht werden sollten (u. a. Reduzierung der Drogennachfrage durch Aufklärung, Austausch von Informationen und stärkere Zusammenarbeit auf allen Gebieten der Drogenbekämpfung; Aufspüren, Einfrieren und Einziehung von Geldern aus dem Drogenverkehr, Vorgehen gegen Geldwaschanlagen, Export- und Importkontrollen, Zusammenarbeit in der Anti-Drogen-Forschung). AM Shultz bezeichnete das Drogenproblem als überaus ernst und wies auf den persönlichen Einsatz von Präsident und Mrs. Reagan in der Drogenbekämpfung hin.

AM *Howe* unterstützte die amerikanischen Vorschläge und wies auf die Anstrengungen der Europäer in der Pompidou-Gruppe hin. GB nehme das Problem sehr ernst und habe eine Reihe bilateraler Verträge zur Drogenbekämpfung, unter anderem kürzlich mit der Sowjetunion[7], abgeschlossen. Kommissar *de Clercq* unterstrich unter Hinweis auf die Ausführungen von BM die große, von den Drogen ausgehende Bedrohung.

AM *Dumas* nannte das Drogenproblem eine der großen Geißeln unserer Zeit und machte sich die Formulierung von BM vom Staatsdrogenterrorismus ausdrücklich zu eigen. Er trat vor allem für eine Verschärfung der nationalen Gesetzgebung und Verstärkung der bereits in anderen Gremien unternommenen Zusammenarbeit ein. Gegen eine Institutionalisierung der verstärkten Zusammenarbeit der Sieben auf diesem Gebiet äußerte er die bekannten französischen Vorbehalte.

Demgegenüber wies AM *Andreotti* auf die Notwendigkeit hin, daß die Sieben sich stärker absprechen, um die Drogengeißel zu bekämpfen. Dabei gehe es nicht nur um Drogenprodukte und Drogenhandel, sondern auch um die Heilung der Drogenabhängigkeit und die Rehabilitation von Drogenabhängigen.

AM *Clark* unterstrich in seiner Zusammenfassung die Ernsthaftigkeit des Drogenproblems und der von ihm ausgehenden Bedrohungen und Herausforderungen. Bei einer verstärkten Zusammenarbeit der Sieben auf diesem Gebiet gehe es nicht nur darum, die internationalen Bemühungen zu stärken, sondern um eine effizientere Koordinierung und Überlegung neuer Schritte einschließlich von Maßnahmen zur Rehabilitation.

Hinsichtlich der Behandlung der regionalen Krisenherde im Rahmen der außenpolitischen Gesamtbetrachtung bestand die überwiegende Auffassung unter den Außenministern, diese zum Gegenstand einer abgestimmten Zusammenfassung der Diskussion durch die Präsidentschaft[8] zu machen.

6 Die VN-Konferenz über Drogenmißbrauch und illegalen Drogenhandel fand vom 17. bis 26. Juni 1987 in Wien statt. Botschafter Zeller, Wien (Internationale Organisationen), berichtete am 29. Juni 1987: „138 Länder nahmen an der Konferenz teil und waren im Plenum der Konferenz bei Abgabe ihrer nationalen Erklärungen fast ausschließlich durch Minister vertreten." Der Verlauf der Konferenz sei positiv zu bewerten. Das Hauptergebnis bestehe darin, daß ein „auch unseren Ansprüchen genügender weltweiter Standard für Maßnahmen der Drogenbekämpfung aufgestellt wurde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 351; Referat 231, Bd. 148264.

7 Für den Wortlaut des britisch-sowjetischen Memorandums vom 15. Februar 1988 betreffend die Übereinkunft zur Zusammenarbeit bei der Vorbeugung gegen die ungesetzliche Herstellung und den ungesetzlichen Verkehr mit Narkotika und psychotropen Stoffen und ihren Mißbrauch vgl. SBORNIK MEŽDUNARODNYCH DOGOVOROV SSSR, Bd. XLIV, S. 440–442.

8 Vgl. dazu die Erklärung des Ministerpräsidenten Mulroney zum Weltwirtschaftsgipfel vom 19. bis 21. Juni 1988 in Toronto; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 88 (1988), Heft 2137, S. 49.

2) Ost-West-Beziehungen

AM *Clark* führte ein und wies auf die positiven Entwicklungen seit dem WWG in Venedig[9] hin. Auf seine Bitte gab AM *Shultz* einen Bericht über das Moskauer Gipfeltreffen.[10] Das positive Ergebnis sei nicht zuletzt auf den westlichen Zusammenhalt zurückzuführen (ein „joint undertaking"). Jetzt komme es darauf an, darüber nachzudenken, wie es von hier aus weitergehen solle. Die westliche Strategie sei klar. Sie gründe sich auf gemeinsame Stärke und die Bereitschaft, sich dort zu engagieren, wo dies vernünftig erscheine, ohne aber auf sowjetische Propaganda einzugehen. Mit Hilfe der Stationierung sei es gelungen, das INF-Abkommen abzuschließen, und mit Hilfe der entschiedenen Ablehnung der sowjetischen Invasion in Afghanistan[11] und der Unterstützung des afghanischen Widerstandes, die Sowjets zum Rückzug ihrer Truppen[12] aus Afghanistan zu veranlassen.

Beides sei ein hartes Stück Arbeit gewesen und habe den Gegenstand ständiger Konsultationen in der NATO und in gleicher Weise mit Japan gebildet. Die Gespräche mit den Sowjets über einen breiten Kreis von Themen hätten sich als Vorteil erwiesen. Der Westen habe nicht zugelassen, den Dialog auf die Rüstungskontrolle zu beschränken, sondern ihn mit Erfolg auf Menschenrechte, Regionalkonflikte und bilaterale Fragen ausgeweitet. Mit der neuen Führung in der Sowjetunion bestehe dort heute eine andere Gesprächsvoraussetzung. Sie setze sich aus starken Persönlichkeiten zusammen, deren Bemühungen um Wandel eindrucksvoll seien. Andererseits dürfe nicht übersehen werden, daß die militärischen Anstrengungen der Sowjetunion in Europa und im Pazifik anhielten. Vielleicht werde sich der militärische Aufbau einmal ändern, bisher sei das aber nicht geschehen. Auch stelle der KGB nach wie vor eine große und mächtige Organisation dar. Bei allem Respekt für die Öffnung in der Sowjetunion könne diese Organisation die Entwicklung auch jederzeit wieder zurücknehmen. Die Beziehungen zur Sowjetunion stellten uns heute vor ein anders geartetes Managementproblem. Die Möglichkeiten, Fortschritte zu erzielen, seien ambitiöser und erfolgversprechender. Um so mehr sei es erforderlich, weiterhin einen klaren und beständigen Kurs zu steuern und sich darin nicht beirren zu lassen. An der Behandlung eines breiten Themenkreises sei unbedingt festzuhalten. Er beneide seinen Nachfolger, der eine Reihe von Möglichkeiten vorfinde, um den jetzigen Kurs fortzusetzen.

AM *Clark* dankte AM Shultz und würdigte die zentrale Rolle der USA in der Verbesserung der Ost-West-Beziehungen.

AM *Uno* bezeichnete das INF-Abkommen und den Moskauer Gipfel als großen Erfolg von Präsident Reagan und AM Shultz. Dem INF-Abkommen komme als erster Schritt zur nuklearen Abrüstung große Bedeutung bei. Gleichwohl bestehe die sowjetische Bedrohung in Asien fort. Außer den vorhandenen sowjetischen

9 Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 8. bis 10. Juni 1987 in Venedig statt. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 171 und Dok. 176.

10 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

11 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

12 Zum Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan vgl. Dok. 107.

Raketen in Korea habe die SU dort neue Jagdflugzeuge stationiert. Die Olympischen Spiele[13] lenkten das Interesse auf die koreanische Halbinsel. Die Frage sei, ob die Spiele tatsächlich stattfinden werden. Es sei wichtig, den Dialog mit der SU fortzusetzen, vor allem auch in bezug auf Asien und den Pazifik, wo die SU moderne Seestreitkräfte unterhalte. Die SU[14] und China strebten die volle Mitgliedschaft im GATT an. Wenn sie aufgenommen würden, stelle sich die Frage, wie die kapitalistischen und die sozialistischen Länder dort zusammenarbeiten sollen. Solche Zusammenarbeit erfordere doch wohl noch größere Veränderungen in der SU, vor allem die Respektierung der Menschenrechte wie in den westlichen Staaten. Die Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung sollten mit einem festen Standpunkt des Westens fortgesetzt werden. Einheitliches und kohärentes Vorgehen sei geboten. Die Sieben sollten ihren Dialog hierüber fortsetzen.

AM *Andreotti* unterstrich die beeindruckende Leistung der USA, insbesondere den persönlichen Einsatz von AM Shultz. *BM* knüpfte an einen Hinweis von AM Shultz an den Harmel-Bericht[15] an, der 1967 die gemeinsame Philosophie von Stärke und Verhandlungsbereitschaft formuliert habe. Über viele Jahre hin habe die Stärke ihre Wirkung entfaltet und dem Westen nicht nur Frieden und Freiheit gesichert, sondern in der ersten Phase der Ostpolitik auch die Ostverträge[16] und die Schlußakte von Helsinki[17] ermöglicht. Alle, die in dieser Phase verantwortliche Politik gemacht haben, hätten aber auch erfahren müssen, daß die SU in der weiteren Entwicklung der West-Ost-Beziehungen eine in keiner Weise verantwortliche Haltung eingenommen habe. Er habe in seiner Potsdamer Rede[18] ausgeführt, daß für diejenigen, die damals die Entspannungspolitik vertreten hätten, die Gefahr und Sorge wuchs, daß die SU zur gleichen Zeit die SS-20 stationierte, das Nixon-Breschnew-Abkommen von 1973[19] über gegenseitige Zurück-

13 Vom 17. September bis 2. Oktober 1988 fanden die Olympischen Sommerspiele in Seoul statt.

14 Zum Interesse der UdSSR an einem Beitritt zum GATT vgl. Dok. 172, Anm. 17.

15 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

16 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992. Vgl. dazu auch AAPD 1973, III, Dok. 412.

17 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

18 Bundesminister Genscher nahm an der Jahreskonferenz des New Yorker Instituts für Ost-West-Sicherheitsstudien vom 9. bis 11. Juni 1988 in Potsdam teil. Für den Wortlaut seiner Rede vom 11. Juni 1988 vgl. BULLETIN 1988, S. 785–791.

19 Korrigiert aus: „1972".
Die USA und die UdSSR schlossen am 22. Juni 1973 ein Abkommen zur Verhinderung eines Atomkriegs. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 917, S. 86–91. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 418 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 204. Zur Verhandlungsgeschichte vgl. auch AAPD 1974, II, Dok. 348.

haltung ignorierte und in Afghanistan einmarschierte. Es sei interessant, daß in der selbstkritischen Diskussion in der SU diese beiden Themen heute als Fehlentscheidung sowjetischer Außenpolitik und Eigentore kritisiert werden. Dazu sei zu sagen, daß, unterstellt, der Westen hätte auf die SS-20 nicht reagiert, die damalige sowjetische Politik ein großer Erfolg gewesen wäre. Dasselbe gelte in bezug auf Afghanistan: Hätte der Westen wie am 17. Juni 1953[20] in der DDR und 1956 in Ungarn[21] auf den sowjetischen Einmarsch nicht reagiert, so wäre die SU ganz anders in der Lage gewesen, den Kampf in Afghanistan zu führen. Die heutige Entwicklung zeige dagegen, daß sich die Philosophie des Harmel-Berichtes voll bewährt habe. Er rate daher zu größter Vorsicht gegenüber der Forderung nach einem neuen Harmel-Bericht.[22] Die Grundphilosophie des Harmel-Berichtes von 1967 müsse unverändert die Grundlage westlicher Politik bleiben. Jetzt gehe es darum, den INF-Erfolg auf START auszudehnen, für uns Europäer jedoch darüber hinaus um die Lösung des uns besonders bedrückenden Problems sowjetischer konventioneller Überlegenheit. Kernfrage der Sicherheit in Europa seien die sowjetische Überlegenheit in offensiven konventionellen Waffen, die sowjetische Fähigkeit zu Überraschungsangriffen und zu raumgreifender Invasion. Die baldige Aufnahme von Verhandlungen zur Herstellung konventioneller Stabilität in Europa sei für uns von elementarer Bedeutung.

BM erinnerte an den Bericht von AM Shultz am 2.6. in Brüssel[23] und den mündlichen Gorbatschow-Vorschlag einer beiderseitigen Truppenreduzierung von 500 000 Mann nach vorangegangenem Datenaustausch.

Er habe darüber mit AM Schewardnadse in New York gesprochen, der sich über die zurückhaltende Reaktion der USA enttäuscht gezeigt habe.[24] Er habe Schewardnadse entgegengehalten, daß die SU und die USA in den Verhandlungen über strategische Nuklearwaffen und über die nuklearen Mittelstreckenraketen über eigene Systeme sprächen. Wo es dagegen um konventionelle Stabilität in Europa gehe, sei die Atlantische Allianz als Ganzes betroffen und nehme dazu eine Bündnisposition ein. Darüber hinaus habe es uns als Deutsche irritiert, daß die Sowjets bei ihrer Überlegenheit im konventionellen Bereich mit einer beiderseitigen Truppenreduzierung um 500 000 Mann anfangen wollten. Das mache die Disparitäten noch schlimmer. Schewardnadse habe darauf erwidert, daß der sowjetische Vorschlag so nicht gemeint sei. Vielmehr wollten auch sie zunächst die Asymmetrien und Disparitäten beseitigen und erst dann an eine Truppenreduzierung herangehen. Schewardnadse habe einen Mitarbeiter angewiesen, eine entsprechende Klarstellung in seiner Rede vor der 3. SGV über Abrüstung[25] vorzunehmen. BM verlas die entsprechenden Passagen aus dieser

20 Am 16./17. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Demonstrationen von Arbeitern, die sich zu einem Volksaufstand in der DDR ausweiteten. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 187.

21 Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt am 1. November 1956 kam es am 4. November 1956 zu einer Intervention sowjetischer Truppen.

22 Zur Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO vgl. Dok. 150.

23 Der amerikanische Außenminister Shultz unterrichtete die NATO-Ministerratstagung am 2. Juni 1988 in Brüssel über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau. Vgl. dazu Dok. 165, Anm. 8, 10 und 25.

24 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 7. Juni 1988 in New York vgl. Dok. 167, Anm. 4.

25 Zur Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 8. Juni 1988 vor der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung in New York vgl. Dok. 168, Anm. 19.

Rede. Er sprach sich dafür aus, mit größtem Nachdruck darauf hinzuwirken, die aus der sowjetischen Überlegenheit im konventionellen Bereich bestehende ernste Gefährdung der europäischen Sicherheit zu beseitigen. Was die Ausgestaltung der Beziehungen zu SU angehe, so stimme er AM Shultz darin zu, das Gespräch nicht auf Abrüstung und Rüstungskontrolle zu beschränken. Außer der Entwicklung der Beziehungen zur SU sei aber auch die Entwicklung der Beziehungen zu den anderen östlichen Staaten wichtig. Auf der NATO-Ministerratstagung in Madrid[26] habe es darüber eine breite Diskussion gegeben. Was die innere Entwicklung in der SU angehe, so nehme die Nationalitätenfrage[27] an Bedeutung zu. Heute seien noch 51 Prozent der Bevölkerung in der SU Russen; im Jahre 2000 werden es nur noch 45 Prozent Russen und bereits 55 Prozent Nicht-Russen sein. Zu registrieren sei auch eine neue Entwicklung in der Religionsfrage. Die breite Zustimmung zu den Feiern zur Christianisierung Russlands in Moskau[28] sei erstaunlich. Die Menschen, die sich dazu versammelt hätten, seien keineswegs nur Vertreter der alten Generation und ohnehin alle nach der Revolution in der SU aufgewachsen. Parallel dazu wolle er erwähnen, daß Alt-Bundeskanzler Schmidt am 18.6. auf einem evangelischen Kirchentag in Güstrow vor Tausenden von Menschen gesprochen habe, darunter auch über die Einheit der Nation, die Kraft des Christentums und die Freiheit der Religionsausübung.[29] Er selbst sei mit führenden Vertretern der evangelischen Kirchen der DDR in Potsdam zusammengetroffen, die über das Interesse junger Menschen, in der Kirche einen Freiraum zu finden, berichtet haben. Er halte es für wichtig, sich im westlichen Kreise mit diesen Entwicklungen zu befassen. Die außerordentlich dynamische Entwicklung, die sich im Ostblock vollziehe, verlange sehr viel Klarheit und Festigkeit, verbunden mit Offenheit und Bereitschaft zu Dialog und Zusammenarbeit. AM *Shultz* sprach sich erneut für einen neuen Stil des Managements im Verhältnis zur SU aus, für den auch BM eingetreten sei. Vieles habe sich in der SU allerdings noch nicht verändert. Das gelte für den starken KGB ebenso wie für die fortbestehende sowjetische Präsenz im Pazifik. Es sei wichtig, auf diese unterschiedlichen Entwicklungen die richtige Mischung von Antworten zu finden. Dabei müsse darauf geachtet werden, sowohl die eigene Bevölkerung als auch Gorbatschow selbst nicht irrezuführen, die eigene Bevöl-

26 Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1988 in Madrid vgl. Dok. 172 und Dok. 173.

27 Zur Nationalitätenproblematik in der UdSSR vgl. Dok. 85.

28 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 23. Juni 1988: „Vom 4. bis 17. Juni fand in der Sowjetunion die Tausendjahrfeier der Christianisierung Rußlands statt. […] Harmonie und Glanz der Feierlichkeiten dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß von ihrem ideologischen Selbstverständnis her Staat und Kirche nach wie vor unüberbrückliche Gegensätze trennen. Deutlich wurde jedoch die Bereitschaft des Staates, der Kirche offenbar auch in Zukunft einen größeren Handlungsspielraum zu gewähren. Dies geschieht in nüchterner Interessenanalyse, die zu dem zwingenden Ergebnis kommt, daß auf den Beitrag der R[ussisch]O[rthodoxen]K[irche] für das Gelingen der ‚Neuen Politik' der Führung nicht verzichtet werden kann." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1930/1931; Referat 213, Bd. 143620.

29 Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, berichtete am 29. Juni 1988: „In einer kritischen Phase des Verhältnisses Staat–Kirche gelang es den Kirchen in der DDR, die vier geplanten regionalen Kirchentage in Görlitz (4./5.6.), Erfurt (10./12.6.), Rostock (17./19.6.) und Halle (4./5.6.) erfolgreich durchzuführen. […] Und auch die kirchlicherseits gewünschten westlichen Redner (Bahr, Eppler, C. F. von Weizsäcker), insbesondere der ehemalige BK Schmidt (in Rostock), dessen Teilnahme wegen seiner Popularität und des Fehlens eines kirchlichen Amtes für den Staat nicht problemlos war, konnten letztlich teilnehmen. Es ist auch bei der Abwicklung der Kirchentage zu keinen staatlichen Ein- oder Übergriffen gekommen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1216; Referat 210, Bd. 145286.

kerung nicht, indem man nur die guten Seiten schildere und die Bedrohungen verschweige, Gorbatschow nicht durch Erzeugung einer falschen Perzeption der westlichen Haltung, durch selektive Unterstützung und nicht auch Kritik an sowjetischem Verhalten. Die jüngsten Artikel in der SU, in denen die Fehler der sowjetischen Außenpolitik zugegeben werden, unterstrichen die Richtigkeit westlicher Argumentation. Der Westen müsse zur gleichen Zeit einig und wachsam, wie auch schöpferisch und einfallsreich sein. Der eigenen Bevölkerung müsse Wachsamkeit empfohlen, Gorbatschow gegenüber der richtige Ton angeschlagen werden. AM Shultz würdigte den Harmel-Bericht als richtige Basis für unseren kollektiven und wohlausgewogenen approach. Gegenüber 1967 sei die Lage allerdings heute komplexer (more sophisticated).

AM *Clark* unterstrich die Bedeutung gemeinsamen Vorgehens und sprach sich dafür aus, in der Ost-West-Erklärung den richtigen Ton im Sinne der vorangegangenen Ausführungen anzuschlagen.

AM *Uno* unterstrich das japanische Interesse am Besuch der Gräber auf den von der Sowjetunion besetzten japanischen Inseln.[30] Was die Menschenrechte angehe, so habe sich an der sowjetischen Haltung gegenüber Japan bisher nichts geändert. Japan erwarte darüber hinaus, daß sich die sowjetische Haltung zum Kambodscha-Konflikt[31] ändere.

AM *Dumas* stellte eine Konvergenz der Standpunkte fest und unterstrich die Pflicht zur Wachsamkeit.

Er teile die Auffassung von AM Shultz und BM, daß sich die westliche Festigkeit ausgezahlt habe. Die Analyse der Reformpolitik von Gorbatschow und der Veränderungen in der SU sei noch nicht abgeschlossen. Vor uns liege eine dynamische Perspektive, die um so mehr zu Kohärenz und Zusammenhalt zwinge, auch wenn man in Nuancen unterschiedliche Auffassungen vertrete. Hinsichtlich der Wiener Verhandlungen hätten wir hohe Erwartungen. Es sei erforderlich, ein ausgewogenes Ergebnis in allen Körben zu erreichen.

AM *Clark* sprach sich auch für eine einheitliche Analyse und gemeinsame Definition der vor uns liegenden Aufgaben aus. AM *Shultz* nahm das auf und trat für die Erarbeitung eines gemeinsamen Arbeitsprogramms, einer gemeinsamen Agenda für die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen ein. Bei deren Verwirklichung werde der Westen um so erfolgreicher sein, je mehr er gemeinsame Auffassungen vertrete und je größer der Zusammenhalt sei. In Afghanistan sei noch immer eine Menge zu tun und weiterhin Zusammenhalt und Stärke gefordert. Darüber hinaus gehe es um die Hilfe zur Wiedereingliederung der zurückkehrenden Flüchtlinge. Im Krieg Irak/Iran gehe es um die Implementierung der SR-Res. 598[32]; hier hinke die SU gegenüber den westlichen SR-Mitgliedern nach. Der Grund dafür liege im Zusammenhang der sowjetisch-iranischen Beziehungen mit dem Problem des islamischen Bevölkerungsanteiles in der SU. Es sei notwendig, eine Lösung für den Konflikt Irak-Iran zu finden, dessen Fortdauer eine große Gefahr für den mittleren Osten darstelle. Im Nahen Osten zeige die SU neuerdings eine konstruktivere Haltung zur Lösung des Nahost-Konflikts.

30 Zur Kurilenfrage vgl. Dok. 136, Anm. 21.
31 Zu den Bemühungen um eine Beilegung des Kambodscha-Konflikts vgl. Dok. 18, Anm. 17.
32 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrates vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 1, Anm. 33.

Dies zeige sich auch in der Erklärung der PLO auf dem Gipfel in Algerien[33], in der der sowjetische Einfluß deutlich werde. In der Kambodscha-Frage sehe er Bewegung. Schewardnadse sei bei seinen Besuchen in Bangkok und Hanoi nicht unbeeindruckt geblieben. Die grundsätzliche westliche Politik der Isolierung Hanois habe sich ausgezahlt und sollte beibehalten werden. Es sei nun die Aufgabe der SU, Vietnam zu bewegen. Der Westen habe zusätzlich das Interesse, daß die Khmer Rouge nach einem Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha nicht an die Macht zurückkehren. Der Süden Afrikas stelle ein großes Problem dar, doch sei klar, daß sich die Dinge dort bewegten. In der Angola- und der Namibia-Frage habe das Londoner Vierer-Treffen eine neue Verhandlungsphase eingeleitet.[34] Das nächste Treffen werde auf Vorschlag von Mubarak in Kairo stattfinden.[35] Wenn es gelinge, in diesen Verhandlungen zu einer Lösung der Angola- und Namibia-Frage zu kommen, könnte durch die Wiederingangsetzung der Benguelabahn, die Schaffung neuer Straßenverbindungen und die Benutzung der Häfen eine neue Lage im südlichen Afrika entstehen.

Es sei wichtig, diese Perspektiven in das westliche Denken einzubeziehen. Die menschenrechtliche Lage in der SU zeige nach seiner Auffassung Veränderungen. Die von AM Uno erwähnte Stationierung neuer sowjetischer Jagdflugzeuge in Nord-Korea werfe in der Tat Rätsel auf. Die Lage in den anderen Ostblockstaaten sei von Land zu Land verschieden.

Zusammenfassend sprach sich AM Shultz dafür aus, sich in den einzelnen Feldern des von ihm aufgezeichneten Arbeitsprogramms geschlossen ans Werk zu machen. *BM* stimmte AM Shultz zu. Auch AM Dumas habe recht, wenn er darauf hinweise, daß die Veränderungen in der SU nicht allein der westlichen Festigkeit zuzuschreiben seien. Wir hätten lange auf sowjetische Mitwirkung an einer Politik des Dialogs und der Zusammenarbeit warten müssen. In der Zwischenzeit hätten wir mit der Vertragspolitik und der Schlußakte von Helsinki Instrumente geschaffen, die auch von der anderen Seite unterschrieben worden seien und ihr entgegengehalten werden könnten. Er sage das mit Blick auf Japan. Wichtig sei auch die Rolle, die die USA und Kanada in Europa mit sowjetischer Annahme in der Schlußakte von Helsinki spielten.

BM gab zu erwägen, in der gemeinsamen Ost-West-Erklärung etwas zu der Rede von AM Schewardnadse in New York zu sagen. In der gegenwärtigen Diskussion sei klargeworden, daß Japan eine Reihe berechtigter Fragen an die anderen Sechs richte. Was stehe hinter diesen Fragen? Nach seiner Auffassung sei die Frage berechtigt, ob die Sieben für die weitere Entwicklung in Asien auch schon

33 Die außerordentliche Gipfelkonferenz der Arabischen Liga fand vom 7. bis 9. Juni 1988 in Algier statt.

34 Zu den Friedensgesprächen zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA am 3./4. Mai 1988 in London vgl. Dok. 142.

35 Botschafter Disdorn, Luanda, übermittelte am 30. Juni 1988 Informationen des angolanischen Außenministeriums zu den Friedensgesprächen zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA am 24./25. Juni 1988 in Kairo: „S[üd]A[frika] habe nicht wie in London zugesagt, einen Gegenvorschlag zum Zeitplan für den Kubaner-Abzug und zur Frage der Synchronisierung mit 435 vorgelegt. […] SA habe dagegen eine lange Liste von Punkten vorgelegt, die ganz überwiegend mit dem Kern der Problematik nur wenig zu tun gehabt hätten. Als Beispiel nannte Gesprächspartner innere Aussöhnung mit UNITA". Vgl. den Drahtbericht Nr. 270; Referat 320, Bd. 155832.

eine gemeinsame Philosophie und Strategie haben, so wie für Europa. Dies sei noch nicht der Fall. In Williamsburg sei das gemeinsame Sicherheitsinteresse in bezug auf INF unterstrichen worden.[36] Es sei ernsthaft zu überlegen, ob es sich nicht lohne, dies auszuweiten. Wir würden gerne von Japan hören, was getan werden solle, um dies zu erreichen. Bisher sei nur die politische und wirtschaftliche Bedeutung des Dreiecks USA–Japan–Europa hervorgehoben worden. Die Zwölf unterhielten gute Beziehungen zu den ASEAN-Staaten, China, Indien, Australien und Neuseeland. Doch gebe es noch keine gemeinsame Grundphilosophie für das Herangehen, wie wir es für Europa hätten. Eine solche Philosophie würden wir gerne erarbeiten, ohne den japanischen Freunden als Lehrmeister zu erscheinen.

AM *Uno* dankte BM für seine Bemühungen. Er wies auf die gemeinsame Präsenz der Zwölf und Japans auf den ASEAN-Gipfeln und die neuen Entwicklungen in Asien hin, die durch das Auftauchen der NICs[37] gekennzeichnet seien.

Die Entwicklung in Asien vollziehe sich günstiger als in Afrika, wo es die größte Zahl am wenigsten entwickelter Länder gebe. Ein Problem asiatischer Sicherheit sei, daß die SU die Marinebasen in Vietnam für ihre Seestreitkräfte benötige. Zu China führte AM Uno aus, daß China sich im Vergleich zur SU trotz eines Ein-Parteien-Systems besser entwickele als die Sowjetunion. Man dürfe nicht annehmen, daß die Beziehungen der SU und Chinas je wieder dieselbe Herzlichkeit erlangen könnten, wie sie in den 50er Jahren bestanden habe. China wolle eine eigenständige Rolle spielen. AM Uno sprach sich erneut für eine schnelle Lösung des Kambodscha-Problems aus. Weiter trat er für die Förderung der Stabilität auf den Philippinen ein. Er unterstrich die engen Beziehungen Japans zu den USA und das Bestreben von PM Takeshita, die Beziehungen Japans zu Europa im Dreieck mit den USA zu intensivieren.

3) Zum Abschluß sprach sich AM *Clark* für ein Treffen der Außenminister der Sieben im Rahmen der VN-GV Ende September in New York aus.

Referat 010, Bd. 178935

36 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg vgl. AAPD 1983, I, Dok. 161 und Dok. 167.

37 Newly Industrialized Countries.

182

Gespräch der Außenminister der G7 in Toronto

204-321.10-348/88 VS-vertraulich **19. Juni 1988**[1]

Vorbehaltlich der Genehmigung des Herrn Bundesministers

Bei dem Abendessen der Außenminister am 19.6.1988[2] wurde vorwiegend über den Nahen Osten gesprochen. Aus den Dolmetscheraufzeichnungen ist aus diesem Gespräch festzuhalten:

AM *Shultz* sah eine gewisse Hoffnung auf Entwicklung des Nahostproblems. Ass. Sec.[3] Murphy werde demnächst wieder mit seinem sowjetischen Kollegen zusammentreffen.

AM *Dumas* machte darauf aufmerksam, daß im Text der Gipfelerklärung von Algier[4] ausdrücklich gesagt werde, alle Parteien sollten an einer Internationalen Konferenz beteiligt werden, ohne daß ausdrücklich von der PLO gesprochen wurde. Er sehe darin ein Bemühen der Araber, vorsichtig vorzugehen und alle Türen offenzuhalten. Die SU habe Arafat ja vorgehalten, daß er Israel anerkennen müsse.

AM *Andreotti* sah die Entwicklung im Nahen Osten auch positiver. Die PLO habe in letzter Zeit weniger Terroranschläge verübt. Dies habe zu einem gewissen Wohlwollen seitens der gemäßigten arabischen Staaten für die PLO geführt. Die Frage sei, ob es in Israel nach den Wahlen[5] eine Lösung gebe. Er glaube nicht, daß eine Vertretung der PLO auf der IK die wahre Lösung sei. Er bezweifle auch, daß alle Araber mit einem Palästinenserstaat einverstanden wären.

Die jordanische Frage sei im arabischen Lager noch nicht entscheidungsreif. Andreotti gab zu erwägen, AM Peres zu folgen, der einen Wirtschaftsplan für die besetzten Gebiete vorgeschlagen habe[6]. Ein solches Vorgehen könnte zu einer größeren wirtschaftlichen Stabilität führen, auf deren Grundlage man Gespräche zur Lösung des Nahostproblems führen könnte. Vielleicht wäre dies ein Weg. AM Shultz solle Geduld zeigen und seine Bemühungen fortsetzen. Murphy, der gut arabisch spreche, sollte dabei verstärkt eingesetzt werden. Parallel dazu könnte man den Gesamtplan für die Region weiter prüfen. Diese Auffassung werde von dem künftigen Präsidenten des Libanon, Aoun, geteilt.[7] Wenig hilfreich sei aller-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. Toronto, am 21. Juni 1988 gefertigt.
Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 24. Juni 1988 vorgelegen.

2 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 19. bis 21. Juni 1988 in Toronto vgl. auch Dok. 181, Dok. 183 und Dok. 184.

3 Assistant Secretary.

4 In Algier fand vom 7. bis 9. Juni 1988 eine außerordentliche Gipfelkonferenz der Arabischen Liga statt.

5 In Israel fanden am 1. November 1988 Parlamentswahlen statt.

6 Ministerialdirektor Sudhoff informierte am 22. April 1986: „MP Peres wirbt seit Anfang dieses Jahres für die Verwirklichung eines ‚Marshall-Plans für den Nahen Osten', der die Errichtung eines multinationalen Entwicklungsfonds für die Region in Höhe von ca. 30 Mrd. Dollar vorsieht. Aus dem Fonds sollen gemeinsame Projekte zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten finanziert werden." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141113.

7 Im Libanon sollten am 18. August 1988 Präsidentschaftswahlen stattfinden.

dings die Erklärung von Dukakis, die amerikanische Botschaft nach Jerusalem zu verlegen.[8]

AM *Uno* berichtete über seine bevorstehende Nahostreise, die ihn nach Syrien, Jordanien, Ägypten und am Ende nach Israel führen werde[9] (erster Besuch eines japanischen AM). Er kennzeichnete die japanische Haltung wie folgt: Israel müsse sich aus den besetzten Gebieten zurückziehen. Die PLO habe ein Recht auf Selbstbestimmung und auf einen eigenen Staat. Weiter berichtete AM Uno über einen Besuch von Prinz Hassan und Außenminister Scharaa[10]. Bei letzterem habe es keine gemeinsame Erklärung gegeben, weil Scharaa keine Verpflichtungen eingehen wollte. Nach seinem Eindruck befürchte Syrien einen Positionsverlust im Nahen Osten, wenn die Palästinenser und Jordanien zusammengingen.

BM berichtete über die Troika-Begegnung am 14.6.1988 mit dem GCC in Luxemburg.[11] Der saudische AM[12] habe dabei über das Gipfeltreffen von Algier berichtet. Wir seien mit dem Gipfel zufrieden, da sich eine stärkere Einheit der arabischen Staaten andeute, ohne daß Entscheidungen getroffen wurden. Der Einfluß von König Hussein auf eine Lösung des Nahostproblems sei allerdings zurückgegangen.

Wie Japan trete auch die EG seit der Erklärung von Venedig[13] für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser ein. Wobei die EG jedoch nicht auch von einem Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat gesprochen habe. In der arabischen Welt gebe es hinsichtlich des Nahostproblems große Unterschiede, doch wolle keiner einen Palästinenserstaat haben, den ja auch Israel nicht wolle. Wenn dem so sei, bleibe als einzige Lösung eine Verbindung mit Jordanien. Deshalb sei er besorgt über die Situation des Königs, der enttäuscht sei, an Boden verloren habe und auch durch den Aufstand in den besetzten Gebieten[14] Einbußen erlitten habe. Für uns Europäer bleibe die beste Formel die Einberufung einer Internationalen Konferenz. Vor den Wahlen in Israel würde allerdings keiner einen Schritt tun. Es sei so, wie Peres kürzlich den Zwölf in Luxemburg gesagt habe[15], wenn Israelis den Frieden wollten, dann wählten sie Labour,

8 Zum Vorschlag des amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Dukakis für eine Verlegung der amerikanischen Botschaft in Israel vgl. den Artikel „Dukakis Restates Position on Israel"; THE NEW YORK TIMES vom 11. Juni 1988, S. 10.

9 Der japanische Außenminister Uno besuchte am 22. Juni 1988 Syrien, am 23./24. Juni Jordanien, am 25. Juni Ägypten und am 26./27. Juni 1988 Israel.

10 Der syrische Außenminister Scharaa besuchte vom 30. Mai bis 2. Juni 1988 Japan.

11 Am 16. Juni 1988 unterrichtete Vortragender Legationsrat Stoecker: „Am 15. Juni 1988 wurde in Luxemburg ein Kooperationsabkommen zwischen der EWG und dem Golfkooperationsrat abgeschlossen." In der aus diesem Anlaß abgegebenen Politischen Erklärung „stellten beide Seiten fest, daß die Lage in den von Israel besetzten Gebieten die Notwendigkeit einer baldigen Verhandlungslösung des arabisch-israelischen Konflikts unterstreicht. […] Die Textverhandlungen gestalteten sich schwierig, da der GCC ursprünglich auf Erwähnung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes und der Beteiligung der PLO an Friedensverhandlungen bestand, ohne das Existenzrecht Israels und den Gewaltverzicht nennen zu wollen. Es ist uns gelungen, dies ebenso wie das ausschließliche Bestehen auf dem vollständigen Rückzug Israels aus den I[sraelisch]B[esetzten]G[ebieten] zu verhindern. Der vereinbarte Text bedeutet eine erfreuliche Festlegung des GCC auf eine friedliche Verhandlungslösung des Nahostkonflikts." Vgl. den Runderlaß Nr. 61; Referat 012, Bd. 134240.

12 Saud al-Faisal.

13 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten nach seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 382f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

14 Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada") vgl. Dok. 83, Anm. 20.

15 Der israelische Außenminister Peres traf am 24. Mai 1988 in Brüssel mit den Außenministern der EG-Mitgliedstaaten zusammen. Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), berichtete am folgenden Tag: „Das

wenn sie Sicherheit wollten, den Likud-Block. Die Frage sei also, welcher Punkt die Wahl bestimmen würde. Um eine sinnvolle Unterstützung zu leisten, müßte man den Menschen Israels darzulegen versuchen, daß es eine Perspektive gebe, die Frieden und Sicherheit bedeute. Aus diesem Grunde unterstützen wir AM Shultz.

AM *Howe* stimmte dem zu.

BM wies unter Bezugnahme auf die Troika-Begegnung mit dem GCC darauf hin, daß die Araber den Shultz-Plan[16] nicht zurückgewiesen haben.

AM *Shultz* trat dafür ein, Ägypten stärker zu helfen. Er versuche, dies in den USA durchzusetzen, und bitte die Kollegen, das auch bei sich zu Hause zu tun. Die ägyptischen Leistungen seien eindrucksvoll; Ägypten sei ein Zentrum der arabischen Welt.

AM *Uno* ergänzte seine vorangegangenen Ausführungen, daß er das Existenzrecht Israels gemeint habe. Er sprach sodann die Botschaft von Prinz Sihanouk an PM Takeshita für den WWG an. Wenn sich die vietnamesischen Truppen zurückzögen, würden 50% der Soldaten von Heng Samrin mit Sihanouk gehen. Die VR China unterstütze Sihanouk. Dieser werde bald vietnamesischen AM[17] treffen. Die vietnamesische Wirtschaft sei in verheerendem Zustand (Inflationsrate 1000%). Sihanouk sei gegen jede Wirtschaftshilfe an Vietnam, um die Führung zum Truppenrückzug zu zwingen.

AM *Clark* sprach Südafrika an. Er sei als Vorsitzender des Commonwealth-Ausschusses, der sich mit SA befasse, an einer Diskussion auf diesem Gipfel besonders interessiert. Kanada brauche als Präsidentschaft mindestens so viel Raum dafür wie in Venedig[18].

BM wies auf zwei Punkte hin, die der Presse gegenüber genannt werden sollten:

1) den Gesetzentwurf, der die Hilfsmaßnahmen der EG (positive Maßnahmen) vereiteln solle[19],

2) die Sharpeville Six[20].

AM *Dumas* unterstützte BM.

AM *Andreotti* warnte vor der Verläßlichkeit der über den Handel mit SA veröffentlichten Zahlen. Diese müsse man aber genau prüfen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 991

Treffen fand in freundlicher, fast vertrauter Atmosphäre statt, was angesichts der Wiederstände einzelner M[itglied]S[taaten], die die Durchführung des Koop[erations]rates immer wieder in Frage gestellt hatten, besonders bemerkenswert ist. AM Peres hat deshalb wiederholt und z. T. über vorbereiteten Redetext hinaus neben anderen besonders BM Genscher und unserer Präsidentschaft für den Einsatz bei der Vorbereitung des Koop.-rates gedankt. Er zeigte sich besonders erfreut, daß das Treffen unter deutschem Vorsitz stattfindet." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1524; Referat 310, Bd. 149754.

16 Vgl. dazu die amerikanische Initiative für eine Wiederbelebung des Friedensprozesses im Nahen Osten; Dok. 176, Anm. 5.

17 Nguyen Co Thach.

18 Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 8. bis 10. Juni 1987 in Venedig statt. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 171 und Dok. 176.

19 Zu einer geplanten Einschränkung der finanziellen Unterstützung von Oppositionsgruppen in Südafrika vgl. Dok. 177, Anm. 26.

20 Zur Verhängung von Todesurteilen gegen die „Sharpeville Six" in Südafrika vgl. Dok. 177, Anm. 10.

Hinsichtlich Angola/Namibia sollte man die Bemühungen um eine Lösung auf dem Londoner Treffen würdigen.[21]

AM *Howe* trat dafür ein, bezüglich der Sharpeville Six zumindest den Rechtsweg auszuschöpfen. Man könne die Sprache von Luxemburg vom 14.6. wiederholen.[22] Außerdem sollte die Linie von P. W. Botha unterstützt werden.

BM erklärte, dem könne er so nicht zustimmen.

Die AM einigten sich, sich am nächsten Morgen zu einer Leitungssitzung zur Fertigstellung der Politischen Erklärung[23] zu treffen.

VS-Bd. 13641 (310)

183

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsidenten Mitterrand in Toronto

20. Juni 1988[1]

Arbeitsfrühstück des Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand am Montag, dem 20. Juni 1988, beim Wirtschaftsgipfel in Toronto[2]

Weitere Teilnehmer auf französischer Seite: Herr Attali, Frau Guigou, Dolmetscherin Frau Stoffaës.

Teilnehmer auf unserer Seite: MD Teltschik, MDg Dr. Neuer, Dolmetscherin Frau Siebourg.

Nach der Begrüßung berichtet der *Bundeskanzler* über seinen bilateralen Besuch in Kanada[3] und bewertet ihn als erfolgreich.

Präsident *Mitterrand* erwähnt die Schwierigkeiten, die sich bei französischen offiziellen Besuchen in Quebec ergeben. Die Rivalität zwischen dem französisch-

21 Zu den Gesprächen zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA über eine Lösung des Angola-Konflikts und die Unabhängigkeit von Namibia am 3./4. Mai 1988 in London vgl. Dok. 142.

22 Am 14. Juni 1988 gaben die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ eine Erklärung über die Lage in Südafrika ab. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG 6/1988, S. 135 f.

23 Für den Wortlaut der Politischen Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 20. Juni 1988 vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 378–380.

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde am 23. Juni 1988 gefertigt.

2 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 19. bis 21. Juni 1988 in Toronto vgl. auch Dok. 181, Dok. 182 und Dok. 184.

3 Bundeskanzler Kohl besuchte vom 15. bis 18. Juni 1988 Kanada. Vortragender Legationsrat Schumann betonte am 20. Juni 1988: „Der Besuch […] galt der Pflege und Verdeutlichung ausgezeichneter bilateraler Beziehungen, enger Bündnispartnerschaft und diente – unter deutscher EG/EPZ-Präsidentschaft – zugleich Profilierung europäisch-kanadischen Verhältnisses. […] BK sprach, was mit erkennbarer Befriedigung registriert wurde, Differenzen im Agrarbereich offensiv an und hob Wirkung der Brüsseler Beschlüsse vom Februar hervor, die – den innenpolitisch schwierigen, aber unvermeidbaren – Abbau der Agrarüberproduktion einleiteten. […] BK betonte jedoch Notwendigkeit, Übergangslösungen zu schaffen, um Lebensfähigkeit bäuerlicher Familienbetriebe in Europa zu sichern.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 63; Referat 012, Bd. 134240.

sprachigen und dem englischsprachigen Kanada stelle französische Besucher vor schwierige Situationen. Bei seinem Staatsbesuch habe er sein Augenmerk sehr auf diesen Punkt gerichtet.[4] Es habe auch keine Schwierigkeiten gegeben. In Quebec und Israel sei die schwierigste Presse, die er kenne. Sie sei in der einen oder anderen Richtung immer mit den Äußerungen französischer Besucher unzufrieden.

Der *Bundeskanzler* erwähnt, daß er mit der israelischen Presse katastrophale Erfahrungen gemacht habe. Er glaube im übrigen, daß man in Kanada einen Fehler bezüglich der Fernsehübertragungen aus dem Parlament gemacht habe. Jeden Tag würden zwei Stunden original aus dem Parlament übertragen. Es gebe auch jeden Tag eine Fragestunde.

Der *Präsident* bemerkt hierzu, daß im kanadischen Parlament im allgemeinen auch mehr Abgeordnete bei den Sitzungen anwesend seien als in unseren Ländern.

Das Gespräch wendet sich dem Wirtschaftsgipfel zu. Auf die Frage von Präsident Mitterrand, welche Themen der Bundeskanzler als die wichtigsten erachte, spricht der *Bundeskanzler* die Wirtschaftsthemen, die Verschuldensfrage[5] und Umweltprobleme, insbesondere der Schutz der Ozonschicht und des Regenwaldes, an. Bezüglich der Wirtschaftsthemen glaube er, daß ein vernünftiges Ergebnis erreicht werden könne. Allerdings dürfe man auch nicht alles akzeptieren, was etwa für die Landwirtschaftspolitik gelte. In der Schuldenfrage sei er auch optimistisch. Wir könnten unsere Haltung im einzelnen im Pariser Club darstellen. Dort könne das Thema vorangebracht werden. Die Umweltproblematik sei aus unserer Sicht besonders wichtig, müsse dies aber auch aus der Sicht anderer Länder sein.

Präsident *Mitterrand* stimmt der Bewertung des Bundeskanzlers zu. Es sei richtig, daß der Bundeskanzler an die Umweltproblematik erinnere. Es sei dies eine Sorge, die nur wenige unserer Partner hätten.

Der *Bundeskanzler* führt aus, er stelle bei jedem Gipfel erneut fest, daß wir unseren Weg in Europa mit Konsequenz weitergehen müßten. Sonst bestehe die Gefahr, abgehängt zu werden.

Präsident *Mitterrand* bestätigt dies. Er weist darauf hin, daß die USA sich bisher in der Frage des Schuldenerlasses nicht bewegt hätten.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, er wolle heute dieses Thema zur Sprache bringen. Er verstehe im übrigen die Haltung der USA nicht, was das Problem des sauren Regens angehe. Wenn Präsident Reagan Bush helfen wolle[6], müsse er in dieser Frage etwas tun. Der saure Regen stelle auch für Kanada ein großes Problem dar.

Präsident *Mitterrand* weist darauf hin, daß die kanadischen Seen schon sehr verschmutzt seien. Auch die Wälder hätten stark gelitten. Zur Frage der armen Drittweltländer wolle er noch bemerken, daß die Japaner immer großartige Vorschläge machten; eine Realisierung dieser Vorschläge aber bisher nicht zu erkennen gewesen sei.

4 Staatspräsident Mitterrand besuchte vom 25. bis 29. Mai 1988 Kanada.

5 Zur internationalen Schuldenkrise vgl. Dok. 166.

6 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

Der *Bundeskanzler* bringt das Gespräch auf den bevorstehenden Europäischen Rat in Hannover.[7] Er habe mit PM Thatcher wegen der Besetzung der Kommission gesprochen.[8] Sie unterstütze den Vorschlag „Delors". Offenbar habe sie erwartet, daß MP Lubbers kandidiere. Dies sei aber nicht der Fall. Insofern könne eine informelle Regelung in Hannover getroffen werden. Sehr schwierig werde die Frage der Entwicklung im monetären Bereich. Delors habe einen geschickten Vorschlag gemacht, den sie jedoch ablehne. Sie sei zwar mit der Arbeitsgruppe der Gouverneure der Notenbank einverstanden; jedoch nicht mit dem Expertengremium.[9] Aber vielleicht lasse sie darüber noch mit sich reden.

Präsident *Mitterrand* meint, PM Thatcher habe kein Interesse daran, in dieser Frage Fortschritte zu machen. Deshalb schöpfe sie die Verfahrensmöglichkeiten aus. Wenn der Zug jedoch in Bewegung gesetzt werde, müsse sie aufspringen.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, in der Expertengruppe soll ein Sitz für GB bereitstehen; dann werde man weitersehen.[10]

Präsident *Mitterrand* gibt der Befürchtung Ausdruck, daß die Notenbank-Gouverneure keine Fortschritte machen wollten. Er stellt die Frage, wie die Experten ernannt werden sollten.

Der *Bundeskanzler* bezieht sich auf den Vorschlag von Delors, wonach ein Experte pro Land zu einer zu großen Gruppe führen werde. Man könne jedoch zum Beispiel daran denken, für die Beneluxländer gemeinsam einen Experten zu benennen, einen weiteren Experten für Spanien, Portugal und Griechenland sowie je einen für Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland. Dann käme man auf eine Gesamtzahl von sechs. Man müsse dabei berücksichtigen, daß die Experten ja nur ein Vorschlagsrecht hätten.

Präsident *Mitterrand* zweifelt, ob die anderen Länder sich einer solchen Lösung anschließen würden. Jedenfalls müsse jemand das Thema einführen. Er fragt, ob Präsident Delors dies tun werde.

Der *Bundeskanzler* bejaht dies. Bei den Notenbanken befürchteten viele, daß sich durch eine europäische Zentralbank ihre Position nachteilig verändere.[11] Eine

7 Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 in Hannover vgl. Dok. 191.

8 Am 6. Januar 1989 begann die Amtszeit der neuen EG-Kommission.

9 Botschaftsrat I. Klasse Roever, London, berichtete am 24. Juni 1988: „In gestriger Unterhausfragestunde antwortete PM Thatcher auf Frage […] nach Regierungsunterstützung für eine vorgeschlagene Studie der Zentralbankgouverneure über eine unabhängige europäische Zentralbank zunächst polemisch. Eine solche Bank wäre (unter anderem) gleichbedeutend mit der Auflösung des Parlaments. Sie erläuterte, Vorbedingung sei eine einheitliche, souveräne europäische Regierung, die nicht zur Diskussion stehe. Wörtlich: ‚Sie werden eine Europäische Zentralbank nur haben, wenn Sie die Vereinigten Staaten von Europa unter einer souveränen europäischen Regierung – nicht unter zwölf Regierungen – haben werden, und wenn diese (Regierungen) alle dieselbe Wirtschaftspolitik verfolgen.'" Vgl. den Drahtbericht Nr. 1227; Referat 412, Bd. 168728.

10 Referat 412 vermerkte am 1. Juli 1988: „Der Europäische Rat in Hannover hat unter der Überschrift ‚Währungsunion' beschlossen, einen Ausschuß unter Vorsitz des EG-Kommissionspräsidenten Jacques Delors einzuberufen. Er wird aus den Präsidenten der Zentralbanken, einem weiteren Mitglied der EG-Kommission und den Sachverständigen Prof[essor] Thygesen (Universität Kopenhagen), Prof. Lamfalussy (Generaldirektor der BIZ) und Boyer (Präsident der ‚Banco Exterior de España') zusammengesetzt sein. Inhaltlich wird das Mandat dieses Ausschusses durch die Berufung auf die Einheitliche Europäische Akte und auf das dort bekräftigte Ziel der Wirtschafts- und Währungsunion bestimmt. Es enthält den Auftrag, konkrete Etappen auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion zu untersuchen und auszuarbeiten." Vgl. Referat 412, Bd. 168728.

11 Vgl. dazu die Haltung der Bundesbank; Dok. 147.

solche Zentralbank könne nur wie eine Art Direktorium von Länderbanken funktionieren.

Präsident *Mitterrand* stellt die Frage, ob in Hannover der neue Kommissionspräsident bekanntgegeben werden solle?

Der *Bundeskanzler* bemerkt hierzu, die formelle Bekanntgabe müsse während der griechischen Präsidentschaft[12] erfolgen. In Hannover wolle er auch einen Entwurf für einen Zeitplan vorlegen, damit das Ziel bis 1992[13] erreicht werden könne. Die französische Präsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 1989 werde sehr wichtig sein, da zu diesem Zeitpunkt grundlegende Entscheidungen fallen müßten.

Präsident *Mitterrand* bemerkt, die Lage Frankreichs während der Präsidentschaft werde dadurch erleichtert, daß MP González den Vorsitz in der ersten Hälfte 1989 führe. Der *Bundeskanzler* wirft ein, González sei voller Sorge, daß während der spanischen Präsidentschaft zuwenig wichtige Entscheidungen getroffen würden und dies erst während der französischen Präsidentschaft der Fall sei.

Präsident *Mitterrand* möchte wegen dieser Frage mit MP González reden.

Der *Bundeskanzler*, genau dies sei sein Rat. Er fährt fort, die griechische Präsidentschaft sei eine gewisse Klippe. MP Papandreou habe nach seiner Präsidentschaft eine Wahl[14] anstehen.

Präsident *Mitterrand* meint, der Bundeskanzler solle die Griechen nicht so streng beurteilen. Sie hätten schon Schwierigkeiten.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, wann in Frankreich die Kantonalwahlen stattfinden, führt Präsident *Mitterrand* aus, man überlege, ob man die Kommunalwahlen mit den Kantonalwahlen zusammenfasse. Bei einer Zusammenfassung würden die Wahlen im März stattfinden. Andernfalls wären die Kantonalwahlen schon im Herbst dieses Jahres.[15]

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß in D 1990 acht Wahlen stattfinden. Dadurch seien wir jetzt schon unter großem Zeitdruck. Zur Zeit werde die Steuerreform im Bundestag und im Bundesrat behandelt.[16] Auch die Reform des Gesundheitswesens stehe zu einer Lösung an.[17] Die Kosten gingen raketenartig nach oben. Hier leisteten vor allem die Ärzte Widerstand. Es solle ihnen jedoch nichts weggenommen werden; es müsse nur eine weitere Kostensteigerung unterbunden werden. Mit einem Durchschnittseinkommen von 250 000 DM im Jahr stelle sich ein niedergelassener Arzt sehr gut. Der Bundeskanzler erwähnt auch das Problem der Krankenfahrten im Taxi. Eine weitere zur Entscheidung

12 Griechenland hatte vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 1988 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

13 In Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 kamen die EG-Mitgliedstaaten überein, bis zum 31. Dezember 1992 einen Binnenmarkt zu schaffen, „in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital" gewährleistet sei. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

14 Am 18. Juni 1989 fanden in Griechenland Parlamentswahlen statt.

15 In Frankreich fanden am 25. September und 2. Oktober 1988 Kantonalwahlen und am 12. und 19. März 1989 Gemeinderatswahlen statt.

16 Zur Steuerreform der Bundesregierung vgl. Dok. 64, Anm. 19.

17 Zum geplanten Gesetz zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheits-Reformgesetz – GRG) vgl. Dok. 64, Anm. 20.

anstehende Frage sei die Deregulierung der Post.[18] Die Gewerkschaften und die Firma Siemens seien dagegen. Aber auch diese Reform werde durchgesetzt werden.

Das Gespräch wendet sich wieder dem Gipfel zu. Der Bundeskanzler und Präsident *Mitterrand* sprechen sich für ein Kommuniqué mit möglichst wenig Punkten im politischen Bereich[19] aus (kein „Menü"). Sie sind sich einig darüber, daß man bezüglich der Todesurteile in Südafrika in Toronto und Hannover ein Zeichen setzen müsse[20].

Das Gespräch endet nach 45 Minuten.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 76

184

Gespräch der Außenminister der G7 in Toronto

204-321.10 VS-NfD **20. Juni 1988**[1]

Vorbehaltlich der Genehmigung des Herrn Bundesministers/Herrn Staatssekretärs
Wirtschaftsgipfel Toronto[2];
hier: Abendessen der Außenminister am 20. Juni 1988

Beim Abendessen am 20. Juni konzentrierte sich der Meinungsaustausch im wesentlichen auf den Iran und die Olympischen Spiele in Korea[3]. Auf der Grundlage der Dolmetschernotizen ist hierzu festzuhalten:

1) Iran

AM *Clark* begann das Gespräch mit der Feststellung, daß der Iran früher einmal eine Entschuldigung Kanadas wegen seiner Beteiligung an der amerikanischen Geiselbefreiung[4] gefordert habe, ehe wieder Kontakte zwischen beiden

18 Zum geplanten Gesetz zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost vgl. Dok. 24, Anm. 20.

19 Für den Wortlaut der Politischen Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 20. Juni 1988 vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 378–380.

20 Zur Verhängung von Todesurteilen in Südafrika vgl. Dok. 177, Anm. 10 und 11.
Vgl. dazu ferner die Erklärung des Ministerpräsidenten Mulroney zum Weltwirtschaftsgipfel vom 19. bis 21. Juni 1988 in Toronto über Südafrika; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 88 (1988), Heft 2137, S. 49.
Für den Wortlaut der Erklärung der Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 in Hannover über Südafrika vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 447.

1 Konzept.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 24. Juni 1988 gefertigt und an Ministerialdirigent von Ploetz geleitet.
Hat Ploetz am 27. Juni 1988 vorgelegen.

2 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 19. bis 21. Juni 1988 in Toronto vgl. auch Dok. 181–183.

3 Vom 17. September bis 2. Oktober 1988 fanden die XXX. Olympischen Sommerspiele in Seoul statt.

4 Am 4. November 1979 besetzten Demonstranten die amerikanische Botschaft in Teheran. Mehr als 60 Botschaftsangehörige wurden als Geiseln genommen, um die Auslieferung des Schahs Reza Pahlevi

Regierungen hergestellt werden könnten. Diese Bedingung habe der Iran inzwischen fallengelassen. Dies lasse Veränderungen erkennen und veranlasse ihn zur Frage, wie die Lage im Iran von den anderen jetzt bewertet werde.

AM *Shultz* führte aus, Iran habe eine Reihe von Rückschlägen hinzunehmen gehabt, die meisten im militärischen Bereich durch den Irak[5]. Auch beim Angriff auf amerikanische Schiffe habe der Iran einen Rückschlag hinnehmen müssen. Des weiteren habe der Iran im Libanon an Boden verloren. Auf die Hisbollah im Süden des Libanon habe er nicht mehr so direkt Einfluß, eher wohl noch auf die Hisbollah in Beirut. Die Syrer seien auch über Einfluß der Hisbollah im Libanon besorgt, denn die Schiiten seien heute die zweitstärkste Gruppe, ohne allerdings am Establishment teilzunehmen, sofern man im Libanon überhaupt von einem Establishment sprechen könne. In gewisser Weise habe der Iran diese Verbindung als seinem Ruf abträglich erkannt, so daß er sich von den Hisbollahs distanziere. Aber leider wüßten wir nicht so recht, wie es intern im Iran heute aussehe.

AM *Andreotti* sagte, da der Iran im militärischen Bereich keine Erfolge errungen habe, sondern sich eigentlich zurückziehen müßte, sei es möglich, daß Männer wie Velayati und Larijani stärkeres Gewicht erhalten. Velayati habe ihn fragen lassen, ob er ihn auf dem Wege nach Rumänien in Rom besuchen könne. Dies habe er bejaht.[6] Bei dieser Gelegenheit wolle er auch versuchen, sich ein Bild über die innere Lage im Iran zu verschaffen, wie auch über ein möglicherweise größeres Gewicht von Velayati selbst.

BM bemerkte, die Iraner hätten derzeit im eigenen Lande große Probleme mit Freiwilligen. Statt erwarteter 200 000 hätten sich lediglich 20 000 gemeldet. Die Stimmung im Lande habe sich offensichtlich gewandelt.

AM *Shultz* sagte, zwei Elemente seien bedeutsam und beunruhigend zugleich: 1) Irak habe chemische Waffen eingesetzt[7] und damit Erfolg gehabt, was äußerst unerfreulich sei, 2) ballistische Raketen seien eingesetzt und die Stadt Teheran auf diese Weise terrorisiert worden. Man spreche davon, daß drei Mio. Einwohner Teherans, d. h. etwa die Hälfte der Bevölkerung, aus der Stadt geflohen seien. Er habe diese Information von drei Seiten erhalten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 997

zu erzwingen, der sich seit 22. Oktober 1979 zur medizinischen Behandlung in den USA aufhielt. Die USA lehnten die Forderungen der Geiselnehmer ab und verhängten verschiedene Embargomaßnahmen gegen den Iran. Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen am 7. April 1980 scheiterte am 24./25. April 1980 ein militärischer Befreiungsversuch der USA. Danach bemühte sich die Bundesregierung um Vermittlung. Ferner begannen am 10. November 1980 Verhandlungen unter Vermittlung der algerischen Regierung, die am 20. Januar 1981 zur Freilassung der verbliebenen 52 Geiseln führten. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 323, Dok. 324, Dok. 331, Dok. 333, Dok. 339, Dok. 348, Dok. 357, Dok. 363 und Dok. 391. Vgl. dazu auch AAPD 1980, I, Dok. 88 und Dok. 95, sowie AAPD 1980, II, Dok. 265, Dok. 275, Dok. 291 und Dok. 306, ferner AAPD 1981, I, Dok. 16.

5 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 88, Anm. 13.
Oberstleutnant i. G. Hübschen, Bagdad, meldete am 6. Juni 1988: „Iran hat in den letzten Wochen schwere mil[itärische] Niederlagen hinnehmen müssen, ohne bislang darauf entsprechend reagiert zu haben: Rückeroberung Faos durch die irak[ischen] S[treit]K[räfte] am 17./18.4.88; Verlust von 30 Prozent der eigenen Seestreitkräfte bei Gefechten gegen die US-Navy am 18.4.88; schwerer irak. Luftangriff gegen die schwimmenden iran[ischen] oil tanks bei Larak am 14.5.88; Rückeroberung der bei Kerbala 5 nach schwersten Verlusten von Iran besetzen Gebiete durch die irak. SK am 25.5.88". Vgl. den Drahtbericht Nr. 603; Referat 311, Bd. 139982.

6 Der italienische Außenminister Andreotti und der iranische Außenminister Velayati führten am 2. Juli 1988 Gespräche in Rom.

7 Zum Einsatz von Chemiewaffen durch den Irak vgl. Dok. 99 und Dok. 154.

AM *Uno* führte aus, unmittelbar nachdem er das Amt des Außenministers übernommen habe, habe er Velayati zum Besuch eingeladen, der im November 1987 erfolgt sei. Er habe V. nachdrücklich darauf hingewiesen, daß Iran die Res. 598[8] annehmen müsse. Interessanterweise sei V. von jenem Mullah[9] begleitet worden, der nach Khomeinis Rückkehr Oberster Richter gewesen sei und zahlreiche Todesurteile verhängt habe. Es frage sich, ob dieser als Aufpasser mitreiste oder ob V. daran gelegen gewesen sei, ihm durch seine Mitreise zu verdeutlichen, daß auch Japan diese westliche Auffassung teile. V. habe Japan vor einer bereits angesetzten abschließenden Pressekonferenz verlassen; möglicherweise wegen der von Japan eingenommenen Haltung zu Res. 598.

AM *Dumas* meinte, daß seines Erachtens nach dem Tode von K.[10] eine Änderung der Außenpolitik sowie der Haltung zum Krieg mit dem Irak möglich sei. Gewiß werde es aber keine grundsätzliche Änderung des Regimes geben.

BM fügte hinzu, daß auch er glaube, daß der Krieg nach dem Tode K.'s schneller beendet werden könnte, zumal man den Eindruck haben müsse, daß K. und Saddam Hussein sehr aufeinander fixiert seien. Die Haltung K.'s sei auch auf seine frühere Behandlung im Irak zurückzuführen. Weil das Volk sich stark mit der derzeitigen religiösen Ausrichtung des Landes identifiziere, sei ansonsten mit keiner grundsätzlichen Änderung im Iran zu rechnen. Anläßlich des Troika-Treffens mit den Vertretern der Golfstaaten[11] habe er den saudischen AM[12] nach Einreise-Regelung für Pilgerfahrten gefragt. Er habe geantwortet, man habe die Zahl der Einreisebewilligungen limitiert. Eine Nachfrage nach der Größenordnung habe jedoch ergeben, daß es sich um 45000 gehandelt habe. Im übrigen sei aber ja wohl bekannt, daß unser Anti-Terrorismus-Experte, General Wegener, sich in Saudi-Arabien befinde.

AM *Dumas* warf ein, der Einfluß des iranischen Regimes auf die Hisbollah sei in der Tat zurückgegangen; die gesamte Bewegung sei jedoch seit langer Zeit tief im Volk verankert.

AM *Howe* erinnerte daran, daß sie bereits im Herbst 1987 in New York[13] über dieses Thema gesprochen hätten: Es handele sich seines Erachtens um eine langfristige revolutionäre Bewegung, die erst nach einem längeren Zeitraum zur Ruhe kommen werde. Wir wüßten jedoch letztlich zu wenig, was im Iran vor sich gehe. Wir müßten uns um mehr Informationen bemühen.

AM *Andreotti* führte aus, der Schah[14] habe zu seiner Zeit versucht, die religiöse Bindung des Volkes zu lockern und eine andere Gesellschaft aufzubauen. Er glaube nicht, daß nach Khomeinis Tod alles so weitergehe. Vielmehr sei vorstell-

8 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrates vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 1, Anm. 33.

9 Sadegh Chalchali.

10 Khomeini.

11 Zum Treffen der Europäischen Gemeinschaften und des Golf-Kooperationsrats am 15. Juni 1988 in Luxemburg vgl. Dok. 182, Anm. 11.

12 Saud al-Faisal ibn Abdul Aziz al-Saud.

13 Die Außenminister der G 7 trafen am 23. September 1987 in New York am Rande der VN-Generalversammlung zusammen. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. New York, berichtete am 24. September 1987: „Gesprochen wurde letztlich nur über globale politische und wirtschaftliche Trends auf der Grundlage eines vorab von den Amerikanern verteilten Papiers". Vgl. den Drahtbericht Nr. 34; Referat 230, Bd. 142150.

14 Mohammed Reza Pahlevi.

bar, daß sich dann auch z. B. eine Partei mit anderer Ausrichtung herausbilde. Um hierüber mehr zu erfahren, solle man auch versuchen, mit iranischen Studenten im Westen Kontakte zu suchen, und nicht nur solche mit Exil-Iranern, wie es sie besonders in Paris in großer Zahl gebe, pflegen.

AM *Shultz* wies auf sein Gespräch mit MP Özal anläßlich des NATO-Gipfels[15] hin, der kurz zuvor Iran besucht habe[16]. Özal habe erläutert, daß es im Iran durchaus einen Wandel gebe, wie man am Erscheinungsbild der Frauen erkenne, die das Gesicht nicht mehr voll verschleiert trügen. AM *Andreotti* unterstrich, daß dem Bedeutung beizumessen sei.

AM *Dumas* berichtete, daß die französische Regierung erfahren habe, daß Khomeini einen Abgesandten zum ehemaligen Staatspräsidenten Banisadr mit der Frage geschickt habe, ob er nicht zurückkehren wolle. Banisadr habe offensichtlich geantwortet, daß er sich dies überlegen wolle; möglicherweise werde er Konditionen daran knüpfen.

AM *Shultz* sagte, Iran habe zu erkennen gegeben, daß es alle Geiseln freilassen wolle.[17] Vermutlich hätten sie erkannt, daß es ihrem Ruf abträglich sei.

AM *Howe* ergänzte, bisher habe Iran alle internationalen Regeln verletzt, jetzt aber genehmige der Iran wenigstens die konsularische Betreuung von Gefangenen und Besuchsvisa für Familienangehörige. Möglicherweise sei dies ein Zeichen, daß der Iran in die Staatengemeinschaft („the human race") zurückkehren wolle.

AM *Clark* bemerkte abschließend, daß wir zu diesem Thema mehr Informationen brauchen und uns stärker austauschen sollten.

2) Olympische Spiele in Korea

AM *Uno* führte aus, daß bekanntlich 70–80 % der Zuschauer über Japan nach Korea reisen. Japan wolle sich aber nicht auf diesem Wege Terroristen ins Land holen. Sie kämen bekanntlich häufig aus Nordkorea. Japan habe eine Liste der ihm bekannten nordkoreanischen Terroristen und Flugzeugentführer mit der Bitte um Unterstützung bei der Kontrolle übergeben[18], da die Nordkoreaner wohl über China einreisen würden. Nordkorea beteilige sich nicht an den Olympischen Spielen, weil es sonst eine große Zahl Journalisten und Besucher zulassen müßte.

15 Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 2./3. März 1988 in Brüssel vgl. Dok. 75.

16 Ministerpräsident Özal besuchte den Iran vom 28. Februar bis 1. März 1988.

17 Zum Entführungsfall Cordes im Libanon vgl. Dok. 16, Anm. 4.
Botschafter Pfeffer, Paris, berichtete am 5. Mai 1988, das französische Außenministerium habe am selben Tag „die westlichen Staaten, die noch Geiseln im Libanon haben (USA, GB, Italien, Irland und wir), durch AM Raimond" über die Freilassung der letzten drei französischen Geiseln unterrichtet. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1239; Referat 310, Bd. 149792.
Botschafter Göttelmann, z. Z. Junieh, teilte am 8. Juni 1988 mit, daß „sich sämtliche ausländischen Geiseln" in einer ehemals christlichen Schule in einer von der Hisbollah beherrschten Vorstadt Beiruts befänden: „Der gesamte Schulkomplex dient der Hisbollah als Kaserne ihrer Miliz, als Waffenarsenal und ist stark befestigt. Die syrischen Beobachter, die die beiden Hisbollah-Hochburgen in Bir al-Abed und in Hai Made'Sfeir abgeriegelt haben, sind in etwa 100 m von der Schule entfernt stationiert. […] Der Einzug der syrischen Truppen in Teile der Beiruter Südstadt hat in der Geiselfrage nichts geändert. […] Die Syrer unternehmen offensichtlich nichts, um auf dem Verhandlungswege mit Iran/Hisbollah eine Freilassung der westlichen Geiseln herbeizuführen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 242; Referat 310, Bd. 149792.

18 Korrigiert aus: „Kontrolle gebeten".

Zugleich sei es gefährlich, Nordkorea in die Isolierung zu treiben. Japan habe eine nordkoreanische Ping-Pong-Mannschaft eingeladen, allerdings mit der Auflage, sich nicht politisch zu betätigen. Hieran hätten sie sich nicht gehalten. Als Japan darauf bestanden habe, seien sie einfach abgereist. Dies zeige, daß man sehr wachsam sein müsse.

AM *Clark* sagte, daß MP Mulroney dieses Thema in seiner Erklärung[19] erwähnen werde.

AM *Andreotti* erzählte, Samaranch habe ihm gesagt, Nordkorea habe versucht, einen Boykott der Olympischen Spiele zu erreichen. Dies sei fehlgeschlagen. China und SU hätten sich zu frühem Zeitpunkt für die Spiele angemeldet. Lediglich Äthiopien und Kuba seien dem nordkoreanischen Aufruf gefolgt. S.[20] plane, erneut nach Nordkorea zu reisen und zu einer Beteiligung an den Spielen aufzufordern, obwohl die Anmeldefrist inzwischen abgelaufen sei. Allerdings sei wenig wahrscheinlich, daß Nordkorea darauf eingehe. Andererseits glaube er (A), daß ein Unruheherd eher in der südkoreanischen Studentenschaft zu finden sei. Ähnliches habe man anläßlich der Spiele in Mexiko[21] erlebt.

BM führte aus, auch er glaube, daß ein Unruheherd in der südkoreanischen Studentenschaft liegen könne, deren Protest natürlich nichts mit dem internationalen Terrorismus gemeinsam hätte. BM wies auf die IMF-Tagung in Berlin[22] hin, bei der ähnliche Unruhen erwartet werden müßten, die Sicherheit aber voll gewährleistet werden könne. BM wies auf das Problem der totalen Abschottung der Sportler aus Sicherheitsgründen hin.

AM *Shultz* meinte, zweifellos sei Nordkorea zu großer Brutalität fähig, wie man bei der Ermordung der Hälfte des südkoreanischen Kabinetts[23] und des Abschusses der KAL-Maschine[24] erlebt habe. Die USA hätten aber 45 000 Soldaten in der entmilitarisierten Zone stationiert, die für die Zeit der Spiele in erhöhte Wachsamkeit versetzt würden. Südkoreanische Sicherheitskräfte seien über Sicherheitsmaßnahmen anläßlich der Spiele von Los Angeles[25] informiert

19 Vgl. dazu den Wortlaut der Erklärung des Ministerpräsidenten Mulroney zum Weltwirtschaftsgipfel vom 19. bis 21. Juni 1988 in Toronto vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 88 (1988), Heft 2137, S. 49.

20 Samaranch.

21 Die XIX. Olympischen Spiele fanden vom 12. bis 27. Oktober 1968 in Mexiko-Stadt statt. Im Vorfeld der Spiele kamen es zu gewaltsamen Zusammenstößen bei Studentenprotesten. Vgl. dazu den Artikel „20 die in Mexico riots"; THE TIMES vom 4. Oktober 1968, S. 8.

22 Zur Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank vom 27. bis 29. September 1988 in Berlin (West) vgl. Dok. 285.

23 Am 10. Oktober 1983 meldete Botschafter Eger, Seoul, am Vortag sei auf eine südkoreanische Regierungsdelegation in Rangun ein Bombenattentat verübt worden, bei dem 16 Personen, darunter mehrere Regierungsmitglieder, getötet und weitere 15 Personen verletzt worden seien. Präsident Chun Doo-hwan sei dem Anschlag entgangen, „weil er sich um einige Minuten verspätet hatte oder Bombe zu früh gezündet wurde". Vgl. den Drahtbericht Nr. 260; Referat 340, Bd. 127270.

24 Der Bundesnachrichtendienst teilte am 11. Dezember 1987 mit, am 29. November 1987 sei Flug 858 der südkoreanischen Fluggesellschaft KAL eine halbe Stunde vor der Zwischenlandung auf dem Flughafen Bangkok von den Radarschirmen der thailändischen Flugkontrolle verschwunden: „Was die Absturzursache angeht, so vermutet sowohl der japanische als auch der südkoreanische Partnerdienst, daß es sich um ein Bombenattentat mit möglicherweise nordkoreanischem Hintergrund handelt. Als Motiv wird der Versuch Nordkoreas gesehen, die durch den Wahlkampf in Südkorea ohnehin schon angespannte Lage im Lande noch weiter zu verschärfen." Vgl. das Fernschreiben Nr. 1459; Referat 515, Bd. 195797.

25 Die XXIII. Olympischen Spiele fanden vom 28. Juli bis 12. August 1984 in Los Angeles statt.

worden. Wichtig sei, daß die Sicherheitskräfte ein hohes Maß an Abschreckungsfähigkeit besäßen. Dies sei in L.A. der Fall gewesen, weshalb es auch zu keinem Zwischenfall gekommen sei. Die Südkoreaner wüßten dies. Auch die SU sei auf die Sicherheit bei den Spielen angesprochen worden. Die SU hätte entsprechende nordkoreanische Absichten verneint und im übrigen darauf hingewiesen, daß sie ja auch die eigene Mannschaft nach Korea schicke.

BM erwähnte, daß er im Juli nach Südkorea[26] fahre, wobei er u.a. die Frage des Zugangs von DDR-Sportlern zu unserer Botschaft klären wolle.

AM *Uno* wies erneut auf die Gefährlichkeit nordkoreanischer Terroristen und ihre besondere Schulung hin.

3) *BM* sprach abschließend das Thema Umweltschutz (Ozonschicht, Nordsee) an. Die Erörterung dieses Themas entfiel aus Zeitmangel.

Referat 204, Bd. 160075

185

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron

02-714/88 geheim **21. Juni 1988**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Bedrohungsanalyse 1988

Bezug: Bedrohungsanalyse 1987 02-2-323/87 VS-geheim vom 26.5.1987[4]

1) Zweck der Vorlage

Vor dem Hintergrund der sich verändernden und flexibleren sowjetischen Politik kommt der Entwicklung des militärischen Potentials des Warschauer Paktes besondere Bedeutung zu. Im Mittelpunkt der Entwicklung stehen die sowjetischen Streitkräfte als Garanten der sowjetischen Weltmachtposition.

26 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 3. bis 5. Juli 1988 in der Republik Korea (Südkorea) vgl. Dok. 198.

1 Die Aufzeichnung wurde von Oberstleutnant i.G. Graf von Pfeil konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 22. Juni 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Unsere Antwort auf diese bedrohliche Entwicklung kann nur sein: Alles zu tun, um START und KRK-Verhandlungen zu einem Erfolg zu machen."

3 Hat Bundesminister Genscher am 8. August 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[ücksprache] Leiter Planungsstab."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 8. August 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Citron verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 8. August 1988 vorgelegen.
Hat Citron am 19. Juli 1989 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[ücksprache] fand nicht statt, da überholt (z[um] T[eil])."

4 Für die Aufzeichnung des Oberstleutnants i.G. Graf von Pfeil vgl. AAPD 1987, I, Dok. 154.

Die wesentlichen Fakten aus der Bedrohungsanalyse (NATO, BMVg, BND) werden nachfolgend aufgezeigt.

2) Wesentliche Feststellungen (zugleich Kurzfassung)

Das Erscheinungsbild sowjetischer Militärpolitik ist weiterhin ambivalent. In Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung erweckt die Sowjetunion den Eindruck, durch Kompromißbereitschaft – auch bei gelegentlich unterschiedlicher Diktion von Parteiführung und Militär in Sicherheitsfragen – ihre militärischen Fähigkeiten zur Disposition zu stellen. Auf der anderen Seite fehlen substantielle Veränderungen in der Rüstung einschließlich der Beschaffungsprogramme.[5] Bei der Präsentation der (sozial)politischen Seite der Militärdoktrin gibt es zwar neue Akzente, diese sind jedoch bisher ohne wesentliche Auswirkungen auf die Militärstrategie geblieben.

Der Verteidigungshaushalt blieb gemessen am BSP unverändert hoch, die Zuführung neuer Waffensysteme hielt an[6].

Die sowjetische Führung hat bisher keinerlei Einschränkung ihrer militärischen Optionen und rüstungskontrollpolitischen Spielräume[7] vorgenommen. Ob sich aus einer inzwischen realistischeren Bedrohungsanalyse der Sowjetunion neue Entwicklungen ergeben werden, ist abzuwarten.

Innerhalb des Warschauer Paktes gelang es der Sowjetunion, durch mehr Information (weniger durch Diskussion) die Unterstützung der NSWP-Staaten[8] in weit höherem Maße zu gewinnen als bisher.

Die Sowjetunion hält insgesamt an ihren bisherigen sicherheits- und militärpolitischen Zielen fest, die auch für ihre Verbündeten verbindlich sind.

Die Streitkräfte der Sowjetunion sind ohne Zweifel in den Wandlungsprozeß des Landes eingebunden. Effizienzsteigerung ist auch hier das Hauptziel. Generalsekretär Gorbatschow, dem ein distanziertes Verhältnis zur Generalität nachgesagt wird, hat sich nicht gescheut, tiefgreifende personelle Konsequenzen zu ziehen. (Die Posten des Verteidigungsministers[9], der Oberbefehlshaber der Teilstreitkräfte[10] und andere wichtige Positionen sind von ihm neu besetzt worden.) Auch weitere Indikatoren (z.B. keine Ernennung zum Marschall der Sowjetunion) zeigen, daß Gorbatschow die politische Führung der Partei gegenüber den Streitkräften Schritt für Schritt verstärkt hat.

Die Bedeutung der Streitkräfte als wirksamster Faktor für den Status der Sowjetunion als Supermacht bleibt jedoch ungeschmälert.

5 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wie ist das bei uns?“

6 Der Passus „die Zuführung … hielt an“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bei uns!“

7 Die Wörter „rüstungskontrollpolitischen Spielräume“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Soll sie das?“

8 Nicht-Sowjetische Warschauer-Pakt-Staaten.

9 Nach Ablösung des sowjetischen Verteidigungsministers Sokolow wurde Dimitri Timofejewitsch Jasow am 30. Mai 1987 zu dessen Nachfolger ernannt. Zu den Veränderungen in der militärischen Führung der UdSSR vgl. AAPD 1987, I, Dok. 160.

10 Oberbefehlshaber der sowietischen Teilstreitkräfte waren Jewgenij Filippowitsch Iwanowskij (Heer), Alexander Nikolajewitsch Jefimow (Luftwaffe) und Wladimir Nikolajewitsch Tschernawin (Seekriegsflotte).

3) Militärdoktrin

Die Ostberliner Erklärung des WP zur Militärdoktrin vom Mai letzten Jahres[11] hat eine lebhafte Diskussion in Gang gesetzt, wie sich die sicherheitspolitischen Vorstellungen von Gorbatschow mit den militärischen Prozessen der Militärdoktrin in Einklang bringen lassen.[12]

Das Begriffsgebäude der sowjetischen Militärdoktrin (Trennung zwischen (sozial)politischer Seite und militärtechnischer Seite sowie der letzteren zugeordneten Strategie und Taktik) ist im Prinzip zwar unverändert, jedoch sind bei den (sozial)politischen Aspekten substantielle Veränderungen festzustellen, deren Auswirkungen auf die militärtechnische Seite inzwischen diskutiert werden, in der Realität (s. Punkt 4) des anhaltenden Rüstungsprozesses und der offensiven Ausrichtung des Streitkräftedispositivs jedoch noch nicht beobachtet werden können.

Beschlüsse durch die zuständigen Gremien wurden – soweit ersichtlich – noch nicht gefaßt.

In der innersowjetischen Diskussion stehen Begriffe wie „Hinlänglichkeit der Streitkräfte“, „vernünftige Suffizienz“, „defensive Suffizienz“, „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ etc. im Vordergrund.[13] Die Beiträge in einzelnen sowjetischen Medien zielen nicht so sehr auf die westliche Öffentlichkeit, sondern dürften vorrangig das Ziel haben, das Denken der eigenen militärischen und militärpolitischen Führung in Fluß zu bringen[14]. Auf inzwischen erreichte Ergebnisse und konkrete Auswirkungen weist die sowjetische Seite zwar zunehmend hin, aber Änderungen auf die gültigen Strategievorstellungen der Sowjetunion konnten bisher nicht festgestellt werden. Die Vertreter der Streitkräfte stehen vor dem Problem, den Begriff „Hinlänglichkeit“ mit der „zuverlässigen Gewährleistung der Sicherheit gegenüber jedwedem Angreifer“ (Artikel 31 der Verfassung[15]) in Einklang bringen zu müssen. Für Gorbatschow dürfte es nicht leicht sein, im Politbüro und Verteidigungsrat eine Lösung zu finden, die dieses Erfordernis hinreichend berücksichtigt und gleichzeitig Handlungsspielräume für die Perestroika wahrt.

4) Kräfte

4.1) Interkontinentalraketen

Das Potential an strategischen Raketen hat sich nur geringfügig verändert. Es umfaßt 1385 Flugkörper mit ca. 6500 Gefechtsköpfen. Die in der Einführung begriffene SS-25[16] ersetzt die veralteten SS-21 und vermutlich auch die SS-13. Die bereits im letzten Jahr festgestellte Nachfolgerrakete für die SS-18 ist nach

11 Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts fand am 28./29. Mai 1987 in Ost-Berlin statt. Zur Erklärung über Militärdoktrinen vgl. Dok. 105, Anm. 4.

12 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Immerhin!“

13 Zur sicherheitspolitischen Diskussion in der UdSSR vgl. Dok. 50.

14 Der Passus „sondern dürften vorrangig … Fluß zu bringen“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

15 Für den Wortlaut von Artikel 31 der Verfassung der UdSSR vom 7. Oktober 1977 vgl. VERFASSUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN STAATEN, S. 392.

16 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Mobile Raketen.“

weiteren zehn Flugversuchen als modifizierte SS-18 (MOD-5) einzustufen, der SALT-Vertrag II[17] wird damit nicht berührt.

Im August 1987 wurde offiziell der Stationierungsbeginn der SS-24[18] als Nachfolgemodell für die SS-17 und vermutlich auch z. T. der SS-19 bekanntgegeben. Nach derzeitigem Erkenntnisstand befinden sich bereits drei Züge SS-24 im Einsatz (es gibt auch eine Straßenversion). Die SS-24 ist nachweislich auch auf europäische Ziele ausgerichtet und übernimmt somit Aufgaben der SS-20. Darüber hinaus gibt es Hinweise für ein Nachfolgesystem der SS-24, das im Laufe der 90er Jahre zum Einsatz kommen wird. Zweck dieser neuen Raketenentwicklung ist eine erhöhte Treffgenauigkeit.

Der Trend zur Erhöhung der Kampfkraft und Überlebensfähigkeit durch Steigerung der Waffenwirkung und Mobilität der interkontinental-strategischen Waffensysteme hat sich somit fortgesetzt. Zusätzlich ergibt sich der Vorteil einer Reduzierung der ICBM-Typenzahl.

4.2) Mittelstreckenraketen

Mit dem Abbau bzw. De-Aktivierung von Mittelstreckenraketen wurde begonnen. Diese Entwicklung dürfte sich nach Ratifizierung des INF-Vertrages beschleunigen.

Die Flug-Erprobung eines SS-20-Nachfolgers wurde eingestellt.

4.3) Raumfahrt

Die Sowjetunion startete 1987 insgesamt 116 Raumflugkörper. Davon erfüllen 89 vorwiegend militärische Funktionen (Aufklärung, Vermessung etc.[19]). Die Starts hielten sich in dem üblichen Rahmen. Dagegen ist hervorzuheben, daß die Gesamteinsatzdauer der Bildaufklärungssatelliten durch technische Verbesserungen um 10 v. H. gesteigert werden konnte.

In der bemannten Raumfahrt ist ein neuer Rekord mit der Raumstation Mir aufgestellt worden. Die längste Verweildauer eines Kosmonauten betrug 326 Tage. Von militärischer Bedeutung sind hierbei vor allem zusätzliche Aufklärungsmöglichkeiten im strategischen Bereich.

Mit dem Start der Schwerlastrakete Energiya im Mai 1987 besitzt die Sowjetunion ein Mittel für Schwertransporte für mehr als 100 Tonnen (Shuttle 30 Tonnen) im Weltraum, das auch als Träger für wiederverwendbare bemannte Raumfähren dienen kann. Mit diesem neu entwickelten Träger hat die Sowjetunion ihre Weltraumtransportkapazität wesentlich erhöht.

4.4) Landstreitkräfte

Die in den letzten Jahren zu beobachtende Weiterentwicklung von Führungsgrundsätzen, Strukturen und Ausrüstung hielt an. Die planmäßige Zuführung hochqualitativer neuer Waffensysteme hat in ihrer Intensität nicht abgenommen. Die Zahl der aktiven wie auch der einsatzbereiten Divisionen ist, abgesehen von

17 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

18 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Mobile Raketen."

19 Die Wörter „Aufklärung, Vermessung etc." wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dagegen haben wir nichts."

unbedeutenden Änderungen, gleichgeblieben. Umstrukturierungen, besonders im Vorfeld, hatten das Ziel, die Fähigkeit zum Kampf der verbundenen Waffen zu steigern.

Im einzelnen:

– Die bisher den Divisionen unterstellten SS-21-Systeme wurden auf Armee-Ebene zusammengefaßt, was eine straffere Führung, bessere Schwerpunktbildung und eine raschere Reaktionsmöglichkeit erlaubt.
– Die Modernisierung des Großgeräts hat im Vorfeld[20] bei Kampfpanzern fast 90% erreicht. Bis zum Ural gerechnet, ist der Anteil der älteren Panzertypen T-54/55 und T-62 deutlich unter die Hälfte gesunken.
– Bei den Kettenschützenpanzern BMP sind im Vorfeld bereits 30% durch die modernen BMP-2 ersetzt worden.
– Bei Artillerie, Flugabwehr und Pioniergerät sind bevorzugt Verbesserungen und Modernisierungen durchgeführt worden. Der Anteil der Selbstfahrlafetten der Artillerie in den Kampfdivisionen liegt nunmehr bei ungefähr 75%. Insgesamt ist damit die Kampfkraft auf mehreren Führungsebenen der sowjetischen Landstreitkräfte gesteigert worden.
– Die Umrüstungsprogramme in den NSWP-Staaten werden wie bisher im Vergleich zu den sowjetischen Verbänden langsamer durchgeführt. Schwerpunkt der Umrüstungsmaßnahmen im NSWP-Bereich ist die NVA[21], ČVA[22] und PVA[23]. Nachdem die PVA SS-21 erhalten hat, verfügen nunmehr NVA, ČVA und PVA bei jeweils einer Division über diese modernen Boden-Boden-Flugkörper (Sowjets sind ausgerüstet).
– Die NVA-Streitkräfte erprobten erneut Teile des Mobilmachungssystems und stellten eine weitere (fünfte) MOB-Division auf.
– Die Umstrukturierung der UVA[24] von der bisherigen Gliederung Division/Brigade in neue Gliederung Korps/Brigade wurde ohne erkennbare Änderung weitgehend abgeschlossen.

4.5) Luftstreitkräfte

Die Entwicklung bei den sowjetischen Luftstreitkräften war 1987 besonders geprägt durch die Aufstellung der Luftarmee Naltschik (Kaukasus), die dem TV[25] (Kriegsschauplatz) Nah/Mittel-Ost zugeordnet wird und zu strategischen Luftoperationen befähigt ist. Die Modernisierung des offensiven, zur atomaren Kampfführung geeigneten Luftkriegspotentials wurde fortgesetzt.

Die wesentlichen Einzelfeststellungen sind:

– Mit Umrüstung des dritten Bear-H-Bombenfliegerregiments stieg die Gesamtzahl der Bear-H auf mindestens 65.
– Die Stationierung der ersten Midas-Tankflugzeuge auf einem Bear-H-Flugplatz unterstreicht die Bedeutung der Luftbetankung für Bear-H auf Langstreckenflügen über der nördlichen Hemisphäre.

20 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „N[icht-]S[owjetische]W[arschauer]-P[akt]-Staaten."
21 Nationale Volksarmee.
22 Tschechoslowakische Volksarmee.
23 Polnische Volksarmee.
24 Ungarische Volksarmee.
25 Teatre Vojny.

– Erstmals wurden strategische Bombenflugzeuge Blackjack zu Ausbildungszwecken disloziert (Gegenstück zur B-1; vermutlich 100 Stück bis 1990 einsatzbereit).
– Im Bereich der Luftarmee Liegnitz schlossen zwei Jagdfliegerregimenter die Umrüstung auf Fulcrum ab.

  Eine Steigerung der Luftverteidigungskapazität der Luftstreitkräfte in den Militärbezirken, bei den Truppen der Luftverteidigung wurde durch weitere Zuführung von Jagdflugzeugen der vierten Generation (Fulcrum-A, Flanker-B, Foxhound-A) erzielt.
– Bei den Fliegerkräften der Gruppen der Truppen wurden die offensiven und defensiven Kräfte der SGT[26] durch Umrüstung je eines Fliegerregiments auf Flanker bzw. Fulcrum gestärkt.
– Im Bereich der GSTD[27] wurden vor allem Teile der Armeefliegerkräfte durch organisatorische Maßnahmen für eine wirkungsvolle Unterstützung der Landstreitkräfte umgegliedert.
– Die strategische Transportkapazität der militärischen Transportfliegerkräfte hat sich durch die Zuführung weiterer Candid und der ersten Dislozierung des Großraum-Langstreckenflugzeugs Condor deutlich verbessert.

Insgesamt ist festzustellen, daß in allen Luftstreitkräften des Warschauer Paktes Umrüstungsmaßnahmen planmäßig durchgeführt werden (Zuführung von Flugzeugen der vierten Generation) und die Führungsmöglichkeiten der Verbände laufend verbessert werden.

4.6) Marinestreitkräfte

In der maritimen Rüstungs- und Seemachtspolitik der Sowjetunion haben sich keine Änderungen ergeben. Priorität haben unverändert die U-Boote für den strategischen Einsatz und deren Waffensysteme.

Die Fertigstellung des ersten Flugzeugträgers BLK-COM-2 wird für 1989 erwartet, der zweite ist im Bau (Stapellauf zweite Hälfte 88; geplant: vier).

Einschließlich der Importe[28] wurden 68 (1986: 56) Kampf- und Hilfsschiffe an die vier Flotten abgeliefert, damit wurde der Durchschnitt der letzten Jahre überschritten.

– Veränderungen bei sowjetischen militärischen Abstützungsmöglichkeiten und Hafennutzungsrechten traten nicht ein.
– Das Verhaltensmuster der sowjetischen Flotten auf den Weltmeeren hat sich in den letzten Jahren hin zu kleineren Übungen mit weniger offensiven Akzenten verändert.
– Mit dem nun auch bei der Pazifikflotte erfolgten Kommandowechsel[29] wurde die bereits 1984 begonnene Neubesetzung der Befehlshaberposten der sowjetischen Flotte abgeschlossen.

26 Südliche Gruppe der Truppen.
27 Gruppe der Sowjetischen Truppen in Deutschland.
28 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Aus N[icht-]S[owjetischen]W[arschauer-]P[akt]-Ländern."
29 Gennadi Alexandrowitsch Chwatow übernahm am 27. Dezember 1986 das Kommando über die sowjetische Pazifikflotte.

5) Führungs- und Kampfgrundsätze

Eine Reihe von Anzeichen deutet darauf hin, daß die Sowjetunion und damit auch ihre Verbündeten bis Mitte der 90er Jahre ein neues taktisch/operatives Konzept verwirklichen wollen. Nach den derzeitigen Erkenntnissen wird das Konzept insbesondere geprägt durch eine Neuordnung der Führungsebenen, die weiter ansteigende Selbständigkeit unterer Führungsebenen, höhere Krisensicherheit und Standfestigkeit der Grundgliederung und des Führungssystems, Nutzung der Datenverarbeitung zur Verbesserung der Führung in Reaktionsgeschwindigkeit und Qualität. Dazu soll eine Erweiterung der Führungsspanne[30] treten, eine Verbesserung und engere Verknüpfung von Aufklärung und Feuerwirkung soll die Verstärkung des funkelektronischen Kampfes sowie die noch stärkere Integration des Gefechtes der dritten Dimension (Luft/Bodenunterstützung) in das der Landstreitkräfte erreicht werden.[31]

Die Folgerung für die Gliederung könnte die sein, daß die Überlappungszone durch die taktisch/operative Führungsebene Korps abgedeckt wird, die Teile der bisherigen Verantwortungsbereiche von Division und Armee vereinigt. Taktischer Verband wäre dann „die Brigade" mit gemischten Kampftruppenbataillonen. Die Brigade würde selbständiger im Vergleich gegenüber dem derzeitigen Regiment. Die Brigade würde ein zusätzliches Kampftruppenbataillon und eine wesentliche Verstärkung von Artillerie, Flugabwehr und Versorgung erhalten. Die Kommandoebene der Armee wird wegfallen. Die Fronten würden die Korps direkt führen, diese die Divisionen.

Die breite Anwendung der Datenverarbeitung soll sowohl die Voraussetzung für die Erweiterung der Führungsspanne als auch für gleichen Informationsstand auf Gefechts- und Ausweichständen als Voraussetzung für einen nahtlosen Übergang der Führung schaffen. Datenverarbeitung erhöht aber auch die Reaktionsgeschwindigkeit der Führung durch schnellere Übermittlung und Aufbereitung von Entscheidungsgrundlagen, die Führungsqualität durch umfassendere Berücksichtigung aller Elemente des zunehmend komplexer werdenden Gefechtsfeldes ermöglicht.[32] Die bereits ausgebauten Gefechtsstände und zahlreichen gehärteten Fm-Verbindungen[33] ergeben bereits jetzt eine hohe Redundanz der Führungsmöglichkeiten und damit eine gefestigte Krisensicherheit.

Aufklärung und Feuer werden ebenfalls mit Hilfe der Datenverarbeitung enger miteinander verknüpft, und damit eine schnellere Bekämpfung beweglicher Ziele hoher Priorität gewährleistet. Die derzeit nur begrenzt zu bildenden Aufklärungs-Feuerschlag-Komplexe werden auf taktischer Ebene im Schwerpunkt, auf höheren Ebenen generell zur Regel werden.

Die verstärkte Integration der dritten Dimension in das Gefecht der Landstreitkräfte läuft in ihrer defensiven Komponente durch die Verstärkung der Regimentsflugabwehr bei der Sowjetarmee bereits an.

30 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Umfang/Anzahl der unterstellten Verbände/Einheiten."
31 So in der Vorlage.
32 So in der Vorlage.
33 Fernmelde-Verbindungen.

Die offensive Komponente wird vor allem durch stärkere und leistungsfähigere Armee-Fliegerkräfte auf der taktisch-operativen Ebene verstärkt. Damit werden sowohl die Möglichkeiten zur schnellen Bildung und Verlagerung von Feuerschwerpunkten in allen Gefechtsarten gesteigert als auch die Voraussetzung für die Realisierung des Luftsturm-Konzeptes (Vorausangriffe durch Luftlandungen auf taktisch/operativ entscheidende Geländeräume, die bis zum Eintreffen/Durchbruch eigener Truppen in der Tiefe des Feindgeländes zu halten sind) geschaffen.

Das Gesamtkonzept wird vor allem wegen des erforderlichen Zulaufes an neuem und teurem Material in der Sowjetunion nicht vor Mitte der 90er Jahre verwirklicht werden können. Flugabwehr und Armeeflieger stellen den ersten Schwerpunkt dar. Wahrscheinlich wird sich das neue Konzept nur auf Mitteleuropa beschränken, da nur hier der Warschauer Pakt auf Spitzentechnologien beim potentiellen Gegner trifft. Umgliederung und phasenweise Neuausrüstung entsprechen dem zu erwartenden technologischen Fortschritt der westlichen Bedrohungen. Sie laufen jedoch bereits jetzt an.

Mit dieser sich abzeichnenden Strukturveränderung wird sich im Warschauer Pakt, wie bereits im Umgliederungsprozeß von 1975 bis jetzt, das Verhältnis von Kampftruppe zur Kampfunterstützung (im weitesten Sinne) nochmals verändern; bei (höchstens) gleichem personellem und finanziellem Aufwand könnte die Zahl der Kampf- und Schützenpanzer in den vornestehenden Großverbänden somit absinken.

Die durch fortschreitende Technologie sich wandelnden Führungs- und Kampfgrundsätze und die daraus resultierenden Veränderungen der Gliederung in den Großverbänden sind von rüstungskontrollpolitischer Bedeutung. Wenn mit weniger Truppen mehr erreicht werden kann, ist es möglich, Reduzierungen zuzustimmen. Die Rücknahme sowjetischer Truppen aus dem Vorfeld bzw. die begrenzte Auflösung von Verbänden unter diesen Bedingungen ermöglicht es, rüstungskontrollpolitische Angebote zu machen, ohne daß der Warschauer Pakt seine Dominanz aufgeben müßte. (Reduzierungen sind auch gegenüber China denkbar.)

Bemerkenswert sind der weitere Ausbau und die Automatisierung der Führungssysteme, die bisher schon vom Westen kaum zu erfassen und auszuwerten waren. Die Indikatoren für einen bevorstehenden Angriff können sich dadurch beträchtlich verringern. Dies hat Konsequenzen für die Vorwarnzeit und erhöht somit die Fähigkeit zur Überraschung durch den WP.

6) Verteidigungshaushalt

Offiziell hat die Sowjetunion, wie im Vorjahr, einen Verteidigungshaushalt von 20,2 Mrd. Rubel oder 4,6 v.H. des Staatshaushaltes vorgelegt. Der NATO-Wirtschaftsausschuß nimmt das sechs- bis siebenfache der ausgewiesenen Summe an. Der Anteil am BSP wird auf 14–17% geschätzt. Dem hat Verteidigungsminister Jasow in Bern im Gespräch mit Carlucci nicht widersprochen.[34] Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie die Zuführung neuer Waffensysteme und Geräte sind nach Aussage des stellvertretenden Außenministers

[34] Am 16./17. April 1988 trafen der sowjetische Verteidigungsminister Jasow und der amerikanische Verteidigungsminister Carlucci in Bern zusammen.

Petrowskij vor der UNO-Konferenz für Abrüstung und Entwicklung[35] (27.8.1987) in anderen Titeln untergebracht.

Der Verteidigungshaushalt 1988 dürfte auch in diesem Jahr um 3 v.H. gewachsen sein. Damit bleibt der Verteidigungshaushalt unterhalb des gesamten wirtschaftlichen Rahmens mit einer Steigerungsrate von 4 v.H.

7) Bewertung und Zusammenfassung

Die Schlagkraft der Streitkräfte des Warschauer Paktes hat insgesamt durch eine Vielzahl von Maßnahmen weiter zugenommen. Hervorzuheben ist die rigorose Schwerpunktbildung der Streitkräfte auf Europa und dort wieder auf den Abschnitt Europa Mitte. Ist das Streitkräftedispositiv der sowjetischen Streitkräfte auf den TV Fern-Ost und Nah-Mittel-Ost eher defensiv ausgerichtet, so bleibt es für den TV Europa nach wie vor offensiv. Eine Begrenzung der Rüstung oder eine Reduzierung der Streitkräfte und grundlegende Änderung der Doktrin im militär-technischen Bereich konnten noch nicht festgestellt werden.

Die mit der Beseitigung der Mittelstreckenraketen auf sowjetischer Seite aufgegebenen Positionen werden teilweise durch Interkontinentalraketen kompensiert.

Die künftigen KRK-Verhandlungen werden die Gelegenheit bieten, die Bereitschaft der SU zur Beseitigung ihrer Fähigkeit zum Überraschungsangriff und zu raumgreifender Offensive zu testen.

Citron

VS-Bd. 14050 (02)

186

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Butler

222-370.45-875/88 VS-vertraulich **24. Juni 1988**[1]

Über Herrn D2A[2] Herrn Staatssekretär

Betr.: Genfer CW-Verhandlungen;
hier: Vertrauliche Vierer-Konsultationen in New York am 20.6.1988

Anlg.: 1) Agenda[3]
2) Teilnehmerliste[4]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Die vertraulichen Vierer-Konsultationen unter Vorsitz von D2A und unter Teilnahme der CD-Botschafter von F[5], GB[6] und D[7] ergaben im wesentlichen

35 In New York fand vom 24. August bis 11. September 1987 die VN-Konferenz über Abrüstung und Entwicklung statt.

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Reyels konzipiert.
2 Hat Botschafter Holik am 24. Juni 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 28. Juni 1988 vorgelegen.

die fortbestehende Übereinstimmung in Zielsetzung und hohem Stellenwert einer weltweiten CW-Verbotskonvention und die Entschlossenheit aller Partner, die offenen Fragen zügig aufzuarbeiten. Es zeigte sich jedoch erneut, daß die Zeitvorstellungen unserer Partner für einen möglichen Abschluß der Konvention langfristiger sind als unsere.

II. 1) D2A warb mit einer Darstellung der Sicherheitsvorzüge eines CW-Verbots für den Westen im Vergleich zum gegenwärtigen Zustand für einen baldigen Abschluß einer CW-Verbotskonvention. Die USA, GB und F hielten es demgegenüber für verfrüht, schon jetzt Feststellungen darüber zu treffen, ob das bisher erreichte Verifikationssystem den Sicherheitserfordernissen gerecht wird.[8] Zunächst müßten Anwendungsbereich und Wirkungsweise der Verifikationsinstrumente deutlicher umrissen sein. Hierzu sei es notwendig, daß die politischen Ankündigungen des Warschauer Pakts von 1987 (insbesondere zur Verdachtskontrolle)[9] konkretisiert würden und ihren Weg in Textentwürfe fänden.

2) Uneinigkeit herrschte weiter hinsichtlich des französischen Vorschlags für CW-Sicherheitsbestände.[10] Unbeeindruckt von unserer Kritik bekräftigte F seinen Entschluß, den Vorschlag in Genf weiterzuverfolgen und die Aufnahme entsprechender Textelemente in den Vertragsentwurf aktiv zu betreiben. Die USA

Fortsetzung Fußnote von Seite 1010

3 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 13025 (204); B 150, Aktenkopien 1988.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 13025 (204); B 150, Aktenkopien 1988.

5 Pierre Morel.

6 Tessa Solesby.

7 Paul-Joachim von Stülpnagel.

8 Am 6. Juni 1988 resümierte Kapitän zur See Kamper, Washington, Stellungnahmen aus dem amerikanischen Verteidigungsministerium zur Frage der Verifikation bei einem Chemiewaffenverbot: „a) Man könne die Augen nicht davor verschließen, daß derzeit niemand die technischen Mittel besitze, um verdeckte/versteckte Lager (‚clandestine stocks') ausfindig zu machen. b) Nach unserem Hinweis auf die Vorteile eines CW-Verbots für die NATO betonte man, daß dies nach Menge und Doktrin durchaus berechtigt sei. Nur, so die Gesprächspartner, müsse erkannt werden: ‚We won't cheat, they will cheat, if possible'. Und das bedeutet einen gravierenden Nachteil für die NATO. c) Schon in der Liste 3 liege eine schwerwiegende Schwäche. Die drei wesentlichen Stoffe (z. B. Phosgene) würden derzeit im Mittleren Osten verwendet, und die Mengenproduktion solcher Stoffe für andere Zwecke schaffe Kontrollrisiken. d) Das Konzept der ‚routine inspection' leide darunter, daß lediglich deklarierte, nicht aber alle zur Produktion fähigen Einrichtungen betroffen seien. e) Alle Diskussionen über ‚challenge inspections' setzen voraus, daß Mittel verfügbar seien, um Verdachtsmomente zu erkennen. Dieser Mangel an ‚intelligence' führe auch dazu, daß man derzeit keinen Vorschlag sehe, der mit ‚security stockpiles' konkurrieren könne. […] f) Der deutsche Vorschlag für ‚ad hoc checks' habe durchaus Vorteile, aber nur, wenn diese zusätzlich und nicht als Ersatz für ‚routine inspections' eingeführt würden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2355; VS-Bd. 12160 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

9 Vortragender Legationsrat Reyels vermerkte am 24. Juni 1987 zu den Genfer Verhandlungen über ein Chemiewaffenverbot: „Am Verhandlungstisch ermutigende Entwicklungen. Insbesondere sowjetische Bewegung auf konsensfähige Positionen hin: Für verifizierte Zerstörung von CW-Herstellungsanlagen; Anerkennung des Grundprinzips der Nichtherstellungskontrolle (Überprüfung der chemischen Industrie, sofern sie in Listen enthaltene besonders gefährliche Substanzen herstellt); sowjetisches Einverständnis, kurzfristig nach Inkrafttreten einer Verbotskonvention verifizierbare Erklärungen über Art und Umfang von CW-Beständen und -Produktionsanlagen abzugeben." Auch „in der politisch besonders sensiblen Frage der Verdachtskontrolle" seien „wichtige Fortschritte" zu konstatieren: „Die SU will in zwei Fällen (Verdacht gegen eine für Regelkontrollen gemeldete Produktionsanlage und Verdacht des Einsatzes von CW) umfassende kurzfristige Vor-Ort-Kontrollen zulassen. Auch in den übrigen Fällen besteht sie nicht länger auf Einschaltung der internationalen Vertragsbehörde vor Entsendung des Inspektionsteams." Vgl. Referat 222, Bd. 162042.

10 Frankreich übergab der Bundesrepublik, Großbritannien und den USA am 7. April 1987 in Genf ein Papier mit einem Vorschlag zur Aufrechterhaltung einer Sicherheitsreserve an Chemiewaffen. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 105.

berichteten über ihre Gespräche mit der SU zur Aufrechterhaltung der Sicherheit während der CW-Vernichtungsphase durch asymmetrische Reduzierungen, die einen konventionskonformen Ansatz zur Lösung bieten.

Auf Frage D2A erläuterten die USA, diese Überlegungen seien mit dem französischen Konzept für Sicherheitsbestände insoweit vereinbar, wie es sich um die Vernichtung der CW handele. Zur Frage einer Produktion von CW nach Inkrafttreten bleibe es bei der US-Haltung, wie sie in dem Dokument von 1984 (CD 500) Ausdruck finde: Keine Produktion nach Inkrafttreten.[11]

Gegen eine von F angedeutete Wahlmöglichkeit, insbesondere von Dritte-Welt-Staaten, zwischen Schutz vor möglichen CW-Angriffen entweder durch eine Beistandszusage oder durch eigene Sicherheitsbestände, wandten die USA ein, diese Gleichstellung von Beistand und CW-Besitz bedeute die Legitimierung von CW-Besitz und -Proliferation. Das sei ein ernstes Problem.

GB argumentierte zurückhaltend und scheint zuversichtlich, daß die französischen Vorschläge schließlich im Plenum der Abrüstungskonferenz scheitern werden.

3) In den übrigen Fragen zeigte sich ein starkes Bemühen um geschlossenes Auftreten und konsensfähige Lösungsansätze. Auf dem Gebiet der Nichtherstellungskontrolle bestätigten die USA ihre Kompromißbereitschaft in der von ihnen seit zwei Jahren in den Vordergrund gestellten Frage der zivil genutzten supertoxisch tödlichen Substanzen. Sie verwiesen auf unseren – von allen Partnern ganz überwiegend positiv bewerteten – Vorschlag für „Ad-hoc-checks“ im gesamten Bereich der chemischen Industrie[12], der es ihnen erlaubt habe, nicht länger auf einem Sonderregime zu bestehen und eine Lösung im Rahmen des etablierten Systems abgestufter Substanzen-Listen zu akzeptieren.

Bei der Verdachtskontrolle bemängelten unsere Partner das Ausbleiben konkreter sowjetischer Vorstellungen und berichteten über eigene zusätzliche Untersuchungen zum Schutz nicht CW-relevanter sensitiver Informationen im Zuge von Verdachtskontrollen. Wir drängten auf Finalisierung der westlichen Vorstellungen und boten unsere aktive Mitwirkung bei der Lösung von Problemen an, die unsere Partner noch sehen.

Wir regten an, das westliche Konzept durch gemeinsame Versuchsinspektionen zu testen und nötigenfalls weiterzuentwickeln. GB berichtete über entsprechende nationale Versuche.

Wir warben für ein aktives westliches Vorgehen beim Datenaustausch noch während der laufenden Verhandlungen. GB kündigte an, daß es – im Format des von uns eingebrachten Arbeitspapiers von April 1988[13] – noch während der Sommersitzungsperiode für GB entsprechende Angaben machen werde.

Es bestand Einvernehmen, in der westlichen Gruppe Vorstellungen über die Durchführungskriterien von freiwilligen Testinspektionen mit multilateraler

11 Die USA legten der Genfer Abrüstungskonferenz am 18. April 1984 einen Entwurf für einen Vertrag über ein Verbot von Chemiewaffen (CD/500) vor. Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 424–446. Vgl. dazu ferner AAPD 1984, I. Dok. 106.

12 Zum Arbeitspapier der Bundesrepublik vom 22. Dezember 1987 „Zu einigen Problemen der Nichtherstellungskontrolle“ vgl. Dok. 10, Anm. 20.

13 Zu den Vorschlägen der Bundesrepublik bei den Genfer Verhandlungen über ein Chemiewaffenverbot vgl. Dok. 114, Anm. 22.

Beteiligung in einzelnen Chemiebetrieben zu entwickeln. Wir unterrichteten über die prinzipiell erklärte Bereitschaft unserer chemischen Industrie, eine Herstellungsanlage für „Schlüsselausgangsstoffe“ für eine Testinspektion zur Verfügung zu stellen.

4) In Gesprächen am Rande erklärte ein Vertreter der USA (ACDA) zu den Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung der US-Verhandlungsposition folgendes:

– Die Kernbestimmungen zur Verifikation eines CW-Verbots würden von den USA im Lichte ihrer Erfahrungen mit dem INF-Abkommen und im Anschluß an entsprechende Regelungen im vorrangigen START-Abkommen entwickelt. Daraus ergäben sich Konsequenzen für den zeitlichen Ablauf. Ein paralleles Vorgehen oder eventuelles Vorziehen der CW-Verhandlungen sei für die USA nicht machbar.
– Von der Reagan-Administration seien wichtige Sicherheitsentscheidungen zu den CW-Verhandlungen nicht mehr zu erwarten. Die USA würden sich daher in Genf auf Verhandlungsbereiche konzentrieren, wo im Rahmen des Konsenses innerhalb der Administration Fortschritte möglich seien. Dies gelte besonders für die Nichtherstellungskontrolle. Hier werden die USA ihre Vorschläge aktiv weiterverfolgen und weitere einbringen. Dagegen sei zweifelhaft, ob in anderen Bereichen bereits entwickelte Papiere, insbesondere zur Verdachtskontrolle, noch die Zustimmung aller beteiligten Stellen der Administration finden würden.

5) Zum nächsten vertraulichen Vierer-Gespräch werden die USA in der zweiten Oktober-Hälfte 1988 (genauer Termin wird abgestimmt) einladen.[14]

Butler

VS-Bd. 13025 (204)

187

Bundeskanzlers Kohl an Präsident Botha

24. Juni 1988[1]

Sehr geehrter Herr Staatspräsident,

in den vergangenen Jahren haben wir wiederholt Gelegenheit genommen, angesichts der auch weltpolitisch gewichtigen inneren Probleme Ihres Landes Möglichkeiten und Wege zu ihrer gewaltlosen, evolutionären Lösung zu erörtern.

14 Zu den vertraulichen Konsultationen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA über ein Chemiewaffenverbot am 7. November 1988 in Washington vgl. Dok. 321.

1 Durchdruck.
Das Schreiben wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 28. Juli 1988 an Staatssekretär Sudhoff übermittelt. Dazu vermerkte er: „Das Auswärtige Amt hat […] ein an den Bundes-

Ich habe Ihnen das nachdrückliche Interesse meiner Regierung an einem baldigen friedlichen Wandel in der Republik Südafrika verdeutlicht. Dieser muß zu einer wirtschaftlichen und politischen Ordnung führen, die von der Zustimmung aller Südafrikaner getragen wird und in der alle Bürger Ihres Landes eine gerechte Chance zur Gestaltung ihres Geschicks sehen.

Sie haben mir Ihrerseits die südafrikanischen Vorstellungen zu der Frage erläutert, wie Sie sich eine künftige Beteiligung des schwarzen Bevölkerungsteils an der politischen Verantwortung im Rahmen eines nationalen Dialogs aller politischen Kräfte vorstellen und einer Lösung zuführen wollen.

Wie Sie wissen, mißt die von mir geführte Bundesregierung der baldigen Aufnahme und Durchführung dieses umfassenden Dialogs für einen friedlichen Wandel in Südafrika größte Bedeutung bei. Ich habe daher auch mehrfach meine Bereitschaft bekundet, im Rahmen unserer Möglichkeiten bei der Schaffung der Voraussetzungen für das Zustandekommen dieses Dialogs mitzuhelfen.

Vor diesem Hintergrund ist die soeben erfolgte Verlängerung des Ausnahmezustandes in Südafrika[2] ein erneuter Rückschritt, der diesen nationalen Dialog nur weiter verzögert. Ja, es steht zu befürchten, daß die erneute politische Ausschaltung auch solcher Gruppen und Parteien, die für einen friedlichen Wandel in Südafrika eintreten, die Chancen für umfassende politische Gespräche weiter verschüttet. Gleiches gilt hinsichtlich der Fortdauer der Haft zahlreicher politischer Gefangener.

Ich möchte daher erneut nachdrücklich an Sie appellieren, die bestehenden Restriktionen für die politische Betätigung schwarzer und farbiger Gruppen und Organisationen aufzuheben und die politischen Gefangenen zu entlassen. Ausdrücklich möchte ich hier neben Nelson Mandela, der vor kurzem sein 70. Lebensjahr[3] vollendet hat, Eric Molobi nennen[4], der stets für ein friedliches Miteinander eingetreten ist. Für beide habe ich mich bei Ihnen mehrfach ohne Erfolg eingesetzt. Auch alle übrigen politischen Gefangenen sollten ebenfalls ihre Freiheit wiederfinden, um sich an Vorbereitung und Durchführung des nationalen Dialogs beteiligen zu können.

Ein weiteres Hindernis für Dialog und friedliches Miteinander in Südafrika sehe ich in dem geplanten Gesetz zur Unterbindung finanzieller Unterstützungsleistungen aus dem Ausland[5]. Von einem solchen Gesetz würden auch die Hilfs-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1013

kanzler gerichtetes Schreiben des südafrikanischen Staatspräsidenten P. W. Botha vom 18.7.1988 übermittelt. In diesem Schreiben wird auf einen Brief des Herrn Bundeskanzlers an den südafrikanischen Staatspräsidenten vom 24. Juni d. J. Bezug genommen. Zur Unterrichtung des Auswärtigen Amtes darf ich Ihnen einen Durchdruck dieses Briefes des Herrn Bundeskanzlers übermitteln."
Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 1. August 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nöldeke am 2. August 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Braun, Ministerialdirigent Sulimma und Legationsrat I. Klasse Gühlcke, beide „n[ach] R[ückkehr]", verfügte.
Hat Sulimma am 8. August 1988 vorgelegen.
Hat Gühlcke am 10. August 1988 vorgelegen.
Hat Braun am 12. August 1988 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 320, Bd. 156011.

2 Zur Verlängerung des landesweiten Notstands in Südafrika am 10. Juni 1988 vgl. Dok. 177, Anm. 7.

3 Nelson Mandela wurde am 18. Juli 1918 geboren.

4 Zum Haftfall Eric Molobi vgl. Dok. 177, Anm. 23.

5 Zu einer geplanten Einschränkung der finanziellen Unterstützung von Oppositionsgruppen in Südafrika vgl. Dok. 177, Anm. 26.

maßnahmen der Bundesregierung wie auch der Europäischen Gemeinschaft betroffen, die die Bundesregierung und ihre europäischen Partner als ein wichtiges Instrument zur Unterstützung einer friedlichen Entwicklung in Ihrem Land ansehen.

Zur Förderung der Dialogbereitschaft der Schwarzen und Farbigen gehört auch und nicht zuletzt die Unterstützung solcher politischer Kräfte, die für eine friedliche Entwicklung eintreten. Ebenso gehört dazu die Förderung der beruflichen Aus- und Fortbildung von Schwarzen und Farbigen als Beitrag zu ihrer gesellschaftlichen Integrierung und damit zur wirtschaftlichen und politischen Stabilität Ihres Landes.

Im Gegensatz zu den immer wieder geforderten Sanktionen sieht meine Regierung in diesen positiven Maßnahmen einen konstruktiven Beitrag zu Lösung der Probleme Ihres Landes.

Ich habe mit Aufmerksamkeit die Hinweise registriert, die darauf hindeuten, daß der Entwurf in der vorgelegten Form nicht Gesetz werden soll. Ich möchte auch insoweit an Sie appellieren, Ihren Einfluß geltend zu machen, daß diese Gesetzesinitiative nicht weiter verfolgt wird.[6]

Mit freundlichen Grüßen
[Kohl]

Referat 320, Bd. 156011

6 Mit Antwortschreiben vom 18. Juli 1988 an Bundeskanzler Kohl führte Präsident Botha aus: „Die Ausdehnung des Ausnahmezustands stößt bei Ihnen auf Kritik. […] Aber seit ich Sie 1984 in Bonn besuchte, sieht sich Südafrika einer ernsten und gewalttätigen Bedrohung der Sicherheit des Staates gegenüber, die die Ausrufung des Ausnahmezustandes erforderte. Die Situation im Lande in den Jahren 1985 und 1986 macht diese Maßnahme absolut erforderlich, um Recht und Ordnung aufrechtzuerhalten und den Mann auf der Straße gegen Einschüchterung zu schützen. Der Erfolg ist deutlich, aber die revolutionären Untergrundbewegungen bestehen weiter und verhindern eine frühzeitige Lockerung des Ausnahmezustandes zum jetzigen Zeitpunkt. […] In Ihrem Schreiben wiederholen Sie Ihr Angebot, bei der Förderung eines nationalen politischen Dialogs behilflich zu sein. Ich denke, der konstruktivste Beitrag, den Ihre Regierung hierzu leisten kann, wäre, Druck auf die ANC-Hierarchie auszuüben, damit sie mit ihrer Terrorkampagne aufhört und sich an einem friedlichen Dialog beteiligt. […] Sie haben zweifellos von der letzten Welle von Bombenanschlägen gegen unschuldige Schwarze und Weiße in unseren Städten gehört. Die ANC-Vertretern gewährte Freiheit, sich in europäischen Hauptstädten, einschließlich Bonn, niederzulassen, und die Art und Weise, in der ANC-Führer von gewissen europäischen Kabinettsministern empfangen werden, kann ihnen unmöglich als Ansporn dienen, ihre bekannte Politik des Terrors aufzugeben.“ Vgl. Referat 320, Bd. 156011.

188

Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt

114-13129/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 24. Juni 1988, 19.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2613 **Ankunft: 25. Juni 1988, 02.18 Uhr**

Betr.: Deutsch-amerikanisch-jüdische Beziehungen;
hier: Gerüchte über vorgesehene Begegnungen von Herrn Bronfman mit dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler[2]

Zur Unterrichtung

1) Hier laut werdende Gerüchte, die uns gegenüber auch vom hiesigen österreichischen Botschafter[3] geäußert wurden, über vorgesehene Begegnungen des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers mit Herrn Bronfman geben im Blick auf den bisher erreichten Stand der Verständigung mit den amerikanischen Juden Anlaß zu Hinweis, daß eine derartig herausgehobene Wahrnehmung von Bronfman, der in Sachen deutsch-jüdische Verständigung bisher keine nennenswerten Verdienste vorzuweisen hat, bei anderen amerikanisch-jüdischen Gruppen, die solche Verdienste haben, Verwunderung, Irritation oder sogar Befremden auslösen könnte. Bronfman vertritt in den US niemanden außer einem kleinen Kreis selbstausgewählter Mitarbeiter und außerhalb der USA ein lockeres Netzwerk von Vertretern, dem zeitweilig auch Herr Nachmann angehört hat, das sich irreführend „World Jewish Congress" nennt. Selbst wenn man die hier üblichen, manchmal sehr deutlichen Unterschiede in den Auffassungen zwischen jüdischen Organisationen in Rechnung stellt, ist Bronfman doch Außenseiter. Auch seine Kampagne gegen Waldheim[4] hat ihm keine Führungsstelle ein-

1 Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse Calebow, Washington, konzipiert.
Hat Legationsrat I. Klasse Hanckel am 27. Juni 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dies Ex[emplar] ist StS Su[dhoff] vorzulegen."
Hat Staatssekretär Sudhoff am 27. Juni 1988 vorgelegen, der für Abteilung 2 handschriftlich vermerkte: „Dies ist ein beachtliches Telegramm. Was ist geplant?"
Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 28. Juni 1988 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 204 verfügte und handschriftlich vermerkte: „B[itte] Stellungnahme."

2 Vortragender Legationsrat Kölsch notierte am 25. Mai 1988 für Bundesminister Genscher: „Der Präsident des World Jewish Congress (WJC, New York), des Dachverbandes jüdischer Organisationen aus 65 Ländern, Edgar M. Bronfman, wird am 12. Juli 1988 in Berlin mit dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Galinski, zusammentreffen und vom Herrn Bundespräsidenten zu einem Gespräch empfangen werden […]. Herr Bronfman beabsichtigt, im Anschluß an seinen Berlinbesuch auch nach Bonn zu Gesprächen mit der Bundesregierung zu kommen. […] Bronfman ist seit dem Ableben Nahum Goldmanns (Ende 1981; Goldmann hatte den World Jewish Congress 1936 gegründet) Präsident des WJC und wird dieses Amt voraussichtlich noch auf Jahre innehaben. […] Bronfman ist in den Jahren nach seinem Amtsantritt sowohl mit dem Herrn Bundeskanzler wie mit Ihnen zusammengetroffen. Die Diskussion über den österreichischen Staatspräsidenten dürfte der Grund dafür sein, weshalb es in den vergangenen Jahren von Seiten des WJC zu keiner Fortsetzung der Gespräche kam. Bronfman ist nun offensichtlich an einer Wiederbelebung seiner Kontakte zur Bundesregierung gelegen." Vgl. VS-Bd. 13010 (204); B 150, Aktenkopien 1988.

3 Friedrich Hoess.

4 Im Zusammenhang mit der Wahl Kurt Waldheims am 8. Juni 1986 zum österreichischen Bundespräsidenten wurden Vorwürfe wegen seiner Rolle im Zweiten Weltkrieg erhoben. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 166, und AAPD 1987, II, Dok. 196.

gebracht, ebensowenig die vor allem vom World Jewish Congress lautstark vorgetragene Kritik am Bitburg-Besuch[5].

Namhafte jüdische Gesprächspartner haben der Botschaft gegenüber hier immer wieder hervorgehoben, daß Bronfman nicht legitimiert sei, im Namen einer einzigen echten jüdischen Gruppierung in den USA zu sprechen und zu handeln. Dem Mißverständnis, daß Bronfman so etwas wie eine Weltführungsrolle der Judenheit wahrnimmt, sind zuletzt wohl auch die Sowjets verfallen, als Bronfman mit ihnen über die Ausreise sowjetischer Juden verhandelte und dabei offenbar bewußt den Eindruck vermittelt hat, er würde dafür als Gegenleistung zur Ausweitung der amerikanisch-sowjetischen Handelsbeziehungen beitragen können. Die hiesige jüdische Presse schrieb später, daß die Sowjets dabei wohl auf ihre eigene Propaganda – nämlich, daß jüdischer Einfluß in den USA allmächtig sei – hereingefallen seien.

Foxman, National Director von ADL[6], der die Botschaft kürzlich auf das in Aussicht genommene Auftreten des Bundeskanzlers vor dem Simon Wiesenthal Center aufmerksam gemacht hatte[7], hatte dabei auch die Worte gebraucht, zuerst Bitburg, dann die Mittagessenseinladung des Bundeskanzlers bei Bronfman und jetzt ausgerechnet auch noch das Simon Wiesenthal Center. Die nun möglicherweise geplante erneute Begegnung mit Bronfman war Foxman zu dem Zeitpunkt noch nicht bekannt.

2) Der über Jahre behutsam und mit Beharrlichkeit eingeleitete Prozeß der Verständigung mit den amerikanischen Juden (dessen sichtbarster Ausdruck zuletzt die Begegnung des Bundeskanzlers und des Bundesministers mit einer Spitzendelegation des American Jewish Committee am 14. April d. J. war[8]) ist noch nicht so gefestigt, daß er nicht noch gefährdet werden könnte. Deshalb sollte jedes Risiko vermieden werden, die wichtigsten Akteure im Rahmen dieses Verständigungsprozesses so zu verunsichern, daß ihr Engagement für uns erlahmen könnte. Das Simon Wiesenthal Center und Bronfman sind beide in gewissem Sinne in weiten, gerade für uns wichtigen jüdischen Kreisen nicht „salonfähig". Die Wahl dieser Institutionen bzw. Personen als Partner könnte auf Unverständnis bei den für uns bisher wichtigsten Verbündeten im Verständigungsprozeß stoßen. Sollte ihr Interesse an weiterer Zusammenarbeit mit uns erlahmen, dann könnte der daraus entstehende Schaden weder durch das Simon Wiesenthal Center noch durch Bronfman ausgeglichen werden – unabhängig davon, daß beide nach aller bisher verfügbaren Kenntnis dazu auch kaum bereit sein würden. Es gibt in den USA (und nicht nur dort) noch jüdische Gruppierungen, denen das vor allem durch Einsatz des American Jewish Committee erreichte

5 Bundeskanzler Kohl und Präsident Reagan besuchten am 5. Mai 1985 den Soldatenfriedhof in Bitburg. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 123.
Zu den Auswirkungen dieses Besuchs auf die Beziehungen zu jüdischen Organisationen in den USA vgl. AAPD 1986, I, Dok. 55.

6 Anti-Defamation League.

7 Bundeskanzler Kohl sprach am 14. November 1988 in New York bei einer Festveranstaltung zu Ehren des 80. Geburtstages von Simon Wiesenthal. Für den Wortlaut der Rede vgl. BULLETIN 1988, S. 1381–1384. Vgl. dazu ferner Dok. 328.

8 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten des American Jewish Committee, Ellenoff, am 14. April 1988; Dok. 110.

Ausmaß der Verständigung mit uns nicht paßt. Die Vereinnahmung unserer Seite durch Institutionen, die den bisherigen Verständigungsprozeß nicht unterstützen, könnte der Versuch sein, diesen Prozeß zu stören.

Von den Förderern des bisherigen Verständigungsprozesses wird ein hohes Maß an persönlichem Engagement und Einsatz gefordert, das manchmal noch bis an die Grenzen des innerhalb der maßgeblichen Teile der jüdischen Gemeinschaft der USA politisch Vertretbaren geht. Projekte, wie die Ergänzung des hiesigen Holocaust-Unterrichtes durch ein versöhnliches Schlußkapitel über die Bundesrepublik Deutschland sind hier nicht unumstritten.[9] Eine Unterstützung dieses für uns wichtigen Bemühens durch das Simon Wiesenthal Center oder Bronfman ist nach ihrem bisherigen Verhalten unwahrscheinlich. Von Kontakten, auch von hochrangigen und sichtbaren Kontakten mit ihnen wäre keine Änderung ihrer Haltung hierzu zu erwarten. Einziges Ergebnis könnte eine schwer wiedergutzumachende Irritierung und Verunsicherung unserer Freunde sein. Manche Leute hier könnten das als Sieg feiern. Wir sollten ihnen dazu keinen Anlaß liefern.[10]

[gez.] Ruhfus

VS-Bd. 13010 (204)

9 Zu den Schulbuchprojekten mit dem American Jewish Committee vgl. Dok. 110, Anm. 4.

10 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Moltke betonte am 28. Juni 1988, daß die von Botschafter Ruhfus, Washington, gegen einen Empfang des Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Bronfman, durch die Bundesregierung erhobenen Bedenken von Referat 204 nicht geteilt würden. Statt dessen gab Moltke zu bedenken: „Die Waldheim-Affäre und Meinungsverschiedenheiten zwischen BK und Bronfman (nach Bitburg) haben zwar zu einer Abkühlung des Verhältnisses zu B[ronfman] geführt, es wäre aber angesichts seines Einflusses und des damit verbundenen ‚nuisance value' unklug, seine Initiative zur Wiederbelebung der Kontakte zur Bundesregierung zurückzuweisen […]. Unsere Beziehungen zum Judentum in den USA sollten im Ansatz – wie dies in der Vergangenheit war – breiter gefächert und auf diversifizierte Kontakte gestützt werden; die Verdienste des American Jewish Committee werden nicht verkannt; ihm sollten wir auch immer eine herausgehobene Rolle zukommen lassen. Wir sollten uns aber nicht allein auf das American Jewish Committee stützen und uns nicht durch das A[merican]J[ewish]C[ommittee] in unseren Bemühungen um weitere Kontakte und Anknüpfungspunkte mit dem amerikanischen Judentum behindern lassen." Vgl. VS-Bd. 13010 (204); B 150, Aktenkopien 1988.
Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Bronfman am 14. Juli 1988 vgl. Dok. 205.

189

Botschafter von Stülpnagel, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1471 **Aufgabe: 26. Juni 1988, 17.43 Uhr**[1]
Ankunft: 27. Juni 1988, 00.10 Uhr

Betr.: 3. SGV der Vereinten Nationen über Abrüstung[2];
hier: Schlußbericht

Bezug: Aufzeichnung der Abt. 2 A vom 14.3.1988, AZ 223-370.78/50 VS-NfD[3]

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Die 3. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung ist nach vierwöchiger Dauer in den Morgenstunden des 26. Juni ohne Einigung auf ein Schlußdokument[4] mit der Annahme des formalen Berichts an die Generalversammlung beendet worden und damit gescheitert. In den abschließenden 20stündigen ununterbrochenen Konsultationen und Verhandlungen erwiesen sich die kritischen Elemente multilateraler Abrüstungsbemühungen (u. a. Verhältnis konventioneller zu nuklearer Abrüstung, Weltraumrüstung, kernwaffenfreie und Friedenszonen, Prioritätenfolge (nuklear/konventionell), Aktionsprogramm der Konferenz über Abrüstung und Entwicklung etc.) als nicht konsensfähig, nicht einmal die Meinungsunterschiede konnten notiert werden. Die günstigen Vorbedingungen und das bis in die Abendstunden des 25.6. uneingeschränkt sachlich-moderate Arbeitsklima konnten nicht in positive Trends der weltweiten Abrüstungsbemühungen umgesetzt werden. Verharren in vom anti-nuklearen Affekt gekennzeichneten Bahnen (N+N) einerseits und Abwehr konkreter Inpflichtnahme durch multilaterale Abkommen andererseits (USA) stehen einer zweckmäßigen Neuordnung des Verhältnisses von bilateraler zu multilateraler Rüstungskontrolle entgegen. Die Implementierung des zweckmäßigen (deutschen) Ansatzes eines „konstruktiven Parallelismus" bleibt vorerst unerfüllbar. Die von der SGV erwarteten inhaltlichen und institutionellen Impulse sind ausgeblieben; die Akzentuierung der Rolle der Vereinten Nationen im Bereich der Abrüstung wird nach dem Fehlschlag der SGV neuer

1 Das von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Peters und Legationsrat I. Klasse Germann, beide z. Z. New York, konzipierte Fernschreiben wurde in vier Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 14, 29 und 33. Hat Vortragendem Legationsrat Nourney vorgelegen.

2 Die VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung fand vom 31. Mai bis 26. Juni 1988 in New York statt.

3 Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofstetter vgl. Dok. 84.

4 Vortragender Legationsrat Nourney vermerkte am 23. Juni 1988 aufgrund eines Telefongesprächs mit der Delegation der Bundesrepublik bei der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung in New York: „Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Ahmad, wird heute den Entwurf eines Schlußdokuments vorlegen, der auf den in den drei Arbeitsgruppen erarbeiteten Berichten beruht. Das Papier ist 16 Seiten lang und enthält […] einen vergleichsweise pro-westlichen Text, unbeschadet einiger Konzessionen (Apartheid, Israel) an die Dritte Welt. […] Die Beratungen des Papiers würden unter erheblichem Zeitdruck stattfinden, insgesamt stehe nur ein ganzer Tag zur Verfügung: Offenbar sei dies klar von Ahmad beabsichtigt, der davon ausgehe, daß ein Konsens eher unter Zeitdruck zu erreichen sei." Vgl. Referat 243, Bd. 162176.

Anstrengungen bedürfen. Der Vorschlag Indiens, auf der Grundlage des positiven Sondierungsprozesses dieser SGV 1989 einen erneuten Versuch zur Einigung auf ein substantielles Dokument im Rahmen einer vierten SGV zu unternehmen, fand keine Zustimmung. Dem multilateralen Abrüstungsprozeß ist somit auf absehbare Zeit eine konkrete Perspektive verwehrt. Dennoch kann die SGV nicht als ergebnislos abgetan werden. Ihr wertvoller Beitrag liegt in der Präzisierung und Abgrenzung des derzeit Konsensfähigen und den daraus ableitbaren Prioritäten künftiger Anstrengungen im Bereich multilateraler Abrüstungsbemühungen.

Das dramatische Ende am Morgen des 26.6. setzte die USA in Gegensatz zu allen anderen Delegationen. ACDA-Direktor Lynn Hansen, assistiert von Gen. Walters[5], StV der USA in New York, beschied die Anwesenden (Ost, West, N+N) dahin: „You don't like our approach, we don't like yours. We told you already before the G.A.[6] that there is no chance of a final document. I can't believe that the US can satisfy 158 other countries." Wenige Minuten später trennten sich die Verhandler auf Wunsch der USA, die jede Verlängerung der Verhandlungen ablehnten.

Die Verhandlungen in den drei Arbeitsausschüssen und im Hauptausschuß waren nicht zuletzt durch die Taktik der USA gekennzeichnet, deren Vertreter allgemeinen Mißmut, aber keine klare Linie erkennen ließen. Auf Fragen (auch westlicher Delegationsleiter) wurde keine Antwort gegeben. Darunter litt die westliche Koordinierung. Die EPZ-Abstimmung war dicht und weitgehend erfolglos, da die MS praktisch zu keinem Thema eine einheitliche Meinung haben. Kernpunkt ist das unterschiedliche Verhältnis zum Osten und den N+N.

Das sozialistische Lager hielt sich zurück und versuchte, „durch Schweigen konstruktiv" zu sein. VAM[7] Petrowskij verzichtete auf Agitprop und lud zum Essen ein.

Indien gebärdete sich bis zum letzten Tag verbal aufsässig, war sichtbar im eigenen Lager isoliert und räumte erst am letzten Abend, als es dann zu spät war, massenweise Geröll weg. Immerhin steht es damit nicht als Verantwortlicher des Scheiterns da. Jugoslawien blieb stumm, Kuba (zum Schluß) wohlerzogen, die Lateinamerikaner erwiesen sich als hilfreich. Die ganze Gruppe der N+N präsentierte sich sehr viel rationaler als bei der zweiten SGV[8]. Der Irak scheute sich nicht, gegen einen Vorschlag Sturm zu laufen, demzufolge der VN-GS bei vermutetem Giftgaseinsatz Untersuchungen anstellen soll, verband dies jedoch so intensiv mit Angriffen auf Israel, daß ihm fast Erfolg beschieden gewesen wäre. (Der Abbruch der Verhandlungen hat den Irak davor bewahrt, als die Ursache des Scheiterns zu gelten.)

II. Im einzelnen

a) Zeitpunkt

Schon im Vorfeld der 3. SGV hatte es unterschiedliche Überlegungen über die Angemessenheit des Zeitpunkts der Durchführung dieser Sondergeneralversamm-

5 Korrigiert aus: „Gen[eral] Walker."
6 General Assembly.
7 Korrigiert aus: „VM".
8 Die VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung fand vom 7. Juni bis 10. Juli 1982 in New York statt. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 215.

lung gegeben. Nach der Euphorie der 1. Sondergeneralversammlung 1978 mit ihrem „Jahrhundertprogramm" für die umfassende multilaterale Abrüstung[9], nach dem Fast-Scheitern der 2. Sondergeneralversammlung von 1982 mit ihrem Minimalkonsens richteten sich unterschiedliche, gleichwohl jedoch hohe Erwartungen aus verschiedenen Lagern an die 3. Sondergeneralversammlung, die nach Auffassung der einen (hauptsächlich der Neutralen und Nichtgebundenen) das Momentum von 1978 wieder aufnehmen, in der Hoffnung der anderen (u.a. westlichen Staaten) die wenn auch begrenzte, jedoch wichtige ergänzende Rolle der multilateralen Abrüstung neben dem bilateralen und regionalen Abrüstungsprozeß definieren sollte.

Gemäß diesen unterschiedlichen Erwartungen wurden auch Vorteile und Nachteile des Stattfindens zum gegenwärtigen Zeitpunkt unterschiedlich beurteilt: Für viele der Neutralen und Nichtgebundenen warf die kompromißlose Haltung der Vereinigten Staaten in der Genfer Abrüstungskonferenz zu den die N+N interessierenden Gebieten nukleare Abrüstung, Teststopp und Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum dunkle Schatten der Vorahnung auf das Unternehmen; eine Verschiebung, zeitweise von Mexiko favorisiert, wagte jedoch niemand öffentlich zu propagieren, da die N+N Gefangene ihrer eigenen Rhetorik über die Dringlichkeit neuer multilateraler Schritte geworden waren. Für die meisten Staaten des Westens, in minderem Maße auch für diejenigen des Warschauer Paktes, fand andererseits die Sondergeneralversammlung zu einem günstigen Zeitpunkt statt, nachdem die Bewegung im bilateralen Bereich Voraussetzungen für eine neue Definition des multilateralen Ansatzes in einer ergänzenden Rolle geschaffen hatte.

b) Vorbereitung

Daß die Hoffnung des Westens auf einen Prozeß der Einsicht der N+N in die Grenzen für den multilateralen Rüstungskontrollprozeß enttäuscht werden könnte, zeichnete sich bereits während der Vorbereitung der Sondergeneralversammlung in zwei substantiellen Sitzungen des Vorbereitungsausschusses ab.[10] Dem pakistanischen Vorsitzenden, späteren Vorsitzenden des Hauptausschusses der SGV, Botschafter Ahmad, gelang es nicht, ein einvernehmliches Konzept für die Ausgestaltung der Tagesordnung zu erstellen. Das von ihm in eigener Verantwortung erstellte illustrative Beispiel einer Themenliste glich

9 Vom 23. Mai bis 30. Juni 1978 fand in New York die VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung statt. Für den Wortlaut des Schlußdokuments vom 30. Juni 1978 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XVI, S. 274–290. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 520–542. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 212.

10 Vortragender Legationsrat Barker, z.Z. New York, berichtete am 6. Februar 1988: „Vorbereitungstagung für 3. SGV-Abrüstung, die seit dem 25.1. tagte, ging heute (5.2.) abend zu Ende. Wegen fortgesetzter Divergenzen und vor allem wegen anhaltenden Widerstands der US-Delegation war lediglich Minimalergebnis (Kenntnisnahme eines für die inhaltliche Vorbereitung der 3. SGV verfaßten Papiers des pakistanischen Vorsitzenden, keine weitere Vorbereitungstagung vor Eröffnung der 3. SGV selbst trotz zahlreicher ungelöster Probleme) möglich. […] Sichtbare Bremserrolle der USA erlaubte anderen Teilnehmern freilich auch, sich mit ihren Vorbehalten oder Sonderwünschen nicht exponieren zu müssen. Erkennbare, aber dank der USA nicht prominente Störfaktoren waren vor allem Indien, das durch radikales Plädoyer für Schwerpunktbehandlung neuer Technologien und ihrer Abrüstungsrelevanz eine Welle von weiteren kategorischen Forderungen an die Agenda der 3. SGV auslöste, und Jugoslawien, das undurchsichtige Rolle spielte und vermutlich den Westen durch prozedurale Manöver wie inhaltliche Forderungen in die Rolle des Neinsagers drängen wollte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 261; Referat 243, Bd. 162175.

einer eher beliebigen Ansammlung all jener Konzepte von 1978, deren Undurchführbarkeit in der Praxis sich längst erwiesen hat. Wie das Ergebnis der 3. SGV zeigt, spielte die Weigerung der USA (teilweise unterstützt von GB), die Erörterung einiger Themen auch nur zu erwägen, eine weitere Rolle beim Scheitern des Unternehmens.

c) Hauptkonferenz

1) Plenarreden

Die Generaldebatte verlief überwiegend in guter Atmosphäre. Eine Ausnahme stellte neben der Rede des iranischen Außenministers[11], die zu scharfen Repliken des Irak und der USA führte, lediglich die Rede des kubanischen AM[12] dar, deren Aggressivität und daraus resultierendem Schlagabtausch mit den USA noch in die Arbeit der Arbeitsausschüsse nachwirkte. Der iranische Außenminister verurteilte den CW-Einsatz im Golfkrieg durch den Irak[13], warf dem VN-Sicherheitsrat Versäumnisse und Untätigkeit bei der Behandlung dieses Problems vor und bezeichnete die Präsenz amerikanischer Marinekräfte im Golf als Rückkehr zur Kanonenbootpolitik.

[14]Trotz des gemäßigten Tons nahezu aller Erklärungen läßt sich inhaltlich kaum eine Änderung der Positionen feststellen. In den Reden der Ungebundenen und des Ostens wurden hinlänglich bekannte, für den Westen weiterhin inakzeptable Forderungen wiederholt. Bei der Bewertung der Entwicklung im Bereich der Rüstungskontrolle und Abrüstung seit der 1. Sondergeneralversammlung 1978 – auf die 2. SGV 1982 bezog sich, obwohl dies formell angemessen gewesen wäre, niemand – überwogen die positiven Akzente. Gewürdigt wurde insbesondere der Abschluß des INF-Abkommens als Signal für weitere Bemühungen in anderen Bereichen und Foren. Entsprechend dem Abschlußdokument von 1978, dessen weitere Gültigkeit erwartungsgemäß von den Ungebundenen und den WP-Staaten unterstrichen wurde, wurde mit Ausnahme westlicher Redner der Vorrang nuklearer Abrüstung herausgehoben. Damit einher gingen inakzeptable Forderungen wie die nach sofortigem Teststopp, Einrichtung nuklearwaffenfreier Zonen und dem unkonditionierten Einsatzverbot für Nuklearwaffen. Die Wichtigkeit eines raschen Abschlusses einer CW-Konvention und einer Verhinderung des Wettrüstens im Weltall wurde von fast allen Rednern unterstrichen.

Obwohl die konventionelle Rüstungskontrolle stärkere Beachtung gewonnen hat, wiesen die Ungebundenen bei sich bietender Gelegenheit immer darauf hin, daß die konventionelle Rüstungskontrolle zunächst in den am stärksten gerüsteten Regionen (sprich: Europa) beginnen solle. Die Häufigkeit, mit der Themen,

11 Ali Akbar Velayati.

12 Botschafter von Stülpnagel, z. Z. New York, berichtete am 14. Juni 1988: „Die bisher ruhig verlaufene Generaldebatte erhielt am Nachmittag des 3.6.1988 durch den Beitrag des kubanischen Vizepräsidenten Rodríguez einen neuen Akzent. In unversöhnlichem Ton beschuldigte er die USA der fortgesetzten Bedrohung Kubas und des Kolonialismus, ebenso wenig fehlten Hinweise auf SDI und binäre C-Waffen. Israel wurde als arrogant und brutal und der Kapitalismus als Urheber der Verschuldung der Drittweltstaaten bezeichnet, während er das sozialistische Kuba als friedliebend darstellte. […] Nachdem die USA durch eine farbige Vertreterin mit etwas theatralischen Worten und Gesten von ihrem Recht auf Erwiderung Gebrauch gemacht hatten, wurden die Angriffe der kubanischen Vertreter auf sie sehr persönlich, so daß die US-Delegierte vorübergehend den Saal verließ.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1377; Referat 243, Bd. 162178.

13 Zum Einsatz von Chemiewaffen durch den Irak vgl. Dok. 99 und Dok. 154.

14 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1472 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

die dem Westen Schwierigkeiten bereiten, Erwähnung fanden, ließ Schwierigkeiten bei der Konsensbildung zu einem Schlußdokument erwarten; zu den o. a. Themen zählten die Forderung nach der Kontrolle der Seerüstung, der Vorschlag zur Einrichtung einer multilateralen Verifikationsbehörde im Rahmen der VN, sowie Abrüstung und Entwicklung, einschließlich erneuter Forderungen nach Einrichtung eines Abrüstungsfonds (letztlich auch vom Osten nicht mehr vertreten).

Musterhaftes Beispiel einer N+N-Rede, deren Ziel in der Ausklammerung einer Diskussion der eigenen Sicherheitspolitik und der Ablenkung auf die Verpflichtungen anderer, vorzugsweise der fünf Nuklearmächte, bestand, war die Rede des indischen MP Gandhi, dessen Auftritt das Medienereignis der SGV war, öffnete seine Ansprache mit einer scharfen Abrechnung mit „terroristischen" Abschreckungsdoktrinen.[15] Er stellte seinen Plan einer vollständigen Denuklearisierung der Welt bis zum Jahre 2010 vor, dessen hochherzige Ziele den Nebelschleier für ein näherliegendes indisches Ziel, den Erwerb des Nuklearmachtstatus, abzugeben haben. Wichtiges Element dieses Plans ist daher das Auslaufen des NV-Vertrages[16] nach 1995 und sein Ersatz durch einen Vertrag, der den Kernwaffenstaaten die umfassende Denuklearisierung in detaillierten Schritten und binnen fester Fristen vorschreiben soll.

Exemplarisch für die Haltung des WP war die Rede von DDR-Außenminister Fischer.[17] Deutlich wurde das Bemühen um Herausstellung eines positiven, konstruktiven Herangehens. Polemik und einseitige Schuldzuweisungen wurden vermieden. Dies konnte jedoch nicht darüberhinwegtäuschen, daß der WP auf seinen alten, unannehmbaren Positionen zumindestens nach außen hin beharrt. Gleichzeitig suchte er durch neue Forderungen, deren mangelnde Konsensfähigkeit sich in anderen Gremien bereits erwiesen hatte, den Beifall der Ungebundenen zu erheischen. Beispiele hierfür sind die Forderung nach Abschaffung ausländischer Militärbasen und zum Verzicht auf destabilisierende Rüstungstechnologien.

In den westlichen Beiträgen wurden die bestehenden unterschiedlichen Auffassungen deutlich. Am einen Ende des Spektrums stand die in der Rede des

15 So in der Vorlage.
Am 10. Juni 1988 teilte Botschafter von Stülpnagel, z. Z. New York, zur Rede des indischen Ministerpräsidenten vom Vortag mit: „Gandhi […] stellte das Bemühen seines Landes und seinen persönlichen Einsatz für die nukleare Abrüstung in den Vordergrund. Er eröffnete seine Rede durch eine scharfe Abrechnung mit der Abschreckungsdoktrin. Er nannte sie die grausamste Ausprägung terroristischen Verhaltens, da ganze Völker zu Geiseln genommen würden. […] Gandhi zeichnete weiter einen groben Fahrplan vor, nach dem 1995 der dann auslaufende Nichtverbreitungsvertrag durch einen neuen Vertrag ersetzt werden solle, der alle Nuklearwaffenstaaten verpflichten würde, ihre Nukleararsenale bis zum Jahre 2010 abzuschaffen, und alle nichtnuklearen Staaten, auf die Anschaffung von Nuklearwaffen zu verzichten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1351; Referat 243, Bd. 162178.

16 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.

17 Botschafter von Stülpnagel, z. Z. New York, berichtete am 2. Juni 1988: „DDR-Delegation hatte Weisung erhalten, uns Rede von AM Fischer vorab zu übergeben. […] Bundeskanzler Kohl wird […] im Zusammenhang mit dem Honecker-Brief vom 16.12.1987 betreffend den nuklearfreien Korridor in Mitteleuropa erwähnt. Aber weder diese Zone noch die CW-freie Zone […] werden besonders herausgestellt. Dagegen wird zum ersten Mal in dieser Sondergeneralversammlung die Sorge vor dem französischen Konzept der Sicherheitsreserven an chemischen Waffen herausgestellt". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1252; Referat 243, Bd. 162176.

griechischen Außenministers Papoulias[18] zum Ausdruck kommende Haltung, der sich auf die Stockholmer Initiative der sechs Staats- und Regierungschefs[19] vom Frühjahr bezog und viel Übereinstimmung mit Forderungen der Ungebundenen erkennen ließ. Die Mitte des Spektrums – unter Außerachtlassung der vielbeachteten Rede des BM[20], dessen Aussagen im nationalen Redeteil weithin günstige Aufnahme fanden – besetzte in etwa der niederländische AM van den Broek[21] mit einer sehr europäischen Rede, die einerseits die Einbindung in die NATO deutlich machte, andererseits jedoch auch das starke Interesse an Fortschritten in Abrüstung und Rüstungskontrolle herausstellte. Den rechten Flügel besetzten – in diesem Aspekt noch den USA davoneilend – die Franzosen, deren von AM Dumas vorgetragene Rede[22] insofern aus dem Rahmen fiel, als sie sich mit Abrüstungsfragen kaum beschäftigte, sondern in weiten Passagen eine Rechtfertigung der sich auf Nuklearwaffen (und künftig CW) abstützenden französischen Sicherheitspolitik darstellte. Seine Äußerung, daß selbst nach Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts auf niedrigerem Niveau Nuklearwaffen weiterhin erforderlich sein würden, stieß in der Sondergeneralversammlung auf Befremden und Ablehnung.

Die Generaldebatte hinterließ einen zwiespältigen Eindruck: Einerseits nährte die vergleichsweise gute Atmosphäre und der von allen Seiten geäußerte Wunsch nach einem unkonfrontativen Verlauf und erfolgreichen Abschluß der 3. SGV Hoffnungen auf einen guten Ausgang; andererseits zeichneten sich selbst in den eher allgemein gehaltenen Reden der hochrangigen politischen Vertreter der teilnehmenden Staaten bereits vielfach nicht konsensfähige Positionen in Sachfragen ab.

2) Arbeitsgruppen

In der zweiten, der Arbeitsphase der Konferenz, war die Arbeit durch einen Beschluß des Hauptausschusses auf drei Arbeitsgruppen aufgeteilt. Arbeits-

18 Am 2. Juni 1988 berichtete Botschafter von Stülpnagel, z. Z. New York, über die Rede des griechischen Außenministers vom Vortrag: „Papoulias schlug in seiner Rede, die bekannte griechische Anliegen thematisierte, vor, daß der VN-GS in Vorbereitung der Schaffung eines integrierten Verifikationssystems im Rahmen der VN der 44. GV einen Bericht über die ‚der internationalen Gemeinschaft zur Verfügung stehenden technischen Mittel zur Verifikation von Abrüstungsabkommen' vorlegt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1255; Referat 243, Bd. 162176.

19 Zur Konferenz der Sechs-Nationen-Initiative am 21./22. Januar 1988 in Stockholm vgl. Dok. 167, Anm. 6.

20 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 6. Juni 1988 vor der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung in New York vgl. BULLETIN 1988, S. 721–725.

21 Botschafter von Stülpnagel, z. Z. New York, stellte am 2. Juni 1988 zur Rede des niederländischen Außenministers vom Vortrag fest: „Breiten Raum nahm dabei u. a. das Thema chemische Waffen ein. Van den Broek nahm seine Rede zum Anlaß, die Bereitschaft der Niederlande zur Aufnahme der zu schaffenden CW-Vertragsorganisation zu erklären." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1255; Referat 243, Bd. 162176.

22 Am 2. Juni 1988 berichtete Botschafter von Stülpnagel, z. Z. New York, aus der Plenarsitzung vom selben Tag: „Völlig aus dem Rahmen fiel die Rede des französischen Außenministers Dumas, der, ohne allgemeine Zustimmung erheischen zu wollen, nationale Positionen darstellte. Über weite Strecken rechnete er – mit bitterer Kritik – mit den bilateralen Verhandlungen der Großmächte ab. Hervorzuheben ist insbesondere seine Bemerkung, daß der sicherste Weg der Verhinderung jeglichen Krieges, nuklear oder konventionell, die Abschreckung sei. […] Er wies auf die Erklärungen Mitterrands vor der Generalversammlung im Jahre 1983 hin, die drei Konditionen für eine französische Verhandlungsteilnahme voraussetzen und die heute noch Gültigkeit hätten: 1) Reduzierung der Arsenale der SU und der USA in Qualität und Quantität auf eine mit anderen nuklearen Arsenalen vergleichbare Größe; 2) Limitierung der Verteidigungssysteme, die in der Lage wären, die Abschreckung zu neutralisieren, und 3) einen spürbaren Fortschritt bei der Reduzierung des konventionellen Ungleichgewichts in Europa einschließlich des Abbaus jeglicher Bedrohung durch chemische Waffen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1263; Referat 243, Bd. 162176.

gruppe I befaßte sich mit dem TOP 10 der TO der SGV, der Bewertung des multilateralen Abrüstungsprozesses seit 1978, gemessen an der Implementierung der von der 1. SGV verabschiedeten Forderungen. Arbeitsgruppe II fiel mit der Behandlung von TOP 12 und der Identifizierung neuer Entwicklungen und Trends im multilateralen Abrüstungsprozeß und der Erarbeitung von Folgerungen für die Zukunft die Hauptaufgabe zu. Vorgabe der Arbeitsgruppe III war es, zu den Tagesordnungspunkten 13 und 14 der Konferenz praktische Schlußfolgerungen aus den Zukunftsempfehlungen bezüglich der Gestaltung der Rolle der VN bei der Verwirklichung dieser Forderungen und der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit in Abrüstungsfragen zu formulieren.[23] Botschafter Hepburn, Bahamas, Arbeitsgruppe III von Botschafter Engo, Kamerun, während uns die Leitung der Arbeitsgruppe II oblag.[24]

Keiner dieser Arbeitsgruppen ist es gelungen, dem Hauptausschuß der Konferenz ein im Konsens verabschiedetes Papier zuzuleiten. Die Gründe hierfür sind in fortbestehenden Auffassungsunterschieden, dem Umfang und der Komplexität der behandelten Materie und in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit (der AG II standen fünfeinhalb Arbeitstage zur Verfügung, für die eine vollständig neue Arbeitsunterlage gefertigt werden mußte) zu suchen; diese Faktoren ließen es nicht zu, die weiten Divergenzen in den Positionen hauptsächlich zwischen N+N und Westen zu überbrücken. Grundlage für den 1. Entwurf eines Schlußdokuments, den Bo Ahmad dem Hauptausschuß nach Ende der Arbeitsgruppenphase vorlegte[25], war ein von uns als Papier des AG-Vorsitzenden[26] in den Bericht der Arbeitsgruppe II eingefügter Teil[27], dessen Lösungsvorschläge in allen Lagern weitgehende, wenn auch nicht umfassende Zustimmung gefunden hatten[28]; sowohl die inhaltliche Gliederung und der logische Aufbau als auch einige Kompromißformeln zur Überbrückung von Meinungsverschiedenheiten fanden Eingang in das Papier des Hauptausschußvorsitzenden.

[29]Die Rolle des lachenden Dritten, der lediglich seine guten Dienste anbot, spielte in den Arbeitsgruppen der WP. Seine in der Generaldebatte vorgebrachten Initia-

23 Korrigiert aus: „zu form".

24 So in der Vorlage.

25 Für den von Legationsrat I. Klasse Fischer, New York (VN), am 25. Juni 1988 übermittelten Entwurf des Vorsitzenden des Hauptausschusses, Ahmad, für ein Schlußdokument der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vgl. die Fernkopie Nr. 622; Referat 243, Bd. 162179.

26 Paul-Joachim von Stülpnagel.

27 Für den von Legationsrat I. Klasse Fischer, New York (VN), am 20. Juni 1988 übermittelten „Report of Working Group II" vgl. die Fernkopie Nr. 594; Referat 243, Bd. 162179.

28 Am 17. Juni 1988 führte Botschafter von Stülpnagel, z. Z. New York, zum Abschluß der Beratungen in Arbeitsgruppe II der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung aus: „Der von uns erarbeitete chairman's draft wurde in verschiedenen Konsultationsrunden am 15. und 16.6. mit interessierten Delegationen durchdiskutiert. Dabei wurde deutlich, daß eine Einigung auf den Text nicht möglich ist. […] Im einzelnen läßt sich das Ergebnis der Konsultationen wie folgt zusammenfassen: Europäische Gemeinschaft: Hier fanden wir weitgehende Unterstützung und Billigung durch die Partner; allerdings legten F und UK deutliche Vorbehalte gegen Formulierungen zu nuklearer Abrüstung, CTB, outer space und kernwaffenfreie Zonen ein. DÄN, IRL und Griechenland tendieren bei gleichen Punkten zu verschärfter Sprachregelung. […] Ungebundene: Die Mehrzahl schien mit Papier mehr oder weniger zufrieden zu sein. Auch Radikale erklärten, sie könnten mit großen Teilen des Papiers leben, machten allerdings Änderungsvorschläge, die die Substanz wesentlich verändern würden. […] Sozialistische Staaten: Im Prinzip war die Reaktion auf Papier des Vorsitzenden konstruktiv und positiv. Es wurden Verschärfungen bei jenen Punkten vorgeschlagen, wo Briten, Franzosen und Amerikaner auf Abschwächung drängen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1423; Referat 243, Bd. 162179.

29 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1473 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

tiven ließ er in den Arbeitsgruppen beim Auftreten von Widerständen sofort fallen. Lediglich bei Punkten, bei denen die Briten, Franzosen und Amerikaner deutlich auf abschwächende Formulierung zu Zentralanliegen der N+N drangen, hielt er mit Vorschlägen für Verschärfungen sichtbar gegen. Die Kohäsion im westlichen Lager war während der Phase der Arbeit der Gruppen gering; ein Versuch, Untergruppen der Barton-Gruppe parallel zu den drei Arbeitsgruppen einzurichten, um das Herangehen des westlichen Lagers im weiteren Sinne zu koordinieren, scheiterte am Widerstand einiger Mitglieder, die sich bei der personellen Besetzung der Leitungsposten dieser Untergruppen übergangen fühlten (NL, B, Australien). Aufgrund des breiten Meinungsspektrums und der geringen Konsensbasis zu sicherheitspolitischen Fragen war die EPZ mit Ausnahme der thematisch weniger kontroversen Arbeitsgruppe III nicht in der Lage, bei der Detailerörterung zu den von den Arbeitsgruppen vorgelegten Papieren gemeinsame Positionen zu beziehen und eine aktive Rolle zu spielen.

3) Hauptausschuß

Nachdem Bo Ahmad seinen Entwurf für ein Schlußdokument in den Hauptausschuß eingebracht hatte, verlor er in insgesamt vier „Lesungen" des mehrfach umgeschriebenen Dokuments zunehmend die Herrschaft über das Verfahren. Sein Versuch, den Lesungen jeweils vertrauliche Konsultationen vorzuschalten, blieb erfolglos, weil der Charakter der Vertraulichkeit durch einen sich ständig weitenden Teilnehmerkreis dieser Konsultationen schnell verloren ging. Damit wurde zu vielen Partikularinteressen Tür und Tor geöffnet, deren Befriedigung schnell den Rahmen eines Schlußdokuments zu sprengen drohte. Die Atmosphäre in den Beratungen schlug endgültig um, als GB und USA mit zahllosen, auf die Substanz der N+N-Vorstellungen zielenden Einzeländerungsvorschlägen weitere Amendments der N+N herausforderten. Da im Lager der letzteren noch weniger Einvernehmen herzustellen war als in den anderen Gruppen, fielen die unkoordinierten Vorschläge um so zahlreicher aus. Der Iran-Irak-Konflikt[30] wurde zu einem weiteren Nebenkriegsschauplatz, was den Irak verleitete, durch einen Entlastungsangriff auf Israel wegen dessen vorgeblicher Nuklearfähigkeit von seiner Verantwortlichkeit im Bereich des Einsatzes chemischer Waffen abzulenken. Zum Schluß der Konferenz verlegte sich die Beratung vom Hauptausschuß wiederum in einen Konsultationskreis, dessen Umfang lediglich durch das Kriterium der Raumgröße bestimmt war, als AG-Vorsitzender waren wir auch in diesem Stadium anwesend.

4) Abschließender Konsultationsprozeß

In der Befürchtung, angesichts im Konsultationsprozeß offenkundig gewordener Differenzen, die SGV nicht mit einem konsensfähigen substantiellen Schlußdokument abschließen zu können, verlegte der Vorsitzende des Hauptausschusses seine abschließenden Bemühungen auf Beratungen mit ausgewählten repräsentativen „friends". Ziel dieser Beratungen war das stellvertretende Aushandeln von Kompromißpassagen zwischen den wesentlichsten Antagonisten bis zur „Sollbruchstelle", d.h. dem Nachweis der Konsensunfähigkeit trotz unermüdlicher Anstrengungen. Von vielen „friends" wurden Beratungen schließlich dazu genutzt, individuelle Interessen geltend zu machen (die einge-

30 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 184, Anm. 5.

ladenen UK und F versuchten hier, ihre Ansichten gegen die – abwesenden – Iren und Griechen durchzusetzen) und sich selbst vom Onus des am Scheitern des Konsensus Schuldigen freizuhalten. Der Versuch, diesen Prozeß mit der Einigung auf so strittige Passagen wie Weltraum und nuklearer und konventioneller Abrüstung so zu steuern, daß schließlich den arabischen Staaten mit ihrer Weigerung zum Verzicht auf die namentliche Anklage Israels der „schwarze Peter" zufiele, scheiterte schließlich am Zeitablauf.

Die bis dahin notierten teilweise tatsächlichen Klarstellungen und Verbesserungen im Text (u. a. Aufwertung der Formulierungen zu konventioneller und zum Verhältnis nuklearer und konventioneller Abrüstung) fielen schließlich der Nichteinigung auf ein Gesamtpaket zum Opfer. Der Onus des „Spielverderbers" blieb schließlich wegen ihrer Weigerung, den (aussichtslosen) Konsultationsprozeß über die von der GV vorgegebene Konferenzzeit hinaus zu verlängern, an den USA hängen. Die ernsthaften Bemühungen der durch uns vertretenen zwölf europäischen Staaten, den Konsultationsprozeß im Hinblick auf die Annahme eines bedeutsamen Schlußdokuments zu beeinflussen, blieben ohne Erfolg. Zum Zeitpunkt des Abbruchs der Beratungen erwiesen sich Formulierungen zu folgenden Punkten z. Z. nicht konsensfähig:

– nuklearer Teststopp,
– israelische-südafrikanische Nuklearfähigkeit[31],
– Rolle des GS in Untersuchungen von Verletzungen des Genfer Protokolls von 1925[32] (CW-Einsatz im Konflikt Iran – Irak),
– Rüstungskontrolle im Weltraum,
– Abrüstung und Entwicklung.

Für den Westen unbefriedigende, aber hinnehmbare Kompromisse schienen realisierbar bei:

– Nichtverbreitung von Nuklearwaffen,
– neue Technologien,
– konventionelle Aufrüstung und Waffenhandel,
– kernwaffenfreie Zonen/Friedenszonen.

Befriedigende Formulierungen waren gefunden worden zu:

– INF/START,
– radiologische Waffen und Verbot des Angriffs auf zivile Kernanlagen,
– vertrauensbildende Maßnahmen/Stockholm,

[31] Am 24. Juni 1988 unterrichtete Vortragender Legationsrat Barker die Botschaft in Tel Aviv über eine Demarche des israelischen Gesandten Cohen vom selben Tag: „Im Entwurf des Schlußdokuments, über das die 3. Sondergeneralversammlung Abrüstung voraussichtlich morgen entscheiden werde, sei eine Aussage über israelische Nuklearwaffenfähigkeit enthalten. […]. Israel werde einen Konsens über ein Schlußdokument, das diesen Satz enthalte, nicht mittragen. Er, Cohen, sei angewiesen, dem Auswärtigen Amt dies ‚kristallklar' (so wörtlich in seiner Weisung) mitzuteilen und hinzuzufügen, die Bundesregierung möge in Kenntnis dieser Haltung über ihr Vorgehen entscheiden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 6689; Referat 243, Bd. 162179.

[32] Für den Wortlaut des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 173–177.

– standardisiertes Berichtssystem der VN,

– Rolle der VN im Abrüstungsbereich.

III. Westliche Koordinierung

1) EPZ

Die Zwölf waren in ihrer Gesamtheit um eine konstruktive Rolle bemüht. Durch die Rede von BM Genscher sowie durch abgestimmte Erklärungen und die Vorlage von substantiellen Arbeitspapieren setzten sie insbesondere zu Anfang der SGV deutliche Akzente. Aufgrund des breiten Meinungsspektrums und der geringen Konsensbasis zu sicherheitspolitischen Fragen war jedoch die EPZ bei der Detailerörterung zu den in den Arbeitsgruppen und vom Vorsitzenden des Hauptausschusses vorgelegten Papieren nicht in der Lage, in Sachfragen gemeinsame Positionen zu beziehen und eine aktivere Rolle zu spielen. In der entscheidenden Schlußphase der Konferenz zeigte sich die EPZ aufgrund des Unterschiedes zwischen den eindeutigen Verfechtern eines Konferenzerfolges und denjenigen, die auch einen Mißerfolg in Kauf zu nehmen bereit waren (wie z. B. GB), weitgehend handlungsunfähig. Aufgrund dieses mangelnden innergemeinschaftlichen Konsenses in Sachfragen blieben auch die positiven, von uns im Auftrag der Gemeinschaft vorgetragenen Appelle zur Eingrenzung der Meinungsverschiedenheiten und Orientierung auf einen Konferenzerfolg ohne Wirkung im Hauptausschuß, da diese Bemühungen konterkariert wurden durch zum Teil ausufernde und kleinliche Änderungswünsche der den USA sekundierenden Briten.

[33]2) Barton-Gruppe

Die Barton-Gruppe bot ein ähnlich disparates Bild wie die EPZ, wobei in diesem Forum die jeweiligen Extreme noch stärker besetzt waren als bei den Zwölf, und eine Einigungsmöglichkeit auf Detailvorschläge von vornherein so gut wie ausgeschlossen war. USA, GB und F vertraten in der Gruppe eine harte Haltung, wobei insbesondere die Vertreter der Vereinigten Staaten bis in die Schlußphase der SGV nicht bereit waren, ihre Bedenken zu spezifizieren und in Änderungsvorschläge am Dokument des Vorsitzenden auszuformen. GB, das zu Beginn der Verhandlungen noch vorsichtigen Optimismus zu erkennen gegeben hatte, beschränkte sich in der Schlußphase darauf, durch flankierendes Vorgehen eine Isolierung der Vereinigten Staaten zu vermeiden, während F in den nationale französische Positionen nicht unmittelbar berührenden Punkten in den hektischen Konsultationen der Schlußphase größere Bereitschaft zu Zugeständnissen zeigte. Die USA machten unmißverständlich klar, daß für sie das Schlußdokument der 1. SGV keine akzeptable und weiterhin verbindliche Ausgangsbasis darstellt. Bei einer Reihe von Themen, bei denen Ungebundene unterstützt vom Osten im multilateralen Bereich Festlegungen treffen wollten, plädierten die USA auf Nichtbefassung bzw. Nichtaufnahme in ein Schlußdokument (Weltraum, Seerüstung, Abrüstung und Entwicklung). Die in der Barton-Gruppe vertretenen, eher gemäßigten westlichen oder westlich orientierten ungebundenen Staaten (z. B. Griechenland, Irland) versuchten nicht, mit der Verfolgung eigener Initiati-

[33] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1474 übermittelten vierten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

ven, die für den Westen insgesamt Schwierigkeiten bereiten konnten, den Konferenzverlauf zu gefährden.

IV. Bewertung/Ausblick

Die Tatsache, daß trotz günstiger internationaler Bedingungen für einen Konferenzerfolg die 3. SGV ohne Verabschiedung eines bedeutsamen Schlußdokuments und inhaltlichen und institutionellen Vorgaben für die multilateralen Abrüstungsbemühungen im Rahmen der Vereinten Nationen beendet wurde, ist ein Rückschlag für die Vereinten Nationen im allgemeinen und für ihre Bemühungen um Akzentuierung ihrer Rolle im Bereich der Rüstungskontrolle und Abrüstung. Eine nur vordergründige Einigung auf ein Schlußdokument, hinter dem letztlich jedoch kein Teilnehmerstaat ohne schwerwiegende Vorbehalte gestanden hätte, hätte diesem Ziel jedoch auch nicht übermäßig genützt. Der Meinungsbildungsprozeß, insbesondere in der Schlußphase in der SGV, hat das Spektrum des in überschaubarer Zukunft Konsensfähigen deutlicher abgegrenzt und Aufgaben und Ansatzpunkte komplementärer multilateraler Abrüstung in mittelfristiger Perspektive auf eine realistischere Betrachtungsweise reduziert. Wenn auch die im Vergleich zur 2. SGV weit günstigeren internationalen Voraussetzungen nicht in ein für die Arbeit in der Genfer Abrüstungskonferenz, der VN-Abrüstungskommission und dem 1. Ausschuß der jährlichen Generalversammlung der Vereinten Nationen konstituierendes Schlußdokument umgesetzt werden konnte, ist das Potential der Voraussetzungen für weitere Bemühungen ebenso unbeschädigt geblieben wie das entsprechende Arbeitsklima. Der inhaltliche Fehlschlag der Konferenz kann sich durchaus als notwendiger Wendepunkt im Meinungsbildungsprozeß des Verhältnisses bilateraler zu multilateraler Verantwortlichkeiten im Feld der Rüstungskontrolle und Abrüstung erweisen, den auch bisherige Erfolge in diesem Bereich nicht herbeizuführen vermocht haben.

[gez.] Stülpnagel

Referat 243 (223), Bd. 162179

190

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem irakischen Außenminister Aziz

29. Juni 1988[1]

Besuch des irakischen Außenministers Tariq Aziz vom 29.6. bis 1.7.1988 in der Bundesrepublik Deutschland[2]
hier: Delegationsgespräche am 29.6. im Auswärtigen Amt

Teilnehmer auf deutscher Seite: BM, D 3[3], Bo Ellerkmann, RL 311[4], RL 013[5] sowie 010[6] und 105[7].

Teilnehmer auf irakischer Seite: AM, Politischer Direktor AM al-Gailany, al-Qaysi (Abtlt. Int. Org.[8]) sowie MB AM, Botschafter Ghani, und Botschaftsrat Fahad.

BM bringt nach Begrüßung Hoffnung zum Ausdruck, daß sich als Folge dieses Besuches weitere Vertiefung der bilateralen Beziehungen ergibt. BM weist darauf hin, daß deutsche Seite ganz besonders an irakischer Einschätzung der Lage im Golfkrieg[9], der Lage im Nahen Osten sowie irakischer Beurteilung der Ergebnisse des AL-Gipfels von Algier[10] interessiert sei.

Wir seien bereit, irakische Gesprächspartner über soeben abgeschlossene Vereinbarungen zwischen EG und GCC zu unterrichten. Mit dem Kooperationsabkommen und der bei der Unterzeichnung abgegebenen beidseitigen politischen Erklärung[11] sei auch das politische Interesse der EG an der Stabilität der Golfregion signalisiert worden.

AM kommt nach Dank für herzlichen Empfang auf die irakische Einschätzung der Lage nach den militärischen Erfolgen gegenüber Iran zu sprechen. Irak sei weiterhin mit Ernst und Nachdruck bestrebt, eine umfassende und dauerhafte

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dassel am 30. Juni 1988 gefertigt und von Ministerialdirigent Fiedler am selben Tag an Ministerialdirigent Jansen „m[it] d[er] B[itte] um Genehmigung des Inhalts und des Verteilers durch Herrn Bundesminister“ geleitet. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Vermerk ist noch nicht kopiert. Wenn Orig[inal] vom BM zurückkommt, bitte verteilen.“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 311, Bd. 154120.
Hat Vortragendem Legationsrat Schumacher am 1. Juli 1988 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 311 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Zur Verteilung mit Vermerk ‚von BM noch nicht genehmigt‘.“

2 Zum Besuch des irakischen Außenministers Aziz am 29./30. Juni 1988 vgl. auch Dok. 192.

3 Reinhard Schlagintweit.

4 Peter Dassel.

5 Jürgen Chrobog.

6 Michael Jansen.

7 Hermann Kusterer.

8 Abteilungsleiter Internationale Organisationen.

9 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 184, Anm. 5.

10 In Algier fand vom 7. bis 9. Juni 1988 eine außerordentliche Gipfelkonferenz der Arabischen Liga statt.

11 Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 15. Juni 1988 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den Mitgliedsstaaten des Golf-Kooperationsrats (GCC), der Gemeinsamen Erklärung und des zugehörigen Briefwechsels vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 54 vom 25. Februar 1989, S. 3–15. Vgl. dazu ferner Dok. 182, Anm. 11.

Regelung bzgl.[12] der friedlichen Beendigung des Krieges herbeizuführen. Partielle oder vorübergehende Lösungen habe der Irak von Anfang an abgelehnt, weil man überzeugt sei, daß diese nicht zum Frieden führen könnten. Dies geschehe nicht aus Mangel an diplomatischer Flexibilität, sondern in pragmatischer Abwägung der Realitäten.

Bzgl. SR-Res. 598[13] führte AM aus, es sei klar geworden, daß der Iran Res. 598, wie sie ist, nicht akzeptiert habe. Iran sei insbesondere nicht bereit, besetzte Gebiete freizugeben, sondern wolle diese als Druckmittel gegen Irak in der Hand behalten. Ein Waffenstillstand sei nicht das wichtigste Element zur Beendigung des Krieges angesichts der Tatsache, daß von Anfang an die expansionistischen Absichten Irans – wie viele Äußerungen Khomeinis bewiesen – deutlich geworden seien. Ein Bekenntnis des Irans zum Frieden müsse deshalb deutlicher ausfallen, als dies bisher geschehen sei. Dies gelte auch für Zusicherungen bzgl. der Respektierung der Souveränität und des Territoriums des Irak. Irak war hierzu, was den Kriegsgegner anbelangt, immer bereit, der Iran hingegen nicht. AM zitiert in diesem Zusammenhang AM Andreotti, dessen Frage nach Friedensbereitschaft Irans AM Velayati mit Schweigen beantwortet habe.

Seit dem letzten Treffen mit BM hätten sich wichtige Dinge ereignet.[14] Irak hätte bisher durch Iran besetzte Gebiete von großer strategischer Bedeutung befreien können, weitere irakische Gebiete seien noch in iranischer Hand. Irak werde alles tun, um auch diese zurückzuerobern.

Auf Frage *BM* nach Gründen der erfolgreichen militärischen Operationen des Irak, antwortet *AM*: Die materiellen und personellen Möglichkeiten des Iran seien sichtlich beeinträchtigt, es sei eine Abnutzung festzustellen. 1987 habe die größte iranische Offensive des gesamten Krieges mit einer Dauer von vier Monaten stattgefunden, der Iran hätte dabei alle Reserven eingesetzt und dennoch ein nur mageres Ergebnis erzielt. Irak hätte während der Offensive Standfestigkeit bewiesen. Außerdem seien seither weitere Verteidigungseinheiten aufgebaut worden.

BM fragt nach politisch/psychologischen Gründen neben rein militärischen Gesichtspunkten.

AM: In der Tat seien auch andere Veränderungen zu beobachten. Seine Regierung glaube Anhaltspunkte zu haben für eine psychologische Betroffenheit des iranischen Volkes und zunehmende Kriegsmüdigkeit.

12 Bezüglich.

13 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrates vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 1, Anm. 33.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Vollers notierte am 4. Juli 1988, der irakische Außenminister Aziz habe am 30. Juni 1988 zur Frage eines Implementierungsplans für Resolution Nr. 598 betont, „das Prinzip der staatlichen Souveränität erlaube es Irak nicht, einen Implementierungsplan des VN-GS, auch wenn er ihn auf der Grundlage von 598 ausarbeite, ohne weiteres anzunehmen. Ein Implementierungsplan sei ein aliut gegenüber der Res. 598, die Irak als Ganzes angenommen habe. Demgegenüber habe der VN-GS in seinem Rahmenplan vom Herbst 1987 dem Iran bereits zu viele Vorteile zugeschanzt und damit Res. 598 in gewissem Sinne umgedeutet. Der VN-GS wolle dem Iran auch zubilligen, daß er Res. 598 nicht formell annehmen müsse, dies sei ein außerordentliches Privileg für ein Mitglied und damit für Irak inakzeptabel. […] Eine Annahme der Resolution durch Iran bedeute gleichzeitig die Erklärung seines Friedenswillens – und dies müßte am besten durch Khomeini selbst erfolgen.“ Vgl. Referat 311, Bd. 154120.

14 Bundesminister Genscher und der irakische Außenminister Aziz trafen am 29. Juli 1987 in Paris zusammen. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 224.

AM fährt fort, Irak werde sich weiter um die Befreiung des eigenen Territoriums bemühen und zusätzliche Anstrengungen hinsichtlich einer friedlichen Lösung unternehmen. Irakisches Eintreten für eine friedliche Lösung des Konflikts sei seinem Land während der ersten Kriegsjahre durch den Iran als Schwäche ausgelegt worden. Dies sei nun widerlegt, Irak habe deutlich gemacht, daß er auch bei militärischen Erfolgen gegenüber dem Kriegsgegner weiterhin friedensbereit sei. Er wiederhole jedoch, dieser Friede müsse umfassend und dauerhaft sein und auf der gegenseitigen Respektierung der Souveränität beruhen.

Insbesondere D könne der iranischen Regierung politische Ratschläge erteilen, da es gute Beziehungen auch zum Iran unterhalte. Seiner Auffassung nach könne die Bundesregierung dem Iran den Verzicht auf einige in Teheran bestehende Illusionen nahebringen.

Teheran müsse einsehen, daß man

– das bestehende Regime im Irak nicht stürzen könne, gleich mit welchen Methoden,
– nicht mit diplomatischen Mitteln erreichen, was man nicht militärisch durchsetzen könne, und
– daß es nicht möglich sei, eine Vorverurteilung des Iraks oder seiner Führung zu erreichen.

Iran müsse auch die anderen benachbarten Staaten respektieren und seine imperialistischen Pläne aufgeben. Es gehe nun um die Frage, ob die iranische Regierung aus den neueren Entwicklungen (militärische Erfolge Iraks) die richtigen Schlußfolgerungen ziehe. Wird der Iran seinen Plan aufgeben, in den besetzten irakischen Gebieten eine islamische Republik zu gründen und eine Hegemonialherrschaft zu errichten?

Über die Lage im Iran habe seine Regierung keine sicheren Erkenntnisse, man könnte jedoch einige Schlußfolgerungen ziehen. Beispielsweise seien in der Vergangenheit iranische Gefangene immer beschämt gewesen, daß sie nicht zu Märtyrern des „heiligen Krieges“ geworden seien. Dies habe sich radikal geändert. Heute stelle man fest, daß iranische Gefangene froh und erleichtert seien, daß der Krieg für sie beendet sei. Nach Eindruck seiner Regierung sei die religiöse Indoktrinierung und Motivation stark zurückgegangen, insbesondere unter den Soldaten.

Ebenso scheine das Vertrauen der Iraner in die Führerschaft des Imam Khomeini zurückzugehen. Man sei in Bagdad überzeugt, daß sich diese Theokratie in Teheran auf längere Zeit nicht halten könne, da sie lediglich auf einem völlig unzeitgemäßen Fanatismus baue. In der 1400-jährigen Geschichte des Islams habe es keine länger andauernde politische Herrschaft religiöser Führer gegeben.

Zu den Bemühungen des VN-GS[15]: AM unterstreicht die irakische Unterstützung für diese Bemühungen, doch sei zu ihrem Erfolg auch die konstruktive Kooperation der Gegenseite erforderlich. Hier ginge es nicht um diplomatische Winkelzüge. Die irakische Regierung messe auch die Vorschläge des VN-GS daran, ob sie zum Frieden führen könnten oder nicht. Iran habe bisher weder die Res. 598 noch die Vorschläge des GS ernstgenommen. Bzgl. der Implementierungsvorstel-

15 Javier Pérez de Cuéllar.

lungen des GS sei er skeptisch. Er wolle nicht ausschließen, daß diese Vorschläge letztlich zu einer Waffenstillstandsvereinbarung führen könnten, aber was komme danach? Eine länger andauernde Prüfung der Kriegsschuld und kein wirklicher Fortschritt bei der endgültigen Lösung des Konflikts. Offenbar sei Iran nicht bereit, besetztes Gebiet zurückzugeben und Gefangene freizulassen, Irak könne deshalb einen bloßen De-facto-Waffenstillstand nicht akzeptieren.

Iran habe seinerseits 598 als Ganzes nicht akzeptiert, und der Sicherheitsrat sei offensichtlich nicht bereit, Sanktionen gegen den Iran zu verhängen. AM setzte sich dann mit angeblichen Vorwürfen auseinander, daß die jüngsten militärischen Erfolge den Irak dazu veranlaßt hätten, alle Bereitschaft zu einer friedlichen Lösung des Konflikts aufzugeben. AM bezeichnet diese Schlußfolgerung als falsch, Irak hätte nur eigenes Territorium befreit. Irak könne Iran nicht zum Frieden zwingen, er wolle aber auch keinesfalls territoriale Gewinne im Iran erzielen, noch wolle man das iranische Regime stürzen. Irak sei sich darüber im klaren, daß es eine militärische Lösung des Konflikts nicht geben könne.

Nicht nur die Staaten der Region, sondern auch der Westen und der Osten sollten Irak dankbar sein, daß er sich der Expansion des iranischen Fanatismus in den Weg gestellt und damit weit Schlimmeres verhindert habe.

BM dankt für ausführliche Unterrichtung durch AM und offene Darlegung der Einschätzung der Entwicklung der Region. Wir in Europa hätten in den eigenen kriegerischen Auseinandersetzungen auf besonders tragische Weise Erfahrungen sammeln müssen. Kriege brächten nur andere Kriege hervor. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben wir deshalb große Anstrengungen unternommen, das Verhältnis zu unseren Nachbarn, insbesondere auch zu Frankreich, auf eine neue Grundlage zu stellen. Zu den von uns aus den eigenen Kriegen gezogenen Lehren gehört auch, daß Konflikte in anderen Teilen der Welt nicht zum Vorteil Europas sind, daß vielmehr die Gefahren ihrer Ausbreitung angesichts der zunehmenden Interdependenz der Welt stärker geworden sind. BM verweist auf die traditionelle Freundschaft der Deutschen und der Europäer gegenüber den Arabern und erwähnt u. a. die Venedig-Erklärung[16] als Ausdruck dieser freundschaftlichen Haltung. BM verweist darauf, daß wir intakte Beziehungen auch zu Iran unterhalten, in diesen Beziehungen zeigten sich gleichwohl große Unterschiede in den jeweiligen Auffassungen zur inneren Ordnung der Staaten.

Wir hätten wie der Irak ein elementares Interesse an der Beendigung des Krieges und treten für die baldige Implementierung der Res. 598 ein. Hierzu sei es wichtig, die Einigkeit der ständigen Mitglieder des SR zu wahren. Wir hätten uns Fortschritte bei den Implementierungsbemühungen des GS gewünscht.

Unser Interesse an der raschen Beendigung dieses Krieges ist auch durch die Leiden der Menschen in diesem grausamen und blutigen Konflikt motiviert. Dies gilt auch für den berichteten Einsatz von chemischen Waffen in diesem Krieg.[17]

16 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten nach seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 382 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

17 Zum Einsatz von Chemiewaffen durch den Irak vgl. Dok. 99 und Dok. 154.
Am 5. Juni 1988 erläuterte Botschafter Ellerkmann, Bagdad: „Kritik an der irakischen Kriegsführung (CW-Einsatz, Tankerkrieg, Städtekrieg mit Raketeneinsatz auf zivile Ziele) wird damit beantwortet, daß diese Waffen von Europäern und Amerikanern im Ersten und Zweiten Weltkrieg in die internationale Kriegführung eingeführt wurden und uns Kritik eigentlich nicht zukomme. So wurden brit[i-

Er (BM) wolle dies nicht in diesen offenen Gesprächen verschweigen. Wir wollen auch mit dem AM darüber beraten, wie man noch besser zur Beendigung des Krieges beitragen könne.

Der GS der VN habe einen ihm vorgegebenen begrenzten Handlungsrahmen. Er wolle mit AM darüber sprechen, wie die Bemühungen des VN-GS besser gefördert werden können. Er (BM) halte es für sehr anerkennenswert, daß die irakische Seite keine territorialen Gewinne anstrebe. Die deutsche Seite wolle die letzten sechs Monate ihrer Mitgliedschaft im SR[18] nutzen, um alles in ihrer Macht Stehende zu tun, zur friedlichen Lösung des Konflikts beizutragen. Wir wünschten Stabilität und Frieden für die gesamte Region.

Die deutsche Seite hätte es als ermutigend empfunden, daß der wichtige Euro-Arabische Dialog noch während der deutschen EG-Präsidentschaft nach jahrelanger Stagnation wiederbelebt werden konnte.[19] Hierin liege ein wichtiges politisches Signal für ein erfolgreiches europäisch-arabisches Zusammenwirken in der Zukunft.

AM greift CW-Thematik auf und unterstreicht, daß der Irak angesichts der übermächtigen Bedrohung durch seinen östlichen Nachbarn und darüber hinaus der Bedrohung des Weltfriedens durch den fanatischen religiösen und territorialen Expansionsdrang des Iran es als seine nationale Pflicht ansehe, der iranischen „Barbarei" mit allen möglichen Mitteln Einhalt zu gebieten. Man müsse die irakische Position mit Gerechtigkeit und Fairness beurteilen. Er (AM) sage nicht, daß wir (D) damit einverstanden sein sollen, aber wir sollten den Irak auch keinem ungerechten Druck unterwerfen. *BM* entgegnet, wir seien besorgt über die mögliche Ausbreitung der Anwendung solcher Mittel. Dies sei seit Jahren ein mit Nachdruck verfolgtes Anliegen der Bundesregierung. Auch die deutsche Öffentlichkeit sei in dieser Frage beunruhigt und besorgt.

Fortsetzung der Gespräche beim Arbeitsessen am 30.6.1988.

Herrn BM mit der Bitte um Genehmigung vorgelegt.

Referat 311, Bd. 154120

Fortsetzung Fußnote von Seite 1033

schem] AM in London alliierte Luftangriffe auf Dresden und brit. Botschafter in Bagdad (bei seiner Demarche zum Tankerkrieg) brit. Seekriegsführung im Zweiten Weltkrieg entgegengehalten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 602; Referat 311, Bd. 154120.

18 Die Bundesrepublik gehörte 1987/88 dem VN-Sicherheitsrat als nichtständiges Mitglied an.

19 Am 24. Juni 1988 fand im Rahmen des Europäisch-Arabischen Dialogs ein Treffen zwischen der EG-Troika sowie der Arabischen Liga auf Ministerebene statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter unterrichtete am 25. Juni 1988: „Ministertreffen der Troikas am 24.6. endete erfolgreich mit Reaktivierung des Euro-Arabischen Dialogs. EAD stagniert seit 1983, als Sitzung der Allgemeinen Kommission in Athen ohne Kommuniqué endete, weil arabische Seite unannehmbare Bedingungen stellte. Nach vergeblichen Anläufen unter niederländischer und belgischer Präsidentschaft ist es BM nunmehr gelungen, Durchbruch noch unter unserer Präsidentschaft zu erzielen. Im Kommuniqué des Treffens vom 24.6.88 wird, wie von uns gewünscht, Tor der Wiedereinberufung der Allgemeinen Kommission, des Leitorgans des EAD, geöffnet. Es gelang in schwierigen Verhandlungen, arabische Seite von der Aufnahme politischer Aussagen abzubringen und sich auf für uns wesentliche Aussagen zu beschränken. Insbesondere gelang es trotz erheblichen Insistierens von arabischer Seite, eine Bezugnahme auf die Notwendigkeit der Aufhebung der von den Zwölf 1986 gegen Syrien und Libyen verhängten Maßnahmen zu verhindern." Vgl. den Runderlaß Nr. 6700; Referat 310, Bd. 147591.

191

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger

012-312.74 VS-NfD **29. Juni 1988**[1]
Fernschreiben Nr. 68 Ortex

Zum Europäischen Rat (ER) in Hannover am 27./28. Juni 1988

Im Anschluss an Ortex Nr. 26 vom 17.2.1988[2]

ER Hannover am 27./28.6. war gelungener Abschluß einer überaus erfolgreichen deutschen Präsidentschaft im ersten Halbjahr. Dank des Durchbruchs in den Fragen der Finanzierung, der Agrarreform und der Strukturpolitik auf dem ER Brüssel im Februar[3] war Hannover seit geraumer Zeit erster ER in „klassischem Sinn“: Die Staats- und Regierungschefs konnten sich – unbelastet von „Aufräumarbeiten“ für nicht erledigte Aufgaben der Fachministerräte – auf die weiterführenden Perspektiven und Orientierungen für die Politik der Gemeinschaft konzentrieren.

BK bei Abschlußpressekonferenz: Einmütiges Bekenntnis dazu, daß wir bereit sind, jede Chance zu nutzen, den Weg zur Europäischen Union unumkehrbar zu machen. Delors bei gleichem Anlaß: Gemeinschaft in den vergangenen sechs Monaten mehr erreicht als in dem Jahrzehnt vor dem ER Fontainebleau (1984)[4].

Entsprechend dem vorbereitenden Schreiben des Bundeskanzlers an die Staats- und Regierungschefs standen die Vollendung des Binnenmarktes und dessen soziale Dimension, vor allem aber – angestoßen von BM Genscher in seinem „Memorandum für die Schaffung eines europäischen Währungsraumes und einer europäischen Zentralbank“ vom 26.2.1988[5] – die Thematik der Währungsunion im Mittelpunkt der Gespräche. (Hinweis: vorläufiger Text der Schlußfolgerungen wurde mit Info-Funk 1082/3 vom 29.6. übermittelt, korrigierte und authentische Fassung: Bulletin Nr. 90 vom 30.6.[6]) Die Diskussionen verliefen im besten Einvernehmen und ohne Kontroversen.

1 Der Runderlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Dix konzipiert.

2 Vortragender Legationsrat Stoecker stellte zur Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel fest: „Die Gemeinschaft kann nun hoffen, über mehrere Jahre ihre Energie voll auf Zukunftsaufgaben, insbesondere die Vollendung des Binnenmarktes, konzentrieren zu können. Das Erfolgserlebnis von Brüssel sollte ihr in allen Bereichen ab sofort mehr Handlungsfähigkeit geben. Darin liegt die weit über den Tag hinausreichende Bedeutung dieses ersten großen Erfolges der deutschen EG-Ratspräsidentschaft.“ Vgl. Referat 012, Bd. 134238.

3 Zur Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel vgl. Dok. 59.

4 Die Tagung des Europäischen Rats fand am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau statt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 181.

5 In seinem Memorandum vom 26. Februar 1988 legte Bundesminister Genscher dar: „Eine Europäische Zentralbank muß in ihrer Geldpolitik dem Ziel der Geldwertstabilität Priorität einräumen. Dies bedeutet, daß alle Partnerländer in enger Abstimmung eine Politik verfolgen müssen, die zur Stabilität der inländischen Preise und Kosten und zum außenwirtschaftlichen Gleichgewicht als Voraussetzung für eine dauerhafte Wechselkursstabilität beitragen. Hier könnten tragende Elemente aus der deutschen Politik übernommen werden […]. Die Grundelemente des Bundesbankgesetzes und die Ziele des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums in der Wirtschaft sollten zur Grundlage einer europäischen Magna Charta der Stabilitätspolitik gemacht werden.“ Vgl. EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION, S. 309 f.

6 Für den Wortlaut der Schlußfolgerungen des Vorsitzes der Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 in Hannover vgl. BULLETIN 1988, S. 845–847.

In bezug auf den Binnenmarkt bestand Einvernehmen, daß der Prozeß der Verwirklichung dieses Hauptziels der Einheitlichen Europäischen Akte[7] unumkehrbar geworden ist. Über ein Drittel der im Weißbuch der Kommission[8] vorgesehenen Maßnahmen (insgesamt 285 – davon sind 91 verabschiedet, außerdem zehn gemeinsame Standpunkte des Rates) ist verwirklicht. Besonders ermutigend sind die Fortschritte in strategischen Bereichen: vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs[9], gegenseitige Anerkennung der Diplome[10], teilweise Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens, des Dienstleistungsverkehrs (Versicherungswesen), Liberalisierung des Güterkraft- und des Flugverkehrs[11]. Europäischer Rat bekräftigte den Zeitplan des Weißbuches für die weiteren Beschlüsse zur Vollendung des Binnenmarktes und nannte als vorrangige Bereiche für die nähere Zukunft das öffentliche Beschaffungswesen, den Dienstleistungsverkehr (Banken und sonstige finanzielle Dienstleistungen), die Angleichung der Normen[12] und das geistige Eigentum[13] (Markenrecht, Biotechnologie, Halbleiter, Software). Außerdem wurde die Notwendigkeit von Fortschritten in den Bereichen Steuerharmonisierung, Gesellschaftsrecht, flankierende Maßnahmen für den freien Kapitalverkehr und europäische Produktion von audiovisuellen Programmen hervorgehoben. Zum Europa der Bürger betonte ER die Bedeutung der Beseitigung der Kontrollen des Personenverkehrs an den Binnengrenzen und die Notwendigkeit abgestimmter effizienter Maßnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus, Drogenmißbrauch und organisiertem Verbrechen.

Bei den sozialen Aspekten des Binnenmarktes standen die Fragen des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit am Arbeitsplatz, der Zugang zur Berufsaus- und Fortbildung und die stärkere Einbeziehung der Sozialpartner (sozialer Dialog) in den gesamten Prozeß im Vordergrund der Gespräche.

Die Schlußfolgerungen des Wirtschaftsgipfels von Toronto[14] und die aktuellen Fragen des Umweltschutzes in Europa (Nordsee) gaben Anlaß, die Bedeutung der Bekämpfung von Luft- und Wasserverschmutzung zu unterstreichen. Die

7 Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

8 Die EG-Kommission legte am 14. Juni 1985 das Weißbuch „Vollendung des Binnenmarktes" für die Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vor. Für das Weißbuch bzw. den Anhang „Zeitplan für die Vollendung des Binnenmarktes 1992" vgl. http://europa.eu/documents/comm/white_papers/pdf/com1985_0310_f_de.pdf bzw. http://europa.eu/documents/comm/white_papers/pdf/com1985_0310_f_de_annexe.pdf.

9 Zur vollständigen Liberalisierung des Kapitalverkehrs zwischen den EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 180.

10 Zur Anerkennung der Hochschuldiplome in den EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 145, Anm. 14.

11 Zum Beschluß der EG-Ratstagung auf der Ebene der für Verkehrsfragen zuständigen Minister am 20./21. Juni 1988 in Luxemburg über den Güterverkehr zwischen den Mitgliedstaaten vgl. BULLETIN DER EG 6/1988, S. 13 f.

12 Vgl. dazu die Beschlüsse der EG-Ratstagung auf der Ebene der für den Binnenmarkt zuständigen Minister am 22. Juni 1988 in Luxemburg über „Normung, Zertifizierung und Prüfung"; BULLETIN DER EG 6/1988, S. 30 f.

13 Vgl. dazu die Mitteilung der EG-Kommission vom 14. Juni 1988 an den EG-Ministerrat und das Europäische Parlament zum „‚Grünbuch' über das Urheberrecht"; BULLETIN DER EG 6/1988, S. 9–11.

14 In der am 21. Juni 1988 abgegebenen Wirtschaftserklärung des Weltwirtschaftsgipfels in Toronto waren auch Aussagen zur Umwelt enthalten. Für den Wortlaut vgl. vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 386. Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 19. bis 21. Juni 1988 vgl. ferner Dok. 181–184.

Kommission wurde aufgefordert, Vorschläge für konkrete Beiträge der Gemeinschaft zur internationalen Zusammenarbeit in diesem Bereich vorzulegen.

Die politisch wichtigste Aussprache fand zu dem Thema Währungsunion statt. Dabei wurde ohne kontroverse Diskussion zu den Substanzfragen nach relativ kurzer Aussprache Einvernehmen über das weitere Verfahren erzielt. Die konkreten Schritte zur weiteren Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion werden auf der Tagesordnung des ER in Madrid im Juni 1989[15] stehen. Bis dahin soll ein Ausschuß die „konkreten Etappen zur Verwirklichung dieser Union" prüfen und hierzu Vorschläge unterbreiten, die auch den Wirtschafts- und Finanzministern zur Prüfung vorgelegt werden sollen. Die Zusammensetzung des Ausschusses (Vorsitz Delors, Präsidenten/Gouverneure der Zentralbanken ad personam, drei international anerkannte Experten) entspricht Vorschlägen der Kommission und der Präsidentschaft.

Der ER hat nach Konsultationen mit dem Erweiterten Präsidium des Europäischen Parlaments die Wiederernennung von Delors als Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften (entsprechend den Vertragsbestimmungen für zwei Jahre[16]) beschlossen.

Der Europäische Rat befaßte sich im Bereich der Europäischen Politischen Zusammenarbeit mit den West-Ost-Beziehungen, Afghanistan, Nah-Mittelost, Südafrika und dem südlichen Afrika sowie mit Lateinamerika. Die Ergebnisse der Beratungen wurden – wie ursprünglich bei Europäischen Räten auch für EPZ-Themen üblich – in die Schlußfolgerungen des Vorsitzes aufgenommen. Der ER in Hannover hat darüber hinaus keine Erklärungen abgegeben. Der Entwurf für die Schlußfolgerungen war vom Politischen Komitee vorbereitet und zunächst im Rahmen eines Meinungsaustausches der Außenminister erörtert worden.

Pleuger[17]

Referat 012, Bd. 134240

15 Die Tagung des Europäischen Rats fand am 26./27. Juni 1989 in Madrid statt.

16 Die Amtszeit des EG-Kommissionspräsidenten war in Artikel 161 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 geregelt Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 866.

17 Paraphe.

192

Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit dem irakischen Außenminister Aziz

30. Juni 1988[1]

Besuch des irakischen AM, Tariq Aziz in Bonn, 29.–30. Juni 1988[2];
hier: Gespräch mit dem Herrn Bundespräsidenten

Teilnehmer: Botschafter Abdul Jebbar Omar Ghani, MR von der Planitz.

BPr.[3] begrüßte den AM. Er habe sich auf diese Begegnung so kurz nach seinem Treffen mit den Außenministern der arabischen Troika im EAD besonders gefreut.[4] BPr. bat sodann AM um seine Eindrücke über seine bisherigen Gespräche in Bonn.

AM dankte für den freundlichen Empfang und überbrachte die Grüße von Präsident Saddam Hussein. Er habe einen sehr positiven Eindruck von seinen bisherigen Gesprächen mit BK Kohl[5], BM Genscher und MdB Dr. Stercken. Gespräche seien von großer Offenheit und Ehrlichkeit geprägt gewesen.

AM kam sodann auf den Golfkrieg[6] zu sprechen: Es handele sich um einen in der Geschichte ziemlich einmaligen Konflikt („unique conflict", an anderer Stelle „crazy war"). Der Iran verbinde sein Schicksal mit diesem Krieg. Die Bemühungen um die Implementierung von SRR 598[7] seien bisher ohne konkretes Ergebnis geblieben. Teheran habe die Resolution nicht angenommen; es verzögere deren Implementierung.

Irak sei dagegen zu Verhandlungen ohne Vorbedingungen bereit. Er müsse sich allerdings fragen, welchen Wert Verhandlungen ohne Aussicht auf wirkliche

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialrat von der Planitz, Bundespräsidialamt, am 1. Juni 1988 gefertigt und „mit der Bitte um Billigung" über Staatssekretär Blech, Bundespräsidialamt, an Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker geleitet.
Hat Ministerialdirigent Freiherr von Pfetten-Arnbach, Bundespräsidialamt, am 5. Juli 1988 vorgelegen.
Hat Blech am 6. Juli 1988 vorgelegen.
Die Übermittlung an Referat 311 des Auswärtigen Amts wurde vom Bundespräsidialamt am 7. Juli 1988 verfügt.

2 Zum Besuch des irakischen Außenministers Aziz am 29./30. Juni 1988 vgl. auch Dok. 190.

3 Bundespräsident.

4 Zum Treffen am 24. Juni 1988 zwischen der EG-Troika sowie der Arabischen Liga auf Ministerebene im Rahmen des Europäisch-Arabischen Dialogs vgl. Dok. 190, Anm. 19.

5 Gegenüber Bundeskanzler Kohl erklärte der irakische Außenminister Aziz am 30. Juni 1988 zu den Aussichten auf einen Frieden zwischen dem Irak und dem Iran: „Im Gegensatz zu BK, der ein weiser Staatsmann sei, sei die iranische Führung rückständig, fanatisch und auf Expansion bedacht. Wortführer dieser Haltung seien die ehemaligen Schüler des Imam Khomeini, die heute das Land regierten. Auch nach dem Tode Khomeinis werde sich hieran nicht viel ändern. […] Es komme jetzt darauf an, stärkeren Druck auf den Iran auszuüben, die Res. 598 anzunehmen und ihrer alsbaldigen Durchführung zuzustimmen. Ohne solchen Druck seien diplomatische Bemühungen eine reine Zeitvergeudung. Bloße diplomatische Listen und Durchführungsvorschläge brächten nichts. Derartige Spielereien seien nicht geeignet, den Krieg zu beenden; sie seien in ihrer Wirkung einer Morphiumspritze vergleichbar." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 311, Bd. 154120.

6 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 184, Anm. 5.

7 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrates vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 1, Anm. 33.

Fortschritte in der Sache hätten. Wichtig sei daher, daß Iran die SRR 598 annehme. Iran müsse dazu gezwungen werden. Irak versuche, seine Freunde und Gesprächspartner von dieser Haltung zu überzeugen.

Irak wolle Frieden und sich auf seine wirtschaftliche Entwicklung sowie die Anhebung des Lebensstandards seiner Bürger konzentrieren. Hierzu sei die Zusammenarbeit mit deutschen Firmen sehr willkommen.

Es folgte ein kurzer Exkurs über die Sinnlosigkeit von Krieg, in dem der *BPr.* auf leidvolle deutsche Erfahrungen verwies.

BPr. fragte dann, welche Auswirkungen die jüngsten militärischen Erfolge Iraks haben würden.

AM: Irak habe drei strategisch wichtige Gebiete seines Territoriums zurückerobert. Iran halte noch einige wenige Gebiete besetzt. Irak werde Iran auch aus diesen Gebieten vertreiben müssen („kick them off"), da sich Iran nicht freiwillig auf seine Grenzen zurückziehe. Dies sei nun mal die nationale Pflicht der Iraker. Irak werde sich aber weiter um Frieden bemühen. Die iranische Führung mache sich doch etwas vor („inclined to illusion"), wenn sie glaube, sie könne den Krieg doch noch gewinnen. Die Kampfmoral der iranischen Soldaten habe nachgelassen, das gleiche gelte für die Bereitschaft der iranischen Bevölkerung zu Opfern für die Revolution. Die Ideen Khomeinis hätten an Überzeugungskraft verloren („nonsense of Khomeini"). Die Iraner fingen an, wieder normal zu denken. Leider gelte dieser Prozeß nicht oder noch nicht für die iranische Führung. Sie sei noch voll dem Gedanken der iranischen Revolution und ihrer Ausbreitung verhaftet. So geschehe es, daß sich die iranische Führung von der Basis entfremde und sich gleichsam selbst isoliere.

BPr. fragte dann nach der Einschätzung der sowjetischen Rolle im Golfkonflikt.

AM: Die Sowjetunion unterstütze die Friedenssuche. Freilich seien die Zielsetzungen der Supermächte häufig zwiespältig („ambiguous"). Supermächte hätten ihre Hintergedanken („second thoughts"). Was nun den Golfkrieg angehe, so werde gesagt, die Supermächte hätten durchaus nichts dagegen, wenn beide Konfliktparteien verlieren würden. Er habe die sowjetische Haltung in der Vergangenheit auch kritisiert, etwa in der Frage einer Folgeresolution[8]. Die SU sei sehr vorsichtig in der Gestaltung ihrer Beziehungen zu ihrem Nachbarn Iran. Sie fürchte die islamisch-militante Ausstrahlung auf die eigenen islamischen Republiken und möchte daher Irritationen auf iranischer Seite vermeiden. Auch Afghanistan spiele hier eine Rolle. Andererseits liege der von Iran vertretene Antiamerikanismus durchaus im Interesse der SU. Die USA, zu denen Irak gute Beziehungen unterhalte, und die SU sollten ihren Einfluß nachdrücklich zur Geltung bringen, damit Iran die SRR 598 annehme.

Auf Frage des BPr. nach dem Einfluß des amerikanischen Wahlkampfes[9] auf die Konfliktlage: Er sehe keine unmittelbaren Auswirkungen. Bush sei ausgezeichnet unterrichtet. Dukakis kenne er nicht. Er sei für ihn ein unbeschriebenes Blatt („mystery").

8 Zur Frage einer Resolution des VN-Sicherheitsrats über ein Waffenembargo gegen den Iran vgl. Dok. 66.

9 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

BPr.: Dukakis sei sicher gut beraten, nicht zu spezifisch in seinen außenpolitischen Stellungnahmen zu sein; auch er kenne keine Äußerungen von Dukakis zum Golfkonflikt. Dies könne aber auch mit dem amerikanischen Iran-Trauma zusammenhängen, das die Amerikaner wohl noch nicht ganz bewältigt hätten.[10]

BPr.: Wie immer wir die Hintergedanken der Großmächte einschätzten, wir müssen mit den Großmächten leben und uns mit ihnen arrangieren. (BPr. zitierte Radjiv Gandhi, der ihm gesagt habe, man sei gemeinschaftlich den Supermächten ausgesetzt gewesen: Früher hätten sie gegeneinander aufgerüstet, heute rüsteten sie gegeneinander ab. Mit beidem müßten wir uns auseinandersetzen.[11]) Er sehe aber doch die Möglichkeit einer verstärkten sowjetischen Bereitschaft, zur Konfliktlösung beizutragen. Machtpolitik könne im Atomzeitalter nicht mehr mit Waffen allein geführt werden. Machtpolitik erfordere mehr und mehr die Fähigkeit, sich an der wachsenden weltweiten wirtschaftlichen Interdependenz zu beteiligen, die Fähigkeit, wettbewerbsfähig in Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie zu bleiben. Gorbatschow habe das klar erkannt. Perestroika sei seine Antwort. Das „wahre Spiel der Kräfte" heiße heute, wettbewerbsfähig zu bleiben.

BPr.: Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen habe er die Frage nach dem Einfluß und der Rolle der SU im Golfkonflikt gestellt.

AM: Direkte oder indirekte Auswirkungen der Perestroika könne er noch nicht erkennen. Gorbatschow sei zu sehr mit innenpolitischen Dingen und den Abrüstungsgesprächen mit den Amerikanern befaßt. Viel werde auch von Verlauf und Ergebnis der Parteikonferenz der KPdSU[12] abhängen.

BPr. und *AM* stimmten überein, daß die laufende Parteikonferenz der KPdSU ein außergewöhnliches Ereignis darstelle. Früher seien lange Reden gehalten worden, heute werde kontrovers diskutiert. Jeder könne die Diskussion am Fernsehapparat verfolgen.

BPr.: Gorbatschow gehe entschlossen an das Werk des Umbaus. Perestroika könne die SU stärken, am weltweiten Wettbewerb der Wirtschaft und Technologie statt der Waffen teilzunehmen. Gorbatschow stehe freilich unter Zugzwang: Er müsse der Bevölkerung zeigen, daß Perestroika auch für sie Vorteile bringe. Das gelte vor allem für die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern. Es gebe Zeichen der Nervosität.

Zur Golflage zurückkehrend, sagte der BPr.: Der ER in Hannover habe die Lage am Golf behandelt und eine Erklärung abgegeben.[13] Danach habe er u. a. Einsatz von CW[14] verurteilt. Wir seien ganz entschieden gegen den Einsatz dieser schrecklichen Waffen.

BPr.: Was wir im Rahmen unserer Möglichkeiten unternehmen können, um zu einer Konfliktbeendigung und zur Wiederherstellung von Frieden in der Region

10 Vgl. dazu die Geiselnahme von Angehörigen der amerikanischen Botschaft in Teheran; Dok. 184, Anm. 4.

11 Zum Besuch des indischen Ministerpräsidenten Gandhi vom 6. bis 8. Juni 1988 vgl. Dok. 167.

12 Zur Allunions-Parteikonferenz der KPdSU vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 in Moskau vgl. Dok. 194.

13 Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 in Hannover vgl. Dok. 191.
Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 in Hannover zum Nahen und Mittleren Osten vgl. BULLETIN 1988, S. 847 f.

14 Zum Einsatz von Chemiewaffen durch den Irak vgl. Dok. 99 und Dok. 154.

beizutragen, wollten wir gern tun. Er freue sich über den guten Stand der bilateralen Beziehungen zum Irak. Auch deutsche Firmen, die trotz kriegsbedingter Schwierigkeiten ihre Verträge erfüllten, hätten hierzu beigetragen.[15] Er würde es begrüßen, wenn die irakische Regierung bei der Regelung kriegsbedingter Probleme deutscher Firmen Entgegenkommen zeigen würde.

Abschließend fragte der BPr., ob AM ihm noch etwas zur Weitergabe an BM Genscher oder BK Kohl sagen wolle.

AM dankte für das Interesse des Herrn BPr. Er bäte um mehr Verständnis für die irakische Haltung. Der Irak sei einer außergewöhnlichen Gefahr ausgesetzt. Khomeini schicke jedes Jahr Hunderttausende fanatisierter Kämpfer los, um in den Irak einzufallen. Irak müsse sich gegen diesen Ansturm schützen. AM machte dann Ausführungen zu dem „barbarischen Charakter" des Regimes in Teheran (danach seien u. a. junge Mädchen, die zum Tode verurteilt worden seien, vor der Hinrichtung auf Weisung der iranischen Führung vergewaltigt worden). Bei seinen Verteidigungsanstrengungen würde Irak auch die Interessen anderer Staaten der Region und letztlich auch die Interessen der Supermächte wahrnehmen. Der Irak verdiene mehr Verständnis.

BPr.: Auch wir Deutschen hätten unsere eigenen Erfahrungen mit einem barbarischen Regime gemacht. Dieses hätte unbeschreibliche Grausamkeiten begangen. Wir hätten unsere Konsequenzen gezogen. Dazu gehöre auch die Ablehnung bestimmter Waffen. Er wolle noch einmal unterstreichen: Dem schrecklichen Tod unschuldigen Lebens, dem Blutvergießen müsse ein Ende gemacht werden. Was wir dazu beitragen könnten, wollten wir tun.

BPr. übergab ein an Präsident Saddam Hussein gerichtetes Gnadengesuch in der Sache des im Irak inhaftierten deutschen Staatsangehörigen al-Kadhi und bat um befürwortende Weiterleitung.[16] *AM* sagte dies zu.

(Gesprächsführung englisch, Dauer des Gesprächs 50 Minuten)

Referat 311, Bd. 154120

15 Vortragender Legationsrat I. Klasse Dassel hielt am 3. Februar 1988 fest, daß die Ausfuhren aus der Bundesrepublik in den Irak 1986 1,44 Milliarden DM umfaßt hätten, dem stünden Einfuhren aus dem Irak in Höhe von 228 Millionen DM gegenüber. Vgl. Referat 311, Bd. 154120.
Am 11. April 1988 nahm Botschafter Ellerkmann, Bagdad, eine Einschätzung zu den Wirtschaftsbeziehungen mit dem Irak vor: „Gespräche mit den Ministern und Staatssekretären der verschiedenen Industrie- und Handelsressorts verdeutlichen den fortbestehenden Wunsch der politischen Führung, mit deutschen Unternehmen und deutscher Hilfe wichtige Bereiche zu entwickeln. Aus Äußerungen spricht Optimismus, der vor allem auf der deutlichen Verbesserung der irakischen Öleinnahmen im Vergleich zu Katastrophenjahr 1986 beruht. […] Gleichzeitig will man die Entwicklung von einem Erdölförderungsland zu einem Industrieland mit diversifizierter Struktur einleiten. Über folgende Projekte will man mit deutschen Firmen verhandeln: Walzwerkanlage, petrochemische Anlage, Buntmetallindustrie, erweiterte Phosphatgewinnung mit Düngemittelfabrik. Gespräche mit Krupp, Thyssen, Klöckner, Bayer, Hoechst haben inzwischen stattgefunden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 365; Referat 311, Bd. 154120.

16 Ministerialdirektor Oesterhelt legte am 15. Juni 1988 für Bundesminister Genscher dar: „Der eingebürgerte deutsche Staatsangehörige al-Kadhi wurde am 26. August 1986 im Irak/Flughafen Bagdad verhaftet und am 1. Februar 1987 durch das irakische Revolutionsgericht wegen Spionage zum Tode verurteilt. Sie haben noch am gleichen Tag ein Gnadengesuch an den irakischen Außenminister gerichtet. Der Bundespräsident hat mit Schreiben vom 12. Februar 1987 Präsident Saddam Hussein gebeten, das verhängte Todesurteil nicht zu vollstrecken. Staatspräsident Saddam Hussein hat am 9. Juli 1987 das Todesurteil gegen al-Kadhi aufgehoben und in eine lebenslange Gefängnisstrafe umgewandelt. […] Sie haben in einem Gespräch mit Präsident Hussein am 19.11.87 in Bagdad den

193

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem polnischen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Szałajda

30. Juni 1988[1]

Teilnehmer auf polnischer Seite: Stellvertretender Ministerpräsident Szałajda, Botschafter Karski, Herr Jędrys, Dolmetscherin;

auf deutscher Seite: Der Herr Bundeskanzler, Botschafter Schoeller, MDg Hartmann als Note-taker.

Der Herr *Bundeskanzler* heißt Stv. MP Szałajda herzlich willkommen.[2] Er hoffe, daß es gelingen werde, in den deutsch-polnischen Beziehungen ein gutes Stück voranzukommen.

Stv. MP *Szałajda* bedankt sich für die Möglichkeit des Gesprächs. Sowohl Staatspräsident Jaruzelski als auch Ministerpräsident Messmer hätten ihm herzliche Grüße an den Herrn Bundeskanzler aufgetragen. Er selber freue sich, erneut die Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler zu haben. Er stehe immer noch unter dem positiven Eindruck der Begegnung vor zwei Jahren.[3]

Der Bundeskanzler habe seinerzeit von der Vergangenheit gesprochen, aber gleichzeitig davon, daß es gelte, die Zukunft zu gestalten. Seit der Begegnung vor zwei Jahren habe sich viel ereignet. Es gebe positive Entwicklungen bei der Entspannung und bei der Abrüstung. Er wolle auch den Reformprozeß in der Sowjetunion und in Polen erwähnen. Seine Hoffnung sei, daß sich auch in den deutsch-polnischen Beziehungen immer mehr positive Elemente durchsetzten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1041

Fall al-Kadhi angesprochen. Der Präsident hat damals erwidert, nach irakischem Verfassungsrecht sei eine weitere Begnadigung nicht möglich. Sie baten darum, daß dennoch geprüft werden möge, ob ein Weg für eine vorzeitige Freilassung gefunden werden kann. Dem hat Präsident Hussein nicht widersprochen. Der irakische Revolutionstag am 17. Juli 1988 bietet nach Auffassung der Botschaft in Bagdad eine Möglichkeit, im Fall al-Kadhi erneut ein Gnadengesuch zu stellen." Vgl. Referat 311, Bd. 154120.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 30. Juni 1988 gefertigt und am selben Tag über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl „zur Billigung" weitergeleitet. Dazu vermerkte er: „Ich bitte um Weisung, ob der von Ihnen gebilligte Vermerk BM Genscher zur persönlichen Kenntnisnahme übersandt werden kann (dabei weise ich darauf hin, daß Botschafter Schoeller eigene Notizen gemacht hat, die er möglicherweise dem AA zur Verfügung stellen wird)."
Hat Schäuble vorgelegen.
Hat Kohl vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Teltschik verfügte. Zur Frage einer Übermittlung an das Auswärtige Amt vermerkte er handschriftlich: „Ja." Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 76; B 150, Aktenkopien 1988.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Hartmann am 4. Juli 1988 an Ministerialdirigent Jansen „zur persönlichen Unterrichtung von Herrn Bundesminister Genscher" übermittelt. Vgl. das Begleitschreiben; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 76; B 150, Aktenkopien 1988.

2 Der polnische Erste Stellvertretende Ministerpräsident Szałajda besuchte die Bundesrepublik anläßlich der Tagung der Regierungskommission der Bundesrepublik und Polens zur Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit am 27./28. Juni 1988 in Hamburg.

3 Bundeskanzler Kohl empfing den polnischen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Szałajda am 11. März 1986. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 66.

Stv. MP Szałajda fährt fort, der Bundeskanzler habe in Tutzing sehr konstruktive Äußerungen zum deutsch-polnischen Verhältnis gemacht.[4] Er habe insbesondere Verständnis für die Schwierigkeiten der polnischen Wirtschaft zum Ausdruck gebracht und gleichzeitig von der Notwendigkeit einer politischen Lösung gesprochen. Zweifellos gebe es bei der Durchführung der Reformen in Polen große Schwierigkeiten, aber die Führung sei entschlossen, diese durchzusetzen. Man habe soeben im Sejm zwei wichtige Gesetze verabschiedet. Das eine Gesetz räume dem Staat, den Genossenschaften und privaten Trägern die gleichen Möglichkeiten im Unternehmensbereich ein. Das andere Gesetz enthalte die Grundlagen für den Einsatz ausländischen Kapitals, insbesondere bei Jointventures.

In der jüngsten ZK-Sitzung sei der klare Wille der Führung zum Ausdruck gebracht worden, die wirtschaftliche Liberalisierung und Demokratisierung voranzubringen. Es seien gleichzeitig Personalveränderungen beschlossen worden, die diese Trends bestätigten.[5]

Stv. MP Szałajda kommt sodann auf die drei Arbeitsgruppen zu sprechen, die eingesetzt worden seien[6], um – ebenso wie das für Anfang September vorgesehene Treffen der beiden Außenminister – den Besuch des Bundeskanzlers in Polen vorzubereiten. Er wolle ausdrücklich unterstreichen, daß die polnische Regierung diesem Besuch große Bedeutung beimesse. Man teile die Auffassung des Bundeskanzlers, daß dieser Besuch mit politischer Substanz erfüllt werden müsse. Er wolle schließlich noch erwähnen, daß man sich derzeit in Polen auf den Besuch von Generalsekretär Gorbatschow Anfang Juli[7] vorbereite.

Auf die Tätigkeit der Arbeitsgruppen näher eingehend, erklärt Stv. MP Szałajda, in der Arbeitsgruppe, die sich mit den bilateralen politischen Beziehungen befasse, seien gute Fortschritte zu verzeichnen, auch wenn diese vielleicht nicht für beide Seiten voll befriedigend seien. Er wolle insbesondere die Vorschläge für den Jugendaustausch, über die der zuständige polnische Minister soeben mit BM Süssmuth verhandelt habe[8], erwähnen sowie die Fortschritte in der Frage der

4 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl am 20. Januar 1988 vor der Evangelischen Akademie in Tutzing über „Unsere Politik gegenüber unseren östlichen und südöstlichen Nachbarn“ vgl. BULLETIN 1988, S. 130–135.

5 Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix notierte am 21. Juni 1988 zur Plenartagung des ZK der PVAP am 13./14. Juni 1988 in Warschau: „Die umfangreichen personellen Veränderungen im Politbüro und ZK der PVAP […] haben zu einem Vorrücken reformorientierter Kräfte […] und damit zu einer Stärkung des Reformflügels in der Parteiführung geführt. Darin liegt ein klares Signal, daß die polnische Führung auch nach den Streiks vom April und Mai dieses Jahres entschlossen bleibt, den Kurs ihrer Reformpolitik fortzusetzen. Allerdings soll die Schaffung einer Kommission aus Vertretern von Regierung, Arbeitgebern, Gewerkschaften und gesellschaftlichen Gruppen zur Ausarbeitung eines neuen Konzepts für die Lohn- und Preispolitik gewisse Härten der ‚Austerity‘-Politik für die breite Bevölkerung abmildern.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139701.

6 Zur Einsetzung von drei deutsch-polnischen Arbeitsgruppen vgl. Dok. 14, Anm. 41.

7 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte vom 11. bis 14. Juli 1988 Polen.

8 In einer Aufzeichnung des Referats 214 mit Stand vom Juli 1988 hieß es: „Nach Treffen BM Süssmuth/poln[ischer] Jugendminister Kwasniewski (16.–21.5.1988) hat erste Runde von Expertengesprächen über den Abschluß eines Abkommens zur Intensivierung des Jugendaustausches stattgefunden (Bonn 15./16.6.1988). Nächste Runde soll Ende August 1988 stattfinden, die Abkommensentwurf finalisieren soll. Unser Petitum, daß Jugendaustausch nicht auf polnische Staatsjugend beschränkt bleiben, sondern allen Jugendlichen (kirchliche und gesellschaftliche Gruppierungen) zugute kommen soll, hat die polnische Seite mittlerweile akzeptiert.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139715.

Errichtung eines deutschen Kulturinstituts[9]. Auch sei man bei den Ausreisen gut vorangekommen sowie bei der Frage des Austausches von Militärattachés und der Errichtung einer Gedenktafel für den deutschen Widerstand. Die Experten seien insgesamt der Meinung, daß es bedeutende Fortschritte seien, die erzielt wurden.[10]

Leider habe man keine Fortschritte im wirtschaftlichen Bereich zu verzeichnen. Hier handele es sich zunächst um die Routinefragen – d. h. die bilateralen Finanz- und Kreditbeziehungen im Rahmen des Pariser Clubs, im wesentlichen die Umschuldungsproblematik[11]. Dazu gehörten aber auch die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, der Umweltschutz und der Kapitalschutz. In den letzteren drei Bereichen gebe es gewisse Fortschritte.

Entscheidend sei jetzt, daß die polnische Wirtschaft gestärkt werde und die Reformen fortgeführt würden. Hierzu benötige man Kredite bzw. garantierte Kredite (Bürgschaften).

Polen sei weiterhin entschlossen, seine Beziehungen zu den Gläubigern im Pariser Club zu regeln. Dabei müsse man allerdings bedenken, daß die Auslandsschulden zur Zeit 40 Mrd. US-Dollar betrügen und sein Land dafür allein zweieinhalb Mrd. US-Dollar Zinsen pro Jahr zahlen müsse. Polen befinde sich also dauernd in der Lage, die Entwicklung einholen zu müssen.

Er wolle offen fragen, ob es nicht möglich sei, eine außergewöhnliche Lösung ins Auge zu fassen, die entscheidend dazu beitragen könne, die polnischen Wirtschaftsreformen zu verstetigen. Als Pragmatiker wolle er dies gerne in Zahlen ausdrücken. Das Wirtschaftsprogramm, das man derzeit erarbeitet habe, erfor-

9 Zur Errichtung von Kulturinstituten in der Bundesrepublik und in Polen vgl. Dok. 76, Anm. 12.
Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und Ministerialdirigent Trumpf notierten am 19. Mai 1988: „Polen hat sich der Idee lange widersetzt. Sodann war die polnische Seite nur bereit, über ein wissenschaftlich-technologisches Informationszentrum zu sprechen." Nun habe sie aber ihre Bereitschaft erklärt, „über eine Lösung zu verhandeln, die die Vorstellungen beider Seiten berücksichtigt. Am 25.2.1988 haben wir der polnischen Seite einen Abkommensentwurf nach dem üblichen Muster für unsere Kulturinstitute mit einer wissenschaftlich-technologischen Informationskomponente übergeben. In dieser Frage erscheint ein Durchbruch möglich." Vgl. Referat 214, Bd. 139715.

10 Ministerialdirigent Kastrup, z. Z. Warschau, teilte am 31. Mai 1988 zur Sitzung der deutsch-polnischen Arbeitsgruppe 1 „Politische, kulturelle und humanitäre Fragen" am 30./31. Mai 1988 mit, es zeichne sich ab, „daß die polnische Seite in einigen uns interessierenden Fragen Bewegung zeigt. […] Unter Hinweis auf ihre geänderte Haltung bekräftigte die polnische Seite des weiteren ihre Bereitschaft, ein deutsches Konzept für eine nationale Gedenkausstellung in Auschwitz und für Gedenktafeln zur Erinnerung an den Widerstand gegen Hitler (Kreisau, Wolfsschanze) entgegenzunehmen. […] Auf mein Plädoyer zugunsten der Menschen, die in Polen ihre deutsche Sprache und Kultur pflegen wollen, reagierte die polnische Seite erstmals erstaunlich positiv. Sie stellte die Existenz dieses Problems keinesfalls in Abrede, sondern erklärte, man sei sich bewußt, wie wichtig dieses Thema für uns sei." Vgl. den Drahtbericht Nr. 770; Referat 214, Bd. 139715.

11 Zu einer Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 51.
Im Gespräch mit dem polnischen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Szałajda am 30. Juni 1988 erläuterte Bundesminister Genscher: „Er wolle jedoch zu den im Pariser Club behandelten Fragen auch anmerken, daß hier die Bundesregierung bereits Erhebliches getan habe. In sehr erheblichem Umfang habe die Bundesregierung nämlich eintreten müssen für von Hermes garantierte Kredite. […] Die Bundesrepublik sei der mit Abstand größte Gläubiger Polens. Trotzdem hätten sich die deutschen Vertreter im Pariser Club stets mit Nachdruck für vernünftige Regelungen eingesetzt. Dabei habe man sich sowohl mit dem Risiko-Argument auseinandersetzen müssen als auch in einigen Fällen mit politischen Argumenten. Die Kreditwürdigkeit Polens bei anderen Ländern werde mit Sicherheit schwer beeinträchtigt, wenn Polen sich von Vereinbarungen im Rahmen des Pariser Clubs distanziere." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139715.

dere in den Jahren 1989/90 zusätzliche Mittel von ca. 1 Mrd. DM jährlich. Der Kapitalbedarf nach 1990 werde auf rund 5 Mrd. DM insgesamt geschätzt.

Er wolle noch einmal zusammenfassend feststellen, daß man in dem politischen Paket Fortschritte erreicht habe, aber im wirtschaftlichen Bereich praktisch kein Fortschritt zu verzeichnen sei. In dem Gespräch mit BM Bangemann sei man über Routinelösungen nicht hinausgekommen.[12] Was man jetzt benötige, sei ein politischer Durchbruch. Er wolle in diesem Zusammenhang an den Hinweis des Bundeskanzlers auf die Aussöhnung mit Israel und Frankreich erinnern. Wenn etwas Ähnliches im Verhältnis zu Polen getan würde, wäre dies für ganz Europa von größter Bedeutung.

Polen sei bereit, alle – auch die schwierigsten – Probleme zu erörtern. Dies schließe auch solche Probleme ein, die bisher blockiert worden seien. Man müsse Formeln finden, die für die eine Seite befriedigend und für die andere Seite akzeptabel seien. Um dies der Öffentlichkeit gegenüber darzustellen, sei es aber notwendig, daß man gleichzeitig wirtschaftliche Fortschritte vorweisen könne.

Man müsse daher Lösungen für das Wirtschaftspaket finden, wenn man ein Gleichgewicht haben wolle. Und zwar müsse man bald zu Lösungen kommen, denn die Welt entwickele sich weiter. Man sehe beispielsweise in Polen, daß in der EG mit Blick auf 1992[13] etwas Neues vor sich gehe.

Stv. MP Szałajda wiederholt, Polen brauche eine unkonventionelle Lösung, d.h. eine Unterstützung für 1989/90 in der genannten Größenordnung. Wenn man sich hierüber verständige, könne man im Rahmen des Besuches des polnischen Außenministers in Bonn weitere Substanz für den Besuch des Bundeskanzlers in Polen schaffen.

Dieser Besuch könnte von historischer Bedeutung werden. Der Bundeskanzler könne damit in die Geschichte eingehen. Es sei sicher, daß dieser Besuch auch von der Bevölkerung Polens positiv aufgenommen werde.

Der *Bundeskanzler* dankt Stv. MP Szałajda für die offene und klare Darlegung der Probleme aus seiner Sicht und bittet ihn, Präsident Jaruzelski seine Grüße zu übermitteln und ihm zu sagen, daß er, der Bundeskanzler, hoffe, ihn bald zu sehen.

12 Am 29. Juni 1988 vermerkte Ministerialdirigent Höynck zur Sitzung der Deutsch-Polnischen Wirtschaftskommission am 27./28. Juni 1988 in Hamburg: „1) Szałajda hat erneut die polnischen Maximalforderungen vorgebracht: Kredit in Höhe von 1 Milliarde jährlich bis 1995 (d.h. 7 Mrd. DM); Vereinbarung eines neuen Umschuldungsrahmens im Pariser Club mit mehrjähriger Umschuldung, langen Rückzahlungsfristen, präferenziellen Zinsen; Regelung des Jumbo[-Kredits] durch Erlaß oder Rückzahlung in Złoty. Minister Szałajda hat diese Forderungen in Zusammenhang gebracht mit ‚Zusagen' von BM Genscher bei seinem Besuch in Warschau im Januar 1988, bei dem er ‚außergewöhnliche' Leistungen der Bundesrepublik in Aussicht gestellt habe. 2) BM Bangemann hat auf persönlicher Basis der polnischen Seite folgendes Angebot für einen ersten Schritt unterbreitet: sofortige Paraphierung des bilateralen Umschuldungsabkommens (bilaterale Ausfüllung der Vereinbarung im Pariser Club vom Dezember 1987); dreijährige vollständige Stundung aller polnischen Verbindlichkeiten aus dem Jumbo; Eröffnung eines Kreditrahmens (Hermes) von 250 Mio. DM. 3) Minister Szałajda hat dieses Angebot zurückgewiesen. Es handle sich dabei lediglich um ein ‚alltägliches Angebot'." Vgl. Referat 214, Bd. 139708.

13 In Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 kamen die EG-Mitgliedstaaten überein, bis zum 31. Dezember 1992 einen Binnenmarkt zu schaffen, „in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital" gewährleistet sei. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

Er wolle zunächst einige Bemerkungen zum Grundsätzlichen machen. In der Tat sei die Weltpolitik in Bewegung, und zwar in eine Richtung, die erfreulich sei. Allerdings werde das Tempo langsamer sein, als manche Narren hierzulande meinten. Es genüge, einen Blick nach Moskau zu werfen. Man sei in der Politik immer gut beraten, wenn man in kleinen, aber sicheren Schritten vorangehe.

Daß es gewaltige Veränderungen gebe, zeige sich beispielsweise an einer Realität wie der Europäischen Gemeinschaft, die das neue Zieldatum 1992 ansteuere. Dabei betone er immer wieder, daß EG-Europa nicht mit Europa gleichzusetzen sei. Dies habe er zuletzt noch auf dem ER in Hannover[14] gesagt.

Aus diesem Grunde sei es sein Interesse, daß EG-Europa sich nicht abschotte, daß man die Abgrenzungen minimiere und nicht maximiere. Man dürfe eben nie aus den Augen verlieren, daß Warschau und Krakau in Mitteleuropa lägen.

Er, der Bundeskanzler, werde sich im Herbst mit Generalsekretär Gorbatschow in Moskau[15] und dann im Frühjahr 1989 hier in Bonn[16] treffen. Er könne zwar das Ergebnis dieser Begegnungen noch nicht vorwegnehmen, gehe aber davon aus, daß es in der Tat gelinge, eine neue Seite in der Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen aufzuschlagen.

Gorbatschow wisse, daß alle Wege nach Europa über Bonn führten, und daraus werde er Konsequenzen ziehen. Aber umgekehrt dürfe man auch nicht vergessen, daß der Weg nach Moskau über Warschau führe. Er, der Bundeskanzler, denke nicht daran, Polen auszusparen.

Dies sei aber nur die politische Seite, die Seite des Verstandes. Das Verhältnis zu Polen sei aber auch eine Angelegenheit des Herzens. Dies habe mit der kulturellen und geschichtlichen Vergangenheit der deutsch-polnischen Beziehungen zu tun. Er sei bereit, die Chancen, die sich jetzt böten, wahrzunehmen. Allerdings gelte es auch, den Grundsatz im Auge zu behalten, daß man anderen nicht zumuten dürfe, was man selbst nicht zugemutet haben wolle. Es müsse mithin Lösungen geben, die für beide Seiten akzeptabel seien.

Er wolle den Besuch in Polen in nicht allzu ferner Zukunft machen. Hierbei solle man allerdings einen vernünftigen Abstand zu dem Besuch in Moskau halten. Es komme nicht auf einen Monat an.

In der Tat müßten die wirtschaftlichen und politischen Teile des Gesamtpaketes ausgewogen sein. Er wolle hier nicht über Details sprechen. Er wolle nach dem Besuch in Polen das Gefühl haben, daß dieser ein Erfolg war. Das bedeute auch, daß keiner mit der Vorstellung zurückbleiben dürfe, er habe den anderen übervorteilt. Denn dann wäre der Besuch ein Mißerfolg. Man müsse beim ersten Besuch immer daran denken, wie es beim zweiten Besuch aussehen könne. Er, der Bundeskanzler, wolle, daß man einen neuen Anfang mache.

Dies sei uns sowohl im politischen wie auch im wirtschaftlichen Bereich beispielsweise im Verhältnis zu Ungarn gelungen. Die polnische Führung habe bekanntlich gute Beziehungen zu Budapest. Dort habe sie ein gutes Beispiel. Natürlich

14 Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 in Hannover vgl. Dok. 191.

15 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

16 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte vom 12. bis 15. Juni 1989 die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1989.

würden unsere Beziehungen zu den einzelnen Staaten des Warschauer Paktes immer unterschiedlich sein. Sie seien beispielsweise zu Rumänien besonders kompliziert, zu Bulgarien schon einfacher, weil es hier auch keine historischen Belastungen gebe. Schwieriger sei wiederum unser Verhältnis zu Prag, aber auch hier könnten sich die Dinge bessern, wenn sich die Beziehungen zu Warschau entwickelten. Die Beziehungen zu Honecker seien natürlich eine sehr eigene Sache. Letztere brauchten im übrigen das deutsch-polnische Verhältnis nicht zu berühren. Er, der Bundeskanzler, trage diese Sache nicht auf dem Rücken der Polen aus.

Der Bundeskanzler erinnert daran, daß er mit MP Grósz entsprechende Gespräche geführt habe[17]; dieser habe seinerseits anderweitige Gespräche geführt. Er finde es daher sehr nützlich, daß es diese Beziehungen gebe. Er empfehle, Staatspräsident Jaruzelski hierauf hinzuweisen und zu sagen, daß er bereit sei, das Ganze zu erweitern.

Man dürfe nicht vergessen, daß in zwölf Jahren dieses Jahrhundert zu Ende gehe. Die Bundesrepublik Deutschland habe bei der Entwicklung der West-Ost-Beziehungen in den letzten Jahren eine gewisse Rolle gespielt. Sie sei der wichtigste Partner der Vereinigten Staaten in Europa (nicht der älteste Verwandte, das sei PM Thatcher). Sie spiele diese Rolle, gleichgültig wer der neue Präsident in den Vereinigten Staaten sein werde[18]. Schließlich gebe es noch – was für Polen wichtig sei – die besonderen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich.

Er, der Bundeskanzler, erwähne dies nicht, um zu protzen, sondern um deutlich zu machen, daß es sein Ziel sei, gute Beziehungen zu Warschau zu entwickeln. Dies habe über das bilaterale Verhältnis hinaus allgemeine Bedeutung.

Aus diesem Grunde müsse man auch versuchen, sich über die verschiedenen Teile des politischen Pakets zu einigen, wobei er den Eindruck habe, daß die polnische Seite noch große Schritte tun müsse. Wenn er Stv. MP Szałajda richtig verstanden habe, so wolle die polnische Seite dies tun.

Gleichzeitig wolle die polnische Seite ihrer eigenen Öffentlichkeit sagen können, daß es auch wirtschaftlich vorangehe. Deshalb müsse man auch hierüber reden. Allerdings hätten auch wir in diesem Bereich unsere Probleme. Wir seien Teil des Pariser Clubs und alles, was wir daher täten, könne zum Präzedenzfall werden.

Stv. MP *Szałajda* wirft ein, ein Starker könne jederzeit Präzedenzfälle schaffen.

Der *Bundeskanzler* weist auf seine Bemühungen hin, in Toronto[19] einen Schuldenerlaß für einige Länder der Dritten Welt durchzusetzen. Dabei habe er die anderen mitgezogen. Aber derartige Versuche hätten auch ihre Grenzen.

Der Bundeskanzler fährt fort, er werde zunächst mit den zuständigen Kollegen sprechen. In jedem Fall noch vor den Sommerferien – d. h. noch im Juli – wolle man einen Vorschlag erarbeiten.

Die polnische Seite könne davon ausgehen, daß wir gutwillig seien, aber wir könnten nicht alles tun.

17 Ministerpräsident Grósz besuchte die Bundesrepublik vom 7. bis 10. Oktober 1987. Für sein Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 7. Oktober 1987 vgl. AAPD 1987, II, Dok. 277.

18 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

19 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 19. bis 21. Juni 1988 in Toronto vgl. Dok. 181–184.

Stv. MP *Szałajda* bedankt sich für das Gespräch, das er als sehr konstruktiv empfunden habe. Zudem sei es sehr offen und optimistisch gewesen.

Der *Bundeskanzler* stimmt zu, daß es sich um ein sehr konstruktives Gespräch gehandelt habe. Wenn beide Seiten kompromißfähig seien, bestehe eine gute Chance voranzukommen. Er, der Bundeskanzler, wolle auf unserer Landkarte keinen weißen Fleck haben.

Er bittet Stv. MP Szałajda ausdrücklich, in Warschau zu sagen, daß er Sympathie und Verständnis für den Stolz der Polen habe. Gleichzeitig solle man aber in Warschau bedenken, daß man das gleiche auch hier in der Bundesrepublik Deutschland in Rechnung stellen müsse. Wenn Stv. MP Szałajda von der Reaktion der Bevölkerung gesprochen habe, so gelte dies auch hier. In der Tat müsse man alles tun, um die Menschen zu erreichen, insbesondere die junge Generation, dazu zählten auch die Enkel der Vertriebenen.[20]

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 76

194

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken

213-320.03 **30. Juni 1988**[1]

Über Herrn Dg 21[2], Herrn D 2[3], Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister[4]

Betr.: 19. Allunions-Parteikonferenz der KPdSU[5];
hier: Rechenschaftsbericht von GS Gorbatschow am 28.6.1988[6]

Bezug: DBe Nr. 2003 und 2004 der Botschaft Moskau vom 28.6. (als Anlage beigefügt)[7]

Anlg.: 1[8]

In Ergänzung zur Berichterstattung der Botschaft Moskau läßt sich folgendes zur Bewertung des Rechenschaftsberichtes von GS Gorbatschow sagen:

20 Am 6. Juli 1988 berichtete Botschafter Schoeller, Warschau, über sein Gespräch mit dem polnischen Außenminister vom Vortag: „Olechowski erklärte mir gestern, Szałajda habe berichtet, daß Gespräche mit BM und BK am 30. Juni in Bonn konstruktiv gewesen seien. Polnischerseits sei man wieder zuversichtlich, substantielle Fortschritte im deutsch-polnischen Dialog in Bälde erreichen zu können. Von Gesprächen der Gemischten Kommission sei Szałajda enttäuscht. Er habe durchblicken lassen, daß BMWi wohl schon mit einem Bein in Brüssel sei und deshalb wenig interessiert an tatsächlichen Fortschritten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 974; Referat 214, Bd. 139715.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken, Vortragendem Legationsrat Libal und Legationsrat I. Klasse Brett konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent Kastrup am 30. Juni 1988 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 30. Juni 1988 vorgelegen.

4 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 20. Juli 1988 vorgelegen, der den „Rücklauf von BM" über das Büro Staatssekretäre an Referat 213 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 21. Juli 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Libal am 21. Juli 1988 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Heyken und Legationsrat I. Klasse Brett verfügte.
Hat Heyken und Brett am 22. Juli 1988 erneut vorgelegen.

5 Die Allunions-Parteikonferenz der KPdSU fand vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 in Moskau statt.

1) Allgemeine Bewertung

Zweifellos ist der Bericht – im Vergleich zu manchen früheren Reden des GS – ein eher nüchternes Dokument. In vielem wiederholt Gorbatschow bereits Gesagtes oder paraphrasiert er die bereits vor der Konferenz veröffentlichten zehn Thesen des ZK[9]. Die Tatsache, daß es sich um einen Bericht der kollektiven Parteiführung handelt, dürfte rhetorischen Höhenflügen ebenfalls gewisse Grenzen gesetzt haben. Nicht auszuschließen ist auch eine bewußte Entscheidung des GS, die Debatte der folgenden Tage nicht durch eigene massive Rhetorik zu präjudizieren oder von vorneherein in den Schatten zu stellen.

Dem entspricht im kurzen außenpolitischen Teil der Verzicht auf neue konzeptionelle Aussagen oder spezifische Initiativen.

Der etwas bürokratische Charakter des Berichts sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich in der Substanz um eine zielgerichtete Fortschreibung der Reformpolitik handelt. Als sein Hauptthema könnte man die Konstitutionalisierung des sowjetischen Herrschaftssystems bezeichnen, in erster Linie durch einen Abbau der Macht der bislang niemandem verantwortlichen Apparate in Partei und Staat. Das soll einmal durch eine Reform der Institutionen zugunsten gewählter Repräsentativorgane geschehen, zum anderen durch eine Art „Entstaatlichung" weiter Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft (dieser Begriff wird von Gorbatschow selbst zwar nicht verwandt, ergibt sich aber logisch aus seinem polemischen Hinweis auf die „übermäßige Verstaatlichung" dieser Bereiche in der Vergangenheit). Konsequenterweise mißt der GS der Mobilisierung des Individuums – sei es als Bürger auf der Grundlage gesicherter Rechte und legitimer Eigeninteressen, sei es als einfaches Parteimitglied mit dem Anspruch auf Mitbestimmung des politischen Kurses – nach wie vor eine Schlüsselbedeutung bei, nicht zuletzt auch als Voraussetzung für einen Erfolg der „Umgestaltung" insgesamt.

2) Erneuerung des politischen Systems

Gorbatschow begründet die Notwendigkeit einer „radikalen" politischen Reform durch eine unverblümte Kritik am bisherigen Machtsystem, das er für die Stagnation der letzten Jahrzehnte verantwortlich macht und dessen Starrheit er als Haupthindernis für eine erfolgreiche Umgestaltung anprangert. Neben der Konzentration der Wirtschafts- und Verwaltungsfunktionen in den Händen der Par-

6 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. den Artikel „Über den Verlauf der Realisierung der Beschlüsse des XXVII. Parteitages der KPdSU und die Aufgaben bei der Vertiefung der Umgestaltung"; NEUES DEUTSCHLAND vom 29. Juni 1988, S. 3–9.

7 Dem Vorgang beigefügt. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, stellte am 28. Juni 1988 zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom selben Tag fest: „In rekordverdächtigem Tempo abgespulter Bericht dauerte dennoch dreieinhalb Stunden: Statt der vorausgesagten ‚großen Rede' war es ein Zusammenschnitt im Stil Breschnewscher Parteitagsreden, zum Schluß ein pathetisch-nichtssagender Exkurs zu Wesen und Ziel des Sozialismus. […] Neben pflichtgemäßem Abhaken und rhetorischer Wolkenbildung hat Rechenschaftsbericht Gorbatschows jedoch weitere Impulse in Kernbereichen der Parteikonferenz gegeben […]. Die vorgeschlagene Reform des Rätesystems bringt einschneidende Veränderungen auf allen Ebenen politischer Führung mit sich. Sie könnte damit in der Tat Perestroika ein Stück fester zimmern: Schicksal des Landes wäre nicht mehr auf Gedeih und Verderb den Gremien einer Partei ausgeliefert, die nun einmal auch Gorbatschow nicht von einem Tag zum anderen austauschen kann." Vgl. Referat 213, Bd. 143518.

8 Vgl. Anm. 7.

9 Zu den „Thesen des Zentralkomitees der KPdSU zur XIX. Unionsparteikonferenz" vgl. Dok. 148, Anm. 8.

tei, der Dominanz eines stark angewachsenen Verwaltungsapparats tadelt er insbesondere die „übermäßige Verstaatlichung“ des öffentlichen Lebens, durch die die Gesellschaft „förmlich geknebelt“ worden sei. Dieser negativen Bilanz stellt er folgende Ziele einer Reform gegenüber:

– Selbstregulierung und Selbstverwaltung der Gesellschaft;
– ungehinderte Herausbildung und Ermittlung der Interessen und des Willens aller Klassen und sozialen Gruppen, auch im Hinblick auf die Außenpolitik. Dem entspricht an anderer Stelle sein nachdrückliches Bekenntnis zu einem Meinungspluralismus in allen Fragen der Innen- und Außenpolitik;
– Festigung von Recht und Gesetzlichkeit, um Machtusurpation und Machtmißbrauch auszuschließen und zuverlässige Garantien für die verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten der Bürger zu sichern. An anderer Stelle kündigt der GS eine „exaktere gesetzgeberische Regelung“ im Hinblick auf die persönlichen Rechte der Bürger an und spricht sich, dezidierter noch als in den zehn Thesen, für eine strikte Wahrung der Rechte auf Unverletzlichkeit des Privatlebens, der Wohnung, des Telefon- und Briefgeheimnisses aus. Neu – jedenfalls vor einem Parteigremium – ist auch sein entschiedenes Bekenntnis zur Gewissensfreiheit.

Andererseits markiert der GS deutlich gewisse Grenzen der Reform: So subsumiert er das Eintreten für ein Mehrparteiensystem pauschal unter „antidemokratische Aktivitäten“. Die Frage der Gründung einer „patriotischen Bewegung des ganzen Volkes“ zur Unterstützung der Perestroika behandelt er zwar mit positivem Akzent, aber außerordentlich behutsam und überläßt sie ganz der Diskussion auf der Konferenz selbst.

3) Reform der Institutionen

Die diesbezüglichen Passagen verraten deutlich die Bereitschaft, westliche Erfahrungen mit Repräsentativorganen auch für die Sowjetunion nutzbar zu machen. Im Zentrum stehen folgende Bestrebungen:

– Dezentralisierung der Entscheidungsprozesse;
– Stärkung aller gewählten Organe gegenüber den jeweiligen Exekutivapparaten durch institutionelle und materielle Sicherung ihrer Entscheidungs- und Kontrollmöglichkeiten;
– Rücktransfer echter, substantieller Machtbefugnisse von der Partei auf staatliche Organe;
– Stärkung sowohl der Legislative als auch der Exekutive an der Spitze des Staates durch Schaffung eines ständig tätigen parlamentarischen Organs einerseits und eines starken Staatsoberhauptes andererseits. Letzteres ist zweifellos von der amerikanischen Verfassung[10] inspiriert, insgesamt würde dies aber – bei Beibehaltung des Ministerpräsidentenamtes – dem französischen Präsidialsystem gaullistischer Prägung am nächsten kommen. Eine Personalunion zwischen Generalsekretär der KPdSU und Staatsoberhaupt, wie sie von Gorbatschow wohl ins Auge gefaßt wird, würde diesem ungleich

[10] Für den Wortlaut der Verfassung der USA vom 17. September 1787 in der Fassung von 1971 vgl. THE CONSTITUTION OF THE UNITED STATES with Case Summaries, hrsg. von Edward Conrad Smith, neunte Auflage, New York u. a. 1972, S. 21–64.

mehr als früher die zusätzliche Legitimation eines mit echten, staatsrechtlich verankerten exekutiven Befugnissen ausgestatteten, nationalen Führers geben.

– Ergänzung des territorialen Prinzips (Unionssowjet) und des nationalen (Nationalitätensowjet) bei der Bestellung der Legislative durch eine dritte, gewissermaßen ständisch gegliederte Versammlung von Repräsentanten der wichtigsten gesellschaftlichen Kräfte (eine Idee, die im Westen traditionell eher mit konservativen, ständestaatlichen Vorstellungen in Verbindung gebracht wird);
– Schaffung eines Instruments zur Verfassungskontrolle, allerdings nicht als Spitze des Justizwesens, sondern als ein mit besonderen Vollmachten ausgestattetes Organ der Legislative;
– Vereinfachung und drastische Reduzierung (bis zu 50%) der staatlichen Verwaltung auf sämtlichen Ebenen.

4) Reform der Partei

Hier geht Gorbatschow bemerkenswert analog zu seinen Plänen im staatlichen Bereich vor (letztlich sind die Grundprobleme in beiden Bereichen auch die gleichen). Seine Kritik am Befehlssystem des „bürokratischen Zentralismus", der das Prinzip des „demokratischen Zentralismus" ersetzt habe, mündet in folgende Überlegungen:

– Stärkung der Grundorganisationen und aller gewählten Parteiorgane, u. a. durch ein Vorschlagsrecht für Kandidaten für ein übergeordnetes Parteiorgan und durch Auswahl zwischen mehreren Kandidaten;
– Aktivierung des Zentralkomitees (das ja gewissermaßen die „Legislative" der Partei darstellt), u. a. durch Bildung von Ausschüssen und andere neue Formen der Arbeit zwischen den Plenarsitzungen;
– Kontrolle des Parteiapparats durch die gewählten Organe;
– Neugliederung und Verringerung des Parteiapparats;
– Trennung von Partei und Staat, insbesondere durch strikte Beachtung der Verfassung[11] und der Gesetze durch die Partei und durch deren Verzicht auf direkte Weisungen an Staats- und Wirtschaftsorgane.

5) Wirtschaft

Das erste Drittel der Rede beschäftigt sich – nach einer kurzen Einführung – mit der Entwicklung und Umgestaltung der Wirtschaft, die als entscheidender Lebensbereich bezeichnet wird. Die Ausführungen gehen jedoch dabei nicht über bereits früher Gesagtes und über die die Wirtschaft betreffende These des ZK hinaus. Bemerkenswert ist allenfalls die starke Hervorhebung der sozialen Ausrichtung der wirtschaftlichen Umgestaltung und in diesem Zusammenhang der Frage der Lebensmittelversorgung und -produktion sowie der Hinweis auf die Notwendigkeit einer stärkeren Kontrolle des Reformprozesses seitens der Führung.

Der GS betont, daß im Zuge der Reformentwicklung die erforderlichen rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen für eine effizientere Wirtschaftstätigkeit geschaffen worden seien und hebt dabei insbesondere die Gesetze über

11 Für den Wortlaut der Verfassung der UdSSR vom 7. Oktober 1977 vgl. VERFASSUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN STAATEN, S. 385–415.

den staatlichen Betrieb, über das Genossenschaftswesen und über die individuelle Erwerbstätigkeit hervor. Er verweist auf erste positive Wirtschaftsentwicklungen dort, wo diese Voraussetzungen entsprechend genutzt würden. Hervorgehoben werden vor allem die Entwicklungsmöglichkeiten auf der Basis der wirtschaftlichen Rechnungsführung und Selbstfinanzierung und im Rahmen von Kooperativen im Bereich der Landwirtschaft.

Der Akzent der Darstellung liegt jedoch auf der Feststellung, daß insgesamt die Wirtschaftsentwicklung trotz der eingeleiteten Reformen äußerst unbefriedigend verlaufe und der Prozeß der Umgestaltung viel zu langsam vor sich gehe. Insbesondere sei die „soziale Orientierung", die Ausrichtung an den Bedürfnissen der Bevölkerung, bei der wirtschaftlichen Umgestaltung stark vernachlässigt worden. Man habe „die Tiefe und Schwere der Deformationen und Stagnation der vergangenen Jahre stark unterschätzt". Ein besonders gravierender Punkt sei die mangelnde Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung, die Versorgung mit Lebensmitteln, Konsumgütern und Dienstleistungen; hier räche sich die langjährige geringschätzige Einstellung gegenüber diesem Bereich. Auch die Modernisierung der Industrieproduktion bleibe weit hinter den Erfordernissen zurück.

Als Ursache für die mangelnde Umsetzung des Reformprozesses werden vor allem Widerstände, Trägheit und Obstruktion seitens der Verantwortlichen im staatlichen Apparat wie auch auf der Ebene einzelner Betriebe in Industrie und Landwirtschaft genannt. Als besonders prägnantes Beispiel wird die „Entstellung der Idee des Staatsauftrags" genannt, der von den Behörden zur Einschränkung der Entscheidungsfreiheit der Unternehmen fast bis auf früheres Maß ausgenutzt worden sei. Diese Gefahr sei leider zu spät erkannt worden. Auch andere frühere Verhaltensweisen (Gleichmacherei; Tonnenideologie) seien noch nicht überwunden, Möglichkeiten ökonomischer Anreize würden nicht ausreichend genutzt.

Es sei deutlich geworden, daß ZK und Regierung den Verlauf der Wirtschaftsreform ständig aufmerksam verfolgen müßten. Die beobachteten Fehlentwicklungen würden jetzt korrigiert; der Abbau der Bürokratie sei eine „grundsätzliche Frage".

Trotz aller Widerstände demonstriere jedoch die Reform ihre „Lebensfähigkeit". Weitere wichtige Schritte seien erforderlich, so insbesondere der Übergang zum Großhandel mit Produktionsmitteln und eine grundlegende Preisreform als Grundlage für die Schaffung „normaler ökonomischer Bedingungen". Im Rahmen der Preisreform sei auch eine Reform der Einzelhandelspreise unumgänglich; die eingesparten Mittel für Preissubventionen würden jedoch „restlos" zur Kompensation für die Bevölkerung verwandt. Hervorgehoben wird auch die Bedeutung der Wissenschaft und der Bildung für den wirtschaftlichen Reformprozeß. Kurz erwähnt wird die Rolle der Außenwirtschaft, wobei im Rahmen des RGW auf die Bedeutung eines frei konvertierbaren Rubels und eines „einheitlichen sozialistischen Marktes" verwiesen wird.

6) Außenpolitik

(1) G. äußerte sich zu Grundsatzfragen der sowjetischen Außenpolitik. Nach einer deutlichen Kritik an den Fehlern und Versäumnissen in der Vergangenheit, die mit „Kosten für das Volk" verbunden gewesen seien, zieht er eine positive Bilanz

der „Perestroika"-Jahre: Die SU habe sich der Außenwelt wieder geöffnet und zu vielen Staaten ihre Beziehungen verbessert oder erstmalig aufgenommen. Zu niemandem habe sie die Beziehungen verschlechtert. „Wir wollen alles tun, damit es auch weiter so bleibt."

Er räumt ein, daß der Wandel der eigenen Außenpolitik weitergeht, und zieht diesem Prozeß keine klar definierten Grenzen, sieht man von den vagen Begriffen „sozialistische Option" und „Leninsche Prinzipien" ab. Außenpolitik finde zunehmend „zwischen den Nationen" statt (Klassencharakter gehe aber nicht verloren).

G. tritt für eine weitere innersowjetische Abstützung der Außenpolitik ein (Public Diplomacy), verurteilt eine Beschränkung auf einen „engen Personenkreis" und frühere „Kommandomethoden". Ähnlich kritisiert er auch frühere Versäumnisse im Verhältnis zu den eigenen Verbündeten („ohne notwendige Beratung mit unseren Freunden").

(2) G. fühlt sich mit seiner Politik des Wandels von der Konfrontation (mit dem Westen) zur Zusammenarbeit voll bestätigt. Er stellt zwar gleich zu Anfang seiner außenpolitischen Passage den „bedrohlichen" und „aggressiven" Charakter des Imperialismus heraus, will aber damit offenkundig nur den internen Kritikern keinen Vorwand bieten. Er bestreitet, „Illusionen" zu haben und die Bedrohung des Friedens durch den „imperialistischen Militarismus" „vergessen" zu haben, die bis zum heutigen Tag fortbestehe. Er räumt auch ein, daß sich „vorläufig (sic!) keine Garantien für die Unumkehrbarkeit der eingeleiteten positiven Prozesse" herausgebildet hätten, vermeidet aber jeglichen alarmierenden Ton in seinem Bedrohungsbild, um die sich sonst ergebenden Rüstungszwänge entkräften zu können. („Ja, zweifellos" ist es gelungen, die „Kriegsgefahr in größere Ferne zu rücken".)

(3) Sein Hauptakzent liegt nicht auf den Gegensätzen zwischen Ost und West, sondern auf dem Wandel und der Wandlungsnotwendigkeit der sowjetischen Außenpolitik.

Die SU habe in der Vergangenheit politische Chancen versäumt und sich zu Lasten der sozioökonomischen Entwicklung des Landes in das Wettrüsten hineinziehen lassen. In Formulierungen, die offenbar auch auf die SU gemünzt sind, plädiert er für Realismus (im Sinne einer Bereitschaft zur Aufgabe eigener Positionen, wenn sich das Umfeld ändert) und für die „Fähigkeit, zur Errettung des Friedens von den heraufziehenden Gefahren beizutragen". Dabei hält er es seiner eigenen Außenpolitik zugute, die Logik des Wettrüstens „umgekrempelt" zu haben, da andernfalls die Gefahr einer „militärischen Konfrontation" nähergerückt wäre. Wie in „These 10" (des ZK) ruft er dazu auf, der „Politik der Stärke" mit „neuen Möglichkeiten" (politischen, statt militärischen) entgegenzutreten.

(4) Gewandelt hat sich ferner sein Verständnis des Schlüsselbegriffs „Freiheit der Wahl" (des Systems). Er wendet ihn nicht ausdrücklich im Ost-West-Gegensatz an und verzichtet gegenüber früher (2.11.87[12]) auf apologetisch-

12 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, auf der Festsitzung zur 70-Jahrfeier der Oktoberrevolution am 2. November 1987 in Moskau; EUROPA-ARCHIV 1987, D 673–680 (Auszug).

defensive Vorwürfe an den Westen, eine Politik der „sozialen Revanche“ (im Sinne eines „Roll-back“) zu betreiben. Insofern verbindet sich mit „Freiheit der Wahl“ nunmehr keine besitzstandswahrende, vor allem die osteuropäischen Verbündeten abschirmende Absicht, sondern das Plädoyer für die „Suche“ eines jeden Landes nach dem eigenen Weg. Die „Freiheit der Wahl“ hat hier keinen bipolaren Charakter (sozialistisch-kapitalistisch), sondern wird im Sinne einer Mannigfaltigkeit der Welt definiert. Ohne Afghanistan beim Namen zu nennen, lehnt er an dieser Stelle nochmals die Aufzwingung einer Politik mit militärischen Mitteln ab und warnt davor, die „Suche“ anderer Länder zu beeinflussen oder zu behindern, und betont das „wachsende nationale Selbstbewußtsein“ der Völker. (Zu Afghanistan dankt G. nochmals den sowjetischen Soldaten, Offizieren und zivilen Fachkräften, bekräftigt aber erneut die Richtigkeit des Rückzugs[13].)

G.s Verurteilung jeder Einflußnahme von außen, also auch von der SU selbst, darf allerdings nicht mit einer Gleichgültigkeit gegenüber den Vorgängen in anderen Ländern verwechselt werden. Mit seiner Argumentation macht sich G. auch zum Sprecher anderer Völker und beruft sich auf den „objektiven Gang der Geschichte selbst“, dessen Interpretationsbedürftigkeit zumindest zu einem ideologischen Mitspracherecht der SU einlädt. Ein Aufzwingen von Politik durch „beliebige, erst recht militärische Mittel“ lehnt er aber ausdrücklich ab (ähnlich in seiner AFG-Erklärung vom 8.2.88[14]).

Er erwähnt die kommunistische Weltbewegung und gibt ihr – wie schon früher – die „liberale“ Kategorie der „Suche“ ohne Monopolanspruch vor. Gleichzeitig ruft er erneut zum Dialog mit politischen Parteien einer anderen ideologischen Richtung auf („Round table“-Idee, 4.11.1987[15]).

7) Ausblick

Die Rede des GS könnte den Auftakt zu einer langen und ausführlichen Debatte über die sowjetischen Institutionen bilden, auch über die Parteikonferenz hinaus. Ob sich die von Gorbatschow aufgeführten Gedanken und Vorschläge schon bald in einem kohärenten Programm der Partei niederschlagen, werden erst die Entschließungen der Konferenz zeigen. Ihre potentielle Bedeutung ist erheblich: sollten sie tatsächlich bona fide verwirklicht werden, müßte dies eine wesentlich differenziertere Verteilung von Macht und Einfluß zwischen den verschiedenen Institutionen in Staat und Partei zur Folge haben. Die damit verbundene – relative – Stärkung gewählter Repräsentativorgane würde die herrschende Oligarchie zu einer Öffnung gegenüber von unten nachdrängenden Kräften zwingen und das bisherige Nomenklatur-System einer streng autoritär und zentralistisch gehandhabten Erneuerung des Herrschaftsapparats von oben her in Frage stellen. Die Chance, die Einparteienherrschaft auf diese Weise wieder stärker in der Bevölkerung zu verankern und gleichzeitig effizienter zu machen, scheint Gor-

13 Zum Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan vgl. Dok. 107.

14 Zur Ankündigung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 8. Februar 1988 über den Abzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan vgl. Dok. 70, Anm. 7.

15 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 4. November 1987 auf dem Treffen von Bewegungen und Parteien in Moskau; NEUES DEUTSCHLAND vom 5. November 1987, S. 2.

batschow und seinen Anhängern das Risiko eines solchen Experimentes wert zu sein.[16]

Referat 421 hat mitgewirkt.

Heyken

Referat 213, Bd. 143518

195

Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1005 **Aufgabe: 30. Juni 1988, 16.00 Uhr**
Ankunft: 30. Juni 1988, 16.39 Uhr

Betr.: 3. KSZE-Folgetreffen in Wien (WFT);
hier: Koordinationsschwierigkeiten zwischen EPZ und NATO

I. Zusammenfassung

Bei Koordination unter den Zwölf und 16 ist es in den letzten Wochen zu steigenden Schwierigkeiten und Spannungen gekommen. Diese beruhen im unterschiedlichen taktischen Ansatz. Die Zwölf mißbilligen „Draufsatteln" von USA und KAN im Korb II, das erreichbare Fortschritte hindere und falsche Signale für Gesamtverhandlung aussende; die anderen Drei[1] meinen, noch wichtige Anliegen aus der menschlichen Dimension bei Forschung, Umwelt, Erziehung und Tourismus einbringen zu können. Außerdem hat sich bei Letzteren Ansicht festgesetzt, die Zwölf ließen nur ihre eigenen Vorschläge gelten. Diese ist auch durch unsere Schwierigkeiten mit WT.19[2] gefördert worden, deren Lösungen im Rahmen der Zwölf wir den Miteinbringern tel quel aufgenötigt haben. Mühen der Zwölf, Zusammenhalt und Aktionsfähigkeit des Westens bei Eintritt in die Schlußverhandlungen aufrechtzuhalten, führte zu teilweisem und kurzfristigem Entgegenkommen der Zwölf im Kreis der 16, bei dem mangelnde Zustimmung Irlands in einem Fall nur halb, in anderem nicht zum Ausdruck kommt. Unser Bemühen unter den 16, Zusammenhalt der Zwölf zu wahren, wurde nur von F

16 Am 6. Juli 1988 legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken eine zusammenfassende Bewertung der Allunions-Parteikonferenz der KPdSU vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 in Moskau vor: „Die Parteikonferenz bot ein politisches Schauspiel wie – so Gorbatschow – seit sechzig Jahren nicht mehr: Es wurde mutig, ehrlich und z.T. leidenschaftlich gesprochen, die Wünsche und Sorgen der Bevölkerung in all ihrer Mannigfaltigkeit kamen eindringlich zum Ausdruck. […] In seinem Schlußreferat bezeichnete Gorbatschow die Glasnost als ‚eine der Heldinnen der Konferenz'. Trotz des pathetischen Beiklangs ist diese Feststellung gewiß zutreffend. Den Höhepunkt in dieser Hinsicht bildeten zweifellos ein Rededuell Jelzin/Ligatschow und die lange Jelzin-Passage in dem Abschlußreferat des Generalsekretärs. Dies war ein anschauliches ‚Lehrstück in Demokratie'". Vgl. Referat 213, Bd. 143518.

1 Island, Norwegen, Türkei.

2 Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 4. Februar 1987 für eine Konferenz über die „menschliche Dimension" der KSZE-Schlußakte (CSCE/WT.19) vgl. Dok. 53, Anm. 32.

unterstützt. Für die angelaufene Schlußverhandlung sind Arrangements für kurzfristige Ad-hoc-Koordinationen in Aussicht genommen, welche den Zusammenhang der Zwölf auch unter großem Zeitdruck erleichtern.

II. Im einzelnen

1) Koordination im 16er Kreis war in letzten vier Wochen von zunehmender Schwierigkeit und streckenweiser Gereiztheit. Hauptursache war das Bestreben von US und KAN, im Konsens nahen Texten des Korbes II Elemente der menschlichen Dimension einzubringen. Zwar waren dies meist Texte, die aus einschlägigen früheren Vorschlägen des Westens stammen. Doch mußte das späte Hochziehen dieser z.T. nicht konsensfähigen Forderungen als ein Signal verstanden werden, daß der Westen im Korb II nicht bereit ist, anhand des N+N-Gesamtentwurfes[3] in Schlußverhandlungen einzutreten. Auch würde ihren Anliegen z.T. an anderer Stelle (Korb III) Rechnung getragen. Die Zwölf waren deshalb zunächst der Auffassung, akzeptable Passagen im N+N-Gesamtentwurf nicht durch von US, KAN und TUR gewünschte Verbesserungen zu gefährden.

2) Dennoch sind wir im 16er Kreis dem massiven und fortgesetzten Drängen der drei Partner z.T. entgegengekommen, um die Verhandlungsfähigkeit und den Zusammenhalt des Westens beim Eintritt in die Schlußverhandlung aufrechtzuerhalten. In einem Fall ließen wir die Einbringung eines Zusatzes zu „science and technology" durch NWG passieren. In einem weiteren Falle stimmten wir der Einführung der Rolle von „Personen und Institutionen" bei Umwelterziehung zu[4], bei einem dritten allerdings widersetzten wir uns dem immer dringlicheren Verlangen eines ähnlichen Zusatzes zu Tourismus[5]. Im ersten Fall wurde der mangelnden Zustimmung IRLs nur halb, im zweiten nicht, im dritten voll Rechnung getragen. Unsere Einsprüche im 16er Kreis wurden außer von F und in einem Falle von I durch niemanden unterstützt. Vielmehr brachen EG-Partner wiederholt aus zuvor getroffener Abstimmung aus und traten für diese Verbesserungen ein. Ihr Motiv war es auch, Eindruck von US, KAN und TUR entgegenzuwirken, die Zwölf ließen nur eigene und nicht die Verbesserungswünsche ihrer Partner gelten.

3) Vor diesem Hintergrund mußte 16er Kreis darüber entscheiden, wer als Vertreter der von SU-DL Kaschlew angebotenen Unterrichtung über reduzierte öst-

3 Zum Entwurf der N+N-Staaten vom 13. Mai 1988 für ein Abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 153.

4 Am 21. Juni 1988 resümierte Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), die Diskussion um Korb II: „US beharrten auf Anreicherung des Abschnittes ‚Umwelterziehung' um Hinweis auf positive Rolle von Einzelpersonen und Organisationen im Umweltschutz sowie deren Recht auf freie Äußerung ihrer Belange und forderten hierzu erneut erfolgreich (wie schon bei Wi[ssenschaft]/Tech[nik]) westl[iche] Solidarität ein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 934; Referat 212, Bd. 153444.

5 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), stellte am 24. Juni 1988 zur Diskussion bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien fest: „Beim Tourismus gibt es eine Art Waffenstillstand zum NNA-Text, der die Wiederaufnahme von Kampfhandlungen nicht ausschließt. […] Die Behandlung des Tourismus-Textes endete mit einem US-Vorbehalt. Vorausgegangen war eine schwierige Diskussion in den 16. Während EG sich weiter vom Grundsatz minimaler Textänderungen leiten läßt und daher ein lediglich reaktives Verhalten vorschlug, wollten die übrigen Delegationen der 16 unter Führung der USA und CDN westliche Ergänzungen zum Mindestumtausch, zur Preisdifferenzierung bei westlichen und östlichen Touristen, zur Bewegungsfreiheit sowie zum Bevölkerungskontakt aktiv verfolgen. Die defensive EG-Linie setzte sich schließlich für die jetzige Verhandlungsrunde durch." Vgl. den Drahtbericht Nr. 977; Referat 212, Bd. 153444.

liche Änderungswünsche bei den Koordinatoren des Korbes I[6] und III[7] zu entsenden sei, die einen Durchbruch verspricht. Kaschlew wünschte als einzigen Vertreter des Westens US, US gab dieses bilaterale Angebot an 16er Kreis weiter und schlug Tagessprecher (F) vor. F bot an, diesen Termin zusammen mit D wahrzunehmen, ich stimmte dem zu. US-DL Zimmermann widersetzte sich dem entschieden. Er habe diesen Informationskontakt mit Kaschlew ausdrücklich für nur einen westlichen Partner vereinbart. Mein Einspruch, daß Einschluß von IRL und damit Präsidentschaft erforderlich sei, fand keine Unterstützung. US beharrte auf ihrer Haltung nicht, um die Zwölf zu brüskieren, sondern um SU-DL Kaschlews Bemühung, eine gemeinsame Minimalposition von sechs WP-Staaten vorzubringen, nicht zu erschweren. Da es sich um einen rein rezeptiven Kontakt handelt, dessen kurzfristiger Termin bereits zwischen SU und Koordinator festgelegt war, ließen F und ich die Entscheidung passieren. F erklärte anschließend im Plenum, daß es die beim Koordinator angekündigte Information im Namen seiner Delegation, und nur für diese handelnd, zur Kenntnis nehmen werde. Dies ist inzwischen geschehen.

4) IRL hat gegen dieses Prozedere Verwahrung eingelegt. Die Angelegenheit wurde im Kreis der zwölf DL ausführlich erörtert. Es bestand Einvernehmen darüber, daß bei einem etwaigen künftigen Kontakt dieser Art, in der für den Westen gesprochen werden müsse, die Präsidentschaft vertreten sein muß. Alle bis auf IRL vertraten die Auffassung, daß F einen rein informatorischen Kontakt rezeptiv wahrnehme und im Plenum gegenüber den 34 klargestellt habe, daß es für sich und nicht für andere handele. F hat dann über die in diesem Kontakt eingeholten Informationen den Zwölf einen Tag vor den 16 berichtet. Eine Verweigerung dieses Modus hätte bedeutet, daß die 17 die angebotene Eröffnung der mit zahlreichen zusätzlichen Koordinationen angelaufenen Schlußverhandlungen verweigern. Die bei IRL durch dieses an sich akzeptable Verfahren ausgelöste Irritation ist durch die Summierung der beschriebenen unglücklichen Unstimmigkeiten zu erklären. Weitere Mißhelligkeiten unter den 16 sind wahrscheinlich. Für die jetzt angelaufene Schlußverhandlung sind Arrangements für kurzfristige Ad-hoc-Koordination in Aussicht genommen, welche den Zusammenhang der Zwölf auch unter großem Zeitdruck erleichtern.

[gez.] Eickhoff

Referat 212, Bd. 153444

6 Rudolf Torovsky.
7 Nils Eliasson.

196

Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1027 **Aufgabe: 1. Juli 1988, 22.00 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 2. Juli 1988, 08.15 Uhr**

Delegationsbericht Nr. 402 (A)

Betr.: 3. KSZE-Folgetreffen in Wien (WFT);
hier: 124. Plenarsitzung am 1. Juli 1988

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Plenum war bestimmt vom gemeinsamen Auftreten von BM und F-AM Dumas mit ihrem nachdrücklichen Werben für eine gemeinsame Anstrengung zum baldigen Abschluß des WFT.[2]

AM Dumas unterstrich, ausgehend vom Vorbild der Europäischen Gemeinschaft, die KSZE-Perspektive eines Europa vom Atlantik bis zum Ural, dessen Sicherheit nicht nur auf militärischer Nichtangriffsfähigkeit, sondern Respektierung der Freiheit des einzelnen und der wirtschaftlichen gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit beruhe. Dies sei stufenweiser und langfristiger Prozeß.[3]

BM betonte Bedeutung erfolgreicher wirtschaftlicher und politischer Kooperation in Europäischer Gemeinschaft mit Kernstück deutsch-französischer Partnerschaft für Frieden und Stabilität in Europa und bezeichnete Rüstungskontrolle und Abrüstung als integralen Bestandteil dieser Sicherheitspolitik. Für dauerhaften Frieden sei ebenso Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten unerläßlich; Fortschritte hier wirkten sich in allen Feldern der Verhandlungen aus. Er betonte Bedeutung von Religionsfreiheit und Achtung Minderheitenrechte. Wegen der einschneidenden Bedeutung für die Gestaltung des Lebens von vielen Tausenden sei Freizügigkeit grundlegend für Zukunft des Kontinents. Möglichkeiten der wirtschaftlich-technologischen Zusammenarbeit seien längst nicht ausgeschöpft; Wirtschaftskonferenz in Bonn[4] solle weitreichende Wegweisungen geben.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 27.

2 Am 1. Juli 1988 forderte Bundesminister Genscher in einem gemeinsamen Auftritt mit dem französischen Außenminister Dumas die Teilnehmerstaaten der KSZE-Folgekonferenz in Wien auf, „das Folgetreffen jetzt zu einem guten Ende zu führen. Warum sollte das nicht in diesem Sommer noch möglich sein? Warum nicht bis Ende Juli?“ Vgl. BULLETIN 1988, S. 857.

3 Für den Wortlaut der Rede des französischen Außenministers Dumas auf der KSZE-Folgekonferenz am 1. Juli 1988 in Wien vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1988 (Juli/August), S. 3–6.

4 Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 für eine Ost-West-Wirtschaftskonferenz vgl. Dok. 68, Anm. 9.
Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), legte am 30. Juni 1988 zu den Verhandlungen über die Durchführung einer Ost-West-Wirtschaftskonferenz dar: „Kontaktgruppe zu Korb II nahm am 27.6.88 die Diskussion möglicher Folgeveranstaltungen auf. Die Verhandlungen ergaben ein großes Maß an Übereinstimmung zur Mandatsstruktur einer wirtschaftlichen Folgeveranstaltung zwischen den westl[ichen] Einbringern von WT.58 und den östl[ichen] Einbringern von WT.3. Die N+N nahmen – mit Abstrichen bei SCN – eine weitgehend neutrale Position ein. USA hielten sich von der Debatte

Einzelner TNS (nicht genannt RUM[5]) solle nicht auf Vorschlägen bestehen, für die er keine Unterstützung finden konnte, und sich nicht auf bereits vorhandene Texte beschränken.

Gemeinsamkeit des Auftretens und übereinstimmender, mitreißend drängender Ton der beiden Reden (gemäß der Hannover ER-Formel: Erfolgreicher Abschluß des WFT mit ausgewogenem Schlußdokument wird baldige Aufnahme der VSBM- und KRK-Verhandlungen ermöglichen[6]) haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Sie haben den ernsten Willen des Westens manifestiert, zügig und konstruktiv in Schlußverhandlungen einzutreten.

Bo Bauer (KAN-DL) nannte als Kernanliegen von KAN Klarstellung unterschiedlicher Verbindlichkeiten bei Ein- und Ausreise und Vermeidung von Schlupflöchern bei Minderheitenregelung. „Ausgewogenheit" für Schlußdokument sei keine algebraische Formel.

NL-DL Meesman kritisierte Vorgänge in Berlin[7], Prag[8] und RUM-Vorhaben der Dorfzerstörung[9]. Kaschlew-Vorschläge[10] beurteilte er vorsichtig optimistisch.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1059

fern und machten durch Platznahme auf der Hinterbank deutlich, daß sie sich an der Follow-up-Diskussion derzeit nicht beteiligen. […] Wir haben bei der Erläuterung der einzelnen Mandatselemente deutlich gemacht, daß der Einigung auf eine Mandatsstruktur die Erarbeitung von Details zu den einzelnen Mandatspunkten folgen müsse". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1017; Referat 212, Bd. 153444.

5 Zur rumänischen Haltung zum Entwurf der N+N-Staaten vom 13. Mai 1988 für ein Abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 197.

6 Vgl. dazu die „Schlußfolgerungen des Rats" über die Themen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit vom 27./28. Juni 1988; EUROPA-ARCHIV 1988, D 446. Vgl. dazu ferner Dok. 191.

7 Am 19. Juni 1988 kam es in Ost-Berlin zu Zwischenfällen, als sich Jugendliche wegen eines Konzerts von Michael Jackson vor dem Reichstag auf der Ostseite des Brandenburger Tores versammelten. Ministerialdirigent Stern, Bundeskanzleramt, vermerkte dazu am folgenden Tag, daß Fernsehteams von ARD und ZDF bei ihrer Arbeit auf der Straße Unter den Linden behindert worden seien und sich gegen 21.00 Uhr an die Ständige Vertretung gewandt hätten: „Danach sind drei Mitglieder der Ständigen Vertretung zusammen mit den Mitarbeitern der ARD zur Straße Unter den Linden gegangen. Erneut haben die Organe der DDR versucht, die Journalisten zu isolieren und zurückzudrängen […]. Die Ständige Vertretung hat danach erneut im MfAA telefonisch protestiert. Der Protest ist vom Bundeskanzleramt gegenüber der Ständigen Vertretung der DDR am 20.6.1988 bekräftigt worden. Über den von Journalisten berichteten Einsatz von Elektroschocks liegen keine eigenen Beobachtungen der Ständigen Vertretung vor." Vgl. Referat 210, Bd. 145159.

8 Botschafter Schattmann, Prag, teilte am 21. Juni 1988 mit, daß die „Charta 77" vom 16. bis 19. Juni 1988 in Prag ein „Friedensseminar" habe durchführen wollen. Nach Aussage der tschechoslowakischen Bürgerrechtlerin Šabatová seien nach einer ersten Zusammenkunft am 16. Juni 1988 für den folgenden Tag in drei Privatwohnungen Veranstaltungen vorgesehen gewesen, bei denen die etwa 70 Teilnehmer über a) „Menschenrechte unter dem Aspekt des Helsinki-Prozesses", b) „Möglichkeiten der Überwindung militärisch-politischer Ideologien" und c) „Fragen des Militärdienstes einschließlich des Ersatzdienstes" hätten diskutieren wollen. Die erste Veranstaltung am 16. Juni 1988 sei nicht gestört, die drei Folgeveranstaltungen jedoch von der tschechoslowakischen Polizei unterbunden und die anwesenden Tschechoslowaken verhaftet worden. Nachdem in der Nacht alle Verhafteten freigelassen worden seien, sei versucht worden, ein Abschlußplenum sowie eine anschließende Pressekonferenz durchzuführen: „Dies sei von der Polizei verhindert worden. Diese habe erneut die anwesenden Tschechoslowaken verhaftet sowie die teilnehmenden Ausländer zur Vernehmung geführt. Anschließend seien die Ausländer angewiesen worden, sich entweder am Flughafen […] oder am Bahnhof […] einzufinden und das Land unverzüglich zu verlassen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1091; Referat 214, Bd. 139622.

9 Zum „Systematisierungsprogramm" in der rumänischen Landwirtschaft vgl. Dok. 234.

10 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 29. Juni 1988, der Leiter der sowjetischen KSZE-Delegation, Kaschlew, habe beim Koordinator für Korb I, Torovsky, „im Namen der östlichen Delegationen mit Ausnahme RUM […] Änderungsvorschläge zum Prinzipienteil des N+N-Textes deponiert, bei deren Berücksichtigung dieser Teil des N+N-Entwurfs für den Osten (mit Ausnahme RUM) akzeptabel wäre. […] Ziel der Initiative Kaschlews ist ein Gentlemen's Agreement der 34

SU-DL Kaschlew äußerte Hoffnung auf baldigen Abschluß und erneuerte Einladung zu Moskauer Konferenz[11] mit der Erwartung von Vorschlägen zu Agenda und zu Zeitpunkt und Ort der beiden anderen Konferenzetappen. BM, Dumas und Kaschlew forderten dazu auf, Abschluß bis Ende Juli anzustreben.

II. Im einzelnen

1) AM Dumas bezeichnete als Schlüssel des Erfolges der Europäischen Gemeinschaft die Zusammenarbeit in Freiheit, die Respektierung der Rechte des Individuums und den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt. Aber Zwölf hätten kein Monopol für Europa. KSZE sei ein langfristiger Prozeß, in dem jetzt erst die Fundamente eines gemeinsamen Hauses gebaut werden; sie sei kein Prozeß der Uniformisierung, dürfe die Sicherheit der einzelnen TNS nicht beeinträchtigen und sei kein Dialog zwischen politischen und militärischen Blocks. US und KAN spielten eine wesentliche Rolle für Sicherheit und Stabilität in Europa. Er betonte ihre Rolle für wirtschaftlichen, menschlichen, intellektuellen und kulturellen Austausch (zu letztem wurde Kulturforum Budapest[12] besonders erwähnt). Zentral sei Entwicklung von Vertrauen. Weil Sicherheit untrennbar sei von der Respektierung der Freiheitsrechte, dürfe Sicherheit nicht ausschließlich militärisch definiert werden. Menschenrechte seien integraler Teil der HSA[13].

Neben Verbesserungen im Verhältnis USA–SU notierte er gewachsenes Interesse für die Werte der Demokratie; um so mehr werde das Ansehen desjenigen beeinträchtigt, der zu bremsen versuche (gemeint: RUM).

Zu konventioneller Rüstungskontrolle forderte er realistische Ziele, vor allem Transparenz. Entscheidend sei Einschränkung der Angriffsfähigkeit. Die Frage der doppelten oder dreifachen Kapazität könne das Verhandlungsfeld nicht ändern. F sei bereit, die von einigen geforderte Klarstellung dieser Frage zu erarbeiten. Vor Beginn von KRK müsse MBFR beendet werden[14], denn es könne nicht gleichzeitig zum selben Thema unter 23 über Gebiet zwischen Atlantik und Ural und in anderem Forum zwischen zwei Militärblöcken über Mitteleuropa verhandelt werden.

Zur menschlichen Dimension erneuerte er Einladung nach Paris.[15]

Abschließend verurteilte er Versuche, künstlich zu verzögern oder zu blockieren, und erinnerte, daß kein Korb privilegiert werden dürfe.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1060

über Textänderungen, ohne daß es in dieser Phase bereits zu einer förmlichen Revision des N+N-Textes kommen müßte. Das würde seiner Meinung nach Einschätzung in den östl[ichen] Hauptstädten, ein annehmbares Schlußdokument zu bekommen, in einem Maße stärken, das wiederum erlauben würde, RUM auf dem für 15.7. geplanten WP-AM-Treffen unter den für ein Einlenken nötigen Druck zu setzen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 998; Referat 212, Bd. 153444.

Am 30. Juni 1988 meldete Eickhoff, daß Kaschlew dem Koordinator für Korb III, Eliasson, am Vortag „Änderungswünsche im Namen von sechs WP-Staaten vorgetragen (außer RUM)" habe. Die Vorschläge bezögen sich vor allem auf die Bereiche menschliche Kontakte und Information. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1002; Referat 212, Bd. 153444.

11 Zum sowjetischen Vorschlag für eine KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 53, Anm. 32.

12 Das KSZE-Kulturforum fand vom 15. Oktober bis 25. November 1985 statt.

13 Helsinki Schlußakte.

Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

14 Zur Frage der Beendigung der MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 179.

15 Zum Vorschlag, in Paris eine KSZE-Menschenrechtskonferenz abzuhalten, vgl. Dok. 92, Anm. 11.

2) BM warb um gemeinsame Anstrengung für einen baldigen Abschluß, andernfalls würde WFT Verantwortung vor den Menschen in Europa nicht gerecht und Gunst der Stunde nicht nutzen. Schon Harmel-Bericht[16] habe dauerhafte und gerechte Friedensordnung gefordert, Europäische Gemeinschaft biete mit dem Kernstück deutsch-französischer Partnerschaft Beispiel erfolgreicher wirtschaftlicher und politischer Kooperation, die große Bedeutung für Sicherheit in Europa habe. Bei Rüstungskontrolle und Abrüstung – integralen Bestandteilen der Sicherheitspolitik – müßten zwei Mandate vereinbart werden, nämlich im Rahmen der 35 ein zweiter Satz von VSBM, wofür es keine unüberwindbaren Schwierigkeiten gebe, und zur Lösung des Kernproblems 23er Verhandlungen zur Schaffung konventioneller Stabilität in Europa. Dieses System kooperativer Sicherheit müsse einen konventionellen Krieg in Europa unmöglich machen. Dazu müßten Ungleichgewichte durch asymmetrische Reduzierung abgebaut werden und die Fähigkeit zu Überraschungsangriffen und raumgreifenden Offensiven – wie auf westlicher Seite schon geschehen – beseitigt werden. Notwendig seien aber auch Verständigung über Militärdoktrinen. Optimistisch stimme Zusage des SU-AM Schewardnadse zu Verifikation und Beseitigung bestehender Ungleichgewichte.[17] Umfang, Bewaffnung, Dislozierung, Bereitschaftsgrad und Struktur der konventionellen Streitkräfte dürften nur noch Kriegsverhütung und Selbstverteidigung zulassen. Zu „dual capable systems", die Schewardnadse als „die Frage der Fragen" genannt habe, hob er die von uns und unseren Bündnispartnern unternommenen Schritte zur Lösung[18] hervor. Diese Lösung könne nicht isoliert erfolgen. Wir erwarteten, daß sie auch Bewegung in allen anderen offenen Fragen der Konferenz auslöst.

Ziel dauerhaften Friedens in Europa sei nur durch Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu erreichen. Fortschritte hier wirkten sich aber in allen Feldern aus, weil sie mehr Öffnung, durch mehr Öffnung mehr Vertrauen und durch mehr Vertrauen mehr Sicherheit bewirkten und damit Voraussetzung für mehr menschliche Kontakte und intensivierte wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit schüfen. Bedeutung von Religionsfreiheit und Rechten nationaler Minderheiten sei gewachsen. Grundlegend sei jedoch Freizügigkeit wegen einschneidender Bedeutung bei der Gestaltung des Lebens vieler Tausender. CDH[19] solle durch ständige Einrichtungen der Konsultation und Überprüfung Achtung der Menschenrechte fördern.

Möglichkeiten, durch wirtschaftliche und technologische Kooperation Trennung Europas zu überwinden, seien längst nicht ausgeschöpft. Ermutigend sei gemeinsame EG-RGW-Erklärung vom 25.6.1988.[20] Wirtschaftskonferenz in Bonn solle

16 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

17 Vgl. dazu die Ausführungen des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 8. Juni 1988 vor der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung in New York; Dok. 168, Anm. 19.

18 Zur Frage der Einbeziehung von zweifach verwendbaren Waffensystemen in ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 152, Anm. 16.

19 Conférence sur la dimension humaine bzw. Conference on the Human Dimension.

20 Zur Gemeinsamen Erklärung der Europäischen Gemeinschaften und des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) vgl. Dok. 160, Anm. 14.

beitragen, produktivitätssteigernde Wirkung wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu entfalten.

An Vorschlägen für Folgeveranstaltungen nannte BM Umweltkonferenz[21], Expertentreffen zu ökologischen Fragen im Mittelmeer[22], Erice (später durch geisteswissenschaftliches Forum zu ergänzen)[23], Seminar Krakau[24] und Informationsforum London[25]. Wichtiges Anliegen seien Kulturinstitute[26].

Ohne RUM zu nennen, forderte BM auf, Vorschläge, für die kein anderer TNS zu gewinnen sei, fallenzulassen, und erinnerte, daß Beschränkung auf bereits vorhandene Dokumente veränderte Wirklichkeit und neue Möglichkeiten verkenne.

Gemeinsames Europäisches Haus müsse Haus der offenen Tür sein, in dem sich die in HSA verankerten Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit entfalten können.

[27]3) KAN-DL Bauer warf WP-TNS Unfähigkeit oder Unwilligkeit zur Vorwärtsbewegung vor. Kaschlew-Vorschläge seien ermutigend wegen Beschränkung der Zahl der Änderungsvorschläge, entmutigend aber, weil sie auf Kern einiger Elemente zielten.

„Ausgewogenheit" sei keine algebraische Gleichung, daß Annahme eines westlichen Vorschlages auch Annahme eines östlichen nach sich ziehen müsse. Humanitäre Dimension sei wesentliche Komponente für Frieden und Sicherheit in Europa.

21 Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden unterbreiteten am 3. Februar 1987 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien einen Vorschlag „bezüglich der Weiterentwicklung des Umweltschutzes", in dessen Zentrum die Einberufung eines Expertentreffens in Zusammenarbeit mit der ECE stand. Für den Vorschlag CSCE/WT.15 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

22 Spanien sowie Belgien, die Bundesrepublik, Frankreich, Griechenland, Italien, Monaco und die Türkei regten am 13. Februar 1987 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien ein „Expertentreffen über den Schutz der mediterranen Ökosysteme in Palma de Mallorca" an. Für den Vorschlag CSCE/WT.50/Rev.1 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

23 Zum Vorschlag für ein „Wissenschaftliches Forum" im Rahmen der KSZE vgl. Dok. 113, Anm. 27.

24 Am 17. Dezember 1986 brachte Polen auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien zusammen mit der Bundesrepublik, Dänemark, der DDR, Frankreich, Griechenland, Italien, Jugoslawien, Malta, Norwegen, Österreich, Rumänien, Schweden und Ungarn den Vorschlag „bezüglich eines Symposiums über das kulturelle Erbe der Teilnehmerstaaten der KSZE" ein, das in Krakau stattfinden sollte. Für den Vorschlag CSCE/WT.6 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

25 Die NATO-Mitgliedstaaten sowie Irland brachten auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien am 13. Februar 1987 den Vorschlag ein, „im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und des Abschließenden Dokuments des Madrider Treffens ein ‚Informationsforum' abzuhalten". An dem Forum sollten „führende Persönlichkeiten der Teilnehmerstaaten aus dem Bereich der Information und Kommunikation" teilnehmen. Es sollte sich vor allem folgenden Themen widmen: Verbesserung der Verbreitung von, des Zugangs zu und des Austausches von Informationen; Zusammenarbeit im Informationsbereich; Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Journalisten. Für den Vorschlag CSCE/WT.45 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

26 Die Bundesrepublik legte am 17. Juli 1987 ein Non-paper mit einem Text zur Errichtung auf bilateraler Basis und zur Förderung der Arbeit von Kulturinstituten vor. Für das Non-paper vgl. Referat 212, Bd. 153436.
Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), informierte am 24. Juli 1987: „Gegen nachhaltigen Widerstand der USA, weniger stark seitens KAN, sind die Kulturinstitute auch im französischen Non-paper berücksichtigt. Damit steht das Thema Kulturinstitut nunmehr zweifellos in der vordersten Reihe der westlichen Kulturvorschläge." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1102; Referat 212, Bd. 153429.

27 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1028 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Kernanliegen von KAN sei Klarstellung unterschiedlicher Verbindlichkeiten bei Ein- und Ausreise und Beseitigung des Schlupfloches „when they exist“ bei nationalen Minderheiten.

4) NL-DL Meesman kritisierte in scharfer Sprache Schikanierung westlicher Journalisten in „Ost-Berlin“ auf „östlicher Seite der Mauer“, erinnerte an Tod von Pavel Wonka[28], verurteilte Ausweisung von vier NL-Bürgern beim Seminar Charta 77 in Prag und kontrastierte RUM-Forderung auf Gewährung sozialer und wirtschaftlicher Rechte mit Projekt der Schleifung von Dörfern.

NL hoffe, daß Kaschlew-Initiative ernste Anstrengung der SU und von fünf WP-TNS darstelle, obwohl z.T. Integrität des N+N-Gesamtentwurfes in Frage gestellt werde.

5) SU-DL Kaschlew erklärte eingangs, er kürze seine Intervention, damit ihm nicht auch Taktik des Filibuster vorgeworfen werden könne. (Der am 28.6.1988 erreichte Konsens, Sitzung mit Rücksicht auf den Empfang der Minister um 12.30 Uhr zu unterbrechen, war durch letzte Intervention bereits mißachtet worden.)

Die Chancen für Beginn der Verhandlungen zur militärischen Sicherheit noch 1988 hätten sich verbessert. SU fordere nur etwa zehn Änderungen zu insgesamt etwa 200 Paras des N+N-Gesamtentwurfes, so daß, wenn auch andere Delegationen vernünftig blieben, in zwei bis drei Wochen die noch offenen Fragen gelöst werden könnten. SU und WP-Vorschläge wollten Ambition des Wiener Abschlußdokumentes nicht senken.

Unter Voraussetzung einer allgemein akzeptablen Agenda erneuere SU Einladung zu Moskauer Konferenz im Rahmen der Konferenz über die humanitäre Dimension; sie erwarte Vorschläge zu Agenda und Ort und Zeit der beiden anderen Veranstaltungen.

6) BM-Rede fand im Kreis meiner westlichen Kollegen hohe Anerkennung und Unterstützung. Vor dem Hintergrund einer gewissen amerikanischen Nervosität vor dem gemeinsamen Auftreten der beiden AM war die uneingeschränkt positive, nicht als Höflichkeitsübung vorgetragene Würdigung durch US-DL Zimmermann besonders bemerkenswert. Von neutralen und auch östlichen Delegationen – besonders von SU-DL Kaschlew – kamen nachdrücklich positive Reaktionen. Es scheint den beiden Ministern gelungen zu sein, im Rahmen einer gemeinsamen Bewegung von West und Ost den WFT-Verhandlungen einen Impuls zu geben.

[gez.] Eickhoff

Referat 212, Bd. 153444

28 Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix notierte am 31. Mai 1988: „Der Bürgerrechtler Pavel Wonka, geb. 1953, war am 26.5.1987 gemeinsam mit seinem Bruder Jiři vom Prager Stadtgericht wegen angeblicher ‚Unruhestiftung und Verletzung der öffentlichen Ordnung‘ zu einer Freiheitsstrafe von drei Monaten und anschließender dreijähriger Schutzaufsicht verurteilt worden. Ende Februar 1988 aus der Haft entlassen, wurde Wonka am 5. April 1988 erneut, ohne Angabe von Gründen, inhaftiert und starb am 26. April 1988 in der Haftanstalt Königgrätz. Eine Obduktion der Leiche Ws durch amerikanische Ärzte ergab als Todesursache eine Lungenembolie. Anzeichen für einen gewaltsamen Tod Ws wurden nicht festgestellt. Gleichwohl wurde den tsl. Behörden von Bürger- und Menschenrechtsgruppen im In- und Ausland vorgeworfen, Wonka zu Tode gefoltert zu haben.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139908.

197

Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1029 **Aufgabe: 1. Juli 1988, 21.00 Uhr**[1]
Ankunft: 2. Juli 1988, 08.27 Uhr

Betr.: WFT;
hier: Gespräch BM und AM Dumas mit RUM Delegation

Zur Unterrichtung

Während Empfang nach ihren Interventionen im Plenum zogen sich BM und AM Dumas[2] zurück, um in besonderem Raum RUM DL Bo Aninoiu und Bo Datcu zu empfangen. Für RUM sprach – eher flüsterte – dabei Aninoiu. Aus akustischen Gründen kann dieses Gespräch nur fragmentarisch wiedergegeben werden.

BM eröffnete mit der Feststellung, ganz Europa blicke auf RUM.[3] Dieses trage für Möglichkeit des Abschlusses noch im Sommer eine große Verantwortung.

Aninoiu trug vor, seine Delegation habe für gegenwärtige komplizierte Situation der Konferenz neue Weisungen aus Bukarest bekommen. RUM Sorgen richten sich auf das Ungleichgewicht des Nachdrucks, mit dem andere Delegationen die MR und Kooperationsvorschläge verfolgten. Letztere würden vernachlässigt. Menschenrechtliche Verpflichtungen würden zu Instruktionen an die individuellen Regierungen umgeschrieben. Den verschiedenen Menschenrechten müsse aber gleiches Gewicht[4] beigemessen werden. RUM habe wichtige Vorschläge für die Gleichheit der Geschlechter und Jugend-Aktivitäten eingebracht.[5] Es handele

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Haak vorgelegen.

2 Zu den Reden des Bundesministers Genscher und des französischen Außenministers Dumas am 1. Juli 1988 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 196.

3 Referat 212 hielt am 20. Juni 1988 fest: „Rumänien lehnt den am 13.5.1988 von den N+N in Wien vorgelegten ersten Entwurf für ein Schlußdokument des Wiener Treffens, der de facto von allen anderen TNS als Grundlage für weitere Verhandlungen gewertet wird, ab. Angeblich auf Weisung von höchster Stelle in Bukarest fordert die rum[änische] Delegation in Wien, ein Wiener Schlußdokument dürfe keinen, dem westl[ichen] Vorschlag WT.19 ähnlichen Überprüfungsmechanismus, nur bilaterale, einvernehmlich vereinbarte Treffen; keinen Text zu Helsinki-Monitoren; keinen Text über das Recht, ein Land zu verlassen; keinen Hinweis auf Anpassung nationaler Gesetzgebung und Bestimmungen und nichts zu Glaubensfreiheit, was über Helsinki und Madrid hinausgeht, enthalten. Sie fordert daneben eine Begrenzung der Länge künftiger KSZE-Treffen und der von ihnen vereinbarten Dokumente.“ Vgl. Referat 212, Bd. 158520.

4 Der Passus „verschiedenen Menschenrechten … gleiches Gewicht“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Haak hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „eigene“.

5 Am 7. Juni 1988 unterbreitete die rumänische Delegation der KSZE-Folgekonferenz in Wien den Vorschlag, im Abschließenden Dokument noch Verpflichtungserklärungen zur Erziehung und Ausbildung von Jugendlichen sowie zu ihrer beruflichen Integration aufzunehmen. Weiterhin sollte der Anspruch jedes Bürgers auf einen Arbeitsplatz festgeschrieben werden. Die Ausreisemodalitäten seien so zu fassen, daß nicht zur Emigration angeregt werde; vielmehr sollten die KSZE-Teilnehmerstaaten bei der Ausbildung von Fachleuten zusammenarbeiten. Jede Familie solle bis zum Jahr 2000 „zumindest eine bescheidene Unterkunft“ erhalten. Schließlich sollten Maßnahmen zur Gleichstellung der Frauen vereinbart werden, etwa das Recht auf einen Arbeitsplatz, auf gleiche Entlohnung und auf „die Teilnahme am sozialen und politischen Leben in vollem Umfang“. Für den Vorschlag CSCE/WT.138 vgl. Referat 212, Bd. 153447.

sich bei den RUM Ideen nicht um Vorschläge, die tel quel übernommen werden müssen. Wohl aber müßten Verbesserungen der Texte erreichbar sein.

Am schwierigsten sei für die Delegation, daß Bukarest einige Vorschläge als unakzeptabel[6] betrachte. So z. B. Vorschläge über die Schaffung und die Rolle nichtstaatlicher Organisationen[7], die unter dem Vorwand der Agitation für KSZE-Dokumente auch von außen auf störende Weise auf den Staat einwirken könnten. Unakzeptabel sei auch die unqualifizierte Bestätigung des Rechtes auf Ausreise.[8] Auch die Ausnahmen und Eingrenzungen des UN-Paktes[9] müßten einbezogen werden. Auch bedürfe es einer Klarstellung hinsichtlich der Einmischung in innere Angelegenheiten der Staaten. Den Mechanismus zur menschlichen Dimension könne RUM teilweise akzeptieren, doch müsse er im bilateralen Rahmen bleiben.

Leider könne die RUM Delegation bis jetzt über keinerlei konkrete Reaktionen zu ihren Ideen und Vorschlägen nach Bukarest berichten.

BM erwiderte, daß alle TNS sich darüber einig seien, daß N+N-Dokument[10] eine Arbeitsgrundlage biete, bei deren Änderung alle Seiten Maß halten müssen. Auch die Bundesrepublik habe Vorschläge erwogen, die sich als nicht konsensfähig erwiesen und die deshalb nicht weiterverfolgt worden seien. Der N+N-Entwurf habe in allen drei Gruppen ein gutes Echo gehabt, er führe zu den konventionellen Verhandlungen, deren Ziel auch der RUM Präsident[11] voll billige und die dieser, wie BM aus vielen Gesprächen mit ihm wisse, für entscheidend halte.

AM Dumas mahnte, daß sich in der Endphase jeder seiner Verantwortlichkeit und seiner Verpflichtungen bewußt sein müsse. Eine Blockierung des KSZE-Prozesses würde zu Stagnation in Europa führen.

Als Aninoiu wiederum hervorhob, daß seine Vorschläge verhandelbar seien und kein Diktat darstellten und daß es RUM darum ginge, den richtigen Rahmen des Prozesses zu wahren, betonten BM und AM Dumas, sie sprächen für den Prä-

6 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Haak hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „unsere".

7 Im Entwurf der N+N-Staaten vom 13. Mai 1988 für ein Abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien (CSCE/WT.137) stellten die KSZE-Teilnehmerstaaten die Bedeutung von „Regierungen, Institutionen, Organisationen und Personen" bei der Verwirklichung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 heraus und verpflichteten sich zur Achtung von deren Tätigkeit sowie zur Erleichterung ihrer gegenseitigen Kontakte bzw. zum Abbau rechtlicher und administrativer Beeinträchtigungen. Vgl. Referat 212, Bd. 158445.

8 Im Entwurf der N+N-Staaten vom 13. Mai 1988 für ein Abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien (CSCE/WT.137) hieß es: „Die Teilnehmerstaaten werden das Recht eines jeden auf Freizügigkeit und freie Wahl des Aufenthaltsortes innerhalb der Grenzen eines jeden Staates und auf Ausreise aus jedem Land, darunter auch seinem eigenen, und auf Rückkehr in sein Land uneingeschränkt achten." Vgl. Referat 212, Bd. 158445.

9 Für den Wortlaut der Internationalen Pakte über bürgerliche und politische Rechte sowie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19. Dezember 1966 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1534–1555 bzw. S. 1570–1582.
Für den Wortlaut des am 19. Dezember 1966 von der VN-Generalversammlung verabschiedeten und am 23. März 1976 in Kraft getretenen Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vgl. BUNDESGESETZBLATT 1992, Teil II, S. 1247–1250.

10 Zum Entwurf der N+N-Staaten vom 13. Mai 1988 für ein Abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 153.

11 Nicolae Ceauşescu.

sidenten von F[12] und für den Bundeskanzler. Es ginge hier nicht um Einzelheiten, aber RUM müsse, auch im Zusammenhang mit seinen guten bilateralen Beziehungen zu uns, dieser Verantwortung Rechnung tragen. Als Aninoiu warnte, eine Marginalisierung Rumäniens könne ernste Folgen haben, erwiderte Dumas, RUM habe sich schon von den 34 isoliert. Darauf lenkte Aninoiu ein, daß man gemeinsame Lösungen suche. BM und AM Dumas bestätigten dies. In ihren Ausführungen im Plenum wäre RUM nicht genannt worden. Sie zählten aber darauf, daß ihre Darlegungen dem RUM Präsidenten übermittelt würden und dort eine positive Aufnahme finden. Aninoiu sicherte ersteres zu.

[gez.] Eickhoff

Referat 212, Bd. 158551

198

Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheel, z.Z. Seoul, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 6 **Aufgabe: 5. Juli 1988, 08.47 Uhr**[1]
Ankunft: 5. Juli 1988, 02.00 Uhr

Betr.: Reise BM nach Asien vom 2.–9.7.1988[2];
hier: Gespräch mit AM Choi Kwang Soo am 4.7.1988

Es folgt von BM noch nicht gebilligter Vermerk über Gespräch mit AM Choi am 4.7.1988.

AM Choi: Wir treiben Stabilitätspolitik in zweierlei Hinsicht:

– Demokratisierung,

– wirtschaftliche Entwicklung.

Wir wollen den Dialog mit Nordkorea fortsetzen, eine Entspannungspolitik führen, Vertrauen aufbauen und die Wiedervereinigung auf friedlichem Wege erreichen. Wir begrüßen die Entspannung zwischen Ost und West und wünschen gute Beziehungen zur SU, China und osteuropäischen Ländern. Freundschaftliche Beziehungen bestehen mit den USA, Japan, Europa, besonders mit D. Für uns ist Golfkrieg ein wichtiges Problem: So sind vor vier Tagen durch irakische Bomben zwölf koreanische Arbeiter umgekommen.

BM: Nach unserer Meinung wird internationale Politik gegenwärtig durch zwei besonders dynamische Entwicklungen gekennzeichnet:

12 François Mitterrand.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Schröder und Legationsrat I. Klasse Siebeck am 5. Juli 1988 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 3. bis 5. Juli 1988 in der Republik Korea (Südkorea) und vom 5. bis 9. Juli 1988 in Thailand auf. Vgl. dazu auch Dok. 202.

1) Entwicklung der EG mit dem Ziel der Herstellung gemeinsamen Binnenmarktes 1992, eines Währungsraumes Europa einschließlich einer Zentralbank sowie einer noch stärkeren verteidigungspolitischen Zusammenarbeit. Motor der Zusammenarbeit ist deutsch-französische Freundschaft. Europäischer Binnenmarkt ist die Wachstumsreserve der Weltwirtschaft. Er wird zu einem Niederreißen der Handelsbarrikaden innerhalb der Gemeinschaft führen, aber keine neuen nach außen aufrichten. Die politische wie wirtschaftliche Realität wird heute von den kommunistischen Staaten anerkannt, wie Unterzeichnung Protokolls EG–RGW Ende Juni[3] bewiesen hat.

2) Auf der anderen Seite vollzieht sich in SU Entwicklung die – mit Gorbatschows Worten – wahrhaft revolutionär ist. Sie wird gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen verändern und zu einer Öffnung nach innen und außen führen.

KPdSU-Allunionspartei-Konferenz[4] hat Reformkurs bestätigt. Es kommt darauf an, historische Chancen zu erkennen und zu nutzen, die für Ost und West in diesem Prozeß liegen. Beide Großmächte haben, beginnend mit Reykjavik[5], daraus Konsequenzen gezogen mit dem INF-Abkommen.

Internationale Politik wird nicht mehr allein vom Verhältnis zwischen beiden Großmächten bestimmt; neue Kraftzentren wie VR China und dynamisches Europa sind entstanden. Deutsch-sowjetische Beziehungen spielen entscheidende Rolle. Wir sind entschlossen, diese Entwicklung mit aller Energie zu nutzen. Ich erinnere an meinen Appell mit AM Dumas am 1.7.1988 bei KSZE-Folgetreffen in Wien.[6] Diese Entwicklung ist wichtig für das Verhältnis beider deutscher Staaten zueinander.

Wir hoffen, daß Bereitschaft SU, Truppen aus Afghanistan abzuziehen[7], sich positiv auf ihr Verhalten in anderen internationalen, regionalen Fragen auswirkt, wie Kambodscha.

Ich wünsche dem koreanischen Volk, daß auch Nordkorea solche Politik der Öffnung beginnt. Das ist ein komplizierter, steiniger Weg, aber zwischen BR Deutschland und DDR haben sich Beziehungen mit Abschluß Grundlagenvertrags[8] grundlegend verbessert. Das drückt sich vor allem in Wirkungen auf Menschen aus. So besuchten 1987 3,5 Mio. Bewohner der DDR BR Deutschland, d. h. 20 v. H. der Bevölkerung.

Ich selbst habe von 1945 bis 1952 in der DDR gelebt. Vor zwei Wochen habe ich in Potsdam vor Internationaler Tagung gesprochen.[9] Das hatte für mich auch

3 Zur Gemeinsamen Erklärung der Europäischen Gemeinschaften und des RGW vom 25. Juni 1988 vgl. Dok. 160, Anm. 14.

4 Zur Allunions-Parteikonferenz der KPdSU vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 in Moskau vgl. Dok. 194.

5 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

6 Zum gemeinsamen Auftritt des Bundesministers Genscher und des französischen Außenministers Dumas auf der KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 196.

7 Zum sowjetischen Truppenabzug aus Afghanistan vgl. Dok. 107.

8 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

9 Am 11. Juni 1988 hielt Bundesminister Genscher auf der Tagung des Institute for East-West Security Studies in Potsdam eine Rede zum Thema „Neue Perspektiven der West-Ost-Sicherheitsproblematik". Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1988, S. 785–791.

große emotionale Bedeutung. Mit unserer Sicht der West-Ost-Beziehungen blikken wir mit Erwartung und Spannung auf asiatischen Raum, auf Korea.

AM: Wir beobachten aufmerksam Entwicklung in EG, besonders Schaffung einheitlichen Binnenmarktes bis 1992. Wir hoffen auf erfolgreiche Entwicklung. Wir hatten bisher wirtschaftliche Beziehungen im wesentlichen mit USA und Japan. D ist unser drittgrößter Handelspartner in der Welt.

Wir begrüßen weltpolitische Tendenz, Entspannung zwischen SU und USA, INF-Abkommen, EG-RGW-Protokoll. Tendenz, daß SU mit China Beziehungen verbessert, ist interessant. Durch Lösung Probleme in Afghanistan und Kambodscha würden Beziehungen zwischen SU und China verbessert.

Koreanisches Problem stellt sich hinsichtlich Chinas positiver dar als hinsichtlich SU. Wir begrüßten Gorbatschows Rede vom Juli 1986 in Wladiwostok[10]; Auswirkungen seiner Aussagen über Sicherheit im asiatisch-pazifischen Raum haben wir bisher nicht erkennen können. Wir sehen Entwicklung zwischen SU und Nordkorea mit großer Sorge: Lieferung von 50 MiG-23, SA-5-Raketen, 6 MiG-29. Wir wünschen Entspannung auf koreanischer Halbinsel, aber es gibt noch keine nennenswerten Entspannungszeichen wie zwischen SU und China.

Ich äußere drei Bitten:

1) Wir wissen genau, daß sich die Lage in Deutschland durch Deutschland- und Ostpolitik verbessert hat. Ich bitte Sie, Fortsetzung Dialogs zwischen Nord- und Südkorea zu unterstützen.

2) Eine friedliche Durchführung der Olympischen Spiele in Seoul[11] verbessert auch Voraussetzungen für Entspannung.

Wir haben indirekte Verbindungen mit SU und Ungarn. Letzteres Land eröffnet Handelsbüro in Seoul.[12] Wir bitten auch insoweit um Ihre Unterstützung.

BM: Wir unterstützen Ihre Politik. In unseren Gesprächen mit WP-Staaten ist Frage des Verhältnisses zu Korea ein ständiger Gesprächspunkt. Wir haben uns für die Teilnahme dieser Staaten an Olympischen Spielen nachhaltig eingesetzt. Noch in diesem Sommer werde ich meinen sowjetischen Kollegen zu Konsultationen[13] treffen. Ich werde dort das Thema ansprechen, auch mit anderen Staaten.

Es geschieht immer wieder, daß bei großen internationalen Ereignissen Deutsche aus der DDR sich entschließen, aus dem Gastland in die BR Deutschland auszureisen. Manche Länder halten solche Fälle fälschlich für Asylfälle. Für uns ist aber ein Deutscher aus der DDR ein Deutscher. Jeder Deutsche aus der DDR hat ein Recht darauf, einen Paß der BR Deutschland zu erhalten. Es entspricht

10 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vom 28. Juli 1986 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 9–37.

11 Die XXIV. Olympischen Sommerspiele fanden vom 17. September bis 2. Oktober 1988 in Seoul statt.

12 Botschafter Kleiner, Seoul, meldete am 13. September 1988: „Wie ich aus dem südkoreanischen Außenministerium höre, wird heute in Seoul um 10.00 Uhr OZ bekanntgegeben werden, daß Südkorea und Ungarn beschlossen haben, Ständige Vertretungen auszutauschen. Die Ständigen Vertretungen in Seoul und Budapest sollen in nächster Zeit eröffnet werden. Die beiden Regierungen, so wird es ferner heißen, seien übereingekommen, in Zukunft diplomatische Beziehungen aufzunehmen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 718; Referat 341, Bd. 142620.

13 Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 29./30. Juli 1988 in Moskau vgl. Dok. 220 und Dok. 221.

unserer Auffassung vom Fortbestand der Einheit der Nation, daß auch die deutsche Staatsangehörigkeit[14] fortbesteht. Wir machen keine Propaganda, zu uns in die Bundesrepublik zu kommen. Wir ermutigen niemanden, aber wenn sich jemand aus eigenem Antrieb entscheidet, sind wir kraft Verfassung und Gesetz verpflichtet, einen Paß auszustellen. Wir bitten Sie darum, wenn jemand vom Grundrecht eines Ihnen befreundeten Staates Gebrauch macht, das zu ermöglichen.

AM: Für uns ist die Olympiade eine glückliche Gelegenheit, weil wir dadurch Kontakte aufnehmen können. Nordkorea weigert sich, daran teilzunehmen, es beansprucht eine Veranstalterrolle. Bei Olympischen Spielen in Tokio 1964[15] haben wir die gleiche Bitte an die japanische Regierung gerichtet. Wir sehen die nordkoreanische Bevölkerung als unser Volk an. Wenn ein Nordkoreaner zu uns kommt, gewähren wir ihm Aufenthalt. Ich verstehe Ihre Meinung. Wir werden auftretende Probleme nach völkerrechtlichen Prinzipien, internationaler Praxis und im Geiste eines Volkes lösen, das sich in ähnlicher Lage befindet.

BM: Wir erwarten, daß einem Deutschen aus der DDR in solchem Fall keine Steine in den Weg gelegt werden, weder im Olympischen Dorf noch an anderer Stelle. Ich danke Ihnen sehr für Ihr Verständnis.

AM: Hinsichtlich der Sportler und Funktionäre haben wir das Problem der Sicherheit, daß sie wieder gut nach Hause kommen, andererseits aber ein menschenrechtliches Problem.

BM: Unsere Wirtschaftsbeziehungen sind für uns von großem Interesse. Amerikanische und japanische Unternehmen gründen Tochtergesellschaften in der EG, um mit dabei zu sein. Wir würden begrüßen, wenn es noch mehr koreanische Unternehmen gäbe, die bei uns investieren. Mit 320 Mio. Einwohnern wird die EG ein großer, kaufkräftiger Markt sein.

EG beobachtet mit Aufmerksamkeit und Sorge eine Privilegierung der USA bei koreanischen Entscheidungen über Marktöffnungen und beim Schutz ausländischer Urheberrechte.

AM: Ich stimme zu. Wir wollen die Wirtschaftsbeziehungen diversifizieren und die Zusammenarbeit mit EG vertiefen. Wir haben kein Interesse an unterschiedlicher Behandlung USA und europäischer Länder. Das Sonderabkommen von 1986 mit USA über geistige Eigentumsrechte ist noch gültig, aber wir werden in Zukunft das Problem lösen. Ich verstehe völlig Ihr und das EG-Interesse. Ich bin zufrieden mit den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur BR Deutschland.

BM stimmt zu. Unsere bilateralen Beziehungen haben sich ausgezeichnet entwickelt. Wir sind an ihrer weiteren Entwicklung interessiert.

[gez.] Scheel

Referat 341, Bd. 142619

14 Die deutsche Staatsangehörigkeit war in Artikels 116 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 geregelt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 15 f.

15 Die XVIII. Olympischen Sommerspiele fanden vom 10. bis 24. Oktober 1964 in Tokio statt.

199

Fregattenkapitän Strebe, Teheran, an das Auswärtige Amt

114-13369/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 6. Juli 1988, 12.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 779 **Ankunft: 6. Juli 1988, 13.16 Uhr**

Betr.: Flugzeugunglück 3.7.88

Quelle: IRN Medien

Bezug: DB 752 vom 4.7.88 Mil/Pol 322 IRK[2]
DB 778 vom 6.7.88 Pol 320.10 061200[3]

Sachverhalt

1) Nach hiesiger Darstellung nahm das Flugzeugunglück am 3.7.88 folgenden Verlauf:

a) US-Kriegsschiffe beschießen auf Routine-Patrouille befindliche IRN „gunboats" (Pasdaranboote).

b) Nach einiger Zeit erwidern IRN Boote das Feuer. Iraner verlieren zwei Mann. US-Hubschrauber greifen in das Gefecht ein. IRN gunboats schießen einen Hubschrauber ab.

c) Während oder im Anschluß an dieses See-/Luftgefecht (keine genauen Zeitangaben) ortet US-Kreuzer ein Flugzeug, das auf der „scene of action" erscheint und feuert zwei Raketen kaltblütig und absichtlich auf das mit Sicherheit als zivil identifizierte Flugzeug ab.

d) Vor und während der Aktion hat sich keine IRN F-14 in dem Gebiet in der Luft befunden.

e) Airbus 300 des Iran Air-Flug Nr. 655 ist am 3.7.88, 10.17 Uhr OZ, in Bandar Abbas gestartet, wurde um 10.24 Uhr OZ in internationaler Air Route Nr. S-59 auf 7500 Fuß Höhe von zwei Raketen getroffen und ist auf Position 26.43 Nord 56.3 Ost abgestürzt. 290 Menschen, davon ca. 40 Ausländer, fanden den Tod. Keine Überlebenden. Bis 6.7.88 wurden 200 Leichname geborgen.

f) Froschmänner der IRN Marine haben auf 34 m Wassertiefe Wrackteile gefunden, an denen zweifelsfrei „Spuren von Raketenbeschuß zu erkennen sind".

g) Augenzeugen auf Insel Hengam sowie auf Schiffen in der Nähe haben den Airliner im Flug, den Treffer zweier Raketen und den Absturz beobachtet.

2) Befehlshaber der Luftwaffe, BrigGen[4] M. Sattari, gab 4.7.88 in TV Interview und während TV-Podiumsdiskussion mit Verkehrsminister[5] und Generaldirektor

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dassel am 6. Juli 1988 vorgelegen.

2 Botschafter Freitag, Teheran, übermittelte Informationen aus Berichten iranischer Medien und eines iranischen Militärsprechers zum Abschuß eines Airbus A-300 der iranischen Fluggesellschaft „Iran Air". Vgl. dazu Referat 311, Bd. 139992.

3 Botschafter Freitag, Teheran, berichtete über die Reaktionen der Ajatollahs Montazeri und Khomeini, des Präsidenten Khamenei und des Präsidenten des iranischen Parlaments, Rafsandjani, auf den Abschuß eines iranischen Passagierflugzeugs am 3. Juli 1988. Vgl. dazu Referat 311, Bd. 139992.

4 Brigadegeneral.

5 Mohammed Saidi-Kia.

Iran Air lange Fachstatements ab (S. ist Radarspezialist), die dem Laien sowie dem nur teilinformierten TV-Zuschauer den „wahren Hergang verdeutlichen", die Unhaltbarkeit der US-Erklärungen[6] unterstreichen und die vorsätzliche Mordabsicht der Amerikaner beweisen sollten.

Im einzelnen führte er aus:

a) Airbus befand sich zweifelsfrei auf internationaler Flugroute S-59. Beweis die Absturzposition.

b) Auch für einen völligen Anfänger als Radarbeobachter ist das Radarecho einer Zivilmaschine eindeutig von dem eines Kampfflugzeuges zu unterscheiden. Verwechslungen sind ausgeschlossen, außerdem besitzt jedes Mil Radar IFF[7].

c) Die Art zu manövrieren ist bei Mil Flugzeugen und Zivil-Flugzeugen so charakteristisch und so verschieden, daß Verwechslungen unmöglich sind.

d) Um 10.17 Uhr OZ hat das Flugzeug Bandar Abbas verlassen, um 10.24 Uhr Oz erfolgte Raketentreffer, daher US-Behauptung, es hätten nur noch 4 Minuten Reaktionszeit zur Verfügung gestanden, völlig unhaltbar. Außerdem sei gemäß „internationaler Norm" jedes Radarecho in 6, max. 10 sec einwandfrei zu identifizieren, insofern waren selbst vier Minuten völlig ausreichend.

e) Airbus hat kein Kriegsgebiet passiert, fragliches Gebiet ist nicht zum Kriegsgebiet erklärt worden.

f) Iran hat zuletzt 1985 mit Notam Nr. 83-32-1 zwei weiter im Westen verlaufende, häufig von IRK für Angriffe benutzte Routen zu Kriegsrouten erklärt.

Die von Airbus benutzte Route S-59 ist nicht Kriegsroute.

g) Dem Airbus konnten keine feindseligen Maßnahmen/Absichten unterstellt werden, denn gemäß internationaler Definition bestünden diese nur, wenn Flugzeuge

– Bomben führen,
– Raketen abschießen,
– Fallschirmjäger absetzen,

6 Für den Wortlaut der Erklärung des Präsidenten Reagan vom 3. Juli 1988 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1988, S. 920.
Am selben Tag erklärte der Vorsitzende der Joint Chiefs of Staff der amerikanischen Streitkräfte, Crowe: „The sequence of events commenced when [USS] Vincennes' Helicopter was fired upon by Iranian surface units at 10.10 a.m. local Gulf time […], approximately 40 minutes before the air action. Subsequently, the Vincennes identified the Iranian firing units and closed to engage. The Iranian gunboats turned toward Vincennes at high speed and were engaged at 10.42 a.m. with gunfire from the frigate Albert B. Montgomery. While so involved, the Vincennes detected an aircraft over Iran at about 10.47 a.m. This aircraft headed toward the Vincennes and commenced closing at high speed. Vincennes immediately began assessing this new threat. The suspect aircraft was outside the prescribed commercial air corridor. More importantly, the aircraft headed for Vincennes on a constant bearing at high speed approximately 450 knots. A warning was sent on both military and civilian distress frequencies beginning at 10.49 a.m. This procedure was repeated several times, but the aircraft neither answered nor changed its course. There were electronic indications on Vincennes that led it to believe that the aircraft was an F-14 (there had been a number of F-14 flights in the area over the last few days). Given the threatening flight profile and the decreasing range, the aircraft was declared ‚hostile' at 10.51 a.m. local. At 10.54 a.m., when the aircraft was about nine miles away, Vincennes fired two standard surface to air missiles, at least one of which hit at an approximate range of six miles. Because of the limited visibility, the aircraft was not sighted until the impact of the missile." Vgl. die Erklärung; Referat 311, Bd. 139992.

7 Military Radar Identification Friend or Foe.

– Sturzflug auf ein Ziel ausführen,

– sehr tief und sehr schnell (mindestens Schallgeschwindigkeit) fliegen.

Da keine dieser Definitionen zutreffend, sei US-Behauptung reine Lüge.

3) Hiesige Darstellung verschweigt völlig, daß

a) Gebiet seit langem Schauplatz häufiger, mehr oder weniger starker See- und Luftgefechte ist, unabhängig davon ob zum Kriegsgebiet erklärt oder nicht;

b) in jedem Falle IRN-Kräfte (gewöhnlich Pasdaranboote, bisweilen auch Marine) Auslöser der Gefechte sind;

c) Pasdaranboote 2.7. durch Angriff auf DAN Tanker, 3.7. durch Angriff auf NOR Tanker die US-Navy zum Eingreifen veranlaßt hatten;

d) Airbus in geringer Höhe direkt ein US-Kriegsschiff unmittelbar im Anschluß an ein See-/Luftgefecht angeflogen hat, ohne auf Anruf/Warnungen zu achten;

e) Bandar Abbas Air Control seine Verantwortung für die Sicherheit im Luftraum grob verletzt hat, indem es den Airliner ohne Vorwarnung in geringer Höhe direkt in ein Gefechtsgeschehen einfliegen ließ, statt ihn über eigenem Territorium auf sicherer Höhe steigen und nach Beendigung der Gefahr auf kürzestem Wege das Gebiet passieren zu lassen.

4) Hochrangige iranische Politiker haben Vorfall unter eindeutiger Schuldzuweisung an USA überwiegend als vorsätzlichen Massenmord angeprangert und in unterschiedlicher Schärfe Vergeltung vorbehalten (vgl. DB 778 vom 6.7.88).

5) Iran Air hat 4. und 5. Juli alle Inlandsflüge sowie die Flüge über den Golf gestrichen. Auslandsflüge wurden – teilweise mit starker Verzögerung – weitgehend normal abgewickelt.

Beurteilung:

Die hiesige Darstellung des tragischen Unglücks ist geeignet, Emotionen der Bevölkerung zu wecken und Amerika-Haß zu schüren. Unter eindeutiger Schuldzuweisung an die USA, durch scheinbar sachliche Darstellungen des Fachmannes Sattari untermauert, kommt die Frage der Eigenverantwortung/Mitverantwortung oder gar Schuld überhaupt nicht in Betracht.

Bei der ausgeprägten iranischen Unfähigkeit, Fehler einzugestehen, ein Unrechtsempfinden zu entwickeln, Verantwortung zu übernehmen, wird diese Darstellung in der Bevölkerung gern geglaubt, weil sie die Verantwortung so eindeutig einer fremden Macht zuweist.

Unabhängig davon, ob die bisherigen US-Erklärungen in allen Einzelheiten zutreffen oder nicht und zu welchen weiteren Erkenntnissen die US-Untersuchungskommission möglicherweise kommt, ist für die Beurteilung dieses Zwischenfalles Irans Handhabung der Luftsicherheit über seinem Territorium allgemein und besonders im Golfkrisengebiet von entscheidender Bedeutung. Seit Jahren wird unter Inkaufnahme höchsten Risikos ziviler Luftverkehr über dem Golf betrieben ohne Informationen geschweige denn Koordinationen über/von Bewegungen und Aktionen. Zivilflugzeugen wird Start und Landung in Bandar Abbas und allmähliches Aufsteigen auf Air Route Level über dem kritischen Golfgebiet gestattet, unabhängig davon, ob gerade irgendwelche Marine-/Pasdaran-/Luftwaffeneinsätze laufen.

An der Fähigkeit zur Koordination muß ernsthaft gezweifelt werden. Es gibt viele Beispiele für Fälle, in denen Marine, Luftwaffe, Pasdaran und zivile Luftfahrt voneinander nicht wissen, was die anderen planen und ausführen. Im Falle des letzten Pasdaran-Angriffs auf ein deutsches Handelsschiff war die Regierung nur in der Lage zu erklären, mit Sicherheit sei es nicht die Marine gewesen.[8] Vor einem Jahr nahm eine Lufthansamaschine beim Anflug auf Teheran Fla-Feuer[9] wahr, dem Tower war davon nichts bekannt. Vor zwei Jahren schoß IRN-Fla ein eigenes kleines Passagierflugzeug ab. Bei allen Bombenangriffen auf Teheran und zuletzt während des Raketenkrieges wurde immer wieder beobachtet, wie mitten im Kriegsgeschehen Iran Air-Maschinen unbeirrt starteten und landeten.

Die Iran Air-Piloten gelten allgemein als erfahrene, ausgezeichnete Flieger.

Sie werden aber mit ihren Maschinen mit einer an Verantwortungslosigkeit grenzenden Risikobereitschaft eingesetzt.

[gez.] Strebe

VS-Bd. 13650 (311)

200

Gespräch des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, mit dem Vorsitzenden der angolanischen UNITA, Savimbi

VS-NfD **11. Juli 1988**[1]

Vermerk über das Gespräch von MD Teltschik mit dem Vorsitzenden der angolanischen Widerstandsbewegung UNITA, Dr. Jonas Savimbi, am Montag, den 11. Juli 1988, 20.00–21.15 Uhr[2]

8 Zum Angriff iranischer Kampfboote auf ein deutsches Containerschiff am 11. Juni 1988 vgl. Dok. 175. Fregattenkapitän Strebe, Teheran, teilte am 11. Juli 1988 mit, daß er den Zwischenfall gegenüber einem Vertreter des Generalstabs der iranischen Armee angesprochen und die Erklärung erhalten habe, „die IRN-Marine sei daran nicht beteiligt gewesen. Auf meine Erwiderung, wir seien davon überzeugt, aber die bewaffneten Boote, welche die ‚Daulagiri' angegriffen, seien die gleichen gewesen, die täglich im IRN-Fernsehen als ‚IRN-Verteidiger des Golfes' gezeigt würden, räumte er ein, es gäbe dort Kräfte, die nicht voll unter der Kontrolle der Regierung stünden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 786; Referat 311, Bd. 154135.

9 Flugabwehr-Feuer.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, am 14. Juli 1988 gefertigt und am folgenden Tag an Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, „mit der Bitte um Billigung und um Zustimmung zur Unterrichtung des Auswärtigen Amtes" geleitet.
Hat Teltschik am 15. Juli 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundeskanzler Kohl verfügte.
Hat Kohl vorgelegen, der den Rücklauf an Teltschik verfügte und zur Bitte um Unterrichtung des Auswärtigen Amts handschriftlich vermerkte: „Ja." Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 76; B 150, Aktenkopien 1988.

2 Vortragender Legationsrat I. Klasse Nöldeke teilte am 14. Juli 1988 der Botschaft in Luanda mit: „UNITA-Führer Savimbi hielt sich v[om] 11. bis 13.7.88 auf Einladung der Stiftung ‚Hilfe in Not' zu

MD *Teltschik* (AL 2) begrüßt Dr. Savimbi (S.) im Namen des Bundeskanzlers.

Savimbi stellt seine drei Begleiter als den stellvertretenden Vorsitzenden von UNITA, den Generalsekretär und den Vertreter von UNITA in der Bundesrepublik Deutschland (Mango) vor.

AL 2 schlägt als Gesprächsthemen die Lage in Angola, den Vier-Punkte-Plan von UNITA und den Stand der Vierer-Gespräche[3] vor. Er unterstreicht das deutsche Interesse an einer Verhandlungslösung des Bürgerkriegs in Angola und des baldigen Übergangs von Namibia in eine international akzeptable Unabhängigkeit. Er weist auf seine Gespräche mit Chester Crocker und dessen Engagement in der Angola-Frage hin.

Savimbi dankt AL 2 und über ihn dem Bundeskanzler für diese Gesprächsmöglichkeit. Er zeichnet ein Bild der dramatischen Entwicklung in Angola seit Erlangung der Unabhängigkeit[4]: Der Konflikt zwischen MPLA und UNITA habe fremden Armeen den Zugriff ermöglicht, einen nicht unbeträchtlichen Teil der Bevölkerung das Leben gekostet und die Entwicklung des Landes zum Erliegen gebracht.

Nur eine Beendigung des Bürgerkrieges könne die Not Angolas beenden und zugleich die Voraussetzungen für eine Lösung der Namibia-Frage schaffen. UNITA sei für die Vierer-Gespräche. Er, S., sei befriedigt, daß das „linkage“ eines Truppenabzugs der Kubaner und einer international akzeptablen Namibia-Lösung letztendlich nach sieben Jahren allgemein akzeptiert werde: Wenn die Kubaner Angola verlassen hätten, stehe einer Durchführung von SR-Res. 435[5] in Namibia nichts mehr im Wege.

S. kommt sodann auf seinen Vier-Punkte-Plan zu sprechen:

1) Wichtigste Voraussetzung für eine Beendigung des Bürgerkrieges sei aus der Sicht von UNITA ein Abzug der kubanischen und der südafrikanischen Truppen aus Angola. Dies sei die wichtigste Zusicherung, die in den laufenden Vierer-Gesprächen erreicht werden müsse. Zunächst müßten südafrikanische wie kubanische Truppen zu den Ausgangsstellungen zurückgehen, die sie im März d. J. besetzt gehalten hätten.

Die kubanischen Truppen in Angola seien seither um rd. 12000 Mann und 500 Panzer vermehrt worden und in Räume im Süden des Landes vorgerückt, in denen sie sich nie zuvor aufgehalten hätten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1074

einer Vortrags- und Gesprächsreise in der Bundesrepublik Deutschland auf. Besuch begann in München, wo Savimbi mit dem CSU-Vorsitzenden, Ministerpräsident Strauß, und anderen CSU-Politikern am Rande einer CSU-Veranstaltung zusammengetroffen ist. In Bonn hatte die einladende Stiftung um Gesprächstermine mit dem Bundespräsidenten, dem Bundeskanzler und dem Bundesaußenminister gebeten. Das Auswärtige Amt hatte sich gegen eine Wahrnehmung Savimbis auf politischer Ebene in Bonn ausgesprochen, da es befürchtete, daß hierdurch die guten Beziehungen zu der angolanischen Regierung beeinträchtigt werden würden. Aufgrund dieser Empfehlung wurden die Gesprächswünsche Savimbis nicht akzeptiert. Auf Beamtenebene wurde Savimbi am Abend des 11.7. von Ministerialdirektor Teltschik im Bundeskanzleramt empfangen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 91; Referat 320, Bd. 155826.

3 Vgl. dazu die Friedensgespräche zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA am 24./25. Juni 1988 in Kairo; Dok. 142, Anm. 11, und Dok. 181, Anm. 35.

4 Die Volksrepublik Angola wurde am 11. November 1975 gegründet. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 345.

5 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

UNITA hoffe, daß die New Yorker Gespräche[6] einen massiven Zusammenstoß kubanischer und südafrikanischer Truppen verhindern würden, was zugleich deren Fortführung ermöglichen würde.

Für UNITA sei es nicht wichtig, selbst an den Gesprächen beteiligt zu werden. Falls man hierauf insistiert hätte, hätte die MPLA auch den Anspruch auf Beteiligung von SWAPO erhoben, was der Sache nicht dienlich gewesen wäre.

Wenn Südafrikaner und Kubaner das Land verlassen hätten, könne man als nächsten Schritt Friedensgespräche zwischen MPLA und UNITA aufnehmen.

2) Zweite Forderung von UNITA sei die, daß die USA die ihr gewährte Unterstützung nicht eher einstellen dürften, als bis gesichert sei, daß Sowjetunion und Kuba ihre Unterstützung für MPLA wirklich beendet hätten.

(Auf Frage: Dies gelte auch für den Fall, daß die kubanischen Truppen das Land bereits verlassen hätten.)

UNITA hoffe auf eine hilfreiche Mitwirkung der Weltmächte durch Ausübung von Druck auf Kuba und Südafrika im Sinne eines beschleunigten Rückzugs ihrer Truppen.

3) Die Regierungen der unabhängigen afrikanischen Staaten sollten dazu ermutigt werden, ihrerseits auf die Aufnahme von Gesprächen zwischen MPLA und UNITA hinzuwirken.

Eine Reihe afrikanischer Länder – darunter mehrere frankophone westafrikanische Staaten und Nigeria – täten dies bereits.

UNITA sei gesprächsbereit, MPLA müsse dies noch werden.

Auf Frage: UNITA kontrolliere gegenwärtig 40% des Territoriums Angolas, verfüge aber über Guerilla-Kämpfer im ganzen Lande.

Der Stamm der Ovimbundu, dem er, S., angehöre und aus dem UNITA den größten Teil ihrer Mitglieder rekrutiere, sei der Mehrheitsstamm in Angola. Nach einer vor Beginn des Bürgerkriegs erstellten Bewertung der OAE habe UNITA bereits damals über einen Rückhalt von 65% der Bevölkerung verfügt.

FNLA spiele als Organisation heute keine Rolle mehr. Ihre Anhänger seien teilweise zur UNITA übergewechselt. Holden Roberto sei jedoch nach wie vor – auch im Exil in Paris – eine politische Kraft in Angola.

4) Vierte Forderung der UNITA sei die Bildung einer Koalitionsregierung aller politischen Kräfte, d.h. von MPLA, FNLA und UNITA nach Abzug der fremden Truppen. Dabei komme es darauf an, möglichst bald miteinander zu reden,

6 Die Friedensgespräche zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA wurden vom 11. bis 13. Juli 1988 in New York fortgesetzt. Botschafter Vergau, New York (VN), berichtete am 15. Juli 1988, daß er von kubanischer Seite folgende vertrauliche Informationen erhalten habe: „Nach Einführung von Listen kontroverser Prinzipien durch Kuba/Angola einerseits und Südafrika andererseits in Kairo sei in New York ein für diese drei Regierungen ad referendum akzeptabler Prinzipienkatalog entwickelt worden (USA seien nicht Partei, sondern nur Vermittler). Die meisten der ungefähr 14 Prinzipien seien völkerrechtliche Selbstverständlichkeiten. Die eigentliche Substanz liege in folgenden drei Kernpunkten: S[üd]A[frika] stimmt der Ausführung von SR 435 zu. Die vier werden den Zeitpunkt zusammen mit dem VN-GS festlegen. SA und Angola werden dem VN-GS förmlich notifizieren, daß sie den Prozeß der 435-Ausführung voll respektieren und nichts unternehmen oder zulassen werden, was diesen von außen stören könnte. Angola und Kuba stimmen zu, daß zur Verifikation des stufenweisen und schließlich vollständigen Kubanerabzugs aus Angola eine VN-Gruppe eingesetzt wird. […] Nächster Verhandlungsschritt werde das Bemühen um den Zeitplan für Kubanerabzug und 435-Ausführung sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1591; Referat 320, Bd. 155832.

anstatt gegeneinander zu kämpfen. Die Abhaltung von Wahlen sei dann ein späterer Schritt.

S. erläutert sodann die wichtigsten Interessen von UNITA in der Region, die sich nach seinem Eindruck weitgehend mit denen der Bundesregierung deckten:

– Friedliche Beendigung des Kriegs in Angola,
– Ermöglichung einer international akzeptablen Lösung für den Namibia-Konflikt,
– Überwindung der Apartheid in Südafrika.

Im einzelnen

Jede Lösung der Namibia-Frage müsse SWAPO als wichtigste politische Kraft in Namibia einbeziehen. Er, S., habe daher auch BM Klein geraten, mit SWAPO zu sprechen. SWAPO müsse jedoch auch lernen, die zahlreichen ethnischen Minoritäten in Namibia zu respektieren.

Im übrigen müsse man wissen, daß auch SWAPO durch den Bürgerkrieg in Angola in ihrer Existenz bedroht sei.

Zur Haltung von UNITA gegenüber Südafrika sei zu sagen, daß seine Organisation lange genug für Freiheit und Unabhängigkeit Angolas gekämpft habe, um sich nicht als Puppe Südafrikas mißbrauchen zu lassen. UNITAs Verhältnis zu Südafrika sei durch Gegenseitigkeit gekennzeichnet: UNITA benötige militärische Nachschubgüter; Südafrika habe ein Interesse, die Kubaner und SWAPO von Namibia fernzuhalten.

Wenn er dem Westen einen Rat zur Südafrika-Politik zu erteilen hätte, würde er von Sanktionen abraten, da diese die innere Situation in Südafrika nur erschweren könnten. Hingegen halte er es für wichtig, Druck auf die südafrikanische Regierung auszuüben, Mandela und die politischen Gefangenen freizulassen und einen umfassenden politischen Dialog mit ihnen aufzunehmen.

Im Hinblick auf sein eigenes Land richte er an die Bundesregierung die Bitte, alles zu tun, um den Friedensprozeß in Angola zu fördern.

AL 2 unterstreicht, daß die Bundesregierung die USA immer wieder gebeten habe, alles zu tun, um einen Rückzug der kubanischen Truppen aus Angola sicherzustellen. Er selbst sehe nur dann eine Chance für ein Ende des Bürgerkriegs in Angola, wenn UNITA in eine Friedenslösung einbezogen und damit eine Versöhnung und Zusammenarbeit aller politischen Kräfte möglich werde. Er wolle alles tun, um eine solche Zusammenarbeit zu fördern. Er könne entsprechend auf die Amerikaner einwirken, die Voraussetzungen für eine solche gemeinsame Basis zu schaffen.

Interessant sei hier die Haltung vieler Afrikaner: So habe der kenianische Präsident arap Moi dem Bundeskanzler im vergangenen November gesagt, daß MPLA und UNITA miteinander reden sollten.[7] Auch das, was der mosambikanische Präsident Chissano über die Notwendigkeit eines Dialogs zwischen FRELIMO und RENAMO geäußert habe[8], gelte in gleicher Weise für das Verhältnis MPLA/UNITA.

7 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Moi am 19. November 1987 in Nairobi vgl. AAPD 1987, II, Dok. 323.

8 Bundeskanzler Kohl hielt sich am 17./18. November in Mosambik auf. Für das Gespräch mit Präsident Chissano am 18. November 1987 in Maputo vgl. AAPD 1987, II, Dok. 321.

AL2 stellt sodann die Frage nach der Bedeutung von Wahlen in Angola im Rahmen des Friedensprozesses. Nach unserem System würde das Ergebnis von Wahlen sein, daß die Gewinner die Regierung bilden könnten, während die Verlierer in die Opposition müßten. *Savimbi* äußert dazu, daß in der afrikanischen Politik jeder Wahl eine Einigung der wichtigsten politischen Kräfte vorausgehen müsse. Der entscheidende Punkt sei zunächst die Einigung auf eine Koalitionsregierung der bisher verfeindeten Kräfte und auf ein Regierungsprogramm. Nach 28 Jahren des Kriegszustands in Angola benötige man zunächst Versöhnung und Vertrauensbildung im Rahmen einer Koalitionsregierung. Wahlen könne man dann längerfristig ins Auge fassen.

In dieser Hinsicht seien die Probleme in Angola leichter zu lösen als in Südafrika: UNITA sei z. B. jederzeit bereit, FNLA und Holden Roberto in den künftigen Dialog mit der MPLA einzubeziehen. MPLA spreche ihrerseits bereits mit FNLA. UNITA habe stets Kontakte mit MPLA gehabt, besonders in der Regierungszeit des verstorbenen Präsidenten Agostinho Neto. Wenn Neto noch lebte, wäre der nationale Dialog mit Sicherheit längst aufgenommen.

Der amtierende MPLA-Präsident dos Santos habe hingegen „noch einen langen Weg vor sich“: Er habe innerhalb von MPLA mit einer erheblichen Opposition zu kämpfen, die ihm z. T. Führungsschwäche vorwerfe, zum anderen Teil vorhalte, daß er nicht zu den „alten Kämpfern“ mit Verdiensten im Kriege gegen die Kolonialmacht zähle.

Nach seiner, Ss, Vorstellung könne die Bundesregierung vor allem durch Überzeugungsarbeit viel für eine Friedenslösung in Angola tun. So könne sie die USA bei deren Friedensbemühungen unterstützen, im EG-Rahmen auch entsprechend auf die Sowjetunion einwirken und bilateral in ihren Gesprächen mit afrikanischen Regierungen die Notwendigkeit einer Einigung der politischen Kräfte Angolas unterstreichen.

AL2 weist darauf hin, daß die Bundesregierung im Dialog mit der SU stets auch die Konflikte der Dritten Welt anspreche. Nach seinem Eindruck sei für die SU die Zeit gekommen, aus wirtschaftlichen Gründen ihr militärisches Engagement so wie in Afghanistan auch in Afrika zu reduzieren. Möglich sei allerdings auch, daß die SU zuerst noch die Präsidentenwahlen in den USA[9] abwarten wolle, da sie sich von einem Wahlsieger Dukakis unter dem Einfluß von Jackson einen Rückgang des US-Engagements in der Angola-Frage versprechen könne.

AL2 wirft sodann die Frage auf, ob SWAPO wirklich an einer Friedenslösung in Angola interessiert sei.

Savimbi erwidert, UNITA rede mit SWAPO nur auf niedrigem Level. SWAPO werde immer wieder von MPLA dazu gezwungen, in deren Interesse an Kampfhandlungen gegen UNITA mitzuwirken, obwohl sie hieran kein eigenes Interesse habe. Dieser laufende instrumentale Mißbrauch erkläre SWAPOs Wunsch nach Beendigung des Bürgerkriegs in Angola.

Auf Frage nach der Möglichkeit der[10] Akzeptanz einer nationalen Versöhnung in Angola innerhalb der OAU äußert S., daß hier durch allmähliche Meinungs-

9 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

10 Korrigiert aus: „Möglichkeit nach der“.

änderung der einzelnen Mitglieder eine Trendumkehr denkbar sei. Generell habe sich das Klima innerhalb der OAU zugunsten einer nationalen Versöhnung in Angola bereits erheblich verbessert. So habe auch die Regierung des Kongo UNITA-Vertretern verdeutlicht, daß sie trotz ihrer engen Zusammenarbeit mit der MPLA-Regierung für eine Politik der Versöhnung eintrete. Wichtig sei es, daß auch der Westen die afrikanischen Länder in diesem Sinne beeinflusse.

AL 2 äußerte, daß die Bundesregierung in allen Konflikten Afrikas für friedliche Verhandlungslösungen eintrete und sich entsprechend einsetze. Die Bereitschaft, solche Lösungen zu fördern, gelte insbesondere für die hochsensible Region des Südlichen Afrika.

Zu Südafrika erläutert AL 2 die Bemühungen der Bundesregierung, Präsident Botha zur Freilassung von Nelson Mandela zu bewegen.[11] Man habe zeitweise den Eindruck gehabt, daß Südafrika hierzu bereit gewesen sei. Nach Freilassung von Mbeki[12] habe Pretoria jedoch offensichtlich wieder „kalte Füße bekommen".

Im Falle einer Hinrichtung der „Sharpeville Six"[13] sei im gesamten Westen eine erhebliche Verhärtung der Politik zu erwarten. Insbesondere werde die Sanktionsfrage dann neu aufgerollt werden.

Savimbi erklärt, daß er gemeinsam mit den Regierungen der Elfenbeinküste und Zaires versucht habe, im Hinblick auf eine Begnadigung der „Sharpeville Six" auf Südafrika einzuwirken. Seine eigene Strategie sei die, daß es dann sinnvoll sei, Gespräche mit Südafrika aufzunehmen, wenn man sich einen Erfolg davon versprechen könne.

Die Freilassung von Mbeki sei offenbar als „Versuchsballon" im Hinblick auf eine Freilassung von Mandela erfolgt. Nachdem Mbeki freigekommen war, hätten die Südafrikaner eine allzu erfolgreiche politische Propagandatätigkeit von seiner Seite befürchtet und ihn alsbald wegen seiner Popularität in der Öffentlichkeit „gebannt".

UNITA habe den Südafrikanern stets gesagt, daß es ein Akt politischer Klugheit sei, Mbeki nicht in seiner politischen Aktivität zu behindern, und daß eine Hinrichtung der „Sharpeville Six" mit Sicherheit zu Sanktionen führen werde.

S. geht sodann auf positive Erfahrungen bei Kontakten zum ANC ein, nachdem man ANC-Gefangene in Angola entgegen südafrikanischen Wünschen nicht an diese ausgeliefert, sondern dem Internationalen Roten Kreuz übergeben habe.

Auf Frage, warum Präsident Botha und andere Minister im vergangenen Winter angolanisches Territorium betreten hätten, berichtet S., daß die Kubaner an der Grenze zu dem von UNITA kontrollierten Gebiet einen großen mit Raketen bewehrten Flugstützpunkt erbaut hätten. Die Südafrikaner seien hierüber sehr besorgt gewesen, da sie einen Angriff auf namibisches Territorium befürchtet hätten. Sie hätten 3000 Mann Truppen in dem von UNITA kontrollierten zusammengezogen.[14] Präsident Botha habe diese Truppen zusammen mit dem

11 Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 24. Juni 1988 an Präsident Botha; Dok. 187.

12 Das Führungsmitglied des African National Congress (ANC), Mbeki, wurde am 5. November 1987 aus dem Gefängnis auf Robben Island entlassen. Vgl. dazu den Artikel „Pretoria frees Mandela's Lieutenant after 23 years"; THE TIMES vom 6. November 1987, S. 9.

13 Zur Verhängung von Todesurteilen gegen die „Sharpeville Six" in Südafrika vgl. Dok. 177, Anm. 10.

14 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

südafrikanischen Verteidigungsminister[15] inspiziert. Die dabei unnötigerweise abgegebenen politischen Statements hätten ihn, S., sehr verärgert.

AL 2 bemerkt, daß der Besuch von Präsident Botha in Angola gerade in den Zeitpunkt gefallen sei, zu dem BK Mosambik besucht habe.

Das Gespräch endet mit erneutem Dank von *Savimbi* für das Gespräch und dem beiderseits ausgedrückten Wunsch, es bei Gelegenheit fortzusetzen.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 76

201

Ressortbesprechung

213-321.10 **12. Juli 1988**[1]

Reise des Bundeskanzlers in die Sowjetunion im Herbst 1988[2];
hier: Ressortbesprechung im Kanzleramt am 12.7.1988, 15.00 bis 17.45 Uhr

Vorgestern fand im Bundeskanzleramt unter Leitung von MD Teltschik die zweite Ressortbesprechung[3] zur Vorbereitung der Reise des Bundeskanzlers in die Sowjetunion statt (Teilnehmer aus dem Auswärtigen Amt: D 4[4], Dg 21[5], RL 213[6]). Herr *Teltschik* stellte einleitend fest, daß der Termin für die Reise festgelegt sei; die Reise werde voraussichtlich drei bis vier Tage dauern. Einzelheiten des Programms seien mit dem Bundeskanzler noch nicht abschließend besprochen worden. Teltschik schlug vor, daß die Runde im September noch einmal zusammenkommt.

15 Magnus Malan.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 14. Juli 1988 gefertigt.
Hat Bundesminister Genscher am 15. Juli 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Rahmenvertrag: Wir sagen nicht nein." Ferner bat er um Rücksprache.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 18. Juli 1988 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre „f[ür] Rückspr[ache] StS bei BM" verfügte.
Hat Staatssekretär Sudhoff am 25. Juli 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Kastrup verfügte und handschriftlich vermerkte: „1) Wir sagen nicht ‚nein' zum Rahmenvertrag! 2) Aus- und Fortbildung: Das spricht für Teilnahme Möllemann. Dort mal anrufen."
Hat Kastrup am 26. Juli 1988 vorgelegen.
Hat Heyken am 28. Juli 1988 erneut vorgelegen.

2 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

3 Die erste Ressortbesprechung im Bundeskanzleramt zur Vorbereitung des Besuchs des Bundeskanzlers Kohl vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR fand am 3. Mai 1988 statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen vom 18. Mai 1988; Referat 213, Bd. 143535.

4 Alois Jelonek.

5 Dieter Kastrup.

6 Eberhard Heyken.

Auf Wunsch von Teltschik berichtete *Dg21* über den Stand der Berlingespräche: Er sei Mitte Juni zur sechsten[7] Gesprächsrunde in Moskau im sowjetischen Außenministerium gewesen. Einziges Thema sei die Berlinproblematik gewesen, d.h. der Versuch, liegengebliebene Abkommen bis zum Bundeskanzlerbesuch flottzumachen. Dabei gehe es vor allem um das Zweijahres-Kulturprogramm[8], das Umweltschutzabkommen[9] sowie das Binnen-[10] und Seeschiffahrtsabkommen[11]. Die Gespräche kämen langsam, millimeterweise, vorwärts. Im Kulturbereich seien noch nicht alle Fragen geklärt. Jedoch gäbe es bei den Berlinpunkten, die mit dem Zweijahresprogramm unmittelbar zusammenhingen, Fortschritte.[12] Aus dem Grunde werde eine sowjetische Delegation zu den kulturellen Sachgesprächen in dieser Woche nach Bonn reisen.[13] Aufgrund der Vorbereitungen zu dieser Sitzung hätten wir allerdings leider den Eindruck gewonnen, daß die SU von der bisher erreichten Verständigung wieder etwas abrücke. Ein weiteres Thema sei die Betreuungsproblematik, bei der noch einige Punkte klärungsbedürftig seien. Wenn die Verhandlungen in den Sachfragen zufriedenstellend verliefen, müßten die noch offenen Berlinfragen politisch entschieden

7 Korrigiert aus: „fünften".

8 Zu den Verhandlungen über ein Zweijahresprogramm zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vom 19. Mai 1973 über kulturelle Zusammenarbeit vgl. Dok. 96, Anm. 6.

9 Zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes vgl. Dok. 22, Anm. 15.

10 Am 27. Oktober 1986 wurde in Moskau das Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über Binnenschiffahrt paraphiert. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek vom 30. Oktober 1986; Referat 423, Bd. 159938.
Die Unterzeichnung des Abkommens unterblieb jedoch in der Folge, da die Frage der Flaggenführung (Bundesflagge) von Binnenschiffen aus Berlin (West) ungeklärt blieb. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 210 vom 6. November 1987; Referat 210, Bd. 145232.

11 Vom 10. bis 14. März 1987 fanden in Hamburg Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über den Seeverkehr statt. Das Bundesministerium für Verkehr teilte am 14. März 1987 mit, daß der Abkommenstext weitgehend abgestimmt worden sei. Vgl. dazu das Fernschreiben; Referat 213, Bd. 143598.
Weitere Gespräche fanden anläßlich des „International Symposium on Liner Shipping IV" vom 1. bis 3. Juni 1988 in Hamburg statt. Das Bundesministerium für Verkehr informierte am 13. Juni 1988, es habe deutlich gemacht, „daß Abkommen nur dann paraphiert und unterzeichnet werden könne, wenn das Führen der Bundesflagge durch ein im Seeschiffahrtsregister von Berlin (West) eingetragenes Seeschiff nicht beanstandet wird". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1627; Referat 213, Bd. 143598.

12 Ministerialdirigent Kastrup, z.Z. Moskau, berichtete am 15. Juni 1988, daß bei den berlinpolitischen Konsultationen im sowjetischen Außenministerium am 14./15. Juni 1988 in Moskau hinsichtlich des Zweijahresprogramms zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vom 19. Mai 1973 über kulturelle Zusammenarbeit folgende Fortschritte erzielt worden seien: „Die kulturellen Vorhaben werden statt in Listen vielmehr in Blättern aufgeführt. Diese werden paraphiert und ausgetauscht, im Z[wei]J[ahres]P[rogramm] selbst dazu in der entsprechenden Ziffer die erzielte Einigkeit festgehalten (Lose-Blatt-Verfahren). Berlinbezogene Vorhaben werden in der gleichen Weise behandelt, sowjet[ische] Vorhaben nach Berlin (West) allerdings mit der Maßgabe, daß Künstler oder Exponate aus dem Bundesgebiet oder Berlin (West) beteiligt werden. Das ZJP wird mit der Überschrift ‚Anlage zum Kulturabkommen von 1973' versehen. Angesichts der dadurch deutlich gemachten Verbindung erscheint eine Berlin-Klausel im ZJP entbehrlich. Für Mitarbeiter aus Bundesinstitutionen in Berlin (West) gilt die bei WTZ gefundene personenbezogene Lösung." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1848; Referat 213, Bd. 143613.

13 Ministerialdirektor Witte legte am 16. Juli 1988 über die Sitzung der deutsch-sowjetischen Kulturkommission am 14./15. Juli 1988 dar: „Das Zweijahresprogramm zu Kultur für die Jahre 1988/89 samt Losen Blättern mit Vorhaben unter Einbeziehung von Berlin und mit Anlagen zum Wissenschaftler- und Lektorenaustausch wurde ein weiteres Mal durchverhandelt und beinahe unterschriftsreif vorbereitet. […] Während der Verhandlungen wurde jedoch rasch klar, daß es in dieser Sitzung unlösbare Schwierigkeiten in einem Punkt geben würde: Die sowjetische Seite weigerte sich – entgegen grundsätzlicher Vorabvereinbarung vom Juni 1988 – die 1986 gefundene WTZ-Lösung für Berliner Bundesbedienstete auch auf den Kulturbereich zu übertragen." Vgl. Referat 213, Bd. 143613.

werden. Es bestünden dann Aussichten, die Dinge bis zum Bundeskanzlerbesuch so auf den Punkt zu bringen, daß eine klare politische Entscheidung getroffen werden könne. Beim Umweltschutzabkommen sei zu berücksichtigen, daß es Präzedenzfälle gebe: einmal im Verhältnis zur DDR[14] und zur ČSSR[15], zum anderen im Hinblick auf das wissenschaftlich-technische Abkommen[16]. Zur Zeit werde eine Fußnotenlösung[17] diskutiert, die, wenn sie vereinbart würde, den Vorteil böte, auch für andere Bereiche Anwendung zu finden. Hinsichtlich des Binnenschiffahrtsabkommens wäre es reizvoll, die z. T. groteske Diskussion, die wir mit den Sowjets gehabt hätten, nachzuzeichnen.[18] Auch hier seien Präzedenzfälle zu beachten. Er habe den Eindruck, daß die Sowjetunion über eine Lösung nachdenke. Allerdings bezweifle er, ob das Abkommen beim Bundeskanzlerbesuch unterzeichnet werden könne.

Teltschik erkundigte sich nach dem Besuch von Bundesminister Genscher. *Dg 21* erklärte, am 1./2. August werde BM zu Außenministerkonsultationen nach Moskau reisen. Es handele sich um die erste der Konsultationen, die im Konsultationsprotokoll[19] vereinbart worden seien. Als Gesprächspartner stünden bisher

14 Am 8. September 1987 schlossen das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR eine Vereinbarung über die weitere Gestaltung der Beziehungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil II, S. 598 f.

15 Staatssekretär Ruhfus und Bundesminister Töpfer sowie der Vorsitzende der tschechoslowakischen Staatskommission für wissenschaftlich-technische Entwicklung und Investitionen, Obzina, unterzeichneten am 5. Oktober 1987 eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 67 f.
Für den Arbeitsplan zur Durchführung der Vereinbarung im Zeitraum 1987 und 1988 vgl. Referat 214, Bd. 139666.

16 Für den Wortlaut des Abkommens zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vom 22. Juli 1986 über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und der dazugehörigen Anlage vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 395–397. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 196, Dok. 198, Dok. 202 und Dok. 212.

17 Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach informierte am 12. Juli 1988 das Bundeskanzleramt, die Bundesministerien für Umwelt, für Forschung und Technologie, für innerdeutsche Beziehungen sowie die Landesvertretung Berlin beim Bund: „Während der jüngsten Runde der deutsch-sowjetischen Expertengespräche zu Berlin-Fragen im Juni 1988 in Moskau wurde wiederum auch die noch offene Berlin-Frage des deutsch-sowjetischen Umweltschutzabkommens erörtert. Nachdem die sowjetische Seite zunächst noch einmal ihren bekannten Standpunkt darlegte, unterbreitete sie schließlich einen konkreten Vorschlag zur Überbrückung der Differenzen hinsichtlich der Auflistung der Berliner Teilnehmer im Arbeitsplan. Die bisherige Reihenfolge der Auflistung (also insbesondere die Einreihung der U[mwelt]B[undes]A[mt]-Experten unmittelbar nach den BMU-Beamten) könne beibehalten werden, wenn jeweils an der Ortsangabe Berlin (West) ein Sternchen angebracht werde, das auf eine Fußnote mit folgendem Text am Ende des Arbeitsplanes verweise: ‚Die Teilnahme dieses Fachmannes aus Berlin (West) erfolgt in Übereinstimmung mit Anlage IV B 2 und Teil II B und Anhang II 1 des Vier-Mächte-Abkommens vom 3. September 1971.‘“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 210, Bd. 143603.

18 Ministerialdirigent Kastrup, z. Z. Moskau, informierte am 15. Juni 1988 über die berlinpolitischen Konsultationen mit der UdSSR am 14./15. Juni 1988 in Moskau, daß die Unterzeichnung der Abkommen über Binnenschiffahrt und über Seeverkehr „nur an der Frage der Flaggenführung von Berliner Schiffen“ hänge. Der Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, habe nach der Haltung der Bundesrepublik zum Kontrollratsgesetz Nr. 39 von 1946 gefragt, „wonach ‚sämtliche deutsche Schiffe, die der alliierten Kontrollbehörde unterstehen‘, eine besondere, in der Anlage zum Gesetz abgebildete Flagge zu führen haben. Sowjet[ische] Seite argumentierte mit Fortgeltung aller alliierten Gesetzgebung in Berlin (West), soweit nicht ausdrücklich aufgehoben, und ließ sich weder durch Frage nach der Fortgeltung jenes Gesetzes in Berlin (Ost) noch durch Hinweis auf die – mit alliierter Zustimmung erfolgte – Übernahme unseres Flaggenrechtsgesetzes nach Berlin beeindrucken.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1848; Referat 213, Bd. 143613.

19 Für den Wortlaut des Protokolls zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über Konsultationen vom 19. Januar 1988 vgl. BULLETIN 1988, S. 56.

AM Schewardnadse und GS Gorbatschow fest. Gesprächsthemen würden bilaterale und internationale Fragen sein.[20]

Auf die Frage von *Teltschik*, ob das Umweltabkommen das wichtigste Projekt sei, meinte *Dg 21*, man solle das Zweijahres-Kulturprogramm nicht unterschätzen. Eine Einigung darüber würde politische Vorteile bringen. Der *BMV-Vertreter* erläuterte, es sei ein sachliches Interesse am Binnenschiffahrtsabkommen gegeben. Deshalb dürften aber keine Konzessionen in der Flaggenfrage (Berlinproblematik) gemacht werden. Der *BMU-Vertreter* wies darauf hin, daß die fachliche Bedeutung des Umweltabkommens nicht so groß sei, daß deshalb berlinpolitische Konzessionen erlaubt wären. *Teltschik* faßte zusammen: Der politische Durchbruch als solcher wäre interessant, wenn das Zweijahres-Kulturprogramm zustande käme; fachlich könne es bis zum Kanzlerbesuch fertig sein. *Dg 21* wies auf die fachliche Verzögerung beim Umweltabkommen hin, die durch die Neuordnung der sowjetischen Ressortzuständigkeiten entstehen könne.

Auf die Frage *Teltschiks*, ob der Ablauf der Bundeskanzlerreise schon bei den Außenministerkonsultationen vorgeklärt würde, erwiderte *Dg 21*: BM Genscher werde sich der Einzelheiten wahrscheinlich nicht annehmen, aber dies könne auf Beamtenebene Anfang September geschehen. *Teltschik* regte an, daß die Botschaft Moskau Vorschläge zum Programm mache, auch vor dem Hintergrund der Reisen von Reagan[21] und Mrs. Thatcher[22]. Die Vorschläge sollten sich auch auf die Fragen erstrecken: Treffen mit Intellektuellen und Dissidenten und zweiter Besuchsort außerhalb Moskaus.

RL 213 berichtete über den Stand in Sachen deutsch-sowjetisches Gesprächsforum und teilte mit, daß in der Vorwoche Professor Kaiser, DGAP, und Professor Schurkin, Europa-Institut, in Moskau ein Memorandum paraphiert hätten.[23] Dies könnte beim Bundeskanzlerbesuch verabschiedet werden.

Der BMWi-Vertreter (MD *Schomerus*) gab einen Überblick über die letzten Entwicklungen in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit: z.Zt. stünden die Nahrungs- und Leichtindustrie im Vordergrund der beiderseitigen Bemühungen. Es bahnten sich einige Geschäfte an. Allerdings bereite den interessierten deutschen Geschäftsleuten, die mehr als ein Hit-and-run-Geschäft machen wollten, die

20 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 29. bis 31. Juli 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 220 und Dok. 221.

21 Zum Treffen des Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

22 Premierministerin Thatcher besuchte vom 28. März bis 1. April 1987 die UdSSR.

23 Zur Einrichtung eines Gesprächsforums unabhängiger Persönlichkeiten aus der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. Dok. 18, besonders Anm. 8.
Am 8. Juli 1988 einigten sich der Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP), Kaiser, und der Direktor des Instituts für Europa der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Schurkin, auf eine „Vereinbarung über die gemeinsame Verständigung". Darin hieß es: „Das Forum tritt regelmäßig und abwechselnd in der Bundesrepublik Deutschland und in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zusammen. Von jeder Seite werden etwa 30 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft, Kultur, Kirchen und Publizistik teilnehmen." Die in Plenarsitzungen und Arbeitsgruppen zu erörternden Themen sollten sein „die internationale Lage, die Situation in Europa, bilaterale Beziehungen zwischen beiden Ländern, Probleme der Sicherheit, Rüstungskontrolle und Abrüstung, wirtschaftliche, kulturelle, ökologische, humanitäre Probleme sowie Menschenrechte", ferner die „politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen innerhalb beider Länder". Vgl. die Anlage zum Schreiben des Präsidenten der DGAP, Henle, vom 5. August 1988 an Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt; Referat 213, Bd. 143515.

mangelnde Projektvorbereitung auf sowjetischer Seite Sorge. In einer Besprechung im Wirtschaftsministerium mit Unternehmern vor einigen Tagen sei erneut klargeworden, daß die Sowjetunion keine Gelder für die Beratung in den Etat einstelle und deutsches Bestehen auf vorherigen Studien rüde zurückgewiesen werde.[24] Eine weitere Rolle spielten die zwei Komplexe Kola-Halbinsel[25] und die petrochemische Industrie in Westsibirien[26]. Zu beiden Bereichen fehlten bislang ausreichende Informationen. Dabei sei durchaus Interesse vorhanden unter zwei Voraussetzungen: vernünftige Informationen, keine Situation wie früher, in der die deutsche Firma die Projektstudie aus eigenen Mitteln gemacht habe und ein anderes Unternehmen den Zuschlag erhalten habe. Die Sowjetunion sei an der kommerziellen Nutzung des Weltraums sehr interessiert, weniger an einer Zusammenarbeit mit uns in wissenschaftlicher Hinsicht. Sie sei in der letzten Sitzung der Wirtschaftskommission auf das Projekt der Kiel-Memel-Fähre zurückgekommen.[27] Sie habe großes Interesse an Aus- und Fortbildungshilfe geäußert. Allerdings gebe es auch hier wenig konkrete Vorstellungen. Insgesamt setze die Sowjetunion nach wie vor stark auf die Kooperation mit der BR Deutschland, sie habe z.T. überhöhte Erwartungen. In deutschen Wirtschaftskreisen werde allgemein beklagt, daß das Tempo der Verhandlungen heute langsamer sei als früher, weil der Reformprozeß bürokratische Hemmnisse schaffe. Staatssekretär Riedl werde in den nächsten Tagen nach Moskau

24 Das Bundesministerium für Wirtschaft vermerkte am 8. Juli 1988 zum sowjetischen Wunsch nach einer Modernisierung der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie, daß die deutsche Wirtschaft zwar einer Zusammenarbeit „grundsätzlich positiv“ gegenüberstehe, inzwischen aber ohne Erfolg versucht habe, „die zuständigen sowjetischen Stellen von der Notwendigkeit zu überzeugen, den Aufbau ganzer Fabriken nicht ohne die erforderliche umfangreiche Beratung vor, während und nach der Aufbauphase durchzuführen. Ebenso abgelehnt wurde der deutsche Vorschlag, zur Verbesserung der Versorgungslage bis zur Aufnahme der Produktion Importe von Konsumgütern durchzuführen. Der sowjetischen Seite scheint es weniger um die Funktionsfähigkeit neuer Betriebe als darum zu gehen, in kürzester Frist zu ‚Ergebnissen‘ zu kommen; auch scheint es an Finanzierungsmitteln für Projektstudien zu fehlen.“ Vgl. Referat 421, Bd. 140417.

25 Zum sowjetischen Vorhaben einer Erschließung der Kola-Halbinsel vgl. Dok. 156, Anm. 11.

26 Das Bundesministerium für Wirtschaft notierte in einer undatierten Aufzeichnung: „Während des 13. Fünfjahresplans (1991–1995) sollen in fünf westsibirischen Städten chemische Großbetriebe vor allem für die Herstellung von Rohmaterialien der Kunststoff- und Baustoffproduktion entstehen. Während des sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffens in Moskau haben drei amerikanische Firmen Absichtserklärungen zu einer groß angelegten Zusammenarbeit (Projektvolumen angeblich 20 Mrd. US-Dollar) abgegeben. Occidental Petroleum (Dr. A. Hammer) wollte für die Plastikproduktion bis zum 31.8.1988 ein internationales Konsortium, möglichst auch unter Beteiligung deutscher Chemieunternehmen, zusammenstellen. In einem Gespräch zwischen Hammer und deutschen Industrievertretern (BASF, Bayer, Hoechst) am 29.6.1988, das frostig verlief, haben sich die deutschen Unternehmen an einer Realisierung eines amerikanisch-deutsch-sowjetischen Projekts nicht interessiert gezeigt. Vor allem bestehen erhebliche Zweifel an der Wirtschaftlichkeit des Projekts, auch angesichts extremer klimatischer Bedingungen. Auch Vorbehalte gegen Occidental Petroleum, insbesondere zur Vermarktung sowjetischer petrochemischer Produkte durch Occidental Petroleum auf dem ohnehin gesättigten Weltmarkt spielen eine Rolle.“ Vgl. Referat 421, Bd. 140377.

27 Das Bundesministerium für Wirtschaft vermerkte am 18. Mai 1988 zur Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit am 11./12. Mai 1988 in Moskau: „Überraschend wiederholte Tichonow vom sowjetischen Seefahrtsministerium unter Hinweis auf eine Anfrage einer Kieler Reederei die alten Pläne einer Eisenbahnfährverbindung von Klaipeda (Memel) nach Kiel. Es ginge um 1,5 Mio. t Fracht pro Jahr – auch Transitfrachten aus dem Fernen Osten –, die so zu sehr günstigen Bedingungen transportiert werden könnten. Erste Verhandlungen hätten bereits zu Beginn der 80er Jahre stattgefunden. Damals habe man sich auf deutscher Seite zunächst sehr interessiert gezeigt (schleswig-holsteinischer Wirtschaftsminister Westphal) und zugesagt, sich für die Genehmigung der Fährverbindung einzusetzen. Die Gespräche seien jedoch nicht fortgesetzt worden.“ Vgl. Referat 421, Bd. 140417.

und in die weitere Umgebung fahren. Die Reise gehe zurück auf Gespräche auf der Hannover-Messe.[28] Im Vordergrund würden wohl flugzeugbezogene Vorhaben stehen. Allerdings sei relativ unwahrscheinlich, daß sich daraus Konkretes ergebe. MBB, MTU, Dornier, Liebherr wären beteiligt.[29]

Schomerus stellte die Frage, ob bei der Bundeskanzlerreise daran gedacht sei, daß in Moskau in Anwesenheit des Bundeskanzlers Lieferkontrakte in größerer Zahl unterzeichnet würden. Herr *Neuer* wies darauf hin, daß dies beim Bundeskanzlerbesuch in China[30] geschehen sei. *Teltschik* meinte, daß dieser Gedanke durchaus erwägenswert sei, wenn eine eindrucksvolle Projektliste zusammenkäme. Er teilte mit, daß Herr Christians am Vortag ihm gegenüber seine Skepsis ausgedrückt habe, ob sich etwas bei der Realisierung des 1-Milliarden-Rubel-Projekts[31] tue. Auch hier sei die Beratung ein schwieriger Punkt, Antonow habe schroff reagiert. *Schomerus* stellte die Frage, ob die Bundesregierung sich stark engagieren solle. Dies würde einen erheblichen finanziellen Einsatz bedeuten und auf Entwicklungshilfe hinauslaufen. Auch würde damit die Phantasie der Industrie blockiert werden. Er wolle nämlich nicht ausschließen, daß die deutsche Industrie sich auf kooperative Lösungen einige, soweit sie an den Projekten beteiligt sei. Schomerus sah in etwaigen Wirtschaftsverpflichtungen der Bundesregierung kein Problem. Der *BML-Vertreter* wies darauf hin, daß der Absatz von Düngemitteln gut laufe. Die beteiligte Industrie übernehme insoweit die Beratung.

D4 führte aus, er wolle das, was Schomerus gesagt habe, mittragen. Allerdings frage er sich, ob die Bundeskanzlerreise stattfinden könne, ohne daß wirtschaftliche Akzente gesetzt würden. Auch die Öffentlichkeit würde diese Frage stellen. Warum könne man nicht flankierende Unterstützungsmaßnahmen ergreifen und etwas insistenter sein? Es dürfe nicht die Situation entstehen, daß der Wirtschaftsbereich amorph belassen würde. *Teltschik* warf ein, es gehe nur um das 1-Milliarden-Rubel-Projekt. Es sei klar, daß wir hier etwas tun müßten. *Schomerus* meinte dazu: An diesem Projekt sei eine Gruppe potenter Unternehmen beteiligt. Sie könne sich zusammenschließen, es frage sich nur, ob dies bis zur Bundeskanzlerreise der Fall sein werde. Er habe in den letzten Tagen einen Versuch in dieser Richtung unternommen. Aber er wolle sich doch gegen einen weiteren Schritt, nämlich den Einsatz von öffentlichen Mitteln, aussprechen. *D4* gab zu bedenken, daß die SU uns gegenüber eine globale Zusage auf Zusammenarbeit gemacht habe. *Schomerus* erläuterte, daß man hinsichtlich der Beratung an dem sowjetischen Kunden scheitere. *Teltschik* fand es interessant, wenn man eine gemeinsame Initiative deutscher Unternehmen zustandebrächte. Der *BML-Vertreter* vertrat die Auffassung: Wenn die Sowjetunion für die Be-

28 Die „Hannover-Messe Industrie '88" fand vom 20. bis 27. April 1988 statt.

29 Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, Riedl, hielt sich vom 24. bis 28. Juli 1988 in der UdSSR auf. In einer Aufzeichnung der Referate 421 und 431 vom 28. Juli 1988 hieß es: „Die Delegation führte Gespräche über Kooperationsmöglichkeiten in der Luft- und Raumfahrt mit dem sowjetischen Luftfahrtministerium […] und der Hauptverwaltung für Weltraumtechnik […] und besuchte das Werk für Flugzeugbau in Woronesch und das Werk für Motoren- und Triebwerke in Saporoschje." Vgl. Referat 421, Bd. 140467.

30 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 12. bis 19. Juli 1987 in der Volksrepublik China auf. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 209, Dok. 213 und Dok. 222.

31 Zur Rahmenkreditvereinbarung vom 6. Mai 1988 zwischen der Deutschen Bank und der sowjetischen Bank für Außenwirtschaft vgl. Dok. 156, Anm. 10.

ratung kein Geld ausgeben wolle, dann könne sie doch über den Preis der eigentlichen Lieferung finanziert werden. *Schomerus* entgegnete, daß die Beratung in diesen Fällen weit über Hilfestellung bei der Handhabung gelieferter Maschinen hinausgehe.

Teltschik bemerkte, daß Christians jetzt zur Kola-Halbinsel hinfahre. *Schomerus* ergänzte, mehrere Unternehmen würden dorthin reisen, um sich ein konkretes Bild zu machen. *Teltschik* meinte, daß der Komplex Westsibirien nach dem Gespräch mit A. Hammer wohl tot sei. *Schomerus* widersprach: Dies sei nicht ganz richtig. Unsere großen Industrieunternehmen hielten das Hammer-Konzept nicht für vernünftig. Die Herren hätten sich etwas schroff verhalten, um Mr. Hammer loszuwerden. Es gebe aber bei der Chemie Interesse, auch in dieser Hinsicht mehr zu erfahren. Allerdings habe man nach jetzigem Wissensstand Zweifel an der Wirtschaftlichkeit der Produktion. Die Chemieunternehmen bemühten sich selbständig um weitere Information: infrastrukturelle Voraussetzungen, Produktanalyse, Exportmöglichkeiten für den Weltmarkt. *Teltschik* stellte fest, daß insoweit zur Zeit kein Handlungsbedarf bestehe. Teltschik begrüßte es, daß während dieses Besuchs über Kooperationsprojekte gesprochen werden solle. Der *BML-Vertreter* berichtete über den bevorstehenden Sowjetunion-Besuch von BM Kiechle.[32]

Der *BMV-Vertreter* teilte mit, daß Eisenbahnminister Konarjew am 14. Juli nach Bonn komme. Die SU sei an moderner Technologie interessiert (ICE, Rangierbahntechnik usw.). Der Minister wolle u. a. mit Industrievertretern zusammenkommen. Vielleicht werde über eine Eisenbahnmagistrale Moskau–Köln gesprochen werden.[33] *Dg21* fragte, wie wir uns auf das Thema Fährverbindung Memel–Kiel einrichten sollten. *Schomerus* wies ergänzend darauf hin, daß laut Protokoll der letzten Kommissionssitzung ein Prüfungsauftrag erteilt worden sei. Der *BMV-Vertreter* erläuterte: Auf beiden Seiten solle zunächst der Bedarf geklärt werden. Wenn die Wirtschaftlichkeit bejaht werde, dann wollten beide Seiten auf die Regierung zukommen. Im übrigen erinnere er an den Kabinetts-

32 Bundesminister Kiechle hielt sich vom 18. Juli bis 1. August 1988 in der UdSSR auf. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 4. August 1988, daß dabei der Eindruck gewonnen worden sei, „daß die Umgestaltungspolitik nicht nur propagiert, sondern auch umgesetzt wird. Allerdings zeigte sich hin und wieder, daß dieser Prozeß wegen seiner tiefgreifenden Wirkungen auf die traditionellen Strukturen nicht reibungslos abläuft. So ist es augenscheinlich nicht einfach, die leistungsgerechte Bezahlung bei den Belegschaften durchzusetzen." Konkret seien eine Reihe von Projekten besprochen worden, die für eine Zusammenarbeit in Frage kämen. Sie beträfen die Bereiche der pflanzlichen Produktion, der Tierzucht, der Herstellung von Landmaschinen, der Ernährungsindustrie, der Verpackung von Lebensmitteln und der Lagerung von Nahrungsgütern: „Die Möglichkeiten gemeinsamer Projekte ergaben sich aus den Gesprächen vor Ort. Es war offensichtlich, daß dafür kaum Devisen zur Verfügung stehen werden. Deshalb wird die Realisierung von dem Willen der deutschen Partner abhängen, Kompensationen zu akzeptieren und gemeinsame Unternehmen zu gründen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2427; Referat 421, Bd. 140381.

33 Der geplante Besuch des sowjetischen Ministers für Eisenbahnwesen, Konarjew, fand vom 14. bis 17. September 1988 statt. Beide Seiten kamen überein, Maßnahmen zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Güterbeförderung und des Personenverkehrs zu ergreifen. Letztere sahen u. a. die Entwicklung direkter Zugverbindungen vor, darunter eine neue Verbindung Moskau–Frankfurt am Main, ferner die Ausweitung der Touristenbeförderung und die Schaffung von Gemeinschaftsunternehmen zu deren Betreuung, die Prüfung der Möglichkeiten und der Wirtschaftlichkeit regelmäßiger Verbindungen zwischen Städten in der Bundesrepublik, der UdSSR, der Volksrepublik China und Finnlands sowie den „Probelauf eines Sonderreisezugs mit hohem Komfort auf der Strecke Bonn–Moskau". Vgl. das Protokoll der Verhandlungen; Referat 421, Bd. 140383.

beschluß und seine Kautelen.[34] Auf die Frage des *BMI-Vertreters*, ob es nur um Fracht oder auch um Personenverkehr gehe, antwortete *Schomerus*: Bisher sei die Rede nur von Frachtverkehr gewesen. Der *BMI-Vertreter* teilte mit, daß die deutschen Reiseunternehmen unter der Hand bereits eine ganze Menge machten, was den Tourismus in das nördliche Ostpreußen anbelange. U.U. könne man gemeinsame Hotelprojekte dort oben ins Auge fassen. *Teltschik* sagte, wir sollten bei der Fähre am Ball bleiben. Er habe den Sicherheitsaspekt nie für sehr relevant gehalten. Man solle sich überlegen, ob man im Hinblick auf die Bundeskanzlerreise eine Absichtserklärung abgebe, eine Koordinierungsstelle einrichte oder ähnliches.

Auf die Frage nach dem Stand des Investitionsschutzabkommens erläuterte *Schomerus*: Die SU habe in essentiellen Punkten (Schiedsgericht, Transfergarantie usw.) noch große Probleme, so daß das Abkommen bis zur Bundeskanzlerreise wohl nicht unter Dach und Fach gebracht werden könne. Einen Vertrag unter unserem Standard sollten wir nicht mitmachen.[35]

Der BMFT-Vertreter (MD *Rembser*) wies darauf hin, daß Herr Loosch in dieser Woche mit der Fachgruppe Nuklearforschung in Moskau sei, um die Fragen der Kooperation in diesem Bereich weiter zu besprechen.[36] Ein Problem sei der Hochtemperatur-Reaktor. Es sei wohl zu früh, ihn unter kommerziellen Gesichtspunkten zu sehen. Deshalb seien die Sowjets auf die Idee gekommen, unter Forschungsgesichtspunkten an die Sache heranzugehen. Dies würde auf einen Versuchsreaktor in der SU hinauslaufen, was jedoch in den kommerziellen und nicht in den Forschungsbereich hineingehöre. *Teltschik* fragte, worauf es gegenwärtig im Nuklearforschungsbereich ankomme. *Rembser* entgegnete: Es brauchten nur die Projekte zur Kenntnis genommen werden. Beim Bundeskanzlerbesuch sollten wir die Aussage machen, daß sich die Hoffnungen auf Zusammenarbeit realisierten, es allerdings sehr langsam vorangehe. Auf nuklearem Gebiet gebe

34 Ministerialdirektor Ungerer vermerkte am 13. Juni 1985, daß das Kabinett am 16. April 1985 beschlossen habe, das Bundesministerium für Verkehr zu ermächtigen, „bei Schiffahrtsgesprächen mit der SU in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt sein Einverständnis mit Expertengesprächen über das Eisenbahnfährprojekt zu erklären." Die Bundesregierung habe allerdings „das Mandat für die Expertengespräche mit einer Reihe von Auflagen versehen, die deutschen verkehrs- und sicherheitspolitischen Bedenken Rechnung tragen." Vgl. Referat 421, Bd. 140466.

35 Am 13. Oktober 1987 vermerkte das Bundesministerium für Wirtschaft, daß die Bundesregierung der UdSSR im Juli 1987 einen Mustervertrag für ein Investitionsförderungs- und -schutzabkommen übergeben habe, der ohne Reaktion geblieben sei. Vgl. dazu Referat 421, Bd. 140464.
Referat 422 hielt am 30. August 1988 fest, daß erste Expertengespräche Ende Februar 1988 stattgefunden hätten. Dabei habe die sowjetische Seite den Eindruck zu erwecken versucht, als verzögere die Bundesregierung den Fortgang der Gespräche: „Inzwischen hat die sowjetische Seite offenbar verstanden, daß sie am Zug ist, uns das Ergebnis ihrer Prüfung der deutschen Vorschläge (Mustervertrag) mitzuteilen." In einem Gespräch mit Vertretern der Botschaft der Bundesrepublik am 26. August 1988 in Moskau sei mitgeteilt worden, daß die sowjetische Delegation „nunmehr in den Kernfragen über eine größere Verhandlungsflexibilität" verfüge: „Dies gelte besonders in der wichtigen Frage des freien Transfers von Kapital und Erträgen sowie einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit auch für Streitigkeiten zwischen Investor und Staat. Bei anderen maßgeblichen Punkten, wie Inländerbehandlung, Enteignungs- und Entschädigungsfragen, käme es darauf an, die wechselseitigen Positionen besser zu verstehen." Vgl. Referat 421, Bd. 140464,

36 Vom 13. bis 16. Juli 1988 fand in Dubna und Moskau die erste Sitzung der Sachverständigengruppe der Bundesrepublik und der UdSSR für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie statt, bei dem über die Durchführung eines ersten Programms sowie das Programm ab 1989 gesprochen worden sei. Themen waren der „Schnelle Brüter", Hochtemperaturreaktoren, die Sicherheit von wassergekühlten Reaktoren und die Entsorgung radioaktiver Abfälle. Vgl. dazu das Verhandlungsprotokoll; Referat 431, Bd. 153278.

es kein neues Feld, während man in anderen Bereichen der wissenschaftlichen Zusammenarbeit nach neuen Aufgaben fragen könne.

Der *BMU-Vertreter* führte aus, daß die Sowjets seit Tschernobyl[37] mit uns über einen besseren Informationsaustausch sprächen. Die Sowjets hätten mit GB und FIN bereits Abkommen abgeschlossen, so daß wir einen Nachholbedarf hätten. Das BMU habe am 9. Juni den Sowjets über das AA einen Abkommensentwurf zugeleitet und Kontakte mit der hiesigen SU-Botschaft aufgenommen. Es habe zu Gesprächen eingeladen.[38] Die Sowjets hätten positiv reagiert, so daß das erste Treffen vielleicht schon im August stattfinden werde.[39] Aber bis zum Bundeskanzlerbesuch werde das Abkommen wohl noch nicht fertig sein; man müsse mit einem dreiviertel bis einem Jahr rechnen. Vielleicht könnte das Abkommen beim Besuch Gorbatschows[40] fertig sein.

Schomerus wies darauf hin, daß sich beim Hochtemperatur-Reaktor etwas zwischen den Konkurrenten tue. In den Fragen der Sicherheit gebe es allerdings Verzögerungen. *Teltschik* bemerkte dazu, dies sei ein populäres Thema, und man solle die Sowjets drängen. Zum Hochtemperatur-Reaktor habe die deutsche Seite Teilverträge den Sowjets vorgelegt. Die SU habe einen Gegenentwurf eingebracht, der einen Staatsvertrag vorsähe, der beim Bundeskanzlerbesuch unterzeichnet werden solle. *Rembser* machte klar, daß die Vereinbarung über ein HTR-Projekt Sache der Wirtschaft sei. Deshalb dürfe es hinsichtlich der Realisierung keinen Staatsvertrag geben, da sonst eine finanzielle Investition der Bundesregierung gefordert werden würde. *Schomerus* sagte, daß das BMWi geraten habe, die miteinander konkurrierenden Firmen sollten sich zu einem gemeinsamen Vorgehen entschließen. Die Aussichten seien gut, man könne schon Anfang August soweit sein. Allerdings werde die Zeit nicht reichen, daß bis zum Bundeskanzlerbesuch Einigung über die erste Konzeptphase erzielt werde. *Rembser* warf ein, er schließe eine Teilfinanzierung durch deutsche Banker nicht aus. *Schomerus* meinte, vielleicht könne man Hilfestellung geben, aber erst nach Einigung über die Konzeptphase. *D4* wies auf die COCOM-Relevanz hin. *Teltschik* gab zu bedenken: Wenn die SU den Bereich für so wichtig halte, daß ein staatlicher Rahmenvertrag notwendig sei – könnten wir dann einfach auf die Wirtschaft verweisen? *Schomerus* antwortete, daß wir noch nie ein derartiges Projekt im Ostblock mit einem Staatsvertrag begleitet hätten.[41] Der *BMU-Vertreter*

37 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 22, Anm. 13.

38 Zum Stand der Gespräche über ein Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes notierte Referat 431 am 8. Juli 1988: „Der BMU hat im Ressortkreis einen ersten Entwurf für ein Übereinkommen mit der SU abgestimmt. Der Entwurf wird mit Kurier am 11.7. zur Weiterleitung an sowjetisches AM an Botschaft Moskau versandt. […] Nach Auffassung des AA enthält der Entwurf keine Punkte, die zu Schwierigkeiten bei den Verhandlungen und zu Verzögerungen bei dem Abschluß führen könnten." Vgl. Referat 431, Bd. 153276.

39 Am 19. September 1988 notierte Referat 431: „SOW hat Bereitschaft zu erkennen gegeben, Abkommen noch vor BK-Besuch unterschriftsreif zu verhandeln. Eine erste Runde in Moskau begann am 12. September und wird am 22. September am Rande der IAEO-Generalkonferenz fortgeführt. […] In Verhandlungen wird es darum gehen, ob SOW bereit ist, dem von BMU angestrebten umfassenden Informationsaustausch – hier geht der deutsche Entwurf über die Konkretisierung der nach dem IAEO-Übereinkommen über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen vom 26.9.1986 übernommenen Verpflichtungen hinaus – zuzustimmen." Vgl. Referat 431, Bd. 153276.

40 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte vom 12. bis 15. Juni 1989 die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1989.

41 Der Passus „Wenn die SU … begleitet hätten" wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

vertrat die Auffassung, daß ein Abkommen über Sicherheitsanforderungen die Entscheidungen erleichtern könnte.[42]

Rembser erläuterte den Stand der Weltraum-Zusammenarbeit[43] wie folgt: Es gebe vier Felder – Infrastrukturentwicklung, Mitflug eines deutschen Astronauten, Nutzung von sowjetischen Trägerraketen, Zusammenarbeit in Weltraumwissenschaft. Hinsichtlich der Infrastrukturentwicklung hätten wir unsere Aktivitäten im Westen eingebunden. Für den Mitflug eines deutschen Astronauten gebe es keine zwingenden sachlichen Gründe. Die Nutzung von sowjetischen Trägerraketen liege im Bereich Infrastrukturentwicklung.[44] Hier müsse man kommerzielle Nutzer finden, auf Ariane[45] wäre zu verweisen. So sehe das BMFT nur im Bereich der wissenschaftlichen Zusammenarbeit größere Möglichkeiten. Es lägen zwei bis drei Dutzend Vorschläge vor, die analysiert werden müßten. Der Vorschlag des BMFT wäre, von einem raschen Abkommen abzusehen. Jedoch könnte beim Bundeskanzlerbesuch der Beschluß bekanntgegeben werden, daß eine Gruppe eingesetzt worden sei, die ein Weltraumabkommen vorbereiten solle. Dies wäre seriöser als die vorschnelle Aushandlung eines Abkommens. Allerdings bedinge diese Strategie, dies habe BM Riesenhuber ihm gesagt, daß nicht im Vorfeld der Bundeskanzlerreise vollendete Tatsachen geschaffen würden. Darüber hinaus sei das BMFT bereit, bei dem spektakulären Projekt einer internationalen Mars-Mission[46] die Bereitstellung von 30–35 Mio. DM zu prüfen.

42 Der Passus „daß ein Abkommen … erleichtern könnte“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

43 Referat 431 notierte am 3. August 1988: „SU ist in der letzten Zeit auf verschiedenen Ebenen mit Vorschlägen über eine Zusammenarbeit im Weltraum an uns herangetreten […], die sowohl den wissenschaftlich-technischen (einschl[ießlich] Mitflug eines deutschen Astronauten) als auch den kommerziellen Bereich (insbesondere: Startdienste der Proton) umfassen. PStS Dr. Riedl wurde am 6. Juli 1988 durch sowjetische Botschaft in Bonn als auch am 25. Juli 1988 in Moskau inoffizieller sowjetischer Entwurf eines diesbezüglichen Regierungsabkommens übergeben. […] Das BMFT tritt dafür ein, bei Besuch des BK im Oktober in Moskau die Gemischte WTZ-Kommission (tritt erst wieder im Frühjahr 1989 zusammen) mit der Prüfung der sowjetischen Vorschläge zu beauftragen. Dies könne – nach BMFT-Ansicht – schließlich zu einem Ressortabkommen unter dem Dach des WTZ-Abkommens führen. Vor dem BK-Besuch soll mit der SU nicht über ein Abkommen gesprochen werden. Aus Sicht des Auswärtigen Amts kommt einem Weltraumabkommen über seine spezifische Rolle hinaus hohe gesamtpolitische Bedeutung zu. Eine zögerliche Behandlung dieses Themas wäre inopportun (dies ist auch die Haltung des BMWi).“ Vgl. Referat 421, Bd. 140411.

44 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „R[ücksprache]“.

45 Seit 1973 entwickelte und betrieb die Europäische Weltraumbehörde (ESA) die Trägerrakete Ariane. Auf seiner Sitzung am 30./31. Januar 1985 in Rom beschloß der ESA-Ministerrat, mit der Entwicklung der nächsten Trägergeneration (Ariane V) zu beginnen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 413 vom 3. Januar 1986; Referat 431, Bd. 142061. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, II, Dok. 285.
Mit Schreiben vom 10. Februar 1988 an die ESA-Generaldirektion teilte das Bundesministerium für Forschung und Technologie mit, daß die Bundesrepublik bereit sei, sich am Entwicklungsprogramm für Ariane V mit einem Beitrag von 22 % zu beteiligen. Vgl. dazu Referat 431, Bd. 154482.

46 Das Bundesministerium für Wirtschaft teilte am 4. Juli 1988 mit: „Als Anfang einer Reihe unbemannter Mars-Missionen unter sowjetischer Projektführung, in der u. a. die Landung von Sonden auf dem Mars und Probenrückführungen zur Erde Mitte der 90iger Jahre geplant sind, werden am 7. und 12. Juli 1988 im Rahmen eines langjährigen Planetenforschungsprogramms zwei Proton-Raketen vom Startplatz Baikonur aus auf eine 200 Tage dauernde Reise zum Mars geschickt. Das erste Raumfahrzeug soll sich im April 1989 dem Mars-Mond Phobos bis auf ca. 30 km nähern. Bei einer späteren Annäherung soll sogar ein Abstand von nur 50 m erreicht werden, um zwei Landegeräte auf der Oberfläche abzusetzen. Unter den insgesamt elf wissenschaftlichen Experimenten, mit denen Phobos am Boden erforscht werden soll, befindet sich ein Alphateilchenrückstreu- und Röntgenfluoreszenzspektrometer der Max-Planck-Institute für extraterrestrische Physik in Garching und Chemie (Mainz) zur Analyse der Elementzusammensetzung der Oberfläche.“ Mit weiteren Meßgeräten beteiligten sich

Teltschik replizierte, er begrüße es, wenn die Absicht, ein Weltraumabkommen auszuhandeln, beschlossen werden könnte. Das Bundeskanzleramt habe gerade vom BMWi einen sowjetischen Entwurf erhalten.[47] *Rembser* sagte dazu, dieser Entwurf werde als Non-Paper betrachtet, da er nicht offiziell übergeben worden sei. *Schomerus* pflichtete dieser Auffassung bei. *D4* wies darauf hin, daß die SU diese Materie gern mit uns beackern würde, das AA verschließe sich nicht den Erwägungen des BMFT. Wir sollten uns aber gegenüber der Sowjetunion zu Gesprächen bereit erklären. Eine Passage im Kommuniqué beim Kanzlerbesuch wäre nicht schlecht. *Rembser* bekräftigte: Man könne einen formellen Verhandlungsauftrag beschließen. *D4* bemerkte, man müsse prüfen, ob dies unter das Dach des wissenschaftlich-technischen Abkommens gehöre. Man müsse sich darüber einigen, ob dies ein Ressort- oder Regierungsabkommen werden solle.

Teltschik sagte, er würde die Frage des Mitflugs eines deutschen Astronauten etwas anders gewichten. Wenn ein deutscher Astronaut mitfliege, werde das populär sein.[48] Er wolle auf die amerikanischen und französischen Aktivitäten hinweisen und bitte, diesen Gesichtspunkt im Auge zu behalten. Teltschik wies ferner darauf hin, daß es einen Kabinettsbeschluß zur Prüfung hinsichtlich der Trägerdienste gebe. Der *BMP-Vertreter* erklärte, die Prüfung habe stattgefunden. Zur Zeit gebe es aber keine Gelegenheit, um die sowjetischen Trägerdienste in Anspruch zu nehmen. Hier müsse man zwischen internationalen und nationalen Projekten unterscheiden. Auch gebe es ein COCOM-Problem. Zwar könnten wir uns bei extensiver Interpretation auf den Standpunkt stellen, daß der Abschuß einer solchen Rakete einen Transit und keinen Export darstelle. Die Amerikaner bewerteten aber den Transport von Bestandteilen durchaus als Export. Vor Anfang der 90er Jahre stehe nichts zur Entscheidung an. *Teltschik* betonte, es sei ein Unterschied, ob der Bundeskanzler erkläre, prinzipiell gehe dies nicht, oder ob er die Inanspruchnahme eines sowjetischen Trägerdienstes für die Zukunft öffentlich in Aussicht stellen könne. *D4* gab zu bedenken, daß eine Beteiligung möglicherweise eine negative Entscheidung wegen Ariane darstelle. Wir sollten uns dies genau überlegen, zumal ein Drittel der Teile bis heute amerikanischer Herkunft sei. *Teltschik* kam noch einmal auf den Mitflug eines deutschen Astronauten zurück: Er halte dies politisch für einen der wichtigsten Punkte.[49]

Rembser hob hervor, daß die Sowjets umfangreiche Vorschläge für einen Wissenschaftleraustausch mit der DFG unterbreitet hätten. Dies sei ziemlich vielversprechend. Der *BML-Vertreter* steuerte bei: Auch in der Agrarforschung gäbe es interessante Ansätze, die beim Bundeskanzlerbesuch angesprochen werden könnten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1089

die Max-Planck-Institute für Kernphysik in Heidelberg und für Aeronomie in Kattlenburg-Lindau. Vgl. die Pressemitteilung; Referat 431, Bd. 154471.

47 Das Bundesministerium für Wirtschaft übermittelte dem Auswärtigen Amt mit Schreiben vom 11. Juli 1988 den sowjetischen Entwurf für ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung und Nutzung des Weltraumes zu friedlichen Zwecken. Für den Entwurf vgl. Referat 431, Bd. 154471.

48 Der Passus „Teltschik sagte … populär sein“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

49 Der Passus „Teltschik kam … wichtigsten Punkte“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

Der *Vertreter des BMJFFG* berichtete, daß vom 5.–8. Juni eine deutsch-sowjetische Tagung über Jugendaustausch stattgefunden habe.[50] Quintessenz sei, die Türen seien offen. Die Sowjets seien mit großen Projekten gekommen. Ungelöst seien noch Fragen der Devisen, des Transports, der Unterbringung. Man könne eine Gemeinsame Erklärung hierzu zum Bundeskanzlerbesuch vorbereiten. Im Bereich der Gesundheitsforschung sei man inzwischen zu der Erkenntnis gekommen, daß der Erfahrungsaustausch durchaus keine Einbahnstraße darstelle. Für die Ankündigung eines neuen Zweijahres-Programms sei es noch zu früh, das jetzige laufe erst ein Jahr.

RL 213 berichtete, daß in der Vorwoche in Moskau ein Vertreter des sowjetischen Außenministeriums eine baldige Antwort auf den deutschen Entwurf für ein Abkommen zur Vermeidung von Unfällen auf Hoher See angekündigt habe.[51] Er habe die Hoffnung ausgedrückt, bis zur Bundeskanzlerreise solle das Abkommen fertig sein. Die Verhandlungen mit den Amerikanern hätten seinerzeit 14 Tage gedauert und die Verhandlungen mit den Briten nur sechs Tage.

Der *BMP-Vertreter* wies darauf hin, daß Vizeminister Subarjew unlängst in Genf mit Siemens gesprochen habe: Die sowjetische Seite erwarte in der nächsten Zeit Vorschläge für den Bau von Glasfaser-Telefonleitungen durch die SU. Zwar könne ein solches Projekt bis zur Bundeskanzlerreise nicht abkommensreif sein, aber es wäre interessant. Wegen COCOM wolle Siemens US-Bürgen einbeziehen. *Schomerus* betonte, daß ein Haupthindernis für die wirtschaftliche Zusammenarbeit immer die mangelnde Kommunikation darstelle. Wenn hier Verbesserungen geschaffen werden könnten, sei dies auch für die wirtschaftliche Zusammenarbeit von großer Bedeutung.

Der *BMI-Vertreter* nannte als weiteren Punkt eine Abstimmung im Katastropheneinsatz. Wir machten dergleichen schon mit Ungarn. Das BMI habe hinsichtlich des Austausches der Hanse-Archive[52] folgenden Vorschlag: Beim Bundeskanzler-

50 Vom 5. bis 8. Juni 1988 fand in Remagen-Rolandseck eine Tagung zum Jugendaustausch zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR statt, auf der eine Auswertung bisheriger Programme vorgenommen und Möglichkeiten zum Ausbau erörtert wurden. Im Anschluß informierte sich die sowjetische Delegation bis 11. Juni 1988 über die Tätigkeit von Partnerorganisationen und besuchte regionale Projekte im Raum Hamburg, Frankfurt am Main und München. Vgl. dazu das Fernschreiben Nr. 2095 des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit vom 31. Mai 1988; Referat 213, Bd. 143620.

51 Mit Schrifterlaß vom 11. März 1988 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher der Botschaft in Moskau den Entwurf eines Abkommens zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über die Verhütung von Zwischenfällen außerhalb ihres Hoheitsgebiets. Der sowjetischen Seite sei die Aufnahme von Vertragsverhandlungen vorzuschlagen. Dreher legte dar: „Bisherige Grundlagen für das Verhalten von Seestreitkräften auf Hoher See untereinander sind Regelungen des Völkerrechts, namentlich das Übereinkommen über die ‚Internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See' von 1972. Spezifische Belange von übenden See- und Luftstreitkräften werden hiervon nur partiell abgedeckt." Nachdem die USA und Großbritannien bereits 1972 bzw. 1986 „in weiten Passagen gleichlautende Abkommen" mit der UdSSR geschlossen hätten, habe das Bundesministerium für Verkehr unter Beteiligung des Auswärtigen Amts auf dieser Grundlage einen Entwurf ausgearbeitet: „Er würde die Regelungserfordernisse abdecken, ohne die Marine bei der Ausübung ihres Auftrages zu beeinträchtigen." Vgl. Referat 213, Bd. 143598.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher vermerkte am 27. September 1988, daß die UdSSR einen Gegenentwurf vorgelegt habe: „Der sowjetische Entwurf wirft keine politischen Probleme auf. Eine Fülle technischer Einzelaspekte, die zur Zeit von der Marine überprüft werden, bedürfen noch der Klärung." Vgl. Referat 213, Bd. 143598.

52 Referat 503 hielt am 20. Juli 1988 fest: „Seit 1956 verlangt die sowjetische Regierung die im Jahre 1944 in den Westen verlagerten Teile des Stadtarchivs Reval zurück. Diese Archivalien befinden sich

besuch sollten beide Seiten ihr Einverständnis über den Eintritt in Verhandlungen erklären. Dies könnte verbunden werden mit anderen Wünschen, z. B. im Bibliothekswesen (Spende an die durch Brand zu Schaden gekommene Leningrader Bibliothek[53]). Auch sei das Literaturarchiv in Marbach an einer Tagung über die Literatur beider Länder im 19. Jahrhundert interessiert.

Zum Thema Aus- und Fortbildung führte *Schomerus* aus: Am gleichen Tage habe eine Besprechung mit den Ländern stattgefunden. Auch *D4* unterstrich, daß die Länder vorgeprescht seien. Sie kämen zu den richtigen Gesprächspartnern und erzielten Ergebnisse. Er meine, daß der Bund eine Koordinierungsaufgabe habe. Ein Ressort müsse bereit sein, sich darum zu kümmern. *Teltschik* meinte, man solle das Pilotprojekt[54] weiterverfolgen und eine Zusammenstellung der Länderaktivitäten vornehmen. In der Wirtschaft gebe es Bedenken, weil die Sache Geld koste. Allerdings finde im Rahmen von Projekten ohnehin Ausbildung statt. *D4* regte an, wenn man in dem Bereich Nahrung und Leichtindustrie sachlich weiterkomme, könne man sich flankierende Maßnahmen im Bereich Aus- und Fortbildung vorstellen. Auf diese Weise käme man zu einem branchenbezogenen Aus- und Fortbildungsprojekt. *Schomerus* meinte: aber nur auf Initiative der Wirtschaft. Für die Entwicklungsländer habe man Übersichten ausgearbeitet, vielleicht könne man auch der SU ähnliches präsentieren. *D4* sagte, daß wir beim Besuch von Jegorow[55] genügend Informationen gegeben hätten. *Teltschik* fragte, ob wir nicht Lehrpersonal oder ähnliches anbieten sollten, wenn die SU eine Ausbildungsschule aufbaue. *Schomerus* erläuterte: Baden-Württemberg habe dies in Leningrad gemacht, die SU habe die Kosten übernommen. *Teltschik* stellte die Frage, ob der Bund noch etwas tun solle, wenn die Länder

Fortsetzung Fußnote von Seite 1091

im Bundesarchiv Koblenz." Die Bundesrepublik erkenne weder die Annexion der baltischen Staaten durch die UdSSR noch die baltischen Exilregierungen an; gleichwohl sehe das Auswärtige Amt Möglichkeiten, „mit Hilfe geeigneter Modalitäten der Übergabe (Rückgabe an die Stadt Tallinn) und eines entsprechenden ‚disclaimer' für die völkerrechtliche Problematik Lösungen zu finden. Seit Jahren betreiben die Hansestädte Lübeck, Bremen und Hamburg die Wiedererlangung ihrer in Moskau (Zentralstaatsarchiv) und in der DDR liegenden Archivalien. Während Ende 1986 mit der DDR eine positive Regelung gefunden werden konnte, ist diese Frage mit der Sowjetunion weiter offen." Im Laufe eines Besuchs von Vertretern der sowjetischen Archivverwaltung vom 2. bis 12. Mai 1988 in der Bundesrepublik sei dem Bundesministerium des Innern die Bereitschaft zur Rückgabe der Hansearchive und zur Aufnahme von Verhandlungen über die wechselseitige Rückführung vorgeschlagen worden. Vgl. Referat 213, Bd. 143611.

53 In der Nacht vom 14. auf den 15. Februar 1988 kam es in der Bibliothek der Akademie der Wissenschaften in Leningrad zu einem Brand, bei dem erhebliche Teile der Bestände vernichtet bzw. durch Wasser beschädigt wurden.

54 Auf ihrer Tagung am 11./12. Mai 1988 in Moskau vereinbarte die deutsch-sowjetische Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit ein Pilotseminar für sowjetische Außenhandelsfachleute. Vgl. dazu den Ergebnisvermerk des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 18. Mai 1988; Referat 421, Bd. 140417.
Das Bundesministerium für Wirtschaft vermerkte am 12. Juli 1988, daß am Vortag seitens der Allunions-Akademie für Außenhandel der Termin des Seminars vom 3. bis 15. Oktober 1988 bestätigt worden sei: „Von sowjetischer Seite werden 17 Außenhandelsfachleute (Manager), zwei Dolmetscher und ein Vertreter des Außenwirtschaftsministeriums […] teilnehmen. Die meisten Teilnehmer sind Absolventen der Außenhandelsakademie; sie haben ein abgeschlossenes akademisches Studium und praktische Berufserfahrung. Ihr Alter wird zwischen 30 und 35 Jahren liegen. Die meisten von ihnen gehören sowjetischen Außenhandelsorganisationen an, einige aber auch Industrieministerien bzw. Industriebetrieben mit Außenhandelsrechten." Vgl. Referat 421, Bd. 140426.

55 Zum Besuch des sowjetischen Stellvertretenden Ministers für Hoch- und Fachschulbildung, Jegorow, vom 13. bis 18. März 1988 vgl. Dok. 156, Anm. 15.

schon so aktiv seien. *D4* fand, daß wir Erfahrungen in der Nord-Süd-Richtung hätten; warum sollten wir diese Erfahrungen nicht in der West-Ost-Richtung anwenden? Er regte eine Ressortbesprechung unter Leitung des BMWi an. *Schomerus* wies auf die Kosten hin. *Teltschik* schloß diesen Diskussionspunkt mit der Bemerkung ab, man solle im Wege einer Bestandsaufnahme Ideen entwickeln und dann eine Ressortbesprechung durchführen, möglichst bis September.[56]

Teltschik sagte zum Thema Wirtschaftsprojekte folgendes: Wenn deutsche Unternehmen mit ihren sowjetischen Partnern Vorhaben – natürlich mit einer gewissen Größenordnung – so weit vorbereiteten, daß sie bis zum Bundeskanzlerbesuch oder dem zweiten Besuch fertig seien, dann würde dieses großes Wohlwollen auf seiten der Regierung finden. *Schomerus* glaubte, daß derartige Projekte in Betracht kämen: zum Beispiel von AEG, MAN, Siemens, Liebherr. Andere Unternehmen seien an Publizität nicht interessiert. Vielleicht könnten wir den Unternehmen, die in Betracht kämen, unsere Überlegungen sagen; dies könnte einen zusätzlichen Anreiz geben. *Teltschik* unterstützte diesen Gedanken.

Aus Zeitgründen mußte die Besprechung abgebrochen werden. Die nächste Besprechung soll nach Möglichkeit in der ersten Septemberwoche stattfinden.[57]

Referat 213, Bd. 143535

202

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder

412-424.01/5-6 **12. Juli 1988**[1]

Betr.: ASEAN-Dialog-Partnertreffen in Bangkok vom 7.–9.7.1988;
hier: Zusammenfassung der Diskussion über wirtschaftliche Themen

I. Rahmen

1) Das Dialogpartnertreffen findet im Anschluß an das jährliche ASEAN-AM-Treffen[2] statt. ASEAN-Dialogpartner sind: USA, Kanada, Japan, Australien,

56 Der Passus „Er regte eine … möglichst bis September“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „R[ücksprache]“. Ferner vermerkte er handschriftlich: „StS Mö[llemann] anrufen: Wir regen an, Mö. einzubeziehen.“
Am 7. September 1988 fand im Auswärtigen Amt eine Ressortbesprechung unter Leitung des Ministerialdirigenten Höynck statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Gerhardt vom 9. September 1988; Referat 421, Bd. 140427.

57 Die dritte Ressortbesprechung im Bundeskanzleramt zur Vorbereitung des Besuchs des Bundeskanzlers Kohl vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR fand am 6. September 1988 statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken vom 7. September 1988; Referat 213, Bd. 143535.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Eichinger am 15. Juli 1988 vorgelegen.

2 Das Ministertreffen der ASEAN-Mitgliedstaaten fand am 4./5. Juli 1988 in Bangkok statt. Für das Kommuniqué vgl. Referat 342, Bd. 144458.

Neuseeland und EG. Jeweils ein ASEAN-AM ist zuständig für die Koordinierung der Beziehungen zu einem Dialogpartner. Für die EG war es der indonesische Außenminister Alatas. Den Vorsitz über die gesamte Konferenz hatte der thailändische Außenminister Siddhi Savetsila.

2) Die Gespräche mit den Dialogpartnern folgen einem festen Schema:

– 6 + 6 = 6 ASEAN-AM + 6 Dialogpartner: allgemeine Diskussion
– 6 + 5 + 1= 6 ASEAN-AM + 5 Dialogpartner (die Pazifikanrainer) + EG als Beobachter. Diskussion über spezielle pazifische Themen.
– 6 + 1= 6 ASEAN-AM + jeweils 1 Dialogpartner. Diskussion zu bilateralen Themen.

Die EG war vertreten durch die Troika (neben BM Genscher[3] der griechische VAM Pangalos für die Präsidentschaft sowie der spanische AM Ordóñez) und durch die Kommission (Cheysson).

II. Wirtschaftsthemen

1) Handelsfragen

Im Mittelpunkt der Diskussion über wirtschaftliche und europapolitische Themen standen zahlreiche Fragen der Dialogpartner über die Folgen der Verwirklichung des großen europäischen Binnenmarktes und eines europäischen Währungsraums für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit der EG.

In den Interventionen wurde immer wieder die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß der Binnenmarkt ein offener Markt sein werde. Die ASEAN-AM unterstrichen, daß ungehinderter Zugang zu den Märkten der Dialogpartner wichtige Voraussetzung für die Entwicklung der eigenen Wirtschaften sei.

Auch der japanische, australische und neuseeländische Außenminister[4] forderten, daß der Binnenmarkt für die Partner offen sein müsse. Die Schaffung eines „Europäischen Nationalstaates" (so der australische Außenminister Hayden) dürfe nicht zur Abschottung führen.

Die Vertreter der Troika (insbesondere auch BM und Kommissar Cheysson) versicherten ihrerseits, daß der Binnenmarkt ein offener Markt sein werde. Er werde neue Absatzmöglichkeiten auch für die Dialogpartner schaffen. Die Gemeinschaft exportiere rd. 25% ihres BSP. Sie sei deshalb mehr als ein anderes Land oder ein anderer Wirtschaftsraum an freiem Handel interessiert. Schon aus Eigeninteresse werde sie keine neuen Handelsbarrieren errichten.

Bei allen Dialogpartnern bestand Einigkeit, daß Protektionismus und Bilateralismus in den internationalen Handelsbeziehungen entschieden entgegengewirkt werden müsse. Die Uruguay-Runde[5] müsse zeitgerecht und erfolgreich abgeschlossen werden. Dem Mid-term Review im Dezember in Montreal[6] komme besondere Bedeutung zu. Vor allem müßten auch schnelle und substantielle Resultate beim Abbau der Verzerrungen im Handel mit Agrargütern und tropi-

3 Bundesminister Genscher hielt sich vom 3. bis 5. Juli 1988 in der Republik Korea (Südkorea) und vom 5. bis 9. Juli 1988 in Thailand auf. Vgl. dazu auch Dok. 198.

4 William Hayden (Australien), Russell Marshall (Neuseeland) und Sosuke Uno (Japan).

5 Zur Uruguay-Runde des GATT vgl. Dok. 25, Anm. 18, und Dok. 239.

6 Zur Ministerkonferenz der Uruguay-Runde des GATT („Mid-term Review") vom 5. bis 9. Dezember 1988 in Montreal vgl. Dok. 368.

schen Produkten erzielt werden. Japan kündigte an, daß es an die Einberufung eines Follow-up-Treffens zu Montreal im nächsten Frühjahr denke.

2) EG/ASEAN-Zusammenarbeit

Die Dialogpartner waren sich einig, daß die Zusammenarbeit auf breiter Basis vertieft werden sollte.

Die ASEAN-Außenminister brachten mehrmals ihre Genugtuung und Befriedigung über den Verlauf des 7. Ministertreffens EG–ASEAN in Düsseldorf am 2. und 3. Mai 1988[7] zum Ausdruck. Die EG sei mit rd. 16% der ASEAN-Exporte nach Japan und den USA der drittgrößte Markt für die ASEAN-Länder. Die Handelsbeziehungen müßten weiter vertieft werden.

Alle ASEAN-Dialogpartner unterstrichen die Notwendigkeit weiterer Direktinvestitionen aus EG-Ländern in ASEAN-Ländern. Es wurde die Befürchtung deutlich, daß die Vollendung des Binnenmarktes die Investitionskapazitäten europäischer Länder durch höhere Investitionen in EG-Partnerländern binden könnte.

(Im Gespräch BM Genschers mit Vertretern der deutschen Wirtschaft in Thailand stellten diese fest, daß die Investitionsbedingungen in Thailand vorzüglich seien. Es herrschte Unverständnis über die mangelnde unternehmerische Initiative deutscher und europäischer Unternehmen. Möglicherweise liege dies an dem Image Thailands als einem Sex-Tourismus-Land.)

Den ASEAN-Staaten kommt es bei der verstärkten industriellen Zusammenarbeit vor allem auf den damit verbundenen Technologietransfer und „human resources development“ an.

Der Errichtung eines EG-ASEAN-Managementzentrums in Brunei, das auf der Konferenz in Düsseldorf beschlossen wurde, wird mit viel Hoffnung entgegengesehen.

Die Entwicklungshilfe in der Zusammenarbeit EG/ASEAN wurde von allen Beteiligten positiv gewürdigt. Seit 1986 sind die EG und ihre Mitgliedstaaten nach Japan der zweitwichtigste Geber für die ASEAN-Länder. Die ASEAN-Staaten legen offensichtlich vor allem Wert auf die Förderung der industriellen Entwicklung ihrer Länder.

3) Weitere Vertiefung der transpazifischen politischen Zusammenarbeit

In dem Dialogtreffen 6 + 5 + 1 wurde seitens der 5 (insbesondere USA, Kanada, Japan) eine weitere Intensivierung des Dialogs und Einbeziehung weiterer Pazifikanrainerstaaten vorgeschlagen. Im Pacific Economic Cooperation Council (PECC) gebe es bereits einen Ansatzpunkt, der weiterentwickelt werden könne.

Der Handel über den Pazifik sei im Falle der USA und Kanadas bereits größer als der Handel über den Atlantik.

Im Falle Kanadas kämen inzwischen auch mehr Einwanderer über den Pazifik als über den Atlantik.

Diese Vorschläge und Überlegungen stießen bei den ASEAN-Außenministern auf Zurückhaltung und spürbare Skepsis. Der Außenminister Singapurs[8], der

7 Zur Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 2./3. Mai 1988 in Düsseldorf vgl. Dok. 143.

8 Suppiah Dhanabalan.

sich auf ASEAN-Seite als einziger zu Wort meldete, meinte, daß das jetzige Dialogformat ausreichend sei. Es wurde die Sorge deutlich, daß eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit über den Pazifik zu einem weiteren Anwachsen des bereits sehr großen japanischen und amerikanischen Einflusses in diesem Raum führen könnte.

Diese Befürchtung konnte offensichtlich auch nicht durch die mehrfache Beteuerung des japanischen Außenministers beseitigt werden, daß Japan nie wieder eine dominierende militärische Rolle im ostasiatisch-pazifischen Raum spielen wolle.

Auch vor diesem Hintergrund ist das Bemühen der ASEAN-Staaten um politische und wirtschaftliche Diversifizierung durch Ausbau der Beziehungen zur Gemeinschaft zu sehen.

Schönfelder

Referat 413, Bd. 144967

203

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Gröning

201-363.34-780/88 geheim **12. Juli 1988**[1]

Über Herrn Dg 20 i. V.[2], Herrn D 2 i. V.[3] Herrn Staatssekretär[4]

zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung des Vorschlags zu Ziff. 6 und des Schreibens an BMVg (Anlg. 1[5])

Betr.: Lagerung britischer Panzermunition mit abgereichertem Uran („Staballoy"-Geschosse) in der Bundesrepublik Deutschland

Bezug: Leitungsvorlage BMVg FüS III 1 – Tgb. Nr. 949/88 geheim vom 2.3.1988 (Anlage 2[6])

Anlg.: 2 (Schreiben an BMVg; Leitungsvorlage BMVg)

Mit Schreiben vom 4. Februar 1987[7] hat die Botschaft Großbritanniens um Zustimmung zu ihrem Vorhaben gebeten, ab 1992 Panzermunition, die abgereichertes Uran enthält, auf dem Gebiet der Bundesrepublik zu lagern. Die Sache wurde federführend vom BMVg bearbeitet, das nun eine Leitungsvorlage erarbeitet hat, zu der es das AA neben dem BMU und BMV um Mitzeichnung bittet.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Gröning und Legationssekretär Schauer konzipiert.
2 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff am 28. Juli 1988 vorgelegen.
3 Hat Ministerialdirigent Kastrup am 28. Juli 1988 vorgelegen.
4 Hat Staatssekretär Sudhoff am 28. Juli 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Mich würden vorab die Voten BMU und BMV interessieren."
5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 13.
6 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 12144 (201).
7 Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 12144 (201).

1) Es handelt sich bei den Staballoy-Geschossen um konventionelle, d. h. nichtnukleare Munition. Das von einem Metallmantel umgebene abgereicherte Uran 238, das in den Geschossen Verwendung findet, entsteht als Nebenprodukt bei der Anreicherung von Uranerz zur Herstellung von Kernbrennstoffen. Uran 238 kann keine nuklearen Reaktionen auslösen. Die besondere Wirkung der sog. Wuchtgeschosse, die unter Verwendung von Uran 238 hergestellt werden, beruht auf dem großen spezifischen Gewicht des Urans 238. Dadurch entsteht beim Abschuß eine hohe kinetische Energie, so daß die Durchschlagskraft gegenüber Panzerungen wesentlich erhöht wird.

2) Uran 238 ist um 25% weniger radioaktiv als Natururan. Die verbleibende radioaktive Strahlung ist so gering, daß Uran 238 auch außerhalb des militärischen Bereichs Verwendung findet, u. a. als Ballast (Gegengewichte in den Tragflächen der Boeing 747 und in Kielen von Segelyachten) sowie für Strahlenschutzvorrichtungen, z. B. in Krankenhäusern. Die chemische Giftigkeit ist mit der anderer Schwermetalle wie z. B. Blei vergleichbar. Sie kommt erst in löslichen Verbindungen zum Tragen, also bei Temperaturen von 3800 Grad Celsius (Siedepunkt des Urans 238), die selbst beim Einsatz der Munition im Ernstfall nicht erreicht werden.

3) Laut Auskunft der britischen Botschaft soll die Munition in Großbritannien in Behälter verpackt werden, die die Strahlung noch weiter reduzieren. Diese Behälter sollen in Munitionsdepots in der Bundesrepublik Deutschland eingelagert und die Munition im Frieden weder zu Übungs- noch zu Versuchszwecken benutzt werden.

4) Ob die Zustimmung der Bundesregierung zur Stationierung nach Art. 1 Abs. 2 (Erhöhung der Effektivstärke ist zustimmungsbedürftig) des Vertrags über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland (Aufenthaltsvertrag) vom 23. Oktober 1954[8] erforderlich ist, kann offenbleiben, da von britischer Seite ausdrücklich um Zustimmung nachgesucht wurde.

Nach Art. II NATO-Truppenstatut vom 19. Juni 1951 i. V. m.[9] § 53 Abs. 1 Satz 2 des ergänzend abgeschlossenen Zusatzabkommens vom 3. August 1959[10] können ausländische Streitkräfte auf den ihnen zur Benutzung überlassenen Liegenschaften ihre eigenen Sicherheitsvorschriften anwenden, sofern diese gleichwertige oder höherwertige Anforderungen stellen als das deutsche Recht.

Das Atomgesetz[11] sowie die Strahlenschutzverordnung[12] findet auf die Staballoy-Geschosse nach Auskunft des BMVg keine Anwendung. Die Beachtung der

8 Für den Wortlaut des Artikels 1 Absatz 2 des Vertrags vom 23. Oktober 1954 über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik (Aufenthaltsvertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 254.

9 In Verbindung mit.

10 Für den Wortlaut des Artikels II des Abkommens vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut) sowie des Artikels 53 Absatz 1 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zu diesem Abkommen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil II, S. 1192 bzw. S. 1273.

11 Für den Wortlaut des Gesetzes vom 23. Dezember 1959 über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz) in der Fassung vom 15. Juli 1985 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil I, S. 1566–1583.

12 Für den Wortlaut des Gesetzes vom 24. Juni 1960 über den Schutz vor Schäden durch ionisierende Strahlen (Strahlenschutzverordnung) in der Fassung vom 30. Juni 1989 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1989, Teil I, S. 1322–1375.

DIN Normen 25422 und 4102 oder gleichwertiger Bestimmungen soll zur Auflage gemacht werden.

5) Im Herbst 1978 hat der damalige Bundesminister der Verteidigung Apel der Lagerung von Staballoy-Geschossen für das amerikanische Erdkampfflugzeug A-10 auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugestimmt. Im März 1981 stimmte er auch der Lagerung von Staballoy-Geschossen für 35 amerikanische Panzerbataillone zu, obwohl sie in den Panzern selbst und nicht zentral gelagert werden sollten.

6) Wir sollten die Vorlage des BMVg mitzeichnen. Bedenken wegen der Gefährdung von Umwelt oder Bevölkerung sind schon deswegen nicht ersichtlich, weil die Munition in Depots gelagert und im Frieden weder bewegt noch benutzt werden soll. Die Gefahr innenpolitischer Rückwirkungen ist deshalb und wegen der beiden Präzedenzfälle als gering zu veranschlagen. Eine reaktive Sprachregelung wird für den Bedarfsfall vom BMVg erarbeitet. Sie sollte mit uns abgestimmt werden.

Im übrigen können wir aus bündnispolitischen Gründen kaum den Briten das verwehren, was wir den Amerikanern bereits in zwei Fällen erlaubt haben.[13]

Referat 503 hat mitgezeichnet.

Gröning

VS-Bd. 12144 (201)

13 Am 4. August 1988 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher Staatssekretär Sudhoff, das Bundesministerium der Verteidigung habe mit Schreiben vom Vortag mitgeteilt, daß die Bundesministerien für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie für Verkehr ihre Zustimmung übermittelt hätten. Er bat ferner um Zustimmung zum Schreiben an das Bundesministerium der Verteidigung. Vgl. dazu VS-Bd. 12144 (201); B 150, Aktenkopien 1988.
In dem am 13. Juli 1988 konzipierten und am 8. August 1988 übermittelten Schreiben informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher das Bundesministerium der Verteidigung, daß das Auswärtige Amt „gegen die geplante Lagerung von britischer Panzermunition mit abgereichertem Uran in der Bundesrepublik Deutschland in der vorgesehenen Form und im geplanten Umfang keine Bedenken“ erhebe: „Es wird gebeten, die vorgesehene gemeinsame Sprachregelung für den Bedarfsfall ebenfalls mit dem Auswärtigen Amt abzustimmen und die britische Botschaft auf die Notwendigkeit von Diskretion bei der Stationierung hinzuweisen.“ Vgl. VS-Bd. 12144 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

204

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken

213-321.39 SOW **13. Juli 1988**[1]

Über Herrn Dg 21[2], Herrn D 2[3], Herrn Staatssekretär[4] Herrn Bundesminister mit der Bitte um Zustimmung

Betr.: Zur Lage der Sowjetbürger deutscher Nationalität

Anlg.: 1[5]

I. Entwicklungen in der jüngeren Vergangenheit haben dazu geführt, daß sich die Lage der Sowjetbürger deutscher Nationalität zu einem diskussionswürdigen Thema im Rahmen der deutsch-sowjetischen Beziehungen entwickelt hat.

1) Die Nationalitätenproblematik insgesamt in der Sowjetunion hat eine neue Qualität erhalten. Unter den Voraussetzungen von Glasnost und Perestroika konnte der – latent bei allen Völkern der SU vorhandene – Nationalismus aus verschiedenen Gründen (Probleme der Wirtschaft, Umwelt, soziale Mißstände, drohender Verlust kultureller Selbständigkeit) zum Ausbruch gelangen. Kasachstan im Dezember 1986[6] war ein erstes Warnsignal. Die jüngsten Schlagzeilen lauten Truppenentsendung in den Transkaukasus[7], Massenkundgebungen im Baltikum[8] sowie Repression gegen demonstrierende Krimtataren in Tasch-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken und Legationsrat I. Klasse Grunenberg konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent Kastrup am 14. Juli 1988 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 14. Juli 1988 vorgelegen.

4 Hat Staatssekretär Sudhoff am 15. Juli 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 19. Juli 1988 und erneut am 1. August 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 213 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 1. August 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 2. August 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BM hat Vorlage durch konkludentes Verhalten in Moskau gebilligt."

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 26.

6 Zu den Unruhen in Kasachstan am 17./18. Dezember 1986 vgl. Dok. 85, Anm. 5.

7 Zum Konflikt zwischen den Sowjetrepubliken Armenien und Aserbaidschan vgl. Dok. 85, Anm. 3 und 4.
Referat 213 notierte am 7. Juli 1988: „1) Nachdem die Obersten Sowjets der beiden betroffenen Republiken Armenien (15.6.) und Aserbaidschan (17.6.) einander widersprechende Entscheidungen hinsichtlich der Zukunft des Autonomen Gebiets Nagorny Karabach getroffen haben, ist es zum offenen Verfassungskonflikt gekommen. Nach der geltenden sowjetischen Verfassung von 1977 (Art. 78) wäre eine Übertragung des Gebietes nur bei Zustimmung beider beteiligten Republiken möglich, die nicht vorliegt. 2) Mit der am 23. Juni erstmals offiziell gemeldeten Truppenstationierung im Krisengebiet hat die Moskauer Führung deutlich vor einer weiteren Zuspitzung des Konfliktes gewarnt und zugleich deutlich gemacht, daß sie die Dinge unter Kontrolle behalten will." Vgl. Referat 213, Bd. 143529.
Am 19. Juli 1988 berichtete Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, daß das Präsidium des Obersten Sowjet der UdSSR am Vortag entschieden habe, „die Autonome Region Nagorny Karabach im Verband der Republik Aserbaidschan zu belassen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 2248; Referat 213, Bd. 143529.

8 Zu den Demonstrationen in Estland, Lettland und Litauen vgl. Dok. 85, Anm. 7.
Gesandter Arnot, Moskau, teilte am 16. Juni 1988 mit: „Geduldet von örtlichen Behörden und berichtet von sowjet[ischen] Medien fanden am 14. Juni in allen drei baltischen Hauptstädten Kundgebungen zum Gedenken an von Stalin 1941 angeordnete Massendeportationen statt. Bisher übliche Qualifizierung der Teilnehmer als Extremisten unterblieb. In Lettland billigten Partei- und Staatsführung Errichtung eines Denkmals für Opfer des Stalinismus. […] Offizielle Teilnehmerangaben aus

kent[9]. Die sowjetische Führung ist sich über die Gefährlichkeit des Problems im klaren. Auf der Parteikonferenz der KPdSU (28.6.–1.7.)[10] wurde die Ankündigung vom Februar, ein ZK-Plenum zur Diskussion der Nationalitätenproblematik einzuberufen, noch einmal erneuert. Die von der Parteikonferenz verabschiedete Resolution zur Nationalitätenfrage[11] enthält Passagen, die gerade für die Deutschen, da sie nicht in einem geschlossenen Siedlungsgebiet leben, wichtig sein können.

– Die Resolution konstatiert zunächst, daß die Bedürfnisse der sozioökonomischen und kulturellen Entwicklung nationaler Gruppen nicht ausreichend in der Vergangenheit berücksichtigt wurden.
– Die Resolution stellt eine Anspruchsgrundlage in mehrfacher Hinsicht dar, denn sie fordert
  – Verwirklichung der national-kulturellen Bedürfnisse, namentlich in den Bereichen Bildung, Kontakte, Volkskunst, Schaffung von Zentren nationaler Kultur – auch für die Befriedigung religiöser Bedürfnisse;
  – freie Entwicklung und gleichberechtigte Nutzung der Muttersprachen durch alle Bürger sowie Beherrschung der russischen Sprache im Sinne der Entwicklung einer harmonischen Zweisprachigkeit;
  – Zusammensetzung der Führungskader von Partei, Staat, Gewerkschaft und anderen Organisationen soll die nationale Struktur der sowjetischen Gesellschaft „vollständig widerspiegeln".

2) Im Gegensatz zu anderen Nationen, die Grund zur Klage hatten, hat die deutsche Gemeinschaft in der SU die eigenen Probleme eher moderat und wenig schlagzeilenträchtig vorgetragen. Hervorzuheben ist die vor kurzem eröffnete Diskussion in der deutschsprachigen Wochenzeitung „Neues Leben" über die Mängel des deutschsprachigen Unterrichts, die Leiden der Deutschen unter Stalin und die Möglichkeiten einer Wiedererlangung einer noch nicht im Detail erörterten „Autonomie" für die deutschen Sowjetbürger.[12] Auch in anderen Medien werden die Sowjetdeutschen zu einem Thema:

Fortsetzung Fußnote von Seite 1099
Estland liegen nicht vor, aus Wilnius ist von 400 Personen […] die Rede, in Riga kamen offiziell über 10 000 Personen zusammen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1872; Referat 213, Bd. 143529.

9 Zu den Protesten der Krimtataren vgl. Dok. 85, Anm. 6.

10 Zur Allunions-Parteikonferenz der KPdSU vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 in Moskau vgl. Dok. 194.

11 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 5. Juli 1988, daß auf der Allunions-Parteikonferenz der KPdSU vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 in Moskau sechs Resolutionen verabschiedet worden seien: „Die Nationalitätenresolution ist allgemein gehalten. Sie fordert die Einberufung eines ZK-Plenums, das sich im einzelnen mit diesen Fragen auseinandersetzen soll. Das Politbüro hat gestern ein ZK-Plenum für Ende Juli einberufen, das sich mit der Implementierung der Resolutionen befassen soll. Es ist unklar, ob es darüber hinaus das seit längerem erörterte besondere ‚Nationalitätenplenum' geben wird. Resolution fordert im übrigen wirksame Dezentralisierung, echte Autonomie der Republiken und autonomen Gebiete in Kultur- und Gesellschaftspolitik, strikte Zweisprachigkeit (Minderheitensprache – Russisch), Pflege ethnischer Identität in Erziehung, Kommunikation, Volkskunst und Brauchtum, Schaffung einer Nationalitätenkommission und Stärkung der Nationalitätensowjets." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2084; Referat 213, Bd. 143518.

12 Am 23. Januar 1988 legte Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, dar: „Am 20.1. überraschte Wochenzeitung ‚Neues Leben' mit ganzseitigem Leserbrief eines russischen Studenten […]. Briefschreiber nimmt die Sowjetdeutschen gegen Vorwurf von ‚Massenverrat', Brunnenvergiftung u. a. in Schutz. Anschuldigungen seien bereits 1964 als völlig unbegründet aufgehoben worden, kein einziger konkreter Fall sei bekannt. Er erinnert an Zwangsmaßnahmen wie ‚administrative Aufsicht' in 50er Jahren, an Beitrag der Deutschen zum Aufbau des Sowjetstaats, warnt vor russischem ‚Großmachtnationa-

– Die April-Ausgabe von „Sowjetunion heute“ enthält einen um Objektivität bemühten Artikel über die Deutschen in der Endphase des Zarenreichs und zu Beginn der Sowjetunion.[13]
– Im Juni 1988 brachte das in Kasachstan ansässige deutsche Dramentheater in Riga ein Stück über die Lage der deutschen Minderheit zur Uraufführung (ein junger Mann vor der Entscheidung, ob er aus der SU ausreisen soll; das Stück gibt keine definitive Antwort).[14]

Diese Ereignisse wie auch die Tatsache, daß die Diskussion in „Neues Leben“ mit wohlwollendem Tenor die Wünsche der Deutschen nach mehr autonomen Rechten zur Bewahrung und Förderung der nationalen Identität darstellt, könnte die Vermutung stützen, daß die sowjetische Führung eine Art „kulturelle Autonomie“ zu verwirklichen gedenkt.

Die sowjetische Regierung selbst ist in ihren Äußerungen bis jetzt undeutlich geblieben. Während des 27. Parteitages der KPdSU Anfang 1986[15] hieß es, es würden Überlegungen angestellt, den Deutschen wieder ein autonomes Gebiet zur Verfügung zu stellen. Als Regionen wurden sowohl Westsibirien wie auch Kasachstan und sogar die alte Wolgarepublik (die in den letzten Jahrzehnten von Russen besiedelt wurde) genannt. Der Erste Stellvertretende Leiter der internationalen Abteilung des ZK, Sagladin, sagte am 18.11.1987 den MdB Lamers und Haack, er wolle ein „autonomes Gebiet“ nicht ausschließen. Jedoch bleibt Skepsis angebracht, ob die sowjetische Regierung so weit gehen will, nicht zuletzt deshalb, weil sie den Krimtataren eine Heimstatt auf der Krim versagt.

3) Seit Jahresbeginn 1987 erlaubt die Sowjetunion die Ausreise von Sowjetdeutschen in einem bisher nicht gekannten Ausmaß:

1987	insgesamt 14 488 Personen
	im Vergleich dazu die Zahlen unmittelbar vor diesem Zeitpunkt:
1986	753
1985	460
1984	913
	oder die Höhepunkte in den 70er Jahren:
1977	9274
1976	9704

Fortsetzung Fußnote von Seite 1100

lismus‘ und fragt, warum es kaum muttersprachlichen Deutschunterricht gebe. […] Autonomie der Sowjetdeutschen würde helfen, Fehler der Vergangenheit wiedergutzumachen. Redaktion ruft ausdrücklich zu Fortsetzung der Leserdiskussion auf.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 243; Referat 213, Bd. 143548.

13 Vgl. den Artikel „Ein schwerer Weg zum Sozialismus“; SOWJETUNION HEUTE, Nr. 4, April 1988, S. 58–60.

14 Referent Hagen, Moskau, berichtete am 8. Juni 1988, daß er während eines privaten Aufenthaltes in Riga „einer Vorstellung des 1980 gegründeten (sowjet-)deutschen Theaters in Temirtau“ beigewohnt habe. Das „historische Drama“ mit dem Titel „Auf den Wellen der Jahrhunderte“ verdeutliche das „überwiegend schwere Schicksal der Rußland-/Sowjetdeutschen, das voller Not, Bedrängnis, Ungerechtigkeiten und Willkür war. Von dieser 200jährigen leidvollen Geschichte – so argumentiert dem Ausreisewilligen gegenüber ‚die Erinnerung‘ – könne man sich heute nicht einfach durch Ausreise lossagen. […] Ensemble vertrat einhellig die Meinung, daß noch vor zwei, drei Jahren öffentliche und derart kritische Behandlung des Themas der Rußland-/Sowjetdeutschen undenkbar gewesen wäre – eine aus Botschaftssicht sicherlich zutreffende Einschätzung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1756; Referat 213, Bd. 143548.

15 Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 68.

Das Jahr 1988 wird erneut alle früheren Rekorde übertreffen, da bereits bis zum 30.6. 16468 Personen in der Bundesrepublik Deutschland eingetroffen sind.

Parallel zur Verbesserung der Ausreisesituation ist ein Anstieg der Besuchsreisen aus der SU zu Verwandten bei uns zu beachten:

1985 2019

1986 2636

1987 9394

1988 3710 in den ersten vier Monaten.

II. 1) Der Besuch des Bundespräsidenten in der Sowjetunion im Juli 1987[16] bot mehrfach Gelegenheit, die Aufmerksamkeit sowohl in der Sowjetunion als auch bei uns auf die deutsche Minderheit zu lenken. In seiner Rede am 6.7.[17] und in den Gesprächen schnitt der Bundespräsident das Thema an. In einem Gespräch zwischen dem Bundesminister und AM Schewardnadse am 7.7.87 ging es u. a. um verbesserte (Besuchs-)Reisemöglichkeiten, Entwicklung der Ausreisezahlen sowie die Bewahrung der nationalen und kulturellen Identität derjenigen Deutschen, die die SU nicht verlassen möchten. Darüber hinaus kam es im Verlauf des Besuchs zu Begegnungen mit Sowjetbürgern deutscher Nationalität: In unserer Botschaft in Moskau gab es ein Gespräch mit Aussiedlern[18], in Leningrad traf der Bundespräsident mit dem evangelischen Superintendenten Kalnins zusammen und in Nowosibirsk mit Pfarrer Ikkert und weiteren Mitgliedern der dortigen deutschen Kirchengemeinde.[19]

Zwar stand bei diesem Besuch das Thema nicht zum ersten Mal auf der Tagesordnung – BK Schmidt hatte es z. B. im Herbst 1981 in Bonn gegenüber GS Breschnew angesprochen.[20] Dennoch ging der Bundespräsident mit seinen öffentlichen Auftritten und Gesten doch qualitativ weiter, als das bisher der Fall gewesen war.

2) Im Laufe der 80er Jahre hat das Interesse an der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Geschichte und aktuellen Lage der Deutschen in Rußland bzw. der Sowjetunion erkennbar zugenommen. Lange Zeit kümmerte sich primär die „Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland e. V." um die Bewahrung dieser Geschichte und die Betreuung der nach dem Zweiten Weltkrieg aus der SU in die Bundesrepublik Deutschland gekommenen Deutschen. Inzwischen bestehen in Baden-Württemberg, das als Bundesland die Patenschaft für die Landsmannschaft übernommen hat, Pläne, eine Forschungsstelle an der Universität Heidelberg hierfür einzurichten. Davon abgesehen, existieren bereits zwei Foren, die

16 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

17 Für den Wortlaut der Rede des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker beim Abendessen am 6. Juli 1987 im Kreml vgl. BULLETIN 1987, S. 627–629.

18 Zum Treffen des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker am 8. Juli 1987 mit ausreisewilligen Deutschstämmigen in Moskau vgl. Friedbert PFLÜGER, Richard von Weizsäcker. Ein Porträt aus der Nähe, Stuttgart 1990, S. 296 f.

19 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker hielt sich am 9. Juli 1987 in Leningrad und am 10./11. Juli 1987 in Nowosibirsk auf.

20 Vgl. dazu die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 23. November 1981; AAPD 1981, III, Dok. 334 und Dok. 336.

einen Meinungsaustausch zwischen Wissenschaftlern, Betroffenen und Ministerien ermöglichen und Anregungen für weitere Forschung vermitteln könnten:

– Eine vom „Ständigen Sekretariat für die Koordinierung der bundesgeförderten Osteuropaforschung“ initiierte Arbeitskonferenz, die zwischen Februar 1982 und September 1987 insgesamt viermal zusammentrat. Auf der letzten Tagung im September 1987 in Heidelberg wurde beschlossen, diesen Zusammenkünften eine stärkere Organisationsstruktur zur Verfügung zu stellen, indem ein „Lenkungsausschuß der interdisziplinären Studiengruppe für Deutsche in Rußland“ mit Beginn des Jahres 1988 seine Arbeit aufnimmt.
– Am 1.5.1987 wurde in Stuttgart die „Kommission zur Erforschung der Geschichte und Gegenwart der Deutschen in Rußland/Sowjetunion – Historische Kommission“ (Vorsitz: Dr. Ingeborg Fleischhauer) gegründet.

Es ist noch zu früh für ein Urteil, inwieweit neue Impulse für die weitere Beschäftigung mit dem Thema von einem internationalen Symposium – „Die Deutschen in der Sowjetunion – einst und jetzt“– in Bonn (1.–3.5.1988) ausgegangen sind. Der erhoffte internationale Austausch war sehr ergiebig. Allerdings war enttäuschend, daß die eingeladenen SU-Wissenschaftler alle und die DDR-Wissenschaftler bis auf einen ihre Teilnahme kurzfristig absagten.

III. 1) Wie in allen Bereichen sowjetischer Innenpolitik, ist auch bei der Behandlung der Nationalitäten- bzw. Minderheitenfrage zu berücksichtigen, daß die SU – und hier unterscheidet sie sich deutlich vom Verhalten ihrer osteuropäischen Verbündeten – ein sehr strenges Verständnis der eigenen Souveränität als Bewertungsmaßstab für die Interventionen fremder Regierungen zugunsten sozialer Gruppen innerhalb der SU anlegt. AM Schewardnadse wies den Bundesminister in dem oben erwähnten Gespräch vom 7.7.87 darauf hin, daß die Sowjetunion in der Frage der eigenen Nationalitätenpolitik „immer empfindlich“ sei.

Anschein von Druck, vor allem, wenn er in der Öffentlichkeit ausgeübt wird, ist in der Regel schädlich. So bewirkte der vom amerikanischen Kongreß in den 70er Jahren unternommene Versuch, durch entsprechende „amendments“ von Jackson-Vanik (Meistbegünstigungsklausel)[21] und Stevenson (Finanzkredite für Moskau) die SU zu besonders großzügiger Erteilung von Ausreisegenehmigungen für Juden zu bewegen, das genaue Gegenteil, d.h. die Ausreisezahlen sanken in der Folgezeit. Diese Episode kann als lehrreiches Negativbeispiel dienen, da sie die Grenzen der eigenen Einflußmöglichkeiten markiert.

2) Die gegenwärtige Ausreisewelle ist erfreulich, da sie vielen Deutschen, die oft seit vielen Jahren um die Ausreise bemüht sind, endlich einen sehnlichen Wunsch erfüllt. Nach Angaben des DRK gibt es weiterhin Zehntausende von Ausreiseanträgen. Soweit dies aus den Stellungnahmen der Ausgereisten oder der aktuellen innersowjetischen Diskussion erkennbar wird, sind das Hauptmotiv für die Emigration weniger Repression oder soziale Misere als vielmehr die Sorge, in wenigen Jahren der eigenen kulturellen und nationalen Identität verlustig zu gehen. Angesichts dieser Situation ist es zumindest fraglich, ob die „Ausreise aller Deutschen aus der SU“ als letztes Ziel definiert werden kann.[22] Vermutlich

21 Zum Jackson-Vanik-Amendment vgl. Dok. 157, Anm. 18.

22 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

träfe dies nicht die Interessenlage der Betroffenen. Diese Deutschen sind keine in der Bundesrepublik Deutschland aufgewachsenen Bürger, die von der SU verschleppt wurden, sondern die Nachkommen von deutschen Bürgern, die in den letzten 200 Jahren aus den unterschiedlichen deutschen Landstrichen nach Rußland auswanderten und die erst durch die Expansionspolitik des Nationalsozialismus zu Opfern der Stalinschen Repression gemacht wurden.

IV. 1) Es wird deshalb empfohlen, das Schicksal und die Zukunft der Sowjetbürger deutscher Nationalität bei den bevorstehenden hochrangigen deutsch-sowjetischen Begegnungen[23] zu einem unspektakulären, aber doch angemessenen Thema zu machen. Wir sollten in diesen Begegnungen darauf einleitend hinweisen, daß wir uns nicht in innere Angelegenheiten der Sowjetunion einmischen wollten. Die weitere Gesprächslinie könnte wie folgt aussehen:

Die Lebensumstände und die Zukunft von knapp zwei Mio. deutschsprechenden Sowjetbürgern liegen uns am Herzen. Neben der allgemeinen Verbundenheit, die von der gemeinsamen Sprache, Kultur und dem gemeinsamen Glauben herrührt, gibt es auch die speziellen Bande der Verwandtschaft, die eine Gruppe unserer Bürger mit den sowjetischen Staatsbürgern verbindet. Daß deshalb unsere Bürger und die Bundesregierung das Schicksal dieser Gemeinschaft in der SU mit besonderer Anteilnahme verfolgen, ist verständlich und legitim. Da die Sowjetbürger deutscher Nationalität – besonders die ältere Generation, die die Ereignisse selber miterlebte – auch zu den Opfern der Hitlerschen Aggressionspolitik gegen die Sowjetunion gehören, fühlen wir uns für ihr Los verantwortlich. Deshalb möchten wir die Regierung der Sowjetunion bitten, die nötigen Maßnahmen zu treffen, um dieser Gemeinschaft das Gefühl des Akzeptiertseins in seiner nationalen Identität zu geben, so wie dies auch anderen Nationen innerhalb der Sowjetunion zugestanden wird.

Wir sind bereit, bei der Bewahrung der sprachlichen und kulturellen Identität der deutschen Volksgruppe in der SU zu helfen. Konkret wäre an folgende Angebote zu denken:

– didaktische Hilfen für Intensivierung des muttersprachlichen Deutschunterrichts;
– Lieferung von Literatur und von Unterrichtsmaterialien;
– Angebot von Stipendien für Studenten und Lehrer;
– Schüler- und Lehreraustausch;
– Besuchs- und Fortbildungskontakte für deutschsprachige Journalisten und Künstler.

Wir glauben ferner, daß eine weiterhin großzügige Handhabung von Anträgen zu Besuchsreisen in die Bundesrepublik Deutschland sehr hilfreich wäre. Ebenfalls der Kontaktpflege würden technische Erleichterungen dienen (z. B. Wiedereinführung der Vorverzollung bei der Versendung von Paketen in die SU).

2) Darüber hinaus sollten wir den Versuch unternehmen, den Fragenkomplex auch auf Arbeitsebene mit der Sowjetunion zu behandeln. Dies wäre ein Novum und könnte in der Arbeitsgruppe über humanitäre und Einzelfragen geschehen,

[23] Vgl. dazu den Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR; Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

die beim Besuch von AM Schewardnadse im Januar in Bonn[24] ins Leben gerufen wurde. Wir könnten damit in doppelter Hinsicht an eine sich entwickelnde Praxis anknüpfen:

– Bereits seit geraumer Zeit erörtern Amerikaner (Ass. Sec.[25] Schifter) und Sowjets eine große Bandbreite humanitärer Themen, wie Strafrechtsreform oder Mißbrauch der Psychiatrie, die über die Behandlung von menschenrechtlichen Einzelfällen hinausgehen. Im Juni haben nunmehr auch die Briten ähnliche Kontakte mit den Sowjets aufgenommen.

– Gorbatschow betonte auf der Parteikonferenz in Moskau, daß die Menschenrechte zum Gegenstand der Fürsorge der Weltgemeinschaft – sozusagen internationalisiert – würden. Die SU wolle mit allen Ländern auf diesem Gebiet zusammenarbeiten (und übernommene Verpflichtungen erfüllen).

3) Ziel der Gespräche und Kontakte auf Arbeitsebene könnte schließlich die Ausarbeitung einer Absprache über gemeinsame Unterstützungsmaßnahmen zugunsten der deutschen Volksgruppe in der SU sein. Eine entsprechende Absprache haben wir bereits mit Ungarn treffen können (vgl. Anlage[26]). Wir sollten ausloten, inwieweit die SU als eine Großmacht sich bereit finden wird, in der sensiblen Nationalitätenfrage Hilfsangebote wahrzunehmen. Die Chancen hierzu dürften um so größer sein, je mehr die Sowjetunion es positiv bewertet, wenn die deutsche Volksgruppe sich dank der von sowjetischer Seite geförderten kulturellen Identität stärker in die Sowjetunion integriert fühlt und ihre Energie der Verbesserung des sowjetischen Sozialismus widmet.

Referat 513 hat mitgezeichnet.

Heyken

Referat 213, Bd. 143548

24 Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 17. bis 19. Januar 1988 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 18 und Dok. 22.

25 Assistant Secretary of State.

26 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Referat 213, Bd. 143548.
Zur Erklärung „zur Förderung der deutschen Nationalität in der Ungarischen Volksrepublik bzw. Förderung der deutschen Sprache im allgemeinen“ vgl. Dok. 170, Anm. 9.

205

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Bronfman

14. Juli 1988[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Edgar M. Bronfman (Bonn, 14. Juli 1988)[2]

Im Anschluß an ein einstündiges Gespräch unter vier Augen setzen der Bundeskanzler und Präsident Bronfman (B.) den Meinungsaustausch im Delegationskreis fort.

Bronfman würdigt, daß die Bundesrepublik Deutschland schon vor langer Zeit die Entscheidung getroffen habe, ihre Vergangenheit zu konfrontieren und die Jugend zu unterrichten. Dabei gehe es nicht darum, Schuld zuzuweisen, sondern Wiederholungen zu verhindern.

Gerade deshalb habe er – B. – die Auseinandersetzung mit Österreich geführt[3], damit dieses sich seiner Vergangenheit stelle und so ehrenvoll seiner Zukunft entgegensehen könne.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß Österreich von der Geschichte dieses Jahrhunderts besonders schlecht behandelt worden sei. Der Erste Weltkrieg habe es von einer Großmacht mit 55 Mio. Einwohnern zurückgestuft auf einen Kleinstaat mit 7 Mio. Einwohnern. Deutschland habe bereits den Versailler

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 18. Juli 1988 gefertigt und am 22. Juli 1988 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bächmann „zur Unterrichtung des Auswärtigen Amtes“ übermittelt.
Hat Legationssekretär Wolter am 25. Juli 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung über Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und Ministerialdirigent Kastrup an Referat 204 „zur Kenntnis und m[it] d[er] B[itte], ggf. weitere Verteilung vorzunehmen“, verfügte.
Hat in Vertretung von Richthofen Kastrup am 25. Juli 1988 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Hanckel am 27. Juli 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „B[itte] Abl[ichtung] Bo[tschaft] Washington.“ Vgl. das Begleitschreiben; Referat 204, Bd. 160053.

2 Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Bronfman, hielt sich vom 12. bis 14. Juli 1988 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 188.

3 Zu den Vorwürfen gegen Bundespräsident Waldheim vgl. Dok. 188, Anm. 4.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Holthoff hielt am 19. Februar 1988 fest, daß die internationale Historikerkommission, welche eine mögliche Verstrickung von Kurt Waldheim in Verbrechen während der Zeit des Nationalsozialismus untersucht habe, am 8. Februar 1988 ihren Abschlußbericht vorgelegt habe. Dieser komme zu dem Ergebnis, „daß eine unmittelbare Beteiligung Waldheims an Kriegsverbrechen nicht nachweisbar ist, aber seine bisher bestrittene Mitwisserschaft an Kriegsverbrechen […] als erwiesen gelten muß.“ Holthoff führte weiter aus: „Der Jüdische Weltkongreß hat in jüngster Zeit mehrfach deutlich gemacht, daß seiner Auffassung nach die ‚causa Waldheim‘ immer mehr zu einer ‚causa Austriae‘ wird. Gefordert wird eine intensivere Beschäftigung mit der Vergangenheit von Österreich als Ganzem. Unter dem Einfluß, den der Weltkongreß im ganzen Fall auf die US-Regierung auszuüben vermochte, erfährt das Bild Österreichs auch in den USA eine Abwertung.“ Vgl. Referat 202, Bd. 140551.
Am 4. Juli 1988 informierte Botschafter Graf von Brühl, Wien, daß Waldheim eine Klage gegen den Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Bronfman, zurückgezogen habe: „Bronfman hatte vor einem Jahr in Budapest während einer Pressekonferenz angeblich behauptet, BP Waldheim sei ein ‚wesentliches Rädchen in der Nazi-Tötungsmaschinerie‘ gewesen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1040; Referat 202, Bd. 1405511.

Vertrag[4] als schlimm empfunden – doch der Vertrag von Saint Germain[5] sei viel schlechter gewesen. Weder am Ende des Ersten Weltkrieges noch in den 1930er Jahren, als Hitlers Schergen Dollfuß ermordeten, habe irgend jemand Österreich geholfen.

Dies habe psychologische Spuren hinterlassen. Und im Nachkriegs-Österreich sei die Entwicklung deshalb anders verlaufen als bei uns, nicht zuletzt gefördert von Bundeskanzler Kreisky.

Richtig sei jedoch, daß kein Land seiner Geschichte entgehen könne. Deutschland sei ein Paradebeispiel. Er – der Bundeskanzler – habe seit Kriegsende miterlebt, wie verschiedene Generationen unsere Geschichte unterschiedlich betrachteten. So habe zu Beginn der 1970er Jahre die Meinung vorgeherrscht, daß die Deutschen sich endgültig mit der Teilung abfinden und resignieren sollten.

Jetzt wachse eine neue Generation heran und stelle neu die Frage: „Was ist Deutschland?“ Dabei zeige sich, daß das Bewußtsein von der Einheit der Nation heute stärker denn je verankert sei (Exkurs: privater DDR-Besuch[6]).

Gleiches gelte für die NS-Zeit, den Holocaust: Die Sensibilität habe bei den jungen Leuten nicht ab-, sondern zugenommen. Dabei spiele heute ein neues Verhältnis des Menschen zum Leben, zur Natur eine Rolle, das man als wertkonservativ bezeichnen könne. Dieses Denken bedeute ein Ja zum Leben (Beispiele: Abtreibungsdiskussion, Rassismus in verschiedenen Ländern, Umwelt).

Insgesamt – so der Bundeskanzler weiter – sei dies eine positive Entwicklung.

In der praktischen Politik verfolge die Bundesrepublik Deutschland seit der ersten Regierungserklärung Konrad Adenauers[7] das Ziel, sich mit Freunden und Kriegsgegnern von gestern auszusöhnen und neue Partnerschaft und Freundschaft zu begründen, insbesondere mit Frankreich, Israel und Polen.

Die Aussöhnung mit Frankreich sei sowohl bei uns wie auch in Frankreich selbst sehr populär. Das gleiche gelte für Israel.

Mit Polen lägen die Dinge aus geschichtlichen Gründen viel komplizierter – dennoch wolle er auch hier vorankommen.

Auch hier könne er sich auf eine breite Zustimmung der Bevölkerung stützen (Exkurs: Kriegsrecht-Paketaktion[8]). Deshalb habe er General Jaruzelski bei der

4 Für den Wortlaut des Vertrags vom 28. Juni 1919 zwischen dem Deutschen Reich und den Alliierten und Assoziierten Mächten (Friedensvertrag von Versailles) vgl. REICHSGESETZBLATT 1919, S. 688–1349.

5 Für den Wortlaut des Vertrags vom 10. September 1919 zwischen Österreich und den Alliierten und Assoziierten Mächten (Friedensvertrag von Saint-Germain) vgl. STAATSGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1920, S. 995–1245.

6 Bundeskanzler Kohl reiste am 27. Mai 1988 zu einem dreitägigen Privatbesuch in die DDR. Vgl. dazu KOHL, Erinnerungen 1982–1990, S. 706–711.

7 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Adenauer vom 20. September 1949 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 1. WP, 5. Sitzung, S. 22–30.

8 Nach Ausrufung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember 1981 kam es in der Bundesrepublik zu zahlreichen Spendenaktionen. Die Deutsche Bundespost beförderte 1981 ca. 2 Mio. Pakete nach Polen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 214 vom 15. Januar 1982; Referat 214, Bd. 132938.
Mit Wirkung vom 8. Februar 1982 beschloß der Bundestag eine bis zum 30. Juni 1982 befristete Gebührenbefreiung von Paketen nach Polen Sie wurde für den Zeitraum vom 1. November bis 31. Dezember 1982 wiederholt. Dabei wurden 4,34 Mio. bzw. 3,7 Mio. Pakete befördert. Vgl. dazu die Aufzeichnung der Referate 214 und 421 vom 28. Februar 1983; Referat 411, Bd. 131173.

ersten Begegnung in Moskau[9] gesagt, daß die Zeit reif sei, ähnlich wie im deutsch-französischen und wie im deutsch-israelischen Verhältnis auch mit Polen zu einer neuen Grundlage der Beziehungen zu kommen. Dies werde auch von vielen polnischen Stimmen inzwischen so gesehen.

Dabei stelle sich eine Parallele zum Problem der Deutschstämmigen in der Sowjetunion: Auch in Polen wollten diese Menschen in ihrer angestammten Heimat bleiben, wenn man ihnen nur erlauben würde, zuweilen eine deutsche Messe zu hören, deutsche Zeitungen und Bücher zu lesen, ihre Sprache und Kultur zu pflegen (Beispiel: Ungarn) – dies würde ein großes Potential der Verbitterung wegwischen.

Bronfman wirft ein, Polen wolle offensichtlich mehr als die Hand der Deutschen.

Der *Bundeskanzler* pflichtet bei.

Bronfman betont, auch er sei zur Aussöhnung bereit und wolle sie insbesondere mit Österreich. Dazu würde er jede Gelegenheit begrüßen.

Im übrigen könne er nur unterstreichen, was der Bundeskanzler über die Umwelt gesagt habe: Sauberes Wasser, saubere Luft, Respekt für das Leben seien eine Fortentwicklung der Menschenrechte.

Auf Frage des Bundeskanzlers nach seinen Erwartungen hinsichtlich der DDR erwidert Bronfman, es sei noch kein Datum für Gespräche festgelegt worden.[10] Die DDR verknüpfe mit ihren Angeboten Bedingungen, die er nicht akzeptieren könne (Handelskonzessionen seitens der USA). Dabei gehe es um die längst überfällige Tatsache, daß die DDR ihr Schuldempfinden in Form von Zahlungen an die, die gelitten haben, ausdrücke.

Folgt Meinungsaustausch über Zahl und Lage der Juden in der DDR und in Polen, an dem sich Generalsekretär *Singer* und Vorsitzender *Galinski* beteiligen.

Bronfman sieht spürbare Verbesserungen, vor allem in Polen. General Jaruzelski sei mit Juden aufgewachsen und hege für sie warme Gefühle. Der Großteil der Juden (insgesamt 9000) wohne in Warschau und entwickele ein intensives Gemeindeleben. Probleme gebe es mit Friedhöfen, auch die finanzielle Lage sei schwierig, aber man helfe von auswärts.

Demgegenüber sei die Lage der Juden in Ungarn (etwa 100 000) recht gut.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, daß dies ins Bild der ungarischen Minderheitenpolitik passe, die erlaubt habe, auch mit uns ein Abkommen über die Betreuung der Ungarndeutschen[11] zu schließen, der erste derartige Vertrag zwischen uns und einem Land des Warschauer Pakts.

Der Bundeskanzler fragt, wie sich heute in Polen das Verhältnis der katholischen Kirche zu den jüdischen Gemeinden stelle.

9 Bundeskanzler Kohl traf im Rahmen seines Aufenthalts vom 12. bis 14. März 1985 anläßlich der Trauerfeierlichkeiten für den am 10. März 1985 verstorbenen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, mit Ministerpräsident Jaruzelski in Moskau zusammen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann vom 15. März 1985; VS-Bd. 11311 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

10 Zur Frage von Entschädigungsleistungen der DDR an jüdische Organisationen vgl. Dok. 29.

11 Zur Erklärung „zur Förderung der deutschen Nationalität in der Ungarischen Volksrepublik bzw. Förderung der deutschen Sprache im allgemeinen“ vgl. Dok. 170, Anm. 9.

Bronfman weist auf fortbestehende Spannungen hin, jedoch seien sie durch Verdienst der Regierung abgebaut worden.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß die Haltung der polnischen katholischen Kirche Teil unserer Schwierigkeit sei, mehr für die Deutschstämmigen zu tun. Dabei gebe es gerade zwischen seiner Partei, die die Tradition des Zentrums fortsetze, große historische Verbindung zu den polnischen Katholiken.

Im übrigen habe B. Recht: Polen wolle von uns viel Geld – und die gebotene Gegenleistung stehe in keinem Verhältnis. Hier gehe es insbesondere auch um Durchsetzung der Menschenrechte und nicht zuletzt der Religionsfreiheit.

Bronfman lobt, daß der Bundeskanzler im Dialog mit Osteuropa die Frage der Menschenrechte breit anspreche.

Richtig sei leider, daß die Welt rassistischer sei, als sie sein sollte. Er habe mit seinen Mitarbeitern Pläne entwickelt, hiergegen verstärkt anzukämpfen.

Der *Bundeskanzler* bekräftigt die im Vier-Augen-Gespräch getroffene Abrede, daß AL 2[12] vor der Moskau-Reise[13] mit B. erneut Kontakt aufnimmt, um zur Lage der Juden in der Sowjetunion den neuesten Stand zu erfahren.

Es komme darauf an, sich hierbei geschickt die Bälle zuzuspielen. Für die Juden in der Sowjetunion werde es nützlich sein, wenn er – der Bundeskanzler – GS Gorbatschow sage, daß er die Bemühungen des Jüdischen Weltkongresses unterstütze. Für uns Deutsche sei nützlich, wenn B. in bestimmten Ländern auch für die Deutschen und Deutschstämmigen ein gutes Wort einlege.

Der Bundeskanzler schildert die Lage der Rumäniendeutschen, die in katastrophalen Verhältnissen lebten und zum größten Teil zu uns ausreisen wollten. Dafür lasse sich das Regime seit zehn Jahren viel Geld zahlen[14] („moderner Menschenhandel") – er selbst würde die jährlichen Ausreisequoten gern erhöhen.

Die Bundesrepublik Deutschland habe in den letzten vier Jahren rd. 500 000 Aussiedler aus der Sowjetunion, aus Polen und aus Rumänien aufgenommen – nun müsse er seinen Landsleuten ganz klarmachen, daß auf sie hier größere Verantwortung zukomme. Schließlich habe die Nachkriegsgeneration es geschafft, 12,5 Mio. Flüchtlinge und Vertriebene aufzunehmen, 150 Mrd. DM Lastenausgleich und 100 Mrd. DM Wiedergutmachung zu zahlen.

Bronfman berichtet von einem Besuch Bukarests vor wenigen Wochen. Das Regierungsviertel gleiche einer riesigen Baustelle, Staatspräsident Ceauşescu lasse ganze Viertel abreißen, um ein neues Regierungszentrum zu bauen. Nach seinem Eindruck sei Ceauşescu verrückt. Ein weiteres Problem sei, daß niemand wage, ihm die Wahrheit zu sagen. Eine Bewegung, ihn los zu werden, sei nicht zu

12 Horst Teltschik.

13 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

14 Die Bundesrepublik und Rumänien trafen erstmals 1973 Absprachen über die Ausreise von Deutschstämmigen aus Rumänien gegen finanzielle Leistungen der Bundesregierung. Am 7. Januar 1978 folgte eine auf fünf Jahre angelegte Vereinbarung, die durch eine weitere Übereinkunft vom 24. März 1981 bis 30. Juni 1983 fortgeschrieben wurde. Eine Vereinbarung vom 20./21. Mai 1983 regelte den Zeitraum vom 1. Juli 1983 bis 30. Juni 1988. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 11, AAPD 1981, I, Dok. 101 und AAPD 1983, I, Dok. 182. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, II, Dok. 334.
Zur Neuregelung der Vereinbarung vgl. Dok. 226 und Dok. 279.

spüren. Andererseits müsse man sich fragen, wie lange das Volk sich noch mit diesen Bedingungen abfinden werde.

Der *Bundeskanzler* antwortet, man möge sich über die Lebenszeit von Diktaturen nicht täuschen. Größter Fehler der Demokratien sei es, die Leidensfähigkeit eines Volkes zu unterschätzen. Dies habe sich im Dritten Reich und im Zweiten Weltkrieg immer wieder erwiesen. Noch sei Ceauşescu in Rumänien allmächtig und sei Mittelpunkt eines absurden Personenkults.

Bronfman verabschiedet sich mit herzlichem Dank für das lange, gute Gespräch und hofft auf baldige Fortsetzung.

Gesprächsteilnehmer: vergleiche beiliegende Liste.[15]

Ende des Gesprächs: 18.35 Uhr.

Referat 204, Bd. 160053

206

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Beck

201-363.31 HLG-788/88 geheim **14. Juli 1988**

Betr.: Entwurf einer HLG-Studie über „die Rolle von SNF für die Implementierbarkeit der NATO-Strategie“[1]

I. Zum Inhalt der Studie

1) Die Studie ist das erste Bündnispapier überhaupt, das ausführlich die Rolle der SNF (Artillerie und Lance) in der Bündnisstrategie untersucht. Sie ist insofern auch eine wichtige Vorarbeit für das Gesamtkonzept entsprechend dem Auftrag von Reykjavik[2]. Bisher wurden lediglich die Aufgaben weiterreichender

15 Dem Vorgang beigefügt. Für die Teilnehmerliste vgl. Referat 204, Bd. 160053.

1 Für den Entwurf „The Role of Short-Range Nuclear Forces in the Implementation of NATO Strategy“ vgl. VS-Bd. 12135 (201).
In einer ergänzenden Aufzeichnung vom 14. Juli 1988 an Staatssekretär Sudhoff teilte Vortragender Legationsrat Gröning mit: „Es wird vorgeschlagen, daß StS telefonisch StS Rühl folgendes mitteilt: Die HLG-Arbeit muß strikter politischer Kontrolle unterworfen bleiben und darf nicht der politischen Entscheidungslage vorauseilen. Dies muß HLG auch bei der Erörterung der Studie ‚über die Rolle von SNF für die Implementierbarkeit der NATO-Strategie‘ beachten.“ Es sei vorgesehen, den Entwurf in der Sitzung der High Level Group (HLG) der NATO am 19. Juli 1988 in Brüssel zu erörtern. Der Auftrag zur Erstellung der Studie gehe auf ein Mandat der Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. April 1988 in Brüssel zurück: „Die eigentliche ‚drafting session‘ ist erst für die HLG-Sitzung im September vorgesehen, für die der HLG-Vorsitzende auf der Grundlage der Diskussion am 19.7. und weiterer nationaler Beiträge einen überarbeiteten Entwurf vorlegen wird.“ Vgl. VS-Bd. 12135 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

2 Vgl. dazu die Ziffern 7 und 8 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f.

Systeme (in den GPG[3]) ausführlich definiert. Das vorliegende Papier prüft Rolle und Beitrag der SNF in der Strategie

– zur Abschreckung (pre-war deterrence),
– zum selektiven Einsatz (intra-war deterrence),
– zur „allgemeinen nuklearen Reaktion“ (GNR[4]).

Es kommt zum Ergebnis: SNF leisten einen wichtigen Beitrag zur Hauptaufgabe der Strategie, nämlich der Abschreckung; SNF (insbesondere bodengestützte SNF-Raketen größerer Reichweite) können für den Selektiveinsatz geeignet sein, weniger aber für den Ersteinsatz; SNF sind ein wesentliches Element für die „allgemeine nukleare Reaktion“.

2) Im einzelnen

Das Rückgrat der Abschreckung sei zwar die weiterreichendere Bedrohung von vitalen Zielen der SU und des WP, ihre Glaubwürdigkeit hänge aber auch von der Aufrechterhaltung von Fähigkeiten im engeren und erweiterten Gefechtsfeldbereich ab (Ziff. 22). Die (pre-war) Abschreckung erfordere daher SNF kürzerer und längerer Reichweite (Ziff. 23).

Der Abschreckungswert liege in der traditionellen Aufgabe der SNF (Ziff. 20):

– nämlich mittels der Fähigkeit zu vernichtenden Schlägen gegen Streitkräfte im Gefechtsfeldbereich, gegen Folgestaffeln und Nachschubwege, die Auflockerung gegnerischer Streitkräfte zu erzwingen und damit einen schnellen Vorstoß zu erschweren;
– dem WP die Zuversicht zu nehmen, durch überlegene Streitkräfte einer nuklearen Eskalation zuvorzukommen;
– den WP vor dem Einsatz seiner nuklearen Gefechtsfeldwaffen abzuschrecken.

Die Studie bewertet die Eignung der SNF für den selektiven Einsatz etwas zurückhaltender. Danach „könnte“ der Selektiveinsatz von SNF in Verbindung mit Selektiveinsätzen gegen feste Ziele im WP für die Erreichung der NATO-Zielsetzungen relevant sein, indem er über den militärischen Zweck hinaus die politische Entschlossenheit der NATO signalisiere, das Momentum eines Angriffs zu stoppen (Ziff. 26). Für den Ersteinsatz seien SNF aber wegen ihres weniger direkten politischen Zwecks weniger geeignet. Zweifelhaft sei besonders die Eignung der Nuklearartillerie mit ihrer Kriegsführungsidentifikation und den bei ihrem Einsatz auf eigenem Territorium verbundenen Kosten und Risiken (Ziff. 27). Die Planung eines Selektiveinsatzes mit Nuklearartillerie werde auch erschwert durch das Risiko, daß sie im Krieg überrannt werden könnte, und durch das Problem langwieriger politischer Konsultationsprozeduren bei sich schnell verändernder Gefechtsfeldlage. Unterstrichen wird die Bedeutung des vollen Spektrums der SNF (Kurzstreckenraketen und Nuklearartillerie) für die Direktverteidigung (Reaktion auf gleicher Ebene – Ziff. 28 bis 30). Der Einsatz von SNF als Antwort auf einen vorausgegangenen gegnerischen Einsatz von SNF (Direkt-

3 Die auf der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) am 21./22. Oktober 1986 in Gleneagles verabschiedeten General Political Guidelines (GPG) der NATO regelten das Vorgehen beim Nuklearwaffeneinsatz innerhalb einer Bandbreite vom Erstschlag bis zum nuklearen Vergeltungsschlag im Rahmen der Strategie der „flexible response“. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 178, und AAPD 1986, II, Dok. 229, Dok. 246 und Dok. 302.

4 General Nuclear Reaction.

verteidigung) soll WP davon abhalten, die durch seinen SNF-Einsatz erzielten Vorteile auszunützen.

Der Beitrag der SNF zur „allgemeinen nuklearen Reaktion" wird darin gesehen, daß SNF-Einsätze gegen gegnerische Gefechtsfeldoptionen Willen und Fähigkeit des Gegners zur Fortsetzung des Krieges zerstören sollen. SNF-Einsätze würden dabei gleichzeitig mit Einsätzen des Nuklearpotentials in und für Europa und strategischer Systeme erfolgen.

3) Die Studie zieht in Ziff. 40 aus den vorausgegangenen Überlegungen folgende prinzipielle Schlußfolgerungen für die Zusammensetzung des Nuklearpotentials (detaillierte Vorschläge zur SNF-Zusammensetzung sind Aufgabe SACEURs in seiner NWRS '88[5]):

– Das Erfordernis einer SNF-Komponente des NATO-Nuklearpotentials in und für Europa bleibe bestehen.
– Konventionelle Fähigkeiten könnten SNF-Erfordernisse reduzieren, aber ihren Abschreckungswert nicht ersetzen.
– Die „Haupt-SNF-Komponente der NATO sollte eine breit (widely deployed) dislozierte LANCE-Nachfolge maximaler Reichweite innerhalb technischer, finanzieller und politischer Beschränkungen sein, um Ziele im WP-Gefechtsfeld und mit diesem verbundene Ziele tief im WP-Gebiet unter Risiko zu halten".
– Nuklearartillerie werde weiterhin als wesentliches Abschreckungselement erforderlich bleiben, um die Angriffsstaffeln des WP unter Risiko zu halten und als sichtbarer Ausdruck der Vorneverteidigung und des Zusammenhalts der Allianz; politische und praktische Einsatzbeschränkungen begrenzten ihre Eignung, sie sei aber eine wichtige Option für die Direktverteidigung.
– Entwicklungen des Nuklearpotentials in und für Europa sollten die Notwendigkeit berücksichtigen, die Bedrohung der WP-Streitkräfte tief in ihr Territorium auszudehnen. Es solle daher größere Betonung auf eine breit dislozierte Lance-Nachfolge mit ausreichender Reichweite gelegt werden; Artillerie sollte modernisiert und anteilsmäßig reduziert werden, um die größere Bedeutung von Systemen größerer Reichweite zu reflektieren.

II. Bewertung der Studie

Die Studie arbeitet insbesondere die (pre-war) Abschreckungsrolle der SNF heraus, die aufgrund ihrer technischen Charakteristika (Überlebensfähigkeit, Flexibilität, Eindringfähigkeit, Zielgenauigkeit) nicht vollständig durch andere Systeme substituiert werden könnten. Es wird deutlich, das für die Abschreckung ein Bündel nuklearer Optionen erforderlich ist, das nicht maßgeblich von der Zahl gleicher gegnerischer Optionen, sondern von Strategieerfordernissen abhängt.

Die stark militärstrategisch orientierte Argumentation tendiert dabei zu einer möglichst großen Zahl von Optionen. Dennoch sind die für die politische Funktion von SNF vorgebrachten Argumente gewichtig.

Obwohl der Inhalt und das bisherige Ergebnis der Studie von US-Interessen (Betonung Lance-Nachfolge) mitbestimmt werden, werden ebenso die Nachteile der SNF (Kriegsführungscharakter, Selbstabschreckung) klar aufgezeigt und

5 Nuclear Weapons Requirement Study 1988.

hinsichtlich der begrenzten Eignung der SNF für den Selektiveinsatz und besonders den Ersteinsatz in Rechnung gestellt.

Der vorliegende Entwurf der Studie basiert auf Beiträgen des BMVg in Zusammenarbeit mit britischen und amerikanischen Kollegen. AA-Anliegen sind teilweise bereits im Entwurf enthalten bzw. in Änderungsvorschlägen mit BMVg abgestimmt worden.

So soll in der Einleitung klar auf die Außenminister-Erklärung von Reykjavik Ziff. 7 Bezug genommen werden. In die Prüfung soll einbezogen werden, welche Auswirkungen konventionelle Stabilität auf die Rolle der SNF hat. Der Begriff „TNF", bei dem sich „theatre" nur mit „Kriegsschauplatz" übersetzen läßt, soll im Papier durch „nuclear forces in and for Europe" oder „NATO's nuclear forces" ersetzt werden. BMVg scheint bereit zu sein, künftig den im Bündnis inzwischen gebräuchlichen Begriff „SNF" zu akzeptieren. Damit muß auch Identifikation der Kurzstreckenwaffen mit Gefechtsfeldwaffen aufgelöst werden. Statt von „erweitertem Gefechtsfeld" sollte daher anderer Begriff (z. B. „beyond the battlefield") gewählt werden. Bei Lance und Nuklearartillerie sollen Abweichungen von öffentlichen SKV-Zahlen[6] vermieden bzw. erklärt werden (bei Ziff. 1 Lance bereits korrigiert; nicht bei Ziff. 14 Nuklearartillerie). Bei den in Ziff. 23 genannten Reichweitenbeschränkungen einer Lance-Nachfolge soll nicht von „political factors", sondern von „limits imposed by INF Treaty" gesprochen werden.[7]

Josef Beck

VS-Bd. 12135 (201)

6 Streitkräftevergleich-Zahlen.

7 Vortragender Legationsrat Gröning legte am 20. Juli 1988 dar, daß die Erörterung der Studie in der Sitzung der High Level Group (HLG) der NATO am Vortag in Brüssel folgende Ergebnisse gebracht habe: „Allgemeine Übereinstimmung: Guter Entwurf, konsensfähig, teilweise ergänzungsbedürftig (mit etwas anderen Akzenten). Erste allgemeine Diskussion und Bewertung; kein Drafting. Weiteres Prozedere: Übermittlung nationaler Beiträge/Vorschläge/Änderungswünsche an HLG-Vorsitz bis ca. 26.7.; auf dieser Basis zweiter Entwurf durch HLG-Stab; weitere nationale Vorschläge bis Ende August; dritter Entwurf durch Stab im September zur HLG-Sitzung 19. bis 22.9. in Seattle (vorher zirkuliert); HLG Seattle: Drafting (ein bis zwei Durchgänge); falls erforderlich, weitere HLG-Sitzung vor NPG-Sitzung; Vorlage bei NPG-Sitzung 27./28.10., anschließend Zuleitung an SHAPE […] und NATO-Rat". VS-Bd. 12130 (201); B 150, Aktenkopien 1988.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher informierte am 13. September 1988: „Der nach der eingehenden Aussprache in der HLG-Sitzung vom 19.7. von den USA zirkulierte vorliegende Entwurf […] weist gegenüber dem US-Ausgangspapier eine Reihe von Verbesserungen auf, die wir gegenüber dem BMVg angeregt hatten und die von dort an die USA weitergegeben worden waren. So ist z. B. ein Kapitel, das sich mit den östlichen SNF-Systemen befaßt, aufgenommen worden, der Beitrag der SNF zur Abschreckung wird differenzierter untersucht, der Begriff ‚Theatre Nuclear Forces' wird mit Ausnahme einer Stelle, die auf die GPG Bezug nimmt, vermieden […]." Zentrales Anliegen des Auswärtigen Amts sei es, daß die Aussagen der Studie „zukünftige politische Entscheidungen im Bündnis und in den Mitgliedstaaten nicht vorwegnehmen oder präjudizieren". Dem trügen die Schlußfolgerungen der Studie aber „mit ihrer eindeutigen Modernisierungsaussage bislang nicht Rechnung". Vgl. VS-Bd. 12135 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

207

Botschafter Hartmann, Wien (KRK-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-13510/88 geheim **Aufgabe: 14. Juli 1988, 18.20 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1110 **Ankunft: 14. Juli 1988, 18.28 Uhr**
Citissime

Betr.: KRK;
hier: Aktuelle Lage bei Dual-Capable- und bei Area-Frage

Bezug: DB 2166 vom 12.7.88 aus Moskau – Pol 376.00 VS-NfD[2]

Zur Unterrichtung

1) Wiederholt hat US-DL in jüngster Zeit innerhalb der 16 und der Fünf sein Verständnis des Begriffs „nuclear weapons" angesprochen; wenn dabei über die Gefechtsköpfe hinaus auch Trägersysteme eingeschlossen würden, untergrabe dies die Washingtoner Formulierung[3]; dieses sei allenfalls mit der Interpretation „weapons = warheads" für die Sowjets akzeptabel zu machen.[4] Dies ist eine Reaktion darauf, daß Paganon und ich den Caucus über ein Gespräch mit Tatarnikow am 4.7. unterrichtet haben, in dem wir erklärten, daß der SU-Ansatz, zwischen „nuclear charges" und „conventional elements" von DC-Systemen zu unterscheiden, nicht Grundlage einer Einigung sein könne[5]; dem stimmt Ledogar zu.

1 Das Fernschreiben wurde von Legationsrat Hoffmann und Oberst i.G. Pickert, beide Wien, konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat Gruber am 15. Juli 1988 vorgelegen.

2 Für den Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Neubert, Moskau, vgl. Referat 213, Bd. 143587. Für einen Auszug vgl. Anm. 12.

3 Zu der am 14. Juni 1988 in Washington vereinbarten Formulierung zur Einbeziehung von zweifach verwendbaren Systemen vgl. Dok. 138, Anm. 21.

4 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofstetter notierte am 28. Juli 1988, die am 14. Juni 1988 in Washington gebilligte Formulierung sei der sowjetischen Delegation bei den KRK-Mandatsverhandlungen in Wien am 7. Juli 1988 übergeben worden. Der Entwurf habe folgenden Passus enthalten: „Nuclear weapons will not be and will not become subject to negotiations". Ein von der UdSSR am 25. Juli 1988 vorgelegter Gegenvorschlag habe an dieser Stelle gelautet: „Nuclear charges are not included in the negotiations". Hofstetter fuhr fort: „Das russische Wort für ‚charges' ist gleichbedeutend mit ‚Munition'. […] Hinter US-Haltung steckt folgender Gedanke: ‚Nuclear charges'-Formel läßt Umkehrschluß zu, daß alle DC-Trägermittel – Artillerie, Flugzeuge und Raketen – in den Anwendungsbereich der KRK fallen. Damit wären Kurzstreckenraketen rüstungskontrollpolitisch erfaßt; für bilaterale Verhandlungen, wie im Kommuniqué von Reykjavik vorgesehen, bestände kein Bedürfnis mehr. In KRK würde dann argumentiert, daß Raketen nicht am Anfang des Reduzierungsprozesses stehen könnten, sondern erst später. Dies liefe auf bekannte Formel hinaus: Zuerst konventionelle Stabilität, dann eventuell Reduzierung der Raketen. Also: Brandmauer in neuer Gestalt. […] Unterscheidung zwischen ‚charges' und ‚Trägern' liegt im sowjetischen Interesse. Wenn nur ‚charges' von KRK ausgeschlossen werden, kann SU e contrario argumentieren, alle DC-Träger seien Gegenstand der KRK-Verhandlungen. Da SU weiß, daß US, F und GB keine separaten Verhandlungen über Kurzstreckenraketen wollen, ist die Einbeziehung der Träger, also auch der Raketen, für sie eine Option auf dem Wege zu ihrem Ziel, Nuklearsysteme in Europa abzubauen. Außerdem will SU auf jeden Fall sicherstellen, daß alle Flugzeuge – einschließlich der nuklearfähigen – einbezogen sind." Vgl. Referat 221, Bd. 144814.

5 Der Passus „‚nuclear charges' und … Einigung sein könne" wurde von Vortragendem Legationsrat Gruber hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

An der o. a. Erklärung von Ledogar hat sich im Caucus mehrfach eine Diskussion entzündet, wobei ich und andere darauf verwiesen haben, daß der Satz des Mandatsentwurfs „Nuclear weapons will not be and will not become subject to negotiation" bewußt mehrdeutig gehalten sei und nicht im Sinne von Ledogar interpretiert werden könne.

Aufgrund meiner Teilnahme an den HLTF-Sitzungen, die zum Intra-Alliance Understanding[6] führten, schließe ich aber nicht aus, daß US damals erklärt haben, für sie seien „weapons"="warheads", daß sie sich jedoch zur Erreichung der Einigung auf das Intra-Alliance Understanding anderen Interpretationen nicht widersetzen wollten.

2) Wie in Berichterstattung der Delegation ausgeführt, besteht unter den Fünf Übereinstimmung, daß die Washingtoner Formel für SU so nicht akzeptabel ist.[7] Es wird daher darauf ankommen, sie in naher Zukunft weiterzuentwickeln, was – zumindest nach Auffassung von Paganon und mir – schon aus Zeitgründen unter den Wiener Fünf geschehen sollte. Daher ist es wichtig, sich die Basis-Positionen der wesentlichen Partner zu vergegenwärtigen:

– Für US sind alle Dual-Capable-Systeme eingeschlossen[8]; dies ergibt sich klar aus der Kaschlew-Ledogar-Formel von Mitte Mai 1988[9]. US sind der Meinung, daß der Westen trotzdem nicht gezwungen sei, in den Verhandlungen alle Dual-Capable-Systeme zu behandeln. Sie halten es für möglich, bei Missiles eine Haltung wie bei den Forward Based Systems einzunehmen bzw. ggfs. auf andere Verhandlungsforen zu verweisen. US sind – wie wir – dezidiert der Auffassung, daß Flugzeuge (nach Maßgabe des Intra-Alliance Understandings) in den Verhandlungen behandelt werden müssen. Ein KRK-Abkommen ohne Einbeziehung von Flugzeugen ist nach US-Ansicht unrealistisch.
– UK und F wollen – nach dem Kerngedanken der Washingtoner Formel, daß Dual Capability nicht Kriterium des Ein- oder Ausschlusses sein darf – letztlich im Mandat offenhalten, welche DC-Systeme Gegenstand der Verhandlungen

6 Die High Level Task Force der NATO billigte am 16. Juli 1987 den Entwurf eines Mandats für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa, der am 27. Juli 1987 eingebracht wurde, sowie das Positionspapier „Intra-Alliance Understandings". Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 216. Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde faßte den Inhalt des Papiers „Intra-Alliance Understandings" am 14. März 1988 zusammen. Für die Aufzeichnung vgl. VS-Bd. 12269 (221); Aktenkopien 1988.

7 Botschafter Hartmann, Wien (KRK-Delegation), berichtete am 7. Juli 1988 von der Übergabe der am 14. Juni 1988 in Washington gebilligten Formulierung zur Berücksichtigung der zweifach verwendbaren Waffensysteme: „Sowjetische Reaktion war zwar zur Tatsache der Vorlage des neuen Textvorschlages positiv, aber äußerst kritisch zu dessen Substanz. Kaschlew und Tatarnikow äußerten sich in z. T. harten Formulierungen völlig ablehnend gegenüber der Formulierung, die Tatsache der Mehrfachverwendbarkeit von Waffen ‚shall not be a relevant criterion for their inclusion in the negotiations'. Sie machten deutlich, daß sie stattdessen Kaschlew-Ledogar-Formel (diese Waffen ‚will not be singled out' oder ‚not be addressed separately') akzeptieren könnten. Alternativ schlugen sie vor, den Mandatstext auf die Aussage zu beschränken, daß die konventionellen Streitkräfte einschließlich ihrer Bewaffnung und Ausrüstung Gegenstand der Verhandlungen seien, und die nuklearen und sonstigen Ausschlüsse aus dem Mandatstext selbst zu verbannen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1067/1068; VS-Bd. 13487 (212); B 150, Aktenkopien 1988.

8 Die Wörter „alle Dual-Capable-Systeme eingeschlossen" wurden von Vortragendem Legationsrat Gruber hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Auch Raketen?"

9 Für den Textvorschlag des Leiters der amerikanischen KRK-Delegation, Ledogar, und des Leiters der sowjetischen KRK-Delegation, Kaschlew, zur Berücksichtigung der zweifach verwendbaren Waffensysteme vgl. Dok. 152, Anm. 16.

sind und welche nicht. Daher sind sie mit einer Formel, die lediglich eine separate Behandlung der DC-Systeme ausschließt, nicht einverstanden, weil diese Formel auf dem Einschluß der DC-Systeme in die Verhandlungen beruht. Außerdem gibt es ein semantisches Problem. Die Formel verbietet zwar, daß die Gruppe der Dual-Capable-Systeme in ihrer Gesamtheit angesprochen wird, nicht aber, daß einzelne Systeme, z. B. die nuklearfähigen Tornados, als solche angesprochen werden.

– In der Sache geht es F um den Ausschluß von nuklearen Raketen mit einer marginalen oder theoretischen konventionellen Fähigkeit wie Pluton, Hades sowie der Flugzeugtypen Mirage III und vermutlich Jaguar.
– UK steht unter Weisung, die britischen Lance aus den Verhandlungen herauszuhalten, da für diese nur nukleare GK existieren. UK-Delegation hat London darauf hingewiesen, daß dies wegen der US- und GER-Lance, für die es konventionelle GK gibt, nicht durchzuhalten sein würde.
– Wir prozedieren auf der Basis, daß Gefechtsköpfe und rein nukleare Systeme aus den Verhandlungen ausgeschlossen sein müssen und daß die Möglichkeit von SNF-Verhandlungen gemäß Reykjavik-Kommuniqué[10] offengehalten werden muß. Diese Möglichkeiten sind sicherlich durch die Washingtoner Formel abgedeckt. Aus Sicht der Delegation bedeutet aber auch die US-Auffassung, wonach DC-Systeme grundsätzlich eingeschlossen sind, keine Präjudizierung. Entscheidend ist, daß sich das Bündnis zu einer Entscheidung über SNF-Verhandlungen durchringt; dann können wir immer darauf verweisen, daß über diese Kategorie von DC-Systemen in einem anderen Forum verhandelt werden soll.

Bedenklich wäre es allerdings, wenn – wie dies in der Kaschlew-Ledogar-Formel der Fall ist – im Mandat Ansatzpunkte im Sinne des sowjetischen Vorschlags vom Januar mit seiner Unterscheidung zwischen „konventionellen“ und „nuklearen“ Elementen von DC-Systemen[11] geschaffen würden. Wenn ausdrücklich weapons = warheads ausgeschlossen werden, DC-Systeme im übrigen aber eingeschlossen sind, fällt es erheblich schwerer, für bestimmte DC-Systeme – nämlich SNF – separate Verhandlungen zu verlangen.

3) Die französische Haltung ist aufgrund der Berichterstattung Paganons und der Moskauer Gespräche d'Abovilles in Bewegung geraten. Nicht zutreffend ist

10 Vgl. dazu die Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 174.

11 Brigadegeneral Schmidbauer, Wien (KRK-Delegation), berichtete am 1. Februar 1988, daß der Leiter der sowjetischen KRK-Delegation, Kaschlew, am selben Tag ausgeführt habe, es könne niemand bestreiten, „daß in einem Überraschungsangriffsszenario Schläge mit konventionell und nuklear bestückten Flugzeugen, Artillerie und Raketen eine wesentliche Rolle spielen würden. Logisch wäre es daher, Reduzierungen von Trägern und Gefechtsköpfen anzuvisieren. Der WP sei gleichwohl bereit, die westliche Weigerung, über die nukleare Komponente zu sprechen, in Rechnung zu stellen. AM Schewardnadse habe daher in Bonn vorgeschlagen, daß KRK-Verhandlungen auf der Basis eines Mandats aufgenommen würden, das Dual-Capable Systeme einbeziehe, wobei die auf deren nukleare Komponente sich beziehenden Aspekte separat erörtert würden. In diesem Sinne sei die SU für einen Ausschluß der nuklearen Komponente, vorausgesetzt, daß die doppelt verwendbaren Trägersysteme als integraler Bestandteil des ‚scope' im Mandat genannt würden. Die zukünftigen Verhandlungen würden nicht auf die vollständige Eliminierung der Dual-Capable Systems abzielen, sondern auf deren Reduzierung i. S. der Herstellung eines Gleichgewichts auf niedrigerem Niveau.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 123; Referat 213, Bd. 143587.

aber die im Bezugsbericht d'Aboville unterstellte Bewertung der von Karpow in Moskau präsentierten Formel.[12] F ist weder bereit, von der Einbeziehung „aller" konventionellen Waffen zu sprechen („toutes les forces conventionelles"), noch von dem Washingtoner Kriterienansatz abzugehen. F erwägt vielmehr, unter Nutzung eines Teils der Karpow-Formel („indépendamment du fait que"), folgende Lösung: „Provided that the other criteria are met the forces to be addressed shall be the conventional armed forces which include conventional armaments and equipment irrespective of their other capabilities". Dazu soll – zunächst als Fußnote – vorgeschlagen werden: „In this context it is understood that the fact that conventional armaments may have other capabilities is not a relevant criterion to modify the scope of the negotiation."

Paganon erwartet dazu stündlich Weisung. F sei gewillt, sich jetzt sehr rasch zu bewegen. D'Aboville habe den Eindruck, daß dies auf das Élysée zurückgehe: Mitterrand habe großes Interesse an baldiger Beendigung des Mandats und Aufnahme der KRK-Verhandlungen.

4) Allerdings dürfte eine Einigung (das ist auch Meinung Paganons) mit der SU letztlich nur erreichbar sein, wenn der SU gleichzeitig konkret gesagt wird, welche Waffen mit einer wie immer gearteten Formel aus KRK ausgeschlossen werden sollen. Undurchsichtige Formeln, die diese Frage letztlich in der Schwebe halten, werden bei der SU auf erhebliches Mißtrauen und damit Ablehnung stoßen. In diesem Sinne habe ich gestern Tatarnikow gesagt, eine Lösung setze m. E. voraus:

– Offenbleiben der Möglichkeit, Raketen in einem anderen Forum zu behandeln,
– nukleare Systeme mit marginalen konventionellen Fähigkeiten, insbesondere bestimmte Raketen, dürften bei KRK nicht behandelt werden.

Tatarnikow reagierte auf beide Punkte zustimmend.

5) Ein die Lösung der DC-Frage komplizierendes Element ist das Area-Problem.[13] Hier hat türkischer DL Özgül mir erklärt, TUR werde Konsens zur Lösung der DC-Frage verweigern, wenn Area-Frage nicht in gleichem Zusammenhang gelöst würde.

Bei der Area-Frage wird viel davon abhängen, welche konkreten Vorschläge türkischer DL, der sich gegenwärtig in Ankara aufhält, vorlegen wird, bzw. inwieweit TUR zu Flexibilität bereit ist.[14] Davon wird abhängen, inwieweit in beiden

[12] Botschaftsrat I. Klasse Neubert, Moskau, übermittelte am 12. Juli 1988 Informationen der französischen Botschaft über die Gespräche des Unterabteilungsleiters im französischen Außenministerium, d'Aboville, im sowjetischen Außenministerium am Vortag: „F sagte, man habe nicht über Formulierungen ‚verhandelt', am Ende der ‚Diskussionen' habe Karpow aber diese in einer Formulierung zusammengefaßt, die lautet: ‚Les négociations porteront, en conformité avec les critères agréés figurant dans le mandat, sur toutes les forces conventionelles, les armements et equipements conventionels, indépendamment du fait qu'ils possèdent une autre capacité'. Erste Reaktion d'Abovilles sei nicht negativ gewesen, weil ‚Karpow-Formel' Vorzug habe, direkt auf Mandats-Kriterien Bezug zu nehmen (und damit zusätzliche Definitionen überflüssig mache) und keine ausdrückliche Erwähnung ‚nuklearer' Fähigkeiten zu enthalten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2166; Referat 213, Bd. 143587.

[13] Zur Frage des geographischen Anwendungsbereichs im Mandat für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 138, Anm. 18.

[14] Am 18. Juli 1988 teilte Botschafter Hartmann, Wien (KRK-Verhandlungen), mit, daß ihm der Leiter der türkischen KRK-Delegation, Özgül, nach seiner Rückkehr aus Ankara folgende türkische Position dargelegt habe: „Die SU solle zunächst anerkennen, daß beide Staaten nicht in einer vergleichbaren strategischen Position seien und daß deshalb ein unterschiedlicher Ansatz gerechtfertigt sei. Nach

Fragen noch bis Ende Juli Fortschritte erzielbar sind. Druck auf die Türkei wird eher kontraproduzent sein und dürfte nur zu einer Verhärtung der türkischen Haltung gegenüber KRK führen. Tatarnikow gegenüber habe ich in dem oben genannten Gespräch gesagt, daß für den Westen eine Verschiebung der Lösung der Area-Frage auf die zukünftigen Verhandlungen – für die der Osten neuerdings wieder plädiert – ebensowenig in Frage kommen könne, wie es für SU inakzeptabel sei, die Lösung der DC-Frage auf eigentliche Verhandlungen zu verschieben. Die Verbündeten seien bemüht, daß TUR eine faire Lösung suche, müßten aber auf türkische Interessenlage ebenso Rücksicht nehmen, wie dies SU gegenüber BUL tue.

Tatarnikow reagierte mit der Überlegung, daß ausgeschlossene türkische Gebiete nicht einem KRK-Verifikationsregime unterworfen, daß türkische Verbände in diesen Gebieten aber in einen Datenaustausch einbezogen werden müßten.

6) Auf Basis vorstehender Überlegungen werden die Fünf am 18.7. über weiteres Vorgehen beraten.[15]

[gez.] Hartmann

VS-Bd. 12269 (221)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1117

einem solchen ‚understanding' sei die Türkei bereit, eine Karte vorzulegen, die die Teile der asiatischen Türkei zeige, die in einem Abkommen eingeschlossen werden sollten. Dabei biete die Türkei mehr an, als sie nach der H[elsinki]S[chluß]A[kte] zu geben habe, und gehe somit über das ursprüngliche NATO-Angebot hinaus. Das von der Türkei angebotene Territorium in Asien sei ca. 42 000 q[k]m größer als die M[ilitär]B[ezirke] Nordkaukasus und Transkaukasus zusammen. Die Türkei biete jetzt den Landstrich in Zentralanatolien an, der vom KSZE-Abkommen nicht betroffen sei und südlich von Ankara und Eskişehir sich nach Westen erstrecke. Ferner werde ein Stück Ostanatolien nördlich des Vansees und östlich Erzurum sowie ein Gebiet westlich von Anamur angeboten, das von der HSA nicht betroffen sei." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1128; VS-Bd. 13487 (212); B 150, Aktenkopien 1988.

15 Botschafter Hartmann, Wien (KRK-Verhandlungen) informierte am 18. Juli 1988: „In heutiger, von mir einberufener Sitzung habe ich einleitend und in Absprache mit Paganon unterstrichen, daß nach Auffassung von Bonn und Paris wenn irgend möglich noch vor der Sommerpause substantielle Pakete sowohl bei der KSZE (Prinzipien, Korb III) und bei den Mandatsverhandlungen unter Dach und Fach gebracht werden sollten. Bei den Mandatsverhandlungen bedeute dies, daß die Fragen DC und Area gelöst werden müßten. UK, US und IT stimmten im Prinzip zu, erstere beide sahen allerdings keinen Grund, vor einer förmlichen Antwort der SU auf Washingtoner Formel vom 7.7. westlicherseits neue Formel zu präsentieren. Es bestand Einvernehmen, daß bei Vorliegen ermutigender östlicher Signale noch vor Sommerunterbrechung des WFT folgende neue Formel als Teil eines der SU anzubietenden Pakets vorgeschlagen werden könne, sofern Hauptstädte zustimmen: Erster Absatz: Traditionelle Scope-Formel; zweiter Absatz: ‚Provided that the conventional forces otherwise meet the criteria set forth in this mandate, they will not be excluded from the negotiation because they have other capabilities. Equally, the fact that conventional forces may have another capability will not be a criterion modifying the scope of the negotiation'; dritter Absatz: Einzelheiten hinsichtlich des Gebiets Atlantik/Ural, insbesondere der nichteinbezogenen Gebiete der Türkei." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1128; VS-Bd. 13487 (212); B 150, Aktenkopien 1988.

208

Aufzeichnung des Botschaftsrats Stocks, London

15. Juli 1988[1]

Betr.: Treffen BK–PM in Chequers am 9.7.1988[2]

Auf unsere Bitte unterrichtete stellvertretender Leiter West European Department FCO, Graham Fry, am 14.7.88 ausführlich über Gespräch Bundeskanzler–Premierministerin vom 9.7.1988. Grundlage der Unterrichtung war ein von Mr. C.D. Powell gefertigter Gesprächsvermerk. Da Prime Minister's Office FCO gebeten hatte, nur eingeschränkt zu zirkulieren, bat Fry, Umfang der Unterrichtung vertraulich zu behandeln.

I. Gesprächsverlauf

1) PM beglückwünschte BK zum Erfolg des Europäischen Rats in Hannover[3] und der deutschen Präsidentschaft.

BK dankte PM für Unterstützung in Hannover. Alle MS hätten Hannover zufrieden (in good mood) verlassen können. Der weiteren Integration Europas sei deutlicher Schub verliehen worden.

2) Anschließend wandte sich BK gegen törichte Gerüchte (silly rumours) über den Stand deutsch-britischer Beziehungen. Es sei wichtig, Qualität deutsch-britischer Beziehungen gegenüber Öffentlichkeit deutlicher herauszustellen, um das (unzutreffende) Bild, das sich Öffentlichkeit von Beziehungen mache, den Realitäten anzupassen. BK fügte hinzu, daß er im zurückliegenden Jahr zweimal Großbritannien besucht habe. BK lud PM für 1989 zu einem Zusammentreffen ein, das – möglicherweise im Format eines Voll-Gipfels – außerhalb von Bonn stattfinden solle und öffentlichkeitswirksam („big show") vorbereitet und durchgeführt werden solle.[4]

Weiterhin schlug BK vor, Minister in beiden Ländern Vorträge halten zu lassen. Er würde sich persönlich einsetzen (he would play his part).

PM nahm Einladung zu nächster Begegnung in der Bundesrepublik Deutschland an, schlug als möglichen Zeitrahmen einen Freitag/Sonnabend vor und drückte Hoffnung aus, BK auch in Chequers wieder begrüßen zu können. Deutsch-britische Gipfel sollten nicht in gleichem, förmlichem Rahmen wie deutsch-französi-

1 Ablichtung.

2 Botschafter Freiherr von Wechmar, London, teilte am 27. April 1988 mit: „Wie wir soeben vom FCO fernmündlich erfahren, soll in diesem Jahr angeblich kein deutsch-britischer Gipfel stattfinden, sondern informelle Gespräche BK–PM Thatcher in Chequers am 9. Juli. […] Ich verkenne nicht den großen Nutzen gerade auch informeller Begegnungen zwischen den beiden Regierungschefs. Ich hielte es jedoch […] für verfehlt, den offiziellen Gipfel, der die engen deutsch-britischen Beziehungen am eindrucksvollsten dokumentieren kann, durch ein informelles Treffen zu ersetzen. Die Lösung muß meines Erachtens heißen: sowohl als auch." Vgl. den Drahtbericht Nr. 832; Referat 205, Bd. 160038.

3 Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 in Hannover vgl. Dok. 191.

4 Die deutsch-britischen Konsultationen fanden am 21. Februar 1989 in Frankfurt am Main statt. Vgl. dazu AAPD 1989.
Bundeskanzler Kohl und Premierministerin Thatcher führten darüber hinaus Gespräche am 30. April 1989 in Deidesheim. Für die Gesprächsaufzeichnungen vgl. AAPD 1989.

sche Gipfel gestaltet sein. Wichtig sei die Institutionalisierung von Begegnungen, um ein Frühwarnsystem für mögliche Irritationen im bilateralen Verhältnis zu schaffen.

3) Großbritannien und die Bundesrepublik müßten gerade angesichts der Herausforderungen, die 1992[5] brächte, eng zusammenwirken. Man solle die Bevölkerung nicht mit dem Schlagwort 1992 beunruhigen. In diesem Zusammenhang übte PM Kritik an Delors' Straßburger Rede[6].

Währungsfragen wurden nicht diskutiert.

4) BK würdigte Moskauer Allunions-Konferenz[7] als außergewöhnlichen Erfolg (remarkable success) für Gorbatschow. Gorbatschow sei entschlossen, die Veränderungen unumkehrbar zu gestalten. Angesichts der Entwicklungen in der SU stünde der Westen vor der schwierigen Aufgabe, seine Bevölkerungen von der Notwendigkeit einer abgesicherten Verteidigungsfähigkeit (strong defence) zu überzeugen.

5) PM führte aus, daß die osteuropäischen WP-Staaten Entwicklung in der SU mit einer Mischung von Hoffnung und Beunruhigung (alarm) beobachteten. Nach ihrer Einschätzung werde Ungarn am ehesten Gorbatschows Reformkurs folgen.

Österreichischer BK Vranitzky habe ihr (am 4.7.) über Liberalisierungstendenzen in der Tschechoslowakei berichtet. BK stimmte zu und führte eigene Beobachtungen an.

6) PM erklärte, daß sie im Oktober 1988[8] Polen besuchen werde.[9] Nach ihrer Einschätzung sei Jaruzelski unsicher über den einzuschlagenden Kurs (did not know which way to go). Sie sei entschlossen, während ihres Besuches deutlich zu machen, daß sie auf der Seite der Freiheit stünde. Sie wolle weiterhin demonstrativ zeigen, daß sie Bevölkerung (ordinary people) unterstütze – wenn sie sich auch noch unsicher über Form sei, in der dies geschehen könne. BK sagte, daß es in D das Wort von der „polnischen Wirtschaft" gäbe, um „real mess"

5 In Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 kamen die EG-Mitgliedstaaten überein, bis zum 31. Dezember 1992 einen Binnenmarkt zu schaffen, „in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital" gewährleistet sei. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

6 Am 17. Mai 1988 berichtete die Ständige Vertretung beim Europarat in Straßburg, daß der EG-Kommissionspräsident anläßlich der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 16. bis 20. Mai 1988 eine Erklärung zur Lage der Weltwirtschaft abgegeben habe. Delors habe ein gespaltenes Bild der möglichen Entwicklung bis Ende 89 gezeichnet: „Einerseits beständen Instabilitäten und Ungleichgewichte seit seiner letzten Erklärung im EP-Plenum im Herbst 1987 unverändert fort, andererseits habe Bewältigung des Börsenkrachs gezeigt, daß Konjunktur stabiler sei, als erwartet. […] Zur EG selbst betonte Delors, daß die letzten Gipfel die Gemeinschaft wieder in Gang gebracht hätten. Vollendung des Binnenmarktes sei wichtiges Mittel, um Wachstumsschwächen zu überwinden. […] KOM hält aktive Wachstumspolitik ohne Inflationsgefahren für möglich und nötig, bei der auch der Aspekt der ‚Solidarität in der EG' eine größere Rolle spielen müsse: Parallel zur Vollendung des Binnenmarktes müsse es mehr Zusammenarbeit geben, vor allem bei Wissenschaft und Technologie. Auch der ‚europäische Sozialraum' müsse vorankommen; dabei gehe es vor allem um Mindeststandards bei sozialen Schutzrechten, dem Recht auf Weiterbildung für alle Arbeitnehmer zur Anpassung an technologischen Fortschritt und Fragen der Mitbestimmung. Steigende Bedeutung komme auch der Umweltpolitik zu." Vgl. den Drahtbericht Nr. 193; Referat 410, Bd. 136054.

7 Zur Allunions-Parteikonferenz der KPdSU vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 in Moskau vgl. Dok. 194.

8 Korrigiert aus: „1987".

9 Premierministerin Thatcher hielt sich vom 2. bis 4. November 1988 in Polen auf.

zu bezeichnen. Polen trage hohe Auslandsschulden vor sich her, die Landwirtschaft sei, obwohl nicht kollektiviert, in schlechter Verfassung.

7) PM sprach Tornado-Verkauf an Jordanien an.[10] Sie habe Informationen, daß MBB Privatkredite suche. Weiterhin unterrichtete sie BK über mit Saudi-Arabien erreichtes Memorandum of Understanding über Verkauf von Rüstungsgütern. Die Verhandlungen hätten unter größter Geheimhaltung stattgefunden, daher sei frühere Unterrichtung der Bundesregierung nicht möglich gewesen. Der Liefervertrag sei noch nicht unterzeichnet.[11]

II. 1) Zur Form eines Gipfels habe es – wie Fry anfügte – Überlegungen im FCO gegeben. Bei Planungen sei man allerdings davon ausgegangen, daß nächster Gipfel im VK stattfinden werde. FCO hätte in diesem Falle vorgeschlagen:

– Gipfel außerhalb Londons an historischem oder fernsehwirksamem Ort;
– Beschränkung der Zahl der teilnehmenden Kabinettsmitglieder;
– kein „Ablesen" von vorbereiteten Statements, sondern informelle Gespräche und Diskussionen.

2) Weiterhin gab Fry – vertraulich – zu verstehen, daß Botschafter Mallaby, der nach wie vor bestes Verhältnis zu PM habe, im Vorfeld von Chequers London-Besuch genutzt habe, um PM eindringlich Notwendigkeit eines intensivierten Austausches mit der Bundesregierung und eines persönlich engeren Verhältnisses mit dem Bundeskanzler vorzustellen.

Christian Stocks

Referat 205, Bd. 160038

10 Zur geplanten Lieferung von Kampfflugzeugen des Typs „Tornado" an Jordanien vgl. Dok. 128. Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 5. Juli 1988: „Der BSR hat am 29.6.1988 beschlossen, keine Bedenken gegen die vorgesehene Lieferung britischer Tornados an Jordanien (unter Verwendung deutscher Zulieferungen) zu erheben. Die BSR-Mitglieder vertraten jedoch mehrheitlich den Standpunkt, daß eine Förderung des Geschäfts durch Gewährung von Bundesbürgschaften (Hermes) nicht in Betracht komme." Vgl. VS-Bd. 14521 (424); B 150, Aktenkopien 1988.

11 Zum Verkauf von 72 Kampfflugzeugen des Typs „Tornado" durch Großbritannien an Saudi-Arabien vgl. Dok. 128, Anm. 7.
Zum geplanten Verkauf von weiteren 48 Kampfflugzeugen des Typs „Tornado" vgl. Dok. 251.

209

Botschafter Hofmann, Algier, an das Auswärtige Amt

114-13544/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 17. Juli 1988, 08.10 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 219 **Ankunft: 17. Juli 1988, 13.42 Uhr**

Betr.: Algerien am Scheideweg – Perestroika ohne Glasnost?

Bezug: Ber.-Nr. 455/88 vom 10.7.1988 – Az.: Pol 320-10 VS-NfD[2]

I. Ungeschminkt kritisch äußerte sich der alg.[3] Informationsminister Bachir Rouis am 14.7. mir gegenüber in einem eineinhalbstündigen Vier-Augen-Gespräch über

– mißlichen Zustand der Partei FLN,
– Gefahr eines algerisch-islamischen Fundamentalismus,
– kritische Phase der Reformbemühungen des Präsidenten[4].

Kein anderes Kabinettsmitglied hat sich m. W. in jüngerer Zeit derart offen gegenüber Außenstehenden geäußert. Dies, nicht seine Analyse, ist das Wichtigere daran.

II. Im einzelnen

1) Eingangs konstatierte ich bewußt provokativ meine Eindrücke, daß

– es in ALG bisher „Perestroika", aber keine Ansätze für „Glasnost" gebe. Glaube man denn, ohne partizipatorische Bewußtseinsveränderungen voranzukommen?
– die alg. Presse in ihrem geringen Informationsgehalt wohl nur noch von ihrem niedrigen Unterhaltungswert übertroffen werde. Wisse man nicht, daß sich ein solches Vakuum von selbst unkontrolliert anfülle?
– der FLN viel zu spät die Identifikationsfunktion des Islam entdeckt habe. Mangels Transparenz und Bildungsniveau bahne sich nun aber selbst über staatlich ausgebildete Imame ein neuer Obskurantismus heraus.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dassel am 18. Juli 1988 vorgelegen.

2 Botschafter Hofmann, Algier, zog einen Vergleich zwischen der Reformpolitik in der UdSSR und in Algerien: „In beiden Fällen 1) wird die Reformdynamik ‚von oben', nämlich vom Generalsekretär der Partei ausgelöst; 2) handelt es sich angeblich nicht um Ablösung, sondern Anpassung des Systems an moderne Herausforderungen; 3) steht die Reform der Wirtschaft zwar im Zentrum, fordert dies aber auch Reformen im Bereich der ‚software' (Erziehung, Transparenz); 4) agiert die Staatsmacht gegen retardierende Kader der (sie stellenden) Partei; 5) sind zivilisatorische Faktoren Haupthindernisse effektiven Wirtschaftens; 6) sucht die Partei sich durch Rückgriff auf überlebt geglaubte religiöse Quellen besser zu legitimieren; 7) tritt kostspieliges außenpolitisches Engagement (Sahrauis/Afghanistan) hinter innenpolitischen Erfordernissen zurück; 8) bleibt die Bevölkerung vorsichtig in Wartestellung; 9) verflüchtigt sich marxistisches Pathos, ohne doch im Selbstverständnis schon ersetzbar zu sein; 10) läuft nichts ohne Einvernehmen mit der privilegierten Führung der Streitkräfte; 11) erhofft der Westen als Begleiterscheinung von ‚Perestroika' politische Liberalisierung." Hofmann fuhr fort: „Doch gibt es bisher einen wichtigen Unterschied: In Algerien ist wohl der Sache nach von ‚Perestroika', doch nicht von ‚Glasnost' die Rede. Nach wie vor wird seitens der Behörden ein eher stalinistisch anmutender Geheimhaltungskult betrieben, wohl weniger aus ideologischer Verbohrtheit als aus Einübung." Vgl. den Schriftbericht; Referat 311, Bd. 154101.

3 Algerische.

4 Chadli Bendjedid.

2) Rouis stimmte diesen Behauptungen ohne weiteres zu und ergänzte wie folgt:

a) Zustand alg. Medien: Die alg. Presse sei „nicht zum Lesen, sondern zum Rätseln da". Wichtige, jedermann offenkundige Probleme wie „biologische Bombe", Bildungskatastrophe (nämlich intellektueller Verfall in Folge Arabisierung), islamischer Fundamentalismus etc. würden nur parteiintern diskutiert. Ab September werde aber in allen alg. Medien eine Kampagne anlaufen, um die Bevölkerung auf die Beschlüsse des FLN-Kongresses im Dezember[5] vorzubereiten. Auch möchte er – mit dt. Technik – ab Sept. die Voraussetzungen für ein zweites alg. Fernsehprogramm schaffen, das später auch als „unabhängiger Maghreb-Kanal" dienen solle.

Mehr Pluralismus oder Transparenz in den Medien zuzulassen, z. B. durch Wiedergabe von Debatten in ZK oder Parlament, lasse „die fragile innere Stabilität von ALG" noch nicht zu. Es würde nämlich zu einem „Zerfleischen zwischen linkem und rechtem Flügel" (Marxisten, Fundamentalisten) kommen.

b) Zustand der Partei: Der FLN sei intellektuell ausgeblutet. Von ihm gingen keine geistigen Impulse mehr aus. Die studierende Jugend lasse die Partei links liegen. Wenn sich die 3–400000 Parteimitglieder monatlich in ihren 2000 Ortsvereinen träfen, kritisierten sie nur noch negativistisch die lokalen Lebensbedingungen.

c) Zustand der Jugend: Für die Jugend, d. h. 2/3 der Bevölkerung bedeute der Befreiungskampf nur noch wenig. Sie sei ohne Leistungsbereitschaft in Anspruchsdenken aufgewachsen, gelangweilt und flüchte sich wie so oft in der alg. Geschichte aus politischer Frustration in die Moscheen. Dort habe der FLN allen Kredit verspielt, weil er – wie sich 1962[6] herausgestellt hatte – nur zynisch, nämlich i. S. von Opium für das Volk, den „Dschihad" gegen die frz. Ungläubigen ausgerufen hatte. Die alg. Regierung wisse, „daß ihr die Jugend wegschwimme". Unvermittelt fügte der Minister an: „Ein fundamentalistisches ALG würde eine Schockwelle durch die gesamte Mittelmeerregion senden!"

3) Auf Frage, wie es denn weitergehen solle, sagte Rouis: „Der FLN-Parteitag 1988 werde nur eine Etappe, aber von historischer Bedeutung sein. Um die riesigen Problem des Landes zu lösen, brauchen wir einen anderen FLN." Halbe Reformen seien keine Reformen. Auch die – kontrollierte – Öffnung der Medien sei dann möglich. Nur Uralt-Kombattanten wie er seien überhaupt in der Lage, solches durchzuboxen, weil nur sie über den Verdacht einer Parteischädigung erhaben seien. Er habe weder Angst vor der eigenen Courage, noch vor den Konsequenzen seiner Überzeugungen.

III. 1) Vier-Augen-Gespräche von Ministern mit Botschaftern sind hier unüblich.

2) Gesprächseröffnung wäre ohne mein hiesiges „Standing" als Muslim undenkbar gewesen.

5 Der 6. Parteikongreß des Front de Libération Nationale (FLN) fand am 27./28. November 1988 in Algier statt.

6 In den Verträgen von Evian vom 18. März 1962 vereinbarten Frankreich und der Front de Libération Nationale (FLN) einen Waffenstillstand und die Bedingungen für die Unabhängigkeit Algeriens, die am 5. Juli 1962 proklamiert wurde.

3) Minister Rouis (48), der als Kandidat auch dem Politbüro des FLN angehört, war schon mit 14 Jahren, vor Ausbruch des Befreiungskrieges[7], ein „Militant" sowie Partisanenführer während der gesamten Kriegsdauer. Jeden Freitag kehrt er zum Freitagsgebet an seinen Einsatzort zurück. Er verkörpert den Typ des FLN-Funktionärs, der die nach 1962 so schwer enttäuschte Hoffnung nach einem modernen, liberaleren, wahrhaft islamischen ALG nie aufgegeben und das Land nach Boumedienne auf stillem Wege neu revolutioniert hat.

4) Man darf sich aber nicht der Illusion hingeben, daß er und seine Gesinnungsgenossen bereit seien, das Machtmonopol des FLN aufs Spiel zu setzen. Wie in der SU, dient auch die alg. Perestroika letztlich, wenn nicht der System-, so doch der Regimeerhaltung.

[gez.] Hofmann

VS-Bd. 13647 (311)

210

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Rocard

18. Juli 1988[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem französischen Premierminister Rocard am Montag, dem 18. Juli 1988;
hier: Gespräch beim Arbeitsessen

Teilnehmer auf französischer Seite: Botschafter Boidevaix; Herr Lyon-Caen, Stellvertretender Kabinettschef im Amt des PM als Note-taker; Herr Perrault, außenpolitischer Berater; Herr Weiser, Dolmetscher.

Teilnehmer auf deutscher Seite: Botschafter Pfeffer, MD Teltschik, MDg Dr. Neuer als Note-taker, Frau Siebourg.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, daß er mit Präsident Mitterrand wegen des Datums für die beabsichtigte Überreichung des Karls-Preises an Präsident Mitterrand und ihn[2] telefoniert habe. Er denke evtl. an eine zeitliche Entzerrung in bezug auf die Konsultationen. Deutsch-französische Konsultationen müßten jedoch in diesem Jahr auf jeden Fall stattfinden. Es sei nur fraglich, ob dies in der Woche vom 1. November sein müsse.[3]

7 Am 1. November 1954 begannen Gruppen des Front de Libération Nationale (FLN) in Algerien mit bewaffneten Aktionen gegen die französische Kolonialmacht.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Neuer am 19. Juli 1988 gefertigt und an Ministerialdirektor Teltschik, beide Bundeskanzleramt, geleitet.
Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „I[n] O[rdnung]."

2 Der Internationale Karls-Preis der Stadt Aachen wurde am 1. November 1988 an Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand verliehen.

3 Die deutsch-französischen Konsultationen fanden am 3./4. November 1988 statt. Vgl. dazu Dok. 313.

PM *Rocard* äußert, er wolle noch zwei bilaterale Fragen ansprechen. Es gehe um ein Problem, das die Eisenbahn[4] berühre. Man sei für das Intercity-Netz übereingekommen, daß für das rollende Material für die Strecke Brüssel – Köln ein gemeinsames Angebot von deutschen und französischen Firmen abgegeben werde. Auch sei vorgesehen gewesen, daß auf deutscher Seite die Firma Siemens, auf französischer Seite die Firma Alstom dieses Vorgehen koordinieren würden. Nun habe er gehört, daß die Firma Siemens alle Angebote allein abgegeben habe. Er wolle sich zwar nicht in Wettbewerbsfragen einmischen; ein gemeinsames Angebot zusammen mit der Firma Alstom wäre jedoch eine europäischere Lösung gewesen. Man vergebe hier eine Chance. Er wolle betonen, daß er diese Äußerung nicht aus wirtschaftlichen Interessen heraus, sondern unter europäischen Gesichtspunkten mache.

Der *Bundeskanzler* sagt zu, sich um diese Frage zu kümmern und PM Rocard zu unterrichten.

PM *Rocard* spricht die militärische Zusammenarbeit an. Einige Dinge gingen gut, bei anderen gebe es Schwierigkeiten. Er wolle fragen, ob der Bundeskanzler einverstanden sei, daß eine vertiefte Studie hierzu in Auftrag gegeben werde. Die Studie solle untersuchen, ob man die Waffen der nächsten Generation für das Heer, die Luftwaffe und die Marine entweder gemeinsam herstellen könne oder ob zumindest wesentliche Teile für alle drei Bereiche gemeinsam hergestellt werden könnten. Es wäre gut, wenn man von der Fall-zu-Fall-Kooperation wegkomme und ein Gesamtprogramm aufstelle. Ab dem Jahre 2000 könne man dann so programmieren, daß alles, was dann hergestellt werden müsse, auf europäischer Basis produziert werde. Die Studie sollte diskret angefertigt werden. Es handele sich hier um einen Gedanken von Präsident Mitterrand.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß auch wir schon seit langer Zeit derartige Überlegungen anstellten. Er sehe allerdings nicht ein europäisches Zusammengehen in dieser Frage; wohl aber eine Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich. Er bejahe die Fertigung einer solchen Studie. Große Probleme werde es allerdings bei der Durchführung geben. Außer Deutschland und Frankreich kämen evtl. auch Italien und Spanien in Betracht. Probleme werde es sicherlich mit Großbritannien geben. Aber das sei ein altes Problem. Er wolle zusammenfassen, daß er den Gedanken für vernünftig halte. Man könne erhebliche Einsparungen bei den Entwicklungskosten machen. Der Bundeskanzler bittet PM Rocard, das Ergebnis seiner Überlegungen ihm direkt zuzuleiten. Dann könne man darüber sprechen. Am Anfang müsse allerdings eine gemeinsame Haltung zwischen Deutschland und Frankreich erarbeitet werden, sonst könne man nicht weiterkommen. Dann könne man den Kreis erweitern. Es müsse allerdings auch

4 Zum Projekt einer Schnellbahnverbindung Paris – Brüssel – Köln – Amsterdam – London vgl. AAPD 1987, II, Dok. 318.
Referat 423 notierte am 13. April 1988: „Am 1.3.1988 haben die Bahnen einen Zwischenbericht vorgelegt, den die Verkehrsminister von D, F, NL, GB, B und L bei ihrem Treffen am 11.4.1988 mit Befriedigung zur Kenntnis nahmen. Der Bericht bringt zum Ausdruck, wie die Bahnen die ihnen im Oktober 1987 übertragene Verantwortung für die Durchführung des Projekts ausfüllen wollen. […] Entscheidende Voraussetzung für die Finanzierung ist die Solidarität der Beteiligten. Die Minister erwarten von den Bahnen, daß in ihren Vorschlägen dieses Element noch stärker zum Ausdruck kommt. Instrumente sind die Gemeinsamkeit bei Aktionen auf dem Kapitalmarkt, die Einnahmeaufteilung und die Finanzierung des rollenden Materials.“ Vgl. Referat 423, Bd. 176664.

der falsche Eindruck vermieden werden, daß unsere beiden Länder nach Hegemonie strebten.

Der *Premierminister* stimmt dem Bundeskanzler zu. Er sagt zu, dem Bundeskanzler ein kurzes Memorandum zukommen zu lassen. Er wolle noch auf den Jäger 90[5] zu sprechen kommen. Hier handele es sich um eine schwierige Sache. Die französische Seite habe hier Dummheiten gemacht. Die Angelegenheit sei in einer Art und Weise behandelt worden, mit der er nicht einverstanden sei. Man müsse eine Lösung für dieses Problem finden. Er könne sich denken, daß man als europäischer Bürger die Auffassung vertrete, Europa sei groß genug, um zwei Flugzeugtypen zu haben. Dies ergebe sich aus den unterschiedlichen Anforderungen für den Einsatz. Es gebe ja auch verschiedene geographische Bedingungen. Zwei verschiedene Flugzeugtypen dürften aber nicht einander im Verteidigungsbereich Konkurrenz machen. Deshalb solle man prüfen, welche Komponenten der Flugzeuge austauschbar seien. Schwierig sei es, wie die Experten sagten, wohl bei der Radarausstattung. Jedoch könne man daran denken, gewisse Waffensysteme für beide Flugzeugtypen zu verwenden. Das dürfe man nicht ausschließen. Den beiden Flugzeugtypen sollten unterschiedliche operative Aufgaben zugewiesen werden. Die gemeinsame Strategie könne durchaus zwei Flugzeugtypen erfordern. Wenn man diesen Ausweg gehen könne, würden die Dinge auch leichter für Spanien und für Belgien. Belgien finde den Jäger 90 zu teuer und würde die Rafale kaufen, wenn dies im europäischen Rahmen sinnvoll erscheine. Bei einer Vereinheitlichung der Waffensysteme ergeben sich auch bessere Exportchancen.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, die Angelegenheit sei in der Tat ziemlich verfahren. Er wolle BM Scholz bitten, diese Frage mit PM Rocard aufzunehmen. BM Scholz solle sich telefonisch wegen eines Termins mit PM Rocard in Verbindung setzen.

PM *Rocard* wirft ein, er werde BM Scholz gerne empfangen.

Der *Bundeskanzler* betont, ein Gespräch PM Rocards mit BM Scholz sei wegen des gesamten Komplexes der militärischen Zusammenarbeit wichtig. Der Bundeskanzler lege großen Wert auf die Erörterung der Frage, was man machen könne, um bei der militärischen Zusammenarbeit weiter voranzukommen. Auch

[5] Die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien unterzeichneten am 11. Oktober 1984 ein Planungsdokument über den Bau eines europäischen Kampfflugzeugs („Jäger 90“). Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 198.
Auf ihrer Sitzung in Turin am 1. August 1985 verständigten sich allerdings nur die Rüstungsdirektoren der Bundesrepublik, Großbritanniens und Italiens auf die technischen Eckdaten des Flugzeugs, während Frankreich und Spanien Vorbehalte erhoben. Vgl. dazu das Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs Würzbach, Bundesministerium der Verteidigung, vom 20. August 1985 an Bundeskanzler Kohl; Referat 201, Bd. 130022.
Vortragender Legationsrat von Arnim vermerkte am 2. März 1988: „F (PM Chirac) hat am 26.1.1988 verkündet, ein eigenes Projekt (‚Rafale‘) verwirklichen zu wollen, obwohl die Kosten eines solchen nationalen Alleingangs sehr hoch sind und es Anzeichen dafür gibt, daß sowohl VM Giraud […] als auch Präsident Mitterrand diese von den Interessen von Dassault getragene Politik für nicht finanzierbar halten.“ Vgl. Referat 209, Bd. 148694.
Am 12. September 1988 hielt Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen fest, daß die Bundesrepublik, Großbritannien und Italien eine Vereinbarung unterzeichnet hätten, „mit der sie sich nach Abschluß der Definitionsphase verpflichten, das E[uropean]F[ighter]A[ircraft] nunmehr gemeinsam zu entwickeln. Die vorgesehene spanische Unterschrift fehlt allerdings bisher.“ Nach Auskunft des Bundesministeriums für Verteidigung „bemühe sich F intensiv, Spanien zum Ausstieg aus dem ‚Jäger 90‘ und zur Kooperation beim französischen Projekt ‚Rafale‘ zu bewegen. So habe F in diesem Zusammenhang sogar eine verstärkte Hilfe bei der Bekämpfung der ETA in Aussicht gestellt.“ Vgl. Referat 209, Bd. 148694.

dies könne bei einem Zusammentreffen von PM Rocard mit BM Scholz besprochen werden.

Der Bundeskanzler kommt auf den zu hohen Erwartungshorizont zu sprechen, der sich jeweils an die Konsultationen knüpfe. Man müsse versuchen, vom Spektakulären wegzukommen. Es könne nicht bei jedem Gipfel weltbewegende Ergebnisse geben. Dies müsse den Medien vermittelt werden.

PM *Rocard* stimmt zu.

Der *Bundeskanzler* betont, daß dies auch bezüglich der Europäischen Räte notwendiger denn je sei. Was die weitere Entwicklung angehe, glaube er, daß es während der griechischen Präsidentschaft[6] nicht viel Bewegung geben werde. Während der spanischen Präsidentschaft[7] werde es sicherlich besser; dann komme die französische Präsidentschaft[8], während der wichtige Entscheidungen zu treffen seien. PM Thatcher, mit der er vor gut einer Woche zusammengetroffen sei[9], sehe dies ebenso. Die nächste britische Präsidentschaft falle übrigens in die zweite Hälfte von 1992. Zu dieser Zeit werde auch der Tunnel unter dem Ärmelkanal fertig werden.[10] Vermutlich würden dann auch Wahlen in Großbritannien stattfinden.[11]

PM *Rocard* bemerkt, es sei richtig, daß man von einer Präsidentschaft keine Wunder erwarten dürfe. Er wolle jedoch unterstreichen, daß die deutsche Präsidentschaft[12] Beachtliches geleistet habe. Sie habe ihre Spuren in die europäische Geschichte eingegraben. Er wolle noch eine Bemerkung zum Währungsbereich machen. Das Europäische Währungssystem arbeite erfolgreich. Es habe einen stabilisierenden Effekt. Die Schocks aus dem Zusammenprall von DM und Yen und DM und Dollar würden gemildert, weil in Frankreich und Italien der Kapitalverkehr nicht voll liberalisiert sei. Ihn beunruhige jedoch der Gedanke, was bei völlig liberalisierten Kapitalmärkten eintrete.[13] Die Auswirkungen würden fünf- bis sechsmal größer sein als jetzt. Das System werde brechen, wenn man nichts ändere. Zur Zeit laufe die Wirtschaft gut, dennoch gebe es Sorge auf dem Finanzsektor. Schon deswegen, weil die USA immer größere Haushaltsprobleme hätten. Die Liberalisierung des Kapitalverkehrs in der EG bedeute praktisch eine Erweiterung der DM-Zone. Dies könne man vertraulich im kleinen Kreise ruhig offen aussprechen. Es müsse aber auch bedeuten, daß parallel mit der Liberalisierung die Leitung des Währungssystems verstärkt werde. Wenn man jedoch keine DM-Zone machen wolle, könne dies nur einen Rückschritt bedeuten. Nötig sei ein gemeinsames Management der Währungsreserven. Auch der ECU

6 Griechenland hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1988 inne.

7 Spanien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1989 inne.

8 Frankreich hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1989 inne.

9 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher am 9. Juli 1988 in Chequers vgl. Dok. 208.

10 Bei einem Treffen in Lille am 20. Januar 1986 verabredeten Staatspräsident Mitterrand und Premierministerin Thatcher den Bau eines Eisenbahntunnels unter dem Ärmelkanal, dessen Fertigstellung für 1993 vorgesehen war. Der Auftrag mit einem Volumen von 2,23 Mrd. Pfund ging an das britisch-französische Konsortium „Channel Tunnel Group/France-Manche". Vgl. dazu den Artikel „Thatcher and Mitterrand agree on rail tunnel"; THE TIMES vom 21. Januar 1986, S. 1.
Der „Eurotunnel" wurde am 6. Mai 1994 eröffnet.

11 Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 9. April 1992 statt.

12 Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

13 Zur vollständigen Liberalisierung des Kapitalverkehrs zwischen den EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 180.

könne eine größere Rolle spielen. Sonst werde das ganze System zusammenbrechen. Diese Überlegungen erfüllten ihn mit großer Sorge. Frankreich wolle in diese Richtung – der Liberalisierung der Kapitalmärkte – gehen, aber die Werkzeuge müßten vorhanden sein. Mit der Liberalisierung müsse eine gemeinsame Leitung einhergehen.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß diese Frage auch bei der Diskussion in Hannover[14] eine Rolle gespielt habe. Deshalb sei ja die Kommission eingesetzt worden und müsse schon nach relativ kurzer Zeit, nämlich zum Ende der spanischen Präsidentschaft, einen Bericht abgeben. Ende August werde die erste Sitzung stattfinden.[15] Dabei solle eine Art Disposition erstellt werden, wie die Arbeit fortschreiten solle. Er habe schon mit Bundesbankpräsident Pöhl über diese Frage gesprochen. Sobald die Disposition fertiggestellt sei, wolle er mit PM Rocard über diese Fragen sprechen. Er sehe durchaus die Problematik; die Rolle Großbritanniens sei im übrigen auch nicht klar.

PM *Rocard* äußert, er habe hierzu eine ganz einfache Überzeugung. Wenn man weitermache, würden die Briten hinterher dazukommen.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, dies sei auch seine Überzeugung.

PM *Rocard* unterstreicht, daß Deutschland und Frankreich einig sein müßten. Das Währungssystem müsse vor einer zu starken Explosionsfähigkeit geschützt werden. Deshalb sei engste Zusammenarbeit im Währungsbereich und bei der Steuerharmonisierung erforderlich. Es müsse jedoch verhütet werden, daß Großbritannien Fortschritte verzögere.

Der *Bundeskanzler* kommt nochmals auf das Jahr 1992[16] zu sprechen. Dies werde ein ansteckender Erfolg sein. Es hätte drei oder vier Anträge auf Beitritt zur Gemeinschaft zur Folge. Sicher sei mit einem Beitrittsantrag Norwegens zu rechnen. Auch Österreich werde einen Beitrittsantrag stellen, wenn das Ost-West-Verhältnis sich entsprechend gut entwickele. Wenn Österreich einen Beitrittsantrag stelle, werde auch Finnland nicht zögern. Schweden werde schließlich auch folgen.

Auf den Einwurf von PM *Rocard* „Ungarn" bemerkt der *Bundeskanzler*, dies sehe er noch nicht. Die Ungarn selbst würden dies schon wollen, ob jedoch andere

14 Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 in Hannover vgl. Dok. 191.

15 Zur Einsetzung des Delors-Ausschusses zur Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion vgl. Dok. 183, Anm. 10.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Schönfelder führte am 28. Juli 1988 aus: „1) Der Europäische Rat hat in Hannover einen Ausschuß eingesetzt, um ‚die konkreten Etappen zur Verwirklichung (einer Wirtschafts- und Währungsunion) zu prüfen und vorzuschlagen'. Dem Ausschuß gehören 17 Mitglieder an, darunter die Präsidenten der Zentralbanken der Gemeinschaften […]. Den Vorsitz des Ausschusses hat EGK-Präsident Delors. 2) Ein erstes informelles Treffen der beteiligten Zentralbankgouverneure mit Delors fand am 12. Juli 1988 in Basel, dem Sitz der BIZ, am Rande der regulären Sitzungen der Notenbankgouverneure der Zehnergruppe und des Ausschusses der Präsidenten der Notenbanken der Mitgliedstaaten der EG statt. Dabei wurden vor allem prozedurale Fragen erörtert. […] Die erste reguläre Arbeitssitzung soll am 13. September 1988 in Basel stattfinden. Dabei sollen Arbeitsweise und -rhythmus des Ausschusses im einzelnen festgelegt werden. Der Ausschuß soll dem Europäischen Rat in Madrid (Ende 1989) berichten. Der Bericht soll vorher (nach Vorstellung von Delors im April 1989) den zwölf Finanzministern zur Stellungnahme vorgelegt werden. […] Ausgangspunkt der Diskussion in der ersten Sitzung soll der ‚Bericht über die stufenweise Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion in der Gemeinschaft' vom 8.10.1970 (Werner-Plan) sein." Vgl. Referat 412, Bd. 168728.

16 In Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 kamen die EG-Mitgliedstaaten überein, bis zum 31. Dezember 1992 einen Binnenmarkt zu schaffen, „in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital" gewährleistet sei. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

dem zustimmten, sei fraglich. Überhaupt müsse Gorbatschows Politik noch mit einem Fragezeichen versehen werden. Was Ungarn erlaubt werde, werde noch lange nicht der DDR und Polen erlaubt. Ungarn habe für die Sowjetunion bei weitem nicht die militärstrategische Bedeutung wie Polen und die DDR.

Was die Vision einer Politischen Union angehe, so sehe er Frankreich, Italien, Belgien, Luxemburg und schließlich auch die Niederlande diesen Weg bejahen. Vermutlich werde sich hier die alte Formation von Rom[17] wieder treffen, evtl. noch zusätzlich Spanien und Portugal. Probleme werde es mit Dänemark geben.

PM *Rocard* weist auf das Gewicht hin, welches die öffentliche Meinung in Frankreich dem deutsch-französischen Verhältnis beimißt. Es werde als sehr gut beurteilt. Das Dossier Abrüstung und Zusammenarbeit bei Ost-West-Fragen sei vielleicht in den nächsten drei bis vier Jahren ein stärkerer Träger des europäischen Gedankens als die Währungsfragen.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, dies hänge auch von Moskau ab.

PM *Rocard* fährt fort, aber auch davon, daß man sich von den Militärs nicht auseinanderdividieren lasse. Engste Konsultationen seien erforderlich. Präsident Mitterrand sei u. a. auch wegen seines Standpunkts zu Fragen der Abrüstung wiedergewählt worden.[18] Diese Karte müsse man gemeinsam spielen. Zunächst müsse eine gemeinsame Skizze der europäischen Sicherheitspolitik im konventionellen Bereich erstellt werden.

Der *Bundeskanzler* befürchtet, man werde hier nur schwerlich innerhalb der Gemeinschaft Übereinstimmung finden; insbesondere nicht nach einer evtl. Erweiterung. Er stehe dennoch einem Eintritt der vorher genannten europäischen Staaten positiv gegenüber. Wenn Norwegen und Österreich eintreten wollten, müsse man alles tun, um ihnen den Eintritt zu ermöglichen. Die Gemeinschaft wirke heute wie ein Magnet. So errege auch die bevorzugte Stellung der DDR im Osten viel Aufsehen. Man müsse darauf achten, daß die Chance der EG, in das Nicht-EG-Europa hineinzuwirken, wahrgenommen werde. Interessant sei es, daß angesehene Persönlichkeiten der Schweiz für den Beitritt zur Gemeinschaft eintreten. Dies sei ein großes Kompliment, da die Schweiz in ihrer ganzen Geschichte nur das getan habe, was sich rechne.

Die Wirkung der Gemeinschaft auf Mittel- und Osteuropa sei ungeheuer groß. Er wolle noch einmal darauf hinweisen, daß er für engste Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich auch im Verteidigungsbereich eintrete. In der Bundesrepublik Deutschland gebe es zahlreiche Stimmen, die Gorbatschows Worte für Taten nehmen. Auch nach der Parteikonferenz[19] sei noch eine zurückhaltende Beurteilung angebracht. Neu sei dort eigentlich nur die Offenheit der Diskussionen gewesen. Dies sei zweifellos sehr zu begrüßen. Was jedoch folge, wisse man nicht. Leider gebe es in der Bundes-

17 Am 25. März 1957 unterzeichneten Belgien, die Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Luxemburg und Italien in Rom die Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft sowie das Abkommen über gemeinsame Organe für die Europäischen Gemeinschaften (Römischen Verträge). Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

18 Die französischen Präsidentschaftswahlen fanden am 24. April und 8. Mai 1988 statt. Im zweiten Wahlgang erhielt François Mitterrand 54,02% der abgegebenen gültigen Stimmen, Jacques Chirac 45,98%.

19 Zur Allunions-Parteikonferenz der KPdSU vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 in Moskau vgl. Dok. 194.

republik Deutschland zu viele Leute, die die Abrüstung als Wert an sich sehen. Sie habe jedoch nur dann einen Wert, wenn danach die Sicherheit größer als zuvor sei.

Der Bundeskanzler geht noch auf die Problematik der Länge der Wehrpflicht und der Länge der Ausbildungszeiten in der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf 1992 ein. Hier müsse etwas geändert werden; die Länder seien jedoch gegen kürzere Ausbildungszeiten. Eine kürzere Wehrpflicht sei im Hinblick auf die demographische Lage sehr problematisch.

PM *Rocard* fragt, ob die Anerkennung der Diplome[20] für uns hilfreich sei.

Der *Bundeskanzler* bejaht dies. Abschließend unterstreicht der Bundeskanzler seinerseits die Popularität, die das gute deutsch-französische Einvernehmen bei der deutschen Bevölkerung genieße. Dies gelte auch für die Arbeiterschaft.

PM *Rocard* dankt dem Bundeskanzler für den herzlichen Empfang und das offene Gespräch.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 76

211

Bundeskanzlers Kohl an den VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar

20. Juli 1988[1]

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

für Ihr Schreiben vom 20. Mai 1988[2], das mich während der Vorbereitungen für den Gipfel in Toronto[3] erreichte, danke ich Ihnen sehr.

Sie bringen darin Ihre Sorge zum Ausdruck, daß trotz einer allgemeinen Stabilisierung und Verbesserung der weltwirtschaftlichen Lage die Verschuldungsprobleme einzelner Regionen, insbesondere Subsahara-Afrikas, Lateinamerikas und einiger Länder Asiens zu einer Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und letztlich auch politischen Rahmenbedingungen geführt haben. Ich teile die Einschätzung der Gefahren, die mit dieser Entwicklung verbunden sind.

Allerdings sind seit dem Gipfel von Venedig 1987[4] bemerkenswerte Fortschritte in der Behandlung der Schuldenprobleme gemacht worden. Für einige ärmste Länder, vor allem südlich der Sahara, die bereit sind, Anpassungsreformen

20 Zur Anerkennung der Hochschuldiplome in den EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 145, Anm. 14.

1 Ablichtung.
Das Schreiben wurde von Vortragendem Legationsrat Zeisler am 25. Juli 1988 der Ständigen Vertretung bei den VN „mit der Bitte um Weiterleitung" übermittelt. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 412, Bd. 168659.

2 Für das Schreiben des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar vgl. Referat 412, Bd. 168659.

3 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 19. bis 21. Juni 1988 in Toronto vgl. Dok. 181–184.

4 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 in Venedig vgl. AAPD 1987, I, Dok. 171 und Dok. 176.

durchzuführen, wurde beschlossen, die Anwendung niedrigerer Zinsen auf ihre Schulden zu erwägen und im Pariser Club Vereinbarungen über längere Tilgungsfristen und tilgungsfreie Zeiten zu erreichen.[5] Im IWF wurden die Mittel für die Strukturanpassungsfazilität erheblich aufgestockt.[6]

Beim diesjährigen Gipfel in Toronto konnten wir nicht ohne Befriedigung feststellen, daß die Beschlüsse von Venedig bereits umgesetzt worden sind oder sich in der Umsetzung befinden. Darauf aufbauend haben wir Einvernehmen über weitergehende Konzessionen bei der Umschuldung der öffentlichen Schulden der ärmsten Länder erzielt. Gläubigerregierungen sind ermutigt worden, auf Forderungen aus öffentlichen Entwicklungshilfeanleihen zu verzichten und bei zukünftigen Hilfeleistungen den ärmsten Staaten einen hohen Zuschußanteil zu bieten.

Die Bundesrepublik Deutschland hat bereits seit 1978 Schulden in Höhe von insgesamt 4,2 Mrd. DM für 24 LDCs erlassen. Darunter waren 20 der am wenigsten entwickelten afrikanischen Länder mit einem Forderungsverzicht von 2,8 Mrd. DM.[7] Im Juni d. J. hat die Bundesregierung im Grundsatz beschlossen, darüber hinaus sieben weiteren afrikanischen Ländern auf Antrag die der Bundesrepublik Deutschland gegenüber bestehenden Schulden aus öffentlichen Entwicklungskrediten zu erlassen.[8] Der Gesamtbetrag dieses zusätzlichen Schuldenerlasses beläuft sich auf rund 2,4 Mrd. DM. Mit dem Schuldenerlaß verbindet die Bundesregierung die Bedingung, daß die begünstigten Länder Anpassungs- und Reformprogramme in Zusammenarbeit mit IWF und Weltbank durchführen.

Wir sind uns bewußt, daß auch eine Reihe hochverschuldeter Länder mit mittlerem Einkommen große Schwierigkeiten hat, die Auslandsschulden zu bedienen. Wir glauben dennoch, daß die bisher verfolgte, auf den Einzelfall bezogene, marktorientierte und kooperative Wachstumsstrategie der richtige Weg zur Überwindung der Schuldenprobleme ist. Öffentliche Finanzierungsmittel und Ressourcen der Geschäftsbanken spielen eine ebenso zentrale Rolle wie Anpassungsmaßnahmen der Länder.

5 Am 27. Mai 1988 notierte das Bundesministerium für Wirtschaft: „Den ärmsten und besonders stark verschuldeten Ländern südlich der Sahara, die eine konsequente Anpassungspolitik betreiben, räumt der Pariser Club nunmehr bei Umschuldungen in Abweichung von den üblichen Bedingungen (Rückzahlung in zehn Jahren bei fünf Freijahren) Rückzahlungsfristen von bis zu 20 Jahren bei maximal zehn Freijahren ein. 1987 wurden im Pariser Club bereits sieben Ländern diese neuen Bedingungen zugebilligt." Vgl. Referat 412, Bd. 168659.

6 Das Bundesministerium für Wirtschaft vermerkte am 27. Mai 1988: „Die Entscheidungen zur Errichtung der Erweiterten Strukturanpassungsfazilität (ESAF) des IWF, die durch Kredite von IWF-Gläubigerländern gespeist wird und deren Kreditvergabe an die ärmsten Länder zu stark konzessionären Bedingungen durch Subventionsbeiträge verschiedener Geberländer ermöglicht wird, sind Ende 1987 gefaßt worden. Die Kreditzusagen belaufen sich auf insgesamt 5,3 Mrd. S[onder]Z[iehungs]R[echte] (ca. 7,4 Mrd. US-Dollar), an Subventionen wurden bisher 2 Mrd. SZR (ca. 2,8 Mrd. US-Dollar) zugesagt. […] Darüber hinaus sind weitere Fortentwicklungen der Geschäftspolitik des IWF vorgesehen. Insbesondere wird der IWF eine neue Kreditvorkehrung schaffen, die den Mitgliedsländern (armen Ländern wie auch Ländern mittleren Einkommens) hilft, unerwartete äußere Störungen eines wirtschaftlichen Reformprogramms durch zusätzliche Kredithilfen wirksamer zu überwinden (‚External Contingency Mechanism')." Vgl. Referat 412, Bd. 168659.

7 Am 4. Oktober 1978 billigte das Kabinett die „Grundsätze für die Umwandlung von Darlehen der finanziellen Zusammenarbeit an die am wenigsten entwickelten Länder (LLDC) in Zuschüsse". Vgl. dazu BULLETIN 1978, S. 1079. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 243.

8 Zum Kabinettsbeschluß vom 9. Juni 1988 vgl. Dok. 166, Anm. 19.

In Toronto waren wir uns auch einig, daß die Rolle internationaler Direktinvestitionen zur Stimulierung von Wirtschaftswachstum und Strukturanpassung gestärkt werden muß.

Ich habe mich persönlich dafür eingesetzt, die Umweltschutzpolitik stärker als bisher in dem Entwicklungsprozeß zu verankern, und sehe insbesondere für die Weltbank hier eine wichtige Rolle.

Der Erfolg der Verschuldungsstrategie steht in engem Zusammenhang mit dem Abbau protektionistischer Handelsschranken. Ohne offene Märkte haben die Entwicklungsländer keine Chance, ihre Situation dauerhaft zu verbessern. Deshalb haben die Gipfelteilnehmer erneut ihre Entschlossenheit bekräftigt, die Uruguay-Runde[9] zu einem Erfolg zu machen.

Ich bin sicher, daß die Signale des Gipfels von Toronto richtig aufgenommen werden: Der Ernst der Lage ist allen bewußt, die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen wird anerkannt und die Bereitschaft, einen Beitrag zur Überwindung der Probleme zu leisten, ist groß. Wichtig bleibt, ein Verhandlungsklima zu erhalten, das pragmatische Lösungen, die sich an der Leistungsfähigkeit beider Seiten orientieren, fördert.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Helmut Kohl

Referat 412, Bd. 168659

212

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder

412-401.04 FRA **25. Juli 1988**

Über Dg41 i.V.[1], D4[2] Herrn Staatssekretär[3] zur Information

Betr.: Deutsch-französische Kontroverse über währungspolitische Fragen

I. 1) In den letzten Tagen haben kritische Äußerungen von Finanzminister Bérégovoy an die Adresse der Bundesbank große Aufmerksamkeit in der internationalen Presse gefunden. Bérégovoy warf der Bundesbank mehrfach mangelnde Koordination mit den Partnerländern und Alleingänge bei dem Versuch vor, den Anstieg des Dollarkurses durch Anhebung der Zinsen und durch Interventionen auf den Devisenmärkten abzubremsen.

9 Zur Uruguay-Runde des GATT vgl. Dok. 25, Anm. 18, und Dok. 239.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rosengarten am 25. Juli 1988 vorgelegen.
2 Hat Ministerialdirektor Jelonek am 26. Juli 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hier zeigt sich einmal mehr, wie schwierig das Währungsthema ist. Es ist auch noch nicht ganz klar, welchen wirtschafts- und währungspolitischen Kurs die neue sozialistische Regierung in Paris steuern wird."
3 Hat Staatssekretär Sudhoff am 26. Juli 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Interessant!" Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schönfelder am 27. Juli 1988 erneut vorgelegen.

Es genüge nicht, die Partner einige Stunden oder Tage vor den beabsichtigten Maßnahmen zu informieren. Notwendig sei eine Konzertierung auf politischer Ebene, bei der die Manövriermargen festgelegt würden.

In einem längeren Artikel vom 21.7.1988 („Wirtschaftspolitische Gegensätze zwischen Bonn und Paris“[4]) kommentierte „Le Monde“ die Äußerungen Bérégovoys als Wunsch, sich von dem „deutschen Imperialismus in Währungsfragen“ zu lösen. Die Beteiligten seien zwar bemüht, die Wogen zu glätten. Über den aktuellen Anlaß hinaus gebe es aber grundsätzliche Gegensätze in der Wirtschaftspolitik: In Paris wolle man die Wirtschaft beleben und die Kreditkosten für die Unternehmen senken, in Frankfurt sei man von der Gefahr der Inflation hypnotisiert.

2) Bereits am 29. Juni 1988 hatte Bérégovoy in einem Brief an Bundesminister Stoltenberg darum gebeten, den Zentralbankrat genau über die „schwerwiegenden Konsequenzen zu informieren, die Zinsanhebungen mit sich bringen könnten, welche durch die Marktlage nicht gerechtfertigt sind“.[5] (BMF hat Existenz dieses Briefes öffentlich nicht bestätigt.)

Bundesbankpräsident Pöhl erwiderte mit einer Presseerklärung, daß die Zinsanhebungen und die Interventionen der Bundesbank auf den Devisenmärkten in Abstimmung mit den Zentralbanken der USA, Japans und der europäischen Partnerländer erfolgt seien.

Bundeskanzler Kohl hat in seiner Pressekonferenz am 21.7.1988 die Vorwürfe Bérégovoys ebenfalls zurückgewiesen.

Inzwischen erklärte Bérégovoy, daß die Zusammenarbeit der Industrieländer bei der Abstimmung von Maßnahmen zur Eindämmung des Dollar-Anstiegs seit einigen Tagen wieder befriedigend verlaufe.

II. Hintergrund

1) Seit dem starken Kursverfall des Dollars im letzten Jahr besteht zwischen Deutschland und Frankreich ein erhebliches reales Zinsdifferential, das zeitweise knapp 3 % betrug. Derzeit liegt es bei 1,5 %.

Mit seinem hohen Zinsniveau wollte Frankreich eine ansonsten notwendige Abwertung des Francs innerhalb des EWS vermeiden. Es wurde dabei – insbesondere nach dem Börsenkrach vom 19. Oktober letzten Jahres[6] – von der Bundesbank unterstützt. Frankreich nahm dabei eine Verlangsamung seines Wirtschaftswachstums in Kauf.

Die aus dem Wiederanstieg des Dollarkurses in den letzten Wochen resultierende relative Schwäche der D-Mark gab Frankreich zunächst einen beschränkten zinspolitischen Handlungsspielraum zurück. Vor dem Hintergrund eines festen Francs wurde der französische Leitzins kurz nach der Diskontsatzerhöhung der Bundesbank am 1.7.1988 um ein halbes Prozent herabgesetzt.

4 Vgl. den Artikel „Paris et Bonn s'opposent sur leurs politiques économiques“; LE MONDE vom 22. Juli 1988, S. 1 und 24.

5 Botschafter Pfeffer, Paris, übermittelte das Schreiben des französischen Wirtschafts- und Finanzministers Bérégovoy an Bundesminister Stoltenberg mit Drahtbericht Nr. 1704 vom 29. Juni 1988. Vgl. Referat 412, Bd. 168665.

6 Zum „Schwarzen Montag“ am 22. Oktober 1987 vgl. Dok. 5.

Weitere Zinserhöhungen durch die Bundesbank (Heraufsetzung des Zinssatzes für kurzfristige Pensionsgeschäfte von 3,25% über 3,75% auf inzwischen 4,0%) sowie erhebliche Interventionen der Bundesbank zur Stützung des D-Mark-Kurses haben diesen Spielraum wieder eingeengt.

2) Die Vorwürfe Bérégovoys müssen auch vor dem Hintergrund der Gründung des deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrats[7] gesehen werden. Die Forderung des französischen Finanzministeriums nach verbindlicher Konzertierung von zins- und devisenmarktpolitischen Maßnahmen auf politischer Ebene, welche in diesem Gremium erfolgen könnte, wird in der Bundesbank teils besorgt, teils kritisch kommentiert. Die in der Bundesbank sowieso latent vorhandene Sorge, daß Paris über den Finanz- und Wirtschaftsrat die Autonomie der Bundesbank unterlaufen will, wurde verstärkt.[8]

Im übrigen verweisen Gesprächspartner in der Bundesbank darauf, daß der Vorwurf des Alleingangs in der Zinspolitik von Paris an Frankfurt an der Wirklichkeit vorbeigeht. Wenn überhaupt, dann verfolge die Bank von Frankreich eine Politik des Alleingangs. Sie sei die einzige Zentralbank in der G7, die eine Zinssenkungspolitik betreibe, während in allen anderen Mitgliedsländern die Zinsen stiegen.

3) Seit geraumer Zeit beklagt sich die französische Regierung ihrerseits über die „Asymmetrie der Lastenteilung“ im EWS zuungunsten Frankreichs bei der Bewältigung der Schwankungen des Dollarkurses und beim Abbau der weiterhin bestehenden großen internationalen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte. Besonders bitter für die Franzosen ist dabei, daß sie von der Bundesbank in der Vergangenheit regelmäßig vor die Wahl gestellt wurden, entweder den Franc abzuwerten oder die zins- und währungspolitischen Beschlüsse der Bundesbank nachzuvollziehen. Wenn sich dann – wie in den letzten Wochen – ein geringer Handlungsspielraum für eigene Entscheidungen ergibt, dann mündet dies in eine Politik gegen den Markttrend. Aus französischer Sicht dürfte deshalb eine bloße Information über deutsche zins- und währungspolitische Entscheidungen auf Dauer nicht akzeptabel sein. (Die „Times“ spricht in einem Artikel vom 21.7. 1988 in diesem Zusammenhang davon, daß die französische Volkswirtschaft über den EWS-Wechselkursmechanismus zur Geisel der rigiden deflationären Disziplin der allmächtigen Bundesbank geworden sei.[9])

4) Vor dem Hintergrund der von uns angestrebten engeren währungspolitischen Zusammenarbeit in Europa sollten wir das französische Asymmetrieproblem als gemeinsames Problem anerkennen und gemeinsam mit den Franzosen nach Lösungsmöglichkeiten suchen. Der bloße Hinweis unsererseits, daß sich durch eine konsequentere Stabilitätspolitik in Frankreich das Problem von alleine löse, dürfte nicht ausreichen, möglicherweise sogar zusätzliche Irritationen auslösen. Öffentliche Auseinandersetzungen in der Art der letzten Tage tragen aber nicht zur Bewältigung des Problems bei. In der Perspektive der Schaffung einer euro-

7 Zur Schaffung eines deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrats am 22. Januar 1988 vgl. Dok. 32.

8 Zur Frage der Stellung der Bundesbank im deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrat vgl. Dok. 101.

9 Vgl. dazu den Artikel „German way with monetary policy touches raw nerve in France“; THE TIMES vom 21. Juli 1988, S. 8.

päischen Währungsunion ist eine vertrauensvolle, nichtöffentliche Behandlung notwendig.

Schönfelder

Referat 412, Bd. 168665

213

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

422-413.00 SUA VS-NfD **26. Juli 1988**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Mindeststandards für Arbeitsbeziehungen und Arbeitskonflikte in südafrikanischen Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen;
hier: Forderungskatalog der IG Metall und des Südafrika-Rates des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes

Bezug: 1) Schreiben des IG Metall Vorsitzenden Steinkühler an den Bundeskanzler vom 19.4.1988 (dem Original beigefügt)[4]
2) Antwort von BM Schäuble vom 8.7.1988 (dem Original beigefügt)[5]
3) Presseerklärung des AA 1190/88 vom 18.7.1988 (dem Original beigefügt)[6]

Anlg.: 4

Zweck der Vorlage: Zustimmung zu V

1) Die IG Metall hat gemeinsam mit dem Südafrika-Rat des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes, in dem die weit überwiegende Zahl der Metall-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen und Legationsrat I. Klasse Rondorf konzipiert.
Hat Legationssekretär Wolter am 1. August 1988 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 1. August 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Mit der vertretenen Grundlinie bin ich einverstanden, halte aber die AA-Selbstbeschränkung auf S. 8 nicht für politisch – und sachlich – richtig." Vgl. Anm. 12 und 16.

3 Legationsrat Berger vermerkte am 16. September 1988 handschriftlich: „BM hatte auf MB-Doppel abgezeichnet." Ferner verfügte er den Rücklauf an Referat 422.
Bundesminister Genscher lag eine Kopie der Aufzeichnung am 3. September 1988 vor, auf der er handschriftlich vermerkte: „1) Ich stimme den Bedenken von StS S[udhoff] voll zu. 2) Alle Punkte sind zu übernehmen. 3) Die 14 Punkte sind den Zwölf mitzuteilen, Ergänzung des Kodex zu fordern. 4) Thema hat auf TO nächster EPZ zu stehen. 5) Aufnahme in UN-Rede." Vgl. Anm. 18.

4 Mit dem als Anlage 3 dem Vorgang beigefügten Schreiben übermittelte der Vorsitzende der IG Metall, Steinkühler, das Papier „Mindeststandards für Arbeitsbeziehungen und Arbeitskonflikte in südafrikanischen Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen". Dazu erläuterte er: „Diesen Forderungskatalog haben wir den in Frage kommenden deutschen Unternehmen übersandt und sie aufgefordert, auf ihre südafrikanischen Tochterunternehmen einzuwirken." Er bat ferner, „daß die Bundesregierung alles in ihrer Macht Befindliche tut, um die deutschen Unternehmen zu entsprechendem Verhalten zu bewegen". Vgl. Referat 422, Bd. 149370.

5 Das Schreiben des Bundesministers Schäuble an den Vorsitzenden der IG-Metall, Steinkühler, war dem Vorgang als Anlage 2 beigefügt. Vgl. Referat 422, Bd. 149370.

6 Dem Vorgang beigefügt. Für die Presseerklärung vgl. Referat 422, Bd. 149370.

gewerkschaften in Südafrika vertreten ist, einen 14 Punkte umfassenden Forderungskatalog erarbeitet, der einen „Mindeststandard für die Arbeitsbeziehungen und Arbeitskonflikte in südafrikanischen Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen“ durch den Abschluß von entsprechenden Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern gewährleisten soll (Anlg. 1).[7]

2) Bei seinem Besuch in Südafrika im Juli d. J. hat der IG-Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler in Verhandlungen mit Unternehmensvertretern erreicht, daß sich mit Mercedes-Benz, BMW, Volkswagen und Siemens, die fast 20000 der ca. 50000 in den ca. 350 Töchtern deutscher Firmen tätigen Arbeitnehmer beschäftigen, die wichtigsten Repräsentanten der deutschen Industrie am Kap grundsätzlich zur Annahme des Forderungskataloges verpflichtet haben. Die deutsch-südafrikanische Handelskammer in Kapstadt hat nach hier vorliegenden Informationen gleichzeitig in einem Brief alle Mitgliedsfirmen aufgefordert, die Standards des Forderungskatalogs zu respektieren.

Das Auswärtige Amt hat in einer Presseerklärung die Bemühungen des IG-Metall-Vorsitzenden begrüßt und an alle in Südafrika engagierten deutschen Firmen appelliert, dem Beispiel von Mercedes und BMW zu folgen. Beim EPZ-Minister-Treffen am 18.7.1988 in Athen[8] haben Sie die anderen AM über die Steinkühler-Initiative informiert und zusätzliche Unterrichtung mit dem Ziel weiterer Beratung in der EPZ zugesagt. Diese Unterrichtung wurde durch Übermittlung der 14 Punkte des Forderungskataloges per COREU vom 21.7.1988[9] bzw. wird durch Verteilung der ausführlichen Begründung zu dem Forderungskatalog in der EPZ-Afrika-AG am 28.7.1988 vorgenommen.

II. 1) Neben der Aufforderung an die Unternehmer, keine Vorteile aus den Apartheidsgesetzen unter Einschluß des Group Areas Act, des Homeland-Systems (Punkt 1+12) und der Sicherheits- und Notstandsgesetzgebung (Punkt 2) zu ziehen, ist der materielle Kern des Katalogs die Forderung, das Streikrecht seinem Inhalt nach zu garantieren, d. h., nicht von der nach dem südafrikanischen Arbeitsrecht gestatteten Möglichkeit Gebrauch zu machen, Arbeitnehmer auch bei Teilnahme an einem legalen Streik fristlos zu entlassen (Punkt 8). Zur Stärkung der innerbetrieblichen Position der Gewerkschaften gedacht sind die Forderungen nach:

– betriebsspezifischen Vereinbarungen mit den Gewerkschaften (Punkt 3),
– dem Recht der Gewerkschaften auf freien Zugang zu den Betriebsstätten (Punkt 4),
– gewerkschaftseigenen Einrichtungen für Versammlungen und Abstimmungen auf dem Betriebsgelände (Punkt 5),
– Gewährung von Shop-Steward-Rechten (z. B. Freistellung von der Arbeit) (Punkt 6),
– dem Recht der Beschwerdeführung durch die Gewerkschaften gegenüber dem Arbeitgeber (Punkt 7),

7 Dem Vorgang beigefügt. Für das Papier „Mindeststandards für Arbeitsbeziehungen und Arbeitskonflikte in südafrikanischen Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen“ vgl. Referat 422, Bd. 149370.

8 Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 32 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schilling vom 19. Juli 1988; Referat 200, Bd. 134820.

9 Für das Fernschreiben Nr. 581 COREU vom 21. Juli 1988 vgl. Referat 422, Bd. 149370.

– dem Recht auf friedlichen Einsatz von Streikposten auf dem Betriebsgelände (Punkt 9).

Im Außenverhältnis soll der Verzicht auf die Möglichkeiten der Zwangsschlichtung und der Illegalisierung von Streiks durch die für die Tarifverhandlungen überwiegend zuständigen überbetrieblichen Industrial Councils (Punkt 10) und der Verzicht auf die Einschaltung der südafrikanischen Arbeitsgerichte zur Beilegung von Arbeitskonflikten (statt dessen freiwillige Schiedsgerichtsbarkeit) (Punkt 11) die Arbeitsbeziehungen in den Niederlassungen deutscher Unternehmen soweit wie möglich von den Einwirkungen des repressiven südafrikanischen Arbeits- und Sozialrechts abschirmen. Die beiden letzten Punkte des Katalogs sollen schließlich eine Umgehung durch Verlagerung der Produktion auf rein südafrikanische Firmen verhindern (Punkt 13) sowie eine Unterrichtung des Gesamtbetriebsrates der deutschen Mutter sicherstellen (Punkt 14).

2) In seiner Antwort (Anlg. 2) auf das Schreiben des IG-Metall-Vorsitzenden an den Bundeskanzler (Anlg. 3) hat sich BM Schäuble unter Übernahme der vom Auswärtigen Amt in Abstimmung mit BMWi und BMA erstellten Elemente bereits positiv zu dem Forderungskatalog geäußert. Folgende Gedanken sind Kernpunkte der Argumentation:

– Die Politik der Bundesregierung zielt auf die völlige Überwindung des Apartheid-Systems.
– Der Eingang der sozialpartnerschaftlichen Grundsätze des deutschen Arbeitsrechts in die Arbeitsbeziehungen in SUA ist wünschenswert.
– Es gehört zur politischen Verantwortung der deutschen Wirtschaft bei ihrer Tätigkeit in SUA, keinen Gebrauch von den Möglichkeiten des dortigen repressiven Rechtssystems zu machen.
– Es ist primär Aufgabe der Gewerkschaften, selbst eine Verwirklichung der gesteckten Ziele zu erreichen.
– Der EG-Verhaltenskodex[10] verfolgt das gleiche Ziel wie der Forderungskatalog und deckt viele seiner Punkte bereits ab.

III. 1) Ein Vergleich des Kodex mit dem Katalog macht bei gleicher Zielrichtung mehrere Unterschiede im Ansatz deutlich. Während der Kodex:

– lediglich Empfehlungscharakter hat,
– „einseitig", d.h. ohne Mitwirkung der Gewerkschaften formuliert worden ist,
– alle südafrikanischen Töchter deutscher Firmen erfaßt;

ist der Katalog:

– als Grundlage für verbindliche Vereinbarungen gedacht,
– in Zusammenarbeit mit den örtlichen Gewerkschaften entstanden,

10 Die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten traten am 20. September 1977 am Rande der EG-Ministerratstagung in Brüssel zu einem Treffen im Rahmen der EPZ zusammen. Dabei billigten sie einen Verhaltenskodex für Unternehmen mit Vertretungen, Zweigniederlassungen oder Tochtergesellschaften in Südafrika. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG 9/1977, S. 51–53.
Auf ihrer Konferenz am 19. November 1985 in Brüssel billigten die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ eine Neufassung des Verhaltenskodex. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG 11/1985, S. 160–163.

– auf die Metallindustrie beschränkt (die IG Metall empfiehlt aber die Übernahme durch die anderen Branchen).

Materiell ist der Katalog weitgehender und präziser in seinen Forderungen als der Kodex, zugleich bleibt er jedoch in seiner Breite hinter den Empfehlungen des Kodex zurück, der neben den innerbetrieblichen Beziehungen und der Problematik der Wanderarbeiter auch die Bereiche „Löhne und Lohnstrukturen", „Freiwillige Sozialleistungen", „Beseitigung der Rassentrennung am Arbeitsplatz" und „Förderung schwarzer Unternehmen" umfaßt, Bereiche, die im Forderungskatalog keine Entsprechung finden, da dieser quasi im Wege einer Ausschnittsvergrößerung mit größerer Tiefenschärfe allein die Stärkung der gewerkschaftlichen Rechte ins Auge faßt.

2) Im einzelnen

– Die Punkte 1 und 2 des Forderungskatalogs finden ihre Entsprechung in der Zielsetzung des Kodex, die Diskriminierung der schwarzen Arbeitnehmer zu beseitigen. Dieses Ziel impliziert, in den Arbeitsbeziehungen auf die Möglichkeiten der Apartheid-, Sicherheits- und Notstandsgesetzgebung zu verzichten. Der in Punkt 1 und Punkt 12 angesprochenen Problematik der Wanderarbeiter ist im Kodex ein Abschnitt gewidmet. Eine echte Verbesserung gegenüber dem Kodex wäre die im Punkt 2 geforderte Bereitschaft zur Lohnfortzahlung bei rechtswidrigen Verhaftungen.
– Die im Abschnitt „Innerbetriebliche Beziehungen" des Kodex enthaltene Aufforderung, Vereinbarungen mit den Gewerkschaften gemäß den international anerkannten sozialen Grundsätzen abzuschließen, deckt weitgehend die Punkte des Katalogs ab, die sich mit der Stärkung der innerbetrieblichen Position der Gewerkschaften befassen (Punkt 3 bis 8). So berichten denn auch viele Unternehmen, daß sie Gewerkschaftsvertretern den freien Zugang zum Betriebsgelände gewähren, ihnen Versammlungsräume zur Verfügung stellen und die Shop Stewards zumindestens teilweise von der Arbeit freistellen. Auch der Verzicht auf Kündigung (bzw. der Anspruch auf Wiedereinstellung) bei Teilnahme an einem legalen Streik dürfte im Regelfall gewährleistet sein, da dies ebenfalls international anerkannten Grundsätzen entspricht. Das Recht auf Beschwerdeführung bei innerbetrieblichen Streitigkeiten durch die Gewerkschaften kann zumindestens da ausgeübt werden, wo nach der Empfehlung des Kodex, Gewerkschaftsvertreter einen repräsentativen Status in den Betriebskomitees haben. Eine weitgehende Neuerung würde dagegen auf jeden Fall die in Punkt 9 geforderte Einräumung des Rechts sein, auf dem Betriebsgelände Streikposten aufzustellen, da dies selbst über das Arbeitsrecht in der Bundesrepublik Deutschland hinausgeht.
– Da sich der Kodex nicht mit den Institutionen des südafrikanischen Arbeitsrechts auseinandersetzt, gibt es in ihm keine den Punkten 10 (Verzicht auf undemokratische Möglichkeiten des Industrial-Council-Systems) und 11 (Einführung einer Schiedsgerichtsbarkeit) vergleichbare Empfehlungen.
– Eine Bestimmung zum Schutz vor Umgehung (Punkt 13 des Katalogs) gibt es im Kodex nicht.
– Der Kodex fordert die Unternehmen auf, über die Einhaltung der Empfehlungen zu berichten, und legt ihnen nahe, diese Einzelberichte zu veröffentlichen.

Eine Pflicht dazu gibt es nicht. Das BMWi erstellt jährlich aus den im Prinzip vertraulichen Einzelberichten eine Zusammenfassung. Dagegen verpflichtet der Katalog in Punkt 14 die Unternehmen zu Berichten an die südafrikanische Gewerkschaft und an den Gesamtbetriebsrat der deutschen Mutter.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß der bereits seit über zehn Jahren (1977) existierende Kodex und seine zunehmende Akzeptanz den Boden bereitet haben für Initiativen nach der Art des Forderungskatalogs, der mit seinen zum Teil weitergehenden Forderungen auf das durch den Kodex Erreichte aufbauen kann. Nicht zuletzt dem durch den Kodex geschärften sozialpolitischen Verantwortungsbewußtsein der deutschen Wirtschaft ist es zu verdanken, daß die Umsetzung des Forderungskatalogs den dazu bereiten Unternehmen wenig neue, zusätzliche Maßnahmen abverlangt. So haben sowohl BMW als auch Siemens lediglich mit dem Punkt 9 (Streikposten auf dem Betriebsgelände) Schwierigkeiten. BMW ist dennoch aufgrund der spezifisch südafrikanischen Verhältnisse bereit, dies zuzugestehen.

Ergebnisse

1) Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die IG Metall mit ihrem Forderungskatalog anerkennt, daß ein stärkeres Engagement vor Ort Früchte tragen kann und mit einem totalen Rückzug aus Südafrika Einwirkungsmöglichkeiten aufgegeben würden.[11]

2) Wie von der IG Metall selbst so eingeschätzt, ist es primär die Aufgabe der südafrikanischen Gewerkschaften, vor Ort eine Verwirklichung der einzelnen Ziele in Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu erreichen. Eine direkte Einmischung von außen in Gespräche oder Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern sollte auch aus Sicht der IG Metall als nicht hilfreich vermieden werden. Dies schließt unter den besonderen Umständen in Südafrika jedoch nicht eine allgemeine flankierende politische Unterstützung berechtigter Arbeitnehmeranliegen durch die Bundesregierung, politische Parteien und gesellschaftliche Gruppen aus.

3) Wichtig erscheinen insbesondere die Forderungen:

a) Lohnfortzahlung bei Verhaftung (Punkt 2),

b) Einsatz von Streikposten auf dem Betriebsgelände (Punkt 9),

c) Verzicht auf Entlassungen bei legalem Streik (Punkt 8),

11 Der Passus „mit einem totalen … aufgegeben würden“ wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hat sich St[einkühler] so o. ä. nicht auch öffentlich geäußert? Bitte Fundstelle beifügen.“
Dazu vermerkte Legationssekretär Wolter handschriftlich: „DB Nr. 393 v. 20.7. aus Pretoria über Besuchsverlauf (Ziff. 7) (liegt bei).“
Mit Drahtbericht Nr. 393 berichtete Botschafter Stabreit, Pretoria, über den Besuch des Vorsitzenden der IG Metall, Steinkühler, vom 13. bis 16. Juli 1988 in Südafrika: „Vor dem Hintergrund der Koinzidenz zunehmenden öffentlichen Drucks in der Bundesrepublik auf Unternehmensleitungen und Geschäftsführungen gleichermaßen, wußten sich einsichtige Unternehmer mit dem IGM-Vorsitzenden relativ schnell einig, zumal, da Steinkühler ein deutliches Bekenntnis gegen das Disinvestment deutscher Firmen in S[üd]A[frika] ablegte. Eine Politik, ‚die 10000 km vom Ort des Geschehens bestimmt, was unsere Kollegen in SA wirtschaftlich ausbaden müssen‘, will der IGM-Vorsitzende nicht mittragen. Er ist davon überzeugt, ‚daß die Gewerkschaften ihre bedeutende Rolle beim politischen Umbruch nur dann spielen können, wenn ihnen nicht die Basis für ihre Existenz in den Betrieben entzogen wird‘.“ Vgl. Referat 422, Bd. 149370.

d) Recht der Beschwerdeführung durch die Gewerkschaften (Punkt 7).

Sie sind entweder vom Kodex nicht (a) und b)) bzw. nur indirekt erfaßt (c) und d)) und würden sich somit für eine evtl. [12]Weiterentwicklung des Kodex in erster Linie eignen, zumal sie sich unschwer in die Systematik des Kodex einpassen lassen.

Weniger geeignet für eine Aufnahme in den Kodex erscheinen hingegen die Forderungen nach dem Verzicht auf

– Möglichkeiten des Industrial-Council-Systems (Punkt 10),

– Anrufung der südafrikanischen Arbeitsgerichtsbarkeit (Punkt 11),

da diese wegen ihren Außenwirkungen nur schwer in das Kapitel „Innerbetriebliche Beziehungen" des Kodex integrierbar wären.

Auch die Punkte

– Schutz vor Umgehung (Punkt 13),

– Berichtspflicht (Punkt 14),

sollten nicht[13] aufgenommen werden, da sie mit dem Empfehlungscharakter des Kodex schlecht vereinbar wären. Insbesondere eine Pflicht zur Veröffentlichung der Einzelberichte würde die Kooperationsbereitschaft[14] der Unternehmen, auf denen der Erfolg des Kodex basiert, beeinträchtigen.

4) Es könnte somit daran gedacht werden, den EG-Verhaltenskodex um die in Ziff. 3 genannten vier Punkte zu ergänzen. Bevor die Bundesregierung jedoch einen entsprechenden Vorschlag im EPZ-Rahmen einbringt, bedarf es der Abstimmung im Ressortkreis (vor allem mit dem federführenden BMWi) und mit der deutschen Wirtschaft, die den Kodex anwenden muß. Außerdem sollte die IG Metall in den Meinungsbildungsprozeß einbezogen werden, da es sich immerhin um deren Vorschläge handelt.[15] Auf Arbeitsebene hat das BMWi erkennen lassen, daß es eine erneute Kodexänderung nach der Revision von 1985 nicht für opportun hält.[16]

Des weiteren stellt sich die Frage, ob die Forderungen der IG Metall im EPZ-Rahmen konsensfähig sind. Bisher bestand dort wenig Neigung, dänischen Forderungen nach weiteren Kodexergänzungen nachzukommen.[17] Dies war auch die

12 Beginn der Seite 8 der Vorlage. Vgl. Anm. 2.

13 Die Wörter „sollten nicht" wurden von Staatssekretär Sudhoff unterschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was nützt uns, daß wir uns diese Bedenken zu eigen machen?"

14 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das wollen wir sehen!!"

15 Der Passus „EPZ-Rahmen einbringt … Vorschläge handelt" wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ja."

16 Ende der Seite 8 der Vorlage. Vgl. Anm. 2.
Die Wörter „nicht für opportun hält" wurden von Staatssekretär Sudhoff unterschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das läßt mich kalt."

17 Ministerialdirigent Sulimma stellte am 19. September 1988 fest: „1) Während unserer EG-Präsidentschaft wurde von DK die Frage des Definitionsrahmens des Begriffs ‚Schwarze' im Sinne des EG-Verhaltenskodex in die Afrika-Arbeitsgemeinschaft eingeführt. Die Dänen vertraten die Auffassung, daß dieser Begriff sinngemäß und entsprechend dem politischen Anliegen der Verhaltensrichtlinien ausgelegt werden und folglich auch die anderen von der Apartheid diskriminierten Bevölkerungsgruppen in Südafrika (z. B. die ‚Coloureds' und Inder) mit umfassen müsse. […] 2) Wir haben uns […] in der Afrika-Arbeitsgruppe am 14./15.6.1988 für die von DK angeregte extensive Interpretation des Begriffs ‚Schwarze' ausgesprochen. […] Insoweit ist also die in der BM-Vorlage vom 26.7.1988 (S. 9)

deutsche Haltung, da insbesondere die Forderung von DK nach Ausweitung des Begriffs „Schwarze“ auf die Asiaten und Farbigen nicht mitgetragen werden konnte.[18]

V. Es wird daher vorgeschlagen, es vorerst im EPZ-Rahmen nach einer gründlichen Information bei der Empfehlung an die Partner zu belassen, ähnliche, im Geiste der Sozialpartnerschaft zwischen Unternehmen und Gewerkschaften frei vereinbarte Abkommen zur Sicherung dieser Mindeststandards zu fördern und zu unterstützen. Nach Abstimmung mit den Ressorts und Einschaltung sowohl der IG Metall als auch der deutschen Wirtschaft könnte danach versucht werden, die oben genannten vier zentralen Punkte des Katalogs in den Kodex einzubeziehen.[19]

D 2[20] und D 3[21] haben mitgezeichnet.

Jelonek

Referat 422, Bd. 149370

Fortsetzung Fußnote von Seite 1140

benutzte Formulierung unrichtig, nach der wir die Ausdehnung des Begriffs ‚Schwarze‘ auf Asiaten und Inder nicht mittragen konnten.“ Dagegen vertrete das Bundesministerium für Wirtschaft die Auffassung, „daß der Begriff ‚Schwarze‘ im Rahmen des Kodex so verstanden werden müsse, wie er in der Republik Südafrika und seinem innerstaatlichen Rechtssystem Verwendung findet“. Dadurch aber würden „die EG-Richtlinien restriktiv, d. h. nach wirtschaftlich-sozialen und damit in erster Linie rein arbeitsrechtlichen Kriterien ausgelegt“. Sulimma kam zu dem Schluß: „In keinem Falle können wir hinnehmen, daß apartheidsbegründete Definitionen des südafrikanischen Rechtssystems als Interpretationsrichtlinien für Begriffe des Kodex Anwendung finden; von solchen Versuchen müssen wir uns mit aller Deutlichkeit aus Gründen der politischen Glaubwürdigkeit distanzieren.“ Vgl. Referat 320, Bd. 156072.

18 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Wir sollten uns an die Spitze der Bewegung stellen! Das gibt uns politisch Luft!“

19 Ministerialdirektor Jelonek nahm am 19. September 1988 Stellung zur Weisung des Bundesministers Genscher, den „Forderungskatalog der IG Metall vollständig in den EG-Verhaltenskodex“ zu übernehmen: „Für Fragen des EG-Verhaltenskodex ist innerhalb der Bundesregierung das BMWi federführend. Das BMWi nimmt auch die ‚Mittler-Funktion‘ zu der den Kodex anwendenden Industrie wahr. Eine Kooperation des BMWi und des BDI ist für den Erfolg unserer Initiative, bei den Zwölf eine Ergänzung des Kodex um die 14 Punkte des Forderungskatalogs zu erreichen, wesentlich.“ Jelonek legte Genscher den Entwurf eines Schreibens an Bundesminister Bangemann mit der Bitte um Zeichnung vor, in dem über die geplanten Schritte hinsichtlich des Forderungskatalogs informiert und um eine „Fortsetzung der engen und erfolgreichen Zusammenarbeit unserer beiden Häuser bei der Stützung und Fortentwicklung des EG-Verhaltenskodex“ gebeten wurde. Vgl. Referat 422, Bd. 149370.
In seiner Antwort vom 11. Oktober 1988 teilte Bangemann Genscher mit, daß er die Initiative der IG Metall zwar begrüße: „Ich neige indessen zu der Auffassung, daß eine Ergänzung des Kodex nicht der geeignete Weg zur Umsetzung dieser Standards wäre. Nach den Grundsätzen liberaler Wirtschaftspolitik und den Prinzipien der Tarifautonomie, die ich im Ausland nicht anders als im Inland angewendet sehen möchte, sollten die Verhandlungsergebnisse von Sozialpartnern weder vorweggenommen noch fremdbestimmt werden.“ Vgl. Referat 422, Bd. 149370.

20 Hermann Freiherr von Richthofen.

21 Reinhard Schlagintweit.

214

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nagel

424-411.10 SAR VS-NfD **26. Juli 1988**[1]

Über Dg 42[2], D 4[3], Herrn Staatssekretär[4]

Betr.: Lieferung von 20 000 Panzerabwehrminen durch Fa. KUKA, Augsburg, nach Saudi-Arabien

Zweck der Vorlage: Zeichnung des beigefügten Schreibens an ChBK[5]

I. Dem Auswärtigen Amt liegt eine Voranfrage der Firma KUKA Wehrtechnik GmbH, Augsburg, zu den Genehmigungsaussichten der Lieferung von 20 000 Panzerabwehrminen DM 21 nach Saudi-Arabien vor. Firma KUKA wurde von saudischer Seite zur Angebotsabgabe und Verkaufsverhandlungen aufgefordert.

II. 1) Panzerabwehrminen sind Kriegswaffen. Eine ausnahmsweise Genehmigung der Lieferung ist nach Ziff. 9 der Rüstungsexportpolitischen Grundsätze[6] möglich, wenn vitale Interessen außen- und sicherheitspolitischer Art der Bundesrepublik Deutschland vorliegen.

2) Für eine Inaussichtstellung der Genehmigung spricht:

– BSR hat am 30.7.1986 im Umlaufverfahren der Lieferung von 20 Panzerabwehrminen DM 21 (Erprobungsmenge) nach Saudi-Arabien zugestimmt.
– Das Vorliegen vitaler Interessen ist in den letzten Jahren mehrfach bei Genehmigungen der Lieferung von Kriegswaffen zum Zwecke der Vorführung in Saudi-Arabien bejaht worden:
  – Vorführung des Radpanzers TPz[7] 1 Fuchs,
  – Vorführung des Flugabwehrradpanzers Wildcat.

  Die Genehmigung der Lieferung von Kriegswaffen wurde dagegen im Hinblick auf die noch nicht entschiedene Frage über Art und Umfang einer Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich mit Saudi-Arabien nur in wenigen Ausnahmefällen erteilt:
  – Schiffslieferung (Patrouillenboote und U-Boote),
  – Minenräumgeräte,

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel und Legationsrat I. Klasse Cappell konzipiert.

2 Hat in Vertretung des Ministerialdirigenten Höynck Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel am 27. Juli 1988 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirektor Jelonek am 27. Juli 1988 vorgelegen.

4 Hat Staatssekretär Sudhoff am 2. August 1988 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Cappell am 12. September 1988 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Zugestimmt durch BSR am 8.9.1988 im Umlaufverfahren."

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 9.

6 Für den Wortlaut von Ziffer 9 der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern" vom 28. April 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 310. Vgl. dazu auch AAPD 1982, I, Dok. 126.

7 Transportpanzer.

- 12 gepanzerte Radfahrzeuge UR-416 mit 20 mm-Bewaffnung[8],
- Maschinenpistolen,
- Munition und Geschützrohre für Kriegsschiffe.

– Panzerabwehrminen können sinnvoll lediglich defensiv gegen angreifende Panzerverbände eingesetzt werden, so daß sich Israel durch diese Waffen nicht bedroht fühlen kann.

– BMVg/BMWi befürworten Inaussichtstellung einer Genehmigung. BMVg hat bestätigt, daß Menge von 20 000 Panzerabwehrminen angemessen für den Verteidigungsbedarf Saudi-Arabiens ist.

Gegen eine Genehmigung spricht:

Die Lieferung von Kriegswaffen nach Saudi-Arabien wurde bisher – von Ausnahmen im Schiffsbereich und weniger bedeutenden Munitions- und Waffenlieferungen abgesehen – nicht genehmigt.

Abwägung ergibt, daß sich die Lieferung von 20 000 Panzerabwehrminen nach Saudi-Arabien noch im Rahmen des bisher Genehmigten bewegt. Die Panzerabwehrminen sind Defensivwaffen, die mit den bereits genehmigten Minenräumgeräten verglichen werden können.

Wir sollten deshalb mit beigefügter positiver Vorlage des AA den BSR im Umlaufverfahren befassen.[9]

D 3[10] hat mitgezeichnet.

Nagel

Referat 424, Bd. 145927

8 Zur Lieferung von Radfahrzeugen an Saudi-Arabien vgl. AAPD 1985, I, Dok. 89.

9 Dem Vorgang beigefügt. Mit Schreiben vom 2. August 1988 an Bundesminister Schäuble übermittelte Staatssekretär Sudhoff eine Vorlage „zu einem Einzelfall der Rüstungsexporte mit der Bitte, eine Entscheidung des BSR im Umlaufverfahren herbeizuführen". Darin hieß es: „Angesichts der Zustimmung des BSR am 30.7.1986 (im Umlaufverfahren) zur Lieferung einer Erprobungsmenge von 20 Panzerabwehrminen DM 21 nach Saudi-Arabien und des defensiven Charakters dieser Waffe halten es AA, BMVg und BMWi für vertretbar, die Voranfrage positiv zu bescheiden." Vgl. Referat 424, Bd. 145927.
Mit Schreiben vom 13. September 1988 teilte Legationsrat I. Klasse Cappell der Firma KUKA Wehrtechnik GmbH, Augsburg, mit, daß die Ausfuhr von 20 000 Panzerabwehrminen DM 21 nach Saudi-Arabien genehmigt werde, „sofern sich die Umstände, die dieser Entscheidung zugrunde liegen, nicht ändern und der Endverbleib in Saudi-Arabien gesichert ist". Vgl. Referat 424, Bd. 145927.

10 Reinhard Schlagintweit.

215

Botschafter Stabreit, Pretoria, an das Auswärtige Amt

Schriftbericht Nr. 656 **26. Juli 1988**[1]

Betr.: Angolanisch-kubanisch-südafrikanische Verhandlungen über Angola/Namibia[2]

Bezug: Telefongespräch MD Schlagintweit/Botschafter vom 25.7.1988

1) In nahezu atemberaubender Kadenz folgt eine Verhandlungsrunde der anderen in den angolanisch-kubanisch-südafrikanischen Verhandlungen (mit amerikanischer Hebammenhilfe) über die Beendigung des Krieges in Angola und die Durchführung von SR 435[3]. Zu den zahlreichen Fragen, die in der Weltöffentlichkeit in diesem Zusammenhang diskutiert werden, gehört die, ob es Südafrika mit der Verwirklichung von SR 435 wirklich ernst meint oder nicht. Zu lange hat Südafrika mit Finten gearbeitet und immer wieder Vorwände gefunden, um die Durchführung von 435 hinauszuschieben. Hier und da ist der anti-südafrikanische Affekt auch so stark, daß der Regierung in Pretoria überhaupt kein rationales Handeln (und schon gar keines, das aus unserer Sicht zu begrüßen wäre) mehr zugetraut wird.

Natürlich ist eine Aussage zur Ernsthaftigkeit des südafrikanischen Verhandlungswillens auch heute noch spekulativ. Es gibt hierzulande so gut wie keine Indiskretionen. Vorsicht ist geboten. Das gilt besonders in Systemen, die so stark personalisiert sind wie das südafrikanische. Dem Präsidenten kommt hier eine überragende Rolle zu, und je nachdem, welche Berater sich bei ihm durchsetzen, kann es zu überraschenden Wendungen kommen. Andererseits handelt Südafrika wie jeder andere Staat nüchtern auf Grund seiner elementaren Interessen. Es ließen sich dieses Mal schon frühzeitig Elemente identifizieren, die nahelegten, daß Pretoria es mit den Verhandlungen ernst meint. Dabei stütze ich mich auch auf eine Fülle örtlicher Beobachtungen und Unterhaltungen, über die aus meiner Sicht nicht in jedem Falle zu berichten war. Die Südafrikaner wollen offenbar zum Abschluß kommen und werden auch Namibia in die Unabhängigkeit entlassen (weil anders das Angola-Abenteuer nicht beendet werden kann), wenn ihre „bottom line“ in der Frage der Sicherheit gewahrt werden kann.

2) Es gibt eine Reihe von außerordentlich gewichtigen Gründen, die Südafrika zu einem Wechsel seiner Politik veranlaßt haben könnten:

a) Bereits bei dem Besuch von MdB Baum und MdB Hirsch im vergangenen Herbst erwähnte der stellvertretende Außenminister Meiring, die Normalisierung der Beziehungen Südafrikas zu Europa werde über eine Normalisierung

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nöldeke am 4. August 1988 vorgelegen.

2 Zu den Friedensgesprächen zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA am 3./4. Mai 1988 in London vgl. Dok. 142.
Zur dritten Runde der Gespräche vom 11. bis 13. Juli 1988 in New York vgl. Dok. 200, Anm. 6.

3 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

seiner Beziehungen zu den afrikanischen Nachbarstaaten erfolgen. Hinter dieser Bemerkung, die mir auffiel, weil sie auch im Kontext ungewöhnlich war, steht, wie sich heute mit einiger Sicherheit sagen läßt, ein Konzept. Die Südafrikaner haben begriffen, daß ihre Identifikation mit Europa und dem Westen allgemein („Wir sind der Vorposten des Westens in Afrika") ihnen gewaltige Probleme eingetragen hat. Es gibt heute gerade in der afrikaanssprachigen Bevölkerung eine starke und wohl auch wachsende Strömung, die Schicksal und Zukunft der weißen Bevölkerung ausschließlich in Afrika sieht, als einer Bevölkerungsgruppe (einen „Stamm") unter vielen anderen, die sich afrikanisch, nicht europäisch begreifen.

Diese Strömung, die sich in allen Lebensbereichen bemerkbar macht, ist nach meinem Eindruck mehr auf den „burischen" als den englischsprachigen Teil der Weißen konzentriert. Außenminister Pik Botha gehört mit Sicherheit dazu. Außenpolitisch zum Zuge gekommen ist diese Richtung, als es aus einer Reihe von Gründen gelang, die Einkreisungsparanoia gegenüber der Sowjetunion abzubauen. Das Resultat ist der konsequente Versuch, mit Mosambik ins Geschäft zu kommen. (Es gibt Hinweise, daß die südafrikanischen Behauptungen, man habe die Beziehungen zur RENAMO[4] völlig abgebrochen, zutreffen.) Das Resultat ist aber auch der jetzige Verhandlungsprozeß, denn man hat in Pretoria sehr wohl erkannt, daß eine Verbesserung der Beziehungen zu schwarz-afrikanischen Staaten allgemein, zu den Nachbarstaaten im besonderen nicht möglich ist, solange Südafrika in Angola interveniert und Namibia im Besitz hält.

Es gibt natürlich gegenläufige Tendenzen in Südafrika, die aber zur Zeit nicht zum Zuge kommen. Auch ist es wohl so, daß man sich hierzulande durchaus darüber im klaren ist, daß einer Verbesserung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten Grenzen gesetzt sind, solange das System der Rassentrennung in Südafrika die innere Situation vergiftet. Die Bekämpfung von Infiltranten des ANC wird vermutlich auch zukünftig zu Zwischenfällen mit Nachbarstaaten führen. All das ändert nichts an einer, wie ich meine, rationalen Grundentscheidung, für die sich aus hiesiger Sicht viel sagen läßt.

b) Dabei spielt auch eine Rolle, daß Südafrika für die Lösung seiner inneren Probleme Zeit benötigt. Es muß außenpolitische Belastungen abbauen, um politischen Spielraum zu gewinnen. Es gibt zwar Gegenstimmen, die davor warnen, nach einem Rückzug aus Angola und einer Gewährung der Unabhängigkeit an Namibia werde sich die Welt erst recht der Apartheidsproblematik zuwenden (einschließlich der eindrucksvollen vested interests, die die Namibia-Problematik inzwischen besonders im UNO-Bereich geschaffen hat). Aber man sieht wohl gerade im DFA[5], daß die völkerrechtswidrige quasi-koloniale Besetzung Namibias in den Augen eines soeben erst dekolonialisierten Kontinentes eine besondere Provokation darstellt, die mindestens so tief verletzt wie der schwierige innere Ausgleich in Südafrika selbst, dessen Komplexität hier und da in Afrika möglicherweise nüchterner gesehen wird, als es den Anschein hat.

c) Ein weiterer Grund ist die Entzauberung des Militärs. Die südafrikanische weiße Öffentlichkeit fragt sich heute, was die südafrikanische Armee eigentlich

4 Resistênzia Nacional Moçambicana.
5 Department of Foreign Affairs.

in Angola im Verlaufe der letzten 13 Jahre erreicht hat? Statt 15000 Kubanern stehen heute 50000 in Angola. Welche politischen Vorstellungen hat man mit dem Krieg verbunden, und gab es solche? In militärischen Kreisen – Verteidigungsminister Malan selbst hat dies offen ausgesprochen – gibt man zu, daß der Krieg in Angola infolge seiner Natur nicht zu gewinnen sei. Ein solcher Krieg mag begrenzten Übungszwecken dienen, solange es sich um eine Serie von Buschgefechten handelt. In dem Augenblick, wo man vor einer größeren Aufgabe steht, die zwar lösbar ist, aber nicht ohne bedeutendere Verluste (wie z. B. die Einnahme von Cuito Cuanavale[6]) stellt sich die Frage nach dem strategischen Sinn des Ganzen. Die Militärs waren in letzter Zeit zunehmend kritischen Fragen aus der Bevölkerung ausgesetzt. Der Krieg in Angola ist höchst unpopulär. Selbst geringe menschliche Verluste werden als schmerzlich empfunden. Die Bevölkerung verbindet mit Angola nicht das Gefühl einer unmittelbaren eigenen Gefährdung. Unter den jungen Leuten trug der Krieg in Angola mehr zu einer Wehrverweigerungshaltung bei als irgendeine andere Verwendung innerhalb der Armee. Ich habe im übrigen meine Zweifel, ob es die in ihrer Führung hochprofessionellen südafrikanischen Streitkräfte waren, die das Geschehen bestimmten, und ob nicht die politische Führung der treibende Teil war. In jedem Fall dürfte sich die Armeeführung einem Rückzug aus Angola nicht widersetzen. Gefahr droht hier eher von gewissen politischen Kreisen.

d) Der Krieg in Angola, aber auch das Engagement in Namibia haben in zunehmendem Maße Ressourcen in Anspruch genommen, die Südafrika dringend an anderer Stelle benötigt (Schätzungen gehen von 3,5 bis 5 Milliarden Rand im Jahr aus). Das gilt im übrigen auch für die Streitkräfte, die andere Prioritäten setzen müssen, wie z. B. die Entwicklung eigenen Fluggerätes anstelle einer Verpulverung von Artilleriemunition im angolanischen Busch. Wirtschafts-[7] und Finanzminister[8] und mit ihnen die gesamte Wirtschaftsbürokratie laufen Sturm gegen einen nicht zu kontrollierenden militärischen Finanzbedarf. Die von der Regierung intern gesetzten Prioritäten (dazu gehört z. B. auch die wesentlich höhere Zuweisung finanzieller Mittel zur Hebung des Lebensniveaus in den schwarzen Townships als Teil einer „gegenrevolutionären Strategie") bleiben Makulatur, wenn das Kriegsgeschehen sich ausweitet. Im übrigen ist der Aufruf weißer Reservisten für die hiesige Wirtschaft schwer zu verkraften.

3) Natürlich gibt es Gegenkräfte. Es fällt aber auf, daß selbst die konservative Partei ihre Kritik an dem jetzigen Verhandlungsprozeß eher zögernd und ohne Nachdruck vorbringt. Sie weiß nur zu gut, daß ein Friedensschluß in Angola unter der südafrikanischen Bevölkerung außerordentlich populär wäre, und wagt nicht, entschlossen dagegen anzugehen. Es kommt hinzu, daß gegen eine Infiltration über die Grenze im bewaldeten Norden Namibias weit schwerer anzugehen ist als in dem weithin kahlen, z. T. mondlandschaftähnlichen Gelände an der südafrikanisch/namibischen Grenze. Die Aufgabe Namibias wird in einigen Bevölkerungsteilen recht unpopulär sein, aber das war auch das Fallenlassen Rhodesiens durch Premierminister Vorster, der sich damals ebensowenig

6 Zu den militärischen Auseinandersetzungen im südlichen Angola vgl. Dok. 53, Anm. 44.
7 Daniel Wynand Steyn.
8 Barend du Plessis.

in der Verfolgung südafrikanischer Prioritäten beirren ließ, wie dies vermutlich Botha jetzt tun wird. Namibia gehört im übrigen nicht zu den Teilen Afrikas, denen die südafrikanische (und vor allem burische) Bevölkerung sentimental verhaftet ist. Sie haben dieses im Ganzen doch eher arme Land nicht besiedelt. Was das Schicksal der Weißen angeht, so könnte Südafrika daraus im schlimmsten Falle innenpolitisch Kapital schlagen. Im übrigen hat Präsident Botha, wie mir glaubhaft berichtet wird, Dirk Mudge im vergangenen Frühjahr kalt erklärt, die 70 000 Weißen könnten ja gehen: In Südafrika brauche man sie dringend!

4) Bleibt die Frage nach der „bottom line" südafrikanischer Sicherheitsinteressen. Sie zu bestimmen ist für einen Beobachter aus dem Ausland so gut wie unmöglich, doch dürfte Südafrika darauf bestehen, daß weder in Angola noch in Namibia ANC-Basen geduldet werden. Die soeben von angolanischer Seite geäußerte Auffassung, das Verbot der Einmischung in die inneren Angelegenheiten (Punkt G und wohl auch Punkt E der 14 Punkte[9]) gelte nur für Regierungen, nicht für Befreiungsbewegungen, dürfte von südafrikanischer Seite nicht ernstgenommen werden. Was Namibia angeht, kann sich Südafrika ohnehin einen anhaltenden, starken wirtschaftlichen Einfluß ausrechnen. Kein „Frontstaat" wird auf absehbare Zeit so abhängig von Südafrika sein wie Namibia, dies ungeachtet der massiven Hilfe, die dem Neuankömmling in der Staatenfamilie hoffentlich zuteil würde.

5) Zusammenfassend stelle ich fest, daß Südafrika durchaus eine Reihe handfester Gründe hätte, die Lage im Norden zu bereinigen. Es ist richtig, daß insbesondere Präsident Botha eine isolierte Angolalösung unter Beibehaltung der südafrikanischen Besetzung Namibias vorgezogen hätte. Es wird ihm aber recht schnell verdeutlicht worden sein, daß eine solche politische Strategie keine Aussicht auf Erfolg haben würde. Natürlich gibt es im Verhandlungsprozeß noch schwierigste Fragen zu lösen. Das gilt für die Verzahnung des Rückzugs der Kubaner mit dem Rückzug der Südafrikaner und der Durchführung von SR 435. Es gilt aber auch für den für die Herbeiführung eines echten Friedens in Angola unerläßlichen innerangolanischen Ausgleich, um den sich, sicheren Hinweisen zufolge, mehrere afrikanische Staaten bemühen. Es würde mich jedoch nicht wundern, wenn die Amerikaner mit ihrer Behauptung, die „wild card" seien jetzt nicht die Südafrikaner, sondern die Kubaner, recht behielten. Vor allem der amerikanische Wahlkampf[10], der sich einerseits beschleunigend auf die Verhandlungen ausgewirkt hat, könnte auf der anderen Seite auch zu ihrem Scheitern führen, wenn sich eine Seite (womöglich irrtümlich!) von einem denkbaren Präsidenten Dukakis „a better deal" erwartet.

Um nicht mißverstanden zu werden, es gibt für die Absichten der südafrikanischen Seite keine hieb- und stichfesten Beweise. Diese Beweise werden letztlich im Gang des Verhandlungsprozesses liegen. Eine Analyse der südafrikanischen

9 Für die bei den Friedensgesprächen zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA vom 11. bis 13. Juli 1988 in New York gebilligten „Principles for a Peaceful Settlement in Southwestern Africa" vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 650 der Botschaft in Pretoria vom 21. Juli 1988; Referat 320, Bd. 155832.

10 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

Interessenlage liefert jedoch eindrucksvolle Indizien dafür, daß Südafrika einen Ausweg aus den Verwicklungen des Nordens sucht.[11]

Ich schlage Beteiligung ChefBK[12] vor.

Stabreit

Referat 320, Bd. 155832

216

Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-13723/88 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1177
Citissime nachts

Aufgabe: 26. Juli 1988, 18.15 Uhr[1]
Ankunft: 26. Juli 1988, 18.53 Uhr

Delegationsbericht Nr. 417 (A)

Betr.: 3. KSZE-Folgetreffen in Wien (WFT);
hier: Fortsetzung der Konferenz

Zur Unterrichtung

I. Fortsetzung der Konferenz und diesbezügliche Prozedur-Fragen wurden heute während mehrstündiger Tagung des kleinen Kreises erörtert.

1) US-DL Zimmermann trat dafür ein, am 29.7.1988 abzuschließen, da zu beobachtende Verhandlungsbewegungen nur aus Zugeständnissen unserer Seite bestünden und WP keine Bereitschaft zum Entgegenkommen zeige, welche Fortsetzung der Arbeit rechtfertigen könnten. Besonders entmutigend sei negative östl. Reaktion auf westl. Formulierung zu „dual capable systems".[2]

11 Vom 2. bis 5. August 1988 fand in Genf unter Vorsitz des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Crocker, die vierte Runde der Friedensgespräche zwischen Angola, Kuba und Südafrika statt. Ministerialdirigent Sulimma hielt am 8. August 1988 fest, daß sich nach Auskunft von Crocker die Beteiligten auf folgende Interimslösung verständigt hätten: formeller Waffenstillstand zwischen Südafrika einerseits und Angola/Kuba andererseits ab dem 10. August 1988; Abzug der südafrikanischen Truppen aus Angola bis zum 1. September 1988; Bildung eines Militärausschusses zur Verifizierung des Truppenabzugs. Hinsichtlich einer endgültigen Lösung werde angestrebt: „Vereinbarung eines Abkommens durch Angola, Kuba und Südafrika (sog. umbrella agreement), das die in New York im Juli 1988 vereinbarten 14 ‚Principles for a Peaceful Settlement in Southwestern Africa' in den Rang eines Vertrages erhebt. Dieser Vertrag soll spätestens am 10.9.1988 unterzeichnet werden. Nicht später als am 10. September 1988 soll auch das bilaterale Abkommen zwischen Angola und Kuba über den (vollständigen) Abzug der kubanischen Truppen aus Angola unterzeichnet werden. […] Der 1. November 1988 wurde als Beginn der SR-Res. 435 vereinbart." Voraussetzung hierfür sei allerdings, daß zuvor eine Einigung über den Zeitplan des Abzugs der kubanischen Truppen aus Angola erfolgt sei, über den in Genf nicht gesprochen worden sei. Vgl. Referat 320, Bd. 155832.

12 Wolfgang Schäuble.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Metscher am 27. Juli 1988 vorgelegen.

2 Zu einer Einbeziehung zweifach verwendbarer Systeme in Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 207, Anm. 4.

2) F-DL Curien und ich widersprachen dem nachdrücklich. Wir hoben die jüngsten Entwicklungen bei Prinzipien[3] hervor, ich verwies auf neue und interessante Textvarianten, die im Korb III erörtert werden und vom Delegationsleiter[4] des zuständigen Koordinators[5] im Plenum gelobt worden waren.[6] Ich hielt es für absolut unverantwortlich, unsere Arbeit jetzt abzubrechen. Jede erkennbare Vorwärtsbewegung müsse genutzt und gefördert werden. Curien unterstrich, daß wir alle Möglichkeiten des Weiterkommens erproben und im ungünstigsten Falle völlige Klarheit darüber schaffen müßten, daß nicht der Westen für eine Stagnation des Treffens verantwortlich sei. Er und ich stimmten darin überein, daß wir zwar der Fortschreibung des „Grid" (Arbeitsprogramm) um nur eine Woche, nicht aber einem Zieldatum der Phase zustimmen könnten.

3) GB (O'Keeffe) erläuterte Londons Auffassung, daß gegenwärtige Phase um einige Zeit fortgesetzt werden solle, wenn Verhandlungsstand dies rechtfertige. Nach seinem Urteil sei dies der Fall. Im gleichen Sinne hat er unter den heutigen 16 und 12 DL Stellung genommen. In der anschließenden Bewertung der jetzt vom Koordinator von Prinzipien[7] angebotenen Texte und der östl. Reaktionen dazu urteilte Zimmermann besonders skeptisch, GB, F und wir erheblich positiver. GB machte deutlich, daß unter vorherrschenden Umständen London an einer Mittellösung gelegen sei, die auf kurze Fortsetzung im August und frühen Wiederanfang im September abzielt.

4) Hierauf bot Zimmermann an, sich für folgende Lösung einzusetzen, auf die Washington voraussichtlich eingehen werde:

– Festschreibung des Arbeitsprogramms 5. August, früher Wiederanfang Ende August oder Anfang September.
– Kennzeichnung des Zwischenraums nicht als Pause zwischen den Phasen, sondern technische Unterbrechung, die wegen Infrastrukturpoblemen erforderlich sei.
– Gemeinsame Aufforderung an SU, bis 5. August die noch anstehenden Probleme bei Prinzipien und Korb III zu lösen; Bereitschaft, Pausenbeginn weiter zu verschieben, wenn SU hier entsprechende Zugeständnisse mache. Könnten

3 Am 29. Juli 1988 teilte Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), mit: „Hauptgewicht der Arbeit bei R[edaktions]G[ruppe] ‚S' (Prinzipien) lag bei Bemühungen des Koordinators, im Wege der Pendeldiplomatie eine Auflockerung der zwischen West und Ost aufgrund einander blockierender Änderungswünsche entstandenen Pattsituation zu erreichen. Nach informellen Kontakten mit beiden Seiten hat Koordinator bei Religionsfreiheit, NGOs und CDH interessante Textvarianten vorgelegt, die für den Westen prinzipiell annehmbar sein dürften, vom Osten hingegen bis auf eine gewisse Annäherung bei CDH […] abgelehnt werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1209; Referat 212, Bd. 153444.

4 Curt Lidgard.

5 Nils Eliasson.

6 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 29. Juli 1988: „In Korb III konnte schwed[ischer] Koordinator zwei Bestimmungen aus dem N+N-Entwurf als nicht mehr strittig feststellen". Ein weiterer operativer Paragraph sei „einer Lösung sehr nahe. […] Dieser durchaus meßbare, wenngleich begrenzte Fortschritt hatte seinen Ursprung in den Erörterungen der informellen Sechsergruppe (schwed. Koord[inator], A, SU, UNG, GB und wir) […]. Auch bei einigen anderen Themen hat diese Gruppe Annäherungen mit Aussicht auf Konsensus zustande gebracht, insbes[ondere] bei Schlüsselbestimmungen wie op[erativer] Para[graph] 34 menschliche Kontakte (Kontakte zwischen Gläubigen) und op. Para 2 Information". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1209; Referat 212, Bd. 153444.

7 Rudolf Torovsky.

F und wir diesem Szenario nicht zustimmen, würde US jedenfalls auf Unterbrechung am 29.7. bestehen.

II. Zum Hintergrund des amerikanischen Vorschlages: N+N haben heute Fortsetzung der Arbeit bis 5. August, Wiederaufnahme in informellen Kontakten am 7.9., und öffentliches Plenum am 13.9.1988 vorgeschlagen. SU-Delegation ließ mich heute – in deutlicher Differenzierung gegenüber Kaschlew-Erklärung im Plenum am 22.7.[8] – wissen, daß sie „ein oder auch zwei Wochen im August weiterarbeiten könnten".

– Kennzeichnung der Pause als „technische Unterbrechung" dürfte auf Widerstand von zumindest KAN, B und NL treffen, da es den Verzicht auf zwei öffentliche Plenarsitzungen am Anfang und Ende der Pause bedeutet. N+N scheinen bereit zu sein, auf diesen Vorschlag einzugehen.
– Wenn US dieses Szenario im 16er Kreis darlegen wird, ist damit zu rechnen, daß mehrere EG-Partner sich dafür aussprechen.
– Wir werden aktiv (außer von F) von DK, FIN und NWG unterstützt.
– Bemerkenswert ist, daß sich die gesamte Konferenz, auch TNS, die sich zunächst scharf gegen unsere Haltung ausgesprochen haben, unter dem Eindruck der „Genscher-Initiative"[9] mit einer rigorosen Kürzung der Konferenzpause abzufinden beginnt.[10]

[gez.] Eickhoff

VS-Bd. 13485 (212)

8 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), teilte am 22. Juli 1988 zur Plenarsitzung vom selben Tag mit: „Zum Ende des Plenums erklärte überraschend SU in drei Sätzen ihre Bereitschaft, dem von uns und F vorgeschlagenen Arbeitsprogramm zu entsprechen. WP hat in der Sache keine Einigkeit gefunden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1159; Referat 212, Bd. 153444.

9 Vgl. dazu den gemeinsamen Auftritt des Bundesministers Genscher und des französischen Außenministers Dumas am 1. Juli 1988 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien; Dok. 196, Anm. 2.
Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 20. Juli 1988, daß er im NATO-Caucus auf Weisung von Genscher ausgeführt habe, „daß Bundesregierung gegen eine Unterbrechung des WFT sei. […] Wenige Partner reagierten verhalten, alle anderen negativ. Nur US […] machten Gegenvorschlag: Arbeitsplan mit öffentlicher (Schluß-) Sitzung bis 29.7.1988, Wiederaufnahme bereits am 6.9.1988". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1140; Referat 212, Bd. 153444.
Am 22. Juli 1988 ergänzt Eickhoff, daß die Initiative zur Fortsetzung der Wiener Verhandlungen „zunehmende Unterstützung" gewinne: „Im Plenum am 22.7. sprachen sich ausdrücklich NOR und FIN sowie auch SU dafür aus. […] Der von D und F eingenommenen Position haben sich inzwischen […] die EPZ-Partner außer NL und POR angeschlossen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1160; Referat 212, Bd. 153444.

10 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), informierte am 29. Juli 1988, daß das Plenum folgende Einigung erzielt habe: „Die Konferenzarbeit wird zunächst bis zum 5.8. und nach einer technischen Pause ab 29.8. fortgesetzt. Die Feststellung des Tagesvorsitzenden, daß diese Entscheidung durch eine andere Konsensentscheidung des Plenums revidiert werden kann, wurde durch Erklärungen der USA, der GR-EPZ-Präsidentschaft, von F, D und SU unwidersprochen dahin interpretiert, daß am 3.8. getestet werden soll, ob Konsens zur Fortsetzung der Arbeit über den 5.8. hinaus besteht. […] Vorteile der am 29.7. getroffenen Regelung sind: Fortführung der Arbeit über den als Schlußtermin für die laufende Phase vorgesehenen 29.7.1988 hinaus; Möglichkeit zur Beschlußfassung am 3.8. über Verlängerung der Konferenzarbeit über den 5.8. hinaus (allerdings sehr wenig wahrscheinlich); Halbierung der Sommerpause von mindestens sechs auf drei Wochen; Aufrüttelung des Treffens aus der laufenden Routine und Überleitung in Endspielzustand." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1207; Referat 212, Bd. 153444.

217

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron

VS-NfD **27. Juli 1988**[1]

Herrn Staatssekretär[2] zur Information

Betr.: Deutsch-israelische Planungsstabskonsultationen am 21./22. Juli 1988 in Jerusalem

I. Zusammenfassung und Kurzfassung

1) Auf israelische Einladung fanden am 21./22. Juli 1988 deutsch-israelische Planungsstabskonsultationen in Jerusalem statt.

Wir wurden vom stellvertretenden Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, Jeshajahu Anug, zu einem einstündigen Gespräch empfangen. Die israelische Delegation wurde vom Leiter des Planungsstabes im Außenministerium, Botschafter Arieh Levin, geleitet, der als israelischer Missionschef bei den Vereinten Nationen im Gespräch ist. Zeitweise nahm auch der künftige Vertreter Israels in Bonn, Botschafter Navon, an den Konsultationen teil.

Die Konsultationen (Tagesordnung s. Anlage[3]) konzentrierten sich auf die Situation und die Perspektiven im Nahen und Mittleren Osten, die Lage des islamischen Fundamentalismus und auf die innen- und außenpolitische Entwicklung der Sowjetunion. Die israelische Seite zeigte sich sehr interessiert an unserer Darlegung der Entwicklung in der Sowjetunion, vor allem in der Erwartung, aus dieser Analyse Anhaltspunkte für die künftige Rolle Moskaus im nahöstlichen Friedensprozeß zu gewinnen.

2) Die Gespräche erhielten ihre akute Relevanz und ihre besondere Prägung durch

– das zeitliche Zusammentreffen mit der sich anbahnenden Beendigung des Golf-Konflikts[4],

– die fortdauernden Spannungen in den besetzten Gebieten einschließlich Ost-Jerusalems (Intifada)[5],

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Roßbach konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 28. Juli 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ein interessantes Papier!“

3 Dem Vorgang nicht beigefügt.

4 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 184, Anm. 5.
Am 18. Juli 1988 erklärte die iranische Regierung in einem Schreiben an VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar ihre bedingungslose Anerkennung der Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987. Am 21. Juli 1988 berichtete Botschafter Freitag, Teheran, Ayatollah Khomeini habe sich am Vortag mit einer Botschaft an das iranische Volk gewandt: „Es sei bitter für den Iran, diese Entschließung der Vereinten Nationen anzunehmen. Er selbst hätte lieber das Martyrium vorgezogen, als diesen Schierlingstrank zu sich zu nehmen. Die Entscheidung sei kurzfristig erfolgt: Bis vor einigen Tagen sei er der Auffassung gewesen, den Krieg weiterzuführen. Aber aufgrund einiger neuer Entwicklungen, über die er noch nicht öffentlich sprechen könne und die ihm von allen führenden Politikern und Militärs dargelegt worden seien, glaube er nunmehr, daß es im Interesse der islamischen Republik und der Revolution erforderlich sei, die Resolution vorbehaltlos anzunehmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 862; Referat 311, Bd. 139982.

5 Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada“) vgl. Dok. 83, Anm. 20.
Botschaftsrat Richter, Tel Aviv, berichtete am 24. August 1988: „Nach wie vor kommt im Tagesdurchschnitt mindestens ein Palästinenser im Verlauf von Zusammenstößen mit israelischen Sicherheits-

– die besondere innenpolitische Situation in Israel vor den Wahlen zur Knesset im Herbst 1988[6],
– die sich möglicherweise abzeichnende Änderung der sowjetischen Haltung im nahöstlichen Friedensprozeß.

3) Unsere Eindrücke aus den Gesprächen werden wie folgt zusammengefaßt:

a) Die israelische Seite rechnet damit, daß die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den Streitparteien am Golf in absehbarer Zeit eingestellt werden. Sie sieht gegenwärtig noch keine Gefahr, daß der Iran und Irak ihre Kräfte gegen Israel einsetzen werden, schließt aber längerfristig eine Zunahme der Bedrohung aus der Golfregion nicht aus. Auf jeden Fall werde sich die internationale Aufmerksamkeit jetzt stärker auf Israel und den Nahen Osten richten.

Die israelische Seite geht davon aus, daß

– unterhalb des bewaffneten Konfliktes die Probleme zwischen iranischem Fundamentalismus und arabischem Nationalismus fortbestehen werden,
– sowohl Iran als auch Irak sich zunächst auf die Bewältigung der anstehenden innenpolitischen Probleme konzentrieren werden,
– insbesondere Teheran versuchen werde, aus seiner internationalen Isolierung herauszukommen und sich mehr dem Westen zu öffnen (es liege am Westen, dem konstruktiv entgegenzukommen),
– das gesamte moslemische und arabische Lager auf absehbare Zeit mit seinen widerstreitenden Interessen leben müsse.

b) Für Israel werde sich dadurch zumindest für die nächsten ein bis zwei Jahre ein „Fenster für konstruktive Möglichkeiten“ öffnen.

Dann allerdings könne sich Israel plötzlich vor grundlegenden Entscheidungen – an einer „Wasserscheide“ – befinden.

c) Die israelische Seite rechnet trotz gelegentlicher objektiver Interessenübereinstimmung zwischen Israel und Syrien (speziell im Libanon) mit der fest verankerten Feindschaft Präsident Assads, den sie trotz aller (auch militärisch fundierten) Gefährlichkeit des Iraks weiterhin als unversöhnlichen Hauptgegner Israels ansieht. Israel fürchtet vor allem, daß Syrien eines Tages bei einem Überraschungsangriff Giftgas gegen Israel einsetzen könnte, vor allem nachdem die rhetorische Verurteilung des Irak[7] durch die Weltöffentlichkeit ohne nachteilige Folgen für Bagdad geblieben sei.[8]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1151

kräften ums Leben, zahlreiche andere werden verletzt. […] Schwerpunkt der Zusammenstöße wandert: Lag er vor zwei Wochen in nördlicher West Bank (Nablus und Flüchtlingslager in Umgebung), verschob er sich in folgender Woche nach Gaza, das lange als ‚relativ ruhig‘ gegolten hatte. […] Neben Intifada in Gebieten ist es in letzten Tagen auch im Kernland Israel wieder zu Zwischenfällen gekommen, die auf Stimmung in Israel mindestens ebenso großen Einfluß haben wie Vorgänge jenseits der ‚Grünen Grenze‘. […] Ereignisse der letzten Wochen zeigen, daß Intifada keineswegs abgeflaut ist, obwohl israelische Sicherheitskräfte sie heute unter Einsatz aller Mittel mit Erfahrungen aus neun Monaten taktisch geschickter bekämpfen können als in Anfangsphase. Früher weitverbreiteter Optimismus, man könne Erhebung in kurzer Frist niederschlagen, ist heute nur noch selten zu hören.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1103; Referat 310, Bd. 149758.

6 In Israel fanden am 1. November 1988 Parlamentswahlen statt.

7 Zum Einsatz von Chemiewaffen durch den Irak vgl. Dok. 99 und Dok. 154.

8 Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Einsatz gegen Iran ist nicht dasselbe wie gegen Israel!“

Die Bedeutung der PLO sieht die israelische Seite insgesamt relativiert. Die PLO sei auch erst während der Intifada zum Trittbrettfahrer der Situation geworden. Niemand auf arabischer Seite[9] sei wirklich an einem palästinensischen Staat interessiert. Jeder übe sich in dieser Hinsicht in Lippenbekenntnissen.

d) Zum Friedensprozeß im Nahen Osten übte die israelische Seite in der gegenwärtigen Vorwahlperiode verständlicherweise Zurückhaltung. Insgesamt zeigte man sich nicht ganz ohne Hoffnung.

Wir waren uns mit der israelischen Seite einig, daß es hierfür wesentlich auf die internationale Situation, insbesondere auf die Entwicklung des Verhältnisses zwischen den beiden Großmächten ankommen werde. Auch den Positionen Europas und Japans komme dabei aufgrund ihres politischen und wirtschaftlichen Einflusses Bedeutung zu.

Die israelische Seite gab zu verstehen: Sie begrüße die Fortsetzung der intensiven Gespräche zwischen Murphy und Poljakow[10], erwarte allerdings jetzt keinen Durchbruch. Der Shultz-Vorschlag[11] sei keineswegs tot. Er liege zumindest als Hinterlassenschaft und Wegweiser für die neue US-Administration weiterhin auf dem Tisch.

Die Sowjetunion habe ihre Position im Wege „konstruktiver Ambiguität" verändert. Der nunmehr geprägte Begriff von der Notwendigkeit einer „effektiven Internationalen Konferenz"[12] bleibe vage genug, um sich Möglichkeiten nach allen Seiten offenzuhalten und vor allem die Araber nicht zu verprellen. Die Sowjetunion habe noch keine grundlegende Entscheidung (auch nicht zur Wiederaufnahme voller Beziehungen mit Israel[13]) getroffen. Im Gegensatz zur sowje-

9 Die Wörter „Niemand auf arabischer Seite" wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das sagt Israel seit 20 Jahren."

10 Der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Murphy, und der Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Poljakow, führten während des Besuchs des amerikanischen Außenministers Shultz vom 21. bis 24. April 1988 in der UdSSR Gespräche über eine Lösung des Nahost-Konflikts. Zum Besuch von Shultz vgl. Dok. 123 und Dok. 129.
Weitere Gespräche fanden am 6./7. Juli und am 1./2. August 1988 in Genf statt.

11 Vgl. dazu die amerikanische Initiative für eine Wiederbelebung des Friedensprozesses im Nahen Osten; Dok. 176, Anm. 5.

12 Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken notierte am 20. April 1988, daß der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, während des Besuchs des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, vom 7. bis 10. April 1988 zur Beilegung des Nahost-Konflikts erklärt habe: „Der effektivste Mechanismus zur Regelung ist eine Internationale Konferenz unter der Schirmherrschaft der UNO. Ihre rechtliche Grundlage sollte die Anerkennung der Resolutionen 242 und 338 des UNO-Sicherheitsrates und der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich seines Rechts auf Selbstbestimmung durch alle ihre Teilnehmer sein." Weiter habe er ausgeführt: „Die Konferenz schlägt die unterschiedlichsten Formen der Zusammenarbeit der Teilnehmer vor. Was die Rolle der ständigen Mitglieder des UNO-SR angeht, so sollen sie für die Schaffung einer konstruktiven Atmosphäre bei der Verhandlungsführung auf der Konferenz sorgen. Zu diesem Zweck können sie insbesondere kollektiv oder individuell Vorschläge und Empfehlungen vorbringen." Heyken zog das Fazit: „Kennzeichnend für ‚Neues Denken' in der sowjetischen Nahostpolitik ist, daß sich die SU nicht damit begnügt, lediglich propagandistisch die Einberufung einer Internationalen Friedenskonferenz zu fordern, sondern durch das ‚Bearbeiten' der Kontrahenten im Nahostkonflikt sich bemüht, diesen die eigenen Grundsätze für eine Konfliktlösung nahe zu bringen. Dies geschieht auf der einen Seite, indem die SU der palästinensisch-arabischen Seite unbequeme, aber wichtige Wahrheiten sagt, auf der anderen Seite durch eine bewußt verfolgte Auflockerung des Verhältnisses mit Israel." Vgl. Referat 213, Bd. 143564.

13 Zu den sowjetisch-israelischen Gesprächen über eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen vgl. Dok. 120, Anm. 8.

tischen Interessenlage im Golf-Konflikt sei die Sowjetunion derzeit in Nahost mehr am Prozeß als an einem substantiellen Ergebnis dieses Prozesses interessiert. Es gehe ihr vor allem darum, in dem Prozeß Fuß zu fassen und dabei einen mit den USA vergleichbaren Platz einzunehmen.

Zum ersten Mal rede die Sowjetunion deutlich davon, daß

– eine militärische Lösung im Nahen Osten für die Bewältigung der Probleme nicht tauglich sei[14],
– es den Palästinensern selbst überlassen bleiben müsse, die Form der Verwirklichung ihres Selbstbestimmungsrechtes zu wählen (d. h., SU besteht nicht mehr auf einem palästinensischen Staat).

II. Nachstehend folgt Zusammenfassung wichtiger Diskussionspunkte in Stichworten:

1) Die künftige Rolle der Sowjetunion im nahöstlichen Friedensprozeß

Israelische Seite erklärte:

Sowjetunion sei beim Friedensprozeß im Nahen Osten ineffektiv und irrelevant gewesen. Radikale Araber seien der Ansicht gewesen, sowjetische Rückendeckung für sich in Anspruch nehmen zu können („they took it for granted"), gemäßigte Staaten hätten sich an US orientiert. Auch heute gehöre Nahostpolitik nicht zu den Prioritäten der sowjetischen Außenpolitik.

Sowjetische Nahostpolitik sei jedoch in letzter Zeit (verbal) flexibler geworden: Vorrangiges Interesse der Sowjetunion am Prozeß, dem entspräche auch sowjetisches Signal: Dialog mit allen relevanten Parteien inklusive Israel; Kurs in Richtung Zusammenarbeit mit USA (sowjetisches Ziel, im Prozeß Gleichrangigkeit mit USA in der Region zu erreichen).

Israelische Nahostexperten sehen allerdings Sowjetunion in einigen Punkten noch auf alter Linie: so z. B. unbeugsame sowjetische Forderung nach israelischem Rückzug aus den besetzten Gebieten werde aufrechterhalten. Sowjetunion müsse sich erst einem Test unterziehen, ob sie konstruktiv genug umdenke. Dabei gehe es vor allem um

– Kompetenz der Konferenz (der neue Begriff „effektiv" sei geschmeidig genug, um keine Seite zu verprellen),
– palästinensische Vertretung (Sowjetunion wäre mit Vertretung etwa durch jordanisch-palästinensische Delegation einverstanden, verlange aber, daß PLO Vorgehen dieser Delegation sanktioniere),
– Natur der Lösung für das palästinensische Problem (Sowjetunion vertrete neuerdings Auffassung, es sei Sache der Palästinenser, wie sie ihr Selbstbestimmungsrecht verwirklichen wollten).

Die Sowjetunion sei im Dilemma zwischen Schädigung ihrer Beziehungen zu den arabischen Staaten oder zu den USA. Die Sowjets sähen im Moment noch keine Notwendigkeit, eine grundlegende Entscheidung zu treffen und hierfür einen politischen Preis zu bezahlen.

14 Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Neues Denken!"

2) Das Umfeld Israels im Nahen und Mittleren Osten; islamischer Fundamentalismus

Im Falle Syriens weitgehende israelische Konzentration auf die Person Präsident Assads, der als unversöhnlich und konfrontativ gilt. Seine möglichen Nachfolger werden als weniger gefährlich angesehen. (Assad zugeschriebene Zitate: „Mit Feinden könne man keinen Frieden machen; die ‚territorial entity' Israel dürfe nicht bestehen bleiben.") Gleichzeitig halte Assad jedoch nichts von einem palästinensischen Staat. Offiziell sei Assad für eine Internationale Konferenz, was aber bei Würdigung seiner gesamten Position wenig glaubhaft erscheine. Vielleicht werde er mitmachen, um Ergebnisse zu verhindern. Syrien sei allerdings nie ein Satellit der Sowjetunion gewesen.

Irak:

Ein ernst zu nehmender Gegner mit Kriegserfahrung und moderner Armee und Bewaffnung (650 Kampfflugzeuge; 2500 moderne Tanks; 55 gut ausgerüstete Divisionen). Auch Irak wünsche in Wirklichkeit keinen palästinensischen Staat. Irakische Führung habe Israel diskret wissen lassen, daß Irak nicht im Falle eines Krieges mit Syrien, wohl aber im Falle eines Konflikts mit Jordanien eingreifen werde.

Islamischer Fundamentalismus:

Die israelische Seite sieht den Islam insgesamt in einer Phase des Wiedererstarkens und wachsenden Selbstbewußtseins. Der Islam habe eine Botschaft für die Massen. Trotz erheblicher fundamentalistischer Tendenzen gebe es auch Versuche, sich der modernen Zeit anzupassen.

„Islamischer Fundamentalismus" wolle zurück zu den islamischen Ursprüngen. Religion als Quelle der – auch politischen – Hoffnung in der Frustration. Die Rezepte der Industrienationen des Nordens seien nicht in der Lage, die Probleme zu lösen und die Erwartungen zu erfüllen. Fundamentalismus sei in erster Linie gegen den Westen gerichtet (erklärbar aus stärkerer Präsenz westlicher Vorstellungen und Symbole und aus der neueren Geschichte des Irans während der Schah-Zeit).

Irans Niederlage am Golf habe dem Prestige des iranischen (schiitischen) Fundamentalismus einen Schlag versetzt. Allzu große westliche Furcht vor islamischer Revolution sei wohl unbegründet gewesen. Fundamentalismus sei offenbar nicht der Weg der Zukunft. Schia-Fundamentalismus habe seine Vorposten in Iran und Kuwait nicht nutzen oder gar ausbauen können. Schwache Organisation der Schia auf arabischer Halbinsel (Saudi-Arabien) habe von vornherein wenig Erfolg versprochen. Einziger Erfolg im Libanon. (Künftige Ansatzpunkte für Fundamentalismus in Ägypten und Türkei.)

3) Golf-Konflikt/Iranisch-irakischer Krieg

Israelis nannten sieben Gründe bzw. Anlässe für Einlenken Irans:

a) Zwischenfall mit Abschuß iranischer Verkehrsmaschine[15] (auch schon früher Zerstörung der iranischen Plattform durch US[16]). Iran argumentiere, man könne gegen die Weltarroganz einer militärischen Supermacht nicht ankommen.

15 Zum Abschuß eines iranischen Passagierflugzeugs durch ein amerikanisches Kriegsschiff vgl. Dok. 199.

16 Am 19. Oktober 1987 griffen amerikanische Kampfflugzeuge die iranischen Förderplattformen „Sassam" und „Rostam" im Persischen Golf an. Nach Angaben des amerikanischen Verteidigungsministeriums

b) Kriegslage: seit Februar 1988 keine größere militärische Offensive mehr seitens des Iran. Iran habe seine Kriegsziele nicht mehr weiter verfolgen können. Insbesondere Einsatz chemischer Waffen durch Irak. Krieg der Städte mit Raketen. Ausrüstung Iraks mit moderneren Waffen.

c) Internationale Isolierung Irans

Iranisches Verlangen nach internationaler Unterstützung. Wunsch, Friedensliebe und Friedensbemühungen weltweit zu zeigen.

d) Die seit einiger Zeit andauernde, quasi pluralistische Diskussion in der iranischen Führung: Warnungen wichtiger Ajatollahs. Wer diese Diskussion verfolgt und ernstgenommen habe, konnte allenfalls vom Zeitpunkt des iranischen Einlenkens überrascht sein.

e) Interne Situation Irans: Kriegsmüdigkeit; schlechte Moral bei der Truppe; Deserteure, ohne daß in letzter Zeit umfassende Bestrafungen erfolgt seien.

f) Schwierigkeit, zwei so verschiedene Instrumente wie Armee und Pasdarans im Iran unter einen Hut zu bringen.

g) Wirtschaftslage des Landes: Maßstab für Notlage: Kürzliche Androhung der Todesstrafe für „Wirtschaftsterroristen" (Schwarzhändler; Schmuggler und dergleichen).

Entscheidend war letztlich das Argument, daß die Beendigung des Krieges zur Rettung der Revolution notwendig sei.

Nach israelischer Ansicht bestehe derzeit keine Absicht des Iran, den Krieg weiterzuführen. Westen habe eine einzigartige Chance, Iran aus internationaler Isolierung herauszuholen. USA müßten psychologische Schwierigkeiten aus jüngster Vergangenheit überwinden.

Citron

Referat 02, Bd. 273252

Fortsetzung Fußnote von Seite 1155

habe es sich dabei um einen „Vergeltungsschlag für den Raketenangriff auf einen unter amerikanischer Flagge fahrenden kuwaitischen Tanker" gehandelt. Vgl. den Artikel „Amerikanischer Vergeltungsschlag gegen Iran"; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 20. Oktober 1987, S. 1.
Am 20. April 1988 beschossen amerikanische Kriegsschiffe zwei weitere iranische Plattformen. Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung wurden ein iranisches Schnellboot versenkt und zwei iranische Fregatten durch amerikanische Kampfflugzeuge in Brand geschossen: „Die Aktion der Amerikaner war nach Angaben des Pentagons eine Vergeltungsmaßnahme für die Wiederaufnahme der Verminung von Schiffahrtspassagen durch die Iraner. […] Beide Plattformen waren bewaffnet und dienten laut dem Pentagon nicht mehr der Ölförderung, sondern wurden hauptsächlich als Standorte für Radaranlagen und Feuerleitgeräte verwendet." Vgl. den Artikel „Amerikanischer Vergeltungsschlag gegen Iran"; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 20. April 1988, S. 1.

218

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ritter von Wagner

431-493.85-560/88 geheim **28. Juli 1988**[1]

Über Herrn Dg 43[2], Herrn D 4[3] Herrn Staatssekretär[4]

Betr.: Trägertechnologie-Regime[5];
hier: Ergänzende Bestimmungen zur innerstaatlichen Umsetzung

Bezug: StS-Vorlage (431-493.15 IRK 255/88 VS-Geheim vom 18. April 1988 1. Ausf.) zur „Erweiterung der Reichweite der irakischen Scud B Raketen" und ihre handschriftlichen Bemerkungen (Anlg. 1)[6]

Anlg.: 1) StS-Vorlage (s. Bezug)
2) Schreiben des BMWi vom 20.8.1986 (sog. „Verfahrenserlaß") [7]
3) Schreiben des AA an BMWi vom 29.6.1988 (Ergänzende Bestimmungen zum „Verfahrenserlaß")[8]
4) Antwortschreiben des BMWi vom 13.7.1988[9]

Zweck der Vorlage: Zur Information

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner und Legationssekretär Freytag von Loringhoven konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent Pabsch am 29. Juli 1988 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirektor Jelonek am 29. Juli 1988 vorgelegen.

4 Hat Staatssekretär Sudhoff vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Staatssekretär Lautenschlager „n[ach] R[ückkehr]" verfügte.
Hat Lautenschlager am 3. August und erneut am 4. August 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über den Vertreter von Ministerialdirektor Jelonek, Ministerialdirigent Trumpf, an Referat 431 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Sollte sich herausstellen, daß die Kontrolle nicht funktioniert (Ziffer 4), Bitte, mich zu befassen. Sollten nicht die Abt[ei]l[un]g[s]leiter von 2, 3, 2A, 5 Kopie dieser Aufz[eichnung] z[ur] K[enntnis] erhalten?"
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner am 4. August 1988 erneut vorgelegen, der für Legationsrat I. Klasse Ammon handschriftlich vermerkte: „Kopien sind noch nicht verteilt." Ferner verfügte er die Weiterleitung an Legationssekretär Freytag von Loringhoven „n[ach] R[ückkehr]".
Hat Freytag am 31. August 1988 vorgelegen.

5 Am 16. April 1987 wurde von der Bundesregierung bekanntgegeben, daß am 7. April 1987 ein Kontrollregime für den Export von Trägertechnologie in Kraft gesetzt worden sei. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 94.
Für die Richtlinien sowie die Technische Liste des Exportkontrollregimes vgl. Referat 431, Bd. 153195.

6 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Für die Aufzeichnung der Vortragenden Legationsräte I. Klasse Ritter von Wagner und Nagel vgl. Dok. 116.

7 Dem Vorgang nicht beigefügt.

8 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Mit Schreiben vom 29. Juni 1988 bat Vortragender Legationsrat Schlegel das Bundesministerium für Wirtschaft, das Bundesamt für Wirtschaft anzuweisen, dem Auswärtigen Amt folgende Ausfuhranträge zur Stellungnahme vorzulegen: „1) Anträge auf Ausfuhren, die in der Technischen Liste zur Trägertechnologie (TTL) aufgeführte Gegenstände/Technologien betreffen und in die in der Anlage 1 genannten Staaten exportiert werden sollen. […] 2) Probeweise Anträge, die die TTL betreffen und in Länder der in Anlage 2 genannten Staaten exportiert werden sollen." Für beides gelte, daß die Anträge „gleichzeitig dem Auswärtigen Amt, Referat 424, und dem BMWi vorgelegt werden" sollten. Vgl. Referat 431, Bd. 153196.

9 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Das Bundesministerium für Wirtschaft bestätigte am 13. Juli 1988, daß das Bundesamt für Wirtschaft gebeten worden sei, „vorläufig" entsprechend dem Schreiben des Auswärtigen Amts vom 29. Juni

1) Die in Bezugsvorlage dargestellten Aktivitäten deutscher Firmen im Irak hatten die Frage aufgeworfen, wie derartige Exporte in Zukunft verhindert werden können. Der vorliegende Fall wurde daraufhin zum Anlaß genommen, die innerstaatliche Umsetzung des noch jungen (April 1987) Trägertechnologie-Regimes zusammen mit den beteiligten Ressorts zu überprüfen und zu präzisieren, bzw. zu ergänzen. Als Ergebnis wurde anliegende Modifizierung (Anlg. 3) des „Verfahrenserlasses" (20. August 1986, Anlg. 2) vereinbart.

Dieser Erlaß über das Verfahren für die Genehmigung der Ausfuhr bestimmt die Güter der Liste A (komplette Rüstungsgüter) und Liste C (dual use) der VO[10] zum AWG[11], die dem Auswärtigen Amt zur Prüfung vorzulegen sind.

2) Die Ergänzungen des „Verfahrenserlasses" betreffen im wesentlichen das Trägertechnologie-Regime:

– Nach TT-Richtlinien sind neben technischen auch politische Kriterien für die Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen zu berücksichtigen. Zwischen den Ressorts ist nun vereinbart, daß die allgemeinen Grundsätze unserer Nichtverbreitungspolitik, die für die Ausfuhr von nuklearem Material gelten, ebenso für den Export von Trägern, bzw. deren Bestandteilen Anwendung finden sollen. Demnach ist die Mitgliedschaft im NV-Vertrag[12] hinreichendes Kriterium dafür, daß ein Staat keine Kernsprengkörper oder Kernwaffen plant. Folglich sind AA (Ref. 431) und BMWi unter TT-Gesichtspunkten lediglich Ausfuhranträge in Nicht-NVV-Staaten vorzulegen (s. Länderliste 1, Anlg. 3). Zusätzlich wurde der NVV-MS Libyen in die Liste aufgenommen, da er seine NV-Mitgliedschaft durch offizielle Äußerungen selbst untergraben hat.
– Exporte im TT-Bereich werden vom BAW grundsätzlich nur dann genehmigt, wenn eine Endverbleibserklärung der Regierung (Firma reicht nicht aus) des Bestimmungslandes vorliegt. Da derartige Erklärungen von der Bundesregierung bei der Ausfuhr nuklearen Materials in NV-Vertragsstaaten akzeptiert werden, soll dies folglich auch bei der Ausfuhr nuklearfähiger Träger bzw. deren Bestandteilen gelten.
– Die Technische Liste des TTR wird entsprechend den Beschlüssen des Bundessicherheitsrats vom März 1987 vollständig in die AWG-Ausfuhrlisten übernommen werden. Das AA hat das BAW über das BMWi immer wieder hierzu gedrängt, zuletzt in einem Schreiben von StS Sudhoff an StS v. Würzen am 17. Mai 1988.[13] Dennoch existieren hier nach wie vor noch Lücken, z. B. im Elektronikbereich.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1157

1988 zu verfahren. Vorsorglich werde aber darauf hingewiesen, „daß sich durch den Umfang der Länderliste umsetzungsmäßige Probleme mit Rückwirkungen auf die Effizienz der angestrebten Kontrollen ergeben können". Vgl. Referat 431, Bd. 153196.

10 Für den Wortlaut der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – in der Fassung der Verordnung vom 6. November 1984 vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 213 vom 10. November 1984, Beilage Nr. 55a/84.

11 Für den Wortlaut des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 481–495.

12 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.

13 Für das Schreiben vgl. Referat 431, Bd. 153196.

– Da die einzelnen Posten der TT- und AWG-Listen nicht deckungsgleich sind, werden die vorzulegenden Anträge so gekennzeichnet werden, daß ersichtlich ist, ob ein genehmigungsbedürftiger Exportgegenstand unter das TTR fällt oder nicht, um so eine Prüfung zu erleichtern. Hierzu wird das BAW die Voraussetzungen schaffen.

3) Zusätzlich ist eine umfassende Kontrolle der Ausfuhren in z. Zt. rüstungsexportpolitisch sensitive Länder notwendig. Zu diesem Zweck enthält die Änderung des „Verfahrenserlasses" eine zweite Länderliste (Liste 2 in Anlg. 3). Um Lücken im Export zu verhindern, soll für diese Länder ebenfalls die Technische Liste des TT gelten und Anträge dem AA (Ref. 424) und BMWi zur Prüfung vorgelegt werden; allerdings fallen Exporte in diese Länder nicht unter das TTR, sondern werden nach den allgemeinen Rüstungsexportbestimmungen bearbeitet. Anders als zwischen TT-Partnern vereinbart, werden hier abgelehnte Exportanträge in diese Länder folgerichtig nicht den TTR-Partnerstaaten notifiziert.

4) Problematisch ist nach wie vor die Überlastung des BAW. Es steht zu befürchten, daß eine reibungslose Abwicklung der Exportkontrolle – trotz zahlreicher Mahnungen, Ressortbesprechungen und der hier dargelegten klärenden Neuordnung des Verfahrens – nicht zu bewerkstelligen ist. Dies wurde sowohl vom BAW – im Ressortkreis – wie von BMWi (s. Anlg. 4[14]) zum Ausdruck gebracht und entspricht den generellen Erfahrungen des AA (Referate 424 und 431). Sollte sich auch weiterhin eine mangelhafte Kontrolle der Ausfuhrbestimmungen zeigen, könnte – gerade im Hinblick auf unsere internationalen Verpflichtungen in diesem Bereich – eine erneute Intervention auf Leitungsebene notwendig werden.

5) Zu den Aktivitäten deutscher Firmen im Irak (s. Bezugs-Vorlage) wird noch ermittelt – weitere Vorlage folgt.[15]

Referat 424 hat mitgezeichnet.

Wagner

VS-Bd. 14540 (431)

14 Korrigiert aus: „Anlg. 5".

15 Am 27. September 1988 vermerkte Vortragender Legationsrat Ackermann in einer von Bundesminister Genscher gebilligten Aufzeichnung, daß die Firma Gildemeister acht Anträge „auf Genehmigung des Exports von elektronischen Teilen, Lasergeräten und Ersatzteilen hierfür im Wert von insgesamt 2,15 Mio. DM nach Irak" gestellt habe: „Es handelt sich ausschließlich um Dual-use-Güter, die für ein irakisches Forschungszentrum in der Nähe von Mossul, genannt Saad 16, bestimmt sind." Zwar seien zwischen 1985 und 1987 bereits Zulieferungen für dieses Projekt genehmigt, weitere Entscheidungen nach Hinweisen der USA, wonach es sich bei Saad 16 um ein Forschungszentrum für Raketenentwicklung handele, aber ausgesetzt worden: „Abwägung ergibt, daß wir aufgrund des erst jetzt bekanntgewordenen militärischen Zwecks von Saad 16 Genehmigungen für dieses Projekt nicht mehr zustimmen sollten." Dem Bundesministerium für Wirtschaft solle daher mitgeteilt werden, „daß das AA Genehmigungen von o[ben]g[enannten] Exportanträgen nicht zustimmt". Vgl. VS-Bd. 14531 (424); B 150, Aktenkopien 1988.

219

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Gruber

221-373.32/3-1050/88 geheim **28. Juli 1988**[1]

Über Herrn D2A i.V.[2] und Herrn Staatssekretär[3] Herrn Bundesminister[4] mit der Bitte um Billigung eines Inspektionsersuchens an die DDR

Betr.: KVAE-Implementierung;
hier: Inspektionsersuchen an die DDR

Anlg.: 2[5]

1) Die DDR hat für den Zeitraum vom 8.–14.8.1988 gemäß Ziffer 31.1.1. des Stockholmer Dokuments über VSBM[6] eine militärische Übung notifiziert.[7] Sie umfaßt 14000 Mann sowjetischer und 500 Mann DDR-Truppen und liegt damit unterhalb der Schwelle beobachtungspflichtiger Aktivitäten.

2) Verschiedene Indizien wie die Zahl des teilnehmenden Führungspersonals könnten auf eine Überschreitung der notifizierten Truppenstärke hindeuten. Diesbezügliche Zweifel könnten im Rahmen einer Inspektion, die gemäß Ziffer 65 und 66 des Stockholmer Dokuments über VSBM jeder Teilnehmerstaat auf dem Territorium jedes anderen Teilnehmerstaates durchzuführen berechtigt ist, überprüft werden.

3) Seit Inkrafttreten des Stockholmer Dokuments haben NATO- und WP-Staaten bisher je fünf Inspektionen in Ländern des jeweils anderen Bündnisses durchgeführt. Die Bundesrepublik Deutschland wurde im Herbst 1987 durch Inspektionsgruppen aus der UdSSR bzw. der DDR[8] inspiziert.[9] In den Inspektionsberichten wurde die Einhaltung der Bestimmungen des Stockholmer Dokuments bestätigt.

4) Im Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle haben Abgeordnete aller im Bundestag vertretenen Parteien die Erwartung ausgesprochen, daß auch

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Gruber und Legationssekretär Hauer konzipiert.

2 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 29. Juli 1988 vorgelegen.

3 Hat Staatssekretär Sudhoff am 1. August 1988 vorgelegen.

4 Hat Bundesminister Genscher am 3. August 1988 vorgelegen, der handschriftlich Staatssekretär Sudhoff um Rücksprache bat.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 3. August 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 221 verfügte.
Hat Sudhoff erneut vorgelegen.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 11 und 12.

6 Für den Wortlaut des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“ vom 19. September 1986 vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638.

7 Die Ständige Vertretung der DDR kündigte mit Note vom 24. Juni 1988 an das Bundeskanzleramt die Durchführung einer Übung der Landstreitkräfte im Raum Burg, Jessen, Lübbenau, Teupitz und Luckenwalde an. Für die Note vgl. Referat 221, Bd. 144795.

8 Die Wörter „UdSSR bzw. der DDR“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was heißt bzw.?“

9 Die UdSSR führte vom 28. bis 30. Oktober 1987 und die DDR vom 11. bis 13. November 1988 die Inspektion militärischer Übungen auf dem Gebiet der Bundesrepublik durch. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 339.

die Bundesregierung bei entsprechendem Anlaß von ihrem Inspektionsrecht Gebrauch mache.

5) Da kein Teilnehmerstaat verpflichtet ist, pro Jahr mehr als drei Inspektionen insgesamt zuzulassen, dabei nicht mehr als eine durch denselben Teilnehmerstaat, bedarf es bei der Planung der Inspektionen vorheriger bündnisinterner Absprachen. In Abstimmung mit USA und VK hat das BMVg vorgeschlagen, anläßlich o.g. Übung erstmalig vom Inspektionsrecht der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der DDR Gebrauch zu machen.

6) Entgegen ursprünglichen Befürchtungen hat das Instrument der Inspektion nach nunmehr zehnmaliger Anwendung ohne größere Beanstandungen auf beiden Seiten weitgehend Routinecharakter gewonnen. Dazu hat insbesondere die Tatsache beigetragen, daß bisher alle Teilnehmerstaaten in ihren Inspektionsbegehren auf eine über die abstrakte Berufung auf Ziffer 66 des Stockholmer Dokuments hinausgehende spezifizierte Begründung verzichtet haben. Dadurch wirkt das Instrument der Inspektion – ein positives Ergebnis vorausgesetzt – nicht als Ausdruck des Mißtrauens, sondern als vertrauensbildendes Element.

7) Nicht nur aus militärischer, sondern auch aus politischer Sicht wäre eine Inspektion in der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland wünschenswert: Einerseits würde damit gegenüber der DDR nach der im Herbst 1987 durchgeführten Inspektion Reziprozität hergestellt. Andererseits würde dadurch verdeutlicht, daß auch die Bundesregierung Inspektionen gemäß dem Stockholmer Dokument als normalen Beitrag zur Vertrauensbildung ansieht, der möglichst von allen Teilnehmerstaaten in Anspruch genommen werden sollte.

8) Eine Inspektion der Bundesrepublik Deutschland in der DDR wäre die dritte, die dort durchgeführt wird. Im September 1987 haben die Briten und im April 1988 haben die Amerikaner Inspektionen sowjetischer Übungen in der DDR durchgeführt.[10]

9) Es wird um grundsätzliche Billigung des Inspektionsbegehrens gebeten. Der Entwurf einer Verbalnote für das Inspektionsbegehren liegt bei.[11] Eine Eventualsprachregelung[12] ist ebenfalls beigefügt.[13]

10 Großbritannien inspizierte vom 10. bis 12. September 1987 eine Übung sowjetischer Truppen auf dem Gebiet der DDR. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1552 des Staatssekretärs Bräutigam, Ost-Berlin vom 16. September 1988; Referat 221, Bd. 144796.
Die USA führten vom 10. bis 12. April 1988 eine Inspektion sowjetischer Aktivitäten auf dem Territorium der DDR durch. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 221 vom April 1987; Referat 221, Bd. 144795.

11 In dem Entwurf für eine Verbalnote richtete die Bundesrepublik gemäß „Dokument der Stockholmer Konferenz" vom 19. September 1986 ein Inspektionsersuchen an die DDR für eine vom 8. bis 14. August 1988 angekündigte militärische Übung. Vgl. dazu VS-Bd. 12264 (221); B 150, Aktenkopien 1988.

12 Mit der Sprachregelung für das Pressereferat des Auswärtigen Amts gab die Bundesregierung bekannt, daß ein Inspektionsersuchen an die DDR gerichtet worden sei. Nur auf Zusatzfragen sollten Angaben zu Ort und Anlaß der Inspektion sowie zur Begründung des Inspektionsersuchens gemacht werden. Vgl. dazu VS-Bd. 12264 (221); B 150, Aktenkopien 1988.

13 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofstetter übermittelte der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin am 9. August 1988 den Text der Verbalnote: „StäV sollte um Termin im MfAA am 10.8. um 16.00 Uhr MESZ nachsuchen, da ChBK um die gleiche Uhrzeit StäV für 20.00 Uhr zur Übergabe einer gleichlautenden Note in Bonn einbestellen wird." Ferner bat er, „ab Übergabe der Note bis zur Ausreise des Inspektionsteams, d.h. bis 14.8.1988 ca. 12.00 Uhr, ständigen Bereitschaftsdienst in der Ständigen Vertretung aufrechtzuerhalten; zum Einreisezeitpunkt (wird noch mitgeteilt, voraussichtlich 12.8.1988, 8.00 Uhr MESZ) einen Mitarbeiter, der mit Rüstungskontrollmaterie vertraut sein sollte, zum Ein-

10) Die Vorlage ist mit dem BMVg abgestimmt.

Gruber

VS-Bd. 12264 (221)

220

Aufzeichnung des Bundesministers Genscher

010-1272/88 geheim **31. Juli 1988**[1]

Vermerk BM – geheim

Gespräch in der Wohnung von AM Schewardnadse.[2] Zunächst etwa 45 Minuten unter vier Augen:

AM gab noch einmal positive Bewertung des Besuchs, der Gespräche und persönlichen Wertschätzung durch GS und ihn sowie große Erwartung, die man in den BK-Besuch[3] setze.

BM bedankte sich für freundliche Aufnahme und Gestaltung des Besuchs. Er unterstrich die Bedeutung, die wir dem BK-Besuch und dem Gegenbesuch von GS in Bonn[4] geben. BK bereite sich gründlich auf diesen Besuch vor. Er hätte vor seiner Abreise noch einmal ein Telefongespräch mit BK geführt und werde ihn – wie schon erwähnt – am Tage nach der Rückkehr an seinem Urlaubsort unterrichten. Er wolle grundsätzliche Bemerkung zum deutsch-sowjetischen Verhältnis machen: Wir seien der loyale Partner im westlichen Bündnis und in

Fortsetzung Fußnote von Seite 1161

reisepunkt zu entsenden. Dieser Mitarbeiter soll sich einerseits davon überzeugen, daß die Einreise des Inspektionsteams reibungslos abläuft. Andererseits sollte er dem Inspektionsteam eine Liste der Namen und Telefonnummern von Ansprechpartnern in unserer StäV übergeben sowie etwaige weitere Unterstützung leisten." Vgl. den Drahterlaß Nr. 7987; VS-Bd. 12262 (221); B 150, Aktenkopien 1988.

Am selben Tag bat Hofstetter die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel, die NATO-Mitgliedstaaten „unverzüglich" von dem Inspektionsbegehren zu unterrichten und auszuführen: „Die Bundesregierung wird sich in der Begründung lediglich auf die Ziffern 65 und 66 des KVAE-Dokuments beziehen sowie auf die von der DDR von dem Zeitraum vom 8.–14.8.1988 angekündigte militärische Aktivität hinweisen. […] Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, eine über die in der Note und der Sprachregelung hinausgehende Begründung abzugeben." Vgl. den Drahterlaß Nr. 7951; VS-Bd. 12262 (221); B 150, Aktenkopien 1988.

1 Vermutetes Datum der undatierten Aufzeichnung.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 29. bis 31. Juli 1988 in der UdSSR auf. Vortragender Legationsrat I. Klasse Pleuger informierte am 8. August 1988: „Es handelte sich um die erste Runde der im Protokoll über Konsultationen vom 19.1.1988 festgelegten Außenministerkonsultationen. Dem Charakter des Besuchs entsprechend wurde auf protokollarisches Beiwerk weitgehend verzichtet." Vgl. den Runderlaß Nr. 77; Referat 012, Bd. 134241.

3 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

4 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte vom 12. bis 15. Juni 1989 die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1989.

der EG. Er hätte deshalb die wiederholte Feststellung zu schätzen gewußt, daß die sowjetische Seite keinen Keil zwischen West-Europa und Nordamerika treiben wolle. Er wolle hinzufügen, daß nur durch unsere absolute Vertrauenswürdigkeit in der Gemeinschaft unserer Freunde uns zu einem glaubwürdigen Gesprächspartner der SU machen könne. Das sei das gemeinsame Ziel unserer Politik. Wir seien uns dabei der grundsätzlichen Unterschiede zwischen den Systemen voll bewußt. Dabei müsse jeder seine Glaubwürdigkeit bewahren.

AM sei sicher BM-Lebenslauf bekannt. Er habe 1952 DDR verlassen, weil er mit dem dortigen System nicht einverstanden sei, sondern in der Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik leben wollte. Diese innere Haltung und Treue zu sich selbst gebe ihm heute die Möglichkeit, frei und offen und ohne Vorbehalte auch mit GS Honecker und AM Fischer zu sprechen. AM zeigte großes Verständnis für diese Ausführungen.

BM berichtete über Interesse von AM Peres an Gesprächen mit GS Gorbatschow und AM Schewardnadse.

AM sagte, er habe Peres schon zweimal gesprochen und werde ihn wahrscheinlich auch in New York[5] wieder treffen. Er schätze ihn sehr. Für weitergehende Schritte sei die Zeit noch nicht reif. Man müsse auch das Verhalten der arabischen Staaten im Auge haben, auf die die SU konstruktiv einwirke.[6]

BM warf ein, man müsse Peres helfen.

AM sagte, er habe mit Peres und Shamir gesprochen[7], und es sei in der Tat ein großer Fortschritt.

BM berichtete über seinen Besuch in Korea[8] und über das dortige Interesse an einer Verbesserung des Verhältnisses zur SU und anderen sozialistischen Staaten. Insbesondere aber auch an Kontakten mit der Führung in Nordkorea.

AM zeigte sich über diese Entwicklung gut informiert und befriedigt.

BM berichtete, daß man ihn sehr intensiv nach den Erfahrungen mit den Beziehungen zur DDR befragt habe. Er habe auf die guten Erfahrungen verwiesen und auch seine Rede in Seoul[9] dazu erwähnt. Er habe außerdem das große Interesse des Führers der stärksten Oppositionspartei Kim Dae-jung hieran zum Ausdruck gebracht.

BM kam dann auf das Schicksal des „jungen Mannes vom Roten Platz“[10] zu sprechen und sagte, daß nach seiner Meinung die Zeit reif sei für eine Lösung dieses Falles.

5 In New York wurde am 20. September 1988 die XLIII. VN-Generalversammlung eröffnet.

6 Zur sowjetischen Nahostpolitik vgl. Dok. 217, Anm. 12.

7 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse traf in New York mit dem israelischen Außenminister Peres am 23. September 1987 am Rande der VN-Generalversammlung und mit Ministerpräsident Shamir am 9. Juni 1988 am Rande der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung zusammen.

8 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 3. bis 5. Juli 1988 in der Republik Korea (Südkorea) vgl. Dok. 198.

9 Bundesminister Genscher sprach am 5. Juli 1988 anläßlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Korea-Universität in Seoul. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1988, S. 873–876.

10 Am 28. Mai 1987 landete Mathias Rust mit einem Sportflugzeug auf dem Roten Platz in Moskau. Rust wurde am 4. September 1987 zu vier Jahren „Arbeitsbesserungslager“ verurteilt. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 156, Dok. 157 und Dok. 160, sowie AAPD 1987, II, Dok. 242.

AM erklärte, er habe es als sehr positiv empfunden, daß BM diese Frage im Gespräch mit GS[11] und im Delegationsgespräch[12] nicht erwähnt habe. Er werde darüber und über das jetzige Gespräch dem GS berichten. Er werde dem GS vorschlagen, in allernächster Zukunft eine Entscheidung zu treffen. Er bitte, das allerdings als eine persönliche Information zu betrachten und zu behandeln. Bei der Verabschiedung am Flugzeug sagte AM, die Angelegenheit laufe wie besprochen. (Dies konnte nur im Sinne einer positiven Entscheidung verstanden werden.)[13]

Beim Abendessen selbst wurden neben vielen persönlichen Gesprächsthemen von AM erwähnt der Besuch in Polen und hier insbesondere die Begegnung mit den polnischen Intellektuellen.[14] Sie hätte den GS und ihn tief beeindruckt.

BM sagte dazu, man treffe in Warschau eine große Vielfalt intellektueller Persönlichkeiten.

AM bestätigte das und sagte, man sei beeindruckt gewesen sowohl von denen, die den Sozialismus bejahten, als auch[15] denen, die ihn ablehnten. Beide Gruppen hätten sich nachhaltig für eine Überwindung der Trennung Europas ausgesprochen.

BM nahm dies zum Anlaß, auf die kulturelle Identität Europas zu sprechen zu kommen und auf die Notwendigkeit, durch einen vertieften Austausch das Bewußtsein dieser Identität weiter zu stärken. Er wiederholte seinen bei dem Mittagessen erwähnten Gedanken, auch Städte des Warschauer Paktes „als kulturelle Hauptstädte Europas“ vorzusehen.

AM sagte positive Prüfung dieses Gedankens zu.

11 Vortragender Legationsrat I. Klasse Pleuger teilte zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, im Rahmen seines Besuchs vom 29. bis 31. Juli 1988 in der UdSSR mit: „Das ausführliche, konzeptionell angelegte Gespräch mit GS Gorbatschow behandelte in erster Linie die Perspektiven der West-Ost-Beziehungen in Europa. Der BM wies auf unsere Verankerung im westlichen Bündnis als Grundlage für unsere Bemühungen um eine Verbesserung des West-Ost-Verhältnisses hin und unterstrich in diesem Zusammenhang auch die große Bedeutung der deutsch-französischen Freundschaft. Er entwickelte die Perspektiven, die sich aus dem westeuropäischen Einigungsprozeß ergeben, und betonte, der gemeinsame Binnenmarkt werde nach außen offen und kooperationsbereit sein und demzufolge große Attraktivität für die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen West und Ost haben. Der GS begrüßte diese Präzisierung, äußerte zugleich aber auch Besorgnis hinsichtlich der Pläne einer militärischen Integration in Westeuropa und einer Abschließung des EG-Raumes. Er unterstrich die zentrale Bedeutung Europas für die sowjetische Außenpolitik und sprach sich für eine zukunftsorientierte Zusammenarbeit aus. Er betonte die Notwendigkeit eines friedlichen Wettbewerbs zwischen West und Ost unter gegenseitiger Achtung der Werte und Absichten der anderen Seite. Er teilte die Auffassung des BM, daß die Bildung von Vertrauen die Grundlage kooperativer und stabiler Beziehungen ist.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 77 vom 8. August 1988; Referat 012, Bd. 134241.

12 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse im Kreis der Delegationen am 30. Juli 1988 in Moskau vgl. Dok. 221.

13 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 4. August 1988, daß er am Vormittag vom Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, darüber in Kenntnis gesetzt worden sei, „daß der Oberste Sowjet am Vormittag dem Gnadengesuch von Rust stattgegeben und seine sofortige Ausweisung verfügt habe. Rust werde um 18.30 Uhr am Flughafen deutscher Seite überstellt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2460; Referat 213, Bd. 139417.

14 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 11. bis 14. Juli 1988 in Polen auf und traf am 14. Juli 1988 in Warschau mit etwa 250 Vertretern aus Wissenschaft und Kultur zusammen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1044 des Botschafters Schoeller, Warschau, vom 14. Juli 1988; Referat 213, Bd. 143566.

15 Korrigiert aus: „und“.

Bei der Fahrt zum Flughafen wurde über die sowjetische Landwirtschaftspolitik und über Berlin-Fragen[16] gesprochen. *BM* sagte, daß die Experten ein weiteres Treffen vereinbart hätten und hoffe, daß sie dabei zu Ergebnissen kommen. Es sei auch notwendig, diese Fragen vor dem Besuch des BK zu bereinigen.

AM meinte, daß die Aussichten dafür gut seien.

AM fragte, wann die Begegnung mit AM Dumas stattfinde.

BM sagte am 8.8.

AM wiederholte seine Kritik am westlichen Verhalten einer Ablehnung einer Konferenz über humanitäre Fragen in Moskau.[17] Man habe volles Verständnis für den Wunsch des französischen Volkes, eine solche Konferenz 1989 in Paris abzuhalten.[18] Aber man erbitte doch auch die französische Unterstützung dafür, daß die nächste oder übernächste Konferenz zu diesen Fragen in Moskau stattfinden könnte. Er drückte seine große Wertschätzung für AM Dumas aus.[19]

BM unterstrich seine Freundschaft mit Dumas und auch die Tatsache, daß Dumas auch dem Präsidenten[20] persönlich sehr nahe stehe.

AM zeigte sich darüber orientiert.

BM erwähnte, daß AM Dumas auf einen Besuch von AM noch vor der VN-Generalversammlung gehofft habe.

AM sagte, das sei leider nicht mehr möglich gewesen, aber vielleicht unmittelbar danach.

gez. Genscher

VS-Bd. 14162 (010)

16 Zu den Konsultationen der Bundesrepublik und der UdSSR über eine Einbeziehung von Berlin (West) in bilaterale Verträge vgl. Dok. 201, Anm. 12, 13, 17 und 18.
Am 30. Juli 1988 fand ein Gespräch des Ministerialdirigenten von Ploetz mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, in Moskau statt, in dessen Mittelpunkt die Einbeziehung von Berlin (West) in ein Umweltschutzabkommen, das Zweijahresprogramm zum Kulturabkommen vom 19. Mai 1973 sowie ein Binnenschiffahrtsabkommen standen: „Dg 21 stellte abschließend fest, daß wir uns nicht hätten einigen können. Er schlage eine neue Runde vor dem Treffen der beiden Minister in New York vor. […] Schließlich fassen Dg 21 und Bondarenko den 21. September in Bonn ins Auge." Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken vom 5. August 1988; Referat 213, Bd. 143573.

17 Zum sowjetischen Vorschlag für eine KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 53, Anm. 32.
Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 15. Juli 1988, daß der Leiter der französischen KSZE-Delegation, Curien, in der Plenarsitzung am selben Tag deutlich gemacht habe, „daß er für Moskauer Konferenz-Projekt keine Konsens-Chancen sieht. […] Östl[iche] Mandatsvorstellungen seien zu allg[emein] und breit angelegt. […] Das Mandat zu CDH werde noch diskutiert. Westen orientiere sich dabei an kurzen und zielführenden Treffen, die nicht durch eine zu breit angelegte Tagesordnung belastet werden dürften. Die Orte für zwei dieser Treffen seien bekannt. TNS aus dem Kreis der N+N seien bereit, drittes Treffen auszurichten. Wenn sie sich noch nicht offen ausgesprochen hätten, so deshalb, weil Gesamtbild bei den Folgeveranstaltungen noch zu unklar und das Mandat von CDH noch nicht präzisiert worden ist." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1115; Referat 212, Bd. 153444.

18 Zum Vorschlag, in Paris eine KSZE-Menschenrechtskonferenz abzuhalten, vgl. Dok. 92, Anm. 11.

19 Referat 212 notierte am 17. August 1988: „Das Wiener Folgetreffen, insbesondere CHD und ‚Moskauer Konferenz', waren bereits Gegenstand des Gesprächs am 8.8. AM Dumas sagte zu, von BM weitergegebene sowjetische Bitte um Unterstützung eines Menschenrechtstreffens in Moskau mit Präsident Mitterrand aufzunehmen." Vgl. Referat 212, Bd. 158475.

20 François Mitterrand.

221

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 2416 **Aufgabe: 1. August 1988, 18.00 Uhr**[1]
Citissime nachts **Ankunft: 1. August 1988, 17.11 Uhr**

Betr.: AM-Konsultationen in Moskau 29.–31.7.1988[2];
hier: Delegationssitzung am 30.7.[3], nachmittags

Bezug: Ferngespräch RL 213–Neubert vom 1.8.

Zur Unterrichtung

1) Zur Prozedur

Nachstehend folgen, wie besprochen, die Beiträge nach Stand hiesiger Notizen zu den Themen KSZE–WFT, KRK und Rüstungskontrolle.

Da Gesprächsführung streckenweise akustisch sehr schwer zu verfolgen war, wird um kritische Durchsicht und ggf. Ergänzung aus dort verfügbaren Notizen gebeten.

2) Gesprächsverlauf

BM eröffnete Meinungsaustausch über Verhandlungen in Wien (WFT und KRK) mit Hinweis auf französisch-deutsche Initiative, um den Verhandlungen einen politischen Impuls zu geben und vor allem die von anderen vorgesehene fast zweimonatige Sommerpause zu vermeiden.[4] BM bat sodann Bo Holik, über den am Vormittag im kleinen Kreise mit Bo Karpow geführten Meinungsaustausch – vor allem über KRK – zu berichten.

Bo Holik faßte seine Bewertung dieses Meinungsaustauschs dahingehend zusammen, daß die Unterhaltung sich als angenehm und nützlich erwiesen habe. Er habe kein Mandat gehabt, über konkrete Formeln zu verhandeln. Die wichtigste Frage sei die Formel über die Dual-Capable-Systems[5]. Es komme jedoch nicht darauf an, hier über Formeldetails zu sprechen, sondern die Interessen der beiden Seiten zu definieren zu suchen und auf dieser Basis eine Lösung zu finden.[6] Deutsche Seite wolle so rasch wie möglich ein Mandat vereinbaren,

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 13.
Hat Vortragendem Legationsrat Gruber vorgelegen.

2 Korrigiert aus: „29.–31.8.1988".
Zum Besuch des Bundesministers Genscher in der UdSSR vgl. auch Dok. 220.

3 Korrigiert aus: „30.8.".

4 Zur deutsch-französischen Initiative für eine Verkürzung der Sommerpause bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 216, Anm. 9 und 10.

5 Zur Frage der zweifach verwendbaren Waffensysteme bei den Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 207.

6 Botschaftsrat I. Klasse Neubert, Moskau, berichtete am 31. Juli 1988, im Gespräch mit Botschafter Holik am Vortag in Moskau habe der sowjetische Sonderbotschafter Karpow zu den zweifach verwendbaren Systemen ausgeführt: „Sowjets wollten unbedingt sicherstellen, daß Formel [nicht] ‚Aufhänger' für den Ausschluß bestimmter D[ual]C[apable]S[ystems] mit Begründung biete, daß sie nicht unter das Mandat fallen. Er sagte wörtlich, sowj[etische] Militärs seien sehr besorgt, daß bestimmte westliche Partner versuchen könnten, bestimmte ‚Angriffsflugzeuge' (strike aviation) als ‚nuklear' und damit außerhalb des Mandats liegend zu deklarieren, obwohl sie DCS seien. […] Aus KRK-Auftrag, die Überraschungs- und Angriffsgefahr abzubauen, leitet SU Forderung ab, prioritär ‚strike aviation' schon in

dies sei jedoch nicht möglich durch eine DCS-Formel[7], welche eine „Überversicherung“ im Sinne der sowjet. Interessenlage darstelle. Interessenlage bzgl. der DCS sei, daß sowohl die Bundesrepublik wie die Sowjetunion gut aufgehoben wären mit einer Formel, die es unmöglich macht, während der Verhandlungen bestimmte Waffensysteme von den Verhandlungen auszuschließen mit der Begründung, daß sie auch andere Fähigkeiten hätten (als konventionelle).

Um dieses zu erreichen, sei jedoch keine weitere Zusicherung im Mandat dienlich, wonach bestimmte DC-Waffensysteme verhandelt werden müssen.

Wir sind bereit, über konventionelle Waffensysteme zu verhandeln, auch über Raketen. Wir wollen die Option offenhalten, über Raketen kürzerer Reichweite zu verhandeln, dies soll jedoch nicht die einzige Verhandlungsoption sein. Die andere Option ist ein gesondertes Verhandlungsforum über nukleare Komponenten von DCS, einschließlich Raketen kürzere Reichweite, wie dies auch im jüngsten Kommuniqué von Warschau[8] ausgeführt ist. Wenn man die Verhandlungsoptionen offenhalten will, dann darf man im Mandat nicht bestimmte DCS als Verhandlungsgegenstand festschreiben. Fazit: Die doppelte Verwendbarkeit darf kein Kriterium für Einschluß oder Ausschluß sein.

Auf Bitte von AM Schewardnadse ergänzte Bo Karpow diese Darstellung durch folgende Ausführungen:

Nach seinem Verständnis müßten alle konventionellen Systeme als mögliche Verhandlungsgegenstände im Mandat eingeschlossen sein. Unterschiede im Verständnis beträfen die Frage, ob alle diese Systeme auch von vornherein schon Gegenstand der Verhandlungen seien, oder ob es Sache der TNS im Verlauf der Verhandlungen sei, dies im einzelnen zu entscheiden. Er sei damit einverstanden, daß die TNS die Verhandlungsprioritäten mit Rücksicht auf bestehende Asymmetrien bestimmen und daß alle konventionellen Systeme mögliche Verhandlungsgegenstände sind. Ihm komme es konkret darauf an, welche Systeme Gegenstand der Verhandlungen werden, das wichtigste dabei sei, daß das Mandat nicht Inhalte haben darf, die Gründe für einen Ausschluß liefern. Wenn SU von „konventionellen Rüstungen“ spreche (unter Ausklammerung der Seestreitkräfte und der chemischen Waffen), welche „based on land“ sind, so wolle SU Klarheit, daß dies Angriffs-Luftstreitkräfte (strike aviation) nicht ausschließt. Wenn es hierüber in der Substanz eine Einigung geben könne, sei Ausarbeitung einer Mandatsformel möglich.

Bo Holik bemerkte hierzu, daß es in der Frage der möglichen Verhandlungsgegenstände im Sinne eines Nichtausschlusses Konsens gebe, offenkundig das sowjet. Bedürfnis nach einer gewissen Überversicherung in dieser Hinsicht aber noch nicht völlig ausgeräumt sei. Er wolle daher noch einmal den Stand aus seiner Sicht zusammenfassen:

Fortsetzung Fußnote von Seite 1166
der ersten Phase der Reduzierungen mit zu reduzieren; hilfsweise wird Argument hinzugezogen, hier habe Westen Übergewicht, und Abbau desselben sei ja zeitlich und sachlich Priorität (Asymmetrie-Abbau als Aufgabe 1. Phase).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2406; VS-Bd. 12269 (221); B 150, Aktenkopien 1988.

7 Dual-Capable-Systems-Formel.

8 Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts fand am 15./16. Juli 1988 in Warschau statt. Für den Wortlaut der Erklärung zur Konventionellen Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 427–429.

– Es sei wichtig, daß alle konventionellen Waffen auch bei einer weiteren Verwendbarkeit als Verhandlungsgegenstände in Frage kommen.
– Die Entscheidung über die Verhandlung bestimmter Waffensysteme fällt konkret in den Verhandlungen, nicht schon im Mandat.
– Es darf keine Bestimmung im Mandat geben, die einem TNS eine Berufungsgrundlage für den Ausschluß von irgendeinem Dual-Capable-System gibt.

Er betrachte diese Annäherung als einen großen Schritt vorwärts.

BM hob Bedeutung der erzielten konzeptionellen Annäherung hervor, es sei jetzt wichtig, weiter an der Lösung dieser Frage zu arbeiten. Zu diesem Zweck sollten – falls erforderlich – beide Seiten erneut frühzeitig zusammenkommen. Beide Bündnisse müßten nun weitere Abstimmungen in dieser Frage vornehmen.

AM Schewardnadse bezeichnete die Situation bzgl. des Mandats für KRK als dramatisch, es habe seit Mai/Juni keine wirkliche Bewegung hierbei gegeben. Seit der zwischen SU und den USA erörterten Formel seien keine Fortschritte erzielt worden. Ohne eine Einigung über ein KRK-Mandat sei das WFT sinnlos. Er hielte es für außerordentlich wichtig, jetzt in Wien auf rasche Fortschritte zu drängen und Einigung in der Substanz herzustellen, auch mit Rücksicht auf die immer näher kommenden Wahlen in den USA[9].

Schewardnadse führte aus, Sowjetunion habe zur Frage des Gegenstands der Verhandlungen ein Non-Paper erarbeitet (das er zunächst vorlas und dann übergab. D 2 A hat russische und deutsche Sprachfassung. Deutsche Fassung wurde mit DB-VS-v vom 1.8. an Ref. 221 übermittelt.[10]), das er kurz erläuterte und dabei darauf verwies, daß SU nunmehr sowohl Seestreitkräfte und Jagdflugzeuge im Mandat ausschließen wolle, während sie ursprünglich beides hätten einschließen wollen. Über den Ausschluß chemischer Waffen sei man sich ohnehin einig (anderes Forum). Er bat um Prüfung der vorgelegten Formel mit dem Hinweis, daß sie auch für uns akzeptabel erscheinen sollte.

BM sagte zu, wir würden die Formel gründlich und mit Interesse prüfen.

Schewardnadse präzisierte, daß dieser Text außer der BM-Delegation noch niemandem gezeigt wurde, auch nicht der sowjet. Delegation in Wien. Man wolle den Eindruck bilateraler Absprachen vermeiden, der auf andere aufreizend wirken müsse.

9 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

10 Botschaftsrat I. Klasse Neubert, Moskau, übermittelte am 31. Juli 1988 die sowjetische Formel für die Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa. Diese lautete: „Zum Gegenstand der Verhandlungen werden konventionelle Streitkräfte einschließlich der bodengestützten konventionellen Rüstungen und Technik der Teilnehmerstaaten im Bereich des Territoriums der Teilnehmer in Europa vom Atlantik bis zum Ural. Dabei werden weder konventionelle Rüstungen noch Technik vom Gegenstand der Verhandlungen ausgeschlossen, weil sie dazu geeignet sind, neben der konventionellen auch sonstige Munition zu verwenden oder andere Eigenschaften in Ergänzung zu den konventionellen haben können. Solche Rüstungen und Technik werden nicht in eine gesonderte Kategorie eingefügt, und das Vorhandensein der zusätzlichen Eigenschaften wird kein Grund zur Änderung des Verhandlungsgegenstandes sein. Besonderer Akzent wird zunächst auf jene Kräfte gesetzt, die mit der Herbeiführung der oben dargelegten Verhandlungsziele direkt verbunden sind. Die Nuklearwaffen werden nicht Gegenstand dieser Verhandlungen sein. Die Seestreitkräfte, Jagdflugzeuge und chemischen Waffen werden nicht behandelt.“ Vgl. die Anlage zum Drahtbericht Nr. 2406; VS-Bd. 12269 (221); B 150, Aktenkopien 1988.

BM verwies darauf, daß es in der Tat darauf ankomme, mit den jeweiligen Partnern darüber zu sprechen und eine gemeinsame Haltung zu entwickeln.

Schewardnadse wiederholte Bitte um Prüfung. Wenn uns die sowjet. neue „Variante" akzeptabel erschiene, dann könnte man den Text an die beiden Delegationen in Wien weitergeben.

BM verwies darauf, daß eine endgültige Meinungsbildung erst nach Konsultationen mit unseren Partnern möglich sei, und würdigte die von sowjet. Seite unternommenen Anstrengungen für einen neuen Text.

Schewardnadse sagte, auch die USA müßten der neuen sowjet. Formel zustimmen können, da die Seestreitkräfte (einschl. der seegestützten Flugzeuge) ausdrücklich ausgeschlossen seien. Sowjet. Seite glaube, daß der Prozeß der Mandatsverhandlungen sich dem Ende nähert, dies sei auch Verdienst des BM und der deutsch-französischen Initiative (AM-Besuche in Wien[11]). Er schlug vor, daß die Botschafter Karpow und Holik noch einmal über die neue sowjet. Formulierung sprechen und darüber kurz berichten. (Die Botschafter führten während Erörterung anderer Themen ein diesbezügliches Gespräch und berichteten in Anwesenheit der AM wie folgt:)

Bo Holik trug vor, daß Bo Karpow und er sich darauf geeinigt hätten, den Ministern zu empfehlen, den Text an die Delegationen in Wien weiterzuleiten mit der Erläuterung, daß er zwischen den Außenministern diskutiert worden sei.

Beide Delegationsleiter[12] sollten nach Unterrichtung ihrer Bündnispartner Kontakt aufnehmen, um sicherzustellen, daß die sowjet. Seite über die Reaktion unserer westlichen Partner unterrichtet wird.

Er wolle der Klarheit halber hinzufügen, daß er einen sachlichen Vorbehalt bzgl. des Ausschlusses von Jagdflugzeugen aus dem Verhandlungsmandat eingelegt habe, da er diesen nicht für praktikabel halte.

BM und AM Schewardnadse stimmten dem vorgeschlagenen Prozedere zu. BM bemerkte, man müsse die Entwicklung der Mandatsformel im Kontext der Verhandlungen sehen und diese schwierige Frage in verantwortungsvoller Weise behandeln. Es käme ja nicht darauf an, andere zu erschrecken, sondern gemeinsam Positionen zu erarbeiten, die letztlich für alle akzeptabel sind.

[13]BM sprach dann die anderen Aspekte des WFT an, einleitend mit der Feststellung, daß der N+N-Entwurf[14] eine gute Basis darstelle.

In Korb I habe es Annäherung gegeben, so bzgl. der Conférence sur la dimension humaine (CDH) und der Frage der Religionsfreiheit[15]. Man dürfe die angestrebten Aussagen jedoch nicht durch den Vorbehalt der nationalen Gesetzgebung relativieren. Wir seien sehr flexibel hinsichtlich der konkreten Formulierungen,

11 Zum gemeinsamen Auftritt des Bundesministers Genscher und des französischen Außenministers Dumas am 1. Juli 1988 auf der Plenarsitzung der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 196.

12 Ekkehard Eickhoff (Bundesrepublik) und Jurij Borissowitsch Kaschlew (UdSSR).

13 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2417 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

14 Zum Entwurf der N+N-Staaten vom 13. Mai 1988 für ein Abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 153.

15 Zum Stand der Verhandlungen in der Redaktionsgruppe S der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 216.

aber es dürfe nicht durch einen solchen Vorbehalt alles das außer Kraft gesetzt werden, worüber man sich gerade geeinigt hat.

Es sei wichtig, den NGO eine Rolle zuzusprechen und in der Frage der nationalen Minderheiten nicht hinter den N+N-Entwurf zurückzugehen. Die Rückkehr zu der Formel über die Respektierung der Minderheitenrechte „where they exist" sei nicht akzeptabel, da dies die Umgehungsmöglichkeit eröffne, die Existenz nationaler Minderheiten zu leugnen. In Korb III gehe es um die Frage der Ein- und Ausreisebestimmungen und der Regelungen bzgl. des Familienstatus (Verwandtschaftsgrad). Er halte eine Lösung all dieser Fragen für möglich, wenn man aus dem Verständnis der HSA heraus nach Lösungen suche. Man solle sich auf wenige Punkte bei den Änderungswünschen am N+N-Entwurf beschränken.

Schewardnadse bezeichnete N+N-Entwurf als gute Basis, auch wenn er so nicht für alle TNS annehmbar sei.

Bei Korb II sähe er keine unüberwindbaren Hindernisse. Bei Korb III seien die Dinge in Bewegung geraten, es sei möglich auf Lösungen der MR-Fragen eingehen zu können. In Wien spiegele sich die innere Entwicklung in der SU wider. Sowjet. Delegation habe Anweisungen bzgl. Rechtsschutz und Religion sowie zu anderen Fragen erhalten.

Jetzt seien jedoch Gegenschritte des Westens erforderlich. Er habe gewisse Stellungnahmen des Westens zu einer Moskauer MR-Konferenz[16] mit Verbitterung zur Kenntnis genommen. Er könne nicht verstehen, warum sie so negativ seien. Die SU treibe ihre Perestroika ohnehin voran (unabhängig von WFT), sie öffne ihr Land nicht nur für Vorort-Inspektionen[17], sondern ganz allgemein. Er könne nicht verstehen, was so schlimm daran sei, wenn die 35 KSZE-TNS in Moskau zum Thema Menschenrechte zusammentreffen.

Er könne sich einen Kompromiß vorstellen, die SU könne sowohl die Konferenz in Paris 1989[18] als auch die Konferenz in Kopenhagen[19] unterstützen, warum könne die dritte Konferenz nicht in Moskau stattfinden? SU unterstütze Abhaltung des Wirtschaftsforums in Bonn[20] und Prag[21]. Er fände die Abhaltung von zwei MR-Konferenzen in westl. Hauptstädten und der dritten in Moskau als eine „Lösung ohne Schmerzen".

BM sagte, wir wollten uns in der kommenden Woche alle offenen Punkte noch einmal in gutem Geist ansehen. Er habe gerne gehört, was AM Schewardnadse

16 Zum sowjetischen Vorschlag für eine Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 220, Anm. 17.

17 Vgl. dazu den Abschnitt „Einhaltung und Verifikation" des „Dokuments der Stockholmer Konferenz" vom 19. September 1986; EUROPA-ARCHIV 1986, D 634–637.

18 Zum Vorschlag, in Paris eine KSZE-Menschenrechtskonferenz abzuhalten, vgl. Dok. 92, Anm. 11.

19 Der dänische Außenminister Ellemann-Jensen erklärte am 6. November 1986 zur Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz in Wien die Bereitschaft Dänemarks, eine KSZE-Menschenrechtskonferenz abzuhalten. Für die Rede vgl. Referat 212, Bd. 153433.

20 Zum Vorschlag der Bundesrepublik für eine Ost-West-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit vgl. Dok. 68, Anm. 9.

21 Zum Vorschlag der ČSSR, in Prag ein Wirtschaftsforum einzuberufen, vgl. Dok. 92, Anm. 15.
Am 3. August 1988 berichtete Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), aus der Plenarsitzung der KSZE-Folgekonferenz in Wien: „ČSSR warb erneut für Wirtschaftskonferenz; erster Teil mit Geschäftsleuten in Prag und kurze Regierungskonferenz in Bonn. In erneuter Intervention stellte ich fest, daß eigene Delegation hinsichtlich Organisationsfolge und Ort andere Vorstellungen verfolge." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1227; Referat 212, Bd. 158551.

Anfang der Woche Bo Meyer-Landrut gesagt hat mit Bezug auf seine Wiener Rede[22].

Schewardnadse führte von sich aus an, daß Rumänien ein nicht einfaches Problem darstelle[23], wie bereits das Forum in Budapest[24] gezeigt habe. SU und Rumänien seien Freunde und Verbündete. SU konsultiere zwar mit Rumänien, aber Rumänen hätten ihre eigenen Ansichten. Er hielt Kompromisse mit Rumänien für möglich, wenn man auf deren Vorschläge bzgl. der wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte eingehen könnte. Er möchte dieses für das End-Game nicht ausschließen.

BM entgegnete, wir verfolgten Entwicklung in Rumänien mit Sorge, ganz abgesehen vom WFT. Wir sähen erhebliche Probleme bzgl. der deutschen Minderheit[25], auch die Probleme zwischen Ungarn und Rumänien seien ja hinreichend bekannt. Es gehe hier um eine prinzipielle Frage für die Entwicklung in allen Ländern Europas. Wir seien sehr für wirtschaftliche und soziale Menschenrechte, aber nicht wenn gleichzeitig jahrhundertealte Dörfer, Zeugen europäischer Kultur, eingeebnet würden[26]. Wir seien durchaus zu Formulierungslösungen bereit, aber es müßten dann allerdings Realitäten dahinterstehen.

Schewardnadse warf ein, die konkreten Vorschläge der Rumänen seien nicht „maximalistisch", sondern eher harmlos.

BM bat Dg 21, noch etwas zu WFT auszuführen. MDg Kastrup sagte, die Verfasser des N+N-Entwurfs hätten sich auch bzgl. Korb III große Mühe gegeben, auch die Gesichtspunkte der WP-Staaten zu berücksichtigen, auch die Interessen Rumäniens seien reflektiert. Die Situation in Wien sei, daß dies die Auffassung von 34 Teilnehmerstaaten sei. Es ginge jetzt um die Glaubhaftigkeit des Schlußdokuments. Wir könnten deshalb keinen Formeln zustimmen, die entweder leer sind oder, schlimmer, reine Propaganda darstellen.

BM bat AM Schewardnadse, zu erläutern, welches aus sowjet. Sicht das Minimum dessen sei, was zur Lösung des rumän. Problems erforderlich sei.

Schewardnadse meinte, man müsse ernsthafter auf Rumänien eingehen, dazu seien auch Schritte von westl. Seite erforderlich, man dürfe Rumänien jetzt nicht in eine Sackgasse treiben.

Schewardnadse kam auf Korb I zurück und vermerkte die „Unterstützung des BM für die Rede des GS im Sejm[27]", er habe jedoch hierzu zwei konkrete Fragen:

a) Was sei unsere Haltung zu Risk Reduction Centres? Dieser Vorschlag verdiene Aufmerksamkeit. Als man mit den USA über derartige RRC gesprochen habe,

22 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 1. Juli 1988 auf der Plenarsitzung der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. BULLETIN 1988, S. 857–860.

23 Vgl. dazu die rumänische Haltung zum Entwurf der N+N-Staaten vom 13. Mai 1988 für ein Abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien; Dok. 197.

24 Das KSZE-Kulturforum fand vom 15. Oktober bis 25. November 1985 in Budapest statt.

25 Zur Lage der Deutschstämmigen in Rumänien vgl. Dok. 226.

26 Zum „Systematisierungsprogramm" in der rumänischen Landwirtschaft vgl. Dok. 234.

27 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte vom 11. bis 14. Juli 1988 Polen. In seiner Rede am 11. Juli 1988 in Warschau schlug er vor, „ein europäisches Zentrum zur Verminderung der Kriegsgefahr als eine Stätte für die Zusammenarbeit zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt zu schaffen". Ferner regte er an, die konventionelle Rüstungskontrolle durch „ein zweites, diesmal gesamteuropäisches ‚Reykjavik' – ein Treffen aller europäischen Länder" voranzubringen. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 418 f.

hätten viele die RRC als in der Substanz nicht bedeutsam abgetan. Die bisherigen Erfahrungen mit den USA hätten die SU jedoch eines anderen belehrt, und sie möchten die RRC jetzt nicht missen.[28] Dieses Konzept sollte eine gesamteuropäische Funktion bekommen.

b) Was sei unsere Haltung zu einem „europäischen Reykjavik" (Gipfelkonferenz) über Rüstungskontrolle? SU sei allgemein beunruhigt, da nicht klar sei, wann KRK-Verhandlungen anfangen könnten. Die Verhandlungen würden auch ohne Zweifel schwierig werden. Deshalb ginge das Wettrüsten allgemein weiter, nur im INF-Bereich würde aufgrund der Verträge tatsächlich reduziert. Deshalb fände SU eine solche Konferenz – selbstverständlich mit Kanada und den USA – eine gute Sache.

BM antwortete, wir wollten uns den RRC-Vorschlag genau ansehen, die Entwicklung habe einen Stand erreicht, wo wir diese Idee sorgfältig prüfen würden, auch wenn wir auch die anderen Interessen sehen würden, die ihm zugrunde liegen.

Bzgl. des Gipfels sagte BM, Konferenzen der 35 seien immer gut. Er sei auch dafür, daß das WFT auf „politischer Ebene" (auf Schewardnadse-Rückfrage: AM-Ebene) schließt und KRK auf gleicher Ebene eröffnet. Wenn es zu einem bestimmten Zeitpunkt erforderlich erschiene, seien wir aufgeschlossen für Gipfelidee, wie auch franz. Präsident[29]. Er habe auf Journalistenfragen zu Gipfelidee hervorgehoben, daß damit die Rolle Europas betont werden soll.[30] Er hielte dies auch für ein gutes Thema für die Gespräche BK–GS.[31]

Schewardnadse plädierte dafür, Idee weiter zu erörtern, bilateral und innerhalb der jeweiligen Bündnisse.

Auf Hinweis BM auf den 35-Rahmen, sagte Schewardnadse: Es sei keine Trennung der USA von Europa beabsichtigt, wer darauf spekuliere, sei entweder naiv oder ein Abenteurer. – BM warf ein, derartige Trennung läge auch nicht im sowjetischen Interesse. – Schewardnadse stimmte zu: „Absolut nicht", die 19. Parteikonferenz[32] und auch die wissenschaftliche Konferenz im SAM hätten gezeigt, daß SU nicht einen Prozeß der „Getrenntheit" verfolge, sondern zu der Einigung Europas beitragen wolle.

Schewardnadse sprach CW[33] an und sagte, jüngste öffentliche US-Äußerungen seien anders als bisher. Für diese positive Entwicklung messe er auch der bilate-

28 Zum Abkommen vom 15. September 1987 zwischen den USA und der UdSSR über die Einrichtung von Zentren zur Verminderung des nuklearen Risikos vgl. Dok. 123, Anm. 5.

29 François Mitterrand.

30 Für den Wortlaut des Interviews des Staatspräsidenten Mitterrand am 14. Juli 1988 im französischen Fernsehen vgl. FRANKREICH-INFO, Nr. 22/88 vom 22. Juli 1988.

31 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

32 Zur Allunions-Parteikonferenz der KPdSU vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 in Moskau vgl. Dok. 194.

33 Gesandter Paschke, Washington, resümierte am 11. August 1988 Informationen zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über ein Chemiewaffenverbot vom 11. bis 28. Juli 1988 in Genf: „Das sowjetische Verhalten bei den Gesprächen wurde im State Department […] als konstruktiver denn je zuvor bezeichnet. Indikativ dafür sei, daß zum ersten Mal keinerlei Angriffe gegen das US-Binärprogramm erfolgt seien. Die sowjetischerseits vorgelegten Arbeitspapiere zu ‚order of destruction' und Durchführung von Verdachtskontrollen seien detaillierter und umfangreicher als alles gewesen, was man von den Sowjets bisher zu sehen bekommen habe. […] Bemerkenswert fand Gesprächspartner auch sowjetische Reaktion auf US-Zweifel an der Angabe, daß es keine sowjetischen CW-Bestände außerhalb der SU gebe. Logischerweise sei es nicht möglich, einen allgemeinen derartigen Verdacht

ralen CW-Erklärung von Bonn[34] große Bedeutung zu, mit gemeinsamen Bemühungen könne man vieles erreichen. Was kann man jetzt noch tun?

BM sagte, die Verifikation der Nichtproduktion sei das komplizierteste Problem, das es gebe. Man könne Fortschritt auf eine Konvention erleichtern, wenn man sich darauf verständigen könnte, daß man im Verlauf der Implementierung eines Abkommens, wenn man im Verifikationssystem Lücken sähe, konstruktiv miteinander darüber spreche, wie man sie schließen kann.

Bo Karpow schlug vor, bereits jetzt zusammenzuarbeiten noch vor Abschluß einer Konvention, um die Erprobung von Verifikationsmethoden (Geräte etc.) durchzuführen.

Bo Holik verwies darauf, daß sich CW-Verhandlungen grundsätzlich von anderen Rüko-Verhandlungen[35] unterschieden: Das Substanzproblem sei von Anfang an gelöst gewesen, nämlich der Konsens „keine Produktion, keine Weitergabe, kein Einsatz". Deshalb sei das eigentliche Problem die Verifikation. Die politischen Fragen der Verifikation seien nunmehr gelöst, man dürfe jedoch die offenen technischen Fragen nicht unterschätzen. (Schewardnadse warf hier ein, daß technische Fragen plötzlich wieder zu politischen werden könnten.) Jeder Beitrag zur Lösung dieser technischen Probleme komme einer gemeinsamen Lösung zugute. Wir wollten in Genf schnell abschließen. Wir wollten gerne auf Idee von Bo Karpow eingehen und bei Instrumentalkontrolle zusammenarbeiten. Wir hätten da auch durchaus etwas zu bieten. Beide Seiten sollten über Follow-up hierzu miteinander sprechen.

Schewardnadse verwies auf große Sorgen der SU wegen Proliferation von CW, er begrüßte weitere deutsch-sowjet. Zusammenarbeit, wie soeben erörtert, schließlich müsse man gegenüber Frankreich etwas tun. Frage sei, inwieweit der Regierungswechsel[36] dort eine neue Haltung fördere.

BM verwies hierzu auf sein bevorstehendes Gespräch mit AM Dumas am 8.8., im übrigen faßte er Ergebnis der Konsultationen zu diesen Themen dahingehend zusammen: a) Sowjet. Papier zu DCS-Formel werde geprüft und weiter behandelt. b) Wir wollten weiter bei CW zusammenarbeiten. c) Wir wollen baldmöglichst Termin für Rüstungskontrollkonsultationen (D 2 A – Karpow) festlegen.

[gez.] Meyer-Landrut

Referat 241, Bd. 163141

Fortsetzung Fußnote von Seite 1172

zu widerlegen, gebe es jedoch westlicherseits bestimmte Verdachtsmomente, so sei man vielleicht in der Lage, diese gezielt zu entkräften." Paschke hielt ferner fest: „Darstellung des Verlaufs der Gespräche zeigte deutliches US-Bestreben, uns gegenüber weitere amerikanische Aktivität im CW-Bereich unter Beweis zu stellen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3260; Referat 222, Bd. 162044.

34 Bundesminister Genscher erklärte am 18. Januar 1988 beim Abendessen zu Ehren des sowjetischen Außenministers Schewardnadse: „Besondere Dringlichkeit kommt dem baldigen Abschluß eines Abkommens zur weltweiten Beseitigung chemischer Waffen zu. Diese schrecklichen Waffen müssen ein für allemal vollständig verschwinden. Wir sind uns bei den Verhandlungen so nahegekommen, daß bei einer gemeinsamen Anstrengung aller Beteiligten ein Abschluß des Vertrages jetzt erreichbar erscheint." Vgl. BULLETIN 1988, S. 55.

35 Rüstungskontroll-Verhandlungen.

36 Am 28. Juni 1988 gab Ministerpräsident Rocard die Bildung der neuen französischen Regierung bekannt.

222

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schlegel

424-411.10 IRN--563/88 geheim **4. August 1988**

Über Dg 42 i.V.[1], D 4 i.V.[2] Herrn Staatssekretär[3]

Betr.: Iranische Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland zur Beschaffung von Rüstungsmaterial

Bezug: Vorlage vom 7.6.1988 – 424-411.10 IRN-419/88 geheim mit Vermerk von StS Dr. Sudhoff[4]

Anlg.: Bezugsvorlage (nur beim Original)[5]

Zweck der Vorlage: Zustimmung zu 3)

1) Saudischer Botschafter Ghazzawi hatte BM am 16.5. im Auftrag von König Fahd mitgeteilt, „Iran nütze Beziehungen zu uns, um mehr Waffen zu erwerben, und führe auf deutschem Boden Verhandlungen zum Ankauf von Raketen und anderen Waffen (so: iranisch-israelische Verhandlungen in Frankfurt)“.[6]

Hierzu hatte Referat 424 Vorlage vom 7.6.1988 (vgl. Anlage) gefertigt mit Vorschlag für unsere Erwiderung durch Dg 31[7].

2) Im Zusammenhang mit iranischen Beschaffungsaktivitäten wurde auch Status iranischer Büros in D angesprochen (von Abt. 5). Hierzu hat StS Dr. Sudhoff

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen am 4. August 1988 vorgelegen.

2 Hat Ministerialdirigent Trumpf am 4. August 1988 vorgelegen.

3 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 5. August 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Mit H[errn] StS Sudhoff bespr[ochen]. Er ist mit ‚Zwischenbescheid‘ an saudi-arab[ischen] Botschafter einverstanden. (Bevor Ergebnisse der Ziffern 1 + 2 des beiliegenden Vermerks des Ref. 424 an Ref. 311 vom 22.7. vorliegen.) 2) Bespr[echung] Dg 31 + H[err] Schlegel.“ Desweiteren vermerkte Lautenschlager handschriftlich für Referat 424: „H[err] Schlegel bitte mit Dg 31 bespr[echen].“ Hat Staatssekretär Sudhoff vorgelegen.

4 Vortragender Legationsrat Schlegel hielt Informationen des BND fest: „Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland mehrere iranische Büros, die die Beschaffung von rüstungsrelevanten Gütern zur Aufgabe haben. Es gab verschiedentlich Anfragen dieser Büros bei deutschen Firmen und auch Angebote an diese Büros. Einer Information des amerikanischen Geheimdienstes zufolge soll es im März d. J. an Bord eines iranischen Flugzeuges auf dem Flugplatz in Frankfurt israelisch-iranische Verhandlungen über Waffengeschäfte (Waffensysteme, mit denen die irakischen Boden/Boden-Raketen abgewehrt werden können), gegeben haben. Über den Ausgang dieser Verhandlungen ist nichts bekannt.“ Auf der Aufzeichnung vermerkte Staatssekretär Sudhoff am 10. Juli 1988 handschriftlich: „Die iran[ische] Botschaft hat meiner Erinnerung nach in der Vergangenheit solche Aktivitäten bestritten. Wegen der polit[ischen] Brisanz des Themas bitte ich um R[ücksprache] mit den Herrn D 3, 4 und 5.“ Vgl. VS-Bd. 14531 (424); B 150, Aktenkopien 1988.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 4.

6 Zu den Hinweisen des saudi-arabischen Botschafters Ghazzawi erklärte Bundesminister Genscher am 16. Mai 1988, die Haltung der Bundesrepublik zum irakisch-iranischen Krieg zeige, „daß wir Iran nicht unterstützen. Wir nutzten zwar unsere Beziehungen zu Iran, um auf die dortige Regierung im Sinne einer Friedenslösung einzuwirken, wir gäben aber Iran weder direkte noch indirekte Unterstützung. Insbesondere lieferten wir keine Waffen an Iran. Auch seien wir nicht daran interessiert, daß unser Territorium für Waffentransaktionen oder -lieferungsverhandlungen mißbraucht werde. Den Mitteilungen des Botschafters würden wir energisch nachgehen. Wir seien daran interessiert, daß unsere Position völlig klar sei und nicht in Zweifel gezogen werde.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 311, Bd. 154224.

7 Heinz Fiedler.

wegen der Brisanz des Themas Rücksprache mit D3[8], D4[9] und D5[10] genommen und dann entschieden:

a) Welche iranischen Büros gibt es in der Bundesrepublik Deutschland, die die Beschaffung von rüstungsrelevanten Gütern zur Aufgabe haben?

b) Mit der iranischen Botschaft soll über den Status dieser Büros gesprochen werden.

c) Erst danach kann mit saudischer Botschaft gesprochen werden.

3) Referat 424 schlägt aus nachfolgenden Gründen vor, saudischem Botschafter schon jetzt durch Dg31 einen Bescheid zu geben:

– Brisanz angeblicher iranischer Einkaufsaktivitäten ist durch jüngste Friedensbemühungen[11] etwas geringer geworden.
– Einerseits wird eingeleitete Feststellung[12], präzise Bewertung iranischer Büros und Besprechung mit iranischer Seite gewisse Zeit dauern (Aktivitäten der fraglichen Art werden auch von Privatwohnungen aus geführt).
– Andererseits ist nicht auszuschließen, daß saudische Seite auf Anfrage plötzlich zurückkommt und aus langer Dauer unserer Untersuchung falsche Schlüsse ziehen könnte. (Gespräch BM/Botschafter war schon am 16.5.! BM hatte „energisches Nachgehen" zugesagt; Botschafter hat schon vor einigen Wochen bei Dg31 erinnert.)

Es wird vorgeschlagen, als Grundlage für Bescheid folgende Sprachregelung zu verwenden:

– Die Bundesregierung versucht[13], auf Beschaffung von Waffen gerichtete Aktivitäten fremder Staaten auf deutschem Boden zu überwachen[14]. Dies ist jedoch nicht lückenlos möglich.[15]
– Die rechtlichen Möglichkeiten zur Verhinderung dieser[16] Aktivitäten sind[17] begrenzt, wir versuchen jedoch, auch durch „gentle persuasion" die Betreffenden zu veranlassen, auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland keine Rüstungsgeschäfte zu betreiben oder vorzubereiten.[18]

8 Reinhard Schlagintweit.
9 Alois Jelonek.
10 Jürgen Oesterhelt.
11 Vgl. dazu die Anerkennung der Resolution Nr. 598 durch die iranische Regierung; Dok. 217, Anm. 4.
12 Die Wörter „eingeleitete Feststellung" wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ich gehe davon aus, daß sich dies auf Ziffer 2a + 2b bezieht."
13 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „ist bemüht".
14 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „u[nd] etwaige gesetzwidrige Tätigkeiten zu unterbinden".
15 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen.
16 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „etwaiger".
17 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Sudhoff handschriftlich eingefügt: „allerdings".
18 Zu diesem Absatz vermerkte Vortragender Legationsrat Schlegel handschriftlich: „Abt[eilung] 3 schlägt Streichung dieses Punktes vor."
Der Passus „wir versuchen … oder vorzubereiten" wurde von Staatssekretär Lautenschlager eingeklammert. Dazu vermerkte er handschriftlich: „1. Halbsatz sollte bleiben."

– Bisherige Ermittlungen haben keine greifbaren Anhaltspunkte[19] für[20] Verstöße gegen einschlägige Außenwirtschaftsbestimmungen ergeben.
– [21]Genehmigungen für den Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern werden[22] in der Bundesrepublik Deutschland weit restriktiver erteilt als in anderen vergleichbaren Industrieländern. Darüber hinaus ist sogar die Veräußerung von Kriegswaffen, die sich außerhalb des Gebiets der Bundesrepublik Deutschland befinden, nach deutschen Gesetzen genehmigungspflichtig.[23]
– Konkreten Hinweisen auf Rüstungsbeschaffungsaktivitäten durch fremde Staaten in der Bundesrepublik Deutschland werden wir[24] nachgehen und versuchen, Abhilfe zu schaffen.[25]

D 3 hat mitgezeichnet.

Schlegel

VS-Bd. 14531 (424)

223

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Fiedler

310-530.36 LIA-835/88 VS-vertraulich **5. August 1988**[1]

Betr.: Sitzung AS Libanon am 4.8.1988, 17.00 Uhr

Unter Vorsitz von BM Schäuble trat am 4.8.88 der AS Libanon zusammen. Ich halte daraus fest:

1) Der Deutsch-Algerier Sahraoui hat BM Schäuble am 4.8. das Original eines Briefes von Cordes[2] gezeigt und eine Kopie davon übergeben.[3] Zwei weitere Briefe

19 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Ich gehe davon aus, daß dies durch Feststellungen der inneren Behörden belegt ist!“

20 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „genehmigungspflichtige Tatbestände u[nd] für“.

21 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „Im übrigen werden“.

22 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen.

23 Der Passus „Kriegswaffen, die … Gesetzen genehmigungspflichtig“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Gilt das auch für ‚Vermittlung‘ von Geschäften?“
Zu seiner Frage vermerkte Lautenschlager handschriftlich: „Erl[edigt].“

24 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „weiterhin“.

25 Am 25. August 1988 vermerkte Vortragender Legationsrat Eickhoff für Referat 424 handschriftlich: „Dg 31 bittet, die Sprachregelung auf Englisch auszuformulieren, damit dem saudischen Botschafter ggf. etwas ausgehändigt werden kann (Non-paper). Dabei sollte der dritte Anstrich (Bisherige Ermittlungen …) an den Anfang gesetzt werden.“
Hat Legationsrat I. Klasse Cappell am 11. Oktober 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 311 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Sprachregelung auf Englisch (vom Sprachendienst gef[ertigt]) ist beigefügt.“ Vgl. die Begleitaufzeichnung; VS-Bd. 14531 (424); B 150, Aktenkopien 1988.

1 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

2 Korrigiert aus: „an Cordes“.
Zur Entführungsfall Cordes im Libanon vgl. Dok. 16, Anm. 4.

hat die Familie Cordes erhalten. Die Briefe sind von Hizbollah über Teheran und die iranische Botschaft in Bonn an den Deutsch-Algerier Sahraoui und den Iraner Mesbahi ausgehändigt worden. Sie sollen etwa zwei Monate alt sein. Diese Angabe deckt sich mit Hinweisen von Botschafter Göttelmann.

Inhalt der Briefe:

– Es geht Cordes gesundheitlich den Umständen entsprechend. Er befindet sich in ärztlicher Behandlung. Grund zur Besorgnis besteht allerdings nicht.
– Cordes hofft, bald frei zu kommen. Er fragt sich, warum Mohammed Hamadi[4] nicht ausgetauscht worden ist.
– Cordes möchte nicht Opfer von US-Interessen werden.

Die Schrift läßt nach erster Prüfung darauf schließen, daß Cordes an psychosomatischen Beschwerden leidet.

Die Briefe an die Familie Cordes sind nicht zur Veröffentlichung bestimmt. Der Inhalt des Briefes an die Bundesregierung wird der Öffentlichkeit bekannt gegeben.

2) BM Schäuble und StS Neusel teilen zur Person von Sahraoui mit: Er ist Journalist, hat über ein politisches Thema promoviert, Ehefrau ist Apothekerin, lebt in Diepholz, macht einen nicht-orientalischen Eindruck.

Nach Angaben von Sahraoui gehören er und Mesbahi zu einem Kreis um Rafsandjani, dem wahrscheinlich auch Ahmed Khomeini zuzurechnen ist. Ziel dieser Gruppe ist es, feste, strukturierte Beziehungen zum Westen herzustellen. Sie ist sich dessen bewußt, daß die Geiselfrage die Bemühungen um eine rationale iranische Politik belastet. Die Akzeptanz der Res. 598[5] hat gezeigt, daß diese Gruppe Einfluß hat. Sahraoui sieht gute Aussichten für eine baldige Freilassung von Cordes. Die BND-Meldung über die Überstellung von Cordes an die Pasdaran könnte trotz Skepsis hinsichtlich der Quelle diese Ansicht stützen. Sahraoui will weitere Gespräche in Teheran führen.

3) Sahraoui hat keine Gegenleistung für die Befreiung von Cordes gefordert, jedoch zwei Bitten vorgebracht:

– Erteilung von Sichtvermerken für die Familie Mesbahi (einschließlich Ehefrau, eine sechsjährige Tochter und einen 4 1/2jährigen Sohn).
– Empfang durch den Friedensnobelpreisträger Willy Brandt.

4) Zur Briefübermittlung äußerte sich StS Neusel wie folgt: Seiner Auffassung nach steht es fest, daß die Briefe amtlich von iranischer Seite übermittelt worden sind. BM Schäuble ergänzt: Die Iraner Mesbahi und Imani sind am Wochenende mit Diplomatenpässen und in Genf erteilten Sichtvermerken nach Deutschland

Fortsetzung Fußnote von Seite 1176

3 Ministerialdirektor Schlagintweit informierte am 5. August 1988 die Botschaft in Teheran: „Unerwartet ist Larijani bereits gestern abend aus Moskau kommend in Frankfurt eingetroffen. Er fliegt heute mittag weiter nach Teheran. […] Ich habe gestern abend ein Ferngespräch mit Larijani, der sich im Haus des iranischen Generalkonsuls in Frankfurt befand, geführt, um ihm die vom Arbeitsstab formulierten Fragen zu stellen. […]. Die Namen Saharawi und Mesbahi waren L[arijani] nicht bekannt". Vgl. den Drahterlaß Nr. 7910; VS-Bd. 13646 (310); B 150, Aktenkopien 1988.

4 Zum Fall des in Frankfurt am Main inhaftierten libanesischen Staatsangehörigen Hamadi vgl. Dok. 56, Anm. 28.

5 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 1, Anm. 33.
Zur Anerkennung der Resolution Nr. 598 durch die iranische Regierung vgl. Dok. 217, Anm. 4.

eingereist. Sie haben in Stuttgart Eppler getroffen. Am Montag, dem 1.8., haben Sahraoui und Mesbahi die Briefe in der iranischen Botschaft in Bonn in Empfang genommen.

5) Präsident Boeden und Vizepräsident Münstermann teilen mit, daß Mesbahi 1983/84 aus Frankreich wegen nachrichtendienstlicher Tätigkeit ausgewiesen und in GB unter Mordverdacht geraten ist. Mesbahi und Sahraoui sollen bei der Befreiung französischer Geiseln beteiligt gewesen sein.[6] Boeden bittet um Vorsicht, daß wir beide nicht „hoffähig" machen. Ausländische Nachrichtendienste, darunter der schweizerische, interessieren sich für die Genannten.

6) Es wurde beschlossen: Bei dem in Aussicht genommenen Treffen mit VAM Larijani am 5.6.[7] soll Dank für die Übermittlung der Briefe ausgesprochen werden. Er soll gefragt werden, was er von der Weiterverfolgung der o. a. Kontakte hält. Wir erwarten uns Aufschluß darüber, ob die Angaben von Sahraoui zutreffen, ob diese Schiene autorisiert ist und weiterbenutzt werden kann.

Vorbehaltlich Gespräche mit Larijani soll die Familie Mesbahi Sichtvermerke erhalten.

Gleichfalls vorbehaltlich Gespräche mit Larijani wird BM Schäuble die SPD unterrichten, daß Wunsch nach Kontakten mit Willy Brandt besteht.

Eine kurze Pressemitteilung, die durch den stellvertretenden Sprecher der Bundesregierung, Schäfer, abgegeben werden soll, wurde abgesprochen:

Nach der Übergabe des Briefes im Kanzleramt sei der AS Libanon unter der Leitung von BM Schäuble zusammengetreten. Die Bundesregierung werte den Brief zusammen mit den beiden Briefen an die Familie der Entführten als Zeichen, daß Cordes lebt.

StS Neusel wird ermächtigt, ein Gespräch mit dem „Stern" zu führen, um gegebenenfalls nachteilige Passagen in einer Artikelserie nach Freilassung von Cordes vorab richtigzustellen.

Eine mögliche Ausspähung der Botschaft Beirut durch den Journalisten Michael Born wurde nicht als besonders gravierend angesehen.[8] Handlungsbedarf besteht zur Zeit nicht. Die Warnung an den ARD-Korrespondenten Dr. Helfer, Kairo, nicht nach Beirut zu gehen, wurde gebilligt (dringend abgeraten, aber wir können eine Reise nicht verhindern).

Stellvertretender Sprecher Bundesregierung, Schäfer, hat Chefredakteur Elitz von der ARD angesprochen. Danach wird Helfer nach Ost-Beirut, nicht jedoch

6 Zur Freilassung der französischen Geiseln im Libanon vgl. Dok. 184, Anm. 17.

7 So in der Vorlage.

8 Vortragender Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, vermerkte am 20. Juni 1988, daß am selben Tag der Journalist Born wegen eines von ihm geplanten Interviews mit dem im Libanon entführten Mitarbeiter der Hoechst-AG, Cordes, vorgesprochen habe: „Born gab an, als Freelance-Journalist über gute Kontakte zum Nahen Osten und hier insbesondere zum Libanon und zum Iran zu verfügen. Die Zeitschrift ‚Stern' und die Fernsehanstalt ‚RTL plus' hätten ihm 50 000 DM für Bild- bzw. Fernsehbilder mit Cordes in Geiselhaft geboten. Er habe sich daraufhin entschlossen, die Voraussetzungen für ein solches Interview zu klären." Aufgrund der Einwände Ueberschaers gegen ein Interview mit Cordes habe Born erklärt, „daß es ja nicht zu einem Interview kommen müsse. Ob er mit einer entsprechenden ‚Aufwandsentschädigung' rechnen könne, wenn es ihm gelinge, die Freisetzung von Cordes zu erreichen? Immerhin habe er bereits 20 000 DM in das Projekt investiert." Vgl. Referat 310, Bd. 149792.

nach West-Beirut fahren. Schäfer soll auch Süddeutschen Rundfunk warnen, für den Helfer gleichfalls arbeitet.

7) BM Schäuble stellt nochmals klar, daß der Hoechst-Vertreter Seifert für Auskünfte besonderen Verpflichtungen unterliegt. Herr Seifert gibt zu Protokoll, daß Hoechst eine Firma in Panama beauftragt hat, sich um die Freilassung von Cordes zu bemühen. Er geht davon aus, daß Hoechst die Auslagen von der Steuer absetzen kann. BM Schäuble nimmt dies ohne Stellungnahme zur Kenntnis. Hoechst erwägt, nach Freilassung von Cordes eine Rotkreuz-Spende für Medikamente in Höhe von 1 Mio. Dollar zu machen.

Fiedler

VS-Bd. 14152 (010)

224

Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 5. August 1988, 18.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1252 **Ankunft: 6. August 1988, 09.32 Uhr**
Citissime

Betr.: 3. KSZE-Folgetreffen in Wien (WFT);
hier: Erster Teil der sechsten Sitzungsperiode (15.4. bis 5.8.1988)

Zur Unterrichtung

I. Allgemeiner Verlauf

1) Zusammenfassung und Überblick

a) Die Wiener Verhandlungen haben das selbstgestellte und zu Beginn der sechsten WFT-Sitzungsperiode für erreichbar gehaltene Ziel des Abschlusses im Sommer 1988 verfehlt. Doch wurden bemerkenswerte Verhandlungsfortschritte in allen Bereichen erreicht, gerade während der durch die deutsch-französische Initiative[2] gewonnen ersten Augusttage.

Ausgangslage und Rahmbedingungen des Zeitraums April bis August für erfolgreiche Verhandlungen erschienen günstig. Doch vermochten der Mitte Mai von den N+N präsentierte Gesamtentwurf für ein WFT-Abschlußdokument[3], die intensiven hochrangigen politischen US-SU-Gespräche, einschließlich des Moskauer Gipfels[4], die KPdSU-Parteikonferenz[5] und die deutsch-französische Außenmini-

1 Das von Vortragendem Legationsrat Altenburg, Wien (KSZE-Delegation), konzipierte Fernschreiben wurde in fünf Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 20, 23, 30 und 35.

2 Zur deutsch-französischen Initiative für eine Verkürzung der Sommerpause bei den KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 216, Anm. 9 und 10.

3 Zum Entwurf der N+N-Staaten vom 13. Mai 1988 für ein Abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 153.

4 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau vgl. Dok. 165.

5 Zur Allunions-Parteikonferenz der KPdSU vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 in Moskau vgl. Dok. 194.

ster-Initiative[6] nicht mehr, als den mühsamen, teilweise schleppenden, insgesamt aber doch stetigen Verhandlungsfortschritt aufrechtzuerhalten. Das betraf alle Gebiete der umfangreichen Materie.

Der größte Gesamterfolg war es, die streitige Verhandlungsmaterie auf politische Kernprobleme zu reduzieren und eine durchaus erfolgversprechende Ausgangslage für das Endspiel zu erreichen. Unter diesen Umständen stellt die nach der D-F-Initiative beschlossene formelle Fortsetzung der sechsten WFT-Sitzungsperiode auch im August (sowie die Umwandlung einer für wenigstens sechs Wochen vorgesehenen Sommerpause in eine auf die Hälfte verkürzte nur dreiwöchige technische Unterbrechung) alle Beteiligten vor die politische Verantwortung für den Verhandlungsabschluß und hält damit die Perspektive auf einen baldigen, d. h. in wenigen Wochen ab Ende August zu erreichenden Konferenzabschluß offen.

b) Der Verhandlungsabschluß erscheint unter der Voraussetzung des nötigen politischen Willens aller Beteiligten in greifbarer Nähe, nachdem bis 5.8.1988 die unstreitige Verhandlungsmaterie (Acquis) durch Zugewinne in allen Körben noch in den letzten Tagen beachtlich ausgeweitet und die offenen Streitfragen auf letztlich politisch zu lösende Kernprobleme reduziert werden konnten. Die wesentlichen Verhandlungsschritte dazu waren:

– Einbringung des N+N-Gesamtentwurfs am 13.5.1988. Damit wurde einmal der Umfang der Verhandlungsmaterie umrissen, d. h. signalisiert, daß die Zeit für materiell neue Vorschläge als abgelaufen gelten soll. Zum anderen wurde der – aus Sicht der N+N konsensfähige – Stand der Verhandlungen festgeschrieben.
– Anerkennung des N+N-Gesamtentwurfs als Grundlage der weiteren Verhandlungen vollzog sich bei West und Ost im Verlauf der auf den 13.5.1988 folgenden Wochen unter mannigfachen, zum Teil taktischen Kautelen. Wichtig war dabei, den östlichen Vorwurf zu neutralisieren, der N+N-Entwurf sei wegen seines Gehaltes zu Menschenrechten und Korb III ein „westliches Papier". RUM hält diesen Vorbehalt nach wie vor aufrecht.[7]
– Die beiden sogenannten „Kaschlew-Initiativen"[8] waren zwischen US-DL Zimmermann und SU-Bo Kaschlew vorher abgestimmte Prozedurvereinbarungen zur Verhandlungsbeschleunigung. Sowohl der erste Schritt (Ende Mai, Anfang Juni 1988), d. h. Einrichtung der „task forces", als auch der zweite Schritt (Ende Juni 1988), d. h. Übergang zu sogenannten „Dreiergesprächen" der

6 Vgl. dazu den gemeinsamen Auftritt des Bundesministers Genscher und des französischen Außenministers Dumas am 1. Juli 1988 bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 196.

7 Zur rumänischen Haltung zum Entwurf der N+N-Staaten vom 13. Mai 1988 für ein Abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 197.

8 Zu den Vorschlägen des Leiters der sowjetischen KSZE-Delegation, Kaschlew, vgl. Dok. 196, Anm. 11. Am 15. Juli 1988 urteilte Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation): „Die Initiative des SU-DL Bo Kaschlew, die Zahl der offenen strittigen Probleme im Korb I, Prinzipien, und Korb III des N+N-Gesamtentwurfs zu reduzieren, hat zu einem Austausch von Änderungsvorschlägen und Gegenvorschlägen (nicht zu Verhandlungen) zwischen Ost und West über die Koordinatoren geführt, ohne daß sich bisher eine substantielle Annäherung in der Sache ergeben hätte. […] Die Kaschlew-Initiative hat allerdings dazu geführt, daß die verbleibenden wesentlichen Restprobleme identifiziert wurden, und zugleich implizit und im Verständnis der N+N Konsens über einen erheblichen Teil unbestrittenen und zuvor noch bestrittenen Textmaterials zu erreichen, von dem vieles von wesentlicher Bedeutung für den Westen ist." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1119; Referat 212, Bd. 153444.

Koordinatoren[9], brachten drastische Reduzierungen östlicher und westlicher Änderungswünsche am N+N-Entwurf. Dies machte dem Osten die stillschweigende Hinnahme großer Passagen mit sehr gehaltvollen, zum Teil erheblich über Helsinki[10] und Madrid[11] hinausgehenden Texten im Bereich der Menschlichen Dimension möglich. Dadurch wurde RUM gezwungen, seine Sonderposition im WP offenbar zu machen.

– Die deutsch-französische Initiative (d. h. gemeinsamer Auftritt von BM Genscher und AM Dumas am 1.7.1988 und ihre Forderung nach beschleunigtem Konferenzabschluß u. a. durch Verlängerung der Arbeit in den August und Halbierung der Sommerpause) setzte beschleunigende Signale im Bereich der militärischen Sicherheit (Dual-Capable-Problematik[12]), rüttelte die Konferenz aus dem Routine-Betrieb auf und löste Entscheidungen über ein Arbeitsprogramm für die Endphase aus.
– Die Mitte Juli 1988 aufgenommene „Pendeldiplomatie" der Koordinatoren dient dazu, bei den verbleibenden Kernproblemen einerseits Alternativ-Formulierungen zu strittigen Texten, andererseits Spielräume und Kompromißbereitschaft zu testen. Die von den Koordinatoren noch in der Woche bis zum 5.8.1988 geleistete Arbeit versetzt alle Beteiligten in die Lage, in ihren Hauptstädten die erforderlichen politischen Weisungen für den Abschluß einzuholen.

c) Die am 5.8.1988 verbleibenden Kernprobleme in den einzelnen Bereichen lassen sich wie folgt umreißen:

– Korb I – Prinzipien

WP verlangt einen allgemeinen System- und Gesetzgebungsvorbehalt in Form eines Zitats aus dem Prinzipienteil der Helsinki-Schlußakte. Dadurch soll in seiner Sicht die Verbindlichkeit der nachfolgenden Einzelbestimmungen relativiert werden. Westen ist bereit, eine solche, sehr wesentliche Konzession unter der Voraussetzung zu akzeptieren, daß einmal das vom Osten gewünschte Prinzipienzitat durch Zitate und Bezugnahme auf andere Prinzipien relativiert wird und darüber hinaus die übrigen offenen Fragen im Prinzipienteil (NGOs, Minderheiten, Religionsfreiheit) befriedigend gelöst werden. Die Bemühungen des Koordinators bis zum 5.8.1988 haben zu deutlichen Annäherungen geführt und mögliche Alternativen zur Problemüberbrückung aufgezeigt. Als besonders schwierig erweist sich die Lösung der NGO-Frage, wo einige der WP-Staaten (DDR gefolgt von ČSSR, RUM, BUL) sich gegen Bildung und Aktivität unabhängiger Gruppen wehren.[13] BUL vertritt (wegen der tür-

9 Jean-Daniel Clavel (Schweiz), Nils Eliasson (Schweden), Rudolf Torovsky (Österreich).

10 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

11 Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554.

12 Zur Frage der zweifach verwendbaren Waffensysteme bei den Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 206.

13 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), resümierte am 22. Juli 1988 Ausführungen des stellvertretenden Delegationsleiters der DDR zur Frage unabhängiger Helsinki-Gruppen: „Voss erklärte mit Nachdruck, daß es bestimmte Fragen gäbe, für die beim WFT keine Lösung gefunden werden könne. Aus Sicht der DDR gehöre dazu Mindestumtausch. […] Als ein weiteres schwieriges Problem bezeichnete Voss die Behandlung der NGOs. Die DDR sehe keine Möglichkeit, daß WP-Staaten westl[iche] Lösungsansätze akzeptieren. In dieser Frage sei DDR nicht allein. Man werde es nicht zulassen, daß

kischen Minderheit) Sonderposition bei den Minderheitenbestimmungen (verlangt Wiederverwendung der im Madrider Abschlußdokument aufgegebenen Helsinki-Formel „when they exist“) und bei Religionsfreiheit (Ablehnung der freien Sprachwahl).[14]

– Militärische Aspekte der Sicherheit

In diesem Bereich müssen sich in erster Linie NATO-Staaten und N+N über solche Fragen einigen, die mit der Einrichtung autonomer 23er-Verhandlungen im Rahmen des KSZE-Prozesses zusammenhängen. Die Annäherung ist nach bedeutendem westlichen Schritt am 22.7.1988 im Gang.[15] N+N haben aber noch Abstimmungs- und Weisungsbedarf. Westen macht seine Erwartung deutlich, daß der Osten diese Annäherung nicht durch taktische Bewegungen, an denen er von der Sache her kein Interesse haben kann, stört. Einziger, hier mit Nachdruck verfochtener östlicher Änderungswunsch, d.h. Einschluß von unabhängigen See- und Luftaktivitäten, dient traditioneller östlicher Rechtswahrung und erscheint nicht als unüberwindliches Problem.

– Korb II

Nach einer vor allem auf östlicher Seite vollzogenen taktischen Reduzierung anfänglich gehegter, weitergehender politischer Ambitionen verbleiben in Korb II von den 40 Absätzen dieses Kapitels noch 16 in der Diskussion, von denen insbesondere zwölf aus unterschiedlichen Gründen noch mehr oder weniger stark umstritten sind. Auf dem Tisch ist nach wie vor die (von einigen westlichen Staaten – US, KAN, NL – nachdrücklich vertretene) Forderung der Berücksichtigung gewisser menschenrechtlicher und humanitärer Aspekte in Korb II (Freiheit der Wissenschaftler, Umwelterziehung und -gruppen[16], gewisse menschliche Aspekte bei Tourismus[17]). Die Fronten im Umweltschutz laufen entsprechend den nationalen Interessen quer durch alle Lager (offene Fragen bei Schwefel, Gewässerschutz, Haftung bei Industrieunfällen). Wir selbst – unterstützt von 12 und 16 – haben erhebliche Probleme mit Plazierung und Formulierungen des N+N-Entwurfs zur Wanderarbeit.[18] Bei Kompensa-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1181

unabhängige Gruppen sich als KSZE-Kontrolleure betätigen. Die SU und H[ungary] würden vielleicht in einigen Jahren dazu bereit sein. Die übrigen WP-Staaten nicht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1154; Referat 212, Bd. 153444.

14 Am 29. Juli 1988 wies Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), darauf hin, daß die Position Bulgariens zur Frage von Minderheiten von der UdSSR unterstützt werde: „BUL fordert Einschränkung des N+N-Textes durch Formel ‚when such exist‘ (Existenz von Minderheiten könnte damit von Staats wegen bestritten werden). Rückschritt hinter M[adrider]S[chluß]D[okument]. Westen ist sich einig, daß Hinnahme solcher Einschränkung positive Perspektiven des Minderheitenschutzes im KSZE-Rahmen zunichte machen würde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1206; Referat 212, Bd. 153444.

15 Am 22. Juli 1988 informierte Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation): „Die durch neue flexible US-Haltung ermöglichte NATO-Position zum Kapitel über milit[ärische] Sicherheit wurde am 22.7. 1988 informell an N+N und WP übermittelt, aus deren Kreis erste positive Reaktionen, aber auch Kritik (JUG) zu vernehmen waren. […] Im Anschluß an die für Freitag, 22.7.1988, […] vorgesehene informelle Übermittlung der westl[ichen] Änderungswünsche, einschließlich zusätzlicher Erläuterungen, an N+N- und nachfolgend WP-Staaten ist der Westen nunmehr in der Lage, den ausgesetzten Dialog in der Redaktionsgruppe offensiv wiederaufzunehmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1161; Referat 212, Bd. 153444.

16 Zum Umweltschutz-Kapitel des Korbs II bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 195, Anm. 4.

17 Zum Tourismus-Kapitel des Korbs II bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 195, Anm. 5.

18 Am 29. Juli 1988 teilte Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), mit: „NNA haben auf Drängen von JUG bei der Behandlung des Themas Wanderarbeit die Punkte Familienzusammenführung und Chancengleichheit für Kinder in Korb III des Entwurfs für ein WFT-Schlußdokument geregelt. […] Es wird angeregt, daß BM im Hinblick auf die Bedeutung des Themas für uns und auf die Schluß-

tion, Information, Biotechnologie und Automation verlaufen die Diskussionslinien entlang bekannter West-Ost-Auffassungs- und Interessenunterschiede. Besondere politische Probleme verbleiben bezüglich des wirtschaftlichen Follow-up, da hier Zahlen und Mandate der Veranstaltungen, darunter unser Vorschlag für eine West-Ost-Wirtschaftskonferenz[19], untereinander in scharfer Konkurrenz stehen.

– [20]Korb III

Nach einer beachtlichen Bewegung noch in den letzten Tagen vor dem 5.8.1988 verbleiben mindestens sechs Schlüsselthemen bei menschlichen Kontakten und Information sowie ca. zehn weitere Fragen von unterschiedlichem Gewicht. Die Lösung dieser ausstehenden Fragen erlaubt ein zügiges Endspiel im Korb III, da die ausstehenden Probleme in ihrer sachlichen Substanz nicht mehr komplex, sondern hinreichend diskutiert sind, allerdings jetzt politischen Willen zur Lösung erfordern. Als Schlüsselprobleme verbleiben:

- Explizite Nennung der Ausreisefreiheit: nur dann verzichtbar, wenn eindeutig der unterschiedliche Verpflichtungsgrad zwischen Ausreisefreiheit (gleich Menschenrecht) und Einreise (gleich souveräne Ermessensentscheidung des Staates) klargestellt ist. Diese Bestimmung ist grundlegend für die nachfolgenden einzelnen praktischen Regelungen.
- Minderheiten: In allen vier Abschnitten des Korbes III verlangt vor allem BUL Einschränkung gemäß der in Madrid aufgegebenen Helsinki-Formel „where they exist".
- Nichtdiskriminierung von Verwandten illegal Ausgereister: Problem für SU, DDR und inzwischen weniger für Polen. SU-Delegation hat dazu wenig hilfreiche Weisung („killer amendment") aus Moskau.
- Ablehnung von Ausreiseanträgen aus Gründen der Staatssicherheit. Westen verlangt zeitliche Begrenzung von Ausreiseverboten auf höchstens ein Jahr. Da WP dies strikt ablehnt, braucht Westen (insbesondere USA) als Alternative mehrere andere Elemente (z.B. „ständige Überprüfung" sowie „Vorausbelehrung über Folgen der Befassung mit Geheimnismaterie in bezug auf Ausreise"). WP hat Entgegenkommen angedeutet.
- Kontakte von Gläubigen über Grenzen hinweg. Zu diesem für Westen insgesamt zentralen Text hat sich in dieser Woche östl. Bewegung angedeutet.
- „Jamming". SU lehnte für 5.8.1988 vehement N+N-Text ab.

– Mittelmeer

In diesem Kapitel geht es um die für den Westen wichtige Wahrung des Status quo, d.h. Abwehr der von einigen N+N und dem Osten betriebenen Forderun-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1182

phase des WFT jugoslawische Gastgeber um Einverständnis bittet, Fragen der Familienzusammenführung und der Chancengleichheit von Gastarbeiterkindern in Übereinstimmung mit der traditionellen KSZE-Struktur in Korb II zu behandeln. Andernfalls besteht die Gefahr, daß wesentliche Aspekte der Wanderarbeit im WFT-Schlußdokument unerwähnt bleiben, da Westen geschlossen gegen Behandlung in Korb III ist. Es könnte angeboten werden, den Zugang der Gastarbeiter zur Kultur des Gastlandes wie bislang in Korb III im Rahmen der kulturellen Zusammenarbeit der KSZE-TNS zu regeln." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1202; Referat 212, Bd. 153444.

19 Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 (CSCE/WT.58) für eine Ost-West-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit vgl. Dok. 196, Anm. 4.

20 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1253 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

gen auf Behandlung von Sicherheitsfragen in diesem Bereich und auf stärkere Berücksichtigung der nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten. Die dadurch entstehenden Probleme werden einen zügigen Konferenzabschluß nicht aufhalten.

– Folgeveranstaltungen

Von erheblicher politischer Brisanz ist die Frage der zwischen dem WFT und dem nächsten KSZE-Folgetreffen durchzuführenden Folgeveranstaltungen. Die Vielzahl vorgeschlagener Veranstaltungen und das jeweils damit verbundene, häufig sehr hohe nationale Engagement lassen schwierige Entscheidungen erwarten. Während es keine Meinungsverschiedenheiten über die in der Folge durchzuführenden militärischen Verhandlungen gibt, hängt der Konsens über die etwa ein Dutzend vorgeschlagenen weiteren Folgeveranstaltungen von einem noch zu findenden, sehr delikaten politischen Gleichgewicht zwischen und innerhalb der verschiedenen Gruppierungen ab. Besonders schwierig werden die Entscheidungen über die Konferenz zur Menschlichen Dimension einschließlich des sowj. Vorschlages für Moskau[21]. Im übrigen bestehen die Vorbehalte der USA und KAN gegen die von uns angeregte West-Ost-Wirtschaftskonferenz nach wie vor fort. Eine gewisse Entspannung in der Frage der zur Verfügung stehenden Zeit kann durch eine Verlängerung des Zeitraums zwischen dem WFT und dem nächsten Hauptfolgetreffen erreicht werden.

d) Die Verantwortung für die Verzögerung des WFT-Abschlusses müssen sich alle Gruppierungen teilen. Besonders bemerkenswert ist dabei, daß zu den bekannten, den Verhandlungsfluß hemmenden, gruppeninternen Abstimmungsproblemen im Westen und unter den N+N in der Zeit zwischen April und August 1988 (erstmals im KSZE-Prozeß in dieser Deutlichkeit und einer für die Konsensbildung abträglichen Weise) die Positionsunterschiede zwischen den WP-Staaten für alle Konferenzteilnehmer offenbar wurden. Vor allem in menschenrechtlichen und humanitären Fragen erwiesen sich neben den beweglicheren Delegationen von UNG und POL aber letztlich auch der SU die Delegationen von DDR, ČSSR und BUL gelegentlich als eher rigide, während RUM eine für die ganze Konferenz problematische, den Verhandlungsablauf aber bisher nicht eigentlich beeinträchtigende Sonderposition einnimmt. Demgegenüber wirkte der Westen zwar gelegentlich langsam, aber geschlossener.

Noch nicht völlig zu übersehen sind die zeitlichen Konsequenzen der Wechselwirkung zwischen den sowjetischen – letztlich wohl mit den Reformen zusammenhängenden – fortschreitend konzessionsbereiteren Positionsneubestimmungen und der Neigung im Westen, eigene Forderungen im Bereich der Menschlichen Dimension sehr hoch anzusetzen und mit entsprechend wachsender Beharrlichkeit zu verfolgen. Trotz gewisser westlicher verhandlungstaktischer Ungeschicklichkeiten mit hohem Einsatz an Verhandlungsgeist hat sich insgesamt die westliche beharrliche, gelegentlich harte Linie im Gewinn substantieller Texte zu menschenrechtlichen und humanitären Fragen ausgezahlt.

e) Ausblick: Bei der Abschätzung des Zeitbedarfs bis zum Abschluß der Verhandlungen kommt es darauf an, daß politische Entscheidungen am Verhand-

21 Zum sowjetischen Vorschlag für eine KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 220, Anm. 17.

lungstisch spürbar werden. Sind die erforderlichen Entscheidungen gefallen und in Weisungen umgesetzt, kann der Abschluß vermutlich eher in Tagen als in Wochen verwirklicht werden. Ab wann das der Fall ist, muß im Augenblick bis zu einem nicht unerheblichen Grad Spekulation bleiben. Dies um so mehr, als nicht zu übersehen ist, wie der gegenwärtige Verhandlungsstand in der Sommerunterbrechung in den Hauptstädten beurteilt werden und zu welchen Weisungen er führen wird.

Zu berücksichtigen ist, daß bei den meisten unserer Verbündeten das in verschiedenen westlichen Kommuniqués niedergelegte Bekenntnis zu einem baldigen Abschluß relativiert wird durch die Überlegung, nicht durch Eile den Anschein einer Demandeur-Position bezüglich der künftigen KRK-Verhandlungen erwecken zu wollen. Infolgedessen war einer der Hauptkritikpunkte der Verbündeten an der D-F-Initiative zur Beschleunigung des Konferenzabschlusses[22], daß dadurch ein unerwünschtes, für die westliche Verhandlungsposition nachteiliges Signal der Hast (so insbesondere NL, KAN, B und GB) bezüglich des Beginns der KRK-Verhandlungen vermittelt würde. Unter Berücksichtigung der Stimmungslage im NATO-Caucus und mit aller gebotenen Vorsicht muß daher aus heutiger Sicht mindestens mit Verhandlungen bis weit in den Oktober gerechnet werden. Dabei bleibt das Sonderproblem RUM, das sich z. Zt. jeder Prognose entzieht, außer Betracht.

2) Die westliche Allianz

Auch im Verhandlungszeitraum zwischen April und August 1988 hat der Westen Geschlossenheit häufig mit verhandlungstaktischer Unbeweglichkeit bezahlen müssen. Trotz zum Teil nicht unerheblicher interner Abstimmungsprobleme gelang es allerdings, stets gemeinsame Positionen zu finden. Der Westen befand sich insofern in einer günstigeren Position als der Warschauer Pakt. Eine erhebliche Beanspruchung der Bündnissolidarität hat die deutsch-französische Initiative zur Beschleunigung des Konferenzabschlusses aus z. T. grundsätzlichen Erwägungen, z. T. aber auch aus unausgesprochenen persönlichen Unwägbarkeiten (Verärgerung über Beeinträchtigung der Ferienpläne) zur Folge gehabt. Zu verhandlungstaktischer Unbeweglichkeit des Westens kam es vor allem im Bereich der militärischen Sicherheit, wo die NATO nicht zuletzt infolge mangelnder amerikanischer Flexibilität in diesem Bereich etwa neun Wochen brauchte, um eine gemeinsame verhandelbare Position zum N+N-Gesamtentwurf zu entwickeln. Zeitverluste gab es und sind auch in Zukunft noch bezüglich der westlichen Forderungen zur Berücksichtigung menschenrechtlicher und humanitärer Anliegen im Korb II zu erwarten.

Insgesamt wird allerdings das sich abzeichnende Verhandlungsergebnis im Westen durchweg als positiv eingeschätzt. Ganz überwiegend gehen die west-

22 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 29. Juli 1988: „Seit Einführung der D[eutsch]-F[ranzösischen]-Initiative wurde im Westen heftig und emotional über die Nützlichkeit der Fortführung der Konferenzarbeit im August und die Verkürzung der Sommerpause diskutiert. Der Westen war dadurch vorübergehend nicht in der Lage, einheitlich nach außen aufzutreten. Die Initiative wurde trotz anfänglicher Vorbehalte von GB, USA, NOR und GR-EPZ-Präsidentschaft wirksam und fair unterstützt, nachdem F und wir Kompromiß anboten (kurze technische Pause vom 5. bis 29.8.). Inzwischen wurde – nicht zuletzt dank der Umsicht und des Geschicks der beiden letzten westl[ichen] Tagesvorsitzenden (GB-DL O'Keeffe und US-DL Zimmermann) – westl. Solidarität auch nach außen gestärkt wiederhergestellt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1208; Referat 212, Bd. 153444.

lichen Delegationen auch davon aus, daß nach Wiederaufnahme der Konferenzarbeit Ende August 1988 endgültig in die Endphase eingetreten wird. Darüber hinaus ist für eine insgesamt positive Einschätzung des Konferenzstandes auch der Umstand einer grundsätzlich positiven Implementierungsbilanz nicht zuletzt im sowjetisch-amerikanischen Verhältnis von Bedeutung.

[23]3) Die WP-Staaten

Die WP-Staaten haben zwischen April und August 1988 ein im KSZE-Prozeß bisher einmaliges Bild unabgestimmter, z.T. unvereinbarer Positionen in fast allen Bereichen präsentiert. Nach Vorlage des N+N-Entwurfs am 13.5.1988 gelang es der SU-Delegation nicht immer, eine einheitliche Linie im eigenen Lager sicherzustellen. Die Weisungslage der verschiedenen WP-Delegationen war offensichtlich zu unterschiedlich. Dies wirkte sich wiederholt hemmend und nachteilig auf die Verhandlungen aus, da nicht immer ein klares Bild des Standes der Verhandlungen und der Meinungsbildung möglich war.

Zu einem besonderen Problem entwickelte sich nach Vorlage des N+N-Entwurfs die rumänische Position, hinter der vorübergehend einige der weniger beweglichen NSWP-Delegationen[24] Zuflucht suchten (DDR, ČSSR, BUL). Obwohl die übrigen WP-Staaten deutlich machten, daß für sie östliche Bündnis-Solidarität von Bedeutung sei, ließen sie es an Integrationsbemühungen gegenüber der rum. Delegation mangeln und versuchten, einen Teil dieser Bürde auf alle übrigen Konferenzteilnehmer abzuladen. Um RUM-Obstruktion aufzuweichen, hat Koordinator in Korb I vertraulich Ideen zirkuliert, in denen angeregt wird, Texte zu Wirtschaft, sozialen und kulturellen Menschenrechten, auf die RUM großen Wert legt, zu formulieren. Die meisten westlichen und neutralen Delegationen signalisieren der rum. Delegation, daß sie sich ernsthaft mit den rum. Wünschen auseinandersetzen. Niemand sieht sich allerdings in der Lage, RUM Zugeständnisse in der Substanz zu machen.

4) Die N+N-Staaten

Die N+N-Staaten haben in einer beachtlichen und hoch zu veranschlagenden Anstrengung am 13.5.88 einen Gesamtentwurf für das abschließende Dokument des WFT vorgelegt. Es spricht für die Qualität der geleisteten Arbeit, daß dieser Entwurf nach wie vor Grundlage der Konferenzarbeit ist und sich West und Ost – allerdings mit unterschiedlichen Akzentsetzungen – um eine Reduzierung der Änderungswünsche zu diesem Entwurf bemüht haben.

Nach Vorlage des Gesamtentwurfs haben sich die N+N als Gruppe insgesamt rezeptiv verhalten. Die Hauptlast lag danach wieder bei den Koordinatoren, die beachtliche Arbeit geleistet haben und von denen eine wichtige Hilfestellung für den Abschluß der Verhandlungen erwartet wird.

5) Die eigene Delegation

Die Wahrnehmung der EPZ-Präsidentschaft bildete im ersten Halbjahr 1988 einen wesentlichen Schwerpunkt der Delegationsarbeit. Um den Preis erheblicher zusätzlicher Arbeit konnte die Delegation in einer entscheidenden Konferenzphase – d.h. vor und nach der Einbringung des N+N-Gesamtentwurfs – Einfluß

[23] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1254 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.
[24] Nicht-sowjetische-Warschauer-Pakt-Delegationen.

auf westliche Positionen und damit die Verhandlung insgesamt gewinnen. Unsere Experten in den Körben I – Prinzipien – und III wurden darüber hinaus von der griechischen Präsidentschaft[25] mit Zustimmung der übrigen EPZ-Partner gebeten, auch nach dem 30. Juni 1988 Hilfestellung zu geben und bisher wahrgenommene Sprecher- und Koordinationsfunktionen auszuüben.

Das gemeinsame Auftreten von BM Genscher und AM Dumas bildete einen krönenden Abschluß der deutschen EPZ-Präsidentschaft und machte unmißverständlich den hohen Stellenwert deutlich, den der KSZE-Prozeß im Rahmen unserer Außenpolitik einnimmt und welche Bedeutung wir der weiteren Entwicklung mit Blick auf die VSBM- und KRK-Verhandlungen zumessen.

Die deutsch-französische Zusammenarbeit hat sich gerade während des Verhandlungszeitraums von April bis August des Jahres besonders bewährt. Das enge deutsch-französische Zusammenwirken hat insbesondere der Initiative zur Beschleunigung des Konferenzabschlusses erheblichen Nachdruck verliehen.

6) Deutschlandpolitische Aspekte

Verhandlungsstand veranlaßte DDR-Del. zu Modifikationen ihres Auftretens. Hatte sie während der Phase der Implementierungskritik dialektisch Defensive mit Anerkennung heischend vorgetragener Implementierungsbilanz geschickt verbinden können, so gelang es ihr nach der Einbringung des N+N-Gesamtentwurfs zunächst, Image des auf baldigen erfolgreichen Abschluß Drängenden aufzubauen. In den letzten Wochen bezog sie allerdings, auch um den Preis der Beeinträchtigung dieses Renommees, konsequent eigene Position gegen wenige, als zu weitgehend eingeschätzte Vorschläge:

– Hartnäckiger Widerstand gegen jede Formel zu Abschaffung oder Reduzierung Mindestumtausch ist angesichts kaum implementierbarer Substanz von op. Para[26] 12 „menschliche Kontakte“ des N+N-Gesamtentwurfs kaum plausibel; insbesondere auch gegen Formeln, die jetziger DDR-Praxis entsprächen (Reduzierung für Minderbemittelte: z. B. Jugendliche, Rentner; Kinder).
– Wegen künftiger möglicher Behandlung der bisher im deutsch-deutschen Verhältnis zumeist geschäftsmäßig angesprochenen Einzelfälle auch im Rahmen von CDH hat DDR Sorge, vor allem wegen großer Zahl und einzelner unverständlicher Härtefälle im KSZE-Rahmen unter Druck zu geraten.
– Nachdrückliches Bemühen, aktive Rolle von NGOs tunlichst zu beschränken, resultiert sicher aus innenpolitischer Entwicklung, besonders im Umfeld der Evangelischen Kirche.
– In Korb II steht DDR hinter für WP eingebrachten zwei Änderungsvorschlägen (Festschreibung, daß Kompensationsgeschäfte positiv zu prüfen seien, und Streichung von Haftungsfragen und Schadenersatz bei Erörterung von Industrieunfällen).

DDR-Del. drängt aber weiter auf baldigen Abschluß und hat – als erster WP-Staat nach SU – mit Erklärung über Eingrenzung noch offener Probleme durch Kaschlew-Initiative (Ausnahme: von DDR zusätzlich genannte Bereiche) Acquis – darunter zu deutschlandpolitisch zentralen Vorschlägen – gefestigt.

25 Griechenland hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1988 die EG-Ratspräsidentschaft inne.
26 Operativer Paragraph.

Rückgang Schußwaffengebrauch hat DDR-Del. nur geringfügig Luft geschaffen. Wie schon nach Rosa-Luxemburg-Demonstration[27] und Vorgängen um Zionskirche[28] geriet sie nach dem Rockkonzert am 19. Juni[29] – vor allem wegen Schikanierung westlicher Journalisten – unter anhaltende und massive westliche Kritik.

II. Zu den Körben im einzelnen

1) In Korb I – Prinzipen – stand der abgelaufene Teil der Sitzungsperiode ganz im Zeichen des N+N-Entwurfs eines Schlußdokuments sowie mehrfacher Versuche aus Ost und West, die Verhandlungen in die Schlußrunde zu führen. Die deutsch-französische Initiative schließlich hat die durch die „Kaschlew-Initiative" eingeleitete maximale Eingrenzung der noch offenen Fragen und den Übergang in das Endspiel beschleunigt. Es kommt nun darauf an, zu verhindern, daß nach der kurzen technischen Unterbrechung der Acquis wieder in Frage gestellt wird. Auf der Grundlage der bis in die letzten Tage erzielten Fortschritte sollte es möglich sein, im September die wenigen noch offenen, allerdings politisch gewichtigen Probleme zügig zu lösen.

Für Westen galt es von Anfang an, den N+N-Entwurf wegen seiner deutlichen Nähe zu westlichen Positionen zu stärken und abzusichern. Die aus diesem Grund erforderliche Beschränkung auf möglichst wenige, die Substanz des Entwurfs nicht gefährdende Änderungswünsche kostete wegen schwieriger interner Abstimmungen wertvolle Zeit. Die vom Osten – vielleicht zunächst aus taktischen Gründen – eingenommene Position, den N+N-Entwurf als Verhandlungsgrundlage zu akzeptieren, und die Positionsunterschiede im WP kamen westlicher Beharrlichkeit gerade in diesem stets schwierigen, politisch komplexen und letztlich systemrelevanten Bereich zugute.

Es kann festgehalten werden, daß substantielle neue Verpflichtungen und weit über Helsinki und Madrid hinausgehende Texte zu Freizügigkeit, Rechtsmitteln, Mißbrauchsverboten und zur Lage der Gefangenen bereits außer Frage stehen. Es gelang darüber hinaus, so schwierige Fragen wie CDH und Religionsfreiheit einer Einigung weitgehend anzunähern. Probleme verschärften sich noch einmal durch östlichen Wunsch nach einem allgemeinen System- und Gesetzgebungsvorbehalt. Durch geschicktes Einwirken des Koordinators gelang es, eine drohende Pattsituation abzuwenden und neue Bewegung zu gewinnen. Westen erklärte sich bereit, Osten in Frage eines allgemeinen System- und Gesetzgebungsvorbehalts entgegenzukommen unter der Bedingung, daß Formulierungen gefunden werden, die eine Relativierung der KSZE-Verpflichtungen auf östl. Seite verhindern, und daß andererseits auch in den wenigen noch offenen Fragen (Rechte und Aufgaben der unabhängigen nichtstaatlichen Organisationen, der Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten sowie Einfuhr und Vertrieb religiöser Publikationen und Definition der Menschlichen Dimension)

27 Zu den Aktionen oppositioneller Gruppen am 17. Januar 1988 am Rande der Gedenkdemonstration für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Ost-Berlin vgl. Dok. 42.

28 Zur Durchsuchung der „Umweltbibliothek" im Gemeindehaus der Zionskirche am 24./25. November 1987 in Ost-Berlin vgl. Dok. 12, Anm. 15.

29 Korrigiert aus: „17. Juni".
Zum Vorgehen von Sicherheitskräften der DDR gegen Journalisten am 19. Juni 1988 in Ost-Berlin vgl. Dok. 196, Anm. 7.

für den Westen befriedigende Regelungen gefunden werden. Osten hat zu erkennen gegeben, daß auch hier noch Bewegung möglich ist. Nach Fortsetzung der Verhandlungen im September sollten sich diese Fragen in kurzer Frist lösen lassen.

[30]2) Im Bereich militärische Aspekte der Sicherheit folgte auf die Einbringung des N+N-Gesamtentwurfs zunächst ein längerer Verhandlungsstillstand (Politik der „leeren Sitzung"), da der Westen insgesamt neun Wochen brauchte, um zu einer gemeinsamen Position zu finden. Während USA (u. a.) dem N+N-Text weitgehend Kompromißcharakter absprach und zur extensiven Absicherung der Autonomie durchgehend Änderungsvorschläge machen wollten, vertraten F und wir eine moderate Haltung, die darauf gerichtet war, einerseits die westlichen Forderung nach Autonomie der 23er-Verhandlungen klar und deutlich abzusichern, andererseits in anderen Bereichen den N+N entgegenzukommen, insbesondere da, wo westliche Interessen nicht gravierend berührt sind. Erst nach intensiven Anstrengungen gelang es, eine auch andere Körbe negativ präjudizierende, extensive Liste von Änderungsvorschlägen zu vermeiden und unverzichtbare westliche „Amendments" auf Kernbereiche zu beschränken (Struktur, Chapeausatz, Autonomie, Rolle eines Folgetreffens). In einem zweiten Takt gelang es dann – unter großer Kompromißbereitschaft der US- sowie F-Delegation –, die westlichen „Amendments" zu vervollständigen und informell am 22.7.88 zu präsentieren.

Im Anschluß an die westliche Reaktion vom 22.7. auf den N+N-Gesamtentwurf hat der Dialog eine zunehmend ergebnisorientierte Wendung erfahren, nachdem für alle Beteiligten deutlich geworden ist, wo im einzelnen noch Klärungsbedarf – fast ausschließlich zwischen N+N und Westen – besteht. Neben Fragen eher technischer Natur, deren Lösungen sich bereits abzeichnen, bleiben Problembereiche, die erst nach Präsentation konkreter N+N-Antworten auf die vorliegenden westlichen Amendments aufgegriffen werden können. Einen wesentlichen Einfluß auf den Fortschritt bei der Redaktionsarbeit wird dabei die noch ausstehende N+N-Akzeptanz von Ziff. 2 (Autonomie der 23er-Verhandlungen) haben, nicht zuletzt, da der Westen dann auf das N+N-Petitum in Ziff. 3 (Info-Link) eingehen und mit mehr Flexibilität reagieren kann. Soweit erkennbar geworden, zeichnen sich in diesem Bereich (Ziff. 2/3) vielversprechende Bewegungen ab, während die Problembereiche „Struktur, Chapeau, Qualifizierung der Info-Treffen" z. Zt. noch nicht entscheidungsreif sind und erst zum Ende der Schlußrunde lösbar erscheinen. Nach westlicher Einschätzung wird hingegen das einzige östliche Amendment – Einbeziehung unabhängiger See-/Luftaktivitäten – kein unumstößliches Problem stellen, da eher als Merkposten und Rechtfertigung für östliche Teilhaber an dem primär auf N+N/Westen zugeschnittenen Dialog bestimmt. Abhängig von der Fertigstellung wird gegen Schluß der Verhandlungen die ebenfalls noch offene Frage nach Plazierung/Zusammenfassung des 23er-Mandats zu lösen sein, die bislang noch nicht weiter vertieft wurde, zu der die Gruppierungen aber sich ausschließende Auffassungen vertreten.

3) Die abgelaufene Konferenz-Runde zeichnete sich in Korb II durch gemächliches Tempo und Attentismus aus, bis BM-Initiative schlafende Energien freisetzte.

[30] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1255 übermittelten vierten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Im Ergebnis wurde diese Phase daher – wenngleich in letzter Minute – zur erfolgreichsten des WFT. Das Konto der vereinbarten Texte konnte um elf auf insgesamt 24 erhöht werden. Es bleiben offen vier leichtere Texte und zwölf Problemfelder. Ungelöst ist ferner die Frage der Folgeveranstaltungen in Korb II, wo es nur bescheidene Fortschritte gab.

An schwierigen Fragen sind noch zu entscheiden:

- Kompensation (Westen: Autonome Entscheidung der Geschäftspartner; Osten: Positive Bewertung der Kompensation);
- Information (Westen: Zahlungsbilanz, detaillierte Daten an Comtrade);
- Menschenrechte und Wissenschaft (Westen);
- Automation (Osten: Technologischer Informationsaustausch im Maschinenbau);
- Biotechnologie (USA: Beschränkung der informatorischen Zusammenarbeit auf Rechtsaspekte der Sicherheit; Osten: Einfügung substantieller Kooperation);
- Tierschutz (Osten: Gehört nicht zu KSZE. Westen: Gespaltene Meinung);
- Schwefel (Westen: Präzise Aussage zur Implementierung des Schwefel-Protokolls);
- Gewässerschutz (USA: Widerstand gegen Beendigung der Meeres-Verklappung);
- Umwelterziehung (Westen: Äußerungsfreiheit für Umweltgruppen);
- Tourismus (Westen: Aufhebung des Mindestumtausches, preisliche Gleichbehandlung in- und ausländischer Touristen, Kontakt mit lokaler Bevölkerung);
- Wanderarbeit (Westen: Behandlung in Korb II; Texte zur Familienzusammenführung, Chancengleichheit und Kulturzugang).

Von den insgesamt zwölf Problemtexten entfallen neun auf den Westen; zwei auf den Osten, einer auf NNA. Die Taktik der Hardliner in den 16 hat demnach dazu geführt, daß Westen eine äußerst schwierige Verhandlungssituation für das Endspiel vor sich hat. Osten hat dies bereits mit der bulgarischen Offerte[31] genutzt, den NNA-Entwurf mit zwei Ergänzungen auf der Basis gleichartigen westlichen Verhaltens zu akzeptieren. Praktisch ist Westen damit in eine Demandeur-Position geraten, die die Gefahr bürgt, daß wesentliche westliche Anliegen auf der Strecke bleiben.

BM-Initiative hat in Korb II zu Balastabwurf geführt und das Feld für das Endspiel nach dem Ende der technischen Pause freigelegt.

Die westlichen Aussichten, in diesem Endspiel achtbar zu bestehen, sind allerdings düster, solange keine Kürzung der Prioritätenliste erfolgt und wir daher in einer verhandlungstaktisch ungünstigen Position verharren.

31 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 28. Juli 1988: „Osten hat die BM-Initiative für den baldigen WFT-Abschluß in einem taktisch geschickten Zug genutzt, um durch BUL (Plenum und in der Kontaktgruppe der 35 zu Korb II) anzubieten, den NNA-Entwurf für ein WFT-Schlußdokument mit lediglich zwei Änderungen (Kompensation, keine Haftung für Industrieunfälle) zu akzeptieren, wenn Westen entsprechend verfahre. Westen sieht sich nun im Zugzwang, seine bisherige, zahlreiche Positionen umfassende Prioritätenliste zu reduzieren, um auf der Basis des bulg[arischen] Angebots verhandlungsfähig zu werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1193; Referat 212, Bd. 153444.

Bei den Folgeveranstaltungen haben sich nur unmerkliche Fortschritte ergeben. Wir haben weitere Präzisierungen beim Mandat der Wirtschaftskonferenz und im diesbezüglichen NNA-Text erreichen können. Der Eindruck einer Schicksalsgemeinschaft der Folgeveranstaltungen in Korb II hat sich allerdings verstärkt. Dabei wirkt sich auf unsere Initiative indirekt hemmend aus, daß weder beim Wissenschaftsforum[32], noch beim Umweltforum[33] klare Verhältnisse geschaffen wurden. Allgemein verdichtet sich die Überzeugung, daß die Entscheidung zum Follow-up in Korb II erst in allerletzter Minute, nach Einigung über den Text-Teil des WFT-Schlußdokuments, fallen wird.

4) In der RG[34] „Mittelmeer" erwies sich der N+N-Entwurf vom 13.5.1988 nach intensiver Diskussion mit den maßgeblichen Autoren CYP, JUG, MLT zum Mittelmeerkapitel als eine durchaus verwendbare Grundlage für die weitere Redaktionsarbeit. Er reflektierte jedoch noch deutlich die Eigeninteressen der Verfasser (insbesondere in dem Annex zu einer Folgeveranstaltung), die Behandlung sicherheitspolitischer Aspekte bei der Folgeveranstaltung zu ermöglichen.

Die von SU/WP vorgelegten Änderungsvorschläge bezogen sich ausschließlich auf eine Verstärkung von Sicherheitsaspekten im Textteil und deren mögliche Behandlung bei einer Folgeveranstaltung. Osten versuchte zunächst, über das Mittelmeerkapitel und KVAE-Regelungen hinaus, Aktivitäten von Seestreitkräften in den Text einzubringen. Kurz vor Eintritt in technische Unterbrechung schlug SU-DL dann „Zero-Option" und Annahme des ursprünglichen N+N-Entwurfes vor.

Westliche Konzeption über breiter angelegte und aktivere Zusammenarbeit, exemplarisch angelegt in der Behandlung von Themen zum Schutz der mediterranen Ökosysteme, auch zum gegenseitigen Verständnis und zur Stärkung des Vertrauens beizutragen, blieb von N+N unbestritten. In diesem Sinne hat Westen Erweiterung der Agenda (nicht nur „Schutz der mediterranen Ökosysteme", sondern auch „spezifische Felder der Zusammenarbeit") angeboten.

32 Zum Vorschlag Italiens vom 18. Februar 1987, im Rahmen der KSZE ein „Wissenschaftliches Forum" in Erice abzuhalten, vgl. Dok. 113, Anm. 27.
Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), informierte am 1. März 1988: „Angesichts des zurückhaltenden Echos von Osten, aber auch N+N hat I-Delegation in Wien mit Überprüfung ihres Erice-Konzepts […] begonnen." Die Vorstellungen der italienischen Delegation zur Änderung des Konzepts sollten zunächst im Kreis der EG-Mitgliedstaaten diskutiert werden. Eickhoff stellte ferner fest: „Auf Wunsch von AM Andreotti ist Wissenschaftsforum Erice in Korb II eingebracht worden. Wie sich inzwischen zeigte, hat dies auch konferenzstrategische Vorteile, da damit der RUM-Vorschlag WT.32 und der YUG-Vorschlag WT.81 ‚ausbalanciert' werden. Um die Diskussion einer auf Technologie ausgerichteten Folgeveranstaltung in Korb II kommen wir wegen des RUM-Vorschlages sowieso nicht herum. Es erscheint daher erfolgversprechender, sie mit einem Gegenkonzept zu führen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 310; Referat 421, Bd. 140312.

33 Am 7. Dezember 1987 resümierte Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation): „Bei den Folgeveranstaltungen im Umweltbereich stehen sich weiterhin die breit angelegten östlichen Vorschläge – ökologisches Forum (BUL), Umweltschutzkonferenz (RUM) – und der Vorschlag nordischer Staaten über ein Expertentreffen zu Naturschutz, gefährlichen Abfällen und Chemikalien, Umweltunfällen gegenüber. CH-Überlegung, eine Folgeveranstaltung in enger Zusammenarbeit mit ECE über Umweltunfälle einschließlich Schadensersatz einzuberufen, erscheint vor diesem Hintergrund als interessante Alternative, zumal östliche Staaten in jüngsten Stellungnahmen der Erörterung von Unfallfolgen in einer Folgeveranstaltung nicht mehr ablehnend gegenüberzustehen scheinen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1921; Referat 421, Bd. 140313.

34 Redaktionsgruppe.

CH-Koordinator hat mit allen Seiten in Art Pendel-Diplomatie bereits erste Gespräche geführt, um Annäherungen der noch nicht entscheidend angenäherten Positionen auszuloten. Diese Kontakte will er nach Unterbrechung intensiviert fortsetzen und einen eigenen Entwurf für das Endspiel einzuführen versuchen. Ausrichtung der Folgeveranstaltung und entsprechende Referenz (Para 10) im Textteil sind dabei am problematischsten. Eine Paketlösung könnte hierzu u. U. ein Eingehen auf westliche Vorstellungen im Mandat erlauben (Ausschluß von Aspekten militärischer Sicherheit/Betonung Kooperation, vor allem Schutz mediterraner Ökosysteme), während übrige Textpassagen in gedanklicher und struktureller Nähe zu N+N-Entwurf bleiben könnten.

[35]5) Korb III

1 a) Der Westen

EG-Zusammenhalt in vergangener Sitzungsphase war eng (Berlin-Besuch der Experten Ende April[36] trug dazu bei); hervorzuheben ist nahtlose Zusammenarbeit mit F und hilfreiche Unterstützung durch I, während sachlich hervorragendes Engagement von GB wiederholt durch allzu deutliche Vorabstimmung mit USA (in Richtung maximalistischer Änderungsverlangen) etwas getrübt war. Griechische Präsidentschaft bat uns (mit Zustimmung der zu befragenden Spanier), im Korb III Vorsitz weiter wahrzunehmen.

Im Kreis der 16 wirkten KAN und streckenweise USA (im Widerspruch zum auf Tempo drängenden US-DL) auf Expertenebene oft bremsend. (Tendenz zur westlichen Selbstblockierung durch maximale Zusatzforderungen zum NNA-Entwurf – von F, I und uns entschieden zurückgewiesen.)

b) NNA

Verhielten sich nach Vorlage ihre Entwurfes weitgehend rezeptiv; auch der Koordinator wurde erst in den letzten beiden Wochen aktiv.

c) WP

Zeigte sich in der Prozedur – auch wegen der öffentlichen Wirkung – stets flexibel, aber in der Verhandlung der strittigen Schlüsselthemen kaum beweglich und hat intern offensichtlich keine Lösung des RUM-Problems vorangebracht: RUM erhebt Generalvorbehalt für Korb III und will nicht über Verpflichtungen von Helsinki und Madrid hinausgehen.

d) Aussichten auf ein zügiges Endspiel im Korb III bestehen durchaus, da – trotz der Zahl der ausstehenden Probleme – ihre sachliche Substanz nicht mehr komplex ist, sondern Lösung „nur“ noch Frage politischen Willens ist.

e) Verhandlungsgang

– Nach Vorlage des eindeutig westlich geprägten NNA-Gesamtentwurfs, in den die ebenfalls weitgehend westlich orientierten Non-papers des schwedischen

35 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1256 übermittelten fünften Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

36 Vortragender Legationsrat I. Klasse Haak legte am 21. März 1988 dar: „Das BMB beabsichtigt, die Experten von Korb III der Zwölf und 16 (also nicht Delegationsleiter; nicht Delegierte aus N+N- und WP-Ländern) zu einer Informationsveranstaltung nach Berlin einzuladen. Die Veranstaltung soll dem Zweck dienen, den westlichen Delegationen eine eigene Anschauung über die Situation in Deutschland und Berlin zu vermitteln, ihnen insbesondere die Auswirkungen der westlichen Vorschläge zu den menschlichen Kontakten zu zeigen.“ Der Besuch sei für die Zeit vom 28. April bis 1. Mai 1988 geplant. Vgl. Referat 212, Bd. 158465.

Koordinators zu drei der vier Abschnitte des Korbes III (menschliche Kontakte, Information, Kultur) eingeflossen waren, hob der WP einen mehrwöchigen Verhandlungsstillstand mit einer Prozedurinitiative des sowjetischen DL Kaschlew auf. Auf seinen Vorschlag wurden die strittigen Schlüsselbestimmungen in sog. „task forces" für menschliche Kontakte und Information erörtert, jedoch ohne jeden sachlichen Fortschritt. Kaschlew machte einen erneuten Bewegungsversuch: In dieser vom Westen aufgegriffenen Initiative machte WP – aber ohne RUM – eine Anzahl von ca. 15 Änderungsvorschlägen zum NNA-Entwurf sowie sechs eigenständigen Änderungsverlangen.

Allseits wurde angenommen, daß die innerhalb der Kaschlew-Initiative nicht behandelten Bestimmungen als nicht mehr bestritten gelten sollten (und nur noch Gegenstand geringfügiger redaktioneller Korrekturen zu sein hätten); damit waren eine Reihe bisher noch umstrittener Texte zu einem für uns wichtigen „Acquis" geworden.

– Die Behandlung der verbliebenen 20–25 Texte ging außerordentlich zäh voran. Erst aufgrund der Arbeit einer informellen Gruppe (schwedischer Koordinator, A, SU, UNG, GB und wir) gelang es, in den beiden letzten Wochen vor Eintritt in die technische Unterbrechung, noch einige durchaus substantielle Texte (insbes. op. Paras 20 und 32 menschliche Kontakte sowie op. Para 10 Information) als unstrittig unter 34 (also nicht RUM) zu erklären.
– Für das eigentliche Endspiel bleibt eine umfangreiche Verhandlungsmaterie übrig: Mindestens sechs Schlüsselthemen (op. Paras 1, 14, 18, 33 und 34 menschliche Kontakte sowie op. Para 3 Information), ferner aber noch ca. zehn weitere Fragen von unterschiedlichem Gewicht (vgl. gesonderten DB).
– Für „Folgeveranstaltungen" in Korb III liegen inzwischen (als Annexe zu WT.137) Mandatsentwürfe für das Informationsforum (Inhalt entspricht westlichen Vorstellungen) und für ein Symposium über kulturelles Erbe vor (EG-Vorstellungen berücksichtigt, aber USA noch grundsätzlich ablehnend).

Weiter offen sind die Bewertungen der Expertentreffen von Ottawa[37], Bern[38] und Budapest[39] (zu letzterem USA im Gegensatz zu EG kritisch) und die Präambel zum Korb III.

[gez.] Eickhoff

Referat 212, Bd. 153444

37 In Ottawa fand vom 7. Mai bis 17. Juni 1985 das KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten statt.

38 Das KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte fand vom 15. April bis 26. Mai 1986 in Bern statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 77 und Dok. 156.

39 Das KSZE-Kulturforum fand vom 15. Oktober bis 25. November 1985 in Budapest statt.

225

Botschafter Eiff, Belgrad, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 7. August 1988, 13.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 616 **Ankunft: 8. August 1988, 07.56 Uhr**
Citissime

Betr.: Arbeitsbesuch des BM in Zadar (4.–6.8.1988);
hier: Gespräche mit AM Lončar am 5.8.1988

Zur Unterrichtung

BM und AM Lončar behandelten am 5.8.1988 in informellem Rahmen im Beisein beider Botschafter[2] und jugoslawischen Dolmetschers die innerjugoslawische Entwicklung, die jugoslawische Europapolitik und internationale Themen.

1) Zur Lage in Jugoslawien führte AM Lončar auf Wunsch BM folgendes aus: Jugoslawien befinde sich einerseits in ökonomischen Schwierigkeiten, wie sie für neu industrialisierte Staaten typisch seien. Andererseits stehe es vor einem politisch-gesellschaftlichen Scheideweg. Mit der historischen Option von 1948 für den eigenen sozialistischen Weg habe Jugoslawien zwar im Grunde alles antizipiert, was inzwischen in anderen sozialistischen Staaten geschehe, und es liege in seiner Entwicklung diesen immer noch voran. Jugoslawien sei jedoch vielfach nicht konsequent genug gewesen. So sei die 1965 getroffene Entscheidung zugunsten der Marktwirtschaft nicht durchgehalten worden.[3] Sie habe zur Dezentralisierung, nicht aber zur Schaffung eines einheitlichen Marktes geführt. In dem wirtschaftlichen Nord-Süd-Gefälle und der hohen Verschuldung[4] hätten sich Schwierigkeiten Jugoslawiens negativ verbunden.

Heute stehe Jugoslawien im wesentlichen vor drei Problemen:

– der Notwendigkeit, mit allen Konsequenzen marktwirtschaftliche Regelungen einzuführen. Dabei stelle sich in besonderem Maße die bisher vernachlässigte Frage des Eigentums. Jugoslawien brauche einen Pluralismus der Eigentumsformen. Hierzu müßten Verfassung[5] und Gesetze geändert werden. Das gesellschaftliche Eigentum werde zwar grundlegend bleiben, doch werde Privates viel stärker als bisher zur Geltung kommen müssen. In logischem Zusammenhang hiermit seien auch Erleichterungen für ausländische Investitionen zu schaffen; z. B. würden 100 Prozent des Kapitals einer Gesellschaft

1 Das Fernschreiben wurde in vier Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 8, 15 und 40.
Hat Vortragendem Legationsrat Schumacher am 8. August 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Text von BM noch nicht genehmigt."

2 Hansjörg Eiff (Bundesrepublik) und Milan Dragović (Jugoslawien).

3 Am 24. Juli 1965 traten in Jugoslawien „dreißig neue einschneidende ‚abschließende' Gesetze zur Wirtschaftsreform in Kraft". Dazu gehörten eine Abwertung des Dinar gegenüber dem Dollar und die Aufhebung des erst am 24. März 1965 in Kraft gesetzten Preisstopps. Der Anstieg der Lebenshaltungskosten sollte durch leistungsbezogene Lohn- und Gehaltserhöhungen und Senkung der Einkommensteuer ausgeglichen werden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 34 des Konsuls Kopp, Zagreb, vom 27. Juni 1965 bzw. den Schriftbericht Nr. 866 von Kopp vom 30. Juli 1965; Referat III A 5, Bd. 462.

4 Zur Verschuldung Jugoslawiens vgl. Dok. 170, Anm. 12.

5 Für den Wortlaut der Verfassung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vom 21. Februar 1974 vgl. Georg BRUNNER/Boris MEISSNER (Hrsg.), Verfassungen der kommunistischen Staaten, Paderborn u. a. 1980, S. 125–251.

in ausländischer Hand sein können. Ein großes Problem sei die bei der Reform des Rechts eingetretene Verzögerung. Diese hätte schon im vergangenen Jahr vorgenommen werden müssen, bevor wirtschaftliche Liberalisierungsmaßnahmen getroffen wurden. Stattdessen sei man, nicht ohne äußeren Einfluß, mit der Liberalisierung vorausgegangen. In der Folge habe sich zwar die Außenhandelssituation deutlich verbessert, doch hätten sich die Inflation und die soziale Lage in dem großen unrentabel arbeitenden Teil der Wirtschaft erheblich verschärft. Ein großes Problem sei die „innere Illiquidität" als Folge restriktiver Geldpolitik. Es fehle Kraft für echte Expansion.

– Weiter gehe es um verstärkte Demokratisierung der Gesellschaft. Ein Kernproblem sei die Rolle der Partei, über die es Meinungsverschiedenheiten gebe, z.B. in der Frage der Anerkennung von Minderheitsmeinungen. Die Anerkennung eines Meinungspluralismus, wie sie sich heute in der jugoslawischen Presse – auch nach internationalen Maßstäben heute eine der liberalsten – niederschlage, hemme andererseits die notwendige Einigkeit und Geschlossenheit der politischen Aktion.
– Von zentraler Bedeutung sei schließlich das Verhältnis Jugoslawiens zu seinen Gläubigern. Jugoslawien sei auf Verständnis für seine strukturellen wie für seine kurzfristigen Schwierigkeiten angewiesen und müsse um Geduld bitten. Zur Überbrückung der kurzfristigen Schwierigkeiten wäre eine etwas elastischere Haltung des IMF wünschenswert. Wichtigster Partner sei die BR Deutschland, danach Italien. Auch Österreich zeige erhebliches Interesse, sei aber ein kleines Land. Die deutsche Unterstützung sei von großem Wert gewesen. Besonders der Bundesminister habe Weitsicht bewiesen. Hierfür sei man dankbar.

BM führte aus, der Übergang zur Marktwirtschaft bedürfe großer Konsequenz. Er erwähnte die 1948 in den Westzonen gegen große innenpolitische Widerstände getroffene Entscheidung zugunsten der Marktwirtschaft, die in der Wirtschaftskrise 1950/51 erneut außerordentlich angefochten, danach aber endgültig durchgesetzt worden sei. Dabei sei freilich auch heute die Marktwirtschaft bei uns nicht in allen Bereichen hundertprozentig verwirklicht. Aber in den Bereichen, wo dies nicht der Fall sei (Landwirtschaft, Verkehr, Stahl), hätten wir auch die größten Probleme.

Jugoslawien betreffend führte der BM aus, es gehe wohl darum, den Menschen Chancen aufzuzeigen, an die sie glauben könnten. Gorbatschow habe ihm gesagt, das größte Problem sei, die Entfremdung der Menschen von den Produktionsmitteln zu überwinden.

Niemand bezweifele, daß Jugoslawien mit seinen Reformbemühungen jetzt in die richtige Richtung gehe. Die Freunde Jugoslawiens brauchten jedoch gute Argumente für die weitere internationale Unterstützung Jugoslawiens.

2) Zur Europapolitik Jugoslawiens wies AM Lončar auf sein Exposé vom 29.6.1988 vor dem Auswärtigen Ausschuß des Bundesparlaments hin (DBe Nr. 551/552 vom 12.7.[6]), in dem er Schwergewicht auf die Einbeziehung Jugoslawiens in die

6 Botschafter Eiff, Belgrad, analysierte am 12. Juli 1988 die Haltung des jugoslawischen Außenministers zu den Europäischen Gemeinschaften: „Vor dem Auswärtigen Ausschuß des Bundesparlaments bezeichnete AM Lončar am 29.6.1988 das jug[oslawische] ‚Interesse an einer möglichst vollen und funktionellen Einbindung in die Integrationsprozesse bei Achtung der authentischen Orientierung

europäischen Integrationsprozesse gelegt habe. Er sehe Europa als ein Haus, in dem ein Pluralismus der Ideen und Optionen gelten müsse. In dem Potsdamer Vortrag des Bundesministers[7] habe er eine Bestätigung für seine Gedanken und Inspiration gefunden. Mit den acht Punkten des Potsdamer Vortrags sei er voll einverstanden. In dem einen Haus Europa werde auch eine Lösung der Frage der deutschen Nation möglich sein.

[8]In der westeuropäischen Integration wolle Jugoslawien seinen Platz finden, und zwar „soweit drinnen wie möglich". Aber es wolle dabei blockfrei bleiben.

AM Lončar fragte nach der Vereinbarkeit der Ziele der politischen Gemeinschaft einschließlich des Bereichs der Sicherheit mit Erklärungen, daß die Gemeinschaft ein Faktor europäischer Identität sein und Spannungen überwinden wolle.

BM führte aus, die Schaffung des Binnenmarkts werde ebensowenig zu einer Abschottung nach außen führen wie seinerzeit die Einrichtung der Zollgemeinschaft[9]. Der Binnenmarkt sei als Wachstumsmotor für Europa im Wettlauf mit den USA und Japan von entscheidender Bedeutung.

AM Lončar warf ein, dies sage auch Gorbatschow.

BM fuhr fort, politische Einigung sei notwendig, damit die EG handlungsfähiger würde. Gemeinsamer Binnenmarkt könne nicht funktionieren, wenn sich nicht wesentliche andere Faktoren entwickelten. Als Folge unserer Lage, Bedeutung und nationalen Interessen gebe es in diesem Prozeß eine spezifisch deutsche Rolle. Diese bestehe darin, darauf hinzuwirken, daß sich Westeuropa nicht von Osteuropa abwende. Gorbatschow habe recht, wenn er die deutsch-sowjetischen Beziehungen als für die Verhältnisse in Europa ausschlaggebend bezeichnet. Glücklicherweise unterstützten Frankreichs Präsident[10] und Regierungschef[11] die deutsche Rolle gegenüber Osteuropa. Dies sei wesentlich, denn französische Unterstützung zeige, daß Deutschland keinen Alleingang beabsichtige.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1195

Jugoslawiens' als ‚vital'. Den Mitgliedern der deutsch-jug. Parlamentariergruppe sagte Lončar am 30.6., die Verbindung zur Europäischen Gemeinschaft sei für Jugoslawien wichtiger als diejenige zur EFTA oder zum RGW. Hierfür führte er folgende plausible Gründe an: Jugoslawien sei praktisch eine Insel innerhalb der EG, aber auch eine Brücke im Verkehr zwischen EG-Ländern; der EG-Raum sei nicht nur am stärksten wirtschaftlich integriert, sondern auch technologisch in Europa am entwickelsten; die EG sei Jugoslawiens größter Gläubiger, größter Handelspartner und Lieferant von Ausrüstungsgütern, wichtigster Technologiepartner und größter Tourismusmarkt und größter Bereich für jug. Gastarbeiter." Eiff attestierte Lončar, „es mit großem Geschick verstanden" zu haben, „den Realitätsbezug der jug. Außenpolitik zu stärken, ohne dabei etablierte Grundorientierungen in Frage zu stellen oder sich in innenpolitisch schwierige Situationen hineinzumanövrieren". Vgl. den Drahtbericht Nr. 551/552; Referat 214, Bd. 139593.

7 Am 11. Juni 1988 hielt Bundesminister Genscher auf der Tagung des Institute for East-West Security Studies in Potsdam eine Rede zum Thema „Neue Perspektiven der West-Ost-Sicherheitsproblematik". Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1988, S. 785–791.

8 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 617 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

9 In Artikel 19 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 wurde als Gemeinsamer Zolltarif gegenüber dritten Staaten der Durchschnitt der am 1. Januar 1957 in den Zollgebieten der EWG gültigen Zollsätze festgelegt. Im Anschluß war die schrittweise Einführung eines Gemeinsamen Zolltarifs durch Zollsenkungen der EWG-Mitgliedstaaten zum 1. Januar 1961 und zum 1. Juli 1963 um jeweils 30 % sowie zum 1. Juli 1968 um die restlichen 40 % vorgesehen. Nach Artikel 28 ging mit dem Ende der Übergangszeit und der Schaffung des Gemeinsamen Marktes zum 1. Juli 1968 die Zolltarifhoheit, d. h. das Recht zu autonomen Änderungen oder Aussetzungen des Gemeinsamen Zolltarifs, auf den Rat der Gemeinschaft über, der seine Entscheidungen einstimmig treffen sollte. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 782 f. und S. 788 f.

10 François Mitterrand.

11 Michel Rocard.

Die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich habe zunächst ökonomische Gründe. Hohe Ausrüstungskosten erforderten Harmonisierung. Es gehe letztlich um größere Sicherheit für weniger Geld.

Europäischer Pluralismus bedeute, daß es bei jedem europäischen Staat selbst liege, wie und in welchem Maß er mit der Gemeinschaft kooperieren wolle.

Auf Frage, wie Jugoslawien seine Rolle sehe, erklärte AM Lončar, die Beziehungen JUG–EG sollten so gestaltet werden, daß sie ein Beispiel für das Europa von morgen bilden könnten.

BM erklärte, die Gegebenheiten der modernen Industrie- und Informationsgesellschaft zwängen alle Staaten zur Kooperation; ein Staat, der sich der internationalen Kooperation entziehe, falle hoffnungslos zurück. Diese Kooperation sei zwangsläufig systemübergreifend.

AM Lončar führte aus, intern sei Jugoslawien um beschleunigte Standardisierung zur Verbesserung seiner Wettbewerbsfähigkeit mit der EG bemüht. Nach außen strebe es Erweiterung der bestehenden Abkommen an. Beispielhaft nannte er den Verkehr, wo es Jugoslawien über gemeinsame Investitionen im Bereich der Infrastruktur um „direkte Integration in die Gemeinschaft" gehe. Allerdings wolle sich die EG hier bisher auf die Regelung des Transitproblems beschränken. Weiter nannte er beispielhaft Landwirtschaft, Umweltschutz, das Problem der Antidumping-Verfahren im Bereich der schwarzen Metallurgie und den politischen Dialog.

Zum politischen Dialog sagte AM Lončar, Jugoslawien habe auf den Vorschlag der Gemeinschaft hin zunächst gezögert, akzeptiere ihn jedoch nunmehr.[12]

BM wies auf die bisherigen Vereinbarungen mit Norwegen und Österreich hin, mit denen der politische Dialog in der Hauptstadt der Präsidentschaft vereinbart worden sei, und empfahl diese als Beispiel.[13]

AM Lončar merkte zur Arbeit der Arbeitsgruppen auf Arbeits- und politischer Ebene an, daß das Interesse der Kommission an intensiver Diskussion nach positivem Auftakt vermindert erscheine.

BM bemerkte hierzu, die Kommission sei in den letzten Monaten von den während der deutschen Präsidentschaft getroffenen Entscheidungen sehr absorbiert gewesen.

3) Internationale Themen

3.1) Beziehungen USA–SU und Lage in der SU

AM Lončar führte aus, die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen seien das Rad, das die internationale Lage bewege. Seine Mitarbeiter hätten inzwischen 37 Punkte amerikanisch-sowjetischen Einverständnisses registriert. Entscheidend

12 Botschafter Eiff, Belgrad, legte am 28. September 1988 zum Vorschlag eines Dialogs zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Jugoslawien dar: „Soweit der Botschaft bekannt, hatte es einen derartigen Vorschlag der Gemeinschaft nicht gegeben; wir hatten lediglich bilateral, vor etwa zweieinhalb Jahren, sondiert, ob JUG an der Aufnahme eines politischen Dialogs interessiert wäre; die jug[oslawische] Seite zeigte sich damals desinteressiert." Von der griechischen Botschaft sei dazu mitgeteilt worden, „die deutsche Seite habe den Vorschlag, mit Jugoslawien einen regelmäßigen politischen Dialog zu führen, im Politischen Komitee eingebracht. Dort habe es Bedenken gegeben. Jetzt solle sich die Osteuropa-A[rbeits]G[emeinschaft] mit dem Vorschlag befassen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 769; Referat 214, Bd. 139839.

13 Zum Dialog zwischen Norwegen und der EG-Ratspräsidentschaft im Rahmen der EPZ vgl. Dok. 1.

sei die weitere Entwicklung in der Sowjetunion, die bisher positiv verlaufe. Er sehe vier Probleme:

– Restrukturierungsfähigkeit der Wirtschaft mit Notwendigkeit kurzfristiger Erfolge.
– Demokratisierung der Beziehungen zwischen den Völkern der Sowjetunion, besonders im Baltikum und Mittelasien.
– Frage des verbleibenden gemeinsamen Nenners mit den osteuropäischen Staaten. Er habe Willy Brandts Worte im Ohr, Ostpolitik könne nur bei Stabilität im östlichen Machtbereich funktionieren. Aus Dokumenten habe er entnommen, daß Gorbatschow sehr besorgt sei über die Einheit des Warschauer Pakts. Bei Desintegration des Warschauer Pakts könne Perestroika schwerlich überleben.
– Sowjetische Position in Krisenbereichen. Neben Afghanistan[14] sei sowjetisches Disengagement in Kambodscha, Mittelamerika und Südafrika denkbar, nicht dagegen im Nahen Osten. Gorbatschow bemühe sich, die Armee in diesen Rahmen zu stellen; dies sei nicht leicht.

[15]3.2) DDR

BM auf Frage, warum die Perestroika in der DDR abgelehnt werde: Aus Sorge, daß die Entwicklung außer Kontrolle geraten könne. DDR müsse mit Wirtschaftsreformen beginnen, um Attraktivität des Regimes zu erhöhen. Sie sei bisher zu stolz auf ihren ersten Wirtschaftsrang im RGW, der sich aus dem vergleichsweise hohen Entwicklungsstand Mitteldeutschlands 1945 und dem großen Ressourcen-Transfer durch deutsch-deutsche Sonderbeziehungen (ganz abgesehen von Privatem) ohne weiteres erkläre. Liberalisierung würde stabilisieren.

3.3) KSZE/KRK

Minister äußerten sich zuversichtlich, daß das Wiener Folgetreffen auf der Grundlage des insgesamt positiv zu bewertenden N+N-Vorschlages[16] bald nach technischer Unterbrechung[17] abgeschlossen werden könne (Erörterung der Wanderarbeitsfrage am 6.8.[18]). BM auf Frage nach einer Zusammenkunft der Staats-

14 Zum sowjetischen Truppenabzug aus Afghanistan vgl. Dok. 107.

15 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 618 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

16 Zum Entwurf der N+N-Staaten vom 13. Mai 1988 für ein Abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 153.

17 Zur deutsch-französischen Initiative für eine Verkürzung der Sommerpause bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 216, Anm. 9 und 10.

18 Zur Frage von Arbeitsmigranten in einem Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 224, Anm. 18.
Im Gespräch mit dem jugoslawischen Außenminister Lončar am 6. August 1988 führte Bundesminister Genscher aus: „BM äußerte Verständnis für jug[oslawisches] Interesse an Verbesserung der Lage seiner Wanderarbeiter. Jug[oslawien] wolle nunmehr die humanitären Aspekte des Themas Wanderarbeit in Korb III statt wie bisher in Korb II behandeln. Während das jugoslawische Interesse in diesem Zusammenhang sich auf die Verhältnisse der Gastarbeiter im Aufnahmeland konzentriere, gehe es beim deutschen Interesse an Familienzusammenführung aus den osteuropäischen Ländern um nicht vergleichbare Probleme der Ausreise aus dem Herkunftsland.“ Lončar legte dazu dar: „Die jugoslawischen Wünsche richteten sich nicht gegen D, wo jug. Arbeitnehmer keine Probleme für ihre kulturellen Interessen hätten, sondern an andere Länder, z. B. die Schweiz, wo ein eigenes Kulturleben der Jugoslawen nicht möglich sei. Diese Länder hätten sich – ohne Begeisterung – mit Aufnahme der entsprechenden jugoslawischen Wünsche in Korb III einverstanden erklärt.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139593.

und Regierungschefs[19] der europäischen Staaten mit US und Kanada: Wir hätten dies nicht abgelehnt, uns aber für Abschluß des Wiener Folgetreffens auf Außenminister-Ebene ausgesprochen. Es sei nicht auszuschließen, daß die Konferenz der Staats- und Regierungschefs[20] im nächsten Jahr nach Wahl des neuen US-Präsidenten[21] zustande kommt.

AM Lončar stimmte dem zu.

Zu der Menschenrechtskonferenz erklärt BM, er habe keine Schwierigkeiten mit Moskau[22] als drittem Tagungsort nach Paris[23] und Kopenhagen[24]. Die mit dem Treffen zwangsläufig verbundene relative Offenheit bedeute eine Entwicklungschance.

AM Lončar: Die Menschenrechtskonferenz sei für Gorbatschow ein Hebel nach innen. Die Wirtschaftskonferenz[25] unterstützt Jugoslawien voll.

BM berichtete, daß nach seinen Gesprächen mit Schewardnadse wesentliche Hindernisse für KRK-Mandat nach seiner Auffassung nicht mehr bestünden.[26] Das Problem der Dual-Capable-Systems sei noch offen.[27] Einigung könne in den Verhandlungen erzielt werden. Die SU wolle Jagdflugzeuge, wo sie überlegen sei, nicht einschließen. Dies sei nicht akzeptabel, sofern damit alle anderen Flugzeuge eingeschlossen wären.

3.4) Iran – Irak

AM Lončar: Res. 598[28] biete insgesamt eine reale Grundlage. Ihr größter Wert liege in der Verbindung der fünf ständigen SR-Mitglieder und besonders der Supermächte.

BM: Stimmt zu.

AM Lončar: Zweiter Wert sei, daß Res. 598 den VN in heißer Situation eine Rolle gebe, dritter Wert, daß sie ausbalanciert sei. Dies sei aber auch ihre Schwäche. Punkt eins und sechs seien für beide Seiten sehr schwierig. Iran sei nach seinem bei kürzlichem Besuch in Teheran gewonnenen Eindruck zu Abkommen wirklich bereit, wobei interessant sei, daß Iran Punkt 1 annehme, ohne ihn mit Punkt 6 zu verbinden. Mit Irak werde es sehr schwierig werden, dies sei auch die Meinung des algerischen Außenministers[29], der kürzlich in Belgrad war. Irak, der

19 Korrigiert aus: „Staats-Regierungschefs".
20 Korrigiert aus: „Staats-Regierungschefs".
21 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.
22 Zum sowjetischen Vorschlag für eine KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 220, Anm. 17.
23 Zum Vorschlag, in Paris eine KSZE-Menschenrechtskonferenz abzuhalten, vgl. Dok. 92, Anm. 11.
24 Vgl. dazu den Vorschlag des dänischen Außenministers Ellemann-Jensen vom 6. November 1986; Dok. 221, Anm. 19.
25 Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 (CSCE/WT.58) für eine Ost-West-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit vgl. Dok. 196, Anm. 4.
26 Vgl. dazu die Gespräche des Bundesministers Genscher vom 29. bis 31. Juli 1988 in der UdSSR; Dok. 220 und Dok. 221.
27 Zur Frage der zweifach verwendbaren Waffensysteme bei den Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 206.
28 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 1, Anm. 33.
Zur Anerkennung der Resolution Nr. 598 durch die iranische Regierung vgl. Dok. 217, Anm. 4.
29 Ahmed Taleb Ibrahimi.

so sehr auf Punkt 1 bestanden habe, vermeide jetzt den „D-Day“.[30] Jugoslawien habe mit Irak entwickeltere Beziehungen als mit Iran, wolle jedoch „D-Day“ unterstützen. Es stehe schwieriger Verhandlungsprozeß bevor. Der jugoslawische VN-Botschafter[31] sei zu enger Zusammenarbeit mit uns angewiesen.

BM weist auf unseren SR-Vorsitz im Oktober hin.[32]

AM Lončar: Dies könne der entscheidende Monat sein. Bei seinem Besuch in Teheran habe er gegenüber der SU widersprüchliche Emotionen gespürt: Einerseits Euphorie über die Auflehnung der islamischen Bevölkerung in Teilen der Sowjetunion, in der Teheran Chancen für Einfluß sehe; andererseits aber auch Sorge, weil Teheran nicht wisse, wie es die Beziehungen zur SU positiv gestalten könne. Gegenüber US hätten sich die Gesprächspartner (Präsident[33], Regierungschef[34], Außenminister[35]) sehr wütend geäußert, doch sei indirekt zu spüren gewesen, daß sie an besseren Beziehungen interessiert seien. Sie hätten zugestimmt, als sich Lončar dafür ausgesprochen habe, die Blockfreienbewegung weniger anti-westlich auszubalancieren.

BM bemerkt, Iran habe auf kürzlichen Flugzeugabschuß sehr rational reagiert.[36] Rafsandjani habe zuvor Entscheidung für Frieden getroffen gehabt. Durchhaltung dieser Entscheidung spreche für Normalisierungswunsch gegenüber USA. Rafsandjani sei in dieser wie in anderen Fragen entscheidende Figur.

3.5) BM auf Frage, wie er die Lage im Nahen Osten im Lichte neuer sowjetisch-amerikanischer Beziehungen sehe, es gebe kein übereinstimmendes Konzept, aber ein übereinstimmendes Interesse der Großmächte. In Israel werde Likud wohl die Wahlen[37] gewinnen. Husseins jüngster Schritt sei kein endgültiger Abschied aus den besetzten Gebieten, sondern ein Schritt zur Klärung der Verantwortlichkeit.[38] Er werde weiter seine Rolle spielen. Vor israelischen und amerikanischen Wahlen werde nichts geschehen. Dukakis werde von jüdischer Seite vermutlich Unterstützung erhalten. Seine Ankündigung, die Botschaft nach Jeru-

30 Am 8. August 1988 gab VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar bekannt, daß der Waffenstillstand zwischen dem Irak und dem Iran am 20. August in Kraft treten und am 25. August 1988 Friedensgespräche unter VN-Schirmherrschaft in Genf aufgenommen werden sollten. Am 7. August 1988 informierte Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN): „Der VN-GS hat sich entschlossen, den D-Day morgen Nachmittag, 8. August, in einer öffentlichen SR-Sitzung zu verkünden. […] VN-GS will in der morgigen SR-Sitzung ferner beide Seiten aufrufen, in dem kurzen Zeitraum zwischen Verkündung des D-Day und dessen Eintreten sich größte Zurückhaltung in den Kriegshandlungen aufzuerlegen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1727; Referat 311, Bd. 154131.

31 Dragoslav Pejić.

32 Die Bundesrepublik gehörte 1987/88 dem VN-Sicherheitsrat als nichtständiges Mitglied an.

33 Ali Khamenei.

34 Mir Hossein Mussawi.

35 Ali Akbar Velayati.

36 Zum Abschuß eines iranischen Passagierflugzeugs durch ein amerikanisches Kriegsschiff am 3. Juli 1988 vgl. Dok. 199.

37 In Israel fanden am 1. November 1988 Parlamentswahlen statt.

38 Botschaftsrat Schiff, Amman, resümierte am 1. August 1988 eine Rede des Königs Hussein vom Vortag, in der dieser „das Ende der rechtlichen und administrativen Bindungen zwischen Westbank (WB) und Haschemitischem Königreich verkündete. Jordanien respektiere damit arabische Entschlossenheit, palästinensische Sache zu unterstützen, und PLO-Forderung nach unabhängigem palästinensischen Staat, d.h. Sezession palästinensischen Landes von Jordanien. Dessenungeachtet halte Jordanien an den Prinzipien der arabischen Einheit und an Verpflichtungen, die aus arabisch-israelischem Konflikt erwachsen, fest. König bekräftigte, das Jordanien sich weiterhin im NO-Friedensprozeß engagieren und für IFK eintreten wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 515; Referat 310, Bd. 149768.

salem zu verlegen[39], müsse nicht endgültige Entscheidung sein, spreche aber für Unbeweglichkeit.

AM Lončar stimmt zu, daß zunächst keine Entscheidungen zu erwarten seien, und sieht Koinzidenz der Großmacht-Interessen darin, daß keine Verschlechterung der Lage eintrete. Viel hänge von weiterer Entwicklung des Iran-Irak-Konfliktes ab. Ohne sowjetische Zustimmung sei stabile Lösung nicht denkbar. Es wäre gut, wenn USA wenigstens die von AM Rogers Anfang der 70er Jahre ausgesprochene Anerkennung sowjetischen Interesses bestätigen würden. Die SU habe bisher amerikanische Fehler ausgebügelt. Westeuropa könne wesentliche Rolle spielen. Die Blockfreienbewegung und die EG könnten einander näherkommen.

[40]Auf Frage, wie sich die Beziehungen zwischen PLO und der Westbank-Bevölkerung entwickelten, führte AM Lončar aus: Bei israelischer, jordanischer oder ägyptischer Initiative könnte die PLO-Position rasch gefährdet werden. Vorläufig schlage jedoch das Interesse an gemeinsamer Position durch.

BM: Positiv sei, daß es neuerdings unter den Westbank-Palästinensern rege Persönlichkeiten mit Autorität gebe. Die PLO wäre gut beraten, hieran anzuknüpfen.

AM Lončar stimmte dem zu, auch der algerische Außenminister habe sich so geäußert. Die Konzeption der künftigen Führung könne nicht so aussehen, wie Arafat meine.

BM: Er habe mit Schewardnadse über die sowjetischen Beziehungen zu Israel gesprochen. Wie sieht Jugoslawien seine Beziehungen zu Israel?

AM Lončar: Für Jugoslawien gebe es drei Gesichtspunkte:

– Innenpolitisch sei die Regierung z. T. harter Kritik aus der jüngeren Generation, insbesondere aus Slowenien und Kroatien, aber auch seitens Belgrader Intellektueller ausgesetzt (kürzliche Gründung israelisch-serbischer Gesellschaft);
– andererseits seien die jugoslawischen Beziehungen zu arabischen Ländern für Jugoslawien in eine „emotionelle Kategorie“ hineingewachsen;
– in der Blockfreienbewegung setze sich Jugoslawien derzeit für strategische Änderungen ein, die große Anstrengungen erforderten, und könne daher derzeit keinen Streit wegen relativ untergeordneter Fragen wie der Israel-Anerkennung riskieren. Jugoslawien werde mit einer Anerkennung sicher hinter der SU kommen. Dessen ungeachtet bestünden sehr entwickelte wirtschaftliche Beziehungen, jüngst auch touristische. Die Visa-Erteilung geschehe sehr pragmatisch. Es gebe neuerdings eine Charterflug-Verbindung. Auch sportliche und kulturelle Beziehungen seien intensiv. Er werde AM Peres in New York treffen.

3.6) Schuldenkrise

Auf Frage, welche Auswege er aus der Verschuldungskrise sehe, führte BM aus, die EG habe mit Beschlüssen zur Drosselung der Agrarproduktion wichtigen

[39] Zum Vorschlag des amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Dukakis für eine Verlegung der amerikanischen Botschaft in Israel vgl. den Artikel „Dukakis Restates Position on Israel“; THE NEW YORK TIMES vom 11. Juni 1988, S. 10.

[40] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 619 übermittelten vierten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Schritt getan.[41] Der für Agrarproduktion und Export der E-Länder[42] ruinöse Wettbewerb zwischen EG und US werde hiermit von seiten der EG beendet. Auf entsprechende Reaktion der USA sei zu hoffen. Weiter sei der von einigen Industrieländern jetzt praktizierte Schuldenerlaß gegenüber ärmsten Entwicklungsländern bedeutsam.[43] Schwieriger gestalte sich der Erlaß von Schulden gegenüber Privaten. Deutsche Banken hätten hier günstigere rechtliche Möglichkeiten als die amerikanischen, deren Steuer- und Gesellschaftsrecht erlaßfeindlich sei. Wir hätten USA aufgefordert, ihre Gesetzgebung zu überprüfen. Dies werde auch mit der neuen Administration aufzunehmen sein. Es sei „undenkbar, daß ein großer Teil der Entwicklungsländer mit gebeugtem Rücken gehe, weil sie ein bißchen ihre Schulden erfüllen".

AM Lončar: Es sei eine gewisse Entwicklung zu verzeichnen, doch überwiege immer noch die Konzeption des „Nachzählens". Dies habe keine Zukunft. Der Weltmarkt müsse erweitert werden. Die 15 meistverschuldeten Länder stellten ein riesiges Potential dar. Auch an die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Westeuropa sei zu denken. Diese Gedanken würden von Jugoslawien zu Diskussion über neue Konzeption der Blockfreienbewegung eingebracht.

3.7) Blockfreienbewegung

BM erklärte Befriedigung, daß Jugoslawien Mitglied der Blockfreienbewegung sei, die nicht antieuropäisch werden dürfe, nachdem sie anfangs antiwestlich gewesen sei.

AM Lončar erklärte, die antiwestliche Konzeption sei für die Emanzipation der Dritten Welt in der Vergangenheit notwendig gewesen, heute sei sie obsolet. Die Bewegung habe nur Zukunft, wenn sie sich für Integrationsfortschritte weltweit einsetze. Sie müsse sich heute an der Veränderung der Beziehungen zwischen den Großmächten und an den Anforderungen der technologischen Revolution orientieren. Die Bewegung müsse im Westen vertrauenswürdiger werden. Außerdem müsse sie ihre Arbeitsmethoden modernisieren. Es gebe zu lange Reden, zu lange Dokumente, längst bekannte Positionen würden wiederholt. Jugoslawien plane, bei der bevorstehenden Außenministerkonferenz in Nikosia (6.–10.9. 1988)[44] entsprechende Schritte vorzuschlagen. Es wolle zu diesem Zweck ein kurzes Aktionsprogramm, ein Übergangsdokument, das dem älteren Dokumentenstil ähnele, und ein Prozedurdokument vorlegen. Mit Indien, Algerien, Nigeria, Indonesien bestehe in der Zielsetzung Einvernehmen. Allerdings seien Schwierigkeiten mit einigen kleinen Ländern in wirtschaftlich auswegloser Situation zu gewärtigen, die sich gegen Änderungen dieser Art sträubten. Dieser Widerstand habe sich bei der jüngsten Sitzung des Wirtschaftskomitées in Harare bereits gezeigt. Kuba, das auch unglücklich über die Entwicklung in der SU sei, versuche diese Situation auszunutzen. Er sei jedoch zuversichtlich, daß dieser Radikalismus allmählich überwunden werden könne.

41 Vgl. dazu die Beschlüsse der Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel; Dok. 59.

42 Entwicklungsländer.

43 Vgl. dazu die Maßnahmen der Bundesregierung zur Lösung der Verschuldungsfrage; Dok. 166.

44 Die Außenministerkonferenz der Bewegung Blockfreier Staaten fand vom 7. bis 10. September 1988 in Nikosia statt.

BM bezeichnete es als wichtig, daß die Blockfreienbewegung eine Richtung nach vorne finde, rückwärts gewandt würde sie bis auf ein paar Veteranen des Antikolonialismus zerfallen. Die Bewegung könne ein großer Stabilisierungsfaktor sein. Er habe in der EG und im westlichen Bündnis viel Mühe auf Überzeugungsarbeit verwandt, daß die Blockfreienbewegung Notwendigkeit darstelle. Wir könnten nicht jedes Land einzeln vor die Frage stellen, ob es für uns oder für den Osten sei. Die Blockfreienbewegung müsse geradezu eine Versicherungsgesellschaft gegen die Austragung des Ost-West-Gegensatzes in der Dritten Welt sein. Hierfür sei die Unabhängigkeit der Blockfreienbewegung notwendig. Er sei AM Lončar für seine Darlegung sehr dankbar.

AM Lončar: Das deutsche Verständnis und der persönliche Beitrag des Bundesministers würden hoch geschätzt.

[gez.] Eiff

Referat 214, Bd. 139593

226

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix

214-542.40 RUM-775/88 geheim **8. August 1988**

Über Herrn D 2 i. V.[1], Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: Ausreise von Deutschen aus Rumänien;
hier: Gespräche des Vermittlers[3] mit der rumänischen Seite vom 4. bis 6. August 1988 in Bukarest

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Der deutsche Vermittler war vom 4. bis 6. August 1988 zu einem turnusgemäßen Abrechnungsgespräch in Bukarest. Bei dieser Gelegenheit hat die rumänische Seite, wie am Wochenende aus dem BMI zu erfahren war[4], erstmals Vorstellungen zur Weiterführung der Absprache von 1983[5] über die Ausreise von Deutschen

1 Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 8. August 1988 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 8. August 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Schumacher am 8. August 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und Ministerialdirigent von Ploetz an Referat 214 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „BM wurde am 7.8. von Vermittler selbst unterrichtet."
Hat Lautenschlager am 9. August 1988 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Oesterhelt verfügte.
Hat Ploetz am 10. August 1988 erneut vorgelegen, der auch in Vertretung von Richthofen abzeichnete.
Hat Oesterhelt am 10. August 1988 vorgelegen.

3 Heinz Günther Hüsch.

4 An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich: „Die Tatsache, daß Information bei Abt. 2 einging, ändert nichts an Federführung im AA, die bei Ref[erat] 513 liegt."

5 Zu den Absprachen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien über die Ausreise von Deutschstämmigen vgl. Dok. 205, Anm. 14.

zu erkennen gegeben. Danach strebt sie eine Anhebung der Pro-Kopf-Quote auf 10150 DM (bisher 7800 DM) an. Die neue Vereinbarung soll mit einer Frist von zwei Monaten kündbar sein. Der rumänische Gesprächspartner verband mit der Weiterführung die politische Forderung nach möglichst baldiger Realisierung eines seit einigen Jahren zugesagten hochrangigen politischen Besuchs in Bukarest (gemeint Bundeskanzlerbesuch).

2) Der deutsche Vermittler hat als Gegenvorschlag auf persönlicher Basis eine Verlängerung der bisherigen Absprache zu den bisherigen Bedingungen und eine Anhebung der Pro-Kopf-Quote für jede über die bisher zugesagte jährliche Ausreisequote (11000) hinausgehende Ausreise (d.h. ab 11001) auf 9000 DM bei einer angestrebten Erhöhung der Jahresausreisequote auf 20000 Personen angeboten. Die rumänische Seite hat Prüfung dieses Vorschlages zugesagt.

3) Auf die Frage des rumänischen Gesprächspartners an den deutschen Vermittler, wie er die Aussichten eines BK-Besuches in Rumänien bewerte, hat dieser erklärt, nach seiner Auffassung könne ein solcher Besuch nur stattfinden, wenn eine befriedigende Absprache über die Ausreise Deutscher zu Wege gebracht sei, bei den humanitären Hilfsmöglichkeiten (Paketversand) mindestens der Status quo ante wiederhergestellt werde (einschließlich Quelle-Versandmöglichkeiten)[6] und kulturelle Hilfsmaßnahmen für die in Rumänien verbleibenden Deutschen ermöglicht würden[7]. Er hat weiter angedeutet, daß der BK nicht reisen könne, solange das „Systematisierungsprogramm“[8] fortgelte.

4) Nach der Bewertung des deutschen Vermittlers wird die rumänische Seite sich letztlich auch ohne BK-Besuch zu einer neuen Ausreiseabsprache bereit

6 Legationsrat I. Klasse Rothen vermerkte am 26. Januar 1988: „Nach hier vorliegenden Informationen ist ein Geschenkversand nach Rumänien seit Ende Dezember 1987 nur noch auf dem Postwege, nach dem sogenannten ‚Gebührenzettel-Verfahren‘ (Vorverzollung durch den Absender) und nur an Empfänger möglich, die mit dem Absender verwandt oder verschwägert sind. Der sogenannte ‚kommerzielle Geschenkversand‘ über private Firmen (Quelle, Fürth, und Alimex, München) ist demgegenüber zum Erliegen gekommen. Auch Medikamentensendungen sollen derzeit generell nicht möglich sein.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139533.
Am 2. November 1988 meldete Botschafter Matthias, Bukarest: „Privater Paketversand hat sich inzwischen weiter normalisiert, gegenüber dem Gebührenzetttelverfahren hat der normale Postversand mit Zollzahlung durch rum[änischen] Empfänger absolutes Übergewicht. Aus Kronstadt und Tîrgu Mureş wird berichtet, daß jetzt Pakete ausgeliefert werden, die seit letztem Weihnachtsfest von Zollbehörden zurückgehalten worden seien. 2) Nach Angaben von Vertretern der Fa. Quelle konnte der sog. ‚kommerzielle Paketversand‘ im April 1988 wieder aufgenommen werden. Von Anfang April bis Ende August seien mehr als 34000 (sic!) Pakete der Fa. Quelle nach Rumänien versandt worden. […] Überwiegender Teil der Pakete war von karitativen Organisationen in Auftrag gegeben worden. Man habe jedoch existente Adressen als Absender benutzt. Anfang September 1988 hätten die rum. Behörden jedoch unter Berufung auf einschlägige Zollvorschriften die Annahme und Auslieferung wieder verweigert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 975; Referat 214, Bd. 139533.

7 Am 19. September 1988 stellte Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix fest: „Die kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten der deutschen Minderheit stoßen durch eine konsequente, auf strikte Gleichschaltung aller Volksgruppen gerichtete Nationalitätenpolitik der rumänischen Führung auf enge Grenzen. Der bei abnehmender Zahl der Deutschen zunehmende Assimilierungsdruck geht an den kulturellen Einrichtungen der deutschen Minderheit nicht spurlos vorüber. Betroffen sind hiervon in erster Linie deutschsprachige Theater, Zeitungen und auch Schulen. Insbesondere das deutschsprachige Schulwesen ist von Auszehrung bedroht. […] Förderungsmaßnahmen zur Wahrung der kulturellen Identität der deutschen Minderheit können in gewissem Umfang verwirklicht werden. Die Realisierung entsprechender Projekte erfordert jedoch viel Fingerspitzengefühl, da die rumänische Regierung jegliche Privilegierung einer Minderheit in der Regel unterbindet.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139895.

8 Zum „Systematisierungsprogramm“ in der rumänischen Landwirtschaft vgl. Dok. 234.

finden. Der Einigungsprozeß werde dann aber mühsam verlaufen, kaum vor Herbst abzuschließen sein und bei der jährlichen Ausreisequote eine Erhöhung nicht durchzusetzen sein. Es würde dann bei den vereinbarten 11 000 Personen pro Jahr bleiben. Der deutsche Vermittler hat BK und BM Zimmermann am Wochenende unterrichtet.

5) Der Vermittler berichtete außerdem, daß der Ihlau-Artikel in der SZ vom 4.8.1988[9] seine Mission fast zum Scheitern gebracht habe. Der Umstand, daß das Dementi des Auswärtigen Amtes dem rumänischen Botschafter am Morgen des 4.8.1988 sofort zur Kenntnis gebracht worden (Telefonat RL 214[10]/Botschafter Dinu) und unsere Botschaft Bukarest davon sofort unterrichtet worden sei, wo er das Dementi bei seinem Eintreffen vorgefunden habe, habe letztlich Schlimmeres verhütet. Die rumänische Seite habe den Artikel aber zum Anlaß genommen, von der deutschen Seite nochmals die absolute Geheimhaltung der Gespräche zu fordern.

6) Ein neuer Gesprächstermin der beiden Unterhändler ist bisher nicht vereinbart. Das nächste turnusmäßige Abrechnungstreffen findet am 14./15.10.1988 statt. Die rumänische Seite hat aber signalisiert, daß sie bereit wäre, die Ausreisegespräche ab Anfang September fortzusetzen.[11]

Derix

VS-Bd. 13498 (214)

227

Gespräch des Ministerialdirigenten Sulimma mit dem angolanischen Botschafter Escórcio

320-321.21 ANG **11. August 1988**[1]

Gespräch Dg 32 mit angolanischem Botschafter Escórcio am 11.8.1988 im Auswärtigen Amt

Weitere Teilnehmer: Botschaftsrat Mingas, angolanische Botschaft, AR Keilholz, Referat 320.

Aus dem zweistündigen Gespräch halte ich[2] folgendes fest:

Der *Botschafter* bedauerte, daß er wegen seiner dringenden Abreise aus Genf Dg 32 dort nicht mehr wie geplant treffen konnte. *Dg 32* erwiderte, daß sein für

9 Vgl. den Artikel von Olaf Ihlau „Bonn will Freikauf aller Rumäniendeutschen“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 4. August 1988, S. 1.

10 Christoph Derix.

11 Vgl. dazu das Gespräch des Beauftragten des Bundesministeriums des Innern, Hüsch, mit Präsident Ceauşescu am 3. Oktober 1988 in Bukarest; Dok. 279.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Amtsrat Keilholz am 16. August 1988 gefertigt, der handschriftlich vermerkte: „Vermerk im Entwurf von Dg 32 gebilligt.“

2 Hans-Jürgen Keilholz.

den 5.8.1988 in Genf mit dem angolanischen Vize-Außenminister Venâncio da Moura u. dem Botschafter vorgesehenes Gespräch wegen Fortgang der Viererverhandlungen aus Termingründen leider nicht stattfinden konnte. Er habe aber Gespräche mit Crocker und Botschafter Cohen in Genf geführt und kenne daher die Einschätzung des Verhandlungsergebnisses durch die amerikanische Seite bis Freitag (5.8.88), 17.00 h.[3]

Dg 32 informierte den Botschafter über die Presseerklärung des BM zu Genf[4], fragte ihn nach der angolanischen Einschätzung der Genfer Verhandlungen sowie den dort gewonnenen Erkenntnissen und was er von der nächsten Verhandlungsrunde erwarte.

Der *Botschafter* antwortete, daß nach ihm vorliegenden neuesten Berichten des angolanischen Generalstabs im Süden Angolas eine merkbare Beruhigung eingetreten sei und Südafrika mit dem Rückzug begonnen habe. Hinsichtlich der nächsten Verhandlungsrunde habe er noch keine Informationen seitens seiner Regierung, könne aber sagen, daß Angola wie bisher mit größtmöglicher Flexibilität verhandeln und der Zeitplan für den Abzug der Kubaner akzeptabler als der bisherige sein werde. Die angolanische Regierung hoffe, daß der UN-GS[5] keine Schwierigkeit bei der Aufstellung von UNTAG sowie der Expertengruppe für die Überwachung des beiderseitigen Truppenrückzugs haben werde.

Was UNITA anbelange, so sei es an der Zeit, daß auch diese zu Waffenruhe und einem Beitrag zum Frieden bereit sei. Es gäbe Anzeichen, daß viele im Ausland lebende und der UNITA nahestehende Angolaner jetzt bereit seien, in ihr Land zurückzukehren und die nationale Harmonisierung mitzutragen. Die Regierung in Luanda sei bereit, alle Rückkehrer mit offenen Armen zu empfangen.

Der Botschafter teilte dann mit, daß er während der Genfer Verhandlungen nach München zu Gesprächen mit MP Strauß gereist sei, dem er eine Einladung seiner Regierung nach Luanda überbracht habe. Strauß habe die Einladung angenommen. Ursprünglich sei an Mai/Anfang Juni 1989 gedacht gewesen, MP Strauß habe jedoch entschieden, bereits in der ersten Januarhälfte 1989 zu reisen. Während der Gespräche habe Strauß Sympathie für Savimbi und UNITA nicht spüren lassen, jedoch gesagt, UNITA dürfe nicht vergessen werden. MP Strauß wünsche ein Abkommen zur internen Versöhnung im Sinne des Vertrages von Alvor[6], an dem alle Alvor-Parteien beteiligt werden müßten. Der Botschafter habe erwidert, Alvor sei bereits bei der Unabhängigkeit Angolas nicht mehr gültig gewesen. Es seien jetzt aber die Anstrengungen aller Beteiligten in Angola gefordert, um dem Lande inneren Frieden zu bringen. Man hoffe, daß die Bundesrepublik Deutschland dabei helfe.

Zum Problem der nationalen Versöhnung in Angola führte *Dg 32* aus, daß die USA sowie einige afrikanische Staaten uns gebeten hätten, hierzu einen Bei-

3 Zum Abschluß eines Waffenstillstands bei den Friedensgesprächen zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA vom 2. bis 5. August 1988 in Genf vgl. Dok. 215, Anm. 11.

4 Für die Presseerklärung des Bundesministers Genscher vom 9. August 1988 vgl. Referat 320, Bd. 155832.

5 Javier Péres de Cuéllar.

6 Für den Wortlaut des Abkommens, das am 15. Januar 1975 in Alvor zwischen Portugal und der Nationalen Front zur Befreiung Angolas (FNLA), der Volksbewegung zur Befreiung Angolas (MPLA) und der Nationalen Union für die totale Unabhängigkeit Angolas (UNITA) geschlossen wurde, vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 293–300.

trag zu leisten, wobei die USA auf eine afrikanische Aktion, divergierende Kräfte in Angola zusammenzubringen, setzten. UNITA sei eine Tatsache, gleichgültig, wie man ihr gegenüberstehe. Dg 32 bat den Botschafter, darzulegen, welche Möglichkeiten und Perspektiven er für den Fortgang der Verhandlungen und insbesondere für die nächste Verhandlungsrunde ab 22.8.[7] sähe. Dabei unterstrich Dg 32, daß die Bundesregierung, falls sie überhaupt helfen könne, dies als loyaler Partner der MPLA-Regierung tun wolle. Es wäre aber das Interesse der Bundesregierung, zum Frieden in Angola beizutragen. Der *Botschafter* erwiderte, er habe hierzu klare Vorstellungen. Verhandlungen mit Savimbi gäbe es nicht. Man werde UNITA – allerdings ohne Verhandlungen – integrieren.

Dg 32 fragte den Botschafter dann, ob er die Meldung einer britischen Zeitung bestätigen könne, wonach einer der Gründe für die Bereitschaft Südafrikas, seine Truppen aus Angola abzuziehen, die Tatsache sei, daß einige südafrikanische Truppenteile bei Cuito Cuanavale von angolanischen und kubanischen Truppen eingekesselt seien. Aus Furcht vor einem Aufreiben dieser Truppen habe Südafrika angeblich den Abzug angeboten. Der *Botschafter* antwortete, daß ihm diese militärische Lagebeurteilung neu sei. Angola habe keine Absicht, diese Truppen aufzureiben. Man müsse aber bedenken, daß die Südafrikaner ohne Paß nach Angola eingedrungen seien und sich nun unter sicherem Geleit zurückziehen könnten. Die Angolaner werden sich an alle Abkommen halten und wollten sich als Angolaner allein einigen. Es gäbe allerdings ein Problem mit Zaire. Angola habe den Eindruck, daß die USA ihre militärischen Hilfslieferungen für die UNITA mit Hilfe Zaires vom Süden Angolas in den Norden des Landes verlegten.

Trotz des bevorstehenden Kubanerabzugs sei Angola nicht über die militärische Kraft UNITAs oder die ihr gewährte US-Unterstützung besorgt. Ohne ausländische Einmischung könne die UNITA nicht überleben. Er legte dann in einer längeren Ausführung dar, daß der angolanische Bürgerkrieg aus der Sicht seiner Regierung letztlich kein angolanisches, sondern ein US-Problem darstelle. Die Probleme würden von außerhalb nach Angola hineingetragen. Dies gelte sowohl für die von den USA finanzierte FNLA und UNITA als auch für das von Belgien und den USA beeinflußte Zaire.

Dg 32 fragte den Botschafter dann, ob er über gesicherte Informationen verfüge, daß UNITA bereits mit einer Verlagerung seines Kampfpotentials vom Süden in den Norden begonnen habe. Der *Botschafter* antwortete, die USA und Südafrika hätten bereits begonnen, Waffen mit einer Luftbrücke von Südafrika zu einer Basis in Zaire zu transportieren. Dies beweise, daß die USA an einem Fortgang des Krieges interessiert seien. *Dg 32* erwiderte, nach amerikanischer Auskunft – er gäbe diese ohne Wertung weiter – wollten die USA mit dieser Methode erreichen, daß die MPLA mit der UNITA zu einer Einigung komme. Die Bundesregierung habe nur ein Interesse am Kriegsende. Wir wären auch bereit,

[7] In einer Aufzeichnung des Referats 320 zu den Friedensgesprächen zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA vom 24. bis 26. August 1988 hieß es: „Nachdem sich die Parteien aufgrund ihrer unterschiedlichen Zeitvorstellungen in Brazzaville bisher nicht auf einen Zeitplan für den Abzug der kubanischen Truppen aus Angola einigen konnten, haben sie vereinbart, die Vierergespräche in der Woche ab 5. September 1988 in Brazzaville fortzusetzen. Bis zur Verhandlungsfortsetzung dürften alle Parteien über Kompromißvorschläge beraten. SA will Truppen – wie angekündigt – bis 1.9.1988 aus Angola abziehen." Vgl. Referat 320, Bd. 155832.

mit Zaire zu sprechen. Der *Botschafter* gab zu bedenken, daß sowohl Mobutu als auch Savimbi zwei Gesichter hätten. Für den Fall, daß die Kampfhandlungen der UNITA mit amerikanischer Hilfe massiv in den Norden verlagert würden, ginge der Krieg weiter („wir sind schließlich nicht dumm").

Dg 32 sprach erneut den Kernpunkt der gegenwärtigen Verhandlungen, das Problem des Kubanerabzugs, an und fragte den Botschafter, ob Gerüchte zuträfen, wonach Kuba seine Truppen länger in Angola belassen wolle, als die angolanische Regierung wünsche. Der *Botschafter* unterstrich, daß dies nur Gerüchte seien. Wenn Namibia unabhängig würde, gingen auch die Kubaner. Allerdings müsse Luanda die Garantie haben, daß die Unterstützung für UNITA aufhöre und keine Destabilisierung Angolas während des Kubanerabzugs durch UNITA eintrete. Angola hoffe auf einen Wahlsieg von Dukakis[8] und damit die Einstellung der amerikanischen Hilfe für UNITA. Unter einem Präsidenten Reagan ginge der Krieg weiter. Aus der Sicht Luandas hätten die Amerikaner den seit der Unabhängigkeit in Angola[9] herrschenden Krieg zu verantworten. Den politischen Einfluß der Amerikaner erkenne man auch daran, daß Ministerpräsident Strauß bis vor kurzem Gespräche mit der MPLA nicht für möglich hielt und nach seiner jüngsten USA-Reise[10] nun plötzlich sogar bereit sei, nach Angola zu kommen. Im Hinblick auf die ausführlichen Erläuterungen und Bewertungen zur amerikanischen Afrika-Politik durch den Botschafter gab *Dg 32* eine Analyse aus unserer Sicht zur bisherigen Afrika-Politik der USA und insbesondere der Vermittlungsbemühungen Crockers im südlichen Afrika. Schließlich erwähnte Dg 32, daß er dem südafrikanischen Botschafter während eines Gesprächs vor zwei Tagen gesagt habe, daß auch sein Land am 22. August flexibel unter Berücksichtigung der legitimen Interessen Angolas verhandeln müsse.[11] Der Botschafter habe sofortige Unterrichtung der sa.[12] Regierung zugesagt und Dg 32 gebeten, auch die angolanische Seite um eine entsprechende Haltung bei den

8 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

9 Die Volksrepublik Angola wurde am 11. November 1975 gegründet. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 345.

10 Der bayerische Ministerpräsident Strauß besuchte vom 27. bis 29. Juli 1988 die USA. Botschafter Ruhfus, Washington, informierte am 2. August 1988 über dessen Gespräch mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Crocker: „MP Strauß teilte mit, daß Präsident Santos ihn gebeten habe, nach Angola zu kommen. Savimbi begrüße dies und trete für einen baldigen Besuch ein, Botha sei ebenfalls dafür, aber nicht zum jetzigen Zeitpunkt. […] Nach Auffassung von MP Strauß müsse Botha die Möglichkeit zu Gesprächen geschaffen werden. Denkbar sei eine Konferenz der südlichen Staaten Afrikas unter Beteiligung von Südafrika, F, GB und D, um Isolierung und Frustration Pretorias zu überwinden. Als Konferenzort wären Genf, Wien, aber auch München denkbar. Bonn sei weniger geeignet. […] MP Strauß teilte mit, daß er sich um die Freilassung von Mandela bemühe. Botha meine, daß er (Botha) bei Mandelas Entlassung innerhalb von zwei Wochen sein Amt verlieren werde. Diese Meinung teile er (MP Strauß) nicht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3134/3135; Referat 204, Bd. 160074.

11 Im Gespräch mit Ministerialdirigent Sulimma am 9. August 1988 wies der südafrikanische Botschafter Retief „auf die vom südafrikanischen Außenminister Botha gemachten Einschränkungen hin: Südafrika könne die in Genf getroffenen Abmachungen nur unter der Bedingung akzeptieren, daß eine zufriedenstellende Regelung der noch offenen finanziellen Fragen im Zusammenhang mit der Unabhängigkeit Namibias gefunden wird. Insbesondere möchte Südafrika wissen, wie die mit der Umsetzung der Resolution 435 verbundenen Kosten zu bestreiten sind und welche Vorkehrungen getroffen werden, um nach der Durchführung der Resolution 435 und dem begonnenen Rückzug Südafrikas aus Namibia bei der Verwaltung Namibias behilflich zu sein; einschließlich einer möglichen Übernahme von Bankbürgschaften für Kredite Namibias, die z. Zt. von der südafrikanischen Regierung verbürgt sind." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 320, Bd. 156011.

12 Südafrikanischen.

kommenden Verhandlungen zu bitten. Der *Botschafter* erwiderte, Dg 32 möge unbesorgt sein, die Dinge würden sich weiter wie bisher entwickeln und Angola werde weiterhin flexibel verhandeln. Der beste Beweis für die guten Absichten Angolas sei die Tatsache, daß noch vor kurzem unverrückbar erscheinende Positionen Angolas inzwischen aufgegeben worden seien. Im übrigen sei er trotz seiner streckenweise kritischen Darlegungen hinsichtlich der amerikanischen Afrika-Politik nicht anti-amerikanisch eingestellt, er habe aus seiner Zeit als Direktor der angolanischen Erdölgesellschaft schließlich eine lange Erfahrung mit Amerikanern.

Abschließend bat *Dg 32* den Botschafter, seiner Regierung zu übermitteln, daß der BM aus Termingründen den angolanischen Außenminister M'Binda entgegen dessen Wünschen leider nicht im September oder Oktober 1988 in Bonn empfangen könne. Dg 32 bat den Botschafter, seine Regierung vom Wunsch des BM zu unterrichten, mit Außenminister M'Binda am Rande der UN-GV Ende September 1988 in New York zusammenzutreffen. Der *Botschafter* sagte zu, seine Regierung umgehend zu informieren, und sah aus angolanischer Sicht kein Problem für ein Zustandekommen des Gesprächs zwischen den Ministern in New York.

Referat 320, Bd. 155829

228

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder

412-401.00 **11. August 1988**[1]

Über Herrn Dg 41[2], Herrn D 4[3] Herrn Staatssekretär[4] zur Unterrichtung

Betr.: Entwicklung der internationalen Geld- und Kapitalmärkte;
hier: Bericht der BIZ vom 9.8.1988 über das 1. Quartal 1988[5]

I. Kurzfassung

1) Die internationalen Finanzmärkte haben in den letzten Jahren stark expandiert. Nach Angaben der BIZ dürfte Ende März 1988 das Gesamtvolumen der Eurogeld- und Eurokapitalmärkte 5203 Mrd. US-$ betragen haben.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schönfelder und Legationssekretär Gescher konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent Trumpf am 15. August 1988 vorgelegen, der auch für Ministerialdirektor Jelonek abzeichnete und handschriftlich vermerkte: „Für Blauen Dienst geeignet."

3 Alois Jelonek.

4 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 16. August 1988 vorgelegen, der zum Vermerk des Ministerialdirigenten Trumpf handschriftlich notierte: „r[ichtig]".

5 Vgl. dazu BANK FÜR INTERNATIONALEN ZAHLUNGSAUSGLEICH (Währungs- und Wirtschaftsabteilung/Basel), Entwicklung des internationalen Bankgeschäfts und der internationalen Finanzmärkte, 9. August 1988.

Es wird geschätzt, daß täglich weltweit Devisentransaktionen im Wert von 350–400 Mrd. US-$ getätigt werden. Davon stehen allenfalls 5–10% im Zusammenhang mit dem internationalen Handel mit Gütern oder Dienstleistungen. Der Rest sind reine Finanzgeschäfte.

2) Die Expansion der internationalen Finanzmärkte wird auf mehrere Faktoren zurückgeführt:

– Die hohe internationale Liquidität: Sie ist vor allem auf die erheblichen Ungleichgewichte im Leistungsbilanzgefüge wichtiger Industrieländer zurückzuführen. Damit hängt die Veränderung des Auslandsvermögens dieser Länder zusammen. (Die USA wurden von 1982 bis 1988 vom größten Gläubiger- zum größten Schuldnerland der Welt.)
– Erhöhung der internationalen wirtschaftlichen Risiken (Währungs-, Zins- und Solvenzrisiken);
– Wachstum der Weltwährungsreserven: 1987 kam es zum Rekordanstieg um wechselkursbereinigt 27% (ca. 200 Mrd. $);
– Einführung neuer Informationstechnologien; (Beschleunigung des Marktgeschehens durch sog. „computer trading", Vorbereitung oder Initiierung von Kauf- und Verkaufsentscheidungen durch „program trading").

3) Die internationalen Geld- und Kapitalmärkte arbeiten außerhalb der nationalen Souveränität. Ohne adäquaten wirtschaftspolitischen Rahmen tendieren sie zu Fehlentwicklungen (Beginn der internationalen Schuldenkrise 1981, Preiseinbrüche bei Anleihen 1986/1987, Börsenkrach 1987[6]).

4) Die Globalisierung der Märkte wird durch die Verwendung modernster Informationstechnologien gefördert. Ob und wie computergestützte Finanztransaktionen reguliert werden sollen, wird kontrovers diskutiert.

5) Unbestritten ist die Notwendigkeit des Abbaus der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte. Die heutigen Leistungsbilanzungleichgewichte sind die größten und am längsten andauernden der Wirtschaftsgeschichte. Sie bestehen zwischen Volkswirtschaften des gleichen Entwicklungsniveaus und beschwören die Gefahr des Protektionismus herauf. Wichtig ist, sie wieder auf ein tragfähiges Niveau zurückzuführen.

6) Die zunehmende Entfernung der Geld- und Kapitalbewegungen von den Güter- und Dienstleistungsströmen hat Konsequenzen für Wechselkurse und Zinsen und über diese Parameter für den gesamten realwirtschaftlichen Bereich. Dies erhöht unsere ohnehin durch die starke Integration der deutschen Wirtschaft in den Welthandel gegebene Abhängigkeit von dem Geschehen auf den internationalen Märkten.

Deshalb ist einerseits die Berücksichtigung internationaler Entwicklungen in unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik wichtig.

Andererseits muß die internationale wirtschafts- und währungspolitische Zusammenarbeit weiter ausgebaut werden.

II. Sachstand

1) Die internationalen Finanzmärkte sind in den letzten Jahren stark expandiert und gleichzeitig mehr und mehr zusammengewachsen.

6 Zu den Kursstürzen an den internationalen Börsen am 19. Oktober 1987 vgl. Dok. 5.

Nach Berechnung der BIZ in ihrem jüngsten Quartalsbericht dürfte Ende März 1988 das Gesamtvolumen der Eurogeld- und Eurokapitalmärkte 5203 Mrd. US-$ betragen haben. Davon entfielen 4206 Mrd. US-$ auf den Geldmarkt (grenzüberschreitende Forderungen der Banken) und 997 Mrd. US-$ auf den Kapitalmarkt (ausstehende internationale Anleiheverschuldung).

Bereinigt um Wechselkurseffekte, Doppelzählungen und Überschneidungen zwischen einzelnen Marktbereichen schätzt die BIZ (Jahresbericht 1987/1988) das Wachstum der internationalen Finanzmärkte 1987 auf 315 Mrd. $ bzw. auf der Basis der dort verwandten statistischen Grundlage auf 12 % (1986: 245 Mrd. $; 1985: 175 Mrd. $).

Die Rolle Japans auf den Euromärkten hat sich 1987 ausgeweitet. Vom Gesamtvolumen gegenseitiger Bankforderungen (2817 Mrd. US-$) wurden rund 40 % von japanischen, knapp 30 % von europäischen und ca. 20 % von amerikanischen Banken ausgeliehen. Vom Zuwachs im 1. Quartal 1988 entfielen auf japanische Banken allein 78 %, während der Anteil amerikanischer Institute zurückging.

Der Dollar als Anleihewährung steht immer noch mit 433 Mrd. US-$ an der Spitze der Euro-Emissionen, gefolgt vom SFr (148 Mrd. US-$), vom Yen (123 Mrd. US-$) und der DM (101 Mrd. US-$).

2) Auf der Grundlage von Erhebungen in New York, London und Tokio wird geschätzt, daß täglich weltweit Devisentransaktionen im Wert von 350–400 Mrd. US-$ getätigt werden. (Zum Vergleich: Die Geldmenge in D in der weiten Definition M3 betrug am 31.12.87 ca. 1080 Mrd. DM, umgerechnet 680 Mrd. US-$.) Von den Devisentransaktionen entfallen nach Schätzung der Bundesbank allenfalls 5–10 % auf Devisengeschäfte, die im Zusammenhang mit dem internationalen Handel mit Gütern oder Dienstleistungen stehen. Der größte Teil der Devisentransaktionen wird zwischen den Devisenhändlern selbst abgewickelt (Interbankgeschäfte).

Die Zahlen sind durch Mehrfachzählungen (z. B. Doppelzählung eines Umtausches von zwei Nichtdollarwährungen über einen Umtausch in Dollar, Doppelzählung der Swap-Geschäfte – Kauf per Kassageschäft, Rückkauf per Termingeschäft) aufgebläht. Dennoch bleibt festzuhalten, daß der Umsatz in den letzten Jahren stark angewachsen ist. In New York betrug der Tagesumsatz 1980 18 Mrd. $, 1983 26 Mrd. $ (+ 44 %) und 1986 50 Mrd. $ (+ 92 %). Der Schluß liegt nahe, daß die Wechselkurse heute überwiegend durch das Interbankgeschäft bestimmt werden und die realwirtschaftlichen Güter- und Dienstleistungsströme nur mittelfristig ihre Wirkung entfalten.

3) Die Expansion der internationalen Finanzmärkte und ihre größere Volatilität werden auf mehrere Faktoren zurückgeführt:

a) Die hohe internationale Liquidität: In den 80er Jahren entstanden vor allem wegen einer starken fiskalischen Expansion in den Vereinigten Staaten erhebliche außenwirtschaftliche Ungleichgewichte zwischen den wichtigsten Industrieländern.

Steigenden Leistungsbilanzdefiziten in den USA standen wachsende Überschüsse in Japan, in der Bundesrepublik Deutschland und in anderen Ländern gegenüber. Sie lösten beträchtliche Finanzierungsströme aus, die weit über die Lei-

stungsbilanzsalden hinausgingen. Diese Verschiebungen schlugen sich in Veränderungen des Auslandsvermögens dieser Länder nieder.

Von 1984–1986 nahm das Netto-Auslandsvermögen der USA um 350 Mrd. $ ab. Die USA wurden vom größten Gläubiger zum größten Schuldnerland der Welt (Stand der USA-Netto-Auslandsschulden Ende 1987: ca. 400 Mrd. $). Das Auslandsvermögen Japans nahm in der gleichen Zeit um netto 150 Mrd. $, das der Bundesrepublik um netto 80 Mrd. $ zu.

b) Die Erhöhung der internationalen wirtschaftlichen Risiken (Währungs-, Zins-, Solvenzrisiken): Über mehrere Jahre ist ein Anwachsen der Gelder zu beobachten, die kurzfristige internationale Anlagemöglichkeiten suchen und die aufgrund der Risiken oder der mangelnden Ertragsaussichten in der jeweiligen nationalen Wirtschaft auf die internationalen Märkte drängen.

c) Das Wachstum der Weltwährungsreserven: Sie stiegen 1987 um gut 200 Mrd. US-$. Das entspricht einem Rekordanstieg von (wechselkursbereinigt) +27%, der vor allem auf umfangreiche Stützungsoperationen des US-$ zurückzuführen ist. Er spiegelt die ungelösten Probleme außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte wider.

d) Die sich über mehrere Jahre fortsetzende Diversifizierung der Geld- und Kapitalmarkttitel und die wachsende Osmose zwischen nationalen und internationalen Finanzmärkten: Sie führt dazu, daß ein erheblicher Teil inländischer Kreditbewegungen durch internationale Finanzgeschäfte ersetzt oder dupliziert werden.

e) Einzelne markteinengende Regulierungen (z. B. Quellensteuer): Sie setzen Anreize, von den nationalen auf die internationalen Märkte auszuweichen.

f) Die Einführung neuer Informationstechnologie: Sie erleichtert den Zugang zu den Märkten und senkt die Transaktionskosten.

Blitzschnell und weltweit sind heute die Informationen aus den elektronischen Medien verfügbar. Da in der Finanzwelt häufig gleichartige Computerprogramme verwandt werden, kann es zu gleichgerichteten Marktreaktionen (stampede) kommen, die vorübergehend keinen Marktausgleich zwischen Angebot und Nachfrage zustande kommen lassen.

Zu unterscheiden ist zwischen computer trading, bei dem Computer lediglich der Erleichterung der Geschäftsabwicklung dienen, und program trading, bei dem Kauf- und Verkaufsentscheidungen vom Computer vorbereitet oder initiiert werden.

Computer trading birgt die Gefahr, das Marktgeschehen so sehr zu beschleunigen, daß den Marktteilnehmern die Übersicht verloren geht. Program trading (meist eine Portfolio-Sicherungsstrategie oder eine Form des Indexhandels) setzt jederzeit liquide Märkte voraus. Sind die Märkte jedoch nicht liquide, kann es zu Kurseinbrüchen wie im letzten Oktober kommen.

III. Wertung

1) Für die internationalen Geld- und Kapitalmärkte kennzeichnend ist, daß sie außerhalb der Sphäre nationaler Souveränitäten arbeiten. Hier unterliegen Banken oder ihre Filialen weder einer Aufsicht durch Kreditaufsichtsbehörden noch geldpolitischen Beschränkungen (Mindestreserveauflagen, ggf. spezielle Zinssätze), noch Steuerpflichten. Die Märkte sind größtenteils in Off-shore-Zentren angesiedelt.

Sogenannte Off-shore-Zentren bestehen in Luxemburg, auf den Bahamas, den Kaimaninseln, den Niederländischen Antillen, in Panama, Bahrain, Hongkong und Singapur. Das Kreditwachstum in diesen Zentren ist weitgehend unbegrenzt. Das internationale Problem der Überwachung internationaler Finanzmärkte kann nur durch eine umfassende internationale Verständigung gelöst werden.

Innerhalb der EG kann davon ausgegangen werden, daß die Bereitschaft hierzu vorhanden ist. Die Mitgliedstaaten haben sich durch einen gemeinsamen Standpunkt vom 7.6.88 darüber verständigt, daß die nationalen Bankenaufsichtsbehörden Banken auf der Grundlage konsolidierter Bilanzen einschließlich ihrer Tochtergesellschaften überwachen können.[7] Auf diese Weise ist das Problem des Off-shore-Zentrums Luxemburg zumindest teilweise gelöst.

Wettbewerb um Finanzmärkte hat die Entwicklung in die falsche Richtung getrieben: Traditionelle Zentren versuchen mit den Off-shore-Zentren durch die Einrichtung von „free banking zones" zu konkurrieren. Diese ähneln den Off-shore-Zentren, sind aber in die jeweilige nationale Wirtschaft integriert. London, New York und Tokio sind diesen Weg gegangen. Es handelt sich hierbei um eine „beggar my neighbour"-Politik.

2) Ohne adäquaten wirtschaftspolitischen Rahmen tendieren die Geld- und Kapitalmärkte zu Fehlentwicklungen. Dies ist auf dem Markt internationaler Bankenkredite, dem internationalen Anleihemarkt und dem Aktienmarkt zu beobachten gewesen.

Einerseits war der internationale Markt durch Banken vermittelter Kredite 1972/73 so effizient, daß er den ersten Ölpreisschock[8] und das damit entstandene Problem des Recycling der Petrodollars[9] gut bewältigen konnte. Andererseits wurde die Kreditexpansion nicht eingeschränkt, als es nötig gewesen wäre, zumindest in den ölimportierenden Ländern vor allem der Dritten Welt einen Anpassungsprozeß einzuleiten. In vielen dieser Länder wurde diese Notwendigkeit durch Aufnahme neuer Kredite hinausgezögert. Bis 1981 wuchs das Kreditvolumen mit einer jährlichen mittleren Wachstumsrate von 26 %. 1981 wurden die ersten Anzeichen der internationalen Schuldenkrise sichtbar. Die Tatsache, daß der Markt zu keiner Selbstregulierung gefunden hat, wurde auf die scharfe Konkurrenz zwischen Banken zurückgeführt.

Der Expansion im internationalen Bankenkreditmarkt folgte eine Expansion im internationalen Anleihemarkt. Das Volumen der Neuemissionen betrug 1980 40 Mrd. $. Es erreichte 1986 226 Mrd. $ (durchschnittliches jährliches Wachstum 1980–1986: 33 %). Da aber der internationale Anleihemarkt nicht über ausreichende langfristige Mittel für ein derart schnelles Anwachsen der Anleiheemissionen verfügte, wurde der internationale Geldmarkt mit Fristigkeiten

7 Zum gemeinsamen Standpunkt der EG-Ratstagung auf der Ebene der für den Binnenmarkt sowie Schutz und Information der Verbraucher zuständigen Minister am 7. Juni 1988 in Luxemburg über Pflichten der in einem EG-Mitgliedstaat eingerichteten Zweigniederlassungen von Kredit- und Finanzinstituten mit Sitze außerhalb dieses Mitgliedstaates vgl. BULLETIN DER EG 6/1988, S. 63.

8 Nach Beschlüssen der OAPEC-Mitgliedstaaten im Oktober 1973, die Preise für Rohöl zu erhöhen, die Fördermenge zu drosseln und kein Öl mehr in die Niederlande und die USA zu liefern, kam es zu einem drastischen Anstieg der Ölpreise und zu Versorgungsengpässen in den Industriestaaten. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 345, und AAPD 1984, II, Dok. 215.

9 Zur Rückführung der Devisenüberschüsse der erdölproduzierenden Staaten („recycling") vgl. AAPD 1975, I, Dok. 8.

von sechs oder weniger Monaten zur Zwischenfinanzierung von langfristigen Anleihen genutzt. Von 1980 bis 1986 expandierten die kurzfristigen variabel verzinslichen Geldmarkttitel (floating rate notes) doppelt so schnell wie die anderen internationalen Anleihen. Ihr Anteil am Gesamtemissionsvolumen stieg von 12 auf 35%. 1986/1987 wurde der Punkt der Marktsättigung erreicht. Gleichzeitig wurde dem Markt bewußt, daß die Anlagen nicht so liquide seien, wie bisher angenommen. Es kam zu Preiseinbrüchen. Der Anteil dieser Anlagen am Gesamtvolumen fiel auf unter 16% im 1. Quartal 1988 zurück. Langfristige Papiere mit festen Zinssätzen liegen inzwischen wieder vorne.

In den letzten Jahren lenkten die Investoren ihre Aufmerksamkeit verstärkt auf die Aktienmärkte. In New York, London, Paris und Tokio stiegen die Aktienkurse schneller als die Dividenden, das Gewinn/Kurs-Verhältnis sank. Am 19. Oktober 1987 kam es zum Börsenkrach.

3) Die Globalisierung der Märkte wird durch die Verwendung modernster Informationstechnologie gefördert. Ob und wie der computergestützte Handel reguliert werden soll, wird gegenwärtig kontrovers diskutiert.

Meist wird wegen der vielfältigen Umgehungs- und Ausweichmöglichkeiten von einer Detailregelung abgesehen und nur für den Fall krisenhafter Entwicklungen auf der ganzen Breite des Marktes ein zeitweiliger Stopp des Computerhandels in Erwägung gezogen. Dies kann aber nur Erfolg haben, wenn es sich bei einer derartigen Entwicklung und den ihr zugrundeliegenden Faktoren um ein vorübergehendes Phänomen handelt. Andernfalls setzt die Krise bei Wiedereröffnung des Handels erneut ein.

4) Unbestritten ist die Notwendigkeit des Abbaus der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte. 1987 hatten die USA ein Leistungsbilanzdefizit von 160 Mrd. US-$, Japan einen Überschuß von 87 Mrd. US-$ und D einen Überschuß von 44 Mrd. US-$.

Leistungsbilanzungleichgewichte sind per se unbedenklich. Leistungsbilanzdefizite sind z.B. typisch für Entwicklungsländer, die Kapitalgüter importieren müssen, um ihre Produktionsstruktur aufzubauen. Sie sind unschädlich, wenn sie vorübergehender Natur sind.

Die heutigen Leistungsbilanzungleichgewichte jedoch sind die größten und langandauerndsten der Wirtschaftsgeschichte. Sie bestehen zwischen Volkswirtschaften des gleichen Entwicklungsniveaus und beschwören die Gefahr des Protektionismus herauf. Sie bedrohen das internationale Wechselkurs- und Zinsgefüge, von denen das eine oder das andere auseinanderbrechen muß, falls die Ungleichgewichte nicht abgebaut werden.

Wichtig ist, daß die Ungleichgewichte wieder auf ein tragfähiges Niveau zurückgeführt werden. Für die USA kommt es darauf an, die Importnachfrage zu drosseln und die Wettbewerbsfähigkeit der Exportindustrie zu verbessern, das Budgetdefizit zurückzuführen und die Sparquote, die derzeit weniger als 4% beträgt, zu steigern. Für die Überschußländer kommt es darauf an, die Binnennachfrage zu stärken, um auf diesem Wege einen Abbau ihrer Überschüsse zu erreichen. Dies kann nicht allein über die Geld- und Währungspolitik erreicht werden. Budget- und Strukturpolitik müssen ebenfalls einbezogen werden. In der Währungspolitik wurden große Anstrengungen unternommen, die Wechselkurse – insbesondere die Kurse des Dollars – zu stabilisieren und auf ein Niveau

zu führen, das den Anpassungsprozeß fördert (Plaza-Abkommen vom September 1985[10], Louvre-Abkommen vom Februar 1987[11], Louvre-II-Abkommen, auch Telefonakkord genannt, vom Dezember 1987[12]).

5) In den letzten Jahren ist die globale Interdependenz der Finanzmärkte Wirklichkeit geworden. Dies zeigt z. B. die weltweite Reaktion auf die Veröffentlichung von Wirtschaftsdaten und -prognosen (Handelszahlen, Wachstumsraten, Beschäftigungsstatistiken, Inflationsindices). Die von der hohen Kapitalmobilität gekennzeichnete internationale Finanzwelt wird durch Erwartungen bestimmt. Da Erwartungen auf Informationen basieren, ist es unerläßlich, daß die wirtschaftspolitische Abstimmung durch eine verantwortliche Informationspolitik gestützt wird.

6) Die Entwicklung der jüngsten Jahre stellt eine Herausforderung erster Ordnung für die nationale Wirtschaftspolitik dar. Es stellt sich die Frage, ob und ggf. wie die Geld- und Kapitalmärkte kontrolliert werden können.

Die zunehmende Entfernung der Geld- und Kapitalbewegungen von den Güter- und Dienstleistungsströmen hat Konsequenzen für Wechselkurse und Zinsen. Sie werden in weit höherem Maße als zuvor von internationalen Geld- und Kapitalbewegungen beeinflußt und sind dadurch größeren Schwankungen ausgesetzt. Über ihre Auswirkungen auf die Wechselkurse haben die Geld- und Kapitalbewegungen erhebliche Auswirkungen auf den realwirtschaftlichen Bereich (Handel, Preise, Konjunktur, Wachstum).

7) Die Wirtschaftspolitik bleibt von nationalen Zielen bestimmt. Im Kontext der offenen Wirtschaft und frei zugänglicher Kapitalmärkte sind die internationalen Einflüsse aber so bedeutsam, daß sie in die nationale Zielsetzung miteingehen müssen. Sie müssen integraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik sein.

Dies gilt insbesondere für D. Das Wachstum der international offiziell und privat gehaltenen DM-Positionen – die DM ist nach dem Dollar mit über 13 % der von der Notenbank gehaltenen Devisenreserven die zweitwichtigste Reservewährung – erhöht noch die ohnehin durch die Integration in den Welthandel gegebene Abhängigkeit von dem Geschehen auf den internationalen Märkten.

Es besteht aber auch ein nationales Interesse an der internationalen Kooperation. Die gegenwärtigen Ungleichgewichte können nicht aufrechterhalten werden. Es gibt kein historisches Beispiel dafür, solche Ungleichgewichte zu reduzieren, ohne eine Rezession auszulösen. Eine Rezession ist aber unter allen Umständen zu vermeiden. Daher muß das Instrument ausgebaut werden, das neu hinzugekommen ist: die internationale Kooperation.

8) Wahrscheinlich ist es nicht möglich, eine vollkommene Übereinkunft zwischen den Regierungen über die Wirtschaftspolitiken zu erzielen. Es ist aber not-

10 Für den Wortlaut der Erklärung der Finanzminister und Notenbankchefs der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Japans und der USA am 22. September 1985 in New York (Plaza-Abkommen) vgl. http://www.g8.utoronto.ca/finance/fm850922.htm.

11 Für den Wortlaut der Erklärung der Finanzminister und Notenbankchefs der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Japans, Kanadas und der USA vom 22. Februar 1987 (Louvre-Abkommen) vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 258–260. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 50.

12 Für den Wortlaut der Erklärung der Finanzminister und Notenbankchefs der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans, Kanadas und der USA vom 23. Dezember 1987 vgl. BULLETIN 1987, S. 1241–1243.

wendig, die gegenseitige Verträglichkeit nationaler Wirtschaftspolitiken zu verstärken.

Die Kooperation muß breit angelegt sein und die Währungspolitik, die Geldpolitik, die Fiskalpolitik sowie die weiteren Bereiche der Gewerbe-, Sozial-, Struktur- und Regionalpolitik umfassen. Sogar die Ordnungspolitik muß in immer stärkerem Maße einbezogen werden.

Es wäre illusorisch, eine globale Abstimmung in all diesen Bereichen anzustreben. Eine Alternative bietet die enge regionale Kooperation, die interregional erweitert werden kann. Innerhalb der EG werden alle angesprochenen Bereiche bereits abgestimmt. Sie gehen ein in das auf dem ER Hannover[13] bekräftigte Ziel der Wirtschafts- und Währungsunion. Nur auf dem regionalpolitischen Weg kann Handlungsspielraum zur Verwirklichung nationaler wirtschaftspolitischer Ziele wiedergewonnen werden, der aufgrund der Öffnung der Kapitalmärkte und dem Gewicht der internationalen Kapitalströme verloren gegangen ist.

Da diese Fragen die nationale Souveränität in ihrem Kern betreffen und in der regionalen und internationalen Kooperation eine umfassende Interessenabwägung geleistet werden muß, ist zu erwarten, daß diese Fragen in Zukunft einen breiteren Raum in der Außenpolitik einnehmen werden.

Schönfelder

Referat 412, Bd. 168638

229

Aufzeichnung des Botschafters Holik

220-371.61 VS-NfD **12. August 1988**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2], Herrn Bundesminister[3] mit der Bitte um Zustimmung zur Weiterleitung anliegender Papiere an das Bundeskanzleramt und BMVg

Betr.: Gesamtkonzept der Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle[4]; hier: Vorbereitung der Sitzung der Beratergruppe[5] am 30.8.1988

Bezug: Ihre in der Besprechung am 20.7.1988 zum Thema „Gesamtkonzept" erteilte Weisung

Anlg.: 2

13 Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 in Hannover vgl. Dok. 191.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Seibert konzipiert.
2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 16. August 1988 vorgelegen.
3 Hat Bundesminister Genscher laut Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Elbe vom 21. September 1988 vorgelegen. Ferner verfügte Elbe den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 220.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 21. September 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Seibert am 22. September 1988 erneut vorgelegen.
4 Zur Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO vgl. Dok. 150.

1) In der Sitzung der Beratergruppe aus Bundeskanzleramt, AA und BMVg am 23.6.1988[6] wurde Abteilung 2A beauftragt, Entwürfe für

– ein Einleitungskapitel zu den „Grundlagen der Sicherheitspolitik" (Federführung 2A, Mitwirkung Abteilung 2) sowie

– „Aufgaben und Kriterien der Rüstungskontrolle und Abrüstung" (2A)

zu erstellen und diese als Diskussionsgrundlage für die nächste Sitzung am 30.8. rechtzeitig zu zirkulieren.

2) In der Besprechung am 20.7. zum Thema „Gesamtkonzept" (Stand der Vorbereitungen in der Bundesregierung und im Bündnis) hatten Sie Weisung erteilt, Ihnen die Papiere vor Weiterleitung vorzulegen.

3) Die Entwürfe werden als Anlage mit der Bitte um Zustimmung zur Weiterleitung an Bundeskanzleramt und BMVg vorgelegt. Dort sollen sie eine Woche vor dem nächsten Sitzungstermin (30.8.) vorliegen.[7]

Bei der Redaktion des Entwurfs zur Rüstungskontrolle wurde weitgehend auf Weisungen für unsere NATO-Vertretung zurückgegriffen, denen das BMVg zugestimmt hatte.

Holik

[Anlagen]

[Anlage 1]

[…][8]

5 Mit Blick auf die Sitzung der Beratergruppe für eine Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO am 20. Juli 1988 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofstetter am Vortag: „Am 24. Februar 1988 beschloß der BSR, eine Gruppe von Experten aus Bundeskanzleramt, AA und BMVg zur Erarbeitung eines Gesamtkonzepts für Sicherheit, Rüstungskontrolle und Abrüstung einzusetzen. […] Der Zusammenhang zwischen dem internen Abstimmungsprozeß innerhalb der Bundesregierung und den Beratungen im Bündnis liegt auf der Hand: Nur auf der Grundlage einer einvernehmlichen deutschen Position können wir unser Interesse im Bündnis wirksam vertreten. Dabei sind in den letzten Wochen in unserer Abstimmung mit dem BMVg Fortschritte erreicht worden, die es uns ermöglicht haben, in Grundsatzfragen unserer Sicht des Gesamtkonzepts (notwendige Interaktion von Verteidigungsplanung einerseits und Rüstungskontrolle und Abrüstung andererseits, Forderung nach Prüfung eines Rüstungskontrollansatzes für nukleare Kurzstreckenraketen) gemeinsame Weisungen für die Arbeit der Pearson-Gruppe zu erteilen." Referat 220, Bd. 144777.

6 Botschafter Holik vermerkte am 28. Juni 1988 über die Sitzung der Beratergruppe für eine Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO, es sei vereinbart worden, bis zur nächsten Sitzung am 30. August 1988 drei „Beiträge in Arbeitsteilung" zu erstellen. Neben den Beiträgen des Auswärtigen Amts solle in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Verteidigung ein Beitrag über „Kriterien der Strategie der Abschreckung" erarbeitet werden. Holik führte aus: „Auf der Basis dieser Beiträge soll dann der Mindestbedarf an Nuklearwaffen unter Berücksichtigung mehrerer Szenarien untersucht werden: nach Implementierung des INF-Vertrages, nach START, nach CW-Verbot, nach Abbau konventioneller Überlegenheit des WP auf ein Niveau leicht unter dem gegenwärtigen NATO-Bestand, nach Herstellung konventioneller Stabilität." Vgl. Referat 220, Bd. 144777.

7 Zur Sitzung der Beratergruppe für eine Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO am 30. August 1988 vgl. Dok. 242.

8 Dem Vorgang beigefügt. In der undatierten Aufzeichnung „Grundlagen unserer Sicherheitspolitik" wurde das „im Harmel-Bericht von 1967 gültig definierte politische Konzept" der NATO bekräftigt: „Auf dieser Grundlage wollen wir als solidarische Vertreter freiheitlicher Demokratie in Europa und Nordamerika eine europäische Friedensordnung schaffen, in der die unnatürlichen Schranken zwischen West- und Ost-Europa, die sich in der Teilung Deutschlands am deutlichsten und schmerzlichsten offenbaren, beseitigt werden und in der die Staaten ohne Furcht voreinander in einem fried-

[Anlage 2]

Betr.: Gesamtkonzept der Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle;
hier: Entwurf eines Kapitels zu „Aufgaben und Kriterien der Rüstungskontrolle und Abrüstung“

I. Aufgaben und Kriterien der Rüstungskontrolle und Abrüstung

1) Ziele der Rüstungskontrolle

Als Instrument[9] unserer Sicherheitspolitik dienen Rüstungskontrolle und Abrüstung der Festigung der Sicherheit und Stabilität auf möglichst niedrigem Niveau der Streitkräfte und Rüstungen. Dabei müssen in jeder Phase des Rüstungskontrollprozesses Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit unter Berücksichtigung des veränderten Kräfteverhältnisses gewahrt bleiben. Um Sicherheit und Stabilität umfassend zu festigen, muß unser Rüstungskontrollkonzept alle Bereiche des militärischen Kräfteverhältnisses einbeziehen. Auch wenn Rüstungskontrolle einzelne Bereiche für Verhandlungen gesondert behandeln muß, ist stets der gesamtstrategische und rüstungskontrollpolitische Zusammenhang zu beachten.

Ziel stabilitätsorientierter Rüstungskontrollansätze sind insbesondere:

– Stabiles Verhältnis militärischer Optionen: Keine Seite darf über erfolgversprechende Angriffsoptionen verfügen.
– Krisenstabilität: Streitkräfte sollen so beschaffen sein, daß sich keine Seite entscheidende Vorteile davon versprechen kann, als erste zu den Waffen zu greifen.
– Stabilität der Rüstungskonkurrenz: Rüstungskontrollmaßnahmen sollen nicht dazu anreizen, einen Rüstungswettlauf auf andere Waffenbereiche oder in „Grauzonen“ zu verlagern.

2) Kriterien der Rüstungskontrolle

Für rüstungskontrollpolitische Ansätze im Sinne dieser umfassenden Zielsetzung sind folgende Kriterien von entscheidender Bedeutung:

– Gleichheit: Das gleiche Recht aller Staaten auf Sicherheit muß gewährleistet, das Entstehen von Zonen unterschiedlicher Sicherheit verhindert werden.
– Ausgewogenheit: Rüstungskontrollschritte müssen ausgewogen sein und Ungleichgewichte abbauen, damit ein gleichgewichtiges, die Stabilität erhöhendes Kräfteverhältnis auf niedrigerer Ebene erreicht wird.
– Nachprüfbarkeit: Rüstungskontrollvereinbarungen berühren in der Regel vitale Sicherheitsinteressen der Vertragspartner. Durch wirksame und verläßliche Verifikation muß daher die vertragsgemäße Implementierung gewährleistet sein. Nur so kann eine Vertrauensbasis für künftige Abkommen entstehen und die Überzeugung gestärkt werden, daß Rüstungskontrolle und Abrüstung der Erhöhung von Sicherheit und Stabilität dient.
– Nichtumgehung: Rüstungskontrollvereinbarungen müssen ein Unterlaufen der Vertragsziele durch Umgehung ausschließen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1217

lichen Wettbewerb leben können. Elemente einer solchen Friedensordnung sind in der KSZE-Schlußakte von Helsinki enthalten.“ Referat 220, Bd. 144777.

9 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „integraler Bestandteil“.

3) Rüstungskontrolle als Instrument der West-Ost-Politik

Rüstungskontrolle kann die Beziehungen zwischen West und Ost nachhaltig verbessern, indem sie im sicherheitspolitischen Bereich kooperative Strukturen zur Vermeidung oder Bewältigung von Krisen und zur Verhütung von Krieg schafft. Insofern ist Rüstungskontrollpolitik ein wesentlicher Bestandteil unserer Außenpolitik, die auf die durchgreifende Verbesserung des West-Ost-Verhältnisses durch mehr Kooperation und Abbau von Konfrontation gerichtet ist. Rüstungskontrolle leistet hierzu einen wichtigen Beitrag, indem sie

– Gegensätze und Spannungen in einem kritischen Bereich abbaut,
– Vertrauen zwischen West und Ost sowie die gegenseitige Transparenz erhöht und
– durch Fortschritte und Ergebnisse die Zusammenarbeit auch in anderen Bereichen fördert.

II. Aufgaben und Möglichkeiten der Rüstungskontrolle nach INF

1) Die NATO-Außenminister haben in Reykjavik ein Gesamtkonzept[10] skizziert, das vom NATO-Gipfel endossiert wurde und folgende weitere Aufgaben vorgibt:

– Eine 50prozentige Reduzierung der strategischen nuklearen Offensivwaffen der USA und der Sowjetunion;
– die weltweite Beseitigung chemischer Waffen;
– die Herstellung eines stabilen und sicheren Niveaus konventioneller Streitkräfte durch die Beseitigung von Ungleichgewichten in ganz Europa;
– im Zusammenhang mit der Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts und der weltweiten Beseitigung chemischer Waffen deutliche und überprüfbare Reduzierungen amerikanischer und sowjetischer bodengestützter nuklearer Flugkörpersysteme kürzerer Reichweite, die zu gleichen Obergrenzen führen.

2) Die Ausführung des Auftrages von Reykjavik zur Weiterentwicklung eines Gesamtkonzepts für Rüstungskontrolle und Abrüstung, bei dem sowohl der allgemeine Fortschritt in den laufenden Rüstungskontrollverhandlungen als auch die Erfordernisse der Sicherheit des Bündnisses und seiner Strategie der Abschreckung zu berücksichtigen und diese „komplexen und voneinander abhängigen Probleme im Gesamtzusammenhang bewertet“ werden müssen, erfordert einen integrierten dualen Ansatz:

– bei der Ausarbeitung von Rüstungskontrollpositionen die Berücksichtigung der Erfordernisse der Sicherheit des Bündnisses und seiner Strategie der Abschreckung;
– bei der Vorbereitung von militärischen Entscheidungen die Einkalkulierung von Fortschritten und Ergebnissen der laufenden Rüstungskontrollverhandlungen, aber auch zukünftiger Möglichkeiten der Rüstungskontrolle.

Dabei ist in Rechnung zu stellen, daß das für die Wahrung von Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit erforderliche Potential nach Zusammensetzung und Umfang keine absolute Größe darstellt, sondern auch durch Verhandlungen mit

10 Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384. Zur Tagung vgl. AAPD 1987, I, Dok. 174.

dem Osten auf der Basis der Gegenseitigkeit verringert werden kann und soll. Das operative Minimum ist nicht statisch, sondern als Funktion der Bedrohung festzusetzen. Dieser duale Ansatz erfordert eine Interaktion zwischen Verteidigungsplanung einerseits sowie Rüstungskontrolle und Abrüstung andererseits. Daraus folgt, daß vor Modernisierungsentscheidungen Klarheit über die rüstungskontrollpolitischen Optionen des Bündnisses und ihre Auswirkungen geschaffen werden muß. Wir müssen daher darauf drängen, daß die in beiden Bereichen zu entwickelnden Optionen parallel verfolgt werden.[11]

3) Ausgehend von den im Kommuniqué von Reykjavik niedergelegten vier Rüstungskontrollzielen geht es bei der Weiterentwicklung des Gesamtkonzepts um Entscheidungen über die Rolle, die Verhandlungen in diesen Bereichen jeweils für sich und im Zusammenhang für die Festigung der Sicherheit des Bündnisses in Zukunft übernehmen können.

Da bei START und CW die laufenden Verhandlungen bereits weit fortgeschritten sind und im konventionellen Bereich intensive Vorbereitungen zur Ausarbeitung eines westlichen Verhandlungsvorschlags im Gange sind, wird es dabei im wesentlichen um die Prüfung von Optionen für einen Rüstungskontrollansatz im SNF-Bereich im Rahmen eines Gesamtkonzepts für Rüstungskontrolle und Abrüstung gehen.

4) Aus dem[12] Auftrag von Reykjavik, den allgemeinen Fortschritt in den laufenden Rüstungskontrollverhandlungen ebenso in Rechnung zu stellen wie die Erfordernisse der Sicherheit des Bündnisses und seiner Strategie der Abschreckung, ergibt sich als logischer[13] Ansatz,[14] bei der Prüfung des militärisch Erforderlichen und rüstungskontrollpolitisch Machbaren auf verschiedene Szenarien abzustellen. Dabei wird als erstes Szenario die durch den INF-Vertrag geschaffene neue Situation im Vordergrund stehen.

4.1) Lage nach Implementierung des INF-Vertrages

Der INF-Vertrag entspricht voll den Sicherheitsbedürfnissen des Bündnisses, die NATO-Strategie[15] bleibt durchführbar.

Auch nach der Implementierung des INF-Vertrages bleiben jedoch destabilisierende Ungleichgewichte:

a) Im konventionellen Bereich verfügt der Warschauer Pakt, gestützt auf die vorne dislozierten Streitkräfte der Sowjetunion, über die Fähigkeit zum Überraschungsangriff und zur raumgreifenden Offensive. Die vorhandenen Asymmetrien bei den Hauptwaffensystemen und Streitkräften werden verschärft durch geostrategische Nachteile des Bündnisses und den Mangel an Transparenz auf seiten des Warschauer Paktes. Deshalb liegt die Erarbeitung einer Verhandlungs-

11 Der Passus „vor Modernisierungsentscheidungen … parallel verfolgt werden“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies ist natürlich ein Schlüsselsatz. Das Problem wird in der Praxis darin bestehen, wie diese Parallelität sichergestellt werden kann.“

12 Die Wörter „Aus dem“ wurden von Bundesminister Genscher gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Der“.

13 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager mit Klammern versehen.

14 Die Wörter „ergibt sich als logischer Ansatz,“ wurden von Bundesminister Genscher gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „verlangt“.

15 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 11, Anm. 9.

position des Bündnisses für die angestrebten Verhandlungen über konventionelle Stabilität in Europa und die baldige Aufnahme von Verhandlungen in unserem elementaren Sicherheitsinteresse.

b) Bei chemischen Waffen verfügt der Warschauer Pakt über ein massives Übergewicht. Die davon ausgehende Bedrohung für das Bündnis und die Gefahr einer Proliferation chemischer Kampfstoffe in der Dritten Welt machen ein umfassendes, verläßlich überprüfbares Verbot dieser Waffenkategorie zu einem vorrangigen Ziel der Rüstungskontrollpolitik des Bündnisses. Es muß daher unser zentrales Anliegen sein, im Bündnis auf die Wahrung des westlichen Grundkonsenses in der Frage der weltweiten Beseitigung von CW hinzuwirken und unsere Bündnispartner für energische Verhandlungsanstrengungen in Genf zu gewinnen.

c) Im nuklearen Bereich bleibt die Bedrohung Europas durch sowjetische Systeme oberhalb und unterhalb des INF-Bereichs.

Mit ihren strategischen Systemen kann die Sowjetunion nicht nur die USA, sondern ganz Westeuropa abdecken. Der baldige Abschluß eines START-Abkommens, das die Zahl der strategischen Offensivwaffen der USA und der Sowjetunion halbiert, die strategische Stabilität festigt und sowjetische Nuklearoptionen auch gegenüber Europa verringert, liegt daher im unmittelbaren Interesse auch der Bundesrepublik Deutschland und der westlichen Bündnispartner.

Im Bereich der vom INF-Vertrag nicht erfaßten Nuklearsysteme unter 500 km sowie bei den nuklearfähigen INF-Flugzeugen längerer und kürzerer Reichweite verfügt der WP über ein erhebliches Übergewicht.

Einem Gesamtpotential des WP von 4360 technisch nuklearfähigen, in Europa einsatzbereiten INF-Flugzeugen stehen 1944 vergleichbare Flugzeuge der NATO gegenüber.

Im Bereich der nuklearfähigen Rohrartillerie hat der WP seit 1981 mehr als 3000 nuklearfähige Geschütze auf Selbstfahrlafetten neu eingeführt, die nicht nur die konventionelle Feuer- und Stoßkraft erhöhen, sondern zugleich ein umfangreiches SNF-Potential darstellen. Damit stehen rund 3800 nuklearfähigen Geschützen des WP 1200 gleichwertige Systeme der NATO gegenüber, die nuklear eingesetzt werden können.

Im Bereich der bodengestützten Nuklearflugkörper unter 500 km Reichweite hat der Osten ein noch massiveres Übergewicht. Den sowjetischen Systemen dieser Reichweite sowie den entsprechenden Systemen anderer Staaten des Warschauer Paktes, für die es sowjetische nukleare Sprengköpfe gibt – rund 1360 ständig einsatzbereit gehaltene Systeme –, stehen 88 LANCE-Systeme des Bündnisses gegenüber.

Landgestützte Nuklearraketen entsprechen aufgrund folgender Eigenschaften dem offensiven Operationskonzept des WP:

– Überraschung des Gegners durch kurze Flugzeit,
– rasche Nachladefähigkeit,
– hohe Mobilität,
– hohe Eindringfähigkeit,
– geringe Verwundbarkeit.

Die fortlaufende Ersetzung des älteren Systems FROG durch die treffgenauere SS-21 erhöht die Wirksamkeit des sowjetischen Potentials. Ferner verfügt die SU über die Option der weiteren Nutzung der Scud sowie der Modernisierung in diesem Bereich.

Zu prüfen ist, inwieweit bei den angeführten Kategorien von Nuklearwaffen die Voraussetzungen für eine rüstungskontrollpolitische Erfassung gegeben sind:

(1) Die Kategorie der nuklearfähigen Flugzeuge wirft schwierig zu lösende Definitions- und Verifikationsfragen auf. Dies gilt insbesondere für die Abgrenzung zwischen Flugzeugen, die

– nur für konventionelle Aufgaben geeignet sind,

– technisch nuklearfähig sind,

– für den nuklearen Einsatz vorgesehen sind.

Außerdem wäre ihre Erfassung in einem auf Europa bezogenen Rüstungskontrollansatz angesichts ihrer hohen Mobilität grundsätzlich problematisch.

Hinzu kommt, daß Flugzeuge als Teil des westlichen Nuklearpotentials in und für Europa eine unverzichtbare Schlüsselrolle im Verteidigungskonzept des Bündnisses innehaben. Es gilt aber auch für ihre vielfältigen Aufgaben als Teil des konventionellen Verteidigungspotentials des Bündnisses in Europa.

Eine rüstungskontrollpolitische Regelung, die ausschließlich auf die Begrenzung bzw. Reduzierung der nuklearen Bewaffnung von Flugzeugen abstellen würde, dürfte fast unlösbare Verifikationsprobleme aufwerfen. Zudem wäre es äußerst schwierig, bestimmte Nuklearwaffen Flugzeugen bestimmter Reichweiten zuzuordnen.

(2) Die Artilleriesysteme der NATO und des Warschauer Paktes in Europa werden Gegenstand der KRK-Verhandlungen sein. Dies schließt sowohl doppelt einsatzfähige Geschütze als auch nur für den konventionellen Einsatz bestimmte Geschütze ein.

Gegen die Festlegung von Obergrenzen für die nukleare Artilleriemunition beider Seiten spricht, daß sie vermutlich nicht verifizierbar wären.[16] Die Möglichkeit einseitiger Reduzierungsmaßnahmen, wie sie vom Bündnis bereits in dem Beschluß von Montebello[17] angelegt wurde, ist damit aber nicht ausgeschlossen.

(3) Die Erfassung von Raketensystemen ist, wie der INF-Vertrag gezeigt hat, technisch grundsätzlich machbar. Zu prüfen ist, welche rüstungskontrollpolitischen Optionen dem westlichen Interesse am Abbau der Bedrohung entsprechen, die wegen des ausgeprägten Übergewichts des WP bei den nuklearen Kurzstreckenraketen besonders gravierend ist.

Richtschnur hierfür ist das von den Ministern in Reykjavik beschlossene Rüstungskontrollziel. Dieses schließt eine Null-Lösung aus.[18]

16 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher gestrichen. Dafür fügte er ein: „Die Festlegung von Obergrenzen für die nukleare Artilleriemunition beider Seiten wäre vermutlich nur schwer verifizierbar."

17 Auf der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 in Montebello wurde der Abbau von 1400 nuklearen Gefechtsköpfen beschlossen. Außerdem wurde auf die Notwendigkeit von Modernisierungsmaßnahmen im Bereich der Trägermittel und nuklearen Sprengköpfe hingewiesen. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 321.

18 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher gestrichen.

Eine wichtige zu klärende Frage ist die genaue Bedeutung der Formulierung, „in conjunction with the establishment of a conventional balance and the global elimination of chemical weapons". Damit zusammen hängt die Frage, wann solche Verhandlungen stattfinden sollen.

Unabhängig von der Klärung dieser Frage sind schon jetzt u.a. folgende weitere, sich ebenfalls aus dem Auftrag von Reykjavik ergebenden Fragen zu prüfen:

– Höhe der anzustrebenden Obergrenzen,
– globaler oder regionaler Geltungsbereich,
– Gegenstand der Verhandlungen (Launcher, Raketen-Gefechtsköpfe oder gesamte Raketensysteme?),
– Verifikationsproblematik.

4.2) Situation nach Implementierung eines START-Abkommens[19]

Ein Abkommen über die 50prozentige Reduzierung der strategischen nuklearen Offensivwaffen der USA und der SU auf gleiche Obergrenzen von 6000 Gefechtsköpfen und 1600 Trägersystemen, in Verbindung mit einer Zwischengrenze von 4900 Gefechtsköpfen für ballistische Raketen und 1540 Gefechtsköpfen für schwere ICBMs, wäre ein wichtiger Beitrag zur strategischen Stabilität. Es würde zu einer überproportionalen Verringerung des besonders destabilisierenden sowjetischen ICBM-Potentials führen und Berechenbarkeit für die künftige Entwicklung des strategischen Nuklearpotentials beider Seiten schaffen.

Ein START-Abkommen auf der vereinbarten Grundlage würde die Rolle des amerikanischen strategischen Nuklearpotentials als entscheidender Rückhalt der nuklearen Abschreckung nicht beeinträchtigen. Die Durchführbarkeit der NATO-Strategie bliebe voll gewährleistet. Aus europäischer Sicht ist jedoch darauf zu achten, daß Optionen, die für die Umstrukturierung des Nuklearwaffenpotentials in und für Europa von Bedeutung sind, im Rahmen des Notwendigen erhalten werden.

Die Möglichkeiten der SU, Ziele in NATO-Europa mit redundanten ICBM-Optionen abzudecken, würden begrenzt. Hieraus kann eine Verringerung des Bedarfs an Nuklearwaffen in und für Europa jedoch nicht abgeleitet werden, da diese Waffen nicht dazu dienen, sowjetische strategische Systeme unter Risiko zu halten.[20]

Unter politischen Gesichtspunkten ist allerdings zu berücksichtigen, daß nach Eliminierung der nuklearen Mittelstreckenwaffen und 50prozentigen Reduzie-

19 Im Gespräch mit Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 10. Juni 1988 führte der sowjetische Delegationsleiter bei den START-Verhandlungen, Obuchow, aus: „Viele Elemente einer START-Vereinbarung seien schon vereinbart. Offen bliebe vor allem Frage der Einhaltung bzw. Nichtkündigung des ABM-Vertrages; Begrenzung von seegestützten Marschflugkörpern größerer Reichweite (SLCM); Unterschiede in der Zählweise für ALCM; sowie Untergrenze für Gefechtsköpfe auf ICBM und SLBM, wobei die vereinbarte Obergrenze von 4900 feststehe. Es gebe genügend Möglichkeiten, die Positionen einander anzunähern. In Moskau seien wichtige Schritte hinsichtlich der mobilen ICBM und im Bereich der ALCM getan worden. In Genf verfügten beide Delegationen mit dem gemeinsamen Textentwurf über eine gute Grundlage, die es nun auszufüllen gelte. Insgesamt ergebe sich durchaus die Möglichkeit, den START-Vertrag noch in diesem Jahr, noch unter der gegenwärtigen US-Administration zustande zu bringen." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 76; B 150, Aktenkopien 1988.

20 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher eingeklammert.

rungen der nuklearstrategischen Potentiale der Druck auf Verminderung der Nuklearwaffen auch im unteren Bereich[21] zunehmen würde.[22]

4.3) Nach einem CW-Verbot

Ein verläßlich verifizierbares Verbot von CW würde das sowjetische Übergewicht in diesem Bereich beseitigen. Dem WP würde ein wichtiges Instrument seiner Offensivfähigkeit genommen. Damit würde ein erhebliches Risiko für die Kampfkraft konventioneller Streitkräfte des Bündnisses beseitigt.

Der Verzicht des Bündnisses auf seine begrenzten CW-Bestände würde die NATO-Strategie nicht beeinträchtigen, da sie ausschließlich die Aufgaben haben, die Sowjetunion vom völkerrechtswidrigen Ersteinsatz ihrer CW abzuhalten.

Durch den Abschluß eines CW-Verbots-Abkommens würden aber auch keine nuklearen Mittel der NATO freigestellt, da im Rahmen des westlichen Nuklearpotentials keine spezifischen Mittel zur Abschreckung von sowjetischen CW-Einsätzen bzw. als Reaktion auf solche Einsätze vorgesehen sind.

4.4) Nach Abbau der konventionellen Überlegenheit des WP auf ein Niveau leicht unterhalb des gegenwärtigen NATO-Bestandes

Ein Zwischenziel auf dem Weg zur konventionellen Stabilität könnte – wie gegenwärtig angestrebt – die Reduzierung von Hauptwaffensystemen (Panzer, Schützenpanzer, Artillerie) auf gleichen Obergrenzen leicht unter dem gegenwärtigen westlichen Niveau (ca. 95 %) sein.

Durch eine spezifische Regelung für stationierte Streitkräfte würden vor allem vorne dislozierte sowjetische Streitkräfte mit hohem Bereitschaftsstand, Feuerkraft, Panzerung und Beweglichkeit erfaßt. Die Fähigkeit des WP zur Konzentration konventioneller Offensivkräfte würde substantiell verringert. Verbunden mit einem Paket stabilisierender Maßnahmen, die Offensivvorbereitungen erschweren, ohne die Reaktionsfähigkeit des Verteidigers zu beeinträchtigen, würde ein solches Ergebnis Überraschungsangriffe und die Fähigkeit zu raumgreifenden Operationen praktisch ausschließen. Eine zusammenhängende westliche Vorneverteidigung bliebe dagegen gewährleistet.

Dieses Ergebnis wäre Anlaß, den Mindestbedarf an Nuklearwaffen in und für Europa nach Umfang und Struktur mit dem Ziel substantieller weiterer Reduzierungen neu zu definieren.

Holik

Referat 220, Bd. 144777

21 Der Passus „Druck auf Verminderung … im unteren Bereich“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

22 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher mit Klammern versehen.

230

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Fiedler

311-321.11 IRN VS-NfD **16. August 1988**[1]

Treffen BM mit VAM Larijani am 15.8.1988 im Sheraton Hotel am Flughafen Frankfurt

Teilnehmer auf deutscher Seite: BM, Dg 31[2], MDg Dr. Jansen, VLR I Weber (Dolmetscher);

auf iranischer Seite: VAM Larijani; Botschafter Mostafavi; Hadadi, Golam Reza, amtierender Generaldirekter Amerika und Europa; Pour Jalali, Yadollah, Desk Officer Bundesrepublik Deutschland.

I. VAM Larijani überbrachte Grüße der iranischen Führung an den BM und erinnerte an die stehende Einladung für einen Besuch in Teheran.

BM stellte Besuch nach der GV der VN[3] in Aussicht.[4]

VAM teilte mit, daß er Überbringer einer kurzen Botschaft von MP Mussawi an den Bundeskanzler sei, die eine Antwort auf den Brief des BK[5] sei.

Folgende Themen waren Gegenstand des Gesprächs BM/VAM:

1) Geiselfrage (dazu gesonderter Vermerk[6]);

2) Stand der Vorbereitungen im Vorfeld der Genfer Verhandlungen über die Implementierung der Res. 598[7] und Sicherheit in der Golf-Region;

3) Politik der Öffnung gegenüber den Staaten der Golfregion und den westlichen Staaten, insbesondere den USA;

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Fiedler am 16. August 1988 an Ministerialdirigent Jansen „m[it] d[er] B[itte] um Genehmigung des Inhalts und des Verteilers“ geleitet. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 310, Bd. 149793.

2 Heinz Fiedler.

3 Bundesminister Genscher hielt sich vom 24. September bis 1. Oktober 1988 anläßlich der VN-Generalversammlung in New York auf.

4 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 27. bis 29. November 1988 im Iran vgl. Dok. 341 und Dok. 344.

5 Zum Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 24. April 1988 an Ministerpräsident Mussawi vgl. Dok. 102, Anm. 4.

6 Ministerialdirigent Fiedler notierte am 16. August 1988, im Gespräch mit Bundesminister Genscher am Vortag am Flughafen in Frankfurt am Main habe der stellvertretende iranische Außenminister Larijani erklärt, „daß die Geiselfrage ganz oben auf seiner Agenda stehe. Die iranische Führung sei mit allen relevanten Gruppen in Kontakt, die Einfluß auf die Geiselfrage hätten, darunter auch mit der Familie Hamadi. […] Die Freilassung von Cordes stehe kurz bevor (‚in a few days‘).“ Larijani habe ferner berichtet, „daß acht Gruppen in den Fall Cordes verwickelt seien. Eine davon sei die Familie Hamadi. L[arijani] habe dann gefragt, ob man den Entführern Hoffnungen machen könne, wegen einer frühzeitigen Freilassung des Hamadi.“ Fiedler vermerkte, „BM habe daraufhin klar und entschieden Nein gesagt. […] Auf die Frage von L., was er den Entführern denn sagen könne, habe BM geantwortet: Da Hamadi sich in seiner Einlassung vor Gericht gegenüber den Entführern für eine Freilassung von Cordes ausgesprochen habe und damit die Hoffnung verbinde, daß sein Appell auch von Taten gefolgt sein werde, so müsse ja wohl in der Überlegung von Hamadi eine Freilassung von Cordes auch bei Gericht seinen Eindruck nicht verfehlen. Dieser Logik sei einiges abzugewinnen.“ Vgl. VS-Bd. 13646 (310); B 150, Aktenkopien 1988.

7 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 1, Anm. 33.
Zur Anerkennung der Resolution Nr. 598 durch die iranische Regierung vgl. Dok. 217, Anm. 4.

4) Zusammenarbeit beim Wiederaufbau im Iran.

Im einzelnen

Zu 2) Iranische Strategie vor den Verhandlungen in Genf[8]

VAM sprach Dank der iranischen Führung für Unterstützung beim Zustandekommen der Res. 598 und des Implementierungsplans des GS der VN[9] aus.

Zur Genesis der Entscheidung über die Annahme von Res. 598 durch Iran führte VAM aus, daß es eine etwa sechs Monate lange Debatte zwischen den Politikern und Militärs im Iran über die Ausgangslinie, nämlich die Frontlinie oder die internationale Grenze, gegeben habe. Die Politiker hätten sich schließlich mit ihrer Forderung nach Rückzug auf die internationale Grenze durchgesetzt. Es hätte einige Zeit gedauert, bis die Iraker den neuen Kurs der iranischen Führung erkannt hätten.

SR Res. 598 sei nicht ideal, aber eine Arbeitsgrundlage. Seine Ausführungen machten deutlich, daß er dem Implementierungsplan des GS den Vorzug gebe. Gegenwärtiger Zustand sei höchst zerbrechlich. Die Frage sei, ob die Iraker ihre Muskeln spielen lassen. Schewardnadse habe ihm neulich in Moskau[10] gesagt, daß die irakische Führung Schwierigkeiten habe, dem Volk klarzumachen, worin eigentlich der „Sieg" Iraks bestehe. Es würde sehr verlustreich sein, wenn Irak mehr Land besetzen würde. Die Operationen im Süden nahe Basra hätten Irak allein 14000 Mann Verluste gebracht. Irak sei deshalb zum Entschluß gekommen, einzulenken.[11]

In Genf erwarte er eine lange und schwierige Diskussion (wörtlich: „Irak wird filibustern"). Der GS der VN werde gemäß dem Implementierungsplan einen zeitlichen Rahmen für die einzelnen Implementierungsschritte setzen. Nach den Gesprächen, die er mit dem GS geführt habe, seien folgende Fristen vorgesehen:

– für den Rückzug: zehn Tage;
– für den Kriegsgefangenaustausch: 90 Tage („a fair time"); die Gefangenenzahl sei etwa gleich, die Registrierung werde dem Roten Kreuz obliegen.

Über Ziffer 5 und 8 der Res. 598 (Zurückhaltung der Parteien und Sicherheitssystem) habe er insgesamt elf Stunden mit dem GS der VN diskutiert. Die SU wolle in dieses Sicherheitssystem einbezogen werden, da sie sich als Regionalmacht betrachte und ein Mitspracherecht haben wolle. Iran habe sich dagegen ausgesprochen. Auch die anderen Golfanrainer seien gegen eine Beteiligung der

8 In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums der Verteidigung vom 12. September 1988 wurde festgehalten: „Gemäß Zeitplan des VN-Generalsekretärs (VN-GS) wurden die Kampfhandlungen zwischen Iran–Irak offiziell am 20.8.1988 (faktisch bereits am 9.8.1988) eingestellt. Seit 25.8.1988 finden unter Leitung des VN-GS Friedensverhandlungen zwischen den kriegführenden Staaten in Genf statt." Vgl. Referat 311, Bd. 139982.

9 Javier Pérez de Cuéllar.

10 Am 3. August 1988 traf der stellvertretende iranische Außenminister Larijani mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse in Moskau zu einem Gespräch zusammen.

11 Am 20. August 1988 gab die irakische Nachrichtenagentur INA den Beginn des Waffenstillstands mit dem Iran bekannt. Botschaftsrat I. Klasse Freundt, Bagdad, berichtete am selben Tag: „Eintritt des Waffenstillstands vollzog sich im Gegensatz zum Tage des Bekanntwerdens seiner Festsetzung zumindest an der Heimatfront ohne Komplikationen. Ausdrückliches Schußverbot (unter Kriegsrecht) aus Anlaß der Freude wurde eingehalten. Ca. 170 Tote und an die 400 Verletzte in der Zeit vom 9.–11.8. haben diese gefährlichen Jubelausbrüche der Bevölkerung ebenso wie der Truppe diesmal in Grenzen gehalten. Wer jedoch nur einigermaßen gehen konnte, feierte gestern abend bereits auf den Straßen durch Tanz und Gesang." Vgl. den Drahtbericht Nr. 829; Referat 311, Bd. 139982.

SU. Die iranische Führung akzeptiere nur eine Teilnahme der Golfanrainer an diesem Sicherheitssystem.

Die neutrale Kommission zur Untersuchung der Kriegsschuldfrage gemäß Ziffer 6 soll vier bis fünf Tage nach dem D-Day ihre Arbeit aufnehmen. Der GS der VN habe bereits drei Kommissionsmitglieder ausgewählt, darunter einen Richter des IGH in Den Haag. Iran und Irak würden gleichfalls an den Sitzungen der Kommission teilnehmen, allerdings ohne Stimmrecht. VAM hält ca. 60 Sitzungstage für ausreichend.

Länder wie die Bundesrepublik Deutschland, die Erfahrungen mit dem Wiederaufbau nach dem Krieg („reconstruction") gesammelt haben, sollten sich an dem in Ziffer 7 vorgesehenen Expertenteam beteiligen. Der GS der VN werde über die Einsetzung entscheiden.

Er befürchtete, daß die Iraker die Verhandlungen in Genf mit einer konfrontativen Linie eröffnen würden. Iran benötige flankierende Unterstützung befreundeter Länder. Gegenwärtig stelle der GS der VN die Tagesordnung für Genf auf. Nur bei Einhaltung einer festen und konkreten Tagesordnung („frame of reference") sei ein Verhandlungsergebnis zu erwarten. Der GS müsse den erforderlichen Rahmen setzen. Über den Kalender im einzelnen könne gesprochen werden.

Auf Frage von Dg31, was unter „international anerkannte Grenzen" zu verstehen sei, bemerkte VAM, Iran gehe zusammen mit der Staatengemeinschaft von den Grenzen von 1975 (Abkommen von Algier[12]) aus. Die einseitige Kündigung durch Präsident Saddam Hussein am 17.9.1980[13] sei unwirksam. In diesem Zusammenhang meinte VAM, daß es gefährlich für die Verhandlungen sei, wenn Saddam Hussein eingestehen müsse, daß er nichts erhalten und erreicht habe.

BM warf ein, deshalb sei es um so wichtiger, daß man klar zu Res. 598 stehe. Sonst würden verschiedenen Interpretationen Tür und Tor geöffnet.

Auf eine weitere Frage von Dg31, was unter dem kollektiven Sicherheitssystem der Golfanrainer zu verstehen sei, erwiderte VAM: Nicht-Angriff, Nichteinmischung und Zusammenarbeit. Fremde Flotten müßten den Golf verlassen. Regelungen seien auch erforderlich über die Minenräumung der Gewässer und über Umweltschutz nach deren jahrelanger Verschmutzung.

BM erklärte auf die Frage von VAM, wie die Haltung der Europäer und der USA zur Implementierung der Res. 598 sei, daß wir für eine strikte und konsequente Verwirklichung der Res. eintreten. Er habe den Eindruck, daß auch die USA daran interessiert seien, er glaube auch die SU. Die Einheit des Sicherheitsrates, insbesondere die Einigkeit der Fünf und der zwei Großmächte, sei von entscheidender Bedeutung für die Implementierung.

Zu 3) Kontakte zu Europa und den USA

VAM resümierte: Mit Frankreich und Kanada seien die Beziehungen wieder aufgenommen worden.[14] Mit GB kämen die Gespräche über eine Normalisierung

12 Für den Wortlaut des irakisch-iranischen Abkommens vom 13. Juni 1975 über den Grenzverlauf am Schatt al-Arab vgl. UNTS, Bd. 1017, S. 54–137.

13 Nach der Kündigung des irakisch-iranischen Abkommens vom 13. Juni 1975 über den Grenzverlauf am Schatt al-Arab durch den Irak befanden sich beide Staaten seit 22. September 1980 im Kriegszustand. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 286.

14 Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und dem Iran erfolgte am 16. Juni 1988.
Kanada und der Iran nahmen am 18. Juli 1988 wieder diplomatische Beziehungen auf.

voran („we are moving ahead").[15] Als Modell für gute Beziehungen nannte er das Verhältnis Iran/Bundesrepublik Deutschland. BM als Garant dieser Beziehungen sei im Iran sehr populär. Sein Wort habe Gewicht.

Das Verhältnis zu den USA sei sehr delikat. In den letzten Monaten habe die US-Regierung mehrere Botschaften geschickt, jedoch müsse er einräumen, daß darin nicht viel Substanz enthalten gewesen sei. Sie habe zwar direkte Gespräche vorgeschlagen, aber die iranische Führung habe keine Änderung der amerikanischen Politik feststellen können: „We cannot count on their words". Kürzlich habe AM Shultz durch den japanischen AM[16] einen Brief an AM Velayati übermitteln lassen. Die sofortige Veröffentlichung dieses Briefes in den USA nähre den Verdacht, daß er für den Hausgebrauch und für Propagandazwecke geschrieben worden sei. Wenn die USA hingegen konkrete Schritte unternehmen würden, würde Iran positiv reagieren.

BM unterstrich, daß es für die Entwicklung der Lage in der Region gut wäre, wenn die Beziehungen zu den USA sich verbessern würden. Beide Seiten müßten sich bewegen.

VAM stimmte zu. Er ergänzte, daß die USA viele Fehler gemacht hätten. Sie hätten Partei für Irak ergriffen, den Airbus der Iran Air abgeschossen[17] und als Vorbedingung die Freilassung der Geiseln im Libanon[18] verlangt. Iran trete für die Freilassung aller Geiseln unabhängig von ihrer Nationalität ein. Iran habe aber nicht Einfluß auf alle Gruppen im Libanon, in deren Hand sich Geiseln befänden. Die Lage sei sehr komplex. Iran habe selbst die Freilassung seiner eigenen vier Staatsangehörigen im Libanon[19] noch nicht erreichen können.

Zu 4) Wiederaufbau

VAM sprach mit sichtlicher Erregung über die Aufbruchstimmung in Teheran und die Wiederaufbaupläne seiner Regierung. Es sei das erste Mal, daß seit

15 Am 15. Juni 1988 bemerkte Botschafter Freiherr von Wechmar, London, zum Abschluß eines britisch-iranischen Abkommens über wechselseitige Schadenersatzansprüche am 10. Juni 1988: „Mit der Londoner Vereinbarung wurde ein sich seit 1983 hinschleppender Verhandlungsprozeß beendet. Die britische Regierung hatte zuletzt im Mai 1987 ein Angebot für die Begleichung der Schadenersatzansprüche vorgelegt, daß im wesentlichen der jetzigen Regelung entsprach. Wegen der Entführung und Mißhandlung des britischen Diplomaten Chaplin in Teheran im Mai 87 und der folgenden wechselseitigen Ausweisungswelle des diplomatischen Personals waren diese zum Stillstand gekommen. Im Dezember 1987 hatte GB Teheran signalisiert, daß das Angebot nach wie vor bestehe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1170; Referat 311, Bd. 154147.

16 Sosuke Uno.

17 Zum Abschuß eines iranischen Passagierflugzeugs durch ein amerikanisches Kriegsschiff am 3. Juli 1988 vgl. Dok. 199.

18 Am 28. Juli 1988 teilte Botschafter Freitag, Teheran, mit: „Die Interview-Äußerung von Parlamentssprecher Rafsandjani, wonach Iran bereit sei, bei der Freilassung der USA-Geiseln zu helfen, wenn die USA die eingefrorenen iranischen Guthaben freigibt, ist in der Tat wenig ermutigend. Sie käme in den Bereich einer Lösegeldforderung und hat deshalb auch bei den hiesigen Beobachtern verwundert. Dem Wortlaut […] nach enthält sie das indirekte Eingeständnis, die Dauer der Geiselhaltung beeinflussen zu können, und setzt Iran damit erneut dem Verdacht einer Kollusion mit den Geiselnehmern aus." Vgl. den Drahtbericht Nr. 890; Referat 311, Bd. 154147.
Ministerialdirigent Fiedler übermittelte am 17. August 1988 ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz. Darin teilte Genscher mit, der stellvertretende iranische Außenminister Larijani habe am 15. August 1988 versichert: „Er selber wolle sich um die US-Geiseln kümmern, um ihre Freilassung zu erreichen. Im Gegenzug erwarte er, daß die USA ebenfalls konkrete Schritte unternähmen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 58; Referat 311, Bd. 154147.

19 Zum Verschwinden iranischer Diplomaten im Libanon vgl. Dok. 102, Anm. 8.

Beginn des Krieges 1980 über den Aufbau diskutiert werde. Die Voraussetzungen seien gut: Iran habe keine Schulden im Ausland und verfüge über erhebliche, wenn auch eingefrorene Guthaben im Ausland, sowie über gut geschulte Fachkräfte. Seine Führung wolle planvoll vorgehen. Er werbe darum, daß Freunde wie die Deutschen an der Spitze die wirtschaftlichen Beziehungen zu Iran ausdehnten. So wie die iranisch-italienische Gemischte Kommission müsse auch die deutsch-iranische Gemischte Kommission[20] bald zusammentreten. Vorher könne schon an die Einsetzung eines Ad-hoc-Komitees für den Wiederaufbau gedacht werden. Auch die Japaner seien schon sehr aktiv.

Dg 31 unterrichtete VAM über Vorbereitungen von unserer Seite: Am 16.8. werde im BMWi ein Treffen mit den führenden deutschen Wirtschaftsverbänden stattfinden. StS v. Würzen würde gleichfalls am 16.8. für ein Gespräch mit VAM zur Verfügung stehen. (Dieses Treffen ist nicht zustande gekommen, da VAM noch am Abend des 15.8. nach Teheran zurückgerufen worden ist.)

StS von Würzen plane, an der Teheraner Messe Mitte September teilzunehmen. Auch wir seien am Zusammentritt der Gemischten Kommission sehr interessiert. Möglicherweise sei es zweckmäßig, daß vorher noch vorbereitende Gespräche geführt würden.

BM faßte zusammen:

VAM könne seiner Führung sagen, dass der Prozeß des Wiederaufbaus im allgemeinen Interesse liege. Die Bundesregierung sei bereit, zusammen mit der Wirtschaft, mit seinem Land so eng wie möglich zusammenzuarbeiten. Wir könnten auf den traditionell guten und engen wirtschaftlichen Beziehungen aufbauen.

Wir seien sehr interessiert daran, daß die Verhandlungen in Genf auf der Grundlage der Res. 598 zu einem Erfolg führten. Wir ermutigten beide Seiten, sich korrekt an Res. 598 zu halten, die Schaffung eines Klimas des Vertrauens sei für einen Erfolg wichtig. Wir begrüßten die Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen mit den arabischen Nachbarn und mit westlichen Staaten. Insbesondere hofften wir, daß es schließlich auch zu Fortschritten mit den USA käme.

II. Daran schloß sich ein Vier-Augen-Gespräch BM/VAM an. Nach dem Debriefing von BM halte ich daraus fest:

– Vor der Annahme der Res. 598 habe es in der iranischen Führung harte Auseinandersetzungen gegeben. Die Aufgabe der Gruppe, die den Kurs-

20 Am 25. August 1988 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Dassel die Botschaft in Teheran über die Verhandlungen für die Einsetzung einer deutsch-iranischen Wirtschaftskommission: „1) Die mit Bezugsbericht […] übersandte Version eines ‚Memorandum of Understanding' ist entgegen der Aussage der iranischen Note vom 23.7.1988 nicht der am 9.12.1987 in Teheran gemeinsam paraphierte Text. In der nunmehr übermittelten Version fehlen Artikel 7 (Inkrafttretens- und Gültigkeitsklausel) und der zweite Teil der Klausel zur Gültigkeit der verschiedenen Sprachversionen (… in case of divergent interpretation … shall prevail). 2) Die Einführung eines geänderten, nicht abgesprochenen Textes ist für uns nicht annehmbar. Sie entspricht auch nicht der im MoU vom 9.12.1987 getroffenen Vereinbarung, die paraphierten Texte den jeweiligen Regierungen zur Zustimmung vorzulegen. Eventuelle iranische Änderungsvorschläge müßten sich auf die ursprünglich paraphierte oder – sachdienlicher – die von uns nach Prüfung leicht revidierte und mit Note der Botschaft vom 29.2.1988 übermittelte Version beziehen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 8385; Referat 311, Bd. 154152.

wechsel durchgeführt habe, würde erleichtert, wenn sie bald Erfolge vorweisen könne.

– VAM habe BM gebeten, sich bei den USA und den Saudis zu verwenden.
– Über AM Andreotti und AM Uno habe Iran Signale erhalten, daß auch die USA ein Interesse an der Normalisierung hätten. Als konkrete Schritte der USA, die eine Normalisierung erleichtern würden, habe VAM als Beispiele genannt: Verurteilung des CW-Gebrauchs durch Irak[21], Unterstützung bei der Arbeit der unabhängigen Kommission gemäß Ziffer 6 der Res. 598, Aufhebung des Handelsembargos[22] sowie Freigabe des in den USA gekauften und bezahlten, aber zurückgehaltenen militärischen und industriellen Ausrüstungsmaterials („equipment").
– Zur Verbesserung bzw. Normalisierung der Beziehungen mit Kuwait und Saudi-Arabien habe seine Regierung Sonderbotschafter entsandt. Die Saudis hätten auf die ausgestreckten Fühler noch nicht reagiert. Er wäre dankbar, wenn BM die Saudis ermutigen könnte, den Weg der Normalisierung der Beziehungen mit Iran einzuschlagen.
– Die SU habe finanzielle Hilfe angeboten.
– Die Gruppe um Rafsandjani sei fest entschlossen, eine Öffnung nach Westen vorzunehmen.
– BM habe geantwortet, daß der Schlüssel für eine Verbesserung der Reputation Irans und für die Öffnung nach Westen in der Geiselfrage liege. Viel hänge jetzt vom Verlauf der Verhandlungen in Genf ab. Noch sei der Krieg nicht beendet. Iran müsse daran interessiert sein, seinen „record" zu verbessern.

Referat 310, Bd. 149793

21 Zum Einsatz von Chemiewaffen durch den Irak vgl. Dok. 99 und Dok. 154.
22 Zu den amerikanischen wirtschaftlichen Sanktionen gegen den Iran vgl. Dok. 184, Anm. 4.

231

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher

201-363.34-846/88 geheim **16. August 1988**[1]

Über Herrn D2 i.V.[2], Herrn Staatssekretär[3] Herrn Bundesminister[4] zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung des Vorschlags zu Ziffer 5

Betr.: Stationierung von US-Panzern mit DU-Panzerung in der Bundesrepublik Deutschland;
hier: Abschließende Abstimmung der Kabinetts- bzw. BSR-Vorlage

Bezug: Brief StS Dr. Rühl an StS Dr. Sudhoff vom 25. Juli 1988 – Tgb. Nr. FüS III – 3140/88 geheim[5]

Anlg.: 3 (Entwurf der Kabinetts- bzw. BSR-Vorlage BMVg[6]; AA-Vorlage vom 31. März 1988[7]; BSR-Protokoll vom 8. März 1988[8])
(Anlagen nur beim Original)

Der Vorgang wird federführend vom BMVg bearbeitet. Auswärtiges Amt ist unter stationierungsrechtlichen Gesichtspunkten um Zustimmung gebeten worden. Die Zustimmungen von BMU und BMV werden vom BMVg parallel eingeholt.[9]

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher und Legationssekretär Schauer konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent Bazing am 16. August 1988 vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 26. August 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Unter Bezugnahme auf das gleichfalls beigefügte Schreiben des BMVg v[om] 25.8.88." Vgl. den Begleitvermerk vom 18. August 1988; VS-Bd. 12144 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

3 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 31. August 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher am 1. September 1988 erneut vorgelegen.

4 Hat Bundesminister Genscher am 3. September 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „WV nach Erledigung der Anmerkungen spätestens bis 8.9." Vgl. Anm. 12, 14 und 18.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 5. September 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und Ministerialdirigent von Ploetz an Referat 201 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „S[iehe] W[ei]s[ung] BM."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 5. September 1988 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Kastrup in Vertretung von Richthofen und Ploetz am 6. September 1988 vorgelegen.

5 Für das Schreiben des Staatssekretärs Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, und den beigefügten „Beschlußvorschlag zur Stationierung von US-Panzern mit neuartiger Panzerung in der Bundesrepublik Deutschland" vgl. VS-Bd. 12144 (201).

6 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 5.

7 Dem Vorgang beigefügt. Vortragender Legationsrat Bertram vermerkte am 31. März 1988 zum Vorhaben der amerikanischen Streitkräfte, Kampfpanzer mit uranhaltiger Panzerung in der Bundesrepublik zu stationieren: „Über das US-Vorhaben, […] informierte BM Wörner bereits am 24.2.1988 im BSR. Er qualifizierte dabei die neuentwickelte ‚depleted uranium'-Panzerung als ‚Quantensprung im Bereich der Verbundpanzerung' und kündigte an, US-Panzer mit dieser Beschichtung aus abgereichertem Uran (U 238 = depleted uranium, abgekürzt: DU) sollten ab Herbst 1988 auf deutschem Boden stationiert werden. […] Das BMVg wünscht eine Behandlung der amerikanischen Stationierungsabsicht der mit der neuentwickelten uranangereicherten Panzerung ausgerüsteten Panzer in der Bundesrepublik Deutschland durch das Kabinett. Dies sei wegen der zu erwartenden Empfindlichkeit von Teilen der deutschen Öffentlichkeit gegen ‚Nukleares' und damit verbundenen Mißverständnissen über eine radiologische Gefahr der DU-Panzerung geboten." Vgl. VS-Bd. 12144 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

8 Dem Vorgang nicht beigefügt.

9 Zu diesem Absatz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher am 1. September 1988 handschriftlich: „BMU hat am 31.8. gegenüber BMVg schriftlich zugestimmt. BMV hat am 31.8. mündlich zugestimmt; schriftliche Zustimmung werde folgen."

1) Im Dezember 1987 wurde BM Dr. Wörner durch Botschafter Burt über die beabsichtigte Stationierung eines Panzers mit Uran-Panzerung unterrichtet und um Zustimmung gebeten. Am 24. Februar 1988 informierte BM Dr. Wörner den BSR (Anl. 4, S.7).

Am 14. März 1988 wurde die amerikanische Öffentlichkeit von der US-Regierung unterrichtet und mit der Produktion begonnen. Das amerikanische Vorhaben war Gegenstand der Berichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland, u.a. in der FAZ am 19.3.1988[10].

Die amerikanische Regierung plant den Beginn der Stationierung des neuen Panzers in der Bundesrepublik Deutschland für Ende September/Anfang Oktober 1988.

Sie wurden mit der Sache bereits durch Vorlage vom 31. März 1988 (Anlage 3) befaßt, in der es darum ging, einen Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes für die Entgegennahme von Papieren oder für Besprechungen vertraulichen Charakters zu benennen. Das BMVg ist an den daraufhin benannten VLR I Dr. Buerstedde (RL 503) in dieser Sache jedoch nicht herangetreten.[11]

Es geht nunmehr um die endgültige Abstimmung der Kabinetts- bzw. BSR-Vorlage des BMVg (Anlage 2).

2) Der neue Panzer M1A1 Abrams ist äußerlich nicht von dem bisher eingeführten zu unterscheiden. Die Vorderseite des Turms und der Wanne wird in Verbundpanzerung ausgeführt.

Diese enthält einen Kern von abgereichertem Uran 238 (depleted uranium, DU), das kein Kernbrennstoff ist, sondern bei der Herstellung von angereichertem Uran als Nebenprodukt entsteht und um 25% weniger radioaktiv als Natururan ist. Wegen seiner zweieinhalb Mal größeren Dichte als Stahl eignet sich das Uran besonders für die Panzerung. Wegen des entsprechend höheren Gewichts wird abgereichertes Uran auch zivil genutzt, z.B. als Ballast in den Tragflächen der Boeing 747.

Die uranhaltige Verbundpanzerung wird von einer Schicht Edelstahl und 20–30 mm Panzerstahl eingehüllt. Dadurch wird jede Strahlung bis auf Gamma-Strahlung abgeschirmt. Diese übersteigt jedoch selbst an der Oberfläche der Panzerung nicht die Strahlenbelastung, der auch ein Passagier bei einem Transatlantikflug ausgesetzt ist. Daher sind nach der deutschen Strahlenschutzverordnung keine Schutzmaßnahmen für das Bedienungspersonal erforderlich. Bereits in Entfernungen von weniger als 10m ist keine vom Panzer ausgehende Strahlung mehr meßbar, so daß eine Gefährdung der Bevölkerung praktisch ausgeschlossen werden kann.

3) Experten des BMVg, des Fraunhofer-Instituts für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen sowie ein vom BMU vorgeschlagener neutraler Sachverständiger haben die amerikanischen technischen Angaben mit positivem Ergebnis in der ersten Märzwoche in den USA geprüft.[12]

10 Vgl. dazu den Artikel „Amerikanischer Panzer durch Uran-Schutz unverwundbar"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 19. März 1988, S. 3.

11 An dieser Stelle vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Beantragen!"

12 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Gutachten beifügen!"
Mit Schreiben vom 25. August 1988 übermittelte das Bundesministerium der Verteidigung das Gutachten des Fraunhofer-Instituts für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen zu „Gammastrahlungsmessungen am M1A1 Abrams Tank der U.S. Army". Vgl. VS-Bd. 12144 (201).

4) Ob die Zustimmung der Bundesregierung zur Stationierung nach Art. 1 Abs. 2 (Erhöhung der Effektivstärke ist zustimmungsbedürftig) des Vertrags über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland (Aufenthaltsvertrag) vom 23. Oktober 1954[13] erforderlich ist, kann offen bleiben, da von amerikanischer Seite um Zustimmung nachgesucht wurde. Wir sollten im Interesse unserer politischen Mitwirkungsmöglichkeiten an auch für das Bündnis wichtigen nationalen Entscheidungen des großen Bündnispartners in jedem Falle von der angebotenen Mitentscheidungsmöglichkeit Gebrauch machen, selbst wenn die USA rechtlich nicht verpflichtet wären, unsere Zustimmung einzuholen.

Im BSR hatte BM Dr. Wörner am 8. März 1988 (Anlage 3, S. 7 Ziff. 3 c) ausgeführt, daß die Stationierung nach deutschem Atomrecht[14] und der Strahlenschutzverordnung[15] zwar genehmigungspflichtig, aber wegen der niedrigen Werte auch genehmigungsfähig sei.

Nach Auskunft des BMVg mußte diese Auffassung im Zuge des Abstimmungsprozesses mit BMU und BMV in dem Sinne revidiert werden, daß Atomgesetz und Strahlenschutzverordnung in diesem Fall gar nicht anwendbar sind[16].

5) Es wird vorgeschlagen:

a) Gegen den Beschlußvorschlag des BMVg unter den vom Auswärtigen Amt zu prüfenden stationierungsrechtlichen Gesichtspunkten und unter der Voraussetzung, daß auch BMV und BMU zustimmen (was wir vom BMVg schriftlich erbitten), keine Einwände zu erheben. Der Text dieser Beschlußvorlage lautet:

„Die Bundesregierung nimmt zustimmend von der Absicht der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika Kenntnis, den Kampfpanzer M 1 A 1 Abrams Heavy Armor in der Bundesrepublik Deutschland zu stationieren."

b) Dem BMVg zu empfehlen, angesichts der sicherheitspolitischen Sensibilität des Vorgangs, die Vorlage dem BSR zuzuleiten.

c) Dem BMVg ferner zu empfehlen, den letzten Absatz der reaktiven Presseerklärung, die der BMVg-Vorlage angefügt ist, durch folgenden Absatz zu ersetzen:

„Eine unabhängige deutsche Expertengruppe hat im Auftrag der Bundesregierung durch Kontrollmessungen in den USA festgestellt, daß die Panzerung keine

13 Für den Wortlaut von Artikel 1 Absatz 2 des Vertrags vom 23. Oktober 1954 zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik (Aufenthaltsvertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 254.

14 Für den Wortlaut des Gesetzes vom 23. Dezember 1959 über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz) in der Fassung vom 15. Juli 1985 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil I, S. 1566–1583.

15 Für den Wortlaut des Gesetzes vom 24. Juni 1960 über den Schutz vor Schäden durch ionisierende Strahlen (Strahlenschutzverordnung) in der Fassung vom 30. Juni 1989 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1989, Teil I, S. 1322–1375.

16 Der Passus „daß Atomgesetz … anwendbar sind" wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Warum nicht?"
Am 7. September 1988 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher für Bundesminister Genscher: „Für die atomrechtliche Prüfung sind BMVg und BMU zuständig. Die Rechtsabteilungen beider Häuser sind zu der Auffassung gelangt, daß Atomgesetz und Strahlenschutzverordnung in diesem Fall nicht anwendbar sind. Eine Stellungnahme der Rechtsabteilung des BMVg ist beigefügt. Das AA ist für Prüfung nicht zuständig." Vgl. VS-Bd. 12144 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

gesundheitsgefährdende Strahlung mit sich bringt. Die Strahlungswerte liegen nach ihrem Befund deutlich unter dem Grenzwert (5 Microsievert) der Strahlenschutzverordnung."

d) Das BMVg zu bitten, den USA Diskretion bei der Durchführung der Stationierung nahezulegen.

Bündnispolitische Gründe sprechen vor allen im Hinblick auf die aktuelle Lastenteilungsdiskussion für eine Zustimmung.

Bedenken wegen der Gefährdung von Umwelt oder Bevölkerung sind nach den Ergebnissen der Überprüfung durch Experten nicht ersichtlich.

Innenpolitische Diskussionen größeren Umfangs sind kaum zu befürchten. Bereits im März 1988 wurde in den Medien über das Projekt und die geplante Stationierung in der Bundesrepublik Deutschland berichtet, ohne daß es hierauf eine öffentliche (negative) Reaktion gegeben hätte.

Referat 503 hat mitgezeichnet.[17]

Dreher

VS-Bd. 12144 (201)

17 Ministerialdirigent Oesterhelt vermerkte am 12. August 1988: „Ich zeichne die beiliegende Aufzeichnung mit. 1) Ich möchte davon abraten, zu der Rechtsfrage Stellung zu beziehen, ob es sich bei der DU-Panzerung von Panzern um einen Vorgang handelt, der nach dem Aufenthaltsvertrag der Zustimmung der Bundesregierung bedarf. Da von amerikanischer Seite um Zustimmung nachgesucht wird, kann diese Frage in der Tat dahingestellt bleiben. Die Auslegung des Begriffs ‚Erhöhung der Effektivstärke' führt zu komplexen Fragen, die in der Vergangenheit die Bundesregierung schon mehrfach beschäftigt haben. Ohne Not sollten wir keine Festlegung auf diesem Gebiet vornehmen. 2) RL 503 ist gegenwärtig auf Urlaub. Er wird ab Montag, 16.8.88, wieder im Dienst sein. Falls die Vorlage so lange warten kann, bin ich gerne bereit, ihn zu dem Fragekomplex ergänzend zu hören. Ich meine aber, daß die Aufzeichnung aus sich heraus verständlich ist und es weiterer Ausführungen bezüglich den Gang der Ressortbesprechungen, an denen RL 503 teilgenommen hat, nicht bedarf." Vgl. die Begleitaufzeichnung; VS-Bd. 12144 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

232

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Rom

410-9 421.00 **16. August 1988**

Über Herrn RL 410[1], Herrn Dg 41[2], Herrn D 4[3] Herrn Staatssekretär[4]

Zur Information

Betr.: Bilanz der Beziehungen zum Europäischen Parlament nach der deutschen Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1988

Anlg.: 2[5]

I. Die deutsche Präsidentschaft hat ihre Aufgaben vor dem Europäischen Parlament intensiv und praxisorientiert wahrgenommen. Übersichten über die Daten der einzelnen Auftritte vor Plenum und Ausschüssen sind beigefügt. Die Beschlüsse des Europäischen Rates von Brüssel[6] und ihre im Zusammenwirken von Rat, Kommission und Parlament erfolgte Umsetzung haben die Rechte und Befugnisse des EP gestärkt und die Arbeitsgrundlage der Beziehungen zwischen Rat und Parlament verbessert. Am Ende unserer Präsidentschaft und damit auch am Ende des ersten Jahres nach dem Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte[7] und ein Jahr vor den EP-Wahlen im Juni 1989[8] kann festgestellt werden, daß das Europäische Parlament eine wichtige Aufwertung erfahren hat.

II. Die Arbeit der deutschen Präsidentschaft konnte auf den Kontakten aufbauen, die sich bei zwei Besuchen von EP-Präsident Lord Plumb in Bonn am 1./2.4.1987 und am 15.1.1988, durch die halbjährlichen Ausspracheabende von Frau StMin[9] Dr. Adam-Schwaetzer in Straßburg und durch die dort geführten Gespräche mit dem Parlamentspräsidenten, den deutschen Abgeordneten und insbesondere auch mit den Vorsitzenden der großen Fraktionen Dr. Klepsch (D, EVP), Arndt (D, S[10]) und Frau Veil (F, Lib[11]) entwickelt hatten.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kudlich am 18. August 1988 vorgelegen.

2 Hat Ministerialdirigent Trumpf am 18. August 1988 vorgelegen, der auch für Ministerialdirektor Jelonek abzeichnete.

3 Alois Jelonek.

4 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 19. August 1988 vorgelegen.
Die Aufzeichnung wurde über Ministerialdirektor Jelonek und Dg 41 i. V. an Referat 410-9 zurückgeleitet.
Hat Jelonek am 22. August 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kudlich am 24. August 1988 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat von Rom am 24. August 1988 erneut vorgelegen.

5 Dem Vorgang beigefügt. Für die undatierten Aufzeichnungen des Referats 410-9 über „Die deutsche Präsidentschaft im 1. Halbjahr 1988 vor dem Plenum des Europäischen Parlaments in Straßburg“ sowie über das „Zusammentreffen der deutschen Präsidentschaft mit den Ausschüssen des EP im 1. Halbjahr 1988“ vgl. Referat 410, Bd. 136042.

6 Zur Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel vgl. Dok. 59.

7 Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

8 Die Direktwahlen zum Europäischen Parlament wurden am 15. und 18. Juni 1989 abgehalten.

9 Staatsministerin.

10 Sozialistische Fraktion.

11 Liberale und Demokratische Fraktion.

Auch auf enge Beziehungen zu den Fraktionen insgesamt wurde vom Beginn unserer Präsidentschaft an großer Wert gelegt: Schon am 11./12. Januar 1988 fanden in Bonn Gespräche mit dem Vorstand der Sozialistischen Fraktion über das deutsche Präsidentschaftsprogramm statt. Für die Sozialistische Fraktion wurde hiermit eine bereits seit fünf Präsidentschaften bestehende Übung fortgesetzt. Für uns bedeuteten die sehr sachlich geführten Gespräche mit der größten Fraktion des EP einen wichtigen Einstieg in den Dialog mit dem gesamten Parlament. Am 1. und 2. März 1988 hielt sich die Liberale Fraktion des EP zu einer ihrer Tagungen und zu Gesprächen mit der Ratspräsidentschaft in Bonn auf. Am 9. März traf Bundeskanzler Dr. Kohl mit der EVP-Fraktion in Straßburg zusammen und sorgte damit – nach dem Zusammentreffen von Frau StMin Dr. Adam-Schwaetzer mit dem Vorstand der deutschen Gruppe der EVP am 19. Januar und zusätzlich zu den laufenden Kontakten von StM Dr. Stavenhagen – für einen besonderen Höhepunkt in den Beziehungen zu den Christlichen Demokraten im Europäischen Parlament.

Am 20.1.1988 fand auf Initiative von BM Genscher ein – zunächst formloses – Zusammentreffen der Präsidentschaft mit dem Erweiterten Präsidium des EP statt, das am 16.6.1988 auf Wunsch des Parlaments in Form einer offiziellen Arbeitssitzung wiederholt wurde. Diese diente der Erörterung der interinstitutionellen Beziehungen in ihrer vollen Breite. Die Plenarsitzungen des EP in Straßburg gaben regelmäßig Gelegenheit zu einem Zusammentreffen der drei Präsidenten von EP, Rat und Kommission[12].

III. Zu Art und Zahl unserer Auftritte vor dem Plenum (siehe Anlage 1) und vor den Ausschüssen (siehe Anlage 2)[13]:

Wir hatten uns bereits bei den Vorbereitungen auf unsere Präsidentschaft vorgenommen, diese „parlamentsfreundlich“ zu gestalten und um einen kontinuierlichen und engen Kontakt mit dem EP bemüht zu sein. Die britische Präsidentschaft hatte im zweiten Halbjahr 1986 durch ihr häufiges Auftreten vor Plenum und Ausschüssen anspruchsvolle Maßstäbe gesetzt, hinter denen auch wir nicht zurückbleiben wollten. Dies ist unter Mitwirkung fast aller Bundesressorts gelungen.

Vor dem Plenum erhielten wir mit dem Bericht über die Sondertagung des Europäischen Rates in Brüssel[14] und dem Abschluß des Haushaltsverfahrens für 1988 zusätzliche und im ersten Kalenderhalbjahr sonst nicht übliche Aufgaben. Die Aussprachen des Parlaments im Anschluß an die Bilanzerklärung von Bundesminister Genscher[15] und an den Bericht von Bundeskanzler Dr. Kohl über den

12 Jacques Delors.

13 Zu den Anlagen vgl. Anm. 5.

14 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl am 9. März 1988 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg vgl. BULLETIN 1988, S. 309–312.

15 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 16. Juni 1988 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg vgl. BULLETIN 1988, S. 801–807.
Am 16. Juni 1988 vermerkte Legationssekretär Eichhorn zur Debatte mit Bundesminister Genscher am selben Tag im Europäischen Parlament in Straßburg: „Arbeit der deutschen Präsidentschaft und persönlicher Einsatz von BM fand breite Anerkennung; durch EP-Präsident Plumb auch bereits vor Beginn der Bilanzrede. Deutsche Präsidentschaft wurde, von wenigen Einzelstimmen abgesehen, von der überwiegenden Mehrheit der Redner als ermutigender Erfolg für Europa bezeichnet.“ Vgl. Referat 410, Bd. 136042.

ER von Hannover[16] haben dann im Juni/Juli endgültig den großen Stimmungsumschwung deutlich gemacht, den die unter deutscher Präsidentschaft erreichten Erfolge bewirkt haben: Nach der Krisenstimmung und den besorgten Fragen, ob die Zwölf überhaupt noch in der Lage sein würden, eine stabile Grundlage für eine gemeinsame Zukunft zu finden, die noch die Debatte zum Abschluß der dänischen Präsidentschaft[17] bestimmt hatten, wurde jetzt neues Vertrauen der Parlamentarier in wieder realisierbar erscheinende Zukunftsperspektiven und gleichzeitig in neue Mitgestaltungsmöglichkeiten des EP deutlich.

Der sachliche Dialog mit dem EP über die zentralen Anliegen des Parlaments und über die einzelnen Schwerpunkte unseres Präsidentschaftsprogramms fand vor allem vor den Ausschüssen statt. Diese Treffen sind über die Ständige Vertretung in Brüssel sorgfältig vorbereitet worden. Die Ausschußmitglieder waren vor allem an einem politisch aktuellen Gespräch interessiert und haben sich wiederholt anerkennend über die Anzahl und die Qualität der Aussprachen mit der Präsidentschaft geäußert.

IV. In folgenden Bereichen steht das EP am Ende der deutschen Präsidentschaft mit erweiterten oder konsolidierten Befugnissen da:

1) Das neue – durch die EEA eingeführte – Verfahren der Zusammenarbeit nach Art. 149 EWG-V[18] (Hauptanwendungsgebiete: Binnenmarkt, Regionalpolitik, Forschungspolitik)

Der politische Wille von Kommission, Rat und EP, ein außerordentlich umfangreiches Arbeitsprogramm zu bewältigen, hat eine neue Effizienz ermöglicht und zu einer neuen Sachlichkeit in den Beziehungen geführt. Anders als es die zunächst zurückhaltende Aufnahme der EEA durch das Parlament hätte erwarten lassen, gelangten die Abgeordneten jetzt, am Ende des ersten Jahres nach dem Inkrafttreten des Reformwerks, zu grundsätzlich positiven Bewertungen. Der dogmatische Streit, inwieweit der schriftliche Charakter des Verfahrens (Ratsstandpunkt) durch einen mündlichen Dialog, der möglichst noch Verhandlungscharakter erhalten sollte (EP-Forderung), ergänzt werden kann, trat in den Hintergrund. Die Sorgfalt, mit der die schriftlichen Begründungen der Gemeinsamen Standpunkte des Rates ausgearbeitet waren, und vor allem die Offenheit der Gespräche mit den Ausschüssen, die jedoch die Vollständigkeit und Endgültigkeit der schriftlichen Begründungen nicht in Frage stellten, wurden von den Abgeordneten – zumindest während unserer Präsidentschaft – anerkannt. Eine weitere Forderung des Parlaments, die bereits uns gegenüber geäußert wurde und die in Zukunft noch mit erheblich zunehmendem Nachdruck vorgebracht werden dürfte, zielt auf eine Einbindung des Rates in ein längerfristiges Rechtsetzungsprogramm ab. Ein solches ist bis jetzt nur in unverbindlicher Form und auf der Grundlage von Orientierungsdaten von Kommission und EP erstellt worden.

Die deutsche Ratspräsidentschaft ist dem EP durch Abstimmungen auf Arbeitsebene für die jeweils nächsten drei Monate und durch das von ihr fortgeschriebene

16 Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 in Hannover vgl. Dok. 191.
Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl am 6. Juli 1988 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg vgl. BULLETIN 1988, S. 905–908.

17 Dänemark hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1987 inne.

18 Für den Wortlaut von Artikel 149 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 862.

Relaisprogramm für die Realisierung des Binnenmarktes (zwölf Monate) entgegengekommen. Das EP erhofft sich von einer verbesserten Koordinierung der Arbeiten von Rat und Parlament insbesondere auch eine Verminderung der auch in unserer Präsidentschaft zahlreichen Dringlichkeitsanträge des Rates.

2) Das neue Verfahren der Zustimmung nach Art. 238 EWG-V[19] und die Beteiligung des EP an den Außenbeziehungen der Gemeinschaft

a) Art. 238 EWG-V, der den Abschluß von Assoziierungsverträgen der Gemeinschaft von der Zustimmung des EP abhängig macht, hat die Befugnisse des EP im Bereich der Außenbeziehungen erheblich gestärkt. Der Rat hat dem EP im letzten Jahr auf Vorschlag der Kommission auch kleinere Änderungen und Anpassungsprotokolle zu Assoziierungsverträgen nach Art. 238 EWG-V zur Zustimmung vorgelegt. Bei der Behandlung der Israelprotokolle wurden nun die Probleme sichtbar, die dadurch hervorgerufen werden, daß die Zustimmung des Parlaments nur mit der Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder beschlossen werden kann. Diese Mehrheit von 260 Stimmen setzt einen breiten mitteübergreifenden Konsens voraus und erschwert das Inkrafttreten der zustimmungsbedürftigen Abkommen der EG weit mehr, als dies bei den nur eine einfache parlamentarische Mehrheit erfordernden nationalen Ratifizierungsverfahren der Fall ist.

Eine zusätzliche Blockierung der Israelprotokolle durch einen institutionellen Streit zwischen EP (Protokolle müssen, wenn eine erste Abstimmung nicht die erforderliche Mehrheit brachte, vom Rat förmlich neu vorgelegt werden) und Rat (Protokolle liegen noch beim EP, das weiterhin aufgerufen ist, zu einer definitiven Entscheidung zu gelangen) konnte durch das Zusammentreffen von BM Genscher mit dem Erweiterten Präsidium des EP verhindert werden, ohne daß hier ein Präzedenzfall in der einen oder anderen Richtung geschaffen worden wäre. Das EP hat im Juli eine erneute Aussprache über die Protokolle vorgenommen und beschlossen, daß die Abstimmung nunmehr im Oktober stattfinden soll.[20]

b) Mit Rücksicht auf den Wunsch des EP, die Beteiligung des Parlaments im Vorstadium der Unterzeichnung von Vereinbarungen mit Drittstaaten zu verbessern, hat während unserer Präsidentschaft eine zügige und pragmatische Nutzung des „Luns-Westerterp-Verfahrens“ stattgefunden. So hat Frau StMin Dr. Adam-Schwaetzer den Politischen Ausschuß und den Ausschuß für Außenwirtschaftsbeziehungen des EP am 17. Mai 1988 über das bereits paraphierte, jedoch noch nicht unterzeichnete Kooperationsabkommen der Gemeinschaft mit den Golfstaaten[21] unterrichtet.

19 Für den Wortlaut von Artikel 238 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 900.

20 Zur Ratifizierung von Zusatzprotokollen zum Abkommen vom 11. Mai 1975 zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Israel durch das Europäische Parlament vgl. Dok. 171, Anm. 7. Regierungsdirektor von Massow, Brüssel (EG), berichtete am 7. November 1988, die Ratifizierung der Zusatzprotokolle durch das Europäische Parlament sei im Oktober 1988 erfolgt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3164; Referat 310, Bd. 149754.

21 Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 15. Juni 1988 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den Mitgliedstaaten des Golf-Kooperationsrats (GCC), der Gemeinsamen Erklärung und des zugehörigen Briefwechsels vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 54 vom 25. Februar 1989, S. 3–15.

Aufgrund einer Zusage von BM Genscher gegenüber dem Politischen Ausschuß des EP am 25. Mai in Bonn sind die Texte der Gemeinsamen Erklärung EWG–RGW[22] dem EP bereits unmittelbar nach ihrer Paraphierung auf der Grundlage von Art. 235 EWG-V[23] zugeleitet worden. Das EP war damit und nach Unterrichtung der Ausschüsse durch Frau StMin Dr. Adam-Schwaetzer am 14. Juni 1988 in die Lage versetzt, seine Plenardebatte über die Gemeinsame Erklärung mit der Aussprache über die Bilanzerklärung von BM Genscher am 16. Juni 1988 zu verbinden und seine Zustimmung bereits am 17. Juni, noch vor dem Datum der Unterzeichnung, zu geben.

c) Die Teilnahme des EP an den[24] Außenbeziehungen der Gemeinschaft ist während unserer Präsidentschaft auch durch die Betreuung der Reisen von Delegationen und Einzelmitgliedern des EP in Drittstaaten durch unsere Auslandsvertretungen wirksam unterstützt worden.

Die Teilnahme des EP an den Außenbeziehungen der Gemeinschaft wurde darüber hinaus insbesondere gefördert durch:

– die Gespräche mit Delegationen des EP und des US-Kongresses am 13. Januar in Bonn[25] (Empfang durch Bundespräsident Dr. v. Weizsäcker, Gespräche mit Bundeskanzler Dr. Kohl, StMin Dr. Adam-Schwaetzer, BM Dr. Woerner, Dr. Bangemann und Dr. Riesenhuber),
– das Gespräch von BM Genscher mit einer Ad-hoc-Delegation des EP am Vorabend von San José IV am 29.2. und 1.3.1988 in Hamburg[26] und die Teilnahme der Parlamentarier an der feierlichen Eröffnung der Konferenz,
– die Einladung von EP-Präsident Lord Plumb sowie der Vorsitzenden des Politischen und des Außenwirtschaftsausschusses des EP zur Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung EWG–RGW am 25.6.1988 in Luxemburg.

3) Die Beziehungen zum EP in weiteren institutionellen Bereichen

a) Die wichtigste institutionelle Aufwertung des Parlaments erfolgte durch die in den letzten Tagen unserer Präsidentschaft unterzeichnete Interinstitutionelle Vereinbarung über die Haushaltsdisziplin und die Verbesserung des Haushaltsverfahrens[27]. Sie bildet das Kernstück der Maßnahmen zur Umsetzung der Beschlüsse des Europäischen Rates von Brüssel über die Gemeinschaftsfinanzierung in den Jahren 1988–1992 und eröffnet zum ersten Mal die Mitwirkung des EP bei der Einhaltung der Haushaltsdisziplin auch für obligatorische Aus-

22 Zur Gemeinsamen Erklärung der Europäischen Gemeinschaften und des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) vgl. Dok. 160, Anm. 14.

23 Für den Wortlaut von Artikel 235 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 898.

24 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „der Gestaltung der".

25 Vgl. dazu die Rede der Staatsministerin Adam-Schwaetzer am 13. Januar 1988 vor Delegationen des Europäischen Parlaments und des amerikanischen Kongresses; BULLETIN 1988, S. 42 f.

26 Zur vierten Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe (San José IV) am 29. Februar und 1. März 1988 in Hamburg vgl. Dok. 72.

27 Für den Wortlaut der Institutionellen Vereinbarung über die Haushaltsdisziplin und die Verbesserung des Haushaltsverfahrens vom 29. Juni 1988 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Europäischen Rat und der EG-Kommission vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 185 vom 15. Juli 1988, S. 33–37.

gaben. Die gemeinsame Verpflichtung der drei Institutionen auf die den Schlußfolgerungen von Brüssel entsprechende finanzielle Vorausschau 1988–1992 und auf die besonderen Bedingungen, unter denen die dort festgelegten jährlichen Höchstbeträge auf Vorschlag der Kommission und durch gemeinsamen Beschluß beider Teile der Haushaltsbehörde geändert werden können, hat für wichtige Kernbereiche des in den vergangenen Jahren zwischen EP und Rat angesammelten Konfliktstoffs eine neue Art der Regelung gebracht und die Arbeitsgrundlage der Beziehungen zwischen Rat und EP auch über das Haushaltsverfahren hinaus verbessert.

b) Die Konstituierung eines Ausschusses des EP am 18. Januar 1988 zur Untersuchung der Vorgänge in Mol bei dem Transport und der Behandlung von radioaktiven Abfällen[28] bot Gelegenheit, den Rat mit einigen grundsätzlichen Fragen im Zusammenhang mit dem Auftreten von Ministern und Beamten der Mitgliedstaaten vor Untersuchungsausschüssen des EP zu befassen. Zwar besteht keine rechtliche Verpflichtung zu solchen Aussagen; die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten können jedoch ihre Bereitschaft bzw. ihre Genehmigung zu solchen Aussagen erklären. Die Haltung der Bundesregierung in diesem Fall ist durch das Erscheinen von BM Prof. Töpfer vor dem Ausschuß positiv deutlich gemacht worden.

c) Die deutsche Präsidentschaft hat sich auch für eine Stärkung des Petitionsrechtes des Bürgers und für eine Unterstützung der Arbeit des Petitionsausschusses des EP eingesetzt. Der Rat konnte feststellen, daß der Petitionsausschuß bereits jetzt eine eindrucksvolle Bilanz seiner Arbeit vorweisen kann. Das Projekt, diese Arbeit durch eine gemeinsame Erklärung von Rat, Kommission und EP oder durch einen interinstitutionellen Briefwechsel zu unterstützen, wird unter griechischer Präsidentschaft[29] weiterverfolgt werden. Die deutsche Präsidentschaft hat ihre Möglichkeiten genutzt, hierzu einen Anstoß zu geben und den Bürger – nicht zuletzt auch im Vorfeld der EP-Wahlen von 1989 – auf diesen wichtigen Tätigkeitsbereich des EP hinzuweisen.

d) Auf dem Europäischen Rat in Hannover wurde schließlich auch eine Möglichkeit gefunden, zum ersten Mal seit der Feierlichen Deklaration von Stuttgart von 1983[30] die dort enthaltene Zusicherung zu erfüllen, vor der Designierung des Präsidenten der Kommission die Stellungnahme des Erweiterten Präsidiums des EP einzuholen. Da die Regierungschefs sich mit dieser Frage erst auf dem Gipfel selbst befaßten, gleichzeitig aber auch das Ergebnis ihrer Beratungen noch vor dem Abschluß ihres Treffens verkünden wollten, wurde EP-Präsident Lord Plumb noch am späten Abend des 27. Juni von der voraussichtlichen Einigung der Regierungschefs auf eine weitere Amtszeit von Präsident Delors unterrichtet. Das Erweiterte Präsidium des EP trat am Morgen des 28.6. zu einer Sondersitzung zusammen und gab seine Stellungnahme ab. Die Designierung von Präsident Delors für eine neue Amtszeit konnte dann in Hannover noch am gleichen Tag bekanntgegeben werden.

28 Zur Lieferung von Atommüll durch die Firma Transnuklear an das belgische Kernforschungszentrum in Mol vgl. den Artikel „‚Selbstmord des Atoms'"; DER SPIEGEL, Nr. 3 vom 18. Januar 1988, S. 18–30.

29 Griechenland hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1988 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

30 Auf dem Europäischen Rat vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten die Feierliche Deklaration zur Europäischen Union. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 420–427. Vgl. dazu auch AAPD 1983, I, Dok. 185.

4) Die Beteiligung des EP an der Europäischen Politischen Zusammenarbeit

Die deutsche Präsidentschaft hat großen Wert darauf gelegt, die Bestimmungen der EEA über die enge Beteiligung des EP an der EPZ voll auszuschöpfen und neue Impulse zu geben.

In der Aussprache über die Programmerklärung von BM Genscher am 20. Januar 1988[31] unterstützte das EP unsere Haltung zu einer europäischen Sicherheitspolitik und machte seinen nur von wenigen Abgeordneten in Frage gestellten Anspruch deutlich, nicht nur zu den wirtschaftlichen und politischen, sondern auch zu den militärischen Aspekten der Sicherheitspolitik Stellung zu nehmen.

Neben der Behandlung von EPZ-Themen in den Erklärungen von BM Genscher zu Programm und Bilanz der Präsidentschaft und dem Bericht von Bundeskanzler Dr. Kohl über den Europäischen Rat in Hannover vor dem Plenum gaben die beiden EPZ-Kolloquien am 23.2.1988 in Brüssel und am 25.5.1988 in Bonn den Mitgliedern des Politischen Ausschusses des EP Gelegenheit, mit der deutschen Präsidentschaft sowohl über die aktuellen Entwicklungen und Positionen im Rahmen der EPZ als auch über wichtige Fragen der Außenbeziehungen der Gemeinschaft zu sprechen.

Die Präsidentschaft legte dem EP erneut ein Memorandum über die Aktivitäten der EPZ im Bereich der Menschenrechte vor.

Zur Intensivierung der Beteiligung des EP an der EPZ erzielten die Zwölf auf dem informellen Außenministertreffen in Konstanz[32] Einigkeit über folgende Punkte:

– die in der EEA und im AM-Beschluß vom 28.2.1986 vorgesehenen Kontakte sollen voll genutzt werden,
– Sonderunterrichtungen des EP durch die Präsidentschaft können von Fall zu Fall nach wichtigen EPZ-Tagungen bzw. Ministerbeschlüssen erfolgen,
– mündliche Anfragen des EP sollen möglichst substantieller beantwortet werden.

Bei den EPZ-Ministertreffen und Politischen Komitees wurden für alle Teilnehmer die jeweils vorher beschlossenen Resolutionen des EP ausgelegt. Damit wurde Gelegenheit geboten, daß die Auffassungen des EP in die Diskussion von Sachthemen einflossen. Die im Rahmen der EPZ angenommenen Erklärungen wurden dem Generalsekretär[33] und dem Politischen Ausschuß des EP vom EPZ-Sekretariat im Namen der Präsidentschaft übermittelt. Das EPZ-Sekretariat unterhält jetzt Kontakte mit dem Politischen Ausschuß und trägt dazu bei, einen regelmäßigen Informationsfluß in der Zeit zwischen den planmäßigen Zusammenkünften der Präsidentschaft mit dem EP zu sichern.

V. Die deutsche Präsidentschaft hat sich damit auf den verschiedensten Ebenen für eine pragmatische und positive Fortentwicklung der Beziehungen zum Europäischen Parlament eingesetzt.

Die hier erreichten Ergebnisse sind vor allem im Gesamtzusammenhang mit den Fortschritten wichtig, die während unserer Präsidentschaft zur Sicherung der

31 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 20. Januar 1988 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg vgl. BULLETIN 1988, S. 61–67.

32 Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 5./6. März 1988 in Konstanz vgl. Dok. 92, Anm. 5.

33 Enrico Vinci.

Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft und auf dem Weg zur Verwirklichung des Binnenmarktes erzielt werden konnten. Gerade eine zunehmend dichter integrierte Gemeinschaft macht verbesserte Arbeitsbeziehungen zu einem gestärkten Parlament notwendig.

Referat 200 hat mitgezeichnet.

Rom

Referat 410, Bd. 136042

233

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Scheel

341-321.20 MYG **19. August 1988**[1]

Über Herrn Dg 34[2], D 3 i. V.[3], Herrn Staatssekretär[4] Herrn Bundesminister

Betr.: Errichtung einer Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ulan Bator (Mongolische Volksrepublik – MVR)

Bezug: Ihre Bitte um Prüfung

Vorschlag: Errichtung einer gemeinsamen Botschaft der Französischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland in Ulan Bator

1) Der mongolische Staats- und Parteichef, Dschambyn Batmönch, unterstrich am 8. Juli 1988 gegenüber Botschafter Dr. Meyer-Landrut anläßlich der Übergabe seines Beglaubigungsschreibens[5] das nachhaltige Interesse der Mongolischen Volksrepublik an einer Ausweitung der Beziehungen zur BR Deutschland. Insbesondere unter Hinweis auf die Eröffnung einer amerikanischen Botschaft im Frühjahr 1988 in Ulan Bator äußerte er das mongolische Interesse an der Errichtung einer Vertretung der Bundesrepublik Deutschland.

2) Die MVR mit ca. 1,6 Mio. qkm und fast 2 Mio. Einwohnern wurde 1924 als erste Volksrepublik gegründet[6], nachdem sie 1921 durch einen Aufstand aus dem chinesischen in den sowjetischen Einflußbereich übergegangen war[7]. Die

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel und Oberamtsrat Zagorski konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent Zeller am 19. August 1988 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirigent Sulimma am 24. August 1988 vorgelegen.

4 Jürgen Sudhoff.

5 Am 25. Juli 1988 berichtete Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, über seinen Besuch in der Mongolischen Volksrepublik vom 6. bis 12. Juli 1988: „Vor der Übergabe des Beglaubigungsschreibens in Ulan Bator hatte ich Gelegenheit zu dem üblichen Gespräch mit mongolischem Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Tserenpiliin Gombosüren." Diesem habe er dargelegt: „Unsererseits bestünde ferner Interesse an einer eventuellen Einräumung von Überflugrechten für die Mongolei für die deutsche Lufthansa im Rahmen in Aussicht genommener Direktflüge nach Peking". Vgl. den Drahtbericht Nr. 2325; Referat 341, Bd. 142607.

6 Am 13. Juli 1924 wurde die Äußere Mongolei zur Mongolischen Volksrepublik erklärt.

7 Botschaftsrat Hennig, Moskau, erläuterte am 24. Juli 1985: „Nach Ausbruch der Oktober-Revolution war auch die Mongolei in den Strudel der Kämpfe zwischen Weiß und Rot geraten. Peking nutzte

SU ist Hegemonialmacht; sie übt dominierenden Einfluß auf Politik und Wirtschaft des Landes aus. Gegenüber China ist deutlich die mongolische Sorge erkennbar, das gleiche Schicksal der Sinisierung wie die Innere Mongolei zu erfahren. Die MVR ist Mitglied des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und Beobachter im Warschauer Pakt. Die Sowjetunion hat einige Divisionen in der MVR stationiert.

3) Die Bundesrepublik Deutschland und die Mongolische Volksrepublik nahmen am 31.1.1974 diplomatische Beziehungen auf.[8] Der Botschafter der MVR in Warschau und der Botschafter der BR Deutschland in Moskau (bis 30. Okt. 1984 in Tokio) sind bei dem jeweils anderen Staat doppelt akkreditiert. In der MVR sind keine Deutschen aus der Bundesrepublik Deutschland ansässig. Während der Reisezeit von Juni bis September besuchen jährlich ca. 3000 Deutsche die MVR, meist aus touristischen Gründen (Lama-Klöster, Jagd im westlichen Teil des Landes).

Die MVR unterhält diplomatische Beziehungen zu allen EG-Staaten mit Ausnahme Irlands. Großbritannien unterhält gegenwärtig als einziges EG-Land eine eigene Botschaft in Ulan Bator. Frankreich schloß seine Botschaft in Ulan Bator Mitte 1984 aus Kostengründen. Die Moskauer Botschaften der übrigen EG-Länder sind in Ulan Bator doppelt akkreditiert. Die MVR trat kürzlich an Frankreich mit der Bitte heran, die Botschaft in Ulan Bator wieder zu eröffnen. Sie soll ein günstiges Angebot für die Unterbringung der Vertretung gemacht haben. Neben den sozialistischen Ländern haben noch Japan und Indien Botschaften in Ulan Bator.

4) Für die Errichtung einer Botschaft in Ulan Bator sprechen folgende Argumente:

4.1) Wegen ihrer geographischen Lage – 3005 km gemeinsame Grenze mit der SU, 4673 km mit der VR China – hat die Mongolei im ostasiatischen Raum eine erhebliche strategische Bedeutung.

Intensität und Qualität der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der VR China wirken sich unmittelbar auf die Mongolei aus. Gerade in der gegenwärtigen Periode einer allmählichen Verbesserung des sowjetisch-chinesischen Verhältnisses eignet sich Ulan Bator als Beobachterposten für dieses Verhältnis besonders gut. Der britische Botschafter in Ulan Bator wies RL 341 im Sept. 1986[9]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1242

Rußlands Schwäche, um im Sommer 1919 Urga (das heutige Ulan Bator) zu besetzen. Im Februar 1921 beendete eine 10 000 Mann starke, aus Weißgardisten und Burjaten bestehende Truppe des baltischen Generals von Ungern-Sternberg das chinesische Zwischenspiel. Am 3. Juli 1921 fielen Rotarmisten mit mongolischer Unterstützung in die Mongolei ein und besetzten Urga nach wenigen Tagen. Die mongolische Hilfstruppe bestand aus 400 Chalcha- und Burjat-Mongolen, die jenseits der Grenze in Rußland ausgebildet worden waren […]. Die Weichen für den Sieg der ‚Volksrevolution' am 11. Juli waren schon vorher gestellt. In Urga hatten sich bereits von Sibirien her beeinflußte revolutionäre Zirkel gebildet, die sich im Vorfeld der russischen Invasion am 1. März 1921 zur Mongolischen Volkspartei zusammengeschlossen hatten. Sie zählte 26 Mitglieder!" Vgl. Referat 341, Bd. 142606.

8 Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Mongolei vgl. BULLETIN 1974, S. 144. Vgl. dazu auch AAPD 1974, I, Dok. 20.

9 Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheel hielt sich vom 7. bis 10. September 1986 in der Mongolischen Volksrepublik auf. Dazu notierte er am 3. Oktober 1986: „Der britische Botschafter, Allan Geoffrey Butler, meinte, die mongolische Regierung müsse die Anwesenheit eines westlichen europäischen Landes mehr honorieren als bisher; denn diese trage zu dem Erscheinungsbild eines unabhängigen Landes bei. Solange aber die politischen Positionen der Mongolei nahtlos den sowjetischen glichen und weniger als 3% des Handels außerhalb der sozialistischen Länder abgewickelt werde, müsse man die Mongolei fragen, was ihr die Anwesenheit einer europäischen Botschaft in Ulan Bator wert sei." Vgl. Referat 341, Bd. 142606.

darauf hin, daß die mongolischen Behörden seinen ausgedehnten Reisen ins Land keinerlei Schwierigkeiten in den Weg legten – anders als etwa dem chinesischen Botschafter.

4.2) In jüngster Zeit sind Anzeichen erkennbar, die auf ein mongolisches Streben nach mehr Eigenständigkeit und mehr Aufgeschlossenheit gegenüber dem Westen – besonders im kulturellen Bereich – schließen lassen. Hierzu gehört das nachhaltige Interesse der MVR an einer Ausweitung der Beziehungen zur BR Deutschland, das die Errichtung einer Vertretung vor Ort einschließt. Die mongolische Führung wünscht – wohl auch wegen der Sorge, die Verbesserung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen könnte auf ihre Kosten gehen – eine Intensivierung der Beziehungen zu westlichen Ländern. Ihre Interessenlage ist ähnlich wie die der osteuropäischen Staaten. Wir sollten dieses Streben nach mehr Freiraum gegenüber der Hegemonialmacht Sowjetunion durch die Errichtung einer Vertretung vor Ort unterstützen.

4.3) Da die MVR ihren Außenhandel zu etwa 97% mit RGW-Staaten (über 80% allein mit der SU) abwickelt, ist sie für uns wirtschaftlich z. Z. nur von untergeordnetem Interesse (bilaterales Handelsvolumen 1987: 14,5 Mio. DM; zum Vergleich: Vietnam: 37,5 Mio. DM; Albanien: 56,5 Mio. DM).

Langfristig kann die MVR jedoch wegen ihres Bedarfs an westlicher Technologie zum Zweck der Modernisierung ihrer Volkswirtschaft und wegen der vorhandenen Bodenschätze an Bedeutung für unseren Außenhandel gewinnen. Nur eine physische Präsenz vor Ort kann die Möglichkeiten einer besseren wirtschaftlichen Zusammenarbeit voll ausloten.

4.4) Die kulturelle Zusammenarbeit mit der MVR hat auf der Grundlage des Kulturabkommens vom 12. Juni 1986[10] gut begonnen (u. a. „Zelte"-Ausstellung in Ulan Bator im Mai 1988, Mongolei-Ausstellung in München im Frühjahr 1989[11]). Nach Unterzeichnung eines Dreijahresprogramms zum deutsch-mongolischen Kulturabkommen im Juli d. J. ist eine noch engere Kooperation zu erwarten. Eine Botschaft in Ulan Bator könnte den mongolischen Wunsch nach mehr eigener kultureller Identität wirkungsvoll unterstützen.

5) AM Dumas regte Ihnen gegenüber am 8.8.1988 in Berchtesgaden die Prüfung darüber an, ob eine gemeinsame Botschaft der Französischen Republik und der BR Deutschland „in einem kleineren Lande" errichtet werden könnte. Die Mongolei scheint dafür sehr geeignet. Deutsche und französische Interessen auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet stimmen hinsichtlich der MVR in fast idealer Weise überein. Mit der Errichtung einer gemeinsamen Botschaft in Ulan Bator würde das Zusammenwirken der beiden Auswärtigen Dienste (Ziff. 3 der deutsch-französischen Erklärung vom 28. Februar 1986[12]) noch deutlicher zum Ausdruck gebracht als bisher.

10 Korrigiert aus: „13. Juni 1986".
Für den Wortlaut des Abkommens vom 12. Juni 1986 zwischen der Bundesrepublik und der Mongolischen Volksrepublik über kulturelle Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, II, S. 85 f.

11 Die Ausstellung „Die Mongolen – Kunst und Kultur eines alten Reitervolkes" fand vom 22. März bis 28. Mai 1989 im Haus der Kunst, München, statt.

12 Für den Wortlaut der „Erklärung über ein Abkommen zwischen dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und dem Präsidenten der Französischen Republik" zum Abschluß der deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Februar 1986 in Paris vgl. BULLETIN 1986, S. 180. Zu den Konsultationen vgl. ferner AAPD 1986, I, Dok. 61.

Nach Art. 6 des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen[13] ist es möglich, daß mehrere Staaten ein und dieselbe Person bei einem anderen Staat als Missionschef akkreditieren, es sei denn, daß der Empfangsstaat Einspruch dagegen erhebt. Ob die MVR widerspräche, bliebe abzuwarten[14]; man könnte ihr gegebenenfalls antworten, daß die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich eine Botschaft in Ulan Bator nur als gemeinsame Institution errichten würden oder gar nicht. Über die personelle Ausstattung und eine angemessene Aufteilung der Posten müßte mit den Franzosen gesprochen werden.[15]

7) Die Referate 110, 202 und 502 haben mitgezeichnet.

Scheel

Referat 202, Bd. 151109

234

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger

012-312.74 VS-NfD **22. August 1988**[1]
Fernschreiben Nr. 80 Ortez **Aufgabe: 25. August 1988**

Zum „Systematisierungsprogramm" der rumänischen Regierung

1) Die rumänische Regierung hat seit Beginn dieses Jahres Pläne zu einer bereits früher ins Auge gefaßten Umstrukturierung von Stadt und Land wieder aufgegriffen und Vorbereitungen zur Realisierung in Gang gesetzt. Nach diesem sogenannten „Systematisierungsprogramm" will Rumänien bis zum Jahre 2000

13 Für den Wortlaut von Artikel 6 des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 963.

14 Am 29. September 1988 berichtete Vortragender Legationsrat I. Klasse Dieckmann, New York (VN), im Gespräch mit dem mongolischen Außenminister Gombosüren am Vortag habe Bundesminister Genscher „die Möglichkeit der Errichtung einer gemeinsamen deutsch-französischen Vertretung in Ulan Bator" angesprochen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 43; Referat 341, Bd. 142606.
Am 24. Oktober 1988 dankte der mongolische Stellvertretende Außenminister Olzvoi Staatssekretär Sudhoff „für die Erläuterungen zum Projekt der dt.–frz. Botschaft und äußerte, die MVR werde dagegen keine Einwände erheben". Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 341, Bd. 142606.

15 Zu einer Anfrage der mongolischen Botschaft in Großbritannien übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheel der Botschaft in London am 8. Dezember 1988 folgende Information: „Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich sind im Gespräch über die Errichtung gemeinsamer Auslandsvertretungen. Dabei wird auch die Errichtung einer gemeinsamen Botschaft in Ulan Bator erwogen. Beide Staaten prüfen die Möglichkeiten, sich durch einen Botschafter vertreten zu lassen. Der Vertreter (Chargé d'affaires) würde jeweils vom anderen Staat gestellt. […] Diese Konzeption muß noch eingehend unter rechtlichen Gesichtspunkten geprüft werden. Die endgültigen politischen Entscheidungen können erst anschließend getroffen werden. Sobald dies der Fall ist, wird die mongolische Regierung von der Bundesregierung und der französischen Regierung angesprochen werden." Vgl. den Drahterlaß Nr. 1891; Bd. 341, Bd. 142607.

1 Der Drahterlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Götz konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat Schrömbgens am 24. August 1988 vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 24. August 1988 zur Mitzeichnung vorgelegen.

zur Modernisierung des Landes die Zahl der 13 000 bestehenden Dörfer auf höchstens 5000–6000 reduzieren und „agroindustrielle Zentren“ schaffen, in welche die Bewohner der aufzulösenden Dörfer umgesiedelt werden sollen. Durch entsprechende Infrastruktur (Schulen, Krankenhäuser, Wohnblocks) dieser Zentren sollen die Unterschiede zwischen Stadt und Land allmählich verringert werden. Mit der tatsächlichen Umsetzung des Programms im größeren Stil wurde bisher, soweit bekannt, noch nicht begonnen.

Die Bundesregierung, aber auch die deutsche und internationale Öffentlichkeit sind besorgt, daß durch die Auflösung der in Jahrhunderten gewachsenen Dorfgemeinschaften gemeinsames europäisches Kulturerbe zerstört wird, das es zu erhalten gilt. Auch wenn das Systematisierungsprogramm nicht als ein speziell gegen die Minderheiten konzipiertes Vorhaben zu betrachten ist, sind in die Besorgnis auch die in Rumänien lebenden Minderheiten eingeschlossen.

2) Nachdem die Bundesregierung seit Mai 1988 mehrfach gegenüber dem rumänischen Botschafter in Bonn ihrer Besorgnis über das Systematisierungsprogramm Ausdruck gegeben hatte, wurde der rumänische Botschafter am 15.8. 1988, nachdem die rumänische Presse von der geplanten Einebnung des deutschen Dorfes Gottlob berichtet hatte, erneut ins Auswärtige Amt einbestellt.[2] Seine Reaktion auf unsere Vorhaltungen war wiederum unbefriedigend; er wies unsere Bedenken erneut als Einmischung in innere Angelegenheiten seines Landes zurück. Daher richtete BM am 18.8.1988 ein Schreiben an seinen rumänischen Amtskollegen Totu.[3] Er drückt hierin die große Besorgnis der Bundesregierung über die geplante Verringerung der Dörfer um mehr als die Hälfte aus und weist auf die drohende Zerstörung der gewachsenen europäischen Kultur-

2 Am 22. August 1988 empfing Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen den rumänischen Botschafter zu einem Gespräch: „Dinu […] bezog sich auf die Einbestellung durch D 2 i. V. am 15.8.1988 und die deutschen Pressemeldungen zur angeblich geplanten Zerstörung des Dorfes Gottlob. Die deutschen Meldungen seien übertrieben gewesen. Er könne hiermit im Auftrag seiner Regierung zusichern, daß sie keine Absicht habe, das Dorf Gottlob zu vernichten. […] Mit solchen Meldungen sollte die politische Atmosphäre gestört und künstlich angeheizt werden.“ Richthofen entgegnete: „Unsere Sorge betreffe die Zerstörung des gemeinsamen kulturellen Erbes durch Zerstörung der Dörfer. Mit Ausnahme vom jetzigen Gespräch hätten wir keine Klarstellung über die rumänischen Pläne erhalten. […] Wir mischten uns nicht in innere rumänische Angelegenheiten ein, wenn wir unserer Beunruhigung Ausdruck gäben. Unsere Sorge gelte neben der Erhaltung gemeinsamen rumänischen Erbes auch den nationalen Minderheiten, insbesondere der deutschen. Ansatz biete hierbei KSZE-Schlußakte.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139894.

3 Am 18. August 1988 übermittelte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen der Botschaft in Bukarest ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den rumänischen Außenminister Totu. Darin stellte Genscher fest: „Die Erklärung, die der rumänische Botschafter bei dem letzten Gespräch, zu dem er am 15. August des Jahres in das Auswärtige Amt gebeten worden war, abgegeben hat, hat die Besorgnis der Bundesregierung nur noch erhöht. Ich wende mich deshalb heute an Sie persönlich und appelliere an Sie, alles dies in Erwägung zu ziehen und die an Sie ergangenen Appelle zu berücksichtigen. Ich bitte Sie, die getroffene Entscheidungen der Systematisierungspolitik zu überprüfen und die geplanten Maßnahmen nicht zu verwirklichen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 297; Referat 214, Bd. 139530.
Botschafter Matthias, Bukarest, berichtete am selben Tag über die Übergabe des Schreibens im rumänischen Außenministerium: „Referatsleiter wollte Brief nach Lektüre wegen Einmischung in innere Angelegenheiten nicht entgegennehmen. Auf ausdrücklichen Hinweis meines Mitarbeiters, daß es sich um einen persönlichen Brief des Außenministers an seinen rumänischen Amtskollegen handele, und daher Annahmeverweigerung nicht akzeptiert werde, zog er amtierenden Abteilungsleiter hinzu. Auch dieser äußerte sich nach Lektüre im gleichen Sinne. Mitarbeiter verweigerte Rücknahme des Briefes mit nochmaligem Hinweis auf persönlichen Charakter des Briefes. Abteilungsleiter sagte schließlich Weiterleitung des Briefes an AM Totu zu.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 735; Referat 214, Bd. 139530.

landschaft sowie auf die schwerwiegenden Beeinträchtigungen der seit Jahrhunderten in Rumänien lebenden Deutschen hin. Er bittet die rumänische Regierung, die getroffenen Entscheidungen der Systematisierungspolitik zu überprüfen und die geplanten Maßnahmen nicht zu verwirklichen. Rum. Botschafter hat inzwischen namens seiner Regierung dementiert, daß das Dorf Gottlob zerstört werde.

In seiner Sitzung am 16. Juni 1988 hatte sich bereits der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages ausführlich mit der Lage in Rumänien befaßt. Dabei wurde deutlich, daß die Sorge der Bundesregierung wegen des rumänischen „Systematisierungsvorhabens" von allen Parteien geteilt wird.

Der Deutsche Bundestag hat daraufhin in seiner Sitzung am 22. Juni 1988 einstimmig einen Entschließungsantrag zu den Menschenrechten in Rumänien[4] angenommen. In diesem Antrag wird die Ablehnung humanitärer Hilfeleistungen durch die rumänische Regierung[5] mit Befremden zur Kenntnis genommen und Besorgnis über die zunehmende Einschränkung der Menschenrechte in Rumänien sowie über das Systematisierungsprogramm zum Ausdruck gebracht. Staatsminister Schäfer hat in dieser Bundestagssitzung den gemeinsamen Entschließungsantrag zu Rumänien namens der Bundesregierung unterstützt und auf die der rumänischen Seite deutlich gemachten Besorgnisse der Bundesregierung hingewiesen.[6]

Eine Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages unter Leitung von MdB Dr. Klaus Rose hat vom 30.6.–2.7.1988 Rumänien besucht und dabei gegenüber hochrangigen rumänischen Gesprächspartnern unter Hinweis auf die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 22.6.1988 die deutschen Bedenken hinsichtlich des Systematisierungsprogramms vorgetragen.[7]

3) Das Europäische Parlament hat am 7.7.1988 eine gemeinsame Entschließung zur Systematisierungsfrage verabschiedet und die rumänische Regierung aufgefordert, von den geplanten Maßnahmen abzusehen.[8]

Die Bundesregierung hat im Rahmen der EPZ die Präsidentschaft[9] gebeten, baldmöglichst gemeinsam mit den Partnern Schritte zur Durchführung einer

4 Für den Wortlaut des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Die Grünen vom 21. Juni 1988 über „Menschenrechte in Rumänien" vgl. BT DRUCKSACHEN, 11. WP, Drucksache Nr. 11/2538.

5 Zur Haltung der rumänischen Regierung zu humanitären Hilfeleistungen vgl. Dok. 226, Anm. 6.

6 Für den Wortlaut der Ausführungen des Staatsministers Schäfer am 22. Juni 1988 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 86. Sitzung, S.5816 f.

7 Botschafter Matthias, Bukarest, berichtete am 4. Juli 1988 über den Besuch von Bundestagsabgeordneten in Rumänien: „Trotz starker Verletzung des rumänischen Selbstwertgefühls durch BT-Resolution vom 22.6.1988 verlief Delegationsbesuch erfolgreich. […] Wenn auch bei für ein stalinistisch geprägtes System typischen Problemen – z. B. Kontaktverbot mit Ausländern – Halbwahrheiten als Antwort hingenommen werden mußten, so ist es doch bemerkenswert, daß die Diskussion zu sensiblen Problemen, darunter auch Systematisierung, von der rumänischen Seite nicht einfach abgebrochen wurde. Für den bilateralen politischen Dialog war es wichtig, daß praktisch alle kritischen Themen von deutscher Seite angesprochen wurden. Die rumänische Seite hat es verstanden, daß auch in angespannter politischer Situation der Dialog im Interesse der Menschenrechte, insbesondere aber auch der Lage der deutschen Minderheit, fortgesetzt werden muß." Vgl. den Drahtbericht Nr. 595; Referat 214, Bd. 139891.

8 Vgl. dazu den Artikel „Europa-Parlament verurteilt Rumänien"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 8. Juli 1988, S. 8.

9 Griechenland hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1988 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

Demarche der Zwölf in Bukarest[10] sowie einer Erklärung der Zwölf beim WFT[11] einzuleiten.

Pleuger[12]

Referat 012, Bd. 134241

235

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dieckmann

330-320.10 CHL VS-NfD **25. August 1988**

Über Herrn D 3 i. V.[1], Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Plebiszit in Chile[4];
hier: Unterstützung der demokratischen Opposition

Bezug: Besprechung bei dem Herrn Bundesminister am 24.8.1988

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und – soweit erforderlich – Billigung

1) Finanzielle Unterstützung der demokratischen Opposition beim Plebiszit

1.1) Eine Bereitstellung von „Sondermitteln" in der von Ihnen genannten Höhe (etwa 1 Mio. DM) ist nach dem Stand der noch verfügbaren Mittel (gegenwärtig

10 Am 9. September 1988 teilte Botschafter Matthias, Bukarest, mit, die griechische EG-Ratspräsidentschaft habe die Demarche der EG-Mitgliedstaaten am Vortag dem zuständigen Abteilungsleiter im rumänischen Außenministerium übergeben: „Die Gesprächsatmosphäre sei von Anfang an eisig gewesen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 811; Referat 214, Bd. 139530.

11 Botschafter Graf zu Rantzau, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 22. September 1988, die griechische EG-Ratspräsidentschaft habe am selben Tag im Rahmen der EPZ über ihre im Plenum der KSZE-Folgekonferenz in Wien geplante Intervention zum „Systematisierungsprogramm" der rumänischen Regierung informiert. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1468; Referat 214, Bd. 139530.

12 Paraphe vom 25. August 1988.

1 Hat Ministerialdirigent Sulimma am 25. August 1988 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 25. August 1988 vorlegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 26. August 1988 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Jansen am 30. August 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Schlagintweit und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Dieckmann an Referat 330 verfügte.
Hat Staatssekretär Lautenschlager am 1. September 1988 vorgelegen.
Hat Dieckmann am 5. September 1988 erneut vorgelegen.

4 Botschaftsrat Spohn, Santiago de Chile, stellte am 5. Juli 1988 fest: „Die Kampagne um das Plebiszit ist nicht mit einer normalen Wahlkampagne zu verwechseln. Berücksichtigt man die demokratischen, autoritären Elemente der Verfassung 1980 sowie die Wahrscheinlichkeit, daß acht weitere Amtsjahre Pinochets (wenn auch bei formaler Gültigkeit der Verfassung 80, d. h. Abtritt der Junta und gewähltes Parlament) zur Abstimmung stehen, geht es um Demokratie oder um eine mit demokratischen Elementen angereicherte Fortsetzung des autoritären Regimes Pinochet in Chile. […] Das Regime nutzt geschickt und systematisch seine Möglichkeiten über die Propaganda im Fernsehen […]. Die demokratische Opposition machte im Juni eine Schwächeperiode durch." Vgl. den Drahtbericht Nr. 334; Referat 330, Bd. 142930.
Das Plebiszit über die Wahl des Präsidenten und die Parlamentswahlen fand am 5. Oktober 1988 statt.

gut 3 Mio. DM) möglich.[5] Eine „Aufstockung" der „Sondermittel" für den angestrebten Zweck hält das Haushaltsreferat wegen Zustimmungsbedürftigkeit durch den BMF für aussichtslos. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß bis zum Plebiszit nur noch fünf Wochen verbleiben.

1.2) Wegen einer weiteren finanziellen Unterstützung wären die politischen Parteien auf hoher politischer Ebene rasch anzusprechen (u. a. Ihr Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler). An die Geschäftsführer der politischen Stiftungen sollte[6] D6[7] unverzüglich herantreten. (MdB Rühe hat sich anläßlich seines jüngsten Chile-Aufenthaltes für eine Unterstützung der demokratischen Kräfte ausgesprochen.[8])

1.3) Zum technischen Wege etwaiger Zuwendungen (Caritas Hamburg?) stehen wir mit dem niederländischen Außenministerium in Verbindung. Wir erwarten Informationen morgen (26.8.).

2) Anwesenheit parlamentarischer Beobachter beim Plebiszit[9]

2.1) Wegen Beobachtung des „Marsches der Hoffnung" in der Schlußphase der Kampagne und des Plebiszits an möglichst vielen Plätzen, auch in der Provinz, ist auf politischer Ebene an die Fraktionen des Bundestages heranzutreten. (MdB Rühe in Chile: Anwesenheit vieler internationaler Beobachter bei den Präsidentenwahlen notwendig.)[10]

2.2) Um eine möglichst umfassende Beobachtung zu gewährleisten, sind wir mittels COREU heute an die EPZ-Partner herangetreten.[11] Wir haben dabei darauf

5 Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Auf StS Ebene verfügt hierüber StS Sudhoff im Hinblick auf seine Verantwortung gegenüber dem Rechnungshof. (Er ist am übernächsten Wochenende zurück.)"

6 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „könnte".

7 Barthold Witte.
An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „unterstützend".

8 Botschafter Knackstedt, Santiago de Chile, berichtete am 2. September 1988 über den Besuch der CDU-Abgeordenten Rühe und Schreiber vom 22. bis 25. August 1988 in Chile: „Abgesehen von der Pressekonferenz vor Abflug am 25.8. fand der Besuch keine besondere Aufmerksamkeit in den chilenischen Medien […]. Nach den Presseberichten haben die beiden Abgeordneten in ihrer Pressekonferenz insbesondere betont: In der Bundesrepublik Deutschland hoffe man auf einen baldigen friedlichen und geordneten Übergang zur Demokratie. Die Aufhebung des Ausnahmezustands wurde begrüßt. Die Abgeordneten drückten Hoffnung aus, daß das Plebiszit technisch sauber durchgeführt werde. Sie unterstrichen die Solidarität der CDU mit der Opposition, sie seien stolz auf die Beziehungen der CDU mit ihrer christdemokratischen Schwesterpartei in Chile". Vgl. den Drahtbericht Nr. 456; Referat 330, Bd. 142922.

9 Am 31. Mai 1988 informierte Botschaftsrat Spohn, Santiago de Chile: „1) Mit Verbalnote Nr. 185 vom 27.5.88 hat das chilenische Außenministerium die hiesigen Missionen über die Haltung der chilenischen Regierung gegenüber ausländischen Beobachtern beim bevorstehenden Plebiszit und die relevanten gesetzlichen Regelungen unterrichtet. […] 2) Die chilenische Regierung versichert, die Einreisebestimmungen in dem fraglichen Zeitraum blieben unverändert. Sie würden zwar keine ausländischen […] ‚Kontrolleure' anerkennen, Ausländer könnten aber im Rahmen der allgemeinen Gesetze dem Wahlvorgang beiwohnen, ihn verfolgen und sich über die Ergebnisse informieren. Journalisten bedürften einer vorherigen Akkreditierung." Vgl. den Drahtbericht Nr. 278; Referat 330, Bd. 142930.

10 Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Dies hatten Sie sich in dem gestrigen Gespräch wohl vorbehalten; jedenfalls blieb offen, wer das tun soll."

11 Am 25. August 1988 informierte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen die EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ über die Haltung der Bundesrepublik zur Entsendung von Wahlbeobachtern zum Plebiszit über die Wahl des Präsidenten und die Parlamentswahlen am 5. Oktober 1988 in Chile. Vgl. dazu das Fernschreiben Nr. 637 (COREU); Referat 330, Bd. 142930.

hingewiesen, daß eine Abstimmung unter den parlamentarischen Beobachtern aus den Partnerländern angestrebt wird und den Botschaften vor Ort eine Koordinierungsrolle zufallen sollte (auch Infrastruktur: Unterbringung und Transport). Ebenfalls angeregt haben wir Einbeziehung anreisender Beobachter aus dem europäischen Parlament (vorgesehen 13). Angelegenheit steht auf Tagesordnung der nächsten Sitzung der Lateinamerika-Arbeitsgruppe am 1./2.9. in Brüssel.

2.3) Frau Staatsminister Adam-Schwaetzer sollte gebeten werden, flankierend zur EG-Präsidentschaft vor allem auf deutsche Abgeordnete im Europäischen Parlament einzuwirken.

2.4) Für die praktische Umsetzung vor Ort (Transportmöglichkeiten etc.) braucht die Botschaft Santiago zusätzliche Mittel (nicht mehr als 30 000 DM).

RL 112[12] hat mitgezeichnet.

Dieckmann

Referat 330, Bd. 142930

236

Gesandter Arnot, Moskau, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 2757 **Aufgabe: 25. August 1988, 17.20 Uhr**[1]
Ankunft: 25. August 1988, 16.29 Uhr

Betr.: 49. Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts[2];
hier: Öffentliche Diskussion in SU zu Auswirkungen auf die baltischen Staaten

Zur Unterrichtung

1) Der 49. Jahrestag des Nichtangriffspakts zwischen Stalin und Hitler am 23. August hat eine Vielzahl von mehr oder weniger fundierten wissenschaftlichen Betrachtungen und Stellungnahmen in den sowjet. Medien hervorgerufen, insbesondere im Hinblick auf den „Anschluß" der baltischen Staaten an die SU, aber auch zu den Motiven Stalins für sein Arrangement mit Hitler. Wie mit einem Brennglas gebündelt, fallen hier zwei grundsätzlich verschiedene Kardinalfragen der gegenwärtigen inneren Entwicklung der SU, nämlich die Nationalitätenfrage und die Aufarbeitung der Stalin-Ära, im Gedenken an ein historisches Ereignis zusammen.

12 Herbert Beyer.

1 Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Schäfers, Moskau, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 29. August 1988 vorgelegen.

2 Am 23. August 1939 schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR einen Nichtangriffsvertrag. In einem geheimen Zusatzprotokoll steckten sie ihre Interessensphären in Ostmittel- und Südosteuropa ab. Für den Wortlaut vgl. ADAP, D, VII, Dok. 228 und Dok. 229.

Die Existenz geheimer Zusatzprotokolle wird von offizieller Seite geleugnet bzw. angezweifelt.[3] Die Stellungnahmen der Wissenschaftler hierzu fallen unterschiedlich aus. TASS meldet große Demonstrationen am 23.8. aus Riga und Vilnius sowie Kaunas.[4]

2) Im einzelnen

Der Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts hat in den sowjet. Medien sowie bei der Bevölkerung der baltischen Republiken außergewöhnliche Aufmerksamkeit gefunden. Bereits am 16.8. trat Falin zusammen mit Historikern in einer Pressekonferenz auf und warnte davor, „die Geschichte umzuschreiben". Die Entstehung des Nichtangriffspakts vom 23.8.1939 müsse aus der damaligen historischen Situation erklärt werden. Nach München habe in Europa ein unumkehrbarer Prozeß eingesetzt. Die Westmächte hätten sich Hitler nicht entgegenstellen können bzw. wollen. Aus sowjet. (Stalins) Sicht hätte man zwar ein Abkommen mit GB und F vorgezogen, aber die Verhandlungen im August 1939 mit beiden hätten der sowjet. Führung gezeigt, daß GB und F kein wirkliches Interesse an einem Abkommen hatten. Deshalb war der Abschluß eines Abkommens mit D aus sowjet. Sicht die einzige Möglichkeit, den Krieg hinauszuschieben. Es sei somit um eine Frage um Leben oder Tod für die SU gegangen.

In gleicher Weise argumentierte Falin am 22.8. im Moskauer Fernsehen.

Prof. A. Tschubarjan, Direktor des Instituts für allgemeine Geschichte äußerte sich ähnlich in einem TASS-Interview, verweist auf das sinistre Spiel der Westmächte, die sich insbesondere geweigert hätten, den baltischen Republiken die gleichen Garantien wie etwa Polen oder Belgien zu geben. Die SU hingegen habe den Pakt mit Hitler auch deswegen geschlossen, weil sie den Schutz der baltischen Staaten gegen eine unmittelbare Bedrohung durch Hitler so habe sicherstellen wollen!

In ausführlichen Interviews äußern sich ferner Prof. Schjugschda von der Staatsuniversität in Wilnius in Sowjetskaja Rossija vom 24.8., der Historiker W.M. Kulisch in Komsomolskaja Prawda vom 24.8.[5] sowie erneut Prof. Tschubarjan in Sowjetskaja Latvia vom 21.8. zur Außenpolitik Stalins in den 30er Jahren und zum Hitler-Stalin-Pakt.

Neben kritischen Passagen über Stalins „Säuberung" der Roten Armee wird auch hier ein wesentlicher Akzent auf die strategische Defensive Stalins gegenüber Hitlers Aggression gelegt[6]. Mit dem Vertrag habe Stalin der SU den Frieden für zwei Jahre erhalten. Gleichzeitig habe Stalin jedoch – in krimineller Weise – die

3 Legationssekretär Höfer-Wissing vermerkte am 13. Dezember 1988 über das Geheime Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939: „Die Ausfertigung der deutschen Seite (in deutscher und russischer Sprache) wurde im Zweiten Weltkrieg vernichtet, nachdem sie auf Anordnung Ribbentrops sicherheitsverfilmt worden war. Der Mikrofilm existiert noch heute. Die Echtheit auch der anderen auf ihm aufgenommenen Dokumente (des Bestandes Büro Reichsaußenminister) kann nachgewiesen werden. Auch aus den noch vorhandenen Originalakten der Botschaft Moskau zu den Verhandlungen zum Hitler-Stalin-Pakt ergibt sich eindeutig die Existenz des Zusatzprotokolls in der im Film wiedergegebenen Fassung. Vorhanden ist auch die Originalkarte zum deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28.9.1939 mit der Unterschrift Stalins und Ribbentrops." Vgl. Referat 213, Bd. 143518.

4 Vgl. dazu den Artikel „Lettland wehrt sich gegen Bevormundung"; DIE WELT vom 25. August 1988, S. 5.

5 Für den Wortlaut des Interviews des sowjetischen Historikers Kulisch vgl. den Artikel „Die Sowjetunion am Vorabend des Krieges"; OSTEUROPA 39 (1989), A 210–A 217.

6 Korrigiert aus: „verwiesen".

Augen vor Hitlers letzten, 1939 bereits absehbaren Plänen geschlossen. Die „ganze Reihe weiterer Abreden" mit Hitler aus dem Herbst 1939 wird besonders kritisch beleuchtet (Prof. Tschubarjan: „ernstliche Fehler").

3) Durchgehende Unsicherheit wird bei den genannten Publizisten und Wissenschaftlern deutlich im Hinblick auf das geheime Zusatzprotokoll. Auf gezielte Frage wird durchweg erklärt, in der SU habe sich – trotz ernsthafter Nachforschung – kein Original eines solchen Protokolls gefunden. Es gebe lediglich Kopien in westlichen Archiven. Während sich die Wissenschaftler bei ihren Schlußfolgerungen zurückhalten und von „Unsicherheiten", „weiteren Forschungen" usw. sprechen, erklärt Falin, es bestünden gravierende Zweifel an der Authentizität dieser Kopien. Immerhin erfährt der sowjet. Leser in diesem Zusammenhang, daß die Texte des Zusatzprotokolls sowie der späteren Absprache zwischen Molotow und Ribbentrop in regionalen baltischen Medien kürzlich veröffentlicht wurden.[7]

Besondere Erklärungsschwierigkeiten bereitet bei dieser unaufrichtigen Ausgangseinschätzung der im Sommer 1940 aufgrund der geheimen Absprache erfolgte Einmarsch der sowjet. Truppen ins Baltikum. So verweist u. a. Schagars, Historiker der lettischen AdW[8], pauschal auf die Zustimmung des lettischen Präsidenten Ulmanis, auf die „vorrevolutionäre Situation in den baltischen Staaten" und – hier im Einklang mit den anderen o. a. Historikern und Falin – auf die Notwendigkeit, das Baltikum insgesamt vor dem sicheren Zugriff Hitlers zu retten. Gleichzeitig wird auf mögliche Absichten Hitlers verwiesen, über das Baltikum den Angriff auf die SU zu führen, was man so verhindert habe.

Ferner merkt Schagars an, im weiteren Verlauf habe – insoweit historische Ausnahme – die herrschende Klasse in den baltischen Staaten die Herrschaft freiwillig und unblutig an die Sowjetmacht abgetreten. Alle 19 europäischen Staaten hätten – insbesondere durch andauernde Anwesenheit ihrer Missionen, vor allem in Riga – diesen völkerrechtlichen Vorgang anerkannt.

Im übrigen wird der Bogen zur allgemeinen Stalinismus-Kritik und zum heutigen Perestroika-Prozeß geschlagen: Leider seien die baltischen Republiken 1940 mit einem „deformierten Sowjetsystem" konfrontiert worden. Die weitere innere Entwicklung sei „kompliziert und widersprüchlich" gewesen.

Keiner der Historiker spricht hingegen offen von den Säuberungen, Massendeportationen und systematischer Überfremdung des Baltikums, die sich heute als wesentliche Triebkräfte für den von der Botschaft schon früher berichteten wachsenden Nationalismus mit heftigen antirussischen Ausbrüchen erweisen.[9]

Lettlands derzeitiger „Außenminister" Bartkewitsch erklärt die Diskussion um die Zusatzprotokolle zu einem westlichen „Bluff", der sich auf ein „detektivisches Verständnis der Geschichte" stütze.

4) TASS räumt mit deutlich formuliertem Widerwillen ein, daß in Riga am 23.8. eine Demonstration von „einigen tausend" Vertretern inoffizieller Organisationen genehmigt worden sei. Unter Zuhilfenahme von Stellungnahmen

7 Vgl. dazu den Artikel „Geheimes Zusatzprotokoll in Estland veröffentlicht"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 18. August 1988, S. 2.

8 Akademie der Wissenschaften.

9 Zu den Demonstrationen in Estland, Lettland und Litauen vgl. Dok. 204, Anm. 8.

einzelner Rigaer Bürger wird einerseits eingeräumt, auch auf innerstaatlicher Ebene sei es unter Stalin zu „Kommando Methoden" hinsichtlich des Baltikums gekommen, andererseits werden alle „Spekulationen über Zusatzprotokolle" und Tendenzen, jetzt „die baltische Karte zu spielen", als Versuche dargestellt, die Perestroika zu torpedieren.

Ebenfalls am 23.8. meldet TASS eine Kundgebung von 100 000 Menschen in Vilnius. In öffentlichen Erklärungen sei der Nazi-Okkupation Litauens und der zahlreichen Opfer gedacht worden. Allerdings werden auch Verurteilungen der Repressionen in der Zeit des „stalinschen Personenkults" referiert. Diese Untaten müßten offiziell als verfassungswidrig gebrandmarkt und die Opfer rehabilitiert werden.

Sodann ein bemerkenswertes Zitat von L. Šepetis, dem KP-Chef von Litauen: Es besteht die Hoffnung, daß sich unter den Bedingungen von Perestroika und Demokratisierung die sowjet. Republiken, wie es Lenin vorschwebte, zu einer echten Föderation mit stärkerer Souveränität der Einzelstaaten entwickelten.

5) Wertung

Die breite Diskussion des 23. August und seiner Folgen in der baltischen – aber auch der sowjetischen – Öffentlichkeit entspringt einem tiefempfundenen Bedürfnis der Menschen, die seit Jahrzehnten auf die offene Erörterung dieser Geschehnisse gewartet hatten. Die jetzt öffentlich gestellten Fragen an offizielle Publizisten und Historiker bringen dieses Bedürfnis eindrucksvoll zum Ausdruck. Die Antworten verraten hingegen ein typisches Dilemma der Führung, das auch in Zeiten von Glasnost fortbesteht: Einerseits fällt es nicht schwer, den Nichtangriffspakt vom 23.8.1939 als historische Notwendigkeit aus sowjet. – nicht nur Stalins! – Sicht zu erklären, gleichzeitig aber auch massive Kritik an Stalins weiterem Urteilsvermögen (Dezimierung des Offizierskorps und Blindheit gegenüber Hitlers letzten Absichten) sowie den von ihm zu verantwortenden „Untaten" bzw. Personenkult zu üben. So weit entspricht die Reaktion dem Stand der innersowjet. Diskussion.

Die altbekannte selektive Geschichtswahrnehmung zeigt sich jedoch weiterhin auf breiter Front bei der Beurteilung der Außenpolitik Stalins, insbesondere soweit Nationalitäten-Fragen und das Verhältnis zu den heutigen Verbündeten involviert sind. Das grotesk anmutende sich Winden wegen der Existenz der Zusatzprotokolle zeigt diese weiterhin bestehende Grenze bei Glasnost deutlich auf.

Wie aus sonstigen Kontakten der Botschaft auch mit aufrichtigen Perestroika-Anhängern bekannt ist, dürfte eine an das traditionelle russisch-hegemoniale Verständnis des sowjet. Vielvölkerstaates rührende Fragestellung auf absehbare Zeit keine Chance haben.

Im Gegenteil: Selbst progressive Intellektuelle nehmen eine in Einzelheiten zwar flexible, in Grundsatzfragen (historische Legitimität der Zugehörigkeit zur SU, Zentralisierung der wesentlichen politischen Entscheidungen in Moskau) jedoch harte und orthodoxe Haltung ein („sonst fliegen uns bald in 15 weiteren Regionen die Trümmer um die Ohren!"). Die Einräumung des Rechts, z. B. künftig wieder die alte estnische Flagge hissen zu können, gehört dabei zur taktischen Flexibilität: Die Flagge wird seit Jahren ohne offizielle Genehmigung öffentlich verwendet.

Die ausgesprochen hilflose Reaktion sowjetischer – gerade auch baltischer – Historiker zur Kernfrage der Zusatzprotokolle wird im Baltikum nicht dazu beitragen, den um sich greifenden Nationalismus mit stark antirussischem Reflex zu besänftigen. Die Bevölkerung kennt jetzt die Texte. Auf die Dauer wird man sich nicht mit Zweifeln an der Echtheit herausreden können. Die Botschaft regt in diesem Zusammenhang Prüfung der Frage an, ob bei nächster Gelegenheit historischen Instituten in Moskau von uns gesprächsweise angeboten werden sollte, die im Archiv des AA vorhandenen Dokumente (Originalkarte zum Zusatzprotokoll sowie Kopien des Protokolls und weiterer Unterlagen) einzusehen.
Hierzu wäre die Botschaft für Weisung dankbar.[10]

[gez.] Arnot

Referat 213, Bd. 143518

237

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schneppen

205-320.03 Allg **26. August 1988**[1]

Über Herrn Dg 20[2], Herrn D 2[3] Herrn Staatssekretär[4]

Betr.: Rechtes Protestpotential in Skandinavien

Zweck der Vorlage: Zur Information (und im Hinblick auf BM-Besuch in Norwegen am 1./2.9.1988)

I. Zusammenfassung

In Skandinavien wächst die Sorge vor einem politischen Rechtsruck seit die populistische Fortschrittspartei (FRP[5]) in Dänemark und Norwegen spektakuläre Erfolge in Wahlen und Meinungsumfragen erzielt.

10 Am 31. August 1988 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken der Botschaft in Moskau mit: „Es bestehen keine Bedenken dagegen, in Frage kommende sowjetische Gesprächspartner auf die Möglichkeit aufmerksam zu machen, die im Politischen Archiv vorhandenen Unterlagen zum Geheimen Zusatzprotokoll einzusehen. Dabei würde es sich allerdings um eine auch in unserem Interesse liegende einmalige Ausnahme von der Regel handeln, daß sowjetischen Wissenschaftlern so lange der Zugang zu den Aktenbeständen der Zeit nach 1918 verwehrt bleibt, wie nicht Gegenseitigkeit hergestellt wird.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1018; Referat 213, Bd. 143518.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schneppen und Legationssekretär Klöckner konzipiert.

2 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff in Vertretung von Ministerialdirigent von Ploetz am 29. August 1988 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 30. August 1988 vorgelegen.

4 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 31. August 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Ministerbüro verfügte und handschriftlich vermerkte: „Even[tuell] für Gesprächsmappe.“
Hat Ministerialdirigent Jansen am 2. September 1988 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 205 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „BM ist unterrichtet.“

5 Fremskridtspartiet (Dänemark), Framstegspartiet (Norwegen).

Während weder in Schweden noch in Finnland ähnliche Tendenzen zu beobachten sind, zieht die FRP eine in diesem Ausmaß bisher nicht gekannte Zahl von wirtschaftlich verunsicherten, mit dem Wohlfahrtsstaat und den etablierten Parteien unzufriedenen und auf die wachsende Asylantenzahl feindlich reagierenden Dänen und Norwegern an. Gegründet 1973 von dem Politclown Mogens Glistrup hat die dänische FRP unter neuer Führung, wie auch die norwegische FRP unter ihrem charismatischen Parteiführer Carl I. Hagen einen Wandel von einer rein poujadistischen Steuerprotestbewegung hin zu einer zwar populistischen, aber zunehmend respektableren Partei liberalistischen Zuschnitts durchlaufen.

In Dänemark wie in Norwegen mehren sich die Anzeichen, die für eine Einbindung der FRP in das traditionelle parlamentarische System sprechen.

II. Im einzelnen

1) Seit im April 1988 bei einer Meinungsumfrage 23,5% der befragten Norweger für die populistische Fortschrittspartei (FRP) votierten und zugleich bei den Folketingwahlen in Dänemark[6] deren dänische Schwesterpartei ihre Mandatszahl von 9 auf 16 nahezu verdoppelte, wächst in Skandinavien die Sorge vor einem „politischen Erdrutsch hin zu rechtsextremistischen, ausländerfeindlichen Protestparteien“ (so stellvertretend für viele das „Svenska Dagbladet“). Diese Sorge gründet sich auf die noch weitverbreitete Gleichsetzung beider Parteien mit der Person von Mogens Glistrup. Glistrup – halb Eulenspiegel, halb Rattenfänger, ausgestattet sowohl mit einem scharfen Verstand als auch mit der Durchtriebenheit eines skrupellosen Demagogen – war 1973 mit seiner kurz zuvor gegründeten Fortschrittspartei aus dem Stand zur zweitstärksten politischen Kraft in Dänemark geworden.[7] Sein mit viel politischem Happening angereichertes Programm zielte auf völlige Abschaffung der Lohn- und Einkommenssteuern, erhebliche Einschnitte in den öffentlichen Sektor, u. a. Abschaffung des diplomatischen Dienstes und der dänischen Streitkräfte, Reduzierung der Regierung auf acht Minister und 50 Beamte. Nach dänischem Vorbild wurde in Norwegen im gleichen Jahr eine Partei mit dem bizarren Namen: „Anders Langes Partei zur starken Minderung von Steuerabgaben und öffentlicher Gängelei“ gegründet, die 1975 in „Fortschrittspartei“ umbenannt wurde. Glistrup manövrierte in der Folge seine Partei durch immer absurdere Forderungen in die parlamentarische Isolation, sich selbst durch zunehmend ausländerfeindliche, ja rechtsextreme Polemik, die auch von seinen Parteifreunden nicht mitgetragen wurde, ins innerparteiliche Abseits. Als er aufgrund einer Verurteilung wegen Steuerhinterziehung 1983 eine vierjährige Haftstrafe antreten mußte, hatte er seinen Einfluß bereits verloren; die Zahl der FRP-Mandate fiel 1984 in Dänemark auf vier[8], in Norwegen auf zwei[9]. Mit dem Image einer rechtsextremen Clown-Partei behaftet, schien der Glistrup-Bewegung das Schicksal der fran-

6 Bei den dänischen Parlamentswahlen am 10. Mai 1988 erhielt die Fortschrittspartei 9 Prozent der Stimmen.

7 Bei den dänischen Parlamentswahlen am 4. Dezember 1973 entfielen auf die Fortschrittspartei 15,9 Prozent der Stimmen.

8 Bei den dänischen Parlamentswahlen am 10. Januar 1984 erzielte die Fortschrittspartei 3,6 Prozent der Stimmen.

9 In Norwegen fanden am 8./9. September 1985 Parlamentswahlen statt. Auf die Fortschrittspartei entfielen dabei 3,7 Prozent der Stimmen.

zösischen Poujadisten zu drohen, die in den 50er Jahren auch als Volksbewegung gegen Steuern und Bürokratie nach kurzem parlamentarischem Höhenflug[10] schnell in Vergessenheit geraten war.

2) Dies hat sich seit dem Frühjahr 1986 geändert: Seit in Dänemark Auslandsverschuldung, Inflation und riesiges Haushaltsdefizit den aufgeblähten Wohlfahrtssektor nicht mehr finanzierbar machen und in Norwegen Erdölpreisverfall und Niedergang des Dollars zu erheblich verminderten Staatseinnahmen geführt haben, stehen die Regierungen beider Länder, ob bürgerlich oder sozialdemokratisch geführt, vor der unpopulären Wahl, entweder die bereits hohen Steuern weiter zu erhöhen oder aber Einschnitte in das soziale Netz vornehmen zu müssen. Den durch die wirtschaftliche Lage verunsicherten, mit den Auswüchsen des Wohlfahrtsstaates, insbesondere den hohen Steuern und den etablierten Parteien unzufriedenen Wählern bietet sich in dieser Situation die Fortschrittspartei als Alternative an.

Diese hat in Dänemark wie in Norwegen eine deutliche Metamorphose hin zu mehr Seriosität in personeller wie auch in programmatischer Hinsicht durchlaufen. Seit der Unternehmer Helge Dohrmann 1983 den Fraktionsvorsitz der dänischen FRP übernahm, ist er zusammen mit der schlagfertigen und redegewandten politischen Wortführerin der Fraktion, Pia Kjærsgaard, bemüht, die Partei aus der selbst auferlegten Isolation herauszuführen.

In Norwegen ist Carl Ivar Hagen zum unbestrittenen Parteivorsitzenden und Medienstar aufgestiegen. Der Erfolg dieses in seinem Stil amerikanisch anmutenden ehemaligen Marketing-Fachmanns beruht nicht zuletzt darauf, daß Hagen – rhetorisch glänzend inszeniert – vieles von dem ausspricht, was viele Norweger zwar denken, aber nicht laut zu sagen wagen. In programmatischer Hinsicht haben sich beide Fortschrittsparteien weg von rein poujadistischen Steuerbewegungen hin zu zwar populistischen, aber zunehmend respektableren Parteien liberalistischen Zuschnitts entwickelt.

Außenpolitisch stehen beide fest zum atlantischen Bündnis, wobei die norwegische FRP in ihrem Programm sogar die Stationierungspolitik ihres Landes ablehnt. Die EG-Mitgliedschaft wird von der dänischen FRP bejaht, während die norwegische Schwesterpartei hierüber ebenso gespalten ist wie die norwegische Gesellschaft.

Im innenpolitischen Bereich besteht die Botschaft aus einer Mischung neoliberaler Gedanken und national-konservativer Haltung und liegt somit im Trend der Reagan-Thatcher-Ära: Senkung der Einkommensteuer und Glättung der Steuerprogression, Kürzung von Subventionen, Privatisierung mächtiger Staatsunternehmen, mehr Wettbewerbs- und Marktregulierung auf allen Gebieten, sei es im Gesundheitswesen, bei der Alterssicherung oder im Kulturbereich.

Diese Forderungen nach mehr Selbstverantwortung des Einzelnen und weniger staatlicher Fürsorge werden in Skandinavien aber vielfach schon als Aufkündigung des so oft beschworenen sozialdemokratisch geprägten Konsenses, als unsozial, ja als (rechts-)extrem angesehen.

10 Bei den Wahlen zur französischen Nationalversammlung am 2. Januar 1956 konnte die von Pierre Poujade geführte Union de défense des commerçerants et artisants (UDCA) drei Parlamentssitze erringen.

Das Stigma der FRP, eine rechtsextreme und vor allem ausländerfeindliche Partei zu sein, beruht aber in erster Linie auf der von ihr hergestellten Verbindung zwischen steigenden Kosten, Sozialabbau und zunehmenden Asylantenzahlen. Der Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit, ja des Rassismus, dürfte aber so nicht haltbar sein. Er setzt undifferenziert die üble Ausländerhetze des heute einflußlosen Glistrup mit der Haltung der FRP gleich, die begrenzten Zugang und Verhinderung von Asylmißbrauch durch „Bequemlichkeitsflüchtlinge" fordert. Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß ein Teil des FRP-Erfolges auf ihrem untergründigen Appell an fremdenfeindliche Gefühle, insbesondere bei den um ihren Status und ihren Arbeitsplatz fürchtenden, traditionell sozialdemokratisch wählenden Schichten zurückzuführen ist.

3) Dabei sind die Flüchtlingszahlen sowohl in Dänemark wie auch in Norwegen erheblich niedriger als im Vergleich zu Schweden, das über ein noch ausgeprägteres Wohlfahrtssystem verfügt, wo es aber weder eine meßbare Fremdenfeindlichkeit noch eine politische Protestbewegung ähnlich der FRP gibt. Dies dürfte u. a. folgende Gründe haben:

– Schweden ist traditionell Heimat für Flüchtlinge. Die schwedische Bevölkerung hat sich, anders als in Norwegen, das erst in den letzten Jahren größere Flüchtlingszahlen aufgenommen hat, an diese gewöhnt, so daß auch die irrationale Angst nicht entsteht, die Flüchtlinge könnten den Einheimischen die Arbeitsplätze wegnehmen.
– Die schwedische Wohlfahrtsphilosophie, das „Schwedische Modell" mit seinem strikten egalitären Anspruch, ist in der Bevölkerung tiefer verwurzelt, so daß Ausländerfeindlichkeit und Absage an öffentliche Fürsorge und Solidarität als geradezu unmoralisch empfunden werden.
– Aufgrund einer erfolgreicheren Wirtschaftspolitik fehlt das in Dänemark weit verbreitete Gefühl, der Wohlfahrtsstaat sei an seine Grenzen gestoßen und die etablierten Parteien seien nicht in der Lage, die Krise zu meistern.
– Schwedische Politik ist letztlich zwar langweiliger, aber seriöser. Die Schweden haben für Clownerei in der Politik wenig übrig.

4) In Finnland läßt sich ebensowenig wie in Schweden ein rechtes Protestpotential ausmachen. Dies liegt zum einen daran, daß Finnland im Verhältnis zum übrigen Skandinavien weniger sozialdemokratisch-wohlfahrtsstaatlich, sondern eher stärker „kapitalistisch" geprägt ist. Zum anderen wurde gerade erst erfolgreich der Prozeß der „Domestizierung" einer Protestbewegung, der „Finnischen Landpartei" (SMP[11]) beendet. Diese ideologisch weder rechts noch links einortbare Kleinbauernpartei bildete über mehr als zwei Jahrzehnte ein Sammelbecken für Protestwähler aller Couleur und Herkunft, bis sie – lange als nicht koalitionsfähig angesehen – Anfang der 80er Jahre in die Regierungsverantwortung eingebunden wurde. In den Reichstagswahlen 1987[12] verlor sie daraufhin die Hälfte ihrer Mandate (heute: 9 (6,3%)), und es fällt ihr heute schwer, trotz Regierungsverantwortung Konturen zu erhalten, die sie weiterhin für Protestwähler attraktiv erscheinen lassen.

11 Suomen masseudun puolue.
12 Die finnischen Parlamentswahlen fanden am 15./16. März 1987 statt.

5) Sowohl in Dänemark wie auch in Norwegen mehren sich Anzeichen, daß das Schicksal der SMP für die FRP Modellcharakter haben könnte. Seit den Folketingwahlen im Mai 1988 sucht die dänische FRP die politische Verantwortung. Als MP Schlüter, Chef einer Minderheitskoalition, die nur über 70 der 179 Mandate verfügt, für ein Paket zur Sanierung der Landwirtschaft um Unterstützung bat, ergriff die FRP diese Gelegenheit und trat erstmals in ernsthafte Verhandlungen mit der Regierung ein. Gegen erheblichen Unwillen innerhalb der Koalitionsparteien, insbesondere bei den Radikal-Liberalen, handelte die Regierung ein Sanierungspaket mit der FRP aus, in das auch Vorschläge der FRP einflossen, und das im Herbst verabschiedet werden soll. Es ist zu erwarten, daß diesem Übereinkommen weitere folgen werden. In Norwegen wird die FRP mit großer Wahrscheinlichkeit ihre parlamentarische Basis in den Wahlen im September 1989[13] erheblich vergrößern. Hagen erklärt heute, die FRP werde keine Regierungsbeteiligung anstreben, aber eine bürgerliche Regierung (die sie noch 1986 zu Fall brachte) unterstützen. Während zu einer solchen Zusammenarbeit jedoch die kleineren bürgerlichen Parteien, die um ihre Existenz fürchten, noch nicht bereit sind, gibt es bei der konservativen Høyre (z. Zt. 24 %) bereits Aufweichungstendenzen. So forderte die stellvertretende Parteivorsitzende Selaeg wiederholt Offenheit im Verhältnis zur FRP. Obwohl die Parteiführung noch schwankt, ging die Høyre auf kommunaler Ebene bereits einige Koalitionen mit der FRP ein, so z. B. in Oslo, wo die FRP den stellvertretenden Bürgermeister stellt.

Geht man davon aus, daß diese Tendenz hin zu einer stärkeren parlamentarischen Einbindung der FRP sich in beiden Ländern fortsetzt, und zur Zeit spricht alles dafür, so lassen sich für die Zukunft zwei mögliche Entwicklungen vorstellen: Denkbar ist eine Entwicklung, bei der die FRP in der pragmatischen Zusammenarbeit mit den bisher verteufelten „alten Parteien“ ihre Konturen und somit ihre Attraktivität für ihr bisheriges Protestwählerpotential verliert.

Möglich erscheint aber auch, daß die FRP in Dänemark und Norwegen sich auf Dauer als anerkannte politische Kraft auf der bisher weitgehend unbesetzten rechten Seite des in Skandinavien insgesamt nach links verschobenen Parteispektrums etabliert: als eine Partei konservativ-wirtschaftsliberalen Zuschnitts, von der ihre Wähler eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische „Wende“ erhoffen, die sie von den „etablierten“ konservativen Parteien nicht mehr erwarten.

Schneppen

Referat 205, Bd. 160032

13 Die norwegischen Parlamentswahlen fanden am 11. September 1989 statt.

238

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ackermann

424-411.10 AGY/KUW VS-NfD **26. August 1988**[1]

Über Dg42[2], D4[3], Herrn Staatssekretär[4] Herrn Bundesminister[5]

Betr.: Rüstungsexporte nach Kuwait und Ägypten;
hier: Umrüstung von 200 ägyptischen T-54 und 160 kuwaitischen Chieftain Kampfpanzern mit MTU Panzermotoren

Zweck der Vorlage: Zustimmung zu III

I. Sachverhalt

1) Dem Auswärtigen Amt liegt ein Antrag der Fa. MTU auf Erteilung einer Genehmigung zur Ausfuhr von 200 Dieselmotoren (750 PS) samt Nebenaggregaten zur Umrüstung ägyptischer T-54 Kampfpanzer vor.[6] Der Wert dieser geplanten Lieferungen wird mit 90 Mio. DM angegeben. Von demselben Unternehmen liegt eine Voranfrage nach den Genehmigungsaussichten zur Lieferung von 160 Dieselmotoren (1100 PS) samt Nebenaggregaten zur Umrüstung kuwaitischer Chieftain Kampfpanzer vor. Nach Angabe von MTU beträgt der Wert dieser geplanten Lieferung 240 Mio. DM.

2) Die ägyptischen T-54 Kampfpanzer stammen aus der Sowjetunion und beruhen auf einer Konstruktion, die seit Mitte der 50er Jahre in großer Stückzahl

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ackermann und Legationsrat Warnken konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent Höynck am 29. August 1988 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirektor Jelonek am 30. August 1988 vorgelegen.

4 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 31. August 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich schließe mich dem Votum Ziffer III – Seite 7 an."

5 Hat Bundesminister Genscher am 2. November 1988 vorgelegen, der handschriftlich um Rücksprache mit den Staatssekretären Lautenschlager und Sudhoff bat.
Hat Ministerialdirigent Jansen am 2. November 1988 vorgelegen, der den Rücklauf an das Büro Staatssekretäre verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Zu R[ücksprache] StSe bei BM."
Hat Lautenschlager am 3. November 1988 erneut vorgelegen.
Hat Genscher am 4. Januar 1989 erneut vorgelegen.
Hat Lautenschlager am 4. Januar 1989 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Ministerialdirektor Jelonek „z[ur]w[eiteren]V[eranlassung]" verfügte. Ferner vermerkte er handschriftlich: „R[ück]sp[rache] erledigt."
Hat Jelonek am 5. Januar 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über Ministerialdirigent von Kyaw an Referat 424 verfügte.
Hat Kyaw am 5. Januar 1989 vorgelegen.

6 Mit Schreiben vom 3. Mai 1988 an das Bundesamt für Wirtschaft teilte die Firma MTU mit, daß sie vom ägyptischen Verteidigungsministerium aufgefordert worden sei, „über die Lieferung von 200 Antriebsanlagen für T-54 Panzer zu verhandeln. […] Seit 1.1.87 ist MTU-F[riedrichshafen] zuständig für den Vertrieb von kommerziellen Daimler-Benz-LKW-Dieselmotoren für Kettenfahrzeuganwendungen. Eine Ende letzten Jahres erneut erfolgte Ausschreibung der ägyptischen Behörden für die Unterbreitung von Modernisierungsvorschlägen von T-54 Antriebsanlagen haben wir beantwortet. Gegen starke internationale Konkurrenz durch Perkins/Rolls Royce, Großbritannien, sowie Firmen aus Frankreich und den USA ist es uns gelungen, ausgewählt zu werden. […] Der MTU-Vorschlag sieht die Kombination von einem 750 PS Daimler-Benz LKW-Motor […] mit einem Panzergetriebe der Firma ZF […] vor." Vgl. Referat 424, Bd. 168246.

produziert wurde. Der T-54 ist serienmäßig mit einer 100 mm-Kanone ausgerüstet und hat einen 527 PS starken Motor. Durch die Umrüstung auf den 750-PS-Motor vom MTU verbessert sich das für die Beweglichkeit entscheidende Verhältnis von Motorleistung zum Gewicht des Panzers um ca. 40% auf 20,8 PS/t. Ferner ist davon auszugehen, daß durch den modernen MTU Motor die Reichweite der Panzer aufgrund geringeren Kraftstoffverbrauchs vergrößert wird und die Reparaturanfälligkeit sinkt.

Es ist also festzustellen, daß durch die geplante Umrüstung die Kampfkraft der veralteten Panzer nicht unerheblich gesteigert wird.

3) Die kuwaitischen Chieftain Kampfpanzer sind zwischen 1975 und 1978 von Großbritannien geliefert worden. Sie verfügen bereits über eine 120 mm-Kanone (Leo-2-Kaliber[7]). Der neue Motor (entspricht Leo-1-Technologie) mit 1100 PS würde den Motorisierungsgrad der schweren Chieftain Kampfpanzer auf 20 PS/pro Tonne Gewicht (im Vergleich dazu der gleichschwere Leo-2: 27,2 PS/t) erhöhen.

4) Das BMVg erhebt keine Bedenken gegen die geplanten Umrüstungen der kuwaitischen und ägyptischen Kampfpanzer. Auch von BMWi sind keine derartigen Bedenken zu erwarten.

II. Wertung

1) Die geplante Umrüstung der ägyptischen und kuwaitischen Kampfpanzer mit deutschen Panzermotoren samt diversen Nebenaggregaten ist nach dem AWG[8] ausfuhrgenehmigungspflichtig. Die Ausfuhrgenehmigung kann nach § 7 I AWG versagt werden zur

– Gewährleistung der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland,
– Verhütung einer Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker
– oder Verhütung einer erheblichen Störung der auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland.

Gemäß Ziff. 11 der rüstungsexportpolitischen Grundsätze der Bundesregierung[9] sollen Ausfuhrgenehmigungen für derartige Rüstungsgüter erteilt werden, soweit die o. a. Versagungstatbestände dem nicht entgegenstehen.

2) Gegen die Genehmigung beider Umrüstungsvorhaben lassen sich folgende Gesichtspunkte anführen:

– Mögliche Belastung unserer Beziehungen zu Israel
  Die erstmalige Lieferung einer großen Stückzahl von Panzermotoren zur Umrüstung und Kampfwertsteigerung von 200 ägyptischen T-54 Kampfpanzern könnte trotz des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags[10] auf erhebliche israelische Kritik stoßen. Dies dürfte für die geplante Umrüstung der kuwaiti-

7 Leopard-2-Kaliber.

8 Für den Wortlaut des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 481–495.

9 Für den Wortlaut der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 28. April 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 309–311. Vgl. dazu auch AAPD 1982, I, Dok. 126.

10 Für den Wortlaut des Friedensvertrags vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel und der dazugehörigen Dokumente vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 100–235. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 235–252. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 86 und Dok. 98.

schen Chieftain Kampfpanzer aufgrund der räumlichen Distanz zu Israel und einer anderen Bedrohungslage Kuwaits (Iran, Irak?) nicht in gleichem Maße gelten.

– Trotz derzeit vorhandener, weitgehender innerer Stabilität in Ägypten und Kuwait besteht in beiden Ländern die latente Gefahr eines Umsturzes durch fundamentalistisch orientierte Kreise. Falls ein solcher Umsturz erfolgen würde, fiele diesen Kräften eine in erheblichem Umfang modernisierte Panzerstreitmacht in die Hände.

– Das Bekanntwerden umfangreicher deutscher Rüstungslieferungen an arabische Staaten könnte israelische Forderungen nach Kompensationslieferungen im Rüstungsbereich auslösen.

3) Für eine Genehmigung beider Panzerumrüstungsvorhaben spricht:

a) Präzedenzlage

– im Hinblick auf die Art der beabsichtigten Rüstungslieferungen:

Aufgrund eines BSR-Beschlusses vom Juli 1987 war einer dt. Firma die Kampfwertsteigerung eines ägyptischen T-54 Panzers im Bereich des Getriebes, des Laufwerks und der Feuerleitanlage zu Vorführzwecken genehmigt worden.[11] Der Fa. MTU war im Juni 1987 ebenfalls aufgrund eines BSR-Beschlusses die Ausfuhr von zwei Panzermotoren für kuwaitische Chieftain Panzer zur Prototypenerprobung gestattet worden.[12]

Beide Genehmigungen waren mit der üblichen Einschränkung versehen, daß aus ihnen keine Ansprüche für die Genehmigung etwaiger Folgeaufträge abzuleiten seien.

– Im Hinblick auf die Qualität der beabsichtigten Lieferungen: Sowohl für Ägypten als auch für Kuwait sind in den letzten Jahren mehrere KWKG[13]-Anträge genehmigt worden, deren Erteilung an strengere Maßstäbe gebunden ist als die Erteilung der hier in Frage stehenden AWG-Genehmigungen.

Ägypten:

– Vorführung des gepanzerten Kampffahrzeugs Wiesel (Voranfrage, BSR-Beschluß Juni 1988);

– Vorführung Minenräumgeräte (BSR-Beschluß Juni 1987);

11 Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 19. Mai 1987: „Die Fa. GLS beabsichtigt die vorübergehende Einfuhr eines Kampfpanzers T-54 aus Ägypten, um diesen zum Zweck der späteren Vorführung in Ägypten zu modernisieren und seinen Kampfwert zu steigern. […] BMVg hat gegen das Projekt keine Bedenken, sofern die Fa. GLS für die Ausfuhr des Wärmebildgerätes Zustimmung der US-Administration erhält. BMWi hat gleichfalls keine Bedenken, hält aber eine Befassung des BSR wegen des möglichen Auftragsvolumens für geboten.“ Vgl. Referat 424, Bd. 168246.

12 Am 3. Juni 1987 notierte Ministerialdirektor Jelonek: „Kuwait beabsichtigt die Neumotorisierung von 160 kuwaitischen Kampfpanzern ‚Chieftain‘ britischer Herkunft. Um sich um den Auftrag bewerben zu können, hat MTU eine Genehmigung zur Vorführung (d. h. zur vorübergehenden Ausfuhr) von zwei Panzermotoren Leo[pard] I (mit Getriebe) beantragt. […] Die Erfahrung lehrt, daß eine Panzermodernisierung häufig auch Turm, Feuerleitanlage, Panzerung, Kette umfaßt. Wir müssen auf jeden Fall vermeiden, daß durch Summierung mehrerer Modernisierungsphasen schließlich ein weitgehend deutscher Kettenpanzer genehmigt ist. Die einschränkende Formulierung in Ziff[er] 2 des beabsichtigten BSR-Beschlusses (‚kein Präjudiz‘) trägt diesem Bedenken Rechnung.“ Vgl. Referat 424, Bd. 168299.

13 Für den Wortlaut des Ausführungsgesetzes vom 20. April 1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 444–450.

– 60 Minenwurfsysteme, 100 Panzerfäuste mit Munition 1985, 30 Wasserbomben;

Kuwait und andere GCC-Staaten (ohne Saudi-Arabien) u. a.:

– Vorführung des Schützenpanzers Marder und des gepanzerten Kampffahrzeuges Wiesel in Abu Dhabi (BSR-Beschlüsse aus 1988 und 1987)[14];
– 68 TPz Fuchs zum Teil mit 105 mm-Waffe nach Bahrain (Voranfrage, BSR-Beschluß Juni 1988)[15];
– 68 TPz Fuchs zum Teil mit 20 mm-Maschinenkanone nach Kuwait (Voranfrage, BSR-Beschluß 1984)[16];
– Lieferung einer Vielzahl von bewaffneten Schnellbooten an mehrere GCC-Staaten in den vergangenen zehn Jahren.

14 Mit Schreiben vom 23. Juni 1988 übermittelte das Bundesministerium für Wirtschaft eine Vorlage für die Sitzung des Bundessicherheitsrats am 29. Juni 1988. Darin hieß es: „Mit Schreiben vom 2.4.1987 hat die Fa. Thyssen Henschel die Genehmigung für die Ausfuhr zum Zwecke der Vorführung eines Schützenpanzers SPz Marder mit 20 mm Bewaffnung (plus zwei MG Kal[iber] 7,62 mm) nach Abu Dhabi beantragt. Eine Entscheidung über den Antrag wurde auf der Sitzung des BSR vom 3. Juli 1987 zurückgestellt.“ 1987 sei „ein gepanzertes Kampffahrzeug Wiesel (Antrieb: Gummikette; Gefechtsgewicht ca 3 t; Standardbewaffnung: Maschinenkanone, MG)“ in Abu Dhabi und Dubai mit Genehmigung der Bundesregierung vorgeführt worden. Das Bundesministerium für Wirtschaft schlug vor: „Der BSR möge entscheiden, ob der Fa. Thyssen Henschel die Genehmigung zur Ausfuhr eines SPz Marder mit 20 mm-Bewaffnung (plus zwei MG Kal. 7,62 mm) zum Zwecke der Vorführung in Abu Dhabi erteilt werden kann. Im Falle einer positiven Entscheidung: Die Antragstellerin ist darauf hinzuweisen, daß mit der Genehmigung einer Bewaffnung des Fahrzeugs in einem Kaliber über 20 mm nicht gerechnet werden kann“. Vgl. Referat 424, Bd. 145867.

15 Am 9. Juni 1987 vermerkte Ministerialdirektor Jelonek: „BSR hatte am 22.6.1984 auf eine Voranfrage der Fa. Thyssen Henschel entschieden, daß zwölf Transportpanzer TPz 1 (Radpanzer, mit 90 mm-Bewaffnung), nach Bahrain geliefert werden können. Am 23.4.1986 hatte BSR der Ausfuhr von 36 weiteren Transportpanzern TPz 1, z. T. mit 12,7 mm-Bewaffnung, nach Bahrain zugestimmt. Nunmehr liegt eine Voranfrage zur Lieferung von 20 weiteren TPz 1 mit 105 mm-Bewaffnung vor. […] Bislang wurde noch nie ein Transportpanzer TPz 1 mit 105 mm-Bewaffnung realisiert. Eine 105 mm-Bewaffnung ist Standardwaffe für Kampfpanzer. Fa. hat uns gegenüber bestätigt, daß Bewaffnung TPz 1 mit 105 mm-Kanone wegen Rückschlagkraft eigentlich militärisch unsinnig ist, wenngleich technisch gerade noch machbar. […] Die Abwägung der Gesichtspunkte spricht daher insgesamt gegen die Inaussichtnahme der Genehmigung, da der TPz 1 Fuchs mit 105 mm-Bewaffnung qualitativ in die Nähe Kampfpanzer einzuordnen ist.“ Referat 424, Bd. 137511.
Mit Schreiben vom 18. Juli 1988 informierte Legationsrat I. Klasse Cappell die Firma Thyssen Industrie AG Henschel über die Genehmigung des Antrags „sofern sich die Umstände, die dieser Entscheidung zugrunde liegen, nicht ändern und der Endverbleib der Transportpanzer in Bahrain gesichert ist“. Vgl. Referat 424, Bd. 137511.

16 Legationsrat Warnken vermerkte am 19. November 1987, daß die vom Bundessicherheitsrat im Juni 1984 an Kuwait genehmigte Lieferung von „12 gepanzerten Radpanzern ‚Condor‘ mit Bewaffnung 12,7 mm MG sowie insgesamt 68 T[ransport]P[an]z[ern] 1 ‚Fuchs‘ mit unterschiedlicher Bewaffnung (bis zu Kanone 90 mm)“ noch nicht erfolgt sei. Zu weiteren Lieferanfragen Kuwaits hielt er fest: „Am 17.11.87 ging beim Auswärtigen Amt eine Voranfrage zur Lieferung von insgesamt 126 TPz ‚Fuchs‘ nach Kuwait der Fa. Thyssen Henschel ein. Die Art der Bewaffnung der Radpanzer steht nach Angaben der Firma noch nicht fest. […] Problematisch wäre eine Bewaffnung mit einer Panzerkanone 105 mm (Leo[pard]-1-Kaliber). In einer Voranfrage zur Lieferung von 48 TPz 1 nach Bahrain hatte die Firma Thyssen Henschel diese Bewaffnungsvariante ins Auge gefaßt. AA hatte im Juni 87 hierzu eine BSR-Vorlage mit negativem Votum (Hauptargument: qualitative Nähe zu Ketten-Kampfpanzern) eingebracht. BSR-Entscheidung hierzu ist zurückgestellt worden.“ Referat 424, Bd. 145917.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Dassel gab am 15. März 1988 zu bedenken: „Soweit von hier aus zu beurteilen, dürfte eine Stückzahl von 126 Radpanzern einen erheblichen Teil der gesamten KUW Landstreitkräfte ausmachen. […] Sollte, wie von Fa. Thyssen Henschel angeführt, 1984 tatsächlich eine grundsätzliche Zustimmung zur Lieferung von TPz 1 Fuchs nach KUW erfolgt sein, so wäre zu prüfen, ob Gegenstand des damaligen Antrags eine vergleichbar große Stückzahl war. In diesem Falle müßten die Bedenken gegen die Zustimmung zur Genehmigung des vorliegenden Antrags aus Gründen des Vertrauensschutzes für Lieferanten und Käufer zurückgestellt werden.“ Vgl. Referat 424, Bd. 145917.

b) Die Modernisierung bereits vorhandener Kampfpanzer in Ägypten und Kuwait dürfte das militärisch-strategische Kräfteverhältnis in der Region im Gegensatz zu etwaigen Ausfuhren kompletter neuer Panzer nur unwesentlich verändern.

c) Der Westen hat ein Interesse daran, daß es Ägypten ermöglicht wird, sich weiter aus seiner nach wie vor vorhandenen Abhängigkeit von der Sowjetunion im Bereich der Rüstung (Ersatzteil-Lieferungen) zu lösen. Dazu würde die geplante Modernisierung der sowjetischen Panzer mit einem deutschen Motor beitragen.

d) Sowohl mit Ägypten als auch mit Kuwait verbinden uns freundschaftliche Beziehungen. Wir haben Verständnis für die legitimen Sicherheitsinteressen beider Länder.

4) Bei der Abwägung des Für und Wider einer Genehmigungserteilung sind zusätzlich folgende Gesichtspunkte von Bedeutung:

Die Entscheidung beider Anträge wird eine erhebliche Präzedenzwirkung haben, da es sich erstmals um die Zustimmung zu einer Serienumrüstung einer großen Anzahl von Panzern handelt (bislang wurde jeweils nur Prototypenumrüstung genehmigt). Die Umrüstung und Kampfwertsteigerung vorhandener Panzer in der Dritten Welt wird in Zukunft noch erheblich an Bedeutung gewinnen, da die meisten Staaten schon aus finanziellen Gründen sich kaum noch Neuanschaffungen von Panzern leisten können werden. Neben Ägypten und Kuwait besteht offensichtlich auch in Saudi-Arabien, Indien und Pakistan ein erheblicher Bedarf an Modernisierung vorhandener Kampfpanzer. Für diese Länder wurden ebenfalls in den letzten Jahren bereits Ausfuhrgenehmigungen für die Umrüstung von Prototypen erteilt – Anträge für Folgelieferungen liegen jedoch derzeit nicht vor.

Ferner ist zu berücksichtigen, daß eine Genehmigung der Umrüstung auch Auswirkungen auf die in Kürze zu treffende Entscheidung über die Exportgenehmigung von 200 bis 300 Panzermotoren über Brasilien mit Endverbleib in Saudi-Arabien (Einbau eines deutschen Panzermotors in den neuen brasilianischen Osorio-Kampfpanzer für Saudi-Arabien) haben dürfte.

5) Trotz der mit einer positiven Entscheidung verbundenen Intensivierung unserer Rüstungsexporte in arabische Länder überwiegen in Anbetracht der Warenart (sonstige Rüstungsgüter nicht Kriegswaffen) und der vorangegangenen Genehmigungen zur Umrüstung entsprechender Prototypen die Argumente, die letztlich für eine Genehmigungserteilung sprechen. Da einer derartigen Entscheidung eine erhebliche Präzedenzwirkung für die deutsche Rüstungsexportpolitik im Bereich der sonstigen Rüstungsgüter zukäme, sollte sie durch Beschluß des Bundessicherheitsrates getroffen werden.

III. Entscheidungsvorschlag

Es wird um Zustimmung gebeten,

1) eine BSR-Vorlage mit positivem Votum zur Voranfrage betr. Umrüstung 160 kuwaitischer Chieftain Kampfpanzer mit MTU-Panzermotoren fertigen zu können (AA ist federführend);

2) dem BMWi mitteilen zu können, daß das AA keine Bedenken gegen die Ausfuhr von 200 Panzermotoren für ägyptische T-54 Kampfpanzer erhebt, aber

eine Entscheidung des BSR hierzu für notwendig erachtet (Federführung liegt beim BMWi).

D 3[17] hat mitgezeichnet.

Ackermann

Referat 424, Bd. 168246

239

Ministerialrat Witt, Genf (GATT-Delegation), an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1822 **Aufgabe: 26. August 1988, 18.00 Uhr**[1]
Ankunft: 26. August 1988, 19.43 Uhr

Betr.: GATT Uruguay-Runde (UR)[2];
hier: Überlegungen über Verhandlungssituation vor der Midterm-Review

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Der im neuen amerikanischen Handelsgesetz[3] kodifizierte Protektionismus läßt einen Erfolg der multilateralen Handelsverhandlungen (UR) dringlicher denn je erscheinen, um größere handelspolitische Konflikte, etwa ein einseitiges amerikanisches Vorgehen gegen große Überschußländer, zu verhindern. Doch ist der Weg zu einer erfolgreichen „Halbzeitministerkonferenz" in Montreal Anfang Dezember[4], auf der erste Ergebnisse der UR festgeschrieben werden sollen, noch weit. Ein substantiell ausgewogenes Paket erster Maßnahmen erscheint möglich, wird aber auch beträchtliche europäische Zugeständnisse kosten.

17 Reinhard Schlagintweit.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.

2 Zur Uruguay-Rundes des GATT vgl. Dok. 25, Anm. 18.

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Rosengarten vermerkte am 2. September 1988: „Präsident Reagan hat das neue US-Handelsgesetz durch Unterzeichnung am 23.8.1988 in Kraft gesetzt. […] Die Neuregelungen zielen in erster Linie auf Japan, Korea und Taiwan. Bei den Ermächtigungen zur Marktöffnungspolitik, z. B. im Telekommunikationssektor, sind auch wir im Visier. Durch Veränderungen der Bestimmungen für die Erhebung von Ausgleichszöllen sind die gesetzlichen Grundlagen für ein Vorgehen gegen den Airbus geschaffen". Zwar seien die „schärfsten protektionistischen Spitzen der ursprünglichen Kongreßentwürfe" abgemildert worden. Dennoch bleibe das Handelsgesetz ein „Rezeptbuch für Protektionisten": „Das Gesetz regelt völlig unterschiedliche Sachbereiche: Öffnung fremder Märkte, Abwehr ‚unfairer' Importe, Novellierung der Schutzgesetze, Anpassungshilfen für Arbeiter, Exportförderung, Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit […], Deregulierung, gesamtwirtschaftliche Forderungen an Drittländern, Defizit des US-Bundeshaushalts, Liberalisierung der Exportkontrollen, sektorale Bestimmungen […], internationale Schuldenkrise/US-Entwicklungshilfe; inhaltliche Vorgaben für die GATT-Runde." Vgl. Referat 411, Bd. 160379.

4 Zur Ministerkonferenz der Uruguay-Runde des GATT („Mid-term Review") vom 5. bis 9. Dezember 1988 in Montreal vgl. Dok. 368.

II. Im einzelnen

1) „Fair play im Welthandel“

– Diese Forderung des neuen US-Handelsgesetzes stößt weltweit auf heftige Kritik. Und zwar nicht, weil die Handelspartner der USA gegen die geforderte weitere Öffnung der Märkte wären, sondern weil sie das protektionistische Potential des Gesetzes fürchten. Das gilt nicht nur für die großen Überschußländer (D, JAN, KOR), gegen die sich das Gesetz angeblich besonders richtet. Auch Länder wie BRA oder die vier kleinen Tiger[5] waren erst kürzlich Ziel einseitiger US-Maßnahmen.

Ausweitung und Liberalisierung des Welthandels auf der Grundlage verbesserter eindeutiger Regeln sind ebenfalls Verhandlungsziel der Uruguay-Runde (UR), zu der nun die amerikanische Administration auch formell ermächtigt ist. Schon während des amerikanischen Gesetzgebungsverfahrens wurde in den Genfer Verhandlungen von vielen Delegationen wiederholt auf den Widerspruch des amerikanischen Vorgehens zum multilateralen Ansatz hingewiesen. Allerdings geht es in der UR nicht in erster Linie um den Ausgleich der US-Handelsbilanz, sondern viel genereller um die Verbesserung des bestehenden GATT-Systems[6], um aufgrund klarer und fairer multilateraler Regeln den Handel auszuweiten und das Wirtschaftswachstum in Industrie- wie in Entwicklungsländern zu verstärken.

Die UR wurde Mitte der 80er Jahre auch deshalb konzipiert, weil der weltweit, auch in USA um sich greifende Handelsprotektionismus eingedämmt und die vielen kleineren und größeren Handelskonflikte (insbesondere auch im Verhältnis EG–USA) entschärft werden sollten. Hat das GATT jetzt, nach Inkrafttreten des US-Handelsgesetzes, noch die Chance, größere handelspolitische Auseinandersetzungen zu verhindern? Die Antwort lautet „ja“, allerdings nur, wenn der politische Wille zum multilateralen Interessenausgleich auf allen Seiten vorhanden bleibt. Dazu erscheinen vor allem rasche Erfolge der UR erforderlich.

2) Midterm-Review

Anfang September werden nach kurzer Sommerpause die 105 Regierungen in Genf die multilateralen Handelsverhandlungen der UR in 15 Verhandlungsgruppen wiederaufnehmen. In den kommenden drei Monaten sollen die Voraussetzungen dafür erarbeitet werden, daß Anfang Dezember in Montreal ein Halbzeit-Ministertreffen möglichst bereits einige konkrete Ergebnisse vereinbaren und den politischen Impetus für einen erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen Ende 1990 geben kann.

Das wird nur gelingen können, wenn bei allen Hauptverhandlungspartnern, vor allem USA, EG, JAN, die Bereitschaft zu materiellen Zugeständnissen wächst, ohne die Kompromisse in der Substanz nicht möglich erscheinen. Dies gilt insbesondere auch für die Verhandlungspositionen der EG, die sich in den bisherigen Verhandlungen (nicht zuletzt wegen innergemeinschaftlicher Interessengegensätze) häufig wenig exponiert auf mittleren Positionen bewegt hat. Spätestens in Montreal wird die EGK durch sachliche Zugeständnisse in wichtigen

5 Hongkong, Republik Korea (Südkorea), Singapur und Taiwan.

6 Für den Wortlaut des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens vom 30. Oktober 1947 in der Fassung vom Juli 1986 vgl. https://www.wto.org/english/docs_e/legal_e/gatt47_01_e.htm.

Bereichen ihre oft erklärte Verhandlungs- und Kompromißbereitschaft unter Beweis stellen müssen.

Aus Genfer Sicht ist bis Dezember ein Paket von substantiellen und prozeduralen Maßnahmen vorzubereiten, das ein „erfolgreiches" Ministertreffen ermöglicht. Denn bei allen Gegensätzen in der Sache ist man sich hier darüber einig, daß es in Montreal keinen Mißerfolg geben darf: Trotz wachsenden Welthandels sind die Spannungen und Ungleichgewichte so groß, daß nur ein „positives Signal" die Wirtschaft wie die politisch Verantwortlichen in den einzelnen Ländern davon überzeugen kann, daß das offene multilaterale Welthandelssystem dem bilateralen Ansatz vorzuziehen ist.

3) Was muß ein Paket für Montreal enthalten, um akzeptabel zu sein?

a) Von seiten der EL ist in den vergangenen Wochen in Genf sehr deutlich gemacht worden, daß sie nur dann zu Zugeständnissen bereit sind, wenn ihnen die IL ihrerseits in wichtigen Bereichen entgegenkommen:

– In vorderster Linie stehen die „tropischen Produkte", die bereits in der Minister-Erklärung von Punta del Este 1986[7] als prioritär zu lösendes Problem bezeichnet wurden. Hier liegt bislang nur ein Angebot der EG vor, das allerdings von den EL als noch nicht ausreichend angesehen wird, weil es wichtige Produkte ausklammert und im übrigen durch die Forderung nach entsprechenden Zugeständnissen anderer IL und EL konditioniert ist. Auf entsprechenden Beiträgen etwa der USA, JAN oder der NICs[8] sollte die EG bestehen, sich aber gleichzeitig intern darauf vorbereiten, daß sie ihr Angebot in der Substanz nachbessern kann, falls davon die Zustimmung der EL zum Gesamtpaket abhängen sollte. (Dabei wird nicht verkannt, daß eine Erweiterung des Angebots der EG, auch ohne das Sonderproblem Bananen, auf heftigen Widerspruch bei den Südländern der Gemeinschaft stoßen dürfte.)
– Die Verhandlungen über den Textilbereich sind in Genf bislang nicht vom Fleck gekommen, weil die IL nicht bereit waren, über die Vorschläge der EL zur Reintegration von Textil/Bekleidung in das GATT nach Auslaufen des WTA IV (Mitte 1991) zu sprechen. Auch hier erscheint aus Genfer Sicht eine größere Flexibilität der Gemeinschaftshaltung erforderlich, die allerdings gleichfalls gegen den Widerstand der Südländer in Brüssel nur schwer zu erreichen sein wird.
– Auf die Bedeutung der Lösung der Agrarhandelsproblematik ist nicht nur von USA, sondern auch von seiten der Cairns-Länder[9] und vieler EL wiederholt hingewiesen worden. Hier steht – wie schon beim OECD-Ministerrat[10] und

7 Für den Wortlaut der Erklärung der Ministertagung des GATT vom 15. bis 20. September 1986 in Punta del Este vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 163–169. Vgl. dazu ferner vgl. AAPD 1986, II, Dok. 268.

8 Newly Industrialized Countries.

9 Am 26./27. August 1986 fand in Cairns eine Ministerkonferenz von Staaten statt, die unsubventionierte Agrarprodukte exportierten. Referat 411 führte dazu am 19. Oktober 1987 aus: „Die sog. Cairns-Gruppe, die sich auch als ‚Fair Traders in Agriculture' bezeichnet, formierte sich erst in den Monaten Juli und August 1986, um bei den Beratungen in Punta del Este und während der dort beschlossenen neuen GATT-Runde mit einer, durch die Bündelung gewichtigeren, Stimme zu sprechen. Die Cairns-Länder bestreiten 35 % der Weltagrarexporte." Vgl. Referat 411, Bd. 144403.

10 Die OECD-Ministerratstagung fand am 18./19. Mai 1988 in Paris statt. Für das Kommuniqué vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 394–402.

beim Weltwirtschaftsgipfel[11] – vor allem die Gemeinschaft im Feuer. Es dürfte nicht ausreichen, wenn sich die EG-Kommission ausschließlich auf „Kurzfristmaßnahmen" konzentriert. Es bleibt abzuwarten, welche konkreten Vorschläge sie nach ihren bilateralen Konsultationen machen wird.

[12]b) Neben diesen Bereichen, in denen es der EGK aufgrund gegensätzlicher Interessen der MS schwerfallen wird, Kompromißlinien zu entwickeln, gibt es eine Reihe von Verhandlungsthemen der UR, in denen erste Ergebnisse ohne „teure" Zugeständnisse der Gemeinschaft durchaus möglich erscheinen:

– Hierzu gehören alle sog. „institutionellen" Themen, durch die das GATT-System gestärkt werden soll: z. B. Verfahrensverbesserungen bei der Streitbeilegung (hier ist ohnehin bereits eine deutliche Zunahme der Panel-Verfahren zu verzeichnen), regelmäßige Überprüfung der Handelspolitiken der einzelnen Länder, stärkere Ministerbeteiligung in den regulären GATT-Arbeiten.
– Auch bei dem für die IL wichtigen neuen Bereich des „Dienstleistungshandels", der bislang nicht im GATT geregelt ist, zeichnet sich eine Chance ab, durch die Formulierung allgemeiner Prinzipien die Grundlagen für ein künftiges „Dienstleistungs-GATT" zu schaffen. Insoweit ist in der Haltung der EL, die sich bis Punta del Este vehement gegen die Einbeziehung von Dienstleistungen in die neue Runde gewehrt hatten, eine bemerkenswerte Öffnung eingetreten.
– Im Bereich von Standstill und Rollback, insbesondere zur Rückgängigmachung nicht GATT-konformer Handelsbeschränkungen, hat die Gemeinschaft bereits Maßnahmen angeboten, doch wird sie sich auch hier weitergehenden Forderungen ihrer Partner (JAN, Ostblockländer, evtl. auch USA) ausgesetzt sehen.

c) Allerdings hat sich die Haltung der EL für den ebenfalls wichtigen Bereich „Schutz des geistigen Eigentums" in letzter Zeit eher verhärtet. Hier ist für Montreal noch nicht mit substantiellen Fortschritten zu rechnen, wenn auch viele EL-Vertreter in Einzelkontakten[13] durchaus die Notwendigkeit eines verbesserten Schutzes von Patenten, Warenzeichen, Gebrauchsmustern, Copyright etc. anerkennen. Ein Übereinkommen zur Eindämmung des Handels mit nachgeahmten Waren allein, das wohl erreichbar wäre, würde den IL, insbesondere den USA, aber voraussichtlich nicht ausreichen.

d) Andere Themen (Schutzklausel, allgemeine Regelung der Subventionsproblematik, Zölle und nicht-tarifäre Handelshemmnisse, handelsrelevante Investitionsmaßnahmen) können hingegen voraussichtlich erst am Ende der UR im Rahmen eines Gesamt-Interessenausgleichs befriedigend gelöst werden. Von EG-Seite wird in Genf immer wieder darauf hingewiesen, daß „erste Ergebnisse" in Montreal natürlich bei der Gewichtung des Endpaktes der UR mitberücksichtigt werden müssen und daß sie ein Gesamtpaket 1990 weder belasten noch gar gefährden dürfen.

e) Einen Widerspruch werden die UR-Verhandlungen aber nicht auflösen können: In den monatlichen Meldungen über Überschüsse/Defizite in den Handelsbilanzen wird auf die nationalen Zahlen der einzelnen MS der Gemeinschaft ab-

11 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 19. bis 21. Juni 1988 in Toronto vgl. Dok. 181–184.
12 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1823 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.
13 Korrigiert aus: „Einkontakten".

gestellt, so daß die Entwicklungen etwa zwischen USA, D, F oder GB verglichen und einzelne Länder an den Pranger gestellt werden. Die Verhandlungen über handelspolitische Mittel und Wege zur Abhilfe führt aber die EGK für die Gemeinschaft als solche, so daß innergemeinschaftliche Interessengegensätze (z. B. französische Agrarexporte gegenüber deutschen Industriegüterexporten) nach außen überdeckt werden. Mit großem Bedacht weist die EGK in Genf stets auf den Gesamtzusammenhang zwischen Handels-, Währungs-, Finanz- und Verschuldungspolitik hin und betont, daß handelspolitische Entscheidungen allein die weltweiten Probleme nicht lösen können.

4) Politische Impulse

Die o. g. Beispiele zeigen, daß es genug Substanz gibt, das Halbzeit-Ministertreffen in Montreal sachlich zu einem Erfolg zu führen.

Entscheidend wird sein, ob auch der politische Wille auf allen Seiten die nötigen sachlichen Zugeständnisse ermöglicht, die es in den bislang technischen Verhandlungen nicht geben konnte. Die EL haben in den letzten Sitzungen vor der Sommerpause immer wieder ihre Bereitschaft hierzu zum Ausdruck gebracht.

Das bevorstehende informelle Handelsministertreffen in Islamabad[14] (Anfang Oktober) wird eine gute Gelegenheit bieten, zu testen, wie weit die Kompromißbereitschaft der anderen geht und wo die Arbeiten auf EG-Seite noch intensiviert werden müssen.

Wichtig erscheint aus hiesiger Sicht, daß sich die EG-Kommission in den nächsten Wochen in Abstimmung mit den zwölf MS verstärkt Gedanken über die für Montreal zu entwickelnden Verhandlungs- und Kompromißlinien macht. Hier scheinen die Arbeiten in den Hauptstädten wichtiger Verhandlungspartner (etwa USA, KAN, JAN) schon weiter vorangeschritten zu sein als bei uns.

Die UR kann aber letztlich nur dann das multilaterale System stärken, wenn die Halbzeitergebnisse von Montreal und die Gesamtergebnisse 1990 von möglichst vielen Verhandlungspartnern akzeptiert werden. Das bedeutet zum einen, daß Kodexlösungen wie in der Tokio-Runde[15] zumindest in Montreal noch nicht angestrebt werden sollten. Dazu gehört zum anderen aber auch, daß die neue US-Administration und der neue amerikanische Kongreß[16] die in Montreal erzielten Kompromisse nicht im nachhinein wieder in nationaler Gesetzgebung in Frage stellen. Hierauf sollten die USA in Verbindung mit der Diskussion über den Trade Act gleichfalls hingewiesen werden.

Auf dem letzten Weltwirtschaftsgipfel in Toronto haben die sieben Staats- und Regierungschefs und der EGK-Präsident[17] den „Rahmenansatz zu allen Verhandlungsthemen (bspw.[18] Reform des GATT-Systems und seiner Regeln, Marktzugang, Landwirtschaft sowie neue Themen ...)“ unterstützt und betont, es müsse sichergestellt werden, daß die für Dezember 1988 in Montreal vorgesehene Zwischenbilanz den Verhandlungen in der Landwirtschaft und in anderen

14 Am 3. Oktober 1988 fand in Islamabad ein Treffen von für den Handel zuständigen Ministern aus 26 Staaten und der EG-Kommission statt.

15 Die siebte Verhandlungsrunde im Rahmen des GATT fand von 1973 bis 1979 statt.

16 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

17 Jacques Delors.

18 Beispielsweise.

Bereichen neue Impulse verleihe.[19] Aber nicht nur in der Landwirtschaft bedarf es „ständiger politischer Anstöße". Nach den komplexen Detaildiskussionen der vergangenen Monate müssen in den nächsten Wochen nicht nur die Genfer Verhandlungsdelegationen, sondern verstärkt auch die Hauptstädte „dafür Sorge tragen, daß die Halbzeitbilanz eine solide Grundlage für einen uneingeschränkten und vollständigen Erfolg der Verhandlungen im Einklang mit der Erklärung von Punta del Este schafft".

[gez.] Witt

Referat 411, Bd. 160543

240

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek

29. August 1988[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der ČSSR, Bohuslav Chňoupek, Montag, 29. August 1988, 10.30 – 11.30 Uhr[2]

Der Bundeskanzler empfängt Außenminister Chňoupek (Ch.) zu einem einstündigen Gespräch, an dem teilnehmen:

Auf tschechoslowakischer Seite: Dr. Dušan Spáčil, Botschafter der ČSSR in der Bundesrepublik Deutschland, und Dr. Milan Kadnár, Botschafter, Direktor der Hauptabteilung Westeuropa;

auf deutscher Seite: RL 212[3] (Note-taker), (Dolmetscher).

Der *Bundeskanzler* begrüßt AM Chňoupek und erinnert an die letzte Begegnung während seines offiziellen Besuchs in der ČSSR[4], an den er sich sehr gern erinnere.

AM *Chňoupek* übermittelt freundliche Grüße von GS Jakeš, Staatspräsident Husák und Ministerpräsident Štrougal – der Herr Bundeskanzler erwidert sie; die tschechoslowakische Führung habe den Besuch des Bundeskanzlers in bester

19 Vgl. dazu Wirtschaftserklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 21. Juni 1988 in Toronto; EUROPA-ARCHIV 1988, D 380–387.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner am 29. August 1988 gefertigt und von Ministerialdirektor Teltschik, beide Bundeskanzleramt, am 6. September 1988 „im Auftrag des Bundeskanzlers […] zur persönlichen Unterrichtung" an Bundesminister Genscher übermittelt.
Hat Genscher am 8. September 1988 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178925.

2 Der tschechoslowakische Außenminister Chňoupek hielt sich vom 28. bis 30. August 1988 in der Bundesrepublik auf.

3 Uwe Kaestner.

4 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 26./27. Januar 1988 in der ČSSR vgl. Dok. 33.

Erinnerung und werte ihn als historisch – dies sei nicht Phrase, sondern Tatsache, da der Besuch große und gute Ergebnisse erbracht habe:

– Über die Intensivierung der politischen Zusammenarbeit sei Prag sehr zufrieden.
– In der wirtschaftlichen Zusammenarbeit seien neue Horizonte eröffnet, wofür die radikalen Wirtschaftsreformen in der ČSSR[5] gute Rahmenbedingungen schüfen.

In einer Auswertung des Bundeskanzlerbesuchs, die er – Chňoupek – vor kurzem MP Štrougal zugeleitet habe, sei aufgeführt, daß ein Fünftel des Vereinbarten bereits in Kraft sei (z. B. Umweltzusammenarbeit[6]), zwei Drittel des Vereinbarten bereits weiter ausgearbeitet seien und über den Rest verhandelt werde.

Der politische Dialog werde mit seinem jetzigen Besuch fortgesetzt. Im nächsten Jahr erhoffe man einen Staatsbesuch von Bundespräsident von Weizsäcker.[7] Ferner habe Ministerpräsident Štrougal ihn gebeten, den Bundeskanzler zu fragen, welche Vorstellungen er hinsichtlich des Gegenbesuchs, zu dem er MP Štrougal im Januar eingeladen habe, hege: Einerseits sei MP Štrougal sehr interessiert, z. B. noch Ende dieses Jahres zu kommen, andererseits sehe er die Terminbelastung des Bundeskanzlers im Zusammenhang mit seiner Moskau-Reise[8].

Der *Bundeskanzler* erwidert, die von AM Chňoupek festgestellten Fortschritte bei der Verwirklichung des in Prag vereinbarten Pakets habe er mit großer Freude vernommen. Ihm sei wichtig, daß es nicht bei Worten bleibe, sondern das Vereinbarte auch umgesetzt werde. Deshalb die mit MP Štrougal vereinbarte „Leistungskontrolle".

Er bitte AM Chňoupek, ihm offen zu sagen, wenn auf irgendeinem Gebiete aus Gründen, die die deutsche Seite zu vertreten habe, kein Fortschritt erzielt werde – er wolle dann seine ganze Autorität einsetzen, um zu Lösungen zu kommen.

Entscheidend wichtig – so der Bundeskanzler weiter – sei es, auch im deutsch-tschechoslowakischen Verhältnis die Chancen wahrzunehmen, die die allgemeine West-Ost-Lage biete. Er wolle nicht, daß die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der ČSSR hinter unseren Beziehungen zu anderen WP-Staaten zurückblieben – so unterschiedlich diese naturgemäß aus historischen und aktuellen Gründen seien.

Er gehe davon aus, daß der vor uns liegende Abschnitt der West-Ost-Beziehungen günstig sei und große Chancen für den, der sich vernünftig bewege, berge. Dies gelte naturgemäß unter der Voraussetzung, daß sich die Dinge in Moskau weiter entwickelten wie bisher. Hinsichtlich des Ausgangs der amerikanischen Präsidentschaftswahlen[9] sehe er für das West-Ost-Verhältnis keine Ungewißheiten.

5 Zur Reformpolitik in der ČSSR vgl. Dok. 178, Anm. 4.
6 Am 17. Oktober 1987 schlossen die Bundesrepublik und die ČSSR eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 67 f.
7 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte am 15. März 1990 die ČSSR.
8 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.
9 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

Die Positionen beider Kandidaten lägen doch recht nahe beieinander. Außerdem sei heute das Gewicht der Europäer – sowohl EG-Europa wie europäische NATO-Verbündete – unvergleichlich viel größer als in den 1970er Jahren. Und daß es in den großen West-Ost-Fragen keine Unterschiede zwischen Staatspräsident Mitterrand, PM Thatcher und ihm selbst gebe, sei ein Faktum, das jedermann in Washington in Rechnung stellen müsse. Während der nächsten Administration werde die EG den Binnenmarkt vollenden[10] – diese komprimierte politische Entwicklung werde auch auf das Verhältnis zu den USA bedeutende Auswirkungen haben.

In unserem Verhältnis zur ČSSR sei – so der Bundeskanzler weiter – sein Ziel, den Nachholbedarf aufzuarbeiten. Es gebe keinen vernünftigen Grund, daß dies nicht gelingen werde.

Unsere Beziehungen zur DDR liefen, soweit möglich, auf einer Entwicklungslinie, die er von Anfang an verfolgt habe. In einigen grundsätzlichen Punkten werde man sich nicht einigen können, in anderen Punkten seien Kompromisse möglich. Er habe im letzten Jahr mit GS Honecker ausführlich darüber gesprochen.[11] Dieser sei sich der großen wirtschaftlichen Vorteile, auch im EG-Zusammenhang, sehr wohl bewußt.

Unser Verhältnis zu Ungarn stehe in vorderer Front unserer Beziehungen zu den WP-Staaten – wesentlicher Grund sei, daß es keine historischen Probleme gebe.

Auch mit Bulgarien entwickelten sich die Beziehungen relativ gut. Dabei sei und bleibe GS Schiwkow ein Phänomen der Anpassungsfähigkeit.

Riesenprobleme hätten wir mit Rumänien: Von den dort noch verbleibenden 180 000 Deutschstämmigen wollten, ja müßten 150 000 von uns herausgeholt werden. Daß sich unser Problem mit einem ungarischen Problem überschneide, erleichtere die Dinge nicht (Exkurs: Ausreisevereinbarung[12]). Es könne sein, daß er – der Bundeskanzler – sich kurzfristig mit Staatspräsident Ceauşescu treffen müsse, um über die Verlängerung der Ausreisevereinbarung eine befriedigende Lösung zu erzielen. Prognosen zu stellen, sei jedoch nahezu aussichtslos.

Die innere Lage Polens sei schwierig. (Auf Frage AM Chňoupeks, wann er nach Warschau reisen werde:) Er selbst wolle das Land besuchen, wenn man zu vernünftigen Absprachen, zu einem ausgewogenen Paket komme. Im Augenblick sehe es jedoch so aus, daß die Warschauer Führung sich wenig bewegen könne. Er könne deshalb für seine Reise keinen Zeitraum nennen.

In unserem Verhältnis zur Sowjetunion stehe der Besuchsaustausch auf höchster Ebene an: Wir stellten mit Befriedigung fest, daß die Moskauer Führung sich große Mühe gebe, den Besuch erfolgreich zu gestalten und seien unsererseits selbstverständlich in gleichem Maße entschlossen. Er sehe Chancen „über 50%“, daß sein Besuch in Moskau eine gute Sache werde.

AM *Chňoupek* gibt sich optimistischer: Die Chancen stünden 80–90%.

10 Vgl. dazu Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986; Dok. 1, Anm. 20.

11 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, besuchte vom 7. bis 11. September 1987 die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

12 Zur Ausreise von Deutschstämmigen aus Rumänien vgl. Dok. 226.

Der *Bundeskanzler* mahnt zur Vorsicht: Er bremse übersteigerte Erwartungen, und vernünftige Leute in Moskau täten dasselbe. Er sei dafür, viele kleine, solide Schritte zu tun. Große Erwartungen zu wecken, die man dann nicht erfüllen könne, sei kontraproduzent (Exkurs: Absprachen BK Brandt/GS Breschnew über wirtschaftliche Zusammenarbeit[13], die sich wegen unterschiedicher Wirtschaftsstruktur in beiden Ländern nicht verwirklichen ließen).

Ferner – so der Bundeskanzler weiter – sei wichtig, seinen Besuch und den Gegenbesuch GS Gorbatschows[14] als Einheit zu sehen. Einige Dinge werde er jetzt mit GS Gorbatschow und MP Ryschkow ansprechen, sie aber erst im Frühsommer 1989 zu Ende bringen.

Gute Chancen sehe er im Wirtschaftsbereich: Konsumgüter[15], Sicherheitstechnologie für KKW[16].

Wenn er in dieses Panorama unserer Beziehungen zu den WP-Staaten unser Verhältnis zur ČSSR einordne, so meine er, daß man sich hinsichtlich eines Besuchs MP Štrougals nicht unter den Zeitdruck „noch 1988" setzen solle, sondern den Besuch in den ersten Wochen oder Monaten des neuen Jahres einplanen könne. Wenn sein – des Bundeskanzlers – Besuch in Moskau gut laufe, werde dies auch positive Auswirkungen auf den Besuch MP Štrougals in Bonn haben. Auch könne dieser Besuch möglicherweise vor seinem eigenen Besuch in der VR Polen liegen, damit die polnischen Gesprächspartner erkennten, daß man mit ihm vernünftige Absprachen treffen könne.

Der Bundeskanzler bittet AM Chňoupek, MP Štrougal seine Entschlossenheit zu übermitteln, konsequent beim Ausbau der Beziehungen voranzuschreiten, wie in Prag beschlossen, so daß in Jahresfrist das meiste des Verabredeten auch umgesetzt sei.

AM *Chňoupek* dankt für diese Zusicherung des Bundeskanzlers: Für die ČSSR sei wichtig, daß die Ergebnisse des Bundeskanzlerbesuchs bei uns so ernst genommen würden, denn die Bundesrepublik Deutschland sei größter westlicher Partner seines Landes. Heute werde er mit Bundesminister Genscher eine Zwischenbilanz des Erreichten ziehen, und diese werde erfreulich ausfallen.[17]

13 Vgl. dazu das Abkommen vom 19. Mai 1973 zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung der UdSSR über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit; BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1042 f.

14 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte vom 12. bis 15. Juni 1989 die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1989.

15 Zur Modernisierung von Betrieben der sowjetischen Leicht- und Nahrungsmittelindustrie durch ein Konsortium aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 156, Anm. 10, und Dok. 201, Anm. 24.

16 Kernkraftwerke.
Zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie vgl. Dok. 201, Anm. 38 und 39.

17 Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 29. August 1988 legte der tschechoslowakische Außenminister Chňoupek zu den bilateralen Beziehungen dar: „Im humanitären Bereich hätten sich die Methoden der ‚stillen Diplomatie' ausgezahlt. Eine große Zahl von Haftfällen (Deutsche in tsl. Haft) sei gelöst, nur zwei Fälle seien übrig. Weitere Schritte seien möglich, wenn die bilaterale Kommission für humanitäre Fragen eingerichtet sei. Eine ähnliche Kommission mit USA funktioniere gut. Im Kulturbereich sehe er keine Probleme. Es bestehe ein lebendiger Dialog. Vor einigen Tagen hätten Verhandlungen über die Einrichtung von Kulturinstituten begonnen […]. In den Wirtschaftsbeziehungen seien gute Zuwächse zu konstatieren. Interessant sei, daß 1981–1987 der bilaterale Austausch um 33,7 % gestiegen sei, in einem Zeitraum, da der Gesamtaustausch mit den sozialistischen Ländern gesunken sei." Vgl. Referat 214, Bd. 139640.

Was den Termin des Gegenbesuchs MP Štrougals angehe, so wolle man sich gern auf Anfang des nächsten Jahres einrichten.

Was den Besuch des Bundeskanzlers in Moskau angehe, so werde innerhalb der sozialistischen Länder darüber bereits ausführlich gesprochen, so auch auf der kürzlichen Sitzung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Paktes in der polnischen Hauptstadt[18]. Die sowjetische Seite messe dem Besuch große Bedeutung bei und wolle im Verhältnis zu uns voranschreiten. Sie wolle, daß das in der Vergangenheit Geschaffene zusammengefaßt und im Sinn der Kontinuität der Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland ausgebaut werde.

In Gesprächen mit der sowjetischen Seite – auch mit GS Gorbatschow persönlich – werde häufig der Eindruck vermittelt, die Bundesrepublik Deutschland engagiere sich auf internationaler Ebene nicht genug oder ihrem Gewicht entsprechend. Sie könne und müsse mehr Selbstbewußtsein entwickeln. GS Gorbatschow sehe die Bundesrepublik Deutschland in ihrer großen politischen und wirtschaftlichen Bedeutung („großer politischer Koeffizient"), die bewirke, daß die Bundesrepublik Deutschland auf europäischer Bühne eine Hauptrolle spiele. Dies gelte insbesondere auch in Fragen der Sicherheit, der Abrüstung und der Zusammenarbeit. Viele politische Positionen der Bundesrepublik Deutschland und des Bundeskanzlers persönlich seien auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses positiv bewertet worden: PIa-Entscheidung vor einem Jahr[19]; heutige Intiativen zum erfolgreichen Abschluß des Wiener Folgetreffens – auch seitens der ČSSR hoffe man, es bis November d. J. abzuschließen und suche in dieser Perspektive nach Kompromißmöglichkeiten.

Die sowjetische Seite – so AM Chňoupek weiter – teile den Ansatz des Bundeskanzlers, während seines Moskau-Besuchs möglichst viele konkrete Schritte zu gehen: Leicht- und Nahrungsmittelindustrie; Kola-Projekt[20], Westsibirien[21]. Auch werde GS Gorbatschow sicherlich die in Moskau noch nicht entscheidungsreifen Punkte bei seinem eigenen Besuch zum Abschluß bringen wollen.

Während der Warschauer Beratungen des Politischen Beratenden Ausschusses habe – übrigens eingeleitet von GS Schiwkow – auch eine längere Diskussion über die westeuropäischen Integrationstendenzen stattgefunden, sowohl auf politischem und wirtschaftlichem, als auch militärischem Gebiet. Hierbei herrsche in den Staaten des Warschauer Pakts eine Mischung von Fragen und Befürchtungen. Deshalb habe er – Chňoupek – sich stark dafür eingesetzt, diese Fragen mit den westlichen Partnern intensiv zu besprechen. Auch wenn manche in GS Gorbatschows Vision vom „Gemeinsamen Europäischen Haus" einen Anflug von Romantizismus sähen, wolle er daran erinnern, daß die Bundesrepublik Deutschland in diesem Konzept eine bedeutende Rolle spielen solle und müsse.

18 Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts fand am 15./16. Juli 1988 in Warschau statt.

19 In einer Erklärung vor der Bundespressekonferenz am 26. August 1987 zu den INF-Verhandlungen in Genf versicherte Bundeskanzler Kohl die Bereitschaft der Bundesregierung, „daß mit der endgültigen Beseitigung aller sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenflugkörper die Pershing-Ia-Raketen nicht modernisiert, sondern abgebaut werden". Vgl. BULLETIN 1987, S. 682. Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 235.

20 Zum sowjetischen Vorhaben einer Erschließung der Kola-Halbinsel vgl. Dok. 156, Anm. 11.

21 Zum sowjetischen Vorschlag einer Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik auf dem Gebiet der chemischen Industrie vgl. Dok. 201, Anm. 26.

Im übrigen pflichte er dem Bundeskanzler bei: Auch die USA sähen sich einem anderen Europa als in den 1970er Jahren gegenüber. Wenn die amerikanische Wirtschaftslage sich nicht verändere, werde nach seiner Einschätzung Bush zum Präsidenten gewählt werden – man kenne ihn und wisse, daß er kein Kommunistenfeind sei. Seine Wahl würde durchaus den Wünschen auch der östlichen Partner entsprechen. Demgegenüber sei Dukakis ein unbeschriebenes Blatt. Viele setzten in seine Wahl übertriebene Hoffnungen – so etwa die Lateinamerikaner, nur weil Dukakis Spanisch spreche. Aber in USA werde vor der Wahl das eine behauptet, nach der Wahl das andere getan – Überraschungen seien nie ausgeschlossen.

Der *Bundeskanzler* erwidert, er wolle offen auf die Frage nach der Rolle der Bundesrepublik Deutschland antworten: Er wisse, daß das, was AM Chňoupek hier vorgetragen habe, auch von anderen und anderswo gedacht und gefordert werde: Dies sei jedoch falsch. Die tatsächliche und die optische Rolle unseres Landes seien unterschiedlich. Unverändert gelte für ihn der Satz Konrad Adenauers: Die Deutschen sind in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts Hochstapler gewesen, jetzt müssen sie Tiefstapler sein!

Die Deutschen hätten einen irrationalen Zug, geliebt zu werden; wir als Nummer eins in Westeuropa könnten jedoch nicht geliebt werden, sondern es müsse genügen, freundlichen Respekt zu erringen.

Die Bundesrepublik Deutschland habe zwei Pfunde: Unsere Bundeswehr und unsere Wirtschaft. Schon aufgrund dieser Fakten komme uns in Europa und in der NATO eine Rolle zu, die er als Clearing-Stelle bezeichnen wolle. Diese Funktion habe unser Land gerade in den letzten Monaten erfolgreich wahrgenommen – daß man sich dabei „teutonisch" geriere – wolle niemand.

Bei alledem müsse man auch bedenken, daß gerade 1989 sich ein schlimmer Zeitabschnitt zum 50. Mal jähre. Hier seien nur mühsam verheilte Wunden, und es gebe Leute, die diese Wunden nutzten, um uns wirtschaftlich zu erpressen.

Auch sei entscheidend wichtig, das historische Bewußtsein und die Empfindlichkeiten der anderen zu respektieren. Deshalb wollten wir Motor in der EG sein, aber nicht „den Kopf zum Fenster hinaushängen". (Exkurs: Frankreich als „grande nation"; besondere Empfindlichkeiten der Niederlande, die uns die Besatzungszeit nicht vergäßen, obwohl vier der fünf NS-Spitzen Österreicher gewesen seien. – AM *Chňoupek* wirft ein, Seyß-Inquart stamme aus Böhmen-Mähren.)

Der *Bundeskanzler* betont, er wolle mit diesem Rückblick nicht sagen, daß man dauernd über die Zeit reden und dauernd Buße tun müsse. Jedoch sei unerläßlich, an die Menschen und an ihre Gefühle zu denken, auch in der Perspektive des zusammenwachsenden Europa. Unsere Hauptaufgabe sei, hilfreich zu sein. In dieser Perspektive habe er vor etwa einem Jahr seine Pershing-Ia-Entscheidung getroffen.

Auch in der Dritte-Welt-Politik spielten wir unsere Rolle, wie er durch seinen Einsatz für Schuldenerlaß auf dem Wirtschaftsgipfel Toronto[22] bewiesen habe.

Daß unser Land seine Rolle so und nicht anders definiere, sei ein Akt kluger Selbstbescheidung, nicht aber ein Zeichen der Schwäche. Der Buchtitel „Ver-

[22] Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 19. bis 21. Juni 1988 in Toronto vgl. Dok. 181–184.

lust der Mitte“[23] kennzeichne noch immer ein Schlüsselproblem der deutschen Politik. Die Deutschen müßten wieder normaler einhergehen, nicht einerseits wie Teutonen herumlaufen, andererseits vor Selbstmitleid zerfließen. Gewinne man diese Normalität, dann entwickele sich der Respekt automatisch weiter zur Freundschaft. Jedenfalls sei es in unserer Rolle als Nummer eins in Westeuropa wichtiger denn je, sich auch um die Anliegen der kleineren Nachbarn freundschaftlich zu kümmern. Dabei müsse man immer im Auge behalten, daß das „Haus Europa“ keine Einheitsfarbe habe, sondern viele Farben und Differenzierungen.

AM *Chňoupek* bekundet volles Verständnis, wendet jedoch ein, daß oft die Sprache der Bundesrepublik Deutschland zu verhalten sei. (Der *Bundeskanzler*: Dies scheint nur so!)

Vor acht bis zehn Jahren habe in den sozialistischen Ländern – so AM *Chňoupek* weiter – kursiert, die Bundesrepublik Deutschland widerspiegele nur die Politik Washingtons. Nun wolle er uns nicht ermuntern, den Kopf aus dem Fenster herauszuhängen, jedoch plädiere er für mehr Selbstbewußtsein. Es sei etwas anderes, ob etwa Frankreich oder wir unser Wort zugunsten der Abrüstung in die Waagschale legten.

Andererseits verkenne er nicht die psychologischen Tiefen: Vor zwölf Jahren habe Herbert Wehner[24] ihn gefragt, welches Verhältnis die Tschechen und Slowaken und er selbst zu den Deutschen habe. Er habe geantwortet: Wir trinken die Angst vor den Deutschen schon mit der Muttermilch!

Dies lasse sich nur vergleichen mit der Furcht der Russen vor der „gelben Gefahr“ – demgegenüber fürchteten die Russen weder die Deutschen noch die Franzosen. Sie seien mit Napoleon wie mit Hitler fertig geworden.

AM Chňoupek bekundet abschließend erneut seinen Respekt vor der PIa-Entscheidung des Bundeskanzlers vor etwa einem Jahr und wiederholt die Einladung MP Štrougals zu einem informellen Treffen in der Hohen Tatra.

Der *Bundeskanzler* verabschiedet AM Chňoupek mit neuerlichen Grüßen an die tschechoslowakische Führung.

Referat 010, Bd. 178925

23 Vgl. Hans SEDLMAYR, Verlust der Mitte. Die bildende Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts als Symptom und Symbol der Zeit, Salzburg/Wien 1948.

24 Unter der Leitung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Wehner hielt sich vom 11. bis 14. Januar 1978 eine Delegation von SPD-Abgeordneten in der ČSSR auf.

241

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger

012-303.40 **1. September 1988**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Bund-Länder-Verhältnis im Bereich der auswärtigen Beziehungen

Anlg.: 1[4]

Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung zu dem Vorschlag in Punkt III

I. Kurzfassung

Die Bundesländer entwickeln in ständig zunehmendem Maße eine eigenständige Außenpolitik, ohne[5] Beteiligung des AA. Das geschieht vor allem durch den

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pleuger und Legationssekretär Hecker konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 5. September 1988 vorgelegen, der mit Hinweis auf seine Anmerkungen für Staatssekretär Sudhoff handschriftlich vermerkte: „Ich meine, wir sollten hierüber noch einmal mit den Abteilungsleitern in einer der nächsten D-Runden sprechen, insbesondere zum weiteren Verfahren. (U. nachdem etwaige, weitere Anmerkungen eingearbeitet sind.)“ Vgl. dazu Anm. 5–8, 10, 11, 21–24, 27, 33 und 39–44.
Hat Sudhoff am 5. September 1988 vorgelegen, der zum Vorschlag Lautenschlagers handschriftlich vermerkte: „Ja!“
Hat Lautenschlager am 23. September 1988 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Mit BM in Gegenwart von StS S[udhoff], D 1 + L[eiter] 010 besprochen (23.9.). BM möchte vor jeder eigenen Stellungnahme sich ein Bild über die Lage machen u. bittet um informelle Unterrichtung nach Rückkehr aus New York.“

3 Mit Begleitvermerk vom 30. September 1988 leitete Staatssekretär Lautenschlager die Aufzeichnung an Bundesminister Genscher weiter. Dazu vermerkte er: „Wie am 23.9. besprochen, lege ich Ihnen zur Kenntnisnahme die Aufzeichnung des Referats 012 vor, in der die Länderaktivitäten im Bereich der Auswärtigen Beziehungen zusammengetragen sind. Sie wollten sich anhand dieser, noch nicht finalisierten Aufzeichnung einen ersten Überblick über die bestehende Lage verschaffen und dann entscheiden, ob Sie sich ggf. gegenüber dem BK engagieren wollen, dieses Thema auf die TO des Treffens mit den Ministerpräsidenten der Länder am 15.12.1988 zu setzen. Sollten Sie sich dafür entscheiden, wofür ich plädiere, müßte natürlich sichergestellt sein, daß Sie an dieser Besprechung teilnehmen.“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 012, Bd. 150191.
Hat Genscher am 12. Dezember 1988 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[ücksprache] StS'e im Januar.“
Hat Lautenschlager am 13. Dezember 1988 und erneut am 26. Januar 1989 vorgelegen. Am 26. Januar 1989 vermerkte er handschriftlich: „1) Herrn StS Sudhoff. 2) Herrn Leiter MB – 010: Ich glaube, wir sollten die Sache zunächst einmal zurückstellen. Empfehle Rückgabe des Vorgangs an 012 m[it] d[em] Anheimstellen, die Sache zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufzunehmen.“
Hat Staatssekretär Sudhoff und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 26. Januar 1989 erneut vorgelegen. Vgl. Referat 012, Bd. 150191.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Albrecht stellte am 2. August 1988 fest: „Die Initiative des Aufgreifens der Problematik im Bund-Länder-Verhältnis bei den auswärtigen Beziehungen ist bereits von den Ländern ausgegangen. […] Sollte der Bundeskanzler das Thema mit den Ministerpräsidenten im Dezember aufnehmen, könnte ihm dann entgegengehalten werden, daß die Bundesländer die Problematik bereits erkannt und gerade erneut bekräftigt haben, nur im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Zuständigkeiten und Möglichkeiten in Abstimmung mit der Bundesregierung zu handeln“. Vgl. Referat 012, Bd. 150191.

5 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „die gebotene, ausreichende“.

Abschluß völkerrechtlicher[6] Verträge und anderer Vereinbarungen, den Aufbau einer ländereigenen Infrastruktur im Ausland und den politischen Besuchsaustausch.

Die Folge davon ist eine unkontrollierte Zersplitterung der deutschen Außenpolitik auf Kosten des Ansehens des AA und des gesamtstaatlichen Interesses der Bundesrepublik Deutschland. Denn unterschiedliches und unkoordiniertes Vorgehen von Bund und Ländern beeinträchtigt das Vertrauen in die Positionen deutscher Außenpolitik und schafft die Gefahr, daß andere Staaten Bund und Länder gegeneinander ausspielen.

Obwohl das AA[7] nach der Verfassung die ausschließliche Verantwortung für die Außenpolitik[8] (Art. 32 I GG[9]) trägt, sind die Möglichkeiten, gestaltend oder kontrollierend auf das Handeln der Länder einzuwirken, bisher unbefriedigend. Das Auswärtige Amt wird von den Ländern häufig nur unzureichend oder überhaupt nicht informiert, gelegentlich sind die Länder auch nicht bereit, ihre auswärtige Aktivität mit dem AA verbindlich abzustimmen.

Diese Entwicklung widerspricht dem Grundgesetz, da sie die verfassungsrechtliche Kompetenz des Bundes für auswärtige Angelegenheiten aushöhlt. Es ist daher dringend geboten, daß das AA Vorkehrungen trifft, die die verfassungsmäßige Zuständigkeit des Bundes für die Außenvertretung[10] sichern und einer weiteren Zersplitterung der außenpolitischen Tätigkeit entgegenwirken. Als Forum bietet sich das nächste Treffen des Bundeskanzlers mit den Länderchefs am 15. Dezember 1988 an, bei dem ohnehin eine Bund-Länder-Problematik, nämlich die kulturpolitische Kompetenzabgrenzung zwischen Bund und Ländern, auf der Tagesordnung steht.

II. Problembereiche des Bund-Länder-Verhältnisses in der Außenpolitik

1) Abschluß völkerrechtlicher Verträge und anderer Vereinbarungen durch die Länder

a) Die Länder haben in den letzten Jahren in ständig steigendem Maße Vereinbarungen[11] mit anderen Staaten oder deren unmittelbaren Untergliederungen getroffen. Die gegenwärtige Ausweitung dieser Praxis geht auf Kosten des gesamtstaatlichen Interesses der Bundesrepublik Deutschland. Denn sie verursacht häufig Unklarheiten im Ausland über die außenpolitische Vertretung der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Eindruck wird besonders verstärkt, wenn das AA nicht über die Vorhaben der Länder informiert ist (Beispiel: Vereinbarung Schleswig-Holstein–Südjütland (DK), Febr. 1988; Umweltkooperation Bayern–

6 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „(über Art. 32 III hinausgehende)".

7 Die Wörter „das AA" wurden von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „der Bund".

8 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Pflege der Beziehungen zu auswärtigen Staaten".

9 Für den Wortlaut von Artikel 32 Absatz 1 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 4 f.

10 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Außenpolitik".

11 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ist das der richtige Terminus?"

ČSSR[12]), sondern davon erst zufällig durch Anfragen des ausländischen Partners erfährt.

Probleme tauchen vor allem auf, wenn ein Bundesland Vereinbarungen mit einem Staat trifft, mit dem der Bund bereits auf demselben Gebiet einen völkerrechtlichen Vertrag geschlossen hat. Diese Parallelabkommen stehen meist in einem ungeklärten Konkurrenzverhältnis (Beispiel: Kulturabkommen Bayern–Ungarn[13]; Umweltabkommen NRW[14], Hamburg[15] und Bayern[16] mit ČSSR). Im übrigen erzeugen sie die Gefahr widersprüchlicher Abmachungen.

Eine besonders unerfreuliche Erscheinung ist die vor allem im Wirtschaftsbereich von den Ländern manchmal vereinbarte Einrichtung von Arbeitsgruppen, bestehend aus Vertretern eines Bundeslandes und eines anderen Staates. Auch diese Kommissionen stehen häufig in direkter Konkurrenz zu Bundesinstitutionen (Beispiel: Arbeitsgruppe unter Ministervorsitz BW–Sowjetunion (Maschinenbau)[17] und deutsch-sowjetische Wirtschaftskommission). Dadurch stoßen die

12 Zur Zusammenarbeit zwischen Bayern und der ČSSR im Bereich des Umweltschutzes vgl. Dok. 33, Anm. 24.

13 Mit Schreiben vom 15. Oktober 1987 wies Ministerialdirektor Witte das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus darauf hin: „Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 16.7.1987 […], kann mich aber nicht mit Ihrer Zusage zufrieden geben, einen sich aus bayerisch-ungarischen Verhandlungen etwa ergebenden Entwurf für ein Kulturabkommen ggf. der Bundesregierung zur Zustimmung gemäß Art. 32 Abs. 3 GG vorzulegen. Im Verhältnis zu den Staaten des Warschauer Pakts hat schon die Aufnahme von Verhandlungen über ein solches Abkommen außenpolitische Bedeutung und stellt daher Pflege der Beziehungen zu auswärtigen Staaten dar, die gemäß Art. 32 Abs. 1 GG dem Bund vorbehalten ist. Dem Bund muß daher von vornherein die Möglichkeit gegeben werden, auf Verhandlungen Einfluß zu nehmen; wenn der Bund unter Umständen gezwungen wäre, seine Zustimmung nach Abschluß der Verhandlungen zu versagen, könnte sich dies außenpolitisch abträglich auswirken." Vgl. Referat 214, Bd. 139522.

14 Durchgängig korrigiert aus: „NW".
Am 19. November 1988 übermittelte Botschaftsrat Lauk, Prag, die „Gemeinsame Erklärung über die industrielle und finanzielle Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes zwischen dem Land NRW und der ČSSR" vom 4. November 1987. Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 1577; Referat 214, Bd. 139667.

15 Vortragender Legationsrat Greineder notierte am 5. Mai 1988 zur Zusammenarbeit zwischen Hamburg und der ČSSR im Umweltbereich: „Hamburg liegt an verbesserter Gewässergüte der Elbe, die von uns in Schnackenburg stark belastet übernommen wird und Hamburg Entsorgungsprobleme beim Baggergut, das wegen hoher Kontaminierung nicht mehr auf See verklappt werden kann, bereitet. Mangels Daten kennen wir den jeweiligen Anteil von ČSSR und DDR an der Elbebelastung nicht. In der unter dem Dach des bilateralen Umweltabkommens angesiedelten Expertengruppe für Gewässerschutz ist Hamburg vertreten. Ob Hamburg sich damit zufrieden gibt oder für die Zukunft erneut Direktkontakte mit Prag zur Elbeverschmutzung sucht, bleibt abzuwarten. BMU liegt sehr daran, die Hamburger Interessen im Rahmen des Abkommens zu halten und wahrzunehmen." Vgl. Referat 214, Bd. 139667.

16 Botschafter Schattmann, Prag, übersandte am 1. Dezember 1987 die „Niederschrift über die Beratungen zwischen dem Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen und dem Ministerium für Brennstoffe und Energetik der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über Maßnahmen zur Luftreinhaltung am 25. November 1987 in Prag". Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 1678; Referat 214, Bd. 139667.

17 Am 11. Februar 1988 teilte Gesandter Winkelmann, Moskau, zu dem Gemeinsamen Memorandum vom 8. Februar 1988 Baden-Württembergs und des Büros für Maschinenbau des Ministerrats der UdSSR über eine Zusammenarbeit zwischen Unternehmen des Maschinenbaus mit: „Bei Unterzeichnung verkündete MP Späth zusätzliche Vereinbarung über Bildung einer zweiseitigen Arbeitsgruppe, die sich speziell der Behandlung und ggf. Klärung von praktischen Problemen bei Errichtung und Betrieb von Joint-ventures mit Maschinenbauunternehmen aus Baden-Württemberg widmen und die in Ziff[er] VI und VII des Memorandums beschriebenen Vorhaben der Zusammenarbeit in der beruflichen Aus- und Fortbildung konkretisieren soll. Diese Zusatzvereinbarung wird dem Memorandum als Anlage beigefügt. Es war keine Zeit, diese ad hoc entschiedenen Elemente noch in

Länder auch in institutioneller Weise in den Bereich der Außenpolitik vor. Das erhöht beträchtlich die Verselbständigung der außenpolitischen Aktivität der Länder.

Vereinbarungen der Länder, vor allem mit Staaten des WP, bringen auch die Gefahr mit sich, daß diese die unterschiedlichen Interessen des Bundes und der Länder für die Schaffung von Präzedenzfällen ausnutzen. Das gilt auch, soweit die Länder Vereinbarungen mit unmittelbaren staatlichen Untergliederungen schließen, denn auch über diese wird die Politik des Zentralstaates umgesetzt (Beispiel: Protokoll NRW–RSFSR, März 1988[18]).

Schließlich droht die Gefahr einer faktischen Abkoppelung Berlins vom Bund. Denn der Bund verlangt ausnahmslos die Einbeziehung Berlins (West) in Verträge mit anderen Staaten. Dieses Problem können die Sowjetunion und ihre Verbündeten dadurch umgehen, daß sie mit allen Bundesländern außer Berlin Verträge schließen oder mit Berlin (West) gesondert. Die von der Sowjetunion geförderte expansive Vertragspolitik der Länder (Beispiel: SH[19]–Sowjetunion (1000 Jahre russische Kunst), April 1988[20]) könnte daher das zähe Bemühen des AA, Berlin unter dem Dach der Bundesrepublik Deutschland zu repräsentieren, auf Dauer wirkungslos machen.

Auf Drängen des AA hat es gelegentlich vorherige Abstimmungen der Länder mit dem AA gegeben. Besonders bedauerlich war dann aber die Tatsache, daß einzelne Länderregierungen die abgestimmten Entwürfe zugunsten von Vertragsentwürfen fallenließen, die ihnen ihr Partner in letzter Minute aufdrängte und deren Unterzeichnung das AA gerade hatte vermeiden wollen (Beispiel: NRW–RSFSR, März 1988). Diese Verhaltensweise schadet dem Ansehen und den Interessen des Bundes und des AA und verletzt Art. 32 III GG und den Verfassungsgrundsatz des bundesfreundlichen Verhaltens.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1278

den zur Unterschrift vorgesehenen Text einzuarbeiten […]. Aus ‚Zeitgründen' verzichtete bad[en]-würtem[bergische] Delegation auch auf fehlerfreie russische Übersetzung des Memorandums. Mehrfache deutliche Hinweise von Mitarbeitern der Botschaft und auch des Dolmetschers auf die inkorrekte Wiedergabe unseres Staatsnamens (wiederholte Abkürzung ‚BRD', einmal Deutschland im Genitiv) verfingen nicht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 453; Referat 213, Bd. 143593.

18 Am 31. März 1988 übermittelte Regierungsdirektor Schmidt-Volkmar, Moskau, das am gleichen Tag unterzeichnete Protokoll zwischen dem nordrhein-westfälischen Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft und dem Staatskomitee des Agroindustriellen Komplexes der RSFSR der UdSSR über die Zusammenarbeit im Bereich von Landwirtschaft und Umweltschutz. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1009; Referat 213, Bd. 143593.
Am 22. April 1988 hielt Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerhardt fest, die Bedenken des Auswärtigen Amts seien dem zuständigen nordrhein-westfälischen Ministerium bekannt gewesen: „Die sowjetische Seite hatte Nordrhein-Westfalen bereits im Oktober 1987 über die Botschaft Moskau den Abschluß eines entsprechenden ‚Abkommens' vorgeschlagen. Das BML hatte daraufhin auf Referatsebene dem Ministerium im November in einem mit AA und BMWi abgestimmten Schreiben die Haltung der Bundesregierung dargelegt. NRW hatte daraufhin im März d. J. dem Auswärtigen Amt, Ref[erat] 012, einen eigenen Gegenentwurf einer ‚Gemeinsamen Erklärung' zur Abstimmung übermittelt, der im wesentlichen unproblematisch war […]. Ebenfalls im März d. J. übermittelte die sowjetische Seite einen erneuten Textvorschlag, der im wesentlichen dem nun unterzeichneten Protokolltext entspricht. NRW sagte jedoch gegenüber AA zu, daß man am eigenen Entwurf der ‚Gemeinsamen Erklärung' festhalten werde, zumal man auch durch das Landeskabinett gebunden und mit dem sowjetischen Entwurf nicht einverstanden sei. Um so überraschender war die weitgehende Übernahme des sowjetischen Textes." Vgl. Referat 213, Bd. 143593.

19 Schleswig-Holstein.

20 Im Schleswig-Holsteinischen Landesmuseum Schloß Gottorf fand vom 14. August bis 23. Oktober 1988 die Ausstellung „1000 Jahre russische Kunst" statt.

Aufgrund dieser Probleme ist es unbedingt wünschenswert, daß die Länder wie früher nur ausnahmsweise von ihrer Vertragsabschlußkompetenz[21] Gebrauch machen. Sie sollten sich vor allem bei der Wahl ihrer Vertragspartner auf staatliche Untergliederungen und sonstige Institutionen beschränken. Denn nur so bleibt nach außen deutlich, daß sich die Länder als Teil eines Gesamtstaates verstehen, dessen Vertretung dem AA obliegt. Dies bedeutet i.d.R. durchaus keine Einschränkung der Vorhaben der Länder mit dem Ausland. Denn die Durchführung der meisten Projekte ist auch ohne völkerrechtlichen Vertrag durch Austausch entsprechender Absichtserklärungen in Kommuniqués möglich. Daher wird in dem „Leitfaden zu Wirtschaftsbeziehungen zwischen Bundesländern und ausländischen Staaten bzw. deren Untergliederungen" den Ländern empfohlen, bei Absprachen mit ausländischen Partnern jeden Vertragscharakter zu vermeiden. Diesen Leitfaden hat die Wirtschaftsministerkonferenz am 13. Dezember 1985 als Anlage eines Berichts des Bund-Länder-Ausschusses Außenwirtschaft (BLA) gebilligt. Für den Bereich der Entwicklungshilfe haben die Ministerpräsidenten der Länder bereits am 3./4. Mai 1962 beschlossen, daß nach außen der Bund als deren Träger in Erscheinung tritt. Das schließt eigene[22] Vereinbarungen[23] der Länder aus.[24]

Unerläßliche Voraussetzung für eine koordinierte und die gesamtstaatlichen Interessen wahrende Außenpolitik ist in jedem Fall die rechtzeitige und vollständige Unterrichtung des AA über den geplanten Abschluß völkerrechtlicher Verträge und sonstiger Vereinbarungen. Denn nur so kann das AA die auswärtigen Aktivitäten der Länder mitgestalten, um Schäden für die Bundesrepublik zu verhüten. Das AA kann dabei einerseits kontrollierend wirken, indem es drohende Kompetenzüberschreitungen verhindert. Andererseits kann es die Länder beraten, so daß Unvereinbarkeiten mit der Bundespolitik vermieden werden.

Es ist aber nicht nur aus Gründen außenpolitischer Mitgestaltung erforderlich, daß das AA von den Vertragsvorhaben der Länder Kenntnis erlangt, sondern auch verfassungsrechtlich geboten. Denn erstens trägt der Bund die Verantwortung für die deutsche Außenpolitik (Art. 32 I GG). Zum zweiten aber bedürfen die Länder für den Abschluß eines völkerrechtlichen Vertrags nach Art. 32 III GG der Zustimmung der Bundesregierung, und zwar vor seiner Unterzeichnung, was nicht immer beachtet wird (Beispiel: Protokoll SH–Sowjetunion, April 1988 (1000 Jahre russische Kunst); Bayern–SU, Dez. 1983 (Skythengold[25]); Protokoll Berlin–Türkei, März 1987). Im einzelnen bedeutet dies, daß alle Erklärungen, die Vertragscharakter haben könnten, im Entwurf vom AA auf ihren Rechts-

21 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager durch Kreuz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Für völkerrechtliche Abkommen haben sie diese Kompetenz nur mit Zustimmung des Bundes. Das müßte man allen sagen, jedenfalls sollte man die Abschlußkompetenz nicht so herausstellen, oder man müßte konkret Art. 32 III zitieren. (Kompetenz nur soweit Länder für die Gesetzgebung zuständig sind)."

22 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „völkerrechtliche".

23 Die Wörter „eigene Vereinbarungen" wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

24 Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Dies muß aktualisiert werden im Hinblick auf die demnächst in Kraft tretende neue Vereinbarung. Außerdem: scheint mir die Folgerung zu prohibistisch."

25 Die Ausstellung „Gold der Skythen aus der Leningrader Eremitage" fand vom 19. September bis 9. Dezember 1984 in den Staatlichen Antikensammlungen in München statt.

charakter untersucht und dann gegebenenfalls mit der Bitte um Billigung dem Bundeskabinett vorgelegt werden müssen. Dieses Verfahren gibt dem AA die Möglichkeit, die bereits erwähnte gestalterische Rolle, vor allem mittels Beratung, wahrzunehmen. Insbesondere könnte den Ländern jeweils nahegelegt werden, bei der Durchführung ihrer Vorhaben auf die Form eines völkerrechtlichen Vertrages zu verzichten, damit das Zustimmungserfordernis und die damit verbundene Verfahrensproblematik entfallen. In allen Fällen muß auch darauf geachtet werden, daß die Länder nicht in letzter Minute von abgestimmten Entwürfen und Positionen abgehen.

2) Länderrepräsentanzen im Ausland (ohne Sonderfall der Vertretungen bei der EG)

a) Einen weiteren Problembereich bildet der Aufbau „ländereigener Infrastrukturen“ im Ausland, d.h. die zunehmende Errichtung privatrechtlich oder staatlich organisierter Büros. Hier besteht die Gefahr, daß die Länder in institutioneller Weise mit den Auslandsvertretungen des AA sowie den Auslandshandelskammern und den Korrespondenten der BfAI[26] konkurrieren und in deren Aufgabenbereich eingreifen. Infolge einer solchen Konkurrenz ist eine Beeinträchtigung der deutschen Außenhandelsinteressen beim Export zu befürchten.[27] Denn es ist damit zu rechnen, daß die Informationsflüsse abgeschottet und regionalisiert werden, daß Bundes- und Länderprogramme sich infolge finanzieller Unterstützung mit wettbewerbsverzerrender Wirkung überschneiden und daß die Bundesrepublik und ihre Untergliederungen durch ihr uneinheitliches Bild Verwirrung bei den ausländischen Partnern in Politik, Verwaltung und Wirtschaft wie auch bei einheimischen Unternehmen hervorrufen. Deshalb hat der BLA[28] in dem bereits genannten, von den Wirtschaftsministern 1985 gebilligten Bericht ausdrücklich betont, daß er in dem Aufbau dieser Länderrepräsentanzen keinen Lösungsweg sieht, das Dienstleistungsangebot für die mittelständische Wirtschaft zu verbessern. Ähnliche Kritik haben auch der DIHT (Wolff von Amerongen) und Wirtschaftsvertreter geäußert, die in einer „Nebenwirtschaftspolitik“ der Länder keinen Nutzen sehen (s. Kritik des Verbandes unabhängig beratender Ingenieurfirmen am 27.4.1988 in Bonn und DIHT-Nachrichten vom 19.6.1986). Dagegen ist die Tätigkeit der Länderbüros von der Bundesregierung bislang nicht beanstandet worden, soweit sie der Fremdenverkehrswerbung, der Industrieansiedlung in einzelnen Bundesländern oder der Vertretung spezieller Interessen, z.B. von Hafenstädten, dient.

Problematischer wird die Tätigkeit dieser Büros, wenn sie politische Kontakte vermitteln und Besuche organisieren (s. Bericht des GK Osaka-Kobe vom 28.4.88). Sie greifen damit in verfassungswidriger Weise in die staatliche Außenvertretung der Bundesrepublik Deutschland ein, denn die Betreuung deutscher Politiker ist ausschließlich eine Aufgabe der Botschaften und Konsulate. Wenn Ländervertreter ihre Reisen ohne Beteiligung des AA und seiner Auslandsvertretungen vorbereiten und durchführen (s. Bericht des GK Osaka-Kobe vom 28.4.88),

26 Bundesstelle für Außenhandelsinformation.

27 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager durch Kreuz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das halte ich für eine etwas gewagte Behauptung.“

28 Bund-Länder-Ausschuß.
Diese Abkürzung wurde von Staatssekretär Lautenschlager mit Fragezeichen versehen.

bekommen ausländische Partner Zweifel an der Kompetenz und Legitimität des AA, die Bundesrepublik Deutschland und ihre Glieder umfassend zu repräsentieren (vgl. Bericht des GK Shanghai vom 18.3.1988). Vor allem aber ist zu befürchten, daß dem Bund die Steuerung des aktiven und passiven Besucheraustausches, einem der wichtigsten Instrumente der Außenpolitik[29], entgleitet.

Gelegentlich verwenden die Ländervertretungen auch Embleme und Bezeichnungen, die den Eindruck offizieller Vertretungen hervorrufen, so daß auch auf diese Weise Unklarheiten über Status und außenpolitische Kompetenzen entstehen. (Das Wappenschild der saarländischen Vertretung in Moskau wurde auf Intervention der Bundesregierung entfernt.)

b) Es ist deshalb notwendig, die Länder daran zu erinnern, daß allein der Bund das verfassungsmäßige Recht hat, Vertretungen zur Wahrnehmung der auswärtigen Beziehungen einzurichten. Sofern die Länder Auslandsrepräsentanzen unterhalten, sollten diese privatrechtlich organisiert sein. Auf jeden Fall ist darauf zu achten, daß sie keine selbständige politische oder sonstige konkurrierende Tätigkeit zu den Auslandsvertretungen des Bundes entfalten, sondern sich auf die oben erwähnte spezielle Aufgabenstellung beschränken.

3) Besucheraustausch mit dem Ausland

a) Die Zahl der Auslandsreisen offizieller Delegationen der Länder (MPs, Minister, Parlamentarier) hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Dabei ist die Zahl der von Referat 012-9 betreuten Reisen in den letzten Jahren um etwa 150% gestiegen, nämlich von 152 (1981) auf 383 (1987). Die Zahl der Reisen von Ministerpräsidenten hat sich darunter von 49 (1984) auf 68 (1987) erhöht. Diese Reisen sind zwar auch ein nützlicher Teil der Auslandsrepräsentation der Bundesrepublik Deutschland. Sie beeinträchtigen aber eine effiziente Wahrnehmung deutscher Interessen immer häufiger dadurch, daß deutsche Delegationen aus Bund und Ländern am gleichen Ort zur gleichen Zeit unkoordiniert auftreten. Denn eine Besucherinflation läßt in den Augen der ausländischen Gastgeber den Wert deutscher Besucher sinken (s. Bericht der Botschaft Kuala Lumpur vom 8.2.88). Außerdem werden dadurch die Auslandsvertretungen in unnötiger und unzumutbarer Weise belastet, so daß eine zufriedenstellende Betreuung nicht mehr möglich ist (s. Bericht des GK Bombay vom 28.4.88 und des GK Hongkong vom 10.6.88).

b) Es ist daher unbedingt erforderlich, daß eine frühzeitige gegenseitige Unterrichtung von Bund und Ländern über die Besuchsvorhaben stattfindet, damit deren interessengerechte Koordinierung vorgenommen werden kann. Das ist Voraussetzung für eine bestmögliche Betreuung durch die Auslandsvertretungen. Sie ist unverzichtbar, wenn das einheitliche Auftreten von Politikern aus der Bundesrepublik gewährleistet werden soll.

4) Weitere Fälle des Hineinwirkens der Länder in die auswärtige Zuständigkeit des AA

a) Bei Partnerschaften auf der Ebene der Bundesländer und diesen unterstehenden Gebietskörperschaften mit dem Ausland kommt es vereinzelt zu unerwünschten Rückwirkungen auf die allgemeine Außenpolitik. So würde die geplante

[29] Der Passus „einem der … der Außenpolitik“ wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Etwas überzeichnet.“

Partnerschaft Schleswig-Holsteins mit der Sowjetrepublik Estland[30] der bisher verweigerten Anerkennung der Annexion Estlands durch die Sowjetunion Vorschub leisten, wie bereits geschehen im Fall der Städtepartnerschaft Kiel/Tallinn[31]. Auch andere Städtepartnerschaften mußten beanstandet werden, wenn allgemeinpolitische Themen ein Gegenstand der Partnerschaft waren oder offizielle Positionen der Bundesrepublik verlassen wurden (Beispiel: Wiesbaden–Breslau/Wrocław, März 1988[32]).

b) Für den Bereich der Entwicklungspolitik ist das GG durch den Beschluß der Länder MPs vom 3./4. Mai 1962[33] so interpretiert worden, daß nach außen der Bund als Entwicklungshilfeträger in Erscheinung tritt. Dennoch verlassen einzelne Länder diesen verfassungsrechtlichen Rahmen, indem sie mit ausländischen Partnern Vereinbarungen über Entwicklungsprojekte treffen (Beispiel: Vertrag Hessen–Provinz Jiangxi (China) vom 31.3.1988[34]). Auch faktisch wird der Beschluß von 1962 in Frage gestellt. Beispielsweise ist infolge der Entwicklungshilfe, die Rheinland-Pfalz im Rahmen seiner Partnerschaft mit Ruanda leistet, bei einem Teil der Bevölkerung der Eindruck entstanden, das Bundesland sei im Verhältnis zur Bundesrepublik ein Drittstaat (s. Bericht der Botschaft Kigali vom 15.3.1988[35]). In einem anderen Fall ist Niedersachsen seinen

30 Mit Schreiben vom 11. Februar 1988 an die Staatskanzlei Kiel stellte Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken fest: „In der Anlage übersende ich Ihnen wunschgemäß einen Sachstand zur Situation in den baltischen Staaten und über die Haltung der Bundesregierung zur Frage der Anerkennung der Annexion dieser Staaten durch die Sowjetunion […]. Für Ihre Mitteilung betreffend eine estnische Initiative für eine Partnerschaft Estlands mit dem Bundesland Schleswig-Holstein danke ich Ihnen nochmals. Ich habe Ihnen meine ersten Bedenken dazu gesagt. Sollte der Gedanke in Kiel aufgegriffen werden, würde ich dringend dazu raten, eine förmliche Stellungnahme des Auswärtigen Amtes einzuholen." Referat 213, Bd. 143581.

31 Ministerialdirigent Kastrup notierte am 23. März 1988: „Ein Großteil der gesellschaftlichen und kulturellen Kontakte zum Baltikum verläuft auf der Ebene der Städtepartnerschaften Kiel–Tallinn, Bremen–Riga und Duisburg–Wilnius. Botschaft wie auch Generalkonsulat sind dabei kaum eingeschaltet. Wir sollten derartige Partnerschaften deshalb besonders ermuntern. Weitere Kandidaten könnten dabei sein: Yurmula, Klaipeda, Narwa, Kaunas und Ventspils." Vgl. Referat 213, Bd. 143520.

32 Zur Städtepartnerschaft zwischen Wiesbaden und Breslau vgl. Dok. 14, Anm. 6 und 17.

33 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Aktualisieren siehe Seite 4." Vgl. Anm. 24.

34 Vortragender Legationsrat I. Klasse Bente teilte dem Hessischen Minister für Wirtschaft und Technik, Steger, am 24. September 1984 zu dem angestrebten Protokoll über „partnerschaftliche Wirtschaftsbeziehungen zwischen Hessen und der chinesischen Provinz Jiangxi" mit: „1) Der Wortlaut des mit Bezugsfernschreiben übermittelten Gemeinsamen Protokolls weist nach Inhalt und Form Merkmale einer völkerrechtlichen Vereinbarung auf. Nach Art. 32 Abs. 3 GG bedarf der Abschluß von Verträgen über Gegenstände der Gesetzgebung der Bundesländer durch diese der Zustimmung der Bundesregierung. Letztere läßt sich bis zum 26.9. nicht herbeiführen. 2) Gegen die Unterzeichnung des ‚Gemeinsamen Protokolls' in der jetzigen Form bestehen im übrigen schon jetzt Bedenken. So sollte z.B. auf den Begriff der ‚Partnerschaft' oder ‚partnerschaftlichen Beziehungen' verzichtet werden. Er geht erheblich über die Begrifflichkeit hinaus, die bisher zwischen deutschen Bundesländern und chinesischen Provinzen verwendet worden ist." Vgl. den Drahterlaß Nr. 1243; Referat 341, Bd. 142582.
Für das Protokoll vom 26. September 1984 über den Besuch des Stellvertretenden Gouverneurs der chinesischen Provinz Jiangxi, Liang Kaixuan, in Hessen vgl. Referat 341, Bd. 142582.

35 Botschafter Bindseil, Kigali, berichtete am 15. März 1988, der „Ruandabeauftragte des rheinland-pfälzischen Innenministeriums", Ministerialrat Molt, habe ihn bei seinem Besuch vom 19. Februar bis 11. März 1988 in Ruanda „über den zu erwartenden rheinland-pfälzischen Besucherstrom" informiert. Bindseil stellte zu den weiteren Darlegungen Molts fest: „Das rheinland-pfälzische Zwei-Jahres-Budget für Ruanda sei von 6,5 Mio. auf 11,5 Mio. [DM] für den laufenden Zeitraum 1988/89 erhöht worden. Da zusätzlich noch mit einem Spendenaufkommen von rund 2 Mio. DM zu rechnen sei, dürfte m.E. der finanzielle Anteil der Partnerschaft an der deutsch-ruandischen EZ auf über 12% gestiegen sein." Bindseil informierte ferner über ein Radiointerview mit Molt nach dessen „Privat-

politischen und rechtlichen Informationspflichten nicht nachgekommen, als es ohne jede Kenntnis des AA Staatsangehörige aus Lesotho zu Polizisten ausbildete.[36] Die gegenseitige Information von Bund und Ländern im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit soll aber durch Einrichtung eines vernetzten EDV-Informationssystems im BMZ verbessert werden (s. Entwurf für Beschlußvorschlag des BLA für MP-Konferenz vom 26.–28.10.1988 in Berlin).

c) Außenpolitische Vorstöße einzelner Bundesländer in Verfolgung partikularer Interessen können nachteilige Auswirkungen nicht nur für den Bund, sondern auch für andere Bundesländer haben. Das Ersuchen von Rheinland-Pfalz an die US-Regierung, die geplante Entlassung deutscher Zivilangestellter der US-Streitkräfte[37] jedenfalls nicht in Rheinland-Pfalz vorzunehmen, könnte beispielsweise zu mehr Entlassungen in anderen Bundesländern führen. Im übrigen stand ein solches Vorgehen auch nicht im Einklang mit den Interessen der Bundesregierung an der Reduzierung des gefährlichen US-Haushaltsdefizits.

III. Vorschlag zum weiteren Vorgehen

Um weiteren Schaden zu verhüten und die Bundeskompetenz für die Zukunft zu sichern, sollte folgender Weg eingeschlagen werden:

1) Ich rate davon ab, einen generellen Leitfaden für das Verhalten der Länder im Bereich der auswärtigen Beziehungen zu erstellen, wie er bereits für Städtepartnerschaften und die außenwirtschaftlichen Beziehungen der Länder besteht. Für Städtepartnerschaften ist dieser Leitfaden[38] zwar nützlich, weil die Städte außenpolitisch unerfahren sind und dem AA als Kommunen keine Konkurrenz machen können. Bei den Ländern ist dagegen damit zu rechnen, daß sie einen generellen Leitfaden als Legitimationsgrundlage für ihr außenpolitisches Engagement ansehen und in Zukunft alle nicht ausdrücklich bestrittenen außen-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1283

audienz“ bei Präsident Habyarimana: „Ein GTZ-Experte, der das Interview gehört hatte, sprach mich darauf an, um mir zu erklären, in seinem Umfeld gäbe es inzwischen eine ganze Anzahl Ruander, die Rheinland-Pfalz im fernen Europa als Drittland, wie z. B. die Schweiz, ansähen, was kein Wunder sei, denn z. B. in dem Interview käme das Wort ‚République Fédérale d'Allemagne' praktisch nicht vor.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 101; Referat 322, Bd. 150061.

36 Mit Schreiben vom 23. September 1988 unterrichtete die SPD-Landtagsabgeordnete Alm-Merk Bundesminister Genscher über eine „Kleine Anfrage an die niedersächsische Landesregierung zur Ausbildung von Spezialisten der Polizei in Lesotho“ durch niedersächsische Polizeibeamte. Dazu bat sie um Auskunft, „ob ihr Ministerium die Zusammenarbeit zwischen dem Königreich Lesotho und dem Land Niedersachsen in Belangen der inneren Sicherheit, auch auf polizeilichem Gebiet, befürwortet hat und ob Sie dies auch mit anderen Bundesländern befürwortet haben. Außerdem wüßte ich gern, aufgrund welcher Richtlinien eine solche Zusammenarbeit von Ihnen befürwortet wird und wie diese aussehen.“ Vgl. Referat 320, Bd. 155854.

37 Am 11. Dezember 1987 informierte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Vogel in einem Schreiben Bundesminister Genscher darüber, daß „die amerikanischen Streitkräfte in Europa aufgrund von Kürzungen des amerikanischen Verteidigungshaushaltes die Einsparung von 4000 bis 5000 Stellen von deutschen und amerikanischen Beschäftigten“ beabsichtigten: „Dies hat gravierende Folgen für die deutschen Zivilbeschäftigten bei den US-Truppen in Rheinland-Pfalz. Von noch einschneidenderer Bedeutung ist es, daß – wie zu hören ist – in Kürze vermutlich mit weiteren Einsparungsentscheidungen gerechnet werden muß. […] Eine drastische Reduzierung der Zahl der Beschäftigten hätte negative Folgen nicht nur für den Arbeitsmarkt des Landes, sondern insbesondere auch für die Akzeptanz der Belastungen und damit der verteidigungspolitischen Maßnahmen der Bundesrepublik und des Atlantischen Bündnisses.“ Vgl. Referat 201, Bd. 143457.

38 Für das „Merkblatt Städteverbindungen zwischen deutschen Kommunen und Kommunen in der Sowjetunion, Ost- und Südosteuropa und in der DDR“ vom April 1987 vgl. Referat 213, Bd. 143581.

politischen Möglichkeiten ausschöpfen werden. Ein solcher Legitimations- und Expansionseffekt ginge in noch viel stärkerem Maße von der Einrichtung eines ständigen Bund-Länder-Gremiums für auswärtige Beziehungen aus.[39]

2) Aus diesen Gründen schlage ich vor, daß der Bundesminister den Bundeskanzler bittet[40], die erörterte Bund-Länder-Problematik in den auswärtigen Beziehungen auf die Tagesordnung des nächsten Treffens mit den Ministerpräsidenten der Länder am 15. Dezember 1988 zu setzen und sie in folgender Weise anzusprechen:

a) Der Bundeskanzler macht die Ministerpräsidenten der Länder auf nachstehende Punkte aufmerksam:

– In der letzten Zeit häufen sich Versuche gerade osteuropäischer Staaten, Vereinbarungen aller Art mit Bundesländern, Städten, Gemeinden und Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland zu treffen. Dabei wird häufig der Versuch unternommen, Positionen der Bundesregierung durch Einzelvereinbarungen zu unterlaufen (z. B. durch Aufnahme von außenpolitischen Erklärungen in Vereinbarungen oder Abschluß von Parallelabkommen und Gründung von Parallelkommissionen). Auch besteht die Gefahr, daß die zentralistisch organisierten Partner in Osteuropa die Wettbewerbssituation der Länder untereinander ausnutzen, um zusätzliche Vorteile (z. B. beim Technologietransfer) zu erlangen.
– Außerdem ist zu befürchten, daß die Berlin-Position der Bundesregierung dadurch unterlaufen wird, daß die osteuropäischen Staaten Vereinbarungen und Absprachen mit allen übrigen Bundesländern – außer oder gesondert mit Berlin – treffen.
– Die Auslandsbüros der Bundesländer bilden eine Konkurrenz vor allem für die Auslandshandelskammern und die Korrespondenten der BfAI. Die zunehmende Zahl dieser Büros stößt bei Presse und Wirtschaft wegen befürchteter Nachteile für die Exportwirtschaft auf Kritik. Auch nach Ansicht des Bund-Länder-Ausschusses Außenwirtschaft (BLA) begünstigt die Einrichtung der Länderrepräsentanzen eine verstärkte Regionalisierung der Informationsströme infolge gegenseitiger Abschottung. Deshalb hat der BLA bereits 1985 Empfehlungen für eine bessere Koordinierung der Auslandsaktivitäten von Bund und Ländern ausgesprochen und den Ausbau ländereigener Infrastrukturen im Ausland ausdrücklich abgelehnt (so auch der frühere DIHT-Präsident Wolff von Amerongen).

  Mit der Vermittlung politischer Kontakte haben einzelne Auslandsbüros aber auch in Bereiche eingegriffen, die ausschließlich den Botschaften und Konsulaten vorbehalten sind.
– Die unkoordinierte Häufung von Reisen hat gelegentlich dazu geführt, daß die Auslandsvertretungen nicht mehr in der Lage waren, eine zufriedenstellende Betreuung aller Besucher aus der Bundesrepublik zu gewährleisten.

39 Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies gehört ans Ende oder in eine Fußnote."

40 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wie? Brief? (An wen? Durch wen?) Hierüber müssen wir erst noch sprechen. Wir sollten dem Minister wohl einen konkreten Verfahrensvorschlag machen."

b) Der Bundeskanzler bittet die Ministerpräsidenten der Länder,

– dem AA beabsichtigte Erklärungen und Vereinbarungen mit dem Ausland umfassend und so rechtzeitig mitzuteilen, daß das AA in der Lage ist, die Entwürfe auf ihre Zustimmungsbedürftigkeit nach Art. 32 III GG zu prüfen und außenpolitische Gesichtspunkte geltend zu machen;
– vom Abschluß völkerrechtlicher Verträge nur restriktiv Gebrauch zu machen[41], insbesondere soweit die Vertragspartner andere Staaten sind oder bereits entsprechende Verträge des Bundes mit den Vertragspartnern bestehen. Unabweisbare Regelungen sollten grundsätzlich unterhalb der Schwelle eines völkerrechtlichen Vertrags gehalten werden; das AA ist bereit, einen Mustertext für völkerrechtlich unverbindliche Absprachen zur Verfügung zu stellen;
– keine ständigen Arbeitsgruppen mit Vertretern anderer Staaten einzurichten;
– keine Repräsentanzen zu gründen, deren Tätigkeit in Konkurrenz zu Einrichtungen des Bundes (z. B. Auslandsvertretungen, Auslandshandelskammern, BfAI-Korrespondenten) steht, sondern sich ausschließlich auf Vertretung spezieller wirtschaftlicher Länderinteressen (z. B. Fremdenverkehrswerbung, Hafenvertretung) beschränkt;
– Repräsentanzen ausschließlich in privatrechtlicher Form zu organisieren und jeden Eindruck offizieller Ländervertretungen zu vermeiden (z. B. durch Bezeichnung, Anbringung von Wappenschildern);
– dem AA beabsichtigte Auslandsreisen von Ländervertretern und entsprechende Besuche in der Bundesrepublik so rechtzeitig mitzuteilen, daß der Bund eine Koordinierung mit anderen Besuchsvorhaben vornehmen und außenpolitische Gesichtspunkte mit den Ländern abstimmen kann;
– sich bei der Vorbereitung und Durchführung der Auslandsreisen der Auslandsvertretungen zu bedienen und sich zu den politischen Gesprächen im Gastland von den Leitern[42] der Auslandsvertretungen begleiten zu lassen;
– das AA über beabsichtigte Partnerschaften so rechtzeitig zu informieren, daß der Bund außenpolitische Aspekte bereits im Stadium der Anbahnung zur Geltung bringen kann, vor allem wenn es sich um Partnerschaften mit osteuropäischen Staaten und China handelt;
– darauf zu achten, daß in der Entwicklungshilfe, entsprechend dem Beschluß der Ministerpräsidenten der Länder vom 3./4. Mai 1962[43], der Bund auch weiterhin als Träger der deutschen Entwicklungshilfe in Erscheinung tritt.

Abteilungen 2, 4, 5 und 6 haben mitgezeichnet.[44]

Pleuger

Referat 012, Bd. 150191

41 Die Wörter „nur restriktiv Gebrauch zu machen“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „M. E. sollten sie auf völkrerechtliche Verträge verzichten. Hinweis auf Zustimmungspflichtigkeit durch den Bund gemäß Art, 32 III.“

42 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Die Stelle sollten wir offen lassen, hängt vom jeweiligen Gesprächspartner ab.“

43 An diese Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Aktualisieren siehe Seite 4.“ Vgl. Anm. 24.

44 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager angeschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „D 2, Dg 41, Dg 51, Dg 60.“

242

Aufzeichnung der Vortragenden Legationsräte I. Klasse Dreher und Seibert

201-362.05/220-371.61-1155/88 VS-vertraulich **2. September 1988**[1]

Betr.: Gesamtkonzept der Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle; hier: Sitzung der Beratergruppe am 30.8.1988 im Bundeskanzleramt

Anlg.: 1) Teilnehmerliste[2]
2) Papier des BMVg (ohne Anlage 2)[3]

1) Der Sitzung der Beratergruppe am 30.8. unter Vorsitz von MD Teltschik lagen folgende Papiere vor:

– Grundlagen unserer Sicherheitspolitik (AA)[4],
– Kriterien der Strategie (BMVg/AA)[5],
– Beitrag der Politik der Abrüstung und Rüstungskontrolle zu unserer Sicherheit (AA)[6].

Wegen des späten Eingangs der Papiere sah der Vorsitzende keine Möglichkeit für ihre vertiefte Diskussion. Er schlug vor, die Papiere bis zur nächsten Sitzung am 14.9. zurückzustellen.

General Hüttel bemerkte, daß Staatssekretär Rühl das zwischen AA und BMVg auf Arbeitsebene abgestimmte Papier zu den Kriterien der Strategie nicht gebilligt habe. Das BMVg werde daher einen neuen Entwurf erstellen.

2) Zur Vorbereitung der BSR-Sitzung am 21.9. schlug MD Teltschik vor, als Diskussionsgrundlage Optionen des militärischen Bedarfs aufzubereiten.

Dg20[7] gab zu bedenken, daß eine solche Bestandsaufnahme auch das Rationale berücksichtigen müsse, das zur Einführung bestehender Systeme geführt habe. Davon ausgehend müsse geprüft werden, welche Bedeutung solchen Systemen für die künftige Wirksamkeit der Strategie[8] zukomme. Als Beispiel nannte er die nukleare Artillerie, für die es bei Einführung in den 50er Jahren kein strategisches Rationale gegeben habe und der heute nur begrenzte Bedeutung für die Abschreckung zukomme.

1 Ablichtung.
2 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 12102 (201); B 150, Aktenkopien 1988.
3 Dem Vorgang beigefügt. Für die Aufzeichnung des Bundesministeriums der Verteidigung vom August 1988 vgl. VS-Bd. 12102 (201).
4 Zu der undatierten Aufzeichnung „Grundlagen unserer Sicherheitspolitik“ vgl. Dok. 229, Anm. 8.
5 In der Aufzeichnung „Kriterien der Strategie, die bei der Weiterentwicklung des Gesamtkonzepts für Sicherheit, Rüstungskontrolle und Abrüstung zu berücksichtigen sind“ vom 29. August 1988 wurde ausgeführt: „Unser oberstes Ziel ist es, den Frieden in Freiheit zu wahren und jede Art von Krieg zu verhindern (WEU-Plattform II.1). Die Bundesrepublik Deutschland kann dieses Ziel auch in Zukunft nur im Rahmen des Nordatlantischen Bündnisses erreichen. Kriegsverhütung ist nicht nur die zentrale Aufgabe der Sicherheitspolitik, sondern auch eine Aufgabe allen außenpolitischen Handelns. Alle unsere Anstrengungen im Bereich von Abschreckung und Verteidigung wie von Rüstungskontrolle und Abrüstung sind auf dieses Ziel der Kriegsverhinderung gerichtet“. Vgl. Referat 220, Bd. 144777.
6 Für die Aufzeichnung des Botschafters Holik vom 12. August 1988 vgl. Dok. 229.
7 Hans-Friedrich von Ploetz.
8 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 11, Anm. 9.

D 2 A[9] betonte, daß die Optionen auf der Grundlage des Auftrags von Reykjavik zur Weiterentwicklung des Gesamtkonzeptes[10] behandelt werden müßten. Da Sicherheit nicht eindimensional militärisch definiert werden könne, müßten bei der Bestimmung des Mindestumfanges und der Zusammensetzung der zur Abschreckung benötigten Nuklearwaffen in und für Europa auch die Möglichkeiten der Rüstungskontrolle und Abrüstung berücksichtigt werden. Auch der Zeitfaktor spiele eine wichtige Rolle. Die Diskussion von illustrativen Modellen dürfe nicht dazu führen, daß die Entscheidung über konkrete Modernisierungsoptionen aus dem Zusammenhang des Gesamtkonzepts herausgelöst und vorverlegt wird.

O. i. G.[11] Fischer (BMVg) trug auf der Grundlage des anliegenden Papiers (Anlage 2) Überlegungen des BMVg zu den Grundsätzen für die künftige Zusammensetzung von Nuklearwaffen in und für Europa vor.

Folgende Thesen sind festzuhalten:

– Der INF-Vertrag werfe Probleme für die Implementierbarkeit der NATO-Strategie auf. Dies gelte vor allem für die Fähigkeit, Ziele auf sowjetischem Territorium unter Risiko zu halten. Diese „Schwäche“ könne durch Stationierung zusätzlicher LRINF-Flugzeuge in Europa (mit und ohne Abstandswaffen) sowie durch seegestützte Systeme (SLCMs, SLBMs) behoben werden.
– Auch für den SRINF-Bereich (Reichweite bis 1000 km) wird eine Erhöhung der Zahl nuklearfähiger Flugzeuge und ihre teilweise Ausrüstung mit Abstandswaffen befürwortet.
– Für dringend erforderlich gehalten wird die Einführung eines Lance-Nachfolgesystems mit 450 km Reichweite (110 Werfersysteme statt bisher 88 mit 700 Flugkörpern). Dies würde
  – die Verwundbarkeit einer auf Flugzeuge gestützten „Monostruktur“ der Abschreckung verringern;
  – überlegene mobile konventionelle Landstreitkräfte des WP und damit den Kern seiner Invasionsfähigkeit unter Risiko halten. Abstandswaffen auf Flugzeugen könnten diese Aufgabe nur begrenzt übernehmen. Nur die Herstellung konventioneller Stabilität könne den SNF-Bedarf bis auf einen geringen Mindestbestand verringern und gegebenenfalls nukleare Artillerie erübrigen.
– Rüstungskontrollpolitische Möglichkeiten werden als irrelevant abgetan. Da das Bündnis mindestens 60 Lance Nachfolgesysteme benötige, seien allenfalls 28 Systeme verhandelbar gegenüber 1300 WP-Systemen. Eine Null-Lösung sei daher kaum abzuwehren.

An den Vortrag schloß eine längere Aussprache an.

9 Josef Holik.

10 Vgl. dazu die Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384. Zur Tagung vgl. AAPD 1987, II, Dok. 174.
Zur Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO vgl. Dok. 229.

11 Oberst im Generalstab.

Aus der Diskussion ist festzuhalten:

D2A merkt kritisch an, daß der Ausgangspunkt des Papiers ein anderer sei als die im Bündnis geteilte Auffassung der Bundesregierung. Danach trage der INF-Vertrag zur Festigung von Stabilität und Sicherheit in Europa bei. Das Bündnis habe mehrfach festgestellt, daß die NATO-Strategie nach dem INF-Vertrag anwendbar bleibe. Es gebe daher kein Defizit, das durch Kompensation ausgeglichen werden müsse und damit auch keinen generellen Zeitdruck für Entscheidungen über eine „Restrukturierung" des Nuklearpotentials der NATO in Europa. Diese Frage werde allenfalls mit der ab 1995 notwendigen Außerdienststellung der „Lance" akut. In dieser Hinsicht müsse einleuchtend erklärt werden, wann eine Entscheidung im Bündnis spätestens erfolgen müsse.

Wenig überzeugend sei der Versuch, die Relevanz der Bedrohung durch WP-SNF in Frage zu stellen. Dies stehe in eklatantem Gegensatz zu früheren Forderungen des BMVg nach Einbeziehung der Scud in den INF-Vertrag, um damit eine schwere, vorwiegend gegen uns gerichtete WP-Bedrohung abzubauen.

Sorgfältig geprüft werden müsse vielmehr, ob Sicherheit und Abschreckung auch auf niedrigerem Niveau, d.h. gleichen Höchststärken unterhalb des gegenwärtigen westlichen Niveaus an SNF gewährleistet werden könne. D2A verweist in diesem Zusammenhang auf die SHAPE-Studie vom April 1987, in der auch die Option eines völligen Verzichts auf nukleare Kurzstreckenraketen angeführt werde.

Dg20: Es gehe nicht um neue Sicherheitspolitik, nicht um neue Strategie, sondern um konsequente Ausfüllung der gültigen Strategie im Verhältnis Verteidigung–Rüstungskontrolle, konventionell–nuklear, Europa–USA. Strategie weise bei SNF konzeptionelle Lücken auf, was auf Geschichte der SNF beruhe. Rolle der SNF bei Abschreckung zur Kriegsverhütung sei nicht ganz klar, aber darauf komme es an, sowie auf Flexibilität für politische Führung bei politischen Entscheidungen. Bündnis brauche Mittel, die WP signalisierten, er solle sich nicht auf Abenteuer einlassen.

Diese Abschreckungswirkung müsse durch ganzes Bündnis erzeugt werden; es gehe um Inhalt dieser Abschreckungswirkung. Dabei sei strategisches Potential, das den Gegner auf eigenem Territorium treffe, das Rückgrat der Abschreckung.

Schwäche des Papiers sei, daß es unter Annahme des großen Konflikts arbeite, der aber unwahrscheinlich sei. Hauptfrage laute: Welchen Beitrag leisten SNF zur Abschreckung, denn entscheidend sei Botschaft an Gegner vor Konfliktausbruch.

Glaubwürdigkeit dieser Botschaft hänge von den verfügbaren Optionen ab. Es treffe zu, daß ein SNF-Kategorienvergleich irrelevant sei. Wenn das konventionelle Kräfteverhältnis bestimmend für Umfang der SNF sei: Könnten wir bei konventioneller Stabilität auf SNF verzichten? Wenn hauptsächlich ein konventioneller WP-Durchbruch verhindert werden soll – genügen dann nicht auch andere Mittel?

Schließlich gelte der Grundsatz: Kein Einsatz nuklearer Mittel unter den Zwängen des Gefechtsfeldes.

MD Teltschik: Wir befänden uns im Dilemma: Hauptkriterium müsse Abschrekkung zur Kriegsverhinderung sein, dafür eigneten sich strategische Systeme der

USA, GB, F. Für Kriegsbeendigung benötigten wir Systeme unterhalb strategischer Ebene, die in eine Grauzone mit SNF und Kriegsführungssystemen führten. Dies führe zu Schlußfolgerung, daß wir bei Konfliktausbruch und zu seiner Beendigung andere Systeme benötigten als für Kriegsverhinderung. NATO habe damit – anders als F, das einfach nur SU-Territorium treffen wolle – Probleme der Zielabdeckung, zumal NATO nur militärische Ziele bekämpfen wolle, was sich auf zahlenmäßigen Bedarf auswirke. Eskalation dürfe nicht als Fortschreiten von unterster Sprosse (Artillerie) zu oberster (strategische Potentiale) mißverstanden werden. Es handele sich jeweils um Mischformen.

General Hüttel: Frage, was benötigen wir vor Konfliktausbruch, sei richtig. Wir wollten Konflikt aber auch beenden und Abschreckung wiederherstellen. Auch dafür müßten Mittel bereitgehalten werden. WP verfüge nun einmal über die gesamte Variationsbreite. NATO benötige Optionen.

Auch WP spiele seine Optionen durch; er wolle sicher vermeiden, USA mit deren ganzem Potential ins Spiel zu bringen. Abschreckung funktioniere nur, wenn Aggressor glaubt, er werde sein Ziel nicht erreichen. Deshalb sei Frage für uns, welche Art möglicher westlicher Reaktionen glaubhaft sei. Schon wegen der Genfer Zusatzprotokolle[12] bekämpfe NATO nur militärische Ziele mit militärischer Zweckbindung. Diese militärischen Ziele im WP bestimmten unseren Bedarf. Deshalb müßten unsere Systeme reaktionsschnell sein, auch mit Rücksicht auf Entscheidungen der politischen Führung.

Die Bedrohung durch WP-SNF sei nicht zu vernachlässigen; es sei aber unrealistisch zu glauben, WP werde mit seinen 1365 SNF-Systemen einen Entwaffnungsschlag gegen NATO unternehmen wollen.

Die 88 Lance-Systeme der NATO seien nach Vollzug des INF-Vertrages anders zu bewerten als zuvor. Ihre Nichtmodernisierung bedeute ab 1995 einseitige Abrüstung. Die Strategie müsse anwendbar bleiben. SU-Territorium müsse unter Risiko gehalten werden. Das aber zwingt nach INF-Vertrag zur Neustrukturierung der Nuklearwaffen in und für Europa.

D2A: Zentrale Frage für Gesamtkonzept laute: Wäre Sicherheit und Abschrekkung gedient, wenn es gelänge, landgestützte Raketen gemäß Reykjavik auf gleiche Obergrenzen zu reduzieren?

Man müsse auch an unterschiedlichen Zeitbedarf denken: Wenn es nicht um Ersatz der Lance ginge, wären wir nicht unter Zeitdruck.

D2A i.V.[13] wendet ein, daß das BMVg-Papier den Eindruck erwecke, als bestimme sich der Nuklearwaffenbedarf der NATO durch eine Addition der abzudeckenden Ziele. Wie könne dies mit der Vorgabe eines für die Abschreckung erforderlichen Mindestbedarfes in Einklang gebracht werden?

12 Für den Wortlaut der Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde, zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See, über die Behandlung der Kriegsgefangenen sowie zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten vgl. UNTS, Bd. 75, S. 31–417. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 783–986.
Für den Wortlaut der am 8. Juni 1977 verabschiedeten Zusatzprotokolle einschließlich der dazu abgegebenen Erklärungen und Vorbehalte vgl. UNTS, Bd. 1125, S. 4–434 bzw. S. 610–699.

13 Rüdiger Hartmann.

Zu bedenken sei ferner, ob eine Lance-Modernisierung nicht nur als Beitrag zur Abschreckung, sondern auch als Signal verstanden werden könne, daß das Bündnis nicht bereit sei, bei einem Nukleareinsatz über diese Reichweite hinauszugehen. Ein wichtiger Gesichtspunkt sei ferner der Zeitaspekt: Bis 1991 stünden dem Bündnis Pershing II, GLCMs und PIa zur Verfügung. Die Lance sei bis mindestens 1995 einsatzfähig. Es gebe daher keinen Zeitdruck. Die Bundesregierung werde über eine Modernisierung nur auf der Grundlage eines Gesamtkonzeptes entscheiden. Dazu gehöre auch ein Rüstungskontrollansatz für SNF. Die östliche Bedrohung in diesem Bereich werde jedoch im BMVg-Papier vernachlässigt. Untersucht werden müsse, wie sich ein Abbau der WP-Bedrohung durch SNF auf den NATO-Bedarf in diesem Bereich auswirke.

MDg Hartmann: Man dürfe verhandlungstaktische Überlegungen nicht vergessen: Ohne westliche Modernisierungsoption wohl[14] kein Verhandlungsanreiz für WP.

General Hüttel bemerkt, daß die NATO nicht alle Ziele, wohl aber alle Zielkategorien unter Risiko halten müsse. Dies bedeute kein numerisches Gleichziehen mit dem WP. SNF des WP seien keine primäre Zielkategorie für SNF der NATO. Es gebe daher keine direkte Beziehung zwischen der SNF-Bedrohung und dem Bedarf der NATO in diesem Bereich.

MD Teltschik bezeichnet in seiner Zusammenfassung das BMVg-Papier als Diskussionsbeitrag, der daher nicht Grundlage für die weiteren Arbeiten sei. Er stellt Einvernehmen zum Vorrang der Kriegsverhinderung und der unveränderten Gültigkeit der NATO-Strategie fest. Es müsse jedoch geprüft werden, welche Mittel für die Implementierbarkeit dieser Strategie erforderlich sind. Dazu müßten verschiedene Optionen untersucht werden. Dem BSR solle als Diskussionsgrundlage ein Optionspapier vorgelegt werden, das der Bandbreite der innenpolitischen Diskussion entspreche. Es solle auch Argumente für die Begründung der Haltung der Bundesregierung liefern.

Zu denken sei an folgende Optionen:

a) Abschreckung ausschließlich durch strategische Systeme der USA, GB und F;

b) Abschreckung durch strategische Systeme sowie durch see- und luftgestützte Systeme in und für Europa, die die Sowjetunion erreichen können;

c) Abschreckung durch das in b) genannte Spektrum, ergänzt durch SNF (Lance-Nachfolgesysteme und nukleare Artillerie).

Das Bundeskanzleramt wird einen ersten Entwurf erstellen und dem AA und BMVg zuleiten: Er soll auf der nächsten Sitzung der Beratergruppe behandelt werden.

D2A betonte, daß das Papier die Vorgaben von Reykjavik berücksichtigen müsse (dualer Ansatz, Interaktion zwischen Verteidigungsplanung und Rüstungskontrolle). Auch der Zeitfaktor müßte bedacht werden. Die Optionen müßten unverbindlich bleiben. Dem wurde nicht widersprochen.

Dg20: Er sei skeptisch, ob diese Arbeit bis zum BSR durchgeführt werden könne.

MD Teltschik gab die Schwierigkeiten zu, meinte aber, man solle dennoch den Versuch machen.

14 Korrigiert aus: „Wahl".

Für den BSR am 21.9. sollen folgende Papiere vorbereitet werden:

– Kriterien der Strategie[15]

(BMVg wird einen Entwurf erstellen. Vom BM gebilligter AA Gegenentwurf liegt vor.)

– Beitrag der Abrüstungs- und Rüstungskontrolle zu unserer Sicherheit (Papier 2 A liegt vor.)

– Optionspapier

Die nächsten Sitzungen der Beratergruppe werden am 9.9. um 14.00 Uhr[16] und am 14.9. um 10.00 Uhr im Bundeskanzleramt stattfinden.

Dreher

VS-Bd. 12102 (201)

15 Für die Aufzeichnung „Kriterienkatalog der Expertengruppe aus BKAmt, AA und BMVg“ vom 13. September 1988, die sich mit „Kriterien der Strategie, die bei der Weiterentwicklung des Gesamtkonzepts für Sicherheit, Rüstungskontrolle und Abrüstung zu berücksichtigen sind“, auseinandersetzte, vgl. Referat 220, Bd. 144777.
Am 14. September 1988 legte Botschafter Holik Bundesminister Genscher zum „Kriterienkatalog“ dar: „Das als Anlage 1 vorgelegte Papier ist das Ergebnis der Diskussion in der von MD Teltschik geleiteten Beratergruppe. Es entspricht weitestgehend Ihren Vorgaben und übernimmt fast vollständig den Entwurf des AA […]. Das BMVg hat dafür seinen zur Debatte gestellten – für uns unakzeptablen – Gegenentwurf zurückgezogen; lediglich der Teil ‚Militärstrategische Umsetzung‘ […] des BMVg-Entwurfs wird als Anlage des AA-Papiers angefügt und ist nach Inhalt und Form akzeptabel. Die in dieser Anlage geschilderten strategischen Handlungsmöglichkeiten entsprechen der geltenden Bündnisstrategie; gleiches gilt für die für erforderlich gehaltenen militärstrategischen Fähigkeiten. Die Behandlung in der Anlage verdeutlicht den – gegenüber den eigentlichen politischen Kriterien – eher technischen Charakter der Auflistung, die Bekanntes in Erinnerung rufen soll.“ Vgl. Referat 220, Bd. 144777.

16 Vortragender Legationsrat Wagner notierte am 14. September 1988: „Die Sitzung der Beratergruppe am 9. September 1988 unter Vorsitz von MD Teltschik stand im Zeichen der Vorbereitung der BSR-Sitzung am 21. September 1988. […] Nach dieser Sitzung der Beratergruppe ist festzustellen, daß die gemeinsamen Arbeiten AA/BMVg/Bundeskanzleramt am Gesamtkonzept weitgehend auf der Grundlage der von uns erstellten Papiere vorangehen. Insbesondere ist es uns gelungen, unseren dualen Ansatz zur Interaktion von Verteidigungsplanung einerseits sowie Rüstungskontrolle und Abrüstung andererseits durchzusetzen und damit die Voraussetzung für seine Verankerung in einem BSR-Beschluß zu schaffen. Bei der vom Bundeskanzleramt initiierten Untersuchung von Denkmodellen wird es darauf ankommen, die Grenze zwischen der Arbeit an diesen Denkmodellen und dem politischen Entscheidungsprozeß deutlich zu ziehen.“ Vgl. Referat 220, Bd. 144777.

243

Gespräch des Ministerialdirigenten Sulimma mit dem Sekretär des Politbüros der namibischen SWAPO, Iyambo

320-321.00 NAM **5. September 1988**[1]

Gespräch Dg32[2] mit Dr. Nickey Iyambo, Sekretär für Erziehung und Kultur des SWAPO-Politbüros, am 5.9.1988 im Auswärtigen Amt

Weitere Teilnehmer: SWAPO-Vertreter in Bonn, Shoombe; RL 320[3]; LR Keilholz, Referat 320.

Aus dem etwa einstündigen Gespräch halte ich folgendes fest:

1) Situation im südwestlichen Afrika und Vierer-Verhandlungen

Iyambo gab einen Überblick über die Situation im südlichen Afrika aus der Sicht der SWAPO. Die Vierer-Verhandlungen in Brazzaville vom 24.–26.8.1988 seien auf Vorschlag Südafrikas vertagt worden, nachdem man sich nicht auf einen Kompromiß über einen Zeitplan über den Kubanerabzug habe einigen können. Südafrika habe die Wiederaufnahme der Gespräche für den 7.9.1988 in Brazzaville erbeten und die anderen Gesprächspartner hätten zugestimmt.[4] Zur militärischen Situation in Namibia sagte Iyambo, Südafrika habe seit dem Waffenstillstand[5] eine frische[6] Division von Südafrika nach Namibia geführt[7].

Zum Bombenanschlag in Windhuk vom 2.9.1988:

Hinter diesem Anschlag stehe nicht die SWAPO. Es sei vielmehr ein geplanter Versuch Südafrikas, die SWAPO zu diskreditieren und sie zu beschuldigen, den Frieden nicht zu wollen. Iyambo schloß auch aus, daß es sich bei dem An-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat Keilholz am 6. September 1988 gefertigt und über Vortragenden Legationsrat I. Klasse Nöldeke an Ministerialdirigent Sulimma „m[it] d[er] B[itte] um Billigung“ geleitet.
Hat Nöldeke am 7. September 1988 vorgelegen.
Hat Sulimma am 8. September 1988 vorgelegen.

2 Hans-Günther Sulimma.

3 Eberhard Nöldeke.

4 Zu den Friedensgesprächen zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA vom 24. bis 26. August 1988 vgl. Dok. 227, Anm. 7.
Botschafter Stabreit, Pretoria, unterrichtete am 12. September 1988 über Ausführungen des südafrikanischen Außenministers zu den Verhandlungen vom 7. bis 9. September 1988. Botha habe „unumwunden zugegeben, daß man bei dem letzten Treffen in Brazzaville die Kernfrage der terminlichen Verzahnung der Verwirklichung von 435 und des Rückzugs der kubanischen Truppen aus Angola nicht habe lösen können. Andererseits habe Botha jedoch mehrfach darauf hingewiesen, daß nach s[üd]a[frikanischem] Eindruck alle beteiligten Parteien ernsthaft nach einer Lösung suchten. […] Botha habe mehrfach darauf hingewiesen, daß es sich um ‚seine Politik‘ handele, die er gegen anhaltende Widerstände der Militärs durchsetzen müsse. Dieser Prozeß müsse einfach erfolgreich sein. Scheiterten die Verhandlungen, so entstehe allein aufgrund der Truppenkonzentration an der Nordgrenze Namibias (bzw. Südgrenze Angolas) eine gefährliche Situation.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 556; Referat 320, Bd. 155832.

5 Zum Abschluß eines Waffenstillstands bei den Friedensgesprächen zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA vom 2. bis 5. August 1988 in Genf vgl. Dok. 215, Anm. 11.

6 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nöldeke gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „zusätzliche“.

7 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nöldeke gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „verlegt“.

schlag um eine unkontrollierte Überreaktion[8] von SWAPO-Kreisen innerhalb Namibias gehandelt habe.

Die Frage, ob die SWAPO bei den Verhandlungen in Brazzaville anwesend war bzw. in der bevorstehenden Verhandlungsrunde anwesend sein werde, verneinte Iyambo, obwohl Südafrika die Anwesenheit der SWAPO gewünscht habe bzw. wünsche.

Iyambo führte dazu aus, daß der Waffenstillstand nach SWAPO-Meinung aus zwei Teilen bestehen müsse:

a) Waffenstillstand zwischen Südafrika und Angola,

b) Waffenstillstand zwischen Südafrika und der SWAPO.

Diese Auffassung verbiete der SWAPO eine Teilnahme an den Verhandlungen. SWAPO wolle verhindern, daß die VN-SR-Resolution 435[9] mit einem Zusatz versehen werde. Nach dem inzwischen unterzeichneten Waffenstillstandsabkommen zwischen Südafrika und Angola erwarte SWAPO nun, vom VN-GS[10] wegen weiterer Schritte in Richtung auf die Verwirklichung der SR-Resolution 435 kontaktiert zu werden.

Die Frage nach dem Grund für die Bereitschaft Südafrikas, in Verhandlungen einzutreten und Namibia die Unabhängigkeit zu gewähren, beantwortete Iyambo damit, daß 9000 südafrikanische Soldaten in Angola eingeschlossen gewesen seien und Südafrikas Ruf, in Afrika unbesiegbar zu sein, in einem Waffengang widerlegt worden wäre. Südafrika habe sich daher zu Verhandlungen entschlossen, um nicht den Verlust der eingekesselten Truppen und seinen Ruf der Unbesiegbarkeit zu riskieren. Angola habe einem friedlichen Abzug der südafrikanischen Truppen aus Angola unter der Bedingung zugestimmt, daß sich Südafrika auch aus Namibia zurückziehe. Auf diese Weise sei Namibia „ins Spiel gekommen".[11]

Die Frage, ob Kuba mit seinen in Angola stehenden Truppen beabsichtige, Namibia zu befreien, verneinte Iyambo. Ein solcher Schritt sei nicht im Interesse der SWAPO, weil er zum Eintritt der Supermächte in den Konflikt führen könnte.

Hinsichtlich eines möglichen Verhandlungserfolgs zeigte sich Iyambo sehr pessimistisch. Er begründete dies mit der Weigerung der MPLA, mit der UNITA zu verhandeln.[12] Angola behaupte, Unita könne – trotz einer erheblichen ethnischen Basis in Angola – nur durch Hilfe von außen existieren, und bei einer Beendung der UNITA-Unterstützung durch Südafrika über namibisches Territorium könne die MPLA die UNITA allein ausschalten.[13] Im Hinblick auf eine nationale Ver-

8 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nöldeke gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Aktion".

9 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

10 Javier Pérez de Cuéllar.

11 Der Passus „Angola habe einem … ‚ins Spiel gekommen'" wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nöldeke gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Angola habe auf eine Vernichtung der südafrikanischen Truppen in Angola unter der Bedingung verzichtet, daß sich Südafrika aus Namibia zurückziehe."

12 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nöldeke gestrichen.

13 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nöldeke gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Nach Auffassung der MPLA könne UNITA – trotz ihrer ethnischen Basis in Angola –

söhnung in Angola halte er wohl Gespräche der MPLA mit der UNITA für möglich, jedoch nicht solche mit Savimbi.

2) Meinungsaustausch über die Zukunft Namibias

Zur Möglichkeit der künftigen Zusammenarbeit zwischen der SWAPO und den in Namibia lebenden Weißen, insbesondere den deutschsprachigen Namibiern, sagte Iyambo, er habe ermutigende Informationen aus Namibia. Die Zahl der Weißen, die der SWAPO beiträten bzw. mit ihr Kontakt aufnähmen, sei im Steigen begriffen. Ihm lägen zwar noch keine Einzelheiten vor, aber das „deutsche Element" sei bei den Kontakten vertreten.

Obwohl die Weißen derzeit Vorteile aus der herrschenden politischen Situation zögen, müßte ihnen spätestens bei der Unabhängigkeit bewußt werden, daß sie keine Südafrikaner seien. Namibia biete allen Namibiern Platz. Die SWAPO sei bereit, Namibia als Nation aufzubauen und im Falle des Erlangens der Regierungsgewalt in einem unabhängigen Namibia die Menschenrechte und das Recht auf Eigentum zu garantieren. SWAPO habe nicht vor, nach Namibia zurückzukehren und dort ein Blutvergießen zu beginnen. (We are not regetting to Namibia in order to go to each other's throats.)[14] Auf die Frage von *Dg 32*[15], ob die SWAPO Verfassungsgrundsätze für Namibia ähnlich denjenigen des ANC für Südafrika vorbereite, wiederholte *Iyambo*, daß SWAPO die Menschenrechte und das Recht auf Eigentum sowie das Versammlungsrecht garantieren wolle. Es sei eine Dreiteilung des Staatswesens[16] in Legislative, Judikative und Exekutive entsprechend der VN-SR-Resolution 435 vorgesehen. Das „Skelett" sei da, das „Fleisch" dazu müsse nach den freien Wahlen hinzukommen. SWAPO wolle zum jetzigen Zeitpunkt aber dazu nichts sagen, um sich nicht den Vorwürfen auszusetzen, sie betrachte sich bereits als Herrscher über Namibia. Allerdings sei sich die SWAPO sicher, daß sie in freien Wahlen nach der Unabhängigkeit die Mehrheit im Lande erringen werde. Erst dann wolle sie ihre Verfassungsvorschläge veröffentlichen.

Das Angebot der Windhuker Interimsregierung zu einer nationalen Versöhnung hielt Iyambo für irrelevant, da diese Regierung von Weisungen Südafrikas abhängig sei und die SWAPO nur mit Südafrika selber spreche. Erst, wenn diese Abhängigkeit der Interimsregierung[17] nicht mehr gegeben sei, könne man miteinander reden. SWAPO habe keine Feinde in Namibia. Die derzeitigen Oppositionsparteien außerhalb der Vielparteienregierung seien jederzeit zu Gesprächen willkommen.

Hinsichtlich der Einsetzung der UNTAG geht SWAPO davon aus, daß dies – wie 1982 geplant – erfolgen wird. Die Kosten seien zwar ein Problem, aber letztlich nicht entscheidend.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1294

nur durch Hilfe von außen existieren. Bei einer Beendung der UNITA-Unterstützung durch Südafrika über namibisches Territorium rechne die MPLA mit einem Sieg über die UNITA."

14 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nöldeke gestrichen.

15 Die Wörter „von Dg 32" wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nöldeke gestrichen.

16 Die Wörter „des Staatswesens" wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nöldeke gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „der Staatsgewalt".

17 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nöldeke gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „internen Parteien".

3) Hearing der Grünen zu Namibia am 19. September 1988

Iyambo teilte auf Nachfrage mit, daß der SWAPO-Sekretär für Information und Öffentlichkeitsarbeit beim Politbüro, Hidipo Hamutenya, sowie möglicherweise der SWAPO-Sekretär für auswärtige Angelegenheiten beim Politbüro, Theo-Ben Gurirab, nach Deutschland kämen. Einzelheiten hierzu würde SWAPO-Vertreter Shoombe dem Auswärtigen Amt noch mitteilen.[18]

4) Vorwürfe über Menschenrechtsverletzungen der SWAPO[19]

Auf die von *RL 320* erbetene Antwort zu diesen Vorwürfen und der Frage, ob die SWAPO nunmehr eine Besuchsdelegation, die auch politische und andere Gefangene in den Gefängnissen der SWAPO-Lager besuchen könne[20], zulasse, sagte *Iyambo*: Die Anschuldigungen, daß SWAPO Gefangene halte, sei begründet. Allerdings seien diese Inhaftierten nach SWAPO-Auffassung keine politischen Gefangenen, sondern „Spione", die bis zur Unabhängigkeit Namibias weiterhin in SWAPO-Haft blieben und in einem unabhängigen Namibia nach dem dann geltenden namibischen Recht wegen Verbrechen gegen die namibische Nation vor Gericht gestellt würden. Die Gefangenen würden korrekt behandelt.

Die Anregung von *RL 320*[21], einer Delegation des IKRK den Besuch der Gefangen zu ermöglichen, um damit ggf. die Haltlosigkeit der Anschuldigung von Menschenrechtsverletzungen durch SWAPO zu beweisen, lehnte *Iyambo* zum gegenwärtigen Zeitpunkt kategorisch[22] ab und begründete dies mit den Sicherheitsbedürfnissen der SWAPO (we have our own national security) und den noch nicht abgeschlossenen Untersuchungen bei den „Spionagefällen". Er hob allerdings[23] hervor – ohne Einzelheiten zu nennen –, daß inzwischen eine Reihe von Besuchern Zugang zum größten namibischen Flüchtlingslager in Angola (Kwanza Sul) erhalten habe. Allerdings sei man bei SWAPO über die zurückhaltende Berichterstattung der Delegation des Lutherischen Weltbundes sehr erstaunt gewesen.[24] Die kurzfristige Abreise der Delegation sei durch deren

18 Vgl. dazu den Artikel „Namibia-Anhörung der Grünen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 20. September 1988, S. 6.

19 Am 30. Juni 1988 legte Ministerialdirigent Sulimma dem Vertreter der namibischen SWAPO in der Bundesrepublik, Shoombe, dar, „daß dem AA Anfragen über angebliche Menschenrechtsverletzungen in den von der SWAPO unterhaltenen Flüchtlingslagern in Sambia und Angola vorlägen. Insbesondere die I[nternationale]G[esellschaft]F[ür]M[enschenrechte] habe über einen Vorfall berichtet, bei dem ein Mann namens Kally Kalistus Shafooli von der SWAPO aus einem Flüchtlingslager bei Luanda herausgelockt und getötet worden sei. Es sei unsere Aufgabe, SWAPO dazu um Stellungnahme zu bitten." Shoombe führte dazu aus: „SWAPO kenne die Hintergründe von Shafoolis Tod nicht. Man vermute einen südafrikanischen Trick […]. Wenn SWAPO Shafooli hätte töten lassen wollen, hätte sie das früher tun können, dazu brauche man ihn nicht aus einem Lager zu locken. […]. Daß die IGFM der südafrikanischen Regierung nahestehe, ergebe sich daraus, daß der südafrikanische Botschafter neulich Ehrengast auf einer IGFM-Veranstaltung gewesen sei." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 320, Bd. 155883.

20 Der Passus „Auf die von … besuchen könne" wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nöldeke gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Auf die erbetene Reaktion auf diese Vorwürfe und der Frage, ob SWAPO nunmehr eine Delegation z. B. des IKRK, die politische und andere Gefangene in SWAPO-Lagern besuchen könne".

21 Die Wörter „von RL 320" wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nöldeke gestrichen.

22 Die Wörter „zum gegenwärtigen Zeitpunkt kategorisch" wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nöldeke gestrichen.

23 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nöldeke gestrichen.

24 Mit Schreiben vom 25. Mai 1988 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Nöldeke dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung mit: „Ende vergangenen Jahres und im Frühjahr 1988 konnte eine Delegation des Lutherischen Weltbundes auf Einladung der SWAPO ein Flüchtlingslager besuchen. Nach den Berichten des Lutherischen Weltbundes wurden dabei keine Menschenrechts-

eigenen Wunsch, auf dem Luftweg statt über Land (Gefahr von UNITA-Überfällen) nach Luanda zurückzureisen, erfolgt.[25] Die SWAPO betrachte Besuchswünsche in ihren Flüchtlingslagern außerdem auch deswegen mit Zurückhaltung, weil sie aufgrund bisheriger Erfahrungen befürchte, daß die Anti-SWAPO-Propaganda auch wider besseres Wissen von Besuchern fortgeführt werde.

Zu den Vorwürfen des namibischen Elternkomitees sagten Iyambo und Shoombe, daß hinter diesem Komitee nach Auffassung der SWAPO Südafrika stehe. Die SWAPO habe aufgrund verschiedener öffentlicher Aussagen und Stellungnahmen dieses Elternkomitees den Eindruck gewonnen, daß die nach Europa entsandte Delegation namibischer Frauen selbst nicht genau wisse, wer ihre Auftraggeber seien.

Zu den Veröffentlichungen von Menschenrechtsorganisationen über Menschenrechtsverletzungen der SWAPO, insbesondere den Listen der IGFM[26], unter der Überschrift „Gefangen – Verschwunden – Ermordet" sagte Iyambo, die SWAPO habe diese Listen mit Interesse gelesen. Einige der darin enthaltenen Personen seien SWAPO-Führer, einige sogar im Range von Politbüromitgliedern. Andere studierten derzeit im Ausland bzw. lebten in SWAPO-Flüchtlingslagern in Angola und Sambia. Andere Namen wiederum seien der SWAPO überhaupt nicht bekannt (names like „Hallelujah"). SWAPO werde diese Listen aufheben, um die Identität des in diesen Listen veröffentlichten Personenkreises nach der Unabhängigkeit zu klären (we shall see who is who)[27]. Abschließend unterstrich Iyambo allerdings, daß einige der in der Liste genannten Personen „Spione" seien (I want to make this clarification: Of course, some names belong to those who are spies)[28].

Iyambo bedankte sich für das Gespräch und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die deutsche Seite sich angesichts der bevorstehenden VN-Vollversammlung in New York[29] verstärkt[30] für die Implementierung der VN-SR-Resolution 435 einsetzen möge. SWAPO hoffe, daß der Konflikt im südwestlichen Afrika friedlich gelöst werden könne, bevor es zu spät sei.

Dg32 dankte Iyambo für seinen Besuch und erwähnte abschließend, daß unsere Planung für ein Gespräch des BM mit Sam Nujoma andauere.[31]

Referat 321, Bd. 155883

Fortsetzung Fußnote von Seite 1296

verletzungen festgestellt. Im Auswärtigen Amt haben wiederholt Delegationen des namibischen ‚Elternkomitees' vorgesprochen, Menschenrechtsverletzungen durch die SWAPO an Namibiern beklagt und um Intervention der Bundesregierung gebeten. […] Trotz Aufforderung blieb das ‚Elternkomitee' bislang eine beweiskräftige Dokumentation zu den behaupteten Menschenrechtsverletzungen schuldig." Nöldeke hielt zu den Bemühungen des Auswärtigen Amts um Aufklärung der Vorwürfe fest: „Dabei hat sich erwiesen, daß die deutschen Botschaften in den Aufnahmeländern namibischer Flüchtlinge weder von der SWAPO noch von den Regierungen der Gastländer Gelegenheit zur Sachaufklärung bekommen." Vgl. Referat 320, Bd. 155881.

25 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nöldeke gestrichen.

26 Für die von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) zusammengestellte „Namensliste von Verschollenen" vgl. Referat 320, Bd. 155881.

27 Der Passus „(we shall … is who)" wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nöldeke gestrichen.

28 Der Passus „(I want to … who are spies)" wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nöldeke gestrichen.

29 Die XLIII. VN-Generalversammlung fand vom 20. September bis 22. Dezember 1988 in New York statt.

30 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nöldeke gestrichen.

31 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nöldeke gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Abschließend kam noch kurz das zwischen BM und Sam Nujoma seit längerer Zeit geplante Treffen in Bonn zur Sprache."

244

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

209-369.05 TUR VS-NfD **7. September 1988**[1]

Über Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister

Betr.: WEU-Erweiterung;
hier: Türkei

Bezug: Vorlage der Abteilung 2 vom 23. August 1988 – 209-369.05 – (liegt dem Original wieder bei)[2]

Anlg.: 2[3]

Zweck der Vorlage: Vorschlag: Billigung der unter IV. vorgeschlagenen Linie

I. Sachverhalt

1) Am 4. Juli 1988 übergab der türkische Botschafter[4] in London dem britischen AM Sir Geoffrey Howe das in der Anlage beigefügte Schreiben seines AM.[5] Darin wird die britische WEU-Präsidentschaft von dem Wunsch der Türkei unter-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Arnim konzipiert.
Die Aufzeichnung wurde mit einer Kurzfassung über Staatssekretär Sudhoff an Bundesminister Genscher geleitet.
Hat Sudhoff am 8. September 1988 vorgelegen, der zum abschließenden Vorschlag in Punkt IV. vermerkte: „Eine gute, vertretbare ‚Zwischen'haltung."
Hat Genscher am 3. November 1988 vorgelegen, der mit der Bitte um Wiedervorlage am folgenden Tag handschriftlich vermerkte: „Gibt es ein Land, das weiter in Richtung auf die Türkei gehen will als wir?"
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 3. November 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und Ministerialdirigent von Ploetz an Referat 209 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 3. November 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Vorwerk am 8. November 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bei deut[sch]-französ[ischem] Gipfel Einigung BM – AM Dumas: TUR solle laufend unterrichtet werden. In dies[em] Sinn sei GB-Briefentwurf akzeptabel. Habe auf Weisung WV bei 010 (H[err] Schumacher) gelöscht." Vgl. die Kurzfassung der Aufzeichnung; Referat 202, Bd. 148762.

2 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen führte zu den Ergebnissen der WEU-Ministerratstagung am 18./19. April 1988 in Den Haag aus: „Die Minister hatten am 18. April 1988 beschlossen, Spanien und Portugal zu Gesprächen über ihren eventuellen Beitritt zur WEU einzuladen. Sie hatten ferner die Sonderarbeitsgruppe der WEU (SWG) mit der Führung der Verhandlungen beauftragt. Die SWG wird am 2. September 1988 erneut zusammentreten und eine Reihe von Rechtsfragen erörtern." Vgl. Referat 202, Bd. 148818.

3 Vgl. Anm. 2 und 5.

4 Rahmi Gümrükçüoğlu.

5 Dem Vorgang beigefügt. Mit Schreiben vom 4. Juli 1988 legte der türkische Außenminister Yilmaz dar: „My country's determination to develop further and to intensify her relations with Europe in all fields, be it political, economic, social and in defence, as well as her desire to be a full member of the European integration is well known. […] In view of the foregoing and in the light of assurances given to us that the Western European Union is being revitalized with the main objective of strengthening the European pillar of the Atlantic Alliance, and believing that defence is and must remain indivisible, we have duly reflected on the ways and means of making our own contribution towards the objectives that have led to this revitalization effort. […] I am confident Turkey's accession to the Western European Union will greatly contribute to our common cause and to the requirements of our defence." Vgl. Referat 202, Bd. 148762.

richtet, der WEU beizutreten. Der Vorsitz hat dieses Schreiben unter den MS der WEU zirkuliert.[6]

2) Der türkische Botschafter hat mir das Schreiben in Kopie am 15. Juli 1988 übergeben. Ich habe dem türkischen Botschafter mitgeteilt, daß die türkische Bitte den Ministern unterbreitet werden werde. Das Treffen der Minister im November müsse abgewartet werden.[7]

Bei Vorsprachen der türkischen Botschafter in London, Den Haag[8] und Brüssel[9] haben diese im Zusammenhang mit dem Schreiben ihres AM „Erstaunen" darüber geäußert, daß auf der WEU-Ministertagung am 18./19. April 1988 in Den Haag[10] zwar die Eröffnung von Gesprächen über die Erweiterung mit Spanien und Portugal, nicht aber der Türkei beschlossen wurde, obwohl das türkische Interesse am Beitritt zur WEU doch bekannt sei.

3) In den vergangenen Jahren hat sich das türkische Interesse an der WEU allmählich verfestigt. Am klarsten kam es in einer Rede zum Ausdruck, die MP Özal zur Eröffnung einer Tagung der Atlantischen Gesellschaft am 16.11.1987 in Istanbul hielt.[11] Abgesehen von eher Informationszwecken dienenden Gesprächen auf Arbeitsebene durch die türkischen Botschaften in den WEU-Hauptstädten hatte dieser Wunsch allerdings operativ bisher keine Folgen.

6 Am 14. Juli 1988 berichtete Botschaftsrat I. Klasse Klaiber, London, der zuständige Mitarbeiter im britischen Außenministerium, Goulden, habe „auf privater Basis" zu einem türkischen WEU-Beitritt festgestellt: „Türkischer Antrag erfülle ihn mit Sorge. Er halte es nicht für angebracht, einem Land Zutritt zur WEU zu gewähren, welches an der NATO-Südflanke in ständigem Konflikt mit seinem Nachbarn lebe. Die Tatsache des türkischen Antrags […] bestätige britische Auffassung, daß Beitrittskandidat grundsätzlich klare politische und militärische Kriterien erfüllen müsse, bevor er in die WEU aufgenommen werden könne. Der von Frankreich in den Verhandlungen mit Spanien und Portugal vertretene Ansatz, es bei Absichtserklärungen auf beiden Seiten bewenden zu lassen, öffne Tür und Tor für weitere Beitritte. Die WEU werde dadurch Schaden nehmen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1362; VS-Bd. 11911 (202); B 150, Aktenkopien 1988.

7 Seinen Abschiedsbesuch bei Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 15. Juli 1988 nutzte der türkische Botschafter Işcen dazu, „auch uns das türkische Interesse an einer Mitgliedschaft in der WEU bilateral zu verdeutlichen". Richthofen legte dar: „Die Bestrebungen zu einer Wiederbelebung der WEU seien im Kontext der umfassenden europäischen Einigungsbemühungen auf politischem, wirtschaftlichem und sicherheitspolitischem Gebiet zu sehen. […] Ihre Wiederbelebung habe einerseits die Stärkung des europäischen Pfeilers im Atlantischen Bündnis zum Ziel, andererseits solle sie auch zur Stärkung der europäischen Identität beitragen." Işcen erwiderte, „den Äußerungen von D 2 entnehme er eine gewisse Reserviertheit. Er frage, ob D 2 nicht etwas deutlicher und möglichst positiv auf das türkische Petitum reagieren könne. In der Türkei werde man andernfalls ein schlechtes Gefühl haben." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 201, Bd. 143366.

8 İsmet Birsel.

9 Ecmel Barutçu.

10 Am 26. April 1988 notierte Vortragender Legationsrat von Arnim zur WEU-Ministerratstagung: „Die Behandlung des TOP ‚Erweiterung' führte zur raschen Verabschiedung der vorbereiteten Texte (‚Signal', ‚Mandat'). Der Vorsitz fragte dann, wie er reagieren solle, falls er von der Presse gefragt werde, wie die Chancen anderer Staaten auf Mitgliedschaft stünden. Er schlage vor, zu sagen, dies sei nicht erörtert worden. Jedoch sei die WEU nicht ‚closed shop'. Wer dem Aufbau Europas voll verpflichtet sei und MS der NATO, den Brüsseler Vertrag voll akzeptiere, wie die Beschlüsse von Rom und die ‚Plattform' und zur Kohäsion im Bündnis und WEU beitrage, der könne Mitglied werden." Vgl. Referat 202, Bd. 148755.

11 In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums der Verteidigung vom 23. November 1987 wurde aus der Rede des Ministerpräsidenten Özal festgehalten: „Die WEU wird durch eine erweiterte Mitgliedschaft an Stärke und Wirksamkeit gewinnen. Der Beitritt der Türkei wird eine Konsequenz sein aus den politischen Wertvorstellungen, die wir mit Westeuropa teilen, und aus den Erfordernissen unserer gemeinsamen Verteidigung." Vgl. Referat 201, Bd. 143366.

4) Der türkische Schritt folgt dem Beispiel SPs und Ps. Der Beschluß zur Gesprächsaufnahme mit diesen Ländern wurde durch Schreiben beider an den WEU-Vorsitz ausgelöst. Die Türken hoffen, durch das Schreiben von AM Yilmaz einen ähnlichen Beschluß herbeiführen zu können.

5) AM Yilmaz verweist in seiner Begründung auf die Entschlossenheit seines Landes, seine Beziehungen zu Europa auf allen Gebieten, sei es politisch, wirtschaftlich, sozial oder in der Verteidigung, zu entwickeln. Er betont, daß der Wunsch, „Voll-Mitglied der Europäischen Integration" zu sein, eine Priorität seiner Regierung bleibe. Nach Unterstützung für die Arbeit der WEU beim Aufbau der Europäischen Säule der Allianz hebt die Begründung das andauernde Festhalten der Türkei an der Strategie der NATO[12] besonders hervor. Darin kann man eine Anspielung auf die griechische Fußnotenpolitik in nuklearen Fragen sehen.

6) Verschiedene meiner Kollegen unter den Politischen Direktoren haben mir gegenüber deutliche Zurückhaltung gegenüber dem türkischen Wunsch ausgedrückt. NL, F, I und B haben sich per WEUCOM[13] dafür ausgesprochen, diesen türkischen Wunsch beim nächsten WEU-Ministertreffen am 14.11.1988 den Ministern zu unterbreiten. Sie halten es für verfrüht, der Türkei in der Zeit bis dahin Antworten in der Substanz bei evtl. bilateralen Kontakten zu erteilen.

7) Bei dem Ministertreffen vom Oktober 1987 in Den Haag[14] wurden folgende, generell geltende Kriterien für die Erweiterung vom Vorsitz in seiner vertraulichen Zusammenfassung festgehalten:

– die WEU ist kein „closed shop",
– die Erweiterung soll die WEU stärken und ihren Konsens nicht gefährden,
– Kandidaten müssen den Brüsseler Vertrag[15] akzeptieren,
– sie müssen die Plattform[16] annehmen und bereit sein, den darin enthaltenen Verpflichtungen konkreten Ausdruck zu geben,
– sie müssen eventuell offene Fragen im Verteidigungsbereich mit der NATO regeln.

8) Von Portugal und Spanien wurde bei ihrer Einladung zu Gesprächen über einen eventuellen Beitritt verlangt:

– das „volle Engagement für den Prozeß des Aufbaus Europas",
– Mitgliedschaft in der NATO,

12 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 11, Anm. 9.

13 WEU Communications Network.

14 Korrigiert aus: „November 1987 in Den Haag".
Die WEU-Ministerratstagung in Den Haag fand am 26./27. Oktober 1987 statt. Vortragender Legationsrat Stoecker unterrichtete am 29. Oktober 1987: „Die Minister berieten darüber hinaus, wie gegenüber den europäischen Staaten vorgegangen werden soll, die Interesse an einem Beitritt zur WEU bekundet haben (insbesondere Portugal und Spanien). Dabei ergab sich Übereinstimmung, daß die WEU keine exklusive Gruppierung sein will." Vgl. den Runderlaß; Referat 202, Bd. 148756.

15 Für den Wortlaut des WEU-Vertrags vom 23. Oktober 1954 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 283–288.

16 Für den Wortlaut der Erklärung „Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen" vom 26./27. Oktober 1987 vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 613–616.

– Annahme des WEU-Vertrages, der Römischen Beschlüsse[17] und der Plattform sowie Bereitschaft, an deren Implementierung voll mitzuwirken.

II. Bewertung

1) Zwar werden die Beitrittsgespräche der WEU mit Spanien und Portugal nicht erwähnt. Die Tatsache, daß die Türkei sich offiziell erst nach Beginn dieser Gespräche um den Beitritt zur WEU in operativer Form bemüht, spricht jedoch für die türkische Vermutung, daß sich danach die Aussichten auf eine positive Antwort an die Türkei erheblich verbessert haben.

2) Die Motive der Regierung Özal für diesen Schritt sind in sicherheits- und europapolitischen Interessen der Türkei begründet. Das Verhältnis zu Griechenland spielt darüber hinaus eine Rolle.

Ein Beitritt zur WEU würde dem türkischen Wunsch auf Beitritt zur EG größere Glaubwürdigkeit verleihen, weil die Türkei sich damit besonders klar auch zum Ziel der politischen Union bekennt, die ohne eine sicherheitspolitische Dimension nicht denkbar ist. Eine Aufnahme der Türkei in die WEU muß aus türkischer Sicht die Aussichten für einen Beitritt zur EG erhöhen – man kann der Türkei den EG-Beitritt kaum verwehren, wenn man sie in den engeren Kreis der WEU aufgenommen hat. Der Beitritt zur EG ist aber für die Türkei im Verständnis ihrer gegenwärtigen Führung eine Existenzfrage als moderne Nation.

Sicherheitspolitisch war die Plattform für die Türkei wohl ein Beweis dafür, daß die WEU tatsächlich dabei ist, sicherheitspolitische Fragen von Gewicht für die Türkei durch Erarbeitung eines europäischen Konsenses vor der Beschlußfassung im Bündnis vorzuformen.

Die Konformität der türkischen Sicherheitspolitik mit den Grundlinien des WEU-Konsenses erlaubt es darüber hinaus, sich vorteilhaft von Griechenland abzusetzen.

3) Wir wissen aus informellen Kontakten anderer WEU-MS, daß Griechenland sich selbst „auf der Warteliste“ für die WEU sieht. Griechenland hat sich bisher allerdings nicht entschlossen, sein Interesse an der WEU hochrangig und öffentlich auszudrücken. Vermutlich liegt dies daran, daß Griechenland die Diskrepanz seiner Sicherheitspolitik zu der der MS der WEU bewußt ist. Gleichzeitig hat Griechenland aber kein Interesse daran, einen Bereich der europäischen Integrationspolitik der Türkei, unkontrolliert durch griechische Präsenz, zu überlassen.

4) Die Zurückhaltung der bisherigen MS der WEU gegenüber dem türkischen Beitrittswunsch folgt europapolitisch aus ihrer Zurückhaltung gegenüber der[18] türkischen Mitgliedschaft in der EG. Sie befürchten eine Stärkung der türkischen Position in der EG-Beitrittsfrage durch Aufnahme der Türkei in die WEU.

Sicherheitspolitisch spielt die Erwägung eine Rolle, bei Aufnahme der Türkei den Beitritt Griechenlands nicht aufhalten zu können und damit eine

17 Vgl. dazu die von der WEU-Ministerratstagung am 26./27. Oktober 1984 in Rom abgegebene „Erklärung von Rom“ sowie das von ihr verabschiedete Dokument „Institutionelle Reform der WEU“; EUROPA-ARCHIV 1984, D 703–707. Vgl. dazu ferner AAPD 1984, II, Dok. 290.

18 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „einer“.

bedeutende Lockerung des sicherheitspolitischen Konsenses in der WEU zu riskieren. Von erheblicher Bedeutung ist aber sicherheitspolitisch auch, daß der Artikel V des WEU-Vertrages in Verbindung mit der Plattform die MS zum Beistand an den Grenzen des angegriffenen Verbündeten verpflichtet. Da die Türkei wohl kaum zustimmen würde, ihren asiatischen Teil aus dem Geltungsbereich dieser Kernbestimmung herauszunehmen, liefe dies auch auf die Verpflichtung zu Beistand gegenüber Angriffen durch den Iran, Irak und Syrien hinaus.

5) Alle bisherigen MS denken in diesem Zusammenhang auch an Norwegen und eventuell Dänemark, denen bei einer Fortsetzung des Erweiterungsprozesses über Spanien und Portugal hinaus die WEU als Rahmen erscheinen könnte, dem alle europäischen MS des Bündnisses angehören müssen, wenn sie nicht in eine ungünstige politische Randlage geraten wollen. Damit würde dann auch die norwegische Haltung zur Mitgliedschaft in der Gemeinschaft berührt, insbesondere, wenn betont würde, daß die Mitgliedschaft in WEU und EG zusammengehören.

III. Unsere Interessenlage

1) Wendet man die in der WEU bisher festgelegten Kriterien auf die Türkei an, so werden sie alle erfüllt. Insbesondere wurde – wegen Norwegen – bei der Formulierung dieser Kriterien darauf verzichtet, die formelle Mitgliedschaft in der EG zur Beitrittsvoraussetzung für die WEU zu machen. Gleichzeitig ist die Türkei ein bedeutender Partner im Atlantischen Bündnis, auf dessen Engagement für die gemeinsame Sicherheit wir insbesondere angesichts der geostrategischen Lage der Türkei auch in Zukunft großen Wert legen müssen. Es würde in der Türkei von den dem Westen verpflichteten Kreisen kaum verstanden werden, wenn die Europäer die Türkei zwar für Zwecke der gemeinsamen Verteidigung an den Westen bänden, jedoch vom Prozeß des Aufbaus der Politischen Union dauerhaft und strikt trennten. Andererseits muß darauf geachtet werden, daß nicht durch Aufnahme eines neuen Mitglieds in die WEU – den Kern einer stärkeren sicherheitspolitischen Zusammenarbeit unter Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft – ein Präjudiz für den Ausgang der Überlegungen zum türkischen Beitrittsantrag zur EG geschaffen wird.

2) Gleichzeitig benutzen wir aber die Bündelung der sicherheitspolitischen Beiträge der Westeuropäer, zu denen die Türken schon geographisch nicht gezählt werden können, insbesondere auch dazu, um den Staaten, die sich dieser Politik im Rahmen der Zwölf noch widersetzen, zu demonstrieren, daß sie dadurch Fortschritte auf dem Weg zur Politischen Union nicht verhindern können. Unsere WEU-Politik ist so fest auf unsere europapolitische Zielsetzung bezogen und kann nicht ausschließlich sicherheitspolitisch definiert werden. Auch die Türkei würde diese Verknüpfung und eine WEU-Mitgliedschaft nutzen, um ihre Aufnahme in die EG voranzutreiben. Hinzu kommt, daß nach einer Aufnahme der Türkei in die WEU der Beitritt Griechenlands nicht aufzuhalten wäre[19], und damit der sicherheitspolitische Konsens in der WEU vermutlich erheblich lockerer werden würde.

19 Korrigiert aus: „aufzuhalten,".

3) Die Gespräche mit Spanien und Portugal zeigen, daß es nach ihrer Aufnahme voraussichtlich erforderlich werden wird, den aus den 50er Jahren stammenden WEU-Vertrag zu überprüfen, um ihn der neuen Zielsetzung der WEU, die nicht mehr in dem früheren Ziel der Kontrolle des deutschen militärischen Potentials besteht, anzupassen (vgl. die Bezugsvorlage). Diese Überprüfung des Brüsseler Vertrages wird in die gleiche Periode fallen, in der wir vor 1992 zu überlegen haben werden, wie Titel III der Einheitlichen Europäischen Akte[20] sich bewährt hat. Gleichzeitig wird in diesen Jahren größere Klarheit geschaffen werden, wie der türkische Beitrittsantrag zur EG zu bewerten ist, nachdem die Kommission ihr Gutachten vorgelegt haben wird.

4) Eine Antwort der WEU an die Türkei, die auf eine Verschiebung der Stellungnahme in der Sache auf eine unbestimmte, jedenfalls einige Jahre dauernde Zeit hinausliefe, würde die Türkei aber sehr wahrscheinlich erheblich irritieren. Um für diesen Zeitraum jedenfalls einen gewissen Zugang der Türkei zur Arbeit der WEU zu schaffen, den sie im EG-Rahmen durch die Assoziation und im Verhältnis zur EPZ durch die zweimal jährlichen Troika-Konsultationen besitzt, könnten wir der Türkei zweimal jährlich Konsultationen mit der WEU anbieten. Die Form solcher Konsultationen wäre in der WEU noch näher festzulegen.

IV. Vorschlag

1) Der türkische Beitrittswunsch wird voraussichtlich Gegenstand der Beratungen des Erweiterten Ständigen Rates der WEU am 21. September 1988 im Rahmen der Vorbereitung der nächsten Ministertagung sein.[21]

2) Es wird vorgeschlagen, dabei die folgende Haltung zu vertreten:

Die Minister verabschieden auf ihrer Tagung am 14. November 1988 eine Antwort an die Türkei mit folgenden Elementen:

– sie begrüßen das türkische Interesse an der WEU,
– sie würdigen den türkischen Bündnisbeitrag, der nicht selbstverständlich ist, positiv,
– sie verweisen auf die Aufgabe der WEU beim Aufbau Europas, die nur schrittweise bewältigt werden könne,
– sie bekräftigen den Willen, zunächst die Gespräche mit Spanien und Portugal abzuschließen,
– sie prüfen den türkischen Wunsch weiter im Rahmen der Überprüfung des Brüsseler Vertrages, auch im Zusammenhang mit der Überprüfung der EPZ-Bestimmungen der Einheitlichen Europäischen Akte,

20 Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

21 Botschafter Freiherr von Wechmar, London, teilte am 22. September 1988 mit, am Vortag habe es im Ständigen Rat der WEU „einen ersten Meinungsaustausch über die sich aus dem türkischen Beitrittsersuchen ergebende bekannte Problematik“ gegeben. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen habe dabei darauf aufmerksam gemacht: „Angesichts der Verpflichtung in der Plattform der europäischen Sicherheitsinteressen, daß die MS jeden angegriffenen Partner an seinen Landesgrenzen verteidigen müßten, würden die türkischen Grenzen mit den Staaten des Mittleren Ostens für die WEU erhebliche Probleme aufwerfen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1768; VS-Bd. 12256 (221); B 150, Aktenkopien 1988.

– sie bieten der Türkei an, mit ihr, beginnend 1989, zweimal jährlich Konsultationen zu vereinbaren.[22]

D 4[23] hat mitgezeichnet.

Richthofen

Referat 209, Bd. 148762

245

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

209-454 VS-NfD **8. September 1988**[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Betr.: WEU;
hier: Freiheit der Schiffahrt im Golf

Zweck der Vorlage: Vorschlag: Billigung des unter III. beschriebenen Vorgehens

I. Sachverhalt

1) Seit dem Sommer 1987 finden im Rahmen der WEU Konsultationen mit dem Zweck statt, die Aktivitäten der von fünf MS[3] in nationaler Verantwortung entsandten Schiffe der Marinen dieser Staaten zu koordinieren. Diese Konsultationen haben zu einer gewissen Abstimmung der Begleitung von Konvois von Handelsschiffen in der Region sowie des Suchens nach Minen in internationalen Gewässern geführt.[4] Ein gemeinsames WEU-Kommando ist jedoch nicht gebildet

22 Am 17. November 1988 vermerkte Vortragender Legationsrat von Arnim, Bundesminister Genscher habe auf der WEU-Ministerratstagung am 14. November 1988 in London zur Beantwortung des Schreibens des türkischen Außenministers Yilmaz vom 4. Juli 1988 erklärt: „Die Türkei sei für die NATO von großer Bedeutung. Deshalb müsse jedes positive Signal der Annäherung an Europa positiv beantwortet werden, soweit dies irgend möglich sei. Die EG könne nicht alle Wünsche rasch befriedigen. Es müßten Enttäuschungen vermieden werden. Die Grundstimmung in der Türkei für Anschluß an NATO und EG müsse erhalten werden. […] Der Brief müsse deshalb so positiv wie möglich abgefaßt werden. Die Türkei werde verstehen, daß man die WEU modernisieren wolle. Er habe schon im Bundestag auf die Absicht der Vertragsüberprüfung hingewiesen. Man solle TUR deshalb formelle Konsultationen zweimal jährlich anbieten." Vgl. Referat 202, Bd. 148755.

23 Alois Jelonek.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Arnim konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 9. September 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat von Arnim am 12. September 1988 erneut vorgelegen.

3 Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien und Niederlande.

4 Vortragender Legationsrat von Morr, z.Z. London, unterrichtete am 3. August 1988 über die Ad-hoc-Sitzung der WEU zur Flottenpräsenz im Persischen Golf vom selben Tag. Zur Frage der Minenräu-

worden. (Es ist auch fraglich, ob dies nach Art. IV des Brüsseler Vertrages[5] überhaupt zulässig wäre.)

2) Diese WEU-Konsultationen fanden auf der Basis von Art. VIII, Abs. 3 des Brüsseler Vertrages (Konsultationen im Falle einer Bedrohung des Friedens „wo auch immer diese Bedrohung entsteht") und den WEU-Beschlüssen von Rom[6] bzw. der WEU-Plattform[7] statt, in denen die MS verabredet haben, „ihre Politik in bezug auf Krisen außerhalb Europas zu konzertieren, insoweit als sie ihre Sicherheitsinteressen berühren können".

3) Wir haben uns dementsprechend an diesen Konsultationen beteiligt und die Bemühungen der MS um die Erhaltung der Freiheit der Schiffahrt u. a. in einer Ministererklärung vom 19.4.1988[8] politisch mitgetragen. Die Forderung, Einheiten der Bundesmarine an diesen Aktivitäten zu beteiligen, ist von keinem der MS erhoben worden.[9] Einige MS haben Verständnis für unsere verfassungsrechtlich begründete Haltung bekundet. Die Entsendung von Einheiten der Bundesmarine in das Mittelmeer als Ersatz für dort abgezogene Schiffe anderer Bündnispartner wurde mehrfach positiv gewürdigt.[10] Wir haben jedoch immer hervorgehoben, daß wir den Schwerpunkt europäischer Bemühungen um eine Lösung des Iran/Irak-Konfliktes in im Rahmen der EPZ koordinierten Beiträgen der Europäer zur Implementierung der Resolution Nr. 598[11] des SR der VN sehen.

4) Die WEU-Konsultationen waren vor allem für NL und B, jedoch auch für GB, F und I politisch nützlich, da sie ihre Engagements im Golf in einen europäischen Rahmen stellten und es so erleichterten, sie national durchzusetzen

Fortsetzung Fußnote von Seite 1304

mung habe der britische Vertreter erklärt, „daß man davon ausgehen müsse, daß etwa 1000 Minen im Golf trieben. 75 Schiffe wären ‚bottled up in various stages of decay'. Es sei möglich, daß Iran und Irak auch nach einem Waffenstillstand bestimmte Gebiete zu ‚mine areas' erklären könnten, die man als solche bislang noch gar nicht identifiziert habe." Der britische Vertreter habe ferner darauf hingewiesen, „daß diese Frage nicht nur militärisch zu bewerten sei, sondern auch unter dem Aspekt der technischen Hilfe als Teil der Aufräumarbeiten nach dem Iran-Irak-Krieg gesehen werden könnte". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1503/1504; Referat 201, Bd. 143384.

5 Für den Wortlaut des WEU-Vertrags in der Fassung vom 23. Oktober 1954 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 283–288.

6 Vgl. dazu die von der WEU-Ministerratstagung am 26./27. Oktober 1984 in Rom abgegebene „Erklärung von Rom" sowie das von ihr verabschiedete Dokument „Institutionelle Reform der WEU"; EUROPA-ARCHIV 1984, D 703–707. Vgl. dazu ferner AAPD 1984, II, Dok. 290.

7 Für den Wortlaut der Erklärung „Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen" vom 26./27. Oktober 1987 vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 613–616.

8 Für die Erklärung der WEU-Ministerratstagung am 18./19. April 1988 in Den Haag über „Recent Events in the Gulf" vgl. Referat 202, Bd. 148825.

9 Brigadegeneral Schenk Graf von Stauffenberg, London, berichtete am 14. September 1988 über ein Gespräch im britischen Verteidigungsministerium: „Zunächst äußerte Gesprächspartner Überlegungen dahingehend, ob es der Bundesrepublik Deutschland nunmehr – nach Eintreten des Waffenstillstandes – auch verfassungsrechtlich möglich sei, sich an der Minenräumoperation im Golf zu beteiligen. Dies würde im M[inistry]o[f]D[efence] UK außerordentlich begrüßt werden (‚we would be delighted'). Unabhängig davon sieht man jedoch die Notwendigkeit, daß die Bundesmarine die durch die Entsendung von Einheiten in die Golf-Region durch andere WEU-Partner entstandenen Lücken im NATO-Bereich solange ausgleicht, z. B. im Mittelmeer, bis das Engagement im Golf beendet ist." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1714; Referat 201, Bd. 143384.

10 Die Bundesregierung beschloß am 8. Oktober 1987, Schiffe der Bundesmarine ins Mittelmeer zu entsenden. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 279.

11 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 1, Anm. 33.

sowie amerikanische Versuche abzublocken, eine gemeinsame westliche Golf-Flotte zu bilden. Die WEU-Konsultationen sind von der US-Administration und der amerikanischen Öffentlichkeit als Zeichen der Glaubwürdigkeit europäischer Darlegungen gewertet worden, daß die Bündelung europäischer Anstrengungen zu einer Entlastung der USA führen werde. Sie waren insofern in der Debatte über die Lastenteilung[12] von erheblichem Nutzen.

5) Die SU, die selbst mit eigenen Marine-Einheiten Handelsschiffe eskortierte, hat diese WEU-Aktivität bisher nicht angegriffen, sondern ihre Kritik an die jeweils entsendenden Nationen, insbesondere aber an die USA, gerichtet. Sie hat in den VN die Bildung einer „VN-Flotte" gemäß Kapitel VII der Charta[13] vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wird vom Westen jedoch bisher strikt abgelehnt, um die sowjetische Marine-Präsenz nicht von sich aus zu legitimieren.

6) Nach Inkrafttreten des Waffenstillstandes zwischen Iran und Irak[14] sind in den Hauptstädten der fünf entsendenden WEU-MS Überlegungen im Gange, ihre Präsenz im Golf zu verringern oder zu beenden. Um für ein koordiniertes Verhalten dabei zu sorgen, in USA den maximalen Good-will-Effekt zu erzeugen und die Position der Europäer in den VN zu stärken, demarchierte GB am 2.9. in den Hauptstädten aller MS und schlug vor, der GS der WEU[15] solle die Zustimmung des GS der VN[16] zu einer Minensuchaktion der fünf MS der WEU im Persischen Golf einholen. Auch die Zustimmung von den USA und der SU sowie von Iran und Irak sollten erbeten werden.

7) In einer Sitzung der WEU-Golf-Arbeitsgruppe am 6.9.1988 legte GB dann den in der Anlage beigefügten, deutlich modifizierten Vorschlag vor.[17] Jetzt sollen VN-GS, SU, USA, Iran und Irak lediglich informiert werden. Sprecher der MS solle nicht der GS der WEU, sondern der Vorsitz der WEU (GB) sein. Die jeweilige Minenräumaktivität solle unter nationalem Kommando erfolgen. F, B und NL erklärten sich zwar bereit, ihre Präsenz zum Zwecke des Minenräumens noch auf eine gewisse Zeit zu verlängern. F und I äußerten jedoch „größte Vorbehalte" gegenüber einer Involvierung des GS der VN und der von GB genannten Staaten. Dies verändere grundsätzlich den politischen Rahmen der WEU-Aktivität. Es sei nicht klar, wie dies auf die Bemühungen des GS der VN einwirken würde.

RL 209[18] hat dargelegt, daß wir diesen Vorschlag prüfen müßten. Wir hätten die Bemühungen um die Freiheit der Schiffahrt in internationalen Gewässern vor dem Waffenstillstand mitgetragen. Dies gelte grundsätzlich auch nach dem Waffenstillstand fort. Es sei aber fraglich, ob die Einschaltung des GS der VN

12 Zur Frage der Lastenteilung innerhalb der NATO vgl. Dok. 162.

13 Kapitel VII der VN-Charta vom 26. Juni 1945 behandelte „Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen". Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 458–465.

14 Zum Waffenstillstand zwischen dem Irak und dem Iran ab 20. August 1988 vgl. Dok. 225, Anm. 30.

15 Alfred Cahen.

16 Javier Pérez de Cuéllar.

17 Dem Vorgang beigefügt. Für das britische Non-paper „Mine Clearance in the Gulf" vgl. Referat 202, Bd. 148825.

18 Joachim von Arnim.

dessen Bemühungen fördern würde. Es sei auch nicht auszuschließen, daß die SU solche Unterrichtungen zum Anlaß nehmen würde, um ihren Vorschlag einer „VN-Flotte" voranzutreiben.

GB legte dar, daß an eine Aktion unter VN-Ägide nicht gedacht sei. Je nach Reaktion der Anrainer könne das Räumgebiet aber eventuell auch auf deren Territorialgewässer ausgedehnt werden.

Der Vorsitz kündigte an, seinen Vorschlag in der Sitzung der SWG der WEU (UAl-Ebene[19], Dg20[20]) am 15.9.1988 erneut zur Sprache bringen zu wollen, und bat, bis dahin die nationalen Positionen zu klären.[21]

II. Bewertung

1) Die Briten orientieren sich mit ihrem Vorschlag an internationalen Minenräumaktivitäten, wie es sie auch nach anderen Kriegen (z.B. Yom-Kippur, Vietnam, 2. Weltkrieg) gegeben hat. Ihr erstes Konzept, diese Aktivitäten voll in den Rahmen der Bemühungen der VN zu stellen, haben die Briten inzwischen jedoch weitgehend fallen lassen, wohl weil ihnen das Risiko eines Einstieges der SU in eine solche Aktion klargeworden ist.

2) Wir teilen grundsätzlich das Interesse an einer Säuberung der Schiffahrtsstraßen im Golf von Minen.

Wenn jedoch der VN-GS sowie die USA, die SU, Iran und Irak offiziell von den entsprechenden Vorhaben unterrichtet werden, so werden sie darauf u.U. reagieren, bzw. auch die VN von sich aus damit befassen. Es ist auch denkbar, daß versucht würde, die Europäer mit dem Wunsch nach Minenräumung in Territorial-Gewässern in Streitigkeiten über den Verlauf ihrer Begrenzungen hineinzuziehen. Dies alles könnte den Bemühungen des VN-GS eher abträglich sein.

III. Vorschlag

Insgesamt sollten wir deshalb eher die Haltung von F und I unterstützen und von einer Einschaltung der SU, von Iran und Irak abraten[22], falls die fünf MS sich entschließen, ihre Minenräumaktivitäten in internationalen Gewässern noch fortzusetzen. Eine laufende Unterrichtung der USA ist dagegen sinnvoll. Eine Unterrichtung des GS der VN müßte in einer Form erfolgen, die klar

19 Unterabteilungsleiter-Ebene.

20 Hans-Friedrich von Ploetz.

21 Vortragender Legationsrat von Arnim, z.Z. London, resümierte am 15. September 1988 die Diskussion in der Sitzung der Special Working Group (SWG) der WEU vom selben Tag: „GB fragte nach Reaktionen der MS auf den britischen Vorschlag, die gemeinsamen Aktivitäten bei der Minensuche in den internationalen Gewässern des Golfs noch eine gewisse Zeit fortzusetzen. F sprach sich dagegen aus, diesen Aktivitäten ein hohes Profil zu geben. Es sei besser, die bisherige Zusammenarbeit unverändert fortzusetzen. Es sei riskant, die Minensucher nach Bekanntmachung minenfreier Zonen abzuziehen, da niemand entsprechende Garantien übernehmen könne. Dem schloß sich I an. B und NL erklärten sich bereit, auf den GB-Vorschlag einzugehen. Bis Jahresende würden sie jedoch ihre Minensucher wohl abziehen. D legte dar, die Angelegenheit werde auf der TO-Tagesordnung des erweiterten Rates am 21.9. stehen. Wir hätten grundsätzlich keine Einwände gegen eine Fortsetzung der Bemühungen um die Freiheit der Schiffahrt in internationalen Gewässern." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1724; VS-Bd. 12243 (220); B 150, Aktenkopien 1988.

22 Der Passus „von einer Einschaltung … Irak abraten" wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

erkennen läßt, daß die fünf MS in nationaler Verantwortung handeln und keine Zustimmung der VN suchen.[23]

D 3[24] hat mitgezeichnet.

Richthofen

Referat 202, Bd. 148825

246

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Morr

201-360.92 FRA **8. September 1988**

Über Herrn RL 201[1], Herrn D 2[2]

Betr.: Deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit;
hier: Beschlüsse des SPD-Parteitages von Münster, 30.8. bis 2.9.1988
(Text anbei[3])

1) Die SPD kritisiert in ihren Beschlüssen, daß die gegenwärtige Bundesregierung Schritte zu einer engeren sicherheitspolitischen Kooperation mit Frankreich eingeleitet habe, die wichtige Fragen der deutschen Sicherheit und der Entwicklung zu einer europäischen Abrüstungs- und Friedensordnung falsch beantworte. Sie wendet sich gegen

– die angebliche Festschreibung der Nuklearstrategie in das Zusatzprotokoll über den deutsch-französischen Verteidigungsrat[4],
– gegen die „angebliche Herstellung von Ausweichpositionen am Rande des Abrüstungsdialogs zwischen Washington und Moskau durch die deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit, hier insbesondere gegen den angeblichen deutschen Wunsch nach Teilhabe am französischen Nuklearpotential“,

23 Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Siehe meine Bemerkung.“ Auf einem beigefügten Vermerk führte er handschriftlich aus: „Ich würde vorziehen, wenn die Information des VN-GS so erfolgen könnte, daß GB nicht als Sprecher = Vorsitz der WEU, sondern als Sprecher der Ländergruppe auftritt, die die Golf Aktivitäten gegenwärtig durchführen.“ Vgl. Referat 202, Bd. 148825.

24 Reinhard Schlagintweit.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher am 8. September 1988 vorgelegen.

2 Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 10. September 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über Vortragenden Legationsrat I. Klasse Holthoff an Vortragenden Legationsrat von Morr verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bitte Bespr[echung].“
Hat Holthoff am 12. September 1988 vorgelegen.

3 Dem Vorgang beigefügt. Für den Antrag A 38 des Kreisverbands Freiburg auf dem SPD-Bundesparteitag vom 30. August bis 2. September 1988 in Münster vgl. Referat 201, Bd. 143393.

4 Für den Wortlaut des Protokolls vom 22. Januar 1988 zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 über die Schaffung eines deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrats vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, II, S. 1152–1154. Vgl. dazu ferner Dok. 32.

– gegen eine angebliche Ausgrenzung anderer westeuropäischer Staaten durch die Achse „Bonn–Paris".

Die SPD fordert stattdessen:

– nicht Militärorganisationen anzugleichen und „europäische Kasernen" zu schaffen, sondern den Hauptakzent auf die Schaffung intensiver politisch-menschlicher, kultureller und wissenschaftlicher Beziehungen zu legen,
– mit Frankreich ein gemeinsames Rüstungskontroll- und Abrüstungskonzept zu entwickeln, das auch die französischen konventionellen Kräfte einbeziehe,
– gemeinsame Vorstellungen zu vertrauensbildenden Verteidigungsstrukturen zu schaffen,
– den Ausbau von Verifikationsmaßstäben bei Rüstungskontrollen,
– Rüstungskooperation umzuorientieren auf Nutzung intelligenter Technologien.

Für all dieses sei ein deutsch-französischer Arbeitsstab besser geeignet als eine Brigade[5].

2) Die Aussage des Beschlusses der SPD, „bei einer Ratifizierung dieses Protokolls durch den Deutschen Bundestag wären erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die Atomwaffen gesetzlich verankert und damit auf lange Dauer festgeschrieben", legt den Schluß nahe, daß die SPD bei der Abstimmung im Bundestag über die Zusatzprotokolle sich der Stimme enthalten wird, möglicherweise sogar negativ stimmen wird (was jedoch in Anbetracht einer in der Öffentlichkeit möglicherweise als anti-französisch bzw. anti-europäisch aufgefaßten Haltung wenig wahrscheinlich ist).

3) Der Hauptangriffspunkt der SPD richtet sich gegen die Nuklearpassage in der Präambel (wie bereits aus dem Ehmke-Brief[6] und Scheer-Äußerungen[7] bekannt). Wir haben dazu in der BM-Antwort auf den Ehmke-Brief festgestellt, daß „Erwägungen zu Strategiefragen sich nicht in den Artikeln 1 bis 6, sondern in der Präambel finden. Eine vertragliche Festlegung auf eine bestimmte Strate-

5 Zur Aufstellung einer deutsch-französischen Brigade vgl. Dok. 32.

6 Mit Schreiben vom 3. August 1988 erkundigte sich der SPD-Abgeordnete Ehmke bei Bundesminister Genscher: „Nach den Parlamentsferien steht im Bundestag die Ratifizierung der Zusatzprotokolle zum Élysée-Vertrag an. Da für die sozialdemokratische Bundestagsfraktion eine Festschreibung der nuklearen Abschreckungsstrategie nicht in Betracht kommen kann, bitte ich das Auswärtige Amt, mir folgende Frage zu beantworten: Wie beurteilt die Bundesregierung die völkerrechtliche und politische Bindungswirkung jenes Passus in der Präambel des sicherheitspolitischen Zusatzprotokolls, der der Überzeugung Ausdruck gibt, ‚daß die Strategie der Abschreckung und Verteidigung, auf der ihre Sicherheit beruht und die jeden Krieg verhindern soll, sich weiterhin auf eine geeignete Zusammensetzung nuklearer und konventioneller Streitkräfte stützen muß'?" Vgl. Referat 201, Bd. 143393.

7 Legationsrat I. Klasse Witschel vermerkte am 20. April 1988, die Äußerung des SPD-Abgeordneten Scheer, „‚daß erstmals Nuklearwaffen positiver Bestandteil eines Gesetzes der Bundesrepublik würden'", sei unzutreffend: „Die Nuklearbewaffnung wird nicht Gegenstand der Gesetzgebung. Der Wortlaut des P[räambel]A[bsatzes] 5 des deutsch-französischen Protokolls bringt lediglich die politische Überzeugung der Vertragsparteien zum Ausdruck, daß die ‚Strategie der Abschreckung … sich weiterhin auf eine geeignete Zusammensetzung nuklearer und konventioneller Streitkräfte stützen muß.' Nuklearwaffen fallen zwar in den Bereich der vereinbarten Zusammenarbeit. Das Protokoll enthält aber keine vertragliche Festlegung auf eine bestimmte Strategie. Durch das Wörtchen ‚weiterhin' wird darüber hinaus deutlich gemacht, daß sich die in der Präambel erwähnte Überzeugung nur auf die absehbare Zukunft bezieht." Vgl. Referat 220, Bd. 144763.

gie der Verteidigung geht hiervon nicht aus“ (so mit Ref. 500 abgestimmt).[8] Die anderen Kritikpunkte lassen sich entkräften:

– Von einer Ausgrenzung anderer westeuropäischer Staaten kann keine Rede sein. Wir haben die europäische Finalität in allen Reden und Stellungnahmen stets betont (Bundeskanzler und Bundesminister am 22.1.1988[9] und vor dem Bundestag am 4.2.1988[10]). Die Präambel nimmt Bezug auf WEU und NATO. Auch die französische Seite hat in offiziellen Stellungnahmen die europäische Finalität unterstrichen.

– Der Verdacht der Schaffung von Ausweichpositionen am Rande des Abrüstungsdialogs zwischen Washington und Moskau ist absurd. Wir stehen – auch F – bi- und multilateral mit US in engstem Kontakt. Dies gilt auch für SU (Gespräche D2A[11] in Moskau).

– Die Sicherstellung einer zunehmenden Abstimmung in allen die Sicherheit Europas angehenden Fragen einschließlich des Gebiets der Rüstungskontrolle und der Abrüstung ist ausdrücklich in Art. 4, 2. Anstrich des Zusatzprotokolls verankert.

– Wir haben nie die Teilnahme am französischen Nuklearpotential verlangt und tun dies auch in Zukunft nicht.[12]

Gerade weil es zwischen Bonn und Paris in einigen Fragen Bewertungs- bzw. Meinungsunterschiede gibt und weil eine immer weiter fortschreitende Abstimmung wichtig ist, haben wir den Verteidigungs- und Sicherheitsrat geschaffen. Hingegen hat der Forderungskatalog der SPD keine Chancen, von den Franzosen akzeptiert zu werden. Wir sind der Ansicht, daß wir eine Abstimmung Schritt für Schritt und pragmatisch herbeiführen müssen, anstatt – wie es die SPD implizite tut – Frankreich an die Anklagemauer zu stellen. Der Ausbau auch der militärischen bzw. verteidigungspolitischen Zusammenarbeit liegt im beiderseitigen Sinne, nachdem F 1966 aus der Integration der NATO ausgeschieden

8 Mit Schreiben vom 25. August 1988 teilte Bundesminister Genscher dem SPD-Abgeordneten Ehmke mit: „Besonders wichtig ist es, daß beide Länder sich einig sind, daß jede Strategie nur eine Kriegsverhütungsstrategie sein kann und muß, und daß sie entschlossen sind, auf eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung in ganz Europa hinzuarbeiten. In diesen Festlegungen, alle Anstrengungen zur Erhaltung des Friedens und zu seiner konstruktiven Gestaltung zu unternehmen, finden sich die Ziele wieder, die diese Bundesregierung und alle ihre Vorgänger-Regierungen stets als oberste Ziele der deutschen Sicherheitspolitik bezeichnet haben.“ Vgl. Referat 201, Bd. 143393.

9 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl am 22. Januar 1988 in Paris vgl. BULLETIN 1988, S. 77–81.

10 Korrigiert aus: „5.2.1988“.
Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl am 4. Februar 1988 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 58. Sitzung, S. 3984–3986.

11 Josef Holik.

12 Mit Schreiben vom 19. September 1988 an Bundesminister Genscher bekräftigte der SPD-Abgeordnete Ehmke die Einschätzung der SPD-Fraktion, die Präambel des Protokolls vom 22. Januar 1988 zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 über die Schaffung eines deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrats „würde nach herrschender völkerrechtlicher Meinung als untrennbarer Bestandteil des Vertrages die Bundesrepublik Deutschland binden. Damit würde die Bundesrepublik zum ersten mal völkerrechtlich bindend auf eine bestimmte Strategie der Abschreckung, zudem unter Einbeziehung auch nuklearer Streitkräfte, festgelegt. Das könnte die SPD-Bundestagsfraktion nicht mittragen. Für ihre briefliche Erklärung, das Zusatzprotokoll enthalte eine derartige Feststellung nicht, sind wir dankbar, halten es jedoch für erforderlich, diese Festlegung als gemeinsame Auffassung der Vertragspartner festzuhalten, noch bevor die Bundesregierung das Ratifizierungsverfahren im Deutschen Bundestag einleitet.“ Vgl. Referat 201, Bb. 143393.

ist[13]. Diese Notwendigkeit hat auch die frühere SPD-Regierung unter BK Schmidt gesehen: Gemeinsame Erklärung BK Schmidt/Mitterrand vom Februar 1982: „Der Bundeskanzler ... und der Präsident ... haben im Geiste des deutsch-französischen Vertrages von 1963 beschlossen, daß ihre beiden Länder die Abstimmung ihrer Außenpolitik noch enger gestalten werden. In diesem Geiste haben sie ebenfalls beschlossen, einen vertieften Meinungsaustausch zwischen beiden Regierungen über Sicherheitsfragen zu führen."[14]

Morr

Referat 201, Bd. 143393

247

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Fiedler

311-320.10 IRN-995/88 geheim **9. September 1988**[1]

Betr.: Gespräch BM–VAM Larijani in Bonn am 9.9.1988, 15 Uhr;
hier: Bemerkungen Larijanis zur künftigen innen- und außenpolitischen Orientierung Irans

Aus dem Vieraugengespräch des BM mit dem iranischen VAM Larijani halte ich nach Mitteilung von BM fest:

1) Zum Entführungsfall Cordes[2] (vgl. gesonderten Vermerk)[3]

2) Zur innenpolitischen Lage im Iran

Die inneren Probleme Irans habe VAM Larijani als sehr „sensitiv" bezeichnet. Gegenwärtig gebe es zwei rivalisierende Machtgruppen im Iran: Diejenige um Rafsandjani, Velayati und Larijani auf der einen und die Gruppe Mussawi und

13 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus dem integrierten militärischen Kommando der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

14 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung über die deutsch-französischen Konsultationen am 24./25. Februar 1982 in Paris vgl. BULLETIN 1982, S. 145 f.

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Fiedler am 9. September 1988 an Ministerialdirigent Jansen „mit der Bitte um Genehmigung des Inhalts und des Verteilers durch den Herrn Minister" geleitet.
Hat Jansen am 28. Dezember 1988 vorgelegen, der den Rücklauf an Fiedler verfügte. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14162 (010); B 150, Aktenkopien 1988.

2 Zur Entführungsfall Cordes im Libanon vgl. Dok. 223.

3 Am 9. September 1988 vermerkte Ministerialdirigent Fiedler, der stellvertretende iranische Außenminister Larijani habe Bundesminister Genscher am selben Tag dargelegt, „daß es beim 12. September als Zieldatum für die Freilassung von Rudolf Cordes bleibe. Die Modalitäten, d.h. Umstände, genauer Ort und Zeitpunkt der Übergabe würden unserem Botschafter in Teheran mitgeteilt. Er bitte, daß Botschafter Freitag sich während der nächsten zwei Tage zu seiner Verfügung halte. Aus Sicherheitsgründen sei die Abholung von C[ordes] aus Damaskus zu bevorzugen. Die iranische Führung übe Druck auf die religiösen Führer im Libanon aus". Vgl. Referat 310, Bd. 149793.
Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, unterrichtete am 13. September 1988: „Am 12.09., 21.30 h, wurde Herr Cordes, nach seinem Eindruck seit einiger Zeit weit außerhalb Beiruts untergebracht, in rasender Fahrt von Kapuzenmännern in die Hauptstadt gebracht. Dort lud man ihn an einem

Mohtaschami auf der anderen Seite. Zwischen beiden habe es harte Auseinandersetzungen gegeben. Die erste Gruppe, die im Augenblick das Momentum für sich habe, habe er als die Partei für den Frieden, für eine Öffnung nach Westen und eine liberale Wirtschaftspolitik (Zurückdrängung der Rolle des Staates) bezeichnet. Die andere wolle mehr Planwirtschaft, Verstaatlichung der Wirtschaft, den Sozialismus und Annäherung an die SU. Der Imam[4] stehe auf seiten der ersten Gruppe.

Die Pragmatiker beabsichtigten, eine neue Regierung zu bilden. Neuer Ministerpräsident werde wahrscheinlich Velayati oder er, Larijani. Zwischen Velayati und ihm gebe es keine Probleme, sie seien sich einig. Es gebe schon eine Art Schattenkabinett.

Der Imam wolle das Kabinett Mussawi für die Periode des Übergangs vom Krieg auf den Frieden[5] noch im Amt behalten (als ungefähren Zeitpunkt nannte er ca. ein Jahr). Daher sei Mussawi um Rücknahme seines Demissionsangebots gebeten worden.[6]

Danach sollten Präsidentschaftswahlen abgehalten werden. Neuer Präsident solle Rafsandjani werden. Die interne Diskussion um eine Kabinettsumbildung sei aber noch nicht abgeschlossen.

Die SU habe die innenpolitische Entwicklung im Iran erkannt und wolle diese mit Hilfe der irakischen Verzögerungstaktik bei den Friedensgesprächen in Genf[7] blockieren. Der Westen müsse die Bedeutung des Richtungswechsels im Iran erkennen. Iran könne zu einer „stronghold“ des Westens werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1311

großen Apartmenthaus aus und sagte, er würde dort von den Syrern erwartet. Alleingelassen ging er auf das Haus zu, in dem ihm nicht die Syrer, sondern – zufällig oder nicht – ein libanesischer Ex-Minister begegnete. Dieser alarmierte die libanesische Polizei, die ihn an die Grüne Grenze brachte, um ihn Botschafter Göttelmann zu überstellen. Der Wagen wurde vor der Grenze auf sehr kriegerische Weise von libanesischen Militäreinheiten gestoppt, die Herrn Cordes nicht nach Ost-Beirut ließen, sondern einem syrischen Offizier übergaben. Dieser brachte ihn an die Grenze unweit Chtaura zu General Kanaan, der ihn persönlich nach Damaskus brachte. Dort überstellte ihn der militärische Sicherheitsdienst dem Leiter unserer Fachdienststelle.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1387; Referat 310, Bd. 149793.

4 Ruhollah Khomeini

5 Vgl. dazu den Waffenstillstand zwischen dem Irak und dem Iran ab 20. August 1988; Dok. 225, Anm. 30.

6 Am 5. September 1988 erklärte Ministerpräsident Mussawi seinen Rücktritt. Botschafter Freitag, Teheran, übermittelte am 27. September 1988 eine Übersetzung des der Botschaft zugespielten Rücktrittsschreibens sowie der Antwort des Präsidenten Khamenei. Dazu führte er aus: „Das Rücktrittsgesuch und seine kühle Ablehnung durch den Präsidenten und Khomeini selbst […] haben Mussawis Stellung, ohnehin schon nicht stark, weiter geschwächt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1163; VS-Bd. 13647 (311); B 150, Aktenkopien 1988.

7 Am 9. September 1988 informierte Vortragender Legationsrat Eickhoff die Botschaft in Teheran, daß der stellvertretende iranische Außenminister Larijani Bundesminister Genscher am selben Tag zu den Friedensgesprächen in Genf erläutert habe: „Hinsichtlich der bekannten iranischen und der irakischen Positionen betr. Freiheit der Schiffahrt im Golf, Räumung des Schatt al-Arab, Gültigkeit des Vertrages von 1975 machte L[arijani] deutlich, daß Iran zwar die irakischen Forderungen als außerhalb des Rahmens von 598 liegend ansehe, daß man aber zu praktischen Lösungen bereit sei, solange Irak nicht verlange, daß man Rechtspositionen aufgebe (Recht zur Aufbringung von Schiffen mit Konterbande während des Waffenstillstandes, Grenze auf Mittellinie des Schatt gemäß Vertrag von 1975). Die irakische Forderung nach Grenzänderungen im Schatt sei völlig unakzeptabel. Wenn Irak darauf bestehe, bedeute dies Krieg. Irak gefährde mit seiner Haltung – insbesondere auch der Forderung nach einem neuen irakisch-iranischen Vertrag – den Friedensprozeß.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 8847; Referat 311, Bd. 154143.

Er bitte, AM Shultz zwei Mitteilungen zu machen:

– Er, Larijani, arbeite auch an der Freilassung der US-Geiseln.[8] Am aussichtsreichsten erscheine die Freilassung eines Professors der Amerikanischen Universität Beirut. Er hoffe, in etwa einer Woche Botschafter Freitag Näheres sagen zu können. Er bemühe sich auch um die anderen Geiseln ohne jede Bedingung.[9]

– Man habe in Teheran mit Aufmerksamkeit die US-Äußerungen zum Einsatz von CW durch Irak verfolgt.[10] Dies sei sehr gewürdigt worden. Wenn die USA noch etwas zur Verantwortung für den Ausbruch des Krieges[11] sagen könnten, werde dies für eine Normalisierung der Beziehungen hilfreich sein.

3) Verteidigung („defense“)

Die Radikalen hätten den Pragmatikern vorgeworfen, daß sie mit ihrer Kursänderung der Armee während des Krieges in den Arm gefallen seien. Sie argumentierten, vom Westen seien keine Waffen zu erhalten. Das Beispiel Irak habe gezeigt, daß Waffen vor allem vom Osten geliefert würden. Auch dies sei ein Grund für die Ostorientierung der Radikalen. Man müsse den Radikalen beweisen, daß ihre These nicht stimme und auch im Westen Waffen zu erhalten seien.

VAM Larijani habe gefragt, ob wir nicht jemand wüßten, mit dem Iran hierüber sprechen könne („we will become a reliable ally“).

BM habe geantwortet, daß er in der Vierergruppe in New York am Rande der GV-VN über das Thema Iran sprechen wolle.[12]

VAM Larijani habe an den Besuch BM in Teheran erinnert. BM erfreue sich in Teheran größter Wertschätzung. BM habe als möglichen Termin Oktober genannt.[13]

4) Schreiben BM an AM Shultz zu Ziff. 2) des Vermerks ist am 9.9.1988 abgegangen.[14]

8 Zur Frage der amerikanischen Geiseln im Libanon vgl. Dok. 230, Anm. 18.

9 Am 27. September 1988 berichtete Botschafter Freitag, Teheran, der amtierende iranische Außenminister Besharati habe ihm am selben Tag gesagt: „Eigentlicher Grund der Einbestellung sei das Problem der US-Geiseln im Libanon.“ Der Sprecher des amerikanischen Außenministeriums, Redman, habe erklärt, daß keine Hoffnung auf baldige Freilassung für die US-Geiseln bestünde. Er, Besharati, wisse nicht, auf welche Informationen sich diese Äußerung stütze. In Fortführung der mit uns in dieser Angelegenheit geführten Gespräche und angesichts der engen freundschaftlichen Beziehungen insgesamt und zu BM Genscher im besonderen bitte er, BM Genscher folgendes mitzuteilen: Die erste US-Geisel werde diese oder nächste Woche freigelassen. Es handele sich um einen Professor indischer Abstammung. Dieses sei ein erster Schritt zur Freilassung aller US-Geiseln im Libanon. Er hoffe in Bezug auf die übrigen US-Geiseln, daß alle Schwierigkeiten bald gelöst und die Freilassung noch vor Weihnachten erreicht werden könne.“ Vgl. Drahtbericht Nr. 1164; VS-Bd. 14152 (010); B 150, Aktenkopien 1988.

10 Zum Einsatz von Chemiewaffen durch den Irak vgl. Dok. 99, Dok. 154 und Dok. 253.
Am 16. September 1988 berichtete Gesandter Paschke, Washington, das amerikanische Außenministerium habe zu den Reaktionen in den USA auf einen neuerlichen Einsatz von Chemiewaffen durch den Irak dargelegt: „Lage im US Congress sei weiterhin von ‚erheblicher politischer Hitze‘ und intensiven Bemühungen vieler Abgeordneter gekennzeichnet, noch in dieser Legislaturperiode mehr oder minder scharfe Maßnahmen gegen den Irak zustande zu bringen. Bisherige Reaktion von Seiten des Irak würden auf dem Hill als zusätzliche Herausforderung aufgefaßt, was die Lage nicht erleichtere.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3718; Referat 424, Bd. 145891.

11 Seit 22. September 1980 befanden sich der Irak und der Iran im Kriegszustand. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 286.

12 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Dumas (Frankreich), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) am 25. September 1988 in New York vgl. Dok. 269.

13 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 27. bis 29. November 1988 im Iran vgl. Dok. 341 und Dok. 344.

14 Ministerialdirigent Fiedler erteilte Botschafter Ruhfus, Washington, am 9. September 1988 Weisung, „AM Shultz aufzusuchen und nur ihm persönlich“ Informationen über das Gespräch des Bundesmini-

5) Schreiben BM an GS-VN[15] zu den irakisch-iranischen Verhandlungen in Genf ist gleichfalls am 9.9.88 abgesandt.[16]

Fiedler

VS-Bd. 14162 (010)

248

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Buerstedde

221-376.00-1181/88 VS-vertraulich **9. September 1988**[1]

Herrn D2A i.V.[2], Herrn Staatssekretär[3] Herrn Bundesminister

Betr.: Arbeit an einem westlichen KRK-Verhandlungsvorschlag[4]

Anlg.: 1 (nur bei Original)[5]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

sters Genscher mit dem stellvertretenden iranischen Außenminister Larijani zu geben. Vgl. den Drahterlaß Nr. 8846; VS-Bd. 13648 (311); B 150, Aktenkopien 1988.
Ruhfus berichtete am 12. September 1988, er habe dem amerikanischen Außenminister am selben Tag „die Botschaft des BM in ihrem genauen Wortlaut" übermittelt: „Shultz dankte für die sehr interessante Mitteilung. […] In der Sache hielten USA an bisheriger Linie fest, daß für Geiseln kein Preis gezahlt und kein Tauschgeschäft vereinbart werden dürfe. Die Praxis der Geiselnahme und der Nutzung des Terrorismus zu politischen Zwecken isoliere die Iraner vom Westen. Ohne eine iranische Haltungsänderung in diesem Bereich seien keine normalen Beziehungen möglich. Es liege daher im ureigenen Interesse des Iran, die Geiselfrage zu lösen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3648; VS-Bd. 13648 (311); B 150, Aktenkopien 1988.

15 Javier Pérez de Cuéllar.

16 Botschafter Freitag, Teheran, informierte am 12. September 1988: „1) Alle iran[ischen] persisch- und englischsprachigen Zeitungen vom 11.9. berichten auf der ersten Seite – getrennt – über den Appell BM Genschers an den VN-GS, seine Bemühungen im Friedensprozeß zwischen Irak und Iran fortzusetzen, sowie über die Europareise von VAM Larijani und insbesondere seine Gespräche mit BM Genscher. Dies ist ein weiteres Zeichen für die Aufmerksamkeit, mit der die iran. Öffentlichkeit Äußerungen von BM Genscher zum irak[isch]-iran. Konflikt registriert. 2) In ausführlichen Berichten wird der Appell BM Genschers als weiterer Beweis für die Bemühungen der Bundesregierung gewertet, ihren Beitrag zu einem dauerhaften Frieden in der Region zu leisten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1090; Referat 311, Bd. 154143.

1 Die Auftzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde und Vortragendem Legationsrat Gruber konzipiert.

2 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde am 9. September 1988 erneut vorgelegen.

3 Hat Staatssekretär Sudhoff am 9. September 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 19. September 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 221 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Die Vorlage ist durch die Besprechung bei BM am 19.9. erledigt."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 20. September 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde und Vortragendem Legationsrat Gruber erneut vorgelegen.

4 Zu einem Verhandlungsvorschlag der NATO-Mitgliedstaaten für die Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 173, Anm. 7.

5 Dem Vorgang beigefügt. Für das britische Non-paper „Framework of a Western Negotiating Proposal" vgl. VS-Bd. 12265 (221).

I. 1) Die Konsultationen im Fünfer-Kreis am 7./8.9.1988 über einen westlichen Verhandlungsvorschlag für KRK zeigten auf, daß sich die Fünf auf einen Kompromiß mit folgenden Bausteinen einigen könnten:

a) Aufgliederung des Raums Atlantik bis zum Ural in drei Regionen: Norden, erweiterte Mitte, Südosten;

b) Reduzierung und Limitierung von Kampfpanzern, Schützenpanzern und Artillerie auf gleiche Obergrenzen – in der Mitte auf ca. 95% des NATO-Niveaus, d.h. 16000 KPz[6], 9000 SPz[7], 11000 Art.[8], – im Norden und Südosten, dabei offen bei welchem Niveau; Verhandlungen über diese Regionen nach den gleichen Sicherheitskriterien wie für die Region Mitte;

c) Limitierung des in aktiven Einheiten bei Stationierungskräften vorhandenen Großgeräts auf 20% der ceilings der Region Mitte, d.h. 3200 KPz, 1800 SPz, 2200 Art.;

d) Begrenzung des maximal zulässigen Umfangs der Kräfte jeden Teilnehmerstaats auf 30% der Gesamtsumme der zulässigen Kräfte aller 23 Staaten (d.h. max. 12300 KPz, 10500 Art., 6450 SPz).

2) Die Verständigung auf diese Elemente war das Ergebnis schwieriger, zum Teil kontroverser Diskussionen.

2.1) Die Amerikaner legten zu Beginn der Erörterungen neue Vorschläge vor. Sie knüpften an den von uns in der vorangegangenen Quint eingebrachten Kompromiß-Vorschlag an und übernahmen insbesondere folgende Elemente:

– keine bündnisweiten Höchststärken, Übernahme unseres Konzepts regionaler Differenzierung,
– Höchststärken bei ca. 95% des derzeitigen NATO-Niveaus,
– Einbeziehung von Schützenpanzern.

Abweichend von uns fügten die Amerikaner jedoch folgende neue Elemente in ihr Paket ein:

– Ausschluß amerikanischer POMCUS-[9] und Depotbestände bei der Berechnung der Höchststärken mit der Begründung, der Westen müsse auch nach Herstellung gleicher Obergrenzen und den hierzu notwendigen asymmetrischen Reduzierungen des WP zum Ausgleich der geographischen Asymmetrien ein Übergewicht an US-Depotgerät in Europa haben;
– Vorschlag einer engen Zone in Mitteleuropa (Jaruzelski-Zone[10]) zur Reduzierung und Limitierung von Gerät in stationierten aktiven Einheiten durch zwei kombinierte Regeln:
  – gleiche Obergrenzen für ausländisches Gerät in Kampfverbänden bei 95% des derzeitigen NATO-Niveaus;
  – Limitierung ausländischer Kräfte auf den Umfang der einheimischen;

6 Kampfpanzer.
7 Schützenpanzer.
8 Artillerie.
9 Prepositioning of Material Configured in Unit Sets.
10 Vgl. dazu die Rede des Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski am 8. Mai 1987 in Warschau; Dok. 9, Anm. 16.

– Übernahme der französischen „Suffizienz-Regel“, wonach kein Staat mehr als 30 % der Gesamtsumme aller 23 haben darf.

2.2) Die Franzosen unterstützten die neuen Elemente des amerikanischen Pakets; für sie waren sie aus einer Reihe von Gründen attraktiv:

– Forderung nach extrem asymmetrischen Reduzierungen der SU, sogar hinausgehend über Herstellung gleicher Höchststärken,
– weitgehendes Hinausdrängen der Sowjets aus Mittel- und Osteuropa durch Kombination der gleichen Höchststärken für stationierte Verbände und Limitierung ausländischer Streitkräfte durch 1:1-Regel,
– Ausschluß von POMCUS- und amerikanischen Reservebeständen,
– Übernahme der französischen 1:23-Verhältnisregel als eine nicht-kollektive Limitierungsmaßnahme,
– Verzicht der USA auf bündnisweite kollektive Höchststärken.

2.3) Für uns waren zwei Elemente in den amerikanischen Vorstellungen besonders unakzeptabel:

– Übernahme der Jaruzelski-Zone, in deren Rahmen Gerät in stationierten Einheiten auf den Umfang einheimischen Geräts limitiert werden soll;
– Nicht-Einbeziehung des amerikanischen Geräts in Depots – mit der Folge der Forderung nach westlicher Überlegenheit als Kompensation für die geostrategischen Nachteile der NATO.

2.4) Die Briten unterstützten uns beim letzten Punkt; sie waren jedoch rasch bereit, von dem Kompromißvorschlag, den wir ausgearbeitet und den auch sie ursprünglich favorisiert hatten, Abstriche zu machen und den Amerikanern entgegenzukommen.

Die amerikanischen Einwände gegen unseren Vorschlag verengten sich im Verlauf der Erörterungen auf die in ihm vorgesehene Einräumung des Rechts auf Einlagerung sowjetischen Geräts in Osteuropa in einem den amerikanischen Depotbeständen bei uns entsprechenden Umfang (4000 KPz). Vorbehaltlich weiterer Prüfung stimmten wir der Streichung dieses Bausteins aus unserem Vorschlagspaket unter der Bedingung zu, daß Depotgerät – wenn nicht im Rahmen von Höchststärken für stationierte Kräfte – zumindest im Rahmen der gleichen Obergrenzen der Region Mitte mit erfaßt und limitiert wird.

Wie die Amerikaner waren auch wir bereit, die französische „Suffizienz-Maßnahme“ zu übernehmen. Es wird zwar schwerfallen, für die – im Grunde willkürliche – Forderung nach Begrenzung der sowjetischen Kräfte auf 30 % des Gesamtbestands aller 23 KRK-Teilnehmer eine überzeugende Begründung zu finden. Dieser den Franzosen als nicht-kollektive Maßnahme wichtige Baustein sollte jedoch auch für uns ein akzeptabler Preis für die französische Zustimmung zu einem ansonsten unseren Vorstellungen entsprechenden Gesamtpaket sein. Im übrigen finden sich auch Briten und Amerikaner zunehmend mit der französischen „Suffizienz-Maßnahme“ ab.

3.1) Gegenüber unserem Kompromißvorschlag hat das neue Paket Nachteile:

– Unser Vorschlag sah eine Pflicht zur Reduzierung Geräts in stationierten Einheiten auf westlicher Seite nicht vor. Die Herabsetzung der Zwischenhöchststärke für Gerät stationierter Kräfte in Kampfverbänden auf 20 % statt 25 %

impliziert dagegen den Abzug amerikanischen Geräts aus Einheiten. Die Auswirkungen im einzelnen bedürfen noch detaillierter Untersuchung.

Die 20%-Limitierung für ausländisches Gerät in Einheiten führt in Verbindung mit dem Verzicht auf die – von uns entwickelte – Zwischenhöchststärke für Gerät in Depots dazu, daß von den Sowjets erheblich höhere Abzüge aus Osteuropa gefordert werden. Das ist aus Sicht der Amerikaner und Franzosen ein Vorteil. Denn für sie ist es weniger ein Problem, ob ein Vorschlag auch verhandelbar und damit in unserer Öffentlichkeit überzeugend darstellbar ist.

– Gegenüber unserem Vorschlag, dessen Elemente sich logischer voneinander ableiten ließen, wird sich eine Limitierung ausländischen Geräts in Einheiten bei 20% der Gesamthöchststärken weniger plausibel deduzieren lassen.

3.2) Nicht ausdiskutiert blieben außerdem folgende Punkte:

– Niveau der Obergrenzen im Norden und Südosten: Die USA verlangen, auch im Norden müßten die Sowjets trotz der extremen Asymmetrie auf den derzeitigen westlichen Stand abrüsten. Auch die Franzosen wollten sich nicht festlegen, ob sie gleiche De-facto- oder De-jure-Obergrenzen vorziehen. Die Briten und wir meinen, angesichts der Ausgangslage im Norden sei es plausibler, in dieser Region De-jure-Obergrenzen vorzusehen, die der Westen nicht voll auszuschöpfen braucht.

– Weitere Limitierungsregeln für stationierte Kräfte:

Amerikaner und Franzosen liebäugeln weiter mit einer individuell in jedem Teilnehmerstaat anwendbaren 1:1-Verhältnisregel zwischen ausländischen und stationierten Streitkräften. Wir haben dargelegt, daß eine solche Maßnahme für uns völlig unakzeptabel ist, weil sie effektiv nur die BR Deutschland und die DDR betreffen würde; eine solche Regel würde zugleich für uns als „Floor“ für den Umfang der Bundeswehr wirken.

4) Die Diskussion in der Quint brachte im übrigen insofern einen Fortschritt, als sich die Fünf – jetzt einschließlich der Franzosen – für ein aktives Vorgehen in der Präsentierung westlicher Streitkräftedaten aussprachen. Gedacht ist an eine Publikation der NATO mit einer umfassenden Gegenüberstellung westlicher und östlicher Streitkräfte. Sie soll, wenn irgend möglich, als Referenzdokument noch vor Beginn der Substanzverhandlungen herauskommen. Umstritten bleibt allerdings das Petitum der Franzosen, die eine Präjudizierung des KRK-Verhandlungsgegenstands vermeiden möchten und daher neben Daten über die Luftstreitkräfte auch solche über die Seestreitkräfte (die unstrittig bei KRK ausgeschlossen sind) in die Daten-Darstellung einbeziehen wollen. Dadurch soll klargestellt werden, daß die Daten nicht die kommenden Verhandlungen festlegen. Die Amerikaner sind mit der Einbeziehung von Daten über Seestreitkräfte nicht einverstanden, da sich diese nicht eindeutig Europa zuordnen lassen.

II. Als Gastgeber werden die Briten die am 8.9. zwischen den Fünf ad referendum erreichte Einigung am 13.9. als Non-paper (siehe Anlage[11]) in die HLTF einführen. D2A[12] hat vor, in der HLTF-Sitzung die Vorschläge des „britischen“

11 Vgl. Anm. 4.
12 Josef Holik.

Papiers vorbehaltlich weiterer Prüfung der Behandlung stationierter Kräfte zu unterstützen. Dieses Vorgehen wird unter der Voraussetzung stehen, daß Amerikaner und vor allem Franzosen den am 8.9. in Aussicht genommenen Kompromiß nicht in Frage stellen und der zeitgerechten Einigung auf einen westlichen Verhandlungsvorschlag in der HLTF zustimmen.[13]

Buerstedde

VS-Bd. 12265 (221)

249

Botschafter Schoeller, Warschau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 1383
Citissime

Aufgabe: 10. September 1988, 10.00 Uhr[1]
Ankunft: 10. September 1988, 13.44 Uhr

Betr.: Innenpolitische Lage in Polen;
hier: Gespräch mit Lech Wałęsa

Bezug: Laufende Berichterstattung

I. Am 7. September hatte ich mit Wałęsa im Pfarrhaus der Gemeinde St. Brigitta in Danzig ein etwa zweistündiges Gespräch. Wałęsa, noch unter dem Eindruck seines Gesprächs mit Innenminister General Kiszczak und seinen erfolgreichen Bemühungen um eine Beendigung der Streiks[2], erklärte mir u. a. folgendes:

13 Botschafter Holik, z. Z. Brüssel, berichtete am 13. September 1988, daß bei der Sitzung der High Level Task Force (HLTF) der NATO vom selben Tag „wichtige Fortschritte bei der Ausarbeitung eines westlichen KRK-Verhandlungsvorschlags" erzielt worden seien: „gleiche Obergrenzen bei etwa 95 Prozent des derzeitigen NATO-Niveaus für Kampfpanzer, Schützenpanzer und Artillerie in einer erweiterten Region Mitte sowie auf einem noch festzulegenden Niveau in einer Nord- und Südregion, spezifische Limitierung von Gerät in stationierten Kampfverbänden und eine ‚Suffizienzmaßnahme', wonach kein Staat mehr als ein Drittel der Summe der Kräfte aller KRK-Teilnehmer haben darf. Außer NWG und TUR begrüßten alle übrigen Delegationen das britische Non-paper, das den im Fünferkreis erreichten Kompromiß in die HLTF eingeführt hatte. NWG und TUR erhoben grundsätzliche Einwände gegen eine regionale Differenzierung und plädierten für einen westlichen Verhandlungsvorschlag auf der Grundlage bündnisweiter Parität." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1135; VS-Bd. 13487 (212); B 150, Aktenkopien 1988.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Metscher vorgelegen.

2 Am 26. August 1988 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix zur Lage in Polen: „Die am 15.8.1988 in einer Kohlengrube in Jastrzębie begonnene, nunmehr anscheinend wieder abbrökkelnde Streikbewegung ist die bedeutendste seit dem Sommer 1980. Sie zeigt, daß es der Regierung trotz personalpolitischer Veränderungen […] und reformpolitischer Beschlüsse auf dem 7. Plenum (13.–15.5.1988) nicht gelungen ist, nach der Streikbewegung im April/Mai d. J. die Stimmung im Lande zu ihren Gunsten zu verändern. Zwar ist die katastrophale wirtschaftliche Situation auch jetzt wieder ein wesentliches Motiv für die Streiks […]; im Unterschied zu der Streikbewegung vom Frühjahr stand jedoch von Anfang an die Wiederzulassung der ‚Solidarität' im Mittelpunkt der Forderungen." Vgl. Referat 214, Bd. 139708.

1) Mit Kiszczak sei er einig geworden, daß bei vorgesehenem Round Table-Gespräch alle gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Bereiche erörtert werden, zum Zwecke einer gemeinsamen Zielsetzung.[3]

2) Der Marxismus-Leninismus sei am Ende. Das System widerspreche der Logik der heutigen Zeit. Zwar wolle und könne „Solidarność" die Macht nicht übernehmen. Die Kommunisten dürften weiterhin in Polen als Partei existieren. Für das, was sie dem polnischen Volke in 50 Jahren angetan hätten, hätten sie dabei auf den Knien zu liegen. Wörtlich fügte Wałęsa hinzu: „Wir haben diesem System jetzt die Zähne ausgeschlagen. Die Zeit, in der in Polen 0,1 Prozent die übrige Bevölkerung terrorisieren konnten, ist vorbei."

3) Befragt, ob die Sowjetunion einem solchen Macht- und Autoritätsverlust der PVAP tatenlos zusehen könne, führte Wałęsa aus, die Führungsmacht des Ostblocks sei derzeit in hohem Maße mit eigenen Problemen beschäftigt. Er erwarte von der SU keine Bedrohung für die jetzt anlaufende innerpolnische Entwicklung. Im übrigen erwarte er eine Einladung in die Sowjetunion in naher Zukunft.

In den Staaten Osteuropas sei die Situation ausnahmslos schlecht; der Marxismus-Leninismus habe sich erschöpft, ob man dies wolle oder nicht. Verschiedene Faktoren würden unterschiedlich komplizierte Situationen in den einzelnen Staaten bewirken. Die besten Chancen, rasche Reformen durchzuführen, habe die DDR dank ihrer wirtschaftlichen Anbindung an die Bundesrepublik und die EG. Aber dort fehle es am politischen Willen und auch an entsprechendem Druck von seiten der Bevölkerung. Die zweitgünstigste Ausgangsposition habe Polen. Am schwierigsten sei die Situation in der Sowjetunion. Sie habe die schlechtesten Evolutionschancen. Das marxistisch-leninistische System sei jedenfalls überall im Zustand der Agonie.

4) Auf meine Frage nach seinem weiteren Dialog mit der Regierung brachte Wałęsa zunächst eine Rückblende in die vergangenen zehn Jahre. Schon 1980 habe „Solidarność" die kommunistische Willkür gebremst. Nach Erklärung des Kriegsrechts[4] habe man bei Solidarność bis jetzt gestritten, in welche Richtung die Reformen gehen sollten. Mit seinem Zusammentreffen mit Kiszczak sei diese Phase nun zum Abschluß gekommen. Jetzt gehe es darum, die Ziele zu definieren, die realistischerweise erreichbar seien. Ob dies jetzt schon gelingt, wisse er noch nicht; vielleicht sei diese Aufgabe erst in einem Jahr lösbar. Zwingend sei es jedoch – soviel könne er schon heute sagen – in Polen gewerkschaftlichen, ökonomischen und politischen Pluralismus einzuführen. Hierbei gehe es um Pluralismus ohne einschränkendes Adjektiv (gemeint ist hier: sozialistisch). Er

3 Der Vorsitzende der polnischen Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, und der polnische Innenminister Kiszczak trafen am 31. August 1988 in Warschau zusammen. In der Presse hieß es, daß „über die Modalitäten für die Einberufung eines Treffens am runden Tisch von Vertretern verschiedener Gruppen der Gesellschaft gesprochen" worden sei. Vgl. den Artikel „Auftakt zu intensivem Dialog in Polen?"; DIE WELT vom 1. September 1988, S. 1.
Weitere Begegnungen fanden am 15. und 16. September 1988 in Warschau statt. Dabei kamen beide Seiten überein, „daß man sich ‚Mitte Oktober' am ‚runden Tisch' zu Gesprächen über politische und wirtschaftliche Reformen treffen werde". Vgl. den Artikel „Wałęsa sieht sich kurz vor dem Ziel"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 19. September 1988, S. 1.

4 Am 13. Dezember 1981 wurde über Polen das Kriegsrecht verhängt und die unabhängige Gewerkschaft „Solidarność" suspendiert. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365.

habe Kiszczak gegenüber deutlich gemacht, daß zunächst die Frage der Wiederzulassung von „Solidarność“ gelöst sein müsse, erst dann sei man bereit, in das „Round Table“-Gespräch einzutreten. Man verlange in dieser Angelegenheit eine öffentliche Erklärung eines hochgestellten Repräsentanten des Regimes. Die Regierung dagegen strebe den umgekehrten Weg an.

5) Am 7.9. treffe Prof. Stelmachowski mit ZK-Sekretär Czyrek zusammen, um das „Round Table“-Gespräch vorzubereiten. Bei dieser vorbereitenden Runde werde sicher auch das Schicksal der derzeitigen Regierung zur Sprache kommen. Er (Wałęsa) habe Stelmachowski angewiesen, nicht in den Chor der Kritiker einzustimmen; einen am Boden Liegenden trete man nicht. Wichtiger sei es jetzt, die Weichen für eine bessere Arbeit einer zukünftigen Regierung zu stellen. Im übrigen schwebe ihm vor, daß das Land so organisiert werden solle, daß Polen – ähnlich wie Italien – seine Regierungen wie Handschuhe wechseln könne, ohne in irgendeiner Weise deshalb wirtschaftlichen oder sozialen Schaden zu nehmen.

6) Zum Teilnehmerkreis für die „Round Table“-Gespräche ist Wałęsa darauf vorbereitet, mit drei, fünf oder auch neun Personen in die Verhandlungen zu gehen. In der weiteren Phase könnten dann Arbeitsgruppen gebildet werden, die sich mit Fragen des gewerkschaftlichen, ökonomischen und politischen Pluralismus befassen sollten. Die Beteiligung der Kirche an den Verhandlungen sei unabdingbar. Für die Menschen in Polen sei sie die Institution, die ihnen die Gewähr biete, daß die Kommunisten nicht wieder versuchten, mit falschen Karten zu spielen.

7) Es werde sich zeigen, ob die notwendigen Veränderungen durch eine Revolution erzwungen werden müßten oder ob die Probleme auf evolutionärem Weg gelöst werden könnten. „Solidarność“ werde auch mit radikalen Mitteln kämpfen, um eine evolutionäre Entwicklung herbeizuführen. Man müsse verhindern, daß die kommenden Ereignisse in Anarchie ausarten. „Solidarność“ habe Verantwortungsbewußtsein und die Hand ausgestreckt; man erwarte keinerlei Privilegien, bestehe jedoch auf seinen Rechten. Er und seine Freunde wünschten, daß die jüngsten Streiks die letzten gewesen seien; Polen könne derzeit keine Streiks gebrauchen. Ob dies tatsächlich so kommen werde, hänge letztlich von anderen ab. „Solidarność“ sei gegebenenfalls in der Lage, in Kürze Streiks zu organisieren, die die fünffache Stärke der jüngsten Streiks aufwiesen. Sollte es angesichts der Haltung des Regimes dahin kommen, werde er folgende Forderungen stellen:

a) Angleichung der Löhne der Arbeiter an die Gehälter von Miliz und Militär.

b) Auflösung der kasernierten Bereitschaftspolizei ZOMO[5] und Verteilung der hierdurch möglichen Einsparungen an die polnischen Arbeiter.

c) Sofortige bedingungslose Zulassung von „Solidarność“.

Dies habe er Regimevertretern bereits erklärt. Wörtlich fügte Wałęsa hinzu: „Wir haben sie umzingelt. Sie können sich nur noch ergeben.“

Die Verhängung des Kriegsrechts sei als Waffe gegen „Solidarność“ heute nicht mehr einsetzbar. Das würde man gegebenenfalls beweisen.

8) Ich erklärte hierzu, wir seien an einer evolutionären Entwicklung in Polen interessiert wie auch daran, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Unter-

5 Zmotoryzowane Odwody Milicji Obywatelskiej.

schiede zwischen West- und Osteuropa zu mindern. Wir wollten eine Situation herbeiführen, in der die Bewohner dieses Kontinents friedlich und sicher leben könnten. Grenzen seien nicht zu verändern, man sollte ihnen jedoch ihren trennenden Charakter nehmen. Die schon heute in Europa gegebenen Probleme könnten nur noch gemeinsam angegangen werden.

Wałęsa erklärte, seine Zukunftsvision Europas sei meinen Darlegungen ähnlich. Europa könne durch die Wirtschaft zusammengeschlossen werden. Fast 50 Jahre Kommunismus hätten Polen verkrüppelt und den polnischen Arbeiter zum Bettler Europas gemacht.

9) Die Verantwortlichen in der Bundesrepublik Deutschland könnten Polen helfen, aus der jetzigen Situation herauszukommen. Hilfe sei nicht in Form von Krediten an die Regierung zu verstehen. Vielmehr solle die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Institutionen beider Länder gefördert werden. Voraussetzung hierfür sei, daß die Wirtschaft in Polen gänzlich entpolitisiert werde. Die Politik solle auf die zentrale und allenfalls noch regionale Ebene beschränkt bleiben. Eine Polen-Hilfe käme letztendlich ganz Europa zugute. In seiner derzeitigen Verfassung sei Polen eine Bremse für den europäischen Fortschritt.

Wertung

Für das Regime ergibt sich aus der Sicht Wałęsas das Dilemma, entweder in einem selbstzerstörerischen Immobilismus zu verharren oder weiter voranzuschreiten mit der Gewißheit, daß am Ende des Weges nur der Verlust der bisherigen Machtstellung stehen kann.

1) Er sieht seine Stunde gekommen, um das 1981 abgebrochene Werk der Veränderung der Machtverhältnisse zu Ende zu führen. Er ist überzeugt, durch Verhandlungen, zunächst über einen gewerkschaftlichen, dann wirtschaftlichen und schließlich politischen Pluralismus das Regime zur Aufgabe seines Machtmonopols zwingen zu können. Dann könnte nach seiner Ansicht Polen ohne Erschütterungen zu einer demokratischen Gesellschaftswirklichkeit finden. Die Alternative ist für ihn eine Auseinandersetzung, die Gewaltanwendung nicht ausschließt. Er gibt dem Regime keine Chance mehr, die Macht weiter allein gegen den Willen der jetzigen Opposition ausüben zu können.

2) Nach Äußerungen seines Pfarrers Jankowski war Wałęsa anläßlich seines letzten Besuchs in Schlesien beeindruckt von der Kampfbereitschaft der jungen Bergleute, die bereits mit Dynamit und Steinen gefüllte Gasflaschen an den Zechentoren in Stellung gebracht hätten. Auch habe Wałęsa von seiten der Polizei Signale erhalten, die auf eine mangelnde Einsatzbereitschaft schließen ließen. Vor einigen Jahren wäre dies noch undenkbar gewesen. Er habe zudem die Umfeldveränderungen durchaus beobachtet und gehe davon aus, daß die SU die Aushebelung der PVAP hinnehmen werde angesichts eigener gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Probleme, wie auch im Wissen um die Respektierung der von Polen abgeschlossenen Abkommen, insbesondere der Bündnispflichten, durch Wałęsa und seine Berater.

3) Wałęsa ist nicht bereit, das Regime jetzt aus der Verantwortung zu entlassen und damit die kommunistische Erblast der heutigen Opposition aufzuschultern, selbst wenn dies möglich sein sollte. Allenfalls käme im Zuge der „Round Table"-Gespräche eine von allen Beteiligten zu tragende Politik der nationalen Erneuerung und Reform in Frage. Dabei wird sich Wałęsa nicht ohne die Kirche be-

wegen. Nur mit Unterstützung der Kirche, mit Wahrung der Verantwortung für den desolaten Zustand Polens durch das heutige Regime rechnet er sich aus, bei der Bevölkerung Zustimmung zu seiner Politik zu finden. Nur bei diesen Voraussetzungen kann er auch hoffen, die Bevölkerung zu bewegen, sich in Geduld zu üben, bis die bereits durch Dynamisierung und Stärkung des privaten Sektors eingeleitete Wirtschaftsreform für den einzelnen eine fühlbare Besserung seiner Existenzbedingungen mit sich bringt.

4) Das Wochenende wird erste Erkenntnisse erlauben, wie weit die übrigen Oppositionellen bereit sind, Wałęsas Optionen zu folgen und auch darüber, welche Positionen im Politbüro im Ergebnis des Dialogs des Innenministers mit Wałęsa entwickelt wurden.[6] Die Apathie, mit der die Mehrheit der Bevölkerung den Ereignissen der letzten Wochen bisher gefolgt ist, läßt zweifeln, ob Wałęsas Siegeszuversicht berechtigt ist und er sich gegebenenfalls auf eine zum Engagement bereite Mehrheit stützen kann.

5) Das schließt nicht aus, daß die kommenden Wochen und Monate zu Entwicklungen bzw. Ausbrüchen führen können, durch die sich die politische Landschaft rasch in einem bisher nicht vorstellbaren Maße ändert mit Auswirkungen, die über Polen und über den Ostblock hinausgehen.

[gez.] Schoeller

Referat 212, Bd. 158526

250

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Mwinyi

13. September 1988[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Präsidenten der Vereinigten Republik Tansania, Ali Hassan Mwinyi, am 13. September 1988, 11.00 Uhr bis 12.15 Uhr im Bundeskanzleramt[2]

6 Botschafter Schoeller, Warschau, teilte am 12. September 1988 mit: „Die beiden oppositionellen Treffen in Danzig am Wochenende (10./11.9.) haben eine nachdrückliche Stärkung der Position Wałęsas ergeben. In seltener Einmütigkeit stellte die gesamte relevante polnische Opposition sich hinter ihn und sein politisches Konzept. Seine derzeitige Stellung als unbestrittene Nummer Eins läßt sich bestenfalls mit jener des August 1980 vergleichen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1389; Referat 212, Bd. 158526.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik am 26. September 1988 gefertigt und von Ministerialdirigent Hartmann, beide Bundeskanzleramt, am 30. September 1988 an Ministerialdirigent Jansen übermittelt. Dazu führte Hartmann aus: „In der Anlage übersende ich Ihnen zur persönlichen Kenntnisnahme von Herrn Bundesminister Genscher den vom Herrn Bundeskanzler genehmigten Vermerk".
Hat Jansen am 4. Oktober 1988 vorgelegen, der „vorab" die Fertigung von Ablichtungen für Staatssekretär Sudhoff und Ministerialdirektor Schlagintweit verfügte und handschriftlich vermerkte: „Original BM." Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178925.

2 Präsident Mwinyi besuchte vom 12. bis 16. September 1988 die Bundesrepublik und Berlin (West).

Teilnehmer:

Benjamin W. Mkapa, Minister für Auswärtige Angelegenheiten; Taimour S. Juma, Minister für Kommunikation und Verkehr von Sansibar.

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Hans Klein; Ministerialdirektor Horst Teltschik; Frau Perry Notbohm, Dolmetscherin.

Der *Bundeskanzler* hieß den Präsidenten herzlich willkommen. Er freue sich über das Zusammentreffen und über die Tatsache, daß sich der Präsident die Zeit nehme, auch etwas vom Land zu sehen, und nach Berlin reisen werde. Der Aufenthalt in Berlin werde für den Präsidenten sicherlich sehr interessant sein.

Er schlage vor, ein offenes Gespräch zu führen und, ohne Umwege zu wählen, über alle bilateralen und multilateralen Fragen zu sprechen, die beide Seiten interessieren würden.

Die Beziehungen seien ja sehr alt. Soweit ihm bekannt sei, solle im nächsten Jahr auch ein gemeinsames Jubiläum gefeiert werden.[3] Er vermute, daß Bundesminister Klein diese Gelegenheit erneut nutzen werde, nach Tansania zu reisen.

Der *Präsident* bedankte sich für den herzlichen Empfang und für die Gelegenheit des gemeinsamen Gesprächs über Fragen des beiderseitigen Interesses. Seit er in Bonn angekommen sei, habe er eine sehr großzügige Behandlung erfahren. Er sei von der Gastfreundschaft, die ihm und seiner Begleitung erwiesen werde, tief beeindruckt und werde sehr gute Erinnerungen mit nach Hause nehmen. Er sei sehr dankbar für die vielen Gelegenheiten, die ihm für wichtige Gespräche geboten würden.

Der Präsident erklärte, daß für ihn die wirtschaftliche Entwicklung seines Landes besonders wichtig sei. Der Lebensstandard seines Volkes habe Vorrang vor allen anderen Fragen. Als er die Regierungsgeschäfte übernommen habe, sei die Lage in Tansania geeint und stabil gewesen. Er habe sich vorgenommen, nicht als ein Präsident in die Geschichte einzugehen, der die Einheit und Stabilität seines Landes gefährdet habe. Man könne jedoch nicht von der Stabilität leben, sondern brauche Lebensmittel und andere Erfordernisse. Sein Land benötige eine gute Wirtschaft, um die Bedürfnisse der Bevölkerung erfüllen zu können.

Als er Präsident geworden sei, sei die wirtschaftliche Lage sehr schlecht gewesen. Dies sei nicht die Schuld der Regierung gewesen, der er ja vorher auch angehört habe. Vielmehr habe sich die wirtschaftliche Lage seit 1979 ständig verschlechtert. Dafür gab es verschiedene Gründe. Es fehle aber an wichtigen Mitteln, um die wirtschaftlichen Probleme zu überwinden.

Er habe sich deshalb an seine Freunde gewandt und Rat eingeholt. Aufgrund der erfolgten Ratschläge sei eine Einigung mit dem Internationalen Währungsfonds herbeigeführt worden.[4] Jetzt gehe es darum, die Unterstützung von den Freun-

[3] Am 6. Oktober 1889 erfolgte die Erstbesteigung des Kilimandscharo durch eine Expedition unter Leitung des deutschen Geographen Meyer. Im September 1988 vermerkte Referat 320 dazu: „Das hundertjährige Jubiläum soll auf tansanische Initiative im nächsten Jahr gefeiert werden." Vgl. Referat 322, Bd. 150020.

[4] Mit Schreiben vom 29. August 1986 informierte der IWF: „Am 28. August 1986 hat das Exekutivdirektorium des IWF den Antrag Tansanias auf ein Bereitschaftskreditabkommen über 64,2 Mio. SZR (Laufzeit 18 Monate) gebilligt. […] Besonderes Lob fanden die bereits durchgeführten Maßnahmen wie Abwertung des Schilling um nahezu 60 Prozent, Erhöhung der Zinsen und kräftige Erhöhung der Produzentenpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse. […] Es komme jetzt darauf an, neben einer

den zu erhalten. Die Freunde hätten Tansania geholfen. Darunter sei auch die Bundesrepublik Deutschland. Sie hätten immer auf die Bundesrepublik Deutschland gebaut, die stets mit ihnen durch dick und dünn gegangen sei. In der Bundesrepublik hätten sie große Unterstützung erhalten.

Die Einigung mit dem Internationalen Währungsfonds sei erreicht. Einige Bedingungen seien jedoch für sie sehr, sehr hart. Er sei besorgt, daß damit die Stabilität des Landes, wie er sie von Präsident Nyerere übernommen habe, verlorengehen könne.

So hätten sie die Währung um 600% abgewertet. Diese Entscheidung habe das Leben sehr viel schwieriger gemacht. Es sei aber gewissermaßen die Medizin gewesen, die man einer kranken Person verabreichen müsse. Bekanntlich sei Medizin immer bitter. Dies sei in Ordnung. Man müsse jedoch darauf achten, daß keine Überdosis verabreicht werde.

Er brauche jetzt eine Zeitspanne, um eine Bestandsaufnahme durchzuführen. Er müsse jetzt Sorge dafür tragen, daß eine Stabilität der Preise, der Importe und anderes gesichert werden könne. Sie gingen dabei davon aus, daß jeder Freunde habe. Die Bundesrepublik zähle zu ihren Freunden. Er bitte deshalb den Bundeskanzler, ein verständnisvolles Wort für Tansania beim Internationalen Währungsfonds einzulegen.

Sie hätten alles versucht, um die Vereinbarung mit dem Internationalen Währungsfonds durchzuführen. Dabei seien gute, aber auch schlechte Ergebnisse erzielt worden. Seine Hauptsorge sei die Tatsache, daß vor allem der Lebensstandard deutlich gesunken sei. Dies gelte vor allem für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes. Ihr Einkommen sei auf 70 US-Dollar pro Monat gesunken. Er bekomme beispielsweise als Präsident 60 US-Dollar pro Monat.

Um die wirtschaftliche Lage zu verbessern, hätten sie der Entwicklung der Landwirtschaft die Priorität gegeben. Sie würden vor allem Sisal, Kaffee, Tee, Baumwolle und Nüsse anbauen und exportieren.

Im Rahmen ihres Fünfjahres-Programmes hätten sie jetzt das dritte Jahr erreicht. Im ersten Jahr hätten sie noch mit Rückenwind gearbeitet. Aufgrund ausreichender Regenmengen und aufgrund höherer Preise sei die Produktion der Bauern erheblich angestiegen. Sie mußten aber danach feststellen, daß sofort neue Probleme auftraten, so das der Lagerung. Vorher habe man von der Hand in den Mund gelebt; jetzt seien dringend Lagerhäuser erforderlich geworden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1323

konsequenten Fortsetzung einer mehr markt-orientierten Preispolitik die ‚Vermarktung' landwirtschaftlicher Produkte zu liberalisieren und die Infrastruktur des Landes zu verbessern." Vgl. Referat 412, Bd. 130577.

Botschafterin Steffler, Daressalam, berichtete am 18. August 1988 über die laufenden Verhandlungen zwischen Tansania und dem IWF: „Nach guten Fortschritten am Rande Consultative Group Meeting in Paris (11./12.7.88) scheinen tansanische Verhandlungen mit IWF […] wegen interner Schwierigkeiten bei Meinungsbildungsprozeß innerhalb Regierung auf der Stelle zu treten. Problematisch sind nach wie vor Wechselkurs, Neustrukturierung Absatz Agrarprodukte (insb[esondere] Mais) und Zinspolitik […]. Tansanischer Seite ist bewußt, daß ohne Einigung mit IWF ca. 45 Mio. US-Dollar aus S[truktur]A[npassungs]F[azilität] vom Oktober 87 und 135 Mio. US-Dollar W[elt]B[ank]-Kredite blockiert wären, was negative Signalwirkung auf übrige Donor haben müßte. Auch erforderliche weitere Umschuldungsverhandlungen mit Pariser Club könnten nicht geführt werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 390; Referat 322, Bd. 150011.

Ein zweites Problem habe sich aus den fehlenden Transportmöglichkeiten ergeben. Ein Teil der Ernte sei deshalb verfault, weil sie nicht transportiert werden konnte. Die Straßen befänden sich in einem miserablen Zustand. Aufgrund des Devisenmangels seien sie nicht in der Lage, die Straßen zu reparieren. Das Transportproblem sei für sie das Problem Nummer eins.

Hinzu komme, daß auch die Anzahl der Lastwagen nicht ausreiche, den Transportbedarf zu decken. Ein weiterer Grund dafür sei die Tatsache, daß die Importkosten aufgrund der massiven Abwertung dramatisch gestiegen seien. 40 % der Transportkapazitäten befänden sich in privater Hand. Vor der Abwertung konnten von privater Seite Lkws gekauft werden. Jetzt sei der Preis für die Lkws jedoch erheblich gestiegen. Die Privaten seien deshalb nicht mehr in der Lage, ihre Lkws zu ersetzen oder instand zu halten. Der Verschleiß der Lkws sei aufgrund des schlechten Straßenzustandes sehr groß.

Das Ergebnis dieser Entwicklung sei, daß sie sich auf die Ausgangslage zurückentwickelten, weil alles nicht mehr finanzierbar sei, weder Ersatzteile noch die Reparaturen noch der Import von Öl und Benzin. Sie liefen Gefahr, auf den Stand zurückzufallen, wie er vor Beginn des IWF-Programms bestanden habe zu einer Zeit, in der die Bauern noch die Hacke benutzt hätten. Damals hätten sie gerade soviel produziert, wie sie für das Leben ihrer Familien gebraucht hätten. Die Situation würde sich immer mehr verschlimmern. Seine große Sorge sei, daß ein Stillstand eintrete.

Er bitte deshalb seine Freunde um Hilfe. Sie sollten den Internationalen Währungsfonds überreden, sie nicht zu hart zu behandeln. Sie bräuchten Konditionen, die machbar seien. Die Auflagen würden dazu führen, daß das Gegenteil von dem, was beabsichtigt sei, erreicht werde. Die Freunde Tansanias sollten die Notlage seines Landes begreifen. Beispielsweise verfügten sie nur über eine einzige Straße, die wirklich in Ordnung sei und die glücklicherweise einst von Deutschen gebaut worden sei.

Der Präsident berichtete, daß die Bauern 450 000 Ballen Baumwolle produziert hätten. Die Eisenbahn könne jedoch nur 30 000 Ballen pro Monat transportieren. Das alles sei jedoch Geld, das sie für den Import bräuchten. Dieses Geld liege praktisch fest, weil sie über keine hinreichenden Transportkapazitäten verfügten.

Bundesminister *Klein* wies den Präsidenten darauf hin, daß er den Herrn Bundeskanzler sehr intensiv über seine Eindrücke in Tansania[5] unterrichtet habe. Es sei offensichtlich, daß das Schlüsselproblem die mangelhaften Transportwege wie die Infrastruktur insgesamt sei. Er hätte ja dem Präsidenten bereits bei seinem Besuch gesagt: Warum setze er den Weg nicht dort fort, wo man in Tansania vor 70 Jahren begonnen habe? Er habe sich deshalb auch an Camdessus gewandt und ihn gebeten, gegenüber Tansania eine flexiblere Haltung einzuneh-

5 Bundesminister Klein hielt sich vom 24. bis 29. August 1988 in Tansania auf. Botschafterin Steffler, Daressalam, berichtete am 30. August 1988, über das Gespräch Kleins mit Präsident Mwinyi am 28. August: „In behutsamer Form erkundigte sich BM nach Verbleib der großen Geldsummen, die seit einem Vierteljahrhundert von unzähligen Gebern kontinuierlich nach Tansania geflossen seien." Mwinyi habe erwidert, „sie seien in Erziehung und Gesundheitswesen des Landes investiert und somit weise angelegt worden. Es seien dann aber die bekannten widrigen Umstände eingetreten, die es Tansania heute nicht mehr erlaubten, das bereits Erreichte zu erhalten und dem Land insgesamt hohe neue Leistungen abforderten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 407; Referat 322, Bd. 150009.

men. Er könne dem Präsidenten zusagen, daß die Bundesregierung noch ein weiteres Mal ihren Einfluß geltend machen werde.[6]

Als zweiten Punkt ginge es ihm darum, darauf hinzuweisen, daß es sinnvoll wäre, die deutschen FZ-Mittel jetzt auf die Verbesserung des Verkehrswesens zu konzentrieren, d.h. auf den Straßenbau und die Modernisierung der Eisenbahn sowie auf rollendes Material wie Lastkraftwagen. Hinzukommen sollte der Ausbau der Häfen und später vielleicht auch der Flugplätze. Morgen werde er ja mit dem Präsidenten darüber sprechen.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete diese Ausführungen von Bundesminister Klein als sehr vernünftig. Ohne eine funktionierende Infrastruktur könne keine Besserung in Tansania eintreten. Der Bau von Straßen bedeute Zukunft. Straßen verbinden.

Der *Präsident* bezeichnete die Aussagen des Bundeskanzler als Gipfel der Weisheit, weil sie auf die richtige Reihenfolge hinwiesen: Zuerst müßten Straßen gebaut werden, dann könne man erst an den Transport selbst denken.

Der Präsident berichtete, daß die Bauern in Tansania auch aufgrund des guten Regens in den letzten drei Jahren Wunder gewirkt hätten. Mit deutscher Unterstützung seien sie in der Lage gewesen, einige Lagerhäuser zu bauen. Dennoch könnten sie jedoch nicht den Bauern sagen, daß sie Ruhe bewahren und abwarten sollten. Was Bundesminister Klein angekündigt habe, werde die Bundesregierung auch tun, warf der *Bundeskanzler* ein. Es sollte jetzt mit dem Bau von Verkehrswegen begonnen werden. Der Präsident solle wissen, daß die Bundesregierung den Weg Tansanias mit Sympathie verfolge und hilfreich sein wolle.

Bundesminister *Klein* wies darauf hin, daß noch ein weiter Weg zu gehen sein werde. Er wolle aber noch auf einen anderen Punkt hinweisen, der der Bundesregierung sehr am Herzen liege. Es gebe auf Sansibar eine Reihe architektonischer Zeugen und Juwelen aus der gemeinsamen Geschichte, die jedoch sehr heruntergekommen seien.[7] Die Bundesregierung sei bereit, sich auch in diesem Bereich ein Stück zu engagieren.

Der *Präsident* bestätigte, daß es noch eine Reihe dieser alten Bauten gäbe. Es schmerze ihn, daß sie verfallen würden. Er sei sich bewußt, daß sie Teil der

6 Am 23. September 1988 vermerkte Vortragender Legationsrat Hiller zu den Verhandlungen zwischen Tansania und dem IWF: „Referat 320 ist bekannt, daß sich der deutsche Exekutivdirektor wiederholt auf Weisung für Tansania verwandt und unser Interesse an einem erfolgreichen Abschluß der Gespräche verdeutlicht hat. Dennoch möchte Referat 320 nochmals dringend darauf hinweisen, daß eine Einigung Tansanias mit dem IWF für das Land und für die Regierung Mwinyi, dessen Politik wir für vernünftig und erfolgversprechend halten, von existentieller Bedeutung sein kann. Ein Scheitern der Gespräche oder unter Druck angenommene Vereinbarungen, die soziale Unruhen in der Bevölkerung und Widerstand in der Einheitspartei zur Folge haben, werden die wirtschaftliche Entwicklung des Landes gefährden. Eine solche Entwicklung würde auch unserem Interesse an stabilen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in den Frontstaaten und in der Region des südlichen Afrika entgegenstehen.“ Vgl. Referat 322, Bd. 150011.

7 Botschafterin Steffler, ‚Daressalam, informierte am 10. Februar 1988: „Interesse am Erhalt von Gebäuden aus deutscher Kolonialzeit und Bereitschaft, Initiativen in diese Richtung zu ergreifen, sind Botschaft auch von weiteren Persönlichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland signalisiert worden. […] Es kann davon ausgegangen werden, daß eine umfassende Restaurierung ehemaliger Kolonialbauten von tansanischer Seite begrüßt würde. […] Tansanische Gesprächspartner weisen häufig auf gemeinsame koloniale Vergangenheit hin und stehen diesem Abschnitt der tansanischen Geschichte generell positiv gegenüber. Für das tansanische Interesse spielt zudem eine Rolle, daß die Mehrzahl der Gebäude heute z.B. als Verwaltungsgebäude, Krankenhäuser, Museen, Gerichte etc. genutzt werden.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 10; Referat 322, Bd. 150016.

gemeinsamen Geschichte seien. Er wolle jedoch darauf hinweisen, daß sein Land Prioritäten setzen müsse. Zuerst müsse er dafür Sorge tragen, daß die Menschen zu essen hätten. Ebenso brauche er Medikamente für Menschen als auch für Tiere.

Dies würde er sehr wohl verstehen, erwiderte der *Bundeskanzler*. Die Deutschen wüßten, was Hunger bedeute. Nach dem Zweiten Weltkrieg seien manche Städte bis zu 80 oder 90% zerstört gewesen. Vorrang habe jedoch die Versorgung der Menschen gehabt. Es gelte das Wort von Bertolt Brecht: Erst komme das Fressen und dann die Moral.[8] Alles andere sei Theorie. Dennoch plädiere er für eine schrittweise Restaurierung der alten Bauten. In diesem Zusammenhang erkundigte sich der Bundeskanzler nach dem Stand des Kulturabkommens.[9]

Außenminister *Mkapa* erläuterte, daß das Abkommen aufgrund der Bürokratie noch nicht weiter gediehen sei. Das Abkommen sei zwar bereits abgeschlossen, aber noch nicht implementiert worden.

Der *Bundeskanzler* bekräftigte noch einmal das besondere deutsche Interesse an diesem Kulturabkommen.

Der *Präsident* berichtete, daß eine Reihe der alten Bauten zum nationalen Erbe erklärt worden seien. Auch die UNESCO habe einige Bauten ausgewählt und restauriert. Insgesamt hätte sie jedoch bisher wenig getan.

Minister *Juma* wies darauf hin, daß die Erhaltung der alten Bauten auch für die Entwicklung des Tourismus wichtig sei. Sie hätten sich deshalb auch an eine Reihe von Freunden gewandt, um Hilfe zu erhalten. Sie fühlten sich verpflichtet, dieses kulturelle Erbe zu erhalten. Sicherlich sei richtig, daß die Prioritäten jedoch anders gesetzt werden müßten. Das gelte vor allem für den Bau von Straßen.

Bundesminister *Klein* erläuterte, daß sein Ministerium für alle Bereiche der Zusammenarbeit in der Entwicklungshilfe verantwortlich sei. Andere Probleme wie die Restaurierung alter Bauten seien z.B. beim Auswärtigen Amt angesiedelt. Auch aus diesem Grunde wolle er noch einmal auf die Bedeutung des Kulturabkommens hinweisen, durch das zusätzliche Mittel verfügbar würden.

Der *Bundeskanzler* fügte hinzu, daß ein Kulturabkommen auch deshalb wichtig sei, weil es inzwischen weltweit eine Entwicklung gebe, die die Ökonomie immer häufiger allein in den Vordergrund stelle. Er bestreite nicht, daß die wirtschaftlichen Probleme von großer Bedeutung seien. Auf Dauer wäre es aber zu wenig, wenn sie allein die Beziehungen zwischen Ländern bestimmen sollten. Die Erfahrung zeige, daß die Bindungen zwischen zwei Ländern im kulturellen Bereich

8 Vgl. Bertolt Brecht, Die Dreigroschenoper, 2. Akt, 2. Zweites Dreigroschen-Finale (‚Denn wovon lebt der Mensch').

9 Vortragender Legationsrat I. Klasse Eberle, z.Z. Daressalam, teilte am 20. Juli 1988 mit, im Rahmen der Kulturkonsultationen zwischen der Bundesrepublik und Tansania vom 12. bis 15. Juli 1988 seien die Verhandlungen über ein Kulturabkommen fortgesetzt worden: „Die Verhandlungen im Außenministerium in Daressalam verliefen in einer betont freundschaftlichen und herzlichen Atmosphäre. Über den Text des Kulturabkommens wurde volle Übereinstimmung erzielt. Das Abkommen als solches ist sonst unterschriftsreif. Die tansanische Seite konnte sich allerdings nicht mit der Statussicherung unseres Kulturpersonals im begleitenden Notenwechsel einverstanden erklären. Hier sind weitere Verhandlungen notwendig. Ich machte deutlich, daß ein Kulturabkommen ohne Statussicherung im Abkommen selbst oder im begleitenden Notenwechsel für die deutsche Seite nicht in Frage kommen könne." Vgl. den Drahtbericht Nr. 346; Referat 322, Bd. 150016.

tragfähiger als die ökonomischen seien. Dies habe die Geschichte bewiesen. Bindungen des Herzens seien dauerhafter als solche des Verstandes. Dies gelte im privaten, aber auch im politischen Bereich. Auch insofern habe sich die deutsche Politik im Vergleich zu seinem Vorgänger[10] verändert.

Der Bundeskanzler bekräftigte noch einmal, daß beides erforderlich sei: Der Bau von Straßen und die Entwicklung der kulturellen Beziehungen. Frankreich sei ein Beispiel für eine solche Politik. Die Deutschen würden mehr im ökonomischen Bereich tun, die Franzosen weniger; dennoch seien die Vorteile für Frankreich häufig größer.

Der *Präsident* erwiderte, daß sich Tansania dessen sehr bewußt sei, was Frankreich tatsächlich tue. Außenminister *Mkapa* fügte hinzu, daß es in Tansania durchaus eine entsprechende Sensibilität dafür gebe, alte Kulturwerte zu erhalten. Er erläuterte dies an zwei Beispielen, um zu verdeutlichen, daß die Regierung von Tansania um der Erhaltung alter Kulturdenkmäler willen die ökonomische Nutzung verhindert habe.

Der *Bundeskanzler* berichtete über die Erfahrungen während der Aufbauphase in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals seien viele Fehler gemacht worden, die heute korrigiert werden müßten. Er wolle deshalb den Präsidenten ermutigen, alles zu bewahren, was bewahrenswert sei. Er habe den Eindruck, daß der Präsident einen guten Weg eingeschlagen habe. Er sei gewillt, ihn dabei zu unterstützen. Er begrüße vor allem, daß der Präsident im Begriffe sei, sein Land zu öffnen. Ein Land nach außen abzuschließen, habe die Probleme noch nie lösen können.

Bundesminister *Klein* berichtete, daß die Deutschen in Tansania viel Sympathie genießen. Der *Präsident* fügte hinzu: Tansania sei ein Land, wo die Liebe zu Deutschland und zu den Deutschen einen Höhepunkt erreicht hätte. Dies gelte auch umgekehrt, warf Bundesminister *Klein* ein.

Der *Präsident* berichtete, daß es in Tansania eine Region gebe, in der Menschen leben würden, die älter als er seien und nicht glauben wollten, daß die Deutschen den Zweiten Weltkrieg verloren hätten. Sie hegten immer noch eine große Liebe zu Deutschland.

Der *Bundeskanzler* gab seinem Wunsch Ausdruck, einmal nach Tansania reisen zu wollen. Er müsse kommen, erwiderte der *Präsident*. Er sei besonders von dem Sinn für Disziplin und Leistung beeindruckt, den die Deutschen seinen Landsleuten vermittelt hätten. Als er die Regierung übernommen hätte, hätte jeder getan, was er wollte. Aber wie der Vater in der Familie die Kontrolle ausüben müsse, so gelte das für die Regierung gegenüber dem Volk.

Außenminister *Mkapa* berichtete, daß er wisse, daß in der Bundesrepublik viel über die japanische Herausforderung und über den Wettbewerb mit Japan gesprochen werde. In Tansania glaube niemand daran, daß jemand bessere Maschinen bauen könne als die Deutschen. Dies gelte selbst für die Produktion eines Messers.

Er fürchte die japanische Konkurrenz nicht, erwiderte der *Bundeskanzler*. Voraussetzung sei jedoch, daß die Deutschen wieder Leistung vor Freizeit stellen

10 Helmut Schmidt.

würden. In den letzten Jahren seien gute Fortschritte erreicht worden. Er habe zu dem früheren Ministerpräsidenten von Japan, Nakasone, gesagt, daß er keine Angst habe, wenn die Voraussetzungen auf beiden Seiten gleich seien. Japan selbst stehe vor großen kulturellen Herausforderungen. Nach dem Krieg sei die amerikanische Zivilisation der alten japanischen Kultur aufgestülpt worden. Japan befinde sich in einer Phase, seine eigene Identität wiederzufinden.

In der Bundesrepublik selbst sei die Lage gut. Seit sechs Jahren gebe es keine Inflation. Dies gelte nur noch für die Schweiz. Jetzt habe man sich das Ziel gesetzt, bis 1992 den Binnenmarkt zu erreichen.[11] Dies sei auch für Tansania ein wichtiges Datum. Auch deshalb sei es wichtig, die bilateralen Beziehungen auszubauen. Dies werde auch für Tansania nützlich sein.

Er habe das Gefühl, daß manche der Kollegen des Präsidenten die Bedeutung des Binnenmarktes noch nicht erkannt hätten. Drei große Wirtschaftszentren würden sich gegenwärtig entwickeln: Nordamerika, Japan und Europa. Es müsse das Interesse des Präsidenten sein, die Beziehungen zu Europa zu intensivieren. In diesem Zusammenhang seien die Beziehungen von Tansania auch zu Großbritannien wichtig.

Der Bundeskanzler fragte den Präsidenten nach seiner Einschätzung der Entwicklung im südlichen Afrika.

Der *Präsident* erklärte, daß er über die Gespräche zwischen Südafrika, Angola, den USA und Kuba[12] und auch über die zwischen Mosambik und Südafrika[13] sehr ermutigt sei. Seine Einschätzung könne man als vorsichtigen Optimismus umschreiben. Was das mögliche Ergebnis der Verhandlungen betreffe, seien seine Hoffnungen nicht sehr groß. Möglicherweise werde Südafrika wieder Versprechungen abgeben und sie am Ende nicht einhalten. Es könne nicht ausgeschlossen werden, daß Südafrika erneut einen Trick versuche oder die Abkommen umgehen werde.

Er wolle deshalb den Bundeskanzler dringend darum bitten, festen Druck auf Südafrika auszuüben, damit es sich nicht wieder aus der Affäre ziehen könne. Tansania wünsche Frieden. Es hätte nie in einer langen Periode des Friedens gelebt. Südafrika versuche immer wieder, Feinde auszumachen, die es selbst erfinde. Die Politik Südafrikas wirke sich auf die Frontstaaten[14] destabilisierend aus. Südafrika habe alle Kommunikationsstränge zwischen Simbabwe und dem Meer zerstört. Der ganze Handel müsse deshalb über Südafrika abgewickelt werden. Dennoch wolle er alles in allem sagen, sie seien vorsichtig optimistisch.

11 In Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 kamen die EG-Mitgliedstaaten überein, bis zum 31. Dezember 1992 einen Binnenmarkt zu schaffen, „in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital" gewährleistet sei. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

12 Zum Abschluß eines Waffenstillstands bei den Friedensgesprächen zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA vom 2. bis 5. August 1988 in Genf vgl. Dok. 215, Anm. 11.

13 Präsident Botha und Präsident Chissano trafen am 12. September 1988 in Songo zusammen. Botschafter Kraus, Maputo, berichtete am 30. September 1988, ein südafrikanischer Gesprächspartner habe mit dem Treffen „große Hoffnungen" verknüpft: „Es sei ein der Sicherheitskommission (s[iehe] Nkomati-Vertrag Art. 9) rangmäßig übergeordneter ‚Organismus' geschaffen worden, der damit beauftragt sei, die Kooperationsforschritte unmittelbar zu überwachen. Gremium würde in den nächsten Tagen zusammentreten. SA-Seite werde auch mit deutlichem – nicht näher spezifiziertem – Anti-RENAMO-Engagement hervortreten. […] Gesprächspartner sah neue und auch gerade von Militärs getragene strategische Linie." Vgl. den Drahtbericht Nr. 289; Referat 320, Bd. 155870.

14 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß er die Haltung des Präsidenten unterstützen möchte. Inzwischen sei die Uhr weitergelaufen. Er habe Präsident Botha während der letzten drei Jahre immer wieder gesagt, daß ihm die Zeit davonlaufe. Heute sei bereits die Entwicklung über ihn hinweggegangen. Die Umgebung von Präsident Botha richte sich bereits auf die Zeit nach ihm ein. Es sei eine alte Erfahrung, daß sich Vierzigjährige nicht mehr auf einen Siebzigjährigen einstellen.

Auch der Druck von außen nehme zu. Noch wichtiger sei ein solcher Druck, der sich im nichtpolitischen Bereich entwickle. So stelle bereits die südafrikanische Industrie und Wirtschaft die Frage nach ihrer Zukunft, wenn sich die gegenwärtige Politik in Südafrika nicht verändere. Sie wissen, daß die Ergebnisse negativ sein werden, wenn sich die Politik nicht ändere. Dieser Druck der südafrikanischen Wirtschaft sei gewissermaßen die wichtigste Sanktion gegen die politische Führung.

Bundeskanzler bekräftigte, daß er alles tun werde, um auf eine friedliche Entwicklung hinzuwirken. Es sei offensichtlich, daß Präsident Botha in eine Sackgasse geraten sei. Er habe Präsident Botha vor einem Jahr eine Botschaft gesandt mit der Bitte, Mandela freizulassen. Wenn Südafrika jetzt einen kranken Mandela freilassen werde, werde das nur noch 10% der Wirkung haben, als wenn sie ihn noch vor einem halben Jahr freigelassen hätten. Die südafrikanische Führung habe sich verrannt.

Für ihn gebe es zwei Möglichkeiten, fuhr der Bundeskanzler fort. Entweder betreibe man eine öffentliche Propaganda oder man versuche, tatsächlich Veränderungen zu bewirken. Der Bundeskanzler berichtete über sein Gespräch mit den Bischöfen aus Südafrika. Er habe nach diesem Gespräch Präsident Botha wissen lassen, daß ein Gesetz über das Verbot von ausländischer Hilfe[15] den Bruch bedeuten würde. Für ihn sei aber ebenso wichtig, erklärte der Bundeskanzler, daß es auch in Angola zu einem vernünftigen Ergebnis kommen werde. Er sei jedoch froh, daß der Präsident sich gedämpft optimistisch geäußert habe.

Der *Präsident* bedankte sich für das gute Gespräch und übermittelte dem Bundeskanzler eine formelle Einladung zu einem Besuch nach Tansania. Es wäre ein Besuch nach dem Motto: back home.

Referat 010, Bd. 178925

15 Zu einer geplanten Einschränkung der finanziellen Unterstützung von Oppositionsgruppen in Südafrika vgl. Dok. 177, Anm. 26.

251

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

424-411.10/08 GRO-592/88 VS-vertraulich **13. September 1988**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Britische Lieferung von Tornado-Flugzeugen nach Saudi-Arabien[4]

Bezug: Schreiben des BMVg vom 22.7.1988 – 537/88 VS-vertraulich

Anlg.: Bezugsschreiben (nur bei Original)[5]

Zweck der Vorlage: Zustimmung zu III.[6]

I. BMVg hat mit Bezugsschreiben (Anlage) das Auswärtige Amt um Stellungnahme zum britischen Vorhaben der Lieferung von weiteren 48 Tornados in Kampfversion IDS (interdiction strike) und Aufklärungsversion ADV (air defence version) – genaue Aufteilung in ADV und IDS noch nicht bekannt – nach Saudi-Arabien gebeten. Dieses Vorhaben hat der britische Verteidigungsminister Younger BM Scholz mit Schreiben vom 7.7.1988 mitgeteilt (Anlage zum Bezugsschreiben[7]). Danach haben britisches und saudisches Verteidigungsministerium am 3.7.1988 ein „formal understanding" über die Lieferung von Rüstungsgütern, darunter auch 48 Tornados, abgeschlossen.

Das Gesamtpaket im Auftragswert zwischen 5 und 15 Mrd. Pfund Sterling (15–46 Mrd. DM) soll nach Bericht der Botschaft London neben 48 Tornado-Flugzeugen, 30 Hawk-Trainer sowie 30 für militärische Verwendung angepaßte Zivilflugzeuge PC-9, 80 Hubschrauber, sechs Minenräum-/Jagdboote (Sandown-Klasse), zwei Flugbasen und verschiedenes Elektronikgerät umfassen.

Dieses britisch-saudische Rüstungsgeschäft hatte ein erhebliches Echo in den Medien („größtes Rüstungsgeschäft des Jahrhunderts") gefunden.

Nach Informationen, die die Botschaft London erhalten hat, scheinen bisher nur Optionen vereinbart worden zu sein.

II. 1) Gemäß Art. 2.3 der deutsch-britischen Vereinbarung „über die Ausfuhr von gemeinsam entwickeltem und/oder gefertigtem Rüstungsmaterial in dritte

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ackermann und Legationsrat I. Klasse Cappell konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 20. September 1988 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 2. November 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die vorgeschlagene Haltung ist mit Entschiedenheit zu vertreten."
Hat Ministerialdirigent Jansen am 2. November 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent von Kyaw an Referat 424 verfügte.
Hat Lautenschlager am 3. November 1988 erneut vorgelegen.
Hat Jelonek am 4. November 1988 erneut vorgelegen.
Hat Kyaw am 4. November 1988 vorgelegen.

4 Zum Verkauf von 72 Kampfflugzeugen vom Typ „Tornado" durch Großbritannien an Saudi-Arabien vgl. Dok. 128, Anm. 7.

5 Dem Vorgang beigefügt. Für das Schreiben des Bundesministeriums der Verteidigung vom 22. Juli 1988 vgl. VS-Bd. 14530 (424).

6 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „(Seite 4)." Vgl. Anm. 18.

7 Dem Vorgang beigefügt. Für das Schreiben des britischen Verteidigungsministers Younger an Bundesminister Scholz vom 7. Juli 1988 vgl. VS-Bd. 14530 (424).

Länder“ vom 25.5.1983[8] kann das BMVg das britische Verteidigungsministerium um Konsultationen ersuchen, falls erhebliche Bedenken gegen das britische Exportvorhaben bestehen.

2) Folgende Gründe sprechen dafür, Bedenken im Rahmen von Konsultationen vorzutragen:

– BSR hatte am 26.10.1983 entschieden, gegenüber britischem Tornado-Exportvorhaben (48 Tornados in IDS-Version und 24 Tornados in ADV-Version) nach Saudi-Arabien grundsätzlich Bedenken zu erheben, soweit die IDS-Version (= Angriffsversion) des Tornado geliefert werden soll. GB hat trotz der von uns erhobenen Bedenken 1985 48 Tornados IDS-Version und 24 Tornados ADV-Version an Saudi-Arabien verkauft, von denen bisher 20 geliefert wurden.

– Der Tornado in IDS-Version ist Kampfflugzeug, mit dem aufgrund hochmoderner elektronischer Ausrüstung mit radargesteuertem Autopiloten dicht über der Erdoberfläche gegnerisches Radar unterflogen werden kann. Die IDS-Version besitzt Allwetterfähigkeit. Diese Version ist erheblich gefährlicher als die ADV-Version.

  BSR hatte am 29.6.1988 entschieden, daß eine deutsche Direktlieferung von Streuwaffenbehältern für den Tornado nach Saudi-Arabien nicht genehmigt werden kann.

– Aufgrund der bisherigen israelischen Reaktionen zur britischen Tornado-Lieferung nach Saudi-Arabien aufgrund des Verkaufs von 1985 müssen wir davon ausgehen, daß sich Israel auch durch die Lieferung von weiteren 48 Tornados – zusätzlich zu den schon bisher an Saudi-Arabien verkauften 72 Tornados – in seiner Sicherheit bedroht fühlt. Israel hatte 1985 gegenüber GB sein „Mißfallen“ zu den britischen Tornado-Lieferungen zum Ausdruck gebracht und uns (AM Shamir/BM-Gespräch am 23.9.1985 und amtierender PM Mosche Arens/BM-Gespräch am 9.10.1985[9]) gefragt, ob wir britischen Export nicht verhindern können. Der Tornado würde das waffentechnische Gleichgewicht im Nahen Osten entscheidend verändern. BM hatte erläutert, daß wir Einwände vorgetragen hätten, aber kein Veto-Recht besäßen.

3) Folgende Gründe sprechen dafür, keine Bedenken im Rahmen von Konsultationen vorzutragen:

– BSR hat am 29.6.1988 – trotz der von AA und BMWi erhobenen Einwendungen – entschieden, gegen britische Lieferung von acht[10] Tornado-Flugzeugen (IDS-Version) nach Jordanien keine Bedenken gegenüber GB zu erheben.[11]

– BSR hat am 20.4.1983 entschieden, gegen die britische Lieferung von acht[12] Tornados in ADV-Version nach Oman keine Bedenken zu erheben.[13]

8 Für die deutsch-britische Regierungsvereinbarung vom 25. Mai 1983 über die Ausfuhr von gemeinsam entwickeltem und/oder gefertigtem Rüstungsmaterial in dritte Länder vgl. Referat 422, Bd. 135843.

9 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Minister ohne Geschäftsbereich, Arens, vgl. Dok. 128, Anm. 13.

10 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

11 Zur Lieferung von Kampfflugzeugen vom Typ „Tornado“ an Jordanien vgl. Dok. 128.

12 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

13 Zum Export von Kampfflugzeugen vom Typ „Tornado“ durch Großbritannien nach Oman vgl. AAPD 1983, I, Dok. 100.

– GB hat unseren 1983 vorgetragenen Bedenken gegen Lieferung von Tornados in IDS-Version nach Saudi-Arabien nicht Rechnung getragen. Es ist deshalb unwahrscheinlich, daß GB unsere Bedenken gegen weitere Lieferung von Tornados berücksichtigen wird. Nachdem erst vor kurzem (BSR am 29.6.1988) entschieden wurde, gegen britische Tornado-Lieferung nach Jordanien keine Bedenken zu erheben, könnten jetzt im Konsultationswege vorgetragene Bedenken auf britisches Unverständnis stoßen.[14]
– PM Thatcher hat Bundeskanzler in Gespräch am 9.7.1988 in Chequers[15] gebeten, darauf hinzuwirken, daß deutsche Seite keine Bedenken gegen erweiterte Tornado-Lieferung nach Saudi-Arabien geltend macht.[16]

[17]Die Abwägung ergibt, daß das AA dafür plädieren sollte, Bedenken im Rahmen von Konsultationen mit GB auch gegen zusätzliche Tornado-Lieferung nach Saudi-Arabien, soweit sie die IDS-Version betreffen, vorzutragen. Eine solche negative Haltung des AA liegt in der Kontinuität unserer Stellungnahme gegenüber bisherigen britischen Tornado-Liefervorhaben in Länder des Nahen Ostens (Saudi-Arabien und Jordanien). Bei Verwirklichung des jetzigen britischen Vorhabens würde Saudi-Arabien insgesamt 120 Tornado-Flugzeuge erhalten. Eine solch große Zahl von modernen Kampf- und Aufklärungsflugzeugen für Saudi-Arabien führt zu einer neuen Qualität der saudischen Luftstreitkräfte, die Israel als Bedrohung seiner Sicherheit ansehen kann.

III. Es wird um Zustimmung gebeten, dem BMVg mitzuteilen, daß aus der Sicht des AA die nach wie vor bestehenden Bedenken gegen britische Tornado-Lieferungen nach Saudi-Arabien gegenüber GB förmlich vorgetragen werden sollten und eine Befassung des BSR für erforderlich gehalten wird.[18]

D 3 i. V.[19] hat mitgezeichnet.

Jelonek

VS-Bd. 14530 (424)

14 Zu diesem Absatz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Das kann unsere Haltung nicht ändern."

15 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher am 9. Juli 1988 in Chequers vgl. Dok. 208.

16 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Woher wissen wir das? (Beifügen!)"

17 Beginn der Seite 4 der Vorlage. Vgl. Anm. 6.

18 Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Vgl. Anm. 6.
Bundesminister Genscher vermerkte dazu handschriftlich: „r[ichtig]".
Am 23. November 1988 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Ackermann Bundesminister Genscher: „1) Sie hatten zur Bezugsvorlage entschieden, daß BMVg mitgeteilt werden soll, daß die nach wie vor bestehenden Bedenken gegen britische Tornado-Lieferungen nach Saudi-Arabien gegenüber GB förmlich (im Rahmen des hierfür vorgesehenen Konsultationsverfahrens) vorgetragen werden sollen und daß eine Befassung des Bundessicherheitsrats für erforderlich gehalten wird. Mit Schreiben vom 7. November 1988 wurde BMVg entsprechend unterrichtet. 2) Sie hatten zur Bezugsvorlage gefragt, woher wir wissen, daß PM Thatcher Bundeskanzler in Gespräch am 9.7.1988 in Chequers gebeten hat, darauf hinzuwirken, daß deutsche Seite keine Bedenken gegen erweiterte Tornado-Lieferung nach Saudi-Arabien geltend macht. Dieses Wissen beruht auf Information ChBK (siehe beigefügten Vermerk vom 10.8.1988, Ziff[er] 2)." Vgl. VS-Bd. 14530 (424); B 150, Aktenkopien 1988.

19 Hans-Günter Sulimma.

252

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach

210-331.00 VS-NfD **16. September 1988**[1]

Über Herrn Dg 21[2], Herrn D 2[3], Herrn Staatssekretär[4] Herrn Bundesminister[5] zur Unterrichtung

Betr.: Alliierte Berlin-Initiative[6];
hier: Sowjetische Antwort

Anlg.: 3[7]

1) Die Drei Mächte haben uns unterrichtet, dass die SU gestern, am 15.9.88 durch Übergabe eines Aide-mémoire (inoffizielle englische Übersetzung in Anlage 1[8]) auf die alliierte Berlin-Initiative (s. alliiertes Aide-mémoire vom 29.12.87, Anlage 2[9]) geantwortet hat.

Die Sowjetunion erklärt sich bereit zu Gesprächen über „West-Berlin" unter dem Gesichtspunkt des Funktionierens des Vier-Mächte-Abkommens[10]. Vorsichtig regt sie an, Einzelheiten hierzu in den üblichen Kontakten zwischen den Vier Mächten in Berlin zu klären. In allen übrigen Fragen, einschließlich Luftverkehr, verweist sie nachdrücklich auf die Zuständigkeit der DDR und bekräftigt in sehr deutlicher Sprache ihre Statusauffassung.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach und Legationsrat I. Klasse Graf von Waldersee konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent Kastrup am 16. September 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Siehe meinen beigefügten Vermerk." Vgl. Anm. 14.

3 Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 16. September 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „MD Teltschik, der von MDg Dr. Duisberg unterrichtet war, sagte als erste Reaktion, er wolle dem Bundeskanzler vorschlagen, die offenen Berlinfragen mit GS Gorbatschow, falls diese bis zum Besuch nicht befriedigend in den Gesprächen AA/SAM gelöst werden könnten, sehr direkt aufzunehmen und darauf hinzuweisen, daß Leistungen nicht nur von einer Seite erbracht werden könnten."

4 Hat Staatssekretär Sudhoff am 16. September 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Niemand kann über dieses Echo überrascht sein!"

5 Hat Bundesminister Genscher am 18. September 1988 vorgelegen, der für den folgenden Tag um Rücksprache bat.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 20. September 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 210 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 20. September 1988 vorgelegen.

6 Präsident Reagan besuchte Berlin (West) am 12. Juni 1987 und legte in einer Rede vor dem Brandenburger Tor Grundlagen einer „Berlin-Initiative" dar. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 634–638. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 410–414. Vgl. AAPD 1987, I, Dok. 168, und AAPD 1987, II, Dok. 342.

7 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 8, 9 und 13.

8 Für die „Benign Embassy Translation of Soviet Aide-mémoire" vgl. Referat 210, Bd. 145178.

9 Für die vom Sprachendienst erstellte Übersetzung des Aide-mémoire der Drei Mächte vom 29. Dezember 1987 vgl. Referat 210, Bd. 145178.

10 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

Die Bonner Vierergruppe trifft heute, 16.9.88, 14.30 Uhr, zu einer ersten gemeinsamen Bewertung zusammen.[11]

Als Sprachregelung auf Anfrage ist vorgesehen: Verweis auf die Alliierten, erst bei Bestätigung der Antwort durch die Alliierten ebenfalls auf Anfrage die Bestätigung, daß die Alliierten uns über die Antwort unterrichtet haben und sie gemeinsam mit uns prüfen.

2) Im einzelnen

Nach einem Hinweis auf erfolgte Konsultationen mit der DDR beginnt die sowjetische Antwort mit einer klaren und in der Sprache sehr harten Bekräftigung alter sowjetischer Standpunkte zu Statusfragen: Es sei zu bedauern, daß die Regierungen der Drei Mächte die territorialen und politischen Realitäten in Mitteleuropa ignorierten und mit Verständnissen operierten, die mit dem gegenwärtigen Stand der Dinge nichts mehr gemein hätten. „Berlin" in dem Verständnis der Drei Mächte existiere seit langem nicht mehr. Die Drei Mächte hätten selbst „West-Berlin" von seiner natürlichen Umgebung abgetrennt. „Berlin" sei nun Hauptstadt der DDR und habe denselben Status wie jeder andere Teil des Territoriums der DDR. West-Berlin sei eine politische Formation mit einem besonderen Besatzungsstatus.

Diese Formulierungen weichen inhaltlich nicht von früheren Erklärungen und Routineprotesten der SU gegenüber den Drei Mächten ab, sind aber in der Form deutlich härter.

Die sowjetische Seite schließt Diskussionen mit den Drei Mächten über Fragen aus, die die Lage in Ost-Berlin oder allgemein Zuständigkeiten der DDR betreffen. Nur die DDR könne Partner in einem Dialog über solche Fragen sein. Dies beziehe sich auch auf alle Fragen des zivilen Luftverkehrs von und nach West-Berlin.

Der Hinweis auf die Zuständigkeiten der DDR ist nicht überraschend. Gesprächspartner in der DDR haben in der Vergangenheit uns gegenüber bedauert, im alliierten Memorandum völlig außen vor gelassen worden zu sein. Überraschend und kaum wörtlich zu verstehen ist der Hinweis, daß nur die DDR für Fragen des zivilen Luftverkehrs von und nach „West-Berlin" zuständig sein soll; dies steht im Widerspruch zu der Viermächte-Verwaltung der kreisförmig Berlin umschließenden Berlin Control Zone.

Zum alliierten Luftverkehrsregime bekräftigt die SU in allgemeiner Form ihre bekannten Grundsätze. Sie sieht keinen faktischen Bedarf für eine Erweiterung der Luftzugänge nach „West-Berlin". Deshalb könne die Frage nur die sein, wie

11 Am 16. September 1988 vermerkte Legationsrat I. Klasse Graf von Waldersee, in der Sitzung der Bonner Vierergruppe vom selben Tag sei von den Drei Mächten berichtet worden, „daß die sowjetische Antwort auf die alliierte Berlin-Initiative am 15.9.88 nachmittags" vom Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, übergeben worden sei. Bondarenko habe zum sowjetischen Aide-mémoire dargelegt, „der erste Teil sei die Darstellung wohlbekannter sowjetischer Auffassungen zum Status. Die Note habe nicht die Absicht, westliche Politik anzugreifen". In der Bonner Vierergruppe sei ferner vereinbart worden, daß das Auswärtige Amt zu etwaigen Anfragen bezüglich der sowjetischen Note erklären könne: „Die Bundesregierung ist unterrichtet, daß am 15. September in Moskau die SU den Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten eine Antwort auf das alliierte Aide-mémoire vom 29.12.87, das praktische Verbesserungen in der Lage Berlins vorschlug, übermittelt hat. Die sowjetische Antwort wird nun sorgfältig geprüft." Vgl. Referat 210, Bd. 145178.

die gegenwärtige abnormale Situation in Übereinstimmung mit den Forderungen des Völkerrechts gebracht werden könne, bei dem geforderten Respekt gegenüber der Souveränität der DDR und ihrer Zuständigkeit für ihren Luftraum.

Bemerkenswert ist, daß die SU trotz des behaupteten Respekts für die Souveränität der DDR Verhandlungen über die Grundlagen des alliierten Korridorregimes nicht aktiv anbietet. Der Hinweis auf die Erfordernisse der DDR-Souveränität klingt eher als Warnung vor Neuverhandlungen über ein Korridorregime und damit als Anzeichen dafür, daß nach Auffassung der SU möglicherweise alle Vier Mächte mit dem gegenwärtigen Regime leben könnten.

In bezug auf West-Berlin verweist die SU darauf, daß das Funktionieren und die volle und genaue Beobachtung des Viermächte-Abkommens von erster Bedeutung für die Lage in der Stadt seien. Unter diesem Gesichtspunkt sei die sowjetische Seite bereit, „einige Fragen in bezug auf West-Berlin" zu erwägen. Der Umfang dieser Fragen sowie Zeit, Ort und Ebene von Konsultationen könne im Rahmen der üblichen Kontakte zwischen der Botschaft der UdSSR in der DDR und den Missionen der Drei Mächte besprochen werden. Das Aide-mémoire endet mit einem unspezifizierten Hinweis auf „positive Entscheidungen", die bei Berücksichtigung der Rechte und Interessen aller teilnehmenden Seiten gefunden werden könnten.

Dieser Passus schließt positive Entwicklungen nicht aus, bedarf aber ganz besonderer Sorgfalt. Vor allem haben wir kein Interesse daran, den Mechanismus von Vier-Mächte-Konsultationen nach dem Schlußprotokoll zum VMA[12] vom 3. Juni 1972 auszulösen (Kopie in Anlage 3[13]). Insofern ist positiv zu werten, daß die SU selbst sehr vorsichtig an solche Gespräche herangeht und daß Einzelheiten (zu denen auch die Tagesordnung wird gehören müssen) vorher festgelegt werden. Auf den ersten Blick sind allenfalls internationale Veranstaltungen ein Themenbereich, der sowohl von der alliierten Initiative als auch von der sowjetischen Antwort abgedeckt wäre.)

3) Nach erster Analyse mit den Drei Mächten wird das weitere Vorgehen in enger Konsultation mit ihnen und in Abstimmung mit den interessierten Ressorts, vor allem CHBk, BMB und BMV, sowie dem Land Berlin festzulegen sein.[14]

Lambach

Referat 210, Bd. 145178

12 Vier-Mächte-Abkommen.

13 Dem Vorgang beigefügt. Für das „Viermächte-Schlußprotokoll" vgl. Referat 210, Bd. 145178.

14 Am 16. September 1988 zog Ministerialdirigent Kastrup folgendes Fazit: „1) Man muß das ganze Dokument auf sich wirken lassen. Hier sitzt jeder Satz. Ich kann mich nicht erinnern, daß von sowjetischer Seite in den letzten Jahren derartig klar formulierte Aussagen zur Lage Berlins gegenüber den Drei Mächten gemacht worden sind. Die östliche Position wird in chemisch reiner Form dargelegt. 2) Angesichts dieser eindeutigen Positionsbeschreibung halte ich Hoffnung, die Haltung Moskaus in Berlin-Fragen könne im Zuge des Ausbaus der bilateralen Beziehungen in absehbarer Zeit flexibler werden, für gegenwärtig nicht begründet. Die Antwort, für die man immerhin Dreivierteljahr benötigt hat, ist zweifellos von AM Schewardnadse gebilligt worden. Wo immer sowjetische Seite glaubt, daß ihre Grundsatzpositionen berührt sind, wird sie unnachgiebig sein. Wir sollten dies berücksichtigen, wenn wir die Ergebnisse der laufenden Berlin-Gespräche in Vorbereitung des Bundeskanzler-Besuches bewerten. 3) Der unmißverständliche Hinweis im vorletzten Absatz über die volle und präzise Beachtung des Vier-Mächte-Abkommens läßt deutlich erkennen, daß Regelung, die in sowjetischem Verständnis darüber hinausgehen und ‚Nachbesserungen' darstellen, nicht erreichbar sind. Stellt

253

Botschafter Ellerkmann, Bagdad, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 888 **Aufgabe: 18. September 1988, 14.20 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 19. September 1988, 07.41 Uhr**

Betr.: Lage der Kurden;
hier: Angeblicher Einsatz von chemischen Waffen gegen Kurden im Irak[2]

I. Letzte Entwicklung

1) Verteidigungsminister General Khairallah verneinte am 15.9. in Pressekonferenz vor etwa 100 westlichen Journalisten, darunter etwa zehn deutschen, den Gebrauch von C-Waffen gegenüber Kurden, die in die Türkei geflüchtet seien, schloß aber generell den Gebrauch von Gas-Waffen nicht aus. Er deutete an, daß keine Veranlassung bestehe, UN-Experten einreisen zu lassen. Journalisten sind 16.9. zu zweitägigem Besuch in den Norden des Landes gereist.

Verteidigungsminister sagte im einzelnen:

– Irak. militärische Aktion gegen „terroristische Kurden" habe vom 27.8. bis 5.9. gedauert.
– Ziel der Aktion sei gewesen, einen Streifen von 5–20 km entlang der Grenze (zur Türkei) von „Insurgenten" zu säubern.
– Die Aufständischen hätten tausende von kurdischen Zivilisten, darunter Frauen und Kinder, gezwungen, mit ihnen die Grenze zu überschreiten.
– Der Einsatz chemischer Waffen sei technisch unmöglich gewesen, da wegen der Beschaffenheit des Geländes das Kampfgas tagelang die Täler verseucht und die irak. Truppen gehindert hätte, die Gegend zu betreten.
– Ein Streifen von 5–20 km sei zu schmal, um CW einzusetzen. „It should not be used in an area of less than 50 square kilometres (19 square miles)."
– Auf die Frage, ob der Irak bei anderen Gelegenheiten Kampfgas eingesetzt hätte, antwortete der General: „The general rule is not to use it. But if there is this rule, then each rule has an exception."

Fortsetzung Fußnote von Seite 1336
man die sich allein am Wortlaut orientierende, restriktive sowjetische Interpretation in Rechnung, so ergibt sich, daß der Spielraum für praktische Lösungsmöglichkeiten sehr eng ist." Vgl. Referat 210, Bd. 145178.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 9.

2 Referat 311 informierte am 19. September 1988, daß die Frage eines möglichen Chemiewaffeneinsatzes der irakischen Regierung gegen im Irak lebende Kurden nach Vorfällen im März 1988 erneut akut sei. Die irakische Regierung habe nach Beginn des Waffenstillstandes im irakisch-iranischen Krieg am 20. August 1988 Truppenverbände in den Nordirak verlegt und dort unter Einsatz von Luftwaffe und Artillerie „kurdische Widerstandsgruppen bekämpft, die im Kriege mit Iran zusammengearbeitet hatten". Bei den Militäraktionen sei von den irakischen Truppen auch Giftgas gegen kurdische Flüchtlinge eingesetzt worden. Während die irakische Regierung solche Einsätze bestritten habe, hätten die USA und Großbritannien erklärt, daß hierfür eindeutige Beweise vorlägen. Allerdings seien die Beweise bislang nicht veröffentlicht worden, „weil damit nachrichtendienstliche Erkenntnisquellen kompromittiert werden könnten". Vgl. Referat 311, Bd. 154117.

– Andere Nationen, einschließlich der USA, hätten in der Vergangenheit chemische Waffen eingesetzt.
– Auch besäßen GB und USA darüber hinaus Atombomben neben chemischen Waffen doch wohl nur, um eine Möglichkeit zu haben, sie auch zu benutzen.
– Der amerikanische Senator, der den Gesetzesvorschlag eingebracht habe[3], sei nicht in der Lage gewesen, auch nur zwei Orte in der kurdischen Region des Irak zu benennen, gegen die Gas eingesetzt worden sein soll.
– Es handle sich bei der Maßnahme gegen die Kurden nicht um Völkermord, sondern um eine ordnungsgemäße Umsiedlung. Ein Teil der Ortschaften entlang der Grenze hätte aus militärischen oder aus Gründen allgemeiner Entwicklungspläne zerstört werden müssen. „When I remove a village from a certain place which lacks the minimum level of civilized life ... and move it to a (housing) complex where all services are provided, I would like you to answer me, is that genocide?"
– Schließlich meinte General Khairallah, der Irak habe bisher nicht erörtert, die Beziehungen zu Washington abzubrechen.

2) „Bagdad Observer" vom 17.9. gibt unter der Überschrift „Turkey critical of European campaign" türkische Äußerungen wieder. Ein Sprecher des türk. Außenministeriums soll lt. Tageszeitung „Milliyet" die anti-türkische europäische Kampagne zurückgewiesen haben. Die Türkei bestehe darauf, daß Irak keine chemischen Waffen gegen die kurdischen Rebellen eingesetzt habe. Die Türkei bleibe bei ihren Feststellungen trotz „pressure and blackmail". Ferner habe die Tageszeitung „Tercüman" ein Interview mit Dr. Bontari (keine Angaben zur Nationalität) wiedergegeben, der ein internationales Ärzteteam leite, um die Behauptungen vor Ort zu überprüfen. Dr. Bontari soll Lager in der Gegend von Diyarbakir besucht und keinen Fall der Anwendung von C-Waffen festgestellt haben.

3) Informations- und Kultusminister Jassim warnte Israel am 17.9. vor Angriffen auf irak. Industrieprojekte unter dem Vorwand, es handle sich um chemische Produktionsstätten, wie dies am 7.6.81 geschehen sei, als die israelische Luftwaffe den irakischen Versuchsreaktor „Tammuz" angegriffen habe.[4] Jassim bezog sich auf eine Drohung des israelischen Justizministers[5], der bei einem Besuch in Haifa, wie am 16.9. in der Zeitung „Al Hamishmar" veröffentlicht worden sei, gesagt haben soll, die israelischen Sicherheitskräfte würden darüber entscheiden, wann und wie Israel geeignete Maßnahmen ergreifen würde, die Kampfgaseinrichtungen der irak. Armee zu eliminieren. Jassim bedeutete den Israelis, sie sollten keine Illusionen haben, für die sie bitter bezahlen müßten, wenn sie ein Ziel innerhalb Iraks angriffen. „We know that one of the main objectives of the American campaign against Iraq is to give the legitimate cover (for Israel) to mount a foolish attack against Iraq."

3 Der amerikanische Senator Pell brachte am 8. September 1988 einen Gesetzentwurf („Prevention of Genocide Act of 1988") im Senat ein, der am folgenden Tag angenommen wurde. Der Gesetzentwurf sah u. a. das Einfrieren amerikanischer Kredite an den Irak, ein Exportverbot amerikanischer Rüstungsgüter und ein Importembargo gegen irakisches Erdöl vor. Vgl. den Artikel „Senate Votes Sanctions Against Iraq"; THE WASHINGTON POST vom 10. September 1988, S. A 1 und A 13.

4 Zum israelischen Angriff auf die irakische Nuklearanlage „Osirak" am 7. Juni 1981 vgl. AAPD 1981, II, Dok. 173 und Dok. 179.

5 Avraham Sharir.

4) AM Tariq Aziz äußerte gegenüber INA[6] am 17.9., Irak sei gebunden an und respektiere das Genfer Protokoll von 1925[7] gegenüber den Vertragsparteien, die sich an das Protokoll hielten. Er fügte hinzu, Irak habe dies stets in allen internationalen Versammlungen einschließlich der Generalversammlung der VN bestätigt.

5) Aus Gesprächen mit US-Botschaft ist folgendes festzuhalten: Das State Department sei über die Formulierung des Senatsentwurfs nicht glücklich. Vokabeln wie „genocide“ und „conclusive evidence“ seien wohl zu weitgehend. Der politische Referent der US-Botschaft in Ankara und ein Konsul des amerikanischen Konsulats in Adana hätten mehrere kurdische Flüchtlingslager besucht und eine große Anzahl von Aufnahmen gemacht. Sie seien aber nicht medizinisch vorgebildet und hätten keine kurdischen Sprachkenntnisse. Die mündlichen Schilderungen der kurdischen Flüchtlinge müßten nicht unbedingt zutreffen. Ob das fotografische Material ausreiche, Verletzungen durch CW zu beweisen, sei noch nicht bekannt. Andererseits läge aus anderen Quellen, die nicht preisgegeben werden könnten, überzeugendes Beweismaterial vor. Hierüber könne jedoch nicht gesprochen werden. US-Botschaft ließ erkennen, daß bevorstehende Wahl in den USA[8] bei der Initiative zu einem Boykott-Gesetz gegen den Irak eine Rolle spielen könnte. Immerhin würden mit einem neuen Präsidenten im Nov. auch ein Drittel der Senatoren und alle Mitglieder des Abgeordnetenhauses neu gewählt. Bezeichnend sei, daß die Kandidaten des Mittleren Westens, die auf bestimmte Wählerstimmen keine Rücksicht zu nehmen hätten, bereits erreicht haben, daß von einem Handelsembargo landwirtschaftliche Produkte ausgenommen würden.

[9]6) EG-Demarche wurde am 18.9. vormittags durch Troika gegenüber StS Hamdoun, IAM[10], ausgeführt.

Griechischer Kollege[11] trug folgende Punkte vor:

– Bitte der 12, daß Amnestie-Angebot an die Kurden[12] verlängert werde,
– humanitäre Bitte, daß zurückkehrende Kurden in zufriedenstellender Weise wieder angesiedelt und ausreichende wirtschaftliche und soziale Hilfe geleistet würde,
– irak. Regierung sollte zur Prüfung der Frage, ob C-Waffen gegen Kurden eingesetzt wurden, die Einreise einer UN-Untersuchungskommission zulassen.

6 Iraqi News Agency.

7 Für den Wortlaut des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 173–177.

8 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

9 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 889 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

10 Irakisches Außenministerium.

11 Epaminondas Peyos.

12 Botschaftsrat I. Klasse Freundt, Bagdad, informierte am 7. September 1988, der irakische Revolutionsführungsrat habe am Vortag „eine Amnestie für alle Kurden verkündet, die sich bis zu diesem Datum ‚illegaler Aktionen‘ schuldig gemacht“ hätten: „Die Amnestie gilt für alle Kurden im Inland und im Ausland. Die sich im Ausland aufhaltenden Kurden werden aufgefordert, innerhalb von 30 Tagen in den Irak zurückzukehren. Allen denjenigen, die im Ausland Arbeit gefunden haben oder studieren, wird freie Aus- und Einreise garantiert. Die Amnestie erstreckt sich auch auf alle diejenigen, die sich nach Aburteilung in Gefängnissen oder Gewahrsam befinden. Sie sollen unverzüglich enthaftet werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 857; Referat 311, Bd. 154116.

StS Hamdoun (früherer Botschafter in Washington), der sich in dem dreiviertelstündigen Gespräch sehr zuvorkommend und fast freundschaftlich zeigte, erwiderte wie folgt:

– Bei der Gewährung der Amnestie handele es sich um eine interne irak. Angelegenheit: „We cannot accept your proposal." Aber man würde unseren Vorschlag prüfen. Er verstehe unsere Sorgen, die auf humanitärer Basis vorgetragen wurden. Eine Verlängerung der Amnestie würde aber davon abhängen, wie viele Kurden in der noch verbleibenden Frist in den Irak zurückkehren würden.
– Bezüglich wirtschaftlicher und sozialer Hilfsprogramme bei der Wiederansiedlung würde alles getan, um die Rückkehrer zufriedenzustellen. Sie würden innerhalb der autonomen Kurdenregion wiederangesiedelt und nicht etwa in andere Teile des Landes verbracht. Bei den Maßnahmen gegen die Kurden hätten nicht nur militärische Gesichtspunkte eine Rolle gespielt, nämlich einen überschaubaren Sicherheitsstreifen entlang der Grenze herzustellen, sondern auch für eine bessere Versorgung der dort lebenden Bevölkerung Sorge zu tragen. Es handele sich um sehr unzugängliches Gebiet, in dem es weder eine genügende Wasser-, noch eine medizinische Versorgung gegeben habe.
– Auf den Vorschlag, eine UN-Delegation einreisen zu lassen, bemerkte Hamdoun, es läge bereits ein identischer Wunsch des GS der VN[13] vor, der ablehnend beschieden worden sei. Es handele sich auch hier um eine interne Angelegenheit. Kein souveräner Staat würde in einem solchen Fall die Einreise einer UN-Delegation gestatten. Ihm sei ein solcher Fall bisher nicht bekannt geworden. Die Begründung für eine solche Einreise sei nicht überzeugend. Es handele sich um Beschuldigungen aus den USA und GB, die längst widerlegt seien. Journalisten und andere Personen hätten durch Besuche in den Sammellagern in der Türkei festgestellt, daß CW nicht eingesetzt worden sei. StS Hamdoun verwies auf die Erklärung von AM Tariq Aziz vom 17.9. (vgl. Ziff. 4 oben) und meinte, hiermit sei klargestellt, daß der Irak die Genfer Konvention achte.
– Auf meine Frage, wie der Verteidigungsminister zu verstehen sei, der einen Tag zuvor festgestellt habe, daß man sich generell an das Verbot halten wolle, aber Ausnahmen denkbar seien, erwiderte Hamdoun, so sei der Verteidigungsminister nicht zu verstehen gewesen. AM Tariq Aziz habe dies klargestellt, allerdings mit der Einschränkung, daß dies nur „towards the parties who abide by the same" gelte. Die meisten Unterzeichnerstaaten des Genfer Protokolls von 1925 hätten dies bei der Unterzeichnung vermerkt, der Irak damals auf Anregung von GB. Hiermit sei gesagt, daß sich der Irak nur dann an das Genfer Protokoll gebunden fühle, wenn der Gegner ebenfalls kein Kampfgas einsetze.
– Meine weitere Frage, ob die Erklärung von AM Tariq Aziz auch die Resolutionen 612 und 620 des SR[14] umfaßten, bejahte er.

13 Javier Pérez de Cuéllar.

14 Zur Resolution Nr. 612 des VN-Sicherheitsrats vom 9. Mai 1988 vgl. Dok. 154.
Die Referate 311 und 230 legten am 16. September 1988 dar, die Bundesregierung habe sich nach Resolution Nr. 612 für eine weitere Resolution eingesetzt und einen Entwurf miteingebracht, „der

II. Wertung und Stellungnahme aus hiesiger Sicht

Botschaft ist der Auffassung, daß wir wie bisher den Beschuldigungen, der Irak habe gegen kurdische Rebellen und Zivilbevölkerung Gas eingesetzt, beharrlich nachgehen und dabei mögliche Belastungen des bilateralen Verhältnisses in Kauf nehmen sollten. Sollte der Irak, was bisher nicht bewiesen ist, trotz der Resolutionen 612 und 620, von der eindeutigen Völkerrechtslage im übrigen abgesehen, abermals Gas eingesetzt haben[15], dazu gegen unschuldige Zivilbevölkerung, wären wir es nicht zuletzt unserer eigenen Glaubwürdigkeit schuldig, in den Bemühungen, die Wahrheit zu ermitteln, nicht nachzulassen. Immerhin dürften die sofortigen und eindeutigen Reaktionen westlicher Länder dazu geführt haben, daß die militärische Aktion gegen die kurdische Minderheit örtlich und zeitlich begrenzt wurde und, falls chemische Waffen eingesetzt wurden, dies allenfalls gegen Einzelziele und nicht flächendeckend geschehen sei.

Bei unseren Überlegungen sollte aus hiesiger Sicht jedoch folgendes bedacht werden:

1) Die USA scheinen bisher kein Beweismaterial zu besitzen, das sie offen verwenden können. Um so mehr käme es darauf an, die Auswertung des vor Ort von amerikanischen Diplomaten hergestellten Fotomaterials durch Fachleute vornehmen zu lassen und die Ergebnisse bekannt zu geben.

Ganz allgemein herrscht hier – auch unter kritischen Beobachtern – die Meinung vor, daß die US-Senats-Initiative auch wahlbedingt sei und auf bestimmte Wählerschichten ziele. Sollten tatsächlich landwirtschaftliche Produkte von einem Embargo ausgeschlossen sein, könnte dies nicht offensichtlicher werden.

2) Türkische Schutzbehauptungen zugunsten des Irak sind nur zu verständlich. Das türk. Verhalten den eigenen Kurden gegenüber in diesem Jahrhundert dürfte den Maßnahmen des Irak in nichts nachstehen. Immerhin werden irak. Kurden in der Verfassung eine eigene Nationalität und eine eigene politische und kulturelle Autonomie zugesichert. Es gibt bis heute eine kurdischsprachige Tageszeitung, einen kurdischen Vize-Präsidenten[16] und einen kurdischsprachigen Radiosender, während den türkischen Kurden keines dieser Rechte gewährt wird. Auch in Zukunft werden wir davon ausgehen müssen, daß die Türkei und der Irak sich sehr schnell einig sein werden, wenn es um Kurdenprobleme diesseits oder jenseits der Grenze geht.

3) Der Iran hat noch weniger Veranlassung, sich kritisch zur Behandlung der Kurden im Irak zu äußern. Schließlich ist es der Iran gewesen, der am 13.6.1975 mit dem Irak ein 9 Artikel umfassendes Protokoll unterzeichnet hat, aus dem

Fortsetzung Fußnote von Seite 1340

am 26.8.1988 als SR-Res. 620 verabschiedet" worden sei. Resolution Nr. 620 ziele darauf ab, „dem Entstehen einer Praxis entgegenzuwirken, die den CW-Einsatz als erlaubte, gewohnheitsmäßige Kriegsführungsmaßnahme ansieht". Vgl. Referat 311, Bd. 154133.
Für den Wortlaut von Resolution Nr. 620 des VN-Sicherheitsrats vom 26. August 1988 vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1988, S. 12.

15 Zum Einsatz von Chemiewaffen durch den Irak vgl. Dok. 99.
Ministerialdirektor Schlagintweit informierte am 4. August 1988: „Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat vor wenigen Tagen dem Sicherheitsrat Berichte einer von ihm eingesetzten Expertenkommission zur Untersuchung des Einsatzes chemischer Waffen im Krieg zwischen Irak und Iran vorgelegt. Aus Berichten geht hervor, daß chemische Waffen massiv gegen iranische Streitkräfte verwendet worden sind. Auf irakischer Seite stellten Experten eine geringe Zahl von durch chemische Waffen Verletzten fest." Vgl. Referat 311, Bd. 154132.

16 Taha Muhi ad-Din Maruf.

sich bis in die letzten Einzelheiten ergibt, was der Iran in Zukunft an Unterstützung der irak. Kurden zu unterlassen sich verpflichtet hat.[17] Dies ist eine Hauptgrundlage des Algier-Vertrags[18]. Seit Beginn des Khomeini-Regimes[19] ist keiner dieser Artikel eingehalten worden. Vielmehr wurden sowohl die Barzani-Rebellen im Norden wie die Talabani-Kurden im Süden Kurdistans in Verletzung des Algier-Abkommens militärisch und anderweitig umfassend und ständig unterstützt.

Aber auch bei der Behandlung der eigenen Kurden ist im Iran die Mißachtung von Menschen- und Minderheiten-Rechten eher die Regel.

4) Alle Gespräche und Äußerungen lassen den Schluß zu, daß der Irak weder zugeben wird, daß er gegen die Kurden bei den kürzlichen Maßnahmen CW eingesetzt hat, noch daß er für die Zukunft dem Gebrauch dieser Waffe abschwören, wie vermutlich der Iran dem internationalen Terrorismus verbunden bleiben wird. Die Drohgebärden zwischen Israel und dem Irak zeigen die ganze Gefährlichkeit einer hoffentlich nicht eintretenden Entwicklung. Eine noch ganz unter Waffen stehende, gut ausgerüstete und erfahrene irakische Armee von über 1,1 Mio. Mann muß jedem Beobachter im Nahen Osten zu denken geben, auch den Israelis. Auch die Tatsache, daß bisher weder die Kampfgasproduktion noch die Umrüstung von russischen Scud 5 auf Reichweiten bis 650 und 950 km eingestellt wurden, läßt es um so dringlicher erscheinen, mit allem Nachdruck die Implementierung von Res. 598[20] zu betreiben. Wenn es nicht gelingt, über eine zügige Implementierung den Rüstungsstand der irak. Streitkräfte zu reduzieren, könnte dies schlimme Folgen haben. Es dürfte kein Zweifel bestehen, sollten chemische Werke im Irak von israelischer Seite aus der Luft angegriffen werden, daß der Irak mit Raketen antwortet. Einer solchen möglichen Eskalation ist mit allen Mitteln zu begegnen.

[gez.] Ellerkmann

Referat 311, Bd. 154117

17 Am 13. Juni 1975 wurde in Bagdad der Vertrag zwischen Irak und Iran über die Staatsgrenze und nachbarschaftliche Beziehungen unterzeichnet. Teil dieses Vertrages war das Abkommen zwischen Irak und Iran vom 13. Juni 1975 über Sicherheit an der irakisch-iranischen Grenze. Für den Wortlaut des Vertrags mit Anhängen vgl. UNTS, Bd. 1017, S. 136–213.

18 Für den Wortlaut des zwischen Irak und Iran geschlossenen Vertrags von Algier vom 6. März 1975 vgl. UNTS, Bd. 1017, S. 196 f.

19 Im Iran kam es seit Januar 1978 zu sich ständig verschärfenden Demonstrationen gegen die Herrschaft des Schahs Reza Pahlevi, der das Land am 16. Januar 1979 verließ. Nach der Rückkehr von Ayatollah Khomeini aus seinem Exil in Frankreich am 1. Februar 1979 wurde am 1. April 1979 die Islamische Republik Iran proklamiert. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 258, Dok. 332, Dok. 340, Dok. 362 und Dok. 393, sowie AAPD 1979, I, Dok. 49 und Dok. 103.

20 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrates vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 1, Anm. 33.
Zur Anerkennung der Resolution Nr. 598 durch die iranische Regierung vgl. Dok. 217, Anm. 4.

254

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Mahathir

19. September 1988[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem malaysischen Premierminister Mahathir am Montag, den 19.9.1988, 11.00–12.30 Uhr[2]

Teilnehmer auf deutscher Seite: der Bundeskanzler, Bundesminister Dr. Klein, VLR I Dr. Ueberschaer als Note-taker;

auf malaysischer Seite: Premierminister Mahathir, ein Begleiter als Note-taker.

Der *Bundeskanzler* (BK) unterstreicht einleitend seinen sehr positiven Eindruck der freundschaftlichen und problemlosen bilateralen Beziehungen. Er sei sehr daran interessiert, von PM Mahathir (PM) über die Entwicklung Malaysias unterrichtet zu werden; ebenso interessiere er sich für dessen Urteil über die regionale Zusammenarbeit innerhalb von ASEAN. Er selbst gebe der Zusammenarbeit EG–ASEAN große Chancen. Im übrigen sei er interessiert, von seinem Gast dessen Bewertung der Lage in Birma und in Kambodscha zu erhalten.

PM dankt für die herzliche Begrüßung: Er habe schon lange nach Deutschland kommen wollen; es sei dies sein erster offizieller Besuch als Regierungschef in Deutschland.

Er könne der Bewertung von BK zustimmen: Die bilateralen Beziehungen seien gut und problemlos. Aus seiner Sicht spiele Deutschland eine gute und hilfreiche Rolle innerhalb der EG als Vorkämpfer des Freihandels.

Wichtigstes Element der bilateralen Beziehungen sei der Handel. Unser Handelsaustausch sei beträchtlich. In der EG sei D Malaysias größter Handelspartner.

Seine Regierung sei durch die Zunahme protektionistischer Tendenzen in der EG beunruhigt, die diesen bilateralen Handel abschnüren könnten – insbesondere wenn im Jahre 1992 der europäische Binnenmarkt verwirklicht sei.[3]

Auch und gerade hier erhoffe sich Malaysia von D einen positiven Einfluß in der EG im Hinblick auf die Verteidigung des Freihandels.

Bilateral sei Malaysia an einem weiteren Ausbau des Handelsaustausches mit uns interessiert; diesen wolle er ja auch durch seine zahlreichen Gespräche in Deutschland fördern.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, am 12. Oktober 1988 gefertigt und am 9. November 1988 „zur Unterrichtung des Auswärtigen Amtes“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bächmann übermittelt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ahrens vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Sausen am 19. November 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Attaché Heltmann verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 342, Bd. 137150.

2 Ministerpräsident Mahathir hielt sich vom 18. bis 22. September 1988 in der Bundesrepublik auf.

3 In Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 kamen die EG-Mitgliedstaaten überein, bis zum 31. Dezember 1992 einen Binnenmarkt zu schaffen, „in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital“ gewährleistet sei. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

In den letzten beiden Jahren habe die bilaterale Handelsbilanz einen Überschuß zugunsten Malaysias ausgewiesen. Bei den Statistiken hierüber gebe es häufig Meinungsverschiedenheiten, da vielfach der Handel über Drittländer nicht in die bilateralen Handelsziffern einbezogen werde. So ergäben sich häufig falsche Werte beim Handel, der über die Häfen von Singapur und Rotterdam abgewickelt werde. Größtes Handelsproblem Malaysias mit uns sei gegenwärtig die EG-Quotenregelung für tropische Hart- und Furnierhölzer. Die Quoten seien seit Jahren stets gleich geblieben.

Gewisse Probleme gebe es auch in den Fremdenverkehrsbeziehungen: Malaysia sei sehr an deutschen Touristen interessiert, da diese eine unmittelbare Devisenquelle bedeuteten. Die Einreise deutscher Touristen nach Malaysia werde aber dadurch eingeschränkt, daß der malaysischen Luftverkehrsgesellschaft nur drei Anflüge nach Frankfurt wöchentlich erlaubt würden. Mehr wöchentliche Landerechte würden mit dem Hinweis auf mangelnde Gegenseitigkeit verweigert.

Da Lufthansa sowohl Singapur als auch Bangkok anfliege, sei es offenbar für sie unrentabel, auch einen Direktflugverkehr nach Kuala Lumpur zu unterhalten. Damit könne Malaysia aber wegen mangelnder Gegenseitigkeit keine Ansprüche auf mehr Landerechte in Deutschland geltend machen.

Malaysia sei ein relativ kleines Land, das darauf angewiesen sei, den Aufbau seiner Wirtschaft voranzutreiben. Malaysia selbst sei bei Importen sehr liberal, müsse aber seinerseits auch Geld verdienen, um importieren zu können. Insofern bestehe eine Abhängigkeit seiner Importe von seinen Exporten. Malaysia könne aber seine Ausfuhr nicht steigern, wenn es überall auf Handelsbeschränkungen stoße.

Als Schwellenland sei es noch relativ arm: das Pro-Kopf-Einkommen belaufe sich auf 1600 US-Dollar jährlich im Gegensatz zu Thailand[4] mit 6000[5] und Singapur mit 7000 Dollar pro Jahr.

PM unterstreicht das große Interesse seines Landes an einer Steigerung deutscher Direktinvestitionen: Man wolle nicht nur Investitionen der Amerikaner und anderer ausländischer Handelspartner im Lande haben. Zur Zeit gebe es nur 60 deutsche Firmen in Malaysia.

Als Beispiel für eine funktionierende Firmenkooperation nennt PM die Lohnveredelung von Mikrochips, die zur Verarbeitung aus Deutschland nach Malaysia gebracht und anschließend wieder abgeholt würden. Malaysia sei vor allem daran interessiert, den Umfang der Wirtschaftskooperation mit uns in ihren verschiedenen Formen zu steigern.

Malaysia benötige mehr Arbeitsplätze; dafür akzeptiere es auch in bestimmten Industrien die Gründung von Firmen in Malaysia, die zu 100% in ausländischer Hand seien.

BK erklärt, daß er generell zur Frage des Protektionismus Stellung nehmen wolle. Wir seien in der EG immer ein Vorkämpfer des Freihandels gewesen; daran werde sich auch 1992 und danach nichts ändern.

4 Dieses Wort wurde von Legationsrat I. Klasse Sausen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hat weniger; ca. 1500."

5 Diese Zahl wurde von Legationsrat I. Klasse Sausen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Könnte Taiwan sein."

Er müsse jedoch eingestehen, daß Deutschland hinsichtlich seiner Haltung zu Protektionismus sich innerhalb der EG in einer Minderheit befinde. Dies werde jedoch keinen Unterschied machen, da in der EG Beschlüsse einstimmig gefaßt werden müßten und eine Überstimmung nicht möglich sei.

Drei EG-Länder dächten ähnlich wie wir: in erster Linie GB (das allerdings gegenüber den Interessen von Commonwealth-Mitgliedsländern zu Konzessionen bereit sei), die Niederlande sowie Belgien, das jedoch in seiner Haltung schwankend sei.

Viele andere EG-Staaten seien für eine protektionistische Wirtschaftsordnung.

Vor diesem Hintergrund wäre es gut, wenn sich auch die ASEAN-Staaten in ähnlicher Weise wie die EG-Mitgliedsländer wirtschaftlich integrierten, um ihren eigenen Markt zu vergrößern und dadurch noch attraktiver zu machen.

Er, BK, rechne in zehn Jahren mit drei wirtschaftlichen Schwerpunkten in der Welt:

– der EG,
– den USA und Kanada gemeinsam (wobei offenbleiben könne, ob dort eine Freihandelszone sofort oder erst später geschaffen werde) sowie
– Fernost: mit Japan, Korea, Singapur und Taiwan.

Er, BK, habe am vergangenen Freitag[6] in Berlin mit dem ehemaligen japanischen Ministerpräsidenten Nakasone über das weltweite Wiederaufleben des Protektionismus gesprochen – auch über die Diskussion hierüber zwischen Japan und den Vereinigten Staaten. Zur Zeit herrsche in den USA Wahlkampf[7]; dennoch empfinde man schon jetzt Mißbehagen im Hinblick auf die Richtung der künftigen neuen US-Handelsgesetzgebung[8]. Bedenklich sei nicht zuletzt, daß derjenige Senator, der dem entsprechenden Ausschuß im US-Kongreß vorsitze[9], als Vizepräsident eines potentiellen Präsidenten Dukakis vorgesehen sei.

Die Entwicklung, die die Bundesrepublik Deutschland genommen habe, sei das beste Beispiel für Wirksamkeit des Freihandels; ohne diesen wäre für uns ein Wiederaufbau nicht möglich gewesen. Vor 40 Jahren bei Schaffung der DM sei diese Entwicklung noch völlig offen gewesen. Jetzt seien wir weltweit Exportnation Nr. 1, obwohl Japan über eine viermal größere und die USA über eine doppelt so große Bevölkerung wie wir verfügten.[10] Ein Drittel unserer gesamtwirtschaftlichen Leistungen gehe in den Export. Dieses erfreuliche Ergebnis könnten wir nur dann aufrechterhalten, wenn wir den Freihandel förderten.

Er, BK, werde in einer Woche eine Rede anläßlich der Berliner Tagung von Weltbank und IWF halten.[11] Er beabsichtige, hier sehr entschlossen unsere Haltung

6 16. September 1988.

7 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

8 Vgl. dazu das amerikanische Handelsgesetz vom 23. August 1988; Dok. 239, Anm. 3.

9 Lloyd Millard Bentsen, Jr.

10 Die Wörter „Japan“ und „die USA“ wurden von Legationsrat I. Klasse Sausen hervorgehoben und miteinander vertauscht. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Umgekehrt.“

11 Die Jahrestagung von IWF und Weltbank fand vom 27. bis 29. September 1988 in Berlin (West) statt. Für den Wortlaut der Eröffnungsrede des Bundeskanzlers Kohl am 27. September 1988 vgl. BULLETIN 1988, S. 1089–1092. Vgl. dazu ferner Dok. 285.

zu vertreten, die darauf hinauslaufe, die kommerziellen Kapazitäten der Entwicklungsländer zu stärken. Wir könnten nur dann mit Exporten in die Dritte Welt rechnen, wenn die DW-Länder bei uns das dafür erforderliche Geld verdienen könnten.

Dementsprechend seien auch die Mittel, die wir für EZ-Zwecke aufwenden, nur dann sinnvoll angelegt, wenn sie der DW Hilfe zur Selbsthilfe gewährten.

Ihm, BK, bereite die Entwicklung des Nord-Süd-Verhältnisses Sorgen. Man müsse sich bei uns jetzt schon auf eine weitere Verschärfung vorbereiten. Wichtig sei es vor allem, den Ländern der Dritten Welt jetzt einen Markt bei uns zu sichern. Ebenso sei es vorrangig, die Zusammenarbeit zwischen EG und ASEAN zu vertiefen.

Auf die bilateralen Beziehungen eingehend, unterstreicht BK das deutsche Interesse an den Wirtschafts- und Kulturbeziehungen zu Malaysia.

PM werde wichtige Vertreter der deutschen Wirtschaft und Mitglieder des Bundeskabinetts zu Gesprächen treffen. Alle würden ihm die ihm von BK dargelegte Leitlinie unserer Handelspolitik bestätigen.

BK unterstreicht sodann, daß die Bundesregierung ein unmittelbares Interesse an deutschen Direktinvestitionen in Malaysia nehme, und zwar aus wirtschaftlichen wie auch aus politischen Gründen. Die Bundesrepublik Deutschland liege an der Nahtstelle zwischen Ost und West – PM Mahathir werde sich über die deutsche Teilung in Berlin ein eigenes Bild machen können[12] – und sei auf Freunde in aller Welt mit Verständnis für unsere Probleme angewiesen. Freundschaft könne aber nur dann blühen, wenn auch die Wirtschaft stimme. Er, BK, sei gern bereit, unsere deutschen Firmen zu mehr Investitionen in Malaysia zu motivieren.

Seinerseits könne PM die Wünsche der deutschen Wirtschaft bei seinen Kontakten mit dem DIHT wie auch mit der Deutsch-Malaysischen Wirtschaftsvereinigung kennenlernen.[13]

Deutsche Firmen klagten über ungerechtfertigte Belastungen durch die malaysische Körperschaftssteuer sowie über Probleme bei der Festlegung ihrer langfristigen Planung, da man die Auswirkungen der „Neuen Wirtschaftspolitik“[14] Malaysias für die Zeit nach 1990 nicht einschätzen könne.

BK unterstreicht sein Interesse an der Förderung des malaysischen Fremdenverkehrs und auch an der Gewährung zusätzlicher Landerechte für malaysische Flugzeuge in Deutschland. Er verspricht erneute Prüfung und bittet den Unterzeichneten[15], die zuständigen deutschen Behörden hiervon zu unterrichten.

12 Ministerpräsident Mahathir hielt sich am 20./21. September 1988 in Berlin (West) auf.

13 Ministerpräsident Mahathir traf am 20. September 1988 in Köln bei einem von BDI und DIHT ausgerichteten Investitionsforum mit Wirtschaftsvertretern zusammen. Für das Programm und die Teilnehmerliste vgl. Referat 342, Bd. 137150.

14 In der Länderaufzeichnung Malaysia mit Stand vom 15. August 1988 wurde vermerkt: „Die Regierung versucht, im Rahmen der ‚Neuen Ökonomischen Politik‘ (NEP) seit 1970 die Besitzverhältnisse zugunsten der Bumiputras (‚Söhne des Bodens‘ = Malaien sowie Urbevölkerung West- und Ost-Malaysias) zu verändern. Angestrebt wird bis 1990 u.a. ein 30%-iger Anteil der Bumiputras an den Wirtschaftsunternehmen des Landes (in Kapital und Arbeit); gegenwärtig beträgt der Kapitalanteil erst ca. 20%.“ Vgl. Referat 342, Bd. 144525.

15 Hans-Christian Ueberschaer.

BK unterstreicht sodann die besondere Bedeutung, die er der kulturellen Zusammenarbeit beimesse: Er empfinde immer ein Mißbehagen über die zentrale Rolle, die der Wirtschaft bei der Bewertung der Gesamtbeziehungen zwischen zwei Staaten gegeben werde. Er sei der Meinung, daß die kulturellen Beziehungen wenigstens genauso wichtig seien. Sie müßten zwar nicht gleichzeitig mit gleicher Intensität betrieben werden, seien aber langfristig für die politische Akzeptanz des Verhältnisses von zwei Staaten in der jeweiligen Bevölkerung von größter Bedeutung.

Wir Deutschen hätten dies nach beiden Weltkriegen besonders empfunden, wo wir die Isolation, in die wir geraten seien, vor allem durch den Brückenschlag traditioneller Kulturbeziehungen hätten überwinden können.

BK unterstreicht in diesem Zusammenhang die Vorteile der guten Zusammenarbeit zwischen deutschen und malaysischen Universitäten, die positive Bewertung der Arbeit der Goethe-Institute in Malaysia wie auch der malaysischen Beteiligung am Haus der Weltkulturen in Berlin.

BK dankt PM für dessen persönlichen Einsatz als Vorsitzender der VN-Drogenkonferenz in Wien[16] und weist auf die engen Zusammenhänge zwischen Rauschgiftsucht und der Verbreitung von AIDS hin.

Er habe soeben in Bonn eine Konferenz führender europäischer Kapazitäten auf dem Gebiet der AIDS-Forschung abgehalten, die die außerordentlich enge Verbindung dieser beiden Geißeln der Menschheit deutlich gemacht habe. In Deutschland kämen inzwischen mehr als 50% aller AIDS-Kranken aus der Drogenszene.

BK erklärt abschließend, daß er im Hinblick auf die deutsch-malaysischen Beziehungen „Nägel mit Köpfen“ machen wolle. Wenn PM nach Abschluß seines Besuchs zusätzliche Ideen einfallen sollten, was hier noch zu verbessern sei, bitte er ihn, ihm einen Brief zu schreiben oder einen Beauftragten zu senden.

PM dankt BK für dessen Zusicherung, sich auch nach Bildung des europäischen Binnenmarktes für den Freihandel einzusetzen. Malaysia trete seit langem für den Freihandel ein. Verzerrungen im Außenhandel hätten ihre Ursache meistens in politischen Eingriffen von Regierungen.

Größtes Hindernis für den Freihandel sei vor allem die Subventionspolitik, die von den Regierungen einiger europäischer Staaten und von den USA betrieben werde. Gegen gewisse begrenzte Subventionen sei nichts einzuwenden; negativ wirkten sich jedoch alle Subventionen aus, die zur Überproduktion anreizten.

BK sieht hierin eine berechtigte Anspielung auf die EG-Agrarpolitik. Sie sei in der Tat auch für uns ein großes Problem. Zur Zeit lebten immerhin noch 4% aller Deutschen von der Landwirtschaft. Die Tatsache, daß man diese Menschen nicht von heute auf morgen brotlos machen könne, ändere nichts an unserer Grundüberzeugung der negativen Auswirkungen der Agrarsubventionen.

Leider habe die EG ihre Reformen in diesem Bereich 15 Jahre zu spät begonnen. Auch wenn man sich jetzt darüber einig sei, daß man die Agrarsubventionierung nicht für immer aufrechterhalten wolle, benötige man eine Übergangszeit.

Wenn wir unsere Märkte für ausländische Agrarerzeugnisse öffnen wollten, stießen wir insbesondere auf zwei Probleme.

16 Zur VN-Konferenz über Drogenmißbrauch und illegalen Drogenhandel vom 17. bis 26. Juni 1987 in Wien vgl. Dok. 181, Anm. 6.

Das eine sei ein strukturelles – unsere agrarischen Erzeugungseinheiten seien klein: sie hätten im Durchschnitt nur eine Anbaufläche von 16 ha im Gegensatz zu GB, wo die Anbaufläche im Durchschnitt 160[17] ha betrage. Die möglichst intensive Nutzung dieser Kleinstflächen sei die Lebensaufgabe der jeweiligen Bauernfamilie.

Immerhin sei es gelungen, die durch die Agrarsubventionen hervorgerufene Überproduktion zu bremsen. Als er, BK, 1983 erstmals EG-Präsident gewesen sei[18], habe die Gemeinschaft bei einem Verbrauch von 100% eine Erzeugung von 120% im Agrarbereich aufgewiesen. Jetzt seien es nur mehr rd. 104%.

Das zweite Problem sei, daß die Milch- und Getreidewirtschaft durch moderne Züchtungen bei Vieh und bei Getreide einen qualitativen Sprung nach oben getan habe. 1949 sei eine Kuh mit einer Milchproduktion von 6000 Litern pro Jahr undenkbar gewesen; eine Kuh mit einer Milchproduktion von 4800 Litern pro Jahr wäre preisgekrönt worden. Heute finde man durch geeignete Futterzusätze überall eine derartig hohe Milchproduktion.

Bei der Getreideproduktion habe man 1949 auf einer Anbaueinheit jährlich 40 dz[19] Weizen erzeugen können. Heute könne man auf der gleichen Fläche 60 dz erzeugen. Dabei habe sowohl die genetische Forschung beim Saatgut wie auch die extensive Verwendung künstlicher Düngemittel eine Rolle gespielt (die uns im übrigen jetzt erhebliche ökologische Sorgen bereite).

Es gebe hier eine Kumulation von Problemen, die wir jedoch überwinden müßten. Innerhalb der EG hätten Griechenland und Irland die größten Schwierigkeiten, da ihre Wirtschaft weitgehend auf der Landwirtschaft basiere.

All dies ändere nichts an unserer grundsätzlich positiven Einstellung zum Freihandel. Es genüge für einen Politiker jedoch nicht, eine vernünftige Politik zu verfolgen; er müsse auch und zuerst einmal Wahlen gewinnen.

PM äußert insoweit Verständnis. Auch sein Land müsse sich der internationalen Arbeitsteilung beugen.

Die hochentwickelten Länder sollten jedoch einfachere Produktionen auslaufen lassen und sie der Dritten Welt überlassen. Negativ zu werten sei es jedenfalls, wenn einzelne Industrieländer durch übermäßig hohe Produktion die Weltmarktpreise in den Keller trieben, wie dies bei der Erzeugung von Sojaöl durch die USA der Fall gewesen sei.

PM geht sodann auf die Frage nach der „Neuen Wirtschaftspolitik" seiner Regierung ein. Malaysia sei ein mehrrassisches Land mit unterschiedlichem Entwicklungsstandard der verschiedenen Rassen. Dieser sei auch Grund der Rassenauseinandersetzungen im Mai 1969[20] gewesen.

17 Diese Zahl wurde von Legationsrat I. Klasse Sausen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „60 ha?"

18 Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

19 Doppelzentner.

20 Korrigiert aus: „Januar 1969".
Nach den Parlamentswahlen am 10. Mai 1969, bei denen die Malaysian Chinese Association (MCA) als Mitglied der Regierungskoalition schwere Verluste hinnehmen musste, kam es ab 13. Mai 1969 in der Hauptstadt Kuala Lumpur zu mehrtägigen blutigen Zusammenstößen zwischen der dominierenden Volksgruppe der Malaien und der chinesischen Minderheit, die mehrere hundert Todesopfer forderten. Am 15. Mai 1969 verhängte die Regierung den Ausnahmezustand, am 16. Mai übernahm ein neu

Heute sei seine Regierung bemüht, der Urbevölkerung seines Landes beim Aufholen dieses Entwicklungsrückstands zu helfen. Man könne die Zurückgebliebenen jedoch nur dann fördern, wenn man generell das Wirtschaftswachstum ankurbele.

Um Kleinindustrien in der Hand dieser Bevölkerungsgruppe zu fördern, sei es das Ziel seiner Regierung, die gegenwärtige Obergrenze eines 60%igen ausländischen Anteils an Betrieben bestimmter Sparten auf 30% zu begrenzen. Schwierigkeiten entstünden jedoch hier schon bei den einheimischen Beteiligten selbst, da diese über zu geringe Managementfähigkeiten verfügten.

Die Mehrheit der malaysischen Bevölkerung stehe hinter seiner „Neuen Politik" (NEP) – auch die Malaysier indischer und chinesischer Abstammung. Dies hätte eine Reihe von Wahlen ergeben, die für seine Regierung erfolgreich verlaufen seien. Es gebe jedoch wortgewandte Gruppen, die den Eindruck zu erwecken suchten, als ob NEP von der Bevölkerung nicht akzeptiert werde. Dies sei jedoch falsch. Gerade die letzte Wahl sei für die Regierung trotz NEP ein großer Erfolg gewesen.[21]

Die Interessen ausländischer Investoren würden durch NEP nicht wesentlich berührt. Dies habe man bei Prüfung ausländischer Beschwerden festgestellt.

Im übrigen gingen ausländische Investitionen in Malaysia gegenwärtig sprunghaft in die Höhe. So habe Japan 1988 400% mehr Investitionen getätigt als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Ähnliches gelte für Taiwan.

Auf ASEAN eingehend, bemerkt PM, daß diese Organisation anfangs von vielen als eine – wenn auch stärker politisch ausgerichtete – Kopie der EG angesehen worden sei. Dieser Vergleich hinke jedoch. ASEAN sei bisher immer noch primär eine politische Regionalorganisation.

Malaysia habe früher politische Probleme mit Indonesien und den Philippinen gehabt, die durch Konsultationen im Rahmen von ASEAN überwunden und in eine politische Zusammenarbeit umgewandelt werden konnten.

Dagegen stehe es nicht so gut mit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb von ASEAN. So wolle Indonesien seinen Markt von über 170 Mio. Menschen nicht für die kleineren ASEAN-Staaten öffnen.

Als gut empfinde Malaysia jedoch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Singapur.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Indonesien, den Philippinen und Thailand werde länger dauern. Im südostasiatischen Bereich halte man sehr viel von persönlichen Kontakten. So habe z. B. Indonesien auf diese Weise gelernt, mit den Philippinen innerhalb von ASEAN ohne politische Hintergedanken zu sprechen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1348
gebildeter „Nationaler Exekutivrat" unter dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Abdul Razak die Regierungsgewalt. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, Z 114 und Z 125.

21 Am 2./3. August 1986 fanden in Malaysia vorgezogene Parlamentswahlen statt. Botschafter Dufner, Kuala Lumpur, informierte am 11. August 1986: „Die Wahlen brachten einen überwältigenden Sieg für die in der Nationalen Front (Barisan Nasional, BN) zusammengeschlossenen 13 Parteien, sowohl für das Parlament wie für die Landtage (State Assemblies). Von den 177 Sitzen des erweiterten (vormals 154 Sitze) Parlaments entfallen 148 oder 83,6% auf BN (1982: 132 oder 85,7%)". Vgl. den Schriftbericht Nr. 523; Referat 342, Bd. 137146.

Zusammengefaßt lasse sich sagen, daß die politische Kooperation innerhalb von ASEAN ausgezeichnet funktioniere. Mit der Zeit werde auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit besser werden. Insgesamt rangiere ASEAN als Regionalorganisation jedenfalls unmittelbar hinter der EG, mit der man ja auch regelmäßige Gespräche führe.

Im Kulturbereich führe die Zusammenarbeit innerhalb von ASEAN zu einer Überwindung des gegenseitigen Argwohns. Dies sei wohl auch im Europa der Zwölf ähnlich gewesen.

Auf die bilateralen Beziehungen übergehend, äußert PM, daß Malaysia an einer noch intensiveren kulturellen Zusammenarbeit mit uns interessiert sei.

Er könne der Bundesregierung für die großzügige Aufnahme malaysischer Studenten in D nur danken. Daß Malaysia die ihm zugestandene Quote[22] nicht ausgefüllt habe, sei auf Sprachunkenntnis der Bewerber und/oder eine zu lange Studiendauer in D zurückzuführen. Jedenfalls müsse Malaysia seine Stipendienbewerber besser vorbereiten.

BK bemerkt, daß es gut sei, wenn man die Kontakte nicht nur über einen Austausch von Akademikern laufen lasse. Man könne bei uns auch vermehrt malaysische Praktikanten ausbilden.

Dieses Jahr entsende die VR China mehr Studenten und Praktikanten nach Deutschland als nach Japan.

PM bemerkt, daß dies für ihn neu sei.

BK schlägt vor, daß BM Klein der Frage der Aufnahme malaysischer Praktikanten zur Ausbildung in der Bundesrepublik Deutschland besondere Aufmerksamkeit widmen solle. Die Bundesrepublik Deutschland werde als Hochtechnologieland wieder interessant. 1988 würden hier seitens der öffentlichen Hand und seitens der Wirtschaft insgesamt 60 Mrd. DM für Forschungszwecke aufgewandt. Damit kämen wir den Forschungsausgaben der USA und Japans nahe. Dies müßten wir aber auch, wenn wir international mit an der Spitze bleiben wollten.

BM *Klein* beschreibt folgendes Angebot, das er PM machen könne. Deutschland verfüge seit dem Mittelalter über die sogenannte duale Berufsausbildung: ein praktisches „training on the job", verknüpft mit einer theoretischen Ausbildung in Berufsschulen.

Die Bundesregierung habe häufig in der Dritten Welt im Rahmen ihrer EZ sowohl die praktische als auch die theoretische Ausbildung übernommen, wenn die in dem jeweiligen Land befindlichen Firmen zur praktischen Ausbildung noch nicht in der Lage gewesen seien.[23]

Man habe vielfach auch die Ausbildung ausländischer Berufsschullehrer in D übernommen. Diese hätten dann, nach Abschluß ihrer Ausbildung, die Möglichkeit eines gemeinsamen Betreibens von Berufsschulen durch deutsche und einheimische Stellen gewährleistet.

22 Dieses Wort wurde von Legationsrat I. Klasse Sausen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Studentenquote gibt es nicht. Nur bei Stipendien (außer DAAD: keine Quote)."

23 Korrigiert aus: „Lage gewesen."

PM dankt für das Angebot, das er prüfen lassen werde. Er sehe hier vor allem Nachholbedarf für sein Land im Bereich der kunststoffverarbeitenden Industrie. *BK* fügt hinzu, daß durch diese Berufsausbildung auch die Schaffung eines Mittelstandes gefördert werde.

PM äußert, daß er das Angebot gern annehme, das dann in direkten Kontakten konkretisiert werden könne.

Zum Drogenproblem bemerkt PM, daß seine Regierung hiermit kein Problem habe, da sie sehr streng vorgehe.[24]

Es gebe bisher in Malaysia nur vier AIDS-Fälle.

Man habe das Problem des Zusammenhangs mit der Rauschgiftsucht jedoch erkannt, das für Thailand – vor allem durch Verwendung nichtsteriler Injektionsnadeln – inzwischen nahezu unlösbar geworden sei.

Vor dem Hintergrund weltweiter Koordinierung der Rauschgiftbekämpfung könne man auch an die Gründung einer internationalen Eingreiftruppe denken, die Anbaufelder der Rohstoffpflanze solange zerstöre, bis auch der letzte Bauer gemerkt habe, daß deren Anbau sich nicht lohne.

Für Zentralamerika komme insoweit allerdings wohl jede Hilfe zu spät, nachdem die Regierungen dort mit der jeweiligen Drogenmafia kooperierten und sie rechtzeitig vor Zugriffen warnen würden.

Zur Frage der Vietnamflüchtlinge[25] weist PM darauf hin, daß Malaysia als „Land des ersten Asyls" erhebliche soziale Probleme habe. Seine Regierung habe daher beschlossen, die noch bestehenden Aufnahmelager zu schließen. Er bitte die Bundesregierung, auch Flüchtlinge aus diesen Lagern aufzunehmen.

Seine Regierung habe mit der vietnamesischen Regierung Kontakt aufgenommen und ihr vorgeschlagen, alles zu tun, um die Emigration von Vietnamesen ins Ausland zu stoppen und diejenigen Emigranten wieder aufzunehmen, die weltweit keine Aufnahme gefunden hätten. Die vietnamesische Regierung habe sich damit einverstanden erklärt. Malaysia wolle diese Information dem IKRK übermitteln und erbitte in bezug auf eine Eingrenzung des Flüchtlingsstromes auch die Unterstützung der Bundesregierung.

24 Die Wörter „Drogenproblem" und „sehr streng" wurden von Legationsrat I. Klasse Sausen hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.
Im Politischen Halbjahresbericht zu Malaysia mit Stand vom 1. September 1987 berichtete Botschafter Dufner, Kuala Lumpur: „Nach wie vor stellt das Drogenproblem mit rund einer halben Million Rauschgiftsüchtigen bei einer Gesamtbevölkerung von rd. 15 Millionen das unmittelbar drängendste Problem dar und erscheint trotz verstärkter Aufklärung über Strafen und Vollstreckung von Todesurteilen unlösbar." Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 465 vom 26. August 1987; Referat 342, Bd. 144525.

25 Im Politischen Halbjahresbericht zu Malaysia mit Stand August 1988 führten Botschafter Vogeler und Botschaftsrätin Völkel, beide Kuala Lumpur, aus, die außenpolitische Aufmerksamkeit Malaysias habe sich in den vergangenen Monaten insbesondere auf die Frage des anhaltenden Flüchtlingsstroms aus Vietnam konzentriert: „Bei jeder sich bietenden Gelegenheit (Außenminister-Treffen, Besuche ausländischer Politiker) plädierte die Regierung nachdrücklich dafür, eine international vereinbarte und für alle Seiten annehmbare Regelung anzustreben. Sie schlug vor, eine internationale Flüchtlingskonferenz einzuberufen, und bot Kuala Lumpur als Tagungsort an. Um dem Anliegen Nachdruck zu verleihen, kündigte die Regierung an, sie werde binnen Jahresfrist das Flüchtlingsdurchgangslager auf der Insel Bidong (vor der malaysischen Ostküste) schließen, auf der sich immer noch mehr als 10 000 Vietnamflüchtlinge aufhalten, die bisher noch kein Aufnahmeland gefunden haben." Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 432 vom 29. August 1988; Referat 342, Bd. 144525.

Die Entwicklung in Burma[26] werde von der malaysischen Regierung mit großer Aufmerksamkeit beobachtet. Er selbst sei im Frühjahr d.J. dort gewesen.[27] Aufgrund seiner Beobachtungen stelle die jetzige Entwicklung keine Überraschung für ihn dar.

Die gegenwärtig dort herrschende Gruppe werde nicht leicht aufgeben. Man müsse mit weiterem Militäreinsatz und Blutvergießen rechnen. Das politisch erwachte burmesische Volk werde jedoch sich mit Halbheiten nicht mehr zufriedengeben.[28]

Referat 342, Bd. 137150

26 Referat 342 notierte am 5. September 1988: „Der notorisch ineffiziente ‚birmanische Weg zum Sozialismus' fand mit dem Rücktritt des Staats- und Parteichefs Ne Win nach 26 Jahren im Juli dieses Jahres ein vorläufiges Ende. Ne Win hatte das Land in Armut und Rückständigkeit geführt (Anerkennung als Least Developed Country (LLDC) im Dezember 1987). Dem Rücktritt Ne Wins waren blutige Zusammenstöße zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten vorausgegangen. Die Demonstrationen hatten im September 1987, zunächst sporadisch, begonnen, als die Regierung 60% der umlaufenden Banknoten entschädigungslos entwertete und das Grundnahrungsmittel Reis knapp wurde. […] Ne Wins Nachfolger Sein Lwin versuchte der Lage mit Hilfe eines rigorosen Einsatzes des Militärs Herr zu werden, der mit zahlreichen Toten und Verletzten endete. Nach 17 Tagen trat auch er zurück. Der jetzige Staats- und Parteivorsitzende Maung Maung, ein Zivilist, war Ne Wins persönlicher juristischer Berater. Seit dem 12. August, dem Rücktritt Sein Lwins, wird nicht mehr auf Demonstranten geschossen. Maung Maung hob […] das Kriegsrecht auf, entließ zahlreiche Gefangene und kündigte für den 12. September einen Parteitag der sozialistischen Einheitspartei an, auf dem über ein Referendum abgestimmt werden soll, in dem das Volk über die Einführung eines Mehrparteiensystems entscheiden kann." Vgl. Referat 342, Bd. 137002.

27 Ministerpräsident Mahathir hielt sich vom 25. bis 27. Februar 1988 in Birma auf.

28 Vortragender Legationsrat I. Klasse Ahrens vermerkte am 19. September 1988: „Der birmanische Botschafter rief mich heute nachmittag an, um mir mitzuteilen, daß es in Rangun jetzt eine Law and Order-Administration gebe. Die Macht übernommen habe der bisherige Verteidigungsminister Saw Maung. Beteiligt an der Militärjunta seien auch die Chefs von Luftwaffe und Marine. Auf meine Frage, ob die ganze Armee hinter dem Putsch stünde, erwiderte der Botschafter, dies nehme er an. Anschließend fragte ich ihn noch nach dem Verhältnis der Putschisten zu dem früheren Diktator Ne Win. Der Botschafter bestätigte, daß die Putschisten sicherlich in Übereinstimmung mit Ne Win handelten. Ich sagte dem Botschafter, daß wir, wie ich ihm früher schon mitgeteilt hätte, nur Staaten und nicht Regierungen anerkennten. Wir würden jetzt natürlich unsere ‚wait and see-attitude' fortsetzen. Es sei sehr zu hoffen, daß es in Birma nicht zu noch mehr Blutvergießen komme. Der Botschafter meinte etwas unsicher, auch er hoffe dies." Vgl. Referat 342, Bd. 137002.

255

Oberstleutnant i.G. Kwyas, Jakarta, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1084 **Aufgabe: 19. September 1988, 12.00 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 19. September 1988, 09.25 Uhr**

Betr.: Einzelbericht Nr. 64/88;
hier: Großbritannien gewinnt Kampf um den MAL-Rüstungsmarkt

Bezug: EB 24/88[2]

Anlage[3]

Sperrvermerk: Nur für Deutsche

Quelle: 1) Presse, 2) eigene Erkenntnisse, 3) Gespräch mit malaysischem Botschafter in Jakarta[4]

Aufkommen: Auswertung persönliche Gespräche

I. Sachverhalt

1) Im Rahmen einer Pressekonferenz am 13.9.88 in Kuala Lumpur gab Premierminister Mahathir bekannt:

– Im Rahmen seiner bevorstehenden Europareise[5] werde er in London mit PM Thatcher über den Abschluß eines Rüstungsvertrages sprechen.[6]
– MAL wolle von GB ein Spektrum verschiedener Waffensysteme kaufen. Einzelheiten könne er jetzt noch nicht nennen. Bereits beim Besuch von PM Thatcher am 6.8.88 in Kuala Lumpur sei über dieses Rüstungspaket gesprochen worden.

2) Aus den bisherigen Erkenntnissen ergibt sich folgendes Bild: Wie schon in meinem Einzelbericht Nr. 24/88 beschrieben, handelt es sich hier um das größte Rüstungspaket seit Jahren (eigentlich seit Jahrzehnten) in der ASEAN-Region,

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ackermann vorgelegen.

2 Durchgängig korrigiert aus: „EB 26/88".
Oberstleutnant i. G. Kwyas, z. Z. Kuala Lumpur, berichtete am 24. März 1988: „Anläßlich der größten Rüstungsgüterausstellung Südostasiens besuchte der britische Verteidigungsminister für drei Tage Kuala Lumpur. In etwa zehn Tagen wird der britische Außenminister folgen." Mehreren zuverlässigen Quellen zufolge sei Großbritannien kurz davor, Malaysia das umfassendste Wirtschafts- und Rüstungspaket anzubieten, das Grobritannien jemals einer ASEAN-Nation angeboten habe, darunter der Verkauf von vier U-Booten, 24 Tornados und 155 mm-Haubitzen für zwei malaysische Divisionen. Kwyas resümierte: „MAL erholt sich wirtschaftlich langsam wieder. Damit wird der seit längerer Zeit brachliegende Rüstungsmarkt wieder interessant. GB hat das erkannt, genau wie z. B. Frankreich." Die Strategien dieser Staaten seien indes „anders als bei uns, vor allem deshalb, weil Außen-, Wirtschafts- und Verteidigungsministerium zielgerichtet solche Offerten koordinieren." Vgl. den Drahtbericht Nr. 71; Referat 424, Bd. 145859.

3 Dem Vorgang nicht beigefügt.

4 Tuan Haji Mohammed Khatib Bin Abdul Hamid.

5 Ministerpräsident Mahathir besuchte die Bundesrepublik vom 18. bis 22. September 1988, Belgien vom 22. bis 24. September und Großbritannien vom 24. bis 28. September 1988. Für das Gespräch Mahathirs mit Bundeskanzler Kohl am 19. September 1988 vgl. Dok. 254.

6 Ministerpräsident Mahathir traf am 27. September 1988 mit Premierministerin Thatcher in London zu Gesprächen zusammen. Dabei unterzeichneten sie einen Vertrag über britische Rüstungslieferungen im Wert von 1 Mrd. Pfund. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1815 des Wehrtechnischen Attachés Bitzegeio, London, vom 28. September 1988 sowie den Schriftbericht Nr. 500 des Botschafters Vogeler, Kuala Lumpur, vom 3. Oktober 1988; Referat 342, Bd. 137156.

welches geschlossen angeboten und verhandelt wird. Kernstück ist der Finanzierungsplan, der teilweise auch auf counter purchase beruht. Darüber hinaus werden an den Vertragsabschluß u. a. erweiterte Landerechte der mal. Fluggesellschaft MAS in London gebunden sein.

Der Vertrag wird militärischerseits umfassen:

– Tornados,
– Haubitzen,
– Munition,
– Ausbildungspakete,
– wahrscheinlich auch U-Boote.

3) In einem persönlichen Gespräch mit mir deutete der mal. Botschafter in Jakarta an, daß man das benötigte Waffenspektrum gern auch in Deutschland gekauft hätte. Die Briten hätten aber ein derart attraktives Gesamtpaket aus Rüstungsgütern und wirtschaftlichen Angeboten vorgelegt, dem man habe zustimmen müssen. Wesentlicher Vorteil dabei sei, daß der Vertrag beidseitig regierungsmäßig abgestützt sei.

4) Interessanterweise wollte man ursprünglich den Tornado ausklammern, weil man die amerikanische F-16, die auch Thailand und Singapur besitzen, vorzog. Als jedoch die USA zur Sicherstellung des Gleichgewichts der Kräfte in der Region sich das Recht vorbehalten wollten, die zu liefernde Anzahl selbst zu bestimmen, hat man sich dann für den Tornado entschieden. Die Briten haben diesbezüglich auch geschickt reagiert und kürzlich erstmals im Rahmen einer Übung des FPDA (Five Power Defence Arrangements) den Tornado hier eingesetzt mit der ausgiebigen Möglichkeit für hohe mal. Air-Force-Offiziere, sich mit dem Tornado vertraut zu machen.

II. Beurteilung

1) Die seit Jahren stagnierende, aber dringend erforderliche Modernisierung von Teilbereichen der mal. Streitkräfte beginnt.

2) Dieses ist ein Lehrbeispiel für die Gewinnung von großen Rüstungsaufträgen.

3) Sowohl in MAL als auch in INS stößt man bei Gesprächen mit Generälen aus den Verteidigungsministerien immer mehr auf die Formulierung: „Kleinere Rüstungskäufe sind am problemlosesten mit der jeweiligen Firma abzuschließen. Bei Großprojekten müssen wir zwangsläufig aus Haushaltsgründen die Länder vorziehen, deren von der jeweiligen Regierung abgedeckter Finanzierungplan und deren Gegenangebote im wirtschaftlichen Bereich am attraktivsten sind."

[gez.] Kwyas

Referat 424, Bd. 145921

256

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bazing

210-516.80-916[I]/88 VS-vertraulich **20. September 1988**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Asylersuchen in der dänischen Botschaft in Berlin (Ost) am 9./10. September 1988 und Räumung durch DDR-Polizei

Bezug: BM-Vorlage vom 19.9.1988[4] (mit Anlagen erneut beigefügt)

Anlg.: 3[5]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung zu den Punkten 3–5

1) Bei einem Gespräch am 20.9.88, zu dem er von Herrn StS Dr. Sudhoff gebeten worden war, ergänzte MDg Dr. Duisberg die vorliegende Darstellung der versuchten Festsetzung in der dänischen Botschaft Berlin (Ost) und ihrer Folgen.[6]

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach und Legationsrat I. Klasse Brandenburg konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 20. September 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich bin dafür, daß BM Schäuble den dän[ischen] Botschafter einbestellt + auf der Linie der S. 3 unten und 4 demarchiert." Vgl. Abschnitt 5) der Aufzeichnung.
Hat Sudhoff am 21. September 1988 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „An Ref. 210 zurück."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 3. November 1988 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt]. Z[u] d[en] A[kten]."

3 Die Wörter „Herrn Bundesminister" wurden von Staatssekretär Sudhoff gestrichen.

4 Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen informierte Bundesminister Genscher am 19. September 1988: „Mit FS 1787 vom 12.9.1988 an ChBK, hier eingegangen am 15.9.88, berichtete die Ständige Vertretung über die Festsetzung von DDR-Bewohnern in der Dänischen Botschaft in Berlin (Ost) und nachfolgende Räumung durch DDR-Polizei. Ablauf: Am 9.9.1988 suchten insgesamt 18 DDR-Bewohner, darunter fünf Kinder zwischen fünf und zehn Jahren, die dänische Botschaft in Berlin (Ost) auf, baten um ‚Asyl' und weigerten sich, die Botschaft ohne Übersiedlungszusage zu verlassen. Die Botschaft zog einen StäV-Mitarbeiter hinzu, der mit den Besetzern sprechen und ihre Personalien notieren konnte. Am Abend des 9.9.1988 konnte eine Abordnung der Gruppe bewogen werden, in Begleitung des dänischen Gesandten RA Hartmann in seiner Kanzlei aufzusuchen. Das Gespräch dort erbrachte die Zusage eines Termins beim zuständigen Rat des Bezirks, außerdem wurde eine positive Entscheidung angedeutet. Dennoch entschlossen sich die Besetzer, in der Botschaft zu bleiben, und ließen den vom Anwalt gesetzten Termin 23.00 Uhr verstreichen. Entgegen einem Rat des StäV-Mitarbeiters setzte sich der dänische Botschafter daraufhin erneut mit dem MfAA in Verbindung und bat, Gruppe (die nicht zum freiwilligen Verlassen der Botschaft zu bewegen war) von Polizei aus dem Gebäude entfernen zu lassen. Dies geschah am 10.9. um 3.00 Uhr nachts durch zwei Polizisten in Zivil in Anwesenheit des Anwalts und des Leiters der Konsular-Hauptverwaltung des MfAA, der zuvor von sich aus auf das Hausrecht des dänischen Botschafters hingewiesen und bezweifelt hatte, daß sich DDR-Organe zur Räumung bereitfinden würden." Am 15. September 1988 habe die Ständige Vertretung in Ost-Berlin dann vertraulich erfahren, daß die Anordnung zur Entfernung der Gruppe aus der Botschaft von Ministerpräsident Schlüter selbst gekommen sei. Vgl. VS-Bd. 13483 (210); B 150, Aktenkopien 1988.

5 Dem Vorgang beigefügt waren, je undatiert, ein Sachstand, ein Gesprächsführungsvorschlag sowie ein Vermerk, in dem ausgeführt wurde, die Bundesregierung habe Rechtsanwalt Vogel mit der Verteidigung der DDR-Bürger beauftragt. Vgl. VS-Bd. 13483 (210); B 150, Aktenkopien 1988.

6 An dieser Stelle fügte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich ein: „Von der Festsetzung erfuhr Duisberg noch am 9.9.88. Am 10.9. erfuhr er, daß die Gruppe die dänische Botschaft wieder verlassen hatte. Am 12.9. sei er dann von der Einschaltung der DDR-Polizei informiert worden."

Ihm selbst sei der Bericht der Ständigen Vertretung vom 12.9. über die Ereignisse am 9./10.9. erst am Nachmittag des 14.9. vorgelegt worden. Versehentlich sei daher versäumt worden, das Auswärtige Amt von Anfang an zu beteiligen.

Das Bundeskanzleramt seinerseits habe auf das Verhalten der dänischen Botschaft in Berlin (Ost) bisher in keiner Form reagiert. Nach Kenntnis des Kanzleramts befänden sich die Botschaftsbesetzer zur Zeit in Haft.

Der Vorfall wurde erstmals heute morgen von der Presse gemeldet.

2) Die Räumung des Kanzleigebäudes durch DDR-Polizei auf Wunsch des dänischen Botschafters[7] gibt aus mehreren Gründen Anlaß zu Besorgnis:

– Insbesondere nachdem ein Vertreter der StäV hinzugezogen worden war (der von der Zwangsräumung abriet), könnte die DDR-Seite den Eindruck gewonnen haben, das Vorgehen der Dänen sei mit uns abgesprochen und von uns gebilligt.
– Unabhängig von dieser Vermutung ist mit der gewaltsamen Entfernung der Zufluchtsuchenden ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen, der ein Tätigwerden in späteren Zufluchtsfällen, auch solchen in unseren Vertretungen, erschwert (so auch RA Vogel im Gespräch mit Ihnen).
– Vor allem kleinere westliche oder neutrale Botschaften (Skandinavien) ohne hinreichende Logistik könnten – zumal in einer Ausnahmesituation wie hier wenige Tage vor dem Schlüter-Besuch[8] – versucht sein, dem dänischen Beispiel zu folgen. Dies gilt für Berlin (Ost) ebenso wie für andere Dienstorte in Osteuropa.

3) Der Vorfall in der dänischen Botschaft sollte daher zum Anlaß genommen werden, unsere Vertretungen in Osteuropa noch einmal auf das Verfahren bei eigenen Zufluchtsfällen, insbesondere die sofortige Einschaltung der Bundesregierung, hinzuweisen. Sie sollten darüber hinaus erneut um unverzügliche Berichterstattung gebeten werden, sobald ihnen Zufluchtnahmen von DDR-Bewohnern in Vertretungen befreundeter Länder bekannt werden. Einer Wiederholung des Ost-Berliner Vorfalls muß unter allen Umständen vorgebeugt werden.

4) Insbesondere da die StäV von einer Räumung durch DDR-Polizei abgeraten hat, scheint ein deutlicher offizieller Schritt gegenüber der dänischen Seite unerläßlich. Da einer vertraulichen Information der StäV zufolge die Räumung von MP Schlüter selbst angeordnet wurde, kommt hierfür vorzugsweise ein Schreiben des Herrn Bundeskanzlers an MP Schlüter in Frage. Sollte dies nicht unverzüglich geschehen können, wäre vorab der dänische Botschafter hier von BM Schäuble oder StS Dr. Sudhoff einzubestellen.[9] Der deutschlandpolitische Aspekt und die Zuständigkeit für humanitäre Fälle auf innerdeutscher Ebene sprechen grundsätzlich dafür, die Federführung bei ChBK[10] zu belassen.

7 Erik Herluf Krog-Meyer.
8 Der dänische Ministerpräsident Schlüter hielt sich am 13./14. September 1988 in der DDR auf.
9 Zum Passus „Da einer … Sudhoff einzubestellen“ vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Kein Brief! Gespräch S[chäuble] mit Botschafter!“
10 Wolfgang Schäuble.

Sie selbst sollten den Vorfall gegenüber AM Ellemann-Jensen am Rande der VN-GV[11] (EPZ-Treffen am 28.9.[12]) zur Sprache bringen.

5) Gegenüber der dänischen Seite könnte auf folgender Linie argumentiert werden:[13]

– Leider habe BK[14] erst zu[15] spät davon Kenntnis erhalten, daß eine Gruppe von DDR-Bewohnern in der dänischen Botschaft Zuflucht genommen hat und[16] DDR-Polizei zur Räumung eingesetzt wurde. Eine rechtzeitige Intervention zugunsten der Gruppe, die möglicherweise ihre Übersiedlung ins Bundesgebiet betrieb, sei daher nicht möglich gewesen. Inzwischen befänden sich die Beteiligten in Haft.
– Dies sei das erste Mal, daß eine westliche Botschaft in Berlin (Ost) DDR-Organe zur Entfernung von Zufluchtsuchenden eingesetzt habe.
– Sowohl unsere Ständige Vertretung als auch unsere Botschaften in anderen WP-Staaten, aber auch andere westliche Botschaften in Berlin (Ost), hätten seit langem Erfahrung mit Zufluchtsfällen. Eine Situation wie diese habe bisher immer durch Beratung und Geduld vermieden werden können. Vor allem der durchgehende Kontakt mit RA Vogel habe sich bewährt. Auf Grund uns zugegangener vertraulicher Hinweise müssten wir[17] befürchten, daß dieser Vorfall für die Behandlung späterer, ähnlich gelagerter Fälle durch die DDR-Behörden Folgen haben könne.
– BK nehme an, in Berlin sei am 9./10.9. nicht in voller Kenntnis der Tragweite dieses Vorgehens gehandelt worden. Er habe sich deshalb entschlossen, den Fall persönlich gegenüber MP Schlüter aufzugreifen.[18] Eine Wiederholung von Polizeiaktionen gegenüber Deutschen aus der DDR in westlichen Missionen – wo auch immer sich eine ähnliche Situation abzeichne – müsse für die Zukunft ausgeschlossen werden.

Ref. 513 hat telefonisch mitgezeichnet.[19]

i.V. Bazing

VS-Bd. 13483 (210)

11 Die XLIII. VN-Generalversammlung wurde am 20. September 1988 in New York eröffnet.
12 Am 28. September 1988 fand ein informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am Rande der VN-Generalversammlung in New York statt.
13 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Wir haben kein Verständnis für diese Handlungsweise des uns befreundeten Freundes und Partners Dänemark."
14 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „StäV".
15 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff handschriftlich eingefügt.
16 Der Passus „eine Gruppe … hat und" wurde von Staatssekretär Sudhoff gestrichen. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das stimmt ja so nicht."
17 Der Passus „Auf Grund … müssten wir" wurde von Staatssekretär Sudhoff gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Es sei zu".
18 Der Passus „BK nehme … Schlüter aufzugreifen" wurde von Staatssekretär Sudhoff gestrichen.
19 Staatssekretär Sudhoff vermerkte am 21. September 1988 handschriftlich: „Wie mir heute BM mitteilte, hat er den Bundeskanzler auf die Sache angesprochen. Dieser habe erklärt, er werde persönlich mit MP die Sache aufnehmen. Im übrigen habe er, BK, Weisung gegeben, „die Sache zu kalmieren". Vgl. den beigefügten Vermerk; VS-Bd. 13483 (210); B 150, Aktenkopien 1988.

257

Botschafter Schattmann, Prag, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 20. September 1988, 10.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1910 **Ankunft: 21. September 1988, 08.59 Uhr**

Betr.: Rat- und Zufluchtsuchende Deutsche aus der DDR

Bezug: DB Nr. 1755 vom 1.9.88 – RK 330 E VS-NfD[2]

Mit der Bitte um Weisung

1) Die Botschaft Prag erlebte in den Monaten Juli und August 1988 einen starken Besucheranstieg von rat- und zufluchtsuchenden Deutschen aus der DDR. Insgesamt kamen:

– im Juli 1988: 169 Personen (Vergleichsmonat 1986: 29, 1987: 92);

– im August 1988: 304 Personen (Vergleichsmonat 1986: 36, 1987: 99).

Der Anstieg erscheint noch drastischer, wenn man die Besucherzahlen der gesamten Vorjahre betrachtet:

1985 (das Jahr, in dem die spektakuläre „Besetzung" der Botschaft zu Ende ging[3]): 208 Besucher;

1986: 273 Besucher;

1987: 665 Besucher.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß sich diese Entwicklung fortsetzen wird. Festsetzungen, bis hin zu einer Situation wie Ende 1984, erscheinen wahrscheinlicher denn je.

2) Die Gründe für den Besucheransturm sind:

a) Ablehnung des Ausreiseantrags

Besucher, deren Ausreiseantrag oft erst am Vortag mündlich und häufig in einer schroffen und apodiktischen Form abgelehnt worden ist, machten im Monat August den Schwerpunkt der Rat- und Zufluchtsuchenden aus. Diese Besucher erklärten regelmäßig, daß sie in ihrem Besuch in der Botschaft den letzten Ausweg sähen. Nur noch dort können sie Hilfe finden. In der DDR gäbe es niemanden, an den sie sich wenden könnten. Rechtsanwalt Vogel empfange keine Antragsteller mehr. In unsere Ständige Vertretung in Berlin könne man nicht hinein. Dort stünde überall Polizei und Stasi. Viele, deren Ausreiseantrag ab-

1 Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse Metzger und Legationsrat I. Klasse Rünger, beide Prag, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach vorgelegen.

2 Botschafter Schattmann, Prag, übermittelte Zahlen zu den Rat- und Zufluchtsuchenden aus der DDR in der Botschaft in Prag für den August 1988. Er wies auf einen starken Anstieg um mehr als 300 Prozent im Vergleich zum Berichtsmonat des Vorjahres hin. Zudem bat er dringend um stärkere Unterstützung seitens des Auswärtigen Amts. Vgl. dazu Referat 210, Bd. 145176.

3 Im Laufe des Jahres 1984 fand sich in der Botschaft in Prag eine wachsende Zahl von Zufluchtsuchenden aus der DDR ein. Bei seinem Besuch vom 18. bis 20. Dezember 1984 in der ČSSR gelang es Bundesminister Genscher, mit den Betroffenen sowie den Behörden der ČSSR und der DDR eine einvernehmliche Regelung zu erzielen, die die Zufluchtsuchenden sukzessive zum freiwilligen Verlassen der Botschaft veranlasste. Vgl. AAPD 1984, II, Dok. 264, Dok. 337 und Dok. 354.

gelehnt worden ist, berichten, daß sie von der zuständigen „Abteilung Inneres“ nicht mehr empfangen würden. Ohne eine entsprechende schriftliche Ladung würden sie bereits vom Pförtner wieder fortgeschickt. Bei den Sprechtagen ließe man sie auf den Gängen stehen oder schicke sie noch an der Tür wieder weg. Neue Anträge würden nicht angenommen, weitere Bekräftigungsschreiben nicht zur Kenntnis genommen. Die mündliche Ablehnung sei „endgültig“. Zum Teil wird berichtet, für den Fall, daß eine weitere Vorsprache erfolge oder ein neuer Antrag auf Ausreise gestellt würde, sei Bestrafung angedroht worden. Viele dieser Besucher, insbesondere die, die ihren Ausreiseantrag seit längerem betreiben, sind nach der Ablehnung in einer verzweifelten psychischen Verfassung. Es kommt häufiger vor, daß Besucher – Männer wie Frauen – bei den Beratungsgesprächen in Tränen ausbrechen.

b) Die Botschaft Prag ist insbesondere seit der großen Festsetzung 1984 unter Ausreisewilligen als Anlaufpunkt bekannt. Ferner wird zunehmend bekannt, daß die Botschaft heute gefahrlos, d.h. in aller Regel ohne Personenkontrollen oder Behinderungen, aufgesucht werden kann, und man sich dort beraten und registrieren lassen kann.

Etliche Besucher nahmen im Gespräch Bezug auf Verwandte oder Bekannte, die schon einmal in der Botschaft waren. Zum Teil dürfte der Anstieg der Besucher mithin auf die singuläre Lage dieser Vertretung zurückzuführen sein: Die Botschaft Prag ist für Deutsche aus der DDR die einzige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland, die von diesen ohne ein Visum und ohne Kontrollen durch Sicherheitsorgane betreten werden kann. (Die ČSSR ist das einzige Land, in das nur mit dem DDR-Personalausweis gereist werden kann – 1987 kamen sechs bis sieben Millionen Deutsche aus der DDR als Touristen.)

3) Hier wurde ferner festgestellt, daß die Mehrzahl der Ratsuchenden aus der DDR nicht mehr bei Gelegenheit einer Reise in die ČSSR die Botschaft aufsuchen, sondern gezielt, wegen des Gesprächs oder der Festsetzungsabsicht in der Botschaft, ihre Reise nach Prag antreten. Nachdem diese Tendenz Anfang August sichtbar wurde, wurde die Frage, ob sich die Besucher „gerade auf einer Urlaubsreise befänden“, gezielt gestellt. Es ergab sich das vorgenannte Ergebnis.

4) Die bisher von der Botschaft bei den Beratungen und bei Festsetzungsversuchen in Abstimmung mit AA und BMB verwandten Argumentationslinien sind zunehmend unzureichend. Dies gilt insbesondere für die sich häufenden, oftmals schon drei bis vier Monate nach Antragstellung erfolgenden Ablehnungen von Ausreiseanträgen. Die Botschaft ist bisher nicht darüber unterrichtet worden, daß diese Ablehnungen tatsächlich „endgültigen“ Charakter haben oder daß es Fälle gegeben hat, in denen abgelehnte Ausreiseantragsteller lediglich wegen wiederholter Antragstellung bestraft worden wären. Dementsprechend wird in den Beratungen auch darauf hingewiesen, daß „hier kein Fall bekannt sei, in dem jemand lediglich wegen der Erneuerung oder Bekräftigung eines Ausreiseantrags strafrechtlich belangt worden wäre“.

Das gleiche gilt für die in den Fällen einer expliziten Ablehnung regelmäßig gestellte Frage, ob diese nach unseren Erkenntnissen tatsächlich „endgültig“ sei. Auch hierzu können die Beratenden bisher nach bestem Wissen mitteilen, daß es „Ablehnungen immer gegeben habe und daß das Ausreiseverfahren erst dann abgeschlossen sei, wenn der Antragssteller selbst seinen Antrag nicht weiter

verfolge". Falls die Botschaft beide o.a. Argumente nicht mit voller Überzeugung hätte verwenden können, wäre es im Monat August zu mehreren Festsetzungen gekommen.

5) Die argumentative Position der Botschaft wird aus den geschilderten Gründen zunehmend schwieriger. Unsere Ausführungen werden mit der erlebten Realität einer Vielzahl von Deutschen aus der DDR konfrontiert, die dafür spricht, daß die Ablehnungen definitiven Charakter haben. Dieses vermindert unsere Glaubwürdigkeit.

6) Die Botschaft berichtet über die geschilderte Situation in dieser Ausführlichkeit, um

a) auf eine schwieriger werdende Lage und die möglichen Folgen vorsorglich hinzuweisen,

b) angesichts einer mit den Vorjahren – gerade auch was die Situation in der DDR anbelangt – nicht vergleichbaren Lage um Argumentationshilfe zu bitten.[4]

[gez.] Schattmann

Referat 210, Bd. 145176

258

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

201-360.92 FRA-952/88 VS-vertraulich **21. September 1988**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: Deutsch-französische sicherheitspolitische Beziehungen;
hier: Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit am 19.9.1988 in Bonn

Anlg.: 2 (Teilnehmerliste, Protokollvermerk nur im Original)[3]

I. Gesamtbewertung

Die erste Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit (deutsche Leitung D2, französische Leitung neuer Politischer Direktor

4 Vortragender Legationsrat Mulack unterrichtete die Botschaft in Prag am 22. September 1988, daß die von der Botschaft geschilderten Schwierigkeiten „auch hier gesehen" würden. „Wegen der Vertraulichkeit und der Komplexität der Materie sowie der sich ständig ändernden Ausreisepraxis der DDR" könne er, Mulack, eine Weisung indes leider nicht erteilen. Er plane aber eine Reise nach Prag im Oktober, um der Botschaft „neue Argumentationshilfen für die Beratungen und bei Festsetzungsversuchen zu geben". Vgl. den Drahterlaß Nr. 9210; B 85 (Referat 513), Bd. 2346.

1 Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten Gröning und von Morr konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 23. September 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Mützelburg am 24. November 1988 vorgelegen, der den „Rücklauf von BM" über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 25. November 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat von Morr erneut vorgelegen.

3 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 12089 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

Dufourcq) seit den am 22.1.1988 unterzeichneten Zusatzprotokollen zum Elysée-Vertrag[4] stand unter dem Zeichen der noch auf unserer Seite anhaltenden Verzögerung des Ratifizierungsverfahrens[5], die bei der französischen Seite eine gewisse Ratlosigkeit ausgelöst hat, zumal in F das dortige Zustimmungsgesetz bereits vor Monaten vom Kabinett verabschiedet wurde und sich seitdem im parlamentarischen Bereich befindet. (Die erste Lesung ist für Ende Oktober in der Nationalversammlung anberaumt.) Infolgedessen einigte sich der Ausschuß darauf, die Behandlung praktischer Fragen (Sekretariat) bis zu einer Klärung des Ratifizierungskalenders zurückzustellen; wir haben erste Vorschläge für zukünftige Aufgabenfelder des Sekretariats vorgelegt.

Die Sitzung bestätigte unseren Eindruck von der Wahlen überdauernden Macht und Beharrungskraft des französischen Beamtenapparates. Bei der Erörterung des Standes der West-Ost-Beziehungen überwog die skeptischere Einschätzung der Vorgänge in der SU und ihrer Auswirkungen auf das West-Ost-Verhältnis; immerhin wurde auch französisches Interesse an einer Verbesserung der sowjetisch-französischen Beziehungen sowie der Beziehungen Frankreichs zu Osteuropa deutlich (der kürzliche Besuch von AM Dumas in Prag[6] wurde als Beginn einer entsprechenden Serie bezeichnet).

Fragen des Generalinspekteurs Admiral Wellershoff nach der sicherheitspolitischen Debatte in Frankreich und insbesondere der Rolle prästrategischer Waffen wurden mit der Replik abgetan, eine derartige Debatte gebe es – abgesehen von intellektuellen Pflichtübungen – nicht.[7] Wir sollten die Franzosen aus dem Gespräch hierüber auf der Ebene der Außen- und Verteidigungsminister nicht entlassen.

Teilten die Franzosen unsere positivere Einschätzung des Standes der West-Ost-Beziehungen nicht, so haben sie sich auch nicht entschließen können, eine größere Nähe zur NATO zu suchen (wie dies unter der Regierung Chirac ansatzweise sichtbar war) oder Fortschritte bei der WEU zu fördern. Hier verharrten sie vielmehr in alten gaullistischen Positionen (Guelluy: „Es geht nicht, daß bei der WEU sechs Partner ständig versuchen, den siebenten auf ihre Straßenseite zu ziehen"), ohne aber konstruktiv aufzuzeigen, wie sie sich die Zukunft einer europäischen Sicherheitsidentität vorstellen.[8] Es mag sein, daß den Franzosen ihr Dilemma bewußt ist.

4 Für den Wortlaut der Protokolle vom 22. Januar 1988 zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 über die Schaffung eines deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrats bzw. über die Schaffung eines deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrats vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, II, S. 1152–1156.

5 Zum Stand der Ratifizierung der Protokolle vom 22. Januar 1988 zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 101 und Dok. 246.
Vortragender Legationsrat Jess vermerkte am 19. September 1988: „StS Sudhoff hat mich soeben davon unterrichtet, daß BM heute mit BK die Frage des Ratifizierungsverfahrens der Zusatzprotokolle zum Elysée-Vertrag erörtert habe. BK habe nunmehr entschieden, das Ratifizierungsverfahren einzuleiten (Billigung durch Kabinett im Oktober, Behandlung im Bundestag im November). Der Vertrag solle ohne Änderung ratifiziert werden, wobei die von der Bundesbank gewünschte Klarstellung ihrer Unabhängigkeit in die Denkschrift aufgenommen werden soll. Das Abstimmungsverfahren mit den Ressorts über die Kabinettsvorlage wird nunmehr unverzüglich eingeleitet werden." Vgl. Referat 202, Bd. 140648.

6 Der französische Außenminister Dumas besuchte die ČSSR vom 15. bis 17. September 1988.

7 Der Passus „eine derartige … Pflichtübungen – nicht" wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

8 Zur Diskussion über eine gemeinsame Sicherheitspolitik im Rahmen der WEU vgl. Dok. 93.

Deswegen müssen wir die oft mühselige sicherheitspolitische Abstimmung mit ihnen konsequent fortsetzen. Die Atmosphäre dürfte sich nach der Ratifizierung der Zusatzprotokolle (ohne „Präambel" zum Gesetz!) und mit beginnender Implementierung des Verteidigungs- und Sicherheitsrates verbessern.[9] Spätestens beim deutsch-französischen Gipfel am 3./4. November[10] – besser noch davor – müssen wir uns hierzu konkret erklären können.

II. Im einzelnen ist festzuhalten:

1) Wiener Folgetreffen, KRK, CW, Gesamtkonzept

Wir waren uns mit F in der Bewertung einig, daß sich in Wien die enge deutsch-französische Zusammenarbeit bewährt habe und daß das Wiener Folgetreffen möglichst vor den US-Wahlen[11] mit einem ausgewogenen und substantiellen Schlußdokument abgeschlossen werden sollte. Zu der Frage, ob das Wiener Folgetreffen auf AM-Ebene abgeschlossen und KRK und die Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen auf AM-Ebene eröffnet werden sollte, haben die Franzosen keine abschließende Antwort gegeben, jedoch erklärt, daß sie ein entsprechendes Verfahren für möglich hielten. (Der Abschluß des WFT auf AM-Ebene wurde als „vorstellbar" (conceivable), die Eröffnung der beiden Folgekonferenzen auf AM-Ebene als bisher nicht entschieden, aber nicht ausgeschlossen bezeichnet.) Hinsichtlich der bei der HLTF-Sitzung am 13.9. erzielten Einigung zu KRK[12] haben wir die Annäherung Frankreichs begrüßt und als Ergebnis fruchtbarer Konsultationen bezeichnet, die es ermögliche, nun zügig zu einem abgestimmten Verhandlungsvorschlag zu kommen.

Hinsichtlich CW wiederholten die Franzosen ihre bekannten Sorgen, die sie zu dem Vorschlag der Bildung von Security Stocks veranlaßt haben.[13] Dufourcq äußerte weiterhin Bereitschaft, in Genf[14] eingehend das zugrundeliegende Problem sowjetischer CW-Überlegenheit während der zehnjährigen Vernichtungsperiode zu erörtern und zu hören, ob es andere Abhilfe gäbe. Wir haben darauf

9 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

10 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 3./4. November 1988 vgl. Dok. 313.

11 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

12 Zur Sitzung der High Level Task Force (HLTF) der NATO am 13. September 1988 in Brüssel vgl. Dok. 248, Anm. 13.

13 Frankreich übergab der Bundesrepublik, Großbritannien und den USA am 7. April 1987 in Genf ein Papier mit einem Vorschlag zur Aufrechterhaltung einer Sicherheitsreserve bei den Chemiewaffen. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 105.

14 Zu den Genfer Verhandlungen über ein Verbot von Chemiewaffen vgl. Dok. 10 und Dok. 186. Referat 222 hielt am 30. Dezember 1988 zum Stand der Verhandlungen in der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) fest: „Die politischen Grundlagen für einen erfolgreichen Abschluß der CW-Verhandlungen scheinen weitgehend gesichert, seit die Sowjetunion am 6.8.1987 (Rede AM Schewardnadses vor CD) ihr Einverständnis mit Verdachtskontrollen erklärte. Unklar ist, ob auch alle NNA – etwa Indien – hierzu bereit sind. […] Schwierige Detailfragen bleiben zu lösen: Einigung auf Regeln für eine effiziente Verdachtskontrolle bei gleichzeitigem Schutz nicht CW-relevanter Informationen: zahlreiche Lösungmodelle stehen zur Verfügung. Bei der Nichtherstellungskontrolle abschließende Festlegung der Substanzenlisten, Festlegung der Produktions- und Lager-Schwellenwerte für die Auslösung der Meldepflichten (und damit Datenaustausch und Regelkontrollen): derzeit erörterte Werte liegen nicht weit auseinander. Konsens für eine funktionsfähige Vertragsorganisation: Modelle vorhanden/politische Gewichtung und Interdependenz der einzelnen Gremien strittig. […] Insgesamt beurteilen wir das Verhandlungsergebnis des Jahres 1988 eher zurückhaltend, da die politische Bewegung des Jahres 1987 (sowjetische Bereitschaft zu ‚Verdachtskontrollen') nicht in Vertragstext umgesetzt werden konnte. Dies bleibt ein vorrangiges Ziel." Vgl. Referat 222, Bd. 162061.

hingewiesen, daß trotz Verständnisses für die französischen Sorgen diese Frage bei uns eine große politische Sensibilität hervorrufe und die Bevölkerung in diesem Bereich sehr wachsam sei. Wir haben darauf gedrungen, daß es gelingen müsse, die Verifizierungsfrage befriedigend zu lösen und zu einer politisch tragfähigen und durchsetzungsfähigen Lösung zu gelangen.

Hinsichtlich der Arbeiten am Gesamtkonzept[15] stellte der Ausschuß fest, daß die Politisch-Strategische AG in ihrer Sitzung am 24.6. in Paris[16] entsprechend dem von Ihnen und AM Dumas am 20.5.[17] erteilten Auftrag mit der Abstimmung der Positionen zum Gesamtkonzept begonnen habe und daß das Gespräch hierzu fortgeführt werden soll. Die Franzosen hielten sich allerdings zur Substanz äußerst bedeckt.

2) Arbeitsgruppen des Ausschusses

Zur Politisch-Strategischen AG nahm der Ausschuß zur Kenntnis, daß die Arbeiten an einer gemeinsamen Krisenplanung entsprechend den Empfehlungen des Perspektivischen Berichts vom Oktober 1986[18] voranschreiten.[19] Der Ausschuß erteilte der Politisch-Strategischen AG das Mandat, eine Unter-AG Krisenplanung einzurichten und ein Mandat für sie auszuarbeiten.

Arbeitsgruppe Militärische Zusammenarbeit

Der Ausschuß nahm einen Bericht über die Arbeit der AG Militärische Zusammenarbeit zur Kenntnis, die sich gegenwärtig in erster Linie mit den praktischen Fragen der Aufstellung der deutsch-französischen Brigade[20] befaßt. Der Vorbereitungsstab der Brigade wird am 1.10.1988 seine Tätigkeit in Böblingen aufnehmen, die Truppenteile werden ab 1.10.1989 zusammengeführt (Aufstellungszeitraum etwa ein Jahr). Frankreich wird zu diesem Zweck zwei neue Regimenter aus Frankreich nach Deutschland bringen, davon wird eines im nächsten Jahr zur Verfügung stehen, das andere im Jahre 1991. Für den Übergangszeitraum werden Teile der bereits in D stationierten französischen Truppen der Brigade unterstellt werden.

15 Zur Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO vgl. Dok. 229.

16 Vortragender Legationsrat Gröning vermerkte am 5. Juli 1988 zur Sitzung der deutsch-französischen Politisch-Strategischen Arbeitsgruppe am 24. Juni 1988 in Paris: „Wir haben deutlich gemacht, daß wir es ernst meinen und der gemeinsamen Schlüsselrolle bei der Mitgestaltung der westlichen sicherheitspolitischen Positionen, die Europa betreffen, gerecht werden wollen, insbesondere bei der Weiterentwicklung des Gesamtkonzepts. D.h., daß wir festhalten an der Implementierung des deutsch-französischen Perspektivischen Berichts; der WEU-Plattform und der hierzu gefaßten Ministerbeschlüsse; der bilateralen Beschlüsse vom 22.1. und 20.5.1988 […]. Die französische Reaktion war zwar nicht so aufgeschlossen, wie wir es unter der neuen Regierung wünschen würden, aber insgesamt war ein deutlich konstruktiverer Grundton als unter der vorigen Regierung erkennbar." Vgl. VS-Bd. 12098 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

17 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas vgl. Dok. 160.

18 Zur Verabschiedung des Perspektivischen Berichts des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung am 27. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 304.

19 Vortragender Legationsrat Gröning notierte am 5. Juli 1988, die deutsch-französische Politisch-Strategische Arbeitsgruppe habe bei ihrer Sitzung am 24. Juni 1988 in Paris bezüglich der Krisenplanung vereinbart, „daß je ein deutscher Diplomat und Offizier an F-Übung ‚Gimon' erstmalig als Beobachter teilnehmen und daß dem deutschen Übungsstab bei WINTEX 89 – ebenfalls erstmalig – je ein französischer Diplomat und Offizier als Beobachter angehören werden". Vgl. VS-Bd. 12089 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

20 Zur Aufstellung einer Deutsch-Französischen Brigade vgl. Dok. 32.

Der Ausschuß nahm zur Kenntnis, das die Arbeiten in der Unter-AG Interoperabilität und Erweiterte Luftverteidigung zügig vorangehen. Die Unter-AG Erweiterte Luftverteidigung hat ein Synthese-Dokument ausgearbeitet, daß der AG Militärische Zusammenarbeit bei ihrer nächsten Sitzung am 6. Oktober 1988 vorgelegt werden soll. Im Anschluß daran soll in der UAG über die Konsequenzen aus dem Synthese-Dokument entsprechend den Empfehlungen des Perspektivischen Berichts weiter beraten werden (etwaige Zusammenarbeit auf hohem technologischem Niveau bei der Luftverteidigung).

Rüstungskooperation

Der Ausschuß beauftragte die AG Rüstungskooperation, für die nächste Sitzung im Frühjahr[21] die Problemfelder bei der Rüstungskooperation zu identifizieren, damit der Ausschuß den Außen- und Verteidigungsministern[22] geeignete Vorschläge vorlegen kann.

3) Gemeinsame Übungen

Der Ausschuß nahm mit Befriedigung zur Kenntnis, daß in den nächsten Jahren weitere gemeinsame Übungen des deutschen und des französischen Heeres stattfinden werden, wobei besonders gewürdigt wurde, daß 1989 auch auf französischem Boden eine Übung mit deutscher Beteiligung stattfinden wird, womit auch der gemeinsame Sicherheitsraum gegenüber der Öffentlichkeit sichtbarer wird.

4) Gegenseitige Information über sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Drittländern

Das BMVg (StS Rühl) rügte, daß die französische Unterrichtung über sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Drittländern (Übung von US-Marines in F, französische Zusammenarbeit mit Spanien) bislang außerordentlich mangelhaft gewesen sei.

Diese Informationspolitik entspreche nicht dem hohen Niveau der deutsch-französischen Beziehungen, insbesondere dem Auftrag aus Art. 4 des Zusatzprotokolls, eine zunehmende Abstimmung zwischen beiden Staaten in allen die Sicherheit Europas angehenden Fragen sicherzustellen. Der Ausschuß einigte sich darauf, bei seiner nächsten Sitzung diesen Komplex weiter zu erörtern.

5) Vierertreffen der Außen- und Verteidigungsminister

Der Ausschuß schlägt den Außen- und Verteidigungsministern vor, sich am Vormittag des 3. November 1988 (direkt vor dem deutsch-französischen Gipfel) zu einer Sitzung zu treffen (wir haben mittlerweile nach Rücksprache mit 010 vorgeschlagen, das Vierertreffen mit einem gemeinsamen Mittagessen am 3.11. zu beginnen). Der Ausschuß wird den Außen- und Verteidigungsministern einen Bericht über seine Tätigkeit und die seiner Arbeitsgruppen vorlegen mit dem Ziel der zustimmenden Kenntnisnahme und Weiterleitung an die Staats- und Regierungschefs[23] beim Gipfel. Als weitere TOPs des Vierertreffens schlägt der Ausschuß vor:

21 Die nächste Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit fand am 1. Februar 1989 in Paris statt.

22 Hans-Dietrich Genscher und Rupert Scholz (Bundesrepublik) sowie Roland Dumas und Jean-Pierre Chevènement (Frankreich).

23 Helmut Kohl (Bundesrepublik) sowie François Mitterrand und Michel Rocard (Frankreich).

– Stand der Ratifizierung des Zusatzprotokolls,
– Ost-West-Beziehungen, einschließlich Wiener Folgetreffen, KRK und Strategiefragen,
– bilaterale sicherheitspolitische Zusammenarbeit (insbesondere deutsch-französische Brigade),
– sonstiges.[24]

Richthofen

VS-Bd. 12089 (201)

259

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem EG-Kommissionspräsidenten Delors

22. September 1988[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Jacques Delors, am 22. September 1988, 18.10 – 19.20 Uhr

Der *Bundeskanzler* heißt Präsident Delors herzlich willkommen und erkundigt sich zunächst nach dem Stand der Benennung neuer Kommissare durch die Mitgliedstaaten.[2]

Präsident *Delors* erklärt, Italien habe die ihm zustehenden zwei Kommissare noch nicht benannt. Desgleichen müsse Frankreich noch einen weiteren Kommissar benennen sowie Luxemburg und Irland. Auf spätere Rückfrage des Herrn Bundeskanzlers stellt Präsident Delors klar, daß F jetzt möglicherweise an die Benennung des CDS[3]-Generalsekretärs und früheren Ministers für Sozialfragen, Jacques Barrault, denke. Bosson, an den man zunächst herangetreten sei, habe die Aufgabe nicht übernehmen wollen.

24 Bundesminister Genscher vermerkte am 3. November 1988, die Außen- und Verteidigungsminister der Bundesrepublik und Frankreichs hätten beim Vierer-Treffen am selben Tag den Bericht des deutsch-französischen Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit zustimmend zur Kenntnis genommen. Zur Ratifizierung der Protokolle vom 22. Januar 1988 zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 hätten die Minister vereinbart, „dem Deutschen Bundestag und der französischen Nationalversammlung vorzuschlagen, die zeitgleiche Lesung (bei uns die entscheidende zweite Lesung) am Donnerstag, dem 1. Dezember 1988, vorzusehen, damit das Ratifikationsverfahren auf beiden Seiten bis zum 31. Dezember 1988 abgeschlossen werden kann." Der französische Außenminister Dumas werde die französische Nationalversammlung überdies darüber informieren, „daß die deutsche Seite ihre Auffassung zu den Protokollen in der Denkschrift dargelegt habe". Vgl. Referat 202, Bd. 140649.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 26. September 1988 gefertigt.

2 Am 6. Januar 1989 begann die Amtszeit der neuen EG-Kommission.

3 Centre des Démocrates Sociaux.

Er habe heute ausführlich mit BM Bangemann gesprochen, diesem allerdings hinsichtlich seines künftigen Aufgabenbereichs noch keine Zusagen machen können, da er das Gesamttableau noch nicht kenne.[4]

Auf die entsprechende Rückfrage des Bundeskanzlers stellt Präsident Delors klar, daß die erforderlichen Entscheidungen am 15. November 1988 fallen werden.

Der *Bundeskanzler* bittet Präsident Delors darum, über diese Fragen noch einmal zu sprechen, wenn es soweit sei.

Präsident *Delors* berichtet kurz über die erste Sitzung des in Hannover[5] eingesetzten Währungsausschusses.[6] Dieser habe in einer guten Atmosphäre stattgefunden. Bundesbankpräsident Pöhl habe den Auftrag, den Entwurf eines Papiers zu erstellen, das man in der nächsten Sitzung diskutieren wolle.[7]

Präsident Delors legt auf Bitte des Bundeskanzlers kurz seine Vorstellungen für den ER in Rhodos[8] dar. Zunächst weist er darauf hin, daß der ER wegen des Gesundheitszustandes von MP Papandreou möglicherweise verschoben werden muß – auf Mitte Dezember oder sogar Anfang Januar 1989. Bei der Verschiebung auf Januar 1989 müsse es selbstverständlich zu einer Absprache zwischen Spanien und Griechenland kommen.[9]

In Rhodos werde man zunächst wie üblich über die wirtschaftliche und soziale Lage in der Gemeinschaft sprechen. Ferner wolle er das Thema Jugendaustausch zur Diskussion stellen. Das Programm[10] funktioniere gut, aber brauche

4 Bundesminister Bangemann übernahm am 6. Januar 1989 das Amt des EG-Kommissars für Binnenmarkt und Industrie.

5 Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 in Hannover vgl. Dok. 191.

6 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schönfelder informierte am 20. September 1988, der Ausschuß für eine Wirtschafts- und Währungsunion (Delors-Ausschuß) habe seine erste Sitzung am 13. September 1988 in Basel abgehalten. Es seien zwei Arbeitspapiere diskutiert worden, die u. a. zentrale Fragen der Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion behandelt hätten, darunter insbesondere „die Bedingungen für die Errichtung einer Europäischen Währungsunion (Definition, Standortbestimmung); die Ziele einer Europäischen Währungsunion im Zusammenhang mit der Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes; die an eine europäische Währung zu knüpfenden Anforderungen bzw. Eignung der ECU als zukünftige europäische Einheitswährung; die Kompetenzen, mit denen eine zukünftige europäische Währungsinstitution auszustatten wäre; institutionelle Fragen und die Möglichkeit einer stufenweisen Implementierung der Währungsunion". Vgl. Referat 412, Bd. 168728.

7 Die zweite Sitzung des Ausschusses für eine Wirtschafts- und Währungsunion (Delors-Ausschuß) fand am 10. Oktober 1988 in Luxemburg statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schönfelder berichtete am 13. Oktober 1988, auf der Sitzung sei ein vom Sekretariat des Ausschusses vorgelegtes Papier diskutiert worden. Das Papier sei „von der Hypothese ausgegangen, daß bereits eine Währungsunion" bestehe, und habe nach den sich hieraus ergebenden ökonomischen Konsequenzen gefragt. Die Währungsunion, vom Papier „definiert als einheitlicher Währungsraum mit völlig konvertiblen Währungen und fixen Wechselkursen" sowie vollständig liberalisiertem Kapitalverkehr, erfordere eine einheitliche Geldpolitik sowie institutionelle und legale Änderungen, die nur bei einem entsprechenden „Verzicht auf gewisse Bereiche nationaler wirtschaftspolitischer Souveränität möglich" seien. Vgl. Referat 412, Bd. 168728.

8 Zur Tagung des Europäischen Rats am 2./3. Dezember 1988 auf Rhodos vgl. Dok. 353.

9 Griechenland hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1988 inne. Spanien übernahm sie vom 1. Januar bis 30. Juni 1989.

10 Der EG-Rat auf der Ebene der Umweltminister verabschiedete auf seiner Tagung am 16./17. Juni 1988 in Luxemburg das Aktionsprogramm „Jugend für Europa" zur Förderung des Jugendaustauschs in den Europäischen Gemeinschaften. Das vom 1. Juli 1988 bis 31. Dezember 1991 angelegte Programm in Höhe von 15 Mio. ECU war auf mindestens einwöchige Austauschprogramme für Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren ausgerichtet. Vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 158 vom 25. Juni 1988, S. 42–46.

einen zusätzlichen Impuls durch den ER, um die weitere Durchführung zu erleichtern. Zur Zeit gebe es zeh Anträge auf einen Platz. Auch wolle er die Frage zur Diskussion stellen, ob man nicht Österreich, Finnland und Schweden an dem Programm beteiligen könne.

Die monetären Fragen werde man wohl nicht in Rhodos, sondern erst in Madrid[11] und später in Paris[12] diskutieren.

Auch die „soziale Dimension" wolle er nicht auf dem ER zur Sprache bringen, es sei denn, PM Thatcher mache hieraus ein Grundsatzproblem.

Ein aus seiner Sicht wichtiger Schwerpunkt des ER in Rhodos könnte die Frage sein, wie die Staats- und Regierungschefs die Auswirkungen der West-Ost-Beziehungen auf die Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft beurteilen. Es gehe vor allem um die Klärung der Frage, wie weit man bei der Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen EG und RGW[13] gehen könne, ohne die Außenpolitik der einzelnen Mitgliedstaaten zu stören. Dies sei aus seiner Sicht keine Routinefrage, sondern eine politische Grundsatzfrage, bei der die Kommission auf die Orientierung durch die Staats- und Regierungschefs angewiesen sei. In diesen Zusammenhang gehöre auch die Behandlung des Problems des Technologietransfers. Die gesamte Problematik könne man beim Abendessen besprechen.

Der *Bundeskanzler* fragt, wie Präsident Delors den Stand der Diskussion über den Sitz des EG-Markenamtes[14] beurteilt.

Präsident *Delors* erwidert, die griechische Präsidentschaft suche noch nach einer Lösung. Er gehe allerdings davon aus, daß der Sitz des Markenamtes Madrid sein werde. Er sei allerdings nicht mit den griechischen Vorschlägen zur Sprachenfrage[15] einverstanden. Er wolle, daß neben Französisch und Englisch auch Deutsch als Sprache festgelegt werde, und zwar einfach aus dem Grunde, daß die Bundesrepublik Deutschland die stärkste Wirtschaftsmacht innerhalb der EG sei.

11 Die Tagung des Europäischen Rats fand am 26./27. Juni 1989 in Madrid statt.

12 Die Tagung des Europäischen Rats fand am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg statt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 70 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bettzuege vom 13. Dezember 1989; AAPD 1989.

13 Vgl. dazu die Gemeinsame Erklärung der Europäischen Gemeinschaften und des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) vom 25. Juni 1988; Dok. 160, Anm. 14.

14 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kudlich vermerkte am 11. August 1988: „Sitz und Sprachenregime des Europäischen Markenamts gehören in den Binnenmarktrat und sind dort bisher auch beraten worden". Während der deutschen Präsidentschaft sei wiederholt die Frage erörtert worden, „ob die Sitzentscheidung vom Rat auf Vorschlag der Kommission oder – wie von LUX gefordert – von einer Regierungskonferenz getroffen werden" solle. Zwar habe die Kommission eine Liste der in Frage kommenden Städte – Den Haag, London, Madrid und München – im Februar 1988 vorgelegt, sich aber nicht zu einem „konkreten Vorschlag durchringen können". Vgl. Referat 410, Bd. 141593.

15 In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums der Justiz vom 3. August 1988 hieß es, die griechische Präsidentschaft habe auf der informellen Tagung des EG-Rats auf der Ebene der für den Binnenmarkt zuständigen Minister am 29. Juli 1988 in Athen einen Kompromißvorschlag in den Bereichen EG-Markenrecht und Gemeinschaftspatentübereinkommen vorgelegt. Wichtigste Elemente des Kompromißvorschlags seien gewesen: „Sitz des Markenamts der EG: Madrid; Zwei-Sprachen-Lösung für das EG-Markenamt mit Englisch und Französisch; Inkraftsetzung des Gemeinschaftspatentübereinkommens schon bei Ratifikation von zehn Mitgliedstaaten." Der aus deutscher Sicht inakzeptable Kompromißvorschlag sei trotz Intervention von Bundesminister Bangemann von einer breiten Mehrheit des Rats getragen worden. Immerhin sei Deutsch aber als dritte Arbeitssprache des EG-Markenamts diskutiert worden. Vgl. Referat 410, Bd. 141593.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, er akzeptiere unter keinen Umständen eine Lösung, der die deutsche Sprache zum Opfer falle. Er sei aber bereit, bei der Sitzfrage entgegenzukommen, wolle dies aber jetzt im Hinblick auf innenpolitische Gegebenheiten noch nicht nach außen geben.

Präsident *Delors* leitet auf die bevorstehende Reise des Bundeskanzlers nach Moskau[16] über und fragt, ob er diesem Ereignis mit Hoffnung entgegensehe.

Der *Bundeskanzler* erwidert, nach seiner Auffassung würden die Erwartungen an die Moskau-Reise zu hochgeschraubt. Er versuche daher, die Erwartungen zu dämpfen. Ihm sei es wichtiger, daß man mit bescheidenen Erwartungen beginne und dann gute Ergebnisse erziele.

Natürlich hätten auch insbesondere die Sowjets große Erwartungen. Dies sei in seinem heutigen Gespräch mit dem sowjetischen Politbüromitglied Worotnikow erneut deutlich geworden.[17]

Im übrigen wolle er festhalten, daß für ihn der Besuch in Moskau und der Gegenbesuch von Gorbatschow in der Bundesrepublik Deutschland[18] eine Einheit darstellten. Dies sei auch deswegen wichtig, weil man dann die Fragen, die jetzt in Moskau nicht erledigt werden könnten, bei dem Besuch von Gorbatschow in Bonn abschließend behandeln könne.

Es gebe im übrigen auch noch Klippen, insbesondere hinsichtlich der Frage der Einbeziehung Berlins in bilaterale Verträge. Er gehe davon aus, daß in dieser Frage letzten Endes Gorbatschow entscheide. Eine befriedigende Lösung des Berlin-Problems sei für ihn eine Grundbedingung des Besuches.

Der Bundeskanzler fährt fort, es werde in Moskau insbesondere um zwei große Themenbereiche gehen:

– Abrüstung und Entspannung: Hierzu werde er allerdings[19] klarstellen, daß er keine Verhandlungen führe, gleichzeitig allerdings unser besonderes Interesse an Fortschritten bei der konventionellen Abrüstung deutlich machen. Im übrigen hoffe er, daß es nächstes Jahr zu einem START-Abkommen komme. Hinsichtlich der C-Waffen-Problematik seien wir mit der Sowjetunion mehr in Überstimmung als mit den USA. Was den konventionellen Bereich angehe, seien F und GB zögerlich, er glaube aber, daß er sich mit Präsident Mitterrand arrangieren könne. Im übrigen sei die Diskussion auch deswegen zähflüssig, weil die Sowjetunion konventionell weiterrüste. Zwar gebe es derzeit Gerüchte, wonach die sowjetischen Streitkräfte um eine Millionen Mann reduziert

16 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

17 Bundeskanzler Kohl empfing den Ministerpräsidenten der RSFSR am 22. September 1988 zu einem Gespräch. Worotnikow verlas zunächst eine Botschaft des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in der die große Bedeutung des anstehenden Besuchs des Bundeskanzlers für die bilateralen Beziehungen betont und eine Intensivierung der Zusammenarbeit auf den Gebieten Wirtschaft, Wissenschaft, Technik, Kultur und Umweltschutz angeregt wurde. Worotnikow ergänzte, Kohl werde bei seinem Besuch die „echte Bereitschaft der sowjetischen Seite spüren, die Zusammenarbeit beider Staaten und Völker zu entwickeln und zu verstärken. Die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion könnten eine große Rolle in Europa und in der Welt spielen, und zwar nicht nur im wirtschaftlichen Bereich". Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 76; B 150, Aktenkopien 1988.

18 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte in Begleitung des sowjetischen Außenministers Schewardnadse die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu AAPD 1989.

19 Korrigiert aus: „werde allerdings".

werden sollten. Dies besage aber wenig, wenn man beispielsweise berücksichtige, daß viele sowjetische Soldaten bei Bauarbeiten etc. eingesetzt seien. In Wirklichkeit steigere die Sowjetunion ihre Kampfkraft. Dies gelte insbesondere für Panzer, Artillerie und Luftlandetruppen.

– Der andere wichtige Themenbereich werde die wirtschaftliche Zusammenarbeit sein. Der SU gehe es insbesondere um rasche Fortschritte in der Konsumgüterindustrie. Hierbei spiele der von einem Konsortium unter Führung der Deutschen Bank angebotene Kredit in Höhe von eine Milliarde Rubel eine zentrale Rolle.[20] Man müsse sehen, daß Gorbatschow rasche Ergebnisse benötige, denn die Zeit laufe ihm davon. Wir seien auch bereit, in der Frage der Sicherheitstechnologie für Kernkraftwerke etwas zu tun[21], auch wenn es möglicherweise Probleme mit dem COCOM geben werde. Ferner wollten wir der Sowjetunion ein Angebot zur Ausbildung von Managern in der Bundesrepublik Deutschland machen und den Austausch von Wissenschaftlern und Studenten fördern. Die Sowjets hätten ihrerseits großes Interesse an einer deutschen Beteiligung an der Ausbeutung von Rohstoffvorkommen auf der Halbinsel Kola.[22] Hier bestünden durchaus realistische Chancen. Dies treffe nicht für ein weiteres sowjetisches Großprojekt in Westsibirien zu.[23]

Der Bundeskanzler fährt fort, er werde selbstverständlich auch die Frage der Menschenrechte ansprechen. Es gebe rund zwei Millionen Deutschstämmige in der Sowjetunion.[24] Die sowjetische Regierung habe jetzt Ausreisen erlaubt. Allein in diesem Jahr rechne er mit rund 40 000 Aussiedlern. Es gehe aber auch gleichzeitig darum, die Lebensbedingungen der Deutschen in der SU zu verbessern, insbesondere hinsichtlich ihrer kulturellen Bedürfnisse. Schließlich wäre Gorbatschow seiner Meinung nach klug beraten, wenn er mehr Besuchsreisen für diese Gruppe gestatte. Im übrigen wolle er sich auch für die Ausreise der Juden aus der Sowjetunion einsetzen.[25]

Gorbatschow habe für die von ihm ins Auge gefaßte Modernisierung der sowjetischen Wirtschaft im Grunde nur zwei Optionen: Entweder versuche er es mit eigenen Kräften, was wenig aussichtsreich sein dürfte, oder er komme einer Unterstützung von außen nach.

Da weder Japan noch die USA sich hier stark engagieren wollten, werde es vor allem die Europäische Gemeinschaft sein, die hier eine Rolle spielen könne.

Der Bundeskanzler schildert dann kurz die innenpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere auch die verschiedenen Reformvorhaben der Bundesregierung.

Präsident *Delors* erinnert daran, daß man auf dem letzten ER erwogen habe, das Thema öffentliche Sicherheit nochmals zu erörtern: Dies könne möglicherweise auf dem nächsten ER geschehen.

20 Zur Rahmenkreditvereinbarung vom 6. Mai 1988 zwischen der Deutschen Bank und der sowjetischen Bank für Außenwirtschaft vgl. Dok. 156, Anm. 10.

21 Zum Vorschlag einer Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR im Bereich der Kernkraft vgl. Dok. 22, Anm. 14, und Dok. 155, Anm. 25.

22 Zum sowjetischen Vorhaben einer Erschließung der Kola-Halbinsel vgl. Dok. 156, Anm. 11.

23 Zum sowjetischen Vorschlag einer Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik auf dem Gebiet der chemischen Industrie vgl. Dok. 201, Anm. 26.

24 Zur Lage der Deutschstämmigen in der UdSSR vgl. Dok. 204.

25 Zur Lage der jüdischen Sowjetbürger Dok. 282.

Der *Bundeskanzler* stimmt zu.

Der Bundeskanzler erwähnt, daß PM Thatcher vor zwei Tagen in Brügge eine wenig EG-freundliche Rede gehalten habe.[26]

Präsident *Delors* erklärt, dies sei in der Tat der Fall, und man müsse sich auch auf weitere Schwierigkeiten mit GB gefaßt machen. Er habe aber absichtlich von einer öffentlichen Stellungnahme abgesehen.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß er mit PM Thatcher in Chequers ausführlich über europäische Fragen gesprochen habe.[27] Er habe dabei den Eindruck gewonnen, daß PM Thatcher nicht zuletzt mit Blick auf die Wahlen 1992 in GB durchaus Fortschritte im Binnenmarkt wolle. Mit ihrem Nachfolger werde man sogar in Fragen der politischen Integration weiterkommen.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 76

260

Aufzeichnung des Bundesministers Genscher

010-1542/88 geheim **22. September 1988**

Betr.: Gespräch BM mit Kardinalstaatssekretär Casaroli am 21.9.1988, 18.30–19.00 h in Rom

Nach kurzem Meinungsaustausch über die Reise des Papstes in das Südliche Afrika[1] kam ich auf den Anlaß meiner Reise zu sprechen. Ich dankte zunächst für den unkonventionell und schnell gewährten Termin und sagte Casaroli, daß alles, was ich dem Heiligen Vater gesagt hätte, falls er mich hätte empfangen können, ich auch ihm gerne anvertrauen würde.

Casaroli erwiderte, daß der Heilige Vater ihn beauftragt habe, mir seinen großen Respekt auszudrücken. Zunächst wolle er darauf hinweisen, daß es wirkliche Terminprobleme gegeben habe. Dabei sei man sich bewußt gewesen, daß mein Besuch noch diskreter behandelt werden müsse als eine normale Audienz. Hinzu komme, daß der Papst gegenüber einer Delegation deutscher Katholiken in derselben Sache in gleicher Weise verfahren sei. Er habe deshalb ihn, den Kardinalstaatssekretär, beauftragt, sich mit großem Ernst und großer Aufmerksamkeit den Vortrag des Bundesministers anzuhören.

Ich verwies darauf, daß der Vorgang der Besetzung des Erzbistums Köln[2] sich in einem Stadium befinde, in dem die Bundesregierung zunächst noch nicht

26 Für den Wortlaut der Rede der Premierministerin Thatcher am 20. September 1988 vor dem Europa-Kolleg in Brügge vgl. https://www.margaretthatcher.org/document/107332.

27 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher am 9. Juli 1988 in Chequers vgl. Dok. 208.

1 Papst Johannes Paul II. besuchte vom 10. bis 13. September 1988 Simbabwe, am 14./15. September Lesotho und vom 16. bis 19. September 1988 Mosambik.

2 Ministerialdirigent Kastrup informierte am 12. Dezember 1988: „Seit dem Rücktritt von Kardinal Höffner am 14.9.1987 ist der Stuhl des Erzbischofs von Köln unbesetzt. Für die Bestellung eines Nachfolgers gilt Art. 6 des Preußischen Konkordats von 1929: ‚Nach Erledigung eines Erzbischöflichen oder Bischöflichen Stuhles reichen sowohl das betreffende Metropolitan- oder Kathedralkapitel als

beteiligt sei, auch wolle ich nicht über Köln, sondern über Berlin sprechen. Der Bundeskanzler und ich sähen in dem Weggang von Kardinal Meisner[3] aus Berlin ein falsches Signal.[4] Meisner genieße nicht nur in seiner Diözese, sondern in der ganzen DDR und nicht nur bei den Katholiken, allerhöchstes Ansehen und Vertrauen. Dies gelte auch für meine evangelischen Glaubensbrüder. Wir seien der Überzeugung, daß der sichere Eindruck entstehen werde, daß der Hirt die Herde verlasse, und dies zu einem Zeitpunkt, in dem nicht Zehntausende, sondern wahrscheinlich Hunderttausende die DDR verlassen wollten. Ich bat den Kardinalstaatssekretär, mich nicht mißzuverstehen. Die Frage berühre nicht die staatlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur DDR. Diese hätten sich vorteilhaft entwickelt, auch in bezug auf die menschlichen Probleme, insbesondere auch in bezug auf die Fragen der Besuchreisen und Ausreisen.

Casaroli erwiderte: Der Heilige Vater habe dem Kölner Metropolitankapitel einen Dreiervorschlag gemacht. Natürlich sei angesichts der Tatsache, daß der Kardinal und Erzbischof von Berlin an der Spitze dieses Vorschlags stehe, auch die Präferenz des Papstes deutlich hervorgehoben. Der Heilige Vater erwarte sich von der Berufung von Meisner, daß er der Erzdiözese Köln das geben könne, was sie jetzt brauche. Er habe darüber hinaus geglaubt, daß – zwar nicht als Haupt-, aber als Nebenwirkung – durch die Berufung von Meisner nach Köln der Gedanke der deutschen Einheit sichtbar werde.

BM erwiderte, daß ich nicht über Köln spräche, denn damit sei die Bundesregierung ja noch nicht befaßt, sondern über Berlin. Vordergründig wirke das zuletzt vom Kardinalstaatssekretär vorgetragene Argument bestechend; ich müsse ihm allerdings entgegenhalten, daß der Bischof von Berlin nicht Bischof von Ost-Berlin sei, sondern der Bischof von ganz Berlin und damit auch von West-Berlin und damit auch für die Einheit von Berlin eine hohe Bedeutung habe. Im übrigen stehe zu befürchten, daß Komplikationen für den Heiligen Stuhl voraussehbar seien, falls dieser mit der Regierung der DDR über eine Übersiedlung des Kardinals von Berlin nach Köln sprechen würde. Die DDR könnte dies zum Gegenstand von staatsbürgerschaftlichen Entscheidungen machen. Hier gebe es be-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1370

auch die Diözesanerzbischöfe und -bischöfe Preußens dem Heiligen Stuhle Listen von kanonisch geeigneten Kandidaten ein. Unter Würdigung dieser Listen benennt der Heilige Stuhl dem Kapitel drei Personen, aus denen es in freier, geheimer Abstimmung den Erzbischof oder Bischof zu wählen hat. Der Heilige Stuhl wird zum Erzbischof oder Bischof niemand bestellen, von dem nicht das Kapitel nach der Wahl durch Anfrage bei der Preußischen Staatsregierung festgestellt hat, daß Bedenken politischer Art gegen ihn nicht bestehen.' Trotz intensiver Bemühungen ist es dem Kölner Domkapitel in den vergangenen 15 Monaten nicht gelungen, sich entsprechend den Konkordatsbestimmungen auf einen mehrheitsfähigen Kandidaten zu einigen. Wie es heißt, hat die vom Domkapitel letztlich im Vatikan vorgelegte Liste nur Personen enthalten, von denen keine die absolute Mehrheit des 16-köpfigen Domkapitels erhalten hätte […]. Der Vatikan hat daher seinerseits dem Kölner Domkapitel eine Reihe von Kandidaten benannt, für die sich aber ebenfalls keine Mehrheit finden ließ. Aufgrund des sich hieraus ergebenden Zustands einer ‚Nichtwahl' oder völligen Blockierung beabsichtigt der Heilige Stuhl nunmehr, unter Berufung auf das dann eingreifende allgemeine Kirchenrecht einen Kölner Erzbischof zu ernennen." Vgl. Referat 206 (203), Bd. 140499.

3 Durchgängig korrigiert aus: „Meissner".

4 Staatssekretär Sudhoff vermerkte am 4. Juli 1988: „Botschafter Verbeek teilte mir heute telefonisch mit, ihm sei bekannt geworden, daß in diesen Tagen der Vatikan einen Dreier-Vorschlag an das Domkapitel von Köln übermitteln werde, in dem die Vorschläge zur Wahl des neuen Erzbischofs enthalten seien. Erster auf der Liste und vom Vatikan besonders erwünscht sei Kardinal Meisner. Wer sonst noch auf der Liste stünde, wisse er, Verbeek, nicht. Auch sei ihm unbekannt, wen der Vatikan als Nachfolger für Kardinal Meisner in Berlin im Auge habe." Vgl. Referat 223, Bd. 173608.

kanntlich unterschiedliche Auffassungen zwischen der Bundesregierung und der Regierung der DDR. Im übrigen würde man von seiten der DDR Kardinal Meisner wohl auch ganz gerne ziehen lassen.

Ich habe an diesem Punkt unter Hinweis auf meine Herkunft aus der DDR und meine Kenntnis der dortigen Stimmung eindringlich auf die psychologischen Wirkungen eines Weggangs verwiesen und hinzugefügt: Tatsache sei, daß der Bundeskanzler und ich uns nach reiflicher Überlegung zu meiner heutigen Reise nach Rom nur aus diesem Anlaß entschlossen hätten. Dies zeige die Bedeutung, die wir der Angelegenheit beimessen.

Casaroli erwiderte, er könne die Entscheidung des Heiligen Vaters natürlich nicht vorwegnehmen. Dem Heiligen Vater sei auch bestens bekannt, daß Kardinal Meisner Berlin nicht gerne verlasse. Er glaube aber, daß der Heilige Vater es respektieren würde, wenn Kardinal Meisner nach Rom käme und seinen persönlichen Wunsch zum Ausdruck brächte, in Berlin zu bleiben, und dies auch das Kölner Domkapitel wissen ließe. Casaroli sagte dazu, daß das Domkapitel sozusagen schon bei den Wahlen sei; es sei wohl sehr geteilter Meinung.

Im übrigen müsse man gerade wegen der Wertschätzung für Kardinal Meisner eine Lage vermeiden, die als Ablehnung des Kardinals durch das Domkapitel verstanden werden könnte. Er würde auf jeden Fall dem Heiligen Vater die Argumente des Bundeskanzlers und des Bundesministers vortragen.

Das Gespräch wurde von Kardinalstaatssekretär Casaroli in besonders persönlicher und herzlicher Atmosphäre geführt.

Wir vereinbarten absolute Vertraulichkeit. Für den Fall des Bekanntwerdens unseres Gesprächstermins haben wir folgende Sprachregelung getroffen:

Kardinalstaatssekretär Casaroli hat den Bundesminister des Auswärtigen vor dessen Reise zur Generalversammlung der Vereinten Nationen nach New York[5] über die Eindrücke und Einschätzungen unterrichtet, die der Heilige Stuhl bei der jüngsten Papst-Reise durch das Südliche Afrika gewonnen hat.[6]

Genscher[7]

VS-Bd. 14162 (010)

5 Bundesminister Genscher hielt sich vom 24. September bis 1. Oktober 1988 anläßlich der VN-Generalversammlung in New York auf.

6 Botschaftsrat I. Klasse Gentz, Rom (Vatikan), informierte am 20. Dezember 1988, daß er am Vormittag vom Staatssekretariat des Vatikans zum Gespräch gebeten worden sei. Man habe ihm mitgeteilt, der Papst „werde heute mittag Kardinal Meisner zum neuen Erzbischof der Erzdiözese Köln ernennen. Das Domkapitel habe Kardinal Meisner in einem neuen Wahlgang mit ‚guter Mehrheit' aus der Terna des Papstes gewählt. Die hierüber sofort unterrichteten beiden beteiligten Bundesländer hätten unverzüglich wissen lassen, daß keine Bedenken gegen die Person Kardinal Meisners als Nachfolger von Kardinal Höffner in Köln bestünden." Bundesminister Genscher solle folgende Botschaft überbracht werden: „Papst Johannes Paul II. habe nach langen intensiven Überlegungen und in sorgfältigem Abwägen aller pastoralen und kirchenpolitischen Gesichtspunkte […] die dem Domkapitel übersandte Terna erstellt, auf der auch Kardinal Meisner figuriert habe. Das Domkapitel sei frei gewesen, einen der vom Papst genannten Kandidaten zu wählen, was es nunmehr getan habe. Der Papst habe in seine weitreichenden Überlegungen über die Nachfolge Höffners selbstverständlich auch die von deutlicher Sorge getragenen Hinweise des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers gegenüber dem Heiligen Stuhl auf die deutschland- und berlinpolitischen Aspekte einer evtl. Versetzung Kardinal Meisners nach Köln einbezogen. […] Gleichwohl habe der Papst wegen der großen Bedeutung der Kölner Erzdiözese und der hohen Qualitäten Kardinal Meisners nicht anders gekonnt, als diesen in die Terna aufzunehmen. Der Heilige Stuhl sei sich der Bedeutung einer angemessenen Besetzung des Berliner Bischofstuhls voll bewußt." Vgl. Referat 206 (203), Bd. 140499.

7 Paraphe.

261

Bundesminister Genscher an den bayerischen Ministerpräsidenten Strauß

22. September 1988[1]

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

das Schicksal der beiden in Afghanistan inhaftierten Mitarbeiter des Notärztekomitees Cap Anamur[2] habe ich mir zur eigenen Sache gemacht. Wie Sie zu Recht schreiben, haben wir uns von Anfang an um die beiden Mediziner bemüht.[3] Neben direkten und mehrfach vorgetragenen Interventionen der deutschen Botschaft in Kabul habe ich dafür Sorge getragen, daß sich auch der in Afghanistan weilende VN-Beauftragte Ermacora bei der afghanischen Regierung persönlich für unser humanitäres Anliegen eingesetzt hat. Eine erste Antwort des Kabuler Regimes erhielten wir soeben. Danach wird bestätigt, daß Dr. Splieth und Frau Hackstedt in der Provinz Ghazni festgenommen worden seien und beide sich zur Zeit „in Haft und Verhör" befänden. Beide seien „illegal gemeinsam mit bewaffneten extremistischen Gruppen nach Afghanistan eingereist". Man hat uns ferner mitgeteilt, daß Vertreter der Botschaft am 25.9.1988 mit den beiden Deutschen sprechen könnten.[4] Wir haben in den vergleichbaren Fällen der

1 Durchschlag als Konzept.
Hat Bundesminister Genscher am 23. September 1988 vorgelegen.
Das Schreiben wurde von Staatssekretär Sudhoff mit Fernschreiben vom 23. September 1988 an die Staatskanzlei München übermittelt.
Hat Sudhoff erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Abteilung 3 verfügte.
Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 26. September 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Zeller verfügte.
Hat Zeller am 27. September 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 340 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elias am 28. September 1988 vorgelegen. Vgl. das Fernschreiben; Referat 340, Bd. 144631.

2 Ministerialdirigent Zeller notierte am 22. September 1988: „Am 8.9.88 wurden die in Bamyan tätigen Mitarbeiter des Komitees Cap Anamur, Frau Hackstedt und Dr. Splieth, auf dem Rückweg nach Peshawar von Sicherheitskräften des Regimes verhaftet und nach Kabul verbracht. Unsere Botschaft hat sich umgehend um die beiden bemüht und auch den gerade in Kabul befindlichen Sonderberichterstatter der VN-Menschenrechtskommission, Prof. Ermacora, um seine Intervention gebeten." Am 18. September 1988 habe Ermacora schließlich „Staatspräsident Nadschibullah besucht und unser Anliegen unter Hinweis darauf vorgetragen, daß es sich um ‚humanitären Fall erster Ordnung' handele. Afghanischer Staats- und Parteichef habe erwidert, Dr. Splieth und Frau Hackstedt seien ohne Einreiseerlaubnis nach Afghanistan gekommen und hätten damit gegen afgh. Gesetz verstoßen. Es müsse eine Untersuchung gegen sie durchgeführt werden, bei der zu klären sei, ob sie sich der Spionage schuldig gemacht hätten oder nicht. Vom Ergebnis der Untersuchung werde abhängen, was mit beiden Deutschen geschehe. Botschaft werde ‚in allernächster Zeit' Besuchserlaubnis erhalten." Vgl. den Drahterlaß Nr. 9220; Referat 340, Bd. 144631.

3 Der bayerische Ministerpräsident Strauß teilte Bundesminister Genscher am 22. September 1988 mit: „Sehr geehrter Herr Bundesminister, für Ihre Bemühungen um die Freilassung der von afghanischen Regierungstruppen inhaftierten zwei Mitarbeiter des ‚Notärzte-Komitees Cap Anamur', der Krankenschwester Lea Hackstedt und des aus Münsing in Bayern stammenden Arztes Dr. Benno Splieth, danke ich Ihnen. Ich bitte Sie, alle verfügbaren Möglichkeiten der Einflußnahme auszuschöpfen, um die Freilassung der beiden jungen Deutschen zu erreichen, die nichts anderes wollten, als sich in den Dienst der medizinischen Versorgung des geschundenen afghanischen Volkes zu stellen." Vgl. das Fernschreiben Nr. 766 der Staatskanzlei München; Referat 340, Bd. 144631.

4 Botschaftsrat I. Klasse Massmann, Kabul, berichtete am 22. September 1988, das afghanische Außenministerium habe mitgeteilt, „daß Vertreter der Botschaft am kommenden Sonntag mit beiden Deut-

Inhaftierung französischer und italienischer Journalisten erleben müssen, daß die Bemühungen beider Regierungen erst nach erheblicher Zeit zu einem solchen Ergebnis geführt haben. Ob diese damit verglichene schnellere Reaktion des Regimes in Kabul auf eine flexiblere und entgegenkommendere Haltung unseren Wünschen auf Freilassung gegenüber hindeutet, läßt sich mit Sicherheit nicht beantworten. Jedenfalls werden wir am Sonntag in der Lage sein, uns über den gesundheitlichen Zustand der beiden Deutschen ein Urteil zu bilden[5] und die in Sorge befindlichen Familien davon zu unterrichten.

Es versteht sich von selbst, daß wir uns auch weiterhin auf allen uns zur Verfügung stehenden Kanälen für die Freilassung einsetzen werden. Dazu gehören auch die Bemühungen über solche Staaten, die dem Regime in Kabul nahestehen.[6]

Mit freundlichen Grüßen
Hans-Dietrich Genscher

Referat 340, Bd. 144631

Fortsetzung Fußnote von Seite 1373

schen sprechen könnten". Die rasche Einräumung des Besuchsrechts sei sicher auf die Intervention des Sonderbotschafters der VN-Menschenrechtskommission, Ermacora, bei Staatspräsident Nadschibullah zurückzuführen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 389; Referat 340, Bd. 144631.

5 Botschaftsrat I. Klasse Massmann, Kabul, informierte am 25. September 1988 über seinen Besuch bei den beiden in Kabul inhaftierten Deutschen. Er habe mit beiden Inhaftierten ein jeweils einstündiges Gespräch geführt und dabei den Eindruck gewonnen, daß es ihnen den Umständen entsprechend gut gehe. Allerdings hätten sie sich über die ungewisse Dauer des gegen sie eingeleiteten Untersuchungsverfahrens besorgt gezeigt. Er, Massmann, habe am Ende seines Besuchs gegenüber dem afghanischen Untersuchungsführer „wiederholt darauf hingewiesen, daß Dr. Splieth und Frau Hackstedt nur ihrer Tätigkeit als Arzt und Krankenschwester nachgegangen seien und damit getan hätten, was im Rahmen der insbesondere von den VN geplanten weltweiten Hilfsaktionen ohnehin vorgesehen sei". Zudem habe er „um Rechtsbeistand für beide Deutsche und Vorführung vor einen Richter gebeten". Massmann resümierte, daß die Dauer des Untersuchungsverfahrens kaum vorherzusagen sei. Mit einem schnellen Abschluß der Untersuchung sei nicht zu rechnen, da auch eventuelle Verbindungen zu Widerstandsgruppen untersucht würden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 393; Referat 340, Bd. 144631.

6 Nach weiteren intensiven Bemühungen des Auswärtigen Amtes, der Botschaft in Kabul sowie des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker wurden die inhaftierten Deutschen am 7. November 1988 amnestiert und am 9. November 1988 aus der Haft entlassen. Am 11. November 1988 trafen sie mit dem Flugzeug in der Bundesrepublik ein. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 489 und 492 des Botschaftsrats I. Klasse Massmann, Kabul, vom 8. bzw. 10. November 1988 und das Schreiben des Staatssekretärs Sudhoff an Massmann vom 17. November 1988; Referat 340, Bd. 144631.

262

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron

23. September 1988[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Minister[3]

Betr.: Veränderungen der sowjetischen Außenpolitik und ihrer Auswirkungen auf Dritte-Welt-Konflikte

I. Die diesjährige Tagung der Planungsstäbe der NATO (Atlantic Policy Advisory Group: APAG) vom 2.–6. Oktober in Nord-Seeland[4]/Dänemark wird sich mit dem Thema: „Regionalkonflikte und Bündnissicherheit" befassen.

Wir haben für die Tagung ein Diskussionspapier erarbeitet, das die Problematik „Der Westen zwischen Ost und Süd/Was für den Westen dabei auf dem Spiel steht" behandelt.

Im folgenden wird zu Ihrer Information der Teil des Papiers wiedergegeben, der die neue sowjetische Außenpolitik zu Dritte-Welt-Konflikten darstellt.

II. Veränderungen der sowjetischen Außenpolitik und der mögliche Einfluß auf die Bedrohung westlicher Interessen durch Dritte-Welt-Konflikte

1) Es ist unverkennbar, daß die neue sowjetische Außenpolitik, die auf dem Hintergrund der inneren Umgestaltungsprozesse zu sehen ist (notwendige Anpassung an globale wirtschaftliche und technologische Trends, Modernisierung der Wirtschaft und Konzentration der Ressourcen, Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, „Demokratisierung", Glasnost, Motivierung der Bevölkerung) auch bereits Folgen für die sowjetische Dritte-Welt-Politik gezeitigt hat:

Schon die allgemeinen Grundsätze des neuen Konzepts müssen konkrete Auswirkungen auf die sowjetische Linie gegenüber den Vorgängen in der Dritten Welt haben. Die SU tritt in diesen Grundsätzen für eine verstärkte und effiziente Abrüstung und für gemeinsame Sicherheit ein und spricht von wirtschaftlicher und ökologischer Interdependenz sowie von der Unführbarkeit eines nuklearen Krieges und der Verhinderung eines jedweden, d.h. auch eines konventionellen Krieges.

Die merkliche Verbesserung in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und die von der sowjetischen Führung sich selbst auferlegte Friedensrolle und erklärte Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei der Lösung der anstehenden Weltprobleme machen Beschränkung und Zurückhaltung im Herangehen an die Dritte

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Roßbach konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 23. September 1988 vorgelegen.

3 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 7. Dezember 1988 vorgelegen, der den „Rücklauf von BM" über das Büro Staatssekretäre an den Planungsstab verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 7. Dezember 1988 vorgelegen.

4 Korrigiert aus: „Nord-Zealand".
Die Tagung der Atlantic Policy Advisory Group (APAG) der NATO fand vom 3. bis 6. Oktober 1988 in Hornbæk auf der Insel Seeland in Dänemark statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron vom 10. Oktober 1988; Referat 02, Bd. 178526.

Welt und beim Verhalten gegenüber dortigen Krisenerscheinungen erforderlich. In der Tat benötigt die Sowjetunion für ihre neue außenpolitische Glaubwürdigkeit gegenüber dem Westen und der Dritten Welt sowie für ihre innere Umgestaltung einen freien Rücken auch an dieser internationalen Front.

2) Es ist kein Zufall, daß im Laufe dieses Jahres 1988 aufgrund der relativen Annäherung der Interessen der beiden Großmächte – bei freilich bestehen bleibenden Konfliktursachen – wichtige Fortschritte in der Konfliktbereinigung auf gleich mehreren Feldern eingeleitet werden konnten. Hierzu sind der beginnende sowjetische Rückzug aus Afghanistan[5], der Waffenstillstand im Golf-Krieg[6], ein Stufenplan für die Beendigung des Konfliktes in Angola und Namibia[7] und Bewegung in der Kambodscha-Frage[8] zu rechnen.

Die neue sowjetische Linie, die in Umrissen erkennbar ist, und zu deren Grundpfeilern, zumindest was Asien und die Sicherheitslage in diesem Bereich anbelangt, die Rede Michael Gorbatschows in Wladiwostok 1986[9] gehört, stellt keine passive, auf Rückzug zielende, sondern vielmehr eine aktive Dritte-Welt-Politik dar. Die Hauptmerkmale dieser Politik können wie folgt skizziert werden:

– Bereitschaft zur begrenzten Zusammenarbeit mit den USA bzw. dem Westen insgesamt in Bereichen, in denen gefährliche und nicht mehr kontrollierbare regionale Destabilisierung oder eine direkte Konfrontation der beiden Großmächte droht.
– Versuch, in den Krisen und in den auf ihre Entschärfung gerichteten Prozessen eine möglichst gleichrangige Stellung mit den Vereinigten Staaten zu erreichen.
– Schwerpunktmäßige Unterstützung von regional einflußreichen Dritte-Welt-Mächten (insbesondere Indien), auch wenn diese nicht sozialistisch-marxistisch ausgerichtet sind. Gleichzeitig Weiterbedienung der alten Klientel aus der Breschnew-Zeit, soweit sinnvoll und erforderlich. Rückzug jedoch dort, wo im Ost-West- und im Nord-Süd-Verhältnis erkennbar Fehler gemacht wurden

5 Zum sowjetischen Truppenabzug aus Afghanistan vgl. Dok. 107.

6 Zum Waffenstillstand zwischen dem Irak und dem Iran ab 20. August 1988 vgl. Dok. 225, Anm. 30.

7 Zum Abschluß eines Waffenstillstands bei den Friedensgesprächen zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA vom 2. bis 5. August 1988 in Genf vgl. Dok. 215, Anm. 11.

8 Zu den Bemühungen um eine Beilegung des Kambodscha-Konflikts vgl. Dok. 130, Anm. 19.
Referat 342 notierte am 6. September 1988: „In Bogor bei Jakarta fand vom 25. bis 28. Juli 1988 das Jakarta Informal Meeting (JIM) statt. Zum ersten Mal redeten alle unmittelbar am Konflikt Beteiligten (Volksrepublik Kambodscha; drei Widerstandsfraktionen: Anhänger Sihanouks, Son Sanns und Rote Khmer; Vietnam) sowie Laos und die ASEAN-Staaten miteinander über eine politische Lösung. JIM endete mit einer angeblich von allen Teilnehmern gebilligten Erklärung des indonesischen AM Alatas, in der als Ziel einer politischen Lösung ein unabhängiges, souveränes, freies und ungebundenes Kambodscha auf der Grundlage von Selbstbestimmung und nationaler Versöhnung genannt wird. Als Schlüsselfragen des Kambodscha-Konflikts wurden der Rückzug der Vietnamesen und die gleichzeitige Verhinderung einer Wiederholung der Verbrechen des Pol-Pot-Regimes sowie die Beendigung aller ausländischen Einmischung und Waffenlieferungen identifiziert. […] Ihre offenkundige Isolierung beim JIM und möglicherweise Druck aus Peking haben die Roten Khmer dazu veranlaßt, am 15.8.88 erstmals einen eigenen Lösungsvorschlag (14-Punkte-Plan) zu präsentieren, mit dem sie auf Vorherrschaft und ihre militärische Durchsetzung verzichten, ihre Zusammenarbeit in einer von Sihanouk geführten Viererkoalition anbieten und auch einer internationalen Kontrolle zustimmen.“ Vgl. Referat 342, Bd. 137124.

9 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vom 28. Juli 1986 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 9–37.

(Afghanistan). Kennzeichnend ist bei all dem eine erstaunliche Kohärenz im taktischen Herangehen.

– Zurücktreten der militärischen und der ideologischen Machtmittel hinter politischen und wirtschaftlichen Instrumenten, letztere soweit im Sinne der Umgestaltung vertretbar. Im ganzen ist auf absehbare Zeit ein Trend feststellbar in Richtung auf weniger machtpolitische Expansion in die Dritte Welt, mehr Sicherung der eigenen Interessen anstelle von messianisch-dialektischer Durchdringung.

  Im Widerspruch dazu steht allerdings verglichen mit dem Vorjahr das Ansteigen des Waffen- und Rüstungsgüterexportes der Staaten des Warschauer Pakts in die Dritte Welt im Jahre 1987, und zwar um 31% (Sowjetunion 25%), wobei der Hauptempfänger Irak (44% der Gesamtlieferungen, 3,6 Mrd. US $) hinter Indien (2,5 Mrd. US $) war. Der Iran erhielt zur gleichen Zeit für 626 Mio. US $ Kriegsgerät ausschließlich aus den NSWP-Staaten[10].

– Versuch einer Annäherung der eigenen Positionen an die Ansichten und Forderungen der Volksrepublik China.

– Betonung der Rolle der Vereinten Nationen beim Krisenmanagement in der Dritten Welt im Rahmen des neuen sowjetischen Konzepts der „comprehensive security".

3) Der Waffenstillstand im Golf-Krieg wäre trotz der Ermüdung der Kriegsparteien ohne die erfolgte Harmonisierung der Interessen der beiden Großmächte nicht möglich gewesen. Die Sowjetunion scheint an einer Beendigung des Konfliktes im Golf ernsthaft interessiert. Der mit der Krise einhergehenden starken Flottenpräsenz der Vereinigten Staaten und einzelner NATO-Verbündeter mußte aus sowjetischer Sicht schon wegen der geographischen Nähe der Sowjetunion der Anlaß genommen werden. Auch im Nahostkonflikt hat die Sowjetunion neue Zeichen gesetzt: Sie hat erklärt, daß der Konflikt nicht militärisch, sondern nur politisch gelöst werden könne. Sie spricht davon, daß es der palästinensischen Seite überlassen bleiben müsse, die Form der Verwirklichung ihres Selbstbestimmungsrechts zu wählen. Außerdem macht sie nurmehr zur Bedingung, daß eine internationale Konferenz „effektiv" sein müsse, also z. B. den Rahmen für direkte Verhandlungen Israels mit einzelnen arabischen Staaten abgeben könne. Israel wird als unumgänglicher Faktor in der Krise anerkannt. Mit Israel ist auch eine Normalisierung in Gang gekommen, die mit dem Austausch von Konsulardelegationen begann und mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen enden könnte. Im ganzen ist die Sowjetunion im Nahen Osten aber allem Anschein nach mehr am Friedensprozeß selbst als an einer wirklichen baldigen Beilegung des Konflikts interessiert. Ihr Bestreben geht dahin, in diesem Prozeß eine möglichst gleichrangige Stellung mit den Vereinigten Staaten von Amerika einzunehmen.

Die sowjetische Reaktion auf den diplomatischen Schachzug König Husseins von Jordanien[11] bleibt abzuwarten.

Schwerpunkt des neuen Dritte-Welt-Konzepts der Sowjetunion ist Indien, das als einziges Entwicklungsland in der Gorbatschow-Rede auf dem 27. Partei-

10 Nicht-Sowjetische Warschauer-Pakt-Staaten.

11 Vgl. dazu die Rede König Husseins vom 31. Juli 1988; Dok. 225, Anm. 38.

kongreß 1986[12] genannt wurde und mit dem weitreichende wirtschaftliche und militärische Abmachungen im Gegenwert von ca. 1,4 Mrd. US $ getroffen wurden (Besuch Premierminister Gandhis 1985 in Moskau[13]). Aber auch den sich neu industrialisierenden Ländern (NIES[14]) in Ostasien und regionalen Gruppierungen wie den ASEAN-Staaten werden Avancen gemacht. Ägypten wurde eine relativ großzügige Umschuldung seiner Verbindlichkeiten gegenüber der Sowjetunion zuteil. Staaten wie Mexiko und Brasilien werden umworben. Nicht zu vergessen ist die neuerliche starke Betonung und Unterstützung der Vereinten Nationen, ein Vorgehen, das durch nachgeholte Beitragszahlungen an die VN und durch den Vorschlag für ein neues UN-Sicherheitssystem untermauert wird.[15]

Die stärkste Veränderung in der Wahl der Mittel und der Art des Herangehens zeigt sich in der prinzipiellen Festlegung auf dem 27. Parteitag, daß im Rahmen der friedlichen Koexistenz die ideologische Komponente zurückgedrängt und klargestellt wurde, daß im Nuklearzeitalter die allgemeinen Menschheitsaufgaben und das Überleben der Menschheit vor dem Klassenkampf zu rangieren hätten. Hier könnte eine Distanz zur vorherigen Unterstützung der Gewaltanwendung durch revolutionäre Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt anklingen.[16]

4) Aus all dem ergibt sich, daß bei allen hoffnungsvollen Ansätzen einer Umorientierung der sowjetischen Außenpolitik gegenüber der Dritten Welt die Möglichkeit der Überlagerung regionaler Konflikte durch den West-Ost-Konflikt weiter bestehen wird. Die Sowjetunion wird – wenn auch mit anderen Mitteln – weiterhin versuchen, Positionsgewinne auf Kosten des Westens in der Dritten Welt zu erzielen oder zumindest ihren Einfluß mit dem Ziel eines Gleichziehens mit der anderen Großmacht USA zu mehren. Die geschicktere Politik Gorbatschows könnte langfristig dazu geeignet sein, das in vielen Ländern der Dritten Welt gesunkene Ansehen der SU zu verbessern. Für die Sowjetunion wird aber

12 Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 68.
Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 25. Februar 1986 in Moskau vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 200–314.

13 Ministerpräsident Gandhi hielt sich vom 21. bis 26. Mai 1985 in der UdSSR auf.

14 Newly Industrializing Economies.

15 Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen notierte am 5. März 1988: „GS Gorbatschow hat in seinem Namensartikel in der Prawda vom 17.9.1987 eine wichtige theoretische Grundlage für die sowjetische VN-Politik gelegt. In dem Artikel werden eine Fülle von Vorschlägen gemacht, die direkt oder indirekt mit der Forderung nach einem ‚umfassenden System für Frieden und internationale Sicherheit' verbunden werden. Die rechtliche und politische Ausgestaltung dieses Systems bleibt jedoch trotz der sowjetischen Initiativen in der 41. und 42. VN-GV unklar. Die Vorschläge laufen einerseits auf eine Aufwertung des bisherigen VN-Systems hinaus, andererseits gehen sie weit darüber hinaus. Die Gesamtheit der Vorschläge wird von Gorbatschow in den Kontext der sowjetischen Forderungen nach vollständiger nuklearer Abrüstung, Beseitigung aller Massenvernichtungswaffen, Auflösung der Militärblöcke und Aufgabe der Abschreckungsstrategie gestellt. Isoliert betrachtet sind die auf Schaffung neuer VN-Institutionen und -Mechanismen abzielenden Vorschläge problematisch, dagegen liegen einige auf Stärkung des bisherigen VN-Systems gerichteten Vorschläge durchaus auch im westlichen Interesse. Insgesamt scheint die SU die VN benutzen zu wollen, um eine Weiterentwicklung der internationalen Ordnung nach ihren jetzigen Interessen zu beeinflussen." Vgl. Referat 230, Bd. 248820.

16 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Dieser Punkt bleibt aber zweifelhaft, solange die ‚Unterstützung des Kampfes der Völker um nationale Befreiung' ein Verfassungsgebot (Art. 28) bleibt und konservative Kreise der sowjetischen Führung (z. B. Ligatschow in Gorki am 5.8.88) die Rolle des Klassenkampfes in den internationalen Beziehungen stärker als Gorbatschow oder Schewardnadse betonen."

auch weiterhin auf absehbare Zeit die Gewährung von materieller Militärhilfe das wichtigste Mittel ihrer Einflußgewinnung in der Dritten Welt sein.[17]

Wenn demnach auch eine direkte militärische Bedrohung des Westens nicht zu erwarten ist, bleibt bei den Instabilitäten in der Dritten Welt und dem Opportunismus der sowjetischen Großmacht Wachsamkeit angezeigt. Diese Feststellung ist wichtig. Es wäre bedenklich, wenn im Westen im Bereich der Ost-Süd-Problematik ein falsches Gefühl der Sicherheit entstünde unter der irrigen Annahme, daß Dritte-Welt-Krisen nun für immer beherrschbar und die Eskalation solcher Konflikte verhinderbar wären.

Die entscheidende, aber gegenwärtig nicht zu beantwortende Frage ist, ob mit den sicherlich auch in der sowjetischen Dritte-Welt-Politik eingetretenen Veränderungen und bei all den Behinderungen durch den notwendigen wirtschaftlichen Anpassungsprozeß die Marge der expansiven sowjetischen Einflußnahme in der Dritten Welt für immer überschritten ist oder ob eine Rückkehr zu sowjetischem Expansionismus und Interventionismus im Sinne der späten Breschnew-Zeit möglich erscheint.

5) Der Westen kann in diese neue Periode der Dritte-Welt-Politik mit einigen Hoffnungen und Vorteilen eintreten:

In dem weitergehenden und hoffentlich friedlichen Wettbewerb um Einfluß in der Dritten Welt wird schließlich das Gesellschaftssystem erfolgreich sein, das unmittelbar für die betroffenen Menschen die glaubwürdigeren Lösungskonzepte anzubieten hat. Hier kann sich der Westen gewisse Chancen ausrechnen. Er sollte die Unterschiede seiner Gesellschaftsordnung zum Sozialismus und die Stärke seiner wirtschaftlichen und technologischen Leistungen gegenüber dem Osten herausstellen.

Die Attraktivität des Sozialismus hat nicht nur wegen der verblassenden Ideologie erheblich nachgelassen. Viele der mit dem sozialistischen Lager eng verbündeten Länder der Dritten Welt lockerten inzwischen den Zusammenhalt nach einer gewissen Zeit wieder (z. B. Ghana, Mali, Ägypten, Sudan, Somalia, Guinea). Die Erkenntnis in der Dritten Welt wächst, daß eine nahezu eindimensionale Abstützung auf militärische Stärke und auf Waffenlieferungen die Entwicklung nicht voranbringt. Dies ist eine Erfahrung, die die Sowjetunion gegenwärtig selber machen und mit der Perestrojka korrigieren muß. Intensive militärische Zusammenarbeit kann zwar auf eine begrenzte Zeit Einflußmöglichkeiten sowohl bei der Sowjetunion als auch bei den belieferten Regionalmächten schaffen. Wenn dann jedoch der Kauf von Ersatzteilen und weiteren Waffen beginnt, die knappen Devisen der Dritte-Welt-Staaten aufzuzehren und die ökonomische Basis dieser Staaten zu gefährden, so kann die Sowjetunion gewöhnlich bei ihren begrenzten wirtschaftlichen Möglichkeiten wenig tun, um eine solche Dynamik abzufangen. Tatsache ist auch, daß sich staatskollektivistische Ansätze und Modelle in sozialistischen und sozialistisch orientierten Ländern der Dritten Welt als kostspielige Irrwege erwiesen haben.

Die politische und wirtschaftliche Wirkung der sowjetischen Entwicklungshilfe in der Dritten Welt ist angesichts der Prioritätensetzung Moskaus (Waffenhilfe

17 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Hierbei dürfte auch der Aspekt dringend benötigter Deviseneinkünfte aus solchen Geschäften eine Rolle spielen."

und Unterstützung der sozialistischen Entwicklungsländer) und angesichts seiner beschränkten wirtschaftlichen Möglichkeiten sehr gering. Daher müßte in dieser Lage und bei der kritischen Haltung vieler gemäßigter Entwicklungsländer gegenüber der Sowjetunion eine wesentliche Erhöhung der sowjetischen Entwicklungshilfe eine wichtige Zukunftsaufgabe der sowjetischen Führung bleiben. Eine solche Entwicklung liegt im Interesse des Westens, der eine Kooperation der Industriestaaten des Nordens zugunsten der Dritten Welt und die Überwindung globaler Probleme anstrebt. Sie kann jedoch langfristig nur beim Gelingen der begonnenen inneren und äußeren Umgestaltung der Sowjetunion Erfolg haben.

Die Tendenz der abnehmenden Attraktivität Moskaus und des Warschauer Paktes gegenüber den Entwicklungsländern muß noch verstärkt werden, wenn diese beobachten, wie die Sowjetunion und ihre Alliierten nach und nach im Zuge ihres selbstkritischen Erneuerungs- und Anpassungsprozesses westliche und z.T. sogar marktwirtschaftliche Elemente übernehmen und damit die Erfolglosigkeit ihres bisherigen politischen und wirtschaftlichen Kurses eingestehen. Die sich verändernde Haltung der sowjetischen Führung und führender sowjetischer Ökonomen gegenüber der herrschenden Weltwirtschaftsordnung hat dazu geführt, daß die Neigung vieler Entwicklungsländer abgenommen hat, dem sozialistischen Modell zu folgen.

Zudem ist in der Dritten Welt selbst eine erhebliche Differenzierung eingetreten. Die neuen, in der Entwicklung begriffenen Industrieländer in Ostasien (NIES), aber auch andere Schwellenländer, wie z.B. Indien, Brasilien, Argentinien, drängen mit einer beträchtlichen Dynamik mit Hochtechnologieprodukten, aber auch mit Konsumgütern auf den Markt, mit deren Qualität die Sowjetunion und auch ihre Verbündeten nicht mehr konkurrieren können.

Dazu kommt, daß in China ein bedeutsamer wirtschaftlicher Reformprozeß im Gange ist, der die Umgestaltung in der Sowjetunion an Dynamik (Wachstumsraten von 8–9%) in den Schatten stellt und in gewissem Maße an politischer und ideologischer Flexibilität übertrifft. Dies ist nicht nur eine Herausforderung für die Sowjetunion, sondern kann im Verhältnis zur Dritten Welt erhebliche Vorbildwirkung erreichen und für die sowjetische Dritte-Welt-Politik Konsequenzen haben.

Citron

Referat 02, Bd. 178526

263

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Eickhoff

311-321.80 IRK **23. September 1988**

Über Herrn Dg 31[1], Herrn D 3[2], Herrn Staatssekretär[3] Herrn Bundesminister[4]

Betr.: Interfraktioneller Antrag des DBT[5] betr. CW-Einsatz gegen Kurden in Irak[6]

Anlg.: Text des Antrags[7]

Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung zu 4.

1) Der Auswärtige Ausschuß hat in seiner Sitzung vom 21.9.1988 den als Anlage beigefügten interfraktionellen Antrag zum CW-Einsatz gegen die Kurden in Irak verabschiedet, der in der kommenden Woche im Plenum des Deutschen Bundestages behandelt und dort ebenfalls verabschiedet werden soll.

2) Grundsätzlich ist es sehr zu begrüßen, daß der Deutsche Bundestag sich gegen die Verwendung von CW einsetzt. Dies entspricht auch der ständigen Politik der Bundesregierung. Problematisch ist bei dem vorliegenden Text lediglich der erste Satz des letzten Absatzes, in dem von der Erwägung gesprochen wird, „sich dem Beschluß des US-Senats anzuschließen, gezielte und abgestufte Maßnahmen gegen den Irak zu verhängen, wenn ...".

Bei dem erwähnten Beschluß handelt es sich um einen vom US-Senat am 9.9.1988[8] verabschiedeten Gesetzesentwurf (bill)[9], der wegen des aus US-Sicht bewiesenen CW-Einsatzes Iraks gegen die Kurden folgende Wirtschaftsaktionen gegen Irak vorsieht: Verbot der Lieferung von Militärausrüstungen, der Vergabe von Krediten und Kreditgarantien an Irak sowie von Öleinfuhren aus Irak.

Das Repräsentantenhaus befaßt sich ebenfalls mit dieser Frage, hat aber bis-

1 Hat Ministerialdirigent Fiedler auch in Vertretung des Ministerialdirektors Schlagintweit am 23. September 1988 vorgelegen.

2 Reinhard Schlagintweit.

3 Hat Staatssekretär Sudhoff am 23. September 1988 vorgelegen.

4 Hat Bundesminister Genscher am 23. September 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn StM Schäfer mit der Bitte, die Angelegenheit in vorsichtiger Form mit den Fraktionen aufzunehmen."
Hat Vortragendem Legationsrat Schumacher am 24. Oktober 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Schlagintweit und Ministerialdirigent Fiedler an Referat 311 verfügte „m[it] d[er] B[itte], BStM Sch[äfer] zu unterrichten."
Hat Staatssekretär Sudhoff erneut vorgelegen.
Hat Schlagintweit am 24. Oktober 1988 vorgelegen.
Hat Fiedler am 25. Oktober 1988 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dassel am 25. Oktober 1988 vorgelegen.
Hat Eickhoff erneut vorgelegen.

5 Deutscher Bundestag.

6 Zum Einsatz von Chemiewaffen gegen Kurden im Irak vgl. Dok. 253.

7 Dem Vorgang beigefügt. Für den Antrag vom 21. September 1988 vgl. Referat 311, Bd. 154117.
Für die Beschlußempfehlung des Auswärtigen Ausschusses vom selben Tag vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/2962.

8 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Eickhoff zu einem späteren Zeitpunkt handschriftlich: „Neue Version verabschiedet am 11.10.88."

9 Zum „Prevention of Genocide Act of 1988" vgl. Dok. 253, Anm. 3.

her – nicht zuletzt aufgrund von Überzeugungsarbeit des State Department – keinen vergleichbaren Text verabschiedet.[10]

Die Aktion des Senats hatte in Bagdad zu großen anti-amerikanischen Demonstrationen und zu einer regelrechten Medienkampagne gegen die USA geführt. Die amerikanisch-irakischen Beziehungen sind seitdem stark belastet.

3) Wir müssen damit rechnen, daß eine Entschließung des DBT, in der von „Maßnahmen gegen Irak" die Rede ist, in Irak zu ähnlichen, vermutlich sogar stärkeren Reaktionen gegen uns führen wird, als dies im Fall der USA der Fall war. Der Irak ist in seinen Reaktionen auf ihn betreffende Kritik unberechenbar und könnte Gegenmaßnahmen ergreifen, von denen er im Falle der Großmacht USA bisher abgesehen hat. (Insbesondere: Ausschluß deutscher Firmen von Wirtschaftsaufträgen, für die gerade jetzt besonders gute Aussichten bestehen. An der in wenigen Wochen beginnenden internationalen Bagdad-Messe werden ca. 70 deutsche Firmen teilnehmen.[11]) Zu bedenken ist auch, daß – wie geschehen – die übrigen arabischen Staaten bei gegen Irak gerichteten Aktionen zur Solidarisierung mit dem arabischen Bruderstaat neigen.

Die Erwägung von Maßnahmen gegen Irak ist auch deshalb besonders problematisch, weil überzeugende Beweise für einen irakischen CW-Einsatz gegen Kurden (Ende August/Anfang September) uns nicht vorliegen (BND-Aussage). Die den USA angeblich vorliegenden Beweise sind uns nicht bekanntgemacht worden.

Von offizieller türkischer Seite ist verlautbart worden, daß Untersuchungen an kurdischen Flüchtlingen keinen Nachweis von CW-Einsatz erbracht hätten. Irak bestreitet die Verwendung von Giftgas gegen die Kurden konsequent. Allerdings hat er – wie auch die Türkei – die Einreise einer VN-Delegation zur Untersuchung von CW-Vorwürfen verweigert und damit den Verdacht des CW-Einsatzes zumindest nicht entkräftet.

4) Unter diesen Umständen müssen wir großes Interesse haben, daß in der geplanten Entschließung die erwähnte Passage möglichst unterbleibt. Selbstverständlich kann es nicht darum gehen, in die Rechte des Bundestages einzugreifen. Es ist jedoch angezeigt, die Abgeordneten in geeigneter Weise auf die denkbaren Folgen ihres Beschlusses hinzuweisen. Es wird vorgeschlagen, daß Sie hierzu Ihre Ermächtigung geben.

Ref. 011 hat mitgezeichnet.[12]

Eickhoff

Referat 311, Bd. 154117

10 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Eickhoff zu einem späteren Zeitpunkt handschriftlich: „Inzwischen liegt auch eine House-Version vor."

11 Die Internationale Messe Bagdad fand vom 1. bis 15. November 1988 statt. Am 22. November 1988 berichtete Botschafter Ellerkmann, Bagdad, die Beteiligung deutscher Unternehmen habe sich im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt: „Mit insgesamt 79 Firmen einschließlich Unterausstellern war die Gemeinschaftsausstellung flächenmäßig die größte Messebeteiligung unter den teilnehmenden westlichen Industriestaaten. Insbesondere Labor-, Meß- und Werkzeug-, aber auch KfZ-Industrie (Daimler-Benz) stellten ihre Produkte aus. […] Der Besuch von Staatssekretär Dr. von Würzen zum ‚Deutschen Tag' am 6.11.88 wurde von der Regierung und den deutschen Unternehmen sehr positiv aufgenommen. […] Wertung und Anerkennung kamen auch dadurch zum Ausdruck, daß der deutsche Pavilion am 15.11. bei der offiziellen Messeabschlußfeier mit einer ‚Extraordinary Medal' ausgezeichnet wurde." Vgl. den Schriftbericht Nr. 692; Referat 422, Bd. 149533.

12 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ischinger am 23. September 1988 zur Mitzeichnung vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Angesichts der Einmütigkeit, mit der der Text im Ausschuß

264

Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 26. September 1988, 12.39 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1907 **Ankunft: 26. September 1988, 14.50 Uhr**

Betr.: Bewertung der inneren Lage der DDR durch führende Politiker der SED

1) Verschiedene Gespräche, die ich in den vergangenen Wochen mit Ersten Sekretären der Bezirksleitungen der SED führen konnte, vermittelten einen auffälligen Unterschied in der Bewertung der inneren Lage der DDR, je nach dem, ob es sich um Mitglieder des Politbüros (Eberlein, Magdeburg, oder Müller, Erfurt) oder um Nichtmitglieder dieses Gremiums (Modrow, Dresden, und Ziegner, Schwerin) handelte. Auf die Ausreiseproblematik angesprochen, reagierte die erste Gruppe abweisend in dem Sinne, daß es als ein Randproblem dargestellt wurde, das man beherrschen könne, zumal es sich überwiegend um für die DDR-Gesellschaft nicht typische Außenseiter handele, die den Verlockungen des westlichen Fernsehens erlägen. Von dieser Denkrichtung wurde auch die Bundesrepublik letztlich für das Ausreiseproblem verantwortlich gemacht. Ziegner und Modrow hingegen zeigten sich nachdenklicher und sahen in erster Linie die in der DDR herrschenden Verhältnisse als Ursache des Problems. Modrow räumte ein, daß es vor allem darum gehe, hochqualifizierte Kräfte in Forschung, Wissenschaft und Produktion besser für ein Engagement zugunsten der DDR zu motivieren. Diese Diskrepanz der Bewertungen deutet möglicherweise auf eine Fehleinschätzung des Problems auf der obersten Führungsebene hin, wo die Auffassung zu herrschen scheint, man könne mit der gewohnten Taktik grundsätzlicher Härte und allenfalls einem Nachgeben in Einzelfällen das Ausreiseproblem unter Kontrolle halten. Jedenfalls wird es dort nicht als inneres Krisensymptom gewertet, das Anstoß zu inneren Reformen geben müßte. Insbesondere Modrow in dem notorisch unruhigen Bezirk Dresden, der außerhalb der Reich-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1382
beschlossen wurde, und angesichts der Stimmung im DBT sind die Chancen, die geplante Entschließung verhindern zu können, m. E. skeptisch zu beurteilen; wir laufen also Gefahr, uns einen Refus zu holen. In jedem Fall sollte der Beitrag der BReg (StM) in der Debatte so formuliert werden, daß er ggf. benutzt werden kann, um – schadensmindernd – der irak[ischen] Seite die Position der BReg der BT-Entschließung gegenüberzustellen."
Staatssekretär Sudhoff vermerkte dazu handschriftlich: „Man sollte trotzdem in vorsichtiger Form mit unseren Leuten sprechen."
Vortragender Legationsrat I. Klasse Dassel informierte die Botschaft in Bagdad am 28. Oktober 1988, daß der Bundestag den Text der Beschlußempfehlung des Auswärtigen Ausschusses am Vortag einstimmig angenommen habe. Im Falle irakischer Reaktionen sei darauf zu verweisen, daß es sich lediglich „um eine Entschließung des Bundestages ohne unmittelbare Konsequenzen" handele. Vgl. den Drahterlaß Nr. 260; Referat 311, Bd. 154117.

1 Der Drahtbericht wurde von Ministerialrat von Studnitz konzipiert.
Hat Legationsrat I. Klasse Brandenburg am 26. September 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lambach und Vortragenden Legationsrat Herold verfügte und handschriftlich vermerkte: „Kopie D 1?"
Hat Lambach am 26. September 1988 vorgelegen, der zur Frage von Brandenburg handschriftlich vermerkte: „Ja."
Hat Herold am 27. September 1988 vorgelegen.

weite westlichen Fernsehens liegt, steht möglicherweise unter dem stärksten Ausreisedruck. Für ihn scheint die Notwendigkeit von Reformen unausweichlich zu sein. Er unterstrich dies mit dem Hinweis, daß der Erfolg oder Nichterfolg der Gorbatschowschen Reformen in der Sowjetunion von entscheidender Bedeutung für die Fähigkeit der Sowjetunion sein werde, weltpolitisch gleichberechtigter Partner neben den USA zu sein. Für seine Nähe zum sowjetischen Reformdenken war die Bemerkung aufschlußreich, er habe im Sommer vierwöchige Ferien in der Sowjetunion zum Gedankenaustausch mit Freunden und Kollegen benutzt, wie auch die Andeutung des Dresdener Oberbürgermeisters Berghofer, daß er in nicht allzu ferner Zeit einen größeren Einfluß Modrows auf die Politik der DDR erwarte.

2) Modrow gab sich in dem sehr offen geführten Gespräch selbstbewußt und seiner Sache sicher. Er ließ eine persönliche Bindung zu Honecker nicht unerwähnt, indem er auf sein zweijähriges Wirken unter Honecker im Zentralrat der FDJ in den Jahren 1953–55 hinwies. Zu seiner Selbstdarstellung gehörte es, daß er sich als Promotor der technischen Erneuerung in der DDR auswies. Er merkte mit Stolz an, daß das größte Forschungspotential der DDR heute in Dresden vereinigt sei. OB Berghofer bezifferte den Beitrag des Bezirks Dresden zum Bruttosozialprodukt der DDR mit 12 v. H. Modrow nannte den Ausbau der wissenschaftlichen Kapazitäten Dresdens, die wesentlich zu der durch die COCOM-Beschränkungen erschwerten Eigenentwicklung eines Megabit-Chip durch die DDR beigetragen hätten. Er habe sich selbst dafür eingesetzt, daß für diese Entwicklung sachgerechte, thematisch orientierte Arbeitsstrukturen entwickelt würden. Er selbst versuche, durch Fachliteratur sich ein Bild von den technischen Problemen zu verschaffen. Willen zu Eigenverantwortlichkeit erläuterte er auch mit Bezug auf die Landwirtschaft, wo er sich noch zu Grünebergs Zeiten erfolgreich gegen die überdimensionierten Viehfabriken gewehrt habe, deren Entsorgungsprobleme nicht zu lösen seien. In gleicher Weise habe er sich erfolgreich beim Pflanzenbau für die Ertragsintensivierung anstelle der landwirtschaftlichen Flächenausweitung eingesetzt. Neben dem Stolz auf das hohe künstlerische Niveau Dresdens und seine Beiträge hierzu (Begründung der Dresdener Musikfestspiele) wies er vor allem auf die ihm nachgesagte Fähigkeit zum Umgang mit den oftmals als eigensinnig bekannten Künstlern hin. Es ist bemerkenswert, daß er sich nicht scheute, in diesem Zusammenhang die Namen von DDR-Exilanten, nämlich des Liedermachers Biermann und des Schauspielers Krug, zu nennen, mit denen er in der Vergangenheit vielfältigen Gedankenaustausch gehabt habe. Hier erwähnte er auch den Namen des Vorsitzenden des Schriftstellerverbandes Kant als ihm nahestehend. Die Vermutung liegt nahe, daß Modrow im Gegensatz zur herrschenden Meinung sich positiv zur Wiederzulassung ausgewiesener Schriftsteller und Künstler stellt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß ein derartiges Signal positive Auswirkungen auf das innere Klima der DDR haben würde.

3) Ich fragte Modrow angesichts der sich versteifenden Haltung des Staates gegenüber der Kirche, insbesondere bei der Zensur der Kirchenzeitungen, ob sich die Politik geändert habe. Er antwortete nicht mit einem deutlichen Nein, ließ vielmehr erkennen, daß es offensichtlich Streit über die weitere Haltung gegenüber den Kirchen gebe, wobei er Distanz gegenüber Anhängern einer harten Haltung erkennen ließ. Er verwies auf wichtige und, wie er einschätzte, beider-

seitig fruchtbare Gespräche, die er mit dem sächsischen Landesbischof Hempel mit einiger Regelmäßigkeit führe, aus denen er den Eindruck gewonnen habe, daß das gegenseitige Ernstnehmen beiderseits noch besser gelernt und geübt werden müsse. Für ihn sei die Erfahrung wichtig gewesen, daß Bischof Hempel erkannt habe, daß es nicht nur auf den Kontakt zu den staatlichen Behörden in Einzelfällen des täglichen Lebens ankomme, sondern auch auf das Gespräch über Grundsatzfragen. Hier gebe es nun einen fruchtbaren Dialog.

4) Ich wies in dem Gespräch gegenüber Modrow auf die innere Abhängigkeit zwischen der Gestaltung des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten einerseits und der Fortentwicklung der inneren Verhältnisse in der DDR, insbesondere im Verhältnis Staat-Kirche hin. Beide Aspekte stünden in einem Zusammenhang. Das für die Entwicklung des deutsch-deutschen Verhältnisses notwendige Vertrauen werde in dem Maße wachsen, wie die DDR-Führung das Vertrauen der Menschen in ihrem Lande erringe. Das Ausreiseproblem mache die hier bestehenden Probleme deutlich. Modrow zeigte sich dieses Zusammenhanges wohl bewußt. Er bot keine Lösungen an, bemerkte nur, daß über diese Dinge sorgfältig nachgedacht werden müsse und nachgedacht werde.

5) Der Einfluß nachdenklicher, offen argumentierender Funktionäre auf den politischen Entscheidungsprozeß in der DDR ist schwer zu ermessen. Erkennbar wird allerdings, daß sich hier ein Generationsproblem auftut, indem sich die von der jetzigen Führungsspitze der 70jährigen deutlich zu unterscheidende jüngere Generation, zu der auch noch 60jährige gehören, mehr und mehr der Notwendigkeit von Reformen bewußt wird. So wie Modrow solche Auffassungen erkennen ließ, so wird in den Äußerungen des Berliner Parteisekretärs Schabowski, der in zunehmendem Maße die Berliner Zeitung zur Darstellung seiner Auffassungen benutzt, eine Problemorientiertheit erkennbar, die sich merklich von den üblichen Erfolgsmeldungen unterscheidet. Der jüngst verstorbene Landwirtschaftssekretär Felfe, dem es immerhin gelungen war, in den sieben Jahren seiner Amtszeit die Landwirtschaft zu dem erfolgreichsten Teilbereich der DDR-Wirtschaft zu entwickeln, gehörte möglicherweise auch zu dem Kreis der potentiellen Reformer in der DDR. Sein Verlust wird deshalb um so schmerzlicher empfunden.

[gez.] Bräutigam

Referat 210, Bd. 145159

265

Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 27. September 1988, 22.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 14 **Ankunft: 28. September 1988, 06.24 Uhr**

Betr.: Deutsch-polnische Beziehungen;
hier: Gespräch BM mit polnischem AM Olechowski am Rande der 43. VN-GV am 26.9.1988[2]

1) Bei ihrem Treffen am Rande der 43. VN-GV am 26.9.1988 in der Residenz von Botschafter Graf York führten BM und AM Olechowski (AM) im Beisein von D 2[3] und AL Fekecz und Dolmetscherin vor dem Mittagessen im Delegationskreis ein ca. 40minütiges Gespräch im kleinen Kreis.

BM drückte seine Freude aus, AM zu sehen. AM sei sicher bewußt, daß er eine Menge von Fragen habe. Er wolle sich hier mit ihm über die weitere Entwicklung der Beziehungen, besonders was die Prozedur angehe, verständigen. Es habe sich als richtig erwiesen, den Besuch von AM in Bonn im beiderseitigen Einvernehmen vertagt[4] und zunächst hier in New York Gelegenheit zu haben, miteinander zu sprechen. Wir erwarteten recht bald den Besuch von AM in Bonn in der zweiten Hälfte Oktober oder in der ersten Hälfte November. Er hoffe, daß der Besuch in diesem Zeitraum stattfinden könne. Dieser Besuch habe seine Bedeutung auch zur Vorbereitung des Besuchs des Bundeskanzlers in der VR Polen. Was den Besuch des BK angehe, so habe sich die Absicht der Bundesregierung nicht geändert, darauf hinzuwirken, daß dieser bald stattfinden könne. BM bestätigte AM, daß alles gelte, was er in Warschau mit General Jaruzelski und dem Vorgänger von AM besprochen habe.[5] An den Absichten, Auffassungen und Zielen der Bundesregierung habe sich nichts geändert. Er möchte dies mit aller Offenheit ausdrücken.

1 Ablichtung.
Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 25.
Hat Vortragendem Legationsrat Gruber am 1. Oktober 1988 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 24. September bis 1. Oktober 1988 anläßlich der VN-Generalversammlung in New York auf.

3 Hermann Freiherr von Richthofen.

4 Mit Schreiben vom 17. Juni 1988 beglückwünschte Bundesminister Genscher Tadeusz Olechowski zu dessen Ernennung zum polnischen Außenminister und sprach eine Einladung zu einem Besuch in der Bundesrepublik aus. Vgl. dazu die Anlage zum Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats Schrömbgens vom selben Tag; Referat 214, Bd. 139778.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix vermerkte am 19. September 1988, daß der Besuch „nach den Vorstellungen der poln[ischen] Seite bereits die Voraussetzungen für die BK-Reise nach Polen schaffen soll. Der Besuch, zunächst auf den 18. bis 20. September 1988 terminiert, ist einvernehmlich auf Ende Oktober/Anfang November verschoben worden, um inzwischen die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Verlauf zu schaffen." Dies betreffe vor allem Fortschritte in den drei deutsch-polnischen Arbeitsgruppen. Vgl. Referat 214, Bd. 139716.

5 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Orzechowski am 10. Januar 1988 in Warschau vgl. Dok. 14.
Am 14. Januar 1988 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Pleuger mit, daß Genscher bei seinem Besuch vom 10. bis 13. Januar 1988 in Polen zweieinhalb Stunden mit dem Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski gesprochen habe. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 4; Referat 012, Bd. 134236.

AM erwiderte, daß er mit großer Befriedigung die Einladung zu einem Besuch in der Bundespublik Deutschland angenommen habe. Nunmehr müßten ein Durchbruch erzielt und die Möglichkeiten und Wege erörtert werden, die aus der jetzigen Situation – die man auch als Engpaß bezeichnen könne – herausführen. BM warf ein, nach einem Engpaß gebe es immer die große Weite.

AM fuhr fort, er habe vor diesem Treffen mit Jaruzelski gesprochen, der BM herzlich grüßen lasse. BM bat, die Grüße des Generals herzlich zu erwidern. AM berichtete weiter, er sei ermächtigt, zu bestätigen, daß alles gültig bleibe, was im Januar in Warschau festgestellt wurde. Damals seien drei Arbeitsgruppen eingerichtet worden, die in sechs bis sieben Monaten zum Ergebnis kommen sollten.[6] Anschließend sollte der polnische AM nach Bonn kommen, um Bilanz zu ziehen. Vor dem Hintergrund positiver Ergebnisse sollte der BK-Besuch in Polen vorbereitet werden. BM warf ein, was er gesagt habe, beziehe sich ausdrücklich darauf. AM fuhr fort, er wolle nicht verhehlen, daß die polnische Seite mit großen Erwartungen an die Sache herangegangen sei und fest geglaubt habe, daß dies in diesem Sinne laufen werde. Doch habe es dann eine mehrmonatige Pause in der Arbeit der Arbeitsgruppen gegeben. Er wolle hier nicht ins Detail gehen, doch seien in der politischen Arbeitsgruppe von Herrn Fekecz und Herrn Kastrup von polnischer Seite eine ganze Reihe von Schritten unternommen worden, die nach vorne wiesen.[7] Die polnische Seite habe geglaubt, in allen Fragen Kompromisse erreichen zu können. Demgegenüber habe man in der Arbeitsgruppe für wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit von Herrn Schomerus und Herrn Klęk auf Instruktionen aus dem Bundeskanzleramt gewartet, was die Arbeiten gebremst habe.[8] Er ginge von einem Paket mit politischen und wirtschaftlichen Problemen aus, die für beide Seiten von Interesse seien.

AM fuhr fort, daß sich in einer ganzen Reihe von Schwierigkeiten die Probleme zu lösen begännen. In den Verhandlungen über die Errichtung von Kulturinstituten in beiden Ländern komme man voran[9]; bei der Ausreise- und Familien-

6 Zur Einsetzung von drei deutsch-polnischen Arbeitsgruppen vgl. Dok. 14, Anm. 41.

7 Zur Sitzung der deutsch-polnischen Arbeitsgruppe 1 „Politische, kulturelle und humanitäre Fragen“ am 30./31. Mai 1988 in Warschau vgl. Dok. 193, Anm. 10.

8 Zum Stand der Arbeiten in der deutsch-polnischen Arbeitsgruppe 2 „Wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit“ notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix am 19. September 1988, daß Polen Forderungen in drei Bereichen erhebe. Im Bereich der bilateralen Umschuldung wünsche Polen die „Verlängerung der Konsolidierungs- und Rückzahlungszeiträume“ sowie die „Reduzierung der in früheren Umschuldungen vereinbarten Zinssätze“. Hinsichtlich der Umschuldung des Milliardenkredits von 1975 habe Polen eine Rückzahlung in Złoty vorgeschlagen: „Da dies einem Erlaß nahekäme (die Złoty könnten nicht transferiert werden), konnte deutsche Seite (Widerstand des BMF) diesem Vorschlag in den bisherigen Sitzungen der AG 2 nicht zustimmen.“ Sie habe aber Konzessionen hinsichtlich des Rückzahlungszeitraums und der Freijahre signalisiert, wenn Polen zu Zugeständnissen bei den in der Arbeitsgruppe 1 behandelten politischen Fragen bereit sei. Schließlich strebe Polen neue „Hermes-Bürgschaften in Höhe von 7 Mrd. DM, verteilt über rund sieben Jahre“, sowie einen ungebundenen Finanzkredit in nicht genannter Höhe an. Vgl. Referat 214, Bd. 139716.

9 Zur Errichtung von Kulturinstituten in der Bundesrepublik und Polen vgl. Dok. 193, Anm. 9.
Referat 601 notierte am 11. Oktober 1988: „Vom 18. bis 20.7.1988 fand in Warschau eine erste Verhandlungsrunde statt auf der Basis von schon vorher ausgetauschten Abkommensentwürfen beider Seiten. Die polnische Seite legte dabei – wie erwartet – großen Wert auf die Einrichtung eines Datenterminals in unserem Kulturinstitut in Polen, über den polnischen Benutzern der Zugang zu Datenbanken in der Bundesrepublik ermöglicht werden soll. Für uns waren wichtige Punkte die Festschreibung der Trägerschaft des Goethe-Instituts, die Namensfrage und die Forderung nach ungehindertem Zugang zu unserem Institut in Warschau.“ Schwierigkeiten bestünden zum einen noch in der Frage des Status der zu entsendenden Mitarbeiter, zum anderen hinsichtlich der Datenbanken. In letzterer

zusammenführung gebe es keine gravierenden Probleme mehr mit Ausnahme bei den sogenannten illegalen Ausreisen[10]. Zur Erinnerung an Personen und Geschehnisse im Zweiten Weltkrieg (Kreisauer Kreis, Auschwitz) bestehe Bereitschaft, zum Gedenken beizutragen[11]; zwischen den zuständigen Ressorts fänden Verhandlungen über Zusammenarbeit im Jugendaustausch statt[12]; er wolle seine Aufzählung auf diese Punkte beschränken. Demgegenüber gäbe es Probleme im Wirtschaftsbereich. Eine ganze Reihe von Fragen sei noch nicht gelöst. Er gehe davon aus, daß der Besuch des polnischen AM im Oktober/ November, den er sich freue, abstatten zu können, zur Lösung dieser anstehenden Probleme beitrage. Die Bevölkerung in beiden Ländern, aber auch die öffentliche Meinung in Europa erwarten, daß die Beziehungen zwischen beiden Ländern auf eine bessere Grundlage gestellt würden.

BM erwiderte, dies sei unsere Absicht. Wir wollten durch die Ausgestaltung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit dazu beitragen, daß Polen seine wirtschaftlichen Probleme besser lösen könne. Er habe bei genauer Analyse der Rücktrittserklärung des polnischen Ministerpräsidenten[13] festgestellt, daß die Wirtschaftsfragen eine wesentliche Rolle für den Rücktritt gespielt hätten. Er glaube, daß

Fortsetzung Fußnote von Seite 1387

Frage hege Polen das Mißtrauen, die Bundesrepublik beabsichtige, den Zugang zu technischen Informationen „verwässern" zu wollen: „Inzwischen hat die polnische Seite auch einen revidierten Textentwurf vorgelegt, der Grundlage für die nächsten Gespräche sein wird". Vgl. Referat 214, Bd. 139716.

10 Am 10. Oktober 1988 vermerkte Referat 513-2, daß die Zahl der Ausreisen Deutschstämmiger aus Polen seit 1981 deutlich zurückgegangen sei, da die polnische Regierung Ausreiseanträge seit Erfüllung des Ausreiseprotokolls mit der Bundesrepublik vom 9. Oktober 1975 im Jahr 1980 restriktiv handhabe. Die Gesamtreisezahlen blieben aber vergleichsweise hoch, „da Besuchs- oder Touristenreisen für die – oft abgelehnte – Aussiedlung genutzt wurden. Die Zahl dieser sog. ‚Illegalen'-Fälle betrug 1984: 14 325 (= 82,1 %); 1985: 19 504 (= 88,4 %); 1986: 23 044 (= 84,8 %); 1987: 39 098 (= 80,7 %); I–IX 1988: 75 102 (= rd. 85 %) […]." Für diese Fälle ergebe sich ein besonderes Problem bei der Familienzusammenführung: „In den sog. ‚Illegalen'-Fällen, in denen die Entgegennahme von Interventionsnotizen unserer Botschaft abgelehnt wird, wurde die poln[ische] Regierung in den letzten Jahren wiederholt gebeten, wenigstens die rund fünf Jahre betragende – unzumutbare – ‚Wartezeit' für Ehegatten und haushaltszugehörige Kinder (Ende 1986: 15 674) ‚Illegaler' aus humanitären Gründen zu verringern und (Ende 1986) 1317 reine Kinderfälle (Minderjähriger) zu lösen." Diese in Warschau, Bonn sowie im KSZE-Rahmen vorgetragenen Ersuchen hätten schließlich zu einer Anhebung der Ausreisezahlen geführt. Vgl. Referat 214, Bd. 139716.

11 Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix hielt am 19. September 1988 fest: „Nach jahrelanger Zurückhaltung ist die polnische Seite jetzt bereit, Konzepte für Gedenkausstellung in Auschwitz und Gedenktafeln zur Erinnerung an den Widerstand gegen Hitler (Kreisau, Wolfsschanze) zur Prüfung entgegenzunehmen. Wir haben die Vorarbeiten für die Entwicklung solcher Konzepte in Angriff genommen". Vgl. Referat 214, Bd. 139716.

12 Zum Jugendaustausch zwischen der Bundesrepublik und Polen vgl. Dok. 193, Anm. 8.
Referat 614 vermerkte am 12. Oktober 1988: „2. Verhandlungsrunde am 8./9. September 1988 erbrachte weitgehende Einigung über den Text eines Regierungsabkommens". Dieser sehe die Schaffung eines gemeinsamen Steuerungsgremiums („Jugendrat") vor, der Förderungsrichtlinien erarbeiten und für die Mittelvergabe zuständig sein solle. Offengeblieben seien einzelne Formulierungen wie die Erwähnung von „Versöhnung" als Ziel des Abkommens und von kirchlichen Institutionen, die Befreiung von Sichtvermerksgebühren und die Erwähnung des Warschauer Vertrags vom 7. Dezember 1970: „Wir befürchten, daß dadurch Handhabe zum Ausschluß von Vertriebenen und anderen mißliebigen Gruppierungen geschaffen werden soll." Vgl. Referat 214, Bd. 139716.

13 Am 19. September 1988 bot Ministerpräsident Messner im polnischen Parlament den Rücktritt seiner Regierung an, der am selben Tag mit 359 Stimmen, einer Gegenstimme und 17 Enthaltungen angenommen wurde. Botschafter Schoeller, Warschau, berichtete am selben Tag: „Messner wies in seiner Rede auf die Schäden der Streiks hin, die Polen in den Augen der Welt wieder als Anarchisten erscheinen ließen. Jetzt müsse man sich an den Runden Tisch setzen. Er zog eine insgesamt positive Bilanz der zweiten Etappe der Wirtschaftsreform. Polen sei heute neuen Strukturen näher, jedoch sei klar, daß das Modell so nicht funktioniere. Nicht zum ersten Mal stehe man vor dem Problem, Reformchancen zu verspielen, indem man vor Schwierigkeiten in die Knie gehe. Die Ziele der Reform blieben erhalten, die Methoden müßten geändert werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1433; Referat 214, Bd. 139701.

die Regierungserklärung der neuen polnischen Regierung eine gute Basis für die Gespräche über die Ausgestaltung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sein werde. In der Verschiebung des Besuchs von AM in Bonn könne ein Vorteil liegen, um dabei einbeziehen zu können, was die neue polnische Regierung an wirtschaftlichen Zielsetzungen bekanntgebe.

BM fragte, ob AM dazu heute schon etwas sagen könne. Wann werde die neue Regierung gebildet werden? Werden alle gesellschaftlichen Kräfte einbezogen?

AM erwiderte, er wolle dazu gerne im Delegationskreis nähere Ausführungen machen. Hier im kleinen Kreis wolle er sich auf folgende Angaben beschränken: Mit einem kleinen Prozentsatz an Vorsicht, daß es evtl. anders komme, könne er sagen, daß Rakowski neuer Ministerpräsident werde. BM warf ein, ein alter Bekannter. AM fuhr fort, er habe mit Rakowski gesprochen, der ihn gebeten habe, BM herzliche Grüße auszurichten. BM warf ein, daß er die Grüße herzlich erwidere. AM fuhr fort, Rakowski habe ihn ausdrücklich gebeten, BM dies als altem Freund mitzuteilen. Er wolle hinzufügen, daß man Rakowski nicht nur als guten Politologen, sondern auch als Kenner der Materie im Verhältnis zwischen unseren beiden Ländern ansehen könne. BM erwiderte, das sei richtig. AM fuhr fort, es sei nunmehr höchste Zeit, alle Schwierigkeiten in den Beziehungen aus dem Weg zu räumen. Er glaube, daß die Ambitionen von Rakowski als künftiger Ministerpräsident dahin gingen, sich zu einigen, um den Bundeskanzlerbesuch vorbereiten und verwirklichen zu können.

AM schlug vor, daß sich Herr Fekecz und Herr Kastrup in etwa zwei Wochen treffen sollten und daß auch die Arbeitsgruppe über wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit vor seinem Besuch noch einmal zusammentrete.[14] Ein weiteres Treffen der dritten Arbeitsgruppe halte er nicht für zwingend notwendig. Der Arbeitsgruppe 2 sollte das gegeben werden, was sie brauche. Fekecz werde von ihm das bekommen, was er brauche, dabei werde es keine Tabus geben. F. werde bereit sein, über alle Themen zu sprechen. Er erwarte jedoch, daß auch das berücksichtigt werde, was für die polnische Seite von Interesse sei. Die Erwartungen der polnischen Interessen seien unserer Seite mehrfach konkret dargelegt worden, insbesondere von dem polnischen Vizepremier.[15]

BM stimmte zu, daß sich Kastrup und Fekecz bald treffen sollten. Er sei für die Feststellung von AM dankbar, daß es in den Erörterungen keine Tabus geben werde, d.h., daß in allen Fragen Fortschritte erzielt werden könnten. Er sage das,

14 Gesandter Bauch, Warschau, informierte am 14. Oktober 1988, daß nach Auskunft des Mitarbeiters im polnischen Außenministerium, Brzezinski, Sitzungen der Arbeitsgruppen wegen Terminschwierigkeiten erst nach dem 7. November 1988 möglich seien: „Brzezinski betonte, daß auch Warschau sich einen Besuch von AM Olechowski in Bonn […] Ende November/Anfang Dezember vorstellen könne. Allerdings müsse vorher bereits absehbar sein, daß dieser Besuch die gewünschten Ergebnisse bringe. Brzezinski deutete an, daß das Außenministerium zunehmend unter Kritik gerate, weil politisch einflußreiche Kreise in Warschau den Eindruck hätten, bisher sei nur über deutsche Petita und noch nicht bzw. zumindest nicht ausreichend über polnische Wünsche in den Arbeitsgruppen gesprochen worden. […] Zusätzlich habe man in Warschau den Eindruck, daß wir die von polnischer Seite für substantielle deutsche Gegenleistungen zu erreichende Schwelle höher gesetzt hätten, wozu vermehrte Hinweise von deutschen Gesprächspartnern kämen, daß man abwarten wolle, was die neue Regierung Rakowski bringe und wie man insbesondere die Frage der Wiederzulassung der ‚Solidarność' regele." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1588; Referat 214, Bd. 139716.

15 Der polnische Erste Stellvertretende Ministerpräsident Szałajda sprach am 26. April 1988 mit Bundesminister Bangemann in Hannover. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Referat 214, Bd. 139715.
Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Szałajda am 30. Juni 1988 vgl. Dok. 193.

weil die Arbeitsgruppe für wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit erst etwas später zusammentreten könne, da der Bundeskanzler in zwei Tagen eine Reise nach Australien antrete[16] und er ihn erst in zwei Wochen wieder sprechen könne. Dies ändere aber nichts an unserer Bereitschaft, die anderen Gespräche auch zu führen. Wir würden das in konstruktivem Geist tun, unter Berücksichtigung der zu erwartenden Regierungserklärung der neuen polnischen Regierung.[17] AM rechnete damit in etwa zehn Tagen. BM erwiderte, dies sei sehr gut und werde die Gespräche erleichtern. Wir seien interessiert, die von beiden Seiten gewünschten Fortschritte im deutsch-polnischen Verhältnis zu verwirklichen.

AM erwiderte, die Ausführungen von BM machten das Lagebild komplett. Er wolle eine Frage stellen, die das Bild vertiefe. Er verstehe, daß die Entscheidung des BK durch dessen Reise nach Australien aufgeschoben werde. BM warf ein, er wolle AM ganz offen sagen, daß er eine Besprechung mit dem Bundesfinanzminister[18] und dem Bundeswirtschaftsminister[19] in Anwesenheit des BK vorziehe. AM bekräftigte noch einmal die Bereitschaft der polnischen Seite, fast alle Probleme in den Fragen zu lösen, die die beiderseitigen Beziehungen noch belasteten. Er könne dabei aber nicht verbergen, daß die polnischen Erwartungen auf dem Gebiet der Wirtschaft damit zusammenhingen, daß die Bundesrepublik Deutschland der größte polnische Gläubiger sei.[20] Er wolle seine Sorge so formulieren: Die alte Formel von BM Bangemann mit Bundesgarantien für Kredite in Höhe von 100 Mio. DM könne von der polnischen Seite nicht als ernsthaftes Angebot betrachtet werden[21], wo der DDR[22] und Ungarn[23] Kredite in Höhe von einer Milliarde DM gewährt worden seien. Er frage BM, der sich

16 Nach einem Besuch in Indonesien vom 29. September bis 3. Oktober 1988 hielt sich Bundeskanzler Kohl vom 3. bis 5. Oktober 1988 in Australien auf. Vgl. dazu Dok. 275 und Dok. 280.

17 Gesandter Bauch, Warschau, berichtete am 13. Oktober 1988, Ministerpräsident Rakowski habe in seiner Regierungserklärung vom selben Tag „die Wirtschaftsreform als wichtigstes Element der in Polen notwendigen Veränderungen in den Mittelpunkt seiner Darlegungen" gestellt: „Die von ihm aufgezählten einzelnen Maßnahmen liegen auf der Linie der Politik des Kabinetts Messner: Gewinn als zentrales Element wirtschaftlicher Überlegungen; leistungsorientierte Beschäftigung; Schließung unrentabler Betriebe; günstigere Bedingungen für die Investitionen ausländischen Kapitals; Umleitung von Investitionsströmen zugunsten des Wohnungsbaus. Für die Arbeit seines Kabinetts nannte Rakowski folgende Prioritäten: 1) Entwicklung der Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie; 2) Wohnungsbau; 3) Umweltschutz; 4) Industriepolitik, vor allem Stärkung der Konsumgüterproduktion und Entwicklung jener Industrien, in denen Polen eine Chance habe, an das Weltniveau Anschluß zu finden; 5) Exportorientierung der Wirtschaft." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1587; Referat 214, Bd. 139701.

18 Gerhard Stoltenberg.

19 Martin Bangemann.

20 Zur Frage der Regelung polnischer Verbindlichkeiten gegenüber der Bundesrepublik vgl. Dok. 51.

21 Vgl. dazu die Sitzung der Deutsch-Polnischen Wirtschaftskommission am 27./28. Juni 1988 in Hamburg; Dok. 193, Anm. 12.

22 Am 5. Juni 1983 endeten vertrauliche Gespräche des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß und des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR, Schalck-Golodkowski, über die Vergabe eines Bankenkredits in Höhe von 1 Mrd. DM, für den die Bundesregierung eine Bürgschaft übernehmen sollte. Im Gegenzug erklärte sich die DDR zu humanitären Erleichterungen bereit. Vgl. dazu DzD VII/1, Dok. 59, Dok. 62, Dok. 63, Dok. 65, Dok. 71, Dok. 72 und Dok. 75.
Am 25. Juli 1984 entschied das Kabinett, die Garantie für einen Kredit der Deutschen Bank in Höhe von 950 Mio. DM an die DDR zu übernehmen, während die DDR zusagte, den Mindestumtausch zu senken und weitere Erleichterungen im Reiseverkehr vorzunehmen. Vgl. dazu den Artikel „Bonn übernimmt Garantie für neuen DDR-Kredit und gibt elf Zugeständnisse Ost-Berlins bekannt"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. Juli 1984, S. 1.

23 Am 7. Oktober 1987 unterzeichneten die Deutsche Bank und die Ungarische Nationalbank einen Kreditvertrag in Höhe von 1 Mrd. DM, für den die Bundesrepublik die Bürgschaft übernahm. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 277.

bestens auskenne, ob er eine Möglichkeit sehe, daß die Bundesregierung Polen im Rahmen der Gesamtbeziehungen entgegenkomme nach einer Formel, die der polnische Vertreter Anfang 1988 in Bonn vorgetragen habe.

BM erwiderte, er wolle sich nicht auf die polnische Formel beziehen, weil es dagegen Kritik gegeben habe. AM habe auf Kredite an die DDR und Ungarn hingewiesen. Er müsse dazu der Ordnung halber sagen, daß es sich bei diesen Krediten nicht um Bundeskredite, sondern um private Bankkredite handele. Dasselbe gelte übrigens auch für einen privaten Bankenkredit an die SU.[24] Entscheidend sei die wirtschaftliche Entwicklung in Polen. In bezug auf diese habe es manche Besorgnisse gegeben. Daß diese begründet waren, habe der polnische MP bei seinem Rücktritt gesagt. Wir hätten gefunden, daß seine Rücktrittserklärung sehr ehrlich war, weil er objektive und subjektive Faktoren darlegte. Dies erleichtere es, die richtigen Schritte einzuleiten. BM wies auf die schwierigen Entscheidungen der Bundesregierung 1982/83 hin, die erhebliche Einschnitte in die Sozialleistungen bedingten. Die Bundesregierung habe dies nach genauer Analyse der Wirtschaftslage getan. Die Analyse des polnischen MP sei sehr realistisch gewesen. In der Perspektive dessen, was sich die neue Regierung in Polen vornehme, sei es realistisch, über die Wirtschaftsbeziehungen zu sprechen. Wir seien interessiert, daß der polnische Wirtschaftskurs Erfolg habe, und seien dementsprechend bereit, einen Beitrag dazu zu leisten.

BM fragte, ob in Polen die Absicht bestehe, alle gesellschaftlichen Kräfte darin einzubeziehen. AM erwiderte, er wolle darauf im Delegationskreis antworten.

Das Gespräch wurde an dieser Stelle abgebrochen und im Delegationskreis beim Mittagessen fortgesetzt.

[25]2) Während des Mittagessens gab O. eine ausführliche Darstellung der inneren Entwicklung in Polen. Die Bevölkerung sei voller Erwartungen und Hoffnungen. Generell werde es keine Abweichung von der Linie geben, die Jaruzelski bisher verfolgt habe. Dennoch sei der Regierungswechsel, der seine tiefere Ursache in der Unzufriedenheit der Bevölkerung habe, ein Ereignis von großer politischer Tragweite. In der Regierung werde es viele neue Namen geben, die ein möglichst breites Spektrum der Gesellschaft repräsentieren sollen und bisher außerhalb der Regierung, vielleicht auch gegen sie gestanden hätten. Bis auf die Ressorts Verteidigung, Inneres, Außen und vielleicht Kultur würden alle Minister ausgetauscht werden. Wichtig sei die Sitzung des „Runden Tisches“, die für Anfang Oktober vorgesehen sei.[26] Zwischen Wałęsa und dem polnischen Innenminister[27] hätten drei vorbereitende Gespräche unter „schweigender Präsenz“ der Kirche stattgefunden. Für die Gespräche am Runden Tisch sei nunmehr ein Programm abgestimmt worden, das alle wichtigen Fragen umfasse. Wałęsa habe ursprünglich dieses Gespräch auf die Legalisierung der Solidarität begrenzen wollen. Die drei wichtigsten Themen seien:

– Weg zu einem polnischen pluralistischen Sozialismus: Grundgedanke sei eine Art „power sharing“. Wichtig seien in diesem Zusammenhang die Wahlen zum

[24] Zur Rahmenkreditvereinbarung vom 6. Mai 1988 zwischen der Deutschen Bank und der sowjetischen Bank für Außenwirtschaft vgl. Dok. 156, Anm. 10.

[25] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 15 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

[26] Zum „Runden Tisch“ in Polen vgl. Dok. 249, Anm. 3.

[27] Czesław Kiszczak.

Parlament, die im nächsten Jahr stattfinden sollen[28], wobei die Bezeichnung „freie Wahlen" allerdings wohl zu hochgegriffen sei. Man stelle sich vor, daß der Sejm sich dann zu je 1/3 aus Partei, Zentrum und Opposition zusammensetze. Verfassungsmäßig werde derzeit an einem Modell für die Einführung einer zweiten Kammer gearbeitet. Auch solle das Amt des Präsidenten getrennt von dem des Generalsekretärs geschaffen werden.

– Einführung des gesellschaftlichen Pluralismus: Eine zentrale Rolle nehme hierbei das vorgesehene Gesetz über Gesellschaften und Zusammenschlüsse ein.[29] Nach seiner Verabschiedung seien diese ohne Genehmigung zugelassen; erforderlich sei nur eine Registrierung.
– Wirtschaftlicher Pluralismus: Kerngedanke des Reformvorhabens sei eine Gleichbehandlung des staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Sektors. Die Regierung strebe auch einen gewerkschaftlichen Pluralismus an. Ob es hierbei zur Legalisierung von Solidarność kommen könne, sei noch nicht bekannt. Er, O., sei persönlich gegen eine volle Legalisierung dieser Gewerkschaft, da es in der Vergangenheit zu viele Schwierigkeiten gegeben habe. Insgesamt habe man sich vorgenommen, ein neues, polnisches Modell des Sozialismus zu schaffen.

BM dankte für die interessanten Darlegungen und wies darauf hin, daß der Wille zum Pluralismus charakteristisch nicht nur für Polen sei. Größere Möglichkeiten des einzelnen, sich zu entfalten, führten zu mehr Kreativität und Motivation. Auf die persönliche Auffassung von O. zu Solidarność eingehend, hob BM hervor, daß einer Legalisierung von „Solidarność" im Ausland erhebliche Bedeutung beigemessen werde. Sie werde geradezu als ein Test für die angestrebte Pluralität angesehen. Er, BM, gehe davon aus, daß die polnische Regierung die richtigen Entscheidungen treffe. Er bitte jedoch zu überlegen, ob es nicht besser sei, alle Kräfte in die große nationale Anstrengung einzubeziehen. Bei seinem Besuch in Warschau im Januar des Jahres sei er zum ersten Mal mit Wałęsa zusammengetroffen und von ihm sehr beeindruckt gewesen.[30] Es handele sich um einen Mann mit nationaler Verantwortung. Wałęsa habe ihn, BM, ermutigt, die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit Polen auszubauen. Wałęsa habe seine Entschlossenheit zu nationaler Versöhnung unterstrichen.

O. erwiderte, die Gespräche mit dem Innenminister hätten gezeigt, daß die polnische Regierung nicht beabsichtige, Wałęsa auszuschließen. Er sehe zwar, daß

28 Die Wahlen zum polnischen Parlament fanden am 4. und 18. Juni 1989 statt.

29 Am 13. Juni 1988 kündigte Präsident Jaruzelski auf der Sitzung des Plenums des Zentralkomitees der PVAP in Warschau ein neues Vereinsgesetz an, „das die administrative Beschränkung der Vereinsbewegung beseitigen und ihr größere Handlungsfreiheit im Verfassungsrahmen gewährleisten" solle. Botschaftsrat Körting, Warschau, teilte am 15. Juni 1988 mit, daß Jaruzelski auch mit dieser Ankündigung den „Pluralismus" konkretisiere. Dies bedeute aber noch keinen „gewerkschaftlichen Pluralismus unmittelbar". So würden die außerhalb des offiziellen Dachverbands stehenden Gewerkschaften zwar anerkannt, „allerdings mit der Maßgabe, daß künftig für einen Betrieb nur eine Gewerkschaft zugelassen werden soll. Die Zulassung mehrerer Gewerkschaften in einem Betrieb […] sei angesichts der desolaten Wirtschaftslage im Augenblick zumindest nicht möglich, da dies, so die Begründung, nur zu einem gegenseitigen Hochschaukeln in Lohnfragen führen würde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 843/844; Referat 214, Bd. 139852.

30 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Vorsitzenden der polnischen Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, am 12. Januar 1988 in Warschau vgl. Dok. 17.

es psychologisch richtig sein könne, Solidarität zu legalisieren, sachlich spräche aber eine Reihe von wesentlichen Gesichtspunkten dagegen. Aus der Sicht der polnischen Regierung komme es darauf an, daß der Westen die Änderungen in Polen anerkenne und das Land wirtschaftlich unterstütze. Eine polnische Delegation, die vor kurzem mit der EG-Kommission verhandelt habe, sei mit dem Eindruck zurückgekehrt, daß die Gemeinschaft nicht in der Lage sei, Polen zu helfen.[31] Dieses sei enttäuschend, und er müsse fragen, warum es nicht möglich sei, das Modell Ungarns[32] auch auf Polen anzuwenden. Die Bundesrepublik Deutschland sei in jeder Hinsicht der größte Partner Polens im Westen. Die Erwartungen an die Bundesrepublik Deutschland, Polen zu helfen und in dieser Hinsicht auch die eigenen Verbündeten zu mobilisieren, seien groß.

BM erklärte, er kenne den Vorgang nicht, auf den O. anspiele. Man müsse sich das ansehen. Generell sei wichtig, daß die neue Regierung Polens Vertrauen im Westen gewinne. Deshalb habe er – unter Freunden – auch so offene Worte zu Solidarność gesagt.

Zu KSZE und KRK übergehend, betonte BM, die Bundesregierung sei entschlossen, das Wiener Folgetreffen möglichst bald, d.h. bis Ende Oktober, nebst einem ausgewogenen und substantiellen Schlußdokument zu Ende zu bringen. Das N+N-Dokument[33] sei dafür eine geeignete Grundlage. Man müsse die Fortschritte nutzen, die bei seinem Besuch in Moskau[34] und den jetzigen Gesprächen zwischen Shultz und Schewardnadse[35] erzielt worden seien. Die Bundesrepublik und Polen sollten hier als „Missionare“ tätig werden.

31 Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z.Z. New York, übermittelte am 29. September 1988 Informationen aus einem Gespräch mit dem Politischen Direktor bei der EG-Kommission, Burghardt: „Kommissar de Clecq hat mit AM Olechowski am Rande der 43. VN-GV ein Gespräch geführt. Dabei stellte sich heraus, daß AM Olechowski über die Gespräche der polnischen Delegation in Brüssel nicht richtig und nicht vollständig unterrichtet war. In diesen Gesprächen sei Einigkeit über das Konzept für die Verhandlungen EG–Polen in vier Punkten erzielt worden: Handel, handels- und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit, gemeinsamer Ausschuß. Polnische Delegation habe zusätzlich von Kommission verlangt, sich bereits jetzt vom Rat ein Mandat für die Abschaffung aller mengenmäßigen Beschränkungen so wie mit Ungarn (cut-off date) geben zu lassen. Kommissar de Clerq habe erwidert, dies sei auch nicht Gegenstand des vom Rat erteilten Verhandlungsmandats mit Ungarn gewesen. Über diese Frage sei vielmehr erst im Verlaufe der Verhandlungen gesprochen worden. […] Er habe Olechowski zu verstehen gegeben, daß es ratsam sei, das Schiff nicht schon im Stadium der Mandatserteilung durch den Rat zu überfrachten. Was am Ende von Verhandlungen herauskomme, sei dann eine andere Sache. AM Olechowski habe erwidert, daß ihm dies so von seiner Delegation nicht gesagt worden sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 40; Referat 411, Bd. 160449.

32 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Ungarn vgl. Dok. 79, Anm. 27.
Am 26. September 1988 unterzeichneten die Europäischen Gemeinschaften und Ungarn in Brüssel ein Abkommen „über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit“. Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), teilte am 26. September 1988 mit: „Abk[ommen] […] ist ein nichtpräferentielles Handelsabk. mit einem Koop[erations]teil. Seine Besonderheit besteht darin, daß sich Gem[einschaft] – mit Rücksicht auf ungar[ische] Wirtschaftsreformen – darin verpflichtet, bis Ende 1995 alle diskrimin[atorischen] mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen der EG-MS gegenüber Ungarn zu beseitigen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2589; Referat 411, Bd. 160456.
Für den Wortlaut des Abkommens vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 327 vom 30. November 1988, S. 2–33.

33 Zum Entwurf der N+N-Staaten vom 13. Mai 1988 für ein Abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 153.

34 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 29. bis 31. Juli 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 220 und Dok. 221.

35 Für die Gespräche des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 22./23. September 1988 in Washington vgl. FRUS 1981–1988, VI, Dok. 170–178.

O. stimmte zu. Der sowjetische AM habe nach seiner Begegnung mit Shultz eine recht optimistische Einschätzung abgegeben. Ein Abschluß in Wien Ende Oktober/Anfang November sei daher durchaus realistisch.

Zu der heutigen Rede von US-Präsident Reagan in der Vollversammlung der VN[36] bemerkte O., hier sei ein anderer Ton als noch vor etwa anderthalb bis zwei Jahren angeschlagen worden. Auch zur inneren Entwicklung in Polen habe die US-Regierung sich in letzter Zeit zurückgehalten. Er gehe davon aus, daß auch die Bundesregierung hierzu einen Beitrag geleistet habe, für den er sich bedanken möchte.

Zum Abschluß des Gesprächs wurde auf Vorschlag von BM eine Presselinie abgestimmt. Operativ ist von Bedeutung, daß der Besuch des polnischen Außenministers in der Bundesrepublik Deutschland für das vierte Quartal vereinbart wurde. Vorher sollen die Arbeitsgruppen 1 und 2 noch einmal zusammentreten. O. stimmte der Bewertung von BM ausdrücklich zu, daß die Begegnung in einem „sehr guten Klima" stattgefunden hat.

[gez.] Richthofen

Referat 241 (221), Bd. 163119

266

Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerhardt, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 14 **Aufgabe: 27. September 1988, 22.50 Uhr**[1]
Cito **Ankunft: 28. September 1988, 06.22 Uhr**

Betr.: Gespräch BM Genscher (BM) mit AM Schewardnadse (AM) am Rande der UN-GV am 27.9.88 in New York[2];
hier: Bestandsaufnahme der Wirtschaftsfragen in Vorbereitung BK-Besuch in UdSSR[3]

I. Gespräch, das an das Treffen der beiden Minister in Moskau vom 30.7.[4] anknüpfte, bekräftigte den beiderseitigen Willen, bis zum BK-Besuch in Moskau

36 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 26. September 1988 vor der VN-Generalversammlung vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1988, S. 1219–1226.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 28. September 1988 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 24. September bis 1. Oktober 1988 anläßlich der VN-Generalversammlung in New York auf. Zum rüstungskontrollpolitischen Teil seines Gesprächs mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse vgl. Dok. 269, Anm. 8.
Genscher und Schewardnadse sprachen ferner über weitere Themen der bilateralen Beziehungen, darunter die Vorbereitung einer „Gemeinsamen Erklärung" der Bundesrepublik und der UdSSR. Ministerialdirigent Kastrup, z. Z. New York, berichtete am 28. September 1988: „BM erklärte, bei seinem Besuch in Moskau habe Einigkeit darüber bestanden, daß bei Bundeskanzlerbesuch über Elemente einer solchen Erklärung gesprochen werde. Die Verabschiedung solle dann beim Besuch des GS in Bonn erfolgen. Er gehe davon aus, daß es hierbei bleibe. Schewardnadse bestätigte das. Er übergab einen sowjetischen Entwurf mit Elementen, die er als ‚Ausgangsvariante' bezeichnete." Vgl. den Drahtbericht Nr. 22; Referat 213, Bd. 143537.

3 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

(24.–26.10.) möglichst zahlreiche Verträge und Projekte im staatlichen und im privaten Bereich zu unterzeichnen oder durch Absichtserklärungen festzulegen.

II. Die Bestandsaufnahme ergab im einzelnen:

1) Abkommen

– Man kam überein, daß die von den Sachverständigen über die praktische Einbeziehung von Berlin (West) besprochenen Lösungen[5] die Unterzeichnung des Umweltschutzabkommens[6] sowie des Zweijahres-Kulturprogramms[7] ermöglichen.
– Hinsichtlich der in der Sache zu Ende verhandelten Abkommen betreffend Binnen- und Seeschiffahrt soll noch einmal ein Versuch unternommen werden, auf Grundlage eines von unserer Seite vorgelegten Kompromißvorschlages bis zum BK-Besuch zu einer Einigung zu gelangen.[8]
– Betreffend Abkommen über Zusammenarbeit im Weltraum kam man überein, sobald wie möglich in Verhandlungen über ein Abkommen unter dem Dach des WTZ-Abkommens von 1986[9] einzutreten mit dem Ziel einer Unterzeichnung beim Besuch des BK.[10]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1394

4 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 29. bis 31. Juli 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 220 und Dok. 221.

5 Zu den Konsultationen der Bundesrepublik und der UdSSR über eine Einbeziehung von Berlin (West) in bilaterale Verträge vgl. Dok. 220, Anm. 16.
Ministerialdirigent Kastrup und der Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, führten am 21./22. September 1988 in Moskau weitere Gespräche zu Berlin-Fragen. Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach informierte am 6. Oktober 1988 die Botschaft in Moskau, daß im Zusammenhang mit dem Umweltschutzabkommen Einvernehmen erzielt worden sei, bei Teilnehmern aus Berlin (West) folgende Fußnote hinzuzufügen: „Diese Person mit ständigem Wohnsitz in Berlin (West) nimmt teil in Übereinstimmung mit Teil II B und Ziff[er] 1 und 2 d der Anlage IV zum Vier-Mächte-Abkommen vom 3.9.1971." Für das Zweijahresprogramm zum Kulturabkommen solle die Fußnote dementsprechend lauten: „Die Teilnahme aus Berlin (West) erfolgt in Übereinstimmung mit Teil II B und Ziff. 1 und 2 d der Anlage IV zum Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971." Vgl. den Drahterlaß Nr. 1219; Referat 210, Bd. 145276.

6 Zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes vgl. Dok. 22, Anm. 15, und Dok. 201, Anm. 17.

7 Zu den Verhandlungen über ein Zweijahresprogramm zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vom 19. Mai 1973 über kulturelle Zusammenarbeit vgl. Dok. 201, Anm. 12.
Das Erste Programm über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR für die Jahre 1988 und 1989 wurde am 26. Oktober 1988 in Moskau unterzeichnet.

8 Zu den Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über Binnenschiffahrt bzw. über den Seeverkehr vgl. Dok. 201, Anm. 10 und 11.
Am 1. September 1988 stellte Referat 210 fest: „Bezüglich des Binnenschiffahrtsabkommens können wir der sowjetischen Seite keinen neuen operativen Vorschlag präsentieren. Es bleibt bei dem Lösungsansatz, der in den Verträgen mit Ungarn und der ČSSR sowie nunmehr Bulgarien (paraphierter Abkommenstext) gefunden wurde, d. h. Briefwechsel bzw. einseitiger unwidersprochener Brief zur Flaggenführung unserer Schiffe auf den Binnenwasserstraßen der anderen Seite. […] Zur Flaggenführung von Seeschiffen könnten wir der sowjetischen Seite eventuell einen Kompromißvorschlag unterbreiten. Wenn sich die SU zu einer verbindlichen Zusage bereit findet […], die Bundesflagge auch auf Berliner Schiffen zu tolerieren, so könnte dies eventuell mit der Bedingung verknüpft werden, daß der Kapitän des betreffenden Schiffes ein Schiffszertifikat bzw. ein Flaggenzertifikat (als Auszug aus dem Schiffszertifikat) vorlegt, das die üblichen technischen Angaben zum Schiff enthält, das Recht zur Führung der Bundesflagge bestätigt und mit einem VMA-Stempel versehen wird, in Anlehnung an das Verfahren der Reisepässe gemäß vereinbartem Verhandlungsprotokoll I zum VMA." Vgl. Referat 210, Bd. 145232.

9 Für den Wortlaut des Abkommens zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vom 22. Juli 1986 über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und der dazugehörigen Anlage vgl. BUNDESGESETZ-

– Hinsichtlich einer Regierungsvereinbarung zum Hochtemperaturreaktor-Projekt[11] setzte sich sowj. AM ebenfalls für Unterzeichnung beim BK-Besuch ein. BM unterstrich unser Interesse, wies zugleich auf das Erfordernis einer weiteren Prüfung unter verschiedenen Gesichtspunkten hin. Man sprach sich zusammenfassend für die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen mit dem Ziel einer alsbaldigen Klärung der offenen Fragen aus.[12]
– Auch hinsichtlich des von sowj. Seite vorgelegten Entwurfs einer Vereinbarung über Zusammenarbeit im agro-industriellen Komplex soll schleunigst geprüft werden, ob eine Einigung bis zum BK-Besuch möglich erscheint.[13]
– Abkommen über Informationsaustausch im Bereich Reaktorsicherheit und Strahlenschutz wurde nicht ausdrücklich angesprochen. Sowj. Delegation gab auf Anfrage am Rande der Gespräche jedoch zu verstehen, daß sie von einer Unterzeichnung beim BK-Besuch ausgeht.[14]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1395

BLATT 1988, Teil II, S. 395–397. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 196, Dok. 198, Dok. 202 und Dok. 212.

10 Zu einem Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Erforschung und Nutzung des Weltraumes zu friedlichen Zwecken vgl. Dok. 201, besonders Anm. 43.
Referat 431 vermerkte am 3. Oktober 1988: „Ein Aufgreifen des sowj[etischen] Vorschlags – für das sich AA nachdrücklich eingesetzt hatte – wurde monatelang durch das BMFT blockiert; erst auf einem Chefgespräch am 21.9.1988 wurde folgendes entschieden: Es soll ein Weltraumabkommen mit der SU abgeschlossen werden, allerdings – anders als von der SU vorgeschlagen – als Ressortabkommen unter dem Dach des WTZ-Rahmenabkommens von 1986. […] Möglichst gleichzeitig soll eine Projektliste vereinbart werden. […] Ein deutscher Gegenentwurf wurde sowjetischer Seite am 1.10.1988 übergeben. Es werden nun unverzüglich Verhandlungen mit der SU eingeleitet werden, ohne allerdings dabei den Eindruck zu erwecken, daß wir uns in eine ‚Demandeur-Position' begeben." Vgl. Referat 431, Bd. 154473.

11 Zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie vgl. Dok. 201, Anm. 36.

12 Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 10. Oktober 1988: „Die Firmen Siemens und ABB verhandeln seit rd. zwei Jahren mit sowjetischen Stellen über die Zusammenarbeit bei Bau und Betrieb von H[och]T[emperatur]R[eaktor]-Kraftwerken. Ein allgemein gehaltener Vertrag darüber soll während des Besuchs von BK Kohl in dessen Gegenwart in Moskau im Oktober unterzeichnet werden. Zudem wünscht die sowjetische Seite schon jetzt Klarheit über die Weiterführung des HTR-Projekts in neue Bereiche. Es ist deshalb geplant, zwischen BMFT (BM Riesenhuber) und Staatskomitee für die Nutzung der Atomenergie […] eine Gemeinsame Erklärung zu unterzeichnen, wonach beide Seiten beabsichtigen – d. h. nicht sich verpflichten –, Forschung und Entwicklung für HTR bis zu Temperaturen von 950 Grad C[elsius] zu unterstützen." Vgl. Referat 431, Bd. 153276.

13 Am 17. September 1988 führte eine Delegation unter Leitung des Ministerialdirektors Schomerus, Bundesministerium für Wirtschaft, in Moskau Gespräche beim sowjetischen Staatskomitee für den agro-industriellen Komplex. Gesandter Arnot, Moskau, berichtete am 23. September 1988, der von sowjetischer Seite übergebene Abkommensentwurf enthalte folgende Punkte: „Zusammenarbeit bei der Herstellung von Nahrungsmitteln, Parfümerie- und Kosmetikwaren, Reinigung von Abwässern der Nahrungsmittelindustrie; wissenschaftlich-technischer Austausch […]; Vergabe und Ausnutzung von Bankkrediten im Rahmen der günstigsten Bedingungen […]; gemeinsame Bedingungen für Dienstreisen […]; Zuständigkeit für Koordination soll Fachgruppe für den agroindustriellen Komplex haben; Berlin-Klausel." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3160; Referat 213, Bd. 143536.
Mit Fernschreiben Nr. 68 vom 6. Oktober 1988 übermittelte das Bundesministerium für Landwirtschaft und Forsten dem Auswärtigen Amt einen Gegenentwurf und schlug vor, „am 14. oder 17.10.1988 in Moskau mit sowjetischer Seite über das Abkommen [zu] verhandeln". Vgl. Referat 421, Bd. 140441.

14 Zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes vgl. Dok. 201, Anm. 38.
Referat 431 notierte am 19. September 1988: „SOW hat Bereitschaft zu erkennen gegeben, Abkommen noch vor BK-Besuch unterschriftsreif zu verhandeln. Eine erste Runde in Moskau begann am 12. September und wird am 22. September am Rande der IAEO-Generalkonferenz fortgeführt. […] In Verhandlungen wird es darum gehen, ob SOW bereit ist, dem von BMU angestrebten umfassenden Informationsaustausch – hier geht der deutsche Entwurf über die Konkretisierung der nach dem IAEO-Übereinkommen über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen vom 26.9.1986 übernommenen Verpflichtungen hinaus – zuzustimmen." Vgl. Referat 431, Bd. 153276.

2) AM unterstrich die sehr intensive Arbeit, die im Bereich der Wirtschaftsbeziehungen zwischenzeitlich geleistet worden sei. Angesichts der umfangreichen Verhandlungen in vielen Richtungen sei mit interessanten Ergebnissen zu rechnen.

3) Firmenprojekte

– Mit besonderer Befriedigung wurde die Einigung über die Bedingung des 1 Mrd. Rubel-Konsortialkredits[15] festgestellt. Als Folge rechnet AM mit der Unterzeichnung zahlreicher Verträge zur Modernisierung von sowj. Betrieben der Leicht- und der Nahrungsmittelindustrie.
– BM wies auf zahlreiche Firmenverhandlungen in anderen Bereichen hin. Mit Vertragsabschlüssen könne z.B. bei verschiedenen Projekten der Firma Siemens, vor allem im Bereich der Medizintechnik sowie bei einem Projekt Hanomag betr. Planierraupen gerechnet werden. Absichtserklärungen erschienen möglich bei verschiedenen Projekten der Firma AEG (z.B. Gasturbinen-Rekuperatoren-Projekt, Flugnavigationsgerät).
– BM wies darauf hin, daß bei den Großprojekten Kola-Halbinsel[16] und Westsibirien[17] noch Informations- und Prüfungsbedarf bestehe. Deutsche Firmen seien durchaus interessiert, allerdings zeichne sich bereits ab, daß sie weniger an Konsortiallösungen dächten als an Einzelprojekte, die Wirtschaftlichkeitsprüfungen standhalten müßten. AM sah bei Kola größeres Interesse deutscher Firmen als bei Westsibirien. Er hielt Ansprache des Kola-Projekts beim BK-Besuch in allgemeiner Form für möglich. Bei Westsibirien sah AM gewisse Passivität deutscher Firmen.

4) BM erklärte unsere Bereitschaft, sowj. Vorschlag aufzugreifen, deutschen Kosmonauten auf der Raumstation Mir mitfliegen zu lassen. Dies solle auf der Grundlage wissenschaftlicher Kooperation erfolgen, deutsche Gegenleistung soll im wissenschaftlichen Bereich liegen, z.B. auf dem Gebiet der Schwerelosigkeitsforschung.

– Zu sowj. Angebot eines Mitflugs von deutschen Satelliten auf der Protonrakete erklärte BM grundsätzliche Bereitschaft mit dem Hinweis, daß für alle z.Zt. in der Entwicklung befindlichen deutschen Satelliten Trägerdienste bereits vertraglich vereinbart seien. Eine Beteiligung käme erst für Neuvorhaben in den 90er Jahren in Frage. AM bekräftigte sein bereits bei früherer Gelegenheit zum Ausdruck gebrachtes Interesse an diesem Projekt, dem er über die wirtschaftliche und wissenschaftliche eine symbolische Bedeutung beimaß.

5) Aus- und Fortbildung[18]

BM unterstrich unser Interesse an Fortschritten in diesem Bereich speziell an gemeinsam zu tragenden und finanzierenden Projekten in folgenden Gebieten:

– Management Aus- und Fortbildung (Seminare in SU und D, Ausbildung deutscher Firmen). Bereitschaft, ein konkretes Projekt mit sowj. neugegründe-

15 Zur Rahmenkreditvereinbarung vom 6. Mai 1988 zwischen der Deutschen Bank und der sowjetischen Bank für Außenwirtschaft vgl. Dok. 156, Anm. 10.

16 Zum sowjetischen Vorhaben einer Erschließung der Kola-Halbinsel vgl. Dok. 156, Anm. 11.

17 Zum sowjetischen Vorschlag einer Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik auf dem Gebiet der chemischen Industrie vgl. Dok. 201, Anm. 26.

18 Zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Aus- und Weiterbildung vgl. Dok. 201, besonders Anm. 54.

ter Handelshochschule bei der Akademie für Außenhandel zu vereinbaren (Kurzzeitaufenthalt mehrerer Jahrgänge bei etwa 120 Teilnehmern pro Jahr).

– Berufliche Aus- und Fortbildung von Facharbeitern und Meistern.

– Berufsbildforschung.

BM wies auf bevorstehende Delegation unter der Leitung AA mit verschiedenen Trägerorganisationen hin (3.–6.10. in Moskau).[19]

AM erklärte sich für einverstanden, wies ergänzend darauf hin, daß angesichts der zunehmenden Dezentralisierung in der SU auf diesem Gebiet vielleicht eines Tages ein umfassenderes Ausbildungsprogramm in Betracht komme. Hierüber müsse zu einem späteren Zeitpunkt gesprochen werden.

5) Haus der deutschen Wirtschaft[20]

BM sprach „Haus der deutschen Wirtschaft" in Moskau als Zentrum mit Büro-, Kongreß-, Ausstellungs- und Verhandlungskapazitäten, Freizeiteinrichtungen, etc. als Kristallisationspunkt intensiver deutsch-sowjetischer Wirtschaftsbeziehungen an. Wichtig sei Verfügbarkeit eines zentral gelegenen Grundstücks in Moskau. Projekt könnte beim BK-Besuch angesprochen werden. AM sagte, er sei mit dem Projekt, das er ausdrücklich als eine sehr interessante Idee bezeichnete, bisher nicht befaßt gewesen. Er werde Thema sofort nach seiner Rückkehr nach Moskau aufgreifen.

6) Investitionsschutzabkommen

BM sprach sich für eine Beschleunigung der hierüber stattfindenden Gespräche aus. AM unterstrich sowj. Interesse und verwies auf die z.Zt. in Bonn laufenden Gespräche.[21]

[gez.] Gerhardt

Referat 213, Bd. 143536

19 Ministerialdirigent Höynck, z.Z. Moskau, teilte am 7. Oktober 1988 mit, eine Expertengruppe habe „in dreitägigen intensiven Gesprächen die Grundlage für einen Fortschritt der deutsch-sowj[etischen] Zusammenarbeit bei der Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften erarbeitet. Vorbehaltlich einer endgültigen deutschen Zustimmung wurden konkrete Maßnahmen vereinbart, zu denen ein Stagenprogramm in der Bundesrepublik für Hörer von Managementkursen neu gegründeter Handelshochschulen, verschiedene Seminare und Arbeitsgruppen im Bereich der Weiterbildung von Fachkräften sowie eine Fachkonferenz zur Erweiterung grundsätzlicher Aspekte einer langfristigen Zusammenarbeit im Aus- und Weiterbildungsbereich gehören. Ein wichtiger Schritt ist die Herstellung direkter Kontakte zwischen deutschen Trägern, auch einer deutschen Consultingfirma (P+M), und sowjetischen Partnern." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3349; Referat 421, Bd. 140427.

20 Am 18. Oktober 1988 übermittelte das Bundesministerium für Wirtschaft dem Auswärtigen Amt den Entwurf eines Memorandum of Understanding zwischen der Deutschen Bank und der UdSSR über die Errichtung eines Zentrums für Industrie, Handel und Kulturaustausch („Haus der deutschen Wirtschaft") in Moskau. Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerhardt notierte am 20. Oktober 1988: „Das ‚Zentrum', ein Joint-venture mit 51% sowjetischer und 49% deutscher Beteiligung (Projektkosten 500 Mio. DM), soll bestehen aus einem Hotel, Wohnungen, Einkaufsmöglichkeiten und Büros mit Übersetzungs- und Sekretariatsfazilitäten. Insbesondere soll es Kontaktmöglichkeiten für kleine und mittlere Firmen im Interesse einer Ausweitung der deutsch-sowjetischen Handelsbeziehungen fördern. […] Die Stadt Moskau hat mit der Lufthansa und Philipp Holzmann bereits einen ‚letter of intent' unterzeichnet, in dem sie sich bereit erklärt hat, ein Grundstück von 40 000 qm in zentraler Stadtlage anzubieten." Vgl. Referat 213, Bd. 143594.

21 Zum Stand der Gespräche über ein Investitionsförderungs- und -schutzabkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. Dok. 201, Anm. 35.
Eine zweite Gesprächsrunde fand vom 26. bis 30. September 1988 in Moskau statt. Das Bundesministerium für Wirtschaft hielt am 3. Oktober 1988 fest: „SU war bereit, aufgrund des Textes zu verhandeln,

267

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Mubarak

28. September 1988[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak am 28. September 1988

Der *Bundeskanzler* heißt Präsident Mubarak herzlich willkommen.

Präsident *Mubarak* bedankt sich für die ihm kurzfristig gewährte Möglichkeit zu dem heutigen Gespräch.[2]

Auf Bitten des Bundeskanzlers legt Präsident Mubarak kurz seine Einschätzung der Entwicklung im Nahen Osten dar.

Er erinnert zunächst daran, daß er sich seinerzeit mit dem israelischen AM Peres auf die Einberufung einer Internationalen Nahost-Konferenz geeinigt habe.[3] Dabei sei insbesondere auch über die Frage einer gemeinsamen palästinensischen Delegation grundsätzliches Einvernehmen erzielt worden. Diese positive Entwicklung sei jedoch durch interne Streitigkeiten der Palästinenser wie auch durch die öffentliche Stellungnahme von MP Shamir gegen die Internationale Konferenz[4] und damit gegen Peres erheblich kompliziert worden.

Auf entsprechende Rückfrage des Bundeskanzlers erläutert Präsident Mubarak, nach wie vor lägen innerhalb der PLO verschiedene Gruppen miteinander im Streit; darunter seien insbesondere auch Gruppierungen wie die von George Habash, die sich völlig obstruktiv verhielten. Jede dieser Gruppierungen werde von einem anderen arabischen Staat – vor allem den radikalen Staaten – gesteuert, was die Lage zusätzlich kompliziere.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1398
der von D im Februar 1988 in Moskau übergeben worden war. SU zeigte gegenüber den Gesprächen im Februar ein erstaunliches Maß an Flexibilität in den Grundsatzfragen Schutz bei Enteignung, freier Transfer und Investor/Staat-Schiedsgerichtsbarkeit, das von D durch Entgegenkommen bei der Inländerbehandlung honoriert wurde. […] D wird auf ausdrücklichen Wunsch von SU nunmehr einen Text erstellen, der das Ergebnis der bisherigen Gespräche wiedergibt und Grundlage für Verhandlungen sein soll. […] Nach Stellungnahme von SU soll sodann eine dritte Runde in Moskau stattfinden, möglichst noch in diesem Jahr." Vgl. Referat 421, Bd. 140464.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 5. Oktober 1988 gefertigt.

2 Am 14. September 1988 vermerkte Gesandter Seemann, daß die ägyptische Botschaft über den Wunsch des Präsidenten Mubarak informiert habe, „zu einem Arbeitsbesuch in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen". Vgl. Referat 310, Bd. 149726.
Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, unterrichtete Vortragenden Legationsrat Bächmann mit Schreiben vom 19. September 1988, daß Bundeskanzler Kohl zugestimmt habe, „den ägyptischen Präsidenten Mubarak am Mittwoch, den 28. September 1988, von 11.00 Uhr bis 13.30 Uhr zu einem Gespräch mit anschließendem Mittagessen" zu empfangen. Vgl. Referat 310, Bd. 149726.

3 Zu den Gesprächen des Präsidenten Mubarak und des Ministerpräsidenten Peres am 11./12. September 1986 in Alexandria vgl. Dok. 31, Anm. 9.

4 Zur Haltung des Ministerpräsidenten Shamir zum Vorschlag einer Internationalen Konferenz für den Frieden im Nahen Osten vgl. Dok. 83, Anm. 19 .

Er sei beispielsweise von den radikalen Gruppen innerhalb der PLO beschimpft worden, weil er sich mit Peres über die Internationale Nahost-Konferenz geeinigt habe.

Auf eine weitere Frage des Bundeskanzlers erklärt Präsident Mubarak, diese Gruppierungen arbeiteten nicht in erster Linie gegen Arafat, sondern seien besorgt, daß eine Änderung der Politik ihre Interessen gefährde.

Arafat sei – ebenso wie König Hussein – über die Aufkündigung dieser Vereinbarung (hinsichtlich der Zusammensetzung der palästinensischen Delegation) sehr verärgert gewesen. Beide litten unter den radikalen Elementen in der PLO. Arafat sei der beste Mann in der PLO und bei weitem nicht so negativ zu beurteilen, wie das die USA täten.

König Hussein habe jetzt zwar die Bindungen an die Westbank gekappt[5], aber sei nach wie vor bereit, den Palästinensern seine Unterstützung zu gewähren, wenn dies erforderlich sei. Mit diesem Schritt habe er im übrigen den Radikalen innerhalb der PLO große Schwierigkeiten bereitet. Gleichzeitig sei bemerkenswert, daß diese radikalen Elemente innerhalb der PLO heimlich Kontakte mit dem Likud pflegten, was im übrigen auch Präsident Assad von Syrien tue. Er selbst habe immer wieder erklärt, daß es wenig Zweck habe, mit dem Likud zu verhandeln.

Auf die entsprechende Frage des Bundeskanzlers ergänzt Präsident Mubarak, die Kontaktleute im Likud seien vor allem Arens und Sharon.

Auf die entsprechende Frage des Bundeskanzlers erklärt Präsident Mubarak, er wolle hinsichtlich des Wahlausgangs in Israel[6] keine Prognose stellen. Sein Wunsch sei allerdings, daß Peres die Wahlen gewinne. Das Verhalten von Shamir sei einfach irrational. Shamir sei nicht entscheidungsfreudig und wagemutig, weil er genau wisse, daß, wenn er sich zu weit vorwage, er seinen Platz an Sharon verliere.

Demgegenüber sei Peres ein weitsichtiger Politiker; er, Mubarak, sei bereit, Peres zu helfen, mit dem er Kontakt halte. Wenn Peres die Wahlen gewinne, gebe es eine reelle Chance, die anstehenden Probleme zu lösen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, wenn Peres gewinne, sei dies in der Tat ein Grund zum Optimismus. Er höre – beispielsweise von Bürgermeister Kollek –, daß wahrscheinlich Shamir das Rennen machen werde.

Präsident *Mubarak* wirft ein, dies werde auch von anderen befürchtet.

Der *Bundeskanzler* erklärt, auch wir in Europa unterstützten Peres, wie übrigens auch die Amerikaner, gleichgültig wer dort die Präsidentschaftswahlen[7] gewinne. Aber es bleibe die Frage, was man tun könne, wenn Shamir gewinne.

Präsident *Mubarak* erwidert, dann habe man in der Tat die Quadratur des Kreises vor sich. Über einen Sieg von Shamir würden sich vor allem die radikalen Elemente im arabischen Raum freuen.

5 Vgl. dazu die Rede des Königs Hussein vom 31. Juli 1988; Dok. 225, Anm. 38.

6 In Israel fanden am 1. November 1988 Parlamentswahlen statt.

7 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

Er wolle aber auch auf eine neue Entwicklung aufmerksam machen, die man in Rechnung stellen müsse. Die sogenannte Intifada auf der Westbank[8] sei nicht von der PLO organisiert worden, sondern vom Volke selbst. Wenn es der PLO nicht gelinge, die Entwicklung unter Kontrolle zu bekommen, würden neue palästinensische Führer die Sache in die Hand nehmen. Arafat könne sich jetzt nicht mehr auf Jordanien stützen, sondern müsse selber Stellung beziehen. Eine neue politische Führung der Palästinenser könne dann die Initiative ergreifen und ein Arrangement mit Israel suchen.

Viele Leute im palästinensischen Establishment seien reich geworden und im Grunde genommen darauf bedacht, den Status quo zu erhalten. Diesen Eindruck habe er aus einem Gespräch mit wichtigen Vertretern der Palästinenser in Paris gewonnen.

Er habe auch Arafat klar gefragt, was er letztlich wolle. Er habe ihm auch deutlich gesagt, Israel wolle ihn nicht als alleinigen Verhandlungspartner akzeptieren, weil er die Resolution 242[9] nicht anerkenne. Er habe ihn auch gefragt, was er sich eigentlich für Chancen ausrechne, wenn die PLO jetzt die Ausrufung einer Exilregierung und eines palästinensischen Staates unter Berufung auf die UN-Resolution 181 von 1947[10] betreibe.[11] Er habe Arafat deutlich gesagt, daß er dies für unseriös halte. Wenn Arafat die Unterstützung der öffentlichen Meinung für sein Vorhaben erreichen wolle, dann könne er nicht auf die Resolution 181

8 Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada“) vgl. Dok. 217, Anm. 5. Botschafter Bartels, Amman, berichtete am 20. Oktober 1988, daß die Unruhen in eine dritte Phase getreten seien: „Die erste Phase, die des weitgehend unorganisierten, unkoordinierten Aufstands, endete im Februar/März 1988. Durch das Flugblatt Nr. 10 des U[nified]N[ational]L[eadership of the]U[prising] wurde die zweite Phase der Intifada eingeleitet, gekennzeichnet durch den Konsensus, daß die UNLU allein die für den Fortgang der Intifada verbindlichen Maßnahmen verkünden und beschließen solle. Die dritte Phase dauert seit ca. zwei Monaten an und steht unter dem Motto ‚Säubern des palästinensischen Hauses von innen‘, wobei die Betonung auf ‚von innen‘ liegt.“ Nach umfangreichen Verhaftungen palästinensischer Funktionsträger durch israelische Sicherheitskräfte hätten in der Westbank die bisher für die Überwachung der Intifada zuständigen „striking forces“ begonnen, „Kollaborateure aus den eigenen Reihen aufzuspüren und unschädlich zu machen, was man immer häufiger nur durch eine ‚Hinrichtung‘ erreichen zu können glaubt“. Bartels resümierte: „Enthusiastische Phase der Intifada, in der man ‚schon morgen‘ Ergebnisse erwartete, ist vorbei. Ein Intifada-Alltag hat sich breitgemacht, in dem man bestrebt ist, die Bürgererhebung mittel- bis langfristig zu organisieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 663; Referat 310, Bd. 149758.

9 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

10 Resolution Nr. 181 der VN-Generalversammlung vom 29. November 1947 sah vor, das britische Mandat für Palästina zu beenden, das Land zum Zweck der Schaffung eines palästinensischen und eines jüdischen Staats zu teilen und eine Wirtschaftsunion zu bilden. Jerusalem sollte unter internationaler Kontrolle verbleiben. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. I, S. 322–343.

11 Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, bekräftigte in einer Rede vor der sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments am 13. September 1988 in Straßburg sein Ziel, „einen unabhängigen Palästinenser-Staat auf dem von der israelischen Besatzung befreiten Land aufzubauen. Dieser Staat wird ein republikanisches und demokratisches System mit mehreren Parteien haben.“ Pressemeldungen zufolge habe Arafat in einer Pressekonferenz zum Abschluß seines Besuchs am folgenden Tag weiter ausgeführt, „nach dem Verzicht Jordaniens auf das Westjordanland würden in der PLO zwei Möglichkeiten erörtert: 1) Billigung eines übergangsweisen, internationalen Mandats der UNO über die Gebiete nach einem Abzug der Israelis bis zur Bildung eines Palästinenser-Staats; 2) Ausrufung eines eigenen Staates durch die PLO und Bildung einer provisorischen Regierung noch unter israelischer Besatzung.“ Über diese Frage werde der Palästinensische Nationalrat im Oktober in Algier entscheiden. Vgl. den Artikel „Arafat: PLO zu Verhandlungen mit Israel bereit“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 15. September 1988, S. 8.

von 1947 Bezug nehmen, die auf ein Gebiet Bezug nimmt, das noch kleiner sei als Israel in den Grenzen von 1967.[12] Er habe Arafat dringend nahegelegt, um Gottes Willen nicht vor den Wahlen in Israel und den USA eine Exilregierung auszurufen, sonst gebe er den Hardlinern nur Argumente in die Hände und richte großen Schaden an, den zu reparieren ihn mindestens zwei Jahre kosten würde.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, dies sei eine absolut realistische Einschätzung. Man solle vielmehr alles tun, um Peres zu unterstützen, damit dieser die Dinge voranbringen könne.

Präsident *Mubarak* stimmt nachdrücklich zu und erklärt, er unterhalte einen ständigen Kontakt zu Peres über den ägyptischen Botschafter in Israel[13]. Im übrigen habe er auch erfolgreich zwischen Peres und König Hussein vermittelt.

Der *Bundeskanzler* erklärt, es sei wichtig, nach den Wahlen in Israel und den USA engen Kontakt zu halten.

Der Bundeskanzler stellt sodann die Frage, wie Präsident Mubarak die Entwicklung im Verhältnis zwischen Iran und Irak beurteile. Insbesondere interessiere ihn, ob Präsident Mubarak den Eindruck habe, daß in Teheran gemäßigtere Kräfte zum Zuge kämen.

Präsident *Mubarak* erwidert, davon könne man in der Tat ausgehen. Die Herrschaft der Mullahs in Teheran sei gescheitert, denn sie hätten politisch und militärisch versagt. Es werde daher zu Änderungen kommen.

Man müsse sehen, daß keine der elementaren Forderungen der Mullahs, wie beispielsweise die Absetzung von Saddam Hussein, erfüllt worden sei. Das Regime habe daher einen Rückzieher machen müssen[14], insbesondere nachdem sich fast 60% der Pasdaran und mehr als 40% der regulären Truppen von der Front abgesetzt hätten. Die iranischen Soldaten hätten einfach keine Motivation mehr gehabt, um weiter zu kämpfen.

Der *Bundeskanzler* fragt, was mit Khomeini geschehe.

Präsident *Mubarak* erwidert, Khomeini sei praktisch nur noch eine Symbolfigur, die im Grunde genommen nicht wisse, was im Iran eigentlich vor sich gehe. Khomeini sei von einer Kamarilla umgeben, die ihn steuere, aber gleichzeitig untereinander verfeindet sei. Rafsandjani habe einen Teilerfolg dadurch erzielt, daß er den Waffenstillstand[15] durchgesetzt habe. Aber es sei eben nur ein Teilerfolg gewesen. Aus seiner Sicht sei es am besten, wenn es zu einem Staatsstreich der Armee komme, die mit diesen ganzen Gestalten aufräume.

Der *Bundeskanzler* erkundigt sich nach der Einschätzung der Lage in Saudi-Arabien.

12 Am 5. Juni 1967 griffen israelische Streitkräfte ägyptische Truppen auf der Sinai-Halbinsel an und nahmen einen Tag später den Gaza-Streifen und den jordanischen Teil von Jerusalem ein. Am folgenden Tag ordnete das Oberkommando der ägyptischen Streitkräfte die Sperrung des Suez-Kanals an. Die Kampfhandlungen fanden am 10. Juni 1967 mit der Besetzung der Sinai-Halbinsel und des Gebietes westlich des Jordans durch Israel ein vorläufiges Ende. Vgl. dazu AAPD 1967, II, Dok. 207 und Dok. 208.

13 Mohammed Bassiouni.

14 Vgl. dazu die Anerkennung der Resolution Nr. 598 durch die iranische Regierung; Dok. 217, Anm. 4.

15 Zum Waffenstillstand zwischen dem Irak und dem Iran ab 20. August 1988 vgl. Dok. 225, Anm. 30.

Präsident *Mubarak* erwidert, die Lage in Saudi-Arabien sei stabil; er rechne nicht mit Veränderungen. Natürlich gebe es auch innerhalb des saudi-arabischen Königshauses Konflikte, aber die entscheidenden Machtträger seien sich einig, wenn es um den Erhalt des Staates gehe.

Der *Bundeskanzler* fragt, wie sich die nächst jüngere Generation verhalte.

Präsident *Mubarak* erwidert, wenn der Bundeskanzler die Söhne von König Fahd meine, so sei erkennbar, daß diese – ohne konspirative Mittel – auf dessen Ablösung hinarbeiteten.

Er selbst habe zu den Prinzen aus dem saudi-arabischen Königshaus sehr gute persönliche Kontakte. Diese seien ohne Zweifel aufgeklärter als die ältere Generation.

Auf eine entsprechende Frage des Bundeskanzlers erklärt sich Präsident Mubarak bereit, gelegentlich eines möglichen inoffiziellen Besuchs in Ägypten ein Gespräch mit dem einen oder anderen dieser Prinzen zu vermitteln. Er werde dies schon so zu arrangieren wissen, daß diesen hieraus keine Schwierigkeiten erwüchsen, denn die Prinzen seien selbstverständlich verpflichtet, dem König über alle Kontakte Rechenschaft abzulegen.

Der *Bundeskanzler* erkundigt sich nach der Rolle des saudi-arabischen Außenministers[16].

Präsident *Mubarak* erwidert, dieser sei nicht sehr stark. Die einzig wirkliche Macht in Saudi-Arabien sei König Fahd. Er selber habe immer wieder die Erfahrung machen müssen, daß man nur durch direkte Kontakte mit dem König etwas erreichen könne. König Fahd habe ihm beispielsweise 1980 während der schweren Wirtschaftskrise in Ägypten kurzfristig mit einem 300 Mio. US-Dollar-Kredit ausgeholfen.

Der *Bundeskanzler* stellt die Frage, warum nach Meinung von Präsident Mubarak Saudi-Arabien sich mit derart vielen Waffen eindecke.

Präsident *Mubarak* erwidert, zunächst müsse man sehen, daß die Verantwortlichen an derartigen Waffengeschäften persönlich verdienten. Auch sei es häufig so, daß Saudi-Arabien diese Waffen von den USA oder Großbritannien aufgedrängt würden.

Auf die entsprechende Frage des Bundeskanzlers verneint Präsident Mubarak, daß von einer Stärkung der Armee durch diese Waffen irgendwelche Gefahren für das Regime ausgehen. Die meisten Waffensysteme würden von ausländischen Militärberatern bedient. Im übrigen dienten die Waffenkäufe wesentlich dazu, das eigene Prestige zu befriedigen. Präsident Mubarak nennt als Beispiel die AWACS-Flugzeuge, die Saudi-Arabien im Blick auf den iranisch-irakischen Konflikt zunächst nicht wollte, dann aber doch gekauft habe. Reine Prestige-Objekte seien auch die von den Chinesen gekauften Raketen.[17] Er sei sicher, daß diese Raketen nie eingesetzt würden. Infolgedessen seien auch die israelischen Befürchtungen unbegründet. Er wisse von 40 neuen britischen Flugzeugen, die Saudi-Arabien gekauft habe, die aber jetzt im Sand verrotteten.

16 Saud al-Faisal ibn Abdul Aziz al-Saud.

17 Zur Lieferung chinesischer Trägerraketen an Saudi Arabien vgl. Dok. 127, Anm. 9.

Der *Bundeskanzler* fragt, ob der Fundamentalismus in Saudi-Arabien eine Chance habe.

Präsident *Mubarak* erwidert, es gebe in der Tat Schwierigkeiten mit dem Fundamentalismus im arabischen Raum. Diese Gefahr sei insbesondere auch in Ägypten deutlich, wo man Meinungsfreiheit habe.

Der *Bundeskanzler* fragt, wie das Verhältnis zu Libyen und Gaddafi sei.

Präsident *Mubarak* erwidert, zur Zeit begnüge sich Gaddafi mit Schimpfen. Seit einem Monat habe er ihn, Mubarak, zum bevorzugten Objekt seiner Angriffe gewählt. Gaddafi behaupte in der Öffentlichkeit, er – Mubarak – nehme nicht nur selbst Haschisch und Opium zu sich, sondern fördere auch den Handel mit diesen Rauschgiften nach Libyen.

Der Hintergrund der derzeit täglichen Angriffe Gaddafis sei, daß eine von Libyen finanzierte Zeitung in Ägypten auf Weisung seiner Regierung ihr Erscheinen habe einstellen müssen, weil sie das saudi-arabische Königshaus beleidigt habe.

Im übrigen habe er Ruhe vor Gaddafi, weil er ihm vor wenigen Monaten einen Emissär geschickt und nachdrücklich vor Anschlägen gewarnt habe. Dieser Emissär habe Gaddafi in seinem Auftrag deutlich gesagt, daß er eine harte Lektion zu erwarten habe, wenn er von seinen Anschlägen nicht ablasse.

Der *Bundeskanzler* fragt, wer in Libyen heute Gaddafi die Macht streitig mache.

Präsident *Mubarak* erwidert, seiner Meinung nach müsse die ganze Clique weg. Er unterstütze die Opposition in Libyen.

Der *Bundeskanzler* fragt, wie Präsident Mubarak die Lage der OPEC nach Beendigung des Iran-Irak-Konfliktes, insbesondere die Entwicklung des Ölpreises, einschätze.

Präsident *Mubarak* erwidert, er selber sähe natürlich lieber eine Erhöhung des Ölpreises. Dies sei aber sehr unwahrscheinlich. Er gehe aber davon aus, daß zumindest die gegenwärtigen Preise sich stabilisierten. Er habe daher an Saudi-Arabien den Wunsch weitergegeben, alles zu tun, damit der Ölpreis nicht weiter falle.

Auf die entsprechende Frage des Bundeskanzlers ergänzt Präsident Mubarak, auch Saudi-Arabien wolle die Stabilisierung des Ölpreises.

Präsident Mubarak greift sodann die IWF-Problematik[18] auf und erklärt, er wisse, daß der Bundeskanzler ihm immer geholfen habe. Allerdings gebe es andere – er nennt ausdrücklich den früheren amerikanischen Finanzminister Baker – die behaupteten, die eigentlichen Hardliner im IWF seien die Deutschen.

18 Zu den Verhandlungen zwischen der ägyptischen Regierung und dem IWF vgl. Dok. 31, Anm. 30. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schönfelder hielt am 12. Dezember 1988 fest: „Das letzte Bereitschaftskreditabkommen mit dem IWF wurde im Mai 1987 abgeschlossen. Es wurde aber schon nach Auszahlung der ersten Kreditrate inoperabel, weil die vereinbarten Programmziele von Ägypten nicht eingehalten wurden. Ägypten hat Schulden von 43 Mrd. Dollar. Die bisherigen ägyptischen Maßnahmen haben nicht ausgereicht, um die strukturellen Ursachen der Krise zu beseitigen oder die Krise zu mildern. […] Der IWF macht schnell wirksame Maßnahmen (zügiger Subventionsabbau, Umstrukturierung der Staatsunternehmen, Verminderung der Defizite in Staatshaushalt und Zahlungsbilanz) zur Voraussetzung für den Abschluß eines neuen Bereitschaftskreditabkommens. Andererseits ist das ägyptische Gegenargument, daß die Maßnahmen zu sozialen Einbrüchen und Unruhen ähnlich dem ‚Hungeraufstand' in Algerien führen könnten, nicht von der Hand zu weisen." Vgl. Referat 412, Bd. 168680.

Er habe diesen Kritikern gesagt, die Deutschen seien diejenigen, die die Lage in Ägypten realistisch einschätzten. Er habe in Ägypten eine Reihe von effizienten Reformen durchgesetzt. Es sei für ihn aber unmöglich, hierbei den Vorschlägen und Auflagen des IWF zu folgen. Wenn er dies tue, werde er im Handumdrehen ein Chaos in seinem Lande haben.

Er verweise hier immer auf das Beispiel des Sudan, wo man die Subventionen abgeschafft habe, die Regierung jetzt aber nicht in der Lage sei, auch nur einen einzigen Dollar zurückzuzahlen, nachdem die Preise im Lande um das Dreifache gestiegen seien.

Es gebe Forderungen, die er nicht akzeptieren könne, wie beispielsweise eine Erhöhung der Zinsen um 10%, wenn er nicht eine äußerst gefährliche Entwicklung riskieren wolle.

Der *Bundeskanzler* fragt, wie denn der Stand der Verhandlungen mit dem IWF sei.

Präsident *Mubarak* erklärt, er habe dem IWF ein Angebot unterbreitet, über das er nicht hinausgehen könne. Anfang November werde erneut eine Delegation des IWF nach Ägypten kommen. Dann wolle man weiter verhandeln.[19]

Der *Bundeskanzler* erklärt, er habe mit IWF-Präsident Camdessus in Berlin über die Lage in Ägypten gesprochen[20] und ihm gesagt, daß Präsident Mubarak heute zu ihm nach Bonn komme. Er habe Camdessus außerdem angekündigt, daß er sich nach dem heutigen Gespräch mit Präsident Mubarak wieder bei ihm melden werde.

Im übrigen wolle er klarstellen, daß Finanzminister Baker uns zu Unrecht anklage.

Präsident *Mubarak* wirft ein, Baker habe gesagt, die Deutschen seien schlimmer als die Amerikaner.

Der *Bundeskanzler* erwidert, dies sei ganz sicher nicht so. Man mache uns im Gegenteil den Vorwurf, wir würden Ägypten gegenüber anderen Ländern bevorzugen.

Der Bundeskanzler schlägt Präsident Mubarak vor, daß er ihm in einem persönlichen Schreiben das Ergebnis der bevorstehenden Gespräche mit dem IWF erläutert und ihn wissen läßt, wie nach seiner Auffassung eine Kompromißlösung aussehen könne.

Präsident *Mubarak* verweist auf ein letztes Schreiben[21], sichert aber zu, daß er den Bundeskanzler noch einmal eingehend informieren werde.[22]

19 Am 28. Dezember 1988 meldete der Referent der Botschaft in Kairo, Boenke, daß weitere Verhandlungen zwischen Ägypten und dem IWF über einen Bereitschaftskredit für Mitte Januar 1989 angekündigt worden seien. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1815; Referat 412, Bd. 168680.

20 Bundeskanzler Kohl und der Geschäftsführende Direktor des IWF, Camdessus, trafen am 27. September 1988 anläßlich der Jahrestagung des IWF in Berlin (West) zusammen.

21 Mit Schreiben vom 31. August 1988 an Bundeskanzler Kohl führte Präsident Mubarak aus: „Die Verhandlungen zwischen Ägypten und dem IWF und der Weltbank haben ein entscheidendes Stadium erreicht. Wie eine umfassende Analyse der Lage ergeben hat, ist es von größter Bedeutung, daß die Bundesrepublik Deutschland beiden Institutionen klarmacht, daß sie den unverzüglichen Abschluß des Umschuldungsabkommens mit Ägypten befürwortet. Es hat keinen Sinn weiterzuverhandeln, denn wir haben einen Punkt erreicht, über den wir nicht hinausgehen können. Es ist sehr wichtig für uns, unserem Volk und anderen Völkern in der Region zeigen zu können, daß die Bundesrepublik

Der *Bundeskanzler* wiederholt, er wolle in einem für ihn persönlich bestimmten Schreiben noch einmal die Einschätzung von Präsident Mubarak nach dem Gespräch mit dem IWF haben und werde dann unsere Leute in Washington kontaktieren.

Präsident *Mubarak* verweist auf Länder wie Sambia, Indonesien und Marokko, die Maßnahmen entsprechend den Auflagen des IWF durchgeführt, aber dann wieder rückgängig gemacht hätten, weil ihre Bevölkerung hierauf völlig ablehnend reagiert hätte.

Er selber habe am 8. September vor 80 000 Bauern gesprochen und dort die Erhöhung der Brotpreise um 200 % erläutert. Er sei durchaus bereit, die Subventionierung bestimmter Erzeugnisse graduell abzuschaffen. Er habe soeben die Benzinpreise um 33 %, ferner 1987 die Strompreise um 40 % erhöht. Er könne jetzt nicht noch einmal eine Erhöhung vornehmen. Er könne allenfalls Anfang 1989 erneut Preiserhöhungen ins Auge fassen, weil dann die Universitäten geschlossen seien und er keine Studentenunruhen zu befürchten habe.

Der grundsätzliche Fehler des IWF liege darin, daß er der sozialen Komponente kaum Rechnung trage. Der Patient werde praktisch erstickt, statt ihm die Medizin zur Wiedergenesung zu verabreichen.

Der *Bundeskanzler* sichert noch einmal zu, daß er sich persönlich um die Angelegenheit kümmern werde. Er habe C.[23] in dem bereits erwähnten Gespräch ausdrücklich gesagt, es gebe in dieser Frage eine ökonomische und eine politische Seite. Wenn Präsident Mubarak in Ägypten seinen Platz zugunsten radikaler Elemente räumen müsse, würde dies für die gesamte westliche Welt eine sehr teure Sache.

Präsident *Mubarak* stimmt dem lebhaft zu und erklärt, er habe großes Vertrauen zum Bundeskanzler, zumal dieser seine Lage verstehe. In der Tat würde sich jegliche Destabilisierung in Ägypten auf die gesamte Region auswirken. Nur Libyen und Syrien könnten sich über eine solche Entwicklung freuen.

Der *Bundeskanzler* erkundigt sich nach der Lage im Libanon.[24]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1405
Deutschland unter Führung von Bundeskanzler Kohl befreundete Nationen, die eine Reform ihrer Volkswirtschaft anstreben, nachdrücklich unterstützt." Vgl. Referat 412, Bd. 168679.

22 In einem am 20. Oktober 1988 im Bundeskanzleramt eingegangenen Schreiben informierte Präsident Mubarak über die von ihm eingeleiteten wirtschaftlichen Reformmaßnahmen und legte die Gefahren dar, die von Preissteigerungen im Falle der Erfüllung der Forderungen des IWF ausgingen. Er fuhr fort: „If we decide to undertake certain new measures, it would be explosive to begin the implementation of these measures today or in the immediate future. It would not be advisable to do so before the spring. […] Hence, I expect you to make it clear to the Management of the Fund that you support concluding a new stand-by agreement with Egypt along the lines proposed by us in recent talks with the Fund." Vgl. Referat 412, Bd. 168680.

23 Camdessus.

24 Die am 18. August 1988 im Libanon vorgesehenen Präsidentschaftswahlen mußten vertagt werden. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Hoessle vermerkte am 23. September 1988: „Das Mandat Präsident Gemayels ist am 22. September um 24.00 Uhr abgelaufen, ohne daß sich das libanesische Parlament vorher auf einen Nachfolger hat einigen können. Daher hat Präsident Gemayel eine Viertelstunde vor Ablauf seines Mandats den (maronitischen) Chef der libanesischen Armee, General Aoun, zum Chef einer Übergangsregierung eingesetzt. Präsident Gemayel hat sich dabei auf Artikel 53 der libanesischen Verfassung aus dem Jahre 1943 berufen, der dem Präsidenten der Republik das Recht der Ernennung und Entlassung von Ministern und die Ernennung eines Premierministers zuschreibt. […] Präsident Gemayel hatte zuvor den amtierenden Premierminister, Dr. Selim al-Hoss (Moslem), unter Berufung auf den genannten Verfassungsartikel entlassen. Dr. al-Hoss jedoch betrach-

Präsident *Mubarak* erklärt, man sei um eine Lösung dort bemüht. Aus seiner Sicht hätten die Amerikaner einen großen Fehler gemacht, als sie Murphy nach Beirut schickten und versucht hätten, den Libanesen einen Präsidentschaftskandidaten zu oktroyieren.[25] Im übrigen sei er der Meinung, daß der Traum von Assad, eine Art Großsyrien im Nahen Osten zu errichten, nicht in Erfüllung gehen werde.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 76

268

Botschafter Disdorn, Luanda, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 411 **Aufgabe: 28. September 1988, 09.50 Uhr**[1]
Ankunft: 28. September 1988, 13.43 Uhr

Betr.: Gespräch BM Genscher/SWAPO-Präsident Nujoma

Bezug: DB 400 vom 21.9.1988[2]

Zur Unterrichtung

1) Das Gespräch mit Präsident Sam Nujoma (vgl. Bezug) fand am 27.9. nachmittags statt. Es bewegte sich anfangs in freundlichen Bahnen, veränderte sich abrupt, als Präsident Nujoma, sich regelrecht hineinsteigernd, massive Anschuldigungen (angebliche Waffenlieferungen an SUA, Atommülldeponie in Namibia[3]) vorbrachte, und endete in deutlichem Mißklang.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1406
tet seine Regierung als weiterhin amtierend und als einzig rechtmäßige Regierung der Republik Libanon. Er beruft sich dabei auf Artikel 62 der Verfassung, die für den Fall der Vakanz des Präsidentenamtes vorsieht, daß dessen exekutive Vollmachten auf den Ministerrat übergehen. Damit bestehen seit dem heutigen Tage im Libanon zwei konkurrierende, sich gegenseitig ausschließende Regierungen." Vgl. Referat 310, Bd. 149778.

25 Botschafter Göttelmann, Beirut, berichtete am 19. September 1988, der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Murphy, habe am Vortag Beirut besucht und sich zum Ergebnis seiner zuvor in Syrien geführten Verhandlungen zurückhaltend geäußert. Es sei aber kein Geheimnis mehr, daß das „syrisch-amerikanische Arrangement" die folgenden vier Punkte umfasse: „Rücknahme der Kandidatur von Suleiman Frangieh; gemeinsame Unterstützung von Mikhael Daher als Präsidentschaftskandidat; Durchführung der Wahl am 22.9.1988; Beibehaltung des Parlaments an der Place de l'Étoile als Ort der Wahl." Vgl. den Drahtbericht Nr. 437; Referat 310, Bd. 149778.

1 Hat Legationsrat I. Klasse Gühlcke am 28. September 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Braun verfügte.
Hat Braun am 29. September 1988 vorgelegen.

2 Botschafter Disdorn, Luanda, teilte mit, daß Präsident Nujoma nach Auskunft eines Mitarbeiters der SWAPO „nicht zur VN-GV nach New York reisen werde. Gespräch mit BM während dessen Anwesenheit in New York könne also nicht stattfinden. Präsident Nujoma bedauere dies sehr und habe gebeten, da er sehr an einem Zusammentreffen mit BM interessiert sei, mit uns über einen neuen Vorschlag für Ort und Datum eines Zusammentreffens mit BM ins Gespräch zu kommen. […] Präsident Nujoma wolle mich gerne […] in den nächsten Tagen […] sehen. Ich nehme an, daß er mir in erster Linie seinen Wunsch nach einem baldigen Zusammentreffen mit BM übermitteln wird." Vgl. Referat 320, Bd. 155881.

3 Referat 320 vermerkte im Oktober 1987: „Die SWAPO-Führung trat im Frühjahr 1987 mit der unzutreffenden Behauptung an die Öffentlichkeit, die Bundesrepublik Deutschland beabsichtige, eine

2) Der Gesprächsverlauf im einzelnen

Nach einleitendem „small talk" unterstrich Nujoma, daß er nach wie vor sehr an einem baldigen Zusammentreffen mit BM Genscher interessiert sei. Daß es bisher nicht dazu gekommen sei, liege nicht an ihm. Im Mai habe er sagen lassen, daß er in Europa sei. Er habe dann nichts mehr gehört. Ich erwiderte, daß ich über dieses Gespräch nach Bonn berichten werde. Präsident Nujoma erwähnte dann in sehr allgemeiner Form die laufenden Viererverhandlungen in Brazzaville[4], für die er, geborener Optimist, der er sei, einen positiven Ausgang erwarte. Ich fragte ihn, ob er sich schon bald nach Windhuk begeben werde. Er bejahte. Nach 30 Jahren Exil dränge es ihn in die Heimat zurück. Ich fragte dann (anknüpfend an die Begegnungen des VN-GS[5] in Pretoria mit Vertretern der namibischen Parteien), was er von dem offenbar von Dirk Mudge vorgeschlagenen Treffen aller Parteien Namibias halte. Präsident Nujoma hielt nichts davon. SWAPO halte sich an SR 435[6] als die alleinige Richtschnur ihres Vorgehens, und SR 435 sehe eine Parteienkonferenz nicht vor. Das Gespräch erschlaffte dann etwas. Präsident Nujoma kam auf die Abrüstungsverhandlungen USA/SU zu sprechen, die den Frieden nicht nur in Europa vorwärts gebracht hätten. Er wendete sich dann, zunehmend wieder lebhaft werdend, den USA zu. Reagan habe sich in der Südafrikafrage inzwischen völlig isoliert. Das Repräsentantenhaus habe weiteren Sanktionen bereits zugestimmt. Nur Margret Thatcher und wir führen fort, die SUA zu unterstützen. Meine Anmerkung, daß wir SUA doch nicht unterstützten, sondern nur der Meinung seien, daß umfassende und obligatorische Sanktionen nicht unbedingt das wirkungsvollste Mittel zur Beseitigung der Apartheid sind, ließ er nicht gelten. Jetzt heftiger werdend, behauptete er, daß wir SUA mit Waffen belieferten. Er habe Beweise in Form von deutschen Ausfuhrpapieren, daß die von der südafrikanischen Armee benutzten gepanzerten Mannschaftswagen „Kaspar" und „Buffalo" in der Bundesrepublik hergestellt und nach SUA exportiert werden. Meinen Hinweis, daß beide Fahrzeuge meines Wissens in SUA hergestellt würden, sicher nicht in der

Fortsetzung Fußnote von Seite 1407

Atommülldeponie in Namibia zu errichten." Sie habe sich dabei auf in der namibischen Presse verbreitete Informationen der namibischen „Interimsregierung" berufen. Obwohl die Meldungen inzwischen dementiert worden seien, habe die Bundesregierung – zunächst erfolglos – versucht, „die SWAPO zur Einstellung ihrer Propaganda-Aktion gegen die Bundesregierung zu bewegen, die in unseren Augen inzwischen die Züge einer Verleumdungskampagne trug. […] Nach der Einbestellung des Bonner SWAPO-Repräsentanten Shoombe wegen erneuter Beschuldigungen durch Sam Nujoma […], unseren Demarchen beim VN-Namibia-Rat und zusätzlichen Demarchen bei den OAE-Mitgliedstaaten wurden die Vorwürfe in letzter Zeit nicht mehr erhoben." Vgl. Referat 320, Bd. 1558976.

4 Zu den Friedensgesprächen zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA vgl. Dok. 243, besonders Anm. 4.
Die Botschaft in Brazzaville berichtete am 29. September 1988, daß die am 26. September 1988 begonnene siebte Runde am Nachmittag zu Ende gegangen sei: „Nachdem eine Krise der Verhandlungen am 28.9.1988 abgewendet worden war, bedurfte es am Morgen des 29.9.1988 offenbar der Intervention der Sowjetunion und der kongolesischen Regierung, um in einem Joint Statement zu einem Kompromiß zu finden. Dieser sieht eine weitere Gesprächsrunde zu einem noch zu bestimmenden Datum in Brazzaville vor und hält überraschenderweise trotz unverkennbarer technischer Schwierigkeiten am 1.11.88 für das Wirksamwerden von SR 435 fest." Vgl. den Drahtbericht Nr. 148; Referat 320, Bd. 155832.

5 Javier Pérez de Cuéllar.

6 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

Bundesrepublik, und daß die Bundesrepublik sich strikt an das Waffenembargo[7] halte, wischte er beiseite, nunmehr sich wirklich hineinsteigernd. F habe seine Waffenexporte nach SUA eingestellt. Wir setzten sie jedoch fort und seien an die Stelle von F getreten und lieferten nun auch Hubschrauber[8] und Panzer, alles im Einverständnis mit der Bundesregierung, um dann fortzufahren: Wie im Fall der Atommülldeponie in Namibia. Auch hier habe die Bundesregierung mitgewirkt und SUA als Gegenleistung die Zahlung von vier Milliarden DM angeboten. Mein Einwand, daß es in dieser Sache erschöpfende Erklärungen der Bundesregierung gegeben habe, daß diese mit der Sache nun wirklich nichts zu tun habe und daß sie dies öffentlich und ihm gegenüber mehrfach erklärt habe, beeindruckte ihn überhaupt nicht. Er habe immer verlangt, daß die Bundesregierung ihm „Beweise" vorlege. Dies habe sie jedoch nie getan. Meinen Versuch, das Gespräch in ruhigem Ton zu beenden, indem ich sagte, daß ich diese Frage als bereits erledigt angesehen hätte und ob man es nicht dabei belassen könne, ließ Präsident Nujoma mir nicht durchgehen. Nein, sagte er, die Bundesrepublik habe gegenüber Namibia Unrecht getan, als Kolonialherr und jetzt wieder, und er werde unser Verhalten (behaviour) anprangern.

3) Wertung

Bei einem derart verheerenden Verlauf eines Gesprächs fragt man sich, ob man auch selbst Anlaß gegeben hat. Ich denke, daß dies nicht der Fall ist. Ich habe allerdings dagegengehalten. Meine Erkenntnis ist die, daß Präsident Nujoma jedesmal dann, wenn er den Faden zu einem politischen Monolog findet, in hemmungslose Polemik verfällt. Ich habe das schon einmal erlebt, als er bei einem Abendessen des nigerianischen Botschafters bei Tisch anfing zu reden und sich des längeren sehr heftig über die NATO verbreitete, ihre Komplizenschaft mit SUA u. a. m. Meine relativ häufigen Begegnungen mit hohen und niedrigeren Funktionsträgern der SWAPO in Luanda verlaufen gänzlich anders. Interesse, gewiss auch Kritik, aber auch Verständnis, vor allem aber der Wunsch nach einer künftigen guten Zusammenarbeit mit uns stehen bei diesen Gesprächspartnern ganz im Vordergrund.

[gez.] Disdorn

Referat 320, Bd. 155881

7 Am 4. November 1977 beschloß der VN-Sicherheitsrat unter Bezugnahme auf Kapitel VII der VN-Charta vom 26. Juni 1945 einstimmig ein Waffenembargo gegen Südafrika. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 418 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. X, S. 41 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/6141, S. 298.

8 Vgl. dazu die Lieferung ziviler Hubschrauber aus der Bundesrepublik nach Südafrika; Dok. 137.

269

Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt

114-14778/88 geheim **Aufgabe: 28. September 1988, 07.20 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 18 **Ankunft: 28. September 1988, 16.10 Uhr**

Von BM noch nicht genehmigt.

Betr.: Vierer-Essen am 25.9.1988 am Rande der 43. VN-GV

Aus dem Vierer-Essen am 25.9.1988 (Gastgeber USA) ist folgendes festzuhalten:

1) Die Minister hatten einen ausführlichen Meinungsaustausch über die Lage in und die Beziehungen zur Sowjetunion. AM Shultz stellte fest, daß GS Gorbatschow die Lage fest unter Kontrolle habe, aber gegen große Widerstände ankämpfen müsse. AM Howe wies auf die unverändert starke Stellung des KGB und der bewaffneten Streitkräfte hin. Auf Frage von AM Howe nach den militärischen Kontakten der USA mit der SU erwiderte AM Shultz, das amerikanische Verteidigungsministerium habe von der Chance der Öffnung des sowjetischen Militärs unverzüglich Gebrauch gemacht (Carlucci-Besuch in der SU[2], Achromejew-Besuch in den USA[3], Besuch des amerikanischen Chefs der Luftstreitkräfte in der SU[4]). AM Shultz bemerkte, die sowjetischen Militärs seien von den amerikanischen Seestreitkräften stärker als wünschenswert beeindruckt. Zusammenfassend unterstrich AM Shultz, daß Gorbatschow, Schewardnadse, Achromejew und Ryschkow sich erheblich von den Vertretern der früheren sowj. Führung unterschieden. Er bezeichnete sowohl die Ost-West-Beziehungen als auch die bilateralen amerikanisch-sowj. Beziehungen generell als sehr gutgehend und sprach sich dafür aus, daß der Westen auf der Grundlage seiner Positionen sich überall da, wo dies lohne, engagiere. AM Howe wies darauf hin, daß auch der Umgang mit hochgestellten sowjetischen Funktionären im Vergleich zu früher ungezwungener sei; die Art, wie diese heute an die Erörterung internationaler Themen, z. B. in der ganzen Breite der Regionalfragen, herangingen, reflektiere einen neuen Stil.

AM Shultz gab sodann einen Bericht über seine Gespräche mit AM Schewardnadse[5], der zu den Rüstungskontroll- und Abrüstungsthemen gegenüber den amerikanischen Unterrichtungen unmittelbar nach dem Treffen keine wesentlich neuen Erkenntnisse erbrachte.

2) Im Bereich der Menschenrechte stellte AM Shultz sichtbare Fortschritte im Verhalten der Sowjets fest: Der Dialog mit der SU über Menschenrechtsfragen

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 25.
Hat Botschafter Holik am 18. Oktober 1988 vorgelegen.

2 Der amerikanische Verteidigungsminister Carlucci hielt sich vom 1. bis 4. August 1988 in der UdSSR auf.

3 Der Generalstabschef der sowjetischen Streitkräfte, Achromejew, besuchte vom 5. bis 11. Juli 1988 die USA.

4 Der amerikanische Minister für die Luftstreitkräfte, Aldridge, reiste vom 3. bis 8. Juli 1988 in die UdSSR.

5 Für die Gespräche des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 22./23. September 1988 in Washington vgl. FRUS 1981–1988, VI, Dok. 170–178.

laufe gut, die Ausreisezahlen seien nach oben gegangen, die Störung von Radiosendungen habe abgenommen, viele politische Gefangene seien entlassen, es werde zunehmend schwieriger zu bewerten, wer als politischer Gefangener anzusehen sei, Härtefälle würden gelöst, die SU habe die Absicht bekundet, ihr Strafrecht zu reformieren und bestimmte Strafbestimmungen aus dem Strafgesetz zu eliminieren.

3) AM Shultz berichtete über sein Gespräch mit AM Schewardnadse über die Mandatsverhandlungen zur Herstellung konventioneller Stabilität in Europa. Danach sei die Frage des Ausschlusses von türkischem Gebiet an der türkischen Ostgrenze[6] lösbar. In der Dual-capable-Frage habe Schewardnadse zunächst die Forderung nach dem Ausschluß von Jagdflugzeugen wiederholt, schließlich aber einen Gegenvorschlag gemacht, der den letzten westlichen Vorschlag[7] im ersten Absatz durch eine Umstrukturierung und die Einführung der Komponente „and land battle capable" verändert habe. Der Sinn des neuen sowjetischen Vorschlags sei nicht eindeutig klar. Er könnte sich auch auf Schiffen stationierte Flugzeuge beziehen. An dieser Formel müsse weitergearbeitet werden. BM schlug vor, daß F, GB und D in ihren Gesprächen mit AM Schewardnadse am Rande der VN-GV sich um eine sowj. Klarstellung bemühen sollten.[8] Er frage sich, ob

6 Zur Frage der Einbeziehung türkischen Territoriums in die Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 207, Anm. 14.
Botschafter Hartmann, Wien (KRK-Delegation), berichtete am 13. Oktober 1988: „In vertraulichem Gespräch mit Kaschlew habe ich auf der Basis einer Absprache mit Ledogar diesem einen Vorschlag zur Lösung der Area-Frage gemacht: B[rigade]G[eneral] Schmidbauer und G[eneral] Tatarnikow sollten auf der Basis der neuen sowjetischen Haltung […] eine Lösung vorbereiten, bei der einzubeziehende Inseln/auszuschließende Gebiete der Türkei in Paketform miteinander verbunden wären. Auf dieser Basis solle so früh wie möglich vertrauliches Gespräch in kleinstem Kreise (TUR, US, wir, SU, BULG) stattfinden mit dem Ziel, Area-Frage ad referendum zu lösen. Kaschlew stimmte Vorschlag zu. Auf dieser Basis sind BG Schmidbauer und G. Tatarnikow heute zusammengetroffen. BG nannte dabei folgende im Mandat aufzuführende Inseln: Azoren, Kanarische Inseln, Färöer, Spitzbergen, Nowaja Semlja, Franz-Josef-Land; türkische Ausschlußgebiete in genereller Form und etwas größer als uns bekannte türkische Rückfallposition (Incirlik dabei eingeschlossen). Tatarnikow (wie schon Kaschlew zuvor) deutete an, daß SU wahrscheinlich auf Einschluß eines gewissen Gebietsstreifens an sowj[etisch]/türk[ischer] Grenze bestehen werde, BULG werde vermutlich auf Einschluß von mehr Gebiet am Mittelmeer bestehen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1607; VS-Bd. 13487 (212); B 150, Aktenkopien 1988.

7 Botschafter Hartmann, Wien (KRK-Delegation), informierte am 2. September 1988, daß den Warschauer-Pakt-Staaten am Vortag ein neuer Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten zur Frage der Einbeziehung zweifach verwendbarer Systeme übergeben worden sei. Der Leiter der sowjetischen KRK-Delegation, Kaschlew, habe diesen Schritt begrüßt, jedoch auf einen „schwerwiegenden Mangel" hingewiesen, „nämlich daß auf den sowjetischen Wunsch nach Ausschluß von ‚air defence aircraft' nicht eingegangen werde. […] Osten habe immer argumentiert, expliziter Seestreitkräfteausschluß sei überflüssig, da bereits durch ‚based on land' abgedeckt. Naval exclusion bedeute, daß große Anzahl (Tatarnikow: mehrere Geschwader) von taktischen Angriffsflugzeugen in der Zone und in den Europa umgebenden Seegebieten ausgeschlossen wären; in einigen Fällen handele es sich dabei sogar um landgestützte Flugzeuge. Für den Osten stelle dies eine Bedrohung dar, die nicht unberücksichtigt bleiben könne. Die Herausnahme der ‚rein defensiven' Jagdflugzeuge sei daher eine legitime Kompensation, um das Sicherheitsgleichgewicht wieder herzustellen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1340; VS-Bd. 12265 (221); B 150, Aktenkopien 1988.

8 Botschafter Holik, z. Z. New York, berichtete am 28. September 1988, daß der sowjetische Außenminister Schewardnadse Bundesminister Genscher am Vortag die sowjetische Formel zur Frage der Einbeziehung von Jagdflugzeugen vorgestellt habe: „BM bezeichnete den von der SU gewünschten Einschub ‚land battle capable' als unklar und mehrdeutig. Was wolle die Sowjetunion mit diesem Zusatz bezwecken? Gehe es um Elemente der Seestreitkräfte, die auf das Landgeschehen einwirken könnten, oder ausschließlich um Jagdflugzeuge? AM verwies darauf, daß die Formel ‚based on land' eine westliche Erfindung, die Ergänzung ‚and land battle capable' eine sowjetische Erfindung sei. Sie habe nicht Seestreitkräfte im Auge, sondern ausschließlich Jagdflugzeuge, die als Abfangjäger nicht in den Erdkampf eingreifen könnten. BM, unterstützt von D 2 A, machte auf Unterschiede zwischen Fähigkeit und tatsächlichem Einsatz aufmerksam. Hieraus könnten sich in den Verhandlungen schwerwiegende

„naval forces“ im letzten Absatz auf Schiffen stationierte Flugzeuge mit umfaßten. Dann sei deren Ausschluß klar. AM Dumas machte einen Formulierungsvorschlag im ersten Absatz, die beiden Elemente „based on land“ und „land battle capable“ miteinander durch Streichung von „und“ zu verbinden. BM schlug vor „based on land and which are land battle capable“. AM Howe sprach sich jedoch dagegen aus, das Gespräch mit AM Schewardnadse auf der Grundlage eines abgestimmten westlichen Gegenvorschlages zu führen.

4) AM Shultz berichtete, daß AM Schewardnadse den sowj. Wunsch bekräftigt habe, nach Paris[9] und Kopenhagen[10] die dritte Menschenrechtskonferenz im Rahmen des westlichen CHD-Vorschlages in Moskau abzuhalten.[11] Er habe erwidert, die USA wären bereit, eine Menschenrechtskonferenz in Moskau in Betracht zu ziehen, wenn die Sowjets die bekannten amerikanischen Bedingungen[12] erfüllten. Nach seiner persönlichen Auffassung wäre es gut, eine solche Konferenz in Moskau abzuhalten, vorausgesetzt, daß die Sowjets die daran geknüpften Bedingungen erfüllten, weil dies eine positive Wirkung auf die menschenrechtliche Entwicklung in der SU haben könnte. In diesem Sinne habe sich auch Prof. Sacharow für eine solche Konferenz ausgesprochen.[13] Diese Frage sei in den USA allerdings sehr umstritten.

BM wies darauf hin, daß er stets „ja, aber“ gesagt habe, wobei das „aber“ bedeute, „unter bestimmten Bedingungen“. Als er dies im November 1986 bei dem Treffen der NATO-Außenminister anläßlich der Eröffnung des WFT[14] erklärt habe, habe der damalige franz. AM Raimond als Bedingung die Freilassung von

Fortsetzung Fußnote von Seite 1411

Definitions- und Abgrenzungsprobleme ergeben. Im Interesse einer baldigen Einigung über das Mandat müßte die Frage, welche konventionellen Waffensysteme tatsächlich erfaßt würden, in den Verhandlungen selbst entschieden werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 26; Referat 143537.

9 Zum Vorschlag, in Paris eine KSZE-Menschenrechtskonferenz abzuhalten, vgl. Dok. 92, Anm. 11.

10 Der dänische Außenminister Ellemann-Jensen erklärte am 6. November 1986 zur Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz in Wien die Bereitschaft Dänemarks, eine KSZE-Menschenrechtskonferenz abzuhalten. Für die Rede vgl. Referat 212, Bd. 153433.

11 Zum sowjetischen Vorschlag für eine KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 220, Anm. 17.

12 Botschafter Graf zu Rantzau, Wien (KSZE-Delegation), hielt am 15. September 1988 zum Stand der Verhandlungen über die Abhaltung von drei Menschenrechtskonferenzen fest: „Während Paris (wahrsch[einlich] 1989 – im Zusammenhang mit den 200-Jahrfeiern der Revolution) und Kopenhagen 1990 weitgehend unstrittig sind, machen USA Zustimmung zum Tagungsort [Moskau] von einer Reihe von Bedingungen, u. a. baldiger Freilassung von politischen Gefangenen, Lösung bilateraler Härtefälle und Beendigung des ‚Jamming‘ durch SU, abhängig. UK, aber auch F, stehen dem Wunsch des Ostens auf Abhaltung in Moskau 1991 nach wie vor ablehnend gegenüber, da die SU ihren im Rahmen des KSZE-Prozesses eingegangenen Verpflichtungen im Menschenrechtsbereich bisher nicht nachgekommen sei und der übliche Standard der Rahmenbedingungen für KSZE-Treffen nicht gewährleistet sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1414; Referat 213, Bd. 143575.

13 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, informierte am 11. September 1987, daß sowjetische Dissidentengruppen den Vorschlag einer Menschenrechtskonferenz in Moskau „gutgeheißen“, aber daran die Bedingung geknüpft hätten, daß „im Vorfeld ein Seminar ‚unabhängiger gesellschaftlicher Gruppen‘ der KSZE-Staaten“ durchgeführt werde. Unter den Unterzeichnern fehle der sowjetische Atomphysiker Sacharow, „obwohl auch er sich grundsätzlich für die Konferenz in Moskau ausgesprochen hat, wobei er als ‚Bedingung‘ jedoch die Aufhebung der Strafrechtsartikel, die politische Delikte betreffen, nannte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2949; Referat 213, Bd. 143575.

14 Bundesminister Genscher nannte am 7. November 1986 in Wien Voraussetzungen für eine Zustimmung zum sowjetischen Vorschlag für eine Menschenrechtskonferenz in Moskau: „Wenn die Implementierung des schon Vereinbarten durch eine solche Konferenz nicht aufgeschoben wird, wenn diese Konferenz unter angemessenen Umständen stattfinden kann und wenn es gelingt, das Mandat dafür genügend konkret und in der Sache weiterführend zu formulieren, dann kann eine solche Konferenz im Interesse der Menschen nützlich sein.“ Vgl. BULLETIN 1986, S. 1147.

Prof. Sacharow[15] genannt. Hätte man damals nur das im Auge gehabt, so hätte man der Moskauer MR-Konferenz schon längst zustimmen müssen. BM schlug vor, die Politischen Direktoren zu beauftragen, die an das Stattfinden einer solchen MR-Konferenz in Moskau zu knüpfenden Bedingungen auszuarbeiten. Auf die Frage von AM Dumas, ob USA eine MR-Konferenz in Moskau vor oder nach der nächsten KSZE-Folgekonferenz befürworte, antwortete AM Shultz „vor 1991". AM Dumas ließ demgegenüber eine gewisse Präferenz für eine MR-Konferenz in Moskau nach der KSZE-Folgekonferenz in Helsinki anklingen. AM Howe äußerte sich unter Bezugnahme auf die bekannte Position von PM Thatcher, die die Idee einer MR-Konferenz in Moskau als Widerspruch in sich empfinde, sehr skeptisch. Wenn überhaupt, dann sollte man ein solches Vorhaben erst nach der KSZE-Folgekonferenz in Helsinki verwirklichen, schon, um einen Hebel für weitere menschenrechtliche Verbesserungen auf der KSZE Folgekonferenz in Helsinki zu behalten. AM Shultz trat dieser Auffassung entgegen. Wenn die SU die Bedingungen für die Abhaltung einer solchen Konferenz in Moskau erfülle, wäre diese wegen ihrer Wirkung in die SU hinein eine gute Konferenz. Die sowj. Führung benötige eine gewisse Bestärkung. AM Howe zweifelte, ob die Sowjets eine Zusage für freien Zugang der Medien und Dissidenten zu der Konferenz in Moskau einhalten würden. Was geschehe, wenn die sowjetische Polizei vor dem Konferenzzentrum gegen Menschen einschreite? Würde der Westen dann ausziehen? Der Westen sollte sich nicht in eine Situation bringen lassen, wo er Kompromisse schließen müsse. AM Shultz erwiderte, der Westen habe zu der Konferenz zwar nicht ja, aber auch nicht nein gesagt; er habe nie gesagt, daß eine MR-Konferenz unter gar keinen Umständen in Moskau stattfinden könnte. AM Dumas sprach sich dafür aus, die Moskauer MR-Konferenz unter bestimmten Bedingungen zu akzeptieren. BM wies auf das Interesse Gorbatschows am Stattfinden der MR-Konferenz in Moskau hin, da diese Wirkungen auf die Lage in der SU selbst haben werde. Der Westen sollte einige wichtige Punkte als Bedingungen nennen, die dann auch erfüllt werden müßten. Er sei überzeugt, daß die SU für das Zustandekommen der Konferenz in Moskau einen Preis zahlen werde.

5) AM Howe kam auf das weltweite CW-Verbot zurück und beklagte die widersprüchliche Haltung der SU in den Genfer CW-Verhandlungen[16], in denen sie sich einerseits bemüht zeige, mit dem Westen eine Lösung zu finden, sich andererseits aber, wie z. B. beim Besuch eines britischen Expertenteams in der CW-Vernichtungsanlage Schichany[17], außerordentlich unzugänglich zeige und

15 Am 19. Dezember 1986 gab die sowjetische Regierung die Aufhebung der Verbannung des sowjetischen Atomphysikers Sacharow bekannt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3640 des Botschafters Kastl, Moskau, vom 20. Dezember 1986; Referat 213, Bd. 139299.

16 Zu den Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) über ein Verbot von Chemiewaffen vgl. Dok. 258, Anm. 14.

17 Brigadegeneral Wetter, Moskau, übermittelte am 8. Juli 1988 Äußerungen des für Chemiewaffen zuständigen Mitarbeiters im sowjetischen Verteidigungsministerium, Pikalow, über den Besuch einer britischen Delegation in Chemiewaffenanlagen Anfang Juli in Schichany. Pikalow habe Vertrauensbildung und Zusammenarbeit als die „unverzichtbare Bedingung für den Abschluß eines wirksamen Chemiewaffenverbots genannt. Dementsprechend habe die sowj[etische] Seite im Besuchsprogramm Fragen im Zusammenhang mit dem Abkommen über ein Chemiewaffenverbot an erste Stelle gesetzt, z. B. die Zerstörung chem[ischer] Waffen, Kontrolle des Verbots, phys[ikalisch]-chem[ische] und med[izinisch]-biologische Methoden der Kontrolle. Das sei unproduktiv gewesen, da die britische Delegation ihr Interesse auf das Sammeln von Daten konzentriert habe und einer Diskussion über Probleme

viele Fragen nicht beantworte. Das sowj. Verhalten habe wenig Offenheit erkennen lassen. AM Shultz trat energisch für ein baldiges weltweites CW-Verbot ein. Die chemischen Waffen drohten durch die Proliferation außer Kontrolle zu geraten. Syrien, Iran und Irak verfügten über CW, Libyen besitze eine größere Produktionseinrichtung[18]. BM wies eindringlich auf die große Gefahr der Proliferation hin. Das Beispiel Irak[19] zeige, daß man mit CW einen Krieg gewinnen könne. AM Shultz beklagte, daß niemand etwas dagegen unternehme. GB unterstrich die Notwendigkeit, daß die SU ernsthaft mitmache, woran Zweifel nicht ausgeräumt seien. AM Shultz wies auf die schwierigen INF-Verhandlungen hin, in denen es schließlich gelungen sei, ein befriedigendes Verifikationssystem zu vereinbaren. Es sei notwendig, voranzukommen. Trotz aller Schwierigkeiten handele es sich nicht um eine geheimnisvolle Materie. BM erinnerte an seinen Vorschlag, vier bis fünf Jahre nach Abschluß des CW-Verbotsabkommens eine Überprüfungskonferenz abzuhalten, um festzustellen, ob die Verifikation funktioniere. Auf Frage von AM Dumas berichtete AM Shultz über den Vorschlag von Präsident Reagan, zu einer Konferenz der Vertragsstaaten des Genfer CW-Protokolls von 1925[20] einzuladen mit dem Ziel, neue Verpflichtungen einzugehen.[21] AM Dumas wies auf das Interesse von Präsident Mitterrand an dieser Idee hin.

6) AM Shultz gab einen Bericht über die Erörterung der Regionalfragen mit AM Schewardnadse. Zu Afghanistan habe er Pakistan gegenüber der SU unterstützt und sich für eine Koalitionsregierung ausgesprochen, die nicht durch das gegenwärtige Kabuler Regime organisiert werde. AM Shultz sprach sich dafür aus, den Druck auf das gegenwärtige afghanische Regime aufrechtzuerhalten und die von Pakistan eingebrachte Afghanistan-Resolution in der VN-GV zu unterstützen.[22]

In bezug auf Kambodscha[23] sprach sich AM Shultz dafür aus, den Druck auf Vietnam aufrechtzuerhalten. Er äußerte sich befriedigt über sein Gespräch mit Prinz Sihanouk in Bangkok, dessen Auffassung zu den roten Khmer er teile.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1413

der Verhandlungen über ein Chemiewaffenverbot ausgewichen sei. Der Besuch in Sch[ichany] habe mehr den Charakter einer brit[ischen] Vor-Ort-Inspektion gehabt als den einer sowj. Geste guten Willens." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2138; Referat 222, Bd. 162053.

18 Zu Hinweisen auf eine Chemiewaffenproduktion in Libyen vgl. Dok. 2.

19 Zum Einsatz von Chemiewaffen durch den Irak vgl. Dok. 99, Dok. 154 und Dok. 253.

20 Für den Wortlaut des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 173–177.

21 In einer Rede vor der VN-Generalversammlung am 26. September 1988 in New York schlug Präsident Reagan die Abhaltung einer Konferenz aller Unterzeichnerstaaten des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 sowie weiterer interessierter Staaten vor. Für den Wortlaut seiner Ausführungen vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1988, S. 1224. Für den deutschen Wortlaut vgl. Europa-Archiv 1988, D 645.
Die Konferenz fand vom 7. bis 11. Januar 1989 in Paris statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 101 des Botschafters von Stülpnagel, z. Z. Paris, vom 11. Januar 1988; AAPD 1989.

22 Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), berichtete am 3. November 1988, daß der Entwurf für eine Resolution über Afghanistan von der VN-Generalversammlung am selben Tag „ohne Aussprache oder Stimmerklärungen im Konsens" angenommen worden sei: „Die AFG-Resolution ist damit in der 43. GV nach dem Genfer Abkommen und planmäßigem sowjetischen Truppenrückzug trotz des gegenwärtigen Propagandakriegs von einem politischen Druckinstrument gegen die SU zu einem allseits akzeptierten Konsensinstrument geworden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2679; Referat 340, Bd. 144630.
Für den Wortlaut der Resolution Nr. 43/20 vgl. RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 43. Tagung, S. 28 f.

23 Zu den Bemühungen um eine Beilegung des Kambodscha-Konflikts vgl. Dok. 262, Anm. 8.

China sollte die Unterstützung von Pol Pot einstellen. Eine friedliche Konfliktlösung müsse eine Art internationaler Präsenz in Kambodscha und eine Reorganisation der bewaffneten Streitkräfte vorsehen.

Zur koreanischen Halbinsel habe es eine ziemlich gute Diskussion gegeben. Die Rede von GS Gorbatschow in Krasnojarsk[24] enthalte hierzu interessante Ansätze (sibirisch-asiatisches Gebiet).

Die Entwicklung im südlichen Afrika sei vielversprechend. Die Sowjets spielten hier eine konstruktive Rolle. Auch die afrikanischen Länder ließen Biß erkennen.

Zu Zentralamerika äußerte sich AM Shultz pessimistisch. Die Sandinisten verhielten sich zunehmend schlechter.

7) Zusammenfassend stellte AM Shultz zu dem Gespräch mit AM Schewardnadse fest, daß man am Ball bleibe und es insgesamt Fortschritte gebe. Die Amerikaner hielten daran fest, ein stabiles und konstruktives Verhältnis zu der SU zu entwickeln.

[25]8) BM fragte, ob mit AM Schewardnadse über die rumänische Position beim WFT[26] gesprochen worden sei. AM Shultz bejahte das. AM Schewardnadse habe gebeten, den rumänischen Vorschlägen Aufmerksamkeit zu widmen. BM stellte fest, wie er gehört habe, halte es die SU für erforderlich, Ceauşescu eine gesichtswahrende Geste zu machen. AM Shultz sprach sich dafür aus, etwas für den Westen Unschädliches zu akzeptieren.

9) AM Howe sprach sich für baldige Fertigstellung der Verhandlungsposition des Bündnisses für die KRK-Verhandlungen[27] aus. AM Shultz trat dafür ein, den westlichen Verhandlungsvorschlag gleich in der ersten Sitzung der KRK-Konferenz einzubringen. Dies habe sich in Stockholm[28] ausgezahlt. Das Bündnis sollte seinen Vorschlag auf der NATO-Ministerratstagung im Dezember[29] verabschieden.

10) AM Shultz berichtete, Schewardnadse habe eine Beendigung des WFT Ende Oktober für vorstellbar erklärt und sich für einen Abschluß auf AM-Ebene ausgesprochen.

BM fragte, welche Vorstellungen die Partner über die Beendigung des Wiener Folgetreffens und die Eröffnung der KRK-Verhandlungen in zeitlicher Hinsicht hätten. AM Shultz erwiderte, nicht so schnell, damit ein westlicher Verhandlungsvorschlag vorliege. BM unterstrich das deutsche Interesse an einem baldigen Vorliegen des westlichen Verhandlungsvorschlags. AM Howe stimmte dem zu. AM Shultz hielt ein Einvernehmen über den westlichen Verhandlungsvorschlag auf der NATO-Ministerratstagung im Dezember für ausreichend und sprach sich dafür aus, KRK-Verhandlungen erst ab 22.1.1989 unter der neuen amerikani-

24 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 16. September 1988 in Krasnojarsk vgl. GORBATSCHOW, Sobranie, Bd. 12, S. 46–72.

25 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 19 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

26 Vgl. dazu die rumänische Haltung zum Entwurf der N+N-Staaten vom 13. Mai 1988 für ein Abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien; Dok. 197.

27 Zur Vorbereitung einer Position der NATO für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 248, besonders Anm. 13.

28 In Stockholm fand vom 17. Januar 1984 bis 19. September 1986 die Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) statt.

29 Zur NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1988 in Brüssel vgl. Dok. 361 und Dok. 362.

schen Administration[30] zu eröffnen. BM erhob dagegen starke Einwendungen. AM Schultz bemerkte, daß er trotz anfänglichen Widerstandes gegen die AM-Treffen im 35er Rahmen deren Nützlichkeit heute einsehe.

11) Zu Osteuropa stellten BM und AM Shultz übereinstimmend fest, daß es auf der NATO-Frühjahrstagung in Madrid[31] eine gute Diskussion gegeben habe. AM Shultz bezeichnete die Verbesserung der Bedingungen in den osteuropäischen Ländern als einen wirklich entscheidenden Faktor. Er frage sich, wie man dieses Ziel erreichen könne.

Auf Vorschlag von BM berichtete AM Dumas über seinen jüngsten Besuch in Prag.[32] BM stellte ergänzend fest, daß sich in der tsl. Führung gegenwärtig die Konservativen und die Reformkräfte blockierten. Štrougal möchte in der Reformpolitik weitergehen und erhoffe sich von der Dezember-Sitzung des ZK[33] entsprechende Anstöße. Zu dem Bericht von AM Dumas, der den Jakeš-Plan[34] als interessant bezeichnet hatte, stellte BM fest, daß die hinter dem Plan stehende Idee Risiken für uns enthalte. Wenn man in Europa auf beiden Seiten der Trennlinie Zonen einrichte, dann[35] seien 100 km nicht gleich 100 km. Im Westen gebe es nur die Bundesrepublik Deutschland, in der alliierte Truppen stationiert werden könnten. Im Osten führe dies lediglich zu einer Rückverlegung der sowjetischen Truppen, die damit immer noch in großer Nähe der Nahtstelle in Europa verblieben. Gegenüber solchen Vorschlägen wie dem Jakeš-Plan führten die KRK-Verhandlungen vom Atlantik bis zum Ural uns aus den Problemen heraus. An Zonenkonzepten zeigten auch Polen und die DDR Interesse, um sowjetische Truppen loszuwerden.

12) AM Dumas schnitt die Lage im Libanon an, der am Rande der Teilung stehe, ohne daß sich eine Lösung abzeichne.[36] Dadurch entstehe eine für F, aber auch für andere Länder sehr schwierige Lage. Nach der Entscheidung Gemayels gebe es nunmehr zwei Regierungen im Libanon, die beide behaupteten, die legitime Regierung des Landes zu sein. F habe die Idee, daß die verantwortlichen Länder versuchen sollten, die verfassungsmäßigen Verfahren im Libanon am Laufen zu halten. Der Präsident sei der Schlußstein im Gebäude des Libanon. Er habe gestern[37] früh in New York mit Shimon Peres gesprochen und ihn nach der israelischen Haltung zum Libanon gefragt. F befürchte eine doppelte Besetzung durch Syrien und Israel. Das würde die christliche Bevölkerung zwischen zwei

30 Die Amtszeit des Präsidenten Reagan endete am 20. Januar 1989.

31 Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1988 in Madrid vgl. Dok. 172 und Dok. 173.

32 Der französische Außenminister Dumas hielt sich vom 15. bis 17. September 1988 in der ČSSR auf.

33 Die Tagung des Zentralkomitees der KPČ fand am 15./16. Dezember 1988 in Prag statt.

34 Am 24. Februar 1988 unterbreitete der Generalsekretär des ZK der KPČ, Jakeš, den Vorschlag, „an der Nahtstelle der beiden Blöcke eine ‚Zone des Vertrauens, der Zusammenarbeit und der guten Nachbarschaft' zu schaffen und im Rahmen der ‚Ausarbeitung' dieser Initiative zu gegebener Zeit ein Treffen von Vertretern der in Frage kommenden Länder auf politischer Ebene abzuhalten". Referat 212 ergänzte dazu am 20. April 1988: „Der bisher im ganzen vage gehaltene und erläuterungsbedürftige, von TSE mittlerweile mit großem propagandistischen Aufwand lancierte Vorschlag zielt nach Jakeš im militärischen Bereich: auf die Schaffung verdünnter Zonen, VBM und Reduzierung von Offensivwaffen; im wirtschaftlich-politischen Bereich: generell auf die Ausweitung der Zusammenarbeit, auch im Bereich der ökologischen Probleme. Der Vorschlag wurde von TSE am 26.2.1988 dem WFT unterbreitet." Vgl. Referat 212, Bd. 158528.

35 Korrigiert aus: „daß".

36 Zur Lage im Libanon vgl. Dok. 267, Anm. 24.

37 24. September 1988.

Feuer bringen. Er bedauere, daß es seitens der Amerikaner keine vorherigen Gespräche über das Vorgehen im Libanon gegeben habe. F finde, daß die syrische Lösung keine gute Lösung sei.

AM Shultz erwiderte, Israel werde im Südlibanon alles tun, um die Sicherheit Israels zu gewährleisten. In der Vorwahlzeit[38] sehe er allerdings keine Gefahr für eine israelische Besetzung des Südlibanon. Murphy sei der Auffassung, daß die libanesische Verfassung auf eine breitere Bevölkerungsbasis gestellt werden müßte. Die Christen im Libanon hätten sich als unfähig erwiesen, zu einer Entscheidung über einen Präsidentschaftskandidaten zu gelangen, da sie nichts entscheiden wollten. Auf die Frage von AM Dumas, ob die USA die Kontakte mit Syrien fortsetzen wollten, erwiderte AM Shultz, die USA würden keine der beiden Regierungen im Libanon anerkennen und nicht versuchen, irgend jemandem etwas aufzuzwingen. Es habe eine Zeit gegeben, wo Wahlen an der grünen Linie in Beirut funktioniert hätten. Er teile mit den Kollegen den Sinn für die libanesische Tragödie. Murphy habe viel persönlichen Mut bei seinen letzten Verhandlungsbemühungen[39] bewiesen.

[gez.] Richthofen

VS-Bd. 11319 (220)

270

Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 28. September 1988, 18.45 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 24 **Ankunft: 29. September 1988, 04.07 Uhr**

Betr.: Siebener Essen am Rande der 43. VN-GV am 27.9.1988 in New York

Von BM noch nicht genehmigt

An dem traditionellen Siebener Essen am Rande der 43. VN-GV nahmen teil: AM Clark (Vorsitz), AM Shultz, AM Howe, AM Dumas, AM Andreotti, BM, Vize-Minister Takakazu Kuriyama, EG-Kommissar de Clercq, AM Papoulias (EG-Präsidentschaft) und politische Direktoren.

AM Clark hob in seiner Begrüßung die gute Tradition der Treffen der Außenminister der Sieben sowie der Vertreter der EG (Präsidentschaft und Kommission) in New York zwischen den Weltwirtschaftsgipfeln hervor.

Die Ergebnisse des WWG in Toronto im wirtschaftlichen Bereich[2] hätten den Glaubwürdigkeitstest vor der Öffentlichkeit bestanden. Allerdings gebe es keine

38 In Israel fanden am 1. November 1988 Parlamentswahlen statt.

39 Zu den Verhandlungen des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Murphy, in Syrien und im Libanon vgl. Dok. 267, Anm. 25.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 26.

2 Vgl. dazu die Wirtschaftserklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 21. Juni 1988 in Toronto; EUROPA-ARCHIV 1988, D 380–387.

Fortschritte in den GATT-Verhandlungen bezüglich der sensitiven Agrarfragen.[3] Das in Toronto vereinbarte Expertentreffen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs in Washington sei erfolgreich verlaufen.[4]

AM Clark schlug die Behandlung folgender Themen vor:

– Bekämpfung des Terrorismus;
– Bekämpfung des Drogenmissbrauchs;
– Stärkung der Rolle der VN;
– Regionalfragen;
– West-Ost-Verhältnis einschließlich Fragen der Sicherheit;
– GATT-Verhandlungen.

1) Terrorismus-Bekämpfung

AM Howe führte ein. Er begrüßte die in der Folge von Toronto gefaßten weiterführenden Beschlüsse und Arbeiten des ICAO-Rats nach der Entführung der kuwaitischen Verkehrsmaschine[5] (keine Starterlaubnis für entführte Flugzeuge; Beschränkung der Rolle der Medien bei Flugzeugentführungen und andere kooperative Maßnahmen während Flugzeugentführungen). Ferner wies er auf die Internationalisierung des IRA-Terrorismus hin. Er dankte in diesem Zusammenhang der Bundesrepublik Deutschland für die Verhaftung von zwei IRA-Terroristen[6] und F für die Aufbringung eines Schiffes mit einer für die IRA bestimmten Waffenladung aus Libyen.[7] Dies unterstreiche die Notwendigkeit enger Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung. AM Howe unterstrich die Entschlossenheit unserer Staaten, dem Terrorismus mit Festigkeit und allen Mitteln des Rechts entgegenzutreten.

AM Shultz unterstützte die Ausführungen von AM Howe, dankte Kanada als Vorsitz des NWG[8] 1988 für die geleistete Arbeit und bat F als nächsten Vorsitzenden,

3 Zum Stand der GATT-Verhandlungen vgl. Dok. 239.

4 Vgl. dazu die Ziffer 18 der Politischen Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 20. Juni 1988 vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 380. Vgl. dazu ferner Dok. 181.
Vom 6. bis 8. September 1988 tagte in Washington eine Arbeitsgruppe der G 7 über die Bekämpfung des Drogenmißbrauchs. Die Experten erörterten Maßnahmen zur Eindämmung der heimischen Nachfrage, zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Geldwäsche und bei der Strafverfolgung sowie finanzielle Hilfe für bi- und multilaterale Antidrogenprogramme. Vgl. dazu die Erklärung des Vorsitzenden; Referat 412, Bd. 168659.

5 Am 5. April 1988 zwangen Luftpiraten ein kuwaitisches Passagierflugzeug auf dem Weg von Bangkok nach Kuwait zur Landung im Iran und forderten die Freilassung von in Kuwait inhaftierten arabischen Terroristen. Nach dem Weiterflug über Larnaka nach Algier und der Ermordung von zwei Passagieren endete die Entführung am 20. April 1988 mit der Freilassung sämtlicher Geiseln; im Gegenzug erhielten die Entführer freies Geleit. Vgl. dazu die Artikel „Geiseldrama im Nahen Osten“; DIE ZEIT, Nr. 16 vom 15. April 1988, S. 12, und „Geiseln sprechen von ‚Alptraum‘. Algier läßt Luftpiraten abtauchen“; DIE WELT vom 21. April 1988, S. 1.

6 Am 30. August 1988 wurden an der deutsch-niederländischen Grenze zwei Personen unter dem Verdacht festgenommen, der Irisch-Republikanischen Armee (IRA) anzugehören. Vgl. dazu den Artikel „IRA-Mitglieder unter Mordverdacht“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 8. September 1988, S. 6.

7 Am Wochenende des 31. Oktober und 1. November 1987 brachten französische Zöllner vor der bretonischen Küste das Küstenmotorschiff „Eksund II“ auf, das 200 t Waffen, „unter anderem 20 sowjetische Sam-7-Raketen, mehrere tausend Kalaschnikow-Gewehre, Maschinengewehre und Maschinenpistolen sowie rund tausend Mörsergeschosse“ im Wert von ca. 35 Mio. Dollar geladen hatte. Drei von fünf irischen Besatzungsmitgliedern konnten als Mitglieder der Irisch-Republikanischen Armee (IRA) identifiziert werden. Vgl. dazu den Artikel „Luftabwehrraketen für die IRA“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5. Novmeber 1987, S. 6.

8 Narcotics Working Group.

sich der Terrorismusbekämpfung mit gleichem Engagement anzunehmen. Er wies auf die Unterstützung des internationalen Terrorismus durch Libyen hin, das neuerdings über Einrichtungen zur Herstellung chemischer Waffen verfüge, die nicht nur zur Kriegführung, sondern auch als Mittel des Terrorismus eingesetzt werden könnten.

AM Clark wies auf das bevorstehende Expertentreffen am 13./14.10. hin.[9] AM Shultz würdigte die bisher geleistete erfolgreiche Arbeit; die Zahl terroristischer Anschläge in Europa sei erheblich zurückgegangen.

AM Clark wies im Zusammenhang mit den CW auf den Vorschlag von Präsident Reagan zur Einberufung einer Konferenz der Vertragsstaaten des Genfer Protokolls von 1925[10] hin.[11] AM Shultz berichtete über die heute beschlossene Unterstützung der NATO und der SU. AM Howe äußerte Zweifel, ob die Sowjets wirklich ein Verbot der Herstellung und Lagerung chemischer Waffen wollten. Er berichtete über den Besuch eines britischen Expertenteams in der sowjetischen CW-Vernichtungsanlage Schichany, wobei sich die Sowjets wenig offen gezeigt hätten.[12] AM Shultz nahm dies zum Anlaß, die Notwendigkeit zu unterstreichen, detaillierte Verifikationsmaßnahmen und Inspektionsbedingungen zu vereinbaren, so wie dies im INF-Abkommen und in den sowjetisch-amerikanischen Vereinbarungen zur Beobachtung von Nukleartests[13] geschehen sei. Jedes Detail sei vereinbart worden; eine allgemeine Inspektionsvereinbarung mit der SU wäre demgegenüber eine Katastrophe. Im CW-Bereich werde dies noch schwieriger sein als im Nuklearbereich. Man müsse exakt ausbuchstabieren, was man wolle. AM Howe ergänzte, GB habe trotz der negativen Erfahrungen die Verbindungen mit der SU auf diesem Gebiet nicht abgebrochen, sondern wolle sie fortsetzen. AM Dumas bestätigte die Schwierigkeiten bei der Verifikation im CW-Bereich. Präsident Mitterrand werde in seiner VN-Rede[14] dazu Stellung nehmen. Nach seiner Auffassung habe AM Schewardnadse den Konferenzvorschlag von Präsident Reagan zwar unterstützt, das Schwergewicht aber auf die Fortsetzung der Genfer-CW-Verhandlungen[15] gelegt. F halte den Konferenzvorschlag für eine gute Idee, doch bleibe es das wichtigste Ziel, ein weltweites CW-Verbotsabkommen abzuschließen. Das Genfer Protokoll von 1925 – nach den schreck-

9 Die Arbeitsgruppe der G7 über Terrorismus tagte am 13./14. Oktober 1988 in Ottawa. In der Ergebnisniederschrift der kanadischen Präsidentschaft hieß es dazu, daß sich die Experten mit der jüngsten Entwicklung des internationalen Terrorismus beschäftigt hätten. Sie hätten darin übereingestimmt, daß folgende Bereiche weiterhin Anlaß zur Sorge gäben: die Zusammenarbeit terroristischer Vereinigungen in Europa; Terrorismus in Nordirland und im Nahen Osten; Geiselnahme und staatlich unterstützter Terrorismus. Weitere Themen seien die Entführung eines kuwaitischen Passagierflugzeugs am 5. April 1988 und die Zusammenarbeit bei der Erhöhung der Flugsicherheit und der Aufklärung von Zwischenfällen gewesen. Vgl. dazu die Anlage zum Rundschreiben des Referats 515 vom 25. November 1988; Referat 412, Bd. 168659.

10 Für den Wortlaut des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 173–177.

11 Zum Vorschlag des Präsidenten Reagan vgl. Dok. 269, Anm. 21.

12 Zum Besuch einer britischen Delegation in Schichany vgl. Dok. 269, Anm. 17.

13 Für den Wortlaut der amerikanisch-sowjetischen Gemeinsamen Erklärung vom 9. Dezember 1987 zu Atomtests vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 88 (1988), Heft 2131, S. 11f.

14 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Mitterrand am 29. September 1988 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1988 (September/Oktober), S. 49–53. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 658–662 (Auszug).

15 Zu den Genfer Verhandlungen über ein Verbot von Chemiewaffen vgl. Dok. 258, Anm. 14.

lichen Erfahrungen des Ersten Weltkrieges abgeschlossen – sei nach über 60 Jahren mit seinem rein rechtlichen Instrumentarium unzureichend, zumal es keine Verifikation vorsehe. F habe als Depositar eine besondere Verantwortung. AM Clark beschloß die Diskussion mit dem Appell, jetzt etwas in dieser Richtung zu tun, ohne die Genfer CW-Verhandlungen zu beeinträchtigen.

2) Bekämpfung des Drogenmißbrauchs

AM Shultz würdigte das erfolgreiche Expertentreffen im September in Washington, das in vier Einzelpunkten weiterführende Ergebnisse erzielt und sich konstruktiv mit den bevorstehenden Verhandlungen über eine Drogenkonvention in Wien[16] befaßt habe. F, das nicht teilgenommen habe, sei eingehend unterrichtet worden. Bedauerlicherweise sei versäumt worden, die EG einzuladen. Dieses Versäumnis werde bei dem nächsten Treffen im Dezember nachgeholt werden.

3) Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen

AM Clark würdigte in seiner Einführung die jüngsten Entwicklungen zur Stärkung der Rolle der VN und wies auf den neuen Schwerpunkt friedenssichernder Maßnahmen hin. Es sei erforderlich, diese auf eine solide Grundlage zu stellen und diese noch effektiver zu gestalten. Eine wichtige Rolle der VN bestehe darin, daß eine Reihe von internationalen Problemen nur mit Hilfe der Weltorganisation gelöst werden könnten.

AM Shultz bekräftigte die Bereitschaft der USA zu finanziellen Leistungen an die VN. Alle amerikanischen Leistungen zusammengenommen beliefen sich auf etwa eine Milliarde US-Dollar pro Jahr. Die bisherige Zurückhaltung der US-Administration in der Beitragszahlung sei nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die VN weit aus dem Gleis geraten und daß sie zunehmend westliche Werte angegriffen habe. In der Rede von AM Schewardnadse[17] habe es eine Passage zur UNESCO gegeben. UNESCO sei ein „disgrace". Die VN könnten nur operieren, wenn die Ost-West-Beziehungen entspannt seien. Mit der Verschwendung von Mitteln in den VN müsse Schluß gemacht werden. Das gelte auch für die friedenssichernden Maßnahmen, die viel zu teuer angelegt seien.[18] Der japanische

16 Zur VN-Konferenz über Drogenmißbrauch und illegalen Drogenhandel vom 17. bis 26. Juni 1987 in Wien vgl. Dok. 181, Anm. 6.
Die VN-Konferenz über die Annahme einer Konvention gegen den illegalen Handel mit Drogen und psychotropen Substanzen fand vom 25. November bis 20. Dezember 1988 in Wien statt. Vortragender Legationsrat Trautwein informierte am 22. Dezember 1988, daß die VN-Konvention von über 100 Staaten „im Konsens" verabschiedet worden sei: „Vorausgegangen waren vier Wochen schwieriger Verhandlungen, in denen immer wieder Kompromißlösungen zwischen zwei Lagern mit gegensätzlichen Standpunkten, nämlich den ‚Erzeuger- oder Transitländern' einerseits und ‚Konsumentenländern' andererseits, gefunden werden mußten. Die Bundesrepublik Deutschland hat vorerst nur die Schlußakte gezeichnet, strebt aber auch die baldige Zeichnung der Konvention an." Vgl. den Runderlaß Nr. 107; Referat 231, Bd. 148262.
Für den Wortlaut der Konvention vom 20. Dezember 1988 vgl. UNTS, Bd. 1582, S. 96–407. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1993, Bd. II, S. 1137–1174.

17 Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 27. September 1988 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 646–649 (Auszug).

18 Referat 230 legte am 12. Dezember 1988 zur Finanzierung der VN-Friedenstruppen dar: „Mit zunehmendem Einsatz von Friedenstruppen werden zusätzlich zum eigentlichen VN-Beitrag immer größere finanzielle Belastungen auf uns und die anderen MS zukommen. Bereits jetzt zahlen wir jährlich an Pflichtbeiträgen für UNIFIL rd. 10. Mio. US-Dollar, für UNDOF 3 Mio. US-Dollar und als freiwilliger Beitrag für UNFICYP rd. 3 Mio. Dollar. Für UNIIMOG (erstmals 9.8. bis 31.12.1988) müssen wir nach

Vizeminister sprach sich für die erfolgreiche Durchführung der VN-Reform[19] aus, wobei noch viel Arbeit zu leisten sei. Bei der Lösung von Regionalkonflikten gebe es Fortschritte. Japan betrachte die friedenssichernden Maßnahmen der VN als nützlich. Angesichts der Schwierigkeiten, die erforderlichen Mittel von seinem Finanzminister[20] zu erhalten, begrüße er die Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch in diesem Kreise. AM Shultz warf ein, der Emir von Kuwait[21] habe ihm gesagt, sein Land sei nicht bereit, mehr als den Pflichtbeitrag zu leisten, und das nach allem, was zum Schutz der Schiffahrt im Golf für Kuwait getan worden sei! AM Andreotti wies auf den Unterschied zwischen den normalen VN-Aktivitäten und den außerordentlichen Aufwendungen für friedenssichernde Maßnahmen hin, die als Ergebnis zäher Bemühungen erforderlich würden und nicht budgetär vorausgeplant werden könnten. Es gebe zwei politische Linien, nämlich einerseits Einsparungen bei den normalen Aktivitäten der VN, aber andererseits Bewilligung der notwendigen Ausgaben für friedenssichernde Maßnahmen. In Kuwait habe die Regierung das Parlament ausgeschaltet![22] AM Howe wies auf UNFICYP als einziger friedenssichernder Maßnahme auf freiwilliger Beitragsgrundlage hin. Hier sei eine fairere Lastenteilung notwendig.[23] AM Dumas erklärte, man könne nicht einerseits die VN bitten, eine aktive Rolle bei der friedlichen Konfliktlösung zu spielen, ohne bereit zu sein, dafür zu zahlen. Die VN böten Ländern, die in einem Konflikt miteinander stünden, gesichtswahrende Maßnahmen an. Dafür sollte man den VN auch die notwendigen Mittel geben. Er frage sich, was teurer sei, die Wiederherstellung des Friedens oder die Fortsetzung eines Krieges. AM Shultz wandte dagegen ein, man könne den VN keinen Blankoscheck ausstellen. Er halte den Plan des

Fortsetzung Fußnote von Seite 1420

den bisherigen Kostenschätzungen des VN-Sekretariats ebenfalls mit 10 Mio. Dollar jährlich rechnen. […] Sämtliche Friedenstruppen leiden wegen verspäteter oder verweigerter Beitragszahlungen zahlreicher MS unter Finanzproblemen. Die letzte verfügbare Aufstellung des VN-Sekretariats weist zum 31.10.1988 für UNDOF Beitragsrückstände von 37 Mio. US-Dollar, für UNIFIL von 310 Mio. US-Dollar aus." Vgl. Referat 230, Bd. 158171.

19 Am 23. Dezember 1988 zog Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), eine Bilanz der Reformenbemühungen in den Vereinten Nationen: „Nach Ausbleiben konkreter Ergebnisse der Arbeit der ECOSOC-Sonderkommission im ersten Halbjahr 1988 und der Verabschiedung der von der G 77 initiierten ECOSOC-Resolution 1988/77 zur Reform des ECOSOC selbst fehlte das Momentum für eine intensive Befassung der 43. GV mit Reformfragen und für konkrete Reformbeschlüsse. Allerdings konnte durch australisch-westliche, ursprünglich auf konkrete Rationalisierungsmaßnahmen abzielende Initiative immerhin erreicht werden, daß Reformdiskussion in der 44. GV fortgesetzt werden soll." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3449; Referat 230, Bd. 142157.

20 Miyazawa Kiichi.

21 Dschabir al-Ahmad al-Dschabir as-Sabah.

22 Botschafter Wulffen, Kuwait, hielt im Länderbericht mit Stand vom 15. März 1988 fest: „Kuwait ist eine konstitutionelle Monarchie. Das Staatsoberhaupt, der Emir, ernennt den Kronprinzen, der gewöhnlich, aber nicht zwingend, das Amt des Premierministers innehat. Die Minister werden ebenfalls vom Emir ernannt. Das seit März 1981 wieder zugelassene Parlament wurde im Juli 1986, etwa ein Jahr nach Neuwahlen, wegen Differenzen mit der Regierung vom Emir aufgelöst. Damit ist zum zweiten Mal in der 25-jährigen modernen Geschichte Kuwaits der Versuch des Parlamentarismus in einer arabischen Gesellschaft vorläufig fehlgeschlagen." Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 264 vom 4. April 1988; Referat 311, Bd. 154182.

23 Am 12. Dezember 1988 führte Referat 230 zur United Nations Peace-Keeping Force in Cyprus (UNFICYP) aus, daß sich keine Lösung für die aus freiwilligen Beiträgen finanzierte Friedenstruppe abzeichne, „deren Defizit zu Lasten der truppenstellenden Staaten geht. Trotz aller Appelle des VN-GS und Demarchen der Truppensteller bei einzelnen MS reichen die eingehenden freiwilligen Beiträge auch nicht annähernd aus, um die Erstattungsansprüche der Truppensteller zu befriedigen. Vorstöße mit dem Ziel einer Umstellung der Finanzierung auf Pflichtbeiträge sind bisher ohne Erfolg geblieben." Vgl. Referat 230, Bd. 158171.

VN-GS[24] für die friedenssichernden Maßnahmen in Namibia[25] für extravagant und viel zu teuer. Der VN-GS habe ihm beigepflichtet. Nach seiner Meinung brauche man zur Ausführung der friedenssichernden Maßnahmen in Namibia keine Flugzeuge und Schiffe. Hier müsse eine vernünftige Balance gehalten werden. Er sei gegen friedenssichernde Maßnahmen ohne klaren Zeithorizont. Dieses mache keinen Sinn. Die VN müßten nicht auf ewig in solchen Situationen präsent bleiben.

[26]4) Regionalfragen

AM Clark schlug vor, über den Nahen Osten und das Palästinenserproblem zu sprechen. AM Andreotti sprach sich dafür aus, an die PLO eine Botschaft der Mäßigung zu richten. Die Rede von Arafat in Straßburg[27] habe eine solche erkennen lassen. Er würde es für eine Dummheit halten, wenn die PLO vor den Wahlen in Israel[28] und den USA[29] eine provisorische oder eine Exilregierung ausrufen würde. Dieses würde nur die Rechte in Israel stärken. Die Palästinenser hätten das nach seiner Auffassung verstanden. Sie wüßten, daß das ihr Anliegen in der öffentlichen Meinung der USA nur schwächen könnte. Nach den Wahlen sollte man die Forderung nach einer Einberufung einer Internationalen Nahost-Konferenz wiederaufnehmen. BM äußerte hierzu Zustimmung. AM Andreotti fuhr fort, König Hussein habe jede Alternative für die Palästinenser beseitigt, die damit auf sich selbst gestellt seien.[30] AM Dumas berichtete über sein Gespräch mit Arafat in Straßburg[31], das zwei neue Faktoren erbracht habe. Der erste sei, daß König Hussein auf die besetzten Gebiete keine Ansprüche erhebe und auch Shimon Peres mehrfach erklärt habe, daß es möglich wäre, Teile der besetzten Gebiete aufzugeben. Hier träfen sich die beiden Aussagen zugunsten der Palästinenser. Der zweite Faktor liege in der Kontinuität der Arafat-Bewegung, der man vor einiger Zeit nur noch wenige Überlebenschancen eingeräumt habe. Die palästinensische Bewegung sei in den besetzten Gebieten sehr aktiv, und zwar nicht nur im Sinne eines blinden Terrorismus. Der Status quo in den besetzten Gebieten sei nicht haltbar. Nach den Wahlen in Israel und dem Palästinensischen Nationalkongreß, der voraussichtlich im November

24 Javier Pérez de Cuéllar.

25 Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen stellte am 12. Oktober 1988 fest: „Die Einigung über die Entlassung Namibias in die Unabhängigkeit auf der Grundlage der Sicherheitsrats-Resolution 435 (1978) erscheint jetzt möglich. Wesentlicher Inhalt dieser Resolution ist die Schaffung der United Nations Transition Assistance Group (UNTAG). Die Truppe soll 7500 Mann militärisches und 1600 Mann ziviles Personal umfassen. Zieldatum für den Beginn der Durchführung der Res[olution] 435 ist jetzt der 1. Januar 1989. […] Die Kosten für UNTAG belaufen sich nach der letzten Schätzung des VN-Sekretariats auf rund 700 Mio. Dollar, die als Pflichtbeitrag auf die Mitgliedstaaten der VN umgelegt werden. Unser Anteil daran richtet sich nach unserem Beitragsschlüssel für den regulären VN-Haushalt (derzeit 8,26 %, ab 1.1.1989 voraussichtlich 8,08 %). Unser Pflichtanteil wird demnach rund 57 Mio. Dollar (ca. 100 Mio. DM) betragen." Vgl. Referat 320, Bd. 155888.

26 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 25 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

27 Zur Rede des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, vom 13. September 1988 vgl. Dok. 267, Anm. 11.

28 In Israel fanden am 1. November 1988 Parlamentswahlen statt.

29 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

30 Vgl. dazu die Rede des Königs Hussein vom 31. Juli 1988; Dok. 225, Anm. 38.

31 Der französische Außenminister Dumas und der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, trafen am 14. September 1988 in Straßburg zusammen. Vgl. dazu LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1988 (September/Oktober), S. 29 f.

stattfinden werde[32], würden die Dinge anders aussehen. Angesichts der unterschiedlichen Haltung von Peres und Shamir hätten die Wahlen in Israel für das weitere Schicksal der besetzten Gebiete durchaus Bedeutung. Seine Unterredung mit Arafat in Straßburg habe diesen Gesamtzusammenhang berücksichtigt. Arafat sei übrigens sehr bescheiden, aber dennoch sicher aufgetreten. Arafat wolle sich vor dem Palästinensischen Nationalkongreß nicht festlegen. Er habe sich zwar nicht zu einer ausdrücklichen Anerkennung des Existenzrechts Israels in sicheren Grenzen bereit gefunden, aber doch die Bereitschaft zu einer indirekten Anerkennung zu erkennen gegeben. In der Frage einer Exilregierung habe er sich nicht festgelegt. Arafat sei für eine Internationale Nahost-Konferenz, obwohl er die Schwierigkeiten kenne. Präsident Mitterrand wolle diese durch eine Vorkonferenz unter Teilnahme der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats verringern. Das Treffen mit Arafat sei für ihn sehr nützlich gewesen; er habe sich auch mit AM Peres getroffen.

AM Shultz erklärte, daß er in dieser Frage anderer Meinung sei. Die Lage in Israel sei nicht stabil; sie verändere sich zum Schlechteren hin. Darin drücke sich die Entmutigung aus, daß keinerlei Aussicht bestehe, einen glaubwürdigen Verhandlungspartner zu gewinnen. Die palästinensische Bewegung habe sich dadurch diskreditiert, daß sie die Ermordung von Sadat[33] gefeiert habe. König Hussein habe sich aus dem Spiel gezogen. Ein glaubwürdiger Verhandlungspartner sei nicht sichtbar. Nicht einmal F könne Arafat festlegen. Man könne Israel nicht zumuten, mit einer Organisation zu verhandeln, die den Terrorismus als Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen gewählt habe. Was die Internationale Nahost-Konferenz angehe, so sehe er nicht, was sie realistischerweise tun könnte. Nur direkte Verhandlungen zwischen Israel und seinen Nachbarn machten Sinn. Jordanien müsse sich daran beteiligen. AM Masri sei ein guter und eindrucksvoller Mann; er könne doch nicht daran vorbeisehen, daß die geltenden Gesetze und das bestehende Erziehungssystem auf der Westbank jordanisch seien. König Hussein habe seiner Frustration Ausdruck verliehen. Die Palästinenser seien bisher nicht mit realistischen Vorschlägen hervorgetreten; sondern im Gegenteil, ihre Vorschläge ließen jede Verbindung zur Realität vermissen. Die Wiederherstellung der Grenzen von 1967 sei kein realistisches Verhandlungsziel. Dennoch gebe es reale Lösungsmöglichkeiten: Peres spreche von Gebiet gegen Frieden. Der Gaza-Streifen sei ein schreckliches Problem. Nirgendwo sei die Besiedlung so dicht wie dort. Auch nach Ägypten hin sei der Streifen mit Stacheldraht abgeriegelt. Für den Bevölkerungsdruck müsse ein Ventil geschaffen werden. Hier sei Ägypten gefordert. Er habe mit allen arabischen Führern gesprochen, keiner habe sich für einen unabhängigen Palästinenserstaat ausgesprochen. Die Bildung eines solchen Staates auf der Westbank könne nicht gehen. Warum stellte man sich nicht dieser Realität. Die Palästinenser seien ein großartiges Volk. Er kenne sie aus seiner Zeit als Leiter einer Baufirma. Jordanien befinde sich in einer Devisenkrise. Auch Syrien sei in finanziellen Schwierigkeiten. Er sage den Israelis immer wieder, daß die Palästinenser eine Realität seien und daß sie ihnen Identität und politische Mitwirkung zubilligen müßten. Es müsse doch möglich sein, einen Weg dafür zu finden. Eine Internationale

32 Die Tagung des Palästinensischen Nationalrats fand vom 12. bis 15. November 1988 in Algier statt.
33 Am 6. Oktober 1981 wurde Präsident Sadat in Kairo ermordet. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 289.

Nahost-Konferenz halte er jedoch nicht für einen solchen. Dagegen wäre es nützlich, direkte Verhandlungen zustande zu bringen. Sobald das erreicht sei, könnte eine internationale Konferenz sich um Wirtschaftshilfe und Flüchtlingshilfe kümmern. Er stimmte AM Andreotti zu, daß sich vor den Wahlen in Israel nichts bewegen werde. Er halte den Arabischen Gipfel in Amman[34] für eine der Ursachen für die Palästinenserunruhen in den besetzten Gebieten[35]. Der Gipfel habe sich groteskerweise nicht mit dem Palästinenserproblem, sondern nur mit dem Iran befaßt. Er sage den Israelis immer wieder, daß sie nicht einerseits den Palästinensern Mitwirkung versprechen, andererseits aber Menschen, die ihre politische Überzeugung äußerten, ins Gefängnis werfen oder deportieren könnten. Wenn man die richtigen Leute zusammenbringen könnte, sei nach seiner Meinung auch eine Lösung herbeizuführen.

AM Clark sah eine Gefahr darin, daß sich in der Zeit bis zu den Wahlen ein Vakuum bilden könnte. AM Shultz erwiderte, daß man etwas tun, aber realistisch bleiben sollte. Er habe aus diesem Grunde den ägyptischen und den israelischen AM in New York mit Präsident Reagan zusammengebracht.[36] Es sei wichtig, Araber und Israelis an einen Tisch zu bringen. Das halte wenigstens das Momentum aufrecht. Er werde am Montag[37] mit den arabischen Außenministern sprechen.

AM Andreotti hielt AM Shultz den europäischen Standpunkt entgegen. Es gebe täglich mehr Tote in den besetzten Gebieten. Niemand könne dies als einen normalen Zustand bezeichnen. Er danke AM Shultz für seine Bemühungen, mit denen er der Verzweiflung entgegengewirkt habe. Eine Internationale Nahost-Konferenz schließe bilaterale Kontakte keineswegs aus. Ihre positive Funktion könnte darin bestehen, einen breiteren Konsens zu erzeugen. Er halte es im übrigen nicht für möglich, Arafat zu bitten, Israel durch Bezugnahme auf die Resolution 242[38] anzuerkennen. Es sei notwendig, sich daran zu erinnern, daß darin die Palästinenser als Flüchtlinge ohne eigene Identität behandelt würden. Die Bezugnahme der Palästinenser auf die VN-Resolution von 1947[39] bedeute keineswegs die Forderung nach den damaligen Grenzen. Irgendein Verfahren brauche man schließlich. Er rate auch davon ab, von den Palästinensern als Terroristen zu sprechen. Er meine, daß man realistisch sein müsse. Die einzig realistische Lösung des Palästinenserproblems sei eine Konföderation mit Jordanien, die mit Hilfe einer internationalen Konferenz erreicht werden könnte. Der Dialog mit der PLO sei notwendig. Die Solidarität der arabischen Welt mit der PLO sei immer noch vorhanden. Ein Araberführer, der gegen die PLO eintrete, würde sofort interne Schwierigkeiten bekommen. Die Lösung des Nahost-Konflikts werde nicht von selbst kommen, und die Zeit verändere auch die demo-

34 Die außerordentliche Gipfelkonferenz der Arabischen Liga fand vom 8. bis 11. November 1987 in Amman statt. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 329.

35 Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada“) vgl. Dok. 267, Anm. 8.

36 Präsident Reagan traf am 26. September 1988 mit dem ägyptischen Außenminister Abdel-Meguid und dem israelischen Außenminister Peres am Rande der VN-Generalversammlung in New York zusammen.

37 3. Oktober 1988.

38 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

39 Korrigiert aus: „1946“.
Zur Resolution Nr. 181 der VN-Generalversammlung vom 29. November 1947 vgl. Dok. 267, Anm. 10.

graphischen Verhältnisse. Die Problemlösung werde nicht leichter, sondern immer schwieriger. Ohne internationale Konferenz sehe er keine Lösung.

AM Shultz führte zu den Regionalfragen noch die Resolutionsentwürfe über Afghanistan[40] und Kambodscha[41] in den VN an. Er sprach sich dafür aus, den ASEAN-Entwurf zu Kambodscha zu unterstützen. Was Afghanistan angehe, so habe die SU ihre Truppen zwar über die Hälfte aus dem Land abgezogen, doch hätten noch nicht alle sowjetischen Soldaten das Land verlassen.[42] Deshalb sei es erforderlich, den Abzugsprozeß am Laufen zu halten. Zu diesem Zwecke verdiene der Resolutionsentwurf von Pakistan Unterstützung.

5) West-Ost-Verhältnis

Hierzu fand angesichts der fortgeschrittenen Zeit keine Aussprache statt.

6) GATT-Verhandlungen

AM Clark wies auf die festgefahrenen GATT-Verhandlungen über Landwirtschaft hin und fragte, was getan werden könnte, um sie zu deblockieren.[43]

Kommissar de Clercq stimmte zu, daß eine Lösung der Agrarfragen nicht in Sicht sei; eine mittelfristige Lösung sei keine endgültige Lösung. Notwendig

40 Zur Resolution Nr. 43/20 der VN-Generalversammlung vom 3. November 1988 über Afghanistan vgl. Dok. 269, Anm. 22.

41 Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), informierte am 22. Dezember 1988: „Erstmals seit dem vietnamesischen Einmarsch in Kambodscha brachten die ASEAN-Staaten einen wesentlich geänderten Resolutionsentwurf ein. Das wichtigste neue Element dieses Textes war die Forderung nach der ‚Nichtwiederkehr der weltweit verurteilten Politik und Praktiken einer jüngsten Vergangenheit'. China hatte sich zuvor heftig gegen diese Forderung ausgesprochen. […] Die Zwölf stellten sich in ihrem gemeinsamen Beitrag wie die USA und die Mehrheit aller westlichen und Drittwelt-Sprecher hinter Prinz Sihanouk und unterstrichen dessen führende Rolle bei der Suche nach einer politischen Lösung. Vietnam und die Ostblockstaaten versuchten den J[akarta]I[nformal]M[eeting]-Prozeß als Ergebnis des guten Willens und der Kompromißbereitschaft Hanois darzustellen. Der Beitrag der SU war bemerkenswert versöhnlich gehalten. Die ASEAN-Resolution wurde schließlich von der GV mit einer gegenüber dem Vorjahr noch erhöhten Zahl von Ja-Stimmen angenommen (122 : 19 : 13, Vorjahr: 117 : 21 : 16)." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3446; Referat 230, Bd. 142157.
Für den Wortlaut der Resolution Nr. 43/19 der VN-Generalversammlung vom 3. November 1988 vgl. RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 43. Tagung, S. 26–28.

42 Zum sowjetischen Truppenabzug aus Afghanistan vgl. Dok. 107.
Botschaftsrat I. Klasse Massmann, Kabul, berichtete am 17. August 1988, daß der Oberkommandierende der sowjetischen Streitkräfte in Afghanistan, Gromow, am 14. August 1988 vor der Presse erklärt habe, „gemäß Genfer Vereinbarungen würden am 15. August fünfzig Prozent der sowjetischen Truppen aus Afghanistan abgezogen sein. […] Damit befinde sich in 26 von 31 afgh[anischen] Provinzen kein sowj[etischer] Soldat mehr." Vgl. den Drahtbericht Nr. 332; Referat 213, Bd. 143553.

43 Referat 411 vermerkte am 21. September 1988 zu den Verhandlungen über den Agrarhandel im Rahmen der Uruguay-Runde (UR) des GATT in Genf, daß die Europäischen Gemeinschaften „unter stärkstem Druck der USA und der Länder der Cairns-Gruppe" stehen, ihr System der Agrarstützung abzubauen. Die Europäischen Gemeinschaften hätten im Oktober 1987 einen dreistufigen Vorschlag unterbreitet: „In einer ersten Stufe Dringlichkeits- und Kurzfristmaßnahmen, in einer zweiten Stufe Vereinbarungen über eine dauerhafte, deutliche Senkung der handelsverzerrenden Wirkungen der Agrarstützung, später Verhandlungen über ausgewogenere Agrarzölle (Ziel der EG: Rücknahme der Zollzugeständnisse bei Soja). Der Vorschlag vom Oktober 1987 stieß in der UR auf große Skepsis, überwiegend wegen der Vermutung, die Gemeinschaft wolle zwar kurzfristige mengen- und preisregulierende Absprachen, aber langfristig wolle sie ihre Agrarstützung nicht zur Disposition stellen. […] Die Cairns-Gruppe hatte gleichzeitig mit der EG einen eigenen Agrarverhandlungsvorschlag in Genf präsentiert. Er ähnelt dem Vorschlag der USA (Abbau der handelsverzerrenden Agrarstützung, Abbau von Marktzugangsbeschränkungen im Agrarbereich), übernimmt aber nicht die amerikanischen unrealistischen Zeitvorstellungen bezüglich des Abbaus (USA: binnen zehn Jahren)." Trotz eines Vermittlungsvorschlags der Cairns-Gruppe am 13. Juli 1988 sei es zu keiner Einigung gekommen. Vgl. Referat 411, Bd. 160544.

sei, ein Verfahren zu erarbeiten, das wirklichen Fortschritt erlaube, um eine endgültige Vereinbarung treffen zu können. Zwar sei kein fundamentaler Fortschritt möglich, doch sollte man versuchen, ein globales Paket zu schnüren, in dem kurzfristige Maßnahmen und langfristige Orientierungen miteinander verschmolzen werden. Die meisten MS der EG könnten die amerikanische Forderung nach Beseitigung aller Regierungsmaßnahmen nicht akzeptieren. Diese Haltung stehe aber einem Fortschritt nicht entgegen. Man sollte Verfahren für die nächsten zwei Jahre ausarbeiten; in einem solchen Rahmen könnten sich die EG-MS bewegen.

AM Shultz erwiderte, er sei zwar kein Freund des amerikanischen Omnibus-Handelsgesetzes[44], doch sei es nunmehr Gesetz und gebe den USA in den GATT-Verhandlungen die notwendige Autorität. Das Landwirtschaftsproblem erinnere ihn an den arabisch-israelischen Konflikt. Die Agrarpolitik der USA, Japans und der EG sei ein Spott auf common sense, und es sei höchste[45] Zeit, dieses Monstrum zu köpfen. AM Clark stimmte Kommissar de Clercq zu. Man könne gewisse Fortschritte machen, doch sollte man niemanden irreführen. Die Probleme könnten heute an diesem Tisch nicht gelöst werden. Der japanische Vizeminister sprach sich dafür aus, den Verhandlungen eine konstruktive Richtung zu geben. Japan habe ein schreckliches Agrarsystem und wolle es erträglicher machen. Das wichtigste japanische Grundnahrungsmittel sei Reis. Japan sei bereit, mit anderen über den Zugang von Grundnahrungsmitteln zu sprechen. Es werde seine Vorschläge in der Genfer Arbeitsgruppe für Islamabad[46] einbringen.

[gez.] Richthofen

Referat 204, Bd. 160076

44 Zum amerikanischen Handelsgesetz vom 23. August 1988 („Omnibus Trade and Competitiveness Act of 1988") vgl. Dok. 239, Anm. 3.

45 Korrigiert aus: „und höchste".

46 In Islamabad fand am 3. Oktober 1988 ein Treffen von für den Handel zuständigen Ministern aus 26 Staaten und der EG-Kommission statt.

271

Aufzeichnung des Oberamtsrats Reinhardt

118-530.36-361/88 VS-vertraulich **29. September 1988**[1]

Betr.: Verstärkte Reisetätigkeit des TE-Umfeldes[2] nach Kuba und Nicaragua

1) Am 27.9.1988 fand im Ref. 118 ein Gespräch zwischen Herrn Krömer, BKA-Wiesbaden (TE 14), und Kzl. I Appelrath, Botschaft Managua, statt. Vom Referat 118 nahm der Unterzeichner teil.

Kzl. I Appelrath gab einen ausführlichen Überblick über die internationale Brigadistenszene in Nicaragua, die sich auf Seiten des deutschen Kontingents aus Angehörigen des gesamten gesellschaftlichen Spektrums der Bundesrepublik Deutschland zusammensetze (selbst Angehörige der Jungen Union würden Gruppenreisen in das Land veranstalten).

Die nach Nicaragua reisenden Deutschen könnten wie folgt kategorisiert werden:

1) Normalbesucher

(Wirtschaftsvertreter, Reisende, die Familienangehörige besuchen, Touristen, die das Land nicht des „Revolutionserlebnisses" wegen bereisen.)

2) Polit-Touristen, die sowohl als

– Einzelreisende oder als

– Gruppenreisende in Erscheinung treten (Brigadisten, Internationalisten).

3) Angehörige der linksextremistischen Szene

Die Gruppe 1 benutze als Reiseweg gewöhnlich den Direktflug mit Iberia ab Madrid. Die Gruppe 2 fliege unter Ausnutzung günstiger Tarife mit Aeroflot, Interflug oder der kubanischen Staatslinie. Die Gruppe 3 dürfte zur Verschleierung des Reiseziels bevorzugt den Umweg über Kanada wählen oder über Mexiko auf dem Landweg (mit Bus) einreisen.

2) Als Anlaufstelle für Polit-Touristen diene hauptsächlich das Nicaragua-Solidaritätsbüro in Wuppertal. Die Aufenthalte der vom Solidaritätsbüro avisierten Gruppen seien gut organisiert. Bei Einzelreisenden dürfte in Zweifelsfällen Personenabklärung über die DDR-Botschaft in Managua erfolgen, da die nicaraguanische Botschaft in Bonn eine solche nicht vornehmen könne.

Obwohl der Einsatz große Anforderungen an die physische und psychische Belastbarkeit stelle (harte Arbeit, primitive Unterkünfte, einfachste Verpflegung) kehr-

1 Durchdruck.
Die Aufzeichnung wurde am 29. September 1988 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Weber an die Referate 331 und 515 geleitet. Dazu teilte er mit: „Den anliegenden Vermerk über ein Gespräch zwischen einem Vertreter des BKA Wiesbaden und Kzl. I. Appelrath, Managua, übersende ich mit der Bitte um Kenntnisnahme. Es bleibt h. E. zunächst abzuwarten, ob das BKA weitere Wünsche nach Gesprächen mit Angehörigen der Botschaften Managua und Havanna anmeldet oder die Absicht, Beamte an die beiden Orte zu entsenden, erneut aufgreift."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Jagow am 30. September 1988 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 13664 (331); B 150, Aktenkopien 1988.

2 Terrorismus-Umfeldes.

ten die meisten Helfer mit starker Motivation für die Sandinistische Revolution in ihre Heimatländer zurück und betätigten sich dort als Multiplikatoren für das Regime.

Kzl. I Appelrath schließt nicht aus, daß die sandinistische Regierung europäischen Linksterroristen Unterschlupf gewährt und sie im Land duldet, solange ihre Anwesenheit nicht zu einer Belastung der Beziehungen zu den Ländern, in denen die terroristischen Gewalttäter gesucht werden, führt. Konkrete Hinweise auf die Anwesenheit von RAF-Mitgliedern besitze die Botschaft nicht. Auskünfte seien von der nicaraguanischen Regierung nicht zu erwarten, eigene Ermittlungen nach Völkerrecht ausgeschlossen. Aufgrund von wiederholten Aktionen deutscher Brigadisten gegen die Botschaft sei zu befürchten, daß unsere Vertretung das Ziel von Anschlägen werden könnte, wenn in der linken Szene der Eindruck entstehen würde, daß sich die Botschaft als verlängerter Arm des „Repressionsapparates" betätigt.

3) Herr Appelrath sieht auch keine Möglichkeit eines verdeckten BKA-Einsatzes in Nicaragua. Die Sicherheitsorgane seien omnipräsent (Blockwartsystem). Mit Hilfe befreundeter Ostblockstaaten seien Lauschangriffe wahrscheinlich, so daß selbst in der Botschaft geführte Gespräche mitgehört werden können.

Er nannte Herrn Krömer die Namen einiger in Managua lebender Deutscher, die als Auskunftspersonen in Betracht kommen, sowie Treffpunkte der deutschen Brigadistenszene. Die Botschaft sei auch bereit, im Rahmen der Amtshilfe auf Wunsch Ablichtungen von RK-Vorgängen oder aus Registern zur Verfügung zu stellen, soweit dies aus Gründen des Datenschutzes unbedenklich ist.

4) Herr Krömer zeigt sich befriedigt über das Ergebnis der Besprechung. Über das von seiner Dienststelle beabsichtigte weitere Vorgehen äußerte er sich nicht.

gez. Reinhardt

VS-Bd. 13664 (331)

272

Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 28
Citissime

Aufgabe: 29. September 1988, 09.30 Uhr[1]
Ankunft: 29. September 1988, 16.51 Uhr

Betr.: Deutsch-amerikanische Beziehungen;
hier: Frühstück BM und AM Shultz am 28.9.1988, 8.00 bis 9.00 Uhr in BM-Suite[2]

Von BM noch nicht genehmigt

1) Zu Beginn des Frühstücks, an dem auf amerikanischer Seite Assistant Secretary Mrs. Ridgway, Assistant Secretary Williamson, Leiter des Central European Bureau, Mr. Shostal, und ein Sprecher des State Department, auf deutscher Seite Botschafter Ruhfus, D2[3], D2A[4], LMB[5] und L013[6] teilnahmen, unterrichtete BM AM Shultz (AM) auf dessen Wunsch über die Gespräche, die er zur Vorbereitung der Reise des Bundeskanzlers in die SU[7] Ende Juli in Moskau und am 27.9.1988[8] mit AM Schewardnadse in New York[9] geführt hatte. AM zeigte sich dabei besonders interessiert an den Ausführungen zum humanitären Bereich bezüglich der Sowjetbürger deutscher Nationalität, die in nicht geschlossenen Siedlungsgebieten leben. Er bat um detaillierte Unterrichtung im Hinblick auf die jüdischen Sowjetbürger, die zugesagt wurde und inzwischen bereits in Bonn erfolgt ist. BM berichtete außerdem über die hohen Ausreisezahlen aus der SU, aus Polen, Rumänien und der DDR. AM zeigte sich hierbei auch an den Modalitäten interessiert. Die von BM berichtete Ankündigung von AM Schewardnadse, die Frage der Störungen von Rundfunksendungen im Rahmen der Wiener KSZE-Verhandlungen regeln zu wollen, wurde von amerikanischer Seite mit Befriedigung aufgenommen. BM unterstrich, daß gegenwärtig offenbar nur noch solche Radiosendungen in die SU gestört würden, die von deutschem Boden ausgingen (Deutsche Welle und Radio Free Europe).

2) BM berichtete eingehend über die in den Gesprächen mit AM Schewardnadse erreichte praktische Einbeziehung von Personen mit ständigem Wohnsitz in Berlin (West) in die Zusammenarbeit unter dem Umweltabkommen und in den Austausch nach dem Zweijahres-Kulturprogramm, die nunmehr beide anläßlich

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 20.
2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 24. September bis 1. Oktober 1988 anläßlich der VN-Generalversammlung in New York auf.
3 Hermann Freiherr von Richthofen.
4 Josef Holik.
5 Michael Jansen.
6 Jürgen Chrobog.
7 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.
8 Korrigiert aus: „26.9.1988“.
9 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse vgl. Dok. 266.

des BK-Besuches in Moskau unterzeichnet werden könnten.[10] An diesem Ergebnis hätten wir jahrelang gearbeitet. Keine Einigung habe bisher für die Behandlung der Flaggenfrage im Zusammenhang mit in Berlin (West) registrierten Binnen- und Hochseeschiffen im Entwurf eines Binnenschiffahrts- und Seeschiffahrtsabkommens erzielt werden können.[11] Dr. Kastrup habe in den Expertengesprächen im September in Moskau eine mit der ČSSR vereinbarte Formel übergeben (eine vergleichbare Lösung habe auch mit Ungarn und der DDR getroffen werden können). AM Schewardnadse habe rasche Prüfung dieser Formel in Moskau durch die „zuständigen Stellen" zugesagt. An beiden Abkommen hätten die Sowjets ein größeres Interesse als wir. Wenn diese Abkommen beim BK-Besuch nicht unterzeichnet werden könnten, seien die Nachteile für uns geringer als für die Sowjets.

3) Weiter berichtete BM, daß ihm AM Schewardnadse am 27.9. auch Elemente für eine gemeinsame Erklärung des BK und GS Gorbatschow übergeben habe, die allerdings erst beim Gegenbesuch von GS Gorbatschow in Bonn finalisiert werden solle.[12] Es sei vorgesehen, daß BK mit GS über die wesentlichen Prinzipien zunächst bei seinem Besuch in Moskau spreche und der Entwurf einer gemeinsamen Erklärung anschließend auf Expertenebene erarbeitet werde.

4) BM informierte AM in groben Zügen auch über die zu erwartenden Ergebnisse im Wirtschaftsbereich und nannte dabei auch den soeben unterzeichneten privaten Bankenkredit der Deutschen Bank an die SU über eine Mrd. Rubel, mit dessen Hilfe die SU Maschinen und Anlagen zur Modernisierung ihrer Konsumgüterindustrie kaufen wolle.[13] AM zeigte sich in dieser Frage im Hinblick auf Fragen aus dem Kongreß (Senator Bill Bradley) an den Details interessiert.

5) Zusammenfassend stellte BM fest, es sei unser Ziel, zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der SU zu gelangen. Der BK sei der letzte westliche Regierungschef, der mit GS Gorbatschow zusammentreffe. Zwei Wochen nach seinem Besuch in der SU werde der BK in Washington sein und über seinen Besuch berichten können.[14] Uns sei daran gelegen, die USA vor und nach dem Besuch zu unterrichten. AM dankte für das Briefing und unterstrich den gemeinsamen breiten Gesprächsansatz mit der SU (bilaterale Fragen, Menschenrechte, Rüstungskontrolle und Regionalkonflikte). BM unterrichtete AM über die mit AM Schewardnadse vereinbarte erste Regionalkonsultation noch vor dem BK-Besuch zwischen MD Schlagintweit und einem noch zu benennenden sowjetischen Vize-AM (Woronzew anderweitig unterwegs).[15] AM wies darauf hin, daß auf amerikanischer Seite Under Secretary of

10 Zur Einbeziehung von Berlin (West) in Verträge zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. Dok. 266, Anm. 5.

11 Zu den Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über Binnenschiffahrt bzw. über den Seeverkehr vgl. Dok. 266, Anm. 8.

12 Zum sowjetischen Entwurf für eine gemeinsame Erklärung der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. Dok. 287.

13 Zur Rahmenkreditvereinbarung vom 6. Mai 1988 zwischen der Deutschen Bank und der sowjetischen Bank für Außenwirtschaft vgl. Dok. 156, Anm. 10.

14 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 12. bis 15. November 1988 in den USA vgl. Dok. 324, Dok. 325, Dok. 327 und Dok. 328.

15 Ministerialdirektor Schlagintweit führte am 20./21. Oktober 1988 in Moskau Konsultationen mit den zuständigen Abteilungsleitern des sowjetischen Außenministeriums über die Lage in Südostasien und im Nahen Osten, den Konflikt zwischen Irak und Iran und die sowjetische Asienpolitik. Weitere Themen

State Armacost die Regionalkonsultationen mit der SU auf Ebene der Assistant Secretaries koordiniere. Die Amerikaner seien eher bestrebt[16], den Schwerpunkt der Erörterung auf die „hot spots in the world" zu legen, als mit den Sowjets einen allgemeinen Meinungsaustausch über regionale Fragen zu führen. Die Amerikaner hätten es jedoch abgelehnt, über die Zypern-Frage mit den Sowjets zu sprechen, um ihnen keine Gelegenheit zu geben, die Differenzen zwischen den Bündnispartnern GRI und Türkei auszubeuten. Die USA lehnten auch Gespräche mit den Sowjets über Europa ab, um Europa nicht zu einem „regional issue" zu machen. Das gelte ganz besonders für die Beziehungen der USA zu den anderen östlichen Ländern, mit denen sie direkt und nicht über Moskau verkehren wollten. BM und AM vereinbarten, daß D 3[17] vor seinen Konsultationen in Moskau mit Armacost zur Vorbereitung seiner Gespräche in Washington zusammentrifft.[18]

BM wies AM Shultz auf die Probleme zwischen Moskau und der DDR hin. GS Honecker werde es bei seinem derzeitigen Besuch in Moskau[19] mit seiner Zurückhaltung gegenüber der Reformpolitik von Gorbatschow nicht ganz leicht haben. BM gab in diesem Zusammenhang einen kurzen Überblick über die trotz des im WP relativ hohen Lebensstandards angespannte Lage in der DDR, in der sich die Unzufriedenheit der Deutschen dort mit dem System zeige, das sich trotz der Gewährung von Besuchsreisen für Personen unterhalb des Rentenalters ansonsten nicht geöffnet habe. BM ging in diesem Zusammenhang auf das Verhältnis beider Kirchen zum DDR-Staat ein.

[20]6) AM wies darauf hin, daß die Sowjets in den Gesprächen stets die COCOM-Frage aufbrächten. Die USA nähmen dazu gegenüber den Sowjets die Haltung ein, daß sie am Handel mit der SU, jedoch nicht am Handel mit Gütern mit

Fortsetzung Fußnote von Seite 1430
waren das südlichen Afrika, Ostafrika, Afghanistan und Zentralamerika sowie die Bewegung blockfreier Staaten. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 3677, 3681, 3700 und 3705 des Botschafters Meyer-Landrut, Moskau, vom 21. Oktober 1988; Referat 213, Bd. 147139.

16 Korrigiert aus: „seien bestrebt".

17 Reinhard Schlagintweit.

18 Ministerialdirektor Schlagintweit führte am 17./18. Oktober 1988 Gespräche im amerikanischen Außenministerium. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4201 des Gesandten Paschke, Washington, vom 18. Oktober 1988; Referat 342, Bd. 137125.

19 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich vom 27. bis 29. September 1988 in der UdSSR auf. Für sein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 28. September 1988 in Moskau vgl. HONECKER–GORBATSCHOW, S. 186–207, bzw. GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, S. 104–119 (Auszug).
In einer Bewertung vom 4. Oktober 1988 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach: „Der Arbeitsbesuch Erich Honeckers aus Anlaß der DDR-Industrieausstellung in Moskau wurde von beiden Seiten genutzt, mit einem Höchstmaß an Übereinstimmung im Vorfeld des BK-Besuchs zunehmende Spekulationen über Entfremdung der beiden Bündnispartner oder gar eine deutsch-sowjetische Verständigung auf Kosten der DDR zu entkräften. Diesem Zweck dienten der demonstrative Ausstellungsbesuch durch nahezu die gesamte sowjetische Führungsspitze, eine verbale Annäherung bei der Bewertung der Reformprozesse in beiden Ländern und die auffällige Wiederbelebung des Begriffs ‚deutsch-sowjetische Beziehungen' als Beziehungen DDR–SU. […] Honecker dankte mit verbalen Konzessionen an die Perestroika und Verzicht auf verbal vorgetragenes Selbstlob. Kommuniqué und ADN-Meldung über das Gipfelgespräch bestätigten so schon am Vorabend der Moskauer Personalbeschlüsse, daß man in der DDR nicht mehr von einer Umkehrung des Reformkurses in der Sowjetunion ausgeht und nun auf seinen Erfolg setzt. Dazu wird die DDR-Wirtschaft entsprechend den von Gorbatschow deutlich vorgetragenen Wünschen verstärkt beizutragen haben." Vgl. Referat 213, Bd. 143557.

20 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 29 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

militärischer Implikation interessiert seien, „that is our business". BM erwiderte, daß er die Auffassung teile, den Sowjets in der Behandlung der COCOM-Frage bei uns kein Sagen zu geben, was jedoch nicht die Notwendigkeit verringere, im Westen über die Kürzung der COCOM-Liste zu sprechen.

7) BM erwähnte, daß er Deputy Secretary of State Whitehead in Wiesbaden am Rande des FDP-Parteitages treffen werde.[21] Dies gab AM Veranlassung, sich nach dem FDP-Parteikongreß zu erkundigen.

8) BM kam sodann auf das KRK-Mandat zu sprechen und fragte, ob die Amerikaner dem ihm von AM Schewardnadse übergebenen Textvorschlag für die Definition der zu erfassenden Streitkräfte und Waffensysteme „based on land"[22] zustimmen könnten. Er schlage vor, die Frage hier in New York auf Ministerebene zu entscheiden und die Entscheidung nicht den Experten in Wien zu überlassen. AM erwiderte, die Sprache klinge ziemlich gut, sie entspreche zwar nicht ganz dem westlichen Vorschlag[23], demgegenüber die beiden letzten Absätze vertauscht seien, doch sei er bereit, zuzustimmen. Mrs. Ridgeway bestätigte die positive Bewertung durch das State Department und schlug vor, die Einigung über diesen Text mit der Einigung über die Regelung des außereuropäischen Anwendungsgebietes für die Türkei und für die SU[24] und die Autonomiefrage[25] zu verbinden. AM unterstützte die simultane Behandlung der drei Fragen. BM und D2A wiesen auf die unterschiedliche Natur der Türkeifrage und darauf hin, daß die Autonomiefrage kein West-Ost, sondern mehr ein Problem mit den N+N-Staaten sei. Sie erklärten sich aber mit dem amerikanischen approach letztlich einverstanden. Als Mrs. Ridgeway berichtete, daß die Franzosen den neuen sowj. Vorschlag ebenfalls akzeptiert hätten, schlug BM auch die Einbeziehung der Italiener vor. Mrs. Ridgeway berichtete, daß Bessmertnych den sowj. Textvorschlag nach Wien übermitteln wolle. AM stellte daraufhin abschließend fest, den Verhandlungsführern in Wien Weisung zu geben, die drei vorgenannten Fragen „in einen Topf zu tun und sich abschließend zu einigen".

9) AM kam sodann auf die Menschenrechtsfragen beim WFT zu sprechen. BM berichtete aus dem Gespräch mit AM Schewardnadse, daß die Sowjets bei Weigerung des Westens, eine Menschenrechtskonferenz in Moskau zu akzeptieren, die gleichfalls vorgesehenen Menschenrechtskonferenzen in Paris und Kopenhagen[26], aber auch das Informationsforum in London ablehnen würden.[27] Auf

21 Bundesminister Genscher und der stellvertretende amerikanische Außenminister Whitehead trafen im Anschluß an den Bundesparteitag der FDP am 7./8. September am 10. September 1988 in Wiesbaden zusammen. Im Mittelpunkt stand die Entwicklung in den Warschauer-Pakt-Staaten. Vgl. dazu den Artikel „Washington sieht nun Unterschiede"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. Oktober 1988, S. 3.

22 Zu dem Bundesminister Genscher am 27. September 1988 in New York übergebenen sowjetischen Textvorschlag zur Einbeziehung von Jagdflugzeugen in Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 269, Anm. 8.

23 Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten vom 1. September 1988 vgl. Dok. 269, Anm. 7.

24 Zur Frage des geographischen Geltungsbereichs von Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 269, Anm. 6.

25 Vgl. dazu die KRK-Konsultationen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der USA am 7./8. September 1988 in Wiston House (Wilton Park); Dok. 248.

26 Zur Frage der Abhaltung von drei KSZE-Menschenrechtskonferenzen vgl. Dok. 269, Anm. 12.

27 Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten für ein KSZE-Informationsforum vgl. Dok. 196, Anm. 25. Das KSZE-Informationsforum fand vom 18. April bis 12. Mai 1989 in London statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1007 des Botschafters z. b. V. Graf zu Rantzau, z. Z. London, vom 12. Mai 1989; AAPD 1989.

den Einwurf vom AM, dies bedeute eine Menge Einsparung, wies BM darauf hin, daß dies zwar finanziell billiger, aber politisch erheblich teurer sein würde. Er habe gegenüber AM Schewardnadse auf seine Rede bei der Eröffnung[28] des WFT im November 1986 in Wien[29] hingewiesen und diesen gefragt, ob er einer Ausgestaltung der MRK in Moskau so wie in Paris zustimmen würde. AM Schewardnadse habe dies bejaht. AM wies darauf hin, daß es für die USA nicht nur um die Ausgestaltung der Konferenz in Moskau, sondern auch um die Entlassung der politischen und religiösen Häftlinge in der SU gehe. Die Ausreisezahlen und die sowjetische Ankündigung, das Problem des Jamming in Wien zu lösen, rechtfertigten eine Zustimmung zu Moskau. BM schlug vor, Experten zu beauftragen, sich über die Bedingungen für eine Zustimmung zur MRK in Moskau zu verständigen. AM erwiderte, er teile persönlich die Auffassung von BM, habe aber Schwierigkeiten auf seiner Seite. Für USA sei es absolut essential, in der Frage der aus politischen und religiösen Gründen Inhaftierten von der SU Satisfaktion zu bekommen (Hinweis auf letzten Schifter-Bericht mit Einzelschicksalen[30]). Mrs. Ridgeway trug vor, daß die Administration bisher vermieden habe, eine bestimmte Meßlatte für die Zustimmung zur MR-Konferenz in Moskau festzulegen. Die Administration habe bisher bewußt nur allgemeine Standards ausgearbeitet, die sie uns anschließend übergeben wolle. AM fügte hinzu, er habe in den Gesprächen mit den Sowjets diese Standards vorgetragen, aber bewußt jede Präzision vermieden. Die Entlassung der Hälfte der im Westen bekannten Zahl politischer Häftlinge in der SU würde ihm noch keine Zustimmung erlauben. Auf den Hinweis von AM, daß es schwierig sei, in Fällen politischer Straftaten, die mit angeblichen anderen Straftaten verbunden seien, zu einer Lösung zu kommen, wies BM darauf hin, daß wir im Verhältnis zur DDR aus diesem Grunde stets bestimmte Personen benannt, nicht aber uns auf eine Diskussion der Straftatbestände eingelassen hätten.

10) BM unterrichtete AM über den Iran. Wir hätten in unseren Kontakten mit dem Iran in der Geiselfrage stets sehr klargemacht, daß das Thema für uns mit der Freilassung der deutschen Geisel Cordes[31] nicht abgeschlossen sei, bevor nicht alle Geiseln freigekommen seien. BM gab in diesem Zusammenhang einen Überblick über die ihm bekanntgewordenen möglichen Veränderungen in der iranischen Führung, die AM mit großem Interesse zur Kenntnis nahm. Wann sich die Veränderungen vollziehen würden, sei allerdings offen. Außerdem stellte BM klar, daß wir im Falle der Freilassung von Cordes keinerlei Bedingungen akzeptiert haben. Er habe sich dies nach Entlassung von Cordes ausdrücklich von der iranischen Regierung gegenüber unserem Botschafter[32] und in einer öffentlichen Erklärung bestätigen lassen. Niemand könne die Bundesregierung erpressen.

28 Korrigiert aus: „Rede die Eröffnung".

29 Zur Rede des Bundesministers Genscher am 7. November 1986 anläßlich der Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 269, Anm. 14.

30 Vgl. dazu REFORM AND HUMAN RIGHTS. The Gorbachev Record. Report submitted to the Congress of the United States by the Commission on Security and Cooperation in Europe, Washington 1988.

31 Zur Freilassung des Mitarbeiters der Hoechst AG, Cordes, am 12. September 1988 vgl. Dok. 247, Anm. 3.

32 Armin Freitag.

11) AM brachte die Initiative von Präsident Reagan zur Einberufung einer Konferenz der Vertragsstaaten des Genfer CW-Protokolls von 1925[33] zur Sprache, die nach seiner Auffassung gut zu laufen scheine.[34] Es gehe nun darum, über das operative Herangehen nachzudenken. Ziel der amerikanischen Initiative sei es, eine Bekräftigung des Genfer Protokolls und eine Verstärkung der darin enthaltenen Verpflichtungen zu erreichen. Gleichzeitig solle dadurch das Verständnis für die Dringlichkeit der Genfer Verhandlungen über ein weltweites CW-Verbot unterstrichen werden. Ganz im Sinne der Ausführungen von AM Andreotti sei nicht daran gedacht, irgendein Land (insbesondere nicht Irak) auf die Anklagebank zu setzen. Für die Durchführung der Initiative seien zwei Verfahrenswege möglich: Entweder im Rahmen der VN oder durch Tätigwerden Frankreichs als Depositarmacht des Genfer Protokolls. Obwohl F gelegentlich schwierig sein könne, habe es doch große Erfahrung in der Durchführung solcher Initiativen. Deshalb ziehe er den letzteren Weg vor. BM erwiderte, wir könnten beiden Wegen zustimmen.

12) BM wies darauf hin, daß der gesamte Text der sowj. Antwort auf die Berlin-Initiative der Drei[35] in der Berliner Morgenpost veröffentlicht worden sei.[36] Wir hätten die Angelegenheit klein gehalten. Sie sei auch nicht Gegenstand der Gespräche mit AM Schewardnadse gewesen. Da die Sowjets neun Monate für ihre Antwort auf das westliche Aide-mémoire gebraucht hätten, halte er eine schnelle Antwort nicht für angemessen. Statt dessen sollten die Drei und wir die sowjetische Antwort zunächst sorgfältig prüfen und überlegen, wie man auf sie reagieren solle. Allerdings müsse die Initiative, nachdem sie lanciert worden sei, von westlicher Seite aus mit Beständigkeit weiterverfolgt werden. Wir hielten die Bemerkung am Ende der sowjetischen Antwort für gefährlich, in der von Vier-Mächte-Konsultationen nach dem Vier-Mächte-Abkommen[37] die Rede sei. Solche Konsultationen könnten nur dazu führen, die Drei und uns mit Vorwürfen wegen angeblicher Verletzungen des Vier-Mächte-Abkommens zu überziehen. AM berichtete, Präsident Reagan habe AM Schewardnadse seine Enttäuschung über die sowjetische Antwort ausgedrückt und unterstrichen, daß wir das Ziel der Initiative, Berlin in den Ost-West-Austausch voll einzubeziehen, weiterverfolgen würden.[38] BM bedankte sich für diese Information und schlug vor, auf dieser Linie weiterzuverfahren.

[gez.] Richthofen

Referat 204, Bd. 160061

33 Für den Wortlaut des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 173–177.

34 Zum Vorschlag des Präsidenten Reagan vom 26. September 1988 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 269, Anm. 21.

35 Zur Berlin-Initiative der Drei Mächte und zur sowjetischen Note vom 15. September 1988 vgl. Dok. 252.

36 Vgl. dazu den Artikel „Die Antwort Moskaus auf die Berlin-Initiative“; BERLINER MORGENPOST vom 25. September 1988, S. 1 f.

37 Vgl. dazu Absatz 4 des Viermächte-Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972 zum Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971; BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 73.

38 Vgl. dazu das Gespräch des Präsidenten Reagan mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 23. September 1988 in Washington; FRUS 1981–1988, VI, Dok. 177.

273

Aufzeichnung der Vortragenden Legationsräte I. Klasse Hofstetter und Roßbach

220-371.61 SNF-1296/88 VS-vertraulich **30. September 1988**[1]
201-360.92 GRO

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Britischer Wunsch nach Konsultationen über SNF-Rüstungskontrolle anhand des britischen Papiers „Short-Range Nuclear Forces (SNF): Possible Options for Arms Control“

Anlg.: 2 (nur beim Original)[4]
(Anlage 1: 220-371.61 SNF-1216/88 VS-vertraulich)
Ohne Anlagen: VS-NfD

1) Die britische Gesandtin Neville-Jones übergab an D2[5] am 16.9. das beiliegende britische Papier (Anlage 1)[6] Rüstungskontrolloptionen im SNF-Bereich. Sie nahm dabei ausdrücklich auf den von uns hergestellten Zusammenhang zwischen Modernisierung und rüstungskontrollpolitischer Erfassung der SNF-Systeme Bezug (Gesprächsvermerk Anlage 2[7]). Das Papier wurde von der britischen Botschaft auch D2A[8] sowie dem Bundeskanzleramt und dem BMVg übermittelt. Frau Neville-Jones brachte den Wunsch Londons vor, bald mit uns über dieses Papier zu diskutieren. Von britischer Seite wurde zunächst vorgeschlagen, diese Konsultationen bereits Anfang Oktober abzuhalten. Wir haben die britische Botschaft jedoch davon unterrichtet, daß dieser Vorschlag von uns aus terminlichen Gründen nicht akzeptiert werden kann. Ein neuer Terminvorschlag ist noch nicht vereinbart worden.

1 Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Seibert und Dreher sowie von Vortragendem Legationsrat Wagner und Legationsrat I. Klasse Beck konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 1. Oktober 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dies ist ein Vorgeschmack darauf, was wir bei der Erarbeitung des Gesamtkonzepts von GB zu erwarten haben.“

3 Hat Bundesminister Genscher am 13. November 1988 vorgelegen, der den Vermerk des Staatssekretärs Sudhoff hervorhob und handschriftlich vermerkte: „r[ichtig]“.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 14. November 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Botschafter Holik an Referat 220 verfügte.
Hat Sudhoff erneut vorgelegen.
Hat Holik am 21. November 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Seibert erneut vorgelegen.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 6 und 7.

5 Hermann Freiherr von Richthofen.

6 Für das britische Papier „Short-Range Nuclear Forces (SNF): Possible Options for Arms Control“ vgl. VS-Bd. 12250 (220).

7 Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Lukowitz vom 16. September 1988 über das Gespräch des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen mit der britischen Gesandtin Neville-Jones am selben Tag vgl. VS-Bd. 12250 (220); Aktenkopien 1988.

8 Josef Holik.

2) Zum Inhalt des Papiers:

Das britische Papier geht von den in Reykjavik formulierten[9] und beim Gipfeltreffen in Brüssel bestätigten[10] Rüstungskontrollzielen aus und stellt fest, daß das Bündnis noch keine Analyse darüber angestellt habe, ob es praktikabel sei, ein Rüstungskontrollabkommen im SNF-Bereich anzustreben. Ziel des Papiers sei es, einige der damit zusammenhängenden praktischen, politischen und taktischen Überlegungen zu skizzieren. Das Papier ist in vier Abschnitte gegliedert:

a) The characteristics of SNF systems

Hier werden Fragen der rüstungskontrollpolitischen Erfaßbarkeit der SNF behandelt (z. B. Waffenkategorien, Zählkriterien, nationale und geographische Zuordnung der SNF-Systeme). Im wesentlichen handelt es sich dabei um faktische Aussagen.

b) The Alliance's security requirements

In diesem Abschnitt wird der verteidigungspolitische Erfordernisse in den Vordergrund stellende britische Ansatz zur SNF-Rüstungskontrolle deutlich:

– Rüstungskontrolle könne nur dann die Sicherheit erhöhen, wenn sie mit der Aufrechterhaltung einer angemessenen Verteidigungsfähigkeit einhergehe. Das im Harmel-Bericht[11] niedergelegte Erfordernis einer robusten Verteidigungsfähigkeit (robust defence capability) der Allianz gelte auch künftig. (Anmerkung: Das britische Papier ist hier nicht ganz präzise: Der Harmel-Bericht spricht nicht von einer robusten Verteidigungsfähigkeit, sondern von „ausreichender militärischer Stärke".)
– Entscheidungen über das für unsere Sicherheit Erforderliche könnten nicht auf die Hoffnung gegründet werden, daß die politischen und militärischen Beziehungen zwischen Ost und West sich massiv und dramatisch ändern würden.[12]
– Die SNF-Erfordernisse des Bündnisses würden derzeit in der NPG analysiert. Ein wahrscheinliches Ergebnis: Bodengestützte Raketen mit einer Reichweite über das Schlachtfeld hinaus (beyond the battlefield) werden eine wichtige Komponente eines umstrukturierten SNF-Potentials sein.[13]

9 Vgl. dazu die Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 174.

10 Vgl. dazu die Erklärung der Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten vom 3. März 1988; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 18–21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 201–204.

11 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

12 Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Sudhoff durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

13 Zur Studie der High Level Group (HLG) der NATO über die Rolle von Kurzstreckenwaffen in der NATO-Verteidigungsstrategie vgl. Dok. 206.
Am 27. September 1988 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher zur Sitzung der High Level Group (HLG) der NATO vom 19. bis 22. September 1988 in Seattle. Die Hauptauseinandersetzung sei zwischen Großbritannien, das „eindeutige Modernisierungsfestlegungen" festschreiben wolle, und der Bundesrepublik verlaufen, die mit Italien, Norwegen und Dänemark bemüht gewesen sei, „Festlegungen zu vermeiden und der Studie konzeptionell-analytischen Charakter zu geben. Gegenüber dem Ausgangsentwurf für die HLG-Sitzung in Seattle enthalte die vorliegende Fassung „deutliche Verbesserungen. Für uns wichtige Anliegen konnten durchgesetzt werden." So enthalte die Studie jetzt in der Einleitung und den Schlußfolgerungen „die klare Aussage, daß künftige Allianz-

– Erhöhte konventionelle Stabilität aufgrund eines Rüstungskontrollabkommens könnte den Umfang des benötigten westlichen SNF-Potential verringern.

c) Political considerations

Bei den aus britischer Sicht bei SNF-Rüstungskontrolle zu berücksichtigenden politischen Gesichtspunkten ist von der Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses nicht die Rede.

– In den Vordergrund wird die Einstellung unserer Öffentlichkeit gerückt:
  – Es gelte, die öffentliche Unterstützung für die Abschreckung zu erhalten. Daher sei es notwendig, zwischen autonom zu treffenden Stationierungsentscheidungen (deployment decisions which are required per se) und von Rüstungskontrollvereinbarungen beeinflußbaren Entscheidungen zu unterscheiden.
  – Es gelte sicherzustellen, daß die SNF-Rüstungskontrolldiskussion die öffentliche Unterstützung für die Beibehaltung eines Nuklearpotentials in Europa nicht weiter aushöhle.
– Weiter wird argumentiert, daß für die Sowjets eine Denuklearisierung Westeuropas Vorrang vor Rüstungskontrollergebnissen im konventionellen und chemischen Bereich habe. Daher sei wichtig, sicherzustellen, daß die Allianz der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa in den nächsten Jahren Vorrang einräume. SNF-Rüstungskontrolle sei für den Westen erst dann spruchreif, wenn sich im konventionellen und chemischen Bereich Ergebnisse konkreter abzeichneten.
– Schließlich wird die Frage des Verhandlungsforums aufgeworfen (bilateral USA/SU, multilateral: alle betroffenen Staaten, Einbeziehung in KRK), ohne eine Präferenz erkennbar werden zu lassen.

d) Arms Control Options

Vorgestellt werden vier Optionen, mit der einleitenden Warnung, daß damit nicht impliziert werden solle, daß irgendeine dieser Optionen eine akzeptable Perspektive eröffne. Im einzelnen handelt es sich um

– Vollständige Eliminierung aller bodengestützter SNF-Raketensysteme,
– Reduzierung der SNF-Raketensysteme auf gleiche Obergrenzen,
– gleiche Obergrenzen für nukleare Gefechtsköpfe in Europa,
– einseitige westliche Reduzierungsmaßnahmen („arms control by example“).

Die britischen Argumente zu Vorteilen und Nachteilen dieser vier Optionen werden im Anhang dargestellt. Von einer direkten Abwägung von Pro und Contra sieht das britische Papier ab. Es wird jedoch der Eindruck vermittelt, daß in allen Fällen die Nachteile überwiegen.

3) Bewertung

Positiv ist zu bewerten, daß die Briten sich nun erstmals mit konkreten Fragen der SNF-Rüstungskontrolle befassen. Das britische Papier geht von einem Ansatz

Fortsetzung Fußnote von Seite 1436

Entscheidungen nur in einem größeren politischen Zusammenhang getroffen werden können und daß jetzt keine Minister-Entscheidungen zu einzelnen Systemen erforderlich sind. Die Studie solle der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1988 in Den Haag vorgelegt werden. Vgl. VS-Bd. 14157 (010); B 150, Aktenkopien 1988.

aus, der von Status-quo-Denken und der unbedingten Anerkennung des Primats der geltenden NATO-Strategie geprägt ist. Unter diesen Voraussetzungen kommt die britische Analyse zu einer insgesamt skeptischen Beurteilung der Möglichkeiten für SNF-Rüstungskontrolle.

Charakteristisch für den britischen Ansatz ist eine Argumentationsweise, die nicht anders wäre, wenn sich die rüstungskontrollpolitischen und ost-west-politischen Voraussetzungen nicht verändert hätten. Das INF-Abkommen und die neue Politik Gorbatschows werden in das britische Kalkül nicht erkennbar einbezogen. Die Frage, ob sich mit der sich vollziehenden Entwicklung nicht auch die Chancen erhöht haben, durch SNF-Rüstungskontrolle einen Abbau der sowjetischen Überlegenheit zu erreichen und damit mehr Stabilität in Europa zu schaffen, wird nicht näher geprüft.

Die Gültigkeit der britischen Analyse wird auch dadurch geschmälert, daß die von den sowjetischen nuklearen Kurzstreckenwaffen ausgehende Bedrohung nicht eingehend dargestellt wird. (Insoweit bleibt das britische Papier hinter der SNF-Studie der HLG zurück, die die SNF als „a formidable threat to NATO's forward defense" bezeichnet und zu dem Schluß kommt: „A significant reduction of the WP SNF missiles ... would be of overall value to NATO's security.") Dementsprechend werden die Konsequenzen einer asymmetrischen Reduzierung nicht hinreichend gewürdigt: Einerseits eine beschränkte Reduzierung des NATO-Potentials/andererseits eine drastische Verringerung der sowjetischen Bedrohung. Während sich daraus der Schluß ergeben würde, daß SNF-Rüstungskontrolle gerade für den Westen ein lohnendes Ziel sein müßte, vertritt das britische Papier den Standpunkt, daß die Fortsetzung des Prozesses der nuklearen Rüstungskontrolle in Europa in erster Linie ein überragendes sowjetisches Anliegen sei.

4) Vorgehen

Es wäre für uns sicherlich erstrebenswert, im INF-Bereich größere Gemeinsamkeit mit Großbritannien zu erreichen und diese auch bei den Beratungen des NATO-Rats über das Gesamtkonzept einsetzen zu können. Die Aussichten hierfür sind jedoch nicht gut.

Bei den letzten Diskussionen im NATO-Rat hat sich gezeigt, daß Großbritannien von allen Bündnispartnern unseren Vorstellungen zur Entwicklung rüstungskontrollpolitischer Positionen für SNF den schärfsten Widerstand entgegensetzt. Es ist daher zu befürchten, daß bilaterale Konsultationen über SNF-Rüstungskontrolle derzeit im wesentlichen über eine Gegenüberstellung konträrer Positionen nicht hinausgehen werden. Gleichwohl sollten wir das Gespräch über SNF-Rüstungskontrollmöglichkeiten mit Großbritannien führen. Es erscheint jedoch vorteilhaft, dieses Gespräch im Rahmen der regulären sicherheitspolitischen Konsultationen[14] und damit in einem umfassenderen Kontext, in dem auch unsere gemeinsamen Zielsetzungen mit Großbritannien zum Ausdruck kommen, zu führen. Die nächste Runde dieser Konsultationen soll noch in diesem Jahr in Bonn stattfinden. Ein konkreter Termin ist noch zu vereinbaren.

Hofstetter
Roßbach

14 Der Passus „im Rahmen … Konsultationen" wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

[Anhang]

Anhang Arms Control Options

– Vollständige Eliminierung aller bodengestützten SNF-Raketensysteme

  Vorteile: Beseitigung besonders bedrohlicher sowjetischer Systeme; stark asymmetrische Reduzierungen zu Lasten des WP (14 : 1 bei Werfern); relativ gute Verifizierbarkeit.

  Nachteile: Aufgabe von für Abschreckung wichtigen Systemen; Sowjets könnten Einbeziehung luftgestützter Flugkörper, Bomben und Artillerie fordern; Schwierigkeit, dann weitere Denuklearisierung in Europa aufzuhalten; nicht konsistent mit Reykjavik-Formel; über Erfassung zweifach einsetzbarer Systeme werden die konventionellen Fähigkeiten beeinträchtigt.

– Reduzierung der SNF-Raketensysteme auf gleiche Obergrenzen

  Vorteile: Kommt Reykjavik-Formel am nächsten; stark asymmetrische Reduzierungen; würde NATO SNF-Flugkörper belassen.

  Nachteile: Falls Launcher Zählkriterium: für NATO ungünstiges Verhältnis Launcher–Raketen, falls Raketen Kriterium: Reduzierung wäre nicht darstellbar, da Raketenzahl nicht bekannt. (Anmerkung: Letzteres Argument ist nicht überzeugend.) Kein Anreiz für SU, größere eigene Reduzierungen zu akzeptieren, wenn die NATO gleichzeitig eigene Systeme behalten und modernisieren darf; schwer verifizierbar; Gefahr weiterer Denuklearisierung; Beeinträchtigung konventioneller Fähigkeiten in der NATO; Dislozierung neuer bodengestützter Flugkörper innenpolitisch kaum durchsetzbar, falls – wie zu erwarten – Sowjets ihre vollständige Abschaffung vorschlagen; Finanzierung neuer Systeme durch die USA auf dieser Basis fraglich.

– Gleiche Obergrenzen für nukleare Gefechtsköpfe in Europa

  Vorteile: Bei signifikanten Reduzierungen öffentlichkeitswirksam – NATO übernähme Initiative; NATO wäre frei zu modernisieren und geeigneten nuklearen Mix festzulegen; in Übereinstimmung mit Verlagerung zu größeren Reichweiten auf Kosten von Gefechtsfeldwaffen.

  Nachteile: Festlegung und Einigung im Bündnis auf Obergrenze schwierig; kaum Beschränkung von sowjetischen SNF-Flugkörpern; automatische Einbeziehungen von Flugzeugen; kaum verifizierbar; wohl nur wirksam bei weltweiter Regelung.

– Einseitige westliche Reduzierungsmaßnahme („arms control by example“) (Die NATO würde ihre SNF restrukturieren und stark reduzieren und WP auffordern, dem Beispiel zu folgen.)

  Vorteile: Öffentlichkeitswirksam; NATO bliebe frei bei Umstrukturierung und Modernisierung; keine Rüstungskontrollverhandlungen nötig; kein Verifikationsbedarf.

  Nachteile: Keine Verpflichtung für SU, sondern nur Anreiz; Präzedenzfall für nicht verifizierbare Rüstungskontrollgesten; mögliche sowjetische Antwort würde weitere Reduzierungen implizieren.

VS-Bd. 12250 (220)

274

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Mulack

513-655.11 ITA **30. September 1988**

Über Dg51[1], D5[2], Herrn Staatssekretär[3] Herrn Bundesminister

Betr.: Soldatenfriedhof Costermano;
hier: Volkstrauertag 1988[4]

Bezug: Ihre Weisung

Anlg.: 1

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Als Anlage wird weisungsgemäß Sachstand zum Thema Soldatenfriedhof Costermano/Volkstrauertag 1988 vorgelegt.

Mulack

[Anlage]

Sachstand

Betr.: Soldatenfriedhof Costermano;
hier: Volkstrauertag 1988

1) Der deutsche Soldatenfriedhof Costermano in der Provinz Verona wurde nach Umbettungen 1967 durch den VDK eingeweiht. In Costermano liegen 21951 deutsche Gefallene aus dem II. Weltkrieg begraben.

Seit 20 Jahren finden zum Volkstrauertag entsprechende Gedenkfeiern in Costermano unter Beteiligung der italienischen Seite, insbesondere der Gemeinde von Costermano, statt. Auch italienische Verbände nehmen Totenehrungen in Costermano vor. In Costermano gibt es auch einige Gräber von ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS, darunter das Grab Wirth (seit 1967). Diese Tatsache hat in der Vergangenheit nie zu Beanstandungen oder Unstimmigkeiten geführt.

Alle Gedenkfeiern in Costermano sind in der Vergangenheit harmonisch verlaufen. Erst nachdem Herr Steinkühler sein Amt als Generalkonsul in Mailand angetreten hat, kam es im Jahre 1987 erstmalig zu Meinungsverschiedenheiten über die Durchführung der Gedenkfeier in Costermano zwischen dem Generalkonsul und dem VDK.[5] Generalkonsul Steinkühler kritisierte die Rede des Präsidenten des VDK, Haßkamp, bei einer Feierstunde in Costermano am 16.5.1987[6]

1 Hat Ministerialdirigent Freiherr von Stein am 30. September 1988 vorgelegen.
2 Hat Ministerialdirektor Oesterhelt am 30. September 1988 vorgelegen.
3 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 30. September 1988 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Jansen am 4. Oktober 1988 vorgelegen.
4 13. November 1988.
5 Zur Kontroverse um den Volkstrauertag 1987 auf dem Soldatenfriedhof Costermano vgl. AAPD 1987, II, Dok. 309 und Dok. 350.
6 Am 16. Mai 1987 fand eine Gedenkveranstaltung anläßlich des 20. Jahrestags der Einweihung des deutschen Soldatenfriedhofs in Costermano statt. Für die Rede des Präsidenten des VDK, Haßkamp, vgl. die Anlage zum Schreiben des VDK vom 10. November 1987; B 85 (Referat 513), Bd. 1778.

und verlangte daraufhin, daß bei der Feierstunde zum Volkstrauertag 1987 nur er eine Rede halten dürfe, nicht jedoch der VDK. Der VDK lehnte daraufhin die Beteiligung am Volkstrauertag 1987 in Costermano ab. Die damaligen Bemühungen des Amtes, Herrn Steinkühler umzustimmen, sind gescheitert.

2) Mit Bericht vom 5.8.1988[7] machte unser Generalkonsul in Mailand darauf aufmerksam, daß in einem italienischen Buch von Adolfo Scalpelli (1988 im Mailänder Mandadori-Verlag)[8] u. a. darauf hingewiesen wird, daß der frühere SS-Sturmbannführer Christian Wirth vom früheren Kriegsfriedhof in Opicina 1967 auf den Friedhof Costermano umgebettet worden ist. Wirth war Angehöriger der „Einsatzgruppe Reinhard" in Italien. Er ist von italienischen Widerstandskämpfern getötet worden.

GK Steinkühler forderte in seinem Bericht vom 5.8.1988 die Umbettung von Wirth, da dessen Grab sowohl die Empfindungen der Italiener als auch die Würde der dort beigesetzten deutschen Soldaten beschädige. Mit Fernschreiben vom 2.9.1988[9] wiederholte GK Steinkühler die Bitte nach Umbettung von Wirth und fügte hinzu, daß er ggf. die Feierstunde kurzfristig statt in Costermano auf einem anderen Friedhof begehen werde.

Die Angelegenheit ist am 26.8.1988 von RL 513 i.V.[10] mit der Bitte um Stellungnahme[11] an den Generalsekretär des VDK herangetragen worden. Dieser sah sich außerstande, dem Wunsch von Herrn Steinkühler nachzukommen. Das würde für den VDK nämlich bedeuten, daß er weltweit alle deutschen Soldatenfriedhöfe überprüfen und nachträglich eine Art „Verurteilung der Gebeine" durchführen müsse. Es sei nicht Aufgabe des VDK, Urteile über die sterblichen Reste eines Kriegsteilnehmers zu fällen. Dieses widerspräche dem Gedanken der Versöhnung über den Gräbern und sei auch in der praktischen Konsequenz nicht durchführbar. Die Umbettung könnte auch nicht ohne Einverständnis der Familie erfolgen. Der VDK nähme die Sache sehr ernst, der Vorstand würde sich damit befassen. Man sei über das Verhalten des GK sehr irritiert.

Mit Drahterlaß vom 15.9.1988[12] erging Weisung an den GK Mailand, daß die Umbettung von Wirth vom VDK aus prinzipiellen Gründen nicht durchgeführt werden könne. Es wurde ferner mitgeteilt, daß sich der Vorstand des Volksbundes mit dem Problem intensiv befassen wird. (Der VDK wird beim Militärgeschichtlichen Forschungsamt versuchen, Näheres über den Einsatz von Wirth in Erfahrung zu bringen.[13])

7 Für den Schriftbericht Nr. 453 des Generalkonsuls Steinkühler, Mailand, vom 5. August 1988 vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 1778.

8 Vgl. Adolfo SCALPELLI (Hrsg.), San Sabba. Istruttoria e processo per il Lager della Risiera, 2 Bände, Mailand 1988.

9 Für den Drahtbericht Nr. 103 des Generalkonsuls Steinkühler, Mailand, vom 2. September 1988 vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 1778.

10 Gunter Mulack.

11 Die Wörter „Bitte um Stellungnahme" wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hier hätte wohl mindestens die Abteilungsleitung befaßt werden müssen."

12 Für den Drahterlaß Nr. 8977 des Vortragenden Legationsrats Mulack vom 15. September 1988 an das Generalkonsulat Mailand vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 1778.

13 Der Abteilungsleiter im Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Foerster, teilte dem VDK-Generalsekretär Barth mit Schreiben vom 5. Oktober 1988 mit: „1) Der ehemalige Stuttgarter Kriminalrat

Als Linie der Abteilung 5 wurde dem GK Mailand mitgeteilt, daß nach Auffassung des AA auch in diesem Jahr wieder traditionell eine Feierstunde zum Volkstrauertag auf dem deutschen Soldatenfriedhof Costermano stattfinden soll. Sollte sich der Generalkonsul in Mailand nicht in der Lage sehen, diese Feierstunde durchzuführen, werde angeregt, daß sein Vertreter oder ein Vertreter der Botschaft Rom zusammen mit dem VDK die Feierstunde durchführt.

Mit DB Nr. 112 aus Mailand vom 19.9.1988 teilte Generalkonsul Steinkühler mit, daß er aus Gewissensgründen die Feierstunde nicht durchführen könne.[14] Mit DB Nr. 114 vom 20.9.1988[15] teilte sein ständiger Vertreter Funke die Bereitschaft mit, die Feierstunde durchzuführen, und hat dazu schriftlich eine Erklärung nachgereicht.

Der VDK wurde unterrichtet, daß er zusammen mit Herrn Funke die Feierstunde zum Volkstrauertag 1988 in Costermano durchführen könne. Die Frage der Umbettung von Wirth sei vom VDK in eigener Verantwortung zu entscheiden.

Damit war die Angelegenheit zunächst für erledigt anzusehen.

3) Am 18.9.1988 erschien plötzlich im Corriere della Sera eine Besprechung des Buches von Adolfo Scalpelli, auf das das GK Mailand Bezug genommen hatte. Dabei wird Wirth ausdrücklich erwähnt, ohne allerdings auf die Grablage in Costermano einzugehen. Wieso dieser Artikel im Corriere della Sera jetzt erschienen ist, kann nur vermutet werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1441

Christian Wirth war unter dem SS-Gruppenführer Odilo Globocnik an der Aktion ‚T 4' beteiligt. Die Aktion ‚T 4' war eine Tarnbezeichnung für die Verschleierung des Unternehmens ‚Gnadentod', d. h. der Euthanasie ‚lebensunwerten Lebens' […]. 2) Wirth gehörte ab 1942 im Zuge der ‚Aktion Reinhard' bzw. des ‚Einsatzes Reinhard' zum engsten Stab des SS- und Polizeiführers (SSPF) im Distrikt Lublin (Generalgouvernement), der die ‚Aktion Reinhard' durchführte. Bei der ‚Aktion Reinhard' handelte es sich einerseits um die Konfiszierung persönlichen Eigentums aller Art sowie monetärer Mittel polnischer Juden und andererseits um die Errichtung der Vernichtungslager (Konzentrationslager) Treblinka, Bełzec und Sobibor. […] 3) […] Für die Konstruktion der Vernichtungslager Sobibor, Belzec und Treblinka war SS-Sturmbannführer Wirth verantwortlich, der auch die Bauaufsicht führte. Die Lager wurden in der ersten Hälfte 1942 gebaut. Bis zur Versetzung Wirths nach Istrien im Herbst 1943 sind in den drei genannten KZ über 1,5 Millionen Menschen ermordet worden. […] 4) Im Herbst 1943 versetzte Himmler Odilo Globocnik als Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) ‚Operationszone Adriatisches Küstenland' nach Istrien. Globocnik nahm den größten Teil seines Stabes von Lublin nach Istrien mit. Hierzu gehörte auch der SS-Sturmbannführer Christian Wirth." Aufgabe sei „die Bekämpfung der jugoslawischen und italienischen Partisanen sowie die Deportation der im istrischen Raum lebenden Juden" gewesen: „Bereits im Frühjahr 1944 wurde Wirth in der Nähe von Triest von Partisanen getötet". Vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 1778.

14 Generalkonsul Steinkühler, Mailand, teilte mit: „Die Auffassung des Verbandes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, wonach Träger des nationalsozialistischen Regimes, das nach rechtsstaatlichen Grundsätzen verbrecherisch war, durch die Tatsache, daß sie tot sind, exkulpiert werden, so daß, wie es jetzt in Costermano geschehen soll, betroffene Personen und Staaten erneut Verletzungen erfahren, behalte ich mir vor, verfassungsrechtlich überprüfen zu lassen. Es kommt nicht auf die Vorstellungen des VDK, sondern auf die Empfindungen des Gastlandes an. Dies entspricht den grundsätzlichen, vom Auswärtigen Amt für die Begehung des Volkstrauertages erlassenen Weisungen. Sollte ich mich veranlaßt sehen, das Bundesverfassungsgericht anzurufen, werde ich mich auf die Haltung stützen können, die die Bundesregierung entwickelt hat, bevor der Bundeskanzler und der amerikanische Präsident 1984 den Friedhof von Bitburg besuchten. […] Nach meinem Empfinden läßt sich Versöhnung nicht durch die Einbeziehung von Straftätern in die Ehrung von Kriegstoten herstellen. Ich glaube, daß wir nicht von Opfern erwarten können, uns über die Gräber der Täter hinweg zu vergeben. Die Täter müssen wir selbst aufnehmen und versuchen, uns moralisch mit ihnen auseinanderzusetzen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 112 vom 19. September 1988; B 85 (Referat 513), Bd. 1778.

15 Für den Drahtbericht Nr. 114 des Kanzlers I. Klasse Funke, Mailand, vom 20. September 1988 vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 1778.

Wegen der Möglichkeit einer Erörterung des Themas Wirth in der italienischen Presse berichtete Botschafter Ruth mit Drahtbericht 1458 v. 21.9.1988[16] über das Thema und wies auf die möglichen negativen Folgen einer publizistischen Auseinandersetzung hin. Er nahm das Thema auch mit dem örtlichen Vertreter des VDK auf.

Die weitere Entwicklung der Angelegenheit wurde zwischen RL 513 i.V. und dem Generalsekretär des VDK, Barth, laufend besprochen. Der VDK sieht das Problem im Verhalten des Generalkonsuls und nicht im Grabe Wirth. Er stimmte mit uns überein, daß eine öffentliche Diskussion der Sache auf jeden Fall vermieden werden muß. Der VDK behielt sich jedoch vor, beim BM oder BK wegen des Verhaltens von Generalkonsul Steinkühler Beschwerde einzulegen („Abberufung verlangen"). Mit der Angelegenheit werde sich noch eine außerordentliche Vorstandssitzung des VDK befassen.

RL 513 i.V. informierte Botschafter Ruth am 21.9. vor dessen Abreise nach Mailand telefonisch, er möge Herrn Steinkühler beruhigen, um so eine Befassung der Öffentlichkeit mit der Sache zu vermeiden. Dabei könne Herrn Steinkühler gesagt werden, daß der VDK die Sache ernst nehme und sich in einer Vorstandssitzung mit dem Problem befassen würde.

4) Botschafter Ruth wird am 6.10.88 in Bonn sein, wo die Frage nochmals besprochen wird. Der Generalsekretär des VDK, Barth, wird dazu nach Bonn kommen können.

5) Nach Erörterung der Thematik in der Direktorenrunde am 22.9.88 wird Abteilung 5 bei oben aufgezeigter Linie bleiben.[17]

6) Mit DB Nr. 119 vom 29.9.1988 behauptete Generalkonsul Steinkühler, Botschafter Ruth teile seine Auffassung (Notwendigkeit der Umbettung), und teilte mit, er habe entsprechend die Vorbereitung für den Volkstrauertag in Costermano unterbrochen.[18]

16 Botschafter Ruth, Rom, berichtete: „Es bereitet mir zunehmend Sorge, daß das Grab des ehemaligen SS-Sturmbannführers Christian Wirth auf dem Soldatenfriedhof Costermano zu einem Thema der öffentlichen Diskussion in Italien und zu einer Belastung für die Beziehungen der Region am Gardasee zum deutschen Soldatenfriedhof werden könnte. […] Für unsere ital[ienischen] Freunde in Costermano und Umgebung wäre es m.E. eine große Belastung, wissen zu müssen, daß auf dem Soldatenfriedhof, dem ihr Respekt gilt, ein Mann begraben ist, der für den gewaltsamen Tod zahlreicher italienischer Menschen persönlich verantwortlich ist." Mit der Diskussion in Bitburg sei das Problem in Costermano nicht vergleichbar, „weil es sich um das Grab eines SS-Angehörigen in Italien handelt, dem Verbrechen gegen Italiener nachgewiesen werden". Ruth regte an, mit dem VDK mit der Zielsetzung zu sprechen, „die Überreste von Wirth umzubetten (dies sollte, wie mir hier vom Vertreter des VDK gesagt wird, nicht schwierig sein, weil unter den Grabplatten in niedriger Tiefe kleine Sarkophage die Überreste enthalten)". Der VDK „könnte versuchen, Familienangehörige – falls sie vorhanden sind – dafür zu gewinnen, diese Umbettung zu wünschen und zu veranlassen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1458 vom 21. September 1988; B 85 (Referat 513), Bd. 1778.

17 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Der Minister hat sich am 23.9. vorbehalten, die Sache auf dem Flug nach New York mit Botschafter Ruth zu besprechen."

18 Generalkonsul Steinkühler, Mailand, teilte mit: „1) Botschafter Ruth erklärte mir am 23.9. mündlich, er teile meine Auffassung, daß die sterblichen Überreste von SS-Sturmbannführer Wirth nicht auf dem Soldatenfriedhof in Costermano verbleiben könnten und in die Bundesrepublik überführt werden müßten. Er bitte, daß der ständige Vertreter des GK die Vorbereitungen für die Veranstaltung des Volkstrauertages unterbreche und das GK weitere Weisungen des Auswärtigen Amtes, die er veranlassen werde, abwarte. Ich habe der Bitte von Botschafter Ruth entsprochen. 2) Da die in Aussicht gestellten Weisungen bisher nicht eingegangen sind, erinnere ich daran, mir diese zu erteilen, zumal die Pflegestelle Süd des VDK erneut dazu übergegangen ist, auf die Festlegung der Uhrzeit der Feierstunde zu drängen." Vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 1778.

7) Mit DE vom 30.9.1988[19] wurde GK Steinkühler von D5 gebeten, die Angelegenheit Volkstrauertag in Costermano seinem Vertreter zu überlassen (hierzu erfolge gesonderte Weisung) und selbst bis auf weiteres in dieser Angelegenheit nicht mehr in irgendeiner Weise tätig zu werden.

Referat 010, Bd. 178923

275

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Suharto in Jakarta

2. Oktober 1988[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Präsidenten der Republik Indonesien, Suharto, am 2. Oktober 1988, 10.25 Uhr bis 11.30 Uhr im Istana-Merdeka-Palast in Jakarta[2]

Teilnehmer: ein Note-taker des Präsidenten; Horst Teltschik, Ministerialdirektor; Dr. Hans Poetzelberger, Dolmetscher.

Präsident *Suharto* knüpfte an das vorausgegangene Gespräch mit der deutschen Wirtschaftsdelegation an. Er erläuterte dem Bundeskanzler sein Schwerpunktprogramm zum Ausbau der Infrastruktur seines Landes. Sein Ziel sei es vor allem, die Transport- und Kommunikationskapazitäten auszubauen. Das Infrastrukturprogramm umfasse deshalb alle Bereiche zu Wasser, zu Lande und in der Luft. Damit wolle er vor allem die mittelständischen Betriebe entwickeln, die eine Brücke zwischen der Landwirtschaft und der Industrie bilden.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete diese Politik als sehr klug. Die Verknüpfung von Landwirtschaft und Industrie sei eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Entwicklung eines Landes. Er habe noch letzte Woche darüber mit den Präsidenten des Internationalen Währungsfonds[3] und der Weltbank[4] in Berlin anläßlich der Jahrestagung[5] gesprochen. Sie seien sich einig gewesen, daß es

19 Für den Drahterlaß Nr. 44 des Vortragenden Legationsrats Mulack vom 30. September 1988 an das Generalkonsulat Mailand vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 1778.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 11. Oktober 1988 gefertigt und mit Begleitschreiben vom 18. Oktober 1988 an Bundesminister Genscher „zu Ihrer Kenntnisnahme“ übermittelt. Vgl. Referat 342, Bd. 144484.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel am 20. Oktober 1988 vorgelegen, der um eine Kopie für Referat 341 bat sowie die Weiterleitung an Referat 342 und Ministerialdirigent Zeller „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ahrens am 25. Oktober 1988 vorgelegen.
Hat Zeller vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 342, Bd. 144484.

2 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 29. September bis 3. Oktober 1988 in Indonesien auf. Anschließend besuchte er vom 3. bis 5. Oktober 1988 Australien. Vgl. dazu Dok. 280.

3 Michel Camdessus.

4 Barber B. Conable.

5 Zur Jahrestagung von IWF und Weltbank vom 27. bis 29. September 1988 in Berlin (West) vgl. Dok. 285.

eines der Hauptprobleme sei, daß viele Staaten den Sprung in die Großindustrie versuchen würden, ohne über eine ausreichende Infrastruktur zu verfügen. Der Präsident weise mit Recht auf diese Notwendigkeit hin. Es sei deshalb nicht verwunderlich, daß es in einigen Ländern eine Reihe von Entwicklungsruinen gebe. Er sage deshalb ganz offen, daß er die Politik des Präsidenten für sehr bedeutsam halte, weil sie solide sei. Man müsse Schritt für Schritt vorangehen.

Indonesien werde im nächsten Jahrhundert einer der wichtigsten Staaten in der internationalen Politik sein. Erfreulicherweise gebe es zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Indonesien keine Probleme und keine gemeinsame koloniale Vergangenheit. Er wolle deshalb das Angebot erneuern, die Beziehungen eng und freundschaftlich im Rahmen der Möglichkeiten auszubauen. Dabei bleibe er durchaus Realist, der sehr genau die strategische Rolle der USA in dieser Region sehe. Sie stelle für die Bundesrepublik als den wichtigsten Partner der USA jedoch kein Problem dar. Obwohl die Bundesrepublik der wichtigste Verbündete der USA in Europa sei, sei dennoch gelegentlich Streit unvermeidbar. Indonesien werde sicherlich ähnliche Erfahrungen gemacht haben. Schließlich könne man sich nicht alles gefallen lassen. Er verweise nur auf das neue amerikanische Handelsgesetz, das die Gefahr des Protektionismus erhöhe, obwohl die Amerikaner ständig öffentlich für den freien Welthandel eintreten würden.[6]

Der Bundeskanzler erklärte, daß er auch die sehr starke Rolle Japans in der asiatischen Region zur Kenntnis nähme. Japan würde sich noch immer sehr schwertun, einen freien Welthandel zu akzeptieren. Er habe dem japanischen Ministerpräsidenten Takeshita bei dessen Besuch in Bonn gesagt, daß die Bundesrepublik Deutschland unter gleichen Bedingungen keine Probleme im wirtschaftlichen Wettbewerb habe.[7] Es sei sicherlich auch im Interesse des Präsidenten, wenn sich die Europäer in Indonesien engagieren würden. Indonesien brauche mehrere Karten in der Hand. Dies erhöhe seine Chancen.

Die Bundesrepublik Deutschland sei industriell die Nummer 1 in Europa und werde es auch bleiben. Allein in diesem Jahr würden 60 Milliarden DM in die Forschung investiert. Nie zuvor sei in verschiedenen Bereichen mehr in die Forschung investiert worden. Damit habe man im Pro-Kopf-Vergleich mit den USA und Japan gleichgezogen. Auch dies sollte Indonesien ermutigen, mit der Bundesrepublik Deutschland zusammenzuarbeiten. Sie sei auch bereit, im Bereich der Infrastruktur Unterstützung zu leisten.

Der Bundeskanzler berichtete über sein Gespräch mit dem Minister für Forschung und Technologie, Habibie. Von diesem habe er auch erfahren, wie sehr er mit den Schiffen zufrieden sei, die von der Meyer Werft geliefert worden seien.[8] Der *Präsident* bestätigte dies.

6 Zum amerikanischen Handelsgesetz vom 23. August 1988 („Omnibus Trade and Competitiveness Act of 1988“) vgl. Dok. 239, Anm. 3.

7 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Takeshita am 5. Mai 1988 vgl. Dok. 136.

8 Am 4. Mai 1987 unterzeichneten die Bundesrepublik und Indonesien in Jakarta ein Abkommen über Finanzielle Zusammenarbeit, das die Gewährung eines Darlehens der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Höhe von 110 Mio. DM zum Kauf eines Passagierschiffs der Meyer Werft regelte. Es war das siebte durch Indonesien von der Meyer Werft erworbene Passagierschiff. Für das Abkommen vgl. Referat 342, Bd. 144511.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß er hoffe, daß der Präsident seine Einladung zu einem Besuch in die Bundesrepublik Deutschland annehmen werde. Dann sollten sie gemeinsam die Meyer Werft besuchen. Dieses Unternehmen sei auch deshalb imponierend, weil es sich um einen Familienbetrieb handele. Er würde sich wünschen, wenn auch bald das achte und neunte Passagierschiff von der Meyer Werft gebaut werden könnte. Er sei bereit, über die Finanzierung dieser Schiffe noch mit sich reden zu lassen.

In diesem Zusammenhang sprach der Bundeskanzler auch das Projekt der Frachtschiffe an. Dabei ginge es vor allem um die Lieferung von Komponenten aus der Bundesrepublik Deutschland für den Bau der Schiffe in Indonesien selbst. Er sei bereit, zu Hause noch einmal über die Finanzierung Gespräche zu führen, damit ein vernünftiges Angebot abgegeben werden könne.

Er habe auch gehört, daß es innerhalb der indonesischen Regierung Überlegungen zum Bau von Fregatten gebe. Er wolle dem Präsidenten deutlich machen, daß die Bundesregierung sehr strenge Maßstäbe an Waffenexporte anlege und ihre Rüstungsexportpolitik sehr restriktiv handhabe.[9] Andernfalls würde die Bundesrepublik Deutschland bald zum größten Waffenhändler der Welt werden. Dies sei aber nicht sein Interesse. Auf diesem Gebiet wolle er weder mit Präsident Mitterrand noch mit Premierminister Thatcher konkurrieren.

Tatsache sei jedoch, daß die Bundesrepublik gute Produkte herstelle. Er wolle deshalb dem Präsidenten deutlich sagen, daß er bereit sei, die notwendigen Exportgenehmigungen zu bewilligen, wenn die deutschen Angebote zum Bau der Fregatten zum Zuge kämen.[10] Der Präsident solle wissen, daß er in diesem Punkte mit keinerlei Problemen rechnen müßte, auch wenn die Bundesregierung in anderen Fällen restriktiver verfahre.

Darüber hinaus wolle er dem Präsidenten vorschlagen, eine kleine Expertengruppe in die Bundesrepublik zu entsenden, wenn das indonesische Gesamtkonzept zur Entwicklung der Infrastruktur erarbeitet sei. Er biete vertrauliche Gespräche über Möglichkeiten der Zusammenarbeit und der Unterstützung für ein solches Infrastrukturprogramm an. Der *Präsident* stimmte diesem Vorschlag zu.

Der *Bundeskanzler* unterstrich noch einmal sein Interesse, in die beiderseitigen Beziehungen neuen Schwung hineinzubringen. In aller Freundschaft wolle er das noch einmal wiederholen, was er beim gestrigen Abendessen dazu gesagt habe.[11]

Der Bundeskanzler berichtete, daß die Volksrepublik China große Anstrengungen unternehme, die Beziehungen zur Bundesrepublik zu intensivieren. Sein

9 Zur Regelung des Rüstungsexports in der Bundesrepublik vgl. Dok. 23, Anm. 4.

10 Mit Schreiben vom 16. April 1987 informierte die Firma Blohm+Voss das Auswärtige Amt darüber, daß die indonesische Regierung um ein Angebot für die Lieferung von drei fertigen Fregatten des Typs „MEKO 200“ sowie die „Lieferung von diversen Materialpaketen und der gesamten technischen Dokumentation für den Bau von weiterhin 20 Fregatten auf einer indonesischen Werft nach Plänen und mit Unterstützung von B+V“ gebeten habe. Vgl. Referat 424, Bd. 137514.
Am 8. Dezember 1987 teilte Legationsrat I. Klasse Cappell der Firma Blohm+Voss mit, daß die Bundesregierung eine Genehmigung der Lieferungen „in Aussicht“ stelle, „sofern sich die Umstände, die dieser Entscheidung zugrunde liegen, nicht ändern“. Vgl. Referat 424, Bd. 137514.

11 Vgl. dazu die Tischrede des Bundeskanzlers Kohl am 1. Oktober 1988 in Jakarta; BULLETIN 1988, S. 1169–1171.

Interesse sei es jedoch, keine Einseitigkeiten entstehen zu lassen. Er sei deshalb daran interessiert, Indonesien in die Zusammenarbeit einzubeziehen. Er sei deshalb auch bereit, wenn die Gespräche über das Gesamtkonzept zur Entwicklung der Infrastruktur in Indonesien stattfänden, auch über Fragen der Finanzierung zu sprechen.

In diesem Zusammenhang verwies der Bundeskanzler auf die Bedeutung des Kulturabkommens[12] hin. Sein Ziel sei es, den Austausch von Studenten und Praktikanten wesentlich zu verstärken. Er verstehe das Problem des Präsidenten, der ihn gestern auf das Problem hingewiesen habe, das entstehe, wenn die Zahl der Ingenieure und Fachleute zunehme, ohne daß ihren Ansprüchen Rechnung getragen werden könne. Dennoch sei er dafür, jetzt einen wichtigen Schritt zu tun, damit auch der Zugang zur Europäischen Gemeinschaft gesichert werden könne.

Der *Präsident* bedankte sich für die vielfältigen Anregungen des Bundeskanzlers. Er bekräftigte noch einmal, daß die Infrastrukturprobleme Indonesiens zu Wasser, zu Lande und in der Luft eine besonders wichtige Rolle spielen würden. Die von der Meyer Werft gebauten acht Schiffe würden eine ganz entscheidende Rolle für den Verkehr zwischen den Inseln spielen. Einige der noch benötigten Schiffe befänden sich noch auf dem Reißbrett. Indonesien brauche am Ende ca. 100 Schiffe. Es sei aber noch nicht in der Lage, alle Komponenten für diese Schiffe selbst herzustellen. Aus diesem Grunde müsse man deshalb auf andere Bezugsquellen zurückgreifen.

Auch die Luftverkehrsprobleme könnten nicht allein mit Helikoptern gelöst werden. Erforderlich sei ein Kurzstreckenverkehr zwischen den Inseln. Indonesien bevorzuge deshalb Flugzeuge mit 100 bis 150 Plätzen. Er habe es deshalb begrüßt, daß durch die Zusammenarbeit mit der Firma MBB ein entscheidender Schritt in diese Richtung getan werden konnte.[13]

Was die Kraftfahrzeuge beträfe, sei Indonesien ein geeigneter Platz als zentrale Produktionsstätte für ganz Asien. Dies setze allerdings voraus, daß Fahrzeuge hergestellt würden, die wettbewerbsfähig seien und den besonderen Bedingungen der asiatischen Region entsprechen würden. Im Verhältnis zur Konkurrenz sei die deutsche Produktion sehr teuer. In diesem Zusammenhang wies der Präsident darauf hin, daß in Indonesien ein neues Denken einsetze: Es verbreite sich die Erkenntnis, daß eine bessere Qualität, auch wenn sie im Augenblick die teurere sei, am Ende die produktivere und auch billigere sei. Darin liege gerade die Chance der Bundesrepublik Deutschland, warf der *Bundeskanzler* ein.

12 Am 28. September 1988 unterzeichneten die Bundesrepublik und Indonesien in Jakarta ein Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1991, Teil II, S. 433–436.

13 Das Bundesministerium für Wirtschaft übermittelte am 26. Oktober 1988 Informationen der Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB), denen zufolge das Unternehmen seit 1985 die Entwicklung eines Flugzeugs mit 70 bis 80 Sitzplätzen plane. Seitens Indonesiens werde indes „ein größeres Flugzeug, am besten mit 120 Sitzen", gewünscht. Da Indonesien anstrebe, nur neue Flugzeuge zu erwerben, „wurde mit Boeing, MBB und später Fokker eine Vereinbarung getroffen, ein größeres Flugzeug zu projektieren, A[dvanced]T[echnology]R[egional]A[ircraft]-90. Dieses Flugzeug hat fünf oder sechs Sitze in einer Reihe und in der Basisauslegung 100 Sitze. Nach letztem Kenntnisstand soll die Basisauslegung auf 115 Sitze vergrößert werden und ein Streckenpotential bis 140 Sitze haben, um den Markt unterhalb der A 320 und Boeing B 707 zu bedienen." Vgl. das Fernschreiben Nr. 1524; Referat 342, Bd. 144498.

Der *Präsident* berichtete, daß jetzt in der ASEAN-Region wie in Asien insgesamt damit begonnen werde, in Indonesien einzukaufen. Nach wie vor bestehe jedoch das große Problem, die Kommunikation zwischen den 30 000 Inseln aufrechtzuerhalten, auch wenn davon nur 13 000 bewohnt seien. Indonesien könne deshalb nicht auf die Benutzung von Satelliten verzichten. Deshalb müsse die Industrie daraus Konsequenzen ziehen und die entsprechenden Voraussetzungen schaffen. Auch das Telefonnetz bedürfe noch einer wesentlichen Ausweitung. Wenn die Zählungen richtig seien, verfüge Indonesien über 600 000 Anschlüsse. Aber es geschehe immer noch, daß Betriebe errichtet würden, ohne daß ein Telefonanschluß zur Verfügung stünde.

Voraussetzung dafür sei aber auch, daß genügend Elektrizität zur Verfügung stünde. Generell hätten sie den Grundsatz gefaßt, daß sie alles das nicht importieren wollten, was sie selbst herstellen könnten. Für die Produktion von Elektrizität sei für sie deshalb Wasser ein wichtiger Faktor. Bessere Kohle würde exportiert, die schlechtere würden sie selbst verbrennen. Erdöl und Erdgas würden sie soviel als möglich exportieren.

Wenn sie den Lebensstandard erhöhen wollten, müßten sie mit dem Aufbau von Industriezentren fortfahren. Im Bereich der Elektrizität und der Telekommunikation gingen sie von verschiedenen Modellen aus: Die Privatwirtschaft solle immer stärker beteiligt und gleichzeitig verpflichtet werden, die Verteilung sicherzustellen. Was das Fregattenprogramm betreffe, handele es sich um ein langfristiges Vorhaben mit dem Ziel, die Inselwelt zu schützen. In Surabaya könnten 100 Schiffe gebaut werden. Deren einziger Zweck sei es, die Inseln zu verteidigen.

Der Präsident bestätigte, daß auch für ihn der Austausch von Studenten und Lehrkräften sehr wichtig sei. Ein solcher Austausch werde in Indonesien sehr hoch eingeschätzt. Wenn sie in Indonesien von Entwicklung und Aufbau sprechen würden, würden sie die Menschen als Ganzes ansprechen. Geist und Körper stellen für sie eine Einheit dar. Es ginge für sie nicht nur um den materialistischen Menschen, sondern auch um die Entwicklung des ideellen Bereichs.

Der *Bundeskanzler* stimmte dieser Aussage nachdrücklich zu. Auch für ihn sei dies Teil der Identität, von der er gesprochen habe. Er wolle dem Präsidenten ganz ehrlich sagen, daß gerade dies ein Teil des Problems in der Bundesrepublik sei: Den Deutschen ginge es so gut wie nie zuvor. Dies stelle eine große Chance, aber auch eine Gefahr dar. Der Mensch lebe nicht vom Brot allein. Hier läge eines der entscheidenden Probleme der jungen Generation von heute.

Der Bundeskanzler bat den Präsidenten, noch einige bilaterale Punkte ansprechen zu können. So sei er zu Hause auf die Entscheidung der indonesischen Regierung angesprochen worden, Rattan nicht mehr zu exportieren.[14] Der *Präsident* lachte auf. Der *Bundeskanzler* erläuterte, daß in der Bundesrepublik von dieser Entscheidung vor allem Kleinbetriebe und Behindertenwerkstätten betroffen seien. Daraus entstünde ein besonderes Problem.

14 Botschafter Wallau, Jakarta, teilte am 4. Juli 1988 mit: „Überraschend gab ind[onesisches] Handelsministerium gestern vorzeitiges Inkrafttreten Exportverbots für halbverarbeitetes Rattan mit sofortiger Wirkung (ab. 1.7.1988) bekannt. G[eneral]D[irektor] Djamil rechtfertigte Maßnahme auf einer P[resse]-K[onferenz] mit notwendiger Reaktion auf Entwicklung Exports von Rattan-Halbfertigerzeugnissen, der seit Jahresbeginn sprunghaft von 4700 t (Januar 1988) auf 6600 t (März) und danach noch weiter angestiegen sei." Vgl. den Drahtbericht Nr. 753; Referat 342, Bd. 144490.

Der *Präsident* erwiderte, daß sie aufgrund ihrer Verfassung von 1945 zu Naturschutz bzw. zu Umweltschutz verpflichtet seien.[15] Er müsse auch daran denken, daß es in Indonesien einen Zuwachs von 11 Millionen Arbeitsplatzsuchenden gebe. Er wisse, daß inzwischen einige Unternehmer aus Indonesien nach Deutschland gereist seien. Aus seiner Sicht gehe es nicht nur um eine Exportgenehmigung, sondern auch um eine Vereinbarung über die Lieferung von Einzelteilen. Was man erreichen wolle, sei der Export von Rohstoffen, ihre Verarbeitung in Deutschland und eine Endverarbeitung in Indonesien. Er habe gestern Instruktionen gegeben, daß entsprechende Genehmigungen erteilt werden. Auch bei ihm seien Unternehmer vorstellig geworden.[16]

Der *Bundeskanzler* sprach im Anschluß daran den Wunsch des Berliner Zoos nach einem Paar Sumatra-Nashörnern an. Der *Präsident* erwiderte, daß die Möglichkeit bestünde, auf der Basis eines Tausches gegen andere Tiere diesem Wunsch zu entsprechen. Zur Zeit seien sie dabei, solche Nashörner mit Hilfe englischer Experten zu züchten. Er glaube, daß deshalb der Wunsch des Berliner Zoos auf der Basis eines Tausches arrangiert werden könne. Auf die Nachfrage des *Bundeskanzlers*, wie dies durchgeführt werden könne, erwiderte der *Präsident*, daß ein Mitarbeiter von ihm Botschafter Wallau Nachricht geben werde. Er werde den Wunsch des Bundeskanzlers über sein Auswärtiges Amt an das Landwirtschaftsministerium weiterleiten, das für die Durchführung verantwortlich sei. Anschließend werde Botschafter Wallau unterrichtet.

Anschließend sprach der *Bundeskanzler* den Haftfall Christina Franke an. Frau Franke sei 1985 zu fünf Jahren Haft wegen Rauschgiftbesitzes verurteilt worden. Er gebe zu, daß dies keine besonders sympathische Sache sei. Dennoch bitte er den Präsidenten zu prüfen, ob die Reststrafe erlassen werden könne. Der *Präsident* fragte noch einmal nach dem Zeitpunkt der Verurteilung und stellte dann fest, daß die Inhaftierte bereits drei Jahre verbüßt habe.

Der *Bundeskanzler* bat den Präsidenten, noch einen letzten Punkt ansprechen zu dürfen. Er habe sich lange überlegt, ob er den Präsidenten darauf ansprechen solle. Er sei jedoch der Auffassung, daß man unter Freunden offen reden könne. Er habe auch nicht die Absicht, dem Präsidenten einen Rat zu geben, aber es ginge ihm darum, die Angelegenheit anzusprechen, zumal es in Europa Kräfte gebe, die immer wieder versuchen würden, Indonesien international herabzusetzen. In diesem Zusammenhang würden viele Dinge über Indonesien berichtet, die dem Präsidenten wohl bekannt seien. Gerade im Zusammenhang mit der Diskussion über Menschenrechte würden jetzt in der deutschen Presse viele Artikel über einen indonesischen Schriftsteller erscheinen. Sein Name sei Pramoedya Ananta Toer. Es gebe zunehmend Hinweise, daß beabsichtigt sei, diesem Schriftsteller den Nobelpreis zu verleihen. Dies sei nicht auszuschließen. Er wolle dem Präsidenten nur sagen, daß er sich darauf psychologisch einstellen

15 Für den Wortlaut der indonesischen Verfassung vom 18. August 1945 vgl. CONSTITUTIONS OF NATIONS, II, S. 442–448.

16 Botschaftsrat I. Klasse Barth, Jakarta, informierte am 24. Oktober 1988: „Beim Wirtschaftsparallelgespräch am 2.10.1988 anläßlich BK-Besuchs in INO (30.9.–3.10.1988) hatte indon[esische] Seite Ausnahmeregelung für ‚humanitäre Zwecke' (Behinderten-Werkstätten) vom seit 1.7.1988 geltenden Exportverbot für Rattan-Halbfertigprodukte angekündigt. Einzelheiten sollten zwischen Handelsministerium und Botschaft besprochen werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1276; Referat 342, Bd. 144490.

müsse. Der Bundeskanzler fragte den Präsidenten, ob er den Schriftsteller persönlich kenne.

Der *Präsident* bejahte dies. Es handele sich um ein hochrangiges Mitglied der Kommunistischen Partei. Er sei seinerzeit gefangen gesetzt und unter der Bedingung wieder freigelassen worden, sich nicht weiter politisch zu betätigen. Dies habe er versprochen. Daraufhin sei ihm auch die Erlaubnis erteilt worden, weiter zu publizieren. In seinen neueren Schriften sei er wieder dazu übergangen, starke Bezüge zum Marxismus herzustellen. Deshalb habe der Nationale Planungsrat beschlossen, sein letztes Buch zu verbieten und es aus dem Verkehr zu ziehen. Aber nur dieses Buch sei aus dem Handel genommen worden. Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, ob die Behauptung zutreffe, daß der Schriftsteller unter Polizeiarrest stehe, erwiderte der *Präsident*, daß die Freilassung unter der Bedingung erfolgt sei, sich bestimmten Verhaltensregeln zu unterwerfen. Alle ehemaligen Häftlinge könnten sich frei bewegen, müßten jedoch immer angeben, wohin sie gehen wollen. Zur Zeit gebe es noch rd. 10 000 Anhänger der Kommunistischen Partei. Sie seien ursprünglich auf einer Insel interniert gewesen. Später sei ihnen eine Rückkehr erlaubt worden. Der *Bundeskanzler* bat den Präsidenten, noch einmal zu bedenken, mit welchen Auswirkungen er rechnen müsse, wenn diesem Schriftsteller der Nobelpreis verliehen werden sollte. Dies würde sicherlich großes Aufsehen erregen.

Der Bundeskanzler sprach die Entwicklung in Kampuchea an. Er begrüße die Initiativen, die der Präsident ergriffen habe.[17] Er fragte den *Präsidenten* nach den Erfolgsaussichten. Dieser erwiderte, daß jetzt ein erster Schritt getan worden sei, die verschiedenen Parteien an einen Tisch zusammenzuführen, damit sie in einem direkten Gespräch eine Lösung finden könnten. Ende dieses Monats werde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Folgekonferenz vorbereiten solle. Jetzt läge es an den vier Parteien, eine Lösung zu finden. Er hoffe, daß dann bei der zweiten Konferenz eine internationale Vereinbarung erreicht werden könne.

Die prinzipielle Position Indonesiens sei es, daß Vietnam Kampuchea verlasse, damit dieses sein Schicksal selbst bestimmen könne. Es bestehe jedoch die Gefahr, daß Pol Pot mit seinen Kräften zurückkehren werde. Dagegen sei es die Position der ASEAN-Staaten, eine Rückkehr von Pol Pot zu verhindern und zu erreichen, daß die Khmer Rouge ohne Pol Pot entscheidungsfähig sei. Aus den Gesprächen mit der Khmer Rouge ginge hervor, daß sie ihre Maximalforderungen bereits aufgegeben habe. Ihr Ziel sei es vor allem, an den Verhandlungen beteiligt zu sein. Wenn es gelänge, die Scharfmacher innerhalb der Khmer Rouge mit Hilfe der Volksrepublik China lahmzulegen, sei er sicher, daß der jetzige Sprecher der Khmer Rouge eine vernünftige Politik verfolgen werde.

Der *Bundeskanzler* fragte nach dem Einfluß der Volksrepublik China. Der *Präsident* berichtete, daß es eine öffentliche Erklärung der Volksrepublik China gebe, die deutlich mache, daß sie eine Rückkehr von Pol Pot und eine alleinige Machtübernahme durch die Khmer Rouge nicht wünsche.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers* nach dem Stand der Beziehungen zwischen Indonesien und der Volksrepublik China antwortete der *Präsident*, daß man begonnen habe, Beziehungen anzubahnen, allerdings bisher nur auf privater

[17] Zu den Bemühungen um eine Beilegung des Kambodscha-Konflikts vgl. Dok. 262, Anm. 8.

Ebene. Man befinde sich in einer Phase der gegenseitigen Annäherung. Das indonesische Volk verlange, daß sich die Volksrepublik China nicht in die inneren Verhältnisse Indonesiens einmische. Die chinesische Regierung habe schon früher erklärt, daß sie sich nicht einmischen wolle. Die Partei habe sich jedoch nicht daran gehalten.

Der *Bundeskanzler* fragte, ob es auch heute noch konkrete Hinweise dafür gebe, daß sich die Kommunistische Partei Chinas in die inneren Verhältnisse Indonesiens einmische. Der *Präsident* erwiderte, daß es sich früher um den klaren Fall einer Unterstützung gehandelt habe. Heute noch würden prominente indonesische Kommunisten in der Volksrepublik China leben. Sie seien dorthin geflohen und würden von der Kommunistischen Partei Chinas unterstützt. Sie würde auch heute noch die Kommunistische Partei Indonesiens offiziell anerkennen, obwohl diese nicht mehr existiere. Er schließe jedoch eine Änderung der chinesischen Politik nach den verschiedenen Auftritten Deng Xiaopings nicht mehr aus.

Der *Bundeskanzler* berichtete, daß er mit Deng Xiaoping und Zhao Ziyang auch über Indonesien gesprochen habe.[18] Beide hätten ihr Bedauern über die schlechten Beziehungen zu Indonesien geäußert. Ebenso würden sie bestreiten, sich in die inneren Verhältnisse Indonesiens einzumischen.

Der *Präsident* wies darauf hin, daß es zur Zeit Kontakte zur Volksrepublik China über die UN-Vertreter gäbe. Nach wie vor seien die Kommunisten für Indonesien ein heikles Thema. Sie hätten insgesamt dreimal eine Revolution angezettelt.

Der *Bundeskanzler* fragte nach ihrem Rückhalt in der Bevölkerung. Der *Präsident* erwiderte, daß es noch Überreste der Kader gebe. Die Bevölkerung sei jedoch aufgrund der Aufklärungsarbeit im Rahmen der Philosophie von Pantja Sila[19] nicht mehr beeinflußbar. Von solchen Kommunisten, die in Haft gewesen und jetzt frei seien, würden sie erwarten, daß sie die Agitation nicht fortsetzen würden. Es gebe jedoch immer noch Versuche einer geistigen Unterwanderung über Bücher und Zeitschriften, die sie jedoch zu verhindern versuchten. Früher hätten die Kommunisten vor allem Einfluß bei den Studenten gehabt. Die Studentenorganisationen seien der verlängerte Arm der Partei gewesen.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß die Kommunisten heute weltweit vor großen Problemen stünden. Generalsekretär Gorbatschow sei dabei, vieles zu widerrufen. Die Sowjetunion sei wirtschaftlich bankrott. Als der Präsident über die wirtschaftliche Selbstversorgung seines Landes gesprochen habe, habe er daran gedacht, daß Indonesien nach 25 Jahren zum Selbstversorger geworden

18 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 12. bis 19. Juli 1987 in der Volksrepublik China auf. Für die Gespräche mit Ministerpräsident Zhao Ziyang am 13./14. Juli 1987 in Peking vgl. AAPD 1987, II, Dok. 209 und Dok. 213.
Am 14. Juli 1987 traf Kohl in Peking mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, Deng Xiaoping, zusammen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1742 des Botschafters Hellbeck, Peking, vom 15. Juli 1987; VS-Bd. 13670 (341); B 150, Aktenkopien 1987.

19 Korrigiert aus: „Pentesilea".
Der Vorsitzende des Komitees zur Vorbereitung der Unabhängigkeit Indonesiens, Sukarno, legte erstmals in einer Rede am 1. Juni 1945 vor dem Vorbereitungsausschuß für die indonesische Unabhängigkeit die fünf Prinzipien („Pantja Sila") dar, welche die Grundlage eines indonesischen Staates bilden sollten: Nationalismus, Glaube an Gott, Humanismus, Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Nach der Unabhängigkeit Indonesiens am 17. August 1945 fanden die Prinzipien auch Eingang in die Präambel der Verfassung vom 18. August 1945. Für den Wortlaut der Rede von Sukarno vgl. SOUTHEAST ASIA DOCUMENTS, S. 174–182.

sei. Dies gelte jedoch nach 70 Jahren noch immer nicht für die Sowjetunion. In der Bundesrepublik seien nur noch 4% der arbeitenden Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig. Dennoch gebe es eine Überproduktion. In der Sowjetunion seien über 30% in der Landwirtschaft tätig, ohne daß eine Selbstversorgung erreicht werden konnte. Die kommunistische Doktrin habe es nicht geschafft, warf der *Präsident* ein.

Das kommunistische Menschenbild stimme nicht, fuhr der *Bundeskanzler* fort. Die menschliche Existenz sei von zwei Triebfedern bestimmt: der immateriellen, die sich in Freundschaft, Liebe, Kameradschaft oder Vaterlandsliebe ausdrücke, und der materiellen mit dem Streben nach Gewinn.

Der Bundeskanzler bedankte sich noch einmal abschließend sehr herzlich für das Gespräch in einer freundschaftlichen Atmosphäre. Möglichkeiten neuer Zusammenarbeit seien diskutiert worden. Dies sei vor allem für die nächsten Jahre sehr wichtig, in denen sich bedeutende Veränderungen in der Weltpolitik, insbesondere in den Ost-West-Beziehungen, im Rahmen des Nord-Süd-Dialoges und in der Europäischen Gemeinschaft abzeichnen. In einer solchen Situation müßten Freunde zusammenrücken. Dazu sei er bereit. Dies gelte auch für die indonesische Seite, erwiderte der *Präsident*.

Der *Bundeskanzler* unterstrich noch einmal seinen besonderen Wunsch, auch ganz persönlich gute Beziehungen zu unterhalten. Der *Präsident* stimmte zu.

Referat 342, Bd. 144484

276

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ackermann

424-411.10 VAE **3. Oktober 1988**[1]

Über Herrn Dg 42[2], D 4[3], Herrn Staatssekretär[4] Herrn Bundesminister[5]

Betr.: Antrag der Fa. MTU auf Genehmigung der Ausfuhr von sechs Panzermotoren nach Dubai

Zweck der Vorlage: Zustimmung zu III.

I. Dem AA liegt ein Antrag der Fa. MTU auf Genehmigung der Ausfuhr von sechs 10-Zylinder Viertakt-Dieselmotoren MB 838 CaM-500 (Leo-1-Familie) über Italien nach Dubai vor. Die Panzermotoren sind als Ersatzmotoren für Kampfpan-

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ackermann und Legationsrat I. Klasse Cappell konzipiert.

2 Hat in Vertretung des Ministerialdirigenten Höynck Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen am 4. Oktober 1988 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirektor Jelonek am 4. Oktober 1988 vorgelegen.

4 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 7. Oktober 1988 vorgelegen.

5 Hat Bundesminister Genscher am 4. November 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Da es sich um eine Umgehung handelt, darf sie nicht honoriert werden. Deshalb: Nein!“

zer bestimmt, die mit MTU-Motoren ausgerüstet sind. Die Panzer wurden in den 70er Jahren von Italien an Dubai geliefert. MTU hat angegeben, die Panzermotoren seinerzeit nach Italien geliefert zu haben, ohne zu wissen, daß sie in Kampfpanzer eingebaut werden, die für Dubai bestimmt waren.

II. Die geplante Ausfuhr von Panzermotoren ist nach AWG[6] zu beurteilen. Die Genehmigung kann gemäß § 7 AWG versagt werden, um eine erhebliche Störung der auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu verhüten.

Gegen eine Genehmigung spricht:

– Es sollen erstmals – wenn auch in geringem Umfang – Panzermotoren in ein Land des Nahen Ostens geliefert werden. Bisher wurde lediglich eine Genehmigung zur Vorführung von zwei Panzermotoren für AMX-30-Panzer in Saudi-Arabien (BSR 1985) und für T 54-Panzer in Ägypten (BSR 1987) erteilt.
– Von einer Genehmigung könnte präjudizielle Wirkung für geplante Panzermotorenlieferungen in größerem Umfang in Länder des Nahen Ostens ausgehen:
  – Mit Vorlage vom 26.8.1988[7] wurde ein Antrag zur Lieferung von 200 Panzermotoren (Leo-1-Familie) nach Ägypten und eine Voranfrage zur Lieferung von 160 Panzermotoren (Leo-1-Familie) nach Kuwait jeweils zur Umrüstung dort vorhandener Panzer mit positivem Votum zur Entscheidung vorgelegt. Eine Entscheidung wurde bisher nicht getroffen.
  – Dem AA liegen ferner Anträge zur Lieferung von 200 Panzermotoren (Leo-1-Familie) nach Brasilien zwecks Einbaus in brasilianische Kampfpanzer Osorio vor, um diese Osorios anschließend an Saudi-Arabien zu verkaufen. Hierzu folgt gesonderte Leitungsvorlage.

Für eine Genehmigung spricht:

– Die Panzer in Dubai sind bereits mit deutschen Motoren ausgestattet.
– Ihre Kampfkraft wird durch die Lieferung von Ersatzmotoren des gleichen Typs nicht gesteigert. Dagegen sollen bei den geplanten Panzermotorenlieferungen nach Ägypten und Kuwait veraltete und leistungsschwache Panzermotoren durch moderne Panzermotoren der Leo-1-Familie ersetzt werden. Israelische Kritik zur Panzermotorenlieferung nach Dubai dürfte deshalb nicht zu erwarten sein.
– Präzedenzlage (Genehmigungen)
  – Vorführung des Schützenpanzers Marder (mit Kette) und des gepanzerten Kampffahrzeugs Wiesel (mit Kette) in Abu Dhabi (BSR 1987 und 1988[8]),

Fortsetzung Fußnote von Seite 1452

Hat Ministerialdirigent Jansen am 7. November 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über Staatssekretär Lautenschlager, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent von Kyaw an Referat 424 verfügte.

Hat Lautenschlager am 8. November 1988 erneut vorgelegen.

Hat Jelonek am 8. November 1988 erneut vorgelegen.

Hat von Kyaw am 9. November 1988 vorgelegen.

6 Für den Wortlaut des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 481–495.

7 Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ackermann vgl. Dok. 238.

8 Zur Vorlage des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 23. Juni 1988 für die Sitzung des Bundessicherheitsrats am 29. Juni 1988 vgl. Dok. 238, Anm. 14.

– Lieferung von 68 Transportpanzern Fuchs (mit Rädern) und 105-mm-Waffe nach Bahrain (BSR 1988)[9],
– Vorführung von zwei Umrüstsätzen (Antrieb, Laufwerk, Feuerleitanlage, Elektrik) für AMX-30-Kampfpanzer in Saudi-Arabien.

Die Abwägung ergibt, daß im Hinblick auf die geringe Zahl der zu liefernden Panzermotoren eine erhebliche Störung der auswärtigen Beziehungen nicht zu erwarten ist. Da es sich jedoch um die erstmalige Lieferung von Panzermotoren in ein Land des Nahen Ostens handelt, sollte BSR befaßt werden (Federführung BMWi).

III. Es wird um Zustimmung gebeten, dem BMWi mitteilen zu können, daß das AA keine Bedenken gegen die Genehmigung der Lieferung von sechs Panzermotoren nach Italien mit Endverbleib Dubai erhebt, falls der Endverbleib gesichert ist. Im Hinblick auf die Präzedenzwirkung einer solchen erstmaligen geplanten Lieferung von Panzermotoren in ein Land des Nahen Ostens sollte BSR befaßt werden.[10]

D 3 i. V.[11] hat mitgezeichnet.

Ackermann

Referat 424, Bd. 145867

277

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger

012-312-74 VS-NfD **3. Oktober 1988**[1]
Fernschreiben Nr. 87 Ortex **Aufgabe: 4. Oktober 1988**

I. Am 29. September 1988 wurde in Washington nach mehrjährigen Verhandlungen das Übereinkommen über die Internationale Raumstation zwischen den Regierungen der USA, Japans, Kanadas und einigen Mitgliedstaaten der ESA (Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Norwegen, Spanien) unterzeichnet.

9 Zur Lieferung von Transportpanzern des Typs „Fuchs“ nach Bahrain vgl. Dok. 238, Anm. 15.

10 Vortragender Legationsrat I. Klasse Ackermann teilte der Motoren- und Turbinen-Union Friedrichshafen GmbH am 23. November 1988 mit, daß das Auswärtige Amt nach Prüfung „zu einer negativen Stellungnahme“ gekommen sei. Vgl. Referat 424, Bd. 145867.
Mit Schreiben vom 25. November 1988 an Bundesminister Genscher übermittelte die Motoren- und Turbinen-Union Friedrichshafen GmbH „ergänzende Informationen“ und wies auf „mögliche Auswirkungen“ hin, die eine Überprüfung bestehender Bedenken rechtfertigen könnten. Vgl. Referat 424, Bd. 145867.
In einem weiteren Schreiben vom 12. Dezember 1988 an Genscher legte das Unternehmen ausführlich dar, warum die „Ausgangslieferung der Motoren der Baureihe 838 nach Italien […] keinesfalls eine unkorrekte Umgehungsausfuhr“ gewesen sei. Vgl. Referat 424, Bd. 145867.

11 Hans-Günter Sulimma.

1 Der Runderlaß wurde von Legationssekretär von Freytag konzipiert.

Das Übereinkommen, das die rechtlichen und politischen Rahmenvorschriften für den gemeinsamen Aufbau und späteren Betrieb der Internationalen Raumstation enthält, wird ergänzt durch das gleichzeitig zwischen den Raumfahrtorganisationen der Partner vereinbarte Memorandum of Understanding, in dem die Einzelheiten des gemeinsamen Aufbaus und Betriebs der Internationalen Raumstation geregelt sind.[2] Für die Europäer begründet diese Zusammenarbeit den Einstieg in die eigenständige bemannte Raumfahrt sowie die Möglichkeit, mit der internationalen Raumfahrtentwicklung Schritt zu halten und auf diese Weise die europäischen Positionen zu wahren. Die Unterzeichnung leitet gleichzeitig eine neue Dimension der transatlantischen Zusammenarbeit in der Raumfahrt ein. Die Raumstation wird ein bisher nicht gekanntes Potential für die Erforschung des Weltraums und für die Forschung im Weltraum schaffen.

II. Im einzelnen

1) Die europäischen Staaten beteiligen sich an der Internationalen Station mit ihrem Programm Columbus[3], wie es von der ESA-Ratstagung auf Ministerebene am 10. November 1987 in Den Haag[4] beschlossen worden ist. Innerhalb des Columbus-Programms nimmt die Bundesrepublik Deutschland mit dem industriellen Hauptauftragnehmer und einem Finanzanteil von 38 % die führende Rolle ein.

Columbus umfaßt

– ein fest an die bemannte Kernstation angedocktes Labormodul (Attached Pressurized Modul, APM),
– ein zeitweilig bemanntes, freifliegendes Labormodul, das nur nach längeren Zeitabständen an der Kernstation andockt (Man-Tended Free Flyer, MTFF) und
– eine auf polarer Umlaufbahn fliegende Plattform mit automatisierten Instrumenten zur Erderkundung (Polar Platform, PPF).

Die Columbus-Elemente werden eine breite Palette von neuen Nutzungsmöglichkeiten erschließen. Eine besondere Rolle kommt dabei der Automation und Robotertechnik im Weltraum sowie der Fernbedienung vom Boden aus zu. Eine Mit-

2 Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 30. September 1988, daß nach der Unterzeichnungszeremonie auch ein Interim-Arrangement unterzeichnet worden sei, „das Regelungen für die Übergangszeit bis zur Ratifizierung des Intergovernmental Agreements enthält sowie ein das IGA implementierendes Memorandum of Understanding zwischen NASA, ESA und der kanadischen Raumbehörde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3842; Referat 431, Bd. 154489.
Für den Wortlaut des Übereinkommens zwischen verschiedenen ESA-Mitgliedstaaten, Japan, Kanada und den USA über Zusammenarbeit bei Detailentwurf, Entwicklung, Betrieb und Nutzung der ständig bemannten zivilen Raumstation vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 639–667.

3 Zum europäischen Weltraumprogramm „Columbus" vgl. AAPD 1987, II, Dok. 374.

4 Auf seiner Tagung am 9./10. November 1987 in Den Haag beschloß der ESA-Ministerrat ein europäisches Weltraumprogramm, in dessen Mittelpunkt die Großprojekte „Hermes", „Ariane V" und „Columbus" standen. Referat 431 vermerkte in einer undatierten Aufzeichnung, daß damit auch die Voraussetzungen für eine Beteiligung am amerikanischen Projekt einer Internationalen Raumstation festgelegt worden seien: „Mindestvoraussetzung sind insbesondere: uneingeschränkte europäische Entscheidungsrechte bei Bau, Betrieb und Nutzung der freifliegenden Elemente […]; einvernehmliche Regelung der Frage der militärischen Nutzung der Station; Einführung von Schieds- bzw. Konsultationsklauseln; Vereinbarung eines die europäischen Interessen wahrenden Rechtsregimes." Vgl. Referat 202, Bd. 151083.
Für den Wortlaut der Entschließungen und der Schlußerklärung der ESA-Ministerratstagung am 9./10. November 1987 in Den Haag vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 51–60.

wirkung von Wissenschaftlern an Bord der Laboratorien ist ebenfalls vorgesehen. Das freifliegende Labor könnte außerdem ein möglicher Ausgangspunkt für eine spätere europäische Raumstation sein.

Die Raumstation dient der Vorbereitung langfristiger, interplanetarischer Missionen sowie der Erdbeobachtung, z. B. zum Zweck der Erforschung des Klimas, für Zwecke der Meteorologie und des Umweltschutzes. Ferner bietet die Station breite Möglichkeiten zur Forschung unter Ausnutzung der besonderen Bedingungen der Schwerelosigkeit: Im Rahmen der Materialwissenschaften werden grundlegende Untersuchungen zu Transportvorgängen in Flüssigkeiten, Untersuchungen physikalisch-chemischer Phänomene, die Erstarrung von Schmelzen (metallische Werkstoffe) sowie Einkristallzüchtungen durchgeführt. Im Bereich der Lebenswissenschaften wird auf den Gebieten Gravitationsbiologie sowie Humanphysiologie (Herz-Kreislaufsystem, Gleichgewichtsorgan) experimentiert.

Das Programm Columbus bildet gemeinsam mit der Trägerrakete Ariane V und dem Raumgleiter Hermes die Eckpfeiler des kohärenten europäischen Raumfahrtprogramms im Rahmen des langfristigen europäischen Weltraumplanes, den der ESA-Rat auf Ministerebene am 10. November 1987 in Den Haag beschlossen hat.

2) Bei den Verhandlungen standen zwei Problemkreise im Vordergrund:

– Aufteilung der Entscheidungsbefugnisse zwischen den USA und den Partnern.
  Der erzielte Kompromiß weist den USA eine begrenzte, technisch bedingte Vorrangstellung hinsichtlich der Kernstation (bestehend aus den amerikanischen, kanadischen und japanischen Elementen sowie dem angedockten europäischen Modul APM) zu, bestimmt aber, daß die europäischen Partner hinsichtlich der Nutzung ihres APM stets das letzte Wort haben. Über ihre freifliegenden Elemente (MTFF und Polare Plattform) können die Europäer grundsätzlich frei und unabhängig entscheiden.
– Die Auslegung der in Art. 1 des Übereinkommens festgelegten „friedlichen Nutzung“ der Station.
  Angesichts des amerikanischen Übergewichts bei diesem Projekt (US-Beitrag zwischen 15 und 30 Mrd. US-Dollar; ESA: ca. 7,5 Mrd. DM) steht den USA bei Respektierung des zivilen, friedlichen Zwecken dienenden Charakters der Station die Nutzung ihres Teils für „Zwecke der nationalen Sicherheit“ zu.[5] Die Zulässigkeit dieser Art der Nutzung ist nicht im Abkommen festgeschrieben; eine entsprechende Passage in einem Briefwechsel zwischen den Verhandlungsleitern sieht deshalb vor:

[5] Vortragender Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner vermerkte dazu am 12. Februar 1988: „Die Option, die amerikanischen Teile der Station auch für – friedliche – Zwecke der Nationalen Sicherheit (d. h. nach US-Verständnis: nicht-aggressive militärische Nutzung) nutzen zu können, ist eine der Kernforderungen der USA. Die ESA-Staaten, die insbesondere auf ihre neutralen MS Rücksicht nehmen mußten, konnten ebenso wie J erreichen, daß die von ihnen beigesteuerten Elemente von jeder militärischen Nutzung durch die USA ausgenommen sind (Kanada, das einen Teil der Infrastruktur liefert, konnte keine vergleichbare Regelung erreichen). Die USA haben darüber hinaus zugesagt, daß der zivile Charakter des Gesamtprojekts nicht in Frage gestellt wird. Die USA haben es allerdings kategorisch abgelehnt, Fragen der Auslegung des Abkommens (d. h. insbesondere der Bestimmung von Begriffen wie ‚zivil‘ und ‚friedlich‘) einem obligatorischen Schiedsgerichtsverfahren zu unterwerfen. Sie waren auf entsprechende Forderungen der Europäer und Kanadier hin lediglich bereit, ein derartiges Verfahren dann durchzuführen, wenn dies von allen Partnern einstimmig beschlossen wird (freiwillige Schiedsgerichtsbarkeit).“ Vgl. Referat 431, Bd. 154488.

– Alle Elemente der Station dienen „friedlichen Zwecken“; die Station behält (auch bei späterem weiterem Ausbau) ihren „zivilen“ Charakter;
– die Europäer können (ebenso J) Aktivitäten in ihren Teilen der Station untersagen, die nach ihrer Auffassung nicht „friedlich“ sind. Damit wird sichergestellt, daß der Beitrag der Europäer sich an die ESA-Konvention hält, der die europäische Zusammenarbeit an ausschließlich „friedliche“ Zwecke bindet.

III. Ebenfalls am 29. September 1988 – um 11.37 Uhr OZ – glückte vom Kennedy Space Center der Start der amerikanischen Raumfähre „Discovery“, der für die USA die Rückkehr zur bemannten Raumfahrt nach 32monatiger Pause[6] bedeutet. Nach viertägigem Flug landete die Raumfähre sicher in den USA.

Der Start der „Discovery“ steht in engem inhaltlichem Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Übereinkommens über die Internationale Raumstation. Durch den Shuttle soll ein wesentlicher Teil des Hin- und Hertransports von Astronauten wie von Material, insbesondere für das angedockte Labor, abgewickelt werden. Die Wiederaufnahme der Shuttleflüge ist somit eine der Voraussetzungen für die Realisierung der Internationalen Raumstation in den neunziger Jahren.

Pleuger[7]

Referat 012, Bd. 134241

278

Botschafter Freiherr von Wechmar, London, an das Auswärtige Amt

114-14881/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 3. Oktober 1988, 19.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1852 **Ankunft: 3. Oktober 1988, 19.59 Uhr**

Betr.: Britische Sicherheitspolitik

Die britischen sicherheitspolitischen Vorstellungen und Ziele haben sich trotz einer deutlichen Verbesserung der politischen Beziehungen zwischen West und Ost und trotz der Unterzeichnung des INF-Abkommens[2] nicht verändert. Dem deutschen konzeptionell-dynamischen Bemühen um eine Nutzung der poli-

6 Nach der Explosion der Raumfähre „Challenger“ am 28. Januar 1986 verschob die NASA weitere Starts auf unbestimmte Zeit. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 24.
7 Paraphe vom 4. Oktober 1988.

1 Ablichtung.
Der Drahtbericht wurde von Botschaftsrat I. Klasse Klaiber, London, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat Haas am 9. Oktober 1988 vorgelegen.
2 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, unterzeichneten am 8. Dezember 1987 den Vertrag über die Beseitigung der Mittelstreckenwaffen kürzerer und mittlerer Reichweite (INF-Vertrag). Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

tischen Fortschritte gerade auch für neue sicherheitspolitische Strukturen der Zusammenarbeit stellt GB nach wie vor das statische Konzept der bis heute erfolgreichen und bewährten Allianzpolitik gegenüber. Diese unterschiedliche verteidigungspolitische Philosophie der Briten führt zu einer Reihe von Positionsbestimmungen, die sich von den unseren unterscheiden. Prominenteste Beispiele sind:

– die Modernisierung nuklearer Kurzstreckensysteme, über die nach britischer Auffassung möglichst bald entschieden werden sollte[3];
– die Erarbeitung eines NATO-Gesamtkonzeptes[4], welchem GB mit erheblichen Vorbehalten gegenüber steht;
– der sowjetische Vorschlag zur Abhaltung einer Menschenrechtskonferenz in Moskau im Rahmen der KSZE[5], dem sich GB aus grundsätzlichen Erwägungen widersetzt.

Londons Positionen werden erst dann verständlich, wenn man sich die grundsätzliche britische verteidigungspolitische Philosophie vor Augen führt. Ihr liegen aus Sicht der Botschaft folgende Elemente zugrunde:

1) Die aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangene bipolare Weltordnung ist fester Bestandteil des sicherheitspolitischen Koordinationssystems der Briten. Dabei spielt das historische sowj. Expansionsstreben eine bedeutsame Rolle. Die in der Nachkriegspolitik gesammelten Erfahrungen bestätigen das erhebliche britische Mißtrauen gegenüber der sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik.

2) Zur Verteidigung der westlichen Werte, aber auch der britischen Nation, identifiziert sich GB in vorbildlicher Weise mit den Aufgaben und Zielen des westlichen Verteidigungsbündnisses. Nach eigenem Selbstverständnis ist GB durch seine enge Anlehnung an die USA – die auch insbesondere durch die technologische Abhängigkeit bei der Modernisierung der eigenen Nuklearstreitmacht (Trident)[6] begründet ist – der bevorzugte und wichtigste Partner der westlichen Großmacht. Gerade die gegenwärtige konservative Regierung legt auf diese Politik besonderen Wert. Hinzu kommt, daß diese klare Standortbestimmung Großbritannien den politisch-psychologisch schwierigen Prozeß von der Weltrolle zur Mittelmacht erheblich erleichtert hat.

3) Als europäische Nuklearmacht nimmt GB ferner – zusammen mit F – eine hervorgehobene Stellung ein. Die Stationierung von 68000 britischen Soldaten in der Bundesrepublik und die Mitverantwortung für die Geschicke Berlins unterstreichen diese besondere Rolle innerhalb der Allianz. Hier weiß sich die konservative Regierung Thatcher, die traditionellen Werten und patriotischem Denken besonders verhaftet ist, mit der Mehrheit der Bevölkerung einig.

4) Der britische Durchschnittsbürger nimmt an der sicherheitspolitischen Debatte nur wenig Anteil. Hinzu kommt, daß sich britische Regierungen in der

3 Zur britischen Haltung in der Frage der nuklearen Kurzstreckensysteme in der künftigen Verteidigungsstrategie der NATO vgl. Dok. 273.
4 Zur Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO vgl. Dok. 242.
5 Zum sowjetischen Vorschlag für eine KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 220, Anm. 17.
6 Zur Ausrüstung der britischen Streitkräfte mit dem amerikanischen Nuklearsystem „Trident“ vgl. Dok. 93, Anm. 9.

Regel nur alle vier bis fünf Jahre, nämlich vor Unterhauswahlen, mit Fragen der Sicherheit und Verteidigung in der Öffentlichkeit auseinandersetzen müssen. Die öffentliche Meinung ist insofern im britischen Regierungssystem – auch in den essentialen Fragen der Sicherheit – kein nennenswertes Korrektiv für die Regierung. Das von uns von Zeit zu Zeit bemühte Argument, wir müßten auf die öffentliche Meinung in D Rücksicht nehmen, findet daher bei den Briten nur begrenztes Verständnis. Ein zusätzliches Argument für die in der Bevölkerung wenig ausgeprägte Beschäftigung mit der nationalen Sicherheit liegt aber auch an der britischen Insellage. Der Brite ist nach wie vor davon überzeugt, daß er aufgrund seiner geographischen Rand- und Insellage weniger bedroht ist als die kontinentaleuropäischen Staaten.

Angesichts der geschilderten britischen Haltung hat die politische Annäherung zwischen der Sowjetunion und den USA – ausgelöst durch die Politik Gorbatschows – in GB letztlich eher Konsternation und Verunsicherung denn Befriedigung ausgelöst. Die neue Qualität in den Abrüstungsverhandlungen, die in dem Abschluß des INF-Abkommens ihren ersten konkreten Niederschlag fand, löste in London mehr Befürchtungen aus, als daß sie Hoffnungen weckte. Die Firebreak-Forderung der Briten in der Schlußphase der INF-Verhandlungen verdeutlicht dies.

Die britische Position zu dem Gesamtkomplex der westlichen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist demnach eher defensiv und statisch, sie läßt sich wie folgt zusammenfassen:

1) Die Sowjetunion Gorbatschows hat eine Reihe positiver Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Lage im Lande getroffen; die militärische Aufrüstung geht jedoch unvermindert weiter. Das sowjetische Ziel der Denuklearisierung Europas ist nicht aufgegeben (so im Entwurf der Rede des britischen Verteidigungsministers[7] vor dem Überseeklub Hamburg am 5.10.).

2) Es besteht kein Anlaß, den Sowjets in dem Bemühen um eine Modernisierung ihrer Gesellschaft durch westliches Entgegenkommen entweder wirtschaftlich oder durch politische Konzessionen in den internationalen Verhandlungsforen (z. B. KSZE) zu helfen.

3) Der Westen sollte sich in den Abrüstungsverhandlungen einsetzen

– für den Abschluß der START-Verhandlungen,
– für Verhandlungen über die konventionelle Abrüstung und
– für ein Abkommen über das Verbot chemischer Waffen.

Erst nach erfolgreichem Abschluß dieser Verhandlungspakete darf über einen weiteren Abbau nuklearer Systeme verhandelt werden.

4) Die Diskussion im NATO-Rat über ein Gesamtkonzept wird von GB mit Vorbehalten geführt. Wie die kürzliche Diskussion im NATO-Rat vom 23.9. zeigt (vgl. DB NATO Brüssel Nr. 1169 und 1170 vom 23.9.)[8], spricht sich GB dezidiert

7 George Younger.

8 Gesandter von Ploetz, Brüssel (NATO), führte zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats aus: „Rat hatte am 23. September 1988 in Vormittags- und Nachmittagssitzung zunächst allgemeine Diskussion über Inhalt und Zweck der Arbeit am Gesamtkonzept und erörterte dann Einführungskapitel der von allen als unverbindlichen Ausgangspunkt für Ratserörterung bezeichneten Synopsis ‚The Further Development of a Comprehensive Concept of Arms Control and Disarmament'". Alle Delegationen

gegen eine Formulierung aus, die eine Option für SNF-Verhandlungen vorsieht, und räumt der verteidigungspolitischen Komponente des Harmel-Konzepts[9] wesentlich größere Bedeutung ein als dem rüstungskontrollpolitischen Teil.

Schlußfolgerung

Die Analyse britischen verteidigungspolitischen Denkens zeigt – und dies wird durch die von der Botschaft geführten Gespräche immer wieder bestätigt –, daß Deutsche und Briten die weltpolitischen Veränderungen unterschiedlich bewerten und deswegen auch zu unterschiedlichen Schlußfolgerungen in konkreten Fragen gelangen. Während wir Deutsche die begründete Hoffnung haben, auf lange Sicht unter veränderten politischen Rahmenbedingungen das konfrontative West-Ost-Verhältnis durch neue kooperative Sicherheitsstrukturen zu ersetzen, verharren die Briten in einem defensiven Status-quo-Denken. Sie sind der Auffassung, daß auf diese Weise der Frieden in Europa auch künftig am besten gesichert werden kann. Als besonders beredte Beispiele für diesen unterschiedlichen konzeptionellen Ansatz unserer beiden Länder können die Reden von AM Howe und BM vor den Vereinten Nationen in der letzten Woche gelten. Während AM Howe in einem „piece-meal"-Ansatz pragmatische Rezepte für eine Vielzahl politischer Alltagsprobleme dieser Welt anbietet, entwickelt BM in einem „grand design" die Architektur für die Zukunft Europas[10].

Aus all dem folgt, daß Briten wie Deutsche bilateral und im Rahmen des Bündnisses erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, um den verteidigungsphilosophischen Grundkonsens in diesen wichtigen Fragen wiederherzustellen. Dabei hat sich schon in der Vergangenheit bewährt, wenn wir in Gesprächen mit unseren britischen Freunden die praxisnahen und pragmatischen Argumente zu anstehenden Problemen in den Vordergrund stellen.

Die enge deutsch-britische sicherheitspolitische Zusammenarbeit wird es uns erleichtern, die wichtigen Entscheidungen für die Zukunft Europas gemeinsam zu treffen. Deutsche Initiativen für eine weitere Intensivierung dieser Kooperation würden mit Sicherheit hier auf fruchtbaren Boden fallen. Gleichzeitig könnten wir damit dem stets immanent vorhandenen britischen Mißtrauen gegenüber der diesbezüglichen deutsch-französischen Zusammenarbeit begegnen. Wenn wir auf der Basis dieses Vertrauensverhältnisses aufrichtig und konsequent unsere Vorstellungen entwickeln und dabei unseren Partner überzeugen, daß unsere

Fortsetzung Fußnote von Seite 1459

gingen davon aus, daß der Harmel-Bericht von 1967 fortgelte und im Rahmen des Gesamtkonzepts fortentwickelt werden müsse: „Die Kontroversen entfalteten sich beim ersten Versuch, die Rolle der verschiedenen integralen Elemente der Sicherheitspolitik und ihr Verhältnis zueinander zu definieren. Die Fronten verliefen erwartungsgemäß: GB, unterstützt von F, wehrte sich vehement gegen dualen Ansatz mit Begründung (der auch US-DL zuzustimmen schien, allerdings ohne zu insistieren), daß die Wertigkeit von Verteidigung und Rüstungskontrolle eine völlig andere sei. Demgemäß kritisierten sie meine Feststellung, daß jedes Element seine unersetzliche Rolle habe und daher selektive Ansätze nicht zulässig seien. Auf eisernen Widerstand von GB stoßen auch Formulierungen, die die Möglichkeit von SNF-Verhandlungsoptionen nur andeuten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1169; VS-Bd. 12246 (220); B 150, Aktenkopien 1988.

9 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

10 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 28. September 1988 vgl. BULLETIN 1988, S. 1097–1101.

feste Einbindung in die freiheitlich-westliche Werte- und Sicherheitsgemeinschaft nicht verhandelbar ist (diesbezügliche Befürchtungen werden hier gelegentlich angedeutet), werden wir in Großbritannien stets einen verlässlichen Bündnispartner haben.
Dieser Bericht ist mit MilAttStab[11] abgestimmt.

[gez.] Wechmar

VS-Bd. 13484 (212)

279

Botschaftsrätin I. Klasse Zenker, Bukarest, an das Auswärtige Amt

114-14894/88 geheim **Aufgabe: 3. Oktober 1988, 20.40 Uhr**
Fernschreiben Nr. 887 **Ankunft: 3. Oktober 1988, 21.39 Uhr**
Citissime nachts

Bereitschaftsdienst, bitte umgehend RL 214[1] unterrichten[2]

Betr.: Botschaft des Bundeskanzlers an Präsident Ceauşescu

Bezug: DE 370 vom 29.9.1988 – 214-542.40 RUM-696[I]/88 geheim[3]

Auf Weisung

1) Präsident Ceauşescu empfing den Sonderbevollmächtigten des Bundeskanzlers, Herrn H.[4], in Begleitung der Geschäftsträgerin[5] am 3. Oktober 1988 um 16.30 Uhr. Auf rum. Seite waren ein Dolmetscher und ein Protokollführer anwesend. Die Unterredung dauerte ca. 50 Minuten. Herr H. überreichte den Brief des Bundeskanzlers[6] und wies darauf hin, daß es sich um eine vertrauliche Bot-

11 Militärattachéstab.

1 Christoph Derix.

2 Hat dem Bereitschaftsdienst vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „RL 214 um 22.15 Uhr unterrichtet."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 4. Oktober 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ex[em]pl[ar] 2 an 014 mit der Bitte um W[ei]t[er]l[eitung] an ChBK (MDg Hartmann) ab 4.10. Expl. 3 an RL 513 ab 4.10."

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix kündigte Botschafter Matthias, Bukarest, den Besuch des Beauftragten des Bundesministeriums des Innern, Hüsch, für ein Gespräch mit Präsident Ceauşescu an. Vgl. dazu VS-Bd. 13498 (214); B 150, Aktenkopien 1988.

4 Heinz Günther Hüsch.

5 Heike Zenker.

6 Am 14. September 1988 leitete Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix an Bundesminister Genscher den Entwurf eines Schreibens des Bundeskanzlers Kohl an Präsident Ceauşescu mit der Bitte um Billigung. Darin bekundete Kohl seine Bereitschaft, humanitäre Fragen wie die Ausreise von Deutschstämmigen aus Rumänien, die Ermöglichung von Verwandtenbesuchen in der Bundesrepublik und die Förderung der Traditionspflege der in Rumänien verbleibenden Deutschstämmigen „umfassend und großzügig zu regeln". Weiter hieß es: „Ich bin […] zu einem Besuch der Sozialistischen Republik Rumänien gern bereit. Auf diese Weise könnte der Dialog und die Zusammenarbeit zwischen

schaft handele. Ceauşescu las die Übersetzung und erklärte, er habe sich gemerkt, welche Probleme der Brief enthalte. Wenn Herr H. etwas Zusätzliches zu sagen habe, sei er bereit, ihn anzuhören.

2) Der Vermittler bezog sich auf die rumänische Erinnerung an den Besuch des Bundeskanzlers[7] und darauf, daß er selbst seit langen Jahren humanitäre Verhandlungen mit der rumänischen Seite führe. In diesem Zusammenhang sei auch der Bundeskanzlerbesuch zu sehen. Es sei von rum. Seite angedeutet worden, daß eine quantitative und qualitative Erhöhung der Ausreisen in Zusammenhang mit einem Bundeskanzlerbesuch stehen könnte. Der Kanzler bitte nunmehr darum, daß diese Dinge vertraulich verhandelt würden, bevor ein Besuch Publizität erhalte. Das gelte sowohl für die Verhandlungen selbst wie für das Ergebnis. Sobald sich Ergebnisse abzeichneten, ließe sich der Besuch kurzfristig in die Tat umsetzen.

3) Ceauşescu entgegnete, die rum. Position zu den humanitären Fragen sei die gleiche wie in der Vergangenheit. Die rum. Seite ermutige niemanden auszureisen. Im Gegenteil, sie rate ihren Staatsbürgern zu bleiben, wo sie geboren seien, um dort ihre Zukunft aufzubauen. Rumänien gestatte Familienzusammenführung und sei auch in Zukunft bereit, Fälle humanitären Charakters zu lösen. Der Rahmen, in dem diese Fälle gelöst würden, solle beibehalten werden. Er habe anzumerken, daß zwei Bundeskanzler Verpflichtungen eingegangen seien, die nicht verwirklicht worden seien. Er denke an die Projekte Temeschwar[8] und

Fortsetzung Fußnote von Seite 1461

unseren beiden Ländern bekräftigt und die gute Tradition unserer beiden Staaten fortgesetzt werden, dem West-Ost-Verhältnis auf allen Gebieten weiterführende Impulse zu vermitteln […]. Ich weiß mich mit Ihnen einig, daß eine Begegnung auf höchster Ebene mit außerordentlicher Sorgfalt vorbereitet werden muß, damit ihr Erfolg zum Nutzen unserer beiden Länder und ihrer Bürger gewährleistet wird. Ich habe deshalb Herrn Dr. Hüsch beauftragt, im Rahmen seines Mandats die Gespräche mit seinen rumänischen Partnern unverzüglich mit dem Ziel fester vertraglicher Vereinbarungen fortzusetzen. Für entsprechende Weisungen an Ihren Beauftragten wäre ich Ihnen sehr verbunden." Vgl. die Anlage zur Aufzeichnung von Derix vom 14. September 1988; VS-Bd. 13498 (214); B 150, Aktenkopien 1988.

Am 19. September 1988 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Bächmann den Entwurf an Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt. Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 13498 (214); B 150, Aktenkopien 1988.

Mit Schreiben vom 23. September 1988 an Bächmann teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, mit, daß Kohl das Schreiben in der vom Auswärtigen Amt „übermittelten Form unterzeichnet" habe: „Übersetzungsauftrag ins Rumänische ist von hier aus erteilt worden." Vgl. VS-Bd. 13498 (214); B 150, Aktenkopien 1988.

7 Vgl. dazu die Gespräche des Beauftragten des Bundesministeriums des Innern, Hüsch, vom 4. bis 6. August 1988 in Bukarest; Dok. 226.

8 Referat 421 notierte am 9. Juni 1987, daß zwischen der Bundesrepublik und Rumänien seit 1978 das Projekt der Errichtung von Produktionsbetrieben in Temeschwar, insbesondere Elektronik und Hydraulik, diskutiert werde: „Zur Erleichterung der Durchführung dieses Vorhabens wurde von der Bundesregierung ein Sonderbürgschaftsrahmen von 700 Mio. DM bereitgestellt, dessen Laufzeit am 28.6.1983 um fünf Jahre verlängert wurde." Trotz dieser Bemühungen sei „die deutsche Wirtschaft gegenüber dem Projekt zurückhaltend" geblieben. Vgl. Referat 214, Bd. 139535.

Am 24. Juni 1988 vermerkte das Bundesministerium für Wirtschaft, daß der am 30. Juni 1988 auslaufende Bürgschaftsrahmen „bisher nicht ausgenutzt worden" sei. Im Rahmen der Vorbereitungsgespräche am 23. Juni 1988 für die Tagung der deutsch-rumänischen Regierungskommission für wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit am 27./28. Juni 1988 in Bukarest habe die rumänische Seite den Wunsch geäußert, „daß der Plafond über das Jahr 1988 hinaus verlängert wird. Die entsprechende Formulierung wurde in den Protokolltext aufgenommen." Vgl. Referat 421, Bd. 140296.

Botschafter Matthias, Bukarest, berichtete am 28. Juni 1988, daß sich die rumänische Delegation zwar enttäuscht geäußert, zugleich aber die Bereitschaft bekundet habe, an dem Projekt festhalten zu

Sibiu. Auf den Einwurf Herrn H.s, Rumänien habe den Kreditrahmen nicht ausgeschöpft, erwiderte Ceauşescu, er meine die Realisierung der Vorhaben durch deutsche Firmen. Die Projekte hätten aber im übrigen ihre Aktualität verloren.

4) Herr H. unterstrich erneut die Bereitschaft des Kanzlers zu einem guten Abschluß mit Rumänien. Aber es stünden Fragen offen, die gelöst werden müßten:

a) Eine deutliche Erhöhung der Ausreiseziffern;

b) Regulierung der Besuchserlaubnis in beiden Richtungen;

c) eine Lösung für Geschenksendungen unter Einschluß kommerzieller Unternehmen[9];

d) Erleichterungen im Bereich des Kulturabkommens[10] unter Einschluß ähnlicher Hilfen und Einrichtungen wie für die jüdische Bevölkerung in Rumänien.

5) Ceauşescu ging zunächst auf die Geschenksendungen ein. Geschenkpakete an Einzelpersonen seien kein Problem. Aber eine Regelung, wie sie Herr H. vorschlage, könne nicht akzeptiert werden. Rumänien brauche keine Hilfe. Daher könne diese Angelegenheit nicht in eine politische Form gegossen werden. Zum Punkt kulturelle Hilfe leugnete Ceauşescu Sonderabmachungen für die jüdische Bevölkerung und wiederholte seine bekannten Thesen. Die Minderheiten seien gleichberechtigt und hätten die gleichen Pflichten. Sie hätten eigene Schulen, Literatur usw. und könnten sich voll entfalten. Hinsichtlich der Regelung von Besuchserlaubnissen bestünden keine Probleme.

6) Da Ceauşescu den Punkt 1 ausließ, unterstrich der Sonderbevollmächtigte erneut, daß der Bundeskanzler hinsichtlich der Ausreisezahlen den Versuch machen möchte, durch eine vertrauliche Abmachung eine Lösung zu erreichen, die dieses Problem ein für alle Mal beende. Er hoffe, daß der Präsident ein Signal für neue Vereinbarungen geben werde. Der Bundeskanzler könne sich nur dann zu einem Besuch entschließen, wenn im Vorfeld eine vertrauliche Vereinbarung mit erhöhten Ausreisezahlen zustande käme.

7) Zwar beherrscht, aber doch sichtlich erregt, erwiderte Ceauşescu, der Bundeskanzler und sein Bevollmächtigter stellten Bedingungen, die im vollen Gegensatz zu den Prinzipien stünden, die bei der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vor 21 Jahren[11] vereinbart worden seien. Damals sei man davon ausgegangen, daß volle Gleichberechtigung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten beiderseits gewährleistet werden müssen. Er wiederholte seine immer wiederkehrenden Ausführungen über die Unterstützung Rumäniens für die Bundesrepublik Deutschland bei Aufnahme der Beziehungen und 1983[12], als andere sozialistische Länder den Schritt in die Bundesrepublik Deutschland gescheut hätten. Er führte weiter aus, es sei kein guter Weg, Bedingungen zu

Fortsetzung Fußnote von Seite 1462

wollen. Parlamentarischer Staatssekretär von Wartenberg, Bundesministerium für Wirtschaft, habe vorgeschlagen, daß Rumänien Einzelheiten des Projekts mit Vertretern des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft erörtern solle. Vgl. den Drahtbericht Nr. 566; Referat 421, Bd. 140296.

9 Zur Frage des Geschenkversands nach Rumänien vgl. Dok. 226, Anm. 6.

10 Für den Wortlaut des Abkommens vom 29. Juni 1973 zwischen der Bundesrepublik und Rumänien über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 919f.

11 Die Bundesrepublik nahm am 31. Januar 1967 diplomatische Beziehungen mit Rumänien auf. Vgl. dazu AAPD 1967, I, Dok. 39.

12 Am 13. April 1983 führten Bundesminister Genscher und der rumänische Außenminister Andrei Gespräche in Tegernsee. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 90 und Dok. 91.

stellen. Die Beziehungen könnten nur auf der Grundlage der vor 21 Jahren vereinbarten Prinzipien weiterentwickelt werden.

Nach einer längeren Diskussion über internationale Verpflichtungen, die jedes Land habe, und über die Bedeutung der Menschenrechtsproblematik für die Bundesrepublik Deutschland fragte Herr H. erneut, welche Antwort er dem Bundeskanzler geben könne. Ceauşescu erwiderte, die Beziehungen sollten auf der Grundlage der vereinbarten Prinzipien weiter entwickelt werden. Man müsse dafür Sorge tragen, daß dem bisherigen Kurs nicht durch unzulässige Interventionen Schaden zugefügt werde. Eine höhere Ausreisezahl sei kein Gegenstand für ein Gespräch zwischen ihm und dem Bundeskanzler. Es könne auch im Vorfeld eines Besuches nicht um eine Frage der Erhöhung gehen. Das Niveau solle gleich bleiben. Es sei nicht Interesse der Bundesregierung, auf höheren Ausreisezahlen zu insistieren. Er betrachte diese Aussage als Antwort an den Kanzler zu diesem Punkt. Zu anderen allgemeinen politischen Problemen werde er dem Kanzler möglicherweise eine schriftliche Stellungnahme geben.

8) Wertung

Das Gespräch verlief in höflicher und beherrschter Atmosphäre. Ceauşescu war leidlich vorbereitet und in einigermaßen guter gesundheitlicher Verfassung, obwohl er nach der Eröffnung der Bedingungen für den Kanzlerbesuch sichtlich abfiel. Er ließ keinerlei Flexibilität erkennen und wiederholte seine bekannten Thesen. Es entstand der Eindruck, daß er beabsichtigt hatte, das gleiche Manöver zu wiederholen, das er gegenüber dem ungarischen Generalsekretär Grósz in Arad[13] angewandt hatte: durch vage Andeutungen den Kanzler zu einem Besuch zu veranlassen. Die präzisen Fragen des Vermittlers zwangen ihn, die Karten offenzulegen. Es wird abzuwarten bleiben, ob sich bei der nächsten Verhandlungsrunde der Spezialisten neue Lösungen abzeichnen. Große Hoffnungen bestehen nach diesem Gespräch dafür nicht.[14]

[gez.] Zenker

VS-Bd. 13498 (214)

13 Präsident Ceauşescu und Ministerpräsident Grósz trafen am 28. August 1988 in Arad zusammen.

14 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kunzmann notierte am 28. November 1988 für Bundesminister Genscher: „1) Das BMI teilte heute mit, daß über die Folgevereinbarung folgendes Einvernehmen erzielt werden konnte: a) Rumänien sagt zu, deutsche Volkszugehörige auf dem Niveau von 1987 (= rd. 14 000, bisher: mindestens 11 000/Jahr) auswandern zu lassen und auch Heiratsfälle zu berücksichtigen. b) Die Kopfquote (bisher: DM 7800) wird um knapp über DM 1000 erhöht (urspr[üngliche] Forderung: 30 %). 2) Ende voriger Woche habe der rumänische Beauftragte die Quartalszahlung von 8 Mio. DM angemahnt. Die rumänische Seite gehe dabei offensichtlich davon aus, daß die Pauschalsumme von 32 Mio./Jahr weiter gewährt wird. Da diese Frage umgehend zu klären sei, werde sich der Bundesminister des Innern an Sie wenden. Für die Weitergewährung der 32 Mio. DM/Jahr – für die Dauer der Folgevereinbarung – spricht, daß anzunehmen ist, daß Rumänien den unter 1) bezifferten Leistungen nur in der sicheren Erwartung der Fortgewährung einer entsprechenden Pauschalzahlung zugestimmt hat. Dies folgt insbesondere aus dem Umstand, daß Rumänien sonst trotz der von ihm durchgesetzten höheren Kopfquote jährlich fast 18 Mio. DM weniger als jetzt erhalten würde. Zur Vorgeschichte: Die ursprünglich ‚Zinssubvention' genannte zusätzliche Leistung von 160 Mio. DM in fünf Jahren wurde 1983 anläßlich Ihres Besuchs in Bukarest weitergewährt. 3) In der gesonderten Vereinbarung über Reisekosten, Talons u. ä. (bisher DM 350/Person) sollen die Leistungen um rd. 10 % erhöht werden. 4) Die Bemühungen um Pakethilfen blieben erfolglos." Vgl. VS-Bd. 13498 (214); B 150, Aktenkopien 1988.

280

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Hawke in Canberra

VS-NfD **4. Oktober 1988**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Premierminister von Australien, Bob Hawke, am 4. Oktober 1988, 9.15 bis 11.15 Uhr, im Parlamentsgebäude in Canberra[2]

Teilnehmer: Bob Tyson, Büro des Premierministers, Horst Teltschik, Ministerialdirektor, Heinz Weber, Dolmetscher, ein australischer Dolmetscher.

Einleitend bittet der *Bundeskanzler* den Premierminister um Verständnis, daß er nicht das verabredete Programm in vollem Umfang durchführen könne, sondern aufgrund des Todes seines Kollegen Franz Josef Strauß[3] abkürzen müsse.[4] Er würde sich jedoch freuen, das Gespräch bald fortführen zu können und lade deshalb den Premierminister in die Bundesrepublik Deutschland ein.

Der *Premierminister* bekundete sein Verständnis für die Abkürzung des Besuchsprogramms des Bundeskanzlers. Er hoffe, daß er seinen Besuch in die Bundesrepublik Deutschland im nächsten Jahr durchführen könne.[5]

Der *Bundeskanzler* fügte hinzu, daß er sich freuen würde, den Premierminister bei seinem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland auch als seinen persönlichen Gast bei sich zu Hause begrüßen zu können. Er könne immer nur unterstreichen, daß Bonn nicht die Bundesrepublik Deutschland sei, und dies gelte sicherlich auch für Canberra in bezug auf Australien.

Der *Premierminister* stimmte zu. Dies sei in der Tat zweierlei. Er freue sich sehr über den Besuch des Bundeskanzlers und sei sehr betroffen über den plötzlichen Tod von Franz Josef Strauß.

Er wolle sich gleich zu Beginn für den Beitrag der Bundesrepublik Deutschland bedanken, den sie zum 200. Festival der Einwanderung geleistet habe.[6] Sie hätten das sehr hoch eingeschätzt. Die deutsche Minderheit in Australien werde auf ca. 250000 geschätzt. In der Geschichte Australiens hätten die Deutschen

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 12. Oktober 1988 gefertigt und am 4. November 1988 über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl „mit der Bitte um Genehmigung und Weiterleitung an Bundesminister Genscher“ geleitet.
Hat Schäuble vorgelegen.
Hat Kohl vorgelegen, der zu Teltschiks Bitte handschriftlich vermerkte: „Ja“ und „Teltschik erl[edigen].“
Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100(56), Bd. 76; B 150, Aktenkopien 1988.

2 Bundeskanzler Kohl hielt sich im Anschluß an einen Besuch vom 29. September bis 3. Oktober 1988 in Indonesien vom 3. bis 5. Oktober 1988 in Australien auf. Vgl. dazu Dok. 275.

3 Der bayerische Ministerpräsident Strauß erlitt am 1. Oktober 1988 während eines Jagdausflugs einen Kreislaufkollaps und verstarb am 3. Oktober 1988 in einem Regensburger Krankenhaus.

4 Der Besuch des Bundeskanzlers Kohl in Australien war bis zum 7. Oktober 1988 vorgesehen; anschließend waren noch Aufenthalte am 7./8. Oktober in Neuseeland und am 9./10. Oktober 1988 in Singapur geplant.

5 Ministerpräsident Hawke hielt sich vom 28. bis 30. Juni 1989 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 29. Juni 1989 vgl. AAPD 1989.

6 Australien beging 1988 den 200. Jahrestag der Ankunft des ersten Schiffes mit Siedlern aus Europa.

großartige Leistungen zur Entwicklung des Landes erbracht. Auch unter diesem Gesichtspunkt begrüße er es, wenn die Beziehungen zwischen beiden Ländern weiterentwickelt würden.

Der *Bundeskanzler* stimmte zu. Er sei bereit, die Kontakte wesentlich zu intensivieren. Dies gelte nicht nur für beide Länder. Wenn der Premierminister einverstanden sei, würde er sich freuen, wenn die Beziehungen auch ganz persönlich intensiviert werden könnten. Der *Premierminister* stimmte zu.

Der *Bundeskanzler* wies auf die raschen Veränderungen in der internationalen Politik hin. Dies gelte für die West-Ost-Beziehungen genauso wie für den Nord-Süd-Bereich. Es sei sicherlich richtig, daß in Deutschland der Eindruck herrsche, daß Australien geographisch weit entfernt sei. Andererseits würde sich der Blick Australiens sicherlich stärker auf Großbritannien richten. Dennoch sollten beide Seiten interessiert sein, die Beziehungen zu verstärken.

Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft gebe es eine Neigung, vor allem Afrika als den wichtigsten Nachbarkontinent zu betrachten. Dies sei bedingt durch die Geschichte und vor allem durch die Tatsache, daß Länder wie Frankreich, Belgien und andere Kolonialmächte in Afrika gewesen seien. Seit dem Ersten Weltkrieg gelte dies jedoch nicht für die Deutschen.

Die Bundesregierung sei dagegen vor allem daran interessiert, ihre Beziehungen nach Lateinamerika und in den asiatisch-pazifischen Raum zu verstärken. Dies sei auch der Grund, warum er nach Australien gekommen sei, ohne daß er dessen besondere Beziehungen zu Großbritannien berühren wolle.

Sicherlich sei jedoch richtig, daß die Bundesrepublik Deutschland das wichtigste Land in Westeuropa sei, auch wenn dies Mrs. Thatcher nicht gerne höre. Eine solche Feststellung würde er nicht öffentlich treffen. Der Premierminister sollte jedoch wissen, daß sich die Bundesrepublik Deutschland weiterhin mit großen Schritten vorwärtsentwickele. Heute nacht habe er in einer australischen Zeitung gelesen, daß die Deutschen mit einer gewissen Sorge den Binnenmarkt auf sich zukommen sähen. Dies könne er nicht bestätigen, das Gegenteil sei richtig. Voraussetzung sei jedoch, daß sich die Deutschen auf diese Entwicklung einrichten würden. Wenn der Binnenmarkt 1992 erreicht werden könnte, wäre er mit 320 Millionen Menschen der größte in der Welt.

Der Bundeskanzler äußerte sich zufrieden über die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Allein 1988 würden 60 Milliarden DM für Forschungen aufgewendet. Pro Kopf sei das soviel wie in den USA und Japan, und dies sei für ihn entscheidend.

Der *Premierminister* erwiderte, daß es Sinn gäbe, die beiderseitigen Beziehungen zu intensivieren. Was ihn beträfe, habe er keine Hemmungen, dies zu tun. Solche ergäben sich auch nicht aus der Geschichte. Die besonderen Beziehungen zu Großbritannien seien aufgrund vielfältiger Traditionen unvermeidlich. In der Außenpolitik wie aber auch in den Wirtschaftsbeziehungen werde sich Australien den neuen Gegebenheiten anpassen.

Er halte den Vorschlag, jährliche Konsultationen abzuhalten, für vernünftig.[7] Er begrüße es deshalb auch, daß noch in diesem Monat eine BDI-Delegation ein-

[7] Botschaftsrat I. Klasse Kiewitt, Canberra, berichtete am 11. August 1988, daß ihm im australischen Außenministerium erklärt worden sei: „Australien sei angesichts der Bedeutung der BR Deutschland

treffen werde. Seiner Meinung nach könnten die Beziehungen auf allen Ebenen und in allen Bereichen entwickelt werden.

Der Bundeskanzler habe über Europa und die daraus entstehenden Möglichkeiten gesprochen. Er verstehe, daß der Bundeskanzler mit verständlichem Stolz auf die Perspektiven hingewiesen habe und darauf, daß die Bundesrepublik Deutschland die „Nummer Eins" in Europa sei. Sie hätten ja vereinbart, offen miteinander zu sprechen. Nummer Eins zu sein heiße auch, daß damit besondere Verantwortlichkeiten verbunden seien. Diese Position erwecke auch Neid, fügte der *Bundeskanzler* hinzu.

Neid sei eine üble Angewohnheit und verderblich, erwiderte der *Premierminister*. Er wisse, daß der Bundeskanzler die Meinung Australiens über die Notwendigkeit eines freien Welthandels teile. Dies müsse insbesondere auch für den Bereich der Landwirtschaft gelten. Dem Bundeskanzler seien sicherlich die Argumente bekannt. Er habe die Hoffnung, daß der Weltwirtschaftsgipfel in Toronto[8] dazu führen werde, daß die Mid-term Review im Herbst in Montreal[9] zu Ergebnissen führen werde. Zwischenvorschläge dazu lägen bereits auf dem Tisch. Die Amerikaner hätten ihre Position inzwischen geändert. Jetzt läge es an Europa, darauf zu antworten. Europa unter der Führung des Bundeskanzlers müsse dafür sorgen, daß die Uruguay-Runde zu vernünftigen Preisbeschlüssen führen werde.

Der *Bundeskanzler* erläuterte noch einmal seine Position: Er sei absolut für einen freien Welthandel. Diese Position habe vor allem auch die Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik bestimmt. Vor vierzig Jahren hätte es in seinem Lande die Auseinandersetzung zwischen zwei Schulen der Ökonomie gegeben: Ludwig Erhard sei für die Marktwirtschaft und für das Prinzip, alle Fenster zu öffnen, eingetreten. Die andere Schule wollte das Land abschließen. Das deutsche Wirtschaftswunder, wie es genannt worden sei, sei das Ergebnis einer Politik, die Fenster und Türen geöffnet habe.

Als Beispiel wolle er nur auf die Diskussion über den Umweltschutz aufmerksam machen. Vor vier Jahren habe er in der Bundesrepublik die Einführung von Katalysatoren durchgesetzt.[10] Japan und die USA seien damit bereits 1972/74 vorausgegangen. Die Deutschen hätten diese Entscheidung damals verschlafen. Jetzt versuche er, diese Politik innerhalb der Europäischen Gemeinschaft durch-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1466

daran gelegen, das Netz derjenigen westeuropäischen Länder, mit denen derzeit auf Abteilungsleiterebene regelmäßige Konsultationen stattfinden, zu erweitern. Seit drei Jahren würden solche Konsultationen jährlich abwechselnd hier bzw. in den dortigen Hauptstädten mit Großbritannien, Italien und Frankreich gepflogen". Mit der Bundesrepublik wolle man „Möglichkeiten für eine Intensivierung der bilateralen Handelsbeziehungen, für weitere deutsche Investitionen und die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit erörtern, zumal hier der Eindruck bestehe, daß sich die BR Deutschland verstärkt für die Asien-Pazifik-Region interessiere und man hierbei zusammenarbeiten könne." Vgl. den Drahtbericht Nr. 267; Referat 342, Bd. 144461.

8 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 19. bis 21. Juni 1988 in Toronto vgl. Dok. 181–184.

9 Zur Ministerkonferenz im Rahmen der Uruguay-Runde des GATT vom 5. bis 9. Dezember 1988 in Montreal vgl. Dok. 368.

10 Am 19. September 1984 beschloß das Kabinett die Einführung des umweltfreundlichen Autos. Ministerialdirigent Loeck erläuterte am folgenden Tag, der Beschluß sehe u. a. vor, die Mineralölsteuer ab 1. Juli 1985 bis zum 31.12.1991 für unverbleites Benzin um zwei Pfennige je Liter zu senken und für andere Leichtöle um zwei Pfennige je Liter zu erhöhen. Das System der steuerlichen Anreize werde für alle PKW zum 1. Januar 1989 durch eine verbindliche Regelung auf der Basis der Einhaltung der US-Schadstoffgrenzwerte ersetzt. Vgl. dazu den Runderlaß; Referat 433 (415), Bd. 132342.

zusetzen, weil solche Maßnahmen in ihrer nationalen Begrenzung nicht ausreichend wirksam sein können.

Es sei ja bekannt, daß er mit Präsident Mitterrand persönlich befreundet sei. Dennoch gebe es gerade im Bereich des Umweltschutzes große Probleme mit Frankreich. Die Folge der unterschiedlichen Position sei es jedoch gewesen, daß die deutschen Autoexporte gestiegen, während die Frankreichs gesunken seien.

Er müsse zugeben, daß im Grundsatz die Europäische Gemeinschaft in der Frage des Protektionismus noch keine gemeinsame Position erreicht habe. Drei Mitgliedsländer seien klar für einen freien Welthandel. Dies gelte für Großbritannien, die Niederlande und für die Bundesrepublik Deutschland. Für Dänemark gelte es teils teils. Dem Premierminister sei sicherlich die Diskussion über die Einführung einer Fettsteuer[11] bekannt, weil Australien sicherlich davon betroffen sei. Die genannten drei Mitgliedstaaten der EG seien immer dagegen aufgetreten.

Was die Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft betreffe, müsse er zugeben, daß sowohl innerhalb der Europäischen Gemeinschaft wie aber auch in der Bundesrepublik schwerwiegende Fehler gemacht worden seien. Der frühere Präsident der Europäischen Kommission, Mansholt, habe versucht, die Agrarprobleme durch Überproduktion zu lösen. Jetzt sei eine Umkehr dieses Trends erforderlich. Als er 1982 die Regierung übernommen habe, habe es eine Überproduktion von Milch in der Größenordnung von 123% gegeben. Sie konnte bis heute auf 103% zurückgeführt werden. Die Produktion auch in anderen Bereichen müsse radikal verringert werden.

Der Bundeskanzler berichtete über die Entscheidungen in der Bundesregierung. Seine Regierung sei bisher am weitesten gegangen und habe große Schwierigkeiten auf sich nehmen müssen. Er habe über dieser Frage auch Landtagswahlen verloren. Dennoch werde er die nächste Bundestagswahl gewinnen, was für ihn am wichtigsten sei.

Der Bundeskanzler erläuterte die unterschiedlichen Strukturen der Landwirtschaft in den verschiedenen Mitgliedstaaten. Er wolle nur darauf hinweisen, daß die Durchschnittsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe in Großbritannien 170 Hektar, dagegen bei uns nur 17 Hektar betrage. Er habe jetzt in der Regierung ein Programm zur Stillegung von Agrarflächen beschlossen. Dies sei auch ökologisch von Bedeutung. D. h., der ökonomische Zwang beweise sich auch ökologisch als richtig. Er hoffe, daß er in vier Jahren diese Probleme weitgehend gelöst haben werde. Er sei sich auch bewußt, daß es innerhalb der Europäischen Gemeinschaft auch Mitgliedstaaten wie z. B. Irland gebe, die keine Alternative zur Agrarproduktion hätten. Was die Bundesrepublik Deutschland betreffe, vertrete er jedoch die Philosophie, daß sie eine der größten Industrienationen der Welt sei und das größte Exportland mit einer Exportquote von 35%. Wenn andere Staaten Waren aus der Bundesrepublik Deutschland importieren sollen, müssen sie bezahlen können. Dies gelte vor allem für die Länder der Dritten Welt, deren Einkommen sich vor allem aus der landwirtschaftlichen Produktion ergebe. Er wolle aber daran erinnern, daß 1988 in der Bundesrepublik Deutschland 50000 Bauern ihren Betrieb einstellen werden.

11 Zum Vorschlag der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 15, Anm. 7.

Der *Premierminister* antwortete, daß er die Theorie für großartig halte und dem Bundeskanzler darin zustimme. Aufgabe der Bundesrepublik innerhalb der Europäischen Gemeinschaft müßte es jedoch jetzt sein, alle Anstrengungen zu unternehmen, um auf die veränderten amerikanischen Vorschläge eine positive Reaktion zu erreichen. Innerhalb von GATT sei man jetzt dabei, internationale Preise in der Uruguay-Runde festzulegen.[12] Konkret hieße das, daß die Theorie jetzt in praktische Schritte umgesetzt werden müsse, wie dies in Toronto beschlossen worden sei.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß alle Beteiligten zu Kompromissen bereit sein müßten.

Der *Premierminister* fuhr fort, daß sich jetzt die USA bewegt hätten, und zwar wenige Wochen vor der Präsidentschaftswahl.[13] Er wolle jetzt wissen, ob sich auch die Europäer bewegen würden.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß er davon überzeugt sei. Sein Kollege Bangemann sei ja ebenfalls zu Gesprächen hier in Canberra gewesen und habe über unsere Position berichtet.[14] Lösungen würden sicherlich möglich sein. Er müsse jedoch immer wieder auf das große Problem hinweisen, das sich innerhalb der Europäischen Gemeinschaft aufgrund der großen Unterschiede in den Positionen ergebe. Auf der Sitzung des Sonderrates in Brüssel[15] sei in Fragen der Landwirtschaft ein Kompromiß möglich gewesen, weil er den Vorsitz gehabt und am meisten nachgegeben habe. Der Kompromiß koste ihn allein 4 Milliarden DM. Dieser Erfolg sei jedoch erforderlich gewesen, um den Termin für den Binnenmarkt 1992 halten zu können.

In diesem Zusammenhang wolle er mit aller Deutlichkeit sagen, daß er nicht das törichte Wort übernommen habe, daß die Deutschen nicht die Zahlmeister Europas sein wollen. Es sei ihm bewußt, daß die Deutschen mehr zahlen müßten als andere.

Wenn es in der Uruguay-Runde keine vernünftigen Lösungen geben werde, werden die Kosten am Ende noch weiter und damit auch die internationale Verschuldung steigen. Allein in diesem Jahr müsse die Bundesregierung für Brasilien 900 Millionen DM aus ihren Bürgschaftsverpflichtungen übernehmen.[16]

12 Zur Uruguay-Runde im Rahmen des GATT vgl. Dok. 239.
Referat 411 notierte am 20. Oktober 1988: „Die Agrarhandelsverhandlungen sind derzeit blockiert durch den bislang als nicht aufhebbar erscheinenden Interessengegensatz zwischen den USA (bislang: radikaler Abbau von Agrarsubventionen und Marktzugangshindernissen binnen zehn Jahren) und der EG (keine Preisgabe der GAP, Präferenz für kurzfristige Absprachen). USA haben beim informellen Handelsministertreffen in Islamabad (1. bis 3.10.88) Annäherung an die Auffassungen der Cairns-Gruppe vollzogen und erstmals auch Einverständnis bekundet, über Kurzfristmaßnahmen zu verhandeln, sofern Beteiligte sich verbindlich bereit erklären, auch Langfristverpflichtungen in bezug auf den koordinierten Stützungsabbau eingehen zu wollen. Amerikanische Flexibilität hat EG in schwierige Lage gebracht, da sie nunmehr auch bei den Kurzfristmaßnahmen zeigen muß, daß sie es ernst meint (EG konnte sich bislang auf ablehnende US-Haltung verlassen; F hätte selbst beim Eingehen von Kurzfristverpflichtungen Probleme).“ Vgl. Referat 411, Bd. 160544.

13 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

14 Zum Besuch des Bundesministers Bangemann in Australien vgl. den Artikel „Bangemann wirbt für Fregatten-Großauftrag“; FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 29. August 1988, S. 5.

15 Zur Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel vgl. Dok. 59.

16 Ministerialdirigent von Kyaw vermerkte am 11. November 1988 zu den Kreditbeziehungen mit Brasilien: „Seit Juni 1986 werden nur noch Geschäfte mit Kreditlaufzeiten bis zu einem Jahr ver-

Gleichzeitig hätte die Bundesregierung Schulden in der Größenordnung von über 4 Milliarden DM gestrichen und auch die Konditionen für zukünftige Kredite verbessert.[17] Dennoch gelte, daß es keine Fortschritte geben könne, wenn die Länder der Dritten Welt nicht exportieren können.

Er habe kein Interesse, Australien aus diesem Prozeß auszuschließen. Er sehe sehr deutlich die dynamische Entwicklung im pazifischen Raum. Wenn sich deshalb Australien gegenüber Europa über Großbritannien hinaus weiter öffne, sei dies sehr gut. Er sei entschieden dafür, daß deutsche Unternehmer stärker in Australien investieren sollten und Australien in die Lage versetzt werden müsse, in stärkerem Maße Fertigprodukte zu verkaufen.

Premierminister *Hawke* gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß der Bundeskanzler Recht behalten möge. Die wirtschaftliche Entwicklung interessiere ihn im besonderen Maße. In den letzten sechs Jahren konnte allgemein ein wirtschaftliches Wachstum erreicht werden. Dies habe vor allem für Japan gegolten. Dort vollzögen sich jetzt strukturelle Veränderungen, und das Land sei dabei, eine gewisse Öffnung durchzuführen. Defizite habe es dagegen in den USA gegeben, dennoch seien sie auch Motor des Wachstums gewesen, wenn auch ein teurer.

Sorge bereite ihm die Entwicklung in Europa. Deutschland scheine zurückhaltender und zögerlicher, Motor für wirtschaftliches Wachstum zu sein. In diesem Zusammenhang wäre er daran interessiert, welche Wachstumsraten der Bundeskanzler für die nächsten Jahre prognostiziere.

Der *Bundeskanzler* erläuterte, daß alle wirtschaftlichen Prognosen in den letzten Jahren falsch gewesen seien. Dies sei jedoch psychologisch erklärlich. Zum Teil hinge dies auch etwas von der Art und Weise ab, wie er Politik betreibe. Viele würden von der Bundesrepublik erwarten, daß sie immer der Front vorausmarschiere. Dies hätte sicherlich mehr dem Stil von Helmut Schmidt entsprochen, der stets bereit war, allen Partnern gute Ratschläge zu geben. Er betrachte sich dagegen als Schüler Konrad Adenauers. Dieser sei auch nicht zögerlich gewesen, Ratschläge zu geben, warf Premierminister *Hawke* ein.

Der *Bundeskanzler* berichtete über ein Gespräch mit Konrad Adenauer, in dem dieser ihm den Rat gegeben habe, daß die Deutschen, nachdem sie in der ersten Hälfte des Jahrhunderts als Hochstapler aufgetreten seien, jetzt doch eher tiefstapeln sollten. In der Bundesrepublik habe es seit 1983 ein durchschnittliches wirtschaftliches Wachstum von 3% gegeben oder leicht darunter. 1988 erwarte er ein Wachstum von über 3%. Er sei jetzt dabei, eine Reihe von Reformen durchzusetzen, um die Bundesrepublik Deutschland auf das Ziel des Binnenmarktes 1992 vorzubereiten. So habe er eine Steuerreform durchgeführt, die eine Entlastung von rund 50 Milliarden DM erbringen werde.[18] In keinem ande-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1469

bürgt, die in der Regel von Umschuldungsvereinbarungen nicht erfaßt werden. Ursächlich für diese Beschränkung waren die ungeregelten Kreditbeziehungen Brasiliens. Das Obligo des Bundes aus Gewährleistungen für Brasilien beläuft sich z. Zt. auf 17,5 Mrd. DM (10,5% des Gesamtobligos). […] Inzwischen hat sich Brasilien mit dem IWF und den Gläubigerbanken arrangiert und mit den im Pariser Club zusammengeschlossenen Gläubigerregierungen am 31.7.1988 ein Protokoll unterzeichnet, das die Rahmenbedingungen für die Umschuldung öffentlicher und öffentlich verbürgter Forderungen festlegt." Aus dieser Umschuldungsregelung entstünden für den Bund hohe Entschädigungsforderungen, die auf 1,3 bis 1,4 Mrd. DM geschätzt würden. Vgl. Referat 422, Bd. 149074.

17 Vgl. dazu den Kabinettsbeschluß vom 9. Juni 1988; Dok. 166, Anm. 19.

18 Zur Steuerreform der Bundesregierung vgl. Dok. 64, Anm. 19.

ren Staat hätte es eine vergleichbare Steuerreform gegeben. Außerdem gebe es seit sechs Jahren keine Inflation. Die Binnenkonjunktur verlaufe beachtlich. Deshalb sehe es so aus, daß es gelingen könne, diese Wachstumsrate zu halten. Das schwierigste Problem bestehe darin, daß die Strukturprobleme zu spät in Angriff genommen worden seien. So sei die Bundesrepublik insgesamt zu teuer geworden. Andererseits müßten bestimmte Bereiche wie z. B. der Schiffsbau, die Kohleproduktion und andere zurückgeführt werden.

Premierminister *Hawke* griff das Stichwort Kohle auf. Er beklagte die ungeheuren Subventionen, die die Bundesregierung zahle. Er fragte den Bundeskanzler nach den weiteren Absichten.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß diese Subventionen nur für eine Übergangszeit vorgesehen seien. Inzwischen seien bereits 60 000 Arbeitsplätze im Kohlebergbau abgebaut worden. Es sei klar, daß noch weitere Arbeitsplätze aufgegeben werden müßten. 1995 laufe der sogenannte Jahrhundert-Vertrag[19] aus. Das Kohleproblem habe sich auch dadurch verschärft, daß an den gleichen Standorten auch die strukturschwache Stahlproduktion vorhanden sei. Er sei sich darüber im klaren, daß die deutsche Kohleindustrie in ihrer alten Verfassung keine Zukunft haben könne. Unabhängig davon wolle er jedoch darauf hinweisen, daß es kein zweites Land gebe, das so viele Arbeitsstellen in einem vergleichbaren Zeitraum abgebaut habe wie die Bundesrepublik Deutschland. Mrs. Thatcher würde sehr viel darüber reden, jedoch weniger tun. Man brauche nur die Zahlen vergleichen, die die OECD veröffentlicht habe.

Darüber hinaus leiste die Bundesrepublik deutliche Beiträge zur Belebung der Weltwirtschaft. Sie führe eine solide Haushaltspolitik durch und habe dazu beigetragen, daß sich innerhalb der gesamten Europäischen Gemeinschaft die Inflation vermindert habe. Innerhalb der EG gebe es eine zunehmende Konvergenz der Wirtschaftspolitiken. Der Premierminister und er würden in diesen Fragen sicherlich auch nicht sehr unterschiedlich denken.

Der zweite Beitrag der Bundesrepublik bestünde darin, daß sie alles unternehme, den Markt zu öffnen und jeden Protektionismus abzuwehren. Übergangssubventionen gebe es vor allem in zwei Fällen, in der Agrarpolitik und für die Kohle. In beiden Fällen handele es sich um Übergangslösungen, weil die Finanzierung mittelfristig auch zu teuer werde.

Der Bundeskanzler wies darauf hin, daß er gezwungen sei, noch immer zu viel in überholte und der Vergangenheit angehörende Strukturen zu investieren. Wenn der Premierminister 1989 in die Bundesrepublik Deutschland kommen werde, werde er ihn in das große Haus nach Düsseldorf (DGB) begleiten, das der Premierminister ja kenne, und dann sollte der Premierminister dort alles das erläutern, was er heute ihm gesagt habe. Er sei sich im klaren, daß die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland weder bei der Landwirtschaft noch bei der Kohle liege.

19 Im Jahr 1977 schlossen die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke und der Gesamtverband des deutschen Steinkohlebergbaus ein Abkommen, das letzterem eine Abnahmegarantie gewährte. Der Vertrag war auf zehn Jahre geschlossen, wurde jedoch 1980 durch eine Zusatzvereinbarung erneuert, die bis 1995 galt und eine schrittweise Erhöhung der Garantiemenge vorsah. Als Ausgleich für den Preisunterschied zur billigeren Importkohle diente die seit dem Gesetz vom 13. Dezember 1974 über die weitere Sicherung des Einsatzes von Gemeinschaftskohle in der Elektrizitätswirtschaft (Drittes Verstromungsgesetz) auf den Strompreis erhobene Verbraucherabgabe („Kohlepfennig“).

Andererseits wolle er darauf hinweisen, daß die zukünftige Entwicklung der Weltwirtschaft in hohem Maße auch von der Politik des neuen amerikanischen Präsidenten abhängen werde. Dabei werde es um zwei Fragestellungen gehen: Wie wird er das Haushaltsdefizit lösen und wie wird er das neue Handelsgesetz[20] handhaben?

Vizepräsident Bush werde die Wahl gewinnen, warf der *Premierminister* ein.

Der *Bundeskanzler* berichtete, daß er mit Bush über alle diese Fragen diskutiert habe. Wenn die USA dies in Ordnung bringen wollten, dann würden sie sicherlich nach Europa kommen und höhere Beiträge für die Verteidigung einfordern. Er habe dafür Verständnis, obwohl die Bundesrepublik Deutschland höhere Leistungen als andere Europäer und mehr Opfer erbringe. So sei die Bundeswehr eine Wehrpflichtarmee. Auf dem kleinen Territorium der Bundesrepublik würden sich rund 1 Million Soldaten bewegen. Hinzu komme die Belastung durch Tiefflüge, zahllose Depots und andere Verpflichtungen. Diese würden jedoch in keiner Rechnung erscheinen.

Er wolle nur daran erinnern, daß er noch vor der Bundestagswahl[21] die Wehrpflicht auf 18 Monate verlängert habe[22]. Dies mache deutlich, daß die Bundesrepublik bereit sei, ihren Beitrag zu leisten. So erwarte er sich aber auch Fortschritte in der Abrüstung. Dabei sei er sich jedoch bewußt, daß die Bundesrepublik der letzte sein werde, für den sich die konventionelle Abrüstung vorteilhaft auswirken werde. Er müsse davon ausgehen, daß die finanziellen Lasten bis in die 90er Jahre hinein sehr hoch blieben. Dennoch gebe es keinen Grund, pessimistisch zu sein. Die Bundesregierung werde ihren Verpflichtungen nachkommen und den Anstieg der Lasten tragen.

Innenpolitisch ginge es darum, nicht über die Verhältnisse zu leben. Schwerwiegend sei das Problem der Arbeitslosigkeit. In Wirklichkeit gebe es jedoch keine 2,2 Millionen Arbeitslose, denn darunter befänden sich sicherlich 500 000 bis 700 000 Schwarzarbeiter. Zur Zeit aber erlebe man einen neuen Bauboom, da für die Aussiedler aus der Sowjetunion, Polen und Rumänien neue Wohnungen errichtet werden müßten. Er sei sich sicher, daß diese Aussiedler zur Belebung der Wirtschaft beitragen werden.

Premierminister *Hawke* fragte den Bundeskanzler nach der weiteren Entwicklung des Währungssystems in Europa bis 1992. Der *Bundeskanzler* gab zu, daß es zu dieser Frage noch gewaltige Meinungsunterschiede innerhalb der Europäischen Gemeinschaft gebe. So hätten sich innerhalb der letzten 30 Jahre die Steuersysteme unterschiedlich entwickelt. Auch in der Bundesrepublik habe das Verhältnis von direkten zu indirekten Steuern anfänglich 50 zu 50 % betragen. Bei den anderen europäischen Partnern sei der Anteil der indirekten Steuern wesentlich größer gegenüber den direkten Steuerbelastungen. In der

20 Zum amerikanischen Handelsgesetz vom 23. August 1988 („Omnibus Trade and Competitiveness Act of 1988") vgl. Dok. 239, Anm. 3.

21 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 25. Januar 1987 statt.

22 Der Bundestag beschloß am 17. April 1986, die Dauer des Grundwehrdienstes ab dem 1. Juni 1989 von 15 auf 18 Monate zu erhöhen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 210. Sitzung, S. 16141–16166.
Für den Wortlaut des Gesetzes vom 13. Juni 1986 zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und Verlängerung der Dauer des Grundwehrdienstes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 873–878.

Bundesrepublik sei dies genau umgekehrt. Ebenso unterschiedlich seien die Belastungen der Unternehmungen. Sein Ziel sei es, die Steuerlast für die Unternehmen in den Jahren 1990 bis 1992 zu senken. Bis 1992 müsse eine Annäherung der Steuersysteme erreicht werden. Dies gelte vor allem für die Zölle, wenn die Grenzen verschwinden sollen.

Er sei sich darüber im klaren, daß die Einrichtung einer europäischen Zentralbank bis 1992 nicht möglich sein werde. Es wäre ein großer Erfolg, wenn dies bis 1995/96 erreicht werden könnte. Eine Voraussetzung dafür sei eine wachsende Konvergenz der Wirtschafts- und Haushaltspolitiken. Elf Mitgliedstaaten wollten eine Zentralbank einrichten, jedoch nicht Großbritannien. Unter den elf Mitgliedstaaten finde eine lebhafte Diskussion über die zukünftige Form einer solchen europäischen Zentralbank statt. Es zeichne sich eine allmähliche Änderung der Positionen ab. Diejenigen, die bisher für eine von den Regierungen abhängige Zentralbank eingetreten seien, würden sich mehr und mehr der deutschen Meinung für eine regierungsunabhängige Zentralbank einsetzen.[23] Die zurückliegende Dollarkrise sei dabei von einem großen erzieherischen Wert gewesen.

Was die zeitliche Reihenfolge betreffe, müsse er jedoch sagen, daß eine europäische Währung erst der dritte Schritt sein könne. Im Augenblick vollziehe man noch den ersten Schritt. Es sei jedoch richtig, daß die Entwicklung insgesamt unaufhaltsam sei und lediglich das Tempo verändert werden könne.

Sein Ziel sei es, jetzt den europäischen Zug auf die Schiene zu setzen und die Fahrt aufnehmen zu lassen, damit niemand mehr die Richtung ändern könne. Verändert werden könne nur noch das Tempo. Das gesteckte Ziel müsse jedoch erreicht werden.

Der Bundeskanzler erläuterte die wirtschaftspolitischen Ziele der Bundesregierung. Er habe die feste Absicht, um einen Vergleich mit der Olympiade zu bringen, die Bundesrepublik auf eines der drei Treppchen zurückzuführen, wobei es zweitrangig sei, auf welchem Treppchen die Bundesrepublik am Ende stehen werde.

Im übrigen wolle er darauf hinweisen, daß das EG-Europa für ihn ein Torso sei. Europa umfasse für ihn auch die anderen Staaten der EFTA und Osteuropa. Auch dieser Teil Europas müsse im Blickfeld bleiben. Allerdings sei er der Auffassung, daß vor 1992 die Europäische Gemeinschaft nicht erweitert werden sollte.

Wenn sich jedoch die weltpolitische Entwicklung so fortsetze wie im Augenblick und sich der Ost-West-Gegensatz weiter verringere, werde Österreich der Europäischen Gemeinschaft beitreten. Entscheidend dafür werde die sowjetische Haltung sein. Wenn jedoch Österreich beitreten werde, sei er sich sicher, daß Norwegen folgen werde; vielleicht auch Schweden und Finnland. Damit würde sich die Lage in ganz Nordeuropa verändern. Der Beitrittsantrag der Türkei läge bereits auf dem Tisch.[24] Eine Entscheidung sei jedoch in naher Zukunft nicht zu erwarten.

[23] So in der Vorlage.

[24] Die Türkei stellte am 14. April 1987 einen Antrag auf EG-Beitritt. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 93 und Dok. 136, sowie AAPD 1987, II, Dok. 218. Vgl. dazu auch Dok. 74.

Das entscheidende Problem für die Europäische Gemeinschaft stelle sich nicht 1992, sondern erst in den Jahren danach. Dann werde sich nämlich die Frage nach der politischen Integration stellen. Seine Prognose sei, daß es innerhalb der Gemeinschaft einen inneren Zirkel geben werde, der die politische Integration weiterverfolgen werde. Den Kern dafür würden Frankreich und Deutschland bilden. Er sei sich deshalb sicher, daß Europa in zwölf Jahren seine Qualität verändert haben werde. Auch unter diesem Gesichtspunkt wäre es für Australien nützlich, die bilateralen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zu stärken.

Premierminister *Hawke* sprach die bevorstehende Reise des Bundeskanzlers nach Moskau[25] an. Er selbst habe im Dezember ein langes Gespräch mit Gorbatschow geführt.[26] Außerdem werde Ministerpräsident Ryschkow bald nach Australien kommen. Aus seiner Sicht seien die Veränderungen in der Sowjetunion in gewissem Sinne ebenfalls bedeutend. Er wisse, daß die deutsche Industrie Joint-ventures mit der Sowjetunion anstrebe. Sie würden in Australien Ähnliches versuchen. In diesem Zusammenhang würden ihn die Erfahrungen interessieren, die die deutsche Wirtschaft mit der Sowjetunion gemacht hätte.

Der *Bundeskanzler* berichtete, daß die deutsche Industrie sich sehr zurückhaltend verhalte. Aufgabe sei es jetzt, realistisch zu bleiben und nicht, wie viele, verrückt zu spielen. Auch müsse man die Folgen für die Verteidigung im Auge behalten. Viele Tatsachen würden nicht gesehen werden. So verstärke sich die konventionelle Rüstung in der Sowjetunion von Woche zu Woche. Moskau modernisiere seine Panzer und verstärke die militärischen Verbände und vor allem seine Lufttransportkapazitäten. Das gleiche gelte auch für die Artillerie. Zwischen Kiew und der Bundesrepublik Deutschland stünden 150 000 Mann Luftlandetruppen. In Westeuropa dagegen nur 30 000. Es sei richtig, daß Gorbatschow keinen Krieg wolle. Er brauche jedoch dieses militärische Potential für Drohgebärden. Er wisse jedoch, daß ein Krieg in Europa das Ende bedeuten würde, die Apokalypse. Die Sowjetunion sei nach wie vor eine militärische Weltmacht, aber wirtschaftlich zweitrangig geworden. Innerhalb des RGW nehme die Sowjetunion ökonomisch nur den vierten Platz ein.

Gorbatschow habe praktisch nur eine Alternative: Entweder erhalte er Hilfe von außen oder er werde scheitern. Er arbeite gewissermaßen an einem Wunder: Er strebe die Reform des Systems an, ohne die Ideologie ändern zu wollen.

Premierminister *Hawke* fügte hinzu, daß Gorbatschow nur erfolgreich sein könne, wenn er die Regale mit Waren auffülle.

Der *Bundeskanzler* erinnerte an die großen Erwartungen der Wirtschaft in den 70er Jahren, die in einer großen Enttäuschung geendet hätten. Premierminister *Hawke* fragte nach den heutigen Erfahrungen.

Diese seien in manchen Bereichen gut, in anderen schlecht, erwiderte der *Bundeskanzler*. Er werde bei seinem Besuch sowohl politische wie ökonomische Perspektiven verfolgen. Politisch wolle die Sowjetunion ein neues Kapitel in den

25 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

26 Ministerpräsident Hawke hielt sich vom 29. November bis 2. Dezember 1987 in der UdSSR auf. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3897 des Botschafters Meyer-Landrut, Moskau, vom 7. Dezember 1987; Referat 213, Bd. 143554.

Beziehungen aufschlagen. Sechs Jahre lang sei er gemeinsam mit Präsident Reagan der Prügelknabe für Moskau gewesen und habe die Peitsche erhalten. Jetzt komme gewissermaßen das Zuckerbrot auf ihn zu.

Die Sowjetunion verfolge die Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft mit großer Aufmerksamkeit. Bereits Lenin habe deutlich gemacht, daß alle Wege nach Europa über Berlin führten. Großes Gewicht habe auch die konventionelle Rüstung der Bundesrepublik, obwohl die Sowjetunion die Bundeswehr sicherlich überschätze.

Was die Wirtschaft betreffe, wolle die sowjetische Führung die Zusammenarbeit vor allem im Konsumgüterbereich ausbauen.[27] Er selbst sehe dort gute Chancen. Eine andere Möglichkeit sehe er im Bereich der Infrastruktur. Das Transportsystem in der Sowjetunion sei in einem katastrophalen Zustand. So gebe es viele Felder, wo kleine Schritte für eine Zusammenarbeit möglich seien.

Gleichzeitig strebe er aber auch eine Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit von Kernkraftanlagen an.[28] Dies sei für ihn auch aus innenpolitischen Gründen von besonderer Bedeutung. Die Folgen von Tschernobyl[29] hätten die Bundesregierung 600 Millionen DM gekostet. Eine Zusammenarbeit in diesem Bereich würde beiden Seiten Nutzen bringen.

Der Bundeskanzler wies darauf hin, daß im Augenblick alles nach Moskau starre und dabei die Gefahr bestünde, daß die anderen osteuropäischen Staaten, wie Polen, die ČSSR und Ungarn, vergessen würden. Dort zeichneten sich erhebliche Auswirkungen ab, die für Gorbatschow ein großes Problem bedeuteten.

Der Bundeskanzler berichtete über sein Gespräch mit Deng Xiaoping im vergangenen Jahr.[30] Dieser habe ihm gesagt, daß Gorbatschow scheitern werde, weil die Folgen seiner Politik bei den Verbündeten nicht beherrschbar seien. Auch für ihn ergäbe sich das Problem, daß sich die Lage in der DDR immer schwieriger gestalte, obwohl sich zwischen ihm und Generalsekretär Honecker eine vernünftige Zusammenarbeit entwickelt habe. Die Zahlen für Westbesuche hätten sich drastisch verbessert. Die Stimmung in der DDR sei jedoch aufgrund der wirtschaftlichen Probleme und der Weigerung der SED-Führung, Reformen durchzuführen, sehr schlecht. Andererseits könnte der Kessel zu brodeln beginnen, wenn Honecker Reformen durchführen würde. Von den 16,5 Millionen Einwohnern der DDR hätten 900 000 Anträge auf eine Ausreise gestellt. Diese Zahl sei um so eindrucksvoller, wenn man die Folgen für die Antragsteller kenne.

Zum Abschluß des Gesprächs sprach der Bundeskanzler die australische Entscheidung über die Auftragsvergabe zum Bau von U-Booten an.[31] Er erinnerte

27 Vgl. dazu die Rahmenkreditvereinbarung vom 6. Mai 1988 zwischen der Deutschen Bank und der sowjetischen Bank für Außenwirtschaft; Dok. 156, Anm. 10.

28 Zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes vgl. Dok. 266, Anm. 14.

29 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 22, Anm. 13.

30 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 12. bis 19. Juli 1987 in der Volksrepublik China auf und traf am 14. Juli 1987 in Peking mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, Deng Xiaoping, zusammen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1742 des Botschafters Hellbeck, Peking, vom 15. Juli 1987; VS-Bd. 13670 (341); B 150, Aktenkopien 1987.

31 Am 18. Mai 1987 gab das australische Verteidigungsministerium bekannt, daß der Auftrag zum Bau von sechs U-Booten im Wert von 4 Mrd. DM an die schwedische Kockums AB und nicht an die

daran, daß sein Kollege Bangemann mit dem Premierminister darüber gesprochen habe. Er habe bedauert, daß Australien die Bundesrepublik bei ihrer Entscheidung nicht berücksichtigt habe. Er respektiere jedoch diese Entscheidung. Jetzt stehe die australische Regierung vor der Entscheidung über die Auftragsvergabe von Fregatten.[32] Er wolle dem Premierminister sagen, daß er bereit sei, für den Fall einer Auftragsvergabe an die Bundesrepublik Deutschland über vieles mit sich sprechen zu lassen. Er fragte den Premierminister, wann er diese Entscheidung treffen wolle.

Premierminister *Hawke* erwiderte, daß am 19. Januar 1989 die Frist für die Ausschreibung ablaufe. Die Regierung werde ihre Entscheidung Mitte des nächsten Jahres treffen.

Der *Bundeskanzler* wiederholte, daß er bereit sei, in vielen Bereichen Unterstützung zu geben. Er könne dem Premierminister versichern, daß es sich um modernste Technologie handele, die die Bundesrepublik in diesem Zusammenhang zur Verfügung stellen würde. Er sehe darin eine gute Sache, wenn es in diesem Bereich zu einer Zusammenarbeit kommen könnte.

Der *Premierminister* antwortete, daß er sich das alles ansehen werde. Er habe sehr wohl zur Kenntnis genommen, was der Bundeskanzler ihm dazu gesagt habe.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 76

Fortsetzung Fußnote von Seite 1475

Howaldtswerke–Deutsche Werft AG und das Ingenieurkontor Lübeck gehe. Vgl. dazu den Artikel „Australien lehnt deutsche U-Boote ab"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 19. Mai 1987, S. 8.

32 Das Bundesministerium der Verteidigung notierte am 20. September 1988: „Um das neue Fregattenbauprogramm (acht Fregatten für Australien, vier für Neuseeland) stehen zwei australische Firmenkonsortien in der Endauswahl; das eine ist mit Blohm+Voss, das andere mit einer niederländischen Werft liiert. Blohm+Voss bietet die bewährte Fregatte MEKO 200 an, von der zur Zeit vier Schiffe (für Portugal und Türkei) auf deutschen Werften gebaut werden. Der konkurrierende niederländische Entwurf basiert auf der M-Fregatte, zur Zeit im Bau in den Niederlanden. Verbindliche Firmenangebote sind bis Januar 1989 vorzulegen, der Bauauftrag an den Gewinner wird im Juli 1989 erwartet." Vgl. Referat 342, Bd. 144609.

281

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Buerstedde

221-376.15-1307/88 VS-vertraulich **4. Oktober 1988**[1]

Über Herrn D 2 A[2], Herrn Staatssekretär[3] Herrn Bundesminister

Betr.: KRK-Konsultationen im Fünfer-Kreis in Brüssel (in amerikanischer Botschaft) am 3.10.88

Anlg.: 2[4]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Das Treffen der Quint am 3.10. stand im Zeichen des Versuchs der USA, den beim vorangegangenen Treffen erreichten Kompromiß über die Kernelemente eines westlichen KRK-Verhandlungsvorschlags[5] wieder in Frage zu stellen. F, I, GB und wir rieten dringend davon ab, von der mühsam erzielten Annäherung wieder abzurücken. Der geschlossene Widerstand der Europäer dürfte den Amerikanern die Aussichtslosigkeit eines Versuchs, den Kompromiß von Wiston House wieder aufzurollen, vor Augen geführt haben.

II. Im einzelnen

1) Substanz des westlichen KRK-Verhandlungsvorschlags

Die USA trugen starke Bedenken gegen den bei der letzten Quint in Wiston House am 8.9. erzielten Kompromiß vor: Er schaffe grundlegende Schwierigkeiten für die Flankenstaaten, unterminiere die Einheit des Bündnisses und erleichtere der SU die Propagierung unakzeptabler Zonenkonzepte.[6]

Die Amerikaner warben für einen Alternativ-Vorschlag, den der Stellvertretende ACDA-Chef L. Hansen ausgearbeitet hat (s. Anlage 1[7]).

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde und Vortragendem Legationsrat Gruber konzipiert.

2 Hat Botschafter Holik am 4. Oktober 1988 vorgelegen.

3 Hat Staatssekretär Sudhoff am 5. Oktober 1988 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Jansen am 10. November 1988 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 221 verfügte und handschriftlich vermerkte: „BM ist über letzten Stand unterrichtet."

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 7 und 8.

5 Zu den KRK-Konsultationen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der USA am 7./8. September 1988 in Wiston House (Wilton Park) vgl. Dok. 248.

6 Botschafter Ruhfus, Washington, informierte am 30. September 1988, daß von der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA) ein Papier zur Frage des Mandats für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa übergeben worden sei. Dazu sei mitgeteilt worden: „Ergebnis der letzten HLTF habe bei Hansen Gefühl ausgelöst, daß nunmehr ‚Notbremse' gezogen werden müsse. Die von diesem Konzept verursachte Isolierung der Flanken Island/Norwegen bzw. Griechenland/Türkei sei inakzeptabel. […] Hansen habe seine Besorgnisse auf die ‚politische Ebene' getragen, um diese über die ‚angebliche Betriebsblindheit' der unmittelbaren Verhandler zu unterrichten. Insbesondere Frau Ridgway habe Hansens Besorgnis voll geteilt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3959; VS-Bd. 12265 (221); B 150, Aktenkopien 1988.

7 Für das Papier vgl. VS-Bd. 12268 (221).

– Limitierung beider Bündnisse auf 40 000 Panzer;
– Suffizienz-Maßnahme: Kein TNS darf mehr als 30 % aller TNS haben;
– Limitierung der Panzer in aktiven stationierten Einheiten für jeden TNS bei 10 % des Gesamtumfangs;
– Limitierung des Panzerbestands beider Bündnisse bei 50 %.

Vorzug dieser neuen amerikanischen Vorstellungen sei es, daß ein solcher Vorschlag auf Parität in ganz Europa abziele, ohne ausdrückliche bündnisweite gleiche Obergrenzen vorzuschlagen. Außerdem komme der Vorschlag ohne ein Regionalkonzept aus.

Am Quint-Kompromiß vom 8.9. beanstandeten die Amerikaner außer dem Regionalkonzept:

– Festlegung des Niveaus in der erweiterten Region Mitte bei 92 % des derzeitigen NATO-Niveaus (statt bei 95 %, was allenfalls noch militärisch akzeptabel sei);
– Forderung nur nach De-jure-Parität, nicht De-facto-Parität im Norden und Süden.

Die neuen amerikanischen Überlegungen stießen auf einhellige Ablehnung bei F, I, GB und uns. Alle vier europäischen Delegationen plädierten eindringlich an die Adresse der Amerikaner, den erreichten Kompromiß nicht aufzukündigen. Unter Hinweis auf die Diskussion bei dem informellen NATO-Außenministertreffen in New York legten d'Aboville und wir dar, daß die Probleme mit Norwegen[8] nicht unüberwindlich erscheinen. Es komme darauf an, eine bessere Präsentation des Kompromißvorschlags zu finden, die den Besorgnissen der Norweger Rechnung trägt.

GB, I, F und wir stellten klar, daß die Zeit drängt und die von den Amerikanern in letzter Minute zur Diskussion gestellte Alternative keine Chance hat, in der HLTF einen Konsens zu finden.

Obwohl die Sitzung keine Annäherung der Standpunkte erbrachte, muß der Verlauf der Diskussion den Amerikanern klargemacht haben, daß sie mit einer Einführung ihrer neuen Überlegungen in die HLTF die Arbeit an einem gemeinsamen westlichen Verhandlungsvorschlag ganz erheblich zurückwerfen würden.

Wir sprachen uns dafür aus, den erreichten Substanz-Kompromiß um weitere Elemente anzureichern. Wir führten ein Arbeitspapier (Anlage 2[9]) mit entsprechenden Anregungen ein und stellten insbesondere eine zusätzliche Maßnahme, die auf eine Pflicht zur Einlagerung eines Teils des Großgeräts in überwachte Depots abzielt, zur Diskussion. Der Vorschlag soll beim näch-

8 Botschafter Hartmann, Wien (KRK-Delegation), teilte am 23. September 1988 mit, der stellvertretende Leiter der norwegischen KSZE-Delegation, Lian, habe ihm gegenüber ausgeführt, „daß norwegische Ablehnung des von uns entwickelten Regionalkonzepts sehr tiefgreifend sei. Das Hauptproblem bestehe darin, daß durch ein Regionalkonzept im KRK-Rahmen, das eine Nordzone einschließe, ablehnende Haltung norwegischer Regierung zum Vorschlag einer nordischen KWFZ untergraben werde. AM Stoltenberg sei aus diesem Grund entschiedener Befürworter von A[tlantic]T[o]T[he]U[rals]-Obergrenzen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1479; VS-Bd. 12265 (221); B 150, Aktenkopien 1988.

9 Für das Papier „Additional Elements for Western CST Negotiating Proposal" vgl. VS-Bd. 12268 (221); B 150, Aktenkopien 1988.

sten Treffen der Quint, das auf den 19.10. terminiert wurde, weiter erörtert werden.[10]

2) Stand der Mandatsverhandlungen

Die Fünf einigten sich auf folgende Reaktion auf den von den Sowjets in New York zuletzt vorgelegten „Scope"-Text[11] (englischer Wortlaut s. Anlage[12]):

– Als Anerkennung für die Rücknahme der unakzeptablen Formulierung „land battle capable" akzeptiert der Westen die Plazierung des Satzes „special emphasis …" an zweitletzter Stelle.
– Die übrigen Abweichungen des sowjetischen Texts vom westlichen Vorschlag vom 1.9.1988 (negotiation in der Einzahl, „subject" statt „scope")[13] sollen in Wien hinterfragt werden.

Die Fünf waren sich außerdem einig, die Notierung der „Scope"-Formel mit der Notierung einer noch ausstehenden Formel für „Area"[14] zu verbinden.

Die Amerikaner drängten, die Fünf sollten sich festlegen, daß das Mandat vor dem Ende des WFT förmlich verabschiedet und veröffentlicht werden solle. F ließ sich nicht darauf ein; es gab jedoch zu verstehen, daß es einer Veröffentlichung des Mandats nach seiner „informellen" Verabschiedung durch die 23 – d. h. vor

10 Vortragender Legationsrat Gruber hielt am 20. Oktober 1988 über die KRK-Konsultationen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der USA am Vortag in Rom fest: „Grundlage der Diskussion war der von den Briten überarbeitete Entwurf eines KRK-Rahmenvorschlags". Dieser sei zwar gegenüber der Fassung vom 8. September 1988 im Kern unverändert, stelle in der Präsentation jedoch den Paket-Charakter und die Elemente stärker heraus, die in ganz Europa Anwendung finden sollten: „Durch diese veränderte Akzentsetzung sollen die Sorgen der Norweger vor einer Singularisierung ausgeräumt werden. Wir unterstützen die britischen Bemühungen um eine bessere Präsentation des Kompromisses: Eine Mischung von Maßnahmen in ganz Europa und solchen, die regional differenziert Anwendung finden, sollte für alle Partner die Zustimmung möglich machen. […] Wir schlugen eine Reihe von weiteren Modifizierungen und Ergänzungen vor, durch die die auf ganz Europa anwendbaren Elemente des Vorschlags noch weiter verstärkt werden könnten: Verknüpfung der Limitierung stationierter Streitkräfte mit der ‚Suffizienz'-Maßnahme; Hervorhebung des Informationsaustauschs, von dem alle Streitkräfte, einschließlich ihres Personals und ihrer Struktur, in ganz Europa erfaßt würden." Während Italien und Frankreich den britischen Entwurf begrüßt hätten, hätten die USA ihre Vorbehalte gegen eine regionale Differenzierung wiederholt. Vgl. VS-Bd. 12268 (221); B 150, Aktenkopien 1988.

11 Zu dem Bundesminister Genscher am 30. Juli 1988 in Moskau übergebenen Vorschlag zu den in die Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa einzubeziehenden Waffensystemen vgl. Dok. 221, Anm. 10.
Botschafter Holik, z. Z. New York, berichtete am 27. September 1988, daß der sowjetische Außenminister Schewardnadse Genscher einen geänderten Vorschlag übergeben habe. In dem Gespräch vom selben Tag habe Schewardnadse den „sowjetischen Zusatzwunsch ‚land and battle capable' vorbehaltlich der Zustimmung seiner Verbündeten" zurückgezogen: „Schewardnadse stellte fest, er gehe in Übereinstimmung mit dem BM davon aus, daß das Mandat nicht definieren müsse, welche konkreten Waffen von den Verhandlungen erfaßt würden. Deshalb verzichte er auf die o. a. Formel, deren ausschließlicher Zweck es gewesen sei, Abfangjäger aus den Verhandlungen auszuschließen. In den Verhandlungen selbst werde die Sowjetunion jedoch auf Nichteinbeziehung dieser ‚defensiven Waffen' bestehen und sich dabei auf die vereinbarten Verhandlungsziele berufen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 13; VS-Bd. 12265 (221); B 150, Aktenkopien 1988. Vgl. dazu auch Dok. 269, Anm. 8.

12 Dem Vorgang nicht beigefügt.

13 Am 2. September 1988 informierte Botschafter Hartmann, Wien (KRK-Delegation), daß den Warschauer-Pakt-Staaten am Vortag ein Vorschlag zu den in die Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa einzubeziehenden Waffensystemen übergeben worden sei. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1340; VS-Bd. 12265 (221); B 150, Aktenkopien 1988.

14 Zur Frage des geographischen Anwendungsbereichs im Mandat für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 269, Anm. 6.

der formellen Verabschiedung des Wiener Abschlußdokuments – nichts in den Weg legen werde.

3) Westliche Dateninitiative[15]

Der Meinungsaustausch über die westliche Dateninitiative, über die im Grundsatz Einvernehmen herrscht, führte zu keiner Annäherung bei den Fragen, die bei der Sitzung der HLTF-Stellvertreter offen geblieben waren: Die USA sträubten sich weiter, in die geplante Daten-Publikation Angaben über die Seestreitkräfte aufzunehmen. Weder auf eine Wiederholung der entsprechenden Daten aus „Soviet Military Power“[16] – wie von uns vorgeschlagen – noch auf eine noch pauschalere Beschreibung der Seestreitkräfte in europäischen Gewässern (französischer Vorschlag: Angabe der Gesamt-Tonnage) wollten sich die USA einlassen.

Die Franzosen erläuterten ihrerseits, daß für sie eine Darstellung nicht akzeptabel sei, bei der die Gesamtsumme der Kräfte von WP und NATO – unter Einschluß Frankreichs – gegenübergestellt würden. Als Ausweg schlägt F eine Darstellung in Torten-Diagrammen vor, bei denen nicht die Gesamtpotentiale der beiden Blöcke miteinander verglichen werden.

Hinsichtlich des Zeitpunkts und der Modalitäten der Veröffentlichung blieben die Standpunkte ebenfalls unverändert: Die Europäer hielten das Ende des WFT für den geeigneten Zeitpunkt für die Daten-Publikation. Die USA dagegen sprachen sich für eine Veröffentlichung so früh wie möglich durch die NATO in Brüssel aus.

Buerstedde

VS-Bd. 12268 (221)

15 Vortragender Legationsrat Gruber, z.Z. Brüssel, berichtete am 30. September 1988 über die Sitzung der High Level Task Force (HLTF) der NATO vom selben Tag: „Die HLTF erörterte auf Vertreterebene eingehend Form und Inhalt einer westlichen Dateninitiative im Hinblick auf die kommenden KRK- und VSBM-Verhandlungen. Es wurde weitgehend Einigkeit erzielt über Struktur und Substanz einer Publikation der Allianzpartner über das konventionelle Kräfteverhältnis in Europa. Umstritten blieb, ob dieses Dokument auch die Kräftesituation bei den Seestreitkräften darstellen solle; USA hielten ihren Einspruch gegen ein Kapitel über Seestreitkräfte aufrecht. Die Mehrheit der Delegationen sprachen sich dafür aus, die Datenpublikation möglichst frühzeitig, und zwar beim Abschluß des Wiener KSZE-Folgetreffens auf Ministerebene, vorzulegen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1201; VS-Bd. 13487 (212); B 150, Aktenkopien 1988.

16 Vgl. SOVIET MILITARY POWER 1985, hrsg. von Caspar W. Weinberger, Washington D.C. 1985.

282

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

Schriftbericht Nr. 3063 **4. Oktober 1988**[1]

Betr.: Sowjetische Nationalitätenpolitik;
hier: Jüdische Minderheit

Zur Unterrichtung

I. Die Moskauer Abendzeitung druckte in ihrer Ausgabe vom 22.9.1988 einen Leserbrief des Abgeordneten des Obersten Sowjet L. Schapiro ab, in dem Schapiro zu einem „Gedenk-Meeting" am 25.9.1988 auf dem im Südwesten Moskaus gelegenen Wostrjakowskije-Friedhof für die Opfer der Massenmorde in Babi Jar aufrief.

Anlaß des Briefes ist der 47. Jahrestag des Beginns der Massenerschießungen ab dem 29. September 1941 in Babi Jar. Schapiro weist zwar eingangs ausdrücklich darauf hin, daß in jenen Septembertagen 33 770 Juden erschossen worden seien und daß bis zum Ende der faschistischen Okkupation Babi Jar zum Massengrab von „hunderttausend Juden, Ukrainern und Russen – Sowjetmenschen verschiedener Nationalität" geworden sei. Schapiro geht auch auf die soziale Gefährlichkeit von Theorien rassischer und nationaler Überlegenheit ein, die den Menschen immer nur Leid, Schrecken und Tod gebracht hätten.

Die Erwähnung des Schicksals der Juden in den von Deutschen besetzten Gebieten während des Krieges ist ein Novum in sowjetischen Publikationen. Aber auch in dieser Veröffentlichung fehlt jeglicher Hinweis auf den Zusammenhang mit der planmäßig durchgeführten Ermordung der Juden Osteuropas durch deutsche Einsatzgruppen. Für Schapiro stellt Babi Jar nicht ein Auschwitz oder Treblinka vergleichbares Symbol dar. Er bleibt bei der herkömmlichen Betrachtungsweise: „Babi Jar wurde ein Symbol des tragischen Todes von Sowjetmenschen durch die Hände der Hitleristen, ein Symbol dessen, wohin menschenverachtende und nationalistische ‚Theorien' führen können."

Der Leser erfährt nicht, daß in Babi Jar die gesamte jüdische Bevölkerung (Greise, Frauen und Kinder) Kiews ermordet wurde, er erfährt nicht, daß die Untaten von Babi Jar „nur" eine grauenvolle Folge der auf der „Wannsee-Konferenz" beschlossenen Vernichtung des europäischen Judentums ist, und er erfährt nicht, daß das jüdische Volk sechs Millionen Opfer zu beklagen hat. Das Wort „Antisemitismus" fällt nicht.

II. Die etwa fünfhundert Zuhörer bei der zweistündigen Veranstaltung auf dem nicht-jüdischen Friedhof, an der Mitarbeiter teilnahmen, erfuhren dagegen all dies – und mehr – aus dem Munde von einem Dutzend engagierter, zum Teil verbitterter Redner, die von der Ladefläche eines LKW das Wort an das Publikum richteten.

1 Der Schriftbericht wurde von Legationsrat Weil, Moskau, konzipiert.
Hat Legationsrat I. Klasse Grunenberg am 6. Oktober 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Lesenswert. Umlauf."
Hat Legationsrat I. Klasse Brett am 12. Oktober 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Gelber Dienst?"
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 13. Oktober 1988 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Stüdemann am 14. Oktober 1988 vorgelegen.

1) Herr Schapiro eröffnete das „Meeting“ mit Äußerungen auf der Linie seines Leserbriefes. Er mußte sich (wie Staat und Gesellschaft insgesamt) heftige Kritik gefallen lassen.

Die von ihm nuschelnd vorgestellten Redner (ein hochdekorierter Oberst a. D. in Zivil, mehrere Ingenieure und Kandidaten der Wissenschaften, ein Überlebender der Massaker von Babi Jar, Aktivisten jüdischer „Kulturvereinigungen“) sprachen in bewegendem Ton und ohne falsches Pathos:

– Es sei endlich an der Zeit, die historische Wahrheit über die Verbrechen der Nazis am jüdischen Volk (und „primär am jüdischen Volk“) durch Publikationen in großer Auflage und Dokumentarfilme zu verbreiten.
– Man fordere Gedenkstätten an den bekannten, bisher nicht gekennzeichneten Massengräbern der jüdischen Opfer – mit Inschriften auf Russisch, Jiddisch und Hebräisch. Auch das Denkmal in Babi Jar müsse endlich eine hebräische Inschrift tragen, die der Verbrechen an den Juden gedenke.
– Die Opfer der anderen sowjetischen Völker und der Roten Armee, die die Juden Osteuropas vor dem endgültigen Untergang gerettet habe, seien nicht vergessen. Es müsse aber im öffentlichen Bewußtsein deutlich werden, daß über eine halbe Million Juden in der Roten Armee gekämpft hätten – über zweihunderttausend von ihnen seien im Kampfe gefallen.
– Babi Jar sei ein Symbol des Genozids an den Juden und müsse „zum Symbol des geistigen Genozids an den Juden in diesem Lande seit dem Kriege“ werden.
– Alle Juden der Sowjetunion und insbesondere die über zweihunderttausend Juden Moskaus seien aufgefordert, sich „in Übereinstimmung mit ihren staatsbürgerlichen Rechten und der Verfassung der UdSSR“ in Verbänden zu engagieren, die für die Belange des jüdischen Volkes eintreten. Es gelte, dem fortbestehenden und in Organisationen wie „Pamjat“ genährten Antisemitismus die Stirn zu bieten.

2) Diese Beiträge wurden mit regem, aber merkwürdig pflichtgemäßem Beifall aufgenommen. Ein Funke zwischen den Zuhörern und den Rednern auf der LKW-Pritsche sprang erst bei einem (im übrigen belanglosen, Gorbatschow banal huldigenden) jiddisch gesprochenen Grußwort des „New Yorker Gewerkschaftsführers“ William Perry über. Seine Frage, ob er, mit anschließender Übersetzung ins Russische, lieber Englisch sprechen solle, wurde aus der Menge mit energischen Zurufen beantwortet: „Mir vaschtan Jiddisch.“

3) Die Reihe der Reden wurde durch ein vom Kantor der Moskauer Synagoge gesungenes hebräisches Requiem und einen vom Moskauer Rabbi gesprochenen Kaddisch feierlich abgeschlossen. In der Menge wurden Kerzen angezündet.

4) Während der gesamten Veranstaltung stand ein sowjetischer General in vollem Ornat auf dem LKW; er ergriff nicht das Wort.

5) Die zahlreich, aber nicht bedrückend anwesenden Milizionäre und KGB-Beamten hatten keinen Anlaß einzugreifen.

6) Die Iswestija vom 26.9.1988 brachte eine kurze TASS-Meldung über das „Meeting“.[2] Auch hier wurde das Bekenntnis der Redner zum jüdischen Volk lediglich in „neutraler“ Form wiedergegeben: „Die Redner sprachen von ihrer

2 Vgl. den Artikel „Pamjat' živa“ („Die Erinnerung ist lebendig“); IZVESTIJA vom 26. September 1988, S. 4.

Pflicht vor den Ermordeten, von der Verantwortung der heutigen Generation für die Erhaltung der Nationalkultur und der nationalen Traditionen jedes Volkes."

III. Für die deutschen Beobachter war die Teilnahme an dieser Gedenkfeier ein bewegendes Erlebnis. Die eindringliche Schilderung der Ermordung der Kiewer Juden gewann an diesem strahlenden Moskauer Frühherbst-Tag auf dem baumbestandenen Friedhof eine starke suggestive Kraft. Mitarbeiter sahen daher davon ab, nach der Veranstaltung das Gespräch mit den Rednern zu suchen, obwohl alle Beiträge frei von Haß gegen die Deutschen gehalten waren.

IV. Der bleibende Eindruck von dieser Feier betrifft die Energie, mit der diese jüdischen Aktivisten die „historische Wahrheit" forderten. Insofern teilen sie einerseits das Verlangen breiter Kreise in diesem Lande nach der offenen Auseinandersetzung mit der jüngsten Geschichte. Sie fügen sich andererseits aber auch in die Reihe von „Wahrheit und Gerechtigkeit" fordernden Völkern ein, denen im Krieg (und danach) besonderes, eben über die kollektiven Leiden des „Sowjetvolkes" hinausgehendes „Sonder-Unrecht" angetan wurde, das nie gebührend gewürdigt wurde. Daß die Juden der Sowjetunion insofern ein Anliegen gerade auch mit den Deutschen in der Sowjetunion teilen, ist keine ironische Fußnote der Geschichte: Es ist die Gemeinsamkeit der Opfer Hitlers und Stalins.

Anders aber als das Petitum etwa der Krimtataren oder der Rußlanddeutschen nach einer geschichtlichen Rehabilitierung, das – jedenfalls solange es sich von territorial-administrativen Forderungen trennen läßt – Verständnis in der Führung zu finden scheint, stoßen die Wünsche der Juden nach umfassender Darstellung ihres Leidensweges vom Kriege bis in die Gegenwart auf Widerstand.

Die Beschwörung des Antisemitismus während der Veranstaltung auf dem Friedhof trifft dabei den Nerv. Es kann, jedenfalls was die Verbrechen der Deutschen an den Juden angeht, doch nur den einen Grund zur Vertuschung geben: Antisemitismus läßt die Würdigung der besonderen Opfer des europäischen Judentums nicht zu. Die geforderte Auseinandersetzung mit der eigenen, sowjetischen Repressionspolitik gegenüber den Juden nach dem Kriege wird um so schwerer werden.

Daß nicht nur die Agitatoren von „Pamjat" antisemitisch hetzen, wurde auch während der Gedenkfeier deutlich: Zahlreiche friedliche Babuschkas, die zur sonntäglichen Pflege der Gräber ihrer Verwandten gingen, schimpften lauthals über das störende „Meeting" der Juden und setzten in kurzen, heftigen Debatten am Rande der Menge der Zahl von sechs Millionen Toten des Genozids stereotyp und uneinsichtig die Zahl von zwanzig Millionen sowjetischen Kriegstoten entgegen.

Im übrigen zeigt die geringe Zahl der Teilnehmer an dieser legalen Veranstaltung (man denke an die Demonstrationen von Tausenden von Krimtataren im vergangenen Jahr[3]), daß auch unter den jetzigen Bedingungen nur wenige Moskauer Juden bereit sind, sich für die Belange ihres Volkes zu exponieren. Vielleicht sitzt die Angst zu tief.

[gez.] Meyer-Landrut

Referat 213, Bd. 143529

3 Zu den Protesten der Krimtataren vgl. Dok. 85, Anm. 6.

283

Botschafter Schoeller, Warschau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 4. Oktober 1988, 11.15 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1534 **Ankunft: 4. Oktober 1988, 12.24 Uhr**
Cito

Betr.: Polnische Innenpolitik;
hier: Erstes Gespräch mit Ministerpräsident Rakowski[2]

Bezug: DB Nr. 1522 vom 30.9.1988 – Prot 704.03[3]

I. Rakowski dankte für Glückwünsche BK und BM. Er habe von zahlreichen weiteren Freunden aus der Bundesrepublik Deutschland ermutigende Briefe und Telegramme erhalten. Er sei zuversichtlich, daß sich die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen schon in den nächsten Monaten dynamisieren und verbessern lassen. Im Rahmen des europäischen Hauses hätten die deutsch-polnischen Beziehungen eine Bedeutung eigener Art. Die noch offenen Probleme seien lösbar. Er hoffe, davon ausgehen zu können, daß man in der Bundesrepublik seinen innenpolitischen Optionen positiv begegnen wird.

Im Zentrum seiner Überlegungen stehe die wirtschaftliche Weiterentwicklung Polens. Es sei bedauerlich, daß die Presse ihn als Politiker ohne wirtschaftliches Interesse darstelle. Auch Kreisky und Brandt und andere hätten als Journalisten gearbeitet, bevor sie in politische Positionen eingerückt wären. Jedenfalls werde sich das Schicksal seiner Regierung aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung entscheiden, der daher sein besonderes Augenmerk gelten werde. Gleichzeitig müsse versucht werden, über die Gespräche am Runden Tisch[4] das Klima im Lande zu verbessern und Vertrauen aufzubauen.

Er bemühe sich, Oppositionelle für die Mitarbeit an der Regierung zu gewinnen. Er müsse jedoch mit einer Verweigerungshaltung rechnen, da es leichter sei, die Regierung zu kritisieren, als Mitverantwortung zu tragen. Sollte sich niemand aus der Opposition an der Regierung beteiligen wollen, müsse er eine Regierung aus Vertretern der traditionellen Kräfte bilden. Er werde allerdings auch in der

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 4. Oktober 1988 vorgelegen.

2 Am 27. September 1988 wurde Mieczysław Rakowski vom polnischen Parlament mit 337 gegen 5 Stimmen bei 35 Enthaltungen zum Ministerpräsidenten gewählt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1498 des Botschafters Schoeller, Warschau, vom selben Tag; Referat 214, Bd. 139701.
Vortragender Legationsrat Zeisler übermittelte der Botschaft in Warschau am 28. September 1988 den Text eines Glückwunschtelegramms des Bundeskanzlers Kohl an Rakowski. Darin hieß es: „Die Bundesregierung ist unverändert bereit und interessiert, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen auf der festen Grundlage des Vertrages vom 7. Dezember 1970 und der Schlußakte von Helsinki auf allen Gebieten zu entwickeln. Ihr Ziel bleibt die Verständigung der Staaten und die Versöhnung der Völker, insbesondere der nachwachsenden Generationen. Ich würdige deshalb, daß mit Ihnen ein Politiker an der Spitze der polnischen Regierung steht, der den Prozeß der deutsch-polnischen Normalisierung von Anfang an mit Engagement begleitet hat.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 214, Bd. 139778.

3 Botschafter Schoeller, Warschau, berichtete, daß er „eine Kopie des Glückwunschschreibens des Bundeskanzlers an Rakowski übergeben und dabei sofortige Veröffentlichung vereinbart“ habe. Vgl. Referat 214, Bd. 139778.

4 Zum „Runden Tisch“ in Polen vgl. Dok. 249, Anm. 3.

Öffentlichkeit erklären, daß er sich vergeblich bemüht habe, eine Koalitionsregierung auf einer möglichst breiten Basis zu bilden. In der Presse werde ständig auf seine scharfe Haltung gegenüber Solidarität im Jahre 1981[5] hingewiesen. Wer dies schreibe, habe vergessen, daß 1981 die Lage Polens anders gewesen sei als heute. Heute gäbe es einen Gorbatschow, und damit sei eine neue Situation für Polen entstanden.

Schon 1980 habe er erklärt, daß es bei Solidarität unterschiedliche Kräfte gebe. Wałęsa sei eine historische Gestalt. Er stehe nicht mehr unangefochten an der Spitze von Solidarität. Um seine Position zu stärken habe er die Sprecherrolle von Solidarität am Runden Tisch übernommen. Da er unter Druck stehe, werde es ihm schwerfallen, Vorschläge zu akzeptieren, die auf eine Konsolidierung von Solidarität erst zu einem späteren Zeitpunkt hinauslaufen könnten.

Über den weiteren Verlauf der Gespräche am Runden Tisch könne man nur spekulieren. Der Gedanke, daß mit seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten von seiten des Regimes eine härtere Sprache gegenüber der Opposition geführt werde, sei abwegig. Schließlich sei das Konzept über den Dialog mit der Opposition vor einigen Wochen im Politbüro mit seiner Beteiligung entwickelt worden. Auszugehen habe man von dem Satz Jaruzelskis, daß wir alle seit 1981 einen langen Weg hinter uns haben. Jedenfalls wolle man Lösungen anstreben, die eine Zusammenarbeit mit der Opposition ermöglichten. Er strebe eine neue verfassungsrechtliche Situation an, in der die Opposition einen bedeutsamen Einfluß und nicht nur einen Eckplatz habe. Das brauche jedoch Zeit. Er bezweifele, ob die Opposition Verständnis dafür zeige, daß man nur Schritt für Schritt voranschreiten könnte. Sollte auf zu schnelle Ergebnisse gedrängt werden, dann sei die Gefahr einer ungünstigen Entwicklung gegeben. Im Mittelpunkt der Überlegungen von allen Betroffenen müsse die Wahrung der Interessen des polnischen Staates stehen.

Zurückkommend auf Solidarität könne er sich vorstellen, daß die Organisation sich mit gewerkschaftlichen Aufgaben begnügen werde, da schon jetzt unkontrollierte Kräfte in ihr aktiv seien.[6] Solidarität wolle als politische Partei tätig sein.

Auf meine Frage nach dem Unterschied nach den bisher vom Regime abgelehnten politischen Parteien und den politischen Assoziationen bzw. Vereinen, die man demnächst zulassen wolle, erklärte Rakowski, es gäbe für ihn keinen Unterschied. Ziel seiner Arbeit werde es sein, einen realen Sozialismus in Polen zu verwirklichen. Dieses Ziel sei von den Vorstellungen der Theoretiker des 19. Jahrhunderts ebensoweit entfernt wie die Vorstellungen der damaligen kapitalistischen Denker über mögliche Entwicklungen im 20. Jahrhundert.

Der heutige Massenmarkt mit seinen Möglichkeiten für alle, die am Wirtschafts- und Sozialleben teilnehmen, sei vor einem Jahrhundert unvorstellbar gewesen. Heute wisse man nicht, wohin der Weg im nächsten Jahrhundert führen werde.

Polen sei die Entwicklung in der SU in den letzten Tagen willkommen.[7] Gorbatschow habe sich z. Zt. durchgesetzt und ermögliche damit auch Polen, auf

5 Am 13. Dezember 1981 wurde über Polen das Kriegsrecht verhängt und ein Militärrat unter Führung des Ministerpräsidenten Jaruzelski gebildet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365.

6 So in der Vorlage.

7 Auf einer kurzfristig einberufenen Sitzung am 30. September 1988 in Moskau nahm das Plenum des ZK der KPdSU eine Reihe personeller Umbesetzungen im Politbüro und im Sekretariat des

dem Gebiet der Reformen fortzufahren. Wie alle Reformatoren gehe er indes einen schweren Gang.

II. Rakowski stellt die Überlegungen der Theoretiker des 19. Jahrhunderts und damit die Grundlagen der PVAP in Frage. Er bekennt sich zu einem pragmatischen Sozialismus, für den die Ideologie vielleicht einen instrumentalen, aber nicht einen darüber hinausgehenden Wert hat. Engagiert ist er sicher für ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit in dieser Welt. An dieser Zielsetzung dürfte er sich ausrichten, wenn man ihm die notwendige Zeit läßt. In diesem Augenblick des Übergangs dürfte er aufgrund seiner Erfahrung, seiner pragmatischen Intelligenz, seiner Improvisationsgabe und seines Einfühlungsvermögens derjenige polnische Regimepolitiker sein, der qualifiziert ist, in einer schwierigen Situation Lösungen anbieten zu können, die für die Opposition und damit auch für die politisierte Bevölkerung akzeptabel sind.

So geht auch Rakowski einen schweren Weg. Nur zwölf Monate hat er Zeit, um über den Dialog am Runden Tisch und wirtschaftlich-soziale Verbesserungen seiner Regierung eine gewisse Anerkennung und Glaubwürdigkeit zu erreichen. Auf beiden Gebieten sind keine entsprechenden Ansätze erkennbar.

Im wirtschaftlichen Bereich kann nicht von einer fühlbaren Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer in den kommenden Monaten ausgegangen werden. Die Inflation steigt und der Markt zeigt Lücken. Die Bitterkeit wird also eher noch zunehmen. Aus den Äußerungen Rakowskis wird deutlich, daß an eine Legalisierung von Solidarität z. Zt. nicht gedacht wird, daß vielleicht am Ende eines längeren Prozesses Solidarität, sei es als Gewerkschaftsbewegung, sei es als politische Gruppierung, einen begrenzten Platz im öffentlichen Leben zugewiesen bekommen könnte. So dürften auch im politischen Bereich z. Zt. keine Bewegungen in Aussicht stehen, die geeignet wären, über den bedeutsamen Dialog zwischen Regierung und Opposition hinaus, die Gemüter zu beruhigen.

Für Rakowski gibt es noch die stille Kraft der katholischen Kirche Polens, die zumindest indirekt für ihn schon heute eine Stütze ist durch ihr Bemühen, die Bevölkerung von gewaltsamen Aktionen abzuhalten. Aufmunternd müssen für ihn die Worte des Primas in Rom vor einigen Tagen gewesen sein. Glemp erklärte u. a.: „Wir sehen eine geeignete Rolle für die Kirche im Prozeß für Normalisierung und Dialog. Lange haben wir uns für ein größeres Verständnis des Regimes für die sozialen Probleme, für notwendige Reformen, für Pluralismus

Fortsetzung Fußnote von Seite 1485

Zentralkomitees vor. Ferner wurden sechs Ausschüsse gebildet, „deren Aufgabe die Schaffung neuer Strukturen des ZK-Apparates ist“. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken vom 30. September 1988; Referat 213, Bd. 143518.

Am 1. Oktober 1988 wählte der Oberste Sowjet den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, als Nachfolger von Andrej Gromyko zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet. Heyken hielt dazu am 3. Oktober 1988 fest: „Gorbatschow hat die Führung der Sowjetunion in seinem Sinn umgestaltet. Er hat die personelle Basis für die Durchführung seines Reformkurses in der Führung entscheidend verstärkt und seine Position in einer Weise gefestigt, die ihn nahezu unangreifbar macht. […] Sämtliche noch verbliebenen Vertreter der alten Garde (bis auf Schtscherbizkij) sind ausgeschieden. Die beiden wichtigsten Wortführer des konservativen Flügels in der Gorbatschow-Mannschaft – Ligatschow und Tschebrikow – wurden in ihrer Macht beschnitten, bleiben aber eingebunden. Progressive Vertreter der Gorbatschow-Mannschaft – vor allem Medwedjew – erfuhren eine Aufwertung. Dobrynin allerdings – und hier bleiben Fragen offen – ging in Pension.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143518.

und die Möglichkeit der Assoziierung eingesetzt. Diese Forderungen werden heute umgesetzt."

III. Mit Rakowski steht uns ein Ministerpräsident gegenüber, von dem wir erwarten können, daß er engagierter als sein Vorgänger[8] die Bemühungen in den AG 1–3[9] begleiten wird, um Belastungen abzubauen und die Grundlage für eine diversifizierte intensive Zusammenarbeit beider Staaten zu schaffen. Sollten wir polnische Sorgen um Erhaltung der Westgrenzen zumindest teilweise auflösen können, könnten wir langfristig von einer Regierung Rakowski Bemühungen erwarten, die geopolitische Schieflage Polens schrittweise zu verändern. Seine Feststellungen, daß man sich an den Interessen des polnischen Staates auszurichten habe und die Sozialtheoretiker des 19. Jahrhunderts irrten, dürfen wie seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit uns auch in diesem Sinne interpretiert werden.

[gez.] Schoeller

Referat 212, Bd. 158526

284

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Stoecker

012-312.74 VS-NfD **6. Oktober 1988**[1]
Fernschreiben Nr. 89 Ortex **Aufgabe: 7. Oktober 1988**

Betr.: Zur Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland (Beschlüsse über FZ-Schuldenerlaß, Verbesserung der FZ-Konditionen und konzessionäre Zinsen im Pariser Club)

Anlg.: 1[2]

Enthält Weisung unter III.

I. Die Bundesregierung hat in letzter Zeit eine Reihe entwicklungspolitisch bedeutsamer Beschlüsse gefaßt, die zu einer Erleichterung der Schuldenlast zahlreicher besonders armer und hochverschuldeter Entwicklungsländer (EL) vor allem in Afrika führen werden und insgesamt eine deutliche Verbesserung der Bedingungen unserer bilateralen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) darstellen. Die beschlossenen Maßnahmen sind vor folgendem generellem Hintergrund zu sehen:

– Der Bundeskanzler hat schon im Juni 1987 in seiner Presseerklärung auf dem Wirtschaftsgipfel von Venedig[3] darauf hingewiesen, daß im Bereich der inter-

8 Zbigniew Messner.

9 Zur Einsetzung von drei deutsch-polnischen Arbeitsgruppen vgl. Dok. 14, Anm. 41.

1 Der Runderlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Amelung konzipiert.

2 Dem Vorgang beigefügt war die Liste „Neuzuordnung von Entwicklungsländern nach der neuen FZ-Kreditkonditionsregelung". Vgl. Referat 012, Bd. 134241.

3 Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vor der Presse am 10. Juni 1987 in Venedig vgl. BULLETIN 1987, S. 515 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 176.

nationalen Verschuldung, und hier insbesondere für besonders arme und hochverschuldete EL in Afrika, zusätzliche Hilfsmaßnahmen erforderlich seien.

– Im Rahmen der Bemühungen der internationalen Gebergemeinschaft zur Bewältigung der Schuldenkrise wurde von den anderen Gebern, den EL und auch von der deutschen Öffentlichkeit erwartet, daß wir etwa durch Steigerung unserer Hilfe, bessere Hilfebedingungen, Schuldenerlaß und Schuldendiensterleichterungen einen angemessenen Beitrag leisten.

II. Im einzelnen handelt es sich um folgende Beschlüsse:

1) Erlaß von FZ-Schulden

Ausgehend von der UNCTAD-Entschließung Nr. 165 (S-IX)[4] hat die BR Deutschland seit 1978 bereits 24 der ärmsten Länder (LDC) FZ-Schulden im Gesamtumfang (Tilgungs- und Zinsverzichte) von 4,2 Mrd. DM erlassen.

Am 8.6.88, im Vorfeld des Gipfels von Toronto[5], hat das Bundeskabinett darüber hinaus beschlossen,

– fünf der o.g. Länder (Sierra Leone, Guinea, Sudan, Togo, Zentralafrikanische Republik) noch aus früheren Umschuldungen stammende FZ-Restschulden in Höhe von insgesamt 88 Mio. DM zu erlassen,

– bei den beiden neu als LDC anerkannten Ländern Mauretanien und Birma auf die Rückzahlung von FZ-Schulden in Höhe von 1,1 Mrd. DM zu verzichten und

– die Möglichkeit eines FZ-Schuldenerlasses für sechs weitere besonders arme und hochverschuldete afrikanische Länder (Madagaskar, Mosambik, Ghana, Sambia, Senegal und Zaire) im Gesamtvolumen von 2,4 Mrd. DM zu eröffnen, wenn diese Anpassungs- und Reformprogramme in Zusammenarbeit mit IWF und Weltbank durchführen.[6]

Insgesamt wird die BR Deutschland damit nach vollständiger Umsetzung dieser Beschlüsse auf Tilgungen und Zinsen aus ihrer bilateralen FZ in Höhe von fast 8 Mrd. DM verzichtet haben.

2) Verbesserung der FZ-Konditionen

Am 21.9.88 hat das Bundeskabinett ferner eine deutliche Verbesserung der Bedingungen unserer finanziellen Zusammenarbeit beschlossen.

Danach erhalten LDC FZ-Leistungen wie bisher als Zuschüsse.

Für FZ-Kredite gibt es in Zukunft nur noch zwei Konditionengruppen:

– Länder, die von der Weltbank als IDA-anspruchsberechtigt eingestuft werden, d.h. Länder mit einem Pro-Kopf-Einkommen von z.Zt. unter 835 $ (Stand 1986), erhalten Kredite zu 0,75 % Zinsen bei 40 Jahren Laufzeit und 10 Freijahren. Das gleiche gilt für die Länder Kamerun und Guatemala als MSAC[7] sowie für Jamaika und Kongo, deren Pro-Kopf-Einkommen nicht wesentlich

4 Am 11. März 1978 verabschiedete der UNCTAD-Rat die Resolution Nr. 165 (S-IX), mit der eine Anpassung ausstehender bilateraler Kreditvereinbarungen an bestehende günstigere Konditionen empfohlen und die Erarbeitung neuer Umschuldungsrichtlinien eingeleitet wurden. Für die Resolution vgl. den Drahtbericht Nr. 346 des Botschafters z.b.V. Robert, z.Z. Genf, vom 11. März 1978; Referat 400, Bd. 118541. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 81.

5 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 19. bis 21. Juni 1988 in Toronto vgl. Dok. 181–184.

6 Zum Kabinettsbeschluß vom 9. Juni 1988 vgl. Dok. 166, Anm. 19.

7 Most Seriously Affected Countries.

über dieser Grenze liegt. Der IDA-Schwellenwert wird von der Weltbank in gewissen Intervallen neu festgesetzt, so für 1989 auf 940 US-$, Basis 1987, wovon die beigefügte Länderaufteilung aber nicht berührt wird.

– Den übrigen EL werden Kredite zu den bisherigen „Standardkonditionen", d. h. 2% Zins, 30 Jahre Laufzeit, zehn Freijahre gewährt.

In besonders begründeten Ausnahmefällen – namentlich bei Mischfinanzierungsprojekten – können ausnahmsweise auch diesen Ländern die o. g. „IDA-Konditionen" eingeräumt werden. Dies bedarf allerdings jeweils der Zustimmung aller beteiligten Ressorts.

Die bisherigen härteren Konditionen für fortgeschrittenere EL (4,5%, 20 Jahre Laufzeit, fünf Freijahre) entfallen somit ganz. Die betreffenden Länder verbessern sich auf „Standardkonditionen", und zahlreiche Länder, die bisher diese „Standardkonditionen" erhielten, fallen künftig in die Gruppe der Empfänger von „IDA-Konditionen" (Länderliste im Anhang).

Eine geringfügige Verschlechterung ergibt sich für diejenigen Länder, die bisher schon die „alten IDA-Konditionen" mit 50 statt 40 Jahren Laufzeit erhielten. Damit passen wir uns jedoch nur der jetzt geltenden internationalen Praxis an, und materiell fällt diese Veränderung gegenüber den insgesamt erreichten deutlichen Verbesserungen kaum ins Gewicht.

Gelten werden die veränderten Bedingungen für alle neuen Regierungszusagen ab 1.1.89.

Ein wesentlicher Effekt dieser Neuregelung wird sein, daß sich das Zuschußelement unserer gesamten EH (ODA[8]), das in den vergangenen Jahren deutlich unter dem entsprechenden Durchschnittswert für alle DAC[9]-Mitgliedstaaten lag, spürbar erhöhen wird.

3) Schon im Vorfeld des Gipfels von Toronto hatte das Bundeskabinett die betroffenen Ressorts auch beauftragt, die mit der Einführung konzessionärer Zinsen für Umschuldungen von Handelsschulden im Pariser Club[10] zusammenhängenden Fragen zu prüfen. Wir werden uns nunmehr an der Verwirklichung der Vereinbarung von Toronto[11] aktiv beteiligen, indem wir den betroffenen Ländern

8 Official Development Assistance.

9 Development Assistance Committee.

10 Legationsrat I. Klasse Leuchs berichtete am 14. Oktober 1988, daß der „Pariser Club" die in der Wirtschaftserklärung des Weltwirtschaftsgipfels von Toronto vom 21. Juni 1988 in Aussicht genommene Einführung konzessionärer Zinsen für Entwicklungsländer wie folgt ausgestaltet habe: „a) Erlaß jeweils eines Drittels der umzuschuldenden Schuldendienstverpflichtungen aus Entwicklungshilfedarlehen und Handelsschulden; Umschuldung der verbleibenden zwei Drittel über 14 Jahre bei acht Freijahren zu Marktzinsen; oder b) Verlängerung der Laufzeit der umzuschuldenden Forderungen auf 25 (statt bisher höchstens 20) Jahre bei 14 Freijahren und Marktverzinsung; oder c) Zinskonzessionen um 50 Prozent bzw. – nach Wahl des Gläubigerlandes 3,5 Prozentpunkte bei 14 Jahren Laufzeit, acht Freijahren." Das Kabinett habe am 12. Oktober 1988 beschlossen, „bei künftigen Umschuldungsabkommen im ‚Pariser Club' 16 Ländern (Gambia, Guinea-Conakry, Malawi, Mauretanien, Tansania, Togo, Uganda, ZAR, Sierra Leone, Sudan, Ghana, Mosambik, Senegal, Sambia, Zaire und Madagaskar) sowie erforderlichenfalls durch Beschluß der Bundesregierung weiteren afrikanischen Entwicklungsländern, die vergleichbar arm und hochverschuldet sowie zur Durchführung von Anpassungsprogrammen bereit sind, Zinszuschüsse bis zu 50 Prozent des Refinanzierungssatzes des Bundes zu gewähren (entspr[echend] Option c)). Hierzu soll im Einzelplan 23 (BMZ) ein neuer Titel ausgebracht werden." Vgl. den Runderlaß Nr. 90; Referat 012, Bd. 134241.

11 Für den Wortlaut der Wirtschaftserklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 21. Juni 1988 vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 380–387.

südlich der Sahara zusätzliche finanzielle Zuschüsse gewähren mit dem Ziel, ihre Zinszahlungen im Rahmen von Umschuldungen im Pariser Club bis zu 50 % zu reduzieren. Hierzu erfolgt gesonderte Information von Referat 422.[12]

III. Die BR Deutschland leistet mit den dargestellten Maßnahmen insgesamt einen auch im internationalen Vergleich substantiellen Beitrag zur Milderung der Schuldenlast der EL.

Die Botschaften werden gebeten, dies im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit bei geeigneter Gelegenheit angemessen herauszustellen.

In den Fällen, in denen das dortige Gastland künftig in den Genuß verbesserter FZ-Konditionen kommen wird, wird – soweit noch nicht geschehen – um förmliche Unterrichtung der Regierung auf angemessener Ebene unter Hinweis auf den dargestellten Gesamtzusammenhang der Maßnahmen gebeten.

Stoecker[13]

Referat 012, Bd. 134241

285

Aufzeichnung der Vortragenden Legationsräte I. Klasse Junker und Schönfelder

400-441.15/1 **7. Oktober 1988**[1]
412-401.38/2

Über Dg 40 i. V.[2], Dg 41[3], D 4[4] Herrn Staatssekretär[5]

Zweck der Vorlage: Zur Information

Betr.: Ergebnisse der Jahrestagung von IWF und Weltbank in Berlin vom 27.–29.9.1988

1) Vom 27.–29.9.1988 fand in Berlin (West) auf Einladung der Bundesregierung (BMF, BMZ), der Bundesbank und des Senats von Berlin die diesjährige gemeinsame Jahresversammlung von IWF und Weltbank statt. Mit ca. 12 000 Teilnehmern aus 151 Ländern war sie die größte internationale Konferenz, die nach dem Kriege auf deutschem Boden stattgefunden hat. Gesamtkosten: ca. 30 Mio. DM, die von den Veranstaltern zu gleichen Teilen getragen wurden.

12 Vgl. Anm. 2.
13 Paraphe vom 7. Oktober 1988.

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Junker und Schönfelder sowie Vortragendem Legationsrat Andreas konzipiert.
2 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Albrecht am 10. Oktober 1988 vorgelegen.
3 Hat Ministerialdirigent Trumpf am 10. Oktober 1988 vorgelegen.
4 Hat Ministerialdirektor Jelonek am 11. Oktober 1988 vorgelegen.
5 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 13. Oktober 1988 vorgelegen.

Die deutsche Gesamtdelegation wurde von BM Dr. Stoltenberg (stellv. deutscher Gouverneur beim IWF) geleitet. Gouverneur beim IWF ist Bundesbankpräsident Dr. Pöhl, Gouverneur bei der Weltbank BM Klein, Stellv. Gouverneur bei der Weltbank StS Dr. Tietmeyer. Das AA wurde durch StS Dr. Lautenschlager und D4, RL 412[6] und RL i.V. 400[7] vertreten.

2) Im Vorfeld der Jahrestagung gab es Treffen der Fünfer-Gruppe (USA, J, GB, F, D), der Siebener-Gruppe (G5+I, CDN)[8] sowie der Zehner-Gruppe (G7, NL, S und CH)[9]. Die EL bereiteten sich im Kreis der G24 vor.[10]

Die richtungsweisenden Ergebnisse der Jahresversammlung wurden – wie üblich – bereits in diesen Treffen sowie in den Beratungen des Interims-Ausschusses des IWF[11] und des Entwicklungsausschusses von Weltbank und IWF[12] vorbereitet.

3) Im Mittelpunkt der Beratungen standen

– die Lage und Entwicklung der Weltwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung wirtschaftspolitischer Kooperation;
– Stand der Entwicklungspolitik, insbesondere Fragen der Armut und Schuldenprobleme der EL sowie die Rolle von IWF und WB[13] bei der Problembekämpfung.

Dabei waren nicht zuletzt wegen der umfassenden öffentlichen Diskussion im Vorfeld die Erwartungen an die Jahrestagung – z.B. soweit die Schuldenproblematik betroffen war – z.T. unrealistisch hoch gespannt. Umwälzende Ergebnisse, wie z.B. weltweiter Schuldenerlaß, waren jedoch von Anfang an nicht zu erwarten.

So ist als Fazit zu ziehen: Die Probleme wie Armut und Schuldenberg der EL bleiben. Gleichwohl manifestierte die Berliner Tagung doch eine deutliche Klimaverbesserung zwischen EL und IL. Die allseits bekundete Kooperationsbereitschaft berechtigt zu Hoffnung. In diesem Sinne wurde am Ende der Jahrestagung mehrfach vom „Geist von Berlin" gesprochen.

4) Auch in Berlin wurde von den EL grundsätzlich nicht in Frage gestellt, daß die Bemühungen zur Überwindung der Krise nur bei gleichzeitigen Anstrengungen von EL und IL Erfolg haben könnten.

6 Wilhelm Schönfelder.

7 Dietrich Andreas.

8 Die Finanzminister und Notenbankgouverneure der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans, Kanadas und der USA (Siebenergruppe) trafen am 24. September 1988 in Berlin (West) zusammen. Für die Erklärung vgl. Referat 412, Bd. 168676.

9 Die Finanzminister und Notenbankgouverneure der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans, Kanadas, der Niederlande, Schwedens, der Schweiz und der USA (Zehnergruppe) traten am 25. September 1988 in Berlin (West) zusammen.

10 Das Treffen der Zwischenstaatlichen Gruppe der Vierundzwanzig über Internationale Währungsangelegenheiten wurde am 26. September 1988 in Berlin (West) abgehalten. Für das Kommuniqué vgl. Referat 412, Bd. 168676.

11 Der Interimsausschuß des Gouverneursrats des IWF tagte am 25./26. September 1988 in Berlin (West). Für das Kommuniqué vgl. Referat 412, Bd. 168676.

12 Die Tagung des Entwicklungsausschusses des Gouverneursrats des IWF und der Weltbank fand am 26. September 1988 in Berlin (West) statt. Für die Presseerklärung vgl. Referat 412, Bd. 168676.

13 Weltbank.

Die EL vertraten jedoch die Ansicht, daß sie mit ihren Maßnahmen an der Grenze des Vertretbaren angekommen seien. Hingegen seien die mit diesen Maßnahmen international angestrebten Erfolge wie

– andauerndes und sich selbst tragendes Wachstum in den EL,

– Wiederherstellung der Kreditwürdigkeit,

– Zugang zu neuen Krediten,

nicht erreicht worden. Die weltweite wirtschaftliche Expansion sei nur sehr begrenzt auf die EL durchgeschlagen, die somit im wesentlichen die Last des internationalen wirtschaftlichen Anpassungsprozesses getragen hätten. Die Verringerung des Pro-Kopf-Einkommens und die Zunahme der allgemeinen Armut in den Schuldnerländern habe zu wachsender Frustration und zunehmender politischer Unruhe geführt. In vielen Fällen hätten IWF-Anpassungsprogramme negative soziale und wirtschaftliche Auswirkungen, insbesondere für die Ärmsten, gehabt.

5) Die vorbereitenden Konferenzen wie auch die Jahresversammlung selbst waren gekennzeichnet durch weitgehende Einigkeit aller Teilnehmer in der Beurteilung der Lage und durch den gemeinsamen Willen, die kooperative Strategie zur Steuerung der weltwirtschaftlichen Entwicklungen und zum Schuldenmanagement fortzuführen und zu intensivieren.

Bei den vorbereitenden Treffen wurde von den IL eine positive Bilanz intensiver internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit gezogen. Sie konnten auf ein dynamisches und weitgehend inflationsfreies Wachstum, auf deutliche Fortschritte beim Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte und z. T. auf eine Zunahme der Beschäftigung verweisen.

Die robuste weltwirtschaftliche Konjunktur befindet sich im siebten Aufschwungsjahr. 1988 könnte sich nach Meinung vieler IL-Vertreter konjunkturell als eines der besten der letzten 15 Jahre erweisen. Der IWF schätzt das Wirtschaftswachstum der IL 1988 auf 3,8%, das der EL auf 3,6%. Für die nicht Öl exportierenden Länder erwartet er ein deutlich günstigeres Ergebnis von rund 4,5%.

Von verschiedenen Vertretern der IL wurde darauf hingewiesen, daß die Kehrseite der guten Konjunktur eine verstärkte Inflationsgefahr sei. Sie dürfe nicht vernachlässigt werden. Der Geldpolitik der IL, insbesondere der G7, komme dabei eine wichtige Rolle zu.

Als weiteres Risiko der künftigen Entwicklungen wurden die nach wie vor großen Leistungsbilanzungleichgewichte zwischen den großen IL genannt. Sie seien geeignet, alle Bemühungen um mehr Stabilität im internationalen Finanz- und Währungsgefüge in Frage zu stellen. Der außenwirtschaftliche Anpassungsprozeß sei zwar seit geraumer Zeit im Gange. Die Anstrengungen zum Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte dürften aber nicht nachlassen. Den Anstrengungen im Bereich der Währungspolitik zur Stabilisierung der Wechselkurse wird große Bedeutung zugemessen.

6) Die EL erhoben immer wieder die Forderung, den realen Ressourcentransfer in die EL deutlich zu erhöhen und insbesondere den Netto-Kapitaltransfer aus den EL in die IL umzukehren. Die IL konzedierten, daß zur Erreichung des angestrebten Wachstums in den EL ausreichende Finanzierungsmittel zur Ver-

fügung gestellt werden müßten. In diesem Zusammenhang wurde immer wieder Kritik an der Zurückhaltung der Geschäftsbanken laut.

Die die öffentliche Diskussion beherrschende Forderung nach einem allgemeinen, weltweiten Schuldenerlaß und einer Welt-Schuldenkonferenz wurde von den EL auf der Tagung nicht vorgebracht. Die IL lehnten einen solchen Gedanken aus politischen und wirtschaftlichen Gründen ab. Inzwischen hat allerdings der malische Präsident der OAU, Traoré, bei der VN-GV die Forderung der OAU nach einer Schuldenkonferenz für Afrika bekräftigt.

7) Die Bundesregierung hatte im Vorfeld der Tagung wesentliche Maßnahmen zur Erleichterung der Schuldenlast der EL bekanntgegeben. Hierzu gehörten vor allem

– der offerierte Schuldenerlaß vom Juni 1988[14],
– Verbesserung unserer FZ-Konditionen durch Kabinettsbeschluß vom 21.9. 1988[15],
– Zugeständnis konzessionärer Zinsen im Rahmen der Pariser-Club-Verhandlungen am 24.9.1988[16].

Diese sowie weitere Maßnahmen anderer IL hatten im Vorfeld der Tagung den Druck auf die IL merklich verringert.

Japan schlug in groben Umrissen weitere Unterstützungsmaßnahmen insbesondere für EL mit mittlerem Einkommen vor (z. B. Schuldenumwandlung in Anleihen bei Zahlungsgarantien über Treuhandkonten beim IWF) und konnte sich mit diesen Vorschlägen deutlich profilieren.

8) Unterstrichen wurde von allen Teilnehmern die zentrale Bedeutung eines liberalen Welthandelssystems für den wirtschaftlichen Fortschritt in der Welt. Protektionismus müsse abgebaut werden. Der Mid-term Review dieses Jahres in Montreal[17] müsse substantielle Ergebnisse bringen.

Die EL wiesen darauf hin, daß ein Abbau protektionistischer Hindernisse im Handel mit den IL zu einer BSP-Zunahme der EL von bis zu 3 % führen könne. Der wirtschaftliche Verlust, den sie derzeit durch Protektionismus seitens der IL erlitten, sei doppelt so hoch wie die Entwicklungshilfe dieser Länder.

9) Mehr als bei früheren Versammlungen spielte der Zusammenhang zwischen Entwicklungshilfe und Schutz der Umwelt in der Dritten Welt eine wichtige Rolle. BK Kohl wies in seiner Eröffnungsrede[18] darauf hin, daß Wohlstandsmehrung in der Dritten Welt nicht um den Preis einer Zerstörung der Umwelt gewonnen werden darf. Die Bundesregierung habe aus dieser Erkenntnis praktische Konsequenzen gezogen. Für Entwicklungsprojekte, die von ihr finanziert würden, sei eine Prüfung der Umweltverträglichkeit grundsätzlich vorgeschrie-

14 Zum Kabinettsbeschluß vom 9. Juni 1988 vgl. Dok. 166, Anm. 19.
15 Zum Kabinettsbeschluß vom 21. September 1988 vgl. Dok. 284.
16 Zur Einführung konzessionärer Zinsen für Entwicklungsländer durch den Pariser Club vgl. Dok. 284, Anm. 10.
17 Zur Ministerkonferenz der Uruguay-Runde des GATT („Mid-term Review") vom 5. bis 9. Dezember 1988 in Montreal vgl. Dok. 368.
18 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl am 27. September 1988 vor der Jahresversammlung des IWF und der Weltbank in Berlin (West) vgl. BULLETIN 1988, S. 1089–1092.

ben. Eine solche Prüfung sollte auch in anderen Staaten und in den internationalen Organisationen zur Regel gemacht werden.

Der Erlaß von Schulden durch die Bundesregierung gegenüber Staaten mit großen Tropenwäldern solle nicht zuletzt auch den Handlungsspielraum dieser Länder für den Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen erweitern. Es sei dringend geboten, daß sich möglichst viele Gläubiger zu vergleichbaren Formen der Schuldenerleichterung bereit fänden. Dabei sollte geprüft werden, inwieweit Schuldenerlaß oder Schuldendiensterleichterung in einen engeren Zusammenhang mit umweltpolitischen Erfordernissen gebracht werden könnte.

Schönfelder Junker

Referat 412, Bd. 168676

286

Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt

114-14983/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 7. Oktober 1988, 18.18 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 4062 **Ankunft: 7. Oktober 1988, 23.50 Uhr**

Betr.: Aufenthalt von MP Dr. Vogel in Washington am 6.10.1988 aus Anlaß des German-American Day;
hier: Gespräch mit VM Carlucci

Während seines Besuches in Washington am 6.10.1988[2] führte MP Dr. Vogel im Weißen Haus ein Gespräch mit VM Carlucci (begleitet von dem Principal Director for European and NATO Policy, George Bader).

MP Dr. Vogel legte eingangs dar, daß die Bundesrepublik Deutschland zur Partnerschaft mit den USA stehe und die Stationierung amerikanischer Truppen in Deutschland begrüße, die zur Sicherheit der Deutschen und Amerikaner in der Bundesrepublik präsent seien. Das Bündnis sei die unerläßliche Voraussetzung

1 Das von Botschaftsrat Mülmenstädt, Washington, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 8.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 14. November 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Kölsch verfügte und handschriftlich vermerkte: „Für BK-Besuch berücksichtigen."
Hat Kölsch am 17. November 1988 vorgelegen.

2 Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Vogel nahm am 6. Oktober 1988 in seiner Eigenschaft als Bundesratspräsident an den Feierlichkeiten zum German-American Day in Washington teil. Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 11. Oktober 1988, daß die Feiern zum zweiten Mal stattgefunden hätten: „In Washington fanden an diesem Tag drei Veranstaltungen statt: Eine Veranstaltung mit Präsident Reagan im Weißen Haus. […] Ein Empfang im Kongreß von US Congressional Study Group on Germany und deutsch-amerikanischer Parlamentariergruppe des Bundestages. […] Ein Empfang in der Botschaft […]. Alle Veranstaltungen waren gut besucht. Insbesondere mit dem Empfang im Kongreß haben wir erfolgreich Neuland betreten. Nicht nur erschienen zwischen 80 und 100 Senatoren und Abgeordnete, zugleich waren auch prominente Deutsch-Amerikaner aus allen Landesteilen gekommen. […] Die große Zahl erschienener Kongreß-Mitarbeiter läßt erwarten, daß es uns möglich sein wird, unser Netz im Kongreß künftig enger zu knüpfen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4086; Referat 204, Bd. 160057.

für Frieden und Freiheit in der Welt und in Europa. Er habe gerade nach dem tragischen Unglück von Ramstein[3] um das Gespräch mit dem amerikanischen Verteidigungsminister gebeten, um zu betonen, daß Deutsche und Amerikaner gemeinsam von dem Unglück betroffen seien. Unter den 69 Todesopfern befänden sich auch vier amerikanische Staatsangehörige. Er wolle hervorheben, daß die deutsch-amerikanische Freundschaft durch das tragische Ereignis von Ramstein nicht beschädigt worden sei.

Auch wenn die Notwendigkeit enger deutsch-amerikanischer Beziehungen nicht in Frage gestellt worden sei, habe Ramstein eine Diskussion über die Belastungen der Bürger in der Bundesrepublik und in Rheinland-Pfalz durch militärische Übungen deutscher und verbündeter Truppen neu entfacht. Eine besondere Rolle spielten dabei die Flugschauen. Die Durchführung solcher Aktivitäten müsse im Kreis der Allianz besprochen werden. Es sei gut gewesen, daß VM Prof. Dr. Scholz die weitere Durchführung von Kunstflügen verboten habe.[4]

Ihm, MP Dr. Vogel, sei bewußt, daß Flugschauen wie die in Ramstein nicht in Verbindung ständen mit der Frage der Tiefflüge.[5] Gleichwohl sei nach Ramstein die Debatte über diese Problematik neu belebt worden. Teile der deutschen Öffentlichkeit seien in dieser Frage empfindsamer geworden. Die im Grunde erfreuliche Entwicklung der Ost-West-Beziehungen habe dazu geführt, daß von manchen angezweifelt werde, ob es notwendig sei, die Verteidigungsfähigkeit weiter in dem gegenwärtigen Maße aufrechtzuerhalten. Er plädiere nachdrücklich dafür, gemeinsam eine Lösung zu finden, wie die Belastung durch militärische Aktivitäten in Grenzen gehalten werden könnte, damit nicht eine Situation entstehe, in der die Notwendigkeit des Bündnisses und von Verteidigungsmaßnahmen generell in Frage gestellt werde.

Er frage sich, ob auf Tiefflüge – außerhalb von Manövern – unterhalb von 300 m nicht gänzlich verzichtet werden könne. Außerdem müßten die bestehenden Regeln, wie z. B. die Einhaltung von Flugpausen, genauer beachtet werden. Schließlich müßte intensiv darüber nachgedacht werden, wie durch den verstärk-

3 Am 28. August 1988 kollidierten bei einer Flugschau auf dem amerikanischen Luftwaffenstützpunkt Ramstein drei Maschinen der italienischen Kunstflugstaffel „Frecce Tricolori“ bei einer Flugfigur in geringer Höhe und stürzten ab. Bei dem Unglück kamen neben den Piloten zahlreiche Zuschauer ums Leben. Vgl. dazu den Artikel „Schwere Katastrophe bei Flugschau. Zahlreiche Todesopfer in Ramstein“; DIE WELT vom 29. August 1988, S. 1.

4 Bundesminister Scholz verfügte am 29. August 1988 ein Verbot von militärischen Kunstflugvorführungen „für alle Zukunft“. Vgl. den Artikel „Scholz: Kunstflugübungen müssen jetzt unterbleiben“; DIE WELT vom 30. August 1988, S. 4.

5 Am 23. September 1988 vermerkte Referat 201: „Der politische Druck auf eine Verringerung des Fluglärms, vor allem dem Tiefflugaufkommen, in der Bundesrepublik Deutschland ist in der Folge der Katastrophe von Ramstein erheblich stärker geworden. Schon bisher beschäftigte sich ein Unterausschuß ‚Militärischer Fluglärm/Truppenübungsplätze‘ des Verteidigungsausschusses intensiv mit dem Thema. Ein Antrag der SPD-Fraktion vom 6. September 1988 fordert jetzt im Deutschen Bundestag ein Verteidigungskonzept, das den Verzicht auf militärische Tiefflugübungen endgültig möglich macht, sowie die Einstellung sämtlicher militärischer Tiefflüge über dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. […] Demgegenüber ist das BMVg der Ansicht, daß ein Verzicht auf Tiefflugübungen nicht infrage kommen kann. Tiefflug bietet nach wie vor einige Aussicht, die bodengestützte Luftabwehr des Gegners durchbrechen zu können, so daß Tiefflug keineswegs taktisch überholt sei. […] Mit Brief vom 27. Juli 1988 hat sich BM Prof. Scholz an die Verteidigungsminister derjenigen Staaten, deren Luftstreitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland üben, gewandt. In ihm bat er seine Kollegen, der Bildung einer AG ‚auf hoher Ebene‘ zuzustimmen mit dem Auftrag, gemeinsame Lösungen für eine Reduzierung der Fluglärmbelastung zu erarbeiten.“ Erste positive Rückmeldungen lägen vor, so daß Gespräche bereits Ende des Jahres beginnen könnten. Vgl. Referat 201, Bd. 143321.

ten Einsatz technischer Mittel, wie von Flugsimulatoren, die Belastung reduziert werden könne. Seine Regierung habe gute Kontakte mit militärischen Repräsentanten der USA in Rheinland-Pfalz, doch handele es sich um eine politische Frage. Deshalb begrüße er dieses Gespräch.

2) In seiner Erwiderung betont Carlucci, daß MP Dr. Vogel und die Bundesregierung, die in den USA wegen ihrer starken Unterstützung für die NATO und die Anwesenheit amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik sehr geschätzt würden, mit schwierigen Fragen konfrontiert seien. Die amerikanische Regierung sei bereit, bei der Lösung dieser Probleme eng mit der Bundesrepublik Deutschland zusammenzuarbeiten. Auch in den USA sei die Betroffenheit über das Unglück von Ramstein sehr groß gewesen. VM Carlucci fügte dem hinzu, Flugschauen seien an und für sich eine gute Sache. Er wies dabei darauf hin, daß ein Manöver wie das in Ramstein in den USA nicht gestattet worden wäre, da sich die Flugzeuge in zu großer Nähe zu den Zuschauern befunden hätten.

Auch den USA sei klar, daß das Unglück von Ramstein die Diskussion über die Tiefflüge verschärft habe. Die Tiefflugproblematik könne nicht bilateral, sondern nur im Bündnis gelöst werden.

Dabei sei folgendes zu bedenken:

– Einerseits müsse auf die Stimmung in der Öffentlichkeit Rücksicht genommen werden,
– andererseits müßten die notwendigen Übungsaktivitäten der Truppen sichergestellt sein, damit sie ihren hohen Bereitschaftsstand aufrechterhalten könnten.

Die USA seien bereit, innerhalb dieses Rahmens kooperativ in der von StS Dr. Würzbach geleiteten Kommission mitzuarbeiten.

Er werde den amerikanischen Vertreter, James McGovern (Stellvertreter des Chefs der Luftwaffe Aldridge) persönlich instruieren, flexibel und erfolgsorientiert in der Kommission mitzuarbeiten. Was die Stimmung in der Bundesrepublik betreffe, so wolle er, VM Carlucci, nicht verhehlen, daß er wegen einiger Tendenzen in der deutschen öffentlichen Meinung irritiert sei. Dies mache ihn deshalb so besorgt, weil es sich bei der Bundesrepublik Deutschland um das Herzstück der Allianz handele.

3) MP Dr. Vogel entgegnete hierauf, die USA könnten sich uneingeschränkt darauf verlassen, daß die von BK Dr. Kohl geführte Bundesregierung alles tun werde, um das Bündnis zu festigen.

BK Dr. Kohl sei sein Amtsvorgänger gewesen. Als er Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz gewesen sei, sei die Präsenz amerikanischer Truppen und die Notwendigkeit eines starken Bündnisses kein Streitpunkt zwischen den Parteien gewesen. Gegenüber dieser Zeit habe sich die heutige Situation verändert. Auch wenn die politische Opposition in der Bundesrepublik Deutschland die Anwesenheit amerikanischer Truppen und die Allianz grundsätzlich nicht in Frage stelle, so werde doch auf lokaler Ebene Widerstand gegen erforderliche militärische Maßnahmen geleistet. In jeder Stadt und Gemeinde seines Bundeslandes bereite es zunehmend größere Schwierigkeiten, die Voraussetzung zu schaffen, die notwendig sei, damit deutsche und verbündete Truppen ihre Aufgaben erfüllen könnten.

Hinzu komme, daß die erfreuliche Verbesserung der Ost-West-Beziehungen bei manchen zu der falschen Auffassung geführt habe, Verteidigungsmaßnahmen seien nicht mehr notwendig. Daher gelte es verstärkt, die Bevölkerung zu überzeugen, daß gerade heute Verteidigungsanstrengungen unverzichtbar seien. Was die Entwicklung in der Sowjetunion betreffe, so werde seiner Meinung nach das deutsche Sprichwort, eine Schwalbe mache noch keinen Sommer, nicht mehr genügend beachtet. Hierauf eingehend betonte VM Carlucci, daß westliche Stärke die Veränderungen in der Sowjetunion veranlaßt habe. Es wäre daher falsch, auf westlicher Seite eine Kursänderung vorzunehmen. Gegenwärtig lasse sich nicht voraussagen, ob Gorbatschow erfolgreich sein werde. Doch selbst wenn er Erfolg habe, sei damit noch nicht gesagt, daß dies im westlichen Interesse liege.

MP Dr. Vogel brachte das Gespräch auf das Thema öffentliche Meinung zurück und führte aus, daß mehr als bisher getan werden müsse, um innerhalb der Allianz Verständnis für die besonderen Sorgen und Nöte der einzelnen Bündnispartner aufzubringen. Hier habe es in der Vergangenheit oft an Einfühlungsvermögen gefehlt.

VM Carlucci stimmte dem zu und wies dabei darauf hin, daß ihn zwei Entwicklungen besorgt machten:

– Zum einen eine wachsende Tendenz in der Bundesrepublik Deutschland, die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Zweifel zu ziehen,
– andererseits fragten sich in den USA zunehmend mehr Bürger, ob es erforderlich sei, amerikanische Truppen außerhalb der USA zu stationieren und hierfür Geld auszugeben.

Dabei werde in den USA nicht zur Kenntnis genommen, daß die Anwesenheit amerikanischer Truppen in den Gastländern zu vielen Problemen führe. Gegenwärtig liefen diese beiden Tendenzen parallel. Sollten sie sich vermischen, so könnte sich dies als „fatal“ für die Allianz erweisen.

Er werde alles dafür tun, daß die Frage des „burden sharing“[6] innerhalb der NATO gemeinsam gelöst werde. Es gelte zu vermeiden, daß Europäer und Amerikaner in dieser Frage mit dem Finger aufeinander zeigten. Hierin stimme er voll mit GS Dr. Wörner überein.

MP Dr. Vogel betonte gleichfalls die Notwendigkeit einer gemeinsamen Lösung für das Problem „burden sharing“. Die geschichtliche Erfahrung zeige, daß man auf beiden Seiten des Atlantiks teuer dafür bezahlt habe, wenn die beiderseitigen Interessen nicht gebührend berücksichtigt worden seien. Ihm sei bewußt, daß das Thema die Allianz noch lange beschäftigen werde. Die Bundesregierung werde sich der Diskussion dieser Frage nicht entziehen. Dabei müsse jedoch auch das einbezogen werden, was sich nicht in Etatpositionen niederschlüge. Es sei unbestreitbar, daß auf europäischer Seite mehr getan werden müsse, damit die amerikanischen Truppen in Europa erlebten, daß sie in den Stationierungsländern willkommen seien.

MP Dr. Vogel leitete dann auf die Frage deutscher Zivilbeschäftigter bei amerikanischen Streitkräften[7] über. [8]Diese Frage könne nicht nur aus der Perspektive

6 Zur Frage der Lastenteilung innerhalb der NATO vgl. Dok. 162.
7 Zum Personalabbau bei den amerikanischen Streitkräften in der Bundesrepublik vgl. Dok. 241, Anm. 37.
8 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 4063 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

der Kongreßabgeordneten Schroeder gesehen werden. Sie habe Auswirkungen auf die Akzeptanz amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik Deutschland. In Ramstein, einer kleinen Gemeinde, in der ebenso viele Amerikaner wie Deutsche lebten, seien viele Bürger bei den amerikanischen Truppen beschäftigt. Wenn sie in ständiger Sorge um ihren Arbeitsplatz seien, so wirke sich dies negativ auf die Akzeptanz amerikanischer Truppen aus. Umgekehrt gelte: Wenn die Deutschen sich keine Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen müßten, so wirke sich dies förderlich aus. MP Dr. Vogel wies anschließend darauf hin, daß mangelnde Flexibilität in der amerikanischen Militärverwaltung ebenfalls negative Auswirkungen auf die Akzeptanz amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik Deutschland zeigen könne. Er führte hierfür als Beispiel an, daß ein seit 20 Jahren nicht mehr genutztes militärisches Gelände nicht für den Bau einer dringend benötigten Straße freigegeben werde. Hierfür könne man kein Verständnis aufbringen.

VM Carlucci erklärte, daß er diesen Fall prüfen lassen werde. In der Frage deutscher Zivilbeschäftigter wies er darauf hin, daß die USA zu einem Personalabbau gezwungen seien, wenn der Kongreß Etatkürzungen vornehme. Die USA seien sich der Problematik voll bewußt und würden alles tun, um eine befriedigende Lösung zu finden. George Bader wies darauf hin, daß bislang ausschließlich amerikanische Zivilbeschäftigte entlassen worden seien.

MP Dr. Vogel betonte, er habe volles Verständnis für die amerikanischen Schwierigkeiten, die sich aus den Haushaltskürzungen ergeben. Er werde sich bemühen, daß auch auf deutscher Seite Verständnis dafür aufgebracht werde. Andererseits sei amerikanische Sensibilität sehr hilfreich, um die deutsche Öffentlichkeit für die Komplexität der Problematik bewußt zu machen. Die Bundesregierung sei auf die Unterstützung der Öffentlichkeit angewiesen, um das tun zu können, was getan werden müsse.

MP Dr. Vogel erklärte, er werde VM Carlucci über die Deutsche Botschaft ein Memorandum zu den besprochenen Fragen zukommen lassen.

Zur Person von Frau Pat Schroeder berichtete VM Carlucci folgende Episode: Beim Besuch des französischen Verteidigungsministers habe er für Chevènement ein Abendessen gegeben.[9] Anschließend sei getanzt worden. Dabei sei auch Frau Pat Schroeder Partnerin des französischen VM gewesen. Nach dem Tanz habe Chevènement erklärt, sein Tanz mit der Kongreßabgeordneten stelle ein überzeugendes Beispiel für gerechte Lastenverteilung dar.

Bericht hat MP Dr. Vogel nicht vorgelegen.

[gez.] Paschke

VS-Bd. 13029 (204)

9 Der französische Verteidigungsminister Chevènement hielt sich vom 28. September bis 1. Oktober 1988 in den USA auf.

287

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

213-321.00 VS-NfD **11. Oktober 1988**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Gemeinsames deutsch-sowjetisches Dokument[4];
hier: Sowjetischer Text vom 27.9.1988[5]

Anlg.: 2[6]

Zweck der Vorlage: Billigung des Vorschlages unter Ziffer IV.

I. Vorbemerkung

1) Bei dem sowjetischen Text, den AM Schewardnadse Ihnen am 27.9.1988 in New York übergeben hat (vgl. Anlage[7]), handelt es sich nicht um einen fertigen Entwurf einer gemeinsamen Erklärung. AM Schewardnadse sprach von einer „Ausgangsvariante".[8] Das Papier enthält Grundgedanken, die wahrscheinlich sowjetischen „Idealvorstellungen" von dem Inhalt eines Gemeinsamen Dokumentes entsprechen.

2) Wir haben uns in allgemeiner Form bereit erklärt, mit den Sowjets ein Gemeinsames Dokument zu vereinbaren. Wir sollten das sowjetische Papier zunächst als sowjetischen Gesprächsbeitrag zur Vorbereitung des Gesprächs Bundeskanzler/Gorbatschow[9] ansehen, dem wir unsere Vorstellungen entgegensetzen werden. Das Papier ist nicht so, daß wir es a limine zurückweisen müssen, sondern stellt durchaus eine brauchbare Ausgangsbasis dar.

An dem sowjetischen Papier muß allerdings erheblich gearbeitet werden. Wir müssen unzumutbare Begriffe und Textstellen eliminieren und unsere eigenen Gedanken und Gesichtspunkte hineinbringen. Dies wird intensive Verhandlungen erfordern, die unter Berücksichtigung der Gespräche beim Kanzlerbesuch möglichst bald im Anschluß daran in Angriff genommen werden sollten.

II. Leitgedanken

Bei Durchsicht des sowjetischen Papiers fallen zwei Leitgedanken besonders auf:

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken konzipiert.
2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 12. Oktober 1988 vorgelegen.
3 Hat Bundesminister Genscher am 12. Oktober 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 13. Oktober 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 28. Oktober 1988 erneut vorgelegen.
4 Zu einer „Gemeinsamen Erklärung" der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. Dok. 57.
5 Für das vom sowjetischen Außenminister Schewardnadse Bundesminister Genscher am 27. September 1988 in New York übergebene sowjetische Papier über eine gemeinsame Erklärung der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. Referat 213, Bd. 143534.
6 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 5 und 20.
7 Vgl. Anm. 5.
8 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 27. September 1988 in New York vgl. Dok. 266, Anm. 2.
9 Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 24./25. Oktober 1988 in Moskau vgl. Dok. 300 und Dok. 304.

– Im Mittelpunkt der sowjetischen Darstellung steht das Europa von morgen.

  Zitat: „Bei der Gestaltung einer neuen und gewaltfreien Welt kommt Europa eine besondere Rolle zu."

– Die Hauptleistung für den Aufbau Europas sollen die BR Deutschland und die SU erbringen.

  Zitate: „Unsere beiden Staaten halten es für ihre historische, moralische und politische Pflicht, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln eine solche Entwicklung auf dem europäischen Kontinent zu fördern."

  „Von zentraler Bedeutung für die Lage in Europa ist die konstruktive Entwicklung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD."

Diese beiden Grundaussagen werden im Text paraphrasiert und im einzelnen mit Inhalt versehen. Es wird überwiegend die Sprache des „neuen Denkens" benutzt, zahlreiche Formulierungen und Gedanken werden übernommen, die Sie ebenfalls verwenden. Auch werden Anleihen an die „Gemeinsame Deklaration" vom 6.5.1978[10] gemacht (z. B. Verzicht auf Streben nach militärischer Überlegenheit).

III. Im einzelnen

1) In einer Art Präambel (Ziff. 1) wird das historische bzw. weltpolitische Rahmenwerk angedeutet. Der bevorstehende Übergang vom 2. zum 3. Jahrtausend wird als Wendepunkt bezeichnet. Die Menschheit sieht sich vor eine historische Herausforderung gestellt („Gefahr der nuklearen Selbstvernichtung", „rasant nähernde ökologische Katastrophe"). Andererseits ungeahnte Entwicklungschancen aufgrund der wissenschaftlich-technischen Revolution. Dem könnten wir das Motto der Regierungserklärung von 1987 gegenüberstellen „Die Schöpfung bewahren – die Zukunft gewinnen".[11]

2) Folgende Passagen, die als gemeinsame Festlegungen zu verstehen sind, springen sodann ins Auge:

2.1) UdSSR und BR Deutschland sind dafür, daß sich die Sicherheit immer mehr auf „die Entwicklung der friedlichen Zusammenarbeit, Transparenz, gegenseitige Abhängigkeit, Demokratisierung und Humanität sowohl nach innen als auch nach außen stützt".

Der Eindruck drängt sich auf, als reflektiere diese Passage vor allem Forderungen an die sowjetische Seite selbst. Eine Reihe der verwendeten Begriffe haben bei uns andere Inhalte. Wir benutzen z. B. den Begriff der gegenseitigen Abhängigkeit im allgemeinen zur Beschreibung eines bestehenden Zustands. Angesichts der unterschiedlichen Größen- und Machtverhältnisse müssen wir bei der Postulierung gegenseitiger Abhängigkeiten vorsichtig sein. Unter dem Begriff „Demokratisierung" verstehen die Sowjets etwas anderes als wir. Auch könnten sie den Begriff als Hebel zur innenpolitischen Einmischung bei uns nutzen. An die Formulierung dieser Passage müssen wir daher behutsam herangehen und dürfen die bestehenden Unterschiede nicht verwischen.

10 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 anläßlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1978, S. 429 f. Zum Besuch von Breschnew vgl. auch AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

11 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 18. März 1987 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 51–73.

2.2) Nie mehr Krieg in Europa: weder nuklear noch konventionell. Beide Länder werden alles zur Kriegsverhinderung unternehmen. Diese Formel ist auch in der amerikanisch-sowjetischen Erklärung vom 21.11.1985[12] enthalten und wurde damals als Erfolg begrüßt. Wir ziehen die Formel vor: „Nie mehr Krieg in Europa, weder nuklear noch konventionell ... Von Europa muß Frieden ausgehen."

2.3) Beide Seiten sind bereit, „an der Konzeption des Gemeinsamen europäischen Hauses mitzuwirken, in dem stabile Bedingungen für die friedliche Koexistenz und produktive Zusammenarbeit von Staaten mit unterschiedlichen sozialen Systemen auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Demokratie und des Wettbewerbs gewährleistet wären".

Hier sind enthalten teils sowjetische Termini, die wir ablehnen („friedliche Koexistenz") oder doch ausbalancieren müssen („Gemeinsames europäisches Haus"), teils solche, deren Sinn in diesem Zusammenhang nicht recht einleuchtet („Demokratie", „Wettbewerb"). Wir sollten uns nicht auf Formeln einlassen, die so verstanden werden können, als gingen wir von dem Bestehen einer Demokratie in der SU aus.

Präsident Reagan hat sich in Moskau geweigert, die Termini der 70er Jahre zu wiederholen, die nicht getragen haben. Wir würden uns erheblicher Kritik im Bündnis aussetzen, wenn wir sie in unserer deutsch-sowjetischen Erklärung akzeptierten.

Wir sollten stattdessen folgenden Aussagen zu Europa den Vorzug geben, wobei anzumerken ist, daß auch im sowjetischen Text der Helsinki-Prozeß erwähnt und das Selbstbestimmungsrecht zumindest angedeutet wird:

- Schaffung einer gerechten, stabilen und dauerhaften Friedensordnung in Europa, in der
  - das Recht auf Selbstbestimmung verwirklicht ist,
  - alle Völker, auch das deutsche Volk, ihren gleichberechtigten Platz einnehmen,
  - alle Staaten das gleiche Recht auf Sicherheit haben und ohne Furcht voreinander in friedlichem Wettbewerb leben,
  - in der die Menschenrechte respektiert werden,
  - die Menschen ungehindert Kontakt miteinander pflegen können,
  - über Grenzen hinweg neue Formen der Zusammenarbeit entwickelt werden;
- Bekräftigung der Schlußakte von Helsinki[13] und des Schlußdokuments von Madrid[14] (sowie Wien), Eintreten für Fortsetzung des KSZE-Prozesses als Hauptweg zur europäischen Friedensordnung.

12 Für den Wortlaut der Erklärung des Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, anläßlich ihres Treffens vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

13 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

14 Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554.

2.4) Da das Europa von morgen nicht „ohne allseitigen Ausbau der kulturellen Verbindungen, des Tourismus und Sportaustausches, der Kontakte unter den Menschen sowie ohne Lösung der humanitären Probleme“ denkbar ist, werden beide Seiten in dieser Hinsicht aktiv sein.

Diese Formel verpflichtet die SU viel stärker als uns. Bedeutsam ist die Einbeziehung der menschlichen Kontakte und der humanitären Fragen.

2.5) Sehr sorgfältig muß die Aussage der Finalität der politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern geprüft werden. Sie enthält folgende Elemente:

– Rückkehr zu den guten historischen Traditionen der Zusammenarbeit.
– Verzicht auf „stereotypes Denken in Feindbildern“. Obwohl wir dies auch fordern, besteht Gefahr eines „droit de regard“ bezüglich unserer Medien, Schulbücher usw.
– In Sicherheitsfragen „ehrliche Zusammenarbeit nach den Grundsätzen der Partnerschaft und des gegenseitigen Vertrauens“. Was ist „ehrliche Zusammenarbeit“? Der Terminus „Partnerschaft“ könnte eine Verpflichtung zu gemeinsamem Vorgehen implizieren.
– „Eine solche Wende“ in den bilateralen Beziehungen ist gegen niemand gerichtet. Das Wort von der „Wende“ ist höchst problematisch.
– Sinn (der Wende) besteht darin, „ohne eigene Bündnisverpflichtung in Frage zu stellen“, die Beziehungen entscheidend zu verbessern. Diese Formel wurde auch in der Botschaft Gorbatschows an den Bundeskanzler von Anfang 1988[15] verwendet.

3) Die Konzeption des Gemeinsamen europäischen Hauses, wie sie in Gorbatschows Erklärungen zum Ausdruck kommt, enthält bekanntlich neben dynamischen auch statische Elemente. G. betont meistens das Festhalten am (oder das Festschreiben des) territorialen und politischen Status quo in Europa als wichtige Bedingung für die Errichtung des gemeinsamen Hauses. Diese Grundforderung wurde in der Gemeinsamen Pressemitteilung zum Honecker-Besuch in Moskau vom 29.9.1988[16] noch einmal bekräftigt:

Zitat: „Die UdSSR und die DDR betonten erneut, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen, die bedingungslose Respektierung der bestehenden territorialen und politischen Realitäten ... die wichtigste Bedingung zur Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa sei.“

In dem von Schewardnadse übergebenen Text klingt dieses Ziel nur an („bedingungslose Achtung der Integrität und der Sicherheit jedes Staates“). Diese Zurückhaltung ist rein taktisch bedingt und bedeutet keine sachliche Positionsänderung. Da in diesem Punkt fundamentale Gegensätze zwischen unserer und der sowjetischen Haltung bestehen, dürfen wir keine Unklarheiten zulassen, die zu Mißdeutungen Anlaß geben. Wir sollten daher – ähnlich wie in der Gemein-

15 Für das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 14. Januar 1988 an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 13489 (213).
Für das Antwortschreiben von Kohl vom 15. April 1988 vgl. Dok. 114.

16 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Pressemitteilung über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 27. bis 29. September 1988 in der UdSSR vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 30. September 1988, S. 1 und 3. Vgl. dazu ferner Dok. 272, Anm. 19.

samen Deklaration vom 6.5.1978 – das Bestehen von Unterschieden in Grundpositionen offen aussprechen und die KSZE-Schlußakte mit allen Prinzipien und Bestimmungen voll inkorporieren sowie das Recht auf Selbstbestimmung in den Text aufnehmen (vgl. oben II. 3.3).

4) Auch die Berlin-Passage enthält Fußangeln:

– Kritisches, gegen uns gerichtetes Verbot von Handlungen, die „das normale Funktionieren" des VMA[17] erschweren und „sich negativ auf Lage Berlins (West) auswirken können".
– Angebot zu Konsultationen über praktische Fragen im Bereich der bilateralen Beziehungen. Wir haben diese Konsultationen längst. Jedoch fragt es sich, ob durch ihre ausdrückliche Verankerung in einem Gemeinsamen Dokument Distanz zwischen uns und den drei Westmächten geschaffen werden soll.

Wir brauchen eine klare Aussage, daß das VMA strikt eingehalten und voll angewendet wird und daß Berlin aus der Entwicklung der West-Ost-Beziehungen nicht ausgeklammert wird.

5) Im Bereich Rüstungskontrolle und Abrüstung liest sich der Text ziemlich kursorisch (vgl. Ziff. 2). Er enthält inakzeptable Formeln („Reduzierung der taktischen Atomwaffen bis zu ihrer vollständigen Beseitigung"), allerdings auch positiv-moderne Ansätze (z. B. „Schaffung neuer Sicherheitsstrukturen").

6) Der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit wird breiter Raum gewidmet, allerdings wird recht unverhüllt die Nichtanwendung von COCOM verlangt (vgl. Ziff. 5).

7) Bei einem Rückblick auf die Verhandlungen im Jahre 1987, die zum Konsultationsprotokoll vom 19.1.1988[18] führten, fällt auf, daß verzichtet wurde auf eine Aussage über

– paralleles oder gemeinsames Handeln,
– Gewaltverzicht.

Dies ist zweifellos ein Fortschritt.

8) Ziff. 7 enthält eine wichtige Berufung auf den Moskauer Vertrag[19] („... Absicht, in vollem Maße alle im historischen Moskauer Vertrag angelegten Möglichkeiten zu nutzen").

IV. Gesamtbewertung und weiteres Vorgehen

1) In seinem Gesamtduktus zeigt der sowjetische Text noch einmal, daß die SU ein enges Verhältnis zu uns anstrebt, das nahezu den Charakter eines Sonderverhältnisses annehmen soll. Dies ist ein bedeutsames Angebot, das eine wesentliche Weichenstellung für die Zukunft zur Folge haben kann. Wir müssen mit Umsicht reagieren und unsere Interessen sorgfältig abwägen. Wir müssen be-

17 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

18 Bundesminister Genscher und der sowjetische Außenminister Schewardnadse unterzeichneten am 19. Januar 1988 ein Protokoll über Konsultationen. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1988, S. 56.

19 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

denken, daß wir es mit einer Weltmacht und der größten europäischen Macht zu tun haben, die auf uns politisch und militärisch ungleich stärker einwirken kann als umgekehrt. Auch müssen wir die Rückwirkungen auf unser Verhältnis zu unseren westlichen Freunden und Verbündeten im Auge haben, das nach wie vor die Grundlage unserer Außen- und Sicherheitspolitik darstellt. Wir können mit der SU keinen Sonderstatus begründen und dürfen der SU auch nicht erlauben, ein Recht zur Mitbestimmung unserer Politik in Anspruch zu nehmen. Andererseits müssen wir alle Chancen für eine Stabilisierung und Absicherung unseres Verhältnisses zur SU sowie für eine konstruktive Zusammenarbeit mit ihr nutzen.

2) In der Anlage werden Elemente vorgelegt, die unseren Ansatz für ein gemeinsames Dokument reflektieren.[20] Diese Elemente wurden im Juni ausgearbeitet und von D 2 A[21], D 3[22], D 4[23] und D 6[24] mitgezeichnet. Die Ausarbeitung hat Ihnen am 1.7.88 vorgelegen.

Ich schlage vor, daß Botschafter Meyer-Landrut gebeten wird, Außenminister Schewardnadse noch vor der Bundeskanzlerreise diese Elemente zu übermitteln, damit das Gespräch Bundeskanzler/Gorbatschow nicht allein auf der sowjetischen Gesprächsgrundlage geführt werden muß.

Wenn Sie mit diesem Verfahren einverstanden sind, werde ich die notwendige Abstimmung mit dem Bundeskanzleramt im Gespräch mit MD Teltschik vornehmen.

Richthofen

Referat 213, Bd. 143534

20 In dem Papier „Themen für ein deutsch-sowjetisches Dokument“ wurden Elemente zu den Fragen „West-Ost-Beziehungen allgemein“, „Europa“, „Sicherheit, Rüstungskontrolle und Abrüstung“, „Globale Probleme“, „Regionalkonflikte“, „Vereinte Nationen“ und „Bilaterale Beziehungen“ aufgeführt. Vgl. Referat 213, Bd. 143534.

21 Josef Holik.

22 Reinhard Schlagintweit.

23 Alois Jelonek.

24 Barthold Witte.

288

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem chinesischen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Yao Yilin

12. Oktober 1988[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten der Volksrepublik China, Yao Yilin, am Mittwoch, den 12. Oktober 1988, 15.00–16.00 Uhr[2]

Teilnehmer auf deutscher Seite: Bundeskanzler, MD Teltschik, VLR I Dr. Ueberschaer als Note-taker, Frau Bätke als Dolmetscherin;

auf chinesischer Seite: Vizepremier Yao Yilin, Botschafter Mei Zhaorong, Hu Benyao, stv. Leiter der Westeuropa-Abteilung im chinesischen Außenministerium als Note-taker, Dolmetscher.

Der *Bundeskanzler* (BK) begrüßt Vizepremier Yao und bittet ihn, nach seiner Rückkehr nach Peking Deng Xiaoping und Generalsekretär Zhao Ziyang von ihm zu grüßen.

Vizepremier *Yao Yilin* (Yao) bestellt seinerseits Grüße von Deng Xiaoping, GS Zhao Ziyang und MP Li Peng. Alle drei Politiker verfolgten seinen Deutschlandbesuch mit großem Interesse. Sie wüßten die Freundschaft zu BK besonders zu schätzen.

Er selbst befinde sich bereits seit zwölf Tagen in D. Gestern sei der 16. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China gewesen.[3] Mit der Entwicklung könne man zufrieden sein und sich hierüber freuen.

Die Beziehungen seien in allen Bereichen erfolgreich: Die politischen Beziehungen verzeichneten eine stete Aufwärtsentwicklung. Die Wirtschaftsbeziehungen seien breit angelegt und stabil. Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit sei fruchtbar. Die Aus- und Fortbildung chinesischer Fachkräfte in Deutschland verzeichne weitere Fortschritte. Der Wunsch von BK bei seinem letzten Besuch in Peking im Jahre 1987[4], die Zahl chinesischer Auszubildender in der Bundesrepublik Deutschland auf 3000 zu erhöhen, sei inzwischen verwirklicht. Man

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer am 14. Oktober 1988 gefertigt und von Ministerialdirigent Hartmann, beide Bundeskanzleramt, am 21. Oktober 1988 Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann „zur Unterrichtung des Auswärtigen Amts“ übermittelt. Ferner teilte Hartmann mit, daß der Vermerk von Bundeskanzler Kohl gebilligt sei.
Hat Bächmann am 24. Oktober 1988 vorgelegen.
Hat Legationssekretär Wolter am 24. Oktober 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Schlagintweit, Ministerialdirigent Zeller und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Scheel verfügte „m[it]d[er]B[itte], ggf. weitere Verteilung vorzunehmen“.
Hat Schlagintweit am 25. Oktober 1988 vorgelegen.
Hat Zeller am 5. November 1988 vorgelegen.
Hat Scheel am 8. November 1988 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 341, Bd. 142568.

2 Der chinesische Erste Stellvertretende Ministerpräsident Yao Yilin hielt sich vom 3. bis 13. Oktober 1988 in der Bundesrepublik auf.

3 Die Bundesrepublik und die Volksrepublik China nahmen am 11. Oktober 1972 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1972, III, Dok. 328.

4 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 12. bis 19. Juli 1987 in der Volksrepublik China vgl. AAPD 1987, II, Dok. 209, Dok. 213 und Dok. 222.

habe eine sehr solide Grundlage für eine umfassende Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen geschaffen und könne auf diesem Wege weitergehen.

Er, Yao, sei seit zwölf Tagen in Deutschland, habe sechs Bundesländer[5] besucht und habe überall – außer in Bayern – mit den Ministerpräsidenten gesprochen. In München habe er leider nur mehr die Möglichkeit gehabt, an der Trauerfeier für MP Strauß[6] teilzunehmen.

Insgesamt seien seine Besuche in den Bundesländern sehr erfolgreich gewesen.

Die chinesische Regierung sehe für die langfristige Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen sehr gute Perspektiven. Allerdings könne man diese Beziehungen nicht mit einem großen Sprung, sondern nur Schritt für Schritt ausbauen. Bei dem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen sei China – im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland – durch seine unzureichende Devisenausstattung behindert.

Bei der bilateralen Wirtschaftskooperation gebe es gegenwärtig einige kleinere Probleme, die aber alle lösbar seien. Er, Yao, habe insoweit keinerlei Klagen oder Wünsche gegenüber BK vorzubringen.

BK hebt hervor, daß die während seiner Amtszeit erfolgte Vertiefung der deutsch-chinesischen Beziehungen und die dabei hergestellten freundschaftlichen Kontakte mit den führenden chinesischen Staatsmännern – insbesondere Deng Xiaoping und Zhao Ziyang – zu den erfreulichsten Erfahrungen seiner Amtszeit gehörten. Die guten Erfolge dieser Zusammenarbeit kämen beiden beteiligten Völkern zugute.

Den von China eingeschlagenen Weg der wirtschaftlichen Reformen im Innern und der wirtschaftlichen Öffnung zum Ausland verfolge er mit großem Respekt. Er habe kürzlich eine interessante Diskussion mit sowjetischen Journalisten im Vorfeld seiner Moskau-Reise[7] gehabt und dabei das Ausmaß der Probleme erkennen können, denen sich GS Gorbatschow gegenübersehe. Erst wenn man dessen Probleme kenne, könne man die chinesische Leistung der letzten zehn Jahre voll ermessen.

Auch er, BK, halte im Hinblick auf den Erfolg einen Ausbau unserer bilateralen Beziehungen in kleinen Schritten für richtig.

Insgesamt lasse sich sagen, daß die große Entfernung zwischen Peking und Bonn den Ausbau unserer Zusammenarbeit nicht behindert habe. Dies solle auch künftig so bleiben.

Im politischen Dialog sei China mit seiner weit über die Region hinausragenden Bedeutung, die im kommenden Jahrhundert sicher noch zunehmen werde, für uns ein außerordentlich wichtiger Partner.

Die Weltpolitik verzeichne gegenwärtig im Ost-West-Verhältnis eine Reihe bedeutsamer Entwicklungen mit großen Chancen – allerdings auch Gefahren, wenn man unrealistisch an sie herangehe.

5 Der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident Yao Yilin besuchte Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

6 Der bayerische Ministerpräsident Strauß erlitt am 1. Oktober 1988 während eines Jagdausflugs einen Kreislaufkollaps und verstarb am 3. Oktober 1988 in einem Regensburger Krankenhaus.

7 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

Parallel zum Rückgang der Spannungen im Ost-West-Verhältnis sei jedoch eine Verschärfung des Nord-Süd-Konflikts zu beobachten, die in den nächsten Jahrzehnten noch zunehmen dürfte. Für uns sei es ein Akt der Klugheit, mit möglichst vielen Staaten der Dritten Welt gute Zusammenarbeit zu unterhalten. In diesem Zusammenhang bitte er Yao auch, als Botschaft mit nach Hause zu nehmen, daß er, BK, sich über jeden Besuch eines chinesischen Staatsmannes bei uns freue: Freundschaft wolle gepflegt werden.

BK fährt sodann fort, daß die Entwicklung bei uns insgesamt positiv verlaufe: 1992 werde der große europäische Markt von 320 Millionen Menschen vollendet sein. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund konzentrierten wir alle Kraft darauf, unsere technologische Spitzenposition in Europa und in der Welt zu halten. 1988 würden in der Bundesrepublik Deutschland von Staat und Wirtschaft 60 Mrd. DM in die Forschung investiert. Neben Japan und den USA lägen wir hier weltweit in einer Spitzenposition, wobei zu bedenken sei, daß Japan über eine doppelte und die USA über eine vierfache Bevölkerung verfügten.

BK kommt sodann auf die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zu sprechen.

Wir sähen hier drei Schwerpunkte:

– die Steigerung des Handelsaustausches,
– die Beteiligung der deutschen Wirtschaft am Aufbau neuer und an der Modernisierung bestehender Industriebetriebe in China und
– die Unterstützung Chinas bei Aus- und Fortbildung von Fachkräften.

Er, BK, freue sich, daß es bei den Wirtschaftsbeziehungen nur unwesentliche Probleme gebe. Er bitte Yao, seiner Regierung mitzuteilen, daß man ihn beim Entstehen echter Probleme in den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen umgehend benachrichtigen möge.

Neben den Wirtschaftsbeziehungen lege er, BK, größten Wert auf den Ausbau der Kulturbeziehungen.

BK erkundigt sich sodann nach dem Stand der beiden Siemens-Großprojekte (EWSD[8] und IC[9]).

Yao berichtet, daß der IC-Vertrag mit dem Hause Siemens bereits unterzeichnet sei und daß über das EWSD-Projekt intensiv verhandelt werde. Man hoffe, bald zu einem positiven Ergebnis zu kommen.

Bei seinem soeben erfolgten Besuch im Hause Siemens sei über diese Projekte aber auch über das Projekt Ausbau des Kohlehafens Qinhuangdao gesprochen worden.

Hier hätten sich durch den Konkurs der PWH-Weserhütte – einem Unternehmen des Otto-Wolff-Konzerns – große Schwierigkeiten für China ergeben, die man durch Konsultationen mit den beteiligten Firmen zu lösen hoffe.

Es gehe dabei um die wirtschaftliche Nutzung der neuen Schwerlast-Eisenbahnlinie von den Kohlegruben in Datong in der Provinz Shaanxi zum Hafen Qinhuangdao, die Ende dieses Jahres in Betrieb genommen werden könne.

8 Durchgängig korrigiert aus: „IWSD“.
Elektronisches Wählsystem Digital.
9 Integrated Circuit.

Der Ausbau des Hafens, der in drei Phasen geplant war, sei der Firma PWH-Weserhütte als Konsortialführerin übertragen worden, wobei einzelne Auftragsteile an Siemens weitergegeben werden sollten.

PWH habe alle Teile für den Ausbau der ersten und zweiten Phase geliefert, sei danach aber vor Ausbau der dritten Phase in Konkurs gefallen.

Jetzt gebe es Streit zwischen der in Liquidation befindlichen PWH und der Firma Siemens über den Umfang der jeweiligen Lieferpflicht. Dieser Streit dürfe aber nicht auf dem Rücken des Kunden, der VR China, ausgetragen werden, sondern müsse durch einen Kompromiß gelöst werden.

Siemens-Vorstandsvorsitzender Dr. Kaske habe ihm, Yao, auch zugesagt, zu diesem Zweck eine hochrangige Expertengruppe nach China zu entsenden. Diese solle vor Ort feststellen, was zur Fertigstellung des Hafens noch zu liefern sei. Es gehe dabei vor allem um ein automatisches Steuerungssystem, ohne das Eisenbahnlinie und Hafen zum Stillstand verurteilt seien. Eine täglich größer werdende Halde von Shaanxi-Kohle warte indessen auf den Transport.

Er, Yao, habe jedoch den Eindruck, daß alle Betroffenen kompromißbereit seien.

Auf Frage von BK fügt Yao hinzu, daß es sich um eine 900-Kilometer-Bahnlinie mit Normalspurbreite, aber mit wesentlich erhöhter Belastbarkeit handele.

Botschafter *Mei* fügt hinzu, daß beide Seiten vereinbart hätten, zuerst die bestehenden Probleme zu lösen und danach einen Kompromiß über die von China zu erbringende zusätzliche Kaufsumme zu schließen. Eine gemeinsame Expertengruppe werde mit der Feststellung dessen, was für die Fertigstellung noch fehle, betraut.

Die streitige Summe von 10 Mio. DM sei in der Relation nicht hoch; das Fehlen der betreffenden Teile habe aber Auswirkungen, die in keinem Verhältnis zu diesem Betrag stünden. Mit gutem Willen beider Seiten werde dieses Problem jedoch sicher gelöst werden können.

BK bemerkt, daß hier die Chance bestehe, ein gutes Beispiel für die Lösung kontroverser Fragen im deutsch-chinesischen Verhältnis zu setzen.

BK fragt Yao sodann nach der innenpolitischen und wirtschaftlichen Lage in der Volksrepublik China.

Yao bezeichnet die Lage als im ganzen gut: Es gebe keine übergroßen Probleme mit Ausnahme der Inflation, die durch zu hohe Anlageinvestitionen bedingt sei.

In China seien seit fünf Jahren kontinuierlich zu hohe Investitionen im Industrie- und Städtebaubereich vorgenommen worden. Da dieses Investitionsvolumen nicht aus dem Nationaleinkommen gedeckt werden konnte, habe man die Notenpresse in Gang gesetzt und dadurch einen viel zu großen Geldumlauf geschaffen. Hierdurch hätten sich im laufenden Jahre Preissteigerungen bis zu 17% gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum ergeben. Man habe sich gezwungen gesehen, die Investitionsplanung ganz wesentlich zu kürzen und das Aufbautempo Chinas zu verlangsamen.

An Kurs und Politik Chinas habe dies jedoch nichts geändert. An der bisherigen Politik der wirtschaftlichen Reformen im Inland und der wirtschaftlichen Öffnung zum Ausland werde nichts geändert. Die Verträge mit dem Ausland würden nach wie vor erfüllt. Man habe jedoch die Anlageinvestitionen um 25% gesenkt.

Das ZK der KPCh habe bei seiner letzten Plenarsitzung[10] volles Einverständnis mit entsprechenden Vorschlägen von GS Zhao Ziyang zur Wirtschaftsordnung Chinas signalisiert.

Diese Vorschläge gelte es jetzt umzusetzen.

Dieses alles zeige die Unwahrheit aller Gerüchte über einen angeblichen Grundsatzstreit zwischen GS Zhao Ziyang und MP Li Peng, die von der „Stimme Amerikas" in die Welt gesetzt und von der Zeitung der „Guomindang" in Hongkong verbreitet worden seien.

Die Frage von BK nach neuen Entwicklungen zwischen China und der SU bejaht Yao:

Bei einem Treffen zwischen dem chinesischen und sowjetischen Außenminister im VN-Rahmen habe man vereinbart, daß der chinesische Außenminister im November/Dezember d.J. zur Erörterung der Kambodscha-Frage[11] nach Moskau kommen solle.[12]

Nach chinesischem Eindruck sei die sowjetische Haltung in der Kambodscha-Frage in Bewegung geraten:

Während die SU früher stets die Kambodscha-Frage als ein vietnamesisch-chinesisches Problem bezeichnet und China insoweit auf bilaterale Verhandlungen mit Vietnam verwiesen habe, sei sie jetzt mit einer politischen Lösung einverstanden, die den Rückzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha und die Bildung einer Vierer-Koalition unter Sihanouk beinhalte.

Dadurch werde China recht gegeben, das die SU immer als Drahtzieher des vietnamesischen Einmarsches in Kambodscha bezeichnet habe.

Auf Frage von BK ergänzt Yao, daß sich Sihanouk gegenwärtig zu Besuch in den USA befinde.

Er fährt fort, daß zwischen China und SU gegenwärtig nur mehr der Zeitplan des Rückzugs der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha streitig sei. Während China auf einen Rückzug bis spätestens Ende Juni 1989 dränge, halte die SU eine Rückzugsfrist bis Ende 1989 für erforderlich.

10 Die 2. Plenartagung des XIII. ZK der KPCh fand vom 15. bis 19. März 1988 in Peking statt.

11 Zu den Bemühungen um eine Beilegung des Kambodscha-Konflikts vgl. Dok. 262, Anm. 8.
Referat 342 vermerkte am 25. Oktober 1988, daß die am 1. September 1988 zu Ende gegangenen chinesisch-sowjetischen Gespräche über Kambodscha „eine gewisse Annäherung der Positionen" gebracht hätten. Der sowjetische Stellvertretende Außenminister Rogatschow habe betont, „daß Prinz Sihanouk auch in den Augen Moskaus eine Schlüsselrolle bei der zukünftigen Entwicklung zukomme. Er betonte zudem das sowjetische Interesse an einem raschen Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha schon 1989. China war jetzt bereit, eine gewisse Flexibilität Hanois bei der Frage des Truppenabzugs anzuerkennen." Vgl. Referat 342, Bd. 137125.

12 Über das Gespräch des chinesischen Außenministers mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse in New York berichtete Botschafter Hellbeck, Peking, am 30. September 1988, der dabei vereinbarte Besuch von Quichen in der UdSSR werde „erstes Treffen der Außenminister von China und SU außerhalb New Yorks seit Zerwürfnis der beiden Staaten Anfang der 60er Jahre" sein. Aus dem chinesischen Außenministerium verlaute, das Gespräch habe den Eindruck vermittelt, „daß sich SU verstärkt um Lösung der Kambodscha-Frage bemühe. Kambodscha bleibe erster Punkt auf der chinesisch-sowjetischen Tagesordnung." Zur sowjetischen Bereitschaft, auch über Sicherheitsfragen zu sprechen, heiße es, „zunächst solle SU Truppen von der chin[esischen] Grenze zurückziehen und Streitkräftekontingente in der Mongolei reduzieren (jetzt noch vier Divisionen)." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1304; Referat 341, Bd. 142572.
Quichen hielt sich vom 1. bis 3. Dezember 1988 in der UdSSR auf. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4235 des Botschafters Meyer-Landrut, Moskau, vom 7. Dezember 1988; Referat 342, Bd. 137125.

Darüber hinaus verlange die SU, daß eine Alleinherrschaft der Roten Khmer verhindert werden müsse, während sich China gegen eine Alleinherrschaft von Son Sann wende.

China sei für eine Regierung der Vierer-Koalition und die Auflösung aller Truppen der einzelnen Koalitionsparteien unter internationaler Überwachung.

BK bittet abschließend Yao, MP Li Peng zu grüßen, dessen Besuch noch ausstehe. Generalsekretär Zhao Ziyang sei jederzeit eingeladen, ihn, BK, wieder privat in seinem Hause zu besuchen.

Yao verspricht, diese Grüße auszurichten, sobald er – nach seinem bevorstehenden Aufenthalt in Prag – nach Peking zurückgekehrt sei.

Referat 341, Bd. 142568

289

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kuhna

203-516.80 TUR **13. Oktober 1988**[1]

Über Dg 20[2], D 2[3] Herrn Staatssekretär[4] mit der Bitte um Kenntnisnahme und Zustimmung zum Vorgehen gemäß Ziffer 3.5

Betr.: Irakisch-kurdische Flüchtlinge in der Türkei[5];
hier: Finanzielle Hilfe und Aufnahme ins Bundesgebiet

Anlg.: 2[6]

1) Die Türkei hat sich im Anschluß an die Aufnahme von rund 60 000 kurdischen Flüchtlingen aus dem Irak Ende September sowohl über unsere Botschaft in

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna und Vortragendem Legationsrat Born konzipiert.

2 Hat in Vertretung des Ministerialdirigenten von Ploetz Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff am 13. Oktober 1988 vorgelegen.

3 Hat in Vertretung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen Ministerialdirigent Kastrup am 13. Oktober 1988 vorgelegen.

4 Jürgen Sudhoff.

5 Vortragender Legationsrat I. Klasse Zehentner hielt am 28. Oktober 1988 fest: „Das militärische Vorgehen der irakischen Streitkräfte im Anschluß an den Waffenstillstand im Iran-Irak-Krieg hat im September zu einer Fluchtbewegung von Kurden in die Türkei geführt. Derzeit befinden sich etwa 52 000 kurdische Flüchtlinge im kurdischen Grenzgebiet; sie sind im Rahmen der Erstaufnahme bisher von der türkischen Regierung versorgt worden, die jedoch gegenüber der internationalen Gebergemeinschaft deutlich gemacht hat, daß zur Bewältigung des Problems auch deren Hilfe erforderlich ist. Die Flüchtlinge werden z. T. in den Irak zurückkehren oder in Nachbarländer bzw. westliche Länder weiterwandern. Sicher ist einstweilen, daß rd. 40 000 Flüchtlinge bis auf weiteres in der Türkei verbleiben werden. Für diese Flüchtlinge hat sich die Situation aufgrund der schweren klimatischen Bedingungen in der bergigen Grenzzone (1500 bis 2000 m) dramatisch verschärft." Vgl. Referat 311, Bd. 154117.

6 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 16 und 17.

Ankara[7] als auch im AA[8] (ähnliche Bitten erhielten auch die übrigen EG-MS) an uns mit der Bitte gewandt um

– finanzielle/materielle Hilfe für die Flüchtlinge in der Türkei (Türkei hat Kosten mit 300 Mio. Dollar beziffert),

– Aufnahme von Flüchtlingen bei uns.

Es ist zu erwarten, daß anläßlich des bevorstehenden Staatsbesuchs des türkischen Präsidenten (17.–21.10.)[9] beide Fragen angesprochen werden.

2) Wir haben über unsere Botschaft in Ankara die türkische Regierung ohne Nennung von Beträgen über unsere grundsätzliche Bereitschaft unterrichtet, im Rahmen der humanitären Hilfe die notwendigen Maßnahmen zur Betreuung der kurdischen Flüchtlinge in der Türkei zu unterstützen.[10]

Dabei denken wir an einen Betrag von 400–500 000 DM.

DK hat über dänisches RK[11] und IKRK 2 Mio. Kronen bereitgestellt. GB denkt an Hilfe von rund 250 000 Pfund über IKRK, UNHCR oder andere Mittlerorganisationen.

Diese Mittel der humanitären Hilfe dürfen jedoch nicht als Budgethilfe (Scheckübergabe) für die türkische Regierung eingesetzt werden. Vielmehr muß eine Hilfsorganisation gefunden werden, die mit den von uns gewährten Geldern Hilfsgüter beschafft, einsetzt, verteilt und über die Mittelverwendung Rechenschaft ablegt.

Als Hilfsorganisationen kommen infrage UNHCR, IKRK, Liga der Rot-Kreuz-Gesellschaften oder Türkischer Roter Halbmond.

Bisher wurden die jeweiligen Hilfsangebote von UNHCR, IKRK und der Liga von den türkischen Behörden jedoch nicht angenommen, da Hilfe derzeit nicht benötigt werde (so Ständige Vertretung Genf in DB 217 vom 10.10.88[12]).

Es liegt nunmehr an den türkischen Stellen, ihr Hilfsersuchen zu konkretisieren und die für die Umsetzung in Frage kommenden Mittlerorganisationen zu nennen.

3) Die Türkei hat uns ferner den Wunsch von zuerst 22, anschließend von weiteren 207, d.h. bisher insgesamt 229 Flüchtlingen nach Aufnahme in das Bundesgebiet durch Verbalnoten des türkischen Außenministeriums[13] sowie anläßlich des Gesprächs zwischen BM und dem türkischen Botschafter am 11.10.88[14]

7 Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1129 des Gesandten Reichenbaum, Ankara, vom 20. September 1988; Referat 203, Bd. 151027.

8 Der türkische Botschaftsrat Tünay trug am 26. September 1988 die Bitte der Türkei um Aufnahme kurdischer Flüchtlinge aus dem Irak und finanzielle Hilfe vor. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Born vom selben Tag; Referat 203, Bd. 151027.

9 Zum Besuch des Präsidenten Evren vgl. Dok. 292 und Dok. 293.

10 Vgl. dazu den Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats von Schweinitz vom 28. September 1988 an die Botschaft in Ankara; Referat 311, Bd. 154117.

11 Rotes Kreuz.

12 Für den Drahtbericht des Botschafters Dannenbring, Genf (Internationale Organisationen), vgl. Referat 311, Bd. 154117.

13 Botschafter Eickhoff, Ankara, informierte am 12. Oktober 1988, das türkische Außenministerium habe mit Verbalnote vom Vortag den Wunsch von 207 kurdischen Flüchtlingen aus dem Irak nach Aufnahme in der Bundesrepublik übermittelt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1232; Referat 311, Bd. 154117.

14 Bundesminister Genscher empfing den türkischen Botschafter Arim am 11. Oktober 1988 zu dessen Antrittsbesuch. Dabei unterbreitete Arim auch die Bitte der Türkei um „wohlwollende Prüfung" der

übermittelt und dabei deutlich gemacht, daß mit zahlreichen weiteren Interessenten zu rechnen sei.

Ähnliche Bitten haben bisher auch GB (41 Flüchtlinge) und NL (60 Flüchtlinge) erhalten.

3.1) Aus politischen Gründen können und sollten wir uns einer zumindest symbolischen Aufnahme einer gewissen Anzahl von Flüchtlingen nicht entziehen, zumal auch GB und NL, und möglicherweise auch weitere EG-MS, grundsätzlich zur Aufnahme einiger Flüchtlinge bereit sein dürften, soweit diese verwandtschaftliche Beziehungen zum Aufenthaltsland nachweisen können.

3.2) Eine Aufnahme von Ausländern aus humanitären Gründen ist möglich im Rahmen

– eines Kontingents,

– von § 22 Ausländergesetz[15].

3.3) Nach den zwischen Bund und Ländern am 5.3.1982 vereinbarten „Verfahrensgrundsätzen zur Aufnahme von Ausländern aus humanitären Gründen" müssen bei der Einrichtung eines Kontingents Bund und Länder einstimmig zustimmen. Eine Kontingentaufnahme soll nur in außergewöhnlichen Situationen erfolgen und nur dann, wenn sie das einzige Mittel ist, Leben und Gesundheit der Ausländer zu erhalten. Hilfen im Herkunfts- und Erstaufnahmeland haben Vorrang. Darüber hinaus muß eine Kontingentaufnahme im Rahmen einer internationalen Aktion erfolgen, der sich die Bundesrepublik Deutschland aus politischen und/oder moralischen Gründen nicht entziehen kann.

Das Aufnahmeverfahren ist kompliziert und langwierig. Zu beteiligen sind BMI, BKAmt sowie die Staats- und Senatskanzleien der Länder und ggf. andere Bundesressorts (zu den Verfahrensgrundsätzen im einzelnen siehe Anlage 1[16]).

3.4) Im Falle der kurdischen Flüchtlinge aus dem Irak liegen nach hiesiger Auffassung die Voraussetzungen gemäß den „Verfahrensgrundsätzen für die Aufnahme von Ausländern aus humanitären Gründen" nicht vor. Die Einrichtung eines Aufnahmekontingents erscheint daher nicht geboten.

Unberührt von der Kontingentaufnahme bleibt aber die Aufnahme einzelner Personen oder Personengruppen nach dem Ausländergesetz.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1511

Übersiedlungswünsche von 229 kurdischen Flüchtlingen in die Bundesrepublik und des Wunschs nach Hilfe bei der „Finanzierung der Unterbringung der Flüchtlinge in winterfesten Lagern". Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 206 (203), Bd. 151044.

15 Artikel 22 des Ausländergesetzes vom 28. April 1965 lautete: „Ausländer können, wenn völkerrechtliche, politische oder menschliche Gründe es erfordern, auf Grund einer Übernahmeerklärung des Bundesministers des Innern oder der von ihm bestimmten Stelle in den Geltungsbereich dieses Gesetzes übernommen werden." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil I, S. 357.

16 In den von Bundeskanzler Kohl und den Ministerpräsidenten der Länder mit Ausnahme Niedersachsens gebilligten „Verfahrensgrundsätzen zur Aufnahme von Ausländern aus humanitären Gründen" hieß es: „Bund und Länder stimmen darin überein, daß die Bundesrepublik Deutschland mit einem Ausländeranteil von 4,63 Mio. die Grenze ihrer Belastbarkeit erreicht hat, daß diese in einigen Großstädten und Ballungsgebieten sogar überschritten ist. Diese Lage muß auch bei der Aufnahme von Kontingentflüchtlingen berücksichtigt werden. Die Bundesrepublik Deutschland wird daher künftig nur enge Familienangehörige von bereits aufgenommenen Kontingentflüchtlingen (2. Abschnitt), Ausländer, die von unter deutscher Flagge fahrenden Schiffen aus Seenot gerettet werden, sofern sie nicht in anderen Staaten Aufnahme finden (3. Abschnitt), sowie in außergewöhnlichen Situationen auch neue Kontingentflüchtlinge (4. Abschnitt) nach den Grundsätzen der Abschnitte 2 bis 4 aufnehmen. Im Falle der Aufnahme neuer Kontingentflüchtlinge wird davon ausgegangen, daß nur Einzelpersonen oder kleinere Gruppen aufgenommen werden." Vgl. Referat 311, Bd. 154117.

3.5) Wir haben die türkische Regierung bereits im Anschluß an ihre Bitte um Aufnahme von 22 Flüchtlingen wissen lassen, daß die Bundesregierung bereit ist, kurdische Flüchtlinge aus dem Irak im Bundesgebiet gemäß Paragraph 22 Ausländergesetz zu übernehmen, sofern im Einzelfall ausreichende humanitäre Gründe und Familienbezug zur Bundesrepublik Deutschland gegeben sind.

Anträge Einreisewilliger auf entsprechende Übernahme sollen auf dem üblichen Wege über den UNHCR an die Botschaft Ankara herangetragen werden (so mit BMI abgestimmter DE Ref. 514 vom 11.10.88 – Anlage 2[17]).

Hinsichtlich eventueller weiterer Einreisewilliger sollten wir in gleicher Weise verfahren. Auch GB vertritt eine ähnliche Haltung. Die übrigen EPZ-Partner haben wir über unsere Haltung unterrichtet und um Auskunft über die Haltung der jeweils eigenen Regierung gebeten.

4) Sollte die türkische Seite die Frage der Aufnahme kurdischer Flüchtlinge ansprechen, können wir auf unsere oben dargelegte und der türkischen Regierung bereits übermittelten Haltung verweisen.

Referate 301 und 514 haben mitgezeichnet.

Kuhna

Referat 311, Bd. 154117

290

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Vézelay

14. Oktober 1988[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand am Freitag, dem 14. Oktober 1988 in Vézelay/Burgund

Präsident *Mitterrand* eröffnet das Gespräch mit der Bemerkung, es gebe eine Reihe wichtiger Fragen, die man auf dem bevorstehenden deutsch-französischen Gipfel[2] und später auch auf dem ER[3] zu besprechen habe. Dazu gehöre das

17 Vortragender Legationsrat I. Klasse Mattes bat am 11. Oktober 1988 die Botschaft in Ankara, der türkischen Regierung mitzuteilen, „daß die Bundesregierung bereit ist, kurdische Flüchtlinge aus dem Irak ins Bundesgebiet zu übernehmen (gem. § 22 Ausl[änder]G[esetz]), sofern im Einzelfall ausreichende humanitäre Gründe und Familienbezug zur BR Deutschland gegeben sind. Entsprechend dortiger Anregung sollten Anträge Einreisewilliger auf üblichem Wege über den UNHCR an die Botschaft herangetragen werden." Vgl. den Drahterlaß; Referat 311, Bd. 154117.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 17. Oktober 1988 gefertigt und am 24. Oktober 1988 an Ministerialdirigent Jansen „zur persönlichen Unterrichtung von BM Genscher" übermittelt. Dazu teilte er mit, sie sei von Bundeskanzler Kohl genehmigt.
Hat Jansen am 27. Oktober 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Genscher verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178922.

2 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 3./4. November 1988 vgl. Dok. 313.

3 Zur Tagung des Europäischen Rats am 2./3. Dezember 1988 auf Rhodos vgl. Dok. 353.

Problem der Steuerharmonisierung.[4] Natürlich sei auch aus französischer Sicht eine Harmonisierung der indirekten Steuern notwendig. Sie sei aber nicht leicht durchzuführen. Für Frankreich sei die Mehrwertsteuer eine wichtige Einnahmequelle. Wenn künftig ein Teil der Mehrwertsteuereinnahmen entfiele, müsse der Staat die Lohnempfänger stärker belasten. Dies sei innenpolitisch nicht durchzusetzen.

Die Steuerharmonisierung stelle daher für Frankreich ein äußerst schwieriges Problem dar. Das gelte auch für die Besteuerung von Spareinlagen. Hier müsse die Parallelität zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs gewahrt werden. Diese sei durch die Haltung insbesondere Großbritanniens, Luxemburgs, aber auch der Niederlande gefährdet.

Er habe über diese Problematik ausführlich mit Kommissionspräsident Delors gesprochen. Frankreich wolle die weitere Entwicklung nicht behindern, müsse aber seine Interessen wahren.

Herr *Attali* ergänzt, die EG-Partner verhielten sich in dieser Frage egoistisch. Sie hätten die Liberalisierung des Kapitalverkehrs[5] für sich verbucht und setzten darauf, daß die Frage der Besteuerung von Spareinlagen erst nach Inkrafttreten der entsprechenden Richtlinie angegangen werde.

Präsident *Mitterrand* ergänzt, dies könne er nicht akzeptieren. Man könne nicht verlangen, daß Frankreich allein Opfer bringe.

Der *Bundeskanzler* erklärt, auch wir hätten dadurch ein Problem, daß wegen der Einführung der Quellensteuer[6] viel Geld nach Luxemburg fließe.

Herr *Attali* wirft ein, es sei wichtig, daß wir uns auch bilateral über diese Fragen unterhielten.

Der *Bundeskanzler* stimmt zu.

Der Bundeskanzler fragt Präsident Mitterrand nach seinen Eindrücken aus dem Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse.[7]

Präsident *Mitterrand* erwidert, Schewardnadse habe in Paris Honig, Zucker und Rosenduft gestreut. Man habe sich fragen müssen, ob es überhaupt irgendwelche Probleme gebe. Natürlich sei die Realität ernster.

Er habe für sich den Schluß gezogen, daß die Sowjetunion auf eine Öffnung gegenüber Westeuropa, insbesondere Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland und vielleicht Großbritannien, hinarbeite. Das bedeute allerdings auch, daß die Gefahr bestehe, daß jetzt alle nach Moskau reisten, so wie man früher nach Washington gereist sei.

4 Zur Frage der Harmonisierung direkter Steuern innerhalb der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 145.

5 Zum Beschluß des Rats der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) vom 13. Juni 1988 über die Liberalisierung des Kapitalverkehrs vgl. Dok. 180.

6 Im Rahmen des Steuerreformgesetzes 1990 beschloß das Kabinett am 22. März 1988 die Besteuerung von Einkünften aus Kapitalvermögen ab dem 1. Januar 1989 in Höhe von 10 % („Kleine Kapitalertragssteuer"). Die Steuer sollte direkt vom Schuldner, in der Regel von den in deren Auftrag handelnden Banken, als „Quellensteuer" an die zuständigen Finanzämter abgeführt werden. Vgl. dazu BULLETIN 1988, S. 457–461.

7 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 10. bis 12. Oktober 1988 in Frankreich auf.

Der *Bundeskanzler* erklärt, in der Tat würden die Sowjets versuchen, insbesondere Deutsche und Franzosen gegeneinander auszuspielen. In jedem Gespräch mit sowjetischen Gesprächspartnern werde er beispielsweise gefragt, was es mit der deutsch-französischen Brigade[8] auf sich habe. Dieses Problem beschäftige die Sowjets sehr.

Aus seiner Sicht könnten wir unter zwei Voraussetzungen gegenüber der Sowjetunion eine Menge machen: Erstens müsse man realistisch bleiben und nicht Worte für Taten nehmen, zweitens dürfe man sich nicht auseinanderdividieren lassen. Wenn man sich hieran halte, gebe es eine gute Chance für die Entwicklung der Zusammenarbeit.

Der Bundeskanzler erklärt, er werde am 24. Oktober nach Moskau fahren.[9] Man werde sich ja bald nach dem Besuch in Aachen[10] und dann wieder in Bonn sehen. Er sei gerne bereit, den Präsidenten bei dieser Gelegenheit eingehend über seine Eindrücke zu informieren.

Gorbatschow habe zweifellos viel bewegt, aber er, der Bundeskanzler, sei nach wie vor skeptisch, ob er es schaffen werde, in der Sache selbst etwas zu verändern.

Präsident *Mitterrand* erwidert, Gorbatschow habe schon einiges bewegt. Allerdings sei richtig, daß vieles im Verbalen bliebe. Es stelle sich daher in der Tat die Frage, ob Gorbatschow das wirkliche Leben verändere.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, das gelte insbesondere auch für die Anliegen der einfachen Leute in der Sowjetunion. Die Versorgungslage sei heute schlechter als zuvor. Dies wirke sich auch anderweitig aus. Z.B. müsse die DDR ihre Lieferungen in die SU steigern und bringe sich damit um die Möglichkeit, durch Westhandel Devisen zu verdienen.

Honecker sei in einer schwierigen Lage. Wir selber stünden vor dem paradoxen Problem, daß wir daran interessiert sein müßten, daß Honecker nicht destabilisiert werde. In Moskau fordere man, daß Honecker Gorbatschow stärker nachahmen solle. Wenn er das aber wirklich tue, würde der Kessel explodieren.

Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß den DDR-Behörden zur Zeit 900 000 Ausreiseanträge vorliegen. Dies sei um so bemerkenswerter, als die Leute, die derartige Anträge stellten, damit erhebliche Nachteile in Kauf nähmen.

Auf der anderen Seite gebe es auch erfreuliche Entwicklungen. Allein in diesem Jahr sei mit 3 1/2 Millionen Besuchern aus der DDR zu rechnen. Das laufe auf insgesamt rund 5 Millionen Besuche hinaus.

Diese Entwicklung habe enorme psychologische Wirkungen. Heute wisse praktisch jeder Bürger in der DDR, wie es wirklich in der Bundesrepublik Deutschland aussehe.

Wenn sich diese Entwicklung fortsetze, könne man davon ausgehen, daß es zwischen 1987 und 1990 20 Millionen Besuche aus der DDR geben werde. Damit breche praktisch die ganze bisherige Propaganda zusammen.

8 Zur Aufstellung einer Deutsch-Französischen Brigade vgl. Dok. 32.

9 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

10 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand wurde am 1. November 1988 der Internationale Karlspreis zu Aachen verliehen.

Es gebe in dieser Hinsicht aufschlußreiche demoskopische Umfragen aus der DDR. Demnach hätten sich im Januar 1983 noch 50% für eine eigene DDR-Staatsangehörigkeit ausgesprochen. Heute liegt die Zahl derer, die eine eigene DDR-Staatsangehörigkeit befürworteten, bei rund 20%.

Die Probleme der DDR würden durch deren strategische Lage verschärft. Es sei eben nicht nur die Nähe zum Westen, sondern auch die Nachbarschaft zu einem Land wie Polen, die Unruhe in die DDR hineintrügen.

Auf eine entsprechende Frage des Präsidenten erklärt der Bundeskanzler, er sei skeptisch, wie es in Polen weitergehe. Er bezweifele, daß der von der neuen Regierung angekündigte Dialog mit den oppositionellen Kräften[11] wirklich zum Erfolg führe.

Insgesamt müsse man aber sagen, daß unsere Chancen noch nie so groß gewesen seien wie derzeit, immer unter der Voraussetzung, daß wir eng zusammenarbeiteten. Man dürfe den West-Ost-Dialog nicht nur den USA überlassen. Die Amerikaner würden häufig die psychologischen Probleme insbesondere der unterschiedlichen osteuropäischen Länder nicht begreifen. Hier komme es insbesondere auf uns Europäer an.

Präsident *Mitterrand* fragt, wie der Bundeskanzler die Veränderungen in der ČSSR beurteilt.

Der *Bundeskanzler* erwidert, er glaube nicht, daß der neue Generalsekretär ein starker Mann sei.[12] Im übrigen müsse man wissen, daß die Führung untereinander total zerstritten sei.

Im Augenblick sei noch nicht hinreichend klar, ob die neuen Leute in Prag tatsächlich gegen die Fortführung des Reformkurses des zurückgetretenen MP Štrougal seien. Es könne durchaus sein, daß die Gegner Štrougal sagten, wenn man schon Reformen durchführen müsse, dann solle Štrougal nicht den Erfolg davontragen.

Er habe seinerzeit ausführlich mit Štrougal über die Rolle der katholischen Kirche in der ČSSR gesprochen[13] und diesem deutlich gemacht, daß in der

11 Zum „Runden Tisch" in Polen vgl. Dok. 249, Anm. 3.
Botschafter Schoeller, Warschau, berichtete am 26. Oktober 1988: „Die Aussichten auf einen erfolgreichen Dialog zwischen politischer Führung und Opposition haben sich in den zurückliegenden Tagen verschlechtert. Auf offizieller Seite wird, soweit erkennbar, ein Kurs verfolgt, bei dem rasche wirtschaftliche Erfolge die Notwendigkeit politischer Konzessionen möglichst gering halten sollen. […] Der Beginn des ‚Runden Tisches' wird – im wesentlichen von Regierungsseite – immer wieder verzögert." Streitpunkt sei vor allem die Teilnahme von Mitgliedern der Gewerkschaft Solidarność. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1645; Referat 214, Bd. 139701.

12 Am 10. Oktober 1988 gab Ministerpräsident Štrougal auf dem Plenum des ZK der KPČ seinen Rücktritt bekannt. Zwei Tage später wurde das neue Kabinett unter Ministerpräsident Adamec ernannt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix notierte am 13. Oktober 1988, das Plenum habe weitere Personal- und Sachentscheidungen getroffen, darunter die Erweiterung des Parteipräsidiums. Dadurch sei die Position des Generalsekretärs des ZK der KPČ, Jakeš, gefestigt worden. In der neuen Regierung werde der Erste Stellvertretende Außenminister Johanes Nachfolger des bisherigen Außenministers Chňoupek. „Mit dem Abtreten von MP Štrougal und der Ernennung von Jakeš' langjährigem Weggefährten, dem Wirtschaftsexperten Ladislaw Adamec, zum neuen Regierungschef hat die Partei die Kontrolle über die unter Štrougal zunehmend selbstbewußt gewordene Regierung zurückgewonnen. Die neue Regierung ist in ihrer Zusammensetzung nach erstem Eindruck vorwiegend technokratisch geprägt." Der neue Außenminister Johanes gelte „als dem Westen gegenüber aufgeschlossen". Vgl. Referat 214, Bd. 139905.

13 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Štrougal am 26. Januar 1988 in Prag; Dok. 33.

Zusammenarbeit mit uns nichts laufen werde, wenn er die bisherige Kirchenpolitik fortsetze. Štrougal habe seinerseits die erstaunliche Äußerung getan, daß man sich in der ČSSR in der Kirchenpolitik so verhalte wie Botha in der Frage der Apartheid.

Im übrigen müsse man sehen, daß die katholische Kirche in der Tschechoslowakei heute stärker sei als 1938. Der Bundeskanzler wiederholt, es sei jetzt wichtig, in der Politik gegenüber Osteuropa eng zusammenzuarbeiten. Dies solle allerdings diskret geschehen.

Auf die entsprechende Frage von Präsident Mitterrand erläutert der Bundeskanzler, daß wir in diesem Jahr mit der Ausreise von rund 40 000 Deutschen aus der Sowjetunion rechneten.[14] Deren Ausreise gehe auf eine persönliche Entscheidung Gorbatschows zurück.

Der Bundeskanzler geht sodann auf das Verhältnis zu Rumänien ein. Wir stünden mit Ceauşescu derzeit in Gesprächen über die Fortsetzung der Ausreisemöglichkeiten für die dort lebenden Deutschen.[15]

Das eigentliche Problem sei allerdings, daß auch zwei Mio. Ungarn Rumänien verlassen wollten, wobei die Ungarn ihr „Territorium" mitnehmen wollten. Bekanntlich handele es sich dabei um die letzte von Ribbentrop gezogene Grenze im Balkan.

Präsident *Mitterrand* erklärt, Ceauşescu übe eine extrem harte Diktatur aus, und er sehe kaum einen Ausweg. Der *Bundeskanzler* stimmt zu. In der Tat müsse man davon ausgehen, daß Ceauşescu noch lange leben könne. Der Bundeskanzler stellt sodann die Frage, wie Präsident Mitterrand die Entwicklung in Algerien beurteilt.

Präsident *Mitterrand* erwidert, die derzeitigen Unruhen[16] hätten vor allem wirtschaftliche und soziale Ursachen. Boumedienne habe seinerzeit einseitig die Schwerindustrie in Algerien gefördert und die Landwirtschaft vernachlässigt. Chadli habe versucht, diese Entwicklung umzukehren, aber nur mit begrenztem Erfolg.

Auf eine entsprechende Frage des Bundeskanzlers erklärt Präsident Mitterrand, Chadli habe auch Probleme mit dem Parteiapparat der FLN, der ihm nicht folge. Zum Glück habe man es bei Chadli mit einem Mann zu tun, der über gesunden Menschenverstand verfüge.

Man wisse in der Tat nicht genau, in welche Richtung die Entwicklung gehe. Er glaube allerdings nicht, daß es zu einer Revolution komme. Dem werde sich die Armee widersetzen. Allerdings müsse man wissen, daß jede Radikalisierung den westlichen Interessen zuwiderlaufe.

14 Zum Stand der Ausreisen von Deutschstämmigen aus der UdSSR vgl. Dok. 204.

15 Zur Regelung über die Ausreise von Deutschstämmigen aus Rumänien vgl. Dok. 279.

16 Zur inneren Entwicklung in Algerien vgl. Dok. 209.
Vortragender Legationsrat Eickhoff legte am 20. Oktober 1988 dar, daß die algerische Regierung zwischen dem 6. und 12. Oktober 1988 „den Belagerungszustand über Stadt und Provinz Algier" verhängt habe und nach offiziellen algerischen Angaben 180 Menschen getötet worden seien: „Die Gründe für das vehemente Aufbegehren der Bevölkerung liegen in den seit Jahren immer schlechter werdenden Lebensbedingungen, hervorgerufen durch verfehlte Wirtschaftspolitik (Monokultur) und Landwirtschaftspolitik; Bevölkerungsexplosion; jahrelange Miß- und Privilegienwirtschaft; Devisenknappheit wegen des Ölpreisverfalls." Vgl. Referat 311, Bd. 154102.

Der *Bundeskanzler* fragt, welche Rolle der Fundamentalismus spiele.

Präsident *Mitterrand* erwidert, in der Tat gebe es auch in Algerien fundamentalistische Strömungen. Er gehe aber davon aus, daß sich Chadli dem entgegenstellen werde. Seine Hoffnung sei, daß auch in Algerien die Macht demokratisiert werde.

Was ihn im Augenblick beunruhige, sei die Tatsache, daß die französischen Intellektuellen und Medien mit großem Nachdruck für die rebellierenden jungen Leute einträten. Gefühlsmäßig tue er dies auch, aber das sei natürlich eine falsche Rechnung.

Er sei in einer nicht einfachen Lage, denn er habe zugesagt, am 14. November eine offizielle Reise nach Algerien zu machen.

Der *Bundeskanzler* stellt die Frage, ob diese Entwicklung sich auch auf andere Länder des Maghreb auswirken könne.

Präsident *Mitterrand* bejaht dies und fügt hinzu, deshalb habe sich auch der König von Marokko[17] mit Chadli zusammengetan.

Problematisch sei aus seiner Sicht, daß die Unruhen in der Kabylei zunehmen könnten. Er sei nachdrücklich der Auffassung, daß man Algerien helfen solle, seine Wirtschaft in Ordnung zu bringen.

Der *Bundeskanzler* stellt die Frage, ob man dies mit Erfolg tun könne. Präsident *Mitterrand* bejaht dies und weist darauf hin, daß Algerien nicht zuletzt deswegen große Schwierigkeiten habe, weil die Weltmarktpreise für Erdgas drastisch zurückgegangen seien.

Er sei nachdrücklich der Auffassung, daß man Algerien helfen müsse, denn was sich dort abspiele, könne schwerwiegende Konsequenzen haben.

Der *Bundeskanzler* erkundigt sich nach der Entwicklung in Tunesien.

Präsident *Mitterrand* erwidert, die Entwicklung dort verlaufe gut. Der neue tunesische Präsident Ben Ali sei kürzlich in Paris gewesen.[18] Er habe es geschafft, das innenpolitische Klima in seinem Land erheblich zu entspannen.

Referat 010, Bd. 178922

17 Hassan II.
18 Präsident Ben Ali hielt sich vom 12. bis 14. September 1988 in Frankreich auf.

291

Botschafter Knackstedt, Santiago de Chile, an das Auswärtige Amt

114-15146/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 17. Oktober 1988, 11.15 Uhr**
Fernschreiben Nr. 557 **Ankunft: 17. Oktober 1988, 17.05 Uhr**

Betr.: Chilenische Innenpolitik;
hier: Gespräch mit Juntamitglied General Matthei

Habe längeres Gespräch mit Junta-Mitglied General Matthei geführt, der sich über letzte Ereignisse und zukünftige Entwicklung Chiles aus seiner Sicht äußerte, dabei um besondere Vertraulichkeit bat. Matthei bestätigte uns bekanntgewordene Vorfälle am Abend des 5. Oktober, bei denen es zu harten persönlichen Auseinandersetzungen mit Pinochet gekommen sei.[1] Pinochet habe erregt geäußert, daß er die Moneda nicht verlassen werde, hier müsse man ihn mit Waffengewalt herausholen. Die drei Junta-Mitglieder Matthei, Stange und Merino hatten ihm kurz vorher die Zustimmung zu einem handstreichartigen Eingreifen verweigert. Jetzt habe sich Pinochet zunächst für einige Tage auf ein Landgut am Meer zurückgezogen, man müsse ihm Zeit lassen, die Niederlage zu verkraften. Er sei allerdings für jede Überraschung gut.

Über die Zukunft äußerte sich Matthei wie folgt: Die jetzige Regierung sei unhaltbar, besonders der als Regierungschef fungierende Innenminister Fernández. Er sage voraus, daß die Isolierung Pinochets von Tag zu Tag zunehme, so daß er früher oder später gezwungen sein werde, ein Übergangskabinett einzusetzen, das gegenüber der Opposition sprechbereiter wäre.

Matthei meint, alle Junta-Mitglieder seien sich im Prinzip über die Notwendigkeit einer mit der Opposition vereinbarten Verfassungsänderung im klaren, wollten aber Pinochet zunächst den ersten Schritt (Wechsel im Kabinett) tun lassen. Es gelte dabei, solche Errungenschaften des Regimes wie marktwirtschaftliche Ordnung, wirtschaftliche Stabilität und öffentliche Sicherheit zu erhalten. Über einzelne institutionelle Änderungen könne man ohne weiteres reden. Ein zu langes Machtvakuum würde die Stabilität Chiles gefährden.

In den Streitkräften käme ein schmerzlicher Umdenkungsprozeß in Gang. Er sei sicher, daß militärisches Abenteurertum täglich weniger zu erwarten wäre. Die

[1] Am 5. Oktober 1988 fand in Chile ein Plebiszit über die Wahl des Präsidenten und die Parlamentswahlen statt. Als alleiniger Kandidat war am 30. August 1988 der amtierende Präsident Pinochet aufgestellt worden. Oberstleutnant Knop, Santiago de Chile, informierte am 6. Oktober 1988: „Wähler: 7 216 391 (= 99,2 Prozent der eingeschriebenen Wähler); Ja-Stimmen: 43,04 Prozent; Nein-Stimmen: 54,68 Prozent. […] Am 6.10.1988, 2.30 Uhr morgens, gab Innenminister Fernández (faktischer Chef des Kabinetts), bekannt, die Regierung anerkenne den Sieg des ‚Nein'. Er unterstrich dabei die unerschütterliche Entschlossenheit, die Verfassung wörtlich zu erfüllen und in vollem Umfange anzuwenden. […] Am 6.10.1988 vormittags trat das Kabinett zurück, um General Pinochet freie Hand bei der Bildung eines neuen Kabinetts zu geben. […] Formal ist nach der Erklärung des Innenministers der weitere Fahrplan klar: Pinochet bleibt nach der Verfassung von 1980 ein weiteres Jahr ab 1.3.1989, also bis 1.3.1990, im Amt. Ende 89/Anfang 90 finden freie Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Pinochet dürfte versuchen, Zeit zu gewinnen und zu sehen, ob ihm eine weitere Chance verbleibt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 536; Referat 330, Bd. 142932.

Militärs wären von der im Wahlgang sichtbar gewordenen Souveränität der Wähler beeindruckt. Gleichwohl würden die Vertreter der Streitkräfte bei den Verhandlungen gewisse Garantien verlangen, die ihr Selbstverständnis berührten. Die Streitkräfte wollten weiter eine besondere, wenn auch reduzierte Rolle in Chile spielen.

Auf meine Frage, was man von außen in diesem Prozeß tun könne, antwortete er: „Zunächst so wenig wie möglich, keine Verdichtung der interstaatlichen[2] Kontakte, damit Pinochet die Isolierung durch die Staatenwelt ständig vor Augen geführt wird." Auch Kontakte zwischen den Militärs sollten erst wieder geknüpft werden, wenn die Gespräche mit der Opposition begonnen haben. Dann allerdings würden sie sehr nützlich.[3]

Matthei glaubt, daß man bis spätestens Februar/März 1989 in den Gesprächen mit der Opposition den neuen Verfassungsrahmen abgesteckt haben müsse. Länger zu verhandeln, würde die Straße mobil machen, und das könne zu unkontrollierbaren Situationen führen. Er hofft, daß die Opposition einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten für die Wahl Ende 1989 aufstellt, der es den Streitkräften erleichtert, den Übergang zur neuen demokratischen Verfassung mitzuvollziehen.[4]

[gez.] Knackstedt

VS-Bd. 13659 (330)

2 Korrigiert aus: „innerstaatlichen".

3 Zur Haltung der Bundesregierung zum Plebiszit am 5. Oktober 1988 in Chile vgl. Dok. 235. Ministerialdirektor Schlagintweit vermerkte am 13. Oktober 1988: „In dem nun beginnenden schwierigen Prozeß werden Unterstützung und Rat von außen, d. h. durch die westlichen Demokratien, gefragt sein. Angesichts unserer traditionellen Bindungen zu Chile fällt uns dabei eine wichtige Rolle zu. Wie wohl kein anderes Land verfügen wir mittels der politischen Stiftungen über Kontakte zu den chilenischen Parteien. Sie sollten ermutigt werden, ihren Zusammenhalt zu wahren, gleichzeitig aber durch Augenmaß und maßvolle programmatische Aussagen die Basis des Demokratisierungsprozesses zu erweitern. […] Die Vertretungen vor Ort sollten ihre Gesprächskontakte nutzen, um insbesondere innerhalb der Junta und des Militärs einen Prozeß des Umdenkens zu fördern. […] Vor dem Hintergrund der Zustimmung aller Parteien des Deutschen Bundestages zu den Ergebnissen des Plebiszits sollten deutsche Wirtschaftskreise in Chile ermutigt werden, die Presse der demokratischen Opposition in Chile […] durch Anzeigenvergabe zu unterstützen." Vgl. Referat 330, Bd. 142932.

4 Botschaftsrat I. Klasse Spohn, Santiago de Chile, teilte am 22. Oktober 1988 mit, daß Präsident Pinochet am Vortag eine neue Regierung gebildet habe, in der zahlreiche Ressorts neu besetzt worden seien: „In einer kurzen Ansprache anläßlich der Vorstellung seines neuen Kabinetts betonte Pinochet: ‚Die Verfassung wird nicht geändert. Diese Frage steht nicht zur Debatte und wird weder Gegenstand von Kompromissen noch von Verzichten sein'." Spohn schloß: „Insgesamt weder ein Kabinett der verstärkten Konfrontation mit der Opposition noch ein Kabinett der politischen Öffnung, sondern ein Kabinett der Kontinuität ohne sichtbare, wesentlich neue politische Impulse. Dieses Kabinett dürfte den neuen politischen Anforderungen auf Dauer kaum gerecht werden können." Vgl. den Drahtbericht Nr. 569; Referat 330, Bd. 142933.

292

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Evren

18. Oktober 1988[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem türkischen Staatspräsidenten Kenan Evren am 18.10.1988, 11.00–12.15 Uhr[2]

Anlage: 1[3]

Teilnehmer: der Bundeskanzler; VLR I Bitterlich; Dolmetscherin; Präsident Evren; Ali Tuygan, persönlicher Referent; Dolmetscherin.

Der *Bundeskanzler* heißt eingangs den Staatspräsidenten nochmals herzlich willkommen und betont, daß er den Staatsbesuch von Evren als Präsident und Freund Deutschlands sehr wohl zu würdigen wisse. Er bitte den Präsidenten, alle Themen, die ihm am Herzen lägen, offen anzusprechen. Vorab wolle er aufgrund der türkischen Presse, die er aufmerksam verfolge, lediglich zwei Themenkomplexe aufgreifen:

Im Hinblick auf die türkischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland müsse er darauf verweisen, daß Deutschland kein Einwanderungsland sei. Wir hätten die Gastarbeiter in unser Land geholt. Daraus folge für uns die Pflicht, sie anständig zu behandeln. Eine andere Gesetzgebung werde er nicht zulassen. Es sei bekannt, daß wir Probleme im Zusammenhang mit den Gastarbeitern haben. Diese beruhten insbesondere auch darauf, daß Deutschland geborene Generation dar.[4] Sie laufe Gefahr, familiär und psychologisch zwischen zwei Stühle zu geraten. Hier müsse man helfen.

Zum andern werde in der türkischen Presse oft der Unterton deutlich, als sei die Bundesrepublik Deutschland das eigentliche Hemmnis für eine enge Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der Europäischen Gemeinschaft. Dies sei grundfalsch. Die Bundesrepublik Deutschland sei von jeher aufgeschlossen für einen Ausbau der engen Zusammenarbeit gewesen. Der türkische Außenminister[5] habe kürzlich gesagt, daß die Türkei auf dem Wege nach Europa noch viel tun müsse.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bitterlich, Bundeskanzleramt, am 19. Oktober 1988 gefertigt und am 24. Oktober 1988 an Ministerialdirigent Jansen „zur persönlichen Unterrichtung von Bundesminister Genscher“ übermittelt. Ferner teilte er mit, daß der Vermerk von Bundeskanzler Kohl gebilligt sei.
Hat Jansen am 10. November 1988 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178925.

2 Präsident Evren hielt sich vom 16. bis 21. Oktober 1988 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 293.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Kuhna teilte am 21. Oktober 1988 mit: „Mit Evren besuchte zum ersten Mal seit 1970 wieder ein türkischer Präsident die Bundesrepublik Deutschland. Evrens Besuch bei uns stellt nach seinen vorangegangenen Besuchen in den USA im Juni und in Großbritannien im Juli einen gewissen Abschluß und Höhepunkt der Wiederanerkennung der Türkei als gleichberechtigte, westlich-parlamentarische Demokratie dar. Neben Bonn, wo Präsident Evren mit dem Bundespräsidenten, dem Bundestagspräsidenten, dem Bundeskanzler und BM Genscher zusammentraf, besuchte Evren auch Berlin und München.“ Vgl. den Runderlaß; Referat 203, Bd. 151078.

3 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 12.

4 So in der Vorlage.

5 Mesut Yilmaz.

Er habe dies als eine sehr kluge Äußerung empfunden und dies auch MP Özal bei dem Treffen am Rande der Trauerfeier für Franz Josef Strauß[6] gesagt. Die Türkei habe in der Bundesrepublik Deutschland einen bewährten Freund. Probleme sollten offen miteinander besprochen werden.

Präsident *Evren* betont zur Gastarbeiterproblematik, daß diese eine Sorge für die deutsche wie die türkische Öffentlichkeit darstelle. In der Tat seien die Probleme am schwierigsten für die zweite Generation: Diese sei im Grunde nicht mehr anpassungsfähig an die türkischen Traditionen, noch könne sie sich in Wirklichkeit in die deutschen Traditionen einpassen. Diese Generation sei in einer bedauernswerten Lage. Eine Lösung könne seines Erachtens nur darin bestehen, für sie günstige Bedingungen zur Förderung der freiwilligen Rückkehr in die Türkei zu schaffen. Wichtiger Ansatz hierfür sei die Verstärkung der Förderung deutscher Investitionen in der Türkei, insbesondere auch zugunsten der Beschäftigung qualifizierter Arbeitskräfte. Dies entspreche auch den Zielsetzungen der Politik der türkischen Regierung zur Beschleunigung der Industrialisierung. Er habe diese Fragen am Sonntag nach Ankunft in Hürth gegenüber seinen Landsleuten offen angesprochen.[7] Die Anpassungsfähigkeit der jungen Menschen sei auch insbesondere eine Erziehungsfrage. Türkische und deutsche Kinder sollten gemeinsam zur Schule gehen, dies würde eine Anpassung erleichtern. Die Aufrechterhaltung getrennter Schulen würde sie nur erschweren.

Der *Bundeskanzler* verweist darauf, daß unsere Politik auch darauf abziele, Arbeitsplätze in der Türkei zu schaffen. Die Investitionen deutscher Firmen in der Türkei hätten eine beachtlichen Aufschwung erfahren – wir stünden an zweiter Stelle. (Hierzu Präsident Evren: Wir wünschen, daß Deutschland die erste Stelle einnimmt.) – Die Türkei müsse sich bewußt sein, daß sie im 21. Jahrhundert eine größere Rolle als jetzt einnehmen werde. Aufgrund der Bevölkerungsentwicklung, Fleiß und Innovationsfähigkeit sei sie ein Land von morgen. Dies habe auch der griechische MP Papandreou eingesehen.

Der Bundeskanzler wiederholt, seine Hauptsorge gelte den über 500 000 jungen Türken, die überwiegend in deutschen Schulen integriert seien. Das Problem dieser Jugend bestehe gerade darin, daß sie auch nach der Schule Kontakt mit Deutschen habe, zu deutschen Freunden nach Hause komme und anschließend bei Rückkehr ins Elternhaus oft auf Unverständnis stoße. Erschwerend käme das religiöse Moment hinzu. Die Bundesregierung und die türkische Regierung müßten miteinander über die Probleme der jungen Generation sprechen und pragmatische Lösungen für schwierige Detailprobleme wie das Staatsangehörigkeitsrecht – hier seien gegenseitige Erleichterungen notwendig – und wie die Wehrpflicht finden.

Der Bundeskanzler kommt auf die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zurück und weist darauf hin, daß sich in dem Maße, in dem die Demokratisierung in der Türkei einen positiven Lauf genommen habe, auch das Investitionsklima

6 Der bayerische Ministerpräsident Strauß erlitt am 1. Oktober 1988 während eines Jagdausflugs einen Kreislaufkollaps und verstarb am 3. Oktober 1988 in einem Regensburger Krankenhaus.

7 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kuhna informierte am 21. Oktober 1988 über den Besuch des türkischen Präsidenten vom 16. bis 21. Oktober 1988 in der Bundesrepublik. Nach seiner Ankunft am Flughafen Köln/Bonn am 16. Oktober 1988 habe Evren vor dem türkischen Generalkonsulat in Hürth zu 5000 Türken gesprochen, die mit Hilfe der türkischen Botschaft in Bonn aus dem gesamten Bundesgebiet angereist seien. Vgl. den Runderlaß; Referat 203, Bd. 151078.

positiv verändert habe. Er erinnert Präsident Evren daran, daß die Bundesregierung wie er selbst lange Jahre „einziger Anwalt" der Türkei in Europa gewesen sei und im Grunde noch sei.

Der Bundeskanzler weist den Staatspräsidenten darauf hin, daß er einen Brief von MP Özal vom Frühjahr dieses Jahres[8] aufgrund notwendiger intensiver Prüfungen erst in Kürze beantworten werde. Vorab wolle er dem Präsidenten mitteilen, daß es gelungen sei, die bei dem TRACK-II-Projekt bestehende Finanzierungslücke über 150 Mio. DM zu schließen.[9] Dies sei eine für die Weiterführung der deutsch-türkischen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich erfreuliche Entwicklung.[10]

Präsident *Evren* nimmt diese Mitteilung zur Kenntnis und verweist darauf, daß parallel zu seinem Gespräch mit dem Bundeskanzler Delegationen beider Verteidigungsministerien bereits über das Projekt verhandeln.[11]

Präsident Evren kommt nochmals zur Gastarbeiterfrage zurück und drückt seine Hoffnung aus, daß der „Export von Gastarbeitern" langsam zurückgehe. Sorge bereite seinem Land, daß unter diesen Gastarbeitern illegale Organisationen Aktivitäten gegen die Türkei führten und versuchten, die türkisch-deutschen Beziehungen zu schädigen. Er wolle nicht im einzelnen auf dieses Problem eingehen und bitte den Bundeskanzler, eine schriftliche Darlegung der türkischen Auffassung entgegenzunehmen. (Text ist als Anlage beigefügt.[12])

8 Mit Schreiben vom 8. April 1988 an Bundeskanzler Kohl bat Ministerpräsident Özal um Finanzhilfe zur „Anpassung an den EG-Binnenmarkt mit ausreichenden finanziellen Mitteln in den nächsten drei bis vier Jahren" sowie um ein Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Höhe von 400 Mio. Dollar zur Finanzierung des südostanatolischen Staudamm- und Bewässerungsprojekts („Atatürk-Damm"). Schließlich äußerte er den Wunsch nach einer Rüstungssonderhilfe in Höhe von 150 Mio. DM für das Fregattenprogramm „TRACK II". Vgl. Referat 209, Bd. 148856.

9 Vortragender Legationsrat von Arnim führte am 10. Juni 1988 zum türkischen Fregattenprojekt aus: „Bei dem Projekt ‚TRACK II' handelt es sich um die Fortsetzung des laufenden türkischen Fregattenprogramms ‚TRACK I', bei dem derzeit vier Fregatten, Typ MEKO 200, in der Bundesrepublik Deutschland und in der Türkei gebaut werden. Das von der deutschen Industrie mit der Türkei geplante Projekt ‚TRACK II' umfaßt die Lieferung einer Fregatte des Typs MEKO 200 sowie von Materialpaketen für den Bau einer weiteren Fregatte in der Türkei. Der deutsche Lieferanteil beträgt insgesamt rund 500 Mio. DM. Auf türkischer Seite besteht noch eine Finanzierungslücke über 150 Mio. DM." Vgl. Referat 202, Bd. 213051.

10 Am 11. November 1988 antwortete Bundeskanzler Kohl Ministerpräsident Özal, daß sich die Bundesregierung weiterhin für die Fortsetzung der EG-Finanzhilfe einsetzen werde. Er teilte ferner mit, daß vor dem Hintergrund bereits gewährter Exportbürgschaften der Bundesrepublik für die Finanzierung des „Atatürk-Damms" weitere Mittel nicht zur Verfügung stünden. Dagegen sicherte er die Finanzierung der für das Fregattenprojekt „TRACK II" fehlenden 150 Mio. DM zu. Für das Schreiben vgl. Referat 202, Bd. 148856.

11 Vortragender Legationsrat Vorwerk vermerkte am 18. Oktober 1988, daß am selben Tag im Bundesministerium der Verteidigung Gespräche mit einer Delegation des türkischen Verteidigungsministeriums „über Einzelfragen der deutsch-türkischen Rüstungskooperation" stattgefunden hätten. Erörtert worden sei neben der 17. Tranche der bilateralen Verteidigungshilfe, der Auftragsvergabe für die Türme und Geschützrohre für von den USA gelieferte Gefechtsfeldfahrzeuge und der Übernahme des Flugabwehrsystems „Roland" durch die Türkei auch das Fregattenprojekt „TRACK II". Vgl. Referat 203, Bd. 151078.

12 In dem Papier „Gegen die Türkei gerichtete separatistische Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland" wurde auf „separatistische und subversive" Bestrebungen hingewiesen, die „von der separatistischen Terrororganisation ‚PKK'" ausgingen. Diese nütze die vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten in der Bundesrepublik „bis zum äußersten" aus, um „Aktivitäten wie Spendensammlungen unter Drohung, Besetzungen, Demonstrationen" zu realisieren. Auf diese Weise gelinge es ihr auch, die Unterstützung von Behörden und Medien zu gewinnen. Vgl. Referat 203, Bd. 151078.

Präsident Evren führt zum Antrag der Türkei auf EG-Vollmitgliedschaft[13] aus, daß die Türkei um die Unterstützung von Deutschland wisse. Bundespräsident von Weizsäcker habe in einem Interview mit dem türkischen Fernsehen vor seinem Besuch in Deutschland betont, daß der türkische Antrag richtig und berechtigt sei.[14] Die Unterstellungen der türkischen Presse könne die Bundesregierung leicht dadurch verhindern, daß sie den türkischen Beitrittsantrag öffentlich unterstütze. Er, Evren, wisse, daß die Vollmitgliedschaft in der EG nicht in ein bis zwei Jahren hergestellt werden könne, die Türkei benötige lange Übergangszeiten. Beitritt müsse jedoch unbedingt vor 1992, dem Datum der Vollendung des Binnenmarktes, erfolgen, da sich danach die Beitrittsbedingungen erheblich erschweren würden.

Der *Bundeskanzler* fragt den Präsidenten, wie sich die Beziehungen der Türkei zu Griechenland bis dahin entwickeln werden. Diese Frage spiele bekanntlich in Washington wie innerhalb der Gemeinschaft eine wichtige Rolle.

Präsident *Evren* betont, die Türkei wisse, daß der größte Widerstand von Griechenland komme. Vor einiger Zeit habe man mit gutem Willen einen Dialog zwischen beiden Ländern eingeleitet.[15] Er hoffe, daß die Gespräche fortgesetzt werden, sei aber persönlich skeptisch hinsichtlich der Erfolgsaussichten. Er glaube nicht, daß Papandreou wirklich zu einem Ausgleich bereit sei. Ob dies mit einem anderen griechischen Premierminister besser sei, wisse er nicht.

Präsident Evren erinnert an die Versuche in den 70er Jahren, zwischen Griechenland und der Türkei zu einem Ausgleich zu kommen. Er habe diesen Weg damals trotz innenpolitischen Widerstandes gefördert. Es sei Griechenland gewesen, das sich an die Absprachen – die auch eine Zusage im Hinblick auf einen EG-Beitritt der Türkei beinhalteten – nicht gehalten habe. (Auf Einwurf des Bundeskanzlers sagt er entsprechende nähere Informationen zu.) Jetzt versuche Griechenland mit Hilfe Europas erneut, eine Lösung der Probleme zu verhindern.

Der *Bundeskanzler* betont seinerseits, er wisse nicht, wie die Wahlen in Griechenland[16] ausgehen werden. Der Führer der Opposition, Mitsotakis, den er gut kenne,

13 Die Türkei stellte am 14. April 1987 einen Antrag auf EG-Beitritt. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 93 und Dok. 136, sowie AAPD 1987, II, Dok. 218. Vgl. dazu auch Dok. 74.

14 Der Pressereferent der Botschaft Ankara, Poll, informierte am 14. Oktober 1988 über ein Pressegespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit Vertretern türkischer Medien: „TUR-Fernsehen Abendnachrichten 12. Oktober gab Tenor Pressegesprächs Bundespräsidenten wie folgt wieder: Er habe die besondere Bedeutung Staatsbesuchs unterstrichen“ und die „geopolitische Lage und Bedeutung der Türkei als Brücke zwischen Orient und Okzident hervorgehoben. Auf eine Frage zur EG-Mitgliedschaft habe er gesagt: ‚Die Entwicklungen sollten in allen Bereichen erkannt und bewertet werden. Ich bewerte die Türkei aus positiver Sicht. Die Türkei muß sich in allen Bereichen vorbereiten.‘“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1253; Referat 203, Bd. 151078.

15 Vgl. dazu die „Erklärung von Davos“ vom 30./31. Januar 1986; Dok. 74, Anm. 8.
Am 23. September 1988 teilte Botschafter Eickhoff, Ankara, mit, der griechisch-türkische Dialog komme „nur sehr langsam“ voran: „Der von dem Besuch MP Özals in Athen vom 13. bis 15.6.1988 erhoffte kräftige Impuls ist ausgeblieben. Allein den guten persönlichen Beziehungen der beiden MPs war es zu verdanken, daß der Eindruck des Scheiterns vermieden werden konnte. Die Absage bzw. Verschiebung des von Papandreou gegenüber Özal mündlich für Oktober/November 1988 angekündigten Gegenbesuches verdeutlicht die Schwierigkeiten, rasche Fortschritte zu erzielen. Dafür klaffen die Positionen in den zentralen Substanzfragen (Ägäis) noch zu weit auseinander. […] Beide MPs setzen jetzt auf das vorerst Machbare: Vertrauensbildung durch Vermeidung von Zwischenfällen in der Ägäis und Ausbau der zunehmenden Kontakte wie Kooperationsansätze im wirtschaftlich-kulturellen Bereich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1147; Referat 203, Bd. 151079.

16 Die Wahlen zum griechischen Parlament fanden am 18. Juni 1989 statt.

habe begriffen, daß ein Streit zwischen der Türkei und Griechenland nicht im Interesse der beiden Länder sei. Die Türkei müsse im übrigen auch begreifen, daß der Zypern-Konflikt rasch einer Lösung zugeführt werden müsse. Die Behebung dieses Krisenherdes sei wichtig für das Verhältnis der Türkei zu Europa wie auch für die gesamte Region.

Präsident *Evren* verweist auf die Gegensätze zwischen Regierung und Opposition in der Türkei in dieser Frage. Er sei sich bewußt, daß der Zypern-Konflikt gelöst werden müsse, dies sei jedoch eine sehr schwierige Angelegenheit.

Der *Bundeskanzler* hebt hervor, er sei nicht so pessimistisch wie Präsident Evren. Die Entwicklung in der Türkei und auch die Zeit würden zugunsten einer Lösung arbeiten. Er habe schon mehrmals gegenüber MP Özal betont, daß die Türkei psychologisch mehr nach außen tun müsse. Ein Schwachpunkt seien insbesondere die Beziehungen zum Europäischen Parlament.[17] Wenn er einen Rat geben dürfe, so sollte die Türkei nicht demonstrativ-pathetisch vorgehen, sondern jemanden mit den Beziehungen zum EP beauftragen, der die notwendige Sensibilität für dieses Parlament habe. Die Türkei solle hinter den Kulissen mit den Parlamentariern einen ständigen Gesprächskontakt aufbauen – insbesondere der Vorsitzende der EVP-Fraktion, Egon Klepsch, sei für solche Kontakte aufgeschlossen. Griechenland habe sich auf diese Weise eine hervorragende Lobby verschafft.

Präsident *Evren* verweist darauf, daß die Türkei hierfür wahrscheinlich Zeit brauche. Gleiches gelte ja auch für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika.

Der *Bundeskanzler* fordert die türkische Seite auf, in diesem Sinne aktiver zu werden. Es habe keinen Sinn, darüber zu meditieren, ob man in der Welt gerecht oder ungerecht behandelt werde.

Der Bundeskanzler und Präsident Evren vereinbaren, ihr Gespräch beim Essen fortzusetzen.

Referat 010, Bd. 178925

17 Zum Verhältnis zwischen dem Europäischen Parlament und der Türkei vgl. Dok. 74, Anm. 7. Botschafter von Schubert, Straßburg, teilte am 16. September 1988 mit: „EP-Plenum hat am 15.9.1988 mit großer Mehrheit ohne Gegenstimmen den Entschließungsantrag zum Bericht Walter über Wiederbelebung der Assoziation EWG–TUR angenommen. Zentraler Punkt der Wiedereinsetzung Gemischten Parlamentarischen Ausschusses EWG–TUR wurde unverändert übernommen, Berichtstext im übrigen um 19 Änderungen angereichert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 328; Referat 413, Bd. 144914.

293

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Evren auf Schloß Gymnich

18. Oktober 1988[1]

Von BM noch nicht genehmigt.

Staatsbesuch des türkischen Staatspräsidenten Evren vom 17.–21. Oktober 1988[2]
hier: Gespräch BM mit StPräs[3] am 18.10.1988 in Gymnich

1) BM suchte türkischen Staatspräsidenten am 18. Oktober 1988 in dessen Residenz Schloß Gymnich zu einem Meinungsaustausch (80 Minuten) über bilaterale und internationale Fragen auf. Gesprächsteilnehmer auf türk. Seite: AM Yilmaz, StS Kandemir, Botschafter Arim, Pers. Ref. Tuygan; auf deutscher Seite: Botschafter Eickhoff, RL 203[4], VLR I Elbe, RL 013[5]. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen der türkische EG-Beitrittswunsch[6], der Visumszwang für türk. Staatsangehörige, die türkische Wirtschaftsentwicklung sowie die Lage in der Region (Irak/Iran, Naher Osten).

2) Im einzelnen: *StPräs* dankte einleitend für das offene Gespräch, das BM am Vortage mit AM Yilmaz geführt habe.[7] Ein Hauptthema sei für ihn die Frage des türkischen EG-Beitritts. Nach seiner Auffassung dürfe von der Stellung des Antrags bis zum tatsächlichen Beitritt nicht zuviel Zeit verstreichen. Er sei überzeugt, daß TUR dabei größte Unterstützung von seinen beiden wichtigsten Freunden in Europa, GB und D, erhalten werde. Hierbei bitte er namentlich BM um weitere Unterstützung. Ihm sei bewußt, welche Lücken TUR noch bis zum Beitritt auf wirtschaftlichem Gebiet zu schließen habe. Diese würden aber – dazu sei die Regierung entschlossen – in den nächsten Jahren mit Vorrang ausgefüllt.

BM versicherte, die Wirtschaftsentwicklung in TUR habe in den letzten Jahren beachtliche Fortschritte erzielt. Voraussetzung hierfür sei die politische Stabilisierung und Demokratisierung des Landes gewesen. Hieran habe StPräs erheblichen Anteil: Er, BM, habe zahlreiche Politiker getroffen, die ihm ihre langfristigen Absichten erläutert und diese dann nicht verwirklicht hätten. StPräs habe dagegen an seinen Demokratisierungsplänen festgehalten. Ein zentrales Problem

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 18. Oktober 1988 gefertigt.

2 Präsident Evren hielt sich vom 16. bis 21. Oktober 1988 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 292.

3 Staatspräsident.

4 Karl-Heinz Kuhna.

5 Jürgen Chrobog.

6 Die Türkei stellte am 14. April 1987 einen Antrag auf EG-Beitritt. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 93 und Dok. 136, sowie AAPD 1987, II, Dok. 218. Vgl. dazu auch Dok. 74.

7 Nach einem Vier-Augen-Gespräch erörterten Bundesminister Genscher und der türkische Außenminister Yilmaz im erweiterten Kreis Fragen der militärischen Zusammenarbeit, der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sowie die Visumspflicht für türkische Staatsangehörige und die Wirtschaftslage in der Türkei. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 203, Bd. 151078.

für die Bundesregierung bleibe die Freizügigkeit.[8] AM habe ihm gestern erneut bestätigt, daß TUR auf diesem Gebiet keine Maßnahmen ergreifen werde, die nachteilige Auswirkungen für die Bundesrepublik Deutschland haben würden. Dies gelte namentlich im Hinblick auf eine türkische EG-Mitgliedschaft. Eine positive Entwicklung der Wirtschaft in TUR sei schon deshalb zu begrüßen, weil hierdurch die Rückwanderung türkischer Arbeitnehmer aus D in die türkische Heimat begünstigt würde. StPräs habe die Bundesrepublik Deutschland zu den engen Freunden von TUR gezählt. Dies sähen wir ebenso.

3) *StPräs* versicherte, TUR wisse, daß man sich auf die deutsche Unterstützung verlassen könne. In den letzten acht Jahren (seit 1980) habe TUR eine bemerkenswerte Wirtschaftsentwicklung gehabt. Allerdings habe namentlich 1987 und 1988 auch die Inflationsrate in unerwünschtem Maße zugenommen. Das wichtigste Problem der türk. Wirtschaftspolitik sei daher jetzt die Verminderung der Inflationsrate. Er wisse, daß TUR mit einer derart hohen Inflationsrate zur Zeit nicht für den Beitritt reif sei. Deshalb seien strikte Maßregeln für einen Abbau ergriffen worden. Im Vordergrund stehe der Beschluß, die Ausgaben im öffentlichen Sektor einzuschränken. Davon seien auch die Streitkräfte betroffen. Das gelte auch für den Haushalt 1989.

Ihm sei bewußt, daß D drei Arten von Hilfe leiste:

1) Die reguläre Verteidigungshilfe in Tranchen von je 130 Mio. DM, deren Höhe seit längerer Zeit stagniere und daher an Bedeutung verliere. Er erinnere sich, daß die VH in seiner Zeit als Chef des Generalstabs bereits 100 Mio. DM betragen habe. Seither sei sie einmal um 30 Mio. DM erhöht worden. Er wünsche sich, daß dieser Betrag noch vor dem Ende seiner Amtszeit[9] nochmals erhöht werden könne.

2) Wirtschaftshilfe: Hier gebe es Schwierigkeiten bei der Rückzahlung von Krediten. Dazu bitte er um Verständnis und Hilfe. Wenn D die Zahl der türkischen Arbeitnehmer wirklich verringern wolle, müßten die deutschen Investitionen in TUR erhöht werden. (*BM*: Das entspricht unserer eigenen Auffassung.) Dies habe er, *StPräs*, auch gegenüber BuPräs zum Ausdruck gebracht.[10] Deutsche

8 Referat 413 vermerkte am 16. September 1988, daß das Assoziationsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Türkei von 1963 und das Zusatzprotokoll von 1970 die schrittweise Herstellung der Freizügigkeit für die Bundesrepublik vorsehe: „Die Gemeinschaft hat sich auf ein Gemeinsames Verhandlungsangebot an die Türkei im Allgemeinen Rat am 24.11.1986 geeinigt und das Angebot der Türkei vertraulich übermittelt. Es sieht im wesentlichen eine Verbesserung des Status der bereits in der Gemeinschaft lebenden türkischen Arbeitnehmer vor, gewährt diesen einen auf die erste Generation beschränkten Familiennachzug und stellt sie hinsichtlich arbeitsbezogener Verhältnisse EG-Arbeitnehmern weitgehend gleich. Andererseits schließt es einen unkontrollierten Zuzug neuer türkischer Arbeitnehmer aus. Die Türkei besteht auf völliger Freizügigkeit wie im EWG-Vertrag. Sie hat das Angebot der Gemeinschaft als unzureichend zurückgewiesen und ein Zusammentreten des Assoziationsrates gefordert, falls die Gemeinschaft nicht zu einer Regelung wie im EWG-Vertrag bereit ist. […] Der EuGH hat am 30.9.1987 entschieden, daß türkische Staatsangehörige aus den Freizügigkeitsbestimmungen des Assoziationsabkommens keine Rechte herleiten können, weil es sich nicht um unmittelbar in der innerstaatlichen Rechtsordnung der MS anwendbare gemeinschaftsrechtliche Vorschriften handelt. Er hat den Regelungen über die Freizügigkeit im Assoziationsabkommen ‚programmatischen Charakter' zugesprochen. Der EuGH ist damit dem Antrag der Bundesregierung und anderer beteiligter MS und der Kommission gefolgt." Vgl. Referat 413, Bd. 144914.

9 Die Amtszeit des Staatspräsidenten Evren endete am 9. November 1989.

10 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker führte am 17. Oktober 1988 ein Gespräch mit Präsident Evren. Themen waren die Situation der türkischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik, die bilatera-

Unternehmer sollten ihre Investitionen in TUR verstärken. Für türk. Arbeitnehmer sei es dann attraktiver in TUR zu leben und zu arbeiten. Dies entspreche ohnehin dem türk. Nationalcharakter. Es sei besser, 1000 DM in TUR zu verdienen als 10000 DM in Deutschland, von denen ohnehin der größere Teil zur Unterstützung der in TUR verbliebenen Angehörigen, auf der jährlichen Heimreise auf den Transitstrecken in BUL und JUG ausgegeben werde.

3) Ihm sei bewußt, daß die Bundesregierung in der freien Marktwirtschaft die Höhe von Investitionen in Drittländern nicht durch Verordnungen steuern könne. Sie könne aber die Wirtschaft hierzu ermutigen. TUR habe inzwischen günstigere Bedingungen für ausländische Investoren geschaffen. Es sei wünschenswert, daß D auch bei den Investitionen in TUR auf den ersten Platz vorrücke.

BM versicherte, die Bundesregierung sei an erhöhten Investitionen der deutschen Wirtschaft in TUR interessiert; nicht zuletzt sprächen auch politische Gründe dafür. Der Besuch des StPräs in der Bundesrepublik Deutschland sei geeignet, Investoren zu ermutigen.

4) *StPräs* wies darauf hin, daß der Visumszwang für türkische Staatsangehörige weiterhin zur Beunruhigung der türk. Arbeitnehmer in D beitrage.[11]

BM erläuterte, Visumszwang sei 1980 eingeführt worden, um den zu großen Zustrom von Arbeitnehmern aus TUR zu beschränken. Dieser Zweck sei erreicht worden. Leider gebe es immer wieder Fälle von Mißbrauch der Transitwege, besonders auf dem Wege über den Flughafen Frankfurt. Lockerungen der Einreise- und Nachzugsbestimmungen für Familienangehörige hätten schon erfreuliche Erleichterungen bewirkt. Aber er halte eine Lösung für besser, bei der die türkischen Arbeitnehmer bessere Chancen im eigenen Lande erkennen könnten, etwa durch Schaffung attraktiver Arbeitsplätze in TUR. Der Mißbrauch des Transitprivilegs werde vor allem von denjenigen betrieben, die dann unter Vorspiegelung oft unzutreffender Behauptungen über die Menschenrechtslage in TUR bei uns Asyl erbäten. Diese Asylbewerber setzten dadurch das Ansehen der Türkischen Republik herab.

StPräs stellte die Frage, warum ausgerechnet die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern so viel attraktiver für Asylbewerber sei.

BM nannte hierfür vor allem drei Gründe:

– die traditionelle deutsch-türkische Freundschaft lasse das Leben in Deutschland für viele türkische Staatsbürger attraktiver und vertrauter erscheinen. Hier treffe man viele eigene Mitbürger an;
– den hohen Lebensstandard bei uns;

Fortsetzung Fußnote von Seite 1527

len Wirtschaftsbeziehungen, die Visumspflicht für türkische Staatsangehörige und die Aktivitäten der PKK. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Referat 203, Bd. 151078.

11 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kuhna hielt am 2. August 1988 fest: „Die im Oktober 1980 wieder eingeführte Sichtvermerkspflicht für Türken verletzt nach wie vor türkische Empfindlichkeiten. Angesichts des großen Einreisedrucks muß es jedoch weiterhin bei der SV-Pflicht bleiben. Dies auch angesichts der Zahl illegaler Dauerniederlassungen (auf über 100000 geschätzt). Sorge bereitet uns die wachsende Zahl türkisch-kurdischer und jesidischer Asylanten, die unter Mißbrauch des sichtvermerksfreien Transitprivilegs in Frankfurt/Main um Asyl bitten (monatlich rund 800 Personen; Ablehnungsquote der Antragsteller über 90%). Überlegungen des BMI, aus diesem Grunde den Sichtvermerkszwang auch für Transitreisende einzuführen, werden z. Zt. noch geprüft." Vgl. Referat 203, Bd. 151078.

– die großzügige Asylgesetzgebung auf Grund der besonderen deutschen Situation zur Zeit des Nationalsozialismus, als zahlreiche Deutsche zur Emigration gezwungen wurden und die Bedeutung des großzügigen oder strengen Asylrechts in dritten Staaten kennenlernten. Asylbewerber wüßten, daß sie auch bei negativem Ausgang des Asylverfahrens zunächst für längere Zeit in der Bundesrepublik Deutschland leben könnten. Unser Asylverfahren lade geradezu zum Mißbrauch ein.

StPräs erinnerte daran, die türk. Regierung habe bereits Ende der siebziger Jahre die Bundesregierung davor gewarnt, daß zu viele Rechtsanwälte in D das großzügige Asylrecht ausschlachteten. Man hätte schon damals das Asylverfahren straffen müssen, um den heutigen Zustand zu verhindern. Die Gefahr wachse, daß auch Terroristen und sonstige Gewalttäter ins Land kämen und sich z. B. durch einen Asylantrag in D der Strafverfolgung in TUR entzögen.

BM erwiderte, soweit werde es nicht kommen. Er habe bereits als Innenminister einschlägige Erfahrungen sammeln können.

5) BM bat sodann StPräs um eine Beurteilung der Entwicklung in der Nahost-Region, namentlich Libanon und im Irak/Iran.

StPräs erläuterte zunächst seine Auffassung zum Konflikt Irak/Iran. TUR habe sich lange und intensiv auf unterschiedlichen politischen Ebenen bemüht, einen Waffenstillstand herbeizuführen. VN-GS[12] habe ihn, StPräs, in Kuwait gefragt, wie man den Krieg am besten beenden könne. Er habe geantwortet, nach dem Scheitern der türkischen Bemühungen um eine Lösung im Rahmen der islamischen Länder sehe er keine großen Hoffnungen. Der VN-Sicherheitsrat und namentlich seine fünf ständigen Mitglieder böten jetzt die einzige Chance für eine Lösung. VN-GS habe sich daraufhin in dieser Richtung bewegt. Als Ergebnis sei die SR-Res. 598[13] und auf ihrer Grundlage der Waffenstillstand[14] zustande gekommen. Dieser sei ein großer Erfolg, aber noch nicht der Endzweck. Beide Seiten hätten noch einen langen Weg bis zum Friedensschluß zu gehen. Aber TUR werde seine Bemühungen zusammen mit VN fortsetzen, beide Seiten dem Frieden näherzubringen.

TUR sei selbstverständlich über den Waffenstillstand erfreut. Allerdings müsse Ankara jetzt für seine Bemühungen auch den Lohn zahlen, indem das Land 60 000 Flüchtlinge aus dem Irak aufnehmen müsse.[15] Einen Teil der Flüchtlinge habe nunmehr auch der Iran aufgenommen. Aber dessen Aufnahmekapazität sei begrenzt. Jetzt stehe der Winter bevor. Die in Zelten untergebrachten Flüchtlinge müßten in winterfesten Quartieren untergebracht werden. Deshalb habe man die Freunde um Hilfe gebeten, bisher aber kaum Resonanz gefunden. Täglich gebe TUR für die Versorgung der Flüchtlinge 150 Mio. TL[16] aus. Das sei für das Land viel Geld. Zwar jubelten die Freunde von TUR über die gezeigte Großherzigkeit. Aber das ändere nichts an den Lasten. TUR wäre daher für die Übernahme von Flüchtlingen dankbar. Aber auch finanzielle Hilfe sei willkommen. Man brauche allein 300 Mio. Dollar, um winterfeste Häuser zu bauen.

12 Javier Pérez de Cuéllar.
13 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 1, Anm. 33.
14 Zum Waffenstillstand zwischen dem Irak und dem Iran ab 20. August 1988 vgl. Dok. 225, Anm. 30.
15 Zu den kurdischen Flüchtlingen aus dem Irak vgl. Dok. 289.
16 Türkische Lira.

6) Zur Frage eines PLO-Staates[17] erläuterte StPräs, die türkische Politik sei immer offen gewesen. Wenn ein Palästinenser-Staat gegründet werde, könne das Problem gelöst werden. Dafür gebe es Ansätze. Dann werde sich auch das Libanon-Problem lösen lassen. Am Montag (24. Oktober) werde Arafat in Ankara sein. Er werde dann mit ihm über diese Fragen sprechen.[18]

BM führte aus, die Bundesrepublik Deutschland sei 1974 das erste Land gewesen, das der PLO ein eigenes Existenzrecht zugestanden habe.[19] Dies sei angesichts des komplizierten deutsch-israelischen Verhältnisses nicht einfach gewesen. Aber das Selbstbestimmungsrecht stehe auch dem palästinensischen Volk zu.

Die auf deutsche Initiative zustande gekommene Venedig-Erklärung der EG[20] habe dann den Rahmen für eine einheitliche EG-Linie geschaffen und sich für eine Internationale Konferenz eingesetzt. Jetzt müsse man zunächst die Wahlen in USA[21] und Israel[22] abwarten, bevor es weitergehen könne. Für uns wäre es interessant, wenn StPräs nach dem Gespräch mit Arafat unsere Botschaft darüber informieren lassen könnte, welche Absichten Arafat für sich persönlich und für die PLO habe. Er glaube, daß die Lage in den besetzten Gebieten[23] nach einer Lösung verlange. Die Entwicklung dort sei nicht von außen beeinflußt worden. Es habe sich um echte Bewegung von innen gehandelt.

StPräs ergänzte, er habe Meldungen darüber gehört, daß Palästinensischer Nationalrat in Kürze die Gründung eines Palästinenserstaates verkünden werde.[24]

BM fügte hinzu, darüber gebe es unterschiedliche Meldungen. Daher seien Informationen über die Haltung von Arafat für uns so wichtig.

StPräs: TUR habe immer den Gedanken einer Internationalen Konferenz unterstützt, sofern beide Seiten dafür zu gewinnen seien. Aber bisher sei der israelische Ministerpräsident dagegen.[25] Falls Peres die Wahlen gewinne, könnte es Fortschritte geben, nicht aber bei Shamir.

17 Zur beabsichtigten Ausrufung eines palästinensischen Staates vgl. Dok. 267, Anm. 11.

18 Der Vorsitzende des Exekutivrats der PLO, Arafat, hielt sich am 24./25. Oktober 1988 in der Türkei auf. Gesandter Reichenbaum, Ankara, übermittelte am 26. Oktober 1988 Informationen des türkischen Außenministeriums: „Arafat sieht nach für PLO überraschendem Rückzug Jordaniens aus der Westbank Chance, dort entstandenes Vakuum für Ziel Palästinenserstaates zu nutzen." Dies schließe eine spätere „Konföderation zwischen Palästinenserstaat und Jordanien" nicht aus: „Kommender P[alestinian] N[ational]C[ouncil] in Algier Plattform für notwendige Weichenstellung. Vier Optionen: VN-Verwaltung der Westbank und des Gaza-Streifens; Ausrufung Palästinenser-Staates noch ohne Einsetzung provisorischer (Exil-)Regierung; Ausrufung Palästinenser-Staates unter gleichzeitiger Einsetzung provisorischer (Exil-)Regierung; zunächst nur Einsetzung provisorischer (Exil-)Regierung. […] Wegen Finanzierung hofft Arafat, auf bisher noch nicht realisierte Unterstützungszusagen insbesondere der Golf-Staaten, aber auch – s. Beispiel Israel – auf Zuwendungen reicher Auslandspalästinenser zurückgreifen zu können." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1307; Referat 206 (203), Bd. 151046.

19 Vgl. dazu die Erklärung des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (VN), vor der VN-Generalversammlung am 19. November 1974; UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings, S. 969 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 339.

20 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten nach seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 382 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

21 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

22 In Israel fanden am 1. November 1988 Parlamentswahlen statt.

23 Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten („Intifada") vgl. Dok. 267, Anm. 8.

24 Die Tagung des Palästinensischen Nationalrats (PNC) fand vom 12. bis 15. November 1988 in Algier statt.

25 Zur Haltung des Ministerpräsidenten Shamir in der Frage einer Internationalen Konferenz für den Frieden im Nahen Osten vgl. Dok. 83, Anm. 19.

BM teilte diese Bewertung. Wichtig sei es, den Eindruck der Einmischung in innere Angelegenheiten gegenüber Israel zu vermeiden. Man könne allerdings davon ausgehen, daß Peres die Wahl nicht gewinnen würde, falls heute ein Palästinenser-Staat in den bestehenden Gebieten ausgerufen würde. Daher sei es wichtig, daß Arafat und die PLO sich in den nächsten Wochen zurückhalten.

StPräs sprach abschließend BM Dank und Genugtuung darüber aus, daß er Einladung von AM Yilmaz zu einem Besuch der Türkei im ersten Halbjahr 1989 angenommen habe.

Referat 203, Bd. 151078

294

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder

412-401.30 **18. Oktober 1988**

Über Dg41[1], D4[2] Herrn Staatssekretär[3] mit der Bitte um Zeichnung des beiliegenden Briefentwurfs an Staatssekretär Dr. Tietmeyer[4]

Betr.: Zuständigkeit des Auswärtigen Amts in IWF-Fragen

1) Viele Länder der Dritten Welt haben kaum noch Zugang zu den Kreditmärkten. Insbesondere zahlreiche schwarzafrikanische Länder sind quasi bankrott.

Der IWF ist für sie zu einem „lender of last resort" geworden. Nur über ein IWF-Beistandskreditabkommen werden sie auf den Kapitalmärkten wieder aktionsfähig.

Wenn kein Beistandskreditabkommen ausgehandelt werden kann, sind auch die meisten anderen Kreditquellen verschlossen, Umschuldungen im Pariser Club grundsätzlich nicht mehr möglich und – daran anknüpfend im Falle der Bundesrepublik Deutschland – auch keine Hermesdeckungen mehr.

Diese Kausalkette bedeutet, daß der IWF in den Verhandlungen über Beistandskreditabkommen und damit verbundenen Anpassungsprogrammen eine sehr starke Verhandlungsposition hat. Für die betroffenen Regierungen sind die Beziehungen zum IWF deshalb häufig zum zentralen außen- und wirtschaftspolitischen Thema geworden.

Seine starke Verhandlungsposition ermöglicht es dem IWF, Anpassungsprogramme durchzusetzen, die aus seiner Sicht ökonomisch richtig sind. In vielen Fällen haben sie den betroffenen Ländern auch geholfen, ihre außenwirtschaft-

1 Hat in Vertretung des Ministerialdirigenten Trumpf Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kudlich am 18. Oktober 1988 vorgelegen.
2 Hat Ministerialdirektor Jelonek am 19. Oktober 1988 vorgelegen.
3 Hat Staatssekretär Lautenschlager vorgelegen.
4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 12.

lichen Probleme zumindest teilweise zu lösen. In den letzten Jahren passiert es aber immer häufiger, daß diese Programme in den Partnerländern heftig kritisiert und letztlich nicht durchgeführt werden, was wiederum zu einer Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Situation des betroffenen Landes führt. Oder sie werden durchgeführt mit destabilisierenden politischen und sozialen Wirkungen im Lande.

2) Die Bundesregierung wird immer häufiger um Unterstützung bei den Verhandlungen mit dem IWF gebeten, alleine 1987 und 1988 in rd. 20 Fällen (Sierra Leone, Somalia, Philippinen, Sudan, Tansania, Togo, Tschad, Zaire, Ägypten, Bolivien, Benin, Ecuador, Indonesien, Kamerun, Madagaskar, Jugoslawien, davon insbesondere Ägypten, Zaire und Tansania mehrmals). Für viele unserer Botschaften, vor allem in Schwarzafrika, ist das IWF-Thema in den Mittelpunkt der Beziehungen mit der Gastregierung gerückt.

In einigen Fällen ist es auch zu Klagen der betroffenen Regierungen über das Abstimmungsverhalten des deutschen Exekutivdirektors beim IWF[5] gekommen (Ägypten, Somalia).

Ansprechpartner für Bitten und Klagen ist in der Regel das Auswärtige Amt, in einigen Fällen auch der Bundespräsident und Bundeskanzler. Zuletzt war der ägyptische Präsident Mubarak am 28.9.1988 für rund drei Stunden ausschließlich zu dem Zweck in Bonn, um bei BK Kohl die deutsche Unterstützung bei den Verhandlungen Ägyptens mit dem IWF zu erbitten.[6] Kurz zuvor war das gleiche Thema zentraler Punkt der Gespräche von Präsident Mwinyi, Tansania, mit dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler.[7] Die Argumente der Besucher waren fast ausschließlich politischer und nicht ökonomischer Natur, die Antworten und Zusagen ebenfalls.

3) Das Auswärtige Amt befindet sich in der Situation, daß es eine Politik vertreten muß, die einerseits unsere Außenbeziehungen in erheblichem Maße berührt, über die es andererseits aber nicht vollständig informiert wird und auf deren Gestaltung es nur wenig und wenn nur informellen Einfluß ausüben kann.

Nach dem Briefwechsel zwischen Staatssekretär Ruhfus und Staatssekretär Tietmeyer vom 9.7.1986 bzw. 17.7.1986 (siehe Anlage[8]) hat sich die Situation zwar etwas gebessert, sie ist aber immer noch unbefriedigend.

5 Günter Grosche.

6 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Mubarak vom 28. September 1988 vgl. Dok. 267.

7 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker empfing Präsident Mwinyi am 12. September 1988 zu einem Gespräch. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Referat 322, Bd. 150020.
Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Mwinyi am 13. September 1988 vgl. Dok. 250.

8 Dem Vorgang beigefügt. Staatssekretär Ruhfus legte Staatssekretär Tietmeyer, Bundesministerium der Finanzen, mit Schreiben vom 9. Juli 1986 das Interesse des Auswärtigen Amts dar, „angesichts der zunehmenden außenpolitischen Bedeutung des IWF für die Entwicklung unserer Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt“ besser informiert zu werden. Er bat darum, Vorsorge zu treffen, „daß dem Auswärtigen Amt der Schriftwechsel des BMF mit dem deutschen Exekutivdirektor beim IWF in allen Fällen, die das Verhältnis zu einem Land oder einer Ländergruppe betreffen, jeweils unverzüglich zur Kenntnis gebracht wird“. Vgl. Referat 412, Bd. 168668.
Tietmeyer antwortete am 17. Juli 1986, daß das BMF „schon nach der bisherigen Praxis das Auswärtige Amt in allen Fällen, in denen außenpolitische Belange berührt sind, vollständig und umgehend unterrichtet“ habe: „Ihrem Wunsch entsprechend habe ich jedoch veranlaßt, daß der Schriftwechsel des Bundesministeriums der Finanzen mit dem deutschen Exekutivdirektor bei Länderfragen im

Konkret geht es um

– die Information des Auswärtigen Amts über den Schriftverkehr zwischen BMF und deutschem Exekutivdirektor beim IWF und

– die Mitwirkung des Auswärtigen Amts bei Weisungen des BMF an den Exekutivdirektor.

4) Berichte des Exekutivdirektors erhält das Auswärtige Amt üblicherweise in Kopie mit mehrtägiger Verspätung, relativ selten direkt über Telko.

Die Regel sollte sein, daß dem Auswärtigen Amt in allen Fällen, die das Verhältnis des IWF zu einzelnen Ländern und/oder Ländergruppen betreffen, der Schriftwechsel des BMF mit dem deutschen Exekutivdirektor jeweils unverzüglich zur Kenntnis gebracht wird. Am besten sollten Berichte des Exekutivdirektors direkt auch an das Auswärtige Amt gerichtet werden, entweder über die Fernmeldezentrale des IWF oder des BMF, nicht aber nach dem Gutdünken des zuständigen Referenten im BMF.

5) Weisungen erhält der Exekutivdirektor vom BMF. In der Praxis bittet das BMF bei Weisungen, von denen es annimmt, daß sie außenpolitische Belange berühren, das Auswärtige Amt telefonisch um Stellungnahme. In seltenen Fällen werden schriftliche Weisungsentwürfe übersandt.

Wenn die Stellungnahmen des Auswärtigen Amts in die Vorstellungen des BMF passen (dies ist der Normalfall), dann werden sie zur Untermauerung der Argumentation des BMF benutzt.

Wenn sie nicht hineinpassen (wie dies einige Male der Fall war), dann werden sie nicht benutzt (z. B. zuletzt in der Frage der Ineligibility-Erklärung Somalias, wo die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes von Ihnen gebilligt worden war[9]). Übersendung der endgültigen Weisungen an das Auswärtige Amt erfolgt nicht.

6) Nach Artikel V Absatz 1 des IWF-Statuts[10] sind BMF bzw. die Deutsche Bundesbank die Gesprächspartner des IWF. Die Federführung des BMF innerhalb der Bundesregierung soll deshalb nicht in Frage gestellt werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1532
IWF künftig grundsätzlich […] dem Auswärtigen Amt zur Kenntnis gebracht wird." Vgl. Referat 412, Bd. 168668.

9 Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) teilte dem Auswärtigen Amt am 4. Mai 1988 mit: „Seit dem 7. Juli 1987 hat Somalia keine Zahlungen mehr an den IWF geleistet; inzwischen sind die Rückstände Somalias gegenüber dem IWF auf 26,6 Mio. SZR angewachsen." Der Stab des IWF beabsichtige deshalb, dem Exekutivdirektorium vorzuschlagen, „daß Somalia mit sofortiger Wirkung ‚ineligible' erklärt wird". Das BMF unterstütze den Vorschlag und bitte um eine Stellungnahme des Auswärtigen Amts. Vgl. das Rundschreiben; Referat 412, Bd. 168687.
Legationsrat I. Klasse Linden übermittelte dem BMF am 5. Mai 1988 das Einverständnis des Auswärtigen Amts, sofern „Großbritannien und Italien sich ebenfalls für eine ‚Ineligibility-Erklärung' aussprechen. Vor dem Hintergrund der engen bilateralen Beziehungen mit Somalia wird angeregt, zu prüfen, ob der deutsche Exekutivdirektor sich einer Meinungsäußerung […] enthalten kann." Vgl. Referat 412, Bd. 168687.
Mit Fernschreiben Nr. 950 vom 10. Mai 1988 berichtete der stellvertretende Exekutivdirektor beim IWF in Washington, Goos, daß das Exekutivdirektorium des IWF am 6. Mai 1988 Somalia „mit sofortiger Wirkung ‚ineligible' erklärt" habe. Dabei habe er sich dem Votum der Mehrheit angeschlossen. Vgl. Referat 412, Bd. 168687.

10 Artikel V Absatz 1 der Statuten des Internationalen Währungsfonds vom 22. Juli 1944 lautete: „Each member shall deal with the Fund only through its Treasury, central bank, stabilization fund, or other similar fiscal agency and the Fund shall deal only with or through the same agencies." Vgl. THE INTERNATIONAL MONETARY FUND 1945–1965. Twenty Years of International Monetary Cooperation. Bd. III: Documents, hrsg. von J. Keith Horsefield, Washington, D.C. 1969, S. 191.

Nach § 70 GGO I[11] besteht allerdings (auch nach Auffassung von Ref. 110) für das BMF die Verpflichtung, alle zuständigen Ressorts rechtzeitig und umfassend zu unterrichten, zu beteiligen und Weisungen abzustimmen.

Für Weisungen an den deutschen Exekutivdirektor beim IWF durch das BMF sollte deshalb ein obligatorisches Abstimmungsverfahren eingeführt werden. Dabei sollten wir uns bewußt sein, daß wir uns auf einem schmalen Grat bewegen.

Einerseits müssen die legitimen Belange des IWF berücksichtigt werden. Es liegt nicht in unserem Interesse, den IWF zu politisieren und seine wirtschaftlich definierte Funktion auszuhöhlen. Dies läge letztlich auch nicht im Interesse der Empfängerländer. Andererseits werden wichtige außenpolitische Belange berührt, die in die Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes fallen und auf deren Berücksichtigung es achten muß.

Beide Aspekte lassen sich am ehesten in dem z. B. im europapolitischen Bereich üblichen Abstimmungsverfahren vereinigen. Es wird deshalb vorgeschlagen, daß Sie beiliegenden Briefentwurf an Staatssekretär Dr. Tietmeyer unterzeichnen.[12]

Schönfelder

Referat 412, Bd. 168668

11 Paragraph 70 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) legte die enge Zusammenarbeit zwischen den Bundesministerien fest, insbesondere die „rechtzeitige und umfassende Fühlungnahme“ des federführenden Ministeriums und Einzelheiten des Geschäftsverkehrs. Vgl. GEMEINSAME GESCHÄFTSORDNUNG DER BUNDESMINISTERIEN. Allgemeiner Teil (GGO I). Hrsg. vom Bundesministerium des Innern (Stand 1.1.1974), S. 30.

12 Mit Schreiben vom 27. Oktober 1988 an Staatssekretär Tietmeyer, Bundesministerium der Finanzen, äußerte Staatssekretär Lautenschlager den Wunsch, nicht nur die Fernschreiben des deutschen Exekutivdirektors beim IWF, sondern auch dessen per Telekopie übermittelte Berichte direkt durch die Fernmeldestelle des BMF dem Auswärtigen Amt zu übermitteln. Darüber hinaus regte er eine bessere Abstimmung von Weisungen an den deutschen Exekutivdirektor an: „Vom grundsätzlichen Einverständnis zwischen unseren Häusern über die IWF-Politik ausgehend, ist es für die Konsistenz der Außen- und Außenwirtschaftspolitik der Bundesregierung und für die Wahrung unserer außenpolitischen Belange notwendig, daß das Auswärtige Amt an der Formulierung des außenpolitisch relevanten Teils der IWF-Politik der Bundesregierung voll beteiligt ist. Das Abstimmungsverfahren in europapolitischen Fragen könnte als Vorbild dienen, d. h. schriftliche Beteiligung des Auswärtigen Amtes bei der Abstimmung der Weisungen an den deutschen Exekutivdirektor und Übersendung von Doppeln der endgültigen Weisungstexte an das Auswärtige Amt.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168668.

295

Botschafter Graf zu Rantzau, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-15168/88 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1638
Citissime

Aufgabe: 18. Oktober 1988, 14.15 Uhr
Ankunft: 18. Oktober 1988, 14.11 Uhr

Delegationsbericht Nr. 451 (C)

Betr.: 3. KSZE-Folgetreffen in Wien (WFT);
hier: Westliche Haltung zur Menschenrechtskonferenz in Moskau[1]

Bezug: a) DB Nr. 1566 vom 10.10.1988 – 341.81.7/P-78-228/88 VS-v 101200[2]
b) DB Nr. 1605 vom 13.10.1988 – 341.81.7/P-78 VS-NfD 131615[3]

Zur Unterrichtung

1) In einem von ihm erbetenen Gespräch drückte mir Botschafter Zimmermann heute (18. Oktober 1988) seine erhebliche Besorgnis über den Stand der westlichen Meinungsbildung zu der Frage einer Menschenrechtskonferenz in Moskau aus. Offenbar verspüre die Sowjetunion angesichts der Ungewissheit über die schließliche britische Haltung in dieser Frage keinen Anreiz, die amerikanischen Bedingungen zu erfüllen. Auf der anderen Seite sei es Washington unmöglich, dem Konferenzort Moskau zuzustimmen, ohne auf die Freilassung der politischen Gefangenen und die Bereinigung der bilateralen Menschenrechtsfälle verweisen zu können. AM Shultz habe in den vergangenen zwei Tagen Schreiben großer jüdischer sowie einflußreicher Menschenrechtsorganisationen wie ebenfalls von der Helsinki-Gruppe (Senator Concini) erhalten, in welchen wiederum die Erfüllung der Bedingungen zur Voraussetzung eines „Ja“ zu Moskau gemacht wird. Es sei innenpolitisch unmöglich, diesen Forderungen nicht Rechnung zu tragen.

1 Zum sowjetischen Vorschlag für eine KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 220, Anm. 17.

2 Botschafter Graf zu Rantzau, Wien (KSZE-Delegation), berichtete: „US-DL Botschafter Zimmermann unterrichtete mich heute morgen (10. Oktober 1988), daß er von AM Shultz angewiesen sei, mit den DL GB, F und mir eine gemeinsame Haltung zu der Frage einer Menschenrechtskonferenz in Moskau abzustimmen. […] Entsprechend dieser Weisung will Botschafter Zimmermann mit den genannten DL die Bedingungen festlegen, bei deren Erfüllung der Westen Moskau ein ‚Ja‘ in Aussicht stellt. Für die amerikanische Seite stelle die Lösung der noch etwa 30 bilateralen Härtefälle sowie die Entlassung aller politischen Gefangenen die ‚bottom line‘ der Bedingungen dar.“ Weiter habe Zimmermann den Anschein erweckt, „daß die Einstellung des Radio-Jamming nicht mehr zu den amerikanischen Bedingungen gehört […]. Auch die bisher als notwendig bezeichnete Änderung der innerstaatlichen Gesetzgebung im Menschenrechtsbereich scheint Washington nicht mehr zur Bedingung zu machen.“ Vgl. VS-Bd. 13485 (212); B 150, Aktenkopien 1988.

3 Botschafter Graf zu Rantzau, Wien (KSZE-Delegation), informierte über ein Treffen der Leiter der KSZE-Delegationen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA. Curien habe dargelegt, „daß Frankreich sich einem Konsens des WFT für eine Menschenrechtskonferenz in Moskau nicht mehr widersetzen werde“ und nicht einverstanden sei, „Moskau Bedingungen für die westliche Zustimmung zu stellen. […] Die weitere Erörterung stand unter der Ungewißheit über die britische Haltung. Botschafter O’Keeffe skizzierte auf persönlicher Basis ein Szenario, wonach der Westen nach Erfüllung der beiden amerikanischen ‚bottom line‘-Bedingungen und sowjetischen Zusicherungen sowohl für weitere Implementierungsfortschritte wie auch für Verbesserungen einschlägiger sowjetischer Gesetzgebung Moskau als Konferenzort zustimmen könne. Hierzu bemerkte ich, daß dies eine über die gegenwärtige amerikanische Haltung hinausgehende Bedingungslage schaffe, der wir wohl kaum zustimmen könnten.“ Vgl. Referat 212, Bd. 153431.

Gegebenenfalls könne die Unterstützung dieser einflußreichen Organisationen für eine Menschenrechtskonferenz in Moskau gewonnen werden.

Es erscheine ihm unter dem Aspekt der Wünschbarkeit eines baldigen Konferenzabschlusses unumgänglich, die britische Haltung so rasch wie irgend möglich zu klären. Er, Zimmermann, frage sich, ob Premierministerin Thatcher sich über die Folgen ihrer Haltung für das WFT und darüber hinaus im klaren sei. AM Shultz habe gegenüber AM Howe wiederholt, auch in jüngster Zeit, auf die Notwendigkeit einer Klärung der britischen Position hingewiesen. Man wisse in Washington zur Zeit keinen weiteren Weg, auf Frau Thatcher einzuwirken. Ein Schreiben von Präsident Reagan sei erst dann sinnvoll, wenn er seinerseits auf eine Änderung der US-Haltung verweisen könne. Dieses sei aber erst nach Erfüllung der gesetzten Bedingungen möglich. Er richte daher an mich die Frage, ob es im Rahmen der Zwölf oder bilateral eine Möglichkeit gebe, unsererseits auf Frau Thatcher einzuwirken. Ohne die Klärung der britischen Haltung sähe er, Zimmermann, nicht, wie das WFT in absehbarer Zeit zu Ende gebracht werden könne. Auch wenn es bei der bisherigen britischen Haltung des „Nein" bleibe, müsse dieses so bald wie möglich unzweideutig erklärt werden, damit die Sowjetunion veranlaßt werde, ihre endgültige Haltung festzulegen.

2) Ich teile die Bewertung Zimmermanns, daß gegenwärtig die britische Haltung in dieser Frage eine Schlüsselrolle sowohl für das weitere westliche Vorgehen als auch für die endgültige sowjetische Positionsbestimmung hat. Ich wies Botschafter Zimmermann darauf hin, daß, soweit ich wisse, die Frage einer Menschenrechtskonferenz in Moskau Gegenstand der Erörterung der Außenminister der Zwölf bei ihrem Treffen in Ioannina gewesen sei, ohne daß sich hierbei eine Änderung der britischen Haltung ergeben habe.[4] Ich sagte Zimmermann jedoch zu, daß ich über seine Besorgnis und seine Frage nach der Möglichkeit einer Einwirkung auf London durch uns berichten werde. Ohne daß Zimmermann dieses aussprach, war aus dem Gesprächszusammenhang deutlich, daß er an ein Schreiben des Bundesministers an AM Howe und an ein Schreiben des Bundeskanzlers an Premierministerin Thatcher dachte. Ich vermag von hier aus nicht zu beurteilen, ob und gegebenenfalls wie wir unseren Einfluß gegenüber der britischen Regierung in dieser Frage geltend machen wollen.

3) Botschafter O'Keeffe zeigte sich mir gegenüber in einem kürzlichen Gespräch skeptisch in bezug auf einen Sinneswandel von Premierministerin Thatcher. Die potentiellen Folgen eines beibehaltenen britischen „Neins" für den Beginn der KRK-Verhandlungen, für das darüber hinaus in den Wiener Verhandlungen Erreichte sowie für die Weiterentwicklung der West-Ost-Beziehungen stehen Botschafter O'Keeffe naturgemäß in der gleichen Weise wie Zimmermann und mir vor Augen.[5]

[gez.] Rantzau

VS-Bd. 13485 (212)

4 In Ioannina fand am 15./16. Oktober 1988 ein informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ statt. Vgl. dazu die Mitteilung der EG-Ratspräsidentschaft an das Politische Komitee der EPZ über die Ergebnisse des Treffens; Fernschreiben Nr. 577 COREU vom 17. Oktober 1988; Referat 212, Bd. 158489.

5 Am 20. Oktober 1988 führte Staatsministerin Adam-Schwaetzer in Washington ein Gespräch mit der Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium, Ridgway. Gesandter Paschke, Washington,

296

Botschafter Bente, Tunis, an das Auswärtige Amt

114-15191/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 19. Oktober 1988, 15.15 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 422 **Ankunft: 19. Oktober 1988, 15.33 Uhr**

Betr.: Elektroniklabor für den tun. StP[2]

Bezug: DB Nr. 411 vom 11.10.1988 – Pol 300.00 VS-v, Tgb. Nr. 7/88[3]

Mit der Bitte um Weisung

1) Der tun. Sozialminister[4] hat mir inzwischen eine Note übermittelt, in der er mitteilt, daß sein Ministerium von den technischen Diensten des Präsidialamtes ersucht worden sei, im Präsidentenpalast ein Laboratorium „de maintenance et de conception d'appareils et circuits électronique" einzurichten. Hierfür sei vom Centre national d'électronique in Zusammenarbeit mit deutschen

Fortsetzung Fußnote von Seite 1536

berichtete am selben Tag: „Frau StM vertrat mit Nachdruck die deutsche Auffassung, daß man in Wien nun möglichst bald zu einem Abschluß kommen solle. Wenn eine Einigung nicht bis Ende Oktober/Anfang November vorliege, stehe zu befürchten, daß einige Teilnehmer das Interesse verlören. Auch sei es aus deutscher Sicht wünschenswert, den KRK-Verhandlungsprozeß noch in diesem Jahr in Gang zu setzen. Mrs. Ridgway erwiderte, aus US-Sicht sei immer noch die Frage der MRK in Moskau das entscheidende Problem. Secr[etary] Shultz habe sich bei seinen Gesprächen mit BM Genscher in N[ew]Y[ork] sehr für dessen Vorschlag erwärmt, in einer kleinen Ad-hoc-Gruppe der westlichen ‚major players' die Bedingungen zu definieren, unter denen Moskau akzeptabel werden könnte. US-Delegationsleiter Zimmermann habe dazu unverzüglich Instruktionen bekommen. Jetzt warte man darauf, daß die britische Delegation ebenfalls neue Weisungen erhalte. Die Auffassungen von Mrs. Thatcher seien jedoch sehr hart, und wir wüßten wohl, daß ihre Meinung in Washington recht viel Gewicht habe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4233; VS-Bd. 14157 (010); B 150, Aktenkopien 1988.

1 Hat Staatssekretär Sudhoff vorgelegen, der Ministerialdirigent Fiedler handschriftlich um Rücksprache bat.
Hat Fiedler am 26. Oktober 1988 vorgelegen.

2 Staatspräsident.
Zine El Abidine Ben Ali.

3 Botschafter Bente, Tunis, berichtete: „Seit etwa drei Wochen wendet sich die tun[esische] Regierung auf unorthodoxen Wegen an die Botschaft mit der Bitte, dem St[aats]P[räsidenten] im Präsidialamt ein Elektroniklabor einzurichten. Zuletzt wurde die Bitte in einem vertraulichen Gespräch mit dem Sozialminister an mich herangetragen. Letzterer ist für das Berufsbildungswesen zuständig, in dessen Rahmen die GTZ hier ein Berufsbildungsprojekt mit umfangreicher elektronischer Geräteausstattung durchführt. Der für dieses Projekt verantwortliche deutsche Experte war auch der erste Gesprächspartner der Tunesier in dieser Sache. Die Kosten sollen sich auf rund DM 250 000 belaufen, von denen die tun. Seite rund 100 000 für die Herrichtung eines geeigneten Raumes im Präsidentenpalast aufwenden will. Der Rest soll für den Ankauf geeigneter Geräte verwendet werden." Bente fuhr fort: „Aus den Gesprächen mit den tun. Regierungsvertretern ist niemals eindeutig klargeworden, welchem Zweck dieses Laboratorium dienen soll. […] Ich neige zu der Auffassung, daß es sich schlicht um ein ‚Spielzimmer' für den Präsidenten – einen Computerfan – handelt, das ihm von eifrigen Regierungsmitgliedern beschafft werden soll, vielleicht um ihre persönliche Stellung aufzubessern. […] Wir sollten uns dem Wunsch nicht verschließen. Bei der hiesigen Regierungsstruktur kann davon ausgegangen werden, daß sich die Lieferung deutschen elektronischen Materials für den Präsidenten langfristig positiv auf die deutschen Exporte nach Tunesien auswirken und den ständigen Zugang zum StP erheblich erleichtern wird." Vgl. VS-Bd. 13647 (311); B 150, Aktenkopien 1988.

4 Taoufik Cheikhrouhou.

Experten der GTZ ein Konzept erarbeitet worden. Angesichts der außerordentlichen Leistungen der deutschen Technologie und im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der befreundeten Bundesrepublik Deutschland bittet mich der Minister, die Finanzierung des Projektes vor allem durch die Lieferung der erforderlichen Ausrüstungsgegenstände sicherzustellen.

2) Ich habe mich in meiner Antwortnote darauf beschränkt, die Prüfung des Anliegens zuzusagen. Die Fachdienststelle hat mir mitgeteilt, daß sie ihrerseits das AA unterrichtet habe. Der bereits im Bezugsbericht erwähnte GTZ-Experte hat sich unmittelbar an die Firma Siemens – bei der er z. Zt. einen Lehrgang absolviert – gewandt. Durch ihren hiesigen Vertreter ließ sie mich wissen, daß sie grundsätzlich bereit sei, die gewünschten Geräte der Bundesregierung für ein Geschenk an den tun. StP zur Verfügung zu stellen. Die entstehenden Kosten würden als Aquisitionskosten für ein Projekt abgebucht, für das die Firma Siemens die Unterstützung der Botschaft beim tun. PTT[5]-Minister erbeten hat.

Ich habe Unterstützung zugesagt, aber im Interesse des Ansehens der Botschaft dringend um strikte Trennung beider Projekte gebeten.

3) Die Bereitstellung der für das Labor erbetenen Ausrüstungsgegenstände würde hier auf fruchtbaren Boden fallen, andererseits finde ich, nimmt die Schnorrerei der tun. Regierung neuerdings Formen an, die ihr nicht zur Ehre gereichen.

Alle EG-Botschaften klagen über dasselbe Phänomen. Wir sind – wie ich höre – mit dem Labor beehrt worden, weil wir hier als die einzige Macht gelten, die den eventuellen Einbau elektronischer Gerätschaften im Präsidialpalast nicht mit nachrichtendienstlichen Interessen verquicken.[6]

[gez.] Bente

VS-Bd. 13647 (311)

5 Postes, télégraphes et téléphones.

6 Ministerialdirigent Fiedler teilte Botschafter Bente, Tunis, am 28. Oktober 1988 mit: „Nach hier vorliegenden Informationen hat Fa. Siemens die Kosten des Labors, das zur Auslieferung bereit steht, übernommen. Es bestehen keine Bedenken dagegen, daß ein Vertreter der Firma Siemens das Labor in Ihrer Gegenwart übergibt.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 205; VS-Bd. 13647 (311); B 150, Aktenkopien 1988.

297

Botschafter Hofmann, Algier, an das Auswärtige Amt

Schriftbericht Nr. 718 **20. Oktober 1988**[1]

Betr.: Personelle Besetzung der Botschaft;
hier: Arabisch-Übersetzer

2 Doppel

Doppel unmittelbar an Referat 311

1) Jedermann ist noch in guter Erinnerung, wie blamabel alle westlichen Botschaften (außer möglicherweise die französische) von der „Islamischen Revolution" im Iran[2] überrascht worden waren. Wie der damalige britische Botschafter in Teheran, Parsons, später in einer an alle britischen Botschaften zirkulierten Analyse nachwies, lag dieses prognostische Versagen an der meist schon sprachlich bedingten Unfähigkeit westlicher Botschaften, das Geschehen in den Moscheen zu verfolgen.

2) Eine ähnliche Situation ist jetzt in Algerien gegeben.

a) Die Arabisierung – und in ihrem Gefolge die Re-Islamisierung – ist hier inzwischen in einem solchen Maße fortgeschritten, daß die Ereignisse ohne Arabischkenntnisse kaum noch zeitgerecht und voll zutreffend verfolgt werden können. Die Fernsehnachrichten sind seit dem 1.1.1988 ausschließlich arabisch. Dies ist bei vielen der Jüngeren die einzige noch gesprochene Sprache. Das MAE[3] beabsichtigt offenbar, in Bälde auch auf deutsch-arabischem Notenvollzug zu bestehen (bisher: deutsch-französisch). Auch der behördliche Schriftverkehr wird in absehbarer Zeit nur noch auf arabisch abgewickelt werden können.

b) Als Folge des Volksaufstandes vom 5.–12.10.[4] sind die islamischen Gruppierungen des Landes zu einer ernstzunehmenden Kraft und zu einem Dialogpartner der Regierung geworden. Die politische Zukunft des Landes wird seither noch stärker von dem bestimmt, was in Bädern[5] (Hamam) und Moscheen diskutiert wird.

3) Vor diesem Hintergrund bin ich – wie alle befragten Mitarbeiter – der Ansicht, daß die Botschaft eines gebildeten, arabisch und französisch (oder deutsch) sprechenden muslimischen Mitarbeiters bedarf, welcher

– regelmäßig, jedenfalls aber zum Freitagsgebet, Moscheen besuchen und über den Tenor von Predigt (Khutba) und Diskussionen berichten könnte;

1 Ablichtung.
Hat Referent Detering am 28. Oktober 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Dassel und Ministerialdirigent Fiedler verfügte und um Wiedervorlage bat.
Hat Dassel am 28. Oktober 1988 vorgelegen.
Hat Fiedler vorgelegen.
Hat Detering am 31. Oktober 1988 erneut vorgelegen.

2 Zur Revolution im Iran vgl. Dok. 7, Anm. 2.

3 Ministère des affaires étrangères.

4 Zu den Unruhen in Algerien vgl. Dok. 290, Anm. 16.

5 Dieses Wort wurde von Referent Detering hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

– in der Lage wäre, formelle Schreiben in Arabisch zu verfassen. In Frage käme z. B. ein arbeitsloser algerischer Deutschlehrer.

4) Die einzige arabophone deutsche Ortskraft der Botschaft, Herr Peter Müller[6], ist für diese Aufgabe nicht geeignet, da er kein Muslim ist[7] und – dies ist normal – nur für Übersetzungen aus dem Arabischen in seine Muttersprache hinreichend kompetent ist. Er ist im übrigen durch Presseauswertung und Abwicklung des gesamten Briefverkehrs im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit gut beschäftigt.

Auch die algerischen Ortskräfte (Chauffeure, Pförtner, Gärtner) kommen schon mangels ausreichender Bildung für die oben skizzierte Aufgabe nicht in Frage.

5) Ich bitte daher um Prüfung, ob eine Sachbearbeiterstelle (Ortskraft) für diese Aufgabe an der Botschaft Algier geschaffen werden könnte.

[gez.] Hofmann

Referat 311, Bd. 154104

298

Botschafter Pfeffer, Paris, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 2614 **Aufgabe: 20. Oktober 1988, 15.00 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 20. Oktober 1988, 16.21 Uhr**

Betr.: Besuch von BM a. D. Prof. Dr. Horst Ehmke, MdB, in Paris vom 18.–21.10.88[2];
hier: Protokoll des Gesprächs mit Verteidigungsminister Chevènement am 18.10.1988

Bezug: DB 2544 vom 13.10.1988 – POL 300.25[3]

An dem Gespräch bei Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement am 18. Oktober nahmen außer MdB Prof. Ehmke noch MdB Freimut Duve, ich selbst, Leiter Pol[4], sowie ein Dolmetscher teil. MdB Prof. Ehmke leitete das Gespräch

6 Die Wörter „Peter Müller“ wurden von Referent Detering hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ist oder war Weißer Vater (ich hatte seinerzeit (1977) seine Einstellung als O[rts]K[raft] für den Bereich PR/PÖA betrieben).“

7 Die Wörter „da er kein Muslim ist“ wurden von Referent Detering durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

1 Das von Gesandtem von Nordenskjöld, Paris, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.
Hat Vortragendem Legationsrat Jess am 21. Oktober 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Holthoff „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Holthoff am 25. Oktober 1988 vorgelegen.

2 Der SPD-Abgeordnete Ehmke hielt sich anläßlich einer Vortragseinladung des Institut Français des Relations Internationales (IFRI) in Paris auf.

3 Botschafter Pfeffer, Paris, übermittelte den Stand der Programmplanung für den Besuch des SPD-Abgeordneten Ehmke vom 18. bis 21. Oktober 1988 in Paris. Vgl. dazu Referat 011, Bd. 138449.

4 Frietjof von Nordenskjöld.

mit dem Hinweis ein, daß es im Ratifizierungsverfahren der beiden Protokolle zum Élysée-Vertrag inzwischen eine deutsche Denkschrift gebe.[5] Diese enthalte die Interpretation, die die Bundesregierung den Protokollen zu geben wünsche. Anlaß für diese Erläuterungen sei nicht die SPD[6], sondern die Bundesbank. Hier interessiere jedoch nur der Teil der Denkschrift, der sich mit dem Protokoll über den deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrat befasse. In diesem Teil des Protokolls stehe, daß das Protokoll eine vertragliche Festschreibung einer bestimmten Strategie nicht enthalte. Man könne ja auch eine militärische Strategie völkerrechtlich nicht festschreiben. Dies sei ja wohl allgemeine Meinung. Die Frage sei nun allerdings, wie diese Feststellung in der deutschen Denkschrift zwischen den Vertragsparteien behandelt werde. Denn die SPD wolle natürlich keinen Streit mit den französischen Freunden. Die Antwort auf diese Frage sei allerdings Sache der beiden Regierungen.

MdB Prof. Ehmke zeigte Verteidigungsminister Chevènement die Bundesrats-Drucksache 469/88 und erläuterte ihm deren Aufbau. Er wies insbesondere auf die erwähnte Passage in der Denkschrift hin (Seite 12; Ziff. 2.2 a), erster Anstrich).[7] MdB Prof. Ehmke erläuterte noch einmal, daß es sich bei der Denkschrift um die Interpretation für den Bundestag und den Bundesrat handele und daß es Sache der beiden Außenminister[8] sei, die Übermittlung dieser Interpretation bzw. die Reaktion auf diese Übermittlung zu erledigen. Er wies darauf hin, daß es sich eigentlich kaum lohne, in der Sache weiterzudiskutieren, da man sich ja wohl einig sei, daß von der Formulierung in der Präambel des Protokolls keine vertragliche Bindung ausgehen könne. Zur Begründung für sein besonderes Interesse an dieser Frage erläuterte MdB Prof. Ehmke, daß es in der Bundesrepublik und in der SPD bei vielen den Verdacht gebe, daß das Protokoll über den Verteidigungs- und Sicherheitsrat die Bundesrepublik in die Nuklearstrategie einbinden solle.

In der Friedensbewegung und auch in kirchlichen Gruppen werde sogar unterstellt, das Protokoll solle letztlich den Deutschen Zugang zu den französischen Nuklearwaffen verschaffen. Er habe zwar diese Leute stets darauf hingewiesen, daß sie die Franzosen schlecht kennen würden, da diese nicht teilen wollten – hier warf Verteidigungsminister Chevènement ein, dies sei richtig und vor allem im Verhältnis zu denen, die gar keine Nuklearwaffen haben wollten.

5 Zum Stand der Ratifizierung der Protokolle vom 22. Januar 1988 zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 258, Anm. 5 und 24.
Zur Denkschrift der Bundesregierung vgl. Anm. 7.

6 Zur Haltung der SPD gegenüber dem Protokoll vom 22. Januar 1988 zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 über die Schaffung eines deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrats vgl. Dok. 246.

7 Mit Drucksache Nr. 469/88 vom 13. Oktober 1988 legte die Bundesregierung dem Bundesrat den Entwurf eines Gesetzes zu den Protokollen vom 22. Januar 1988 zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vor. Außer dem Gesetz enthielt er die beiden Protokolle sowie die Denkschrift zu den Protokollen. Ziffer 2.2 a) der Denkschrift verdeutlichte die in der Präambel des Protokolls über die Schaffung eines deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrats ausgedrückten „übereinstimmenden Ziele und Motive". Der erste Anstrich lautete: „das Bekenntnis beider Staaten zum obersten Ziel der Sicherheitspolitik im nuklearen Zeitalter: der Verhütung jeder Art von Krieg. Auf dieses Ziel ist die Sicherheits- und Verteidigungspolitik beider Länder ausgerichtet; eine vertragliche Festlegung auf eine bestimmte Strategie der Verteidigung geht hiervon nicht aus". Vgl. BR DRUCKSACHEN, 11. WP, Drucksache 469/88 vom 13. Oktober 1988.

8 Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik) und Roland Dumas (Frankreich).

MdB Prof. Ehmke fuhr fort, daß seine Sorge jedoch darin bestünde, daß es in der engeren deutsch-französischen Zusammenarbeit zu Schwierigkeiten kommen könnte, wenn wir in dem von ihm angesprochenen Punkt keine Klarheit schaffen würden. Dann bliebe nämlich der beschriebene Verdacht verstärkt bestehen.

MdB Duve warf hier ein, daß es in der Bundesrepublik bis weit in die CDU hinein antinukleare Sorgen gebe. Er wünsche nicht, daß das Protokoll durch Unklarheiten kaputtgemacht werde. Für die SPD besitze die deutsch-französische Freundschaft einen hohen Wert. Andererseits müsse man sehen, daß aus der Sicht der Friedensbewegung der Wortlaut des Protokolls den beschriebenen Verdacht aufdränge.

Verteidigungsminister Chevènement erwiderte, er habe den Parteitag in Münster[9], auf dem die PS durch Herrn Guidoni vertreten gewesen sei, aufmerksam verfolgt. Er sei etwas enttäuscht über die dort zum Ausdruck gekommene Haltung der SPD zu Sicherheitsfragen. Er habe vorher den Eindruck gehabt, daß man viel näher beieinander sei und daß man zusammen weiter voranschreiten könnte in Richtung auf eine europäische Sicherheit. Er habe geglaubt, es werde möglich sein, eine gemeinsame Position zu haben für eine auf die Erreichung eines Gleichgewichts ausgerichtete europäische Sicherheitspolitik. Er habe auch den Eindruck gehabt, daß man sich einig gewesen sei, daß zu dieser Position immer die Notwendigkeit von Kernwaffen gehört habe. Nuklearwaffen seien keine Einsatzwaffen. Sie hätten politischen Charakter und sollten den Krieg verhindern. Unsere gemeinsame europäische Interessenlage sei eindeutig auf den Frieden ausgerichtet. Über dieses Ziel gebe es keine Meinungsverschiedenheiten. Aber welche Mittel stünden zur Verfügung? Abrüsten könne sicherlich zum Frieden beitragen, aber in Wirklichkeit werde die Sowjetunion immer eine Supermacht bleiben, sowohl konventionell wie nuklear. Frankreich sei nicht bereit, eine unausgewogene Lage zu dulden. Dies sei die Realität. Er fügte hinzu, daß es unerfreulich sei, daß man kein Dokument mit der Bundesrepublik unterzeichnen könne, ohne daß man mit einer Präambel konfrontiert würde.[10]

MdB Prof. Ehmke erwiderte, daß es hier nicht um eine Präambel gehe. Er müsse nur feststellen, daß das Protokoll unklar formuliert worden sei. Die Völkerrechtler der SPD seien zu der Meinung gekommen, daß die von ihm bezeichnete Passage in der Präambel des Protokolls die Festschreibung der Nuklearstrategie bedeute. Dies habe offenbar niemand gewollt. Die SPD begrüße daher die Klarstellung in der Denkschrift.

Verteidigungsminister Chevènement übergab an dieser Stelle den soeben freigegebenen Text der Rede Präsident Mitterrands vom 11. Oktober vor dem IHEDN und wies darauf hin, daß in dieser Rede auch Ausführungen zur Verteidigung Deutschlands gemacht worden seien.[11] Die Verteidigung Deutschlands

9 Der SPD-Parteitag fand vom 30. August bis 2. September 1988 statt.

10 Vgl. dazu die Diskussion über die Aufnahme einer Präambel in das Zustimmungsgesetz zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963; AAPD 1963, I, Dok. 136.

11 Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand vor dem Institut des Hautes Études de Défense Nationale in Paris vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1988 (September/Oktober), S. 75–81. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 665–673 (Auszug).
Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher vermerkte am 28. Oktober 1988 zur Rede: „Deutlich positiv bewertet Mitterrand die Fortschritte in der sicherheitspolitischen Kooperation zwischen der Bundesrepublik Deutschland und F. Dabei betont er allerdings, daß die Nukleargarantie der Bundesrepublik

sei die Sache der Allianz, in der Frankreich Mitglied sei. Insofern sei Frankreich bereit, seinen Teil zur Verteidigung beizutragen.

MdB Prof. Ehmke wies darauf hin, daß es im Nuklearbereich zwei Denkschulen gebe: Gorbatschow, US-Präsident Reagan und die SPD seien der Meinung, es könne eine Welt ohne Nuklearwaffen geben, Frankreich hingegen sei der Meinung, die Welt wäre dann unsicherer.

Verteidigungsminister Chevènement erwiderte, Frankreich erwarte, daß die SU ihre Nuklearwaffen auf französisches Niveau herunterrüste.

MdB Prof. Ehmke ergänzte, daß Frankreich aber offensichtlich nicht für eine Null-Lösung wäre, auch im Hinblick auf die bisherigen 40 Jahre Frieden. Die SPD habe über diese Fragen jahrelang diskutiert in fast philosophischer Weise. Man solle sich besser praktischen Lösungen zuwenden. Denn selbst wenn man auf null kommen wolle, werde dies sehr lange dauern. Wichtig sei zunächst der Unterschied zwischen Kriegsführungswaffen und Kriegsverhinderungswaffen. Warum könne man sich nicht darauf einigen, daß unklare Gefechtsfeldwaffen und Kurzstreckenraketen Kriegsführungswaffen seien?

Verteidigungsminister Chevènement erklärte, Frankreich habe diese Unterscheidung nicht. Frankreich wolle kein nukleares Gefecht. Hier warf MdB Prof. Ehmke ein, dies sei darin begründet, daß Frankreich die entsprechenden Waffen auch gar nicht habe. Verteidigungsminister Chevènement bestätigte, daß Pluton am Ende seiner Einsatzfähigkeit stehe und Hades eine erheblich längere Reichweite besitze.

MdB Prof. Ehmke fragte erneut, warum sich Frankreich und die Bundesrepublik nicht einigen könnten. Diese Einigung könnte darin bestehen, daß wir davon ausgingen, daß Frankreich eine strategische Atommacht sei mit nuklearen U-Booten und dem Plateau d'Albion und es andererseits nach den konventionellen Abrüstungsverhandlungen auch über taktische Nuklearwaffen verhandele.

Verteidigungsminister Chevènement wies darauf hin, daß die französischen Nuklearwaffen nicht die Bundesrepublik Deutschland bedrohten, sondern zur Abschreckung gegenüber der Sowjetunion dienten. Sie trügen zur Stabilität in Europa bei, durch die Ungewißheit über ihren Einsatz. Er sei nicht bereit, darüber zu diskutieren, weil alle Nuklearwaffen Frankreichs in den Gesamtzusammenhang der Abschreckung gehörten.

MdB Prof. Ehmke warf ein, daß die SPD dies anders sehe.

Verteidigungsminister Chevènement erwiderte, daß es hier offensichtlich wirkliche Unterschiede gebe.

MdB Prof. Ehmke erwiderte, daß diese Unterschiede uns aber nicht davon abhalten sollten, Schritte zu tun, die mit den Haltungen beider Länder übereinstimmten. Er verstehe Frankreichs Haltung zu den Kurzstreckenwaffen nicht.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1542

Deutschland Aufgabe der Allianz sei. Bemerkenswert ist die Erwähnung der 1986 vereinbarten Konsultationen zwischen F und der Bundesrepublik Deutschland vor einem möglichen Einsatz der französischen prästrategischen Nuklearwaffen." Trotz dieser positiven Bewertung bleibe Mitterrand aber „letztlich unverbindlich". Es bleibe abzuwarten, ob die Erwähnung der 1986 vereinbarten Nuklearkonsultationen, „die bislang nach unserer Kenntnis allerdings noch nicht implementiert sind, eine Veränderung der französischen Position andeuten. Nach dem Mandat von 1986 berichten die Generalstabschefs über diese Frage den Staats- und Regierungschefs direkt. Allerdings gibt der insgesamt stark gaullistische Ton der Rede Mitterrands wenig Anlaß zu optimistischen Erwartungen auch in dieser Frage." Vgl. Referat 201, Bd. 143337.

Bei der Abschaffung der INF habe man beklagt, daß darunter ein Ungleichgewicht bei den Kurzstreckenraketen zugunsten der Sowjetunion bestehe. Die Bundesrepublik habe alles Interesse daran, diese Asymmetrie zu beseitigen. Die SPD wolle hier eine Null-Lösung. Die Bundesregierung spreche sich für Obergrenzen aus. Aus Sicht der SPD handele es sich dabei um einen Zwischenschritt. Niemand verstünde, warum der Westen nicht verhandeln wolle. Die Sowjetunion sei dazu bereit. Man müsse sich darüber im klaren sein, daß die Kurzstreckenwaffen mit Abschreckung nichts zu tun hätten.

[12]Er sehe eine französische Besorgnis, daß Verhandlungen über Kurzstreckenwaffen zwangsläufig weitere Verhandlungen nach sich ziehen könnten, und offensichtlich wolle man den Anfängen wehren.

Verteidigungsminister Chevènement erläuterte, daß Frankreich versuche, seine tiefen Überzeugungen zu verteidigen. Eine totale nukleare Abrüstung scheine unsicher zu erreichen. Wie ihm ein Berater Reagans gesagt habe, wollten sowohl die Sowjetunion wie die USA nukleare Sicherheitsstocks auch für den Fall einer weitgehenden nuklearen Abrüstung behalten. Es wäre nicht schlecht, wenn auch Europa derartige nukleare Sicherheitsbestände behalten würde. Nur dann sei die Entscheidungsfreiheit Europas gewährleistet. Dies sei um so wichtiger, als die Sowjetunion immer konventionell überlegen bleiben werde. Frankreich und die Bundesrepublik müßten sich darüber im klaren sein, daß sie, wie die anderen europäischen Partner, trotz unterschiedlicher Entfernung von der Demarkationslinie eine Sicherheitskoalition für Europa bildeten. Deshalb müsse man zu einer gemeinsamen Konzeption kommen. Das, was Frankreich die letzte Warnung nenne, bestünde aus verschiedenen Waffen, deren Reichweite unterschiedlich sei. Man kenne die deutschen Sorgen, daß französische Nuklearwaffen auf deutschem Boden oder in der DDR oder in Polen niedergehen könnten, aber Frankreich habe auch Waffen, die bis in die Sowjetunion reichen würden.

MdB Prof. Ehmke fragte, warum dann Frankreich nicht die Kurzstreckenwaffen abbauen könne.

Verteidigungsminister Chevènement erwiderte darauf, daß ja auch konventionelle Angriffe denkbar wären, die dann mit der Drohung aufgehalten werden müßten, daß man Nuklearwaffen gegen militärische Ziele einsetzen würde. Schließlich müßte die nukleare Drohung glaubwürdig bleiben, wenn man an der Nichteinsetzung dieser Waffen festhalten wolle.

MdB Prof. Ehmke schlug vor, diesen Gesichtspunkt von einer anderen Warte aus zu sehen: Wenn man zu einer konventionellen Stabilität komme und Gefechtsfeldwaffen und Kurzstreckenraketen eliminiere, stünden in Zentraleuropa keine Nuklearwaffen mehr. Die nächsten Nuklearwaffen befänden sich dann in Frankreich, Großbritannien und in der Sowjetunion. In Europa sei man dann sicherer.

Verteidigungsminister Chevènement erwiderte, daß dies ein sehr kompliziertes Thema sei, über das man lange mit großem intellektuellen Aufwand reden könne. Er sei vor einem Jahr ziemlich hingerissen von den Ideen Helmut Schmidts[13] gewesen, aber vielleicht sei diese Begeisterung etwas überstürzt gewesen.

12 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2615 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

13 Vgl. dazu den Artikel von Helmut Schmidt, „Arm in Arm mit den Franzosen. Deutsche und französische Sicherheitspolitik: Widersprüche und Perspektiven"; DIE ZEIT, Nr. 23 vom 29. Mai 1987, S. 33–35.

MdB Prof. Ehmke wies darauf hin, daß man bei allen Unterschieden in der Betrachtung doch auch viele gemeinsame Schritte tun könnte, z. B. in der Rüstungskontrolle und der Rüstungszusammenarbeit.

Verteidigungsminister Chevènement wies darauf hin, daß Präsident Mitterrand gerade zu diesen Punkten in seiner Rede viel gesagt habe. Im übrigen müsse man Meinungsunterschiede versuchen auszuräumen. Dabei sei schon viel getan worden. Er erinnere an die gemeinsamen Texte zwischen PS und SPD.

Hieran schloß sich ein kurzer Meinungsaustausch an über den Status verschiedener Arbeitspapiere zu sicherheitspolitischen Fragen.

MdB Duve kam noch einmal auf den SPD-Parteitag in Münster zurück: Die SPD sei in Münster nicht zurückgefallen hinter frühere Positionen. Über diesen Punkt sollte man noch einmal diskutieren. Das Protokoll über den Verteidigungs- und Sicherheitsrat beinhalte seiner Meinung nach keine Meinungsunterschiede zwischen der SPD und der PS. Das Problem sei entstanden durch die indirekte Bezugnahme auf Formulierungen in der WEU-Plattform[14].

MdB Prof. Ehmke wies hier darauf hin, daß die WEU-Plattform ein politisches Dokument sei, aber keine völkerrechtliche Vereinbarung darstelle.

Verteidigungsminister Chevènement warf ein, daß es sich aber doch um eine Verpflichtung handele.

MdB Prof. Ehmke präzisierte, daß es sich dabei jedoch nicht um eine völkerrechtliche Verpflichtung handele, wonach auf alle Zeiten eine bestimmte Nuklearstrategie festgelegt werde.

MdB Prof. Ehmke stellte als Eindruck von seiner Lektüre der letzten Rede des Präsidenten Mitterrand die Frage, ob der Präsident glaube, in sicherheitspolitischen Fragen liefe mit der Bundesrepublik Deutschland wenig, und deshalb sei es besser, man konzentriere sich auf eine gemeinsame Ostpolitik. Er – Ehmke – sei der Meinung, man müsse beides machen.

Verteidigungsminister Chevènement betätigte, daß die Politik gegenüber Moskau nicht von der Sicherheit Europas zu trennen sei. Hiermit zeigte sich MdB Prof. Ehmke voll einverstanden.

Verteidigungsminister Chevènement kam auf die Protokolle zurück und erklärte, ihm stelle sich eine einzige Frage, nämlich ob die SPD die Protokolle ratifizieren werde.

MdB Prof. Ehmke stellte fest, daß die SPD gerne ratifizieren würde, dies aber nur dann tun werde, wenn beide Vertragspartner feststellten, daß es keine Festlegung der Strategie gebe. Es sei einfach falsch, völkerrechtlich eine Strategie festzuschreiben.

Verteidigungsminister Chevènement erklärte, daß man diese Frage nicht juristisch ansprechen solle, sondern sich die Frage stellen müsse, ob die getroffene Aussage die gemeinsame Politik sei. Er wies darauf hin, daß sich Präsident Mitterrand in seiner Rede deutlich auf die Allianz bezogen habe, und fragte, ob es möglicherweise einen Ausweg gebe, wenn die Amerikaner in Rich-

14 Für den Wortlaut der von der Tagung des WEU-Ministerrats am 26./27. Oktober 1987 in Den Haag verabschiedeten Erklärung „Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen" vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 613–616.

tung auf Abschreckung und Abstand von den Gefechtsfeldwaffen mitmachen würden.

MdB Prof. Ehmke erwiderte, daß das Protokoll hierauf nicht eingehe, weil in ihm nicht unterschieden würde zwischen der Strategie der NATO und der Frankreichs. Die SPD wolle lediglich, daß die Diskussion über die Strategie offengehalten würde. Offensichtlich gebe es ja keinen grundsätzlichen Streit. Man müsse jedoch sehen, daß aus einer kleinen Mißverständlichkeit ein großes Problem werden könne.

Verteidigungsminister Chevènement wies darauf hin, daß der Text des Protokolls nicht sehr zwingend sei, wenn er von einer geeigneten Zusammensetzung nuklearer und konventioneller Streitkräfte spräche.

MdB Duve unterstrich den Wunsch der SPD, ein großes Abstimmungsergebnis zu erzielen. MdB Prof. Ehmke ergänzte, daß es schade sein würde, wenn die SPD nicht zustimmen könnte.

Verteidigungsminister Chevènement beendete das Gespräch mit einem Hinweis auf die positive Rolle MdB Prof. Ehmkes in Münster und stellte abschließend fest, daß ein Text wie der des Protokolls eine wirkliche Übereinstimmung beider Seiten darstellen müsse. Daher müsse man noch mehr sprechen. Er erbat eine Kopie der Bundesratsdrucksache, die ihm zugesagt wurde.[15]

[gez.] Pfeffer

Referat 202, Bd. 140639

15 Botschafter Pfeffer, Paris, übermittelte am 31. Oktober 1988 folgende Bewertung: „Zweck des Besuchs war in erster Linie die Unterrichtung der französischen Regierung, des Parlaments und des PS über die Einstellung der SPD zur Ratifizierung der Zusatzprotokolle zum Élysée-Vertrag. MdB Prof. Ehmke entledigte sich dieser Aufgabe mit der ihm eigenen Direktheit und Deutlichkeit. Nach erkennbarer Irritation bei Verteidigungsminister Chevènement verfeinerte er seine Präsentation im Laufe der Gespräche. Insbesondere nach seinen Gesprächen mit Bianco und Caro sieht MdB Prof. Ehmke – so äußerte er sich auch gegenüber Journalisten – die ursprünglichen Bedenken der SPD, mit dem Protokoll über den deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrat werde eine bestimmte Verteidigungsstrategie völkerrechtlich verbindlich festgeschrieben, auch auf französischer Seite als ausgeräumt an. Es bestehe kein Streit darüber, daß das Protokoll in diesem Punkt klargestellt werde. Beide Länder überlegten jetzt, in welcher Form sie dies machen wollten. Daß seine beiden anderen Gesprächspartner in dieser Sache – Chevènement und Boucheron – sich weniger klar äußerten, liegt zunächst einmal bei deren deutlich gewordener Schwierigkeit, das konkrete Anliegen MdB Prof. Ehmkes zu erfassen. […] Gespräche der Botschaft mit Beamten des Quai (u.a. d'Aboville) und des Verteidigungsministeriums (Connan) ließen erkennen, daß aus dortiger Sicht mit den Klarstellungen der Denkschrift zur Strategie und zur Bundesbank die Neutralisierung der von französischer Seite ursprünglich in das Vertragswerk projizierten Zielvorstellungen erfolgt, die deutsche Seite also Formulierungen, die F als Anspruchsgrundlage hätten dienen können, ‚entwertet' und somit quasi wieder eine Präambel wie 1963 einführt. Connan erklärte im Anschluß an das Gespräch mit Chevènement MdB Prof. Ehmke gegenüber in aller Offenheit, daß die französische Seite mit dem Wortlaut des Protokolls D noch weiter als bei der WEU-Plattform an die nukleare Komponente der Abschreckungsstrategie binden wollte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2739; Referat 011, Bd. 138449.

299

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 3648 **Aufgabe: 20. Oktober 1988, 19.42 Uhr**[1]
Ankunft: 20. Oktober 1988, 18.35 Uhr

Betr.: Lage im Baltikum;
hier: Versuch einer vorläufigen Bewertung

Bezug: DB Nr. 3437 vom 12.10.88 – Wi 400.05[2]
DB Leningrad Nr. 221 vom 30.9.88 – Pol 320.10/2[3]
DB Leningrad Nr. 222 vom 3.10.88 – Pol 320.10/2[4]
DB Leningrad Nr. 227 vom 10.10.88 – Pol 320.10/2[5]
DB Helsinki Nr. 263 vom 12.10.88 – Pr 320.40[6]
DB Leningrad Nr. 232 vom 14.10.88 – Pol 320.10/1[7]

Zur Unterrichtung

1) Im Baltikum hat sich eine politische Dynamik entfaltet, die alles das weit in den Schatten stellt, was die kühnsten Beobachter noch vor sechs Monaten für denkbar gehalten haben. Als schnurriges Politgrüppchen im April 88 bei ihrer Gründung belächelt, ist die Volksfront Estlands zur beherrschenden Massen-

1 Das von Botschaftsrat Adam, Moskau, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 9.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 21. Oktober 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Umlauf. W[ieder]V[orlage] n[ach] R[ückkehr]."
Hat Vortragendem Legationsrat Stüdemann am 21. Oktober 1988 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Grunenberg am 25. Oktober 1988 vorgelegen.
Hat Legationssekretär Höfer-Wissing am 25. Oktober 1988 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Brett am 27. Oktober 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herr Adam äußerte die Hoffnung, auf diesen Bericht ein Echo aus Bonn zu hören."

2 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, nahm Stellung zu den von den Gosplan-Direktoren Estlands, Lettlands und Litauens bei ihrem Treffen vom 21. bis 23. September 1988 in Riga verabschiedeten „Einvernehmlichen Grundprinzipien Republikanischer Wirtschaftlicher Rechnungsführung". Vgl. Referat 213, Bd. 143590.

3 Generalkonsul Metternich, Leningrad, übermittelte Eindrücke von einer Dienstreise nach Estland. Diese „bestätigen den Eindruck einer – zumindest im estnischen Bevölkerungsteil – allgemeinen Aufbruchsstimmung. Außer bei Splittergruppen […] wahrt man dabei wohl (noch) einen gesunden Sinn für bestehende Realitäten. Die Grenzen des Machbaren sind aber fließend geworden, und man fühlt sich mangels Absicherung gedrängt, möglichst schnell möglichst viele Tatsachen zu schaffen, die den Freiraum erweitern. Man hofft dabei auf die ‚normative Kraft des Faktischen' – formale Gesetzgebung ist bei dieser Vorwärtsstrategie Nebensache." Vgl. Referat 213, Bd. 143520.

4 Generalkonsul Metternich, Leningrad, teilte mit, daß die „Gosplan-Direktoren von Estland, Lettland und Litauen am 23.9. ein Protokoll zur Frage der ‚Ausarbeitung eines neuen Modells sozialwirtschaftlicher Entwicklung der Unionsrepubliken und Regionen im Lichte der Entscheidung des Juni-Plenums (1987) des ZK der KPdSU und der 9. Allunions-Parteienkonferenz'" verabschiedet hätten. Das Protokoll enthalte die „Einvernehmlichen Grundprinzipien Republikanischer Wirtschaftlicher Rechnungsführung". Vgl. Referat 213, Bd. 143520.

5 Generalkonsul Metternich, Leningrad, berichtete von der Gründungsversammlung der „Volksfront Estlands" am 1./2. Oktober 1988 in Tallinn. Vgl. Referat 213, Bd. 143520.

6 Legationsrat Auer, Helsinki, informierte über die Berichterstattung der finnischen Presse zu den „in rascher Folge stattfindenden Gründungskongressen der nationalen Volksfrontparteien" in Estland, Lettland und Litauen. Vgl. Referat 213, Bd. 143520.

7 Generalkonsul Metternich, Leningrad, berichtete von der Gründungsversammlung der „Volksfront Lettlands". Vgl. Referat 213, Bd. 143520.

bewegung geworden. Die Letten, von denen noch im Mai in Estland zu hören war, sie zeigten für Ziele und Methoden einer Volksfront kein Interesse, haben vor einer Woche in einer triumphalen Massenveranstaltung eine eigene Volksfront gegründet, die derjenigen Estlands an Radikalität nicht viel nachsteht. In Litauen ist der Gründungskongreß einer Volksfront für den 22./23.10.88 angekündigt. Die bisher inoffiziell existierende Volksfront hatte am 18.9.88 Aufmerksamkeit auf sich gezogen, als sie die kurzfristige Blockade des KKW Ignalina durchsetzte, das wegen wiederholter Störfälle in letzter Zeit für Unruhe gesorgt hat (vier Blöcke vom Tschernobyl-Typ). Selbst Weißrußland, das sich noch dem Treffen der regionalen Gosplan-Direktoren in Riga vom 22./23.9.88 verschlossen hat, zeigt jetzt Interesse an regionalem Chosrastschot und will künftig mit den drei baltischen Republiken engen Kontakt halten.

Das, was im Protokoll der drei regionalen Gosplan-Direktoren und in den am 30.9./1.10. und 9.10. in „Sowjetskaja Estonija" veröffentlichten Thesen zum Begriff „regionaler Chosrastschot" enthalten ist, würde, wenn voll umgesetzt, die zentralistische SU in einen lockeren Staatenbund verwandeln, in dem die Zentrale schließlich noch weniger Kompetenzen hätte als in der Confoederatio Helvetica.

Als Grundsatz gilt: Staatseigentum ist Republik-, nicht Unionseigentum. Außer Diplomatie und Verteidigung gilt die Prärogative der Republiken. Selbst militärische Einrichtungen können nur mit Zustimmung der betroffenen Republik betrieben werden. Es bedarf also regelrechter Stationierungs- bzw. Basenverträge. Fremde Firmen bedürfen einer Zulassung. Zu fremden Firmen zählen auch Betriebe der Union und anderer Republiken. Den Republiken steht alleinige und uneingeschränkte Steuer-, Finanz- und Währungshoheit zu. Jede Republik soll ein selbständiges Währungsgebiet sein. (Hier wird auf Finnland und Belgien als Beispiel und Vorbild verwiesen.) Den Republiken untersteht das gesamte Kommunikations- und Verkehrswesen.

Als Staatsziele werden in Estland genannt:

1) Ein Markt, in dem das Angebot von Waren und Dienstleistungen die Nachfrage übersteigt.

2) Schutz der Natur und der kulturellen Identität Estlands.

3) Stärkere Einkommensdifferenzierung, Tarifautonomie außerhalb des Staatssektors, Stärkung der Rolle der Gewerkschaften.

4) Schaffung einer Zentralbank, Steuerung der Geldmenge mit Schuldverschreibungen und Mindestreservesätzen, Vielfalt der Bankendienstleistungen.

2) Die kommunistische Führung, in Estland der von Gorbatschow im Juni 1988 von seinem Botschafterposten in Managua abberufene Vaino Väljas, in Lettland das neue Gespann Wagris–Gorbunow, stellen sich sichtbar und ohne Einschränkungen an die Spitze dieser Bewegungen. Sie halten Reden und ermuntern die Volksfront. Väljas, am 30.9. knapp von der historischen ZK-Sitzung in Moskau nach Tallinn zurückgekehrt, verlas zum Auftakt des Gründungskongresses der estnischen Volksfront eine Grußbotschaft Gorbatschows. In Lettland ruft Gorbunow nach dem Festgottesdienst im Dom, gehalten von Modriz Plāte, einem im August 1988 wegen Unbotmäßigkeit vom Bischof aus seinem Amt entfernten Probst, den Prediger an und gratuliert zu der aufrüttelnden Ansprache. (Es war der erste Gottesdienst im Dom seit dessen Profanierung zu einem Konzertsaal.)

Der gesamte Kongreß der Volksfront (einschließlich Festgottesdienst im Dom) wird im Fernsehen und Radio live übertragen, in Estland ist die Berichterstattung nahezu ebenso lückenlos.

Die kommunistische Führung praktiziert einen demonstrativ neuen Stil. Wagris etwa kommt zu Fuß zum Kongreß der Volksfront, nicht etwa in der sonst obligatorischen schwarzen Luxuslimousine mit Blaulicht und Polizeischutz. Interviewwünsche werden formlos und ungezwungen prompt erfüllt.

Väljas und Gorbunow haben eine enorme Popularität gewonnen.

3) Die Zahlen der Teilnehmer an den Gründungskongressen und der Mitglieder der Volksfronten (über 100 000 in beiden Republiken) zeigen, daß es sich um spontane, authentische Massenbewegungen handelt. Etwa ein Viertel der Mitglieder sind zugleich in der KPdSU. Die übrigen sind bisher weitgehend Unpolitische. Die Volksfronten sind im Grunde das, was die KPdSU immer zu sein behauptete: Organe, in denen die Stimme der Massen Ausdruck findet.

4) Angesichts der Dynamik und der verbalen Radikalität – in Riga wurden wiederholt Forderungen nach Austritt aus der SU laut und jedes Mal von den Kongreßteilnehmern mit donnerndem Applaus bedacht – ist es verwunderlich, daß es bisher gelungen ist, die stürmische Entwicklung in geordneten Bahnen zu halten. Weder in Estland noch in Lettland ist es bisher zu Übergriffen, Streiks oder Zusammenstößen gekommen. Allerdings werden heute erste Zusammenstöße zwischen Letten und Russen aus Riga berichtet. Dabei fehlt es nicht an Gegenkräften: In Estland haben sich die dort lebenden Russen zu einer „internationalen Bewegung" zusammengeschlossen, um ihre Interessen zu verteidigen. Miliz und Ordnungskräfte treten kaum in Erscheinung.

5) In den Volksfronten flammt die eigene Staatstradition der baltischen Republiken wieder auf. Die Renaissance der alten Staatssymbole und die Rückbesinnung auf eigene Sprache und kulturelle Identität standen an der Wiege der Volksfrontbewegung. Die Anerkennung der Landessprache als Staatssprache ist in allen Republiken inzwischen beschlossene Sache. Estland will ab März 1989 eine eigene Zeitzone bilden (Anlehnung an Finnland?). Mitauslöser des republikanischen Selbstbewußtseins war das Gefühl, von Rußland ein verfälschtes Geschichtsbild oktroyiert zu erhalten: Die Debatten über den Hitler-Stalin-Pakt[8] und über die wahren Vorgänge zwischen 1940 und 1947 haben kräftig zum Bewußtsein selbständiger Traditionen und Werte beigetragen.

6) Die bisher bekannten Dokumente der Volksfronten ergeben zunächst ein erschütterndes Bild von Mißwirtschaft, ökologischer Blindheit, Ineffizienz, hochmütiger Missachtung gewachsener Traditionen und lokaler Interessen und weitgehender Entmündigung. In Riga wurde beispielsweise erst durch amerikanische Inspektionen bekannt, daß SS-20 in unmittelbarer Nähe des Stadtgebiets disloziert waren. Die Esten stellen nüchtern fest:

Nur 13 Prozent des lokal erwirtschafteten BSP wird von estnischen Behörden kontrolliert. Die Rohstoff- und Energieintensität der estnischen Volkswirtschaft liegt höher als in allen anderen Industrieländern, die Qualität der Produkte ist weit vom Weltmarktstandard entfernt. In den letzten Jahren wurden bei 40 Pro-

8 Zur Diskussion in der UdSSR über den „Hitler-Stalin-Pakt" vom 23. August 1939 vgl. Dok. 236.

zent aller kontrollierten Betriebe schwerwiegende Verstöße gegen Normen, Vorschriften, Sicherheitsmaßnahmen und Qualitätskontrollmechanismen festgestellt. Trotz hoffnungslos überalterter Produktionsanlagen ist kein Geld für Erneuerungsinvestitionen vorhanden, während gleichzeitig gigantische Neubauprojekte Unsummen und kostbaren Grund und Boden verschlingen. Bei umweltbedingten Erkrankungen (Ekzeme, Bronchitis, Krebs, aber auch nervöse Störungen) wird ein besorgniserregendes Ansteigen verzeichnet.

7) Herrscht in der Diagnose weitgehend Einigkeit, so zeichnen sich die Vorschläge zur Therapie durch viele verschwommene Begriffe, laienhaft-naives Denken und einen guten Schuß utopistischer Hoffnung aus. Ob den Leuten, die etwa eine eigene Währungszone fordern, klar ist, welche Probleme damit heraufbeschworen werden, scheint fraglich. Ebenso fehlt die Einsicht, daß das Baltikum sich heute nur unter unabsehbaren Opfern von dem Rest der SU abtrennen könnte. Über Rohstofflieferungen und Absatzmärkte ist das Baltikum aufs engste mit den übrigen Sowjetrepubliken verbunden. Alternative Lieferanten oder Abnehmer sind einstweilen nicht ersichtlich. Ebenso gering scheinen die Chancen zu sein, wirkliche Souveränität zu gewinnen (wobei gerade dieser Begriff in den Debatten sehr eigenwillige Ausdeutungen erfährt).

8) Dementsprechend sind die Reaktionen hier in Moskau einstweilen gelassen-abwartend. A. Jakowlew (PB-Mitglied) und Afanassjew (Historiker) haben darauf verwiesen, daß die Neuerrichtung von Duodezgrenzen der globalen Entwicklung nach wirtschaftlicher Integration zuwiderläuft. Die meisten Umweltprobleme könne man nicht kleinräumig angehen, da sie doch ihrer Natur nach aller Grenzen spotten. Auch gibt man sich hier zwar verbal für „regionalen Chosrastschot", verbindet damit aber wenig mehr als die Einsicht, daß mit den neuen Wirtschaftsprinzipien irgendwo erst einmal begonnen werden muß. Kuraschwili etwa, eines der Gründungsmitglieder der estnischen Volksfront, belächelt die Forderungen nach eigenem Währungsgebiet, nach uneingeschränkter Steuer- und Finanzhoheit und nach exklusiver Zuständigkeit für Verkehrs- und Kommunikationswesen. Für ihn ist regionaler Chosrastschot nur ein Sonderfall des allgemeinen Chosrastschot, den es anzustreben gilt und der dann natürlich auch erlauben wird, die Wirtschaftsleistung von regionalen Einheiten – Republiken und Oblasts – genau zu bestimmen. Eine Devolution von genuinen Hoheitsrechten kann sich dieser kenntnisreiche Jurist nur in sehr eng beschränktem Umfang vorstellen, sieht aber die Bildung der „Volksfronten" immerhin als ersten Schritt auf dem Wege zu einem erhofften Mehrparteiensystem.

[9]9) Wertung

Die Lage ist im Fluß. Jeder Wertungsversuch muß sich seiner Vorläufigkeit bewußt sein. Dennoch scheinen folgende Überlegungen nützlich zu sein:

Im Baltikum ist eine elementare Springflut politischer Aktivität ausgelöst worden. Nahezu die gesamte autochthone Bevölkerung erwacht zu politischem Selbstbewußtsein.[10] Die politische Führung im Baltikum weiß, daß sie diese mächtige Woge nicht brechen oder zurückhalten kann. Da sie das, was geschieht, nicht

[9] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 3649 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

[10] Dieser Satz wurde von Legationssekretär Höfer-Wissing hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Sie wird die nicht-autochthone nachziehen."

aufhalten kann, setzt sie sich an die Spitze der Bewegung und sucht sie behutsam innerhalb einer Bahn des Erträglichen zu lenken. Das ist bisher gelungen. Trotz aller verbalen Radikalität betonen die Führer der Volksfronten, daß

– sie keine eigene Partei, keine Alternative und schon gar nicht Opposition gegen die herrschende Kommunistische Partei sein wollen,
– eine Sezession ernsthaft nicht in Frage kommt. Bisher ist es der Führung der Volksfronten gelungen, vereinzelte Stimmen, die offen eine Sezession fordern, als nicht repräsentativ darzustellen.

Damit steuern sie bislang haarscharf an den Klippen vorbei, die unweigerlich zu einer harten Konfrontation mit der Moskauer Zentrale führen müßten. Auffallend ist Gorbatschows starkes persönliches Engagement zugunsten der Volksfronten. Er hat sie nicht nur gewähren lassen, er hat sie mit Grußbotschaften unterstützt und somit sein Schicksal mit dem Gelingen dieses Experiments verknüpft. Väljas gilt als sein alter Vertrauter, Gorbunow erscheint in seinem jugendlichen Schwung, seiner unkonventionellen Willensstärke und seinem Charisma als kongenial.

Gorbatschows Interessen könnten folgende sein:

9.1) Positiv:

– Das Baltikum könnte ein Modell für Demokratisierung werden. Im Grunde entspricht der Aufbruch von Massen zu politischem Selbstbewußtsein und zur Forderung von Mitspracherechten dem, wozu Gorbatschow bisher aufgerufen hat.
– Gorbatschow braucht dringend ein erfolgreiches Beispiel, in dem seine weitgehend verbalen Reformabsichten endlich konkrete Gestalt annehmen. Im Baltikum sind unternehmerisches Denken, Traditionen bäuerlicher Selbständigkeit noch am ehesten wach. Hier ist auch die günstigste „Schnittstelle" für die erhoffte Wirtschaftskooperation mit dem Westen. Hier sind Gemeinschaftsunternehmen mit westlichen Partnern am leichtesten denkbar.
– Darüber hinaus könnte das Baltikum entscheidende Impulse für die neue Nationalitätenpolitik liefern. Sollte es gelingen, im Baltikum auf friedlichem, einvernehmlichem Weg auf neue Formen des Zusammenlebens zwischen den Nationalitäten überzugehen, würde dies Modellfunktion für andere Teile der SU entfalten, wo gegenwärtig die Neigung zur Konfrontation überwiegt (Kaukasus).
– Das Baltikum ist somit Laboratorium und Schaufenster für Gorbatschowsche Vorstellungen. Die Zügel werden zur Zeit vielleicht absichtlich lang gelassen in der Berechnung, sie wieder etwas straffer aufzunehmen, sobald die erste Woge emotionaler Hochstimmung verflogen ist.

Ein gewaltsames Zurückdrängen des „baltischen Herbstes" nach dem Vorbild des „Prager Frühlings" (Einmarsch, Repressionen) erscheint als schwer vorstellbar. Zumindest würde Gorbatschow eine solche Entwicklung nicht überleben. Dafür hat er sich zu stark mit der Bewegung im Baltikum identifiziert.

9.2) Um so wichtiger ist es, daß Gorbatschows negative Interessen von den Führern der Volksfront beachtet werden:

– Es darf zu keinen größeren Unruhen, Streiks oder Provokationen der Sicherheitskräfte kommen. Dies würde nur diejenigen Stimmen stärken, die heute schon lautstark nach Disziplin und Ordnung rufen.

– Die Sicherheitslage der SU an der Ostseefront darf nicht gefährdet werden. Jeder Versuch, den Republiken ein echtes Mitspracherecht in Verteidigungsfragen einzuräumen, wird in Moskau äußersten Argwohn wachrufen.
– Der Bestand der Union darf nicht in Frage gestellt werden. Jeder ernsthafte Versuch einer Sezession würde eine offene Krisensituation heraufbeschwören, gerade auch im Hinblick auf die beträchtliche russische Bevölkerung im Baltikum.
– Der Monopolanspruch der kommunistischen Partei muß – zumindest einstweilen – respektiert werden. Dabei ist ein rascher Assimilierungs- und Absorptionsprozeß zwischen Partei und Volksfront nicht ausgeschlossen, wobei allerdings unklar bleibt, in welcher Richtung er verläuft und wie weit er geht.

Hierbei wird auch Gorbatschow und seine Umgebung sich darüber bewußt sein, daß das Baltikum über eigene Traditionen und Gesellschaftswerte verfügt, die es im sowjetischen Staatsverband immer schon eine Sonderrolle haben spielen lassen. Vermutlich deshalb ist man in Moskau bereit, dort mehr zu dulden als in anderen Republiken und die Grenzen für das laufende „Experiment" großzügig zu ziehen. Dabei läßt sich nicht ausschließen, daß in Moskau die Explosivität der Lage unterschätzt wird.

10) Schlußfolgerungen

Unsere Haltung zum Baltikum[11] war bisher geprägt von juristischer Nichtanerkennung der seit 1940 bestehenden politischen Lage. Die politische Begründung für diese Haltung lag u.a. darin, daß wir nicht wußten, was die betroffene Bevölkerung der baltischen Republiken denkt.

Dieses Argument wird zunehmend hinfällig. Die Volksfronten[12] können legitimen Anspruch erheben, die autochthone Bevölkerung des Baltikums zu repräsentieren.

Die unerwartete Dynamik der Entwicklungen macht es wahrscheinlich, daß der Westen sich schon in nächster Zukunft mit Kontakt- und Kooperationsangeboten aus dem Baltikum konfrontiert sieht. Diese Angebote rundweg abzuweisen, wäre politisch nicht ratsam. Eine förmliche Revision der 1940 entstandenen Lage ist politisch, wirtschaftlich und sozial nicht mehr realistisch. Wir dürfen uns dem Baltikum gegenüber, mit dem uns historische, kulturelle und moralische Beziehungen verbinden, nicht in eine Nicht-Anerkennungs-Sackgasse verrennen. Wenn wir Kontakte mit Bestrebungen im Baltikum aufnehmen, die darauf gerichtet sind, die Bindungen zur Moskauer Zentrale zu lockern und die eigene Autonomie zu stärken, so könnten wir damit einen aktiven Beitrag leisten, die schlimmsten Folgen der Annexionen zu mildern und das Leben für die im Baltikum lebende Bevölkerung erträglicher zu machen.

Wir sind in unseren Entscheidungen hinsichtlich des Baltikums auf Konsultationen mit unseren Verbündeten angewiesen. Wir sollten die Vorgänge im Baltikum

11 Zur Politik der Bundesrepublik im Baltikum vgl. Dok. 96.

12 Der Passus „Dieses Argument … Volksfronten" wurde von Legationssekretär Höfer-Wissing durch Stern hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Allerdings müssen sich die Volksfronten taktisch geschickt verhalten und daher weiterreichende Forderungen (Unabhängigkeit) möglicherweise noch zurückhalten."

sorgfältig verfolgen und rechtzeitig Kriterien und Ziele definieren, nach denen unsere Politik einem im Aufbruch befindlichen Baltikum dienen kann.

11) Ergänzende Materialen zu diesem DB werden per Büro-Notiz mit Kurier übersandt.

[gez.] Meyer-Landrut

Referat 213, Bd. 143520

300

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Moskau

Geheim **24. Oktober 1988**[1]

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Michail Sergejewitsch Gorbatschow, am 24. Oktober 1988, 15.30 bis 18.00 Uhr im Kreml[2]

Teilnehmer: Tschernjajew, Persönlicher Referent des Generalsekretärs; Horst Teltschik, Ministerialdirektor; Kurpakow, Dolmetscher; Andreas Weiß, Dolmetscher.

Generalsekretär *Gorbatschow* leitete das Gespräch mit dem Hinweis ein, daß er sich heute sein Interview im „Spiegel“[3] angesehen habe und dabei auf eine Karikatur aufmerksam wurde, die den Bundeskanzler zeige, wie er mit großen und vollen Koffern auf die Reise gehe[4].

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß dem Generalsekretär etwas gelungen sei, was noch niemand erreicht habe, daß er nämlich seit zwölf Jahren zum ersten Mal wieder den „Spiegel“ gelesen habe. Damit sei ja bereits das erste Ergebnis des Besuches da, fuhr GS *Gorbatschow* fort. Er habe mit diesem Erfolg nicht gerechnet, daß der Bundeskanzler sein Interview lesen werde.

Nach diesem Wortwechsel erklärte GS Gorbatschow, daß er den Bundeskanzler herzlich in Moskau begrüße. Dieser Besuch sei ein wirklich großes Ereignis, das über die bilateralen Beziehungen hinausreiche. Es sei nicht so einfach gewesen,

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 10. November 1988 gefertigt und am 23. Dezember 1988 an Bundesminister Genscher „im Auftrag des Herrn Bundeskanzlers […] zu Ihrer persönlichen Unterrichtung“ übermittelt.
Hat Genscher am 3. Januar 1989 vorgelegen.
Zum Gespräch vgl. auch GORBATSCHOW, Sobranie, Bd. 12, S. 266–272 (Auszug). Für den deutschen Wortlaut vgl. GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, S. 122–126 (Auszug).

2 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR auf. Vgl. dazu auch Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

3 Vgl. DER SPIEGEL, Nr. 43 vom 24. Oktober 1988, S. 20–31.

4 Für die Karikatur von Joseph Gottscheber („Pepsch“) vgl. DER SPIEGEL, Nr. 43 vom 24. Oktober 1988, S. 16.

diesen Besuch sowie den Gegenbesuch zu vereinbaren, der im nächsten Jahr stattfinden solle.[5] Daß der Bundeskanzler jetzt hier sei, sei ein Zeichen dafür, daß sie die Bedeutung der Beziehungen sehr gut verstehen würden und die Besuche gut vorbereitet worden seien.

Der *Bundeskanzler* bedankte sich für die freundliche Begrüßung und übermittelte dem Generalsekretär die Grüße des Bundespräsidenten. Dies sei sein Bekannter, warf GS *Gorbatschow* ein.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß es gut wäre, wenn möglichst ein Termin für den Gegenbesuch gefunden werden könnte. Dieser sollte zu einem Zeitpunkt stattfinden, zu dem man mit besseren Wetterverhältnissen rechnen könnte. Außerdem wolle er gerne den Generalsekretär auch außerhalb Bonns bei sich zu Hause begrüßen. Er wolle damit auch etwas Besonderes zum Ausdruck bringen, und zwar ganz persönlich.

Sein Besuch in Moskau sei in doppelter Hinsicht wichtig: einmal für ihn als Helmut Kohl, zum anderen für ihn als Bundeskanzler. Als Helmut Kohl gehe er davon aus, daß der Generalsekretär und er ungefähr gleich alt seien und der gleichen Generation angehören würden, die noch den Krieg erlebt hätte, ohne im eigentlichen aber davon persönlich betroffen worden zu sein. Er selbst sei am Ende des Krieges noch für ein Vierteljahr bei der Heimatflak gewesen, die jedoch bedeutungslos gewesen sei. Aber die Familien beider seien unmittelbar vom Krieg betroffen gewesen. Der Vater des Generalsekretärs sei Soldat gewesen und verwundet worden. Sein eigener Bruder sei mit 18 Jahren gefallen. Seine Frau sei Flüchtling. Es handele sich bei ihm also um eine richtige deutsche Familie. Der Generalsekretär habe eine Tochter, er selbst zwei Söhne, die jetzt beide Studenten und Reserveoffiziere seien. Er wolle damit zum Ausdruck bringen, daß Menschen ihrer Generation miteinander nicht reden könnten, ohne diese Erfahrungen vor Augen zu haben. Er könne es nicht, aber auch nicht der Generalsekretär, so wie er ihn einschätze. GS Gorbatschow nickte zustimmend.

Was sei jetzt ihre gemeinsame Aufgabe? In zwölf Jahren gehe dieses Jahrhundert zu Ende. Die Geschichte dieses Jahrhunderts lehre, daß Krieg und Gewalt kein Mittel der Politik sein könnten. Krieg würde heute die Apokalypse bedeuten. Gorbatschow sei Generalsekretär der KPdSU, er sei der Vorsitzende der größten christlich-demokratischen Partei in Europa. Beide verträten unterschiedliche Ideologien und Auffassungen und wollten dies auch nicht verniedlichen. Dies gehöre zu den Realitäten.

Sicherlich könnten sie jetzt stundenlang über ideologische Fragen diskutieren, aber keiner würde den anderen bekehren können. Deshalb stelle sich die Frage, was sie konkret tun könnten.

Der Generalsekretär habe vieles sehr konkret in Angriff genommen. Seine Politik sei durch mehr Offenheit geprägt. Dies biete eine Chance für Zusammenarbeit, und deshalb sei er nach Moskau gekommen. Erstens gehe es ihm darum, einen sehr persönlichen Kontakt zu begründen, auch wenn es unterschiedliche Meinungen gebe. Sie sollten direkt miteinander reden oder telefonieren. Was könnten sie darüber hinaus tun? Es sei gut, daß beide Besuche eine Einheit

[5] Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte in Begleitung des sowjetischen Außenministers Schewardnadse die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu AAPD 1989.

darstellten. GS Gorbatschow nickte zustimmend. Dies ermögliche es, in der Zwischenzeit die Arbeit fortzusetzen, weitere Überlegungen anzustellen, Aufträge zu erteilen, um sie dann beim Gegenbesuch zum Abschluß zu bringen.

Die Chancen für Fortschritte stünden gut. In die West-Ost-Beziehungen sei jetzt Bewegung gekommen. In 14 Tagen werde ein neuer amerikanischer Präsident gewählt.[6] Wer immer es am Ende sein werde, er werde die Politik der Abrüstung und Rüstungskontrolle fortführen. Die Bundesregierung werde dazu ihren Beitrag leisten. Sie sei der wichtigste Partner der USA in Europa. Die Bundesrepublik Deutschland sei eine konventionelle und nicht eine nukleare Macht. Sie wolle auch keine Nuklearmacht werden. GS *Gorbatschow* nickte zustimmend.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß die Bundeswehr jedoch die stärkste konventionelle Armee in Europa neben der der USA sei. Ebenso sei sie wirtschaftlich die Nummer Eins in Europa. Alles sehe danach aus, daß sich an diesem Sachverhalt nichts ändern werde.

Der Bundeskanzler versicherte dem Generalsekretär, daß mit dem Binnenmarkt 1992 kein neuer Vorhang in Europa errichtet werden solle. Das Bild vom gemeinsamen europäischen Haus, das der Generalsekretär immer wieder anspreche, gefalle ihm sehr gut. Ziel müsse es jedoch sein, ein Haus zu errichten, das viele Türen und Fenster enthalte und in dem alle Bewohner ungehindert ein- und ausgehen könnten.

Die Sowjetunion sei für die Bundesrepublik Deutschland der wichtigste Nachbar im Osten. Selbstverständlich strebe sie darüber hinaus auch gute Beziehungen mit den anderen Nachbarn an. Dennoch sei die Sowjetunion der wichtigste.

Der Generalsekretär habe ihm in einem Brief geschrieben, daß er ein neues Kapitel in den beiderseitigen Beziehungen aufschlagen wolle.[7] Er sei dazu bereit. Ein solches Kapitel müsse alle Bereiche umfassen, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen, den humanitären Bereich, Abrüstung und Entspannung sowie den Austausch junger Menschen.

Der Generalsekretär habe große Pläne zur Entwicklung seiner Wirtschaft auf den Weg gebracht. Aus diesem Grunde habe er auch eine große Wirtschaftsdelegation mit nach Moskau gebracht. Nie zuvor habe es eine solch große und solch gewichtige Delegation von Wirtschaftlern gegeben. Er könne dem Generalsekretär versichern, daß es sich dabei um sehr vernünftige Leute handele, die wüßten, daß nicht alles über Nacht erreicht werden könne. Er selbst sei deshalb der Auffassung, daß es jetzt wichtig sei, viele, viele kleine Schritte zu unternehmen. Der Bundeskanzler erinnerte an die Breschnew/Brandt-Gespräche, die große Erwartungen und Visionen wirtschaftlicher Zusammenarbeit entwickelt hätten, die jedoch alle enttäuscht worden seien. Er schlage deshalb vor, jetzt viele Bäume zu pflanzen, die eines Tages einen kräftigen Wald ergäben.

In diesem Zusammenhang schlage er beispielsweise vor, daß die Sowjetunion in den nächsten drei Jahren, 1989 bis 1991, jährlich tausend junge Menschen

6 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

7 Für das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 1. Oktober 1987 an Bundeskanzler Kohl vgl. Referat 213, Bd. 143532.
Für das Antwortschreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 24. November 1987 vgl. AAPD 1987, II, Dok. 335.

in die Bundesrepublik Deutschland entsenden solle, Praktikanten, Angehörige des mittleren Managements und andere. Es handele sich dabei um eine Einladung der Bundesrepublik Deutschland. Er wolle ein Beispiel nennen. Der Hamburger Unternehmer Körber sei bereit, auf seine Kosten zwölf sowjetische Praktikanten für 18 Monate in die Bundesrepublik einzuladen und auszubilden. Körber sei Mitglied seiner Delegation. Die übrigen Einladungen erfolgten im Namen der Bundesregierung.

Der Bundeskanzler bekräftigte noch einmal, daß dies aus seiner Sicht der richtige Weg für eine vernünftige Zusammenarbeit sei. Auf diese Weise könnte man viele Bäume pflanzen, die dann einen Wald ergeben würden.

GS *Gorbatschow* erwiderte: Wenn der Bundeskanzler an einen Wald denke, dann könne es nicht darum gehen, nur Bäume zu pflanzen, die dann wieder eingehen würden. Wichtig wäre es, daß am Ende ein guter Wald entstehen würde.

Beim Thema Wald würden die Deutschen keinen Spaß verstehen, fuhr der *Bundeskanzler* fort. Wald habe bei den Deutschen etwas mit Mythologie zu tun. Wenn er deshalb von einem Wald spreche, dann sei dies kein leeres Gerede.

Der Bundeskanzler erinnerte daran, daß die Geschichte der deutsch-russischen bzw. deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht nur von Krieg geprägt sei. Diese Beziehungen umfaßten mehr als 600 Jahre, die als ganzes betrachtet werden müßten. Die Musik von Schostakowitsch erinnere z. B. an Beethoven; Verbindungen gebe es, wenn man Dostojewski lese oder durch die Eremitage gehe. Einen regen Austausch in beide Richtungen habe es in der Medizin, Mathematik und in der Literatur gegeben. Er frage sich, warum man diese fruchtbare Zusammenarbeit nicht wieder aufnehmen könnte? Er sei überzeugt, daß dies jetzt wieder möglich sei, obwohl sie sich der bestehenden Gegensätze bewußt seien. Diese Unterschiede müsse man erkennen. Dies schließe jedoch nicht aus, vernünftig zusammenzuarbeiten. Dies alles wolle er gerne dem Generalsekretär gesagt haben.

GS *Gorbatschow* erwiderte, daß er von den einleitenden Worten des Bundeskanzlers Gebrauch machen wolle. Der Bundeskanzler sei bereit, das Angebot anzunehmen, sich darum zu bemühen, ein neues Kapitel in den Beziehungen aufzuschlagen. Sie hätten zuerst daran gedacht, eine neue Seite aufzuschlagen. Dies sei ihnen jedoch als nicht ausreichend erschienen. Deshalb würden sie jetzt von einem neuen Kapitel sprechen. Es gehe jetzt um die erste Seite des neuen Kapitels, warf der *Bundeskanzler* ein.

GS *Gorbatschow* fuhr fort, daß es in einem Kapitel mehrere Seiten gebe. Die erste Seite sei die schwierigste. Sie hätten sich diesen Schritt lange überlegt und seien dabei zu der tiefen Überzeugung gelangt, daß es die richtige Entscheidung sei. Sie hätten die Beziehungen auch so wie bisher fortsetzen können; sie hätten sie allmählich aufstocken können; die Begegnungen hätte man allmählich steigern können; einige Verträge mehr hätten abgeschlossen werden können und es hätte ein bißchen mehr Austausch geben können. Ein solcher Weg sei auch annehmbar und ein solches Vorgehen wäre ebenso möglich gewesen. Er habe jedoch den Eindruck, daß sich ein solcher Weg nicht länger bewährt habe. Es sei nicht ausreichend, wenn sich zwei Staaten wie die unsrigen damit begnügen würden. Er wolle ganz offen sein: Seit dem letzten Gipfeltreffen zwischen beiden

Staaten seien fünf Jahre verstrichen.[8] Seitdem habe sich vieles verändert und zu verändern begonnen. Ein dynamischer Prozeß habe sich in Europa entwickelt. Sie hätten deshalb verspürt, daß die bisherige Form des Dialoges nicht zufriedenstellend sei. Der *Bundeskanzler* stimmte zu.

GS *Gorbatschow* erklärte, daß es deshalb beide Seiten nicht dabei belassen sollten. Er sei überzeugt, anders handeln zu müssen. Sie seien deshalb auf die Idee gekommen, eine neue Seite, ein neues Kapitel aufzuschlagen. Es sei darüber mit AM Genscher[9] und mit dem Bundespräsidenten[10] gesprochen worden, und diese seien gebeten worden, dem Bundeskanzler den Gedanken zu übermitteln, hierüber nachzudenken.

Heute würden sie es gemeinsam überlegen und sich Gedanken machen. Sie seien zu dem Entschluß gekommen, diese Absichten zu realisieren. Er sei damit einverstanden, daß es dabei um einen bestimmten Prozeß gehe. Er sei jedoch nicht davon überzeugt, ob das Bild von den kleinen Schritten glücklich sei. Politik der kleinen Schritte könne auch heißen, auf der Stelle zu treten.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß es sich dabei um ein Bild aus einem deutschen Jugendmärchen handele. In diesem Märchen ginge eine Person mit kleinen Schritten erfolgreich voran; eine andere dagegen, die mit großen Schritten voraneile, stürze in den Abgrund. Wenn er von kleinen Schritten spreche, gehe es ihm nicht darum, auf der Stelle zu treten, sondern mit soliden Schritten voranzugehen.

GS *Gorbatschow* erwiderte, daß es ihm um durchdachte Schritte gehe. Aber er sehe, daß es zwischen ihnen keine Mißverständnisse mehr in dieser Frage gebe. In Rußland gebe es den Ausdruck: Ohne Unterholz gebe es keinen Wald. Wenn er vor den Kadern spreche, würde er immer über dieses Sprichwort reden.

Das neue Kapitel in den beiderseitigen Beziehungen betrachte er als eine Hauptaufgabe. Es gehe darum, ein neues Verständnis der Beziehungen, des politischen Dialogs und der Zusammenarbeit zu entwickeln. Er verstünde das so, daß beide Seiten als Partner auftreten sollten, um beste Lösungen für die Sicherheit in Europa zu finden. Sie sollten gemeinsam nach Wegen suchen, den europäischen Prozeß zu aktivieren und zu einer Gesundung der internationalen Beziehungen beizutragen. Auch die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen müßten auf eine langfristige Grundlage gestellt werden. Der *Bundeskanzler* warf ein, daß auch für ihn die Langfristigkeit in den Beziehungen besonders wichtig sei und er dies besonders unterstreichen wolle. GS *Gorbatschow* fuhr fort, daß er ursprünglich den Bundeskanzler in Anwesenheit der Geschäftsleute kritisieren wollte, daß er sie nicht genügend unterstütze. Wenn sie jetzt jedoch über die

8 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

9 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 21. Juli 1986 in Moskau; AAPD 1986, II, Dok. 209.
Vgl. dazu ferner das erste Gespräch von Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 18. Januar 1988; Referat 213, Bd. 147135.

10 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker und Bundesminister Genscher sprachen am 7. Juli 1987 mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 206.
Vgl. dazu ferner das Gespräch Weizsäckers mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 18. Januar 1988; Referat 213, Bd. 147135.

Langfristigkeit der Beziehungen sprechen würden, würde er das nicht mehr machen.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß Geschäftsleute sowohl heute als auch langfristig Geschäfte machen wollten. Es ginge ihnen um den kurzfristigen wie um den langfristigen Erfolg.

GS *Gorbatschow* fuhr fort, daß es ein gesamteuropäisches Haus geben werde. Seine Überlegungen im Zusammenhang mit einem neuen Kapitel gingen dahin, eine strategische Wende in den beiderseitigen Beziehungen zu erreichen. Es gehe dabei nicht darum, ob die Sowjetunion die Bundesrepublik oder die Bundesrepublik die Sowjetunion locke. Es gehe ihm um eine ehrliche Politik. Er sei nicht ängstlich, warf der *Bundeskanzler* ein.

GS *Gorbatschow* wiederholte, daß es ihm um eine ehrliche Politik gehe, die sowohl für seine Verbündeten wie für die des Bundeskanzlers verständlich sei. Er gehe davon aus, daß sowohl die Sowjetunion wie die Bundesrepublik über Potentiale verfügten, um zur Gesundung Europas beitragen zu können. Dies sei das wichtigste Ziel der Zusammenarbeit.

Seine Führung gehe davon aus, und dies habe er auch beim Bundeskanzler vermerkt, daß die bestehenden Realitäten anerkannt und darauf aufgebaut werden müßte. Beide Seiten gehörten verschiedenen Systemen an. Beide Seiten verfolgten bestimmte Werte und gehörten verschiedenen politischen und militärischen Organisationen an. Beide Seiten verfolgten ihre eigenen Interessen und die ihrer jeweiligen Bündnispartner.

Man habe vor sich eine Superaufgabe: Man müsse das Überleben Europas gewährleisten und die Natur als Lebensgrundlage gesundhalten. Man müsse mit den Ressourcen wie mit den Errungenschaften der Wissenschaft vernünftig umgehen, die Traditionen der europäischen Kultur bewahren und neue schaffen. Diese Aufgaben gingen alle gleichermaßen an.

Wie müßten sie handeln? Man müßte auf die Mechanismen in Ost und West einwirken, damit sie letzten Endes im Zusammenwirken funktionierten. Es müsse ein gemeinsames Europa angestrebt werden, nicht als eine einheitliche Organisation, sondern mit übergreifenden Strukturen, zur Lösung gemeinsamer Aufgaben.

Aufgrund des Einflusses Europas auf die internationale Politik wäre ein solcher Prozeß auch für die USA und Kanada wichtig. Die Sowjetunion würde sie alle einladen, an der Lösung dieser gemeinsamen Aufgaben mitzuwirken.

GS Gorbatschow bekräftigte noch einmal, daß jetzt die Zeit gekommen sei für eine entscheidende Wende in den beiderseitigen Beziehungen. Jetzt in diesen Tagen würden sie beide den Grundstein für ein neues Gebäude der Beziehungen legen. Er sei bereit, weiter daran zu arbeiten, um beim Gegenbesuch eine gemeinsame Konzeption vereinbaren zu können.

Der *Bundeskanzler* erklärte sich einverstanden. Er wolle noch einmal auf die Frage der persönlichen Beziehungen zurückkommen. Es sei auch seine Meinung, daß keiner den anderen zu etwas locken wolle. Es sei jetzt nicht die Zeit für eine Kabinettspolitik des 19. Jahrhunderts. Zu offenkundig sei die heutige Lage. Die Sowjetunion sei die Führungsmacht im Warschauer Pakt und eine Weltmacht. Die Bundesrepublik sei Mitglied der NATO und eine Mittelmacht. Dies

sei alles bekannt. Er sei einverstanden, daß man von den Realitäten ausgehen müsse. Das heiße aber auch, daß man miteinander ehrlich umgehen und miteinander auch darüber reden müsse, was beide Seiten nicht gerne hören würden. Es sei jetzt das wichtigste, neues Vertrauen zu begründen. Dies sei die Grundlage für alles andere. So könne es auch keine wirkliche Abrüstung ohne eine Vertrauensgrundlage geben. Abrüstung erfordere Kontrolle. Diese könne jedoch aber Vertrauen nicht ersetzen. Deshalb müsse man versuchen, sich immer wieder in die Lage des anderen zu versetzen.

Von seiner Mutter habe er den Satz gelernt, und dieser gelte auch für die Politik: Man soll dem anderen nicht zumuten, was man nicht selbst zugemutet haben möchte. Auch er habe dies in seinem „Spiegel"-Interview gesagt, warf GS *Gorbatschow* ein.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß die Realitäten in Europa für die Deutschen sehr schwierig seien, trotzdem müßten sie damit leben. Es gehe dabei weniger um die ideologischen als um die psychologischen und tatsächlichen Gegebenheiten. In beiden Weltkriegen sei Entsetzliches im Namen der Deutschen geschehen. Am Ende des Krieges sei auch Schlimmes gegenüber den Deutschen geschehen. Zu den Realitäten gehöre, daß man diese Ereignisse nicht vergessen, aber auch daraus lernen müsse.

Zu den Realitäten gehöre aber auch die Verschiebung der Grenzen. Deutschland habe ein Drittel des Reichsgebietes verloren. Deutschland sei geteilt. Zu den Realitäten gehörten aber auch die Verträge von Moskau[11], Warschau[12], Prag[13] und die anderen Ostverträge. Der Moskauer Vertrag sei gewissermaßen die Mutter aller dieser Verträge. Er habe von Anfang an gesagt, pacta sunt servanda, unabhängig davon, ob man mit den Verträgen zufrieden gewesen sei oder nicht. Es gebe jedoch ein Problem, wo sie sich nicht einig sein könnten. Beide sollten auch akzeptieren, daß man sich in dieser Frage nicht einig sei. So würden wir Deutsche sagen, daß die Teilung nicht das letzte Wort der Geschichte sei. Wir seien jedoch Realisten: Gewalt und Krieg könnten keine Mittel der Politik sein. Dieses Ziel könne nur mit friedlichen Mitteln und im Einvernehmen der Nachbarn verfolgt werden. Dies könne ein sehr langer Prozeß sein. Er wolle noch einmal bekräftigen, daß es kein Rückfall in den Revanchismus sei, wenn die Deutschen sagen würden, sie hielten an der Einheit der Nation fest und wenn sie für die Einheit ihres Vaterlandes eintreten würden.

Der Generalsekretär sei in dieser Frage anderer Meinung. Dies sei sein Standpunkt. Es gehöre zur Realität, daß sie sich in diesem Punkte nicht einig seien. Wenn der Generalsekretär jedoch akzeptieren könnte, daß es sich dabei um keinen Revanchismus handele, dann sei man ein großes Stück weitergekommen. Er sei sich darüber im klaren, daß die Lösung dieser Frage nicht die Aufgabe der heutigen Generation sein könne. Wenn man aber heute versuche, in Europa

11 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

12 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen (Warschauer Vertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

13 Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992. Vgl. dazu auch AAPD 1973, III, Dok. 412.

stärker zusammenzurücken, könne sich vielleicht einmal für die Enkel auch in dieser Frage eine Chance ergeben.

Auch die Realitäten in Berlin seien klar. Er sei entschieden dafür, die Vier-Mächte-Vereinbarung[14] strikt einzuhalten. Dies sei sein Interesse und das des Generalsekretärs. Er stelle sich jedoch aber auch die Frage, wie man die Praktikabilität sichern könne. GS *Gorbatschow* nickte zustimmend.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß jetzt Lösungen gefunden seien. Wenn sie sich aber nach einiger Zeit noch besser kennen würden und gegenseitig Vertrauen gewonnen hätten, dann werde es vielleicht noch bessere Lösungen geben können. Der Bundeskanzler verwies auf das jetzt zur Unterschrift kommende Umweltschutzabkommen und erläuterte dem Generalsekretär die Vereinbarung über die Angabe der Postfachnummern für die Berliner Wissenschaftler.[15] So habe die sowjetische Seite gefordert, die Postfachnummern rechtzeitig nach Moskau zu melden, damit sie dort überprüft werden könnten. Er sei auch damit einverstanden gewesen, weil ihm der Vertrag zu wichtig sei. Auf Dauer sei eine solche Praxis jedoch nicht besonders sinnvoll. Auch wenn man die Realitäten akzeptiere, gehe es darum, solche Probleme praktikabel zu handhaben.

Der Bundeskanzler griff das Wort des Generalsekretärs vom Überleben auf. Die Ökologie sei für alle ein zentrales Thema. Die Folgen von Tschernobyl[16] hätten die Bundesregierung 600 Mio. DM gekostet.

GS *Gorbatschow* erklärte, daß Tschernobyl die Sowjetunion bisher 5 Mrd. Rubel gekostet habe und ein Ende noch nicht abzusehen sei.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß sie eine realistische Konsequenz aus diesem Geschehnis ziehen müßten. Es müsse das Interesse beider Seiten sein, die Sicherheitstechnologien zu verbessern.[17] Er sei in diesem Bereich zu einer vernünftigen

14 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

15 Zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes vgl. Dok. 22, Anm. 15, und Dok. 201, Anm. 17.
Am 27. September 1988 einigen sich Bundesminister Genscher und der sowjetische Außenminister Schewardnadse in New York auf eine Regelung zur Einbeziehung von Bundesbediensteten aus Berlin (West) in das Umweltschutzabkommen. Diese würden demnach nicht unter Angabe ihrer Dienstadresse, sondern eines Postfachs in den Arbeitsplan aufgenommen werden. Ministerialdirigent Kastrup, z. Z. New York, berichtete am 28. September 1988: „Teilnehmer aus Berlin (West) stehen nicht, wie bislang von der SU gefordert, jeweils am Ende, sondern werden alphabetisch eingeordnet. Ein Stern verweist auf eine Fußnote mit folgendem Wortlaut: ‚Diese Person mit ständigem Wohnsitz in Berlin (West) nimmt teil in Übereinstimmung mit Teil … des Vier-Mächte-Abkommens vom 3.9.1971'. Diese Form der Auflistung soll künftig auch für alle anderen analogen Fälle gelten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 22; Referat 213, Bd. 143537.
Das Abkommen wurde am 25. Oktober 1988 von Genscher und Bundesminister Töpfer bzw. von Schewardnadse und dem Vorsitzenden des Staatskomitees für den Umweltschutz, Morgun, unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 462–466.

16 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 22, Anm. 13.

17 Zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes vgl. Dok. 266, Anm. 14.
Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit legte in der Kabinettvorlage vom 12. Oktober 1988 dar, daß sich beide Seiten am 22. September 1988 in Wien auf einen Abkommensentwurf geeinigt hätten. Dieser habe zwei Teile: „Der erste Teil betrifft die Benachrichtigung bei einem nuklearen Unfall. Hierbei handelt es sich um die bilaterale Umsetzung von Regelungsinhalten des am 26. September 1986 im Rahmen der IAEO in Wien abgeschlossenen internationalen Übereinkommens über die frühzeitige Unterrichtung bei nuklearen Unfällen. […] Der zweite Teil des Abkom-

Zusammenarbeit bereit, die beiden Seiten Nutzen bringen könne. Wenn dabei das Problem von COCOM auftauchen werde, müßten sie darüber sprechen. Er sei sicher, daß eine Lösung gefunden werden könne. Dies sei ein Beispiel dafür, daß man Schritt für Schritt vorangehen müsse.

Gut, erwiderte GS *Gorbatschow*, der Bundeskanzler habe einen sehr wichtigen Teil des Dialoges angesprochen. Ohne Klärung dieser Frage könne es kaum ein neues Kapitel geben. Er sei zu einem sehr engen und direkten persönlichen Kontakt bereit, und zwar in allen Fragen, die sowohl die bilateralen als auch die europäischen und die weltpolitischen Beziehungen betreffen. Nicht nur heute habe er sich bemüht, die Lage bzw. die Realitäten zu verstehen, die sie zum Teil geerbt hätten oder die jetzt entstanden seien. Die Folgen des Zweiten Weltkrieges seien die schmerzlichsten, die sie geerbt hätten. Dies beziehe sich vor allem auch psychologisch auf die Beziehungen zu beiden deutschen Staaten. Sie hätten gute Beziehungen zur DDR. Der Bundeskanzler sei damit einverstanden. Sie hätten auch gute Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland. Auch damit werde der Bundeskanzler einverstanden sein. Was diesen Komplex betreffe, so liege die schwierigste Periode hinter ihnen. Dies schaffe die Voraussetzung dafür, daß man in den Beziehungen ein neues Niveau erreichen könne.

Sie verspürten, daß auch in der Bundesrepublik, in der breiten Öffentlichkeit, sich positive Veränderungen gegenüber der Sowjetunion vollzögen. Auch in der Sowjetunion verändere sich die Einstellung zur Bundesrepublik in positivem Sinne. Dies sei sehr wichtig. Zu den anderen Realitäten gehöre, was nach dem Kriege übriggeblieben sei. Die Gefühle des deutschen Volkes, der Deutschen, seien ihnen allen sehr verständlich, aber die Geschichte könnte nicht umgeschrieben werden. Er habe nicht zufällig in seinem Spiegel-Interview an sein Gespräch an der Tankstelle[18] erinnert: Alles sei verständlich, aber die Geschichte habe es so verfügt.

Was der Bundeskanzler als Realität im Zusammenhang mit den Ergebnissen des Krieges, mit dem Moskauer Vertrag, der KSZE betont habe, seien alles sehr wichtige Feststellungen. Er wolle dem Bundeskanzler ganz offen sagen, in einem offenen Geist, daß im Zusammenhang mit diesem akuten und scharfen Problem die Reaktion bei den östlichen, aber auch bei den westlichen Nachbarn die sei, daß sie Zweifel an der Ehrlichkeit der Politik der Bundesrepublik hätten, wenn sie hörten, daß diese Fragen noch offen seien und im Geist der 40er und 50er Jahre gelöst werden müßten. Einerseits werde davon gesprochen: pacta sunt servanda, andererseits werde die Vergangenheit wiederbelebt. Dies geschehe nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der Politik. Dies sei eine Art Nostalgie für die Vergangenheit. Er gebrauche bewußt das Wort von der Ehrlichkeit unter Partnern. Das, was er hier sage, sei nicht nur sein Empfinden. An diesem Tisch,

Fortsetzung Fußnote von Seite 1560

mensentwurfs betrifft den Informationsaustausch über den Betrieb von Kernanlagen sowie den Austausch anderer technischer Informationen im Hinblick auf die Beurteilung der möglichen Folgen eines Unfalls und die Erarbeitung der zum Schutz der Bevölkerung und der Umwelt notwendigen Maßnahmen." Vgl. Referat 431, Bd. 153287.

Das Abkommen wurde am 25. Oktober 1988 von den Bundesministern Genscher und Töpfer bzw. vom sowjetischen Außenminister Schewardnadse in Moskau unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 166–169.

18 Bei einem Aufenthalt vom 6. bis 13. Mai 1975 in der Bundesrepublik anläßlich von Veranstaltungen der DKP zum 30. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges kam das Mitglied des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit einem Tankwart ins Gespräch. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 209. Vgl. dazu ferner GORBATSCHOW, Erinnerungen, S. 167 f.

an dem sie zusammensäßen, würden Vertreter des Westens und des Ostens immer wieder prüfen, wie denn die sowjetische Position zu dieser Frage sei.

Der Bundeskanzler habe von Vertrauen gesprochen. Er stelle sich die Frage, ob man der Bundesregierung vertrauen könne, wenn sie immer wieder Ansprüche gegenüber ihren Nachbarn stelle, obwohl die Geschichte darüber längst verfügt habe.

Alle hätten Verständnis, daß es Probleme für getrennte Familien, bei den Begegnungen, im Verkehr gebe, die gelöst werden müßten.

Der Bundeskanzler habe das Problem West-Berlin angesprochen. Niemand habe es sich zum Ziel gesetzt, Berlin zu einer toten Stadt, zu einer Geisterstadt machen zu wollen. Andererseits dürfe man nicht durch allerlei Tricks ein vereintes Berlin als Land der Bundesrepublik präsentieren wollen. Eine solche Erwartung am politischen Horizont löse immer wieder Reaktionen aus, die sehr schmerzhaft für den Bundeskanzler wie für sie selbst seien. Wie könne man dieses Problem lösen? Der Hauptgedanke des Bundeskanzlers sei richtig, daß es sich um Realitäten handele. Diese müßten wir in Rechnung stellen, und auch der Bundeskanzler dürfe sie nicht außer acht lassen. Sonst ziehe es uns in die Vergangenheit zurück. Aber wir müßten vorangehen, in dem man zusammenarbeite und sich näherkomme. Sie seien zu einer solchen Annäherung und dann zu Freundschaft bereit. Möge dann die Geschichte erneut verfügen. Aber man dürfe der Geschichte keine Modelle aufzwingen. Beide Seiten sollten keiner fruchtlosen Beschäftigung nachgehen und die Beziehungen nicht komplizieren.

In vielen Ländern würden nostalgische Überlegungen und Ansprüche mit Aspekten der Abrüstung, insbesondere der konventionellen Abrüstung, verbunden.

Im Zusammenhang mit der konventionellen Abrüstung höre man manchmal aus der Bundesrepublik, daß davon vor allem der Warschauer Pakt, die Sowjetunion und andere westliche Länder betroffen wären, daß sie aber für die Bundesrepublik selbst nur symbolischen Charakter habe. Eine derartige deutsche Haltung gegenüber Verhandlungsprozessen, wie z. B. bei der konventionellen Rüstung, löse Besorgnisse aus.

Der *Bundeskanzler* kam noch einmal auf West-Berlin zu sprechen. Er schlug dem Generalsekretär vor, daß sich beide Außenminister, Genscher und Schewardnadse, in der Frage der Einbeziehung West-Berlins über praktische Formeln verständigen sollten, um nicht jedes Mal bürokratischem Gezerre zu erliegen. Es sei dabei klar, daß die bestehende Rechtslage gewahrt werden müßte. Das erreichte Ergebnis sollte dann in allen zukünftigen Fällen seine Anwendung finden.

Generalsekretär *Gorbatschow* stimmte diesem Vorschlag zu. Er begrüße ihn, wobei das Vier-Mächte-Abkommen gewahrt bleiben müsse.

Es gehe darum, die Schwierigkeiten zu minimalisieren, fuhr der *Bundeskanzler* fort. Gut, ja, er verstünde dies, erwiderte GS *Gorbatschow*.

Er wolle noch ein anderes Hauptproblem ansprechen, fügte der *Bundeskanzler* hinzu. Es gebe noch immer keinen Friedensvertrag. Der Vertrag von Warschau sei kein Grenzvertrag, aber jeder wisse, daß die Grenze existiere. Es gebe auch den Moskauer Vertrag und Helsinki[19] und andere, warf GS *Gorbatschow* ein.

19 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

Der *Bundeskanzler* stimmte zu. Er verwies auf Umfragen in der Bundesrepublik mit der Frage, ob die deutsch-polnische Grenze endgültig sei. 85, 86% der Bürger würden diese Frage mit Ja beantworten, 3 bis 5% mit Nein, der Rest sei unentschieden. Wenn die gleiche Frage jedoch an Flüchtlinge, Vertriebene und an deren Kinder gerichtet werde, sei der Prozentsatz der Zustimmung gar über 90%. Was wolle man mehr?

GS *Gorbatschow* fragte den Bundeskanzler, welche Schlußfolgerung er daraus ziehe? Man müsse Gras wachsen lassen, erwiderte der *Bundeskanzler*.

GS *Gorbatschow* erwiderte, daß man auch sehen müsse, welches Gras auf der anderen Seite wachsen würde, nämlich Gras des Zweifels.

Der *Bundeskanzler* berichtete, daß rd. 1 Million Polen in diesem Jahr in die Bundesrepublik Deutschland kämen. Er habe Generalsekretär Jaruzelski aufgefordert, ein deutsch-polnisches Jugendwerk zu errichten.[20] 50000 junge Polen hielten sich in der Bundesrepublik auf. Sie würden keinen Revanchismus entdecken. Sicherlich gebe es wie überall an den Rändern ein paar Verrückte.

Eine andere Frage sei die nach der Identität der Deutschen. Diese Frage solle von der Geschichte beantwortet werden. Auch der Generalsekretär solle die Antwort der Geschichte überlassen. Dies alles könne sich auch nur mit friedlichen Mitteln vollziehen, wie dies die Bundesregierung auch immer wieder erkläre.

Er selbst sei vor zwei Jahren einen großen Schritt auf die DDR zugegangen. Er habe Krediten zugestimmt, die ihm zu Hause große Kritik eingetragen hätten.[21] Sicherlich seien die Beziehungen nicht optimal. Sie hätten jedoch heute eine neue Qualität erreicht. Generalsekretär Honecker wisse heute, daß er nichts tun werde, um seine Probleme zu vergrößern. Insofern habe sich die Politik gegenüber den 40er und 50er Jahren völlig verändert. Er lade den Bundeskanzler ein, erwiderte GS *Gorbatschow*, noch weitere Schritte zu tun, um sich von den 40er und 50er Jahren zu trennen. Dies müsse für beide gelten, fügte der *Bundeskanzler* hinzu. GS *Gorbatschow* stimmte zu. Sie hätten solche Schritte getan, und der Bundeskanzler habe sie bemerkt.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete das INF-Abkommen als ein solch positives Beispiel und erinnerte den Generalsekretär daran, daß er die Entscheidung über die deutsche Pershing Ia getroffen habe.[22]

GS *Gorbatschow* erwiderte, wenn sie den Bundeskanzler hören würden, daß er in Europa gemeinsame Streitkräfte schaffen wolle; wenn sie hören würden, daß bei den taktischen Nuklearwaffen Unklarheiten bestünden, dann würde dies auch bei ihnen Fragen aufwerfen. Der Kontext sei deshalb wichtig und nicht einzelne Fragen.

Die Sowjetunion wolle Fortschritte erreichen, vor allem in den Verhandlungen über die konventionelle Abrüstung. In diesem Rahmen müsse dann auch über die europäischen Streitkräfte gesprochen werden. Die Lage stelle man sich so vor, daß Abrüstung durch verschiedene Konferenzen und Verträge erreicht wer-

20 Zum Jugendaustausch zwischen der Bundesrepublik und Polen vgl. Dok. 265, Anm. 12.

21 Zu den Milliarden-Krediten für die DDR in den Jahren 1983 und 1984 vgl. Dok. 265, Anm. 22.

22 Am 26. August 1987 erklärte Bundeskanzler Kohl vor der Bundespressekonferenz, unter welchen Bedingungen die Bundesregierung bereit sei, einem Abbau der Pershing-Ia-Raketen im Zuge der INF-Verhandlungen zuzustimmen. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 235.

den müsse. Man könne jedoch nicht einerseits von einer Auflösung der Bündnisse sprechen und andererseits eine europäische Armee anstreben; ebenso wenig könne man Raketen abrüsten und sie gleichzeitig modernisieren wollen.

Der *Bundeskanzler* verwies auf seine persönlichen Erfahrungen. Er komme von der französischen Grenze, die von seinem Heimatort nur 30 km entfernt sei. Die Menschen in dieser Region hätten 300 Jahre lang jedes Jahr einmal einen Krieg erlebt.[23] Dies sei jetzt beendet worden. Die Aussöhnung sei keine deutsch-französische Angelegenheit allein, sondern alle müßten daran interessiert sein. Wenn es nur darum ginge, warf GS *Gorbatschow* ein.

Der *Bundeskanzler* erinnerte den Generalsekretär an den Versöhnungsakt mit Präsident Mitterrand in Verdun[24], den der Generalsekretär sicher verfolgt habe. Sein Vater sei im Ersten Weltkrieg in Verdun eingesetzt gewesen; Mitterrand im Zweiten Weltkrieg verwundet worden. Deshalb seien sie beide dorthin gegangen, um diesen symbolischen Akt der Versöhnung zu vollziehen. Alles, was Mitterrand und er täten, entspreche diesem Geist. Die deutsch-französische Zusammenarbeit richte sich gegen niemanden. Sie sei völlig offen. Noch vorletzten[25] Freitag sei er mit Mitterrand zusammengetroffen und habe darüber gesprochen.[26] Mitterrand werde ja im November nach Moskau kommen.[27]

Wenn die Bundesrepublik und die Sowjetunion in ihren Beziehungen ein neues Kapitel aufschlügen, würde dies auch Frankreich fundamental berühren. Die Bundesrepublik brauche die Unterstützung von Frankreich. Man lebe nicht mehr im 18. oder 19. Jahrhundert, als der russische Zar abwechselnd einmal in das eine oder das andere Land gereist wäre.

GS *Gorbatschow* erwiderte, daß sie nicht für die Zarenschulden haften würden. Dieses Kapitel sei abgeschlossen.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß die Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit Frankreich für alle wichtig sei.

Der Bundeskanzler wandte sich den Fragen der Abrüstung zu. Er betonte noch einmal, daß der INF-Vertrag eine exzellente Sache sei, weil er auf wichtigen Prinzipien aufbaue. Er lege großes Gewicht darauf, daß im nächsten Jahr das START-Abkommen erreicht werden könne. Er trete auch für die weltweite Beseitigung aller chemischen Waffen ein. Dem Generalsekretär sei sicherlich die deutsche Position bekannt. Die Probleme lägen mehr bei einigen Partnern der Bundesrepublik.

Dies wüßten sie, erwiderte GS *Gorbatschow*. Die deutsche Haltung sei sehr wichtig. Die Bundesrepublik sei das Land, wo die chemischen Waffen gelagert seien.

Wir wollten sie nicht, erklärte der *Bundeskanzler*. Wichtig sei es, jetzt auch bei den konventionellen Waffen weiter voranzukommen. Er hoffe, daß in den Wiener Verhandlungen vielleicht noch in diesem Jahr ein Mandat erreicht werden könne.

23 So in der Vorlage.

24 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand gedachten am 22. September 1984 auf dem Schlachtfeld vor Verdun der Toten der beiden Weltkriege. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 242.

25 Korrigiert aus: „letzten“.

26 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 14. Oktober 1988 in Vézelay vgl. Dok. 290.

27 Staatspräsident Mitterrand besuchte die UdSSR am 25./26. November 1988.

GS *Gorbatschow* verwies darauf, daß mit Hilfe der Bundesregierung ein Kompromiß erreicht werden konnte. Dies sei ein gutes Beispiel.

Der *Bundeskanzler* verwies darauf, daß in 14 Tagen in den USA die Wahlen stattfinden würden. Er wisse nicht, wie sie ausgehen würden. Im Augenblick würde er auf den Erfolg von Bush setzen. In einem solchen Fall hätte man es nicht mit einer völlig neuen Administration zu tun.

GS *Gorbatschow* erläuterte die sowjetische Position gegenüber einer neuen Administration. Es gehe ihnen darum, die Dynamik der Verhandlungen beizubehalten und den Prozeß nach der Wahl sofort fortzusetzen. Dies allein sei die richtige Politik. Er werde sie unterstützen, warf der *Bundeskanzler* ein. Man brauche keine Pause. GS *Gorbatschow* stimmte zu.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß er hoffe, daß im Frühjahr die KRK-Verhandlungen beginnen könnten.[28] Sie würden ja heute keine Verhandlungen führen, aber die Fragen der konventionellen Abrüstung seien ein gutes Beispiel dafür, daß beide Seiten zu diesen Fragen in engem Kontakt bleiben sollten.

GS *Gorbatschow* erklärte sich damit sehr einverstanden. Es sei aber auch wichtig, daß der Bundeskanzler den Verteidigungsminister[29] mitgebracht habe.

Der *Bundeskanzler* schlug noch einmal vor, daß man in allen diesen Fragen in ständigem Telefonkontakt bleiben könne oder persönliche Beauftragte austauschen könne.

Er sei damit einverstanden, erwiderte GS *Gorbatschow*. Man habe ja bereits solche Erfahrungen.

Der *Bundeskanzler* gab seiner Vermutung Ausdruck, daß voraussichtlich im Juni nächsten Jahres die Staats- und Regierungschefs der NATO zu einem Gipfeltreffen zusammenkommen würden.[30] Die Zeit bis dahin sollte zwischen ihnen beiden genutzt werden. Er habe es beispielsweise sehr positiv empfunden, daß der Generalsekretär ihn im Rahmen der INF-Verhandlungen regelmäßig unterrichtet habe. Dies sei auch für die USA nützlich gewesen, weil auch diese einen sehr engen Kontakt zur Bundesregierung aufrechterhalten hätten. Die Deutschen seien zwar nicht der Nabel der Welt, lägen jedoch geographisch in der Mitte Europas. Dies sei richtig, warf GS *Gorbatschow* ein.

Der *Bundeskanzler* bat GS Gorbatschow, zu einer vernünftigen Zusammenarbeit bereit zu sein. Die Waffen könnten wirklich reduziert werden. Er habe nicht den Ehrgeiz, daß in der Bundesrepublik die meisten Waffen stationiert seien.

GS *Gorbatschow* versicherte dem Bundeskanzler, daß er und seine Partner sicher sein könnten, daß die Sowjetunion konstruktiv verhandeln werde. Die Verhandlungen müßten jedoch unbedingt auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit basieren. Weder auf der einen, noch auf der anderen Seite dürfe ein Argwohn entstehen. Der *Bundeskanzler* stimmte zu. GS *Gorbatschow* berichtete, daß sie sich bemüht hätten, immer dann, wenn es bei den INF-Verhandlungen zu Annäherungen

28 Die Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) begannen am 6. März 1989 in Wien. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 378 des Botschafters Hartmann, Wien (VKSE-Delegation), vom 23. März 1989; AAPD 1989.

29 Rupert Scholz.

30 Die NATO-Gipfelkonferenz fand am 29./30. Mai 1989 in Brüssel statt. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 655, Nr. 659 und Nr. 665 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 30. Mai 1989; AAPD 1989.

gekommen sei, alles zu tun, um auf der anderen Seite kein Mißtrauen aufkommen zu lassen.

Der *Bundeskanzler* verwies den Generalsekretär auf die Landkarte. Die Bundesrepublik sei von Waffen und Abrüstung mehr betroffen als alle anderen. Er habe keinen Ehrgeiz, darauf zu setzen, daß die Bundesrepublik ein Waffenlager bilde. Auch diese Probleme könne er nicht von seinen persönlichen Erfahrungen trennen. Dies gelte auch für alle Fragen der Abrüstung. So habe er in der Bundestagsdebatte zu Fragen der Abrüstung im letzten Jahr darauf hingewiesen, daß im Ersten Weltkrieg der Bruder seiner Mutter gefallen sei. Sein eigener Bruder sei im Zweiten Weltkrieg gefallen. Jetzt habe er zwei Söhne. Der Älteste trage den Vornamen seines gefallenen Bruders und der Jüngste den Vornamen des Bruders seiner Mutter, obwohl dies seine Mutter als fromme Frau nicht gewollt habe. Psychologisch sei die Haltung seiner Mutter zu verstehen, warf GS *Gorbatschow* ein.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß es in der Bundesrepublik heute eine Wehrpflichtarmee gebe. Seine beiden Söhne seien Reserveoffiziere. Er könne deshalb über Waffen nicht in abstrakter Weise sprechen. In dieser Rolle sei er ein typischer Deutscher, weil es in fast jeder Familie ähnliche Schicksale gebe. Wie bei uns, fügte GS *Gorbatschow* hinzu. Dies sei natürlich so, erwiderte der *Bundeskanzler*. Darauf gründe auch ein Teil der Hoffnung, die sich mit dem Generalsekretär verbinde. GS *Gorbatschow* nickte zustimmend. Deshalb gehe es jetzt weniger um die Frage einer Reform des Kommunismus, ergänzte der *Bundeskanzler*, sondern darum, ob die Politik der Offenheit es zulasse, aufeinander zuzugehen.

GS *Gorbatschow* erwiderte, daß in einer Familie verschiedene Menschen zusammenleben würden, aber eine Gemeinschaft darstellten. So würden auf dem Kontinent auch verschiedene Staaten existieren. Er sei überzeugt, daß die Unterschiede kein Anlaß zu Konfrontation sein müßten, sondern ein friedlicher Wettbewerb möglich sein müsse.

Der *Bundeskanzler* gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß es möglich sein werde, innerhalb der nächsten drei Jahre über 3000 sowjetische Bürger in der Bundesrepublik Deutschland begrüßen zu können. GS *Gorbatschow* stimmte zu, daß man sich die Erweiterung der Beziehungen, insbesondere zwischen der Jugend, überlegen müsse.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete es als absurd, daß es 1988 in der Bundesrepublik mehr Studenten und Praktikanten aus China gebe als in den USA und in Japan. Es sei sein Interesse, daß mehr Studenten und Praktikanten aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik kämen. Der Austausch von Studenten sei wichtig, aber es müßten noch mehr Leute aus der Wirtschaft kommen, um die Betriebe in der Bundesrepublik kennenzulernen und dann auch als Kontaktpartner in den sowjetischen Betrieben zu dienen.

Dazu wolle er sich gerne äußern, erwiderte GS *Gorbatschow*. Bei der Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sei ein neues Herangehen erforderlich. Die alte Herangehensweise habe bereits zu einer Bestrafung geführt. Im Warenverkehr sei ein hoher Standard erreicht worden, der jedoch angesichts des Dollarverfalls und anderer Entwicklungen rasch gesunken sei. Dazu beigetragen hätten aber auch viele Gründe in der sowjetischen Wirtschaft, aber auch in der der Bundesrepublik. Bei manchen deutschen Wirtschaftlern sei ein hochnäsiges

Verhalten festzustellen. Es wäre ein Irrtum, wenn sie glauben würden, daß die Sowjetunion vor so großen Schwierigkeiten stünde, daß sie jetzt gezwungen sei, alles zu kaufen. Wenn man die Sowjetunion als Hinterland betrachten wolle, würden keine großen Fortschritte möglich sein. Wenn jedoch ein wissenschaftlich-technologischer Austausch erreicht werden sollte und eine Zusammenarbeit mit Drittländern erreicht werden könne, werde die Bundesrepublik ein gutes Hinterland vorfinden.

GS Gorbatschow wies darauf hin, daß noch viele Barrieren bestünden. Dies gelte nicht nur für COCOM, sondern auch für Zollsperren. Dutzende von Produkten fänden keinen Einlaß in die Bundesrepublik. Auf diese Weise könne man keine neue Ebene in der Zusammenarbeit erreichen.

Vor einigen Jahren hätten sie eine Liste erstellt und 100 Produkte aufgelistet, die geeignet gewesen wären, die Sowjetunion zu erdrosseln. 70% dieser Liste hätten sie inzwischen selbst gelöst, und er sei sicher, daß sie auch den Rest von 30% lösen würden. Beispielsweise habe man der Sowjetunion den Zugang zur Rechnertechnik gesperrt. Jetzt hätten sie die Probleme auf drei Ebenen geregelt, auf der Ebene der Supercomputer, im Bereich der Verteidigung und auf der Ebene der Personalcomputer und Super-Minicomputer sowie der Computer für technologische Verfahren. Die Probleme seien jetzt gelöst. Anreize seien eingeführt und für den Wettbewerb Sorge getragen. Es seien jetzt gute Gehirne vorhanden. Mit den Ergebnissen werde man jetzt in den Maschinenbau gehen. Die Sowjetunion werde diese Importpest bald beseitigen. Im Verteidigungssektor seien Vorarbeiten bereits geleistet worden. Sie würden es jetzt von den Deutschen lernen, wie z. B. von der Firma Siemens, die sowohl im zivilen als auch mal im militärischen Bereich produziere.

So werde man auch das COCOM-Problem lösen. Die Verteidigungsindustrie habe jetzt zivile Aufträge in Milliardenhöhe. Besondere Anstrengungen würden auch unternommen, die Probleme der Leicht- und Lebensmittelindustrie zu lösen. Wenn die Bundesrepublik sich diesem Prozeß ohne langes Zaudern anschließe, werde sie dabei gewinnen, sonst sei der Zug abgefahren.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß er gute Chancen sehe. Dies sei auch der Grund, warum er für die Einrichtung eines Hauses der deutschen Industrie[31] eintrete. Dort könnten die Firmen, die an einer Zusammenarbeit interessiert seien, zusammentreffen.

GS *Gorbatschow* erwiderte, daß er den Eindruck habe, daß an dieser Idee gearbeitet werde, sie jedoch jetzt ins Stocken geraten sei. Morgen solle bereits die Unterzeichnung erfolgen, warf der *Bundeskanzler* ein. GS *Gorbatschow* bezweifelte dies. In den letzten beiden Tagen habe er erfahren, daß die deutsche Seite zuviel fordere und die Angelegenheit jetzt viel zu kompliziert geworden sei.

Der *Bundeskanzler* berichtete über sein Gespräch mit Herrhausen auf dem Flug nach Moskau. Dieser werde morgen das Kreditabkommen unterschreiben.[32] Er

31 Zum Vorhaben eines „Hauses der deutschen Wirtschaft“ in Moskau vgl. Dok. 266, Anm. 20.

32 Zur Rahmenkreditvereinbarung vom 6. Mai 1988 zwischen der Deutschen Bank und der sowjetischen Bank für Außenwirtschaft vgl. Dok. 156, Anm. 10.
Ministerialdirigent von Kyaw teilte am 2. November 1988 der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel mit: „Am 19.10. in Frankfurt und am 25.10. im Kreml wurde der Rahmenvertrag über den 1 Mrd.-Rubel-Kredit zwischen einem Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank und

habe berichtet, daß er auch einen Entwurf für die Einrichtung eines Hauses der deutschen Industrie mitgebracht habe und davon ausgehe, daß dieser unterzeichnet werde. Dies habe er vor einigen Tagen auch so von Silajew gehört, erwiderte GS *Gorbatschow*, doch in den letzten beiden Tagen hätten sich Änderungen ergeben. Der *Bundeskanzler* unterstrich noch einmal sein Interesse, dieses Projekt zu einem Abschluß zu bringen. Er wolle noch einmal mit Herrhausen darüber sprechen. GS *Gorbatschow* erklärte sich einverstanden. Der *Bundeskanzler* erläuterte, daß die Finanzierung über die Deutsche Bank erfolgen solle. Er halte es für sehr wichtig, diesem Projekt noch einmal einen Anstoß zu geben. GS *Gorbatschow* erklärte sich einverstanden, daß beide Seiten an diesem Projekt weiterarbeiten sollten. Heute abend würden sie ja mit Ryschkow und Silajew zusammentreffen. Sie würden am gleichen Tisch sitzen. Der *Bundeskanzler* sprach sich noch einmal für dieses Vorhaben aus, das angesichts der noch sehr unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen von großer Bedeutung sei. Die Deutschen könnten in einem solchen Haus ihre sowjetischen Partner treffen. GS Gorbatschow habe ja in der Wirtschaftspolitik eine Art von kleiner Revolution durchgeführt. GS *Gorbatschow* nickte zustimmend.[33]

Der *Bundeskanzler* wies auf die größere Selbständigkeit der sowjetischen Betriebe hin. GS *Gorbatschow* fügte hinzu, daß dies nicht nur für die großen, sondern auch für die kleinen und mittleren Betriebe gelte.

Genau darauf wolle er hinweisen, fügte der *Bundeskanzler* hinzu. Eine deutsche Firma wie z. B. BASF verfüge über genügend Experten, die ihre sowjetischen Kollegen kennen würden. Dies gelte jedoch nicht für die kleineren Unternehmen, bei denen meistens nur der Chef selbst in der Lage zu solchen Kontakten sei. Diese Unternehmen seien jedoch besonders dynamisch, fügte GS *Gorbatschow* hinzu. Die großen würden sich wie ein Walfisch verhalten und seien sehr konservativ. Dies gelte auch für die Unternehmungen in der Sowjetunion.

Der *Bundeskanzler* berichtete über die Firma Siemens, ein riesiges Unternehmen, das aber in manchen Bereichen der Medizintechnik von kleineren Firmen aus dem Markt geworfen worden sei, beispielsweise im Bereich der Nierensteinzertrümmerung. Deshalb sei das Haus der deutschen Industrie vor allem für die mittleren und kleineren Unternehmungen von besonderer Bedeutung.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1567

der Bank für Außenwirtschaftliche Beziehungen der UdSSR unterzeichnet. […] Der Rahmenkredit ist eine rein kommerzielle Vereinbarung. Die Bundesregierung, die an der Vereinbarung nicht beteiligt war und die den Kredit nicht verbürgt hat, bewertet diese auch unter politischen Gesichtspunkten positiv als Beitrag zur Förderung der wirtschaftlichen Reformpolitik der SU und der Integration der SU in die Weltwirtschaft." Der Rahmenkredit reihe sich in bereits abgeschlossene oder in Verhandlungen befindliche Vereinbarungen mit ähnlicher Zweckbestimmung von Banken aus europäischen Partnerländern ein". Dem Volumen nach stehe er „hinter den zur Zeit in Verhandlungen befindlichen Vereinbarungen von Banken aus GB sowie aus F an dritter Stelle)". Vgl. Referat 421, Bd. 140407.

33 Das Vorhaben eines „Hauses der deutschen Wirtschaft" war Gegenstand des Gesprächs des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Ryschkow am 25. Oktober 1988 in Moskau. Ryschkow wies darauf hin, daß sich „gewisse Unklarheiten" ergeben hätten: „Stv. MP Silajew habe nach Rückkehr aus der Bundesrepublik Deutschland alles in schönen Farben geschildert, nun gebe es neue Probleme, was die Prinzipien, die Finanzierung und die Projektierung angehe. Man brauche noch Zeit und wolle sowjetische und deutsche Stellen beauftragen, die Details zu klären. Jedoch sei die sowjetische Seite prinzipiell dafür. Das Projekt sei wünschenswert und solle verwirklicht werden. StS von Würzen erläuterte die Situation. Angesichts der grundsätzlich positiven Einschätzung des Ministerpräsidenten sollten Details möglichst schnell geklärt werden." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 143539.

GS *Gorbatschow* erwiderte, daß sie solche Erfahrungen auch mit anderen Staaten gemacht hätten. Dies sei alles sehr wichtig.

Der *Bundeskanzler* wies auf die Forschung hin. 1988 würden in der Bundesrepublik rd. 60 Mrd. DM für Forschung von seiten des Staates und der Wirtschaft aufgewendet. Dies seien die höchsten Ausgaben überhaupt. Vergleiche man sie mit den Pro-Kopf-Aufwendungen in Japan und den USA, dann habe die Bundesrepublik den gleichen Stand erreicht, obwohl sie nur 1/4 der Bevölkerung der USA und über die Hälfte der Einwohner Japans verfüge. An diesen Forschungen würden sich viele mittlere Unternehmungen beteiligen, besonders in der Leicht- und Konsumgüterindustrie. Sie seien besonders dynamisch, und man sei auf sie angewiesen.

GS *Gorbatschow* berichtete, daß auch die Sowjetunion jetzt auf kleinere und mittlere Betriebe setze. Er bezeichnete dies als äußerst wichtig, was sie heute gemeinsam erörtert hätten und wie der Dialog geführt worden sei. Man habe ein tiefgreifendes Verständnis gefunden. Er wolle auch noch einmal den Wunsch nach Zusammenarbeit unterstreichen. In Bonn solle man dann über ein gemeinsames Dokument[34] sprechen und ein Investitionsschutzabkommen[35] vereinbaren. Der *Bundeskanzler* bezeichnete ein solches Abkommen als besonders wichtig, und er wolle es morgen in seinem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten ansprechen.

GS *Gorbatschow* fügte hinzu, daß man um Gottes Willen nicht kleinkariert auftreten solle. Sie würden selbst mit solchen sehr ernsthaft sprechen, mit denen man das eigentlich nicht tun könnte. Sie würden sehr verantwortungsbewußt handeln, aber nicht alles auf einmal zu erreichen versuchen. Für das deutsche Kapital bestehe ein gewaltiger Markt, der sich lohnen würde. Er habe mit noch niemandem in dieser Weise darüber gesprochen. Sein Gespräch mit Ministerpräsident De Mita[36] habe eine andere Dimension gehabt.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete diese Aussagen des Generalsekretärs als besonders wichtig für die deutsche Wirtschaft. Die Wirtschaftsvertreter würden ihn stets nach den Perspektiven fragen. Seine Antwort laute, daß sie sich auf den sowjetischen Markt einrichten sollten.

GS *Gorbatschow* bezeichnete dies als sehr wichtig. Er wiederum höre von diesen, daß sie genau dies vom Bundeskanzler hören wollten. Deshalb sei er auch hier, erwiderte der *Bundeskanzler*. Entscheidend sei aber auch, wie der Generalsekretär und er selbst miteinander umgehen würden.

34 Zu einer „Gemeinsamen Erklärung" der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. Dok. 287.

35 Zu den Gesprächen über ein Investitionsförderungs- und -schutzabkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. Dok. 201, Anm. 35.
Eine weitere Runde der Expertengespräche fand vom 26. bis 30. September 1988 statt. Das Bundesministerium für Wirtschaft vermerkte am 3. Oktober 1988, daß über folgende Vertragselemente weitgehende Einigung erzielt worden sei: „Chancen- und Wettbewerbsgleichheit für Gemeinschaftsunternehmen mit Investoren der anderen Vertragspartei gegenüber eigenen Unternehmen und gegenüber Gemeinschaftsunternehmen mit Investoren aus Drittländern. Schutz der Kapitalanlagen; Enteignung nur unter strengen Voraussetzungen und nur gegen angemessene, frei transferierbare Entschädigung. Freier Transfer auch von Gewinnen in Rubeln, den SU allerdings von Produktion auf Weltmarktniveau abhängig machen will. Investor/Staat-Schiedsgerichtsbarkeit für noch näher zu bestimmende Arten von Streitigkeiten." Offen seien noch Fragen der Definition des Investors sowie des Rechtswegs und der Schiedsgerichtsbarkeit im Enteignungsfall. Vgl. Referat 421, Bd. 140464.

36 Ministerpräsident De Mita hielt sich vom 13. bis 15. Oktober 1988 in der UdSSR auf.

Der Bundeskanzler verwies darauf, daß Konrad Adenauer und Ludwig Erhard zwei politische Väter von ihm gewesen seien. Ludwig Erhard habe immer wieder gesagt, daß 51% des Erfolges von der Psychologie abhänge. Die Wahrheit sei, daß Unternehmer psychologisch anfälliger seien als viele andere. Dies habe man gerade während der Dollarkrise sehen können, obwohl die Unternehmer einen harten Umgang mit Geld und Produkten gewohnt seien. 60% der Dollarkrise sei psychologisch bedingt gewesen. Vor einem Jahr habe er die wichtigsten Unternehmer zu einem Gespräch bei sich gehabt und über die Aussichten für das Jahr 1988 diskutiert. Damals habe eine allgemeine Weltuntergangsstimmung geherrscht. Er selbst sei kein berühmter Ökonom. Er habe jedoch studiert und verfüge über einen normalen Menschenverstand. Er habe damals den Wirtschaftlern gesagt, daß er keinen Grund für eine solche Untergangsstimmung erkennen könne. Die meisten Probleme in der Bundesrepublik seien hausgemacht. Viele Bürger glaubten, immer besser leben und gleichzeitig immer weniger arbeiten zu können. Dies habe man auch in der Sowjetunion versucht, erwiderte GS *Gorbatschow*. Nirgendwo sei das Volk so sozial abgesichert wie in der Sowjetunion.

Der *Bundeskanzler* verwies auf das Problem des Geburtenrückgangs in der Bundesrepublik Deutschland. Die Geburtenrate habe den niedrigsten Stand seit 17 Jahren erreicht. Habe es 1950 nur 210000 Menschen über 80 Jahre gegeben, so seien es 1988 bereits 2,1 Millionen. Die Probleme, die aus einer solchen Entwicklung entstünden, könne man erkennen, ohne ein Fachmann zu sein.

Generalsekretär *Gorbatschow* berichtete, daß er erst neulich in der Zeitschrift „Im Ausland" einen Bericht über die Bundesrepublik Deutschland gelesen und dabei von dem Rückgang der Geburten erfahren habe.

Als letzten Punkt sprach der *Bundeskanzler* das Problem der Ausreisen an.[37] Er sei sehr dankbar, daß Generalsekretär Gorbatschow den Weg für mehr Ausreisen eröffnet habe. Dies sei eine sehr wichtige Sache, und er bitte ihn darum, diese Politik fortzusetzen. Er wolle eine kleine Bitte hinzufügen, erwiderte Generalsekretär *Gorbatschow*, es dürfe dabei keine gegenseitige Einmischung geben.

Der *Bundeskanzler* versicherte, daß er sich nicht einmischen wolle, sondern nur die Bitte äußere, daß der Generalsekretär Regelungen ermögliche, die er in seinen Reden selbst angesprochen habe. Dem Generalsekretär sei sicherlich das Beispiel von Ungarn bekannt, das bereit gewesen sei, Regelungen über die Pflege der Traditionen, Religionsausübung, Sprachausbildung und über die Verbesserung der Lebensverhältnisse und anderes mehr zu vereinbaren.[38] Dieses Beispiel habe in der Bundesrepublik eine große Wirkung.

Der *Generalsekretär* berichtete, daß schon erste Schritte eingeleitet worden seien. Was „unsere Deutschen" betreffe, so seien sie in der Sowjetunion geboren und würden dort seit vielen Generationen leben. Er habe gehört, daß Präsident von Weizsäcker Schwierigkeiten gehabt habe, mit „unseren Deutschen" deutsch zu sprechen, weil sie einen Dialekt aus dem 17. Jahrhundert sprächen.[39] Als er selbst noch an der Moskauer Lomonossow-Universität studiert habe, sei auch

37 Zur Ausreise von Deutschstämmigen aus der UdSSR vgl. Dok. 204.

38 Vgl. dazu die Erklärung „zur Förderung der deutschen Nationalität in der Ungarischen Volksrepublik bzw. Förderung der deutschen Sprache im allgemeinen"; Dok. 170, Anm. 9.

39 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker traf am 8. Juli 1987 mit ausreisewilligen Deutschstämmigen in Moskau zusammen.

ein Gerhard Falk aus Berlin dort gewesen und auch andere, die wieder andere Dialekte gesprochen hätten. Die Deutschen aus dem Wolgagebiet sprächen den Dialekt seiner Heimat, warf der *Bundeskanzler* ein.

GS *Gorbatschow* bestätigte dem Bundeskanzler, daß die Deutschen in der Sowjetunion ein großes Ansehen hätten und sehr respektiert würden. Was in diesem Bereich im Rahmen von Perestroika jetzt notwendig sei, sei die Realisierung der natürlichen Rechte wie Sprache, Kultur, Traditionen. Dies sei in der Bundesrepublik eine sehr wichtige Frage, fügte der *Bundeskanzler* hinzu. Es gebe noch sehr viele menschliche Beziehungen zwischen den Menschen auf beiden Seiten.

GS *Gorbatschow* berichtete, daß sie jedoch Nachrichten über die schlechte Behandlung der Aussiedler erhalten würden. Bald würden sie deshalb Protest einlegen müssen. Die Unterbringung erfolge in Lagern. Er müsse wahrscheinlich demnächst die Bitte äußern, bald einmal die Lage der Aussiedler zu überprüfen. Er habe darüber Artikel in einer der deutschen Zeitungen gelesen.

Der *Bundeskanzler* berichtete, daß er im Haushalt 800 Mio. DM eingesetzt habe. Dies sei wenig, warf GS *Gorbatschow* lachend ein.

Der *Bundeskanzler* erläuterte, daß das Problem darin bestünde, daß in diesem Jahr insgesamt 200000 Aussiedler in die Bundesrepublik kämen und nicht nur aus der Sowjetunion, sondern auch aus Polen und Rumänien. Er sei sich jedoch sicher, daß sie die Probleme lösen könnten. Wenn der Generalsekretär Einfluß auf Bukarest ausüben könne, werde sich die Entwicklung noch weiter verbessern.

GS *Gorbatschow* erwiderte, daß Deutsche immer wieder Anweisungen geben würden. Wie Deutsche in der Sowjetunion, in Rumänien oder anderswo zu behandeln seien, sei für sie eine nationale Aufgabe.

Abschließend fragte der Generalsekretär den Bundeskanzler, welche Eindrücke er von diesem gemeinsamen Gespräch habe?

Der *Bundeskanzler* bezeichnete das gemeinsame Gespräch als ein sehr offenes und ehrliches Gespräch. Dies sei für ihn das wichtigste. Es habe die Chance für einen neuen Anfang eröffnet. Er wolle nicht überheblich sein, aber dennoch feststellen, daß es bereits im Vorfeld viele positive Entwicklungen gegeben habe.

Er habe das Gefühl, daß sie jetzt beide wüßten, daß es eine Chance gebe, die sie beide nützen wollten. Der Generalsekretär solle wissen, daß er diese Chance auch nützen wolle. Zwischen ihnen beiden solle ein enger Kontakt geknüpft werden, telefonisch oder durch den Austausch von Briefen oder Beauftragten. Dies solle sich auf ganz normalem Wege abspielen.

Wenn man von den Erfahrungen aus der Geschichte ausgehe, gebe es drei Etappen: Zeiträume, in denen Entscheidungen reifen würden; Zeiträume, in denen entschieden würde; Zeiträume, in denen die Bevölkerung die Entscheidungen erfahren oder gar erleiden müßten. Der Bundeskanzler bezeichnete sich als einen, der von der Geschichte stark beeinflußt sei, nicht nur, weil er Geschichte studiert habe. Seiner Auffassung nach befinde man sich jetzt in einer Entscheidungsphase sowohl in den Ost-West-Beziehungen als auch in wenigen Jahrzehnten im Rahmen der Nord-Süd-Entwicklung.

GS *Gorbatschow* erwiderte, daß er die Schlußbemerkungen des Bundeskanzlers mit Interesse gehört habe. Sie seien für ihn interessant gewesen, da seine Eindrücke mit denen des Bundeskanzlers übereinstimmten. Er sei überzeugt, daß

sie vorankommen und in allen Bereichen eine neue Qualität erreichen könnten. Er glaube, daß sie wie vereinbart handeln sollten, ohne Mißtrauen bei Freunden und Partnern zu säen. Dies diene dem Interesse beider Völker, dem Interesse Europas und dem der ganzen Welt.

Der *Bundeskanzler* fügte hinzu, daß er keine Gefahr sehe, daß bei ihren Partnern Mißtrauen entstehen könne. Er sei überzeugt, daß viele Warschauer-Pakt-Staaten über ihre Gespräche froh seien, wenn sie sich vielleicht auch in Nuancen unterscheiden würden.

GS *Gorbatschow* stimmte zu. Sie seien Realisten gewesen und bleiben Realisten, weil sie Prognosen für kurzfristige wie langfristige Entwicklungen aufgestellt hätten. Es sei ein offenes Gespräch gewesen.

VS-Bd. 14154 (010)

301

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse in Moskau

VS-NfD **24. Oktober 1988**[1]

Von BM noch nicht genehmigt

Gespräch des Bundesministers mit AM Schewardnadse am 24.10.1988, 16.00–18.00 Uhr[2];
hier: Allgemeines und bilaterale Beziehungen[3]

Schewardnadse begrüßte herzlich und erklärte, der Erörterung einzelner Sachfragen folgende Bemerkungen voranschicken zu wollen: Die Wiederaufnahme der Begegnungen auf höchster Ebene sei ein Ereignis von herausragender Bedeutung. Er habe keinen Zweifel, daß sie zu einer Verbesserung des Klimas in allen Bereichen beitragen werde. Indem wir eine „neue Seite" aufschlügen, leisteten wir günstige Bedingungen für die Entwicklung der internationalen Beziehungen. Zwar existierten immer noch Gegensätze zwischen den Blöcken. Jedoch sehe er die Überwindung dieser Gegensätze nicht als irreal an. Insofern müsse man von einem wichtigen Schritt nach vorn sprechen, wenn wir die neue

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 25. Oktober 1988 in Moskau gefertigt.

2 Bundesminister Genscher begleitete Bundeskanzler Kohl bei dessen Besuch vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR. Vgl. dazu auch Dok. 300, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

3 Bundesminister Genscher und der sowjetische Außenminister Schewardnadse sprachen ferner über den Fortgang des KSZE-Folgetreffens in Wien, vor allem über die Durchführung von Folgeveranstaltungen wie die geplanten KSZE-Menschenrechtskonferenzen und das Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa, den sowjetischen Vorschlag für ein Treffen der Staats- und Regierungschefs zum Auftakt von KRK-Verhandlungen, die Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf sowie deutsch-sowjetische Konsultationen über Regionalkonflikte. Vgl. dazu den undatierten „Bericht über das Gespräch der beiden Außenminister am 24.10.1988"; Referat 010, Bd. 178933.

Seite öffneten. Das Konsultationsprotokoll, das beide Seiten Anfang des Jahres unterzeichnet hätten, entfalte seine Wirkung. Eine große Anzahl unserer besten Experten sei daran beteiligt.[4]

BM dankte für die Worte der Begrüßung. Man könne in der Tat von wichtigen Entwicklungen in den internationalen Beziehungen sprechen. Nach dem Besuch von AM Schewardnadse in Bonn hätten beide Minister mehrere Begegnungen miteinander gehabt, und zwar nicht nur zur Vorbereitung der Bundeskanzler-Reise, sondern auch zur Erörterung anderer Fragen.[5] Man habe Fortschritte erzielt. Hinsichtlich der Bedeutung der Gespräche auf höchster Ebene teile er die Bewertung des Außenministers. Wir seien uns des Gewichts dieser Gespräche für die bilateralen Beziehungen insgesamt voll bewußt. Mit Befriedigung habe er die Ergebnisse der Gespräche zur Kenntnis genommen, die MP De Mita in Moskau[6] und die AM Schewardnadse in Paris[7] geführt hätten. Im November werde Präsident Mitterrand in die Sowjetunion reisen.[8] All dies sei sehr ermutigend. Zu Recht habe GS Gorbatschow bei den letzten Außenministerkonsultationen in Moskau Ende Juli von der Schlüsselrolle der bilateralen Beziehungen für ganz Europa und das gesamte Ost-West-Verhältnis gesprochen.[9]

Auf Wunsch des Außenministers nannte der BM folgende drei große Themenkreise: die bilateralen Beziehungen, das West-Ost-Verhältnis (vor allem Wien) sowie internationale Krisengebiete, über die von den Beauftragten beider Seiten zum ersten Mal Konsultationen geführt worden seien.[10] Auch in dem Bereich seien zahlreiche Übereinstimmungen zu registrieren gewesen. Auf Vorschlag des Außenministers begann BM mit Darlegungen zu den bilateralen Beziehungen: Er stellte fest, daß eine ganze Reihe von Fortschritten erzielt worden sei, beide Seiten hätten ein größeres Maß an Normalität erreicht.

Der BM unterstrich die Notwendigkeit, den Termin für die Eröffnung der Generalkonsulate in Kiew und München einzuhalten.[11] Dazu seien noch Anstrengun-

4 Bundesminister Genscher und der sowjetische Außenminister Schewardnadse unterzeichneten am 19. Januar 1988 ein Protokoll über Konsultationen. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1988, S. 56.

5 Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 17. bis 19. Januar 1988 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 18 und Dok. 22.
Genscher und Schewardnadse trafen ferner am 7. Juni 1988 in New York zusammen. Vgl. dazu Dok. 167, Anm. 4.
Zu den Gesprächen von Genscher und Schewardnadse am 29./30. Juli 1988 in Moskau vgl. Dok. 220 und Dok. 221.
Ein weiteres Gespräch führten Genscher und Schewardnadse am 27. September 1988 in New York. Vgl. dazu Dok. 266.

6 Ministerpräsident De Mita hielt sich vom 13. bis 15. Oktober 1988 in der UdSSR auf.

7 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 10. bis 12. Oktober 1988 in Frankreich auf.

8 Staatspräsident Mitterrand besuchte die UdSSR am 25./26. November 1988.

9 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, bei seinem Besuch vom 29. bis 31. Juli 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 220, Anm. 11.

10 Zu den deutsch-sowjetischen Regionalkonsultationen am 20./21. Oktober 1988 in Moskau vgl. Dok. 272, Anm. 15.

11 Zur Errichtung von Generalkonsulaten in München und Kiew vgl. Dok. 69, Anm. 19.
Am 19. Januar 1988 vereinbarten Bundesminister Genscher und der sowjetische Außenminister Schewardnadse, die Generalkonsulate „gleichzeitig spätestens am 1. Januar 1989“ zu eröffnen. Vgl. BULLETIN 1988, S. 56.

gen auf sowjetischer Seite in Kiew notwendig. Sorge bereite auch der langsame Fortschritt beim Botschaftsneubau Moskau.[12]

Besondere Aufmerksamkeit sollte der wechselseitigen Errichtung von Kulturinstituten zukommen. Die Frage sei, wie weit wir in dieser Frage während des Bundeskanzler-Besuchs kommen könnten.[13]

Bei den Gesprächen zwischen dem Bundeskanzler und Generalsekretär Gorbatschow werde der Plan eines Gemeinsamen Dokuments[14] eine nicht unwichtige Rolle spielen. Dabei gehe es um die Definition der Ziele und Möglichkeiten dessen, was wir gemeinsam bewirken könnten. Die Unterzeichnung von Schriftstücken in diesen Tagen zeige, daß verantwortliches Herangehen beider Seiten gute Ergebnisse ermögliche; er denke dabei auch an die privatwirtschaftlichen Verträge.[15] In der Dynamik der bilateralen Beziehungen sei eine Beschleunigung eingetreten. Er habe sehr begrüßt, daß in der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe für humanitäre Fragen die Lage der Deutschen in der Sowjetunion behandelt worden sei.[16] Ferner wolle er noch einmal die Bedeutung der Konsultationen

12 Referat 111 notierte am 27. September 1988, daß aufgrund eines Notenwechsels vom 12. Juli 1974 am 1. April 1984 mit dem Neubau von Botschaften in Moskau bzw. Bonn begonnen werden konnte. Seitdem habe sich „infolge mangelhafter Organisation und Ineffizienz“ des sowjetischen Staatsunternehmens am Botschaftsgebäude der Bundesrepublik in Moskau ein Baurückstand von 18 Monaten ergeben, der durch den zusätzlichen Einsatz des deutschen Generalunternehmers auf nunmehr 13 Monate habe reduziert werden können. Da der Neubau der sowjetischen Botschaft in Bonn „derzeit seiner Vollendung entgegensieht“, sei durch die Verzögerung in Moskau das von beiden Seiten vereinbarte Prinzip der Gegenseitigkeit nicht mehr gewahrt. Deshalb stelle sich wie schon 1986/87 die Frage, „die Inbetriebnahme des Botschaftsgebäudes der UdSSR durch Nichtunterzeichnung des vertragsgemäßen Inbetriebsetzungsprotokolls solange zu verweigern, bis Gleichstand erreicht ist.“ Vgl. Referat 111, Bd. 433146.

13 Am 8. Dezember 1988 vermerkte Ministerialdirektor Witte, daß während des Besuchs des Bundeskanzlers Kohl vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR beide Seiten vereinbart hätten, Verhandlungen über den Austausch von Kulturinstituten zu beginnen. Mitte November habe die Botschaft in Moskau der sowjetischen Seite den Vorschlag übermittelt, die Gemischte Kulturkommission einzuberufen und Arbeitsgruppen einzurichten, darunter zum Austausch von Kulturinstituten. Bisher habe die sowjetische Seite auf diese Anregung indes noch nicht reagiert. Im Auswärtigen Amt sei in Absprache mit dem Goethe-Institut inzwischen ein Abkommensentwurf ausgearbeitet worden, der auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit beruhe und folgende Elemente enthalte: „Der Bezug auf grundlegende bilaterale Vereinbarungen und auf den KSZE-Prozeß (Präambel); ‚Goethe-Institut‘ als Name und als Träger für unser Kulturinstitut (Art. 2); Verankerung des freien Zugangs (Art. 6); umfassende Tätigkeitspalette der Institute, die auch die Pädagogische Verbindungsarbeit umfaßt (Art. 4); Frank-Falin-Klausel (Art. 11); Regelung des Status des entsandten Personals (Art. 7, 8 und 9).“ Vgl. Referat 213, Bd. 143617.

14 Zu einer „Gemeinsamen Erklärung“ der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. Dok. 287.

15 Vortragender Legationsrat I. Klasse Pleuger bilanzierte am 2. November 1988 die Verhandlungen der Wirtschaftsvertreter aus der Bundesrepublik, die Bundeskanzler Kohl bei seinem Besuch vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR begleiteten: „Die wirtschaftlichen Aspekte des Besuchs waren sowohl im staatlichen wie im privaten Bereich ungewöhnlich intensiv vorbereitet worden. So konnten am Rande des Besuchs ca. 30 Verträge, davon 14 Liefergeschäfte und acht Joint-venture-Verträge, unterzeichnet werden.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 92/93; Referat 012, Bd. 134242.

16 Die deutsch-sowjetische Arbeitsgruppe für die Zusammenarbeit in humanitären Fragen tagte erstmals am 18. Januar 1988 während des Besuchs des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in der Bundesrepublik. Vgl. dazu Dok. 22, Anm. 16.
Die zweite Sitzung fand am 1./2. September 1988 in Moskau statt. Themen waren Familienzusammenführung, Besuchsreisen, Deutschunterricht, die kulturelle Situation von Deutschstämmigen in der UdSSR, die freie Religionsausübung, die Pflege von Gräbern deutscher Kriegsgefangener, die Verfolgung von Straftaten während der Zeit des Nationalsozialismus durch die Justiz der Bundesrepublik, „Berufsverbote“ in der Bundesrepublik und die Lage von in die Bundesrepublik übergesiedelten Deutschstämmigen. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 2851, Nr. 2863 und Nr. 2870/2871 des Vortragen-

über die verschiedenen Regionalfragen hervorheben. Insgesamt sei der Themenkreis der Konsultationen ausgeweitet worden. Wir verdankten in dieser Hinsicht viel unseren Botschaftern[17], aber auch allen anderen Mitarbeitern, die sich große Mühe gegeben hätten, um die Texte so vorzubereiten, daß wir einen ganz großen Schritt vorangekommen seien.

Schewardnadse antwortete: Er teile die Auffassung, daß es gelungen sei, durch gemeinsames Bemühen und die Arbeit vieler Behörden ein solides Abkommenspaket zu schnüren: Dies gebe es selten. Vor allem im Wirtschaftsbereich könne man von einem Durchbruch sprechen, z. B. bei der Zusammenarbeit der Leicht- und Konsumgüterindustrie. An dieser Kooperation würden mehr als 300 deutsche Betriebe beteiligt sein. Die sowjetische Seite öffne also ihren Markt für die deutsche Industrie. Allerdings müsse auf Gegenseitigkeit geachtet und die bekannte Asymmetrie überwunden werden. Der bundesdeutsche Markt müsse für sowjetische Waren geöffnet werden. Wenn die betroffenen Firmen nicht bald Devisen verdienten, gerieten sie in Schwierigkeiten. Die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet müsse auf langfristiger, solider Grundlage aufgebaut werden.

BM entgegnete: Die Interdependenz der Volkswirtschaften wachse, eine Entwicklung, die übrigens auch für die Umweltfragen gelte. Dies verlange eine größere Verflechtung. Die BR Deutschland sei das Land, von dem die Sowjetunion ihre größten Deviseneinnahmen erziele, wenn auch hauptsächlich durch Erdgas und Erdöl. Natürlich sei eine größere Diversifizierung notwendig, wir träten für offene Märkte ein. Im Rahmen der Modernisierung müßten auch Fortschritte bei der Diversifizierung des sowjetischen Angebots erreicht werden. Er habe von Anfang an unter der Modernisierung nicht nur eine technische Modernisierung verstanden, sondern auch eine stärkere Berücksichtigung der Marktgesetze. Die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern würde übrigens erheblich profitieren von einem Austausch und der Ausbildung von Führungskräften auf den verschiedensten Ebenen.

Schewardnadse meinte, die Sowjetunion habe prinzipiell die richtige Entscheidung getroffen: Die Modernisierung solle insbesondere in den Bereichen vorangetrieben werden, in denen am effektivsten gearbeitet werde. Ausbildung sowjetischer Kader sei in der Tat wichtig. Die Fachleute aus der BR Deutschland sollten die Besonderheiten in der Sowjetunion und die charakteristischen Prozesse untersuchen; man müsse die Technik der Produktion gut kennen. Er begrüße es sehr, daß wir beim Besuch des Bundeskanzlers zu derart komplexen Programmen kämen.[18] Auch in der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, z. B. Raumfahrt, ließen sich die Dinge gut an.[19]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1574
den Legationsrats I. Klasse Kunzmann, z. Z. Moskau, vom 2. September bzw. 4. September 1988; Referat 213, Bd. 143540.

17 Andreas Meyer-Landrut (Bundesrepublik) bzw. Julij Alexandrowitsch Kwizinskij (UdSSR).

18 Zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Aus- und Weiterbildung vgl. Dok. 266, besonders Anm. 19.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Pleuger informierte am 2. November 1988, daß während des Besuchs des Bundeskanzlers Kohl vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR „Projekte zur Aus- und Weiterbildung sowjetischer Führungskräfte (Manager) durch Industriestagen und Weiterbildungsseminare in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere für Hörer neu gegründeter sowjetischer Handelshochschulen, vereinbart“ worden seien: „Über Aus- und Weiterbildung von Fachkräften

Er wolle einige weitere Fragen anschneiden: Es sei wichtig, Festlegungen wegen der Kola-Halbinsel vorzunehmen.[20] Das gleiche gelte für die Einbeziehung deutscher Firmen in die geplanten Projekte in Westsibirien.[21] Wenn er auch wisse, daß dies kein einfaches Problem sei, solle die Meinungsbildung nicht verzögert werden: Jetzt müsse das entscheidende Wort gesprochen werden. Es wäre gut, wenn bis zum Besuch von GS Gorbatschow[22] Entscheidungen fielen. Immerhin gehe es hier um einen riesigen Markt für Ausrüstungen und Anlagen.

Er sei dafür, die Verhandlungen über das Investitionsschutz-Abkommen zu beschleunigen.[23] Es könnte beim Gorbatschow-Besuch unterzeichnet werden.

Was den Jugendaustausch anbelange, so konstatiere er ein großes Interesse bei der Jugend an ständigen Kontakten. Eine Vertragsbasis hierfür wäre sinnvoll.[24]

Auch sollten wir unsere Konsultationen intensivieren und sie dort aufnehmen, wo sie bislang noch nicht existierten: beim Kampf gegen Terrorismus und gegen Drogenmißbrauch.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1575

(Meister, Facharbeiter) soll eine Durchführbarkeitsstudie für das Projekt eines Maschinenparks in der UdSSR und damit verbundene Ausbildungsmöglichkeiten erstellt werden. Im Bereich der Berufsbildungsforschung sollen Ausbilder und Berufsbildungsforscher ausgetauscht und bei der Entwicklung von Lehrmitteln und Curriculae zusammengearbeitet werden." Vgl. den Runderlaß Nr. 92/93; Referat 012, Bd. 134242.

19 Zur Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR bei der friedlichen Nutzung des Weltraums vgl. Dok. 201, Anm. 43.
Ministerialdirigent Loosch, Bundesministerium für Forschung und Technologie, z. Z. Moskau, teilte am 17. Oktober 1988 mit, daß der Entwurf für ein Abkommen am 14./15. Oktober 1988 vollständig habe durchverhandelt werden können, „so daß Unterzeichnung […] anläßlich Bundeskanzlerbesuchs in Moskau nichts mehr im Wege stehen dürfte. […] Verhandlungsergebnis entspricht unseren Hauptforderungen: Beschränkung auf wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (WTZ); Einbettung des Mitflugs deutschen (Wissenschafts-)Astro-Kosmonauten bei sowj[etischer] Weltraummission in die WTZ, wenn auch über Mitflug besondere Abmachungen mit zuständigen Stellen getroffen werden müssen […]; Abgrenzung des Weltraum-WTZ-Abkommens von evtl. kommerzieller Kooperation". Vgl. den Drahtbericht Nr. 3504; Referat 431, Bd. 154473.
Bundesminister Riesenhuber und der Präsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Martschuk, unterzeichneten das Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erforschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken am 25. Oktober 1988 in Moskau. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 801 f.

20 Zum sowjetischen Vorhaben einer Erschließung der Kola-Halbinsel vgl. Dok. 156, Anm. 11.
In einer undatierten Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft hieß es: „Eine vom Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft […] Anfang September organisierte Besichtigungsreise im Gebiet von Murmansk mit 22 deutschen Unternehmensvertretern hat Interesse an Einzelprojekten (durch Anlagenlieferung, eventuelle Vermarktung im Rahmen von Gegengeschäften und maßgeschneiderte Finanzierung) deutlich werden lassen. Dies betrifft insbesondere Anlagenhersteller in den Bereichen Bergbau, Aufbereitung und Metallurgie. Ein vorrangiges Rohstoffinteresse ist bei der deutschen Industrie dagegen mit wenigen Ausnahmen nicht ersichtlich." Vgl. Referat 421, Bd. 140377.

21 Zum sowjetischen Vorschlag für eine Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik auf dem Gebiet der chemischen Industrie vgl. Dok. 201, Anm. 26.

22 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte in Begleitung des sowjetischen Außenministers Schewardnadse die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu AAPD 1989.

23 Zu den Gesprächen über ein Investitionsförderungs- und -schutzabkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. Dok. 300, Anm. 35.

24 Zu den Gesprächen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über einen Ausbau des Jugendaustauschs vgl. Dok. 201, Anm. 50.
Die Ministerialdirektoren Jelonek und Witte legten am 10. Oktober 1988 dar, daß Bundeskanzler Kohl ein von den zuständigen Ressorts und der Kultusministerkonferenz ausgearbeitetes Angebot für die UdSSR vorliege: „Es umfaßt insbesondere: 500 Stipendien für sowjetische Wissenschaftler und Studenten; Austausch von Gastprofessoren und Ausbau von Hochschulpartnerschaften; Spenden für sowjetische Bibliotheken; kräftiger Ausbau des Schüler- und Jugendaustausches. Für dieses Programm sind für die Anlaufphase 1989 etwa 4,5 Mio. DM erforderlich, danach jährlich etwa 11 Mio. DM, zunächst bis 1992." Vgl. Referat 421, Bd. 140427.

Hinsichtlich der Kulturinstitute sei der Text in Ordnung, den beide Seiten vereinbart hätten. (Anmerkung: Offensichtlich war „Präsentation von Besuchsergebnissen" gemeint, über die noch nicht völliges Einvernehmen hergestellt war.) Wir sollten Verhandlungen aufnehmen und zusehen, daß wir uns bis zum Besuch des GS festlegten.

Warum gebe es bei der Errichtung der Generalkonsulate in Kiew und München Verzögerungen?[25] Er, der BM, habe die Botschafter gelobt, aber vielleicht sei hier noch nicht alles getan. Man könne doch zunächst ein Provisorium vorsehen und nach Eröffnung der Generalkonsulate die Dinge abschließend regeln.

Bei den zu unterzeichnenden Abkommen wolle er vor allem dasjenige über die Vermeidung von Unfällen auf hoher See erwähnen, da es sich auf militärische Ereignisse beziehe.[26] Auch hier werde deutlich, daß wir in eine neue Etappe einträten.

BM bekräftigte: Wir hätten einen ganzen Katalog von Punkten. Zwischen den Beamten beider Seiten seien Gespräche über die Präsentation der Besuchsergebnisse geführt worden. Zwar könne man noch über diese oder jene Formulierung reden, aber im Prinzip sei der Text in Ordnung.[27]

Wir sollten versuchen, das Investitionsschutz-Abkommen bis zum Besuch Gorbatschows unterschriftsreif zu machen. Das Geschäftszentrum der deutschen Wirtschaft und Industrie sei eine wichtige Sache.

Über die Kulturinstitute sollten wir die Verhandlungen so führen, daß wir nach Möglichkeit bis zum Gorbatschow-Besuch zum Abschluß kämen.

Hinsichtlich des Austausches im Hochschul-, Schüler- und Jugendbereich bestätige er die Auffassung, daß ein erhebliches Interesse gegeben sei. Es wäre sehr zu wünschen, daß wir hier zu einem wirklich umfangreichen Austausch gelangten.

Der Informationsaustausch solle verbessert werden.

Auch sollte die Zusammenarbeit im Kampf gegen Drogenmißbrauch und auf dem Terrorismusgebiet intensiviert werden.

Aus Gesprächen mit der deutschen Wirtschaft wisse er, daß das Interesse am Kola-Projekt weiter entwickelt sei als an dem Projekt in Westsibirien. (Schewardnadse warf ein: etwas weiter.) Die Bundesregierung wird in dieser Hinsicht ermutigen.

25 Ministerialdirektor Bertele vermerkte am 17. November 1988 zur Errichtung von Generalkonsulaten in Kiew und München: „Beiderseits werden vom Aufnahmestaat jeweils Grundstücke für die Errichtung von Neubauten (Kanzlei, Residenz und Dienstwohnungen) zur Verfügung gestellt. Die Neubauten werden in jedem Fall mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Im übrigen müssen wir – aufgrund der katastrophalen Erfahrungen mit der sowjetischen Baudurchführung in Moskau – für Kiew darauf bestehen, daß die Baumaßnahmen dort mit Hilfe eines deutschen Generalunternehmers durchgeführt werden; hierzu verweigert die sowjetische Seite bisher ihre Zustimmung." Bis zur Fertigstellung der Neubauten sollten beiderseits Räumlichkeiten für die Zwischenunterbringung bereitgestellt werden, die jedoch „kaum mehr rechtzeitig für eine Eröffnung zum 1.1.89 bezugsfertig gemacht werden können." Vgl. Referat 213, Bd. 143544.

26 Zu einem Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über die Verhütung von Zwischenfällen außerhalb ihres Hoheitsgebiets vgl. Dok. 201, Anm. 51.
Das Abkommen wurde am 25. Oktober 1988 von den Bundesministern Genscher und Scholz sowie dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse in Moskau unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1989, Teil II, S. 194–203.

27 Für den Wortlaut der „Abgestimmten Besuchsergebnisse" vgl. BULLETIN 1988, S. 1274–1276.

Eines sei klar: Zu Recht könnten wir von einem Durchbruch sprechen. Wenn man an all[28] die zu unterzeichnenden Abkommen denke, müsse man konstatieren: Hier werde ein ganz großer Schritt nach vorn getan.

Hinsichtlich der Generalkonsulate habe er schon darauf hingewiesen, daß auf sowjetischer Seite noch einige Voraussetzungen geschaffen werden müßten. Wünschenswert wäre ein gleich großes Grundstück in Kiew wie das, was den Sowjets in München zur Verfügung gestellt werde. Die Vergabe von Bauarbeiten an eigene Unternehmen werde die Sache schnell fördern. Er bitte den AM, seinen Einfluß geltend zu machen, damit die Unterkünfte bis zur Eröffnung beziehbar gemacht würden. Auch wolle er nochmal auf die Notwendigkeit von Fortschritten beim Botschaftsneubau in Moskau hinweisen. Hier betrage der Rückstand etwa 18 Monate. Er bitte den Außenminister, sich der Sache anzunehmen.

Schewardnadse erwiderte lachend: Bei anderen wichtigen Projekten sei die Verzögerung noch größer. Er werde die Sache im Auge behalten und versuchen, die Angelegenheit zu beschleunigen. Was die unterschiedlichen Größenverhältnisse in Kiew anbelange, so gehe es um 0,6 ha. *Kwizinskij* warf ein, das können Sie wegnehmen, wenn Sie wollen. Der *BM* sagte, er werde der Sache nachgehen.

Schewardnadse schlug vor: Ein Beauftragter solle zur Erörterung dieser Frage entweder nach Bonn reisen oder wir sollten jemanden nach Moskau schicken. *Kwizinskij*: Dringlich sei, der sowjetischen Seite die Liste der in Kiew auszuführenden Arbeiten zu übergeben.

Schewardnadse stellte ein grundsätzliches Einverständnis zum Papier über die Präsentation von Besuchsergebnissen fest. *BM* schlug vor, daß sich die Mitarbeiter noch[29] einmal mit dem Papier beschäftigten. Dem stimmte *Schewardnadse* zu.

Schewardnadse ging zum Thema Gemeinsames Dokument über. Er verwies darauf, daß man auf der Grundlage des Moskauer Vertrages[30] und der seitdem gemachten Erfahrungen aufbauen wolle. Er fragte, ob beide Seiten für die weitere Arbeit die sowjetischen Thesen zur Grundlage nehmen könnten. Falls dies nicht der Fall sei, sollten wir der sowjetischen Seite unsere Überlegungen übermitteln. Wir sollten uns ferner über das weitere Vorgehen einigen. Das Gemeinsame Dokument werde von ganz herausragender Bedeutung sein.

Der *BM* führte aus: Wir hätten das sowjetische Papier geprüft. Wir hätten den ernsthaften Willen der sowjetischen Führung darin erkannt, ein zukunftsweisendes Dokument mit uns auszuarbeiten. Wir hätten in dem sowjetischen Text Gedanken gefunden, von denen wir einige auch als eigene ansähen, und andere, mit denen wir übereinstimmten. Wir wollten darüber hinaus unsere eigenen Vorstellungen einbringen, und zwar auch solche, die etwas anders als die sowjetischen aussähen. Wir würden unsere Vorstellungen formulieren. Dies sollte im Lichte der Gespräche geschehen, die in diesen Tagen in Moskau geführt würden. Das Vernünftigste wäre, nach dem Besuch schleunigst an die Arbeit zu gehen. Auf unserer Seite würde die Arbeit in Händen von Herrn Kastrup liegen. Er

28 Korrigiert aus: „man all".
29 Korrigiert aus: „doch".
30 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

(BM) wisse nicht, ob sich der AM schon Gedanken über unsere nächste Konsultation gemacht habe, d.h., ob er, was wünschenswert wäre, vor dem Besuch von GS Gorbatschow noch einmal nach Bonn komme. Dann könnten wir das Dokument in der Zwischenzeit wenigstens zweimal an verschiedenen Orten selbst behandeln, in Wien[31] und in Paris[32]. Auf diese Weise würden beide Minister die Arbeit begleiten, die von den Mitarbeitern geleistet würde. Zweckmäßig wäre es, früh im Jahr 1989 Zwischenbilanz zu ziehen.

Schewardnadse wies darauf hin, das wichtigste sei die Fertigstellung des Gemeinsamen Dokumentes. Auch auf sowjetischer Seite würde eine kompetente Gruppe eingesetzt werden. Die Arbeit würde hauptsächlich von Herrn Bondarenko gemacht werden. Sein 1. Stv. AM, der für Europa zuständig sei[33], sei z.Z. krank, er werde sich aber auch beteiligen.

Der *BM* erklärte: Die Gespräche, die die beiden Minister in diesem Jahr geführt hätten, hätten erhebliche Fortschritte erbracht, um konkreter über das zukünftige Europa nachdenken zu können. Insofern sei der deutsch-sowjetische Gedankenaustausch auch von Bedeutung für das Gemeinsame Dokument. Wichtig sei, die Phantasie der politisch Verantwortlichen anzuregen.

Schewardnadse betonte noch einmal die bedeutsame Grundlage des Moskauer Vertrages. Die Äußerungen des Bundeskanzlers vom Vortage, das Spiegel-Interview von GS Gorbatschow[34], all dies erlaube, ein Gemeinsames Dokument vorzubereiten, in dem das „Neue Denken" reflektiert werde. Er sei dafür, daß die Mitarbeiter beider Seiten sich morgen an die Arbeit machten, anschließend würden beide Minister sich mit der Angelegenheit beschäftigen. Wenn die Klammern klein seien, könnten sie das in Wien tun, wenn die Klammern groß seien, solle es ein gesondertes Treffen geben. Der *BM* stellte die Frage, ob nicht auf jeden Fall eine Begegnung in Bonn zweckmäßig sei. Man solle die Konsultation nicht als eine Art Feuerwehr betrachten. Damit erklärte sich *Schewardnadse* einverstanden.

Referat 213, Bd. 143533

31 Bundesminister Genscher und der sowjetische Außenminister Schewardnadse trafen sich am 19. Januar 1989 anläßlich des Abschlusses der KSZE-Folgekonferenz in Wien. Vgl. dazu AAPD 1989.

32 Bundesminister Genscher und der sowjetische Außenminister Schewardnadse trafen am 7. Januar 1989 anläßlich der Konferenz über ein Verbot chemischer Waffen in Paris zusammen.

33 Alexander Alexandrowitsch Bessmertnych.

34 Vgl. DER SPIEGEL, Nr. 43 vom 24. Oktober 1988, S. 20–31.

302

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ackermann

424-411.10 ISR-684/88 VS-vertraulich **24. Oktober 1988**[1]

Über Dg42[2], D4[3] Herrn Staatssekretär[4]

Betr.: Lieferung von deutschen U-Booten nach Israel

Bezug: Vermerk vom 14.9.1988 über Gespräch zwischen StS Dr. Sudhoff und StS Prof. Dr. Timmermann, BMVg, – 209-363.60/1-1779/88 VS-v[5]

Anlg.: Bezugsvermerk (nur bei Original)[6]
Bericht Botschaft Tel Aviv vom 7.10.88 (nur bei Original)[7]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und Zustimmung zu Nr. 6

1) StS Timmermann hat in Gespräch am 14.9.1988 mit StS Sudhoff u. a. auch U-Boot-Projekt Israel angesprochen.

2) Es geht dabei um folgendes:

Israel beabsichtigt die Beschaffung von drei konventionellen U-Booten im Zeitraum 1990–95, die mit amerikanischer Militärhilfe finanziert werden sollen. Die Aufträge dazu konnten aber nicht in die USA vergeben werden, da dort seit 30 Jahren keine konventionellen U-Boote mehr gebaut werden. Deshalb haben die beteiligten Firmen erwogen, U-Boote komplett oder in Teilen von der Bundesrepublik Deutschland (Firma HDW) nach USA zu liefern, dort mit Elektronik und Waffen zu bestücken und von den USA direkt nach Israel zu liefern.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ackermann und Legationsrat I. Klasse Cappell konzipiert.

2 Wilhelm Höynck.

3 Hat Ministerialdirektor Jelonek am 24. Oktober 1988 vorgelegen, der auch für Ministerialdirigent Höynck abzeichnete.

4 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 25. Oktober 1988 vorgelegen, der Ministerialdirektor Jelonek und Referat 424 um Rücksprache bat. Ferner vermerkte er handschriftlich: „(Keine Verteilung zunächst.)“
Hat Jelonek am 27. Oktober 1988 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent von Kyaw und Referat 424 verfügte.
Hat Kyaw am 28. Oktober 1988 vorgelegen.

5 Vortragender Legationsrat von Arnim notierte, daß Staatssekretär Timmermann, Bundesministerium der Verteidigung, Staatssekretär Sudhoff darüber informiert habe, „daß der Fortgang der Verhandlungen der Industrie über das U-Boot-Projekt Israel nur langsam, aber befriedigend sei. Allerdings gebe es noch Probleme mit dem Preis.“ Vgl. VS-Bd. 11903 (202); B 150, Aktenkopien 1988.

6 Dem Vorgang nicht beigefügt. Vgl. Anm. 5.

7 Dem Vorgang beigefügt. Botschafter Haas, Tel Aviv, übermittelte die Ablichtung eines Fernschreibens des Staatssekretärs Timmermann, Bundesministerium der Verteidigung, an den Generaldirektor im israelischen Verteidigungsministerium, Ivri. Darin nahm Timmermann Bezug auf einen Besuch von Ivri am 19. September 1988 in der Bundesrepublik, bei dem dieser auch die Frage einer Exportgenehmigung für in Deutschland zu bauende U-Boote angesprochen habe. Timmermann fuhr fort: „Dazu kann ich Ihnen mitteilen, daß das Konsortium inzwischen einen Antrag auf Bau- und Exportgenehmigung für die zunächst vorgesehenen zwei U-Boote bei dem dafür zuständigen Bundesministerium für Wirtschaft eingereicht hat. Ich darf Ihnen versichern, daß das Bundesministerium der Verteidigung sich dafür einsetzen wird, daß dieses Genehmigungsverfahren innerhalb der Bundesregierung zügig behandelt und positiv entschieden wird.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1159; VS-Bd. 14534 (424); B 150, Aktenkopien 1988.

3) Im April 1986 hat HDW Voranfrage zu den Genehmigungsaussichten der Lieferung von einem U-Boot komplett sowie Materialpaketen für den Bau von zwei weiteren U-Booten auf US-Werft (Ausrüstung mit Waffen und dem größten Teil der Elektronik mit US-Material) über USA nach Israel beim AA eingereicht. HDW hat bisher nicht auf Entscheidung über diese Voranfrage gedrängt, da Finanzierung noch offen.

Mit Schreiben vom 22.9.1988 hat HDW bei BMWi Antrag auf Genehmigung der Ausfuhr von zwei U-Booten – mit Option für ein drittes Boot – Typ 800 nach Israel über USA gestellt. BMWi hat bei HDW angeregt, zunächst Voranfrage bei AA einzureichen, da Liefertermin erst 1994 vorgesehen sei. HDW hat sich bis jetzt nicht erneut an AA gewandt.

Zur Finanzierungsfrage hat sich das „German Submarine Consortium", bestehend aus Ferrostaal, HDW, Thyssen Nordseewerke und Thyssen-Rheinstahl, mit Schreiben vom 27.9.1988 an BM Genscher mit der Bitte um substantielle Unterstützung der Bundesregierung bei der Schließung einer Finanzierungslücke beim U-Boot-Projekt von 210 Mio. DM, die Israel nicht aufbringen könne, gewandt.[8]

4) Stellungnahmen der Ressorts stehen noch aus. Im Hinblick auf Entscheidung des BSR am 16.3.1987, die Genehmigung für die Lieferung von acht U-Booten nach Saudi-Arabien zu erteilen[9], besteht auf Arbeitsebene Tendenz, BSR mit positivem Votum zum U-Boot-Projekt Israel zu befassen, sobald Voranfrage wieder aktuell ist. MdB Gansel, SPD, hat sich öffentlich gegen Genehmigung ausgesprochen, während MdB Frau Geiger, CSU, darauf verwiesen hat, daß Bewaffnung der U-Boote in USA erfolge und Projekt daher für uns unproblematisch sei.

5) Es ist zu bedenken, daß durch die Einschaltung des BMVg, wie sie sich aus dem Bezugsvermerk und Bezugsbericht ergibt, die Haltung der Bundesregierung präjudiziert wird, ohne daß der BSR bisher Gelegenheit hatte, sich mit dieser Frage zu befassen. Abteilung 4 sieht sich jedoch nicht in der Lage, nun von sich aus gegenüber HDW die Initiative zu ergreifen, da die Voranfrage über zwei Jahre zurückliegt und das German Submarine Consortium oder HDW in dem o.g. Brief zur Finanzierungsfrage vom 27.9.1988 die Voranfrage ausdrücklich nicht angesprochen haben. Offenbar soll die Finanzierung als Vorfrage geklärt werden.

6) Es wäre zu überlegen, daß Sie StS Prof. Dr. Timmermann auf diesen Sachstand hinweisen und ihn fragen, wann aus der Sicht des BMVg der BSR befaßt werden solle.[10]

Ackermann

VS-Bd. 14534 (424)

8 Für das Schreiben des German Submarine Consortium vgl. Referat 424, Bd. 162398.

9 In einer Aufzeichnung des Referats 424 vom 27. April 1987 hieß es, Bundesminister Bangemann habe Ende März 1987 einem Firmenkonsortium aus der Bundesrepublik zu deren Angebot, an Saudi-Arabien acht U-Boote zu liefern, mitgeteilt, daß es aufgrund einer Entscheidung des Bundessicherheitsrats von Mitte März 1987 „mit den für das Projekt erforderlichen Genehmigungen rechnen könne", sofern keine Änderung der Sach- oder Rechtslage eintrete. Vgl. VS-Bd. 14535 (424); B 150, Aktenkopien 1987. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 85.

10 Zur Lieferung von U-Booten an Israel vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek vom 9. Mai 1989; AAPD 1989.

303

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Andrej Sacharow und Jelena Bonner in Moskau

VS-NfD **25. Oktober 1988**[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Professor Andrej Sacharow und Frau Jelena Bonner, Moskau, 25. Oktober 1988, 8.10 Uhr bis 8.50 Uhr[2]

Der *Bundeskanzler* begrüßt Professor Sacharow (S.) und Frau Bonner (B.), drückt Freude über die Gelegenheit zur Begegnung aus und übermittelt Grüße von Simon Wiesenthal.

Wir verfolgten – so der Bundeskanzler weiter – den Weg, den S. gehe, mit großer Sympathie und Respekt und hofften, daß alles gut weiterlaufe. Gestern habe er – der Bundeskanzler – mit GS Gorbatschow auch über das Thema Menschenrechte gesprochen. Der GS habe bekräftigt, den Weg der Öffnung weitergehen zu wollen. Dies sei auch für uns von großer Wichtigkeit – in einem Abschnitt der Weltpolitik, in dem gute Chancen bestünden, zu wirklicher Abrüstung zu kommen. Voraussetzung dafür sei Vertrauen, dies aber könne nur auf dem Boden von mehr Menschlichkeit wachsen.

Sacharow dankt für die freundliche Bereitschaft des Herrn Bundeskanzlers, mit ihm und seiner Frau zusammenzutreffen. Der Bundeskanzler habe recht: Wir lebten in einer wirklich sehr wichtigen Zeit, die von großen Hoffnungen, zugleich aber von großen Besorgnissen geprägt sei. Der Prozeß der Umgestaltung sei schwierig und widersprüchlich. Seine Tendenzen nicht immer durchschaubar. Gleichzeitig wisse er, daß davon, wie sich die Dinge hier in der SU entwickelten, in starkem Maße die Lage in der Welt abhänge. Von ganzem Herzen wünsche er, daß nunmehr positive Einflüsse von hier ausgingen.

Er – S. – sei zutiefst an der Abrüstung interessiert. Er wisse und glaube, daß INF-Vertrag von großer historischer Bedeutung sei. Er denke über weitere Wege zur Abrüstung nach: Dabei bewege ihn die Idee, in Europa einen demilitarisierten Korridor zu schaffen, der die Streitkräfte der NATO und des Warschauer Pakts voneinander trenne. Er meine nicht einen Korridor, der nur kernwaffenfrei sei, dies wäre von zweifelhafter Bedeutung für die Sicherheit. Ihm gehe es um Beseitigung aller Waffen.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 26. Oktober 1988 in Moskau gefertigt und am 11. November 1988 zusammen mit den Aufzeichnungen über die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und mit Ministerpräsident Ryschkow am 25. Oktober 1988 sowie mit einer Gruppe sowjetischer Wissenschaftler am 26. Oktober 1988 Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann übermittelt.
Hat Bächmann am 11. November 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Kastrup, Ministerialdirigent Höynck und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Heyken verfügte.
Hat Kastrup am 11. November 1988 vorgelegen.
Hat Höynck am 14. November 1988 vorgelegen.
Hat Legationssekretär Höfer-Wissing am 21. November 1988 vorgelegen.
Hat Heyken am 28. November 1988 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 213, Bd. 143539.

2 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR auf. Vgl. dazu auch Dok. 300, Dok. 301, Dok. 304 und Dok. 309.

Das Wichtigste, auch darin pflichte er dem Bundeskanzler bei, sei die Vertiefung des Vertrauens zwischen den sozialistischen Staaten und den westlichen Ländern. Hierfür sei die Demokratisierung in der SU außerordentlich wichtig. Der Prozeß, der hier ablaufe, sei sehr kompliziert und widersprüchlich, und durchaus nicht alles stelle zufrieden. Jedoch sei die „Offenheit" eine neue Tendenz, ein großes Ereignis, eine große Kraft, die die Entwicklung der Demokratisierung in die richtige Richtung lenke.

Unverändert stark interessiere er sich für die Menschen- und Bürgerrechte. Im vergangenen und in diesem Jahr sei der größte Teil der aus Gewissensgründen Inhaftierten freigelassen worden. Andererseits gebe es noch viele Leute im Gefängnis und in psychiatrischen Anstalten, die aus Gewissensgründen und wegen gewaltfreier Aktionen inhaftiert seien. Es sei außerordentlich wichtig, daß alle diese Leute freikämen. Zu ihrer Entlassung müsse volle Rehabilitierung kommen.

Die Frage der Menschenrechte sei auch von großer Bedeutung für die Deutschen in der Sowjetunion. Hier gehe es vor allem um freie Ein- und Ausreise.[3]

Vor seiner Verbannung nach Gorki[4] habe er sich intensiv mit dieser Frage beschäftigt, heute habe er weniger Kontakte.

Dafür stelle sich inzwischen das Problem der Menschenrechte in der SU anders: Es werde – Beispiel Nagorny-Karabach[5] – von dem Nationalitätenproblem überlagert. Er – S. – habe unglücklicherweise den Eindruck, daß Politiker und Medien des Westens diesem tragischen Problem zu wenig Aufmerksamkeit widmeten. Man habe es mit einer sehr gespannten und schwierigen Situation zu tun, in der jeder Tag neue wichtige Entwicklungen bringen könne.

Der *Bundeskanzler* hebt hervor, das auch von S. gebrauchte Schlüsselwort sei Vertrauen. Dies habe ja auch GS Gorbatschow gesagt. Diesseits und jenseits der Grenze säße man auf einem Berg von Waffen. Waffen seien neutral, weder gut noch böse, es komme auf den Geist, der dahinterstehe, an. Zumindest in Europa habe sich aber die wichtige Erkenntnis durchgesetzt, daß Krieg als Mittel der Politik ausscheide. Krieg bedeute Apokalypse.

Konsequenz sei, daß Waffen nunmehr zum Mittel des Drucks, der Pressionen würden – dies sei das genaue Gegenteil von Vertrauen.

Deshalb sei es richtig und wichtig, daß jetzt der Versuch unternommen werde, die Waffen zu vermindern. Der INF-Vertrag sei ein erster guter Schritt, und es gebe gute Möglichkeiten, auf diesem Wege weiterzukommen: START, CW (für uns Deutsche von besonderer Wichtigkeit), Raketen kürzerer Reichweite, konventionelle Waffen.

Er – der Bundeskanzler – sei optimistisch: In 14 Tagen werde in den USA gewählt[6], dann könne man in einem übersehbaren Zeitraum weitere Fortschritte erzielen.

3 Zur Lage der Deutschstämmigen in der UdSSR vgl. Dok. 204.

4 Der sowjetische Atomphysiker Sacharow wurde am 22. Januar 1980 in Moskau festgenommen und nach Gorki verbannt. Am 19. Dezember 1986 gab der sowjetische Stellvertretende Außenminister Petrowskij bekannt, Sacharows Verbannung sei aufgehoben worden. Sacharow und seiner Ehefrau Jelena Bonner seien die Rückkehr nach Moskau und die Wiederaufnahme wissenschaftlicher Tätigkeit erlaubt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1987, Z 16.

5 Zum Konflikt zwischen den Sowjetrepubliken Armenien und Aserbaidschan vgl. Dok. 204, Anm. 7.

6 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

Wichtig in diesem Zusammenhang sei, was Präsident Reagan und GS Gorbatschow in ihrem ersten Kommuniqué in Genf festgeschrieben hätten: Fortschritte nicht nur bei Abrüstung und Rüstungskontrolle, sondern Verbesserung der Beziehungen auf allen Feldern.[7]

Dies setze in der Tat Offenheit voraus, dazu gehörten Wirtschaftsbeziehungen, Kultur, Wissenschaft, Sport, Austausch der jungen Generation – und natürlich humanitäre Fragen und Menschenrechte.

Wenn GS Gorbatschow auf diesem Wege voranschreite, werde er sofort mehr Vertrauen finden.

Bei seinem Gespräch mit GS Gorbatschow habe dieser hier die Frage der Einmischung in die inneren Angelegenheiten gestellt.

Frau *Bonner* wirft ein, dies sei immer wieder das alte Motiv!

Der *Bundeskanzler* fährt fort, er habe diesen Gedanken zurückgewiesen und betont, es gehe um die Frage des Vertrauens. Wenn wir von Menschen, die ohne medizinische Gründe in psychiatrischen Anstalten gehalten würden, hörten, reagiere unser Inneres genauso wie zur Zeit, als wir Deutschen von den Greueltaten der Nazis erfahren hätten.[8] Auschwitz habe sich tief in Herz und Sinn der Menschen eingegraben.

Er – der Bundeskanzler – könne nur hoffen, daß die sowjetische Führung diesen Punkt trotz aller Kräfte, die Widerstand leisten, begreife: Mehr Offenheit nach innen schaffe mehr Vertrauen nach außen – dies sei ein System kommunizierender Röhren.

Vor zwei Wochen habe er sich mit Staatspräsident Mitterrand getroffen[9] und mit ihm abgestimmt: Der französische Staatspräsident werde, wenn er im November hierher komme[10], nichts anderes sagen als er – der Bundeskanzler – heute.

Was wir nicht beurteilen könnten, sei die entscheidende Frage, ob der neue Kurs in der SU sich durchsetzen werde. Er hoffe sehr, daß engere wirtschaftliche Zusammenarbeit hier positive Auswirkungen haben werde, in diesem Sinn sei auch sein Angebot zu verstehen, in den nächsten drei Jahren, d.h. von 1989 bis 1991, jeweils über 1000 junge Sowjetbürger in die Bundesrepublik Deutschland einzuladen, um auf unseren Universitäten und in Aus- und Fortbildung für Aufgaben des Management größere Fachkenntnis zu erwerben und gleichzeitig menschliche Kontakte zu knüpfen.[11]

Sacharow pflichtete dem Bundeskanzler bei, die Frage der Menschen- und Bürgerrechte sei keine rein interne Angelegenheit. Auf dieser Grundlage beruh-

7 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690. Vgl. dazu auch AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

8 Dieser Satz wurde von Legationssekretär Höfer-Wissing hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hat er das dem GS wirklich gesagt?“

9 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 14. Oktober 1988 in Vézelay vgl. Dok. 290.

10 Staatspräsident Mitterrand besuchte die UdSSR am 25./26. November 1988.

11 Zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Aus- und Weiterbildung sowie des Jugendaustauschs vgl. Dok. 301, besonders Anm. 18 und 24.

ten sowohl die Schlußakte von Helsinki[12] wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte[13].

Was die Rechte der Menschen deutscher Volkszugehörigkeit angehe, so sei sehr wichtig, daß die sowjetischen Ausreisevorschriften im Einklang mit international üblichen Normen, insbesondere mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, gebracht würden. Ausreise dürfe nicht auf Familienzusammenführung beschränkt werden, denn viele Deutsche hätten im Zuge der Deportation ihre Angehörigen verloren.

Das vom Bundeskanzler angebotene Austauschprogramm für Studenten, Wissenschaftler und Wirtschaftsleiter sei außerordentlich wichtig – er könne nur hoffen, daß nicht nur Leute mit Parteibuch kämen.

Der *Bundeskanzler* erwidert, das Programm werde selbstverständlich nur funktionieren, wenn die Teilnehmer etwas „im Kopf hätten" – ein Parteibuch sei dafür kein Ersatz.

Abg. *Dr. Dregger* berichtet, vor der Moskau-Reise hätten sich viele Menschenrechtsorganisationen und Einzelpersonen ihm gegenüber für Gefangene in psychiatrischen Anstalten eingesetzt. Er frage sich, wie die Lage heute aussehe, ob sie sich gebessert habe, wie man helfen könne.

Frau *Bonner* antwortet, die Situation habe sich in der Tat gebessert. Es sei ein neues Gesetz über psychiatrische Hilfe verabschiedet worden, das die betreffenden Anstalten der Aufsicht des Innenministeriums entziehe und sie dem Gesundheitsministerium unterstelle. Dieses Gesetz erweitere zudem die Rechte der Rechtsanwälte und der Verwandten des Betroffenen. Zwar habe es in der Praxis noch keine Breitenwirkung entfaltet, aber das Vorhandensein habe schon große Bedeutung:

– Die Anzahl von Menschen, die sich aus politischen Gründen in psychiatrischen Anstalten befinde, habe sich deutlich verringert, und
– es seien keine neuen Verurteilungen zu verzeichnen.

Insgesamt glaube sie, daß z. Z. nur noch 15 Personen sich in psychiatrischen Krankenhäusern befinden, die auf Grund Art. 70 des sowjetischen Strafgesetzbuchs (=Verleumdung der Sowjetunion) eingeliefert worden seien. Vor zwei Jahren habe es noch über 200 Menschen in dieser Lage gegeben.

Zwar verfüge man über keine exakten Zahlen, sie glaube jedoch, daß z. Z. nur noch 100 Personen, die als Dissidenten verurteilt seien, sich in Haft befänden. Vor zwei Jahren seien es noch etwa 800 gewesen. Die Lage ändere sich täglich, so daß die reale Hoffnung bestehe, daß bald alle frei seien.

In diesem Zusammenhang würdigt Frau B. die Tätigkeit von Frau Cornelia Gerstenmaier.

Insgesamt – so Frau B. weiter – erlebe man in der Sowjetunion heute eine Zeit der Aufrüttelung, wie es sie in Deutschland nach 1945 gegeben habe. Dabei wisse man, daß das deutsche Volk nicht besser und nicht schlechter als die Russen

12 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

13 Für den Wortlaut der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" vom 10. Dezember 1948 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. II, S. 135–141.

gewesen sei. Heute stelle sich die Frage neu, wer schlimmer gewesen sei – Hitler oder Stalin. Das sowjetische Volk sei den Weg des deutschen Volkes, wie ihn der Film „Wir Wunderkinder“[14] beschreibe, noch nicht weit genug gegangen – tatsächlich müsse die Welt die Russen immer noch fürchten.

Sacharow ergänzt, das russische Volk durchlebe jetzt einen Schockzustand. Man sehe im Fernsehen Ausgrabungen von Massengräbern, insbesondere in Weißrußland. Auch die Frage nach dem Schicksal von Raoul Wallenberg[15] werde neu gestellt. Als Gromyko noch in Amt und Würden gewesen sei, habe er aller Welt gesagt, Wallenberg sei gestorben. Jetzt könne es eventuell neue Möglichkeiten geben, diese Frage auf diplomatischem Wege wieder anzuschneiden.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, nicht zuletzt diese Frage habe er bei seinem Treffen vor acht Tagen mit Simon Wiesenthal in Wien besprochen.

Frau *Bonner* beschreibt ein Lager, in dem Wallenberg möglicherweise inhaftiert gewesen sei: Lager ON-55/4 Stadtrand von Torshok, Straße nach Stariza.

Der *Bundeskanzler* sagt zu, in diesem Sinn mit GS Gorbatschow zu sprechen.

Der Bundeskanzler widmet zum Abschluß dem Ehepaar Sacharow ein Exemplar seiner Tischrede[16] mit der Hoffnung, daß sie darin alles wiederfinden, was sie selbst für richtig halten.

Ende des Gesprächs: 8.50 Uhr.

Weitere Anwesende: Frau Kohl, Frau Genscher, Bundesminister Genscher, Botschafter Meyer-Landrut, MdB Dr. Dregger, MdB Rühe, MD Teltschik, MDg Dr. Neuer, VLR I Dr. Kaestner (Note-taker).

Referat 213, Bd. 143539

14 Der Film „Wir Wunderkinder“ von Kurt Hoffmann aus dem Jahr 1958 schildert satirisch den unterschiedlichen Lebensweg eines Journalisten und seines Schulfreundes von der Kaiserzeit bis in die 1950er Jahre.

15 Referat 205 erläuterte im Oktober 1988, über das Schicksal des 1945 in Budapest unter ungeklärten Umständen verschollenen schwedischen Diplomaten Raoul Wallenberg, der 1944 von seiner Regierung den Auftrag erhalten habe, in Budapest möglichst viele Juden vor der drohenden Deportation zu retten, lägen keine gesicherten Erkenntnisse vor. Die UdSSR habe 1947 zunächst behauptet, Wallenberg habe sich nie auf sowjetischem Territorium befunden, 1957 jedoch erklärt, daß er am 17. Juli 1947 im Gefängnis Lubjanka in Moskau gestorben sei. Dies werde jedoch von der schwedischen Regierung bezweifelt. Es gebe immer wieder Berichte, wonach Wallenberg noch am Leben sei. Vgl. dazu Referat 213, Bd. 143606.

16 Für den Wortlaut der Ansprache des Bundeskanzlers Kohl am 24. Oktober 1988 in Moskau vgl. BULLETIN 1988, S. 1268–1271.

304

Deutsch-sowjetisches Regierungsgespräch in Moskau

VS-NfD **25. Oktober 1988**[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Generalsekretär Gorbatschow, Moskau, 25. Oktober 1988, 15.00–17.10 Uhr[2]

GS *Gorbatschow* begrüßt den Bundeskanzler und seine Delegation, deren Größe und Zusammensetzung – wie auch die der sowjetischen – verdeutliche, daß man entschlossen sei, die Beziehungen grundlegend zu bereinigen und Perspektiven für ihre künftige Entwicklung aufzustellen.

Der *Bundeskanzler* dankt und würdigt die bisherigen, sehr intensiven Gespräche, insbesondere mit MP Ryschkow am gleichen Vormittag[3]: Auch dabei sei – wie gestern im Gespräch mit dem Generalsekretär – deutlich geworden, daß beide Seiten den Willen hätten, den Beziehungen eine neue Qualität zu geben. Das gestrige Wort des Generalsekretärs – „das Eis ist gebrochen" – sei ein wichtiger und richtiger Satz.

Von Anfang an hätten wir den gegenwärtigen Besuch und den Gegenbesuch des Generalsekretärs[4] als Einheit betrachtet. Dabei gehe es darum, praktische Fortschritte zu erzielen – so seien gestern eine beträchtliche Zahl von Firmenverträgen unterschrieben worden[5], im Anschluß an dieses Gespräch würden Regierungsabkommen unterzeichnet. Er könne nur sein Plädoyer für konkrete Abmachungen wiederholen – dies schaffe Vertrauen.

GS *Gorbatschow* erwidert, er habe sich das gestrige Gespräch noch einmal durch den Kopf gehen lassen und sei zum Schluß gekommen, daß dies ein großer Tag gewesen sei, der stattgefundene Dialog sei sehr wichtig gewesen für die Suche nach Wegen, wie die Beziehungen auf ein neues Niveau gebracht werden könnten. Seine gestrige Einschätzung („das Eis ist gebrochen") wolle er ausdrücklich bestätigen. Er habe sich insbesondere überlegt, in welchem Verhältnis die beiderseitigen Tischreden[6] zu dem breit angelegten Gespräch gestanden hätten, das vorher stattgefunden habe.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 27. Oktober 1988 in Moskau gefertigt. Zur Übermittlung an das Auswärtige Amt vgl. Dok. 303, Anm. 1.
Zum Gespräch vgl. auch GORBATSCHOW, Sobranie, Bd. 12, S. 280–283.

2 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR auf. Vgl. dazu auch Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303 und Dok. 309.

3 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Ryschkow am 25. Oktober 1988 in Moskau vgl. Dok. 300, Anm. 33.

4 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte in Begleitung des sowjetischen Außenministers Schewardnadse die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu AAPD 1989.

5 Zum Abschluß von Verträgen staatlicher sowjetischer Stellen mit Unternehmen der Bundesrepublik am 24. Oktober 1988 vgl. Dok. 301, Anm. 15.

6 Für den Wortlaut der Ansprachen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des Bundeskanzlers Kohl beim Abendessen am 24. Oktober 1988 in Moskau vgl. BULLETIN 1988, S. 1265–1271.

Er sei zum Schluß gelangt, daß man die beiderseitigen Anstrengungen auf zwei Punkte konzentrieren solle:

– Erstens sei man zu Einverständnis gelangt, daß man in den beiderseitigen Beziehungen ein neues Kapitel aufschlagen, ihnen eine neue Qualität, ihnen einen größeren „Maßstab" geben müsse, damit diese Beziehungen nicht hinter dem Tempo der Entwicklung in Europa und im sonstigen weltpolitischen Prozeß zurückblieben, sondern ein Stimulus für die weitere Entwicklung dieser Prozesse darstellen. Der beiderseitige politische Wille müsse dahin gerichtet werden, sowohl den politischen Dialog als auch die Wirtschaftsbeziehungen, den wissenschaftlichen und kulturellen Austausch und den Komplex der Beziehungen insgesamt auf eine neue Ebene zu stellen. Gelinge dies, so könne man bei allem Realismus, der beiderseits vorhanden sei, sagen, daß dies eine gewaltige Sache sei.
– Zweitens gehe es bei dem Bemühen, die Beziehungen voranzubringen, auch darum, noch gewaltige Differenzen hinter uns zu bringen. Dazu seien beiderseits große Anstrengungen nötig. Man wolle nichts vereinfachen, man müsse genau sehen, was trenne. Gerade dieses Verständnis werde aber erlauben, daß man realistisch handele.

Er wolle zusammenfassen: Man müsse soweit kommen, daß die Bereiche des Einverständnisses erweitert und das Trennende vermindert werde. Am wichtigsten aber sei, in die Zukunft zu schauen. Man sei an einem Punkt angelangt, wo nicht nur das Schicksal beider Länder, sondern das Schicksal Europas und der ganzen Welt fordere, daß man unter der Prämisse der gegenseitigen Realitäten, wie sie gegenwärtig bestünden, nach Lösungen suche. Darüber solle sowohl auf seiner wie auch unserer Seite noch viel nachgedacht werden.

Wenn man diese Arbeit voranbringe, dann werde man auf weiteren Feldern zu gegenseitigem Verständnis gelangen, das man dann bei seinem Besuch am Rhein festschreiben wolle: Er denke an das politische Dokument[7], an andere Dokumente und an den sensiblen Bereich des Investitionsschutzes[8].

Um das gestrige Wort noch einmal aufzugreifen: Von einem Frühling könne man nur sprechen, wenn das Eis nicht nur gebrochen sei, sondern der Eisgang beginne. „Wir brauchen diesen Eisgang!"

Er wolle diese Einleitung mit einer optimistischen Note beenden: Er glaube, daß Fortschritte in Richtung auf ein neues Kapitel in den Beziehungen beider Länder möglich seien. Es werde ein inhaltsreiches Kapitel sein. Werde man diese Aufgabe meistern, so meine er, daß man ihn – den Generalsekretär – und den Bundeskanzler nicht umsonst in die Führung der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland gewählt habe. Danach würden andere kommen und das Werk fortsetzen, vielleicht noch besser, weil sie es verstehen würden, sich von den noch vorhandenen Komplexen zu befreien. Damit sei er bei seinem Lieblingsthema „Neues Denken".

Der *Bundeskanzler* dankt für diese Zusammenfassung und hebt den letztgenannten Punkt hervor – den Gedanken an die, die nach uns kommen. Sehr richtig

7 Zu einer „Gemeinsamen Erklärung" der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. Dok. 287.
8 Zu den Gesprächen über ein Investitionsförderungs- und -schutzabkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. Dok. 300, Anm. 35.

sei, daß wir ihnen nicht unser Urteil gleichsam wie einen Stempel aufdrücken dürften.

Andererseits wolle er daran erinnern, daß beide Völker eine lange Geschichte verbinde, in dieser Geschichte gebe es nicht wenige gute Seiten, an die er gemeinsam mit dem Generalsekretär anknüpfen möchte.

Einem vorhergehenden Vorschlag des Generalsekretärs folgend, wolle er nun die Außenminister bitten, über ihre Gespräche zu berichten.

BM *Genscher* nennt als Gesprächsthemen: Bilaterale Beziehungen, Lage auf dem Wiener KSZE-Folgetreffen, West-Ost-Verhältnis allgemein, regionale Konflikte.

Mit AM Schewardnadse sei er sich einig, daß die Wiederaufnahme der Begegnungen auf höchster Ebene wichtig für die Besserung des bilateralen Klimas, des Klimas in Europa und in den West-Ost-Beziehungen insgesamt sei. Die Vorbereitungen dieses Besuchs seien außerordentlich dicht gewesen, man habe mit großen Anstrengungen eine Reihe von Vereinbarungen fertig verhandelt, die im Anschluß unterzeichnet würden; man habe eine Reihe gemeinsamer Absichten zum Ausdruck gebracht. Darüber gebe es ein abgestimmtes Papier, das noch in einigen Punkten konkretisiert werden müsse[9]:

– Entsprechend dem heutigen Gespräch mit MP Ryschkow solle die Passage zum „Haus der Deutschen Wirtschaft“[10] ausgestaltet werden und
– der Vorschlag des Bundeskanzlers in Sachen Aus- und Fortbildung von führenden Wirtschaftskadern positiv gewürdigt werden.
– Schließlich solle das Investitionsschutzabkommen in der Perspektive des Gegenbesuchs dargestellt werden.

Er habe gegenüber AM Schewardnadse unsere Befriedigung über die Entwicklung der Ausreisen von Sowjetbürgern deutscher Nationalität[11] zum Ausdruck gebracht und darum gebeten, die Rechte der nationalen Minderheiten ohne geschlossene Siedlungsgebiete zu erweitern.

Ein besonders bedeutsamer Gegenstand der Gespräche sei das Gemeinsame politische Dokument gewesen, über das man bereits in New York gesprochen habe[12] und das man nun für den Besuch des Generalsekretärs in Bonn vorbereiten wolle.

Beide Seiten hielten das in Wien von den Koordinatoren vorgelegte Papier für eine geeignete Grundlage für ein Abschlußdokument.[13] Von unserer Seite sei das

9 Für den Wortlaut der „Abgestimmten Besuchsergebnisse“ vgl. BULLETIN 1988, S. 1274–1276.

10 Zum Vorhaben eines „Hauses der deutschen Wirtschaft“ in Moskau vgl. Dok. 266, Anm. 20, und Dok. 300, Anm. 33.

11 Zur Lage der Deutschstämmigen in der UdSSR vgl. Dok. 204.

12 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 27. September 1988 in New York vgl. Dok. 266, Anm. 2.

13 Botschafter Graf zu Rantzau, Wien (KSZE-Delegation), teilte am 13. Oktober 1988 mit, daß der schwedische Koordinator für Korb III bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien, Eliasson, am selben Tag ein zusammenfassendes Papier vorgelegt habe: „Einige westliche Anliegen in bezug auf den NNA-Gesamtentwurf WT.137 sind zufriedenstellend berücksichtigt; bei anderen verbliebenen Problemen hat der Koordinator Bestimmungen des NNA-Entwurfes mit dem Verständnis stehengelassen, daß diese weiterhin lösungsbedürftig sind. Östliche Belange sind in geringem Maße berücksichtigt, wobei die gefundenen Formulierungen unschädlich erscheinen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1603; Referat 212, Bd. 153431. Für das Papier vgl. Referat 212, Bd. 153439.
Am 21. Oktober 1988 legten die Koordinatoren für Korb I (Torovsky) und Korb II (Clavel) Papiere vor. Rantzau führte dazu am selben Tag aus, der Text zu Korb I enthalte „konkrete Lösungsansätze zu

Einverständnis mit Menschenrechtskonferenzen in Paris, Kopenhagen und Moskau erklärt worden – alle drei hätten ihre Funktion, alle drei müßten demselben Standard folgen. Von besonderem Interesse für uns sei noch die Klärung einer Reihe von Voraussetzungen.[14]

Einverständnis sei erzielt worden, daß die KRK-Verhandlungen sowie die Verhandlungen über einen neuen Satz vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen noch in diesem Jahr aufgenommen werden sollten.

AM Schewardnadse habe den Vorschlag der Sowjetunion, ein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs – wie in Warschau angekündigt[15] – einzuberufen, noch einmal erläutert. Von unserer Seite sei dazu gesagt worden, daß man für ein solches Treffen offen sei, insbesondere nachdem die SU dargestellt habe, daß sie die Teilnahme der USA und Kanadas wünsche. Dabei werde notwendig sein, sich über die Ziele einer solchen Konferenz zu verständigen und sie gründlich vorzubereiten. Die KRK-Verhandlungen selbst sollten sich in der in Wien schon vorgesehenen Weise vollziehen.

Einigkeit habe auch bestanden über die besondere Dringlichkeit über ein CW-Verbotsabkommen, wobei die Frage der Verifikation mit besonderem Nachdruck geprüft werden müsse. Darüber werde man auch bilaterale Konsultationen fortsetzen.

Was die Konferenz der Zeichnerstaaten des Genfer CW-Protokolls von 1925[16], die Präsident Reagan vorgeschlagen[17] und die Staatspräsident Mitterrand unterstützt habe[18], angehe, so habe die Idee beiderseitige Zustimmung gefunden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1589

den wenigen, im Prinzipienteil noch offengebliebenen West-Ost-Fragen sowie zu den noch ungelösten sogenannten nationalen Anliegen. Die Chancen, die Verhandlungen nunmehr in die eigentliche Schlußrunde zu führen, sind durch Vorlage des Koordinatorenpapiers wesentlich gestiegen." Das Papier zu Korb II stelle ein „neues Gleichgewicht zwischen dem östlichen Vorschlag der Null-Option und westlichen Änderungs- und Ergänzungswünschen dar." Dem amerikanischen Drängen auf Einschluß humanitärer Aspekte sei „auf breiter Ebene nachgegeben" worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1674; Referat 212, Bd. 153431. Für die Papiere vgl. Referat 212, Bd. 153439.

14 Zum sowjetischen Vorschlag für eine KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 295.
Im Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 24. Oktober 1988 in Moskau legte Bundesminister Genscher dar, „daß die drei Menschenrechtskonferenzen gleichen Regeln folgen müssen. Durch Paris werde bereits ein Standard gesetzt. Die Haltung der Bundesregierung habe sich seit seiner Eröffnungsrede im November 1986 in Wien nicht geändert. Die Sowjetunion wisse, daß einige westliche Staaten eine Reihe sachlicher Voraussetzungen für erforderlich hielten. Er bitte die sowjetische Seite, die Möglichkeiten von Entgegenkommen zu prüfen und alle Anstrengungen zu unternehmen, um eine Konferenz in Moskau zu ermöglichen. AM Schewardnadse erklärte, daß in der Sowjetunion bis zum Jahresende alle entlassen würden, die vom Westen als politische Häftlinge angesehen werden. Die Sowjetunion werde sich im übrigen an das halten, was im Schlußdokument hinsichtlich der Nichtstörung von Rundfunksendern, der Ausreisefreiheit und der Durchführung von Besuchsreisen vereinbart werde." Vgl. den undatierten „Bericht über das Gespräch der beiden Außenminister am 24.10.1988"; Referat 010, Bd. 178933.

15 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 11. Juli 1988 vgl. Dok. 221, Anm. 27.

16 Für den Wortlaut des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 173–177.
Die Konferenz über das Verbot chemischer Waffen fand vom 7. bis 11. Januar 1989 in Paris statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 101 des Botschafters von Stülpnagel, z. Z. Paris, vom 11. Januar 1989; AAPD 1989.

17 Zum Vorschlag des Präsidenten Reagan vom 26. September 1988 vgl. Dok. 269, Anm. 21.

18 Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Mitterrand am 29. September 1988 vor der VN-Generalversammlung in New York; LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1988 (September/Oktober), S. 50. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 659.

Hinsichtlich der Regionalkonflikte habe man die soeben stattgefundenen ersten Konsultationen der Regionalbeauftragten[19] positiv bewertet.

AM *Schewardnadse* ergänzt, BM Genscher habe praktisch auch in seinem Namen gesprochen. Man habe ein sehr konstruktives Gespräch gehabt und sei sich insbesondere in der Einschätzung des jetzigen Besuchs auf höchster Ebene einig gewesen: Man habe festgestellt, daß die Wiederaufnahme der Praxis direkter Kontakte auf höchster Ebene den Grund zu einer neuen Qualität der Beziehungen gelegt habe.

GS *Gorbatschow* wirft ein: „Die Minister denken in die richtige Richtung!"

AM *Schewardnadse* fährt fort, man habe Zwischenbilanz der in letzter Zeit geleisteten Arbeit gezogen. Sie sei im Entwurf einer Presseerklärung, die man gleich verabschieden wolle, zusammengefaßt. Das große Paket der Verträge und Vereinbarungen kennzeichne die Qualität der Beziehungen. Aus diesem Paket wolle er das erste militärtechnische Abkommen, Verhütung von Zwischenfällen auf Hoher See[20], hervorheben.

In letzter Zeit habe es zwischen beiden Außenministerien fast ständig Konsultationen in allen Bereichen gegeben: bilateral, europäische Fragen, weltpolitische Fragen. Das im Januar unterzeichnete Konsultationsprotokoll[21] habe dafür eine gute Arbeitsgrundlage geschaffen.

Erinnern wolle er auch an die sehr gute Zusammenarbeit in der letzten Etappe der Stockholmer KVAE-Konferenz[22] sowie beim großen Problem mit den Pershing Ia.

GS *Gorbatschow* wirft ein, das zeige, daß man schon zusammenarbeiten könne.

Der *Bundeskanzler* ergänzt ... man müsse dies nur wollen!

AM *Schewardnadse* erinnert an die abgestimmte Erklärung zu den chemischen Waffen.

GS *Gorbatschow* ergänzt, es sei außerordentlich richtig, dieses Problem in den Griff zu bekommen.

AM *Schewardnadse* fährt fort, man trete jetzt in ein entscheidendes Stadium der Ausarbeitung der Konvention ein, deshalb sei vereinbart, zusätzlich zur Arbeit im Rahmen der Genfer Konferenz[23] auch die gegenseitigen Konsultationen zu intensivieren. Die beiderseitigen Beauftragten sollten sich zusammensetzen und konkrete Vorschläge ausarbeiten.

19 Zu den deutsch-sowjetischen Regionalkonsultationen am 20./21. Oktober 1988 in Moskau vgl. Dok. 272, Anm. 15.

20 Zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über die Verhütung von Zwischenfällen außerhalb ihres Hoheitsgebiets vom 25. Oktober 1988 vgl. Dok. 301, Anm. 26.

21 Bundesminister Genscher und der sowjetische Außenminister Schewardnadse unterzeichneten am 19. Januar 1988 ein Protokoll über Konsultationen. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1988, S. 56.

22 In Stockholm fand vom 17. Januar 1984 bis 19. September 1986 die Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) statt. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

23 Zu den Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz über ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 258, Anm. 14.

Ausführliches Gesprächsthema sei auch das Wiener Treffen gewesen. Das KRK-Mandat sei fast fertig.[24] Er glaube, daß das verbleibende Problem – geographische Dimension der Zonen[25] – nicht unlösbar sei.

GS *Gorbatschow* stellt fest, man beschäftige sich jetzt offenbar mehr als früher mit Geographie, auch so aktive Politiker wie Henry Kissinger. Dieser habe erkannt, daß die Idee eines „gemeinsamen europäischen Hauses" in ganz Europa einen sehr positiven Widerhall gefunden habe. Dem habe er einen eigenen Vorschlag entgegengesetzt, man solle dieses Haus „von der Westgrenze der Sowjetunion bis zum Atlantik" bauen, also die Sowjetunion ausschließen. Man sehe, wie wichtig Geographie sei.

AM *Schewardnadse* ergänzt, um so wichtiger sei es, das Wiener Treffen zu einem guten Ende zu bringen.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, wir Deutschen hätten in diesem Jahrhundert mit Geographie schlechte Erfahrungen gemacht.

GS *Gorbatschow* erwidert, dies sei bereits Vergangenheit, jetzt müsse man daran arbeiten, daß nicht noch schlechtere Entscheidungen getroffen würden.

AM *Schewardnadse* fährt fort, beim Wiener KSZE-Folgetreffen sei das von den Koordinatoren vorgelegte Dokument eine sehr wichtige, sehr solide gemeinsame Arbeitsgrundlage. Am 28. Oktober werde das turnusmäßige Treffen der Außenminister des Warschauer Pakts stattfinden und dazu eine Stellungnahme abgeben.[26]

Nach erster Lesung dieses Dokuments sehe er jetzt eine vernünftige Perspektive, auf Grundlage dieses Dokuments das Wiener Folgetreffen abzuschließen. Das Dokument fasse nüchtern die Ideen der westlichen und der östlichen Länder zusammen, darunter auch Rumäniens, was seine Wichtigkeit habe.

Er bringe die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Bundesrepublik Deutschland ihr Gewicht in die Waagschale werfe, um konstruktiv auf die eigenen Verbündeten einzuwirken: So gebe es z. B. aus Kanada noch sehr restriktive Stimmen.

24 Referat 221 vermerkte am 28. Oktober 1988, daß die Gespräche zwischen NATO und Warschauer Pakt über ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa weit fortgeschritten seien: „Der Großteil des Mandatstextes ist notiert, u. a. Textelemente über die Verhandlungsziele und -methoden, über den Informationsaustausch und die Verifikation sowie den Teilnehmerkreis. In den schon vereinbarten Mandatsteilen hat der Osten eine Reihe wichtiger westlicher Forderungen akzeptiert: Hauptziel ist Stabilität und nicht, wie vom Osten ursprünglich gefordert, nur Reduzierungen; Reduzierungen sind eine Methode unter anderen zur Erreichung des Stabilitätszieles; ein stabiles und sicheres Gleichgewicht soll in den Verhandlungen erst hergestellt werden, existiert also noch nicht; es geht nicht um gleiche Reduzierungen, sondern ergebnisorientiert um gleiche Obergrenzen; das östliche Konzept besonderer Zonen ist durch den westlichen Gedanken einer regionalen Differenzierung ersetzt; ein detaillierter Informationsaustausch sowie das Recht auf Inspektion vor Ort ohne Widerspruchsmöglichkeit entsprechen westlichen Forderungen. […] Verhandlungsgegenstand sind konventionelle Streitkräfte einschließlich konventioneller Rüstungen. Kernwaffen sind ausgeschlossen; doppelt verwendbare Waffen können Verhandlungsgegenstand sein. Noch offen bleibt weiter der geographische Anwendungsbereich der Verhandlungen: Hier geht es um die Breite eines Streifens in Ostanatolien, der nach türkischem Wunsch aus den Verhandlungen ausgeschlossen sein solle. Die türkischen und sowjetischen Vorstellungen über die Breite dieser Ausschlußzone sind noch nicht deckungsgleich." Vgl. Referat 221, Bd. 144808.

25 Zur Frage des geographischen Anwendungsbereichs im Mandat für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 269, Anm. 6.

26 Auf ihrer Tagung am 28./29. Oktober 1988 in Budapest verabschiedeten die Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten eine „Erklärung über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa". Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 677–679.

Kurzum: Es sei durchaus real, das Treffen noch in diesem Jahr zu Ende zu bringen, damit man dann unmittelbar mit den Verhandlungen über konventionelle Stabilität und vertrauensbildende Maßnahmen beginnen könne.[27]

Sehr ausführlich habe man das Thema „gesamteuropäischer Gipfel in Wien" behandelt. Man habe über Fragen der Organisation dieses Treffens ebenso gesprochen wie über ihre Ziele, etwa die Verminderung der militärischen Konfrontation und die Errichtung eines Zentrums zur Verminderung der militärischen Risiken.

BM *Genscher* wirft ein, hierzu erwarte man noch die sowjetischen Vorschläge.

AM *Schewardnadse* erwidert, man sei so verblieben, daß nach den Konsultationen im Kreis der WP-Verbündeten noch einmal über dieses Thema bilateral gesprochen werde.

GS *Gorbatschow* wirft ein, er habe hier von einem „europäischen Reykjavik" gesprochen. Er glaube, daß sich dieser Vorschlag mit dem ähnlichen Vorschlag Präsident Mitterrands treffe – dies könne man harmonisieren.

BM *Genscher* erwidert, darüber müsse noch gesprochen werden. Erst einmal gehe es darum, die Verhandlungen über konventionelle Stabilität zustande zu bringen.

AM *Schewardnadse* berichtet über die Erörterung des Themas EG–RGW sowie EG–SU[28]. Dabei sei von sowjetischer Seite die Frage aufgeworfen worden, wie man es bewerkstelligen könne, daß zwischen den zuständigen Außenministerkomitees der beiden Bündnisse oder aber des RGW und der EG Kontakte hergestellt würden. Dies sei ein sehr sensibles Thema – dennoch solle man sich Gedanken darüber machen.

GS *Gorbatschow* führt fort, er habe gestern mit dem Bundeskanzler den politischen Aspekt des Problems angesprochen. Was heiße es eigentlich, das „gemeinsame europäische Haus" zu errichten? Dies bedeute doch nicht, daß man zunächst das, was man bereits habe, abreißen müsse. Im Gegenteil müsse man die Realitäten in Rechnung stellen, die NATO wie den Warschauer Pakt, die

27 Die Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) begannen am 9. März 1989 in Wien. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 378 des Botschafters Hartmann, Wien (VKSE-Delegation), vom 23. März 1988; AAPD 1989.

28 Zu den Gesprächen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 160, Anm. 14.
Referat 411 hielt am 17. Oktober 1988 fest, Ziel der Europäischen Gemeinschaften sei es, parallel zur Verwirklichung der Gemeinsamen Erklärung mit dem RGW vom 25. Juni 1988 die Zusammenarbeit mit einzelnen RGW-Mitgliedstaaten zu intensivieren: „Die Zusammenarbeit mit dem RGW selbst sollte aus wirtschaftlichen (keine RGW-Kompetenz für Handelsabkommen) und politischen (keine Stärkung des RGW gegenüber den einzelnen MS) Gründen in den Hintergrund treten." In diesem Sinne sei am 26. September 1988 ein Handels- und Kooperationsabkommen mit Ungarn abgeschlossen worden: „Die Verhandlungen mit der ČSSR über den Abschluß eines Handelsabkommens sind in einem aussichtsreichen Stadium. Mit Rumänien haben bisher drei Verhandlungsrunden stattgefunden. Mit allen übrigen europäischen RGW-Ländern führt die Kommission Gespräche auf Expertenebene. SU hat sich für ein umfassendes Abkommen ausgesprochen, das neben Handel u. a. auch Industriekooperation, Investitionen, Forschung, Finanz- und Währungsfragen umfassen würde. Die Meinungsbildung der Gemeinschaft dazu ist noch nicht abgeschlossen. D ist vorwiegend aus politischen Gründen für einen umfassenden, Kooperationselemente einschließenden Ansatz; Gemeinschaft sollte unter Berücksichtigung der eigenen wirtschaftlichen Interessen auch auf SU-Vorschlag flexibel und pragmatisch reagieren." Vgl. Referat 411, Bd. 160452.

EG und andere Gruppierungen. Auf dieser Basis könne man so vorangehen, daß die Natur dieser Bündnisse und die entstandenen Beziehungen sich im Sinne der Tendenzen in Europa, die aufeinander zugingen, entwickelten.

BM *Genscher* erwidert, über konventionelle Stabilität werde ja praktisch zwischen den Bündnispartnern gesprochen. Der *Bundeskanzler* ergänzt, man habe gerade Kontakte EG–RGW aufgenommen.

AM *Schewardnadse* weist auf die Anregung hin, daß die Oberkommandierenden von NATO und Warschauer Pakt auch einmal zusammenkommen sollten.

Der *Bundeskanzler* verdeutlicht, hier müsse man psychologisch geschickt vorgehen.

GS *Gorbatschow* sieht weniger Probleme: Dies habe sich sowohl beim Besuch von VM Carlucci[29] gezeigt als auch darin, daß der Bundeskanzler BM Prof. Scholz in seine Delegation aufgenommen habe: Die Generäle gehörten an den Tisch, nicht in den Bunker.

Der *Bundeskanzler* betont, hier gebe es schon wichtige Unterschiede: BM Scholz sei nicht General, sondern Professor. GS *Gorbatschow* erwidert, einige der sowjetischen Generäle seien Akademiemitglieder.

Der *Bundeskanzler* erneuert seinen Hinweis auf die psychologischen Fragen. Er sei sehr dafür, nach Lösungen zu suchen, wie die beiden Bündnisse miteinander in Verbindung gebracht werden könnten. Aber weder wir noch die Sowjetunion seien allein in ihren Bündnissen.

AM *Schewardnadse* pflichtet bei, es sei in der Tat eine sehr delikate Angelegenheit, die ausführlicher Vorbereitung bedürfe.

GS *Gorbatschow* begrüßt, daß der Bundeskanzler eine positive Einstellung gezeigt habe („wir sind offen"). Dies müsse für alle Gespräche und alle Bereiche gelten: mehr Offenheit schaffe Vertrauen.

AM *Schewardnadse* umreißt die Ministerdiskussion über das Gemeinsame politische Dokument. Man habe Thesen vorbereitet und über ein Gesamtschema gesprochen. Man habe in Aussicht genommen, daß Arbeitsgruppen bald mit detaillierten Erörterungen beginnen sollten. Man habe über Fristen gesprochen, wann ein erster Entwurf fertig sein könne, und prinzipiell vereinbart, daß in einem gewissen Stadium die Minister Zwischenbilanz ziehen und dann den Regierungen berichten. Auch dies sei ein Zeichen für die Qualität der Beziehungen.

GS *Gorbatschow* betont, er habe mit dem Bundeskanzler Einvernehmen erzielt, daß es wichtig sei, den Versuch, die Beziehungen auf eine neue Ebene zu bringen, nicht gleich mit einer großen politischen Erklärung zu beginnen. Hier gehe es um einen Prozeß, der in allen Richtungen vorangehen müsse. Bis zum Besuch in Bonn habe man noch ein Stück Zeit, in dem man tiefergreifende Arbeit leisten könne. Man wolle das politische Dokument auf eine solide Basis stellen, es müsse lebendig sein.

[29] Der amerikanische Verteidigungsminister Carlucci hielt sich vom 1. bis 4. August 1988 in der UdSSR auf.

AM *Schewardnadse* fährt fort, das Gemeinsame Dokument könne auf Grundlage der gesammelten Erfahrungen die Idee des Moskauer Vertrages[30] weiterentwickeln und dadurch Perspektiven für die Zukunft abstecken.

Eine letzte Bemerkung zum Gegenbesuch: Man habe sich vorgenommen, parallel zum Gemeinsamen Dokument auch Wege zu überlegen, wie man den Abschluß eines Investitionsförderungsvertrages voranbringen, die Abkommen über See- und Binnenschiffahrt unterzeichnungsreif machen[31], eine Erklärung über Jugendaustausch verabschieden[32] und das Fährprojekt[33] wiederaufnehmen könne. In der abgestimmten Erklärung seien Verhandlungen über Austausch von Kulturzentren in Aussicht genommen[34], desgleichen die Zusammenarbeit bei Bekämpfung von Terrorismus und Drogen. Schließlich solle noch vor dem Gegenbesuch auch der Austausch von Generalkonsulaten in München–Kiew[35] vollzogen werden.

Der *Bundeskanzler* bemerkt zur abgestimmten Presseerklärung, die Formulierung hinsichtlich des Zentrums für Industrie und Handel – wir nennten es einfach „Das deutsche Haus" – erscheine ihm, was die sowjetische Reaktion angehe, zu schwach. Sie entspreche nicht dem Inhalt seines Gesprächs mit MP Ryschkow.

GS *Gorbatschow* erwidert, hier gebe es durchaus eine positive Einschätzung, allerdings gehe es ja auch hier um ein gemeinsames Haus.

(Exkurs: Letzte Abstimmungen Stv. MP Silajew/Dr. Herrhausen, Deutsche Bank)[36]

Der *Bundeskanzler* bittet auch, die sowjetische Reaktion auf sein Angebot zur Aus- und Fortbildung in positivem Sinn zu überarbeiten.

BM *Genscher* stellt Status des Papiers klar: Nüchterne Auflistung von Tatsachen, kein Gemeinsames Kommuniqué, Zweckbestimmung Presseunterrichtung, Sperrfrist 26.10., 15.00 Uhr. GS *Gorbatschow* stimmt zu.

BM Prof. *Scholz* berichtet über das Gespräch der Verteidigungsminister: Es sei bemerkenswert, daß dieser Meinungsaustausch überhaupt stattgefunden habe. Er sei überdies außerordentlich offen und konstruktiv verlaufen. Man habe gemeinsam das Streben nach Abrüstung und Rüstungskontrolle, insbesondere bei den konventionellen Waffen, festgestellt. Man sei sich einig gewesen, daß das Mandat für die KRK-Verhandlungen möglichst schnell verabschiedet werden müsse. Man habe festgestellt, daß in den eigentlichen KRK-Verhandlungen eine Fülle schwieriger Fragen zu lösen sein werde, wobei es selbstverständlich um Verhandlungen zwischen den Bündnissen gehe.

30 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

31 Zu den Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über Binnenschiffahrt bzw. über den Seeverkehr vgl. Dok. 201, Anm. 10 und 11.

32 Zum Angebot der Bundesrepublik für einen Jugendaustausch mit der UdSSR vgl. Dok. 301, Anm. 24.

33 Zum Projekt einer Eisenbahnfährverbindung von Klaipeda nach Kiel vgl. Dok. 201, Anm. 27.

34 Zur Errichtung von Kulturinstituten vgl. Dok. 301, Anm. 13.

35 Zur Errichtung von Generalkonsulaten in München und Kiew vgl. Dok. 301, Anm. 11 und 25.

36 Zur Kreditvereinbarung zwischen der Deutschen Bank und der sowjetischen Bank für Außenwirtschaft vgl. Dok. 300, Anm. 32.

Daneben sei aber auch wichtig, den bilateralen Kontakt aufrechtzuerhalten. Er habe deshalb die Hoffnung ausgedrückt, daß das Gespräch beim Gegenbesuch des Generalsekretärs fortgesetzt werden könne.

GS *Gorbatschow* stimmt zu und bekundet Interesse am Besuch eines Truppenteils der Bundeswehr. Der *Bundeskanzler* fügt hinzu, GS Gorbatschow könne – wie dies MP Frau Thatcher getan habe[37] – gern auch in einem Panzer fahren.

GS *Gorbatschow* führte fort, im Bericht von BM Prof. Scholz sei ihm aufgefallen, daß es zwischen den beiden Ministern kein Gespräch über Rüstungen, über Modernisierung, sondern über Abrüstung und Rüstungskontrolle gegeben habe. Dies sei überaus wichtig, und er wolle es noch einmal hervorheben, daß es sich im gemeinsamen Gedächtnis auch festsetze. Er wisse sehr wohl, daß die Minister eine Vorstellung über das bereits Geleistete und den noch vor uns liegenden Aufgabenkomplex der Abrüstung hätten: Gerade hierbei hätten die Verteidigungsminister ein wichtiges Wort, nicht nur die Außenminister.

VM *Jasow* bestätigt den Bericht von BM Prof. Scholz: Man sei sich in der Tat in der Absicht einig gewesen, zur Abrüstung zu kommen und Streitfragen am Verhandlungstisch beizulegen. Es gehe darum, Rüstungen und Streitkräfte im jeweiligen Bündnis zu vermindern.

Auch aus seiner Sicht wolle er bestätigen, daß man in Wien sehr nahe am Beschluß eines Mandats sei und daß sich die Standpunkte im Bereich der geographischen Reduzierungszone fast deckten.

Mit BM Prof. Scholz habe er auch erörtert, daß man bei einem Vergleich des Standes der Rüstungen und Truppenstärken nicht nur quantitative, sondern auch qualitative Faktoren berücksichtigen müsse.

Man habe das Einverständnis darüber festgestellt, daß die Kontakte zwischen dem sowjetischen Generalstab und dem Generalinspekteur der Bundeswehr fortgesetzt werden müßten. Dabei könne man auch qualitative Vergleiche anstellen, etwa zwischen dem Leopard II und dem T-80.

GS *Gorbatschow* wirft ein, natürlich hätten die Deutschen die bessere Maschine!

VM *Jasow* führt fort, von sowjetischer Seite sei die Hoffnung geäußert worden, daß in zeitlicher Perspektive alle Atomwaffen abgeschafft würden. Dem habe BM Prof. Scholz widersprochen: Er habe die Konzeption nuklearer Abschreckung verteidigt, denn man brauche angeblich Nuklearwaffen, um in Europa den Frieden zu sichern. Diesen Standpunkt habe die sowjetische Seite nicht akzeptieren können.

GS *Gorbatschow* betont, ihn ermutige, daß mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland eine andere Meinung als BM Scholz vertrete. Die Bevölkerung werde ihr Wort auch gegenüber dem Bundesminister zu äußern wissen.

VM *Jasow* führt aus, BM Prof. Scholz habe sich für die Höhe der sowjetischen Militärausgaben interessiert. Hierzu habe er – Jasow – erläutert, daß man sich in einem Übergangsstadium befinde, in dem man „zu Marktverhältnissen über-

37 Premierministerin Thatcher hielt sich am 17./18. September 1986 anläßlich der deutsch-britischen Konsultationen in der Bundesrepublik auf und besuchte am 17. September 1986 Truppen der britischen Rheinarmee in Fallingbostel.

gehe“. Wenn man soweit sei, könnten auch von sowjetischer Seite Daten offengelegt werden.

Schließlich hätten sich beide Minister mit dem Thema der Verhütung von Unfällen auf hoher See beschäftigt: Er freue sich, mit BM Scholz das entsprechende Abkommen im Anschluß zu unterzeichnen (folgen Hinweise zum weiteren Programm BM Prof. Scholz).

Der *Bundeskanzler* schlägt vor, als Kontrast nunmehr die Landwirtschaft zu Wort kommen zu lassen.

GS *Gorbatschow* pflichtet bei: Dies sei für ihn das angenehmste Thema, es habe ihn ein Leben lang beschäftigt.

BM *Kiechle* hält als Ergebnis der Gespräche mit Kollegen Murachowskij im Mai 1987[38], im Juli 1988[39] und während des jetzigen Besuchs fest, daß man eine Vielzahl von Bereichen der Zusammenarbeit definiert habe und nun darüber im Anschluß ein konkretes Abkommen unterzeichnen werde.[40] Dabei werde es nicht nur um Fragen der landwirtschaftlichen Produktion gehen, sondern um die Ernährungsindustrie insgesamt: Lagerung, Be- und Verarbeitung, Verpackung usw.

Die sowjetische Seite habe sehr großes Interesse an Joint-ventures gerade in diesem Bereich zum Ausdruck gebracht.

Gut funktioniere die beiderseitige Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung: Pflanzenschutz, Saatgut, Tierzucht usw. Wir seien mehr als guten Willens und bestrebt, diese Zusammenarbeit auch auf weitere Bereiche auszudehnen.

Ein Problem wolle er nicht verschweigen: Die sowjetische Seite stelle sich vor, daß von deutscher Seite hier Joint-ventures errichtet würden, wozu man von sowjetischer Seite Gebäude und Grund und Boden einbringe, von deutscher Seite Maschinen, Know-how und Organisation. Dies könne in der Tat sehr gut funktionieren, nur sei der damit verknüpfte Gedanke, etwa 30% der Produktion (Konserven usw.) zur Bezahlung der Ausrüstung, zur Verzinsung und Rückzahlung zu benutzen, so nicht machbar. Gerade im Agrarbereich seien die Weltmarktpreise sehr niedrig, und aus Sicht der Europäischen Gemeinschaft stellten sich Einfuhrprobleme.

Man könne über Ringgeschäfte nachdenken – gleichwohl müsse ein Teil der Kosten auch über Devisen abgewickelt werden. Wenn über diesen Punkt eine Lösung zu finden sei, dann sei unsere Ernährungsindustrie mit vollem Einsatz dabei.

38 Am 4. Mai 1987 unterzeichneten Bundesminister Kiechle und der sowjetische Erste Stellvertretende Ministerpräsident Murachowskij in Bonn ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Bereich der Agrarforschung. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 407–411.

39 Zum Besuch des Bundesministers Kiechle vom 18. Juli bis 1. August 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 201, Anm. 32.

40 Zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR im Bereich der Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie vgl. Dok. 266, Anm. 13.
Bundesminister Kiechle und der sowjetische Erste Stellvertretende Ministerpräsident Murachowskij unterzeichneten am 25. Oktober 1988 in Moskau das Abkommen über die Förderung der Zusammenarbeit von Unternehmen, Firmen und Organisationen im Bereich der Nahrungsmittelindustrie. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1989, Teil II, S. 396 f.

GS *Gorbatschow* stellt fest, man werde diese Hindernisse überwinden können. Er wolle an Beispiele aus anderem Bereich erinnern: so habe die Sowjetunion Druckkapazitäten erweitert und dafür in Holz und Papier bezahlt. Wichtig sei, Varianten zu suchen!

BM *Kiechle* betont, wenn man in diesem Punkt zu einer raschen Lösung komme, lägen viele Projekte abrufbereit. Der Umfang der Zusammenarbeit könne in die Milliarden gehen.

GS *Gorbatschow* bezeichnet dies als sehr interessant.

Der *Bundeskanzler* betont, hier gehe es auch um ein bereits besprochenes Problem: Beteiligung des Mittelstandes – gerade diese Unternehmen seien flexibel und reaktionsfähig. Er wolle deshalb das von BM Kiechle Gesagte unterstreichen und hoffe, daß die genannten Probleme schnell ausgeräumt würden.

GS *Gorbatschow* sagt zu, dieses Problem lösungsorientiert zu überdenken.

BM *Kiechle* setzt sich schließlich für die Kutterfischer in der Ostsee ein: nach dem Abkommen Schweden–Sowjetunion bangten sie um Fischgründe vor Gotland.[41]

BM *Dr. Riesenhuber* berichtet über Erfahrungen der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit seit dem Rahmenabkommen 1986[42] und den Ressortabkommen 1987[43]. Mit seinen sowjetischen Gesprächspartnern, insbesondere Minister Prozenko (Vorsitzender des Staatskomitees für die Nutzung der Atomenergie) und Präsident Martschuk sei er sich in der positiven Bewertung einig. Man wolle die Abkommen bestmöglich nutzen und insbesondere die Zusammenarbeit in der Grundlagenforschung vertiefen.

Nachdrücklich wolle er sich dafür einsetzen, daß das von GS Gorbatschow und Präsident Reagan angestoßene Kernfusionsprojekt[44] an der Grenze der Systeme – vielleicht in der Bundesrepublik Deutschland – gebaut werde.

Besonders erfreulich sei, daß auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit ein Anfang gesetzt sei, und zwar in enger Abstimmung der Wissenschaft mit der Industrie.[45] Hinsichtlich des HTR-Projekts sei gestern das Industrieabkommen unterzeichnet

41 Am 12. Dezember 1988 berichtete die Botschaft in Stockholm, Schweden und die UdSSR hätten am 9. Dezember 1988 in Riga „das erste einjährige Fischereiabkommen nach der Übereinkunft über die ‚Weiße Zone' in der Ostsee" unterzeichnet. Vgl. den Schriftbericht Nr. 236; Referat 421, Bd. 140456.

42 Für den Wortlaut des Abkommens zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vom 22. Juli 1986 über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und der dazugehörigen Anlage vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 395–397. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 196, Dok. 198, Dok. 202 und Dok. 212.

43 Am 22. April 1987 wurde in Moskau von Bundesminister Riesenhuber ein deutsch-sowjetisches Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie unterzeichnet. Am folgenden Tag wurde von Bundesministerin Süssmuth in Moskau ein Abkommen mit dem Ministerium für Gesundheitswesen der UdSSR über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der medizinischen Wissenschaft unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 398–402 und S. 403–406.

44 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, wiesen in der Gemeinsamen Erklärung über ihr Treffen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf auf den Nutzen der „kontrollierten thermonuklearen Fusion zu friedlichen Zwecken" hin und setzten sich „für die größtmögliche praktikable Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit ein, um zum Nutzen der gesamten Menschheit eine Energiequelle zu erschließen, die ihrem Wesen nach unerschöpflich ist". Vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 690. Vgl. dazu auch DEPARTMENT OF STATE BULLETIN 86 (1986), Heft 2106, S. 10.

45 Zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes vgl. Dok. 300, Anm. 17.

worden[46], und er habe mit Kollegen Prozenko vereinbart, den Bau dieses hochinteressanten Reaktortyps mit einem Forschungsprojekt zu begleiten.[47]

Anschließend werde er mit Präsident Martschuk das Weltraumabkommen unterzeichnen[48]: Dies bedeute erfolgreiche Weiterführung einer Zusammenarbeit in der Grundlagenforschung, wie sie sich schon beim Projekt Halley-Komet bewährt habe.[49] Wir freuten uns darauf, daß ein deutscher Wissenschaftsastronaut in einer Mir-Mission mit sowjetischen Kosmonauten zusammenarbeiten könne[50]. Ihre Forschungsschwerpunkte sollten sein: Verletzbarkeit der Umwelt, Beschädigung des Klimas.

Schließlich wolle er würdigen, daß 1987 188 deutsche Wissenschaftler zu Forschungsaufenthalten in der Sowjetunion und im Gegenzug 244 Wissenschaftler bei uns gewesen seien. Diese Zahl solle ausgebaut und insbesondere der Nachwuchs einbezogen werden. Schließlich wolle er erwähnen, daß die Wissenschaftler beider Seiten gern zusammenarbeiten, was an der steigenden Zahl der Projektvorschläge ablesbar sei.

StS *von Würzen* berichtet über Abschluß von etwa 30 Verträgen von deutschen Unternehmen mit sowjetischen Partnern und kündigt an, eine Liste mit weiteren 80 Projekten zu übergeben, in denen die Verhandlungen bereits weit gediehen sind, wo jedoch weitere fördernde Impulse erwünscht seien. Darunter befinde sich eine Reihe von Joint-ventures-Vorschlägen, für die ein Investitionsförderungsvertrag sehr hilfreich sein werde. Jedoch wolle er auch hervorheben, daß viele andere Kooperationsvorhaben auch zur erwünschten Technologieübertragung führen könnten.

Bei einigen dieser Verträge stelle sich ebenfalls das von BM Kiechle bereits skizzierte Problem: Bezahlung durch Waren. Hier müsse man sehr sorgfältig analy-

46 Zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR bei Bau und Betrieb von Hochtemperaturreaktoren vgl. Dok. 266, Anm. 12.

47 Am 24. Oktober 1988 unterzeichneten Bundesminister Riesenhuber und der Vorsitzende des Staatskomitees für die Nutzung der Atomenergie, Prozenko, in Moskau eine „Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung eines Hochtemperaturreaktors mit erhöhter Kühlmitteltemperatur". Darin bekunden beide Seiten ihre Absicht, „ein gemeinsames Forschungs-, Versuchs- und Entwicklungsprogramm auszuarbeiten mit dem Ziel, bei der von den Industriepartnern geplanten großtechnischen Versuchsanlage mit gasgekühltem Hochtemperaturreaktor kleiner Leistung die Kühlmitteltemperatur am Reaktoraustritt schrittweise auf 950 Grad C[elsius] zu erhöhen". Für die Erklärung vgl. Referat 421, Bd. 153278.

48 Zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vom 25. Oktober 1988 über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erforschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken vgl. Dok. 301, Anm. 19.

49 1985 näherten sich die Raumsonde „Giotto" der Europäischen Weltraumagentur (ESA) sowie vier weitere Raumsonden der UdSSR und Japans dem Kometen Halley. Die dabei durchgeführten Untersuchungen fanden in Zusammenarbeit der beteiligten Weltraumorganisationen statt.

50 Referat 431 notierte am 8. Dezember 1988, daß die Bedingungen für den Mitflug eines Astronauten aus der Bundesrepublik noch nicht erörtert worden seien. Die Vorstellungen lägen aber noch weit auseinander: „Glawkosmos, das zunehmend auf eine Kommerzialisierung der Weltraumzusammenarbeit drängt, verlangt für Hin-, Mit- und Rückflug (Dauer: eine Woche) ca. 10 Mio. US-Dollar. Ein derartiges Angebot wurde mittlerweile einer Reihe von westlichen Ländern unterbreitet. Als erstes Land hat Österreich kürzlich eine Vereinbarung mit der SU über den Mitflug eines Astronauten auf Mir auf kommerzieller Basis (Fahrtkosten: 85 Mio. ÖS) geschlossen. F dagegen konnte durchsetzen, daß der gegenwärtig für vier Wochen auf Mir arbeitende französische Kosmonaut Jean-Loup Chrétien ohne den Kauf eines Flugtickets fliegen konnte. Nach der auf einem Chefgespräch beim BK am 21.9.1988 festgelegten Position der Bundesregierung wollen auch wir ohne kommerzielle Gegenleistung mit den Sowjets fliegen. Politisch sollten wir in jedem Fall anstreben, eine Gleichbehandlung wie F zu erhalten". Vgl. Referat 431, Bd. 154473.

sieren, welche Möglichkeiten der Markt hergebe. Das werde in einigen Bereichen gelingen, in anderen gebe es große Schwierigkeiten.

Bei der Kontaktanbahnung könne die Einrichtung eines „Deutschen Hauses" außerordentlich nützlich sein. Hinsichtlich weiterer Vorschläge zur Kontakterleichterung werde er gleichfalls Kollegen Silajew eine Liste übergeben.

Ein Kernproblem der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sei die Förderung nichttraditioneller sowjetischer Exporte. Dafür habe sein Haus ein Exportförderungsseminar ausgerichtet[51], diese Zusammenarbeit wolle man fortsetzen. Er bitte alle sowjetischen Verantwortlichen, daß die Sowjetunion sich verstärkt auf deutschen Messen präsentiere. Während der nächstjährigen Hannover-Messe[52] solle es eine sowjetische Export-Schau, einen sowjetischen Tag geben. Darüber werde man gern im Rahmen der nächsten Sitzung der Gemischten Wirtschaftskommission sprechen.

Schließlich wolle er darauf hinweisen, daß hinsichtlich einiger Importbeschränkungen, insb. auf dem Textilsektor, Verhandlungen zwischen der SU und der EG besonders wichtig seien. Die SU strebe ein umfassendes Abkommen über Handel und Kooperation an – er gebe zu bedenken, daß ein Handelsabkommen als erster Schritt schneller zu verwirklichen sein könne.

BM Professor *Dr. Töpfer* begrüßt, daß man mit dem Umweltabkommen, das gleich unterschrieben werde[53], den Besorgnissen der Bürger beider Staaten Rechnung trage. Denn aus der industriellen Tätigkeit in beiden Staaten entstünden erhebliche Belastungen von Wasser, Luft und Boden.

GS *Gorbatschow* wirft ein – das sei noch milde ausgedrückt.

BM Professor *Dr. Töpfer* fährt fort, deshalb gelte es Vorsorge zu treffen, daß die heutigen Belastungen abgebaut und nicht noch weitere Belastungen angehäuft würden. Dabei sei es kostengünstiger, von vornherein mit modernen Umwelttechnologien zu produzieren, als hinterher die industriellen Lasten zu beseitigen. Seine Gespräche mit Kollegen Morgun seien außerordentlich positiv verlaufen, er freue sich auf die gemeinsame Reise nach Leningrad, um die gemeinsame Verpflichtung für den Zustand der Ostsee zu unterstreichen.

Zum Abkommen über frühzeitige Information bei Kernkraftwerks-Unfällen wolle er betonen, daß auch hier am wichtigsten die Vorsorge sei, den Sicherheitsstandard der Kernkraftwerke zu erhöhen und so von vorneherein auszuschließen, daß es zu Unfällen kommen könne. Er begrüße deshalb, daß man miteinander die Sicherheitsstandards von drei konkreten Kernkraftwerken in der Sowjetunion und bei uns vergleichen werde, um die jeweiligen Sicherheitsvorteile zu nutzen und dadurch insgesamt zu höheren Sicherheitsstandards zu gelangen.

51 Vom 2. bis 15. Oktober 1988 fand in Düsseldorf ein von der Carl-Duisberg-Gesellschaft durchgeführtes und vom Bundesministerium für Wirtschaft gefördertes Pilotseminar zur Aus- und Fortbildung von sowjetischen Fachkräften der Exportwirtschaft statt.

52 Die Hannover-Messe fand vom 5. bis 12. April 1989 statt.

53 Zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes vgl. Dok. 22, Anm. 15, und Dok. 201, Anm. 17.
Das Abkommen wurde am 25. Oktober 1988 von den Bundesministern Genscher und Töpfer bzw. vom sowjetischen Außenminister Schewardnadse und dem Vorsitzenden des Staatskomitees für den Umweltschutz, Morgun, unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 462–466.

Erster Stv. MP *Kamenzew* faßt für die sowjetische Seite zusammen:

Ausführlich seien Fragen des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit erörtert worden, sowohl im Delegationsgespräch unter Leitung von MP Ryschkow wie in einer Fülle von Einzelgesprächen. 1988 habe man den 30. Jahrestag der Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen begangen (1958: Abkommen über Handel und Seeschiffahrt[54]). Gemeinsam habe man feststellen können, daß man eine solide vertragliche Basis besitze, auf der man weitergehen könne: Die heute und später zu unterzeichnenden Abkommen – Umweltschutz – Weltraum – medizinisch-technische Zusammenarbeit – Agrarzusammenarbeit – Investitionsschutz[55] – belegten dies.

In diesen 30 Jahren habe man Erhebliches erreicht: die Bundesrepublik Deutschland belege mit Abstand den ersten Platz in den Beziehungen zu westlichen Industrieländern. Der Warenaustausch von 15 Mrd. Rubel jährlich liege doppelt so hoch wie im Rahmen des vorangehenden Fünfjahresplans. Besonders ausgeprägt seien die Fortschritte im Maschinenbau.

Insgesamt sei man aber mit dem Volumen des Warenaustausches noch nicht zufrieden. Für die SU stelle der Handel mit der Bundesrepublik Deutschland nur 1,6% dar, für die Bundesrepublik Deutschland 3,5%. Die Struktur sei ebenfalls verbesserungswürdig: Immer noch seien 80% der sowjetischen Lieferungen Erdöl und Erdgas. Im Gegenzug seien 50% der Bezüge aus der Bundesrepublik Deutschland Maschinen. Gerade weil man mit dem Erreichten nicht zufrieden sei, suche man angestrengt nach neuen Formen der Kooperation, insbesondere Joint-ventures. Auch hier nehme die Bundesrepublik Deutschland einen führenden Platz ein (19 von insgesamt 109 abgeschlossenen Joint-ventures). Dabei sehe man durchaus, daß sich einige Partner noch zurückhielten, weil rechtliche Grundlagen noch nicht genügend geklärt seien. Die Sowjetunion sei bereit, hier zu Verbesserungen beizutragen.

Andererseits könne er nicht umhin zu bemerken, daß der Handel viel besser laufen könnte, wenn manche Hindernisse auf seiten der Bundesrepublik Deutschland beseitigt würden. Er denke an mengenmäßige Beschränkungen und andere Importbestimmungen. Hier gebe es eine Liste mit über 1000 Positionen, er denke aber auch an die COCOM-Liste, die vor allem den Maschinenbau betreffe.

GS *Gorbatschow* wirft ein, er habe dem Bundeskanzler verdeutlicht, daß diese Liste eine negative, aber auch positive Rolle für die SU gespielt habe. Man habe begriffen, daß man sich nicht auf die internationale Arbeitsteilung verlassen dürfe. Denn die Liste sei ein Druckmittel, ein Hebel, der jederzeit eingesetzt werden könne. So habe sich die SU daran gemacht, die Liste ihrerseits aufzufüllen und entsprechende Technologien zu entwickeln. Ein Beispiel seien die Kompressor-Stationen für Erdgasleitungen, bei denen sich jetzt deutsche Firmen für sowjetische Technologie interessierten. Ein anderes Beispiel seien EDV-Anlagen. So komme die Sowjetunion „langsam aus dem Sumpf heraus“ – man kritisiere die COCOM-Liste nicht nur, müsse aber feststellen, daß sie im bilateralen Handel störe.

54 Für den Wortlaut des Abkommens vom 25. April 1958 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschiffahrt vgl. BUNDESGESETZBLATT 1959, Teil II, S. 222–231.

55 Zu den Gesprächen über ein Investitionsförderungs- und -schutzabkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. Dok. 300, Anm. 35.

Erster Stv. MP *Kamenzew* erläutert, sowjetische Unternehmen arbeiteten bereits mit mehr als 2500 mittelständischen Unternehmen zusammen.

Gerade für diese Zusammenarbeit werde das „Deutsche Haus" sehr gute Ergebnisse bringen.

Erster Stv. MP Kamenzew umreißt schließlich die Projekte Kola-Halbinsel[56] und Westsibirien[57].

Der *Bundeskanzler* wirft ein, er kenne dieses Projekt sehr gut – aus San Francisco sei ein besonderer Emissär gekommen, um es ihm zu erläutern.

Auf Frage GS *Gorbatschows*, ob dieser Emissär ihn nicht überzeugt habe, antwortet der *Bundeskanzler*, dies sei nicht ganz der Fall – nach unserer Definition bedeute Kapitalismus: Rentabilität für alle!

GS *Gorbatschow* regt an, bis zu seinem Besuch ein Ultimatum aufzustellen, damit man sich bewege.

Erster Stv. MP *Kamenzew* betont, Hauptaufgabe bestehe darin, das zu verwirklichen, was heute unterschrieben werde. Der Eisgang müsse einsetzen!

GS *Gorbatschow* faßt zusammen, die Gespräche bestärkten bei ihm den Eindruck, daß nicht nur Eisgang beginne, sondern man wirklich die große Wende vollzogen habe.

Er sei nicht abergläubig, aber bei einer solchen Wende habe er in seinem Innern ein Gefühl der Sicherheit. Man wolle die Dinge nun wirklich so gestalten, daß bei dieser großen Wende die große Sache nicht durch Fehler und Unzulänglichkeiten in Mißkredit gerate.

Im gestrigen Gespräch mit dem Bundeskanzler habe man Einverständnis erzielt, bei einem so großen historischen Vorhaben nicht kleinlich zu sein. Napoleon habe gesagt, man solle erst den Kampf beginnen, dann werde man die Details klarer sehen.[58] Er meine, Napoleon habe dies geleistet. Wäre er nicht nach Rußland gekommen, wäre vielleicht etwas aus ihm geworden!

Deshalb seine – des Generalsekretärs – Einschätzung: Wir stünden in einer wichtigen Etappe der Ausfüllung und Erfüllung des großen politischen Vorhabens, eine neue Qualität in die Beziehungen hineinzubringen. Die Führung des Staates und die Regierung würden diese Entwicklung mit höchster Aufmerksamkeit beobachten.

Der *Bundeskanzler* pflichtet bei und würdigt das gute Gespräch.

Teilnehmer am Delegationsgespräch mit GS Gorbatschow am Dienstag, dem 25. Oktober 1988 um 15.00 Uhr: Bundeskanzler, die anwesenden Bundesminister sowie die den Herrn Bundeskanzler begleitenden Abgeordneten, Botschafter Dr. Meyer-Landrut, StS Ost, MD Teltschik, MD Dr. von Richthofen, Botschafter Dr. Holik, MDg Dr. Neuer, MDg Dr. Jansen, MDg Dr. Kastrup, VLR I Kaestner, Note-taker, Dolmetscher.

Referat 213, Bd. 143539

56 Zum sowjetischen Vorhaben einer Erschließung der Kola-Halbinsel vgl. Dok. 301, Anm. 20.

57 Zum sowjetischen Vorschlag einer Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik auf dem Gebiet der chemischen Industrie vgl. Dok. 201, Anm. 26.

58 Der Passus „erst den Kampf … klarer sehen" wurde von Legationssekretär Höfer-Wissing hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Perestroika."

305

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

400-440.55/5-776/88 geheim **26. Oktober 1988**[1]
424-411.10/08 GRO-776/88 geheim

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: Britische Lieferung von acht Flugzeugen des Typs Tornado an Jordanien[3]; hier: geplante Teilfinanzierung in Höhe von 48,035 Mio. DM durch die KfW

Anlg.: 1[4]

Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung zum Votum unter 5 und Zeichnung der beigefügten Schreiben an den KfW-Vorstand und BM Stoltenberg[5]

1) Mit Schreiben vom 17.10.1988 (Anlage[6]) bittet die KfW Sie in Ihrer Eigenschaft als Mitglied des KfW-Verwaltungsrates um schriftliche Zustimmung zur Vergabe von Krediten in Höhe von insgesamt 48,035 Mio. DM an Jordanien zur Teilfinanzierung des o.g. Liefergeschäfts bis zum 8. November 1988.

Die Gesamtkosten des Projekts (1,59 Mrd. DM) werden überwiegend (rd. 68%) von britischer Seite sowie zu rd. 9% von italienischer Seite finanziert. Der deutsche Finanzierungsanteil (23% = 369,5 Mio. DM) wird von einem Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank zur Verfügung gestellt; der beabsichtigte Beitrag der KfW entspricht 13% des deutschen Anteils.

Der Kredit soll, ohne Hermes-Deckung, zu kommerziellen Bedingungen im Rahmen des Eigengeschäfts der KfW, die zu 80% in Bundesbesitz ist, vergeben werden. Ferner will KfW den Geschäftsbanken für den gesamten deutschen Finanzierungsanteil eine Refinanzierung zum Festzinssatz ebenfalls im Rahmen ihres Eigengeschäfts bereitstellen. Nach Mitteilung des BMF geschieht dies aus banktechnischen Gründen (KfW ist im Gegensatz zu den Geschäftsbanken in der Lage, unbegrenzt entsprechende Festzinsschuldverschreibungen zu begeben) und bedeutet keine Übernahme eines Zinsrisikos durch die KfW. Es bedeutet auch nicht, daß die KfW damit Ausfallrisiken für diese Banken übernimmt. Viel-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Junker und den Legationsräten I. Klasse Amelung und Cappell konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 26. Oktober 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Auf meinen Vermerk über die Sitzung bei BM Schäuble heute (26.10.) nehme ich ergänzend Bezug."
Hat Legationsrat Berger am 12. Dezember 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Botschafter Massion an Referat 400 verfügte. Ferner vermerkte er handschriftlich: BM wurde von StS L[autenschlager] informiert."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 12. Dezember 1988 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Amelung am 13. Dezember 1988 erneut vorgelegen.

3 Zur geplanten britischen Lieferung von Flugzeugen des Typs „Tornado" an Jordanien vgl. Dok. 128.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 6.

5 Der Passus „und Zeichnung … BM Stoltenberg" wurde von Staatssekretär Lautenschlager eingeklammert. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Abwarten bis Prozedere mit BM Stoltenberg u[nd] BM Bangemann geklärt."

6 Für das Schreiben der Kreditanstalt für Wiederaufbau an die Mitglieder des Verwaltungsrats der Kreditanstalt für Wiederaufbau vgl. VS-Bd. 14513 (400); B 150, Aktenkopien 1988.

mehr ist der KfW-Kredit zum größten Teil durch Garantien der Exporteure sowie der staatlichen britischen Exportversicherung (ECGD[7]) abgesichert.

Die Flugzeuge werden, einschließlich deutscher Tornadoteile-Zulieferungen[8], von Großbritannien – nach Endfertigung in GB – exportiert.

Soweit hier bekannt, gibt es keinen Präzedenzfall für die Finanzierung eines solchen Rüstungsgeschäfts durch die KfW. Die KfW hat im vorliegenden Fall den Weg der schriftlichen Beschlußfassung gewählt, da der Kreditvertrag wegen eines entsprechend befristeten Rücktrittrechts des Bestellers bis zum 8. November 1988, also kurz vor der für den 11. November 1988 vorgesehenen regulären Sitzung des Verwaltungsrats, abgeschlossen sein muß. Die Satzung der KfW sieht keine Regelung für den Fall vor, daß einzelne Mitglieder des Verwaltungsrats einer Beschlußfassung im Wege des schriftlichen Verfahrens widersprechen wollen.

2) GB hatte bereits Anfang 1988 BMVg darüber informiert, daß GB beabsichtige, acht Tornado-Flugzeuge in der IDS-Version[9] (Angriffsversion) an Jordanien zu liefern. PM Thatcher[10] und AM Howe[11] hatten außerdem um Unterstützung der Bundesregierung bei einer Entscheidung über Gewährung von Hermes-Garantien[12] für dieses Geschäft gebeten[13]. Britische Seite hatte deutschen Zuliefereranteil (deutscher Anteil an Tornado-Produktion beträgt 42,5 %) mit 395 Mio. DM angegeben.

BMVg hatte AA Mitte Mai 1988 um Stellungnahme gebeten, ob Konsultationen auf Grund des deutsch-britischen Kooperationsabkommens von 1983[14] angestrebt werden sollten. Sie hatten entschieden, BMVg mitzuteilen, daß nach Auffassung des Auswärtigen Amtes GB im Rahmen von Konsultationen unsere Einwände gegen britisches Exportvorhaben vorgetragen werden sollten und Verbürgung des deutschen Zuliefererenteils für das Tornado-Geschäft aus Sicht AA nicht in Betracht komme. Außerdem wurde BMVg gebeten, gem. Nr. 6 der Rüstungsexportpolitischen Grundsätze[15] den BSR mit diesem Votum zu befassen. Die Frage einer Mitfinanzierung des Geschäfts durch KfW stand seinerzeit nicht zur Debatte.

BMVg hat entgegen dem Vorschlag des Auswärtigen Amtes und des BMWi in seiner BSR-Vorlage vom 22. Juni 1988 vorgeschlagen, daß die Bundesregierung

7 Export Credits Guarantee Department.

8 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Jelonek gestrichen: „nach GB“.

9 Interdiction-Strike-Version.

10 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher am 9. Juli 1988 in Chequers; Dok. 208.

11 Vgl. dazu das vom britischen Botschafter Mallaby am 31. März 1988 übergebene Schreiben des britischen Außenministers Howe an Bundesminister Genscher; Referat 424, Bd. 145905.

12 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Hermes-Krediten“.

13 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Jelonek gestrichen: „da es von der großzügigen Gewährung solcher Kredite abhänge“.

14 Für die deutsch-britische Regierungsvereinbarung vom 25. Mai 1983 über die Ausfuhr von gemeinsam entwickeltem und/oder gefertigtem Rüstungsmaterial in dritte Länder vgl. Referat 422, Bd. 135843.

15 Für den Wortlaut der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 28. April 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 309–311. Vgl. dazu auch AAPD 1982, I, Dok. 126.

die Bedenken gegen den Verkauf von acht Tornado-Flugzeugen durch die britische Regierung an Jordanien zurückstellt. In der BSR-Vorlage des BMVg wurde erwähnt, daß seitens AA und BMWi Einwendungen gegen das britische Vorhaben bestehen.

BSR hat am 29.6.1988 laut BSR-Protokoll wie folgt entschieden:

„Nach kurzer Aussprache, in der der Bundeskanzler deutlich macht, daß eine Hermes-Bürgschaft hierfür nicht in Frage kommt, beschließt der Bundessicherheitsrat, keine Bedenken gegen den britischen Tornado-Export nach Jordanien zu erheben."

3) Die erforderliche einfache Mehrheit von Ja-Stimmen der Mitglieder des KfW-Verwaltungsrats soll nach Aussage des BMF (Min. Dir. Müller-Enders) bereits vorliegen, was hier nicht überprüft werden kann. Die in diesem Gremium vertretenen Mitglieder der Bundesregierung (außer Ihnen BM Stoltenberg als Vorsitzender, BM Bangemann, BM Klein, BM Kiechle, BM Warnke) haben noch nicht votiert. Seitens BMF und ChBK wurde der Wunsch nach einem möglichst einheitlichen Stimmverhalten der Vertreter der Bundesregierung geäußert. Die übrigen Ressorts dürften nach bisher vorliegenden Hinweisen zu einem positiven Votum tendieren. BM Stoltenberg hat inzwischen auf Wunsch von BM Bangemann ein Treffen der beteiligten Bundesminister angekündigt (siehe 6).[16]

4) Für Ihre Entscheidung könnte noch folgender Gesichtspunkt von Bedeutung sein:

Die brit. Regierung hatte sich auf hoher Ebene (Schreiben von PM Thatcher an den Bundeskanzler) für die Übernahme einer Bundesbürgschaft für den deutschen Lieferanteil eingesetzt. Nachdem diese Bürgschaft nicht übernommen worden ist, könnte es bei der brit. Regierung auf Unverständnis stoßen, wenn nunmehr auch eine kommerzielle Finanzierung – ohne Übernahme finanzieller[17] Risiken durch den Bund – behindert werden sollte. Dies gilt um so mehr, als sich die brit. ECGD[18] bereit erklärt hat, einen Teil der deutschen Lieferrisiken zu verbürgen, um die Finanzierung des Geschäfts sicherzustellen.

5) Es wird empfohlen, daß Sie dennoch – im Sinne der von Ihnen gebilligten negativen Haltung des AA zu dem Exportgeschäft – gegen den geplanten KfW[19]-Kredit votieren.

– Das Prinzip einer restriktiven Rüstungsexportpolitik ist unter anderem in den Politischen Grundsätzen der Bundesregierung niedergelegt. Obwohl die rüstungsexportpolitischen[20] Grundsätze der Bundesregierung keine Regelung über die Finanzierung solcher Geschäfte enthalten, gebietet es jedoch ihre Intention, auch bei „staatlicher" Rüstungsexportfinanzierung Zurückhaltung zu üben. Unser Interesse an einem Ausbau der Rüstungskooperation mit GB sollte demgegenüber in diesem Fall zurückstehen.

16 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich eingefügt.
17 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „irgendwelcher".
18 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Jelonek hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Parallelinstitut zu unserer Hermes."
19 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich eingefügt.
20 Korrigiert aus: „rüstungspolitischen".

– Da wir Hermesbürgschaft abgelehnt haben, sollten wir auch keine sonstigen indirekten staatlichen Hilfen gewähren.[21]
– Wegen der unmittelbaren geographischen Nachbarschaft dürfte Israel sich durch die Lieferungen der Tornados an Jordanien in seiner Sicherheit bedroht fühlen und darauf hinweisen, daß das militärische Gleichgewicht zu seinen Lasten verschoben wird. Die Lieferungen sind daher geeignet, die Spannungen in einer Region zu erhöhen, in der die Gefahr des Ausbruchs bewaffneter Auseinandersetzungen ohnehin nicht ausgeschlossen werden kann. Mit einer Belastung der deutsch-israelischen Beziehungen muß gerechnet werden.[22]
– Obwohl die bankübliche Finanzierung und Absicherung des Exportauftrags durch die KfW im Rahmen ihres Eigengeschäfts formal nicht beanstandet werden kann, wäre der Hinweis auf den rein privatwirtschaftlichen Charakter des Geschäfts nach einer geschlossenen Zustimmung der Vertreter der Bundesregierung im KfW-Verwaltungsrat für die israelische Seite und die deutsche Öffentlichkeit nicht überzeugend.

6) BM Stoltenberg hat in der Fragestunde des BT am 26. Oktober mitgeteilt, BM Bangemann habe ihn gebeten, die Haltung der beteiligten Bundesminister vor dem 8. November noch einmal zu erörtern. Er, BM Stoltenberg, sei dazu bereit und habe auch selbst seine Stimme noch nicht abgegeben.[23] Es ist also mit einer Einladung von BM Stoltenberg an Sie zu rechnen.[24] BM Stoltenberg sagte auf Drängen von Sprechern der FDP wie der SPD und der Grünen auch zu, seine Haltung im KfW-Verwaltungsrat vor dem BT anschließend zu erläutern.

Es wird empfohlen, daß Sie – vorbehaltlich des Ergebnisses des Ministergesprächs – das anliegende Schreiben an den Vorstand der KfW[25] unterzeichnen und BM Stoltenberg als Vorsitzendem des KfW-Verwaltungsrats Durchdruck hiervon zuleiten.[26]

7) Die Referate 209, 310 und 201 haben mitgezeichnet.

Jelonek

VS-Bd. 14513 (400)

21 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich eingefügt.

22 Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies war unser Argument im BSR, der anders entschieden hat."

23 Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 102. Sitzung, S. 6995–7003.

24 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Rechtzeitige Terminabsprache ist wichtig."

25 Dem Vorgang beigefügt. Bundesminister Genscher unterzeichnete am 28. Oktober 1988 die Erklärung an den Vorstand der Kreditanstalt für Wiederaufbau mit einem ablehnenden Votum. Vgl. VS-Bd. 14513 (400); B 150, Aktenkopien 1988.

26 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Das Verfahren muß m. E. mit BM Stoltenberg u[nd] BM Bangemann abgestimmt werden. Evtl. wird der Punkt ja von der KfW abgesagt."
Mit Schreiben vom 31. Oktober 1988 an die Mitglieder des Verwaltungsrats teilte der Vorstand der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) mit, daß die „Vorlage betreffend den Kredit an das Königreich Jordanien" zurückgezogen werde. Vgl. Referat 424, Bd. 145905.
Am 11. November 1988 behandelte der Verwaltungsrat der KfW das Thema. Ministerialdirektor Jelonek notierte am 15. November 1988, daß der Vorgang rekapituliert und darauf hingewiesen worden sei, „daß sich die KfW aufgrund der Tornado-Erfahrungen an Geschäften in Spannungsgebiete, auch wenn der BSR genehmigt habe, nicht mehr beteiligen werde". Jelonek kam zu dem Schluß: „Dem

306

Gesandter Rouget, Paris, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 2700 **Aufgabe: 26. Oktober 1988, 15.13 Uhr**[1]
Citissime nachts **Ankunft: 26. Oktober 1988, 15.51 Uhr**

Betr.: Deutsch-französische Außenministerkonsultationen am 21.10.1988 in Paris;
hier: Ergebnisse

Bezug: DB-Nr. 2603 vom 19.10.1988[2]

Ablauf der Konsultationen und Zusammensetzung der französischen Delegation entsprachen dem Bezugsbericht. Von deutscher Seite nahmen an den Konsultationen neben BM Genscher Botschafter Dr. Pfeffer, D2[3], D4[4], Gesandter von Nordenskjöld, VLR I Holthoff, VLR I Chrobog, VLR I Elbe sowie Frau Siebourg als Dolmetscherin teil.

Ergebnisse der Konsultationen:

1) Bilaterale Themen

Nach der Begrüßung durch AM Dumas unterstrich BM, daß die Konsultationen zu einem wichtigen Zeitpunkt in der Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen, der Europäischen Gemeinschaft, der Konsultationen in der Allianz und der West-Ost-Beziehungen stattfänden. Die Möglichkeit, unmittelbar vor der Moskaureise des Bundeskanzlers[5] und des Staatspräsidenten Mitterrand[6] einen vertieften Meinungsaustausch zu führen, sei besonders wertvoll. Man könne dabei auf wichtige Gespräche der Vergangenheit und auf einem festen Fundament gemeinsamer Beurteilungen aufbauen.

BM berichtete sodann über die Ergebnisse des vorausgegangenen, längeren Vier-Augen-Gesprächs:

Fortsetzung Fußnote von Seite 1606
KfW-Vorstand scheint die Tornado-Affäre als ‚erster größerer Mißgriff' unter die Haut gegangen zu sein. Der Vorstand scheint auch erhebliche Mühen zu haben, die Handhabung des Falles seinen Mitarbeitern (700) überzeugend zu erklären. Es ist jedenfalls davon auszugehen, daß sich die KfW bei der Beteiligung an politisch sensitiven Geschäften in Zukunft außerordentlich umsichtig und vorsichtig verhalten und sich nicht engagieren wird, bevor nicht die Stimmung im politisch relevanten Spektrum Bonns sorgfältig sondiert worden ist." Vgl. Referat 424, Bd. 145905.

1 Das von Gesandtem von Nordenskjöld, Paris, konzipierte Fernschreiben wurde in fünf Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 15, 24, 54 und 70.
Hat Vortragendem Legationsrat Jess am 7. November 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Korrigiertes und ergänztes Exemplar". Vgl. Anm. 11, 21–23, 31, 53, 74, 78 und 79.

2 Botschafter Pfeffer, Paris, übermittelte Informationen zum Ablauf des Besuchs des Bundesministers Genscher am 21. Oktober 1988 in Frankreich. Vgl. Referat 203, Bd. 151088.

3 Hermann Freiherr von Richthofen.

4 Alois Jelonek.

5 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

6 Staatspräsident Mitterrand besuchte am 25./26. November 1988 die UdSSR.

Gemeinsame Analyse der West-Ost-Beziehungen

Es sei wichtig, die bisher zu Papier gebrachten Erwägungen unter Einbeziehung der seit Juli d. J. eingetretenen Entwicklungen fortzuschreiben und dabei auch die Erkenntnisse aus dem Bundeskanzler-Besuch in Moskau und der Mitterrand-Reise dorthin im November einzubeziehen. BM schlug vor, sich danach erneut zu treffen und sich über den Fortgang der Analyse zu verständigen.

Ratifikation der Zusatzprotokolle zum Elysée-Vertrag[7]

BM berichtete, er habe AM Dumas offiziell darüber informiert, daß die Bundesregierung im Zuge des Ratifizierungsverfahrens zu beiden Protokollen den gesetzgebenden Körperschaften eine Denkschrift[8] zugeleitet habe. Er sei mit AM Dumas übereingekommen, noch festzulegen, wann die Bundesregierung diese Denkschrift der französischen Regierung mit Verbalnote zustellen wird. Dies werde wahrscheinlich nächste Woche der Fall sein, man werde darüber jedoch noch einmal ein Gespräch führen.

AM Dumas bestätigte den Bericht BMs und führte ergänzend aus:

Gemeinsame Analyse der West-Ost Beziehungen

Die Arbeitsgruppe habe gut gearbeitet, das Ergebnis litte jedoch unter dem Redaktionsschluß 15.7.[9] Die schnelle Entwicklung in den West-Ost-Beziehungen seit diesem Stichtag habe deshalb nicht mehr berücksichtigt werden können, und auch er sei der Meinung, daß eine Aktualisierung, die auch die weitere Entwicklung der nächsten Wochen mit einbeziehe, unbedingt erforderlich sei. Wenn man etwas veröffentlichen wolle, müsse es aktuell sein. AM Dumas stimmte deshalb zu, daß die Arbeitsgruppe den Entwurf fortschreiben und dabei vor allem die Ergebnisse der Reisen des BK und des Staatspräsidenten berücksichtigen solle. Darüber hinaus schlug AM Dumas als Verbesserung der Arbeitsmethode der AG vor, daß nicht nur deskriptive Beschreibungen, sondern auch operative Vorschläge geliefert werden sollten. Als Beispiel nannte AM Dumas Perspektiven für die sich im Zuge der Annäherung an die osteuropäischen Länder und an die SU ergebenden intensiveren Wirtschaftsbeziehungen. Er regte an, daß die AG in diesem Zusammenhang auch über den in die Diskussion gebrachten Vorschlag eines Marshallplans für Osteuropa[10] nachdenke.

7 Zum Stand der Ratifizierung der Protokolle vom 22. Januar 1988 zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 298.

8 Zur Denkschrift der Bundesregierung zu den Protokollen vom 22. Januar 1988 vgl. Dok. 298, Anm. 7.

9 Aufgrund eines Beschlusses des Bundesministers Genscher und des französischen Außenministers Raimond vom 22. Januar 1988 erarbeitete die deutsch-französische Studiengruppe zu Ost-West-Fragen eine Analyse der Entwicklung in der UdSSR seit dem Amtsantritt des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow. Sie einigte sich am 19. Juli 1988 in Paris auf einen Entwurf; weitere Änderungen wurden auf einer Sitzung am 12. September 1988 vorgenommen. Am 17. Oktober 1988 legte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen Bundesminister Genscher die Studie „Der Wandel in der UdSSR drei Jahre nach Gorbatschows Amtsantritt“ vor. Dazu vermerkte er: „Die Arbeit war nicht einfach, weil, wie Diskussionen in der EPZ und anderen Gremien oft genug gezeigt hatten, die Franzosen den Reformkurs Gorbatschows mit großer Skepsis verfolgt haben. Dennoch können wir als Anfang mit dem Ergebnis zufrieden sein. Wesentlich ist dabei die Tatsache, daß die Studiengruppe ihre Arbeit erheblich intensiviert hat und die Vertreter beider Seiten zu der Auffassung gekommen sind, in der Harmonisierung der Analyse weiterzumachen. Wenn die Zeit reif ist, könnte dann eine Harmonisierung der Politik folgen. Obwohl die Studie vereinbarungsgemäß keine operativen Schlußfolgerungen enthält, kann sie künftig auch eine engere deutsch-französische Abstimmung in Fragen der West-Ost-Beziehungen, vor allem im EPZ-Rahmen, fördern.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143549.

10 Während seines Besuchs vom 13. bis 15. Oktober 1988 in der UdSSR unterbreitete Ministerpräsident De Mita in einem Vortrag vor der sowjetischen Akademie der Wissenschaften den Vorschlag für einen

Beide Minister einigten sich daraufhin, daß der Bericht an die Arbeitsgruppe zurückverwiesen wird mit der Bitte, ihn fortzuschreiben und zu aktualisieren und – auf ausdrücklichen Wunsch von BM – ihn einer Revision unter den genannten Gesichtspunkten zu unterziehen.

Der französische Europa-Direktor Blot erläuterte das bisherige Vorgehen der Arbeitsgruppe dahingehend, daß man eine jährliche Überarbeitung des Berichts vorgesehen habe, da die ständige Aktualisierung arbeitsmäßig nicht darstellbar sei. Zu den jeweiligen Außenminister-Konsultationen und Gipfeltreffen hätten dann aktuelle Papiere zusätzlich geliefert werden sollen. Die Arbeitsgruppe selbst habe den Vorschlag entwickelt, in einer zweiten Phase auch operative Anregungen zu geben, und habe sich hierfür ein Mandat bei diesen Konsultationen erbitten wollen. Wichtig sei aus seiner Sicht die Einbeziehung der wirtschaftlichen Faktoren in die gemeinsame Arbeit.[11]

BM machte deutlich, daß er an der geleisteten Arbeit keine Kritik üben wolle, der Bericht jedoch aus formalen wie inhaltlichen Gründen überarbeitet werden müsse. Selbst bei jährlicher Überarbeitung könne man nicht den 15.7. als Redaktionsschluß wählen, sondern müsse jeweils zum Ende eines Jahres abschließen. Dies werde gerade durch die derzeitige Entwicklung deutlich. In dem jetzt vorliegenden Text gebe es darüber hinaus auch noch manches zu überarbeiten. Als Beispiel nannte BM die illusionäre Sicht, wonach die orthodoxe Kirche in der SU quasi den Status einer Staatskirche erreicht habe. Bei aller positiven Beobachtung der Entwicklung in der SU könne man wohl doch nicht sagen, daß diese gerade geduldete Kirche wie eine Staatskirche behandelt werde. Ganz abgesehen von dem darin liegenden Widerspruch zur atheistischen Verfassung des Landes. Auch BM erklärte sich damit einverstanden, daß in dem zukünftigen Bericht operative Vorschläge mit aufgenommen werden.

AM Dumas schlug vor, daß diese Analyse für den März-Gipfel[12] vorgesehen werden sollte, und betonte besonders sein Interesse an der Einbeziehung wirtschaftlicher Analysen zu Themen wie Joint-ventures, Investitionsschutz, Finanzierungsmöglichkeiten, Stand der Devisenreserven.

BM erläuterte in diesem Zusammenhang die Umstände des deutschen Kredits über 1 Milliarde Rubel.[13] Es handele sich dabei nicht um einen Kredit der Bundesregierung. Es gebe auch keine Subventionierung oder Verbürgung durch die Bundesregierung. Der Kredit sei vielmehr ein normaler Bankkredit.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1608

„Marshallplan für Osteuropa". Botschafter Ruth, Rom, erläuterte am 18. Oktober 1988, daß De Mita damit Pressemeldungen zufolge nicht „an eine Neuauflage des ursprünglichen Marshallplans" denke: „Es ging ihm vielmehr darum, für die von Italien bejahten neuen Formen der Zusammenarbeit zwischen West und Ost einen historischen Bezugspunkt herauszugreifen. Ohnehin hat De Mita seinen Vorschlag mit der Bedingung weiterer qualitativer Veränderungen in den West-Ost-Beziehungen verknüpft und dabei insbes[ondere] die Konvertibilität der Währungen, die freie Zirkulation von Personen, Sachen und Kapital, die Menschenrechte und die Rechtssicherheit angesprochen. Er hat ferner die sowj[etische] Seite darauf hingewiesen, daß eine Zusammenarbeit mit dem Westen eine Modifizierung des eigenen ökonom[ischen] Systems voraussetze." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1572; Referat 213, Bd. 143561.

11 An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat Jess handschriftlich eingefügt: „Dazu bitte[t] die AG um Mandat, Experten auf Ad-hoc-Basis hinzuzuziehen. BM bezeichnete dies als einen interessanten Gedanken."

12 Die deutsch-französischen Konsultationen fanden am 19./20. April 1989 statt. Vgl. dazu AAPD 1989.

13 Zur Kreditvereinbarung zwischen der Deutschen Bank und der sowjetischen Bank für Außenwirtschaft vgl. Dok. 300, Anm. 32.

De Mita habe in Moskau die Idee eines Marshallplans ins Gespräch gebracht. Was De Mita vorschwebe, sei aber wohl etwas ganz anderes als der ursprüngliche Marshallplan.[14] Dieser sei damals von den USA finanziert worden.

Zum Thema Ratifizierung der Zusatzprotokolle führte AM Dumas aus:

Er habe BM gesagt, daß er noch keine Kenntnis von den Texten habe nehmen können und sich erst kurz vor den Konsultationen einige Hinweise habe geben lassen.

BM erläuterte daraufhin noch einmal die dem Parlament zugeleiteten Texte. Er wies darauf hin, daß diese zunächst dem Bundesrat zugeleitet worden seien und anschließend an den Bundestag gehen würden. Die beigegebene Denkschrift diene der Erläuterung des Vertragsinhalts im parlamentarischen Umsetzungsverfahren. Die Bundesregierung würde diese Denkschrift der französischen Regierung mit einer Note zuleiten. BM verlas hier den vorbereiteten Notenentwurf. Er wies darauf hin, daß die Bundesregierung auf diese Verbalnote keine Reaktion erwarte. Wie die französische Regierung diesen Vorgang in das eigene parlamentarische Verfahren einbringe oder ob AM Dumas hierzu im Parlament etwas sagen wolle, liege bei ihm.

AM Dumas erwiderte, daß er auf die Empfindlichkelten der französischen Parlamentarier Rücksicht nehmen müsse. Man sei sich im Grunde einig, müsse aber noch über die Form nachdenken. Er, Dumas, gehe davon aus, daß die Bundesregierung die Übermittlung der Denkschrift an die französische Regierung auch öffentlich darstellen werde. Dies bedeute, daß auch das französische Parlament von diesem Vorgang Kenntnis nehmen werde. Er könne nicht ausschließen, daß die französische Opposition dies kritisch beurteilen werde mit dem Argument, daß dadurch der Inhalt der Protokolle abgeschwächt werde. AM Dumas erkundigte sich sodann nach dem weiteren parlamentarischen Verfahren in Bonn.

[15]BM erläuterte, daß das Vertragsgesetz mit den Anlagen nach Billigung durch die Bundesregierung zunächst dem Bundesrat zugeleitet worden sei. Dort seien diese Dokumente durch Aufnahme in die Reihe der Bundesratsdrucksachen zu öffentlichen Dokumenten geworden. Nach einer ersten Prüfung durch den Bundesrat würde das Vertragswerk sodann an den Bundestag weitergeleitet. Der ganze Vorgang habe im übrigen in der Bundesrepublik nicht die geringste Beachtung gefunden, weil es sich dabei um eine ganz normale Sache handele. Auf eine Zwischenfrage von AM Dumas, wie man die Übersendung der Denkschrift vereinfachen könne, erwiderte BM, daß man die Note natürlich noch etwas anders fassen könne, mit dem Tenor, daß man die französische Regierung darüber informiere, was die Bundesregierung dem Parlament zur Erläuterung übergeben habe. Dies solle durch eine Formulierung ergänzt werden, die deutlich mache, daß die Denkschrift nicht etwas Besonderes sei. Auf Nachfrage des Politischen Direktors Dufourcq, wie dem Deutschen Bundestag mitgeteilt werde, daß die Bundesregierung der französischen Regierung die Denkschrift übergeben habe, erwiderte BM, daß dies nicht in Form eines Dokumentes erfolgen, aber daraus auch kein

14 Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Marshall am 5. Juni 1947 an der Harvard-Universität, in der er die Schaffung eines European Recovery Program (ERP) vorschlug, vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 16 (1947), S. 1159 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1947, S. 821.

15 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2701 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Geheimnis gemacht würde. Wahrscheinlich werde es einen entsprechenden Hinweis in der Regierungserklärung anläßlich der Ratifizierungsdebatte geben.

AM Dumas kündigte an, daß er wegen der Protokolle mit dem Staatspräsidenten sowie mit dem Verteidigungsminister[16] und dem Minister für Wirtschaft und Finanzen[17] sprechen werde. Über das Ergebnis werde er BM nach dessen Rückkehr aus Moskau telefonisch unterrichten. Dies werde voraussichtlich Mittwoch der kommenden Woche[18] der Fall sein. Anschließend könne dann die angekündigte Note der französischen Botschaft in Bonn übergeben werden. AM Dumas hielt abschließend noch einmal fest, daß nach seinem Verständnis die Denkschrift von der Bundesregierung verabschiedet und damit nicht mehr veränderbar sei und daß auf die Begleitnote keine Antwort erwartet werde.[19]

Zum Thema gemeinsame Botschaften[20] stellte BM einleitend fest, daß die Fachleute in beiden Außenministerien gut gearbeitet hätten, daß aber offensichtlich mehr Mut erforderlich sei.

AM Dumas bestätigte dies unter Verlesung einiger kritischer Stichworte aus den ihm vorliegenden Papieren. Nach französischer Auffassung gebe es drei Möglichkeiten:

– gegenseitiger Transfer von Souveränitätsrechten[21],
– wechselseitige[22] Akkreditierung eines Behördenleiters[23] (nach AM Dumas Meinung wohl am schnellsten zu verwirklichen),
– Interessenvertretung.

AM Dumas hielt die zweite Option für eine begrenzte Zeit als die beste Lösung, bis die Fragen der Souveränitätsübertragung gelöst seien. In dieser ersten Etappe könnten jeweils zwei Personen akkreditiert werden: z. B. Nr. 1 ein Deut-

16 Jean-Pierre Chevènement.

17 Pierre Bérégovoy.

18 26. Oktober 1988.

19 Am 26. Oktober 1988 legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Holthoff Bundesminister Genscher den Entwurf der Note an die französische Regierung vor und teilte dazu mit: „Der Notentext ist aufgrund Ihrer Absprache mit AM Dumas überarbeitet worden. Er stellt klar, daß die Beifügung einer Denkschrift zum Gesetzentwurf dem üblichen Verfahren bei der Ratifizierung völkerrechtlicher Verträge entspricht." Vgl. Referat 202, Bd. 140649.

20 Zur Errichtung einer gemeinsamen deutsch-französischen Auslandsvertretung vgl. Dok. 233, besonders Anm. 14 und 15.
Ministerialdirigent Gründel vermerkte am 17. Oktober 1988, daß Gespräche im französischen Außenministerium über das Projekt gemeinsamer deutsch-französischer Auslandsvertretungen zu einem Positionspapier geführt hätten, das zwei Modelle vorsehe: „a) die vollintegrierte, gemeinsame und gemischt besetzte Vertretung; b) die gegenseitige, nach außen erklärte Interessenvertretung in Staaten, in denen nur eines der beiden Länder mit einer Botschaft vertreten ist, wobei diese nach Bedarf durch entsandtes Personal des anderen Landes zu verstärken wäre". Als Ergebnis sei festzuhalten: „Die französische Seite schließt kein Modell ‚a priori' aus, betont aber den ‚pragmatischen' Ansatz (wo besteht derzeit ein konkretes Bedürfnis für gemeinsame Vertretungen?) und scheint deshalb eine gewisse Präferenz für das Modell b) (Interessenvertretung) zu entwickeln; sie betrachtet das Modell a) (integrative Vertretung) als eher längerfristige Option, das v. a. staatsrechtliche Probleme aufwirft (Übertragung von Hoheitsrechten) und eingehender Prüfung bedarf." Vgl. Referat 203 (202), Bd. 151109.

21 Die Wörter „gegenseitiger Transfer von Souveränitätsrechten" wurden von Vortragendem Legationsrat Jess gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Schaffung einer zwischenstaatlichen Einrichtung, auf die Hoheitsrechte übertragen werden können".

22 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Jess gestrichen. Dafür fügte er ein: „gemeinsame".

23 An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat Jess handschriftlich eingefügt: „und seines Vertreters (sic!)".

scher, Nr. 2 ein Franzose. Diese beiden könnten dann ihre Positionen nach einiger Zeit wechseln.

BM ergänzte, daß beide Minister ursprünglich vier oder zwei Orte prüfen lassen wollten. Die gerade Zahl sei für die parallele Behandlung von Bedeutung: An jeder Vertretung sollte jeweils der erste Mann Franzose oder Deutscher sein und der zweite jeweils die andere Nationalität haben. Wenn Fragen der Souveränitätsübertragung nicht leicht zu beantworten seien, könne man zunächst ja interne Lösungen vorsehen. Es gebe nur wenige Hoheitsakte, z. B. die Übergabe des Beglaubigungsschreibens, der Großteil der anfallenden Arbeit sei operationell. Für die Erprobungsphase solle man einen pragmatischen Ansatz wählen. Inzwischen könne man dann die Rechtslage prüfen und nach zwei Jahren sehen, wie man weiter verfahre.

BM wies darauf hin, daß man auch andere Dinge aus diesem Bereich regeln solle. Dies gelte z. B. für Botschaftsärzte. Man könne unschwer feststellen, daß an angenehmen Dienstorten sowohl deutsche wie französische Ärzte Dienst täten, auf Härteposten hingegen weder deutsche noch französische Ärzte zur Verfügung stünden. Gerade im Hinblick auf das Problem AIDS müsse hier etwas geschehen: So müßten überall in Afrika die Bediensteten beider Länder durch europäische Ärzte nach europäischem Standard versorgt werden. Wenn man sich einigen könnte, daß immer nur ein Arzt vor Ort eingesetzt werde, käme man recht weit, ohne auch nur einen Arzt zusätzlich einstellen zu müssen. Als weiteren Bereich möglicher Zusammenarbeit bezeichnete BM die Kurierdienste.

AM Dumas sprach sich für eine darüber hinausgehende Prüfung aus. So solle man z. B. untersuchen, ob nicht die Kulturinstitute im Ausland auf gemeinsamer Kostenbasis organisiert werden könnten. Er denke dabei z. B. an die Teilung der Gemeinkosten. Dies werde zu erheblichen Einsparungen führen und auch die Gewohnheit stärken, zusammenzuarbeiten. Er werde den für kulturelle Fragen zuständigen Staatssekretär bitten, das mit dem Auswärtigen Amt aufzunehmen. Als weiteres Beispiel nannte AM Dumas den Konsularbereich. Hier könnte evtl. an ein gemeinsames Konsulat gedacht werden, falls Frankreich sonst gezwungen wäre, ein vorhandenes eigenes Konsulat zu schließen. Bevor eine solche Schließungsentscheidung falle, solle man jeweils miteinander reden.

BM schlug vor, einen gemeinsamen schriftlichen Bericht erarbeiten zu lassen über die Bereiche, in denen man sich einig sei, und über das, was man tun könne. Wenn möglich solle dieser Bericht noch zum Gipfel vorgelegt werden.

D2 wies darauf hin, daß ein entsprechender Bericht bereits erarbeitet sei und man das Mandat für die weiteren Prüfungen erwartet habe.

AM Dumas schlug vor, sich zunächst einmal zwei Botschaften vorzunehmen. Er habe Ulan Bator vorgeschlagen. BM sagte zu, den zweiten Platz noch zu benennen.

[24]2) Einzelne Themen

BM bat AM Dumas um Unterrichtung zu folgenden Fragen:

– Schewardnadse-Besuch in Paris[25]

[24] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2708 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

[25] Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 10. bis 12. Oktober 1988 in Frankreich auf.

– Dumas-Besuch in Wien am 20.10.1988
– CW-Konferenz in Paris[26]

Zum Schewardnadse-Besuch in Paris erklärte AM Dumas, dieser erste offizielle Besuch eines sowjetischen Außenministers seit dem Gromyko-Besuch im Jahre 1980[27] sei sehr gut verlaufen. Man habe praktisch alle Gebiete berührt. Der Schwerpunkt habe bei KSZE gelegen. Schewardnadse habe sich sehr nachdrücklich für die Menschenrechtskonferenz in Moskau[28] eingesetzt. Die französische Seite habe ihm sagen können, daß Präsident Mitterrand die französische Haltung etwas verändert habe. Er selbst, Dumas, konnte dazu öffentlich ausführen, daß man einer dritten Konferenz in Moskau keine Hindernisse in den Weg legen würde, falls ein entsprechender Konsens zustande käme. Man habe hierfür keine besonderen Bedingungen gestellt, sich aber die französische Position zum Datum vorbehalten, so daß auch immer noch die Möglichkeit bestünde, daß diese Konferenz in Moskau erst nach Helsinki II[29] stattfinde. Dies habe Schewardnadse sicher nicht erfreut, Frankreich habe jedoch ein Druckmittel in der Hand behalten wollen. Im übrigen gebe es noch keinen Konsens, so sei die Haltung Portugals und Großbritanniens in Ioannina[30] unflexibel gewesen. Man könne aber daran zweifeln, ob diese Haltung wirklich ehrlich sei. Bei den Briten verstecke sich hinter einer unflexiblen Haltung oft eine große Flexibilität[31]. Ein weiterer Punkt sei die Vorbereitung des Mitterrand-Besuchs in Moskau am 25./26. November 1988[32] gewesen sowie der Gegenbesuch Gorbatschows im ersten Halbjahr 1989[33]. Da man den Zeitplan von Gorbatschow in etwa kenne und er danach bis Ende März in der Sowjetunion festgehalten sei, könne man mit dem Gegenbesuch in Paris nicht vor dem zweiten Vierteljahr 1989 rechnen.[34] Während des Besuches habe man mehrere Arbeitsgruppen eingesetzt, so zu Ost–West und Regionalfragen. Im Vier-Augen-Gespräch habe er, Dumas, eine große Besorgnis Schewardnadses über die Wirtschaftslage der Sowjetunion herausgehört. Der Wille zur Veränderung sei unbestreitbar, aber schon der nichtkonvertierbare Rubel stelle ein großes Problem für die SU dar. Auch die Reduzierung des Preisniveaus bekäme man nicht in den Griff. Nach seinem Eindruck fehle es in der SU an dem nötigen Fachwissen, um die Wirtschaftsprobleme zu lösen. Er habe fast den Eindruck gehabt, als wolle Schewardnadse Empfehlungen und Lösungsvorschläge erbitten.

26 Zum Vorschlag des Präsidenten Reagan für eine Konferenz über das Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 269, Anm. 21.
27 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 23. bis 25. April 1980 in Frankreich auf.
28 Zur Frage der Abhaltung von drei KSZE-Menschenrechtskonferenzen vgl. Dok. 269, Anm. 12.
29 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 11. Juli 1988 für eine Gipfelkonferenz der KSZE-Teilnehmerstaaten vgl. Dok. 221, Anm. 27.
30 In Ioannina fand am 15./16. Oktober 1988 ein informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ statt. Vgl. dazu die Mitteilung der EG-Präsidentschaft an das Politische Komitee der EPZ über die Ergebnisse des Treffens; Fernschreiben Nr. 577 COREU vom 17. Oktober 1988; Referat 212, Bd. 158489.
31 An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat Jess handschriftlich eingefügt: „im Handeln“.
32 Korrigiert aus: „1987“.
33 Korrigiert aus: „1988“.
34 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 4. bis 6. Juli 1989 in Frankreich auf.

Von seinem Kurzbesuch in Wien[35] berichtete AM Dumas, er habe mit Vranitzky, der gerade aus der SU zurückgekommen sei, ein langes Gespräch gehabt, das die Eindrücke aus dem Gespräch mit Schewardnadse bestätigt habe: Die SU stehe vor einem Gebirge von Problemen. Auch Vranitzky habe gespürt, daß es angesichts dieser Probleme auch in der Sowjetunion selbst Beunruhigung gebe.

Über den Stand der KSZE-Folgeverhandlungen habe er sowohl mit dem französischen Delegationsleiter[36] als auch mit seinen österreichischen Gesprächspartnern gesprochen. Sein Eindruck sei gewesen, daß vor Ort ein Wind des Optimismus wehe und man die Hoffnung habe, Licht am Ende des Tunnels zu sehen. Er selbst befürchte jedoch immer noch, daß die Schwierigkeiten nicht beendet seien und daß inzwischen die Zeit davonliefe. AM Dumas gab zu erwägen, ob man nicht doch noch einen weiteren Appell für einen baldigen Abschluß ins Auge fassen sollte. Die USA seien wohl noch nicht am Ende ihrer Überlegungen, man müsse aber sehen, daß die Weihnachtsferien schnell näherrückten.

Ein weiteres Gesprächsthema in Wien seien die Beziehungen Österreichs zu Europa gewesen. Der evtl. Beitritt Österreichs sei ein absolutes Vorrang-Thema.[37]

Pariser Konferenz der Signatar-Staaten des Genfer CW-Protokolls[38]: AM Dumas sprach BM seinen Dank für die schnelle Unterstützung der französischen Initiative aus und stellte fest, daß die Bundesregierung damit an erster Stelle läge. Inzwischen sei die Vorbereitungsmaschinerie angelaufen. Die UNESCO werde ihr Gebäude für die Konferenz zu Verfügung stellen. Als Datum habe man inzwischen den 7. bis 11. Januar 1989[39] festgelegt. Dabei gebe es Probleme mit AM Shultz. Zum einen stehe ein neuer US-AM ins Haus.[40] Zum anderen habe AM Shultz am 9.1.1989[41] Verpflichtungen in Washington.[42] Nach derzeitigem Stand werde AM Shultz jedoch zur Eröffnung kommen und bis zum 9.1.1989[43]

35 Der französische Außenminister Dumas hielt sich am 20. Oktober 1988 in Österreich auf.

36 Gilles Curien.

37 Am 25. November 1988 führte der Abteilungsleiter im österreichischen Außenministerium, Scheich, gegenüber Ministerialdirektor Jelonek in Wien aus, daß die österreichische Regierung 1987 einen „Optionsbeschluß“ gefaßt habe, „der die Annäherung Österreichs an die EG zum Gegenstand hatte. Inzwischen habe sie eine Beitrittsoption ins Auge gefaßt. Die österreichische Regierung strebe jetzt die volle Teilnahme am sozio-ökonomischen Prozeß der Integration an. Man sehe im Binnenmarkt nicht mehr nur ein handelspolitisches Arrangement, sondern etwas, das auch gekennzeichnet werde von der Idee des ‚Europas der Bürger‘ und der Öffnung der Grenzen. Es gehe um die politische Legitimation für eine gleichberechtigte Teilnahme und Mitgestaltung, die nicht möglich sei ohne eine Teilnahme am Institutionellen. […] Es sei jetzt auch ein Gutachten zur Neutralitätsfrage fertiggestellt worden. Man könne sagen, daß damit die Entscheidungsgrundlagen weitgehend vorlägen“. Besonders schwerwiegend sei die Überlegung, „daß die Kosten eines Draußenbleibens sehr hoch wären“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 411, Bd. 160449.

38 Für den Wortlaut des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 173–177.

39 Korrigiert aus: „1988“.
Zur Konferenz über das Verbot chemischer Waffen in Paris vgl. den Drahtbericht Nr. 101 des Botschafters von Stülpnagel, z. Z. Paris, vom 11. Januar 1989; AAPD 1989.

40 Die Amtszeit des Präsidenten Reagan endete am 20. Januar 1989.

41 Korrigiert aus: „1988“.

42 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt in Washington eine Rede vor dem Citizens Network for Foreign Affairs. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 89 (1989), Heft 2144, S. 1–4.

43 Korrigiert aus: „1988“.

bleiben, dann am 10.1.1989[44] nach Washington gehen und am 11.1.1989[45] wieder an der Konferenz teilnehmen. Ein weiteres Problem mit diesem Zeitrahmen ergebe sich aus einer gleichzeitig geplanten Konferenz der Ungebundenen in Zypern.[46] Er habe deshalb mit Vassiliou telefoniert und dabei erreichen können, daß der Beginn dieser Konferenz auf den 11.1.1989[47] verschoben wird. Dies sei eine gute Sache, da damit weitere 40 Teilnehmer gesichert seien. Die französische Regierung werde den Transport dieser Delegationen nach Zypern übernehmen. Was den inhaltlichen Ablauf der Konferenz angehe, so wolle man sich auf einen neuen Impuls für die Genfer Verhandlungen[48] konzentrieren. Das kurze Schlußdokument, das auf die Punkte von Präsident Mitterrand in seiner New Yorker UNO-Rede[49] eingehen sollte, sollte die praktische Umsetzung in Genf ermöglichen.

BM sagte AM Dumas seine volle Unterstützung zu und kündigte an, an der Konferenz teilzunehmen. Es sei gut, das neue Jahr mit dieser Konferenz zu beginnen.

Zur KSZE erklärte BM, daß er die Besorgnisse von AM Dumas teile. Es gebe oft bei derartigen Konferenzen eine Situation, wo alles zerfasere. Auch er glaube, daß die SU ein Interesse daran habe, zu einem Ergebnis zu kommen. BM wies in diesem Zusammenhang auf einen Bericht über die USA-Reise von StM Adam-Schwaetzer hin, die am Vorabend der Konsultationen ein Gespräch mit Frau Ridgway gehabt habe[50]: Aus Sicht der US sei die Menschenrechtskonferenz immer noch das entscheidende Problem. Dabei werde auf die Bedenken der britischen Delegation verwiesen, die nach wie vor auf neue britische Instruktionen warte. Aus amerikanischer Sicht ergebe sich kein Zeitdruck in Wien. Dies könne schon möglich sein, aber man müsse in dieser Lage darüber nachdenken, wie man zu Ergebnissen komme. BM erinnerte daran, daß sich Shultz beim Vierer-Treffen in New York[51] außerordentlich positiv zum Konferenzabschluß geäußert habe und stellte die Frage, was man tun könne, um einen neuen Impuls zu geben.

AM Dumas gab zu erwägen, daß man bei der Presse-Konferenz ein entsprechendes Wort über die Beunruhigung sagen könne unter Hinweis auf den gemeinsamen Auftritt in Wien am 1. Juli 1988.[52] Nach seinen Informationen stellten die US sehr harte Bedingungen für die Moskauer Konferenz. Deshalb frage er sich, ob die US wirklich eine Beendigung der Wiener Konferenz wollten. Eine

44 Korrigiert aus: „1988“.

45 Korrigiert aus: „1988“.

46 Die Außenministerkonferenz der Bewegung Blockfreier Staaten fand vom 13. bis 15. Januar 1989 in Nikosia statt.

47 Korrigiert aus: „1988“.

48 Zu den Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz über ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 258, Anm. 14.

49 Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Mitterrand am 29. September 1988 vor der VN-Generalversammlung in New York; LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1988 (September/Oktober), S. 50. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 659.

50 Zum Gespräch der Staatsministerin Adam-Schwaetzer mit der Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium, Ridgway, am 20. Oktober 1988 in Washington vgl. Dok. 295, Anm. 5.

51 Zum Treffen der Außenminister Andreotti (Italien), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) am 25. September 1988 in New York vgl. Dok. 269.

52 Zum gemeinsamen Auftritt des Bundesministers Genscher und des französischen Außenministers Dumas auf der KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 196.

der Konditionen solle z. B. sein, daß Schtscharanskij das Recht haben sollte, nach Moskau zu kommen und auf der Konferenz das Wort zu nehmen. Nach französischer Auffassung würde dies bedeuten, den Korken etwas zu weit in die Flasche zu treiben. Auch Frankreich habe einige Unabhängigkeitsbefürworter aus Guadeloupe zu Gefängnisstrafen verurteilt. Er frage sich, ob er damit rechnen müsse, daß die US im Hinblick auf die Pariser Konferenz vergleichbare Forderungen an Frankreich stellten.

BM ergänzte, daß auch er unterschiedliche Informationen über die Bedingungen habe. Was hieße z. B., daß alle politischen Gefangenen freigelassen werden müßten? Da erhebe sich sofort die Frage, wieviele es eigentlich gebe. Auf eine entsprechende Frage habe man ihm[53] gesagt, es gebe eine Liste von 50 Personen. Seine Antwort darauf sei gewesen, daß ihm dies ein bißchen wenig vorkomme. Wenn diese 50 Personen aus dem Gefängnis freigekommen seien, könne er auch nicht sagen, daß jetzt alles klar sei. Bei sogenannten strengen Bedingungen müsse man sehr aufpassen, daß man letztlich nicht das Gegenteil von dem erreiche, was man wolle. BM wies darauf hin, daß er in Griechenland gesagt habe, daß in der Dreier-Reihe der Konferenzen Paris–Kopenhagen–Moskau Paris und Kopenhagen Beispiele sein würden. Wenn dieser Standard für Moskau nicht gesichert werden könnte, könnte der Westen noch am letzten Tage von einer Teilnahme in Moskau absehen. Er sei gegen eine Aufzählung von Konditionen, weil dabei immer viel offen bliebe. Der Verweis auf den Standard der Vorgänger-Konferenzen hingegen sei sehr gut.

[54]AM Dumas schloß sich den Überlegungen BMs an. Seiner Meinung nach genüge es, daß Moskau sich bereit erkläre, seine Konferenz genauso zu gestalten wie die Konferenzen in Paris und Kopenhagen. Frankreich würde sich nicht an die Erfüllung präziser Bedingungen zum jetzigen Zeitpunkt gebunden fühlen. Wenn vor der Moskau-Konferenz eine Änderung der Lage zum Schlechteren eintreten würde, würde Frankreich nicht nach Moskau gehen.

BM erwiderte, daß dies exakt der Punkt sei, auf den es ankomme. Man müsse Beispiele setzen und dann sagen, daß man erwarte, daß diese Entwicklung sich fortsetze, damit die Abhaltung der Konferenz in Moskau möglich werde. Dann könne man notfalls auch noch kurz vor der Konferenz in Moskau wieder absagen. So wäre die Bundesregierung z. B. sehr interessiert an der sowjetischen Gesetzgebung über die Nationalitäten. Hierüber habe er lange mit Schewardnadse in Moskau gesprochen. Was die amerikanischen Bedingungen angehe, so sei das Höherlegen der Meßlatte wohl weniger auf die Regierung zurückzuführen als vielmehr auf Senat und Repräsentantenhaus, wo die Forderungen ständig wechseln würden. Wenn man etwas zum Stand in Wien sagen wolle, so solle man nicht direkt Enttäuschung zeigen, sondern feststellen, daß der gemeinsame Appell vom 1.7. Wirkung gezeigt habe, daß man aber hoffe, nun bald Ergebnisse zu sehen. Dabei könne man darauf hinweisen, daß, je länger sich die Konferenz hinzöge, desto[55] länger die Menschen auf die erhofften Ergebnisse warten müßten und daß auch der Beginn der KRK entsprechend länger hinausgezögert

53 An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat Jess handschriftlich eingefügt: „amerikanischerseits".
54 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2709 übermittelten vierten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.
55 Korrigiert aus: „je".

würde. Neben der Erwähnung Wiens in der Pressekonferenz sollte man auch die CW-Konferenz ansprechen. Er würde dann die deutsche Unterstützung erneuern und seine Teilnahme ankündigen.

Zur Vorbereitung des Bundeskanzlerbesuchs in Moskau führte BM aus, daß die Erfolgsaussichten ganz gut erschienen. Botschafter Meyer-Landrut sei gestern abend bei Schewardnadse gewesen und habe über die Fragen gesprochen, die in New York vereinbart worden seien.[56] Offenbar habe Schewardnadse den Leiter der dritten politischen Abteilung, Bondarenko, angewiesen, dies auch umzusetzen. Der Besuch des Bundeskanzlers in Moskau sei mit anderen Besuchen nicht unbedingt zu vergleichen, da BK Gorbatschow bisher nur einmal bei der Trauerfeier für Tschernenko kurz gesehen habe.[57] Deshalb werde der Besuch einen etwas anderen Charakter haben als der von Präsident Mitterrand, der Gorbatschow schon zu einem Besuch in Paris empfangen habe.[58] Die Bundesregierung habe den Besuch sehr gründlich vorbereitet. Man werde einige Abkommen unterzeichnen, bei denen auch die Einbeziehung der Berliner zufriedenstellend geregelt worden sei. Zentrale Themen würden die Perspektiven der West-Ost-Beziehungen sowie die bilateralen deutsch-sowjetischen Beziehungen sein. Die Sowjetunion habe den Wunsch gehabt, eine Erklärung zu verabschieden.[59] Die deutsche Seite habe jedoch erwidert, man ziehe es vor, über die Elemente einer derartigen Erklärung in Moskau zu sprechen, dann die Beamten arbeiten zu lassen und bei dem Gegenbesuch in Bonn im 1. Halbjahr 1989 die Erklärung zu verabschieden. Auf diese Weise werde eine Verbindung zwischen beiden Besuchen hergestellt. Schewardnadse habe ihm in New York ein Papier mit Gedanken für diese Erklärung übergeben. Einige dieser Gedanken könne man möglicherweise aufnehmen, andere müsse man sicher ändern. Über viele Jahre habe die Bundesregierung mit der Sowjetunion keine Erklärung vereinbart, weil man 1978 einmal große Probleme gehabt habe.[60] Belanglosigkeiten in einer solchen Erklärung niederzulegen, sei nicht lohnend. Der Bundeskanzler werde von mehreren Ministern begleitet werden, die einige Abkommen unterzeichnen würden. Herausragend sei, daß der Verteidigungsminister Jasow sehen werde und eine Rede vor der Militärakademie halten und Armee-Einheiten besuchen werde.[61] Diese Begegnung folge in etwa der Formel des Carlucci-

56 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse klärten am 20. Oktober 1988 organisatorische Fragen zur Durchführung der Gespräche und zur Unterzeichnung von Abkommen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3664 von Meyer-Landrut vom 21. Oktober 1988; Referat 213, Bd. 143538.

57 Bundeskanzler Kohl traf am 14. März 1985 anläßlich der Trauerfeierlichkeiten für den am 10. März 1985 verstorbenen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Moskau zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 68.

58 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 2. bis 5. Oktober 1985 in Frankreich auf.

59 Zu einer „Gemeinsamen Erklärung" der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. Dok. 287.

60 Anläßlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik verabschiedeten beide Seiten am 6. Mai 1978 eine Gemeinsame Deklaration. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1978, S. 429 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 137.

61 Bundesminister Scholz hielt am 25. Oktober 1988 einen Vortrag in der Militärakademie der Panzertruppen. Am 26. Oktober 1988 besuchte er ein Regiment der Taman-Division in Alabino. Brigadegeneral Wetter, Moskau, berichtete am folgenden Tag: „Nach Begrüßung beim R[e]g[imen]t mit militärischen Ehren (Ehrenformation in K[om]p[anie]stärke und Div[isions-]Musikkapelle) besichtigte BM Truppenunterkünfte, Ausbildungseinrichtungen, einige gepanzerte Fahrzeuge des Rgts und beobachtete auf dem an die Kaserne angrenzenden Übungsplatz ein Schießen mit einigen Waffen des Rgts. Nach

Besuches in der Sowjetunion.[62] Anschließend stellte BM den vorgesehenen Programmrahmen dar und kündigte an, daß er nach Abschluß des politischen Teils des Besuches am Mittwoch[63] nach Bonn zurückreisen werde. Er verwies auf das im Zusammenhang mit der Denkschrift vereinbarte Telefongespräch und bot an, wenn nötig jemanden zur Unterrichtung nach Paris zu schicken.

Zur Situation in der ČSSR wies BM auf die Personalveränderungen hin: AM Chňoupek sei ausgeschieden.[64] Beim Ausscheiden des Premierministers seien besonders die Umstände beachtenswert. Der Premierminister habe mehr Ämter niedergelegt, als er eigentlich sollte. Nach dem Motto alles oder nichts. Die beiden ausgeschiedenen Politiker hielten sich möglicherweise für andere Funktionen bereit. Gorbatschow hätte Štrougal wohl gerne als Generalsekretär gesehen. Mit der jetzigen Entscheidung sei er sicherlich nicht einverstanden. Nach Äußerungen Štrougals in der letzten Zeit habe er, Genscher, den Eindruck, daß Štrougal eine Entwicklung wollte, die ihm ein Ausscheiden im Gegensatz zur Regierung ermöglicht.

AM Dumas ergänzte zu diesem Punkt, er habe bei seinem Besuch in der ČSSR[65] Štrougal sehr „befreit“ gefunden. Štrougal habe Dinge sehr offen angesprochen, so als habe er nichts zu verlieren. So habe er sich sehr kritisch über den Prager Frühling ausgelassen und gesagt, daß die Leute damals nichts begriffen hätten und damit der ČSSR eine Verspätung von 20 Jahren eingebrockt hätten.

Zum Abschluß der Plenarsitzung sprach AM Dumas das Thema europäische kommunale Einheit Straßburg–Kehl an. Französische und deutsche Parlamentarier hätten an Präsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl geschrieben, um diese mit der Idee vertraut zu machen, um Straßburg und Kehl herum eine europäische kommunale Einheit zu bilden. Er hielt diesen Vorschlag nicht für unrealisierbar und messe ihm einen großen Symbolwert zu.

Auch BM hielt dies für eine interessante und zündende Idee. Auch wenn er wegen der Rechte der Länder und Kommunen als Außenminister mit Äußerungen zu dieser Frage vorsichtig sein müsse, so wolle er doch feststellen, daß er die Idee gut fände, und niemand werde ihn daran hindern können, dies auch zu sagen.

Beide Minister erwogen die Möglichkeit, dieses Thema mit MP Späth beim bevorstehenden deutsch-französischen Gipfel[66] zu besprechen.

3) Während des gemeinsamen Mittagessens wurden Fragen der bilateralen Wirtschafts- und Kulturbeziehungen besprochen.

a) Wirtschaftsbeziehungen

AM Dumas wies in bemerkenswert deutlicher Sprache auf das schlechte Klima der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen hin, das seinen Grund in dem großen

Fortsetzung Fußnote von Seite 1617
einem Imbiß wurde BM wieder mit mil[itärischen] Ehren verabschiedet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3770; Referat 213, Bd. 143538.

62 Der amerikanische Verteidigungsminister Carlucci hielt sich vom 1. bis 4. August 1988 in der UdSSR auf.

63 26. Oktober 1988.

64 Zum Führungswechsel in der ČSSR vgl. Dok. 290, Anm. 12.

65 Der französische Außenminister Dumas hielt sich vom 15. bis 17. September 1988 in der ČSSR auf.

66 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 3./4. November 1988 vgl. Dok. 313.

Ungleichgewicht der Handelsbilanz zu Lasten Frankreichs habe. Die politischen Beziehungen seien exzellent, die Wirtschaftsbeziehungen hingegen nicht. Die Bundesregierung produziere am laufenden Band neue Reglementierungen im Bereich Sicherheit, Umweltschutz, Gesundheit etc. Frau Cresson habe zu diesem Bereich eine ganze Liste parat, z. B. spezielle Etiketten für in Deutschland zuzulassende Sturzhelme. Frankreich könne trotz des Urteils des Europäischen Gerichtshofes[67] sein Bier in Deutschland nicht verkaufen. Wenn man Frankreich dann wenigstens den Verkauf von Mineralwasser ermöglichen würde. Auch dies werde zunehmend schwieriger wegen der Verpackung in Plastikflaschen. Da wo die Bundesregierung eingreifen könne, um diesem Übermaß an behindernden Regelungen Einhalt zu gebieten, sei nicht viel zu spüren. Im übrigen höre er, daß sogar das Abkommen über den Hochgeschwindigkeitszug in Gefahr sei.[68]

BM unterstrich, daß er sehr wohl die politische Dimension dieser Frage sehe. Auch er stelle sich die Frage nach eventuellen Lösungsmöglichkeiten. Er könne sich vorstellen, daß bei Gemeinschaftsvorhaben die Regierungen helfend eingreifen könnten. Was die nationalen Regeln und Normen angehe, so werde der Binnenmarkt in vielen Fällen Lösungen bringen. Die Kooperationsfreudigkeit der deutschen und der französischen Industrie könne sicherlich noch weiter vertieft werden, auch wenn es sicher noch eine Reihe von Hindernissen gebe, nicht nur die sprachliche Barriere. Wichtig sei ihm, daß die gemeinsamen Vorhaben nicht in Gefahr gerieten. Er habe es sehr bedauert, daß es z. B. keinen gemeinsamen europäischen Jäger gebe.[69]

Botschafter Pfeffer wies darauf hin, daß in Frankreich im Hinblick auf das Jahr 1992 eine Menge geschehe. Diese Entwicklung ziehe auch Kapital aus Deutschland an. Wir könnten unsere Dynamik kaum bremsen, aber dazu beitragen, die französische Wirtschaftsdynamik zu heben. So sei in Épinal z. B. ein Werk mit deutschem Kapital für Autoersatzteile errichtet worden, das zu 90 Prozent in die USA und nach Japan exportiere. Wenn die Entwicklung in diese Rich-

67 Mit Schreiben vom 25. August 1983 leitete die EG-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik wegen der dort geltenden Bestimmungen zur Herstellung und zum Vertrieb von Bier ein. Vgl. dazu Referat 410, Bd. 130239.
Am 12. März 1987 urteilte der Europäische Gerichtshof, die Bundesrepublik habe „dadurch gegen ihre Verpflichtungen aus Artikel 30 EWG-Vertrag verstoßen, daß sie das Inverkehrbringen von in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig hergestelltem und in den Verkehr gebrachtem Bier untersagt hat, wenn dieses Bier nicht den §§ 9 und 10 des Biersteuergesetzes entspricht“. Für das Urteil vgl. https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A61984CJ0178.

68 Vortragender Legationsrat I. Klasse Garbers notierte am 26. Oktober 1988 über das Projekt einer Schnellbahnverbindung Paris–London–Brüssel–Köln/Amsterdam, daß das Bundesministerium für Verkehr nach einem Treffen von Vertretern der beteiligten Verkehrsministerien am 20. Oktober 1988 weiteren Gesprächsbedarf angemeldet habe: „Hintergrund dieser Schwierigkeiten ist, daß es im BMV bisher offenbar keine einheitliche Haltung zum Projekt der Schnellbahnverbindung gibt. Wie auch der in Frankfurt vorgelegte Bericht zeigt, wäre der Streckenabschnitt von Brüssel bis zur deutschen Grenze im hohen Maße defizitär (wegen der dichten Besiedlung ist der Bau der neuen Strecke sehr teuer, andererseits werden nur geringe Passagierzahlen erwartet). Deshalb ist nicht zu erwarten, daß die belgische Staatsbahn diesen Abschnitt allein finanziert. Die Befürchtungen beim BMV und bei der Deutschen Bundesbahn, bei einem klaren Votum für die Schnellbahnverbindung anschließend zur Kasse gebeten zu werden, haben bisher einen Kabinettsbeschluß und eine Regierungsvereinbarung zur Verwirklichung des Projekts verhindert.“ Frankreich sei inzwischen „so sehr über die deutsche Haltung enttäuscht, daß es sich aus dem Projekt zurückziehen wolle (was die Strecke Brüssel–Köln betrifft)“. Vgl. Referat 423, Bd. 176665.

69 Zum Bau eines europäischen Kampfflugzeugs („Jäger 90“) vgl. Dok. 210, Anm. 5

tung weitergehe, werde Frankreich bald aus dem Außenhandel-Defizit herauskommen können.

D4 ergänzte, daß uns das Problem seit Jahren beschäftige, ohne daß man bisher wirklich handfeste Lösungen gefunden habe. Er halte den Ansatz über EUREKA für vielversprechend. Ein Beispiel für eine erfolgreiche Zusammenarbeit könnte das Fernsehen der zweiten Generation werden. Hier stelle sich eine riesige Aufgabe: 600 Mio. neue Fernsehapparate [70]würden bis Mitte der 90er Jahre gebraucht werden. Hier böte sich eine deutsch-französisch-holländische Zusammenarbeit an.[71] Vor zwei Jahren habe er an einer Sitzung in der deutschen Botschaft in Paris teilgenommen, die deutsche und französische Unternehmer zusammengebracht habe. Von dieser Sitzung habe er einen guten Eindruck mitgenommen, aber letztlich habe es wenig konkrete Ergebnisse gegeben. Auch habe es vor einiger Zeit ein Treffen beider Patronate gegeben, bei dem auch BM gesprochen habe.[72] So etwas könne man sicher auf französischer Seite wiederholen.

BM sprach die Hoffnung aus, daß der Wirtschafts- und Finanzrat[73] eine stärkere öffentliche Wirkung haben werde. Man müsse sich die Frage stellen, wie man das Interesse an französischen Exporten erhöhen könne.

Botschafter Boidevaix stellte fest, daß die französischen Exporte[74] schneller gewachsen seien als im Rest der Welt, das Defizit vielmehr auf den Dollarverfall zurückzuführen sei. Als deutsche Firmen im Dollarraum Probleme bekommen hätten, hätten sie sich auf Europa konzentriert. Außer in Frankreich sei deshalb auch in Spanien das Außenhandelsdefizit gegenüber der Bundesrepublik gewachsen. Ein großes Problem sei, daß die französischen Strukturen zu schwach seien, die deutsch-französische Handelskammer nicht sehr effektiv arbeite und

70 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2710 übermittelten fünften Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

71 Vortragender Legationsrat Grewlich legte am 15. März 1988 zur Entwicklung des Hochauflösenden Fernsehens (HDTV) dar: „Um die wesentlich höhere Bildauflösung zu erreichen, müßten die Fernsehapparate der Zukunft in der Lage sein, nicht nur 625 Zeilen wie heute, sondern 1125 bzw. 1250 Zeilen darzustellen. Frühestens in der zweiten Hälfte der 90er Jahre wird die Industrie in der Lage sein, derartige Großbildgeräte – zu einem tragbaren Preis – in Großserie herzustellen. Dann müßten weltweit 600 Mio. Fernsehgeräte des gegenwärtigen Standards – oder jedenfalls ein beträchtlicher Teil davon – ersetzt werden. […] Die Japaner, mit der Sony Corporation als Führer eines Konsortiums aus mehreren japanischen Weltunternehmen und der öffentlich-rechtlichen Fernsehgesellschaft NHK, verfügen über ein demonstrierbares HDTV-System, das in Japan ab 1990 schrittweise eingeführt werden soll (unter der Bezeichnung ‚Hi-Vision'). […] Gemäß dem Grundsatz ‚Wer die Norm hat, hat den Markt' versucht Japan, seinen Standard weltweit durchzusetzen." Auch die amerikanische Programmindustrie favorisiere den japanischen Standard: „Den Europäern ist es gelungen, diese gemeinsame japanisch-amerikanische Anstrengung Anfang 1986 in der Internationalen Fernmeldeunion abzuwehren. Damit sei eine Atempause erreicht worden, da die Internationale Fernmeldeunion über den endgültigen Standard erst 1990 entscheiden werde." Vgl. die Anlage zur Aufzeichnung von Grewlich vom 17. März 1988; Referat 203 (202), Bd. 151120.

72 Am 31. März 1988 fand in Köln auf Einladung des Bundesverbands der Deutschen Industrie ein Treffen mit Vertretern des Conseil national du patronat français zur Schaffung des europäischen Binnenmarktes 1992 statt. Es sprachen Bundesminister Genscher sowie Vertreter der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der Association française des banques, des Verbands der französischen Chemieindustrie sowie des Bundesministeriums für Wirtschaft. Vgl. dazu den Artikel „Périgot aux patrons allemands: ‚Une Europe ouverte, pas offerte'"; LE FIGARO vom 2./3. April 1988, S. 16.

73 Zur Schaffung eines deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrats am 22. Januar 1988 vgl. Dok. 32.

74 An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat Jess handschriftlich eingefügt: „in die Bundesrepublik Deutschland".

ganz allgemein die deutschen kleinen und mittleren Unternehmer den französischen Markt viel besser kennen würden, als dies bei den französischen Unternehmern hinsichtlich des deutschen Marktes der Fall sei. In der sich hieran anschließenden Diskussion wurde auf die unterschiedlichen Strukturen der Arbeitgeberorganisationen in beiden Ländern hingewiesen und die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten, zu einer Zusammenarbeit zu kommen, aufgezeigt.

AM Dumas warf in diesem Zusammenhang die Frage auf, ob nicht ein Wirtschaftsgipfel einen Beitrag zur Lösung des Problems bilden könnte.

b) Kulturbeziehungen

AM Dumas wies darauf hin, daß Frankreich mit der Besetzung des Kulturrates in Verzug sei, und kündigte eine baldige Entscheidung an. Das erste Treffen sollte schnell einberufen werden.[75]

Das Projekt EUREKA Audiovisuell[76] gehe in Frankreich gut voran. Für dieses gemeinsame Projekt habe Frankreich seinen Vertreter[77] benannt. Dieser solle seinen deutschen Kollegen so bald wie möglich kennenlernen. D2 wies darauf hin, daß für die deutsche Seite Herr Witte zuständig sein werde.

Auf den Hinweis AM Dumas, daß der französische Koordinator ihn auf das Projekt eines Umweltrates angesprochen habe, antwortete BM, daß auf diesem Gebiet eine engere Zusammenarbeit gut wäre, damit man frühzeitig Probleme identifizieren könne und zu einer gemeinsamen Linie fände. Es werde nicht einfach sein, hier eine gemeinsame Linie zu finden. Präsident Mitterrand habe ihn nach den Gründen[78] gefragt, und er habe darauf geantwortet, daß es sich dabei um das Faustische im deutschen Wesen handele.

D4 ergänzte zu diesem Punkt, daß man diese interessante Idee zunächst einmal schrittweise angehen und nicht gleich die Form eines Rates wählen solle. Eine leichte Struktur, z.B. ein Forum, das regierungsnah angesiedelt sei, würde für einen ersten Annäherungsprozeß günstiger sein.

Bei einem scherzhaften Wortwechsel in diesem Zusammenhang bot BM an, eine gemischte Grüne Brigade zu entsenden. AM Dumas nahm diesen Ausdruck zum Anlaß, auf die Verselbständigung prägender Begriffe hinzuweisen. Dies

75 In der Gemeinsamen Erklärung vom 28. Oktober 1986 über kulturelle Zusammenarbeit kamen die Bundesrepublik und Frankreich überein, einen Rat aus Persönlichkeiten des Kulturlebens beider Länder zu bilden mit der Aufgabe, „Informationen zu koordinieren und Aktivitäten anzuregen". Vgl. BULLETIN 1986, S. 1108. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 315.
Durch Notenwechsel vom 22. Januar 1988 schlossen die Bundesrepublik und Frankreich eine Vereinbarung über den Deutsch-französischen Kulturrat. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 231.
Die erste Plenarsitzung des Deutsch-französischen Kulturrats fand am 20. Dezember 1988 in Paris statt.

76 Vortragender Legationsrat Grewlich notierte am 28. Juli 1988, Präsident Mitterrand habe anläßlich der Eröffnung einer „Messe für Technologie und Energie der Zukunft" am 29. September 1987 in Toulouse ein audiovisuelles EUREKA angeregt: „Je serais amené à proposer à nos partenaires européens un programme EUREKA d'audiovisuel que permettrait une coopération européenne et la création de programme en commun. C'est une question de civilisation. C'est une nécessité pour l'Europe en quête d'une nouvelle économie de la culture." Die EG-Kommission habe den Vorschlag am 30. September 1987 ausdrücklich begrüßt. Vgl. Referat 203 (202), Bd. 151118.

77 Bernard Miyet.

78 An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat Jess handschriftlich eingefügt: „unseres umweltpolitischen Engagements".

sei z. B. ganz deutlich spürbar bei Gorbatschows Begriff vom gemeinsamen europäischen Haus.

BM wies darauf hin, daß wir von diesem Haus nicht zu sprechen brauchten, wenn wir unsere Idee der europäischen Friedensordnung[79] besser unter die Leute gebracht hätten. Er sei oft verzweifelt darüber, wie schwierig es sei, unsere guten Ideen zu westlichem Gemeingut zu machen.

BM wies darauf hin, daß der noch nicht ratifizierte Finanz- und Wirtschaftsrat inzwischen dreimal getagt habe, und fragte, was bei diesen Tagungen besprochen worden sei.

D 4 wies darauf hin, daß das Auswärtige Amt in diesem Rat nicht vertreten sei und wir deshalb nur bruchstückhafte Informationen besäßen. Beim letzten Treffen habe die Steuerharmonisierung im Vordergrund gestanden. Dabei sei es insbesondere um die indirekten Steuern[80] gegangen, da man in der EG wegen des Widerstandes von Großbritannien kaum über direkte Steuern[81] sprechen könne, zentrales Thema sei die TVA[82]. In Frankreich bestünde das Problem darin, daß die Staatseinnahmen in sehr starkem Maße von indirekten Steuern abhängig seien, während bei uns das Gewicht mehr auf direkte Steuern gelegt werde. Hier sei eine Harmonisierung erforderlich, und es sei nur zu verständlich, daß Frankreich hierfür Zeit brauche. Die Kommission sei gebeten worden, diese Harmonisierung mit neuen Vorschlägen zu fördern.

AM Dumas erläuterte, daß diese Steuerfragen in Frankreich ein politisches Problem darstellten. So könne Frankreich nicht den Kapitalverkehr liberalisieren, wenn in Großbritannien die Kapitalsteuer 0 Prozent betrage und in Frankreich 25 Prozent. Dies würde nur zu unerwünschten Kapitalabflüssen führen. Letztlich würden nur noch diejenigen Steuern zahlen, die feste Gehälter bezögen. Bei der Mehrwertsteuer seien Angleichungen möglich. Man könne aber nicht auf allen Steuergebieten gleichzeitig Veränderungen vornehmen, da dies zu erheblichen Einnahmeausfällen des französischen Staates führen würde.

BM stimmte zu, daß alle diese Fragen auch für die bilateralen Beziehungen außerordentlich wichtig seien, und schlug vor, diese Themen bei dem nächsten Treffen erneut aufzunehmen.

AM Dumas fügte hinzu, daß man bei dem nächsten Treffen auch über die Vorbereitung für die französische Präsidentschaft[83] reden müsse.

[gez.] Rouget

Referat 203, Bd. 151088

79 An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat Jess handschriftlich eingefügt: „die schon 1967 im Harmel-Bericht niedergelegt sei".

80 Zur Frage der Harmonisierung indirekter Steuern innerhalb der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 290.

81 Zur Frage der Harmonisierung direkter Steuern innerhalb der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 145.

82 Taxe à valeur ajoutée.

83 Frankreich hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1989 inne.

307

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem nicaraguanischen Vizepräsidenten Ramírez

331-321.36 Nik **27. Oktober 1988**[1]

Von BM noch nicht genehmigt

Vizepräsident von Nicaragua – Gespräch mit BM am 27.10.1988 – 14.30 h[2]

1) Vizepräsident Sergio Ramírez war begleitet von Botschafter Hernán Estrada, Vizeminister Blandón und dem Gouverneur von Bluefields, Lumberto Campbell.

Deutsche Teilnehmer: D 3[3], RL 331[4], 010 (VLR Schumacher), Stv. RL 013[5], Dolmetscherin LR I Lehnhardt.

2) VP *Ramírez* berichtete über die Schäden nach dem Wirbelsturm und dankte für die schnelle deutsche Hilfe.[6] Im Mittelpunkt des Gesprächs standen der Friedensprozeß in Zentralamerika und die politische Entwicklung in Nicaragua. *BM* appellierte an die NIC Regierung, die Verhafteten von Nandaime freizulassen, und konkretisierte diesen Appell insbesondere in bezug auf den christdemokratischen Parteivorsitzenden und den Gewerkschaftsführer, die sich beide auch in Haft befinden.[7] BM erklärte, er beabsichtige, an der nächsten San-José-Konferenz in Honduras (Febr. 1989) teilzunehmen.[8] Im Blick darauf sprach VP

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Jagow gefertigt.

2 Der nicaraguanische Vizepräsident Ramírez hielt sich vom 22. bis 29. Oktober 1988 in der Bundesrepublik auf. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Jagow informierte am 28. Oktober 1988: „Anlaß der Reise war eine Einladung der Akademie der Künste in Berlin zur Teilnahme am ‚Internationalen Kongreß für internationale Zusammenarbeit 1988 – Mittelamerika/Karibik'. R[amírez] ist auch als Schriftsteller hervorgetreten und hatte sich von 1973 bis 75 als DAAD-Stipendiat in Berlin aufgehalten. Im Anschluß daran nahm er offizielle Termine in Bonn wahr (26./27. Oktober). Der Aufenthalt wurde beendet mit einem Besuch in Hamburg auf offizielle Einladung des Senats (27. bis 29. Oktober)." Vgl. den Runderlaß; Referat 331, Bd. 143945.

3 Reinhard Schlagintweit.

4 Peter von Jagow.

5 Reinhard Bettzuege.

6 Botschafter Rusnak, Managua, berichtete am 23. Oktober 1988, daß der Hurrikane „Joan" am Vortag „bei seinem Weg über das Territorium Nicaraguas eine Spur der Verwüstung hinterlassen" habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 373; Referat 331, Bd. 143941.
Am 24. Oktober 1988 gab das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit bekannt, daß die Bundesregierung eine Soforthilfe in Höhe von 3 Mio. DM aus Mitteln der Technischen Zusammenarbeit gewähre. Vgl. die Pressemitteilung; Referat 331, Bd. 143941.
Am selben Tag informierte das Auswärtigen Amt, daß Bundesminister Genscher eine Soforthilfe in Höhe von 250 000 DM „zur Linderung der Not der von dem Wirbelsturm ‚Joan' betroffenen Bevölkerung in Nicaragua" bereitstellen lasse. Vgl. die Pressemitteilung; Referat 331, Bd. 143941.

7 Legationsrat I. Klasse Salber, Managua, teilte am 11. Juli 1988 mit: „Am vergangenen Wochenende hat eine von der ‚Coordinatora Democratica' initiierte Kundgebung in Nandaime (ca. 100 km außerhalb von Managua) mit schweren Auseinandersetzungen und Tumulten zwischen den von der sandinistischen Regierung als rechtsgerichtet betrachteten Veranstaltern und der Polizei geendet. Es wurden 42 Personen festgenommen, darunter Carlos Huembes […] und Agustín Jarquín (P[artido]S[ocial] C[ristiano]); zehn Polizeibeamte erlitten Verletzungen." Die nicaraguanische Regierung beschuldige die amerikanische Botschaft in Managua, die Kundgebung unterstützt zu haben, und habe elf amerikanische Diplomaten ausgewiesen: „In diesem Kontext erfolgte heute (11.7.8) die Schließung von ‚Radio Catolica', das den Sandinisten schon lange ein Dorn im Auge gewesen war". Vgl. den Drahtbericht Nr. 264; Referat 331, Bd. 143942.

8 Die fünfte Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe fand am 27./28. Februar 1989 in

Ramírez erneut eine Einladung an BM zu einem baldigen Besuch in NIC aus. Das Gespräch dauerte 50 Minuten und wurde in verbindlicher und sachlicher Atmosphäre geführt.

Im einzelnen

3) Auf Frage von BM sagte Vizepräsident Ramírez (R.), er werde anschließend nach Norwegen reisen. *BM* trug ihm einen Gruß an AM Stoltenberg auf.

BM dankte für die vom NIC AM und vom Botschafter ausgesprochene Anteilnahme am Tode seiner Mutter.[9]

BM bekundete eingangs das rege Interesse der Bundesregierung an der Lage in Zentralamerika und an der Entwicklung in Nicaragua. Wir würden es sehr begrüßen, wenn der Friedensprozeß endlich die gewünschten Ergebnisse hätte. BM bat R. um seine Einschätzung der Lage in ZA und in NIC.

Ramírez dankte für die Gelegenheit zu diesem Gespräch, die er, so kurz nach der Moskau-Reise, als eine besondere Geste zu schätzen wisse. *BM* warf ein, er sei bereits schon wieder auf dem Sprung nach China.[10]

Ramírez dankte für die schnelle Hilfe der Bundesregierung nach der Sturmkatastrophe. *BM* bat, das Mitgefühl der Bundesregierung auch den Betroffenen auszusprechen.

Ramírez gab anhand von Fotos einen Überblick über die Lage nach der Katastrophe. 300 000 Menschen seien obdachlos, 70 000 Wohnungen zerstört. Ganze Städte und Ortschaften seien dem Erdboden gleichgemacht. Schwer sei insbesondere die Fischerei an der Atlantikküste betroffen, die Kaffee- und Bananenernte sei weitgehend vernichtet. Die Versorgung mit Strom und Trinkwasser unterbrochen. Zwei Drittel des nic. Territoriums seien betroffen. Dieses alles erschwere die nach acht Jahren Krieg ohnehin vorhandenen Probleme.

R. bezeichnete die Entwicklung des ZA-Friedensprozesses als insgesamt positiv. Trotz mancher Mängel sei viel erreicht worden. Wichtig sei, darin einen offenen Prozeß zu sehen, der freilich noch mehr Resultate bringen müsse. Diesem Ziel werde der für Dezember vorgesehene nächste ZA-Gipfel dienen.[11]

R. wies auf den großen Einfluß der Politik der USA auf ZA hin. Er erwarte, daß sich die Lage nach den US-Wahlen vom 8. November[12] klären werde. Er hoffe auf einen neuen Anlauf zu einem direkten Dialog mit USA. Dieses würde helfen, den ZA-Friedensprozeß zu stabilisieren. Dieses sei unabhängig davon, ob der demokratische oder der republikanische Kandidat[13] gewinne. Er erwarte allerdings eine republikanische Administration.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1623

San Pedro Sula statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 53 des Ministerialdirigenten Trumpf und des Vortragenden Legationsrat I. Klasse Henze, beide z. Z. Tegucigalpa, vom 1. März 1989; AAPD 1989.

9 Hilda Genscher verstarb am 13. Oktober 1988.

10 Bundesminister Genscher hielt sich vom 29. Oktober bis 3. November 1988 in der Volksrepublik China auf.

11 Das Gipfeltreffen zentralamerikanischer Präsidenten fand am 13./14. Februar 1989 in Costa del Sol (El Salvador) statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 232–234.

12 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

13 Michael S. Dukakis bzw. George H. W. Bush.

R. unterstrich die Bedeutung der Überwachung für die Fortentwicklung des Friedensprozesses.[14] Damit die Überwachung ihren Zweck erfülle, müsse sie von Drittländern durchgeführt werden. Auf wesentliche Elemente dieses Konzepts habe man sich unter den fünf Präsidenten schon geeinigt, aber es sei freilich bisher nichts in die Tat umgesetzt worden.

BM äußerte sich besorgt über die Lage in ZA. Europäischerseits habe man insbesondere nach dem Treffen in Hamburg[15] mehr erwartet. Die Wahlen in USA seien sicher wichtig, aber wesentliche Verantwortung liege bei den Zentralamerikanern selber. Wir haben Präsident Arias von Anfang an unterstützt, und er sei unverändert der Meinung, daß Esquipulas II[16] der richtige Weg für eine Friedenslösung ist. BM fügte hinzu, die Naturkatastrophe zeige, daß es in der Region ganz andere Probleme zu lösen gelte, als die Streitfragen, die einer Friedenslösung immer noch entgegenstehen. Deshalb haben wir uns bilateral wie als Partner in der EG stets dafür eingesetzt, zur wirtschaftlichen Entwicklung und sozialen Stabilisierung beizutragen. Diese Bemühungen werden aber alle zunichte gemacht, wenn nicht auch politische Stabilität eintrete.

Die Lage in NIC selbst sehen wir mit größter Besorgnis, und er empfinde die Entwicklung auch persönlich als sehr enttäuschend. Er habe sich immer wieder dafür eingesetzt, die Probleme in NIC realistisch einzuschätzen. Die Hoffnung auf den zugesagten Pluralismus in den ersten Jahren nach der Revolution sei enttäuscht worden. Die Öffentlichkeit habe, und dieses zu Recht, mit großer Sorge und Unverständnis die Verhaftung von 38 Mitgliedern der demokratischen Opposition zur Kenntnis genommen, darunter der Vorsitzende der Christdemokraten und ein Gewerkschaftsführer. Dieses seien entmutigende Zeichen. Er bitte, daß diese Leute unverzüglich auf freien Fuß gesetzt werden und daß die Opposition ihre Tätigkeit demokratisch ausüben könne. BM fügte hinzu, er sage dieses auch im Interesse von Nicaragua selbst, im Interesse seiner internationalen Akzeptanz und im Interesse unserer Möglichkeiten, in ZA zu helfen.

Als weitere Punkte nannte BM, seine eigenen politischen Freunde, die Liberalen und Mitglieder der Liberalen Internationalen, werden in ihrer Tätigkeit behindert. Außerdem bereite man dem Kardinal[17] und der Kirche wieder Schwierigkeiten.[18] Dieses seien keine guten Zeichen. BM schloß daran einen nachdrück-

14 Zur Überwachung des Friedensprozesses in Zentralamerika vgl. Dok. 131, Anm. 10.

15 Zum Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und der EG-Kommission mit den Außenministern der „Rio-Gruppe“ am 1. März 1988 in Hamburg vgl. Dok. 73.

16 Zu dem am 7. August 1987 von den Präsidenten Arias (Costa Rica), Azcona (Honduras), Cerezo (Guatemala), Duarte (El Salvador) und Ortega (Nicaragua) in Guatemala-Stadt unterzeichneten Abkommen („Esquipulas II“) vgl. Dok. 53, Anm. 37.

17 Miguel Obando Bravo.

18 Botschafter Rusnak, Managua, teilte am 13. Oktober 1988 mit: „Seit einigen Tagen läuft in den Medien eine massive Diffamierungskampagne gegen die Kirche und den Kardinal persönlich. Aufhänger ist das am 5. Oktober 1988 erlassene Verbot, Hilfe in jedweder Form aus dem Ausland anzunehmen, sofern diese aus Mitteln finanziert ist, die durch offizielle US-Gremien gewährt wurde. Die nic[araguanische] Kirche hatte schon vor Monaten mit Geldern der US-Hilfsorganisation AID in großzügiger Weise Fahrzeuge und technisches Gerät angeschafft zum Einsatz bei der in der Sapoá-Vereinbarung vorgesehenen Verifizierungskommission. Da es nach Auffassung der Regierung vorläufig in Ermangelung eines definitiven Waffenstillstandes nichts zu verifizieren gibt, nutzen regierungsnahe Zeitungen die nutzlos herumstehenden fabrikneuen Fahrzeuge als Vehikel, den Kardinal der Verschwendung unter Zuhilfenahme von US-Geldern zu bezichtigen. Die Kampagne ist recht

lichen Appell zur inneren Versöhnung, zur Herstellung von Pressefreiheit und zur Freilassung der Oppositionsführer.

Ramírez antwortete zunächst mit einem Rückblick auf die Entwicklung unmittelbar nach Esquipulas II. NIC habe dieses Abkommen schnell umgesetzt und eine Reihe von wichtigen Schritten unternommen: Freilassung von etwa 100 Gefangenen, die sich gegen die Staatssicherheit vergangen hätten, Aufhebung des Ausnahmezustandes, Wiedereinsetzung der ordentlichen Gerichte, die dem Obergericht in Managua unterstehen, Wiederherstellung der Pressefreiheit, freie Betätigung der politischen Parteien. Die Regierung habe mit den Konterrevolutionären verhandelt und habe sogar ein Abkommen geschlossen.[19] Dieses sei zwar nicht in die Tat umgesetzt worden, aber dafür seien nicht die Sandinisten verantwortlich. Alle diese Anstrengungen müsse man berücksichtigen. Er befürchte, daß man diesen nic. Bemühungen nicht genügend gerecht werde.

Hinsichtlich der Freiheitsrechte erklärte er: Er könne garantieren, es gebe keine Einschränkung der Pressefreiheit, insbesondere keine Vorzensur. Es gebe immerhin 18 Parteien, die tätig sein könnten. Zu den Vorfällen in Nandaime behauptete er, es habe sich um Vergehen gegen die öffentliche Ordnung gehandelt. Die Verhafteten hätten Eigentum zerstört, Fahrzeuge verbrannt und seien gegen die Polizei gewalttätig geworden. Die Fälle seien vor den ordentlichen Gerichten. Erst müsse der Richter entscheiden. Vorher könne der Präsident[20] gar nichts tun. Eine Entscheidung des Gerichts erwarte man etwa im Dezember. Erst dann habe der Präsident politische Optionen. Man werde dann sehen, welche politische Lösung man finde. Die Regierung sei nicht daran interessiert, die Verhafteten länger im Gefängnis zu halten. Sobald das Gesetz die Möglichkeit eröffne, werde man etwas tun.

BM erwiderte, wenn man die Verhafteten nicht kennte, könnte man jetzt glauben, es handele sich um Gewalttäter und Raufbolde. Davon könne aber gar keine Rede sein. Im übrigen wisse er, daß seine liberalen Freunde sich nicht entfalten können. Er bitte, seinen Appell an den Präsidenten weiterzugeben. Er sage dies aus humanitären und im Interesse des Friedensprozesses aus politischen Gründen. Er sage dieses als jemand, der auch in schwierigen Lagen Verständnis für NIC gezeigt habe, auch dann, wenn er keineswegs mit NIC einverstanden sein konnte. Es gehe uns hier um besonders wichtige Werte der Demokratie, der Versöhnung, der Pressefreiheit und der Religionsfreiheit. Er gebe deshalb seinem

Fortsetzung Fußnote von Seite 1625
vordergründig und wird angesichts der Autorität des Kardinals keine nachhaltige Wirkung haben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 368; Referat 331, Bd. 143942.

19 Referat 331 vermerkte am 19. Oktober 1988 zu den Bemühungen um eine Beendigung des Bürgerkriegs in Nicaragua: „Nach indirekten Gesprächen im Ausland erklärten die Sandinisten sich zu hochrangigen Gesprächen auf nicaraguanischem Territorium ohne Vermittler bereit. An der Grenze zu Costa Rica, in Sapoá, einigten sich vom 21. bis 23.3.1988 Regierung und Widerstand auf einen begrenzten Waffenstillstand (60 Tage ab 1.4.). Die Überwachung der Einhaltung des Abkommen sollte eine Kommission übernehmen, die von Kardinal Obando und dem Generalsekretär der OAS eingesetzt wird. Nach vier hochrangigen Gesprächsrunden (15./18.4.; 28./30.4.; 25./28.5.; 7./9.6.) ohne Durchbruch steht das Sapoá-Abkommen insgesamt in Frage. Offen blieb vor allem die Reihenfolge von Waffenübergabe des Widerstandes und politischen Reformen in NIC. Der vereinbarte Waffenstillstand ist ausgelaufen. Beide Seiten haben einseitig erklärt, die Waffenruhe weiter beachten zu wollen. Nach langer Pause haben sich Vertreter von Regierung und Widerstand am 19. September in Guatemala-Stadt getroffen, ohne eine Einigung zu erreichen." Vgl. Referat 331, Bd. 143945.

20 Daniel Ortega Saavedra.

Appell besonderen Nachdruck. Er erinnere auch daran, daß es unter seinem Vorsitz gewesen sei, daß wir seinerzeit uns dem Embargo nicht angeschlossen haben.[21] Er rede also nicht aus Unverständnis über die Lage in NIC, finde aber kein Verständnis für die genannten Maßnahmen.

Ramírez äußerte sich anerkennend über das von BM erfahrene Verständnis. NIC habe solches Verständnis nicht bei vielen europäischen Politikern gefunden. Er bitte, die besonders schwierige Lage in NIC zu berücksichtigen. Er behaupte nicht, daß die Demokratie ohne Mängel bereits funktioniere. Auch anderswo sei das demokratische Ideal nicht verwirklicht. Es gebe immer noch den Kampf gegen alte militärische Strukturen.

Die Fälle von Nandaime wolle er nicht als Verbrecher oder Raufbolde einstufen. Aber in der speziellen Lage seien sie eben straffällig geworden. Man werde jetzt den Rechtsweg zu Ende gehen, und dann werde die Regierung eine politische Lösung suchen.

BM warf ein, die Verhafteten würden auch nicht weglaufen, wenn man sie vorher freiließe.

Ramírez erwiderte, es wäre gut, wenn man genau das tun könnte. Man wisse, daß man die politischen Kosten für diese Vorgänge tragen müsse. Aber dann würde sich die Regierung dem Vorwurf aussetzen, die Unabhängigkeit der Gerichte anzutasten.

R. räumte ein, daß er bei allen seinen deutschen Gesprächspartnern auf die von BM genannte Besorgnis gestoßen sei.

Zur Lage in der Umgebung bemerkte R.:

Das schwierigste Land werde im nächsten Jahr EI Salvador sein, wo die ARENA die Wahlen gewinnen und wo es deshalb eine starke Polarisierung geben werde.[22] Dieses sei in ganz ZA dann der delikateste Fall. In Guatemala habe es mindestens vier Umsturzversuche gegeben. Präsident Cerezo habe sich jeweils geschickt verhalten und sei gut aus der Sache herausgekommen. Man könne nur hoffen, daß er die Schwierigkeiten auch künftig überwinden könne. R. kam zurück auf den Einfluß der USA in ZA. Trotzdem müsse man den Friedensprozeß fortsetzen. Immerhin sei Esquipulas II trotz der bestehenden Differenzen zwischen den fünf Präsidenten möglich gewesen. Dieser Prozeß sollte weiterhin unterstützt werden. NIC werde an dem ZA-Gipfel in ELS teilnehmen. Man habe bereits über die Tagesordnung gesprochen. NIC unterstütze die Bemühungen von Präsident Cerezo, den Gipfel zustande zu bringen. Auf Zwischenfrage von BM erklärte Ramírez, er glaube, daß alle teilnehmen werden, obwohl er heute von HON Zweifel gehört habe.

21 Am 1. Mai 1985 verhängte Präsident Reagan Sanktionen über Nicaragua, die unter anderem ein vollständiges Handelsembargo beinhalteten. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 547–550.
Beim Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 in Bonn äußerten sich die Außenminister Andreotti (Italien), Dumas (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik) und Howe (Großbritannien) ablehnend zur Frage einer Teilnahme an dem Embargo. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 112.
Vgl. dazu auch die Ergebnisse der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 11./12. November 1985 in Luxemburg; Dok. 53, Anm. 36.

22 Die Präsidentschaftswahlen in El Salvador fanden am 19. März 1989 statt.

BM betonte abschließend, die Bundesregierung wünsche gemeinsam mit ihren europäischen Partnern, daß der Friedensprozeß ein Erfolg werde und daß die innere Demokratie in NIC voranschreite. Er wiederhole die Bitte, die Verhafteten freizulassen.

BM bat, Präsident Ortega und seinen Kollegen AM d'Escoto zu grüßen.

Auf Frage von *Ramírez*, ob er an der San-José-V-Konferenz in Honduras im Februar teilnehmen werde, antwortete *BM* zustimmend. *Ramírez* lud BM ein, in diesem Zusammenhang auch nach Nicaragua zu kommen.

BM dankte für die Erneuerung der Einladung nach NIC. Ihr zu folgen würde ihm erleichtert, wenn seiner Bitte bald stattgegeben würde.

Referat 331, Bd. Bd. 143945

308

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron

VS-NfD **27. Oktober 1988**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Information und mit der Bitte um Prüfung des Vorschlages in I.6)

Betr.: Konzeptionelle Überlegungen zur Entwicklung kooperativer Sicherheitsstrukturen in Europa

Bezug: Gespräch bei Ihnen am 10.10.1988

I. Einleitung, zugleich Kurzfassung

1) Ziel dieser Vorlage ist es, Charakteristika und Zielsetzungen eines Systems kooperativer Sicherheit als Kern einer auch durch andere Kooperationsbereiche gestützten dauerhaften Ost-West-Stabilität näher zu bestimmen und mögliche Schritte auf dem Weg zu einer kooperativen Sicherheitsstruktur zu skizzieren. Für diese Zukunftsaufgabe bedarf es auch weiterführender Überlegungen über bisherige KRK-Vorschläge hinaus, die dazu beitragen könnten, Bedrohungspotentiale und Bedrohungsperzeptionen sukzessive abzubauen und eine schrittweise Entmilitarisierung des Ost-West-Verhältnisses anzustreben.

2) Der Hauptweg zu einer kooperativen, d.h. vereinbarten und nicht mehr auf der gegenseitigen Bedrohung beruhenden Sicherheitsstruktur in Europa sollte darin bestehen,

– durch drastische Potentialeinschnitte und Umstrukturierungen der Streitkräftedispositive von NATO und WP eine Defensivstärkung bis hin zur Defensivdominanz herbeizuführen

1 Die Aufzeichnung wurde von Referent Meier konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 27. Oktober 1988 vorgelegen.

3 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 1. November 1988 und erneut am 21. März 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 02 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Hat BM vorgelegen.".
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 21. März 1989 vorgelegen.

– sowie eine damit verknüpfte vertrauensbildende Struktur zwischen den Bündnissen zu schaffen.

Elemente einer künftigen kooperativen Sicherheitsstruktur sind mit den obligatorischen Vor-Ort-Inspektionen der KVAE-Vereinbarung[4] und dem umfassenden Verifikationsregime des INF-Vertrags bereits gegeben.

3) Ergänzende („stabilisierende") Maßnahmen sollen den beiderseitigen Lernprozeß bezüglich der legitimen Sicherheitsinteressen der anderen Seite stimulieren und dazu beitragen, Mißtrauen und Feindbilder abzubauen, Offenheit und Transparenz zu erhöhen, Kommunikation und permanenten Dialog gerade auch für den Krisenfall sicherzustellen.

Ein dichtes Netz vertrauens- und sicherheitsbildender Aktivitäten, gekoppelt mit verhandelten Strukturveränderungen der Militärpotentiale, würde ein höheres Maß an kalkulierbarer Sicherheit für den Verteidiger schaffen, als es ein militärisches Gleichgewicht allein, gekoppelt mit selektiven Abrüstungsvereinbarungen, jemals könnte. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Sicherheitsdialog zwischen NATO und WP zu einem gemeinsamen Verständnis über die Aufgaben der Streitkräfte auf beiden Seiten führen würde.

4) Mittel- und langfristig implementierbare Schritte auf dem Weg zu einer kooperativen Sicherheitsstruktur in Europa – vgl. hierzu ausführlich Abschnitt IV. – müssen sich an die in KRK angestrebten asymmetrischen Reduzierungen und den damit verfolgten Abbau der sowjetischen Offensivfähigkeit anschließen, insbesondere:

a) die gezielte Reduzierung offensivgeeigneter Streitkräftekomponenten wie z. B. hochpräsenter, kampfbereiter Panzer- und Artillerieeinheiten oder spezialisierter, kampfunterstützender Einheiten;

b) logistische Begrenzungen zur Beschneidung des strategischen Durchhaltevermögens;

c) weitere beschränkende Maßnahmen (z. B. Beschränkung von Truppen- und Panzerbewegungen über Landesgrenzen hinweg, Beschränkung des Material- und Personalumfangs bei Manövern etc.).

Soweit es sich hierbei um strukturverändernde bzw. einschränkende „stabilisierende" Maßnahmen handelt, dürften diese, da sie Streitkräftereduzierungen zum Zwecke des Abbaus von offensiven Elementen direkt ergänzen, vorrangig für die KRK-Verhandlungen geeignet sein.

5) Eine Vielzahl weiterer stabilisierender oder „transparenz- und kommunikationsfördernder" Maßnahmen ist denkbar, um Voraussetzungen und Umfeld für den Aufbau gegenseitigen Vertrauens und den Abbau offensiver Fähigkeiten zu schaffen. Zu diesen, eher für KVAE geeigneten Maßnahmen gehören z. B. die Kontrolle militärischer Bewegungen durch Beobachter, erweiterte Aufklärungsmöglichkeiten und eine Notifizierungspflicht für die Auffüllung gekaderter Einheiten. Hierzu gehört aber auch der Ausbau der bilateralen und multilateralen Kommunikation durch regelmäßige Begegnungen führender Militärs und regelmäßigen Austausch militärisch relevanter Informationen, z. B. durch die Etablie-

[4] Für den Wortlaut des „Dokuments der Stockholmer Konferenz" vom 19. September 1986 vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638.

rung eines gemeinsamen „Ost-West-Kommunikationszentrums für Vertrauens- und Sicherheitsbildung“ in einem neutralen Staat zur Übermittlung von Meldungen und Informationen zu vereinbarten stabilisierenden Maßnahmen.

In diesen Bereich gehören ferner Maßnahmen zum globalen Krisenmanagement wie die Schaffung eines multilateralen Informationsnetzes (hot wires) für den Krisenfall, die Entwicklung eines detaillierten Verhaltenskodexes zur Krisenbewältigung oder eine gemeinsame restriktive Rüstungsexportpolitik.

6) Es wird vorgeschlagen, daß BM aus Anlaß der Eröffnung der KRK-Verhandlungen[5] oder in einer Ansprache bei der Tagung des Instituts für Ost-West-Sicherheitsstudien in der SWP am 23.4.1989 Elemente einer künftigen kooperativen Sicherheitsstruktur darlegt.

II. Ein veränderter sicherheitspolitischer Kontext

1) Die sich wahrscheinlich weiter verändernden Rahmenbedingungen des Sicherheitsdialogs zwischen NATO und WP legitimieren weiterführende Überlegungen zur Entwicklung kooperativer Sicherheitsstrukturen zwischen Ost und West in Europa, die über das hinausgehen, was gegenwärtig innerhalb der NATO im Zusammenhang mit laufenden Verhandlungen diskutiert bzw. ausgearbeitet wird oder was realistischerweise von den KRK-Gesprächen der nächsten Jahre erwartet werden kann.

2) In Anbetracht des schwierigen innerwestlichen Abstimmungsprozesses, der erfahrungsgemäß Jahre in Anspruch nehmen dürfte, kann ein derartiger konzeptioneller Klärungsprozeß nicht früh genug erfolgen. Der erste Schritt muß darin bestehen, sich

a) zunächst über Zielsetzungen und Charakteristika einer kooperativen Sicherheitsstruktur in Europa klar zu werden (siehe III), um dann

b) mögliche Bausteine und Elemente zu entwickeln, die als Schritte auf dem Weg zu einem kooperativen Sicherheitssystem in den bündnisinternen und ost-westlichen Dialog eingebracht werden können (siehe IV).

III. Charakteristika und Zielsetzungen eines Systems kooperativer Sicherheit in Europa

1) Bedrohung als reale oder vermeintliche Gefährdung der Sicherheit eines Staates ist eine Resultante aus den Fähigkeiten des potentiellen Aggressors und der Perzeption dieser Fähigkeiten. Kernelement verantwortungsbewußter und zukunftsweisender Außen- und Sicherheitspolitik muß es sein, unter Wahrung der Sicherheit auf jeder Stufe des Sicherheitsdialogs Bedrohungspotentiale und Bedrohungsperzeptionen sukzessive abzubauen und eine Entmilitarisierung des Ost-West-Verhältnisses anzustreben.

Dieses langfristige Ziel kann nur erreicht werden im Zuge eines mehrstufigen, beiderseitigen Lernprozesses bezüglich der legitimen Sicherheitsinteressen der jeweils anderen Seite.

5 Die Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) wurden am 6. März 1989 eröffnet. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 378 des Botschafters Hartmann, Wien (VKSE-Delegation), vom 23. März 1989; AAPD 1989.
Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 7. März 1989 in Wien vgl. BULLETIN 1989, S. 217–220.

2) Es geht letztlich um eine qualitative Umstrukturierung der Streitkräftedispositive in Richtung einer Defensivdominanz, d.h. eines Zustands, in dem die Verteidigungsfähigkeit (beider Seiten) größer ist als die Angriffsfähigkeit des potentiellen Aggressors.

Dieses Fernziel erfordert den gezielten Abbau offensivgeeigneter Streitkräftekomponenten, erhebliche logistische Begrenzungen und eine Vielzahl stabilisierender Maßnahmen, die über die VSBM von Stockholm und auch über das im Moment in KVAE II verhandlungsfähig Erscheinende hinausgehen.

Die vertrauensbildende Struktur muß hierbei weit über den im engeren Sinne sicherheitspolitischen Dialog und die sicherheitspolitische Kooperation hinausgehen. Wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische und kulturelle Schritte auf dem Weg zu einer kooperativen Sicherheitsstruktur werden in diesem Papier nicht behandelt. Sie sind deshalb nicht von minderer Bedeutung.

3) Die Sicherheit der NATO-Staaten wird allerdings auch im Falle der fortgesetzten Implementierung kooperativer Sicherheitsstrukturen auf absehbare Zeit auf die militärische (wenn auch noch stärker defensiv orientierte) Verteidigungsfähigkeit mit konventionellen Streitkräften und auf die nukleare Abschreckung abgestützt bleiben.

IV. Mögliche Schritte auf dem Weg zu einem System kooperativer Sicherheit

Eine Vielzahl von kooperativen Regelungen unterschiedlichen Gewichts ist denkbar, um langfristig ein System kooperativer Sicherheit zu schaffen; die folgende Aufstellung bedeutet keine Rangfolge und ist sicherlich noch ergänzungsfähig.

Folgende Vorschläge für kooperative Regelungen könnten ins Auge gefaßt werden:

1) Reduzierung offensivgeeigneter Streitkräftekomponenten

– Nach Herstellung von Symmetrie in einer ersten KRK-Phase weitere Reduzierung der mit Kampfpanzern, Schützenpanzern und Artilleriegeschützen ausgerüsteten Truppenteile.

  Drastische Reduzierungen auf östlicher Seite, gekoppelt mit Strukturveränderungen und einem dichten Netz von VSBM, würden auch eine Verringerung des „operativen Minimums“ der NATO zur Aufrechterhaltung einer zusammenhängenden Vorneverteidigung ermöglichen.

– Reduzierung der vollen Präsenzstärke von Einheiten um einen bestimmten Prozentsatz.

– Die Fähigkeit zum „Angriff aus dem Stand“ und damit zum Überraschungsangriff würde durch diese Maßnahme weiter eingeschränkt werden.

– Rückverlegung und Abbau der für Offensivoperationen besonders geeigneten Waffensysteme (Kampfpanzer, Artillerie, Flugkörper etc.) und

– Verteilung des kampfentscheidenden Großgeräts auf präsente und Reserveeinheiten bzw. Depots unter gegenseitiger Kontrolle.

– Eine Dichtebeschränkung dieser Waffen nach erfolgter Reduzierung zur Verhinderung offensivfähiger Konzentrationen.

– Reduzierung spezialisierter, kampfunterstützender Einheiten (z.B. Aufklärungseinheiten, mobile Luftabwehreinheiten, Pioniereinheiten, Minenräumeinheiten).

– Trennung von Einheiten und ihren organischen Waffensystemen, Lagerung der Waffensysteme (z. B. Panzer) unter gegenseitiger Kontrolle.
– Reduzierung der zur Unterstützung der Landstreitkräfte vorgesehenen luftgestützten Streitkräftekomponenten (z. B. Jagdbomber).

2) Logistische Begrenzungen
– Rückverlegung größerer Munitions- und Betriebsstoffdepots;
– Begrenzung von vorwärts gelagerten Munitionsvorräten;
– Erhöhte Abhängigkeit mechanisierter Verbände von ortsfesten Depot- und Service-Einrichtungen;
– Begrenzung von Brückenbaugerät, beweglichen Pipelines, Manövermunition;

Hauptziel wäre es, die Offensivfähigkeiten durch eine Beschneidung des strategischen Durchhaltevermögens zu begrenzen, doch dürfte hierbei der Bedarf für Verteidigungszwecke nicht beeinträchtigt werden.

3) Weitere beschränkende Maßnahmen
– Beschränkung (nicht nur Notifizierung) von Truppen- und Panzerbewegungen über Landesgrenzen hinweg;
– Dislozierung abgezogener Truppenteile derart, daß sie keine unmittelbare Bedrohung für andere Staaten darstellen;
– Beschränkung von Material- und Personalumfang bei Manöveraktivitäten;
– Beschränkung der „combat activities“ in Manövern auf eine begrenzte Zahl von Tagen;
– Abstützung des Fernmeldewesens (Führungsfähigkeit!) auf ortsfeste Fernmeldeeinrichtungen (betrifft v. a. WP);
– Abstützung des Sanitätsdienstes auf ortsfeste Sanitätseinrichtungen (Lazarette) (betrifft v. a. WP).

4) Transparenzbildende Maßnahmen
– Beobachter an bestimmten Knotenpunkten (Flughäfen, Häfen, Brücken etc.) zur Kontrolle des Abzugs von militärischem Großgerät oder zur Kontrolle militärischer Bewegungen;
– Bewegungsfreiheit für permanente Beobachter innerhalb vereinbarter Regionen (unter Berücksichtigung von Sperrzonen);

(Die NATO könnte dadurch z. B. die halbjährliche Rotation sowjetischer Streitkräfte zwischen sowjetischem und osteuropäischem Territorium erfassen und die Gefahr einer heimlichen Truppenaufstockung reduzieren.)

– Verbesserung der Bewegungsfreiheit für Militärattaches;
– Zulassung von permanenten Beobachtern direkt bei den militärischen Verbänden (Division, Regiment, Brigade), die Bestände, Truppenbewegungen und Einsatzgrundsätze kontrollieren könnten;
– „open skies“-Abkommen zur Zulassung regelmäßiger Aufklärungsflüge bis zu einer bestimmten räumlichen Tiefe;
– Austausch militärischer Informationen durch
  – Offenlegung der Verteidigungshaushalte,

– frühzeitige Information über Entwicklung und Einführung neuer Waffensysteme;
– „Kommunikationszentrum für Vertrauens- und Sicherheitsbildung“ in einem neutralen Staat zur Übermittlung von Meldungen und Informationen an die übrigen Teilnehmerstaaten über entsprechend vereinbarte stabilisierende Maßnahmen;
– Notifizierungspflicht für die Auffüllung von gekaderten Einheiten ab bestimmten auslösenden Schwellen;
– Kontrollierte offene Materialdepots, z. B. für Brückenbaugerät.

5) Regelmäßige Begegnungen führender Militärs
– auf der Ebene der Verteidigungsminister und militärischen Oberbefehlshaber;
– auf breiterer Basis zwischen militärischen Hauptquartieren, Militärakademien und -schulen u. a. (zur Korrektur überzogener Bedrohungswahrnehmungen);
– sowie auch im Rahmen von WP/NATO-Kontakten.

Auf diesen, aber auch auf anderen Gesprächsebenen, könnte sich auch die Diskussion der von Reduzierungen und Strukturveränderungen tangierten Militärstrategien beider Seiten als nützlich erweisen.[6] Dieser Sicherheitsdialog könnte im Idealfall ein gemeinsames Verständnis über die Aufgaben der Streitkräfte auf beiden Seiten herbeiführen, was defensiv-orientierte Anpassungen in Bewaffnung, Dislozierung und militärstrategischen Führungsgrundsätzen erleichtern würde.

6) Krisenmanagement

Der regelmäßige Kontakt zwischen führenden Militärs von NATO und WP kann auch als wichtiges Element im Rahmen eines Konzepts des globalen Krisenmanagements betrachtet werden; seine Aufgabe wäre es, in einer Krisensituation die Eskalation zum Krieg durch eine friedliche Lösung ohne Aufgabe nationaler Interessen zu verhindern. Denkbar wäre in diesem Zusammenhang auch
– die Einrichtung von „risk-reduction centers“ der beiden Bündnisse zur Behandlung von Zwischenfällen (in Anknüpfung an die amerikanisch-sowjetischen „nuclear risk reduction centers“[7]);
– die Entwicklung eines multilateralen Kommunikationsnetzes für den Krisenfall (in Anlehnung an amerik.-sowjet. bzw. brit.-sowjet. hot line agreements);
– die Entwicklung eines detaillierten Verhaltenskodexes für den Krisenfall (deeskalatorische Verhaltensoptionen);
– eine gemeinsame restriktive Rüstungsexportpolitik als Element einer global orientierten Krisen- und Kriegsverhütungsstrategie.

7) Qualitative Rüstungskontrolle

Als große Herausforderung im Rahmen des Versuchs, kooperative Sicherheitsstrukturen und dauerhafte Stabilität zu schaffen, stellt sich die Frage der

6 Vgl. dazu den Vorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten vom 28./29. Mai 1987 für Gespräche mit den NATO-Mitgliedstaaten über die jeweiligen Militärdoktrinen bzw. den Vorschlag für eine Initiative der Bundesrepublik und Polens auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien für ein Seminar über Militärdoktrinen; Dok. 105.

7 Zur amerikanisch-sowjetischen Vereinbarung vom 15. September 1987 über die Einrichtung von Zentren zur Verminderung des nuklearen Risikos vgl. Dok. 123, Anm. 5.

Steuerung qualitativer Aspekte der ost-westlichen Rüstungskonkurrenz dar. Angesichts westlicher Bestrebungen, die „emerging technologies“ für die konventionelle Verteidigung zu instrumentalisieren, und angesichts sowjetischer Ankündigungen, die Streitkräfte im Rahmen der Perestroika militärtechnologisch, d.h. qualitativ verbessern zu wollen, wird dieses Problem zweifellos an Bedeutung gewinnen. Ob und in welchen Bereichen qualitative Rüstungskontrolle zur Abstützung und Erweiterung quantitativer Vereinbarungen verhandlungspolitisch machbar und verteidigungs- und abrüstungspolitisch sinnvoll ist, bedarf einer gesonderten Analyse.

Citron

Referat 02, Bd. 178526

309

Botschaftsrat Bertram, Moskau, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 3820 **Aufgabe: 31. Oktober 1988, 18.08 Uhr**[1]
Ankunft: 31. Oktober 1988, 18.03 Uhr

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Sowjetunion-Deutschen am 26.10.1988 in der Botschaft[2]

1) Nachstehend wird ein Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Vertretern der deutschen Minderheit am 26.10.1988 in der deutschen Botschaft übersandt.

2) Die Gesprächspartner des Bundeskanzlers haben im Anschluß an das Gespräch auch gegenüber der deutschen Presse auf der Linie ihrer Äußerungen gegenüber dem Bundeskanzler Stellung genommen.

Im Auftrag
[gez.] Bertram

Folgt Anlage

Nach der Begrüßung der Vertreter der deutschen Minderheit durch den Herrn Bundeskanzler antwortete Herr Rack im Namen der gesamten Gruppe. Er dankte für die Gesprächsmöglichkeit und wies sodann auf die Bedeutung der Frage der Sowjetunion-Deutschen hin, auf ein Problem, das aktuell und sehr akut sei.[3] Dies werde durch die ständig wachsende Zahl der Aussiedler unterstrichen.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 7.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 2. November 1988 vorgelegen.
Hat Legationssekretär Höfer-Wissing am 3. November 1988 vorgelegen.

2 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR auf. Vgl. dazu auch Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303 und Dok. 304.

3 Zur Lage der Deutschstämmigen in der UdSSR vgl. auch Dok. 204.

Er dankte dem Bundeskanzler für dessen persönliches Engagement in diesen Fragen und betonte, daß alle Erschienenen als Privatleute nur ihre private Meinung sagen würden und könnten. Für das Gespräch nannte er folgende mögliche Themenbereiche:

– Auswanderung: Was sind das für Leute, ihre Behandlung in der SU und in der Bundesrepublik Deutschland;
– Wiederherstellung der Gerechtigkeit in der Sowjetunion für die Sowjetunion-Deutschen. Vor allem gehe es hier um das Thema der Wiederherstellung der Republik der Wolgadeutschen. Die Aufhebung des die deutsche Minderheit diskriminierenden Erlasses durch den Obersten Sowjet[4] reiche nicht aus. Volle Gerechtigkeit verlange auch Wiederherstellung der regionalen Autonomie.

Herr Schnittke wies darauf hin, wie schwer es für die Sowjetunion-Deutschen sei, ihre Identität zu erhalten. Dieser Auflösungsprozeß bedeute auch eine kulturelle Verarmung der Sowjetunion. Er bezeichnete es als das wichtigste, daß die Sowjetunion-Deutschen von ihrem Selbstempfinden her deutsch sind und deutsch bleiben wollen. Dies bereite jedoch große Probleme, wobei die Sprache das allergrößte Problem sei. Viele der jüngeren Leute seien nicht mehr in der Lage, deutsch zu sprechen. Er äußerte den Wunsch, daß die Bundesrepublik Deutschland hierbei helfen könnte, um durch Nutzung ihres politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gewichts darauf hinzuwirken, daß die Sowjetunion-Deutschen in der Sowjetunion sich als Deutsche fortentwickeln könnten. Er bezeichnete es vor allem als wichtig[5], deutsche Schulen zu gründen, damit die deutsche Eigenart erhalten werden könne. Die Sowjetunion-Deutschen seien ihrem deutschen Wesen treu geblieben und wünschten von ihren Landsleuten unterstützt zu werden.

Herr Weber bezog sich auf Worte des Bundeskanzlers im Kreml über die Bedeutung des Beitrags der Sowjetunion-Deutschen zur Kultur des Landes.[6] Er unterstützte diese Feststellung und wies darauf hin, daß durch die Zerstörung der deutschen Kultur in der SU auch die Kultur des Landes insoweit zerstört werde, da der deutsche Beitrag Teil der russischen Kultur geworden sei. Die Sprachen-Frage sei nicht das wichtigste. Er bezeichnete es als einen Irrtum sowjetischer Behörden, daß mit dem Verschwinden der deutschen Sprachkenntnisse sich das Problem der Sowjetunion-Deutschen lösen lasse. Allerdings sei es notwendig, die deutsche Sprache zu fördern. In der Sowjetunion lebten ca. zwei Millionen Deutsche, die nicht alle ausreisen wollten. Ihr Problem wachse von Jahr zu Jahr sowohl demographisch als auch innenpolitisch.

4 Mit Erlaß vom 13. Dezember 1955 beschloß das Präsidium des Obersten Sowjet, während des Zweiten Weltkriegs in „Sondersiedlungen" umgesiedelte sowjetische Staatsbürger deutscher Volkszugehörigkeit und ihre Familien von dort „zu entlassen und von der administrativen Aufsicht durch die Organe des Innenministeriums zu befreien". Eine Rückgabe konfiszierten Eigentums und eine Rückkehr in frühere Siedlungsgebiete waren aber ausgeschlossen. Vgl. DEPORTATION, SONDERSIEDLUNG, ARBEITSARMEE, S. 454.
In einem weiteren Erlaß vom 29. August 1964 verfügte das Präsidium des Obersten Sowjet, daß die gegenüber den „Wolgadeutschen" erhobenen Vorwürfe, „den faschistischen deutschen Landräubern aktive Unterstützung und Vorschub geleistet zu haben", haltlos und „Ausdruck der angesichts des Personenkults um Stalin herrschenden Willkür" gewesen seien. Vgl. DEPORTATION, SONDERSIEDLUNG, ARBEITSARMEE, S. 461.

5 Korrigiert aus: „allem wichtig".

6 Vgl. dazu die Ansprache des Bundeskanzlers Kohl am 24. Oktober 1988 in Moskau; BULLETIN 1988, S. 1268.

Herr Herdt wies zu Beginn seines Redebeitrags sehr deutlich darauf hin, daß er für sich keine Ausreiseabsichten habe. Er habe seine Hoffnungen auf dieses Land (SU) gesetzt. Man habe die Hoffnung, das Werk der Vorfahren in diesem Lande fortzusetzen. In der letzten Zeit hätte sich in der SU vieles positiv geändert. Die sowj. Führung sehe das Problem. Wichtig sei die Wiederherstellung der deutschen Autonomie an der Wolga, die von der jetzigen sowj. Führung versprochen worden sei. Natürlich wollten nicht alle SU-Deutschen dann dorthin umsiedeln. Es habe schon in der Vergangenheit verschiedene Siedlungsgebiete der Deutschen in der SU gegeben. Diese Bereiche würden natürlich bleiben. Durch guten Willen und Zusammenarbeit lasse sich auf diesem Weg vieles gemeinsam erreichen. Wenn eine Autonomieregelung eines Tages erreicht worden sei, werde Hilfe benötigt sowohl von der Bundesrepublik Deutschland als auch von seiten der DDR, man würde jede Zusammenarbeit und Hilfe begrüßen.

Herr Herdt erwähnte als mögliche gemeinsame Aufgaben die Erforschung der deutschen Geschichte in der SU sowie Ahnenforschung.

Herr Wormsbecher wies darauf hin, daß er seit 25 Jahren eng mit der Autonomiebewegung der SU-Deutschen verbunden sei. Diese Bewegung sei in der Anfangszeit sehr breit gewesen. In den 60er und 70er Jahren hingegen sei sie unterdrückt worden mit der Folge, daß die Auswanderungsbewegung entstanden sei. Diese Bewegung sei gegenwärtig aktiver als die Autonomie-Bewegung. Dies erkläre sich daraus, daß die Autonomie-Bewegung immer noch sehr unerwünscht sei. Nach seiner Einschätzung würden die meisten SU-Deutschen es vorziehen, in der SU zu bleiben, da sie sich als Sowjetmenschen fühlen. Für die Gestaltung ihrer Lage hänge viel von der Bundesrepublik Deutschland ab. Wesentlich sei dafür die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Man habe sehr großes Interesse an guten Beziehungen, denn dann gehe es auch den SU-Deutschen hier besser. Die SU-Deutschen, wenn einmal ihre Autonomie wieder hergestellt worden sei, könnten zu dieser Verständigung als eine weitere Brücke zwischen den beiden Ländern beitragen.

Herr Wormsbecher wies abschließend darauf hin, daß die Wiederherstellung einer Wolga-Republik jedoch auch große Schwierigkeiten mit sich bringen würde mit Blick auf fehlende Schulen, Sprachkenntnisse und die Entwicklung der deutschen Kultur.

Benötigt würde dann eine kulturelle Hilfe durch die Bundesrepublik Deutschland, besonders in den Anfangsjahren, z. B. mit Literatur, der Einrichtung von Bibliotheken, Schulen usw.

Frau Töws erzählte, daß ihre Verwandten in einem Dorf im Gebiet Orenburg lebten. Vor kurzem habe sie von dort einen Brief erhalten, der besage, daß jetzt fast jede Woche Dorfbewohner sich verabschiedeten zur Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland. Dies sei ein trauriger Vorgang. Zwar spreche man von Familienzusammenführung. Im Ergebnis würden jetzt jedoch Familien auseinandergerissen. Deshalb äußerte sie den Wunsch, daß das, was die SU-Deutschen in die Bundesrepublik locke, hier in der SU verfügbar sein sollte, damit kein Ausreisewunsch mehr bestehe. Insofern lasse sich noch sehr viel tun.

[7]Frau Langemann wies auf ihre unpolitische Rolle hin. Sie sei interessiert an Kunst und arbeite im Kunst- und Kulturbereich. Sie ging dann auf die Lage

7 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 3821 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

des Dramentheaters Temirtau ein und schilderte die schwierige Lage. Nur durch den persönlichen Einsatz der Schauspieler habe sich der gegenwärtige Stand halten können. Dennoch befinde sich das Theater in einer sehr schwierigen Lage. In der fremden Umgebung könne das Theater auf die Dauer nicht ohne eine gemeinsame deutsche Sprache fortbestehen. Hier fehle es jedoch ganz wesentlich an der Kenntnis von deutsch als Muttersprache. Sie äußerte den Wunsch nach Kontakten ihres Theaters zu deutschen Stellen, insbesondere kleineren deutschen Theatern zur kulturellen Förderung und Austausch sowie insbesondere zu Ausbildungsreisen und Ausbildungstagen.[8] Die notwendige Hebung des Bildungsstandes und der Sprachkenntnis sei durch eine längere Zusammenarbeit mit entsprechenden Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland erheblich zu verbessern.

Der Bundeskanzler dankte für die interessanten Ausführungen. Er wies darauf hin, daß wirksame Hilfe von uns nur dann möglich sei, wenn sich die gesamten Beziehungen drastisch verbesserten. Er erläuterte die weltpolitische Lage sowie die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland darin und die jeweiligen Rück- und Wechselbezüge. Er unterstrich die Notwendigkeit von Abrüstungsmaßnahmen und äußerte seine Überzeugung, daß dieser Prozeß auch in den kommenden Jahren deutliche Fortschritte machen werde. Er warnte aber vor Illusionen in den beiderseitigen Beziehungen. Die SU habe ein völlig anderes System als die Bundesrepublik Deutschland. Generalsekretär Gorbatschow habe deutlich festgestellt, daß die SU ein kommunistisches Land bleiben werde. Die Bundesrepublik Deutschland hingegen sei und werde eine freiheitliche Demokratie bleiben. Dies seien jedoch keine Themen, über die man streiten müsse.

Im weiteren Gesprächsverlauf wies der Bundeskanzler u. a. auf die Exportstärke der Bundesrepublik Deutschland hin. Sie sei unbestreitbar das Exportland Nummer 1. Hier müsse es jedoch einen Prozeß des Nehmens und Gebens geben. Er betonte sehr klar, wo immer es Deutsche in der Welt gebe, denen er helfen könne, sei er dazu bereit. Dies sei nicht nur seine Amtspflicht, sondern für ihn auch eine Selbstverständlichkeit. Der Bundeskanzler gab dann einen Überblick über die Lage der Deutschen in Ungarn, Rumänien, Polen und in der SU. Am besten sei die Lage in Ungarn. Der Bundeskanzler berichtete hier über die jüngst erzielten Lösungen, die mit Ungarn zur Verbesserung der Lage der Deutschen gefunden worden seien.[9] „Riesenprobleme" gebe es mit Rumänien, die letztlich in der Person von Ceauşescu gründeten. Hier sehe er keine andere Möglichkeit als die Ausreise für die Rumänien-Deutschen. Für Polen sei sehr eindrucksvoll die große Freizügigkeit, die dort herrsche. Zur Lage der SU-Deutschen berichtete er über sein Gespräch mit GS G[10]. Ohne sich in die inneren Angelegenheiten der SU einmischen zu wollen, handele es sich hier doch um ein Thema, das Deutsche angehe und über das man deshalb auch gemeinsam sprechen müsse. Der BK betonte die Hilfsbereitschaft und den Hilfswillen für die SU-Deutschen. Von außen lasse sich allerdings schwer sagen, was benötigt würde. Wenn möglich, würde er jedoch Hilfe leisten. Der BK nannte u. a. Schulen, Bücher

8 Der Passus „Wunsch nach Kontakten … und Ausbildungstagen" wurde von Legationssekretär Höfer-Wissing hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Regisseur Atabajew z. Z. in Ulm."

9 Vgl. dazu die Erklärung „zur Förderung der deutschen Nationalität in der Ungarischen Volksrepublik bzw. Förderung der deutschen Sprache im allgemeinen"; Dok. 170, Anm. 9.

10 Generalsekretär Gorbatschow.

sowie die Sprachpflege. Er bezeichnete es als einen Verlust für das ganze Land, wenn der kulturelle Beitrag der SU-Deutschen verschwinden würde. Er betonte nachdrücklich, daß er keine Propaganda-Arbeit leisten wolle. Wichtig sei für ihn, daß die Hilfe ankomme. Niemand solle abgeworben werden. Wir wollten jedoch einen Beitrag dazu leisten, daß unsere Sprache und damit unsere Kultur in der SU erhalten blieben. Sie jedoch auf Dauer zu erhalten, sei in einem begrenzten Raum nicht möglich. Erforderlich seien Kontakte und Hilfen zur und aus der Bundesrepublik Deutschland. Der BK nannte hier Stipendien für Schauspieler sowie einen beständigen Informationsaustausch, der auch das Gefühl menschlicher Wärme und eines Miteinander vermitteln müsse.

Der Kanzler unterstrich, daß man offen sagen müsse, daß die Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen einhergehen müsse mit einer Verbesserung der Situation der SU-Deutschen. Dabei wollten wir keineswegs möglichst viele zur Ausreise ermutigen. Auch wolle man hier keineswegs in die Sache hineinreden. Der Kanzler erläuterte dann, daß es auch in der Bundesrepublik Deutschland zur Frage der Aussiedler unterschiedliche Stimmen gebe. Nachdrücklich plädierte er in diesem Zusammenhang für Solidarität mit den Aussiedlern.

Herr Rack äußerte seine Überzeugung, daß die Bundesrepublik Deutschland ihnen bei allen den erwähnten Problemen helfen werde. Daran zweifele er nicht. Aber diese Hilfe dürfe nicht im Sande verlaufen. Sie könne nur dann effektiv sein, wenn das Hauptproblem gelöst werde, nämlich die Wiederherstellung der Wolga-Republik. Er verwies darauf, daß die Deutschen weit versplittert über das Land lebten. Hilfe könne deshalb nur dann effektiv sein, wenn alle oder zumindest viele zusammen lebten. Er unterstrich auf Frage des BK, daß dies der Wille der Mehrheit sei. Dies bezeuge die jüngste Delegation der SU-Deutschen in Moskau mit vielen Hunderttausenden von Unterschriften. Er erwähnte, daß die Rede des BK ihn hoffnungsvoll stimme. Er lese hier Bewegung heraus. Sollte sich diese Hoffnung allerdings nicht erfüllen, müßten wir damit rechnen, daß die Zahl der Aussiedler noch wesentlich ansteigen werde. Nachdrücklich verwahrte er sich gegen Verdächtigungen, die in früheren Jahren in der SU gegenüber Ausreisewilligen geäußert wurden. Man habe diese Leute als Glückssucher oder Verräter bezeichnet. Richtig sei, daß es sich hier um hochwertige gute Leute handele. Wer bereit ist, die ganze Mühsal und Schwierigkeiten, die die Verwirklichung des Ausreisewunsches mit sich bringe, in Kauf zu nehmen und zu überstehen, sei charakterlich über jeden Zweifel erhaben und ein Gewinn für das neue Aufnahmeland.

Der BK ging noch einmal auf die Entwicklung Deutschlands nach dem Kriege ein. Als besonders positive Wandlungen nannte er die Wirtschaft sowie die Tatsache, daß Deutschland heute eine geachtete Position in der Welt erreicht habe. Er erwähnte seinen Besuch in Australien.[11] Deutsche, die dort lebten und sich als gute Staatsbürger betrachteten, seien wieder stolz darauf, Deutsche zu sein. Dies könne auch in der SU gelten. Wichtig sei jedoch die Feststellung, wir bräuchten einander.

Herr Schnittke stellte zusammenfassend fest, am wichtigsten sei die Verbindung zwischen der Wiederherstellung der Autonomen Wolga-Republik und der weite-

11 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 3. bis 5. Oktober 1988 in Australien vgl. Dok. 280.

ren Entwicklung der Deutschen in der SU. Wenn die Bundesrepublik jedoch helfen könnte, sei man sehr dankbar.

Der BK stellte fest, daß er dies ganz und gar „begriffen“ habe. Dies sei sehr einsichtig.

Der Botschafter[12] wies darauf hin, daß wir als Botschaft eine Brücke seien und helfen wollten. Dies sei uns in der Vergangenheit schwer gemacht worden, werde jetzt jedoch leichter. Er verwies auf die anstehende Reise des Regisseurs des Deutschen Theaters Temirtau nach Ulm. Auch das bevorstehende neue Konsulat in Kiew[13] werde es uns erlauben, noch breiter in das Land hineinzuwirken.

Herr Herdt nannte auf Frage des BK nach Mundarten hier vertretene Dialekte: Schwäbisch (vor allem), Hessisch, Pfälzisch.

Der BK sagte zu, sich dafür zu verwenden, im pfälzischen Raum ein Partnerschaftstheater für das Deutsche Theater Temirtau zu finden, und erkundigte sich abschließend nach Kontakten zu Kirchen. Hier ergab das Gespräch, daß zwar vereinzelt derartige Kontakte bestehen, insgesamt gesehen jedoch hier noch wenig an Kontakten besteht. Derartige Kontakte müßten langsam wachsen.

Zum Abschluß des Gesprächs übergab der BK Frau Langemann ein Gastgeschenk für das Dramentheater Temirtau.

Referat 213, Bd. 143538

310

Drahterlaß des Botschafters Holik

221-376.00 VS-NfD **31. Oktober 1988**[1]
Fernschreiben Nr. 527 Plurez
Citissime nachts

Betr.: KRK;
hier: Schreiben des Herrn BM an AM Shultz

Anlg.: 2

Botschaft wird gebeten, umgehend als Anlage 1 folgenden Brief an AM Shultz an hoher Stelle im State Department zu übergeben. Englische Übersetzung folgt getrennt mit besonderem Erlaß.

BM-Schreiben ist Antwort auf Brief von Shultz zu KRK, der in Bonn am 20.10. übergeben worden ist. Text des Shultz-Briefs folgt als Anlage 2.

12 Andreas Meyer-Landrut.
13 Zur Errichtung von Generalkonsulaten in München und Kiew vgl. Dok. 301, Anm. 11 und 25.

1 Der Drahterlaß an die Botschaften in London, Paris, Rom und Washington wurde von Vortragendem Legationsrat Gruber konzipiert.

Für London, Rom und Paris: Botschaften werden gebeten, Doppel des Schreibens an AM Shultz auf Arbeitsebene (Goulden, d'Aboville, Migliorini) zur Unterrichtung zu übergeben.

Holik[2]

Folgt Anlage 1

Betr.: KRK;
hier: Antwort des BM an AM Shultz auf dessen Brief zum KRK-Verhandlungsvorschlag

Lieber George,

ich danke Ihnen für Ihren Brief, in dem Sie mir Ihre Sorgen über den Stand der Arbeiten an einem westlichen Vorschlag für die Verhandlungen über konventionelle Stabilität mitteilen. Ich teile diese Sorgen. Auch ich bin sehr darüber beunruhigt, daß wir wenige Wochen vor dem möglichen Beginn dieser neuen Verhandlungen, denen wir höchste politische Bedeutung beimessen, noch keinen gemeinsamen Verhandlungsvorschlag haben.

Die Verständigung auf eine gemeinsame Substanzposition erfordert von allen Partnern Kompromißbereitschaft. Ich habe großes Verständnis für die von Ihnen zum Ausdruck gebrachte Präferenz für einen Vorschlag, der gleiche Höchststärken in ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural vorsähe. Die Bundesregierung hätte auch einem solchen Ansatz folgen können. Die Diskussion des letzten Jahres im Bündnis hat jedoch gezeigt, daß ein solcher Vorschlag nicht die Unterstützung aller Partner findet.

Aus dieser Erkenntnis ergab sich die Notwendigkeit der Suche nach einem Kompromiß, der den Grundgedanken gleicher Höchststärken zwischen Ost und West verwirklicht, ohne den für unsere französischen Partner unannehmbaren Eindruck von Block-zu-Block-Parität zu erwecken. Der Anfang September zwischen unseren Experten gefundene Kompromißvorschlag erfüllte diese Anforderungen, auch wenn er im Hinblick auf die Herstellung gleicher Obergrenzen für Großgerät der Landstreitkräfte nach drei Regionen differenziert.[3] Der Großteil der in unserem Paket vorgesehenen Maßnahmen soll hingegen in ganz Europa Anwendung finden. Damit entspricht unser Kompromißvorschlag dem Kriterium, das in der Erklärung der Staats- und Regierungschefs des Bündnisses zur konventionellen Rüstungskontrolle vom 2.3.1988 festgelegt wurde: „Wir müssen die Stabilität in ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural verbessern, und zwar so, daß einerseits die Sicherheit aller Verbündeten gewahrt bleibt, andererseits die Konzentrationen von Streitkräften des Warschauer Pakts und die besonderen Probleme der Regionen Mitte, Süd und Nord berücksichtigt werden."[4]

Auch wir nehmen Norwegens Sorgen sehr ernst. Die strategische Einheit des Bündnisses und die Solidarität der Verbündeten dürfen nicht beeinträchtigt wer-

2 Paraphe.

3 Vgl. dazu die KRK-Konsultationen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der USA am 7./8. September 1988 in Wiston House (Wilton Park); Dok. 248.

4 Für den Wortlaut der „Erklärung zur konventionellen Rüstungskontrolle: Der Weg nach vorn" vom 2. März 1988 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 22–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 204–208. Vgl. dazu auch Dok. 75.

den. Ich meine jedoch, daß der zwischen unseren Experten ausgearbeitete und beim letzten Treffen am 19.10. in Rom[5] angereicherte Kompromißvorschlag es uns ermöglicht, die norwegischen Sorgen vor einer politischen Singularisierung auszuräumen.

Die kommenden NATO-Treffen müssen intensiv genutzt werden, um die Arbeit an einem gemeinsamen westlichen Verhandlungsvorschlag erfolgreich abzuschließen. Die Bundesregierung ist zu konstruktiver Mitarbeit und zur Verständigung über eine für alle akzeptable Lösung bereit.

Mit freundlichen Grüßen
[Hans-Dietrich Genscher]

Folgt Anlage 2

[…][6]

Referat 221, Bd. 144815

311

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

204-321.15-577/88 geheim **3. November 1988**[1]

Betr.: Konsultationen der Politischen Direktoren im kleinen Kreis am 31.10. in Washington

Die Politischen Direktoren trafen sich am 31.10. in Washington zu ihren regelmäßigen vertraulichen Konsultationen.

Zusammenfassendes Ergebnis:

a) KSZE/WFT

Abschluß des WFT im November wenig wahrscheinlich; jedoch allgemeine Erwartung, daß WFT-Abschluß und KRK-Eröffnung auf Ministerebene bis Ende

5 Zu den KRK-Konsultationen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der USA am 19. Oktober 1988 in Rom vgl. Dok. 281, Anm. 12.

6 In seinem Schreiben legte der amerikanische Außenminister Shultz seine Vorbehalte gegen den Vorschlag einer Differenzierung in drei Zonen mit gleichen Rüstungsobergrenzen bei Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa dar: „Not only does a zonal approach undercut the principle of strategic unity, it could be seen to legitimize other ‚zone' proposals such as a Nordic or Balkan nuclear weapons free zone, a central European demilitarized zone, or restrictions on naval activity in the Mediterranean or Nordic area. Nor must we leave the impression that the security of some Allies is apparently of lesser concern than that of others. Finally, we should not give the Soviets an opening to exploit regional differences within the Alliance. We believe strongly that it is preferable to have the Western position call for equal ceilings throughout the Atlantic-to-the-Urals area while incorporating the French proposal for limiting the forces of any one country relative to the twenty-three participants and which also reduces Soviet forces in Eastern Europe. By not creating zones, such a position preserves the principle of indivisibility while still permitting us to negotiate meaningful limitations." Vgl. Referat 221, Bd. 144815.

1 Durchschlag als Konzept.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 4. November 1988 vorgelegen.

Dezember stattfinden. Ich erwähnte, daß BM und AM Schewardnadse sich darüber einig gewesen seien, daß WFT-Abschluß und KRK-Eröffnung noch in diesem Jahr erfolgen sollten.[2] Ich unterstrich unser Interesse hieran und wies auf den internationalen Kalender (Pariser CW-Konferenz Anfang Januar 1989[3], Wechsel der US-Administration[4]) hin, der WFT-Abschluß und KRK-Eröffnung im Dezember mit nur kurzem Intervall notwendig machte. USA trat für deutliche zeitliche Trennung ein, damit das WFT-Schlußdokument genügend Aufmerksamkeit findet und nicht von KRK überlagert wird. Zur Frage einer MR-Konferenz in Moskau[5] berichtete ich aus den Gesprächen BM–AM Schewardnadse in Moskau, daß AM S. das sowj. Interesse an dritter Konferenz in Moskau (nach Paris und Kopenhagen[6]) unterstrichen hat. BM habe auf unsere in der BM-Rede vom 7.11.86 in Wien dargelegte Haltung verwiesen[7] und hervorgehoben, daß für alle drei Konferenzen die gleichen Standards und Regeln gelten müßten. AM S. habe dem zugestimmt und – wie auch Gorbatschow – deutlich gemacht, daß SU aus internen Gründen an Konferenz interessiert sei und bereit sei, die WFT-Schlußdokument-Vereinbarungen zu erfüllen sowie die Konferenz zu den gleichen Standards und Regeln wie Vorkonferenzen in Paris und Kopenhagen auszuführen. BM habe auch ausgeführt, daß SU den Konsens über eine solche Konferenz durch Erfüllung einer Reihe von Punkten erleichtern könne (politische Gefangene, freie Ausreise, Besuchsreisen, keine Störsender). USA regte unter Bezugnahme auf die Initiative BMs in New York eine gemeinsame Definition der für Westen entscheidenden Voraussetzungen für Zustimmung zur Konferenz an und übergab eine vertrauliche Aufstellung der US-Wünsche, die die Bedenken von GB und die Stellungnahmen von F und uns berücksichtige.[8] Sie bat um vertrauliche Behandlung (wegen der Brisanz des Themas in den USA und GB) und Stellungnahme hierzu bis Freitag[9], damit in nächster Woche Reaktion der 16 in Wien eingeholt und Bedingungen bald der SU präsentiert werden könnten, die sie nach den eigenen Einlassungen der letzten Zeit akzeptieren können müßte. USA meinte, daß die nächsten vier Wochen in Wien entscheidend sein würden und wir in Anbetracht von KRK das Risiko einer Nicht-Zustimmung genau kalkulieren müßten. F und ich traten dafür ein, die Voraussetzungen nicht detailliert, sondern eher in allgemeiner Form zu benennen. Ich trat dafür ein, bilaterale Fälle auf der bilateralen Ebene zu belassen, und wies darauf hin, daß es über die Zahl politischer Gefangener keine sichere Erkenntnis gebe und verschiedene Länder Listen mit Namen aufgestellt hätten, die ggf. untereinander verglichen werden sollten. GB wies auf die weiterhin ablehnende Haltung von MP Thatcher

2 Vgl. dazu das deutsch-sowjetische Regierungsgespräch am 25. Oktober 1988 in Moskau; Dok. 304.

3 Die Konferenz über das Verbot chemischer Waffen fand vom 7. bis 11. Januar 1989 in Paris statt. Vgl. dazu AAPD 1989.

4 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Bush, als Sieger hervorging.
Präsident Bush nahm am 20. Januar 1989 die Amtsgeschäfte auf.

5 Zum sowjetischen Vorschlag für eine KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 304, Anm 14.

6 Zur Frage von KSZE-Menschenrechtskonferenzen in Paris und Kopenhagen vgl. Dok. 269, Anm. 12.

7 Zur Rede des Bundesministers Genscher vom 7. November 1986 vgl. Dok. 269, Anm. 14.

8 Für das undatierte amerikanische „Discussion Paper“ vgl. VS-Bd. 13028 (204).

9 4. November 1988.

(Rede vor Hebrew College[10]) hin, ließ aber durchblicken, daß in den nächsten vier Wochen eine Entscheidung unter Berücksichtigung des Preises einer Ablehnung getroffen werden müsse, und schloß sich dem US-Vorschlag an. USA äußerte sich generell positiv, hielt das Koordinatorenpapier für Korb I[11] jedoch in drei Punkten für verbesserungsbedürftig: stärkeres Verbot von Störsendern, stärkere Absicherung der Helsinki-Monitoren, Befristung (ein Jahr) der Ausreiseverweigerung aus Sicherheitsgründen. GB trat dem bei. USA werden diese Frage nur in Wien, nicht bilateral mit SU, ansprechen.

USA und GB forderten weiterhin Reduzierung der Zahl der Folgeveranstaltungen. F teilte meine Ansicht, daß eine Veranstaltung zur friedlichen Streitregelung entbehrlich sei, aber weitere Vorschläge nicht eliminiert werden könnten. GB sprach sich auch gegen friedliche Streitregelung wie gegen ein Wissenschaftliches Forum[12] (kein KSZE-Thema) aus. USA sahen bei Mittelmeer-Expertentreffen auch keinen KSZE-Zusammenhang.

b) KRK/VSBM

USA hielt Verbesserungen gegenüber N+N-Entwurf[13] beim KRK-Mandat für erforderlich (Autonomie der Verhandlungen, Informationsaustausch mit 12, „transitional nature" der KRK-Verhandlungen) und schlug (mit Zustimmung von GB und mir (soweit keine Substanzfragen betroffen)) bilateralen Lösungsversuch USA–F zur Autonomiefrage vor. F verlangte klare Aussage zur Beendigung von MBFR[14] (für USA schwierig) und brachte Präferenz für das Reykjavik-Mandat[15] gegenüber dem ausgehandelten Verhandlungsvorschlag zum Ausdruck. Ich trat dafür ein, die vor allem auf westlicher Seite noch offenen Fragen schnell zu klären.[16]

Einigkeit bestand, daß die westliche Datenveröffentlichung spätestens mit KRK-Eröffnung, möglichst aber schon beim WFT-Abschluß, erfolgen sollte.[17] Der SU dürfe hier keine Möglichkeit zu eigener Initiative überlassen, sondern sie müsse vielmehr zu entsprechender Datenveröffentlichung gezwungen werden. F hielt bei Streitkräftevergleich an Forderung der Einbeziehung der Daten über Marinekräfte fest und distanzierte sich von dem in der HLTF ad referendum angenommenen Konzept (Ausschluß der Seestreitkräfte). USA wandte sich unter Hinweis auf weltweite Rolle der US-Navy und die Diskussion in Madrid[18] entschieden

10 Für den Wortlaut der Rede der Premierministerin Thatcher am 27. Oktober 1988 in London vgl. https://www.margaretthatcher.org/document/107361.

11 Für das am 21. Oktober 1988 vorgelegte Papier „Principles and Human Dimension" des Koordinators für Korb I, Torovsky, vgl. Dok. 304, Anm. 13.

12 Zum Vorschlag, ein „Wissenschaftliches Forum" in Erice abzuhalten, vgl. Dok. 113, Anm. 27.

13 Zum Entwurf der N+N-Staaten vom 13. Mai 1988 für ein Abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 153.

14 Zur Frage einer Beendigung der MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 179.

15 Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384. Zur Tagung vgl. AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

16 Zu den Gesprächen der NATO-Mitgliedstaaten über einen Mandatsentwurf für die Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 281.

17 Zur Frage einer Dateninitiative der NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 281, Anm. 15.
Die Streitkräftedaten wurden am 25. November 1988 publiziert. Vgl. NATO (Hrsg.), Conventional Forces in Europe: The Facts, Brüssel 1988.

18 Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1988 in Madrid vgl. Dok. 172 und Dok. 173.

gegen eine Einbeziehung. Zur Substanz der Verhandlungen wies F darauf hin, daß SU die Frage der Einbeziehung der Flugzeuge in Verhandlungen erneut vorbringen werde. Ich erwähnte unter Hinweis auf Delegationsgespräch in Moskau, daß SU auch die Frage der unterschiedlichen Qualität in Verhandlungen einbringen wird.

Die Drei forderten USA auf, das britische Kompromißpapier zur Frage der regionalen Differenzierung[19] nicht in Frage zu stellen. USA zeigte sich über Divergenz äußerst beunruhigt und machte sich weiterhin Sorgen Norwegens[20] zu eigen. Ich wies darauf hin, daß wir Sorgen Norwegens ernst nähmen, daß aber nur die Herstellung gleicher Obergrenzen für Großgeräte der Landstreitkräfte nach drei Regionen differenziere. Die strategische Einheit des Bündnisses und die Solidarität der Verbündeten dürfen nicht beeinträchtigt und Norwegens Sorgen vor einer Singularisierung müßten ausgeräumt werden. BM habe beim norwegischen VM Holst größere Aufgeschlossenheit für Kompromiß festgestellt mit Hinweis, daß das Vorschlagspaket vor allem Maßnahmen enthalte, die in ganz Europa Anwendung finden würden; durch die gleichen Kriterien in den drei Regionen würde gleiche Sicherheit für alle Bündnispartner gewährleistet. Hinsichtlich des Anwendungsgebietes rechneten USA und GB weiterhin mit Einwänden der Türkei[21], die im Expertenkreis weiter erörtert werden müßten. USA meinten allerdings, daß es bei Türkei Zeichen der Bewegung gebe.

Alle sahen Notwendigkeit, daß Experten zu VSBM (bei Treffen in Brüssel am 17./18.11.) mit Nachdruck weitere Fortschritte erreichen und ihre Arbeit intensivieren.[22]

Ich berichtete, daß Gorbatschow seinen Vorschlag einer Europäischen Gipfel-Sicherheitskonferenz zu Fragen der Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Moskau[23] wiederholt habe, an der USA und Kanada teilnehmen sollen und die KRK-Verhandlungen stärkeren Impuls geben solle. USA und GB, wie auch weniger prononziert F, sprachen sich mit Entschiedenheit dagegen aus. GB sah darin nur einen Propaganda-Schachzug, der zu nichts als Reden im Kreise der 35 führe. USA wandte ein, daß nur eine das ganze KSZE-Spektrum umfassende Tagesordnung akzeptabel sein könne, für eine solche Veranstaltung, wie sie schon in Helsinki[24] stattgefunden habe, kein Bedarf sei. F bezweifelte positive

19 Für den am 18. Oktober 1988 übergebenen britischen Rahmenvorschlag „Conventional Arms Control: Framework Proposal" vgl. VS-Bd. 12265 (221).

20 Zur Haltung Norwegens zu einem Regionalkonzept bei den Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 281, Anm. 8.

21 Botschafter Eickhoff, Ankara, berichtete am 9. November 1988, das türkische Außenministerium habe ihm am selben Tag mitgeteilt: „Die gegenwärtige Diskussion im Bündnis über regionale Differenzierung gleicher Höchststärken in künftigen KRK-Verhandlungen beunruhige die Türkei. […] Zum ‚Konzept' regional differenzierter Höchststärken bestünden folgende Einwände: Sie würden Einheit und Zusammenhalt der Bündnispartner beeinträchtigen; sie würden der anderen Seite den falschen Eindruck vermitteln, daß die zentrale Region wichtiger sei als die Nord- und Südflanken, und der tür[kischen] Öffentlichkeit einen Eindruck der Isolierung vermitteln." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1371; VS-Bd. 12265 (221); B 150, Aktenkopien 1988.

22 Zum Treffen der VSBM-Arbeitsgruppe der NATO (Weißes Team) vgl. Dok. 312, Anm. 6.

23 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 11. Juli 1988 vgl. Dok. 221, Anm. 27.

24 Zur Konferenz der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte vom 30. Juli bis 1. August 1985 in Helsinki vgl. AAPD 1985, II, Dok. 221.

Absichten der SU und sah vor Ablauf von zwei Jahren überhaupt keinen Sinn für Konferenz.

c) NATO-Herbsttagung[25]

Unserem Vorschlag für Vierertreffen (Direktoren, Minister) am Nachmittag und Abend des 7.12. in unserer bilateralen Botschafterresidenz in Brüssel wurde zugestimmt.[26] USA schlugen vor, daß bei Herbsttagung der westliche Verhandlungsvorschlag für KRK und VSBM verabschiedet werden solle. Auf der Tagesordnung sollten außerdem das Gesamtkonzept[27] und Lastenteilung[28] (wird von AM Shultz angesprochen) sowie West-Ost-Beziehungen und Lage in Osteuropa (Fortsetzung der Diskussion von Madrid) stehen.

Ich wies darauf hin, daß zum Gesamtkonzept nur ein Zwischenbericht erforderlich sei. USA und GB zeigten sich enttäuscht über Entwicklung. GB forderte, daß die StV sich weiter um substantiellen Bericht bemühen sollten. Ich bewertete die bisherige Arbeit allgemein positiv und erläuterte Ziel unseres neuen Entwurfs für die einleitenden Kapitel (Grundlage und Prinzipien herausstellen).

Ich trat dafür ein, daß das Kommuniqué sich in erster Linie mit den West-Ost-Beziehungen, dem WFT und der Verhandlungssubstanz von KRK/VSBM befassen sollte und daß die Minister bei der Herbsttagung sich auch der Frage der Öffentlichkeitsarbeit für den 40. Jahrestag der NATO widmen.

d) Berlin-Luftverkehr

Einigkeit bestand, daß die zu schnell abgebrochenen Gespräche schnellstens unter Einbeziehung von höherrangigen Experten, die mit entsprechender Weisung ihrer Regierung sprechen, wieder aufgenommen und möglichst bis 6.11. abgeschlossen werden sollten. US-Botschafter[29] hat Weisung erhalten, sich um Konsens zu bemühen. USA warnte vor Folgen einer Deregulierung für Berlin-Politik. Sie machte deutlich, daß gegen Betriebsaufnahme von Euro-Berlin keine Einwände bestünden, forderte aber eine faire, die Interessen der anderen, traditionellen Fluggesellschaften berücksichtigende Lösung. Deutlich wurde die Sorge, daß Euro-Berlin mit LH[30] im Hintergrund die anderen Gesellschaften aus dem Verkehr treiben könnte. F und ich traten dafür ein, nicht Statusfragen aufzuwerfen, wo keine sind.

e) START/Weltraum

USA haben SU am 28.10. die Durchführung einiger „space based ABM-tests" mitgeteilt, die im Rahmen des ABM-Vertrages[31] zulässig seien und nicht eine

25 Zur NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1988 in Brüssel vgl. Dok. 361 und Dok. 362.

26 Zum Vierertreffen der Politischen Direktoren am 7. Dezember 1988 vgl. Dok. 358.
Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Dumas (Frankreich), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) am 8. Dezember 1988 vgl. Dok. 356.

27 Zur Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO vgl. Dok. 242.

28 Zur Frage der Lastenteilung innerhalb der NATO vgl. Dok. 162.

29 Richard R. Burt.

30 Lufthansa.

31 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.
Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

dauernde Stationierung zum Ziel hätten. Außerdem soll eine Einigung über die Installierung von 15, nach dem ABM-Vertrag zulässigen Test-Satelliten erreicht sein. USA berichtete, daß START-Verhandlungen geschäftsmäßig weiterliefen und SU ernsthaft verhandle; die Materie sei allerdings sehr kompliziert. Bis zum Ende der Verhandlungsrunde am 16.11. arbeiteten beide Seiten gemeinsam an einem gemeinsamen Entwurf, der der nächsten Administration als Grundlage für ihre Prüfung und Fortsetzung der Verhandlungen dienen soll. Die neue Administration müsse ihre Strategie erst entwickeln, eine Fortsetzung könnte je nach Fortschritt dabei in der ersten Hälfte 89 erfolgen. Gleichzeitig werde aber eine gerade begonnene Diskussion der Rüstungskontroll-Intellektuellen über den Sinn eines START-Abkommens lauter werden. Teil der Debatte werde auch die Frage sein, wie die strategische Neuplanung für die effektivste Nutzung der verbleibenden (6000) Sprengköpfe aussehen müsse sowie die schwierige Finanzierungsfrage. Mit START-Abschluß 1989 sei kaum zu rechnen.

USA berichtete

- über Treffen der INF-Verifikationskommission, die einige, auf diplomatischem Kanal weiterzuverfolgende Fragen (z.B. Durchleuchtung von Behältern) nicht ausräumen konnte;
- daß die nuklearen Testversuche und ihre Überwachung erfolgreich verlaufen seien und die beiden Abkommen (PNET[32], TTBT[33]) in Kürze abgeschlossen und hoffentlich noch vor dem Ende des Jahres dem Kongreß zur Ratifizierung zugeleitet werden könnten[34];
- über Ende November in Moskau stattfindende Diskussion (keine Verhandlungen) zum Missile Control Regime;
- über Beginn der Gespräche (31.10.) in Genf zur Krasnojarsk-Radaranlage (US-Forderung weiterhin: Beseitigung des Radar, Wiederherstellung der Vorwarnzeit).[35]

32 Für den Wortlaut des Vertrags vom 28. Mai 1976 zwischen den USA und der UdSSR über unterirdische Kernsprengungen zu friedlichen Zwecken (PNET) mit dazugehörigem Protokoll vgl. UNTS, Bd. 1714, S. 431–472. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 539–542.

33 Für den Wortlaut des Vertrags vom 3. Juli 1974 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche (TTBT) sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 217 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 364–367. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 197 und Dok. 200.

34 Botschafter Ruhfus, Washington, erläuterte am 14. Dezember 1988 zu den im Herbst 1987 vereinbarten amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über die Ausarbeitung von Verifikationsprotokollen der Schwellenverträge, beide Seiten hätten mit Abschluß der Gespräche zwar „ein ad referendum vereinbartes Verifikationsprotokoll zum Vertrag über friedliche Kernsprengungen (Peaceful Nuclear Explosion Treaty – PNET, 1976)“ erarbeitet, „unvollendet bleibt jedoch das analoge Protokoll zum Schwellen-Teststopp-Vertrag (Threshold Test Ban Treaty – TTBT, 1974)“. Habe man „noch vor wenigen Monaten gehofft, daß die Vereinbarung und erfolgreiche Durchführung der gemeinsamen Verifikationsexperimente (J[oint]V[erification]E[xperiment]) den politischen Durchbruch bringen würde, der die rasche Vereinbarung beider Texte zuließe, so mußte man zwischenzeitlich einsehen, daß die hochkomplizierte Materie nicht in der zur Verfügung stehenden Zeit bewältigt werden konnte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5017; Referat 162065.

35 Vortragender Legationsrat I. Klasse Seibert vermerkte am 6. September 1988: „Die USA werfen der Sowjetunion seit 1984 den Verstoß gegen den ABM-Vertrag durch die Krasnojarsk-Radaranlage vor (erster Bericht des Präsidenten an den Kongreß zu sowjetischen Verstößen gegen Rüstungskontrollvereinbarungen). Auch nach unserer Beurteilung […] kann ein Vertragsverstoß mit hinreichender Sicherheit als nachgewiesen gelten, wenngleich Krasnojarsk nicht notwendigerweise als Hinweis auf

f) CW

F berichtete über die Vorbereitungen der vom 7.–11.1.89 in Paris stattfindenden Konferenz zur Stärkung des Genfer Protokolls von 1925[36]. Teilnehmer: Protokoll-Signatarstaaten, VN-Mitglieder und an VN-Arbeit beteiligte Institutionen (VN-GS, Rotes Kreuz u. a.), keine Beobachter. Ebene: AM oder höher je nach Entscheidung des Teilnehmers. F will dafür Sorge tragen, daß Konferenz kurz und substantiell und daß sie vor allem nicht von Genfer CW-Konferenz[37] ablenkt und zur Revision des Genfer Protokolls oder als Anklage-Forum gegen einzelne Staaten benutzt wird. F bereitet kurze, politische Schlußerklärung (auf Basis der VN-Rede von Mitterrand[38]) vor, deren Entwurf uns nächste Woche zur Verfügung gestellt werden soll. F nannte als Elemente für Erklärung: Forderung eines baldigen weltweiten, verifizierbaren CW-Verbotsabkommens, Hervorheben der Bedeutung des Protokolls von 1925, Verhinderung des CW-Einsatzes durch Verpflichtung zu Selbstbeschränkung, VN-Untersuchungskommissionen, Hilfeleistung für betroffene Länder. Diese Elemente entsprechen weitgehend unseren Vorstellungen.

USA teilte mit, daß AM Shultz an Eröffnung teilnehmen wird[39] und ab 8.1. General Burns Delegation leitet. Sie wies darauf hin, daß der Kongreß im nächsten Jahr zwei Sanktionsgesetze erneut aufnehmen werde, für die Ergebnis der Konferenz wichtig sein kann: Handelssanktionen gegen Irak, Sanktionen gegen einzelne Firmen, die CW-Produktion unterstützen.

GB-Delegationsleitung noch unbestimmt. AM Howe wird auf NO-Reise sein.[40] Ich wies darauf hin, daß AM Schewardnadse gegenüber BM angekündigt hat, an Konferenz teilzunehmen.[41] GB und ich betonten, daß Konferenz die Genfer Verhandlungen nicht substituieren kann und daß von ihnen auch nicht abgelenkt werden darf.

g) Sowjetunion

Ich berichtete ergänzend über BK-Besuch und seine Einordnung in das breite Netz von Kontakten mit SU (USA–SU-Gipfel[42], Besuch AM Schewardnadse in

Fortsetzung Fußnote von Seite 1646

ein beabsichtigtes Ausbrechen der Sowjetunion aus dem ABM-Vertrag zu werten ist." Vgl. Referat 240 (220), Bd. 163102.

Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 2. November 1988, daß die amerikanisch-sowjetischen Gespräche vom 31. Oktober bis 2. November 1988 in Genf „enttäuschenderweise ohne Ergebnis geblieben seien". Vgl. den Drahtbericht Nr. 4433; Referat 240 (220), Bd. 163102.

36 Für den Wortlaut des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 173–177.

Die Konferenz über das Verbot chemischer Waffen fand vom 7. bis 11. Januar 1989 in Paris statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 101 des Botschafters von Stülpnagel, z. Z. Paris, vom 11. Januar 1989; AAPD 1989.

37 Zu den Genfer Verhandlungen über ein Verbot von Chemiewaffen vgl. Dok. 258, Anm 14.

38 Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 29. September 1988 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1988 (September/Oktober), S. 49–53. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 658–662.

39 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich vom 6. bis 8. Januar 1989 in Frankreich auf.

40 Der britische Außenminister Howe besuchte Kuwait am 2./3. Januar 1989, Saudi-Arabien am 3./4. Januar, die Vereinigten Arabischen Emirate am 4./5. Januar und den Oman vom 6. bis 8. Januar 1989.

41 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte am 7./8. Januar 1989 Frankreich.

42 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen sich zuletzt vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau. Vgl. dazu Dok. 165.

Paris[43], Besuch Mitterrand Ende November in SU[44] (Hinweis auf engen Zusammenhang mit BK-Besuch), Besuch De Mita in SU[45]) und in gemeinsamen westlichen Ansatz auf gemeinsamer westlicher Grundlage. Besuch habe neue Möglichkeiten, die auch im gesamten westlichen Interesse stünden, eröffnet. Es bestehe der Eindruck, daß die Auseinandersetzung mit der stalinistischen Geschichte die SU verständigungsbereiter mache. Ich wies darauf hin, daß G. im Rahmen seines Konzeptes von einem gemeinsamen Haus auch Kontakte der Institutionen (z. B. NATO – WP) beider Seiten im Auge habe (Hinweis von VM Jasow auf Galvin-Interview). G. wolle Entwicklungen vermeiden, die die beiden Teile Europas weiter auseinandertrieben.

F berichtete über Schewardnadse-Besuch in Paris zur Vorbereitung des Besuchs von Präsident Mitterrand am 25.11. in SU (eindrucksvolle Gesprächsführung durch Sch., Bildung von vier Expertengruppen, Parallelen in Beurteilung der Regionalkonflikte, Nichterwähnung des gemeinsamen europäischen Hauses).

Bei Mitterrand-Besuch werde angestrebt: Abkommen über Vermeidung von Unfällen auf See und in der Luft, Abkommen zum Schutz von Investitionen, Verstärkung des Jugendaustausches. F stehe SU-Wunsch nach Abkommen über Rechtshilfe ablehnend gegenüber. Bildung einer MR-Expertengruppe werde Gelegenheit zur Diskussion der Strafrechtsrevision in SU geben. Im November Besuche von Karpow und Rogatschow in Paris.

USA vertrat Ansicht, daß die neue sowjetische Außenpolitik in erster Linie wohl durch die sowjetische Wirtschaftslage motiviert sei. Ein weiterer Aspekt für Änderung sei aber auch, daß G. festgestellt habe, daß die bisherige sowjetische Außenpolitik nicht im Interesse der SU gelegen und den Dialog behindert habe (Rede von Schewardnadse in SAM[46]).

GB wies auf Howe-Rede in Oxford[47] hin, in der er G.'s Aufgabe mit der eines neuen Vorsitzenden einer bankrotten Firma verglichen habe. Er berichtete von Besuch von Katuschew (Vors.[48] GB–SU-Freundschaftsgesellschaft) und Garetowskij (Vors. Gosbank), der einen kleinen Kreditvertrag unterzeichnet habe. Garetowskij habe naive Wirtschaftsfragen gestellt, die verrieten, daß er sich von der Lehre von Marx noch nicht befreit und Marktsystem nicht verstanden habe.

43 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 10. bis 12. Oktober 1988 in Frankreich auf. Vgl. dazu Dok. 306.

44 Staatspräsident Mitterrand besuchte die UdSSR am 25./26. November 1988.

45 Ministerpräsident De Mita hielt sich vom 13. bis 15. Oktober 1988 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 306, Anm. 10.

46 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, führte am 27. Juli 1988 zur Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 25. Juli 1988 aus, die Rede stelle einen „klaren Bruch mit der Vergangenheit" dar. Die wichtigsten Aussagen seien: „Absage an Wahrheitsmonopol der Partei in der Innenpolitik heißt für die Außenpolitik Ende der ‚Eine-Option-Politik' (one variant approach), des Dogmatismus, der ‚gefährlichen Selbsttäuschung der Unfehlbarkeit' und der ‚übertriebenen Geheimhaltung'. […] Absage an Konzept ‚friedl[icher] Koexistenz' als Instrument des ‚Klassenkampfes', erstere habe mit letzterem nichts zu tun. […] Verurteilung und Absage der Strategie, wonach die SU militärisch stärker als ‚jede ihr gegenüberstehende Staatenkoalition' zu sein habe, als ‚unhaltbar'". Vgl. die Drahtberichte Nr. 2355/2367/2368; Referat 213, Bd. 143550.

47 Der britische Außenminister Howe hielt am 27. Oktober 1988 die „Cyril Foster Lecture" an der Universität Oxford. Vgl. dazu den Artikel „Howe attacks ‚Marshall Plan' for Soviet economy"; FINANCIAL TIMES vom 28. Oktober 1988, S. 1.

48 Vorsitzender.

Auf Frage von USA nach Einschätzung der DDR in Moskau führte ich aus, daß die harten Passagen in Rede Gorbatschows zur deutschen Frage und Berlin beim Dinner in Moskau z.T. zur Beruhigung der DDR gedacht gewesen seien.[49] SU sähe in der Lage in DDR auch Faktor der Instabilität. Unsere langfristigen Vereinbarungen über die Zahlung einer erhöhten Transitpauschale an DDR[50] riefen in Moskau nicht Mißtrauen hervor, sondern würden als Beitrag zur Stabilität in Europa gesehen. Die Entwicklung in den baltischen Staaten wurde als bedenklich eingeschätzt.[51] GB bewertete G.'s Eingehen auf nationale Strömungen als Spiel mit dem Feuer und wies auf die Lage der baltischen Staaten an der sowjetischen Grenze und die seit 1940 umstrittene Frage ihrer Einverleibung hin. Ich wies auf Sacharows Bewertung hin, der in Nagorny Karabach[52] größere Gefahr sah und sagte, G. könne in der Entwicklung in den baltischen Staaten ein Modell für Perestroika sehen. Wir sollten die Autonomiebestrebungen durch Kooperation unterhalb der staatlichen Ebene (z.B. Städtepartnerschaften o.ä.) honorieren, ohne die Nicht-Anerkennung der Einverleibung in Frage zu stellen. F und USA stimmten dem zu. F regte Abstimmung über gemeinsames Vorgehen für den Fall der Verwirklichung der Autonomie an.

h) Osteuropa

Polen

Einigkeit bestand, daß die Entwicklung in Polen nicht vielversprechend und der Dialog am Runden Tisch in Gefahr ist.[53] GB kündigte an, daß MP Thatcher bei Besuch am 2.11.[54] eine deutliche Sprache sprechen und wirtschaftliche sowie politische Reformen als Voraussetzung für eine positive Entwicklung und für westliche Unterstützung fordern werde. GB sei nicht bereit, Polen weiteres Geld nur in Hoffnung auf weiterreichende politische Veränderungen zur Verfügung zu stellen.

USA betonte seinerseits, daß wirtschaftliche Reformen politische Reformen und politischen Konsens in Polen voraussetzten und daß ein hartes IMF-Regime mit seinen harten Zwängen ohne politischen Konsens nur zu Chaos führen könne.

F meinte, Rakowski glaube irrigerweise, westliche Kredite auch ohne einen Runden Tisch zu bekommen. F stelle zwar keine offizielle Verbindung her, jedoch explizit. F kündigte Olechowski-Besuch am 1.12. in Paris an.[55]

49 Vgl. dazu die Ansprache des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, beim Abendessen am 24. Oktober 1988 in Moskau; BULLETIN 1988, S. 1266.

50 Nach Artikel 18 des Transitabkommens vom 17. Dezember 1971 entrichtete die Bundesrepublik der DDR für den Transit von und nach Berlin (West) jährlich eine Pauschalsumme als Gebühren für Straßennutzung und Visa. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 75.
Mit Protokoll vom 16. November 1978 wurde die Transitpauschale für die Jahre 1980 bis 1989 auf 525 Millionen DM jährlich festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1978, S. 1254f.
Am 14. September 1988 vereinbarten beide Regierungen weitere Verbesserungen im Transitverkehr. Dafür stimmte die Bundesregierung einer Erhöhung der jährlichen Transitpauschale von 1990 bis 1999 auf 860 Millionen DM zu. Für den Wortlaut des am 5. Oktober 1988 unterzeichneten Protokolls vgl. BULLETIN 1988, S. 1138.

51 Zur Lage in den Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen vgl. Dok. 299.

52 Zum Konflikt zwischen den Sowjetrepubliken Armenien und Aserbaidschan vgl. Dok. 204, Anm. 7.

53 Zum „Runden Tisch" in Polen vgl. Dok. 290, Anm. 11.

54 Premierministerin Thatcher besuchte vom 2. bis 4. November 1988 Polen.

55 Der polnische Außenminister Olechowski hielt sich vom 1. bis 3. Dezember 1988 in Frankreich auf.

Ich führte aus, daß Wałęsa sich nicht durch Rakowski aussparen oder hintergehen lassen werde. Sollte er dies versuchen, werde Wałęsa zum Streik aufrufen. Ich wies darauf hin, daß die Stagnation in Polen uns besonders betreffe, weil wir zur Verbesserung unserer bilateralen Beziehungen, an denen BK und BM liege, in allen drei Arbeitsgruppen[56] Ergebnisse erreichen müßten.

Jugoslawien

GB sah in der weiteren Entwicklung Gefahr für ein Auseinanderbrechen der Föderation und regte (unterstützt von USA) an, daß die Minister sich beim Viertreffen am Rande der NATO-Herbsttagung mit der Frage, den Konsequenzen und der notwendigen gemeinsamen westlichen Reaktion (Warnung an SU, einzuschreiten) befassen.

F sah keinen Anlaß für eine so pessimistische Einschätzung. Die gegenwärtige und wahrscheinlich noch lange dauernde innere Krise scheine gegenwärtig unter Kontrolle. Eine drohende Katastrophe oder Auflösung der Föderation sei nicht in Sicht. Auch die Wirtschaftskrise sei noch in den Griff zu bekommen.

Ich trat, unterstützt von F, dafür ein, AM Lončar bei seinen Bemühungen um engere Beziehungen zur EG zu unterstützen, um zu verhindern, daß Jugoslawien sich stärker SU zuwende. Lončar wolle auch die Bewegung der Blockfreien, deren Vorsitz Jugoslawien übernehme, stärker für westliche Ideen öffnen. USA und GB stimmten beiden Gesichtspunkten zu. Ich wies auf den am 7.11. bevorstehenden Besuch von AM Lončar in Bonn hin[57], F auf seinen Besuch Ende November in Paris.[58]

USA und GB schätzten serbischen Parteichef Milošević als geschickten Demagogen ein, der in der nächsten Zukunft in Jugoslawien noch eine größere Rolle spielen werde.

Regionalkonflikte

i) Afghanistan

Über die sowjetischen Absichten in Afghanistan und die Hintergründe der Ernennung von Woronzow zum Botschafter[59] bestand wenig Klarheit. USA bewertete Entsendung von Woronzow als Kombination aus seiner Entbehrlichkeit in Moskau und einem Prestige-Schachzug in Kabul. GB sah hierin einen verzweifelten Versuch Gorbatschows, die Entwicklung der Zeit nach dem Abzug[60] unter Kontrolle zu bringen. In so schwierigen Situationen seien Persönlichkeiten gefragt (Vergleich: Entsendung von Lord Soames[61] nach Salisbury vor Unabhängigkeit Rhodesiens). USA sah keine Veränderungen beim Abzugsplan. Die Flugzeugverlegungen bewertete sie entweder als Unterstützung der belagerten afghani-

56 Zur Einsetzung von drei deutsch-polnischen Arbeitsgruppen vgl. Dok. 14, Anm. 41.
Zum Stand der Arbeiten in den Arbeitsgruppen 1 „Politische, kulturelle und humanitäre Fragen“ und 2 „Wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit“ vgl. Dok. 193, Anm. 10, und Dok. 265, Anm. 8.

57 Zum Besuch des jugoslawischen Außenministers Lončar vom 7. bis 9. November 1988 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 315.

58 Der jugoslawische Außenminister Lončar hielt sich am 28./29. November 1988 in Frankreich auf.

59 Der sowjetische Erste Stellvertretende Außenminister Woronzow war seit 14. Oktober 1988 zugleich Botschafter in Kabul.

60 Zum sowjetischen Truppenabzug aus Afghanistan vgl. Dok. 270, Anm. 42.

61 Korrigiert aus: „Holmes“.

schen Truppen oder als Maßnahme gegen Pakistan, mit dem eine politisch äußerst wichtige Auseinandersetzung im Gang sei. Hierin läge auch die festzustellende, zurückhaltendere Sprache Pakistans (Hinweis von F) begründet. Ich wies darauf hin, daß D3[62] in Moskau auch keine neuen Informationen erhalten habe. SU habe zu erkennen gegeben, daß zur afghanischen Opposition keine Kontakte beständen. Die jüngste Zurückhaltung Pakistans verfolgten wir auch überrascht.

j) Südliches Afrika

USA bedauerte, daß der Termin für nächste Verhandlungsrunde noch nicht feststehe[63]; von angolanischer und kubanischer Seite lägen keine neuen Vorschläge vor, die die geplante Fortsetzung der Verhandlungen und ein Inkrafttreten des Rückzuges am 1.11. in Gang setzen könnten. Crocker halte sich bereit. Wichtig sei es auch, andere afrikanische Staaten zur Unterstützung der inneren Entwicklung in Angola zu gewinnen. F bezweifelte Aufrichtigkeit Südafrikas bezüglich Rückzugs aus Namibia. Er sah darin eher einen Vorwand, der SA bereits politisch Vorteile (Gespräche in Europa) gebracht habe. GB trat französischer Einschätzung entgegen und wies auf Ernsthaftigkeit SA's hin. Bewegung von seiten Kubas werde den gesamten Prozeß in Gang setzen. Die bisherige positive Entwicklung mit ihren Ansätzen für Truppenrückzug und Aussöhnung könne aber jederzeit zu einem völligen Stillstand kommen. Ich stimmte GB zu und wies auf unser besonderes Interesse an Namibia und unsere vorbereitenden Überlegungen für Unterstützung nach Unabhängigkeit sowie für friedenssichernde Maßnahmen hin.

k) Naher Osten

GB sah die PLO (unter sowjetischem Druck) sich auf ausgewogenere Positionen hinbewegen, wodurch der Weg zu Friedensverhandlungen frei werden könnte. Die PLO sei allerdings in sich gespalten und stehe vor dem Problem, ihr Selbstverständnis als revolutionäre Kraft aufzugeben. GB habe Eindruck, daß PLO nicht einen unabhängigen palästin. Staat ausrufen, sondern vielmehr das Recht auf einen solchen verkünden werde.[64] Der Einfluß Syriens sei nach Ende des irak.-iran. Krieges[65] zurückgegangen; Syrien sei wohl nicht zuletzt unter irakischem Druck wieder in die gemeinsame arabische Linie zurückgekehrt. USA trat dem bei. Ich vertrat die Ansicht, daß beim arab. Gipfeltreffen in Algier[66] mit einer Erklärung zu Palästina – in wahrscheinlich eher vager, zweideutiger Form – zu rechnen sei, die uns vor die schwierige Frage, wie wir reagieren sollten, stellen werde. F berichtete aus den Gesprächen Mitterrand–Mubarak[67], daß Arab. Liga eine Arbeitsgruppe zur Frage der Vertretung der Palästinenser bei einer internationalen Konferenz eingesetzt habe, die in drei Monaten einen Bericht vorzulegen habe. Mubarak warte ab, die PLO sei überwiegend für eine unabhängige palästin. oder eine gemeinsame arabische Delegation. Mubarak übe Druck aus,

62 Reinhard Schlagintweit.

63 Zu den Friedensgesprächen zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA vgl. Dok. 268, Anm. 4.

64 Zur beabsichtigten Ausrufung eines palästinensischen Staates vgl. Dok. 267, Anm. 11.

65 Zum Waffenstillstand zwischen dem Irak und dem Iran ab 20. August 1988 vgl. Dok. 225, Anm. 30.

66 Am 15. November 1988 rief der Palästinensische Nationalrat (PNC) in der Deklaration von Algier einseitig einen unabhängigen Staat Palästina aus.

67 Staatspräsident Mitterrand traf am 25. Oktober 1988 in Ismailia mit Präsident Mubarak zusammen.

daß PLO sich in ihren Erklärungen nicht auf VN-Res. 181[68], sondern auf VN-Res. 242[69] beziehe.

Libanon

Allgemeine Ratlosigkeit hinsichtlich westlicher Beiträge zur Lösung der innenpolitischen Probleme[70] bestand fort. GB forderte weitere Anstrengungen (ohne konkreten Vorschlag), weil arabische Staaten Überwindung einer Teilung nicht erreichen würden. USA halten mangels besserer Ideen an ihrem mit Syrien ausgearbeiteten Vorschlag für Präsidentschaft (Daher) fest.[71] F gab diesem Vorschlag keine Chance und trat dafür ein, die verschiedenen Parteien im Libanon zu bewegen, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen.

F legte Wert auf VN-Rolle bei späterer Absicherung der Wahlen aufgrund einer Vereinbarung unter den Parteien und begrüßte Entsendung eines Beauftragten des VN-GS. GB und ich wiesen darauf hin, daß Maroniten an Teilung gelegen. GB hob hervor, daß unsere Botschaften durch Vorlage verschiedener Pässe schon jetzt zur Positionsbeziehung gezwungen würden und Teilung täglich tiefer werde.

l) Irak–Iran[72]

Ich berichtete über Besuch des iranischen stv. AM Larijani in Bonn (iranische Führung wünscht Fortschritte auf neuem Kurs stärkerer westlicher Zusammenarbeit und erwartet zur inneren Stärkung positive Reaktionen, Interesse an Kontakten zu USA, konstruktive Haltung bei Genfer Verhandlungen).[73] F bestätigte

68 Zur Resolution Nr. 181 der VN-Generalversammlung vom 29. November 1947 vgl. Dok. 267, Anm. 10.

69 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

70 Zur Lage im Libanon vgl. Dok. 267, Anm. 24.
Botschafter Göttelmann, Beirut, informierte am 24. Oktober 1988, „daß eine politische Lösung der libanesischen Verfassungs- und Präsidentschaftskrise völlig blockiert“ sei und die „de facto-Teilung des Landes immer größer“ werde. Auch deuteten viele Anzeichen der letzten Tage auf eine militärische Eskalation hin: „Die von syrischer und irakischer Seite auf beiden Seiten der Demarkationslinie unterstützten Vorbereitungen für eine militärische Auseinandersetzung“ seien unübersehbar. Der Libanon drohe „erneut zum Zentrum eines Bürgerkrieges“ zu werden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 519; Referat 310, Bd. 149778.

71 Vgl. dazu die Verhandlungen des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Murphy, in Syrien und im Libanon; Dok. 267, Anm. 25.

72 Die Referate 311 und 230 hielten am 3. November 1988 fest, daß die seit 25. August 1988 unter der Schirmherrschaft des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar laufenden Friedensverhandlungen in Genf schnell ins Stocken geraten seien. Während der Iran auf der planmäßigen Implementierung der Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 beharre, fordere der Irak vom Iran zuvor eine Zusicherung über die sichere Schiffahrt im Golf sowie die Säuberung und Schiffbarmachung des Shatt-al-Arab. Vgl. dazu Referat 311, Bd. 154134.
Referat 230 vermerkte am 17. November 1988, daß Pérez de Cuéllar bei den Friedensverhandlungen in Genf eine „kompromißfähige Linie“ verfolge. Er habe den Implementierungsplan für Resolution Nr. 598 zurückgestellt und statt dessen einen Vier-Punkte-Plan vorgelegt. Dieser umfasse: „Truppenrückzug auf die ‚international anerkannten Grenzen‘ (Wortlaut von Res. 598) binnen zwei Wochen; Schiffahrtsfreiheit im Golf (Iran verzichtet auch formell auf das ihm nach Völkerrecht während des Waffenstillstandes zustehende Recht auf Untersuchungen); Austausch der Kriegsgefangenen innerhalb eines festzulegenden Zeitraums; Aufnahme von Verhandlungen über eine umfassende Regelung des Gesamtkonfliktes […]. In diesem Zusammenhang soll auch die Räumung des Shatt-al-Arab erörtert werden.“ Vgl. Referat 311, Bd. 154134.

73 Der stellvertretende iranische Außenminister Larijani besuchte die Bundesrepublik am 19./20. Oktober 1988. In seinem Gespräch mit Bundesminister Genscher am 19. Oktober 1988 erklärte er, daß der Vier-Punkte-Plan des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar einen „brauchbaren Rahmen“ darstelle und der Truppenrückzug wie der Gefangenenaustausch so rasch wie möglich durchgeführt werden sollten. Dagegen sei die Haltung des Irak weiter negativ, so daß es fraglich sei, ob es bei den Friedens-

gleiche Gesprächslinie von L.-Besuch am 28.10. in Paris. F zweifelte an größerer iranischer Flexibilität in Genf und wies auf irakische Bereitschaft zu Gefangenenaustausch hin. Er hielt Gefahr der Unterbrechung der Verhandlungen für gering, beide Seiten seien zu ernsthaften, wenn auch wahrscheinlich langen (2–3 Jahre) Verhandlungen bereit. AM Peres habe sich am 28.10. in Paris optimistisch zum Fortgang der Genfer Verhandlungen (mit Ausnahme der Shatt-al-Arab-Probleme) geäußert. GB teilte Einschätzung von F, sah aber Gefahr örtlich begrenzter Verletzungen des Waffenstillstandes. USA wies zu durch uns übermittelten iranischen Kontaktwünschen auf bestehende Kanäle hin, die Iran benutzen sollte, wenn er an Annäherung mit USA wirklich interessiert sei.

m) Zentralamerika

USA beklagte weitere Verschlechterung der Lage in Nicaragua und bat, jegliche Hilfeleistungen an die Demokratisierung und Verbesserung der Menschenrechtssituation zu knüpfen. Die sowjetischen Hilfslieferungen seien zwar etwas, aber nicht bedeutend zurückgegangen. SU weigere sich, Nicaragua im Stich zu lassen; sie fühle sich zur Fortsetzung der Hilfe verpflichtet. Erstaunlich sei die negative, sehr kühle Einschätzung des Regimes durch SU in den bilateralen Gesprächen gewesen. GB erwähnte, daß SU auf Aufforderung zur Reduzierung der Hilfe an Nicaragua zusätzlich auf umgekehrte Lage in Afghanistan verwiesen habe. GB berichtete, daß Präsident Arias in London[74] britische Regierung aufgefordert habe, Nicaragua öffentlich wegen seiner Unterlassungen bei der Demokratisierung des Landes zu kritisieren. Ich berichtete von Privatbesuch des nic. VP Ramírez (Teilnahme an Literatenkongreß in Berlin).[75] Wir hätten Einbeziehung Berlins (West) in Reise positiv registriert, aber alle Versuche zurückgewiesen, Besuch (durch Unterzeichnung lange blockierten Kulturabkommens mit Einbeziehung Berlins[76]) aufzuwerten. R. werde unmißverständlich unsere Haltung zur ZA-Krise deutlich gemacht. F unterstrich harte Linie gegenüber Nicaragua.

Ich berichtete kurz über bevorstehenden Besuch des honduranischen AM López am 7.11.[77], der seinen Vorschlag zur Überwachung des ZA-Friedensprozesses[78]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1652
verhandlungen in Genf bald Fortschritte gebe. Die Mitglieder des VN-Sicherheitsrats sollten deshalb Druck auf den Irak ausüben. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 311, Bd. 154143.

74 Präsident Arias hielt sich vom 16. bis 19. Oktober 1988 in Großbritannien auf.

75 Zum Besuch des nicaraguanischen Vizepräsidenten Ramírez in der Bundesrepublik und in Berlin (West) vom 22. bis 29. Oktober 1988 vgl. Dok. 307.

76 Vortragender Legationsrat I. Klasse Eberle erklärte am 27. Oktober 1988 im Gespräch mit dem Generaldirektor für Kultur im nicaraguanischen Erziehungsministerium, Díaz, zu den Verhandlungen über ein Kulturabkommen: „Vor zwei Monaten sei dem nicaraguanischen Botschafter in Bonn auf dessen Bitte das Muster eines Kulturabkommens übergeben worden, unter besonderem Hinweis auf die unverzichtbare Berlin-Klausel und die Notwendigkeit einer Statusregelung für unser Kulturpersonal in Nicaragua. Kurz vor dem Besuch des nicaraguanischen Vizepräsidenten habe der Botschafter das Einverständnis der nicaraguanischen Regierung mit diesem Entwurf mitgeteilt und ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Berlin-Regelung für Nicaragua akzeptabel sei. Weiter habe der Botschafter den Wunsch geäußert, das Abkommen anläßlich des Besuches des nicaraguanischen Vizepräsidenten in Bonn zu unterzeichnen. Der Botschafter sei darauf hingewiesen worden, daß wir vor Unterzeichnung die Zustimmung der Bundesländer einholen müssen, was so kurzfristig nicht möglich sei.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 331, Bd. 143955.

77 Zum Besuch des honduranischen Außenministers López am 7. November 1988 vgl. Dok. 314.

78 Zur Überwachung des Friedensprozesses in Zentralamerika vgl. Dok. 131, Anm. 10.
Referat 331 vermerkte am 28. Oktober 1988: „In seiner Rede vor der 43. VN-Generalversammlung am 4. Oktober 1988 forderte der honduranische AM Carlos López den VN-GS auf, eine internationale

erläutern wolle, dem wir skeptisch gegenüberstünden, weil zum Vorschlag unter den fünf ZA-Staaten kein Konsens bestehe, was für uns Voraussetzung sei. Für uns käme allenfalls technische Hilfe bei der Überwachung in Betracht, über die interne Meinungsbildung aber noch nicht abgeschlossen sei.

Richthofen

VS-Bd. 13028 (204)

312

Botschafter Holik, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-15524/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 3. November 1988, 21.20 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1347 **Ankunft: 3. November 1988, 21.42 Uhr**
Citissime nachts

Betr.: HLTF-Sitzung am 3.11.1988

I. Zusammenfassung

1) Auch heutige Sitzung der HLTF stand im Zeichen eines erneuten Versuchs der USA, unseren zusammen mit GB entwickelten Kompromißvorschlag zur Herstellung gleicher Obergrenzen in drei Regionen[2] zu Fall zu bringen. Zu diesem Zweck zirkulierten die USA ein neues Papier, das im Kern gleiche Obergrenzen für ganz Europa ohne regionale Differenzierung vorsieht.[3] USA waren in der Sitzung durch keinen Vertreter aus Washington, sondern durch Gesandten der NATO-Vertretung Kornblum repräsentiert. Uneingeschränkte Unterstützung fanden die Amerikaner nur durch NWG, TUR und GR.

Bereits beim Abendessen im Fünferkreis am 2.11., zu dem wir eingeladen hatten, hatte sich herausgestellt, daß Kornblum unter dem Eindruck des entschiedenen Widerstands der übrigen Vier die Chancen für eine Durchsetzung der amerikanischen Vorstellungen skeptisch einschätzte. Er gab zu verstehen, daß er seine

Fortsetzung Fußnote von Seite 1653
Friedenstruppe (‚international peace force') aus Verbänden Spaniens, Kanadas und der Bundesrepublik zu bilden. Der honduranische Ständige Vertreter bei den VN hat den VN-GS am 5. Oktober 1988 über den Vorschlag unterrrichtet. Honduras beabsichtigt derzeit jedoch nicht, den für die Errichtung von VN-Friedenstruppen zuständigen VN-SR mit seinem Vorschlag zu befassen." Der Vorschlag ziele darauf ab, „notfalls mit Waffengewalt zu gewährleisten, daß das honduranische Territorium nicht zu Übergriffen von Rebellen aus El Salvador und Nicaragua gegen diese Länder genutzt wird. Der honduranische Vorschlag ist unter den fünf ZA-Staaten nicht konsensfähig und hat keine Aussicht auf Verwirklichung. Präsident Arias von Costa Rica hat ihn am 7. Oktober 1988 erneut deutlich abgelehnt." Vgl. Referat 331, Bd. 143935.

1 Das Fernschreiben wurde von Vortragendem Legationsrat Gruber, z. Z. Brüssel, konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 4. November 1988 vorgelegen.

2 Vgl. dazu den am 18. Oktober 1988 übergebenen britischen Rahmenvorschlag „Conventional Arms Control: Framework Proposal" vgl. VS-Bd. 12265 (221).

3 Für das Non-paper „U.S. position on zones" vom 2. November 1988 vgl. VS-Bd. 12265 (221).

Berichterstattung so einrichten wird, daß Washington die Erfolglosigkeit einer Infragestellung des ursprünglich im Fünferkreis entwickelten Kompromißvorschlags[4] einsieht. Ob dies zutrifft, muß sich bei der nächsten Sitzung der Quint in Bonn am 10.11.[5] zeigen.

HLTF-Sitzung endete mit einer Einigung darauf, daß GB den Kompromißvorschlag weiter verfeinern wird und ein überarbeitetes britisches Papier als Grundlage der Diskussion auf nächster HLTF-Sitzung am 16.11. dienen soll. Dazu haben wir in der Sitzung Anregungen eingebracht und zu diesem Zweck ein Papier mit Elementen unseres Rahmenvorschlags in einer für die Präsentation geeigneten Form eingebracht.

2) Über den Inhalt eines westlichen Vorschlagpakets für neue VSBM wurde nur in allgemeiner Form diskutiert. Einigkeit bestand, daß höchste Dringlichkeit besteht, auch ein substantielles VSBM-Paket auszuarbeiten und nächstem „reinforced meeting" am 17./18.11. eine entscheidende Bedeutung zukommt.[6]

3) HLTF billigte Inhalt einer westlichen Datenpublikation über die konventionellen Kräfte in Europa. Datenpapier soll am 15.11. veröffentlicht werden.[7]

II. Im einzelnen

1) Amerikanischer Vertreter stellte in seiner Präsentation auf folgende Punkte ab (Text seines Statements, das anschließend zirkuliert wurde, wird dort verteilt):

Für die USA sei die strategische Einheit des Bündnisses oberstes Anliegen. Die sowjetische Politik habe seit langem zum Ziel, die Einheit des Bündnisses zu unterhöhlen. Diesem Zweck dienten die in ständig neuer Auflage wiederholten Vorschläge für besondere Sicherheits-Arrangements in verschiedenen Teilen Europas. Die Solidarität und die kollektive Verteidigung des gesamten Bündnisses sei die Grundlage für das amerikanische Engagement in Europa.

Washington sei nach eingehender Prüfung des im September ausgearbeiteten Kompromißvorschlages der Herstellung gleicher Obergrenzen in drei Regionen zu der Überzeugung gekommen, daß dieser Vorschlag den dargelegten Grundsätzen der Bündnis-Einheit widerspreche. Die amerikanische Regierung sei in diesem Urteil durch die Reaktion der Türkei und von Norwegen bestärkt worden, die durch den Vorschlag einer regionalen Differenzierung in eine gefährliche

4 Vgl. dazu die KRK-Konsultationen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der USA am 7./8. September 1988 in Wiston House (Wilton Park); Dok. 248.

5 Zu den KRK-Konsultationen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der USA am 10. November 1988 vgl. Dok. 320, Anm. 5.

6 Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde, z. Z. Brüssel, berichtete am 18. November 1988 über das Treffen der VSBM-Arbeitsgruppe der NATO (Weißes Team) am 17./18. November 1988 in Brüssel: „Arbeiten an westlicher Verhandlungsposition für Fortführung der (Stockholmer) VSBM-Verhandlungen konnten in Sitzung wesentlichen Schritt vorangebracht werden. Es wurde Einvernehmen erzielt, Grundelemente des VSBM-Pakets im gesonderten Papier zusammenzustellen […]; politischen Gehalt des westlichen Verhandlungsvorschlags – vor allem auch im Hinblick auf NATO-Herbsttagung – in einem ‚public handling'-paper durch das Sekretariat gesondert aufzubereiten; Lösung von Einzelfragen der Fertigstellung des Gesamtpakets der VSBM AG zu überlassen (als Grundlage für spätere Arbeit der VSBM-Verhandlungsdelegationen in Wien), wobei (zeitliche) Prioritäten in dieser Reihenfolge gesehen wurden. Wir haben Kontakt- und Clearingfunktion für Elementenpapier […] übernommen und bereits am 18.11. Entwurf […] vorgelegt, der in ersten Reaktionen als gute Grundlage begrüßt wurde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1523/1524; Referat 221, Bd. 144800.

7 Zur Frage einer Dateninitiative der NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 281, Anm. 15.
Die Streitkräftedaten wurden am 25. November 1988 publiziert. Vgl. NATO (Hrsg.), Conventional Forces in Europe: The Facts, Brüssel 1988.

politische Singularisierung gedrängt würden.[8] Angesichts der verhängnisvollen Auswirkungen einer regionalen Differenzierung für den Zusammenhalt des Bündnisses habe man sich in Washington dazu entschlossen, eine Alternative zu dem im britischen Papier niedergelegten Kompromiß vorzulegen. Kern des neuen amerikanischen Vorschlages sei der Verzicht auf jedwede Regionalisierung.

F (d'Aboville) hat den amerikanischen Vorstoß heftig angegriffen. Angesichts der Notwendigkeit, bis spätestens zum NATO-Außenministertreffen im Dezember[9] eine Einigung auf einen westlichen Substanzvorschlag zu erreichen, gehe es nicht an, daß die USA in jeder HLTF-Sitzung „neue Kaninchen aus dem Hut zaubere". Es gebe kein Zurück hinter die Weichenstellungen der KRK-Erklärung der NATO-Staats- und Regierungschefs vom März d.J.[10], die einen Vorschlag zur regionalen Differenzierung in drei Zonen eindeutig vorgezeichnet habe. (Beim Abendessen hatte d'Aboville zu verstehen gegeben, daß Mitterrand den Vorschlag zur Herstellung gleicher Höchststärken in drei Regionen gebilligt habe.) Eine regionale Differenzierung im westlichen Vorschlag sei schon deshalb notwendig, weil der Osten von sich aus in den Verhandlungen Zonen-Lösungen vorschlagen werde und der Westen ihnen ein Gegenkonzept entgegensetzen müsse.

F sei nicht nur aus nationalen Erwägungen, sondern aus sachlichen Gründen gegen die von den USA favorisierten gleichen Höchststärken in ganz Europa: Ein Vorschlag von Block-zu-Block-Parität bei Panzern lade die SU dazu ein, auf einen solchen westlichen Vorschlag mit dem Gegenvorschlag von Parität bei den Flugzeugen in ganz Europa zu antworten. F sei damit einverstanden, daß jeder Partner den Kompromißvorschlag von gleichen Höchststärken in drei Regionen je nach seinen Bedürfnissen präsentiere und bei der Erläuterung gegenüber der eigenen Öffentlichkeit Akzente setze, die er für notwendig halte. F schloß mit einem dringenden Appell an USA, den Fortschritt der letzten Monate in der HLTF nicht in Frage zu stellen und sich bei der Verbesserung des Kompromiß-Vorschlages zu beteiligen, statt mit einem gänzlich neuen Vorschlag die Diskussion erneut da zu beginnen, wo sie vor einem Jahr eröffnet worden war.

Ich äußerte mich im Ton versöhnlicher und gestand prinzipiell allen NATO-Partnern das Recht zu, auch im bündnisinternen Entscheidungsprozeß erzielte Zwischeneinigungen in Frage zu stellen. Dieses Recht müsse jedoch eine Grenze finden, wo es um vitale Sicherheitsinteressen des Bündnisses gehe. Die rechtzeitige Erarbeitung einer überzeugenden Verhandlungsposition für die KRK-Verhandlungen liege unbestreitbar im vitalen politischen und Sicherheitsinteresse des Bündnisses. Sollte das Bündnis dieser Verantwortung nicht gerecht werden, stünden wir bei der kommenden Ministertagung viel schlechter da als im Falle eines für einige Bündnispartner nicht ausreichenden Zwischenberichts zum Gesamtkonzept[11]. Ich schloß mich deshalb dem Appell d'Abovilles an die

8 Zur Haltung Norwegens und der Türkei zu einem Regionalkonzept bei den Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 281, Anm. 8, und Dok. 311, Anm. 21.

9 Zur NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1988 in Brüssel vgl. Dok. 361 und Dok. 362.

10 Für den Wortlaut der „Erklärung zur konventionellen Rüstungskontrolle: Der Weg nach vorn" der Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten vom 2. März 1988 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 22–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 204–208. Vgl. dazu auch Dok. 75.

11 Zur Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO vgl. Dok. 242.

USA an. Gegenüber den Flankenpartnern versuchte ich den Nachweis zu führen, daß ihre Sicherheitsinteressen mit einem integralen westlichen Vorschlagspaket, das auch regionale Differenzierungen enthält, besser gewahrt sind als mit einem rein „globalen" Ansatz, der z.B. die Massierung von in Zentraleuropa abgezogenen sowjetischen Truppen an den Flanken nicht ausschließen könnte. Für die politischen Sorgen hätten wir Verständnis, doch sei dies weitgehend eine Frage der Präsentation. Ich erinnerte daran, daß die Bundesrepublik Deutschland sich in einer heikleren politischen Situation befunden habe, als sie sich auf den geographisch begrenzten MBFR-Ansatz[12] eingelassen habe. Während damals die meisten anderen Bündnispartner nur indirekt oder überhaupt nicht erfaßt worden seien, sehe der jetzt angebotene Kompromißvorschlag die volle und integrale Beteiligung aller Bündnispartner an den Verhandlungen vor (norwegischer Vertreter, Sonderbotschafter Sæther, sagte mir nach der Sitzung, dieses Argument habe ihn nachdenklich gemacht). Ähnlich kritisch wie F und wir, wenn auch mit unterschiedlichen Nuancen, äußerten sich B, E, I, P, L zu dem neuen US-Ansatz. KAN und DK zeigten Verständnis für die amerikanischen und norwegischen Anliegen, plädierten im Ergebnis jedoch auch dafür, auf der Grundlage des im britischen Papier niedergelegten Kompromisses weiterzuarbeiten.

Unterstützung erhielten die USA nur von Norwegen, Türkei und Griechenland. NWG wiederholte in zunächst kategorischer Form die Ablehnung jeglicher regionalen Differenzierung. TUR ist dazu bereit unter dem Dach europaweiter gleicher Höchststärken und bei Anknüpfung an NATO-Kommandozonen. Jedoch auch diese drei Staaten widersetzten sich zu Ende der Sitzung der Fortführung der HLTF-Beratungen auf der Grundlage eines weiter überarbeiteten britischen Papiers nicht.

Britischer Vertreter beschränkte sich darauf, Kommentare zu dem Kompromißpapier entgegenzunehmen und ihre Berücksichtigung bei der Weiterentwicklung des Kompromiß-Vorschlages zuzusagen. Auch GB appellierte an USA, das Rad nicht zurückzudrehen und erreichte Fortschritte in Richtung auf einen Kompromiß nicht rückgängig zu machen.

2) HLTF billigte den Inhalt einer westlichen Daten-Publikation über das konventionelle Kräfteverhältnis in Europa mit geringfügigen Änderungen gegenüber bisherigem Entwurf. Überarbeiteter Text wird den Hauptstädten unverzüglich übersandt. Sie sollen sich bis 8.11. dazu äußern. Falls bis 8.11. kein Einspruch beim Internationalen Stab eingeht, gilt das Papier in der zirkulierten Form gebilligt. Es soll dann am 15.11. gleichzeitig in Brüssel (durch NATO-GS[13]), den Hauptstädten und in Wien beim WFT (durch derzeitigen NATO-Ehrenvorsitzenden NL[14]) veröffentlicht und zirkuliert werden.

Die Tabellen über die Streitkräftebestände der Mitglieder der beiden Bündnisse enthalten auf französischen Wunsch keine Gesamtsummen für die Bündnisse. F widersprach jedoch nicht der Feststellung, daß nationale Versionen der NATO-

12 Im Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien wurde Mitteleuropa als Reduzierungsraum festgelegt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

13 Manfred Wörner.

14 Hans van den Broek.

Publikation mit Summen publiziert werden können. Auf amerikanisches Drängen enthält das Papier keine Angaben zu Seestreitkräften. Auch hier bleibt es den einzelnen Partnerstaaten frei, in ihrer eigenen Präsentation Daten über Seestreitkräfte dem NATO-Papier anzufügen.

3) Nächste Termine: 15.11. HLTF auf Vertreterebene (stabilisierende Maßnahmen), 16.11. HLTF[15], 17./18.11. Reinforced Meeting des White Team zu VSBM, 23.11. bei Bedarf HLTF[16], 30.11. HLTF[17].

Bericht ist mit BMVg (O.i.G. Hübner) abgestimmt.

[gez.] Holik

VS-Bd. 13033 (204)

15 Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde, z.Z. Brüssel, informierte am 16. November 1988, daß die Sitzung der High Level Task Force (HLTF) der NATO am selben Tag die Behandlung wichtiger Fragen habe ausklammern müssen. Grund hierfür sei die französische Position gewesen, das Verhältnis der KRK-Verhandlungen zum KSZE-Prozeß zu stärken, sowie die französische Weigerung, die Substanz westlicher Vorschläge auf der Sitzung zu erörtern. Letzteres sei auch darauf zurückzuführen, daß der „Meinungsbildungsprozeß in Paris auf höchster politischer Ebene noch im Gange" sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1499; VS-Bd. 13487 (212); B 150, Aktenkopien 1988.

16 Die Sitzung der High Level Task Force (HLTF) der NATO fand am 22. November 1988 in Brüssel statt. Vortragender Legationsrat Gruber, z.Z. Brüssel, berichtete hierzu am selben Tag, daß sowohl die „Klärung der Einordnung von KRK in den KSZE-Prozeß" als auch die „Ausarbeitung eines westlichen KRK-Verhandlungsvorschlags" im Zentrum gestanden hätten. Während sich die amerikanische Delegation zu den französischen Anliegen beim Verhältnis von KRK und KSZE nicht geäußert habe, so habe sie sich bei der Erörterung der Substanz eines westlichen KRK-Vorschlags „zu einem Verzicht auf bündnisweite gleiche Höchststärken und zu Übernahme des von GB und uns ausgearbeiteten Kompromisses von regional differenzierten Obergrenzen" bereit gezeigt, „falls für die Gebiete außerhalb einer erweiterten Region Mitte eine kombinierte gemeinsame Obergrenze vorgesehen" werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1540/1541; VS-Bd. 13487 (212); B 150, Aktenkopien 1988.

17 Botschafter Holik, z.Z. Brüssel, informierte am 30. November 1988 über die Sitzung der High Level Task Force (HLTF) der NATO vom selben Tag sowie über die KRK-Konsultationen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der USA vom Vortag: „Die Diskussion über die französischen Wünsche hinsichtlich einer Klarstellung der Einordnung von KRK in den KSZE-Prozeß" habe Annäherungen, aber noch keine Lösung gebracht. Die französische Seite habe ein Junktim aufgestellt, „wonach eine Einigung über die Substanz eines westlichen KRK-Vorschlags und VSBM-Pakets von einer Einigung über die Strukturfragen abhängig gemacht" werde. Es bedürfe deshalb erheblicher Anstrengungen, insbesondere zwischen Frankreich und den USA, um bis zur NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1988 eine Einigung zu erzielen. Dagegen habe es bei der Erörterung der Substanz eines westlichen KRK-Vorschlags und VSBM-Pakets wichtige Fortschritte gegeben, die eine Einigung vor der NATO-Ministerratstagung nach wie vor möglich erscheinen ließen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1585; VS-Bd. 13487 (212); B 150, Aktenkopien 1988.

313

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident Rocard

VS-NfD **4. November 1988**[1]

Deutsch-französische Konsultationen am 3./4. November 1988;
hier: Gespräch des Bundeskanzlers mit Staatspräsident Mitterrand und PM Rocard am 4. November 1988, 9.30–10.40 Uhr

Teilnehmer: Der Bundeskanzler, StP Mitterrand, BM Genscher (ab 10 Uhr), PM Rocard, MD Teltschik, AM Dumas (ab 10 Uhr), VLR I Bitterlich, Herr Attali, Frau Guigou, Herr Petit, Frau Siebourg als Dolmetscherin, Herr Weiser als Dolmetscher.

Der *Bundeskanzler* fragt eingangs den Staatspräsidenten und den Premierminister nach dem Referendum über den künftigen Status von Neukaledonien am kommenden Sonntag.[2]

StP *Mitterrand* erwidert, daß die Demoskopen mit breiter Zustimmung, aber nur mit einer Wahlbeteiligung von knapp unter 40% rechneten. Entscheidender Unterschied zu früheren Volksbefragungen sei, daß es diesmal nicht um eine Frage gehe, die zwischen den Parteien vom Grundsatz her umstritten sei.

PM *Rocard* führt zunächst den beim heutigen Wirtschaftsfrühstück erarbeiteten Vorschlag ein: Im Rahmen des nächsten Gipfels[3] sollte ein Treffen mit Ver-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bitterlich, Bundeskanzleramt, am 10. November 1988 gefertigt und am folgenden Tag von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl „mit der Bitte um Billigung“ geleitet. Dazu vermerkte Teltschik: „Ich bitte ferner um Ihre Zustimmung, den Vermerk BM Genscher zur persönlichen Kenntnisnahme zu übermitteln.“
Hat Schäuble vorgelegen.
Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ja.“ Ferner vermerkte er: „Teltschik “.
Hat Teltschik am 21. November 1988 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, „z[ur] w[eiteren] V[eranlassung]“ verfügte.
Hat Hartmann am 21. November 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bitterlich „z.w.V.“ verfügte.
Hat Bitterlich am 21. November 1988 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 77; B 150, Aktenkopien 1988.

2 Zur Neukaledonien-Frage vgl. Dok. 130, Anm. 14.
Vortragender Legationsrat Dane notierte am 5. Juli 1988: „Unter aktiver Mitwirkung PM Rocards haben Vertreter der Loyalisten und der melanesischen Ureinwohner am 26.6.1988 in Paris eine Vereinbarung über die Zukunft Neukaledoniens unterzeichnet.“ Diese sehe „eine zwölfmonatige Direktverwaltung des Überseegebiets durch die Regierung in Paris, die Aufteilung in drei Provinzen mit begrenzter Selbstverwaltung ab 1989 sowie ein Referendum der Bevölkerung Neukaledoniens über das weitere Schicksal des Territoriums im Jahre 1998 vor. Die französischen Wähler werden bereits Ende 1988 im Rahmen einer Volksabstimmung auf nationaler Ebene die Möglichkeit erhalten, über ein neues Statut für Neukaledonien zu entscheiden.“ Vgl. Referat 203 (202), Bd. 140610.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Ahrens vermerkte am 11. November 1988: „Am 6.11.1988 haben die Franzosen in einem Referendum das Neukaledonienstatut der sozialistischen Regierung Rocard gebilligt. 80% der Urnengänger sprachen sich für den Gesetzentwurf aus. Das auf den ersten Blick erfreuliche Ergebnis wird jedoch durch den Umstand geschmälert, daß die Wahlbeteiligung mit rd. 38% einen absoluten Nachkriegstiefstand erreichte. Zur Wahlverdrossenheit im französischen Mutterland hatten sich offensichtlich weitverbreitete Indifferenz gegenüber dem fernen Neukaledonien und die Unkenntnis über den komplexen Inhalt des neuen Statuts gesellt.“ Vgl. Referat 342, Bd. 144481.

3 Die deutsch-französischen Konsultationen fanden am 19./20. April 1989 in Paris statt. Vgl. dazu AAPD 1989.

tretern der Industrie und Banken stattfinden, um den Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern Auftrieb zu geben und deren Erwartungen an die Europäische Gemeinschaft zu erörtern.

Auf die Frage von StP *Mitterrand*, wieviele und welche Industrievertreter man hierzu bitten sollte, erläutert der *Bundeskanzler* in einer spontanen ersten Reaktion, daß man z. B. daran denken könnte, an einen runden Tisch von jeder Regierung fünf Mitglieder und von den Industrien beider Länder ebenfalls je fünf Teilnehmer zu bringen und zwei Stunden eine offene Diskussion ohne Kommuniqué zu führen. Auf deutscher Seite könnten dies z. B. die Deutsche Bank, Siemens, je ein Vertreter der Automobil-, der Chemie- und der Maschinenbauindustrie sein. Man müsse aber auf beiden Seiten weiter hierüber genauer nachdenken, jedenfalls halte er den Vorschlag insgesamt für eine gute Idee.

StP *Mitterrand* fragt, ob man nicht auch die Gewerkschaften hinzubitten sollte.

Der *Bundeskanzler* hält die Einbeziehung der Gewerkschaften für wichtig. Man könnte diese vielleicht zu einem Gespräch im Rahmen des übernächsten Gipfels[4] einladen – die Absicht zu den Gesprächen mit Industrie und Gewerkschaften aber zugleich bekanntgeben.

StP *Mitterrand* bittet sich Bedenkzeit zu den Vorschlägen aus. Er werde bald endgültig Stellung beziehen.

PM *Rocard* kommt danach auf die französischen Sorgen im Hinblick auf die GATT-Verhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde[5] zu sprechen. F müsse sichergehen, daß die EG-Kommission weiter auf ein „ausgeglichenes Spiel der Konzessionen" zwischen Landwirtschaft und gewerblichem Bereich achtet. Wenn sich Gemeinschaft auf die Diskussion unterschiedlicher Formen von Agrarsubventionen und deren Abbau einlasse, drohe die Gemeinsame Außenpolitik Schaden zu nehmen. Gemeinschaft brauche offensiveres Vorgehen gegenüber den US-Subventionen. Diese Frage sei für F wichtig, aber auch für NL und GB.

Der *Bundeskanzler* fragt, wie PM Rocard die Haltung der künftigen EG-Kommission[6] und die Risiken für die Gemeinschaft einschätze.

PM *Rocard* verweist darauf, daß diese Problematik mit der neuen EG-Kommission sofort nach Amtsantritt aufgenommen werden müsse. Risiko bestehe vor allem darin, daß sich die Politik der USA nach den Präsidentschaftswahlen[7] verhärten werde. USA würden sich in Zukunft wahrscheinlich wieder stärker protektionistisch verhalten und bei für sie interessanten Produkten zu Mitteln des Drucks und der Erpressung greifen. EG müsse darauf vorbereitet sein, ggf. Retorsionsmaßnahmen zu ergreifen.

Der *Bundeskanzler* teilt die Prognose von PM Rocard zur künftigen Haltung der USA – gleichgültig, ob der Wahlsieger Bush oder Dukakis heiße. Man müsse bald nach den US-Wahlen das Thema aufnehmen. Er hielte es für richtig, beim

4 Die deutsch-französischen Konsultationen fanden am 2./3. November 1989 statt. Vgl. dazu AAPD 1989.

5 Zum Stand der GATT-Verhandlungen vgl. Dok. 280, Anm. 12.

6 Am 6. Januar 1989 begann die Amtszeit der neuen EG-Kommission.

7 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Bush, als Sieger hervorging.
Präsident Bush nahm am 20. Januar 1989 die Amtsgeschäfte auf.

Frühstück in Rhodos am Rande des ER am 3. Dezember das weitere Vorgehen zu besprechen.[8] Ferner sollten D und F während der GATT-Midterm-Konferenz in Montreal vom 5.–9. Dezember[9] engen Kontakt halten.

Um 10 Uhr kommen die beiden Außenminister hinzu.

Auf Bitten von StP Mitterrand erläutert BM *Genscher*, daß AM Dumas und er in diesem Kreis nur ein Thema einführen wollten: Es sei die gemeinsame Sorge um den Stand und den Erfolg der KSZE-Folgekonferenz in Wien[10]. Es gehe dabei um zwei Problembereiche, die Abhaltung einer Menschenrechtskonferenz in Moskau[11] und die Vorbereitung der westlichen Verhandlungsposition für die konventionelle Abrüstung (KRK).

BM Genscher weist zu letzter Frage darauf hin, daß es einerseits um die Definition des KRK-Teilnehmerkreises gehe. F und D hätten ursprünglich 35er, d.h. KSZE-Kreis, befürwortet, sich aber damit innerhalb des Westens nicht durchgesetzt. Im Interesse einer Verständigung habe man sich schließlich mit 23er-Kreis, d.h. NATO und WP, einverstanden erklärt.

StP *Mitterrand* greift an dieser Stelle ein und betont, er habe Verhandlungen zu 23 nie seine Zustimmung gegeben. Die diesbezügliche Abschwächung der französischen Haltung bestehe nicht mehr. Man könne die Europäer nicht in zwei Teile aufteilen. Der Westen müsse wieder zur Konferenz zu 35 kommen. F jedenfalls werde dies fordern.[12]

BM *Genscher* erläutert, daß es andererseits um die Frage gehe, ob man die Verhandlungen mit einem inhaltlichen Konzept aufnehmen solle, das Europa als ganzes oder aufgeteilt in drei Zonen (Nord, Zentrum, Süd) darstelle. Das Zonenkonzept gehe auf den Wunsch Frankreichs zurück. Hierüber habe man in der Gruppe der wichtigsten westlichen Länder („Quint") – F, D, IT, GB, USA – einen Kompromiß erarbeitet.[13] USA hätten Konsens aufgegeben, nachdem Norwegen und die Türkei Einwände gegen das Zonenkonzept erhoben hätten[14] – diese beiden Länder befürchteten ihre Isolierung gegenüber dem Zentrum. In gestriger Sitzung der Arbeitsgruppe (HLTF) habe sich Dissens bestätigt.[15] Zonenkonzept würde von den USA, Norwegen, Griechenland und der Türkei abgelehnt; alle anderen Verbündeten hielten an dem Konsens fest.

AM *Dumas* ergänzt, daß das Zonenkonzept für die norwegische öffentliche Meinung ein echtes Problem darstelle. Die norwegische MP Brundtland habe in

8 Zur Tagung des Europäischen Rats am 2./3. Dezember 1988 auf Rhodos vgl. Dok. 353.
Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 3. Dezember 1988 auf Rhodos vgl. Dok. 351.

9 Zur Ministerkonferenz der Uruguay-Runde des GATT („Mid-term Review") vom 5. bis 9. Dezember 1988 in Montreal vgl. Dok. 368.

10 Zum Stand der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 322.

11 Zum sowjetischen Vorschlag für eine KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 304, Anm. 14.

12 Vgl. dazu die KRK-Konsultationen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der USA am 10. November 1988; Dok. 320, Anm. 5.

13 Vgl. dazu die KRK-Konsultationen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der USA am 7./8. September 1988 in Wiston House (Wilton Park); Dok. 248.

14 Zur Haltung Norwegens und der Türkei zu einem Regionalkonzept bei den Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 281, Anm. 8, und Dok. 311, Anm. 21.

15 Zur Sitzung der High Level Task Force (HLTF) der NATO am 3. November 1988 in Brüssel vgl. Dok. 312.

New York betont, Norwegen müsse Teil des Zentrums sein und könne nicht isoliert werden. Die Türkei verweise auf ihre besondere Lage und auf ihre „Zweite Front" gegenüber Iran/Irak. Die USA seien daher zu einer globalen Betrachtung zurückgekehrt. Ihn schockiere ein solcher Ansatz nicht. Auch im Rahmen eines Globalansatzes könne man berücksichtigen, daß im Zentrum 85% der konventionellen Waffen, d.h. mehr als in den Randzonen, stünden.

Der *Bundeskanzler* und StP *Mitterrand* hinterfragen nochmals die Motive der USA.

Der *Bundeskanzler* sagt zu, diese Problematik, sofern notwendig, bei seinem bevorstehenden Besuch in den USA[16] anzusprechen. Er fragt die AM, welche Haltung AM Shultz einnehme.

BM *Genscher* erwidert, AM Shultz sei für die Menschenrechtskonferenz in Moskau entsprechend unserer Prämissen eingetreten, er habe diesbezüglich auch an GB appelliert, einzulenken. AM Shultz habe auch dem Zonen-Kompromiß zugestimmt.

Der *Bundeskanzler* verweist darauf, daß US-Haltung zur Menschenrechtskonferenz Moskau vom Präsidentschaftswahlkampf beeinflußt sei. Nach den Wahlen werden die USA wohl flexibler eingestellt sein. Die Haltung der USA zur KRK-Problematik verstehe er nicht ganz.

AM *Dumas* ergänzt, es gäbe in allen KSZE-Bereichen keine klare US-Haltung.

StP *Mitterrand* kommt auf die KRK-Fragen zurück und fragt nochmals nach Hintergrund und besonderem Interesse des Zonenkonzepts.

AM *Dumas* erläutert dies und die damit verbundenen Probleme nochmals. Er sei dafür, zum Globalkonzept zurückzukommen, innerhalb könne dann regional eine spezifische Behandlung erfolgen. Am besten sei es, gemeinsam entsprechenden Vorschlag auszuarbeiten und einzubringen.

StP *Mitterrand* stimmt dem Verfahrensvorschlag zu. Ihm scheine das ganze aber ein bißchen Streit um des „Kaisers Bart" zu sein.

StP Mitterrand und der *Bundeskanzler* heben gemeinsam hervor, daß dieser Streit aber nicht zu Verzögerungen für die Abschlußphase der KSZE-Folgekonferenz führen dürfe.

BM *Genscher* faßt zur Sache nochmals zusammen: F habe früher Globalkonzept abgelehnt, US dagegen wollten einen solchen Ansatz. Wir seien von jeher kompromißbereit gewesen – uns sei der formale Ansatz im Prinzip egal.

StP *Mitterrand* wirft ein: Uns auch.

BM *Genscher* bittet daher darum, gemeinsam den Delegationen entsprechende Weisung zu erteilen.

Im Anschluß an eine kurze inhaltliche Diskussion der Grundfragen und nachdem BM Genscher anhand des Drahtberichtes über die Sitzung der HLTF-Arbeitsgruppe die dort abgegebene Stellungnahme des französischen Sitzungsvertreters verlesen hat, erläutert StP *Mitterrand* seine Haltung zu den beiden KRK-Fragen wie folgt:

16 Bundeskanzler Kohl besuchte vom 12. bis 15. November 1988 die USA. Vgl. dazu Dok. 324, Dok. 325 und Dok. 328.

– Teilung der KRK-Konferenz in 23/12 habe er nie zugestimmt. Dies sei die Position der früheren französischen Regierung in den Verhandlungen vor Ort gewesen. Es bestehe kein Grund mehr, an dieser Haltung noch festzuhalten. Er sei von Anfang an dagegen gewesen. Verengung auf eine Diskussion auf 23 sei nicht gut, da diese beiden Gruppen dann von den Supermächten kontrolliert würden. Das hindere selbstverständlich die 23 nicht, sich innerhalb der jeweiligen Bündnisse vorzubereiten. Er werde Weisung geben, soweit wie möglich 35er-Kreis herzustellen.
– Die bisherige Debatte um ein Globalkonzept oder eine Aufteilung in Zonen scheine ihm wie eine „Krämerdiskussion" („affaire de chiffonnier"). Aufteilung in drei Zonen bestätige nur US-Monopol. F sei bereit, seine Haltung anzupassen.

BM *Genscher* schlägt nochmals Treffen der deutschen und französischen Vertreter am Montag, 7. November, vor mit dem Auftrag, unsere Haltung neu zu formulieren und Einvernehmen herzustellen.

StP *Mitterrand* stimmt dem zu.

BM *Genscher* greift nochmals – um klare Weisungen zu ermöglichen – Frage des KRK-Teilnehmerkreises auf. F und D seien für KSZE-Teilnehmerkreis, d.h. 35, eingetreten. KSZE-Prozeß habe gezeigt, daß gerade die kleineren WP-Staaten mehr Bewegungsfreiheit hätten, wenn im 35er-Kreis verhandelt wurde. Zudem sei für die Einschätzung der konventionellen Kräfteverhältnisse die konventionelle Stärke von Ländern wie Schweden, Österreich, Jugoslawien von Bedeutung. F und D hätten sich mit dieser Linie aber nicht durchsetzen können.

StP *Mitterrand* verweist darauf, daß PM Chirac ihm Votum zugunsten von Verhandlungen im Rahmen der 23 vorgelegt habe. Er habe diesen Vorschlag abgelehnt. PM Chirac habe seine These auch akzeptiert. Er habe jedoch viel später erfahren, daß F vor Ort schließlich nach Erörterung mit den USA die 23+12-Formel akzeptiert habe. F habe damit zum Festhalten an einer unklaren Situation beigetragen. Dies sei ihm als „praktisches Problem" dargestellt worden. Er wolle nicht aggressiv gegenüber den USA sein. Anpassung der französischen Haltung mit Ziel 35er-Kreises solle diplomatisch, flexibel erfolgen.

BM *Genscher* verweist darauf, daß die taktische Verhandlungslage sich damit für F und D wie folgt darstelle: Mit Eingehen auf den Wunsch der USA eines Globalansatzes müsse von den USA dieses Entgegenkommen gewürdigt werden. Wir könnten zu Recht erwarten, daß die USA sich beim Teilnehmerkreis flexibler verhalten.

StP *Mitterrand* entgegnet, daß er auf 35er-Formel bestehen müsse. Dies sei nicht „verhandelbar". Dies sei eine klare Weisung. Eingehen auf Globalansatz sei ein „Akt des guten Willens".

BM *Genscher* faßt zum weiteren Verfahren nochmals zusammen: Am Montag, 7.11.: Treffen der deutschen und französischen Vertreter (auf D-Seite: D2A)[17];

17 Vortragender Legationsrat Gruber berichtete am 8. November 1988 über das Treffen des Botschafters Holik mit dem außenpolitischen Berater des französischen Staatspräsidenten, Védrine, und dem Unterabteilungsleiter im französischen Außenministerium, d'Aboville, am Vortag in Paris. Dabei hätten die Gesprächspartner auf Holiks wiederholte Frage, ob Frankreich zu Zugeständnissen bereit sei, bestritten, daß Mitterrand bei den deutsch-französischen Konsultationen „eine Revision

D und F sollten anschließend Einberufung eines Treffens der Quint verlangen. Er bittet AM Dumas, den/die französischen Vertreter über die heutigen Gesprächsvereinbarungen zu informieren.

BM Genscher unterrichtet abschließend darüber, daß AM Dumas und er Einrichtung zweier gemeinsamer integrierter Botschaften beschlossen hätten, eine in Ulan Bator, über einen weiteren Ort sei noch zu entscheiden.[18]

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 77

314

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem honduranischen Außenminister López

331-321.36 HON VS-NfD **7. November 1988**[1]

Von BM noch nicht genehmigt

Gespräch BM mit dem AM von Honduras, Carlos López Contreras, am 7.11.1988, 13.30 h

1) Das Gespräch mit dem Außenminister von Honduras fand im Rahmen eines Mittagessens im Humboldtzimmer statt. AM López Contreras war begleitet von seinem Berater, Botschafter Dumas Rodriguez, der für die Vorbereitung von San José V[2] zuständig ist, sowie von Botschafter Mayr.

Deutsche Teilnehmer: D 3[3], RL 331[4], VLR Schumacher und Herr Kirberg (BMWi) als Dolmetscher.

Das Gespräch verlief in freundschaftlicher Atmosphäre und dauerte etwa eine Stunde.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1663
der französischen Haltung zu gleichen Obergrenzen zwischen den Bündnissen in Aussicht gestellt habe. Sie widersprachen dem Gedanken eines Tauschgeschäfts, im Zug dessen F Entgegenkommen bei gleichen Höchststärken gegen eine Verstärkung der Einbettung von KRK in den KSZE-Rahmen anbieten würde." Védrine habe aber zugesichert, ein solches Tauschgeschäft intern prüfen zu wollen. Vgl. Referat 241 (221), Bd. 163141.

18 Zur Frage der Errichtung einer gemeinsamen deutsch-französischen Auslandsvertretung in Ulan Bator vgl. Dok. 233.
Am 4. November 1988 einigten sich Bundesminister Genscher und der französische Außenminister Dumas, „die Voraussetzungen für die Realisierung des Projekts der Errichtung gemeinsamer integrierter deutsch-französischer Auslandsvertretungen soweit zu prüfen, daß hierüber eine politische Entscheidung getroffen werden kann". Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 202, Bd. 151085.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Jagow am 8. November 1988 gefertigt.

2 Die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe fand am 27./28. Februar 1989 in San Pedro Sula (Honduras) statt. Vgl. dazu AAPD 1989.

3 Reinhard Schlagintweit.

4 Peter von Jagow.

2) Gesprächsthemen waren die Lage in ZA, die HON belastenden Folgen der politischen Konflikte in den Nachbarländern NIC und ELS, der HON-Vorschlag einer in ZA einzusetzenden kanadisch-spanisch-deutschen Friedenstruppe[5] sowie die Vorbereitung des nächsten San-José-Treffens, das Ende Februar in Honduras stattfinden wird. BM bekräftigte seine Absicht, an dem San-José-V-Treffen teilzunehmen, und kündigte an, er werde seine europäischen Kollegen bei dem nächsten EPZ-AM-Treffen erneut mit dem ZA-Thema befassen.[6]

3) Im einzelnen

3.1) *BM* verband die Begrüßung der Gäste mit seinem Dank für die Einladung zu dem nächsten San-José-Treffen in Honduras. Er freue sich, selbst teilnehmen und damit erstmals Honduras besuchen zu können. BM drückte seine Verbundenheit mit Honduras und unser Interesse an einer friedlichen Entwicklung der Region aus.

AM *López Contreras* überbrachte Grüße von Präsident Azcona, der sich ihm auch durch die Zugehörigkeit zu einer verwandten Partei verbunden fühle.

3.2) Zu seinem Vorschlag in den VN führte AM López Contreras aus: Es handele sich um die Wiederholung seines Vorschlags in der OAS von 1987. Er wisse, daß es bei uns verfassungsrechtliche Vorbehalte gebe.[7] Er wolle sich bemühen, diese zu überwinden. Der Vorschlag sei sehr allgemein gefaßt, flexibel und auch für Bedingungen offen. Man könne über die Einzelheiten reden.

Der wesentliche Unterschied zu dem Konzept einer Technischen Hilfsgruppe der fünf ZA-Außenminister[8] (April 1988[9]) bestehe darin, daß der HON-Vorschlag die Möglichkeit der Zwangsausübung einschließe. Im Vertrauen wolle er hinzufügen, daß er überzeugt sei, daß es tatsächlich niemals zu einer Zwangsausübung kommen werde, auch wenn eine solche Friedenstruppe dazu das Recht und die Möglichkeiten habe. Auch nach HON-Vorstellungen müsse die Friedenstruppe klein sein und dürfe sich nur für begrenzte Zeit in ZA aufhalten. Es gehe HON letztlich um einen symbolischen Akt der internationalen Unterstützung. HON wolle damit die Aufmerksamkeit auf Probleme gelenkt wissen, mit denen es nicht alleine gelassen werden könne.

Die drei Staaten habe man ausgewählt, weil man ihnen besonders vertraue und weil über diese drei bereits Konsens im Kreise der fünf ZA-AM (Exekutivkommission) bestehe.

Beschränkung auf bloße Inspektion sei für HON nicht ausreichend. Durch Esquipulas II[10] sei HON durch eine Verpflichtung belastet, die über seine Kräfte gehe. Man verlange von HON, die Tätigkeit von Aufständischen aus zwei Nachbarländern zu unterbinden, die jeweils von einer der beiden Supermächte unter-

5 Zum Vorschlag des honduranischen Außenministers López vom 4. Oktober 1988 vgl. Dok. 311, Anm. 78.

6 Die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ fand am 21. November 1988 in Brüssel statt.

7 Vgl. dazu Artikel 87a des Grundgesetzes in der Fassung vom 24. Juni 1968; BUNDESGESETZBLATT 1968, Teil I, S. 711.

8 Ricardo Acevedo Peralta (El Salvador), Alfonso Cabrera Hidalgo (Guatemala), Miguel d'Escoto Brockmann (Nicaragua), Carlos López Contreras (Honduras) und Rodrigo Madrigal Nieto (Costa Rica).

9 Zur Überwachung des Friedensprozesses in Zentralamerika vgl. Dok. 137, Anm. 10.

10 Zu dem am 7. August 1987 von den Präsidenten Arias (Costa Rica), Azcona (Honduras), Cerezo (Guatemala), Duarte (El Salvador) und Ortega (Nicaragua) in Guatemala-Stadt unterzeichneten Abkommen („Esquipulas II") vgl. Dok. 53, Anm. 37.

stützt werden. Um diese Aufgabe zu lösen, sei HON alleine zu klein. HON halte es für erforderlich, sowohl auf die Sandinisten als auch auf die Contras Druck auszuüben, damit zwischen beiden weiter verhandelt wird und sie zu einem Abkommen gelangen.[11] Dazu müßten die Contras zunächst in die Enklaven in Nicaragua einziehen, um dann die Verhandlungen fortzusetzen und zu einer Lösung zu kommen.

AM López Contreras bemerkte, daß die HON-Regierung in dieser Frage mit den USA und Kanada in Kontakt stehe. Am 8.11. werde er in New York im VN-Sekretariat darüber sprechen.

BM bekräftigte das deutsche Interesse an der Lage in ZA und insbesondere auch in HON. Uns sei bewußt, was es bedeutet, daß auf dem Territorium von HON verschiedene Kräfte operieren. Insgesamt zeige sich, daß es richtig war, eine Lösung für ganz ZA anzustreben und nicht nur für einzelne Länder. Die Bundesregierung habe den Plan von Präsident Arias[12] und später das Esquipulas-Abkommen von Anfang an nachhaltig unterstützt. Unsere Initiative einer Kooperation zwischen ZA und der EG sei von dem Gedanken geleitet, zur wirtschaftlichen und sozialen Stabilität und damit zur politischen Befriedung der Region beizutragen.

Zu dem HON-Vorschlag erklärte BM, die Tatsache, daß wir mit Spanien und Kanada eingeladen werden, ehre uns. Wir sehen darin einen Ausdruck des Vertrauens in die Rolle der Bundesrepublik Deutschland und ihre Haltung in ZA. Allerdings müsse er hinzufügen: Ein Einsatz der Bundeswehr außerhalb des Bündnisgebietes sei uns durch die Verfassung untersagt und werde auch nicht stattfinden. Dieses sei unabhängig davon, in welchem Teil der Welt sich diese Frage stellte.[13] Es gebe zwar auch andere Stimmen hierzu, aber sie geben nicht die Auffassung der Bundesregierung wieder. Im übrigen sei diese Haltung nicht neu und nicht erst die Haltung der jetzigen Bundesregierung. Es werde damit vielmehr eine Verfassungstradition aller Bundesregierungen fortgesetzt, seit es die Bundeswehr gebe, und diese Tradition sei nach dem VN-Beitritt[14] beibehalten worden. Die Verfassungsfrage sei für uns nicht verhandelbar. Er wolle hier keine falschen Erwartungen hervorrufen. Beobachtungsaufgaben durch Zivilpersonen seien denkbar, aber nicht Operationen, an denen militärisches Personal beteiligt wäre. Im Geist von Esquipulas II legten wir auch Wert darauf, daß wir von allen fünf ZA-Staaten gemeinsam gebeten werden. Erst dann könnten wir die Frage der Entsendung von Zivilpersonal prüfen. Wir seien daran interessiert, über diese Frage auch im Kreis der Zwölf zu sprechen.

3.3) Auf Frage von BM führte AM *López Contreras* zum Stand des Friedensprozesses aus: Das von NIC geschaffene Problem einer Vermengung der politischen Lösungsversuche in ZA und der juristischen Auseinandersetzung in Den Haag sei im Juni kurz vor der Lösung gewesen.[15] HON habe dem Gedanken

11 Zu den Bemühungen um eine Beendigung des Bürgerkriegs in Nicaragua vgl. Dok. 307, Anm. 19.

12 Zum Arias-Plan vgl. Dok. 1, Anm. 41.

13 Vgl. dazu auch den Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 3. November 1982; AAPD 1987, I, Dok. 159.

14 Die Bundesrepublik wurde am 18. September 1973 in die UNO aufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 310.

15 Zur Klage Nicaraguas gegen Honduras vgl. Dok. 131, Anm. 5.
Referat 331 vermerkte am 8. November 1988, die Umsetzung des Friedensabkommens für Zentralamerika vom 7. August 1987 (Esquipulas II) komme trotz mancher Fortschritte nicht entscheidend

einer THG[16] unter der Erwartung zugestimmt, daß NIC seine Klage vor dem IGH zurückzöge, was dann aber nicht geschah. Deshalb habe HON mit der Verweigerung weiterer Treffen der Exekutivkommission reagiert. Informell werde es am kommenden Samstag (12.11.) ein Treffen in San Salvador zur Vorbereitung des für Ende November/Anfang Dezember geplanten nächsten Präsidentengipfels geben.[17]

BM warf ein, daß wir uns, wie zugesagt, wiederholt bei NIC für die Rücknahme der IGH-Klage eingesetzt haben.

AM *López Contreras* wies als ein weiteres Element des Problems darauf hin, daß sich nach HON-Überzeugung in ZA nichts wirklich bewegen werde, wenn nicht ein Minimalkonsens zwischen den beiden Supermächten zustande kommt. Das Nettoergebnis von Esquipulas II sei zunächst, daß der US-Kongreß vor neun Monaten die militärische Hilfe für die Contras eingestellt habe[18], daß andererseits aber die FMLN in El Salvador sowie die Sandinisten in Nicaragua weiter von der SU unterstützt worden sind.

Für NIC sei eine vorteilhafte Lage dadurch entstanden, daß sich die meisten Contras nach Honduras zurückgezogen haben. Damit sei NIC das Problem zunächst einmal losgeworden. Eine Gesamtlösung erfordere aber, daß entweder die Contras nach NIC zurückkehren und sich dort integrieren oder aber, daß sie von den USA aufgenommen werden. López Contreras nannte die Zahl von 10000 Kämpfern und ihren Familien. Dann bliebe HON zwar immer noch das Problem von etwa 1/2 Million Flüchtlingen. Damit könne man aber leichter fertig werden.

Als wichtig bezeichnete López Contreras, daß die neue US-Regierung[19] das ZA-Problem schnell anfasse und nicht zu viel Zeit verstreichen lasse.

3.4) *Beide Außenminister* tauschten ihre Meinungen aus über den voraussichtlichen Ausgang der US-Wahlen am 8.11. Sie stimmten darin überein, daß das ZA-Thema im US-Wahlkampf wider Erwarten eine relativ geringe Rolle gespielt hat.

3.5) *López Contreras* machte auf die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des ZA-Konfliktes für Honduras aufmerksam. Vor 1979 habe man bei relativ geringer US-Hilfe (ca. 2–3 Mio. US-$ pro Jahr Wirtschaftshilfe, 1 Mio. $ Militärhilfe) ein Wachstum von 2–3% pro Jahr gehabt. Die Gesamtlage sei besser gewesen als heute. Seither erhalte Honduras 85 Mio. US-$ Wirtschaftshilfe und 60 Mio. $ Militärhilfe von USA. Seine Wirtschafts- und Sicherheitslage sei aber schlechter geworden. Man habe 10–15 Jahre an Entwicklung verloren. Man sei den USA

Fortsetzung Fußnote von Seite 1666
voran. Hauptgrund für die „Phase tiefer Stagnation" sei weiterhin „die von HON formell erhobene Bedingung, daß NIC zunächst seine Klage gegen HON (wegen der Contra-Unterstützung) vor dem Internationalen Gerichtshof zurückziehen müsse. NIC erklärte sich dazu erst bereit, wenn die Grenze NIC–HON international überwacht wird." Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146522.

16 Technische Hilfsgruppe.

17 Das Treffen der Präsidenten Arias (Costa Rica), Azcona (Honduras), Cerezo (Guatemala), Duarte (El Salvador) und Ortega (Nicaragua) fand am 13./14. Februar 1989 in Costa del Sol (El Salvador) statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 232–234.

18 Zur Beendigung der Militärhilfe für nicaraguanische Rebellengruppen („Contras") durch den amerikanischen Kongreß vgl. Dok. 61, Anm. 18.

19 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Bush, als Sieger hervorging.
Präsident Bush nahm am 20. Januar 1989 die Amtsgeschäfte auf.

zwar für die Hilfe dankbar und wolle den USA nicht irgendwelche Schuld zuschieben. Aber die Krise, von der HON betroffen werde, sei nicht von HON verursacht worden.

3.6) San José V

López Contreras betonte, es komme darauf an, den Schwung der San-José-Konferenzen aufrechtzuerhalten. Man habe hohe Erwartungen in die spanische EG-Präsidentschaft.[20] Der spa. AM[21] habe die Sorge zum Ausdruck gebracht, daß sich die San-José-Konferenzen abnützen würden, wenn es nicht Fortschritte in dem ZA-Friedensprozeß gebe. Trotz des in USA bevorstehenden politischen Vakuums müsse man die Zeit nutzen, um den Esquipulas-Prozeß effizienter zu machen. Dieses gelte sowohl für die innere Befriedung als für die äußere Friedenslösung. Eine Schlüsselfrage sei für ihn die erwähnte unterschiedliche Behandlung der Contras und der Guerilla in ELS.

BM äußerte sich zuversichtlich, daß es nach der US-Wahl zwischen den Großmächten eine Entschärfung in den Fragen der Regionalkonflikte auch in bezug auf diesen Teil der Welt geben werde.

3.7) BM kündigte an, er werde beim nächsten EPZ-AM-Treffen seine europäischen Kollegen erneut mit ZA befassen. Er werde dann über alle Aspekte des heutigen Gesprächs mit dem HON AM berichten und die Meinung seiner Kollegen hierzu einholen.

3.8) *López Contreras* übergab BM eine Dokumentensammlung und machte aufmerksam auf ein Papier über die Hintergründe der Menschenrechtsbewegungen, die die HON-Regierung kritisieren. Es gebe eine Reihe von Verbindungen und ein ganzes Netz, das man kennen müsse, um den politischen Zusammenhang zu erfassen.[22]

Referat 331, Bd. 143935

20 Spanien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1989 inne.

21 Francisco Fernández Ordóñez.

22 Legationsrat I. Klasse Piecha informierte die Botschaft in Tegucigalpa am 11. November 1988, daß der honduranische Außenminister López bei seinem Treffen mit Bundesminister Genscher am 7. November 1988 verschiedene Unterlagen zur Lage der Menschenrechte und zur Menschenrechtsbewegung in Honduras übergeben habe, darunter „eine eidesstattliche Versicherung des honduranischen Staatsangehörigen Wu Núñez vom 27. Juni 1988, daß der Menschenrechtler Dr. Custodio bei einem Putschversuch am 1.8.1956 dessen Bruder erschossen haben soll. Aus dem Wortlaut ließe sich schließen, daß es in der Sache damals kein Strafverfahren gegeben hat". Auch habe López Unterlagen übergeben, die belegen sollen, „daß die Menschenrechtler Pavón und Landaverde von linken Gruppierungen ermordet worden seien". Vgl. dazu Referat 331, Bd. 143939.

315

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Lončar

214-321.11 JUG **7. November 1988**[1]

Von BM noch nicht gebilligt.

Offizieller Besuch des jug. AM Lončar (AM) in der Bundesrepublik Deutschland 7./8.11.1988[2]
hier: Delegationssitzung am 7.11.1988, 15–17 Uhr im Auswärtigen Amt

BM begrüßt AM. Er knüpft an die Gespräche in Zadar (4.–6.8.1988[3]) an und weist auf das dort festgestellte hohe Maß an Übereinstimmung bei der Bewertung der bilateralen Beziehungen und der internationalen Entwicklung hin.

AM schlägt vor, in dieser Sitzung die bilateralen Beziehungen und die innenpolitische Lage Jugoslawiens zu behandeln.

BM stimmt zu.

AM beginnt mit einer Würdigung der deutsch-jugoslawischen Beziehungen und der Bedeutung der Bundesrepublik Deutschland für Jugoslawien (wichtigster westlicher Wirtschaftspartner, Rolle D in der EG). Er gibt sodann eine ausführliche Darstellung und Bewertung der Lage in Jugoslawien. Seit dem Treffen im August in Zadar habe sich der Rhythmus der inneren Entwicklung stark beschleunigt. Von außen gesehen habe Jugoslawien in einem heißen Herbst das Bild eines politischen Dramas geboten, das jederzeit explodieren könne. Die Wirklichkeit sehe etwas anders aus. Nach einer Kulminierung der inneren Auseinandersetzungen betrete sein Land jetzt den Weg der Beruhigung. Ausgangspunkt für die inneren Auseinandersetzungen seien Fehlentwicklungen in der Wirtschaft (falsche Investitionspolitik), technologischer Rückstand, eine zunehmende Schuldenlast[4] und eine daraus resultierende Stagnation auch im politischen und moralisch-geistigen Bereich gewesen. Als Ergebnis der langen Diskussionen, wie die Krise zu überwinden sei, habe sich ein Konsens zugunsten einer stärkeren Berücksichtigung der marktwirtschaftlichen Gesetze herausgeschält. Diese Erkenntnis werde auch im politischen Bereich bei der Verfassungsreform[5] berücksichtigt werden.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 8. November 1988 gefertigt und über Ministerialdirigent Höynck an das Ministerbüro „mit der Bitte um Zustimmung zur Verteilung des Vermerks mit üblichem Vorbehalt“ geleitet.
Hat Höynck am 8. November 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Mützelburg am 10. November 1988 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 214 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Einverstanden.“

2 Der jugoslawische Außenminister Lončar hielt sich vom 7. bis 9. November 1988 in der Bundesrepublik auf.

3 Bundesminister Genscher besuchte Jugoslawien vom 4. bis 6. August 1988. Für sein Gespräch mit dem jugoslawischen Außenminister Lončar am 5. August 1988 vgl. Dok. 225.

4 Zur Verschuldung Jugoslawiens vgl. Dok. 170, Anm. 12.

5 Botschafter Eiff, Belgrad, informierte am 16. Dezember 1988, das Gesetz zur Reform der jugoslawischen Bundesverfassung sei am 25. November 1988 verabschiedet worden und am selben Tag in Kraft getreten: „Das Schwergewicht der Änderungen liegt bei der Wirtschaftsverfassung, wo ein weiter-

AM erläutert sodann im einzelnen die Elemente der wirtschaftlichen Reformpolitik (Aufnahme marktwirtschaftlicher Prinzipien in die Verfassung, Entscheidungskompetenzen für die Betriebe, Schließung unrentabler Unternehmen, verbesserte Möglichkeiten privater wirtschaftlicher Tätigkeit, verbesserte Anlagemöglichkeiten für ausländisches Kapital, neues Steuersystem, neue Rolle der Nationalbank, Möglichkeit der Errichtung von Filialen durch ausländische Banken in JUG). Die wirtschaftlichen Reformen würden durch politische[6] und solche der Partei ergänzt. AM ging sodann auf den Nationalitätenkonflikt ein. Gewisse Entwicklungen in den autonomen Provinzen Kosovo und Vojvodina seien zu Lasten der Mutterrepublik Serbien gegangen. Als Folge sei in Serbien der Nationalismus in starker Form erwacht.[7] Die anderen Republiken hätten diesen Entwicklungen in der Vergangenheit zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, so daß sich die Frustrationsgefühle der serbischen Bevölkerung jetzt explosionsartig entladen hätten. Auch hier sei man auf dem Wege zu Lösungen.

Nachdem man sich in den verschiedenen Bereichen zu Lösungskonzepten durchgerungen habe, sei jetzt Licht am Ende des Tunnels zu erkennen. Es werde auch noch zu personellen Veränderungen kommen. Diese werden in demokratischer Weise geschehen. Das Land sei auf dem richtigen Weg nach heißen Diskussionen. Man müsse aber sehen, daß sich viele Probleme durch die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente noch verschärfen. Aus diesem Grunde habe JUG auch einen stärkeren Bedarf hinsichtlich offenerer Beziehungen mit dem Ausland.

BM dankt für die offene und ausführliche Analyse. An die verbleibenden Probleme anknüpfend, unterstreicht er, daß die Bundesregierung an der Entwicklung in JUG großen Anteil nimmt und sich Sorgen macht. Der Fortbestand eines stabilen JUG sei ein grundlegendes Element für die Sicherheit in diesem Teil Europas. Auf Grund der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland hätten wir ein besseres Verständnis für die Probleme JUGs. BM unterstrich, daß wir die jug. Entschlossenheit begrüßen, die Reformpolitik fortzusetzen und marktwirtschaftliche Gesichtspunkte stärker zur Geltung zu bringen. Die mutige Fortsetzung dieser Reformpolitik in Zusammenarbeit mit dem IWF sei der einzige Weg, nachdem JUG sich dafür entschieden habe. Die Übergangsphase werde schwierig sein. In dieser Lage sei Vertrauensbildung besonders wichtig. D sei am Erfolg der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen interessiert. Wir würden uns bemühen, in der EG, in internationalen Gremien und bilateralen Beziehungen im Rahmen unserer Möglichkeiten zu deren Erfolg beizutragen, soweit dies von außen geschehen könne. Dabei könne auch politische Zusammenarbeit helfen. Wir begrüßten deshalb die positive Haltung der Zwölf zur Aufnahme eines politischen Dialogs mit JUG.[8] Wir seien bereit, mit JUG einen

Fortsetzung Fußnote von Seite 1669

gehendes Einvernehmen bestand als im politischen Bereich. So sind die politischen Institutionen nur wenig berührt worden. Die Grundsätze der kollektiven Führung, der Rotation und des Konsenses bleiben fast unverändert erhalten. Leichte Ansätze zur Stärkung der Zentralgewalt liegen vor allem in der Übertragung von Gesetzgebungskompetenzen im wirtschaftlichen Bereich (z. B. Grundlagen des Steuerrechts) an den Bund, in der ausdrücklichen Regelung des Vorrangs des Bundesrechts in Verbindung mit einem effizienteren Bundeszwang und in einer Stärkung der Rolle der Bundesbank." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1496; Referat 214, Bd. 139588.

6 Korrigiert aus: „durch die politische".

7 Zur Lage in der jugoslawischen Teilrepublik Serbien vgl. Dok. 58.

8 Zum Vorschlag eines Dialogs zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Jugoslawien vgl. Dok. 225, Anm. 12.

engen Meinungsaustausch über die Auswirkungen des angestrebten EG-Binnenmarktes zu führen. BM bot darüber Konsultationen an. Die EFTA-, RGW-Länder und JUG sollten die Chancen erkennen, die für sie in einer sich dynamisch entwickelnden EG lägen. D sei am Fortbestand eines stabilen JUG sehr interessiert. Wir seien bereit, im Rahmen der EG und bilateral für Verständnis für JUG zu werben.

AM dankt für diese Unterstützung. Er erläutert die derzeitige wirtschaftliche Lage JUGs (Inflation noch nicht im Griff, sinkende Realeinkommen; aber: positive Zahlungsbilanz, Schuldenregelung, erhöhte Devisenreserven im Vergleich zum Vorjahr). Das kommende Jahr werde auch sehr schwierig werden. Der Lebensstandard der jug. Bevölkerung dürfe aber nicht weiter fallen. Deshalb brauche man das Vertrauen der Freunde und des ausländischen Kapitals. JUG werde den politischen Dialog mit den Zwölf aufnehmen und Kontakte zum Europarat herstellen. Er wertet sodann die deutsch-jug. Beziehungen im politischen und wirtschaftlichen Bereich als fest, stabil und freundschaftlich. AM bittet um Ausbau des Hermes-Bürgschaftsplafonds um 100 Mio. DM.

BM erklärt, er könne sich hinsichtlich dieser Bitte nicht verpflichten und keine Zusage machen, werde sich innerhalb der Bundesregierung aber dafür einsetzen. Für JUG sei jetzt Vertrauensbildung wichtig. Der Besuch von AM Lončar werde deutlich machen, daß D Vertrauen in die Entwicklung JUGs habe.

AM spricht sodann die Zusammenarbeit mit der EG im Verkehrs- und Infrastrukturbereich und die Reintegration jug. Gastarbeiter an, ohne auf Einzelheiten einzugehen.

BM weist auf den drastischen Anstieg jug. Asylbewerber bei uns hin und bittet, JUG möge durch geeignete Maßnahmen zur Eindämmung der Ursachen für die Asylbewerbungen beitragen.

AM weist auf die wirtschaftlichen Motive dieser Menschen hin. JUG wolle die Beschäftigungsmöglichkeiten im Lande ausbauen.

BM spricht sich dafür aus, den Investitionsförderungs- und Schutzvertrag mit JUG so bald wie möglich zum Abschluß zu bringen[9], und weist auf den vertrauensbildenden Charakter eines solchen Schrittes hin.

AM stimmt zu.

BM schließt das Gespräch mit der Feststellung, beide Seiten hätten die Lage in JUG mit großer Offenheit erörtert. Wir hätten die Absichten der jug. Regierung verstanden und würden unsere konstruktive Politik der Vertrauensbildung fortsetzen.

Referat 214, Bd. 139594

9 Referat 422 notierte am 25. Oktober 1988, seit 1974 werde mit Jugoslawien über einen Investitionsförderungsvertrag verhandelt. Bei der jüngsten Verhandlungsrunde vom 19. bis 21. Oktober 1988 hätten sich Annäherungen ergeben, insbesondere „bei Fragen der Definition der geschützten Kapitalanlagen und des Investors sowie beim freien Kapitaltransfer“. Ein wichtiger Fortschritt sei zudem, „daß Jugoslawien nun nicht nur der von uns vorgeschlagenen Berlin-Klausel, sondern auch unserer zum Zweck der Einbeziehung von Berliner Investoren vorgeschlagenen Investor-Definition entsprechend der ‚Rumänienformel‘ (‚Deutsche mit Wohnsitz im Geltungsbereich dieses Vertrages‘) zugestimmt hat. […] Die Klärung einer Reihe weiterer Fragen mußte dagegen der nächsten Verhandlungsrunde, die 1989 in Belgrad stattfinden soll, vorbehalten werden. Hierzu gehören etwa die Fragen der Inländerbehandlung, Enteignung bzw. Enteignungsentschädigung, Schiedsgerichtsbarkeit und die Einbeziehung der sog. Altinvestitionen in den Vertrag.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139841.

316

Gespräch des Bundesministers Schäuble mit dem argentinischen Präsidentschaftskandidaten Menem

7. November 1988[1]

Vermerk über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes, BM Dr. Schäuble, mit dem Kandidaten der Justitialistischen Partei Argentiniens für die argentinischen Präsidentschaftswahlen im Mai 1989, Dr. Carlos Saúl Menem, am Montag, den 7. November 1988, 15.00–16.00 Uhr[2]

Teilnehmer auf deutscher Seite: BM Dr. Schäuble, VLR I Dr. Ueberschaer als Note-taker, Dolmetscher Kierbach.

Teilnehmer auf argentinischer Seite: Dr. Carlos Saúl Menem, Botschafter Campora.

ChefBK begrüßt Dr. Menem als einen politischen Vertreter des neuen, demokratischen Argentiniens. Die Bundesregierung verfolge mit großem Interesse und großer Sympathie die demokratische Entwicklung seines Landes. Sie freue sich, daß jetzt bereits zum zweiten Male eine Präsidentenwahl unter demokratischem Vorzeichen stattfinden werde.[3] Sie sei gewillt, die Beziehungen mit jeder demokratisch gewählten Regierung Argentiniens zu vertiefen.

ChefBK weist Menem darauf hin, daß er im Anschluß an dieses Gespräch Gelegenheit zu einer Begegnung mit dem Bundeskanzler haben werde.

Menem begrüßt die Gelegenheit zu einem politischen Meinungsaustausch. Er kenne das deutsche Interesse an der Konsolidierung der jungen Demokratie in Argentinien.

Seine Partei wünsche, die freiheitliche und demokratische Entwicklung nach den Jahren der Militärherrschaft[4] weiter zu stärken. Die Justitialistische Partei, die erstes Opfer des Militärputsches von 1976 geworden sei, habe seit 1983 mit der Regierung Alfonsín bei der Konsolidierung der Demokratie zusammengearbeitet.

In Argentinien sei es seither gelungen, wieder volle politische und wirtschaftliche Freiheit herzustellen. Dennoch herrsche gegenwärtig wirtschaftliche Stagnation:

1 Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, am 15. November 1988 gefertigt und am 18. November 1988 „zur Unterrichtung des Auswärtigen Amtes“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bächmann übermittelt.
Hat Bächmann am 21. November 1988 vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 22. November 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Henze am 24. November 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Heubaum am 25. November 1988 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 330, Bd. 142760.

2 Der Präsidentschaftskandidat der Justitialistischen Partei Argentiniens, Menem, hielt sich vom 6. bis 8. November 1988 in der Bundesrepublik auf.

3 Nach den Wahlen in Argentinien am 30. Oktober 1983 übernahm am 10. Dezember 1983 eine zivile Regierung unter Präsident Alfonsín die Regierungsgeschäfte. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 383.
Am 14. Mai 1989 fanden in Argentinien Parlamentswahlen statt.

4 Durch einen Militärputsch am 24. März 1976 kam es in Argentinien zum Sturz der Präsidentin Perón und zur Machtübernahme durch eine dreiköpfige Militärjunta unter General Videla, der am 26. März 1976 zum neuen Präsidenten ernannt wurde. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 97.

Das Land leide unter seinen schwer lösbaren wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Demgegenüber habe Europa seine sozialen Probleme gelöst und sei z. Zt. primär mit der Erhaltung des Erreichten und mit ökologischen Fragen befaßt.

Argentinien benötige europäische und insbesondere deutsche Hilfe, da Deutschland sich als wirtschaftlich besonders erfolgreiches Land erwiesen habe. Diese Zusammenarbeit müsse auch im Hinblick auf den künftigen europäischen Binnenmarkt ausgebaut werden, von dem man sich Vorteile für die ganze Welt erhoffe.

Seine, Menems, Partei sei nicht an einer Ideologie orientiert. Sie habe humanistische Ursprünge und wolle ihre Ziele am christlichen Menschenbild ausrichten.

Gegenwärtig gebe es große Wirtschafts- und Entwicklungsprobleme in den meisten Staaten Lateinamerikas, so auch in Argentinien. Sein Land verfüge wenigstens über reiche natürliche Ressourcen. Dennoch sei die Auslandsverschuldung für Argentinien eine ungeheuere Belastung. Hinzu komme, daß sich die USA und GB als besonders harte Gläubiger erwiesen, während sich Spanien, Frankreich und Deutschland verständnisvoller zeigten.

Immerhin betrage die Gesamtsumme der Schulden Argentiniens 60 Mrd. Dollar im Vergleich zu einer Gesamtverschuldung aller Staaten Lateinamerikas in Höhe von 420 Mrd.

Der spanische Regierungschef[5] habe an die Banken seines Landes appelliert und sie zu einer flexibleren Haltung gegenüber Argentinien im Sinne eines Verzichts auf eine Kapitalisierung der angefallenen Zinsen oder eines völligen Schuldenerlasses gebeten. Präsident Mitterrand habe ähnliche Vorstellungen. Man erhoffe nun auch entsprechendes Verständnis von deutscher Seite.

1987 habe Argentinien einen Handelsbilanzüberschuß von 500 Mio. Dollar erwirtschaftet, von dem jedoch die eine Hälfte für fällige Zinsen und die andere Hälfte für Tilgungen verwendet werden mußte. Daneben sei kein Raum mehr für ein Wachstum der argentinischen Wirtschaft. Ein Staat wie die Bundesrepublik Deutschland habe jedoch allein durch seinen Exportumfang von 300 Mrd. Dollar und ein Importvolumen von 220–230 Mrd. Dollar ein ganz erhebliches Hilfspotential. Argentinien verfüge über zahlreiche Rohstoffe, die Deutschland benötige, darunter Kupfer, Erdöl und Erze. Es wünsche daher eine Intensivierung des bilateralen Handelsaustausches, um dadurch Kapital für Neuinvestitionen zu akkumulieren.

Argentinien sei auch bereit, der deutschen Wirtschaft ein noch besseres Klima für Direktinvestitionen zu bieten. U. a. beabsichtige man, Transfererleichterungen für Gewinne ausländischer Firmen oder für die Rückführung investierten Kapitals zu schaffen.

Wenn die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes rückläufig sei, bedeute dies eine Gefahr für die Demokratie. Brasilien, Peru und Kolumbien befänden sich dadurch bereits in einer Schieflage.

In Argentinien gebe es hingegen (noch) keine Gefahr für die Demokratie: Im Mai kommenden Jahres würden sich acht demokratische Parteien dem Wähler zur Präsidentenwahl stellen.

5 Felipe González Márquez.

Menem stellt sodann die Frage, wie die Bundesregierung sich eine Überwindung der Schuldenkrise seines Landes und ganz Lateinamerikas vorstelle.

ChefBK bemerkt, daß deutsche Direktinvestitionen in der Tat ein gutes Bindeglied zwischen den Volkswirtschaften beider Länder darstellten. Die deutsche Wirtschaft beurteile die Wirtschaftsaussichten in Argentinien und damit ihre Investitionsmöglichkeiten grundsätzlich positiv. Wichtig sei jedoch, daß auch die gute Perspektive der politischen Stabilität erhalten bliebe. Dann könne man auch langfristig mit wirtschaftlicher Stabilität rechnen.

Die Bundesregierung sei bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme der Staaten Lateinamerikas beizutragen. Auf deutscher Seite glaube man aber, daß die Verschuldungsproblematik besser multilateral im Rahmen des IWF und der Weltbank als bilateral zu lösen sei. Die Dramatik der Schuldenentwicklung in Lateinamerika erfordere multilaterale Lösungen. Für die Überwindung einer wirtschaftlichen Krise komme es sehr auf die Rahmenbedingungen an, die man einer Volkswirtschaft verordne: Die Bundesrepublik Deutschland selbst habe sehr gute Erfahrungen mit einer liberalen Marktordnung im Innern und einem extensiven Freihandel nach außen gemacht.

Vor diesem Hintergrund könne er Argentinien auch nur raten, sein Heil nicht in bilateralen Handelsvereinbarungen zu suchen, die nur zu einer Verzerrung der Handelsströme führten. In diesem Zusammenhang scheine es ihm, ChefBK, auch wichtig, seinen Gesprächspartner auf folgende Gesichtspunkte hinzuweisen:

– Bei der anstehenden Realisierung des Europäischen Binnenmarktes werde die Bundesregierung die Bildung einer handelspolitischen „Festung Europa“ nicht dulden. Sie werde ganz im Gegenteil auf noch stärkere Öffnung der EG und damit auf eine Weitergabe der europäischen Wachstumsdynamik an die traditionellen Handelspartner Europas dringen. Unsere europäischen Partner sähen dies gleich oder ähnlich.
– Es sei Politik der Bundesregierung, sich in den internationalen Verschuldungsgremien zugunsten pragmatischer, für die Schuldnerländer tragbarer Lösungen einzusetzen. Die deutschen Banken seien hierauf besser vorbereitet als andere Banken, beispielsweise die Banken in den USA. Sie hätten in der Vergangenheit bei ihren Außenständen in der Dritten Welt größere Wertberichtigungen vorgenommen und verfügten dadurch auch über größere Konzessionsmöglichkeiten.

  Angesichts der erheblichen Gefährdung der Weltwirtschaft durch die Schuldenkrise wolle die Bundesregierung diese Probleme auf keinen Fall auf die lange Bank schieben. Sie habe vielmehr den Wunsch, diese Probleme gemeinsam mit den Schuldnerländern aufzugreifen und zu lösen.

Botschafter *Campora* stellt die Frage nach der deutschen Bewertung der zwischen Argentinien einerseits und Spanien bzw. Italien andererseits abgeschlossenen wirtschaftlichen Kooperationsverträge.[6] Könne die Bundesregierung sich

[6] Das Bundesministerium für Wirtschaft hielt am 2. Februar 1988 zum Wirtschaftsabkommen zwischen Argentinien und Italien vom 10. Dezember 1987 fest: „Das Investitionsprogramm (1988–1992) hat eine Größenordnung von 5 Mrd. US-Dollar. Die Finanzmittel sollen zu je einem Drittel durch italienische Hilfskredite, durch private italienische Direktinvestitionen und durch argentinische Direktinvestitio-

ähnliche Verträge mit Argentinien vorstellen? Wie denke die Bundesregierung über entsprechende Kooperationsverträge der EG mit Argentinien?

ChefBK bemerkt dazu, daß die Bundesregierung eine Präferenz für offene Lösungen habe. Rahmenverträge, wie Argentinien sie mit Spanien und Italien geschlossen habe, würden von uns nicht gefördert. Andererseits wollten wir das Zustandekommen solcher Verträge im EG-Rahmen selbstverständlich auch nicht behindern.

Die Bundesregierung sehe in solchen Rahmenabkommen die Gefahr einer Beschränkung des Welthandels. Nicht zuletzt im Hinblick auf die Halbzeitrunde des GATT[7] ziehe sie einen offenen Welthandel vor.

Menem kommt sodann auf die Frage der Falkland-Inseln/Malvinen[8] zu sprechen. Er wolle insbesondere die deutsche Haltung zur Souveränitätsfrage in Erfahrung bringen.

PM Thatcher sei nicht bereit, über dieses Thema auch nur zu sprechen – eine Haltung, die ihm unverständlich sei. Die entsprechende Resolution des VN-Sicherheitsrates fordere beide Parteien in der Malvinen-Frage auf, den Dialog miteinander aufzunehmen und in diesen auch die Souveränitätsfrage einzubeziehen.[9] Argentinien hoffe auf mehr Dialogbereitschaft bei der britischen Regierung und auf deutsche Unterstützung, damit es zu diesem Dialog auch wirklich komme.

ChefBK äußert Vorbehalte. Der argentinische Wunsch sei nicht leicht zu erfüllen. Die Solidarität der Bundesregierung mit ihren europäischen Partnern müsse sich auch in schwierigen Situationen bewähren. Wir wünschten jedoch,

Fortsetzung Fußnote von Seite 1674

nen aufgebracht werden. Es soll den Wirtschaftsaufbau des Landes fördern, ohne den argentinischen Staatshaushalt zu belasten." Vgl. Referat 330, Bd. 142763.
Botschafter Brunner, Madrid, vermerkte am 21. Juni 1988: „Integrierender und wesentlicher Bestandteil des Kooperations- und Freundschaftsvertrages zwischen Spanien und Argentinien, der am 3. Juni 1988 in Madrid abgeschlossen wurde, ist das am selben Tag unterzeichnete Wirtschaftsabkommen. […] Das Programm zur Entwicklung der argentinischen Wirtschaft sieht insgesamt Investitionen in Höhe von 3 Mrd. US-Dollar vor. 1 Mrd. US-Dollar hiervon entfallen auf Kapitalhilfe der spanischen Regierung. […] Beide Länder verpflichten sich darüber hinaus, über fünf Jahre weitere Investitionen in Höhe von 2 Mrd. US-Dollar in den argentinischen Privatsektor zu fördern." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1168; Referat 330, Bd. 142763.

7 Zur Ministerkonferenz der Uruguay-Runde des GATT („Mid-term Review") vom 5. bis 9. Dezember 1988 in Montreal vgl. Dok. 368.

8 Zum Falkland-Konflikt vgl. Dok. 106, Anm. 4.
Referat 330 vermerkte am 15. September 1988: „Gegenüber dem Vorjahr haben sich keine Veränderungen in der Falkland/Malvinen-Frage ergeben. Nach wie vor stehen die Positionen der beiden Konfliktparteien unversöhnlich gegenüber: a) Argentinische Haltung: Rückgewinnung der Souveränität über die Falkland/Malvinen-Inseln hat außenpolitische Priorität (gewaltsamer Lösungsversuch durch Militärs wird allerdings verurteilt). Angestrebt wird friedliche Lösung auf dem Verhandlungswege […]. Angeboten sind ‚umfassende Verhandlungen ohne Vorbedingungen' (Erklärung AM Caputos vom 12.10.1985). Bereitschaft, Inselbewohnern Sonderstatus zu gewähren. Die von GB geforderte Erklärung über formelle Einstellung der Feindseligkeiten wird abgelehnt; Verhandlungen ohne Vorbedingungen. Kritik am militärischen Ausbau der Inseln durch GB […] und an der neuen Verfassung für die Falkland/Malvinen-Inseln, da diese den Kolonialstatus festschreibt. b) Britische Haltung: Gespräche über Dauerlösung unter Einschluß der Souveränitätsfrage werden seit Ende 1984 kategorisch abgelehnt […]. Militärischer Ausbau der Inseln und Verkündung einer Verfassung (seit 3.10.1985 in Kraft), die Zugehörigkeit der Inseln zu GB festschreibt. Verbesserung der Beziehungen zu Argentinien durch Gespräche über die Normalisierung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen und über humanitäre Fragen." Vgl. Referat 330, Bd. 143902.

9 Vgl. dazu die Resolution Nr. 502 des VN-Sicherheitsrats vom 3. April 1982 zum Falkland-Krieg; RESOLUTIONS AND DECISIONS 1982, S. 15.

daß dieses Hindernis für eine weitere Vertiefung der europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen bald überwunden werden könne. Innerhalb der EG verfüge die Bundesregierung über gewisse Einwirkungsmöglichkeiten auf GB, die allerdings nur mit großer Feinfühligkeit und Diskretion ausgeübt werden könnten.

Argentinien müsse bedenken, daß es seine europäischen Freunde in einer Epoche, die gottlob hinter uns liege, mit der militärischen Besetzung der Falkland-Inseln/Malvinen in große Schwierigkeiten gebracht habe. Die Lösung dieses Problems brauche Zeit. Menem solle aber wissen, daß unsere europäischen Partner ebenso wie wir hinter den Kulissen bemüht seien, dem Problem eine positive Richtung zu geben, um eines Tages eine zufriedenstellende Lösung zu ermöglichen.

Botschafter *Campora* bemerkt, daß eine Epoche begonnen habe, in der Regionalkonflikte in aller Welt dann gelöst werden könnten, wenn die Supermächte dies gemeinsam wollten. Vergleichbares müsse sich auch für einen Konflikt zwischen einer westlichen Macht und einem Land der Dritten Welt erreichen lassen. Allerdings sei richtig, daß Lösungsansätze, wie sie in anderen Fällen zwischen den beiden Weltmächten vereinbart worden seien, hier nicht greifen könnten.

PM Thatcher wende sich mit allen Mitteln gegen eine Atmosphäre der Konfliktbereinigung mit Argentinien.

ChefBK hält die Kritik an PM Thatcher für nicht ganz gerecht: Die seinerzeitige Anwendung von Waffengewalt durch Argentinien sei nicht eben ein Beitrag zu einer politischen Lösung gewesen. Ein gewisser zeitlicher Abstand könne sich hier als hilfreich erweisen. Langfristig habe GB ein Interesse daran, diesen Konflikt mit einem anderen, westlich ausgerichteten Land zu beenden.

Bei aller Solidarität mit GB, dem wir viel verdankten, sei bei uns eine wachsende Tendenz zu verspüren, Argentinien in dieser Frage zu unterstützen. Es sei jedoch besser, eine solche Unterstützung aus der Position der Solidarität mit GB heraus zu gewähren.

Botschafter *Campora* bemerkt, daß die Befestigung der Falkland-Inseln durch GB mit europäischer Hilfe erfolgt sei. Argentinien sei dadurch gezwungen worden, unter Verwendung erheblicher Eigenmittel Gegenbefestigungen aufzubauen. Deren Kosten hätten ebenfalls dazu beigetragen, daß Argentinien bisher nicht den erwarteten Wirtschaftsaufschwung erlebt habe.

ChefBK äußert sich hierzu skeptisch: Aus europäischer Sicht sei eine Bedrohung Argentiniens von den Falkland-Inseln her nicht zu erkennen. ChefBK beendet das Gespräch, an das sich eine kurze Begegnung Menems mit dem Bundeskanzler anschließt, mit dem erneuten Hinweis, daß die Bundesregierung das Ihre für eine Aussöhnung zwischen Argentinien und GB tun wolle.

Referat 330, Bd. Bd. 142760

317

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kunzmann

513-542.15/3 VS-NfD **8. November 1988**[1]

Über Herrn D 5 i. V., Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: Vorsprache und Zufluchtnahme von Deutschen aus der DDR in unseren osteuropäischen Vertretungen;
hier: Entwicklung 1988

Bezug: Aufzeichnung vom 19.5.1988[3]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. 1) Die bereits aufgezeigte Tendenz von vermehrten Vorsprachen, Festsetzungsversuchen und Festsetzungen übersiedlungswilliger Deutscher aus der DDR in unseren Botschaften in Osteuropa, insbesondere in Prag und Budapest, hat sich seit dem Sommer 1988 deutlich verstärkt.[4]

In der Zeit von Juli bis September 1988 ergibt sich für die Vorsprachen folgender Überblick:

Prag: 698 (Vorjahr: 244); Budapest: 277 (Vorjahr: ca. 100); Warschau: 46 (Vorjahr: ca. 20).

Im Verhältnis zum Vorjahr haben sich die Vorsprachen verdreifacht. Die hohe Frequenz der Vorsprachen und Festsetzungsversuche hält weiterhin an. So haben in Prag allein im Oktober 380 Personen vorgesprochen (Vorjahr: 120).

Die Gespräche in den Botschaften sind zunehmend schwieriger geworden. Es häufen sich insbesondere Fälle, in denen eine Festsetzung oft nur durch langwierige, psychologisch äußerst schwierige Gespräche verhindert werden kann.

2) Die tatsächlichen Festsetzungen sind recht unterschiedlich:

	Budapest	Warschau	Prag	Sofia
1987				
Jan.–Okt.	13	2	15	–
1988				
Jan.–Okt.	35	23	7	1

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kunzmann und Vortragendem Legationsrat Mulack konzipiert.
Hat Legationsrat I. Klasse Brandenburg am 10. November 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lambach „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“ verfügte.
Hat Lambach am 10. November 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „B[randenburg]: Diese Aufzeich[nun]g habe ich nie gesehen zur Mitzeich[nun]g.“

2 Hans Werner Lautenschlager.

3 Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Mulack vgl. Dok. 158.

4 Zu den Rat- und Zufluchtsuchenden aus der DDR in der Botschaft in Prag vgl. Dok. 257.

Die hohe Zahl der Festsetzungen an der Botschaft Budapest erklärt sich aus der besonderen Problematik der dort Vorsprechenden. Meistens handelt es sich um Personen, die einen gescheiterten Fluchtversuch hinter sich haben und die deshalb behördlich aufgefallen sind. Oft liegen auch illegale Einreisen zugrunde. Ähnliches gilt für die Zunahme der Festsetzungen in Warschau.

In Prag sind die Festsetzungsfälle zurückgegangen. Dies liegt zum einen an der Tatsache, daß Festsetzungswillige aus Prag unauffällig in die DDR zurückkehren können, zum anderen aber auch am besonders engagierten Einsatz der Botschaft Prag.[5]

II. Die Gesamtzahl der ausreisewilligen Antragsteller in der DDR beträgt nach realistischen Schätzungen 200–300 000. Trotz der verbesserten Reise- und Besuchsmöglichkeiten und der Verdoppelung der Zahl der genehmigten Ausreisen hat sich der Ausreisedruck in der DDR deutlich verstärkt.

Einer der wesentlichen Gründe für das Ansteigen der Übersiedlungswünsche ist neben der durch die Medien bekannten Attraktivität der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland eine immer weiter um sich greifende Resignation unter der DDR-Bevölkerung. Es herrscht Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit. Man sieht keine Aussicht auf Reformen, obwohl das Verlangen nach solchen durch Gorbatschow starken Auftrieb erhalten hat. Gerade intellektuelle Menschen spüren deutlich die Beschränkungen und die Einengung ihrer beruflichen Entfaltungsmöglichkeiten und der Zukunftserwartungen für ihre Kinder. Sie sehen daher oft keinen anderen Ausweg, als das Land zu verlassen. Hierbei sind sie immer mehr gewillt, auch erhebliche Risiken einzugehen. Daraus erklärt sich z. B. der große Anstieg von Fluchtversuchen aus der VR Ungarn nach Österreich bzw. Jugoslawien und in der Folge auch entsprechender Festsetzungen.

III. 1) Die Botschaften haben gerade in den vergangenen Monaten auf dem Gebiet der Beratung und Hilfe für ausreisewillige Deutsche aus der DDR hervorragende Arbeit geleistet. Die langwierigen, psychologisch schwierigen Gespräche sind eine starke physische und psychische Belastung der Mitarbeiter. Sie können nur mit erheblichen Überstunden und großem persönlichen Einsatz durchgeführt werden. Die Zusammenarbeit mit dem BMB Berlin bei der Lösung von Festsetzungsfällen und bei der den Vorsprechenden zugesagten Förderung ihrer Ausreiseanliegen hat sich bewährt.

2) Angesichts der Tatsache, daß die Vorsprechenden mehr Ungeduld und Hartnäckigkeit zeigen, und es immer öfter zu wiederholten Vorsprachen mit Festsetzungsabsichten – auch von Gruppen – kommt, wird es in der Zukunft noch schwieriger werden, alle Fälle geräuschlos abzuwickeln. Es wird verstärkt darauf ankommen, daß die Botschaften bei der Bewältigung dieses schwierigen Aufgabengebietes personell und fachlich unterstützt werden. Die regelmäßigen Beratungen der Botschaften durch Ref. 513 und BMB haben sich bewährt.

3) Im Februar 1989 wird für ca. zwölf mit diesem Aufgabenbereich befaßte Angehörige unserer osteuropäischen Botschaften in Berlin ein Seminar zur Frage der Behandlung von Vorsprachen und Festsetzungsversuchen in enger Zusammenarbeit mit der Ständigen Vertretung Berlin (Ost) und dem BMB durchgeführt.

5 Der Passus „zum anderen … Botschaft Prag“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach durch Fragezeichen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Die anderen nicht?“

Die künftige Entwicklung wird weiter sorgfältig beobachtet.
4) Referat 210 hat mitgezeichnet.

gez. Kunzmann

Referat 210, Bd. 145176

318

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher

201-363.52 IMK-1146/88 geheim **9. November 1988**[1]

Über Herrn Dg 20[2], D 2[3], Herrn Staatssekretär[4] Herrn Bundesminister[5]

Betr.: Abzug amerikanischer chemischer Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland;
hier: Abstimmung der anliegenden Vorlage des BMVg für Sitzung des Bundessicherheitsrats (BSR) am 18.11.1988

Bezug: Vorlagen an StS vom 28.7.1988 – 201-363.52-840/88 geheim[6] und vom 28.9.1988 – 201-363.52-964/88 geheim[7] (dem Original beigefügt)

Anlg.: 1) Entwurf einer BSR-Vorlage des BMVg mit Anschreiben vom 3.11.1988 – Fü S III, Tgb. Nr. 4309/88 geheim (014-StS-1531/88 geheim)[8]
2) Sprechzettel für BSR-Sitzung am 18.11.1988 – 201-363.52 IMK-CW-1146/88 geheim[9]

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher und Vortragendem Legationsrat Gröning konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent Hofstetter auch in Vertretung von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 9. November 1988 vorgelegen.

3 Hermann Freiherr von Richthofen.

4 Hat Staatssekretär Sudhoff am 10. November 1988 vorgelegen.

5 Hat Bundesminister Genscher am 13. November 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Als Thema für Gespräch mit AM Shultz vorsehen."

6 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Vortragender Legationsrat Gröning berichtete, die zweiten deutsch-amerikanischen Konsultationen zum Abzug amerikanischer Chemiewaffen aus der Bundesrepublik am 21./22. Juni 1988 hätten zu den Fragen der Transportorganisation, des Katastrophen- und Umweltschutzes, der polizeilichen Sicherung sowie der Kosten-, Rechts- und Haftungsfragen „konkrete und detaillierte Ablauf- und Vorsorgepläne entwickelt". Vgl. VS-Bd. 12146 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

7 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher informierte über den Stand der Vorbereitungen zum Abzug amerikanischer Chemiewaffen aus der Bundesrepublik und übermittelte den Entwurf einer Beschlußvorlage des Bundesministeriums der Verteidigung für den Bundessicherheitsrat sowie einen amerikanischen und einen deutschen Fragenkatalog zu stationierungs-, haftungs- und transportrechtlichen Fragen. Dreher sprach sich dafür aus, über Kosten- und Haftungsfragen ein Memorandum of Understanding mit den USA abzuschließen, empfahl aber, das Auswärtige Amt „bei der Vorbereitung des entsprechenden Textes rechtzeitig durch das BMVg" zu beteiligen. Schließlich wies Dreher darauf hin, daß die Abzugsvorbereitungen „bis Mitte 1989 erfolgen" müßten. Vgl. VS-Bd. 12146 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

8 Dem Vorgang nicht beigefügt.

9 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 12147 (201).

Zweck der Vorlage: Zustimmung zum beiliegenden Entwurf einer BSR-Vorlage des BMVg und Billigung des Sprechzettels für die BSR-Sitzung

Das BMVg (StS Rühl) hat um Mitteilung bis 11.11.1988 gebeten, ob der Vorlage zugestimmt wird.

1) Zweck der BSR-Befassung

Die aufgrund des BSR-Beschlusses vom 15.5.1986[10] unter Federführung des BMVg gebildete Interministerielle Kommission für die Vorbereitung des Abzugs der chemischen Waffen (IMK-CW) hat

– in Abstimmung zwischen den beteiligten Ressorts (BMVg, AA, BMI, BMU, BMV und Bundeskanzleramt)
– und in Zusammenarbeit mit den zuständigen amerikanischen Dienststellen (Pentagon, US EUCOM) sowie Dienststellen des Bundes (Bundesbahn) und der Bundesländer (Innenministerien und Umweltministerien der betroffenen Länder)

ein umfassendes Konzept für die Durchführung des Abzugs der amerikanischen CW aus der Bundesrepublik Deutschland ausgearbeitet, das in der beiliegenden BSR-Vorlage dargestellt und dem BSR nunmehr zur Information und Billigung vorgelegt werden soll.

Der angestrebte Beschluß des BSR soll die Grundlage der weiteren Arbeit der IMK-CW für den Abschluß der Abzugsvorbereitungen bis Mitte 1989 schaffen.

2) Abzugskonzept

Die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten amerikanischen CW sollen in Spezialcontainern auf der Straße vom geheimgehaltenen Lagerort in Rheinland-Pfalz zum US-Depot Miesau (ebenfalls Rheinland-Pfalz) gebracht werden. Nach Verladung auf Eisenbahnwaggons der Bundesbahn sollen die Container von Miesau auf der Schiene zum Nordseehafen Nordenham gebracht werden, wo sie in ein amerikanisches Schiff verladen und zum Vernichtungsort verschifft werden sollen.

Die Einzelheiten des Konzepts sind in Ziff. 5 bis 13 (Seite 4–16) des Entwurfs der BSR-Vorlage dargestellt. In Ziff. 14–21 (Seite 16–23) wird aus der Sicht der IMK-CW und des federführenden BMVg zu einzelnen Problempunkten (Gefahrenpotential, Unfallrisiko, Transportstrecken, Transportkennzeichnung, Geheimhaltung, Rechts-, Kosten- und Haftungsfragen) nochmals gesondert Stellung genommen.

3) Folgende Fragen konnten von der IMK-CW bzw. vom BMVg noch nicht abschließend gelöst werden:

– Zeitpunkt des Abzugs,
– endgültige Streckenführung für den Transport,
– Vereinbarung (Memorandum of Understanding) mit der amerikanischen Seite zur Präzisierung der bei der Abwicklung des CW-Abzugs bestehenden gegenseitigen Rechte und Pflichten, Regelung der Kosten- und Haftungsfragen so-

10 Korrigiert aus: „13.5.1986".
Zum Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 15. Mai 1986 vgl. AAPD 1987, I, Dok. 27. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, II, Dok. 275.

wie Verantwortlichkeiten und Informationsverfahren während des CW-Abzugs und Sicherstellung eines abgestimmten Handelns der deutschen und der amerikanischen Seite im Falle eines Zwischen- oder Unglücksfalles.

3.1) Zeitpunkt des Abzugs

Nach den mit den USA getroffenen Vereinbarungen (Schreiben AM Shultz vom 6.5.1986[11], bestätigt durch Schreiben des Bundeskanzlers vom 13.5.1986[12]) soll der ersatzlose Abzug der amerikanischen CW aus der Bundesrepublik Deutschland bis spätestens 1992 abgeschlossen sein; der genaue Zeitpunkt für den Abzug soll in weiteren Konsultationen festgelegt werden, doch ist nach unserem Verständnis Geschäftsgrundlage der Vereinbarung, daß er ohne Verzug so frühzeitig wie möglich durchzuführen ist. Die betreffenden Abschnitte im Schreiben von AM Shultz lauten wörtlich:

– „Der Abzug wird ausgeführt so früh wie militärisch gerechtfertigt in Übereinstimmung mit der Anforderung der MC 14/3[13], die Fähigkeit aufrechtzuerhalten, tödliche CW-Wirkstoffe effektiv zur Vergeltung im beschränkten Umfang einzusetzen. Die zeitliche Abzugsplanung wird deshalb von der Verfügbarkeit eines angemessenen binären CW-Lagerbestandes in den Vereinigten Staaten abhängen."

– „Der genaue Zeitpunkt für den Abzug wird in weiteren Konsultationen gemeinsam festgelegt. Unter der Voraussetzung, daß die Endfertigung der vollständigen Binär-Munition am 1.12.1987 beginnt[14], wird der Abzug der unitären Bestände in der Bundesrepublik Deutschland nicht später als 1992 abgeschlossen sein."

Das Auswärtige Amt hat im Rahmen der IMK-CW wiederholt auf Festlegung eines frühen Abzugstermins gedrängt. Das BMVg teilt dieses Anliegen und hat seinerseits anläßlich des Besuchs von BM Scholz in Washington am 21.6.1988[15] die amerikanische Seite um entsprechende Maßnahmen und Entscheidungen ersucht. Bei den gleichzeitig in Bonn stattfindenden deutsch-amerikanischen Konsultationen zur Vorbereitung des CW-Abzugs haben AA und BMVg gemeinsam den US-Delegationsleiter[16] um entsprechende Festlegung gebeten.

Nach bisheriger amerikanischer Auffassung (Ziffer 4, Seite 2ff. der BSR-Vorlage) hängt der Beginn des CW-Abzugs von der Fertigstellung und vollen Inbetriebnahme der US-CW-Vernichtungsanlage auf dem Johnston-Atoll (voraussichtlich 1991) ab. Dorthin sollen die in der Bundesrepublik Deutschland gelagerten CW-Bestände verschifft werden, sobald durch Vernichtung der dort bereits gelagerten CW entsprechende Lagerkapazitäten frei werden. Dies soll erst 1992 der Fall sein. Der rechtzeitige Bau zusätzlicher Lagerkapazität soll an der langen Bauzeit (drei Jahre) scheitern.

11 Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 12158 (201).

12 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 13. Mai 1986 an Präsident Reagan vgl. AAPD 1986, I, Dok. 139.

13 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 11, Anm. 9.

14 Am 16. Dezember 1987 nahmen die USA die Produktion binärer Chemiewaffen auf. Vgl. dazu den Artikel „Army Begins Producing Chemical Weapons, Ending 18-Year Moratorium"; THE WASHINGTON POST vom 17. Dezember 1987, S. A36.

15 Bundesminister Scholz hielt sich vom 19. bis 22. Juni 1988 in den USA auf und traf mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush und dem amerikanischen Verteidigungsminister Carlucci zusammen.

16 Walter L. Busbee.

Diese amerikanische Planung kann, auch wenn sie den vereinbarten äußersten Abzugstermin (1992) berücksichtigt, aus mehreren Gründen nicht befriedigen:

– Je länger die Planungsphase des CW-Abzugs dauert, um so größer wird trotz Geheimhaltung die Gefahr von Indiskretionen und einer öffentlichen Diskussion mitsamt den damit verbundenen Risiken für den Abzug selbst (Störungen etc.);
– die amerikanische Argumentation entspricht nicht den getroffenen Vereinbarungen[17], denen zufolge als Bedingungen für den Abzug nur
  – der Beginn der Endfertigung der vollständigen Binär-Munition (ist im Dezember 1987 erfolgt) und
  – die Verfügbarkeit eines angemessenen binären CW-Lagerbestands in den USA (hat mit der Lagerkapazität für CW-Altbestände nichts zu tun)

  zu berücksichtigen wären;
– vielmehr muß der Abzug nach Erfüllung dieser Bedingungen (was nach Kenntnisstand des AA der Fall ist) so frühzeitig, diskret und überraschend wie möglich durchgeführt werden, um jegliches mit dem notwendigen Transport verbundene Risiko zu minimieren;
– ein frühzeitiger Abzug ist auch deshalb erforderlich, damit unserem Bestreben nach raschem Abschluß der Genfer CW-Verhandlungen[18] und der darauf gerichteten Verhandlungsposition (Erweiterung der vertrauensbildenden Maßnahmen durch frühzeitigen gegenseitigen Datenaustausch, Offenlegung der CW-Lagerorte, Verifikation durch Inspektion der betreffenden Orte) Rechnung getragen wird. Die SU hat dies erkannt und übt bei ihren bilateralen CW-Gesprächen mit den USA[19] in der Datenfrage Druck aus, die USA sollten ihre CW-Depots in der Bundesrepublik Deutschland offenlegen (was nach unserer bisherigen Haltung und Absprache mit den USA erst geschehen soll, wenn die US-CW bereits abgezogen sind).

  Die vorgeschlagene Beschlußfassung des BSR (Ziffer 23, 4. Anstrich) und Beauftragung des Bundesministers der Verteidigung, mit der amerikanischen Regierung über Möglichkeiten eines frühestmöglichen Abzugsbeginns zu konsultieren (Ziffer 24, 1. Anstrich), ist deshalb von besonderer Bedeutung und Dringlichkeit (s. auch beigefügten Sprechzettel).

17 Die Wörter „nicht den getroffenen Vereinbarungen“ wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

18 Zu den Genfer Verhandlungen über ein Verbot von Chemiewaffen vgl. Dok. 258, Anm 14.

19 Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über ein Chemiewaffenverbot vgl. Dok. 123, Anm. 9. Referat 222 notierte am 4. Oktober 1988: „Das Treffen AM Shultz/AM Schewardnadse in Washington am 22./23.9.1988 ist Teil des parallel zu den Genfer Verhandlungen laufenden intensiven Dialogs der USA mit der SU, von dem immer wieder Anstöße auf die Verhandlungen ausgehen. Die Gemeinsame Erklärung vom 23.9.88 […] ergab: Bestätigung der Zielsetzung, weltweites CW-Verbot so bald wie möglich zu erreichen; Behandlung insbesondere folgender Einzelfragen: Kontrolle von Labor-Synthesen im Bereich der Forschung; bilateraler Datenaustausch und andere vertrauensbildende Maßnahmen; Vereinbarung einer neuen Runde bilateraler amerikanisch-sowjetischer CW-Konsultationen in Genf in der Zeit vom 29.11. bis 15.12.1988. Zur CW-Proliferation und zum CW-Einsatz sprachen sich beide für eine Stärkung der Rolle des VN-Generalsekretärs aus (dies liegt auf der Linie der VN-SR-Resolutionen 612 und 620), um ihn in den Stand zu setzen, kurzfristig im Verdachtsfall Experten zur Feststellung der Fakten entsenden zu können. Beide Seiten einigten sich auf eine neue Runde der bilateralen amerikanisch-sowjetischen Gespräche zur Verhinderung weiterer CW-Proliferation, die am 16.12.1988 beginnen soll.“ Vgl. Referat 222, Bd. 162047.

3.2) Streckenführung des Transports

Die Festlegung der Transportstrecken (Ziff. 8, Seite 7 ff.; und Ziff. 16 und 17, S. 17 ff.) ist in erster Linie Sache der in der IMK-CW hierfür zuständigen Ressorts: BMVg, BMI, BMV und BMU (im Einvernehmen mit Bundesbahn und Bundesländern), die unter Gesichtspunkten der Verkehrs- und Transportsicherheit, des Katastrophen- und Umweltschutzes sowie der polizeilichen Sicherheit zu entscheiden haben. BMVg, BMI und BMV auf der einen, BMU auf der anderen Seite haben sich bislang nicht darauf einigen können, welche der beiden erörterten Eisenbahnstrecken (Ziff. 17, S. 18 ff.) vorzuziehen ist.

In jedem Fall erscheint es aber sinnvoll und erforderlich, beide Streckenführungen voll durchzuplanen, um für den Fall von Störungen oder anderen Zwischenfällen rasch Alternativen zur Verfügung zu haben.

3.3) MoU mit der amerikanischen Seite

Angesichts der Vielzahl von Rechtsvorschriften, die bei der Vorbereitung und Durchführung des CW-Abzugs zu berücksichtigen sind (s. Ziff. 12, S. 13 ff; Ziff. 20, S. 22; sowie Anlage 1 der Vorlage) erscheint es notwendig und sinnvoll, diese Bestimmungen in einem mit der amerikanischen Seite getroffenen „Memorandum of Understanding" genau festzuhalten und zu versuchen, dabei auch die Haftungsfrage im vom BMVg vorgeschlagenen Sinn (Übernahme der Haftung für im Falle eines Unglücks entstehende Drittschäden durch US-Seite zu 100 %) zu regeln.

Der Entwurf eines MoU soll vom BMVg in Zusammenarbeit mit den beteiligten Ressorts bis Anfang Dezember 1988 erarbeitet und ab Januar 1989 mit der amerikanischen Seite verhandelt werden.

4) Es wird vorgeschlagen, dem beiliegenden Entwurf der BSR-Vorlage zuzustimmen und den ebenfalls beigefügten Sprechzettel für die Sitzung des BSR am 18.11.1988 zu billigen.[20]

D 2 A[21] und D 5[22] haben mitgezeichnet.

Dreher

VS-Bd. 12147 (201)

20 Vortragender Legationsrat Gröning vermerkte am 2. Dezember 1988, daß der Bundessicherheitsrat die Vorlage des Bundesministeriums der Verteidigung am 18. November 1988 verabschiedet habe. Die weiteren Vorarbeiten müßten nun bis Ende des ersten Quartals 1989 erfolgen, so daß die Vorbereitungen zum Abzug der amerikanischen Chemiewaffen aus der Bundesrepublik bis Mitte 1989 sichergestellt werden könnten. Ferner sei entscheidend, daß das Bundesministerium des Innern seinen Beitrag zum Entwurf des Memorandum of Understanding vorlege. Schließlich habe er General Naumann gebeten, bei den Verhandlungen „amerikanische Partner auf unser dringendes Interesse an möglichst frühzeitigem Abzug hinzuweisen und entsprechende Entscheidung anzumahnen". Vgl. VS-Bd. 12147 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

21 Hat Botschafter Holik am 9. November 1988 vorgelegen.

22 Hat in Vertretung von Ministerialdirektor Oesterhelt Ministerialdirigent Freiherr von Stein am 10. November 1988 vorgelegen.

319

Botschafter Bensch, Guatemala-Stadt, an das Auswärtige Amt

114-15638/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 9. November 1988, 13.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 231 **Ankunft: 9. November 1988, 21.40 Uhr**

Betr.: Menschenrechte in Guatemala;
hier: Eingabe der Guatemala-Schülergruppe des Wirtemberg-Gymnasiums Stuttgart an das Bundeskanzleramt zum Einsatz des Herbizids Glyphosat[2]

Bezug: 1) Erlaß vom 19.10.1988 – 331-504.00
2) Telefonat VLR Schmiegelow – LR I Silberberg

1) Pflanzenvernichtung aus der Luft wird in GUA ausschließlich von amerikanischen Flugzeugen betrieben, die nicht einmal in GUA stationiert sind, sondern von der US-Luftwaffenbasis Palmerola in Honduras starten. Die Amerikaner behaupten, daß dabei nur das angeblich unschädliche Glyphosat verwendet wird. Die GUA Öffentlichkeit bezweifelt das. Ein Zusammenhang mit Aufstandsbekämpfung besteht nur indirekt, indem die illegalen Anbauer von Marihuana und Schlafmohn, wenn sie sich gegen die Guerilla nicht durch Herbeirufen von Polizei oder Militär schützen können, den Aufständischen „Schutzgelder" zahlen müssen und so deren Kriegskasse auffüllen.

2) Zur Zeit von IM[3] Rodil und Polizeichef Caballeros war die Zusammenarbeit mit der DEA sehr eng, da, wie berichtet, die US-Polizeihilfe nicht, wie bei uns, aus EZ-Mitteln, sondern aus Fonds der Drogenbekämpfung finanziert wird. Damals brauchten die Amerikaner ihre Einflüge allenfalls kurz vorher anzumelden, da sie eine Pauschalgenehmigung hatten. Parallel dazu hatten, wie berichtet, US-Beamte auch zu Lande Exekutivbefugnisse bekommen und die in BIEN[4] (N für Narcotráfico[5]) umbenannte Kriminalpolizei nahezu in einen DEA-Ableger

1 Hat Vortragendem Legationsrat Schmiegelow am 10. November 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) RL: Ich habe Bo[tschafter] Bensch wie besprochen telefonisch gebeten, die US-Botschaft in Guatemala zu fragen, ob sie ein klares Dementi abgeben kann. 2) W[ieder]v[or]l[age] 15.11."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Jagow am 11. November 1988 vorgelegen.
Hat Schmiegelow am 11. November 1988 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „3) [Kopie] an RL i. V. 231 m[it] d[er] B[itte] um Übernahme zu Ziff. 4 wie besprochen. 4) Z[u] d[en] A[kten]."

2 Mit Schreiben vom 2. September 1988, dem ein Artikel aus der Stuttgarter Zeitung vom 30. August 1988 über den Einsatz von vermeintlich giftigen Herbiziden gegen Drogenanbaufelder in Guatemala durch die amerikanische Drug Enforcement Administration (DEA) beigefügt war, richtete die Guatemala-Schülergruppe des Wirtemberg-Gymnasiums Stuttgart an Bundeskanzler Kohl die Bitte, auf die USA einzuwirken, um den weiteren „Einsatz von Sprühgift zu stoppen". Am 17. Oktober 1988 übermittelte das Bundeskanzleramt eine Kopie des Schreibens der Guatemala-Schülergruppe an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bächmann und bat um „Übersendung von Antwortelementen" zur Frage des „Einsatzes von Sprühgiften" sowie zur Frage, ob diese auch bei der Bekämpfung von guatemaltekischen Widerstandsgruppen verwendet worden seien. Für die Schreiben vgl. Anlage 1 der Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Jagow vom 11. November 1988; Referat 231, Bd. 148159.

3 Innenminister.

4 Brigada de Investigaciones Especiales y Narcóticos.

5 So in der Vorlage.

umfunktioniert. Unter der neuen Equipe von IM Valle und Polizeichef Méndez ist man anscheinend zu einem so weitgehenden Entgegenkommen nicht bereit. Die Kriminalpolizei, die, wie bei jedem Leitungswechsel, umorganisiert und personell erneuert wurde, ist abermals umbenannt, wobei das „Narcotráfico" verschwunden ist, sie heißt jetzt DIC (Departamento de Investigaciones Criminológicas). Seither sind auch keine amerikanischen Einflüge mehr öffentlich diskutiert worden. Ob sie nicht dennoch stattfinden (im menschenleeren Petén kann man vermutlich aus der Luft operieren, ohne daß das von GUA Seite erfaßt wird), sei dahingestellt. Ebenso bleibt abzuwarten, ob Valle und Méndez auf die Dauer dem amerikanischen Druck widerstehen können.

3) Jedenfalls aber ist das Problem der Pflanzenvernichtung aus der Luft nicht, wie in der Zuschrift unterstellt, eine Maßnahme der GUA Regierung gegen das eigene Volk, sondern vielmehr eine Frage nationaler Souveränität im „Hinterhof" der USA in einer Sache, die für die Amerikaner außerordentlich hohen Stellenwert hat.[6] Darüber hinaus ist das Drogenproblem hier überhaupt ein heißes Eisen. Vor einigen Monaten beschuldigte die Rechtspresse einen Bruder von AM Cabrera, einen Kokaintransport auf dem Flughafen an der Polizei vorbeigeschmuggelt zu haben. Seit dem Fall Noriega ist man hier weithin der Ansicht, daß Indiskretionen aus der Drogenszene von gewissen US-Stellen gezielt eingesetzt werden, um lateinamerikanische Politiker unter Druck zu setzen. Dazu kommt, daß die 26 Angehörigen der Zollpolizei, die wegen angeblicher Entführungen, Folterungen, und Morde zusammen mit ihrem ehemaligen Chef Diaz Urquizu, einem Schützling Cerezos, verhaftet, dann aber wegen Mangel an Beweisen freigelassen wurden, den Kern der Drogenabteilung dieser Polizeiinstitution bildeten. Die Botschaft kann daher nur dringend raten, daß wir in allem, was Drogenangelegenheiten in Guatemala sind, äußerste Zurückhaltung üben und Methoden der Drogenbekämpfung weder kritisieren noch befürworten. Wir könnten sonst zwischen sämtliche Mühlsteine geraten.

4) Vor diesem Hintergrund sollte auch PStS Pfeifer aus dem BMJFFG darauf verzichten, während seines geplanten Besuches in GUA (17.–19.11.) Fragen der Drogenbekämpfung mit der hiesigen Regierung zu erörtern. Der Gedanke, diesen Problemkomplex mit der GUA-Regierung aufzunehmen, wurde telefonisch durch MD Dr. Dettling an die Botschaft herangetragen (vgl. Bezugstelefonat). Dr. Dettling wurde – soweit dies am Telefon möglich erschien – von der Haltung der Botschaft unterrichtet. Botschaft wäre dankbar, wenn seitens des Auswärtigen Amts Angelegenheit mit BMJFFG aufgenommen würde.

[gez.] Bensch

VS-Bd. 13664 (331)

6 Botschafter Ruhfus, Washington, übermittelte am 10. November 1988 Informationen aus Gesprächen mit Mitarbeitern der Abteilung „Internationale Rauschgiftangelegenheiten" des amerikanischen Außenministeriums. Demnach sei der Einsatz von Herbiziden aus der Luft gegen Drogenfelder in Guatemala „wesentlicher Bestandteil der Zusammenarbeit Guatemalas und der USA bei der Rauschgiftbekämpfung". Die in Belize stationierten Flugzeuge würden gegen Mohn- und Marihuana-Felder eingesetzt, wobei ausschließlich das Herbizid „Glyphosat" verwendet würde, welches nur einen geringen Toxizitätsgrad aufweise und insofern für die Umwelt relativ unschädlich sei. „Im übrigen müsse die Administration dem U.S.-Kongreß Berichte über die ökologischen Folgen der Spray-Einsätze zur Rauschgiftbekämpfung vorlegen und stehe so unter umweltpolitischer Kontrolle. […] Im Fall Guatemalas wie

320

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Buerstedde

221-376.00-1511/88 VS-vertraulich **11. November 1988**[1]

Über Herrn D 2 A[2] Herrn Staatssekretär[3] Herrn Bundesminister[4]

Betr.: Konventionelle Rüstungskontrolle

Anlg.: 1 (Vermerk über KRK-Konsultationen vom 10.11.1988 in Bonn[5])

Zweck der Vorlage: 1) Billigung der Linie in Ziffer 4
2) Zur Verwendung bei den Gesprächen in Washington[6]

1) Für die rasche Aufnahme von Verhandlungen über konventionelle Stabilität gibt es eine Reihe von Hindernissen:

Fortsetzung Fußnote von Seite 1685
in anderen Ländern gelegentlich erhobene Vorwürfe, die Spray-Einsätze seien gegen aufständische Bewegungen gerichtet und zielten speziell darauf ab, deren landwirtschaftliche Anbaugebiete zu zerstören, seien abwegig. Klare Gegenargumente seien im Fall Guatemalas z. B. der relativ geringe Umfang der besprühten Flächen, die Art des verwendeten Herbizids, der Einsatz von Zivilpiloten und die Tatsache, daß man mit dem für die Guerillabekämpfung zuständigen guatemaltekischen Militär nur sehr begrenzt Kontakt habe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4587; Referat 231, Bd. 148159.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde und Vortragendem Legationsrat Gruber konzipiert.

2 Hat Botschafter Holik am 11. November 1988 vorgelegen.

3 Hat Staatssekretär Sudhoff am 11. November 1988 vorgelegen.

4 Hat Bundesminister Genscher am 11. November 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 14. November 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Botschafter Holik an Referat 221 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 17. November 1988 vorgelegen.
Hat Holik am 17. November 1988 erneut vorgelegen.
Hat Gruber erneut vorgelegen.

5 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Vortragender Legationsrat Gruber notierte am 11. November 1988 zu den KRK-Konsultationen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der USA am Vortag: „Der Vertreter Frankreichs (d'Aboville) trug unter Berufung auf Weisungen Mitterrands französische Forderungen nach einer wesentlich stärkeren Einbindung der KRK-Verhandlungen in den KSZE-Rahmen vor. Die französischen Vorstellungen laufen in wichtigen Punkten auf eine Revision des Kompromisses von Reykjavik hinaus, wonach die KRK-Verhandlungen im Rahmen des KSZE-Prozesses stattfinden, jedoch autonom sein sollen. Die Amerikaner und die Briten bezeichneten die französischen Wünsche als eine ‚Bombe'. Die Amerikaner zeigten keinerlei Bereitschaft, über den Kompromiß von Reykjavik hinauszugehen. Bei der Erörterung der Substanz eines westlichen KRK-Verhandlungsvorschlags war keine Bewegung der festgefahrenen konträren Standpunkte festzustellen. Die Amerikaner lehnen weiterhin den im September entwickelten Kompromiß eines Vorschlags ab, wonach gleiche Höchststärken regional differenziert für drei Regionen vorgeschlagen werden sollen. Umgekehrt gaben die Franzosen keinerlei Anzeichen, dass sie zu einer Rücknahme ihrer Ablehnung von gleichen Höchststärken zwischen den beiden Bündnissen in ganz Europa bereit sein könnten. Es gab keine Anzeichen dafür, dass man in Paris zu einem Tauschgeschäft bereit wäre, wie es D 2 A in seinem Gespräch mit Védrine am 7.11. in Paris vorgeschlagen hat und bei der Quint am 10.11. erneut zur Diskussion gestellt hat: Entgegenkommen der Franzosen in der Frage gleicher Höchststärken in ganz Europa gegen eine Verstärkung der Einordnung der KRK-Verhandlungen in den KSZE-Prozess." Vgl. VS-Bd. 12268 (221); B 150, Aktenkopien 1988.

6 Zu den Gesprächen des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher am 15. November 1988 in Washington vgl. Dok. 324, Dok. 325 und Dok. 327.

– Strittiger Verhandlungsrahmen

  Der Streit um das Format der Verhandlungen schien bis vor kurzem durch den Kompromiß der NATO-AM vom Juni 1987 gelöst (zwei parallele Verhandlungen; KRK autonom, aber im Rahmen des KSZE-Prozesses).[7]

  Auf Mitterrands Weisung stellt F seit dem 4.11. (deutsch-französischer Gipfel[8]) diesen Kompromiß wieder in Frage und fordert eine stärkere Einbindung der KRK-Verhandlungen in den 35er-Rahmen. Für die USA gehen die französischen Forderungen, die in wesentlichen Punkten den Kompromiß von Reykjavik sprengen, zu weit.

– Keine Einigung über einen westlichen Verhandlungsvorschlag

  Im Kern geht es um den Gegensatz:

  – F lehnt gleiche Höchststärken zwischen den beiden Bündnissen in ganz Europa ab.

    Um Frankreichs Widerstand zu überwinden, entwickelten GB und wir den Kompromiß-Vorschlag gleicher Höchstgrenzen in drei Regionen (erweiterte Mitte, Norden und Süden).[9]

  – USA beharren auf kollektiver Parität zwischen den beiden Bündnissen und ermutigen die Flankenstaaten, die die Drei-Zonen-Lösung aus Sorge vor Unterhöhlung der Bündnis-Einheit ablehnen.[10]

2) Durch eine Reihe von wechselseitigen „linkages“ ist die Lösung der bündnisinternen Differenzen erschwert:

– F fordert einen Beschluß der NATO über das Ende von MBFR[11] als Bedingung für die eigene Zustimmung zum KRK-Mandat.

– GB und USA wollen dem Ende von MBFR nicht zustimmen, bevor der Beginn der KRK-Verhandlungen und die Grundzüge des westlichen KRK-Vorschlags nicht feststehen.

– Die USA fordern eine Einigung im Bündnis auf einen westlichen KRK-Vorschlag vor Verabschiedung eines KRK-Mandats; ein Abschluß des WFT hängt damit von der allianzinternen Einigung in der KRK-Substanz ab.

3) Der gordische Knoten dieser sich wechselseitig blockierenden Bedingungen sowie des doppelten Streits über den Substanzvorschlag und den Verhandlungsrahmen erscheint nur durch eine umfassende Paketlösung entwirrbar. Die Elemente einer Lösung wären:

– Die Einordnung der KRK-Verhandlungen in den KSZE-Rahmen wird verstärkt, ohne daß der Kompromiß von Reykjavik rückgängig gemacht wird.

7 Vgl. dazu Ziffer 6 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383. Zur Tagung vgl. AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

8 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident Rocard am 4. November 1988 vgl. Dok. 313.

9 Vgl. dazu den am 18. Oktober 1988 übergebenen britischen Rahmenvorschlag „Conventional Arms Control: Framework Proposal“; VS-Bd. 12265 (221).

10 Zur Haltung Norwegens und der Türkei zu einem Regionalkonzept bei den Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 281, Anm. 8, und Dok. 311, Anm. 21.

11 Zur Frage einer Beendigung der MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 179.

– Gleiche Höchststärken in ganz Europa sind ein Baustein des westlichen KRK-Substanz-Vorschlags.

Ein solcher „deal" verlangt wechselseitige Konzessionen sowohl von F und USA. Die Chancen für ein Tauschgeschäft hängen jedoch wesentlich davon ab, wie stark sich beide Partner unter einem Entscheidungsdruck sehen. Für die USA ist dies wohl nur eingeschränkt der Fall, weil der Präsidentschaftswechsel[12] die Entscheidungsfreude ohnehin lähmt, Washington an einem raschen Ende des WFT und schneller Aufnahme von KRK-Verhandlungen kein ausgeprägtes Interesse hat und die Amerikaner kaum bereit sein dürften, den Franzosen in der Frage des Verhandlungsrahmens über den Kompromiß von Reykjavik hinaus entgegenzukommen.

F hat dagegen – nach allen Äußerungen Mitterrands – einen ausgeprägten Wunsch nach baldigem Beginn der KRK-Verhandlungen. Das Streben nach Betonung des KSZE-Rahmens ist stärker ausgeprägt als die Ablehnung bündnisweiter gleicher Höchststärken; allerdings hat die Haltung in der Substanz und in den Prozedurfragen im Grunde den gleichen konzeptionellen Ursprung. Es ist daher nicht gewiß, ob Frankreich für einen pragmatischen „deal" Prozedur gegen Substanz bereit ist. Vor allem aber ist ungewiß, ob er kurzfristig, d.h. bis zum NATO-Außenministertreffen am 8./9.12.[13], erreichbar ist.

4) Die BR Deutschland kann eine Schlüsselrolle als Katalysator zur Beschleunigung eines solchen „deals" spielen. Für uns ist die baldige Aufnahme von Verhandlungen über die Herstellung konventioneller Stabilität ein essentielles Anliegen.

Wir sollten daher unseren Einfluß auf hoher Ebene geltend machen,

– um F zu bewegen, seine Forderungen nach einer Betonung des 35er-Rahmens so zu mäßigen, daß sie im Rahmen des Kompromisses von Reykjavik bleiben,
– um die USA zu gewinnen, einer stärkeren Einordnung der KRK-Verhandlungen in den KSZE-Rahmen zuzustimmen, falls F Flexibilität hinsichtlich gleicher Höchststärken in ganz Europa zeigt.

Buerstedde

VS-Bd. 12265 (221)

12 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Bush, als Sieger hervorging.
Präsident Bush nahm am 20. Januar 1989 die Amtsgeschäfte auf.

13 Zur NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1988 in Brüssel vgl. Dok. 361 und Dok. 362.

321

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Butler

222-370.45-1510/88 VS-vertraulich **11. November 1988**

Betr.: Genfer CW-Verhandlungen[1] und Pariser CW-Konferenz[2];
hier: Vertrauliche Vierer-Konsultation in Washington 7.11.1988

Vertrauliche Vierer-Konsultation zu CW in Washington am 7.11.1988 (Eröffnung ACDA-Direktor Burns; Vorsitz: Botschafter Hansen, ACDA; Delegationsleitung bei D, F, GB jeweils CD-Botschafter[3]) verlief in guter Arbeitsatmosphäre. Die bekannten nationalen Besonderheiten in der Betrachtung des CW-Verhandlungsprozesses wurden unverändert sichtbar, mit Ausnahme von F, das stärker als bisher Bedeutung und Dringlichkeit globaler CW-Konvention hervorhob. Folgendes ist festzuhalten:

1) Pariser Konferenz gegen CW-Einsatz

Konferenz wird von F in alleiniger Verantwortung vorbereitet, wenngleich US bei Textformulierungen engagiert bleiben. F sieht neben östlicher Kooperationsbereitschaft allgemein aufgeschlossene Haltung Dritter Welt, wobei schwierigstes Problem Einbeziehung der Nah-/Mitteloststaaten darstelle.

F bezeichnete, ähnlich wie wir, als Schwerpunkte des Konferenzergebnisses die Bekräftigung des Genfer Protokolls[4] und einen starken politischen Impuls für die laufenden Genfer CW-Verhandlungen, bei nachrangiger Einstufung der anderen angestrebten Elemente einer politischen Schlußerklärung. US und GB forderten im Gegensatz dazu „balancierte“ Erklärung mit gleichgewichtigem Nebeneinander aller Erklärungselemente – dem wir deutlich widersprachen – und zeigten eher Zurückhaltung, dem weltweiten CW-Verbot einen hervorgehobenen Stellenwert beizumessen. Fortführung der Konferenzvorbereitung auf Wunsch von F vorrangig in Barton Group New York.

2) Stand Genfer CW-Verhandlungen

– US umriß als Ziele der auch unter neuem Präsidenten[5] gültigen US-Rüstungskontrollpolitik: Abkommen müßten US und alliierte Sicherheit erhöhen, wirksame Verifikationsmaßnahmen enthalten, kein Abkommen sei besser als ein schlechtes. Kongreß werde ausgehandelte Verifikationsmaßnahmen äußerst sorgfältig prüfen.

1 Zu den Genfer Verhandlungen über ein Verbot von Chemiewaffen vgl. Dok. 258, Anm 14.

2 Die Konferenz über das Verbot chemischer Waffen fand vom 7. bis 11. Januar 1989 in Paris statt. Vgl. dazu AAPD 1989.

3 Pierre Morel (Frankreich), Tessa Solesby (Großbritannien) und Paul-Joachim von Stülpnagel (Bundesrepublik).

4 Für den Wortlaut des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 173–177.

5 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Bush, als Sieger hervorging.
Präsident Bush nahm am 20. Januar 1989 die Amtsgeschäfte auf.

Verifikation werde immer mehr zum zentralen drängenden Problem. Daneben gehörten zu den offenen Fragen Zustimmung der westlichen chemischen Industrie, die vermehrt eigene, vom Vertragstext abweichende Vorstellungen entwickle, Modalitäten der internationalen Vertragsbehörde, die bisher nur wenig bearbeiteten Kapitel Beistand, wirtschaftliche und technologische Entwicklung und die kaum bearbeiteten Schlußartikel, sowie Sicherheit während der Vernichtungsphase und wirkliche Universalität des Abkommens.

Jüngste bilaterale Gespräche mit SU hätten sich positiv entwickelt[6]. SU habe bei Datenaustausch Flexibilität gezeigt und zwei „Pakete" angeboten:

- Im Gegenzug zu US-CW-Mengenangaben würde SU, die Mengenangabe schon gemacht habe, ihre Produktionsanlagen offenlegen und zu bilateralem Besuchsaustausch dieser Anlagen bereit sein, wie von US vorgeschlagen.
- Bei Offenlegung der Lagerorte von US-CW in Bundesrepublik würde SU ihre Lagerorte bekanntgeben. US habe klargemacht, daß dies ein deutsch-amerikanisches Thema sei, das z. Zt. nicht zur Diskussion stünde. Hansen fügte hinzu, es sei denn, die Bundesrepublik sehe dies anders. Ferner habe US die SU-CW-Bestände außerhalb der SU als Gegenstück zu hiesigen US-CW bezeichnet, was SU zurückgewiesen habe.

– GB stimmte mit US-Ausführungen überein und stellte als Schlüsselprobleme der nächsten Zeit in den Vordergrund die Fragen der Verifikation, bei denen eine Vielzahl von Details gelöst werden müßten, noch ehe eine „preparatory conference" zusammentrete, sowie die Frage des Datenaustausches, dessen bisherige Ergebnisse Zweifel an östlicher Glaubwürdigkeit nährten.

Der große Zeitbedarf der Verhandlungen lasse sich an vereinbarten Test-Inspektionen demonstrieren, die sich über das ganze Jahr 1989 hinziehen würden, im Gegensatz zum ehrgeizigen Arbeitsplan des schwedischen Vorsitzenden[7].

– F nannte als Gründe für geringe Ergebnisse letzter Sitzungsperiode den wenig effizienten polnischen Vorsitz, die zunehmend deutlicher werdende schwierige Haltung der Dritt-Welt-Länder, den erst jetzt stattfindenden Einstieg in das „Herz" der Verhandlungsmaterie nach vorheriger Befassung mit „Präliminarien" und Probleme mit nationalen chemischen Industrien.

Oft geforderte Intensivierung der Verhandlungen sei in Genf, wo unter Einsatz aller Kräfte gearbeitet werde, nicht möglich, sondern höchstens durch Befassung zusätzlicher Fachleute in den Hauptstädten. Nur so lasse sich westliche Führungsrolle weiter behaupten. US ergänzte, daß in gemeinsamen Erklärungen mit SU so oft Intensivierung niedergelegt sei, daß weitere Steigerung unmöglich. Wir hielten Begriff der Intensivierung für entbehrlich, solange auf andere Weise Dringlichkeit des CW-Verbots und Entschlossenheit zu stärkerem Bemühen zum Ausdruck komme.

– Wir haben bei Darlegung unserer Position noch einmal die Eilbedürftigkeit des weltweiten Verbots angesichts CW-Einsätzen[8] und anhaltender Proliferation in den Vordergrund gestellt. Für das Zurückbleiben des Sitzungsergebnisses

6 Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über ein Chemiewaffenverbot vgl. Dok. 318, Anm. 19.
7 Rolf Ekéus.
8 Vgl. dazu den Einsatz von Chemiewaffen durch den Irak; Dok. 99, Dok. 154 und Dok. 253.

1988 hinter den Erwartungen haben wir neben zunehmender Komplexität der Materie, östlicher Passivität und Dritt-Welt-Schwierigkeiten auch die Tatsache verantwortlich gemacht, daß der Westen mehr hätte leisten können. Für die Zukunft sollte der Westen weiterhin Motor der Verhandlungen bleiben, einen deutlichen Impuls durch die Pariser Konferenz anstreben, die unübersehbare östliche Flexibilität besser zur Durchsetzung eigener Vorstellungen nutzen und die Möglichkeiten, die westlicher Vorsitz im Ad-hoc-Ausschuß 1989 bietet, voll ausschöpfen, unabhängig davon, ob D oder GB die Position übernimmt, wobei wir auf Wahrung des in Genf etablierten Rotationsprinzips hofften. Ferner sei verstärkte Abstimmung in der Allianz vonnöten. GB ließ erkennen, daß es seinerseits die Kandidatur zum Ad-hoc-Ausschuß-Vorsitz aufrechterhalte.

3) Sicherheit während der Vernichtungsphase

F erläuterte die vom franz. Präsidenten persönlich vorgenommene Korrektur der französischen Haltung[9] dahingehend, daß F nicht mehr auf CW-Produktionsmöglichkeit nach Inkrafttreten einer Konvention bestehe[10], den ganzen Komplex zur Zeit neu überdenke, wozu auch die Frage der Offenlegung von CW-Beständen gehöre. Thema müsse prioritär weiter auf TO bleiben, insbesondere bliebe Besorgnis wegen SU-CW-Monopol in 90er Jahren und CW-Proliferation während Übergangsperiode. F halte unverändert an Option fest, sich vor Inkrafttreten des Vertrags CW zuzulegen, falls dies erforderlich erscheine.

US unterstrich, daß französisches Insistieren auf Behandlung des Themas hilfreich gewesen sei, um Problematik der SU näherzubringen und deren Verständnis für sicherheitswahrende Zerstörungsmodalitäten von CW-Beständen zu wecken. Wir haben Überlegungen einer CW-Bestandsvernichtung skizziert, die mit wenigen Änderungen im Vertragsentwurf zur Aufrechterhaltung der Sicherheit beitragen könnten. Zur ausführlichen Erörterung werde sich in vorgesehenen Intersessionals[11] Gelegenheit bieten[12].

4) Weitere TOP der Intersessionals (Wahrung der Vertraulichkeit bei Kontrollmaßnahmen, Richtlinien für Inspektoren, Beistand bei CW-Schutzmaßnahmen)

– Bedeutung des Themas Vertraulichkeit wurde von US besonders hervorgehoben, da ein Gleichgewicht zwischen Verifikationsanforderungen aus CW-Vertrag und Notwendigkeit der Wahrung nationaler Sicherheitsinteressen

9 Frankreich übergab der Bundesrepublik, Großbritannien und den USA am 7. April 1987 in Genf ein Papier mit einem Vorschlag zur Aufrechterhaltung einer Sicherheitsreserve bei den Chemiewaffen. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 105.

10 Referat 222 vermerkte am 4. Oktober 1988: „In seiner Rede vor der VN-GV am 29. September 1988 hat Präsident Mitterrand sich für eine Beschleunigung der Genfer CW-Verbotsverhandlungen ausgesprochen. Er hat zugleich auf die bisher von Frankreich energisch erhobene Forderung nach geheimen CW-Sicherheitsbeständen während der 10-jährigen CW-Vernichtungsphase verzichtet. Der Präsident hat die Notwendigkeit betont, mit Inkrafttreten der Konvention alle CW-Bestände und CW-Herstellungsanlagen bis zu deren Vernichtung unter internationale Kontrolle zu stellen. Er hat den Verzicht auf die Forderung Frankreichs erklärt, noch nach Inkrafttreten der CW-Verbotskonvention chemische Waffen herstellen zu können." Vgl. Referat 222, Bd. 162047.
Für den Wortlaut der Rede vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1988 (September/Oktober), S. 49–53. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 658–662 (Auszug).

11 Die „Intersessionals" zur Fortsetzung der Arbeiten an der Konvention über ein Verbot chemischer Waffen fanden vom 29. November bis 15. Dezember 1988 und vom 17. Januar bis 3. Februar 1989 statt.

12 Korrigiert aus: „geben".

gefunden werden müsse. GB hob[13] den auch von uns angeführten Gesichtspunkt der Integrität des zu schaffenden internationalen Sekretariats hervor. F verteilte ein Papier, in das besonders die Vielzahl der von der chemischen Industrie gestellten Fragen[14] Eingang gefunden hätten.

– Zu Inspektorats-Richtlinien sagte US baldige Vorlage eines Papiers zu.
– Zum Thema Beistand bei CW-Schutzmaßnahmen bestand weitgehende Übereinstimmung auf Grundlage eines von GB vorgelegten Papiers[15], an dessen Erörterung sich möglichst noch mehr Staaten beteiligen sollten.

5) Nichtherstellungskontrolle der chemischen Industrie

– Wir haben unsere Ad-hoc-check-Papiere[16] erläutert, die eine wichtige Verifikationslücke füllten, wobei wir uns des vorläufigen und durchaus verbesserungswürdigen Charakters des Papiers bewußt seien. Die Diskussion konzentrierte sich vor allem auf Fragen der Kontrolle von nicht in nationalen Registern enthaltenen Chemieproduzenten, die mögliche Beteiligung einzelner Staaten bei Auslösung von Ad-hoc-checks und den Gedanken von Quoten, die Frage der Zustimmung durch N+N-Staaten, den Charakter von Ad-hoc-checks (Inspektionsart sui generis oder Regelkontrolle?), die mögliche Beeinträchtigung des Verdachtskontroll-Konzepts durch Ad-hoc-checks (US-Frage) und mögliche Benachteiligung des Westens durch mehr Kontrollen wegen mehr chemischer Industrie. GB kündigte Vorlage eines eigenen Papiers an. Wir schlugen Behandlung in Januar-Intersessionals vor.
– Testinspektionen werden aus GB-Sicht 1989 ein wesentliches Verhandlungsthema sein. 15 Länder, darunter leider keine Dritt-Welt-Staaten, hätten sich für nationale Testinspektionen bereit erklärt. Da Testinspektionen einen wichtigen Lerneffekt beinhalteten, sei Teilnahme von Dritt-Welt-Vertretern bei internationalen Testinspektionen zu befürworten, auch wenn diese Länder selbst noch keine durchführten. Alle Beteiligten waren mit Vorbereitung ihrer nationalen Testinspektionen befaßt, die sie für spätestens Anfang 1989 vorsahen. US hatte bereits vorbereitenden Besuch bei einer Produktionsanlage vorgenommen. GB wird drei nationale Verdachtsinspektionen im militärischen Bereich durchführen.

6) Haltung der chemischen Industrie

Alle Teilnehmer äußerten sich besorgt über Mitte Oktober in New York deutlich gewordene Vorstellungen der westlichen chemischen Industrie, bei den Kontrollen nur noch auf Substanzen der Liste 1 abzustellen und damit das im Vertrags-

13 Korrigiert aus: „betonte“.
14 Korrigiert aus: „Fragen der Industrie“.
15 Für das britische Diskussionspapier vom 4. September 1988 zu Artikel X einer künftigen Konvention über ein Verbot chemischer Waffen vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 147 des Botschafters von Stülpnagel, Genf (CD), vom 16. September 1988; Referat 222, Bd. 162044.
16 Zum Arbeitspapier der Bundesrepublik vom 22. Dezember 1987 „Zu einigen Problemen der Nichtherstellungskontrolle“ vgl. Dok. 10, Anm. 20.
Am 6. September 1988 führte die CD-Delegation der Bundesrepublik in Genf zum Thema „Ad-hoc-checks“ ein weiterentwickeltes Papier „mit Textelementen für den Vertragsentwurf“ ein. Vgl. die Aufzeichnung des Referats 222 vom 29. September 1988; Referat 222, Bd. 162047.
Für das Arbeitspapier „Verification of Non-Production of Chemical Weapons: Ad Hoc Checks“ vgl. die Anlage zum Drahtbericht Nr. 1896 des Botschafters von Stülpnagel, Genf (CD), vom 6. September 1988; Referat 222, Bd. 162044.

entwurf entwickelte Verifikationskonzept vollkommen verändern zu wollen.[17] Diese Haltung wurde allgemein als nicht akzeptabel angesehen. Alle Partner wollen die Problematik mit ihrer chemischen Industrie erörtern, ehe man möglicherweise zu dem Mittel eines gemeinsamen westlichen Briefes an die Industrie greift, welches die Gefahr in sich birgt, diese möglicherweise nur temporären Differenzen an die Öffentlichkeit dringen zu lassen.

7) Koordinierungsfragen der Nichtherstellungskontrolle

Botschafter von Stülpnagel umriß seine Vorstellungen für die Behandlung der einzelnen unter Nichtherstellungskontrolle fallenden Punkte während der kommenden Intersessionals.

Butler

VS-Bd. 12284 (222)

322

Botschafter Graf zu Rantzau, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 1799
Citissime

Aufgabe: 11. November 1988, 20.00 Uhr[1]
Ankunft: 11. November 1988, 20.41 Uhr

Delegationsbericht Nr. 467

Betr.: 3. KSZE-Folgetreffen in Wien (WFT);
hier: Verlauf der 82. Konferenzwoche (7. bis 11. November 1988)

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

1) Während die (Text-)Verhandlungen des WFT praktisch zum Stillstand gekommen sind, bewegt sich die für den Ausgang der Konferenz entscheidende

17 Legationsrat I. Klasse Lüdeking, z. Z. New York, informierte am 20. Oktober 1988 über ein „Treffen von Vertretern westlicher Chemieverbände mit westl. CD-Delegationen“ am Vortag in New York: „Vertreter westlicher Chemieverbände stellten von ihnen während eines Treffens am 17./18.10. in Washington entwickelte Gedanken zum Schutz vertraulicher Betriebsinformationen und zum generellen Ansatz bei der Nichtherstellungskontrolle vor […]. Eine lebhafte Diskussion entzündete sich über die von der Industrie vorgeschlagene grundlegende Revision des Art. VI, die auf eine ersatzlose Streichung der Listen 2 und 3 und die Ersetzung durch nicht auf Substanzlisten abgestützte und lediglich auf die Überprüfung des Vorhandenseins bzw. des Nichtvorhandenseins von Substanzen der Liste 1 abzielende Inspektionen vor Ort in allen Anlagen der chemischen Industrie hinausläuft. Daneben sollen nach Vorstellung der Industrie durch Inspektionen außerhalb von chemischen Anlagen auch die Handelsströme von Vorprodukten erfaßt werden. Diese von der Industrie bisher nicht näher ausgeführten Vorstellungen stießen bei den westlichen CD-Delegationen auf Ablehnung. Dabei wurde nicht nur auf inhaltliche Schwierigkeiten, sondern auch auf die Probleme bei der Verhandelbarkeit eines solchen Neuansatzes in der Nichtherstellungskontrolle hingewiesen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2386; Referat 222, Bd. 162047.

1 Das von Botschaftsrat I. Klasse Altenburg, Wien (KSZE-Delegation), konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 14.

Auseinandersetzung zwischen SU und USA (und GB) um die Moskauer Konferenz[2] auf einen Höhepunkt zu. In dieser Kraftprobe kommt zunehmend der für beide Seiten symbolträchtige und prestigewirksame Kern des Konflikts zutage, der dadurch indes alles andere als leichter lösbar wird: Die sowjet. Führung (Gorbatschow und Schewardnadse) verfolgt mit dem Vorschlag für eine MR-Konferenz in Moskau innen-, genauer gesagt reformpolitische Ziele, aber auch die Absicht, die SU als einen in jeder Hinsicht (d.h. besonders bezüglich der Menschenrechte) der anderen Supermacht ebenbürtigen Staat zu präsentieren. Genau dagegen richten sich die angelsächsischen Bedenken, die ihren Ausdruck in den amerikanischen Vorbedingungen („Kriterien": Freilassung politischer Gefangener, Refuseniks, bilaterale Härtefälle, Jamming, Institutionalisierung der Reform) finden.

Die Auseinandersetzung findet auf verschiedenen Ebenen (z.T. auch in den Medien, vgl. „Newsweek" vom 14.11.88[3]) statt: US-DL Bo Zimmermann unterrichtete am 10.11. den NATO-Caucus über einen Briefwechsel zwischen AM Schewardnadse und AM Shultz vom 7./8. November 1988 zum WFT und insbesondere zur Moskauer Konferenz. Mit dem Antwortschreiben von AM Shultz ist die bisherige Ungewißheit der amerikanischen Haltung hinsichtlich einer MR-Konferenz in Moskau ausgeräumt. Washington hat nunmehr (nach offensichtlicher Abstimmung mit GB) die Bereitschaft erklärt, nach Erfüllung bestimmter Bedingungen einer MR-Konferenz in Moskau zuzustimmen. Ergebnis der angelsächsischen Positionsbestimmung, die von allen übrigen Verbündeten als Klarstellung begrüßt wird, ist, daß der Ball ins sowjetische Feld gespielt wurde: Es kommt jetzt – bezüglich eines baldigen Endes des WFT – auf die sowjetische Antwort an. Die sowjetische Spekulation, die USA würden nach der Wahl[4] der Moskauer Konferenz zustimmen, hat sich als falsch erwiesen.

Der Ablauf des Plenums am 11.11.88 war charakteristisch für die gegenwärtige Lage. Im Mittelpunkt der Sitzung standen die Reden der Vertreter der beiden Supermächte: SU-DL Bo Kaschlew gefolgt vom Vorsitzenden der KSZE-Kommission des US-Kongresses, S. Hoyer. Während diese beiden Redner mit verschärften Untertönen, inhaltlich aber auf der aus dem Briefwechsel bekannten Linie die Diskussion über die Moskauer Konferenz fortführten, gerieten die übrigen, ziemlich zahlreichen Redner des Plenums immer tiefer in eine kontroverse Implementierungsdebatte, deren Auslöser nun schon in der dritten Woche die Ereignisse in der ČSSR waren.

Bo Kaschlew, der als erster sprach und offensichtlich nicht die sowjetische Antwort auf den Brief von AM Shultz gab, verwies auf das bisher erreichte eindrucksvolle WFT-Verhandlungsergebnis, das nicht gefährdet werden dürfe. Kaschlew warnte vor „Bern"[5], wo das Veto eines TNs ein Ergebnis verhindert habe. Er stellte die Moskauer Konferenz als integralen Bestandteil des CDH-Dreiklangs

2 Zum sowjetischen Vorschlag für eine KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 304, Anm. 14.

3 Vgl. den Artikel „An East-West Game Plan"; NEWSWEEK vom 14. November 1988, S. 8–10.

4 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Bush, als Sieger hervorging.
Präsident Bush nahm am 20. Januar 1989 die Amtsgeschäfte auf.

5 In Bern fand vom 15. April bis 26. Mai 1986 das KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 77 und Dok. 156.

(Paris[6], Kopenhagen[7], Moskau) dar, er sagte die Einhaltung von Rahmenbedingungen gemäß traditionellem KSZE-Standard zu, lehnte Vorbedingungen (insbesondere Freilassung politischer Gefangener) ab und drohte für den Fall negativer Entscheidung zur Moskauer Konferenz mit Konsensverweigerung für Paris, Kopenhagen und London[8]. Chairman Hoyer stellte demgegenüber in Frage, ob das WFT überhaupt schon in der Schlußphase sei. Er verwies indirekt auf den Brief von AM Shultz („SU kennt unsere Sorgen") und forderte in einer ausdrücklichen Parallele zum INF-Abkommen die „Null-Lösung in der menschlichen Dimension": Keine politischen Gefangenen, keine getrennten Familien, keine Beeinträchtigung der Rechte von Minderheiten und auf Religionsausübung, kein Jamming etc.

Mit unverkennbarer Genugtuung informierte Hoyer, daß er mit einer umfangreichen Delegation (ca. 50 Personen) von Mitgliedern und Mitarbeitern der KSZE-Kommission, die erstmals als solche von der SU eingeladen sei, am Wochenende nach Moskau reisen werde.

Das übrige Konferenzgeschehen ist für den Abschluß des WFT zur Zeit kaum relevant. Die Experten und Verhandlungsführer sind infolge des Leerlaufs damit beschäftigt, ständig die erreichten Texte zu überprüfen. Sie laufen dabei Gefahr, auf neue Verbesserungs- und Änderungsvorschläge zu kommen, die das Verhandlungsergebnis eher beeinträchtigen als zum Konferenzabschluß beitragen können.

2) Der Westen

Die westlichen Abstimmungsgremien (EPZ und NATO) waren während der Berichtswoche in erster Linie mit der Klärung der angelsächsischen Position zur Moskauer Konferenz befaßt. Obwohl viele Partner und Verbündete Vorbehalte gegen Inhalt und Modalitäten der angelsächsischen Position haben, werten alle den jetzigen Schritt als entscheidend für den weiteren Konferenzverlauf.

Die Beschäftigung mit dieser Frage, zu der eine Entscheidung nicht in Wien, sondern nur zwischen Washington und Moskau fallen kann, absorbierte die meiste Zeit. Die Erarbeitung möglicher Änderungsvorschläge zu den Koordinatoren-Papieren[9] trat infolgedessen in den Hintergrund.

Die neubelebte Kontroverse zwischen F und USA über den Inhalt und die Auswirkungen des Kompromisses von Reykjavik für die Verhandlungen im Bereich der militärischen Sicherheit[10] (KRK-Mandat, militärische Aspekte der Sicherheit beim WFT, Informationsaustausch zwischen KRK-Teilnehmern und N+N) ist bisher noch nicht in vollem Umfang auf die westlichen Abtimmungsgremien durchgeschlagen, wirkt sich aber bereits atmosphärisch nachteilig aus. Ob und

6 Die erste Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE" (CHD) fand vom 30. Mai bis 23. Juni 1989 in Paris statt. Vgl. dazu AAPD 1989.

7 Die zweite Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE" (CHD) fand vom 5. bis 29. Juni 1990 in Kopenhagen statt.

8 Das KSZE-Informationsforum fand vom 18. April bis 12. Mai 1989 in London statt. Vgl. dazu AAPD 1989.

9 Zu den Papieren der Koordinatoren für Korb I (Torovsky), Korb II (Clavel) und Korb III (Eliasson) vgl. Dok. 304, Anm. 13.

10 Vgl. dazu die Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384. Zur Tagung vgl. AAPD 1987, II, Dok. 174.
Zu den Haltungen Frankreichs und der USA vgl. Dok. 320.

welche Konsequenzen für das Konferenzgeschehen sich daraus ergeben, ist zur Zeit noch nicht zu übersehen.

3) Die WP-Staaten

Mit seiner Rede am 11.11.88 hat SU-DL Kaschlew seit langem zum ersten Mal wieder eine programmatische Rede gehalten. Er forderte einen unverzüglichen Abschluß, begründete, daß das gegenwärtig erreichte Verhandlungsergebnis für SU und den Osten akzeptierbar ist und machte den Anspruch der WP-Staaten auf gleichberechtigte Beteiligung beim Follow-up-Programm unzweideutig geltend. Nach dieser Rede muß damit gerechnet werden, daß die sowjetische Führung an ihrem Vorhaben einer Moskauer Konferenz festhalten wird.

Im übrigen sind die WP-Staaten durch die bereits in der dritten Woche aus Anlaß der Ereignisse in der ČSSR geführten Implementierungsdebatte allgemein in die Defensive geraten. Dies könnte auf Dauer zu einer Beeinträchtigung der Konferenzatmosphäre führen. Ohnehin machen die gegenwärtigen Vorgänge in verschiedenen WP-Staaten (ČSSR, DDR, Polen) deutlich, daß bei längerem Andauern der Konferenz die West-Ost-Rahmenbedingungen jedenfalls in einigen für die KSZE signifikanten Bereichen auch negativ beeinflußt werden können.[11]

4) Die N+N-Staaten

Die N+N warten nach wie vor auf Reaktionen der anderen Gruppierungen zu den Koordinatoren-Papieren. Insbesondere A-DL Bo Torovsky – vermutlich aus seiner Rolle als Vertreter des Gastgeberlandes – drängt zur Eile.

5) Die eigene Delegation

Während der Berichtswoche kam es mir darauf an, zu einer möglichst unverzüglichen, den baldigen Abschluß des WFT befördernden angelsächsischen Positionsbestimmung zur Moskauer Konferenz beizutragen.

In der uns national interessierenden Frage der Wanderarbeit[12] habe ich mit JUG-DL Bo Golob nach dem Gespräch BM/AM Lončar[13] ein erstes bilaterales Gespräch geführt, das Anfang nächster Woche fortgesetzt werden soll, wenn auch Bo Golob über entsprechende Informationen und Weisungen verfügt.

[14]II. Zu den Körben im einzelnen

1) In Korb I – Prinzipien – konnte im westlichen Kreis eine Festlegung auf konkrete Änderungswünsche zum Koordinatoren-Papier, wie sie insbes. von US und KAN angemeldet wurden, bisher vermieden werden. Osten verhält sich ebenfalls abwartend und macht Änderungswünsche von westlicher Reaktion auf Koordinatoren-Papier abhängig. Daraus ergibt sich eine gewisse Chance, Ko-

11 Botschafter Graf zu Rantzau, Wien (KSZE-Delegation), informierte am 4. November 1988: „Durch die westliche Kritik an den Vorgängen in der ČSSR mussten einige WP-Delegationen Pflichtübungen zur Verteidigung der ČSSR unternehmen (SU, DDR). Vor dem Hintergrund sich verschlechternder Implementierungsbilder in einigen der WP-Staaten (DDR: Schüsse an der Grenze, Verfolgung kirchlicher Gruppen, Beschränkung der Tätigkeit westlicher Journalisten; ČSSR: Verhaftungen aus Anlaß des 70. Jahrestages der Staatsgründung; POL: Auseinandersetzung mit der Gewerkschaft Solidarność (Leninwerft)) sind WP-Delegationen offenbar zusätzlich motiviert, bald abzuschließen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1745; Referat 212, Bd. 153431.

12 Zur Frage von Arbeitsmigranten in einem Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 224, Anm. 18.

13 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Lončar am 6. August 1988 vgl. Dok. 225, Anm. 18.

14 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1800 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

ordinatoren-Papier in jetziger Form und Substanz intakt zu erhalten. SU hat signalisiert, sich hinsichtlich möglicher Änderungen innerhalb des WP für die Null-Option stark machen zu wollen, sofern Westen Koordinatoren-Papier ohne größere Änderungen akzeptiert. Wir werden uns im westlichen Kreis weiterhin gegen eine Öffnung des Koordinatoren-Textes aussprechen und Änderungsverlangen, falls unvermeidbar, auf das absolute Minimum begrenzt halten.

Einige westliche Experten haben in informellen Kontakten mit Koordinator[15] Lösungsmöglichkeiten für die insbes. von DK und KAN verlangte Präzisierung der Definition der menschlichen Dimension erörtert. Anstelle ursprünglicher westlicher Formel (Ersetzung von „other humanitarian issues" durch „solution of related humanitarian problems"), die nicht nur verhandelbar, sondern in jetziger Konferenzphase vom Osten als Provokation empfunden würde, hat Koordinator Alternativen formuliert, die DK und KAN akzeptieren könnten (z. B. Präzisierung der N+N-Definition in „other related humanitarian issues"). Koordinator ist aber sehr skeptisch, ob sich diese wird durchsetzen lassen.

In informellem Kontakt mit Koordinator hat westlicher Expertenkreis ferner Formulierung erarbeitet, die eine mißverständliche Interpretation von „if they deem it necessary" in Paras 3 und 4 CDH-Mechanismus ausschließt. Nach gewissen östlichen Signalen bestehen Chancen, diese Formulierung als bloße „Toilettage" einführen zu können.

Zu „Abschaffung der Todesstrafe" haben Experten aus dem Kreis der Einbringer von WT.128[16] Textfassung formuliert, die Koordinatorenformulierung sprachlich verbessert und Ziel des Textes in Richtung auf „Abschaffung" deutlicher als bisher zum Ausdruck bringt. Text soll ggf. im Wege der „Toilettage" eingebracht werden.

2) Im Bereich der militärischen Aspekte der Sicherheit herrscht weiterhin Stagnation. Unnachgiebigkeit der N+N einerseits und konfliktträchtige Weisungslage bei US und F andererseits verursachen allgemeine Blockade.

NATO-Caucus am 8.11. scheiterte an dem Versuch, ein „inter-alliance management" zur – substantiellen und taktischen – Überwindung der „Blockade" zustande zu bringen. F weigerte sich, sich an der Diskussion zu beteiligen (da Paris derzeit die franz. Position überprüfe).

Caucus am 10.11. befaßte sich mit Umsetzung des HLTF-Beschlusses zur Präsentation der Streitkräftedaten[17] in Wien. Wegen fortbestehender Auffassungsunterschiede und unzureichender und z. T. unvereinbarer Weisungen einiger Delegationen soll Thema am 15.11. erneut behandelt werden.

Die informelle Sitzung der AG[18] „S" am 10.11. wurde – mit Ausnahme der Information über KRK – ohne weitere Wortmeldung geschlossen.

15 Rudolf Torovsky.

16 Am 5. Juni 1987 brachte die Bundesrepublik auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien zusammen mit Dänemark, Finnland, Island, Luxemburg, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und Spanien den Vorschlag zur „Abschaffung der Todesstrafe" ein. Für den Vorschlag CSCE/WT.128 vgl. Referat 212, Bd. 153446.

17 Zur Frage einer Dateninitiative der NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 281, Anm. 15.
Die Streitkräftedaten wurden am 25. November 1988 publiziert. Vgl. NATO (Hrsg.), Conventional Forces in Europe: The Facts, Brüssel 1988.

18 Korrigiert aus: „DG".

3) In Korb II scheint derzeit niemand bereit, durch Formalisierung von Änderungsbegehren im Hinblick auf das Koordinatoren-Papier erneut in eine substantielle Textverhandlung eintreten zu wollen. Westen hält sich nach wie vor diszipliniert an die vereinbarte Linie, nicht als erster Änderungswünsche zum Koordinator-Papier vorzubringen. Intern zeichnen sich allerdings potentielle Problempunkte (Umweltschutz: USA, GB; Kernsicherheit: USA; Kompensation: EGK; Transitprobleme von Wanderarbeitern in BUL: TUR) ab. Ihre reibungslose Lösung dürfte mit weiterer WFT-Dauer schwieriger werden.

Osten scheint es gelungen zu sein, die Problem-Punkte in Korb II weiter einzugrenzen. Haupthindernis scheint jetzt – auf Drängen der DDR – nur noch die Tourismus-Frage (Mindestumtausch) zu sein. Osten ist allerdings noch unschlüssig, wie er dieses Problem ohne taktischen Gesichtsverlust aufbringt. Möglicherweise wird er darauf verzichten, dafür die Experten-Ebene zu nutzen.

4) Zu Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeer legten Experten der 16 ihren Delegationsleitern kurzen Sachstandsbericht auf folgender Linie vor.[19]

– Die Weiterentwicklung des N+N-Entwurfes[20] durch zwei Ideenpapiere des CH-Koordinators[21] sei allgemein zufriedenstellend.
– Einige Delegationen konzentrierten ihre Bemühungen um weitere Textverbesserungen auf die Para 1 (Erwähnung von „Stockholm“) und 4 („anhaltende Spannung in der Region“) sowie im Annex auf Para 6 (Abfassung Schlußbericht/Empfehlungen).
– Aus taktischen Gründen würden diese Vorstellungen momentan jedoch nicht als förmliche Amendments vorgelegt.
– Es bleibe Sache eines jeden TNS, den CH-Koordinator im Rahmen seiner bilateralen Gespräche mit den Delegationen auf nationale Anliegen aufmerksam zu machen.

5) In Korb III ist Westen über die bereits berichtete vorläufige Einigung zu möglichen Änderungen des Koordinatoren-Papiers hinaus in den Beratungen der verbliebenen Streitfragen nicht weitergekommen. Auf Expertenebene hat ein Nebenthema, die Bewertung des Budapester Kulturforums[22] (op. Para 17 Kultur), unverhältnismäßig viel Aufmerksamkeit gefunden, USA wollen – im Gegensatz zu den meisten anderen Partnern, insb. F, I und uns – das Forum negativ bewerten, da NGOs während des Forums behindert worden seien. Annäherung ist hierzu noch nicht in Sicht.

Schwed. Koordinator[23] strebt für Mitte nächster Woche informelles Treffen mit zwei bis drei Delegationen aus W, O und N+N an, um die Möglichkeit von substantiell nicht gravierenden Text-Toilettagen zu erkunden, vor Eintritt in Verhandlungen über eigentliche „Amendments“. Griech. Präsidentschaft[24] hat nunmehr auch in Korb III von uns Vorsitz in Expertengruppe durch Stv. DL[25]

19 Korrigiert aus: „folgender Linie.“
20 Zum Entwurf der N+N-Staaten vom 13. Mai 1988 für ein Abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 153.
21 Jean-Daniel Clavel.
22 Das KSZE-Kulturforum fand vom 15. Oktober bis 25. November 1985 in Budapest statt.
23 Nils Eliasson.

übernommen, der zuvor drei Wochen hospitiert hatte und uns weiterhin um Beistand bittet. Übernahme berührt jedoch nicht unsere Teilnahme in dem – allerdings auf absehbare Zeit kaum wieder tagenden – informellen W/O/N+N-Verhandlungsgremium, der sogenannten „Gruppe der 6".

6) Im Bereich Folgeveranstaltungen gelang es den 12 wiederum nicht, zu gemeinsamen Positionen zu den noch offenen Fragen im Kapitel Folgeveranstaltungen des WFT-Schlußdokuments zu gelangen. Haupthindernisse waren das Beharren von B auf Schlußdokumenten für jedes zukünftige (Zwischen-)Folgetreffen und Vorbehalte Spaniens gegen den in der Vorwoche gefundenen Kompromiß über die Bezeichnung der (Zwischen-)Folgetreffen, der den unterschiedlichen Positionen zum Status von KRK und der KRK-VSBM-Informationstreffen Rechnung tragen sollte („other CSCE meetings").

In der Sitzung der F-Gruppe der 35 am 9.11.88 unter dem (JUG-)Koordinator Vuković lehnte CH, wie einige Zeit zuvor der Westen, den SU-Vorschlag ab, daß AM an Eröffnungs- und Schlußveranstaltungen der (Haupt-)Folgetreffen teilnehmen sollen.

[gez.] Rantzau

Referat 212, Bd. 153431

323

Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 4612 **Aufgabe: 11. November 1988, 19.54 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 12. November 1988, 02.13 Uhr**

Betr.: Rücktritt des Bundestagspräsidenten am 11.11.1988[2];
hier: Meine Gespräche mit Simon Wiesenthal und Rabbi Hier[3]

Bezug: DB 4589 vom 10.11.1988 – Pol 321.10[4]

Zur Unterrichtung

1) Ich habe heute vormittag Simon Wiesenthal und Rabbi Hier über die Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundestagspräsidenten zu dessen Rück-

24 Griechenland hatte vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 1988 die EG-Ratspräsidentschaft inne.
25 Athanassios Valassidis.

1 Das Fernschreiben wurde von Legationsrat Tempel, Washington, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 14. November 1988 vorgelegen.

2 Bundestagspräsident Jenninger hielt am 10. November 1988 im Rahmen einer Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag der Novemberpogrome eine Rede vor dem Bundestag, die im In- und Ausland starke Kritik hervorrief. Jenninger trat daraufhin am folgenden Tag zurück.
Für den Wortlaut der Rede vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, Gedenkveranstaltung aus Anlaß der Pogrome des nationalsozialistischen Regimes gegen die jüdische Bevölkerung vor 50 Jahren, S. 7270–7276.

3 Durchgängig korrigiert aus: „Heir".

4 Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete, daß der Leiter des Simon Wiesenthal Center, Rabbi Hier, im Namen Simon Wiesenthals seine große Besorgnis über die Rede des Bundestagspräsidenten

tritt[5] unterrichtet und dabei insbesondere auf das Engagement Herrn Jenningers für die Lebensinteressen des Staates Israel und sein kompromißloses Eintreten gegen jede Form totalitärer Herrschaft hingewiesen. Dabei habe ich auch die Betroffenheit und das Bedauern des Bundestagspräsidenten unterstrichen. Beide Erklärungen liegen dem Büro Simon Wiesenthals in New York vor. Dem Simon Wiesenthal Center in Los Angeles wurden sie von hier aus übermittelt. Wiesenthal entgegnete, der Vorgang sei letztlich „eine Tragödie", er habe keine Zweifel an der Integrität Jenningers, den er persönlich kenne und schätze. Seine Rede sei dem Anlaß und dem Auditorium nicht angemessen gewesen, habe dem emotionalen Charakter des Ereignisses nicht Rechnung getragen und so zu Mißinterpretationen geführt. Es sei in höchstem Maße bedauerlich, daß die monatelangen Vorbereitungen der Gedenkfeierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Reichskristallnacht, die ja deutlich zeigten, daß Deutschland keine Flucht aus der Verantwortung vor der Geschichte anstrebe, sondern sich im Gegenteil eindeutig zu dieser Verantwortung bekenne, mit diesem Mißklang endeten. Er glaube, daß mit dem ehrenvollen Rücktritt des Bundestagspräsidenten eine Lösung gefunden wurde, die nachhaltige negative Rückwirkungen auf das deutsch-jüdische Verhältnis verhindere. Wiesenthal betonte in diesem Zusammenhang insbesondere auch, daß der Zentralrat der deutschen Juden in seiner Erklärung den Rücktritt Jenningers nicht gefordert habe.

Auf meinen Hinweis auf die Rede des Bundeskanzlers in der Paulskirche[6] und die Ausführungen des Bundespräsidenten zum Historikerstreit in Bamberg[7] unterstrich Wiesenthal lebhaft deren Bedeutung auch für das hiesige Judentum und bezeichnete die Rede des Bundeskanzlers als „wunderbare Rede".

Mit Blick auf die Veranstaltung zu Ehren Wiesenthals in Anwesenheit des BKs in New York am 14.11.[8] erklärte Wiesenthal, er glaube, gerade auch nachdem er viele jüdische Stimmen zu den Ereignissen heute morgen gehört habe, daß diese keinen störenden Einfluß auf die Veranstaltung haben werden. Er bezeichnete es zugleich allerdings als sehr wünschenswert, daß der Bundeskanzler in aller Kürze ein Wort zu dem Vorgang sage, um mögliche spätere Vorwürfe, für den Bundeskanzler sei mit dem Rücktritt Jenningers das Thema abgehandelt, von vorneherein auszuschließen. Ich sagte Wiesenthal die Übermittlung dieser Anregung nach Bonn zu.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1699

Jenninger zum 50. Jahrestag der Novemberpogrome zum Ausdruck gebracht habe. Rabbi Hier habe sich „ausdrücklich auf die sehr kritische Berichterstattung der CBS Abendnachrichten" bezogen und eine klärende, „öffentlichkeitswirksame Äußerung des Botschafters, möglichst sogar des BK" gefordert. Ruhfus erklärte sich zu einem Gespräch mit Wiesenthal am Folgetag bereit und bat das Auswärtige Amt um Sprachregelung. Vgl. Referat 204, Bd. 160053.

5 Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 11. November 1988 vgl. LASCHET/MALANGRÉ, Jenninger, S. 36 f.
Für den Wortlaut der Erklärung des Bundestagspräsidenten Jenninger vom 11. November 1988 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 107. Sitzung, S. 7398.

6 So in der Vorlage.
Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl bei der zentralen Gedenkveranstaltung anläßlich des 50. Jahrestages der Pogromnacht am 9. November 1988 in der Westend-Synagoge in Frankfurt a. M. vgl. BULLETIN 1988, S. 1345–1347.

7 Für den Wortlaut der Rede des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker zur Eröffnung des 37. Historikertages am 12. Oktober 1988 in Bamberg vgl. BULLETIN 1988, S. 1185–1188.

8 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 12. bis 15. November 1988 in New York auf. Vgl. dazu Dok. 328.

2) Das Gespräch mit Rabbi Hier verlief auf ähnlicher Linie. Auch Rabbi Hier unterstrich, daß man die Integrität Herrn Jenningers nicht in Zweifel ziehe.

3) Der Präsident des World Jewish Congress, Bronfman, hat in Reaktion auf die Erklärung des Bundeskanzlers und Herrn Jenningers soeben folgende Erklärung abgegeben: „World Jewish Congress considers this unfortunate incident closed. The reaction within West Germany to this incident reflects on the maturity and stability of post-war German democracy".

[gez.] Ruhfus

Referat 204, Bd. 160053

324

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan in Washington

15. November 1988[1]

Mittagessen, gegeben von Präsident Reagan für den Bundeskanzler am Dienstag, dem 15. November 1988, im Weißen Haus[2];
hier: Gesprächsvermerk

An dem Mittagessen nahmen auf amerikanischer Seite ferner teil: AM Shultz, VM Carlucci, Sicherheitsberater Powell, Pressesprecher Fitzwater, Frau Ridgway, Herr Ledsky (NSC), Frau Markuse (Dolmetscherin), Botschafter Burt;

auf deutscher Seite: BM Genscher, BM Scholz, StS Ost, Botschafter Ruhfus, MD Teltschik, Prof. Weidenfeld, MDg Dr. Kastrup, MDg Dr. Neuer, Frau Kaltenbach (Dolmetscherin).

Der *Bundeskanzler* berichtet von seinem Besuch in Moskau.[3] Er habe sich dort einen Eindruck von der Lage verschaffen können. Seine Beurteilung beruhe außer auf den Gesprächen mit dem Generalsekretär auch auf Gesprächen mit

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, am 17. November 1988 gefertigt.
Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, verfügte.
Hat Teltschik am 18. November 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, „z[ur] K[enntnisnahme]" verfügte.
Hat Hartmann am 21. November 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, verfügte.
Hat Kaestner am 21. November 1988 vorgelegen.

2 Im Anschluß an seinen Aufenthalt vom 12. bis 15. November 1988 in New York traf Bundeskanzler Kohl mit Präsident Reagan am 15. November 1988 in Washington zu Gesprächen zusammen. Vgl. dazu auch Dok. 325 und Dok. 328.
Vgl. dazu ferner das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am selben Tag in Washington; Dok. 327.

3 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

MP Ryschkow, mit sowjetischen Wirtschaftswissenschaftlern sowie mit Professor Sacharow. Der Bundeskanzler führt aus, er glaube, GS Gorbatschow sitze fest im Sattel. Er habe ihn zusammen mit acht Politbüro-Mitgliedern getroffen und dabei den Eindruck gewonnen, daß er eine absolut dominierende Position habe. Er sei der Boß. Durch die Änderung der Verfassung[4] habe er noch mehr Macht erhalten. Sein Problem sei es jetzt, daß mit seiner steigenden Macht auch seine Verantwortung für die Reformen steige, falls sie mißlingen. Besonders schwierig sei für ihn die Frage der Minderheiten.[5] Dieses Problem werde weitgehend unterschätzt. Es sei gigantisch. Nicht nur innerhalb der Sowjetunion sei diese Frage von enormer Bedeutung. Sie sei dies auch für die übrigen Warschauer-Pakt-Staaten. Bei der Lösung müsse er auch Polen, Rumänien und andere berücksichtigen. Es handele sich um eine nahezu nicht lösbare Frage. Hierüber habe er auch am Sonntag[6] lange mit Henry Kissinger diskutiert, der dies ebenso beurteile. Die Entwicklung im Warschauer Pakt laufe auseinander. Ungarn diskutiere ernsthaft das Mehrparteiensystem; Honecker sei hierüber entsetzt.

Der Bundeskanzler kommt in diesem Zusammenhang kurz auf die Lage in der DDR zu sprechen und weist darauf hin, daß 900 000 Ausreiseanträge bei einer Zahl von 16 Millionen Einwohnern vorlägen. Man spüre den Druck im Kessel. Der Bundeskanzler fährt fort mit seiner Bewertung der Lage in der Sowjetunion und bezeichnet die wirtschaftliche Lage dort als verheerend. Er habe mit sowjetischen Wirtschaftswissenschaftlern, die das Politbüro beraten, eine eingehende Diskussion gehabt.[7] Es gebe logische Ansätze. Man spreche über Markt, Preisbildung und Inflation. Eine Diskussion, die es nach der kommunistischen Lehre nicht geben könne und nicht geben dürfe. Nach 50 Minuten Diskussion habe er den Eindruck gehabt, die Tür gehe auf und Ludwig Erhard betrete den Raum. Der Präsident der sowjetischen Akademie der Wissenschaften[8] habe ausgeführt, die Deutschen hätten Glück gehabt, diesen großen Staatsmann in der für ihr Land so schwierigen Zeit zu besitzen. Dies habe er nicht ironisch gemeint. Wie das neue System funktionieren solle, sei jedoch offen. Er glaube, man sei fest entschlossen, diese Reformen in relativ kurzer Zeit durchzuführen. Es dürfe jedoch nicht zu lange dauern, bis ein Beweis dafür erbracht werden könne, daß

4 Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken notierte am 2. November 1988: „Eine Analyse der am 22./23.10.88 in der sowjetischen Presse veröffentlichten Vorschläge zur Änderung der Verfassung und Novellierung der Wahlgesetzgebung zeigt, daß Gorbatschow sich mit seinen verfassungspolitischen Vorstellungen durchgesetzt hat. Die Änderungsvorschläge entsprechen im wesentlichen dem, was Gorbatschow bei der Eröffnung der XIX. Allunionsparteikonferenz am 28. Juni 1988 als Vorschläge des ZK vorgetragen hatte. Sie übertreffen bei weitem die Formulierungen, die in die Resolutionen der Parteikonferenz Aufnahme gefunden hatten. […] Wesentliche Ziele der Verfassungsreform sind: Stärkung der Legislative und Ausbau der Bürgerbeteiligung am politischen Leben […]; stärkere Einbindung und Kontrolle des Exekutivapparates; Eindämmung des Einflusses der Nomenklatura; Einführung des offensichtlich ganz auf die Person Gorbatschows zugeschnittenen Postens eines Staatsoberhauptes mit weitgehenden Prärogativen; Stärkung der Judikative und Ansätze zur Normenkontrolle.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143521.

5 Zu den Nationalitätenkonflikten in der UdSSR vgl. Dok. 85 und Dok. 337.

6 13. November 1988.

7 Bundeskanzler Kohl sprach am 26. Oktober 1988 in Moskau mit einer Gruppe sowjetischer Wissenschaftler. Themen waren die Wirtschafts- und Verwaltungsreformen in der UdSSR, die Frage wissenschaftlicher Zusammenarbeit, Wettbewerbs- und Preisbildungsprozesse auf internationalen Märkten, Agrarmarktfragen sowie der EG-Binnenmarkt. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 143539.

8 Guri Iwanowitsch Martschuk.

die Lage sich verbessert. Er persönlich glaube an einen Erfolg der Landwirtschaft, weil man dort ähnlich wie die Chinesen vorgehe. Allerdings werde sich auch in der Sowjetunion bald die Frage der Inflation stellen.

Zum Thema Abrüstung sei Gorbatschow gesprächsbereit. Fortschritte könnten bei zwei Themen erzielt werden unter der Voraussetzung, daß der Westen einig sei. Für Gorbatschow gebe es keine andere Alternative wegen der innenpolitischen Situation und der Wirtschaftslage, wenn er etwas erreichen wolle. Er werde sicher auch im Bereich Menschenrechte etwas tun. Er habe mit Gorbatschow auch über das Schicksal der Deutschen und Juden in der Sowjetunion gesprochen.[9] Es gebe dort zwei Millionen Sowjetbürger deutscher Volkszugehörigkeit und etwa ebenso viele Juden. Er glaube, wenn alle westlichen Führer mit Gorbatschow ebenso sprechen – der Bundeskanzler nannte in diesem Zusammenhang Präsident Reagan, PM Thatcher und Präsident Mitterrand –, dann werde dies sicherlich Wirkung zeigen. In der Abrüstungsfrage habe Gorbatschow keinen Hinweis darauf gegeben, daß er versuche, den Westen gegeneinander auszuspielen. Er habe im übrigen an einen Satz von Konrad Adenauer erinnert, daß die Freiheit wichtiger als die Einheit sei. Gorbatschow habe auch akzeptiert, daß das Bündnis mit den USA für uns essentiell sei. Er habe nichts gesagt, was gegen die USA gerichtet gewesen wäre. Sehr interessiert habe er sich an den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gezeigt. Dies sei ein großes Thema für ihn.

Man habe auch über das Schicksal der politischen Gefangenen, u.a. über Raoul Wallenberg gesprochen. Es sei eindeutig, daß die Erklärung, Wallenberg sei Anfang der 50er Jahre gestorben, falsch sei.[10] Für den Bundeskanzler sei Wallenberg einer der größten Helden dieses Jahrhunderts.

Präsident *Reagan* bemerkt, er habe mit Gorbatschow bei seinem Besuch in den USA[11] unter vier Augen auch viel über Menschenrechte gesprochen. Er habe bei dieser Gelegenheit Gorbatschow eine Liste übergeben.[12] Die meisten der darin aufgeführten Personen hätten inzwischen ausreisen können. Er glaube, ein Teil des Problems für Gorbatschow bestehe darin, daß zu viele Menschen die Sowjetunion verlassen wollten. Er, Präsident Reagan, habe deshalb GS Gorbatschow den Vorschlag gemacht, er solle etwas unternehmen, daß weniger Bürger den Wunsch hätten, auszureisen. Man könne z.B. die Kirchen öffnen, die eigene Sprache sprechen lassen und anderes. So bestehe kein Grund mehr zum Auswandern. Die USA verdankten im übrigen auch ihre Entstehung Menschen, die die Verhältnisse in ihrem Land nicht mehr ertragen konnten. Er habe zu Gorbatschow gesagt, hierauf wolle er keine Antwort. Besonders habe er noch auf die baltischen Staaten hingewiesen und gesagt, man solle ihnen erlauben, ihre eigene Flagge zu führen und ihr Land selbst zu regieren. Sie könnten ja dann Alliierte der Sowjetunion sein.

9 Zur Lage der Deutschstämmigen in der UdSSR vgl. Dok. 204.
Zur Lage jüdischer Sowjetbürger vgl. Dok. 282.

10 Zum Fall des schwedischen Diplomaten Raoul Wallenberg vgl. Dok. 303, Anm. 15.

11 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 7. bis 10. Dezember 1987 in den USA auf. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

12 Zur Übergabe einer Namensliste mit ausreisewilligen Sowjetbürgern durch Präsident Reagan an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 8. Dezember 1987 vgl. FRUS 1981–1988, VI, S. 609 f.

Der *Bundeskanzler* nimmt dieses Thema auf und bemerkt, in dieser Hinsicht müsse etwas getan werden. Viele von den ca. zwei Millionen Deutschen, die in der Sowjetunion lebten, seien schon in der zehnten oder zwölften Generation dort. Sie wollten das Land nicht verlassen. Sie seien Deutsche, die Sowjetbürger seien. Sie wollten gerne in ihrer eigenen Republik an der Wolga leben, die bei Kriegsausbruch aufgelöst worden sei und deren Bewohner nach Zentralasien verschickt worden seien. Sie wollten rehabilitiert werden. Zur Zeit gebe es eine Diskussion über die Zusammenfassung der Deutschen in einer Verwaltungseinheit. Er habe bei einem Gespräch in der deutschen Botschaft in Moskau mit Sowjetdeutschen den Eindruck erhalten, daß ihr Ziel nicht die Ausreise, sondern in erster Linie die Möglichkeit der kulturellen Entfaltung sei. Gorbatschow habe zu diesem Thema bemerkt, er wolle nachdenken, was sich tun lasse. Gorbatschow wolle, daß diese Menschen in der Sowjetunion bleiben.

Der Bundeskanzler wiederholt, daß er der Auffassung sei, für diese Minderheiten bestehe eine Chance, wenn alle westlichen Führer dieses Problem ansprechen.

Präsident *Reagan* stimmt dieser Auffassung zu. Es sei wichtig, diese Menschen ihr eigenes Leben führen zu lassen und ihnen die Möglichkeit zur kulturellen Entfaltung zu geben.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, daß von den Deutschen nur ein kleiner Teil auswandern wolle, wenn die Verhältnisse sich änderten. In diesem Jahr seien 40000 aus der Sowjetunion gekommen. Zusammen mit den Ausreisenden aus anderen Ländern belaufe sich die Zahl auf über 200000. In den nächsten drei Jahren müsse man wohl mit etwa 500000 Deutschen aus Osteuropa rechnen, die in die Bundesrepublik Deutschland kämen. Wichtig sei es, die Bedingungen in den Heimatländern dieser Auswanderer zu verbessern. Er, der Bundeskanzler, sei nicht ohne Hoffnung. Er glaube, Gorbatschow selbst sehe jetzt das Problem. Ob er allerdings die Kraft habe, es zu lösen, sei schwer zu sagen.

Auf Frage von AM Shultz kommt der Bundeskanzler nochmals auf die wirtschaftliche Lage in der Sowjetunion zu sprechen. Er weist auf die schwierige und ungewohnte Situation der Betriebsleiter hin, denen früher genaue Anweisungen gegeben worden seien und die jetzt selbst zu entscheiden hätten. Eine ähnliche Lage habe es bei uns auch bei der Umstellung von der Kriegswirtschaft auf die Friedenswirtschaft gegeben.

Der Bundeskanzler bezeichnet es als ganz wesentlich, welche Positionen der Westen einnehme. Er halte es für falsch zu sagen, man solle die Sowjets in ihren Schwierigkeiten kochen lassen. Der Westen müsse einen gemeinsamen Standpunkt haben, stark sein, dann werde es gutgehen. Er wolle z. B. das Problem der Kernkraft ansprechen. Der Reaktorunfall von Tschernobyl[13] habe uns 600–700 Millionen DM gekostet. Die Sowjetunion habe Verluste von ca. 25 Mrd. DM gehabt. Die Sicherheit der sowjetischen Kernkraftwerke sei auch für uns äußerst wichtig. Er glaube, wir seien auf dem richtigen Weg. Man müsse diesen Weg ohne Illusionen gehen. Unser Trumpf sei die Idee der Freiheit. Gorbatschow werde im wirtschaftlichen Bereich nichts erreichen, wenn er nicht ein Stück Freiheit gewähre.

AM *Shultz* warf ein, dies bedeute, daß er das System ändern müsse.

[13] Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 22, Anm. 13.

Der *Bundeskanzler* bemerkt hierzu, diese Frage brauchten wir nicht zu diskutieren. Man solle dies auch nicht aussprechen. Wir wollten vernünftige Verhältnisse. Er habe zu Gorbatschow gesagt, das Schlüsselwort heiße nicht „Abrüstung", sondern „Vertrauen".

Präsident *Reagan* führt aus, in einem seiner ersten Treffen mit Gorbatschow habe er gesagt, warum versuchen wir nicht, die Gründe für das Mißtrauen zu beseitigen.

Der *Bundeskanzler* rät, die Entwicklungen in den Warschauer-Pakt-Staaten mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen. Es gebe dort große Unterschiede. Er erwähnt Präsident Schiwkow von Bulgarien, den er als Überlebensgenie bezeichnet. Wenn z. B. die Tschechoslowaken sich frei entfalten könnten, wären sie in zehn Jahren an der Spitze Europas. Eine wichtige Funktion habe im übrigen die EG. Sie übe eine große Anziehungskraft aus. Er, der Bundeskanzler, glaube nicht, daß die pazifische Region in den nächsten 15 Jahren zu größerer Bedeutung aufsteige. Osteuropa werde ungeheuer interessant. Wenn es um Krieg oder Frieden gehe, müsse man seine Blicke dorthin richten.

Präsident *Reagan* macht kurze Ausführungen zu der Möglichkeit von Chinesen, dort eigene Wagen zu kaufen, und auf die Verhältnisse in der chinesischen Landwirtschaft.[14]

Der *Bundeskanzler* bemerkt hierzu, die Reformen in der Sowjetunion seien in der Landwirtschaft sicherlich am weitesten gediehen. Es gebe hier einmal das Modell der Genossenschaften und zum anderen das Modell der privaten Bewirtschaftung. Jede Familie könne soviel Land pachten, wie sie selbst bearbeiten könne. Erfolge würden sich rasch einstellen. Der Bundeskanzler zieht das Fazit, er wolle nochmals unterstreichen, daß es eine falsche Politik wäre zu sagen, sie (die Sowjets) sollten an ihren eigenen Problemen ersticken.

Präsident *Reagan* bemerkt, die Sowjets müßten die „magic of freedom" lernen.

Der *Bundeskanzler* bezeichnet abschließend die Entwicklung in der Sowjetunion als große Chance. Er wolle aber nicht darüber philosophieren, ob dies noch Kommunismus sei.

Präsident *Reagan* bemerkt noch, er möchte Generalsekretär Gorbatschow sagen, die kommunistische Revolution habe die Erbaristokratie ausgelöscht; jetzt gebe es eine neue Aristokratie.

Das Mittagessen endete nach 1 Stunde 15 Minuten.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 77

14 So in der Vorlage.

325

Ministerialdirigent Kastrup, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 4647 **Aufgabe: 15. November 1988, 18.00 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 16. November 1988, 01.59 Uhr**

Betr.: Delegationsgespräch Präsident Reagan mit BK Kohl (unter Beteiligung von BM Genscher und BM Scholz) am 15. November 1988 (ca. 30 Minuten)[2]

Zur Unterrichtung

PR[3] eröffnete das Gespräch, indem er auf die in den letzten Jahren erreichten beachtlichen Fortschritte im West-Ost-Verhältnis hinwies. Im Osten zeichneten sich wichtige Änderungen ab. Für den Westen komme es darauf an, vor allem in Sicherheitsfragen eine einheitliche Linie zu wahren. Bei der Weiterentwicklung der Beziehungen müßten wir uns auf die Menschenrechte konzentrieren. Er, PR, habe gestern hierüber mit Sacharow gesprochen.[4] Dem Handel komme eine bedeutende Rolle zu. Es bestünden keine Bedenken, Kredite auf kommerzieller Grundlage zu vergeben. Die Lieferung von Erzeugnissen der Hochtechnologie müsse strengeren Kontrollen unterzogen werden. Was die COCOM-Liste anbetreffe, so seien die USA bereit, bei gemeinsamen Bemühungen mitzuwirken, sie zu entschlacken („streamline“).[5] Er bitte die deutsche Seite, auf strenge Durchführung zu achten.

BK erwiderte, er wolle mit einem persönlichen Wort beginnen. Es seien genau sechs Jahre her, daß er zum ersten Mal mit PR zusammengetroffen sei.[6] Dies seien wichtige Jahre gewesen. Er habe in der vergangenen Woche auch im Bundestag hervorgehoben, wie dankbar er für das menschliche, offene, faire Miteinander und den Geist der Partnerschaft sei.[7] Der Präsident werde in unserem Land als ein Freund der Deutschen angesehen. Sein Besuch in Berlin an der Mauer sei unvergessen.[8] Die gemeinsamen Jahre im Amt seien allerdings

1 Hat Vortragendem Legationsrat Kölsch am 17. November 1988 vorgelegen.

2 Im Anschluß an einen Aufenthalt des Bundeskanzlers Kohl vom 12. bis 15. November 1988 in New York trafen Kohl und Bundesminister Genscher am 15. November 1988 in Washington u. a. mit Präsident Reagan und dem amerikanischen Außenminister Shultz zusammen. Vgl. dazu auch Dok. 324 und Dok. 327.

3 Präsident Reagan.

4 Präsident Reagan traf am 14. November 1988 in Washington zu einem Gespräch mit dem sowjetischen Atomphysiker und Dissidenten Sacharow zusammen. Vgl. den Artikel „Sakharov Meets With the President“; THE NEW YORK TIMES vom 15. November 1988, S. A 3.

5 Zur Zusammenarbeit im Rahmen von COCOM vgl. Dok. 1, Anm. 44.

6 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 14. bis 16. November 1982 in den USA auf. Für sein Gespräch mit Präsident Reagan am 15. November 1982 vgl. AAPD 1982, II, Dok. 306.

7 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 10. November 1988 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 106. Sitzung, S. 7278–7284.

8 Präsident Reagan besuchte Berlin (West) am 12. Juni 1987 und legte in einer Rede vor dem Brandenburger Tor Grundlagen einer „Berlin-Initiative“ dar. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 634–638. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 410–414. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 168, und AAPD 1987, II, Dok. 342.

auch eine schwierige Zeit gewesen. Er denke dabei insbesondere an den Doppelbeschluß[9] und die Stationierungsdebatte[10]. Die Stabilisierung der NATO sei ein großer Erfolg. PR habe das Ansehen der USA vermehrt. Er habe alte Freundschaften vertieft und neue gewonnen. Die Qualität, die das amerikanisch-sowjetische Verhältnis heute erreicht habe, sei vor sechs Jahren noch undenkbar gewesen. Die Welt habe sich zweifellos verändert. Es komme jedoch darauf an, realistisch zu bleiben. Worte dürften nicht bereits für Taten genommen werden. Wichtig sei auch weiterhin ein enger bilateraler Schulterschluß. Das westliche Bündnis verfüge in dem Harmel-Bericht[11] über eine[12] gute Grundlage für die Fortentwicklung des Ost-West-Verhältnisses. Er, BK, wolle auch bei dieser Gelegenheit noch einmal feststellen: Die Bundesrepublik Deutschland sei kein Wanderer zwischen den Welten.

BK erläuterte, daß er aus Anlaß des 50. Jahrestages der Juden-Pogrome und des 80. Geburtstages von Simon Wiesenthal schwierige Reden habe halten müssen.[13] Der Besuch beim Leo Baeck Institute in New York habe ihm wieder einmal eindrucksvoll vor Augen geführt, wieviel menschliches Leid mit der jüngsten deutschen Geschichte verbunden sei, aber auch welchen Verlust an Geist und Intellektualität Deutschland erlitten habe. BK schloß seine Ausführung mit einer Wiederholung seiner Dankbarkeit für den scheidenden Präsidenten[14].

PR betonte die Bedeutung des Zusammenhaltes in der Nordatlantischen Allianz. Dies gelte nicht zuletzt für anstehende Modernisierungsentscheidungen. Er wies in diesem Zusammenhang auf die Beschlüsse von Montebello[15] hin. Für die US-Administration sei wichtig, in den kommenden Haushaltsberatungen im Kongreß sagen zu können, daß die getroffenen Entscheidungen von allen Mit-

9 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

10 Am 22. November 1983 stimmte der Bundestag nach zweitägiger Debatte mit 286 zu 225 Stimmen bei einer Enthaltung einem Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und FDP vom 18. November 1983 zur Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 in seinen beiden Teilen zu. Für den Antrag vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 10/620. Für die Debatte vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 35. und 36. Sitzung, S. 2321–2456 und S. 2459–2592.

11 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

12 Korrigiert aus: „Harmel-Bericht eine".

13 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl bei der zentralen Gedenkveranstaltung anläßlich des 50. Jahrestages der Pogromnacht am 9. November 1988 in der Westend-Synagoge in Frankfurt a. M. vgl. BULLETIN 1988, S. 1345–1347.
Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl am 14. November 1988 in New York anläßlich des bevorstehenden 80. Geburtstags von Simon Wiesenthal vgl. BULLETIN 1988, S. 1381–1384. Vgl. dazu auch Dok. 328.

14 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Bush, als Sieger hervorging.
Präsident Reagan schied am 20. Januar 1989 aus dem Amt des Präsidenten aus.

15 Auf der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 in Montebello wurde der Abbau von 1400 nuklearen Gefechtsköpfen beschlossen. Außerdem wurde auf die Notwendigkeit von Modernisierungsmaßnahmen im Bereich der Trägermittel und nuklearen Sprengköpfe hingewiesen. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 321.

gliedstaaten des Bündnisses unterstützt würden. Es sei bekannt, daß auch über die Kurzstreckenraketen Entscheidungen getroffen werden müßten. Diese seien zwar jetzt nicht sofort fällig, dürften aber nicht auf die lange Bank geschoben werden. Verhandlungen über Abrüstungsschritte auf diesem Gebiet sollten dann aufgenommen werden, wenn die Verhandlungen über START, CW und konventionelle Waffen abgeschlossen seien. Man müsse damit rechnen, daß die Sowjets eine dritte Null-Lösung vorschlagen werden. Für den Zusammenhalt des Bündnisses sei es von Bedeutung, daß einzelne Mitgliedstaaten keine widersprüchlichen Aussagen in der Öffentlichkeit machten.

BK erklärte, er wolle zu den Darlegungen des Präsidenten eine klare Feststellung treffen. Wenn PM Thatcher morgen Washington besuche[16], halte er es für wahrscheinlich, daß sie vorschlagen werde, im Mai oder Juni aus Anlaß des 40. Jahrestages einen NATO-Gipfel in London abzuhalten.[17] Er, BK, halte es für sehr wichtig, daß bei dieser Gelegenheit das Dokument über ein Gesamtkonzept[18] in allen seinen Teilen feierlich verkündet werde, einschließlich einer Aussage über Kurzstreckenwaffen. Er habe auch Gorbatschow gesagt, daß er strikt gegen eine dritte Null-Lösung sei.[19] Es komme jetzt darauf an, Fortschritte bei der Erarbeitung des Gesamtkonzepts zu erzielen. Sein Vorschlag sei deshalb einfach: Die zuständigen Ressort-Minister und ihre Mitarbeiter sollten konsequent weiterarbeiten. Die Deutschen würden bei den Bündnisberatungen hilfreich sein. Was die vom Präsidenten angesprochene COCOM-Liste anbetreffe, halte er dies nicht für ein unlösbares Problem. Hierüber müsse vernünftig miteinander geredet werden.

[gez.] Kastrup

Referat 204, Bd. 160061

16 Premierministerin Thatcher hielt sich vom 15. bis 17. November 1988 in den USA auf.

17 Die NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs fand am 29./30. Mai 1989 in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1989.

18 Zur Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO vgl. Dok. 242.

19 Vgl. dazu die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 24./25. Oktober 1988 in der UdSSR; Dok. 300 und Dok. 304.

326

Ministerialdirektor Witte, z.Z. Teheran, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1374 **Aufgabe: 16. November 1988, 10.20 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 16. November 1988, 12.11 Uhr**

Betr.: Deutsch-iran. Kulturverhandlungen[2];
hier: Verhandlungen von D6[3] in Teheran vom 13.–15.11.88 über den Abschluß eines Kulturabkommens

I. Zusammenfassung

1) Die Gespräche fanden in sehr freundschaftlicher und aufgeschlossener Atmosphäre statt. Sie waren erfolgreich angesichts eines überraschend starken Interesses der iran. Seite an einer Vertiefung der Kulturbeziehungen zur Bundesrepublik Deutschland, die man als privilegierten Partner in Westeuropa betrachtet. Beide Seiten stimmten darin überein, daß der bisher im Vergleich zu Politik und Wirtschaft zurückgebliebene Kulturaustausch in den kommenden Jahren beschleunigt ausgebaut werden sollte.

2) Hauptergebnisse des Besuches sind:

– Einigung über das von uns seit 1984 vorgeschlagene Kulturabkommen, das weitgehend dem deutschen Entwurf folgt und von BM während seines bevorstehenden Besuchs in Teheran[4] unterzeichnet werden kann.[5]
– Einigung mit Außenministerium und dem iran. Führungsministerium (Erschad[6]) darüber, daß im Anschluß an das Kulturabkommen sehr bald eine Regierungsvereinbarung abgeschlossen wird, aufgrund derer das Goethe-Institut in Teheran wiedereröffnet[7] und ein iran. Kulturinstitut in Deutschland

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dassel am 17. November 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte weitere Abl[ichtung] für mich."
Hat Vortragendem Legationsrat Eickhoff vorgelegen.

2 Botschafter Freitag, Teheran, informierte am 2. August 1988, das iranische Außenministerium habe „den Entwurf eines Abkommens über kulturelle, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit" übermittelt und sich dabei auf den am 20. August 1984 übergebenen Entwurf der Bundesregierung bezogen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 917; Referat 311, Bd. 154167.
Für den iranischen Abkommensentwurf vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 658 des Botschafters Freitag, Teheran, vom 2. August 1988 sowie die Anlage zum Schriftbericht Nr. 677 des Botschaftsrats I. Klasse Trömel, Teheran, vom 8. August 1988; Referat 311, Bd. 154167.

3 Barthold Witte.

4 Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 28./29. November 1988 im Iran vgl. Dok. 341 und Dok. 344.

5 Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat Eickhoff hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

6 Iranisches Ministerium für Kultur und islamische Führung.

7 Nach Ausstrahlung der satirischen ARD-Sendung „Rudis Tagesshow" am 15. Februar 1987 verkündete der iranische Ministerpräsident Mussawi am 18. Februar 1987 u.a. die Schließung des Goethe-Instituts in Teheran. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 46, Dok. 47 und Dok. 113.
Referat 611 vermerkte am 15. August 1988: „Die endgültige Schließung der Zweigstelle des Goethe-Instituts Teheran (Entlassung der verbliebenen Ortskräfte zum 31.12.1987 sowie Kündigung des Mietvertrags für das Institutsgebäude zum 31.3.1988) markierte den Tiefpunkt einer Entwicklung, welche die einst sehr intensiven deutsch-iranischen Kulturbeziehungen im Verlauf der vergangenen Jahre bis fast auf den Nullpunkt heruntergeführt hat. Eine Wiedereröffnung wäre aus deutscher Sicht zur Zeit aus finanziellen Gründen (die Stellen sind inzwischen haushaltsrechtlich anderweitig verplant) nicht möglich." Vgl. Referat 311, Bd. 154167.

gegründet wird. Diese Einigung soll, wie mir zugesichert wurde, noch vor dem BM-Besuch dem Obersten Kulturrat (Vorsitz: …[8]) mit dem Ziel der Zustimmung des Rats vorgelegt werden.

– Erste Erörterung einer Fülle von Programmen und Vorhaben im Rahmen des hiesigen Kulturabkommens; die Zusammenarbeit im Bereich der Hochschulen und Wissenschaft, zwischen den Medien, zur Förderung des geistig-religiösen Dialogs und zur Verbreitung der deutschen Sprache stand dabei im Vordergrund.

3) Folgerungen

Gespräche und Verhandlungen fanden zum richtigen Zeitpunkt statt. Der bevorstehende BM-Besuch förderte vor allem die bis vor wenigen Tagen noch sehr fragliche iran. Bereitschaft, das Kulturabkommen abzuschließen. Es geht der iran. Führung erkennbar darum, zwei miteinander zusammenhängende Ziele zu erreichen: Zum einen das Bild ihres Landes im Ausland zu verbessern und so eine internationale Isolierung zu überwinden, zum anderen substantielle Beiträge des Auslandes zur raschen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des vom Krieg hart mitgenommenen Landes zu mobilisieren, vor allem durch massiven Wissenschaftstransfer. Ich habe in allen Gesprächen unsere Bereitschaft erklärt, hier so weit wie irgend möglich zu helfen, aber stets hinzugefügt, daß das Goethe-Institut bald wiedereröffnet werden muß, weil sonst die deutsche öffentliche Meinung sehr kritisch auf den Abschluß des Kulturabkommens und den geplanten kräftigen Ausbau des Austausches reagieren würde. Das ist von meinen Gesprächspartner verstanden worden.

Voraussetzung für einen Erfolg dieses vielversprechenden Neuanfangs ist allerdings, daß vor allem im Bereich Hochschulen und Wissenschaft die Ressourcen aller Bundesressorts (AA, BMFT, BMZ, BMBW u.a.) gebündelt und in koordinierten Verhandlungen mit Iran eingebracht werden. Nötig ist ebenso, im Kulturhaushalt des Auswärtigen Amts, Fachbereich Hochschulen, für 1990 nach den Schwerpunkten USA, Sowjetunion und Indonesien einen weiteren Schwerpunkt Iran vorzusehen.

4) Ich führte Gespräche mit folgenden iran. Persönlichkeiten:

– AM Velayati (hierzu folgt gesonderter Bericht[9]),
– VAM Larijani,
– StS Tajzadeh, Erschad (islamisches Führungs)-Ministerium,
– StS Hadad-Adel, Ministerium für Erziehung und Ausbildung,
– Hojatoleslam Ahmadi, Mitglied des Obersten Kulturrats,
– Herr Jassbi, Leiter der Freien Islamischen Universität Teheran und Mitglied des Obersten Kulturrats,

8 Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

9 Ministerialdirektor Witte, z.Z. Teheran, informierte am 16. November 1988 über sein Gespräch mit dem iranischen Außenminister vom Vortag. Velayati habe seine Freude über das abgeschlossene Kulturabkommen zum Ausdruck gebracht und auf die „tiefe geistige Beziehung“ beider Völker verwiesen. Schließlich habe er den Wunsch nach einer Vertiefung der bilateralen Beziehungen bekundet. Dagegen sei Velayati auf die Anregung Wittes, die Zustimmung zu einer Wiedereröffnung des Goethe-Instituts noch vor dem Besuch des Bundesministers Genscher zu erteilen, nicht weiter eingegangen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1373; Referat 311, Bd. 154167.

– GD Vaezi vom IAM[10],
– GD Hodjat, Leiter der Stiftung zur Wahrung des nationalen Kulturerbes (Antikendienst).

II. Im einzelnen

1) In intensiven Verhandlungen im AM wurde Einigung über den Text eines deutsch-iran. Kulturabkommens erzielt. Das Abkommen trägt unseren Anliegen in den wesentlichen Punkten voll Rechnung:

– Die Grundlage für eine befriedigende Statussicherung für unser Kulturpersonal wurde in Artikel 2 (voll von unserem Entwurf übernommen) geschaffen.
– Der weiteren Gültigkeit des WTZ-Abkommens von 1975[11] wurde entsprochen.
– Die von iran. Seite ursprünglich geforderte „Zensur" der Medien wurde gestrichen und positiv mit der Verbesserung der Kenntnis beider Länder formuliert.
– Sport- und Jugendaustausch wurde gemäß unseren Wünschen vereinbart.
– Berlin-Klausel und Gültigkeit des englischen Textes im Streitfall wurden festgehalten.

2) GD Vaezi unterstrich, daß es darum gehe, vor der Reise des BM alle Vorarbeiten im Bereich der kulturellen Zusammenarbeit abzuschließen. Mein Besuch vor der Reise des BM sei daher im iran. Sinne.

In einem Abriß der iran. Außenpolitik unterstrich Vaezi, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf hoher Ebene vielseitig sei. Auch die politische Zusammenarbeit sei aufgrund der freundschaftlichen Beziehungen beider AM eng. (BM werde hier als Freund betrachtet, mit dem man über die protokollarischen und offiziellen Kontakte hinaus besondere Beziehungen pflege.) Man wisse die Rolle der Bundesregierung beim Zustandekommen der Res. 598[12] zu schätzen.

Die kulturellen Beziehungen hätten mit den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen nicht Schritt gehalten. Dem gelte es abzuhelfen, das Kulturabkommen, das während des BM-Besuches unterschrieben werden solle, solle den Rahmen für die Entwicklung der Kultur-Beziehungen abgeben.

Ich stimmte den Ausführungen von GD Vaezi zu, der gegenwärtige Stand werde weder der großen Tradition der deutsch-iran. Beziehungen noch dem Stand der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit gerecht. Wir seien bereit, hier initiativ zu werden: So werde BM von einer hochrangigen Kulturdelegation begleitet. Wir seien bereit, ein Kulturabkommen abzuschließen, gleichzeitig müßten jedoch konkrete Verhandlungen über den Austausch von Kulturinstituten eingeleitet werden. Als drittes Element sollten konkrete Vorhaben im Bereich der kulturellen Zusammenarbeit (insbesondere Universitäts- und Wissenschaftsbereich) beschlossen werden.

GD Vaezi stimmte meinen Ausführungen zu. Zum GI[13] sagte er, daß er hoffe, bis zum Besuch des BM eine positive Antwort der iran. Seite zu erreichen.

10 Iranisches Außenministerium.
11 Für den Wortlaut des Abkommens vom 30. Juni 1975 zwischen der Bundesrepublik und Iran über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1978, Teil II, S. 280–283.
12 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 1, Anm. 33.
13 Goethe-Institut.

3) GD Hojat, Leiter des Antikendienstes, zeigte sich in der Bewertung der Tätigkeit ausländischer Archäologie äußerst kritisch. Man sei gegenwärtig dabei, auf dem Gebiet der Archäologie Bilanz zu ziehen. Diese Überprüfung brauche Zeit. In den nächsten vier bis fünf Jahren werde es hier keine neuen Grabungslizenzen geben. Weitere Bedingungen für eine Arbeit der Archäologie seien:

– gemeinsame Projekte,
– Beteiligung iran. Archäologie an Vorhaben in der Bundesrepublik Deutschland.

Nachdem ich beide Bedingungen für erfüllbar erklärte, bot GD Hojat eine Zusammenarbeit mit dem DAI[14] auf dem Gebiet der Deutung altiranischer Schriften an. Wir sollten dieser Anregung entsprechen und auf diesem für das iran. Kulturverständnis wichtigen Gebiet zusammenarbeiten. Dr. Huff (DAI Teheran) ist unterrichtet.

4) Das Gespräch mit StS Tajzadeh, Erschad (islam. Führungs)-Ministerium, verlief in aufgeschlossener Atmosphäre. StS T. unterstrich, daß der Iran auch nach der Revolution[15] mit uns die engsten Beziehungen unterhalte. Er habe dem Kulturrevolutionsrat vorgeschlagen, das GI wiederzueröffnen. Die Entscheidung werde damit auf sehr hoher Ebene getroffen. Ein Kulturabkommen bewerte er positiv. Wichtig seien auch die Kontakte der Massenmedien beider Länder, sowie die Zusammenarbeit der Nachrichtenagenturen. Weiter würde er eine Zusammenarbeit bei Buchausstellungen, Filmwochen und im Sport empfehlen.

Ich nahm diese Anregungen auf und unterstrich, daß es erfreulich sei, wenn das AM, das Erschad-Ministerium und das Auswärtige Amt darin übereinstimmten, das GI wiederzueröffnen. Wir böten eine Vereinbarung über den Austausch von Kulturinstituten an.

In der anschließenden Diskussion über das Spektrum der Arbeit des GI (deutsche Sprache, Bibliothek, Veranstaltungen) wurde deutlich, daß offensichtlich der Zugang zur Bibliothek und den Veranstaltungen gewissen Kreisen im Revolutionskulturrat Schwierigkeiten bereitet.

Ich habe klargelegt, daß am freien Zugang nicht gerüttelt werden kann.

Die von uns finanziell unterstützten Seminare des Orient-Instituts in Hamburg über politisch-religiöse Fragen fanden breiten Widerhall. StS T. begrüßte die Idee eines Menschenrechts-Kolloquiums mit uns. Die Botschaft wird diesen schon vor einiger Zeit vom BM gemachten Vorschlag weiterverfolgen.

5) Hojatoleslam Ahmadi unterstrich, wie bei früheren Gesprächen mit Botschaft, daß er für die Wiedereröffnung des GI eintreten[16] werde.

6) Das Gespräch mit StS Motamedi, Forschungsministerium, zeigte ein detailliertes iran. Interesse an unserem System der dualen beruflichen Ausbil-

14 Deutsches Archäologisches Institut.

15 Im Iran kam es seit Januar 1978 zu sich ständig verschärfenden Demonstrationen gegen die Herrschaft des Schahs Reza Pahlevi, der das Land am 16. Januar 1979 verließ. Nach der Rückkehr von Ayatollah Khomeini aus seinem Exil in Frankreich am 1. Februar 1979 wurde am 1. April 1979 die Islamische Republik Iran proklamiert. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 258, Dok. 332, Dok. 340, Dok. 362 und Dok. 393, sowie AAPD 1979, I, Dok. 49 und Dok. 103.

16 Der Passus „für die … GI eintreten“ wurde von Vortragendem Legationsrat Eickhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Er tritt und tritt und tritt.“

dung. Hier gibt es wichtige Anhaltspunkte einer Zusammenarbeit. Auch für Deutschunterricht und die Ausbildung von Deutschlehrern besteht reges Interesse.[17]

[gez.] Witte

Referat 311, Bd. 154167

327

Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt

114-15732/88 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 4650
Citissime

Aufgabe: 16. November 1988, 11.51 Uhr[1]
Ankunft: 16. November 1988, 18.29 Uhr

Betr.: BK/BM-Besuch in Washington am 15.11.1988[2];
hier: Frühstücksgespräch BM/AM Shultz

Am Frühstücksgespräch im State Department nahmen auf amerikanischer Seite teil: AM Shultz, VAM Whitehead, Amb.[3] Ridgway, DAS[4] Thomas, Sprecher Redman, Desk Officer Tim Savage.

Auf deutscher Seite: BM, D 2[5], D 2 A[6], G[7] Paschke, VLR I Elbe.

AM Shultz berichtete einleitend von seinen gerade gewonnenen Eindrücken bei der OAS-Konferenz in El Salvador[8]. Er äußerte Bewunderung über Präsident

17 Botschafter Freitag, Teheran, gab am 24. November 1988 Informationen des iranischen Außenministeriums wieder: „Oberster Kulturrat hat über Wiedereröffnung GI noch nicht entschieden. Gremium könne […] erst förmlich befaßt werden, wenn Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit vorliege, da es von dem Grundsatz ausgehe, daß über Kulturinstitute erst gesprochen werden könne, wenn eine vertragliche Grundlage für die kulturelle Zusammenarbeit vorliege." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1445; Referat 311, Bd. 154167.
Vortragender Legationsrat Krebs vermerkte am 12. Dezember 1988, daß Bundesminister Genscher bei seinem Besuch in Teheran das deutsch-iranische Kulturabkommen mit dem iranischen Außenminister Velayati unterzeichnet habe. Zugleich hätten die Außenminister beschlossen, „in Kürze in Verhandlungen über eine Regierungsvereinbarung über den Austausch von Kulturinstituten einzutreten". Vgl. Referat 311, Bd. 154167.
Für das deutsch-iranische Kulturabkommen vgl. Referat 311, Bd. 154167.

1 Das Fernschreiben wurde von Gesandtem Paschke, Washington, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 19. November 1988 vorgelegen.

2 Im Anschluß an einen Aufenthalt des Bundeskanzlers Kohl vom 12. bis 15. November 1988 in New York trafen Kohl und Bundesminister Genscher am 15. November 1988 in Washington u. a. mit Präsident Reagan und dem amerikanischen Außenminister Shultz zusammen. Vgl. dazu auch Dok. 324, Dok. 325 und Dok. 328.

3 Ambassador.

4 Deputy Assistant Secretary.

5 Dieter Kastrup.

6 Josef Holik.

7 Gesandter.

8 Die Generalversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) fand vom 14. bis 19. November 1988 in San Salvador statt.

Duartes Energie. Das Treffen selbst habe eine erfreuliche Hinwendung der Teilnehmerstaaten zu Demokratie und „Rule of Law" deutlich gemacht, außerdem Entschlossenheit im Kampf gegen die Drogengefahr und allseitiges Bewußtsein der Verschuldensproblematik. Interessante Entwicklungen konstatierte Shultz in Chile und Paraguay. Die beiden Länder in der Region, die „totally out of step" agierten, seien Nicaragua und Kuba.

Die Minister waren sich einig, daß neueste Entwicklungen im südlichen Afrika Anlaß zur Hoffnung bieten. Die Kubaner bewegten sich dort. Eine Einigung sei in Reichweite.[9]

Ein kurzer Meinungsaustausch zu den PNC-Verlautbarungen in Algier[10] blieb im Unverbindlichen, da beide Minister die Texte noch nicht gesehen hatten. BM warb für eine vorsichtige, ausgewogene Haltung. AM Shultz meinte, nach dem ersten Eindruck sei die Einlassung der PLO zu den VN-Resolutionen[11] nicht eindeutig genug, um eine positive Würdigung zu rechtfertigen.

BM berichtete anschließend kurz über das WEU-Ministertreffen vom Vortage in London[12]. Die Zulassung von Spanien und Portugal sei ein wichtiger Schritt für die Organisation gewesen. Jetzt müsse man sich mit der schwierigen Frage auseinandersetzen, für die Türkei einen ihrer strategischen Bedeutung gemäßen Status im Sinne einer Quasi-Assoziation zu definieren.[13]

AM Shultz kam dann auf die aus seiner Sicht eigentliche Besuchsthematik zu sprechen und meinte, es gelte, während dieses Aufenthalts drei Themen zu-

9 Zu den Friedensgesprächen zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA vgl. Dok. 268, Anm. 4. Botschafter Dannenbring, Genf (Internationale Organisationen), berichtete am 15. November 1988, daß sich nach Auskunft des Abteilungsleiters im amerikanischen Nationalen Sicherheitsrat, Cohen, die Teilnehmerstaaten bei ihren Gesprächen vom 11. bis 15. November 1988 in Genf ad referendum auf folgenden Kompromiß geeinigt hätten: „Als Verhandlungsgrundlage habe man sich auf die kubanische Truppenstärke von 50 000 Mann geeinigt; bis zum Ablauf von zwölf Monaten müssen davon 33 000 Kubaner Angola verlassen haben […]; die verbleibenden 17 000 Kubaner müssen sich auf Positionen nördlich des 13. Breitengrades zurückziehen; der Truppenabzug wird in der Weise fortgesetzt, daß sich innerhalb der letzten sechs Monate noch 12 000 Kubaner in Angola befinden dürfen […]; das Abkommen würde 60 Tage nach Unterzeichnung in Kraft treten. Die Unterzeichnung würde dem VN-GS notifiziert, der seinerseits den SR unterrichten würde. Aufgabe des SR würde es sein, das Abkommen zur Kenntnis zu nehmen, das Datum der Implementierung von SR-Res. 435 festzulegen und die im Abkommen vorgesehenen VN-Verifikationsmaßnahmen einzuleiten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2415; Referat 320, Bd. 155833.

10 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Hoessle informierte am 15. November 1988, daß auf der Tagung des Palästinensischen Nationalrats (PNC) vom 12. bis 15. November 1988 in Algier ein unabhängiger palästinensischer Staat mit der Hauptstadt Jerusalem ausgerufen worden sei. Weiterhin seien in der Politischen Erklärung „die SR-Res. 242 und 338 zusammen mit ‚der Garantie der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, insbesondere seinem Selbstbestimmungsrecht' als Grundlage für eine internationale Friedenskonferenz ‚unter Schirmherrschaft der UNO und unter Beteiligung der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates und aller betroffenen Parteien einschließlich der PLO auf gleichberechtigter Basis als einziger legitimer Vertreterin des palästinensischen Volkes'" bezeichnet worden. Vgl. Referat 310, Bd. 149757.
Für den deutschen Wortlaut der Unabhängigkeitserklärung und der Politischen Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 46–55.

11 Vgl. dazu die Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967; UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.
Vgl. dazu ferner die Resolution Nr. 338 des VN-Sicherheitsrats vom 22. Oktober 1973; UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. IX, S. 44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 313.

12 Die WEU-Ministerratstagung fand am 14./15. November 1988 in London statt.

13 Zum türkischen Antrag auf Mitgliedschaft in der WEU vgl. Dok. 244.

friedenstellend abzuhandeln: Das erste Thema sei die CW-Problematik, speziell bezogen auf Libyen. Dazu wolle er nachmittags BK und BM zusammen mit CIA-Direktor Webster vortragen.[14]

Der zweite Komplex sei der Fortgang des Wiener Treffens. Hier sehe Washington bei der Aushandlung des KRK-Mandats und auch eine gewisse Bewegung im Menschenrechtsbereich.[15] Was ihn, Shultz, sehr beunruhige, sei der plötzliche Rückzug der Franzosen von der Reykjavik-Vereinbarung über die Autonomie der KRK-Gespräche.[16] Die französische Bemühung, KRK nunmehr plötzlich in das Zentrum des Helsinki-Prozesses zu rücken, sei für Washington – und zwar für Administration wie Kongreß – völlig unannehmbar.

Der dritte Problempunkt im Rahmen des gegenwärtigen Besuchs sei die Kurzstrecken-Modernisierung. Es werde für die Administration unmöglich sein, die nötigen Mittel vom Kongreß zu bekommen, wenn das Bündnis kein klares Ja zur erforderlichen Modernisierung und Intakthaltung des bestehenden Arsenals sage. Washington sei auch unzufrieden mit dem Stand der Arbeiten am Gesamtkonzept[17]. Die deutsche Delegation arbeite offenbar nicht aktiv mit (seems to be put on hold).

Natürlich wisse niemand, was 1995 sein werde, aber man müsse sich die Optionen durch die Bereitschaft zur Modernisierung offen halten.

BM erwiderte auf diese relativ langen Ausführungen folgendes: Zu Punkt 1 sei die deutsche Seite interessiert daran, alle verfügbaren Einzelheiten mitgeteilt zu bekommen. Wenn sich herausstelle, daß Deutsche tatsächlich an solchen Aktivitäten beteiligt seien, unsere Rechtsordnung aber keine Möglichkeit zum Zugriff biete, werde er sich persönlich dafür stark machen, daß entsprechende Gesetzesänderungen in der Bundesrepublik herbeigeführt werden.[18]

Zum zweiten Themenkomplex, dem Verhandlungsstand in Wien, habe er (BM) Sorgen. Wir sähen so manche unerwartete Positionsänderung. Er wolle ein

14 Botschafter Ruhfus, Washington, informierte am 16. November 1988 über das Gespräch zwischen Bundeskanzler Kohl, Bundesminister Genscher, dem amerikanischen Außenminister Shultz und CIA-Direktor Webster vom Vortag. Webster habe erklärt, daß im südwestlich von Tripolis gelegenen Rabta eine Fabrik errichtet worden sei, die seit 1987 versuchsweise Senf- und Nervengas herstelle. Überdies arbeite in Tajura „die Gaddafi unterstehende Atomkommission an Trägertechnologien. Die Produktion der chemischen Waffen sei auf etwa 10 bis 40 Tonnen täglich ausgerichtet. Nach derzeitigen Plänen sollten die chemischen Waffen mit Flugzeugen transportiert werden." Ferner gebe es Hinweise, daß die chemischen Waffen in Tajura in Bomben befüllt würden. Shultz habe ergänzt, daß es „klare Beweise für eine großangelegte chemische Waffenproduktion und für ein Transportpotential unter der direkten Kontrolle" Gaddafis gebe. Dies sei nur durch „Hilfe von Firmen aus der Bundesrepublik und aus anderen Ländern" möglich gewesen. Allerdings seien die libyschen „Anlagen für ihre Operation noch auf fortlaufende Hilfe aus westlichen Ländern angewiesen". Nachdem Webster die angeblich beteiligten Firmen aus der Bundesrepublik genannt hatte, erklärte Bundeskanzler Kohl, daß, falls die Vorwürfe zuträfen, „dies mit seiner Politik nicht vereinbar" sei und er entsprechende gesetzliche Maßnahmen treffen werde. Sodann wurde vereinbart, einen deutschen Gesprächspartner zur ausführlichen Unterrichtung durch die amerikanische Seite zu benennen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4664; VS-Bd. 13010 (204); B 150, Aktenkopien 1988.

15 So in der Vorlage.

16 Vgl. dazu die Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384. Zur Tagung vgl. AAPD 1987, II, Dok. 174.
Zu den Haltungen Frankreichs und der USA vgl. Dok. 320.

17 Zur Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO vgl. Dok. 242.

18 Zur Frage einer Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik an der Produktion chemischer Waffen in Libyen vgl. Dok. 2, Dok. 329 und Dok. 373.

Beispiel geben: Er selbst habe bei seinem letzten Gespräch mit Shultz in New York Einverständnis darüber erzielt, daß man das KSZE-Folgetreffen bald beenden wolle und unter gewissen Bedingungen auch einer MR-Konferenz in Moskau[19] zustimmen werde.[20] Auf dieser Basis habe er (BM) mit Schewardnadse gesprochen und dabei besonderen Nachdruck auf den Punkt gelegt, daß die Konferenzstandards von Paris[21] und Kopenhagen[22] auch für Moskau Anwendung finden müßten. Er hoffe, daß GB sich nun auch zu dieser Haltung durchringen werde. Aus deutscher Sicht sei es wirklich dringend, die Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte nun rasch zu beginnen.

Ebenso hoffe er, die Autonomieproblematik werde sich lösen lassen. Aus seinem jüngsten Gespräch mit AM Dumas habe er den Eindruck, daß Mitterrand bereit sei, sich (wieder) auf die Reykjavik-Formel zuzubewegen.[23]

AM Shultz bemerkte dazu lediglich, hier spiele auch der Zeitfaktor eine große Rolle.

BM fuhr fort: Das zweite Wiener Problem sei die Zonen-Frage[24]. Hier hofften wir, daß die USA Flexibilität zeigen würden, wenn die Franzosen in der Autonomiefrage einlenkten. Shultz darauf (lachend): Man wolle hier von Washington eine Konzession dafür haben, daß die Franzosen lediglich zu einer Position zurückkehrten, die sie absprachewidrig verlassen hätten.

Zur MR-Konferenz in Moskau werde Washington ja sagen, wenn die Sowjets bei den in seinem Brief an Schewardnadse genannten Punkten sich bewegten und in der Frage notwendiger innerstaatlicher Gesetzesänderungen verläßliche (dependable) Intentionen, d. h. genaue Einzelheiten und Zeitvorstellungen erkennen ließen.

BM bemerkte, nach seinem Eindruck habe die sowjetische Führung gewisse Schwierigkeiten bei der Prioritätensetzung. Sie befände sich unter großem wirtschaftlichem Druck.

Was den dritten Punkt der Ausführungen von Shultz angehe, so wolle er noch einmal daran erinnern, was Shultz in New York gesagt habe: Das Bündnis werde im Dezember 1988 einen Zwischenbericht erstellen müssen. Dann werde die Arbeit am Gesamtkonzept fortgesetzt. Zur Verdeutlichung der deutschen Haltung wolle er noch einmal auf die Ausführungen des Bundeskanzlers im Interview mit der Stuttgarter Zeitung verweisen. Im übrigen könne er die Kritik an der Arbeit der deutschen NATO-Delegation nicht akzeptieren. Gerade wir hätten immer wieder konstruktive und weiterführende Vorschläge gemacht. Er verstehe auch nicht, wieso man eine Diskussion über die Schwerpunkte des

19 Zum sowjetischen Vorschlag für eine KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 304, Anm. 14.

20 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 28. September 1988 in New York vgl. Dok. 272.

21 Die Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) fand vom 30. Mai bis 23. Juni 1989 in Paris statt. Vgl. dazu AAPD 1989.

22 Die Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) fand vom 5. bis 29. Juni 1990 in Kopenhagen statt.

23 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident Rocard am 4. November 1988; Dok. 313.

24 Zur Frage des geographischen Anwendungsbereichs im Mandat für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 269, Anm. 6.

nächsten NATO-Rats[25] führen müsse. Bei jedem NAC[26] sei das Kommuniqué der entscheidende Punkt. In diesem Falle gelte es, zu verdeutlichen, was im konventionellen Bereich getan werden müsse. Er wolle noch einmal deutlich sagen: Das Bündnis werde große Probleme mit der Öffentlichkeit in den Mitgliedsländern bekommen, wenn es den Eindruck erwecke, nur die Modernisierung stehe an. Nein, diese Frage müsse im Rahmen des Gesamtkonzepts angegangen werden. Nach seinem Eindruck gehe die Arbeit an diesem Gesamtkonzept befriedigend voran.

AM Shultz schlug daraufhin vor, man könne vielleicht zeitgleich mit den politischen Treffen des heutigen Tages Experten daran setzen, zu diesem Thema einen allseits akzeptablen Text (language) auszuarbeiten. Außerdem:

Solle der Zwischenbericht im Dezember konkrete Substanz enthalten oder lediglich einen „Zwischenbescheid" darstellen?

BM dazu: Er sei nicht für eine Veröffentlichung substantieller Zwischenergebnisse. Dies würde dem Wesen des Gesamtkonzepts widersprechen. Dies solle man sich für die nächste Gipfelveranstaltung in London[27] vornehmen. Shultz und Ridgway darauf: Es wäre doch wünschenswert, wenn Thomas und Holik sich zusammensetzten „to develop language", damit man die Medien daran hindern könne, Differenzen zwischen Washington und Bonn zu konstruieren. Dabei müsse auch das Festhalten an Montebello[28] herausgestellt werden.

BM nahm dies zum Anlaß, unser Verständnis von Montebello zu präzisieren. Der Text von Montebello enthalte lediglich zwei Entscheidungen. Zum einen die Erneuerung der nuklearen Artilleriemunition. Diese sei unter unserer aktiven Mitwirkung im Gange. Die zweite Entscheidung habe der PIa-Modernisierung gegolten. Diese sei durch den INF-Vertrag überholt. Alle anderen Teile von Montebello seien lediglich Prüfungsverabredung (consideration). Darüber könne man nun nicht nachträglich hinausgehen.

Shultz abschließend: Wir müssen in der Lage sein, dem Kongreß deutlich zu sagen, daß er die Mittel zur Entwicklung einer Nachfolgeoption für die Lance bewilligen müsse. Wenn der Kongreß den Eindruck gewinne, das Nachfolgesystem werde nicht stationiert werden können, werde er das Geld nicht bereitstellen. Deshalb brauche die Administration klare Aussage dazu für das nächste NATO-Kommuniqué und auch für die Verwendung in der Öffentlichkeit.

BM mit Nachdruck: Auf die Formel „wir müssen die Optionen offenhalten" könne man sich immer verständigen.

Diese Gesprächsnotiz ist von BM noch nicht genehmigt[29].

[gez.] Ruhfus

VS-Bd. 13010 (204)

25 Zur NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1988 in Brüssel vgl. Dok. 361 und Dok. 362.

26 North Atlantic Council.

27 Die NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs fand am 29./30. Mai 1989 in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1989.

28 Auf der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 in Montebello wurde der Abbau von 1400 nuklearen Gefechtsköpfen beschlossen. Außerdem wurde auf die Notwendigkeit von Modernisierungsmaßnahmen im Bereich der Trägermittel und nuklearen Sprengköpfe hingewiesen. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 321.

29 Korrigiert aus: „noch genehmigt".

328

Generalkonsul von Bredow, New York, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 606 **Aufgabe: 16. November 1988, 18.20 Uhr**[1]
Ankunft: 17. November 1988, 00.40 Uhr

Betr.: Besuch des Herrn Bundeskanzlers in New York vom 12.–15.11.1988[2]

Bezug: Laufende Berichterstattung an Ref. 700

I. Zusammenfassung und Wertung

Der Herr Bundeskanzler und Frau Kohl besuchten in der Zeit vom 12.–15.11. 1988 New York. Der Herr Bundeskanzler wurde von StS Ost, MD Teltschik, Prof. Weidenfeld und weiteren Beamten des BK, des AA, des BPA sowie von 20 Journalisten begleitet.

1) Wichtigstes Ereignis in New York war am 14.11.88 die Ansprache, die der Herr Bundeskanzler als Hauptredner aus Anlaß des bevorstehenden 80. Geburtstages von Simon Wiesenthal bei dem 6. Annual Eastern Region Dinner des Simon Wiesenthal Center hielt.[3] Die Rede wurde ein großer Erfolg. Die über 800 Gäste verfolgten die Ansprache mit besonderer Aufmerksamkeit und mit Bewegung. Sie waren von der Aufrichtigkeit und dem Engagement des Herrn Bundeskanzlers für die deutsch-jüdische Verständigung tief beeindruckt. Der Herr Bundeskanzler erhielt am Schluß seiner Rede eine „Standing Ovation". Die Rede, die auch von der New York Times in ihren Kernpunkten wiedergegeben wurde[4] und dort im Wortlaut vorliegt, ist ein wichtiger Beitrag für die Verständigung mit den amerikanischen Juden, von denen allein 1,8 Mio. in New York leben. Auch der Zeitpunkt – fünf Tage nach dem 50. Jahrestag des Pogroms in Deutschland –, zu dem in New York allein über 1000 Gedenkveranstaltungen stattfanden, gab der Rede ein im Rahmen der Feier für den 80. Geburtstag der großen jüdischen Persönlichkeit Simon Wiesenthal symbolische Kraft und besonderes Gewicht.

2) Ein vorangegangener Besuch im Leo Baeck Institute verlief in sehr freundschaftlicher Atmosphäre und gab für unsere weitere Zusammenarbeit mit diesem bedeutenden Institut neue Anstöße.

3) Das Auftreten des Herrn Bundeskanzlers bei diesen bedeutenden jüdischen Organisationen und vor allem die dabei zum Ausdruck gekommene freundschaft-

1 Das von Vortragendem Legationsrat Schmitz, New York, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 7.
Hat Vortragendem Legationsrat Kölsch am 17. November 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Moltke „n[ach] R[ückkehr]" verfügte.
Hat Moltke am 21. November 1988 vorgelegen.

2 Im Anschluß an seinen Aufenthalt in New York traf Bundeskanzler Kohl mit Präsident Reagan und dem amerikanischen Außenminister Shultz am 15. November 1988 in Washington zusammen. Vgl. dazu Dok. 324 und Dok. 325.

3 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl am 14. November 1988 in New York anläßlich des bevorstehenden 80. Geburtstags von Simon Wiesenthal vgl. BULLETIN 1988, S. 1381–1384.

4 Vgl. den Artikel „Kohl, in New York, hails Wiesenthal"; THE NEW YORK TIMES vom 15. November 1988, S. A 8.

liche Atmosphäre haben unseren Beziehungen zu den amerikanischen Juden und deren Organisationen wesentliche neue Impulse gegeben.

II. Im einzelnen

1) Abendessen zu Ehren Simon Wiesenthal

Ca. 800 Gäste, vor allem Mitglieder des Simon Wiesenthal Centers, der drittgrößten jüdischen Mitgliederorganisation der Welt, nahmen an dem Abendessen zu Ehren von Simon Wiesenthal im Broadway Ballroom des Hotels Marriott Marquis teil.

Der Herr Bundeskanzler und Frau Kohl wurden zunächst in einem besonderen Raum von Simon Wiesenthal, Botschafter Lauder und Samuel Belzberg (Aufsichtsratsmitglied der First City Bank) und Rabbi Hier begrüßt. Sie wurden danach auf dem Podium im Broadway Ballroom willkommen geheißen und an dem Ehrentisch, an dem 19 Honoratioren saßen, zwischen Simon Wiesenthal und der CBS-Moderatorin Lesley Stahl plaziert. Lesley Stahl verlas Glückwünsche u. a. von Premierminister Shamir, Simone Veil, Mitterrand, Kardinal O'Connor und Frank Sinatra. Rabbi Hier schilderte in seiner Ansprache Beispiele von Nazigreueltaten und führte den Film „Within these Walls" über das Wiesenthalzentrum und seine Arbeit vor. Die Filmschauspielerin Jane Seymour, die in der soeben angelaufenen ABC-TV-Serie „War and Remembrance" eine Hauptrolle spielt, schilderte ihre Gefühle bei den Filmaufnahmen in Birkenau. Herr Belzberg beschrieb Aufgaben des Simon Wiesenthal Center („remember the past, monitor the present") und führte einen Filmstreifen mit Simon Wiesenthal und der amerikanisch-jüdischen Zusammenarbeit gewidmeten Redeausschnitten Ronald Reagans bei einer Feier für Simon Wiesenthal in Los Angeles vor.

Nach Einführung durch Lesley Stahl ergriff der Herr Bundeskanzler das Wort. Die Ansprache, die zu Beginn einige Sätze zu dem Rücktritt des Herrn Bundestagspräsidenten[5] enthielt, legte Zeugnis ab von dem tiefen Engagement des Herrn Bundeskanzlers für die deutsch-jüdische Verständigung, die große Betroffenheit über die an den Juden verübten Greueltaten der NS-Zeit sowie das enge persönliche Freundschaftsverhältnis zu Simon Wiesenthal. Die Zuhörer verfolgten die Ansprache mit Spannung und Ergriffenheit und gaben dem Herrn Bundeskanzler am Ende eine „Standing Ovation".

Anschließend führte Botschafter a. D. Lauder Ausschnitte des Filmes „Murderers Among Us" vor, der demnächst auf HBO-TV gezeigt wird und das Leben Wiesenthals darstellt.

Nach Einführung durch Botschafter Lauder sprach Simon Wiesenthal zunächst den Herrn Bundeskanzler persönlich an.[6] Er bezeugte ihm seine freundschaftlichen Gefühle und sagte, der Bundeskanzler gehöre nicht zu denen, die aus der „Geschichte aussteigen" wollten. Den Rücktritt Dr. Jenningers nannte er „tragisch". Er sprach über sein Lebenswerk, ließ aber Skepsis erkennen, ob man dem Ziel, die Welt menschlicher zu machen, nähergekommen sei. Er endete mit einem Appell, das Wiesenthal Center auch in Zukunft zu unterstützen. Manche deutsche Korrespondenten bemerkten, daß die größeren jüdischen Organisatio-

5 Zum Rücktritt des Bundestagspräsidenten Jenninger am 11. November 1988 vgl. Dok. 323.

6 Für den Wortlaut der Dankesrede Simon Wiesenthals vom 14. November 1988 vgl. BULLETIN 1988, S. 1384.

nen wie z. B. American Jewish Committee, American Jewish Congress und Anti-Defamation League bei dem Dinner nicht vertreten waren. Vom American Jewish Committee ist z. B. bekannt, daß es dem Wiesenthal Center eher skeptisch gegenübersteht. Die Abwesenheit ist nicht ungewöhnlich, da die jüdischen Organisationen ohnehin durchweg eher unabhängig voneinander arbeiten und sich bei solchen Veranstaltungen selten zusammenfinden.

2) Leo Baeck Institute

Am Nachmittag des 14.11. besuchten der Herr Bundeskanzler und Frau Kohl das „Leo Baeck Institute New York". Sie wurden vom Geschäftsführer Dr. Fred Grubel empfangen und vom Präsidenten des Internationalen Leo Baeck Institutes, Grünewald, in Anwesenheit führender Mitglieder des Kuratoriums begrüßt. Der Besuch des Herrn Bundeskanzlers gestaltete sich zu einem bewegenden Gespräch mit den Überlebenden des nationalsozialistischen Terrors gegen die deutschen Juden, die in dem Institut unschätzbare Zeugnisse der Geschichte ihrer Gemeinschaft verwalten. Herr Grünewald wies darauf hin, daß er mit 87 Jahren das letzte lebende Mitglied des Reichsrates der Juden in Deutschland sei.

Dasselbe Thema nahm Herr Dr. Grubel, Geschäftsführer des Leo Baeck Institutes, auf, indem er daran erinnerte, daß er den gleichen Tag vor 50 Jahren im Konzentrationslager erlebt habe. Es sei für ihn damals nicht denkbar gewesen, daß der Chef der Regierung eines deutschen Staates eine jüdische Institution besuchen werde. Auch in der Geschichte der Weimarer Republik und des zweiten Reiches habe dies wohl selten oder nie stattgefunden. In einem darauffolgenden Gespräch beantwortete der Herr Bundeskanzler Fragen des Präsidenten der amerikanischen Vereinigung der verfolgten Juden aus Mitteleuropa, Dr. Curt C. Silberman, nach dem Rücktritt von Bundestagspräsident Dr. Philipp Jenninger und den Umständen des Todes des ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Werner Nachmann. Beide Themen fanden bei den Vertretern des Leo Baeck Institutes große Aufmerksamkeit.

[7]Der Herr Bundeskanzler bat Herrn Dr. Grubel und die anderen Herren, ihre Projekte darzustellen, und stellte die Frage, wie er die Arbeit des Leo Baeck Institutes unterstützen könne. Herr Dr. Grubel berichtete vor allem von einem Vorhaben, eine umfassende Darstellung der Geschichte des deutschen Judentums zu erarbeiten. Es laufe ein Antrag auf Förderung durch die Stiftung Volkswagenwerk, über den bis Ende November entschieden werden solle. Er habe darüber auch mehrfach mit Ministerialdirektor von Köckritz vom Bundesministerium des Innern verhandelt. Es handle sich um eine bedeutende Summe, die bei der Stiftung Volkswagenwerk für dieses Vorhaben beantragt sei, da eine Förderung der Studien über fünf Jahre erforderlich wäre. Der Herr Bundeskanzler stellte in Aussicht, daß er sich über die Angelegenheit nach seiner Rückkehr unterrichten lassen werde.

Als weiteren Punkt sprach Herr Dr. Grubel die Frage einer engeren Zusammenarbeit mit dem Deutschen Historischen Museum Berlin an. Der Herr Bundeskanzler schilderte die Pläne für das Deutsche Historische Museum Berlin und berichtete über den Abschluß des Wettbewerbs für den Bau. Er begrüßte die Idee einer näheren Zusammenarbeit mit dem Deutschen Historischen Museum.

[7] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 607 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Mehrere Einzelgespräche gaben den Mitgliedern des Präsidiums des Leo Baeck Institutes Gelegenheit, den Herrn Bundeskanzler über andere Arbeiten des Leo Baeck Institutes zu unterrichten.

Nach den Gesprächen besichtigten der Herr Bundeskanzler und Frau Kohl – geführt von Dr. Grubel – die Ausstellung „Jettchen Geberts Kinder" und einige Neuerwerbungen des Leo Baeck Institutes.

Der Besuch und die Gespräche im Leo Baeck Institute fanden in einer Atmosphäre des Vertrauens und großer Herzlichkeit statt. Es war die Weiterführung eines Dialogs, die der Herr Bundeskanzler schon als Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion begonnen hatte. Die Freude der Mitglieder des Präsidiums, ihn in ihrem traditionsreichen Hause nun als Bundeskanzler begrüßen zu können, gab dem Ereignis eine besondere Bedeutung.

3) Time Magazine

Am 14.11.88 führte der Herr Bundeskanzler ein Hintergrundgespräch in den Redaktionsräumen des Nachrichtenmagazines Time, an dem der Chefredakteur Jason McManus sowie 17 leitende Redakteure und Mitarbeiter teilnahmen. Nach Mitteilung von StS Ost zeigten die anwesenden US-Journalisten reges Interesse an der letzten Begegnung des Herrn Bundeskanzlers mit dem sowjetischen Regierungschef Gorbatschow[8] sowie an dem derzeitigen Stand der Rüstungskontrollgespräche. Gefragt wurde auch nach den künftigen Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur UdSSR. Weitere Themen waren der europäische Binnenmarkt, die künftige Entwicklung der Handelspolitik im Hinblick auf die Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit den USA und der Europäischen Gemeinschaft. Der Herr Bundeskanzler betonte, daß es vor allen Dingen gelte, Konflikte in der zwischenstaatlichen Handelspolitik zu verhindern. Europa werde künftig an Bedeutung gewinnen.

Angesprochen wurde auch die Rede des Bundestagspräsidenten a. D. Dr. Philipp Jenninger[9].

4) Weitere Programmpunkte

Am 14.11. vormittags überreichte der Vorsitzende des Vereinigten Deutsch-Amerikanischen Komitees, Helmut Krüger, dem Bundeskanzler als Dank für sein Interesse an den aus Deutschland stammenden Amerikanern Hummelfigur. Dieses Geschenk hatte Herr Krüger auch am 6.10.1988 (German American Day[10]) Präsident Reagan überreicht.

Am 13.11.1988 nahmen der Herr Bundeskanzler und Frau Kohl an einem Gottesdienst in der St. Patrick's Cathedral teil, wo sie von Kardinal O'Connor (von deutscher Mutter abstammend) in deutscher Sprache begrüßt wurden.

Henry Kissinger gab Herrn Bundeskanzler und Frau Kohl am 13.11.1988 ein privates Mittagessen.

8 Vgl. dazu die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 24./25. Oktober 1988 in der UdSSR; Dok. 300 und Dok. 304.

9 Für den Wortlaut der Rede des Bundestagspräsidenten Jenninger am 10. November 1988 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, Gedenkveranstaltung aus Anlaß der Pogrome des nationalsozialistischen Regimes gegen die jüdische Bevölkerung vor 50 Jahren, S. 7270–7276.

10 Zum „German-American Day" in den USA am 6. Oktober 1988 vgl. Dok. 286, Anm. 2.

Am Sonntag nachmittag besuchte der Herr Bundeskanzler die Ausstellung „Anselm Kiefer“ im Museum of Modern Art. Sein besonderes Interesse galt der historischen Dimension der Werke und deren Rezeption in der amerikanischen Öffentlichkeit. Er ließ sich auch die ständige Ausstellung des Museums zeigen.

5) Medien

Der Herr Bundeskanzler gab während seines Besuches im Leo Baeck Institute am Nachmittag des 14. November der amerikanischen Fernsehstation WNEW-TV (Fox Television) ein Interview. Zum Rücktritt des Bundestagspräsidenten befragt, antwortete er gemäß seiner Erklärung in Bonn[11].

Die Abendveranstaltung zu Ehren von Simon Wiesenthal wurde von einem starken internationalen Pressecorps von der Galerie aus verfolgt. Alle vier großen amerikanischen Fernsehstationen (Networks) waren anwesend sowie über 100 Wortjournalisten. Die New York Times brachte am 15.11.88 im politischen Teil des Blattes (S. A 8) einen 100zeiligen Bericht mit der Überschrift „Kohl, in New York, hails Wiesenthal“, Unterzeile „He says Nazi-hunter helped guide Germans after war“. Das oben erwähnte Interview sendete Fox Television im Rahmen der Abendnachrichten am 14.11.88.

„International Herald Tribune“ veröffentlichte am 16.11.1988 Bericht und zweispaltiges Foto, das den Herrn Bundeskanzler mit Herrn Wiesenthal zeigt. Der Bericht ist überschrieben: „Kohl hails Wiesenthal as German ‚guide‘“.[12]

[gez.] Bredow

Referat 204, Bd. 160061

329

Aufzeichnung des Botschafters Holik

220-370.03-1543/88 geheim **18. November 1988**[1]

Ergebnisvermerk

Vor Eintritt in die Tagesordnung spricht Bundeskanzler die von CIA-Direktor Webster in Washington vorgetragenen Erkenntnisse über deutsche Hilfestellung

11 Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 11. November 1988 vgl. LASCHET/MALANGRÉ, Jenninger, S. 36 f.

12 Vgl. den Artikel „Kohl hails Wiesenthal as German ‚guide‘“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 16. November 1988, S. 2.

1 Die Aufzeichnung wurde von Botschafter Holik am 18. November 1988 über Staatssekretär Sudhoff an Bundesminister Genscher geleitet. Dazu vermerkte er: „Als Anlage lege ich einen Ergebnisvermerk über die Sitzung des Bundessicherheitsrats am 18. November 1988 vor.“
Hat Sudhoff am 18. November 1988 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher laut Vermerk des Ministerbüros vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 28. November 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Holik verfügte und handschriftlich vermerkte: „BM hat Kenntnis.“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 28. November 1988 vorgelegen.
Hat Holik erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11290 (220); B 150, Aktenkopien 1988.

für die Produktion chemischer Waffen in Libyen an.[2] Hier gelte es, rasch zu klären und zu prüfen, ob und ggf. welche Gesetzesunterlagen geschaffen werden müßten, um deutsche Mitarbeit an solchen Projekten zu unterbinden, die angesichts der jüngsten deutschen Geschichte unerträglich sei. Der einzige positive Punkt an dieser Sache sei, daß die amerikanische Administration noch nie so engagiert für die Abschaffung von chemischen Waffen eingetreten sei.

BM Genscher erinnert an frühere Vorkommnisse in Irak[3] und an erfolgte Anpassungen in den einschlägigen Rechtsbestimmungen. Unabhängig davon, ob wir selbst Nachweise führen könnten, müsse geprüft werden, was strafrechtlich und wirtschaftsrechtlich getan werden kann.

BMWi erklärt sich einverstanden, daß BMJ die strafrechtliche Seite prüft. BM Genscher stellt dazu fest, es ginge um strafrechtliches Vorgehen gegen deutsche Staatsangehörige, gleich, wo die Tat begangen werde.[4]

TOP 1:

Abzug chemischer Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland[5].

BM Scholz trägt Sachstandsbericht der Interministeriellen Kommission für die Vorbereitung des Abzugs der amerikanischen chemischen Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland vor und führt die Vorlage des Bundesministers der Verteidigung zu dieser Frage ein.[6]

BK sieht keine Probleme und stellt fest, daß der in der BSR-Vorlage des BMVg enthaltene Beschlußvorschlag vom BSR gebilligt wird.

TOP 2:

Fortschrittsbericht der Expertengruppe Gesamtkonzept[7].

MD Teltschik verweist zunächst auf zwei Ergänzungen zum Protokoll der Sitzung des BSR vom 29.9.1988, die auf Wunsch von BM Genscher aufgenommen werden müßten. Er berichtet dann über die unter seiner Leitung eingesetzte Arbeitsgruppe, die zweimal getagt und eine Untergruppe eingesetzt habe, die mit der Bewertung von Denkmodellen begonnen habe. Er verweist auf die beiden dem BSR vorgelegten Papiere:

– Das Papier „Kriterien der Strategie“[8] sei einstimmig gebilligt worden.
– Das Papier „Aufgaben und Kriterien der Rüstungskontrolle und Abrüstung“[9] enthalte eine offene Stelle: Alle Beteiligten stimmten dem dualen Ansatz zu, doch gebe es bei dessen Anwendung auf SNF einen Dissens, der im BSR dis-

2 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz und CIA-Direktor Webster am 15. November 1988 vgl. Dok. 327, Anm. 14.

3 Zu einer Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik an der Herstellung von Chemiewaffen im Irak vgl. Dok. 132.

4 Zur Frage einer Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik an der Produktion chemischer Waffen in Libyen vgl. Dok. 2 und Dok. 373.

5 Zum Abzug amerikanischer Chemiewaffen aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 318.

6 Für die Vorlage des Bundesministeriums der Verteidigung vom 11. November 1988 für den Bundessicherheitsrat vgl. VS-Bd. 12147 (201).

7 Zur Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO vgl. Dok. 242.

8 Zur Aufzeichnung „Kriterien der Strategie“ vom 29. August 1988 vgl. Dok. 242, Anm. 5.

9 Für die Aufzeichnung „Aufgaben und Kriterien der Rüstungskontrolle und Abrüstung“ vgl. Anlage 1 des Drahterlasses Nr. 1101 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Roßbach vom 15. November 1988; VS-Bd. 12246 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

kutiert werden sollte; Teltschik verweist auf die beiden Alternativformulierungen (auf Seite 5 unten des Papiers).

PStS[10] Spranger wirft die Frage auf, ob Zivil- und Katastrophenschutz nicht behandelt werden müßten. BM Genscher hält dies in einem späteren Kapitel für erforderlich, im gegenwärtigen Stadium gehe es um die Entwicklung eines Gesamtkonzepts nach außen (BK).

Zu den beiden strittigen Sätzen in Ziff. 4 des Rüstungskontroll-Papiers stellt BM Scholz Einigkeit darin fest, daß ein Rüstungskontrollansatz zu SNF möglichst bald erarbeitet werden müßte.

Problematisch sei für ihn, daß das Auswärtige Amt die Erarbeitung von Rüstungskontrollpositionen bereits vor der Entscheidung über die Einführung modernisierter Nuklearwaffen ansiedeln wolle. Maßgeblicher Zeitpunkt könne nicht Entscheidung über die Notwendigkeit, sondern die Durchführung von SNF-Modernisierungen sein.

BM Genscher erinnert an unser in Reykjavik durchgesetztes Anliegen, Verhandlungen über nukleare Kurzstreckensysteme mit dem Ziel gleicher Höchstgrenzen in das Bündniskonzept zu integrieren.[11] Die Option, ob nach 1995 Nachfolgesysteme für die gegenwärtige Lance gebraucht würden, könne heute noch nicht entschieden werden. Frage sei, wann sie spätestens entschieden werden müsse. Wenn die Lance bis mindestens 1995 einsetzbar sei und man die Vorlaufzeit von vier Jahren vor Stationierung der Pershing II auf die jetzige Situation übertrage, komme man rückgerechnet auf einen Entscheidungsbedarf im Jahre 1992. Dann würden wir sehen, wie die militärische und politische Lage in Europa aussieht. Entscheidungen dürften nicht auf Hoffnungen oder Befürchtungen aufgebaut werden.

BM Scholz spricht sich für eine klare politische Formel aus, etwa die Modernisierung sei militärisch notwendig, aber politisch offen. Mit dem Rüstungskontrollansatz hätte er Schwierigkeiten, wenn damit auch die Möglichkeit einer dritten Null-Lösung verbunden würde.

BK stellt fest, mit ihm werde man nie aus der Abschreckung aussteigen. Wir seien in diese „Idiotendebatte“ gekommen wegen derer, die die „Brandmauer“ erfunden hätten. Predigten über Verteidigungsbereitschaft hätten wir nicht nötig, jedenfalls weniger als andere.

BM Genscher hält es für gut, daß zwei Alternativformulierungen zur Diskussion stünden. Wir seien uns einig, daß eine Entscheidung getroffen werden müsse, Frage sei aber, wann.

BK verweist auf die zu erwartende NATO-Tagung zum 40. Jubiläum.[12] Bis dahin wolle er das Papier zum Gesamtkonzept, das läge im gemeinsamen Interesse aller.

BM Genscher stellt fest, im gemeinsamen Interesse liege auch, daß wir ein Mandat für Verhandlungen über Kurzstreckenraketen bekämen, wo die Über-

10 Korrigiert aus: „PM StS“.

11 Vgl. dazu Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Zur Tagung vgl. AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

12 Die NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs fand am 29./30. Mai 1989 in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1989.

legenheit des WP besonders drastisch sei. Die Option der Modernisierung müsse offen bleiben, die Diskussion über ihre Ausfüllung sei künstlich von denjenigen vom Zaun gebrochen worden, die die „Brandmauer" gefordert hätten.

BK betont, Offenlassen der Ausfüllung der Option dürfe nicht Möglichkeit einer dritten Null-Lösung implizieren.

BM Genscher erwähnt Diskussion im FDP-Parteirat über einen Antrag für eine dritte Null-Lösung. Er habe sich gegen diesen Antrag mit der Begründung ausgesprochen, man könne die Modernisierungsoption nicht negativ präjudizieren. Antrag sei dann einstimmig in seiner Version angenommen worden.

BK verweist auf Mißtrauen in Brüssel, das sich auf mangelnde deutsche Mitarbeit an der Erarbeitung eines Gesamtkonzepts gründe. Hier müsse man jeden Verdacht ausräumen. Er stehe voll auf Seiten derer, die nach Abrüstungsergebnissen bzw. Bemühungen in anderen Bereichen des Kräfteverhältnisses den Sektor Kurzstreckenraketen nicht auslassen wollen. Auf keinen Fall werde er sich aber auf eine Null-Lösung einlassen.

BM Genscher macht geltend, daß mit einem Bekenntnis zur Null-Lösung logischerweise der Verzicht auf Modernisierung verbunden wäre. Umgekehrt würde eine ausdrückliche und vorbehaltlose Ablehnung der Null-Lösung im Widerspruch zur Offenhaltung der Modernisierungsoption stehen.[13] Er schlägt vor, im Protokoll der heutigen Sitzung aufzunehmen, daß alle Optionen offen blieben.

BK erklärt sich damit einverstanden, doch käme keine Null-Lösung in Betracht. Dies müsse ganz klar sein. Wir verlören jede Konsistenz unserer Sicherheitspolitik, wenn wir auf eine Null-Lösung hinausgingen.

BM Genscher: Denuklearisierung stehe überhaupt nicht zur Debatte. Hier gehe es um die präzise Frage, ob wir ja oder nein sagen zur Modernisierung der Kurzstreckenraketen. Diese Entscheidung wollten wir nicht heute treffen. BK ist einverstanden, wenn festgestellt wird, daß keine Fixierung erfolgt ist. Dann müsse aber auch festgestellt werden, daß wir keine dritte Null-Lösung anstreben.

BM Schäuble erinnert an die Entwicklung zur zweiten Null-Lösung[14] und rät dazu, keinen Dissens über den Begriff „gleiche Obergrenzen" offenzulassen.

BM Genscher bittet, zwischen gleichen Obergrenzen und dem Ersatz der Systeme zu unterscheiden.

BK: Der Punkt ist das Mißtrauen, die dritte Null-Lösung sei im Anmarsch. Diese Frage werde in Brüssel im Mai hochkommen.

BM Genscher wünscht sich ein Verhandlungsmandat und die Festlegung, über Modernisierung in zwei Jahren zu entscheiden.

BK sieht keine Chance für ein Verhandlungsmandat, wenn wir das Gefühl vermittelten, daß die Deutschen aussteigen. Sein Mißtrauen „brenne lichterloh". Niemand dürfe den Eindruck erhalten, daß wir uns der Kolonne der Entnuklearisierer anschlössen.

BM Scholz sieht die Gefahr einer kalten Null-Lösung, da die Lance-Systeme Schrott würden, wenn bis 1995 nichts geschehe.

13 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.
14 Korrigiert aus: „zweiten Lösung".

BM Genscher: FDP nimmt ihre Verantwortung voll wahr, aber wenn gesagt werde, eine Null-Lösung sei unter keinen Umständen akzeptabel, sei die Modernisierungsoption bereits entschieden.

BK stellt fest, er habe keine Probleme mit der Vorlaufzeit, auch kein Problem mit dem vom Auswärtigen Amt gewünschten Satz im Rüstungskontrollpapier, aber wenn die Null-Lösung für jemanden eine Option bleibe, müsse man die Sache weiter besprechen. Dann sei ein Mandat mit gleichen Obergrenzen ein Fließband zur dritten Null-Lösung. Diesmal bestehe allerdings keine Gefahr im Westen, ihn werde niemand über den Tisch ziehen.

BM Bangemann gibt zu erwägen, aus taktischen Gründen die Modernisierungsoption offenzuhalten und gleichzeitig im Bündnis festzuschreiben, daß eine Null-Lösung nicht in Frage komme. Es gehe um die Einbindung in eine Bündnisentscheidung; wenn die Option ausgefüllt würde, hätten wir die Bündnisentscheidung mitzutragen.

BM Genscher stellt klar, es gehe um eine wirkliche Option, die weder negativ noch positiv festgelegt werden könne. In der Frage des Verhandlungsmandats wollten wir gleiche Obergrenzen, aber auch daraus dürfe kein Zugzwang für eine sofortige Entscheidung über die Zukunft der Lance entstehen.

BK stellt fest, es lägen diametrale Gegensätze vor, die ein Koalitionsgespräch erforderlich machten. Auf seine Frage nach dem Stand im Bündnis teilt BM Scholz mit, der Generalsekretär[15] werde bei den beiden bevorstehenden Konferenzen der Verteidigungsminister[16] und der Außenminister[17] einen Zwischenbericht zum Stand der Arbeiten am Gesamtkonzept geben. BK stimmt dem Ausdruck „Zwischenbericht“ zu.

BM Genscher weist auf Auswärtigen Ausschuß und Verteidigungsausschuß hin, die sich in der kommenden Woche – evtl. in gemeinsamer Sitzung – mit dem Gesamtkonzept befassen wollen.

BK sieht hierfür keine Probleme der Sprachregelung für die beiden Minister. Das Problem sitze hier (auf sich zeigend). Die Sache müsse für ihn ausgeräumt werden. Vor Weihnachten müsse es noch eine Diskussion im BSR, vorher ein Koalitionsgespräch geben.

BM Genscher bittet den Kanzler, mit GS Wörner zu sprechen, der demnächst nach Bonn komme[18], um darauf hinzuwirken, daß das Thema Gesamtkonzept weniger nachdrücklich als zentraler Punkt der Vorbereitungen für das nächste Außenministertreffen verfolgt wird.

Holik

VS-Bd. 11290 (220)

15 Manfred Wörner.

16 Die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO fand am 1./2. Dezember 1988 in Brüssel statt. Themen der Sitzung waren die Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit der NATO, Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie die Lastenteilung im Bündnis. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 1593–1596 und Nr. 1600 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 2. Dezember 1988; VS-Bd. 11867 (202); B 150, Aktenkopien 1988.

17 Zur NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1988 in Brüssel vgl. Dok. 361 und Dok. 362.

18 NATO-Generalsekretär Wörner besuchte am 29./30. November 1988 die Bundesrepublik.

330

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Waldner

117-251.09 **18. November 1988**[1]

Betr.: Deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt vom 23.8.1939 und geheimes Zusatzprotokoll vom gleichen Tage[2];
hier: Besuch von Herrn Dr. Besymenskij aus Moskau, politischer Mitarbeiter von „Nowoje Wremja", früher Chefkorrespondent von Nowosti

Auf telefonische Anfrage von Prof. Dr. H. A. Jacobsen, Universität Bonn, und nach telefonischer Rückfrage bei RL 213[3] und dessen Zustimmung suchte Herr Dr. Besymenskij in Begleitung von Prof. Jacobsen am 11. November von 15.15 – 16.15 Uhr das Politische Archiv auf, um im Gespräch mit RL 117[4] und VLR Dr. Gehling die Frage nach Genesis und Verifikation der o.a. Vertragsurkunden zu erörtern und die hiesigen Dokumente einzusehen. Herr Dr. Besymenskij teilte zunächst mit, daß die russischen Vertragstexte in den Archiven der Historisch-Diplomatischen Verwaltung des SAM trotz umfangreicher Recherchen bisher nicht aufgefunden werden konnten. Er sei daher an einer Einsichtnahme der deutschen Dokumente sehr interessiert.

Referat 117 wies auf das Nachkriegsschicksal der Akten des Auswärtigen Amts sowie darauf hin, daß diese Akten erst nach dem Notenwechsel vom März/April 1956[5] von den Alliierten zurückgegeben worden sind und daß die Aktenedition zur deutschen auswärtigen Politik bis 1960 ausschließlich eine alliierte Edition gewesen ist, in der auch die Dokumente zu den deutsch-sowjetischen Verträgen vom August und September 1939[6] enthalten sind. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß der Sicherungsfilm, der während des Zweiten Weltkrieges von den Akten des Büros Ribbentrop gemacht wurde, im Original noch erhalten ist und daß ebenfalls im Original auch die Verhandlungsakten der Deutschen Botschaft

1 Hat Legationssekretär Höfer-Wissing am 21. November 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Stüdemann verfügte und handschriftlich vermerkte: „Moskau und Leningrad sollten auch Doppel erhalten."
Hat Stüdemann am 21. November 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ja."
Hat Höfer-Wissing am 21. November 1988 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ist veranlaßt." Ferner verfügte er die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Heyken „n[ach] R[ückkehr]".
Hat Heyken am 25. November 1988 vorgelegen.

2 Am 23. August 1939 schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR einen Nichtangriffsvertrag. In einem geheimen Zusatzprotokoll steckten sie ihre Interessensphären in Ostmittel- und Südosteuropa ab. Für den Wortlaut vgl. ADAP, D, VII, Dok. 228 und Dok. 229. Für die Faksimiles vgl. OSTEUROPA 39 (1989), A 417–425.

3 Eberhard Heyken.

4 Heinz Waldner.

5 Für den Notenwechsel zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten vom 14. März 1956 bzw. vom 10., 12. und 18. April 1956 vgl. B 118 (Referat 117), Bd. 510. Vgl. ferner U.S. TREATIES AND OTHER INTERNATIONAL AGREEMENTS, Vol. 7, Part 2, Washington 1956, S. 2119–2124.

6 Für den Wortlaut des Grenz- und Freundschaftsvertrags zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR vom 28. September 1939 einschließlich der geheimen Zusatzprotokolle vgl. ADAP, D, VIII, Dok. 157–160. Für die Faksimiles vgl. OSTEUROPA 39 (1989), A 436–448.

Moskau mit eindeutigen Hinweisen auf das Geheime Zusatzprotokoll hier noch vorliegen.

Herr Dr. B. schaute sich eingehend die hiesigen Akten und Urkunden zum Vertrag vom 23.8.1939 und auch die des Vertrages vom 28.9.1939 einschließlich der Originalkarte mit den Unterschriften Stalins und Ribbentrops an und dankte für die Überlassung von Ablichtungen der einschlägigen Dokumente.

Herr Prof. Jacobsen warf abschließend die Frage nach der Gegenseitigkeit von Zulassungen zu den diplomatischen Archiven auf[7] und fragte, ob durch eine Initiative auf Ministerebene in dieser Frage nicht ein Durchbruch erreicht werden könne. Herr Dr. Besymenskij begrüßte diesen Gedanken grundsätzlich, hatte jedoch starke Zweifel, ob dies jetzt schon verwirklicht werden könne. Referat 117 verwies darauf, daß z.Z. ein weiterer Versuch laufe, die Gegenseitigkeit zu erreichen. Die Historisch-Diplomatische Verwaltung des SAM möchte hiesige Akten betreffend das Baltikum aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg einsehen. Wir haben dies für den Fall der Gewährung der Gegenseitigkeit zugesagt.

Das Gespräch verlief in einer sehr offenen und freundlichen Atmosphäre.

Waldner

Referat 213, Bd. 143518

331

Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit Staatsratsvorsitzendem Schiwkow in Sofia

VS-NfD **21. November 1988**[1]

Staatsbesuch in Bulgarien 21.–24.11.1988[2];
hier: Gespräch der Präsidenten in Anwesenheit der AM[3] und der Botschafter[4] am 21.11.1988, 10.15 Uhr

Präsident *Schiwkow* begann das etwa eineinhalb stündige Gespräch mit einer herzlichen Begrüßung des Bundespräsidenten: Das bul. Volk liebe Deutschland, nicht umsonst würden die Bulgaren Preußen des Balkans genannt.

Der *Bundespräsident* dankte: Präsident Schiwkow sei der hochgeachtete Präsident eines Volkes, das den Deutschen seit langer Zeit befreundet sei. Sein Besuch im Jahre 1987 in der Bundesrepublik Deutschland sei unvergessen[5], und

7 Zur Gegenseitigkeit bei der Einsichtnahme in diplomatische Archive vgl. Dok. 236, Anm. 10.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Lewalter, Sofia, am 22. November 1988 gefertigt. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 23. November 1988 vorgelegen.
2 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte in Begleitung des Bundesministers Genscher vom 20. bis 24. November 1988 Bulgarien.
3 Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik) und Petar Mladenow (Bulgarien).
4 Karl Walter Lewalter (Bundesrepublik) und Georgi Evtimov (Bulgarien).
5 Staatsratsvorsitzender Schiwkow hielt sich vom 2. bis 5. Juni 1987 in der Bundesrepublik auf. Für sein Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 2. Juni 1987 vgl. AAPD 1987, I, Dok. 158.

er sei seinerseits glücklich, daß er es sei, der den ersten Staatsbesuch eines deutschen Bundespräsidenten in Bulgarien machen könne. Es gebe viele Gründe für die guten Beziehungen zwischen Bulgarien und der Bundesrepublik Deutschland: eine lange Geschichte, in der beide Völker immer wieder Seite an Seite gestanden hätten; auch dann, als die Geschichte des 20. Jahrhunderts schwere Zeiten für beide gebracht habe, habe man zusammengestanden. Beide seien weit genug voneinander entfernt, um keine Nachbarschaftsprobleme zu haben, und dennoch einander nahe genug, um gemeinsame Interessen zu haben. Die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Systemen hindere sie nicht, gemeinsame europäische Interessen zu verfolgen. Im Gespräch mit den AM beim Frühstück habe er festgestellt, daß man in der Haltung zu gegenwärtigen Problemen übereinstimme.[6] Die bilateralen Beziehungen seien gut. Er freue sich, daß man in den Kulturbeziehungen jetzt einen wichtigen Punkt hinzufüge: Die Vereinbarung über die Errichtung von Kulturinstituten.[7] Die Kulturwoche Bulgariens, die er in diesem Jahr in Bonn miteröffnet habe, habe durch die Leistungen der Künstler und die Atmosphäre beeindruckt.[8]

Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen seien von großer Bedeutung. Die Gemischte Wirtschaftskommission habe dies bei ihrer Tagung vom 15.11.1988 erneut deutlich gemacht.[9] Bulgarien befinde sich in einem Prozeß vernünftiger Umgestaltung und Öffnung; es sei bemüht um eine Verbesserung seiner Außenhandelsbeziehungen, und auch die Bundesrepublik Deutschland sei daran inter-

6 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker und Bundesminister Genscher sprachen am 21. November 1988 mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow in Sofia. Themen waren die bilateralen Beziehungen, insbesondere die Errichtung von Kulturinstituten, die KSZE-Folgekonferenz in Wien, Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle und der Reformkurs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139483.

7 Referat 610 vermerkte am 18. Februar 1988: „Beim letzten BM-Besuch in Sofia im Juli 1987 wurde ein Vertragsentwurf über den Austausch von Kulturinstituten übergeben, der z. Z. von der bulgarischen Regierung geprüft wird. Im Dezember 1987 fanden in Sofia Informationsgespräche über den Austausch von Kulturinstituten statt. Wir haben die bulgarische Seite für Ende März 1988 zu Verhandlungen über die gegenseitige Errichtung von Kulturinstituten nach Bonn eingeladen." Vgl. Referat 214, Bd. 139831.
Ministerialdirektor Witte notierte am 9. November 1988: „In einer zweiten Verhandlungsrunde vom 24.–26. Oktober 1988 in Sofia und in einem Gespräch zwischen Botschafter Lewalter und dem bulgarischen Außenminister Mladenow konnte Übereinstimmung über die Vereinbarung zum Austausch von Kulturinstituten erzielt werden." Vgl. Referat 214, Bd. 139482.
Bundesminister Genscher und der bulgarische Außenminister Mladenow unterzeichneten die Vereinbarung über den Austausch von Kulturinstituten am 21. November 1988 in Sofia. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1989, Teil II, S. 778–780.

8 Ministerialdirigent Neukirchen notierte am 11. August 1988: „Vom 27.9. bis 4.10.1988 findet in der Bundesrepublik Deutschland in vier Städten (Bonn, Köln, Hannover, Trier) eine bulgarische Kulturwoche statt. Die erste öffentliche Veranstaltung der Kulturwoche wird am 27.9.1988 abends in der Beethovenhalle stattfinden und aus mehreren musikalischen Darbietungen bestehen. Anschließend werden die an der Kulturwoche beteiligten bulgarischen Solisten und Ensembles (zwei Chöre, eine Tanzgruppe, Puppenspieler, ein Jazz-Duo und ein Kammerstreichorchester) auf Tournee durch die Bundesrepublik gehen. Zusätzlich finden in Bonn und Hannover eine bulgarische Filmwoche und in Hannover und Wolfenbüttel eine Buchausstellung statt." Vgl. Referat 214, Bd. 139831.

9 Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerhardt bewertete die 12. Tagung der deutsch-bulgarischen Wirtschaftskommission am selben Tag als „Routinesitzung", die positiv verlaufen sei. Beide Seiten hätten „das Inkrafttreten des Investitionsförderungsvertrages (März 1988) und das bevorstehende Inkraftreten des Doppelbesteuerungsabkommens sowie weitere Fortschritte bei der Verwirklichung der im Memorandum von Varna am 9.8.1987 enthaltenen Zielsetzungen (Förderung der Handels-, Investitions- und Produktionszusammenarbeit sowie der Zusammenarbeit bei der Aus- und Weiterbildung von Fachleuten)" positiv gewürdigt. Vgl. Referat 214, Bd. 139477.

essiert, daß Bulgarien dabei vorankomme. Der innere Prozeß der Umgestaltung und der äußere Prozeß der Öffnung könnten sich gegenseitig befruchten. Bulgarien habe Wirtschaftsunternehmen auch in der Bundesrepublik Deutschland übernommen, was der bul. Wirtschaft helfe, Erfahrungen auf dem Weltmarkt zu sammeln. Damit schlage man die Brücke von der gewinnbringenden Wirtschaftstätigkeit zur Ausbildungsförderung. Die Regierungen könnten dies unterstützen. Bei den Gesprächen Bulgariens mit der EG[10] und bei der Verfolgung seines GATT-Beitrittsantrags[11] wollten wir ebenfalls Bul. zur Seite stehen. Die Bundesrepublik Deutschland begrüße nachdrücklich die auf Öffnung und Zusammenarbeit gerichtete bul. Politik. Es gebe Felder, auf denen die Initiative bei den Großmächten, den USA und der SU liege; es gebe andere Felder, auf denen Länder wie Bul. und Bundesrepublik Deutschland den Prozeß der Verständigung voranbringen können: etwa bei Materien des Korbes II der KSZE. Er wäre dankbar, wenn er die Einschätzung Präs. Schiwkows in der Frage des Zusammenhangs zwischen innerer Entwicklung und Öffnung nach außen erfahren könne. Es gehe nicht darum, sich gegenseitig ins andere System hineinzureden. Wohl aber seien wir an systemöffnender Zusammenarbeit interessiert. Die Voraussetzungen in der Bundesrepublik Deutschland seien günstig, auch der Besuch Präs. Schiwkows im Jahre 1987 habe dazu beigetragen.

Präs. *Schiwkow* äußerte sich zu den bevorstehenden inneren Entwicklungen: Wichtige Sitzungen des ZK-Plenums[12] und der Volksversammlung stünden Anfang Dezember bevor. Man stehe an einem Wendepunkt. Bisher habe man die Umgestaltung eher theoretisch angegangen, einen Durchbruch in der Wirtschaft, der Landwirtschaft oder in der kulturellen Sphäre habe man bis jetzt nicht erreicht. Es müßten jetzt Taten folgen. Wenn man nicht das westliche Wirtschaftssystem übernehme, werde man nichts erreichen. Dieses Wirtschaftssystem habe

10 Referat 411 vermerkte am 27. Oktober 1988: „Am 16./17.10.1986, 22./23.6.1987, 13.6.1988 und […] am 13./14.9.1988 haben in Brüssel exploratorische Gespräche zwischen Bulgarien und der Kommission über den Inhalt eines möglichen Vertrages stattgefunden. Bulgarien hat inoffiziell auch bereits einen Entwurf vorgelegt. Bulgarien möchte den Abschluß eines Handels- und Kooperationsabkommens, das sowohl Industrie- wie auch landwirtschaftliche Erzeugnisse erfassen soll. Das bulgarische Interesse hat sich in den letzten exploratorischen Gesprächen mit der Kommission auf die Abschaffung der von der EG gegenüber Drittländern angewandten spezifischen mengenmäßigen Beschränkungen konzentriert. Außerdem verlangt Bulgarien eine unbeschränkte Meistbegünstigungsklausel und will bereits jetzt wie ein GATT-Mitglied behandelt werden. Die von Bulgarien geforderte gänzliche Abschaffung aller mengenmäßigen Beschränkungen innerhalb bestimmter zeitlicher Grenzen (analog dem Handels- und Kooperationsabkommen EG–Ungarn) ist für die Gemeinschaft nicht akzeptabel." Vgl. Referat 214, Bd. 139477.

11 In einer gemeinsamen Aufzeichnung des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 28. September 1988 wurde ausgeführt: „Bulgarien (BUL) ist – im Gegensatz zu Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei, Ungarn und Kuba – nicht Vertragspartei des GATT. Obwohl mit Beobachterstatus im GATT seit 1967, hat sich BUL für die im September 1986 begonnene […] Uruguay-Runde des GATT nicht zur Teilnahme qualifizieren können. […] BUL hat im September 1986 […] einen Antrag auf Vollmitgliedschaft im GATT gestellt und sich dabei selbst als ‚developing economy' bezeichnet. […] BUL hofft, daß mit einem Beitritt zum GATT die westlichen Handelspartner die bislang praktizierten (zwischen GATT-Vertragsparteien grundsätzlich GATT-widrigen) mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen aufheben." Vgl. Referat 214, Bd. 139477.

12 Die Plenarsitzung des ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei (BKP) wurde am 13./14. Dezember 1988 in Sofia abgehalten. Botschafter Lewalter, Sofia, informierte am 15. Dezember 1988, Staatsratsvorsitzender Schiwkow sei in seiner Rede auf die wirtschaftlichen und sozialen Mißstände in Bulgarien eingegangen und habe die bisherigen Reformen als ungenügend bezeichnet. Damit habe er „die Fäden in der Hand behalten und dem Plenum einen Bericht erstattet, den es nicht anders als einstimmig billigen konnte". Vgl. den Drahtbericht Nr. 736; Referat 214, Bd. 139824.

man früher in den sozialistischen Ländern als antizivilisatorisch betrachtet; man müsse aber anerkennen, daß es große Beiträge zur Entwicklung der gegenwärtigen Zivilisation geleistet habe.

Kurz gesagt gehe es jetzt darum, daß der Staat zwar weiterhin die Grundlagen für die Wirtschaftstätigkeit schaffe und führen werde, daß aber alles andere „Firmen" übertragen werden solle. Diese sollten im Inland wie im Ausland selbständig Handel treiben. Das Eigentum solle nicht nur staatliches bzw. gesellschaftliches sein, sondern solle auch in den Formen des kooperativ bzw. privat genutzten Eigentums existieren. Als Beispiel für den Erfolg der letzten Form nannte er die private Viehzucht, die in einem Fernsehbericht am Wochenende eindrucksvoll demonstriert worden sei.

Die Firmen sollten mit eigener Rechtsform und rechtlicher Sicherung ausgestattet werden, so daß sie nur durch Gerichtsbeschluß liquidiert werden können. Es solle keine Einmischung von außen, insbesondere nicht von Parteiinstanzen, geben. Die Beschäftigten des Unternehmens („das Kollektiv") sollten nicht wie bisher unmittelbar die Leitung des Unternehmens wählen; das sei ein Exzeß an Demokratie gewesen. Das Kollektiv solle vielmehr einen Leitungsrat wählen, der einen geeigneten Vorstand („Direktor") auswählen und anstellen solle.

Mit diesen Änderungen würden weitgehend westliche Unternehmensformen übernommen. Allerdings solle der Staat nicht auf seine „Hebel" zur Führung der Wirtschaft verzichten; es solle nicht so kommen wie in Jugoslawien, denn der Staat müsse weiterhin entscheiden, wie die Gesellschaft sich entwickeln solle. Es sollten auch Aktien ausgegeben werden, die die Belegschaftsangehörigen und darüber hinaus jedermann erwerben könne. In manchen Produktionszweigen sollten 10%, in anderen bis zu 50% des Eigentums an den Betrieben auf diese Weise gestreut werden. Ein Geldkapitalismus sei nicht beabsichtigt. Man wolle nicht dahin kommen, daß die Rendite zur Bestreitung des Lebensunterhalts ausreiche. Aber niemandem solle ein angenehmer Lebensstil geneidet werden, den er durch gutes Wirtschaften erreichen könne. Der Aktienbesitz solle auch erblich werden.

Auch die Arbeitsorganisation in den Betrieben wolle man vom Westen übernehmen: Man müsse wegkommen von der Anonymität, es müsse klar sein, wer im Betrieb für was Verantwortung trage.

Mit all diesen Änderungen wolle man per 1.1.1989 beginnen, sie allerdings nicht auf einen Schlag einführen.

Auch in der Sphäre des geistigen Lebens müsse die Umgestaltung weitergehen; es gebe immer noch den Monopolismus der Künstlerverbände, der die Unfähigen unter den Mitgliedern prämiere, die Talente außerhalb dagegen hemme. Auch hier müsse der Leser bzw. Käufer eines Kunstwerks über den Erfolg entscheiden. Die bisherigen Verlage der BKP, der Vaterländischen Front und der Bauernpartei würden aufgelöst und stattdessen Verlage für politische Literatur gegründet, die auch andere Werke für den politisch interessierten Leser zur Verfügung stellen und in Konkurrenz zueinander treten; der Staat werde 30–50% des Eigentums zurückbehalten.

Die Umgestaltung auf der Ebene der staatlichen Verfassungsorgane sei ein weiteres Kapitel. Das Parlament solle künftig das Parlament der sich selbst-

verwaltenden politischen Einheiten, ein arbeitendes Parlament sein. Derzeit würden diese Veränderungen nicht aktiv betrieben, da die anderen Aufgaben der Umgestaltung im Vordergrund stünden.

Die Umgestaltung sei nur möglich auf der Grundlage des Weltfriedens. In den internationalen Beziehungen gebe es neue politische Inhalte. Diese Tatsache, und nicht nur die Erkenntnis, daß ein Krieg in Europa die Zivilisation vernichten würde, müsse uns dazu bringen, die Strukturen des Kalten Krieges völlig aufzulösen, im Osten wie im Westen. Umgestaltung gebe es nicht nur in den sozialistischen Ländern, auch in den westlichen Gesellschaften sei sie im Gange. So seien etwa in den USA 70% des Produktivkapitals nicht in den Händen der Kapitalisten, sondern verteilt im Besitz von Arbeitern oder im Eigentum von Gewerkschaften oder Fonds. Der Mensch von morgen möchte in einer neuen Zivilisation leben. Die Strukturen der Konfrontation müßten aufgelöst werden. Früher habe man im Osten angenommen, daß alles im Westen gegen den Osten gerichtet sei, und umgekehrt. Dabei dürfe es nicht bleiben.

Das bul. Volk sei mit dem russischen wie dem deutschen Volk verbunden gewesen, zum Positiven wie zum Negativen. Bei einem Fortbildungskurs in der SU habe ein sowjetisches Akademiemitglied vor bul. Hörern ausgeführt, Bul. habe den großen Fehler gemacht, sich mit der SU wirtschaftspolitisch zu eng einzulassen. Er wolle das nicht kommentieren.

Er bat, der politischen Führung der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere BK Kohl, zu übermitteln, daß Bul. sehr auf die Bundesrepublik Deutschland rechne. Sie könne eine Stütze der Umgestaltung in Bul. sein. Man erwarte Ratschläge, wie man sich weiter verhalten solle. Die Bundesrepublik Deutschland könne ein Ausbildungszentrum in Bul. errichten, sie könne sich an der Umgestaltung von Betrieben beteiligen usw. Was Bul. aber vermeiden müsse, sei ein weiterer Anstieg der Verschuldung. Diese habe sich in der letzten Zeit um etwa 1 Mrd. US-$ erhöht und betrage derzeit etwa 6 Mrd. US-$ brutto (rund 1 Mrd. US-$ Guthaben, lange Zeit in der Bundesrepublik Deutschland, jüngst nach dem $-Kursverfall in der Schweiz angelegt; 1,5 Mrd. $ Kredite an Entwicklungsländer, die man abschreiben müsse; 1,5 Mrd. weitere Kredite, die wieder hereinzuholen seien). Man wünsche eine Zusammenarbeit auf fester Grundlage: Joint-ventures, zollfreie Zonen und ähnliches. Derzeit habe Bul. rund 1 Mrd. $ Schulden gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Diese stehe an erster Stelle der Zusammenarbeit in Richtung Westen, an dritter oder vierter Stelle insgesamt, aber man müsse überlegen, wie man die Verschuldungssituation auflösen könne, ohne die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu stören. Es gebe kein Hindernis, daß wir unsere Wirtschaftsbeziehungen als prioritäre gestalteten. Er bat, dies Herrn Kohl zu übermitteln, mit dem er bereits dreimal zusammengetroffen sei[13].

Auf die kulturellen Beziehungen eingehend, dankte Präs. Schiwkow dem Bundespräsidenten für seine Beteiligung an der Eröffnung der Kulturwoche in Bonn. Er stimme den Ausführungen zu, die der Bundespräsident über den geschicht-

13 Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kohl traf am 7. Juni 1976 erstmals mit Staatsratsvorsitzendem Schiwkow zu einem Gespräch in Sofia zusammen. Vgl. dazu den Artikel „In Sofia nennt Kohl die deutsche Teilung ‚unmenschlich'"; DIE WELT vom 8. Juni 1976, S. 2.

lichen Zusammenhang auf kulturellem Gebiet gesagt habe. Man könne die Kultur Bulgariens nicht erklären ohne den kulturellen Einfluß Deutschlands, ganz zu schweigen vom wirtschaftlichen Einfluß. In seiner 13-jährigen Berufserfahrung als Drucker hätten Maschinen aus Deutschland eine große Rolle gespielt, und Deutsche hätten den Gang der technischen Entwicklung im Lande bestimmt. Wenn man die Zeit des Kalten Krieges abrechne, habe es nicht einen Grund für Probleme zwischen Deutschland und Bulgarien gegeben. Man habe Kriege zusammen geführt, verloren und dafür bezahlt. Man könne die Verbrechen Hitlers nicht vergessen oder billigen, doch sei es eine Tatsache, daß Bul. ihm die Dobrudscha verdanke.

Er erinnere sich an ein Gespräch mit de Gaulle, den er gegen Ende seiner politischen Laufbahn besucht habe, als er schon politisch totgesagt gewesen sei.[14] De Gaulle habe sich im Vier-Augen-Gespräch aber als ausgesprochen aktiv erwiesen und habe genau die richtigen Worte getroffen, um das bul. Nationalgefühl anzusprechen: Man sei grausam umgegangen mit Bul., indem man ihm Thrakien, Mazedonien und die Dobrudscha weggenommen habe; aber damals sei Frankreich schwach gewesen und habe nichts für Bul. tun können.

Der *Bundespräsident* ging ein auf die alte Kulturtradition Bulgariens und die geschichtlichen Verbindungen zwischen beiden Völkern: Was man zu beklagen habe, habe man gemeinsam zu beklagen. Gerade gestern habe er in einem Buch über Georgi Dimitroff dessen Haltung im Reichstagsbrand-Prozeß nachgelesen. Bis heute sei seine Verteidigungsrede unvergessen wegen der Charakterstärke, von der sie gezeugt habe.[15]

Auf die innere Entwicklung in Bulgarien eingehend, bezeichnete der Bundespräsident die Dynamik und den Mut als eindrucksvoll, mit denen Präs. Schiwkow an die Umgestaltung herangehe. Für die – weitgehend in Privathand befindliche – deutsche Wirtschaft sei es wichtig zu hören, was der Präsident gesagt habe. Man erschließe die produktiven Kräfte der Menschen für die Volkswirtschaft, wenn man ihr Eigeninteresse wecke. Die Wissenschaft lebe von der Öffnung und vom Austausch. Der Künstler wolle seinen künstlerischen Vorstellungen, nicht politischen Normen Ausdruck verleihen. In der Wirtschaft müsse der Mensch Risiko tragen, aber auch bei Erfolg angemessene Belohnung finden. Wenn der Staat zu sehr eingreife, hätten die Wirtschaftssubjekte nicht mehr genug Spielraum zur Bewährung (Schiwkow: voll einverstanden!).

Wichtig sei auch, wie weit die Kostenstrukturen der Betriebe von den einzelnen zu beeinflussen seien. All dies sei wichtig, aber auch Geduld sei nötig: Auch im Westen würde das marktwirtschaftliche Prinzip nicht sauber durchgeführt (staatliche Landwirtschafts- und Strukturpolitik).

Der Bundespräsident zeigte sich zuversichtlich, was die verstärkte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ausbildung von Führungskräften angeht.

Schiwkows Bemerkungen zur Verschuldungslage hätten ihn überzeugt.

14 Ministerpräsident Schiwkow hielt sich vom 10. bis 15. Oktober 1966 in Frankreich auf und traf am 10. Oktober 1966 mit Staatspräsident de Gaulle zusammen.

15 Für den Wortlaut der Schlußrede von Georgi Dimitroff am 16. Dezember 1933 vor dem Deutschen Reichsgericht in Leipzig vgl. Georgi DIMITROFF (Hrsg.), Reichstagsbrandprozeß. Dokumente, Briefe und Aufzeichnungen, 3. Auflage, Berlin [Ost] 1953, S. 158–182.

Er verwies auf die Erfahrungen, die VW beim Aufbau seines Joint-ventures mit Bul. mache[16]: Es gelte für die Beiträge beider Seiten, Waren zu finden, die Weltmarktqualität haben. Dies sei nicht einfach, aber gerade von den Schwierigkeiten dieser Zusammenarbeit werde man am meisten lernen. Die wirksamste Ausbildungsförderung sei die durch Firmenkooperation; das sei kein Votum gegen die staatliche Ausbildungshilfe, aber wenn unmittelbares Firmeninteresse dahinter stehe, sei die Ausbildung am effizientesten.

Schiwkows Ausführungen über den politischen Rahmen der Zusammenarbeit stimmte der Bundespräsident voll zu. Heute gebe es in den West-Ost-Beziehungen Möglichkeiten, die vor zehn Jahren noch unvorstellbar gewesen seien. Es wäre unverantwortlich, wenn man sich nicht mit ganzer Kraft dafür einsetze, sie zu nutzen. Dazu müßten manche Hindernisse im WP wie im Westen überwunden werden; die Bundesrepublik Deutschland und Bulgarien, insbesondere die AM beider Länder, könnten viel Segensreiches tun.

Auf Schiwkows Bezug auf de Gaulle eingehend, zitierte der Bundespräsident Gorbatschow, der ihm bei seinem Besuch[17] gesagt habe, de Gaulle sei der letzte Europäer gewesen, der zu Europa im ganzen etwas Konkretes gesagt habe (Europa vom Atlantik bis zum Ural[18]). Auch sein eigenes Bild vom europäischen Haus sei noch keine Konkretisierung, aber der Leitgedanke, daß die Aufgaben der Zukunft nur im Rahmen des ganzen Europa zu lösen seien. Er habe hinzugefügt, man sehe ihn in Westeuropa als Mann des „Ostens". Tatsache sei aber, daß er mehr und mehr Probleme mit dem Osten habe, wo man ihn zunehmend als Mann des „Westens" sehen werde.

Entscheidend sei, daß die Weltmächte ihre Politik nicht mehr mit Macht allein darstellen könnten, sondern sich mit wissenschaftlich-technischer Kooperation an der internationalen Entwicklung beteiligen müßten. Deswegen sei der Zusammenhang zwischen innerer Entwicklung und internationaler Zusammenarbeit entscheidend. Gorbatschow wolle die Umgestaltung, um sein System wettbewerbsfähiger zu machen. Der Westen helfe ihm dabei, weil sein Interesse auf mehr „systemöffnende" Zusammenarbeit gerichtet sei.

Präsident *Schiwkow* umriß die bul. Haltung zu Gorbatschows Programm der Umgestaltung. Es gebe keine prinzipiellen Unterschiede zur SU, wohl aber die Unterschiede, die daraus herrührten, daß die SU ein riesiges Land mit ungeahnten Problemen sei, um die er Gorbatschow nicht beneide. Bulgarien unterstütze die außenpolitischen Positionen der SU voll. Man höre aus dem Westen oft die Frage, ob Gorbatschow Erfolg haben werde. Seine Antwort sei: eindeutig ja, aber auch viele Probleme.

16 Legationsrat I. Klasse Heldman, Sofia, informierte am 12. August 1988: „Am 11.8.88 konnte nach zahlreichen Vorgesprächen in den letzten Monaten endlich das zweite deutsch-bulgarische Joint-venture, die Firma ‚VW-MT', aus der Taufe gehoben werden. Es handelt sich um eine Gemeinschaftsgründung von VW-Wolfsburg und der bulgarischen Assoziation Schwermaschinenbau. Die neue Firma, deren Sitz in Sofia sein wird und die eine Handelsgesellschaft nach bulgarischem Recht ist, hat die klassischen Aufgaben eines Handelshauses: Import von VW-Produkten nach Bulgarien und Export von bulgarischen Produkten in die Bundesrepublik Deutschland." Vgl. den Schriftbericht Nr. 608; Referat 214, Bd. 139829.

17 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

18 Vgl. die Tischrede des Staatspräsidenten de Gaulle vom 4. September 1962 auf Schloß Brühl; DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 5. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1962, S. 1402.

Bulgariens Situation sei, daß man im Pro-Kopf-Einkommen weit hinter dem Westen zurückliege, etwa bei 4000$ im Jahr. Könne es angesichts dieses Rückstands eine Glasnost geben, die Illusionen wecke? Deswegen halte man sich in Bulgarien zurück. Man unterstütze die Umgestaltung der SU, aber es gebe Unterschiede. In der Vergangenheit sei es nicht gut für die Entwicklung Bulgariens gewesen, alles aus der SU zu übernehmen.

Gorbatschow werde einen großen Platz in der Geschichte einnehmen, aber die Person könne ihre Rolle in der Geschichte nicht spielen ohne Berücksichtigung der objektiven Umstände: Er werde nicht Erfolg haben ohne positive Reaktion des Westens. Hier habe die Bundesrepublik Deutschland politisch und wirtschaftlich eine entscheidende Funktion. Ihre Aufgabe sei nicht leicht, sie sei verbunden mit Problemen in ihren „globalen Beziehungen".

Er habe inoffiziell erfahren, was der BK in Moskau[19] über Bulgarien geäußert habe: Dort sei die Lage stabil, Schiwkow habe die Führung, es gebe Probleme, aber die Bundesrepublik Deutschland sei bereit zu helfen.

Präsident Schiwkow streifte kurz die rüstungskontrollpolitische Position seines Landes und erklärte, man lege keinen Wert auf militärische Macht, habe auch keine militärischen Geheimnisse, deswegen gebe es keine Sperrzonen im Lande.

Der *Bundespräsident* führte aus, nicht nur bei der Abrüstung gelte es Fortschritte zu machen, sondern auch in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Die Bundesrepublik Deutschland werde mit aller Kraft widerlegen, daß der europäische Binnenmarkt Abkapselung nach außen bedeute. Er nahm Schiwkows Einwurf „keine Zollbarrieren" auf und stellte fest, diese wären geradezu gegen die europäischen Interessen gerichtet (BM: „richtig").

Es gebe aber noch einen anderen Zusammenhang: Nicht die Verschuldungssituation Bulgariens, Brasiliens oder Mexikos sei das größte Problem für die Weltwirtschaft, sondern die internationale Bewertung des Dollars und deren Mißverhältnis zur tatsächlichen Kraft der US-Wirtschaft. Die großen Defizite der US-Zahlungsbilanz belasteten die Weltwirtschaft, die Sparrate in den USA sei zu niedrig. Die Europäer müßten dafür sorgen, daß auch andere Kräfte in der Weltwirtschaft entstehen, die auf die USA einwirken könnten: Das sei die Chance, die die Gründung des europäischen Binnenmarktes für dritte Länder, wie auch für Bul., mit sich bringe.

Präsident *Schiwkow* machte seine hohe Einschätzung der deutschen Wirtschaft erneut deutlich: Wenn es Erschütterungen in den USA gebe, würden diese eine wirtschaftliche Krise auch für Bul. auslösen. Allein Deutschland und Japan könnten die USA retten.

An den BM gewandt führte er aus, bei seinem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland habe er nicht die Haltung der DDR kommentieren wollen. Entsprechende Fragen in der Öffentlichkeit habe er abgewehrt. Was er jetzt sage, dürfe nicht nach außen dringen: Er habe nichts gegen eine Föderation zweier deutscher Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen. Aber die USA, Frankreich, ja alle europäischen Verbündeten wären mit einer solchen Lösung nicht einverstanden. Man könne an diese Situation nur mit der philosophischen

19 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

Position des Bundespräsidenten herangehen. Er habe den Artikel des BM in „Die Zeit“[20] gelesen. Diesem habe er nichts hinzuzufügen.

Bundesminister: In allen gegenwärtigen Entwicklungen wird eine unumkehrbare Grundtendenz deutlich: Die Staaten Europas driften nicht auseinander, sie nähern sich einander. In dieser Perspektive muß man die europäische Entwicklung sehen und auch die deutsche Frage.

Bundespräsident: Man solle sich nicht den Kopf zerbrechen darüber, wie die Welt in 50 Jahren aussehe, sondern jeder solle das tun, was seine Verantwortung gebietet; auch wenn es jeder in seiner Perspektive tue, es führe uns zusammen.

Referat 214, Bd. 139483

332

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident De Mita

22. November 1988[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem italienischen Ministerpräsidenten Ciriaco De Mita am Dienstag, 22.11.1988, 18.40–21.30 Uhr

Teilnehmer auf italienischer Seite: Ministerpräsident Ciriaco De Mita, Herr Vattani als Note-taker, Herr Sangiorgi, Dolmetscherin.

Auf deutscher Seite: Der Herr Bundeskanzler, MDg Dr. Hartmann als Note-taker, Frau Bouverat als Dolmetscherin.

Der *Bundeskanzler* heißt MP De Mita herzlich willkommen und schlägt vor, daß man kurz über die innenpolitische Entwicklung in beiden Ländern, sodann über die beiderseitigen Besuche in Moskau[2], seinen Besuch in den USA[3] und die Entwicklung in der EG spreche.

20 Vgl. Hans-Dietrich Genscher, „Ein Plan für das ganze Europa. Nicht Schranken, sondern offene Türen müssen die neue Ordnung auszeichnen“; DIE ZEIT vom 21. Oktober 1988, S. 3.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 23. November 1988 gefertigt und am 24. November 1988 über Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, und Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl mit der Bitte um Billigung geleitet. Überdies bat Hartmann „um Weisung, ob der von Ihnen gebilligte Vermerk Herrn BM Genscher zur persönlichen Kenntnisnahme übersandt werden kann“.
Hat Teltschik am 24. November 1988 vorgelegen.
Hat Schäuble vorgelegen.
Hat Kohl am 25. November 1988 vorgelegen, der zur Bitte Hartmanns handschriftlich vermerkte: „Nein.“ Ferner vermerkte er handschriftlich: „Teltschik“.
Hat Hartmann am 29. November 1988 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 77; B 150, Aktenkopien 1988.

2 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.
Ministerpräsident De Mita hielt sich vom 13. bis 15. Oktober 1988 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 306, Anm. 10.

3 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 12. bis 15. November 1988 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 324, Dok. 325 und Dok. 328.
Vgl. dazu ferner das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 15. November 1988 in Washington; Dok. 327.

MP *De Mita* erklärt sich einverstanden.

Der *Bundeskanzler* erläutert zunächst die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Das Jahr 1988 verlaufe sehr gut. Wir könnten mit einer Wachstumsrate von 3,5 bis 3,7% rechnen. Die Inflation bleibe weiterhin unter 1%. Die Auftragslage sei sehr gut. Für 1989 erwarteten wir ein Wachstum von 2,5% plus. Die Arbeitslosigkeit gehe langsam zurück, bleibe aber immer noch bei 8%. Bis 1989 werde die von ihm geführte Bundesregierung 1,2 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen haben. Die Zahl der Kurzarbeiter liege derzeit bei 90000 gegenüber 1 Mio. bei seinem Amtsantritt. Die Arbeitslosenstatistik spiegele im übrigen nicht die tatsächlichen Verhältnisse wider. Schwierig seien die Probleme insbesondere dort, wo strukturelle und regionale Faktoren zusammenträfen. Das gelte sowohl für die Werftindustrie als auch für den Montanbereich.

Die Steuerreform der Bundesregierung[4] wirke sich jetzt sehr positiv aus. Die letzte Stufe werde zum 1.1.1990 in Kraft treten. Die damit verbundenen Entlastungen in Höhe von 15 Mrd. DM würden erneut einen Nachfrageschub erzeugen. Weitere wichtige Vorhaben wie die Postreform[5] und die Reform des Gesundheitswesens[6] kämen gut voran. Die Reform des Gesundheitswesens sei eine besonders schwierige Aufgabe. Sie müsse aber bewältigt werden, denn die inzwischen auf 180 Mrd. DM angestiegenen Ausgaben für das Gesundheitswesen seien nicht mehr zu verkraften. Wir könnten es uns als Exportland nicht leisten, daß die Lohnnebenkosten weiter ungebremst stiegen. Die beabsichtigte Dämpfung der Gesundheitskosten bringe alle davon Betroffenen gegen die Bundesregierung auf. Hierfür müsse man auch in den kommenden Landtagswahlen den Kopf hinhalten, aber diese Reform sei unumgänglich.

Der Bundeskanzler fährt fort, hinzu komme, daß es über den Rücktritt von Bundestagspräsident Jenninger[7] innenpolitische Aufregung gebe. Diese werde sich aber bald legen.

MP *De Mita* wirft ein, Jenninger werde jetzt in Italien von allen Seiten verteidigt. Dies habe nicht nur die Democrazia Cristiana getan, sondern auch die kommunistische Parlamentspräsidentin Iotti. Er wolle bei dieser Gelegenheit fragen, ob der Bundeskanzler bereit sei, ein Interview von Herrn Jenninger mit der italienischen RAI zu vermitteln.

Der *Bundeskanzler* erwidert, er empfehle, Herrn Jenninger zunächst einige Wochen in Ruhe zu lassen. Zu einem späteren Zeitpunkt sei ein solches Interview durchaus möglich. Er empfiehlt Kontaktaufnahme mit dem Unterzeichner[8].

Der Bundeskanzler geht dann kurz auf den Vorgang ein, den er als eine Tragödie bezeichnet. Herr Jenninger komme aus einem Elternhaus, das während des Dritten Reiches erhebliche Probleme gehabt habe. Zweifellos sei seine Rede

4 Zur Steuerreform in der Bundesrepublik vgl. Dok. 64, Anm. 19.

5 Zum geplanten Gesetz zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost vgl. Dok. 24, Anm. 20.

6 Zum geplanten Gesetz zur Strukturreform im Gesundheitswesen vgl. Dok. 64, Anm. 20.
Am 20. Dezember 1988 verabschiedete der Bundestag das Gesetz zur Strukturreform im Gesundheitswesen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil I, S. 2477–2597.

7 Zum Rücktritt des Bundestagspräsidenten Jenninger am 11. November 1988 vgl. Dok. 323.

8 Peter Hartmann.

nicht sehr geschickt formuliert gewesen, aber in der Sache stelle sie den härtesten Angriff auf die Nazizeit dar, den je ein deutscher Politiker öffentlich gemacht habe.[9]

Im übrigen sei er sicher, daß sich der Sturm, der auch teilweise die Partei erfaßt habe, bald legen werde. Insgesamt laufe die Entwicklung sehr gut. Er rechne für 1990 mit einem guten Wahlergebnis.

MP *De Mita* kommt noch einmal auf die Gesundheitsreform zu sprechen und weist darauf hin, daß auch in Italien die Kosten für den nationalen Gesundheitsdienst enorm gestiegen seien.

Der *Bundeskanzler* erklärt sich bereit, MP De Mita eine Ausarbeitung über die Gesundheitsreform zukommen zu lassen, die, falls er dies wünsche, von einem Experten noch näher erläutert werden könne.

MP *De Mita* geht sodann auf die innenpolitische Entwicklung in Italien ein. Im allgemeinen liefen die Dinge gut. Die Kommunalwahlen im Mai hätten deutlich gemacht, daß die Democrazia Cristiana gegenüber der Niederlage von 1983[10] wieder aufgeholt habe.[11] Auch bei den jüngsten Wahlen in Südtirol habe man gut abgeschnitten.[12]

Demgegenüber sei die italienische kommunistische Partei, die allenthalben Stimmen verliere, in einer schweren Krise.

Wirtschaftlich sei man in einer ähnlich günstigen Lage wie die Bundesrepublik Deutschland. Italien werde 1988 das BIP um 3,9% steigern. Dies entspreche den Wachstumsziffern früherer Jahre. Allerdings liege die Inflationsrate immer noch zwischen 4 und 5%. Dies hänge vor allem mit der hohen öffentlichen Verschuldung zusammen. Wichtigstes innenpolitisches Vorhaben der Regierung sei die Rückführung des Defizits im Staatshaushalt bis 1992 auf Null. Das werde natürlich nur möglich sein, wenn man auch öffentliche Ausgaben kürze.

Auf eine entsprechende Frage des Bundeskanzlers erklärt MP De Mita, die Lage in der Koalition sei gut. Man habe eine schwierige Auseinandersetzung wegen der Änderung der Geschäftsordnung des Parlaments hinter sich. Diese Änderung habe sich bei der derzeitigen Haushaltsdebatte gut bewährt.

Auf eine entsprechende Frage des Bundeskanzlers erläutert MP De Mita, daß 1990 Kommunalwahlen, 1992 Wahlen zum Parlament und im gleichen Jahr für

9 Für den Wortlaut der Rede des Bundestagspräsidenten Jenninger am 10. November 1988 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, Gedenkveranstaltung aus Anlaß der Pogrome des nationalsozialistischen Regimes gegen die jüdische Bevölkerung vor 50 Jahren, S. 7270–7276.

10 Bei den Wahlen zum italienischen Parlament am 26./27. Juni 1983 erreichte die Democrazia Cristiana (DC) 32,9% der abgegebenen gültigen Stimmen (1979: 38,3%), die Kommunistische Partei (PCI) 29,9% (1979: 30,4%), die Sozialistische Partei (PSI) 11,4% (1979: 9,8%).

11 Am 29./30. Mai 1988 fanden in Italien Kommunalwahlen statt. Gesandtin Vollmar-Libal, Rom, berichtete am 31. Mai 1988: „Wahlen betrafen sämtliche Regionen des Landes vom Alpenraum bis nach Sizilien und waren erster Wählertest nach Parlamentswahlen vom 14./15. Juni 1987 sowie Bildung gegenwärtiger Regierung De Mita am 13.4.1988. […] Parteien des Regierungsbündnisses […] konnten zum Teil bedeutsame Stimmengewinne verbuchen (PSI zwischen 3,0 und 4,1 Prozentpunkte), während oppositionelle Parteien, insbesondere der PCI, zum Teil empfindliche Stimmenverluste hinnehmen mußten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 925; Referat 203, Bd. 140514.

12 Am 20. November 1988 fanden in der autonomen Provinz Bozen-Südtirol Landtagswahlen statt. Die Südtiroler Volkspartei (SVP) konnte mit einem Ergebnis von 60,4% der abgegebenen gültigen Stimmen ihre absolute Mehrheit im Landtag verteidigen. Der Movimento Sociale Italiano (MSI) erzielte einen Stimmenanteil von 10,3% und die Democrazia Cristiana von 9,1%.

die Präsidentschaft stattfinden werden. Auf eine weitere Frage des Bundeskanzlers erklärt MP De Mita, er gehe in der Tat davon aus, daß die Koalition auf absehbare Zeit halten werde. Sie habe praktisch keine Alternative. Dies hätten nicht zuletzt die Wahlen im Mai deutlich gemacht, in denen die DC und PSI zugelegt, hingegen die KPI Stimmen verloren hätten.

Der *Bundeskanzler* erkundigt sich sodann nach den italienischen Personalvorschlägen für die Europäische Kommission.[13]

MP *De Mita* erwidert, man habe zwar noch keine formelle Mitteilung gemacht, es sei aber beabsichtigt, als christlich-demokratischen Vertreter den früheren Landwirtschaftsminister Pandolfi zu benennen. Für die PSI werde der bisherige Amtsinhaber Ripa di Meana benannt werden.

MP De Mita bittet sodann den Bundeskanzler um Unterstützung für die Billigung des von der italienischen Regierung vorgelegten Stahlplanes, über den am 15. Dezember in Brüssel entschieden werden soll.[14]

Der *Bundeskanzler* erwidert, er habe den italienischen Wunsch notiert.

MP *De Mita* erklärt auf eine entsprechende Bemerkung des Bundeskanzlers, er glaube nicht, daß in Rhodos[15] viel geschehen werde. Er sei sich allerdings mit Präsident Mitterrand bei ihrem jüngsten Zusammentreffen[16] darin einig gewesen, daß es wichtig sei, sich auf ein Arbeitsprogramm für das nächste Jahr – mit Blick auf die Europäischen Räte in Madrid[17] und später Paris[18] – zu verständigen.

Der *Bundeskanzler* stimmt zu und empfiehlt, in dieser Frage in engem Kontakt zu bleiben. Felipe González habe in der Tat einen Erfolg verdient, und auch für Mitterrand sei es wichtig, daß ihm die Möglichkeit gegeben werde, der europäischen Politik einen neuen Schub zu verleihen. Man könne sich kein vertanes Jahr 1989 leisten. Im übrigen sei die Zeit günstig, da keines der großen Mitgliedsländer vor nationalen Wahlen stehe.

MP *De Mita* erklärt, er wolle sich über zwei Fragen mit dem Bundeskanzler verständigen, die für die weitere Diskussion eine wichtige Rolle spielen würden: die „soziale Dimension“ und die Währungspolitik.

Er gehe davon aus, daß er und der Bundeskanzler sich darin einig seien, daß man bei der Behandlung der sozialen Probleme in der EG nicht in einen sozialdemokratischen Bürokratismus abgleiten dürfe. Diese Gefahr bestehe, wenn sich dieses Themas vorwiegend von Sozialisten geführte Regierungen wie die Griechenlands oder Spaniens annähmen. Daher sei es sehr wichtig, daß die deutsche und die italienische Seite gemeinsam auf diese Diskussion Einfluß nähmen.

13 Am 6. Januar 1989 begann die Amtszeit der neuen EG-Kommission.

14 Die EG-Ratstagung auf der Ebene der für Industriefragen zuständigen Minister prüfte am 13. Dezember 1988 die Pläne der italienischen Regierung zur Umstrukturierung der öffentlichen Stahlindustrie in Italien und erteilte am 21. Dezember 1988 einstimmig ihre Zustimmung zu einem früheren Kompromißvorschlag, wonach Italien staatliche Finanzhilfen in Höhe von 2,9 Mrd. ECU gewähren durfte. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 12/1988, S. 76.

15 Zur Tagung des Europäischen Rats am 2./3. Dezember 1988 auf Rhodos vgl. Dok. 353.

16 Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident De Mita begegneten sich am 27. Oktober 1988 im Rahmen der französisch-italienischen Konsultationen in Arles.

17 Die Tagung des Europäischen Rats in Madrid fand am 26./27. Juni 1989 statt. Vgl. dazu AAPD 1989.

18 Die Tagung des Europäischen Rats fand am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg statt. Vgl. dazu AAPD 1989.

Der *Bundeskanzler* stimmt nachdrücklich zu, rät aber dazu, sehr diskret vorzugehen, damit man bei den anderen keine falschen Reaktionen hervorrufe. Für die deutsche Seite sei mit dieser Diskussion das Problem verbunden, daß die europäischen Lösungen möglicherweise unter dem derzeitigen deutschen Standard liegen würden. Auf diese Weise komme er in die absurde Lage, daß sich der DGB nunmehr hilfesuchend an ihn wende.

MP *De Mita* wirft ein, die größten Schwierigkeiten dürften wohl von Großbritannien ausgehen. Der *Bundeskanzler*, dies werde nicht notwendigerweise der Fall sein. Es gebe andere Länder in der Gemeinschaft, wie beispielsweise Irland, aber auch Frankreich, deren Sozialgesetzgebung noch weit zurück sei. Man brauche nur an die Mitbestimmung zu denken. Allerdings könne es durchaus sein, daß manche versuchten, sich hinter PM Thatcher zu verstecken.

Andererseits müsse er ganz deutlich sagen, daß man auch in diesem Bereich vorankommen müsse. Man könne die erforderlichen Fortschritte im Binnenmarkt nicht ohne die Arbeitnehmer und ohne die Mitwirkung der Gewerkschaften erreichen. Gleichzeitig müsse man in der Tat aufpassen, daß der sozialdemokratische Bürokratismus nicht überhandnehme. In dieser Hinsicht sei auch die Position von Mitterrand nicht eindeutig.

MP *De Mita* erklärt, ihm sei es sehr wichtig, in der Frage der Währungspolitik eine gemeinsame Position mit der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Spanien zu finden. Und zwar solle man diese Position vor Madrid erarbeiten, wobei klar sei, daß man in Madrid keine Entscheidungen über den Abschluß dieses Prozesses (der währungspolitischen Zusammenarbeit) treffen könne.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, dies werde man in der Tat in Madrid nicht tun können.

Präsident *De Mita* fährt fort, es müsse aber in Madrid gelingen, eine politische Entscheidung zu treffen, die deutlich mache, daß man zu einer gemeinsamen Währungspolitik kommen wolle, auch wenn der Übergang bis dahin noch lange dauern werde. Es müsse gelingen, der Öffentlichkeit die Überzeugung zu vermitteln, daß man zu diesem Punkt kommen wolle.

Der *Bundeskanzler* erklärt, dies entspräche auch seiner Absicht. In der Tat führe an dieser Entwicklung kein Weg vorbei, auch wenn es bei uns Leute gebe, die meinten, man könne dies letztlich umgehen. Die entscheidende Frage hierzulande sei, daß eine spätere Europäische Zentralbank auch wirklich unabhängig sei und föderalen Charakter habe.[19]

MP *De Mita* erklärt, dies sei in der Tat eine wichtige Frage, zumal eine nicht unabhängige Zentralbank nur denkbar sei, wenn es gleichzeitig eine starke europäische Regierung gebe, die sie kontrolliere. Eine solche Regierung habe man aber nicht. Die deutsche Haltung in dieser Frage sei letztlich entscheidend. Die Dinge kämen nur voran, wenn es zwischen Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien Einvernehmen über diese Frage gebe. Dies habe sich ja auch in Hannover[20] gezeigt. Vielleicht könne man schon in Rhodos die Weichen hierfür stellen.

19 Zur Frage der Schaffung einer Europäischen Zentralbank vgl. Dok. 147.
20 Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 in Hannover vgl. Dok. 191.

Der *Bundeskanzler* erwidert, er glaube nicht, daß man in Rhodos in dieser Sache schon etwas tun könne. Er sehe vielmehr die Gefahr, daß eine ergebnislose Diskussion in Rhodos den Gipfel nur unnötig belasten würde. Er sei aber damit einverstanden, daß man rechtzeitig vor Madrid in dieser Frage eng zusammenarbeite.

MP *De Mita* wirft ein, er sei hier möglicherweise mißverstanden worden. In Rhodos solle man selbstverständlich keine Entscheidung treffen, sondern nur das Arbeitsprogramm für die kommenden Gipfel ansprechen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, damit habe er kein Problem.

Das Gespräch wird bei dem folgenden Abendessen fortgesetzt.

Der Bundeskanzler erläutert zunächst auf Bitten von MP De Mita die Probleme, die im Zusammenhang mit der Besetzung des Bischofstuhls von Köln verbunden sind[21] und stellt sodann die Frage, wie De Mita die Ergebnisse der Wahlen in Südtirol beurteile.

MP *De Mita* erwidert, aus seiner Sicht sei das Wahlergebnis in Südtirol ausgezeichnet, und zwar deswegen, weil sich die gemäßigten Kräfte der Südtiroler Volkspartei voll durchgesetzt hätten. Zwar habe auch die MSI[22] ein gutes Ergebnis erzielt, aber dies sehe er als einen isolierten Tatbestand an. Die Diskussion werde sich mit Sicherheit beruhigen, wenn das Paket abgeschlossen sei. Hierüber werde die SVP auf ihrem bevorstehenden Parteitag am 10. Dezember beraten. Dann müsse Österreich dem noch zustimmen.[23]

Auf eine entsprechende Frage des Bundeskanzlers erklärt MP De Mita, er gehe von einer Zustimmung der österreichischen Regierung aus.

Der *Bundeskanzler* kommt sodann auf seine kürzliche USA-Reise zu sprechen und erklärt, er habe einen guten Eindruck aus Washington mitgenommen. Der neue Präsident[24] sei in sehr guter Verfassung.[25] Der Übergang vollziehe sich –

21 Zur Neubesetzung des Erzbistums Köln vgl. Dok. 260.

22 Movimento Sociale Italiano.

23 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kuhna notierte am 15. Juni 1988: „Nach erfolgreich bestandener Behandlung in beiden Kammern des ital. Parlaments hat das 5-Parteien-Kabinett De Mita auf seiner Kabinettssitzung vom 13. Mai weitere wichtige Durchführungsbestimmungen zum ‚Autonomie-Statut' für Südtirol (Alto Adige/Provinz Bozen) verabschiedet. Im ‚Gegenzug' hat der österreichische Nationalrat am 10. Juni nach hart geführter Debatte den IGH-Vertrag ratifiziert und damit eine (mögliche) Rolle des Internationalen Gerichtshofes als Schiedsgericht für Südtirol betreffende Streitfragen akzeptiert. Mit dem österreichischen Parlamentsbeschluß wurde ein wichtiger Schritt zur Beilegung des auf österreichisches Betreiben seit 1960 bei den VN anhängigen Streits zwischen beiden Ländern getan." Vgl. Referat 203, Bd. 140518.
In der Presse wurde berichtet, daß die Südtiroler Volkspartei (SVP) auf ihrem Parteitag am 10./11. Dezember 1988 neue Bedingungen an die Zentralregierung in Rom gestellt habe. Rund 80 % der Delegierten hätten eine Resolution verabschiedet, die die Klärung von Autonomiefragen fordere, darunter „Finanzregelungen mit Rom über Staatssteuern, Fach- und Beratungsgremien auf Staatsebene (zur Sicherung des friedlichen Zusammenlebens der drei Sprachgruppen), Abschaffung der Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis (durch welche die italienische Zentralregierung die Autonomie mindern könnte) […] und Absicherung der Paketmaßnahmen (mit völkerrechtlicher Verbindlichkeit)." Vgl. den Artikel „SVP stellt neue Forderungen an Rom"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 12. Dezember 1988, S. 4.

24 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Bush, als Sieger hervorging.
Präsident Bush nahm am 20. Januar 1989 die Amtsgeschäfte auf.

25 Bundeskanzler Kohl führte am 15. November 1988 in Washington ein Gespräch mit dem designierten Präsidenten Bush. Themen waren Fragen der Menschenrechte und die Nationalitätenkonflikte in der

auch menschlich – in angenehmen Formen. Politisch komme es jetzt vor allem darauf an, daß die amerikanische Regierung sich zusammen mit uns dagegen wehre, daß der US-Dollar heruntergeredet werde. In der Handelspolitik wiederum werde es sehr darauf ankommen, was die EG tue.

Er habe in den USA beobachten können, daß die Besorgnisse wegen des Binnenmarktes stiegen. Deshalb sei es wichtig, in der Gemeinschaft keinerlei Protektionismus aufkommen zu lassen. Anderenfalls laufe man Gefahr, daß die USA handelspolitische Gegenmaßnahmen träfen.

Ein entscheidender Punkt sei, wie die künftige amerikanische Regierung mit dem Haushaltsdefizit fertig werde. Hier sehe er noch keinen Ausweg. Beide Kandidaten im amerikanischen Wahlkampf[26] hätten den Fehler begangen, daß sie sich strikt gegen Steuererhöhungen ausgesprochen hätten.

Des weiteren müsse man sich auf eine schwierige Diskussion über burden sharing[27] einstellen.

In der Abrüstungspolitik werde Bush weitermachen. Bei START habe er den künftigen Präsidenten sehr ermutigt. Bei den C-Waffen werde Bush wahrscheinlich entschiedener vorgehen als Reagan. Das hinge allerdings auch damit zusammen, daß die USA inzwischen erfahren hätten, daß Gaddafi eine beachtliche C-Waffen-Produktion aufbaue.[28] Er habe auch in Washington noch einmal deutlich gemacht, daß die C-Waffen-Frage für uns außerordentlich wichtig sei.

Bei den konventionellen Abrüstungsverhandlungen erwarte er nur langsame Fortschritte, zumal GB hier offensichtlich bremse.

Auf eine entsprechende Frage von MP De Mita erklärt der Bundeskanzler, nach seinem Eindruck wolle PM Thatcher ihre Truppenpräsenz unangetastet lassen, wobei dies für sie auch eine Frage des Prestiges sei.

Für ihn sei die konventionelle Abrüstung nicht in erster Linie eine Frage der Kosteneinsparung, sondern hier gehe es vor allem darum, die drastische Überlegenheit des Warschauer Paktes in diesem Bereich abzubauen. Diese Frage sei auch nicht zu trennen von dem Problem der atomaren Artillerie und der Kurzstreckensysteme unter 500 km Reichweite.

Wir müßten daher jetzt alles tun, damit die NATO das angestrebte Gesamtkonzept[29] fortentwickele. Es müßte erreicht werden, daß dieses Gesamtkonzept auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs, der voraussichtlich im Juni in London stattfinden werde[30], verabschiedet werde.

Dies sei nicht nur für ihn innenpolitisch wichtig, sondern auch mit Blick auf die Sowjetunion.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1741

UdSSR, die Ausreisebewegung aus der DDR, Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie das Ost-West-Verhältnis. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 77; B 150, Aktenkopien 1988.

26 George H. W. Bush (Republikanische Partei) und Michael S. Dukakis (Demokratische Partei).

27 Zur Frage der Lastenteilung innerhalb der NATO vgl. Dok. 162.

28 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz und CIA-Direktor Webster am 15. November 1988; Dok. 327, Anm. 14.

29 Zur Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO vgl. Dok. 242.

30 Die NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs fand am 29./30. Mai 1989 in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1989.

MP *De Mita* fragt den Bundeskanzler, welche Eindrücke er von Generalsekretär Gorbatschow habe.

Der *Bundeskanzler* erwidert, zunächst habe er den Eindruck gewonnen, daß Gorbatschow eine natürliche Autorität im Führungsapparat habe und ihm von daher keine Konkurrenz drohe. Seine Probleme lägen in Wirklichkeit in den sowjetischen Verhältnissen. Gorbatschow wachse durch die jetzt beabsichtigte Verfassungsänderung[31] mehr Macht zu, aber er werde dann auch für alles verantwortlich gemacht werden.

Aus seiner Sicht habe Gorbatschow vor allem mit zwei schwierigen Problemen zu tun: einmal der Frage der Minderheiten[32], zum anderen der Wirtschaftsentwicklung. Er müsse in spätestens zwei Jahren Erfolge bei der Versorgung der Bevölkerung vorweisen können.

Man solle daher sehr sorgfältig beobachten, wie sich die Dinge in diesen beiden Bereichen entwickelten. Er habe ein hochinteressantes Gespräch mit sowjetischen Wirtschaftswissenschaftlern geführt und dabei erstaunliche Dinge gehört.[33] Er habe den Eindruck gehabt, einer Diskussion beizuwohnen, wie sie seinerzeit Erhard bei der Umgestaltung der deutschen Wirtschaftspolitik geführt habe.

Nach seinem Eindruck sei die Schlacht nicht entschieden. Er wolle auch keine Prognose wagen, ob Gorbatschow tatsächlich das Ufer erreiche, das er anstrebe. Andererseits müsse man sehen – dies habe er auch in Washington gesagt –, daß auch wir im Westen von einer weiteren Öffnung Vorteile hätten. Deshalb solle man Gorbatschow helfen, allerdings mit der klaren Maßgabe, daß wir ihn an seinen Taten und nicht an seinen Reden messen würden.

Eine wichtige Frage bleibe die der Menschenrechte. Hier werde sich sicher nicht alles über Nacht ändern. Aber immerhin gebe es einige Fortschritte. So habe Gorbatschow in diesem Jahr allein 50 000 Deutsche ausreisen lassen. Er habe über die Lage der 2 Mio. Deutschen in der Sowjetunion ausführlich mit ihm gesprochen und darauf gedrängt, daß ihnen die Chance gegeben werde, ein ihren kulturellen Traditionen entsprechendes Leben in der Sowjetunion zu führen. Man muß allerdings sehen, daß es noch andere wichtige Minderheiten gebe, die der sowjetischen Führung Kopfzerbrechen bereiteten. Hierzu gehörten die Juden[34], aber auch die zahlenmäßig starken moslemischen Bevölkerungsteile.

Auf eine entsprechende Frage von MP De Mita erklärt der Bundeskanzler, er habe den Eindruck, daß Gorbatschow eine starke Persönlichkeit sei, die über ein hohes Maß an europäisch geprägter Bildung verfüge. Allerdings könne man davon ausgehen, daß Gorbatschow auch eisenhart sein könne, wenn es darauf ankomme. Im übrigen sei er ein glänzender Verkäufer seiner eigenen Politik.

MP *De Mita* erklärt, er habe mit Gorbatschow ausführlich über Fragen des Marxismus gesprochen. Die Verteidigungslinie von Gorbatschow sei allerdings sehr schwach gewesen. Er habe im wesentlichen darauf verwiesen, daß man bisher

31 Zur geplanten Änderung der sowjetischen Verfassung und Novellierung der Wahlgesetzgebung vgl. Dok. 324, Anm. 4.

32 Zu den Nationalitätenkonflikten in der UdSSR vgl. Dok. 85 und Dok. 337.

33 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit einer Gruppe sowjetischer Wissenschaftler am 26. Oktober 1988 in Moskau vgl. Dok. 324, Anm. 7.

34 Zur Lage der jüdischen Sowjetbürger vgl. Dok. 282.

verschiedene Formen des Marxismus ausprobiert habe, sich aber alle als falsch erwiesen hätten. Jetzt käme es darauf an, nach vorne zu schauen.

Im übrigen habe er von der Persönlichkeit Gorbatschows einen ähnlichen Eindruck wie der Bundeskanzler. Er habe insgesamt zehn Stunden mit ihm debattiert. Gorbatschow habe in der Tat einen europäisch geprägten kulturellen Hintergrund. Er habe hierüber auch mit dem Papst[35] gesprochen, der seinerseits meinte, Gorbatschow wisse zwar, daß er sich bewegen müsse, wisse aber nicht, in welche Richtung die Dinge gehen sollten. Aus seiner Sicht sei das wesentliche Ziel von Gorbatschow, sein Wirtschaftssystem zu reformieren und sich hierfür die erforderlichen Instrumente zuzulegen. (Der Bundeskanzler wirft ein: und Personen!)

Gorbatschow habe ihm gegenüber ausdrücklich erklärt, daß er die Verhandlungen über konventionelle Abrüstung beschleunigen wolle und ihn um Unterstützung hierfür gebeten.

Er habe auch ein interessantes Gespräch über die Souveränität der Staaten mit Gorbatschow gehabt und ihm in diesem Zusammenhang die Frage gestellt, wieviel Souveränität denn die kommunistischen Staaten haben könnten. Gorbatschow habe hierauf erwidert, man habe es jetzt mit einer neuen Lage zu tun. Er, De Mita, sei sich nicht sicher, ob dies nicht nur eine taktische Antwort gewesen sei.

Für ihn stehe im übrigen fest, daß Gorbatschow die Wirtschaft nur reformieren könne, wenn er gleichzeitig auch das politische System ändere. Anderenfalls müsse er zu noch mehr Repression als bisher bereit sein.

Er habe Gorbatschow im übrigen klargemacht, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen letztlich nur dann zum Erfolg führen werde, wenn sich im Osten auch ein wirklicher Markt bilde. Dies sei natürlich ein außerordentlich schwieriger Punkt für die andere Seite.

Im Unterschied zum Bundeskanzler glaube er allerdings nicht, daß die Frage der religiösen und nationalen Minderheiten ein großes Risiko darstelle.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, er bezweifele sehr, daß die Führung der KPdSU dies auch so sehe. Dort habe man panische Angst vor jeder Art der Dezentralisierung, auch wenn diese auf Dauer unumgänglich sei.

MP *De Mita* fährt fort, natürlich sei dies ein Problem, und er habe auch nicht den Eindruck, daß die Sowjets darauf vorbereitet seien, es wirklich zu lösen.

Er wolle noch einmal an das Gespräch auf dem Weltwirtschaftsgipfel von Toronto[36] anknüpfen und sagen, es komme jetzt darauf an, daß der Westen, insbesondere Westeuropa, seine Politik gegenüber dem Osten eng abstimme und koordiniere. Das Schlimmste sei, wenn jeder einzeln vorgehe.

Der *Bundeskanzler* stimmt zu und meint, er gehe davon aus, daß Gorbatschow nach seinem Besuch in London dort eine überzeugte Anhängerin[37] zurücklassen werde.[38] Auch das werde hilfreich sein. Im übrigen habe man in Bush und in

35 Johannes Paul II.
36 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 19. bis 21. Juni 1988 in Toronto vgl. Dok. 181–184.
37 Margaret Thatcher.
38 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte Großbritannien vom 5. bis 7. April 1989.

dem jetzt neu gewählten kanadischen Premierminister Mulroney[39] Partner, mit denen man in diesen Fragen gut zusammenarbeiten könne. Probleme erwarte er allerdings in der Frage der konventionellen Abrüstung mit Frankreich.

De Mita erklärt, nach seinem Eindruck habe Präsident Mitterrand seine Haltung in dieser Frage inzwischen geändert. Er trete jetzt offenbar nachdrücklich für eine Verminderung der konventionellen Streitkräfte ein.

Im übrigen werde es sehr darauf ankommen, welche Politik die Vereinigten Staaten betreiben würden.

Der *Bundeskanzler* stimmt zu und ergänzt, es komme allerdings gleichzeitig sehr darauf an, was wir Europäer wollten. Bei Bush habe er den Eindruck, daß dieser bereit sei, auf uns zu hören, Voraussetzung sei aber, daß wir uns zunächst untereinander einig seien. Gleichzeitig sei es gegenüber den USA wichtig, sich in der Frage des burden sharing auf einer vernünftigen Linie zu bewegen. Dies würde allerdings auch bedeuten, daß wir zusätzliche Leistungen erbringen müßten und nicht alles auf die Amerikaner abwälzen könnten.

Der Bundeskanzler greift erneut das Thema Abrüstung auf und erklärt, es sei wichtig, daß das Gesamtkonzept alle Bereiche umfasse. Wenn man jetzt bei START auf eine 50%-ige Reduktion hinarbeite, dann sei auch denkbar, daß man bei der atomaren Artillerie und den Kurzstreckensystemen unter 500 km Reichweite zu einer 50%-igen Reduktion komme.

Schwierig sei ohne Zweifel die konventionelle Abrüstung, zumal die Sowjetunion ihre Systeme laufend modernisiere.

Der Bundeskanzler weist auf die laufende sowjetische Panzerproduktion und auf die Tatsache hin, daß die Sowjetunion zwischen Kiew und der innerdeutschen Grenze rund 150 000 Luftlandetruppen stationiert habe. Dies seien die Angriffswaffen, über die in Abrüstungsverhandlungen gesprochen werden müsse. Es genüge nicht, wenn die Sowjetunion erkläre, sie wolle 1 Mio. Mann abziehen und es sich bei diesen um Bautrupps o. ä. handele.

MP *De Mita* wiederholt, er habe in Moskau den Eindruck gewonnen, daß Gorbatschow in diesem Bereich besonders schnell vorangehen wolle. Er brauche schon vor 1990 greifbare Ergebnisse, weil dann der neue Fünfjahresplan in Kraft treten werde. Im übrigen sei Gorbatschow wegen des von der Gemeinschaft betriebenen Ausbaus des Binnenmarktes sehr besorgt gewesen. Er habe geradezu panische Angst vor einer Abschottung der Westeuropäer. In Wirklichkeit sei dies natürlich eine abwegige Sorge, die im übrigen auch von anderen, insbesondere den USA und den Japanern, gehegt werde.

Schließlich sei ihm in den Gesprächen mit Gorbatschow aufgefallen, daß dieser auffälliges Interesse an der geistigen Grundlage und der Rolle der Christlichen Demokraten gezeigt habe.

Der *Bundeskanzler* bestätigt diesen Eindruck. Auch er habe hierüber mit Gorbatschow ausführlich gesprochen und den Eindruck gewonnen, daß dieser natürlich keine genauen Vorstellungen habe.

MP *De Mita* fährt fort, Gorbatschow habe ihm gegenüber vorgeschlagen, daß die europäischen Christdemokraten eine Konferenz einberufen sollten, an der alle

[39] Am 21. November 1988 wurden in Kanada Parlamentswahlen abgehalten.

politischen Parteien beteiligt wären und auf der man über die Zukunft Europas diskutieren solle.

Der *Bundeskanzler* erklärt, wenn man die Dinge genau betrachte, so sei dies alles ein großer Triumph für unsere Ideen.

MP *De Mita* stimmt zu und ergänzt, in Wirklichkeit hätten auch die Kommunisten im Westen abgewirtschaftet.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, aber es gebe im Westen immer noch gewisse – insbesondere intellektuelle – Kreise, die nicht begriffen hätten, wohin die Entwicklung laufe.

Diese stelle zwar insgesamt für uns eine große Chance dar, aber man dürfe auch nicht die Augen vor möglichen Gefahren verschließen. Richtig sei allerdings, daß wir ohne Zweifel die besseren Karten hätten.

Gorbatschow befinde sich gewissermaßen in einem Teufelskreis. Wenn er wirtschaftlichen Erfolg haben wolle, sei dies nur möglich, wenn er mehr Freiheit gebe. Die Frage aber sei, wieviel Freiheit er ohne größere Risiken einräumen könne. Für uns sei es in dieser Lage wichtig, daß wir die Entwicklung genau beobachteten und keinen Illusionen nachhingen. Leider gebe es insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland einige Illusionisten, die glaubten, jetzt sei der Frieden ausgebrochen und Verteidigungsleistungen seien nicht mehr erforderlich.

Er halte es demgegenüber mit dem Harmel-Bericht[40], dessen Grundsätze heute noch gültig seien. Von daher habe er keinerlei Berührungsängste. Er habe größeren Handlungsspielraum gegenüber der Sowjetunion als früher beispielsweise Brandt gehabt habe. Gorbatschow wisse dies, wie seine Frage nach der Rolle der Christlichen Demokraten beweise. Mit den Christlichen Demokraten könne er unbefangener umgehen, im Unterschied zu den Sozialdemokraten, die letztlich aus der gleichen Familie stammten.

Schließlich spiele eine Rolle, daß es zwischen Russen und Deutschen so etwas wie eine alte Haßliebe gebe. Für Gorbatschow sei daher wichtig, mit berechenbaren Deutschen Politik machen zu können.

Aber er wiederhole, daß es darauf ankomme, diese Politik gemeinsam zu formulieren, und zwar sowohl innerhalb der Europäischen Gemeinschaft als auch innerhalb der NATO. Die Zeit arbeite für uns und nicht für Gorbatschow.

Leider verstünden dies die deutschen Sozialdemokraten nicht. Von diesen würden sowjetische Positionen bereits übernommen, bevor sie über Ticker verbreitet würden.

MP *De Mita* erklärt, seiner Meinung nach habe die italienische KP Stimmen wegen Gorbatschow verloren. Es stelle sich allerdings gleichzeitig die Frage, welche Garantien wir für die Zukunft hätten. Wenn er eine Wette auf die Zukunft von Gorbatschow abschließen müsse, dann neige er zu der Annahme, daß Gorbatschow sich nicht durchsetzen werde, weil es zu viele Gegenkräfte gebe.

40 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

Andererseits sei es in unserem Interesse, daß Gorbatschow Erfolg habe. Wenn man etwas dazu beitragen könne, solle man dies tun. Für ihn sei die große Frage, ob es Gorbatschow gelingen könne, die ungeheure kulturelle und wirtschaftliche Rückständigkeit seines Landes aufzuholen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, seine Prognose laute 55% gegen Gorbatschow. Aber dies sei natürlich nicht seine Hoffnung. Es wäre in der Tat schlimm, wenn man sich in ein paar Jahren den Vorwurf machen müßte, man habe hier eine große Chance vertan.

MP *De Mita* erklärt, Gorbatschow könne in zwei Bereichen den Beweis dafür erbringen, daß seine Politik aufrichtig sei. Das seien einmal die Abrüstung, zum anderen die regionalen Krisen.

Der *Bundeskanzler* weist daraufhin, daß es auch noch andere wichtige Problem gebe, die die Sowjetunion nicht im Griff habe. Hierzu gehöre insbesondere die Sicherheitstechnologie bei den Kernkraftwerken. Tschernobyl[41] habe die Sowjetunion bisher rund 25 Mrd. DM gekostet.

Im übrigen erinnere er sich noch gut an ein Gespräch mit Deng Xiaoping[42], der der Entwicklung der Sowjetunion eine ungünstige Prognose gestellt habe mit der Begründung, daß alles, was in Moskau gemacht werde, auch in Sofia, Bukarest, Prag, Warschau und Ost-Berlin funktionieren müsse. Dies sei aber schlecht denkbar, denn dies seien andere Verhältnisse.

Gorbatschow habe zwar erklärt, die Zeit sei vorbei, in der man von einem zentralen Ort aus Ratschläge erteilen könne. Aber die Probleme seien offensichtlich. Wenn beispielsweise Honecker dem ungarischen Beispiel folgen würde, riskiere er eine Explosion des Systems. Er befinde sich übrigens in einer seltsamen Lage. Was immer er mache, sei falsch. Folge er der Perestroika, gehe die Temperatur hoch, und dann werde die Sowjetunion entsprechend den militärstrategischen Erfordernissen reagieren.

In der Tat sei es heute so, daß sich die Beziehungen zwischen den einzelnen Warschauer-Pakt-Staaten sehr unterschiedlich darstellten. Man denke nur an den Konflikt zwischen Rumänien und Ungarn. In Prag habe man sich ihm gegenüber sehr abfällig über die DDR geäußert.[43] Vor wenigen Tagen habe die SED eine sowjetische Zeitschrift verboten.[44]

Man könne aber sagen, daß wir eine sehr interessante Periode durchlebten. Daher sei es auch wichtig, daß sich die Christlichen Demokraten in Europa bewährten. Es sei bedauerlich, daß sie in einer Reihe europäischer Länder keine wirkliche Kraft darstellten.

Hieran schließt sich ein kurzer Exkurs über die Lage der Christlich Demokratischen Partei in Spanien, Frankreich und Portugal an.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 77

41 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 22, Anm. 13.

42 Bundeskanzler Kohl führte am 14. Juli 1987 in Peking ein Gespräch mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, Deng Xiaoping.

43 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 26./27. Januar 1988 in der ČSSR vgl. Dok. 33.

44 Zum Verbot der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik" vgl. Dok. 346.

333

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem irischen Außenminister, Lenihan

205-321.11 IRX **23. November 1988**[1]

Gespräch BM mit stv. MP und AM Irlands, Brian Lenihan, am 23.11.88, 9.25–10.05 Uhr

Gespräch ergab sich aus der Teilnahme irischen Außenministers an der Gründung einer „German-Irish Business Association" in Bonn.[2] Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Entwicklung des Binnenmarktes und seine Auswirkungen.

1) AM *Lenihan* begrüßte einleitend Brüsseler Grundsatzentscheidung zur Strukturpolitik, die jetzt „finalisiert" und „implementiert" werden müsse.[3] Hauptthema der EG für das nächste Jahr sei der Binnenmarkt und in diesem Zusammenhang auch die Frage des freien Kapitalverkehrs und der Währungszusammenarbeit (Zentralbank[4]). Das andere große Problem sei die amerikanisch-japanische Perzeption der EG als „Festung Europa".

2) *BM* hierzu: EG sei in Wahrheit heute offener als USA und Japan. Wir führten im Augenblick eine zweite Debattenrunde, nachdem die erste im Zusammenhang mit der Zollunion[5] gelaufen sei. Das Gegenteil der damaligen Befürchtungen sei eingetreten. Außenzölle seien heute niedriger als damals die Binnenzölle. Dieselbe Entwicklung wie damals gelte auch für den Binnenmarkt. Fest stehe, daß niemand mehr auf Offenheit angewiesen sei als die EG. USA seien sehr viel autarker. Wir seien vom Außenhandel abhängig. Er rate (jedoch) zu größter Behutsamkeit im Umgang mit den Amerikanern. Wir müßten USA verständnisvoll begegnen und uns nicht auf eine alttestamentarische Strategie des „Auge um Auge, Zahn um Zahn" einlassen. Reagan sei ein engagierter Anhänger des Freihandels gewesen, sein Nachfolger sei es auch.[6] Aber der neue Präsident

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schneppen am 23. November 1988 gefertigt, der handschriftlich vermerkte: „Von BM noch nicht genehmigt."

2 Referat 416 notierte am 21. November 1988: „Die German-Irish Business Association wurde in der Bundesrepublik Deutschland gegründet mit der Unterstützung der irischen Regierung und deutscher Niederlassungen irischer Unternehmen. Die Eröffnungssitzung wird am 23.11.1988 in Bonn stattfinden. Die Vereinigung wird jährlich zwei bis drei Treffen abhalten, bei denen Mitglieder der irischen Regierung und andere prominente Redner Vorträge halten werden." Vgl. Referat 416, Bd. 141895.

3 Zur Reform der Strukturfonds der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 145, Anm. 10.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Schürmann vermerkte am 28. November 1988: „Am 21.11.1988 einigte sich der AM-Rat auf eine gemeinsame Haltung zu den vier Durchführungsverordnungen (Koordinierungs-DVO, Regionalfonds-DVO, Sozialfonds-DVO, Agrarfonds-DVO) und schloß am 22.11.1988 das Konzertierungsverfahren mit dem Europäischen Parlament zur Sozialfonds-DVO und zur Agrarfonds-DVO erfolgreich ab. Am 28.11.1988 wurde der Gemeinsame Standpunkt des Rates formell (als A-Punkt vom Fischereirat) verabschiedet, der nun vom EP in zweiter Lesung beraten wird. Sobald das Kooperationsverfahren mit dem EP zur Koordinierungs-DVO und zur Regionalfonds-DVO abgeschlossen ist, kann der nächste AM-Rat am 19./20.12.1988 die vier DVOen endgültig verabschieden, so daß die Reform der Strukturfonds zum 1.1.1989 in Kraft treten kann." Vgl. Referat 416, Bd. 141916.

4 Zur Frage der Schaffung einer Europäischen Zentralbank vgl. Dok. 147.

5 Am 1. Juli 1968 trat die Zollunion in Kraft.

6 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Bush, als Sieger hervorging.
Präsident Bush nahm am 20. Januar 1989 die Amtsgeschäfte auf.

habe es mit einem anderen Kongreß und einer anderen Gesetzgebung[7] zu tun. Wir dürften nicht zu Beginn der Präsidentschaft einen handelspolitischen Konflikt provozieren. Wir müßten ebenfalls fairerweise einräumen, daß EFTA, RGW und Dritte Welt sich über den Binnenmarkt Sorgen machten.

3) Das eigentliche Problem sehe er (BM) in der Währungspolitik auf uns zukommen. Im Gegensatz auch zu eigenen Landsleuten sei er ein entschiedener Vertreter einer Währungsunion und einer eigenen europäischen Zentralbank. Ohne eine eigene Währungspolitik seien wir 1992[8] wirtschaftlich ein Riese, währungspolitisch jedoch ein Invalide. Dies werde inzwischen auch von der britischen Wirtschaftswelt verstanden.

AM stimmt dem grundsätzlich zu und stellt seinerseits fest, daß man ohne „diesen Aspekt" Ziel einer europäischen Union nicht erreichen könne. Im übrigen erwarte er mit Interesse das Ergebnis der Überlegungen des hierfür eingesetzten Ausschusses[9].

BM resümiert, daß der Binnenmarkt eine wirtschaftliche, soziale und monetäre Dimension haben müsse, wobei er auf die Geschichte der Bundesbank verweist, die sich langsam aus dem föderalen Zusammenschluß der „Bank deutscher Länder" zu ihrer gegenwärtigen Form entwickelt habe. Ähnliches gelte für die Struktur der amerikanischen Fed.

4) *AM* unterstreicht, daß EG einen „freien Markt" bilden und antiprotektionistisch sein müsse.

BM bezieht sich hierzu auf seinen Beitrag zur Bundestagsdebatte vom Vortag[10] und weist darauf hin, daß EG z. B. für die osteuropäischen Staaten inzwischen Modellcharakter angenommen habe, wobei er auf die Entwicklung in Ungarn, Bulgarien wie auch auf die Meinungsbildung in der SU verweist. Gorbatschows Politik ergebe sich aus der Einsicht, daß das westliche (ökonomische) Modell das richtige sei.

5) BM spricht in diesem Zusammenhang WFT und Frage der MR-Konferenzen[11] an. Wir könnten mit Paris[12] und Kopenhagen[13] den Standard auch für Moskau

7 Vgl. dazu das amerikanische Handelsgesetz vom 23. August 1988 („Omnibus Trade and Competitiveness Act of 1988"); vgl. Dok. 239, Anm. 3.

8 In Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 kamen die EG-Mitgliedstaaten überein, bis zum 31. Dezember 1992 einen Binnenmarkt zu schaffen, „in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital" gewährleistet sei. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

9 Zur ersten und zweiten Sitzung des Ausschusses für eine Wirtschafts- und Währungsunion (Delors-Ausschuß) vgl. Dok. 259, Anm. 6 und 7.
Am 8. November 1988 fand in Basel die dritte Sitzung statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schönfelder notierte am 1. Dezember 1988, daß mit der Formulierung des vom Ausschuß vorzulegenden Berichts begonnen worden sei. Bundesbankpräsident Pöhl habe zudem ein Papier vorgelegt, in dem unveränderliche, stabile Wechselkurse als zentrales Kriterium für eine Wirtschafts- und Währungsunion genannt würden. Auch habe die Bundesbank Überlegungen angestellt, wie die „Befugnisse des monatlich in Basel tagenden Ausschusses der Zentralbankpräsidenten der EWS-Mitgliedstaaten" erweitert werden könnten. Vgl. Referat 412, Bd. 168728.

10 Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundesministers Genscher am 22. November 1988 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 108. Sitzung, S. 7486–7490.

11 Zur Frage der Abhaltung von drei KSZE-Menschenrechtskonferenzen vgl. Dok. 269, Anm. 12.

12 Die erste Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE" (CHD) fand vom 30. Mai bis 23. Juni 1989 in Paris statt. Vgl. dazu AAPD 1989.

13 Die zweite Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE" (CHD) fand vom 5. bis 29. Juni 1990 in Kopenhagen statt.

setzen. Der dritten MR-Konferenz in Moskau[14] sollten wir zustimmen, wenn die SU dafür die gleichen Standards akzeptiere. *AM* weist darauf hin, daß sich britische Haltung abgeschwächt habe. Er erläutert abschließend Ziel der Gründung der „German-Irish Business Association" und spricht Hoffnung auf einen baldigen Besuch des Bundeskanzlers im Jahre 1989 aus.

Referat 205, Bd. 160042

334

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Alfonsín

25. November 1988[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem argentinischen Staatspräsidenten Dr. Raúl Alfonsín am Freitag, 25. November 1988, 10.20–11.30 Uhr[2]

Der Herr *Bundeskanzler* heißt Staatspräsident Alfonsín herzlich willkommen.

Staatspräsident *Alfonsín* bedankt sich für die Gelegenheit zu dem Gespräch und erläutert kurz seine Reise durch Europa[3]. Es sei für ihn besonders wichtig gewesen, in München das Abkommen mit der Firma Siemens über den Weiterbau von Atucha II abzuschließen. Er wolle dem Bundeskanzler ausdrücklich dafür danken, daß er sich persönlich für dieses wichtige Vorhaben eingesetzt habe.[4]

14 Zum sowjetischen Vorschlag für eine KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 304, Anm. 14.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 28. November 1988 gefertigt und am 30. November 1988 über Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, und Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl mit der Bitte um Billigung geleitet. Überdies bat Hartmann „um Weisung, ob der von Ihnen gebilligte Vermerk Herrn BM Genscher zur persönlichen Kenntnisnahme übersandt werden kann".
Hat Teltschik am 30. November 1988 vorgelegen.
Hat Schäuble vorgelegen.
Hat Kohl vorgelegen, der zur Bitte Hartmanns handschriftlich vermerkte: „Ja." Ferner vermerkte er handschriftlich: „Teltschik erl[edigen]." Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 77; B 150, Aktenkopien 1988.

2 Präsident Alfonsín hielt sich vom 23. bis 26. November 1988 in der Bundesrepublik auf.

3 Präsident Alfonsín besuchte vom 21. bis 23. November 1988 Italien und am 26./27. November 1988 Spanien.

4 In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 23. November 1988 wurde vermerkt: „Die Bundesregierung hat 1980 für die Errichtung des zweiten deutschen Kernkraftwerkes in Atucha eine Bundesbürgschaft in Höhe von rd. 2,4 Mrd. DM übernommen. Bei den Zahlungen bestehen derzeit Überfälligkeiten in Höhe von rd. 200 Mio. DM. Derzeit hat das Vorhaben eine Verzögerung von mindestens fünf Jahren gegenüber den ursprünglichen Fertigungsterminen. Wegen der finanziellen Schwierigkeiten, in die das Kraftwerksprojekt geraten ist, hat der Bundeskanzler in einem Schreiben vom 19. Juli 1988 an den argentinischen Staatspräsidenten ein mit Siemens ausgehandeltes Angebot unterbreitet. Darin erklärt sich die Bundesregierung bereit, für einen Betrag von weiteren 100 Mio. DM Bundesbürgschaften zu übernehmen. Voraussetzung war dabei, daß die argentinische Seite ihrerseits 200 Mio. DM an zusätzlichen Budgetmitteln zur Verfügung stellt. Der

Erfreulich sei außerdem die Tatsache, daß bei seinen Gesprächen mit dem BDI in Köln die in Argentinien ansässigen deutschen Firmen in Aussicht gestellt hätten, dort zwei Milliarden DM zu investieren. Dies sei für die Konsolidierung der argentinischen Demokratie von unschätzbarer Bedeutung.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach der Entwicklung in Argentinien erklärt Präsident Alfonsín, diese liefe im allgemeinen gut, aber man habe noch mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen. Diese rührten insbesondere aus der hohen Auslandsverschuldung Argentiniens und dem Preisverfall für die argentinischen Ausfuhrerzeugnisse her. Hieraus resultierten natürlich auch politische Probleme, wobei sich die sozialen Spannungen gegen die jeweilige Regierung entlüden. Die jeweils an der Regierung befindlichen Parteien bekämen das dann bei den nachfolgenden Wahlen zu spüren, wie verschiedene Beispiele der jüngsten Vergangenheit zeigten.

Präsident Alfonsín erwähnt Bolivien, Kolumbien, Ecuador, die Dominikanische Republik, Mexiko und die jüngsten Kommunalwahlen in Brasilien.

Natürlich böten sich demokratische Alternativen innerhalb des Systems an. Die Frage sei jedoch, was die jeweilige Opposition tun könne, um die sozialen Forderungen zu erfüllen.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, dies sei in der Tat die große Frage.

Präsident *Alfonsín* fährt fort, andererseits müsse man sehen, daß insbesondere der lateinamerikanische Kontinent die philosophischen Werte des Westens vertrete und seine Berufung zu Demokratie und Freiheit ernst nehme. Richtig sei allerdings auch, daß Lateinamerika von schlimmen Erscheinungen wie der Gewalt, dem Drogenhandel und der sozialen Verwahrlosung heimgesucht werde. Dies müsse eigentlich die ganze Welt nachdenklich machen. Ein weiteres Problem der lateinamerikanischen Politik sei der allenthalben anzutreffende Populismus.

Der *Bundeskanzler* erklärt, der Populismus sei nicht nur ein lateinamerikanisches Problem. Alle demokratischen Gesellschaften sähen sich dem Problem gegenüber, daß der große Einfluß, vor allem der elektronischen Massenmedien, eine Art Stimmungsdemokratie erzeuge. Dies sei bei den letzten Wahlkämpfen in USA und Kanada zu beobachten gewesen, aber auch bei uns deutlich spürbar. Den Menschen hierzulande gehe es so gut wie nie zuvor, aber man spüre allenthalben eine latente Unzufriedenheit, die mitunter hysterische Züge annehme. Der Bundeskanzler verweist in diesem Zusammenhang auf periodisch auftretende Diskussionen, insbesondere über Umweltprobleme. Natürlich gebe es spürbare Umweltprobleme, aber wir hätten gleichzeitig in den letzten Jahren unverkennbare Fortschritte gemacht. Der Bundeskanzler verweist in diesem Zusammenhang auf die erfolgreichen Bemühungen um die Reinhaltung des Rheins.

Präsident *Alfonsín* erklärt, man müsse sich außerdem mit der Tatsache auseinandersetzen, daß an die Adresse der Regierungen immer neue Forderungen gestellt würden. Da diese aber nicht immer zu erfüllen seien, stelle sich Frustration und mitunter auch Hysterie ein.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1750

neueste Brief Alfonsíns an den Bundeskanzler läßt nicht eindeutig erkennen, ob die argentinische Seite hierzu bereit ist. Die Frage bedarf deshalb weiterer Klärung, bevor die Bundesbürgschaft für weitere 100 Mio. DM endgültig zugesagt wird." Vgl. Referat 330, Bd. 142757.

Der *Bundeskanzler* stimmt zu und fährt fort, dies habe möglicherweise auch mit dem Verlust an Religiosität in unserer Gesellschaft zu tun. Diese erwarte von der Politik häufig Dinge, die sie nicht leisten könne. Der Bundeskanzler stellt sodann die Frage, ob der Populismus bei den bevorstehenden Wahlen in Argentinien[5] eine große Rolle spielen werde.

Präsident *Alfonsín* erwidert, in der Tat gebe es eine starke populistische Strömung in Argentinien. Er sei aber sicher, daß seine Partei die Wahlen gewinnen werde. Der Gegenkandidat[6] sei – mit allem Respekt – eine schlechte Wahl.

Der *Bundeskanzler* erwidert, er habe sich hierüber seine eigene Meinung bilden können.[7]

Der Bundeskanzler erkundigt sich sodann, wie Präsident Alfonsín die Entwicklung in Chile einschätze. Präsident *Alfonsín* erwidert, er habe die Entwicklung in Chile genau verfolgt. Argentinien habe ein großes Interesse daran, daß in Chile die Guerilla nicht wieder an Einfluß gewinne. Argentinien habe auch – bei Beachtung des Grundsatzes der Nichteinmischung – die demokratische Opposition in ihrer Kampagne für das „Nein" unterstützt.[8] Er gehe davon aus, daß der Präsidentschaftskandidat der Opposition aus den Reihen der Christlichen Demokraten in Chile komme. Die Wahl werde möglicherweise zwischen Valdéz und Aylwin getroffen werden. Auch der Sohn von Frei[9] bewerbe sich, aber er gebe ihm nicht viele Chancen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er habe unter den chilenischen Christdemokraten viele Freunde. Keiner in Europa habe sich so stark in Chile engagiert wie er, auch wenn er hierüber in der Öffentlichkeit nicht rede. Er habe soeben Aylwin ein Schreiben zu dessen 60. Geburtstag geschickt und ihm darin gesagt, wenn die Christlichen Demokraten und die anderen Oppositionsparteien jetzt die ihnen gegebene Chance verspielten, könne man nur noch verzweifeln. Dann würde sich bestätigen, was Pinochet stets behauptet habe, nämlich daß sie nicht in der Lage seien, das Land zu regieren.

Präsident *Alfonsín* wirft ein, er sei sicher, daß die Opposition es schaffen werde. Im übrigen würden auch die anderen Oppositionsparteien dafür eintreten, daß ein Christlicher Demokrat Kandidat für die Präsidentschaft sein soll. Er kenne Aylwin persönlich nicht, sei aber ein guter Freund von Valdez.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, er kenne auch Valdez sehr gut, aber er glaube nicht, daß dieser die Wahl gewinnen werde.

Präsident *Alfonsín* erklärt, er gehe davon aus, daß Aylwin der Kandidat sein werde.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er sei sehr eng befreundet gewesen mit dem früheren Staatspräsidenten Frei, aber es genüge nicht, nur der Sohn von Frei zu sein, um politisch Erfolg zu haben. Er habe nichts gegen den Sohn von Frei, aber man

5 Am 14. Mai 1989 fanden in Argentinien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt.

6 Carlos Saúl Menem.

7 Der Präsidentschaftskandidat der Justitialistischen Partei Argentiniens, Menem, hielt sich vom 6. bis 8. November 1988 in der Bundesrepublik auf. Im Anschluß an ein Gespräch mit Bundesminister Schäuble traf Menem am 7. November 1988 zu einem Gespräch mit Bundeskanzler Kohl zusammen. Für das Gespräch mit Schäuble vgl. Dok. 316.

8 Zum Plebiszit am 5. Oktober 1988 in Chile vgl. Dok. 291.

9 Eduardo Frei Ruiz-Tagle.

müsse immer daran denken, daß der Kandidat der Opposition zunächst gewinnen und dann auch regieren müsse. Im übrigen werde sich ein demokratischer Präsident Chiles außergewöhnlichen Erwartungen gegenübersehen, die er nie erfüllen könne. Dies könne Präsident Alfonsín selbst am besten beurteilen.

Präsident *Alfonsín* stimmt dem nachdrücklich zu und erklärt, ein weiteres Thema, das ihn sehr beschäftige, sei die Entwicklung in Paraguay. Präsident Stroessner sei inzwischen sehr krank – er leide an Arteriosklerose –, und es werde sich daher möglicherweise bald die Frage seiner Nachfolge stellen.

Auf die entsprechende Frage des Bundeskanzlers erklärt Präsident Alfonsín, ein potentieller Nachfolger sei General Rodriguez. Allerdings bemühe sich auch der Sohn von Stroessner[10], in die Fußstapfen seines Vaters zu treten. Paraguay vergleiche er immer mit der Höhle von Ali Baba und den 40 Räubern. Die Regierung sei in Drogenhandel, Schmuggel und in Autodiebstähle auf argentinischem Territorium verwickelt.

Die Zeit nach Stroessner werde in der ersten Phase sehr gefährlich sein. Durch ein entsprechendes Zusammenwirken, insbesondere von Argentinien, Brasilien, aber auch der USA und der Europäer sowie insbesondere der katholischen Kirche in Paraguay könne man der Probleme aber Herr werden.

Der *Bundeskanzler* erklärt, wenn Präsident Alfonsín der Meinung sei, daß er persönlich hilfreich sein könne, solle er ihn dies bitte wissen lassen.

Präsident *Alfonsín* erwidert, er werde dies gerne tun und den Bundeskanzler auf dem laufenden halten. Im übrigen gebe es ja auch eine Gruppierung christlicher Demokraten in Paraguay.

Präsident Alfonsín fährt fort, er habe den Eindruck, daß es jetzt eine große Annäherung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion gebe.

Der *Bundeskanzler* erwidert, dies sei nicht das richtige Wort. Er spreche lieber von Normalisierung. Wir hätten notwendigerweise ein schwieriges Verhältnis zur Sowjetunion, das aus der Geschichte, aber auch aus der aktuellen Lage resultiere. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen seien sehr alt. Er erinnere nur an die gegenseitige kulturelle Befruchtung, etwa in der Musik, der Philosophie, der Literatur oder auch der Mathematik. Man dürfe nie vergessen, daß die überwiegenden Kapitel der deutsch-russischen Geschichte nicht von Krieg, sondern vom Ausgleich geprägt seien.

Bei den Menschen in der Sowjetunion gebe es gegenüber den Deutschen so etwas wie eine Haßliebe. Sie machten einen deutlichen Unterschied zwischen den Deutschen in der DDR und den Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland, wobei sie die Einwohner der DDR als „unsere“ Deutschen und die Einwohner der Bundesrepublik Deutschland als die „richtigen“ Deutschen ansähen.

Präsident *Alfonsín* fragt, auf welcher Seite denn die Sowjets stünden.

Der *Bundeskanzler* erwidert, auf der der „richtigen“ Deutschen.

Im Augenblick wirkten ein paar Faktoren zusammen. Die Zeit sei daher reif, einen neuen Schritt zu tun. Dazu komme die Lage, in der sich Gorbatschow befinde. Dieser habe eingesehen, daß er so wie bisher nicht weitermachen könne. Die Sowjetunion sei zwar militärisch eine Weltmacht, aber wirtschaftlich dritt-

10 Gustavo Stroessner Mora.

rangig. Gorbatschow habe daher etwas tun müssen, zumal die Versorgung schlechter denn je sei. Er sehe sich insbesondere zwei Riesenproblemen gegenüber, zum einen der Frage der Minderheiten[11], zum anderen der Wirtschaftsentwicklung.

Präsident *Alfonsín* wirft ein, er habe den Eindruck, daß die Sowjets in der Frage der Minderheiten Schritte tun wollten, die eigentlich größer seien, als sie sie sich leisten könnten.

Der *Bundeskanzler* stimmt zu und weist darauf hin, daß in der Sowjetunion beinahe zwei Millionen Deutschstämmige lebten, ferner rund zwei Millionen Juden[12], hinzu kämen die Bewohner der baltischen Republiken und die islamischen Minderheiten.

Präsident *Alfonsín* wirft ein, die Sowjets hätten offenbar große Angst vor dem islamischen Fundamentalismus.

Der *Bundeskanzler* stimmt zu. Die Sowjetunion liege im Warschauer Pakt nach der DDR, Ungarn und Bulgarien erst an vierter Stelle, was das Pro-Kopf-Einkommen angehe.

Er habe sich mehr als zehn Stunden mit Gorbatschow unterhalten.[13] Gorbatschow wolle Veränderungen, er habe eine Vision und wisse, daß sein Schicksal mit seiner Reformpolitik eng verknüpft sei. Das heiße aber auch, daß Gorbatschow nicht allzu viel Zeit habe. Wenn er es nicht schaffe, die Versorgungslage zu verbessern, nutze ihm die ganze Perestroika nichts.

Andererseits sei es ein sehr schwieriges Problem, nach 70 Jahren die Sowjetunion auf eine offene Wirtschaft umzustellen.

Dies alles habe auch Wirkungen auf die sowjetische Außenpolitik. Einmal werde Gorbatschow ohne Abrüstung seine Ressourcen nicht umschichten können und wirtschaftlich nicht vorankommen. Zum anderen stelle sich für Gorbatschow die Frage, ob er die Wirtschaftsreformen nur mit eigenen Kräften oder mit Hilfe von außen durchführen solle. Über diese Frage habe die sowjetische Führung lange diskutiert und sei zu dem Ergebnis gekommen, daß sie es zwar allein schaffen könnten, dies aber sehr lange dauern würde. So viel Zeit habe man aber nicht. Nach seiner Meinung müsse Gorbatschow in vier bis fünf Jahren durchgreifende Erfolge vorweisen.

Andererseits habe Gorbatschow keine Konkurrenz im persönlichen Bereich zu befürchten. Sein Problem sei das kranke System.

Präsident *Alfonsín* stellt die Frage, ob die sowjetischen Militärs Gorbatschow unterstützten. Der *Bundeskanzler* erwidert, er glaube, daß dies der Fall sei. Das Hauptproblem von Gorbatschow sei, daß er das System ändern müsse. Beispielsweise habe ihm Gorbatschow erklärt, er wolle 20% der Funktionäre im Partei- und Gewerkschaftsapparat lassen. Dies werde erhebliche Probleme nach sich ziehen, denn für die entlassenen Funktionäre bedeute dies gleichzeitig der Verlust von wichtigen Privilegien.

11 Zu den Nationalitätenkonflikten in der UdSSR vgl. Dok. 85 und Dok. 337.
12 Zur Lage der jüdischen Sowjetbürger vgl. Dok. 282.
13 Vgl. dazu die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 24./25. Oktober 1988 in der UdSSR; Dok. 300 und Dok. 304.

Es sei daher durchaus fraglich, ob Gorbatschow sich durchsetzen könne. Weil er sich in Zeitnot befinde, wolle Gorbatschow die Modernisierung der sowjetischen Wirtschaft mit Hilfe von außen meistern. Hierbei könne er einmal auf den pazifischen Raum, insbesondere Japan, zum anderen auf die USA und Kanada, und zum Dritten auf die Europäer zurückgreifen.

Die Japaner seien hierzu nicht bereit, denn für sie stünde die Rückgabe der Kurilen[14] an erster Stelle. Diesem Ansinne wiederum könne Gorbatschow nicht nachgeben, denn dann würden alle Grenzen des 2. Weltkriegs wieder in Frage gestellt. Im übrigen sei Japan mehr an dem Handel mit Indonesien, Indien und der VR China interessiert.

Die USA wiederum seien nur wenig exportorientiert und würden daher nicht viel tun. Es bliebe somit Europa. Hier gelte wiederum der Satz Lenins, daß alle Wege nach Europa über Berlin führten. Damit seien die Sowjets an uns verwiesen.

Er habe mit Generalsekretär Gorbatschow in Moskau sehr klar gesprochen. Dies gelte insbesondere auch für die deutsche Frage. Die Sowjets sagten, die Geschichte habe gesprochen. Wir verträten die Auffassung, daß die deutsche Frage nach wie vor offen sei und das Recht auf Selbstbestimmung auch für die Deutschen gelten müsse. Andererseits seien wir uns im klaren darüber, daß es im Augenblick keine Chance gebe und vor allem, daß Krieg und Gewalt keine Mittel der Politik sein könnten. Er habe daher Gorbatschow gesagt, niemand habe sich vor 10 Jahren vorstellen können, was heute in Moskau vor sich gehe. Wer wolle daher wissen, was in 20 Jahren sei? Er habe schon dem früheren Generalsekretär Andropow die Frage gestellt, ob er akzeptieren würde, daß Moskau durch Mauer und Stacheldraht getrennt sei. Er könne nicht von den Deutschen erwarten, daß sie den derzeitigen Zustand akzeptierten. Hierauf habe Andropow nichts erwidert.[15]

Gorbatschow gegenüber habe er erklärt, daß die Zeit nicht für ihn, sondern für uns arbeite. Dabei habe er allerdings auch sehr offen dargelegt, daß das Reich Bismarcks nicht wiederkehren werde, wohl aber eine Einbindung der Deutschen in einem Europa, in dem Freiheit wichtiger sein werde als Grenzen. Hier liege die Zukunft.

Natürlich gebe es auch noch den fundamentalen Dissens in der ideologischen Frage. Er habe Gorbatschow erklärt, man solle dies nicht verschweigen, könne aber trotzdem in praktischen Bereichen Fortschritte machen.

Präsident *Alfonsín* wirft ein, dies sei ein Ratschlag, den er auch PM Thatcher erteilen könne, denn dies sei genau das Problem, das Argentinien mit der britischen Regierungschefin habe.

Der *Bundeskanzler* erwidert, auch Frau Thatcher werde das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen können.

Präsident *Alfonsín* erklärt, er sage den Briten immer wieder, daß sie die Lösung des Problems der Malwinen[16] der Geschichte überlassen sollten.

14 Zur Kurilen-Frage vgl. Dok. 136, Anm. 21.

15 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

16 Zum Falkland-Konflikt vgl. Dok. 316, Anm. 8.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er habe oft mit Frau Thatcher diskutiert. Hier stelle sich in der Tat die Frage, ob jemand so denke, wie man zu Beginn des 19. Jahrhunderts gedacht habe, oder so, wie man am Ende des 20. Jahrhunderts[17] denken müsse.

Er sehe es als seine Pflicht an, daß wir weiterhin mit aller Kraft für Frieden und Freiheit einträten. Hierüber habe er sehr ernst mit Gorbatschow gesprochen.

Präsident *Alfonsín* stellt die Frage, ob der Bundeskanzler in der Sowjetunion Ansätze für einen politischen Pluralismus sehe und ob hieraus später einmal ein demokratisches System erwachsen könne.

Der *Bundeskanzler* erwidert, vielleicht werde auch die Sowjetunion später einmal zu demokratischen Formen finden. Dies würde aber noch sehr lange Zeit dauern.

In der derzeitigen Lage hätten wir zweifellos die besseren Karten. Die Idee der Freiheit sei zweifellos stärker als alle anderen. Hier gelte der Satz von Talleyrand, wonach man auf Bajonetten nicht sitzen könne. Man könne zwar ein Land mit Waffen regieren, aber diejenigen, die das täten, müßten ständig aufpassen.

Er, der Bundeskanzler, sei in bezug auf Gorbatschow realistisch. Dies gelte insbesondere für die Abrüstungsfragen. Für uns bleibe in diesem Bereich entscheidend, daß nach jedem Abrüstungsschritt die Sicherheit größer und nicht geringer sein dürfe. Im übrigen müsse man die Abrüstungspolitik an den Taten und nicht an den Worten messen.

Auf die einzelnen Abrüstungsbereiche eingehend, erklärt der Bundeskanzler, er habe einen entscheidenden Beitrag zum Zustandekommen des INF-Abkommens geleistet, nicht zuletzt dadurch, daß er die Pershing Ia der Bundeswehr abschaffen werde.[18]

Die 50%ige Reduktion bei START sei jetzt in greifbarer Nähe. Bei den chemischen Waffen müsse man auf eine vollständige Abschaffung drängen, zumal die Gefahr bestehe, daß einzelne kleine Länder eine C-Waffen-Produktion aufbauten, insbesondere solche mit unberechenbarer Führung wie Libyen[19].

Der Bundeskanzler fährt fort, entscheidend werde jetzt sein, wie man bei der konventionellen Abrüstung vorankomme. Bis jetzt habe Gorbatschow keine großen Leistungen erbringen müssen. Aus dem INF-Abkommen habe er durchaus seinen Vorteil gezogen. Im konventionellen Bereich gebe es eine erhebliche Asymmetrie. Dabei würden wir uns nicht mit dem Abbau irgendwelcher Truppen begnügen, sondern hier müßten Einschnitte bei den Kampftruppen erfolgen. Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß die Sowjetunion praktisch alle 14 Tage ein Bataillon mit neuesten Panzern ausrüste und im übrigen zwischen Kiew und der innerdeutschen Grenze 150 000 Luftlandetruppen in Bereitschaft halte.

Präsident *Alfonsín* stellt die Frage, wie Gorbatschow sich hierzu stelle.

17 Korrigiert aus: „19. Jahrhunderts".

18 Am 26. August 1987 erklärte Bundeskanzler Kohl vor der Bundespressekonferenz, unter welchen Bedingungen die Bundesregierung bereit sei, einem Abbau der Pershing-I a-Raketen im Zuge der INF-Verhandlungen zuzustimmen. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 235.

19 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz und CIA-Direktor Webster am 15. November 1988; Dok. 327, Anm. 14.

Der *Bundeskanzler* erwidert, Gorbatschow bestreite diese Asymmetrie nicht, weise allerdings auf die westliche Überlegenheit bei der Luftwaffe hin.

Wir müßten also im konventionellen Bereich zu Reduzierungen kommen, wobei die Bundesrepublik[20], die neben den USA die stärkste konventionelle Streitmacht stelle, möglicherweise als letzte an die Reihe käme. Konventionelle Abrüstung sei auch deswegen für uns wichtig, weil die Bundesregierung als dichtbesiedeltes Land große Belastungen auf sich nehme.

Andererseits müßten die Deutschen wissen, daß die Freiheit nicht zum Nulltarif zu haben sei. Er habe auch Gorbatschow gesagt, daß wir nicht käuflich seien. Schon Konrad Adenauer habe erklärt, daß die Freiheit Vorrang vor der Einheit habe. Dies sei eine bittere Wahrheit, aber sie sei außerordentlich wichtig. Die Regierung habe die Wehrpflicht von 15 auf 18 Monate verlängern müssen.[21] Dies bedeute für die jungen Leute in unserem Lande ein großes Opfer.

Insgesamt sei er, der Bundeskanzler, jedoch optimistisch, auch wenn man wissen müsse, daß die Dinge nur langsam vorangingen.

Präsident *Alfonsín* erklärt, er wolle dem Bundeskanzler noch einmal für dieses Gespräch herzlich danken. Es sei für ihn sehr interessant gewesen, dem Bundeskanzler zuzuhören.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 77

335

Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit Ministerpräsident Holkeri

25. November 1988[1]

Gespräch des Bundespräsidenten mit Ministerpräsident Holkeri[2]

Der Herr Bundespräsident empfing am 25. November 1988 in seinem Amtssitz den Ministerpräsidenten der Republik Finnland, Herrn Harri Holkeri, zu einem

20 Korrigiert aus: „Bundeswehr".

21 Der Bundestag beschloß am 17. April 1986, die Dauer des Grundwehrdienstes ab dem 1. Juni 1989 von 15 auf 18 Monate zu erhöhen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 210. Sitzung, S. 16141–16166.
Für den Wortlaut des Gesetzes vom 13. Juni 1986 zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und Verlängerung der Dauer des Grundwehrdienstes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 873–878.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Terfloth, Helsinki, gefertigt und am 28. November 1988 an Referat 205 „mit der Bitte um Weiterleitung an das Bundespräsidialamt" übermittelt.
Hat Vortragendem Legationsrat von Lukowitz am 1. Dezember 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat Klöckner verfügte.
Hat Klöckner am 1. Dezember 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schneppen verfügte.
Hat Schneppen am 2. Dezember 1988 vorgelegen, der zur Bitte von Terfloth handschriftlich vermerkte: „Erledigt." Ferner vermerkte er handschriftlich: „M. E. können wir den Text nicht ohne weiteres im Haus verteilen. W[ieder]V[orlage] 10.12. (Nachfrage Verteilung)."
Hat Schneppen am 9. Dezember 1988 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Kann laut v[on] d[er] Planitz verteilt werden." Vgl. den Schriftbericht Nr. 678; Referat 205, Bd. 160035.

2 Ministerpräsident Holkeri besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 26. November 1988.

etwa einstündigen Gespräch. Auf finnischer Seite nahm außerdem teil: Botschafter Karppinen, auf deutscher Seite: Staatssekretär Dr. Blech und Botschafter Dr. Terfloth.

BuPräs eröffnet das Gespräch, das zunächst in deutscher Sprache abläuft, mit einer freundlichen Erinnerung an seinen Besuch in Finnland[3] und das Frühstück, das MP in seiner seinerzeitigen Eigenschaft ihm für die Stadt Helsinki arrangiert hatte. *MP* dankt für die Audienz und übermittelt Grüße von Staatspräsident Koivisto. Erkundigt sich nach Möglichkeit Gegenbesuch in Deutschland, vielleicht noch im Jahre 1989?[4]

BuPräs erwähnt kürzlich stattgefundenen inoffiziellen Besuch[5], erklärt, daß er sich auf den bevorstehenden offiziellen Staatsbesuch sehr freue. Zu den Einzelheiten verweist er auf den Kontakt zwischen finnischer Botschaft und Auswärtigem Amt. Auf die Terminfrage geht BuPräs nicht ein.

Der Übergang MP zur finnischen Sprache mit Übersetzung gibt Gelegenheit, Stellung der deutschen Sprache in Finnland und im Norden überhaupt aufzugreifen. *MP* erwähnt sein längeres Gespräch hierüber mit Bundeskanzler.[6] Finnland suche Wege, den Deutsch-Unterricht zu verstärken; in MPs Delegation befinde sich auch der Vorsitzende des finnischen Deutschlehrerverbandes, was man als Indiz für ernste Absicht nehmen möge. Es gehe auch darum, Austausch zu fördern, besonders bei Schülern und Studenten. Andere Sprachen wie Französisch und besonders Russisch seien noch weiter zurückgedrängt als das Deutsche, hierüber herrsche im Ausland oft Unklarheit. *BuPräs* erwähnt am Beispiel des gerade besuchten Bulgariens[7], daß auch andere Länder mit ähnlichen Schwierigkeiten kämpfen. Es sei nicht die Absicht der Deutschen, etwa einen Kampf gegen das Englische zu führen. Beide Seiten sind sich einig, daß das Fernsehangebot bei der Verbreitung der Sprache eine wichtige Rolle spiele. Dies habe natürlich auch eine politische Bedeutung – wie man am Beispiel osteuropäischer Länder und der DDR erkennen könne. *MP* wirft hier das markante Beispiel des finnischen Fernseheinflusses auf Estland ein.

Damit geht Gespräch auf politische Einschätzung der Länder Osteuropas über. *BuPräs* berichtet über die Widersprüchlichkeit bei der Behandlung der Umgestaltung in Bulgarien. Das Interesse an neuem Denken sei auf wirtschaftlichem Gebiet, schon wegen gewisser Zwänge, deutlich. Nicht so deutlich sei dagegen die Bereitschaft, auch in der Information und in der Innenpolitik entsprechende Lockerungen zuzulassen.

3 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker hielt sich am 5./6. März 1985 in Finnland auf.

4 Präsident Koivisto besuchte die Bundesrepublik vom 1. bis 5. Oktober 1989. Vgl. dazu AAPD 1989.

5 Präsident Koivisto hielt sich vom 24. bis 26. September 1988 in der Bundesrepublik auf.

6 Ministerpräsident Holkeri traf am 23. November 1988 mit Bundeskanzler Kohl zusammen. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schneppen notierte am 29. November 1988, Vortragender Legationsrat I. Klasse Bitterlich, Bundeskanzleramt, habe ihm, Schneppen, auf Nachfrage telefonisch mitgeteilt, daß Holkeri Kohl zu einem Besuch in Finnland im kommenden Jahr eingeladen habe. Kohl habe einen Besuch für 1989 in Aussicht gestellt, spätestens aber für 1990. Ansonsten seien die Beziehungen zwischen EG und EFTA, das Ost-West-Verhältnis, die innenpolitische Situation in der Bundesrepublik, die Förderung des kulturellen Austauschs zwischen der Bundesrepublik und Finnland sowie die Frage der Schiffsbausubventionen Themen gewesen. Vgl. dazu Referat 205, Bd. 160035.

7 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte Bulgarien vom 20. bis 24. November 1988. Vgl. dazu Dok. 331.

Zu Europafragen übergehend, bekräftigt BuPräs, daß das Streben der Gemeinschaft nach der Vollendung des Binnenmarkts nicht zu einer Abkapselung der Gemeinschaft im europäischen und Weltkontext führen solle (MP wirft hier ein, er habe dies auch von den Vorsitzenden der deutschen Parteien gehört – SPD[8], FDP[9]). Bundesrepublik habe an Aufrechterhaltung ihrer wirtschaftlichen Bindungen weltweit ein elementares Interesse.

MP äußert die Überzeugung, daß in Deutschland das Problem der Außenstehenden besser verstanden werde als bei anderen der 12 Mitgliedstaaten. *BuPräs* greift dies auf und erklärt für die wichtigste Aufgabe Deutschlands, im europäischen Zusammenhang auf die Union zuzugehen, aber gleichzeitig den Begriff „Europa" mit Leben zu erfüllen. Bei den deutschen Parteien herrsche inzwischen in hohem Maße Übereinstimmung in der Außenpolitik. Hierin unterscheide sich die Gegenwart von den 70er Jahren. Unter Hinweis auf die jüngste Bundestagsdebatte stellt BuPräs Kontinuität in der deutschen Außenpolitik fest.

Länder wie Finnland sollten aber immer wieder an den Begriff Europa erinnern.

Zum Thema Ost–West stellt BuPräs fest, daß das Grundverständnis zu diesen Fragen im Westen nicht voll deckungsgleich sei. Bundesrepublik habe, beginnend mit seinem eigenen Besuch in Moskau[10] und fortgesetzt mit dem Besuch des Bundeskanzlers[11] und dem zu erwartenden Gegenbesuch Gorbatschows[12], neue Entwicklung eingeleitet. Der erste Teil der Gespräche habe der Projektierung gegolten. Der zweite Teil werde die Übereinstimmung gewisser Grundsatzpositionen vollenden. BuPräs fragt nach Beurteilung der Nationalitäten-Frage in der Sowjetunion[13].

MP erklärt, das Baltikum[14] könne man nicht mit dem Kaukasus vergleichen. Hier sei eine differenzierte Sicht angebracht. Finnland übersehe Estland von seinem Schaufenster aus. Nur noch 60% der estnischen Bevölkerung seien Esten, 40% bereits Russen. Es sei daher überraschend, wie nach 40 Jahren Stillstand bei der ersten Gelegenheit die estnische Kultur wieder aufscheint. Dank der Tatsache, daß baltische Staaten in Sowjetunion am weitesten entwickelt seien, sei der Sog auf die Bevölkerung außerhalb der Republiken in der SU groß. Die besten Arbeitsplätze seien noch immer den Esten vorbehalten, was Kritik in Moskau hervorrufe: Die Elite vergißt die Arbeiterklasse. Die Russen in Estland hätten etwa eine Stellung wie Gastarbeiter. Die nationale Front im Baltikum stehe stark unter dem Druck der Öffentlichkeit. Es gebe andere Balten, die vorsichtiger seien und versuchten, die Situation zu entschärfen.

Finnland halte sich offiziell in diesen Fragen bewußt zurück; aber es gebe natürlich viel Sympathie, und Gruppen in Finnland, die mehr tun wollten.

8 Hans-Jochen Vogel.

9 Martin Bangemann bis 7. Oktober 1988, danach Otto Graf Lambsdorff.

10 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

11 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

12 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die Bundesrepublik in Begleitung des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu AAPD 1989.

13 Zu den Nationalitätenkonflikten in der UdSSR vgl.Dok. 85 und Dok. 337.

14 Zur Lage in den Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen vgl. Dok. 96 und Dok. 299.

Der Süden der Sowjetunion dagegen sei schon wegen seines Entwicklungsstandes nicht vergleichbar. Er, MP, habe kürzlich Usbekistan besucht und sei überrascht über das Ausmaß an Glasnost, das dort herrsche. Sein Gastgeber, der Ministerpräsident der Republik[15], suche förmlich den Kontakt zur Muslimbevölkerung. MP gibt hier den Witz seines Gastgebers zum besten: Lenin habe seinerzeit versucht, die Arbeiter zu Kommunisten zu machen, bei Gorbatschow sei es jetzt umgekehrt.

BuPräs fragt, ob Esten und Russen in Estland getrennt lebten. *MP* verneint das, verweist aber auf schwierige soziale Kommunikation. *BuPräs* warnt vor Übertreibungen der Autonomiebestrebungen. *MP* sieht Chancen durch die Pläne, baltische Staaten in Freihandelszone einzubeziehen, die auch Viborg umfassen solle. Inhalt und Form dieser Pläne seien noch recht unklar. Er könne sich aber vorstellen, daß sich Finnen und Deutsche dort bald auf wirtschaftlichem Gebiet begegnen könnten.

Im Augenblick gebe es große Schwierigkeiten mit der Umgestaltung der sowjetischen Wirtschaft. Ein funktionierender Entscheidungsmechanismus sei nicht zu erkennen. Er habe mit großem Interesse von den Plänen MP Späths gehört, in Leningrad eine Management-Schule für Sowjets zu eröffnen.[16]

Das Gespräch geht auf Währungsfragen über. *BuPräs* äußert die Überzeugung, daß die gegenwärtigen Spannungen sich ausgleichen werden. Die zu große Stellung des Dollars im Vergleich zur realen amerikanischen Wirtschaftskraft werde die europäischen Länder zu einer währungspolitischen Zusammenarbeit zwingen. Die Beziehungen der Gemeinschaft zu den USA in der nächsten Zukunft würden eindeutig von wirtschaftlichen Gesichtspunkten und Interessenausgleichen bestimmt sein. Das Wichtigste für Europa sei die Steuerharmonisierung und die währungspolitische Zusammenarbeit. *MP* verweist auf die großen Schwierigkeiten, die für Spanien und Portugal auf diesem Gebiet erwachsen würden. *BuPräs* meint, die Probleme würden in den kommenden fünf Jahren deutlich abnehmen.

Das Gespräch endet mit der gemeinsamen Feststellung, daß die Perspektiven für die gemeinsame deutsch-finnische Zukunft durchaus günstig seien.

Referat 205, Bd. 160035

15 Gairat Kadyrow.

16 Am 8. Februar 1988 unterzeichneten der baden-württembergische Ministerpräsident Späth und der sowjetische Erste Stellvertretende Ministerpräsident, Silajew, ein gemeinsames Memorandum über die Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, in dem u. a. die „Gründung einer gemeinsamen Ausbildungseinrichtung“ vorbereitet werden sollte. Vgl. den Drahtbericht Nr. 432 des Botschafters Meyer-Landrut, Moskau, vom 9. Februar 1988; Referat 012, Bd. 138672.
Während der II. Technischen Woche des Landes Baden-Württemberg in Leningrad vom 24. bis 28. Oktober 1988 unterzeichneten der baden-württembergische Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, Herzog, und der Erste Stellvertretende Vorsitzende des Büros für Maschinenbau beim Ministerrat der UdSSR, Kamenew, ein Protokoll zur Gründung eines Zentrums für Management und Marketing in Leningrad. Das Generalkonsulat in Leningrad berichtete am 2. November 1988: „Das Zentrum soll insbesondere Weiterbildungsprogramme für Führungskräfte aus sowjetischen Kooperationsbetrieben anbieten. Die Entsendung von baden-württembergischen Experten und Dozenten ist geplant.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 249; Referat 012, Bd. 138674.

336

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Moltke

204-320.15 USA VS-NfD **25. November 1988**[1]

Betr.: World Jewish Congress;
hier: Waldheim

Beim World Jewish Congress hat die Nachricht von einem möglichen Treffen des BM mit Präsident Waldheim Unruhe ausgelöst.

1) Am 22.11. rief mich mein Verbindungsmann beim World Jewish Congress, Maram Stern (Organisator der Bronfman-Besuche in Bonn[2] und in Ostberlin[3]), an und fragte, ob die Meldungen zuträfen, daß der BM am 24.11. in Wien mit Präsident Waldheim zusammentreffen werde. Die Nachricht habe beim WJC in New York erhebliche Unruhe ausgelöst. Er sei als Deutscher interessiert und bestrebt, nicht wieder eine Trübung der durch den Bronfmann-Besuch in Bonn wiederhergestellten guten Beziehungen zwischen der Bundesregierung und dem WJC eintreten zu lassen.

Nach Feststellung des Sachverhalts rief ich am 23.11. Herrn Stern zurück und teilte ihm mit, daß der BM-Besuch in Wien zu Außenministerkonsultationen auf Anfang nächsten Jahres verschoben sei.[4] Ich fügte erläuternd hinzu, daß wir gute, nachbarliche Beziehungen zu Österreich hätten und Konsultationen zwischen den Regierungen normal seien. Waldheim sei das demokratisch gewählte Staatsoberhaupt, und wir könnten wahrscheinlich früher oder später einer Begegnung mit ihm nicht aus dem Wege gehen, wenn das österreichische Protokoll dies vorsehe und wir eine Störung der Beziehungen vermeiden wollten. Stern solle versuchen, dies der Führung des WJC als Deutscher nahezubringen. Ich wies darauf hin, daß die USA mit Zustimmung der jüdischen Organisationen einen Botschafter (jüdischer Abstammung) bei Waldheim akkreditiert hätten[5] und daß beim Abschluß des WFT oder der Eröffnung von KRK ein Zusammentreffen auch für AM Shultz mit Waldheim nicht ausgeschlossen sei.[6] Stern meinte, bei einem deutschen Repräsentanten werde dies immer noch anders gesehen.

2) Am 24.11. rief Herr Stern mich erneut an, um mir mitzuteilen, daß Beate Klarsfeld eine internationale Aktion vorbereite. Der WJC, dessen Ziel es gewesen sei, die Frage unter Kontrolle zu bringen, gerate jetzt mehr und mehr unter Druck, sich zu äußern. Die Bundesregierung sei gut beraten, den Meldungen

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 25. November 1988 an Ministerialdirektor Kastrup geleitet.
Hat Kastrup am 25. November 1988 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 204 verfügte.
Hat Moltke am 14. Dezember 1988 erneut vorgelegen.

2 Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Bronfman, hielt sich vom 12. bis 14. Juli 1988 in der Bundesrepublik und Berlin (West) auf. Vgl. dazu Dok. 188 und Dok. 205.

3 Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Bronfman, hielt sich am 16./17. Oktober 1988 in der DDR auf und traf dabei mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, zusammen.

4 Bundesminister Genscher hielt sich vom 16. bis 19. Januar 1989 in Österreich auf.

5 Henry Grunwald.

6 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich vom 16. bis 18. Januar 1989 in Österreich auf.

entgegenzutreten. Wenn dies nicht bald geschehe, werde das Thema größere Kreise ziehen und bis zu dem BM-Besuch in Wien auf der Tagesordnung bleiben. Der österreichische Rundfunk habe am 23.11. gemeldet „BM Genscher werde sich bei seinem Besuch die Gelegenheit nicht entgehen lassen, mit Präsident Waldheim zusammenzutreffen". Ich erwiderte, daß der Besuch bis Anfang 89 verschoben sei und ein Programm für den neu zu planenden Besuch noch nicht vorläge. Ich sagte ihm zu, die Bedenken des WJC weiterzugeben.

3) Bei Gesprächen mit befreundeten Mitarbeitern des US-Repräsentantenhauses (Assistent von Mehrheitsführer Foley sowie Stabsdirektor des Unterausschusses Europa und Naher Osten und Assistent von Hamilton) im Frühjahr wurde mir von zwei Seiten unabhängig voneinander gesagt, daß eine Begegnung eines deutschen Repräsentanten mit Präsident Waldheim uns im Kongreß erheblich schaden würde, und das nicht nur bei jüdischen Abgeordneten.

Moltke

Referat 204, Bd. 160052

337

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken

213-320.15 **25. November 1988**[1]

Eilt!

Über Dg21[2], D2[3] Herrn Staatssekretär[4]

Betr.: Unruhe im „Gemeinsamen Haus UdSSR": erneute Zuspitzung der sowjetischen Nationalitätenkonflikte[5]

Bezug: Vorlage vom 16.9.1988 – 213-320.15[6]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken und Legationssekretär Höfer-Wissing konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent Höynck am 25. November 1988 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirektor Kastrup am 25. November 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine sehr gute Arbeit."

4 Hat Staatssekretär Sudhoff am 26. November 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 28. November 1988 erneut vorgelegen.

5 Zu den Nationalitätenkonflikten in der UdSSR vgl. Dok. 85.

6 Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken vermerkte: „Nachdem in den vergangenen Sommermonaten die Entwicklungen in den baltischen Republiken ständig im Blickpunkt der Öffentlichkeit gestanden hatten, ist in den letzten Tagen der Transkaukasus schlagartig wieder ins Rampenlicht gerückt." Sowohl im Autonomen Gebiet Nagorny Karabach als auch in der armenischen Hauptstadt Eriwan werde gestreikt. Es sei evident, „daß sich die Situation infolge des Beschlusses des Obersten Unionssowjets vom 18. Juli, als das Begehren nach Anschluß Nagorny Karabachs an die Armenische Unionsrepublik abgelehnt wurde, verschlechtert" habe: „Obwohl GS Gorbatschow in der Sache Kompromißbereitschaft gezeigt hat, hat ihn sein herrisches und vor allem den armenischen Debattenrednern gegenüber unfaires Auftreten viele Sympathien gekostet. Die Führung wird nicht mehr als unparteiisch angesehen, die Großrussen sind damit im Konflikt zwischen den beiden transkaukasischen Nachbarvölkern Partei geworden. In Reaktion darauf werden Rufe nach Unabhängigkeit laut". Vgl. Referat 213, Bd. 143529.

I. Wenige Tage bevor der Oberste Sowjet der UdSSR am 29. November mit der ersten Etappe der Verfassungsänderungen[7] gewissermaßen das erste Stockwerk des Staatsgebäudes errichten wird, treiben die nationalen Konflikte in der Sowjetunion einem neuen Höhepunkt entgegen: Im transkaukasischen Krisengebiet hat es wieder Pogrome gegeben, die – über verläßliche Berichte verfügen wir noch nicht – möglicherweise die Massaker von Sumgait (Februar 1988)[8] noch in den Schatten stellen.[9] Im Baltikum brach wegen der Reformvorhaben der offene Verfassungskonflikt zwischen der Estnischen Unionsrepublik und der Moskauer Zentrale aus.[10]

All' diese Alarmsignale sollten aber nicht verdecken, daß es auch ermutigende Beobachtungen gibt: Die sowjetische Führung reagiert in unerwartet flexibler Weise. Sie bemüht sich offensichtlich darum, Konflikte zu entschärfen und einzudämmen, Konfliktstoff abzubauen und das Fundament einer neuen Nationalitätenpolitik im größten Vielvölkerstaat der Erde zu legen.

II. 1) Nach einem inzwischen vertrauten Schema haben sich in dieser Woche die Krisenherde wieder abgewechselt: Auch im Transkaukasus ist nun mit erhöhter Temperatur das Feuer wieder ausgebrochen, das von Nagorny Karabach ausgehend die benachbarten Gebiete Aserbaidschan, aber auch die Autonome Republik Nachitschewan und Georgien erfaßt hat. Möglicherweise haben die Azeris (es erscheint möglich, daß die Pogrome „inspiriert" worden sind, um mög-

7 Zur geplanten Änderung der sowjetischen Verfassung und Novellierung der Wahlgesetzgebung vgl. Dok. 324, Anm. 4.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken unterrichtete am 6. Dezember 1988: „Am 1. Dezember verabschiedete der Oberste Sowjet zahlreiche Verfassungsänderungen, die die Zentralgewalt von Grund auf neu regeln. Für die Änderungen stimmten 1344 Abgeordnete des Obersten Sowjet, dagegen 5, 27 enthielten sich; […]. Damit ist die erste Etappe der Verfassungsreform abgeschlossen. Für den 26. März 1989 sind Wahlen zum neugebildeten Kongreß der Volksdeputierten angesetzt. Dabei wird das ebenfalls am 1. Dezember verabschiedete neue Wahlgesetz (Kernpunkt: mehrere Kandidaten für ein Amt) angewandt werden." Vgl. Referat 213, Bd. 143521.

8 Zu den Unruhen in Sumgait vgl. Dok. 85, Anm. 4.

9 Botschaftsrat I. Klasse Neubert, Moskau, berichtete am 28. November 1988: „Nach dem ersten Todesurteil im Prozeß gegen die am Massaker von Sumgait […] Schuldigen und im Zusammenhang mit der Diskussion um die beabsichtigte Verfassungsreform in der SU sind die Unruhen im Kaukasus in bedrohlicher Weise wieder aufgeflammt. Besorgniserregend sind insbesondere: der ungezügelte Fanatismus und die neue Neigung zu Gewalt (Gerüchte sprechen von 40 bis 90 Toten in den letzten drei Tagen); die flächenhafte Ausbreitung der Unruhen, die inzwischen auf Nachitschewan und Kirowabad übergegriffen haben; die zunehmende Machtlosigkeit und Nervosität der Staatsorgane, die sich anscheinend mehr und mehr zur ‚ultima ratio' der Repression und der massiven Einschüchterung gedrängt fühlen. Die Lage im Kaukasus erscheint gegenwärtig instabiler und krisenhafter als jene im Baltikum, weil sie – vom Verhandlungstisch auf ‚die Straße' verlagert – zunehmend außer Kontrolle zu geraten droht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4123; Referat 213, Bd. 143521.

10 Zu den Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen vgl. Dok. 96 und Dok. 299.
Generalkonsul Metternich, Leningrad, berichtete am 18. November 1988: „Am 16.11.1988 beschloß der Oberste Sowjet der Estnischen SSR (OS) auf 8. außerordentlicher Sitzung eine ‚Revision' von Artikel 74 der estnischen Verfassung, wonach sowjetische Unionsgesetze in den Grenzen der Estnischen SSR verpflichtend sind. Im einzelnen verfügte der OS, daß die obersten Organe der Teilrepublik ‚in bestimmten Fällen' die Anwendung von Gesetzen und anderen Bestimmungen der UdSSR aussetzen oder ändern können. […] In Anbetracht dessen, daß diese ‚und andere' estnische Entscheidungen von der zur Zeit gültigen Sowjetverfassung ‚nicht gedeckt werden', soll das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR beschlossen haben, die Angelegenheit auf die Tagesordnung ihrer nächsten Sitzung zu setzen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 271; Referat 213, Bd. 143520.
Am 6. Dezember 1988 berichtete Metternich, daß das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR die estnische Verfassungsänderung und Souveränitätsdeklaration vom 16. November 1988 für ungültig erklärt habe. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 287; Referat 213, Bd. 143520.

licherweise in Vorbereitung befindliche Kompromißlösungen zu verhindern) dieses Mal den Bogen überspannt: Die ersten Todesopfer der erneuten Unruhen waren Angehörige der Inneren Truppen. Unter dem Eindruck der Unversöhnlichkeit der Gegensätze im Transkaukasus mag sich die Führung dazu entschließen, das Ruder herumzuwerfen und den Armeniern entgegenzukommen. Rasche Maßnahmen mögen ihr geboten erscheinen, um einer weiteren Zuspitzung des Konflikts zuvorzukommen.

2) „Konsolidierung" war das wichtigste Stichwort der „Feuerwehraktion", mit der ein hochrangiges Führungstrio (Ex-KGB-Chef Tschebrikow in Estland, Ideologie-Chef Medwedjew in Lettland, Sljunkow in Litauen) im Baltikum betraut war (11.–14. November). Die dort heftig geführten Angriffe gegen die geplanten Verfassungsänderungen, die als Stärkung der Zentralgewalt und Einschränkung der Eigenständigkeit interpretiert werden, wurden im Kreml anfangs offenkundig nicht richtig eingeschätzt. Die Eile, mit der die Verfassungsänderungen durchgebracht werden sollen (Veröffentlichung der Novellierungen am 22./23.10. 1988), tragen zur Beunruhigung der Balten bei. Sie können mit Recht darauf verweisen, daß eine Stärkung der Zentrale zu Lasten der Regionen im prinzipiellen Widerspruch zu den erklärten Absichten der Perestroika (Stichwort: „Dezentralisierung") stünde.

Tatsächlich scheint die sowjetische Führung aber auch gar nicht die Absicht gehabt zu haben, bei der jetzt anstehenden Neufassung der Führungsstruktur die Befugnisse der Provinzregierungen weiter einzuschränken. Es hat vielmehr den Anschein, als läge hier eine Überinterpretation seitens der Balten vor, teils aus dem Kalkül heraus, im Kampf um erweiterte Rechte rechtzeitig Stellung zu beziehen. Die Verfassungsänderungen, die noch vor wenigen Jahren, wenn nicht Monaten, von niemandem in der Sowjetunion ernstgenommen worden wären, sind unversehens zu Symbolen im Ringen um mehr Freiheit geworden. Diesen Umstand kann man als positives Indiz für die Glaubwürdigkeit der Gorbatschow-Führung im eigenen Land werten.

3) Den Moskauer „Feuerwehrleuten" ist ihr Werk nicht wohlgeraten. Statt den sich ausbreitenden Flächenbrand rechtzeitig auszutreten, haben sie im Gegenteil Öl in die Flammen gegossen. Besonders der erst am 1. Oktober als KGB-Chef abgelöste Tschebrikow, der zu den beharrenden Kräften in der Führung gehört, hat in Tallinn die Probleme verschärft: Nur notdürftig bemäntelte er seine Drohung, die russischen Einwohner Estlands gegen die Esten zu mobilisieren. Einige Organe der Moskauer Zentralpresse, die Prawda allen voran, schlagen nun ebenfalls diesen Ton an, der im multinationalen Sowjet-Imperium nichts Gutes verheißt. Die beinahe schon üblichen Verdächtigungen, hinter den Autonomiebestrebungen stünden Konspirationen, dürften zur Beruhigung der Situation nicht beitragen.

Es gibt aber auf der anderen Seite erkennbare Bemühungen, die Gräben im und zum Baltikum nicht zu tief werden zu lassen bzw. wieder zuzuschütten. Die Vorbereitungskommission des Obersten Sowjets der Union hat einige Modifikationen des Änderungsentwurfs vorgeschlagen, die die baltischen Bedenken zerstreuen sollen.

Noch vor der Entsendung des Führungstrios ins Baltikum hatte das Politbüro bekanntgegeben, bei den jetzt zur Debatte stehenden Verfassungsänderungen

handele es sich nur um die erste Etappe der Neustrukturierung, die Neuordnung der zwischennationalen Beziehungen werde noch folgen (10.11.1988). Staats- und Parteichef Gorbatschow hat in Indien[11] Verständnis für die estnischen Belange geäußert. Die Beschlüsse des estnischen Parlaments, die auf eine Aussetzung der Unionszugehörigkeit hinauslaufen (der Grundsatz: „Bundesrecht bricht Landesrecht" soll bis zu einem neuen „Vertrag mit der Union" nicht gelten), stieß in Moskau zwar auf (durchaus verständliche) Ablehnung. Sie wurde aber in maßvoller Form artikuliert.

4) Die Entwicklung im Baltikum zeigt, daß die Kommunistische Partei dort ihre Funktion als einigendes Band und als Transformationsriemen der Macht nicht mehr erfüllt. Die herkömmlichen Kontrollmechanismen, mit deren Hilfe die Russen den multinationalen Staat beherrschten, stellen sich jetzt als unbrauchbar, wenn nicht sogar kontraproduktiv heraus. Die Volksfronten, die ursprünglich wohl lediglich der Mobilisierung sonst unerreichbarer Bevölkerungsgruppen für die Reformpolitik dienen sollten, haben der Partei den Rang abgelaufen und dominieren in der Öffentlichkeit. Die Berufung des ZK-Sekretärs Indrek Toome (ein Spiritus rector der Verbindung zwischen KP und Volksfront) zum Ministerpräsidenten Estlands[12] – nach Tschebrikows Abreise! – muß als eine Kampfansage an Moskauer Bevormundungsversuche wirken.

Das „erfolgreiche" baltische, besonders estnische Vorbild der Volksfronten hat mittlerweile in der ganzen Sowjetunion Nachahmer gefunden. Diese scheinen besonders dort gut zu gedeihen, wo ein Nährboden unbefriedigter nationaler Interessen vorhanden ist, so z. B. in Georgien. In Weißrußland und der Ukraine, deren nationales Emanzipationsstreben von den Russen ganz besonders gefürchtet wird, werden sie von der Obrigkeit heftig bekämpft. Mit großer Sorge sieht man in Moskau das Erscheinen estnischer Emissäre im Kaukasus und in Mittelasien, die dort Kontakte zu anderen Volksfrontorganisationen knüpfen wollen. Eine unionsweite Partei dürfte daraus – angesichts divergierender nationaler Interessen – wohl kaum entstehen.

Aber auch nur eine Koalition bislang sorgfältig auseinanderdividierter aufbegehrender nationaler Gruppierungen wäre für den Kreml beunruhigend genug. Auch in der russischen Föderation gibt es bereits eine Unzahl von volksfrontähnlichen Organisationen, diese haben aber noch kein eigenes Profil und vor allem noch kein gemeinsames Dach gefunden.

III. 1) Die grundsätzlichen Unterschiede zwischen den beiden Konfliktherden (im Baltikum gegen die Russen gerichtetes Autonomiestreben; im Transkaukasus Auseinandersetzungen zwischen nicht-slawischen Nationen) bringen die Moskauer Zentrale in eine Zwickmühle. Die Vollmachten, die ihr die Balten nicht zugestehen wollen, bräuchte sie jetzt, um in die kaukasischen Wirren wirksam

11 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 18. bis 20. November 1988 in Indien auf.

12 Generalkonsul Metternich, Leningrad, berichtete am 18. November 1988, daß der estnische Ministerpräsident, Saul, am 16. November 1988 „mit sofortiger Wirkung seines Amtes enthoben" worden und der bisherige Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Estlands für ideologische Fragen, Toome, an dessen Stelle getreten sei. Metternich resümierte: „Als Vertreter des Perestroika-verpflichteten Flügels der KPE machte er sich im Lager der Volksfront einen guten Namen. Er gilt als ‚kommender Mann'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 270; Referat 213, Bd. 143520.

eingreifen zu können. Das Konzept, auf Zeit zu spielen und einen allmählichen Abbau der Spannungen zu erreichen, scheint gescheitert zu sein. Es ist fraglich, ob die Führung bis zum für Mitte nächsten Jahres angesetzten ZK-Plenum über Nationalitätenfragen[13] warten kann, um Signale zu setzen, die zur Entspannung in den Krisenregionen beitragen, ohne in der jeweils anderen für neue Erregung zu sorgen.

2) Dabei sind in Moskau nun offensichtlich Entscheidungen darüber gefallen, wie der Rahmen einer künftigen Nationalitätenpolitik (der von einem ZK-Plenum Mitte 1989 beschlossen werden soll) auszusehen hat (Resolution im ZK vom 11. November 1988). Vorgesehen werden u. a. Gesetze über die Staatssprache und über die Staatsbürgerschaft, wichtige Punkte im Forderungskatalog der Autonomiebewegungen nicht nur des Baltikums, sondern auch in Georgien, Weißrußland, der West-Ukraine und in Armenien. Im Bemühen um Dezentralisierung, die nach Meinung z. B. der Lettischen Volksfront so weit gehen soll, daß die Union nur noch für auswärtige Beziehungen und für Verteidigung zuständig sein soll, scheint die sowjetische Führung sich bewegen zu wollen. Mit dem Hinweis auf bevorstehende weitere Etappen des Umbaus der politischen Strukturen hat sie versucht, Öl auf die Wogen zu gießen. Viel Zeit scheint ihr nicht gegeben zu werden, auf Ankündigungen Aktionen folgen zu lassen.

3) Im sowjetischen Sprachgebrauch wird in Analogie zum „Gemeinsamen Europäischen Haus“ von der UdSSR als „Unserem Gemeinsamen Haus“ gesprochen. Dessen Hausordnung wird jetzt geschrieben werden müssen. Bisher konnte man mit Fug und Recht von einem „innersowjetischen Jalta“ sprechen. Die künftige zwischennationale Politik in der SU kann uns anderen Europäern nicht gleichgültig sein.

Heyken

Referat 213, Bd. 143529

[13] Die Plenarsitzung des ZK der KPdSU über Nationalitätenfragen fand am 19./20. September 1989 statt.

338

Botschafter Freiherr von Wechmar, London, an das Auswärtige Amt

114-15893/88 geheim **Aufgabe: 25. November 1988, 14.11 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2226 **Ankunft: 25. November 1988, 15.39 Uhr**

Betr.: Abschiedsbesuch des Botschafters bei der Königin

Bezug: Ohne

Königin Elisabeth II. empfing meine Frau und mich am heutigen 24. November zum Abschiedsbesuch, der in ausgesprochen herzlicher und zwangloser Atmosphäre verlief. Die Königin würdigte den guten Stand der deutsch-britischen Beziehungen und äußerte sich anerkennend über die von der Botschaft in diesem Zusammenhang geleistete Arbeit. Sie sprach mich auf meine Wahl zum Spitzenkandidaten der FDP für die Europawahlen[2] an und nutzte diese Gelegenheit zu Ausführungen über die britische Einstellung zu Europa.

Die Briten seien, so sagte sie schmunzelnd, noch immer ein reichlich insulares Volk, und die meisten könnten sich hier nicht so sehr viel unter der magischen Zahl 1992[3] vorstellen. Meinen Einwand, daß der britische Wirtschaftsminister, Lord Young, ja gerade eine große Aufklärungskampagne begonnen habe und dafür fünf Millionen Pfund ausgebe, ließ sie nur begrenzt gelten. „Das wurde aber auch Zeit", kommentierte sie mit eher sarkastischem Unterton. Ich sagte ihr, daß man manchmal den Eindruck nicht loswerde, als wolle Frau Thatcher ein anderes Europa als wir. Sie kommentierte diese Bemerkung mit der das gespannte Verhältnis zwischen den beiden Frauen kennzeichnenden Feststellung: „Das wird sich schon noch ändern." Und fügte nach einer Kunstpause hinzu: „Wenn sie dann noch da ist." Meinen Einwurf, daß die PM ja gerade in jüngster Zeit deutlich gemacht habe, daß sie noch lange regieren wolle, quittierte sie ohne Antwort mit einem vielsagenden Lächeln.

Ich erwähnte die pragmatische Anpassungsfähigkeit der Premierministerin und verwies als Beispiel auf ihre Hinwendung zu „grünen" Vorstellungen, was Königin Elisabeth mit der spitzen Anmerkung bedachte, „Ja, nun hat auch sie das Ozonloch entdeckt". Im übrigen glaube sie, daß die öffentlichen Erklärungen ihres Sohnes, des Prinzen von Wales[4], einen guten Teil zu diesem Sinneswandel beigetragen hätten. Die Königin ließ keinen Zweifel daran, daß die Zukunft Großbritanniens in Europa liege. „Manche haben dies hier noch nicht gemerkt." Und um diesen – offenkundig auch auf Frau Thatcher gemünzten – Satz etwas abzuschwächen, fügte sie nach einer Pause hinzu: „Ich meine vor allem in Han-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schneppen am 28. November 1988 vorgelegen.
2 Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 15. und 18. Juni 1989 statt.
3 In Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 kamen die EG-Mitgliedstaaten überein, bis zum 31. Dezember 1992 einen Binnenmarkt zu schaffen, „in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital" gewährleistet sei. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.
4 Charles Philip Arthur George.

del und Industrie." Der geplante Kanaltunnel[5] werde die psychologische „Anbindung" an den Kontinent aber verbessern.

Das Europäische Parlament brauche sicherlich weitergehende Vollmachten. Da sehe sie aber für Großbritannien einige Schwierigkeiten, denn das Unterhaus werde sich schwertun, eigene Rechte abzutreten.

Wie stets zeigte sich die Königin bestens informiert (sie bekommt alle wichtigen Telegramme des FCO vorgelegt) und am politischen Geschehen interessiert. Das galt auch für den Teil der Unterhaltung, der sich mit grundsätzlichen Fragen der britischen Parteienstruktur beschäftigte. Hierzu stellte sie (sich selbst?) die Frage, ob das gegenwärtige britische Wahlrecht noch zeitgemäß sei.

Unüberhörbar war allerdings auch ihre überaus kritische Einstellung zu Frau Thatcher. Ihr Private Secretary[6] hatte mich vor der Begegnung ersucht, keine Frage zu dem hier öffentlich geführten Streit über mögliche/angebliche Einladung der Königin nach Moskau zu stellen. Die Sache sei „einvernehmlich beigelegt" und „ein Sturm im Wasserglas".

Zum Abschied hat die Königin meine Frau und mich gebeten, uns bei einem möglichen späteren London-Besuch bei ihr zu melden. Sie wolle uns gern wiedersehen. Der Private Secretary meinte beim Hinausgehen, daß er dies noch bei keinem Abschiedsbesuch eines scheidenden Botschafters gehört habe.

[gez.] Wechmar

VS-Bd. 13034 (205)

339

Botschafter Zimmermann, Havanna, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 262 **Aufgabe: 25. November 1988, 12.00 Uhr**[1]
Ankunft: 28. November 1988, 16.49 Uhr

Betr.: Besuch des saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine in Kuba vom 16. bis 23.11.88

Bezug: DE 1145 vom 17.11.88 – 331-504.00 KUB[2]

Zur Unterrichtung

1) Auf Einladung kubanischer KP hielt sich saarländischer Ministerpräsident Oskar Lafontaine in seiner Eigenschaft als stellv. Parteivorsitzender SPD vom

5 Zum Bau eines Eisenbahntunnels unter dem Ärmelkanal vgl. Dok. 210, Anm. 10.
6 Sir William Heseltine.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.
Hat Legationssekretär Gebele am 30. November 1988 vorgelegen.
2 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Jagow übermittelte der Botschaft in Havanna ein an den saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine gerichtetes Schreiben des Bundesministers Genscher

16. bis 23.11.88 in Kuba auf. Konkreter Anlaß des Besuchs war Teilnahme an einem von FES zusammen mit kubanischem Institut für Westeuropastudien organisierten Seminar zum Thema „Kulturpolitik der BR Deutschland und der Rep. Kuba". Während Aufenthalts in Havanna führte MP Lafontaine Gespräche mit Politbüromitgliedern Jorge Risquet und Carlos Rafael Rodríguez (zugleich Stellv. Vorsitzender des Staatsrats), sowie mit Staats- und Parteichef Fidel Castro und AM Malmierca. An letzteren konnte ich auf Einladung MP Lafontaines teilnehmen. Ich habe zu Ehren des Gastes Empfang gegeben, zu dem neben Risquet und Rodríguez auch Kulturminister Hart (ebenfalls Politbüromitglied) und AM Malmierca erschienen.

2) Gespräch mit Fidel Castro, das am 21.11. abends, wie üblich ohne vorherige Terminabsprache, zustande kam, fand in sehr angenehmer, gelockerter Atmosphäre statt. Castro zeigte sich als charmanter Gastgeber und gut vorbereiteter Gesprächspartner, der mit großem Detailwissen zu Lieblingsthemen (Gesundheitswesen, Erziehungswesen) brillierte, gleichzeitig aber auch Interesse an Darlegungen des Gastes bekundete und aufmerksam zuhörte. Hervorzuheben ist, daß Castro jede Polemik vermied und Themen wie ungerechte Weltwirtschaftsordnung und ungleiche Austauschbedingungen zwischen Industrie- und E-Ländern[3] geschäftsmäßig, eher am Rande, erwähnte. Das von Lafontaine herausgestellte Umweltthema schien ihn so zu interessieren, daß er erklärte, er wolle es bei bevorstehendem Gorbatschow-Besuch[4] ansprechen.

Im einzelnen ist festzuhalten:

Nach Lob für deutsche Geräte (insbesondere im Bereich Medizinaltechnik) und Fragen nach Größe und Bevölkerungszahl Saarlands, erkundigte sich C. nach Baupreisen und Wohnungsbaufinanzierung in Bundesrepublik sowie nach Art unserer Sozialversicherung (privat oder sozial), Höhe Arbeitslosigkeit und Ausländerbeschäftigung. (Castro: Ausländerbeschäftigung ist moderne Form der Sklaverei.) Erläuterte seinerseits kubanisches Erziehungssystem mit Schwerpunkt Ärzteausbildung und kam von da ausgehend auf Lieblingsthema Gesundheitsfürsorge: Kuba habe bei seiner Machtübernahme[5] („Triumph der Revolu-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1768

vom selben Tag, das die Menschenrechtslage in Kuba behandelte: „Uns liegen beunruhigende Berichte vor. Am 9.11.1988 ist einer Delegation von Vertretern von Menschenrechtsorganisationen aus verschiedenen Ländern trotz vorhandener Sichtvermerke die Einreise verweigert worden. Soweit wir wissen, sind zwei Mitglieder, darunter das deutsche Mitglied der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte in Frankfurt, von den kubanischen Beamten am Flugplatz in besonders rüder Weise angefaßt worden. Ich meine, man sollte diese Art des Umgangs mit Leuten, die sich ein Bild über die Menschenrechtslage machen wollten, deutlich mißbilligen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie insbesondere den Fall des Kubaners Lázaro Angel Cabrera Puente ansprechen würden, für den ich mich bereits bei Außenminister Malmierca eingesetzt habe und der inzwischen trotz kubanischer Zusicherungen verhaftet worden sein soll. Cabrera ist Mitglied der Menschenrechtsgruppe Pro Arte Libre. Im September war er einer der Gesprächspartner der aus Genf angereisten Delegation der Menschenrechtskommission. Aus Furcht, deshalb verfolgt zu werden, flüchtete er sich danach in unsere Botschaft und blieb dort zehn Tage. Außenminister Malmierca hat mir damals in New York zugesichert, daß Cabrera unbehelligt bleiben werde. Den Inhalt dieser Zusicherung habe ich in einem Brief an Malmierca festgehalten." Vgl. Referat 231, Bd. 148167.

3 Entwicklungsländern.

4 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte vom 3. bis 5. April 1989 Kuba.

5 Nach über zweijährigem Guerillakrieg gegen kubanische Regierungstruppen und der Flucht des Präsidenten Batista am 1. Januar 1959 proklamierte Fidel Castro am 2. Januar 1959 den Richter

tion“) 6000 Ärzte gehabt, von denen die Hälfte von USA abgeworben worden sei. Heute habe Kuba 31 000 Ärzte, Zahl steige weiter von Jahr zu Jahr. Ziele seien Versorgung des Landes mit je einem „Familienarzt“ für jeweils 600 Personen und Einsatz von 10 000 Ärzten als „Internacionalistas“ in anderen E-Ländern. Castro erkundigte sich weiterhin über Wehrpflicht und Fortbestehen preußischer Traditionen bei Bundeswehr, worauf Lafontaine ihm Wandel in unserem Denken und Einstellung (Bürger in Uniform) erklärte. Militärputsch sei bei uns nicht denkbar, preußische Traditionen gäbe es mehr in DDR als bei uns.

Von Lob des nordkoreanischen Fleißes („arbeiten wie Ameisen“) leitete Castro über zur japanischen Konkurrenz an Weltmärkten und von da zu o. e.[6] Fragen der Weltwirtschaft. Meinte, heutige Weltwirtschaftsordnung sei ungerechter als frühere Kolonialwirtschaft. Gerechtere Austauschrelationen seien auch im Interesse Industrieländer, da Ausweitung Welthandels Entwicklung E-Länder begünstigen und Industrieländern zusätzliche Absatzmöglichkeiten erschließen würde. Lage in Lateinamerika verglich Castro mit Vulkan, der bald ausbrechen könne. Sei heute viel gefährlicher als zu Kennedys Zeiten (Allianz für den Fortschritt[7]). Man wisse nicht, was Bush zu tun gedenke.[8] Junge europäische Politiker sollten über Lösungsmöglichkeiten nachdenken. Von Rust-Flug nach Moskau[9] ausgehend (Castro zeigte sich amüsiert darüber, meinte aber: Wenn der das zu Stalins Zeiten gemacht hätte!), kam Castro auf Gorbatschow zu sprechen. Zeit der großen Kriege, die er Wahnsinn nannte und mit russischem Roulette verglich, sei vorbei. Er hoffe, daß Gorbatschow mit seiner Entspannungspolitik Erfolg habe. Lafontaine führte aus, Skepsis gegenüber sowj. Politik sei im Westen in allen Kreisen geringer geworden, Entkrampfung im gegenseitigen Verhältnis sei deutlich sichtbar. Auch USA könnten sich Prozeß nicht entziehen. Viel hänge jetzt davon ab, wie kommunistische Systeme sich veränderten. Marx habe zu seiner Zeit nur Frage nach Ausbeutung des Menschen gestellt, heute stelle sich auch Frage nach Ausbeutung der Natur. Dieser Bemerkung folgte Gedankenaustausch über ökologische Schäden, u. a. durch Kohleabbau an der Saar und in der DDR (Braunkohle). Von ihm selbst gegebenes Stichwort DDR benutzte Castro zur Frage nach unserer Einstellung zu dieser. Lafontaine erwiderte, daß Nationalstaat alter Art überholt sei und die jetzt bestehenden zwei deutschen Staaten nur in einem vereinten Europa wieder zusammenkommen könnten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1769

Urrutia zum provisorischen Präsidenten von Kuba. Am 13. Februar 1959 ernannte Präsident Urrutia Castro zum Ministerpräsidenten.

6 Oben erwähnten.

7 Am 14. März 1961 beantragte Präsident Kennedy im amerikanischen Kongreß 600 Mio. Dollar zur Finanzierung eines Interamerikanischen Fonds für sozialen Fortschritt, der insbesondere für Verbesserungen der Landwirtschaft, des Schul- und Gesundheitswesens sowie der Wohnverhältnisse in den lateinamerikanischen Staaten verwendet werden sollte. Der Fonds sollte ein erster Schritt für ein „Allianz für den Fortschritt“ genanntes Entwicklungsprogramm für Lateinamerika sein. Für den Wortlaut der Ausführungen von Kennedy vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1961, S. 176–181. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1961, D 227–232.
Am 17. August 1961 unterzeichneten die Mitgliedstaaten der Organisation Amerikanischer Staaten mit Ausnahme Kubas in Punta del Este eine „Erklärung an die Völker Amerikas“ sowie die Charter zur Gründung der „Allianz für den Fortschritt“. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 45 (1961), S. 462–469. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1961, D 685 f.

8 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Bush, als Sieger hervorging.
Präsident Bush nahm am 20. Januar 1989 die Amtsgeschäfte auf.

9 Zum Haftfall Mathias Rust vgl. Dok. 220, Anm. 10 und 13.

Das Problem der verschiedenen politischen Systeme sei nur in einem „europäischen Haus“ lösbar. Dies gelte auch für Berlin-Problem. Castro bezeichnete DDR als wirtschaftlich effektivstes aller sozialistischen Länder. Lafontaine verwies auf gleiche Ausgangsposition beider Staaten bei Ende 2. WK[10] und auf gleiche Traditionen. DDR verbrauche allerdings heute mehr Energie und verschmutze Umwelt mehr als Bundesrepublik. Stichwort Umweltverschmutzung brachte Castro dazu, von Grünen-Besuch im Sommer (Ditfurth, Bott[11]) zu erzählen. [12]Hätten Bau kubanischen KKW kritisiert und Alternativen zur Lösung kubanischen Energieproblems entwickelt. Neuer Gesprächstermin sei für März 89 vereinbart. Gespräch sei sehr interessant gewesen. Lafontaine ging auf Thema ein und erklärte, beim Bau von KKW gehe es nicht in erster Linie um Fragen der Ökonomie, sondern der Gefahrenabwägung. Es gäbe keine gefahrlose Technik. Einwand Castros, Kuba besitze keine alternativen Energiequellen, begegnete Lafontaine mit Hinweis, daß keine Parallelität zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Energieverbrauch bestehe. Bundesrepublik z. B. verbrauche bei erheblich gestiegener Industrieproduktion nur gleiche Energiemenge wie 1974. Verbesserte Techniken machten dies möglich. Castro meinte, bei E-Ländern sei dies schwieriger, da sie nicht über notwendige Techniken verfügten, allerdings werde auch im Industrieland Sowjetunion noch sehr viel Energie verschwendet. Er nannte in diesem Zusammenhang hohen Kraftstoffverbrauch nach Kuba gelieferter sowjetischer LKW.

Gespräch mit AM Malmierca, an dem auch Herr Freimut Duve, MdB, teilnahm, verlief geschäftsmäßig und war wesentlich kürzer als dasjenige mit Castro. Malmierca begrüßte letzthin zu verzeichnende Verbesserung der bilateralen Beziehungen und nannte in diesem Zusammenhang die Bereiche Wirtschaft/Finanzen (Otto Wolff-Besuch[13]), Umschuldung (Abkommen zwischen Hermes und kubanischer Nationalbank[14]), Stipendienvergabe und technische Zusammenarbeit (angebliche Projektvereinbarung zwischen BMZ Klein und Vizepräsident des

10 Weltkriegs.

11 Korrigiert aus „Böll“.
Die Sprecherin des Bundesvorstands der Grünen, Ditfurth, und die Fraktionssprecherin der Grünen im Bundestag, Schmidt-Bott, hielten sich vom 16. bis 31. Mai 1988 in Kuba auf. Botschafter Zimmermann, Havanna, informierte, Ditfurth sei am 27. Mai vom Ersten Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kubas, Castro, zu einem Gespräch empfangen worden, laut Presseinformationen seien die „wirtschaftliche und soziale Entwicklung Kubas und Möglichkeiten für die Verwendung alternativer neuer und erneuerbarer Energiequellen wie die Sonnen- und Windenergie“ erörtert worden. Vgl. den Schriftbericht Nr. 277 vom 31. Mai 1988; Referat 331, Bd. 144000.

12 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 264 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

13 Der Vorsitzende des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, Wolff von Amerongen, hielt sich vom 16. bis 20. Oktober 1988 in Kuba auf und führte Gespräche mit dem Ersten Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kubas, Castro, und dem kubanischen Außenminister Malmierca. Themen waren die „Intensivierung des deutsch-kubanischen Handelsaustausches“, „die Wirtschaftslage Kubas, die Beziehungen Kubas zu den marktwirtschaftlich orientierten Ländern […], zum COMECON und den Entwicklungsländern“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 515 des Legationsrats I. Klasse Schaller, Havanna, vom 2. November 1988; Referat 331, Bd. 144004.

14 In einem Vermerk der Hermes Kreditversicherungs-AG vom 4. März 1988 wurde festgehalten: „Der am 8./14. Januar 1988 zwischen dem Mandatarkonsortium und dem Banco Nacional de Cuba geschlossene Prolongationsvertrag regelt die Rückzahlung bundesgedeckter Forderungen mit Fälligkeiten zwischen dem 1.9.1982 und dem 31.12.1986. […] Die Provision ist zusammen mit anderen Zahlungsverpflichtungen aus dem Prolongationsvertrag in vier gleichen monatlichen Raten vom 29. Februar bis zum 31. Mai 1988 zu bezahlen.“ Vgl. Referat 422, Bd. 149204.
Am 4. Juli 1988 informierte Referat 422, die vereinbarten vier Monatsraten seien gezahlt worden, womit die Prolongationsvereinbarung in Kraft getreten sei. Vgl. dazu Referat 422, Bd. 149204.

kubanischen Staatskomitees für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Raúl Taladrid, Anfang November in Bonn[15], von der Botschaft nichts bekannt ist).

Nach Malmiercas Ausführungen und kurzer Entgegnung Lafontaines, daß auch wir diese Entwicklung begrüßten, ergriff zunächst Abgeordneter Duve das Wort und fragte u. a. nach Schicksal der im Oktober bei Blumenniederlegung an Martí-Denkmal festgenommenen und dann im Schnellverfahren zu Freiheitsstrafen verurteilten sieben Angehörigen der Gruppe „Pro Arte Libre" (PAL). Beim Austausch kultureller Beziehungen stelle sich natürlich auch Frage nach freiem Meinungsaustausch.

Malmierca antwortete, weit ausholend, daß auch er nicht glücklich sei über alles, was in Kuba geschehe, viele rigorose Maßnahmen seien aber auf besondere Lage des Landes zurückzuführen, das seit 30 Jahren offener Feindseligkeit USA und einmal sogar richtiger kriegerischer Aktion (Schweinebucht[16]) ausgesetzt gewesen sei. Als Duve allgemeine Ausführungen Malmiercas unterbrach und erklärte, daß er um eine konkrete Auskunft zum Fall der sieben PAL-Mitglieder bitte, erklärte Malmierca schließlich, daß sie nicht wegen ihrer künstlerischen Aktivitäten, sondern wegen Störung öffentlicher Ordnung verurteilt worden seien. Es müsse verhindert werden, daß aus derartigen Vorfällen schlimmere Entwicklungen entstünden. Demonstranten würden von USA mißbraucht, um verzerrtes Bild von kubanischen Verhältnissen in internationaler Öffentlichkeit zu erzeugen. Von wirklicher Situation hätten sich in diesem Jahr schon Amnesty International, das IKRK, American Watch und eine Delegation der VN-MRK überzeugen können. Lafontaine erklärte seinerseits, er sei ohne Vorurteile gekommen. SPD sei nach 2. WK u. a. von einem KZ-Häftling (Schumacher) und dem politischen Emigranten Brandt geführt worden. SPD-Mitglieder seien in der DDR verfolgt worden, als sie sich Zusammenschluß mit KPD widersetzten. SPD sei daher sensibilisiert für Schicksale von Einzelpersonen und setze sich für diese ein. Er ersuche daher, auf Bitte von BM Genscher um Auskunft über das Schicksal von Lázaro Angel Cabrera, dessen persönliche Unversehrtheit nach Verlassen der Botschaft BM Genscher zugesichert worden war.

Malmierca erwiderte, Zusicherung Unversehrtheit sei trotz Bedenken gegeben worden. Cabrera habe schließlich geltendes Recht verletzt, und bei derartigen Vorfällen seien schon Menschen ums Leben gekommen (Besetzung peruanischer Botschaft 1980). Kubanische Regierung habe ihre Zusicherung auch respektiert. Cabrera sei nach Verlassen Botschaft nicht behelligt worden. Er habe aber in der Zwischenzeit eine Provokation begangen, indem er eine Feuerwaffe mit sich

15 Bundesminister Klein empfing den Stellvertretenden Vorsitzenden des kubanischen Staatskomitees für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Taladrid, am 3. November 1988. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit vermerkte am 24. November 1988, Taladrid habe gebeten, „neben bestehenden wissenschaftlichen Kontakten (Max-Planck-Gesellschaft, Dt. Akademischer Austauschdienst u. a.) auch auf wirtschaftlichem Gebiet enger zusammenzuarbeiten". Am Ende des Gesprächs habe man „folgende nächste Schritte vereinbart: baldige Umschuldung im Pariser Club; Prüfung einer günstigeren Hermes-Deckungspolitik […]; stärkere Einbeziehung der DEG […]; BM Klein bittet den Fürsten von Thurn und Taxis, der ein Studienfreund von Castro sei, sich um ein stärkeres Engagement der deutschen Privatwirtschaft zu bemühen". Vgl. Referat 331, Bd. 144004.

16 Am 20. April 1961 scheiterte ein von den USA gefördertes, am 17. April 1961 begonnenes Landungsunternehmen einer aus im Exil lebenden Kubanern bestehenden Invasionstruppe in der Schweinebucht im Süden Kubas. Zu den Planungen und zur Diskussion des Vorgehens in der amerikanischen Regierung vgl. FRUS 1961–1963, X, Dok. 9–107.

herumgetragen habe. Dabei sei er ertappt und festgenommen worden. Er und seine Begleiter hätten Geständnisse über diesen Tatbestand abgelegt. Auf von mir insinuierte Frage von MP Lafontaine, ob mit baldigem Strafverfahren zu rechnen sei, antwortete Malmierca bejahend. Ein genaues Datum stehe aber noch nicht fest. Zum Abschluß Gesprächs kam Malmierca auch auf Problem Berlin-Klausel (mit bekannten Argumenten) zu sprechen. Dieses Problem bremse Entwicklung Beziehungen etwas.[17] MP Lafontaine nahm zur Sache selbst nicht Stellung und erklärte lediglich, auch sein Besuch und FES-Seminar seien Teil von Bemühungen zum weiteren Ausbau bilateraler Beziehungen.

3) Wertung

Besuch MP Lafontaines hatte für kubanische Staats- und Parteiführung einen erkennbar sehr hohen Stellenwert. Art seiner Wahrnehmung (Begegnung mit Fidel Castro und Erscheinen von drei Politbüromitgliedern zu dem von mir gegebenen Empfang) ging weit über das hinaus, was man bei Besuchen westlicher Politiker üblicherweise erwarten kann. Man kann wohl davon ausgehen, daß es sich aus kubanischer Sicht um eine Zukunftsinvestition handelte: Die Ehrungen galten weniger dem saarländischen MP und stellv. Vorsitzenden der SPD als dem potentiellen Bundeskanzler Lafontaine.

[gez.] Zimmermann

Ref. 331, Bd. 144003

340

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Özal in Straßburg

27. November 1988[1]

Gespräch des Bundeskanzlers mit MP Özal am Sonntag, den 27. November 1988, von 16.30 bis 18.00 Uhr in Straßburg

Der *Bundeskanzler* heißt MP Özal herzlich willkommen. Er bemerkt, er halte es für gut, von Zeit zu Zeit mit MP Özal informell zu einem Meinungsaustausch zusammenzutreffen.

17 Referat 331 vermerkte am 4. Mai 1988: „Zu einer nennenswerten Intensivierung der Beziehungen mit Kuba ist es bislang nicht gekommen, weil Kuba auf formalisierten Abkommen in den verschiedenen Bereichen besteht; diese scheitern daran, daß Kuba auf unsere klaren Positionen bei der Berlin-Formel nicht eingeht. […] Kuba muß dabei jedoch berücksichtigen, daß Berlin ein zentrales Anliegen nationaler deutscher Politik, und nicht etwa taktisches Verhandlungsobjekt ist. Für die Bundesrepublik Deutschland ist maßgeblich, daß mit Ausnahme von Kuba sonstige ungebundene Staaten ihrem Status entsprechend diesem deutschen Anliegen Rechnung tragen." Vgl. Referat 331, Bd. 144001.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, am 28. November 1988 gefertigt.
Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik erl[edigen]."
Hat Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 1. Dezember 1988 vorgelegen.

MP *Özal* stimmt dem Bundeskanzler zu und bedankt sich für die Gelegenheit zu dem Gespräch.

MP Özal berichtet zunächst eingehend über die Wirtschaftslage in der Türkei. Er schildert die Probleme, die sich für die türkische Wirtschaft aus der Inflation ergeben. Im Februar 1988 habe man deshalb eine Erhöhung der Zinsen beschlossen. Weitere Maßnahmen seien ergriffen worden. Seit August 1988 habe man den Wechselkurs der türkischen Lira sowie die Zinsen freigegeben. Auf diese Weise habe man eine Art Gleichgewicht erreicht. Allerdings sei es auch zu einer Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums gekommen. Die Wachstumsrate, die in der ersten Jahreshälfte ca. 7 1/2 % betragen habe, werde auf 4 bzw. 4 1/2 % zurückgehen. Im Jahr 1988 rechne er sogar mit einer positiven Handelsbilanz. Im Oktober sei mehr exportiert als importiert worden. Dies sei das erste Mal seit 150 Jahren geschehen. Zur Zeit werde im türkischen Parlament das Budget 1989 beraten. Man sehe eine weitere Beschränkung der Geldmenge vor. Man denke daran, Ausgaben zu kürzen. Auch die Erhöhung der Beamtengehälter solle unter der Inflationsrate liegen. Die Ausgaben für das Militär sollten ebenfalls eingeschränkt werden. Es sei nicht leicht, dies alles durchzusetzen; es werde jedoch geschehen. Die Steuern seien ebenfalls leicht erhöht worden, insbesondere auf Tabak, Benzin und alkoholische Getränke. Das Ziel sei eine Verringerung des Haushaltsdefizits. Andererseits müsse eine Lösung für die Arbeitslosigkeit gefunden werden. Dieses Problem stelle sich bei einem Bevölkerungswachstum von 2 1/2 % besonders dringend. Er strebe einen Beitritt zur EG[2] ohne Beschwerden für die EG oder für die Türkei an. Im übrigen sei die Lage für die Türkei heute besser als die Lage Griechenlands oder auch Portugals, wenn man einmal von dem Problem der Freizügigkeit[3] absehe.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, die Türkei habe ein Propagandadefizit. Andere Staaten verstünden es besser, ihre Erfolge zu verkaufen.

MP *Özal* fährt fort, daß Griechenland in den kommenden fünf Jahren ca. 10 Mrd. US $ von der EG erhalten werde. Die Türkei habe ihre heutige Situation fast ohne jede Mithilfe von außen erreicht. Es könne allerdings zu gewissen Problemen kommen, wenn es bei dieser unterschiedlichen Behandlung bleibe. Die Türkei bereite sich intensiv auf das Ziel des Beitritts vor. Ziel der Türkei sei es, in einer starken Position Vollmitglied zu werden und keine Probleme zu verursachen. Die Türkei wolle auch mit einem demokratischen System eintreten. MP Özal bittet um Unterstützung seiner Ziele durch die EG.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß ab 1. Januar 1989 eine neue Kommission ihr Amt antritt. Er gehe davon aus, daß ein Zwischenbericht der Kommission zum türkischen Beitritt im neuen Jahr vorgelegt werde. Er werde in der nächsten Woche beim Europäischen Rat[4] das Thema anschneiden.

MP *Özal* fährt fort, mit Griechenland würde die Entwicklung weiterverfolgt, die in Davos eingeleitet worden sei.[5] Es habe auch ein Gespräch zwischen Denktasch

2 Die Türkei stellte am 14. April 1987 einen Antrag auf EG-Beitritt. Vgl. dazu Dok. 74.
3 Zum Problem der Freizügigkeit für türkische Arbeitnehmer innerhalb der EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 293, Anm. 8.
4 Zur Tagung des Europäischen Rats am 2./3. Dezember 1988 auf Rhodos vgl. Dok. 353.
5 Zum griechisch-türkischen Dialog vgl. Dok. 292, Anm. 15.

und Vassiliou stattgefunden.[6] Er habe auf dieses Gespräch hingewirkt. Er selbst habe ja, wie bekannt sei, mit MP Papandreou gesprochen.[7] Die Situation sei etwas aufgelockert; viele Probleme seien jedoch noch nicht gelöst. Im Juni 1989 fänden in Griechenland Wahlen statt.[8] Bis dahin könne Papandreou sich nicht bewegen. Danach sehe er, Özal, bessere Möglichkeiten. Dies gelte auch für Zypern. Wesentlich sei, daß andere Länder nicht in die Entwicklung eingreifen, das heiße konkret gesagt, die EG oder die USA. Es dürfe nicht Partei ergriffen werden.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, wenn er MP Özal richtig verstehe, so sei es am günstigsten, wenn vor den Wahlen in Griechenland weder die EG noch die USA in irgendeiner Weise aktiv werden.

MP *Özal* stimmt dieser Interpretation zu und unterstreicht nochmals, es sei leichter, die Probleme ohne äußere Einflußnahme zu lösen.

Der *Bundeskanzler* stellt die Frage, ob die Lösung wohl leichter sei, falls Mitsotakis die griechischen Wahlen gewinne.

MP *Özal* bezeichnet dies als nicht sicher. Vielleicht sei es sogar leichter mit Papandreou. Mitsotakis würde als Wahlsieger vielleicht glauben, zuviel Rücksicht auf die zu erwartenden Proteste der Opposition nehmen zu müssen.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, Mitsotakis habe ihm gegenüber geäußert, er wolle vorangehen, falls er die Wahlen gewinne. Er habe Mitsotakis erklärt, es sei falsch, keine Verständigung zu suchen. Er wolle sich nicht einmischen, aber er habe den Eindruck, die Zeit arbeite in dieser Frage für die Türkei und gegen Griechenland. Es werde problematisch, wenn diese Frage bei dem Beitrittsantrag der Türkei eine Rolle spiele. Der Bundeskanzler stellt die Frage, ob MP Özal Präsident Vassiliou kenne und was er für einen Eindruck von ihm habe.

MP *Özal* führt aus, er kenne Vassiliou nicht persönlich, aber er glaube, seine Haltung entspreche seiner beruflichen Herkunft. Er komme aus Geschäftskreisen. Er habe ein anderes Bild in der Öffentlichkeit, als dies Kyprianou gehabt habe. Aber seine Politik sei bis heute nicht anders. Kürzlich habe ein Treffen zwischen Denktasch und Vassiliou in New York stattgefunden.[9] Denktasch habe bei dieser Gelegenheit positive Angebote gemacht. Vassiliou habe dies nicht erwartet und sei überrascht gewesen. Es sei beschlossen worden, die Gespräche auf Zypern fortzuführen. Er glaube, wenn auf Vassiliou ebenfalls Druck ausgeübt werde, werde er zu einer Lösung bereit sein.

Der *Bundeskanzler* erwähnt sein Zusammentreffen mit Vassiliou bei der Jean-Monnet-Feier in Paris am 9. November 1988. Er sei sehr angenehm überrascht

6 Präsident Vassiliou traf mit dem Sprecher der türkischen Volksgruppe auf Zypern, Denktasch, am 24. August 1988 in Genf sowie erneut am 15./16., 21. und 27. September 1988 in Nikosia zu Gesprächen zusammen. Weitere Treffen zwischen beiden Vertretern fanden am 17./18. und 24./25. Oktober sowie am 8. November 1988 in Nikosia statt.

7 Zu den Treffen der Ministerpräsidenten Özal und Papandreou am 30./31. Januar 1988 in Davos und am 3./4. März 1988 in Brüssel vgl. Dok. 74, Anm. 9 und 10.
Özal und Papandreou trafen überdies beim Besuch Özals vom 13. bis 15. Juni 1988 in Griechenland zu Gesprächen zusammen.

8 Die Wahlen zum griechischen Parlament fanden am 18. Juni 1989 statt.

9 Präsident Vassiliou und der Sprecher der türkischen Volksgruppe auf Zypern, Denktasch, trafen im Beisein von VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar am 22./23. November 1988 in New York zu Gesprächen zusammen.

gewesen. Vassiliou sei ein kluger, gebildeter Mann und nicht fanatisch. Vassiliou habe ihn auf seine freundschaftlichen Beziehungen zu MP Özal angesprochen. Er wolle ihn besuchen und auch mit MP Özal sprechen. Sein erster Eindruck sei positiv gewesen. Es wäre gut, wenn man vorankommen könnte.

MP *Özal* bemerkt, er habe schon gehört, daß Vassiliou ihn sprechen wolle. Er würde anbieten, daß alle vier Beteiligten zusammentreffen, nämlich Papandreou, Denktasch, Vassiliou und er selbst. Anschließend sei er bereit, auch bilateral mit Vassiliou zu sprechen. Papandreou habe jedoch nicht akzeptiert.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, daß in Griechenland vor den Wahlen keine Bewegung zu erwarten sei.

MP *Özal* stimmt zu. Er fährt fort, daß die Türkei sich gegenwärtig in einer wichtigen wirtschaftlichen Entwicklungsphase befinde. Zwei Punkte forderten in diesem Zusammenhang besondere Aufmerksamkeit. Die Inflationsrate sei zu hoch; sie müsse gedrückt werden. Er wende sich deswegen an seine europäischen Freunde mit der Bitte um Hilfe. Der größte Teil der türkischen Einfuhr komme aus der Bundesrepublik Deutschland. In Südostanatolien gebe es ein großes Bewässerungsprojekt „GAP“.[10] Die Fertigstellung solle beschleunigt werden. Hierfür seien zusätzliche Einfuhren nicht erforderlich. Die Türkei benötige jedoch große Summen an türkischer Währung, um die Arbeiten voranzutreiben. Da die Geldmenge reduziert worden sei, könne dies ohne Einschaltung der Zentralbank nur über Auslandskredite als „Programmkredite“ geschehen. Deshalb habe er auch einen Brief an den Bundeskanzler gerichtet.[11] Die Türkei erhalte jährlich 130 Mio. DM Finanzhilfe, jedoch für bestimmte Projekte. Das Geld könne nicht anders verwendet werden. Er wolle jedoch keine neuen Projekte beginnen, sondern bestehende Projekte zu Ende bringen. Ein zweiter wichtiger Punkt sei die Frage der Produktion von Unimog-Fahrzeugen durch die Firma Daimler-Benz. Auch hier bitte er um Unterstützung. Der für den Auftrag zur Verfügung stehende Betrag habe wegen Geldmangels auf ca. 1/3 gekürzt werden müssen.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, in seinem Antwortbrief an MP Özal habe er ihm mitgeteilt, daß TRACK II[12] in Ordnung gehe.[13] Was GAP angehe, wolle er diese Frage nochmals prüfen lassen. Es gebe zwar Probleme; er sehe jedoch die politische Dimension.

MP *Özal* fährt fort, man brauche noch ca. 15 Jahre bis zur Vollendung des Projekts. 13 Staudämme müßten gebaut werden.

Der *Bundeskanzler* bittet MP Özal um eine komprimierte Notiz über den Sachstand betreffend GAP. Diese Notiz solle dem Bundeskanzler unmittelbar zugeleitet werden.

10 Botschafter Negwer, Ankara, informierte am 2. April 1988: „Das ‚Güneydoğu Anadolu Projesi–GAP‘ (Südostanatolisches Projekt) sieht bis zur Jahrhundertwende die Errichtung von 13 Staudamm- und Bewässerungsanlagen vor. Die neugewonnenen Bewässerungsflächen werden mit 1,6 Mio. ha mehr als der doppelten Größe der Niederlande entsprechen. Die landwirtschaftliche Erzeugung der Türkei wird um das zehn- bis fünfzehnfache steigen. In Verbindung mit den Staudämmen an den Oberläufen von Euphrat und Tigris sollen Wasserkraftwerke errichtet werden, die die Energieversorgung um 7513 MW erhöhen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 420; Referat 206, Bd. 183938.

11 Zum Schreiben des Ministerpräsidenten Özal vom 8. April 1988 vgl. Dok. 292, Anm. 8.

12 Zum türkischen Fregattenprojekt „TRACK II“ vgl. Dok. 292, Anm. 9.

13 Zum Antwortschreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 11. November 1988 vgl. Dok. 292, Anm. 10.

MP *Özal* sagt zu. Er fährt fort, auch die Japaner führten Untersuchungen durch. GAP sei ein Schlüsselprojekt für die Lösung der wichtigsten Probleme der Türkei.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, mit Daimler-Benz wolle er selbst reden. Er verstehe die Haltung von Daimler-Benz nicht in Anbetracht der Summe, die hier zur Diskussion stehe.

MP *Özal* bestätigt, daß es sich um keine sehr große Summe handele.

Der *Bundeskanzler* faßt zusammen und bemerkt, er werde mit Daimler-Benz sprechen und erwarte ein Papier von MP Özal zu GAP.

MP *Özal* fährt fort, die Türkei erhalte jährlich 130 Mio. DM projektgebundene Hilfe. Die Türkei wolle aber keine neuen Projekte anfangen. Man wolle deshalb von der Projektbasis auf Programmbasis umstellen.

Der *Bundeskanzler* stellt die Frage, wie MP Özal die Lage in Teheran beurteile.

MP *Özal* bemerkt, im Augenblick scheine es im Iran besser zu gehen als im Irak.

Der *Bundeskanzler* teilt diese Auffassung und fragt, ob MP Özal sich hier auf Vermutungen stütze oder Beweise dafür habe.

MP *Özal* fährt fort, es handele sich nicht nur um eine Vermutung. Er sehe Rafsandjani als Pragmatiker an. Über den Gesundheitszustand von Khomeini gebe es viele Gerüchte. Er solle sehr krank sein. Aber er sei immer noch am Leben. Die Irakis würden sich zu selbstsicher geben. Er sei überzeugt davon, daß in den nächsten zwei oder drei Jahren kein neuer Krieg ausbrechen werde. Falls innerhalb dieser Frist ein Abkommen zwischen Iran und Irak zustande komme[14], sei die Frage gelöst.

Mehr Probleme gebe es in der Sowjetunion. Besonders beunruhigend sei die Lage in Aserbaidschan und Armenien.[15] Die Politik der Perestroika habe die Bevölkerung nicht satt gemacht.

Der *Bundeskanzler* nimmt dieses Thema auf und weist darauf hin, daß es zwei gleich wichtige Probleme für Gorbatschow gebe, nämlich die Versorgungslage und die Frage der nationalen Minderheiten. Das Aufkommen des letzteren Problems sei eine Folge der Perestroika. Man müsse auch sehen, daß sich die Behandlung der nationalen Minderheiten in der UdSSR auch außerhalb der Sowjetunion im Warschauer Pakt auswirke. Im Sommer des vergangenen Jahres habe er mit Deng gesprochen.[16] Er habe ihn gefragt, ob er glaube, daß Gorbatschow Erfolg haben werde. Deng habe die Auffassung vertreten, daß das Hauptproblem die Frage der Minderheiten sei. Wenn er ihnen entgegenkomme, werde die Lage im Warschauer Pakt explosiv werden.

Der Bundeskanzler fragt MP Özal nach seiner Beurteilung der Lage im Nahen Osten nach der Erklärung der Palästinenser[17].

14 Zu den Friedensverhandlungen zwischen dem Irak und dem Iran in Genf vgl. Dok. 341, Anm. 5.

15 Zu den Nationalitätenkonflikten in der UdSSR vgl. Dok. 85 und Dok. 337.

16 Bundeskanzler Kohl traf am 14. Juli 1987 in Peking mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, Deng Xiaoping, zusammen.

17 Der Palästinensische Nationalrat (PNC) rief am 15. November 1988 in der Deklaration von Algier einseitig einen unabhängigen palästinensischen Staat aus. Vgl. dazu Dok. 327, Anm. 10.

MP *Özal* berichtet, daß Arafat vor der Konferenz in Algier in der Türkei gewesen sei.[18] Der türkische Einfluß auf die Palästinenser sei seit zwei bis drei Jahren erheblich. Die Palästinenser hätten Vertrauen zu den Türken. Er habe Arafat empfohlen, die Resolutionen des Sicherheitsrats[19] anzuerkennen und eine Erklärung gegen den Terrorismus abzugeben. Er habe ihm zugesichert, daß die Türkei die Anerkennung aussprechen werde, wenn die Palästinenser diese Vorschläge berücksichtigten. Wenn Israel die Möglichkeiten, die sich jetzt eröffnen, ungenutzt lasse, werde der Frieden im Nahen Osten in weite Ferne rücken.

Der *Bundeskanzler* stimmt dieser Beurteilung zu.[20]

MP *Özal* fährt fort, daß die EG und die USA jetzt Druck ausüben müßten.

Der *Bundeskanzler* betont, der Frieden im Nahen Osten sei nicht nur für die direkt Beteiligten, sondern für die Weltpolitik wichtig. Ein Problem sei, daß die Wahlen in Israel dieses Ergebnis gehabt hätten.[21]

MP *Özal* stimmt zu. Er bemerkt, daß er im Dezember in die USA fahren und dort mit Präsident Reagan und dem gewählten Präsidenten Bush[22] sprechen werde.[23]

Der *Bundeskanzler* berichtet von seinen Gesprächen mit einer Anzahl jüdischer Persönlichkeiten in New York.[24] Ihr Einfluß sei sehr groß; sie seien jedoch untereinander zerstritten. Innerhalb der jüdischen Kreise gebe es eine heftige Diskussion, ob es die Pflicht eines jeden sei, nach Israel auszuwandern. Viele dächten nicht daran, dies zu tun. Die kämpferischen Zionisten machten nun geltend, wer schon nicht nach Israel gehe, müsse Israel aktiv unterstützen. Er habe auch mit Simon Wiesenthal gesprochen, der zu den drei oder vier wichtigsten Persönlichkeiten gehöre, die größtes Ansehen genießen. Er habe aus Anlaß des 80. Geburtstags von Simon Wiesenthal in New York eine Rede gehalten.[25] Eine zweite Rede aus Anlaß des Geburtstags von Simon Wiesenthal habe Präsident Reagan in Los Angeles gehalten.[26] Die Rede in New York sei eine der schwierigsten Reden seines Lebens gewesen. Bei seinem Aufenthalt in New York sei

18 Zum Besuch des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, am 24./25. Oktober 1988 in der Türkei vgl. Dok. 293, Anm. 18.

19 Vgl. dazu die Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967; UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.
Vgl. dazu ferner die Resolution Nr. 338 des VN-Sicherheitsrats vom 22. Oktober 1973; UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. IX, S. 44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 313.

20 Dieser Satz wurde hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

21 Am 1. November 1988 fanden in Israel Parlamentswahlen statt. Referat 310 vermerkte am 7. November 1988, daß „es zwischen den beiden Blöcken Likud und Maarach" zu einem Patt gekommen sei (Likud 40 Mandate, Maarach 39 Mandate). Hauptgewinner seien die religiösen Parteien mit 18 Mandaten (zuvor 12), die zwar keinen einheitlichen Block bildeten, deren Forderungen aber für den Likud leichter zu erfüllen seien. Vgl. Referat 310, Bd. 149748.

22 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Bush, als Sieger hervorging.
Präsident Bush nahm am 20. Januar 1989 die Amtsgeschäfte auf.

23 Ministerpräsident Özal hielt sich vom 11. bis 21. Dezember 1988 in den USA auf.

24 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 12. bis 15. November 1988 in New York auf. Vgl. dazu Dok. 328.

25 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl vor dem Simon Wiesenthal Center am 14. November 1988 in New York anläßlich des bevorstehenden 80. Geburtstags von Simon Wiesenthal vgl. BULLETIN 1988, S. 1381–1384.

26 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan bei der Verleihung des Simon Wiesenthal Center Award am 30. Oktober 1988 in Los Angeles vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1988/89, S. 1414 f.

ihm klargeworden, daß eine intellektuelle Brücke vom Holocaust zum Nahen Osten bestehe. Daher die Auffassung der amerikanischen Juden, sie müßten zu Israel stehen. Daher komme die finanzielle und die intellektuelle Unterstützung. Sie habe auch große Wirkung in Washington, wo andererseits aber die Bilder von der Westbank zum Nachdenken Anlaß geben. Bush habe er bereits gesprochen[27], und er werde auch Präsident Mitterrand und im Kreise der EG sagen, daß die Zeit im Nahen Osten verrinne. Er habe dies auch schon zu Peres gesagt. Israel werde nie mehr Nachbarn haben wie König Hussein und Präsident Mubarak. Was nach diesen komme, könne für Israel nur schlechter sein. Er befürchte, Shamir werde kein Einsehen haben. Es handele sich um eine gefährliche Entwicklung. Wohl die gefährlichste in der Welt, weil so viele Emotionen vorhanden seien. Mit großer Bestürzung habe er übrigens erfahren, daß Gaddafi chemische Waffen produziere.[28]

MP *Özal* stellt die Frage, woher die Anlagen stammten.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, sie kämen aus vielen Teilen der Welt. Es würden ja auch keine kompletten Anlagen geliefert, sondern nur Einzelteile, die dann zusammengebaut würden. Er habe gegenüber Reagan und Bush geäußert, daß man nun unbedingt zu einer Ächtung der chemischen Waffen kommen müsse.

MP *Özal* bezeichnet dies ebenfalls als dringend notwendig.

Der *Bundeskanzler* gibt erneut seiner tiefen Beunruhigung über die Entwicklung in der Nahost-Region Ausdruck. Frankreich sehe dies nicht ganz so. Der Bundeskanzler stellt die Frage, welchen Eindruck MP Özal von der Führung der Palästinenser habe.

MP *Özal* teilt mit, er habe mit Arafat und Kaddumi gesprochen. Er glaube, ihr Wunsch nach Frieden sei ehrlich. Die Probleme würden eher von Shamir verursacht. Seine Befürchtung sei, daß in etwa fünf Jahren der Erdölpreis nicht mehr niedrig sein werde. Dann hätten auch die arabischen Länder wieder mehr Geld zur Verfügung. Ein Übereinkommen werde dann sicherlich schwerer zu erreichen sein.

Der *Bundeskanzler* unterstreicht erneut, daß die Zeit gegen Israel arbeite. Es sei offen, wer später einmal in Jordanien und Ägypten führe. Auch die innere Struktur Israels ändere sich. Die Generation der aus Europa eingewanderten Juden trete ab. Jetzt gebe es eine neue Generation. Viele kämen nicht mehr aus dem europäischen Kulturkreis. Dies sei bei der Partei von Shamir deutlich zu sehen. Hier liege eine große Gefahr. Es sei dies eine andere Welt. Er wolle ganz offen sagen, daß er eine große Chance für MP Özal sehe. Die Türkei sei ein starkes Land; sie werde noch stärker werden. Die Türkei sei in einer Brückenfunktion. Vieles von dem, was die Türkei tue, werde stark beachtet. Wenn MP Özal sein Gewicht für friedliche Lösungen einsetze, sei dies für die Weltpolitik von großer Bedeutung und die beste Werbeveranstaltung für die Türkei in den USA. Er glaube auch, daß es wichtig für die Türkei sei, weil es Auswirkungen in der EG haben werde, wenn die Türkei in der Nahost-Frage konstruktiv wirke.

27 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem designierten Präsidenten Bush am 15. November 1988 in Washington vgl. Dok. 332, Anm. 25.

28 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz und CIA-Direktor Webster am 15. November 1988; Dok. 327, Anm. 14.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, wie lange MP Özal sich in Frankreich aufhalten werde.

MP *Özal* berichtet, daß er nur nach Paris reise und am Mittwoch[29] nach Ankara zurückkehren werde.

Der *Bundeskanzler* erkundigt sich nach den Wirtschaftsbeziehungen Frankreichs zur Türkei.

MP *Özal* führt aus, Frankreich stehe an fünfter oder sechster Stelle in der Liste der türkischen Außenhandelspartner. Während der Ministerpräsidentschaft von Chirac hätten sich die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen positiv entwickelt. Er habe den Eindruck, daß die jetzige sozialistische Regierung in die gleiche Richtung gehen werde.

Der *Bundeskanzler* teilt diese Auffassung. Rocard verdiene Vertrauen.

MP *Özal* kommt nochmals auf die Verteidigungshilfe zu sprechen. TRACK II werde weiterlaufen. Der Militärhaushalt sei zwar reduziert worden, aber TRACK II sei ein wichtiges Vorhaben. Er würde sich freuen, wenn die Bundesrepublik Deutschland auch auf dem militärischen Sektor ihre Hilfe verstärken könne. Die Türkei erhalte zur Zeit 260 Mio. DM für drei Jahre. Falls dieser Betrag erhöht würde, würde die türkische Seite dies sehr begrüßen. Zur Frage des EG-Beitritts und einer evtl. Mitgliedschaft in der WEU[30] wolle er noch bemerken, daß es in der letzten Zeit in der Presse Nachrichten gegeben habe, wonach die Bundesrepublik Deutschland sich gegen die Türkei stelle. Er wisse zwar nicht, woher diese Berichte kommen, sie würden jedoch zunehmen. Er glaube, die deutsch-türkischen Beziehungen seien sehr gut. Er erwarte, daß das, was[31] Giscard für Griechenland getan habe[32], Deutschland jetzt für die Türkei tue.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß in London vor kurzem die WEU-Tagung stattgefunden habe und daß BM Genscher berichtet habe, er sei dort Wortführer im Sinne des türkischen Wunsches gewesen.[33] Der Türkei sollten formelle Konsultationen für die Zeit angeboten werden, in der der WEU-Vertrag[34] nach dem Beitritt Spaniens und Portugals[35] überprüft werde. Dies sei doch das Gegenteil dessen, was die Presse behaupte. Er habe gewisse Vermutungen, wer diese Nachrichten streue. Er habe Evren gesagt, die Türkei und Deutschland seien alte Freunde.[36] Die Türkei habe in den schwierigsten Zeiten zu Deutschland gehalten. Dies werde man nicht vergessen.

MP *Özal* bittet abschließend den Bundeskanzler, deutsche Investoren in Richtung Türkei zu motivieren. Dies wäre eine große Hilfe. Er verweist auf das Beispiel der Verhandlungen zwischen Lufthansa und Turkish Airlines über ein Gemeinschaftsunternehmen.

29 30. November 1988.
30 Zum türkischen Antrag auf Beitritt zur WEU vgl. Dok. 244.
31 Korrigiert aus: „daß, was".
32 Griechenland trat mit Wirkung vom 1. Januar 1981 den Europäischen Gemeinschaften bei.
33 Zur Erklärung des Bundesministers Genscher auf der WEU-Ministerratstagung am 14./15. November 1988 zu einem türkischen Beitritt zur WEU vgl. Dok. 244, Anm. 22.
34 Für den Wortlaut des WEU-Vertrags in der Fassung vom 23. Oktober 1954 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 283–288.
35 Spanien und Portugal traten auf der WEU-Ministerratstagung am 14./15. November 1988 der WEU bei.
36 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Evren am 18. Oktober 1988; Dok. 292.

Der *Bundeskanzler* bekräftigt zum Schluß nochmals die Absprache, sich künftig häufiger informell zu treffen.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 77

341

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem stellvertretenden iranischen Außenminister Larijani in Teheran

311-321.11 IRN-1328/88 VS-vertraulich **28. November 1988**[1]

Von BM genehmigt

Gespräch BM–StS Larijani

BM führte am 28.11.1988, um 20.00 Uhr, ein etwa eineinhalbstündiges Gespräch mit StS Larijani in der Botschafterresidenz.[2]

Von deutscher Seite nahmen teil: Botschafter Dr. Freitag, D3[3], VLR I Weber;

von iranischer Seite: Botschafter Mostafavi, Herr Musavian (Deutschlandreferent im Außenministerium).

1) Zur Implementierung von Res. 598[4] sagte *Larijani*, die Verhandlungen stagnierten.[5] Man könnte sogar von einem Stillstand sprechen. Seiner Ansicht nach sei die Zeit reif dafür, daß der GS[6] persönlich zwischen Teheran und Bagdad hin- und herreise, um die nächste Verhandlungsrunde vorzubereiten. Anders könnten die Dinge nicht in Gang kommen. Jetzt müsse man mit den Staatsoberhäuptern[7] sprechen. Er bat um unser Urteil.

D3 antwortete, aus unseren Kontakten mit dem GS hätten wir den Eindruck, daß auch dort über eine Reisetätigkeit nachgedacht werde. Der GS werde selbst sich zu einer Reise aber wahrscheinlich nur dann entschließen, wenn er realistische Erfolgschancen sehe. Nach unserem Eindruck erwarte er von Iran Beweglichkeit in der Frage der Räumung des Schatt, vom Irak in der Frage des Truppenrückzugs.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit am 28. November 1988 gefertigt.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 27. bis 29. November 1988 im Iran auf. Vgl. dazu auch Dok. 344.

3 Reinhard Schlagintweit.

4 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrates vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 1, Anm. 33.

5 Zu den Friedensverhandlungen zwischen Irak und Iran in Genf vgl. Dok. 311, Anm. 72.
Referat 230 informierte am 23. November 1988: „Die dritte und bisher letzte Runde fand vom 31.10. bis 11.11. statt. Sie brachte keinerlei Bewegung in der Sache. Die Divergenzen beider Parteien in ihrem Verständnis des Waffenstillstandes bestehen unverändert fort. Lediglich in der Frage der Kriegsgefangenen kamen die Parteien zu der Übereinkunft, 411 kranke und verletzte Iraner sowie 1115 Iraker rückzuführen." Vgl. Referat 311, Bd. 154134.

6 Javier Pérez de Cuéllar.

7 Saddam Hussein (Irak) und Ali Khamenei (Iran).

Larijani erwiderte, ohne Risiko könne man nicht arbeiten. Es gebe positive Punkte (ohne sie zu nennen), aber Irak sei so unnachgiebig wie je zuvor. Der *BM* sagte, wir würden die iranische Anregung mit großer Diskretion weitergeben. Er sei sicher, daß der GS die Anregung ernst nehmen würde, wenn es nur ein bißchen Aussicht auf Fortschritte gebe.

2) Zur Menschenrechtsfrage sagte *Larijani*, offensichtlich benutzten einige Länder die Menschenrechtsfrage als politisches Druckmittel. Bisher hätte Iran auf Anregungen hinsichtlich Kontakte oder Einladungen des MR-Beauftragten überhaupt nicht reagiert, weil dieser erst Iran verurteilt und dann Kontakte gesucht habe.[8]

Jetzt schlage Iran einen Kompromiß vor. Wenn die VN sich dazu entschlössen, nur eine milde Resolution zu verabschieden, wäre Iran zu Verhandlungen mit dem MR-Beauftragten bereit.[9]

Auf Frage des BM erläuterte er, man sei dann bereit, mit Herrn P.[10] wirklich voll zusammenzuarbeiten, d. h., ihm jede Information zuzusichern und ihm alle Gesprächswünsche zu erfüllen, die er vorher angemeldet habe. Man werde seinen Besuch gut vorbereiten. Wenn es aber eine Verurteilung geben werde, käme dies nicht mehr in Frage.

Larijani setzte sich dann mit den Vorwürfen auseinander, daß Iran Gesetze habe, die selbst MR-Verletzungen darstellten, daß die Rechtspraxis nicht MR-gerecht sei und daß es Gruppenverurteilungen gäbe. Alle diese Vorwürfe träfen nicht zu. Das iranische Rechtssystem könne sich sehen lassen. Jeder kriminelle Fall werde einzeln und nach strengen rechtlichen Kriterien behandelt.

BM verwies auf die Meldungen von Massenexekutionen. *Larijani* erklärte: „Wir weisen diese Vorwürfe kategorisch zurück." Es gäbe die Todesstrafe. Jede Hinrichtung erfolge aber streng nach Gesetz und nach einem gesonderten richterlichen Verfahren. Die Anschuldigungen wegen Massenexekutionen seien eine Reaktion auf die Anschuldigungen gegen Irak wegen des Einsatzes chemischer Waffen[11].

BM erkundigte sich eingehend nach dem Fall Danesh, den er gegenüber AM Velayati und ihm angesprochen habe. *Larijani* sagte, er habe sich erkundigt, aber noch nichts herausbekommen, da er auch nicht wisse, in welcher Kategorie

8 Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), informierte am 4. November 1988, der VN-Sonderberichterstatter zur Menschenrechtslage im Iran, Pohl, habe dem 3. Ausschuß der VN-Generalversammlung am Vortag einen Bericht vorgelegt, der zum Ergebnis komme, „daß die fortdauernden Menschenrechtsverletzungen im Iran, insbesondere die jüngsten Berichte über die Hinrichtungswelle im Zeitraum Juli bis September 1988, weiter Anlaß zu internationaler Besorgnis geben" und weiter zu beobachten seien. „Die sich aus dem Zivilpakt ergebenden Verpflichtungen hinsichtlich des Rechts auf Leben würden vom Iran nicht vollständig eingehalten." Ferner enthalte der Bericht den „dringenden Appell an iranische Regierung, mit Sonderberichterstatter bei Erledigung seines Mandats voll zusammenzuarbeiten". Vgl. den Drahtbericht Nr. 2700; Referat 311, Bd. 154161.

9 Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), teilte am 23. November 1988 mit, dem 3. Ausschuß der 43. Generalversammlung sei ein Resolutionsentwurf zur Menschenrechtslage im Iran vorgelegt worden. Der iranische VN-Botschafter Mahallati habe darauf ihn, York von Wartenburg, gebeten, die Annahme des Resolutionsentwurfs abzuwenden. Der Iran, so Mahallati, müsse „darauf bestehen, daß die 43. GV keine Res. verabschiede, die sich inhaltlich nur auf unbewiesene Anschuldigungen und Verleumdungen stützen könne und deren rein politische Zielsetzung nur allzu durchsichtig sei". Vgl. den Drahtbericht Nr. 3058; Referat 311, Bd. 154161.

10 Reynaldo Galindo Pohl.

11 Zum Einsatz von Chemiewaffen durch den Irak vgl. Dok. 99, Dok. 154 und Dok. 253.

Danesh ein Vorwurf gemacht werde. *BM* las das Non-paper vor, das dem iranischen AM vor einigen Monaten übergeben worden war und aus dem hervorgeht, daß D. 1983 verhaftet worden war, weil er dem Zentralkomitee der Tudeh-Partei angehöre.[12] Es gebe Meldungen, daß er vor wenigen Tagen hingerichtet worden sei. Der *Botschafter* sagte, es gebe eine Liste von Hinrichtungen. In ihr sei der Name Danesh nicht enthalten.

Larijani sagte zu, er werde sich neuerdings erkundigen und über die Botschaften Bescheid geben. Der *BM* bat um möglichst baldige Antwort und stellte in Aussicht, das Aide-mémoire morgen nochmals zurückzugeben. Er nannte außerdem zwei weitere Fälle, Baghai und Bigdeli.

Larijani antwortete, hiervon sei ihm nur Baghai bekannt. Er sei Führer einer politischen Gruppe (der Nationalen Front), sei freigelassen worden und vor drei Monaten eines natürlichen Todes gestorben.

Larijani kam dann noch einmal auf die Zusammenarbeit mit dem MR-Beauftragten zu sprechen. Man habe die Bereitschaft bereits in New York mitgeteilt.[13] *D3* erklärte, wir glaubten, daß eine schriftliche Mitteilung, möglichst als VN-Dokument, erforderlich sei. Dann könne Iran sogar mit einer Zurückziehung des Resolutionsentwurfs rechnen. *Larijani* sagte, seines Wissens habe Botschafter Mahallati die Bereitschaft schon schriftlich mitgeteilt.

Auf nochmalige Frage des *BM*, wie Iran reagieren würde, wenn Herr P. nächste Woche sagte, er wolle nach Iran reisen, antwortete *Larijani*, man würde positiv reagieren. P. solle sagen, welche Informationen er wolle und wen er zu treffen wünsche.

Larijani fügte hinzu, Iran reagiere empfindlich auf Versuche, die MR-Frage als politisches Druckmittel zu benutzen, wie dies andere westliche Länder versuchten. Daher bäte man Minister Genscher, parallel zur iranischen Bereitschaft, mit P. zusammenzuarbeiten, eine positive Geste zu machen. Eine solche Hilfe von Freunden sei notwendig, um innenpolitische Widerstände gegen eine Zusammenarbeit mit dem MR-Beauftragten abzubauen und die Regierung bei der Verteidigung einer konstruktiven Haltung zu unterstützen. „Dies kann entscheidend sein."[14]

3) Der *BM* sprach die Frage der Geiseln in Libanon an.[15] Ein erfolgreicher iranischer Einsatz wäre menschlich wünschenswert und könne die Probleme mit den

12 Für das von Bundesminister Genscher dem iranischen Außenminister Velayati am 29. September 1988 in New York übergebene Non-paper vgl. Referat 311, Bd. 154163.

13 Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), berichtete am 25. November 1988, der iranische VN-Botschafter Mahallati habe am selben Tag zur Menschenrechtsfrage im 3. Ausschuß der VN-Generalversammlung Stellung bezogen. Danach seien die im Bericht des VN-Sonderberichterstatters Pohl vom 3. November 1988 „enthaltenen Anschuldigungen […] völlig haltlos". Dennoch zeige sich der Iran zur Zusammenarbeit mit Pohl bereit, wenn auch, so York von Wartenburg, unter der Bedingung, „daß 43. GV keine inhaltliche Res. über Menschenrechtslage im Iran verabschiedet". Vgl. den Drahtbericht Nr. 3092; Referat 311, Bd. 154161.

14 Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), berichtete am 9. Dezember 1988, daß die VN-Generalversammlung den geringfügig geänderten Resolutionsentwurf vom 23. November 1988 am Vortag angenommen habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3323; Referat 311, Bd. 154161.
Für den Wortlaut der Resolution Nr. 43/137 vom 8. Dezember 1988 vgl. RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 43. Tagung, S. 247 f.

15 Zur Frage der amerikanischen und britischen Geiseln im Libanon vgl. Dok. 247, Anm. 9 und 14.

USA erleichtern.[16] *Larijani* antwortete, hierbei seien verschiedene Faktoren zu berücksichtigen:

– die politische Situation im Libanon[17],
– wie effektiv sei der iranische Einfluß im Libanon? Man könne wohl etwas bewirken, es sei aber nie ganz sicher, wieviel eigentlich,
– wie groß sei der Anreiz für den Iran, sich einzusetzen?

Es handele sich hier um ein „schmutziges Geschäft", das sehr viel Zeit und einen beträchtlichen politischen Willen benötige. Er selbst sei von der amerikanischen Haltung enttäuscht. Reagan habe die Freigabe des konfiszierten iranischen Eigentums um ein weiteres Jahr verschoben.[18] Teheran bekomme kein ermutigendes Signal. Warum also seine Zeit verschwenden? Es gebe bedrückendere humanitäre Probleme, z. B. die Hungernden in Afrika.

Larijani erkundigte sich in diesem Zusammenhang, wie der BM die Iran-Politik der neuen amerikanischen Administration einschätze. *BM* erklärte, diese sei offensichtlich noch unentschieden. *D3* fügte hinzu, bei seinem Besuch in Washington habe er Informationen über Tendenzen sowohl der Öffnung gegenüber Iran wie auch der Beibehaltung eines sehr restriktiven Kurses erhalten.[19] Vielleicht sei es gut, erstere zu ermutigen. *Larijani* sagte, er fürchte, daß Bemühungen um die Geiseln sich sogar zum Nachteil des Iran auswirken könnten. Es hieße dann, der Iran betreibe Geiselhandel. Jedoch werde er versuchen, Fortschritte zu erzielen. Er wisse allerdings noch nicht, ob er sich selbst noch einmal damit beschäftigen könne. *BM* sagte, er solle daran denken, daß es hier sowohl um humanitäre Fragen wie um das nationale Interesse Irans gehe, dem die Verbesserung der Beziehungen zu den USA dienten. Er sei an den betroffenen Menschen interessiert und an der Aufhebung der Isolierung Irans.

Auf die Frage des BM, auf welche amerikanischen Signale Iran positiv reagieren würde, antwortete *Larijani*: die Bereitschaft der USA, über die Freigabe der iranischen Guthaben zu diskutieren und die finanziellen Streitfälle mit Iran zu beenden. *D3* wies darauf hin, daß Amerika nie genau wisse, welcher von den zahlreichen, von Iran benutzten Kanälen nun ernst gemeint sei. *Larijani* antwortete, das sei ganz einfach, dieser Kanal (BM Genscher) sei der richtige.

4) Larijani sagte, er wolle noch eine wichtige Frage im Verhältnis zu Westeuropa und zu uns aufwerfen: Iran stehe vor dem wirtschaftlichen Wiederaufbau. Dabei

16 Referat 311 notierte am 10. November 1988: „Die iranische Regierung hat im Rahmen ihrer Öffnungs- und Liberalisierungspolitik seit Mitte dieses Jahres uns gegenüber mehrfach Signale gegeben, daß Iran an einer Verbesserung der Beziehungen zu USA interessiert sei." Demgegenüber habe der amerikanische Außenminister Shultz mehrfach gegenüber der Bundesregierung betont, „daß die fortbestehende Geiselhaft einiger Amerikaner ein wesentliches Hindernis für die Verbesserung der Beziehungen sei". Vgl. Referat 311, Bd. 154134.

17 Zur Lage im Libanon vgl. Dok. 311, Anm. 70.

18 Vgl. dazu die Mitteilung des Präsidenten Reagan vom 8. November 1988 über die Verlängerung der in Executive Order Nr. 12170 vom 14. November 1979 geregelten Blockierung iranischer Vermögen; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1988/89, S. 1483 f.

19 Ministerialdirektor Schlagintweit hielt sich am 17./18. Oktober 1988 zu Regionalkonsultationen in den USA auf. Der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Murphy, berichtete, der Schlüssel für einen Dialog mit dem Iran sei die Geiselfrage, wobei man auf seiten des Irans „keine Bemühungen erkennen könne, die Hisbollah zur Freilassung zu bewegen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 4198/4199 des Gesandten Paschke, Washington, vom 18. Oktober 1988; Referat 311, Bd. 154133.

sei die Hilfe von Freunden, wie den Deutschen, besonders wichtig. Diese Hilfe könne durch Kredite oder Anleihen, durch Joint-ventures oder durch reine Aufträge oder Projekte, die im Iran durchgeführt werden, realisiert werden. Auf jeden Fall würden besondere Kreditmöglichkeiten nötig sein. Man hoffe, daß die Bundesregierung hier helfen und ermutigen würde.

BM erklärte, die deutschen Wirtschaftsvertreter fühlten sich bereits durch seine positive Politik ermutigt. Dies zeige die umfangreiche und hochrangige Begleitung. Im übrigen könne er, Larijani, in seinem morgigen Gespräch mit den Wirtschaftsvertretern selbst in dieser Richtung wirken.[20] Er selbst werde nach seiner Rückkehr eine Überprüfung unserer Hermes-Praxis veranlassen. Wichtig sei auf jeden Fall, daß Iran seine Prioritäten klarstelle und auch in Einzelfällen richtig vorgehe (er verwies auf Schwierigkeiten bei Thyssen).

5) *Larijani* erwähnte dann die Öffnung seines Landes gegenüber Westeuropa. Diese Politik könne aber nur Erfolg haben, wenn sie „Brot und Butter", d. h. sichtbare Erfolge zeige und wenn sie der iranischen Verteidigung nutze. Die iranische Verteidigung sei eine sehr ernste Frage für die Nation. So ernst, daß viele Leute sagten, um diese Probleme befriedigend zu lösen, könne sogar eine Änderung der Außenpolitik richtig sein. Er selbst gehe nicht so weit. Aber auch er frage sich, ob man sich in Fragen, die mit der Verteidigung zusammenhängen, auf Westeuropa verlassen könne. Dieses Problem gelte besonders im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland. Parlamentspräsident Rafsandjani denke daran, dieses Thema morgen mit dem BM zu erörtern. Er wolle aber vorher dessen Auffassung genauer kennenlernen.

BM antwortete, viele europäische Staaten exportierten Waffen. Es sei Iran überlassen, mit diesen Staaten zu sprechen. Was Deutschland anbelange, so seien wir aus historischen Gründen in einer besonderen Lage. Wir hätten sehr restriktive Gesetze und eine sehr restriktive Praxis für den Verkauf von Waffen.[21] Wir verkauften fast nur an NATO und NATO-ähnliche Länder wie die Schweiz und Schweden. Im Augenblick gebe es immer noch eine Untersuchungskommission wegen des Verkaufs von Blaupausen (!) nach Südafrika.[22] Er habe auch diesem Verkauf nicht zugestimmt. Jetzt sei nicht die richtige Zeit, mit uns über diese Frage zu sprechen. Dies müsse nicht für alle Zeiten so sein. Gegenwärtig sei aber eine derartige Zusammenarbeit mit uns nicht möglich. Er rate daher, daß der Parlamentspräsident dieses Thema nicht anschneide.

6) *Larijani* sagte abschließend, er wolle außerdem noch mit uns über die Beziehungen Irans zur Europäischen Gemeinschaft sprechen. Der *BM* bot ihm hierzu eine gesonderte Konsultation an, um ihn ausführlich zu unterrichten und es Iran zu ermöglichen, sich auf die künftige Entwicklung vorzubereiten. Larijani sei in Bonn jederzeit willkommen. *Larijani* erklärte, er reise demnächst nach Europa (Sofia, Prag und Westeuropa). Er könne um den 10. oder 11. Dezem-

[20] Der stellvertretende iranische Außenminister Larijani betonte am 29. November 1988 im Gespräch mit der Wirtschaftsdelegation aus der Bundesrepublik, daß das Ausland zur wirtschaftlichen Entwicklung Irans beitragen und der Privatsektor, wenn auch unter staatlicher Beobachtung, eine „größere Rolle" spielen solle. Als Prioritäten wirtschaftlicher Zusammenarbeit nannte Larijani die Energie- und Landwirtschaft, die Schwer- und Verteidigungsindustrie sowie den Handel und die Ausbildung von Arbeitskräften. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 311, Bd. 154144.

[21] Zur Regelung des Rüstungsexports in der Bundesrepublik vgl. Dok. 23, Anm. 4.

[22] Zum Verdacht der Ausfuhr von U-Boot-Konstruktionsunterlagen nach Südafrika vgl. Dok. 23.

ber in Bonn sein. Der *BM* sagte, er sei am 10. nachmittags in Paris. Man könne aber an ein Treffen am 11. Dezember morgens denken.[23]

7) Anschließend führte *Larijani* auf Bitten des BM ein gesondertes Gespräch mit Herrn Scheider von der Firma Krupp.

VS-Bd. 13648 (311)

342

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron

28. November 1988[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister zur Unterrichtung

Betr.: Deutsch-sowjetische Planungsstabskonsultationen in Moskau vom 22.–23.11.1988 und anschließende Gespräche des Planungsstabs bei den drei Westinstituten der Akademie der Wissenschaften der SU am 24.11.1988

I. Die wichtigsten Eindrücke und Ergebnisse (zugleich Kurzfassung)

1) Die deutsch-sowjetischen Planungsstabskonsultationen (am 22./23.11. LPl[3] mit Botschafter Mendelewitsch und seinem Stab) und anschließende Gespräche

23 Der stellvertretende iranische Außenminister Larijani traf am 11. Dezember 1988 mit Bundesminister Genscher zu einem Gespräch zusammen. Zum Fall Ahmed Danesh erklärte Larijani, dieser „sei Mitglied des Zentralkomitees der Tudeh-Partei gewesen" und habe „aktiv Spionage für die Sowjetunion betrieben", weshalb er hingerichtet worden sei. „Sein Fall könne jederzeit offengelegt werden." Man habe den Bundesminister nur deshalb nicht früher unterrichten können, „weil Danesh unter einem anderen Namen als Mitglied des ZK der Tudeh-Partei registriert" gewesen sei. Bundesminister Genscher erklärte darauf sein Unverständnis: „Er wisse, daß die Exekution unmittelbar vor seiner Ankunft in Teheran stattgefunden habe. Iran habe hier schwere Probleme für die Bundesregierung und für ihn persönlich geschaffen." Er müsse daraus schließen, daß seine Informationen nicht nur im Falle Danesh, sondern auch bezüglich der Massenhinrichtungen vor seiner Reise richtig gewesen seien. Dies „stelle eine große Belastung für die bilateralen Beziehungen dar und werfe Schatten über die weitere Entwicklung". Die Frage Genschers, ob Iran bereit sei, den VN-Sonderberichterstatter zur Menschenrechtslage im Iran, Pohl, zu empfangen, bejahte Larijani: „Der Menschenrechtsbeauftragte könne ohne jede Bedingung, aber nach gründlicher Vorbereitung einreisen. […] Diese Zusage sei ein Ergebnis der Bemühungen von Bundesminister Genscher und seines Landes." Zur Verbesserung der iranischen Beziehungen zu den USA schlug Larijani vor, „daß man gleichzeitig mit der Erörterung der iranischen Guthaben in den USA und mit Aktivitäten, die zur Freilassung amerikanischer Geiseln im Libanon führen könnten, beginnen könne. Er könne nicht garantieren, daß für die Befreiung aller US-Geiseln eine 100-prozentige Sicherheit gegeben sei. Dennoch wäre es gut, wenn die USA diese Gelegenheit nicht ungenutzt vorübergehen ließen." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 13648 (311); B 150, Aktenkopien 1988.

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Weiß konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Interessant!"

2 Jürgen Sudhoff.

3 Klaus Jürgen Citron.

bei den drei Westinstituten der Akademie der Wissenschaften (mit Bykow und Bogdanow, den stellvertretenden Direktoren des IMEMO[4] bzw. des USA/Kanada-Instituts, sowie mit Schurkin, dem Direktor des neuen Europa-Instituts) fanden in einer für die sowjetische Reformpolitik und – damit zusammenhängend – für die zukünftige Außen- und Sicherheitspolitik Moskaus entscheidenden Phase statt. Vor dem Hintergrund der schwierigen Wirtschafts- und Versorgungslage, der politischen Kontroversen im Baltikum und der gewalttätigen Konfrontation im Süden der SU[5] sowie einer sich verschärfenden Diskussion um politische Struktur- und Verfassungsreformen[6] äußerten sich alle sowjetischen Gesprächspartner erstaunlich freimütig.

Der stellv. sowjetische AM Komplektow unterstrich zum Abschluß bei einem ca. einstündigen Gespräch nachdrücklich die Zufriedenheit der sowjetischen Seite über den inhaltlichen und atmosphärischen Verlauf der Konsultationen und hob die Bedeutung dieses Dialogs der Planer für die Vertrauensbildung zwischen unseren beiden Ländern hervor. Das von Botschafter Mendelewitsch für einen Kurzvortrag zum Thema „Optimierung der nuklearstrategischen Stabilität“ am 23.11. hinzugeladene Akademiemitglied Rauschenbach, ein hochangesehener sowjetischer Raketenspezialist wolgadeutscher Abstammung, zeigte sich angetan von der Normalität und Ungezwungenheit des Gesprächsverlaufs.

2) Im Mittelpunkt der Konsultationen und Gespräche standen neben den globalen Herausforderungen als Ausgangsrahmen für eine verantwortungsvolle, zukunftsorientierte Politik insbesondere Fragen einer umfassend strukturierten Stabilität in Europa im Rahmen eines qualitativ neuartigen Ost-West-Verhältnisses. Folgendes ist hervorzuheben:

– Die neue außen- und sicherheitspolitische Konzeption der SU wird in entscheidenden Punkten weiter ausgestaltet. „Freiheit der Wahl“ gilt z. B. nicht nur für die DW, sondern als Universalprinzip auch für Osteuropa. Die Breschnew-Doktrin[7] ist erklärtermaßen tot.
– Die SU sieht ebenso wie der Westen präzedenzlose Chancen für gemeinsam getragene Verhandlungsfortschritte in den verschiedenen Verhandlungsgremien, signalisierte aber wiederholt, daß etwaige westliche Versuche einer Ausnutzung der schwierigen Lageentwicklung in der SU und Osteuropa für westliche Druckversuche nur kontraproduktiv wären.

4 Institut mirovoj ėkonomiki i meždunarodnych otnošenij (Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen, Moskau).

5 Zu den Nationalitätenkonflikten in der UdSSR vgl. Dok. 85 und Dok. 337.

6 Zur Änderung der sowjetischen Verfassung und Novellierung der Wahlgesetzgebung vgl. Dok. 337, Anm. 7.

7 Am 3. Oktober 1968 erläuterte der sowjetische Außenminister Gromyko vor der VN-Generalversammlung die sowjetische Auffassung von einer „sozialistischen Gemeinschaft“. Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 555–560.
Am 12. November 1968 griff der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, diese Vorstellung auf dem V. Parteitag der PVAP in Warschau auf („Breschnew-Doktrin“): „Und wenn die inneren und äußeren dem Sozialismus feindlichen Kräfte die Entwicklung irgendeines sozialistischen Landes auf die Restauration der kapitalistischen Ordnung zu lenken versuchen, wenn eine Gefahr für den Sozialismus in diesem Land, eine Gefahr für die Sicherheit der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft entsteht, ist das nicht nur ein Problem des Volkes des betreffenden Landes, sondern ein allgemeines Problem, um das sich alle sozialistischen Staaten kümmern müssen.“ Vgl. DzD V/2, S. 1478.

– Beim Thema gesamteuropäisches Haus wurden defensive Züge im Hinblick auf die Wahrung der eigenen Stellung in Osteuropa deutlich. Gleichzeitig wurde aber auch – mit größerem Nachdruck als bei früheren Gesprächen – die amerikanische Präsenz in Westeuropa als wünschenswerter Beitrag zur Stabilität bezeichnet.
– Der wiederholt von sowjetischer Seite zum Ausdruck gebrachten Sorge vor einer westlichen Ausnutzung von Instabilitäten in den sozialistischen Staaten haben wir unser Konzept einer gegenseitig vorteilhaften Kooperation und des Aufbaus kooperativer Sicherheitsstrukturen entgegengehalten.
– Es zeigte sich, daß auf sowjetischer Seite auch theoretisch-konzeptionell über Parameter einer umfassenden Stabilität nachgedacht wird. Hier entsteht ein neues Themenfeld für einen stärkeren Wettbewerb der Ideen zwischen West und Ost (BM-Reden, Artikel).
– Fragen der Modernisierung und qualitativen Rüstungskontrolle wurden sowjetischerseits mit auffallender Zurückhaltung behandelt (taktische Nuklearwaffen kamen z. B. nur andeutungsweise vor); Mendelewitsch gab zu, daß auch die SU modernisiert. Er zeigte sich besorgt über die Einführung neuer Technologien (u. a. Stealth, Laser), welche die SU zum Nachziehen zwinge;
– Die sowjetische Haltung zur westeuropäischen Integration wirkte insgesamt gelassener als früher; auch zum sicherheitspolitischen Bereich zeigte sich eine Tendenz, voreilige negative Bewertungen zu vermeiden. Unsere Darlegungen zu den Chancen der EG für das ganze Europa (gerade der hierdurch mögliche Ausgleich der ansonsten prädominanten sowjetischen Stellung schaffe auch für die SU Chancen für mehr Kooperation in Europa) wurden sowjetischerseits mit Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen.
– Das sowjetische Interesse an stärkerer Integration in die Weltwirtschaft ist unvermindert ausgeprägt und soll pragmatisch weiter verfolgt werden. Die SU setzt im Zusammenhang wirtschaftlicher Bedenken im Westen auf positive Auswirkungen der eigenen Wirtschaftsreform und zielt bis dahin darauf ab, politisch motivierte Bedenken (insbesondere der USA zu GATT[8]) zu schwächen.
– Im Bereich des RGW soll die bisherige, hemmende Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners überwunden werden. Hier ist mit einem System der unterschiedlichen Geschwindigkeiten zu rechnen.

3) Bei der Behandlung der globalen Trends, der dahinter stehenden technologischen Triebkräfte und sich daraus ergebenden Interdependenzen zeigte sich gegenüber den letzten Konsultationen im Februar d. J.[9] eine weiter vorangekommene Übereinstimmung in der Analyse (speziell zu Umwelt, Klimaveränderungen und demographischen Entwicklungen und daraus resultierenden Gefahren). Mendelewitsch schlug vor, daß die beiden Planungsstäbe ein Seminar

8 Zum sowjetischen Interesse an einem Beitritt zum GATT vgl. Dok. 172, Anm. 17.

9 Ministerialdirektor Citron notierte zu den deutsch-sowjetischen Planungsstabskonsultationen am 29. Februar/1. März 1988, daß „sowohl atmosphärisch als auch im konstruktiven, offenen, teilweise lebhaften Verlauf der Gespräche der gegenwärtige Aufwärtstrend in den deutsch-sowjetischen Beziehungen“ erkennbar sei. Themen seien „globale Entwicklungstrends, die verschiedenen Kernfragen des Ost-West-Verhältnisses, Entwicklungen in Europa, der Reformprozeß in der SU, Regionalkonflikte“ sowie die bilateralen Beziehungen gewesen. Vgl. die Aufzeichnung vom 4. März 1988; Referat 213, Bd. 147139.

unter Beteiligung angesehener Wissenschaftler durchführen sollten. Wir haben aufgeschlossen reagiert und uns unsererseits zur Prüfung bereit erklärt, eine derartige Veranstaltung unmittelbar im Anschluß an die nächsten Planungsstabskonsultationen in Bonn (etwa im Juli 89[10]) zu veranstalten. Als Rahmenthema könnte nach unseren Vorstellungen in Frage kommen: „Globale Trends – Gemeinsame Herausforderungen und Verantwortung von West und Ost." Ich möchte der sowjetischen Anregung entsprechen und dem sowjetischen Planungsstab bis Anfang 1989 eine positive Antwort geben.

II. Schwerpunkte im einzelnen (mit Konzentration auf die sowjetischen Darlegungen)

1) Grundsatzfragen der sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik (u.a. Art. 28 der Verfassung[11])

Auf unsere Fragen zu zentralen Aspekten und operativen Konsequenzen der neuen außenpolitischen Konzeption der SU bestätigten sich einige unserer bisherigen Eindrücke und Vermutungen wie folgt:

– Das Prinzip der „Friedlichen Koexistenz" soll zukünftig nicht mehr allein für die Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, sondern universell gelten. Entsprechend wurde sowjetischerseits der Primat des allgemeinen Völkerrechts, die Notwendigkeit einer allgemeinen Verrechtlichung der zwischenstaatlichen Beziehungen betont.
– Im gleichen Zusammenhang wurde insbesondere in den Instituten (Bogdanow) auf unsere Fragen hervorgehoben, daß die in Art. 28 der sowjetischen Verfassung außerdem geforderte Unterstützung von Befreiungsbewegungen für die praktische Politik der Sowjetunion keine Bedeutung mehr habe. Dies werde zwar bei den derzeit laufenden Verfassungsänderungen, die sich auf institutionelle Aspekte konzentrieren, noch nicht berücksichtigt (u.a. auch mit Rücksicht auf die scharfe Kritik Kubas und Nicaraguas an der sowjetischen Haltung), mit einer späteren Überarbeitung bzw. Streichung dieses Artikels sei aber zu rechnen.
– Eine besonders wichtige Klarstellung erfolgte zu dem in den letzten Monaten von Gorbatschow propagierten Prinzip der „Freiheit der Wahl". Es soll offenbar universell gelten, d.h. auch für Mittel- und Osteuropa. Mendelewitsch wörtlich: „Dieses Prinzip gilt für jede Nation. Es ist nicht Aufgabe der Sowjetunion, der USA oder der Deutschen, festzulegen, welche Gesellschaftsordnung in Polen, Belgien, Iran etc. bestehen soll."

2) Konsequenzen für den sowjetischen Herrschaftsbereich

Wir faßten angesichts der möglicherweise interessanten Konsequenzen insbesondere des letzteren Prinzips für den sowjetischen Herrschaftsbereich nach und erhielten eine klare Bestätigung dessen, was zuvor aus einschlägigen Reden Gorbatschows weniger deutlich geschlossen werden konnte:

– Unabhängig von dem „historischen Streit", ob es eine Breschnew-Doktrin je gegeben habe, sei nunmehr entscheidend, „daß es sie heute nicht mehr gibt"

10 Die deutsch-sowjetischen Planungsstabskonsultationen fanden am 13./14. November 1989 statt.

11 Für den Wortlaut von Artikel 28 der Verfassung der UdSSR vom 7. Oktober 1977 vgl. Georg BRUNNER und Boris MEISSNER (Hrsg.), Verfassungen der kommunistischen Staaten, Paderborn 1980, S. 391.

(Mendelewitsch); Instabilitäten seien – worauf wir vorsichtig angesprochen hatten – angesichts eines notwendigen Wandlungsprozesses in der SU und Osteuropa unausweichlich. Aber ebenso klar sei, daß die Steuerung dieser Prozesse jedem Land selbst überlassen bleibe und für die SU eine Intervention in Osteuropa nicht mehr in Betracht komme (Bogdanow).

– Den Verbündeten sei klar gesagt worden, daß „Freiheit der Wahl" auch für sie gelte. Hieraus resultiere, daß die sozialistischen Staaten ihren eigenen Weg, d.h. ohne Zwang zur Kopie des sowjetischen Systems, aber auch – dies sei die östliche Erwartung – ohne wirtschaftlichen und politischen Druck seitens westlicher Staaten gehen sollten.

Die sowjetische Gesprächsführung verfestigte insgesamt unseren Eindruck, daß die Berater von AM Schewardnadse an eine konzeptionelle Absicherung des vergrößerten Handlungsspielraums der WP-Staaten sowohl nach innen als auch für deren Kooperationsmöglichkeiten mit dem Westen denken.

3) Teilung Europas und europäisches Haus

Es bestätigte sich, daß die SU, ohne über ein ausgereiftes Konzept zu verfügen, einerseits einen systemübergreifenden Brückenbau in möglichst vielen Bereichen der Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa anvisiert, andererseits aber auch die hieraus resultierenden Gefahren für die Sicherung ihrer bisherigen Vormachtstellung in Mittel- und Osteuropa sorgenvoll im Auge behält. Mendelewitsch verdeutlichte in klarer begrifflicher Differenzierung, daß es in Europa nicht um die Überwindung einer ideologischen und systemaren Trennung (im Russ. raskol), sondern nur um Kooperation unter beiderseitiger Akzeptanz der Systemunterschiede und politischer Realitäten (einschließlich der sowjetischerseits wiederholt unterstrichenen amerikanischen Präsenz in Westeuropa) zwecks Überwindung der europäischen Teilung (im Russ. razdelenie) gehen könne.

Mendelewitsch warnte davor, die positiven Entwicklungsmöglichkeiten durch „alte politische Philosophien" aufzuhalten. Er spielte hiermit insbesondere auf unsere Haltung zur deutschen Frage an, wobei er hinzufügte, daß er das, was GS Gorbatschow hierzu dem BK gesagt habe[12], nicht wiederholen wolle. Bestimmte Fragen blieben der Geschichte überlassen. Jetzt komme es darauf an, daß derartige Positionsunterschiede kein Hindernis für die Entwicklung der bilateralen Beziehungen bildeten. Hiermit rief er unausgesprochen einen beiderseitig akzeptierten Kerngedanken des Moskauer Vertrags[13] in Erinnerung.

4) Dauerhafte Stabilität in Europa

Insgesamt war in der sowjetischen Gesprächsführung die Anerkennung eines möglichen westlichen Beitrags zur Überwindung von Instabilitäten in den sozialistischen Staaten (besonders auch in Polen) wiederholt überlagert von der Sorge, daß der Westen hierin erneut Chancen für eine antisowjetische Strategie sehen könnte. Wir haben dem in verschiedenen Varianten den Gedanken einer gegenseitig vorteilhaften Kooperation entgegengehalten, auf Äußerungen des

12 Vgl. dazu die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 24./25. Oktober 1988 in der UdSSR; Dok. 300 und Dok. 304.

13 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

BM zum Aufbau kooperativer Sicherheitsstrukturen hingewiesen und diese erläutert. Hervorzuheben ist insbesondere:

a) Umfassende Strukturen der Stabilität

Unser umfassender Ansatz, stabile Strukturen in möglichst vielen Einzelbereichen zu schaffen und Stabilität nicht auf militärische Strukturen zu beschränken, wurde von den sowjetischen Gesprächspartnern geteilt. In einer theoretisch angelegten sowjetischen Präsentation fielen folgende Elemente auf:

– Für Sicherheit, Vertrauensbildung und Stabilität seien jeweils folgende Aspekte zentral: Einigkeit in den perspektivischen Zielen (aus Zielklarheit, z. B. KSZE-Zielen, die notwendigen operativen Schritte ableiten); Bereitschaft zum gemeinsamen Handeln; Akzeptanz eines dynamischen Prozesses; Achtung einer „Balance der Interessen";
– Sicherheit alleine sei nur eine niedrigere Form der Stabilität, aber umgekehrt auch ein Generator des Vertrauens (neben Kooperation etc.);
– Stabilität sei als höhere Form einer schöpferischen Politik in der Formel zu begreifen: Stabilität = Sicherheit x Vertrauen (durch VBMs, Dialog, Kooperation). Sie sei Folge eines konstruktiven Wettbewerbs bei Ideen und im Handeln;
– Notwendigkeit einer Unteilbarkeit der Stabilität unter den Bedingungen der Interdependenz, d. h. eine Stabilität für Ost und West;
– Rentabilität der Stabilität, d. h. Verzicht auf Mittel, deren Gebrauch irrational wäre (zielt insbesondere gegen Nuklearwaffen).

Anknüpfend an das sowjetischerseits propagierte Prinzip „Achtung der Interessen der anderen Seite" haben wir auf unserer Haltung zur nuklearen Abschreckung hingewiesen sowie die wichtige Wechselwirkung zwischen Innen- und Außenpolitik für die Herausbildung von mehr Stabilität unterstrichen (z. B. Auswirkungen der Menschenrechtslage auf die Außenbeziehungen).

Die sowjetischen Darlegungen deuten nach unserem Eindruck auf den bereits an anderer Stelle zu beobachtenden sowjetischen Versuch hin, den Entspannungsbegriff der 70er Jahre endgültig durch eine neue, durch die SU beeinflußte konzeptionelle Begriffsbildung abzulösen. Wir sollten uns diesem aufkommenden Wettbewerb der Ideen noch nachdrücklicher als bisher stellen und unsere eigenen Vorstellungen zur dauerhaften Stabilität zunehmend präzisieren (in BM-Reden, Artikeln in den nächsten Monaten).

b) Konventionelle Stabilität in Europa

Mit Blick auf die beiden bevorstehenden Wiener Verhandlungen[14] waren wir insbesondere interessiert, zu folgenden Aspekten mehr zu erfahren:

– Gefahr eines Datenstreits bei den KRK-Verhandlungen: Die sowjetischen Gesprächspartner zeigten insgesamt Verständnis für unsere Sorge, daß sich die leidigen MBFR-Erfahrungen wiederholen könnten, reagierten aber mit Blick auf die zukünftige sowjetische Haltung unterschiedlich.

14 Die Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) wurden am 6. März 1989 in Wien aufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1989.
Die Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) wurden ebenso am 6. März 1989 in Wien aufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1989.

Mendelewitsch erklärte, daß es nunmehr darauf ankomme, daß beide Bündnisse in dieser Frage aufeinander zugingen. Es werde sich kontraproduktiv auswirken, wenn der Westen lediglich einseitige Forderungen an SU/WP stelle und legitime Forderungen der Gegenseite blank zurückweise (er präsentierte u.a. die bekannten sowjetischen Positionen zu Flugzeugen, Marinekräften etc.). Hier wurden durchaus Prestigeaspekte deutlich, welche die Verhandlungen belasten könnten.

Demgegenüber signalisierten die Ausführungen in den Instituten (Bykow, Schurkin), daß die sowjetische Position nach innen stark umstritten sein muß. Bykow, der von einer höheren Panzerüberlegenheit als offiziell zugegeben ausgeht, kritisierte, daß die eigenen Militärs Erbsen und Bohnen miteinander vergleichen wollten, und stellte ebenso wie anschließend Schurkin klar fest, daß das Schlüsselwort für Fortschritte „Unilateralismus" heiße. Er plädierte damit sowohl für notwendige einseitige Umstrukturierungen zur „Defensive" als auch für Reduzierungen des sowjetischen Militärpotentials.

– Probleme der Qualität/Modernisierung: Mit auffallend geringem Nachdruck wurden sowjetischerseits Fragen der Modernisierung behandelt. Taktische Nuklearwaffen kamen in den sowjetischen Äußerungen allenfalls andeutungsweise vor.

  Auf unsere Frage, wie sowjetische Seite qualitative Aspekte in Wien behandeln wolle, antwortete Mendelewitsch, daß qualitative Parameter zwar „eine gewisse Rolle" spielen, jedoch Verhandlungsfortschritte nicht hemmen sollten. Wichtig sei in diesem Zusammenhang:

  – eine Berücksichtigung qualitativer Aspekte in größeren Einheiten, z.B. Divisionen, nicht aber auf[15] Kompanie-/Batterieebene;[16]
  – Transparenz in allen Sachfragen;
  – Achtung der wechselseitigen Interessen, Einfühlung in die Lage der anderen Seite.

  Zu Modernisierungen wurde von Mendelewitsch nach zwei Kategorien unterschieden: Problematisch seien für die SU nicht die laufenden bzw. mittelfristigen, sondern die längerfristig geplanten Modernisierungen (z.B. Stealth und Laser), die sich als Belastung für die Verhandlungen auswirken könnten. Die sowjetische Seite wollte damit offenbar auf die Gefahr hinweisen, daß der Wert zukünftiger Verhandlungsergebnisse in Wien durch technologische Entwicklungen unterlaufen werden könnte.

Wenn auch manche Äußerungen Mendelewitschs Zweifel an seiner militärtechnologischen Kompetenz aufkommen ließen, so wirkten sie doch – wie übrigens auch die Darlegungen anderer sowjetischer Gesprächspartner – insgesamt gezielt nüchtern und darauf bedacht, einerseits mögliche Hemmnisse für die bevorstehenden Verhandlungen nicht zu überzeichnen, andererseits aber auch keine Erwartung in rasche Fortschritte zum Ausdruck zu bringen. Weiterreichende sowjetische Angebote sind, wie uns Bykow zu signalisieren schien, wohl erst mit

15 Korrigiert aus: „auf aber".
16 Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde durch Fragezeichen hervorgehoben.

Fortschritten bei den politischen Reformen und im Zuge der Reform der sowjetischen Streitkräfte zu erwarten.

c) WP-Vorschlag zu Risikozentrum und operativen Fernmeldeverbindungen

Es zeigte sich, daß auf östlicher Seite noch keine konkreten Vorstellungen existieren: Man möchte zunächst einen kreativen Gedankenprozeß unter allen Beteiligten stimulieren. Ursprünglich habe man an zwei Zentren, jeweils auf seiten der NATO und des WP gedacht. Nunmehr solle das Risikozentrum in einem nicht zu großen europäischen Land installiert werden (z. B. in Wien oder Kopenhagen) und für alle 35 KSZE-Staaten zugänglich sein (und entsprechend auch bei den VSBM-Verhandlungen diskutiert werden). Die SU sei für jeden Vorschlag der NATO und der N+N offen.

d) Kontakte WP/NATO

Mendelewitsch erinnerte an die bekannten östlichen Vorschläge[17] und regte zusätzlich zur Prüfung an:

– Gespräch der Planungsstäbe (APAG[18] und zuständiges WP-Gremium);
– Kontakte des WP zu sonstigen nicht-militärischen Gremien der NATO (z. B. Umweltausschuß).

Wir wiesen auf unsere offene Haltung sowie auf die unterschiedlichen Auffassungen im Bündnis in der Frage derartiger Kontakte hin.

5) Sowjetische Haltung zur westeuropäischen Integration

Insgesamt hatten wir sowohl bei Mendelewitsch als auch bei VAM[19] Komplektow und dem Direktor des Europa-Instituts Schurkin im Vergleich zu den letzten Planungsstabskonsultationen im Februar den Eindruck einer deutlich gelasseneren und realistischeren Bewertung der Integrationsentwicklungen in Westeuropa.

a) Die politische und wirtschaftliche Integration wird nicht nur akzeptiert, sondern in einer Reihe von Aspekten auch ausdrücklich positiv wahrgenommen. Problematisch bleibt für die SU allerdings die Integration im sicherheitspolitischen Bereich. Immerhin zeigt sich hier eine Tendenz, eine voreilige negative Festlegung zu vermeiden. Dies dürfte damit zusammenhängen, daß die sowjetische Seite in einer Stärkung des westeuropäischen Pfeilers der NATO nicht mehr eine zusätzliche Herausforderung, sondern – realistischerweise – nur eine Gewichtsverlagerung innerhalb der NATO sieht.

Bei Mendelewitsch und – deutlicher – bei Schurkin klangen wiederholt auch vorsichtig-positive Töne mit Blick auf den stabilisierenden Einfluß eines gestärkten Westeuropa auf die amerikanische Politik und daraus resultierende positive Wirkungen auf das West-Ost-Verhältnis an (entsprach Akzentsetzungen in neueren sowjetischen Publikationen).

Wir haben die jüngsten Entwicklungen in Westeuropa bei allen Gesprächspartnern, auch bei VAM Komplektow, erläutert und hatten den Eindruck, daß diesmal die sowjetische Sorge vor dem Binnenmarkt 1992 („Festung Westeuropa“) bereits weniger deutlich zum Ausdruck kam.

17 Zum Vorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten für Gespräche mit den NATO-Mitgliedstaaten über die jeweiligen Militärdoktrinen vgl. Dok. 105, Anm. 4.
18 Atlantic Policy Advisory Group.
19 Vize-Außenminister.

Unser Argument, daß die EG nicht nur ein offener Partner für mehr Zusammenarbeit in ganz Europa sein wolle, sondern daß eine gestärkte EG auch der SU mehr Kooperationsmöglichkeiten in Europa eröffnen werde, weil dann das ansonsten prädominante sowjetische Gewicht von den kleineren europäischen Staaten nicht mehr gefürchtet zu werden brauche, wurde aufmerksam zur Kenntnis genommen.

b) Im Europa-Institut wurden wir darauf hingewiesen, daß derzeit die Beschlüsse von Europarat und Europaparlament zu humanitären Fragen genau analysiert würden, „um daraus zu lernen". Es sei notwendig, in einem stetigen Prozeß einen anspruchsvollen zivilisierten Menschenrechts-Standard in der SU voranzubringen. Uns schien dies u.a. auch auf die sowjetische Absicht hinzudeuten, allmählich die notwendigen Voraussetzungen für eine Annäherung (ähnlich wie im Falle Ungarns) an den Europarat zu schaffen.

c) Mendelewitsch bekundete sowjetisches Interesse an einer Kontaktaufnahme zum EPZ-Sekretariat in Brüssel. Wir haben den Status des Sekretariats und die Stellung der Präsidentschaft erläutert (sowjetischer Vorstoß sollte mit Partnern im PK bzw. EPZ-Osteuropa-AG aufgenommen werden).

d) Mendelewitsch unterrichtete uns über folgende neue Regelung für die Kontakte zwischen der EG-Präsidentschaft in Moskau und dem SAM, mit der die bisherige verwirrende Praxis eines Kontakts zwischen der Präsidentschaft und der jeweils zuständigen Länderabteilung des SAM aufgehoben wird:

– Bei Demarchen im EPZ-Zusammenhang soll die Präsidentschaft um Termin beim Ersten Stellv. AM Kowaljow bitten;
– bei Demarchen zu wirtschaftlichen EG-Fragen beim Stellvertretenden AM Komplektow;
– bei allen sonstigen EG-Fragen ist der sowjetische Planungsstab Ansprechpartner.

6) Subregionale Kooperation

Der sowjetische Planungsstab sprach die Idee einer subregionalen Kooperation im Ostseeraum einschließlich Ostpreußen an, z.B. in Umweltfragen, Transport, zu gesonderten Wirtschaftszonen etc. Dahinter stand nach unserem Eindruck nicht nur ein sachlich vernünftiger Zweck, sondern auch der politische Versuch, entsprechenden Selbständigkeitsbestrebungen im Baltikum[20] im Rahmen der sowjetischen Verfassung auf konkrete, kontrollierbare Felder zu lenken. Wir haben unter Hinweis u.a. auf die Adria-Alpen-Arbeitsgemeinschaft (subregionale Kooperation zwischen Österreich, Ungarn, Nordjugoslawien, Norditalien und Bayern) aufgeschlossen reagiert, aber wegen der völkerrechtlichen Problematik der sowjetischen Annexion des Baltikums eine Vertiefung vermieden. Vor dem Hintergrund der Entwicklungen im Baltikum sollte dieser Gedanke allerdings näher geprüft werden.

7) Integration der SU in die Weltwirtschaft und Entwicklungen im RGW

Wir hatten insgesamt den Eindruck, daß die SU eine stärkere Einbindung in die Weltwirtschaft ebenso wie neue Integrationsschritte innerhalb des RGW pragmatisch im Rahmen des Möglichen voranbringen möchte.

20 Vgl. dazu die Beschlüsse des Obersten Sowjets der Sowjetrepublik Estland vom 16. November 1988; Dok. 337, Anm. 10.

a) Weltwirtschaftliche Entwicklungen

– VAM Komplektow betonte das Interesse der sozialistischen Staaten an stärkerer Integration in die Weltwirtschaft und wies ohne besonderen Nachdruck auf die bisherige widersprüchliche, z.T. zurückhaltende westliche Reaktion hin. Seine Bemerkungen zeigten, daß die SU nicht drängen wird, sondern in dieser Frage auf den Automatismus von Fortschritten im Zuge einer hoffentlich erfolgreichen eigenen Wirtschaftsreform ausgeht. In der jetzigen Phase geht es der SU anscheinend eher darum, in Gesprächen mit dem Westen eine grundsätzliche westliche Aufgeschlossenheit vorzubereiten und politisch motivierte Bedenken (insbesondere USA zu GATT) zu schwächen.

– Es zeigte sich ein starkes sowjetisches Interesse an Kontakten zur OECD; die SU möchte mehr erfahren über den Arbeitsmechanismus dieser Organisation sowie zu Methoden und Prozeduren über bestimmte Sachfragen, z.B. Statistik, Umwelt, Energie etc. Es wurde betont, daß die Arbeitsweise der OECD ebenso wie eine bessere Kenntnis der Abstimmungsverfahren unter den Sieben auch für den RGW, „der noch lernen wolle", von Interesse sei.

b) Entwicklungen im RGW

– Die sowjetische Präsentation über Stand und Perspektiven des RGW bestätigten unsere Erkenntnisse (zur Strukturreform und Konzeption) seit der 44. Ordentlichen RGW-Tagung in Prag im Juli d.J.[21] Besonders betont wurde der Aspekt der Freiwilligkeit und seiner Konsequenzen bei der allmählichen Herausbildung eines gemeinsamen Marktes im RGW-Raum. Dies bestätigte die uns u.a. von ungarischer Seite erläuterte Absicht, in den verschiedenen Bereichen unter unterschiedlichen RGW-Partnern so pragmatisch wie möglich und mit verschiedener Geschwindigkeit vorzugehen und auf diese Weise die bisherige hemmende Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners zu überwinden.

– Kontakte zur EFTA: Der RGW denkt derzeit im Rahmen einer generellen Aktivierung von Kontakten zu internationalen Organisationen auch verstärkt über Arbeitskontakte zur EFTA nach; wahrscheinlich zunächst in Form von Konsultationen, gemeinsamen Seminaren und Forschungsgruppen zu speziellen Fragen.

– RGW-Parlament: Die sowjetische Reaktion auf diesen von Botschafter Kwizinskij bei der letzten Parteikonferenz[22] lancierten Gedanken war eher zurückhaltend. Dies sei noch keine offizielle Idee; SU müsse erst die eigene Parlamentsreform voranbringen.

III. Sonstige Fragen

1) Der Meinungsaustausch zu Entwicklungen in den verschiedenen Weltregionen – wir hatten insbesondere ein Gespräch über Asien und das Pazifische Becken angeregt – brachte kaum neue Erkenntnisse über die sowjetische Haltung. Bemerkenswert war die These Mendelewitschs, daß Asien trotz der erheblichen Wachstumspotentiale in Technologie, Ressourcen und Bevölkerung Europa nicht von seinem jetzigen Platz verdrängen werde.

21 Die Jahrestagung des RGW fand vom 5. bis 7. Juli 1988 in Prag statt.

22 Zur Allunions-Parteikonferenz der KPdSU vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 in Moskau vgl. Dok. 194.

Zu China betonte die sowjetische Seite, daß Moskau nicht die Wiederherstellung des früheren Bündnisses anstrebe, sondern lediglich eine partnerschaftliche Zusammenarbeit, die sich gegen niemanden richten sollte. Mendelewitsch hielt nach den bevorstehenden sowj.-chin. AM-Treffen in Moskau[23] und dem Gegenbesuch Schewardnadses in Peking[24] einen Gipfel im Frühjahr 1989 für möglich.[25]

2) Globale Herausforderungen und Trends: Der Meinungsaustausch konzentrierte sich auf die Analyse wesentlicher Trends und dahinter stehender Triebkräfte, insbesondere die technologischen Entwicklungen. Die weitgehende Gemeinsamkeit in der Analyse, die wir bereits bei unseren letzten Planungsstabskonsultationen feststellen konnten, bietet eine gute Grundlage für einen produktiven Austausch im Rahmen des von Mendelewitsch vorgeschlagenen deutsch-sowjetischen Seminars unter Teilnahme angesehener Wissenschaftler (s. o. I. 3).

3) Der Kurzvortrag von Akademiemitglied Rauschenbach, der die Möglichkeit von Stabilität im Rahmen einer nuklearen Minimalabschreckung (auf seiten der Großmächte nur noch 5% der derzeitig verfügbaren GKs, d. h. ca. 600 GK) behandelte, basierte auf der bereits bekannten Modellrechnung des „Sowjetischen Komitees unabhängiger Wissenschaftler", der sogenannten Kokoschin-Studie vom April 1987. Die Bedeutung des Vortrags lag daher weniger im Inhaltlichen als in der Tatsache der Präsentation im Rahmen offizieller Konsultationen. Mendelewitsch wollte hiermit offenbar vor dem Hintergrund der Vision Gorbatschows von einer nuklearfreien Welt bis zum Jahr 2000 auf eine realistischere sowjetische Rückfallposition hinweisen.

Citron

Referat 221, Bd. 144808

23 Der chinesische Außenminister Quichen hielt sich vom 1. bis 3. Dezember 1988 in der UdSSR auf.

24 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die Volksrepublik China vom 1. bis 4. Februar 1989.

25 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 15. bis 18. Mai 1989 in der Volksrepublik China auf.

343

Botschafter Pfeffer, Paris, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 28. November 1988, 18.09 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2953 **Ankunft: 28. November 1988, 19.09 Uhr**

Betr.: KRK;
hier: Mögliche Motive der französischen „Revision“[2]

Bezug: DB Nr. 1856 vom 24.11.1988 und Nr. 1858 vom 24.11.1988 aus Wien KSZE, Az.: KRK 376.00[3]

Zur Unterrichtung

I. 1) Für französisches Vorgehen mit dem Ziel einer deutlicheren Einbindung der KRK-Verhandlungen in den KSZE-Rahmen (oder besser: der unmißverständlichen Klarstellung, daß es sich nicht um Block-zu-Block-Verhandlungen handelt) kommt aus der Sicht der Botschaft ein Bündel von Motiven in Frage, deren wichtigste vor dem Hintergrund der – nach den französischen Präsidentschaftswahlen[4] und der politischen Sommerpause mit zunehmender Dynamik unternommenen – Neubelebung der französischen Politik gegenüber Mittel- und Osteuropa zu sehen sind. „Mangels Masse“ in anderen Bereichen (vor allem im wirtschaftlichen) geht es dem Präsidenten[5] darum, mit politischen Mitteln den Nachweis zu führen, daß man mit F weiterhin als einem politisch autonomen Faktor (und einem Garanten für die Autonomie der kleineren Partner) in Europa rechnen

1 Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Elfenkämper, Paris, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat Mützelburg am 29. November 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher am 30. November 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine vorzügliche Analyse.“
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 30. November 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre, Botschafter Holik und Referat 221 „z[ur] K[e]n[ntnis]“ verfügte.
Hat Staatssekretär Sudhoff am 1. Dezember 1988 vorgelegen.
Hat Holik am 2. Dezember 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Gruber am 5. Dezember 1988 vorgelegen.

2 Zur Haltung Frankreichs und der USA zur Reykjavik-Formel vgl.Dok. 320.

3 Botschafter Hartmann, Wien (KRK-Delegation), erläuterte zu den Motiven der seit Anfang November von Frankreich „erhobenen Forderungen nach verstärkter Akzentuierung der Einbindung der KRK-Verhandlungen in den KSZE-Rahmen“: Anlaß hierfür sei „die Beunruhigung Mitterrands über zunehmende Perzeption bei Verbündeten und Öffentlichkeit, bei KRK handele es sich um Block-zu-Block-Verhandlungen“. Zudem habe Bundeskanzler Kohl Pressemeldungen zufolge den Begriff „Block-zu-Block-Verhandlungen“ benutzt, was das „Faß zum Überlaufen“ gebracht habe. Vertreter der amerikanischen KRK-Delegation seien hingegen der Meinung, „F habe schon seit längerem […] mit dem Gedanken gespielt, in einem taktisch günstigen Moment Nachbesserungswünsche einzuführen“. Die amerikanische Delegation sehe dieses Vorgehen kritisch, denn dadurch würden auf unabsehbare Zeit „die im WFT und bei den Mandatsgesprächen bereits erreichten Ergebnisse zumindest eingefroren, wenn nicht sogar potentiell gefährdet“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1856; Referat 221, Bd. 163141.
Angesichts der französischen Haltung empfahl Hartmann: „Im Lichte vorstehender Ausführungen erscheint es als das unserem Interesse gemäße, F bei seinen Vorstellungen zur Rolle des nächsten F[olge]T[reffens] nicht zu ermutigen, sondern es auf Zif. 27 des N+N-Papiers zu verweisen, gleichzeitig aber Entgegenkommen bei den ‚optischen‘ Elementen […] zu signalisieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1858; Referat 241, Bd. 163141.

4 Die Präsidentschaftswahlen in Frankreich fanden am 24. April und 8. Mai 1988 statt.

5 François Mitterrand.

muß. Gleichzeitig ist er durchaus an einem baldigen Beginn von KRK interessiert, da er vermeiden möchte, daß F erneut in die Rolle des Bremsers gerät, die ihm außenpolitisch nichts eingebracht hat und auch von Mitterrands politischer Anhängerschaft in F zusehends weniger akzeptiert wurde.

F dürfte in der jetzt laufenden internen westlichen Verhandlung[6] vorderhand Gewicht auf die Elemente legen, die – nach der Kategorisierung im Bezugs-DB 1) – optisch die Verbindung von KRK und KSZE akzentuieren. Darüber hinaus dürfte Paris aber auch Wert darauf legen, die Unterordnung von KRK unter ein künftiges KSZE-Folgetreffen sicherzustellen.

II. Im einzelnen

1) F hat in den Kompromiß von Reykjavik vom Sommer 1987[7] nolens volens eingewilligt, nachdem es seine Karten ausgereizt hatte. Die französische Linie, wonach die KSZE – und damit auch die KRK – eine Veranstaltung 35 souveräner Staaten und keine Block-zu-Block-Veranstaltung sei, ist von F damals wie heute geltend gemacht worden. F sah sich genötigt, in den Reykjavik-Kompromiß einzuwilligen, da seine Verhandlungslinie von den Verhandlungspartnern einschl. seiner Verbündeten lediglich als Vorwand angesehen wurde, Abrüstungsverhandlungen jedweder Art überhaupt hinauszuschieben.

Der jetzige französische Versuch, am Kompromiß von Reykjavik Nachbesserungen vorzunehmen, erfolgt in unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang mit einer seit September mit hoher Dynamik betriebenen „gesamteuropäischen" diplomatischen Offensive Frankreichs, deren Hauptziel die SU und die NSWP-Staaten[8] sind, die aber auch eine gewisse Rückbesinnung auf die neutralen und europäischen Blockfreien erkennen läßt.

Präsident Mitterrand hat am Rande des Besuchs des ungarischen Parteichefs Grósz in Paris[9] und in einem außenpolitischen Grundsatzinterview in „Libération" vom 23.11.1988[10] das Thema der „Überwindung Jaltas" und der Wiederannäherung zwischen den beiden Europa, zu der F beitragen wolle, in vorher nicht erlebter Deutlichkeit thematisiert. Vor diesem Hintergrund mußte ihm an einer in allen Bereichen kohärenten Präsentation gelegen sein und an politischen Signalen, die F's Willen, seinen Beitrag zur Auflockerung der Blöcke zu leisten, plakativ deutlich machen.

2)[11] Der von den französischen Nachbesserungswünschen bewirkte innerwestliche Effekt – alles dreht sich erneut um F, Paris versucht die aufgetretenen Probleme direkt mit Washington beizulegen – dürfte aus der Sicht von Paris ebenfalls im Hinblick auf seine neue Politik nach Osten höchst erwünscht sein:

6 Zu den Gesprächen über einen Mandatsentwurf der NATO-Mitgliedstaaten für die Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 312.

7 Vgl. dazu Ziffer 6 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383. Zur Tagung vgl. AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

8 Nicht-Sowjetische Warschauer-Pakt-Staaten.

9 Ministerpräsident Grósz hielt sich vom 17. bis 19. November 1988 in Frankreich auf.

10 Vgl. das Interview „L'etat du monde selon Mitterrand"; LIBÉRATION vom 23. November 1988, S. 2–8.

11 Korrigiert aus: „3)".
Die nachfolgende Nummerierung wurde stillschweigend korrigiert.

Sie erbrachte kurz vor Mitterrands Moskau-Reise[12] den Nachweis des (wenn auch relativen) politischen Gewichts Frankreichs im westlichen Bündnis. Dies erschien um so wichtiger, als F in anderen Bereichen, insbesondere bei den Wirtschaftsbeziehungen zum RGW-Bereich, keine Karten im Spiel hat, die wirklich stechen.

F erhofft sich von seinem politischen Signal darüber hinaus auch eine gewisse Wirkung auf Länder wie Jugoslawien, dessen AM Paris im kommenden Monat besuchen wird[13]. Inwieweit es sich darüber hinaus Wirkung auf die westlichen Neutralen, wie z. B. die Schweiz, erhoffen kann, ist von hier aus nur schwer zu beurteilen. In jedem Falle bleibt die Hauptzielgruppe der französischen politischen Signale die Reihe der NSWP-Staaten, die Mitterrand selbst in naher Zukunft besuchen wird oder deren Vertreter nach Paris kommen (polnischer AM in dieser Woche[14]).

3) Schließlich dürfte Mitterrand die Überzeugung gewonnen haben, auch bei seinen eigenen Verbündeten dem Eindruck entgegenwirken zu müssen, als lasse sich F in einer wichtigen Abrüstungsverhandlung in eine Bündnisdisziplin einbinden oder es lasse andere für sich sprechen. Ob die – laut Bezugsbericht von französischer Seite dem Bundeskanzler unterstellte Äußerung über KRK als „Block-zu Block-Verhandlungen" tatsächlich getan wurde, erscheint hierbei letztlich nicht ausschlaggebend.

4) Die dargelegten Hintergründe der französischen „Revision" lassen erwarten, daß F hinsichtlich seiner „optischen" Nachbesserungswünsche rasch befriedigt werden möchte. Ob es darüber hinaus längere Zeit auf denjenigen Vorschlägen insistieren wird, die darauf hinauslaufen, daß der Fortgang von 23er-KRK-Verhandlungen über das nächste KSZE-Folgetreffen in Helsinki hinaus von einem Beschluß dieses Folgetreffens abhängig gemacht wird oder gemacht werden kann, wird sich zeigen müssen. Sicherlich wird F es sich nicht nehmen lassen, die Fortschritte bei KRK nach einer gewissen Frist einer – wie immer gearteten – Revision zu unterziehen und seinen eigenen Interessen entsprechend zu handeln. Alles andere würde der von Präsident Mitterrand selbst bei seiner VN-GV-Rede[15] vorgegebenen Marschrichtung zuwider laufen.

Andererseits dürfte F sich hinsichtlich seines Spielraums in der jetzt von ihm angestoßenen innerwestlichen Verhandlungsrunde keine übertriebenen Illusionen machen. Er wird dadurch begrenzt, daß F erklärtermaßen einen baldigen Beginn von KRK wünscht. Es kann sich weder außenpolitisch und wohl auch nicht mehr innenpolitisch leisten, erneut als Bremser zu erscheinen. Dies ist der Unterschied zur Situation im Jahre 1987. Präsident Mitterrand hat in seinem Grundsatzinterview in Libération betont, daß die französische Position (d. h. die Forderung des Einbaus der 23er-Verhandlung in den 35er-Rahmen) „nicht als Vorwand für eine Verzögerung – und dies ist manchmal der Fall – benutzt

12 Staatspräsident Mitterrand besuchte am 25./26. November 1988 die UdSSR.

13 Der jugoslawische Außenminister Lončar hielt sich am 28./29. November 1988 in Frankreich auf.

14 Der polnische Außenminister Olechowski besuchte vom 1. bis 3. Dezember 1988 Frankreich.

15 Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 29. September 1988 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1988 (September/Oktober), S. 49–53. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 658–662.

werden darf. Frankreich mißt der Verringerung und dem Gleichgewicht der konventionellen Waffen extreme Bedeutung bei. Gute Diplomaten sind in der Lage, eine Übereinkunft zu finden".

[gez.] Pfeffer

Referat 241, Bd. 163141

344

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem iranischen Parlamentspräsidenten Rafsandjani in Teheran

29. November 1988[1]

BM faßt wesentliche Elemente deutsch-iranischer Beziehungen im Zusammenhang mit dem Besuch[2] zusammen. Der Besuch sei die Bestätigung der engen, vertrauensvollen bilateralen Beziehungen. Die Beständigkeit des politischen Dialogs trage jetzt Früchte. BM dankt auch Parlamentspräsident Rafsandjani für iranische Rolle bei der Befreiung der deutschen Geiseln im Libanon.[3] Unsere beiden Länder hätten zur Verbesserung der internationalen Lage beigetragen. Unser Ziel sei es, zur Stabilität der gesamten Region, an der auch wir nachbarschaftliches Interesse hätten, beizutragen.

Rafsandjani hebt seinerseits besonderen Charakter der iranisch-deutschen Beziehungen hervor, der sich auch während der Kriegszeit[4] gezeigt habe (Kriegsschuldfrage). Die Haltung, die Deutschland Iran gegenüber nach der Revolution[5] eingenommen habe, sei gerecht und fair gewesen. Es gäbe keine bilateralen Probleme, diese ausgezeichnete Ausgangslage solle man nutzen und auf dieser Basis unsere Beziehungen weiterentwickeln. Man hätte auch mit anderen europäischen Staaten jetzt nach dem Kriege und der eingetretenen Normalisierung der Beziehungen zu F und GB keine Probleme mehr. Für Deutschland sollten Felder in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit reserviert werden.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dassel am 1. Dezember 1988 gefertigt.
Hat Legationsrat I. Klasse Gerdts am 3. Dezember 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 311 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Kann verteilt werden mit Vermerk ‚Von BM noch nicht genehmigt'."

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 27. bis 29. November 1988 im Iran auf. Vgl. dazu auch Dok. 341.

3 Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon vgl. Dok. 16, Anm. 4, und Dok. 247, Anm. 3.

4 Vgl. dazu den Waffenstillstand zwischen dem Irak und dem Iran ab 20. August 1988; Dok. 225, Anm. 30.

5 Im Iran kam es seit Januar 1978 zu sich ständig verschärfenden Demonstrationen gegen die Herrschaft des Schahs Reza Pahlevi, der das Land am 16. Januar 1979 verließ. Nach der Rückkehr von Ayatollah Khomeini aus seinem Exil in Frankreich am 1. Februar 1979 wurde am 1. April 1979 die Islamische Republik Iran proklamiert. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 258, Dok. 332, Dok. 340, Dok. 362 und Dok. 393, sowie AAPD 1979, I, Dok. 49 und Dok. 103.

Auf die Frage zur Hilfe bei der Freilassung der Geiseln im Libanon[6] eingehend, sagte Rafsandjani: Von GB sei Iran bisher nicht um Hilfe gebeten worden. Von seiten der USA seien bisher keine positiven Zeichen gekommen; sondern das Gegenteil:

– Darstellung des Iran als terroristisch,
– erneute Blockierung iranischer Guthaben für ein weiteres Jahr durch Präsident Reagan[7],
– Anklage wegen Menschenrechtsverletzungen.

Das Gegenteil sei aber der Fall, Iran bekämpfe den Terrorismus und setze sich für die Wahrung der Menschenrechte ein.

BM betont, wir wollten helfen ohne Ansehen der Staatsangehörigkeit. So hätten wir auch die seinerzeitige iranische Hilfe bei der Freilassung von Schmidt und Cordes verstanden. BM begrüßt, daß Iran keine Probleme mehr in den Beziehungen zu europäischen Ländern sehe. BM bittet Rafsandjani, sich für freie Einreise und Erleichterung der Aufgaben des Menschenrechtsbeauftragten Pohl nach Iran einzusetzen.

Rafsandjani erklärt iranische Bereitschaft, hier mit den VN zusammenzuarbeiten.

BM erkundigt sich nach iranischem Verhalten zu den Weltmächten. *Rafsandjani* bezeichnet Verhältnis zu USA als weiterhin stark belastet und erwähnt nach wie vor vorhandene Feindseligkeit der US-Regierung und erneute Verlängerung der Blockierung iranischer Vermögenswerte in den USA.

Iran warte auf positive Signale.

Gegenüber den Ostblockstaaten gebe es keine Probleme, sondern nur mit der Sowjetunion wegen deren Unterstützung des Irak im Kriege und wegen der Afghanistanfrage. Iran nutze jedoch alle Ansätze zur Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion.

BM weist abschließend nochmals auf positive Ergebnisse der Reise hin. Gute deutsch-iranische Beziehungen stießen auch in der deutschen Öffentlichkeit auf breite Zustimmung, wie die Reaktion auf seine Teheranreise zeige.

Rafsandjani stimmt BM zu, daß es darum gehen müsse, durch beiderseitige Anstrengungen unsere traditionell engen Beziehungen entschlossen weiterzuentwickeln.

Rafsandjani bittet BM, BuPräs, BK und neuer Bundestagspräsidentin Fr. Süssmuth seine Grüße zu übermitteln.

Herrn Bundesminister mit der Bitte um Genehmigung vorgelegt.

Referat 311, Bd. 154144

6 Zur Frage der amerikanischen und britischen Geiseln im Libanon vgl. Dok. 247, Anm. 9 und 14.

7 Vgl. dazu die Mitteilung des Präsidenten Reagan vom 8. November 1988 über die Verlängerung der in Executive Order Nr. 12170 vom 14. November 1979 geregelten Blockierung iranischer Vermögen; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1988/89, S. 1483 f.

345

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ackermann

424-410.55/1-887/88 VS-vertraulich **30. November 1988**[1]

Über Herrn Dg 42[2] Herrn D 4[3] Herrn Staatssekretär[4] Herrn Bundesminister[5]

Betr.: COCOM;
hier: COCOM Genehmigung für Lieferung eines Daten-Kommunikationsnetzes durch die Firma Siemens an die Deutsche Post (DDR)

Bezug: Ihre Frage zum Sachverhalt unter Ziff. 2 im Vermerk von Referat 424 vom 24.11.88[6] (Anlage 1)
Stellungnahme des BND hierzu vom 29.11.88 (Anlage 2)[7]
Vorlage von Referat 424 vom 14.10.1988 zum Schreiben des Siemens-Vorstandsmitglieds Hardt an BM vom 30.9.88 (Anlage 3[8])

Anlg.: 1) Vermerk von Ref. 424 vom 24.11.88 (nur im Original)
2) Stellungnahme des BND vom 29.11.88 (nur im Original)
3) Vorlage vom Ref. 424 vom 14.10.88

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ackermann und Vortragendem Legationsrat Schlegel konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent von Kyaw am 30. November 1988 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirektor Jelonek am 30. November 1988 vorgelegen.

4 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 1. Dezember 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Minister unter Bezugnahme auf unser Gespräch vom 25.11." Ferner vermerkte er handschriftlich: „Kein Verteiler."

5 Hat Bundesminister Genscher am 20. Dezember 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die einschränkenden Feststellungen des BND bestätigen, daß der Hinweis auf nachrichtendienstliche Erfordernisse nicht befriedigen kann. Der Export ist anzustreben. So auch BK in einem Gespräch mit mir auf Rhodos."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 20. Dezember 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent von Kyaw an Referat 424 verfügte und handschriftlich vermerkte: „S[iehe] W[ei]s[un]g BM."
Hat Staatssekretär Lautenschlager am 21. Dezember 1988 erneut vorgelegen.
Hat Jelonek am 21. Dezember 1988 erneut vorgelegen.
Hat Kyaw am 21. Dezember 1988 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „RL 424: Bitte R[ück]spr[ache]."
Hat Vortragendem Legationsrat Schlegel erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Ackermann „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]" verfügte.
Hat Ackermann am 6. Juli 1989 erneut vorgelegen.
Hat Schlegel am 6. Juli 1989 erneut vorgelegen, der zur Bitte Kyaws handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt]." Ferner vermerkte er: „H[errn] De[greif] z[ur] w[eiteren] Ver[anlassung]: Ang[elegenheit] ist mehrfach mit BND (H. Schneider), BMWi und Siemens (H. Schmitz) besprochen worden. BMWi insistierte, von BND und Siemens eine einvernehmliche technische Stellungnahme zu erhalten, bei der bisherige Bedenken ausgeräumt oder konkret bestätigt würden. Diese St[ellung]n[ahme] steht m. E. noch aus. In Paris haben wir ‚appeal' eingelegt. Wir sollten m. E. jetzt Stand der Prüfungen in Paris und München abfragen und dann g[e]g[ebenen]falls initiativ werden."
Hat Legationssekretär Degreif vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Antrag (appeal) zwischenzeitlich abgelehnt."

6 Vgl. Anm. 12.

7 Dem Vorgang beigefügt. Für die Stellungnahme des Bundesnachrichtendienstes vom 29. November 1988 vgl. VS-Bd. 14529 (424).

8 Dem Vorgang nicht beigefügt.

1) Im Vermerk vom 24.11.1988 (Anlage 1) hatte Referat 424 unter Ziffer 2) (Bewertung) festgehalten: „Der Widerstand der US-Seite ist darauf zurückzuführen, daß man zur Zeit den gesamten Kommunikationsverkehr im Osten mitverfolgen kann; dies wäre bei Installierung eines digitalen Systems mit Paketvermittlung nicht mehr möglich."

Sie hatten hierzu um Stellungnahme des BND gebeten, ob diese Feststellung in dieser Form richtig sei.

2) Mit Infotec vom 29.11.88 (vgl. Anlage 2) hat der BND den o. g. Sachverhalt grundsätzlich bestätigt. Die Ausdrucksweise des BND ist mit Absicht besonders vorsichtig; hierzu erläuterte der zuständige Abteilungsleiter 3 mündlich, daß der BND Vorbehalte habe, diesen delikaten Sachverhalt eindeutig und vollständig in schriftlicher Form niederzulegen. Referat 424 wurde mündlich außerdem erläutert, daß nicht der gesamte Kommunikationsverkehr im Osten, sondern nur die per Richtfunk übermittelte Kommunikation mitverfolgt wird. (Abhörmöglichkeit der Kommunikation, die per Kabel übermittelt wird, ist nicht möglich.)

3) Sollten diese Aussagen nicht ausreichen, bietet der BND weitere Einzelauskünfte zu gezielten Einzelfragen oder mündlichen Vortrag an.

Ackermann

Anlage 1[9]

24. November 1988

Betr. : COCOM;
hier: COCOM-Genehmigung für Lieferung eines Daten-Kommunikationsnetzes durch Firma Siemens an Deutsche Post (DDR)

1) Sachverhalt

Mitte 1988 (genaues Datum nicht bekannt) hat die Deutsche Post (DDR) mit Siemens einen Liefervertrag über ein landesweites Daten-Kommunikationsnetz abgeschlossen (Wert dieses Erstauftrags: 53 Mio. DM).

Wenige Tage zuvor – nämlich mit Wirkung vom 15.9.1988 – war die entsprechende COCOM-Listenposition (Pos. 1567) etwas liberalisiert worden. Bei den vorangegangenen, extrem schwierigen COCOM-Verhandlungen war ein Teil des schließlich vereinbarten Kompromisses, daß die sog. „Paketvermittlung" weiter nicht lieferbar bleiben sollte. In dem Vertrag zwischen Siemens und der DDR-Post war eine Datenpaketvermittlung jedoch eingeschlossen.

Im September stellte Siemens den notwendigen COCOM-Ausnahmeantrag, der mit Memorandum vom 15.10.88 offiziell bei COCOM eingereicht wurde. US-Delegation lehnte den Antrag ab mit der Begründung, die Lieferung dieses Geräts würde den Zugang zu sensitiven westlichen Computern und Datenbasen erleichtern.[10]

Siemens drängt uns sehr, Widerspruch gegen US-Ablehnung einzulegen. Zur Zeit wird mit BMWi und BND überlegt, ob dies sinnvoll sein könnte. Zur Be-

9 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 25. November 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BM mündlich informiert."
Hat Lautenschlager am 28. November 1988 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nur von Hand zu Hand. Herrn RL 424 wie b[e]spr[ochen] (dann VS-v)."

10 An dieser Stelle wurde handschriftlich vermerkt: „BND fragen!"

gründung verweist Siemens darauf, daß die zur Lieferung vorgesehene Technik nicht besonders schützenswert sei, man habe eine „abgemagerte" Version der Paketvermittlung gewählt und kritische Teile, die militärisch verwendbar wären, aus der Lieferung herausgenommen. Außerdem wäre in ca. einem Jahr die DDR ohnehin in der Lage, eine gleichwertige Technik selbst herzustellen. Ein Zeitgewinn von ca. einem Jahr könne nicht rechtfertigen, Siemens an der Erfüllung dieses Vertrages zu hindern, zumal die Lieferung dieses Datenkommunikationsnetzes Voraussetzung sei, erheblich größere Anschlußaufträge (z. B.: Lieferung eines neuen Telefonnetzes für ca. 500 Mio. DM).[11]

Äußerungen der Deutschen Bundespost und des BND ist zu entnehmen, daß die Bewertung von Siemens über den Zeitgewinn von einem Jahr zutreffend sein dürfte.

2) Bewertung

Das Grundproblem bei diesem Projekt besteht nicht darin, ob eine höher- oder geringerwertige Technik geliefert werden kann oder nicht. Auch die offizielle Begründung für die US-Ablehnung ist nicht stichhaltig, weil man sich auch mit der heute vorhandenen analogen Kommunikationstechnik in westliche Datensysteme einschleichen kann. Der Widerstand der US-Seite ist darauf zurückzuführen, daß man zur Zeit den gesamten Kommunikationsverkehr im Osten mitverfolgen[12] kann; dies wäre bei Installierung eines digitalen Systems mit Paketvermittlung nicht mehr möglich. Es gibt inzwischen zwar neue Systeme, mit denen auch eine Beobachtung von digitalen Netzen ermöglicht wird, solche Systeme stehen wegen ihrer hohen Kosten den zuständigen Behörden auf absehbare Zeit nicht zur Verfügung.

Es ist deshalb davon auszugehen, daß die US-Seite auf ihrer Ablehnung beharren wird.

Der Hintergrund der US-Haltung ist Siemens bekannt (Telekommunikationsexperte bei COCOM ist ein Siemens-Mitarbeiter). Siemens drängt trotz seiner US-Interessen weiter auf Widerspruch gegen US-Ablehnung (Gründe: Furcht vor Gesichtsverlust gegenüber DDR-Post und vor Verlust der Anschlußaufträge).

3) Weiteres Vorgehen

Der Briefentwurf, der der Vorlage an BM vom 14.10.1988 beigefügt war, wird zurückgeholt und geändert. In dem Schreiben von Herrn Hardt an BM war das Ausmaß der o. g. Problematik verschleiert worden. Aufgrund der jetzt bekannten Sachlage müßte der Tenor eines Antwortschreibens dahin gehen, daß mit einer Zustimmung zu diesem Projekt nicht gerechnet werden könne.

Vor einigen Tagen hat sich geklärt, wie es wohl zu dem widersprüchlichen Verhalten von Siemens gekommen ist (Vertragsabschluß über Paketvermittlung, obwohl wenige Tage zuvor bestätigt worden war, daß diese Technik nicht lieferbar bleibt).

11 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

12 Die Wörter „gesamten Kommunikationsverkehr im Osten mitverfolgen" wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bei BND verifizieren, ob das so stimmt."

Aus Firma Siemens war zu erfahren, daß die Kommunikations-Vertriebsmanager sich nicht mit den Siemens-COCOM-Experten abgestimmt hatten.

Ackermann

VS-Bd. 14529 (424)

346

Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 2453 **Aufgabe: 30. November 1988, 12.41 Uhr**[1]
Ankunft: 30. November 1988, 14.31 Uhr

Betr.: Abgrenzung der DDR von der SU;
hier: Verbot von Sputnik und sowj. Filmen in der DDR

Bezug: FS-Nr. 2427 vom 25.11.88[2]

1) DDR-Verbot, sowj. Zeitschrift Sputnik weiter zu verbreiten, und fünf sowj. Filme, die Auseinandersetzung mit jüngster sowj. Vergangenheit zum Inhalt haben, in der DDR aus dem Verleih zu nehmen, geht auf Entscheidung auf höchster Ebene zurück. Sie zielt darauf ab, die innersowjetischen Diskussionen aus der DDR herauszuhalten. Die ohnehin schwierige innere Lage, die die SED-Funktionäre oftmals in Argumentationsnot bringt, soll durch von außen kommende kritische Beiträge nicht noch zusätzlich kompliziert werden. DDR-Führung nimmt hierbei sogar Verärgerung ihres sowj. Verbündeten in Kauf.

2) Das Verbot des Sputnik, der immerhin in 180 000 Exemplaren in der DDR verbreitet war, war im Grunde nicht überraschend, nachdem der Unwille der DDR, sich der Stalin-Diskussion zu stellen, hinlänglich bekannt war. Die Behandlung der stalinistischen Vergangenheit in den Thesen zum 70. Jahrestag der Gründung der KPD (siehe FS-Nr. 1128 vom 16.6.88[3]), die Reaktion auf den

1 Das Fernschreiben wurde von Ministerialrat Studnitz, Ost-Berlin, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 30. November 1988 vorgelegen.

2 Ministerialrat Müller, Ost-Berlin, berichtete über einen Kommentar der Tageszeitung „Neues Deutschland" vom 25.11.1988 zum Verbot der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik": „In einem großen Bogen werden die Traditionslinien der Arbeiterbewegung und des Antifaschismus gezogen, die Verbrechen Hitlers skizziert und die Verdienste der Anti-Hitler-Koalition und Stalins an der Niederschlagung des Faschismus dargestellt. Diesem Geschichtsbild werden Thesen aus ‚Sputnik'-Beiträgen gegenübergestellt mit der Behauptung: Die Verzerrung der Geschichte der Sowjetunion und der KPdSU, auch der Geschichte anderer Länder und ihrer revolutionären Parteien, ist sozusagen Linie beim ‚Sputnik'." Müller bilanzierte: „Die SED wünscht vor dem 40. Jahrestag ihrer Gründung offensichtlich keine verunsichernden Diskussionen über die jüngste Geschichte, sondern möchte im Einklang mit der historischen Kontinuität bleiben […]. Auffallend ist weiter, daß das Verbot nicht als Unbotmäßigkeit gegenüber Gorbatschow gesehen werden darf, und vor allem, daß das ‚Sputnik'-Verbot mit Hilfe der Verfassung legalisiert wird. Eine offene und kontroverse Diskussion über bestimmte Etappen der jüngsten Geschichte, die unter DDR-Historikern auch in ihren Fachzeitschriften für notwendig gehalten und in Sendungen des DDR-Fernsehens erwähnt wird, wird damit unter das Denkverbot der Verfassungswidrigkeit gestellt." Vgl. Referat 210, Bd. 145160.

3 Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, informierte über die auf der 6. Tagung des ZK der SED am 9./10. Juni 1988 verabschiedeten Thesen zum 70. Jahrestag der Gründung der KPD: „In fünf Kapiteln

sowj. Film „Die Reue“ (ND vom 31.10.87[4]) und die Unterdrückung des Abdrucks des Stückes von Schatrow (Weiter…weiter…weiter!) hatten bereits deutlich gemacht, daß sich die DDR durch die sowj. Diskussion der Stalin-Vergangenheit nachhaltig irritiert fühlte. DDR-Gesprächspartner benutzen regelmäßig das Argument, es gebe keine stalinistische Vergangenheit der SED, und betonen dabei, es habe in der DDR keine Blutopfer wie anderswo gegeben. Dieses Argument täuscht nicht darüber hinweg, daß maßgebliche Mitglieder der gegenwärtigen Führung (Honecker, Stoph, Hager, Axen, Mielke) seit Beginn DDR in verantwortlichen Funktionen tätig sind und damit auch durch Erscheinungen des Stalinismus geprägt wurden. Eine Revision des Stalinbildes betrifft daher auch sie.

3) Mit der kritischen Beurteilung Stalins, insbesondere mit dem in dem verbotenen Oktober-Heft des Sputnik erhobenen Vorwurf, Stalin habe mit Hitler zusammengearbeitet und ihn damit unterstützt[5], gerät die bisher immer als unüberbrückbar ausgegebene Kluft zwischen Kommunismus und Faschismus, der ideologisch als höchste Form des Imperialismus ausgegeben wird, in Zweifel. Dadurch gerät die SED, die seit Hagers Rede von Oktober 1987[6] konsequent bemüht ist, den im SED-SPD-Papier[7] vorgesehenen Systemdialog wieder in Frage zu stellen, erneut unter Druck. Die ganze Geschichte von SED und DDR geraten in Gefahr, als reversible geschichtliche Erscheinungen angesehen zu werden. Das beschwört die Urfurcht der SED, die deutsche Teilung möge nicht so unwiderruflich sein, wie sie die SED immer darzustellen beliebt. Hieraus erklärt sich auch die große Nervosität, mit der die DDR den Besuch des BK in Moskau im Oktober[8] verfolgt hat.

4) Das Verbot der fünf sowj. Filme läßt sich aus ihrem Inhalt kaum rechtfertigen. Nur einer von ihnen (Der kalte Sommer 1953) behandelt das Problem der Nach-Stalin-Zeit am Rande. Es hat auch sowj. Vertreter in der DDR verwundert, daß diese Filme, die von DDR-Seite selbst für ein Festival und anschließende Auf-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1805

wird die Geschichte der KPD […] hingeführt zu dem Selbstverständnis der Partei, wie es im V. Kapitel (‚In der volksverbundenen Politik der SED lebt das Erbe der KPD‘) zusammengefaßt wird. […] Bis in politische Inhalte und Sprache wird der ‚rote Faden‘ gezogen und die SED wie auch die DDR als Hort und Vollstrecker traditioneller kommunistischer Ideale wie Menschenrechte, Frieden und internationalistische Solidarität dargestellt.“ Vgl. Referat 210, Bd. 145159.

4 Vgl. den Artikel „Wie die Geschichte befragen?“; NEUES DEUTSCHLAND vom 31.Oktober/1. November 1987, S. 9.

5 Vgl. dazu den Artikel „Stalin und der Krieg“; SPUTNIK, 1988, Heft 10, S. 127–149.

6 Das Mitglied des ZK der SED, Hager, hielt am 19. Oktober 1987 auf einer Bezirkstagung zur Vorbereitung der Arbeiterfestspiele 1988 eine Rede in Frankfurt/Oder. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, berichtete am 29. Oktober 1987, daß Teile der Rede in der Ausgabe der Tageszeitung „Neues Deutschland“ vom selben Tag unter der Überschrift „Friedenssicherung und ideologischer Streit“ veröffentlicht worden seien. Bräutigam zog das Fazit: „Offensichtlich dient die heutige Veröffentlichung einer ideologischen Aufrüstung der Partei. Alle Bereiche, in denen die SED in letzter Zeit durch innere und äußere Entwicklungen in die Defensive geraten ist, werden direkt oder indirekt angesprochen.“ So stelle Hager unter Bezug auf das Grundsatzpapier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ von SPD und SED vom 27. August 1987 u. a. die „Frage nach der Friedensfähigkeit des Imperialismus“, also des Westens, die er ihm unter Bezugnahme auf Lenin postwendend abspreche. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1830; Referat 210, Bd. 145160.

7 Für den Wortlaut des Grundsatzpapiers „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ von SPD und SED vom 27. August 1987 vgl. VORWÄRTS, Nr. 35 vom 29. August 1987, S. 31–34. Vgl. ferner AAPD 1987, II, Dok. 240.

8 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

führungen in der DDR ausgewählt worden waren, dann überraschend, nachdem Tausende sie gesehen hatten, verboten wurden. Dies erfolgte, genauso wie das Verbot des Sputnik, ohne daß sich die DDR mit der sowj. Seite zuvor ins Benehmen setzte. Sowj. Gesprächspartner in der DDR zögerten nicht, ihr Unverständnis zum Ausdruck zu bringen, wobei sie, distanzierend, bemerkten, die DDR habe hier souverän gehandelt. Gegenüber dem Einwand, hierbei handele es sich wohl nicht so sehr um eine Frage der Souveränität als eine Frage der Beziehungen zwischen beiden Staaten, verlautete von sowj. Seite, die DDR habe gegenüber diesem Thema wiederholt Unbehagen geäußert und behauptet, ihre Agitation in der DDR werde nachhaltig durch derartige Veröffentlichungen gestört. Auf Befragen äußerten sowj. Gesprächspartner weiterhin, sie schlössen nicht aus, daß auch andere Publikationen, wie etwa die „Neue Zeit", die durch „Glasnost" geprägt seien, unter Umständen in der DDR verboten würden. Eine Kritik an diesen Maßnahmen war nicht zu überhören, wenn es hieß, die Antwort des StV Kulturministers Höpcke in der Literaturnaja Gaseta[9] auf den Artikel von Potschiwalow zur „deutschen Mentalität"[10] sei die richtige Form einer kritischen Auseinandersetzung gewesen.

5) Es ist nicht anzunehmen, daß das Filmverbot lediglich den Zweck haben sollte, die Sowjets zu reizen. Solche kleinlichen Reaktionen versagt sich die DDR aus gutem Grunde. Das Verbot erscheint vielmehr als Ausdruck der grundsätzlichen Entscheidung, die sowj. Stalinismus-Diskussion, in welcher Form auch immer, nicht in die DDR eindringen zu lassen. Daß man aus wohlerwogenen Gründen nicht zugleich eine totale Abschirmung gegenüber der Diskussion in der SU vornimmt, beweist die umfangreiche Veröffentlichung im „ND" vom 29.11.88 über Gorbatschows Ausführungen vor dem Obersten Sowjet zu den Nationalitätenproblemen in Estland[11]. Hierin wird die Grenze deutlich: Zu Vergangenheitsproblemen äußert sich nur die SED in verbindlicher Weise, während über das aktuelle Nationalitätenproblem in der SU[12] berichtet wird. Dabei dient dies vermutlich auch dem Zweck, die spürbaren Vorbehalte gegenüber Gorbatschow zum Ausdruck zu bringen. An Reformen in der DDR interessierte SED-Gesprächspartner äußern neuerdings vermehrt Sorge, Gorbatschow könnte den Problemen, besonders auch in der Nationalitätenfrage, nicht gewachsen sein. Diese Einschätzung wird vermutlich auch von der SED-Führung geteilt, ein Grund mehr, sich nicht in den Strudel der sowj. Reformdiskussionen hineinziehen zu lassen. Das schon vor längerer Zeit zu hörende Argument, die SU sei so groß und stark, daß sie sich auch das Risiko einer Gorbatschowschen Reformdiskussion leisten könne, die DDR aber durch vergleichbare Auseinandersetzungen in existentielle Gefahren geriete, erweist hier wieder seine Richtigkeit. Die DDR wird deshalb bemüht sein, sich möglichst lange aus diesen Entwicklungen herauszuhalten,

9 Vgl. Klaus Höpcke, „O rasnych nemcach" („Über verschiedene Deutsche"); LITERATURNAJA GAZETA vom 12. Oktober 1988, S. 14. Für den deutschen Wortlaut vgl. Osteuropa 1989, A 64 f.

10 Vgl. Leonid Počiwalow, „Nemcy i my" („Die Deutschen und wir"); LITERATURNAJA GAZETA vom 20. Juli 1988, S. 14. Für den deutschen Wortlaut vgl. Osteuropa 1989, A 55–64.

11 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 26. November 1988 vor dem Präsidium des Obersten Sowjet in Moskau vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 29. November 1988, S. 5 f.

12 Zu den Nationalitätenkonflikten in der UdSSR vgl. Dok. 85 und Dok. 337.
Zur Lage in den Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen vgl. Dok. 299.

um zu gegebener Zeit die unbedingt notwendigen Konsequenzen auch für sich zu ziehen. Daß dies in entscheidendem Maße auch eine Generationsfrage ist, ist jedermann bewußt.

[gez.] Bräutigam

Referat 210, Bd. 145160

347

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Werndl

615-425.40/5 **1. Dezember 1988**[1]

Vermerk über das informelle Treffen der für Kulturfragen zuständigen Minister der EG-Mitgliedstaaten am 29. November 1988 in Athen

Deutsche Teilnehmer: StM'in Dr. Adam-Schwaetzer, AA; StM Dr. Gerhardt, Hess.[2] Minister für Kunst und Wissenschaft, Präsident der KMK[3]; MD Dr. Schulz-Hardt, GS der KMK; VLR I Werndl, AA; MR Dr. Dehmel, BMWi; LMR[4] Dr. Paravicini, Hess. Min. für Kunst und Wissenschaft; ORR Dr. Meinck, Hess. Staatskanzlei; LS'in Gellbach, AA.

I. Die drei nachstehenden Themen wurden mit folgenden Grundtendenzen erörtert:

1) Kulturelle Zusammenarbeit mit europäischen Staaten, die nicht Mitgliedstaaten (MS) der EG sind

Von allen Seiten (einschließlich EG-Kommission = EGK) wurde Bereitschaft zu einer pragmatischen Öffnung bei der kulturellen Zusammenarbeit bekundet, und zwar sowohl gegenüber den MS des Europarats wie auch gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten – wenngleich letzteres mit etwas mehr Zurückhaltung und vereinzelten Mahnungen zur Vorsicht. Eine vorrangige Rolle soll dabei zunächst das Projekt „Europäische Stadt der Kultur" (ESK)[5] spielen.

1 Ablichtung.

2 Hessischer.

3 Kultusministerkonferenz.

4 Leitender Ministerialrat.

5 Ministerialdirektor Witte informierte am 31. Juli 1987: „Die Festspiele ‚Europäische Stadt der Kultur' werden laut Beschluß der im Rat vereinigten, für Kulturfragen zuständigen Minister der EG-Mitgliedstaaten jährlich in einer Stadt eines der EG-Länder veranstaltet, um den Teilnehmern die kulturelle Einheit Europas näherzubringen. Die Reihe eröffnete 1985 Athen, es folgte 1986 Florenz; 1987 ist Amsterdam, 1988 Berlin, 1989 Paris und 1990 Glasgow Gastgeber. Es entspricht dem Leitgedanken der Veranstaltung, den Kreis der teilnehmenden Länder möglichst weit zu fassen, also weiter als die Zwölf, weiter aber auch als die 24 Länder der Kulturkonvention des Europarats. Dies wurde auch bisher so praktiziert; nur Teilnehmer aus Ländern des WP waren bisher noch nicht zu verzeichnen". Vgl. den Runderlaß; Referat 210, Bd. 145229.
Referat 615 vermerkte am 23. September 1988: „Die Erweiterung des Projekts ‚Europäische Stadt der Kultur' auf den Kreis der KSZE-Staaten wird besonders von Frau Mercouri und BM Genscher propagiert." Andere EG-Mitgliedstaaten hätten sich indes zurückhaltend geäußert: „Inzwischen hat Ungarn uns Interesse an einer Kandidatur von Budapest bilateral übermittelt. (Auch Türkei hat im

Zum Vorschlag von Melina Mercouri, ein gesamteuropäisches Treffen „auf höchster politischer Ebene" zu Kulturfragen zu veranstalten, regte Kulturminister Jack Lang an, ein informelles Treffen der europäischen Kulturminister evtl. in Budapest ins Auge zu fassen. StM'in Adam-Schwaetzer unterstützte diese Anregung im Grundsatz. Die Einzelheiten eines evtl. Treffens wie Ort, Zeitpunkt etc. müßten geprüft werden. Man solle bezüglich einer kulturellen Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Ländern gegenwärtig weder Daten festlegen noch etwas formalisieren. Man solle jedoch Kontakte aufnehmen und ein Signal setzen.

Die Diskussion ergab schließlich weitgehendes Einvernehmen über folgende Punkte:

– Die Kulturminister der Troika-MS (ab 1.1.1989 GR, SP, F) u. EGK sollen exploratorische Gespräche mit MS des Europarats, die nicht EG-MS sind, aufnehmen, um Möglichkeiten der kulturellen Zusammenarbeit allgemein und der Einbeziehung in den Kandidatenkreis beim Projekt ESK im besonderen zu erkunden. Sie sollen über das Ergebnis dieser Gespräche den Kulturministern auf einer der nächsten Tagungen berichten.[6]

– Des weiteren wird eine Kontaktaufnahme auch mit den übrigen europäischen Staaten (Mittel- und Osteuropas) in Aussicht genommen, insbesondere im Hinblick auf eine Erweiterung des Projekts ESK. Das Interesse Ungarns an einer Kandidatur Budapests wird in diesem Zusammenhang ausdrücklich positiv zur Kenntnis genommen.

– Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß das Projekt ESK bis 1993 bereits fest vergeben ist und drei EG-MS noch nicht kandidiert haben (DK hat Interesse für Kopenhagen ohne zeitliche Festlegung angemeldet), sollen die übrigen europäischen Staaten ermuntert werden, sich am laufenden Projekt mit Sachbeiträgen zu beteiligen.

– Die Möglichkeit, ein informelles gesamteuropäisches Kulturministertreffen, evtl. in Budapest, abzuhalten, soll von den EG-Kulturministern weiter überlegt werden.

– Die Kandidatur Dublins für 1991 wurde ausdrücklich begrüßt und gebilligt.

2) Europäische audiovisuelle (AV) Politik

Zu diesem Thema wurde eine allgemeine Orientierungsdebatte auf der Grundlage eines als „persönlicher Diskussionsbeitrag" qualifizierten Papiers von EG-Kommissar Ripa di Meana[7] geführt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1808

Rahmen des Europarats bereits im letzten Jahr Interesse an einer Kandidatur Istanbuls bekundet.)" Vgl. B 91 (Referat 615), Bd. 545.

6 Die für Kulturfragen zuständigen Minister der EG-Mitgliedstaaten kamen am 30./31. März 1989 zu einem informellen Treffen in Santiago de Compostela zusammen. Vgl. dazu AAPD 1989.

7 Referat 615 notierte am 25. November 1988, das Mitglied der EG-Kommission, Ripa di Meana, habe ein „Papier über die Absichten der EG-Kommission (EGK) mit dem Titel ‚Une nouvelle dimension pour la politique audiovisuelle européenne' erarbeiten lassen", das am 11. November 1988 übergeben worden sei: „Die im Ripa-Papier u. a. angesprochenen Themen ‚Hochauflösendes Fernsehen u. Satellit' sowie ‚Marktstruktur/Rundfunkrichtlinie' […] gehören nach übereinstimmender Auffassung der Ressorts und der Länder nicht, jedenfalls nicht im gegenwärtigen Stadium, in den Kulturministerrat; sie sollen in ihrem bisherigen Rahmen, also im Forschungsministerrat und im Binnenmarktrat, weiter behandelt werden". Vgl. Referat 410, Bd. 141618.

StM'in Adam-Schwaetzer, die die Diskussion eröffnete, betonte (unter Hinweis auf den vorläufigen Charakter unserer Stellungnahme zu dem erst seit kurzem und nur in Französisch vorliegenden Ripa-Papier) unsere Bereitschaft zu einer engeren europäischen Zusammenarbeit im AV-Bereich. Europa müsse eine Antwort auf die Programmversorgung von außen finden. Diese könne jedoch nicht in der Einführung von Sendequoten für europäische Produktionen liegen. Vielmehr müsse die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Programmproduktion gestärkt werden. Unter Hinweis auf den vom Europäischen Rat in Hannover (27./28.6. 88[8]) erteilten Prüfungsauftrag[9] hob sie die besondere Eignung des EUREKA-Modells[10] für die künftige Zusammenarbeit in der AV-Produktion hervor.[11] EUREKA, das flexibel sei und die Initiative dem privaten Sektor überlasse, funktioniere im technologischen Bereich ausgezeichnet.

Beim MEDIA-Programm der EGK, das wir für den Kern der derzeitigen europäischen Bemühungen in diesem Sektor betrachteten, könne es gegenwärtig weder um eine Verlängerung noch um eine Erweiterung gehen. Vielmehr müsse nach Abschluß der Pilotphase zunächst eine Evaluierung stattfinden. MEDIA schließe die Prüfung weiterer Vorschläge, wie sie im Kapitel B 3 des Ripa-Papiers enthalten seien, nicht aus. Aber für sie müsse gelten, daß sie im Zusammenhang mit MEDIA und im Rahmen einer realistischen Gesamtprioritätensetzung behandelt würden.

Zum Abschluß wies StM'in Adam-Schwaetzer auf den Erfolg der Verleihung des Europäischen Filmpreises in Berlin am 26.11.88 hin. Die Idee der Preisverleihung, d.h. vor allem ihre europäische Dimension, sei beim Publikum gut angekommen. Man solle das Projekt weiterführen und ein kleines Sekretariat hierfür in Berlin einrichten. (Die Anregung hierzu kommt aus dem deutschen Nationalkomitee für das Europäische Film- und Fernsehjahr[12].)

Für F – das in diesem Bereich den Gegenpart zu unserer Position bildet – erklärte Jack Lang, die erste Verantwortung für eine kreative Programmproduktion liege bei den MS; die europäische Ebene sei nur eine komplementäre. Die europäische Antwort auf die Programme von außen müsse sowohl im Schutz der europäischen Produzenten (Quoten) wie in der Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit liegen. Was das erstere betreffe, so respektiere er die Autonomie der Rundfunkanstalten. Diese könnten jedoch andererseits einen Appell ihrer Regierungen nicht ignorieren.

8 Korrigiert aus: „26./27.6.1988".
Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 in Hannover vgl. Dok. 191.

9 Vgl. dazu die Schlußfolgerungen des Vorsitzes der Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 in Hannover; BULLETIN 1988, S. 846.

10 Zum europäischen Forschungs- und Technologieprogramm EUREKA vgl. Dok. 82, Anm. 4.
Referat 430 vermerkte am 13. Januar 1988: „165 Projekte und ein Finanzvolumen von über 8 Mrd. DM (Stand: 9/87) zeigen, daß EUREKA zu einem anerkannten Instrument europäischer Hochtechnologiezusammenarbeit geworden ist." Vgl. Referat 430, Bd. 163009.
Auf der VI. EUREKA-Ministerkonferenz vom 14. bis 16. Juni 1988 in Kopenhagen wurden 54 neue Projekte verabschiedet.

11 Vgl. dazu den Vorschlag des Staatspräsidenten Mitterrand vom 29. September 1987 für ein audiovisuelles EUREKA-Programm; Dok. 306, Anm. 76.

12 Die EG-Ratstagung auf der Ebene der für Kulturfragen zuständigen Minister verabschiedete am 13. November 1986 in Brüssel eine Entschließung über ein europäisches Film- und Fernsehjahr im Jahr 1988. Für den Wortlaut der Entschließung vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. C 320 vom 13. Dezember 1986, S. 4 f.

Lang hob die beabsichtigte Beteiligung Spaniens am geplanten deutsch-französischen Kulturkanal[13] als Beispiel dafür hervor, wie europäische Zusammenarbeit entstehen solle.

Die übrigen Diskussionsbeiträge bewegten sich im wesentlichen zwischen diesen beiden Positionen. Einige Delegationen setzten sich besonders für verstärkte Ausbildung in AV-Berufen (sowohl im technischen wie im programmatischen Bereich) ein.

Als weitgehend einvernehmlich kann man folgende Grundaussagen festhalten:

– Der Anstoß, den der ER in Hannover zu diesem Thema gegeben hat, wird begrüßt und weitergeführt.
– Im Rahmen des Ziels, eine wettbewerbsfähige europäische Produktion zu schaffen, sehen die Kulturminister ihre vordringliche Aufgabe darin, dem kulturellen Aspekt von Film- und Fernsehproduktionen entsprechende Geltung zu verschaffen und zur Erreichung eines hohen qualitativen Niveaus beizutragen.
– EUREKA wird als ein gutes Modell für die künftige Zusammenarbeit in diesem Sektor angesehen, das Pilotprojekt MEDIA der Kommission als deren substantieller Kern betrachtet.

3) Freier Verkehr von kulturellen Gütern und Dienstleistungen am Beispiel der Filmindustrie

Das Thema wurde über den Filmbereich hinaus unter dem allgemeinen Gesichtspunkt des Spannungsverhältnisses zwischen freiem Verkehr von Waren und Dienstleistungen/Binnenmarkt 1992 einerseits und Erhaltung der kulturellen Identität bzw. Vielfalt andererseits diskutiert. Alle Minister vertraten die Auffassung, daß das Prinzip der Verkehrsfreiheit nicht zu einer Zerstörung der kulturellen Vielfalt und nationalen Identität führen dürfe und daß deshalb Güter und Dienstleistungen mit kulturellem Charakter – auch nach Einführung des Binnenmarktes – nicht mit reinen Wirtschaftsgütern und -dienstleistungen gleichgestellt werden dürften. Jack Lang vertrat die Auffassung, daß eine Rechtsharmonisierung zum Schutz nationalen Kulturgutes erforderlich und möglich sei, ohne den freien Verkehr von Kulturgütern zu verhindern. StM Gerhardt unterstützte Lang nachdrücklich und betonte – auf das Beispiel der Filmindustrie zurückkommend –, daß es keinen „europäischen Film“ gebe, sondern nur einen deutschen, französischen oder dänischen Film. Der Film müsse in seiner nationalen Eigenart unterstützt werden; es dürfe keine „Guillotine“ für die nationalen Fördersysteme geben.

(I unterrichtete in diesem Zusammenhang darüber, daß es eine Veranstaltung vom 5.–10.12.1988 zum Thema Erhaltung der kulturellen Identität plane.)

Kommissar Ripa di Meana wies auf die Ausnahmemöglichkeiten der Art. 36 und 92 des EWG-Vertrages[14] vom Prinzip der Verkehrsfreiheit sowie die widersprüch-

13 Vortragender Legationsrat Merkel informierte am 8. November 1988: „Verhandlungen über einen deutsch-französischen Fernsehkulturkanal werden auf der Grundlage eines französischen und eines deutschen Memorandums und einer von den Ländern mit Frankreich abgestimmten Gemeinsamen Erklärung am 30.11.1988 in Paris aufgenommen, mit dem Ziel, ab dem 1.1.1990 ein gemeinsames Programm über Satellit und Kabel auszustrahlen.“ Vgl. B 97 (Referat 610), Bd. 526.

liche Rechtsprechung des EuGH zu diesem Bereich hin. Innerhalb der EGK werde das Thema „dialektisch“ diskutiert. Er versicherte, er werde die Auffassungen und Besorgnisse der Kulturminister dem Kommissionskollegium vortragen.

Es wurde Einvernehmen darüber erzielt, daß die EGK eine vergleichende Studie über die in diesem Bereich in den einzelnen MS existierende Gesetzgebung erarbeiten soll, die auch auf die Problematik der Auswirkungen des Binnenmarkts auf den Kulturbereich eingehen wird. Die Studie soll dann im Ausschuß für Kulturfragen behandelt und für die Minister aufbereitet werden.

II. Verlauf und Ergebnisse des Ministertreffens sind aus unserer Sicht befriedigend: Es sind die drei wohl wichtigsten Themen für die kulturelle Zusammenarbeit der nächsten Jahre im Kreise der EG-MS behandelt worden.

Die Öffnung der kulturellen Zusammenarbeit zunächst gegenüber den MS des Europarats, dann aber auch gegenüber Mittel- und Osteuropa, entspricht einem von uns seit langem vorgetragenen Anliegen. Sie ist geeignet, der außerhalb der EG gewachsenen Befürchtung entgegenzuwirken, die Gemeinschaft könnte sich kulturell abschotten, und sie ist ein Schritt hin zu der von uns gewünschten gesamteuropäischen Brückenfunktion der Kultur.

Beim Thema Audiovisuelle Politik sind aus unserer Sicht unangenehme Festlegungen vermieden worden. Gleichzeitig war es eine Gelegenheit für alle Beteiligten, ihre Auffassungen klarzulegen, bevor Kommissar Ripa sein Papier weiter „konsolidiert“.

Das ebenso schwierige wie – besonders im Hinblick auf 1992 – wichtige Thema Verkehrsfreiheit und kulturelle Identität ist fürs erste auf eine angemessene verfahrensmäßige Schiene in der Gemeinschaft gebracht worden. (Dies erspart uns allerdings nicht, uns eine nationale Position zu erarbeiten, wenn wir unseren Einfluß in der Gemeinschaft geltend machen wollen.)

Ein für uns unangenehmer Verfahrensfehler ist schließlich noch festzuhalten: Es wurde nicht Deutsch gedolmetscht (außerdem nicht in nl., port. und dänisch, in alle übrigen Sprachen ja). Dies wurde mit dem Hinweis auf die Ratshäufungen, insbesondere den Europäischen Rat in Rhodos[15] drei Tage später, begründet. Wir waren davon vorher nicht unterrichtet worden. (StM'in Adam-Schwaetzer wurde am Abend zuvor mitgeteilt, daß zwar vom Deutschen, aber nicht ins Deutsche übersetzt werde. Bei der ersten Intervention stellte sich dann heraus, daß es überhaupt keine Deutschübersetzung gab.)

Wir werden dies auf angemessene Weise mit dem Sprachendienst der EG aufnehmen.

Werndl

Referat 410, Bd. 141674

Fortsetzung Fußnote von Seite 1811

14 Für den Wortlaut von Artikel 36 bzw. Artikel 92 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 794 bzw. S. 830–832.

15 Zur Tagung des Europäischen Rats am 2./3. Dezember 1988 auf Rhodos vgl. Dok. 353.

348

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-16020/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 1. Dezember 1988, 17.10 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1589 **Ankunft: 1. Dezember 1988, 20.25 Uhr**

Betr.: Sitzung Eurogroup 30.11.1988;
hier: Eurodinner

Zur Unterrichtung

1) An Abendessen nahmen wie üblich VM und StV teil. GR, P und (als Beobachter) ISL waren nur durch letztere[2] vertreten.

Es wurde vor allem über Gesamtkonzept[3] und, damit zusammenhängend, Verhältnis zwischen rüstungskontrollpolitischem Ansatz und Modernisierung/Restrukturierung SNF gesprochen. Sehr substantielle Erörterung bestritten vor allem NWG, D, GB, NL, B und L. Dabei ergab sich:

– „Dritte Null-Lösung" wurde – mit vorsichtiger Ausnahme von L und E – ausgeschlossen.
– Verbindung zwischen Rüstungskontrolle und Restrukturierung SNF wurde – von GB abgesehen – sehr eindeutig bejaht.
– Restrukturierung/Modernisierung SNF wird trotz inhärenter Schwierigkeiten gegenüber Öffentlichkeit als vermittelbar angesehen.
– Gleichwohl Warnung vor neuem „Doppelbeschluß" (Ausnahme: L).
– Deutsche Haltung ist besonders für NL und B von entscheidender Wichtigkeit.
– Gesamtkonzept, das zu veröffentlichen ist, muß bald entwickelt werden, um NATO-Gipfel[4] zu ermöglichen, „Beschlüsse" zu fällen.

2) Verlauf und Erörterung im einzelnen

Holst (NWG), der sich schon bei letzter NPG[5] engagiert zu diesem Thema äußerte, leitete mit Frage ein, was eigentlich unter Gesamtkonzept zu verstehen sei. Ziffer 8 Reykjavik[6] sei mehrdeutig („ambiguous"). Was ergebe sich daraus für Verteidigungsplanung, nicht zuletzt SNF-Modernisierung? Hinweis auf NPG und HLG sowie politische Auswirkungen. Wie solle Öffentlichkeit eingestimmt werden? Zwischen Rüstungskontrolle und Verteidigungsplanung bestehe funktionale Verbindung („functional relationship"). Gehe das eine dem anderen konzeptionell voraus, und welches stehe an erster Stelle? Er fühle sich frustriert

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 2. Dezember 1988 vorgelegen.
2 Einar Benediktsson (Island), António Vaz Pereira (Portugal) und Christos Zacharakis (Griechenland).
3 Zur Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO vgl. Dok. 242.
4 Die NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs fand am 29./30. Mai 1989 in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1989.
5 Die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO fand am 27./28. Oktober 1988 in Den Haag statt.
6 Für den Wortlaut von Ziffer 8 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 384. Zur Tagung vgl. AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

(„dissatisfied“). Er frage sich, ob Ständiger Rat bei Entwicklung Gesamtkonzepts nicht überfordert sei. Könne man noch mit Ergebnissen rechnen? Sei es nicht vielleicht besser, neue Wege zu beschreiten, etwa durch die Betrauung einiger „weiser Männer“? Ein Scheitern könnten wir uns nicht leisten. Öffentlichkeit sei sensibilisiert. Deshalb sei es auch unbedingt erforderlich, Gesamtkonzept zu veröffentlichen, widrigenfalls sich mannigfache Verdächtigungen ergäben. Wir müßten uns dieser schwierigen Herausforderung gewachsen zeigen. Es gehe um eine konzeptionelle Erweiterung („amplification“) des Harmel-Berichts[7], nicht um seine Ersetzung.

BM Scholz unterstrich, auch deutscherseits werde Verabschiedung Gesamtkonzepts bei bevorstehendem NATO-Gipfel (April, Mai oder Juni) angestrebt. Es sei deutsche Politik, SNF rechtzeitig auf den neuesten Stand zu bringen, dies jedoch mit rüstungskontrollpolitischem Konzept zu verbinden. In welcher Weise dies zu geschehen habe, sei ihm noch nicht klar. Das werde in Bundesregierung mit Nachdruck erörtert, doch sei eine Entscheidung darüber noch nicht gefallen.[8] Auf Einwurf von Holst, daß dies auch Auswirkungen auf andere Länder haben werde: Wir seien uns darüber und die sich daraus ergebende Verantwortung im klaren.

Younger (GB): Es gehe hier um äußerst wichtige Fragen. Er glaube nicht, daß für Entwicklung Gesamtkonzepts neuer prozeduraler Ansatz erforderlich sei, Ständiger Rat müsse weitermachen. Zu erarbeitendes Papier werde Hintergrund für schwierige Entscheidungen darstellen. Sie könnten nur durch Politiker gefällt werden. In letzter Instanz seien Regierungschefs hierfür aufgerufen; für Zeitpunkt Gipfel wurde auch britischerseits Zeitpunkt April bis Juni genannt.

Auf Bemerkung Holsts, Gesamtkonzept müsse „general framework“ darstellen und zur Vermeidung Eindrucks erneuten Doppelbeschlusses nicht zu detailliert („specific“) konzipiert sein, meinte Younger: Andererseits seien zu vage Aussagen zu vermeiden. Neue Prozeduren würden wenig nützen. Schwierigkeiten lägen in der Sache, nämlich genau in Problem des Verhältnisses zwischen SNF-Modernisierung und Rüstungskontrolle. Dies sei die große Herausforderung des Bündnisses, die nur von den Regierungschefs entschieden werden könne.

Holst stellte und verneinte implizit[9] Frage, ob man SNF-Modernisierung mit Gesamtkonzept umschiffen oder hinauszögern könne.

Bolkestein (NL) bejahte nachdrücklich Nexus zwischen Gesamtkonzept und Modernisierung. Diese könne ohne jenes nicht verständlich gemacht werden. Deshalb sei es undenkbar, Gesamtkonzept etwa nicht zu veröffentlichen. Deutsche Haltung sei äußerst wichtig für NL („Osmose“). Zwar sei es theoretisch „ideal“, wenn Gesamtkonzept beide Seiten (Modernisierung und Rüstungskontrolle) anspreche, doch liege darin auch Gefahr erneuten Doppelbeschlusses. Sollte Gorbatschow

7 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

8 Zur Diskussion innerhalb der Bundesregierung über das Verhältnis zwischen rüstungskontrollpolitischem Ansatz und einer Modernisierung nuklearer Kurzstreckenwaffen (SNF) vgl. Dok. 329.

9 Korrigiert aus: „impliziert“.

bei Überlegenheit von 1365 gegenüber 88 Werfern Null-Lösung vorschlagen, werde es schwierig sein, diese abzulehnen. Verbindung beider Aspekte werfe deshalb gewisse Schwierigkeiten auf.

BM Scholz bemerkte hier, daß eines für deutsche Politik klar sei: Eine dritte Null-Lösung würden wir nicht akzeptieren, was immer auch Gorbatschow sage.

Coëme (B): Die Dinge entwickelten sich, nichts sei endgültig. In gewissen Ländern gebe es Widersprüche. Deutsche Haltung sei „äußerst bedeutungsvoll". Bei Gesamtkonzept gelte es, Verteidigungsminister einzuschalten, die darüber nicht nur durch Presse unterrichtet werden dürften! Endgültige Entscheidung müsse auf Gipfel fallen, doch müßten Verteidigungsminister ihr Wort mitzureden haben. Gesamtkonzept dürfe nicht zu vage ausfallen. Es habe für B hohe Priorität. Er sei sich darüber klar, daß sich daraus eine eventuelle SNF-Modernisierung ergeben werde. Wer glaube, eine politische Debatte darüber vermeiden zu können, täusche sich. Insoweit solle man sich nicht zu sehr vor Gorbatschow fürchten. Es gelte, eine Position zu erarbeiten, die für sich stehe. Wir dürften uns auch vor öffentlicher Meinung nicht zu sehr Sorge machen und müßten unsere Verantwortung wahrnehmen. Es gelte, keine Zeit zu verlieren. Modernisierung müsse parallel mit Abrüstung vonstatten gehen, da sie sonst Öffentlichkeit nicht zu vermitteln sei. Er wolle erneut unterstreichen: Dritte Null-Lösung komme nicht in Frage.

Fischbach (L) bemerkte, er wolle an NWG und NL „naive Frage" stellen, warum sie sich denn vor erneutem Doppelbeschluß so sehr fürchteten. Hier bestehe ein großer Unterschied zu 1979[10]. Damals habe es sich um völlig neue Systeme gehandelt, während es 1995 nur um die Ersetzung bereits vorhandener gehe. Dies müsse von Grund auf diskutiert werden. Schließlich: Er wolle Möglichkeit dritter Null-Lösung für alle Zeiten nicht ausschließen.

Holst begründete Auffassung, erneuten „Doppelbeschluß" zu vermeiden: Er sei 1979 und später stark involviert gewesen und erinnere sich gut an Schwierigkeiten. Damaliges Modell könne nicht für immer Gültigkeit besitzen. 1979 habe es sich um politische Herausforderung gehandelt, während es jetzt in erster Linie um militärische Fragen gehe. Beides sei unvergleichbar („different ball game"). Kreml hätte 1979 Doppelbeschluß verhindern können, falls man sich dort geschickter verhalten hätte. Heute lägen die Dinge anders. Es sei besser, sich jetzt nicht zu wiederholen. Gebrannte Politiker scheuten das Feuer. – Wir täuschten uns im übrigen, wenn wir glaubten, SNF ganz aus KRK heraushalten zu können. Es sei unmöglich, westliches KRK-Konzept[11] SU ganz gegen deren Willen aufdrängen zu wollen. Verbindung sei nicht zuletzt durch doppelrollenfähige Artillerie gegeben. Wir seien deshalb bereits auf dem Wege zu Verhandlungen. Hier gebe es technische und konzeptionelle Schwierigkeiten. Stabilität sei keine Einbahnstraße, Flugzeuge und SNF könnten also letztlich aus Rüstungskontrolle nicht ausgeschlossen werden. Wir dürften keine Vogel-Strauß-Politik betreiben.

10 Die Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten verabschiedeten auf ihrer Gemeinsamen Tagung am 12. Dezember 1979 in Brüssel den NATO-Doppelbeschluss. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

11 Zu den Gesprächen über einen Mandatsentwurf der NATO-Mitgliedstaaten für die Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 312.

Problem sei, wie „coherent and up-to-date force posture“ zu gewährleisten sei und in welchem Rahmen dies zu geschehen habe.

[12]Auch Serra (E) unterstrich, eine SNF-Modernisierung ohne Gesamtkonzept sei nicht möglich. Es gelte, sich Herausforderung zu stellen. Zu dritter Null-Lösung wolle er nicht „niemals“ sagen, denn sie sei vielleicht eines Tages doch denkbar. Wir müßten mit Gesamtkonzept vorankommen. Eine „creative line“ sei möglich. Er sei sich, um ganz ehrlich zu sein, nicht sicher, ob die von BM Scholz vertretene Linie von deutschem AM akzeptiert werde.

BM Scholz bemerkte hierzu, es sei falsch, zwischen deutschem Verteidigungs- und Außenminister Gegensätze konstruieren zu wollen. Bundesregierung sei nicht gespalten, von ihr werde eine vertiefte und ernste Diskussion über alle diese Fragen geführt. Seiner Meinung nach gehe es vor allem um folgendes:

– Nach INF-Abkommen sei – willentlich oder nicht – Eindruck vermittelt worden, daß man auf Atomwaffen verzichten könne. Es gebe in Öffentlichkeit nur wenige, die zwischen verschiedenen Kategorien von Kernwaffen zu unterscheiden in der Lage seien.
– Mittelstreckenabkommen sei mit Recht als großer Erfolg gefeiert worden. Vielleicht habe man dabei unterlassen, genügend deutlich zu machen, daß für Implementierung bewährter NATO-Strategie[13] weiterhin Mix erforderlich sei.
– Jedermann wisse, daß SU auch im SNF-Bereich massives Übergewicht besitze. Dritte Null-Lösung sei für viele deshalb etwas scheinbar Natürliches.
– In keinem Land sei bei Bevölkerung deutlich geworden, daß wir Zahl Kernwaffen – nicht erst seit Montebello[14] – systematisch reduziert hätten.

Auf diesem Hintergrund werde das Dilemma ganz klar, einerseits Wege zu finden, um der Öffentlichkeit weitere Notwendigkeit von Kernwaffen zu verdeutlichen, andererseits aber das INF-Modell auf sonstige Kernwaffen einschließlich SNF als nicht anwendbar anzusehen.[15]

Zwar sei Öffentlichkeit sich zum Teil bewußt, daß wir Kernwaffen benötigen, weil wir konventionell unterlegen sind. Dies sei jedoch nur Teil der Wahrheit. Zusammenhang mit KRK sei zwar nicht außer acht zu lassen, man dürfe dabei jedoch nicht in Lage gebracht werden, einzuräumen, vom WP propagierte „hinlängliche Verteidigungsfähigkeit“ und „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“[16] machten Kernwaffen überflüssig. Es gelte, eine „Aufklärungskampagne“ in Gang zu bringen, umso mehr als CST[17] sehr langwierig sein würden. Harmel-Philosophie bleibe gültig. Gesamtkonzept müsse sie ausbauen und konkretisieren. Hieraus ergebe sich:

12 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1590 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.
13 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 11, Anm. 9.
14 Die USA begannen im Frühjahr 1980 mit dem im NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 angekündigten Abzug von 1000 nuklearen Gefechtsköpfen. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 129.
Auf der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 in Montebello wurde ferner der einseitige Abbau von weiteren 1400 nuklearen Gefechtsköpfen beschlossen. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 321.
15 So in der Vorlage.
16 Vgl. dazu den Artikel des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 17. September 1987 in der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“; Dok. 50, Anm. 16.
17 Conventional Stability Talks.

– Stabilisierungserfolge im Rahmen von KRK stellten prinzipiell keinen Maßstab für Erfordernis von Nuklearwaffen dar.
– Im Kernwaffenbereich gelte es, Philosophie der letzten Jahrzehnte weiterzuführen: Restrukturierung (statt „Modernisierung") mit paralleler Reduzierung bei nuklearer Artillerie. Dies müsse deutlich gemacht werden. Jedoch keine dritte Null-Lösung, die nicht nur durch Verhandlungen sowie durch einseitigen Abbau, sondern auch – mangels Modernisierung – auf kaltem Wege (und dann u. U. sogar einseitig) herbeigeführt werden könne. Über all dies müsse bald systematische Erörterung aufgenommen werden, und dies sei nicht nur im Gesamtkonzept, sondern auch Öffentlichkeit gegenüber offensiv zu vertreten.

Holst würdigte Äußerungen BM als „sehr wichtig". Er pflichte Scholz ebenso wie Coeme sehr weitgehend bei. Betonung Notwendigkeit Gesamtkonzepts. Dieses müsse im doppelten Sinne „comprehensive" sein, d. h. sowohl umfassend als auch verständlich. Es dürfe nicht nur Rüstungskontroll- und Abrüstungsfragen ansprechen, sondern müsse in geeigneter Weise Verbindung zu Rüstungsplanung und auch zu den sich daraus ergebenden Schwierigkeiten („predicaments") herstellen. Er bleibe überzeugt, ein angemessener Mix sei erforderlich.

VM Fischbach gegenüber betonte Holst erneut, ein Doppelbeschluß, der Hoffnungen auf dritte Null-Lösung erwecke, dürfe nicht wiederholt werden. Schwierigkeit bestehe darin, einerseits mit sowjetischer Überlegenheit fertig zu werden, andererseits sich jedoch darüber klar zu sein, daß Kernwaffen in sich stabilisierenden Faktor darstellten. Dies müsse Öffentlichkeit verdeutlicht werden. Trotz verführerischer Ratschläge von Laien („street corner strategists") sei es möglich, Kampf der Herzen zu gewinnen.

Zanone (I) plädierte dafür, systematischer als bisher Bevölkerung gegenüber Asymmetrien und Disparitäten zu erläutern sowie nach wie vor bestehende Bedrohung darzustellen, was Akzeptanz von Kernwaffen erleichtern werde.

Bolkestein sprach sich wie Holst noch einmal gegen erneuten „Doppelbeschluß" aus. Wir hätten uns nach 1979 auch unglaubwürdig gemacht („made fools of ourselves"), da wir – im Gegensatz zu unserer etablierten Philosophie – mit dem Abbau längerreichender Kernwaffen begonnen und die kürzerreichenden übriggelassen hätten. Solche „Eigentore" gelte es künftig zu vermeiden. Betonung, daß Erfordernis von Reduktionen bei KRK im Gesamtkonzept enthalten sein müsse. Hinsichtlich SNF wolle er BM Scholz beipflichten, daß einschlägige Probleme der Öffentlichkeit erklärt werden könnten. In Gesamtkonzept, das als „Grand Design" zu konzipieren sei, müßten sowohl Rüstungskontrolle als auch Verteidigungsplanung Eingang finden. Hinweis von GB darauf, daß US an ersterem weniger interessiert seien.

3) Zum Schluß kam noch – unter Zeitdruck – kurz „burden sharing"[18] zur Sprache. Younger führte ein und bemerkte, daß alle Partner finanziellen Schwierig-

18 Zur Frage der Lastenteilung innerhalb der NATO vgl. Dok. 162.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher teilte am 29. November 1988 mit, daß der Bericht der Executive Working Group (EWG) zur Lastenteilung mit dem Titel „Enhancing Alliance Collective Security: Shared Roles, Risks and Responsibilities in the Alliance" nunmehr vorliege und von den Verteidigungsministern der NATO-Mitgliedstaaten verabschiedet werden könne. Vgl. Referat 201, Bd. 143492.
Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), informierte am 2. Dezember 1988, daß die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO dem EWG-Bericht und dessen Veröffent-

keiten ausgesetzt seien. Dies gelte jetzt auch für US, die insoweit erhebliche Probleme hätten. Alle säßen im gleichen Boot, und daraus ergäben sich auch Chancen. Es müsse unser Ziel sein, eine effiziente Verteidigung mit möglichst wenig Kosten zu erzielen. Dabei ergebe sich nicht zuletzt das schwierige Problem, angemessene Geldmittel freizumachen, damit auch notwendiger Druck auf andere Seite hinsichtlich Reduzierungen aufrechterhalten werden könne. Er verstehe amerikanische Gefühle nur zu gut: Man solle sich einmal vorstellen, wir müßten Truppen in Ohio (Einwurf BM Scholz: wohl besser Florida) stationieren. Obwohl wir durchaus gute Argumente hätten, bleibe eine Lücke. Alle von uns könnten – in unterschiedlichem Umfang – mehr tun, und jeder solle dazu beitragen.

Engaard (DK) stimmte zu. Hinweis auf Output und auf dänische Beteiligung an friedenswahrenden Aktionen VN.

Holst wies auf Parallelen zur SNF-Problematik hin. In beiden Bereichen gehe es darum, Öffentlichkeit zu motivieren. Mehr Effizienz sei erforderlich (z. B. Aufgabe im Rahmen von DPQ[119]). Unterstreichung Notwendigkeit europäischen Pfeilers, dessen Rolle in US noch nicht verstanden und dort als Konkurrenz mißverstanden werde. Holst nannte als gute Beispiele für burden sharing „Composite force“ für Nordnorwegen und Finanzierung Verlegung 401. US-Kampfgeschwaders aus Infrastrukturmitteln. Weitere derartige Vorhaben würden nützlich sein.

4) BM Scholz ist mit DB einverstanden.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 13031 (204)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1817

lichung zugestimmt habe. Vgl. die Drahtberichte Nr. 1593–1596; VS-Bd. 11867 (202); B 150, Aktenkopien 1988.

Für den Wortlaut vgl. NATO DEFENCE PLANNING COMMITTEE (Hrsg.), Enhancing Alliance Collective Security: Shared Roles, Risks and Responsibilities in the Alliance, Brüssel 1988.

19 Defense Planning Questionnaire.

349

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher auf Rhodos

2. Dezember 1988[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit PM Thatcher am 2. Dezember 1988 auf Rhodos[2]

Aus o. a. Gespräch halte ich zusammenfassend fest:

1) PM *Thatcher* stimmte dem Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers zu, die nächsten deutsch-britischen Konsultationen am 20./21. Februar 1989 in Frankfurt durchzuführen.[3] Ferner nahm PM Thatcher eine Einladung des Herrn Bundeskanzlers nach Oggersheim an.[4]

2) Zur Durchführung des NATO-Gipfels in London berichtete der *Bundeskanzler*, daß ihm GS Wörner einen Termin zwischen Mitte April und Mitte Mai genannt habe. PM Thatcher erklärte, auch sie ziehe ein Treffen in diesem Zeitraum vor.[5] Bei einer späteren Terminierung – etwa Juni – bringe man Bush in Schwierigkeiten, der im Juli dann erneut zum WWG nach Paris[6] reisen müsse. Sie habe über diese Frage auch mit StP Mitterrand gesprochen, der über seine Teilnahme nachdenken werde. Der *Bundeskanzler* erklärte hierzu, er gehe von einer Teilnahme Mitterrands aus.

3) Der Bundeskanzler erklärte, daß es wichtig sei, auf dem NATO-Gipfel das Gesamtkonzept[7] zu verabschieden. Dabei müsse man auch im Auge behalten, daß Gorbatschow möglicherweise im Februar/März vor dem Europäischen Parla-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 5. Dezember 1988 gefertigt und am 6. Dezember 1988 über Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, und Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl mit der Bitte um Billigung geleitet. Dazu vermerkte Hartmann: „Ich schlage vor, daß Seite 1 und 2 dieses Vermerks Herrn BM Genscher zur persönlichen Kenntnisnahme übersandt werden, insbesondere auch um klarzustellen, daß die Ihnen von dem britischen Sprecher zugeschriebenen Äußerungen zur Modernisierungsfrage jeglicher Grundlage entbehren. Der restliche Teil des Vermerks sollte wegen des Hinweises auf die Mission des gemeinsamen Beauftragten nicht weitergegeben werden." Vgl. Anm. 13.
Hat Teltschik am 6. Dezember 1988 vorgelegen.
Hat Schäuble am 8. Dezember 1988 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, am 9. Dezember 1988 vorgelegen, der den Passus „die Ihnen … zugeschriebenen Äußerungen" im Vermerk von Hartmann durch Kreuz hervorhob und dazu handschriftlich vermerkte: „Werden in der Presse nicht korrekt wiedergegeben nach Auskunft von Charles Powell. Brit[ischer] Sprecher habe deutsche Position wie folgt dargelegt: zuerst Gesamtkonzept, dann Entscheidung über Modernisierung."
Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik erl[edigen]." Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 77; B 150, Aktenkopien 1988.

2 Bundeskanzler Kohl und Premierministerin Thatcher hielten sich anläßlich der Tagung des Europäischen Rats am 2./3. Dezember 1988 auf Rhodos auf. Vgl. dazu Dok. 353.

3 Zu den deutsch-britischen Konsultationen am 20./21. Februar 1989 vgl. AAPD 1989.

4 Premierministerin Thatcher traf am 30. April 1989 in Deidesheim mit Bundeskanzler Kohl zu Gesprächen zusammen. Vgl. dazu AAPD 1989.

5 Die NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs fand am 29./30. Mai 1989 in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1989.

6 Der Weltwirtschaftsgipfel in Paris fand vom 14. bis 16. Juli 1989 statt. Vgl. dazu AAPD 1989.

7 Zur Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO vgl. Dok. 242.

ment in Straßburg sprechen und bei dieser Gelegenheit viel Propaganda machen werde.[8] GS Wörner habe ihm zugesichert, daß er ab Mitte Januar die Diskussion über das Gesamtkonzept mit Hochdruck vorantreiben werde. Dann könne man in etwa acht Wochen damit fertig sein. PM *Thatcher* erklärte sich mit diesen Zeitvorstellungen einverstanden. Sie habe ohnehin den Eindruck, daß die Diskussion hierüber sehr viel Zeit in Anspruch nehme. Die Verabschiedung des Gesamtkonzeptes sei auch wichtig wegen der Frage der SNF-Modernisierung. Hierüber müsse nächstes Jahr entschieden werden, damit die Aufstellung fristgerecht 1995 erfolgen könne. Der *Bundeskanzler* erklärte, auch dies sei eine Frage, die zum Gesamtkonzept gehöre.

4) Zur TO des Gipfels auf Rhodos erklärte PM *Thatcher*, was den Fortschrittsbericht der Kommission zum Binnenmarkt[9] betreffe, so solle man sich darauf beschränken, dies einfach zur Kenntnis zu nehmen. Sie sei sehr besorgt darüber, daß die Europäische Kommission offenbar die Absicht habe, die Frage der Mitbestimmung der Arbeitnehmer im europäischen Gesellschaftsrecht zu verankern. Die britischen Unternehmer seien entschieden gegen derartige Überlegungen. Wenn überhaupt, dann dürfe ein Statut über die europäische Gesellschaft lediglich ein Minimum umfassen. Der *Bundeskanzler* erwiderte, er könne sich vorstellen, daß man zumindest die Rahmenbedingungen festlege. PM *Thatcher* erklärte, ihrer Meinung nach versuche die EGK, in dieses Statut eine politische Waffe einzubauen. Sie verwies hierbei auf die Rede von EGK-Präsident Delors auf dem TUC-Kongreß[10], wo er gesagt habe, er werde sich auch für Mitbestimmungsrechte britischer Arbeitnehmer einsetzen. Dies sei eine unverzeihliche Aussage gewesen.

Darüber hinaus sei sie entschieden gegen eine obligatorische Steuerharmonisierung[11]. Wenn man die indirekten Steuern harmonisiere, habe dies auch Einfluß auf die direkten Steuern. Es gebe eine ganze Reihe anderer, wichtigerer Richtlinien, mit denen man sich zuerst befassen solle. Sie wolle aber auf dem heutigen ER hierüber keine Diskussion führen, sondern, wie gesagt, nur den Fortschrittsbericht der Kommission zur Kenntnis nehmen.

Aus dem gleichen Grunde solle man auch nicht in eine Diskussion über währungspolitische Fragen einsteigen. Der *Bundeskanzler* stimmte zu und verwies darauf, daß dies ein Thema für Madrid[12] sei.

Beide Seiten stimmten darin überein, daß der ER in Rhodos ein deutliches[13] Signal für die Offenhaltung des künftigen Binnenmarktes setzen müsse.

8 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt am 6. Juli 1989 vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Straßburg eine Rede. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 587–595.

9 Für den Bericht der EG-Kommission vom 17. November 1988 über den Stand der Arbeiten gemäß Art. 8 b des EWG-Vertrages vgl. Referat 410, Bd. 141618.

10 Für den Wortlaut der Rede des EG-Kommissionspräsidenten Delors am 8. September 1988 vor dem Trades Union Congress (TUC) in Bournemouth vgl. http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-88-66_en.htm.

11 Zur Frage der Harmonisierung direkter und indirekter Steuern innerhalb der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 145 und Dok. 290.

12 Die Tagung des Europäischen Rats fand am 26./27. Juni 1989 in Madrid statt. Vgl. dazu AAPD 1989.

13 Ende der Seite 2 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

PM *Thatcher* erkundigte sich, ob es zutreffe, daß BM Bangemann die Zuständigkeit für den Binnenmarkt anstrebe.[14] Der *Bundeskanzler* erklärte, er wisse noch nicht, welche Aufgabenverteilung vorgesehen sei und habe hierüber mit Delors noch nicht gesprochen.

5) Beide Seiten führen sodann einen längeren Gedankenaustausch über Südafrika. PM *Thatcher* wies darauf hin, daß in der nächsten Woche ein Gespräch zwischen ihr und dem gemeinsamen Beauftragten[15] stattfinden werde. Der *Bundeskanzler* erklärte, er habe zwar nicht sehr viel Hoffnung, daß man in diesem Augenblick viel bewegen werde, aber man müsse etwas tun. PM *Thatcher* stimmte zu. Man müsse sehen, daß Botha einige positive Entscheidungen getroffen habe. Sie erwähnte die Begnadigung der Sharpeville Six[16] und die Verlegung von Mandela[17]. Noch sei nicht klar, ob Botha Mandela in Schritten entlassen wolle. Der *Bundeskanzler* erwähnte sein Zusammentreffen mit Botha in München[18], wo dieser sehr verbissen gewirkt und die Frage gestellt habe, was der Westen ihm denn geben werde, wenn er Mandela entlasse. Er habe Botha hierauf erwidert, mit einer solchen Geste würde er – besonders wenn er sie wenige Tage vor Weihnachten mache – eine neue Lage schaffen. Er brauche sich doch andererseits nur zu fragen, was passiere, wenn Mandela im Gefängnis sterbe.

Der Bundeskanzler fuhr fort, er habe dem gemeinsamen Beauftragten nahegelegt, Botha gegenüber sehr direkt zu argumentieren. Er solle ihm klarmachen, daß die Zeit nicht für ihn arbeite und die Sache nach den US-Wahlen[19] schwieriger werde und daß es in der EG nur D und GB als Befürworter einer vernünftigen Linie gebe. Er, der Bundeskanzler, habe selbst in der eigenen Partei manchmal Schwierigkeiten, wenn es um Südafrika gehe. Der gemeinsame Beauftragte habe ihm im übrigen gesagt, die Schweiz werde ihre bisherigen Goldverkäufe mit Sicherheit einstellen müssen, wenn GB und D in der Sanktionsfrage umfielen. Er habe ihm daraufhin nahegelegt, dies auch Botha klarzumachen.

PM *Thatcher* erklärte, es sei sehr schwierig, Botha psychologisch zu beurteilen. Der *Bundeskanzler* stimmte zu und ergänzte, Botha sei möglicherweise sehr

14 Am 6. Januar 1989 begann die Amtszeit der neuen EG-Kommission. Martin Bangemann übernahm das Amt des EG-Kommissars für Binnenmarkt und Industrie.

15 Fritz Leutwiler.

16 Zur Verhängung von Todesurteilen gegen die „Sharpeville Six" in Südafrika vgl. Dok. 177, Anm. 10. Botschaftsrat I. Klasse Ziefer, Pretoria, informierte am 24. November 1988: „Wenige Stunden nach der Entscheidung des Obersten Berufungsgerichts in Bloemfontein, das Verfahren gegen die Sharpeville Six nicht neu zu eröffnen […], hat StP Botha von seinem Gnadenrecht Gebrauch gemacht und die Todesurteile gegen die Sechs in langjährige Haftstrafen umgewandelt […]. Teil der ‚Paketlösung' war die gleichzeitige Umwandlung der seinerzeitigen spektakulären Todesurteile gegen vier weiße Polizisten in Haftstrafen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 831; Referat 320, Bd. 156048.

17 Botschaftsrat I. Klasse Ziefer, Pretoria, berichtete am 8. Dezember 1988, nach einer Erklärung des südafrikanischen Justizministers Coetsee sei Nelson Mandela am Tag zuvor in ein ‚geeignetes, bequemes und einwandfrei gesichertes Heim' auf dem Gelände des Victor-Vester-Gefängnisses im Distrikt Paarl (ca. 50 km nordöstlich Kapstadt) verlegt" worden: „In der Erklärung heißt es weiter, Frau Winnie Mandela und ihre Familie dürfe sich von nun an ‚freier auf fortgesetzter Basis' bei Nelson Mandela aufhalten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 876; Referat 320, Bd. 156080.

18 Bundeskanzler Kohl und Präsident Botha trafen am 7. Oktober 1988 anläßlich der Trauerfeierlichkeiten für den am 3. Oktober 1988 verstorbenen bayerischen Ministerpräsidenten Strauß in München zu einem Gespräch zusammen.

19 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Bush, als Sieger hervorging.
Präsident Bush nahm am 20. Januar 1989 die Amtsgeschäfte auf.

besorgt wegen der politischen Erfolge der konservativen Partei. Es sei schon bedrückend, daß Botha keinerlei Signale gebe. Der Bundeskanzler bezog sich hierbei auf ein Gespräch mit Buthelezi[20], mit dem zu sprechen Botha sich weigere. Dabei müsse man wissen, daß Buthelezi kein Freund von Mandela sei. Aber – und dies sei verständlich – auch Buthelezi sei der Meinung, daß die Freilassung von Mandela die Voraussetzung für alle weiteren Schritte sei. PM *Thatcher* stimmte dem nachdrücklich zu. In der Tat könne Buthelezi nicht verhandeln, bevor Mandela frei sei. Wenn andererseits Mandela frei sei, werde man sehen, wie stark die Divergenzen zwischen den Schwarzen seien. Je länger Botha warte, um so schlechter werde letzten Endes das Ergebnis für ihn sein. Dies sei eine alte Erfahrung der Geschichte.

Der *Bundeskanzler* ergänzte, es müsse doch jüngere Leute in Südafrika geben, die sich fragten, was ihr Schicksal in 10 bis 15 Jahren sein werde. PM *Thatcher* erwiderte, sie glaube, daß mehr als die Hälfte der weißen Südafrikaner für einen Verhandlungsweg eintreten würde.

PM Thatcher wies darauf hin, daß Botha möglicherweise auf dem Rückweg von New York, wo er das Angola-Abkommen[21] unterzeichnen würde, auch mit ihr in London zusammentreffen könne.

Auf die Bemerkung von PM Thatcher, Südafrika sei in den US-Wahlen kein fundamentales Problem gewesen, erklärte der *Bundeskanzler*, man solle aber nicht übersehen, daß die Mehrheit in dieser Frage ziemlich eindeutig sei. Der Bundeskanzler verwies hierbei auf ein Gespräch mit dem demokratischen Mehrheitsführer im Repräsentantenhaus, Foley[22], der ihm ausdrücklich erklärt habe, wenn Botha Sanktionen vermeiden wolle, müsse er Mandela freilassen.

Auf die Frage von PM *Thatcher*, wie lange Botha noch Präsident von Südafrika bleiben werde, erwähnte der *Bundeskanzler*, daß der verstorbene Ministerpräsident Strauß von seiner letzten Reise nach Südafrika[23] völlig demoralisiert zurückgekommen sei und vor der CDU/CSU-Fraktion offen erklärt habe, so lange Botha da sei, werde sich in Südafrika nichts bewegen.

PM *Thatcher* erwiderte, dies treffe nun nicht mehr zu, denn inzwischen habe Botha in Verhandlungen über Angola eingewilligt und sei auch mit einer Unabhängigkeit von Namibia einverstanden, obschon die SWAPO wahrscheinlich die Wahlen für sich entscheiden werde. Richtig sei allerdings, daß Botha weniger Handlungsspielraum habe, als er glaube. Hierbei spiele eine große Rolle, daß die amerikanischen Firmen in Südafrika desinvestiert hätten, was Arbeitslosigkeit zur Folge gehabt habe.

6) PM Thatcher schnitt kurz die Frage der Finanzierung des Tornado-Verkaufs an Jordanien[24] an. Sie wies darauf hin, daß sie am Montag[25] mit König Hussein

20 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Vorsitzenden der südafrikanischen Inkatha Freedom Party, Buthelezi, am 15. Oktober 1987 vgl. AAPD 1987, II, Dok. 284.

21 Zu den Friedensgesprächen zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA vgl. Dok. 327, Anm. 9.

22 Korrigiert aus: „Fowley".

23 Zum Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß vom 19. bis 27. Januar 1988 in Südafrika und Mosambik vgl. Dok. 28 und Dok. 35.

24 Zur geplanten Lieferung von Kampfflugzeugen vom Typ „Tornado" durch Großbritannien an Jordanien vgl. Dok. 128 und Dok. 305.

25 5. Dezember 1988.

von Jordanien zusammentreffe. Der *Bundeskanzler* erklärte, die Sache sei jetzt in Ordnung.

PM *Thatcher* warf in diesem Zusammenhang die Frage der Lieferung von acht Tornados an Oman[26] auf. Auch diese Lieferung sei durch Kredite abgedeckt gewesen. Oman habe aber jetzt Schwierigkeiten wegen des Ölpreises und bemühe sich um eine Umschuldung über einen längeren Zeitraum. Sie habe erklärt, man wolle sehen, was man tun könne. Oman sei immerhin ein strategisch sehr wichtiges Land.

Der *Bundeskanzler* nahm hierzu nicht weiter Stellung.

7) Der Bundeskanzler erklärte, er habe gehört, die griechische Präsidentschaft habe möglicherweise die Absicht, eine weitere Erklärung zu Nahost abzugeben. Beide Seiten waren jedoch der Ansicht, daß eine neue Erklärung, die über die Außenministererklärung vom 21. November[27] hinausgehe, nicht zweckmäßig sei.[28]

PM *Thatcher* erklärte, sie habe die Erklärung des Palästinensischen Nationalkongresses[29] sorgfältig gelesen. Man müsse wissen, daß es in der PLO viele Fraktionen gebe, von denen einige das Existenzrecht Israels unter keinen Umständen anerkennen wollten. Trotzdem hätten es einige arabische Staaten geschafft, daß in diese Erklärung eine Bezugnahme auf die Resolutionen 242[30] und 338[31] eingefügt worden sei. Dies sei ein Schritt vorwärts.

Im übrigen sei eine Schlüsselfrage in Zukunft, was Bush tun wolle und wie stark er auf Israel einwirken könne. Denn letztlich seien es nur die USA, die in diesen schwierigen Fragen auf Israel einwirken könnten.

Was die Frage eines Zusammentreffens mit Arafat angehe, so habe sie schon 1985 drei Bedingungen hierfür aufgestellt. Erstens müsse die PLO das Existenzrecht Israels ohne Wenn und Aber akzeptieren – dies sei bis heute nicht ausdrücklich geschehen. Zweitens müsse sie die Resolution 242 und 338 anerkennen – dies sei, wenn auch eingeschränkt, jetzt der Fall. Drittens müsse sie einen klaren Gewaltverzicht aussprechen – dies habe sie nur bedingt getan. Aus diesem Grunde würde sie es für falsch halten, wenn jetzt ein PLO-Vertreter auf Ministerebene empfangen würde. Eine solche Geste würde weder Israel noch den USA helfen.

Es werde mit einer von Shamir geführten Regierung sehr schwierig werden.[32] Sie hätte lieber einen Wahlsieg von Peres gesehen. Die jetzt entscheidende Frage

26 Zur Lieferung von Kampfflugzeugen vom Typ „Tornado“ durch Großbritannien an den Oman vgl. AAPD 1983, I, Dok. 100.

27 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 21. November 1988 zu den Beschlüssen des Palästinensischen Nationalrats (PNC) vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 14 f.

28 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats am 2./3. Dezember 1988 auf Rhodos zum Nahen Osten vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 8.

29 Am 15. November 1988 rief der Palästinensische Nationalrat (PNC) in der Deklaration von Algier einseitig einen unabhängigen palästinensischen Staat aus. Vgl. dazu Dok. 327, Anm. 10.

30 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

31 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 338 des VN-Sicherheitsrats vom 22. Oktober 1973 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. IX, S. 44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 313.

32 Zu den Parlamentswahlen am 1. November 1988 in Israel vgl. Dok. 340, Anm. 21.

sei, was man tun könne, um die Verhandlungen voranzubringen. Eine weitere Sache müsse man bedenken: Die PLO sei nicht der einzige Vertreter der Palästinenser. Sie hege immer noch die Hoffnung, daß man am Ende mit Palästinensern verhandeln könne, die demokratisch gewählt seien. Der *Bundeskanzler* erklärte, er hoffe, daß PM Thatcher in diesem Punkt recht habe. Jetzt sei es wichtig, daß beide Seiten – GB und D – diskret auf Bush in Washington einwirkten. Bush müsse sich bald des Nahost-Problems annehmen. Dies sei der derzeit kritischste Punkt der internationalen Beziehungen.

PM *Thatcher* stimmte dem nachdrücklich zu. In der Tat sei nicht viel Zeit zu verlieren, denn bald werde sich die amerikanische Regierung schon den Midterm-elections[33] stellen und damit praktisch keine Möglichkeit mehr haben, auf Israel Druck auszuüben. Der *Bundeskanzler* fügte hinzu, es gebe noch ein anderes Element, das man beachten müsse. Er habe gerade in New York mit wichtigen Vertretern jüdischer Organisationen gesprochen.[34] Innerhalb dieser Organisationen finde eine Auseinandersetzung statt, die sich vordergründig um die religiöse Frage drehe, ob ein gläubiger Jude nicht nach Erez Israel auswandern müsse. Die amerikanischen Juden dächten natürlich nicht daran, hätten aber infolgedessen ein schlechtes Gewissen und würden daher vielfach kritiklos die Position von Shamir auch gegenüber der amerikanischen Regierung vertreten.

Der Bundeskanzler äußerte die Überzeugung, daß mit einer Regierung Shamir Israel nach vier Jahren anders aussehen werde als heute. Israel entferne sich immer mehr von der europäischen Tradition, und die Lage werde zunehmend schwieriger.

Der Bundeskanzler regte abschließend an, künftig häufiger miteinander zu telefonieren. Es gebe immer wieder wichtige Fragen, über die man sich abstimmen sollte. Der Bundeskanzler erwähnte in diesem Zusammenhang die amerikanischen Hinweise auf den Aufbau einer C-Waffen-Produktion in Libyen[35].

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 77

33 Am 6. November 1990 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

34 Zum Besuch des Simon Wiesenthal Center und des Leo Baeck Institute durch Bundeskanzler Kohl am 14. November 1988 vgl. Dok. 328.

35 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz und CIA-Direktor Webster am 15. November 1988; Dok. 327, Anm. 14. Vgl. dazu auch Dok. 373.

350

Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 4863 **Aufgabe: 2. Dezember 1988, 11.43 Uhr**[1]
Ankunft: 2. Dezember 1988, 18.17 Uhr

Betr.: Amerikanische Innenpolitik;
hier: Mögliche Politik der künftigen Administration

Bezug: 1) DB 4529 vom 8.11.[2]
2) DE 1151 vom 29.11. – 204-310-320.02 USA[3]

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Die Einschätzung der künftigen Politik der Bush-Administration[4] ist schwierig. Bush selbst hat in den über zwanzig Jahren seiner politischen Tätigkeit in Washington eine ideologische Festlegung vermieden. Je nach Einzelfall war er auf dem linken oder rechten Flügel seiner Partei zu finden, meist jedoch in der Mitte. Seine ersten Personalentscheidungen zeigen eine Präferenz für pragmatische, wenig an Ideologie interessierten Mitarbeitern. Insofern könnte die Bush[5]-Administration stärker den Administrationen unter Nixon und Ford ähneln als der gegenwärtigen. Allerdings hat sich die Reagan-Administration selbst insbesondere in den vergangenen zwei Jahren bereits erheblich verändert. Ideologischer Ballast wurde abgeworfen, das politisch Durchsetzbare wurde angestrebt. Insofern wird der Übergang zur neuen Administration eher fließend als abrupt sein.

Da die Demokratische Mehrheit im Kongreß innenpolitische Entscheidungen weitgehend mitbestimmen kann, dürfte die Bush-Administration die Tendenz der letzten Reagan-Jahre fortsetzen, Erfolge vor allem auf außenpolitischem Gebiet, wo man mehr Bewegungsfreiheit hat, anzustreben.

II. Allgemeines

1) Eine Einschätzung der künftigen Politik der Bush-Administration ist schwierig. Bush hat im Wahlkampf praktisch jegliche Festlegung vermieden (Ausnahme: Ablehnung von Steuererhöhungen zur Beseitigung des Haushaltsdefizits

1 Das von Botschaftsrat Schweppe, Washington, konzipierte Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 10 und 24.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher vorgelegen.

2 Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete, daß außenpolitische Fragen im amerikanischen Wahlkampf zu den Präsidentschaftswahlen am 8. November 1988 „eine untergeordnete Rolle gespielt" hätten, weshalb die „Leitlinien einer künftigen Außenpolitik bisher nur in groben Umrissen erkennbar" seien. Sie dürften aber sowohl in Bezug auf die UdSSR als auch in Bezug auf die Politik der Abrüstung und Rüstungskontrolle „im Zeichen der Fortsetzung des Erreichten stehen". Vgl. Referat 204, Bd. 160050.

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Moltke bat die Botschaft in Washington, „bis zum Ende der Woche über die (nach gegenwärtiger Erkenntnis) zu erwartende oder wahrscheinliche Politik von Bush (insbesondere auch Veränderungen gegenüber der Politik Reagans) zu berichten." Vgl. Referat 204, Bd. 160051.

4 Präsident Bush nahm am 20. Januar 1989 die Amtsgeschäfte auf.

5 Korrigiert aus: „Reagan".

und – mit Einschränkungen – Umweltschutz). Stattdessen drehte sich die Auseinandersetzung mit Dukakis fast ausschließlich um symbol- oder emotionsgeladene Themen (Treuegelöbnis zur Flagge, Hafturlaub für Schwerverbrecher, Todesstrafe, freier Verkauf von Handfeuerwaffen). Hieraus sind kaum Schlüsse auf die Politik der neuen Administration zu ziehen. Die von der Bush-Mannschaft im Wahlkampf herausgegebenen Positionspapiere zu politischen Sachthemen (liegen dort vor) sind von der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen worden und dürften ebenfalls nur begrenzten Wert für eine Vorhersage haben.

2) Die bislang von Bush getroffenen Personalentscheidungen lassen überwiegend die Vermutung zu, daß die künftige Administration weniger ideologisch und mehr pragmatisch geprägt als die Reagan-Administration sein wird. Eine Rückorientierung zur politischen Mitte ist wahrscheinlich. Die Bush-Administration wird wohl stärker den Administrationen von Nixon und Ford ähneln (nicht zuletzt, weil zahlreiche Veteranen aus dieser Zeit reaktiviert wurden, z. B. Scowcroft). Indessen ist unübersehbar, daß eine Entwicklung zum Pragmatismus bereits in der Spätphase der Reagan-Administration eingesetzt hat, wo viele einst geheiligte ideologische Grundsätze stillschweigend außer Kraft, alte Kämpfer der frühen Reagan-Jahre aufs Altenteil gesetzt worden sind. Insofern wird der politische Beobachter nach dem Wechsel wahrscheinlich keine abrupten Verwerfungen, sondern eher einen relativ zügig dahinfließenden Strom der Veränderungen wahrnehmen können. Leute wie AM Baker, FM[6] Brady, Sicherheitsberater Scowcroft, Haushaltsdirektor Darman, JM[7] Thornburgh oder Erziehungsminister Cavazos lassen sich als pragmatisch, gemäßigt konservativ und kaum als ideologische Eiferer charakterisieren. Auf den ersten Blick deutlich von dieser Gruppe absetzbar erscheinen der neue Stabschef des Weißen Hauses, Sununu, und der künftige RNC[8]-Vorsitzende (Generalsekretär) Atwater. Beide gelten dem rechten Flügel der Republikaner als Bannerträger ihrer Ideale. Sicher war dies bei ihrer Auswahl ein von Bush erwünschter Effekt zur Beruhigung der konservativen Flanke. Dennoch dürfte als gleichwertiges Motiv bei der Auswahl von Sununu die Erwägung hinzugetreten sein, daß der hochintelligente und tatkräftige Stabschef ein Gegengewicht zu Baker bilden und damit dessen übermächtige Stellung im Kabinett verhindern kann. Ebenso läßt sich bei der Auswahl von Atwater die Erwägung unterstellen, die Talente dieses meisterhaften Wahlstrategen bei der Vorbereitung der Kongreßwahl 1990[9] und der Wiederwahl von Bush 1992 von Anfang an voll zur Verfügung zu haben.

3) Die von Bush bisher getroffenen Personalentscheidungen lassen vorwiegend Rückschlüsse auf den Stil, weniger auf den Inhalt der künftigen Politik zu. Gemeinsamer Nenner aller Entscheidungen ist, daß alle Ernannten weithin als fähige und durchsetzungsstarke Politiker eingeschätzt werden.

Stilistisch wird sich Bush nicht unerheblich von Reagan unterscheiden. Reagan ließ sich stets von einigen ideologischen Grundüberzeugungen leiten (z. B. sein

6 Finanzminister.
7 Justizminister.
8 Republican National Committee.
9 Am 6. November 1990 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

Glaube an möglichst wenig staatliche Intervention). Untergebenen, die diese Überzeugungen teilen, vertraute er weitgehend die Durchführung der Politik an. Dies führte zur zeitweise sehr großen Macht- und Verantwortungsdelegation auf seinen engsten Beraterkreis. Außerhalb dieses Kreises sucht Reagan selten Rat und Anleitung.

Bush dagegen hat sich im Laufe seiner über zwanzig Jahre als Insider in Washington über ideologische Grenzen hinweg ein großes und tragfähiges Netz von Freundschaften geschaffen, auf das er immer wieder zurückgreift. Eine feste ideologische Einordnung hat Bush in dieser Zeit stets vermieden. Von Fall zu Fall unterschiedlich war er mal auf der linken, mal auf der rechten Seite seiner Partei, meist aber in der Mitte, zu finden. Durch die Fülle der im Laufe der Jahre innegehabten Ämter (z.B. Abgeordneter, Botschafter bei VN und in China, CIA-Direktor, Generalsekretär seiner Partei und zuletzt acht Jahre lang Vizepräsident) verfügt Bush über vielfältige Kenntnisse und Erfahrungen. Wie schon die ersten drei Wochen seit der Wahl zeigen, ist Bush willens und in der Lage, diese Kenntnisse (meist nach gründlicher Konsultation mit Beratern) in eigenständige Entscheidungen umzumünzen und sich auch selbst um Details zu kümmern.

Beachtlich erscheint das Bemühen von Bush zum Brückenschlag mit den Demokraten. Ein Treffen mit Jackson am 30.11. verlief zumindest atmosphärisch glänzend, eine Begegnung mit Dukakis hat am 2.12. stattgefunden. Besondere Beauftragte in der Übergangsmannschaft sollen stärker Angehörige von Minderheiten für die neue Administration auswählen. Der künftige Parteisekretär Atwater hat die Spezialaufgabe, frustrierte Schwarze und Hispanier aus der demokratischen Anhängerschaft herauszubrechen und für die Republikaner zu gewinnen. Damit soll auch in den Bundesstaaten ein größerer Machtwechsel von den Demokraten zu den Republikanern eingeleitet werden.

[10]III. Außenpolitik

1) Da Bush, anders als Reagan in seinen ersten sechs Jahren, einer demokratischen Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses gegenüberstehen wird, sind seine innenpolitischen Möglichkeiten von vornherein begrenzter. Ähnlich wie Reagan seit Verlust der republikanischen Mehrheit im Senat 1986[11] stärker auf die Außenpolitik auswich, läßt sich dies auch für Bush erwarten. Diese wahrscheinliche Entwicklung wird durch zwei weitere Faktoren unterstützt werden: Bush interessiert sich weit stärker als Reagan für Außenpolitik. Der einflußreichste Mann nach Bush wird voraussichtlich AM Baker sein.

2) Beziehungen zu westlichen Verbündeten und Sicherheitspolitik

Durch den Wandel in den Beziehungen zur SU ergibt sich auch für die Staaten des westlichen Bündnisses die Notwendigkeit, eigene Positionen einer ständigen Prüfung zu unterziehen. Nächste Etappe hierbei dürfte das aus Anlaß des 40. Jahrestags der NATO-Gründung wahrscheinliche Gipfeltreffen sein.[12] Bisher

10 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 4864 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

11 Am 4. November 1986 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

12 Die NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs fand am 29./30. Mai 1989 in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1989.

gibt es wenig Anzeichen, daß wesentliche Veränderungen in der westlichen Sicherheitspolitik in absehbarer Zeit zu erwarten sind. Militärpolitische Entscheidungen zu Themen wie SDI[13], dem Bau des Stealth-Bombers, der Entwicklung landgestützter mobiler ICBMs, werden in erster Linie von den beschränkten Haushaltsmitteln beeinflußt werden. Änderungen in der Bedrohungsperzeption dürften die Entscheidungen zunächst nicht beeinflussen. Es ist davon auszugehen, daß allianzintern das Thema burden sharing[14] weiterhin als politisches Ablenkungsmanöver bei den notwendigen restriktiven Budgetentscheidungen im Verteidigungshaushalt eine wachsende Rolle spielen wird. Der ins Auge gefaßte frühe Termin für die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts der NATO[15] wirft in den Bereichen SNF-Modernisierung und Rüstungskontrolle Fragen auf, von denen es sich derzeit noch nicht absehen läßt, ob die neue Administration in ihren ersten Monaten hierzu entscheidungsfähig ist. Der sicherheitspolitische Entscheidungsdruck wird sich zunächst ganz auf die erforderlichen Budgetkürzungen ausrichten. Der neu ernannte Sicherheitsberater Scowcroft hat errechnet, daß selbst unter der – eher unwahrscheinlichen – Annahme eines jährlichen realen Wachstums des Verteidigungshaushaltes von zwei Prozent 300 Milliarden Dollar[16] über die Fünfjahresperiode 1990 bis 1994 aus der Planung des Pentagon-Haushaltes gestrichen werden müßten. Dies wären pro Jahr 60 Milliarden Dollar, das Doppelte der Streichungen, die VM Carlucci für das Haushaltsjahr 1988/89 hat durchführen müssen.

Rüstungskontrolle

Geht man von einem baldigen Beginn der konventionellen Verhandlungen in Wien aus[17], dann dürfte sich die Aufmerksamkeit zunächst von Genf[18] dorthin verlagern. Da alle jedoch mit ausgesprochen langwierigen konventionellen Rüstungskontrollverhandlungen rechnen, bleibt ein Fortschritt bei den START-Verhandlungen das nächste konkrete rüstungskontrollpolitische Etappenziel. Für die hier verbleibenden beiden Grundsatzfragen, die Rolle landgestützter mobiler ICBMs und die Behandlung von seegestützten nuklearen Marschflugkörpern, könnten sich merkliche Akzentverschiebungen zur Reagan-Administration ergeben. Scowcroft hat hierzu Überlegungen entwickelt, die die US-Einführung mobiler Raketen mit der Möglichkeit eines Verzichts auf nukleare SLCMs in Beziehung setzt. Offen bleibt dabei die Wahl zwischen Midgetman und MX, für deren Entscheidung die budgetären Zwänge ausschlaggebend sein dürften. Das sowjetischerseits aufrechterhaltene Junktim zwischen einem START-Vertrag und einer Lösung für den Weltraumbereich[19] dürfte für die Bush-Administration ein geringeres Problem darstellen als für Präsident Reagan. Bush selbst hat sich im Wahlkampf nur zögernd und teilweise widersprüchlich zu SDI bekannt. Scowcroft ist als entschiedener Gegner der weiten Interpretation des ABM-

13 Zum SDI-Forschungsprogramm der USA vgl. Dok. 11, Anm. 14.
14 Zur Frage der Lastenteilung innerhalb der NATO vgl. Dok. 348, Anm. 18.
15 Zur Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO vgl. Dok. 242.
16 Korrigiert aus: „Dollar 300 Milliarden".
17 Die Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) wurden am 6. März 1989 in Wien aufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1989.
18 Zu den amerikanisch-sowjetischen START-Verhandlungen vgl. Dok. 311.
19 Zum sowjetischen Junktim zwischen den Verhandlungsbereichen START und Weltraumwaffen vgl. AAPD 1987, II, Dok. 227.

Vertrages[20] an die Öffentlichkeit getreten, zu SDI hat er sich negativ geäußert. Sollte es der neuen Administration möglich sein, sich für ein Mobilsystem und den Verzicht auf nukleare SLCMs zu entscheiden, so erscheint ein unterschriftsreifer START-Vertrag noch 1989 als möglich. Ein erheblicher Impuls ist für die Genfer CW-Verhandlungen zu erwarten. Zu keinem anderen Abrüstungsthema hat sich Präsident Bush so dezidiert geäußert wie hierzu. Die derzeit noch ungeklärten Fragen, z. B. Verifikation, erscheinen jedoch so umfangreich, daß aus US-Sicht eine Einigung in der CD in Genf allenfalls in zwei bis drei Jahren als möglich erscheint.

3) Verhältnis zur SU

Die für den 7.12. vorgesehene Begegnung zwischen Gorbatschow und Reagan/Bush[21] ist sichtbarer Ausdruck des Interesses beider Seiten, bei der entstandenen Enge der Kontakte USA/SU auf höchster Ebene durch den Amtswechsel in den USA keine Unterbrechung eintreten zu lassen. Dabei handelt es sich um keinen „Gipfel". Die Bereitschaft zu einer erneuten Gipfelbegegnung dürfte dabei aber auch schon signalisiert werden. Allerdings ist jetzt noch nicht abzusehen, welche konkreten Voraussetzungen dafür im einzelnen postuliert werden könnten. Die Politik der Diversifizierung der Beziehungen zu den Ländern Osteuropas dürfte ebenfalls fortgeführt werden.

Präsident Bush wird mit Sicherheit auch die Politik der engen Konsultation mit den westlichen Bündnispartnern fortsetzen. Seine Wahlkampfäußerungen, die die bestehenden engen persönlichen Beziehungen zu den Regierungschefs der alliierten Länder herausgestrichen haben, sprechen insoweit eine deutliche Sprache.

4) Naher Osten

Mit einer gemäßigt konservativen Politik ist zu rechnen. Fundament bleibt die Sicherheit Israels. Bezeichnend ist aber, daß sich Bush vorsichtig zur Visa-Verweigerung für Arafat[22] geäußert hat. Eine pragmatische Fortschreibung der bisherigen Politik (Palästinenser-Frage) erscheint möglich.

Ein neuer Schwerpunkt könnten Bestrebungen werden, der Proliferation von CW-Raketen und von Nuklearfähigkeit in der besonders sensitiven Nahost-Region entgegenzuwirken. Unter Bush könnten die USA auch bestrebt sein, sich wieder als zuverlässiger Waffenlieferant moderater arabischer Staaten zu erweisen. Bei Libanon-, Golf- und Afghanistanpolitik ist mit einer Fortführung des bisherigen Kurses zu rechnen.

20 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.
Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.
Zur Frage einer Interpretation des ABM-Vertrags vgl. AAPD 1987, I, Dok. 24.

21 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich anläßlich der VN-Generalversammlung vom 6. bis 8. Dezember 1988 in den USA auf und traf mit Präsident Reagan und dem designierten Präsidenten Bush am 7. Dezember 1988 in New York zusammen. Vgl. dazu FRUS 1981–1988, VI, S. Dok. 180 und Dok. 181. Vgl. dazu auch Dok. 356.

22 Mit einer Erklärung des amerikanischen Außenministers Shultz vom 26. November 1988 erging ein Einreiseverbot für den Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, in die USA, der vor der VN-Generalversammlung in New York eine Rede zur Lage im Nahen Osten halten wollte. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 89 (1989), Heft 2143, S. 53.

5) Afrika und Lateinamerika

In der Afrikapolitik sind keine wesentlichen Veränderungen zu erwarten. Die Vermittlungsbemühungen in der Angola-Namibia-Frage[23] dürften, soweit erforderlich, von der Bush-Administration fortgesetzt werden, die auch an der Unterstützung der UNITA bis zu einer „nationalen Versöhnung" in Angola festhalten wird. Im Verhältnis zu Südafrika werden weiter die Grundlinien der Politik des „constructive engagement" gelten – möglicherweise unter einem neuen Namen. Substantiell verschärfte Sanktionen sind nur zu erwarten, wenn dramatische Ereignisse in Südafrika den Sanktionsbefürwortern im Kongreß neue Argumente liefern.

Die Lateinamerikapolitik wird aufgrund der Verschuldungskrise stark von Wirtschaftsfragen bestimmt werden. Im Verhältnis zu vielen lateinamerikanischen Ländern ist mit Belastungen durch das Drogenproblem zu rechnen. Regional dürfte die Konzentration der Reagan-Administration auf Nicaragua einer ausgewogeneren Politik mit dem natürlichen Schwerpunkt Mexiko Platz machen. In der Zentralamerikapolitik zeichnet sich ein Wandel ab, weil angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Kongreß neue militärische Contra-Unterstützung unwahrscheinlich erscheint. So wird die Bush-Administration auf den Versuch angewiesen sein, das unveränderte Ziel einer Demokratisierung Nicaraguas durch politischen Druck in enger Zusammenarbeit mit den übrigen zentralamerikanischen Staaten und evtl. über wirtschaftliche Anreize zu erreichen.

6) Asien/Pazifik

Asien und der Pazifik haben im Wahlkampf keine Rolle gespielt. Die Vermutung liegt nahe, daß zunächst mit keinen dramatischen Änderungen der amerikanischen Außenpolitik zu rechnen ist. Das Thema Japan – und in seinem Gefolge Südkorea – wird schon aus handelspolitischen Gründen zwangsläufig wieder an Bedeutung gewinnen. Bush als ehemaliger Botschafter in China mag sich in Zukunft für die amerikanisch-chinesischen Beziehungen besonders interessieren.

[24]IV. Wirtschafts- und Innenpolitik

1) Zur Wirtschaftspolitik wird Botschaft noch gesondert im einzelnen berichten. Wichtigstes Thema wird sehr wahrscheinlich die Beseitigung von Haushalts- und Handelsbilanzdefizit sein. Der Druck auf Bush wird zunehmen, sein Wahlversprechen zu brechen, die Steuern nicht zu erhöhen. Die demokratische Mehrheit im Kongreß, die Steuererhöhungen für unausweichlich hält, wird dieses unpopuläre Thema aber möglichst lange nicht aus eigener Initiative anfassen, sondern darauf hoffen, daß sich Präsident Bush in dieser selbst ausgelegten Falle fangen wird.

2) In der Innenpolitik wird die Demokratische Mehrheit im Kongreß – insbesondere nach der Wahl von Mitchell zum Mehrheitsführer des Senats – Flagge zeigen. Viele der von Dukakis im Wahlkampf aufgebrachten Themen wie Verbesserung des Ausbildungs- und Erziehungssystems und der Sozialversicherung tragen das Indossement der gesamten Demokratischen Partei. Die Demokratische Kongreßmehrheit wird auf diesen Feldern aktiv werden. Ebenfalls zu diesen Themen gehören Umweltschutz und Drogenbekämpfung. Bush weiß, daß Be-

[23] Zu den Friedensgesprächen zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA vgl. Dok. 327, Anm. 9.
[24] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 4865 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

wegungen in allen diesen Bereichen unvermeidlich sind. Er hat lediglich die Wahl zwischen Verzögerung und Umlenkung, wobei er sich an die Spitze der Bewegung setzen kann. Letzteres deutet sich in mehreren Bereichen an: Am 30.11. traf er sich mit den führenden Umweltschutzverbänden. Die anfangs skeptischen Umweltschützer äußerten sich nach der Begegnung mit Bush sehr optimistisch. Bush hatte bereits im Wahlkampf das von der Reagan-Administration vernachlässigte Thema besetzt und Dukakis einen potentiellen Wahlschlager weggenommen.

Ähnliches könnte für die Drogenbekämpfung gelten, wo Bush durch eine spektakuläre Personalentscheidung (Jackson?) dem Thema viel von seiner Brisanz für die Republikaner nehmen könnte. Entsprechendes ist schließlich auch im Ausbildungs- und Erziehungsbereich zu erwarten. Schon im Wahlkampf hatte Bush angekündigt, er wolle in die Geschichte als der „Erziehungspräsident" eingehen.

Alle derartigen Initiativen stehen allerdings im Gegensatz zu dem Ziel der Verringerung des Haushaltsdefizits. Sollten die USA einer Rezession entgegengehen, könnte sich am Ende erweisen, daß finanzpolitische Zwänge zu einer Blockierung innenpolitischer Reformen führen.

[gez.] Paschke

Referat 201, Bd. 143382

351

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand auf Rhodos

3. Dezember 1988[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 3. Dezember 1988 in Rhodos[2]

Aus o. a. Gespräch halte ich zusammenfassend fest:

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 5. Dezember 1988 gefertigt und am 7. Dezember 1988 über Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, und Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl mit der Bitte um Billigung geleitet. Ferner bat Hartmann um Zustimmung, den „gebilligten Vermerk Herrn BM Genscher zur persönlichen Kenntnisnahme zuzuschicken".
Hat Teltschik am 7. Dezember 1988 vorgelegen.
Hat Schäuble am 8. Dezember 1988 vorgelegen.
Hat Kohl vorgelegen, der zur Bitte Hartmanns handschriftlich vermerkte: „Nein." Ferner vermerkte er: „Teltschik erl[edigen]."
Hat Teltschik am 12. Dezember 1988 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Hartmann „z[ur] K[enntnisnahme]" verfügte.
Hat Hartmann am 12. Dezember 1988 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bitterlich „z[ur] K[enntnisnahme]" verfügte.
Hat Bitterlich am 12. Dezember 1988 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 77; B 150, Aktenkopien 1988.

2 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand hielten sich anläßlich der Tagung des Europäischen Rats am 2./3. Dezember 1988 auf Rhodos auf. Vgl. dazu Dok. 353.

Präsident *Mitterrand* erwähnte, daß er mit Lord Plumb über die Probleme gesprochen habe, die mit Straßburg als Sitz des Europäischen Parlaments zusammenhingen. In der Tat gebe es inzwischen einen gewissen Druck, die Sitzungen vermehrt in Brüssel durchzuführen. Dies sei auch durch die Entscheidung des EuGH begünstigt worden.[3] Bei der Diskussion im politischen Ausschuß des EP sei die Sache Straßburgs nicht gut vertreten worden. Die deutschen Sozialdemokraten hätten sich im übrigen nachdrücklich für Brüssel ausgesprochen, die CDU/CSU-Abgeordneten der Stimme enthalten.

Die französische Regierung sei sich darüber im klaren, daß sie für Straßburg im Infrastrukturbereich mehr tun müsse. Das gelte insbesondere für den Flughafen. Es genüge nicht, wenn man die Position von Straßburg nur mit juristischen Argumenten verteidige. Andererseits könne die derzeitige Aufteilung nur einstimmig – d. h. nicht gegen die Stimme Frankreichs – geändert werden.

Präsident Mitterrand erinnerte auch an die besondere Rolle Straßburgs im Rahmen der deutsch-französischen Beziehungen und den Vorschlag, einen europäischen Distrikt von Freiburg bis Straßburg einzurichten.[4] Ein solches Vorhaben würde in der Tat hohen symbolischen Wert haben, wenngleich in erster Linie davon Deutschland und Frankreich betroffen seien und Frau Thatcher diese Idee nicht sonderlich gefallen würde.

Der *Bundeskanzler* erklärte, er sei immer nachdrücklich für Straßburg als europäische Hauptstadt eingetreten. Allerdings sei richtig, daß viele der EP-Abgeordneten den Eindruck hätten, Brüssel habe mehr Zukunft als Straßburg. Hierbei spielten praktische Probleme eine große Rolle, insbesondere die Flugverbindung.

Der Bundeskanzler unterstützte noch einmal nachdrücklich die Idee, einen europäischen Distrikt zu schaffen. Im übrigen regte er an, daß die französische Regierung nach den Wahlen zum EP[5] einen Sonderbeauftragten ernennt, der sich um die Verbesserung der Infrastruktur in Straßburg intensiv kümmere.

3 Vortragender Legationsrat von Rom vermerkte am 27. September 1988, der Europäische Gerichtshof habe am 22. September 1988 die Klagen Frankreichs in den Rechtssachen 358/85 und 51/86 als unbegründet bzw. unzulässig abgewiesen, mit denen Frankreich „die Aufhebung der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 24.10.1985 verlangt“ habe. Die Entschließung des Europäischen Parlaments habe darauf abgezielt, „in Brüssel ‚den Bau eines Gebäudes zu veranlassen‘“, um eine Sondertagung bzw. eine zusätzliche Plenartagung „‚während einer Woche zu ermöglichen, die weitgehend (den in Brüssel stattfindenden) Ausschuß- oder Fraktionssitzungen vorbehalten ist […]. Der EuGH hat mit seinem Urteil sowohl die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten zur Festlegung des Sitzes der Organe als auch das eigene Organisationsrecht des Parlaments anerkannt. Das Urteil betont, daß die Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments nach der jetzigen Rechtslage in aller Regel in Straßburg stattzufinden haben, unterstreicht jedoch auch die ‚normative Kraft des Faktischen‘, die aus den konkreten Bedürfnissen für ein ordnungsgemäßes und gutes Funktionieren des Parlamentsbetriebes erwächst.“ Vgl. Referat 410, Bd. 136053.

4 Referat 410-9 notierte am 28. November 1988: „Der Vorschlag eines ‚Europäischen Distrikts‘ wurde am 15. September 1988 von einer Reihe von Mitgliedern des Europäischen Parlaments unterzeichnet“ und noch am gleichen Tag an Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand übersandt. In einem Schreiben des Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Siegbert Alber, an Bundeskanzler Kohl vom 16. September werde klargestellt, „daß der ‚Europäische Distrikt‘ die Gebiete von Straßburg und Kehl umfassen und die Position Straßburgs gegenüber Brüssel stärken“ solle. Vizepräsident Alber habe darauf hingewiesen, „daß dieser Vorschlag […] in einem Moment in die politische Debatte eingeführt“ werde, „in dem die Zeit immer stärker für eine zunehmende Verlagerung der Präsenz des EP von Straßburg nach Brüssel zu arbeiten“ scheine. Vgl. Referat 410, Bd. 136053.

5 Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 15. und 18. Juni 1989 statt.

Präsident *Mitterrand* griff die Passage über das „audiovisuelle EUREKA“[6] im Entwurf der Schlußfolgerungen der Präsidentschaft auf und erklärte, er lege großen Wert darauf, daß die entsprechenden Aussagen verstärkt würden.[7] Hier gehe es um eine wichtige politische Zielsetzung.[8] So wolle er beispielsweise auch die Sowjetunion in dieses Projekt einbinden. Er habe über die Angelegenheit mit GS Gorbatschow gesprochen.[9] Man solle die jetzt gebotene Chance daher nicht verpassen. In der Praxis werde ohnehin die Sowjetunion mehr Filme von uns als wir von ihr kaufen.

Der *Bundeskanzler* erklärte, es handele sich in der Tat um eine sehr wichtige Frage, und er werde gerne Präsident Mitterrand bei seinen Bemühungen, die entsprechenden Aussagen im Text zu verstärken, unterstützen. Er halte es auch für eine sehr gute Idee, die Mitgliedstaaten des RGW zur Teilnahme an diesem Projekt einzuladen.

Gleichzeitig sei für ihn sehr wichtig, daß man die entsprechenden Beschlüsse in der EG und im Europarat harmonisiere. Sonst entstünde zwischen beiden ein neuer Graben.

Präsident *Mitterrand* erklärte, er habe Jacques Attali nach Bangladesch geschickt, um sich dort über die Lage zu informieren.[10] Das Land sei wegen der immer wiederkehrenden Überflutungskatastrophen in einer äußerst schwierigen Lage. Natürlich handele es sich in erster Linie um ein Problem, das die Vereinten Nationen in die Hand nehmen müßten. Aber er wolle auch den Europäischen Rat hierauf aufmerksam machen.

Der *Bundeskanzler* erklärte, es sei außerordentlich wichtig, daß der heutige Rat von Rhodos in der Öffentlichkeit nicht als ein Rückschlag empfunden werde. Man solle daher gegenüber der Presse deutlich machen, daß in Rhodos Zwischenbilanz gezogen wurde. Präsident *Mitterrand* stimmte dem ausdrücklich zu und wies darauf hin, daß wir uns ohnehin vorgenommen hätten, Ende 1988 eine solche Bilanz zu ziehen.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach seinen Eindrücken in Moskau erklärte Präsident Mitterrand, Gorbatschows Politik werde nach seiner Überzeugung in erster Linie durch die Probleme mit den nationalen Minderheiten bedroht.[11] Er habe zwar auch mit Widerständen von seiten der Armee und der Parteikader

6 Zum Vorschlag des Staatspräsidenten Mitterrand vom 29. September 1987 für ein audiovisuelles EUREKA-Programm vgl. Dok. 306, Anm. 76.

7 Für den Wortlaut der Schlußfolgerungen des Vorsitzes der Tagung des Europäischen Rats am 2./3. Dezember 1988 auf Rhodos vgl. BULLETIN 1988, S. 1509–1513.

8 Vgl. dazu auch die „Acht Vorschläge“ des Staatspräsidenten Mitterrand für den Europäischen Rat am 2./3. Dezember 1988 auf Rhodos zum hochauflösenden Fernsehen und für ein audiovisuelles EUREKA-Programm; BULLETIN 1988, S. 1513.

9 Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 25./26. November 1988 in der UdSSR auf.

10 Referat 340 vermerkte am 30. November 1988: „Im Juli, August und September 1988 wurde Bangladesch aufgrund außergewöhnlich lang anhaltender Regenfälle von weiträumigen Überschwemmungen getroffen, die ein noch nie dagewesenes Ausmaß erreichten. Es gab mehr als 1000 Tote, 64 000 km^2 Gelände war überflutet. […] Unter dem Eindruck der Katastrophe lud der VN-Generalsekretär zur Unterstützung von Bangladesch zu einer hochrangigen Sonderkonferenz am 16. November 1988 in New York ein. […] Der Präsident von Bangladesch erklärte in seiner Rede, daß sein Land nicht in der Lage sei, die angerichteten Schäden aus eigener Kraft beheben zu können, und bat daher um internationalen Beistand.“ Vgl. Referat 410, Bd. 141618.

11 Zu den Nationalitätenkonflikten in der UdSSR vgl. Dok. 85 und Dok. 337.

zu rechnen, damit könne er aber fertig werden. Der Nationalitätenstreit gehe an den Nerv und könne zu unkontrollierbaren Reaktionen sowohl innerhalb der Partei als auch seitens der Armee führen. GS Gorbatschow sei sich der damit verbundenen Gefahren voll bewußt.

Die Tatsache, daß Sacharow entlassen wurde[12] und etwas Demokratie zugelassen werde[13], bringe die sowjetische Führung nicht aus der Fassung. Aber wenn Estland sich für unabhängig erkläre[14], dann gehe das an die Substanz, denn damit stelle sich die Frage der Macht.

Der *Bundeskanzler* erklärte, eine wichtige Rolle spiele auch die unzureichende Versorgungslage. Die Öffnungspolitik Gorbatschows berühre die Leute nur wenig, denn sie seien im Laufe der Jahre abgestumpft und skeptisch geworden. Auch an die Versorgungsprobleme seien die Sowjetbürger seit langem gewöhnt. Aber die Frage des Nationalitätenstreits rühre Emotionen auf, die in der Tat schwer zu kontrollieren seien. Hier könne ein Funke genügen, um eine Eskalation auszulösen. Gleichzeitig werde jede Niederschlagung mit Gewalt neue Gewalt heraufbeschwören. Man denke nur an das Beispiel der Dekabristen im 19. Jahrhundert und an die unruhige Zeit zwischen 1905 und 1917.

Präsident *Mitterrand* griff die Frage der Menschenrechtskonferenz in Moskau[15] auf. Er habe in seinem Gespräch mit Gorbatschow den Eindruck gewonnen, daß für diesen kein wirklich enger Zusammenhang zwischen der Menschenrechtskonferenz 1991 und den konventionellen Abrüstungsfragen bestehe.

Der *Bundeskanzler* erklärte, dies sei auch sein Eindruck gewesen.[16] Präsident *Mitterrand* fuhr fort, Gorbatschow habe ihm erklärt, wenn diese Konferenz nicht 1991 stattfinde, dann eben 1992. Er glaube folglich, daß Gorbatschow diese Konferenz hinausschieben wolle, wobei er gleichzeitig die Verantwortung hierfür auf den Westen abwälzen könne.

Der *Bundeskanzler* warf ein, er habe auch Präsident Bush gegenüber für mehr Flexibilität in dieser Frage plädiert.[17] Wir sollten weiterhin für die Durchführung einer Menschenrechtskonferenz eintreten, aber entsprechende Standards fordern.

Präsident *Mitterrand* erwiderte, Frau Thatcher versuche leider den Eindruck zu erwecken, daß ihre Weigerung Gorbatschow zum Nachgeben zwinge. In Wirklichkeit stelle sich aber das Problem nicht in dieser Form, sondern in der, in der es der Bundeskanzler beschrieben habe. Man dürfe nicht zulassen, daß sich PM Thatcher jetzt als die wahre Verteidigerin der Menschenrechte in der Sowjetunion aufspiele.

12 Zur Aufhebung der Verbannung des sowjetischen Atomphysikers Sacharow und seiner Ehefrau Jelena Bonner am 19. Dezember 1986 vgl. Dok. 303, Anm. 4.

13 Vgl. dazu die Änderung der sowjetischen Verfassung und Novellierung der Wahlgesetzgebung; Dok. 337, Anm. 7.

14 Zur Verfassungsänderung und Souveränitätserklärung Estlands vom 16. November 1988 vgl. Dok. 337, Anm. 10.

15 Zum sowjetischen Vorschlag für eine KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 304, Anm 14.

16 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR vgl. Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

17 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem designierten Präsidenten Bush am 15. November 1988 in Washington vgl. Dok. 332, Anm. 25.

Der *Bundeskanzler* stimmte Präsident Mitterrand zu. Unsere Position sei in dieser Frage klar: Indem wir für entsprechende Standards einträten, wirkten wir gleichzeitig auf eine verbesserte Lage bei den Menschenrechten in der Sowjetunion hin.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 77

352

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron

VS-NfD **5. Dezember 1988**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: Pragmatische sowjetische Haltung zur Modernisierung nuklearer Flugkörper kürzerer Reichweite – (SNF);
hier: 86. Bergedorfer Gesprächskreis zum Gemeinsamen Europäischen Haus am 3./4.12.1988 in der Redoute[4]

Nachfolgend wird vorab über die sowjetische Haltung zur Modernisierung unterrichtet, die während der Veranstaltung keineswegs als zentrales Thema, sondern im breiteren Themenrahmen des Gemeinsamen Europäischen Hauses (KSZE, Integrationsprozesse etc.) zum Ausdruck kam.

I. Zusammenfassung und Bewertung

Die sowjetischen Teilnehmer am 86. Bergedorfer Gesprächskreis signalisierten insgesamt, daß derzeit mit einer pragmatischen sowjetischen Reaktion auf einen NATO-Modernisierungsbeschluß zu SNF gerechnet werden könne.

Sowohl aufgrund des Referats von W. Sagladin zum Gemeinsamen Europäischen Haus als auch der sowjetischen Diskussionsbeiträge (u. a. Bogdanow, Daschitschew, Karaganow[5]) sowie einiger Gespräche mit sowjetischen Teilnehmern am Rande verdichtete sich während der Veranstaltung der Eindruck, daß die SU – anders als 1979/83[6] – an einem umfassenden, möglichst viele Bereiche fortent-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Weiß konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 5. Dezember 1988 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 6. Dezember 1988 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 6. Dezember 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an den Planungsstab verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 7. Dezember 1988 vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Citron erneut vorgelegen.

4 Für den Protokollband vgl. https://www.koerber-stiftung.de/bergedorfer-gespraechskreis/protokolle.

5 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Diese drei sind Angehörige der Westinstitute der sowjetischen Akademie der Wissenschaften; Bogdanow ist stellv. Leiter des USA/Kanada-Instituts; Daschitschew ist Abteilungsleiter im Institut für Weltwirtschaft, Karaganow Abteilungsleiter im Europa-Institut."

6 Die Gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten verabschiedete am 12. Dezember 1979 in Brüssel den NATO-Doppelbeschluß. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.
Am 22. November 1983 stimmte der Bundestag nach zweitägiger Debatte mit 286 zu 226 Stimmen bei einer Enthaltung einem Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und FDP vom 18. November 1983 zur

wickelndem Konzept der Ost-West-Beziehungen grundsätzlich festhalten wird. Offenbar soll der Fehler der sowjetischen Anti-INF-Kampagne vermieden werden, ein einzelnes – zudem diesmal für die SU weniger gefährliches – Waffensystem aus einem größeren sicherheitspolitischen Gesamtzusammenhang zu isolieren, zu dämonisieren und zur entscheidenden Schicksalsfrage zwischen West und Ost zu machen.

Diese Beobachtungen ergänzen und verfestigen unsere Eindrücke aus den kürzlichen deutsch-sowjetischen Planungsstabskonsultationen (BM-Vorlage vom 28.11.[7]), aus denen sich ergab, daß das sowjetische Außenministerium in dieser Frage eine Dramatisierung vermeiden möchte, welche möglicherweise eine Verfolgung sonstiger vorrangiger sowjetischer Interessen blockieren könnte. Es kann daher vermutet werden, daß die politische Führung (Reformkräfte) sich eher dafür entscheidet, mit Augenmaß und unter Berücksichtigung der Gesamtlage im Ost-West-Verhältnis zu reagieren.

Zugleich zeigten die Gespräche mit sowjetischen Teilnehmern am Rande aber auch, daß sich die politische Führung in Moskau je nach Art, Ausmaß und allgemeiner Einbettung eines NATO-Modernisierungsbeschlusses ggf. auf harte Argumente sowjetischer Militärs (und wohl auch konservativer Kräfte) in einer Phase einstellen muß, in der es u. a. um Ressourcenumschichtung zu Lasten der Verteidigung (Vorlauf zum nächsten Fünf-Jahr-Plan) sowie um eine Reform von Struktur und Strategie der sowjetischen Streitkräfte geht. Diese Hinweise passen durchaus zur scharfen, polemischen Kritik des stellvertretenden sowjetischen Generalstabschef Garejew an der Lance-Modernisierung vor der Friedrich-Ebert-Stiftung am 30.11.1988 in Bonn (vgl. hierzu BM-Vorlage vom 1.12.1988[8]).

Nach diesen sowjetischen Hinweisen werde eine Lance-Modernisierung (die von sowjetischen Experten im Grunde gelassen gesehen wird) nach dem INF-Abkommen ggf. Empörung und Unverständnis in der sowjetischen Bevölkerung hervorrufen. Dies könne sich – was der Westen bedenken solle – neben wachsenden innenpolitischen und wirtschaftlichen Problemen durchaus als zusätzliche

Fortsetzung Fußnote von Seite 1835

Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 in seinen beiden Teilen zu. Für den Antrag vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 297, Drucksache Nr. 10/620. Für die Debatte vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 126, S. 2321–2456 und S. 2459–2592.

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, erklärte am 24. November 1983, daß die UdSSR nicht weiter an den INF-Verhandlungen in Genf teilnehmen werde. Ferner gab er die Aufhebung des Moratoriums der Stationierung sowjetischer Mittelstreckensysteme im europäischen Teil der UdSSR, die Beschleunigung der Vorbereitung der Stationierung von Systemen in der DDR und der ČSSR und die Stationierung von seegestützten Systemen bekannt. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 104–107. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 365 und Dok. 372.

7 Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron vgl. Dok. 342.

8 Ministerialdirektor Citron vermerkte: „Der stellvertretende sowjetische Generalstabschef Garejew hat in einem Vortrag vor dem Arbeitskreis für Sicherheit und Abrüstung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 30.11. […] die sowjetische Militärdoktrin und Strategie in einem für unsere Sicherheitsinteressen besonders wichtigen Punkt erstmals auf dieser hohen militärischen Ebene öffentlich präzisiert: Doktrin und Strategie der SU zielen nunmehr erklärtermaßen auf eine Vorneverteidigung mit dem bloßen Ziel der Wiederherstellung der territorialen Integrität im Falle eines Angriffs ab. Nachdenklich stimmte hingegen seine z. T. polemische Behandlung der Datenfrage, die einen kleinen Vorgeschmack auf das bot, was es in Wien zu verhindern gilt, nämlich eine die KRK-Verhandlungen blockierende Daten-Debatte. […] Zur Frage der Modernisierung äußerte er sich offensiv und hob sich damit deutlich ab gegenüber dem Eindruck, den wir aus den jüngsten deutsch-sowjetischen Planungsstabkonsultationen in Moskau mitgenommen hatten. Er kritisierte ausdrücklich die Frage der Lance-Modernisierung." Vgl. Referat 02, Bd. 178527.

Belastung der Reformpolitik auswirken. Vor diesem Hintergrund werde u. U. eine gewisse Härte in der offiziellen Kommentierung und in sowjetischen Medien z. T. aus Gründen der politischen Ventilation dieses Unmuts erfolgen; insgesamt werde man aber der sowjetischen Bevölkerung vermitteln können, daß es um „einen weniger dramatischen Vorgang als 1983" gehe.

Die insgesamt pragmatische Haltung der sowjetischen Seite wurde auch im Vergleich zur schärfer akzentuierten Kritik von Egon Bahr an der Lance-Modernisierung deutlich.

MD Teltschik, der, von Rhodos[9] aus kommend, als Koreferent zum Gemeinsamen Europäischen Haus vorgetragen hatte, faßte zum Abschluß seinen Eindruck von sowjetischen Äußerungen zur SNF-Thematik wie folgt zusammen: Es sei wichtig, daß die sowjetischen Gesprächspartner signalisiert hätten, daß sie bereit seien, keine Maximalziele (wie etwa den Vorschlag einer 3. Null-Lösung) anzustreben, sondern unter Berücksichtigung der Interessen der anderen Seite pragmatisch und schrittweise vorzugehen.

II. Weitere Einzelheiten

1) Sagladin sprach im Rahmen eines breiter angelegten Referats zu Voraussetzungen und Zielen eines Gemeinsamen Europäischen Hauses u. a. davon, daß es im sicherheitspolitischen Bereich auf eine gemeinsame konzeptionelle Arbeit ankomme. Die Ausgangslage skizzierte er wie folgt:

– Westlicher Ansatz: Festhalten an weniger Nuklearwaffen für Zwecke der Kriegsverhinderung einerseits und umfassende Kooperation andererseits.
– Sowjetischer Ansatz: Liquidierung aller Massenvernichtungsmittel einschließlich der Nuklearwaffen; militärische Hinlänglichkeit für innere und äußere Sicherheit; umfassende Kooperation zur Stärkung der Interdependenz zwischen den Systemen.

Als Kompromiß entwickelte er folgenden Gedanken: Wenn der Westen bei den Nuklearwaffen (d. h. auch bei den taktischen) nicht auf Null reduzieren will, dann könne man auch schrittweise auf dem Weg zur nichtoffensiven Verteidigung vorangehen und auf der Grundlage dieses Kompromisses gleichzeitig eine allseitige Kooperation wo immer nur möglich entfalten.

2) Bei den weiteren sowjetischen Diskussionsbeiträgen zeigten sich durchaus unterschiedliche Akzentsetzungen:

– Bogdanow zeigte noch am ehesten Besorgnis, indem er grundsätzlich nach dem Sinn von taktischen Nuklearwaffen im Falle einer strategischen Stabilität im konventionellen Bereich (Ziel der KRK-Verhandlungen) fragte. Er unterschied dabei zwischen reiner Modernisierung (die er wie die übrigen sowjetischen Teilnehmer für weniger problematisch hielt) und Kompensation (mit der durch den INF-Vertrag ausgeschlossene Optionen ersetzt werden könnten). Er stellte die Frage, warum sich der Westen anstelle „nuklearer Offensivwaffen" (Lance-Modernisierung mit Reichweitenveränderung und damit größerer Wirkung in der Tiefe) nicht auf Nuklearwaffen „defensiver Nutzung" beschränken könnte, z. B. auf Nuklearminen als Sperrmittel gegen eine befürchtete östliche Durchbruchsfähigkeit.

9 Am 2./3. Dezember 1988 fand auf Rhodos die Tagung des Europäischen Rats statt. Vgl. dazu Dok. 353.

– Karaganow sprach ebenso wie Pjadyschew die Tatsache an, daß die Lance-Modernisierung keineswegs mit dem NATO-INF-Doppelbeschluß zu vergleichen sei. Aber dennoch solle im Westen die politische Wirkung einer Lance-Modernisierung bedacht werden. Gerade weil die Perestroika innenpolitisch unter Druck stehe, sollte der Westen bedenken, inwieweit er diese Entwicklung konstruktiv begleiten könne (Pjadyschew).
– Daschitschew betonte noch eindringlicher, daß die Lage mit 1983 keineswegs zu vergleichen sei, und appellierte auch an die eigenen sowjetischen Reihen, die Dinge nicht zu dramatisieren. Modernisierung sei – worauf vorher bereits einige deutsche Gesprächsteilnehmer hingewiesen hatten – in der Tat legitim. Er betonte, daß die Sowjetunion im Sinne einer „vernünftigen Hinlänglichkeit" nicht gleichziehen sollte.

3) Egon Bahr erklärte in einem Diskussionsbeitrag, daß er es für hochinteressant halte, daß die SU nicht mehr über eine dritte Null-Lösung, sondern im Sinne der von Sagladin skizzierten Kompromißvariante über ein vereinbartes Minimum bei taktischen Nuklearwaffen spreche. Er betonte, daß Modernisierungen ein normaler Vorgang seien, soweit dadurch die strategische Lage nicht verändert werde. Auch die SPD habe in diesem Falle nichts dagegen (so habe sie sich nicht gegen eine Modernisierung der Nuklearartillerie ausgesprochen). Etwas anderes sei es jedoch, wenn unter dem Stichwort Modernisierung tatsächlich eine neue Rüstung eingeleitet werde mit dem Ziel einer Kompensation verlorengegangener Optionen. (B. ging u. a. auch auf die Frage luftgestützter Abstandswaffen ein.) Jede Kompensation sei der Tod der Abrüstung. Die NATO-Überlegungen seien Ausdruck eines alten Denkens in potentiellen Konfrontations-Schemata.

Bahr riet der sowjetischen Seite eindringlich, so schnell wie möglich einseitig die Asymmetrien im konventionellen Bereich herunterzurüsten. Dies sei der beste Weg zur Schaffung einer Lage, die sich auf die Überlegungen der NATO grundlegend auswirken könnte. Er ging mit diesem Hinweis u. a. auf sowjetische Erläuterungen (Bowin) ein, nach denen derzeit unilaterale Maßnahmen aus innenpolitischen Gründen in der SU nicht durchgesetzt werden könnten. (Bowin verwies auf die innersowjetische Experten-Diskussion zu Unilateralismus einerseits und den hartnäckigen Widerstand im Generalstab andererseits.)

4) MD Teltschik, der vor einer Dämonisierung des Themas warnte (Ziel sei ein nukleares Mindestmaß auf einem funktionalen Stand), erklärte, daß auch die deutsche Seite kein Interesse an einem Rückfall in das Jahr 1983 habe. Er erläuterte seine Position wie folgt:

– Nuklearwaffen unter 500 km seien bisher rüstungskontrollpolitisch noch nicht erfaßt; beide Seiten hätten derartige Systeme, wobei die SU eindeutig mehr habe und diese modernisiere.
– Der Appell des Bundeskanzlers an GS Gorbatschow, eine einseitige Reduzierung taktischer Nuklearsysteme auf sowjetischer Seite einzuleiten, sei bisher ohne Antwort.
– NATO wolle nukleare GK insgesamt drastisch reduzieren und nukleares Dispositiv neu ordnen, aber keine Null-Lösung; die verbleibenden Systeme müssen wirksam gehalten werden; dies habe mit Kompensation oder einer neuen Bedrohung der SU nichts zu tun.

– Wenn START-Verhandlungen erfolgreich, habe dies auch Auswirkungen auf Nuklearstruktur für Westeuropa (u. a. Hinweis darauf, daß strategisches Nuklearpotential der SU hinreichend für Kompensation ihrer vernichteten INF-Mittel gegen Europa).
– Auch Ergebnisse bei CW/KRK-Verhandlungen würden sich auf Frage der taktischen Nuklearsysteme auswirken.

Zuvor hatte er in seinem Referat zur Einbeziehung von nukleartaktischen Mitteln unter 500 km wörtlich ausgeführt: „Der Zeitpunkt solcher Verhandlungen bestimmt sich aus dem Verlauf der Verhandlungen über konventionelle Abrüstung."

5) Sagladin betonte hieran anschließend erneut die Bedeutung der von ihm skizzierten Kompromißvariante, die gemeinsame Vereinbarungen anstelle von Konfrontation ermögliche. Er verwies eindringlich auf die Ausgangslage im konventionellen Bereich; hier gebe es mit Blick auf die Asymmetrien gute Möglichkeiten für Fortschritte. Er äußerte daher die Erwartung, daß sich der Westen mit Modernisierungen (er sprach nicht vom Beschluß zu Modernisierungen) nicht beeilen, sondern 1–2 Jahre warten und den Verlauf der KRK-Verhandlungen berücksichtigen werde. Er appellierte an die westliche Seite, in jedem Falle eine Modernisierungsentscheidung nicht isoliert voranzubringen, womit er an die vorangegangenen Erläuterungen von MD Teltschik anzuknüpfen schien, daß sich die Entwicklung in allen rüstungskontrollpolitischen Teilbereichen auf die Modernisierungsfrage auswirken werde.

Schließlich stellte Sagladin als sowjetische Präferenz heraus, über taktisch nukleare Waffen mit dem Ziel der Kürzung parallel zu den KRK-Verhandlungen zu verhandeln.

Citron

Referat 02, Bd. 178527

353

Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 3665 **Aufgabe: 5. Dezember 1988, 20.10 Uhr**[1]
Cito **Ankunft: 5. Dezember 1988, 20.41 Uhr**

Betr.: Europäischer Rat Rhodos 2./3.12.1988;
hier: Ergebnisse im Überblick

Zur Unterrichtung

I. Der Europäische Rat in Rhodos verlief unkompliziert und hatte keine großen Probleme zu bewältigen. Er bot damit Gelegenheit zu einigen Überlegungen

1 Das von Botschaftsrat Cuntz, Brüssel (EG), konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.
Hat Vortragendem Legationsrat Dix am 6. Dezember 1988 vorgelegen.

grundsätzlicher Art. Schwerpunkte in der Diskussion des ersten Tages bildeten Gedanken der kulturellen Dimension und der kulturellen Identität Europas, die im Zusammenhang mit dem franz. Vorschlag einer „audiovisuellen EUREKA“[2] erörtert wurden, Fragen des großen Marktes und der Schaffung eines Raums ohne Binnengrenzen, die soziale Dimension sowie schließlich auch institutionelle Fragen betreffend das Europäische Parlament. In den „Schlußfolgerungen des Vorsitzes“[3], die am zweiten Tag besprochen wurden, sind die wesentlichen Ergebnisse festgehalten worden, die neue Impulse für die weitere Entwicklung der Gemeinschaft geben sollen.

II. Im einzelnen

1) Binnenmarkt

Der Europäische Rat (ER) stellte im Ergebnis mit Genugtuung fest, daß auf halbem Weg bis 1992[4] praktisch die Hälfte des bis zur Verwirklichung des großen Marktes erforderlichen Gesetzgebungsprogramms durchgeführt ist. Das Arbeitstempo müsse jedoch beschleunigt werden. Der ER erwarte in Kürze Fortschritte in den vom ER Hannover im Juni 1988[5] bestimmten vorrangigen Bereichen, nämlich öffentliche Aufträge, Banken und finanzielle Dienstleistungen, Angleichung der technischen Normen und gewerblicher Rechtsschutz. Besonders fordert der ER eine Intensivierung in den Bereichen, in denen es Verzögerungen gegeben hat, namentlich bei der Harmonisierung der indirekten Steuern[6], im Verkehrs- und Energiebereich, bei den pflanzen- und tiergesundheitlichen Kontrollen sowie der Freizügigkeit.

Im Zusammenhang mit der Abschaffung der Grenzkontrollen waren in der Aussprache unterschiedliche Standpunkte zwischen PM Thatcher und anderen Staats- oder Regierungschefs, so z. B. BK Kohl und Präsident Mitterrand, erkennbar geworden. Es bestand jedoch Einigkeit, daß die Bekämpfung des Terrorismus, des internationalen Verbrechens, des Drogenhandels und anderer illegaler Praktiken mit Fortschritten bei der Schaffung eines Raums ohne Binnengrenzen zusammenhängt. Der BK hatte sich besonders dafür eingesetzt, daß man sich auf die Zusammenarbeit bei diesen Problemen statt auf die Grenzkontrollen konzentriert. Die Zusammenarbeit soll jetzt verstärkt werden. Jeder Mitgliedstaat soll einen Verantwortlichen für die Koordinierung in diesem Bereich benennen.

2) Soziale Dimension

Ein vorrangiges Thema war auch die soziale Dimension. In der Diskussion spielten u. a. die Beziehungen zu und zwischen den Sozialpartnern, die Frage des

2 Zum Vorschlag des Staatspräsidenten Mitterrand vom 29. September 1987 für ein audiovisuelles EUREKA-Programm vgl. Dok. 306, Anm. 76.

3 Für den Wortlaut der Schlußfolgerungen des Vorsitzes der Tagung des Europäischen Rats am 2./3. Dezember 1988 auf Rhodos vgl. BULLETIN 1988, S. 1509–1511.

4 In Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 kamen die EG-Mitgliedstaaten überein, bis zum 31. Dezember 1992 einen Binnenmarkt zu schaffen, „in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital“ gewährleistet sei. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

5 Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 in Hannover vgl. Dok. 191.

6 Zur Frage der Harmonisierung direkter und indirekter Steuern innerhalb der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 145 und Dok. 290.

unterschiedlichen Niveaus sozialen Schutzes und auch die Mitbestimmung eine Rolle. Dabei wurde von einigen Teilnehmern klargestellt, daß es keine europäische Lösung auf dem Niveau des langsamsten Partners geben dürfe. Im Ergebnis betonte der ER, daß die Verwirklichung des Binnenmarktes nicht als Selbstzweck verstanden werden dürfe, denn es gehe vielmehr um ein umfassendes Ziel, nämlich einen möglichst großen Wohlstand für alle entsprechend der europäischen Tradition des sozialen Fortschritts. Der ER begrüßte die Fortschritte beim Gesundheitsschutz und der Sicherheit am Arbeitsplatz, betonte das Interesse an einem konstruktiven Dialog zwischen den Sozialpartnern auf Gemeinschaftsebene und sieht Vorschlägen der Kommission zur Anwendung der sozialen Rechte entgegen.

3) Flankierende Maßnahmen

Der ER zählt zu den wichtigen flankierenden Maßnahmen des Binnenmarktes die in der EEA vorgesehenen Bereiche Strukturpolitik, Forschung und Technologie sowie wirtschafts- und währungspolitische Zusammenarbeit. Er mißt den Arbeiten der Delors-Kommission über die Schritte zur Wirtschafts- und Währungsunion[7] besondere Bedeutung bei. Beim ER in Madrid[8] sollen Folgerungen daraus gezogen werden.

In der Aussprache spielte der Bereich der flankierenden Maßnahmen keine große Rolle. DK forderte die Öffnung bestimmter Forschungsprogramme der Gem.[9] für europäische Staaten außerhalb der Gemeinschaft, insbesondere Norwegen.

4) Umwelt

Der ER verabschiedete eine durch den Umweltrat vom 24.11.1988 vorbereitete Erklärung zur Umwelt.[10] Er fordert darin, daß die Gemeinschaft die Bemühungen um den Umweltschutz steigert und ihn zum integralen Bestandteil anderer Politiken macht. Besondere Aufmerksamkeit müsse den Meeren und Küstengebieten der Mitgliedstaaten gewidmet werden, insbesondere der Mittelmeerregion, der Nordsee und der Irischen See. Gemeinschaft und Mitgliedstaaten müßten beim weltweiten Umweltschutz eine führende Rolle übernehmen.

Der ER betont in seinen Schlußfolgerungen, daß der umweltpolitischen Zusammenarbeit mit den übrigen Ländern Europas, insbesondere den EFTA-Ländern und den osteuropäischen Ländern, besondere Bedeutung zukomme.

5) Verkehrsinfrastrukturen, Inseln

Auf Initiative der griech. Präs. nahm der ER zur Kenntnis, daß die Verwirklichung großer Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen ein Mittel zur raschen Verwirklichung des Europäischen Wirtschaftsraumes darstellt und daß in einigen Inselgebieten der Gemeinschaft besondere soziale und wirtschaftliche Probleme bestehen. Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung sollen sich jedoch im Fall der Verkehrsinfrastruktur einstweilen auf die im diesjährigen Haushaltsplan vorgesehenen Mittel und im Fall der Inseln auf den Rahmen der finanziellen Mög-

7 Zum Stand der Arbeiten des Ausschusses für eine Wirtschafts- und Währungsunion (Delors-Ausschuß) vgl. Dok. 363.

8 Die Tagung des Europäischen Rats in Madrid fand am 26./27. Juni 1989 statt. Vgl. dazu AAPD 1989.

9 Gemeinschaft.

10 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 2./3. Dezember 1988 auf Rhodos zur Umwelt vgl. BULLETIN 1988, S. 1512.

lichkeiten bisheriger Programme (d.h. insbesondere Strukturfonds und Mittelmeerprogramm[11]) beschränken. Hierauf hatte besonders GB Wert gelegt.

[12]6) Audiovisuelle Medien

Präs. Mitterrand hatte bereits beim ER Hannover im Juni eine Initiative zu einem audiovisuellen EUREKA angeregt. Er legte nunmehr dem ER schriftliche Vorschläge zu technologischen und anderen Aspekten vor.[13]

In der Diskussion fand das Thema besonderes Interesse und wurde von vielen Rednern in den größeren Zusammenhang der kulturellen Dimension der Gemeinschaft und der europäischen kulturellen Identität gestellt. Insbesondere sprach sich auch der BK dafür aus, der europäischen Identität mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Ohne Kultur seien die Ziele der Gemeinschaft verfehlt. Aber Europa bestehe nicht nur aus der Gemeinschaft. Zwischen den verschiedenen Teilen Europas gebe es uralte Geistesströme. Länder wie Ungarn und Polen trügen ebenso zur europ. Identität bei wie westeuropäische Staaten. Salzburg sei ein Musikzentrum der Welt. Wir müßten uns gerade im kulturellen Bereich für eine gesamteuropäische Zusammenarbeit öffnen. Die Botschaft von Rhodos müsse sein, daß man sich nicht auf wirtschafts-, steuer- oder agrarpolitische Maßnahmen u.ä. beschränkt („Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“[14]). BK fand hierbei vielfache Unterstützung von anderen Teilnehmern. In der Diskussion wurde von mehreren Regierungschefs der Wille zum Ausdruck gebracht, die Stellung Europas gegenüber Drittstaaten, besonders den USA, aber auch selbst solchen Ländern wie Australien zu stärken, insbesondere im Bereich der Filmproduktion.

Auch die technologischen Aspekte des audiovisuellen Marktes fanden große Aufmerksamkeit. In der Aussprache wurde auf die Gefahr der japanischen und amerikanischen Konkurrenz bei der Entwicklung des hochauflösenden Fernsehens hingewiesen. Es gelte, in diesem Bereich Spitzentechnologien zu entwickeln. Der franz. Vorschlag sieht vor, daß auf der nächsten Tagung des ER im Juni 89 in Madrid und anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels im Juli 89[15] eine Demonstration dieses Systems stattfinden soll.

In den Schlußfolgerungen wird festgehalten, daß es von größter Bedeutung ist, die Bemühungen um eine Erhöhung der audiovisuellen Kapazität Europas zu

11 Referat 412 informierte am 28. Juli 1988: „1985 richtete der Europäische Rat die Integrierten Mittelmeerprogramme (IMP) ein, um in den Mittelmeerregionen von F, GR, I die sozio-ökonomischen Anpassungszwänge abzumildern, die durch den Beitritt Spaniens und Portugals erwartet wurden (verstärkte Konkurrenz im Bereich der Landwirtschaft). […] Der Finanzrahmen wurde auf 1,6 Mrd. ECU Zuschüsse aus dem Gemeinschaftshaushalt und 2,5 Mrd. ECU aus den Strukturfonds festgelegt. Zusätzlich wurde die E[uropäische] I[nvestitions]B[ank] ermächtigt, Kredite bis zu einem Betrag von 2,5 Mrd. ECU zu gewähren. Gesamtbetrag demnach 6,6 Mrd. ECU, Laufzeit 7 Jahre. 50% der Zuschüsse aus dem Gemeinschaftshaushalt sind für Griechenland bestimmt. Einzelmaßnahmen werden mit einer Obergrenze von 70% aus dem Gemeinschaftshaushalt finanziert.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168778.

12 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 3666 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

13 Für den Wortlaut der „Acht Vorschläge“ des Staatspräsidenten Mitterrand für den Europäischen Rat am 2./3. Dezember 1988 auf Rhodos zum hochauflösenden Fernsehen und für ein audiovisuelles EUREKA-Programm vgl. BULLETIN 1988, S. 1513.

14 5 Mose 8,3.

15 Der Weltwirtschaftsgipfel in Paris fand vom 14. bis 16. Juli 1989 statt. Vgl. dazu AAPD 1989.

verstärken, sowohl hinsichtlich des freien Austausches von Programmen und der Förderung des europäischen hochauflösenden Fernsehens als auch in bezug auf eine Politik der Förderung des kreativen Schaffens, der Produktion und der Ausstrahlung. Die Gem. solle ihre Bemühungen im Einklang mit dem entsprechenden Übereinkommen des Europarates entfalten. Der (Minister-) Rat wird ersucht, seine Beratungen über die Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen" zu beschleunigen und nimmt zur Kenntnis, daß die Kommission ihren Vorschlag unter Berücksichtigung des Übereinkommens des Europarates anpassen wird. Schließlich erklärt sich der ER damit einverstanden, daß im kommenden Frühjahr eine Tagung einberufen wird, an der alle am audiovisuellen Sektor beteiligten Parteien innerhalb und außerhalb der Gemeinschaft teilnehmen und die, wie bei EUREKA, den Aufbau eines echten europäischen audiovisuellen Marktes fördern soll.

7) Außenbeziehungen

Bedeutsam ist die gesonderte Erklärung des ER zur internationalen Rolle der Europäischen Gemeinschaft.[16] Der ER hielt darin fest, daß der Binnenmarkt sich nicht nach außen abschotten werde. Das Europa von 1992 werde ein Partner, keine „Festung Europa" sein. Der Binnenmarkt werde zu einer stärkeren Liberalisierung des internationalen Handels beitragen. Die Gemeinschaft werde weiterhin aktiv an der Uruguay-Runde des GATT[17] teilnehmen. Die Erklärung stellt auf eine enge Zusammenarbeit mit den USA, Japan und den EFTA-Staaten ab. Die Zusammenarbeit mit anderen Drittländern oder regionalen Ländergruppen im Mittleren Osten, dem Mittelmeer, Afrika, der Karibik, dem Pazifik, Asien und Lateinamerika soll fortgesetzt werden. Die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen in weniger entwickelten Ländern müßten verbessert und strukturelle Anpassungen über Handel und wirtschaftliche Hilfe gefördert werden. Der ER ging dabei auch auf die Probleme der hochverschuldeten Länder ein und sieht dem Abschluß der Verhandlungen über Lomé IV im kommenden Jahr entgegen.[18]

Der ER erklärte des weiteren seine Bereitschaft, die wirtschaftlichen Beziehungen zu den europäischen RGW-Mitgliedstaaten und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit ihnen unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen spezifischen Situation zu fördern. Darüber hinaus setzt der ER in der Erklärung auch Akzente zu den politischen Aspekten der West-Ost-Beziehungen.

Es wird schließlich betont, daß die Bestimmungen der Einheitlichen Europäischen Akte ausgeschöpft werden sollten, um die Solidarität untereinander, die Koordinierung hinsichtlich der politischen und wirtschaftlichen Aspekte der Sicherheit und die „Übereinstimmung zwischen den Außenbeziehungen der Europäischen Gemeinschaft und der im Rahmen der europäischen politischen Zusammenarbeit vereinbarten Außenpolitik" zu verstärken.

16 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 2./3. Dezember 1988 auf Rhodos zur internationalen Rolle der Europäischen Gemeinschaften vgl. BULLETIN 1988, S. 1511 f.

17 Vgl. dazu die Ministerkonferenz der Uruguay-Runde des GATT („Mid-term Review") vom 5. bis 9. Dezember 1988 in Montreal; Dok. 368.

18 Das Vierte AKP-EWG-Abkommen (Lomé IV) wurde am 15. Dezember 1989 unterzeichnet. Vgl. dazu AAPD 1989.

In dem EPZ-Teil der Schlußfolgerungen[19] äußerte sich der ER nicht nur zu Ost-West-Beziehungen, dem arabisch-israelischen Konflikt, dem Libanon und Zypern.[20]

8) Europäisches Parlament (EP)

EP-Präsident Lord Plumb hatte Gelegenheit, sich ausführlich zu das EP interessierenden Fragen zu äußern. Er beklagte dabei die Schwierigkeiten, die mit dem dreigeteilten Sitz des EP in Luxemburg, Straßburg und Brüssel verbunden sind.[21] Der Vorsitzende des ER, PM Papandreou, erklärte jedoch, daß Rhodos nicht der Ort für eine Erörterung dieses Themas sei. Präs. Mitterrand betonte, daß die Frage des Sitzes des Parlaments einvernehmlich von den Mitgliedstaaten zu entscheiden sei. Er verstehe die von Lord Plumb genannten Schwierigkeiten aber sehr gut. Er regte an, daß sich der nächste ER im Juni in Madrid mit der Materie befaßt.

Aufmerksamkeit fand auch die Frage einer institutionellen Stärkung des EP. Einige Teilnehmer, insbesondere PM De Mita und der BK, betonten, daß die Kompetenzen des EP erweitert werden müßten. BK führte aus, daß das im nächsten Jahr zu wählende EP[22] das letzte sein müsse, das noch mit den gegenwärtigen Kompetenzen arbeite. Jetzt habe man noch die „Ausrede“ der Vollendung des Binnenmarktes. 1993 könne das EP aber nicht mehr mit den gegenwärtigen Zuständigkeiten weiterarbeiten. Auch andere Regierungschefs unterstrichen, daß zur Stärkung des Marktes die Stärkung der parlamentarischen Kontrolle treten müsse. Die anderen Teilnehmer verhielten sich zurückhaltend.

In den Schlußfolgerungen weist der ER darauf hin, daß die Rolle des EP beim europäischen Einigungsprozeß unerläßlich sei.

III. Wertung

Der ER am 2./3.12. in Rhodos hat die Chance zu einem politischen Meinungsaustausch über eine Reihe wichtiger EG- und EPZ-Themen geboten. Dabei ging es in erster Linie um eine Bekräftigung der mit der Einheitlichen Akte und dem Delors-Paket[23] begonnenen Arbeiten in dem Bewußtsein, daß die Gemeinschaft nach innen und außen gefestigt erscheint. Ein neuer Impuls wurde für den audiovisuellen Bereich gegeben. Die griech. Präsidentschaft hatte bereits zuvor mit den grundlegenden Entscheidungen zu den Durchführungsverordnungen der Strukturfonds eines ihrer wesentlichen Ziele erreicht. Auch der ER Rhodos kann im Ergebnis zu ihren Erfolgen gezählt werden, auch wenn keine konkreten Entscheidungen anstanden. Der Europäische Rat in Rhodos war, wie er sein sollte, keine Appellationsinstanz, sondern eine Institution, die im Sinne der feierlichen Erklärung von Stuttgart[24] dem europäischen Aufbauwerk einen allgemein politi-

19 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 2./3. Dezember 1988 auf Rhodos zur Europäischen Politischen Zusammenarbeit vgl. BULLETIN 1988, S. 1513 f.

20 So in der Vorlage.

21 Zur Frage des Sitzes des Europäischen Parlaments vgl. Dok. 351, Anm. 3.

22 Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 15. und 18. Juni 1989 statt.

23 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket“) vgl. Dok. 15, Anm. 16.

24 Auf dem Europäischen Rat vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten die Feierliche Deklaration zur Europäischen Union. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 420–427. Vgl. dazu auch AAPD 1983, I, Dok. 185.

schen Impuls geben, politische Leitlinien festlegen und neue Tätigkeitsbereiche für die Zusammenarbeit eröffnen soll.

[gez.] Ungerer

Referat 410, Bd. 141619

354

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze

220-371.76 VS-NfD **6. Dezember 1988**[1]

Von BM noch nicht gebilligt.

Gespräch BM/Botschafter Nitze am 6. Dezember 1988 von 9.30 bis 10.30 Uhr

1) Einleitend hob *BM* die politische Bedeutung des INF-Doppelbeschlusses[2] und seiner Durchführung[3] hervor, die breiter sei als gelegentlich dargestellt:

– Es sei richtig, daß es ohne den Doppelbeschluß nicht zu einer Vereinbarung über die Beseitigung aller INF-Raketen gekommen wäre[4];
– darüber hinaus sei aber Moskau grundsätzlich deutlich geworden, daß der Westen, auch wenn er zu einer Entscheidung eine gewisse Zeit brauche, fähig sei, Entscheidungen zu treffen und das Notwendige zu tun. Damit habe der Doppelbeschluß auch einen Beitrag zu dem Prozeß des Umdenkens in der sowjetischen Außenpolitik geleistet.

Nitze bekräftigte diesen pädagogischen Effekt des Doppelbeschlusses. Er wies darauf hin, daß die Sowjets auch die Reaktion der deutschen Bevölkerung auf INF-Stationierung und Verhandlungsabbruch falsch eingeschätzt hätten. *BM* berichtete über sein Gespräch mit Gromyko drei Wochen vor der PII-Stationierung, bei dem er Gromyko vor der Erwartung gewarnt habe, die Bundesrepublik Deutschland wäre nicht in der Lage, die INF-Stationierung durchzuführen.[5]

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Wagner am 7. Dezember 1988 gefertigt und am selben Tag über Vortragenden Legationsrat I. Klasse Roßbach an das Ministerbüro geleitet „mit der Bitte, die Billigung des BM einzuholen".
Hat Roßbach am 8. Dezember 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Mützelburg am 9. Dezember 1988 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 220 verfügte und handschriftlich vermerkte: „B[itte] mit üblichem Vermerk verteilen."
Hat Wagner am 20. Dezember 1988 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 240 (220), Bd. 163099.

2 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

3 Zur Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses und zum Abbruch der INF-Verhandlungen durch die UdSSR vgl. Dok. 352, Anm. 6.

4 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, unterzeichneten am 8. Dezember 1987 den Vertrag über die Beseitigung der Mittelstreckenwaffen kürzerer und mittlerer Reichweite (INF-Vertrag). Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

5 Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 15./16. Oktober 1983 in Wien vgl. AAPD 1983, II, Dok. 303–306.

2) Mit dem Hinweis BM, daß die Stationierung der SS-20 und die Invasion Afghanistans[6] Beispiele falscher außenpolitischer Entscheidungen der Sowjetunion seien, ging das Gespräch auf Fragen der Entwicklungen in der Sowjetunion über. BM berichtete über sein dreistündiges Gespräch 1986 mit Gorbatschow, in dem er diese Fehlentscheidungen seiner Vorgänger herausgestellt und die Hoffnung geäußert habe, daß die Sowjetunion bei der Formulierung ihrer Außenpolitik künftig daraus lerne.[7] Gorbatschow habe aufmerksam zugehört und nicht widersprochen. Inzwischen würden auch in der Sowjetunion diese Entscheidungen öffentlich als falsch bezeichnet.

Nitze berichtete über Äußerungen Gorbatschows gegenüber AM Shultz, wonach er gemeinsam mit Ryschkow bereits zu der Zeit, als Andropow Generalsekretär war, beschlossen habe, die gesamte sowjetische Politik umfassend zu überprüfen und notwendige Änderungen zu definieren. Sie hätten intelligente Nachwuchskräfte („bright young men“) in allen Bereichen damit beauftragt, entsprechende Papiere anzufertigen. Nach seiner Wahl zum Generalsekretär[8] habe er begonnen, diese Überlegungen zu implementieren. *BM* meinte, daß Andropow Gorbatschow wohl als seinen Kronprinz angesehen habe. Das Problem Gorbatschows sei, daß die Aufgabe der Durchführung der Reformpolitik für ihn zu früh gekommen sei. Gorbatschow habe „zurück zu Lenin“ als sein Motto gewählt und stelle die Entwicklung nach Lenin als eine Zeit der Häresie dar. In wirtschaftlicher Hinsicht könne sich Gorbatschow in der Tat auf die Neue Wirtschaftspolitik Lenins berufen[9].

Nitze wies darauf hin, daß Gorbatschow mit Teilen seines Apparats noch Schwierigkeiten habe. So hätten die Militärs deutlich gemacht, daß sie nicht bereit seien, sich über bestimmte Grenzen hinaus zu bewegen. Auf Frage *BM*, ob Nitze etwas von bevorstehenden Veränderungen im sowjetischen Verteidigungsministerium gehört habe, bestätigte *Nitze*, daß ihm Gerüchte um die Ablösung von VM Jasow, Marschall Achromejew und General Kulikow (Oberkommandierender der WP-Streitkräfte) bekannt seien. *BM* warf ein, daß ihm Achromejew nicht als der Prototyp eines Reformers erschienen sei. *Nitze* stimmte zu: Achromejew bezeichne sich selbst als den letzten Mohikaner, da er als einziges Mitglied der jetzigen sowjetischen militärischen Führung noch aktiv am Zweiten Weltkrieg teilgenommen habe. Nitze berichtete, daß er Achromejew gefragt habe, wann eine Verlangsamung der Zuführung neuer Systeme (Kampfpanzer, Raketen) zu den sowjetischen Streitkräften zu erwarten sei. Achromejew habe geantwortet, daß während der nächsten drei Jahre das Produktionstempo unverändert beibehalten werde, da es sich um die Durchführung laufender Produktionsvorhaben handele, deren Reduzierung oder Abbruch wirtschaftlich nicht sinnvoll sei. Auf die Frage, wann mit einer Verringerung der sowjetischen Rüstungsproduktion gerechnet werden könne, habe Achromejew ausweichend geantwortet („you just keep looking“).

6 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

7 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 21. Juli 1986 in Moskau vgl. AAPD 1986, II, Dok. 209.

8 Michail Sergejewitsch Gorbatschow wurde am 11. März 1985 Generalsekretär des ZK der KPdSU. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 59.

9 Korrigiert aus: „beruhen“.

Nitze wies darauf hin, daß es ein erstes Signal für eine wirkliche Umstrukturierung der sowjetischen wirtschaftlichen Prioritäten sei, wenn für die Planung der Rüstungsproduktion verantwortliche Spitzenkräfte in Bereiche der zivilen Produktion umgesetzt würden. *BM* stimmte zu und ergänzte, daß es ganz konkrete Möglichkeiten eines Einsatzes militärischen Potentials für zivile Zwecke gebe. Schewardnadse habe ihm gegenüber erklärt, daß 1978 nur 70% der sowjetischen Getreideernte an den Verbraucher gelangt sei. Der Rest habe nicht geerntet oder nicht transportiert werden können oder sei während der Lagerung unbrauchbar geworden. Gerade bei den Transportkapazitäten liege es auf der Hand, militärische Fahrzeuge einzusetzen.

BM und Nitze waren sich einig, daß eine Modernisierung des sowjetischen Wirtschaftssystems eine Reihe grundsätzlicher Fragen aufwerfe. BM wies darauf hin, daß es für Gorbatschow naheliegen könnte, die Wirtschaftsreform in bestimmten Republiken schneller voranzubringen als in anderen. Hierfür böten sich die baltischen Republiken an, die noch über Erfahrungen mit einem flexiblen Wirtschaftssystem verfügten. *Nitze* nannte als eines der Probleme die Festlegung eines realistischen Wertes für den Rubel, dessen Wert insbesondere im Binnenverkehr derzeit willkürlich festgelegt sei.

Auf Nitzes Frage, wie man Gorbatschows Bereitschaft testen könne, seine Worte in Taten umzusetzen, entgegnete *BM*, dies geschähe am besten am Verhandlungstisch. Das Bündnis habe gut daran getan, ein umfassendes Konzept für Verhandlungen über konventionelle Stabilität auszuarbeiten.[10] Nun müsse die Sowjetunion zeigen, ob sie zu asymmetrischer Abrüstung bereit sei. Er selbst erwarte, daß es eine entsprechende sowjetische Bereitschaft hierzu geben werde. Dieser Ansicht schloß sich *Nitze* an.

Nitze meinte, daß die SU auch außerhalb der Verhandlungen Gelegenheit hätte, konkrete Maßnahmen zur Reduzierung des militärischen Bereichs einzuleiten. Die SU gebe 75% ihres Verteidigungshaushalts für konventionelle und 25% für nukleare Rüstung aus. Der Anteil des konventionellen Bereichs sei zwar relativ geringer als bei den USA (85% zu 15%). Wenn man jedoch bedenke, daß die SU 20% ihres Bruttosozialprodukts für Verteidigung ausgebe – eine Annahme, die er für realistischer halte als die offizielle amerikanische Schätzung von 15–17% –, seien hier große Möglichkeiten für Einsparungen gegeben. Gorbatschow sei sich im klaren, daß das Gerede von der Bedrohung durch die NATO Unsinn sei. *BM* entgegnete, daß auch die Sowjetführer vor Gorbatschow dies schon gewußt hätten. Worauf es ankomme, sei die politische Entscheidung, militärische Überlegenheit nicht mehr als Druckmittel gegenüber Westeuropa zu nutzen. Er, BM, habe Gorbatschow gegenüber dargelegt, daß die NATO ein Versicherungsverein in zwei Richtungen sei: Für den Westen als Gewähr gemeinsamer Verteidigung, aber auch für den Osten, für den es beruhigend sein müsse, daß allen Entscheidungen der NATO reichliche Überlegungen von 16 Nationen vorausgingen.

10 Vgl. dazu die „Erklärung zur konventionellen Rüstungskontrolle: Der Weg nach vorn“ der Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten vom 2. März 1988; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 22–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 204–208. Vgl. dazu auch Dok. 75.

Ein kurzer Gedankenaustausch galt außerhalb der WP-Regierungen stehenden Persönlichkeiten: BM und Nitze waren sich einig in ihrer Beurteilung von Wałęsa als eines charismatischen und energievollen Menschen, ebenso in ihrer Einschätzung Sacharows als einer eindrucksvollen Persönlichkeit, anders als Wałęsa aber eher für ein Wirken im akademischen Bereich geschaffen. BM berichtete über Gespräch mit dem früheren tschechoslowakischen Außenminister Hájek bei seinem letzten Prag-Besuch[11]. Informationsstand und analytische Fähigkeit Hájeks hätten ihn erneut beeindruckt.

3) Auf Frage BM nach seiner Zukunft verwies *Nitze* darauf, daß Bush mit seinen Personalentscheidungen derzeit noch auf der Ebene der Minister sei. Er selbst habe ordnungsgemäß seinen Rücktritt eingereicht. Es liege an Präsident Bush, ob er ihm anbiete, weiter in der Administration tätig zu sein. *BM* machte deutlich, daß er, ohne den Eindruck einer Einmischung in amerikanische Entscheidungen erwecken zu wollen, eine Fortsetzung der Tätigkeit Nitzes auch in der neuen Administration begrüßen würde.

Zum Abschluß erklärte BM mit Nachdruck, daß die Bundesrepublik Deutschland Nitze sehr zu danken habe. Er sage dies aus persönlicher Überzeugung wie auch als verantwortliches Mitglied der Bundesregierung.

Referat 240 (220), Bd. 163099

355

Gespräch des Ministerialdirektors Schlagintweit mit dem Vorsitzenden der Christdemokratischen Partei Panamas, Arias Calderón

331-321.36 **7. Dezember 1988**[1]

Gespräch D 3 mit dem Vorsitzenden der christdemokratischen Partei Panamas, Dr. Arias Calderón, am 7.12.1988

Anwesend: D 3; Dr. Arias Calderón; RL i. V. 331[2]; VLR Wegener, Büro für Auswärtige Beziehungen der CDU.

11 Bundesminister Genscher hielt sich vom 25. bis 27. November 1987 in der ČSSR auf und traf am 26. November mit dem ehemaligen tschechoslowakischen Außenminister Hájek zusammen.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schmiegelow am 8. Dezember 1988 gefertigt und am selben Tag an Ministerialdirektor Schlagintweit „mit der Bitte um Genehmigung“ geleitet. Ferner verfügte Schmiegelow die „W[ieder]v[orlage] mit Vorg[ang] 321.00 PAN“.
Hat Schlagintweit am 8. Dezember 1988 vorgelegen.
Hat Schmiegelow am 16. Dezember 1988 erneut vorgelegen, der für Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Jagow handschriftlich vermerkte: „Wir haben noch keinen Rücklauf von 014. Schlage vor, die Frage der Förderung des Wahl-‚erfolges‘ im Sinne der Demokratie in der EPZ-AG aufzunehmen.“
Hat Jagow am 19. Dezember 1988 vorgelegen, der um Rücksprache bat.
Hat Schmiegelow am 22. Dezember 1988 erneut vorgelegen, der zur Bitte Jagows handschriftlich vermerkte: „Er[ledigt] am 20.12.“ Ferner verfügte er die Anfertigung einer Kopie „für RL für EPZ-AG (Erörterung unter Punkt ‚Verschiedenes‘ wie bespr[ochen])“.

2 Henrik Schmiegelow.

1) *D3* hob eingangs das große Interesse und die besondere Anteilnahme hervor, mit der wir die andauernde Krise der Demokratie in Panama verfolgen.[3] Er verwies auf die beunruhigenden Nachrichten über die Lage der Wirtschaft in Panama und gab der Besorgnis Ausdruck, daß die Wirtschaftssanktionen der USA[4] die Falschen treffe, nämlich die Privatwirtschaft und damit einen wichtigen Teil der demokratischen Opposition zum Militärregime Noriegas. Wir fragten uns, was wir tun könnten, um zu helfen.

2) *Arias* gab eine Analyse des Militärregimes und hob drei Aspekte hervor:

– Es sei nicht auf friedlichen Wandel angelegt.
– Es sei tief in den Drogenhandel verwickelt.
– Noriega sei ein „tropischer Fouché", der in einer „pervertierten transnationalen Politik" Kontakte zu Geheimdiensten in den verschiedensten Lagern unterhalte, der CIA bei verdeckten Operationen in Nicaragua ebenso geholfen habe wie den Sandinisten bei der Unterstützung der salvadorianischen Guerilla. Es gebe starke Indizien, daß er auch bei dem letzten Putschversuch in Argentinien[5] seine Hand im Spiel gehabt habe. Oberst Seineldín sei bis kurz vor dem Putschversuch lange Jahre in Panama gewesen, zuerst als Militärattaché und danach als „Militärberater".
– Motiv der Rolle Noriegas[6] beim argentinischen Putschversuch sei Argentiniens Ablehnung einer Wiederaufnahme Panamas in die Gruppe der Acht[7] gewesen.

3) Auf Frage von *D3* nach der Wirkung der US-Wirtschaftssanktionen erklärte *Arias*, die Wirtschaftskrise in Panama habe vor Beginn der amerikanischen Sanktionen begonnen. Panama sei die offenste Volkswirtschaft in Lateinamerika

3 Zur innenpolitischen Entwicklung in Panama vgl. Dok. 61, Anm. 19.

4 Botschafter von Boehmer, Panama-Stadt, berichtete am 14. März 1988 über die drei Tage zuvor verhängten Maßnahmen der USA: „Nichtzahlung einer Kanalnutzungsrate von 6,5 Mio. Dollar […]; Streichung Meistbegünstigungsklausel und Zollfreiheit für PAN-Exporte im Rahmen der Hilfe für Staaten der Karibik; Einstellung des gesamten Zahlungsverkehrs in US-Dollar; verstärkte Zollkontrollen auf Bar-Dollars aller Reisenden aus USA nach Panama; Beschlagnahme Vermögenswerte staatlicher Fluggesellschaft Air Panama […]; Einstellung der Zahlungen der Transitgebühren für transisthmische Erdölleitungen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 92; Referat 331, Bd. 144026.
Mit Executive Order Nr. 12635 vom 8. April 1988 verfügte Präsident Reagan ferner die Blockierung panamaischer Regierungsguthaben bei amerikanischen Banken und die Einstellung des Geldtransfers an die panamaische Regierung. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1988/89, S. 425–427.

5 Botschaftsrat I. Klasse Woltmann, Buenos Aires, berichtete am 2. Dezember 1988: „Ereignisse begannen am 1.12. morgens mit Meutereien jüngerer Offiziere in zwei in der Nähe von Buenos Aires stationierten Einheiten". Weitere Offiziere und Unteroffiziere hätten sich „mit LKWs, Waffen und Munition zur Infanterieschule im Campo de Mayo" begeben. Am „2.12. traf Oberst Mohamed Ali Seineldín, bisher argentinischer Militärberater der Nationalgarde von Panama, im Campo de Mayo ein und maßte sich das Kommando über die nunmehr etwa 450 Offiziere und Unteroffiziere in der Infanterieschule an." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1274; Referat 330, Bd. 142755.
Am 4. Dezember 1988 berichtete Woltmann ferner, daß aus der Meuterei eine „schwere Staatskrise" entstanden sei. Die Regierung habe die „Straße unter der Losung ‚Diktatur oder Demokratie' mobilisiert. Kongress ist zu permanenter Sitzung zusammengetreten. Alle Medien rufen ununterbrochen zum Widerstand gegen den möglichen ‚Staatsstreich' auf." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1275; Referat 330, Bd. 142755.
Schließlich informierte Woltmann, der Aufstand sei am Abend des 4. Dezember 1988 ohne Waffeneinsatz beendet worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1279 vom 5. Dezember 1988; Referat 330, Bd. 142755.

6 Korrigiert aus: „der Noriegas".

7 Zum Ausschluß Panamas aus der „Gruppe der Acht" („Rio-Gruppe") vgl. Dok. 73, Anm. 7.

gewesen[8]. Dies gelte insbesondere für das Bankenzentrum. Es baue auf seinem Ruf als sicherer und stabiler Anlageplatz auf. Dieser Ruf sei bereits im Juli 1987 mit dem Ausbruch der politischen Krise in Panama zerstört worden. Das Bankenzentrum habe 60% seiner Einlagen verloren. Würden die US-Sanktionen morgen aufgehoben, so würde sich diese Situation nur um etwa 10–15% verbessern. Was nötig sei, sei ein grundlegender Wandel der politischen Situation.

4) *D3* erläuterte, daß bei dem Treffen der Zwölf mit den Acht in Hamburg[9] bei den meisten lateinamerikanischen Gesprächspartnern die Befürchtung einer militärischen Intervention der USA in Panama im Vordergrund gestanden habe.

Arias antwortete mit einer Parabel: Einem Ertrinkenden komme es nicht darauf an, wie der Rettungsring aussehe, den man ihm zuwerfe. Niemand wolle eine militärische Intervention der USA in Panama, aber sie könne eines Tages unvermeidlich werden, wenn auf lange Sicht keine Lösung gefunden werde.

5) Eine Lösung sei denkbar, wenn die bevorstehenden Wahlen[10] einwandfrei durchgeführt würden. Dazu müßten die Beschränkungen der Pressefreiheit aufgehoben, die Rückkehr der im Exil befindlichen Politiker ermöglicht und ein korrektes Wahlverfahren garantiert werden.

D3 hob hervor, daß die demokratischen Kräfte Panamas sich unserer Unterstützung sicher sein könnten. Das Beispiel Chiles sei sehr ermutigend.[11] Die Frage bleibe, wie das Problem Noriega im Zusammenhang mit einem demokratischen Wahlergebnis gelöst werden könne.

Arias verwies auf die Bereitschaft Spaniens, Noriega im Exil aufzunehmen. Um Noriega dazu zu bewegen, müsse überzeugend demonstriert werden, daß er sowohl von den amerikanischen Streitkräften, deren Haltung für ihn entscheidend sei, als auch von den europäischen Demokratien mit „Quarantäne“ belegt werde. Unter den Zwölf komme nach dem Übergang der Präsidentschaft auf Spanien[12] MP González eine besondere Rolle zu. Er habe ein enges Verhältnis zu Torrijos gehabt und könne Druck auf Noriega ausüben, ohne seine Beziehung zum Torrijismus zu verleugnen. Die Bundesregierung könne einen wertvollen Beitrag leisten, indem sie González ermutige, diese Rolle zu spielen.

Es sei wichtig, daß dies bald geschehe, um die bereits 1989 drohende Erneuerung der Spannung zwischen den USA und Panama im Zusammenhang mit dem Panamakanal-Vertrag[13] zu entschärfen. 1989 müsse vertragsmäßig ein panamaischer Staatsangehöriger als Leiter der Verwaltung des Panama-Kanals vorgeschlagen und vom US-Kongreß gebilligt werden. Falls sich zuvor keine Lösung der politischen Krise abzeichne, gebe es keine Aussichten auf eine Billigung des

8 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit handschriftlich eingefügt.

9 Zum Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und der EG-Kommission mit den Außenministern der „Gruppe der Acht“ („Rio-Gruppe“) am 1. März 1988 in Hamburg vgl. Dok. 73.

10 Am 7. Mai 1989 fanden in Panama Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Vgl. dazu AAPD 1989.

11 Vgl. dazu das Plebiszit am 5. Oktober 1988 in Chile; Dok. 291.

12 Spanien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1989 inne.

13 Die USA und Panama schlossen am 10. August 1977 den Panamakanal-Vertrag, der die schrittweise Übergabe der Souveränität über die bislang von den USA kontrollierte Kanalzone an Panama bis 31. Dezember 1999 regelte. Ferner wurde der Vertrag über die immerwährende Neutralität und den Betrieb des Panamakanals nebst Protokoll am 7. September 1977 unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1280, S. 3–77. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 640–650 (Auszug).

Vorschlags durch den US-Kongreß. Damit sei das Problem der Nichteinhaltung des Carter/Torrijos-Vertrages bereits vorprogrammiert.

Auf Frage von *D3*, ob ein erfolgreicher Wahlprozeß überhaupt denkbar sei, solange Noriega Panama nicht verlassen habe, erklärte *Arias*, die Aussichten dafür seien gering, doch wolle die christdemokratische Opposition den Fehler der Coordinadora in NIC nicht wiederholen und an den Wahlen teilnehmen, selbst wenn die Aussichten auf einen einwandfreien Wahlprozeß gering seien.

6) Auf Frage von *D3* nach den rechtlichen Möglichkeiten der USA, auf eine Auslieferung Noriegas im Falle seines Exils in Spanien zu verzichten, erklärte *Arias*, ein Kompromiß der Administration mit Noriega sei bereits bis zur Unterschriftsreife ausgearbeitet gewesen. Noriega sei auch bereit gewesen, den Kompromiß zu akzeptieren, sei daran jedoch von den Mitgliedern des „Council of Military Strategy", einer aus etwa 20 Offizieren vorwiegend im Majorsrang bestehenden, von Noriega selbst aufgebauten „parallelen Hierarchie", gehindert worden. Diese hätten kein Interesse gehabt, einen Kompromiß zugunsten Noriegas zu akzeptieren, der „für sie nichts enthalten habe".

Noriega habe Fühler zu der zukünftigen Bush-Administration[14] mit dem Ziel neuer Verhandlungen ausgestreckt. Deren Reaktion sei eindeutig gewesen: keine neuen Verhandlungen, aber Bereitschaft, eine förmliche Annahme des bereits ausgehandelten Kompromisses durch Noriega über eine verläßliche dritte Partei (etwa Uruguay) entgegenzunehmen.

7) *D3* stellte abschließend nochmals die Frage, wie wir helfen könnten, insbesondere, ob es ratsam sei, die Wirtschaftsbeziehungen noch stärker einzuschränken. Denkbar wäre allerdings eine öffentliche Erklärung, daß Wirtschaftshilfe bis zu einer Rückkehr Panamas zur Demokratie eingestellt bliebe, wir danach jedoch zu substantieller Hilfe bereit wären.[15]

Arias unterschied zwischen Wirtschaftsbeziehungen, die der Bevölkerung Panamas unmittelbar zugute kämen, und solchen, die von der Regierung genutzt werden könnten. Er empfahl, „die finanzielle Schraube" völlig zuzudrehen. Eine öffentliche Erklärung der von D3 genannten Art wäre das richtige Mittel. Auch der US-Senat habe in seiner sowohl von Demokraten wie von Republikanern getragenen Resolution vom September[16] 1987 den Aufruf zu völliger Einstellung der Wirtschafts- und Militärhilfe mit dem Angebot massiver Hilfe für den Fall der Rückkehr zur Demokratie verbunden.[17]

Referat 331, Bd. 144031

14 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Bush, als Sieger hervorging.
Präsident Bush nahm am 20. Januar 1989 die Amtsgeschäfte auf.

15 Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirektors Schlagintweit zurück. Vorher lautete er: „Denkbar wäre eine öffentliche Erklärung, daß wir jegliche Wirtschaftshilfe bis zu einer Rückkehr Panamas zur Demokratie einstellen würden, danach jedoch zu substantieller Hilfe bereit wären."

16 Korrigiert aus: „Oktober".

17 Referat 331 notierte am 8. Januar 1988, der amerikanische Senat habe am 24. September 1987 eine Resolution verabschiedet, die vorsehe, „die US-Wirtschafts- und Militärhilfe an Panama einzustellen und bestimmte Handelsbeschränkungen zu erlassen, falls die Regierung nicht innerhalb von 45 Tagen das Militär ziviler Kontrolle unterwerfe, eine Untersuchung der Vorwürfe gegen das Militär einleite, einer nicht-militärischen Übergangsregierung Platz mache und die Grundfreiheiten wiederherstelle". Vgl. Referat 331, Bd. 144024.

356

Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Dumas (Frankreich), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) in Brüssel

010-2092/88 VS-vertraulich **8. Dezember 1988**[1]

Von BM noch nicht genehmigt.

Vierer-Frühstück am 8.12.1988[2]

AM *Shultz* berichtete über die Begegnung mit Generalsekretär Gorbatschow am 7. Dezember in New York.[3] Es habe eine ausführliche Diskussion beim Mittagessen gegeben. Die Atmosphäre sei herzlich gewesen. Es habe eine freifließende, von guter Laune getragene Unterhaltung gegeben. Gorbatschow habe von seiner Kindheit erzählt, insbesondere von seinem Aufwachsen auf dem Lande. Dies habe den Präsidenten Reagan sehr berührt. Vize-Präsident Bush habe sehr vorsichtig und behutsam taktiert; er habe den Eindruck bewußt unterdrückt, designierter Präsident zu sein.[4] Aus dem gleichen Grund habe man auf amerikanischer Seite auch auf eine Teilnahme von Jim Baker bei der Begegnung verzichtet.

Zu Krasnojarsk[5] habe Gorbatschow die Bereitschaft der Sowjets betont, die Anlage zu zerstören, ohne richtig klare Vorstellungen zu entwickeln, was unter „to dismantle" zu verstehen sei.

Man habe die Gorbatschow-Rede zur konventionellen Rüstungskontrolle[6] nur wenig diskutiert. Gorbatschow habe festgestellt, daß es kein Vorschlag sei, sondern eine sowjetische, einseitige Entscheidung. Gorbatschow habe im übrigen Bereitschaft gezeigt, auf das Problem der bestehenden Asymmetrien einzugehen, ebenso habe er ein hohes Maß von Verständnis bei dem Fragenkomplex Defensiv-/Offensivwaffen gezeigt.

Es habe eine faszinierende Diskussion über das Problem Armenien und Aserbaidschan[7] gegeben.

BM fragte, ob die Sowjets von ihrer Seite das Thema angeschnitten hätten.

Shultz erwiderte, daß der Präsident sich allgemein nach der inneren Lage erkundigt habe. Gorbatschow habe hierauf geantwortet, daß es falsch sei, die

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 8. Dezember 1988 gefertigt und am folgenden Tag an Vortragenden Legationsrat Mützelburg „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]" geleitet.
Hat Mützelburg am 11. Januar 1989 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich anläßlich der NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1988 in Brüssel auf. Vgl. dazu Dok. 361 und Dok. 362.

3 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich anläßlich der VN-Generalversammlung vom 6. bis 8. Dezember 1988 in den USA auf und traf mit Präsident Reagan und dem designierten Präsidenten Bush am 7. Dezember 1988 in New York zusammen. Vgl. dazu FRUS 1981–1988, VI, Dok. 180 und Dok. 181.

4 Präsident Bush nahm am 20. Januar 1989 die Amtsgeschäfte auf.

5 Zur sowjetischen Radaranlage in Krasnojarsk vgl. Dok. 311, Anm. 35.

6 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 7. Dezember 1988 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 357 und Dok. 359.

7 Zu den Nationalitätenkonflikten in der UdSSR vgl. Dok. 85 und Dok. 337.

ethnische Frage zu stellen. Im Vordergrund stehe vielmehr die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Unfähigkeit der Bürokratie. Für die Bevölkerung sei das Verhältnis zwischen Staat und Bürger von vorrangigerer Bedeutung als die ethnische Frage. Perestroika könne nur Erfolg haben, wenn ein anderer Umgang des Staates mit der Bevölkerung erfolge. Die Unruhen in Armenien und Aserbaidschan hätten ihren tieferen Grund in der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem schleppenden Fortschritt im Bereich der Perestroika.

AM *Dumas* fragte nach der Moskauer Konferenz[8].

Shultz sagte, daß Gorbatschow eine „vielleicht wird sie stattfinden, vielleicht wird sie nicht stattfinden"-Haltung eingenommen habe. Er glaube, daß die Sowjets die Menschenrechtskonferenz in Moskau wirklich wollten. Nach seiner persönlichen Meinung halte er die Abhaltung der Konferenz in Moskau auch für eine gute Sache. Es komme darauf an, daß die Umstände, unter denen sie stattfinden kann, stimmen müßten. Hier würden sich die Sowjets bemühen. Die Sowjets würden hierbei der bilateralen Erörterung der Vorbedingungen für die Konferenz den Vorzug geben, um in einer Situation zu sein, sagen zu können, wir tun es, weil wir es tun wollen. Gegenüber den amerikanischen Vorstellungen habe es einige Bewegung im Bereich der politischen Gefangenen, der Refuseniks, der Störung von ausländischen Radiosendungen usw. gegeben. Gorbatschow selbst habe gesagt, daß die Störung von Radiosendungen eine schlechte Idee sei.

AM *Dumas* stellt die Frage nach unserer Haltung. Er fragt sich, ob die Bedingungen, die wir den Sowjets stellen wollen, schon erfüllt sind.

AM *Shultz* sagt, daß es schwierig sei, jetzt eine Erklärung abzugeben. Es gebe noch eine Reihe von Problemen. Man müsse jedoch festhalten, daß die Sowjets die Fragen lösen wollen und daß wir erleben wollen, wie sie sie lösen.

AM *Howe* stellt fest, daß wir jetzt keine Entscheidung zu treffen brauchten.

Shultz leitet über zu den Fragen des Mandats über die konventionelle Rüstungskontrolle[9]. Er stellt fest, daß jetzt noch das türkische Problem[10] bleibe. Mrs. *Ridgway* hält diese Frage für ein technisches Problem, das einer Lösung zugeführt werden könne. AM Schewardnadse habe die amerikanische Seite in New York hierauf angesprochen.[11]

AM *Howe* stellt fest, daß die Türken in Wien noch Schwierigkeiten machen.

AM *Shultz* empfiehlt, daß man sich darüber nicht den Kopf zerbrechen soll.

Er stellt fest, daß das Problem bei den Menschenrechtskonferenzen der Standard der Leistung im Bereich Emigration, „jamming" und Institutionalisierung der Reformen sei. Es sei auf sowjetischer Seite viel geleistet worden. 4000 jüdische Emigranten hätten in den letzten Monaten ihre Einreise in die USA erhalten.

8 Zum sowjetischen Vorschlag für eine KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 304, Anm 14.

9 Zum Stand der Gespräche zwischen NATO und Warschauer Pakt über ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 304, Anm. 24.

10 Zur Frage der Einbeziehung türkischen Territoriums in die Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 269, Anm. 6.

11 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse begleitete den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, bei dessen Besuch vom 6. bis 8. Dezember 1988 in den USA. Für Schewardnadses Gespräche mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 7. Dezember 1988 vgl. FRUS 1981–1988, VI, Dok. 178 und Dok. 179.

Hier seien schon Schwierigkeiten bei den amerikanischen Behörden aufgetreten. Er wolle eine Voraussage machen: Wenn die Sowjets die Veranstaltung einer Menschenrechtskonferenz in Moskau jetzt abblasen würden, geriete der Westen in große Schwierigkeiten mit den Menschenrechtsbewegungen. Der Westen müsse sich den Vorwurf gefallen lassen, die Konferenz in Moskau vereitelt zu haben. Wir stünden vor dem Moment der Wahrheit: Will man die Konferenz in Moskau oder will man sie nicht? Die Sowjetunion habe inzwischen wohl aufgegeben, Kopenhagen oder Paris[12] verhindern zu wollen, wenn es die Konferenz in Moskau nicht geben wird. Irgendwann werde der Westen sich entscheiden müssen, was er will.

Schewardnadse habe davon gesprochen, daß am 6. Januar 1989 in Wien ein Außenministertreffen zum Abschluß des KSZE-Folgetreffens stattfinden soll, gewissermaßen als „victory day". BM *Genscher* weist darauf hin, daß, wenn dem so sei, wir hier und heute in bezug auf KRK konkrete Ergebnisse erzielen müßten.

AM *Shultz* stimmt dem zu. Der Westen sehe schrecklich aus, wenn er keine eigene Position haben würde.

BM *Genscher* hält das türkische Problem für lösbar. In den Substanzfragen sei inzwischen weitgehende Einigung erreicht worden.

Frau *Ridgway* wendet ein, daß es noch Schwierigkeiten bei den Panzern in Depots gebe.

BM *Genscher* fragt, wo hier das Problem sei.

AM *Shultz* – mit leicht ironischem Unterton – stellt fest, daß das Problem bei den Joint Chiefs of Staff läge.

AM *Howe* wirft ein, daß wir in jedem Fall in der Lage sein sollten, uns über die öffentliche Erklärung zu einigen.

BM *Genscher* spricht die Panzerreduzierungen auf 40 000 an und stellt fest, daß aus seiner Sicht weniger besser gewesen wäre.

AM *Dumas* wirft ein, daß das Bessere häufig der Feind des Guten sei.

BM *Genscher* stellt fest, daß wir die Konferenz vor Weihnachten wollen und daß hierzu nötig ist, die Delegation mit den erforderlichen Weisungen auszustatten, die dem in New York erzielten Meinungsstand entsprechen. Er stellt die Frage, wann die eigentlichen KRK-Verhandlungen beginnen sollen. Shultz stellt hierzu fest, daß AM Schewardnadse die Vorstellung entwickelt habe, daß die Mandatsverhandlungen im Rahmen des KSZE-Folgetreffens in die eigentlichen Rüstungskontrollverhandlungen übergehen sollten; dem habe er widerstanden.

Dumas sagt, daß man direkt anfangen solle und daß auch MBFR formell beendet werden müsse.[13]

12 Die erste Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE" (CHD) fand vom 30. Mai bis 23. Juni 1989 in Paris statt. Vgl. dazu AAPD 1989.
Die zweite Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE" (CHD) fand vom 5. bis 29. Juni 1990 in Kopenhagen statt.

13 Zur Frage einer Beendigung der MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 179.
Die MBFR-Verhandlungen wurden am 2. Februar 1989 abgeschlossen.

AM *Shultz* wendet ein, daß wir uns auf den Februar und März festlegen sollten. Er wolle die Dinge beenden. Er halte es jedoch nicht für adäquat, in einer Übergangsperiode der Administration mit etwas grundsätzlich Neuem zu beginnen. Dies sei Aufgabe der neuen Leute, insbesondere des neuen Außenministers Jim Baker.

Nach diesen Ausführungen würdigte *BM* im Hinblick auf das bevorstehende Ausscheiden von AM George Shultz aus seinem Amte seine politischen Verdienste und überreichte ihm eine Kassette mit den Symphonien Beethovens – gespielt von den Berliner Philharmonikern – sowie eine KPM-Porzellan-Nachbildung der Freiheitsglocke in Berlin.

VS-Bd. 14150 (010)

357

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken

213-381 **8. Dezember 1988**[1]

Über Dg21[2], D2[3], Herrn Staatssekretär[4] Herrn Bundesminister[5]

Betr.: GS Gorbatschows Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York am 7.12.1988[6];
hier: erste Bewertung

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Vor dem höchsten internationalen Forum hielt GS Gorbatschow eine große Rede mit programmatischem Charakter, die allseits mit Zustimmung aufgenom-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken und Legationsrat I. Klasse Brett konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent Höynck am 8. Dezember 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Eine Rede, in der sich die SU als Weltmacht darstellt. Europa wird kurz erwähnt; sozialistische Staaten im Nebensatz. Indien rangiert vor China. 2) Rede geprägt von Realismus, Offenheit und gutem Willen – so kennzeichnet der GS mit Recht seine Position. 3) Der Wille zur Zusammenarbeit wird überzeugend herausgestellt. Zahlreiche neue Ansätze werden sichtbar, vor allem im Bereich der Rolle der VN und der Menschenrechte. Allerdings hinsichtlich weltwirtschaftlicher Probleme die alten Formeln. 4) USA werden ausführlich, betont freundlich und konstruktiv behandelt. Arafat-Affäre in sehr zurückhaltender Weise angesprochen. 5) Bemerkenswert ausführliches Kapitel über interne Entwicklung der Sowjetunion, die damit zu einem Thema der VN gemacht wird."

3 Hat in Vertretung des Ministerialdirektors Kastrup Ministerialdirigent Bazing am 8. Dezember 1988 vorgelegen.

4 Hat Staatssekretär Sudhoff am 8. Dezember 1988 vorgelegen.

5 Hat Legationsrat I. Klasse Gerdts am 8. Dezember 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Per F[ern]k[opie] BM in Brüssel vorgelegt."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 9. Dezember 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BM hat Kenntnis." Ferner verfügte er den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 213.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 12. Dezember 1988 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Brett am 12. Dezember 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Heyken verfügte.
Hat Heyken am 13. Dezember 1988 vorgelegen.

6 Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 23–37.

men wurde. Er erwies sich auch hier als Staatsmann, der mit Ideen und kühnen Initiativen die Dinge bewegen will und globale Probleme aufgreift. Seine Rede strahlt Zuversicht und das Verantwortungsbewußtsein des führenden Politikers einer Supermacht aus.

II. 1) Zu Beginn tritt Gorbatschow für eine Neuordnung der internationalen Beziehungen ein. Nach einer Epoche der Kriege und Konflikte befürwortet er die wachsende Wiederherstellung einer gegenseitig abhängigen und einheitlichen Welt. Im Rahmen dieses ganzheitlichen Ansatzes plädiert er für Vielfalt und für die Offenheit der Gesellschaften füreinander. Er wirbt ferner für eine Zähmung der Großmächte. Gerade die stärksten Staaten sollten nach seinen Worten Selbstbeschränkung und Gewaltverzicht üben. Dies wendet sich kritisch an die Adresse der USA, ist aber auch selbstkritisch gemeint.

Wie schon früher entwickelt er das „Prinzip der freien Wahl", eine Umschreibung der Anwendung des Toleranzgebots und der friedlichen Koexistenz im weltweiten Maßstab. Er ruft zu gegenseitigem Respekt und zur Vielfalt in beiden Systemen auf und scheint dies implizit auch auf den eigenen Herrschaftsbereich zu beziehen.

Ent-Ideologisierung der internationalen Beziehungen ist ein weiteres Stichwort seiner Rede. Indirekt erteilt er dem Klassenkampf eine Absage. Der Wettstreit der Ideologien, den er bejaht, dürfe sich nicht auf die zwischenstaatlichen Beziehungen auswirken. Was zähle, seien die realen Taten, im Grunde also, was das jeweilige System für die eigene Bevölkerung leiste. Daß dies auch selbstkritisch gemeint ist, zeigt die Warnung davor, sich in der ideologischen Auseinandersetzung „im Kreise unserer Werte" einzuschließen und geistig zu verarmen.

Entschieden und eindeutig ist die Absage Gorbatschows an die Gewalt: Er verlangt in erster Linie von den „stärksten Staaten" Selbstbeschränkung und die „volle Ausschließung der Gewaltanwendung von außen". In dem Zusammenhang betont Gorbatschow, daß die Anhäufung der militärischen Stärke keine Großmacht allmächtig mache: Dies ist eine Mahnung an Kräfte in der Sowjetunion selbst, da ja die Sowjetunion bislang ihren Großmacht-Status in erster Linie der militärischen Stärke verdankt, aber in anderen Bereichen weit zurückgeblieben ist.

2) Vereinte Nationen: siehe Anhang[7]

3) Zur Abrüstungsthematik bekräftigt Gorbatschow in selbstbewußtem Ton die Richtigkeit seiner sicherheitspolitischen Grundüberzeugung. Atomwaffen verurteilt er generell als Ausdrucksmittel militärischer Stärke. An seiner Erklärung

[7] Dem Vorgang beigefügt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Vollers vermerkte am 8. Dezember 1988: „Die Haltung Gorbatschows zu den VN, wie sie in dieser Rede zum Ausdruck gekommen ist, kann wie folgt thesenartig zusammengefaßt werden: Die Anerkennung der VN als einem internationalen Ordnungsfaktor von zentraler Bedeutung, der unter den geänderten Bedingungen der Welt am Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine ‚neue Rolle' zukommt; die Anerkennung der VN als dem Diskussionsforum für alle drängenden weltweite Probleme, wobei unter anderem die Überwindung der Verschuldung der Dritten Welt, der internationale Umweltschutz und die Regelung der Nutzung des Weltraums als zentrale Aufgabengebiete der VN in der Zukunft herausgehoben werden; die Unterstützung der friedenssichernden Funktionen der VN, insbesondere der Rolle des VN-GS hierbei und des Instruments der ‚friedenserhaltenden Maßnahmen' der VN; die Einbeziehung der VN in das sowjetische Bemühen um eine politische Schadensbegrenzung in Afghanistan." Vgl. Referat 213, Bd. 143588.

vom 15. Januar 1986[8] (kernwaffenfreie Welt bis 2000) hält er fest. Er tritt ferner für eine „Wende vom Prinzip der Überbewaffnung zum Prinzip der vernünftigen Hinlänglichkeit für die Verteidigung" ein. Exemplarisch verkündet er an dieser Stelle seine Truppenreduzierungs-Initiative[9] (siehe gesonderte Aufzeichnung der Abteilung 2 A[10]).

Gorbatschow ist entschlossen, durch Vorleistungen dieser Art einen Prozeß des Umdenkens – auch im eigenen Lande und Bündnis – in Gang zu setzen, der eine Minderung der Rüstungsleistungen nunmehr auch im konventionellen Bereich herbeiführen soll. Zu einem derartigen einseitigen Schritt fühlte er sich umso mehr ermutigt, als das bisherige Festhalten an reziproken Ansätzen nicht zu fruchten schien.

Seit längerem scheint er eine tiefverwurzelte Abscheu gegen die Spirale des Wettrüstens zu empfinden, in die sich die Sowjetunion in seiner Sicht erneut hineinziehen lassen könnte. Spiegelbildliche Rüstungsmaßnahmen (z. B. SDI-Imitation) lehnt er ab, vor allem weil er eine automatische Steigerung der Rüstungszwänge befürchtet. Nachdrücklich weist er in seiner Rede darauf hin, daß der Ressourcentransfer in den zivilen Sektor bereits begonnen hat.

Gorbatschow will aber auch generell zum Ausdruck bringen, daß er dem „militärischen Instrument" in der eigenen Außenpolitik eine geringere Rolle beimessen will. Er geht sogar so weit, vor einer Schwächung der nationalen Sicherheit bei einseitigem Abstellen auf militärische Stärke zu warnen. Dieses Argument ist auch vor dem Hintergrund der anhaltenden innersowjetischen Diskussion über eine Neudefinition der Stellung der Streitkräfte in der Gesellschaft zu sehen. Diese Diskussion in Verbindung mit der einseitigen Reduzierungsmaßnahme scheint zu gewissen internen Friktionen geführt zu haben. Verteidigungsminister Jasow spielte kürzlich auf die einstige „Militär-Opposition" gegen Lenin an und ließ keinen Zweifel am Führungsanspruch der Partei. Marschall Achromejews Ablösung scheint in diesen Zusammenhang zu gehören.[11]

4) Zur Dritten Welt befaßt sich Gorbatschow mit der Problematik der Verschuldungskrise (Bereitschaft zu einem langfristigen Moratorium für Tilgung oder Streichung der Schulden der LLDCs). Er ruft zur Abhilfe gegen ökologische Gefahren auf und beleuchtet die regionalen Konfliktherde, insbesondere Afghanistan.

Sein Vorschlag eines Waffenstillstands in Afghanistan entspricht dem Geist der Genfer Abkommen[12] und der Afghanistan-Resolution der VN-GV vom 3.11.1988[13]

8 Für den Wortlaut der Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 146–159. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, I, Dok. 16 und Dok. 19.

9 Zu den Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 7. Dezember 1988 bezüglich einer Reduzierung der konventionellen Streitkräfte der UdSSR vgl. Dok. 359.

10 Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Roßbach vom 8. Dezember 1988 vgl. Referat 221, Bd. 144816.

11 In der Tageszeitung „Neues Deutschland" wurde berichtet, das sowjetische Außenministerium habe am 7. Dezember 1988 erklärt, daß der „Generalstabschef der sowjetischen Streitkräfte, Marschall der Sowjetunion Sergej Achromejew, […] aus Gesundheitsgründen in den Ruhestand getreten" sei. Achromejew werde jedoch weiterhin „als Berater Michail Gorbatschows in dessen Eigenschaft als Vorsitzender des Verteidigungsrates der UdSSR tätig sein". Vgl. den Artikel „Marschall Achromejew in den Ruhestand getreten"; NEUES DEUTSCHLAND vom 8. Dezember 1988, S. 7.

12 Zu den Abkommen über Afghanistan vom 14. April 1988 vgl. Dok. 107, Anm. 10.

13 Zur Resolution Nr. 43/20 der VN-Generalversammlung vgl. Dok. 269, Anm. 22.

sowie der Politik der Zwölf. Auch eine Einstellung der Waffenlieferungen entspräche dem Genfer Abkommen. Die USA hatten sich wiederholt zur sogenannten „negativen Symmetrie“ (keine Waffenlieferungen, weder an Kabul noch an den Widerstand, falls auch die Sowjetunion den Waffentransfer einstellt) bereit erklärt.

Gorbatschows Forderung der Bildung einer Regierung auf breiter Basis entspricht ebenfalls der Afghanistan-Resolution sowie der Position der Zwölf. Die Anregung, VN-Friedenstruppen nach Afghanistan zu senden, ist neu. In Genf wurde lediglich eine Überwachungsgruppe eingesetzt wegen der landesweiten hohen Sicherheitsrisiken. Eine VN-Friedenskonferenz für Afghanistan hatte Gorbatschow bereits bei seinem kürzlichen Indien-Besuch[14] vorgeschlagen. Internationale Vereinbarungen über die Neutralität und Demilitarisierung Afghanistans können indessen nur mit Zustimmung einer repräsentativen afghanischen Regierung getroffen werden.

Im Rahmen der Bemühungen um ein allumfassendes internationales Sicherheitskonzept[15] spricht sich Gorbatschow für die Stärkung des Völkerrechts und der Menschenrechte in der Welt aus. Die Perestroika der Sowjetunion stellt er in diesem Zusammenhang als Schritt zur Entwicklung eines Rechtsstaats dar. In der Sache kommt er unausgesprochen den amerikanischen Bedingungen für ein Menschenrechtstreffen in Moskau[16] Punkt für Punkt so weit entgegen, wie es in einer VN-Rede überhaupt nur möglich ist.

III. Mit der Rede hat Gorbatschow zukunftsweisend Maßstäbe gesetzt. Von ihr gehen konstruktive und fruchtbare Anstöße für eine Neugestaltung der internationalen Beziehungen aus, die der Westen und die Staaten der Dritten Welt aufgreifen sollten.

Referate 340 und 230 haben mitgewirkt.

Heyken

Referat 213, Bd. 143588

14 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 18. bis 20. November 1988 in Indien auf.

15 Zur sowjetischen Initiative für ein umfassendes System für Frieden und internationale Sicherheit im Rahmen der VN vgl. Dok. 262, Anm. 15.

16 Zum sowjetischen Vorschlag für eine KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 304, Anm 14.

358

Ministerialdirektor Kastrup, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-16154/88 geheim **Aufgabe: 8. Dezember 1988, 20.15 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1629 **Ankunft: 8. Dezember 1988, 20.45 Uhr**

Betr.: Konsultationen der Politischen Direktoren im kleinen Kreis am 7.12.1988 in Brüssel

Die Politischen Direktoren trafen sich am 7.12.1988 in Brüssel im kleinen Kreis zur Vorbereitung des Vierer-Minister-Frühstücks am 8.12.1988[2] am Rande der NATO-Herbsttagung[3]. Die USA waren durch Dep. Ass. Secr.[4] Charly Thomas vertreten.

Zusammenfassend ist festzuhalten:

1) VN-Rede Gorbatschows[5]

Einigkeit bestand, daß die von Gorbatschow in der VN-Rede angekündigten einseitigen Abrüstungsschritte bedeutend sind, weit über das erwartete Ausmaß hinausgehen und daß das NATO-Kommuniqué[6] auf sie (wenigstens in allgemeiner Form) werde eingehen müssen.

2) MR-Konferenz in Moskau[7]

USA neigte unter Eindruck der Gorbatschow-Rede zur Auffassung, daß die US-Regierung sich entschließen könnte, ihre Vorbedingungen für die MR-Konferenz in Moskau als erfüllt anzusehen. GB[8] stimmte mit Vorbehalt dieser Einschätzung zu. Ich wies darauf hin, daß der Ball jetzt in unserem Feld ist.

F[9] und USA waren der Meinung, daß Gorbatschow die Konferenz in Moskau nach wie vor dringend anstrebe. F sah aufgrund der Äußerungen Schewardnadses beim Mitterrand-Besuch in Moskau[10] keine Gefahr eines sowjetischen Einspruchs gegen Paris[11] und Kopenhagen[12] im Falle eines Nicht-Zustandekommens der Konferenz in Moskau (Kaschlew).

1 Das Fernschreiben wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke, z. Z. Brüssel, konzipiert.
Hat Moltke am 9. Dezember 1988 vorgelegen, der um Wiedervorlage bat.
Hat Moltke am 22. Dezember 1988 erneut vorgelegen.

2 Zum Treffen der Außenminister Genscher (Bundesrepublik), Dumas (Frankreich), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) am 8. Dezember 1988 vgl. Dok. 356.

3 Zur NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1988 in Brüssel vgl. Dok. 361 und Dok. 362.

4 Deputy Assistant Secretary.

5 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 7. Dezember 1988 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 357 und Dok. 359.

6 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1988 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 104–109. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 86–90.

7 Zum sowjetischen Vorschlag für eine KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 304, Anm 13.

8 Sir John Emsley Fretwell.

9 Bertrand Dufourcq.

10 Staatspräsident Mitterrand besuchte die UdSSR am 25./26. November 1988.

11 Die erste Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE" (CHD) fand vom 30. Mai bis 23. Juni 1989 in Paris statt. Vgl. dazu AAPD 1989.

3) WFT-Abschluß

USA sind am Abschluß des WFT vor Weihnachten interessiert und halten dies bei entsprechenden Weisungen an die Delegationen auch für möglich.

Übereinstimmung bestand über folgende mögliche Zeitplanung: Förmliche WFT-Abschlußsitzung auf Ministerebene im Januar (mit Reagan-Administration), Eröffnung der KRK- und VSBM-Verhandlungen im Februar[13] (mit neuer US-Administration[14]). F hielt teilweise zeitliche Überschneidung mit Pariser Konferenz[15] für durchaus möglich, die der Reiseplanung einiger Minister sogar entgegenkommen könnte.

4) KSZE-Folgeveranstaltungen

USA und GB traten (aus personellen und finanziellen Gründen) für Begrenzung der Zahl der KSZE-Folgeveranstaltungen ein (USA: maximal sieben; GB gegen friedliche Streitregelung, Umweltschutz[16], Wirtschaftskonferenz in Prag[17] (aber nicht gegen Bonn[18])).

Einigkeit bestand, daß das Krakau-Forum[19] zu den Folgeveranstaltungen gehören sollte. Ich forderte USA erneut zur Unterstützung unserer West-Ost-Wirtschaftskonferenz auf. US-Reaktion ließ keine Haltungsänderung erkennen.

5) KRK

USA und F äußerten sich positiv zum Kompromiß bei KRK (Link-Fragen[20]). F legte noch Wert auf zufriedenstellende Abschlußregelung für MBFR[21]. USA meinte, daß SU im Gegensatz zur USA eine ausführlichere MBFR-Abschlußerklärung anstrebe, aber letztlich kein Interesse haben könne, einer MBFR-Beendigung Schwierigkeiten in den Weg zu legen. USA vertrat die Ansicht, daß

Fortsetzung Fußnote von Seite 1859

12 Die zweite Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE" (CHD) fand vom 5. bis 29. Juni 1990 in Kopenhagen statt.

13 Die Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) und über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) wurden am 6. März 1989 in Wien aufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1989.

14 Präsident Bush nahm am 20. Januar 1989 die Amtsgeschäfte auf.

15 Vom 7. bis 11. Januar 1989 fand in Paris die Konferenz über das Verbot chemischer Waffen statt. Vgl. dazu AAPD 1989.

16 Zum Vorschlag Dänemarks, Finnlands, Islands, Norwegens und Schwedens vom 3. Februar 1987 (CSCE/WT.15) zur Weiterentwicklung des Umweltschutzes vgl. Dok. 196, Anm. 21.

17 Zum Vorschlag der ČSSR, der DDR, Polens und Ungarns vom 15. Dezember 1986 (CSCE/WT.3) für ein Wirtschaftsforum in Prag vgl. Dok. 92, Anm. 15.

18 Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 (CSCE/WT.58) für eine Ost-West-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit vgl. Dok. 68, Anm. 9.

19 Am 17. Dezember 1986 brachte Polen auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien zusammen mit der Bundesrepublik, Dänemark, der DDR, Frankreich, Griechenland, Italien, Jugoslawien, Malta, Norwegen, Österreich, Rumänien, Schweden und Ungarn den Vorschlag „bezüglich eines Symposiums über das kulturelle Erbe der Teilnehmerstaaten der KSZE" ein, das in Krakau stattfinden sollte. Für den Vorschlag CSCE/WT.6 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

20 Zur Haltung Frankreichs und der USA zur Reykjavik-Formel vgl. Dok. 320 und Dok. 343.
Botschafter Hartmann, Wien (KRK-Delegation), berichtete am 5. November 1988: „US (Zimmermann, Ledogar) und F (Curien, Desazar) einigten sich am Wochenende in Wien ad Referendum auf ein umfangreiches Kompromißpaket hinsichtlich der von F erhobenen Forderungen nach einer stärkeren Einbindung von KRK in den KSZE-Rahmen […]. Wenn F auch bei Elementen der ‚Optik' einige Punkte für sich verbuchen konnte, hat es sich in den entscheidenden Kernfragen […] nicht durchsetzen können." Insbesondere bei der Rolle des nächsten KSZE-Folgetreffens habe Frankreich „deutlich zurückstecken

Türkei beim Mandat seine Forderung nach anderer regionaler Aufteilung[22] aufgeben werde.

6) Pariser Konferenz

F berichtete, daß 100 Staaten positiv auf Konferenz reagiert hätten. 82 Delegationen (davon 40 auf AM-Ebene) werden erwartet. Die Schlußerklärung soll vom 12.–16.12.1988 in Genf konsultiert werden. Die fünf von Mitterrand in VN-Rede genannten Punkte[23] sind laut F allgemein akzeptiert. Einverständnis bestand, daß die Erklärung substantiell sein und einvernehmlich angenommen werden muß. Von GB in kleinerem Kreis angeregte Konsultation soll vom Fortschritt abhängig gemacht werden. F wird nicht vor dem 3.1.1989 einen Erklärungsvorentwurf (Schema) zirkulieren und am Vorabend der Konferenz (6.1.1989) zu einem informellen Expertentreffen hierüber einladen. Dem geplanten „Committee of Rule" soll der indonesische Außenminister[24] vorsitzen, der seine Anwesenheit allerdings noch nicht bestätigt hat (Alternative AM Caputo). Sorge bereitet F der Plan einiger Staaten des NO, nukleare und CW-Probleme zu verbinden. F bemüht sich, dies abzuwenden, und bat um unsere Unterstützung hierbei. Iran strebt laut F eine (wenigstens allgemeine) Verurteilung des Irak an.[25] F hofft, daß die Frage der Nicht-Proliferation in der Konferenz nicht zu stark angesprochen wird, weil die Gefahr der Forderung von Produktionsmoratorien dann nur schwer zu vermeiden sein würde.

7) Gesamtkonzept[26]

Ich unterrichtete ausführlich über BM-Rede vom 7.12.1988 in der aktuellen Stunde.[27] In anschließender, lebhafter Diskussion äußerten sich überwiegend USA, von GB unterstützt, kritisch, wobei die Furcht vor einer weiteren Null-Lösung beherrschendes Motiv war. F hielt sich ganz zurück. Thomas hielt unse-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1860

müssen". Ein neues Mandatselement stelle „nochmals in aller Klarheit auf 23er Zuständigkeit für Modifizierungen des KRK-Mandats ab". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1920; Referat 221, Bd. 144818.
Für das Kompromißpaket (US-French ad Referendum Notes) vom 5. Dezember 1988 vgl. VERTRAG ÜBER KONVENTIONELLE STREITKRÄFTE, S. 331–334.
Am 6. November 1988 informierte Hartmann, daß der „Joint Caucus der 16 aus 23 und 16 aus 35" sich mit dem „Kompromiß zu Link-Fragen" befaßt und dafür ausgesprochen habe, daß dieser „von der HLTF angenommen werden sollte". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1926; Referat 221, Bd. 144816.
Referat 221 notierte in einer undatierten Aufzeichnung, daß die NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1988 „die von der HLTF erarbeiteten Vorschläge für die Verhandlungen über konventionelle Stabilität sowie für weitere vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen" gebilligt habe: „Die Kernpunkte dieser Vorschläge wurden bereits am 8.12. in einer besonderen Erklärung der Außenminister zur konventionellen Rüstungskontrolle veröffentlicht." Vgl. Referat 221, Bd. 144816.

21 Zur Frage einer Beendigung der MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 179.
Die MBFR-Verhandlungen wurden am 2. Februar 1989 abgeschlossen.

22 Zur Frage der Einbeziehung türkischen Territoriums in die Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 269, Anm. 6.

23 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Mitterrand am 29. September 1988 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1988 (September/Oktober), S. 50. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 659.

24 Ali Alatas.

25 Vgl. dazu den Einsatz von Chemiewaffen durch den Irak; Dok. 99, Dok. 154 und Dok. 253.

26 Zur Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO vgl. Dok. 242.

27 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher vom 7. Dezember 1988 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 115. Sitzung, S. 8350–8352.

ren Ansatz für äußerst gefährlich, weil er die NATO-Strategie der flexiblen Erwiderung[28] unterlaufe, ein Verbleiben der US-Truppen in Frage stelle und letztlich zu einer Entnuklearisierung Europas führen werde:

– Eine Einbeziehung der SNF zum jetzigen Zeitpunkt in das Rüstungskontrollkonzept und in Verhandlungen würde mit größter Wahrscheinlichkeit zu einem Null-Vorschlag der SU führen, dessen Erfolg wegen des Druckes der Öffentlichkeit nicht abzuwenden sein werde. Eine Verifizierung sei (außer bei weltweiter Beseitigung) unmöglich. SU könne einer Null-Lösung ohne Beeinträchtigung der eigenen Strategie zustimmen, weil sie die nukleare Bedrohung Europas durch in SU stationierte, weiterreichende Systeme ersetzen könne. Die Gefahr eines strategischen Nuklearkrieges würde erhöht, in dem USA erstes Ziel seien. Einem sowjetischen Druck auf ein nuklearfreies Europa werde Vorschub geleistet. Die sowjetische Forderung nach Einbeziehung der Flugzeuge sowie der Systeme von F und GB wäre eine konsequente Folge.
– Die landgestützten SNF seien für unsere Strategie der flexiblen Erwiderung unerläßlich. Das gesamte Konzept der flexiblen Erwiderung würde durch eine SNF-Null-Lösung in Frage gestellt. Ohne Schutz der SNF würde auch der Verbleib der US-Truppen in Europa in Frage gestellt (GB trat dem für die britischen Truppen bei). Auf meinen Hinweis auf die große SNF-Überlegenheit der SU erwiderte Thomas, daß diese nicht relevant sei, weil im nuklearen Bereich nicht System gegen System gestellt werden könne. Durch Reduzierung der Zahlen sei nichts für die Sicherheit zu gewinnen.
– Auf Ersatz der Lance könne nach dem gegenwärtigen Stand 1995 nicht verzichtet werden. Modernisierung bedeute deshalb die Entwicklung neuer Systeme. Hierzu würde eine Vorlaufzeit von sieben bis acht Jahren benötigt, weshalb jetzt darüber entschieden werden müsse (so auch GB). Meinem Hinweis auf INF (nur vier Jahre zwischen Doppelbeschluß[29] und Stationierung[30]) hielt USA entgegen, daß die PII eine Fortentwicklung der PI gewesen und die Entwicklung 1979 bereits eingeleitet gewesen und später mit einem teuren Intensivprogramm weitergeführt worden sei. Meinen Einwand auf die für die Abschreckung auch zur Verfügung stehenden nuklearbestückten Flugzeuge und U-Boote tat Thomas mit der Bemerkung ab, daß ihr Stellenwert dafür sehr begrenzt sei.
– Sinnvoller sei es (wie MdB Rühe), bei der Beseitigung nuklearer Artillerie anzusetzen, die strategisch eine begrenzte Rolle habe (so auch Galvin und Rogers) und bei der USA ohnehin einseitige Reduzierung vorhätten.

Auf meine Frage, ob USA gegen die Ausarbeitung einer SNF-Rüstungskontrollposition der Allianz sei, erwiderte Thomas, daß USA zur Diskussion trotz aller Komplexität bereit seien. An eine Beseitigung der SNF könne man aber realistischerweise erst denken, wenn die SU ihre Truppen nach erfolgreichen KRK-Verhandlungen aus Osteuropa abgezogen hätten. Dies sei so auch im Reykjavik-

28 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 11, Anm. 9.

29 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

30 Zur Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 352, Anm. 6.

Kommuniqué (in conjunction with) zum Ausdruck gekommen[31]; nur so mache das Konzept Sinn.

GB trat den Ausführungen von Thomas weitgehend bei und sagte, britische Regierung sei davon ausgegangen, daß die Allianz jetzt zu einem Beschluß kommen könne, der die Reduzierung nuklearer Artillerie, die Grundsatzentscheidung über ein Folgesystem für Lance und die Zustimmung umfaßt, daß der US-Kongreß die Entwicklung eines solchen Systems in Auftrag gibt.

Ich zeigte mich von der Argumentation Thomas' wenig überzeugt und verwies auf die notwendige Erörterung dieses Themas durch die Minister.

8) NATO-Gipfeltreffen

Ich wies darauf hin, daß BK und BM sich für eine Verabschiedung eines Gesamtkonzepts bei NATO-Gipfeltreffen (anstelle der regulären Minister-Frühjahrstagung) Mitte 1989 ausgesprochen haben. USA wollte Entscheidung von Präsident Bush hierzu nicht vorgreifen, hielt Zustandekommen eines Gipfels (in London) für sehr wahrscheinlich und als erste Begegnung des neuen Präsidenten mit Bündnispartnern vor einem Gipfeltreffen Bush–Gorbatschow (Sommer/Herbst) in den USA für wünschenswert. Ich wies darauf hin, daß BK zwischen Mitte Mai und Mitte Juni nicht zur Verfügung stehen kann, und plädierte für Termin zwischen Mitte April und Mitte Mai.[32]

9) Vierer-Treffen

GB bat erneut, unterstützt von USA, um sehr vertrauliche Behandlung dieser Treffen nach außen.

[gez.] Kastrup

VS-Bd. 13028 (204)

31 Vgl. dazu Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Zur Tagung vgl. AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

32 Die NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs fand am 29./30. Mai 1989 in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1989.

359

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Bettzuege

012-312.74 VS-NfD **Aufgabe: 9. Dezember 1988**[1]
Fernschreiben Nr. 103 Ortez

Zur sowjetischen Ankündigung einseitiger Reduzierungen von konventionellen Streitkräften (Rüstungskontrollpolitische Bewertung)

1) Der sowjetische Generalsekretär Gorbatschow hat am 7.12.1988 in seiner Rede vor der VN-GV[2] drastische einseitige sowjetische Reduzierungen bei den konventionellen Streitkräften innerhalb der nächsten zwei Jahre angekündigt:

- Abbau von 500 000 Mann;
- Abzug und Auflösung von 6 Panzerdivisionen aus der DDR, der ČSSR und Ungarn;
- Reduzierung sowjetischer Streitkräfte in diesen Ländern um 50 000 Mann und 5000 Panzer;
- Umstrukturierung der verbleibenden sowjetischen Divisionen in den NSWP-Ländern[3] einschließlich beträchtlicher Reduzierung ihrer Panzerzahl mit dem Ziel einer deutlich defensiven Struktur;
- Gesamtreduzierung der sowjetischen Streitkräfte in Europa um
  - 10 000 Panzer,
  - 8500 Artilleriegeschütze,
  - 800 Kampfflugzeuge;
- zusätzlich Abzug von Landungstruppen und Brückenlegeeinheiten aus der DDR, der ČSSR und aus Ungarn einschließlich ihres Geräts in nicht genannter Anzahl.

2) Die angekündigten einseitigen Reduzierungen bedeuten einen tiefen Einschnitt in das sowjetische konventionelle Potential. Legt man die westlichen Zahlen zugrunde (vgl. zuletzt HLTF-Streitkräftevergleich[4]), entsprechen sie einer Verringerung um:

- 10 v. H. des Gesamtpersonals der Roten Armee (derzeit ca. 5 Mio. Mann) werden deaktiviert. Diese Maßnahme wäre insbesondere mit Reduzierungen von Waffen und Gerät militärisch relevant.
- 20 v. H. des Gesamtpanzerbestandes des Warschauer Pakts in Europa (Gesamtbestand ca. 51 500) bzw. 27 v. H. des sowjetischen Panzerbestandes

1 Hat Legationsrat I. Klasse Leuchs am 9. Dezember 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „RL 012 im Entwurf gezeichnet."

2 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 7. Dezember 1988 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 23–37. Vgl. dazu ferner Dok. 357.

3 Nicht-Sowjetische Warschauer-Pakt-Länder.

4 Zur Frage einer Dateninitiative der NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 281, Anm. 15.
Die Streitkräftedaten wurden am 25. November 1988 publiziert. Vgl. NATO (Hrsg.), Conventional Forces in Europe: The Facts, Brüssel 1988.

(Gesamtbestand ca. 37 000) werden aufgelöst. Diese Maßnahme würde einen deutlichen strukturellen Eingriff in die Panzerbestände des WP in Europa bedeuten.

– Ca. 20 v.H. des Gesamt-Artilleriebestandes des Warschauer Pakts in Europa (Gesamtbestand ca. 43 400) bzw. 26 v.H. des sowjetischen Artilleriebestandes (Gesamtbestand ca. 33 000) werden aufgelöst. Die militärische Relevanz wird erst dann eindeutig zu beurteilen sein, wenn Modernisierungsgrad und Dislozierung der zu reduzierenden Bestände klar ist.
– Die Zahl der sowjetischen Panzerdivisionen in den NSWP-Staaten (16) sinkt um 38 v.H. auf 10; die Gesamtzahl der sowjetischen Divisionen in diesen Ländern (30) um 20 v.H. auf 24. Die Maßnahme reduziert die Möglichkeit eines Überraschungsangriffes.
– Die Zahl der sowjetischen Kampfpanzer in den NSWP-Staaten (ca. 10 000) wird um 50 v.H. auf 5000 reduziert. In dieser Zahl ist der Abzug der 6 Panzerdivisionen (entspricht ca. 2000 Panzern) offenbar enthalten. Ein Abzug von weiteren 3000 Panzern bedeutet eine Ausdünnung der verbleibenden Panzer- und Mot.[5] Schützendivisionen um bis zu 50 v.H. ihres Panzerbestandes und führt damit zur weiteren Herabsetzung der Angriffs- und Überraschungsfähigkeit dieser Divisionen. (Anmerkung: Wir gehen bei dieser Wertung davon aus, daß es sich entsprechend Gorbatschows Erklärung – englischer Text „tank" – tatsächlich um Kampfpanzer und nicht etwa um andere gepanzerte Gefechtsfahrzeuge handelt, die mit den 6 Divisionen abgezogen werden.)

Die sowjetischen einseitigen Reduzierungen bei Panzern und Artillerie um – gemessen am Gesamtpotential des WP – ca. 20 v.H. entsprechen nahezu den Vorschlägen des Budapester Appells von 1986[6] (beiderseitige 25 v.H.-ige Reduzierung) mit dem entscheidenden Unterschied, daß die SU nunmehr ihren Schritt einseitig durchführt.

Legt man die westlichen Zahlen zugrunde, wird die sowjetische Überlegenheit bei Hauptwaffensystemen zwar gemindert, nicht aber beseitigt. Von einem vollständigen Abbau der Asymmetrien kann jedoch noch keine Rede sein. (Die Überlegenheit bei Kampfpanzern und Artillerie würde lediglich von ca. 3:1 auf 2,5:1 reduziert.) Daneben bleibt abzuwarten, wie die angekündigten Reduzierungen realisiert werden sollen (z.B.: Wird reduziertes Material vernichtet? Gibt es eine internationale Überprüfung?) und welche Auswirkungen sie auf Struktur und Angriffsfähigkeit der SU-Divisionen in Osteuropa im einzelnen haben werden.

3) Neben der rein zahlenmäßigen Reduzierung würde dies einen erheblichen Einschnitt in die Struktur der sowjetischen Streitkräfte bedeuten. Die Behauptung Gorbatschows, die sowjetischen Divisionen würden künftig „eindeutig defensiven Charakter" erhalten, wäre bei Durchführung der angekündigten Maßnahmen mindestens tendenziell gerechtfertigt. Gorbatschow beginnt damit, der politischen Aussage des Warschauer Pakts über die defensive Natur seiner Militärdoktrin Nachdruck zu verleihen. Er hat unseren Grundgedanken aufgenommen, daß

[5] Motorisierten.

[6] Für den Wortlaut der Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 11. Juni 1986 („Budapester Appell") vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 450–453. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, I, Dok. 179.

unter den heutigen Bedingungen stabile Sicherheit ohne kooperative Maßnahmen der Vertrauensbildung und Abrüstung und ohne Abbau von Überrüstung nicht mehr vorstellbar ist. Die sowjetischen Schritte werden im Falle ihrer Verwirklichung den tatsächlichen Abbau der zugunsten des Warschauer Pakts bestehenden Asymmetrien markieren.

4) Die angekündigten sowjetischen Schritte sind geeignet, das Klima für Rüstungskontroll-Verhandlungen beträchtlich zu verbessern. Mit ihnen wird unsere Einschätzung von derzeitiger Überrüstung und Überlegenheit des Warschauer Pakts bestätigt. Auch der Grundgedanke unserer Vorschläge, konventionelle Stabilität in Europa durch Abbau der Asymmetrien auf ein niedrigeres Niveau herzustellen und langfristig neue Streitkräfte-Strukturen zu schaffen, wird nachdrücklich unterstrichen. Wer jetzt behaupten würde, mit den einseitigen Vorleistungen des Ostens könnte sich die Verhandlungstaktik der anderen Seite versteifen, ginge von ungesicherten Voraussetzungen aus und würde den Abrüstungswillen der sowjetischen Führung unterschätzen.

Die einseitigen Schritte der Sowjetunion werden, wenn sie durchgeführt werden, die tatsächliche Ausgangslage der KRK-Verhandlungen beeinflussen. Die NATO-Außenminister haben in ihrer Erklärung über konventionelle Rüstungskontrolle vom 8.12.1988[7] eine erste Reaktion gezeigt (insbesondere Ziffer 5).

5) Der einseitige Schritt Generalsekretär Gorbatschows ist unter den gegebenen Bedingungen der Situation in der UdSSR ein mutiges Vorgehen. Er könnte u. U. auf Kritik der sowjetischen Militärs stoßen und zu weiteren internen Auseinandersetzungen Anlaß geben. Der Rücktritt von Generalstabschef Achromejew aus „gesundheitlichen Gründen“ am Tage der Gorbatschow-Ankündigung[8] ist bemerkenswert. Er muß möglicherweise in diesem Zusammenhang gesehen werden.

6) Eine sorgfältige militärische Analyse des sowjetischen Schritts bleibt abzuwarten. Die Behauptung, die östliche Bedrohung wäre unverändert hoch, ist bei Durchführung der sowjetischen Ankündigung militärisch kaum plausibel. Politisch wäre sie unhaltbar. Dies gilt sowohl gegenüber unserer eigenen Öffentlichkeit als auch am Verhandlungstisch.

Die einseitigen Schritte Gorbatschows werden zusammen mit dem geäußerten Wunsch und der Bereitschaft der Sowjetunion, im Rahmen des bestehenden Dialogs die rüstungskontrollpolitische Zusammenarbeit mit der neuen amerikanischen Administration[9] weiterzuführen, nicht ohne positive Wirkung auf das West-Ost-Verhältnis und auch auf die Beziehungen der Warschauer-Pakt-Staaten untereinander bleiben. Jedenfalls ist das oft gehörte Argument, die Perestroika habe sich bisher im militärischen Bereich nicht ausgewirkt und sei dort im Deklaratorischen verblieben, so nicht mehr aufrechtzuerhalten. Das Vorgehen Gorbatschows, in New York angekündigt, ist ein Vorgang von erheb-

7 Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Ministerratstagung vom 8. Dezember 1988 über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 29–31. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 90–92. Zur Tagung vgl. Dok. 361 und Dok. 362.

8 Zur Bekanntgabe des Rücktritts des Generalstabschefs der sowjetischen Streitkräfte, Achromejew, am 7. Dezember 1988 vgl. Dok. 357, Anm. 11.

9 Präsident Bush nahm am 20. Januar 1989 die Amtsgeschäfte auf.

licher politischer Bedeutung. Er beweist auch die Ernsthaftigkeit des Versuches der sowjetischen Führung, den Akzent von Rüstungswirtschaft auf Konsumwirtschaft zu legen und für bessere Lebensbedingungen der sowjetischen Bevölkerung zu sorgen. Damit werden die sowjetischen Reformen in ihrer Ernsthaftigkeit und langfristigen Konsequenz nachhaltig unterstrichen. Dies läßt wiederum Rückschlüsse auf die Ernsthaftigkeit der Abrüstungsbemühungen Generalsekretär Gorbatschows zu.

[gez.] Bettzuege

Referat 012, Bd. 134242

360

Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 9. Dezember 1988, 11.26 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2527 **Ankunft: 9. Dezember 1988, 13.12 Uhr**

Betr.: Abschiedsbesuche bei SED-PB[2]-Mitglied Schabowski am 5.12.88

Schabowski begann das Gespräch (ohne weitere Teilnehmer) überraschend mit einer polemischen Kritik an der Jenninger-Rede vom 10.11.[3] im Bundestag.[4] Er habe sie genau gelesen. Wer so formuliere, werbe bewußt oder unbewußt dafür, den Faschismus in Deutschland zu verstehen und ihn damit ein Stück zu rechtfertigen. Für eine solche Einstellung habe es in der Geschichte der Bundesrepublik auch schon früher prominente Beispiele gegeben (er erwähnte Globke und Oberländer).

Ich habe Sch. entschieden widersprochen. Die Jenninger-Rede sei vielleicht in einigen Passagen unglücklich formuliert und deshalb auch mißverständlich gewesen. Es sei Jenninger aber unbestreitbar darum gegangen, gerade auch für die jüngere Generation die unglückselige Entwicklung in den 30er Jahren ohne Beschönigung und in ihrem politisch-psychologischen Gesamtzusammenhang darzustellen. Das sei das Gegenteil eines Rechtfertigungsversuchs. Wir machten uns die Aufarbeitung unserer Geschichte nicht leicht und begnügten uns daher auch nicht mit einfachen Erklärungen und Schuldzuweisungen. Eine deutsch-deutsche Polemik darüber sei wenig hilfreich. Wir griffen auch nicht die Aufklärungsarbeit der DDR an, obwohl sie der Komplexität der Vorgänge nicht immer gerecht werde.

1 Hat Staatssekretär Sudhoff vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Das zeigt, wes Geistes Kind die Herren in der Führungsspitze der DDR sind!“ Ferner verfügte er die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lambach.
Hat Lambach am 12. Dezember 1988 vorgelegen.

2 Politbüro.

3 Korrigiert aus: „8.11.“

4 Zum Rücktritt des Bundestagspräsidenten Jenninger am 11. November 1988 vgl. Dok. 323.

Sch. leitete dann über zu den aktuellen Diskussionen über die Reformpolitik in den sozialistischen Staaten. Bestimmte Kräfte in der Bundesrepublik, so sagte er, nähmen die jüngste Entwicklung in der SU zum Anlaß, erneut die Existenz der DDR in Frage zu stellen und auf Veränderungen der politischen Nachkriegsordnung in Europa zu spekulieren. Das werfe die DDR nicht um. Derartige Einmischungsversuche belasteten aber das Verhältnis der beiden deutschen Staaten, das sich insbesondere mit dem Honecker-Besuch in der Bundesrepublik 1987[5] und weiteren Entwicklungen in der Folgezeit in durchaus erfreulicher Weise verbessert habe. Auch heute komme es unverändert darauf an, die Beziehungen mit „Realismus und Vernunft" zu entwickeln. Niemand in der Bundesrepublik möge sich täuschen: Die sozialistische DDR werde weiter existieren und sich entsprechend ihren Zielsetzungen in einem dynamischen Prozeß entwickeln. Ich habe Sch. gefragt, warum er heute so empfindlich auf Äußerungen reagiere, die den seit langem bestehenden und in der Verfassung verankerten Grundpositionen unserer Politik entsprechen. Die DDR spreche doch selbst von unüberbrückbaren politischen Gegensätzen. Dann müsse sie aber auch akzeptieren, daß diese von Zeit zu Zeit auf unserer Seite klar zum Ausdruck gebracht würden. Gegenseitige Kritik sollte die Zusammenarbeit nicht belasten. Sie sei ein für beide Seiten unverzichtbares Element in unserem Verhältnis.

Zur sowj. Reformpolitik sagte Sch., die DDR unterstütze ohne jeden Vorbehalt die Umgestaltung in der SU. Allein schon die außerordentlich beengten Wohnverhältnisse und die teilweise sehr niedrigen Einkommen zeigten den wirtschaftlichen und sozialen Rückstand der SU, der auch auf die „Gleichgewichtspolitik" der SU in der Zeit des „Rüstungswettlaufs" zurückzuführen sei. Eine andere Sache sei die politische und ideologische Debatte, die heute in der SU geführt werde. Dabei kämen auch Leute zu Wort, die, wie etwa Solschenizyn, in Wahrheit Feinde des Sozialismus seien und die 70 Jahre sozialistische Politik seit der Oktoberrevolution als einen „Mythos" hinzustellen versuchten. Solche Stimmen fänden sich auch in der sowj. Zeitschrift „Sputnik". Ihre Verbreitung in der DDR komme einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten gleich.[6]

Ich fragte Sch., ob er über die Entwicklung in der SU besorgt sei. Sch. erwiderte, diese Frage werde er nicht beantworten. (Offensichtlich fürchtete er, daß seine, wie ich vermute, große Besorgnis bekannt werden könnte.) Er erwähnte noch, daß er mit vielen sowj. Freunden, die er aus seiner Studienzeit in der SU kenne, in ständigem, engen Kontakt stehe und sich auch auf diesem Weg ein Bild von der Entwicklung zu machen versuche. Er werde auch in nächster Zeit wieder in die SU reisen.

Auf eine Erörterung von Berlinfragen wollte sich Sch. (wie schon bei einem früheren Gespräch) nicht einlassen.

Sch. (59 Jahre alt) gab sich in dem Gespräch als ein ideologiebewußter und engagierter Kommunist, der in einer populistischen Manier seine Verbundenheit mit der Arbeiterklasse zu demonstrieren suchte. Seine Argumentation war wenig differenziert, propagandistisch indessen, knapp und genau kalkuliert. Er wirkt

5 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, besuchte die Bundesrepublik vom 7. bis 11. Sep-tember 1987. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

6 Vgl. dazu das Verbot der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik" in der DDR; Dok. 346.

bullig, aber trotz einer betont volksnahen Sprechweise intelligent und reaktionsschnell.

Sch. gilt unter Kennern der hiesigen Parteiführung als ehrgeizig und opportunistisch. Sein politischer Standort und sein Urteil in Sachfragen sind aus seinen öffentlichen Äußerungen nicht erkennbar. Er hat aber Ausstrahlung und versteht es, sich als zupackender Funktionär, der sich an der Basis auskennt, darzustellen. Manche Beobachter räumen ihm gute Chancen für die Nachfolge Honeckers ein, obwohl er als SED-Chef von Berlin keine Funktion im zentralen Parteiapparat innehat (er nimmt allerdings an den Sitzungen des ZK-Sekretariats teil).

[gez.] Bräutigam

Referat 210, Bd. 145163

361

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 1644
Citissime

Aufgabe: 9. Dezember 1988, 20.25 Uhr[1]
Ankunft: 9. Dezember 1988, 20.52 Uhr

Betr.: NATO-Rat Außenminister 8./9.12.88[2];
hier: Sitzung in kleinstem Kreis

Zur Unterrichtung

I. Sitzung im kleinsten Kreis, an der wie üblich AM, Ständige Vertreter und Politische Direktoren teilnahmen, war von GS[3] nach Themenbereichen West-Ost-Beziehungen, Arbeiten High Level Task Force (HLTF) sowie Gesamtkonzept für Rüstungskontrolle und Abrüstung[4] strukturiert worden. Sie verlief besonders harmonisch und bekräftigte Übereinstimmung in allen wesentlichen Fragen Bündnisses. AM nahmen von mehreren einschlägigen Ratsdokumenten zustimmend Kenntnis.

II. West-Ost-Beziehungen

1) Zusammenfassung

– Bericht Secretary Shultz über Gespräche Gorbatschows und Schewardnadses in New York[5], die atmosphärisch und sachlich (z. B. Regionalkonflikte) sehr gut verlaufen seien.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 32.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher am 12. Dezember 1988 vorgelegen.

2 Zur NATO-Ministerratstagung vgl. auch Dok. 362.

3 Manfred Wörner.

4 Zur Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO vgl. Dok. 242.

5 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielten sich vom 6. bis 8. Dezember 1988 in den USA auf und trafen dabei mit Präsident Reagan,

– Positive Würdigung VN-Rede Gorbatschows[6] durch alle AM. In diesem Sinne auch erste Analyse Ankündigungen Abbau konventioneller Streitkräfte durch Vorsitzenden Militärausschusses, General Altenburg.
– Rede spiegele allgemein für uns günstige Entwicklung in SU wider. Dies sei Anlaß zu gesteigertem Selbstvertrauen. Wichtigkeit, das Öffentlichkeit zu vermitteln, wozu am gleichen Tag veröffentlichte „Erklärung über konventionelle Rüstungskontrolle“[7] wesentlichen Beitrag darstelle.
– Einvernehmen, daß Sachprobleme WFT noch vor Weihnachten geregelt und Konferenz Anfang 1989 formal abgeschlossen werden muß[8], damit auch Verhandlungen über KRK und VSBM – mit substantiellen westlichen Vorschlägen – beginnen könnten.[9]
– Durch alle Kollegen nachdrückliche freundschaftliche Würdigung von Shultz, auch bei Vierer-Frühstück[10] und Dinner, bei welchem er sich mit sehr emotioneller Ansprache verabschiedete.

2) Im einzelnen

a) Shultz verwies eingangs auf Erklärungen GS und Ehrenpräsidenten[11] in offener Sitzung, die von berechtigtem Selbstvertrauen geprägt gewesen seien. Er berichtete über New Yorker Gespräche 7.12. Gorbatschows und Schewardnadses mit Reagan, Bush und ihm selbst. In seiner einstündigen Unterredung mit Schewardnadse bereits vor VN-Rede seien vor allem WFT und Regionalfragen erörtert worden. AM SU habe unter Hinweis auf VN-Ansprache auf weitere Fortschritte im Menschenrechtsbereich (z.B. Änderung Verfassung[12] und Strafgesetzbuch) hingewiesen und Entgegenkommen bei „Refuseniks“ (nach amerikanischer Auffassung gelte es, noch etwa 150 Fälle zu lösen), Familienzusammenführung (US: 21 Fälle), Doppelstaatler (hier sei bisher nur wenig geschehen) und politischen Gefangenen (US gehe von 100 bis 150 aus) in Bälde in Aussicht gestellt. Man werde bilateral insoweit mit Moskau in Kontakt bleiben. Hier zeichneten sich weitere Fortschritte ab, und amerikanische Wünsche näherten sich ihrer Erfüllung („close to satisfaction“). Auf Moskauer MR-Konferenz[13] sei sowjetischerseits nicht mehr stark insistiert worden, obwohl nach wie vor Wert auf sie gelegt werde. Alles in allem: vielversprechende Fortschritte, wenn auch immer noch unvollständig.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1869

dem designierten Präsidenten Bush und dem amerikanischen Außenminister Shultz zusammen. Vgl. dazu FRUS 1981–1988, VI, Dok. 178–181.

6 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 7. Dezember 1988 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 357 und Dok. 359.

7 Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Ministerratstagung vom 8. Dezember 1988 über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 29–31. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 90–92.

8 Die KSZE-Folgekonferenz in Wien endete am 19. Januar 1989. Vgl. dazu AAPD 1989.

9 Die Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) und über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) wurden am 6. März 1989 in Wien aufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1989.

10 Zum Treffen der Außenminister Genscher (Bundesrepublik), Dumas (Frankreich), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) am 8. Dezember 1988 vgl. Dok. 356.

11 Hans van den Broek.

12 Zur Änderung der sowjetischen Verfassung und Novellierung der Wahlgesetzgebung vgl. Dok. 337, Anm. 7.

13 Zum sowjetischen Vorschlag für eine KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 304, Anm 14.

Westliches Konzept hinsichtlich Verhältnis von 23 und 35 bei CST[14] sei von Schewardnadse als auch sowjetischen Vorstellungen entsprechend akzeptiert und türkisches Problem bei Mandat[15] als lösbar bezeichnet worden. Immer noch nicht ganz geklärt seien Nachfolgekonferenzen; bei einigen ergäben sich nach wie vor Schwierigkeiten (Erwähnung Wirtschaftskonferenz Bonn[16]/Prag[17]); für US sei insoweit Umweltschutz besonders wichtig. Auch Schewardnadse hoffe auf endgültige Klärung Sachfragen WFT in Weihnachtszeit. Dann gelte es jedoch, noch Texte zu bereinigen. Er, Shultz, meine, daß Beginn Schlußveranstaltung etwa am 6.1. möglich sei. Dies habe auch für Arbeiten HLTF Bedeutung, wo unser Haus in allen Punkten in Ordnung gebracht werden müsse.

Regionalkonflikte: Diese seien sowohl mit Schewardnadse als auch mit Gorbatschow erörtert worden. Allgemein habe sich SU hier in letzter Zeit sehr kooperativ gezeigt. – Einschlägige Probleme im südlichen Afrika ständen vor abschließender Regelung. Zwar sei in Brazzaville noch kein endgültiger Durchbruch erzielt worden, doch hoffe man, daß Gespräche dort in nächster Woche weitergeführt und Abkommen – unter VN-Auspizien in New York – unterzeichnet werden könne.[18] Vermittlerrolle US (lobende Erwähnung von Crocker) sei erstaunlich, wenn man bedenkt, daß Washington weder zu Kuba noch zu Angola diplomatische Beziehungen unterhalte und Verhältnis zu Südafrika angespannt sei. Später bleibe noch viel zu tun: Nationale Versöhnung in Angola sowie Beendigung Apartheid und Unabhängigkeit Namibias. SU habe „sehr eng" mitgearbeitet und ihren Einfluß auf Kuba und Angola geltend gemacht. – Sowjetischerseits sei unterstrichen worden, daß man Afghanistan bis zum 15.2. verlassen haben werde.[19] Bei Gesprächen Woronzows mit Mudschaheddin sei kein umfassendes Einvernehmen erzielt worden[20], doch würden diese abziehende sowjetische

14 Conventional Stability Talks.
Zur Einigung auf einen Mandatsvorschlag der NATO-Mitgliedstaaten für die Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 358, Anm. 20.

15 Zur Frage der Einbeziehung türkischen Territoriums in die Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 269, Anm. 6.

16 Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 (CSCE/WT.58) für eine Ost-West-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit vgl. Dok. 68, Anm. 9.

17 Zum Vorschlag der ČSSR, der DDR, Polens und Ungarns vom 15. Dezember 1986 (CSCE/WT.3) für ein Wirtschaftsforum in Prag vgl. Dok. 92, Anm. 15.

18 Zu den Friedensgesprächen zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA vgl. Dok. 327, Anm. 9.
Ministerialdirigent Sulimma notierte am 15. Dezember 1988: „Am 13.12.1988 wurde von den Vertretern der Regierungen Südafrikas, Angolas und Kubas in der Hauptstadt der VR Kongo das ‚Protokoll von Brazzaville' nebst ‚Annex on the Joint Commission' unterzeichnet." Der Vertrag beinhalte die „Unterzeichnung des dreiseitigen (Umbrella- oder Omnibus-)Abkommens am 22.12.1988 in New York. […] Unterzeichnung des angolanisch-kubanischen Abkommens über den Abzug kubanischer Truppen aus Angola ebenfalls am 22.12.1988." Bis zur Unterzeichnung der Abkommen sei überdies eine Einigung über die Verifikationsregeln mit VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar zu erzielen. „Am 22.12.1988 anläßlich der Vertragsunterzeichnung Austausch von Kriegsgefangenen. Einsetzung einer Joint Commission, an der die USA und die Sowjetunion als Beobachter teilnehmen werden. […] 1. April 1989: Beginn der Implementierung von SR-Resolution 435. 1. November 1989: Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung in Namibia. Voraussichtlich Frühjahr 1990: Unabhängigkeit Namibias." Vgl. Referat 320, Bd. 155833.

19 Vgl. dazu Ziffer 5 des Abkommens über die Wechselbeziehungen für die Regelung der Lage um Afghanistan vom 14. April 1988 zwischen Afghanistan und Pakistan sowie den Garantiemächten USA und UdSSR; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 88 (1988), Heft 2135, S. 58. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 308.
Zum Stand des sowjetischen Truppenabzugs aus Afghanistan vgl. Dok. 270, Anm. 42.

20 Der sowjetische Erste Stellvertretende Außenminister Woronzow traf am 3./4. Dezember 1988 in Taif (Saudi-Arabien) mit Vertretern des afghanischen Widerstands zusammen.

Truppen und Flugplätze wohl nicht mehr angreifen. Etablierung Interimsregierung unter Einschluß derzeitigen Regimes in Kabul sei nicht ohne weiteres möglich, wofür man angesichts der Leiden afghanischen Volkes (Flüchtlinge, Gefallene usw.) Verständnis haben müsse. Nach Abzug gelte es, schwierige Probleme des Wiederaufbaus und der Flüchtlingsrückkehr zu lösen. – Schewardnadse habe kürzlichen Besuch chinesischen AM in Moskau[21] als konstruktiv bezeichnet. Disengagement in Kambodscha[22] sei zugesagt worden, doch sei Zeitperspektive noch offen. Peking werde Khmer Rouge nicht mehr unterstützen. Sowjetisch-chinesischer Gipfel in Peking stehe in absehbarer Zeit bevor.[23] Shultz fügte hinzu, es sei wichtig, daß ein solcher heute keine Beeinträchtigung westlicher Interessen mehr darstelle. – Über Lateinamerika sei nicht gesprochen worden. – Schewardnadse habe zugesagt, auch bei Lösung Nahost-Problems behilflich zu sein.

Testban-Verträge: PNET[24] sei unter Dach und Fach, beim TTBT[25] gebe es noch Klammern im Text, die mit derzeitiger Administration nicht mehr aufgelöst werden könnten, doch sei dies mit nächster 1989[26] wohl möglich.[27] – Hinsichtlich Krasnojarsk[28] sei sowjetischerseits von Abbau („dismantling") die Rede gewesen, welcher Terminus auf Nachfrage bestätigt worden sei.

Bei Gesprächen habe sich herausgestellt, daß von beiden Seiten CW-Ächtung hoher Stellenwert („special kind of priority") beigemessen werde. Bush habe Problem in Wahlkampf unterstrichen. Alle Beteiligten wüßten, wie schwierig, aber auch wie wichtig Lösung sei und daß mit Nachdruck daran gearbeitet werden müsse.

Mittagessen habe in sehr „herzlicher, entspannter" Atmosphäre stattgefunden und sei eines der besten Zusammentreffen der beiden Staatschefs überhaupt gewesen. Gorbatschow habe Zusammenhang zwischen Perestroika und Menschenrechten entwickelt und dargelegt, daß diese respektiert werden müßten, um bei jener Fortschritte zu erzielen. Amerikanischerseits werde dies für wichtig gehalten, da mit derartiger Einsicht MR mehr gedient sei als durch Druck von außen. Gorbatschow habe „faszinierende" Darstellung armenisch-aserbaidschanischen Konflikts[29] gegeben, der weniger ethnisch bedingt sei als mit Reformproblemen zu tun habe.

Zu Ankündigungen Gorbatschows im militärischen Bereich: Es handele sich nicht um Vorschläge, sondern um Entscheidungen. Wichtig sei Betonung defensiver

21 Der chinesische Außenminister Qichen hielt sich vom 1. bis 4. Dezember 1988 in der UdSSR auf.

22 Zu den Bemühungen um eine Beilegung des Kambodscha-Konflikts vgl. Dok. 262, Anm. 8.

23 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 15. bis 18. Mai 1989 in der Volksrepublik China auf.

24 Für den Wortlaut des Vertrags vom 28. Mai 1976 zwischen den USA und der UdSSR über unterirdische Kernsprengungen zu friedlichen Zwecken (PNET) mit dazugehörigem Protokoll vgl. UNTS, Bd. 1714, S. 431–472. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 539–542.

25 Für den Wortlaut des Vertrags vom 3. Juli 1974 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche (TTBT) sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 217 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 364–367. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 197 und Dok. 200.

26 Präsident Bush nahm am 20. Januar 1989 die Amtsgeschäfte auf.

27 Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über die Ausarbeitung von Verifikationsprotokollen zu den Schwellenverträgen vgl. Dok. 311, Anm. 34.

28 Zur sowjetischen Radaranlage in Krasnojarsk vgl. Dok. 311, Anm. 35.

29 Zum Konflikt um die Autonome Region Nagorny Karabach vgl. Dok. 337, Anm. 6.

Rolle Streitkräfte. Er könne hier nicht in Einzelheiten gehen, die genau geprüft werden müßten. Klar sei jedoch, daß Äußerungen bedeutungsvoll seien. Anerkennung Asymmetrien, die jedoch fortbeständen. Willkommene und ermutigende „Anzahlung" („down payment").

Shultz schloß mit Hinweis auf Bedeutung politischer Entwicklungen im WP für Rüstungskontrolle. Beide ständen in engem Zusammenhang. Gebe es bei ersterem Fortschritte, so werde dies für letztere Auswirkungen haben. Das gelte auch umgekehrt. Deshalb sei es wichtig, Entwicklungen auch in NSWP-Staaten[30] genau zu verfolgen und zu analysieren. Aus eingehender Erörterung dieses Komplexes bei letztem NAC[31] habe er viel gelernt.

[32]b) Bundesminister, auf den später mehrere Redner Bezug nahmen, unterstrich zunächst gute Tradition eingehender Unterrichtung über amerikanisch-sowjetische Gespräche durch Shultz, die für Meinungsbildung in Allianz von großer Bedeutung. Hinweis darauf, daß vor genau einem Jahr INF-Vertrag unterzeichnet[33] und vor 21 Jahren Harmel-Bericht[34] erstellt worden sei und daß Allianz 1989 vierzigjähriges Bestehen feiern könne. Es gelte sich aber auch daran zu erinnern, daß vom Osten vor nicht allzu langer Zeit Zusammenbruch westlichen kapitalistischen Systems prophezeit worden sei, daß man jedoch heute von uns nicht nur wirtschaftliche, sondern auch staatliche Ordnung übernehmen und Menschenrechte garantieren wolle. Attraktivität unserer westlichen Gesellschaftsordnung setze sich auch in WP-Ländern zunehmend durch. Dies sei ein weiter Weg. Jüngste Entwicklungen seien relativ schnell vonstatten gegangen. All das sei Grund zu Ermutigung und Selbstvertrauen.

Jetzt gehe es um schnellen Abschluß des WFT. Wir müßten Willen deutlich machen, uns noch in diesem Jahr auf substantielles und ausgewogenes Schlußdokument sowie auf Mandate für KRK- und VSBM-Verhandlungen zu einigen, um so den Weg für erfolgreiche Verhandlungen im konventionellen Bereich freizumachen. Auch in diesem Zusammenhang sei VN-Rede Gorbatschows von großer Bedeutung. Er sei Shultz für dessen positive Würdigung dankbar, die aber nicht nur auf rüstungskontrollpolitischen Aspekt, sondern auch auf Aussagen über innere Entwicklung SU abgestellt habe. Für uns gehe es um die Implementierung aller Teile der Akte von Helsinki[35]. Man wisse in Moskau, daß wirtschaftlicher Fortschritt nur auf erhebliche innere Entwicklung gründen könne und daß Freiheit unteilbar sei. Im rüstungskontrollpolitischen Sektor habe Gorbatschow mit seinen Entscheidungen Disparitäten und Notwendigkeit

30 Nicht-Sowjetische Warschauer-Pakt-Staaten.

31 North Atlantic Council.
Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1988 in Madrid vgl. Dok. 172 und Dok. 173.

32 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1645 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

33 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, unterzeichneten am 8. Dezember 1987 den Vertrag über die Beseitigung der Mittelstreckenwaffen kürzerer und mittlerer Reichweite (INF-Vertrag). Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

34 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

35 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

asymmetrischer Reduzierungen anerkannt. Bedeutsamer Schritt in von uns gewünschte Richtung. Es gelte unsere Position Öffentlichkeit zu vermitteln. Aussichten für Erzielung gleicher Obergrenzen auf niedrigerem Niveau seien verbessert, Problem jedoch noch nicht gelöst worden. Von HLTF erarbeitete Vorschläge seien sehr bedeutungsvoll, doch hätten wir noch niedrigere Obergrenzen vorgezogen. Verhandlungen müßten nun beginnen. Wir könnten sie mit Selbstbewußtsein und in Erwartung weiterer positiver Entwicklungen führen.

Den richtigen Augenblick für Beendigung WFT dürften wir nicht versäumen. Regelung Sachfragen vor Weihnachten sei erforderlich, damit dann zu Beginn neuen Jahres über KRK und VSBM Verhandlungen beginnen könnten. Von Pariser Konferenz[36] erhoffe er sich wesentlichen Anstoß für CW-Problematik.

Er fühle sich durch Äußerungen von Shultz, der mit Recht an Dimension NSWP-Staaten erinnert habe, sehr ermutigt. Wenn wir von Stabilität sprächen, so gelte dies – in Wechselwirkung – sowohl im militärischen als auch im politischen Sinn.

Zur kooperativen Haltung SU in Regionalkonflikten: Moskau habe erkannt, daß es – nicht nur in Afghanistan – mit bisheriger Drittweltpolitik zu hohen Preis bezahlt habe. Worten seien Taten gefolgt. Wir könnten nur begrüßen, daß SU nunmehr diese Hypotheken abtragen wolle.

BM schloß mit herzlichem Dank an Shultz für alles, was er für Allianz und für deutsch-amerikanisches Verhältnis getan und bewirkt habe. Er könne mit Bewußtsein scheiden, daß er wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung Hoffnung auf bessere Welt geleistet habe.

c) Aus Interventionen anderer AM, die sich im übrigen im Sinne von Ziffer 1 äußerten, ist festzuhalten:

– Dumas (der Sitzung nach kurzer Zeit wegen Besuch Mitterrands in Prag[37] verlassen mußte) wies auf Bedeutung von START (80 Prozent nuklearen Potentials; dagegen INF nur 4 Prozent), CW-Verhandlungen und CST hin. Rüstungskontrolle dürfe nicht isoliert gesehen werden, und ihre Wirksamkeit hänge von Gesamtprozeß (auch im politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Bereich, MR) ab. Zwar gebe es zwei Blöcke, und die Teilung Europas stelle „komplexe Gegebenheit“ dar, doch dürften wir nicht fatalistisch sein und müßten Hoffnung auf Überwindung Spaltung aufrechterhalten. Deshalb Einbau KRK in KSZE-Prozeß wichtig. Hinweis auf insoweit erreichten Kompromiß zwischen F und US, zu dem er sich beglückwünsche.
– Andreotti: Entwicklung im Osten verlaufe „von Koexistenz zu Kohabitation“. Hinweis auf schwierige Probleme im Baltikum und Kaukasus[38]. Betonung Chancen Rüstungskontrolle. Unter Bezugnahme auf BM: Auch I strebe niedrigere Obergrenzen an.
– Stoltenberg brachte Entwicklungen in baltischen Staaten zur Sprache, zu denen Finnland und skandinavische Länder historische Beziehungen besäßen.

36 Vom 7. bis 11. Januar 1989 fand in Paris die Konferenz über das Verbot chemischer Waffen statt. Vgl. dazu AAPD 1989.

37 Präsident Mitterrand besuchte am 8./9. Dezember 1988 die ČSSR.

38 Zu den Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen vgl. Dok. 96 und Dok. 299. Zu den Nationalitätenkonflikten in der UdSSR vgl. Dok. 85 und Dok. 337.

Es sei erstaunlich, daß Entwicklungen jüngster Zeit auch von örtlichen Parteiführern mitgetragen würden. Wie solle Westen reagieren: Mehr Besuche durch Politiker und Botschafter, kulturelle und touristische Kontakte? Wie weit könne und dürfe man hier gehen, oder sei derartige Intensivierung etwa kontraproduzent? BM ermutigte zu diesem Punkt Aussprache, die jedoch – unter Zeitdruck – nicht stattfand.

– Van den Broek, der sich bereits in Eröffnungssitzung als Ehrenpräsident geäußert hatte (siehe DB 1625/26 vom 8.12.88[39]) betonte Bedeutung MR, welche ja auch von Gorbatschow am 7.12. angesprochen worden seien. Bei Trend zu Demokratisierung in WP-Ländern gehe es auch um zunehmende Rolle Parlamente. Dies müsse von uns – z. B. auch im Rahmen KSZE-Prozesses (etwa Offenlegung von Haushalten) – gefördert werden (Zustimmung BM).
– Tindemans wies auf kürzlich von sowjetischem Vize-AM Adamischin in Brüssel anläßlich 40. Jahrestags MR-Erklärung[40] gemachte Äußerungen zugunsten MR-Konferenz auch in Moskau, Einverständnis SU mit N+N-Papier[41] sowie Wünschbarkeit MBFR-Abschlusses[42] mit positiver Erklärung hin.
– Fernández Ordóñez betonte nicht nur militärische, sondern auch politische Dimension Sicherheit.
– Poos würdigte VN-Rede Gorbatschows, ähnlich wie BM, als Eingeständnis – überflüssiger – Überlegenheit WP im konventionellen Bereich sowie Tatsache, daß NATO nicht mehr als Bedrohung empfunden werde. Hinweis auf Notwendigkeit angemessener Verifikation.
– Howe bemerkte, VN-Rede, mit der Gorbatschow auf unser Konzept eingegangen sei, habe sich nicht zuletzt durch völliges Fehlen von Polemik ausgezeichnet. Erwähnung Französischer Revolution sei bemerkenswert. Allerdings sei „sense of caution" erforderlich. Wir müßten uns fragen, wie weit man gehen könne. Nationalitätenproblem in SU als Folge von Perestroika werde sich akzentuieren. Klugheit erfordere, nicht etwa Konfrontation und Unruhen zu fördern oder gar zu legitimieren. Schlußakte Helsinki habe nicht zuletzt auch Status quo unterstrichen. Er wolle jedoch hinzufügen, daß man aus diesen Äußerungen keine grundsätzlich unterschiedliche Haltung von GB im Vergleich zu anderen Bündnispartnern herauslesen dürfe.
– StV KAN[43], der – einzig abwesenden – AM[44] vertrat, meinte, wir sollten uns bei WFT erforderliche Zeit nehmen und uns gegenseitig nicht unter Druck setzen. Es gehe hier jedoch nicht um Monate, sondern allenfalls um Tage.
– Hannibalsson sprach sich zugunsten Rüstungskontrolle bei SLCMs aus.

39 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), übermittelte den Wortlaut der Eröffnungsreden des NATO-Generalsekretärs Wörner und des niederländischen Außenministers van den Broek bei der NATO-Ministerratstagung am 8. Dezember 1988 in Brüssel. Vgl. dazu Referat 201, Bd. 143418.

40 Für den Wortlaut der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. II, S. 135–141.

41 Zum Entwurf der N+N-Staaten vom 13. Mai 1988 für ein Abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 153.

42 Zur Frage einer Beendigung der MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 179.
Die MBFR-Verhandlungen wurden am 2. Februar 1989 abgeschlossen.

43 Gordon Scott Smith.

44 Charles Joseph Clark.

– Papoulias verwies auf schwierige Lage in Polen, Rumänien und Jugoslawien, welche Länder sich am Rand sozialer Destabilisierung befänden. In Mittelmeer nach wie vor Konfrontation Seestreitkräfte beider Großmächte. Bei Dank an Shultz Anerkennung, daß dieser kleinere Länder stets als gleichberechtigte Partner behandelt habe.
– Yilmaz wies auf schwierige Lage eineinhalb Millionen starker türkischer Minderheit in Bulgarien hin und bat insoweit um Unterstützung. Positive Würdigung kürzlicher Erweiterung WEU durch Spanien und Portugal[45]. Er bemerkte, zwischen Lage im Baltikum und im Transkaukasus bestehe insofern Unterschied, als Armenier Zugehörigkeit zu SU im Gegensatz zu Estland, Lettland und Litauen nicht in Frage stellten.

d) CMC[46] Altenburg unterbreitete vorläufige Analyse Ankündigungen Gorbatschows vor VN zu einseitigem Abbau und Änderung konventioneller Streitkräfte (folgt mit Infothek). Sie seien „promising“ und – nicht zuletzt angesichts relativ kurzen Zeitrahmens von zwei Jahren – potentiell geeignet, zu mehr militärischer Stabilität in Europa beizutragen. Doch bestehe auch nach Verwirklichung „significant asymmetry“ fort. Pensionierung von Marschall Achromejew[47] sei möglicherweise in diesem Zusammenhang zu sehen, woraus jedoch nicht geschlossen werden dürfe, daß allgemeine Politik Gorbatschows seitens sowjetischer Militärs nicht unterstützt werde. (Shultz merkte hier an, er zögere etwas: A. sei sehr einflußreich und werde wahrscheinlich weiterhin hauptsächlicher militärischer Berater von Gorbatschow bleiben.)

III. Zu Bericht Vorsitzenden HLTF (in Anwesenheit von Experten)[48] und zu Gesamtkonzept wird jeweils gesondert berichtet.

[gez.] Hansen

Referat 201, Bd. 143418

45 Spanien und Portugal traten auf der WEU-Ministerratstagung am 14./15. November 1988 in London der WEU als Mitglied bei.

46 Chairman of the NATO Military Committee.

47 Zum Rücktritt des Generalstabschefs der sowjetischen Streitkräfte, Achromejew, am 7. Dezember 1988 vgl. Dok. 357, Anm. 11.

48 Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde, z. Z. Brüssel (NATO), berichtete am 9. Dezember 1988: „Stellv. GS Guidi führte Bericht HLTF zu KRK und VSBM ein, welcher die detaillierten Vorschläge Bündnispartner für bevorstehende Verhandlungen über Konventionelle Stabilität und über weitere vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen enthält. Er betonte weitgehenden Konsens, der ja auch in veröffentlichter Erklärung zur Konventionellen Rüstungskontrolle deutlich geworden sei. Zwei wichtige Probleme seien jedoch noch zu lösen: Amerikanischer Vorbehalt gegen Regel 3 KRK-Verhandlungsvorschlages, der die Obergrenze für stationierte Waffensysteme auf 20 Prozent Gesamtumfangs festlegt. USA wünschen demgegenüber Regel, die stationierte Waffen in aktiven Einheiten auf 10 Prozent begrenzt. Türkischer Widerstand gegen Definition Region ‚Erweitertes Mitteleuropa‘ innerhalb Gesamteuropas (Regel 5).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1642; VS-Bd. 12270 (221); B 150, Aktenkopien 1988.

362

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-16183/88 VS-vertraulich **Aufgabe: 9. Dezember 1988, 21.40 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1646 **Ankunft: 9. Dezember 1988, 22.00 Uhr**
Citissime nachts

Betr.: NATO-Außenministerrat am 8./9.12.1988;
hier: Behandlung Gesamtkonzept[2] im kleinsten Kreis

Bezug: DB 1644 vom 9.12.88 – B-362.05/1 VS-NfD[3]

Zur Unterrichtung (von BM noch nicht gebilligt)

1) GS[4] gab in Ergänzung seines Zwischenberichts – C-M(88)78 – folgende mündliche Erläuterungen: Er wolle ganz offen einige Fakten, wie sie sich aus Lage ergäben, hinzufügen: Ständiger Rat, dem Mandat im Juni 1987 erteilt worden sei[5], habe zwar, wie schriftlich dargelegt, Fortschritte gemacht, es sei jedoch immer noch kein Einvernehmen über einen Text erzielt worden, selbst nachdem man entschieden habe, die strittigsten Fragen („the most disputed issues") vorläufig auszuklammern. Rat sei auch nicht in der Lage gewesen, einen eigenen Zwischenbericht zu erstellen, sondern habe ihn beauftragt, diese Aufgabe in eigener Verantwortlichkeit zu übernehmen. So stelle sich Lage dar, obwohl Rat alle Anstrengungen unternommen und hart gearbeitet habe.

Es sei nicht möglich gewesen, genügend Fortschritt zu erzielen, weil einige der grundlegenden Fragen („basic questions") nicht hätten angesprochen werden können. Um vor uns liegende Aufgabe zu beschreiben, wolle er Aufmerksamkeit auf einige Probleme lenken, die es noch zu lösen gelte: Wie solle Rat seine genaue Aufgabe („precise task") definieren? Wie solle man in Reykjavik vereinbarte Elemente Gesamtkonzepts einbeziehen? Verhältnis 15/16? SU befinde sich zweifellos in Zustand Übergangs – was sei angemessener Mix von Vertrauen und Vorsicht? Wie stelle man sich Aspekte Öffentlichkeitsarbeit vor, und wie werde man Ergebnisse Öffentlichkeit vermitteln? Schließlich gebe es die beiden Schlüsselprobleme („key board issues"), die er schriftlich angesprochen habe: Verhältnis zwischen

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 16.
Hat Legationsrat I. Klasse Linder am 9. Dezember 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Minister zur Kenntnis."
Hat Bundesminister Genscher am 10. Dezember 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine so nicht akzeptable Fassung; sie ist nicht präzise genug. R[ücksprache] D 2."
Hat Ministerialdirektor Kastrup am 12. Dezember 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt]."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher am 7. März 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ref. 201: Bitte vereinnahmen u. z[u] d[en] A[kten] – Gesamtkonzept."

2 Zur Neuformulierung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO vgl. Dok. 242.

3 Für das Fernschreiben des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vgl. Dok. 361.

4 Manfred Wörner.

5 In Ziffer 8 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik wurde der Ständige NATO-Rat mit der Ausarbeitung eines Gesamtkonzepts für Abrüstung und Rüstungskontrolle beauftragt. Vgl. dazu NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 384. Zur Tagung vgl. AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

Rüstungskontrolle und Verteidigung sowie Frage landgestützter nuklearer Flugkörper kurzer Reichweite. Was letztere Frage anbelange, so besitze diese einen Modernisierungs- und einen Rüstungskontrollaspekt. Beide müßten angesprochen werden („addressed"). Auf Ersuchen NPG habe er HLG-Bericht über konzeptionelle Begründung für SNF in Streitkräftedispositiv der Allianz zugänglich gemacht. Zu Beginn nächsten Jahres werde SACEUR[6] uns mit „nuclear weapons requirement statement" versehen, das für Komplex wesentlich sei.

Alle Bausteine („building blocks") lägen vor. Rat habe viel Entschlußfreude und eine Menge Ideen. Was uns fehle, sei viel Zeit, um mit den komplizierten Fragen fertig zu werden. Falls wir bis zum Frühjahr zu Schlußfolgerungen kommen wollten, seien intensive Erörterungen zwischen Hauptstädten und NATO erforderlich. Ständige Vertreter benötigten genügend Weisungen zur Erfüllung ihrer Aufgabe, was Involvierung Minister erforderlich mache.

Gewiß seien sich alle darüber einig, daß wir erfolgreich sein müßten. Öffentlichkeit erwarte Ergebnisse, und man benötige dieses umfassende Rahmenwerk. Zunehmend stelle man uns insistierende Fragen über Weiterführung Gesamtkonzepts. Ganz unabhängig davon, ob ein Gipfel im Frühjahr die rechte Gelegenheit dafür darstelle, Sache zur Entscheidung zu bringen, seien wir uns alle darüber im klaren, daß Moment, sich zu einigen und positives Ergebnis zu erzielen, schnell näherkomme. Dies sei möglich, wenn Hauptstädte erforderliche Weisungen erteilten.

2) Aus Einlassungen Außenminister wird folgendes festgehalten:

– DK[7]: Übereinstimmung mit GS. Es dürfe nicht Eindruck von Meinungsverschiedenheiten und Hinauszögerung („dragging our feet") erweckt werden. Gipfel im Frühjahr oder Frühsommer[8] sei beste Gelegenheit, gesamten Bericht entgegenzunehmen. Hierfür seien erhebliche Anstrengungen erforderlich. Rüstungskontrolle SNF müsse angesprochen werden. Bericht müsse stärker zukunftsorientiert („more visionary") sein. Hinweis auf Artikel 8 Kommuniqué Reykjavik: „The arms control problems faced by the Alliance raise complex and interrelated issues which must be evaluated together ...". Bisheriger Entwurf sei zu statisch und defensiv. „Kühne Vision" sei erforderlich, von der man noch weit entfernt sei.

  Wie auch immer: Öffentlichkeit müsse angesprochen werden. Hier bestehe Problem, daß von ihr Bündnisstrategie[9] nur wenig Unterstützung erhalte. Bevölkerung unterstütze zwar Allianz allgemein, nicht jedoch Abschreckung mit Kernwaffen. Es bestehe Lücke zwischen dem, was wir und was Öffentlichkeit für nötig hielten. Deshalb sei zweierlei gefragt: Vermittlung unserer Mindesterfordernisse, die als realistisch empfunden werden müßten, sowie ein „Erziehungsprozeß". Er schlage geeignete Einschaltung kleiner Gruppe von PR-Fachleuten vor, um dieses Ziel zu erreichen. Obwohl wir in den letzten Jahren gute Initiativen entfaltet hätten, sei Bevölkerung

6 John R. Galvin.
7 Uffe Ellemann-Jensen.
8 Die NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs fand am 29./30. Mai 1989 in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1989.
9 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 11, Anm. 9.

der Meinung, wir befänden uns in Defensive. Dieser Eindruck müsse berichtigt werden.

Weiter stelle er Gruppe „weiser Männer“ zur Erörterung, die auf Grundlage Harmel-Berichts[10] Allianzpolitik durchdenken sollten. Dieses Gremium „weiser Personen für Ost-West-Beziehungen“ solle sich nicht etwa in Arbeiten Gesamtkonzept einschalten, sondern sich unabhängig davon Gedanken machen. Er bitte darüber nachzudenken, und er behalte sich vor, zu späterem Zeitpunkt insoweit konkretere Vorschläge zu machen.

– Tindemans betonte, Belgien sei stets der Meinung gewesen, man müsse nicht reagieren, sondern agieren. Gesamtkonzept sei im Interesse Sicherheit und damit auch Rüstungskontrolle erforderlich. Er habe zu Verbindung zwischen Modernisierung und Rüstungskontrolle auch hinsichtlich SNF kürzlich im belgischen Senat im Sinne Gipfelerklärung 2./3.3.[11] und WEU-Plattform[12] Stellung bezogen. Konventionell-nuklearer Mix auf möglichst niedrigem Niveau sei erforderlich. Modernisierung sei legitim, doch müßten wir frei sein, darüber zu befinden, wann und in welcher Weise sie zu erfolgen habe. Arbeiten Gesamtkonzept seien zu politischer Operation erheblichen Ausmaßes („operation politique majeure“) geworden. Es dürfe nicht scheitern. Baldige Fortschritte seien nötig. Die wirklichen Schwierigkeiten müßten angegangen werden. Über Fertigstellung bis zum Gipfel bestehe Konsens. Ansprache Öffentlichkeit sei notwendig, d. h. Veröffentlichung Konzepts als solchem, was vielleicht schwierig sein werde, oder zur Publikation bestimmte Erklärung oder „Manifest“.
– Van den Broek stimmte zu. Er sei mit Datum Vorlage Gipfel einverstanden. Sache werde immer dringlicher. Wir dürften nicht nur reagieren. Es gelte, Überzeugungsarbeit zu leisten. Sowohl im Verteidigungs- als auch im Rüstungskontrollbereich seien „kühne Entscheidungen“ („bold decisions“) gefragt. Spezifische Fragen (SNF) müßten angesprochen werden. Wir gerieten unter Zeitdruck. Vielleicht sollte man in Zwischenzeit informelles Treffen AM stattfinden lassen, um einschlägige offene Fragen vertrauensvoll im kleinsten Kreis zu erörtern. NL sei dazu bereit. Ständige Vertreter erhielten nicht genug „guidance“.
– Andreotti meinte, Arbeiten seien im Kontext evolutionärer Entwicklungen West-Ost-Beziehungen zu sehen. Keine Notwendigkeit, alte Wahrheiten zu

10 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

11 Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten vom 3. März 1988 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 18–21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 201–204.
Für den Wortlaut der „Erklärung zur konventionellen Rüstungskontrolle: Der Weg nach vorn“ der Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten vom 2. März 1988 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 22–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 204–208. Vgl. dazu auch Dok. 75.

12 Auf seiner Tagung am 26./27. Oktober 1987 in Den Haag verabschiedete der WEU-Ministerrat die Erklärung „Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen“. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 613–616.

wiederholen. Bezugsrahmen für erhöhte Stabilität. Abrüstung sei integrierender Teil Sicherheit, und es gelte, alle sich hier bietenden Gelegenheiten zu nutzen.

– Shultz führte aus, er wolle vier kommentierende Bemerkungen machen.
  – Hinsichtlich „purpose and timing“: Es sei wichtig, Aufgabe bald zu beenden. Ziel sei, Richtlinie („guide“) für uns selbst, aber auch für Öffentlichkeit im Sinne „Erziehungsprozesses“ zu erstellen. Wichtigste Adressaten seien Regierungschefs und Parlamentarier. Falls Verabschiedung bei Gipfel, sollten zunächst Außenminister eingeschaltet werden. Hinsichtlich prozeduraler Anregungen DK sei er nicht sicher.

    Er kenne künftigen Präsidenten gut und vermöge einzuschätzen, was neue Administration[13] denke. Bush sei zufrieden gewesen, Gorbatschow am 7.12. zu sehen.[14] Er brauche sich mit eigentlichem bilateralem Gipfel nicht zu sehr zu beeilen, und zunächst gelte es, neue Administration beginnen zu lassen. Wichtigste Aufgabe bestehe in Konsultationen mit Allianz. All dies seien jedoch nur persönliche Erwägungen.
  – Zur Philosophie: Keine Antinomie zwischen Sicherheit und Rüstungskontrolle. Beides gehöre zusammen. Abschreckung sei wesentlich.
  – Weiterer philosophischer Punkt: Hinsichtlich Einbeziehung Entwicklungen in SU und NSWP-Ländern[15] glaube er, es sei ein Fehler, zu stark prognostizieren zu wollen („to be too predictive“). Er wisse nicht, wie es im Osten in fünf Jahren aussehe. Man benötige ein Konzept als Denkhilfe, aber keine präzisen Schlußfolgerungen. Wir wüßten vieles nicht, und man müsse insoweit bescheiden sein.
  – [16]Operationelle Bemerkung: Mit BK und BM sei man sich kürzlich in Washington darüber einig gewesen, daß es nicht sinnvoll sei, zu viel über Modernisierung zu sprechen.[17] Prozeß des „Auf-den-neuesten-Stand-Bringens“ („keeping up to date“) laufe. „Engineering“ des Nachfolgesystems für Lance müsse seinen Weg gehen[18] („needs to get going“). Prozeß sei im Haushalt für 1990 enthalten, der in wenigen Wochen noch von alter Administration vorgelegt werde. Haushaltsjahr beginne am 1.10.1989. Für Entwicklung, die Bereitstellung finanzieller Mittel erfordere, benötige man „alliance environment“. Anderenfalls keine „appropriation“ und damit auch kein Nachfolgesystem, das dislozierd werden könne. Sonst werde eingewandt, Administration beantrage Haushaltsmittel für etwas, was in

13 Präsident Bush nahm am 20. Januar 1989 die Amtsgeschäfte auf.

14 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich anläßlich der VN-Generalversammlung vom 6. bis 8. Dezember 1988 in den USA auf und traf mit Präsident Reagan und dem designierten Präsidenten Bush am 7. Dezember 1988 in New York zusammen. Vgl. dazu FRUS 1981–1988, VI, Dok. 180 und Dok. 181.

15 Nicht-Sowjetische Warschauer-Pakt-Länder.

16 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1647 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

17 Vgl. dazu die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan und dem amerikanischen Außenminister Shultz am 15. November 1988 in Washington; Dok. 324, Dok. 325 und Dok. 327.

18 Korrigiert aus: „sehen“.

Bündnis nicht gebraucht werde. In Prozeß sei einschlägige Anhörung erforderlich. Dies seien die unerbittlichen Fakten.

– KAN[19] bemerkte, bisherige Arbeiten am Gesamtkonzept seien nicht besonders produktiv gewesen, und Gründe hierfür seien klar. Es gebe erhebliche Erwartungen. Er sei wie Shultz der Meinung, daß SNF modernisiert werden müßten. Eile tue not, Verabschiedung bei nächstem AM-Treffen oder bei Gipfel erforderlich. Man solle sich auf wichtigste Rüstungskontrollprobleme konzentrieren und Arbeiten nicht überfrachten. Wesentlich sei, Öffentlichkeit effizient einzuschalten, was in konstruktiver und glaubwürdiger Weise zu geschehen habe. Arbeiten sollten zwar in erster Linie analytischen Charakter tragen, aber auch Öffentlichkeitsaspekt einbeziehen.
– StV P[20] bemerkte lediglich, er stimme Shultz zu.
– BM führte aus, man habe mit Verabschiedung substantiellen KRK-Konzepts heute vormittag[21] bedeutsame Arbeit geleistet. Dies sei großer Erfolg kontinuierlicher Bemühungen. Er empfehle für Gesamtkonzept gleiche Methode. Man sei sich darüber einig, daß es bei Gipfel verabschiedet werden müsse. Von zwei Konferenzen im Frühjahr (Gipfel sowie gesondertes AM-Treffen) halte er nicht viel.

  In Madrid[22] habe man für Rat im Dezember klares Mandat erteilt, und er finde, daß sich geleistete Arbeit in beachtlicher Zwischenbewertung bezahlt gemacht habe.

  Zur Substanz sei er wie DK der Auffassung, daß Inhalt etwas visionärer sein müsse. Er denke an Harmel-Bericht, der neue Formen und weiterführende Gedanken aufgezeigt habe. Es müsse sich um ein Gesamtkonzept handeln, Entscheidungen seien dann zu treffen. Er warne davor, verschiedene – für und nicht für Öffentlichkeit bestimmte – Versionen anzustreben. Als Demokraten seien wir zu Klarheit und Offenheit verpflichtet. Keinesfalls dürfe Eindruck entstehen, daß wir bestimmte Dinge unter Verschluß halten wollten. Er stimme Andreotti zu, daß bei Rüstungskontrolle kein Feld ausgespart bleiben dürfe. Voraussetzungen seien nicht schlecht, Probleme und Alternativen klar. Er habe überhaupt keinen Zweifel, daß wir wie bei KRK in der Lage seien, konstruktive Arbeit zu leisten. Er wolle noch einmal betonen, daß es sich um ein offensives Konzept handeln müsse. Sicherheit und Abrüstung seien keine Gegensätze, sondern gehörten zusammen, Rüstungskontrolle stelle integralen Bestandteil Sicherheitspolitik dar. Deutscherseits sei man fest entschlossen, konstruktiv mitzuarbeiten und für Gipfel Gesamtbericht vorzulegen.
– Fernández Ordóñez betonte, Entscheidungen über SNF seien nicht möglich, bevor Gesamtkonzept erstellt sei. Hier gehe es auch um politische Fragen. Es gelte Krieg abzuschrecken, nicht zu führen. KRK sei in Rechnung zu stellen. Spanien sei zu konstruktiver Mitarbeit bereit.

19 Gordon Scott Smith.
20 António Vaz Pereira.
21 Zur Einigung auf einen Mandatsvorschlag der NATO-Mitgliedstaaten für die Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 358, Anm. 20.
22 Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1988 in Madrid vgl. Dok. 172 und Dok. 173.

– Howe stellte Frage nach Zeitpunkt Veröffentlichung. Es sei nötig, substantielles Dokument für Öffentlichkeit zu entwickeln. Was solle dessen Substanz sein? Wir müßten sehr darauf achten, Entscheidungsprozesse voranzubringen, wobei haushaltsmäßige Erfordernisse US in Rechnung zu stellen seien. Gesamtkonzept müsse für nächstes Ministertreffen fertig und könne kein Vorwand sein, erforderliche Entscheidungen zu vertagen. Sie seien, wie Shultz dargelegt habe, bald nötig. Das Bessere sei der Feind des Guten. Verteidigungsplanung dürfe nicht auf Zukunftsvisionen aufgebaut werden.
– StV F[23] gab sich darüber besorgt, daß man nicht vorankomme. Er sei durchaus für ein Zeitlimit. Dies setze jedoch Lösung folgender Probleme voraus:
  – Wer sei Adressat? Er hoffe, daß es nur eine Wahrheit gebe. Es sei klar, daß Konzept AM auf Gipfel vorzulegen sei. Dann sei darüber zu befinden, ob man Öffentlichkeit befassen wolle.
  – Es sei darüber Klarheit zu gewinnen, ob man Referenzrahmen oder konkrete Entscheidungen anstrebe. Für Frankreich komme nur ersteres in Frage, und nur dann könne man Gesamtkonzept mittragen. Man verstehe zwar, daß auch über SNF befunden werden solle, Frankreich interessiere dies jedoch nicht, und man sei davon nicht betroffen, weswegen man in Reykjavik Ziffer 7[24] auch nicht indossiert habe.
– Poos meinte, prozedurale Vorschläge DK seien nur schwer zu verwirklichen. Er glaube aber wie NL, daß baldiges informelles AM-Treffen erwünscht sei. Eile sei geboten, u. a., da Rüstungskontrollbereiche KRK/VSBM, CW und START in Beziehung gebracht werden müßten. Öffentliche Meinung sei sensibilisiert. Wir dürften nicht scheitern.
– Hannibalsson: Zeitdruck wachse. Wir benötigten Richtlinie. Nukleare Abschreckung dürfe nicht ausgehöhlt werden.
– Stoltenberg erklärte Einverständnis mit Zeitlimit Gipfel. Zur Substanz glaube er wie DK, daß Konzept zukunftsorientiert sein müsse. Sprache sei wichtig. Es solle Richtlinie („guide“) für uns selbst und für Öffentlichkeit darstellen. Er wolle offen sein: Warum müsse jetzt modernisiert werden? Diese Frage überschatte alles. Wir sollten zwar zu unpopulären Entscheidungen bereit sein, aber warum schon jetzt? Sei dies wirklich wesentlich und für „appropriation“ unabdingbar?
– Shultz bemerkte hier, er wolle nicht argumentieren, daß jetzt „Entscheidung“ erforderlich sei. Wenn wir jedoch Unsicherheit schüfen, werde Zuweisung von Geldmitteln („appropriation“) nicht erfolgen. Hilfreiche Atmosphäre („supportive atmosphere“) sei wichtig. Es handele sich nicht um Entscheidung für Dislozierung. Vielleicht sei letztere später gar nicht nötig.
– BM unterstrich, daß jeder Versuch, etwa einen bestimmten rüstungskontrollpolitischen Teil aus Gesamtkonzept herauszunehmen, zu Schwierigkeiten führen werde. Jeder wisse, was er meine.

23 Gabriel Robin.

24 Für den Wortlaut von Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f.

Er wolle auch hier darauf hinweisen, daß BR Deutschland für gemeinsame Verteidigung sehr erhebliche Beiträge leiste. Dies gelte nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern allgemein für Einstellung unserer Bevölkerung. Nirgendwo sonst gebe es eine so erhebliche Konzentrierung von Waffen usw. Dies werde von Bürgern nicht nur ertragen, sondern getragen – trotz schlimmer Ereignisse wie z.B. Ramstein[25]. Er erhalte soeben Nachricht, daß alliiertes Flugzeug über der Stadt Remscheid abgestürzt sei und daß man viele Opfer zu beklagen habe, deren Höhe noch nicht feststehe.[26] Er wolle Angehörigen und Verletzten Mitgefühl zum Ausdruck bringen.

3) GS faßte zusammen:

– Er stelle Einverständnis fest, das Gesamtkonzept nächstem AM-Treffen oder Gipfel, falls dieser vorher stattfinde, vorzulegen sei.
– Was die von DK angeregten Gremien anbelange, so habe er damit keine Erfahrung, er werde jedoch darüber nachdenken und Sache weiterverfolgen. Ständiger Rat könne durchaus Ergebnisse erzielen, wofür jedoch präzise Weisungen aus Hauptstädten erforderlich seien.
– Hinsichtlich öffentlicher Präsentierung brauche jetzt noch nicht entschieden zu werden. Es sei Möglichkeit vollständiger oder teilweiser Veröffentlichung zur Erörterung gestellt worden.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 12098 (201)

25 Zum Unglück bei einer Flugschau auf dem amerikanischen Luftwaffenstützpunkt Ramstein am 28. August 1988 vgl. Dok. 286, Anm. 3.

26 In der Presse wurde berichtet: „Über dem Stadtgebiet von Remscheid ist am Donnerstagmittag ein amerikanisches Militärflugzeug abgestürzt. Sechs Mehrfamilienhäuser gerieten in Brand, andere auf einer Länge von mehr als hundert Metern wurden zum Teil schwer beschädigt oder zerstört. Über die Zahl der Toten und Verletzten lagen auch Stunden nach dem Unglück keine verläßlichen Angaben vor.“ Vgl. den Artikel „Amerikanisches Militärflugzeug in Wohngebiet gestürzt“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. Dezember 1988, S. 1.

363

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder

412-424.02/6-919/88 VS-vertraulich **12. Dezember 1988**

Über Dg41[1], D4[2], Herrn Staatssekretär[3] Herrn Minister[4] mit der Bitte um Zustimmung zu II. 1 und 3[5]

Betr.: Entwurf des Berichts des Delors-Ausschusses über die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion in Europa[6]

Anlg.: 1 (nur bei Original)[7]

I. 1) Auf seiner vierten regulären Arbeitssitzung wird der Delors-Ausschuß am 13.12.1988 in Basel einen von seinem Sekretariat erstellten Entwurf eines Berichts an den ER Madrid diskutieren (s. Anlage; Bitte um vertrauliche Behandlung). Der Bericht enthält zahlreiche interessante und konstruktive Ideen und Vorschläge. In wichtigen Punkten geht er auf deutsche Vorstellungen ein.

Insbesondere wird vorgeschlagen

- in einer ersten Phase parallel zur Verwirklichung des Binnenmarktes und einer engeren haushaltspolitischen Abstimmung zwischen den Zwölf dem Ausschuß der EG-Zentralbankpräsidenten mehr Befugnisse im Geld- und Währungsbereich einzuräumen;
- in einer zweiten Phase ein Europäisches Zentralbanksystem einzurichten, das
  - auf Erhaltung der Geldwertstabilität verpflichtet,
  - politisch unabhängig und
  - föderal strukturiert ist;
- in einer dritten Phase eine Europäische Währung zu schaffen, welche die nationalen Währungen ersetzt;
- parallel zur Schaffung eines Europäischen Zentralbanksystems in der zweiten Phase ein „Zentrum für wirtschaftspolitische Entscheidungen“ auf Gemeinschaftsebene zu schaffen, das in der dritten Phase vor allem das Recht hätte,

1 Hat Ministerialdirigent Trumpf am 12. Dezember 1988 vorgelegen.
2 Hat Ministerialdirektor Jelonek am 13. Dezember 1988 vorgelegen.
3 Hans Werner Lautenschlager.
4 Hat Bundesminister Genscher am 20. Dezember 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ein ermutigender Fortschritt.“
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 20. Dezember 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Trumpf an Referat 412 verfügte.
Hat Legationsrat Berger am 20. Dezember 1988 vorgelegen, der für Referat 412 handschriftlich vermerkte: „BM faßt Besuch Ende Januar ins Auge.“
Hat Staatssekretär Lautenschlager am 20. Dezember 1988 vorgelegen, der zum Rücklauf an Jelonek handschriftlich vermerkte: „N[ach] R[ückkehr].“
Hat Jelonek am 23. Dezember 1988 vorgelegen.
5 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „D. h. Einplanung eines Gesprächs mit der Bundesbank im Januar, vorher Abstimmung mit BK über die ‚große Linie‘.“
6 Zum Stand der Arbeiten des Ausschusses für eine Wirtschafts- und Währungsunion (Delors-Ausschuß) vgl. Dok. 333, Anm. 9.
7 Dem Vorgang beigefügt. Für den Entwurf vom 2. Dezember 1988 des Berichts über die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion (CSEMU/5/88) vgl. VS-Bd. 14515 (412).

Einschränkungen hinsichtlich der jeweiligen nationalen Haushalte zu beschließen (Haushaltsdefizite).

2) Weiter wird ausgeführt, daß die Implementierung der in dem Bericht skizzierten Wirtschafts- und Währungsunion in Übereinstimmung mit Art. 236 des Vertrags von Rom[8] einen neuen Vertrag notwendig mache. In diesem neuen, umfassenden Einheitlichen Vertrag sollen die Grundzüge und der institutionelle Rahmen einer Wirtschafts- und Währungsunion niedergelegt sein, ohne daß ein Zeitplan vorgegeben ist.

Zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion sei ein Schritt-für-Schritt-Ansatz notwendig. Die einzelnen Etappen müßten aber klar definiert sein. Weiter sei zu berücksichtigen, daß langfristig nur eine parallele Entwicklung im Wirtschafts- und Währungsbereich Sinn mache. Kurzfristig müßten aber unterschiedliche Fortschrittsgeschwindigkeiten in einzelnen Bereichen möglich sein.

Hinsichtlich der Beteiligung von Mitgliedstaaten sei es notwendig, daß ein Konsens über die finalen Ziele der Gemeinschaft wie auch die Mitgliedschaft in den Institutionen der Gemeinschaft erhalten bleiben sollte. Gleichzeitig sollte aber ein gewisses Maß an Flexibilität hinsichtlich des Datums möglich sein, zu welchem einzelne Mitgliedstaaten sich bestimmten Vereinbarungen anschließen.[9]

Zum Schluß des Berichts werden zwei Szenarien entwickelt, nach denen in jeweils drei Phasen die Wirtschafts- und Währungsunion geschaffen werden könnte.

Die beiden Szenarien überlappen sich teilweise. Das erste entspricht eher deutschen, das zweite eher französischen Vorstellungen.[10]

II. 1) Der Delors-Ausschuß ist auf Initiative BM Genschers (Genscher-Memorandum[11]) gegründet worden. Sollte der vorliegende Berichtsentwurf auch nur annäherungsweise in dieser Form vom Europäischen Rat Madrid[12] akzeptiert und danach implementiert werden, so würde dies endgültig die Weichen nicht nur auf eine Wirtschafts- und Währungsunion in Europa, sondern auch auf eine politische Union stellen. Der Europäische Einigungsprozeß würde einen Quanten-Sprung nach vorne erleben. Insofern ist auch die Zuständigkeit des Auswärtigen Amts direkt berührt.

Die involvierten Fragen sind außerordentlich schwierig und kompliziert. Sie sind auch politisch sensitiv, weil sie die Souveränität der Mitgliedstaaten in vielen wichtigen Bereichen betreffen. Deshalb wird es lange und schwierige Diskussionen geben, auf europäischer wie auch auf nationaler Ebene.[13]

8 Für den Wortlaut des Artikels 236 des Vertrags vom 25. März 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 898.

9 Zu diesem Absatz vermerkte Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich: „Kryptisch formuliert; gemeint ist wohl Beginn auch zu weniger als 12!“

10 An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich: „(s[ie]h[e] oben).“

11 Vgl. dazu Abschnitt III des „Memorandums für die Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes und einer Europäischen Zentralbank (Diskussionsgrundlage)“ von Hans-Dietrich Genscher vom 26. Februar 1988; EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION, S. 310.

12 Die Tagung des Europäischen Rats fand am 26./27. Juni 1989 in Madrid statt.

13 An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirigent Trumpf handschriftlich: „Zuerst muß wie beim Delors-Paket Einvernehmen zwischen Bundeskanzler und Außenminister über die große Linie hergestellt werden.“
Die Wörter „hergestellt werden“ des Vermerks von Trumpf wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.
Das Wort „r[ichtig]“ wurde von Bundesminister Genscher unterstrichen.

Auf europäischer Ebene sollten wir uns frühzeitig um eine gemeinsame deutsch-französische Position bemühen. Dies könnte z. B. im Finanz- und Wirtschaftsrat geschehen.[14] Auch zwischen beiden Außenministerien könnte ein gemeinsames Vorgehen diskutiert werden.

2) Auf nationaler Ebene sind auch bei uns neue politische Impulse notwendig, auch wegen der sich abzeichnenden institutionellen und personellen Konstellation in der Bundesbank.

Wie aus der Bundesbank zu hören war, wird sich der Zentralbankrat wahrscheinlich mehrheitlich gegen einen Bericht des Delors-Ausschusses in der vorliegenden Form aussprechen. Die Implementierung solcher[15] Vorschläge würde die Bedeutung des Zentralbankrates und seine Macht erheblich einschränken. Die Landeszentralbanken würden endgültig zu Provinzbanken werden.

Der im Bundesbankdirektorium für die europäischen Währungsfragen zuständige Prof. Gleske wird im kommenden Jahr in Pension gehen. Bereits jetzt beteiligt er sich an den internen Arbeiten der Bundesbank zu diesen Fragen – wie zu hören war – kaum noch.

Bundesbankpräsident Pöhl beteiligt seinerseits die zuständigen Abteilungen der Bundesbank zur Vorbereitung seiner Tätigkeit im Delors-Ausschuß nur punktuell. Es wird in der Bundesbank nicht ausgeschlossen, daß Herr Pöhl – sollte sich die Diskussion im Delors-Ausschuß festfahren – einen „Pöhl-Plan" zur Weiterentwicklung der währungspolitischen Zusammenarbeit in Europa vorlegen wird.

Wie weiter zu hören war, soll angeblich BM Stoltenberg sein Einverständnis mit dem Wechsel von StS Tietmeyer in die Bundesbank auf den Platz von Prof. Gleske erklärt haben. Dies könnte bedeuten, daß sich auch das BMF (StS-Ebene[16]) wieder an der Diskussion beteiligen wird.[17]

3) Vor diesem Hintergrund erscheint es angebracht, daß Sie

– den ins Auge gefaßten Besuch bei der Bundesbank für Januar einplanen und
– im Frühjahr nächsten Jahres mit einem Namensartikel oder einer Grundsatzrede zur Wirtschafts- und Währungsunion an die Öffentlichkeit treten.[18]

Schönfelder

VS-Bd. 14515 (412)

14 Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Trumpf eingeklammert. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Vorsicht! Erst später."
Der Vermerk von Trumpf wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

15 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Jelonek gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „der Berichts-".

16 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Jelonek gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Tietmeyer".

17 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich eingefügt: „u[nd] z[war] in positiverer Weise".
Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager durch Fragezeichen hervorgehoben.

18 Zum Passus „den ins Auge gefaßten … Öffentlichkeit treten" vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Dies müßte aber rechtzeitig vorbereitet werden."
Der Vermerk von Lautenschlager wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

364

Aufzeichnung des Legationssekretärs Gescher

412-432.00 **12. Dezember 1988**[1]

Betr.: Einführung der deutschen Sprache als Amtssprache bei der OECD;
hier: Hausbesprechung am 7.12.1988

1) Anwesend bei der von RL 412[2] geleiteten Hausbesprechung waren VLR Bauer (02), LR I Reda (105), LR I Gisy (200), VLR Dix (410), VLR Mayer-Schalburg (605), LS Gescher (412) und Att. Rechenhofer (412).

2) Zur Ausgangslage

– Gemäß Art. 27ff. der Verfahrensordnung der OECD[3] sind gegenwärtig lediglich Englisch und Französisch OECD-Amtssprachen.

– Es ist unverändert Politik der Bundesregierung, die Verwendung der deutschen Sprache in internationalen Organisationen zu fördern und einer faktischen oder legalen Zweisprachigkeit (ausschließliche Verwendung von Französisch und Englisch) entgegenzuwirken. In der EG z.B., wo Deutsch die rechtliche Stellung einer Amtssprache hat, zielen die Bemühungen auf eine regelmäßige Verwendung auch als Arbeitssprache (siehe Brief von BK Kohl an die EG-Kommission vom 14.9.1984[4]). Im Europarat, wo Deutsch als Arbeitssprache nur beim Ministerkomitee und bei der Parlamentarischen Versammlung Verwendung findet, gilt es, sowohl die juristische als auch die faktische Stellung der deutschen Sprache zu verbessern.

– In der OECD gibt es einerseits bereits einen deutschsprachigen Übersetzerdienst mit elf Übersetzern und andererseits zwei Deutsch-Dolmetscher zur Übersetzung aus bzw. in die zwei Amtssprachen. Neun weitere der insgesamt 20 Dolmetscher sind dazu ebenfalls in der Lage. D trägt die Kosten. 1988 beliefen sie sich auf 5,6 Millionen FF.

– Französisch wird im OECD-Raum von etwa 67 Mio. Menschen gesprochen: Von 55 Mio. in F, 6,2 Mio. in Kanada, 4 Mio. in D[5], 1,2 Mio. in SCZ, 0,2 Mio. in

1 Ablichtung.
Hat Ministerialdirigent Trumpf am 13. Dezember 1988 vorgelegen, der handschriftlich für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schönfelder vermerkte: „Muss eine solche Initiative nicht politisch abgesegnet werden?“

2 Wilhelm Schönfelder.

3 Vgl. dazu die Artikel 27 und 28 der Verfahrensordnung der OECD vom 30. September 1961; https://www.oecd.org/legal/internal-rules.htm#2.

4 Mit Schreiben an EG-Kommissionspräsident Thorn übermittelte Bundeskanzler Kohl die Sorge darüber, daß sich die Kommissionsdienststellen auf den Gebrauch der französischen und der englischen Sprache beschränkten. Damit sich aber Bürger der Bundesrepublik mit der Gemeinschaft identifizierten, müßten sie sich „auch in ihrer Sprache in der Gemeinschaft wiederfinden“. Die Zweisprachigkeit erschwere zudem die Vorbereitung auf und die Verhandlungsführung der Bundesregierung bei Tagungen und hemme „die politisch erwünschte Ausweitung der europäischen Integration auf neue Fachbereiche, in denen das Arbeiten mit fremdsprachlichen Texten häufig weniger verbreitet ist“. Kohl führte weiter aus, die Vernachlässigung der deutschen Sprache stelle eine Diskriminierung dar, die sich als Wettbewerbsnachteil für deutsche Unternehmen auswirke: „Ich denke hierbei an Ausschreibungen zur Abgabe von Angeboten im Bereich der Industriepolitik, die systematisch nicht auf deutsch herausgegeben werden.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168802.

5 Diese Abkürzung wurde von Ministerialdirigent Trumpf hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „B?“

L. Etwa 73 Mio. Menschen sprechen Deutsch: 61 Mio. in D, 7,6 Mio. in LST[6], 4,2 Mio. in SCZ, 0,2 Mio. in L. (Nicht eingerechnet sind deutschsprechende, z.T. mit regional begrenztem Sonderstatus versehene Teile Belgiens, Dänemarks und Italiens.)

3) Als Ergebnis wurde festgehalten, daß eine Initiative gestartet werden soll mit dem Ziel der Einführung der deutschen Sprache als Amtssprache bei der OECD (Maximalziel). Dies würde eine Änderung der OECD-Verfahrensordnung (Zustimmung aller MS erforderlich) notwendig machen. Als Minimalziel sollte der Gebrauch von Deutsch als Arbeitssprache bei Konferenzen, Ausschüssen, Ausschuß-Sitzungen etc. sichergestellt werden.

Evtl. Reaktionen anderer Staaten (z.B. J), die möglicherweise ähnliche Wünsche haben könnten, sollen unser Vorgehen zunächst nicht beeinflussen.

Nach informellen Andeutungen aus dem BMWi würden Finanzprobleme kein unüberwindbares Hindernis darstellen.

Die Bemühungen im Rahmen der OECD sollen sich in ein noch zu erarbeitendes Gesamtkonzept zur Förderung des Gebrauchs der deutschen Sprache in anderen internationalen Organisationen eingliedern.

4) Zum Vorgehen wurde beschlossen,

– zunächst Konsultationen mit der Schweiz und Österreich aufzunehmen, einmal durch die StV OECD in Paris und zum anderen durch unsere Botschaften in Bern und Wien bzw. mit den Botschaften beider Länder in Bonn. Über letzteren Punkt soll in Absprache mit dem BMWi entschieden werden[7];
– die Frage bei den nächsten kulturpolitischen Konsultationen mit Österreich anzusprechen;
– eine StS-Vorlage mit der Bitte um Billigung des weiteren Vorgehens zu erstellen.

Gescher

Referat 412, Bd. 168802

6 Diese Abkürzung wurde von Ministerialdirigent Trumpf hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ö?“

7 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schönfelder vermerkte am 21. Dezember 1988, daß er bei einem Gespräch mit Ministerialrat Schlögl, Bundesministerium für Wirtschaft, folgendes Vorgehen verabredet habe: „Einholung der Billigung der Leitung von AA und BMWi für geplante Initiative zur Einführung der deutschen Sprache als Amtssprache in der OECD; Einberufung einer Ressortbesprechung durch BMWi. Ziel vor allem: Einbindung BMF wegen der involvierten finanziellen Aspekte […]; Konsultationen mit Österreich, Schweiz und Japan“. Vgl. Referat 412, Bd. 168802.

365

Gespräch des Ministerialdirektors Schlagintweit

311-504.80 IRN **13. Dezember 1988**[1]

Gespräch D 3 mit den Herren Thomä-Venske (Konsistorium der EKD, Berlin), Bahman Nirumand und Rafi (Vorsitzender des Komitées zur Verteidigung der Menschenrechte in Iran, Berlin) am 13.12.1988

Anlaß des Gesprächs waren die Zunahme der Hinrichtungen im Iran[2], über die Herr Nirumand und Herr Rafi auch Bischof Kruse (EKD Berlin) im Namen zahlreicher Angehöriger von Hinrichtungsopfern unterrichtet hatten.

Nirumand vertrat zu Beginn die These, daß jetzt, nach Beginn des Waffenstillstandes[3], die grundsätzlich zu begrüßenden guten Beziehungen zu Iran genutzt werden sollten, um in der Frage der Menschenrechtsverletzungen (konkret: Hinrichtungen) mit Aussicht auf Erfolg Druck auf die iranische Regierung auszuüben. Die Tatsache, daß die iranische Regierung im Hinblick auf den Wiederaufbau auf Öffnung nach Westen und Wirtschaftsliberalisierung setzen müsse – da sonst benötigte iranische Fachkräfte nicht nach Iran zurückkehren würden –, gebe verantwortlichen ausländischen Politikern einen Einflußspielraum, den sie zur Verknüpfung der MR-Problematik mit wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu Iran einsetzen sollten.

D3 erläuterte unsere Politik, die auf Einbeziehung Irans – nicht seine Isolierung – in internationale Friedensbemühungen und Verantwortung abgezielt und hier gewisse Erfolge mitbewirkt habe. Die Meldungen über vermehrte Hinrichtungen hätten BM veranlaßt – und der Stand unserer Beziehungen habe dies ermöglicht –, die MR-Frage zum Schwerpunkt seiner Gespräche in Teheran zu machen.[4] Er habe dabei erreicht, daß Iran einer Einreise des Sonderberichterstatters der VN für Menschenrechte in Iran[5] zugestimmt habe. Die iranische Seite habe gesagt, daß dies aufgrund des Engagements des BM geschehe. Wir hätten die grundsätzliche Entscheidung getroffen, bei allem Anlaß zur Kritik auf eine Zusammenarbeit mit Iran zu setzen, um die Kräfte zu unterstützen, die mit ihrer

1 Durchschlag als Konzept.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Eickhoff gefertigt und am 16. Dezember 1988 an Ministerialdirigent Schlagintweit geleitet.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dassel am 16. Dezember 1988 vorgelegen.

2 Referat 311 bilanzierte am 23. November 1988, daß der Bericht des Sonderbeauftragten der VN-Menschenrechtskommission, Pohl, von Anfang November 1988 keine genauen Zahlen über Hinrichtungen im Iran enthalte: „Bislang ist noch niemand in der Lage, genaue Angaben darüber zu machen. Der UN-Report berichtet von 860 Hingerichteten, die vom Evin-Gefängnis in Teheran zum Beheshte-Zahra-Friedhof gebracht worden sein sollen, im Zeitraum vom 14. bis 16. August 1988 […]. Der UN-Report berichtet ebenfalls von etwa 200 Volksmudschaheddin, die am 28.7. im Evin-Gefängnis hingerichtet worden sein sollen. […] Die bislang vorhandenen Angaben über Hinrichtungen seit dem Waffenstillstand am Golf bewegen sich zwischen ‚Hunderten' bis 2500. […] Vor zwei Wochen soll bekannt geworden sein, daß inzwischen auch Mullahs selbst hingerichtet worden seien." Vgl. Referat 311, Bd. 154161.

3 Zum Waffenstillstand zwischen dem Irak und dem Iran ab 20. August 1988 vgl. Dok. 225, Anm. 30.

4 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem iranischen stellvertretenden Außenminister Larijani am 28. November 1988 in Teheran; Dok. 341.

5 Reynaldo Galindo Pohl.

Politik der Westöffnung und Wirtschaftsliberalisierung unseren Vorstellungen näherkämen als andere. Die daraus resultierenden Beziehungen erlaubten erst das klare, kritische Wort zu MR-Fragen, wie es vom BM geäußert worden sei. Die Pflege entsprechender Verbindungen – wie das hierdurch ermöglichte Einbringen unserer Position in MR-Fragen – erscheine uns um so wichtiger, als die Hinrichtungen – wie auch Herr Nirumand schon angedeutet hatte – möglicherweise eine bewußte, gegen die Öffnungspolitik der derzeitigen iranischen Regierung gerichtete Aktion seien.

Nirumand machte deutlich, daß er Forderungen von Oppositionellen nach Abbruch der Beziehungen und Wirtschaftssanktionen nicht für richtig halte, da die Öffnungspolitik eine Chance haben müßte. Gute Beziehungen dürften aber andererseits nicht zu einer Legitimierung von Untaten der Regierung führen, die sich möglicherweise nur nach außen liberal gebe, nach innen aber durchaus autokratisch vorgehe (besonders auch Rafsanjani). Überhaupt sei die gern vorgenommene Einteilung in Pragmatiker und Radikale wenig überzeugend (z. B. werde Montazeri im allgemeinen zu den Radikalen gerechnet, habe sich aber zu den Hinrichtungen kritisch geäußert).

D3 stimmte dem zu; es spräche aber viel für eine Unterscheidung zwischen Pragmatikern/Liberalen und Radikalen. Wir hofften, daß erstere sich durchsetzten. Dafür bräuchten sie Erfolge. Gleichzeitig würden wir gerade ihnen unsere Einstellung zur MR-Frage verdeutlichen und sie zur Einhaltung der MR drängen.

Herr *Rafi* kritisierte, daß wir unter den bestehenden MR-Verhältnissen die Wirtschaftsbeziehungen zu Iran ostentativ förderten. Er stellte die Frage, welche Verbesserung sich durch die Entwicklung der Beziehungen seit 1984 (erster BM-Besuch in Teheran[6]) ergeben habe.

D3 legte dar, daß nach unserer Auffassung über die Wi-Beziehungen kein wirksamer Druck ausgeübt werden könne. Die Entwicklung der politischen Beziehungen habe aber u. a. die Heranführung Irans an die VN und den Friedensprozeß und jetzt die Konkretisierung einer Zusammenarbeit mit dem VN-Menschenrechtsbeauftragten mit ermöglicht. Dies seien wichtige Erfolge. Hinsichtlich der politischen Gefangenen und des Hinrichtungsstopps seien Erfolge schwer nachprüfbar.

Nirumand plädierte für massiven Druck offizieller Stellen, um die Hinrichtungen zu beenden. Unsere guten Beziehungen erlaubten dies. Herr *Thomä-Venske* regte ergänzend an, weiter für namentlich bekannte Häftlinge tätig zu werden und die Initiative zur Entsendung einer internationalen MR-Kommission nach Iran zu unterstützen.

D3 sprach sich dafür aus, die Zusammenarbeit mit dem VN-SBE[7] weiter zu fördern. Wir würden uns weiter engagiert gegen Hinrichtungen und für die Beachtung der MR einsetzen. Der BM werde sich auch weiterhin für Einzelfälle einsetzen.

Auf die Frage Nirumands nach den möglichen Gründen für die jetzigen Hinrichtungen sagte D3, es handle sich möglicherweise um eine größere innenpolitische

6 Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1984 im Iran auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 201 und Dok. 203.

7 VN-Sonderberichterstatter.

„Bereinigung“ vor einer eventuellen Liberalisierung. Zweifel seien allerdings an gebracht, ob die iranische Führung bei der fehlenden demokratischen Tradition in Iran hier sehr weit gehen könne.

Abschließend vereinbarten D3 und die Besucher eine Fortsetzung des Gesprächs über Iran und die angesprochenen Fragen.

Referat 311, Bd. 154161

366

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der USAP, Grósz, in Budapest

214-321.11 UNG **14. Dezember 1988**[1]

Von BM noch nicht gebilligt

BM-Reise nach Budapest am 14./15. Dezember 1988;
hier: Gespräch mit GS Grósz am 14.12.1988

GS begrüßt BM und gratuliert zur Verleihung des Ehrendoktors der Eötvös-Loránd-Universität am folgenden Tag.[2] Die bilateralen Beziehungen hätten eine neue Phase erreicht. Er bitte, BK Grüße auszurichten.

BM dankt für den Empfang und überbringt Grüße von BuPräs und BK. Bei uns verfolge man die Entwicklungen in UNG mit großer Aufmerksamkeit. Er wolle aber zunächst ein paar Worte über die Entwicklungen in der EG sagen. 1980 sei in den USA ein Buch über den Niedergang Europas erschienen. Heute werde dort die Frage nach einer „Festung Europa“ gestellt. Eine solche Festung strebe man nicht an. Die künftigen Entwicklungen seien gar nicht möglich, wenn die EG sich abschließe. Die RGW-Länder sollten hierin ihre Chance erkennen. Wenn die EG ihr Wachstum steigere, könne sie die RGW-Länder mitziehen. Die positive Wirkung sei umso größer, je weiter in einem RGW-Land der Reformprozeß fortschreite. Deshalb werde UNG auch die größten Vorteile haben, wenn es sich rechtzeitig auf die neuen Entwicklungen einstelle.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 16. Dezember 1988 gefertigt und an das Ministerbüro „mit der Bitte um Zustimmung zur Verteilung mit üblichem Vorbehalt“ geleitet.
Hat Vortragendem Legationsrat Mützelburg am 19. Dezember 1988 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Annen am 20. Dezember 1988 vorgelegen, der handschriftlich für Amtsinspektor Kühn vermerkte: „B[itte] verteilen.“

2 Botschafter Steger, Budapest, übermittelte am 29. November 1988 Informationen der Eötvös-Loránd-Universität zur Verleihung der Ehrendoktorwürde der Juristischen Fakultät an Bundesminister Genscher: „Universität möchte mit Ehrung insbesondere den konzeptionellen Gehalt der langjährigen Außenpolitik des Herrn BM würdigen, die nach Auffassung Universität eine politisch-wissenschaftliche Fundierung offensichtlich zeigt. Von BM konzipierte Politik wird als wesentlich stabilisierender Faktor im europäischen und weltweit politischen Konzert bewertet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1852; Referat 214, Bd. 139494.

Die bilateralen Konsultationen über EG-Fragen am 8.12. in Budapest sollten UNG den Einstieg erleichtern.[3] Hinweis auf EUREKA[4] und Initiative von D und F in Rhodos zur audiovisuellen Mediennutzung.[5] Hierin liege ein Angebot an EFTA-und RGW-Länder zur Stärkung der Identität Europas im Sinne seiner kulturellen Vielfalt.

Ein Hindernis sei immer noch die militärische Konfrontation. Es gelte, darauf hinzuarbeiten, daß die militärischen Elemente an Bedeutung verlieren. Deshalb müsse man bald mit den KRK-Verhandlungen beginnen und diesen Prozeß unumkehrbar machen.

Auf die ungarischen Reformbemühungen setze man in D große Hoffnung. Dabei seien wir uns bewußt, daß jede Phase der Umgestaltung schwierig sei. Es sei wichtig, den eingeschlagenen Weg entschlossen weiterzugehen. Es gebe die Hoffnung, daß jetzt noch Zögernde sich dann auch auf den Weg machten.

GS: UNG wünsche das auch. Er dankt für BMs Darlegungen zur EG. Er habe lange Zeit Sorge in bezug auf die Entwicklung zum Binnenmarkt gehabt. Diese sei erst nach seinen Gesprächen in D, GB, F und SP[6] geschwunden. Die Beurteilungen über Europa in den USA hätten etwas anders gelautet („Abschottung"). Vor allem sein Gespräch mit González habe ihn dann aber beruhigt. UNG wolle die Zusammenarbeit mit der EG.

Er sei auch fest entschlossen, den Reformkurs fortzusetzen. Gefahren drohten von denen, die Beschleunigung forderten, und von denen, die nach der alten Ordnung riefen. Wenn die Anarchie vermieden werden solle, müsse man die Entwicklung im Griff behalten. Eine Gefahr seien auch die Freunde, die die Entwicklung mißverstünden.

BM: Man müsse immer wissen, wohin die Bewegung führe. Eine Stabilität durch Repression habe sich überlebt. Pluralität sei komplizierter, aber auch stabiler.

GS stimmt zu. UNG sei für eine weitere Entfaltung des Pluralismus, aber im Sinne einer kontrollierten Entwicklung. Man müsse vorangehen, ohne aber etwas zu überstürzen. Pluralität funktioniere nur, wenn alle Kräfte in eine bestimmte Richtung gingen. Es müsse einen gemeinsamen Nenner geben. Ohne gemeinsame Plattform gebe es keine Entwicklung. Man wolle nicht Pluralität, um zusammenzubrechen. Nach den ungarischen Erfahrungen gebe es im Einparteiensystem mehr Fehlentwicklungen als beim Mehrparteiensystem. Alle Parteien müßten aber das Wohl der Nation sehen.

3 Über die bilateralen Konsultationen zu EG-Fragen berichtete Ministerialdirigent Trumpf, z. Z. Budapest, am 9. Dezember 1988: „Ung[arische] Seite informierte sich detailliert über Fortschritte des EG-Binnenmarkts nach Rhodos und mögliche Auswirkungen auf Ungarn und deutsch-ung. Beziehungen sowie Möglichkeit eventueller Anpassungsmaßnahmen Ungarns." Ferner habe sie „eine zu wenig differenzierte Behandlung Ungarns durch die EG" beklagt. So beabsichtige Ungarn, seine Vertretung in Brüssel neben einem Botschafter mit sieben weiteren Diplomaten zu besetzen, sei aber nun von einer Meldung überrascht worden, wonach alle Staatshandelsländer neben dem Missionschef nur zwei Mitarbeiter zusätzlich akkreditieren dürften, was aus ungarischer Sicht „völlig unangemessen" sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1921; Referat 411, Bd. 160457.

4 Zum europäischen Forschungs- und Technologieprogramm EUREKA vgl. Dok. 347, Anm. 10.

5 Zur Tagung des Europäischen Rats am 2./3. Dezember 1988 auf Rhodos vgl. Dok. 353.

6 Ministerpräsident Grósz besuchte die Bundesrepublik vom 7. bis 10. Oktober 1987. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 7. Oktober 1987 vgl. AAPD 1987, II, Dok. 277.
Grósz hielt sich vom 5. bis 7. Mai 1988 in Großbritannien, am 15./16. November 1988 in Spanien und vom 17. bis 19. November 1988 in Frankreich auf.

UNG wolle ein europäisches Land bleiben und Anschluß an die dynamischen Entwicklungen finden. Dem Individuum solle künftig mehr Raum gegeben werden.

BM plädiert für eine größere Stabilität durch Akzeptanz, wobei UNG sich auf seine europäische Identität und seine nationalen Gegebenheiten besinnen solle.

GS stimmt mit dem Bemerken zu, UNG habe eine seltene Phase seiner Geschichte erreicht, wo West und Ost für die Reformprozesse seien.

BM fragt nach den Entwicklungen in der SU.

GS: Gorbatschow müsse noch sehr viel kämpfen, um sich durchzusetzen. Er werde es aber schaffen. Die SU-Führung sei sich bewußt, daß sie keine Alternative habe. Mit dynamischen Prozessen würden auch Wunden aufgerissen (Nationalitätenfrage[7]). Die SU-Führung habe auch gezeigt, daß sie heute fähig sei, aus eigenen Fehlern zu lernen.

Die Führung sei durch die Entwicklungen zusammengeschweißt. Gorbatschow habe schnell und entschlossen agiert und klargestellt, wer dirigiere. Seine Führung wisse, was sie wolle, aber nicht genau, wie alles zu realisieren sei. Bei der Beseitigung des Widerstandes in den Massen werfe die Führung Ballast ab (stillschweigende Auflockerung des Alkoholverbotes). Gorbatschow meine es ernst. Er wolle den friedlichen Wettbewerb und die Öffnung.

BM dankt für die Einschätzung. Er teile diese Auffassung. Sie müsse im Westen ausgesprochen werden. Er habe sich dabei weit vorgewagt. Wenn die SU zu einem kompetenten Partner in allen Bereichen werde, liege dies auch in unserem Interesse. Deshalb seien wir am Erfolg von Gorbatschows Politik interessiert.

GS: Dann könne sich auch UNG selbständig entfalten. Der Rede Gorbatschows vor der VN[8] seien im östlichen Bündnis lange Konsultationen vorausgegangen. Was im Juli in Warschau erörtert und vorgeschlagen wurde[9], sei jetzt in konkrete Politik umgesetzt worden.

UNG wolle auch seine Grenzen öffnen. Jeder Ungar erhalte einen Paß. Die Reiselust der Ungarn schlüge sich in diesem Jahr in einer Devisenbelastung von 600 Mio. $ nieder. Die technischen Grenzsperren an der Grenze zu Ö werde man abbauen. Alles dies könne nur geschehen, weil das politische Umfeld geeignet sei.

BM kommt auf die Kurzstreckenraketen zu sprechen. Hier sei die Überlegenheit der SU am größten. Die SU könne hier Schritte tun und behalte trotzdem noch mehr als der Westen.

GS: Er verstehe das; aber für einen solchen Schritt müßten auf seiten der SU die Voraussetzungen noch reifen. Durch eine Geste der USA könne dies beschleunigt werden.

BM: 88 Systemen im Westen stelle die SU 600 oder nach anderer Quelle 800 Systeme gegenüber.

7 Zu den Nationalitätenkonflikten in der UdSSR vgl. Dok. 85 und Dok. 337.

8 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 7. Dezember 1988 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 357 und Dok. 359.

9 In Warschau fand am 15./16. Juli 1988 die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts statt. Für den Wortlaut der Erklärung zur Konventionellen Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 427–429.

GS: Die Lösung könne nur von den Politikern kommen. Er leitet über zur Wirtschaft. Hier gebe es bezüglich des Konzepts noch offene Fragen. UNG habe einen neuen MP und eine verjüngte Regierung von Technokraten.[10] Man hoffe, die Umstrukturierung der Wirtschaft bis 1990 durchführen zu können.

BM: Änderungen der Wirtschaftspolitik seien schwieriger als solche der Außenpolitik. Die wirtschaftliche Reformpolitik in UNG könnte zu einem Beispiel im eigenen Bereich werden.

GS bemerkt abschließend dazu, UNG wolle in dieser Hinsicht nicht in die Rolle eines Modells gedrängt werden, sonst würden andere Partner eifersüchtig.

Das Gespräch dauerte anderthalb Stunden.

Referat 214, Bd. 139494

367

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken

213-321.00 **14. Dezember 1988**[1]

Gespräch zwischen Herrn D 2[2] und Prof. Smirnow, Moskau

Gestern empfing Herr D 2 Professor G. L. Smirnow, Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus in Moskau, zu einem einstündigen Gespräch. U. a. nahmen teil die Herren Portugalow und Tutjunjan, ZK-Apparat, sowie Herr Schumacher, Friedrich-Ebert-Stiftung. Aus dem Gespräch ist hervorzuheben:

1) Auf Frage führte Prof. Smirnow aus, bei der sogenannten Breschnew-Doktrin[3] gebe es mehr Legenden als Wahrheit. Er verwies auf Äußerungen Chruschtschows, wonach die Sowjetunion den Kapitalismus bald überholen werde[4], sowie auf zweifelhafte Thesen Stalins über den Westen. Der Westen und die Sowjetunion könnten sich gegenseitige Vorhaltungen machen. Aber dies führe nicht weiter. Unsere gemeinsame Aufgabe sei die Frage der Neuordnung der internationalen Beziehungen weltweit. Wenn wir nicht in einem Krieg untergingen, könnten wir in einer ökologischen Krise untergehen.

Portugalow fügte hinzu: Eine Breschnew-Doktrin in dem offiziellen Sinn wie eine Monroe- oder Hallstein-Doktrin[5] habe es nie gegeben. Aber Breschnew habe den

10 Am 24. November 1988 wurde Miklós Nemeth im ungarischen Parlament zum Ministerpräsidenten gewählt.

1 Ablichtung.

2 Dieter Kastrup.

3 Zur Breschnew-Doktrin vgl. Dok. 342, Anm. 7.

4 Vgl. dazu die Rede des Ministerpräsidenten Chruschtschow auf dem XXI. Parteikongreß der KPdSU am 27. Januar 1959 in Moskau; N.S. CHRUSCHTSCHOW, Welt ohne Waffen – Welt ohne Krieg, Ost-Berlin 1961, S. 5–44 (Auszug).

5 Die „Hallstein-Doktrin" wurde nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR entwickelt. Bundeskanzler Adenauer machte bereits am 22. September 1955

Satz von der besonderen Verantwortung für die sozialistischen Länder geprägt. Heute jedoch könne nichts mehr in der sowjetischen Politik mit einer Breschnew-Doktrin in Verbindung gebracht werden. Gorbatschow erkläre, daß die Sowjetunion nicht im Besitz der absoluten Wahrheit sei. Er betone mit Nachdruck das Recht der Wahlfreiheit, das für alle Länder gelte.

2) Smirnow kam auf seine Tätigkeit als sowjetischer Ko-Vorsitzender der sowjetisch-polnischen Historiker-Kommission zu sprechen. Jetzt werde um die „weißen Flecken" ein großer Rummel gemacht. Auch zwischen der BR Deutschland und der Sowjetunion gebe es weiße Flecken. Aber wegen der Notwendigkeit, die Entwicklung der Beziehungen nicht zu stören, wolle man die Frage der Vergangenheit nicht hervorkehren. In dem ebenfalls sehr empfindlichen Verhältnis zwischen der Sowjetunion und Polen würde die Frage der Geschichtsaufarbeitung mit Vorsicht angegangen. Ein offenes Geheimnis sei, daß Rußland und Deutschland Polen unter sich aufgeteilt hätten. In der Historikerkommission sei die Zusammenarbeit gut. Von insgesamt 25 Themen würden 23 in Ruhe bearbeitet, während die übrigen zwei Probleme bislang nicht auf wissenschaftlichem Weg bewältigt worden seien.

Einmal gehe es um das Schicksal des Geheimen Protokolls des Vertrags vom 23.8.1939.[6] Die Polen wollten eine Veröffentlichung. Die Sowjetunion verfüge über Kopien. Aber alle Versuche, das Original zu finden, seien bislang ergebnislos verlaufen. Wie stehe es bei uns mit diesem Dokument?

D 2, der auf die Frage vorbereitet war, übergab eine Kopie des Zusatzprotokolls und erläuterte die archivarische Geschichte des Dokuments.[7] Er faßte zusammen, es gebe keine Zweifel an seiner Echtheit. Smirnow stellte fest, daß also auf beiden Seiten das Original nicht vorhanden sei. Er dankte für die Erläuterungen und bat um eine möglichst genaue schriftliche Darstellung des Status dieser Kopie. Wahrscheinlich habe die von D 2 übergebene Kopie eine höhere Qualität als diejenige, die er besitze. Außerdem bat Smirnow um eine Kopie des Protokolls vom 28.9.1939.[8] D 2 sagte die Erfüllung dieser Wünsche zu. Wir seien zu einem umfassenden Zusammenwirken bereit, wir wollten nichts verbergen.

Zu Katyń führte Smirnow aus, die Polen behaupteten, daß der NKWD für den Tod der polnischen Offiziere verantwortlich sei. Sie übten Kritik an der Doku-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1894

deutlich, daß die Bundesregierung die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR durch dritte Staaten, mit denen sie offizielle Beziehungen unterhielt, als „einen unfreundlichen Akt ansehen würde, da er geeignet wäre, die Spaltung Deutschlands zu vertiefen". Der Austausch diplomatischer Vertretungen mit der UdSSR, die offizielle Beziehungen zur DDR unterhielt, wurde als Ausnahme infolge der sowjetischen Sonderstellung als ehemalige Besatzungsmacht betrachtet. Vgl. DzD III/1, S. 389.

Bundesminister von Brentano bekräftigte diese Haltung am 28. Juni 1956 und fügte hinzu, die Bundesregierung müsse im Falle eines solchen unfreundlichen Akts ihre Beziehungen zu dem betreffenden Staat einer Überprüfung unterziehen. Vgl. dazu DzD III/2, S. 513–516.

6 Am 23. August 1939 schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR einen Nichtangriffsvertrag. In einem geheimen Zusatzprotokoll steckten sie ihre Interessensphären in Ostmittel- und Südosteuropa ab. Für den Wortlaut vgl. ADAP, D, VII, Dok. 228 und Dok. 229. Für die Faksimiles vgl. OST-EUROPA 39 (1989), A 417–425.

7 Zur Überlieferung des Vertrags vom 23. August 1939 zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR vgl. Dok. 236, Anm. 3.

8 Für den Wortlaut des Grenz- und Freundschaftsvertrags vom 28. September 1939 zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR einschließlich der geheimen Zusatzprotokolle vgl. ADAP, D, VIII, Dok. 157–160. Für die Faksimiles vgl. OST-EUROPA 39 (1989), A 436–448.

mentation, die Rudenko in den Nürnberger Prozessen vorgelegt hatte.[9] Die sowjetische Seite stimme dieser Kritik in vielen Punkten zu. Der Mangel an Beweisen liege auf der Hand. Es sei jedoch nicht eindeutig, daß alle Untaten vom NKWD begangen worden seien. Es habe sich herausgestellt, daß die Angelegenheit kompliziert sei. Die Listen seien von der Gestapo verfälscht worden und enthielten auch Namen von solchen Opfern, die von der Gestapo erschossen worden seien. Die Historiker könnten das nicht mehr erklären. In einem in London erschienenen Buch eines Polen mit Namen Świątek[10] werde der Versuch des Nachweises unternommen, daß die Gestapo verantwortlich gewesen sei. Es gehe nicht darum, Stalin zu verteidigen. Stalin habe unzählige Verbrechen begangen, so daß 10 000 Opfer mehr oder weniger keinen Unterschied machten. Aber für die Sowjetunion und Polen sei die Frage von großer Bedeutung.

3) Tutjunjan fragte nach unseren Vorstellungen zum Gemeinsamen Dokument[11] und zur weiteren Entwicklung der bilateralen Beziehungen. D 2 gab ausführliche Erläuterungen.

4) Professor Smirnow erläuterte den Grund seiner Reise. Er habe an der Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen der Friedrich-Ebert-Stiftung und seinem Institut teilgenommen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung werde im Februar in Moskau ein Büro eröffnen[12], die sowjetische Seite werde Mitte des Jahres ihrerseits in Bonn ihre Tätigkeit aufnehmen. Das Institut arbeite schon seit längerer Zeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie mit dem Karl-Marx-Haus in Trier zusammen. In der Vereinbarung seien die Veranstaltung von Seminaren, Austauschprogramme usw. festgelegt worden.

Referat 213, Bd. 143533

9 Am 26. Januar 1944 legte eine Kommission unter Leitung des Generalleutnants im Sanitätsdienst der sowjetischen Armee, Burdenko, einen Bericht über die Massenerschießungen bei Katyń vor. Vgl. dazu den Artikel „Soobščenie Special'noj Komissii"; PRAVDA vom 26. Januar 1944, S. 1–3.
Der Bericht wurde durch den sowjetischen Ankläger bei den Nürnberger Prozessen gegen die Hauptkriegsverbrecher, Pokrowskij, am 14. Februar 1946 eingeführt. Vgl. DER PROZESS GEGEN DIE HAUPTKRIEGSVERBRECHER VOR DEM INTERNATIONALEN GERICHTSHOF. Nürnberg, 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, Nürnberg 1947, Bd. 7, S. 466–470.
Für den Wortlaut des Dokuments USSR-54 vgl. TRIAL OF THE MAJOR WAR CRIMINALS BEFORE THE INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL. Nuremberg, 14 November 1945 – 1 October 1946, Bd. 39, Nürnberg 1949, S. 290–332.

10 Korrigiert aus: „Switak".
Vgl. Romuald SWIATEK, The Katyn Forest, London 1988.

11 Zu einer „Gemeinsamen Erklärung" der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. Dok. 287.

12 Das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau wurde am 10. April 1989 eröffnet.

368

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Trautwein

012-312.74 VS-NfD **16. Dezember 1988**[1]
Fernschreiben Nr. 105 Ortez

Zur Uruguay-Runde des GATT[2] nach der Halbzeitkonferenz in Montreal (5. – 9.12.88)

1) Die 8. Runde multilateraler Handelsverhandlungen im Rahmen des GATT, die Uruguay-Runde (UR), hat seit ihrer Eröffnung 1986 (Beschluß von Punta del Este[3]) beachtenswerte Fortschritte erbracht. Sie soll 1990 pünktlich abgeschlossen werden.

2) Die Ministerkonferenz in Montreal hat eine Bestandsaufnahme („mid-term review") des bisher in der UR Erreichten vorgenommen und zugleich die Perspektiven für die Bereiche, in denen geringere Fortschritte erzielt wurden, ausgelotet. Mit der Halbzeitkonferenz auf Ministerebene sollte insbesondere der politische Liberalisierungsimpuls von Punta del Este aufgefrischt werden, damit in den kommenden beiden Jahren die Weichen für einen für alle Beteiligten – EL wie IL – erfolgreichen Abschluß gestellt werden.

3) In Montreal konnte als Teilergebnis seitens der EG, neun anderer IL und elf weiter fortgeschrittener EL eine weitreichende, einseitige Zollsenkung und Marktzugangsverbesserung im Bereich des Handels mit tropischen Erzeugnissen (z. B. Gewürze, tropische Früchte, Tropenholz und Produkte daraus, Maniok, Kaffee, Tee) vereinbart werden.

Nach Einigung über das Gesamtpaket aus 15 Verhandlungsthemen soll die Liberalisierung bei tropischen Produkten rasch in Kraft treten. Die Verständigung bei den tropischen Produkten ist von erheblicher Bedeutung, zeigt sie doch den EL, daß es sich auch für sie auszahlt, an der UR teilzunehmen. Wir erhoffen uns hieraus auch, daß die EL weiterhin konstruktiv an der UR insgesamt mitwirken.

4) Als Zwischenergebnis wurde das bisher in zehn weiteren Verhandlungsgruppen Erreichte bestätigt und fixiert. Hierzu gehören u. a.:

– Grundsätzliche Einigung über den Weg zur Verbesserung der Streitschlichtung im GATT und rascheren Abschluß von Untersuchungsverfahren (Panels);
– Verständigung auf eine Stärkung des GATT durch künftig häufigere Ministerbeteiligung und regelmäßige Länderexamina als „Trade Monitoring" (Untersuchung der Handelspolitik der einzelnen Vertragsparteien im Hinblick auf Rechte und Pflichten aus dem GATT)[4];

1 Der Runderlaß wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rosengarten und Vortragendem Legationsrat Rode konzipiert.
Hat Legationsrat I. Klasse Leuchs am 16. Dezember 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hat H[errn] Trautwein vorgelegen."

2 Zur Uruguay-Runde des GATT vgl. Dok. 239.

3 Für den Wortlaut der Erklärung der Ministertagung des GATT vom 15. bis 20. September 1986 in Punta del Este vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 163–169. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 268.

4 Zu diesem Punkt erläuterte Vortragender Legationsrat I. Klasse Rosengarten am 15. November 1988: „Es besteht weitgehende Einigkeit, EL eingeschlossen, daß künftig das handelspolitische Verhalten sog. Länderexamina unterzogen wird. Die EG ist hiermit einverstanden und war Mitbetreiberin

– Verständigung über Grundzüge über ein multilaterales Rahmenwerk für den grenzüberschreitenden Dienstleistungshandel (auf diesem Gebiet bis vor Montreal nachhaltige Opposition vieler EL – hier also deutlicher Verhandlungsfortschritt aus unserer Sicht).

5) Allerdings war es in vier Verhandlungsbereichen noch nicht möglich, sich auf Zwischenergebnisse zu verständigen (Agrarhandel/Landwirtschaft, Textil- und Bekleidungshandel, Schutzklausel und handelsbezogene Fragen des Schutzes von geistigem Eigentum).

Dadurch ist weder die Halbzeitbilanz „gescheitert", noch ist die UR derzeit insgesamt gefährdet: Erst 1990 kann anhand der Verhandlungsergebnisse der Erfolg der UR abschließend beurteilt werden.

Die Minister haben sich in dieser Lage in Montreal darauf verständigt, gemäß Forderung von Argentinien, Brasilien und Uruguay (diese gehören neben weiteren zehn Ländern zur Cairns-Gruppe der gar nicht oder nur relativ gering ihre Agrarexporte subventionierenden Länder) das bisher Erreichte „einzufrieren" und für die noch offenen Verhandlungsfelder eine Fortsetzung der Halbzeitüberprüfung im April 1989 in Genf[5] (auf der Ebene von höheren Beamten) vorzusehen.

Sollte sich in der Sitzung in Genf kein Konsens über die noch streitigen Verhandlungsfelder erzielen lassen, so geriete allerdings das Gesamtpaket (also auch die elf gebilligten Teil- und Zwischenergebnisse) in Gefahr. Der Generaldirektor des GATT, Dunkel, wird in den nächsten Wochen durch Konsultationen mit den Hauptbeteiligten versuchen, den Weg für Kompromisse bis zur Sitzung im April zu bahnen.

6) Für die Nichteinigung über ein Zwischenergebnis im Agrarbereich war der Konflikt USA–EG ausschlaggebend:

Während die USA wie bisher die völlige Abschaffung aller handelsrelevanten Agrarsubventionen – mit Ausnahme der direkten Einkommenstransfers an die Bauern – sowie den Abbau aller Marktzugangsschranken im Agrarhandel innerhalb eines bestimmten Zeitraums (hier marginale Bewegung der USA, die ursprünglich zehn Jahre als Ziel für den Abbau setzten) fordern, ist die EG nicht bereit, die traditionellen Instrumente ihrer Gemeinsamen Agrarpolitik zum Außenschutz und zur Exportförderung (System der Abschöpfungen und Exporterstattungen) zur Disposition zu stellen.

Die EG hat sich jedoch bereit erklärt, auf fünf Jahre die Agrarstützung auf dem Stande des Jahres 1984 einzufrieren, und auch in langfristiger Hinsicht wäre sie dazu bereit, die Agrarstützung deutlich zu verringern – allerdings, ohne sich auf einen definitiven Zeitpunkt oder Zeitraum für den Langfristabbau festlegen zu können.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1897

dieses Konzepts (Stoßrichtung der EG: Schwellenländer sollen dazu gebracht werden, stärker handelspolitische Pflichten zu übernehmen). Einigkeit besteht außerdem über eine künftig stärkere Ministerbeteiligung im GATT (anders als in Weltbank und IWF bisher im GATT nicht üblich), durch die das Ansehen des GATT sowohl bei den Mitgliedern als auch im Verhältnis zu den Bretton-Woods-Institutionen gestärkt werden soll." Vgl. Referat 411, Bd. 160544.

5 Die Halbzeitevaluierungen der Uruguay-Runde im Rahmen des GATT über die noch offenen Bereiche Agrar- und Textilhandel sowie Schutzklauseln und Schutz von geistigem Eigentum fanden vom 5. bis 8. April 1989 in Genf statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Rosengarten vom 18. April 1989; AAPD 1989.

Diese Position war den USA bereits in den Wochen vor der Konferenz in Montreal deutlich gemacht worden. Die Gemeinschaft hat deshalb den Eindruck gewonnen, daß die USA in Montreal noch nicht zu echten Verhandlungen, d. h. Suchen nach realistischen Kompromißlösungen, bereit waren.

Die Gemeinschaft ist bei der Behandlung des Agrarthemas in Montreal – trotz sehr verschiedener Agrarhandelsinteressen ihrer Mitglieder – geschlossen nach außen aufgetreten. Sie hat mit ihrer Haltung allerdings eine – weitgehende – Isolierung in Kauf genommen.

Die USA und die EG werden bis zum Apriltreffen in Genf zu bedenken haben, daß bei einer Lösung in den Agrarverhandlungen

– auch die Anliegen der Länder der Cairns-Gruppe in Rechnung zu stellen sind,
– die Agrarverhandlungen nur ein Thema unter 14 weiteren in der UR sind: Das Gesamtinteresse der 105 Verhandlungspartner der UR an mehr Liberalisierung und weniger Protektionismus im Welthandel ist zu berücksichtigen.

[gez.] Trautwein

Referat 012, Bd. 134242

369

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

412-401.00 FRA **19. Dezember 1988**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister mit der Bitte um Zustimmung zu 4)

Betr.: Deutsch-französische Wirtschaftsbeziehungen

Bezug: Weisung BM Genscher/AM Dumas vom 21. Oktober 1988 an die beiden Wirtschaftsdirektoren zur Ausarbeitung einer gemeinsamen Studie zum Problem des französischen Handelsdefizits[3]

1) Am 16.12.1988 habe ich mich in Paris mit meinem französischen Kollegen

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schönfelder konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 21. Dezember 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Der vorgeschlagene Zeitplan erscheint realistisch; das Verfahren ist ein gangbarer Weg – siehe dazu allerdings meine Anmerkungen Seite 3 und 4." Vgl. Anm. 5 und 7.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 21. Dezember 1988 vorgelegen.
Hat Legationsrat Berger am 22. März 1989 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 412 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Durch Vorlage vom 9.3.89 überholt?"
Hat Vortragendem Legationsrat Zirpel am 22. März 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 010 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Ja."
Hat Berger am 23. März 1989 erneut vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 412 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 23. März 1989 vorgelegen.
Hat Zirpel am 28. März 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schönfelder „n[ach]R[ückkehr]" verfügte.
Hat Schönfelder vorgelegen.

3 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas in Paris; Dok. 306.

Ouvrieu getroffen, um über die Erledigung des Auftrags vom 21.10.1988 zu beraten (weitere Teilnehmer: Botschafter Follin und VLR I Dr. Schönfelder).

Die Diskussion fand auf der Basis von Gedankenskizzen statt, die beide Außenministerien unter Benutzung von Unterlagen der jeweiligen Fachressorts vorbereitet hatten. Die Ressorts waren ansonsten nicht beteiligt. BMWi und BMF arbeiten aber in zwei getrennten Arbeitsgruppen mit den Franzosen an den gleichen Fragen,

– einmal in einer „Arbeitsgruppe für Wirtschaftsfragen" (BMWi/Trésor), die sich vor allem mit Einzelaspekten des bilateralen Handels beschäftigt, und
– zum anderen in einer vom deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrat eingesetzten hochrangigen Arbeitsgruppe (Tietmeyer/Trichet) zur Frage von „capital recycling".

2) Bei dem Treffen in Paris wurde deutlich, daß die Franzosen das chronische und weiter wachsende französische Handelsbilanzdefizit gegenüber der Bundesrepublik Deutschland mit zunehmender Sorge beobachten. Nach Meinung Ouvrieus beginnt es, das allgemeine wirtschaftliche und politische Klima zwischen beiden Ländern zu belasten. In bestimmten Kreisen beginne man in Frankreich bereits von einem Wirtschaftsimperialismus der deutschen Unternehmen zu sprechen. Diese legten es darauf an, auch in der Perspektive des Binnenmarktes die Märkte zu beherrschen. AM Dumas beschäftige das Problem sehr. Er habe sich bereits einige Male nach dem Fortgang der Arbeiten an der gemeinsamen Studie erkundigt.

Ich habe darauf hingewiesen, daß auch aus unserer Sicht ein chronischer und wachsender Handelsbilanzüberschuß der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Frankreich nicht erwünscht sei. Die beiden Volkswirtschaften müßten sich konvergent entwickeln. Der deutsche Markt stehe französischen Exporteuren bis auf wenige Bereiche offen. Frankreich sei bereits jetzt größter Lieferant der Bundesrepublik Deutschland. Diese Stellung müsse weiter gefestigt werden. Die Initiative liege in erster Linie bei den Franzosen.

Auch BM Genscher lege großen Wert darauf, daß das psychologisch-politische Klima zwischen D und F nicht durch Entwicklungen im Wirtschaftsbereich belastet werde.

3) In der Beurteilung der Ausgangslage waren wir uns einig:

– Die Handelsbilanzprobleme Frankreichs bestehen auch gegenüber anderen Industrieländern und nicht nur im Handel mit der Bundesrepublik Deutschland. Sie werden hier nur besonders deutlich, weil beide Länder füreinander jeweils wichtigster Wirtschaftspartner sind.
– Das französische Handelsbilanzdefizit hat vor allem strukturelle Gründe. Nichttarifäre Handelshemmnisse, Anerkennung von Normen etc. spielen eine untergeordnete Rolle.
– Entscheidende Verbesserungen der französischen Handelsbilanz können deshalb nur mittelfristig und nur über Verbesserungen der französischen Industrie- und Unternehmensstruktur erreicht werden.

Angesichts dieser Lage – kurzfristig keine entscheidende Verbesserung – drängen die Franzosen darauf, daß wir ihnen aus politisch-psychologischen Gründen in einigen Einzelbereichen entgegenkommen und daß mittelfristig vor allem die

Zusammenarbeit auf Unternehmensebene und im Investitionsbereich zwischen beiden Ländern verbessert wird.

Dabei haben die Franzosen z.T. unrealistische Vorstellungen über die Möglichkeiten der Bundesregierung, auf die Bundesländer, deutsche Unternehmen oder auch das Bundeskartellamt einzuwirken.

4) Ich habe – unter Vorbehalt Ihrer Zustimmung – folgendes weitere Vorgehen vorgeschlagen:

– Auf der Basis der von beiden Seiten ausgearbeiteten Gedankenskizzen sollte bis Ende Januar 1989 ein gemeinsames Papier der beiden Außenministerien ausgearbeitet und den beiden Außenministern vorgelegt werden.
– Die beiden Außenminister könnten sodann die Initiative zu einer allgemein gehaltenen Diskussion der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen auf dem nächsten deutsch-französischen Gipfel im Frühjahr 1989 in Paris[4] ergreifen. Ergebnis dieser Diskussion könnte die Einsetzung von hochrangigen Arbeitsgruppen sein (wobei bestehende Strukturen genutzt werden könnten)[5], welche dem Herbst-Gipfel in Bonn[6] konkrete Vorschläge für eine weitere Intensivierung und gleichgewichtigere Gestaltung der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen vorlegen.
– Der Frühjahrsgipfel 1989 könnte außerdem eine parallel zum Herbstgipfel stattfindende Konferenz auf Unternehmensebene (z.B. unter der Federführung von BDI/CNPF[7]) vorschlagen.
– Der Herbstgipfel könnte sodann das Jahr 1990 zum „Jahr der deutsch-französischen Wirtschaftsintegration" ausrufen.[8] Ziel: Die weitere Verschmelzung der beiden Volkswirtschaften in der Perspektive der Vollendung des Binnenmarktes und der Wirtschafts- und Währungsunion.

Jelonek

Referat 412, Bd. 168643

4 Die deutsch-französischen Konsultationen fanden am 19./20. April 1989 statt. Vgl. dazu AAPD 1989.

5 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Es fragt sich, ob der Gipfel nicht wirklich die bestehenden Konsultationsgremien (zu diesem Thema) in eine Arbeitsgruppe (mit ggf. Untergruppen) zusammenfassen sollte, wobei sich freilich ein Problem mit der Vorsitzfrage stellt."

6 Die deutsch-französischen Konsultationen fanden am 2./3. November 1989 statt. Vgl. dazu AAPD 1989.

7 Conseil national du patronat français.

8 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Darüber müßte im Lichte der weiteren Entwicklung noch einmal nachgedacht werden. Ich rate daher zur Vorsicht."

370

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Fiedler

310-320.10 POL VS-NfD **21. Dezember 1988**[1]

Über Herrn D 3[2], Herrn Staatssekretär[3] Herrn Bundesminister vorgelegt

Betr.: Auswirkungen der PLO-Haltung/US-Entscheidung vom 14.12.1988 auf Verhalten der Bundesregierung

Bezug: Informationsaufzeichnung vom 16.12.1988 – 310-320.10 Pol[4]

1) Mit der Definition von Israel als „Konfliktpartei, die wie jede andere Konfliktpartei ein Recht auf Existenz in Frieden und Sicherheit hat", der Akzeptierung der SRR 242/338[5] und der Verurteilung des Terrorismus hat Arafat in seiner Rede vom 13. Dezember[6] und seiner Pressekonferenz vom 14. Dezember 1988[7] die Wende in der Linie der PLO verdeutlicht, die eine Änderung der Haltung der USA zur PLO[8] zur Folge hatte. Diese beiden wichtigen nahostpolitischen Entscheidungen geben uns Veranlassung, über unser künftiges Verhältnis zur PLO und ihre Einbeziehung in den Friedensprozeß neue Überlegungen anzustellen.

2) In ihrer Erklärung vom 16. Dezember 1988 haben die Zwölf die Wende der amerikanischen Nahost-Politik begrüßt und die Konfliktparteien aufgefordert, die Chance zur Lösung des Nahost-Konflikts im Rahmen von Friedensverhandlungen zu ergreifen.[9]

1 Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Fiedler und Vortragender Legationsrätin Kaempffe konzipiert.

2 Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 21. Dezember 1988 vorgelegen.

3 Hat Staatssekretär Sudhoff am 22. Dezember 1988 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Gerdts am 8. März 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 310 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 8. März 1989 vorgelegen.
Hat Vortragender Legationsrätin Kaempffe am 9. März 1989 vorgelegen.

4 Vor dem Hintergrund der Erklärungen des Vorsitzenden des Exekutivrats der PLO, Arafat, am 13./14. Dezember 1988 und des Präsidenten Reagan vom 14. Dezember 1988 erörterte Ministerialdirigent Fiedler die Optionen der Nahostpolitik der Bundesrepublik. Vgl. Referat 310, Bd. 149759.

5 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.
Für den Wortlaut der Resolution Nr. 338 des VN-Sicherheitsrats vom 22. Oktober 1973 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. IX, S. 44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 313.

6 Für den Wortlaut der Rede des Vorsitzenden des Exekutivrats der PLO, Arafat, am 13. Dezember 1988 vor der VN-Generalversammlung in Genf vgl. ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. IV, Teil 2, S. 1914–1916 (Auszug). Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 57–61 (Auszug).

7 Für den Wortlaut der Presseerklärung des Vorsitzenden des Exekutivrats der PLO, Arafat, vom 14. Dezember 1988 vgl. ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. IV, Teil 2, S. 1918. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 61 f.

8 Am 14. Dezember 1988 erklärte Präsident Reagan: „The Palestine Liberation Organization today issued a statement in which it accepted United Nations Security Council Resolutions 242 and 338, recognized Israel's right to exist, and renounced terrorism. These have long been our conditions for a substantive dialog. They have been met. Therefore, I have authorized the State Department to enter into a substantive dialog with PLO representatives." Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1988, S. 1627. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 62.

9 Für den Wortlaut der Erklärung der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ zum Nahen Osten vom 16. Dezember 1988 vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 17.

Am 19. Dezember 1988 haben die zwölf Außenminister am Rande des Allgemeinen Rates in Brüssel beschlossen, den Dialog zwischen den USA und der PLO jetzt aktiv zu ermutigen. Sie hielten es für wichtig, selbst Kontakte mit den USA, der PLO, den Israelis und anderen betroffenen Parteien aufzunehmen, wobei es vermieden werden soll, Israel ein Gefühl der Isolierung zu geben. Die Troika (E, GR, F) soll im kommenden Jahr die erforderlichen Schritte zur Förderung des Friedensprozesses einleiten.

3) Unsere Beziehungen zur PLO

a) Alleinvertretungsanspruch

Wir haben den Alleinvertretungsanspruch der PLO bisher nicht anerkannt, da das palästinensische Volk über seine Vertretung selbst entscheiden muß. Dabei sollte es auch bleiben. Allerdings sollten wir folgenden Umständen Rechnung tragen:

– Die weit überwiegende Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten und in den Flüchtlingslagern betrachtet die PLO als ihre politische Vertretung und als das Symbol ihrer Identität. Dem trägt auch die Venedig-Erklärung[10] Rechnung.
– Die PLO Arafats ist diejenige unter den palästinensischen Organisationen, die zu einer politischen Rolle bereit ist.
– Solange Israel keine Wahlen in Gaza und in der Westbank zuläßt, steht eine andere palästinensische Vertretung für eine internationale Konferenz oder Verhandlungen nicht zur Verfügung.

b) Anerkennung des proklamierten Palästina-Staates

Die Frage der Anerkennung des in Algier am 15.11.1988 proklamierten palästinensischen Staates[11] stellt sich nicht, da wesentliche Voraussetzungen nicht gegeben sind. Gesten in diese Richtung zu machen, würde den Friedensprozeß eher erschweren als erleichtern.

c) Kontakte zur PLO

Bisher haben wir Kontakte zur PLO nur in beschränktem Umfang und im wesentlichen auf Arbeitsebene gepflegt. Ausnahmen waren gelegentliche informelle Begegnungen von Ihnen mit dem hiesigen PLO-Vertreter Frangi[12], ein Gespräch des damaligen Staatsministers im Auswärtigen Amt, Corterier, mit dem hiesigen PLO-Vertreter am 23. September 1982[13] nach dem israelischen Einmarsch in den Libanon[14] sowie ein privates Treffen von StM Schäfer mit Yasser Arafat in Algier am 6. Juli 1987[15].

10 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten vom 12./13. Juni 1980 vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 382 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

11 Am 15. November 1988 rief der Palästinensische Nationalrat (PNC) in der Deklaration von Algier einseitig einen unabhängigen palästinensischen Staat aus. Vgl. dazu Dok. 327, Anm. 10.

12 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Als Mitglied des Büros der Arab[ischen] Liga in Bonn."

13 Gegenstand des Gesprächs des Staatsministers Corterier mit dem Leiter der „Informationsstelle Palästina" in Bonn, Frangi, war die Entwicklung im Libanon nach dem Einmarsch israelischer Truppen, insbesondere die Gewalttaten in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Chatila am 17./18. September 1982 in Beirut. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Referat 310, Bd. 135723.

14 Am 6. Juni 1982 marschierten israelische Truppen in den Libanon ein. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 178, und AAPD 1982, II, Dok. 191.

15 Für das Gespräch des Staatsministers Schäfer mit dem Vorsitzenden des Exekutivrats der PLO, Arafat, vgl. AAPD 1987, II, Dok. 199.

Mit unseren Beschränkungen bilden wir das Schlußlicht unter den Zwölf. In London hat der Staatsminister im Foreign Office den Sprecher der PLO empfangen[16], der niederländische Außenminister traf in seiner Eigenschaft als EG-Präsidentschaft in Tunis mit Arafat zusammen[17].

Wir haben gegenüber palästinensischen Gesprächspartnern stets betont, daß Gespräche auf politischer Ebene für uns erst dann möglich würden, wenn die PLO das Existenzrecht Israels anerkennt.

4) Vorschlag zum weiteren Vorgehen

Nach der Erklärung Arafats, die eine Anerkennung Israels impliziert, können stufenweise folgende Schritte ins Auge gefaßt werden:

a) Der hiesige PLO-Vertreter hat vorgeschlagen, daß unser Botschafter in Tunis ein Gespräch mit Arafat führt.[18] Ein so hochrangiges Gespräch erscheint nicht notwendig. Botschafter Bente sollte ein Gespräch mit Kaddumi oder mit seinem Vertreter und Generaldirektor der politischen Abteilung der PLO, Abu Jaafar, führen.

b) Die PLO hat einen Besuch Kaddumis in Bonn ins Auge gefaßt. Wir sollten uns in einem zweiten Schritt dem nicht entziehen. Gastgeber und Hauptgesprächspartner könnte Staatsminister oder Staatssekretär sein, BM könnte Kaddumi zu einem kurzen Gespräch empfangen. Gedacht werden könnte auch an einen Besuch des Staatsministers in Tunis, der dann ein Gespräch mit Arafat einschließen würde.

c) In gebührendem Abstand und bei sich bietender Gelegenheit sollte dann auch an ein Gespräch des Bundesministers mit Arafat gedacht werden. Voraussetzung wäre, daß der Dialog mit der PLO insgesamt positiv verläuft.

Jeder einzelne Schritt bedarf einer vorherigen sorgfältigen Prüfung.

5) Gespräch mit Israel

Gleichzeitig sollte das Gespräch mit Israel auch bilateral weitergeführt werden. Die neue Regierung[19] sollte bald sowohl durch die Troika als auch bilateral über unsere Politik im Nahost-Konflikt einschließlich unserer Haltung zur PLO unterrichtet werden. Dies könnte zunächst gegenüber dem hiesigen israelischen Botschafter[20] geschehen. Eine Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch mit der neuen Regierung wäre am 19.1.1989. Der voraussichtliche Finanzminister in der

16 Der Staatsminister im britischen Außenministerium, Waldegrave, traf am 9. Dezember 1988 in London mit dem Vertreter der PLO, Abu Sharif, zusammen.

17 Der niederländische Außenminister van den Broek führte am 25. Mai 1986 in Tunis ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Exekutivrats der PLO, Arafat.

18 Ministerialdirektor Schlagintweit führte am 19. Dezember 1988 ein Gespräch mit dem Leiter der „Informationsstelle Palästina“ der PLO, Frangi. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Hoessle vermerkte am folgenden Tag: „Frangi machte folgende Vorschläge: Besuch des ‚PLO-AM‘ Kaddumi in Bonn; Gespräche Botschafter Bente mit Arafat in Tunis; Aufwertung hiesiger ‚PLO-Vertretung‘. D 3 verhielt sich rezeptiv und sagte Prüfung der Vorschläge zu.“ Vgl. Referat 310, Bd. 147759.

19 Zu den israelischen Parlamentswahlen am 1. November 1988 vgl. Dok. 340, Anm. 21.
Am 22. Dezember 1988 wählte das israelische Parlament Yitzhak Shamir erneut zum Ministerpräsidenten. Botschafter Haas, Tel Aviv, informierte am selben Tag: „Neue ‚Regierung nationaler Einheit‘ kann sich auf 95 (von 120) Knesset-Mandate stützen und umfaßt neben Likud und I[sraelischer]A[rbeiter]P[artei] auch religiöse Parteien Schas, N[ational]R[eligiöse]P[artei] und Agudat“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1525; Referat 310, Bd. 149748.

20 Benjamin Navon.

neuen israelischen Regierung, Shimon Peres, hat zugesagt, an der Geburtstagsfeier des Bundespräsidenten für Willy Brandt in Bonn teilzunehmen.[21]

6) Gespräch mit Syrien

Auch das Gespräch mit Syrien, das sich abseits hält, sollte sorgfältig gepflegt werden. Hierfür kommt zunächst ein Besuch der Troika in Damaskus in Frage. Ihre Einladung an AM Scharaa sollte in der ersten Hälfte 1989 verwirklicht werden.[22]

7) Gespräche mit den USA

Unter Wahrnehmung unserer unabhängigen europäischen Nahostposition sollten wir uns (zusätzlich zu dem von der spanischen Präsidentschaft[23] sicherlich geplanten Kontakt) auch bald nach Amtsantritt der neuen Administration[24] um ein Gespräch mit den USA bemühen, damit sichergestellt wird, daß sich die amerikanischen und europäischen Nahostbemühungen ergänzen.

Fiedler

Referat 310, Bd. 149759

371

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kruse

110-350.35/3 **23. Dezember 1988**[1]

Über Dg 11[2], D 1[3], Herrn Staatssekretär[4] Herrn Bundesminister[5]

Betr.: Errichtung gemeinsamer deutsch-französischer Auslandsvertretungen; hier: Sachstand

Bezug: Vorlage (Dg 11) vom 17.10.1988 – Az. w. o.[6]

Anlg.: 2[7]

21 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Finanzminister Peres am 19. Januar 1989; AAPD 1989.

22 Der syrische Außenminister al-Scharaa hielt sich vom 28. bis 30. Juni 1989 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 29. Juni 1989 vgl. AAPD 1989.

23 Spanien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1989 inne.

24 Präsident Bush nahm am 20. Januar 1989 die Amtsgeschäfte auf.

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kruse und Legationsrat I. Klasse Rausch konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent Gründel am 23. Dezember 1988 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirektor Jansen am 23. Dezember 1988 vorgelegen.

4 Hat Staatssekretär Sudhoff am 23. Dezember 1988 vorgelegen.

5 Hat Bundesminister Genscher am 2. Januar 1989 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 3. Januar 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jansen und Ministerialdirigent Gründel an Referat 110 verfügte und handschriftlich vermerkte: „S. W[ei]s[un]g BM auf Seite 4." Vgl. Anm. 13.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 3. Januar 1989 vorgelegen.
Hat Jansen am 4. Januar 1989 vorgelegen.

6 Zur Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Gründel vgl. Dok. 306, Anm. 20.

7 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 20 und 21.

Zweck der Vorlage: 1) Zur Unterrichtung
2) Bitte um Billigung insbesondere des zweiten Projektstandorts „Gaborone“ und des weiteren Verfahrens (Ziff. I)

I. Gesamtkonzept

1) Am 4.11.1988 hatten Sie sich mit AM Dumas in Bonn darüber verständigt, die Vorbereitungen für die Errichtung gemeinsamer Auslandsvertretungen in Drittländern soweit voranzutreiben, daß hierüber eine politische Entscheidung getroffen werden kann.[8]

Ferner haben Sie sich mit AM Dumas bereits auf Ulan Bator als ersten Dienstort für die Errichtung einer gemeinsamen Botschaft geeinigt.

Die mongolische Seite hatte bei verschiedenen Gelegenheiten (zuletzt anläßlich des Besuchs des mongolischen Vize-Außenministers in Bonn im Oktober d. J.[9]) signalisiert, daß sie eine gemeinsame deutsch-französische Botschaft in Ulan Bator grundsätzlich akzeptieren würde.

Inzwischen hat die mongolische Seite über ihre Botschaft in Paris ein erstes Grundstücksangebot für die Unterbringung der zu errichtenden Vertretung unterbreitet (zweigeschossiges Gebäude mit Räumen für Kanzlei, Botschafterresidenz und eine weitere Dienstwohnung). Das Angebot wird zur Zeit von den Liegenschaftsverwaltungen beider Außenministerien geprüft.[10]

Die definitive Vereinbarung eines zweiten Projektstandorts mit der französischen Seite steht noch aus.

Hierfür bietet sich ein Staat an, bei dem eines der beiden Länder bereits eine Botschaft unterhält. Das ist z. B. in Botsuana (D), Lesotho (D), Seychellen (F) und Kapverden (F) der Fall.

Sie hatten bei Ihren Konsultationen am 21.10.88 AM Dumas zugesagt – nachdem er sich für Ulan Bator ausgesprochen hatte –, den zweiten Dienstort zu benennen.[11]

Inzwischen hat AM Dumas eine Präferenz für Gaborone (Botsuana) als zweites Pilotprojekt zu erkennen gegeben.

Bisher sind wir, nicht aber F, mit einer Botschaft in Gaborone vertreten. Von den westlichen Ländern unterhalten dort außerdem nur noch USA und GB eine Botschaft. F, das seine Präsenz in Botsuana verstärken möchte, nimmt seine Interessen bislang über den in Lusaka residierenden Botschafter sowie einen Handelsattaché vor Ort wahr.

Gaborone erscheint auch aus unserer Sicht für ein Pilotprojekt gut geeignet:

8 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas am 4. November 1988 vgl. Dok. 313, Anm. 18.

9 Im Gespräch mit dem mongolischen Stellvertretenden Außenminister Olzvoi am 24. Oktober 1988 erläuterte Staatssekretär Sudhoff das Vorhaben, in Ulan Bator eine gemeinsame Auslandsvertretung der Bundesrepublik und Frankreichs zu errichten: „VAM dankte für die Erläuterungen zum Projekt dt.-frz. Botschaft und äußerte, die MVR werde dagegen keine Einwände erheben.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 341, Bd. 141626.

10 Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Wer wird Vertragspartner der Mongolen?“

11 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas am 21. Oktober 1988 in Paris vgl. Dok. 306.

– Es handelt sich um eine überschaubare durchschnittlich ausgelastete Kleinvertretung (z. Zt. vier entsandte Bedienstete); Arbeitsschwerpunkte sind Politik und Entwicklungszusammenarbeit.
– Die bereits vorhandene Infrastruktur unserer Botschaft kann von beiden Ländern genutzt werden; die Vertretung ist zufriedenstellend untergebracht; der örtliche Immobilienmarkt gestattet im Bedarfsfalle die relativ problemlose Anmietung zusätzlicher Räume.
– Eine fruchtbare Zusammenarbeit dürfte in Ermangelung politischer Interessengegensätze in Botsuana gewährleistet sein.

  Allerdings muß die botsuanische Regierung der Umwandlung unserer Botschaft in eine gemeinsame deutsch-französische Vertretung noch zustimmen.

2) Das mit der französischen Seite erarbeitete und am 28.11.1988 auf Arbeitsebene in Paris gebilligte administrative Konzept zur Errichtung gemeinsamer Auslandsvertretungen basiert auf dem von Ihnen favorisierten Lösungsvorschlag der „solution à deux chapeaux".

Hiernach wird für beide Länder ein (deutscher oder französischer) Missionschef beim Gastland akkreditiert. Das Prinzip der integrierten Aufgabenwahrnehmung gilt grundsätzlich auch für die übrigen Mitarbeiter. Lediglich nationaltypische Aufgaben (v. a. konsularische und bestimmte Außenhandelsaufgaben) müssen von entsprechend qualifizierten Angehörigen des jeweiligen Landes wahrgenommen werden.

Das Konzept sieht vor:

– Die paritätische und gleichzeitige Errichtung der beiden Pilotprojekte.
– Die Entsendung eines deutschen Botschafters nach Ulan Bator und eines französischen Botschafters an den zweiten Projektort (ggf. Gaborone).

  Vorteil dieser Personallösung: Für Ulan Bator können wir eine zusätzliche Leiterstelle beanspruchen; für den Haushalt wird 1990 eine B-3-Stelle beantragt.

Die Vertreter der Missionschefs hätten die jeweils andere Staatsangehörigkeit.

Nach Ablauf der turnusmäßigen Amtszeit würde die Besetzung alternieren (französischer Botschafter und deutscher Vertreter in Ulan Bator; deutscher Botschafter und französischer Vertreter in Gaborone usw.).

Der übrige Mitarbeiterstab wird gemischt besetzt.

Weitere Einzelheiten vgl. Ziff. II.

3) Probleme sind auf beiden Seiten insbesondere noch im verfassungsrechtlichen Bereich zu lösen:

Im Kern geht es um die Frage, ob[12] ein Ausländer mit Wirkung für die Bundesrepublik Deutschland (bzw. für Frankreich) die Funktion eines Missionschefs ausüben kann, die in der Regel einem Beamten eigener Staatsangehörigkeit[13] vorbehalten ist.

12 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Die Frage stellen wir aber sehr spät!"

13 Der Passus „die in der Regel … eigener Staatsangehörigkeit" wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wo steht das?"

Die Frage wird auf unserer Seite z.Zt. mit den zuständigen Verfassungsressorts (BMI, BMJ) geprüft.

4) Der weitere Zeitplan für die Implementierung des Projekts könnte wie folgt aussehen:

– Bis Ende[14] Januar 1989: Abklärung der noch offenen verfassungsrechtlichen und administrativen Detailfragen; Einholung der Zustimmung Botsuanas zur Errichtung einer gemeinsamen Vertretung.
– Februar[15] 1989: Vorbereitung eines deutsch-französischen Vertragsentwurfs bestehend aus Rahmenvereinbarung (Grundsätzliches), Annex (Details) und gemeinsamen Weisungen (politische und administrative Einzelfragen).
– Danach[16]: Billigung der Verhandlungsergebnisse anläßlich der nächsten deutsch-französischen Gipfelkonsultationen[17]; anschließend: Abschluß der Vereinbarung mit der französischen Seite.[18]
– Im Anschluß: Aufnahme der Verhandlungen durch die AM mit den vorgesehenen Gastländern.[19]

II. Administrative Einzelheiten

1) Das gemeinsam entwickelte Organisationsmodell (vgl. Graphik Anlg. 1[20]), das auf Arbeitsebene in der Form eines Ergebnisprotokolls „ad referendum" (vgl. Anlg. 2[21]) gebilligt wurde, sieht folgendes vor:

Die Errichtung und verwaltungsmäßige Betreuung der gemeinsamen Vertretungen soll – aus Gründen der Praktikabilität – nach Paritätsgesichtspunkten aufgeteilt werden:

Jeweils eine Seite

– errichtet die gesamte Infrastruktur der Vertretung und ist für deren Unterhalt verantwortlich,
– finanziert die notwendigen Investitions- und Betriebskosten vor,
– organisiert und verwaltet die Vertretung einheitlich nach ihren nationalen Vorschriften (Geschäftsablauf, Aktenführung, Registratur, Archive, Kassen- und Rechnungswesen, Fernmeldewesen etc.).

Eine Ausnahme gilt für deutsche bzw. französische Personalvorgänge sowie die nationalen Rechts- und Konsularsachen, die in jedem Fall nach den einschlägigen nationalen Vorschriften erledigt und verwirklicht werden müssen.

14 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „10.1."
15 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Bis 20.1."
16 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Am 30.1."
17 Die deutsch-französischen Konsultationen fanden am 19./20. April 1989 statt. Vgl. dazu AAPD 1989.
18 Der Passus „anläßlich der nächsten … französischen Seite" wurde von Bundesminister Genscher gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „durch die AM".
19 Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Worüber?"
Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Bis 10.2. Aufnahme der Kontakte mit den Gastländern über die Errichtung der Botschaften. Am 25.2. Bericht über Stand der Kontakte."
20 Für das handschriftliche Organigramm „Modell ‚Gemeinsame Vertretung'" vgl. Referat 203 (202), Bd. 151109.
21 Für das Relevé de conclusions vom 29. November 1988 vgl. Referat 203 (202), Bd. 151109.

Das Prinzip der einheitlichen Verwaltung

– erleichtert Organisation und Administration (nur ein – bereits erprobtes – Verwaltungssystem braucht an der Vertretung eingeführt zu werden),
– rationalisiert den Verwaltungsablauf (weniger Verwaltungspersonal und Reibungsverluste als bei zwei Verwaltungssystemen unter einem Dach),
– ermöglicht intensives Kennenlernen des jeweils anderen Verwaltungssystems vor Ort und in den Ministerien.

1.1) Frankreich würde hiernach die gesamte Infrastruktur für die gemeinsame Botschaft in Ulan Bator stellen, die künftig prinzipiell nach französischen Verwaltungsvorschriften geführt wird.

In die französische Verantwortung fällt mithin auch die Beschaffung von geeigneten Gebäuden, die Ausstattung mit Mobiliar, Dienstwagen, die Anstellung von Ortskräften etc. Gleichwohl müssen die Verhandlungen mit der Mongolei im Hinblick auf das mongolische Interesse an der gleichzeitigen Errichtung einer mongolischen Botschaft in Bonn auf Basis der Gegenseitigkeit unter unserer Beteiligung geführt werden.[22]

Das personelle Konzept für Ulan Bator sieht außer dem deutschen Botschafter und seinem französischen Vertreter (höherer Dienst) je einen deutschen und französischen gehobenen Beamten (insbesondere für die Verwaltungs-, Rechts- und Konsularaufgaben) sowie je eine deutsche und französische Sekretärin vor. Die erforderlichen Ortskräfte (Fahrer, Boten etc.) werden in üblicher Weise vor Ort rekrutiert.

Wir würden im Gegenzug unsere – bereits vorhandene – Botschaft in Gaborone zur Verfügung stellen, diese – soweit notwendig – erweitern und weiterhin im Prinzip nach deutschen Verwaltungsvorschriften führen. Die personelle Besetzung wäre derjenigen in Ulan Bator vergleichbar.

Der erforderliche Finanzausgleich unter den beiden Ländern wird zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt. Den beiden nationalen Rechnungshöfen wird ein wechselseitiges Kontrollrecht eingeräumt werden müssen.

1.2) Das nationale (entsandte) Personal bleibt seinem angestammten Dienstrecht mit allen juristischen und finanziellen Konsequenzen verhaftet (z. B. Besoldung, Umzugs- und Reisekosten, Urlaube[23], Disziplinarrecht).

Möglicherweise auftretende Ungleichgewichte v. a. im Besoldungsbereich (die französischen Bediensteten verdienen netto ca. ein Drittel mehr als die deutschen) werden z. T. durch Sonderleistungen nach deutschem Besoldungsrecht aufgefangen (z. B. Mietzuschuß und Beihilfen), müssen aber notfalls in Kauf genommen werden. (Anmerkung: Ähnliches gilt für die deutsch-französische Brigade, wo umgekehrt die deutschen Soldaten – untere Dienstgrade – finanziell z. T. erheblich besser gestellt sind als ihre französischen Kollegen.)

22 Die Bundesrepublik und die Mongolische Volksrepublik nahmen am 31. Januar 1974 diplomatische Beziehungen auf. Der mongolische Botschafter in Warschau besaß gleichzeitig eine Akkreditierung in Bonn, während der Botschafter der Bundesrepublik in Tokio bzw. ab 1984 der Botschafter in Moskau eine Doppelakkreditierung besaß.

23 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hier ist aber viel interner Ärger vorprogrammiert."

1.3) Die Bediensteten werden durch ihre Ministerien – unter dem Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs – angewiesen, den Weisungen der jeweils anderen Seite Folge zu leisten („Weisung auf Zusammenarbeit").

Diese Formel schafft die erforderliche integrierte Weisungsstruktur innerhalb der gemeinsamen Vertretungen und im Verhältnis zu den beiden Ministerien.

1.4) Das Prinzip getrennter Weisungen und Berichte gilt fort. Jedes Ministerium ist im Rahmen seiner Kompetenzen weisungsberechtigt. Soweit erforderlich, werden die Weisungen harmonisiert. Das gleiche gilt spiegelbildlich für die Berichterstattung. Grundsätzlich wird die andere Seite durch Übersendung eines Berichtsdoppels unterrichtet. In Bereichen gemeinsamen Interesses (z. B. politische Berichterstattung; administrative Fragen wie z. B. Öffnungszeiten, Feiertage und Beflaggung der Vertretungen) sollten sich die beiden Ministerien auf gemeinsame Weisungen verständigen. In Zweifelsfällen sollen die gemeinsamen Vertretungen eine zwischen beiden Ministerien abgestimmte gemeinsame Weisung verlangen können.

1.5) Beide Sprachen sind im dienstlichen Verkehr gleichberechtigt; jeder Beamte kann grundsätzlich seine Sprache benutzen.

Die enge Zusammenarbeit setzt hinreichende Kenntnisse der jeweils anderen Sprache vor Ort und in den beiden Ministerien voraus. Zumindest der Missionschef und sein Vertreter sollten beide Sprachen fließend beherrschen. Angesichts der auf französischer Seite vergleichsweise weniger verbreiteten deutschen Sprachkenntnisse und der bekannten französischen Vorliebe für ihre Muttersprache werden wir um so mehr auf Parität und Gleichberechtigung in diesem Bereich pochen müssen. Gleichwohl ist eine gewisse Flexibilität in der Praxis, v. a. in der Anfangsphase, angezeigt.

1.6) Die üblichen nationalen Embleme (Flaggen, Amtsschilder, Siegel, Kopfbögen usw.) beider Länder bestehen nebeneinander. Sie werden – je nach Anlaß[24] – getrennt oder auch gemeinsam benutzt.

2) Abzuklären sind unter den Fachreferaten der beiden Ministerien insbesondere noch technische Einzelfragen (z. B. Fernmeldewesen, Kurierverkehr, Sicherheitsfragen).

3) Eine eigenständige „supranationale" Verwaltungsstruktur für gemeinsame Vertretungen könnte evtl. zu einem späteren Zeitpunkt aufgrund der gesammelten Erfahrungen und nach Maßgabe des politischen Integrationsprozesses angestrebt werden.

Referate 202, 320, 341 und 510 haben mitgezeichnet.[25]

Kruse

Referat 202, Bd. 151109

24 Die Wörter „je nach Anlaß" wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was heißt das?"

25 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Hier ist noch viel zu klären!"

372

Botschafter Graf zu Rantzau, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 2014
Citissime

Aufgabe: 23. Dezember 1988, 15.00 Uhr[1]
Ankunft: 23. Dezember 1988, 15.33 Uhr

Delegationsbericht Nr. 486

Betr.: 3. KSZE-Folgetreffen in Wien (WFT);
hier: Verlauf der 88. Konferenzwoche (19. bis 23.12.1988)

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Nachdem in dieser Woche weder die angekündigte US-Entscheidung zur Moskauer Konferenz[2] fiel, noch der N+N-Versuch glückte, vor Weihnachten einen revidierten Gesamtentwurf[3] für das Wiener Abschlußdokument vorzulegen – und damit voraussichtlich das Ziel unerreichbar wurde, das WFT Anfang Januar 1989 abzuschließen –, versucht das Gastgeberland Österreich mit großem Mut, die Konferenz durch Setzen des letztmöglichen Schlußdatums vor dem US-Administrationswechsel[4] zu beenden: A-DL Bo Torovsky trug im Plenum am 22.12.88 die Einladung von Vize-Kanzler und AM Mock an die AM der 35 TNS zur Abgabe der Schlußerklärungen in Wien zwischen dem 17. und 19. Januar 1989 vor.

Die wenig ermutigende Bilanz der Woche wird von folgenden Elementen bestimmt:

– Die US-Delegation sieht sich nicht nur außerstande, den von ihr selbst aufgestellten Fahrplan zur Beendigung des WFT Anfang Januar einzuhalten. Sie äußert sich auch – abgesehen von der erneuten Vertagung der US-Entscheidung zur Moskauer Konferenz[5] – zu anderen, den Konferenzablauf bestimmenden Fragen ausweichend und auf Zeitgewinn bedacht: Der – nach langwieriger interner Diskussion auch auf Betreiben von US-DL Zimmermann – vom Westen als endgültig und bald gewünschte revidierte N+N-Entwurf für ein Abschlußdokument wird nun – nach offenbarem Positionswandel – von US-Bo Zimmermann (und in seinem Gefolge von GB-Bo O'Keeffe und KAN-Bo Bauer) lediglich als weiter verhandlungsbedürftiges Zwischenpapier bezeichnet. Zu der

1 Das von Botschaftsrat I. Klasse Altenburg, Wien (KSZE-Delegation), konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 16.

2 Zum sowjetischen Vorschlag für eine KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 304, Anm. 14.

3 Zum Entwurf der N+N-Staaten vom 13. Mai 1988 für ein Abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien (CSCE/WT.137) vgl. Dok. 153.

4 Die Amtszeit des Präsidenten Reagan endete am 20. Januar 1989.

5 Botschafter Graf zu Rantzau, Wien (KSZE-Delegation), teilte am 21. Dezember 1988 mit: „Nach allen hier erkennbaren Anzeichen wird es eine amerikanische Entscheidung über die Zustimmung oder Ablehnung einer MR-Konferenz in Moskau vor dem Weihnachtswochenende nicht mehr geben. Die amerik[anische] Haltung erscheint widersprüchlich und unklar." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2004; Referat 212, Bd. 153431.

Einladung des österr. AM Mock an die AM der 35 TNS vom 17. bis 19.1.1989[6] betonte Bo Zimmermann im NATO-Caucus unter Berufung auf A-DL Torovsky, die beiden Daten seien nicht zwingend und jedenfalls kein „cut-off". Darüber hinaus erweckt US-Delegation z. B. durch ihre Forderungen bezüglich der Zugangsbedingungen zu Folgeveranstaltungen[7] und im Bereich der militärischen Sicherheit den Eindruck, die Verhandlungen verlangsamen zu wollen. Welche Gründe für die verwirrende US-Haltung ausschlaggebend sind, ist von Wien aus schwer zu durchschauen. Die Unklarheiten bezüglich der Entscheidungskriterien für die Moskauer Konferenz (unterschiedliche Listen, Zahlen etc. von Fällen und Personen) deutet auf den Einfluß unterschiedlicher Interessengruppierungen in Washington hin. Hinter der Verzögerung der Verhandlungen (Bezeichnung des N+N-Entwurfs als nur vorläufig, Forderungen im militärischen Bereich) könnte bereits der US-Administrationswechsel stehen, der seine Schatten vorauswirft (Forderung der Nachfolger, bestimmte Fragen offenzuhalten).

– Das Scheitern des ersten Versuchs der N+N – trotz der zögerlichen Haltung der Angelsachsen –, am 22.12.88 einen revidierten Entwurf für das Wiener Abschlußdokument vorzulegen, ist auf N+N-interne Differenzen zurückzuführen. Soweit zu erfahren war, bildeten weder die ohnehin seit Monaten ausgehandelten Texte noch die Moskauer Konferenz das Problem, vielmehr konnten N+N sich nicht über das Programm der Folgeveranstaltungen einig werden. Hierfür ist die westliche, insbesondere angelsächsische Haltung (d. h. keine Entscheidung zu Moskau und zur Bonner Wirtschaftskonferenz[8], Kürzung des Gesamtprogramms auf höchstens neun Veranstaltungen) nur zum Teil ausschlaggebend. Die N+N-Diskussion – die anscheinend auch schlecht vorberei-

6 Korrigiert aus „19.1.1988".

7 Botschaftsrat I. Klasse Altenburg, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 20. Dezember 1988, der Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Zimmermann, habe in der informellen Sitzung der Delegationsleiter am selben Tag gefordert, daß „insgesamt weniger Folgeveranstaltungen vorgesehen werden als in WT.137. Darüber hinaus betonte er, für die US-Delegation könne es kein Programm für Folgeveranstaltungen geben ohne Texte über Offenheit und Zugangsbedingungen, die abgefaßt sein müßten, wie vom Westen vorgeschlagen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1999; Referat 212, Bd. 153431.

8 Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 (CSCE/WT.58) für eine Ost-West-Wirtschaftskonferenz vgl. Dok. 196, Anm. 4.
Botschafter Graf zu Rantzau, Wien (KSZE-Delegation), informierte am 21. Dezember 1988, nach Auskunft des Leiters der amerikanischen KSZE-Delegation, Zimmermann, habe die amerikanische Regierung entschieden, „daß eine solche Konferenz in der vorgeschlagenen Weise wichtigen Interessen der Vereinigten Staaten widerspreche und man sie daher grundsätzlich ablehne. Um die Tür in dieser Angelegenheit nicht endgültig zuzuschlagen, sei man jedoch übereingekommen, einer KSZE-Wirtschaftsfolgeveranstaltung zuzustimmen, wenn sie folgenden Modalitäten entspreche: Konferenz solle nicht auf politischer, sondern auf Sachverständigenebene stattfinden. Die Veranstaltung müsse von beschränkter Dauer sein (zwei, bestenfalls drei Wochen). Auf der Tagesordnung dürfe sich kein TOP ‚Technologietransferpolitik' befinden, noch dürften Fragen des GATT, des IMF oder der Weltbank erörtert werden. Die Veranstaltung müsse an einem Ort, d. h. Bonn, stattfinden (unter keinen Umständen in Prag) und müsse in einer Phase durchgeführt werden. Geschäftsleute müßten Angehörige nationaler Delegationen sein und dürften nicht als unabhängige Einzelpersonen auftreten. Es dürfe keine vorherige Festlegung auf ein Schlußdokument geben; sollte es zu einem Schlußdokument kommen, dürfe dieses keine Entschlüsse oder Empfehlungen enthalten. Für den Konsens für eine solche Veranstaltung auf dem WFT dürfe kein Preis im Bereich der Menschenrechte gezahlt werden. Eine solche positive Konsensentscheidung müsse darüber hinaus der Notwendigkeit Rechnung tragen, die Gesamtanzahl der KSZE-Folgeveranstaltungen zu verringern. Gegebenenfalls solle eine solche Veranstaltung nicht in die Anfangszeit der Regierung Bush fallen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2003; Referat 212, Bd. 153431.

tet war – wurde bei der Auseinandersetzung über die Tagungsorte blockiert. ZYP (von einigen bereits als „das neue Malta“ bezeichnet) verlangt, daß eine KSZE-Veranstaltung, vorzugsweise die zur friedlichen Streitbeilegung, in Zypern stattfinden solle, obwohl das türkische Veto gegen jede Veranstaltung in Zypern seit längerem bekannt ist. Zypern bestand bei den N+N-Verhandlungen vor dem 22.12.88 auf Nennung aller Ortsnamen (d.h. neben Nikosia auch Moskau!). CH und andere wiederum wollten alle Optionen auch im eigenen Interesse offenhalten. Ohne Klärung der westlichen Position zum Follow-up-Programm wird es hier voraussichtlich nicht zu schnellen Entscheidungen kommen.

– Probleme bereitet darüber hinaus der Bereich der militärischen Sicherheit insofern, als das KRK-Mandat noch nicht fertiggestellt ist, das im Wiener Abschlußdokument reproduziert werden soll, also technisch vor diesem fertig sein muß. Die Diskussion zur Ausschlußzone in der Türkei ist nach wie vor nicht abgeschlossen.[9] In den übrigen militärischen Fragen des Wiener Abschlußdokuments scheinen die N+N sich intern auf Lösungen verständigt zu haben, die aus unserer Sicht für den Westen insgesamt akzeptierbar sein müßten.
– Das Arbeitsprogramm (Grid) wurde durch das Plenum am 22.12. für die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr verlängert, wobei B-DL[10] kritisch anmerkte, er hoffe, daß diese außergewöhnliche Anstrengung nicht umsonst sei, sondern möglichst bald zum Ergebnis führen werde.
– Die technischen Arbeiten (Textbereinigung und Übersetzung) wurden kontinuierlich in allen Bereichen fortgesetzt.

In den nächsten zwei bis drei Wochen steht das WFT nun wirklich vor der Entscheidung. Da voraussichtlich am 6.1.1989 nicht abgeschlossen werden kann, bildet die Wahrnehmung der Einladung des österr. AM Mock (17. bis 19.1.89) die buchstäblich letzte Möglichkeit des WFT-Abschlusses vor dem US-Administrationswechsel. Falls dieser Versuch fehlschlägt, droht das WFT in eine bereits jetzt latent spürbare Resignation zu verfallen und die in greifbarer Nähe liegenden Ergebnisse in allen Bereichen zu verspielen.

2) Der Westen

Der Westen zerfällt zur Zeit in zwei Gruppen: Die (Kontinental-)Europäer, die möglichst schnell abschließen wollen, und die Angelsachsen (US, GB, gefolgt von KAN), die vor allem infolge der politischen Lage in Washington und London außerstande sind, eine Entscheidung zur Moskauer Konferenz und damit möglicherweise zur Beendigung der Konferenz überhaupt zu treffen. Nach außen tritt der Westen zwar nach wie vor meist geschlossen auf, obwohl es auch hier einige Ausnahmen gegeben hat. US und KAN konnten insbesondere zur Frage der Behandlung von Geheimnisträgern (secrecy ist ein Refusenik-Problem), zu Monitors und Jamming der Versuchung zu Alleingängen nicht ganz widerstehen und reihten sich danach nur zögerlich wieder ein.

9 Zum Stand der Gespräche zwischen NATO und Warschauer Pakt über ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 304, Anm. 24.

10 Joseph Trouveroy.

Eine innerwestliche Belastungsprobe steht bevor, wenn und sobald der N+N-Entwurf auf dem Tisch liegen wird und – wie nach dem erkennbaren angelsächsischen Sinneswandel zum endgültigen Charakter dieses Entwurfs zu erwarten – alle außer ihnen in der Lage sind, ihn ohne Änderungswünsche anzunehmen. US und GB sind in dieser Frage zur Zeit weitgehend isoliert. KAN hat zwar in den letzten Tagen in einer Demarchenaktion in Wien, Ottawa und Moskau seine Entscheidungskriterien für die Moskauer Konferenz vorgetragen. Bei der innerwestlichen Unterrichtung darüber ist aber klargeworden, daß es sich dabei um eine Initiative der kanadischen Delegation in Wien handelt und keiner der vorgetragenen Punkte letztlich den Konsens aufhalten wird. Einen ähnlichen „windfall profit" versucht die Türkei in dieser Lage für ihre Interessen bezüglich der Ausschlußzone beim KRK-Mandat zu ziehen.[11] Ausschlaggebend ist und bleibt die amerikanische Haltung zum Abschluß des WFT überhaupt und insbesondere zur Moskauer Konferenz.

3) Die WP-Staaten

Die SU unterstreicht ihr Interesse am baldigen Abschluß durch Interventionen im Rahmen der 35 (Bo Kaschlew im Plenum am 22.12.88[12]) und durch eine Präsentation der östlichen Position, die es anderen ihrer Verbündeten schwermacht, Forderungen zu stellen, die das Ergebnis und den baldigen Abschluß des WFT gefährden könnten. So versucht SU bisher erfolgreich, insbesondere die nach wie vor wegen des Problems des Mindestumtauschs unzufriedene DDR einzubinden. Darüber hinaus zeigt SU gegenüber den Angelsachsen in gewissen, von diesen als sensitiv bezeichneten Bereichen (Jamming, Monitors, CDH[13]-Definition) Flexibilität, von der zu hoffen ist, daß dadurch keine neue Begehrlichkeit geweckt wird. In der konferenzentscheidenden Frage der Erfüllung der angelsächsischen Bedingungen für die Moskauer Konferenz betont SU-Delegation, SU habe – wie Gorbatschow-Rede vor den VN[14] zeige – das Höchstmaß an Anstrengungen unternommen und sei weiter bemüht, den amerikanischen Forderungen nachzukommen, könne sich aber beim besten Willen kein Bild davon machen, was Washington wolle.

4) Die N+N-Staaten

Österreich setzt seine Politik der Wahrnehmung der Verantwortung als Gastgeberland fort. A-DL Bo Torovsky, der schon die treibende Kraft bei dem Bemühen um einen N+N-Entwurf vor Weihnachten war, ist entschlossen, diese Bemühungen weiterzutreiben. Die Einladung des österr. AM Mock sorgt im übrigen dafür, daß keine Möglichkeit versäumt wird, das WFT doch noch rechtzeitig zu beenden.

11 Zur Frage der Einbeziehung türkischen Territoriums in die Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Europa vgl. Dok. 269, Anm. 6.

12 Botschafter Graf zu Rantzau, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 22. Dezember 1988, daß der Leiter der sowjetischen KSZE-Delegation, Kaschlew, in der Plenarsitzung am selben Tag ausgeführt habe, „aus SU-Sicht seien alle Bedingungen erfüllt, damit WFT auch bereits zu einem früheren Zeitpunkt (am 6. Januar) abgeschlossen werden könnte. SU-Delegation reise nicht aus Wien ab und sei bereit, in Tag- und Nachtarbeit an Bemühungen zum Abschluß des WFT mitzuwirken. Dieser einzigartige Moment dürfe jetzt auf keinen Fall ungenutzt verstreichen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2010; Referat 212, Bd. 153431.

13 Conférence sur la dimension humaine bzw. Conference on the Human Dimension.

14 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 7. Dezember 1988 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 357 und Dok. 359.

Trotz gewisser nationaler Interessenkonflikte wird die österr. Delegation bei ihren Bemühungen von den übrigen N+N unterstützt. Schwierigkeiten deuten sich allerdings bezüglich der zypriotischen Position an, die nur zum Teil in nationalen Interessen, zum Teil in der erratischen Verhaltensweise der Delegation begründet zu sein scheinen.

5) Die eigene Delegation

In den letzten Tagen und Wochen habe ich mich sowohl in den internen Beratungen wie auch im Plenum mit aller Entschiedenheit gegen Verzögerungen und für ein baldiges Ende der Konferenz eingesetzt. Ich habe insbesondere im Plenum am 22.12.1988 unmittelbar auf die von A-DL Bo Torovsky vorgetragene Einladung des österr. AM Mock positiv reagiert. Ich würdigte sie als einen bedeutsamen Schritt im Rahmen der Bemühungen der von uns nachdrücklich unterstützten Bemühungen der N+N um einen baldigen Abschluß des WFT.

Ich habe ferner im Bereich der Zwölf, der 16, aber auch in Gesprächen mit US-DL Bo Zimmermann und GB-DL O'Keeffe wiederholt nachdrücklich darauf hingewiesen, daß ihr Verhalten in Wien immer mehr den Charakter eines Pokerspiels annimmt. Die Inkaufnahme des Alles-gewinnen-alles-verlierens könne nach meiner Auffassung nicht Maxime politisch verantwortungsvollen Handelns sein. Vielmehr sei es unsere Aufgabe, das jetzt Erreichte in einem Schlußdokument festzuhalten, nicht aber, es um vermeintlich noch durchsetzbarer Forderungen willen aufs[15] Spiel zu setzen. Der letzte aus einer Zitrone noch ausgepreßte Tropfen ändere weder Quantität noch Qualität des bereits vorhandenen Safts.

[16]II. Zu den Körben im einzelnen

1) In Korb I Prinzipien hat Osten den von Westen benannten Punkten zur Textbereinigung („Toilettage") grundsätzlich zugestimmt. Hinsichtlich der angestrebten Klarstellung in Paras 3 und 4 CDH-Mechanismus (Ersetzung des mißverständlichen „to bring (provide), if they deem it necessary" durch „that any participating state, which deems it necessary, may bring (provide))" ist WP-Zustimmung noch davon abhängig, daß Westen Moskau als Ort des dritten CDH-Treffens akzeptiert. Endgültig vereinbart ist die aus dem Kreis der Miteinbringer von WT.128[17] eingeführte Neufassung des Textes betreffend „Abschaffung der Todesstrafe". Die übrigen Punkte betreffen Verbesserungen in sprachlicher und grammatikalischer Hinsicht.

Zum allgemeinen Einleitungsteil von WT.137 hat Westen dem Koordinator[18] Punkte für Textbereinigung benannt, die für Osten akzeptabel sein sollten. In vorheriger innerwestlicher Diskussion war es gelungen, KAN von der Einführung eines förmlichen Änderungsvorschlags (Einführung von „by certain participating states" im Text zur Implementierungskritik), der vom Osten als Provokation hätte empfunden werden müssen, ohne die westliche Position wirklich zu verbessern, abzubringen.

15 Korrigiert aus: „Forderungen aufs".

16 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2015 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

17 Am 5. Juni 1987 brachte die Bundesrepublik auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien zusammen mit Dänemark, Finnland, Island, Luxemburg, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und Spanien den Vorschlag zur „Abschaffung der Todesstrafe" ein. Für den Vorschlag CSCE/WT.128 vgl. Referat 212, Bd. 153446.

18 Rudolf Torovsky.

2) Im Bereich der militärischen Aspekte der Sicherheit legten N+N am 19.12.88 ihr neues Positionspapier vor, das dem Westen in wesentlichen Punkten erhebliche Konzessionen einräumt (z. B. wird die westliche Fassung des Einleitungssatzes (Chapeau) über den beiden Verhandlungsmandaten ohne Hinweis auf die transitorische Natur der Regelung akzeptiert). NATO-Caucus verabschiedete nach mühsamen Verhandlungen am 19. und 20.12. westl. Reaktion, die wegen US-Intransigenz inhaltlich inadäquat und unflexibel ausfiel, aber immerhin schnell erfolgte und durch ergänzende mündliche Erklärungen eine gewisse Differenzierung zwischen wichtigen und weniger wichtigen westlichen Änderungswünschen erlaubte. N+N war erwartungsgemäß enttäuscht. Deutsche Sprachgruppe hat erste Textbereinigungssitzung zur deutschen Sprachfassung des N+N-Positionspapiers durchgeführt.

3) In Korb II wurden die informellen Toilettagearbeiten zu den vorliegenden Koordinator- und N+N-Papieren[19] über Text-Teil und Follow-up abgeschlossen. SU brachte entgegen verabredeter Zielsetzung der informellen Gruppe – Beschränkung auf sprachliche Durchsicht, keine Substanz-Erörterung – die Tourismus-Frage auf und erklärte östlichen Wunsch, zu dem Text des N+N-Papiers (WT 137) zurückzukehren. Gleichzeitig wurde jedoch vermieden, eine förmliche Ergänzung (Amendment) einzuführen. Auch Umstand, daß für Problemansprache informelles Arbeitsorgan und nicht offizielle Kontaktgruppen der 35 gewählt wurde, spricht dafür, daß Osten WFT-Konsens nicht an Tourismus-Frage scheitern lassen wird.

In informellen Konsultationen versucht Koordinator[20], Weg aus der Sackgasse bei Follow-up in Korb II zu finden. Dabei hat er Einverständnis der Initiatoren des Wissenschaftsforums[21] erreicht, einer zeitlichen Kürzung um jeweils eine Woche zuzustimmen. Dadurch wächst Druck auf uns, ebenfalls einer entsprechenden Kürzung der wirtschaftlichen Folgeveranstaltung zuzustimmen.

4) Text- und Mandatsteil des Koordinatorenpapieres zu Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeer[22] wurden in der englischen Sprachfassung innerwestlicher Textbereinigung unterzogen und dem Koordinator zugestellt, der sie den 35 zur Prüfung vorlegen wird. Der Vergleich der englischen mit der deutschen Fassung ist zwischen A, DDR und uns angelaufen und wird nach Zustimmung aller TNS zur Originalfassung in Englisch fortgesetzt werden.

5) Im Korb III wurde die Überarbeitung der Sprachfassungen fortgesetzt; in deutscher Gruppe geht es weiterhin nur zäh voran. Zur Einflußnahme auf den neuen Gesamtentwurf der N+N, WT.137/Rev., versuchen vor allem KAN, USA

19 Zu den Papieren der Koordinatoren für Korb I (Torovsky), Korb II (Clavel) und Korb III (Eliasson) vgl. Dok. 304, Anm. 13.

20 Jean-Daniel Clavel.

21 Zum Vorschlag Italiens vom 18. Februar 1987, im Rahmen der KSZE ein „Wissenschaftliches Forum" in Erice abzuhalten, vgl. Dok. 224, Anm. 32.

22 Botschafter Graf zu Rantzau, Wien (KSZE-Delegation), informierte am 9. Dezember 1988: „CH-Koordinator zu Fragen des Mittelmeeres hat seine ‚Ideen' zu Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeer als offizielles Papier in Kontaktgruppensitzung der 35 vorgelegt. […] Bei der Textpräsentation war bemerkenswert, daß der MLT-Bo Vella […] ausführte, dieser Koordinatorentext liege wohl sehr nahe an der Endfassung eines S[chluß]D[okuments] des WFT. Westliche Delegationen beabsichtigen keine Änderungsanträge, falls auch andere Gruppen keine solchen vorbringen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1954; Referat 212, Bd. 153431.
Für das Papier vom 7. Dezember 1988 vgl. Referat 212, Bd. 158443.

und weniger GB, noch substantielle Verbesserungen zu erreichen, insbesondere bei op. Para 18 menschliche Kontakte (Ausreise/nationale Sicherheit) und op. Para 3 Information („Jamming"). Doch N+N sind dafür kaum empfänglich, da sie zu Recht Gefahr sehen, daß auch WP seinerseits wesentliche Nachforderungen, etwa DDR zum Mindestumtausch, stellt. Mit N+N sind wir der Auffassung, daß Substanzänderungen nicht mehr sinnvoll sind.

6) Im Bereich Folgeveranstaltungen standen die Arbeiten in der Kontaktgruppe zum Kapitel „Folgen der Konferenz" im Mittelpunkt. Der Koordinator (Vukovic, JUG) wird nun im Licht der Debatte seinen Beitrag zur revidierten Fassung von WT.137 liefern. Zu den vier Hauptproblemen ist folgendes zu erwarten:

a) Bezeichnung von Zwischenfolgetreffen

Aufgrund neuer Weisungen der USA (Ablehnung des von Koordinator vorgeschlagenen Begriffs „other CSCE Follow-up Meetings") und dem Beharren von F und IRL auf dem vom Koordinator vorgeschlagenen Begriff kam es zu keiner Einigung bei den 16. Der Koordinator will seinen Vorschlag in WT.137/Rev. wiederholen.

b) Schlußdokumente für (Zwischen-)Folgetreffen

BEL hat angekündigt, daß es sich einem Koordinatoren-Vorschlag ohne Aufführung des BEL Sonderwunsches (was zu erwarten ist) nicht widersetzen will.

c) Rationalisierung von (Zwischen-)Folgetreffen

Die Erörterung unter den 35 ergab einige Veränderungen des westlichen Vorschlags bei Einigung auf fünf Rationalisierungspunkte, die der Koordinator als Absatz 7 aufführen will: 1) Begrenzung auf max. vier Wochen; Wegfall von Vorbereitungstreffen; Begrenzung der Anzahl von Untergruppen, unserem Wunsch nach Flexibilität wird Rechnung getragen; Verbesserung der Modalitäten für NGO-Teilnahme und Respektierung des Nationalfeiertags des Gastlandes.

d) US-Vorschlag über Zugangsbedingungen

Die N+N erklärten Bereitschaft zur Aufnahme eines den westlichen Vorstellungen entsprechenden Textes in das Wiener Schlußdokument als „Erklärung des Vorsitzenden". Sie machten gleichzeitig einige Formulierungsvorschläge, die im westlichen Kreis lediglich bei den USA (die auf detaillierten Regelungen bestehen) auf Widerstand stießen. Der Osten verweigerte bisher eine Diskussion mit Hinweis auf die bei ihm noch nicht abgeschlossene Prüfung des Textes. Die N+N beabsichtigen, wie in den Fällen anderer vorgesehener „Erklärungen des Vorsitzenden", keine Aufnahme in WT.137/Rev. Dies gibt den 35 Zeit für weitere Verhandlungen.[23]

[gez.] Rantzau

Referat 212, Bd. 153431

[23] Am 30. Dezember 1988 berichtete Botschafter Graf zu Rantzau, Wien (KSZE-Delegation): „Das WFT hat eine weitere Woche mit fruchtlosem Abwarten verloren. Wie in der Woche vor Weihnachten und aus denselben Gründen wurde die US-Entscheidung zur Moskauer Konferenz erneut um eine weitere Woche verschoben, und auch der zweite Versuch der N+N am 29.12.1988, gemeinsam einen revidierten Gesamtentwurf für das Wiener Abschlußdokument vorzulegen, mißlang. Das Plenum beschloß die Verlängerung des Arbeitsprogramms (Grid) für die Woche vom 2.1.89 mit einer zusätzlichen dritten Plenarsitzung. Die N+N wollen nun ihren gemeinsamen Schlußentwurf am 3.1.89 vorlegen. Falls dies erneut fehlschlägt, erwägt Österreich, den Entwurf in eigener Verantwortung als Gastgeberland ein oder zwei Tage später einzubringen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2027; Referat 212, Bd. 158551.

373

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schlegel

424-410.05/2 LIY VS-NfD **28. Dezember 1988**

Über Dg 42[1], D 4 i.V.[2], Herrn Staatssekretär[3] Herrn Bundesminister[4]

Betr.: Mögliche Produktion von Kampfstoff in Libyen

Anlg.: 2 (DB Washington Nr. 5158 vom 22.12.88)[5]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

BK Kohl wurde am 16.11. von CIA-Chef Webster informiert, daß in Libyen eine CW-Produktionsanlage unter Beteiligung deutscher Firmen gebaut worden sei.[6]

BSR hat am 18.11.88 Auftrag erteilt, US-Informationen zu sichten und unsere einschlägigen Gesetze zu überprüfen. Am 22.12.88 erfolgte Sonderunterrichtung der Ressorts durch US-Delegation (State Department, CIA) in Bonn.

Als derzeitiges Ergebnis ist festzuhalten, daß wir US-Behauptungen aus eigener Kenntnis jedenfalls noch nicht bestätigen können; bisherige Informationen reichen zur Einleitung staatsanwaltschaftlicher Verfahren gegen genannte deutsche Firmen nicht aus.

Libyen hat um Unterstützung gegen angeblich drohende militärische Maßnahmen der USA gebeten.[7] Konkrete Anzeichen für ein derartiges amerikanisches Vorgehen liegen nach unseren Erkenntnissen derzeit nicht vor.

1 Hat Ministerialdirigent von Kyaw am 28. Dezember 1988 vorgelegen.

2 Hat Ministerialdirigent Pabsch am 28. Dezember 1988 vorgelegen.

3 Hat Staatssekretär Sudhoff am 28. Dezember 1988 vorgelegen.

4 Hat Bundesminister Genscher am 29. Dezember 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Auf BMWi ist Druck im Sinn der Aufzeichnung und Kontrolle hinsichtlich neuer Gesetzgebung auszuüben."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 30. Dezember 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Pabsch an Referat 424 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „S. W[ei]s[un]g BM."
Hat Staatssekretär Sudhoff erneut vorgelegen.
Hat Jelonek am 2. Januar 1989 vorgelegen.
Hat Pabsch am 4. Januar 1989 erneut vorgelegen.

5 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Gesandter Paschke, Washington, teilte mit, für die amerikanische Regierung sei „Option eines militärischen Schlages gegen libysche CW-Anlage bei Rabta derzeit in keiner Weise aktuell". Nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums seien die gegenwärtigen Bemühungen „klar auf diplomatisches Vorgehen konzentriert (focus on diplomacy), bezweckten die Sensibilisierung zunächst der Verbündeten und interessierter Staaten und verfolgten darüber hinaus bekanntlich als zweiten Hauptzweck, den Fluß von Materialien (Ersatzteile, Kunststoffe) und Dienstleistungen (service) für die libysche Anlage möglichst abzuschneiden". Vgl. Referat 311, Bd. 154188.

6 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz und CIA-Direktor Webster am 15. November 1988; Dok. 327, Anm. 14.

7 Referent Detering notierte am 23. Dezember 1988, daß ihm der libysche Geschäftsträger Azzabi dargelegt habe: „Die Anlage bei Rabta sei als Werk zur Herstellung von Medikamenten ausgelegt. Sie werde nicht der CW-Produktion dienen. Libyen verabscheue den Einsatz chemischer Waffen und unterwerfe sich den einschlägigen internationalen Abmachungen. Libyen werde deshalb auch an der CW-Konferenz in Paris im Januar 1989 teilnehmen." Azzabi habe weiter die Sorge der libyschen Regierung „wegen der jüngsten Äußerungen von Präsident Reagan" ausgedrückt. Sie „befürchte eine erneute mili-

Zum weiteren Auftrag des Kabinetts vom 21.12.88 (Möglichkeiten zusätzlicher Kontrollen im A-, B-, C-Waffen-Bereich) wird BMWi am 10.1.89 Zwischenbericht erstatten.

II. Im einzelnen

Am 16. November 1988 unterrichtete CIA-Chef Webster BK Kohl in einem Sonder-Briefing, daß 45 Meilen südwestlich von Tripolis zwischen den Ortschaften Rabta und Gharyan in einem Gebirgstal eine Fabrik zur Herstellung von CW errichtet worden sei. Seit 1987 habe Libyen Versuche zur Herstellung von Senf- und Nervengas durchgeführt. In 1989 sei mit der Produktionsaufnahme (Kapazität nach US-Schätzung: 10–40 to/d) zu rechnen.

Nach Fertigstellung würde es sich um die größte Anlage dieser Art in der Dritten Welt handeln.

Der Aufbau, vor allem aber der laufende Betrieb einer solchen Anlage, sei nur möglich, wenn ständige Unterstützung (Lieferungen der Anlagenteile und von CW-Vorprodukten, technische Hilfe in der Anlage und bei der Personalausbildung) von westlichen Firmen geleistet werde. In diesem Zusammenhang nannte Webster folgende deutsche Firmen:

– Imhausen GmbH, Lahr,
– IBI-Ingenieurbüro,
– Pilot Plant and Equipment GmbH, Dreieich bei Frankfurt (Tochter der Firma Kolb, die im Zusammenhang mit CW-Produktion in Irak bekannt wurde[8]),
– Preussag,
– Sigma Chemie GmbH (Firma gehöre zum Aldrich Chemiekonzern).

Bundeskanzler erklärte nachdrücklich, wenn diese Mitteilungen über die Beteiligung deutscher Firmen zuträfen, sei dies mit seiner Politik nicht vereinbar. Er werde notfalls für die erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen eintreten.

III. Die mögliche CW-Produktion in Libyen war Thema der 5. Sitzung des BSR am 18. November 1988.

BK stellte fest, daß wir uns zunächst ein klares Bild über die in USA vorliegenden Informationen machen müßten. Darüber hinaus wäre zu überlegen, was wir tun könnten. Wenn unsere Gesetze nicht ausreichten, müßten wir neue schaffen.

Im Laufe der Besprechung ergänzte BM, daß nicht nur die Exportkontrollen verschärft werden müßten, sondern auch die strafrechtliche Belangung derjenigen Deutschen, die sich bei einer solchen Sache beteiligten.

IV. Am 20. Dezember 1988 fand unter Leitung von MD Dr. Schomerus im BMWi eine Ressortbesprechung statt, die zwei Ziele hatte:

– Informationsaustausch über den aktuellen Stand der Ermittlungen;
– Prüfung der Überlegungen zur Verschärfung der einschlägigen außenwirtschaftsrechtlichen/strafrechtlichen Bestimmungen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1918

tärische Aktion der Amerikaner gegen Libyen". Schließlich habe Azzabi „im Auftrag seiner Führung" gebeten, „die Bundesregierung möge, wenn sie von den USA konsultiert werde, ihr Gewicht gegenüber Washington einsetzen, um die USA von ihren offenbar erwogenen Plänen einer militärischen Aktion abzubringen". Vgl. Referat 311, Bd. 154188.

8 Zum Verdacht der Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik an der Produktion von Chemiewaffen im Irak vgl. Dok. 132.

1) Stand der Ermittlungen

BMF teilte mit, das Zollkriminalinstitut (ZKI) habe am 30.11.1988 auf der Grundlage der amerikanischen Informationen seine Ermittlungen aufgenommen. Diese Ermittlungen bezögen sich auf Sachverhalte unterhalb der Ebene von „Tatverdacht", weil uns bisher nur amerikanische Vermutungen, die zum Teil noch nicht einmal schlüssig seien, bekannt seien. BMF erläuterte, es gebe bei diesen Ermittlungen folgende Probleme:

Eilmaßnahmen (wie z. B. Durchsuchungsmaßnahmen bei den genannten deutschen Firmen) würden von der Staatsanwaltschaft nur akzeptiert bzw. vom Gericht genehmigt, wenn man beweisbare Tatsachen präsentieren könne, aus denen auf illegale Umgehungsgeschäfte der o. a. deutschen Firmen geschlossen werden könne. Die bisherigen US-Informationen reichten hierfür noch nicht aus, abgesehen davon, daß uns die Verwertbarkeit dieser Informationen vor Gericht bisher nicht gestattet sei.

Abgesehen von diesen Problemen beim Nachweis des objektiven Tatbestandes dürfte es sehr schwierig werden, den beteiligten Personen ihren Vorsatz[9] lükkenlos nachzuweisen.

Zusätzliche Schwierigkeiten entstünden dadurch, daß nach den bisher gesammelten Erkenntnissen auch Firmen in der Schweiz und in Hongkong in die Umgehungsgeschäfte verwickelt sein dürften.

2) Überlegungen zur Verschärfung der außenwirtschaftsrechtlichen/strafrechtlichen Bestimmungen

BMJ berichtete über den Stand seiner Überlegungen, zukünftig unter Strafe zu stellen, wenn Deutsche sich im Ausland bei der Herstellung von CW beteiligen. Anknüpfungspunkt soll Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG)[10] und Kriegswaffenliste[11] sein, in der auch CW aufgeführt sind.

AA-Vertreter (Dg 42) bat unter Hinweis auf unsere Erfahrungen in Irak[12], in die Überlegungen über eine solche neue Vorschrift auch die Fälle einzubeziehen, in denen sich deutsche Staatsangehörige an anderen Aktivitäten, die international verboten sind[13], beteiligen (z. B. Entwicklung und Herstellung von Raketen[14] unter Umgehung der Londoner Richtlinien). BMWi lehnte diesen Vorschlag als zu weitgehend ab und bat BMJ, sich auf CW-Bereich zu konzentrieren.

Als Ergebnis ist festzuhalten, daß BMJ bis Mitte Januar 1989 eine Bestandsaufnahme (welche Tatbestände sind zur Zeit wie geregelt?) und einen Formulie-

9 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ist im Außenwirtschaftsrecht Vorsatz erforderlich? Doch wohl nur zur Strafbarkeit, nicht aber für Verbot des Exports!"

10 Für den Wortlaut des Ausführungsgesetzes vom 20. April 1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 444–452.

11 Für die Kriegswaffenliste in der Fassung der Fünften Verordnung zur Änderung der Kriegswaffenliste vom 22. Juli 1987 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil I, S. 1684–1686.

12 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Kyaw handschriftlich eingefügt: „u. a."

13 Die Wörter „die international verboten sind" wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]. Das sollten wir weiter verfolgen."

14 Am 16. April 1987 wurde von der Bundesregierung bekanntgegeben, daß am 7. April 1987 ein Kontrollregime für den Export von Trägertechnologie in Kraft gesetzt worden sei. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 94.
Zum Export von Trägertechnologie vgl. ferner Dok. 20, Dok. 100, Dok. 116, Dok. 127 und Dok. 218.

rungsentwurf für eine entsprechende Strafvorschrift dem BMWi vorlegen soll. Der vom BK erbetene Bericht soll im Laufe des Februar 1989 fertiggestellt werden.

V. Am 22.12.1988 führte US-Delegation aus Washington (State Department, CIA) eine Sonderunterrichtung der Ressorts in Bonn durch. US-Delegation zeigte Fotos mit hoher Detailgenauigkeit von einer Industrieanlage, in der offensichtlich[15] chemische Substanzen hergestellt oder verarbeitet werden. US-Seite erläuterte, wie sie sich Zusammensetzung und Arbeitsweise der Anlage vorstellt.

Anschließende Diskussion konzentrierte sich auf die Frage, aufgrund welcher beweisbaren Tatsachen US-Seite zu ihren Schlußfolgerungen gekommen sei, weil man der gezeigten Anlage nicht ansehen konnte, daß dort CW produziert werden.[16] US-Delegation verwies darauf, daß es einige Begleitumstände gebe, die es bei einer – wie von Gaddafi behauptet – Pharmaproduktion nicht geben könne (z. B.: extreme Schutzmaßnahmen bis zur Flugzeugabwehr, Lage in einem nicht einsehbaren, schwer zugänglichen Gebirgstal, losgelöst von der bei einer Industrieproduktion notwendigen Infrastruktur, ungewöhnliche Größe des Gesamtkomplexes). Darüber hinausgehende Fakten konnte US-Delegation nicht beibringen.

Deutsche Delegation erläuterte ausführlich die Möglichkeiten des Vorgehens in Deutschland und welche Qualität Informationen haben müssen, damit sie als rechtliche Grundlage für Durchsuchungsmaßnahmen gegen die von US-Seite genannten deutschen Firmen benutzt werden können. US-Delegation konnte jedoch zu der behaupteten Beteiligung deutscher Firmen keine weiteren Hinweise geben. US-Seite konnte nicht ausschließen, daß Beteiligung deutscher Firmen sich bisher eventuell nur auf Aktivitäten erstreckte, die nach der bestehenden deutschen Rechtslage nicht illegal sind (z. B.: Bau und Montagearbeiten, technische Beratung, Personalausbildung etc.). Auf Befragen bestätigte US-Delegation, daß sie keine Erkenntnisse hatte, ob und ggf. in welchem Umfang deutsche Firmen von dem jetzt von US-Seite festgestellten Zweck der Anlage gewußt haben.

US-Seite wird nach Rückkehr ihrer Delegation zunächst prüfen, ob und ggf. in welchem Umfang die bei der Unterrichtung verwendeten Informationsquellen (z. B. Satellitenfotos, die Aufzeichnungen für den mündlichen Vortrag) den deutschen Behörden für ihre weiteren Ermittlungen zur Verfügung gestellt werden können.

VI. Libyen nimmt die amerikanische Warnung (Reagan-Äußerung im Fernsehen[17]) sehr ernst und rechnet offenbar mit militärischen Schritten der USA nach dem Beispiel vom 15. April 1986.[18] Es hat die Arabische Liga, die Organisa-

15 Zu diesem Wort vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Was heißt ‚offensichtlich'?"

16 Der Passus „weil man der … produziert werden" wurde von Staatssekretär Sudhoff durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

17 In einem am 22. Dezember 1988 ausgestrahlten Interview mit dem amerikanischen Fernsehsender ABC führte Präsident Reagan auf die Frage nach einer möglichen Bombardierung der libyschen Chemieanlage in Rabta aus: „Well, let me say that's a decision that has not been made yet. We're in communication with our allies and with NATO forces and all, and we're watching very closely that situation." Aber selbst wenn er schon eine Entscheidung getroffen hätte, könne er dies zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen. Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1988, S. 1648.

18 Am 5. April 1986 wurden bei einem Bombenanschlag auf die Diskothek „La Belle" in Berlin (West), die vorwiegend von amerikanischen Soldaten besucht wurde, drei Menschen getötet und etwa 250 ver-

tion für Afrikanische Einheit und den Islamischen Rat sowie einige arabische Regierungen (u. a. Algeriens, Tunesiens, Saudi-Arabiens, der Vereinigten Arabischen Emirate) mobilisiert, sich mit Libyen solidarisch zu erklären und die Amerikaner vor einem militärischen Eingreifen zu warnen. Außerdem hat der zweite Mann im Staat, Jalloud, die Botschafter in Tripolis, getrennt nach Regionalgruppen, einbestellt und sie auf den Ernst der Lage hingewiesen.[19]

Der libysche Außenminister Tahli hat in einem Schreiben vom 22.12. an den VN-GS die amerikanischen Vorwürfe zurückgewiesen und versichert, daß Libyen keinerlei Absicht habe, irgendeine Art von chemischen Waffen herzustellen („absolutely no intentions of producing any type of chemical weapon").[20]

In Bonn ist der libysche amtierende Geschäftsträger mit der Bitte im AA vorstellig geworden, im Falle einer amerikanischen Konsultation unser Gewicht in Washington einzusetzen, um ein militärisches Vorgehen zu verhindern.

Der Sprecher des Auswärtigen Amtes hat am 23.12. dementiert, daß die USA die Bundesregierung in dieser Angelegenheit[21] konsultiert hätten. Die Botschaft Tripolis ist unterrichtet.[22]

Die amerikanische Drohung muß nicht zwangsläufig als Ankündigung einer unmittelbar bevorstehenden militärischen Aktion bewertet werden. Auf Arbeitsebene hat das State Department sie gegenüber unserer Botschaft deutlich heruntergespielt (vgl. DB Nr. 5158 vom 22.12.88 aus Washington). Im Vorfeld der internationalen Pariser CW-Konferenz im Januar 1989[23] könnte sie als besonders

Fortsetzung Fußnote von Seite 1921

letzt. Daraufhin erfolgten am 15. April 1986 amerikanische Luftangriffe gegen Ziele in Libyen. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 92.

19 Botschafter Hellner, Tripolis, berichtete am 23. Dezember 1988, daß die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten am Vortag zu einem Gespräch mit Major Jalloud gebeten worden seien. Jalloud habe ausgeführt, daß die fragliche Anlage „ein Teil der libyschen petrochemischen pharmazeutischen Entwicklungspläne" sei: „Libyen hoffe, die Europäer ließen sich nicht täuschen und träten der US-Administration entschieden entgegen. Sie sollten wissen, daß Libyen vor jedem Angriff warne. ‚Sollten die Amerikaner verrückt spielen, könnte es der Fall sein, daß wir das auch tun.' (So fast wörtlich Jalloud.) […] Die Europäer seien durch das Konsultationsspiel der US-Administration in die geplante Aggression hineingezogen worden. Libyen bitte dringend darum, die europäischen Regierungen möchten die volle Verantwortung auf ihre Schultern nehmen und einer Katastrophe entgegenwirken. Sie seien in der Lage, den Amerikanern in den Arm zu fallen, um ein weiteres amerikanisches Abenteuer zu vermeiden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 790; Referat 311, Bd. 154188.

20 Für das Schreiben des libyschen Außenministers Tahli vom 22. Dezember 1988 an VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar vgl. Referat 311, Bd. 154188.

21 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Sudhoff handschriftlich eingefügt: „eines militärischen Vorgehens."

22 Vortragender Legationsrat Eickhoff unterrichtete die Botschaft in Tripolis am 27. Dezember 1988 darüber, daß der Sprecher des Auswärtigen Amts am 23. Dezember 1988 folgende Erklärung verlesen habe: „Der Bundesregierung sind Meldungen über die angebliche Beteiligung deutscher Unternehmen bei der Errichtung von Anlagen zur Herstellung von chemischen Waffen in Libyen bekannt geworden. Da es zu den Grundsätzen der Politik der Bundesregierung gehört, der Proliferation chemischer Waffen im Rahmen ihrer Möglichkeiten entgegenzutreten, nimmt die Bundesregierung derartige Meldungen sehr ernst und geht allen konkreten Hinweisen nach. Die zuständigen Stellen sind informiert und haben Überprüfungen eingeleitet. Weitere Angaben können zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht gemacht werden." Auf die Frage, „ob die USA wegen einer angeblich geplanten amerikanischen Aktion gegen Libyen die Bundesregierung konsultiert hätten", habe er geantwortet, „daß solche Konsultationen mit der Bundesregierung nicht stattgefunden haben". Vgl. den Drahterlaß Nr. 150; Referat 311, Bd. 154188.

23 Die Konferenz über das Verbot chemischer Waffen fand vom 7. bis 11. Januar 1989 in Paris statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 101 des Botschafters von Stülpnagel, z. Z. Paris, vom 11. Januar 1989; AAPD 1989.

drastisches Druckmittel gegen alle tatsächlichen und potentiellen CW-Hersteller gedacht sein. Sie könnte aber auch eine Warnung an Libyen darstellen, militärisch vorzugehen, wenn Libyen die CW-Produktion tatsächlich aufnehmen sollte.

Konkrete Anzeichen für militärische Maßnahmen gegen Libyen liegen nach unseren Erkenntnissen derzeit nicht vor. Nach bisherigem US-Verhalten kann allerdings ein Präventivschlag im vorhinein auch nicht völlig ausgeschlossen werden, um die künftige Administration Bush nicht mit einem solchen Schritt zu belasten.[24]

VII. 1) Wertung

Die deutschen Behörden können bisher aufgrund eigener Erkenntnisse die US-Behauptungen[25] nicht bestätigen. Insbesondere reichen sie nicht für ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren aus. Allerdings neigen die zuständigen Mitarbeiter beim BND und ZKI aufgrund ihrer Erfahrung und ihres Eindrucks von den US-Informationen dazu, die US-Darstellung zumindest nicht grundsätzlich in Frage zu stellen.[26]

2) Weiteres Vorgehen

US-Seite wird sich in Washington bemühen, einen vor Gericht verwertbaren Bericht über die bisherigen Erkenntnisse zusammenzustellen und von einem zuständigen Beamten unterschreiben zu lassen.

Sollten staatsanwaltschaftlich autorisierte Durchsuchungsmaßnahmen weiterhin nicht möglich sein – weil entweder US-Seite zusätzliche Belege nicht zur Verfügung stellen kann oder Staatsanwaltschaft/Gericht Durchsuchungsmaßnahmen ablehnen –, bliebe als einzige Alternative die Durchführung von Außenwirtschaftsprüfungen bei den genannten Firmen. Da damit der Überraschungseffekt bei den betroffenen Firmen/Personen endgültig entfiele, wird der Erfolg von Außenwirtschaftsprüfungen von BMF und BMWi nur gering eingeschätzt.

3) Am 28.12. hat im BMWi weitere Ressortsitzung den Auftrag des BK aus Kabinettsitzung vom 21.12. behandelt, Möglichkeiten zusätzlicher Kontrollen im A-, B-, C-Waffenbereich zu prüfen. BMWi wird in Kabinettssitzung am 10.1.89 Zwischenbericht erstatten.

Abteilung 3 hat mitgewirkt.

Schlegel

Referat 424, Bd. 168198

24 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

25 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Kyaw handschriftlich eingefügt: „über Beteiligung deutscher Firmen".

26 Der Passus „von den US-Informationen … zu stellen" wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was heißt das?"

Personenregister

Bei der Benutzung des Personenregisters sind folgende Hinweise zu beachten:

– Die Personen werden in alphabetischer Folge erfaßt.
– In der Regel wird die maßgebliche Funktion im Jahr 1988 genannt. Falls im Kontext erforderlich, wird zusätzlich auf frühere Funktionen hingewiesen.
– Bei einigen Personen sind im Rahmen der Edition ausschließlich bestimmte Funktionen vor dem Jahr 1988 von Interesse. In diesen Fällen erfolgen nähere zeitliche Angaben.
– Personen der Zeitgeschichte werden mit den im Kontext dieses Bandes relevanten Funktionen genannt. Personen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg finden mit Angabe ihrer Lebensdaten Aufnahme, solange sie nicht maßgebliche politische Funktionen ausübten.
– Steht ein Dokument in seiner Gesamtheit in Beziehung zu einer Person, ist die Dokumentennummer angegeben.
– Beim Nachweis einzelner Seiten beziehen sich hochgestellte Ziffern auf Fußnoten.
– Zu den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen deutschen Funktionsbezeichnungen für ausländische Diplomaten werden in Einzelfällen die entsprechenden Termini in der jeweiligen Landessprache in Klammern hinzugefügt.
– **Band I** reicht von Dokument 1 bis 195 bzw. von Seite 1 bis Seite 1057, **Band II** von Dokument 196 bis 373 bzw. von Seite 1059 bis 1923.

Abadía Arias, Victor Jorge panamaischer Außenminister bis 24. April 1988 S. 424

Abdel-Meguid, Ahmed Asmat ägyptischer Außenminister S. 183[14], 1424

Abel, Gerhard Ministerialdirigent und Unterabteilungsleiter im Bundesministerium für Wirtschaft S. 558[3]

d'Aboville, Benoît Unterabteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur adjoint des Affaires politiques) S. 15, 16[14+16], 20, 41[8], 166[38], 757–759, 761[21], 1116f., 1478, 1546[15], 1640, 1656, 1663[17], 1686[5]

Abu Hassan bin Omar indonesischer Außenminister S. 711

Abu Sharif, Bassam Berater des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat S. 1904

Acevedo Peralta, Ricardo salvadorianischer Außenminister S. 713[8], 714[10], 1665

Achenbach, Klaus Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Damaskus S. 12[4]

Acheson, Dean Gooderham 1949–1953 amerikanischer Außenminister S. 444, 956

Achromejew, Sergej Fjodorowitsch Marschall der Sowjetunion und Mitglied des ZK der KPdSU sowie bis 7. Dezember 1988 Erster Stellvertretender Verteidigungsminister und Generalstabschef der sowjetischen Streitkräfte S. 280, 317[7], 1410, 1846, 1857, 1866, 1876

Ackermann, Klaus Hellmuth Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Athen bis 14. August 1988, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 424 „Exportkontrollfragen; Koordinierungsausschuß für Multilaterale Strategische Exportkontrollen (COCOM); Rüstungsexport" im Auswärtigen Amt **Dok. 238, 276, 302, 345** und S. 626[14], 1159, 1331[1], 1333[18], 1353[1]

Adam, Rudolf Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 1547[1]

Adam-Schwaetzer, Irmgard Staatsministerin im Auswärtigen Amt und seit 7. Oktober 1988 stellvertretende Vorsitzende der FDP S. 78, 160, 168, 190, 333, 427, 431, 784[1], 1235f., 1238f., 1250, 1536[5], 1615, 1808–1810, 1812

Adamec, Ladislav Mitglied des Präsidiums des ZK der KPČ sowie stellvertretender Ministerpräsident bzw. seit 12. Oktober 1988 Ministerpräsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 1516[12]

Adamischin, Anatolij Leonidowitsch sowjetischer Stellvertretender Außenminister S. 1875

Adenauer, Konrad 1949–1963 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sowie 1950–1966 Vorsitzender der CDU S. 19, 75, 192f., 194[24], 374, 1107, 1274, 1470, 1570, 1703, 1757, 1894[5]

Afanassjew, Jurij Nikolajewitsch Historiker und Rektor des Staatlichen Instituts für historische Archive Moskau S. 1550

Aga Khan, Prinz Sadruddin Koordinator für das Hilfsprogramm der Vereinten Nationen für Afghanistan; 1965–1977 Hochkommissar für das Flüchtlingswesen S. 888

Agnelli, Susanna Staatsministerin im italienischen Außenministerium (Sottosegretario di Stato) S. 945, 947, 953

Ahmad, Mansur Leiter der pakistanischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf sowie Vorsitzender der 3. VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 31. Mai bis 26. Juni 1988 in New York, seit August 1988 Botschafter in Tokio S. 1019[4], 1021, 1025f., 1028

Ahmadi, Ahmad Hodschatoleslam und Mitglied des Obersten Rats der Kulturrevolution der Islamischen Republik S. 1710, 1712

Ahrens, Geert-Hinrich Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 342 „Südostasien, Australien, Neuseeland, Pazifik" im Auswärtigen Amt S. 708, 709[10], 1343[1], 1352[28], 1444[1], 1659[2]

Ajeel, Nadir Leiter des „Planning and Coordinating Wing" am Staff College der irakischen Streitkräfte S. 566–568

Ajmani, J. C. indischer Botschafter in Bonn bis Mai 1988 S. 138[25]

Akihito Kronprinz von Japan S. 744

Alatas, Ali Leiter der indonesischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York, seit 21. März 1988 Außenminister **Dok. 133** und S. 709, 711, 1376[8], 1861

Alber, Siegbert Mitglied des Europäischen Parlaments (Europäische Volkspartei) und Vizepräsident S. 1832[4]

Alberto Consalvi, Simón venezolanischer Außenminister bis 11. Januar 1988, anschließend Innen- und Justizminister S. 424[3]

Albrecht, Gottfried Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 401 „Außenpolitische Fragen und Grundsätze der Technischen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern; Technische Zusammenarbeit im VN-Bereich: Insbesondere UNIDO, UNDP; regionale VN-Wirtschaftskommissionen (ECE, ESCAP, ECLA, ECA, ECWA) und VN-Treuhandprojekte“ im Auswärtigen Amt S. 1276[4], 1490

Aldridge, Edward Cleveland, Jr. Minister für die Luftstreitkräfte der USA (Secretary of the Air Force) bis 16. Dezember 1988 S. 1410, 1496

Alexander, Sir Michael Leiter der britischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 386, 389 f.

Alfonsín, Raúl Ricardo Präsident der Argentinischen Republik **Dok. 334** und S. 424[4], 876, 1672

Alia, Ramiz Tafë Erster Sekretär des ZK der Partei der Arbeit Albaniens und Vorsitzender des Präsidiums der Nationalversammlung S. 63

Allende Gossens, Salvador 1970–1973 Präsident der Republik Chile S. 233

Allon, Yigal 1968–1974 stellvertretender israelischer Ministerpräsident, 1969–1974 israelischer Minister für Bildung und Kultur, 1974–1977 Außenminister S. 594

Alm-Merk, Heidrun Mitglied des niedersächsischen Landtags (SPD) S. 1283[36]

Altenburg, Günther Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 212 „Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u. a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)“ des Auswärtigen Amts, seit 18. Januar 1988 abgeordnet nach Wien als Vertreter des Leiters der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der KSZE-Folgekonferenz, seit 31. Mai 1988 Vortragender Legationsrat I. Klasse mit der Funktionsbezeichnung Botschaftsrat I. Klasse S. 1179[1], 1693[1], 1911[1], 1912[7]

Altenburg, Wolfgang General und Vorsitzender des Militärausschusses der NATO in Brüssel; 1983–1986 Generalinspekteur der Bundeswehr S. 526[14], 881, 1870, 1876

Amado, Juan José 1982/83 panamaischer Außenminister S. 356[24]

Amato, Giuliano italienischer Finanzminister S. 809

Amelung, Gerold Legationsrat I. Klasse im Referat 400 „Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungspolitik, Grundsätze der finanziellen Zusammenarbeit, Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaften; Multilaterale Entwicklungsbanken (Weltbank); DEG; KfW, DIE“ des Auswärtigen Amts S. 912[19], 1487[1], 1603[1+2]

Ammon, Peter Legationsrat I. Klasse im Referat 431 „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung; EURATOM; OECD-NEA; IAEO; Weltraumforschung und -erschließung; ESA; Trägertechnologien“ des Auswärtigen Amts **Dok. 374** und S. 556[1], 558[8], 559[11], 624[1], 690[1+7]

Amstätter, Gerd Leitender Ministerialrat in der Bayerischen Staatskanzlei S. 169 f., 211

Andersson, Sten Sture schwedischer Außenminister **Dok. 68** und S. 849[26]

Andreas, Dietrich Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Lagos bis 20. März 1988, anschließend Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 400 „Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungspolitik, Grundsätze der finanziellen Zusammenarbeit, Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaften; Multilaterale Entwicklungsbanken (Weltbank);

DEG; KfW, DIE“ des Auswärtigen Amts S. 1490[1], 1491

Andrejewa, Nina S. 686[15]

Andreotti, Giulio italienischer Außenminister; 1972/73 und 1976–1979 Ministerpräsident der Italienischen Republik S. 211[11], 310–314, 385f., 470, 599, 609, 672–674, 677–680, 829, 832, 947, 980–982, 984f., 990–992, 998, 1000f., 1031, 1191[32], 1230, 1417, 1421f., 1424, 1426, 1434, 1627[21], 1874, 1879f.

Andriessen, Franciscus („Frans“) Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Landwirtschaft und Fischerei) und Vizepräsident S. 795f.

Andropow, Jurij Wladimirowitsch 1967–1982 Vorsitzender des Komitees für Staatssicherheit der UdSSR (KGB), 1982–1984 Generalsekretär des ZK der KPdSU sowie 1983/84 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet S. 595, 850, 1835[6], 1846

Aninoiu, Dumitru stellvertretender Leiter der rumänischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien **Dok. 197**

Annen, Hans Peter Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Budapest bis 10. Juli 1988, anschließend im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts S. 1891[1]

Antonow, Alexej Konstantinowitsch Erster Stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Kommission für Außenwirtschaft beim Ministerrat der UdSSR sowie bis 1. Oktober 1988 sowjetischer Stellvertretender Ministerpräsident und Vorsitzender der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit S. 854, 1085

Anug, Jeshajahu stellvertretender Generaldirektor des israelischen Außenministeriums S. 1151

Aoun, Michel General der libanesischen Streitkräfte, am 23. September 1988 zum Ministerpräsidenten einer provisorischen Regierung ernannt S. 990, 1406[24]

Apel, Hans Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD); 1978–1982 Bundesminister der Verteidigung S. 1098

Appelrath, Rainer Kanzler I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Managua S. 1427f.

Arafat, Yasser Vorsitzender des ZK der palästinensischen Organisation „Al Fatah“ sowie des Exekutivkomitees der PLO S. 116, 553, 644, 703, 990, 1153[12], 1201, 1400–1402, 1422–1424, 1530f., 1778, 1823, 1829, 1902–1904

Arendt, Hannah deutsch-amerikanische Philosophin und Publizistin (1906–1975) S. 258

Arens, Mosche israelischer Minister ohne Geschäftsbereich bis 22. Dezember 1988, anschließend Außenminister S. 645, 695, 1332, 1400

Arias Calderón, Ricardo Vorsitzender der Christdemokratischen Partei Panamas **Dok. 355** und S. 586

Arias Sánchez, Óscar Präsident der Republik Costa Rica S. 8[41], 307[37], 308[39], 354, 356, 1625, 1653, 1666

Arim, Reşat Abteilungsleiter im türkischen Außenministerium, seit 16. September 1988 Botschafter in Bonn S. 1511, 1526

Armacost, Michael Hayden Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Political Affairs) S. 159, 360, 1431

Arndt, Rudi Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion S. 1235

Arnim, Joachim von Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 209 „Sonstige militärpolitische Angelegenheiten (Ausbildungs- und Verteidigungshilfe, Rüstungszusammenarbeit, Übungen, WEU)“ im Auswärtigen Amt **Dok. 60, 93** und S. 325[9], 550[15], 566[1], 636[12], 803[20], 1126[5], 1298[1], 1299[10], 1304[22+1], 1306, 1307[21], 1523[9], 1580[5]

Arnot, Alexander Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Moskau **Dok. 236** und S. 456[21], 481[2+3], 482[4+6], 813[3], 962[3], 1099[8], 1396[13]

Aron, Raymond französischer Philosoph und Soziologe (1905–1983) S. 800

Arutjunjan, Suren Gurgenowitsch Mitglied der Kommission für Internationale

Politik beim ZK der KPdSU seit 28. November 1988 S. 1894, 1896

Asmussen, Roger Geschäftsführer des Unternehmensverbandes Unterelbe-Westküste e.V.; bis 8. Mai 1988 Minister der Finanzen sowie für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein S. 138

Aspin, Leslie („Les"), Jr. Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) und Vorsitzender des Streitkräfteausschusses S. 271

al-Assad, Hafiz Präsident der Arabischen Republik Syrien S. 85–87, 114, 118–120, 459[6], 460f., 531f., 532–534, 536[21], 537[25], 596–598, 644, 962, 964f., 1155, 1400

Atabajew, Bolat Theaterregisseur am Deutschen Theater Temirtau (Kasachische SSR) S. 1637[8], 1639

Attali, Jacques Sonderberater des französischen Staatspräsidenten (Conseiller spécial auprès du Président de la République) S. 468, 993, 1514, 1659, 1833

Attlee, Clement Richard 1945–1951 Premierminister des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland S. 535[17]

Atwater, Harvey LeRoy Wahlkampfmanager des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Bush und designierter Bundesvorsitzender der Republikanischen Partei (Chairman of the Republican National Committee) S. 1826f.

d'Aubuisson Arrieta, Roberto Oberst der salvadorianischen Streitkräfte und Mitglied der Alianza Republicana Nacionalista (ARENA) S. 875

Auer, Claus Legationssekretär im Referat 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; nichtstaatliche europäische Organisationen" des Auswärtigen Amts bis 3. Juli 1988, anschließend an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Helsinki, seit 28. Juli 1988 Legationsrat S. 1547[6]

Aurillac, Michel französischer Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Ministre de la Coopération) bis 1. April 1988 S. 194

Axen, Hermann Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Sekretär des ZK für internationale Angelegenheiten S. 247, 687, 856f., 859, 937, 1806

Aylwin Azócar, Patricio Vorsitzender der Christdemokratischen Partei Chiles (Partido Demócrata Cristiano) S. 1752

Azcona del Hoyo, José Simón Präsident der Republik Honduras S. 8[41], 307[37], 356, 713, 1665

Aziz, Tarik irakischer stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister **Dok. 190, 192** und S. 381, 382[5], 555, 1339f.

Azzabi, Yousef O. Geschäftsträger der libyschen Botschaft in Bonn S. 1918[7], 1922

Baar, Hugo S. 235–237, 419[8]

Baar, Waltraud S. 237, 419[8]

Babangida, Ibrahim Badamasi Präsident der Bundesrepublik Nigeria S. 573

Baccouche, Hédi Ministerpräsident der Republik Tunesien S. 188f.

Bächmann, Horst Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 600 „Grundsatzfragen, Gesamtplanung, kulturpolitische Öffentlichkeitsarbeit, Förderung der deutschen Sprache, Gästeprogramm", seit 1. Februar 1988 Leiter des Referats 014 „Büro Staatssekretäre" im Auswärtigen Amt S. 225[1], 238[1], 261[1], 266[1], 275[3], 352[4], 442[2], 476[3], 491[3], 497[13], 603[3], 612[1], 618[23], 664, 676[3], 733[5], 737[1], 819[1], 835[3], 863[1+9], 873[1], 1002[3], 1099[4], 1216[3], 1231[4], 1298[1], 1314[1], 1334[5], 1360[2], 1375[3], 1399[2], 1461[6], 1499[3], 1505[1], 1603[2], 1672[1], 1684[2], 1686[4], 1722[1], 1835[3], 1855[5], 1902[3], 1905[5]

Bader, George W. Mitarbeiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Principal Director, European and NATO Policy) S. 1494, 1498

Baena Soares, João Clemente Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) S. 353, 1626[19]

Baggett, Lee J., Jr. Admiral und Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte im Atlantik sowie der Alliierten Streitkräfte im Atlantik (SACLANT) bis zum Eintritt in den Ruhestand im November 1988 S. 316[5]

Baghai, Fariborz S. 1783

Bahr, Egon Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) und Vorsitzender des Unterausschusses „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung", Mitglied des Vorstands und des Präsidiums der SPD sowie Vorsitzender der Sicherheitspolitischen Kommission beim Parteivorstand; 1969–1972 Staatsekretär im Bundeskanzleramt S. 452, 769–771, 986[29], 1837 f.

Baker, Howard Henry, Jr. Stabschef im amerikanischen Präsidialamt (White House Chief of Staff) bis 3. Juli 1988, seit 15. Juli 1988 Mitglied des Beraterstabs des Präsidenten für die Auslandsgeheimdienste (President's Foreign Intelligence Advisory Board) S. 140, 147

Baker, James Addison III. amerikanischer Finanzminister bis 17. August 1988 und designierter Außenminister S. 23[6], 370–372, 548, 1405, 1852

Baklanow, Oleg Dimitrijewitsch Mitglied des ZK der KPdSU und sowjetischer Minister für allgemeinen Maschinenbau, seit 18. Februar 1988 Sekretär des ZK für Rüstungsindustrie S. 487

Balladur, Édouard französischer Minister für Wirtschaft, Finanzen und Privatisierung bis 10. Mai 1988 S. 40, 83, 206–209, 466, 562, 809

Ballin, Albert * 1857 † 1918 S. 546[6]

Bangemann, Martin Bundesminister für Wirtschaft bis 9. Dezember 1988 und bis 7. Oktober 1988 Vorsitzender der FDP S. 78, 83, 138, 190, 202, 284[7], 382, 439[8], 441, 550, 785 f., 792, 797, 850–852, 908[6], 942, 1045, 1141[19], 1239, 1366, 1367[15], 1389[15], 1390, 1469, 1476, 1581[9], 1605 f., 1726, 1759, 1821

Banisadr, Abolhassan 1980/81 Präsident der Islamischen Republik Iran, seit 29. Juli 1981 in Frankreich im Exil S. 1000

Barco Vargas, Virgilio Präsident der Republik Kolumbien S. 355, 424[4]

Barker, Enno Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 223 „Abrüstung und Rüstungskontrolle in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen" im Auswärtigen Amt S. 27[7], 476[1], 479[14], 1021[10], 1027[31]

Barnard, Lukas Daniel Generaldirektor des südafrikanischen Nationalen Nachrichtendienstes (National Intelligence Service) S. 776

Barrault, Jacques Abgeordneter der französischen Nationalversammlung und Generalsekretär des Centre des démocrates sociaux (CDS); 1979–1981 Minister für Gesundheit und Sozialversicherung (Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale) S. 1365

Barre, Raymond Abgeordneter der französischen Nationalversammlung (Union pour la démocratie française) und Mitglied der Kommission für auswärtige Angelegenheiten; 1976–1981 Ministerpräsident der Französischen Republik S. 84, 251, 309, 507, 509, 526

Barroso, José Manuel Staatssekretär im portugiesischen Außenministerium S. 385, 388

Bartels, Herwig Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Amman S. 238[5], 272, 644[5], 1401[8]

Barth, Adolf Generalsekretär des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. S. 1441, 1443

Barth, Bjørn Abteilungsleiter im norwegischen Außenministerium S. 6

Barth, Klaus Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Jakarta S. 1449[16]

Bartkewitsch, Leonard Außenminister der lettischen SSR S. 1252

Barutçu, Ecmel türkischer Botschafter in Brüssel S. 1299

Bassiouni, Mohammed ägyptischer Botschafter in Tel Aviv S. 1402

Bathabathe, Distance Mitglied des südafrikanischen ANC S. 965

Batista y Zaldíva, Fulgencio 1940–1944 und 1952–1959 Präsident der Republik Kuba S. 1769[5]

Bätke, Susanne Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst" des Auswärtigen Amts S. 1505

Batmönch, Dschambyn Generalsekretär des ZK der Mongolischen Revolutionären Volkspartei und Vorsitzender des Präsidiums des Großen Volkschurals der Mongolischen Volksrepublik S. 1241

Bauch, Johannes Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Warschau S. 157[29], 397, 411[55], 893[5], 1389[14], 1390[17]

Bauer, Peter Vortragender Legationsrat im Referat 02 „Planungsstab" des Auswärtigen Amts S. 1887

Bauer, William Edward Leiter der kanadischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien S. 1060, 1063 f., 1911

Baum, Gerhart Rudolf Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) S. 1144

Bazing, Hans Peter Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 23 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung" und Koordinator für Menschenrechtsfragen des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 256** und S. 134[11], 220, 384[16], 421, 580[1], 842[8+10], 873[1], 879, 1231[1], 1855[2]

Beatty, Henry Perrin kanadischer Verteidigungsminister S. 432

Beck, Josef Legationsrat I. Klasse im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung" des Auswärtigen Amts **Dok. 206** und S. 3[10], 664[1], 1435[1]

Beethoven, Ludwig van *1770 †1827 S. 1556

Begin, Menachem 1977–1983 Ministerpräsident des Staates Israel S. 178[7], 182, 188[34], 645

Behrends, Wolfgang Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ottawa **Dok. 29**

Beil, Gerhard Mitglied des ZK der SED und Minister für Außenhandel der DDR S. 40, 856 f.

Beilin, Yosef Generaldirektor im israelischen Außenministerium (Director-General), seit 21. November 1988 Mitglied des israelischen Parlaments (Israeli Labor Party) und seit 26. Dezember 1988 stellvertretender Finanzminister S. 929

Beitz, Berthold Vorsitzender des Aufsichtsrats der Fried. Krupp AG und Vorsitzender der „Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung" S. 200, 202

Bellinghausen, Rudolf Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 416 „Europäische Gemeinschaften: Binnenmarkt; Landwirtschafts-, Fischerei-, Industrie-, Regional-, Wettbewerbs-, Verkehrs-, Sozial- und Verbraucherpolitik; Bildungspolitik; Rechtsangleichung; bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zu den EG-Mitgliedstaaten" des Auswärtigen Amts bis 1. September 1988, anschließend beurlaubt zur Ausübung einer Tätigkeit bei der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag S. 795[37]

Belzberg, Samuel kanadischer Unternehmer und Vorsitzender des Stiftungsrats des Simon Wiesenthal Center S. 1719

Ben Ali, Zine El Abidine Präsident der Republik Tunesien S. 1518, 1537 f.

Ben-Ari, Jitzhak israelischer Botschafter in Bonn bis zum Eintritt in den Ruhestand im November 1988 S. 302[17], 557[5], 930[4]

Benda, Ernst 1968/69 Bundesminister des Innern, 1971–1983 Präsident des Bundesverfassungsgerichts, 1984/85 Vorsitzender der interministeriellen Arbeitsgruppe „In-vitro-Fertilisation, Genomanalyse und Gentherapie" S. 655

Bendjedid, Chadli Präsident und Verteidigungsminister der Demokratischen Volksrepublik Algerien sowie Präsident des Front de libération national (FLN) S. 1122, 1517 f.

Benediktsson, Einar Leiter der isländischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 672, 1813

Bensch, Peter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Guatemala-Stadt **Dok. 319** und S. 356[23], 713[8]

Bente, Wolfgang Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tunis; 1979–1985 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 341 „Ostasien, Australien, Südpazifik" im Auswärtigen Amt **Dok. 296** und S. 647[15], 703[30], 1283[34], 1904

Bentsen, Lloyd Millard, Jr. Senator für den amerikanischen Bundesstaat Texas (Democratic Party) und Vorsitzender des Finanzausschusses (Senate Finance Committee) sowie Vizepräsidentschaftskandidat S. 1345

Bérégovoy, Pierre französischer Finanzminister seit 13. Mai 1988 (Ministre

d'État, ministre de l'économie et des finances et du budget) S. 1132 f., 1611

Berendonck, Gerd Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Islamabad S. 223[20+21], 581[6], 919

Berger, Christian Legationssekretär im Referat 010 „Ministerbüro" des Auswärtigen Amts, seit 22. Juli 1988 Legationsrat S. 22[3], 216[3], 801[5], 1135[3], 1603[2], 1884[4], 1899[2]

Berghofer, Wolfgang Oberbürgermeister von Dresden S. 1384

Bertele, Franz Josef Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 1 „Zentralabteilung" im Auswärtigen Amt bis 20. November 1988, anschließend ins Bundeskanzleramt versetzt zur Übernahme der Leitung der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin S. 546[6], 1577[25]

Bertram, Hans-Bodo Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung" des Auswärtigen Amts bis 5. Mai 1988, anschließend Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau, seit 23. November 1988 Botschaftsrat I. Klasse **Dok. 309** und S. 49[1], 491[3], 505[4], 510[1], 635[8], 1231[7]

Besharati, Ali Mohammad stellvertretender iranischer Außenminister S. 1313[9]

Bessmertnych, Alexander Alexandrowitsch sowjetischer Stellvertretender Außenminister, seit 21. Oktober 1988 Erster Stellvertretender Außenminister S. 1432, 1579

Besymenskij, Lew Alexandrowitsch sowjetischer Journalist und Historiker S. 1727 f.

Betancur Cuartas, Belisario 1982–1986 Präsident der Republik Kolumbien S. 355

Bettzuege, Reinhard Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 013 „Pressereferat" des Auswärtigen Amts bis 21. November 1988, anschließend Leiter des Referats 012 „Öffentlichkeitsarbeit" **Dok. 359** und S. 965, 1623

Beuth, Heinrich Wilhelm Vortragender Legationsrat im Referat 212 „Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u. a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)" des Auswärtigen Amts bis 21. August 1988, anschließend Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 838[16]

Beyer, Herbert Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Lima bis 7. April 1988, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 112 „Haushalt und Finanzen" im Auswärtigen Amt sowie Beauftragter für den Haushalt S. 1250

Bhutto, Benazir Vorsitzende der Pakistan Peoples Party, seit 2. Dezember 1988 Ministerpräsidentin S. 919

Bianco, Jean-Louis Generalsekretär des französischen Präsidialamtes (Secrétaire général de la présidence de la République) S. 1546[15]

Biden, Joseph Senator für den amerikanischen Bundesstaat Delaware (Democratic Party) S. 107

Biermann, Wolf Liedermacher S. 1384

Bigdeli S. 1783

Bilak, Vasil Mitglied des Präsidiums des ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und Sekretär des ZK für Ideologie und Internationale Beziehungen bis 15. Dezember 1988 S. 4, 971[4]

Bindig, Rudolf Mitglied des Deutschen Bundestages und Sprecher der SPD-Fraktion für Menschenrechte und humanitäre Hilfe S. 231[2]

Bindseil, Reinhard Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kigali bis 9. Oktober 1988, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 512 „Zivilrecht, Handels- und privates Wirtschaftsrecht, internationales Verkehrsrecht" des Auswärtigen Amts S. 1283[35]

Biontino, Michael Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 481[1]

Birendra Bir Bikram Schah Dev König von Nepal S. 687–689

Birsel, İsmet türkischer Botschafter in Den Haag S. 1299

Bismarck, Klaus von Präsident des Goethe-Instituts S. 440

Bismarck, Otto Fürst von 1871–1890 Reichskanzler des Deutschen Reichs S. 474, 545, 1755

Bitterlich, Joachim Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 211 „Europäische Einigung; bilaterale Beziehungen zu westeuropäischen Staaten und der Türkei; Kabinettsausschuß für Europapolitik“ im Bundeskanzleramt S. 78, 266[1], 627, 784[1], 1521, 1659, 1758, 1831[1]

Bitzegeio, Ernst-Otto Baudirektor und Wehrtechnischer Attaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London S. 1353[6]

Blaas, Dietmar Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Abu Dhabi, seit 26. März 1988 Botschaftsrat S. 959f.

Blandón Lanzas, Pedro Antonio nicaraguanischer Erster Stellvertretender Minister für wirtschaftliche Kooperation S. 1623

Blankenstein, Hartmut Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 431 „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung; EURATOM; OECD-NEA; IAEO; Weltraumforschung und -erschließung; ESA; Trägertechnologien“ des Auswärtigen Amts S. 109[2], 690[4]

Blech, Klaus Staatssekretär und Chef des Bundespräsidialamts S. 1038[1], 1758

Bloom, Allan David Professor an der Universität Chicago S. 257, 956

Blot, Jacques Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur, Direction d'Europe) S. 37, 866, 869f., 872, 1609

Bodde, William, Jr. stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary of State for European and Canadian Affairs) S. 360, 856, 933

Boeden, Gerhard Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz S. 1178

Boehmer, Götz von Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Chicago bis 28. Februar 1988, anschließend Botschafter in Panama-Stadt S. 585–587, 1849[4]

Boenke, Eberhard Referent an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kairo S. 1405[19]

Bogdanow, Radomir Georgijewitsch stellvertretender Direktor des Instituts für USA- und Kanada-Studien der sowjetischen Akademie der Wissenschaften S. 1787–1793, 1835, 1837

Bohl, Friedrich Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion S. 135, 138

Bohley, Bärbel Autorin und Regisseurin, Bürgerrechtlerin in der DDR S. 60[15], 245, 249

Bohnau, Nathaniel S. 236

Boidevaix, Serge französischer Botschafter in Bonn S. 866, 1124, 1620f.

de Boissieu, Pierre Yves Unterabteilungsleiter im französischen Außenministerium (Chef du service de coopération économique) S. 866, 868

Böker, Alexander 1971–1977 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl S. 463

Bolkestein, Frederik („Frits“) Mitglied des niederländischen Parlaments (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie) bis 24. September 1988, anschließend Verteidigungsminister S. 1814, 1817

Bolkiah Muizzadin Waddaulah, Hassanal Sultan von Brunei sowie Ministerpräsident, Außen-, Verteidigungs-, Finanz- und Handelsminister S. 711, 724

Bondarenko, Alexander Pawlowitsch Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium S. 103, 128[21], 131, 1082[18], 1164[13], 1165[16], 1335[11], 1395[5], 1579, 1617

Bonner, Jelena Georgijewna sowjetische Ärztin und Dissidentin **Dok. 303**

Bontari S. 1338

Borchard, Karl Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 400 „Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungspolitik, Grundsätze der finanziellen Zusammenarbeit; Entwicklungs-

politik der Europäischen Gemeinschaften; Multilaterale Entwicklungsbanken (Weltbank); DEG; KfW, DIE“ im Auswärtigen Amt bis 30. August 1988, anschließend Botschaftsrat I. Klasse an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York S. 766[9], 908[1+4], 910[13]

Boren, Davis Lyle Senator für den amerikanischen Bundesstaat Oklahoma (Democratic Party) S. 271[20], 823[13]

Born, Michael deutscher Journalist S. 1178

Born, Wolf-Ruthart Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ des Auswärtigen Amts S. 676[1], 1510[1]

Bosch, Klaus-Jerg Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 511 „Strafrecht, Steuer- und Zollrecht“ im Auswärtigen Amt S. 12[3], 13[8], 460[10], 563[7]

Bosson, Bernard Abgeordneter der französischen Nationalversammlung (UDC) und bis 10. Mai 1988 Beigeordneter Europaminister im französischen Außenministerium (Ministre délégué auprès du ministre des Affaires étrangères, chargé des Affaires européennes) S. 160, 166[36], 168, 1365

Botha, Pieter Willem Präsident der Republik Südafrika; 1978–1984 Ministerpräsident **Dok. 28, 35, 187** und S. 132[1], 570, 633, 635, 965, 966[7], 993, 1079f., 1144, 1147, 1208[10], 1329[13], 1330, 1517, 1821f.

Botha, Roelof Frederik („Pik“) südafrikanischer Außenminister S. 158[31], 169[4], 170, 210f., 214[13], 966, 969[23], 1145, 1208[11], 1293[4]

Bötsch, Wolfgang Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) und Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion S. 211

Böttcher, Till S. 244[2]

Boucheron, Jean-Michel Mitglied der französischen Nationalversammlung (PS) und Vorsitzender des Verteidigungsausschusses S. 1546[15]

Boudré-Gröger, Joachim Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Hanoi S. 101[17]

Bouffier, Volker Staatssekretär im hessischen Justizministerium S. 460

Boukary-Mory, Guy beninischer Botschafter in Bonn S. 588

Boumedienne, Houari 1976–1978 Präsident der Demokratischen Volksrepublik Algerien S. 1517

Bouverat, Colette Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Vortragende Legationsrätin für Tätigkeit bei offiziellen Anlässen S. 1736

Bowin, Alexander Jewgenjewitsch sowjetischer Journalist S. 1838

Boyer, Miguel Präsident der Banco Exterior de España und Mitglied der Delors-Kommission über die Wirtschafts- und Währungsunion S. 995[10]

Bozer, Ali Hüsrev türkischer Staatsminister für Fragen der Europäischen Gemeinschaften S. 429, 431f.

Bradley, William Warren (Bill) Senator für den amerikanischen Bundesstaat New Jersey (Democratic Party) S. 548, 1430

Brady, Nicholas Frederick amerikanischer Finanzminister seit 15. September 1988 S. 1826

Brandenburg, Ulrich Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau bis 7. Juli 1988, anschließend im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts S. 481[1], 1355[1], 1383[1], 1677[1]

Brandt, Willy Mitglied des Deutschen Bundestages sowie Präsident der Sozialistischen Internationale; 1964–1987 Vorsitzender der SPD, 1969–1974 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland S. 38, 769[4], 897[16], 1177f., 1198, 1272, 1484, 1555, 1772, 1905

Braun, Bernd Vortragender Legationsrat im Referat 320 „Südliches Afrika“ des Auswärtigen Amts S. 967[12], 969[25], 1013[1], 1407[1]

Braunmühl, Gerold Edler von 1985/86 Ministerialdirektor und Leiter der Abtei-

lung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts S. 67[3]

Bräutigam, Hans Otto Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin mit der Amtsbezeichnung Staatssekretär **Dok. 125, 264, 346, 360** und S. 38[13], 58[7], 59[10], 60[14], 175[3], 176[7], 246[10], 247[12], 249[18], 770[6], 857[15], 986[29]

Brecht, Bertolt Dramatiker und Lyriker (1898–1956) S. 1327

Bredow, Leopold Bill von abgeordnet in den Geschäftsbereich des Senats von Berlin im Rang eines Senatsdirektors bis 23. Februar 1988, anschließend Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in New York **Dok. 328**

Breitenstein, Rolf-Ulrich Vortragender Legationsrat I. Klasse im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts S. 257[1], 648[1], 955[1]

Brentano, Heinrich von 1955–1961 Bundesminister des Auswärtigen S. 1894[5]

Breschnew, Leonid Iljitsch 1964–1982 Generalsekretär des ZK der KPdSU und 1977–1982 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 335, 813, 895, 1049[7], 1102, 1272, 1555, 1617[60], 1787[7], 1894 f.

Brett, Helmut-Wolfgang Legationsrat I. Klasse im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amts S. 414[1+4], 812[1], 817[25], 898[1], 1048[1+4], 1481[1], 1547[1], 1855[1+5]

Brinkmann, Beatriz S. 419

van den Broek, Henri (Hans) niederländischer Außenminister S. 213[11], 217[13], 385, 388, 426, 470, 608, 673, 948, 953, 1024, 1657, 1870, 1875, 1879, 1904

Bronfman, Edgar Miles Präsident des Jüdischen Weltkongresses (World Jewish Congress) **Dok. 188, 205** und S. 1701, 1761

Brühl, Dietrich Graf von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Wien S. 1106[3]

Brundtland, Gro Harlem Ministerpräsidentin des Königreichs Norwegen S. 510, 512, 1661 f.

Brunhart, Hans Regierungschef, Außen- und Finanzminister des Fürstentums Liechtenstein S. 835[5]

Brunner, Alois ehemaliger SS-Hauptsturmführer **Dok. 3**

Brunner, Edouard Staatssekretär im schweizerischen Außenministerium S. 837[11]

Brunner, Guido Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Madrid S. 844[4], 1674[6]

Bruns, Thomas Legationsrat I. Klasse im Referat 431 „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung; EURATOM; OECD-NEA; IAEO; Weltraumforschung und -erschließung; ESA; Trägertechnologien“ des Auswärtigen Amts S. 138[25]

Bryan, Margaret britische Botschafterin in Panama-Stadt S. 587

Brzeziński Mitarbeiter im polnischen Außenministerium S. 1389[14]

Brzezinski, Zbigniew Kazimierz Professor an der Columbia University in New York und Mitglied des Beraterstabs für die Auslandsgeheimdienste des amerikanischen Präsidenten (President's Foreign Intelligence Advisory Board); 1977–1981 Nationaler Sicherheitsberater (National Security Advisor) S. 49, 150

Buchholz, Reinhard Legationsrat I. Klasse im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts bis 1. August 1988, anschließend an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris, seit 8. November 1988 Botschaftsrat S. 197[7], 971[1]

Buerstedde, Ludger Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa (insbesondere MBFR und KVAE)“ im Auswärtigen Amt **Dok. 9, 248, 281, 320** und S. 379[15], 454[10], 574[3], 576[8], 638[1], 642[10], 1115[6], 1655[6], 1658[15], 1786[1], 1792[16], 1876[48]

Buisman, H. N. Geschäftsträger an der niederländischen Botschaft in Tripolis S. 10

Bukovsky, John Priester und Mitarbeiter im Staatssekretariat des Heiligen Stuhls S. 204[32]

Bullard, Sir Julian Leonard britischer Botschafter in Bonn bis März 1988 S. 108

Bülow, Andreas von Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 771

Burdenko, Nikolaj Nilowitsch 1937–1946 Chefchirurg der sowjetischen Streitkräfte und 1943/44 Vorsitzender der „Spezialkommission zur Feststellung und Untersuchung der Umstände der Erschießung der kriegsgefangenen polnischen Offiziere durch die deutsch-faschistischen Eroberer im Wald von Katyn" S. 1896[9]

Burghardt, Günter stellvertretender Kabinettschef und Politischer Direktor bei der EG-Kommission in Brüssel S. 1393[31]

Burlazkij, Fjodor Michailowitsch sowjetischer Politikwissenschaftler und Publizist S. 486

Burns, William F. Generalmajor der amerikanischen Streitkräfte und stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary of State for Politico-Military Affairs), seit 8. Januar 1988 Direktor der Arms Control and Disarmament Agency (ACDA) S. 1647, 1689

Burt, Richard R. amerikanischer Botschafter in Bonn S. 108, 140, 159, 360, 370, 492, 556[4], 557, 559, 625, 697[23], 823[13], 933, 1232, 1645, 1701

Busbee, Walter L. Oberst der amerikanischen Streitkräfte und Leiter der Delegation bei den deutsch-amerikanischen Konsultationen zum Abzug amerikanischer Chemiewaffen aus der Bundesrepublik S. 1681

Bush, George Herbert Walker Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika, am 8. November 1988 zum Präsidenten gewählt; 1971–1973 Leiter der amerikanischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York, 1973/74 Bundesvorsitzender der Republikanischen Partei (Chairman of the Republican National Committee), 1974/75 Leiter des amerikanischen Verbindungsbüros in Peking, 1976/77 Direktor der Central Intelligence Agency (CIA) **Dok. 350** und S. 469, 474, 638, 741, 747, 994, 1039, 1274, 1472, 1565, 1624, 1642[4], 1660, 1681[15], 1689, 1741f., 1744f., 1748, 1770, 1778f., 1819, 1824, 1834, 1848, 1863, 1870, 1872, 1880

Bußmann, Hans-Werner Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Harare S. 496[8]

Buthelezi, Mangosuthu Vorsitzender der südafrikanischen Inkatha Freedom Party S. 970, 1822

Butler, Allan Geoffrey 1984–1987 britischer Botschafter in Ulan Bator S. 1243f.

Butler, Peter von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 222 „Genfer Abrüstungskonferenz, insbesondere nuklearer Teststopp, B- und C-Waffen; Nichtverbreitung; regionale Abrüstung außerhalb Europas; Kontakte zu Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung" im Auswärtigen Amt **Dok. 10, 186, 321** und S. 295[1]

Bykow, Oleg Nikolajewitsch stellvertrender Direktor des sowjetischen Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (IMEMO) S. 1787, 1792

Byrd, Robert Carlyle Senator für den amerikanischen Bundesstaat West Virginia (Democratic Party) und Mehrheitsführer im Senat S. 271[20], 370[12], 823[13], 833[26]

Caballeros Seigné, Julio Enrique Oberst und Generaldirektor der guatemaltekischen Nationalpolizei bis Juli 1988 S. 1684

Cabrera, José Maria stellvertretender panamaischer Außenminister S. 422

Cabrera Hidalgo, Alfonso guatemaltekischer Außenminister S. 356[23], 713[8], 714[10], 1665, 1685

Cabrera Puente, Lázaro Angel Mitglied der kubanischen Menschenrechtsorganisation Asociación Pro Arte Libre, in Kuba inhaftiert S. 1768[2], 1772f.

Cahen, Alfred Generalsekretär der WEU S. 1306

Caldwell, Ray L. Referatsleiter im amerikanischen Außenministerium (Director

of the Office of European Political and Security Affairs) S. 376

Calebow, Wolf Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 592, 593[4+5], 855[1], 1016[1]

Calleo, David P. Professor für Politikwissenschaften an der Paul H. Nitze School of Advanced International Studies der Johns Hopkins University S. 956

Camdessus, Michel Geschäftsführender Direktor und Vorsitzender des Exekutivdirektoriums des Internationalen Währungsfonds (IWF) S. 1325, 1405 f., 1444

Campbell, Lumberto Gouverneur von Bluefields in der nicaraguanischen autonomen Region Costa Caribe Sur S. 1623

Cámpora, Mario Leiter der argentinischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz in Genf S. 1672

Cappell, Conrad Legationsrat I. Klasse im Referat 424 „Exportkontrollfragen; Koordinierungsausschuß für Multilaterale Strategische Exportkontrollen (COCOM); Rüstungsexport“ S. 624[1+5], 626[15+16], 692[1], 750[1], 755[22], 863[1+4], 1142[1+4], 1143[9], 1176[25], 1262[15], 1331[1], 1446[10], 1452[1], 1580[1], 1603[1]

Caputo, Dante Mario Antonio argentinischer Außenminister S. 424[3+7], 1675[8], 1861

Carington, Peter Alexander Rupert, 6th Baron Carrington Generalsekretär der NATO bis 30. Juni 1988; 1979–1982 britischer Außenminister S. 104, 107 f., 391, 433, 435–437, 511[11], 726, 730, 742, 821[6], 822, 869, 879–881, 883, 943 f., 949 f., 953, 955

Carlsson, Gösta Ingvar Ministerpräsident des Königreichs Schweden und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens **Dok. 155** und S. 393[6], 915[6]

Carlucci, Frank Charles III. amerikanischer Verteidigungsminister **Dok. 286** und S. 300, 364, 366, 370, 375, 474[24], 491 f., 727 f., 730, 852[14], 881–884, 1009[34], 1410, 1594, 1681[15], 1701, 1828

Caro, Jean-Marie Mitglied der französischen Nationalversammlung (Union pour la démocratie française) sowie des Auswärtigen Ausschusses und Berichterstatter der UDF für die Ratifizierung der Protokolle vom 22. Januar 1988 zum Elysée-Vertrag von 1963 S. 1546[15]

Carpio Nicolle, Roberto Vizepräsident der Republik Guatemala S. 421

Carré, Philippe Botschaftsrat an der französischen Botschaft in Bonn S. 112[13]

Carstens, Karl 1979–1984 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland S. 190, 595[14]

Carter, James Earl („Jimmy“), Jr. 1977–1981 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 178[7], 188[34], 833[26], 1851

Casaroli, Agostino Kardinalstaatssekretär des Heiligen Stuhls; 1967–1979 Titularerzbischof von Karthago und Sekretär des Rats für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche **Dok. 260** und S. 463

Castro Ruz, Fidel Alejandro Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kubas sowie Vorsitzender des Staatsrats und des Ministerrats der Republik Kuba S. 158, 1769–1771, 1772[15], 1773

Catenhusen, Wolf-Michael Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) und Vorsitzender des Ausschusses für Forschung und Technologie; 1984–1987 Vorsitzender der Enquête-Kommission „Chancen und Risiken der Gen-Technologie“ S. 650, 657

Cavaco Silva, Aníbal Ministerpräsident der Portugiesischen Republik und Vorsitzender des Partido Social Democrata (PSD) S. 80, 628

Cavazos, Lauro Fred, Jr. Präsident der Texas Tech University in Lubbock, seit 20. September 1988 amerikanischer Bildungsminister S. 1826

Ceauşescu, Nicolae Generalsekretär des ZK der Rumänischen Kommunistischen Partei sowie Vorsitzender des Staatsrats und Präsident der Sozialistischen Republik Rumänien **Dok. 279** und S. 188, 548, 1066 f., 1109 f., 1271, 1415, 1517, 1637

Cecchini, Paolo Sonderberater der EG-Kommission und Leiter des Forschungs-

programms „Die Kosten der Nicht-Verwirklichung Europas“ S. 797

Celeste, Richard Frank Gouverneur des amerikanischen Bundesstaates Ohio (Democratic Party) S. 593

Cerezo Arévalo, Marco Vinicio Präsident der Republik Guatemala S. 8[41], 307[37], 308[39], 356, 1627, 1685

Chadli siehe: Bendjedid, Chadli

Chalchali, Sadegh Mitglied des iranischen Parlaments; 1979–1981 Oberster Richter des Islamischen Revolutionsgerichts S. 999

Chalis, Junis Anführer der Islamischen Partei (Hizb-i Islami Chalis) in Afghanistan S. 223, 888f.

Chalker, Lynda Staatsministerin im britischen Außenministerium (Minister of State for Foreign and Commonwealth Affairs) S. 325

Chaplin, Edward Graham Mellish 1985–1987 Erster Sekretär an der britischen Botschaft in Teheran S. 1228[15]

Charles Philip Arthur George Kronprinz des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, Prinz von Wales, Herzog von Cornwall und Rothesay S. 332[35], 1767

Cheikhrouhou, Taoufik tunesischer Sozialminister S. 1537

Chevènement, Jean-Pierre Abgeordneter der französischen Nationalversammlung (Parti Socialiste), seit 12. Mai 1988 französischer Verteidigungsminister **Dok. 298** und S. 1364, 1365[24], 1498, 1611

Cheysson, Claude Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Mittelmeerpolitik und Nord-Süd-Beziehungen) S. 307f., 427–430, 1094

Chidzero, Bernard simbabwischer Minister für Finanzen, Wirtschaftsplanung und Entwicklung S. 495f.

Chipande, Alberto Joaquim mosambikanischer Verteidigungsminister S. 211[5], 212

Chirac, Jacques Ministerpräsident der Französischen Republik bis 10. Mai 1988 sowie Vorsitzender der Partei Rassemblement pour la République und Bürgermeister von Paris **Dok. 48** und S. 25[3], 37f., 83, 167f., 184, 191, 251[4], 335, 343, 346, 433, 506–509, 526, 579[12], 601, 824[5], 826f., 1126[5], 1361, 1663, 1780

Chissano, Joaquim Alberto Präsident der Volksrepublik Mosambik S. 211, 1077, 1329[13]

Chňoupek, Bohuslav tschechoslowakischer Außenminister bis 12. Oktober 1988 **Dok. 240** und S. 621, 770[6], 1516[12], 1618

Choi Kwang Soo südkoreanischer Außenministesr bis 5. Dezember 1988 **Dok. 198**

Chrétien, Jean-Loup Jacques Marie Offizier der französischen Streitkräfte, Mitarbeiter des Centre national d'études spatiales (CNES) und Astronaut S. 1599[50]

Christensen, Jens dänischer Botschafter in Wien und Leiter der Delegation bei den MBFR-Verhandlungen S. 514

Christians, Friedrich Wilhelm Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG bis 11. Mai 1988, anschließend Mitglied des Aufsichtsrats S. 854, 1085f.

Chrobog, Jürgen Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 013 „Pressereferat“ im Auswärtigen Amt S. 93, 103, 148, 588, 1030, 1429, 1526, 1607

Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 1953–1964 Erster Sekretär des ZK der KPdSU und 1958–1964 Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 64, 276, 488, 813, 1894

Chun Doo-hwan Präsident der Republik Korea (Südkorea) bis 24. Februar 1988 S. 1001[23]

Churchill, Sir Winston Leonard Spencer 1940–1945 und 1951–1955 Premierminister des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland S. 535[17]

Chwatow, Gennadi Alexandrowitsch Admiral und Kommandeur der sowjetischen Pazifikflotte S. 1007[29]

Citron, Klaus Jürgen Ministerialdirektor, abgeordnet als Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den Mandatsgesprächen für eine Konferenz über Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa in Wien, seit 15. Januar 1988 Leiter des Planungsstabs im Auswärtigen Amt, seit 25. Februar 1988 mit der

Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 45, 50, 78, 119, 121, 174, 185, 217, 262, 308, 342, 352** und S. 2[8], 150[13], 166[38], 399

Clark, Charles Joseph („Joe") kanadischer Außenminister **Dok. 181** und S. 432, 992, 997 f., 1000 f., 1417–1420, 1422, 1424–1426

Clavel, Jean-Daniel Mitglied der schweizerischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien und Koordinator für Korb II S. 1181, 1187, 1589[13], 1698, 1916

de Clercq, Willy Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Handel und Außenbeziehungen) S. 213[11], 980, 982, 1393[31], 1417, 1425 f.

Cleveland, Harold van Buren amerikanischer Ökonom und Publizist S. 956

Clinton Davis, Stanley Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Umwelt, Verbraucherschutz und Verkehr) S. 789–791, 798 f.

Cockfield, Lord Francis Arthur, Baron Cockfield Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Binnenmarkt, Steuern und Zollunion) sowie Vizepräsident S. 787–789, 792

Coëme, Guy Ministerpräsident der Wallonischen Region vom 3. Februar bis 9. Mai 1988, anschließend belgischer Verteidigungsminister S. 1815, 1817

Coene, Jean Leiter der belgischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen und der Delegation bei den Mandatsgesprächen für eine Konferenz über Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa in Wien S. 514 f.

Coetzee, Hendrik Jacobus („Kobie") südafrikanischer Justizminister S. 1821[17]

Cohen, Gad Gesandter an der israelischen Botschaft in Bonn S. 1027[31]

Cohen, Herman Jay Berater des amerikanischen Präsidenten und Mitarbeiter im Nationalen Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten von Amerika (Senior Director for Africa) S. 1206, 1714[9]

Cohen, Richard Inhaber der Beraterfirma Washington World Analysts und Wirtschaftsanalyst für die Washington Defense Research Group S. 956

Colasuonno, Francesco Titularerzbischof von Truentum sowie Apostolischer Nuntius in Polen S. 204

Colombo, Emilio italienischer Finanzminister seit 13. April 1988; 1980–1983 Außenminister S. 599

Conable, Barber Benjamin, Jr. Präsident der Weltbank S. 910[13], 1444

Concini, Dennis Webster siehe: DeConcini, Dennis Webster

Connan, Christian Erster Sekretär an der französischen Botschaft in Bonn bis Sommer 1988, anschließend Mitarbeiter im französischen Verteidigungsministerium (Adjoint du conseiller diplomatique au cabinet de Jean-Pierre Chevènement) S. 1546[15]

Cordes, Rudolf Mitarbeiter der Hoechst AG, am 12. September 1988 im Libanon aus der Geiselhaft freigelassen **Dok. 80, 223** und S. 85 f., 120, 329, 531 f., 534, 563–565, 1225[6], 1311, 1433, 1800 f.

Cordovez, Diego stellvertretender Generalsekretär für besondere politische Angelegenheiten im Sekretariat der Vereinten Nationen in New York und Sonderbeauftragter für Afghanistan, seit 10. August 1988 ecuadorianischer Außenminister **Dok. 107** und S. 100, 223, 417[13], 887

Corterier, Peter 1969–1987 Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD); 1981/82 Staatsminister im Auswärtigen Amt S. 1903

Cossiga, Francesco Präsident der Italienischen Republik S. 680[26]

Costa de Abreu Sodré, Alberto brasilianischer Außenminister S. 424[3+7]

Craxi, Bettino 1983–1987 Ministerpräsident der Italienischen Republik S. 4[18]

Cresson, Édith französische Ministerin für europäische Angelegenheiten seit 12. Mai 1988 S. 868, 1619

Cristiano Burkard, Alfredo Félix Vorsitzender der salvadorianischen Alianza Republicana Nacionalista (ARENA) S. 875

Crocker, Chester Arthur Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for African

Affairs) S. 158, 309, 634, 777 f., 1075, 1148[11], 1206, 1208, 1651, 1871

Crowe, William J., Jr. Admiral der amerikanischen Streitkräfte und Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs S. 1072[6]

Cuntz, Eckart Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bandar Seri Begawan bis 11. September 1988, anschließend Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 1839[1]

Curien, Gilles Leiter der französischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien S. 819 f., 1149, 1165[17], 1535[2+3], 1614

Custodio López, Ramón Präsident des Komitees zur Verteidigung der Menschenrechte in Honduras S. 1668[22]

Czaja, Herbert Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Präsident des Bundes der Vertriebenen S. 462, 892

Czyrek, Józef Mitglied des Politbüros sowie Sekretär des ZK der PVAP S. 439[8], 1320

Daerr, Hans-Joachim Vortragender Legationsrat I. Klasse im Referat 02 „Planungsstab" bis 25. August 1988, anschließend Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Lagos S. 448[1]

Daher, Mikhael Mitglied des libanesischen Parlaments S. 1407[25], 1652

Dahlhoff, Günther Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington bis 2. August 1989, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 425 „Exportkontrollfragen: Strategische Güter (COCOM); Raketen" im Auswärtigen Amt S. 1802[5]

Dane, Hendrik Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 342 „Südostasien, Australien, Neuseeland, Pazifik" des Auswärtigen Amts S. 708[1], 709[12], 779[1], 1659[2]

Danesh, Ahmad S. 1782 f.

Dannenbring, Fredo Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland beim Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 417[13], 875[8], 1714[9]

Darman, Richard Gordon designierter Haushaltsdirektor des amerikanischen Präsidenten (Director of the Office of Management and Budget) S. 1826

Daschitschew, Wjatscheslaw Iwanowitsch Abteilungsleiter im Institut für die Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems der sowjetischen Akademie der Wissenschaften und Vorsitzender des wissenschaftlich-konsultativen Beirates beim Amt der sozialistischen Länder des Außenministeriums S. 1835, 1838

Dassel, Peter Vortragender Legationrat I. Klasse und Leiter des Referats 311 „Mittlerer Osten, Maghreb" im Auswärtigen Amt; vom 1. September bis 10. Dezember 1987 als Vortragender Legationsrat **Dok. 175** und S. 28[1], 31[4], 381[1], 555[8], 566[1], 1030, 1041[15], 1071[1], 1122[1], 1229[20], 1262[16], 1381[4], 1382[16], 1539[1], 1709[1], 1800[1], 1889[1]

Daum, Werner Vortragender Legationsrat, abgeordnet nach Tirana als Geschäftsträger ad interim zur Eröffnung der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland; seit 1. März 1988 Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters S. 63[6], 64[7]

Dayan, Moshe 1967–1974 israelischer Verteidigungsminister, 1977–1979 Außenminister S. 594

DeConcini, Dennis Webster Senator für den amerikanischen Bundesstaat Arizona (Democratic Party) S. 1535

Degreif, Erich-Michael Attaché im Referat 1-AF „Ausbildung und Fortbildung" des Auswärtigen Amts bis 30. April 1989, anschließend Legationssekretär im Referat 424 „Exportkontrollfragen; Koordinierungsausschuß für Multilaterale Strategische Exportkontrollen (COCOM); Rüstungsexport" S. 1802[5]

Dehmel, Max Ministerialrat im Bundesministerium für Wirtschaft S. 1808

Delors, Jacques Präsident der EG-Kommission **Dok. 259** und S. 80[16], 83, 264, 313, 315, 469 f., 629, 784, 787, 790 f., 798, 844, 995, 1037, 1120, 1128[15], 1236, 1240, 1268, 1514, 1820 f.

Delvalle Cohen-Henríquez, Eric Arturo Präsident der Republik Panama bis 26. Februar 1988 S. 355[19], 424[4], 585 f.

De Mita, Luigi Ciriaco Vorsitzender der Democrazia Cristiana sowie Mitglied des Europäischen Parlaments (Europäische Volkspartei) bis 13. April 1988, anschließend Ministerpräsident der Italienischen Republik **Dok. 332** und S. 599, 677 f., 680, 1569, 1573, 1608[10], 1610, 1648, 1844

Demosthenes * 384 v. Chr. † 322 v. Chr. S. 374

Deng Xiaoping Vorsitzender der Militärkommission des ZK der KPCh; 1975–1987 Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, 1982–1987 Vorsitzender des Beratenden Ausschusses des ZK S. 848, 1451, 1475, 1505 f., 1747, 1777

Denktasch, Rauf Sprecher der türkischen Volksgruppe auf Zypern (Präsident der „Türkischen Republik Nordzypern") S. 1774–1776

Derix, Christoph Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien" im Auswärtigen Amt **Dok. 81, 226** und S. 63[1], 65[13], 74[30], 93[1], 198[12], 204[33], 293[21], 338[1], 397, 408, 413, 453, 618[1], 971[1], 1042[5], 1064[28], 1318[2], 1386[4], 1387[9], 1388[11], 1484[1], 1516[12], 1669[1], 1728[1], 1891[1]

Detering, Lothar Referent im Referat 311 „Mittlerer Osten, Maghreb" des Auswärtigen Amts S. 10[2], 1539[1+6+7], 1918[7]

Dettling, Warnfried Leiter der Abteilung „Jugend, Zivildienst und Generelle Planung" im Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit S. 1685

Dhanabalan, Suppiah singapurischer Minister für nationale Entwicklung sowie bis 12. September 1988 Außenminister S. 711, 1095 f.

Diana, Prinzessin von Wales S. 332[35]

Díaz, Roberto Generaldirektor für Kultur im nicaraguanischen Erziehungsministerium S. 1653[76]

Díaz Urquizu, Oscar Direktor der guatemaltekischen Zollpolizei bis 12. März 1988 S. 1685

Dieckmann, Heinrich-Dietrich Gesandter an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York bis 30. September 1988, anschließend Beauftragter für Lateinamerikapolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts, seit 1. November 1988 Leiter der Unterabteilung 40 in der Abteilung 4 „Wirtschaftsabteilung" und Beauftragter für Nord-Süd-Verhandlungen mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 235** und S. 1245[14]

Diepgen, Eberhard Regierender Bürgermeister von Berlin und Mitglied des Abgeordnetenhauses (CDU) S. 328 f.

Dietz, Peter Kapitän des Containerschiffs „Dhaulagiri Dlik" S. 958–960

Dilger, Willibald Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Izmir; 1984–1987 Angestellter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Damaskus und Vertreter des Botschafters S. 596[5]

Dimitroff, Georgi 1929–1933 Mitarbeiter und 1935–1943 Generalsekretär des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale und 1946–1949 Ministerpräsident der Volksrepublik Bulgarien S. 1733

Dinu, Marcel rumänischer Botschafter in Bonn S. 1246 f.

Diouf, Abdou Präsident der Republik Senegal S. 252[2]

Disdorn, Hannspeter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Luanda **Dok. 268** und S. 253[4], 309[44], 778[13]

Ditfurth, Jutta Mitglied und Sprecherin des Bundesvorstands der Grünen bis 2. Dezember 1988 S. 1771

Dix, Wolfgang Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Rechtsfragen, Beitritte, EG-Haushalt" des Auswärtigen Amts S. 1035[1], 1839[1], 1887

Djamil, Kumhal Generaldirektor für Außenhandel im indonesischen Handelsministerium S. 1448[14]

Dlamini, Freddie Mitglied des National Executive Committee des südafrikanischen ANC S. 965

Dmitriew, Valentin Iwanowitsch sowjetischer Botschafter in Addis Abeba S. 706[47]

Dobbelstein, Rainer Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Warschau S.76[39], 157[27], 440[12]

Dobbins, James Francis, Jr. Gesandter an der amerikanischen Botschaft in Bonn; 1983 Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary of State, Bureau of European Affairs) S. 492

Dobrynin, Anatolij Fjodorowitsch Sekretär des ZK der KPdSU und Leiter der Internationalen Abteilung beim ZK bis 30. September 1988, anschließend Berater des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow S. 171, 489, 812, 1485[7]

Dohrmann, Helge Mitglied des dänischen Parlaments und Vorsitzender der Fraktion der dänischen Fortschrittspartei (Fremskridtspartiet) S. 1256

Dollfuß, Engelbert 1932–1934 Bundeskanzler der Republik Österreich S. 1107

Dörfler, Peter Reeder S. 958 f.

Dorosz, Andrzej polnischer Stellvertretender Finanzminister S. 289

Dostojewski, Fjodor Michailowitsch * 1821 † 1881 S. 1556

Dougan, Diana Lady Koordinatorin für internationale Kommunikation und Informationspolitik (Coordinator for International Communication and Information Policy) im amerikanischen Außenministerium bis 29. Januar 1988 S. 227

Dragović, Milan jugoslawischer Botschafter in Bonn S. 1194

Drecki, Ryszard polnischer Journalist S. 68[4]

Dregger, Alfred Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion S. 105, 868, 1585

Dreher, Johann Georg Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ im Auswärtigen Amt **Dok. 11, 89, 122, 134, 231, 242, 318** und S. 27[9], 194[25], 318[13], 378[13], 879[1], 1091[31], 1098[13], 1113[7], 1308, 1435[1], 1436[13], 1542[11], 1817[18], 1825[1], 1869[1], 1877[1]

Dröge, Jürgen Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 231 „Politische Fragen des Wirtschafts- und Sozialbereichs der Vereinten Nationen; Menschenrechtsfragen“ des Auswärtigen Amts bis 15. Juni 1988, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ouagadougou S. 873[1]

Dsasochow, Alexander Sergejewitsch sowjetischer Botschafter in Damaskus S. 963 f.

Dschabir al-Ahmad al-Dschabir as-Sabah Emir des Staates Kuwait S. 1421

Duarte Fuentes, José Napoleón Präsident der Republik El Salvador S. 8[41], 307[37], 356, 704[39], 712, 713[9], 875, 1714

Dubček, Alexander 1968/69 Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der ČSSR S. 155

Dufner, Wolfram Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Zürich; 1984–1987 Botschafter in Kuala Lumpur S. 1349[21], 1351[24]

Dufourcq, Bertrand französischer Botschafter beim Heiligen Stuhl in Rom bis August 1988, anschließend Abteilungsleiter im Außenministerium (Directeur des affaires politiques) **Dok. 358** und S. 1360–1362, 1610

Duisberg, Claus-Jürgen Ministerialdirigent und Leiter des Arbeitsstabs 20 „Deutschlandpolitik“ im Bundeskanzleramt S. 1334[1], 1355 f.

Dukakis, Michael Stanley Gouverneur des amerikanischen Bundesstaates Massachusetts (Democratic Party) und Präsidentschaftskandidat S. 475, 548, 991, 1039 f., 1078, 1147, 1200 f., 1208, 1274, 1345, 1624, 1660, 1742, 1826 f., 1830 f.

Dumas, Roland Abgeordneter der französischen Nationalversammlung (Parti Socialiste) und Vorsitzender der Kommission für auswärtige Angelegenheiten; seit 12. Mai 1988 französischer Außenminister; 1984–1986 Außenminister **Dok. 160, 168, 197, 269, 306, 356** und S. 19, 855[3], 869[21], 918, 945 f., 952 f., 980, 982, 987 f., 990, 992, 999 f., 1024, 1059–1061, 1068, 1165, 1173, 1181, 1187, 1244, 1298[1], 1361, 1363 f., 1365[24], 1417, 1419–1423, 1541, 1627[21], 1659, 1662, 1664, 1716, 1874, 1899–1901, 1906

Dumas Rodríguez, Edgardo Mitarbeiter im honduranischen Außenministerium S. 1664

Dunkel, Arthur Generaldirektor des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) S. 1898

Düster, Joachim Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Damaskus S. 12[1], 84[1]

Duve, Freimut Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 231[2], 1540, 1542, 1545f., 1771f.

Eagleton, William Lester, Jr. amerikanischer Botschafter in Damaskus bis 31. August 1988, anschließend stellvertretender Generalkommissar (Deputy Commissioner-General) des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) S. 962f.

Eberle, Holger Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 611 „Grundsatzfragen, Planung und Koordinierung der regionalen und bilateralen kulturpolitischen Zusammenarbeit mit Staaten in Lateinamerika, Afrika, im Nahen Osten, Süd- und Südostasien, Korea; Kulturabkommen, Kulturreferententagungen“ im Auswärtigen Amt S. 1327[9], 1653[76]

Eberlein, Werner Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Magdeburg und Abgeordneter der Volkskammer S. 1383

Eckerberg, Lennart schwedischer Botschafter in Bonn S. 843

van Eekelen, Willem (Wim) Frederik niederländischer Verteidigungsminister bis zu seinem Rücktritt am 6. September 1988 S. 885f.

Eger, Wolfgang 1980–1984 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Seoul S. 1001[23]

Ehmke, Horst Mitglied des Deutschen Bundestags und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion **Dok. 298** und S. 771, 1309, 1310[8+12]

Ehni, Reinhard Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 610 „Grundsatzfragen, Planung und Koordinierung der regionalen und bilateralen kulturpolitischen Zusammenarbeit mit Staaten in West- und Osteuropa sowie mit USA, Kanada, Japan, China, Australien, Neuseeland; Kulturabkommen; Kulturreferententagungen“ des Auswärtigen Amts S. 538[6]

Eichhorn, Christoph Attaché im Referat 1-AF „Ausbildung und Fortbildung“ des Auswärtigen Amts bis 31. März 1988, anschließend Legationssekretär im Referat 342 „Südostasien, Australien, Neuseeland, Pazifik“, seit 9. Mai 1988 im Referat 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; nichtstaatliche europäische Organisationen“ S. 1236[15]

Eichhorn, Sabine Legationsrätin I. Klasse und Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts, seit 21. Juni 1988 Vortragende Legationsrätin S. 627

Eichinger, Franz Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Freetown bis 8. Juni 1988, anschließend Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 413 „Assoziations- und Kooperations-Politik der EG; Beziehungen der EG zur Dritten Welt und Südafrika; bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zu europäischen Staaten des Mittelmeerraums“ des Auswärtigen Amts S. 1093[1]

Eickhoff, Ekkehard Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter bis 11. August 1988, anschließend Botschafter in Ankara **Dok. 144, 149, 195, 196, 197, 216, 224** und S. 106[15], 306[32+33], 394[9], 458[28], 521[11], 522[17], 603[5+6], 604[7], 606[16], 607, 610[32], 954[27], 1165[17], 1169, 1170[21], 1511[13], 1524[15], 1526, 1644[21]

Eickhoff, Walter Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 311 „Mittlerer Osten, Maghreb“ des Auswärtigen Amts **Dok. 263** und S. 382[10], 566[1], 1176[25], 1312[7], 1577, 1709[1+5], 1889[1], 1922[22]

Eid, Ursula Mitglied des Deutschen Bundestages (Die Grünen) S. 753[17]

Eide, Wigleik Oberbefehlshaber der norwegischen Streitkräfte S. 511

Eiff, Hansjörg Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad **Dok. 58, 225** und S. 1669[5]

Eitel, Antonius („Tono") Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 50 in der Abteilung 5 „Rechtsabteilung" des Auswärtigen Amts S. 235[17]

Ekéus, Rolf Leiter der schwedischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf S. 1690

Elbe, Frank Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat 010 „Ministerbüro" des Auswärtigen Amts, seit 21. November 1988 Leiter des Ministerbüros S. 49[5], 67[1], 93, 103, 104[2], 106[13], 257[1], 275[3], 442[2], 448[1], 574[1], 592, 664[4], 799[1], 821[1], 835[3], 898[3], 1048[4], 1099[4], 1160[4], 1216[3], 1276[3], 1334[5], 1375[3], 1526, 1607, 1628[3], 1713, 1722[1], 1852[1], 1855[5], 1899[2]

Elfenkämper, Helmut Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 35[1], 824[1], 1797[1]

Elias, Jürgen Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 340 „Südasien" im Auswärtigen Amt, seit 4. Januar 1988 Vortragender Legationsrat I. Klasse S. 584[12], 687[1], 762[1+3], 762[5], 886, 888[10], 914[1], 1373[1]

Eliasson, Nils Mitglied der schwedischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien und Koordinator für Korb III S. 603[5+6], 610[32], 783, 837, 1057, 1060[10], 1149, 1181, 1192 f., 1589[13], 1698

Elitz, Ernst Chefredakteur und Leiter der Abteilung Fernsehen des Süddeutschen Rundfunks S. 1178

Elizabeth II. Königin des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland **Dok. 338**

Ellemann-Jensen, Uffe dänischer Außenminister S. 672, 947, 1170[14], 1357, 1878 f.

Ellenoff, Theodore Präsident des American Jewish Committee **Dok. 110**

Ellerkmann, Richard Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bagdad **Dok. 66, 253** und S. 500[13], 1030, 1033[17], 1041[15], 1382[11]

Elsäßer, Martin Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kairo S. 185[20]

Engaard, Knud Mitglied des dänischen Parlaments (Venstre) und dänischer Wirtschaftsminister bis 3. Juni 1988, anschließend Verteidigungsminister S. 1818

Engelhard, Hans Arnold Bundesminister der Justiz und Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) S. 441, 460

Engels, Friedrich *1820 †1895 S. 77

Engholm, Björn Mitglied des Landtags von Schleswig-Holstein und Vorsitzender der SPD-Fraktion, seit 31. Mai 1988 Ministerpräsident S. 738[5]

Engo, Paul Bamela Leiter der kamerunischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York S. 1025

Eppler, Erhard Mitglied im Präsidium und im Bundesvorstand der SPD sowie Vorsitzender der Grundwertekommission S. 986[29], 1178

Erhard, Ludwig 1949–1963 Bundesminister für Wirtschaft; 1963–1966 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und 1966/67 Vorsitzender der CDU S. 1570, 1702

Ermacora, Felix Professor für Staats- und Völkerrecht an der Universität Wien sowie Mitglied der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen und deren Sonderberichterstatter für Afghanistan S. 1373

Ermarth, Fritz W. Mitarbeiter im Nationalen Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten von Amerika und Sonderberater des Präsidenten für nationale Sicherheit (Special Assistant to the President for National Security Affairs) bis April 1988 S. 376, 380

Ersbøll, Niels Erling Nygaard Generalsekretär des Rats der Europäischen Gemeinschaften S. 867 f.

Ershad, Hussein Muhammad Präsident der Volksrepublik Bangladesch S. 1833[10]

Escórcio, Herminio Joaquim angolanischer Botschafter in Bonn seit 27. Januar 1988 **Dok. 227**

d'Escoto Brockmann, Miguel nicaraguanischer Außenminister S. 307[38], 713[8], 714[10], 1628, 1665

Estrada, Hernán Leiter der Abteilung Westeuropa des Büros für Außenbezie-

hungen der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN), seit 11. Mai 1988 nicaraguanischer Botschafter in Bonn S. 1623, 1653[76]

Evangelidis, Leonidas A. griechischer Botschafter in Bonn S. 547

Evans, Daniel Jackson Senator für den amerikanischen Bundesstaat Washington (Republican Party) S. 141

Evren, Kenan General der türkischen Streitkräfte und Präsident der Republik Türkei; 1978–1983 Chef des Generalstabs **Dok. 292, 293** und S. 1511, 1780

Evtimov, Georgi bulgarischer Botschafter in Bonn S. 1728

Fahad, Ghaleb Botschaftsrat an der irakischen Botschaft in Bonn 555[8], 1030

Fahd ibn Abdul Aziz al-Saud König und Ministerpräsident des Königreichs Saudi-Arabien S. 183, 273, 498, 500 f., 505, 1174, 1403

Falin, Walentin Michajlowitsch Kandidat des ZK der KPdSU sowie Redakteur der sowjetischen Tageszeitung „Izwestija“ und Generaldirektor der Nachrichtenagentur Nowosti, seit Oktober 1988 Leiter der Internationalen Abteilung beim ZK der KPdSU S. 1251 f.

Falk, Gerhard S. 1571

Fanfani, Amintore 1987 Ministerpräsident der Italienischen Republik S. 680[26]

Farías, Victor chilenischer Hochschullehrer und Publizist S. 257 f.

Feiter, Franz-Josef Ministerialrat im Bundeskanzleramt S. 78, 784[1]

Fekecz, Janusz Abteilungsleiter im polnischen Außenministerium **Dok. 69** und S. 1386 f., 1389

Felber, René schweizerischer Außenminister S. 835[5]

Feldmann, Olaf Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) S. 863, 864[12], 865[14]

Feldstein, Martin Stuart Professor für Wirtschaft und Finanzen an der Harvard University und wirtschaftspolitischer Berater des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Bush S. 741

Felfe, Werner Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Sekretär für Landwirtschaft beim ZK sowie Mitglied des Staatsrats der DDR S. 1385

Felix-Paganon, Jean stellvertretender Leiter der französischen Delegation bei den Mandatsgesprächen für eine Konferenz über Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa in Wien S. 1114 f., 1117, 1118[15]

Fenster, Aristide Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Warschau bis 11. April 1988, anschließend abgeordnet, seit 11. Juni 1988 versetzt in das Bundespräsidialamt S. 93

Fernández Fernández, Sergio chilenischer Innenminister bis 21. Oktober 1988 S. 1519

Fernández Ordóñez, Francisco José spanischer Außenminister S. 385, 388, 829, 946, 953, 1094, 1668, 1875, 1881

Fiedler, Heinz Ministerialdirigent und Beauftragter für Nah- und Mittelostpolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland; 1978–1985 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 310 „Naher Osten“ im Auswärtigen Amt **Dok. 99, 223, 230, 247, 370** und S. 182[10], 184[25], 238[3], 240[4], 268[1], 358[1], 531[1], 646, 929[1], 957[4], 1174 f., 1381, 1537[1], 1538[6], 1539[1]

El Fiki, Mustafa Mohammed Sekretär des ägyptischen Präsidenten und Leiter des Büros für Information im Präsidialamt S. 179

Finck von Finckenstein, Hans-Werner Graf Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires bis 10. Januar 1988, anschließend Botschafter in Mexiko-Stadt S. 876[15]

Fischbach, Marc luxemburgischer Verteidigungsminister S. 1815, 1817

Fischer, Bernd Legationsrat I. Klasse an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York bis 28. August 1988, anschließend Botschaftsrat und Mitglied der Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien S. 1025[25+27]

Fischer, Eckart Oberst i. G. und Mitarbeiter im Bundesministerium der Verteidigung S. 1288

Fischer, Oskar Außenminister der DDR und Mitglied des ZK der SED S. 27[7], 37, 175[3], 176[5], 770[6], 839, 855–857, 937, 1023, 1163

Fischer, Paul Henning dänischer Botschafter in Bonn S. 1355[2], 1356

Fischer, Per 1979–1984 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 „Wirtschaftsabteilung" des Auswärtigen Amts S. 854[7]

Fitzwater, Max Marlin Pressesprecher des amerikanischen Präsidenten (Assistant of the President for Press Relations) S. 1701

Fleischhauer, Ingeborg deutsche Historikerin und Vorsitzende der Historischen Kommission zur Erforschung der Geschichte und Gegenwart der Deutschen in Rußland/Sowjetunion S. 1103

Flimm, Fritz Hermann Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Cotonou S. 588, 590[10], 591[16]

Florin, Peter Mitglied des ZK der SED und Stellvertretender Außenminister der DDR, Präsident der 42. VN-Generalversammlung und der 3. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung vom 31. Mai bis 25. Juni 1988 S. 477

Foerster, Roland-Götz Oberst i. G. und Abteilungsleiter im Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg S. 1441[13]

Fojtík, Jan Mitglied des Sekretariats des ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei sowie Kandidat, seit April 1988 Mitglied des Präsidiums des ZK **Dok. 115**

Foley, Thomas Stephen Mitglied und Mehrheitsführer des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) S. 370[12], 1762, 1822

Follin, Bernard französischer Botschafter in Canberra bis Februar 1988, anschließend im Außenministerium S. 1900

Fontana Giusti, Luigi Maria außenpolitischer Berater des italienischen Ministerpräsidenten bis Ende April 1988, anschließend Leiter der Ständigen Vertretung bei der OSZE in Paris S. 312

Forck, Gottfried Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (Region Ost) S. 248, 856[11]

Ford, Gerald Rudolph 1974–1977 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1825 f.

Foxman, Abraham Henry Vorsitzender (National Director) der Anti-Defamation Leage S. 1017

Fraidel, Hermann Brigadegeneral und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 43, 507[16]

Francese, P. B. Mitarbeiter im italienischen Außenministerium S. 111

Frangi, Abdallah Leiter der „Informationsstelle Palästina" der Palestine Liberation Organisation (PLO) in Bonn S. 1903, 1904[18]

Frangieh, Suleiman 1970–1976 Präsident der Libanesischen Republik S. 116, 120, 1407[25]

Franke, Christina S. 1449

Frei Montalva, Eduardo 1964–1970 Präsident der Argentinischen Republik S. 1752

Frei Ruiz-Tagle, Eduardo Mitglied der Christdemokratischen Partei Chiles (Partido Demócrata Cristiano) S. 1752 f.

Freitag, Armin Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Teheran **Dok. 7, 102** und S. 269[9], 1071[2+3], 1151[4], 1228[18], 1312[6], 1313, 1314[16], 1433, 1709[2], 1713[17], 1781

Fretwell, Sir John Emsley Abteilungsleiter im britischen Außenministerium (Political Director and Deputy to the Permanent Under-Secretary of State) **Dok. 358** und S. 921

Freundt, Hans Helmut Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Bagdad S. 1226[11], 1339[12]

Freytag von Loringhoven, Arndt von Attaché im Referat 1-AF „Ausbildung und Fortbildung" des Auswärtigen Amts bis 31. März 1988, anschließend Legationssekretär im Referat 431 „Internationa-

le Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung; EURATOM; OECD-NEA; IAEO; Weltraumforschung und -erschließung; ESA; Trägertechnologien" S. 690[1], 1157[1+4], 1454[1]

Fröwis, Walter Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Bangkok S. 708[8]

Frühauf, Manfred Leiter des Büros des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß in Bonn bis Oktober 1988, anschließend Abteilungsleiter im Bayerischen Staatsministerium für Bundesangelegenheiten S. 211

Fry, Graham Holbrook Mitarbeiter im britischen Außenministerium S. 1119, 1121

Funke, Hans Angestellter und Vertreter des Leiters am Generalkonsulat in Mailand S. 1442, 1444

Furrer, Reinhard Alfred Professor und Direktor des Instituts für Weltraumtechnologie an der Freien Universität Berlin; 1985 Teilnahme an der Spacelab-Mission D 1 S. 128[20]

al-Gaddafi, Muammar Oberst und „Führer der Großen Revolution vom 1. September" in der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija S. 10[3], 11, 189, 1404, 1715[14], 1742, 1779, 1921

Gaerte, Felix Otto 1978–1983 Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Istanbul S. 546[6]

Gailani, Pir Sayyid Ahmed Gründer und Anführer der Nationalen Islamischen Front für Afghanistan (Mihaz e Melli e Islami e Afghanistan) S. 888

al-Gailany Abteilungsleiter im irakischen Außenministerium S. 1030

Galindo Pohl, Reynaldo Sonderberichterstatter des Menschenrechtsausschusses des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen zur Menschenrechtslage im Iran S. 1782 f., 1786[23], 1801, 1889 f.

Galinski, Heinz Vorsitzender der jüdischen Gemeinde in Berlin und Mitglied des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland, seit 20. März 1988 Vorsitzender S. 1016[2], 1108

Gallardo Lozada, Samuel bolivianischer Botschafter in Panama-Stadt S. 587

Galvin, John Rogers General und Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa sowie der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR) S. 69[13], 316[5+6], 728 f., 807, 1648, 1862, 1878

Gandhi, Rajiv Ministerpräsident der Republik Indien **Dok. 167** und S. 762, 763[5], 887[9], 889[12], 890, 1023, 1040, 1378

Ganns, Harald Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 321 „West- und Zentralafrika" im Auswärtigen Amt S. 588

Gansel, Norbert Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) und des Auswärtigen Ausschusses sowie Vorsitzender des Arbeitskreises I (Außen- und Sicherheitspolitik, Europa- und Entwicklungspolitik) der SPD-Fraktion S. 1581

Garbers, Friedrich Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Rom bis 28. Februar 1988, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 423 „Internationale Verkehrspolitik; Internationales Post- und Fernmeldewesen; Rundfunk- und Fernsehplanung; Internationale Tourismuspolitik (einschließlich WTO)" im Auswärtigen Amt S. 310[1], 959, 1619[68]

García Pérez, Alan Gabriel Ludwig Präsident der Republik Peru S. 424[4]

García Rodríguez, Ricardo Eugenio Andrés chilenischer Außenminister bis 21. Oktober 1988 S. 237, 418 f., 420[20]

Garejew, Mahmut Achmetowitsch Generaloberst und Stellvertretender Leiter des Generalstabs der sowjetischen Streitkräfte S. 1836

Garetowskij, Nikolaj Viktorowitsch Vorsitzender der Staatsbank der UdSSR (Gosbank) S. 1648

Gärtner, Ingrid Attachée im Referat 1-AF „Ausbildung und Fortbildung" des Auswärtigen Amts S. 539[8]

de Gaulle, Charles 1958–1969 Staatspräsident der Französischen Republik S. 19, 41[9], 192 f., 194[24], 365, 507, 526, 1733 f.

Gebele, Hubert Legationssekretär im Referat 331 „Kolumbien, Mexiko, Panama, Veneuzela, Zentralamerika, Karibik“ des Auswärtigen Amts 874[7], 1768[1]

Geerdts, Klaus Oberst i. G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Riad S. 691[1]

Gehlhoff, Walter 1974–1977 Staatssekretär des Auswärtigen Amts; 1984/85 Sonderbeauftragter der Bundesregierung für die deutsch-britische Zusammenarbeit S. 333, 447

Gehling, Theodor Vortragender Legationsrat im Referat 117 „Politisches Archiv und Historisches Referat“ des Auswärtigen Amts S. 1727

Geiger, Michaela Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) und des Auswärtigen Ausschusses sowie Vorsitzende der Arbeitsgruppe Außenpolitik der CDU/CSU-Fraktion S. 1581

Geißler, Heiner Mitglied des Deutschen Bundestages und Generalsekretär der CDU S. 439

Geldenhuys, Johannes Jacobus Generalleutnant der südafrikanischen Streitkräfte S. 776

Gellbach, Eva-Bettina Attachée im Referat 1-AF „Ausbildung und Fortbildung“ des Auswärtigen Amts bis 30. März 1988, anschließend Legationssekretärin im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ zur Dienstleistung beim Büro der Staatsministerin Adam-Schwaetzer S. 1808

Gemayel, Amin Präsident der Libanesischen Republik bis 22. September 1988 S. 116 f., 1406[24], 1416

Gemballa, Gero Journalist S. 231[2]

Genscher, Barbara S. 1586

Genscher, Hans-Dietrich Bundesminister des Auswärtigen und Stellvertreter des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland und Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP); 1969–1974 Bundesminister des Innern **Dok. 1, 14, 15, 16, 17, 18, 21, 24, 25, 26, 27, 30, 36, 40, 41, 68, 74, 79, 98, 104, 107, 109, 110, 112, 118, 130, 131, 133, 150, 160, 167, 168, 171, 177, 181, 197, 198, 220, 221, 225, 230, 247, 260, 261, 265, 266, 269, 272, 293, 301, 306, 307, 310, 314, 315, 327, 333, 341, 344, 354, 356, 366** und S. 10[1+2], 14, 16[14], 19, 22[3], 43, 45, 57, 63, 66, 104, 107[17], 122, 128[21], 130 f., 139, 182, 184, 190 f., 193[21+23], 206 f., 208[14], 209, 237, 252–254, 255[11], 270[14], 275[3], 283, 297, 300–315, 323, 325, 327 f., 331, 333, 335, 343, 352[4], 357, 358, 361, 363, 367 f., 370[12], 374[24], 375, 376, 382, 385–388, 397[6], 398, 402[19], 403 f., 408–411, 413, 418[2+5], 419, 420[12], 422 f., 439, 446[20], 459–461, 464, 476, 491[3], 498, 503, 517[5], 532[6], 557[5], 559, 562[12+13], 565, 574 f., 585, 587[14], 603, 607 f., 613, 624[5], 648[5], 650, 654, 662 f., 664[5], 673, 676, 677[8], 678, 688, 692, 695, 697, 701, 705, 716, 726, 728[16], 729[20+21], 730[24], 731[26], 732[28+29], 737[1], 750, 755[22], 757, 770[7], 772, 780 f., 792, 799, 800[7+10+11], 802[13+14], 803[18+19], 805[22], 806[23], 819, 833, 835, 842, 843[1], 849[24], 850, 855[3], 897[17], 898[3], 908[4], 910, 944–948, 951 f., 957[4], 991–993, 998 f., 1001 f., 1004[12+14], 1005[19], 1016[2], 1024, 1028, 1035, 1038, 1041, 1044[11], 1045[12], 1059–1064, 1080[1], 1082 f., 1089[44], 1090[48+49], 1093[56], 1094 f., 1099[4], 1102 f., 1135[3], 1141[19], 1150[9], 1160, 1174 f., 1176[1], 1181, 1182[18], 1187, 1203[2], 1206, 1209, 1216[3], 1218[9], 1220[12+14], 1222[16+18], 1223[20], 1224[22], 1231, 1232[11+12], 1236, 1238 f., 1241, 1245[14], 1246–1248, 1259, 1269[1], 1272, 1276[2+3], 1285, 1297, 1298[1], 1304[22], 1309 f., 1331 f., 1333[14+16+18], 1334[5], 1361[5], 1363 f., 1365[24], 1381, 1407[2], 1417, 1435, 1452, 1454[10], 1460, 1479[11], 1484, 1499, 1511, 1521[2], 1536[5], 1541, 1553[1], 1557, 1560[15+17], 1562, 1581, 1586, 1589–1591, 1593–1595, 1606[25], 1630, 1642, 1644, 1647, 1652[73], 1659, 1661–1664, 1679, 1686, 1696, 1701, 1706, 1709–1711, 1713[17], 1722[1], 1723–1726, 1729, 1735 f., 1761 f., 1768[2], 1772, 1780, 1791, 1797[1], 1802, 1808[5], 1816, 1819[1], 1831[1], 1835, 1863, 1873–1875, 1877[1], 1880–1886, 1889 f., 1899–1901, 1904–1908, 1918 f., 1923[26]

Genscher, Hilde S. 1624

Gentz, Jochen Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl S. 1372[6]

Georgiou, Georgios Staatssekretär im griechischen Außenministerium S. 945, 947

Gerdts, Michael Legationsrat I. Klasse im Referat 013 „Pressereferat“ des Auswär-

tigen Amts bis 21. November 1988, anschließend im Referat 010 „Ministerbüro“ und persönlicher Referent des Bundesministers Genscher S. 1800[1], 1855[5], 1902[3]

Gerhardt, Walter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 421 „Wirtschaftsbeziehungen zu den europäischen RGW-Staaten, Jugoslawien und Albanien; West-Ost-Wirtschaftsbeziehungen“ im Auswärtigen Amt **Dok. 156, 266** und S. 66[14], 202[27], 611[35], 1279[18], 1729[9]

Gerhardt, Wolfgang Landesvorsitzender der FDP Hessen sowie Minister für Wissenschaft und Kunst des Landes Hessen und Präsident der Ständigen Kultusministerkonferenz der Länder in der Bundesrepublik Deutschland S. 1808, 1811

Gerlach, Axel Ministerialrat im Bundesministerium für Wirtschaft S. 290[17]

Germann, Christian Legationsrat I. Klasse im Referat 330 „Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Paraguay, Peru, Uruguay“ des Auswärtigen Amts S. 1019[1]

Germann, Wilhelm Oberst i. G. bei der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf S. 1019[1]

Gerstenmeier, Cornelia Herausgeberin der Zeitschrift „Kontinent“ sowie Gründerin und Vorsitzende der „Gesellschaft Kontinent e.V.“ S. 1585

Gerz, Wolfgang Ministerialrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin; 1985/86 Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 320 „Südliches Afrika“ im Auswärtigen Amt S. 213[11]

Gescher, Valentin Attaché im Referat 1-AF „Ausbildung und Fortbildung“ des Auswärtigen Amts bis 31. März 1988, anschließend Legationssekretär im Referat 412 „Europäische Gemeinschaften: Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik; Europäisches Währungssystem, Internationale Wirtschafts- und Währungsfragen: Wirtschaftsgipfel, IWF, OECD“ **Dok. 364** und S. 808[1], 810[11], 1209[1]

Ghani, Abdul Jebbar Omar irakischer Botschafter in Bonn **Dok. 99** und S. 1030, 1038

Ghazzawi, Abbas Faig saudi-arabischer Botschafter in Bonn S. 498, 1174 f.

Gibbon, Edward *1737 †1794 S. 955 f.

Gierek, Edward 1970–1980 Erster Sekretär des ZK der PVAP S. 163, 441

Giesder, Manfred Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 231 „Politische Fragen des Wirtschafts- und Sozialbereichs der Vereinten Nationen; Menschenrechtsfragen“ im Auswärtigen Amt **Dok. 161** und S. 28[1], 981[4]

Gilmour, Sir Ian 1979–1981 Lordsiegelbewahrer (Lord Privy Seal) des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland S. 589[8]

Giraud, André französischer Verteidigungsminister bis 12. Mai 1988 **Dok. 43** und S. 20, 526, 529, 1126 f.

Giscard d'Estaing, Valéry 1974–1981 Staatspräsident der Französischen Republik S. 1780

Gisy, Albert-Josef Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tunis bis 12. September 1988, anschließend im Referat 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; nichtstaatliche europäische Organisationen“ des Auswärtigen Amts S. 1887

Glemp, Józef Erzbischof von Gnesen und Warschau, Primas von Polen S. 95, 157, 163 f., 877, 1486 f.

Gleske, Leonhard Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank S. 206[3], 1886

Glistrup, Mogens Gründer der dänischen Fortschrittspartei (Fremskridtspartiet) und Mitglied des dänischen Parlaments S. 1255, 1257

Globke, Hans 1934–1945 Referent bzw. seit 1938 Ministerialrat im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern; 1953–1963 Staatssekretär und Chef des Bundeskanzleramts S. 1867

Globocnik, Odilo SS-Gruppenführer, 1939–1943 SS- und Polizeiführer des Distrikts Lublin des Generalgouvernements, Leiter der „Aktion Reinhard“; Organisator der Vernichtungslager Bełżec, Sobibór und Treblinka; seit 13. Septem-

ber 1943 Höherer SS- und Polizeiführer „Operationszone Adriatisches Küstenland“ S. 1441[13]

Gluchow, Alexej Iljitsch Erster Stellvertretender Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium S. 103, 126[16], 386

Göckel, Helmut Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad S. 341[9], 935[11]

Goldmann, Nahum 1949–1978 Präsident des Jüdischen Weltkongresses (World Jewish Congress) S. 1016[2]

Goldschmidt, Jürgen Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 501 „Völkerrechtliche Verträge“ des Auswärtigen Amts S. 462[8], 463[13+14], 464[15], 788[18]

Golob, Ignac Leiter der jugoslawischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien S. 1696

Gombosüren, Tserenpiliin stellvertretender Leiter der Abteilung für auswärtige Beziehungen beim ZK der Mongolischen Revolutionären Volkspartei, seit Juni 1988 mongolischer Außenminister S. 1242[5], 1245[14]

González Márquez, Felipe Ministerpräsident des Königreichs Spanien und Generalsekretär der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) S. 80, 219[29], 505, 844[4], 996, 1673, 1739, 1850, 1892

Goodpaster, Andrew Jackson General a. D. und Mitglied der „Kommission für eine integrierte Langzeitstrategie“; 1969–1974 Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa sowie der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR) S. 49

Goos, Bernd stellvertretender Exekutivdirektor des IWF (Alternate Executive Director) S. 1533[9]

Gorbatschow, Michail Sergejewitsch Generalsekretär des ZK der KPdSU und seit 1. Oktober 1988 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet **Dok. 52, 85, 165, 194, 300, 304, 357, 359** und S. 4[18], 38, 46[18], 57 f., 61 f., 72, 99 f., 104[5], 121–125, 130 f., 141, 143–145, 150, 155, 158, 165 f., 170, 196, 199, 214, 238, 246 f., 250, 277, 279, 323, 327 f., 331, 333–338, 351[24], 363, 367, 369, 373 f., 389, 392, 396, 414–417, 433, 436 f., 440, 446, 456[21], 469–471, 523, 528, 539, 549, 579, 583, 599 f., 604, 612–618, 630 f., 637–641, 645, 671, 674, 685 f., 698, 701[21], 703, 742 f., 802, 812–818, 847 f., 850, 852, 854, 877, 879, 883, 885, 889, 894 f., 897, 915, 921, 925 f., 936–939, 942 f., 948, 962[3], 975[12], 986 f., 1003 f., 1040, 1043, 1046, 1068 f., 1088, 1105, 1109, 1120, 1129, 1153[12], 1162–1164, 1171, 1195 f., 1198 f., 1272 f., 1334[3], 1368 f., 1376–1378, 1410, 1413, 1415, 1430 f., 1451, 1459, 1474 f., 1482, 1485 f., 1497, 1502, 1506, 1515, 1517, 1543, 1548, 1551 f., 1573 f., 1579, 1582–1584, 1586, 1608[9], 1613, 1617 f., 1637, 1642, 1644, 1649 f., 1694, 1701–1705, 1708, 1721, 1734 f., 1743–1747, 1749, 1754–1757, 1759 f., 1762[6], 1765, 1769 f., 1777, 1789 f., 1796, 1807, 1814 f., 1819 f., 1829, 1833 f., 1838, 1846 f., 1852 f., 1859, 1863, 1869–1873, 1875 f., 1880, 1893, 1895, 1914

Gorbunow, Anatolij Walerianowitsch (Gorbunovs, Anatolijs) Sekretär beim ZK der lettischen Kommunistischen Partei (zuständig für ideologische Fragen) und seit 6. Oktober 1988 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Lettischen SSR S. 1548 f., 1551

Gordon, John Keith Mitarbeiter im britischen Außenministerium S. 111

Gorenflos, Walter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Brasilia bis 17. März 1988, anschließend Leiter des Referats 1-I „Inspekteure“ im Auswärtigen Amt und Chefinspektor mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 424[3]

Goria, Giovanni Giuseppe Ministerpräsident der Italienischen Republik bis 13. April 1988 S. 80, 168, 310–314, 470, 599, 680

Gotlieb, Bernard stellvertretender Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Sous-directeur, sous-direction des questions atomiques et spatiales) S. 110[7], 111, 690 f.

Göttelmann, Wolfgang Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Beirut S. 1000[17], 1177, 1311[3], 1407[25], 1652[70]

Götz, Thomas Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest bis 31. Juli 1988, anschließend im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts S. 1245[1]

Goulden, Peter John Unterabteilungsleiter im britischen Außenministerium (Assistant Under-Secretary of State) S. 976f., 1299[6], 1640

da Graça Machungo, Mário Fernandes Ministerpräsident der Volksrepublik Mosambik S. 632[3]

Gračanin, Petar Präsident des Präsidiums der Serbischen Republik S. 340

Grafe, Roland Legationsrat I. Klasse im Referat 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ des Auswärtigen Amts S. 676[1+7]

Green, Holger Legationsrat I. Klasse bzw. seit 2. Dezember 1987 Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kathmandu bis 10. März 1988, anschließend an der Botschaft in Tokio S. 688[7]

Greineder, Dietmar Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 433 „Internationale Umweltpolitik“ im Auswärtigen Amt bis 2. August 1988, anschließend Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London S. 69[14], 1278[15]

Grewlich, Klaus Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 432 „Außen- und europapolitische Fragen der Informations- und Kommunikationstechnik; Telekommunikationspolitik einschließlich weltraumgestützte Systeme; Informationsmarktpolitik; grenzüberschreitender Informations- und Datenverkehr“ im Auswärtigen Amt **Dok. 38** und S. 1620[71], 1621[76]

Gribkow, Anatolij Iwanowitsch Armeegeneral der sowjetischen Streitkräfte sowie Erster Stellvertretender Generalstabschef und Stabschef der Streitkräfte des Warschauer Pakts S. 281[22]

Grigull, Wolfgang Oberst i.G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi S. 918[13]

Grinewskij, Oleg Alexejewitsch Sonderbotschafter im sowjetischen Außenministerium S. 382

Grobel, Olaf Botschaftsrat an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 376[7], 758[19], 933

Grolig, Wilfried Legationsrat I. Klasse im Referat 431 „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung; EURATOM; OECD-NEA; IAEO; Weltraumforschung und -erschließung; ESA; Trägertechnologien“ des Auswärtigen Amts bis 8. Mai 1988, anschließend Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York S. 109[1]

Gromow, Boris Wsewolodowitsch Generalleutnant der sowjetischen Streitkräfte und Oberkommandierender der 40. Armee in Afghanistan S. 1425[41]

Gromyko, Anatolij Andrejewitsch Mitarbeiter des Instituts für Afrikastudien der sowjetischen Akademie der Wissenschaften S. 277[11]

Gromyko, Andrej Andrejewitsch Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet sowie Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU bis 30. September 1988; 1957–1985 sowjetischer Außenminister S. 335[20], 483, 637, 645, 743[21], 1485[7], 1586, 1613, 1787[7], 1845

Gröning, Friedrich Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Madrid bis 1. Mai 1988, anschließend Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts **Dok. 203** und S. 640[8], 799[1], 1110[1], 1113[7], 1360[1], 1363[16+19], 1679[1+6], 1683[20]

Grosche, Günter Exekutivdirektor des IWF S. 1326[6], 1532–1534

Grosser, Alfred deutsch-französischer Publizist und Professor für Politikwissenschaft am Institut d'études politiques de Paris S. 827

Grósz, Károly Mitglied des Politbüros des ZK der USAP und bis 24. November 1988

Ministerpräsident der Ungarischen Volksrepublik sowie seit 22. Mai 1988 Generalsekretär **Dok. 366** und S. 456[22], 457, 934[9], 936f., 944, 946, 1047, 1464, 1798

Grubel, Fred Geschäftsführer des Leo Baeck Institute in New York S. 1720f.

Gruber, Wilfried Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa (insbesondere MBFR und KVAE)" des Auswärtigen Amts **Dok. 138, 219** und S. 40[1], 41[8], 574[1], 976[1], 1114[1+5], 1115[8], 1166[1], 1314[1+3], 1386[1], 1477[1], 1479[10], 1480[15], 1639[1], 1654[1], 1658[16], 1663[17], 1686[1+4+5], 1797[1]

Gründel, Hermann Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter der Unterabteilung 11 der Abteilung 1 „Zentralabteilung" des Auswärtigen Amts, seit 14. Januar 1988 Ministerialdirigent S. 869[22], 1611[20], 1905

Grüneberg, Gerhard 1966–1981 Mitglied des Politbüros des ZK der SED und 1960–1981 Sekretär für Landwirtschaft beim ZK S. 1384

Grunenberg, Ulrich-Detlef Legationsrat I. Klasse im Referat 213 „Sowjetunion" des Auswärtigen Amts S. 538[1+3], 1099[1], 1481[1], 1547[1]

Grünewald, Max Präsident des Leo Baeck Institute International S. 1720

Grünhage, Jochen Ministerialdirigent und Vertreter des Leiters an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel (vom Bundesministerium für Wirtschaft entsandt) S. 978[5]

Grunwald, Henry Anatole amerikanischer Botschafter in Wien S. 1761

Guebuza, Armando Emílio Nuno mosambikanischer Transportminister S. 573

Guelluy, Philippe Unterabteilungsleiter im französischen Außenministerium (Chef du service des affaires stratégiques et du désarmement) S. 1361

Gühlcke, Klaus-Jochen Legationsrat I. Klasse im Referat 320 „Südliches Afrika" des Auswärtigen Amts bis 22. Oktober 1988, anschließend an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Teheran S. 169[1], 210[1], 1013[1], 1407[1]

Guidi, Marcello stellvertretender Generalsekretär der NATO S. 951, 953, 1876[48]

Guidoni, Pierre Mitglied des Exekutivbüros und des Sekretariats der französischen Sozialistischen Partei (PS) S. 1542

Guigou, Élisabeth Beraterin im Generalsekretariat des französischen Staatspräsidenten bis Mai 1988, anschließend Beauftragte beim Staatspräsidenten für Europa und internationale Wirtschaftsbeziehungen und Generalsekretärin des Interministeriellen Komitees für Fragen der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit beim Ministerpräsidenten S. 468, 993, 1659

Gümrükçüoğlu, Rahmi türkischer Botschafter in London S. 1298f.

Gur'el, Aryeh Bürgermeister von Haifa S. 931

Gurirab, Theo-Ben Sekretär des Politbüros der namibischen SWAPO für Internationale Angelegenheiten S. 256, 1296

Gysi, Klaus Staatssekretär für Kirchenfragen der DDR S. 175[2], 248, 856[11]

Haack, Dieter Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 1101

Haak, Volker Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 212 „Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u.a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)" im Auswärtigen Amt; 1984–1988 Botschaftsrat bzw. Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 487[17], 516[1+3], 603[1], 755[1], 819[1], 835[1+3], 1065[1+4], 1066[6], 1192[36]

Haas, Gottfried Vortragender Legationsrat im Referat 03 „Kommunikation" des Auswärtigen Amts bis 25. Oktober 1988, anschließend im Referat 212 „Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u.a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)" S. 1457[1]

Haas, Wilhelm Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv; 1984/85 Ministerialdirektor und Leiter der Abtei-

lung 3 „Politische Abteilung“ im Auswärtigen Amt **Dok. 120** und S. 90[23], 91[24], 141[6], 473[20], 499[6], 536[19], 695[13], 929[2], 1580[7], 1904[18]

Habasch, George Generalsekretär der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) S. 183, 1399

Habib, Philip Charles 1982/83 Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten für den Nahen Osten, 1986 für die Philippinen, 1986/87 für Zentralamerika und 1988 erneut für den Nahen Osten S. 238[5], 270–273, 362

Habibie, Bucharuddin Jusuf indonesischer Minister für Forschung und Technologie S. 1445

Habyarimana, Juvénal Präsident der Republik Ruanda S. 1283[35]

Hacène, Aziz Leiter des Büros der Arabischen Liga in Bonn S. 302[17]

Hackstedt, Lea Mitarbeiterin bei „Cap Anamur/Deutsche Notärzte e. V.“ S. 1373 f.

Hadad-Adel, Gholam Ali Staatssekretär im iranischen Ministerium für Erziehung und Ausbildung S. 1710

Hadadi, Golam Reza Unterabteilungsleiter im iranischen Außenministerium S. 1225

Hadas, Samuel (Shmuel) Abteilungsleiter im israelischen Außenministerium S. 929

Hagen, Carl Ivar Vorsitzender der norwegischen Fortschrittspartei und Mitglied des Parlaments S. 1255 f., 1258

Hagen, Eckehart Referent an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau bis 31. Juli 1988, anschließend zurückversetzt in den Geschäftsbereich des Bundeskanzleramts S. 1101[14]

Hager, Kurt Mitglied des Politbüros des ZK der SED sowie Mitglied des Staatsrats und des Nationalen Verteidigungsrats der DDR S. 59, 246 f., 249, 685, 687, 1806

Hájek, Jiří Mitglied der „Charta 77“ und im November 1988 Mitbegründer des „Tschechoslowakischen Helsinki-Komitees“; 1968 tschechoslowakischer Außenminister S. 155, 1848

Hajjaj, Aref Dolmetscher im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 498

Hallier, Hans-Joachim Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tokio S. 659[34], 746

Hamadi, Abbas Ali S. 329[28], 1225[6]

Hamadi, Mohammed Ali S. 329, 460, 563 f., 1177, 1225[6]

Hamdoun, Nizar Staatssekretär im irakischen Außenministerium S. 1339 f.

Hamilton, Lee Herbert Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) S. 148 f., 1762

Hammer, Armand Vorstandsvorsitzender der Occidental Petroleum Corporation S. 1084[26], 1086

Hamutenya, Hidipo Livius Sekretär des Politbüros der namibischen SWAPO für Information und Öffentlichkeitsarbeit S. 1296

Hanckel, Tilman Legationsrat I. Klasse im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, mit den Außengebieten in der Karibik und im Pazifik; Koordinierung der deutsch-amerikanischen zwischengesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit“ des Auswärtigen Amts S. 920[1], 1106[1]

Hannibalsson, Jón Baldvin Mitglied des isländischen Parlaments (Sozialdemokratische Partei) und isländischer Finanzminister bis 28. September 1988, anschließend Außenminister S. 1875, 1882

Hansen, Lynn Marvin Leiter der amerikanischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf sowie Mitarbeiter in der Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Assistant Director, Arms Control and Disarmament Agency) S. 44, 1020, 1477, 1689

Hansen, Niels Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 6, 55, 67, 75, 91, 123, 152, 162, 172, 173, 348, 361, 362** und S. 52[22], 54[25], 69[13], 104[7], 364[4], 377[8], 379[15], 551[21], 581[5], 664[5], 800[11], 821[6], 899[8], 900[10], 904[25], 977[7]

Hansen, Svend Olav Präsident der Oberfinanzdirektion Kiel S. 138

Hart Dávalos, Armando kubanischer Kulturminister S. 1769

Hartmann, Klaus Rechtsanwalt in Ost-Berlin S. 1355[4]

Hartmann, Peter Ministerialdirigent und Leiter der Gruppe 21 „Auswärtiges Amt, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ im Bundeskanzleramt S. 17[17], 121[1], 179[1], 180, 261[1], 468, 677 f., 784[1], 843, 933[1], 1042, 1322[1], 1365[1], 1399[1], 1505[1], 1513[1], 1659[1], 1701[1], 1736, 1750[1], 1773[1], 1819[1], 1831[1]

Hartmann, Rüdiger Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Beauftragten der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle mit der Amtsbezeichnung Botschafter, seit 25. Januar 1988 abgeordnet nach Wien als Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den Mandatsverhandlungen für eine Konferenz über Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa **Dok. 207** und S. 43[16], 379[15], 671[14], 758[18], 831[16], 1290 f., 1411[6+7], 1478[8], 1479[13], 1797[3], 1860[20]

Hase, Karl-Günther von 1985 Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland beim KSZE-Kulturforum in Budapest S. 782[6]

Hasegawa, Kazutoshi Abteilungsleiter im japanischen Außenministerium S. 737

Haßkamp, Eduard 1982–1987 Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. S. 1440

Haßmann, Walter Legationsrat im Referat 311 „Mittlerer Osten, Maghreb“ des Auswärtigen Amts, seit 15. Dezember 1988 Legationsrat I. Klasse S. 554

Hassan II. König des Königreichs Marokko S. 940, 1518

Hassan ibn Talal al-Haschemi Kronprinz des Haschemitischen Königreichs Jordanien S. 499, 991

Hauer, Bernhard Attaché bzw. seit 31. März 1988 Legationssekretär im Referat 1-AF „Ausbildung und Fortbildung“ des Auswärtigen Amts bis Mitte Juli 1988, anschließend im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa (insbesondere MBFR und KVAE)“ S. 1160[1]

Hausmann, Christian Legationsrat I. Klasse, seit 17. März 1988 Vortragender Legationsrat im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts bis 24. Mai 1988, anschließend Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Mexiko-Stadt S. 63[1+3]

Hauswedell, Peter Christian Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London S. 322[1]

Hawke, Robert James Lee („Bob“) Ministerpräsident von Australien **Dok. 280**

Hayden, William George („Bill“) australischer Außen- und Handelsminister bis 17. August 1988 sowie Mitglied des australischen Parlaments (Labour Party) bis 8. Oktober 1988 S. 1094

Hazoumé, Guy Landry beninischer Außenminister **Dok. 109**

Hecker, Joachim Attaché im Referat 1-AF „Ausbildung und Fortbildung“ des Auswärtigen Amts bis 30. April 1988, anschließend Legationssekretär im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit“ S. 1276[1]

van Heerden, Neil Peter Staatssekretär im südafrikanischen Außenministerium (Director-General) S. 170, 210, 776

Heidegger, Martin Philosoph (1889–1976) **Dok. 45**

Heider, Ulrich 1984–1987 Oberstleutnant i. G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 507[18]

Heinichen, Otto-Raban Gesandter an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 429[7]

Heinsberg, Volker Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York, seit 10. Juni 1988 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 421 „Wirtschaftsbeziehungen zu den europäischen RGW-Staaten, Jugoslawien und Albanien; West-Ost-Wirtschaftsbeziehungen“ des Auswärtigen Amts 201[25]

Hekmatyar, Gulbuddin Gründer und Anführer der Islamischen Partei (Hezb-i Islami) in Afghanistan S. 581[6]

Heldman, Leopold-Theodor Konsul I. Klasse am Generalkonsulat der Bun-

desrepublik Deutschland in Sao Paulo bis 10. Juli 1988, anschließend Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Sofia S. 1734[16]

Helfer, Walter Journalist und Korrespondent der ARD in Kairo S. 1178

Hellbeck, Hannspeter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Peking S. 744[22], 1509[12]

Hellner, Jürgen Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 503 „Kriegsfolgen: Aus Krieg und Besatzung entstandene Fragen, Truppenstationierung, Auslandsvermögen, Auslandsschulden, Wiedergutmachung, Grenzen der Bundesrepublik Deutschland“ des Auswärtigen Amts bis 5. Oktober 1988, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tripolis S. 1922[19]

Helms, Jesse Alexander, Jr. Senator für den amerikanischen Bundesstaat North Carolina (Republican Party) S. 373

Hempel, Johannes Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche Sachsen S. 1385

Henatsch, Ruprecht Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kampala; 1986/87 Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters in Teheran S. 33[7]

Heng Samrin Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Kampuchea und Generalsekretär der Revolutionären Volkspartei Kampucheas S. 992

Henle, C. Peter Präsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. S. 1083[23]

Hennig, Ortwin Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel; 1982–1985 Legationsrat I. Klasse bzw. Botschaftsrat an der Botschaft in Moskau S. 343[1], 1242[7]

Henze, Gerhard Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington; seit 27. Dezember 1988 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Beauftragter für Lateinamerikapolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland S. 152[1], 1672[1]

Hepburn, Davidson Lincoln Leiter der bahamaischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York S. 1025

Herdt S. 1636

Hermannsson, Steingrímur isländischer Außenminister, seit 28. September 1988 Ministerpräsident S. 829, 947, 954

Hernández Alcerro, Jorge Ramón Leiter der honduranischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York S. 1653[78]

Herold, Eckart Vortragender Legationsrat, abgeordnet an das Royal College of Defence Studies in London, seit 4. Januar 1988 Vertreter des Leiters im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts S. 734[8], 1383[1]

Herrhausen, Alfred Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG S. 1567 f., 1595

Heseltine, Michael 1983–1986 britischer Verteidigungsminister S. 443

Heseltine, Sir William Frederick Payne Privatsekretär von Königin Elizabeth II. (Private Secretary to the Sovereign and Keeper of the Queen's Archives) S. 1768

Herzog, Chaim Präsident des Staates Israel **Dok. 30** und S. 932[9]

Herzog, Klaus Legationsrat I. Klasse im Referat 611 „Grundsatzfragen, Planung und Koordinierung der regionalen und bilateralen kulturpolitischen Zusammenarbeit mit Staaten in Lateinamerika, Afrika, im Nahen Osten, Süd- und Südostasien, Korea; Kulturabkommen, Kulturreferententagungen“ des Auswärtigen Amts S. 929[1]

Herzog, Martin baden-württembergischer Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie S. 1760[16]

Heubaum, Horst Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 330 „Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Paraguay, Peru, Uruguay“ im Auswärtigen Amt S. 232[3], 424[1], 1672[1]

Heyken, Eberhard Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 213 „Sowjetunion“ im Auswärtigen Amt **Dok. 70, 194, 204, 337, 357, 367** und S. 97[1], 103, 333[1+3], 402[19], 481[1], 482[5],

516[1], 538[1+3], 539[8], 545[22], 612[1], 686, 812[1], 817[25], 898[1+3], 1080, 1083, 1091, 1153[12], 1250[1], 1254[10], 1283[30], 1394[1], 1481[1], 1485[7], 1499[1+3], 1547[1], 1572[1], 1582[1], 1634[1], 1702[4], 1727

Heymer, Guido Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in San Salvador S. 704[39], 875[10]

Hier, Marvin (Moshe Chaim) Rabbi sowie Gründer und Leiter des Simon Wiesenthal Center, Los Angeles **Dok. 323** und S. 1719

Hiller, Armin Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 320 „Südliches Afrika“ des Auswärtigen Amts S. 173[11], 211[4], 214[12], 590[14], 705[42], 1326[6]

Hillgenberg, Hartmut Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 500 „Allgemeines Völkerrecht“ im Auswärtigen Amt S. 68[6], 464[15]

Himmler, Heinrich Luitpold 1929–1945 Reichsführer bzw. Reichsleiter SS; 1939–1945 „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“; 1943–1945 Reichsminister des Innern S. 1441[13]

Hirohito Kaiser von Japan S. 744

Hirsch, Burkhard Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) S. 1144

Hirsch, Ralf Bürgerrechtler und Mitglied der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ in der DDR S. 245, 249

Hitler, Adolf 1933/34 Reichskanzler des Deutschen Reichs, 1934–1945 „Führer und Reichskanzler“ S. 91, 123f., 199, 410f., 1107, 1250–1253, 1275, 1483, 1586, 1805[2], 1806

Hodjat, Mehdi Gründer und Leiter der iranischen Organisation für kulturelles Erbe (Sàzmân-e Mirâs-e Farbanghi-e Keshvar) S. 1711

Hodscha, Enver 1944–1985 Erster Sekretär des ZK der Partei der Arbeit Albaniens S. 64

Hoess, Friedrich österreichischer Botschafter in Washington S. 1016

Hoessle, Andreas von Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Algier bis 23. Oktober 1988, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 310 „Naher Osten“ im Auswärtigen Amt S. 1406[24], 1714[10], 1904[18]

Höfer-Wissing, Neithart Attaché im Referat 1-AF „Ausbildung und Fortbildung“ des Auswärtigen Amts bis 31. März 1988, anschließend Legationssekretär im Referat 213 „Sowjetunion“ S. 812[1], 814[6], 816[19], 1251, 1547[1], 1550[10], 1552[12], 1582[1], 1634[1], 1637[8], 1727[1], 1762[1]

Hoffmann, Hellmut Legationsrat und Mitglied der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den Mandatsgesprächen für eine Konferenz über Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa in Wien S. 1114[1]

Hoffmann, Kurt Filmregisseur S. 1586

Höffner, Joseph 1969–1987 Kardinal und Erzbischof von Köln sowie 1976–1987 Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz S. 1370[2], 1372[6]

Hofmann, Wilfried Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Algier **Dok. 297**

Hofstetter, Rolf Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START“ im Auswärtigen Amt bis 25. Januar 1988, anschließend Stellvertreter des Beauftragten der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, seit 14. September 1988 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 20 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“, seit 20. Dezember 1988 mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 84, 86, 273** und S. 26[1], 103, 260[6], 295[1], 315[1], 317[7], 639[4], 642[12], 675[42], 757[10], 759[20], 950[7], 1010[2], 1114[4], 1160, 1161[13], 1217[5], 1679

Hohlmeier, Monika S. 211

Holik, Josef Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle mit der Amtsbezeichnung Botschafter sowie Leiter der Abteilung 2A des Auswärtigen Amts **Dok. 105, 179, 229, 310, 312, 329** und S. 27[7], 40, 43[12], 44[2], 45[11], 47[20], 54[27], 98, 103, 108, 149[12], 259, 295[1], 315[1], 389, 433, 476[3], 478[10–12], 492f., 756f., 758[19], 760, 761[21], 801[12], 1010–1012, 1166–1169,

1173, 1288–1290, 1292[15], 1310, 1317f., 1411[8], 1429, 1432, 1435, 1477, 1504, 1602, 1663[17], 1683, 1686, 1713, 1717, 1797[1]

Holkeri, Harri Hermanni Ministerpräsident der Republik Finnland **Dok. 335** und S. 223[3]

Holl, Norbert Heinrich Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi S. 762[1]

Holmes, Henry Allen, Jr. Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Politico-Military Affairs) und Vorsitzender der Special Consultative Group der NATO S. 976f.

Holst, Johan Jørgen norwegischer Verteidigungsminister S. 510–512, 886, 1644, 1813–1818

Holthoff, Horst Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 202 „Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein" im Auswärtigen Amt S. 35[1], 505[2], 559[1+3], 560[5+7], 561[11], 676[1], 681[33], 824[1], 869[22+27], 1096, 1106[3], 1254[2], 1308[2], 1510[2], 1540[1], 1607, 1611[19]

Holzheimer, Hermann 1983–1986 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile S. 231[2]

Honecker, Erich Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrats der DDR **Dok. 8** und S. 26, 58f., 61f., 129f., 166, 175f., 245–249, 329[24], 682f., 685–688, 733–737, 741, 770, 848, 856[10], 857, 860[22], 894, 933–935, 937f., 1047, 1163, 1271, 1384, 1431, 1475, 1502, 1515, 1563, 1702, 1747, 1806, 1869

Honecker, Margot Ministerin für Volkbildung der DDR S. 39

Honsowitz, Herbert Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 230 „Vereinte Nationen: Grundsatzfragen, Generalversammlung, Sicherheitsrat" des Auswärtigen Amts S. 584[12]

Höpcke, Klaus Stellvertretender Kulturminister der DDR S. 1807

Horn, Gyula Staatssekretär im ungarischen Außenministerium **Dok. 79**

al-Hoss, Selim Ahmed Ministerpräsident und Außenminister der Libanesischen Republik S. 1406[24]

Howe, Sir Geoffrey britischer Außenminister **Dok. 168, 269, 356** und S. 46f., 325, 382, 396, 443, 446, 454, 579, 674, 693, 695, 697, 855[3], 946, 953f., 980, 982, 992f., 999f., 1298, 1353[2], 1417–1419, 1421, 1460, 1536, 1604, 1627[21], 1647f., 1875, 1882

Hoyer, Steny Hamilton Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) und Vorsitzender der Kommission über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa im Kongreß S. 1694f.

Höynck, Wilhelm Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 42 in der Abteilung 4 „Wirtschaftsabteilung" des Auswärtigen Amts bis 28. Oktober 1988, anschließend in die Unterabteilung 21 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung" versetzt, seit 7. November 1988 Leiter der Unterabteilung, seit 29. November 1988 mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland S. 624, 693[9], 696, 716, 750, 755[22], 863, 865[15+16], 934[9], 1045, 1093[56], 1259, 1398[19], 1582[1], 1669[1], 1762, 1855

Hu Benyao Stellvertretender Abteilungsleiter im chinesischen Außenministerium S. 1505

Hüber, Roland Mitarbeiter in der Generaldirektion XII „Telekommunikation, Informationsindustrie und Innovation" bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 228

Hübner, Hans Oberst i.G. und Mitarbeiter beim Internationalen Stab der NATO in Brüssel bis 31. März 1988, anschließend Mitarbeiter im Bundesministerium der Verteidigung S. 1658

Hübschen, Jürgen Oberstleutnant i.G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bagdad **Dok. 103** und S. 998[5]

Huembes Trejos, Carlos Generalsekretär der Gewerkschaft Central de Trabajadores de Nicaragua (CTN) S. 1623[7], 1625

Huff, Dietrich Mitarbeiter an der Außenstelle Teheran des Deutschen Archäologischen Instituts S. 1712

Hülsen, Hans-Walter von Oberst i.G. und Militärattaché an der Botschaft der

Bundesrepublik Deutschland in Athen bis Sommer 1988 S. 550[16]

Hun Sen Ministerpräsident und Außenminister der Volksrepublik Kampuchea S. 101, 706, 711[19]

Hupka, Herbert Bundesvorsitzender der „Landsmannschaft Schlesien, Nieder- und Oberschlesien"; 1969–1987 Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD bzw. seit 1972 CDU) S. 538[4], 892

Husák, Gustáv Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 195, 198, 200, 1269

Hüsch, Heinz Günther Rechtsanwalt und Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU), Beauftragter des Bundesministeriums des Innern für die Aussiedlung von Personen deutscher Volkszugehörigkeit aus Rumänien **Dok. 226, 279**

Hussein ibn Talal al-Haschemi König des Haschemitischen Königreichs Jordanien **Dok. 49** und S. 8, 178, 182, 184f., 187, 238f., 300–305, 360f., 396, 473, 533, 535f., 644, 693, 941, 991, 1200, 1377, 1400, 1402, 1422f., 1779, 1822

Hüttel, Rolf Generalmajor und Leiter der Stabsabteilung III „Militärpolitik, Führung" des Führungsstabs der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung bis 30. September 1988, anschließend wissenschaftlicher Mitarbeiter des Centre for Strategic and International Studies in Washington S. 493, 1287, 1290f.

Huwaish, Abd at-Tawad Abdullah Mullah irakischer Minister für Schwerindustrie bis März 1988 S. 382[10]

Iacovou, Georgios Kyriakou zyprischer Außenminister S. 835[5]

Ibrahimi, Ahmed Taleb algerischer Außenminister bis 9. November 1988 S. 1199

Iglesias García, Enrique Valentín uruguayischer Außenminister S. 424[3+7]

Ihlau, Olaf Journalist S. 1205

Ihlow, Uta Bürgerrechtlerin in der DDR S. 60[15]

Iklé, Fred Charles Staatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium (Under Secretary of Defense for Policy) bis 19. Februar 1988, anschließend Mitarbeiter des Center for Strategic and International Studies; 1987/88 Co-Vorsitzender der „Kommission für eine integrierte Langzeitstrategie" S. 49, 54[25], 55[30]

Imani S. 1177

Iotti, Leonilde Mitglied des italienischen Parlaments (PCI) und Parlamentspräsidentin S. 1737

Irsfeld, Dieter Oberstaatsanwalt beim Landgericht Bonn S. 235[17]

Işcen, Oktay türkischer Botschafter in Bonn bis 22. August 1988 S. 1299

Ischinger, Wolfgang Vortragender Legationsrat bzw. seit 10. Februar 1988 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 011 „Parlaments- und Kabinettsreferat" im Auswärtigen Amt S. 1382[12]

Ivri, David Generaldirektor des israelischen Verteidigungsministeriums S. 1580[7]

Iwanowskij, Jewgenij Filippowitsch Armeegeneral und Oberbefehlshaber der sowjetischen Landstreitkräfte, stellvertretender Verteidigungsminister sowie Mitglied des ZK der KPdSU S. 1003[10]

Iyambo, Nickey Sekretär des Politbüros der namibischen SWAPO für Erziehung und Kultur **Dok. 243**

Jaafar, Abu Leiter der Politischen Abteilung des Exekutivkomitees der PLO S. 1904

Jackson, Henry M. 1953–1983 Senator für den amerikanischen Bundesstaat Washington (Democratic Party) S. 858[18]

Jackson, Jesse Louis amerikanischer Bürgerrechtler und Mitglied der Democratic Party S. 548, 1078, 1827, 1831

Jackson, Michael Joseph amerikanischer Popsänger S. 1060[7]

Jacobsen, Hans-Adolf Professor für Politikwissenschaft, Zeitgeschichte und Internationale Beziehungen an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn S. 1727f.

Jacques, Gérard belgischer Botschafter in Tel Aviv S. 499[6]

Jäger, Richard Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Kommission für Menschenrechte der Vereinten Nationen in Genf; 1949–1980 Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU), 1965/66 Bundesminister der Justiz S. 419 f., 878[18+19], 879

Jagow, Peter von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 331 „Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela, Zentralamerika, Karibik" im Auswärtigen Amt **Dok. 61, 72** und S. 307[38], 585[1], 586[7], 712[1], 1427[1], 1623, 1664, 1684[1], 1768[2], 1848[1]

Jakeš, Miloš Generalsekretär des ZK der KPČ S. 470, 623, 971[4], 1269, 1416, 1516[12]

Jakowlew, Alexander Nikolajewitsch Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Sekretär des ZK für Ideologie, Information und Kultur, seit 30. September 1988 Vorsitzender der Kommission des ZK für Internationale Politik S. 487, 489, 686[15], 1550

Jalloud, Abdel Salam Ahmed Major und Stellvertreter von Oberst Gaddafi in der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija S. 1922

Jankowski, Henryk Pfarrer der Brigittenkirche in Danzig S. 1321

Janku, Vladimir tschechoslowakischer Staatssekretär für Kirchenfragen S. 971[1]

Jansen, Michael Ministerialdirigent und Leiter des Referats 010 „Ministerbüro" sowie des Leitungsstabs im Auswärtigen Amt bis 20. November 1988, anschließend Leiter der Abteilung 1 „Zentralabteilung" S. 16[14], 103, 152[1], 160[1], 333[3], 459[2], 491[3], 559[3], 574[1], 580[1], 585[1], 664[4], 712, 769[2], 914[1], 920, 980[1], 1030, 1225, 1248[3], 1254[4], 1259[5], 1311[1], 1322[1], 1331[3], 1429, 1440[3], 1452[5], 1477[3], 1513[1], 1521[1], 1602, 1905

Jarquín Anaya, Agustín Vorsitzender der nicaraguanischen Partido Social Cristiano S. 1623[7], 1625

Jaruzelski, Wojciech General, Erster Sekretär des ZK der PVAP und Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Polen **Dok. 164** und S. 43, 67, 69, 72, 75, 95 f., 157, 164, 398, 412 f., 439, 461[2], 575, 599 f., 946, 1042, 1045, 1107 f., 1120, 1386 f., 1391, 1392[29], 1485, 1563

Jasow, Dmitri Timofejewitsch Armeegeneral der sowjetischen Streitkräfte, Verteidigungsminister sowie Mitglied des ZK der KPdSU und Kandidat des Politbüros des ZK S. 277, 279 f., 281[22], 300, 316[4], 438, 728, 882, 905[28], 1003[9], 1009[34], 1596 f., 1617, 1648, 1846

Jassbi, Abdollah Jafarali Präsident der Islamischen Azad-Universität (Islamische Freie Universität) Teheran und Mitglied des Obersten Rats der Kulturrevolution der Islamischen Republik S. 1710

Jassim, Latif Nusayyif irakischer Kultur- und Informationsminister S. 1338

Jędrys, Marek stellvertretender Abteilungsleiter im polnischen Außenministerium, seit 21. Juli 1988 Gesandter an der polnischen Botschaft in Bonn S. 397, 400 f., 413[62], 1042

Jefimow, Alexander Nikolajewitsch Marschall und Oberkommandierender der sowjetischen Luftstreitkräfte, stellvertretender Verteidigungsminister sowie Mitglied des ZK der KPdSU S. 1003[10]

Jegorow, Nikolaj Sergejewitsch sowjetischer Stellvertretender Minister für Hoch- und Fachschulbildung bis März 1988 S. 853, 1092

Jelonek, Alois Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 „Wirtschaftsabteilung" des Auswärtigen Amts **Dok. 51, 100, 128, 213, 251, 305, 369** und S. 4 f., 9, 22, 206, 225[1], 464[1], 466[6], 504[20], 624, 716[5+6], 722, 750[3], 754[21], 755[24], 808, 882[16], 978, 1080, 1085, 1088, 1090, 1092 f., 1121, 1132, 1142, 1157, 1174[4], 1175, 1235[4], 1259, 1261[11+12], 1262[15], 1304, 1396[12], 1452, 1490 f., 1531, 1576[24], 1580, 1607, 1614[37], 1620–1622, 1802, 1884, 1885[9+10], 1886[15–17], 1918[4]

Jelzin, Boris Nikolajewitsch Mitglied des ZK der KPdSU sowie Kandidat des Politbüros des ZK und Leiter der Abteilung für Bauwesen bis 18. Februar 1988, anschließend Erster Stellvertretender Vorsitzender des Baukomitees der UdSSR S. 487, 1055[16]

Jenkins, Roy Harris, Baron Jenkins of Hillhead Mitglied des britischen Ober-

hauses und Kanzler der Universität Oxford S. 332[35]

Jenninger, Philipp Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und bis zu seinem Rücktritt am 11. November 1988 Präsident des Deutschen Bundestages **Dok. 323** und S. 190, 868, 1521[2], 1719–1722, 1737f., 1867

Jess, Herbert Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 202 „Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein" des Auswärtigen Amts S. 160[1], 1361[5], 1540[1], 1607[1], 1609[11], 1611[21–23], 1613[31], 1616[53], 1620[74], 1621[78], 1622[79]

Joetze, Günter Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den MBFR-Verhandlungen in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 516[14], 977[7]

Johanes, Jaromír tschechoslowakischer Erster Stellvertretender Außenminister, seit 12. Oktober 1988 Außenminister S. 1516[12]

Johannes Paul II. (Karol Józef Wojtyła) Papst S. 96, 204, 461f., 622, 878, 1370–1372, 1744

Johnson, Lyndon Baines 1963–1969 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 349[9]

Jonas, Hans Philosoph und 1955–1976 Professor für Philosophie an der New School for Social Research in New York S. 258f., 654f., 661

Juma, Taimur Saleh tansanischer Minister für Kommunikation und Verkehr S. 1323, 1327

Jumblatt, Walid Vorsitzender der Sozialistischen Fortschrittspartei des Libanon und Oberhaupt der libanesischen Drusen S. 116

Junejo, Muhammad Khan Ministerpräsident der Islamischen Republik Pakistan bis 29. Mai 1988 S. 583

Jung, Rolf-Eberhard Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Tokio S. 743[21]

Jünger, Ernst Schriftsteller S. 258

Junker, Ulrich Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Peking bis 11. Oktober 1988, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 400 „Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungspolitik, Grundsätze der finanziellen Zusammenarbeit, Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaften; Multilaterale Entwicklungsbanken (Weltbank); DEG; KfW, DIE" im Auswärtigen Amt **Dok. 285** und S. 1603[1]

Kabel, Yehia Mohammed Hosny ägyptischer Botschafter in Panama-Stadt seit März 1988 S. 587

Kádár, János Generalsekretär des ZK der USAP bis 22. Mai 1988; 1956–1958 und 1961–1968 Ministerpräsident der Ungarischen Volksrepublik S. 456[22], 944

al-Kaddumi, Faruk Mitglied des Exekutivkomitees der PLO S. 240[4], 243, 703[30], 1779, 1904

al-Kadhi, Nazar S. 1041

Kadnár, Milan Abteilungsleiter im tschechoslowakischen Außenministerium S. 202[27], 1269

Kadyrow, Gairat Generalsekretär des ZK der Usbekischen Kommunistischen Partei und Ministerpräsident der Usbekischen SSR S. 1760

Kaempffe, Gisela Vortragende Legationsrätin und Vertreterin des Leiters im Referat 310 „Naher Osten" des Auswärtigen Amts S. 177[1], 240[1], 929[1], 1902[1+3]

Kaestner, Uwe Vortragender Legationsrat I. Klasse im Bundeskanzleramt; 1984–1986 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien" im Auswärtigen Amt S. 67[3], 121[1], 131, 195[1], 438[1], 618, 623[17], 933, 1106[1], 1269, 1461[6], 1582[1], 1586, 1587[1], 1602, 1701[1]

Kafka, Pavel Botschaftsrat an der tschechoslowakischen Botschaft in Bonn S. 201[25]

Kaiser, Karl Professor für Politische Wissenschaft an der Universität zu Köln und Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. S. 1083

Kalk, Andreas S. 244[2]

Kaltenbach, Dorothee Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst" des Auswärtigen Amts S. 1701

Kamenew, Alexander Fjodorowitsch Erster Stellvertretender Vorsitzender des Büros für Maschinenbau beim Ministerrat der UdSSR S. 1760[16]

Kamenzew, Wladimir Michailowitsch Vorsitzender der Staatlichen Außenwirtschaftskommission und stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR S. 295, 853f., 1601f.

Kamnitzer, Heinz Präsident des PEN-Zentrums der DDR S. 245

Kampelman, Max M. Leiter der amerikanischen Delegation bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf sowie Leiter der Verhandlungen über Verteidigungs- und Weltraumwaffen; 1980–1983 Leiter der Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 518

Kamper, Eberhard Kapitän zur See und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington bis Sommer 1988 S. 1011[8]

Kanaan, Ghazi Brigadegeneral der syrischen Streitkräfte und Chef des syrischen Militärgeheimdienstes in Libanon S. 1311[3]

Kandemir, Nüzhet Staatssekretär im türkischen Außenministerium S. 1526

Kant, Hermann Schriftsteller sowie Präsident des Schriftstellerverbands der DDR, Mitglied des ZK der SED S. 1384

Karaganow, Sergej Alexandrowitsch Abteilungsleiter des Instituts für Europa-Studien der sowjetischen Akademie der Wissenschaften S. 277[8], 1835, 1838

Karpow, Wiktor Pawlowitsch Sonderbotschafter und Leiter der Abteilung für Abrüstung und Rüstungskontrolle im sowjetischen Außenministerium S. 3, 1117, 1166f., 1169, 1173, 1648

Karppinen, Antti finnischer Botschafter in Bonn S. 1758

Karski, Ryszard polnischer Botschafter in Bonn **Dok. 76** und S. 69[14], 74[30], 397, 399, 407, 1042

Kaschlew, Jurij Borissowitsch Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium und Leiter der Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien sowie der Delegation bei den Mandatsgesprächen für eine Konferenz über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien S. 454, 517, 819f., 831[16], 1057, 1060f., 1063f., 1115[7], 1116[11], 1150, 1169, 1180, 1191, 1193, 1411[6+7], 1694, 1696, 1859, 1914

Kaske, Karlheinz Vorstandsvorsitzender der Siemens AG S. 1508

Kastrup, Dieter Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 21 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts, seit 8. November 1988 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Politische Abteilung", seit 20. Dezember 1988 mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 69, 96, 325, 358, 367** und S. 57, 63[1], 69f., 93, 99[8], 198[12], 333[3], 414, 453, 612[1], 618[1], 733, 1044[10], 1048, 1080–1083, 1086, 1096, 1099, 1106[1], 1171, 1231[4], 1283[31], 1334, 1336[14], 1370[2], 1387, 1389, 1394[2], 1395[5], 1430, 1510[3], 1560[15], 1578, 1602, 1701, 1761f., 1877[1]

Katuschew, Konstantin Fjodorowitsch Mitglied des ZK der KPdSU, Vorsitzender der sowjetischen Gesellschaft für Freundschaft und Kulturbeziehungen mit Großbritannien sowie seit 16. Januar 1988 sowjetischer Minister für Außenwirtschaftsbeziehungen S. 1648

Katzki, Egon Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Gaborone S. 589[7]

Kaunda, Kenneth David Präsident der Republik Sambia und Präsident der Organisation für Afrikanische Einheit (OAE) bis 25. Mai 1988 **Dok. 104** und S. 187, 591, 970

Keilholz, Hans-Jürgen Amtsrat im Referat 1-AF „Ausbildung und Fortbildung" des Auswärtigen Amts bis 31. März 1988, anschließend im Referat 320 „Südliches Afrika", seit 17. August 1988 Legationsrat S. 1205, 1293

Keller, Stephan Vortragender Legationsrat im Referat 511 „Strafrecht, Steuer- und Zollrecht" des Auswärtigen Amts bis 5. Juli 1988, anschließend Botschaftsrat

an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Athen S. 12[1]

Kelly Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium S. 933

Kelly, Petra Mitglied des Deutschen Bundestages (Die Grünen) S. 636[11]

Kemp, Geoffrey Mitarbeiter der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden S. 918[13]

Kempf, Karl Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kathmandu **Dok. 126**

Kennedy, John Fitzgerald 1961–1963 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 349[9], 1770

Kennedy, Paul Michael Professor für Geschichte an der Universität Yale **Dok. 174**

Keynes, John Maynard britischer Ökonom (1883–1946) S. 24

Khaddam, Abdel Halim Vizepräsident der Arabischen Republik Syrien S. 114, 116–118, 532–535

Khairalla, Adnan Generaloberst der irakischen Streitkräfte sowie stellvertretender Ministerpräsident und Verteidigungsminister S. 1337 f., 1340

Khalis, Yunus siehe: Chalis, Junis

Khamenei, Ali Präsident der Islamischen Republik Iran S. 1071[3], 1200, 1312[6]

Khanyile, Vusi Vorsitzender des südafrikanischen National Education Crisis Committee, bis 13. September 1988 inhaftiert S. 214[13]

Khatib bin Abdul Hamid, Tuan Haji Mohammed malaysischer Botschafter in Jakarta S. 1353 f.

Khomeini, Ahmed schiitischer Geistlicher (Hodschatoleslam) und Stabschef des Ayatollah Khomeini S. 1177

Khomeini, Ruhollah schiitischer Geistlicher (Ayatollah), geistliches und weltliches Oberhaupt der Islamischen Republik Iran S. 181, 269[9], 503, 889, 962, 999 f., 1031 f., 1038[5], 1039, 1041, 1071[3], 1151[4], 1312, 1342[19], 1402, 1712[15], 1777, 1781, 1800[5]

Khurais, Ali jordanischer Botschafter in Damaskus S. 963

Kiechle, Ignaz Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) **Dok. 15** und S. 218, 266[4], 311, 792–795, 1086, 1597–1599, 1605

Kiep, Walther Leisler Bundesschatzmeister der CDU und Vorsitzender der Atlantik-Brücke e. V. S. 593

Kierbach Dolmetscher S. 1672

Kiewitt, Peter Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Canberra S. 1466[7]

Kiichi, Miyazawa japanischer Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident bis 9. Dezember 1988 S. 1421

Kim Dae-jung Gründer der südkoreanischen Partei für Frieden und Demokratie und seit 30. Mai 1988 Mitglied des Parlaments S. 1163

Kirberg, Ingo Mitarbeiter im Sprachendienst des Bundesministeriums für Wirtschaft S. 1664

Kissinger, Henry Alfred Vorsitzender des Aufsichtsrats des Beratungsunternehmens Kissinger Associates Inc. in New York; 1969–1975 Nationaler Sicherheitsberater des Präsidenten und 1973–1977 amerikanischer Außenminister S. 49, 89, 899, 965, 1592, 1702, 1721

Kiszczak, Czesław Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und polnischer Innenminister S. 1318–1320, 1391

Kitamura, Hiroshi stellvertretender japanischer Außenminister und Beauftragter („Sherpa“) für Weltwirtschaftsgipfel bis Oktober 1988, anschließend japanischer Botschafter in Ottawa S. 746

Kittel, Walter Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten S. 78, 80, 217 f.

Kjærsgaard, Pia Mitglied des dänischen Parlaments (Fremskridtspartiet) S. 1256

Klaiber, Klaus-Peter Vortragender Legationsrat I. Klasse, bis 2. Februar 1988 abgeordnet nach Nairobi als Geschäftsträger ad interim, anschließend Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London S. 1299[6], 1457[1]

Klarsfeld, Beate deutsch-französische Journalistin S. 1761

Klein, Hans Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) S. 190, 459f., 495, 908[6+7], 1077, 1323, 1325–1328, 1343, 1350, 1491, 1605, 1771f.

Klein, Radoslav Stellvertretender Abteilungsleiter beim ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei S. 618

Kleiner, Jürgen Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Seoul S. 745[31], 1069[12]

Klęk, Kazimierz Abteilungsleiter im polnischen Ministerium für Außenhandel S. 1387

Klepsch, Egon Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei S. 1235, 1525

Klibi, Chedli Generalsekretär der Arabischen Liga S. 89[21]

Klimaitis, Algis Leiter des Büros des Baltischen Weltrates in Straßburg S. 539[8]

Klöckner, Ulrich Attaché im Referat 1-AF „Ausbildung und Fortbildung" des Auswärtigen Amts bis 30. April 1988, anschließend Legationssekretär im Referat 205 „Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten", seit 18. November 1988 Legationsrat S. 1254[1], 1757

Knackstedt, Günter Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland beim Europarat in Straßburg mit der Amtsbezeichnung Botschafter bis 17. Juli 1988, anschließend Botschafter in Santiago de Chile **Dok. 291** und S. 1249[8]

Knop, Winfried Oberstleutnant i. G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile S. 1519[1]

Knotz, Ulrike Legationsrätin, seit 11. April 1988 Legationsrätin I. Klasse im Referat 615 „Multilaterale Zusammenarbeit" des Auswärtigen Amts bis 21. Juni 1988, anschließend an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Madrid S. 772[1]

Köckritz, Sieghardt von Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung VtK „Angelegenheiten der Vertriebenen, Flüchtlinge, Kriegsgeschädigten; Kulturelle Angelegenheiten" des Bundesministeriums des Innern S. 1720

Kohl, Hannelore S. 1586, 1718–1721

Kohl, Helmut Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und Vorsitzender der CDU; 1969–1976 Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, 1976–1982 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag **Dok. 15, 22, 31, 33, 47, 48, 49, 62–64, 83, 88, 114, 117, 136, 155, 170, 183, 187, 205, 208, 210, 211, 240, 250, 254, 259, 267, 275, 280, 288, 290, 292, 300, 303, 304, 309, 313, 324, 325, 328, 332, 334, 340, 349, 351** und S. 4, 14[4], 16, 18[20], 19, 26, 36[7], 38, 45, 62, 67f., 72f., 75f., 98, 118[18], 120, 140, 143, 146f., 164, 167[40], 169[3], 190f., 208, 216, 254f., 297, 299, 302, 310f., 313, 315, 322f., 325, 327, 330f., 333–336, 338, 343, 376, 380, 397[6], 427, 434–440, 441[16], 442, 446[20], 452, 460–462, 491f., 526[14], 531f., 560–563, 619, 621, 678, 680[28+31], 688, 721[4], 736, 770, 784f., 789, 791f., 797f., 816, 850, 866–868, 870, 896, 908[6+7], 910f., 915, 961[2], 972[6], 1016f., 1018[10], 1023[17], 1035, 1038, 1041, 1067, 1074[1], 1077, 1080, 1090, 1133, 1135, 1162, 1165, 1205, 1225, 1236, 1239, 1241, 1249, 1276[3+4], 1277, 1285f., 1310, 1333, 1334[3], 1361[5], 1386, 1390, 1430, 1461–1463, 1484, 1487f., 1493f., 1496, 1502, 1512[16], 1532, 1574, 1576[24], 1579, 1607f., 1617f., 1672, 1676, 1681, 1684[2], 1699–1701, 1715, 1722, 1724–1726, 1732, 1758f., 1790, 1797[3], 1801, 1802[5], 1806, 1838, 1840, 1842, 1844, 1863, 1880, 1887, 1891, 1918f., 1921, 1923

Köhler, Claus Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank S. 208

Köhler, Volkmar Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 573[17]

Kohn, Roland Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) und Mitglied des Ausschusses für Forschung und Technologie S. 649

Koivisto, Mauno Henrik Präsident der Republik Finnland S. 1758

Kokoschin, Andrej Afanasjewitsch Mitarbeiter des Instituts für USA- und Ka-

nada-Studien der sowjetischen Akademie der Wissenschaften S. 277[8], 279[17]

Kollek, Teddy Bürgermeister von Jerusalem S. 1400

Kölsch, Eberhard Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, mit den Außengebieten in der Karibik und im Pazifik; Koordinierung der deutsch-amerikanischen zwischen-gesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit“ des Auswärtigen Amts S. 147[27], 148[1], 369[1], 669[1], 670[7–9], 671[16], 673[30], 674[36], 698[1+4+7], 699[10], 706[46], 898[1+3], 943[1], 950[1], 1016[2], 1494[1], 1706[1], 1718[1]

Komplektow, Viktor Georgijewitsch sowjetischer Stellvertretender Außenminister S. 1787, 1793, 1795

Konarjew, Nikolaj Semjonowitsch Mitglied des ZK der KPdSU und Minister für Eisenbahnwesen S. 1086

König, Rüdiger Legationssekretär im Referat 011 „Parlaments- und Kabinettsreferat“ des Auswärtigen Amts S. 908[2]

Kopp, Herfried 1962–1969 Konsul bzw. seit 1. September 1966 Konsul I. Klasse und Vertreter des Leiters am Konsulat der Bundesrepublik Deutschland in Zagreb S. 1194[3]

Körber, Kurt A. Unternehmer und Gründer der Körber-Stiftung S. 1556

Kordes, Michael Reeder S. 958 f.

Körting, Andreas Rüdiger Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Warschau bis 18. September 1988, anschließend Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 602 „Darstellende Kunst, Musik; Bildende Kunst“ des Auswärtigen Amts S. 68[4], 77[42], 1392[29]

Kortunow, Andrej Mitarbeiter des Instituts für USA- und Kanada-Studien der sowjetischen Akademie der Wissenschaften S. 277[8]

Kouda, Iljic Mitarbeiter im tschechoslowakischen Außenministerium 198[14]

Kourí, Raúl Roa siehe: Roa Kourí, Raúl

Kovács, László ungarischer Stellvertretender Außenminister S. 453

Kowaljow, Anatolij Gawrilowitsch sowjetischer Erster Stellvertretender Außenminister S. 1794

Krack, Erhard Oberbürgermeister von Ost-Berlin S. 329[24]

Kraus, Reinhart Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 103 „Gehobener, mittlerer und einfacher Dienst; Arbeiter“ des Auswärtigen Amts bis 28. Juni 1988, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Maputo S. 1329[13]

Krawczuk, Aleksander polnischer Kulturminister S. 440[12]

Krawczyk, Stephan Schriftsteller und Liedermacher, Bürgerrechtler in der DDR S. 245, 249

Krebs, Werner Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 601 „Goethe-Institut, Deutsch-ausländische Kulturgesellschaften“ des Auswärtigen Amts S. 1713[17]

Kreisky, Bruno 1970–1983 Bundeskanzler der Republik Österreich S. 1107, 1484

Kristvik, Bjørn I. Abteilungsleiter im norwegischen Außenministerium S. 9[46]

Krog-Meyer, Erik Herluf dänischer Botschafter in Ost-Berlin S. 1355[4], 1356 f.

Krolikowski, Herbert Mitglied des ZK der SED und Erster Stellvertretender Außenminister der DDR S. 856[9]

Krömer, Peter Mitarbeiter des Bundeskriminalamts in Wiesbaden S. 1427 f.

Kroneck, Friedrich Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter der Unterabteilung 51 in der Abteilung 5 „Rechtsabteilung“ des Auswärtigen Amts, seit 7. Januar 1988 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tirana **Dok. 13**

Krug, Manfred Schauspieler S. 1384

Krüger, Helmut Vorsitzender des United German-American Committee S. 1721

Kruger, Stephanus Johannes Paulus („Ohm Krüger“) *1826 †1904 S. 213

Kruse, Hans-Stefan Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 110 „Organisation“ im Auswärtigen Amt **Dok. 371**

Kruse, Martin Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische

Oberlausitz (Region West) und Vorsitzender des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland S. 1889

Kudlich, Christian Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Rechtsfragen, Beitritte, EG-Haushalt“ im Auswärtigen Amt S. 79[6+8], 225[1], 266[1], 772[1], 801[2], 1235, 1367[14], 1531[1]

Kuhn, Heinz S. 232[3]

Kuhn, Manfred Oberregierungsrat und stellvertretender wehrtechnischer Attaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 507[17]

Kuhna, Karl-Heinz Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ im Auswärtigen Amt **Dok. 289** und S. 546[1], 547, 598[1], 627[1], 631[18], 632[1], 636, 669[1], 677[9], 681[33], 846[8], 1521[2], 1522[7], 1526, 1528[11], 1741[23]

Kulikow, Wiktor Georgijewitsch Marschall der Sowjetunion und Erster Stellvertretender Verteidigungsminister sowie Oberkommandierender der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Pakts S. 1846

Kulisch, W. M. sowjetischer Historiker S. 1251

Kullak-Ublick, Horst Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. August 1988 S. 233[6], 236[19], 237, 418 f.

Kulski, Bolesław Gesandter an der polnischen Botschaft in Bonn bis Frühjahr 1988 S. 397, 405 f.

Kunzmann, Karl-Heinz Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 513 „Arbeits- und Sozialrecht; Aussiedlung Deutscher und Volksdeutscher, Hilfe für Deutsche im Ausland (§§ 5, 6 KG)“ im Auswärtigen Amt **Dok. 317** und S. 860[5], 1464[14], 1574[16]

Kuraschwili, Boris P. Jurist sowie Mitarbeiter am Institut für Staat und Recht der sowjetischen Akademie der Wissenschaften und Mitbegründer der Estnischen Volksfront S. 1550

Kuriyama, Takakazu stellvertretender japanischer Außenminister S. 1417, 1421

Kurpakow, Iwan Alexandrowitsch Mitarbeiter im sowjetischen Außenministerium S. 131, 1553

Kusnezow, Georg Oberamtsrat im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amts S. 22[3], 476[3], 574[3], 603[3], 624[5], 676[3], 692[3], 716[5], 726[4], 737[1], 750[5], 1002[3], 1080[1], 1231[4], 1298[1], 1435[3], 1797[1], 1802[5], 1835[3], 1884[4], 1905[5], 1918[4]

Kusterer, Hermann Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 105 „Sprachendienst“ im Auswärtigen Amt S. 1030

Kutyła, Leopold Erster Sekretär bzw. Botschaftsrat an der polnischen Botschaft in Bonn S. 397

Kwaśniewski, Aleksander Vorsitzender des polnischen Komitees für Jugend und Sport S. 407, 439[8], 1043[8]

Kwizinskij, Julij Alexandrowitsch sowjetischer Botschafter in Bonn S. 103, 131, 170, 301[7], 334, 538, 640, 698–707, 1575, 1577 f., 1795

Kwyas, Hans-Joachim Oberstleutnant i. G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Jakarta **Dok. 255**

Kyaw, Dietrich von Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington bis 16. Oktober 1988, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter der Unterabteilung 42 in der Abteilung 4 „Wirtschaftsabteilung“ des Auswärtigen Amts, seit 16. Dezember 1988 Ministerialdirigent S. 176[5], 371[16], 1259[5], 1331[3], 1452[5], 1469[16], 1567, 1580, 1802, 1918, 1920, 1923[25]

Kyprianou, Spyros Präsident der Republik Zypern bis 28. Februar 1988 S. 552 f., 1775

La Pergola, Antonio italienischer Europaminister S. 310 f.

Lafontaine, Oskar Ministerpräsident des Landes Saarland (SPD) und Mitglied des Bundesvorstands der SPD **Dok. 339** und S. 771

LaJoie, Roland Brigadegeneral der amerikanischen Streitkräfte und seit 1. Fe-

bruar 1988 Direktor der On-Site Inspection Agency (OSIA) des amerikanischen Verteidigungsministeriums S. 728

Lambach, Frank Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ im Auswärtigen Amt **Dok. 12, 135, 252** und S. 687[3], 849[24], 855[3], 1082[17], 1355[1+2], 1358[1], 1383[1], 1395[5], 1431[19], 1677[1], 1678[5], 1805[1], 1867

Lambsdorff, Otto Graf Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) und seit 7. Oktober 1988 Fraktionsvorsitzender S. 1759

Lamers, Karl Franz Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 1101

Lamfalussy, Alexandre Generaldirektor der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel und Mitglied der Delors-Kommission über die Wirtschafts- und Währungsunion S. 995[10]

Landaverde, Moises honduranischer Lehrer, am 14. Januar 1988 ermordet S. 1668[22]

Lang, Jack Mitglied der französischen Nationalversammlung (Parti Socialiste) bis 28. Juli 1988, seit 13. Mai 1988 französischer Kulturminister S. 1809–1811

Lange, Gunter Oberst i. G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 48[21]

Langemann S. 1636

Laraki, Azzedine Ministerpräsident des Königreichs Marokko S. 940[5]

Larijani, Mohammed Javad stellvertretender iranischer Außenminister **Dok. 230, 247, 341** und S. 102f., 998, 1177[3], 1178, 1652f., 1710

Larionow, Valentin Veniaminowitsch Generalmajor sowie Mitarbeiter der Militärakademie des Generalstabs der sowjetischen Streitkräfte S. 277[8], 279[17]

Lassus, Dominique Mitarbeiter an der französischen Botschaft in Bonn (Consul adjoint) und Austauschbeamter im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts bis August 1988 S. 733[1]

Lauder, Ronald Stephen amerikanischer Unternehmer; 1984–1986 Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium sowie 1986/87 amerikanischer Botschafter in Wien S. 1719

Lauk, Werner Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag S. 1278[14]

Lautenschlager, Hans Werner Staatssekretär des Auswärtigen Amts S. 206, 209[18], 216, 217[14+15+16], 218[18+23], 219[24+25+29], 220[30], 225[1], 229[10], 283, 538, 556, 558[10], 559, 560[9], 562[13], 624, 692, 694[11], 695[14–18], 697[21], 716, 717[11], 718[16], 750, 808, 850, 853, 908[3], 910[12], 978, 979[11], 1157, 1174–1176, 1203, 1209, 1216, 1220[11+13], 1224[21], 1231, 1235, 1248, 1249[5–7+10], 1254, 1259, 1276[2+3+5], 1277, 1280[21–24], 1281[27+28], 1283[33], 1285[39+40], 1286[41–44], 1331, 1333[18], 1440, 1443[17], 1452, 1490f., 1531, 1534[12], 1580, 1603, 1606[22+24+26], 1802, 1803[9], 1884[4+5], 1885[13], 1886[17+18], 1899, 1901[5+8]

Lazarus, Eleanor S. Mitarbeiterin des American Jewish Committee S. 592f.

Le Pen, Jean-Marie Vorsitzender des französischen Front National sowie Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Rechten S. 824[5]

Lebeda, Jan Generalvikar der Erzdiözese Prag, seit 19. Mai 1988 Titularbischof von Novi und Weihbischof in Prag S. 975[12]

Lederberg, Joshua amerikanischer Molekularbiologe und Genetiker, Präsident der Rockefeller Universität in New York S. 49

Ledogar, Stephen Joseph Leiter der amerikanischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien und der Delegation bei den Mandatsgesprächen für eine Konferenz über Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa in Wien S. 454, 831[16], 1114f., 1411[6], 1860[20]

Ledsky, Nelson C. Mitarbeiter im Nationalen Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten von Amerika, seit 18. April 1988 Sonderberater des Präsidenten für nationale Sicherheit (Special Assistant to the President for National Security Affairs and Senior Director, European and Soviet Affairs Directorate) S. 370, 1701

Lehman, Ronald Frank II. Mitglied der amerikanischen Delegation bei den ame-

rikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf sowie Leiter der Verhandlungen über strategische Nuklearwaffen (START) bis 18. Februar 1988, anschließend Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Assistant Secretary of Defense for International Security Policy) S. 492, 727, 729

Lehnhardt, Annelie Legationsrätin I. Klasse im Referat 105 „Sprachendienst" des Auswärtigen Amts S. 712, 1623

Leiberich, Otto Leiter der Zentralstelle für das Chiffrierwesen S. 228

Lengl, Siegfried Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 211

Lenihan, Brian irischer Außenminister **Dok. 333**

Lenin, Wladimir Iljitsch 1917–1924 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik bzw. seit 1922 der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 197, 392, 488, 972, 1053, 1475, 1755, 1760, 1846

Leonberger, Kurt Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 420 „Wirtschaftsbeziehungen zum Westen" bzw. seit 21. April 1988 im Referat 411 „Europäische Gemeinschaften: Außenbeziehungen: West, EFTA, Ost, Gemeinsame Handelspolitik, GATT, bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zu westlichen Industriestaaten (außer EG-Mitgliedstaaten)" des Auswärtigen Amts S. 255[13], 464[3]

Leuchs, Walter Legationsrat I. Klasse im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit" des Auswärtigen Amts S. 49[5], 1489[10], 1864[1]

Leutwiler, Fritz 1974–1984 Präsident der Schweizerischen Nationalbank und 1982–1984 Präsident der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel S. 1821

Levêque, Michel R. französischer Botschafter in Tripolis S. 10

Levin, Arieh Abteilungsleiter im israelischen Außenministerium (Head of Political Research and Planning Division) S. 1151

Lewalter, Karl Walter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Sofia S. 1728, 1729[7]

Li Peng Ministerpräsident der Volksrepublik China und Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh S. 1505, 1509 f.

Lian, Hans Jacob Bjørn stellvertretender Leiter der norwegischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien S. 1478[8]

Liang Kaixuan Stellvertretender Vorsitzender des Volkskongresses der chinesischen Provinz Jiangxi bis November 1988 S. 1283[34]

Libal, Michael Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 213 „Sowjetunion" des Auswärtigen Amts bis 28. August 1988, anschließend Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Rom **Dok. 129** und S. 97[1], 538[5], 612[1], 812[1], 898[3], 1048[1+4]

Lidgard, Curt Sune Henrik Leiter der schwedischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien S. 1149

Liebknecht, Karl Mitbegründer der KPD (1871–1919) S. 77, 244 f., 247

Ligatschow, Jegor Kusmitsch Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU sowie Sekretär des ZK für Kader, Ideologie und Parteiverwaltung, seit 30. September 1988 für Landwirtschaft S. 486[15], 487, 1055[16], 1485[7]

Lilienthal, Hans-Dieter Schiffseigner S. 958

Lillis, Michael Leiter der irischen Delegation bei der Kommission für Menschenrechte der Vereinten Nationen in Genf S. 874

Lindemann-Macha, Ilse Legationsrätin I. Klasse im Referat 610 „Grundsatzfragen, Planung und Koordinierung der regionalen und bilateralen kulturpolitischen Zusammenarbeit mit Staaten in West- und Osteuropa sowie mit USA, Kanada, Japan, China, Australien, Neuseeland; Kulturabkommen; Kulturreferententagungen" des Auswärtigen Amts bis 9. Februar 1988, anschließend Konsulin I. Klasse am Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Rio de Janeiro S. 66[14]

Linden, Ludwig Legationsrat I. Klasse im Referat 412 „Europäische Gemeinschaften: Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik; Europäisches Währungssystem, Internationale Wirtschafts- und Währungsfragen: Wirtschaftsgipfel, IWF, OECD“ des Auswärtigen Amts bis Ende September 1988, seit 6. Oktober 1988 an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires, seit 10. November 1988 Botschaftsrat S. 22[1+3], 935[12], 1533[9]

Linder, Peter Legationsrat I. Klasse im Referat 230 „Vereinte Nationen: Grundsatzfragen, Generalversammlung, Sicherheitsrat“ des Auswärtigen Amts bis 30. Juni 1988, anschließend im Referat 110 „Organisation“ S. 1877[1]

Lingenthal, Götz Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bangkok S. 710[15], 711[17]

Lippelt, Helmut Mitglied des Deutschen Bundestages und seit 26. Januar 1988 Sprecher der Fraktion Die Grünen S. 868

Liška, Antonín Kanoniker des Metropolitankapitels St. Veit in Prag, seit 19. Mai 1988 Titularbischof von Vergi und Weihbischof in Prag S. 975[12]

Livingston, Robert Linlithgow, Jr. Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Republican Party) S. 148f

Lloreda Caicedo, Rodrigo Hernán 1982–1984 kolumbianischer Außenminister S. 356[24]

Loeck, Hans Werner Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Caracas; 1982–1985 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 42 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts S. 750[9], 1467[10]

Lohkamp, Roland Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bangkok bis 2. März 1988, anschließend Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 340 „Südasien“ des Auswärtigen Amts S. 762[1]

Löhr, Friedrich Ludwig Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 942[7]

Lohse, Johannes Gesandter an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel S. 385[1], 669[1], 828[1]

Lomejko, Wladimir Borissowitsch sowjetischer Sonderbotschafter; 1984–1986 Leiter der Presseabteilung des Außenministeriums S. 277[11]

Lončar, Budimir jugoslawischer Außenminister **Dok. 225, 315** und S. 65, 437[28], 835[5], 1650, 1696

Londoño Paredes, Julio kolumbianischer Außenminister S. 424[3+7]

Loosch, Reinhard Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 22 „Internationale und innerdeutsche Zusammenarbeit“ im Bundesministerium für Forschung und Technologie S. 1087, 1576[19]

López Contreras, Carlos honduranischer Außenminister **Dok. 131, 314** und S. 1653f.

Löschner, Harald Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 500 „Allgemeines Völkerrecht“ des Auswärtigen Amts S. 126[16]

Lozano Escribano, Tomás spanischer Botschafter in Panama-Stadt S. 587

Lubbers, Rudolphus („Ruud“) Ministerpräsident des Königreichs der Niederlande S. 80, 995

Lüdeking, Rüdiger Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf S. 46[15+17], 1693[17]

Lugar, Richard Green Senator für den amerikanischen Bundesstaat Indiana (Republican Party) S. 141

Lukjanow, Anatolij Iwanowitsch Sekretär des ZK der KPdSU für Administrative Organe und Verwaltung S. 487[17]

Lukowitz, Rüdiger von Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 205 „Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ des Auswärtigen Amts S. 442[2], 1757

Lusinchi, Jaime Ramón Präsident der Republik Venezuela S. 424[4]

Lutz, Martin Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenwirtschaftsförderung; Gewährleistungen für Ausfuhren und Auslandsinvestitionen; Umschuldungen staatlich versicherter Handelsforderungen; Messewesen“ des Auswärtigen Amts S. 383[11], 692[1+3]

Luxemburg, Rosa Mitbegründerin der KPD (1871–1919) S. 244f., 247

Lyon-Caen, Yves stellvertretender Kabinettschef des französischen Ministerpräsidenten seit 17. Mai 1988 (Directeur adjoint du cabinet du Premier Ministre) S. 1124

Macharski, Franciszek Kardinal und Erzbischof von Krakau S. 877f.

Machel, Samora Moisés 1975–1986 Präsident der Volksrepublik Mosambik S. 173, 213f.

Macmillan, Maurice Harold 1957–1963 Premierminister des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland S. 349[9]

Madani, Nizar Bin Obaid Abteilungsleiter im saudi-arabischen Außenministerium S. 498

de la Madrid Hurtado, Miguel Präsident der Vereinigten Mexikanischen Staaten bis 30. November 1988 S. 424[4]

Madrigal Nieto, Rodrigo costaricanischer Außenminister S. 713[8+9], 714, 1665

Mafael, Rolf Legationssekretär im Referat 209 „Sonstige militärpolitische Angelegenheiten (Ausbildungs- und Verteidigungshilfe, Rüstungszusammenarbeit, Übungen, WEU)“ des Auswärtigen Amts, seit 11. April 1988 Legationsrat S. 637[13]

Mahallati, Muhammad Ja’afar Leiter der iranischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York S. 1782[9], 1783

Mahathir bin Mohamad, Tun Ministerpräsident von Malaysia **Dok. 254** und S. 1353

Malan, Magnus André De Merindol südafrikanischer Verteidigungsminister S. 170, 1080, 1146

Malile, Reiz albanischer Außenminister **Dok. 13** und S. 437[28]

Mallaby, Christopher Leslie George stellvertretender Leiter des britischen Cabinet Office (Deputy Secretary and Head of the Overseas and Defence Secretariat in the Cabinet Office), seit 23. März 1988 Botschafter in Bonn S. 324f., 329f., 524[6], 693[8], 696f., 1121

Malmierca Peoli, Isidoro kubanischer Außenminister S. 1768[2], 1769, 1771–1773

Malsen-Tilborch, Marie-Gabriele von Legationsrätin I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tokio bis 29. Februar 1988, anschließend Vortragende Legationsrätin und Vertreterin des Leiters im Referat 615 „Multilaterale Zusammenarbeit“ des Auswärtigen Amts S. 772[1]

Mandela, Nelson Rolihlahla Mitglied des südafrikanischen ANC, seit 1962 in Haft S. 254[6], 255[11], 570f., 635, 968, 1014, 1077, 1079, 1208[11], 1330, 1821f.

Mandela, Nomzamo Winnie Mitglied des südafrikanischen ANC S. 1821[17]

Manglapus, Raul Sevilla philippinischer Außenminister S. 711

Mango, Alicerces Adolosi Paulo Vertreter der angolanischen UNITA in Bonn S. 1075

Mangope, Lucas Manyane Präsident des südafrikanischen Homelands Bophuthatswana S. 215

Mann, Marcus Vortragender Legationsrat im Referat 431 „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung; EURATOM; OECD-NEA; IAEO; Weltraumforschung und -erschließung; ESA; Trägertechnologien“ des Auswärtigen Amts bis 25. Juli 1988, anschließend Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Peking S. 202[27]

Mansholt, Sicco Leendert 1958–1973 Mitglied, seit 1958 Vizepräsident der EWG-Kommission (zuständig für Landwirtschaft) und 1972/73 Präsident der EG-Kommission S. 1468

Marín González, Manuel Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Soziale

Angelegenheiten, Beschäftigung und Ausbildung) S. 797

Markuse, Gisela Dolmetscherin im amerikanischen Präsidialamt S. 1701

Marshall, Cedric Russell neuseeländischer Außenminister und Mitglied des neuseeländischen Parlaments (Labour Party) S. 1094

Marshall, George Catlett, Jr. General der Armee und 1947–1949 amerikanischer Außenminister S. 243[17]

Martschuk, Guri Iwanowitsch Präsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR S. 1576[19], 1598 f., 1702

Maruf, Taha Muni ad-Din Vizepräsident der Republik Irak S. 1341

Marx, Karl * 1818 † 1883 S. 1648, 1770

Mashingaidze, Elleck Kufakunesu Staatssekretär im simbabwischen Außenministerium S. 494[3]

Masljukow, Jurij Dimitrijewitsch Stellvertretender Vorsitzender im Präsidium des Ministerrats der UdSSR bzw. Vorsitzender der Kommission für die Rüstungsindustrie, seit 5. Februar 1988 Erster Stellvertretender Vorsitzender und Vorsitzender des Staatlichen Plankomitees S. 487

al-Masri, Taher jordanischer Außenminister bis 19. Dezember 1988 S. 272, 644[5], 1423

Massion, Georg Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 40 in der Abteilung 4 „Wirtschaftsabteilung" des Auswärtigen Amts sowie Beauftragter für Nord-Süd-Verhandlungen mit der Amtsbezeichnung Botschafter bis zum Eintritt in den Ruhestand am 26. Oktober 1988 S. 1603[2]

Massmann, Gerd Botschaftsrat I. Klasse und Geschäftsträger der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kabul S. 99[9], 1373[4], 1374[5+6], 1425[41]

von Massow, Hans-Henning Regierungsdirektor an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel (vom Bundesministerium für Wirtschaft entsandt) S. 1238[20]

Masud, Mahdi pakistanischer Botschafter bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel, seit 23. März 1988 Botschafter in Bonn S. 886, 889 f.

Matlock, Jack Foust, Jr. amerikanischer Botschafter in Moskau; 1983–1987 Mitarbeiter im Nationalen Sicherheitsrat S. 541

Mattes, Arnulf Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 514 „Ausländerrecht einschließlich Asylrecht; Sichtvermerkswesen; Ausländerpolitik" im Auswärtigen Amt S. 1513[17]

Matthei Aubel, Fernando General der chilenischen Luftwaffe und Mitglied der Militärregierung der Republik Chile **Dok. 291**

Matthias, Helmut Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest bis zum Eintritt in den Ruhestand am 30. November 1988 S. 1204[6], 1246[3], 1247[7], 1461[3], 1467[8]

Matutes, Abel Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Kredite, Anlagen, finanzielle Instrumente sowie kleine und mittelgroße Unternehmen) S. 796

Maung Maung von 19. August 1988 bis 18. September 1988 Vorsitzender der Birmanischen Sozialistischen Programmpartei (Burma Socialist Programme Party) und Präsident der Sozialistischen Föderativen Union Birma S. 1352[26]

Mayekiso, Moses Jongizizwe Generalsekretär der südafrikanischen Metal and Allied Workers Union (MAWU) und der National Union of Metalworkers of South Africa (NUMSA), in Südafrika inhaftiert S. 214[13]

Mayer-Schalburg, Uta Vortragende Legationsrätin und Vertreterin des Leiters im Referat 615 „Multilaterale Zusammenarbeit" des Auswärtigen Amts bis 21. Februar 1988, anschließend Leiterin des Referats 605 „Deutsche Sprache" S. 1887

Mayer-Vorfelder, Gerhard Kultusminister des Landes Baden-Württemberg (CDU) S. 68

Mayr, Alex honduranischer Botschafter in Bonn S. 131, 1664

Mazowiecki, Tadeusz polnischer Journalist, Berater der Gewerkschaft Solidarność und Teilnehmer am „Runden Tisch" S. 93

Mbeki, Govan Archibald Mvuyelwa Mitglied des südafrikanischen ANC; 1964–1987 in Haft S. 1079

M'Binda siehe: Van-Dúnem M'Binda, Afonso

McConnell, Addison Mitchell, Jr. Senator für den amerikanischen Bundesstaat Kentucky (Republican Party) S. 141

McGovern, James stellvertretender Minister für die Luftstreitkräfte der USA (Under Secretary of the Air Force) bis 16. Dezember 1988, anschließend geschäftsführender Minister S. 1496

McManus, Jason Donald Chefredakteur des amerikanischen Nachrichtenmagazins „Time" S. 1721

Mebus, Gabriella Legationsrätin I. Klasse im Referat 421 „Wirtschaftsbeziehungen zu den europäischen RGW-Staaten, Jugoslawien und Albanien; West-Ost-Wirtschaftsbeziehungen", seit 27. Juni 1988 Vortragende Legationsrätin, seit 5. September 1988 im Referat 700 „Besuche von Staatsoberhäuptern, Regierungschefs und Außenministern sowie Reisen des Bundespräsidenten, Bundeskanzlers und Bundesaußenministers im Ausland" des Auswärtigen Amts S. 125[11], 127[19]

Medwedjew, Wadim Andrejewitsch Mitglied des Obersten Sowjet sowie Sekretär des ZK der KPdSU für Kommunistische Parteien der sozialistischen Länder und COMECON bzw. seit 30. September 1988 Sekretär für Ideologie und Mitglied des Politbüros S. 1485[7], 1764

Meesman, Hans Leiter der niederländischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien S. 1060, 1064

Mehmet V. 1909–1918 Sultan und Kalif des Osmanischen Reiches S. 545[4], 546[6]

Mei Zhaorong Abteilungsleiter im chinesischen Außenministerium, seit 16. Juni 1988 Botschafter in Bonn S. 1505, 1508

Meier, Ernst-Christian Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen, seit 3. September 1988 Referent im Referat 02 „Planungsstab" des Auswärtigen Amts S. 1628

Meinck, Jürgen Oberregierungsrat in der Hessischen Staatskanzlei S. 1808

Meiring, Jacobus („Kobus") stellvertretender südafrikanischer Außenminister S. 1144

Meisner, Joachim Kardinal und Bischof von Berlin sowie Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz S. 1371 f.

Meitzner, Andreas Legationsrat, seit 17. Februar 1988 Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Montevideo, vom 15. April bis 10. Juni 1988 abgeordnet an die Botschaft in Panama-Stadt zur Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des Geschäftsträgers S. 587

Meixner, Klaus Kanzler I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Panama-Stadt S. 355[19], 586

Mellor, David John Staatsminister im britischen Außenministerium (Minister of State for Foreign and Commonwealth Affairs) bis Juli 1988 S. 179, 829, 971[4]

de Melo, Eurico stellvertretender portugiesischer Ministerpräsident und Verteidigungsminister S. 635[9]

Mende, Peter Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington bis 9. Oktober 1988, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und abgeordnet zur Sprachausbildung im Referat 105 „Sprachendienst" des Auswärtigen Amts S. 12[7]

Mendelewitsch, Lew Isaakowitsch Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium S. 517, 1786–1790, 1792–1796

Méndez Cabrera, Carlos Anibal Oberst a. D. und seit Juli 1988 Generaldirektor der guatemaltekischen Nationalpolizei S. 1685

Menem Akil, Carlos Saúl Gouverneur der argentinischen Provinz La Roja und Präsidentschaftskandidat der Justitialistischen Partei (Partido Justicialista) **Dok. 316** und S. 1757

Mentzingen, Franz Freiherr von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Harare bis 15. Mai 1988, anschließend in Khartoum **Dok. 87** und S. 589[7]

Mentzingen, Raban Freiherr von Oberregierungsrat an der Botschaft der Bun-

desrepublik Deutschland in Belgrad S. 338[2], 339[6], 340[8]

Mercouri, Melina griechische Ministerin für Kultur und Wissenschaft S. 1808[5], 1809

Merei, Hamid stellvertretender syrischer Planungsminister (Deputy Minister of State for Planning Affairs) S. 120[28]

Merino Castro, José Toribio Admiral der chilenischen Marine sowie Präsident der Militärregierung der Republik Chile S. 876, 1519

Mesbahi, Abolghassem S. 1177 f.

Messerschmidt, Ernst Willi Professor und Direktor des Instituts für Raumfahrtsysteme der Universität Stuttgart; 1985 Teilnahme an der Spacelab-Mission D 1 S. 128[20]

Messner, Zbigniew Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP bis Dezember 1988 und Ministerpräsident der Volksrepublik Polen bis zu seinem Rücktritt am 19. September 1988 S. 73[28], 439, 891 f., 1042, 1388, 1390[17], 1391

Metscher, Klaus Botschaftsrat und Vertreter des Leiters der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien bis 12. Januar 1988, anschließend Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 212 „Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u. a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)“ des Auswärtigen Amts S. 455[18], 755[1], 1148[1], 1318[1]

Metternich, Cornelius Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Leningrad S. 539[9], 544[21], 1547, 1763[10], 1765[12]

Metzger, Peter Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag **Dok. 178** und S. 202[29], 205[36], 619[7], 620[8], 1358[1]

Meyer, Christian stellvertretender Minister für Außenhandel der DDR S. 856

Meyer, Hans Heinrich Josef * 1858 † 1929 S. 1323[3]

Meyer-Landrut, Andreas Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau; 1983–1987 Staatssekretär des Auswärtigen Amts **Dok. 52, 85, 148, 221, 282, 299** und S. 3[13], 99[10], 103, 126[15], 131, 334, 351[24], 612[1], 618[23], 676[5], 677, 852[13+14], 986[28], 1049[7], 1086[32], 1099[7], 1100[11+12], 1164[13], 1242, 1412[13], 1504, 1575, 1577, 1586, 1602, 1617, 1639, 1648[46], 1760[16]

Meyer-Landrut, Nikolaus Attaché im Referat 1-AF „Ausbildung und Fortbildung“ des Auswärtigen Amts S. 57[1]

Michiko Kronprinzessin von Japan S. 744

Mielke, Erich Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Mitglied des Staatsrats und des Nationalen Verteidigungsrats sowie Minister für Staatssicherheit der DDR S. 245–247, 1806

Migliorini, Fabio Mitarbeiter im italienischen Außenministerium S. 1640

Mikulić, Branko Ministerpräsident der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien bis zu seinem Rücktritt am 30. Dezember 1988 S. 338[2]

Miller, Israel Rabbi und Präsident der Conference on Jewish Material Claims against Germany S. 175[3+4]

Milošević, Slobodan Vorsitzender des Bundes der Kommunisten Serbiens S. 338[2], 339[6], 340–342, 1650

Mingas, Helder F. seit 14. Januar 1988 Botschaftsrat an der angolanischen Botschaft in Bonn S. 1205

Minty, Abdul Samad Direktor der Organisation „World Campaign against Military and Nuclear Collaboration with South Africa“ S. 753[16]

Mischnick, Wolfgang Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der FDP-Fraktion S. 868

Mißlitz, Herbert S. 244[2]

Mitchell, George John, Jr. Senator für den amerikanischen Bundesstaat Maine (Democratic Party) und designierter Mehrheitsführer im Senat S. 1830

Mitsotakis, Konstantinos Mitglied des griechischen Parlaments und Vorsitzender der Nea Dimokratia S. 549, 1524 f., 1775

Mittag, Günter Mitglied des Politbüros des ZK der SED sowie Sekretär des ZK für Wirtschaft und Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats der DDR S. 40, 58, 687

Mitterrand, François Staatspräsident der Französischen Republik **Dok. 83, 183, 290, 313, 351** und S. 16, 19, 35[2+4], 37, 39, 81[18], 107, 129f., 159, 184, 191, 327[15], 335, 343, 346, 366, 374, 433, 435–437, 446[20], 467, 505–509, 526, 529, 578[7], 601, 709[10], 771, 802, 825, 827, 867, 869–872, 915[7], 939, 1024[22], 1067, 1117, 1124f., 1127[10], 1129, 1165, 1172, 1196, 1271, 1311, 1368, 1414, 1419, 1423, 1446, 1468, 1542, 1545, 1564, 1573, 1584, 1590, 1593, 1607f., 1611, 1613, 1615, 1617f., 1621, 1647f., 1651, 1656, 1673, 1686[5], 1687f., 1691, 1703, 1716, 1719, 1739f., 1745, 1779, 1797–1799, 1819, 1840, 1842, 1844, 1861, 1874

Miyazawa, Yasushi japanischer Botschafter in Bonn S. 746

Miyet, Bernard französischer Generalkonsul in Los Angeles; 1983–1985 Präsident (président-général) der Société financière de radiodiffusion (SOFIRAD) S. 1621

Mkapa, Benjamin William tansanischer Außenminister S. 1323, 1327f.

Mladenow, Petar Toschew bulgarischer Außenminister S. 65, 437[28], 1729

Mobutu Sese Seko Präsident der Republik Zaire S. 1108

Moch, Rainer Amtsrat im Referat 115 „Innerer Dienst“ des Auswärtigen Amts, vom 18. April bis 27. Juni 1988 abgeordnet an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Panama-Stadt zur Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des Kanzlers S. 587

Mock, Alois österreichischer Außenminister und Bundesparteiobmann (Vorsitzender) der Österreichischen Volkspartei, S. 6, 394, 835[5], 1911–1915

Moda'i, Yitzhak israelischer Minister ohne Geschäftsbereich, Minister für Wirtschaft und Planung seit 22. Dezember 1988 S. 931

Modrow, Hans Mitglied des ZK der SED und Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden S. 1383

Modschaddedi, Sibghatullah Gründer und Anführer der Afghanischen Nationalen Befreiungsfront (Dschebhe e Nedschat e Melli e Afghanistan) S. 888

Mohammadi, Mawlawi Mohammad Nabi Anführer der afghanischen Bewegung für die islamische Revolution (Harakat-i Ingelab-i Islami) S. 888

Mohtaschami, Ali Akbar schiitischer Geistlicher (Hodschatoleslam) und iranischer Innenminister S. 1312

arap Moi, Daniel Toroitich Präsident der Republik Kenia S. 1077

Molitor, Edouard Leiter der luxemburgischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien und der Delegation bei den Mandatsgesprächen für eine Konferenz über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien S. 516[14]

Möllemann, Jürgen Wilhelm Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP); 1982–1987 Staatsminister im Auswärtigen Amt S. 538

Molobi, Eric Mitglied im Vorstand der südafrikanischen United Democratic Front (UDF), Koordinator des National Education Crisis Committee und Vertreter der Otto-Benecke-Stiftung in Südafrika, dort inhaftiert bis zu seiner Freilassung am 3. Dezember 1988 S. 214, 969, 1014

Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch 1930–1941 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare der Sowjetunion sowie 1939–1949 Außenminister S. 95, 97, 156, 1252

Molt, Peter Ministerialrat im rheinlandpfälzischen Ministerium des Innern und für Sport S. 1283[35]

Moltke, Gebhardt von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, mit den Außengebieten in der Karibik und im Pazifik; Koordinierung der deutsch-amerikanischen zwischengesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit“ im Auswärtigen Amt **Dok. 336** und S. 175[1], 322[1], 474[24], 475[26], 592[1], 593, 669[1], 670[9], 673[32], 699[8], 855[1], 884[20], 898[1+2], 920[1], 943[1], 947[13], 950[1], 963[5], 997[1], 1018[10], 1494[1], 1641[1], 1699[1], 1713[1], 1718[1], 1813[1], 1825[3]

Moltke, Helmuth James Graf von Jurist und Mitbegründer der Widerstandsgruppe „Kreisauer Kreis“, 1945 hingerichtet S. 411

Montano, Enzo italienischer Botschafter in Panama-Stadt S. 587

Montazeri, Hossein Ali schiitischer Geistlicher (Großayatollah) und designierter Nachfolger des Ayatollah Khomeini S. 1071[3], 1890

Monteiro Lima, Paulo brasilianischer Botschafter in Panama-Stadt S. 587

Montfort, Norbert Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rabat S. 940[5]

Morel, Pierre Leiter der französischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf S. 44, 1010, 1689

Morgun, Fjodor Trofimowitsch Erster Sekretär der KP der Ukrainischen SSR der Region Poltawa bis März 1988, anschließend Vorsitzender des Staatskomitees der UdSSR für den Umweltschutz S. 1560[15], 1600

Morr, Hubertus von Vortragender Legationsrat im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts **Dok. 246** und S. 505[1], 1304[4], 1360[1+2]

Mortimer, Edward britischer Journalist S. 445

Moskowskij, Jurij Sergejewitsch Vorsitzender der Bank für Außenwirtschaft der UdSSR S. 854

Mostafavi, Mehdi Ahary iranischer Botschafter in Bonn S. 959f., 1225, 1781, 1783

Motamedi, Ahmad Leiter der Organisation für wissenschaftliche und industrielle Forschung beim iranischen Ministerium für Kultur und Hochschulbildung S. 1712f.

da Moura, Venâncio siehe: da Silva Moura, Venâncio

Mubarak, Mohammed Hosni Präsident der Arabischen Republik Ägypten **Dok. 31, 267** und S. 238[5], 242, 269[8], 270f., 273f., 301[9], 302, 304, 360, 473, 536[21], 573, 988, 1532, 1651f., 1779

Mudge, Dirk Frederik Vorsitzender der Demokratischen Turnhallenallianz (DTA) sowie Mitglied des Transitional Government of National Unity in Namibia S. 1147, 1408

Mugabe, Robert Präsident der Republik Simbabwe, Erster Sekretär und Präsident der ZANU–PF sowie Vorsitzender der Bewegung der Blockfreien Staaten; 1980–1987 Ministerpräsident, 1975–1987 Vorsitzender der ZANU S. 494–498

Mulack, Gunter bis 4. Februar 1988 abgeordnet an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tripolis zur Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des Geschäftsträgers, anschließend Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 513 „Arbeits- und Sozialrecht; Aussiedlung Deutscher und Volksdeutscher, Hilfe für Deutsche im Ausland (§§ 5, 6 KG)“ des Auswärtigen Amts **Dok. 2, 158, 274** und S. 877[16], 1677[1]

Müller, Jan Ministerialrat und Leiter der Abteilung 2 „Wirtschaft“ an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin S. 1805[1]

Müller, Gerhard Kandidat des Politbüros des ZK der SED, Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Erfurt und Abgeordneter der Volkskammer S. 1383

Müller, Peter angestellte Ortskraft an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Algier S. 1540

Müller, Wolfgang S. 232, 235[15], 236

Müller-Chorus, Gerhard Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Istanbul **Dok. 97**

Müller-Enders, Waldemar Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung VII „Währungspolitik, Geld- und Kreditpolitik“ im Bundesministerium der Finanzen S. 1605

Mülmenstädt, Matthias Legationsrat I. Klasse im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START“ des Auswärtigen Amts bis 14. August 1988, anschließend Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 26[1], 1494[1]

Mulroney, Martin Brian Ministerpräsident von Kanada und Vorsitzender der Progessive Conservative Party S. 982[8], 1001, 1745

Mundawarara, Silas 1979 stellvertretender rhodesischer Ministerpräsident S. 589[8]

Münstermann, Paul Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes S. 1178

Murachowskij, Wsewolod Serafimowitsch sowjetischer Erster Stellvertretender Ministerpräsident und Vorsitzender des Staatskomitees der UdSSR für die Landwirtschaft S. 1597

Murphy, Richard William Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Near Eastern and South Asian Affairs) S. 301[9], 674, 702f., 928, 940, 963[5], 990, 1153, 1407, 1417, 1784[19]

Musitelli, Jean Mitarbeiter im französischen Präsidialamt und außenpolitischer Berater des französischen Staatspräsidenten (Conseiller technique au secrétariat général de la Présidence de la République) S. 327[15]

Mussawi, Mir Hossein Ministerpräsident der Islamischen Republik Iran **Dok. 102** und S. 461, 1200, 1225, 1311f., 1709[7]

Mutasa, Didymus Noel Edwin Sprecher des simbabwischen Parlaments S. 497[13]

Mützelburg, Bernd Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 101 „Höherer Dienst, Honorarkonsuln" des Auswärtigen Amts bis 17. Oktober 1988, anschließend Vertreter des Leiters im Referat 010 „Ministerbüro" S. 733[5], 1360[2], 1669[1], 1686[4], 1797[1], 1845[1], 1852[1], 1891[1]

Muzenda, Simon Vengai Vizepräsident der Republik Simbabwe S. 494[3]

Muzorewa, Abel Tendekayi Bischof der United Methodist Church in Simbabwe; 1971–1985 Präsident des United African National Council in Simbabwe und vom 1. Juni bis 11. Dezember 1979 Ministerpräsident von Simbabwe-Rhodesien S. 589[8]

Mwinyi, Ali Hassan Präsident der Vereinigten Republik Tansania **Dok. 250** und S. 1532

Nachmann, Werner Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland bis zu seinem Tod am 21. Januar 1988 S. 592, 1016, 1720

Nadschibullah, Mohammed Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans und Präsident der Republik Afghanistan S. 99, 390[26], 416f., 581–584, 887, 889, 1373[2+4]

Nagel, Burghart Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 424 „Exportkontrollfragen; Koordinierungsausschuß für Ost-West-Handelspolitik (COCOM); Rüstungsexport" im Auswärtigen Amt bis 28. August 1988, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Akkra **Dok. 116, 132, 137, 214** und S. 9[44], 692[1+3+4], 863[4]

Nakasone, Yasuhiro 1982–1987 Ministerpräsident von Japan S. 662[41], 738, 743, 749, 1329

Napoleon Bonaparte (Napoleon I.) *1769 †1821 S. 1275

Naruhito (Prinz Hiro) Prinz von Japan S. 744

Nasarkin, Jurij Konstantinowitsch Leiter der sowjetischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf S. 612[21]

Natsheh, Mustafa 1980–1983 Bürgermeister von Hebron S. 241[7], 242

Naude, Marinus Léonard te Water Unterabteilungsleiter im südafrikanischen Außenministerium S. 170

Naumann, Klaus Dieter Brigadegeneral und Leiter der Stabsabteilung VI „Planung" des Führungsstabs der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung, seit 1. Oktober 1988 Generalmajor und Leiter der Stabsabteilung III „Militärpolitik, Führung" S. 1683

Nava Carillo, German stellvertretender venezolanischer Außenminister, seit 11. Januar 1988 Außenminister S. 424[7]

Navon, Benjamin Mitarbeiter im israelischen Außenministerium, seit 30. November 1988 israelischer Botschafter in Bonn S. 1151, 1904

Nazari, Yadollah Hashem Verteidigungsattaché an der iranischen Botschaft in Bonn S. 568[9]

Ne Win General der birmanischen Streitkräfte sowie Vorsitzender der Birmanischen Sozialistischen Programmpartei (Burma Socialist Programme Party) bis

23. Juli 1988; 1962–1974 Vorsitzender des Revolutionsrats der Birmanischen Union, 1984–1981 Präsident der Sozialistischen Föderativen Republik Birma S. 1352[26]

Negrotto Cambiaso, Andrea stellvertretender Abteilungsleiter im italienischen Außenministerium S. 678

Negwer, Georg Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ankara bis zum Eintritt in den Ruhestand am 30. April 1988 S. 1776[10]

Nestroy, Harald-Norbert Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in San José S. 8[41], 307[37], 355[22], 422[6]

Neto, António Agostinho 1975–1979 Präsident der Republik Angola S. 1078

Neubert, Klaus Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau, seit 20. Januar 1988 Botschaftsrat I. Klasse S. 295[1], 481[1], 1117[12], 1166, 1168[10], 1763[9]

Neuer, Walter Ministerialdirigent und Leiter des Kanzlerbüros im Bundeskanzleramt S. 272, 370, 468, 993, 1085, 1124, 1399[2], 1586, 1602, 1701, 1773[1], 1819[1]

Neukirchen, Karl Heinz Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 61 in der Abteilung 6 „Abteilung für Auswärtige Kulturpolitik“ des Auswärtigen Amts bis 22. Januar 1988, seit 25. Januar 1988 Leiter der Unterabteilung 60 S. 406[42], 1729[8]

Neumann, Isaac Rabbiner der Jüdischen Gemeinde in der DDR bis 16. Mai 1988 S. 856[11]

Neusel, Hans Staatssekretär im Bundesministerium des Innern S. 460, 1177 f.

Neville-Jones, Lilian Pauline Gesandtin an der britischen Botschaft in Bonn S. 1435

Ney, Martin Legationsrat im Referat 500 „Allgemeines Völkerrecht“ des Auswärtigen Amts bis 21. August 1988, anschließend an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bangkok S. 554 f.

Nier, Kurt Stellvertretender Außenminister der DDR S. 27[7], 856

Nikotin, M. M. Mitarbeiter im sowjetischen Außenministerium S. 126[15]

Nirumand, Bahman deutsch-iranischer Autor, Journalist und Übersetzer **Dok. 365**

Nitze, Paul Henry Sonderbotschafter der amerikanischen Regierung in Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle (Ambassador at Large) **Dok. 354** und S. 360, 385[4], 608[23], 614[12], 701[21], 727[12]

Nixon, Richard Milhous 1969–1974 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 899, 1825 f.

Nkomo, Joshua Mqabuko Nyongolo Senior Minister im simbabwischen Präsidialamt, zuständig für die Regionalverwaltung, die ländliche und städtische Entwicklung, Frauenfragen und Wohnungsbau, sowie seit April 1988 zweiter Vizepräsident der ZANU-PF; 1962–1987 Vorsitzender der ZAPU S. 497[11]

Noir, Michel Beigeordneter Minister im französischen Ministerium für Wirtschaft, Finanzen und Privatisierung, zuständig für Außenhandel (Ministre délégué chargé du Commerce extérieur) S. 40

Noiville, Jean François Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur des Affaires politiques) bis August 1988, anschließend Botschafter in Wien S. 921

Nöldeke, Eberhard Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 320 „Südliches Afrika“ im Auswärtigen Amt **Dok. 142** und S. 161[8], 173[12], 174[14], 215[15], 965, 969[23], 1013[1], 1074[1], 1144[1], 1293–1297

Noorani, Zain Staatsminister im pakistanischen Außenministerium und amtierender Außenminister bis 29. Mai 1988 S. 363

Nordenskjöld, Fritjof von Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 1540, 1607[1]

Noriega Moreno, Manuel Antonio General und Chef der panamaischen Streitkräfte S. 355[19], 585–587, 1685, 1849–1851

North, Oliver Laurence Oberstleutnant der amerikanischen Streitkräfte und 1981–1986 Mitarbeiter im Nationalen Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten von Amerika S. 962

Notbohm, Perry Andrea Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 1323

Nourney, Gerhard Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 223 „Abrüstung und Rüstungskontrolle in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen“ des Auswärtigen Amts S. 476[1], 1019[1+4]

Nowak, Walter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Riad S. 87[10], 498, 501[14],

Nujoma, Samuel Daniel Shafiishuna Präsident der SWAPO **Dok. 268** und S. 252 f., 256, 1297

Nunes Barata, João Diogo Correia Saraiva Kabinettschef des portugiesischen Präsidenten S. 627

Nunn, Samuel Augustus, Jr. Senator für den amerikanischen Bundesstaat Georgia (Democratic Party) und Vorsitzender des Streitkräfteausschusses des Senats S. 271[20], 377 f., 823[13]

Nyerere, Julius Kambarage Vorsitzender der Einheitspartei „Partei der Revolution“ (CCM); 1962–1985 Präsident der Republik Tanganjika bzw. seit 1964 der Vereinigten Republik Tansania S. 1324

Obando (y) Bravo, Miguel Kardinal und Erzbischof von Managua S. 1625, 1626[19]

Oberländer, Theodor 1933–1945 Funktionen im Parteiapparat der NSDAP sowie ab 1939 Offizier im Amt Abwehr/Ausland; 1953–1961 und 1963–1965 Mitglied des Deutschen Bundestages (Gesamtdeutscher Block/BHE bzw. ab 1956 CDU) sowie 1953–1960 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte S. 1867

Obert, Günter Horst Erwin Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen S. 137

Obst, Harry Dolmetscher im amerikanischen Präsidialamt S. 370

Obuchow, Alexej Alexandrowitsch stellvertretender Leiter der sowjetischen Delegation bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf und bei den Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen S. 1223[19]

Obzina, Jaromír tschechoslowakischer Stellvertretender Ministerpräsident und Vorsitzender der Staatskommission für Zukunftstechnologie und Investitionsentwicklung bis Oktober 1988 S. 405[33], 1082[15]

O’Connor, John Joseph Kardinal und Erzbischof von New York S. 1719, 1721

Odeh, Adnan Abu jordanischer Hofminister bis 19. Dezember 1988, anschließend Berater des Königs für politische Angelegenheiten S. 272

Oelkers, Rodolfo siehe: Stange Oelckers, Rodolfo

Oesterhelt, Jürgen Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 5 „Rechtsabteilung“ des Auswärtigen Amts sowie Völkerrechtsberater S. 545, 860, 865, 1041[16], 1174[4], 1175, 1203[2], 1234[17], 1440, 1444

Ogarkow, Nikolaj Wassiljewitsch Marschall der Sowjetunion und Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte in der „Operationszone West“ S. 127, 937

O’Keeffe, Laurence Leiter der britischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien S. 819 f., 1149, 1535[2+3], 1536, 1911, 1915

Oldenkott, Bernard Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Addis Abeba bis 14. Februar 1988, anschließend Botschafter in Bangkok S. 708[8]

Oldigs, Lühr-Onno Oberst i. G. und Leiter des Referats 5 „Rüstungskontrolle“ in der Stabsabteilung III „Militärpolitik, Führung“ des Führungsstabs der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung S. 828[1]

Olechowski, Tadeusz polnischer Stellvertretender Außenminister bis 17. Juni 1988, anschließend Außenminister **Dok. 265** und S. 402, 438, 1048[20], 1649

Olszowski, Stefan 1971–1976 und 1982–1985 polnischer Außenminister S. 897[17]

Olzvoi, Khumbagyn mongolischer Stellvertrender Außenminister S. 1245[14], 1906

Omar, Abu Hassan siehe: Abu Hassan bin Omar

Omran, Adnan stellvertretender Generalsekretär der Arabischen Liga für internationale Angelegenheiten S. 90[21]

O'Neill, Robert James britischer Botschafter in Österreich und Leiter der Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 513, 515

Onyszkiewicz, Janusz Sprecher der Gewerkschaft Solidarność S. 93, 97

Ordóñez, Francisco José Fernández siehe: Fernández Ordóñez, Francisco José

Ortega Saavedra, José Daniel Präsident der Republik Nicaragua S. 8[41], 307 f., 356, 704[39], 713, 1626, 1628

Ortiz de Zevallos Thorndike, Javier peruanischer Botschafter in Panama-Stadt S. 587

Orzechowski, Marian polnischer Außenminister bis 17. Juni 1988 und Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP, seit Juni 1988 Sekretär des ZK der PVAP für Fragen der Ideologie **Dok. 14** und S. 156, 398, 404, 411, 438 f., 892[3], 896, 1386

Osman, Ahmed Präsident des marokkanischen Parlaments S. 940[5]

Ost, Friedhelm Staatssekretär und Chef des Presse- und Informationsamts sowie Sprecher der Bundesregierung S. 169[3], 190, 255[11], 360, 370, 433, 531[2], 1602, 1701, 1718, 1721

Oswald, Julian J. R. Admiral der britischen Marine und Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte im Ärmelkanal (CINCHAN) S. 316[5]

Ouvrieu, Jean-Bernard Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur des Affaires économiques et financières) S. 1900

Özal, Turgut Ministerpräsident der Republik Türkei **Dok. 74, 340** und S. 437, 503, 551–553, 1000, 1299, 1301, 1522 f., 1524[15], 1525

Özgül, Haluk Leiter der türkischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien S. 1117

Pabsch, Wiegand Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 43 in der Abteilung 4 „Wirtschaftsabteilung" des Auswärtigen Amts S. 109[1], 225[1], 556[2], 624, 1157, 1918

Pachelbel-Gehag, Wolfgang-Rüdiger von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kopenhagen S. 726[5]

Packmor, Georg S. 235–237, 419[8]

Packmor, Lotti S. 235–237, 419[8]

Paganon, Jean siehe: Felix-Paganon, Jean

Pahlevi, Mohammed Reza 1941–1979 Schah des Kaiserreichs Iran S. 29[2], 997[4], 999, 1342[19], 1712[15], 1800[5]

Pallajew, Gaibnasar Stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR S. 382

Pandolfi, Filippo Maria italienischer Minister für Landwirtschaft und Forsten bis 13. April 1988 S. 1739

Pangalos, Theodoros stellvertretender griechischer Außenminister S. 546[1], 547, 1094

Papandreou, Andreas Georgios Ministerpräsident der Hellenischen Republik sowie Vorsitzender der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) **Dok. 98** und S. 429[8], 996, 1366, 1522, 1524, 1775 f., 1844

Papoulias, Karolos griechischer Außenminister S. 65, 426, 437[28], 546[1], 549, 1024, 1417, 1876

Paravicini, Eugen Ministerialrat und Leiter des Ministerbüros im hessischen Ministerium für Kunst und Wissenschaft S. 1808

Parker, Alan Botschaftsrat an der amerikanischen Botschaft in Bonn bis Sommer 1988 S. 559[11]

Parsons, Anthony Derrick 1974–1979 britischer Botschafter in Teheran S. 1539

Paschke, Karl-Theodor Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 286, 350** und S. 42[11], 148, 570[6], 617[21], 856[12], 1172[23], 1313[10], 1536[5], 1713, 1918[5]

Pavlović, Dragiša Mitglied des Präsidiums des Bundes der Kommunisten Serbiens bis 24. September 1987 S. 341

Pavón Salazar, Miguel Angel Regionalvorsitzender des Komitees zur Verteidigung der Menschenrechte in Honduras, am 14. Januar 1988 ermordet S. 1668[22]

Pazner, Avi Berater des israelischen Ministerpräsidenten Shamir; 1981–1986 Pressesprecher des Außenministeriums S. 643–647

Pearson, W. Robert Mitarbeiter des Internationalen Stabs bei der NATO in Brüssel und Vorsitzender des Politischen Ausschusses S. 821[6]

Pejić, Dragoslav Leiter der jugoslawischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York S. 1200

Pell, Claiborne Senator für den amerikanischen Bundesstaat Rhode Island (Democratic Party) und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses S. 271[20], 370[12], 823[13], 1338

Peres, Shimon Vorsitzender der Israelischen Arbeitspartei und bis 22. Dezember 1988 Außenminister; 1984–1986 Ministerpräsident **Dok. 40** und S. 8, 178[7], 182, 184f., 187, 270, 536[21], 592, 594, 646, 928, 990, 991[15], 1163, 1201, 1399f., 1402, 1416, 1422–1424, 1530, 1653, 1779, 1823, 1905

Pereyra Ariza, Héctor Botschafter der Dominikanischen Republik in Panama-Stadt S. 587

Pérez de Cuéllar, Javier Generalsekretär der Vereinten Nationen **Dok. 211** und S. 7[33], 100–102, 238f., 242[14], 353, 384, 422, 502[16], 554, 702[27], 703f., 712[4], 714[10], 841, 888[10], 1032–1034, 1076[6], 1200[30], 1206, 1226, 1294, 1306f., 1314, 1340, 1408, 1422, 1529, 1652[72+73], 1653[78], 1775[9], 1781f., 1833[10], 1871[18], 1922

Perfiljew, Vadim Pawlowitsch Stellvertretender Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium S. 103

Perle, Richard Norman Mitglied des Defense Policy Board Advisory Committee; 1981–1987 Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Assistant Secretary of Defense for International Security Policy) S. 492

Perlot, Enzo Abteilungsleiter (Politischer Direktor) im italienischen Außenministerium S. 677f.

Perón, Isabel 1974–1976 Präsidentin der Argentinischen Republik S. 1672[4]

Perrault außenpolitischer Berater des französischen Ministerpräsidenten S. 1124

Perroots, Leonard Harry Generalleutnant der amerikanischen Streitkräfte sowie Direktor der Defense Intelligence Agency bis zum Eintritt in den Ruhestand im Dezember 1988 S. 665, 728

Perry, William Präsident der amerikanischen Gewerkschaft „International Union of Industrial, Service, Transport and Health Employees“ S. 1482

Peters, Heinz Legationsrat und Mitglied der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Abrüstungskonferenz in Genf, seit 11. April 1988 Legationsrat I. Klasse S. 1019[1]

Petit, Philippe französischer Botschafter in Port Louis bis Mai 1988, anschließend technischer Berater des Ministerpräsidenten Rocard (Conseiller technique au cabinet du Premier ministre) S. 1659

Petri, Thomas Evert Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Republican Party) S. 148f.

Petrowskij, Wladimir Fjodorowitsch sowjetischer Stellvertretender Außenminister S. 480[16], 1010, 1020

Peyos, Epaminondas griechischer Botschafter in Bagdad S. 1339

Pfeffer, Franz Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Paris; 1985–1987 Botschafter in Warschau; 1981–1985 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts **Dok. 8, 43, 127, 151, 298, 343** und S. 111[9], 164[25], 166[36], 411[56], 467[12], 506[13], 624[9], 640[9], 1000[17], 1124, 1133[5], 1607, 1619

Pfeffer, Johanna Ursula S. 37

Pfeifer, Anton Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit und Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 1685

Pfeil, Peter Graf von Oberstleutnant i.G. und Mitarbeiter im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts S. 1002[1]

Pfetten-Arnbach, Karl Berthold Freiherr von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 014 „Büro Staatssekretäre“ im Auswärtigen Amt, seit 1. Februar 1988 Ministerialdirigent im Bundespräsidialamt S. 969[26], 1038[1]

Phomolong, Kingsley Mitarbeiter des südafrikanischen ANC S. 965

Pickert, Herwig Oberst i. G. und Mitglied der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den Mandatsgesprächen für eine Konferenz über Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa in Wien S. 1114[1]

Piecha, Wolfgang Legationsrat I. Klasse im Referat 331 „Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela, Zentralamerika, Karibik" des Auswärtigen Amts, seit 28. Dezember 1988 Vortragender Legationsrat S. 1668[22]

Pienar, Louis Alexander südafrikanischer Generaladministrator von Südwestafrika (Namibia) S. 253[5]

Pikalow, Wladimir Karpowitsch Generaloberst der sowjetischen Streitkräfte und Chef der chemischen Einsatztruppen S. 1413[17]

Pilich, Zdeněk Mitarbeiter im ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei S. 618

Piller, Wolfgang Ministerialdirektor und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei S. 169, 211

Pinheiro, João de Deus portugiesischer Außenminister **Dok. 118** und S. 672, 725, 947, 953

Pinochet Ugarte, Augusto Präsident der Republik Chile und Oberbefehlshaber der chilenischen Streitkräfte S. 233, 876, 1519 f., 1752

Piromya, Kasit Mitarbeiter im Staatssekretariat des thailändischen Außenministeriums, anschließend Abteilungsleiter (Director-General) S. 708

Pjadyschew, Boris Dmitrijewitsch Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium S. 1838

Planck Hinojosa, Carlos mexikanischer Botschafter in Panama-Stadt S. 587

Planitz, Bernhard Edler von der Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 421 „Wirtschaftsbeziehungen zu den eruopäischen RGW-Staaten, Jugoslawien und Albanien; West-Ost-Wirtschaftsbeziehungen" des Auswärtigen Amts bis 10. April 1988, anschließend als Ministerialrat in den Geschäftsbereich des Bundespräsidialamts versetzt S. 1038, 1757

Plāte, Modris lettischer Pastor S. 1548

du Plessis, Barend Jacobus südafrikanischer Finanzminister S. 1146

Plessner, Helmuth Philosoph und Soziologe (1892–1985) S. 258

Pleuger, Gunter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 012 „Öffentlichkeitsarbeit" im Auswärtigen Amt bis 18. November 1988, seit 1. Dezember 1988 Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 23, 32, 140, 143, 154, 191, 234, 241, 277** und S. 77[41], 156[26], 157[28], 169[3], 183[14], 573[21], 739[10], 851[10], 932[9], 968[21], 1162[2], 1164[11], 1386[5], 1574[15], 1575[18]

Plewa, Klaus Ministerialrat im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen S. 862

Plischka, Hans-Peter Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 514 „Ausländerrecht einschließlich Asylrecht; Sichtvermerkswesen; Ausländerpolitik" des Auswärtigen Amts S. 846[11]

Ploetz, Hans-Friedrich von Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 20 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts bis 4. September 1988, anschließend Gesandter an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel **Dok. 62, 63, 64, 65, 77, 165** und S. 3[10], 14[1+3+4], 15, 16[16], 17[17], 20, 49, 50[12], 51, 52[21], 53[23+24], 55 f, 57[38], 160[1], 165[33], 250[1], 347[1], 348[2+3], 349–351, 491[3], 523[1], 562[14], 577[1+3], 578[5], 579[8–10+12], 677 f., 726, 729[23], 799[1], 821[1], 997[16], 1016[1], 1165[16], 1203, 1287, 1289, 1291, 1307, 1459[8]

Plumb, Lord Charles Henry Präsident des Europäischen Parlaments S. 942, 1235 f., 1239 f., 1832, 1844

Poensgen, Gisbert Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lissabon bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. Juli 1988 S. 636

Poetzelberger, Hans Vortragender Legationsrat im Referat 105 „Sprachendienst" des Auswärtigen Amts S. 1444

Pohl, Eberhard Legationsrat I. Klasse im Referat 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; nichtstaatliche europäische Organisationen“ des Auswärtigen Amts S. 300[1]

Pöhl, Karl Otto Präsident der Deutschen Bundesbank S. 190, 208, 560f., 739, 808, 811f., 1128, 1133, 1366, 1491, 1749[9], 1886

Pohl, Reynaldo Galindo siehe: Galindo Pohl, Reynaldo

Poindexter, John Marlan 1985/86 Vizeadmiral und Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten (Assistant to the President for National Security Affairs) S. 226

Pokrowskij, Jurij W. 1945/46 Oberst der sowjetischen Streitkräfte und stellvertretender sowjetischer Ankläger bei den Nürnberger Prozessen gegen die Hauptkriegsverbrecher S. 1896[9]

Pol Pot (Saloth Sar) Anführer der „Roten Khmer“; 1976–1979 Ministerpräsident des Demokratischen Kampuchea S. 1450

Poljakow, Wladimir Porfirjewitsch Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium S. 928, 940, 963[5], 990, 1153

Poll, Klaus Referent an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Ankara (vom Bundespresseamt entsandt) S. 1524[14]

Poos, Jacques luxemburgischer Außenminister S. 213[11], 385, 388f., 672, 948, 1875, 1882

Popieluszko, Jerzy polnischer Priester, 1984 ermordet S. 93f., 156, 164

Portugalow, Nikolaj Sergejewitsch sowjetischer Journalist und Mitglied der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU S. 1894

Potschiwalow, Leonid Wiktorowitsch sowjetischer Journalist und Schriftsteller S. 1807

Pour Jalali, Yadollah Mitarbeiter im iranischen Außenministerium S. 1225

Powell, Charles David außenpolitischer Berater der britischen Premierministerin (Private Secretary for Foreign Affairs to the Prime Minister) S. 1119, 1819[1]

Powell, Colin Luther Generalleutnant der amerikanischen Streitkräfte und Sicherheitsberater des Präsidenten (Assistant to the President for National Security Affairs) S. 140, 144–147, 370, 829, 1701

Praller, Klaus Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland beim Europarat in Straßburg S. 661[38]

Pramoedya Ananta Toer indonesischer Schriftsteller S. 1449f.

Prem Tinsulanonda siehe: Tinsulanonda, Prem

Primakow, Jewgenij Maximowitsch Direktor des sowjetischen Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen (IMEMO) bei der Akademie der Wissenschaften S. 277[8]

Prozenko, Alexander Nikolajewitsch seit März 1988 Vorsitzender des sowjetischen Staatskomitees der UdSSR für die Nutzung der Atomenergie S. 1598f.

Pucci di Benisichi, Paolo Leiter der italienischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 516[14]

Pusch, Klaus-Dieter Fregattenkapitän und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Lissabon S. 635[9]

Puttkamer, Eberhard von Ministerialrat und Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundespräsidialamt bis 24. März 1988, anschließend Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters in Den Haag S. 497[13]

Qaddur, Nasser Staatsminister im syrischen Präsidialamt S. 532–537

al-Qasim, Marwan Chef des Königlichen Hofes im Haschemitischen Königreich Jordanien (Chief of Royal Court) bis 19. Dezember 1988, anschließend Außenminister S. 272

Quayle, James Danforth („Dan“) Senator für den amerikanischen Bundesstaat Indiana (Republican Party) und Vizepräsidentschaftskandidat S. 141

al-Qaysi, Riad Abteilungsleiter im irakischen Außenministerium S. 1030

Quian Quichen chinesischer Stellvertretender Außenminister, seit 12. April 1988 Außenminister S. 1509, 1796, 1872

Rabbani, Burhanuddin Anführer der Islamischen Versammlung von Afghanistan (Dschamiat-i Islami yi Afghanistan) S. 888

Rack 1634 f., 1638

Rafi, Mahmoud Vorsitzender der Liga zur Verteidigung der Menschenrechte im Iran e. V. S. 1899 f.

Rafsandjani, Ali Akbar Hashemi schiitischer Geistlicher (Hodschatoleslam) und Präsident des iranischen Parlaments **Dok. 344** und S. 181, 501, 1071[3], 1177, 1200, 1228[18], 1230, 1311 f., 1402, 1777, 1890

Raible, Edith Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst" des Auswärtigen Amts S. 468

Raimond, Jean-Bernard französischer Außenminister bis 12. Mai 1988, anschließend Botschafter beim Heiligen Stuhl **Dok. 27** und S. 19, 37, 159, 191, 193[21+23], 219, 446[20], 521, 576, 1412 f., 1608[9]

Rakowski, Mieczysław Franciszek Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und Stellvertretender Präsident des polnischen Parlaments (Vizemarschall des Sejm), seit 27. September 1988 Ministerpräsident; 1981–1985 Stellvertretender Ministerpräsident **Dok. 283** und S. 94[5], 1389, 1390[17], 1649 f.

Ramírez Mercado, Sergio nicaraguanischer Vizepräsident **Dok. 307** und S. 1653

Ranke, Leopold von *1795 †1886 S. 956

Rantzau, Detlev Graf zu Gesandter und Vertreter des Leiters an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel bis 3. Juli 1988, anschließend Botschafter z. b. V in der Abteilung 2 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts, seit Ende August 1988 abgeordnet nach Wien als Leiter der Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz **Dok. 295, 322, 372** und S. 378[14], 664[6], 1412[12], 1589[13]

Rasumowskij, Georgij Petrowitsch Sekretär des ZK der KPdSU für den regionalen Parteiapparat, seit 30. September 1988 Kandidat des Politbüros und Vorsitzender der Kommission des ZK für Parteiaufbau und Kaderpolitik S. 487

Rau, Helmut Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 423 „Internationale Verkehrspolitik; Internationales Post- und Fernmeldewesen; Rundfunk- und Fernsehplanung; Internationale Tourismuspolitik (einschließlich WTO)" des Auswärtigen Amts S. 115[5]

Rau, Johannes Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen (SPD) und stellvertretender Vorsitzender der SPD **Dok. 164**

Rauschenbach, Boris Wiktorowitsch Mitglied der sowjetischen Akademie der Wissenschaften S. 1787, 1796

Reagan, Maureen Elizabeth Leiterin der amerikanischen Delegation bei der Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf S. 874

Reagan, Nancy S. 982

Reagan, Ronald Wilson Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika **Dok. 24, 64, 165, 324, 325** und S. 45, 51[14], 54[26], 99, 104[5], 122, 124, 130, 151[17], 152, 185, 196, 226, 238[5], 269–271, 298, 304, 331, 335[21], 348[4], 354[18], 362, 368, 385[4], 396, 434, 436, 438, 445, 455, 469, 474, 492, 500, 523, 528, 536, 579[12], 605, 615, 631, 672, 674, 713[7], 770[7], 802, 815, 829, 832, 847, 879, 915, 926, 939, 982 f., 994, 1083, 1208, 1264[3], 1394, 1408, 1414, 1419, 1424, 1434, 1475, 1501, 1535, 1543, 1584, 1598, 1627[21], 1719, 1748, 1778 f., 1784, 1801, 1825–1829, 1849[4], 1852, 1870, 1902[4+8], 1918[7], 1921

Rebmann, Kurt Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof S. 136

Reda, Antonio Legationsrat I. Klasse im Referat 105 „Sprachendienst" des Auswärtigen Amts S. 1887

Rechenhofer, Wolfgang seit 2. Mai 1988 Attaché im Referat 1-AF „Ausbildung und Fortbildung" des Auswärtigen Amts, seit 14. November 1988 im Referat 412 „Europäische Gemeinschaften: Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik; Europäisches Währungssystem, Internationale Wirtschafts- und Währungs-

fragen: Wirtschaftsgipfel, IWF, OECD“ S. 1887

Redman, Charles Edgar Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Public Affairs) und Sprecher des amerikanischen Außenministeriums S. 1313[9], 1713

Reed, Robert H. General der amerikanischen Luftwaffe und Chef des Stabes beim Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR) bis zum Eintritt in den Ruhestand am 30. Juni 1988 S. 28

Reichenbaum, Werner Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Ankara S. 432[16], 551[19], 1530[18]

Reinhardt, Manfred Oberamtsrat im Referat 118 „Sicherheit und Geheimschutz“ des Auswärtigen Amts **Dok. 271**

Reinhold, Otto Professor für politische Ökonomie, Mitglied des ZK der SED und Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED in Ost-Berlin S. 59

Rembser, Josef Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Grundlagenforschung; Forschungskoordinierung, Internationale Zusammenarbeit“ im Bundesministerium für Forschung und Technologie S. 465[4], 1087–1090

Remmers, Henning Oberstleutnant i. G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Oslo **Dok. 90**

Repnik, Hans-Peter Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses S. 585[5]

Retief, Willem Rudolph südafrikanischer Botschafter in Bonn S. 210, 1208

Reyels, Rüdiger Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 222 „Genfer Abrüstungskonferenz, insbesondere nuklearer Teststopp, B- und C-Waffen; Nichtverbreitung; regionale Abrüstung außerhalb Europas; Kontakte zu Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung“ des Auswärtigen Amts S. 44[1+2], 1010[1], 1011[9]

Ribbentrop, Joachim von 1938–1945 Außenminister des Deutschen Reichs S. 95, 97, 156, 1251f., 1517, 1727f.

Richter, Heimo Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; nichtstaatliche europäische Organisationen“ des Auswärtigen Amts bis 19. Juli 1988, anschließend abgeordnet an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv, sei 26. September 1988 Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters S. 969[24]

Richter, Wilfried Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 310 „Naher Osten“ im Auswärtigen Amt bis 31. August 1988, anschließend Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Sao Paulo **Dok. 41** und S. 84[1], 92[31], 114[1], 116[9], 185[30], 268[1], 269[11–13], 270[16], 271[22], 272[23], 273[24], 274[26], 358[1], 531[1], 532, 537[26], 563[1], 596[1], 597[8–11], 643[1], 646[11], 647[14], 929[1], 957[1], 961[1], 1034[19]

Richthofen, Hermann Freiherr von Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts bis 6. November 1988, seit 5. Dezember 1988 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in London **Dok. 4, 19, 57, 86, 92, 101, 113, 124, 146, 153, 244, 245, 258, 265, 269, 270, 272, 287, 311** und S. 9[46], 49, 57, 63[1], 85[3], 98, 103, 105[12], 140, 148, 159, 160[1], 220, 326[14], 376[1+7], 380[17], 414, 433, 442[1], 505, 508[19+22], 509[25], 523[1+3], 524[6], 525[7+10], 527[17], 538, 550[17], 576, 612[1], 618[23], 664, 666[18], 697–706, 726, 733, 849[24], 866, 868–870, 872, 873[1], 920, 980[1], 990[1], 999[13], 1044[9], 1048[3], 1099, 1126[5], 1141, 1231, 1245[1], 1246[2+3], 1249[11], 1254, 1308, 1334, 1355, 1378[15], 1435, 1602, 1607, 1608[9], 1612, 1621

Richtsteig, Michael Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel S. 513[1]

Ridgway, Rozanne Lejeanne Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for European and Canadian Affairs) S. 360, 370, 374, 376, 385[4], 492f., 520, 606, 608, 614[12], 666[18], 670[9], 699[8], 701[21], 821–824, 855, 921, 923f., 963[5], 1429, 1432f., 1477[6], 1536[5], 1615, 1701, 1713, 1717, 1853f.

Riedl, Erich Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Koordinator der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt sowie Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU), S. 1084 f., 1089[43]

Riesenhuber, Heinz Bundesminister für Forschung und Technologie und Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 662, 1089, 1239, 1576[19], 1598 f.

al-Rifai, Zaid Ministerpräsident und Verteidigungsminister des Haschemitischen Königreichs Jordanien S. 184, 268, 271, 644[5]

Ripa di Meana, Carlo Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Institutionelle Reformen, Informationspolitik, Kultur und Tourismus) S. 775, 1739, 1809–1812

Risquet Valdés-Saldaña, Jorge Mitglied des Politibüros der Kommunistischen Partei Kubas S. 1769

Ritter, Jorge Eduardo panamaischer Außenminister seit 24. April 1988 S. 587[22]

Rivera Irías, Ariel stellvertretender guatemaltekischer Außenminister S. 713[8]

Roa Kourí, Raúl stellvertretender kubanischer Außenminister S. 776–778

Roberto, Holden Álvaro Gründer und Präsident der angolanischen FNLA S. 1076, 1078

Robin, Gabriel Leiter der französischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 386, 389, 672, 1882

Rocard, Michel Mitglied der französischen Nationalversammlung (Parti Socialiste), seit 10. Mai 1988 Ministerpräsident **Dok. 210, 313** und S. 825, 1173[36], 1196, 1780

Rode, Karl-Heinz Vortragender Legationsrat im Referat 411 „Europäische Gemeinschaften: Außenbeziehungen: West, EFTA, Ost, Gemeinsame Handelspolitik, GATT, bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zu westlichen Industriestaaten (außer EG-Mitgliedstaaten)“ des Auswärtigen Amts S. 1897[1]

Rodil Peralta, Juan José guatemaltekischer Innenminister S. 1684

Rodríguez Pedotti, Andrés Generalleutnant der paraguayischen Streitkräfte S. 1753

Rodríguez Rodríguez, Carlos Rafael Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Kubas sowie Vizepräsident des Staatsrats (Consejo de Estado) und des Ministerrats (Consejo de Ministros) S. 1022

Roesch, Rainald Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Havanna, anschließend Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 330 „Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Paraguay, Peru, Uruguay“ des Auswärtigen Amts S. 424[1]

Roever, Otto Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London, seit 7. März 1988 Botschaftsrat I. Klasse S. 995[9]

Rogatschow, Igor Alexejewitsch sowjetischer Stellvertretender Außenminister S. 1509, 1648

Rogers, Bernard William 1979–1987 General und Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa sowie der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR) S. 1862

Rogers, William Pierce 1969–1973 amerikanischer Außenminister S. 1201

Roh Tae-Woo Vorsitzender der Demokratischen Gerechtigkeitspartei, seit 25. Februar 1988 Präsident der Republik Korea (Südkorea) S. 745[31]

Röhl, John Charles Gerald Professor für Europäische Geschichte an der Universität von Sussex in Brighton S. 545, 546[6]

Rohr, Hans-Alard von Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Lagos bis 13. Juni 1988, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 430 „Internationale Zusammenarbeit bei der technologischen Entwicklung und naturwissenschaftlichen Forschung“ im Auswärtigen Amt S. 662[40+42]

Rom, Alexander von Vortragender Legationsrat und Leiter der Arbeitseinheit 410-9 „Europäisches Parlament“ des Auswärtigen Amts **Dok. 232** und S. 1832[1]

Rondorf, Peter Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tokio bis 13. Juli 1988, anschließend im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenwirtschaftsförderung; Gewährleistungen für Ausfuhren und Auslandsinvestitionen; Umschuldungen staatlich versicherter Handelsforderungen; Messewesen“ des Auswärtigen Amts S. 1135[1]

Ronneburger, Uwe Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) S. 360

Roßbach, Anton Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts bis 26. September 1988, anschließend Stellvertreter des Beauftragten der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle **Dok. 273** und S. 1151[1], 1375[1], 1845[1]

Rose, Alan Henry Generalsekretär des Canadian Jewish Congress (Executive Vice-President) S. 175[12]

Rose, Klaus Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) S. 1247

Rosengarten, Ulrich Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 411 „Europäische Gemeinschaften: Außenbeziehungen: West, EFTA, Ost, Gemeinsame Handelspolitik, GATT, bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zu westlichen Industrieländern (außer EG-Mitgliedstaaten)“ im Auswärtigen Amt S. 458[27], 978[1], 1132, 1264[3], 1897[1+4]

Rothen, Peter Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria bis 10. Januar 1988, anschließend im Referat 013 „Pressereferat“ des Auswärtigen Amts S. 1204[6]

Rouget, Werner Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Paris bis zum Eintritt in den Ruhestand am 30. November 1988 **Dok. 306** und S. 36[6], 327[15]

Rouis, Bachir algerischer Informationsminister **Dok. 209**

Roux, Johannes Petrus („Jannie“) Generaldirektor und Leiter des Büros des südafrikanischen Präsidenten (Director-General, Office of the State President) S. 170

Rubinstein, Eljakim Kabinettssekretär (Cabinet Secretary) und Berater des israelischen Ministerpräsidenten Shamir S. 941

Rudenko, Roman Andrejewitsch 1944–1953 Generalstaatsanwalt der Ukrainischen SSR und 1945/46 sowjetischer Hauptankläger im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher S. 1896

Rudolph, Wolfgang Leiter des Informationszentrums (INIS) der Vereinten Nationen in Wien bis 17. September 1988, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse im Referat 230 „Vereinte Nationen: Grundsatzfragen, Generalversammlung, Sicherheitsrat“ des Auswärtigen Amts, seit 1. Dezember 1988 Leiter des Referats 232 „VN-Sonderorganisationen, weltweite zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen, Dekolonisierungsfragen“ im Auswärtigen Amt; 1981–1985 Vortragender Legationsrat im Referat 02 „Planungsstab“ S. 662[41]

Rüegg, Alfred Abteilungsleiter im schweizerischen Außenministerium S. 383

Rühe, Volker Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion S. 360, 733 f., 972[6], 1249, 1586, 1862

Ruhfus, Jürgen Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington; 1984–1987 Staatssekretär des Auswärtigen Amts **Dok. 25, 26, 157, 188, 323, 327** und S. 49[8], 113[16], 140, 147, 261[7], 297[11], 317[7], 354[18], 360, 370, 385[4], 386[12], 387[13], 388[17], 389[20], 390[26], 405[33], 593[4], 608[23], 614[12], 643[3], 659[24], 678, 700[13], 701[21], 750[6], 831[14+17], 905[28], 1082[15], 1208[10], 1313[14], 1429, 1455[2], 1477, 1494[2], 1532, 1646[34+35], 1685[6], 1701, 1825[1]

Rühl, Lothar Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung S. 17, 568[9], 640 f., 1110[1], 1231, 1287, 1364, 1680

ar-Rumi, Dschalal al-Din Muhammad * 1207 † 1273 S. 564

Rummelhardt, Jacques französischer Botschafter in Panama-Stadt S. 587

Rünger, Detlev Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Quito bis 10. Juli 1988,

anschließend an der Botschaft in Prag S. 1358[1]

Rusnak, Josef Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Managua S. 307[38], 1623[6], 1625[18]

Rust, Mathias S. 1163 f., 1770

Ruth, Friedrich Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rom **Dok. 54** und S. 65[11], 599[4], 1443, 1608[10]

Ruyter, Hans Michael Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Colombo S. 890[14]

Ryschkow, Nikolaj Iwanowitsch Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 4, 393, 852, 854, 1272, 1410, 1474, 1568 f., 1582[1], 1587, 1589, 1595, 1601, 1702, 1846

Rytter, Jakob dänischer Botschafter in Tel Aviv S. 499[6]

Šabatová, Anna tschechoslowakische Bürgerrechtlerin und Mitglied der „Charta 77" S. 1060[8]

Sacharow, Andrej Dmitrijewitsch sowjetischer Atomphysiker und Dissident **Dok. 303** und S. 606, 1412 f., 1649, 1702, 1706, 1834, 1848

al-Sadat, Mohammed Anwar 1970–1981 Präsident der Vereinigten Arabischen Republik bzw. seit September 1971 der Arabischen Republik Ägypten S. 178[7], 188[34], 189, 1423

Saddam Hussein al-Majid al-Takriti Präsident und Ministerpräsident der Republik Irak sowie Vorsitzender des Revolutionären Kommandorats S. 89, 1038, 1041, 1402, 1781

Sæther, Svein Ole norwegischer Sonderbotschafter für Abrüstungsfragen S. 1657

Sagladin, Wadim Walentinowitsch Erster Stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung beim ZK der KPdSU bis Oktober 1988, anschließend Berater des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow S. 812, 1101, 1835, 1837–1839

Sahraoui, Abdelkader S. 1176–1178

Sahm, Ulrich Wilhelm Journalist S. 930[4]

Saidi-Kia, Mohammed iranischer Verkehrsminister S. 1071

Sajkow, Lew Nikolajewitsch Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU sowie Sekretär des ZK für Rüstungsindustrie und Erster Sekretär des Stadtkomitees der KPdSU von Moskau S. 487

Salber, Herbert Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad bis 8. April 1988, anschließend Vertreter des Botschafters in Managua S. 1623[7]

Salema, Teresa portugiesische Dolmetscherin S. 627

Samaranch y Torelló, Juan Antonio Präsident des Internationalen Olympischen Komitees S. 1001

Samjatin, Leonid Mitrofanowitsch sowjetischer Botschafter in London S. 221

Sangiorgi italienische Dolmetscherin S. 1736

Sanguinetti Coirolo, Julio María Präsident der Republik Östlich des Uruguay S. 424[4]

Sann, Son siehe: Son Sann

dos Santos, José Eduardo Präsident der Volksrepublik Angola, Oberkommandierender der Streitkräfte und Vorsitzender der MPLA S. 158, 632[3], 778, 1078, 1208[10]

Sarney de Araújo Costa, José Präsident der Föderativen Republik Brasilien S. 424[4]

Sattar, Abdul Staatssekretär im pakistanischen Außenministerium (Foreign Secretary) bis 2. August 1988, anschließend Botschafter in Moskau **Dok. 163**

Sattari, Mansour Brigadegeneral und Oberbefehlshaber der iranischen Luftstreitkräfte S. 1071–1073

Saud al-Faisal ibn Abdul Aziz al-Saud saudi-arabischer Außenminister **Dok. 88** und S. 991, 999, 1403

Saul, Bruno Eduardowitsch Ministerpräsident der estnischen SSR bis 16. November 1988 S. 1765

Saulnier, Jean 1981–1987 General der französischen Luftwaffe und Generalstabschef der französischen Streitkräfte S. 526[14]

Sausen, Hermann Legationsrat I. Klasse im Referat 342 „Südostasien, Australien, Neuseeland, Pazifik“ des Auswärtigen Amts S. 1343[1], 1344[4+5], 1345[10], 1348[17], 1350[22], 1351[24]

Sauzay-Stoffaës, Brigitte französische Dolmetscherin S. 468, 993

Savage, Timothy M. Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium S. 1713

Savetsila, Siddhi thailändischer Außenminister und Vorsitzender der Partei der Sozialen Aktion **Dok. 130** und S. 1094

Savimbi, Jonas Malheiro Präsident und Oberkommandierender der angolanischen UNITA **Dok. 200** und S. 211, 572, 778, 1206, 1208, 1295

Saw Maung General der birmanischen Streitkräfte und Verteidigungsminister sowie seit 18. September 1988 Vorsitzender des Staatsrats für die Wiederherstellung von Recht und Ordnung der Sozialistischen Föderativen Union Birma und Oberkommandierender der Streitkräfte, seit 21. September 1988 Ministerpräsident und Außenminister S. 1352[28]

Sawicki, Janusz Abteilungsleiter im polnischen Finanzministerium S. 286[13]

Sayyaf, Ustad Abdul Rab Rasul Anführer der Islamischen Union für die Befreiung Afgahnistans (Itehad-i Islami Bara ye Azadi ye Afghanistan) S. 887f.

Scalpelli Adolfo italienischer Publizist und Historiker S. 1441

Schaad, Dieter Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen Internationalen Organisationen in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 110[7]

Schabowski, Günter Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Erster Sekretär der Bezirksleitung Berlin und Abgeordneter der Volkskammer der DDR **Dok. 360** und S. 1385

Schäfer, Helmut Staatsminister im Auswärtigen Amt und Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) S. 588f., 591, 689[8], 776, 778, 1247, 1371[4], 1903

Schäfer, Norbert Ministerialdirektor im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung sowie stellvertretretender Regierungssprecher S. 1178f.

Schäfer, Paul Leiter der Colonia Dignidad in Chile S. 231f., 235, 418

Schäfer, Thomas Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in El Salvador S. 875[13]

Schäfers, Reinhard Vortragender Legationsrat, abgeordnet in den Geschäftsbereich des Bundeskanzleramts bis 19. Februar 1988, anschließend im Auswärtigen Amt, seit 12. April 1988 Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 1250[1]

Schagars, Eriks (Žagars, Ēriks) Historiker an der Lettischen Universität in Riga S. 1252

Schalck-Golodkowski, Alexander Mitglied des ZK der SED und Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR mit Zuständigkeit für den Bereich Kommerzielle Koordinierung S. 1390[22]

Schaller, Peter Legationsrat I. Klasse im Referat 700 „Besuche von Staatsoberhäuptern, Regierungschefs und Außenministern sowie Reisen des Bundespräsidenten, Bundeskanzlers und Bundesaußenministers im Ausland“ des Auswärtigen Amts bis 13. Januar 1988, anschließend Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Havanna S. 1771[13]

Schapiro, Lew Borissowitsch Kandidat des ZK der KPdSU und Mitglied des Obersten Sowjet S. 1481f.

al-Scharaa, Faruk syrischer Außenminister **Dok. 16**, und S. 118, 120, 459[6], 532, 961[2], 991, 1905

Scharnagl, Wilfried Chefredakteur der Wochenzeitung „Bayernkurier“ S. 211

Schatrow, Michail Filippowitsch sowjetischer Schriftsteller S. 1806

Schattmann, Werner Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Prag bis zum Eintritt in den Ruhestand am 17. November 1988 **Dok. 257** und S. 156[20], 195[2], 200[22], 201[24], 202[26+29], 204[32], 622[15], 770[6], 971[4], 1060[8], 1278[16]

Schatzschneider, Hellmut Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschaf-

ters der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi, seit 1. August 1988 Gesandter S. 887[9], 889[12]

Schäuble, Wolfgang Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts sowie Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) **Dok. 115, 170, 223, 316** und S. 78, 121[1], 179[1], 329f., 438[1], 459f., 462, 468[1], 476, 561f., 768–771, 908[7], 1042[1], 1135, 1137, 1148, 1355, 1356, 1465[1], 1603[2], 1659[1], 1725, 1736[1], 1750[1], 1819[1], 1831[1]

Schauer, Philipp Attaché im Referat 1-AF „Ausbildung und Fortbildung" des Auswärtigen Amts bis 31. März 1988, anschließend Legationssekretär im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung" S. 1096[1], 1231[1]

Scheel, Hans-Dieter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 341 „Ostasien" im Auswärtigen Amt **Dok. 198, 233** und S. 737[1], 1444[1], 1505[1]

Scheel, Hermann Vortragender Legationsrat im Referat 105 „Sprachendienst" des Auswärtigen Amts S. 103, 131

Scheer, Hermann Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) sowie Sprecher der SPD-Fraktion für Abrüstung und Rüstungskontrolle S. 1309

Scheich, Manfred Abteilungsleiter im österreichischen Außenministerium S. 1614[37]

Scheider, Wilhelm Vorstandsvorsitzender der Fried. Krupp AG S. 1786

Schenk, Reinhold Ministerialdirigent im Bundespräsidialamt bis 29. Februar 1988, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm S. 915[6]

Schewardnadse, Eduard Amwrossijewitsch Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und sowjetischer Außenminister **Dok. 18, 22, 220, 221, 266, 301** und S. 3, 72, 141–144, 146, 152, 155, 159, 162, 165–167, 170, 298, 301[7], 306[32], 316[4], 334, 337, 351[24], 385[4], 387[13], 393[6], 402, 453f., 548, 582[10], 608[23+24], 612–614, 617, 637f., 669[5], 671, 674, 698, 701[21], 728, 758, 819, 829[10], 831, 834, 849[24+26], 850–852, 854, 885, 904, 905[28], 914, 921f., 925, 950, 952, 954, 985, 988, 1062, 1069, 1083, 1102f., 1105, 1116[11], 1199, 1201, 1226, 1336, 1362[14], 1393f., 1410–1412, 1414f., 1419f., 1429f., 1432–1434, 1479[11], 1499, 1502, 1504, 1509, 1514, 1560[15+17], 1589–1595, 1612–1614, 1616f., 1642, 1647f., 1682[19], 1694, 1716, 1796, 1847, 1853f., 1859, 1869–1872

Schiff, Hans-Peter Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Amman S. 1200[38]

Schifter, Richard Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Human Rights and Humanitarian Affairs) S. 386[12], 873–879, 1105, 1433

Schilling, Wolf-Dietrich Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; nichtstaatliche europäische Organisationen" im Auswärtigen Amt **Dok. 53** und S. 836[16]

Schily, Otto Mitglied des Deutschen Bundestages (Die Grünen) S. 636[11]

Schiwkow, Todor Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens und Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Bulgarien **Dok. 331** und S. 548, 937, 946, 1271, 1273, 1705

Schjugschda, Robertas (Žiugžda, Robertas) Historiker an der Staatlichen Vincas-Kapsukas-Universität Vilnius S. 1251

Schlagintweit, Reinhard Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 3 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland; 1984–1987 Ministerialdirigent und Beauftragter für Nah- und Mittelostpolitik in der Abteilung 3 des Auswärtigen Amts **Dok. 40, 71, 80, 102, 108, 171, 355, 365** und S. 88[14], 120[28], 182[9], 240, 252[3], 268[1], 330[30], 352, 424[1], 531f., 532–537, 588[5], 627, 697, 708, 712, 714[10], 737[1], 755, 865, 886, 957[4], 959f., 965, 966[7], 990[1], 1013[1], 1030, 1141, 1143f., 1174[4], 1175, 1177[3], 1308, 1341[15], 1373[1], 1381[4], 1430f., 1504, 1505[1], 1520[3], 1623, 1651, 1664, 1672[1], 1781, 1783f., 1902, 1904[18]

Schlaich, Joachim Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bogotá S. 424[7]

Schlegel, Bert S. 244[2]

Schlegel, Volker Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 424 „Exportkontrollfragen; Koordinierungsausschuß für Multilaterale Strategische Exportkontrollen (COCOM); Rüstungsexport“ des Auswärtigen Amts **Dok. 159, 222, 373** und S. 625[10], 697[23], 716[1+5+7], 1157[8], 1802[1+5]

Schlegelmilch, Rupert Legationssekretär im Referat 202 „Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein“ des Auswärtigen Amts S. 160[1]

Schleser, Walter Referent im Referat 513 „Arbeits- und Sozialrecht; Aussiedlung Deutscher und Volksdeutscher, Hilfe für Deutsche im Ausland (§§ 5, 6 KG)“ des Auswärtigen Amts S. 408

Schlingensiepen, Georg-Hermann Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Damaskus **Dok. 3, 21, 94, 95, 111, 176** und S. 459[6], 1311[3]

Schlögl, Herwig Regierungsdirektor im Bundesministerium für Wirtschaft, seit November 1988 Ministerialrat S. 1888[7]

Schlüter, Poul Holmskov Ministerpräsident des Königreichs Dänemark S. 727[10], 1258, 1355[4], 1356

Schmidbauer, Werner Brigadegeneral und Mitglied der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den Mandatsgesprächen für eine Konferenz über Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa S. 1116[11], 1411[6]

Schmidt S. 211

Schmidt, Alfred Mitarbeiter der Siemens AG im Libanon, 1987 in Geiselhaft S. 85, 120, 329, 531, 563[4], 1800 f.

Schmidt, Helmut Mitherausgeber der Wochenzeitung „Die Zeit“; 1974–1982 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland S. 19, 200, 335, 441, 630[12], 679, 986, 1102, 1311, 1470, 1544

Schmidt, Joachim Legationsrat im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenwirtschaftsförderung; Gewährleistungen für Ausfuhren und Auslandsinvestitionen; Umschuldungen staatlich versicherter Handelsforderungen; Messewesen“ des Auswärtigen Amts bis 19. Juni 1988, anschließend an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi, seit 20. Dezember 1988 Legationsrat I. Klasse S. 404[27]

Schmidt-Bott, Regula Mitglied des Deutschen Bundestages (Die Grünen) und seit 26. Januar 1988 Fraktionssprecherin S. 868, 1771

Schmidt-Georgi, Hermann S. 232

Schmidt-Volkmar, Armin Regierungsdirektor an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau (vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten entsandt) S. 1279[18]

Schmiegelow, Henrik Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 331 „Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela, Zentralamerika, Karibik“ des Auswärtigen Amts S. 585[1+5], 1684, 1848

Schmitt, Carl Staats-und Rechtswissenschaftler (1888–1985) S. 258

Schmitt, Thomas Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 614 „Jugend, Sport, Kirchen“ im Auswärtigen Amt bis 9. März 1988, anschließend der Abteilung 6 zugeteilt zur Erfüllung von Sonderaufgaben S. 74[30]

Schmitz, Theodor Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris **Dok. 82** und S. 206[6]

Schmitz, Werner Vortragender Legationsrat am Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in New York S. 1718[1]

Schneppen, Heinz Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 205 „Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ im Auswärtigen Amt **Dok. 237** und S. 1[1], 392[1], 727[10], 1748[1], 1757, 1758[6]

Schnittke S. 1635, 1638 f.

Schnur, Wolfgang Rechtsanwalt in Rostock S. 248

Schober, Eckehard Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tegucigalpa S. 712[5]

Schoeller, Franz Joachim Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Warschau **Dok. 14, 17, 249, 283** und S. 439[8],

862[6], 891[1], 892[3], 893[6], 1042, 1048[20], 1164[14], 1388[13], 1516[11]

Scholz, Peter Legationsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Maputo, seit 6. April 1988 Legationsrat I. Klasse S. 211[5]

Scholz, Rupert Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten sowie Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin (CDU) bis 18. Mai 1988, anschließend Bundesminister der Verteidigung S. 884f., 1126f., 1331, 1364, 1365[24], 1495, 1565, 1577[26], 1594–1597, 1617[61], 1681, 1701, 1706, 1723–1726, 1814–1818

Schomerus, Lorenz Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung V „Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungshilfe" im Bundesministerium für Wirtschaft S. 293[22], 722, 754[21], 1083–1088, 1090–1093, 1387, 1396[13], 1919

Schon, Karl-Georg Legationsrat I. Klasse im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa (insbesondere MBFR und KVAE)" des Auswärtigen Amts S. 513[1], 574[1], 638[1], 959[10], 976[1], 977[4]

Schönfelder, Wilhelm Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 412 „Europäische Gemeinschaften: Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik; Europäisches Währungssystem, Internationale Wirtschafts- und Währungsfragen: Wirtschaftsgipfel, IWF, OECD" im Auswärtigen Amt, seit 4. Januar 1988 Vortragender Legationsrat I. Klasse **Dok. 5, 34, 147, 180, 202, 212, 228, 285, 294, 363** und S. 5[22], 6[25], 83[30], 208[13], 209[16], 216[1], 310[3], 788[17], 867[12], 1128[15], 1366[6+7], 1404[18], 1749[9], 1887, 1888[7], 1899[1+2]

Schostakowitsch, Dmitrij Dmitrijewitsch sowjetischer Komponist (1906–1975) S. 1556

Schray, Ralph S. 531, 534, 563[4]

Schreckenberger, Waldemar Staatssekretär im Bundeskanzleramt S. 140

Schreiber, Werner Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 1249[8]

Schröder, Andreas Legationssekretär an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Lissabon S. 632[3]

Schröder, Helmuth Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 341 „Ostasien" des Auswärtigen Amts S. 1067[1]

Schröder, Klaus Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen S. 292

Schroeder, Patricia Nell Scott („Pat") Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) und Vorsitzende des Unterausschusses „Military Personnel and Compensation" des Verteidigungsausschusses S. 884, 1498

Schrömbgens, Gerhard Enver Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien" des Auswärtigen Amts S. 397, 461[2], 598[1], 893[5], 971[1], 1245[1]

Schtscharanskij, Anatolij Borissowitsch sowjetischer Bürgerrechtler und Dissident, 1986 nach Israel ausgewandert S. 1616

Schtscherbizkij, Wladimir Wassiljewitsch Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Ukrainischen SSR S. 1485[7]

Schubert, Konrad von Ministerialdirigent und Beauftragter für Lateinamerikapolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung" mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland bis 24. Juli 1988, anschließend Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland beim Europarat in Straßburg mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 237[23], 352, 356[23], 418[5], 421[1], 585[6], 1525[17]

Schulenburg, Werner Graf von der Leiter der Abteilung 7 „Protokoll" im Auswärtigen Amt mit der Amtsbezeichnung Botschafter bis 29. Februar 1988, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Athen S. 547, 550[16]

Schulz-Hardt, Joachim Ministerialdirektor und Generalsekretär der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland S. 1808

Schumacher, Hanns Heinrich Vortragender Legationsrat im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amts und Persönlicher Referent des Bundesministers des Auswärtigen, seit 22. November 1988 stellvertretender Leiter im Referat 013 „Pressereferat“ S. 10[1+2], 217[13], 268[1], 352[4], 546[1], 588, 708[1], 914[1], 957[4], 965, 1030, 1194[1], 1203[2], 1381, 1623, 1664

Schumacher, Hans Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn und verantwortlicher Redakteur der Monatszeitschrift „Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ S. 1894

Schumacher, Kurt 1946–1952 Vorsitzender der SPD sowie 1949–1952 Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der SPD-Fraktion S. 1772

Schumann, Hans Wolfgang Vortragender Legationsrat und Leiter der Arbeitseinheit 012-9 „Öffentlichkeitsarbeit, Politische Kontakte“ im Auswärtigen Amt bis 1. Oktober 1988, anschließend Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Bombay S. 993[3]

Schurkin, Witalij Wladimirowitsch Direktor des Instituts für Europa-Studien der sowjetischen Akademie der Wissenschaften seit 10. Mai 1988 S. 277[8], 280[18+21], 1083, 1787, 1793

Schürmann, Wilhelm Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 416 „Europäische Gemeinschaften: Binnenmarkt; Landwirtschafts-, Fischerei-, Industrie-, Regional-, Wettbewerbs-, Verkehrs-, Sozial- und Verbraucherpolitik; Bildungspolitik; Rechtsangleichung, bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zu den EG-Mitgliedstaaten“ im Auswärtigen Amt S. 78[1], 80[9], 786[10], 787[14], 793[30], 1748[3]

Schwarz, Hans-Peter Professor für Politikwissenschaft und Zeitgeschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn S. 593

Schweppe, Reinhard Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 1825[1]

Scowcroft, Brent Generalleutnant der amerikanischen Streitkräfte und designierter Sicherheitsberater des Präsidenten (Assistant to the President for National Security Affairs); 1975–1977 Sicherheitsberater des Präsidenten S. 1826, 1828

Seebode, Christian Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag, seit 15. April 1988 Legationsrat I. Klasse S. 198[14]

Seedat, Tony Vertreter des südafrikanischen ANC in Bonn S. 965, 966[11]

Seemann, Heinrich Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 700 „Besuche von Staatsoberhäuptern, Regierungschefs und Außenministern sowie Reisen des Bundespräsidenten, Bundeskanzlers und Bundesaußenministers im Ausland“ im Auswärtigen Amt bis 24. Februar 1988, anschließend Vertreter des Leiters der Abteilung 7 „Protokoll“ mit der Amtsbezeichnung Gesandter S. 1399[2]

Seibert, Günther Vortragender Legationsrat I. Klasse, beurlaubt zur Dienstleistung beim NATO-Generalsekretariat in Brüssel, seit 14. März 1988 Leiter des Referats 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START“ im Auswärtigen Amt **Dok. 242** und S. 491[1], 830[11], 1216[1+3], 1435[1+3], 1646[35]

Seifert, Karl-Gerhard Mitglied des Vorstands der Hoechst AG S. 1179

Seiler-Albring, Ursula Mitglied des Deutschen Bundestages und seit 12. April 1988 Parlamentarische Geschäftsführerin der FDP-Fraktion S. 135

Sein Lwin stellvertretender bzw. seit 27. Juli 1988 Vorsitzender der Birmanischen Sozialistischen Programmpartei (Burma Socialist Programme Party) und Präsident der Sozialistischen Föderativen Union Birma bis zu seinem Rücktritt am 27. August 1988 S. 1352[26]

Seineldín, Mohamed Ali Oberst der argentinischen Streitkräfte S. 1849

Seipp, Walter Vorstandsvorsitzender der Commerzbank AG S. 207

Seitz, Konrad Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi **Dok. 139** und S. 916[11]

Selaeg stellvertretende Vorsitzende der norwegischen Konservativen S. 1258

Sène, Alioune senegalesischer Botschafter in Bern sowie Leiter der senegalesischen Delegation bei der Kommission für Menschenrechte der Vereinten Nationen in Genf und Vorsitzender des VN-Menschenrechtsausschusses S. 874[6]

Sengeisen, Jean-Pierre Brigadegeneral der französischen Streitkräfte und designierter Kommandeur der deutsch-französischen Brigade S. 18, 193

Šepetys, Lionginas Vorsitzender des Obersten Sowjet der Litauischen SSR und Mitglied des Obersten Sowjet der UdSSR S. 1253

September, Dulcie Repräsentantin des African National Congress (ANC) für Frankreich, Luxemburg und die Schweiz in Paris bis zu ihrer Ermordung am 29. März 1988 S. 589[7]

Sepúlveda Amor, Bernardo mexikanischer Außenminister bis 30. November 1988 S. 356[24], 424[3+7], 425 f.

Serra y Serra, Narcís spanischer Verteidigungsminister S. 886, 1816

Seymour, Jane britische Schauspielerin S. 1719

Seyß-Inquart, Arthur SS-Obergruppenführer, 1938/39 „Reichsstatthalter von Wien", 1939/40 stellvertretender Generalgouverneur der besetzten polnischen Gebiete, 1940–1945 Reichskommissar in den besetzten Niederlanden S. 1274

al-Shaali, Mohammed Hussein Ständiger Vertreter der Vereinigten Arabischen Emirate bei den Vereinten Nationen in New York S. 753[16]

Shabana, Abdelfattah M. ägyptischer Botschafter in Bonn S. 184[25], 302[17]

Shadani, Amir Anwar Botschaftsrat an der pakistanischen Botschaft in Bonn S. 886

Shafooli, Kally Kalistus S. 1296[19]

Shakour, Youssef stellvertretender syrischer Außenminister S. 12 f.

Shamir, Yitzhak Ministerpräsident des Staates Israel; 1983/84 Ministerpräsident und 1984–1986 Außenminister **Dok. 171** und S. 178[7], 182, 184 f., 188, 238[5], 272 f., 473 f., 500, 536 f., 592, 594, 643–647, 695, 927 f., 930[4], 1163, 1332, 1399 f., 1423, 1530, 1719, 1779, 1824, 1904[18]

Sharaf, Sherif Fawaz jordanischer Botschafter in Bonn S. 272

Sharif, Abu siehe: Abu Sharif, Bassam

Sharir, Avraham Abgeordneter des israelischen Parlaments (Likud) sowie bis 22. Dezember 1988 israelischer Tourismus- und Justizminister S. 1338

Sharon, Ariel israelischer Minister für Industrie und Handel sowie Vorsitzender des ZK des Likud S. 183, 273, 1400

Sharq, Mohammad Hassan Stellvertretender Ministerpräsident der Republik Afghanistan, seit 26. Mai 1988 Ministerpräsident S. 889

al-Shawwa, Rashid 1971–1982 Bürgermeister von Gaza S. 241[7], 242

Shoombe, Nghidimondjila Vertreter der SWAPO für die Bundesrepublik und Österreich in Bonn **Dok. 44** und S. 1293, 1296 f., 1408

Shoshani, Shimshon Generaldirektor im israelischen Ministerium für Bildung und Kultur (Director-General) S. 929

Shostal, Pierre Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium S. 1429

Shrestha, Narayan Prasad Privatsekretär des Königs von Nepal (Principal Private Secretary) S. 687–689

Shultz, George Pratt amerikanischer Außenminister **Dok. 26, 62, 63, 150, 168, 181, 269, 272, 310, 327, 356** und S. 7, 28, 45, 54[27], 72, 108, 130, 140 f., 144–146, 161, 238[5], 297[11], 198, 301, 335[20], 370 f., 374 f., 378, 385, 387[13], 388, 390 f., 396, 414, 453 f., 473, 491 f., 500, 533 f., 536[19], 537[25], 582[10], 597 f., 608[24], 614, 643 f., 646[11], 669–675, 698, 699[8], 702–705, 726 f., 757, 770[7], 819, 828–835, 855 f., 885, 899 f., 904–907, 940, 948 f., 951 f., 954 f., 963[5], 990 f., 998, 1000–1002, 1228, 1313, 1393 f., 1417–1426, 1535 f., 1614 f., 1645, 1647, 1662, 1681, 1682[19], 1694, 1701, 1704, 1761, 1829[22], 1846, 1869–1874, 1876, 1880–1882

Siddhi Savetsila siehe: Savetsila, Siddhi

Siebeck, Christian Legationsrat I. Klasse im Referat 341 „Ostasien" des Auswärtigen Amts S. 1067[1]

Siebourg, Gisela Vortragende Legationsrätin im Referat 105 „Sprachendienst" des

Auswärtigen Amts S. 866, 993, 1124, 1607, 1659

Sihanouk, Samdech Norodom Präsident der kambodschanischen Exilregierung „Koalition des Demokratischen Kampuchea"; 1941–1955 König des Königreichs Kambodscha, 1960–1970 Staatsoberhaupt des Königreichs Kambodscha, 1975/76 Staatsoberhaupt der Republik Khmer bzw. ab Januar 1976 des Demokratischen Kampuchea S. 101, 390, 706, 711, 745, 779, 992, 1414, 1425[41], 1509

Silajew, Iwan Stepanowitsch sowjetischer Stellvertretender Ministerpräsident S. 1568, 1595, 1600, 1760[16]

Silberberg, Reinhard Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Guatemala-Stadt S. 1684

Silbermann, Curt C. Mitgründer des Leo Baeck Institute und Ko-Vorsitzender des Council of Jews from Germany; 1962–1986 Präsident der American Federation of Jews from Central Europe S. 1720

Silk, Leonard Solomon amerikanischer Ökonom und Journalist S. 956

Silva Henríquez, Raúl Kardinal und Erzbischof von Santiago de Chile S. 876f.

da Silva Moura, Venâncio stellvertretender angolanischer Außenminister S. 1206

Simmel, Johannes Mario österreichischer Schriftsteller S. 653

Sinatra, Francis Albert („Frank") amerikanischer Sänger und Schauspieler S. 1719

Singer, Israel Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses (World Jewish Congress) S. 1108

Singh, Natwas Staatsminister im indischen Außenministerium (Junior Minister) S. 689[8]

Sitz, Hermann Vortragender Legationsrat im Referat 320 „Südliches Afrika" des Auswärtigen Amts S. 252[1], 256

Siwicki, Florian Armeegeneral der polnischen Streitkräfte, Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und Verteidigungsminister S. 411[57]

Sljunkow, Nikolaj Nikotitsch Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Sekretär des ZK, seit 30. September 1988 Vorsitzender des Ausschusses des ZK für sozioökonomische Politik S. 1764

Smirnow, Georgij Lukitsch Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU **Dok. 367**

Smirnow, Wassilij sowjetischer Dolmetscher S.103

Smith, Gordon Scott Leiter der kanadischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 672, 945, 947, 953, 1875, 1881

Smith, Ian Douglas Vorsitzender der Conservative Alliance of Zimbabwe (CAZ); 1964–1979 Ministerpräsident von Rhodesien S. 384

Soames, Lord Christopher (Baron Soames) 1979–1981 Vorsitzender des britischen Oberhauses (Leader of the House of Lords) und Lord President of the Council sowie 1979/80 Gouverneur von Rhodesien S. 1650

Soares, Mário Alberto Nobre Lopes Präsident der Portugiesischen Republik; 1976–1978 und 1983–1985 Ministerpräsident **Dok. 117** und S. 636[11]

Sokol, Ján Titularbischof von Luni und Weihbischof von Trnava seit 19. Mai 1988 S. 975[12]

Sokolow, Sergei Leonidowitsch Marschall der Sowjetunion; 1984–1987 sowjetischer Verteidigungsminister S. 1003[9]

Sola, Bernardo argentinischer Botschafter in Panama-Stadt S. 587

Solesby, Tessa Leiterin der britischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf S. 44, 1010, 1689

Solís Palma, Manuel amtierender Präsident der Republik Panama seit 26. Februar 1988 S. 585f.

Solschenizyn, Alexander Issajewitsch sowjetischer Schriftsteller und Dissident, 1974 aus der UdSSR ausgewiesen S. 1868

Somoza Debayle, Anastasio 1967–1972 und 1974–1979 Präsident der Republik Nicaragua S. 8[39]

Son Sann Anführer der Nationalen Befreiungsfront der Khmer und Minister-

präsident der kambodschanischen Exilregierung „Koalition des Demokratischen Kampuchea“; 1967/68 Ministerpräsident des Königreichs Kambodscha S. 1510

Sonnekus, J. W. Brigadier der südafrikanischen Streitkräfte S. 776

Sorsa, Taisto Kalevi finnischer Außenminister S. 835[5]

Souradjou, Mohammed Ibrahim Beigeordneter Minister für Planung und Statistik im beninischen Präsidialamt (Ministre délegué auprès du Président de la République, chargé du plan et de la statistique) S. 588

Spáčil, Dušan tschechoslowakischer Botschafter in Bonn S. 618, 623[17], 1269

Spadolini, Giovanni Präsident des Italienischen Senats **Dok. 112**

Sparwasser, Sabine Legationssekretärin in der Arbeitseinheit 012-9 „Öffentlichkeitsarbeit, Politische Kontakte“ des Auswärtigen Amts S. 769[1]

Späth, Lothar Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg (CDU), stellvertretender Vorsitzender der CDU und Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit **Dok. 52** und S. 131, 190, 333f., 351[24], 476, 850, 1278[17], 1618, 1760

Splieth, Benno Mitarbeiter bei „Cap Anamur/Deutsche Notärzte e.V.“ S. 1373f.

Spohn, Ulrich Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile, seit 15. Juni 1988 Botschaftsrat I. Klasse S. 876[14], 1248[3], 1249[9], 1520[4]

Spranger, Carl-Dieter Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern und Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) S. 1724

Staab, Franz Jürgen Ministerialdirigent und Vertreter des Leiters an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin **Dok. 42** und S. 58[8], 60[15], 856[11]

Stabreit, Immo Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria **Dok. 28, 35, 215** und S. 253[5], 571[9], 777[10], 966[9+10], 969[23+25], 1139[11], 1293[4]

Stackelberg, Hans Heinrich Freiherr von Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv S. 929[1]

Stahl, Lesley Rene amerikanische Journalistin und Mitarbeiterin des Fernsehsenders CBS S. 1719

Staigis, Armin Major i.G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London S. 55[30]

Staks, Jürgen Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 011 „Parlaments- und Kabinettsreferat“ des Auswärtigen Amts bis 1. Mai 1988, anschließend Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel, seit 24. August 1988 Botschaftsrat I. Klasse, seit 1. September 1988 beurlaubt zur Wahrnehmung einer Tätigkeit beim Internationalen Stab der NATO S. 908[4]

Stalin, Jossif Wissarionowitsch 1922–1953 Generalsekretär des ZK der KPdSU und 1941–1953 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare bzw. des Ministerrats der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sowie 1941–1947 Volkskommissar für Verteidigung S. 124, 535[17], 813, 936, 1099[8], 1104, 1250f., 1253, 1483, 1586, 1728, 1805[2], 1806, 1894, 1896

Stambolić, Ivan 1986/87 Präsident der Sozialistischen Republik Serbien S. 339f., 341[9]

Stange Oelckers, Rodolfo General der chilenischen Streitkräfte sowie Mitglied der Militärregierung und Polizeichef der Republik Chile S. 237, 1519

Staschewskij, Genadij Stepanowitsch Stellvertretender Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium S. 103

Statham, Sir Norman 1984/85 Sonderbeauftragter der britischen Regierung für die deutsch-britische Zusammenarbeit S. 447

Stauffenberg, Berthold Schenk Graf von Brigadegeneral und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London bis Ende 1988 S. 525[9], 801[12], 1305[9]

Stavenhagen, Lutz Staatsminister im Bundeskanzleramt und Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 78f., 190, 263, 265, 272, 310, 1236

Stechow, Andreas von Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 411 „Europäische Gemeinschaften: Außenbeziehungen: West, EFTA, Ost, Gemeinsame Handelspolitik, GATT, bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zu westlichen Industriestaaten (außer EG-Mitgliedstaaten)“ des Auswärtigen Amts bis 21. April 1988, anschließend Leiter des Referats 413 „Assoziations- und Kooperations-Politik der EG: Beziehungen der EG zur Dritten Welt und Südafrika; bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zu europäischen Staaten des Mittelmeerraums“ im Auwärtigen Amt **Dok. 74** und S. 421[1]

Steffler, Christel Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland in Daressalam S. 1323[4], 1325[5], 1326[7]

Steger, Hans Alfred Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Budapest S. 453, 456[22], 935[10], 1891[2]

Steger, Ulrich 1984–1987 Minister für Wirtschaft und Technik des Landes Hessen S. 1283[34]

Stein, Hans Freiherr von Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in London bis 7. Februar 1988, anschließend Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 51 in der Abteilung 5 „Rechtsabteilung“ des Auswärtigen Amts S. 860, 1440, 1683[22]

Steinkühler, Franz Vorsitzender der Industriegewerkschaft Metall und Präsident des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB) S. 1135–1137, 1139[11]

Steinkühler, Manfred Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Mailand S. 1440–1444

Stelmachowski, Andrzej Professor für Zivilrecht an der Universität Warschau sowie Präsident des Klubs der Katholischen Intelligenz in Warschau S. 1320

Stepanow, Tejmuras Georgijewitsch Persönlicher Referent des Außenministers Schewardnadse S. 103, 131

Stercken, Hans Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses S. 1038

Stern, Ernst Günter Ministerialdirigent und Leiter der Gruppe 22 „Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Beziehungen zur DDR, Berlin-Fragen“ im Bundeskanzleramt S. 1060[7]

Stern, Maram Präsident der Europäischen Union Jüdischer Studenten (European Union of Jewish Students) und Berater (Counsellor) beim World Jewish Congress (WJC) sowie Politischer Berater des Präsidenten und des Generalsekretärs des WJC **Dok. 336**

Stevenson, Adlai Ewing, III 1970–1981 Senator für den Bundesstaat Illinois (Democratic Party) S. 1103

Steyn, Daniel Wynand südafrikanischer Minister für Wirtschaft und Technologie S. 1146

Stöckl, Kurt Botschaftsrat I. Klasse im Referat 1-I „Inspekteure“ des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Gesandter im Verkehr mit dem Ausland, seit 3. Februar 1988 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Addis Abeba S. 706[47]

Stocks, Christian Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London **Dok. 208**

Stoecker, Folkmar Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit“ des Auswärtigen Amts bis 31. Oktober 1988, anschließend zur Dienstleistung an die schleswig-holsteinische Landesvertretung in Bonn versetzt **Dok. 73, 284** und S. 913[22], 991[11], 1035, 1300[14]

Stoffaës, Brigitte siehe: Sauzay-Stoffaës, Brigitte

Stolpe, Manfred Präsident des Konsistoriums der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (Region Ost) und stellvertretender Vorsitzender der Evangelischen Kirche in der DDR S. 248

Stoltenberg, Gerhard Bundesminister der Finanzen und Mitglied des Deutschen Bundestages sowie stellvertretender Vorsitzender der CDU **Dok. 15** und S. 75[35], 137f., 190, 206, 208, 372, 397[6],

739, 746–748, 908[6], 909 f., 978[5], 979, 1133, 1390, 1491, 1603, 1605 f., 1886

Stoltenberg, Thorvald norwegischer Außenminister **Dok. 1** und S. 385, 388, 672, 829, 947, 951, 954, 1478[1], 1874 f., 1882

Stoph, Willi Mitglied des Politbüros des ZK der SED sowie Vorsitzender des Ministerrats und Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats der DDR S. 687, 1806

Strachwitz, Helga Gräfin von Vortragende Legationsrätin I. Klasse und Leiterin des Referats 322 „Ostafrika, Zaire" im Auswärtigen Amt S. 832[20]

Strätling, Erich 1976–1979 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile S. 231[2], 234

Strauß, Franz Josef Ministerpräsident des Freistaats Bayern und Vorsitzender der CSU bis zu seinem Tod am 3. Oktober 1988 **Dok. 28, 35, 261** und S. 38, 140, 199, 253–256, 296, 298, 327 f., 439, 497[13], 850, 1074[2], 1206, 1208, 1390[12], 1465, 1506, 1527, 1822

Strebe, Klaus Fregattenkapitän und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Teheran **Dok 199**

Strenziok, Gert Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Maskat; 1979–1983 Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters in Teheran S. 33[9], 959

Stroessner Matiauda, Alfredo Präsident der Republik Paraguay S. 1753

Stroessner Moran, Gustavo Oberst der paraguayischen Streitkräfte S. 1753

Štrougal, Lubomír Ministerpräsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik bis zu seinem Rücktritt am 10. Oktober 1988 **Dok. 33** und S. 156, 470, 770[6], 971[4], 1269 f., 1272 f., 1275, 1416, 1516 f., 1618

Stüdemann, Dietmar Vortragender Legationsrat und Mitglied der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien bis 24. August 1988, anschließend Vertreter des Leiters im Referat 213 „Sowjetunion" des Auswärtigen Amts S. 1481[1], 1547[1], 1727[1]

von Studnitz, Ernst-Jörg Ministerialrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin S. 244[1], 682[1], 1383[1], 1805[1]

Stülpnagel, Paul-Joachim von Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter, vom 2. Mai bis 26. Juni 1988 abgeordnet an die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York **Dok. 189** und S. 44, 386[19], 480[16], 481, 925[19], 1010, 1689, 1693

Subarjew, Jurij Borissowitsch sowjetischer Stellvertretender Minister für Post und Telekommunikation S. 1090

Sudharmono indonesischer Vizepräsident seit 11. März 1988 S. 724

Sudhoff, Jürgen Staatssekretär des Auswärtigen Amts **Dok 163** und S. 14, 16[14], 40, 43[15], 49, 54[28], 56[37], 57, 63[1], 104, 105[12], 220, 238, 240, 243[16], 259, 275, 276[6], 277[10], 280[20], 333, 352, 353[15], 356[27], 357[29+30+32], 414, 418, 442[2], 445[15+17+18], 448, 450[11+12], 451[14], 459 f., 476, 491, 505, 516, 538[3], 540[12], 542[15], 545[22], 549[13], 562[14], 563[1], 565[9], 568[9], 574, 585, 603, 608[21+22], 609[26], 618[2], 664, 676 f., 678[16–18], 679[19–21+24], 680[30], 681[32], 697[23], 726, 733, 746, 750, 753[18+19], 755[22], 769, 770[7+9], 771[10+11], 772[15], 819[1], 835, 837[10], 839[18+21], 860, 862[8], 863, 873[1], 898[2], 905[27], 906[29+33], 907[35+36], 955, 957, 958[6], 959, 990[6], 1002, 1016[1], 1080[1], 1096, 1099, 1103[22], 1110[1], 1132, 1135, 1139[11], 1140[13–16], 1141[18], 1142, 1143[9], 1151, 1152[8], 1153[9], 1154[14], 1157 f., 1160, 1174, 1175[17], 1245[14], 1276[2+3], 1282[29], 1298[1], 1301[8], 1304, 1307[22], 1308[23], 1314, 1334[4], 1355 f., 1357[13–19], 1360, 1361[5+7], 1362[9], 1371[4], 1373[1], 1374[6], 1375, 1381, 1382[16], 1435, 1438[14], 1477, 1499, 1537[1], 1580 f., 1628, 1679, 1682[17], 1686, 1722[1], 1762, 1797[1], 1835, 1855, 1867, 1902, 1903[12], 1905, 1906[10], 1907[12], 1908[19], 1909[23], 1910[24+25], 1918, 1920[9+13], 1921[15], 1922[21], 1923[24]

Suharto Präsident der Republik Indonesien **Dok. 275** und S. 724

Sukarno 1945 Vorsitzender des Komitees zur Vorbereitung der Unabhängigkeit Indonesiens und 1949–1967 Präsident der Republik Indonesien S. 1451[19]

Sulimma, Hans-Günter Ministerialdirigent und Beauftragter für Afrikapolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 44, 227, 243** und S. 569[1+2], 957[1], 966[11], 1013[1], 1140[17], 1148[11], 1242[3], 1248, 1333, 1454, 1871[18]

Sununu, John Henry Gouverneur des amerikanischen Bundesstaats New Hampshire (Republican Party) und designierter Stabschef im amerikanischen Präsidialamt (White House Chief of Staff) S. 1826

Süssmuth, Rita Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) sowie bis 25. November 1988 Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, anschließend Präsidentin des Deutschen Bundestages S. 190, 1043, 1598[43], 1801

Sutherland, Peter Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Wettbewerb) S. 796 f.

Suttner, Raymond südafrikanischer Wissenschaftler und Journalist, Mitglied des African National Congress und der South African Communist Party, bis 5. September 1988 inhaftiert, anschließend unter Hausarrest S. 214[13]

Swiatek, Romuald (Roman Świątkiewicz) polnischer Autor S. 1896

Sytschow, Wjatscheslaw Wladimirowitsch Generalsekretär des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe S. 4[18]

Szalajda, Zbigniew Karol polnischer Erster Stellvertretender Ministerpräsident und bis 14. November 1988 Mitglied des ZK der PVAP **Dok. 193** und S. 290[17], 439[8], 441, 1389

Tabone, Vincent („Censu") maltesischer Außenminister S. 835[5]

Takeshita, Noboru Ministerpräsident von Japan und Vorsitzender der Liberaldemokratischen Partei Japans (LDP); 1986/87 Generalsekretär der LDP **Dok. 136** und S. 915[7], 989, 992, 1445

Taladrid Suarez, Raúl kubanischer Stellvertretender Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 1772

at-Talhi, Dschadullah Azzuz libyscher Außenminister S. 1922

Talleyrand-Périgord, Charles-Maurice de *1754 †1838 S. 1756

Tajzadeh, Seyyed Mustafa Staatssekretär im iranischen Ministerium für Kultur und islamische Führung S. 1710, 1712

Tambo, Oliver Reginald Präsident des südafrikanischen ANC, seit 1960 im Exil **Dok. 177** und S. 570

Tandecki, Hans-Peter Generalleutnant und Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Militärausschuß der NATO in Brüssel S. 433

Tatarnikow, Viktor M. Generalmajor der sowjetischen Streitkräfte und Mitglied der Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz und der Delegation bei den Mandatsgesprächen für eine Konferenz über Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa in Wien S. 671[14], 1114, 1115[7], 1117 f., 1411[6+7]

Teltschik, Horst Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Auswärtige und innerdeutsche Beziehungen, Entwicklungspolitik, Äußere Sicherheit" des Bundeskanzleramts **Dok. 76, 200, 201** und S. 78, 131, 179[1], 261[1], 360, 370, 433, 468[1], 492 f., 498, 556[4], 557, 559, 561, 623[17], 625, 678, 737, 843[1], 915[7], 933, 971[1], 972[6], 993, 1013[1], 1109, 1124, 1233[19], 1269[1], 1287, 1289, 1291, 1292[15+16], 1322[1], 1323, 1334[3], 1444, 1665, 1504 f., 1553, 1586, 1602, 1659, 1701, 1718, 1723 f., 1736[1], 1750[1], 1819[1], 1831[1], 1837–1839

Tempel, Heinz Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 1699[1]

Templin, Wolfgang Bürgerrechtler und Mitglied der „Initiative Frieden und Menschenrechte" in der DDR S. 245, 249

Terada Büroleiter des japanischen Ministerpräsidenten Takeshita S. 746

Terfloth, Klaus Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Helsinki S. 645[8], 1757 f.

Terzi, Zuhdi Labib Vertreter der PLO bei den Vereinten Nationen in New York S. 672[29]

Than Tun, Maung Maung birmanischer Botschafter in Bonn S. 1352[28]

al-Thani, Khalifa bin Hamad Emir von Katar S. 180

Thatcher, Margaret Premierministerin des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland sowie Vorsitzende der Conservative and Unionist Party **Dok. 47, 208, 349** und S. 6, 106, 184f., 216, 218, 298, 322–324, 328, 329[27], 330f., 335, 348[4], 364, 436–438, 442–446, 469f., 508[19], 520, 525f., 577–579, 609, 789, 844, 915[7], 939, 995, 1047, 1083, 1127, 1271, 1333, 1353, 1367, 1370, 1408, 1413, 1446, 1458, 1466, 1471, 1536, 1596, 1604f., 1675f., 1703, 1708, 1740, 1742, 1755f., 1767f., 1832, 1834, 1840

Thiele, Rüdiger Ministerialdirigent und Leiter der Gruppe 41 „Europäische Wirtschaftsintegration“ im Bundeskanzleramt S. 784[1]

Thomä-Venske, Hanns Beauftragter für Ausländerarbeit der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (Region West) und Mitglied des Konsistoriums S. 1889f.

Thomas, Charles H. stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Principal Deputy Assistant Secretary of State for European and Canadian Affairs) **Dok. 358** und S. 42[11], 376–379, 389[20], 757f., 1713, 1717

Thorn, Gaston Egmond 1981–1985 Präsident der EG-Kommission S. 1887[4]

Thornburgh, Richard Lewis Direktor des Instituts für Politik der John F. Kennedy School of Government an der Harvard University, seit 15. August 1988 amerikanischer Justizminister (Attorney General) S. 1826

Thurn und Taxis, Johannes Prinz von S. 1772[15]

Thygessen, Niels Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Kopenhagen und Mitglied der Delors-Kommission über die Wirtschafts- und Währungsunion S. 995[10]

Tichonow, Wladimir Iwanowitsch sowjetischer Erster Stellvertretender Minister für Hochseeschiffahrt S. 1084

Tickell, Sir Crispin Leiter der Ständigen Vertretung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland bei den Vereinten Nationen in New York S. 381[3]

Tietmeyer, Hans Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen S. 137, 560–562, 1491, 1531f., 1534, 1886, 1900

Timmermann, Klaus Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lusaka S. 134[10], 569[3]

Timmermann, Manfred Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung bis Dezember 1988 S. 550[15], 1580f.

Timpe, Elmar Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Lusaka S. 570[4], 572[16]

Tindemans, Leonard Clemence („Leo“) belgischer Außenminister S. 386, 389, 672, 829, 831, 947f., 954, 1875, 1879

Tinsulanonda, Prem Ministerpräsident des Königreichs Thailand bis 4. August 1988, anschließend Mitglied des Kronrats (Privy Council) S. 708[8]

Tödtmann Mitarbeiter der Gildemeister Projecta GmbH S. 626[15]

Toivo ya Toivo, Andimba Herman Generalsekretär der SWAPO S. 253[3]

Tomala, Mieczsyław Mitarbeiter des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten und polnischer Leiter des Lenkungsausschusses des Forums Bundesrepublik Deutschland–Volksrepublik Polen S. 439[8]

Tomášek, František Kardinal und Erzbischof von Prag S. 204

Tonder, Neels van Generalmajor der südafrikanischen Streitkräfte und Chef des Militärgeheimdienstes S. 776

Toome, Indrek Cherbertowitsch Mitglied des Politibüros der Kommunistischen Partei Estlands und Sekretär des ZK für ideologische Fragen, seit 16. November 1988 Ministerpräsident der estnischen SSR S. 1765

Töpfer, Klaus Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit S. 69[14], 405[23], 798, 1082[15], 1240, 1560[15+17], 1600

Torovsky, Rudolf Leiter der österreichischen Delegation bei der KSZE-Folge-

konferenz in Wien und Koordinator für Korb I S. 516[3], 519, 522[17], 606[16], 820, 1057, 1060[10], 1149, 1181, 1186, 1188, 1589[13], 1696f., 1911f., 1914f.

Torrijos Herrera, Omar Efraín 1968–1981 Kommandant der panamaischen Nationalgarde und „Revolutionsführer" S. 1850f.

Totu, Ioan rumänischer Außenminister S. 437[28], 1246

Töws S. 1636

Toynbee, Arnold Joseph britischer Historiker (1889–1975) S. 956

Traoré, Moussa Präsident der Republik Mali S. 573, 1493

Trautwein, Wolfgang Vortragender Legationsrat im Referat 011 „Parlaments- und Kabinettsreferat" des Auswärtigen Amts bis 22. November 1988, anschließend Leiter der Arbeitseinheit 012-9 „Öffentlichkeitsarbeit Ausland" **Dok. 368** und S. 1420[16]

Treurnicht, Andries Petrus Mitglied des südafrikanischen Parlaments und Vorsitzender der Konservativen Partei von Südafrika S. 173

Trichet, Jean-Claude Abteilungsleiter im französischen Wirtschafts- und Finanzministerium (Directeur du Trésor) S. 1900

Trömel, Thomas Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Teheran S. 959[10], 960

Trosten, William S. Mitarbeiter des American Jewish Committee (Associate Director) S. 592–594

Trouveroy, Joseph Leiter der belgischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien S. 1913

Truman, Harry S. 1945–1953 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 535[17]

Trumpf, Jürgen Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 41 in der Abteilung 4 „Wirtschaftsabteilung" des Auswärtigen Amts **Dok. 36, 166** und S. 5[23+24], 6[25], 22, 78, 82[25], 206, 261[1], 264[8] 312, 403[24], 716[3], 863[3], 866, 868, 949[17], 1044[9], 1174, 1209, 1235, 1490, 1884, 1885[13], 1886[14], 1887, 1888[6], 1892[3]

Tschebrikow, Wiktor Michailowitsch Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Komitees für Staatssicherheit (KGB) beim Ministerrat der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, seit 30. September 1988 Sekretär des ZK für Administrative Organe S. 1485[7], 1764f.

Tschernawin, Wladimir Nikolajewitsch Admiral und Oberbefehlshaber der sowjetischen Seestreitkräfte, stellvertretender Verteidigungsminister sowie Mitglied des ZK der KPdSU S. 1003[10]

Tschernenko, Konstantin Ustinowitsch 1984/85 Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 487, 1108[9]

Tschernjajew, Anatolij Sergejewitsch außenpolitischer Berater des Generalsekretärs des ZK der KPdSU S. 295, 1553

Tschubarjan, Alexander Oganowitsch Direktor des Instituts für Allgemeine Geschichte der Akademie der Wissenschaften der UdSSR S. 1251f.

Tümay, Şenbir Erster Botschaftsrat an der türkischen Botschaft in Bonn S. 1511[8]

Tutjunjan siehe: Arutjunjan, Suren Gurgenowitsch

Tuygan, Ali Leiter des Präsidialbüros des türkischen Präsidenten S. 1521, 1526

Tyson, Robert James Berater im Büro des australischen Ministerpräsidenten (Senior Advisor, Department of the Prime Minister and Cabinet) S. 1665

Ueberschaer, Hans-Christian Vortragender Legationsrat I. Klasse im Bundeskanzleramt S. 268, 498, 1074[1], 1178[8], 1343, 1346, 1505, 1672

Ulbricht, Walter 1950–1971 Generalsekretär bzw. Erster Sekretär des ZK der SED; 1960–1973 Vorsitzender des Staatsrats der DDR S. 938

Ulmanis, Karlis 1934–1940 Ministerpräsident und 1936–1940 Präsident der Republik Lettland S. 1252

Ungerer, Werner Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutsch-

land bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter; 1984/85 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts **Dok. 59, 353** und S. 167[42], 208[10], 264[9], 431[15], 551[20], 991[15], 1087[34]

Uno, Sosuke japanischer Außenminister **Dok. 181** und S. 991 f., 999–1002, 1094, 1096, 1228, 1230

Urmoneit, Erich Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 111 „Liegenschaften und Sachverwaltung der Vertretungen im Ausland“ des Auswärtigen Amts S. 237[25]

Urrutia Lléo, Manuel 1959 Präsident der Republik Kuba S. 1769[5]

Uslar-Gleichen, Hasso Freiherr von Brigadegeneral und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 601[10]

Ussytschenko, Leonid Grigorjewitsch Stellvertretender Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium S. 103

Vaezi, Mahmoud stellvertretender iranischer Außenminister (Deputy Foreign Minister for European and American Affairs) S. 1711

Valdés Subercaseaux, Pío Gabriel 1982–1987 Vorsitzender der Christdemokratischen Partei Chiles (Partido Demócrata Cristiano); 1964–1970 chilenischer Außenminister S. 1752

Väljas, Vavino sowjetischer Botschafter in Managua, seit 16. Juni 1988 Erster Sekretär des ZK der Estnischen Kommunistischen Partei S. 1548 f.

Vallassidis, Athanasios Erster Botschaftsrat und Stellvertreter des Leiters der griechischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien S. 1698 f.

Valle Valdizán, Roberto Mitglied des guatemaltekischen Parlaments (Democracia Cristiana) und seit 15. Juli 1988 Innenminister S. 1685

Vanabriksha, Sakol thailändischer Botschafter in Bonn S. 708, 710[16]

Van-Dúnem M'Binda, Afonso angolanischer Außenminister S. 590[14], 705[42], 778, 1209

Vanik, Charles Albert 1955–1981 Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) S. 858[18]

Vanni d'Archirafi, Raniero italienischer Botschafter in Bonn S. 678

Várkonyi, Péter ungarischer Außenminister und Sekretär des ZK der USAP S. 457

Vassiliou, Georges Präsident der Republik Zypern seit 28. Februar 1988 S. 552 f., 1615, 1775 f.

Vattani, Umberto Leiter des Büros des Generalsekretärs im italienischen Außenministerium bis April 1988, anschließend außenpolitischer Berater des Ministerpräsidenten und Beauftragter („Sherpa“) für Weltwirtschaftsgipfel S. 1736

Vaugier, Georges Mitarbeiter im französischen Außenministerium S. 37 f., 39

Vaz Pereira, António Augusto Marques da Costa Leiter der portugiesischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 1813, 1881

Védrine, Hubert Mitarbeiter im französischen Präsidialamt und außenpolitischer Berater des Staatspräsidenten (Conseiller diplomatique au secrétariat général de la Présidence de la République), seit 24. Mai 1988 Pressesprecher des Staatspräsidenten (Porte-parole de la présidence de la République) S. 1663[17], 1686[5]

Veil, Simone Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzende der Liberalen und Demokratischen Fraktion S. 1235, 1719

Velayati, Ali Akbar iranischer Außenminister S. 88, 102, 553, 998 f., 1022, 1031, 1200, 1228, 1311 f., 1710, 1782

Vella, Charles Leiter der maltesischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien S. 1916[22]

Veloso, Jacinto Soares mosambikanischer Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 211[5]

Vennegerts, Christa Mitglied des Deutschen Bundestages und seit 26. Januar 1988 Sprecherin der Fraktion Die Grünen S. 868

Verbeek, Paul Botschafter der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl S. 1371[4]

Vergau, Hans-Joachim Vertreter des Leiters an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York S. 381[3], 1076[6]

Verity, Calvin William, Jr. amerikanischer Handelsminister S. 857

Vessey, John W. General a. D. der amerikanischen Streitkräfte und Mitglied der „Kommission für eine integrierte Langzeitstrategie"; 1982–1985 Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs S. 49

Videla, Jorge Rafael General der argentinischen Streitkräfte und 1976–1981 Präsident der Argentinischen Republik S. 1672[4]

Vlok, Adriaan Johannes südafrikanischer Minister für öffentliche Ordnung S. 170

Vogel, Bernhard Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz (CDU) bis zu seinem Rücktritt am 2. Dezember 1988 **Dok. 286** und S. 190, 733–737, 1284[37]

Vogel, Friedrich Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Vorsitzender des Unterausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe S. 231, 234

Vogel, Hans-Jochen Mitglied des Deutschen Bundestages, Vorsitzender der SPD-Fraktion und Vorsitzender der SPD S. 137, 733, 735f., 812f., 815–818, 823, 1759

Vogel, Wolfgang Rechtsanwalt und Persönlicher Beauftragter des Staatsratsvorsitzenden der DDR für die Lösung humanitärer Probleme S. 862, 1355[5], 1356–1358

Vogeler, Wilfried Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi bis 26. Januar 1988, anschließend Botschafter in Kuala Lumpur S. 890[13], 1351[25]

Volio Jiménez, Fernando Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen zur Lage der Menschenrechte in Chile S. 419[7], 420

Völkel, Angelika Botschaftsrätin und Vertreterin des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kuala Lumpur S. 1351[25]

Vollers, Claus Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 230 „Vereinte Nationen: Grundsatzfragen, Generalversammlung, Sicherheitsrat" im Auswärtigen Amt **Dok. 37** und S. 580[2], 1031[13], 1856[7]

Vollmar-Libal, Sabine Vortragende Legationsrätin I. Klasse und Leiterin des Referats 212 „Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u. a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)" im Auswärtigen Amt bis 24. Februar 1988, anschließend Gesandtin und Vertreterin des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Rom S. 1738[11]

Vollmer, Antje Mitglied des Deutschen Bundestages (Die Grünen) und Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages S. 231[2]

Vorster, Balthazar Johannes 1966–1978 Ministerpräsident der Republik Südafrika; 1978/79 Präsident S. 1146f.

Vorwerk, Michael Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 209 „Sonstige militärpolitische Angelegenheiten (Ausbildungs- und Verteidigungshilfe, Rüstungszusammenarbeit, Übungen, WEU)" des Auswärtigen Amts S. 523, 566[1], 1298[1], 1523[11]

Voss, Hans stellvertretender Leiter der Delegation der DDR bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien S. 1181[13]

Vötter, Klaus Leitender Ministerialrat in der Bayerischen Staatskanzlei S. 211

Vranitzky, Franz Bundeskanzler der Republik Österreich S. 1120, 1614

Vuković, Miljenko Stellvertreter des Leiters der jugoslawischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien und Koordinator für Korb IV S. 1699, 1917

Wagner, Adolf Karl Ritter von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 431 „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung; EURATOM; OECD-NEA; IAEO; Weltraumforschung

und -erschließung; ESA; Trägertechnologien“ im Auswärtigen Amt **Dok. 20, 116, 218** und S. 556[1+2+4], 690, 691[8], 1456[5]

Wagner, Gerd Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START“ des Auswärtigen Amts **Dok. 46** und S. 26[1], 27[6], 152[7], 295[1], 491[1], 669[5], 1292[16], 1435[1], 1845[1]

Wagner, Richard *1813 †1883 S. 77

Wagner Tizón, Edward Allan peruanischer Außenminister bis 13. Mai 1988, anschließend Botschafter in Madrid S. 424[3+7]

Wagris, Jan Janowitsch (Vagris, Jānis) Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Lettischen SSR bis 6. Oktober 1988, seit 4. Oktober 1988 Erster Sekretär des ZK der Lettischen Kommunistischen Partei S. 1548f.

Waite, Terence Hardy („Terry“) Mitarbeiter des Erzbischofs von Canterbury, am 20. Januar 1987 im Libanon entführt S. 330

Waldegrave, William Arthur Mitglied des britischen Unterhauses (Conservative and Unionist Party) und Staatsminister im Umweltministerium (Minister of State for Housing) bis 16. Juli 1988, anschließend Staatsminister im britischen Außenministerium (Minister of State for Foreign and Commonwealth Affairs) S. 1904

Waldenfels, Georg Freiherr von Mitglied des bayerischen Landtags (CSU) sowie Staatsminister des Freistaats Bayern für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Bevollmächtigter des Freistaats Bayern beim Bund S. 211

Waldersee, Bernhard Graf von Legationsrat I. Klasse im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts S. 855[5], 856[14], 857[16], 1334[1], 1335[11]

Waldheim, Kurt Bundespräsident der Republik Österreich; 1938–1945 Angehöriger der Wehrmacht, 1968–1970 österreichischer Außenminister, 1972–1981 Generalsekretär der Vereinten Nationen **Dok. 336** und S. 1016, 1106[3]

Waldner, Heinz Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 116 „Bibliothek und Dokumentation, Geographisch-Kartographischer Dienst“ und des Referats 117 „Politisches Archiv und Historisches Referat“ im Auswärtigen Amt **Dok. 330** und S. 546[6]

Waldow, Bernd von Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London bis 15. Mai 1988, anschließend Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 103 „Gehobener, mittlerer und einfacher Dienst; Arbeiter“ des Auswärtigen Amts S. 329[27]

Wałęsa, Lech Vorsitzender der polnischen Gewerkschaft Solidarność **Dok. 17, 249** und S. 72, 157, 163f., 600, 878, 1391f., 1650, 1848

Wallau, Theodor Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Jakarta S. 711[19], 724[5], 1448[14], 1449

Wallenberg, Raoul 1944/45 schwedischer Diplomat in Budapest, am 17. Januar 1945 von Mitarbeitern des sowjetischen Militärgeheimdienstes verschleppt S. 1586, 1703

Wallis, Wilson Allen Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Economic, Business, and Agricultural Affairs) S. 158, 359f., 363

Waltemathe, Ernst Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 753[17]

Walter, Gerd Mitglied des Europäischen Parlaments (Sozialistische Fraktion) S. 429

Walters, Vernon Anthony Leiter der amerikanischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York S. 119, 1020

Warner, John William Senator für den amerikanischen Bundesstaat Virginia (Republican Party) S. 271[20], 823[13]

Warnke, Jürgen Bundesminister für Verkehr und Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) S. 786f., 789f., 1605

Warnken, Claus Legationssekretär im Referat 424 „Exportkontrollfragen; Koordinierungsausschuß für Multilaterale Strategische Exportkontrollen (COCOM);

Rüstungsexport“ des Auswärtigen Amts, seit 21. Januar 1988 Legationsrat S. 716[1+5], 750[1], 1259[1], 1262[16]

Wartenberg, Ludolf-Georg von Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 864[12], 865[14], 1462[8]

Wassenberg, Günther Oberst der Bundeswehr und designierter stellvertretender Kommandeur der deutsch-französischen Brigade S. 18, 193

Wasserberg, Günter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 512 „Zivilrecht, Handels- und privates Wirtschaftsrecht“ im Auswärtigen Amt bis 24. August 1988, anschließend Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Chicago; 1980–1984 Botschafter in Lusaka S. 570[7]

Wasum-Rainer, Susanne Legationssekretärin im Referat 230 „Vereinte Nationen: Grundsatzfragen, Generalversammlung, Sicherheitsrat“ des Auswärtigen Amts, seit 8. August 1988 Legationsrätin S. 220[1]

al-Wazir, Chalil Ibrahim Mahmud („Abu Dschihad“) Mitglied des Palästinensischen Nationalrats und stellvertretender Führer der PLO bis zu seiner Ermordung am 16. April 1988 S. 647, 672

Weber S. 1635

Weber, Bruno Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Warschau bis 19. Juli 1988, anschließend an der Botschaft in London S. 286[13]

Weber, Gerhard Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 118 „Sicherheit und Geheimschutz“ im Auswärtigen Amt S. 1427[1]

Weber, Heinz Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts sowie Leiter des Fachbereichs Dolmetscher S. 140, 268, 370, 933, 1225, 1665, 1781

Webster, William Hedgcock Direktor der Central Intelligence Agency der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1715, 1722, 1918 f.

Wechmar, Rüdiger Freiherr von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in London bis zum Eintritt in den Ruhestand am 30. November 1988; 1974–1981 Leiter der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 56, 106, 278, 338** und S. 92[27], 179[10], 221[9], 446, 527[17], 697, 777[6], 1119[2], 1228[15], 1303[21]

Wegener, Roland Vortragender Legationsrat, beurlaubt zur Dienstleistung bei der CDU/CSU-Fraktion S. 1848

Wegener, Ulrich Klaus Brigadegeneral und Kommandeur im Bundesgrenzschutz, Grenzschutzkommando West; 1972–1979 Kommandeur der Grenzschutzgruppe 9 (GSG-9) S. 999

Wegner, Helmut Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 60 in der Abteilung 6 „Abteilung für auswärtige Kulturpolitik“ des Auswärtigen Amts bis 22. Januar 1988, seit 1. März 1988 Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in London S. 74[31]

Wehner, Herbert 1949–1983 Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD), 1969–1983 Vorsitzender der SPD-Fraktion S. 1275

Wehrmann, Günter Legationsrat I. Klasse im Referat 600 „Grundsatzfragen, Gesamtplanung, kulturpolitische Öffentlichkeitsarbeit, Förderung der deutschen Sprache, Gästeprogramm“ des Auswärtigen Amts bis 22. Februar 1988, anschließend im Referat 605 „Deutsche Sprache“ S. 930[4]

Weidenfeld, Werner Professor für Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz sowie Koordinator für die deutsch-amerikanische zwischengesellschaftliche, kultur- und informationspolitische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt S. 592 f., 1701, 1718

Weil, Christof Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau, seit 7. Dezember 1988 Legationsrat I. Klasse S. 1481[1]

Weinberger, Caspar W. 1981–1987 amerikanischer Verteidigungsminister S. 49

Weindel, Elmar Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 111

„Liegenschaften und Sachverwaltung der Vertretungen im Ausland“ im Auswärtigen Amt S. 545[1], 546[6]

Weiser, Edgar französischer Dolmetscher S. 1124, 1659

Weiß, Andreas Vortragender Legationsrat im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 1553

Weiß, Gebhardt Vortragender Legationsrat im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts S. 275[1], 1786[1], 1835[1]

Weizsäcker, Carl Friedrich Freiherr von 1970–1980 Ko-Direktor des Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der technisch-wissenschaftlichen Welt in Starnberg S. 660, 986[29]

Weizsäcker, Ernst Ulrich Freiherr von Direktor des Instituts für Europäische Umweltpolitik Bonn, Paris, London (IEEP) S. 651

Weizsäcker, Richard Freiherr von Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland **Dok. 87, 192, 331, 335** und S. 3, 69, 76, 92, 97, 98[3], 120, 124, 140, 164, 174, 298 f., 332, 334, 386, 460[9], 571, 590, 817, 850, 932, 967, 970, 1016, 1102, 1239, 1270, 1374[6], 1521[2], 1524, 1527, 1532, 1557, 1570, 1700, 1801, 1891

Wellershoff, Dieter Admiral und Generalinspekteur der Bundeswehr S. 1361

Werndl, Klaus Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 615 „Multilaterale Zusammenarbeit“ des Auswärtigen Amts **Dok. 347**

Wetter, Eberhard Brigadegeneral und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 1413[17], 1617[61]

Whitehead, John C. stellvertretender amerikanischer Außenminister (Deputy Secretary of State) **Dok. 170** und S. 60, 176[5], 855–857, 859, 1432, 1713

Wieck, Hans-Georg Präsident des Bundesnachrichtendienstes S. 957[5]

Wieczorek-Zeul, Heidemarie Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 753[17]

Wiesenthal, Simon österreichischer Publizist und Schriftsteller sowie Gründer und Vorsitzender des Dokumentationszentrums des Bundes Jüdischer Verfolgter des Naziregimes in Wien **Dok. 323, 328** und S. 1582, 1586, 1707, 1778

Wiesheu, Otto Mitglied des bayerischen Landtags (CSU) und Geschäftsführer der Hanns-Seidel-Stiftung S. 211

Wilhelm II. 1888–1918 Deutscher Kaiser und König von Preußen S. 545 f.

Williamson, Richard Salisbury seit 5. Februar 1988 Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for International Organization Affairs) S. 1429

Willoch, Kåre 1981–1986 Ministerpräsident des Königreichs Norwegen S. 511

Wilms, Dorothee Margarethe Elisabeth Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen und Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 934[6]

Wilson, Peter A. Berater der RAND Corporation und der Los Alamos National Laboratories/Washington Defense Research Group S. 956

Winkelmann, Horst Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 299[20], 813[4], 1278[17]

Wirth, Christian 1942/43 Obersturmführer bzw. Obersturmbannführer der SS und Inspekteur der Vernichtungslager Bełżec, Sobibór und Treblinka; 1943/44 Befehlshaber der „Abteilung R“ in Triest S. 1440–1443

Wischnewski, Hans-Jürgen Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 704

Wistinghausen, Henning von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenwirtschaftsförderung; Gewährleistungen für Ausfuhren und Auslandsinvestitionen; Umschuldungen staatlich versicherter Handelsforderungen; Messewesen“ im Auswärtigen Amt S. 74[33], 285[12], 383[11], 569[1], 692[1+3], 1135[1], 1174, 1452[2]

Witbooi, Hendrik Vizepräsident der SWAPO S. 253, 256

Witschel, Georg Legationsrat I. Klasse im Referat 500 „Allgemeines Völkerrecht“ des Auswärtigen Amts S. 1309[7]

Witt, Peter Ministerialrat und Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutsch-

land bei den GATT-Verhandlungen in Genf **Dok. 239**

Witte, Barthold Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 6 „Abteilung für Auswärtige Kulturpolitik“ des Auswärtigen Amts sowie Beauftragter für internationale Medienpolitik **Dok. 141, 169, 326** und S. 406, 781, 1081[13], 1249, 1278[13], 1504, 1574[13], 1576[24], 1729[7], 1808[5]

Wittmann, Lothar Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 612 „Auslandsschulen, Schulwesen“ im Auswärtigen Amt bis 22. Januar 1988, anschließend Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 61 in der Abteilung 6 „Abteilung für auswärtige Kulturpolitik“ S. 198[14]

Wohlstetter, Albert amerikanischer Politikwissenschaftler und Ko-Vorsitzender der „Kommission für eine integrierte Langzeitstrategie“ des amerikanischen Verteidigungsministeriums S. 49, 366

Wolf, Bernhard Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Panama-Stadt bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. Januar 1988 S. 586

Wolff von Amerongen, Otto Vorsitzender des Aufsichtsrats der Otto Wolff AG, Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft sowie bis März 1988 Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages S. 201, 1281, 1285, 1771

Wölker, Sepp-Jürgen Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 430 „Internationale Zusammenarbeit bei der technologischen Entwicklung und naturwissenschaftlichen Forschung“ des Auswärtigen Amts S. 663[45]

Wollenberger, Vera Bürgerrechtlerin in der DDR S. 60[15], 245, 249

Wolter, Detlev Attaché im Referat 1-AF „Ausbildung und Fortbildung“ des Auswärtigen Amts bis 31. März 1988, anschließend Legationssekretär im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ S. 1106[1], 1135[1], 1138[11], 1505[1]

Woltmann, Dieter Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires S. 1849[5]

Wonka, Jiři tschechoslowakischer Dissident S. 1064[28]

Wonka, Pavel tschechoslowakischer Dissident, am 26. April 1988 in der Haft verstorben S. 1064

Wormsbecher S. 1636

Wörner, Manfred Bundesminister der Verteidigung und Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) bis 18. Mai 1988, seit 1. Juli 1988 NATO-Generalsekretär S. 14[4], 17f., 20, 105, 190, 331, 474[24], 511, 635, 732[29], 742[19], 1231[7], 1232f., 1239, 1497, 1657, 1726, 1819f., 1869f., 1877f., 1883

Woronzow, Julij Michajlowitsch sowjetischer Erster Stellvertretender Außenminister, seit Oktober 1988 sowjetischer Botschafter in Kabul; 1977–1983 Botschafter in Neu Delhi S. 100, 159, 489, 889, 1430, 1650, 1871

Worotnikow, Witalij Iwanowitsch Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und bis 27. Juni 1988 Ministerpräsident der RSFSR, seit 3. Oktober 1988 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der RSFSR S. 1368

Wrede, Hans-Heinrich Vortragender Legationsrat im Referat 500 „Allgemeines Völkerrecht“ des Auswärtigen Amts, abgeordnet als Mitglied der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschaftsrat S. 781[1]

Wright, James Claude („Jim“), Jr. Mitglied und Sprecher des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) S. 370[12], 713[7]

Wu Núñez S. 1668[22]

Wulffen, Bernd Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kuwait-Stadt S. 1421[22]

Würzbach, Peter Kurt Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und bis 19. Dezember 1988 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung S. 1496

Würzen, Dieter von Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft S. 200, 289, 1158, 1229, 1382[11], 1568[33], 1599f.

Yao Yilin chinesischer Stellvertretender Ministerpräsident, seit 23. März 1988 Erster Stellvertretender Ministerpräsident sowie Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh und Mitglied im Ständigen Ausschuß des Politbüros **Dok. 288**

Yassin, Salim stellvertretender syrischer Ministerpräsident S. 115

Yilmaz, Ahmet Mesut türkischer Außenminister S. 65, 437[28], 674, 946, 1298–1300, 1304[22], 1521, 1526 f., 1876

Yiotas, Stathis Mitglied des griechischen Parlaments (PASOK) und stellvertretender griechischer Verteidigungsminister bis zu seinem Rücktritt am 14. Dezember 1988 S. 550[15]

York von Wartenburg, Alexander Graf Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 64[9], 110[12], 220[6], 242[14], 303[23], 496[10], 502[17], 554[2], 555, 582[7], 672[29], 712[4], 753[16], 840[2], 842[8], 960[14], 1200[30], 1386, 1414[22], 1421[19], 1425[41], 1782[8+9], 1783[13+14]

Young, David Ivor, Baron Young of Graffham britischer Wirtschaftsminister S. 1767

Younger, George Kenneth Hotson britischer Verteidigungsminister S. 443, 525[9], 526[16], 579, 883 f., 1331, 1353[2], 1459, 1814, 1817 f.

Zacharakis, Christos Leiter der griechischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 1813

Zagars, Eriks siehe: Schagars, Eriks

Zagorski, Ulrich Oberamtsrat im Referat 341 „Ostasien“ des Auswärtigen Amts S. 1242[1]

Zahir Schah, Mohammed 1933–1973 König des Königreichs Afghanistan, seit 1973 im Exil S. 582, 887

Zambrano Velasco, José Alberto 1979–1984 venezolanischer Außenminister S. 356[24]

Zanone, Valerio italienischer Verteidigungsminister S. 599, 883, 1817

Zehentner, Klaus Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 301 „Humanitäre Sofort-, Katastrophen- und Flüchtlingshilfe im Ausland“ im Auswärtigen Amt S. 583[11], 886, 1510[5]

Zeisler, Dieter Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ des Auswärtigen Amts sowie Persönlicher Referent des Staatssekretärs Sudhoff S. 448[1], 563[1], 819[1], 873[1], 898[3], 957[4], 1048[4], 1130[1], 1484[2], 1628[3], 1899[2]

Zeller, Klaus Ministerialdirigent und Beauftragter für Asienpolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland; 1986/87 Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland beim Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 221[10], 358[1], 702[27], 710[16], 723[1], 737[1], 914[1], 982[6], 1242, 1373[1+2], 1444[1], 1505[1]

Zenker, Heike Botschaftsrätin I. Klasse und Vertreterin des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest **Dok. 279**

Zhao Ziyang Generalsekretär des ZK der KPCh; 1980–1987 Ministerpräsident der Volksrepublik China S. 1451, 1505 f., 1509 f.

Zia ul-Haq, Mohammed General und Präsident der Islamischen Republik Pakistan bis zu seinem Tod am 17. August 1988 S. 362, 919

Ziefer, Fritz Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria S. 1821[16+17]

Ziegner, Heinz Mitglied des ZK der SED, Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Schwerin und Abgeordneter der Volkskammer der DDR S. 1383

Zimmermann, Friedrich Bundesminister des Innern und Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) S. 68, 460, 788[18], 791 f., 896, 1205

Zimmermann, Roland Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Havanna **Dok. 339**

Zimmermann, Warren Leiter der amerikanischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien S. 520, 522, 606, 609, 819 f., 1057, 1064, 1148 f., 1180, 1535 f., 1694, 1860[20], 1911 f., 1915

Zirpel, Rolf-Rüdiger Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 412 „Europäische Gemeinschaften: Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik; Europäisches Währungssystem, Internationale Wirtschafts- und Währungsfragen: Wirtschaftsgipfel, IWF, OECD“ des Auswärtigen Amts S. 310[1], 866[1], 978[1], 1899[2]

al-Zoubi, Mahmoud Ministerpräsident der Arabischen Republik Syrien S. 114 f.

Sachregister

Bei der Benutzung des Sachregisters sind folgende Hinweise zu beachten:

- Das Sachregister erfaßt in alphabetischer Reihenfolge Staaten, Organisationen und Institutionen sowie weitere Sachbegriffe.
- Die Einträge zu den Schlagworten „Abkommen und Verträge“ sowie „Konferenzen und Verhandlungen“ folgen der Chronologie.
- Kursiv gedruckte Querverweise erschließen die zwischen den Schlagworten bestehenden Verbindungen.
- Bezieht sich ein Schlagwort auf ein Dokument als Ganzes, so ist die Dokumentennummer angegeben.
- Beim Nachweis einzelner Seiten beziehen sich hochgestellte Ziffern auf Fußnoten.
- Verweise über die Beziehungen zweier Staaten zueinander finden sich bei dem in der Schlagwortfolge alphabetisch zuerst aufgeführten Staat. So werden beispielsweise die Fundstellen zu den ägyptisch-israelischen Beziehungen unter „Ägypten“ und dort beim Unterschlagwort „Israel“ genannt. Ebenso werden die Beziehungen übernationaler Organisationen zueinander alphabetisch verschlagwortet.
- Die bilateralen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland werden allerdings stets unter dem Schlagwort des jeweils fremden Staates erfaßt. Entsprechendes gilt für das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu internationalen Organisationen, wie etwa den Vereinten Nationen.
- In einigen Fällen wird unmittelbar hinter dem Schlagwort zu einem Staat ein eigenes Schlagwort wie „Frankreich–Bundesrepublik Deutschland“ oder „USA–Bundesrepublik Deutschland“ gebildet, um eine zusätzliche Untergliederung möglich zu machen.
- Die Beziehungen eines Staates zu einer internationalen Organisation bzw. zu internationalen Verhandlungen werden unter dem Schlagwort der Organisation bzw. der Verhandlungen erfaßt. Ist ein Staat nicht Mitglied einer Organisation bzw. Teilnehmer der Verhandlungen, ist die Fundstelle unter dem Schlagwort des Staates ausgewiesen.
- Wirtschaftsunternehmen werden unter einem eigenen Schlagwort aufgeführt.
- **Band I** reicht von Dokument 1 bis 195 bzw. von Seite 1 bis 1057, **Band II** von Dokument 196 bis 373 bzw. von Seite 1059 bis 1923.

Abkommen und Verträge
– Vertrag vom 28.6.1919 zwischen dem Deutschen Reich und den Alliierten und Assoziierten Mächten (Friedensvertrag von Versailles)
S. 1106 f.
– Vertrag vom 10.9.1919 zwischen Österreich und den Alliierten und Assoziierten Mächten (Friedensvertrag von Saint-Germain)
S. 1107
– Genfer Protokoll vom 17.6.1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege
S. 554, 841[5], 843, 904, 1027, 1339, 1414, 1419 f., 1434, 1590, 1614
– Konkordat vom 20.7.1933 zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl
S. 462 f., 464[15]
– Abkommen vom 7.1.1935 zwischen Frankreich und Italien (Laval-Mussolini-Pakt)
S. 10[3]
– Nichtangriffsvertrag vom 23.8.1939 zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken („Hitler-Stalin-Pakt“)
Dok. 236, 330 und S. 156, 482[7], 1549, 1895
– Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28.9.1939 zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
S. 1727 f., 1895
– Statuten des Internationalen Währungsfonds vom 22.7.1944
S. 1533
– Charta der Vereinten Nationen vom 26.6.1945
siehe unter: VN
– Abkommen vom 9.7.1945 zwischen den Vier Mächten und der Republik Österreich betreffend die Besatzungszonen in Österreich und die Verwaltung der Stadt Wien
S. 416[9]
– Vereinbarung vom 27.12.1945 über die Gründung des Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Abkommen von Bretton Woods)
S. 24[8]
– Abkommen vom 28.6.1946 zwischen den Regierungen des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Französischen Republik über den Kontrollapparat in Österreich
S. 416[9]
– Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT) vom 30.10.1947
S. 1265[6], 1268
– Nordatlantikvertrag vom 4.4.1949
S. 51[19], 437
– I. Genfer Abkommen vom 12.8.1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde
S. 1290
– II. Genfer Abkommen vom 12.8.1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See
S. 1290
– III. Genfer Abkommen vom 12.8.1949 über die Behandlung von Kriegsgefangenen
S. 1290
– IV. Genfer Abkommen vom 12.8.1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten
S. 91, 92[31], 242 f., 305[26+27], 1290
– Abkommen vom 19.6.1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut)
S. 1097
– Abkommen vom 27.2.1953 über deutsche Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen)
S. 412[61], 441
– Vertrag vom 23.10.1954 über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland (Aufenthaltsvertrag)
S. 1097, 1233, 1234[17]
– WEU-Vertrag vom 23.10.1954
S. 154[11], 326[14], 1299[10], 1300–1303, 1305, 1780
– Vertrag vom 14.5.1955 zwischen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Volksrepublik Rumänien, der Tsche-

choslowakischen Sozialistischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand (Warschauer Pakt)
S. 897

– Vertrag vom 15.5.1955 zwischen den Vier Mächten und der Republik Österreich betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich (Österreichischer Staatsvertrag)
S. 416[9]

– Vertrag vom 25.3.1957 zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM-Vertrag)
siehe unter: Römische Verträge

– Vertrag vom 25.3.1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG-Vertrag)
siehe unter: Römische Verträge

– Abkommen vom 25.4.1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschiffahrt
S. 1601

– Konsularvertrag vom 25.4.1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
S. 541

– Zürcher und Londoner Abkommen vom 19.2.1959 zwischen dem Königreich Griechenland, dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland, der Republik Türkei und der Republik Zypern
S. 553[26]

– Zusatzabkommen vom 3.8.1959 zum Abkommen vom 19.6.1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen
S. 1097

– Wiener Übereinkommen vom 18.4.1961 über diplomatische Beziehungen
S. 1245

– Vertrag vom 22.1.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit (Elysée-Vertrag)
Dok. 32 und S. 14[4], 15, 16[16], 17–19, 36[8], 159 f., 251[4], 559, 560[7], 561[11], 680, 681[33], 868, 870, 1309[6], 1311, 1361, 1365[24], 1541, 1542[10], 1546[15], 1608

– Wiener Übereinkommen vom 24.4.1963 über konsularische Beziehungen
S. 399[15], 401

– Abkommen vom 12.9.1963 zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und der Republik Türkei
S. 427[4], 429[7], 430[9], 551[20]

– Internationaler Pakt vom 19.12.1966 über bürgerliche und politische Rechte
S. 1066

– Fakultativprotokoll vom 19.12.1966 zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte
S. 1066

– Internationaler Pakt vom 19.12.1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
S. 1066

– Vertrag vom 1.7.1968 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Nichtverbreitungsvertrag)
S. 391, 626, 916, 1023, 1158

– Vertrag vom 12.8.1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Moskauer Vertrag)
siehe: Moskauer Vertrag

– Zusatzprotokoll vom 23.11.1970 zum Abkommen vom 12.9.1963 zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und der Republik Türkei für die Übergangsphase der Assoziation
S. 430[9]

– Vertrag vom 7.12.1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen (Warschauer Vertrag)
S. 70[17], 71–73, 75, 156, 407, 413, 462–464, 895 f., 984, 1388[12], 1484[2], 1559, 1562

– Übereinkommen vom 16.12.1970 zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen
S. 926

– Vier-Mächte-Abkommen über Berlin vom 3.9.1971
S. 128, 401, 402[19+20], 817, 1082[17], 1334, 1336, 1395[5+8], 1434, 1503, 1560, 1562

– Vereinbarung vom Februar 1972 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Ausfuhr von gemeinsam entwickelten und/oder gefertigten Kriegswaffen und sonstigem Rüstungsmaterial in dritte Länder
S. 864

– Vertrag vom 9.4.1972 zwischen der Republik Irak und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Freundschaft und Zusammenarbeit
S. 382

– Vertrag vom 26.5.1972 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag)
S. 51[14], 54[27], 129[24], 146, 152[7], 153, 297, 386, 434, 666[18], 670, 675, 698f., 830, 882[15], 903, 1223[19], 1645f., 1828f.

– Vertrag vom 21.12.1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (Grundlagenvertrag)
S. 736, 984, 1068

– Abkommen vom 19.5.1973 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit
S. 1272

– Abkommen vom 19.5.1973 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über kulturelle Zusammenarbeit
S. 1081[8+12], 1395[7]

– Abkommen vom 22.6.1973 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Verhinderung eines Atomkriegs
S. 984f.

– Abkommen vom 29.6.1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Rumänien über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit
S. 1463

– Vertrag vom 11.12.1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die gegenseitigen Beziehungen (Prager Vertrag)
S. 199, 984, 1559

– Vertrag vom 3.7.1974 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche (TTBT)
S. 671[14], 700, 1646, 1872

– Abkommen vom 8.10.1974 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Japan über Zusammenarbeit auf wissenschaftlich-technischem Gebiet
S. 739

– Abkommen vom 15.1.1975 zwischen Portugal und der Nationalen Front zur Befreiung Angolas (FNLA), der Volksbewegung zur Befreiung Angolas (MPLA) und der Nationalen Union für die totale Unabhängigkeit Angolas (UNITA) über die Unabhängigkeit Angolas
S. 1206

– Vertrag vom 6.3.1975 zwischen der Republik Irak und dem Kaiserreich Iran (Vertrag von Algier)
S. 1342

– Abkommen vom 11.5.1975 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel über die schrittweise Einführung einer Freihandelszone
S. 942[7], 1238[20]

– Übereinkommen vom 30.5.1975 zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation
S. 109

– Vertrag vom 13.6.1975 zwischen der Republik Irak und dem Kaiserreich Iran über die Staatsgrenze und nachbarschaftliche Beziehungen
S. 1227, 1312[7], 1341f.

– Abkommen vom 30.6.1975 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Kaiserreichs Iran über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
S. 1711

– Abkommen vom 9.10.1975 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über ein langfristiges Programm für die Entwicklung der wirtschaftlichen,

industriellen und technischen Zusammenarbeit
S. 897[17]

– Abkommen vom 9.10.1975 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Gewährung eines Finanzkredits
S. 69, 285[9], 397[6], 441[13]

– Abkommen vom 9.10.1975 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über Renten- und Unfallversicherung
S. 412[61], 441[17]

– Kooperationsabkommen vom 25.4.1976 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik
S. 89[19]

– Kooperationsabkommen vom 26.4.1976 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien
S. 89[19]

– Kooperationsabkommen vom 27.4.1976 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko
S. 89[19]

– Vertrag vom 28.5.1976 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken (PNET)
S. 671[14], 700, 831, 1646, 1872

– I. und II. Zusatzprotokoll vom 8.6.1977 zu den Genfer Abkommen vom 12.8.1949
S. 1290

– Panamakanal-Vertrag vom 7.9.1977 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Republik Panama
S. 1850 f.

– Abkommen vom 6.5.1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie
S. 613

– Friedensvertrag vom 26.3.1979 zwischen der Arabischen Republik Ägypten und dem Staat Israel
S. 178[7], 180[3], 188[34], 473, 533[7], 1260

– Vertrag vom 18.6.1979 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II)
siehe unter: SALT

– Lancaster-House-Abkommen vom 21.12. 1979 über Südrhodesien
S. 589[8]

– Kooperationsabkommen vom 7.3.1980 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den Mitgliedsländern des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN)
S. 780

– Abkommen vom 16.6.1980 zwischen der Regierung der DDR und der Französischen Republik über Statut und Modalität der Arbeitsweise der Kulturzentren
S. 39

– Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10.12.1982
S. 550[17]

– Vereinbarung vom 25.5.1983 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland über die Ausfuhr von gemeinsam entwickeltem und/oder gefertigtem Rüstungsmaterial in dritte Länder
S. 1604

– Abkommen vom 16.3.1984 zwischen der Volksrepublik Mosambik und der Republik Südafrika über Gewaltverzicht und gutnachbarliche Beziehungen (Nkomati-Abkommen)
S. 172 f., 212, 570, 1329[13]

– Kooperationsabkommen vom 12.11.1985 zwischen der EWG einerseits und den Partnerländern des Generalvertrags über die zentralamerikanische Wirtschaftsintegration (Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua) sowie Panama andererseits
S. 8, 307, 309, 358[33]

– Einheitliche Europäische Akte und Schlußakte vom 17. bzw. 28.2.1986
siehe unter: EG

– Vertrag vom 12.4.1986 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volks-

republik Bulgarien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen
S. 73, 1729[9]

– Vertrag vom 30.4.1986 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ungarischen Volksrepublik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen
S. 73

– Abkommen vom 12.6.1986 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Mongolischen Volksrepublik über kulturelle Zusammenarbeit
S. 1244

– Abkommen vom 22.7.1986 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
S. 543, 849[24], 1082, 1089[43], 1090, 1395, 1396[10], 1598

– Übereinkommen vom 26.9.1986 über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen (IAEO-Benachrichtigungsübereinkommen)
S. 1088[39], 1396[14], 1560[17]

– Abkommen vom 22.4.1987 zwischen dem Bundesminister für Forschung und Technologie der Bundesrepublik Deutschland und dem Staatskomitee für die Nutzung der Atomenergie der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie
S. 1598

– Abkommen vom 23.4.1987 zwischen der Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium für Gesundheitswesen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der medizinischen Wissenschaft
S. 1598

– Abkommen vom 4.5.1987 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Indonesien über Finanzielle Zusammenarbeit
S. 1445[8]

– Abkommen vom 4.5.1987 zwischen dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland und dem Staatskomitee für den agroindustriellen Komplex der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Zusammenarbeit im Bereich der Agrarforschung
S. 1597[38]

– Ergänzungsprotokoll vom 23.7.1987 zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Republik Türkei zum Abkommen vom 12.9.1963 zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Türkei
S. 430[9], 551 f.

– Abkommen vom 29.7.1987 zwischen der Regierung der Republik Indien und der Regierung der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka zur Wiederherstellung von Frieden und Normalität in Sri Lanka
S. 890[14]

– Übereinkommen von Guatemala vom 7.8. 1987 (Friedensabkommen für Zentralamerika („Esquipulas II“))
S. 307[37+38], 308[39+40], 353 f., 356 f., 421–423, 424[5], 1625–1627, 1665–1668

– Abkommen vom 8.9.1987 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes
S. 734

– Abkommen vom 8.9.1987 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die weitere Gestaltung der Beziehungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes
S. 405, 734, 1082[14]

– Abkommen vom 8.9.1987 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik
S. 734

– Abkommen vom 15.9.1987 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der

Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Errichtung von Zentren zur Verringerung des Risikos eines Nuklearkrieges
S. 669, 830, 903[20], 1171 f., 1633

– Montrealer Protokoll vom 16.9.1987 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen
S. 798 f.

– Vereinbarung vom 5.10.1987 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes
S. 405, 1082[15], 1278[15]

– Abkommen vom 7.10.1987 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über die gegenseitige Errichtung von Kultur- und Informationszentren
S. 934

– Vereinbarung vom 17.10.1987 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes
S. 201, 1270[6]

– Vertrag vom 8.12.1987 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Beseitigung von Flugkörpern mittlerer und kürzerer Reichweite (INF-Vertrag)
S. 2 f., 7, 26–28, 35[3], 67, 69[13], 71, 104 f., 107, 119, 126 f., 129 f., 140–142, 146, 149, 166[36], 259 f., 261[7], 271[19], 297–299, 316–318, 320 f., 325, 349, 359, 363, 364[4], 366 f., 370, 373, 376, 386, 387[13], 388 f., 392 f., 416, 426, 432–434, 438, 440, 471, 511, 526[16], 616, 630 f., 641, 664–666, 669, 675, 677[8], 688, 726, 728, 729[20], 731–733, 742, 779, 800, 823[13], 828–830, 833 f., 847, 871, 880, 882–886, 900, 952, 983, 1005, 1013, 1022, 1068 f., 1113, 1172, 1217[6], 1219–1222, 1288–1290, 1419, 1438, 1457, 1459, 1563 f., 1582 f., 1629, 1695, 1717, 1756, 1816, 1836 f., 1845, 1873

– Wirtschaftsabkommen vom 10.12.1987 zwischen der Argentinischen Republik und der Italienischen Republik
S. 1674 f.

– Übereinkommen vom 11.12.1987 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Italienischen Republik, dem Königreich der Niederlande und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über Inspektionen in bezug auf den Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Beseitigung ihrer Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite (MBCA)
S. 833[27], 885

– Abkommen vom 13.1.1988 zwischen dem Königreich Schweden und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Prinzipien der Aufteilung der Seegebiete in der Ostsee
S. 393

– Protokoll vom 22.1.1988 zum Vertrag vom 22.1.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit über die Schaffung eines deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrats
S. 17[17], 21, 191, 193, 446, 559–562, 868, 870, 1309, 1361 f., 1364 f., 1541, 1545, 1546[15], 1608, 1610 f.

– Protokoll vom 22.1.1988 zum Vertrag vom 22.1.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit über die Schaffung eines deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrats
S. 14[4], 15–21, 191 f., 446, 559–562, 868, 870, 1308–1310, 1361 f., 1364 f., 1541 f., 1545 f., 1608, 1610 f.

– Vertrag vom 26.1.1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über den Binnenschiffsverkehr
S. 199, 203

– Memorandum vom 15.2.1988 zwischen dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betreffend die Übereinkunft zur Zusammenarbeit bei der Vorbeugung gegen die ungesetzliche Herstellung und den un-

gesetzlichen Verkehr mit Narkotika und psychotropen Stoffen und ihren Mißbrauch
S. 982

– Genfer Abkommen vom 14.4.1988 zwischen der Republik Afghanistan und der Islamischen Republik Pakistan über die freiwillige Rückkehr von Flüchtlingen nach Afghanistan
S. 580–584, 615, 670, 673, 675, 702, 742, 887f., 905[28], 1414[22], 1425[42], 1857f.

– Genfer Abkommen vom 14.4.1988 zwischen der Republik Afghanistan und der Islamischen Republik Pakistan über die Prinzipien der gegenseitigen Beziehungen, besonders der Nichteinmischung und der Nichtintervention
S. 580–584, 615, 670, 673, 675, 702, 742, 887f., 905[28], 1414[22], 1425[42], 1857f.

– Genfer Abkommen vom 14.4.1988 zwischen der Republik Afghanistan und der Islamischen Republik Pakistan sowie den Garantiemächten USA und UdSSR über die Wechselbeziehungen für die Regelung der Lage um Afghanistan
S. 580–584, 615, 670, 673, 675, 702, 742, 887f., 905[28], 906[30], 1414[22], 1425[42], 1857f., 1871[19]

– Abkommen vom 18.4.1988 zwischen dem Königreich Schweden und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Aufteilung des Kontinentalschelfs, die schwedische Fischereizone und die sowjetische Wirtschaftszone in der Ostsee
S. 393[6], 849[26]

– Abkommen vom 18.4.1988 zwischen dem Königreich Schweden und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die gegenseitigen Fischereibeziehungen
S. 393[6], 849[26]

– Rahmenkreditvereinbarung vom 6.5.1988 zwischen der Deutschen Bank und der sowjetischen Außenhandelsbank
S. 816, 851–854, 1085[31], 1369, 1391, 1397, 1430, 1475[27], 1567, 1595[36], 1609

– Abkommen vom 28.5.1988 zwischen der Volksrepublik China und der Republik Indien über kulturelle Zusammenarbeit
S. 917

– Kooperations- und Freundschaftsvertrag vom 3.6.1988 zwischen der Argentinischen Republik und dem Königreich Spanien
S. 1674f.

– Kooperationsabkommen vom 15.6.1988 zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und des Golf-Kooperationsrats (GCC)
S. 88, 503f., 991, 1030, 1238

– Gemeinsame Erklärung vom 25.6.1988 der Europäischen Gemeinschaften und des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)
S. 868, 945–948, 1062, 1068f., 1239, 1367[13]

– Institutionelle Vereinbarung über die Haushaltsdisziplin und die Verbesserung des Haushaltsverfahrens vom 29.6.1988 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Europäischen Rat und der EG-Kommission
S. 1239

– Abkommen vom 26.9.1988 zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Ungarischen Volksrepublik über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit
S. 1393[32], 1593[28]

– Abkommen vom 28.9.1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Indonesien über kulturelle Zusammenarbeit
S. 1447

– Übereinkommen vom 29.9.1988 zwischen den Regierungen der USA, Japans, Kanadas und einigen Mitgliedstaaten der ESA (Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Norwegen, Spanien) über die Internationale Raumstation
Dok. 277

– Übereinkommen vom 29.9.1988 zwischen verschiedenen ESA-Mitgliedstaaten, Japan, Kanada und den USA über Zusammenarbeit bei Detailentwurf, Entwicklung, Betrieb und Nutzung der ständig bemannten zivilen Raumstation
S. 1455

– Abkommen vom 25.10.1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepu-

bliken über die Förderung der Zusammenarbeit von Unternehmen, Firmen und Organisationen im Bereich der Nahrungsmittelindustrie
S. 1597, 1601

– Abkommen vom 25.10.1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Verhütung von Zwischenfällen außerhalb ihres Hoheitsgebiets
S. 1577, 1591, 1597

– Abkommen vom 25.10.1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes
S. 1560[17], 1598

– Abkommen vom 25.10.1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes
S. 405, 1560, 1600 f.

– Abkommen vom 25.10.1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erforschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken
S. 1576[19], 1599, 1601

– Abkommen vom 21.11.1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Bulgarien über den Austausch von Kulturinstituten
S. 1729

– Protokoll vom 13.12.1988 zwischen der Volksrepublik Angola, der Republik Kuba und der Republik Südafrika (Protokoll von Brazzaville)
S. 1871[18]

– Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 20.12.1988 gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen
S. 1420[16]

– Abkommen vom 22.12.1988 zwischen der Volksrepublik Angola und der Republik Kuba über den Abzug kubanischer Truppen aus Angola
S. 1871[18]

– Abkommen vom 22.12.1988 zwischen der Volksrepublik Angola, der Republik Kuba und der Republik Südafrika
S. 1871[18]

– Viertes AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 15.12.1989 (Lomé IV)
S. 1843

Abrüstung und Rüstungskontrolle
S. 1–3, 14[4], 26–28, 35[3], 36–39, 41, 43, 62, 98, 105–107, 122, 126 f., 129, 149 f., 165, 170, 192, 196 f., 205, 277, 281, 322, 325, 331, 334, 336, 366, 368[19], 370[12], 373–380, 392, 445, 448–452, 491–493, 579, 613, 616 f., 622 f., 630, 637, 733, 984, 986, 1436, 1472, 1503, 1542, 1545, 1555, 1559, 1562–1566, 1615, 1825[2], 1828 f.

– ASAT (Anti-Satelliten-Systeme)
S. 53, 56

– ASEAN
S. 779

– Belgien
S. 111, 385 f., 389

– Biologische Waffen
S. 10 f., 915

– Bulgarien
S. 1735

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 308 und S. 2 f., 26–28, 44–48, 67–69, 71 f., 98[5], 109–113, 122 f., 126 f., 129–131, 140–142, 146, 149 f., 165, 166[36], 170, 196 f., 205, 271[19+20], 295–298, 322, 325 f., 331, 334, 336, 366–368, 370[12], 373–380, 385–388, 392 f., 397 f., 448–452, 471 f., 476–481, 491–493, 495[6], 511 f., 524[6], 530, 556–559, 574–576, 579, 598, 600 f., 613, 616 f., 622, 624–627, 630, 673, 687–692, 742, 756, 757[10], 770 f., 779, 800–808, 815, 833 f., 869–872, 921, 942 f., 952, 967, 1019–1029, 1059, 1062, 1129 f., 1157–1159, 1166–1173, 1216–1224, 1273, 1275, 1287–1292, 1309–1311, 1368, 1436–1438, 1503, 1545, 1555, 1559, 1564–1566, 1582 f., 1595 f., 1703, 1705, 1722–1726, 1741[25], 1745, 1754, 1756 f., 1845–1847

– Chemiewaffenfreie Zone
S. 39, 205, 623[17], 770 f., 815, 1023[17]

– Chemische Waffen
siehe: Chemische Waffen

– Conference on Disarmament (CD)
Dok. 10, 321 und S. 2, 7, 205[36], 386, 392[4], 480, 617[22], 669 f., 842, 1010–1013,

1021, 1029, 1173, 1221, 1362, 1413, 1419f., 1434, 1572[3], 1591, 1647, 1682, 1829

– ČSSR
S. 39[16], 205, 623, 770[6+8], 771, 1273, 1275, 1416

– DDR
S. 26f., 36–39, 62, 205[36], 477, 684, 687[3], 688f., 733, 770[6+8], 771, 1023, 1416

– EG/EPZ
S. 109–113, 477[9], 478–481, 779, 1020, 1025[28], 1026, 1028, 1129

– Frankreich
S. 35[3], 36f., 44–48, 109–111, 165, 166[36+38], 250f., 298, 385f., 389, 471f., 557[5], 579, 690–692, 752f., 771, 800–808, 867, 871f., 921, 1010–1013, 1024, 1026–1028, 1129, 1275, 1309–1311, 1545

– Genfer Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen
siehe: Genfer Verhandlungen

– Griechenland
S. 1023f., 1028

– Großbritannien
S. 26[3], 27[9], 44–48, 109–111, 298, 322, 325f., 331, 385f., 389, 445, 557[5], 579, 674, 800–808, 921, 1010–1013, 1022, 1026, 1028, 1436–1438

– Indien
S. 46, 479, 915, 1020, 1023

– INF
siehe: Nukleare Mittelstreckensysteme (INF)

– Irak
S. 1020, 1022

– Iran
S. 1022

– Israel
S. 479, 691, 942f., 1020

– Italien
S. 109–111, 385f., 557[5], 598, 601, 752f., 1747

– Japan
S. 109–111, 557[5], 984

– Jugoslawien
S. 1020

– Kanada
S. 109–111, 557[5]

– Kernwaffenfreie Zone
S. 9, 39, 43[16], 205, 471, 479, 623[17], 687–689, 770f., 815, 955, 1019, 1022, 1023[17], 1025[28], 1027, 1478[8], 1582

– Kontrolle von Exporten nuklearfähiger Trägertechnologie
Dok. 20, 100, 116, 127, 218 und S. 832, 942f.

– Konventionelle Rüstungskontrolle
siehe: Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa (KRK)

– Kuba
S. 1020, 1022

– Libyen
S. 1158

– Luxemburg
S. 385f., 388f.

– MBFR-Verhandlungen
siehe: MBFR

– Mexiko
S. 1021

– NATO
S. 149f., 373, 376–380, 432–435, 448–452, 616, 673, 726, 730–733, 799–808, 871, 879, 1020–1029, 1216–1224, 1287–1292, 1436–1438, 1723–1726, 1813–1818

– Neutrale und nichtgebundene Staaten (N+N)
S. 45–48, 477–480, 1019–1029

– Nichtverbreitung von Kernwaffen
S. 10f., 916, 918f.

– Niederlande
S. 111, 385f., 388, 673, 1024, 1026

– Norwegen
S. 385f., 388, 511f.

– Österreich
S. 556[4]

– Pakistan
S. 1021, 1025f., 1028

– Polen
S. 43[16], 67–69, 397f., 412, 574–576, 756, 757[10], 1042, 1416

– Portugal
S. 385f., 388

– Radiologische Waffen
S. 1027

– Schweden
S. 392f.

– Schweiz
S. 556[4]

– Simbabwe
S. 495[6]

– SNF
siehe: Nukleare Kurzstreckensysteme (SNF)

– Spanien
S. 385f., 388, 752f.
– Strategic Arms Limitation Talks
siehe: SALT
– Südafrika
S. 479
– UdSSR
Dok. 352, 359 und S. 2f., 45–48, 62, 98[5], 129–131, 142f., 146, 150, 250f., 277, 281, 295, 298f., 334–336, 373, 385–391, 432f., 445, 471f., 480[16], 489f., 523f., 598, 600f., 624, 630, 637, 669f., 673, 691, 700, 815f., 818, 828–832, 871, 879, 881f., 884, 900–905, 938f., 950, 1003, 1009, 1011f., 1020, 1166–1173, 1308, 1310, 1368f., 1408, 1410, 1503, 1562f., 1582, 1584, 1595f., 1703, 1705, 1747, 1754, 1756f., 1787f., 1852, 1854, 1856f., 1859, 1870, 1872–1874, 1893, 1914
– Umfassendes Teststoppabkommen (Comprehensive Test Ban, CTB)
S. 53, 479, 671, 674, 700, 829–831, 881, 1021f., 1025[28], 1027, 1646, 1872
– USA
S. 2f., 26[3], 27[9], 28, 44–48, 52f., 56, 109–112, 113[15+16], 250f., 271[19+20], 335, 368, 373–380, 385–391, 445, 478, 480, 491–493, 523f., 556–559, 579, 598, 624–627, 630, 669f., 690[3], 691, 700, 727, 750, 752–754, 803, 815f., 828–832, 871, 881f., 884, 900–905, 921, 954f., 1010–1013, 1019–1029, 1308, 1310, 1408, 1410, 1584, 1741[25], 1745, 1825[2], 1828f., 1845–1847, 1872f.
– Verhütung des Nuklearkrieges
S. 1500f., 1791
– VN
Dok. 189 und S. 476–481
– Volksrepublik China
S. 46, 691, 832
– Warschauer Pakt
S. 480, 673, 1003, 1009, 1011, 1020–1029, 1873, 1893

Afghanistan
siehe außerdem: Flüchtlings- und Asylpolitik, VN

Dok. 107 und S. 99[9], 159, 220–224, 306f., 359, 362f., 396, 426, 599, 615, 645, 670f., 673, 702, 739, 779, 832, 881, 905f., 921, 928, 1068f., 1078, 1198, 1373f., 1414, 1425, 1650f., 1846
– ASEAN
S. 779
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 261 und S. 100, 220–224, 396, 580–584, 599, 615, 673, 702, 779, 886–889, 921, 1068, 1078, 1651
– EG/EPZ
S. 224, 306f., 580, 582, 702, 779, 887, 1037, 1858
– Frankreich
S. 921, 1374, 1651
– Großbritannien
S. 390f., 396, 417, 437, 921, 1650, 1653
– Indien
S. 887f.
– Irak
S. 382, 1039
– Iran
S. 382, 1801
– Israel
S. 645
– Italien
S. 599, 673, 1374
– Japan
S. 739
– NATO
S. 437, 983
– Pakistan
S. 99[10], 100, 220[6], 221f., 223[21], 362f., 414[7], 416, 417[13], 581–583, 584[12], 886–889, 905[28], 928, 1414, 1425, 1651
– Portugal
S. 631
– Republik Korea (Südkorea)
S. 1069
– Schweden
S. 396, 888
– Spanien
S. 426
– Türkei
S. 437
– UdSSR
Dok. 70 und S. 99–101, 159, 163, 171, 220–224, 281, 307, 362f., 385[4], 390, 396, 437, 483, 489f., 523f., 580–584, 599, 606, 615, 631, 645, 670f., 673–675, 702, 739, 832, 881, 887–889, 905f., 928, 962f., 983, 985, 987, 1039, 1054, 1068f., 1078, 1198, 1376f., 1414, 1425, 1650f., 1653, 1801, 1846, 1856[7], 1857f., 1871f., 1874

– USA
S. 221 f., 359, 362 f., 385[4], 390, 396, 414, 523 f., 581–583, 584[12], 606, 615, 670 f., 674 f., 702, 832, 881, 905 f., 921, 928, 983, 987, 1376, 1414, 1425, 1650 f., 1829, 1858
– Volksrepublik China
S. 1069

Afrikapolitik der Bundesregierung
Dok. 166 und S. 158–161, 192, 194, 254[6], 569–574, 588–591, 705 f., 1487–1490, 1493, 1532 f.

Ägypten
siehe außerdem:
Arabische Liga, Nahost-Konflikt, Terrorismus, VN, Wirtschafts- und Währungsfragen
S. 177, 179–190, 573, 596, 928, 940, 942, 1155, 1453, 1532
– Algerien
S. 180[3]
– Argentinien
S. 556[4], 557
– Bahrain
S. 180, 269[8]
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 31, 267 und S. 270, 274, 360 f., 473, 942, 1259–1264, 1532
– EG/EPZ
S. 184, 302
– Frankreich
S. 184, 185[30], 473, 1651
– Großbritannien
S. 184, 190
– Irak
S. 180 f., 269[8]
– Iran
S. 180 f., 1402
– Israel
S. 178[7], 180[3], 181–185, 187 f., 240, 242, 361, 473, 533, 942, 1155, 1399–1402, 1779
– Italien
S. 184, 302
– Jordanien
S. 184, 187, 274, 304 f., 1402
– Katar
S. 180, 269[8]
– Kuwait
S. 180, 189, 269[8]
– Libanon
S. 180[3], 1407
– Libyen
S. 180[3], 189, 1404, 1406
– Oman
S. 180, 269[8]
– Panama
S. 587
– PLO
S. 1651
– Rumänien
S. 188
– Saudi-Arabien
S. 180, 183 f., 189, 269[8], 1403 f.
– Syrien
S. 180[3], 533, 964, 1407
– Tunesien
S. 188 f.
– UdSSR
S. 963, 1259, 1263, 1378 f.
– USA
S. 183, 185 f., 270 f., 301, 361, 536[21], 928, 965, 992, 1407, 1423
– Vereinigte Arabische Emirate
S. 180, 189 f., 269[8]
– Wirtschaftsreformen
S. 185–187

AIDS
S. 172, 651, 653, 1347, 1351, 1612

Akademie der Künste, Berlin
S. 1623[2]

Albanien
siehe außerdem:
Deutsche Frage, Wirtschafts- und Währungsfragen
Dok. 13

Algerien
siehe außerdem:
Ägypten, Nahost-Konflikt, VN, Wirtschafts- und Währungsfragen
Dok. 209, 297 und S. 189, 1202, 1517 f.
– Bundesrepublik Deutschland
S. 1122–1124, 1517 f.
– Frankreich
S. 1123 f., 1517 f.
– Irak
S. 1199
– Jugoslawien
S. 1199, 1201

American Jewish Committee
Dok. 110 und S. 1017 f., 1719 f.

American Jewish Congress
S. 185, 1719f.

Amnesty International
S. 34, 233f., 236, 588[5], 589[6], 1772

Angola
siehe außerdem: Namibia-Frage, VN

Dok. 142 und S. 171–173, 215, 309, 632–634, 705, 832, 834, 988, 993, 1074–1080, 1144, 1205–1209, 1293, 1329, 1651, 1714, 1822, 1830, 1871

– ANC
S. 968, 970
– Belgien
S. 1207
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 200, 227 und S. 134[10], 158f., 215, 252[3], 309, 571f., 583[11], 590, 632–634, 705, 778, 834, 970, 1144–1147, 1148[11], 1329f., 1651, 1714
– EG/EPZ
S. 309, 1037
– FNLA
S. 1076, 1078
– Frankreich
S. 161, 633, 1651
– G7
S. 993
– Großbritannien
S. 633, 1207, 1651, 1822
– Italien
S. 993
– Kenia
S. 1077
– Kuba
S. 158, 171, 309[44], 390, 572, 590[14], 632–634, 705, 776–778, 832, 906, 993, 1075–1079, 1144, 1146f., 1148[11], 1206–1209, 1293f., 1329, 1408, 1651, 1714, 1822, 1830, 1871
– Mosambik
S. 1077
– Nigeria
S. 1076
– OAU (Organization of African Unity)
S. 1078f.
– Portugal
S. 309, 632–634, 1078, 1206[6]
– Sambia
S. 570, 572
– Südafrika
Dok. 215 und S. 158f., 171, 309[44], 570–572, 590[14], 632–634, 705, 776–778, 832, 906, 966[9], 968, 988, 993, 1075–1080, 1206–1209, 1293f., 1329, 1408, 1651, 1714, 1822, 1830, 1871
– SWAPO
S. 1078, 1293f., 1296f., 1408
– Tansania
S. 1329
– UdSSR
S. 171, 215, 390, 632–634, 705, 777[10], 832, 906, 941, 988, 1076, 1078, 1294, 1376, 1415, 1871
– UNITA
Dok. 200 und S. 215, 309[44], 572, 590[14], 633, 705, 777[10], 778, 988[35], 1206–1209, 1294f., 1297
– USA
S. 158f., 161, 309, 390, 572, 590, 705, 776–778, 832, 906, 988, 993, 1075–1078, 1144, 1147, 1148[11], 1206–1209, 1293f., 1329, 1376, 1408, 1415, 1651, 1714, 1822, 1830, 1871
– Volksrepublik Kongo
S. 1079
– Zaire
S. 1207f.

Anti-Defamation League of B'nai B'rith (ADL)
S. 1017, 1719f.

Arabische Liga
siehe außerdem: Israel, Nahost-Konflikt, USA

S. 89[21], 180[3+6], 243, 556[10], 940, 1030, 1034[19], 1424

– Ägypten
S. 180[3]
– Bundesrepublik Deutschland
S. 8, 1030, 1033
– EG/EPZ
S. 300–305, 1034[19]
– Irak
S. 1030
– Jordanien
S. 300, 302–305
– Syrien
S. 85[3], 89f., 180[3]

Argentinien
siehe außerdem: Ägypten, GATT, Menschenrechte, Ver-

schuldungsproblematik, VN, Wirtschafts- und Währungsfragen

S. 353–358, 876, 942, 1672–1676, 1849

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 316, 334 und S. 556–559, 942
– Chile
S. 1752 f.
– EG/EPZ
S. 1673–1676
– Frankreich
S. 1673
– Großbritannien
S. 578, 1673, 1675 f., 1755 f.
– Irak
S. 556[4], 557[5]
– Israel
S. 942
– Italien
S. 1674 f., 1750[3]
– Panama
S. 587, 1849
– Paraguay
S. 1753
– Spanien
S. 1673–1675, 1750[3]
– UdSSR
S. 101[20], 426, 1676, 1753 f.
– USA
S. 426, 556–559, 876, 1673, 1676

ASAT (Anti-Satelliten-Systeme)
siehe unter: Abrüstung

ASEAN (Association of Southeast Asian Nations)
siehe außerdem:
Abrüstung, Afghanistan, Chemische Waffen, Flüchtlings- und Asylpolitik, GATT, Japan, Kambodscha, Kanada, Terrorismus, UdSSR, USA, Vietnam, Wirtschafts- und Währungsfragen

Dok. 202 und S. 490, 504[20], 689[8], 708 f., 711, 723–725, 745, 763, 1343, 1345, 1349 f., 1353, 1425, 1448
– Brunei
S. 724, 779, 1095
– Bundesrepublik Deutschland
S. 708 f., 711, 723–725, 779 f., 1094–1096, 1343, 1345 f.
– EG/EPZ
Dok. 133, 143 und S. 6, 79[7], 504[20], 708 f., 711, 989, 1093–1096, 1343, 1345 f., 1349 f.
– Indonesien
S. 708 f., 723–725, 1094, 1349, 1448
– Malaysia
S. 1349 f.
– Philippinen
S. 1349
– Singapur
S. 1095 f., 1349
– Thailand
S. 708 f., 711, 1094, 1349

Asylpolitik
siehe: Flüchtlings- und Asylpolitik

Äthiopien
siehe außerdem: VN

S. 583[11], 706, 832, 908[4], 910[12], 1001

Atlantik-Brücke e. V.
S. 592 f.

Australien
siehe außerdem:
Chemische Waffen GATT, Wirtschafts- und Währungsfragen

S. 1093–1096, 1465–1476, 1842
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 280 und S. 1390
– EG/EPZ
S. 989

Bahamas
siehe außerdem: Wirtschafts- und Währungsfragen

S. 1025

Bahrain
siehe außerdem: Ägypten, Wirtschafts- und Währungsfragen

S. 181, 958, 1454

Bangladesch
siehe außerdem: VN

S. 739, 1833

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)
Dok. 228 und S. 995[10], 1128[15]

Banque de France
S. 193, 1134

Barbados
S. 280[19]

BDA (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände)
S. 650[9], 1620[72], 1621

BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie)
S. 1141[19], 1346[13], 1466f., 1620[72], 1621, 1751, 1901

Belgien
siehe außerdem: Abrüstung, Angola, Chemische Waffen, EG, EPZ, Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK), KSZE, MBFR, Menschenrechte, Nahost-Konflikt, NATO, Nukleare Kurzstreckensysteme (SNF), Nukleare Mittelstreckensysteme (INF), VN, VSBM, WEU, Wirtschafts- und Währungsfragen
S. 1454, 1466, 1548, 1789, 1882, 1888
– Bundesrepublik Deutschland
S. 947, 1129, 1466
– Frankreich
S. 1126, 1251
– Großbritannien
S. 1251
– Polen
S. 411[55], 948
– Schweden
S. 844
– Türkei
S. 1299–1304
– UdSSR
S. 674, 1251, 1306
– USA
S. 302, 674, 831

Benin
siehe außerdem: Menschenrechte, Terrorismus, VN
Dok. 109 und S. 1532

Bergedorfer Gesprächskreis
Dok. 352

Berlin
S. 14[4], 17, 167, 197, 199, 295, 324, 328f., 338, 360, 371, 401f., 404, 436f., 548, 812, 817f., 846, 849[24+25], 869, 899[8], 907, 920, 949, 1081–1083, 1165, 1279, 1285, 1323, 1334–1336, 1346, 1368, 1371, 1395, 1396[13], 1429f., 1434, 1458, 1503, 1560, 1562, 1617, 1645, 1649, 1653, 1706, 1711, 1771, 1773, 1868
– 750-Jahrfeier
S. 328f.
– Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ am 5.4.1986
siehe unter: Terrorismus
– DDR
S. 128[21], 329[24], 1334–1336, 1649, 1868
– Drei Mächte
S. 14[4], 17, 329[24], 1334–1336, 1434, 1503
– Einbeziehung in (internationale) Abkommen und Verträge
S. 4, 14[4], 17, 66[14], 69[14], 70[15+18], 126[15], 128, 167, 199, 401f., 403[24], 404, 548, 817, 849[24+25], 1081–1083, 1165[16], 1279, 1285, 1368, 1395, 1396[13], 1429f., 1560, 1562, 1617, 1653, 1671[9], 1711, 1773[17]
– Frankreich
S. 35[2+3], 37f., 869, 920, 1334–1336, 1434, 1645
– Großbritannien
S. 324, 328f., 869, 920, 1334–1336, 1434, 1458
– Iran
S. 1711
– Island
S. 437
– Kuba
S. 1773[17]
– Nicaragua
S. 1653
– RGW
S. 548
– UdSSR
Dok. 252 und S. 4, 128[21], 167, 295, 298f., 338, 401f., 436, 812, 817f., 899[8], 907, 1081–1083, 1165, 1279, 1285, 1368, 1395, 1429f., 1434, 1503, 1560, 1562, 1617, 1649
– USA
S. 60[14], 360, 371, 436, 899[8], 907, 920, 949, 1334–1336, 1434, 1645, 1706[8]
– Vier-Mächte-Verantwortung
S. 14[4], 17, 401, 402[19+20], 1334–1336, 1434, 1503, 1560, 1562

Bewegung blockfreier Staaten
S. 86[8], 87, 355, 495, 496[10], 1200–1203, 1650, 1798

BIOst (Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien)
S. 282

Birma
S. 912[19], 1352, 1488

Bolivien
siehe außerdem: VN
S. 1532, 1751

– Panama
S. 587

Bonner Vierergruppe
S. 17, 734[8], 856[14], 857[16], 1335

Börsenverein des Deutschen Buchhandels e.V.
S. 198[14]

Botsuana
S. 1906–1910

– Bundesrepublik Deutschland
S. 134[10], 1906–1910

– Frankreich
S. 1906–1910

– Südafrika
S. 589

Brasilien
siehe außerdem:
Chemische Waffen, GATT, Menschenrechte, Verschuldungsproblematik, Wirtschafts- und Währungsfragen
S. 353–358, 876, 1453, 1469, 1751

– Bundesrepublik Deutschland
S. 763

– Mosambik
S. 212

– Panama
S. 587

– UdSSR
S. 101[20], 1378, 1380

– USA
S. 690[3], 876

Brunei
siehe außerdem: ASEAN

– Indonesien
S. 724

Bulgarien
siehe außerdem:
Abrüstung, Deutsche Frage, Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK), KSZE, Menschenrechte, RGW, Warschauer Pakt, Wirtschafts- und Währungsfragen
S. 4, 65[10], 157, 548, 877, 937, 944, 946, 1528, 1677, 1705, 1754, 1758, 1785

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 331 und S. 3f., 73, 76, 403[24], 937, 1047, 1271, 1395[8], 1705, 1758

– DDR
S. 1735

– EG/EPZ
S. 1730, 1749

– Frankreich
S. 1733f.

– GATT
S. 1730

– Griechenland
S. 548

– Iran
S. 1785

– Japan
S. 1735

– Jugoslawien
S. 1731

– Polen
S. 411[55]

– Politische und wirtschaftliche Reformen
S. 1730–1732, 1735

– Türkei
S. 1876

– UdSSR
S. 157, 937, 946, 1118, 1732, 1734f.

– USA
S. 877, 1732

Bund-Länder-Ausschuß Außenwirtschaft (BLA)
S. 1280f., 1284f.

Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft (BAW)
S. 133, 135, 139, 432[16], 558, 626, 718, 721f., 752, 1157[8+9], 1158f., 1259[6]

Bundesamt für Verfassungsschutz
S. 1178

Bundesanwaltschaft
S. 136f.

Bundesarchiv Koblenz
S. 1091[52]

Bundesbank
siehe: Deutsche Bundesbank

Bundeskabinett
Dok. 166 und S. 14[4], 20, 420, 560[5], 562[14], 637, 648[3+4], 650, 655, 656[25], 661, 721, 784, 1086f., 1090, 1131[7+8], 1231f., 1281, 1346, 1361[5], 1390[22], 1467[10], 1470[17], 1488, 1493, 1514[6], 1560[17], 1919, 1923

Bundeskanzleramt
Dok. 316 und S. 16, 17[17], 78, 121[1], 167[40], 169[3], 179[1], 195[1], 219[25], 230, 266[1], 293[22], 329[28], 360[15], 380[17], 397[6], 418[2], 438[1], 442, 459–461, 468[1], 476, 491–493, 556[2+4], 557, 559, 560[7], 561f., 618, 623[17],

627[1], 677f., 681, 769–771, 784[1], 843[1], 849[25], 863[6], 910[13], 1042[1], 1060[7], 1074–1093, 1137, 1142, 1143[9], 1148, 1160[7], 1161[13], 1176–1179, 1216f., 1287–1292, 1322, 1333[18], 1336, 1343[1], 1355–1357, 1365[1], 1387, 1399[1+2], 1406[22], 1435, 1461[6], 1504, 1505[1], 1512, 1513[1], 1521[1], 1553[1], 1582[1], 1587[1], 1603[2], 1605, 1659[1], 1680, 1684, 1701[1], 1723–1725, 1736[1], 1750[1], 1758[6], 1773[1], 1819[1], 1831[1], 1837–1839

Bundeskartellamt
S. 1901

Bundeskriminalamt
Dok. 271 und S. 555[8]

Bundesländer
siehe: Länder der Bundesrepublik

Bundesministerium der Finanzen
S. 17[17], 75[35], 78, 80–84, 133, 137f., 190, 193, 198[14], 206, 208, 283[2+3], 284[7], 287, 290, 293f., 372, 382f., 397[6], 402, 439[4], 441f., 560–562, 637, 677f., 696, 721, 723, 739, 746–748, 908–912, 978[5], 979, 1133, 1249, 1387[8], 1390, 1490, 1531–1534, 1603–1606, 1886, 1888[7], 1900, 1920, 1923

Bundesministerium der Justiz
S. 12[3], 234f., 441f., 460, 560[7], 561, 648[4], 655, 659–661, 723, 785[6], 786[7], 1367[15], 1723, 1908, 1920f.

Bundesministerium der Verteidigung
S. 3[10], 14[4], 16–21, 41, 125[11], 133, 135, 190, 331, 380[17], 411[57], 468[1], 491–493, 550[15], 560[5+7], 561, 568[9], 635–637, 640–642, 664, 677–679, 681, 692[4], 693, 695–697, 732[29], 750[9], 801[12], 830[11], 864, 1003, 1096–1098, 1110[1], 1113, 1126f., 1143, 1161f., 1216f., 1226[8], 1231–1234, 1239, 1260–1264, 1287–1292, 1299[11], 1331–1333, 1435, 1476[32], 1495f., 1523, 1565, 1580f., 1594–1598, 1604–1606, 1617, 1658, 1679–1683, 1706, 1723–1726, 1813–1818

Bundesministerium des Innern
S. 68, 229, 405[35], 460, 555[8], 560[7], 561, 723, 788[18], 791f., 846[11], 896, 1087, 1091f., 1203, 1205, 14161–1464, 1512f., 1680, 1683, 1720, 1908

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
S. 1137, 1296[24]

Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft
S. 1710

Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen
S. 145[20], 227, 360[10], 372[21], 1090f.

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
S. 78–80, 81[20], 216[7], 217f., 219[25], 266[4], 293[22], 311, 792–795, 1085f., 1090, 1279[18], 1396[13], 1597f., 1605

Bundesministerium für Forschung und Technologie
S. 227, 293[22], 402f., 648[4], 655, 662, 746[33], 762, 1082[17], 1087, 1089f., 1239, 1396[10+12], 1576[19], 1598f., 1710

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen
S. 861f., 934[6], 1082[17], 1336, 1359, 1678

Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit
S. 74[30], 190, 197[7], 407, 648[4], 655, 981[4], 1043, 1091, 1685

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
S. 69[14], 293[22], 405, 798f., 849[25], 1082[14+15+17], 1088f., 1096, 1098[13], 1231–1233, 1240, 1278[15], 1396[14], 1560[17], 1600, 1680, 1683

Bundesministerium für Verkehr
S. 786f., 789–791, 1081[11], 1083, 1086f., 1091[51], 1096, 1098[13], 1231, 1233, 1336, 1605, 1619[68], 1680, 1683

Bundesministerium für Wirtschaft
S. 78, 79[7], 80, 81[20], 83f., 133, 135, 137f., 190, 193, 200[22], 202, 283[2+3], 284[7], 286[14], 290[17], 293[22], 294, 382, 397[6], 439[4+8], 441f., 550, 556[2], 557–559, 560[5+7], 561, 624[5], 625–627, 677f., 716[5], 719, 722f., 750[9], 754, 755[22], 762, 785f., 792, 850–852, 863–865, 918[14], 934[9], 935[12], 942, 967[16], 1045, 1048[20], 1083–1093, 1131[5+6], 1136, 1139f., 1141[19], 1143, 1157–1159, 1229, 1239, 1260–1264, 1279[18], 1332, 1382[11], 1389[15], 1390, 1396[13], 1398[20+21], 1453f., 1461[6], 1469, 1475f., 1576[20], 1580[7], 1581, 1599f., 1603[5], 1604–1606, 1620[72], 1664, 1674[6], 1723, 1726, 1750[4], 1802[5], 1803, 1808, 1888, 1900, 1918[4], 1919–1923

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
S. 114[3], 115[7], 190, 194, 243, 459f., 573[17], 705[40], 741, 762, 766[8], 908–912, 1077, 1284, 1323, 1325–1328, 1350, 1489[10], 1490, 1605, 1623[6], 1710, 1771f.

Bundesnachrichtendienst (BND)
Dok. 345 und S. 227, 557, 564[8], 624f., 626[16], 640[7+8], 666f., 1003, 1174[4], 1177, 1382, 1923

– Zentralstelle für das Chiffrierwesen
S. 227–230

Bundespräsidialamt
S. 442, 497[13], 1757[1]

Bundespressekonferenz
S. 123[7], 139, 1273[19], 1563[22], 1756[18]

Bundesrat
S. 190, 441[17], 788[18], 833[27], 996, 1494[2], 1541, 1546, 1608, 1610

Bundesrechnungshof
S. 402, 1249[5], 1909

Bundessicherheitsrat
Dok. 329 und S. 78, 132[4], 492, 692[4], 693–695, 697, 1121[10], 1142f., 1158, 1217[5], 1231–1233, 1261–1264, 1287, 1291f., 1332f., 1453f., 1581, 1604f., 1606[22+26], 1666[13], 1679–1683, 1918f.

Bundesstelle für Außenhandelsinformation (BfAI)
S. 1281, 1285f.

Bundestag
Dok. 263 und S. 20, 45, 81[21], 127[17], 136[13+14], 138[25], 149, 154[12], 190, 214[12], 255f., 290, 365, 372[19+20], 402, 441[17], 533, 538, 560[5], 561, 562[14], 571, 585, 594f., 613, 630[10], 650f., 656, 661, 733, 735, 742[17], 753f., 791, 833, 863, 868, 895, 912, 932, 966[7], 968, 996, 1107[8], 1160, 1247, 1249, 1304[22], 1309f., 1361[5], 1365[24], 1472, 1494[2], 1495[5], 1520[3], 1541, 1566, 1606, 1608, 1610, 1699f., 1706, 1707[10], 1737[6], 1749, 1757[1], 1759, 1835[6], 1861, 1867

– Ausschuß für Forschung und Technologie
S. 651f.

– Auswärtiger Ausschuß
S. 231, 585[5], 1381, 1382[12], 1726

– Unterausschuß für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
S. 231

– Untersuchungsausschuß Südafrika
S. 134–140

– Verteidigungsausschuß
S. 1495[5], 1726

Bundesverfassungsgericht
S. 464[15], 1442[14]

Bundeswehr
S. 103[29], 365[8], 367, 371, 549, 566–569, 630, 845, 938, 1274, 1305, 1317, 1472, 1475, 1555, 1566, 1596, 1666, 1756f., 1770

Burma
siehe: Birma

Cap Anamur/Deutsche Notärzte e.V.
Dok. 261

Carl Duisberg Gesellschaft e.V.
S. 1600[51]

Carnegie Stiftung für Internationalen Frieden
S. 918[13]

CDU (Christlich Demokratische Union Deutschlands)
S. 45, 68[4], 81[21], 134f., 138f., 372[20], 439, 538[4], 602[13], 640, 733, 738[5], 770, 972[6], 1109, 1247[4], 1249[8], 1542, 1554, 1721, 1821f., 1832, 1835[6], 1848

Chatham House
siehe: Royal Institute for International Affairs

Chemische Waffen
Dok. 10, 186, 321 und S. 2, 7, 27, 39, 56, 105, 127, 142, 149, 153, 196, 205, 297, 326, 359, 445, 449, 452, 478f., 617f., 630, 669f., 701, 815f., 821f., 829, 831, 834, 840–843, 847, 871f., 881, 901, 903f., 952f., 1167f., 1172f., 1217[6], 1219–1221, 1223f., 1434, 1564, 1572[3], 1590f., 1647, 1779, 1824, 1829, 1839

– Abzug amerikanischer Chemiewaffen aus der Bundesrepublik
Dok. 318 und S. 1723

– ASEAN
S. 779

– Australien/Australische Initiative
S. 717–721

– Belgien
S. 1882

– Brasilien
S. 720

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 154 und S. 7, 27, 44–48, 105, 127, 131, 142, 149, 153f., 196, 205[36], 297, 326, 334, 337, 359, 368, 370[12], 373, 386f., 392f., 434, 445, 449, 452, 471, 478f., 563f., 568, 617f., 630, 673, 701, 717–723, 742, 770f., 779, 815, 821f., 834, 847, 872, 904, 915, 943, 952, 1010–1013, 1034,

1040 f., 1172 f., 1217[6], 1219–1221, 1223 f., 1341 f., 1362 f., 1368, 1381 f., 1414, 1434, 1564, 1572[3], 1583, 1590 f., 1613–1615, 1617, 1647, 1679–1683, 1689–1693, 1715, 1722 f., 1742, 1756, 1779, 1824, 1839, 1874, 1918–1923

– Chemiewaffenfreie Zone
siehe unter: Abrüstung
– Conference on Disarmament (CD)
siehe unter: Abrüstung
– ČSSR
S. 39[16], 205, 770 f.
– Dänemark
S. 434
– DDR
S. 39[16], 205[36], 770 f., 1023[17]
– EG/EPZ
S. 717–721, 779, 1339
– Einsatz chemischer Waffen durch den Irak
Dok. 99, 154, 253, 263 und S. 563–565, 568, 719 f., 998, 1020, 1022, 1026 f., 1033 f., 1040 f., 1152, 1156, 1230, 1313, 1414, 1434, 1647, 1682[19], 1782, 1861
– Frankreich
S. 44–48, 105, 326, 434, 437, 471, 509, 847, 871 f., 1010–1013, 1023[17], 1024, 1173, 1362 f., 1414, 1419 f., 1434, 1590, 1614 f., 1647, 1689–1693, 1861, 1874
– Großbritannien
S. 44–48, 105, 326, 364[4], 445, 674, 847, 953, 1010–1013, 1413 f., 1419, 1437, 1459, 1647, 1689–1693, 1861
– Herstellung chemischer Waffen durch den Irak/Verdacht auf Lieferungen aus der Bundesrepublik
Dok. 132 und S. 943, 1414, 1723, 1919 f.
– Herstellung chemischer Waffen durch Libyen/Verdacht auf Lieferungen aus der Bundesrepublik
Dok. 2, 373 und S. 1414, 1419, 1715[14], 1722 f., 1742, 1756, 1779, 1824
– Indien
S. 46, 720, 915 f., 1362[14]
– Indonesien
S. 1861
– Irak
S. 554 f., 563 f., 568, 717, 719, 721 f., 1434
– Iran
S. 563 f., 717, 1230, 1861
– Israel
S. 943
– Italien
S. 386, 1434
– Japan
S. 717–721, 742
– Kanada
S. 717–721, 1420
– Luxemburg
S. 389
– NATO
S. 149, 449, 452, 1011[8], 1217[6], 1219–1221, 1223 f., 1419, 1690 f., 1839
– Neuseeland
S. 717 f., 721
– Neutrale und nichtgebundene Staaten (N+N)
S. 45–48, 1022, 1362[14], 1692
– Niederlande
S. 1024[21]
– Norwegen
S. 7, 717–721
– Proliferation/Ausfuhrkontrolle chemischer Substanzen
S. 149, 153, 391 f., 434, 717–723, 841, 842[10], 901, 904, 943, 1173, 1221, 1414, 1682[19], 1690 f., 1829, 1861, 1919 f., 1922[22], 1923
– Polen
S. 1690
– Schweden
S. 1690
– Schweiz
S. 717–721
– Syrien
S. 1414
– Türkei
S. 1779
– UdSSR
S. 2, 45–48, 131, 142, 149, 153 f., 298, 300[21], 334, 337, 385[4], 391, 568, 617 f., 669 f., 700 f., 816, 829, 831, 834, 881, 901, 903 f., 1011 f., 1167 f., 1172 f., 1362, 1368, 1413 f., 1419, 1437, 1572[3], 1590 f., 1647, 1682, 1690 f., 1839, 1872
– USA
S. 44–48, 53, 56, 105, 127, 153 f., 326, 359, 368, 375, 385[4], 391, 617[21], 669 f., 675, 700 f., 717–722, 821, 829, 831, 834, 847, 881, 901, 903 f., 998, 1010–1013, 1172 f., 1230, 1313, 1368, 1414, 1419, 1434, 1590, 1613[26], 1614 f., 1647, 1679–

1683, 1689–1693, 1708, 1715, 1722 f., 1742, 1779, 1824, 1829, 1872, 1918–1923
– Verifikation/Nichtherstellungskontrolle
Dok. 321 und S. 2, 45–48, 53, 149, 153 f., 326, 359, 391, 434, 617 f., 670, 700 f., 831, 847, 881, 903, 1011–1013, 1172[33], 1173, 1221, 1363, 1414, 1419 f., 1590, 1682, 1829
– VN
S. 719, 1382, 1434, 1647, 1682[19], 1691[10]
– Volksrepublik China
S. 46
– Warschauer Pakt
S. 434, 1011, 1022, 1224

Chile
siehe außerdem: Argentinien, VN, Wirtschafts- und Währungsfragen
Dok. 291 und S. 233, 876 f., 1248–1250, 1714, 1752 f., 1850
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 235 und S. 1520[3], 1752 f., 1850
– Colonia Dignidad
Dok. 39, 71
– EG/EPZ
S. 1249 f.
– USA
S. 876 f., 1714

China
siehe: Republik China (Taiwan) und Volksrepublik China

CIA (Central Intelligence Agency)
S. 1715, 1722, 1723[2], 1827, 1849, 1918

Citizens Network for Foreign Affairs
S. 1614[42]

COCOM (Coordinating Committee for East-West Trade Policy)
siehe unter: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen

Colonia Dignidad
siehe unter: Chile

COMECON (Council for Mutual Economic Aid/Assistance)
siehe: RGW

Commonwealth of Nations
S. 495, 578, 968, 992, 1345

Conference on Jewish Material Claims against Germany
Dok. 29 und S. 60[14], 858

Contadora-Gruppe
siehe unter: Zentralamerika-Politik

Costa Rica
siehe außerdem: VN, Zentralamerika-Politik
S. 352–358
– Bundesrepublik Deutschland
S. 8, 713 f., 875
– Großbritannien
S. 1653
– Honduras
S. 714
– Nicaragua
S. 1653
– Norwegen
S. 8
– USA
S. 355

ČSSR (Československá Socialistická Republika)
siehe außerdem:
Abrüstung, Chemische Waffen, GATT, Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK), KSZE, Menschenrechte, Nukleare Mittelstreckensysteme (INF), RGW, Umweltpolitik, Warschauer Pakt, Wirtschafts- und Währungsfragen
S. 4, 41, 42[10], 57, 64[7], 156 f., 640, 944, 947, 971–975, 1060, 1064, 1359, 1475, 1516 f., 1618, 1677 f., 1694, 1696, 1705, 1785
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 33, 115, 240 und S. 3 f., 69[14], 155 f., 363, 470 f., 517[5], 848, 974 f., 1047, 1278, 1358[3], 1395[8], 1416, 1430, 1475, 1516 f., 1618, 1705, 1848
– Dänemark
S. 947
– DDR
S. 57, 686, 1747
– Dissidenten
Dok. 178 und S. 1060[8], 1064, 1696[11]
– EG/EPZ
S. 1593[28]
– Frankreich
S. 1275, 1361, 1416, 1516, 1618, 1874
– Großbritannien
S. 971[4], 1120
– Heiliger Stuhl
S. 203 f., 622 f., 975
– Iran
S. 1785

– Katholische Kirche
S. 203 f., 972–975, 1516 f.
– Niederlande
S. 1060, 1064
– Österreich
S. 202, 1120
– Polen
S. 411[55]
– Reformprozeß
S. 618[2], 619–621, 944, 971–975, 1060[8], 1064, 1120, 1270, 1416, 1516 f., 1696[11], 1705
– UdSSR
S. 150, 195[2], 363, 388, 461[2], 470 f., 620, 848, 944, 975, 1270–1273, 1551, 1618
– Ungarn
S. 200
– USA
S. 859, 971[3], 973, 1272[17], 1274 f., 1848
– Volksrepublik China
S. 1510

CSU (Christlich-Soziale Union)
S. 81[21], 134 f., 139, 255[11], 372[20], 1074[2], 1247[4], 1581, 1721, 1821 f., 1832, 1835[6]

DAAD (Deutscher Akademischer Austauschdienst e. V.)
S. 543, 1350[22], 1623[2], 1772[15]

Dänemark
siehe außerdem:
Chemische Waffen, ČSSR, EG, EPZ, Flüchtlings- und Asylpolitik, Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK), KSZE, MBFR, Menschenrechte, Nahost-Konflikt, NATO, Nukleare Kurzstreckensysteme (SNF), VN, Wirtschafts- und Währungsfragen

Dok. 237 und S. 9[46], 41, 43, 434, 601, 640, 1454, 1888
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 256 und S. 1129, 1277
– DDR
S. 1355–1357
– Iran
S. 1073
– Israel
S. 302
– Norwegen
S. 1841
– Polen
S. 411[55]
– UdSSR
S. 947
– USA
S. 1880
– WEU
S. 1302

DDR (Deutsche Demokratische Republik)
siehe außerdem:
Abrüstung, Berlin, Bulgarien, Chemische Waffen, ČSSR, Dänemark, Deutsche Frage, Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK), KSZE, KVAE, Menschenrechte, Nationalsozialismus, Nukleare Kurzstreckensysteme (SNF), Nukleare Mittelstreckensysteme (INF), RGW, Technologiepolitik, Terrorismus, Umweltpolitik, Warschauer Pakt, Wirtschafts- und Währungsfragen

Dok. 12, 29, 42, 125, 264 und S. 41, 42[10], 46[17], 68[4], 127, 128[21], 211[4], 252, 621, 630, 640, 769–772, 848, 850, 855–860, 937, 985, 1002, 1060, 1064, 1108, 1129, 1163, 1187 f., 1198, 1278[15], 1355–1360, 1371 f., 1383–1385, 1416, 1475, 1515 f., 1544, 1636, 1649, 1696, 1735, 1754, 1758, 1770, 1772, 1805–1808, 1867–1869
– CDU (DDR)
S. 38[13]
– EG/EPZ
S. 1271, 1319
– Evangelische Kirche
S. 60 f., 245[6], 246–248, 621, 682–685, 933, 986, 1187, 1384 f., 1431, 1696[11]
– FDJ
S. 1384
– Frankreich
Dok. 8 und S. 62, 129 f., 166
– Großbritannien
S. 35, 946
– Heiliger Stuhl
S. 1371
– Kanada
S. 175
– Kuba
S. 1771
– LDPD
S. 38[13]

– Nepal
Dok. 126
– Niederlande
S. 1060, 1064
– Oppositionelle Gruppen/Bürgerrechtsbewegung
S. 57, 60 f., 244–249, 621, 682–686, 933 f., 937[14], 1060[7], 1064, 1188, 1384, 1696[11]
– Polen
S. 57, 411[55], 892[3], 894, 1319, 1516
– Reiseverkehr
S. 1649
– Schießbefehl
S. 859 f., 1188, 1696[11]
– SED
S. 38[13], 39[15], 57–62, 245–247, 685, 736 f., 741, 770, 817, 1383–1385, 1475, 1805–1808, 1867, 1869
– UdSSR
Dok. 346 und S. 38, 57–62, 130, 144 f., 150, 175[3], 246 f., 299, 369, 388, 461[2], 471, 682, 685–687, 848, 937 f., 985, 1129, 1198, 1384, 1416, 1431, 1502, 1515, 1561, 1678, 1747, 1753, 1868
– Umweltbibliothek der Zionskirche
S. 60 f., 244–249, 682, 684 f., 933, 1188
– Ungarn
S. 454, 1702, 1747
– USA
Dok. 157 und S. 35, 38, 60[14], 176, 933, 937, 1108, 1803 f.
– Verbot der Zeitschrift „Sputnik“
Dok. 346 und S. 1747, 1868

DED (Deutscher Entwicklungsdienst)
S. 497

DEG (Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft)
S. 1772[15]

Delors-Paket
siehe unter: EG

Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)
siehe außerdem: Terrorismus
S. 503

Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea)
siehe außerdem: Terrorismus, Wirtschafts- und Währungsfragen
S. 572, 706, 949, 984, 988, 1000–1002, 1067, 1069 f., 1163, 1415, 1770
– Italien
S. 1001
– Japan
S. 984, 988, 1000 f.
– Jordanien
S. 269
– Kuba
S. 1770
– Republik Korea (Südkorea)
S. 360, 706[49], 906, 1067–1070, 1163, 1415
– Simbabwe
S. 495
– UdSSR
S. 706 f., 906, 984, 988, 1069, 1415
– USA
S. 572, 706 f., 906, 988, 1415

Deutsch-deutsches Verhältnis
Dok. 135, 345, 360 und S. 4, 26 f., 36–38, 39[15+16], 58, 61 f., 129 f., 144, 199, 211[4], 247[12], 248 f., 298 f., 328 f., 368, 402[23], 403[24], 437, 442, 471, 610, 621 f., 630, 685–689, 741, 769–772, 815, 848, 850, 859, 933, 937 f., 944–946, 949, 986, 1047, 1068–1070, 1091[52], 1103, 1107 f., 1129, 1160–1163, 1187 f., 1198, 1271, 1371 f., 1383–1385, 1390 f., 1429–1431, 1433, 1475, 1515, 1561, 1563, 1677–1679, 1753, 1770, 1806, 1894[5]
– Ausreisebewegung/Botschaftsflüchtlinge
Dok. 158, 256, 257, 264, 317 und S. 39, 244[2], 245, 249, 472, 621, 682–868, 734, 741, 934 f., 1069 f., 1371 f., 1429, 1433, 1475, 1515, 1702, 1741[25]
– Handels- und Wirtschaftsbeziehungen
S. 934, 938
– humanitäre Fragen
S. 734, 770, 934
– Kulturbeziehungen
S. 735
– Reiseverkehr
S. 38, 58, 61 f., 437, 630, 682, 686, 734, 736, 848, 933–935, 938, 944 f., 949, 1068, 1371, 1431, 1475, 1515, 1678, 1698
– Schießbefehl
S. 734, 859 f.
– Umweltverschmutzung/Umweltschutz
S. 69[14], 405, 735 f.
– USA
S. 859

– wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
S. 402[23], 403[24]
– Zentrale Erfassungsstelle der Länderjustizverwaltungen (Salzgitter)
S. 735

Deutsch-Französische Handelskammer
S. 1620

Deutsch-Indische Handelskammer
S. 765, 918[14]

Deutsch-Malaysische Handelskammer
S. 1346

Deutsch-Südafrikanische Handelskammer
S. 1136

Deutsche Bundesbank
Dok. 147, 212 und S. 83, 190, 193, 206[3], 208 f., 560–562, 739, 765, 1128, 1136, 1211, 1361[5], 1366, 1490, 1533, 1541, 1546[15], 1749, 1884[5], 1886

Deutsche Frage und Wiedervereinigung
S. 58, 61, 68, 77[42], 126, 144, 164, 165 f., 199, 323, 327–329, 336, 404, 436 f., 445, 613, 638, 770, 792, 812, 817 f., 892[3], 907, 920, 1107, 1196, 1217[8], 1371, 1559–1563, 1649, 1735 f., 1755, 1575, 1790, 1806
– Albanien
S. 66
– Bulgarien
S. 1735 f.
– DDR
S. 58, 61, 892[3], 1649, 1735, 1806
– Frankreich
S. 35[2+3], 37 f., 165 f., 250[2], 920, 1735
– Grenzfrage/Friedensvertrag
Dok. 81 und S. 68[4+5+6], 76, 77[42], 96, 164, 156, 165 f., 199, 735, 1487, 1562 f.
– Großbritannien
S. 323, 327–329, 445, 920
– Heiliger Stuhl
S. 461–464, 1371
– Jugoslawien
S. 1196
– Niederlande
S. 437
– Polen
S. 68, 76, 77[42], 95, 164, 403[26], 404, 461–464, 892[3], 1487
– Portugal
S. 638
– UdSSR
S. 126, 143 f., 165–167, 199, 323, 327, 336, 436, 638, 812, 817 f., 892[3], 907, 1559, 1561–1563, 1649, 1790, 1806
– USA
S. 60[14], 144, 436, 907, 920, 1735
– Vier-Mächte-Verantwortung
S. 463[14], 464

Deutscher Bauernverband e. V.
S. 80

Deutscher Freundschaftskreis in Schlesien
S. 76[39]

Deutsches Archäologisches Institut
S. 677[9], 1712

Deutsches Historisches Institut Rom
S. 677[9]

Deutsches Historisches Museum (DHM), Berlin
S. 1720

Deutsches Institut für Japanstudien
S. 746

Deutsches Kunsthistorisches Institut
S. 677[9]

Deutsches Orient-Institut, Hamburg
S. 1712

DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft)
S. 656 f., 1090

DGAP (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik)
S. 282, 1083

DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund)
S. 656, 797, 1471, 1740

DIHT (Deutscher Industrie- und Handelstag)
S. 657, 853[15], 1281, 1285, 1346

DKP (Deutsche Kommunistische Partei)
S. 295, 1561[18]

Dominikanische Republik
S. 1751

Doppelbeschluß
siehe: NATO-Doppelbeschluß

Drittes Reich
siehe: Nationalsozialismus

DRK (Deutsches Rotes Kreuz)
S. 74[32], 410[53], 877[16], 1103, 1179

Drogenpolitik
Dok. 319 und S. 572, 585, 587[22], 591[16], 689[8], 780, 859, 920, 981 f., 982, 1347,

1351, 1418, 1420, 1576 f., 1595, 1714, 1751, 1753, 1830 f., 1840, 1849

Ecuador
siehe außerdem: VN
S. 1532, 1751

EFTA (European Free Trade Association)
S. 5–7, 394 f., 792, 844, 1195[6], 1473, 1671, 1749, 1758[6], 1795, 1841, 1843, 1892

EG (Europäische Gemeinschaften)
siehe außerdem:
Abrüstung, Afghanistan, Ägypten, Angola, Arabische Liga, Argentinien, ASEAN, Australien, Bulgarien, Chemische Waffen, Chile, ČSSR, Finnland, Flüchtlings- und Asylpolitik, G 7, Honduras, Indien, Indonesien, Irak, Iran, Israel, Japan, Jordanien, Jugoslawien, Kambodscha, Kanada, Libanon, Libyen, Menschenrechte, Mongolische Volksrepublik, Namibia-Frage, Neuseeland, Nord-Süd-Dialog, Norwegen, Österreich, Pakistan, Panama, Polen, Republik Korea (Südkorea), Rumänien, Schweden, Schweiz, Somalia, Südafrika, Syrien, Terrorismus, Türkei, UdSSR, Umweltpolitik, Ungarn, USA, Verschuldungsproblematik, Vietnam, Volksrepublik China, Wirtschafts- und Währungsfragen, Zentralamerika-Politik
S. 1, 109–112, 113[14], 167–169, 191, 360 f., 956, 1035–1037, 1059, 1061 f., 1068, 1070, 1119 f., 1163, 1164[11], 1216, 1256, 1281, 1671, 1841, 1833, 1843

– Afrikapolitik
S. 309, 569–574, 1466

– Agrarpolitik
S. 5, 78–81, 145, 151, 167–169, 216–218, 219[29], 261–265, 266, 311–314, 322, 324 f., 343–347, 363[31], 371[16], 372, 425, 578, 595, 653, 792–796, 993[3], 994, 1035, 1201 f., 1265–1269, 1347 f., 1425 f., 1467–1469, 1471, 1597, 1660, 1702[7], 1898 f.

– AKP-Staaten
S. 547[4], 573, 1843

– Ausschuß der Ständigen Vertreter (AStV)
S. 427[4]

– Belgien
S. 1[3], 5[24], 218 f., 948, 979, 1129, 1345, 1844

– Binnenmarkt
S. 5 f., 110, 112, 197, 206[5], 207, 208[10], 219[29], 261, 267, 310[5], 311, 315, 346 f., 360, 363[31], 371, 394 f., 425, 466, 469[4], 512, 547, 578, 595, 629, 680[31], 690[4], 741, 747, 785–799, 811[16], 824–826, 844–846, 887, 948, 978 f., 996, 1035 f., 1045 f., 1068 f., 1094 f., 1120, 1128, 1130, 1164[11], 1196, 1237 f., 1242, 1271, 1303, 1329, 1343 f., 1347, 1366[6], 1370, 1466, 1469 f., 1472–1474, 1523[8], 1524, 1555, 1614[37], 1619, 1620[72], 1671, 1673 f., 1702[7], 1721, 1735, 1740, 1742, 1745, 1748 f., 1759, 1767, 1793, 1809[7], 1811 f., 1820 f., 1840 f., 1843 f., 1884, 1892, 1900 f.

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 15, 36, 47, 48, 54, 145, 147, 232, 259, 333, 363 und S. 1, 5–9, 85, 89 f., 92 f., 122, 145–147, 148, 151, 153, 165, 167 f., 184, 191, 194, 195[2], 197, 206[4], 207–209, 243, 296, 300 f., 303, 309, 322–325, 343–347, 350 f., 360 f., 363, 371 f., 374, 392, 394 f., 423, 425–432, 436, 443–445, 447, 457 f., 465–470, 476, 478–481, 500, 503 f., 547–554, 569–574, 578, 580[2], 595, 607–609, 614 f., 628, 638, 661 f., 680, 690–692, 708 f., 711, 714 f., 725[10], 737, 741, 747, 772[3], 773–775, 779 f., 816, 825, 827 f., 839, 844, 866–868, 913[20], 918, 936, 942, 968–970, 978–980, 993[3], 994–996, 1015, 1030, 1033–1037, 1046, 1059, 1062, 1068, 1070, 1078, 1094, 1119 f., 1125, 1127–1130, 1132–1135, 1162 f., 1164[11], 1196 f., 1201–1203, 1271, 1274 f., 1281, 1302–1304, 1309 f., 1329, 1343–1352, 1452, 1466, 1512–1514, 1521, 1523–1527, 1530, 1536, 1555, 1593[28], 1594, 1597, 1600, 1607, 1619, 1622, 1625, 1665 f., 1668–1671, 1674–1676, 1698 f., 1705, 1721, 1735 f., 1739–1742, 1746, 1755, 1759, 1767, 1774, 1779, 1793 f., 1808–1812, 1820 f., 1832, 1840, 1842, 1844, 1887, 1891 f., 1900 f., 1915

– Dänemark
S. 5[22+24], 78[5], 82, 218 f., 220[30], 262[6], 264, 363[31], 774, 799, 846, 947, 979, 1129, 1237, 1468, 1809, 1841

– „Delors-Paket“
S. 80, 145, 216, 264[8], 266, 310[5], 311, 314, 343, 793, 1844, 1885[13]

– EG-Rat
S. 167–169, 184, 208[10], 209, 216–219, 224, 261[4], 264–266, 343 f., 427[4], 431, 652[13], 785, 786[8–10], 787[11+12+14+15], 789[19], 792,

796, 798f., 809, 867f., 942[7], 978–980, 1036, 1196[9], 1235–1242, 1393[21], 1748[3], 1808f.

– EIB (Europäische Investitionsbank)
S. 115[6], 1842[11]

– EPZ
siehe: EPZ

– EuGH (Europäischer Gerichtshof)
S. 788[18], 790, 1812, 1832

– Einheitliche Europäische Akte und Schlußakte vom 17. bzw. 28.2.1986/Europäische Union
S. 5[19], 82[23], 84, 219[29], 262[6], 346, 785, 824[2], 825, 995[10], 996[13], 1035f., 1045[13], 1120[5], 1129, 1235, 1237, 1241, 1303, 1749, 1767[3], 1840[4], 1841, 1843f.

– Europa der Bürger
S. 787, 1036, 1614[37]

– Europäische „Aktiengesellschaft" (EAG)
S. 786f., 797

– Europäischer Rat
Dok. 15, 59, 191, 353 und S. 8, 78, 82f., 145, 151, 184, 208[10], 209, 214[12], 216–219, 261f., 264–267, 359, 363, 370–372, 469f., 547, 592, 595, 615, 629, 866f., 969[26], 979, 995f., 1119, 1127, 1128[15], 1235–1242, 1366f., 1369, 1774, 1810–1812, 1819f.

– Europäischer Rechnungshof
S. 82, 1619

– Europäisches Parlament
Dok. 232 und S. 9, 82, 165, 209, 254, 265, 309, 421, 427[5], 428f., 469, 549, 785, 787[12], 793, 795, 798[43], 942, 978, 979[8], 1036[13], 1037, 1120[6], 1247, 1250, 1401[11], 1525, 1748[3], 1767[2], 1768, 1794, 1819f., 1832, 1840, 1844

– EWS/Währungspolitik
Dok. 34, 147, 212, 363 und S. 24, 83f., 167[42], 193, 263f., 312, 344f., 347, 458, 466f., 469, 547f., 595, 793–795, 825, 978–980, 995f., 1035, 1037, 1068, 1127–1129, 1216, 1366f., 1472f., 1739–1741, 1748f., 1760, 1820, 1840, 1844

– Fischereipolitik
S. 393

– Forschungs- und Technologiepolitik
S. 160, 225[2], 226–228, 347, 465f., 650, 652–654, 657, 661f., 663[45], 787, 796, 918, 1120[6], 1237, 1367, 1620f., 1809–1812, 1833, 1840–1844, 1892

– Frankreich
Dok. 151 und S. 5[24], 37[12], 78–84, 167–169, 191, 194, 206–210, 218f., 264[9], 265–267, 312–314, 343, 344[6], 346, 350f., 363[31], 374, 465–470, 476, 628, 690–692, 774, 786[7], 809, 866–868, 918, 979, 995f., 1059, 1061, 1125, 1127–1130, 1132–1135, 1309f., 1365, 1469[12], 1474, 1513f., 1621f., 1660f., 1739f., 1809–1811, 1832, 1840, 1842–1844, 1885f., 1892, 1900f., 1903

– GATT
Dok. 368 und S. 79[7], 151, 263, 347, 425, 547[4], 949[17], 1094f., 1264–1269, 1425f., 1467, 1469, 1660, 1843

– Griechenland
S. 5, 81[20], 82, 207, 218f., 265, 345, 426, 427[4], 429–431, 432[16], 547–554, 773f., 779, 787, 793[30+32], 794, 979, 995f., 1094, 1127, 1240, 1301, 1339, 1348, 1366f., 1417, 1524f., 1698f., 1739, 1774, 1780, 1808[5], 1809, 1841, 1842[11], 1844, 1903

– Großbritannien
Dok. 47, 77, 106, 338 und S. 5[24], 6, 78f., 81f., 167[42], 168, 207, 216–219, 311–314, 322–325, 343, 345f., 350f., 363[31], 427[4], 457[25], 469f., 775, 789, 867f., 995, 1119f., 1127f., 1345, 1367, 1370, 1466, 1468, 1473, 1514, 1536, 1622, 1676, 1740, 1749, 1820f., 1832, 1840, 1842, 1892

– Haushaltsfragen/Eigeneinnahmen
S. 5f., 81–84, 145, 151, 167[42], 168f., 217–219, 261–267, 310–314, 322, 324f., 344–346, 363[31], 371, 547, 578, 595, 795, 810, 812, 867f., 1035, 1236, 1239f., 1468, 1884–1886

– Irland
Dok. 333 und S. 5, 81[20], 82, 218f., 265, 345, 661[38], 979, 1348, 1365, 1468, 1740, 1809

– Italien
Dok. 54 und S. 5, 79f., 82, 168f., 207, 218f., 264[9], 265, 346, 457[25], 470, 680, 809, 867, 995, 1127, 1129, 1191[32], 1365, 1736, 1739–1741, 1745, 1811, 1844

– Jugendaustausch („Jugend für Europa")
S. 1366f.

– Kapitalverkehr
Dok. 180 und S. 207, 208[10+13], 787[14], 789–791, 811, 1036, 1127f., 1366[7], 1514, 1622, 1748

– Kommission
Dok. 259 und S. 5[22+24], 78[5], 79[7], 80–83, 151[16], 168, 208[10], 216[7+10], 217–219, 228,

261[4], 263–266, 307–309, 310[5], 311–315, 344f., 347, 363[31], 371[17], 424f., 427–430, 457[25], 458[27], 469f., 629, 650, 652, 773, 775, 784–799, 809, 868[14], 978–980, 995f., 1035–1037, 1094, 1120, 1128[15], 1235–1242, 1265–1268, 1393, 1417, 1425f., 1468, 1514, 1619[67], 1621[76], 1622, 1625[15], 1660, 1739, 1774, 1808–1812, 1820f., 1841, 1844, 1884–1887

– Kooperationsrat der Arabischen Golfstaaten (GCC)
S. 6, 88f., 503–505, 991f., 999, 1030, 1238

– KSZE
S. 394, 607[19], 611, 783f., 838f., 1149f., 1182f., 1191[32], 1192f., 1199[25], 1536, 1695–1699

– Kulturpolitik
Dok. 141, 347 und S. 783f., 792, 1833, 1840, 1844, 1892

– Luxemburg
S. 5[24], 218f., 1129, 1365, 1367[14], 1514, 1844

– Markenrecht
S. 786, 788, 1036

– Mittelmeerpolitik
S. 1841f.

– NATO
S. 350f., 371[16]

– Niederlande
S. 5[24], 78–80, 167[42], 216[7], 217f., 312, 343, 346, 363[31], 470, 1129, 1345, 1468, 1514, 1904

– Portugal
S. 5, 81[20], 82, 207, 218f., 265, 344f., 628, 638, 725[10], 779f., 790, 979, 995, 1129, 1760

– RGW
S. 4–6, 197, 457[25], 458, 548, 816, 868, 945–948, 1062, 1068f., 1239, 1367, 1593f., 1671, 1749, 1833, 1843, 1891f.

– Römische Verträge
siehe: Römische Verträge

– Rundfunkpolitik/Medienpolitik
S. 791f., 1036, 1842

– „Soziale Dimension“
S. 6[28], 797, 812, 1035f., 1120[6], 1367, 1739f., 1820, 1840f.

– Spanien
S. 5, 81[20], 82, 207, 218f., 264[9], 265, 344–346, 457[25], 504f., 779, 799, 979, 995f., 1094, 1127, 1129, 1366, 1668, 1739f., 1760, 1809, 1811, 1850, 1892, 1903, 1905

– Stahlpolitik
S. 1739

– Steuern/Steuerharmonisierung
S. 208[10], 363[31], 788, 790f., 979f., 1036, 1472f., 1514, 1622, 1760, 1820, 1840, 1842

– Strukturpolitik/Regionalpolitik
S. 5, 168, 219, 265, 267, 310–315, 344, 346, 363[31], 394, 629, 786, 796f., 812, 1035, 1237, 1748, 1841f., 1844

– Tagungen des EG-Ministerrats bzw. des Europäischen Rats
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen

– Unternehmenspolitik
S. 796, 1840, 1842

– Verkehrspolitik
S. 785–791, 1036, 1125, 1841

– Warschauer Pakt
S. 773f., 1129, 1273, 1705, 1808[5], 1809, 1812, 1841, 1843

– WEU
S. 1302f.

– Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)
Dok. 363 und S. 1901

Einheitliche Europäische Akte/Europäische Union
siehe unter: EG

EKD (Evangelische Kirche in Deutschland)
S. 650, 965[2], 1889–1891

Elfenbeinküste
S. 1079

El Salvador
siehe außerdem: Menschenrechte, VN, Zentralamerika-Politik

S. 50, 352–358, 704[39], 875, 1849

– Bundesrepublik Deutschland
S. 875

– Honduras
S. 1665–1668

– Kuba
S. 712

– Mexiko
S. 355

– Nicaragua
S. 712, 1849

– Norwegen
S. 8

– Panama
S. 1849

– UdSSR
S. 712

– USA
S. 355, 712, 875, 1665–1667

Energie- und Rohstoffpolitik
S. 202

– Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl
siehe unter: UdSSR

Entführungsfall Cordes und Schmidt
siehe unter: Terrorismus

Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland
Dok. 166, 284 und S. 65[13], 114f., 120[28], 192, 194, 215, 239, 243, 253–255, 459f., 480, 494–497, 569, 573, 583, 590, 634, 688[4], 705[40], 741, 762, 766, 943, 1131, 1280, 1283f., 1286, 1326–1328, 1346, 1350f., 1493f., 1625, 1711, 1771f., 1776f., 1851, 1907

EPZ (Europäische Politische Zusammenarbeit)
siehe außerdem:
Abrüstung, Afghanistan, Ägypten, Angola, Arabische Liga, Argentinien, ASEAN, Australien, Bulgarien, Chemische Waffen, Chile, ČSSR, Finnland, Flüchtlings- und Asylpolitik, G7, Honduras, Indien, Indonesien, Irak, Iran, Israel, Japan, Jordanien, Jugoslawien, Kambodscha, Kanada, Libanon, Libyen, Menschenrechte, Mongolische Volksrepublik, Namibia-Frage, Neuseeland, Nord-Süd-Dialog, Norwegen, Österreich, Pakistan, Panama, Polen, Republik Korea (Südkorea), Rumänien, Schweden, Schweiz, Somalia, Südafrika, Syrien, Terrorismus, Türkei, UdSSR, Umweltpolitik, Ungarn, USA, Verschuldungsproblematik, Vietnam, Volksrepublik China, Wirtschafts- und Währungsfragen, Zentralamerika-Politik

S. 110–113, 194, 306, 392, 455[17], 499[6], 539f., 578, 679[22], 773, 1037, 1055–1057, 1060[6], 1197[12+13], 1608[9], 1833, 1843f.

– Belgien
S. 89[21], 111, 302, 499[6], 516[3], 519, 540[10]

– Bundesrepublik Deutschland
S. 85[3], 89f., 92f., 110–113, 122, 184, 194, 254, 269, 273, 300–309, 478–481, 499[6], 500, 503f., 516–522, 539f., 548, 580[2], 631, 679[22], 690–692, 702, 708f., 711, 773–775, 839, 942, 969, 1078, 1094, 1135–1141, 1186f., 1241f., 1247, 1249f., 1305, 1512f., 1521, 1523–1527, 1530, 1536, 1593[28], 1594, 1600, 1608[9], 1625, 1660f., 1665f., 1668–1671, 1674–1676, 1698f., 1779, 1808–1812, 1823, 1848[1], 1915

– Dänemark
S. 499[6], 540[10], 774, 1140f.

– EG-Kommission
S. 213[11], 243, 308, 499[6], 773, 775, 1094, 1197, 1265–1268, 1393, 1417, 1425f., 1593[28], 1625[15], 1660, 1698, 1730[10], 1808–1812

– Europäisches Parlament
S. 942, 1238f., 1241f., 1247, 1250, 1401[11], 1525, 1794

– Frankreich
S. 110, 111[9], 194, 302, 304, 306, 540[10], 631, 690–692, 774, 1608[9], 1614, 1660f., 1809–1811, 1903

– GATT
Dok. 368 und S. 425, 949[17], 1264–1269, 1425f., 1467, 1469, 1660f., 1843

– Griechenland
S. 302, 547[4], 773f., 1094, 1150[10], 1185[22], 1187, 1197[12], 1247, 1248[10+11], 1339, 1524f., 1698f., 1808[5], 1809, 1823, 1903

– Großbritannien
S. 110, 302, 304, 306, 308, 516[3], 520, 540[10+11], 578, 679[22], 775, 1536, 1613, 1823

– Humanitäre Hilfe
S. 308, 422

– Irland
S. 302, 306

– Italien
S. 110, 213[11], 302, 305f., 308

– Konferenzen und informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen

– Kooperationsrat der Arabischen Golfstaaten (GCC)
S. 503–505, 991f., 999, 1030, 1238

– KSZE
Dok. 92 und S. 305f., 394, 607[19], 611, 838f., 1055–1057, 1149f., 1182f., 1185[22], 1187, 1191[32], 1192f., 1248, 1536, 1613, 1695–1699

– Kulturpolitik
Dok. 141, 347 und S. 783f., 1833, 1892

– Luxemburg
S. 213[11], 302, 306, 308
– NATO
Dok. 195
– Niederlande
S. 89[21], 111f., 213[11], 302, 306, 516[3], 518–520, 1904
– Österreich
S. 516[3]
– Politisches Komitee
S. 224, 306f., 516[3], 518f., 677f., 773, 838, 1037, 1197[12], 1241, 1536[4], 1613, 1794
– Portugal
S. 309, 520, 540[10], 709, 1613
– Sekretariat
S. 1241, 1794
– Spanien
S. 302, 304, 308, 1094, 1668, 1809, 1850, 1903, 1905
– TREVI (Terrorisme, Radicalisme, Extrémisme et Violence Internationale)
S. 1840
– Troika
S. 243, 302, 1303, 1339, 1809, 1903–1905
– VN
S. 502[16], 547[4], 554[4], 580, 888[10], 1339f., 1420
– WEU
S. 1302f.

Eritrea
S. 706[47], 833

ESA (European Space Agency)
siehe unter: Raumfahrtpolitik

EUREKA
S. 225, 227f., 465f., 918, 1620f., 1810f., 1833, 1840, 1842f., 1892

Europäisch-Arabischer Dialog
S. 85, 89f., 118, 961[2], 1034, 1038

Europäische Gemeinschaften
siehe: EG

Europäisches Hochschulinstitut Florenz
S. 678

Europarat
siehe außerdem: Menschenrechte, UdSSR, Ungarn
S. 544, 661, 663, 791f., 981[4], 1120[6], 1794, 1808f., 1812, 1820[8], 1833, 1843, 1887

European Fighter Aircraft (Jäger 90)
S. 1126f., 1619

Evangelische Akademie Loccum e.V.
S. 439[7+8]

Evangelische Akademie Tutzing e.V.
S. 439[6], 1043[4]

Falkland-Inseln/Malvinen
S. 578[4], 725, 1675f., 1755f.

FDP (Freie Demokratische Partei)
S. 45, 81[21], 134f., 139, 372[20], 602, 628, 649, 650[9], 863, 864[12], 865[14], 895, 1247[4], 1432, 1606, 1725f., 1759, 1767, 1835[6]

FES (Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.)
S. 411[56], 592f., 658, 816f., 1769, 1773, 1836, 1894, 1896

Finnland
siehe außerdem: KSZE, Menschenrechte, Wirtschafts- und Währungsfragen
S. 9[46], 1255, 1257, 1473, 1548f.
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 335 und S. 394, 1128, 1473
– EG/EPZ
S. 1128, 1367, 1473, 1759
– Norwegen
S. 510, 512
– UdSSR
S. 1088, 1758–1760

Flüchtlings- und Asylpolitik
S. 422, 710, 1528f.
– Afghanistan
S. 100, 220[6], 221, 224, 362, 581–583, 675, 702, 888, 987, 1872
– ASEAN
S. 779f.
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 289 und S. 583, 702, 710, 779f., 888, 1351, 1528f., 1671
– Dänemark
S. 1257, 1355–1357, 1511
– EG/EPZ
S. 308, 422, 779f., 888[10], 1339f., 1511–1513
– Großbritannien
S. 1511–1513
– Honduras
S. 1667
– Iran
S. 29, 33f., 581
– Israel
S. 241

– Jugoslawien
S. 1671
– Kambodscha
S. 710
– Laos
S. 710
– Malaysia
S. 779 f., 1351
– Niederlande
S. 1512
– Norwegen
S. 1257
– Pakistan
S. 100, 220[6], 221, 224, 362, 581–583, 888
– Schweden
S. 1257
– Thailand
S. 710 f., 779 f.
– Türkei
S. 1337 f., 1510–1513, 1528 f.
– UdSSR
S. 583, 1872
– USA
S. 675, 710 f., 987
– Vietnam
S. 710 f., 779 f., 1351
– VN
S. 220[6], 221, 224, 581–583, 702, 710, 1511–1513

Frankfurter Buchmesse
S. 653

Frankreich
siehe außerdem:
Abrüstung, Afghanistan, Ägypten, Algerien, Angola, Argentinien, Belgien, Botsuana, Bulgarien, Chemische Waffen, ČSSR, DDR, EG, EPZ, G 7, GATT, Genfer Verhandlungen, Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK), KSZE, KVAE, MBFR, Menschenrechte, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nukleare Kurzstreckensysteme (SNF), Nukleare Mittelstreckensysteme (INF), Raumfahrtpolitik, Technologiepolitik, Terrorismus, Umweltpolitik, Verschuldungsproblematik, VN, VSBM, WEU, Wirtschafts- und Währungsfragen, Zentralamerika-Politik

Dok. 151 und S. 41, 42[10], 65, 68, 72, 227[6], 257 f., 591, 598, 601, 708 f., 1178, 1255 f., 1353[2], 1544, 1659, 1747, 1797–1800, 1833–1835, 1887
– Griechenland
S. 996, 1780
– Großbritannien
S. 20, 313, 322 f., 325–327, 329, 332, 444, 446, 469 f., 506[13], 508, 526[16], 578[7], 579, 803, 884, 995, 1119 f., 1127 f., 1514, 1622, 1651, 1819, 1832, 1834
– Honduras
S. 715
– Indien
S. 915
– Indonesien
S. 709[10]
– Irak
S. 381–384, 555, 864, 1653
– Iran
S. 381–384, 999 f., 1227, 1652 f., 1800
– Israel
S. 473 f., 994, 1416
– Italien
S. 168 f., 314, 326 f., 470, 506[13], 508, 598, 601, 677[8], 679, 680[28], 681[33], 1739 f.
– Japan
S. 475
– Jordanien
S. 269, 274, 304
– Jugoslawien
S. 1650, 1799
– Kanada
S. 993 f., 1061
– Kuba
S. 776
– Libanon
S. 964, 1416 f., 1652
– Libyen
S. 10[2+3], 11[4]
– Luxemburg
S. 1514
– Mongolische Volksrepublik
Dok. 233, 371 und S. 1611[19], 1612, 1664
– Nicaragua
S. 1653
– Niederlande
S. 302, 470, 1514
– Österreich
S. 1613 f.

– Panama
S. 587

– Polen
S. 411[55], 575, 1251, 1516, 1649, 1799

– Portugal
S. 631, 709[10]

– RGW
S. 1799

– Rumänien
S. 1067, 1517

– Rüstungsexportpolitik
S. 864

– Schweden
S. 392, 394

– Schweiz
S. 1799

– Sambia
S. 1906

– Simbabwe
S. 383 f.

– Spanien
S. 326, 506[13], 508, 996, 1126, 1364, 1811

– Südafrika
S. 255[13], 589, 752 f., 997, 1409, 1651

– Syrien
S. 1416 f.

– Tansania
S. 1328

– Tschad
S. 10[3]

– Türkei
S. 1298[1], 1300 f.

– UdSSR
S. 46, 130, 163, 250–252, 298, 335, 349, 436 f., 470 f., 506 f., 517 f., 520 f., 523 f., 527–530, 540 f., 819 f., 869[27], 870 f., 900, 939, 945 f., 987 f., 1024[22], 1050, 1061, 1116 f., 1165, 1169, 1172, 1251, 1275, 1306, 1310, 1361, 1514 f., 1542–1544, 1564, 1567[32], 1573, 1584, 1593, 1599[50], 1607–1609, 1612–1617, 1644 f., 1647–1649, 1703 f., 1734, 1798 f., 1853, 1859

– Ungarn
S. 1128 f., 1798, 1892

– USA
S. 112[13], 250 f., 366–368, 374 f., 469, 472–475, 506 f., 509, 523–530, 540 f., 675, 691, 799–808, 900, 945 f., 1024[22], 1061, 1310, 1364, 1417, 1434, 1498, 1544–1546, 1643, 1656 f., 1660–1663, 1686–1688, 1797[3], 1798, 1860[20], 1874

– Verteidigungspolitik
Dok. 89, 298 und S. 250–252, 523–530, 800–807

– Warschauer Pakt
S. 1797–1800

Frankreich–Bundesrepublik Deutschland
siehe außerdem: Deutsche Frage, Berlin

Dok. 27, 32, 43, 48, 82, 83, 127, 160, 183, 210, 290, 306, 313, 351, 371 und S. 26[3], 35[2], 36 f., 41, 81, 83 f., 97, 110–113, 124, 150, 159 f., 197, 296, 312 f., 322 f., 325[9], 326 f., 331–333, 365, 374, 444, 446, 455, 462 f., 506, 508 f., 523–530, 579, 598, 601, 605, 609 f., 631, 677[8], 679 f., 681[33], 771, 792, 799–808, 825, 827 f., 842, 895 f., 915[7], 918, 939, 946, 947[13], 1033, 1044, 1047, 1059, 1062, 1068, 1107 f., 1119 f., 1164[11], 1165, 1179–1181, 1185, 1187, 1196, 1242, 1244 f., 1271, 1274, 1298[1], 1308–1311, 1328, 1368, 1434, 1446, 1460, 1466, 1474, 1563 f., 1584, 1599[50], 1686–1688, 1703, 1716, 1740, 1779 f., 1786, 1819, 1885 f., 1899–1901

– Deutsch-Französische Brigade
S. 17 f., 192 f., 251[4], 326, 446[20+21], 508 f., 528, 1309, 1363, 1365, 1515, 1909

– Deutsch-Französischer Kulturfernsehkanal (Arte)
S. 1811

– Deutsch-Französischer Rat für Kultur
S. 446[20], 1621

– Deutsch-Französischer Rat für Finanz- und Wirtschaftsfragen
Dok. 101 und S. 17[17], 21, 159, 191, 193, 446[20], 868[17], 1134, 1620, 1622, 1886, 1900

– Deutsch-Französischer Rat für Verteidigung und Sicherheit
Dok. 4, 101, 298 und S. 159, 191 f., 446[20+21], 508 f., 681[33], 868[17], 870, 1308–1310, 1362

– Deutsch-Französisches Jugendwerk
S. 74, 198

– Entwicklungspolitische Zusammenarbeit
S. 194

– Kulturelle Zusammenarbeit
S. 192–194, 476, 792, 1621

– Rüstungskooperation
S. 192, 466, 474, 864, 1125–1127, 1129, 1364, 1545, 1619

– Sicherheitspolitische Zusammenarbeit
Dok. 4, 101, 246, 258 und S. 165[33], 166[38], 191–193, 251[4], 326f., 350f., 365, 446, 508f., 526–529, 579, 868, 870–872, 884, 1125–1127, 1129, 1460, 1540–1546, 1563f.
– Umweltschutz
S. 476, 1621
– Währungsfragen
Dok. 34, 101, 212 und S. 191, 193, 465–468, 1541
– Wirtschaftsbeziehungen
Dok. 369 und S. 464–468, 1618–1621, 1659f.
– Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
S. 167, 192, 194, 465f.

Fraunhofer Institut für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen (INT)
S. 1232

Friedenspreis des Deutschen Buchhandels
S. 259

G 5 (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan, USA)
siehe auch: Konferenzen und Verhandlungen
S. 739

G 7 (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, USA)
siehe außerdem: Angola, GATT, Iran, Namibia-Frage, Nicaragua, Südafrika, Terrorismus, Verschuldungsproblematik, Umweltpolitik, Wirtschafts- und Währungsfragen
Dok. 181, 182, 184, 270 und S. 109[2], 113[15], 739, 1130–1132, 1134, 1491f.
– Bundesrepublik Deutschland
S. 739, 981f., 984–986, 988f., 991–993, 998f., 1001f., 1417, 1422
– EG/EPZ
S. 109–111, 113, 980, 982, 1417, 1425f.
– Frankreich
S. 982, 987, 990, 992f., 999f., 1134, 1417, 1419f., 1421f.
– Großbritannien
S. 981, 992f., 999f., 1417–1419, 1421
– Italien
S. 981f., 984, 990, 993, 998–1001, 1417, 1421–1425, 1744
– Japan
S. 739, 983f., 987–989, 991f., 999–1002, 1417, 1420f., 1426
– Kanada
S. 982f., 987, 989, 992f., 997f., 1000f., 1417–1420, 1422, 1424f.
– USA
S. 981–983, 986f., 990, 992f., 998, 1000–1002, 1417–1426, 1627[21]
– VN
S. 1130–1132, 1418, 1420–1424

G 10 (Zehnergruppe)
S. 1128[15], 1491

G 77 (Gruppe der 77)
S. 873f., 1421[19]
– G 24
S. 1491

Gambia
S. 1489[10]

GATT (General Agreement on Tariffs and Trade)
siehe außerdem: Bulgarien, EG/EPZ, UdSSR, Volksrepublik China
Dok. 239, 368 und S. 151, 230, 263, 375, 425, 642, 949, 984, 1094f., 1132, 1418, 1425f., 1467, 1469, 1493, 1660f., 1675, 1730[11], 1788, 1795, 1843
– Argentinien
S. 1675, 1898
– ASEAN
S. 1094f.
– Australien
S. 1094f., 1467, 1469
– Brasilien
S. 1265, 1898
– Bundesrepublik Deutschland
S. 151, 1132, 1264–1269, 1467, 1469, 1660f., 1675, 1897
– Cairns-Gruppe
S. 1266, 1425[43], 1469[12], 1898f.
– ČSSR
S. 1730[11]
– Frankreich
S. 1268, 1469[12], 1660f.
– Großbritannien
S. 1268

– G 7
S. 1132, 1268 f., 1417 f., 1425 f.
– Hongkong
S. 1265
– Japan
S. 984, 1094 f., 1265–1268, 1426
– Kanada
S. 1094 f., 1426
– Kuba
S. 1730[11]
– Polen
S. 1730[11]
– Republik China (Taiwan)
S. 1265
– Republik Korea (Südkorea)
S. 1265
– „Rio-Gruppe“
S. 425
– Rumänien
S. 1730[11]
– Singapur
S. 1265
– Ungarn
S. 1730[11]
– Uruguay
S. 1898
– USA
S. 151, 375, 949[17], 1094 f., 1264–1269, 1426, 1467, 1469, 1660 f., 1788, 1795, 1898 f.

GCC (Gulf Cooperation Council)
siehe: Kooperationsrat der Arabischen Golfstaaten

Genfer Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen
S. 392, 434, 617, 630, 672–675, 744, 832, 834, 886, 1645 f., 1828 f., 1882
– Bundesrepublik Deutschland
S. 2, 27, 149, 152, 154, 297, 320, 325, 367, 370[12], 373, 387, 392, 440, 449–451, 455, 472, 480[16], 617, 630, 673, 699 f., 742, 815, 822, 834, 847, 870 f., 884 f., 915, 952, 985, 1217[6], 1219–1221, 1223 f., 1564, 1583, 1742, 1745, 1839
– Frankreich
S. 250, 800[11], 870 f., 945 f., 1874
– Großbritannien
S. 325, 389, 391, 438, 674, 800[11], 1459
– NATO
S. 320, 434, 449–451, 733, 926, 1217[6], 1219–1221, 1223 f., 1882
– Strategische Nuklearwaffen (START)
S. 2, 7, 27, 54, 71, 105, 107 f., 129 f., 142, 146, 152–154, 250, 276, 280, 282, 297, 300[21], 320, 325, 367, 370[12], 373, 376, 385[4], 387–389, 391 f., 434, 438, 440, 449–451, 455, 472, 480[16], 483, 489, 616, 630, 665–667, 669 f., 672–675, 698–700, 727 f., 733, 742, 800[11], 803, 805, 815 f., 822, 829 f., 832, 834, 847, 870 f., 881, 882[15], 884–886, 900–903, 915, 926, 940, 945 f., 952, 985, 1013, 1027, 1217[6], 1219–1221, 1223 f., 1459, 1564, 1583, 1645 f., 1708, 1742, 1745, 1756, 1828 f., 1839, 1874, 1882
– UdSSR
S. 2, 7, 54[27], 129 f., 142, 146, 152–154, 250, 276, 282, 297[11], 298, 300[21], 320, 385[4], 387[13], 388[17], 389, 391 f., 438, 455, 472, 480[16], 483, 489, 616, 665–667, 669 f., 672–675, 698–700, 727 f., 733, 742, 815 f., 829 f., 871, 881, 884 f., 900–903, 915, 926, 940, 945 f., 985, 1459, 1645 f., 1708, 1742, 1756, 1828 f., 1839
– Ungarn
S. 455
– USA
S. 2, 7, 52 f., 54[27], 105, 129 f., 146, 152–154, 297[11], 300[21], 320, 376, 385[4], 387[13], 388[17], 389, 391 f., 455, 472, 489, 616, 630, 665–667, 669 f., 672–675, 698–700, 727 f., 733, 742, 803, 815 f., 829 f., 870 f., 881, 882[15], 884 f., 900–903, 915, 926, 940, 945 f., 985, 1013, 1459, 1645 f., 1708, 1742, 1756, 1828 f., 1839
– Verifikation
S. 52, 152 f., 297[11], 387[13], 388[17], 391, 670, 674, 698–700, 727, 815, 830, 881, 902, 946
– Weltraumwaffen
S. 54[27], 385[4], 438, 670, 675, 698–700, 727, 815 f., 830, 901–903, 1019, 1021 f., 1025[28], 1027, 1645 f., 1828

Gesamtverband des deutschen Steinkohlebergbaus e.V.
S. 1471[19]

Ghana
S. 909 f., 912[19], 1379, 1488, 1489[10]

Gipfeltreffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan
– Treffen vom 19. bis 21.11.1985 in Genf
S. 122, 124, 335, 832, 898–900, 1501[12], 1584, 1598
– Treffen am 11./12.10.1986 in Reykjavik
S. 298, 445, 900, 915, 1068

– Treffen vom 7. bis 10.12.1987 in Washington D.C.
S. 54[27], 104, 129[24], 130, 143f., 335, 434, 490, 581[5], 672, 726f., 832, 900f., 905, 1703
– Treffen vom 29.5. bis 2.6.1988 in Moskau
Dok. 165 und S. 54[27], 104f., 107, 130, 141, 146, 152, 196, 238f., 337, 358f., 363, 368, 396, 416, 434, 438, 455, 521, 605f., 608, 615, 631, 671–674, 675[42], 699, 707, 727, 815f., 822, 829, 832–835, 840[23], 847, 871, 879, 881–883, 885, 914f., 921f., 925f., 939f., 945, 952f., 983, 1084[26], 1179, 1647

Goethe-Institut zur Pflege der deutschen Sprache im Ausland und zur Förderung der internationalen kulturellen Zusammenarbeit e.V.
S. 74[31], 198[14], 406, 440, 496, 677[9], 931, 1347, 1387[9], 1574[13], 1709–1712, 1713[17]

Grenada
S. 280

Griechenland
siehe außerdem:
Abrüstung, Bulgarien, EG, EPZ, Frankreich, Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK), KSZE, Nahost-Konflikt, NATO, Nukleare Kurzstreckensysteme (SNF), VN, Wirtschafts- und Währungsfragen, Zentralamerika-Politik

S. 65, 601, 936, 996, 1524f., 1774–1776
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 98 und S. 430f., 794, 936, 996, 1524f., 1775
– Großbritannien
S. 553
– Irak
S. 553
– Iran
S. 553
– Israel
S. 302
– Rumänien
S. 548, 1248
– RGW
S. 548
– Türkei
S. 427[4], 429–431, 432[16], 437, 547, 549[14], 550–553, 601, 1300f., 1431, 1522, 1524f., 1774–1776
– UdSSR
S. 549
– USA
S. 548, 549[14], 697[23], 1876
– Warschauer Pakt
S. 551[21]
– WEU
S. 326[14], 1301f.

Großbritannien
siehe außerdem:
Abrüstung, Afghanistan, Ägypten, Angola, Argentinien, Belgien, Berlin, Chemische Waffen, Costa Rica, ČSSR, DDR, Deutsche Frage, EG, EPZ, Flüchtlings- und Asylpolitik, Frankreich, G7, GATT, Genfer Verhandlungen, Griechenland, Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK), KSZE, KVAE, MBFR, Menschenrechte, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nukleare Kurzstreckensysteme (SNF), Nukleare Mittelstreckensysteme (INF), SDI, Terrorismus, Umweltpolitik, Verschuldungsproblematik, VN, VSBM, WEU, Wirtschafts- und Währungsfragen, Zentralamerika-Politik

Dok. 278 und S. 41, 42[10], 64, 73, 227[6], 425, 577–580, 1127f., 1178, 1256, 1348, 1454, 1466, 1470f., 1544, 1767f.
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 47, 56, 77, 106, 128, 203, 208, 251, 278, 305, 338, 349 und S. 20, 26[3], 110–113, 124, 184, 312f., 349[9], 350f., 364f., 381, 384[16], 462f., 469f., 523–530, 605, 609, 679, 764, 799–808, 842[8], 869, 915[7], 939, 995, 1047, 1083, 1125, 1127f., 1271, 1305[9], 1370, 1446, 1457–1461, 1466, 1470f., 1536, 1596, 1675f., 1703f., 1716, 1744, 1755f., 1834f., 1915
– Honduras
S. 715
– Indien
S. 763f., 915
– Irak
S. 381–384, 1033[17], 1337[2], 1338–1342, 1653
– Iran
S. 322, 330, 381–384, 999f., 1227f., 1539, 1653, 1800f.
– Israel
S. 302, 330, 694–696, 1332f.
– Italien
S. 311, 314, 327

– Jordanien
Dok. 128, 305 und S. 238, 269, 304, 1121, 1332 f., 1822 f.
– Kuba
S. 776, 1651
– Libanon
S. 329 f., 1652, 1783[15]
– Malaysia
Dok. 255
– Mongolische Volksrepublik
S. 1243 f.
– Nicaragua
S. 1653
– Österreich
S. 1120
– Oman
S. 694, 696, 1332, 1823
– Panama
S. 587
– PLO
S. 1904
– Polen
S. 946, 1120, 1649
– Saudi-Arabien
Dok. 251 und S. 692[4], 693–695, 1121, 1403
– Schweden
S. 844
– Schweiz
S. 1821
– Simbabwe
S. 383 f., 589[8]
– Spanien
S. 326, 884
– Südafrika
S. 213, 255[13], 395 f., 967, 993, 1408, 1651, 1821 f.
– Syrien
S. 90[22], 115[6], 322, 330
– Türkei
S. 553, 1298–1301, 1521[2], 1644
– UdSSR
S. 46 f., 130, 298, 322 f., 325, 327 f., 331, 335, 349, 382, 390, 417, 436–438, 445 f., 517 f., 520 f., 523 f., 527–530, 540[10+11], 579, 609, 696, 819 f., 883, 939, 1083, 1088, 1091, 1105, 1120, 1251, 1306–1308, 1410, 1413 f., 1419, 1437–1439, 1458, 1514, 1535 f., 1567[32], 1644 f., 1648–1650, 1653, 1703 f., 1744, 1768, 1834 f., 1875
– Ungarn
S. 454, 457[25], 946, 1892
– USA
S. 185, 323, 326, 328, 331, 348[4], 349[9], 367, 375, 390, 437 f., 443–445, 523–530, 577–579, 674, 799–808, 832, 883 f., 939, 956, 1047, 1306, 1458, 1535 f., 1708, 1817 f., 1819, 1822–1824, 1882
– Verteidigungspolitik
Dok. 278 und S. 523–530, 800–807
– Warschauer Pakt
S. 524[6]

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.5.1949
S. 7[32], 70, 103, 132[4], 464[15], 560, 846[9], 1070, 1277, 1279 f., 1283, 1286, 1665[7], 1666, 1868, 1920[10]

Grüne (Die Grünen)
S. 45, 136 f., 250[2], 254[8], 256, 472, 602, 636[11], 656, 753[17], 1247[4], 1296, 1606, 1771

GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit)
S. 1283[35], 1537[3], 1538

Guatemala
siehe außerdem: Menschenrechte, VN, Zentralamerika-Politik
S. 308[39], 352–358, 1488, 1684 f.
– Bundesrepublik Deutschland
S. 356, 875, 1684 f.
– Mexiko
S. 356
– Norwegen
S. 8
– USA
Dok. 319

Guinea
S. 909, 912[19], 1379, 1488, 1489[10]

Hannover Messe
S. 629 f.

Haus Rissen (Hamburg)
S. 282

Heiliger Stuhl
siehe außerdem: ČSSR, DDR, Deutsche Frage
S. 96, 203 f., 622 f., 975
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 260 und S. 461–464, 1741

– Italien
S. 1744
– Polen
Dok. 81
– UdSSR
S. 1744

Holocaust Memorial Council
siehe unter: Nationalsozialismus

Honduras
siehe außerdem:
Costa Rica, El Salvador, Flüchtlings- und Asylpolitik, Frankreich, Großbritannien, Menschenrechte, VN, Zentralamerika-Politik

S. 50, 352–358, 1664–1668, 1684
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 131, 314
– EG/EPZ
S. 715, 1664[2]
– Kanada
S. 1665 f.
– Mexiko
S. 355
– Nicaragua
S. 712–715, 1664–1668
– Spanien
S. 1665
– USA
S. 355, 715, 1666–1668

Hongkong
siehe außerdem: GATT, Wirtschafts- und Währungsfragen

S. 1509, 1920

Human Rights Watch
S. 1772

Humanitäre Hilfe der Bundesrepublik Deutschland
Dok. 289 und S. 422, 583[11], 702, 705, 888 f., 1623[6], 1624

Humanitäres Kriegsvölkerrecht
S. 33 f., 555, 563

IAEO (Internationale Atomenergieorganisation)
siehe unter: VN

IG Metall
S. 1135–1141

IGH (Internationaler Gerichtshof)
siehe unter: VN

IKRK (Internationales Komitee vom Roten Kreuz)
S. 198[12], 419[7], 589[6], 832[20], 888[10], 1079, 1226, 1296, 1351, 1511, 1647, 1772

Indien
siehe außerdem:
Abrüstung, Afghanistan, Chemische Waffen, Frankreich, Großbritannien, Nukleare Kurzstreckensysteme (SNF), Technologiepolitik, Terrorismus, VN, Wirtschafts- und Währungsfragen

S. 479, 658, 1202, 1765
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 139, 167 und S. 138[25], 459 f., 475, 658, 689, 890, 1040
– EG/EPZ
S. 989
– Israel
S. 138[25]
– Japan
S. 475, 762–768, 918, 1755
– Mongolische Volksrepublik
S. 1243
– Nepal
S. 688 f.
– Pakistan
S. 689[8], 887–890, 915[6], 918–920
– Sambia
S. 572
– Schweden
S. 915[6]
– Südafrika
S. 138
– UdSSR
S. 416, 490, 887 f., 915–918, 1377 f., 1380, 1765[11], 1855[2], 1858
– USA
S. 762–768, 915, 918 f.
– Volksrepublik China
S. 915–917, 919

Indonesien
siehe außerdem:
ASEAN, Brunei, Chemische Waffen, Frankreich, Menschenrechte, Umweltpolitik, VN, Wirtschafts- und Währungsfragen

S. 708 f., 724 f., 780, 1094, 1202, 1354
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 133, 275 und S. 475, 708 f., 1532, 1710

– EG/EPZ
S. 708 f., 1094, 1445, 1447, 1452
– Japan
S. 475, 1755
– Kambodscha
S. 711[19], 1376[8], 1450
– Portugal
S. 708 f., 780
– Thailand
S. 709
– USA
S. 1445
– Vietnam
S. 1450
– Volksrepublik China
S. 1450 f.

INF
siehe: Nukleare Mittelstreckensysteme (INF)

Institut des Hautes Études de Défense Nationale (IHEDN), Paris
S. 1542

Institut Français des Relations Internationales (IFRI), Paris
S. 1540[2]

Institut für Europäische Umweltpolitik
S. 651

Institut für Marxismus-Leninismus, Moskau
S. 1894–1896

Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen, Moskau
S. 1787, 1789

Institute for East-West Security Studies (IEWSS), New York
S. 1068[9], 1196[7]

Interamerikanische Entwicklungsbank
S. 715

International Institute for Strategic Studies (IISS), London
S. 323

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)
S. 155[19], 1296[19], 1297, 1768[2]

Internationale Wehrkundebegegnung (Wehrkundetagung)
S. 251, 373[22], 443

Internationaler Metallgewerkschaftsbund
S. 1135

Interpol (International Criminal Police Organization)
S. 981[4]

Irak
siehe außerdem:
Abrüstung, Afghanistan, Ägypten, Algerien, Arabische Liga, Argentinien, Chemische Waffen, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Menschenrechte, Nahost-Konflikt, Terrorismus, VN, Wirtschafts- und Währungsfragen

S. 88, 119, 596, 942, 1152, 1155, 1414, 1777

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 66, 99, 103, 116, 159, 190, 192, 263 und S. 7, 88, 102 f., 117, 119, 268 f., 461, 499, 553, 558, 563, 565, 691, 704, 942, 999, 1157–1159, 1174[6], 1229, 1302, 1303[21], 1305–1308, 1341 f., 1402, 1777, 1800
– EG/EPZ
S. 554[4], 1033, 1040, 1305, 1338–1340
– Iran
S. 7, 33, 118, 554 f., 596, 1030–1034, 1038–1041, 1226 f., 1341 f., 1402, 1652 f., 1781, 1800, 1861
– Israel
S. 942, 1152, 1155 f., 1338, 1342
– Italien
S. 883, 1030
– Japan
S. 382
– Jordanien
S. 268 f., 303
– Kurdenfrage
Dok. 253
– Libanon
S. 1652[70]
– Österreich
S. 555
– Republik Korea (Südkorea)
S. 1067
– Saudi-Arabien
S. 499–503, 1403
– Schweden
S. 555
– Schweiz
S. 383
– Syrien
S. 532[6], 534, 596, 964

– Türkei
S. 430, 503, 1302, 1303[21], 1337f., 1341, 1382, 1510–1513, 1529, 1662, 1777
– UdSSR
S. 102, 117, 120, 268f., 363, 381–384, 490, 502[17], 568, 624, 671, 691, 703f., 882, 987, 1039–1041, 1306, 1312, 1376f., 1801
– USA
S. 117, 119f., 363, 381–384, 490, 558, 624–627, 671, 703f., 882, 987, 998, 1039–1041, 1159[15], 1313, 1337[2], 1338–1342, 1377, 1381f., 1647, 1829
– Volksrepublik China
S. 381–384
– WEU
S. 1302, 1303[21], 1304–1308

Irakisch-iranischer Krieg/Lage im Persischen Golf
Dok. 199, 245 und S. 7, 31, 33f., 51, 85–89, 101–103, 117–120, 180f., 268f., 274, 303, 363, 381–384, 437, 461, 490, 498–503, 532[6], 534, 553–556, 563–565, 568, 596, 671, 703f., 840–843, 882f., 906, 921, 928, 957[5], 960, 963, 987, 998, 1022, 1026f., 1030–1034, 1038–1041, 1067, 1151f., 1154–1156, 1174[6], 1175, 1199, 1200[30], 1201, 1225–1230, 1312–1314, 1337[2], 1341[15], 1376f., 1402–1404, 1414, 1421, 1510[5], 1526, 1529, 1651–1653, 1662, 1777, 1781, 1800f., 1889f.

Iran
siehe außerdem:
Abrüstung, Afghanistan, Ägypten, Berlin, Bulgarien, Chemische Waffen, ČSSR, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irak, Flüchtlings- und Asylpolitik, Menschenrechte, Nahost-Konflikt, Terrorismus, Umweltpolitik, VN, Wirtschafts- und Währungsfragen
Dok. 7 und S. 180f., 223, 596, 1071–1074, 1152, 1155, 1225–1230, 1311–1314, 1414, 1539, 1777, 1789, 1890f.
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 102, 175, 222, 223, 230, 247, 326, 341, 344, 365 und S. 7, 85–88, 102f., 117, 119f., 381–384, 459–461, 499, 501–503, 553–555, 568, 704, 754, 998f., 1032f., 1040f., 1073f., 1152[8], 1200, 1302, 1303[21], 1305–1308, 1402, 1433, 1652, 1777
– EG/EPZ
S. 33, 554[4], 1033, 1040, 1305, 1785
– G7
S. 997–1000
– Israel
S. 1152, 1155, 1174
– Italien
S. 269, 883, 998–1000, 1030, 1229f.
– Japan
S. 382, 999, 1228, 1230
– Jordanien
S. 269, 303
– Jugoslawien
S. 1199f.
– Kanada
S. 997f., 1227
– Katar
S. 181
– Kurdenfrage
S. 1342
– Kuwait
S. 85[6], 181, 501
– Libanon
S. 116f., 563–565, 928, 998–1000, 1177–1179, 1225, 1228, 1230, 1311[3], 1783f., 1786[23], 1800f.
– Niederlande
S. 33[7]
– Norwegen
S. 1073
– Oman
S. 181
– Pakistan
S. 887, 889
– Saudi-Arabien
S. 87, 119, 181, 499–503, 1174, 1230, 1403
– Schweiz
S. 383
– Syrien
S. 85–89, 119, 180[3], 532[6], 534, 596, 962, 964, 1311[3]
– Türkei
S. 430, 437, 503, 1000, 1302, 1303[21], 1529, 1662, 1777
– UdSSR
S. 102, 117, 120, 268f., 362f., 381–384, 416, 490, 502[17], 503, 671, 703f., 882, 987, 1039, 1200, 1226f., 1230, 1306, 1312, 1376f., 1786[23], 1789, 1801
– USA
Dok. 199 und S. 85[6], 117, 119f., 363, 381–384, 490, 671, 703f., 754, 882, 928,

962 f., 987, 997 f., 1022, 1039 f., 1155 f., 1174[4], 1200, 1225, 1227–1230, 1313, 1377, 1433, 1652 f., 1783 f., 1786[23], 1801, 1829

– Vereinigte Arabische Emirate
S. 181, 501

– Volksrepublik China
S. 381–384, 691

– WEU
S. 1302, 1303[21], 1304–1308

Irland
siehe außerdem:
EG, EPZ, KSZE, Menschenrechte, Nahost-Konflikt, VN

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 333

– Israel
S. 302

– Mongolische Volksrepublik
S. 1243

Islamische Konferenz
siehe: OIC

Islamischer Fundamentalismus
S. 177, 189, 268, 271, 304, 362, 431, 503, 597, 774, 887, 889, 962–964, 1122, 1151 f., 1155, 1404, 1406, 1518, 1539, 1754

Island
siehe außerdem:
Berlin, KSZE, Menschenrechte, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nukleare Kurzstreckensysteme (SNF)

S. 9[46], 835

Israel
siehe außerdem:
Abrüstung, Afghanistan, Ägypten, Argentinien, Chemische Waffen, Dänemark, Flüchtlings- und Asylpolitik, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Indien, Irak, Iran, Irland, Nahost-Konflikt, Terrorismus, VN

Dok. 120 und S. 90 f., 182, 240[5], 241–243, 479, 592, 594 f., 1151–1156, 1200, 1400, 1402, 1422–1424, 1719, 1778 f., 1823, 1904[19]

– Arabische Liga
S. 303–305

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 30, 40, 120, 169, 171, 217, 302 und S. 8, 68, 72, 91 f., 142, 148, 182, 185, 243, 270, 361 f., 473 f., 500, 533–537, 557[5], 593–595, 598[11], 694–696, 896, 994, 1027[31], 1045, 1107 f., 1143, 1163, 1200, 1260 f., 1332 f., 1400, 1453, 1530 f., 1606, 1700, 1778 f., 1824, 1904 f.

– EG/EPZ
S. 92, 178, 184, 302, 499[6], 868, 942, 991, 1238, 1400, 1904

– Großbritannien
S. 1823 f.

– Jordanien
S. 177 f., 182, 188, 238 f., 269–274, 303–305, 361, 473, 535, 644–646, 694, 940 f., 1402, 1606, 1779

– Jugoslawien
S. 1201

– Libanon
S. 116 f., 239, 535, 1152, 1155, 1416 f., 1903

– Libyen
S. 11

– Luxemburg
S. 302

– PLO
S. 178, 240, 273, 537, 644 f., 647[15], 703, 941, 1153, 1422, 1902–1905

– Saudi-Arabien
S. 499 f., 1143, 1155, 1332 f.

– Spanien
S. 302

– Syrien
S. 13, 91, 116 f., 188, 239, 533–537, 596 f., 598[11], 961, 962[3], 963, 1152, 1155

– Türkei
S. 1155, 1530, 1778 f.

– UdSSR
S. 141, 162, 177, 238, 301[7], 592, 595, 643, 645–647, 703, 940 f., 962[3], 1151, 1153 f., 1163, 1201, 1377

– USA
S. 178[9], 238, 270–272, 301, 361 f., 473, 500, 534–537, 553, 594, 597 f., 643 f., 697[23], 835, 927 f., 940, 961, 963, 965, 1200 f., 1400, 1417, 1423 f., 1580 f., 1823 f., 1829, 1902[8]

Italien
siehe außerdem:
Abrüstung, Afghanistan, Ägypten, Angola, Argentinien, Chemische Waffen, Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea), EG, EPZ, Frankreich, G7, Großbritannien, Heiliger Stuhl, Irak, Iran, Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK), KSZE, KVAE, MBFR, Menschenrechte, Nahost-Konflikt,

Namibia-Frage, NATO, Nukleare Kurzstreckensysteme (SNF), Nukleare Mittelstreckensysteme (INF), Terrorismus, VN, WEU, Wirtschafts- und Währungsfragen, Zentralamerika-Politik

S. 65, 257, 558, 598f., 1320, 1452–1454, 1738, 1741, 1794, 1888

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 54, 112, 124, 332 und S. 80, 110–113, 168, 327, 470, 609, 804, 842, 1125, 1129, 1440–1444, 1452–1454, 1881
– Jordanien
S. 269, 1603
– Jugoslawien
S. 1195
– Kuba
S. 776
– Libyen
S. 11[4]
– Nicaragua
S. 308
– Niederlande
S. 302
– Österreich
S. 1741
– Panama
S. 587
– Polen
S. 411[55], 598–600, 680[31], 896, 1320
– Südafrika
S. 752f., 992
– Türkei
S. 1300–1304
– UdSSR
S. 386, 609, 680[31], 1306, 1569, 1573, 1608[10], 1610, 1648, 1736, 1743–1748, 1874
– Ungarn
S. 454, 457
– USA
S. 302, 305, 386, 601, 669, 672, 677[8], 883, 1230
– Warschauer Pakt
S. 883

IT-Sicherheit/IT-Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland
Dok. 38

IWF (Internationaler Währungsfonds)
siehe unter: VN

Jäger 90
siehe: European Fighter Aircraft

Jamaika
S. 280[19], 1488

Japan
siehe außerdem:
Abrüstung, Afghanistan, Bulgarien, Chemische Waffen, Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea), Frankreich, G7, GATT, Indien, Indonesien, Irak, Iran, Menschenrechte, Nahost-Konflikt, Technologiepolitik, Terrorismus, Umweltpolitik, Verschuldungsproblematik, VN, Wirtschafts- und Währungsfragen

S. 50, 123, 628, 654, 911, 956, 1454, 1466, 1599[49], 1735, 1748, 1777, 1830, 1888

– ASEAN
S. 745, 989, 1093–1096
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 136 und S. 124, 475, 595, 762–768, 842, 852, 915[7], 988f., 1133, 1328f., 1345, 1445, 1466, 1507, 1569, 1755, 1888[7]
– EG/EPZ
S. 595, 738, 741, 1070, 1094, 1196, 1745, 1748, 1842f.
– Kambodscha
S. 745, 987, 989, 992
– Kuba
S. 1770
– Mongolische Volksrepublik
S. 1243
– Philippinen
S. 745
– Republik Korea (Südkorea)
S. 745, 1000f., 1067, 1069f.
– Syrien
S. 991
– Türkei
S. 428
– UdSSR
S. 739, 742–744, 852[14], 983f., 987, 989, 1369, 1755
– USA
S. 360[15], 475, 738, 741, 743, 884[20], 983, 989, 1228, 1230, 1264[3], 1329, 1345, 1735, 1830
– Volksrepublik China
S. 744f., 989, 1350, 1566, 1755

Japanisch-Deutsches Zentrum Berlin
S. 737[1], 738, 744[22], 746

Jemen
siehe: Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)

Jordanien
siehe außerdem:
Ägypten, Arabische Liga, Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea), Frankreich, Großbritannien, Irak, Iran, Israel, Italien, Nahost-Konflikt, VN, Wirtschafts- und Währungsfragen

S. 177 f., 187, 242, 597, 644–646, 928, 940, 963, 1200

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 49 und S. 8, 238, 360 f., 396, 473, 499, 597, 693–697, 941, 1121[10], 1332 f., 1603–1606, 1822 f.
– EG/EPZ
S. 8, 300–305, 533, 536
– Libanon
S. 303, 305
– Österreich
S. 268
– PLO
S. 187, 273, 305, 644, 941, 1200[38], 1422
– Syrien
S. 305, 533–537
– UdSSR
S. 268 f., 696, 963, 1154, 1377
– USA
S. 269–274, 301, 304 f., 361, 533–537, 697[23], 963, 1423
– Volksrepublik China
S. 269

Jüdischer Weltkongreß
siehe: World Jewish Congress

Jugoslawien
siehe außerdem:
Abrüstung, Algerien, Bulgarien, Deutsche Frage, Flüchtlings- und Asylpolitik, Frankreich, Großbritannien, Iran, Israel, Italien, Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK), KSZE, Menschenrechte, Nahost-Konflikt, Umweltpolitik, Verschuldungsproblematik, VN

Dok. 58 und S. 63[1+6], 64 f., 456, 837, 839, 935 f., 1194–1197, 1528, 1650, 1669–1671, 1678, 1731, 1794, 1876

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 225 und S. 837, 935 f., 1532, 1650, 1696
– EG/EPZ
S. 1194–1197, 1201, 1650, 1669–1671
– Kosovo-Frage/Nationalitätenkonflikte
S. 338–343, 1650, 1670
– Kuba
S. 1202
– Österreich
S. 1195
– PLO
S. 86[7]
– Polen
S. 411[55]
– RGW
S. 936, 1195[6]
– Simbabwe
S. 495
– UdSSR
S. 1196–1199, 1650
– Ungarn
S. 456
– USA
S. 935 f., 1197, 1199, 1650
– Verfassungsreform/Wirtschaftsreformen
S. 1669 f.
– Warschauer Pakt
S. 1198

Junge Union
S. 1427

Kambodscha/Kamputschea
siehe außerdem: Flüchtlings- und Asylpolitik, Indonesien, Japan

S. 101, 390, 706, 711, 745, 779, 906, 915, 987 f., 1068 f., 1198, 1376, 1425, 1450, 1509 f., 1872

– ASEAN
S. 745, 779, 1376[8], 1425, 1450
– Bundesrepublik Deutschland
S. 779, 915, 1068, 1450
– EG/EPZ
S. 779
– Laos
S. 1376[8]
– Republik Korea (Südkorea)
S. 1069
– Thailand
S. 711, 988
– UdSSR
S. 101, 390, 490, 706, 711, 779, 906, 915,

987 f., 1068 f., 1198, 1376, 1414, 1425[41], 1509 f., 1872
– USA
S. 390, 706, 906, 915, 988, 1376, 1414 f., 1425, 1872
– Vietnam
S. 101[17], 390, 706, 711, 779 f., 988, 992, 1376[8], 1414, 1425[41], 1450, 1509 f.
– Volksrepublik China
S. 711[19], 992, 1069, 1376[8], 1415, 1425[41], 1450, 1509 f., 1872

Kamerun
S. 1025, 1488, 1532

Kanada
siehe außerdem:
Abrüstung, Chemische Waffen, DDR, Frankreich, G 7, GATT, Honduras, Iran, Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK), KSZE, MBFR, Menschenrechte, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nukleare Kurzstreckensysteme (SNF), Terrorismus, Umweltpolitik, Verschuldungsproblematik, VN, Wirtschafts- und Währungsfragen, Zentralamerika-Politik
S. 175, 1454, 1456 f., 1644, 1745, 1751, 1887
– ASEAN
S. 1093–1096
– Bundesrepublik Deutschland
S. 510, 993 f., 1745
– EG/EPZ
S. 371[16], 993[3], 1094
– Norwegen
S. 510 f., 513
– Südafrika
S. 992
– UdSSR
S. 298, 437, 820, 1063, 1172, 1644
– USA
S. 263, 674, 983

Kapverden
S. 1906

Karl-Marx-Haus, Trier
S. 1896

Katar
siehe unter: Ägypten, Iran

Kenia
siehe außerdem: Angola
S. 909 f.
– Bundesrepublik Deutschland
S. 1077

Kolumbien
siehe außerdem: Verschuldungsproblematik, VN, Zentralamerika-Politik
S. 352–358, 1751
– Bundesrepublik Deutschland
S. 875
– Panama
S. 587[14]

Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte in Iran, Berlin e.V.
S. 1889–1891

Konferenzen und Verhandlungen
siehe auch: Gipfeltreffen, Weltwirtschaftsgipfel
– Währungskonferenz der Vereinten Nationen vom 1. bis 22.7.1944 in Bretton Woods
S. 24[8]
– Neun-Mächte-Konferenz vom 28.9. bis 3.10.1954 in London
S. 154[11]
– NATO-Ministerratstagung am 13.12.1956 in Paris
S. 159[36]
– NATO-Ministerratstagung am 2./3.5.1957 in Bonn
S. 159[36]
– WEU-Ministerratstagung am 26./27.10. 1967 in Den Haag
S. 1879[12]
– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 12.12.1967 in Brüssel
S. 50[9]
– NATO-Ministerratstagung am 13./14.12. 1967 in Brüssel
S. 377[9], 387[16], 433[3], 448[6], 484[9], 607[17], 616[18], 948[14], 1062[16], 1436[11], 1460[9], 1707[11], 1746[40], 1814[7], 1873[34], 1879[10]
– Friedenskonferenz für den Nahen Osten vom 21.12.1973 bis 9.1.1974 in Genf
S. 239
– Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 20./21.4.1974 auf Schloß Gymnich
S. 160[4]
– Konferenz der wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie (Suppliers Conference) am 23.4.1975 in London
S. 113[15]

– Schlußkonferenz der KSZE vom 30.7. bis 1.8.1975 in Helsinki
S. 203[30]

– Konferenz der wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie (Suppliers Conference) am 4./5.11.1975 in London
S. 113[15]

– Konferenz der Europäischen Gemeinschaften mit Vertretern der ASEAN-Mitgliedstaaten über industrielle Kooperation vom 4. bis 6.4.1977 in Brüssel
S. 779

– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 17./18.5.1977 in Brüssel
S. 377[11], 433[12]

– Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung vom 23.5. bis 30.6.1978 in New York
S. 477, 1021 f., 1025, 1028

– Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 30./31.5. 1978 in Washington
S. 377

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 25./26.9.1978 in Brüssel
S. 89[19]

– Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 20./21.11.1978 in Brüssel
S. 779

– Tagung des Europäischen Rats am 4./5.12. 1978 in Brüssel
S. 809

– Verfassungskonferenz für den Übergang Rhodesiens zur Unabhängigkeit vom 10.9. bis 15.12.1979 in London (Lancaster-House-Konferenz)
S. 494[2], 589[8]

– Gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12.12.1979 in Brüssel
S. 1815[10], 1835[6]

– Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 6./7.3. 1980 in Kuala Lumpur
S. 780[7]

– Tagung des Europäischen Rats am 12./13. 6.1980 in Venedig
S. 92, 302–304, 536, 991, 1033, 1530, 1903

– KSZE-Folgekonferenz vom 11.11.1980 bis 9.9.1983 in Madrid
S. 150, 609 f., 835[5], 838

– Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung vom 7.6. bis 10.7.1982 in New York
S. 477, 1020–1022, 1029

– Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10.6. 1982 in Bonn
S. 387

– Konferenz der Staatschefs der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9.9.1982 in Fes
S. 91, 303

– Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19.6.1983 in Stuttgart
S. 772 f., 1240, 1844

– Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28.10. 1983 in Montebello
S. 27[8], 155, 317–319, 370, 434, 728, 729[20], 730–732, 1222, 1707, 1717, 1816

– Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) vom 17.1.1984 bis 19./22.9.1986 in Stockholm
siehe: KVAE

– Tagung des Europäischen Rats am 25./ 26.6.1984 in Fontainebleau
S. 6[25], 82, 265, 345 f., 470, 867, 1035

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 28./29.9. 1984 in San José (San José I)
S. 395

– WEU-Ministerratstagung am 26./27.10. 1984 in Rom
S. 1301[17], 1305

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 20.11.1984 in Brüssel
S. 113[14]

– ESA-Ministerratstagung am 30./31.1.1985 in Rom
S. 1089[45]

– Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 26./27.3. 1985 in Luxemburg
S. 318[13]

– KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 7.5. bis 17.6.1985 in Ottawa
S. 521, 1193

– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 22.5.1985 in Brüssel
S. 449[9]

– Tagung des Europäischen Rats am 28./29.6.1985 in Mailand
S. 1036[8]

– Konferenz der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte vom 30.7. bis 1.8.1985 in Helsinki
S. 1644

– Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Großbritanniens, Japans und der USA (G5) am 22.9.1985 in New York
S. 739

– Kulturforum der KSZE vom 15.10. bis 25.11.1985 in Budapest
S. 74[31], 782, 1061, 1193, 1698

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Commonwealth-Mitgliedstaaten vom 16. bis 22.10.1985 in Nassau
S. 968[20]

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 11./12.11.1985 in Luxemburg (San José II)
S. 307[36], 358, 395, 422, 1627[21]

– Tagung des Europäischen Rats am 2./3.12.1985 in Luxemburg
S. 470, 789

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Handels- und Wirtschaftsminister (Binnenmarktrat) am 18.3.1986 in Brüssel
S. 798[42]

– KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15.4. bis 26.5.1986 in Bern
S. 521, 609f., 836, 953, 1193, 1694

– EG-Ministerratstagung am 25./26.4.1986 in Luxemburg
S. 638

– Konferenz der Präsidenten von Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua am 24./25.5.1986 in Esquipulas
S. 308[39], 421[4]

– NATO-Ministerratstagung am 29./30.5.1986 in Halifax
S. 954

– Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 10./11.6.1986 in Budapest
S. 1865

– Tagung des Europäischen Rats am 26./27.6.1986 in Den Haag
S. 571[11], 969[26]

– Ministersitzung des GATT vom 15. bis 20.9.1986 in Punta del Este
S. 151[18], 1266f., 1269, 1897

– Ministersitzung des Assoziationsrats EG–Türkei am 16.9.1986 in Brüssel
S. 427[4], 431

– Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 21./22.10.1986 in Gleneagles
S. 55[31], 316[2], 435[20], 448[8], 668[28], 802[16], 1111[3]

– KSZE-Folgekonferenz vom 4.11.1986 bis 19.1.1989 in Wien
Dok. 113, 195, 196, 197, 216, 224, 322, 372
und S. 2[8], 19[33], 106, 305f., 394[9], 411[57], 432, 436, 454–456, 458[28], 472, 514, 516–522, 574–576, 615, 637, 673f., 701, 756[8], 757[10], 781–784, 819f., 833–836, 838[16+17], 839, 872, 883f., 901, 921–926, 950–955, 1118[15], 1165[19], 1166–1172, 1198f., 1273, 1362, 1365, 1393f., 1412, 1415, 1432f., 1479f., 1535f., 1572[3], 1579, 1589, 1592f., 1614–1616, 1633[6], 1641–1645, 1657, 1661f., 1687f., 1715f., 1729[6], 1749, 1761, 1797[3], 1854, 1860, 1870f., 1873–1875

– EG-Ratstagung auf der Ebene der für Kulturfragen zuständigen Minister am 13.11.1986 in Brüssel
S. 1810[12]

– Tagung des Europäischen Rats am 5./6.12.1986 in London
S. 329[25], 330[30]

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 8. bis 16.12.1986 in Brüssel
S. 261[4], 794[34]

– NATO-Ministerratstagung am 11./12.12.1986 in Brüssel
S. 105, 306, 368[12], 387, 952

– Konferenz der Außenminister der „Gruppe der Acht“ (Rio-Gruppe) am 17./18.12.1986 in Rio de Janeiro
S. 424

– Internationale Wehrkundebegegnung vom 31.1. bis 2.2.1987 in München
S. 443

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 9./10.2.1987 in Guatemala-Stadt (San José III)
S. 395

– Konferenz der Präsidenten von Costa Rica, El Salvador, Guatemala und Honduras am 15.2.1987 in San José
S. 8[41]

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 23.2.1987 in Brüssel
S. 92[33], 178[6]

– Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 4. bis 6.4.1987 in Tunis
S. 89[21]

– Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 14./15.5.1987 in Stavanger
S. 27[9], 318[13]

– Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 28./29.5. 1987 in Ost-Berlin
S. 574[4], 1004

– NATO-Ministerratstagung am 11./12.6. 1987 in Reykjavik
S. 2, 27[4], 105–107, 143, 149, 155, 162, 320, 367, 369f., 375, 388, 435, 448, 493, 601, 756[4], 758[19], 821–823, 926, 950, 954, 1110, 1113, 1114[4], 1116, 1219–1223, 1288, 1290f., 1436, 1439, 1643, 1686[5], 1687f., 1695, 1715f., 1724, 1798, 1813, 1862f., 1877f., 1882

– Internationale Konferenz der Vereinten Nationen über Drogenmißbrauch und Drogenhandel vom 17. bis 26.6.1987 in Wien
S. 982, 1347, 1420[16]

– Tagung des Europäischen Rats am 29./30.6.1987 in Brüssel
S. 793f.

– Tagung des EG-Rats auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 30.6./1.7. 1987 in Brüssel
S. 793[28]

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten vom 27. bis 30.7.1987 in Addis Abeba
S. 570[4]

– Gipfelkonferenz der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten am 6./7.8.1987 in Guatemala-Stadt („Esquipulas II“)
S. 307[37], 308[39], 353f., 356, 421[3], 712[5], 713f., 1625–1627, 1665–1667

– VN-Konferenz über das Verhältnis zwischen Abrüstung und Entwicklung vom 24.8. bis 11.9.1987 in New York
S. 479f., 1010

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Umweltminister am 7.9.1987 in Brüssel
S. 798[43]

– Konferenz der Notenbank-Präsidenten der EG-Mitgliedstaaten am 8.9.1987 in Basel
S. 209

– Informelles Treffen der EG-Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) am 12./13.9.1987 in Nyborg/Dänemark
S. 83, 209

– V. EUREKA-Ministerkonferenz am 14./15.9.1987 in Madrid
S. 465[4]

– Treffen der „Australischen Initiative“ am 14./15.9.1987 in Paris
S. 718[13]

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern der „Gruppe der Acht“ (Rio-Gruppe) am 23.9.1987 in New York
S. 424f.

– Treffen der Außenminister der G 7-Staaten am 23.9.1987 in New York
S. 999

– WEU-Ministerratstagung am 26./27.10. 1987 in Den Haag
S. 108[21], 325[9], 449[10], 804[21], 1300, 1545[14]

– Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 3./4.11.1987 in Monterey
S. 27[9], 318[13], 730

– Außerordentliche Gipfelkonferenz der Arabischen Liga vom 8. bis 11.11.1987 in Amman
S. 8, 87–89, 119, 180, 269, 300–304, 1424

– ESA-Ministerratstagung am 9./10.11.1987 in Den Haag
S. 1455f.

– Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs von acht lateinamerikanischen Staaten (Rio-Gruppe) vom 27. bis 29.11. 1987 in Acapulco
S. 424–426

– Tagung des Europäischen Rats am 4./5.12.1987 in Kopenhagen
S. 5, 6[25], 78[5], 81, 145, 168, 217[13], 219, 262, 267, 311–313, 343, 344[6], 347

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Verkehrsminister am 7.12.1987 in Brüssel
S. 80

– NATO-Ministerratstagung am 11./12.12. 1987 in Brüssel
S. 2, 26[3], 55, 143, 149, 155, 368[18], 375, 511[5], 742[19]

– EG-Ministerratstagung am 14.12.1987 in Brüssel
S. 790[25]

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Verkehrsminister am 14.12.1987 in Brüssel
S. 80

– Konferenz des Golfkooperationsrats (GCC) auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs vom 26. bis 29.12.1987 in Riad
S. 89

– Konferenz der Präsidenten von Costa Rica, El Salvador, Guatemala Honduras und Nicaragua am 15./16.1.1988 in San José
S. 307[37], 352, 353[7], 355[22], 421

– Konferenz der Sechs-Nationen-Initiative am 21./22.1.1988 in Stockholm
S. 915, 1024

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 18. bis 20.1. und am 23./24.1.1988 in Brüssel
S. 78[5], 80, 167f., 266[4], 311[11], 313

– Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga am 23./24.1.1988 in Tunis
S. 243

– EG-Ministerratstagung am 25.1.1988 in Brüssel
S. 167, 217[13], 224, 307[34]

– Sondertagung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten (Konklave) am 1./2.2. 1988 in Brüssel
S. 80, 167[42], 168, 184, 216–219, 264f., 312

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 8.2.1988 in Bonn
Dok. 53 und S. 8, 360

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) am 9.2.1988 in Brüssel
S. 208[10]

– Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13.2.1988 in Brüssel
Dok. 59 und S. 5, 78, 145, 151, 184, 191, 216–219, 261, 264, 266f., 269, 273, 310f., 313–315, 359, 363, 370–372, 425, 458, 469f., 547[3], 578, 592, 595, 615, 793, 828, 866f., 1035, 1235f., 1239, 1469

– EG-Ministerratstagung am 22.2.1988 in Brüssel
S. 343f.

– Außerordentliche NATO-Ministerratstagung am 23.2.1988 in Brüssel
Dok. 67 und S. 414[6], 454[10], 822

– Konferenz der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 23.2.1988 in Prag
S. 453

– Konferenz der Außenminister der „Gruppe der Acht“ (Rio-Gruppe) vom 24. bis 26.2.1988 in Cartagena
S. 424

– Treffen der Außenminister Albaniens, Bulgariens, Griechenlands, Jugoslawiens, Rumäniens und der Türkei vom 24. bis 26.2.1988 in Belgrad
S. 65, 437, 947

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe vom 29.2. bis 1.3.1988 in Hamburg (San José IV)
Dok. 72 und S. 8, 309, 352–358, 395, 424, 427, 1239

– Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und der EG-Kommission mit den Außenministern der „Gruppe der Acht“ (Rio-Gruppe) am 1.3.1988 in Hamburg
Dok. 73 und S. 308, 353, 355, 357f., 422, 1850f.

– Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 2./3.3.1988 in Brüssel
Dok. 19, 75 und S. 146f., 160, 162, 358f., 361[21], 366–370, 374f., 376–380, 385–392, 427, 430, 440, 444, 448, 453, 471, 505f., 514, 523, 526, 616, 726, 731, 815, 1000, 1436

– Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 5./6.3.1988 in Konstanz
S. 1[4], 516–520, 1241

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Verkehrsminister am 14.3.1988 in Brüssel
S. 787[11]

– Sondersitzung der Außenminister EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 22.3.1988 in Brüssel
S. 455, 516f., 522[17]

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 28. bis 30.3.1988 in Brüssel
S. 793[29]

– Konferenz der Außenminister der Warschauer Pakt-Staaten am 29./30.3.1988 in Sofia
S. 453, 455[18], 604[8], 758[17]

– Treffen der Außenminister der G 7-Staaten zu „Global trends“ am 31.3.1988 auf Schloß Gymnich
S. 161

– Tagung des Interimsausschusses des Internationalen Währungsfonds (IWF) und des Entwicklungsausschusses der Weltbank und des IWF am 14./15.4.1988 in Washington
S. 747

– WEU-Ministerratstagung am 18./19.4.1988 in Den Haag
S. 108, 803[20], 1298[2], 1299, 1305[8]

– Treffen der „Australischen Initiative“ vom 19. bis 21.4.1988 in Paris
S. 718, 720

– EG-Ministerratstagung am 25./26.4.1988 in Brüssel
S. 427[4], 431[15]

– NATO-Ministerratstagung am 25.4.1988 in Brüssel
Dok. 123 und S. 727

– Konferenz der EG-Troika und der AKP-Staaten am 26.4.1988 in Luxemburg
S. 573

– Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28.4.1988 in Brüssel
Dok. 134 und S. 27[9], 318[13], 807, 1110[1]

– Vorbereitungstreffen am 29./30.4.1988 in Bonn zur Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 2./3.5.1988 in Düsseldorf
S. 780

– Siebte Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 2./3.5.1988 in Düsseldorf
Dok. 143 und S. 708–711, 723–725, 1095

– Europa-Kongreß der Europäischen Bewegung vom 5. bis 8.5.1988 in Den Haag
S. 826f.

– NATO-Ministerratstagung am 13.5.1988 in Brüssel
Dok. 152 und S. 819[2], 821f.

– Informelles Treffen der Finanzminister und Notenbank-Präsidenten der EG-Mitgliedstaaten am 13./14.5.1988 in Travemünde
S. 978[7], 979

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 16./17.5.1988 in Brüssel
S. 793, 795[36]

– OECD-Ministerratstagung am 18./19.5.1988 in Paris
S. 311, 1266

– 6. Kooperationsrat zwischen der EG und Israel auf der Ebene der Außenminister am 24.5.1988 in Brüssel
S. 868

– EG-Ministerratstagung am 24.5.1988 in Brüssel
S. 867f.

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten vom 25. bis 28.5.1988 in Addis Abeba
S. 777

– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 26./27.5.1988 in Brüssel
Dok. 162 und S. 551[21]

– Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan vom 29.5. bis 2.6.1988 in Moskau
siehe unter: Gipfeltreffen

– Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung vom 31.5. bis 25.6.1988 in New York
Dok. 84, 189 und S. 46[15], 700, 898, 914, 921, 925[19], 940[2], 943, 985

– NATO-Ministerratstagung am 2.6.1988 in Brüssel
S. 899[8], 900[10], 904[25], 925, 952, 985

– EG-Ratstagung auf der Ebene der für den Binnenmarkt sowie für Schutz und Information der Verbraucher zuständigen Minister am 7.6.1988 in Luxemburg
S. 1213[7]

– Außerordentliche Gipfelkonferenz der Arabischen Liga vom 7. bis 9.6.1988 in Algier
S. 940, 988, 990f., 1030

– NATO-Ministerratstagung am 9./10.6. 1988 in Madrid
Dok. 172, 173 und S. 107, 821f., 866f., 869, 920, 986, 1416, 1643, 1645, 1873, 1881

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 13./14.6.1988 in Luxemburg
S. 907, 993

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) am 13.6.1988 in Luxemburg
Dok. 180 und S. 1514[5]

– VI. EUREKA-Ministerkonferenz vom 14. bis 16.6.1988 in Kopenhagen
S. 1810[10]

– Treffen der Europäischen Gemeinschaften und des Golf-Kooperationsrats am 15.6.1988 in Luxemburg
S. 991, 999, 1030

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Umweltminister am 16./17.6.1988 in Luxemburg
S. 798[43+44], 1366[10]

– EG-Ratstagung auf der Ebene der für Verkehrsfragen zuständigen Minister am 20./21.6.1988 in Luxemburg
S. 1036[11]

– Internationales Treffen für nuklearfreie Zonen vom 20. bis 22.6.1988 in Berlin (Ost)
Dok. 126

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Handels- und Wirtschaftsminister (Binnenmarktrat) am 22.6.1988 in Luxemburg
S. 785, 786[9], 787[14+15], 796[39], 1036[12]

– EG-Ratstagung auf der Ebene der für Industriefragen zuständigen Minister am 24.6.1988 in Luxemburg
S. 786[10]

– Treffen der EG-Troika und der Arabischen Liga auf Ministerebene im Rahmen des Europäisch-Arabischen Dialogs (EAD) am 24.6.1988 in Bonn
S. 1034[19], 1038

– Tagung des Europäischen Rats am 27./28. 6.1988 in Hannover
Dok. 191 und S. 83f., 208[10], 209, 261, 310[5], 311, 469, 547, 797[40], 828, 866f., 979, 1040, 1046, 1060, 1119, 1128, 1216, 1237, 1240f., 1366, 1740, 1810f., 1840, 1842

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Umweltminister am 28./29.6.1988 in Luxemburg
S. 798[45]

– Konferenz der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten am 4./5.7.1988 in Bangkok
S. 1093

– Jahrestagung des RGW vom 5. bis 7.7. 1988 in Prag
S. 1795

– Konferenz der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten mit Vertretern der EG-Mitgliedstaaten, Australiens, Japans, Kanadas, Neuseelands und der USA vom 7. bis 9.7.1988 in Bangkok
Dok. 202 und S. 708[5], 711

– Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 15./16.7.1988 in Warschau
S. 1167, 1273, 1893

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 18.7.1988 in Athen
S. 1136

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 18./19.7.1988 in Brüssel
S. 793

– Informelle EG-Ratstagung auf der Ebene der Handels- und Wirtschaftsminister (Binnenmarktrat) am 29.7.1988 in Athen
S. 1367[15]

– Konferenz der Außenminister der Bewegung Blockfreier Staaten vom 7. bis 10.9.1988 in Nikosia
S. 1202

– Generalkonferenz der IAEO vom 19. bis 23.9.1988 in Wien
S. 1088[39], 1396[14]

– Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der Bundesrepublik

Deutschland, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans, Kanadas und der USA (G 7) am 24.9.1988 in Berlin (West)
S. 1491 f.

– Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans, Kanadas, der Niederlande, Schwedens, der Schweiz und der USA (G 10) am 25.9.1988 in Berlin (West)
S. 1491 f.

– Tagung des Interimsausschusses des Gouverneursrats des IWF am 25./26.9. 1988 in Berlin (West)
S. 1491 f.

– Tagung des Entwicklungsausschusses des Gouverneursrats des IWF und der Weltbank am 26.9.1988 in Berlin (West)
S. 1491 f.

– Treffen der Zwischenstaatlichen Gruppe der Vierundzwanzig (G 24) über Internationale Währungsangelegenheiten am 26.9.1988 in Berlin (West)
S. 1491 f.

– Treffen der Außenminister der G 7-Staaten am 27.9.1988 in New York
S. 981, 989

– Jahrestagung von IWF und Weltbank vom 27. bis 29.9.1988 in Berlin (West)
Dok. 285 und S. 908[7], 912, 1001, 1345, 1444

– Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 28.9.1988 in New York
S. 1357

– Tagung der Planungsstäbe der NATO (Atlantic Policy Advisory Group) vom 2. bis 6.10.1988 in Nord-Seeland/Dänemark
Dok. 262

– Informelles Treffen von Handelsministern aus 26 Staaten und der EG-Kommission am 3.10.1988 in Islamabad
S. 1268

– Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 15./16.10.1988 in Ioannina
S. 1536, 1613

– Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28.10. 1988 in Den Haag
S. 1436[13], 1813

– Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 28./29.10.1988 in Budapest
S. 1592

– Tagung des Palästinensischen Nationalrats vom 12. bis 15.11.1988 in Algier
S. 1422 f., 1530, 1651, 1714, 1777 f., 1823, 1903

– WEU-Ministerratstagung am 14./15.11. 1988 in London
S. 1300, 1303, 1304[22], 1714, 1780

– Generalversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) vom 14. bis 19.11.1988 in San Salvador
S. 1713 f.

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 21.11.1988 in Brüssel
S. 1665, 1668

– EG-Ministerratstagung am 21./22.11.1988 in Brüssel
S. 1748[3]

– Internationale Konferenz der Vereinten Nationen über die Annahme einer Konvention gegen den illegalen Handel mit Drogen und psychotropen Substanzen vom 25.11 bis 20.12.1988 in Wien
S. 1420

– EG-Ratstagung auf der Ebene der für Fischerei zuständigen Minister am 28.11. 1988 in Brüssel
S. 1748[3]

– Informelles Treffen der für Kulturfragen zuständigen Minister der EG-Mitgliedstaaten am 29.11.1988 in Athen
Dok. 347

– Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 30.11.1988 in Brüssel
Dok. 348

– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2.12.1988 in Brüssel
S. 1726, 1817[18]

– Tagung des Europäischen Rats am 2./3. 12.1988 auf Rhodos
Dok. 353 und S. 1366 f., 1369, 1513, 1661, 1739–1741, 1812, 1819[2], 1820, 1823[28], 1831[2], 1833, 1837, 1840, 1842, 1892[3+5]

– Ministerkonferenz der Uruguay-Runde des GATT („Mid-term Review") vom 5. bis 9.12.1988 in Montreal

Dok. 368 und S. 547[4], 1094f., 1264–1269, 1467, 1493, 1661, 1675, 1843[17], 1859, 1860[20]

– NATO-Ministerratstagung am 8./9.12.1988 in Brüssel
Dok. 361, 362 und S. 821[6], 822[8], 928, 1415, 1645, 1650, 1656, 1658[17], 1688, 1717, 1726, 1852[2]

– EG-Ratstagung auf der Ebene der für Industriefragen zuständigen Minister am 13.12.1988 in Brüssel
S. 1739[14]

– EG-Ministerratstagung am 19.12.1988 in Brüssel
S. 1748[3], 1903

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Handels- und Wirtschaftsminister (Binnenmarktrat) am 21.12.1988 in Brüssel
S. 1739[14]

– Internationale Konferenz über das Verbot chemischer Waffen vom 7. bis 11.1.1989 in Paris
S. 1414, 1419, 1434, 1579, 1590, 1613–1615, 1617, 1642, 1647, 1689, 1691, 1860f., 1874, 1918[7], 1922

– Konferenz der Außenminister der Bewegung Blockfreier Staaten vom 13. bis 15.1.1989 in Nikosia
S. 1615

– Gipfeltreffen zentralamerikanischer Präsidenten am 13./14.2.1989 in Costa del Sol (El Salvador)
S. 1624, 1627, 1667

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 27./28.2.1989 in San Pedro Sula (San José V)
S. 422, 1623, 1628, 1664f., 1668

– Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) vom 6.3.1989 bis 19.11.1990 in Wien
S. 756, 758, 1565[28], 1590, 1593, 1630, 1791f., 1828, 1860, 1870, 1873

– Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) vom 6.3.1989 bis 28.11.1994 in Wien
S. 756, 758, 1590, 1593, 1791, 1793, 1860, 1870, 1873

– Informelles Treffen der für Kulturfragen zuständigen Minister der EG-Mitgliedstaaten am 30./31.3.1989 in Santiago de Compostela
S. 1809

– Halbzeitkonferenz der Uruguay-Runde des GATT vom 5. bis 8.4.1989 in Genf
S. 1898f.

– KSZE-Informationsforum vom 18.4. bis 12.5.1989 in London
S. 1432

– Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 29./30.5.1989 in Brüssel
S. 1565, 1708, 1717, 1724f., 1742, 1813–1815, 1819, 1827, 1863, 1878–1883

– Konferenz der KSZE-Teilnehmerstaaten über die „menschliche Dimension der KSZE“ vom 30.5. bis 23.6.1989 in Paris
S. 521[11], 1170, 1199, 1412, 1432, 1590, 1616, 1642, 1695, 1716, 1749, 1854, 1859

– Tagung des Europäischen Rats am 26./27.6.1989 in Madrid
S. 1037, 1367, 1739–1741, 1820, 1841f., 1844, 1884–1886

– Tagung des Europäischen Rats am 8./9.12.1989 in Straßburg
S. 1367, 1739, 1741

– Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 16./17.2.1990 in Kuching
S. 780

– Zweite Konferenz der KSZE-Teilnehmerstaaten über die „menschliche Dimension der KSZE“ vom 5. bis 29.6.1990 in Kopenhagen
S. 1170, 1199, 1412, 1432, 1590, 1616, 1642, 1695, 1716, 1749, 1854, 1859

Kongo
siehe: Volksrepublik Kongo

Königswinter-Konferenz
S. 323, 333, 447, 678

Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa (KRK)
siehe außerdem: KSZE

Dok. 9, 207, 281 und S. 2f., 7, 27, 106, 127, 142–145, 149, 154f., 166[38], 167[39], 196, 276, 298, 306, 336, 347, 359, 369, 373, 392f., 433–435, 437, 440, 449f., 478f., 483, 514, 517f., 575f., 603–605, 607, 609, 616f., 630, 638–642, 670f., 688, 701f., 771, 805f., 816, 821f., 829, 831, 834, 847, 880, 883, 886, 901, 904f., 914f., 921–926, 944, 948–955, 976f., 985f., 1010, 1022,

1060, 1066, 1166–1169, 1172, 1199, 1217[6], 1219–1224, 1288–1291, 1314–1318, 1362, 1365, 1393, 1411 f., 1415 f., 1432, 1437, 1459, 1536, 1543 f., 1562–1565, 1583, 1590, 1592–1596, 1616, 1628–1631, 1639–1645, 1654–1658, 1661–1664, 1686–1688, 1695–1697, 1699, 1715–1717, 1742, 1744 f., 1761, 1791, 1797–1800, 1815–1817, 1828, 1836[8], 1837, 1839, 1847, 1852–1855, 1860 f., 1866, 1881, 1892 f., 1913 f.

– Belgien
S. 386, 954, 1657

– Bulgarien
S. 1411[6]

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 119, 310 und S. 2 f., 7, 27, 40–43, 69, 71, 106, 127, 131, 142, 144 f., 149, 154, 196, 336, 347, 359, 367–370, 373, 376–380, 385–388, 389[20], 392 f., 434, 440, 449 f., 451[15], 452[17], 453 f., 471 f., 478 f., 517[5], 518, 527[18], 575 f., 603, 605, 607, 609, 616 f., 630, 673, 688, 742, 755–761, 771, 805 f., 816, 821 f., 834, 847, 871 f., 914 f., 922–925, 952, 976 f., 985 f., 1010, 1060, 1066, 1114–1118, 1166–1169, 1172, 1199, 1217[6], 1219–1224, 1309, 1315–1318, 1362, 1368 f., 1393, 1411 f., 1415 f., 1432, 1437 f., 1472, 1477–1480, 1536, 1543 f., 1562, 1564 f., 1572[3], 1590, 1592–1595, 1616, 1628–1631, 1641–1645, 1654–1658, 1661–1664, 1686–1688, 1715–1717, 1742, 1745, 1756 f., 1761, 1791 f., 1797[3], 1799, 1816, 1836[8], 1839, 1847, 1854, 1866, 1874, 1881, 1892

– ČSSR
S. 640

– Dänemark
S. 514, 640, 1657

– DDR
S. 454, 640, 1317

– Frankreich
Dok. 320, 343 und S. 40–43, 250 f., 386, 389, 437, 449, 471 f., 509, 515, 517 f., 609, 755–761, 871 f., 922–926, 950[7], 952 f., 976, 1060 f., 1114–1118, 1169, 1309, 1316–1318, 1362, 1365, 1368, 1412, 1432, 1477–1480, 1544, 1640, 1642–1645, 1654–1658, 1661–1664, 1695–1697, 1715 f., 1745, 1854, 1860 f., 1874

– Griechenland
S. 1654, 1657, 1661, 1687

– Großbritannien
S. 40–43, 106, 364[4], 386, 514, 517 f., 755–761, 922–924, 953 f., 976 f., 1115 f., 1118[15], 1314[5], 1315–1318, 1368, 1412, 1415, 1437 f., 1459, 1477–1480, 1536, 1640, 1642–1645, 1654–1658, 1661, 1664, 1686 f., 1742

– Italien
S. 40, 43, 385 f., 454, 527[18], 755–761, 883, 1432, 1477–1480, 1640, 1654, 1657, 1661, 1664, 1686[5], 1744 f., 1874

– Jugoslawien
S. 1663

– Kanada
S. 1657

– Luxemburg
S. 385 f., 388 f., 1657, 1882

– Mandatsgespräche
S. 40–43, 155, 167[39], 298, 367 f., 375, 390, 393, 440, 454, 514 f., 603, 604[8], 605, 608[23], 609, 639[4], 640, 755 f., 758 f., 761[21], 816, 831, 834, 872, 901, 904, 922–926, 950–955, 1114[4], 1118[15], 1166–1169, 1411 f., 1432, 1479 f., 1564, 1572[3], 1592, 1595 f., 1687, 1695, 1715, 1797[3], 1853 f.

– NATO
Dok. 312 und S. 40–43, 106, 142, 144, 149, 298[15], 306, 367 f., 369 f., 375–380, 393, 433–435, 449 f., 452[17], 453 f., 514 f., 575, 638–642, 671, 701, 755–761, 816, 831, 834, 847, 871 f., 880, 901, 904, 921–926, 944, 949–955, 976, 985, 1062, 1114–1118, 1168 f., 1217[6], 1219–1224, 1314–1318, 1362, 1411 f., 1415, 1432, 1437, 1477–1480, 1592[24], 1595 f., 1640 f., 1643–1645, 1661–1664, 1686[5], 1687 f., 1695–1697, 1715–1717, 1757, 1792, 1797–1800, 1815–1817, 1837, 1839, 1847, 1860[20], 1866, 1870 f., 1874, 1876[48], 1881, 1913

– NATO-Quint (Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien und USA)
Dok. 138, 248, 281 und S. 1114–1118, 1432[25], 1640 f., 1654 f., 1658[17], 1661, 1664, 1686[5]

– Neutrale und nichtgebundene Staaten (N+N)
S. 393, 756[4], 757[10], 758[19], 923–926, 954, 1022, 1432, 1643, 1695–1697

– Niederlande
S. 385 f., 388, 527[18], 953

– Norwegen
S. 2, 7, 385 f., 388, 512, 886, 951, 1318[3], 1477[6], 1478, 1479[10], 1640 f., 1644, 1654–1657, 1661 f., 1687

– Österreich
S. 1663
– Polen
S. 69, 454, 640, 756, 1315 f., 1393
– Portugal
S. 385 f., 388, 1657
– Schweden
S. 392 f., 926, 1663
– Spanien
S. 385 f., 388, 1657, 1699
– Türkei
S. 758, 1117 f., 1318[3], 1411, 1432, 1477[6], 1592[24], 1644, 1654–1657, 1661 f., 1687, 1853 f., 1861, 1871, 1876[48], 1913 f.
– UdSSR
S. 3, 106, 129, 131, 142, 155, 276, 298, 306, 336, 367, 373, 385–390, 454, 470, 483, 517 f., 616 f., 639–642, 670 f., 701 f., 756–761, 771, 816, 831, 834, 847, 886, 901, 903 f., 914, 922–926, 944, 952, 954 f., 985 f., 1010, 1062, 1064, 1114–1118, 1166–1169, 1172, 1199, 1315–1317, 1368 f., 1411 f., 1432, 1437, 1477–1480, 1536, 1544, 1562 f., 1565, 1572[3], 1590, 1592 f., 1596, 1629, 1642–1645, 1655–1657, 1661, 1663, 1715 f., 1744 f., 1756 f., 1791 f., 1836[8], 1837, 1839, 1847, 1852–1854, 1860, 1866, 1871, 1893, 1913
– Ungarn
S. 453 f., 935[10]
– USA
Dok. 207, 281, 310, 312, 320 und S. 40–43, 52 f., 56, 106, 129, 143–145, 154 f., 359, 368–370, 374–380, 385–390, 435, 453 f., 517 f., 670 f., 701 f., 755–761, 821, 829, 831, 901, 903 f., 921–926, 948 f., 954 f., 976 f., 985, 1168 f., 1315–1318, 1411, 1415 f., 1432, 1536, 1641–1645, 1661–1664, 1695–1697, 1708, 1715 f., 1742, 1745, 1761, 1797[3], 1798, 1847, 1853–1855, 1860 f., 1871, 1876[48], 1913
– Verifikation
S. 954, 1062, 1592[24]
– Warschauer Pakt
S. 298[15], 306, 367 f., 375, 393, 434, 453 f., 455[18], 514, 604, 639–642, 671, 701, 756–761, 816, 831, 834, 847, 901, 904, 922–926, 950–955, 1116[11], 1118, 1167[8], 1168 f., 1217[6], 1315–1317, 1411, 1432, 1478–1480, 1562, 1592[24], 1595 f., 1640, 1655–1657, 1661, 1663, 1686[5], 1742, 1792, 1797–1800, 1816, 1866, 1871, 1893[9], 1913

Kooperationsrat der Arabischen Golfstaaten (GCC)
siehe außerdem: EG, EPZ, Nahost-Konflikt
S. 89, 180, 501–504, 991 f., 999, 1030, 1238, 1262

Korea
siehe: Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) und Republik Korea (Südkorea)

KPD (Kommunistische Partei Deutschlands)
S. 1772, 1805

KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)
siehe außerdem:
EG, EPZ, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Umweltpolitik, VSBM
Dok. 92, 113, 153, 196, 216, 224, 322, 372 und S. 106, 155, 305 f., 327, 331, 354, 392, 436, 445, 448, 454–456, 458, 478, 613, 615, 623[17], 637, 662, 663[45], 673, 819 f., 829, 831 f., 856, 901, 905, 921–926, 948, 950 f., 954, 1055–1057, 1065–1068, 1166–1172, 1198 f., 1501, 1503, 1561 f., 1572[3], 1573, 1574[13], 1589 f., 1592, 1641–1645, 1715 f., 1791, 1793, 1797–1800, 1835
– Abschließendes Dokument der Folgekonferenz in Madrid vom 6.9.1983
S. 609 f., 613, 836, 1063[25], 1181–1183, 1188, 1192, 1501
– Belgien
S. 516[3], 519 f., 609, 782[4+5], 836, 839, 954, 1063[22], 1150, 1185, 1699, 1875
– Bulgarien
S. 1181 f., 1184, 1186, 1190, 1191[33], 1698, 1729[6], 1730
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 113, 197 und S. 19[33], 305 f., 327 f., 331, 386, 392–394, 407 f., 445, 454–456, 458, 472, 478, 516–522, 574–576, 613, 615, 623[17], 662, 663[45], 673, 756, 757[10], 771, 781–784, 819 f., 833 f., 836–840, 872, 891, 921–925, 951, 984, 988, 1055–1057, 1059–1064, 1068, 1118[15], 1149 f., 1166–1172, 1179–1193, 1198 f., 1217[8], 1246[2], 1273, 1362, 1388[10], 1393 f., 1412 f., 1415, 1429, 1432 f., 1484[2], 1501, 1503, 1535 f., 1561, 1572[3], 1573, 1574[13], 1589 f., 1592, 1615–1617, 1633[6], 1641–1645, 1661–1664, 1686[5], 1688, 1696–1699, 1715 f., 1729[6],

1730, 1749 f., 1791, 1797[3], 1799, 1808[5], 1834 f., 1859 f., 1873 f., 1913, 1915–1917
– ČSSR
S. 517[5], 521[15], 623[17], 971[3], 1170[21], 1181, 1184, 1186, 1273, 1416[34], 1694, 1696
– Dänemark
S. 782[7], 1063[21+24], 1150, 1170[19], 1199[24], 1412[10], 1697, 1915[17]
– DDR
S. 521[15], 610, 782[7], 839, 921, 1063[24], 1181, 1183 f., 1186–1188, 1696, 1698, 1914, 1916 f.
– Finnland
S. 1063[21], 1150, 1697[16], 1915[17]
– Frankreich
S. 19[33], 306, 455, 472, 517 f., 520–522, 575 f., 605, 609 f., 782, 819 f., 921–926, 952 f., 987, 1055–1057, 1059–1061, 1063[22+24+26], 1065–1068, 1118[15], 1149 f., 1165 f., 1169, 1179–1181, 1185, 1187, 1189, 1192, 1362, 1412 f., 1535[2+3], 1613–1616, 1641–1645, 1661–1664, 1686[5], 1687 f., 1695, 1697 f., 1715 f., 1797–1800, 1834 f., 1853, 1859–1861, 1917
– Griechenland
S. 782[4+5+7], 1063[22+24], 1150[10], 1185[22], 1698 f., 1808[5]
– Großbritannien
S. 106, 306, 327, 331, 445, 517 f., 520 f., 575, 605, 609, 674, 819 f., 921–924, 953 f., 1149 f., 1185, 1192 f., 1412[12], 1413, 1458 f., 1535 f., 1590[14], 1613, 1615, 1641–1645, 1686[5], 1694–1696, 1698, 1716, 1750, 1834, 1859 f., 1875, 1911–1917
– Irland
S. 306, 517[4], 518–522, 610[31], 1055–1057, 1063[25], 1750, 1917
– Island
S. 837[13], 954, 1055, 1063[21], 1697[16], 1915[17]
– Italien
S. 306, 386, 604[7], 609, 782[5+7], 832, 953, 1056, 1063[22+24], 1191[32], 1192, 1698, 1916[21]
– Jugoslawien
S. 606[16], 609[27], 782[7], 837, 839, 1063[24], 1182[15+18], 1191, 1696, 1699, 1917
– Kanada
S. 394[6], 605, 609, 784, 820, 836, 839, 953, 1055 f., 1060 f., 1063 f., 1150, 1182, 1184 f., 1192 f., 1199, 1592, 1696 f., 1875, 1911–1917
– Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK)
Dok. 320, 343 und S. 2[8], 106, 306, 454, 517 f., 575 f., 603–605, 607, 608[23], 609, 756, 758 f., 829, 831, 836 f., 838[15], 872, 901, 904 f., 921–926, 950–955, 987, 1060–1064, 1066, 1118[15], 1148, 1166–1169, 1172, 1180–1182, 1184 f., 1187, 1189–1193, 1199, 1411 f., 1415 f., 1432, 1479 f., 1536, 1590, 1592, 1616, 1639–1645, 1657, 1658[15–17], 1661–1664, 1695–1697, 1699, 1715 f., 1853–1855, 1860 f., 1871, 1874, 1912–1914, 1916
– KSZE-Konferenzen und Expertentagungen
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen
– Kulturelle Dimension
Dok. 144 und S. 603[5], 607[19], 1063, 1698
– Luxemburg
S. 306, 1697[16], 1915[17]
– Malta
S. 782[7], 1063[24], 1191, 1913, 1916[22]
– Menschenrechte/Menschenrechtspolitik
Dok. 92, 149, 295, 322 und S. 74[32], 203[30], 306, 328, 385 f., 388, 390, 407 f., 436, 455, 527[18], 603–611, 639, 671, 675, 782 f., 829, 831, 837–839, 840[23], 872, 897, 905, 921 f., 951, 953 f., 1055 f., 1059–1067, 1149[3+6], 1165, 1169–1171, 1180–1188, 1198[18], 1199, 1246[2], 1388[10], 1412 f., 1432 f., 1458, 1572[3], 1589 f., 1613, 1615, 1642 f., 1661 f., 1715 f., 1749 f., 1834 f., 1853, 1858 f., 1870, 1911–1917
– Monaco
S. 1063[22]
– NATO
Dok. 173 und S. 306, 448, 517[4], 518–522, 575 f., 603[4], 604[8], 610[31], 639, 783[11], 820, 837[13], 838[15], 921 f., 1055–1057, 1063[25], 1148–1150, 1168 f., 1171[27], 1180–1193, 1432[27], 1643–1645, 1657 f., 1661–1664, 1686[5], 1687 f., 1694–1699, 1715 f., 1870 f., 1911–1917
– Neutrale und nichtgebundene Staaten (N+N)
Dok. 153 und S. 517, 521, 603[3+6], 605–608, 783, 819 f., 921–926, 951–955, 1056, 1059[4], 1060[10], 1064, 1065[3], 1066, 1149[6], 1150, 1165[17], 1169–1171, 1179–1193, 1198, 1393, 1589[13], 1643, 1695–1699, 1793, 1797[3], 1798, 1875, 1911–1917

– Niederlande
S. 306, 436, 518–521, 605, 608f., 673, 836, 839, 948, 953, 1060, 1064, 1150, 1182, 1185, 1875

– Norwegen
S. 388, 782[4+7], 951, 1055f., 1063[21+24], 1150, 1185[22], 1697[16], 1915[17]

– Österreich
S. 516[3], 519f., 522[17], 606[16], 610[32], 782[4+7], 783, 820, 835[5], 837, 1063[24], 1149, 1193, 1614, 1696, 1697[16], 1911–1917

– Polen
Dok. 105 und S. 74[32], 407f., 517[5], 521[15], 756, 757[10], 782[7], 839, 897, 1063[24], 1388[10], 1393f., 1633[6], 1696

– Portugal
S. 520, 609, 782[5], 953, 1150[9], 1613, 1697[16], 1915[17]

– Rumänien
Dok. 197 und S. 455, 517[5], 610[32], 782[7], 921, 1060f., 1063f., 1171, 1180f., 1184–1186, 1191[32+33], 1192f., 1246[2], 1415, 1592

– Schlußakte vom 1.8.1975
S. 72, 126[16], 198[13], 393, 519[8], 521[11], 527[18], 539[8], 613, 891, 897, 971[3], 984, 988, 1061, 1063, 1066[7], 1117[14], 1170, 1181–1183, 1188, 1192, 1217[8], 1246[2], 1484[2], 1501, 1503, 1562, 1585, 1873

– Schweden
S. 392–394, 782[7], 783, 1063[21+24], 1149, 1193, 1697[16], 1698, 1915[17]

– Schweiz
S. 604[7], 605, 610[32], 783, 835[5], 836, 838, 1192, 1698f., 1913, 1916

– Spanien
S. 609[27], 953, 1063[22], 1697[16], 1699, 1915[17]

– Türkei
S. 1055f., 1063[22], 1117[14], 1698, 1913f.

– UdSSR
Dok. 322 und S. 306, 328, 385f., 390, 455, 458[28], 517–522, 603–606, 608–611, 637, 639, 671, 675, 819f., 829, 831, 836, 840[23], 901, 905, 921–925, 950–955, 988, 1056f., 1060f., 1063f., 1148–1150, 1165, 1169–1172, 1179–1193, 1199, 1393f., 1412f., 1415, 1429, 1432f., 1458f., 1501, 1503, 1535f., 1561f., 1572[3], 1573, 1574[13], 1589f., 1592, 1613, 1615, 1642–1645, 1661f., 1715f., 1749f., 1790f., 1793, 1834f., 1853f., 1858–1860, 1870f., 1911–1917

– Ungarn
S. 454–456, 458, 517[5], 521[15], 782, 1063[24], 1149[6], 1181[13], 1184, 1193

– USA
Dok. 144, 216, 295, 322, 372 und S. 106, 155, 385f., 390, 394[6], 455, 515, 517–522, 575, 604–606, 608f., 611, 671, 675, 819f., 829, 831, 836, 838, 840[23], 856, 901, 905, 921–926, 950–955, 1055–1057, 1059[4], 1061, 1063[26], 1064, 1168f., 1179f., 1182–1193, 1199, 1393f., 1412f., 1415f., 1429, 1432f., 1589[13], 1590[14], 1615f., 1641–1645, 1661–1664, 1686[5], 1687f., 1715f., 1797[3], 1834, 1853f., 1858–1861, 1870f.

– Warschauer Pakt
S. 106[14], 306, 455[16+18], 458[28], 517–522, 574[4], 603[4+5], 604, 782–784, 820, 836, 839, 921, 950–955, 1056f., 1060[10], 1063f., 1148–1150, 1167[8], 1168f., 1171, 1180–1193, 1592, 1661, 1663, 1696–1699, 1715f., 1911–1917

– Zypern
S. 1191, 1913, 1915

Kuba
siehe außerdem:
Abrüstung, Angola, Berlin, DDR, Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea), El Salvador, Frankreich, GATT, Großbritannien, Italien, Japan, Jugoslawien, Menschenrechte, Namibia-Frage, Nord-Süd-Dialog, RGW, Terrorismus, Umweltpolitik, VN, Wirtschafts- und Währungsfragen, Zentralamerika-Politik
S. 633f., 776–778, 874f., 1001, 1202, 1714, 1767[2], 1768–1773, 1789

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 142, 339 und S. 633f.

– Portugal
S. 776

– Spanien
S. 776

– Südafrika
S. 776–778, 1076f., 1079, 1651

– UdSSR
S. 1202, 1769–1771, 1789

– USA
S. 158, 161, 590[14], 633, 776–778, 874f., 1022[12], 1651, 1714, 1770, 1772[15], 1871

Kulturhauptstadt Europas (Europäische Stadt der Kultur (ESK))
S. 1164, 1808f.

Kulturpolitik
siehe außerdem: EG/EPZ
siehe auch: Deutsches Archäologisches Institut, Deutsches Historisches Institut Rom, Deutsches Historisches Museum, Deutsches Institut für Japanstudien, Deutsches Kunsthistorisches Institut, Deutsches Orient-Institut, Goethe-Institut
Dok. 141, 144, 169, 326, 347 und S. 66[14], 198, 200, 406f., 453[2], 458[28], 538, 539[8], 540, 542–544, 564f., 676[5+7], 677[9], 678, 680[28], 737[1], 738f., 744[22], 745f., 792, 858, 906f., 917, 934[9], 945f., 1063, 1081, 1083, 1091f., 1201, 1244, 1246, 1256, 1272[17], 1277–1279, 1283, 1309, 1327f., 1346f., 1350, 1368[17], 1395, 1398[20], 1447f., 1463, 1502, 1507, 1524[15], 1555, 1558, 1612, 1621, 1635–1639, 1653, 1704, 1729, 1732f., 1758, 1769, 1772, 1805–1808, 1833, 1892

Kuwait
siehe außerdem: Ägypten, Iran, Terrorismus, VN
S. 958, 1155, 1230, 1259–1264, 1421, 1453

KVAE (Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa)
S. 19, 130, 150, 478, 669, 883, 1027, 1160–1162, 1191, 1415, 1591, 1629, 1631, 1655[6]
– Bundesrepublik Deutschland
S. 19, 478, 1160–1162, 1591, 1629, 1631
– DDR
S. 1160–1162
– Dokument der Stockholmer Konferenz vom 19.9.1986
S. 150[15], 669, 883, 1160–1162, 1629, 1631
– Frankreich
S. 19
– Großbritannien
S. 1161
– Implementierung
S. 478
– Italien
S. 883
– Manöverankündigungen und -beobachtungen
Dok. 219 und S. 1170, 1629, 1631
– NATO
S. 1027, 1160f., 1629, 1631, 1655[6]
– Neutrale und nichtgebundene Staaten (N+N)
S. 1027
– UdSSR
S. 130, 1160–1162, 1170, 1591
– USA
S. 669, 1160–1162, 1415
– Warschauer Pakt
S. 1027, 1160, 1191, 1629, 1631

Länder der Bundesrepublik Deutschland
Dok. 241 und S. 131, 201[24], 544, 577, 593, 773, 775, 786, 788[18], 853[15], 1092f., 1506, 1512, 1562, 1576[24], 1618, 1680, 1683, 1808, 1811[13], 1901
– Baden-Württemberg
Dok. 52 und S. 68, 131, 227, 324[7], 333f., 476, 602, 850, 1092, 1102, 1278, 1506, 1760
– Bayern
Dok. 28, 35, 261 und S. 201[24], 253–256, 296, 298, 327f., 393, 439, 497[13], 755[24], 850, 1206, 1208, 1277f., 1280, 1465, 1506, 1522, 1794, 1821[18], 1822
– Bremen
S. 544, 1283[31]
– Hamburg
S. 1278, 1506, 1623[2]
– Hessen
S. 1283, 1506, 1808
– Niedersachsen
S. 957, 1283f., 1506, 1512
– Nordrhein-Westfalen
Dok. 164 und S. 232[4], 235[15], 1278f., 1506
– Rheinland-Pfalz
S. 733–736, 1283f., 1494–1498, 1680, 1732[13]
– Saarland
Dok. 339 und S. 544[21], 786, 1282
– Schleswig-Holstein
S. 133, 138, 324[7], 544, 738[5], 1084[27], 1277, 1279f., 1283

Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland e.V.
S. 1102

Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn e.V.
S. 41, 43, 934[9]

Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V.
S. 70

Laos
siehe unter:
Flüchtlings- und Asylpolitik, Kambodscha

Leo Baeck Institute, New York
Dok. 328 und S. 1707, 1824

Lesotho
S. 1284, 1906

Libanon
siehe außerdem:
Ägypten, Frankreich, Großbritannien, Irak, Iran, Israel, Jordanien, Nahost-Konflikt, Terrorismus, VN

S. 596 f., 928, 1155, 1406 f., 1529 f., 1652, 1784

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 223 und S. 116 f., 459 f., 531[2+3], 563–565, 1406, 1529, 1652, 1783, 1800 f.
– EG/EPZ
S. 1844
– Entführungsfall Cordes und Schmidt
siehe unter: Terrorismus
– Hisbollah
S. 597, 998 f., 1000[17], 1177, 1784[19]
– Syrien
S. 116 f., 120, 531[2+3], 534, 596 f., 928, 961 f., 964, 998 f., 1152, 1416 f., 1652
– UdSSR
S. 964
– USA
S. 116, 928, 964, 998, 1177, 1407, 1417, 1652, 1783 f., 1829

Liberale Internationale
S. 1625

Libyen
siehe außerdem:
Abrüstung, Ägypten, Chemische Waffen, Frankreich, Israel, Italien, Terrorismus, VN

Dok. 2, 373 und S. 189, 590 f., 1158, 1404, 1406, 1414, 1715, 1779

– Bundesrepublik Deutschland
S. 10 f., 591, 754, 1158, 1404, 1918–1928
– EG/EPZ
S. 1034[19], 1922[19]
– Niederlande
S. 10[2]
– Österreich
S. 11[4]
– Tschad
S. 10, 590 f.
– Tunesien
S. 189
– UdSSR
S. 10
– USA
S. 10[3], 11, 176[6], 754, 1918–1923

Lutherischer Weltbund
S. 1296

Luxemburg
siehe außerdem:
Abrüstung, Chemische Waffen, EG, EPZ, Frankreich, Israel, Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK), KSZE, Menschenrechte, Nahost-Konflikt, NATO, Nukleare Kurzstreckensysteme (SNF), WEU, Wirtschafts- und Währungsfragen, Zentralamerika-Politik

S. 1888

– Bundesrepublik Deutschland
S. 306, 1129, 1514
– UdSSR
S. 948

Madagaskar
siehe außerdem: VN
S. 909, 910[12], 912[19], 1488, 1489[10], 1532

Malawi
S. 1489[10]

Malaysia
siehe außerdem:
ASEAN, Flüchtlings- und Asylpolitik, Großbritannien, Wirtschafts- und Währungsfragen

Dok. 254, 255 und S. 189

Mali
siehe außerdem: VN
S. 494[1], 1379, 1493

Malta
siehe unter: KSZE

Marokko
siehe außerdem: Nahost-Konflikt, VN
S. 940, 1518

Mauretanien
S. 912[19], 1488, 1489[10]

Mauritius
S. 173

Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.
S. 1772[15]

Max-Planck-Institut für Aeronomie, Kattlenburg-Lindau
S. 1089[46]

Max-Planck-Institut für Chemie, Mainz
S. 1089[46]

Max-Planck-Institut für extraterrestrische Physik, Garching
S. 1089[46]

Max-Planck-Institut für Kernphysik, Heidelberg
S. 1089[46]

MBFR (Mutual and Balanced Force Reductions)
Dok. 91, 179 und S. 39[15+16], 43, 150[13], 688, 759, 904[25], 914[4], 924f., 953f., 1061, 1643, 1657, 1687, 1791, 1854, 1860, 1875

– Belgien
S. 514f., 516[14], 1875

– Bundesrepublik Deutschland
S. 515, 516[14], 688, 914[4], 924, 976f., 1657, 1791

– Dänemark
S. 513–515

– Frankreich
S. 515, 759, 924, 1061, 1687, 1854, 1860

– Großbritannien
S. 513–516, 924, 954, 976f., 1687

– Italien
S. 515, 516[14]

– Kanada
S. 515, 953

– NATO/Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten
Dok. 91 und S. 150[13], 924, 976f.

– Niederlande
S. 515, 516[14]

– UdSSR
S. 514f., 924f., 1860, 1875

– USA
S. 515, 516[14], 904[25], 924f., 954, 976f., 1643, 1687, 1860

– Verifikation
S. 514f.

– Warschauer Pakt/Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten
S. 513–515, 976f.

Medien/Medienpolitik
siehe: Presse und Nachrichtenagenturen

Menschenrechte/Menschenrechtspolitik
siehe außerdem: KSZE
S. 167, 306, 335, 337, 482f., 488f., 499[6], 600, 603–611, 613, 615, 670f., 675, 676[7], 678, 782f., 819, 829, 849, 855, 856[13+14], 859, 881, 897f., 905, 921f., 925, 983f., 1055f., 1059–1067, 1070, 1077, 1079, 1108f., 1169–1171, 1180–1193, 1241, 1295–1297, 1342, 1369, 1373f., 1410–1413, 1449f., 1501f., 1511–1513, 1555, 1582–1586, 1684f., 1712, 1782–1784, 1786[23], 1791, 1794, 1805[3]

– Argentinien
S. 876[15]

– Belgien
S. 499[6], 609, 954

– Benin
S. 588f.

– Brasilien
S. 876

– Bulgarien
S. 436, 877, 946

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 161 und S. 141f., 144, 155[19], 167, 198, 214, 234–237, 243, 306, 328, 337, 386, 418–421, 436, 455, 499[6], 516–522, 527, 571, 588f., 600, 605, 607–611, 613, 615, 622, 673, 820, 872, 897, 905[27], 921, 934, 968–970, 992, 997, 1014f., 1041, 1059, 1062, 1079, 1104f., 1109, 1169, 1198[18], 1199, 1203–1205, 1241, 1246f., 1272[17], 1296, 1309, 1369, 1373f., 1412f., 1449f., 1461–1464, 1501f., 1517, 1528, 1536, 1555, 1582, 1584, 1589f., 1616, 1623, 1625–1628, 1642f., 1661f., 1684[2], 1696f., 1703f., 1712, 1716, 1741[25], 1749f., 1768[2], 1772f., 1782–1784, 1786[23], 1791, 1794, 1821f., 1834f., 1873, 1889–1891, 1915[17]

– Chile
S. 233, 236f., 418–421, 876f.

– ČSSR
S. 203, 622f., 1272[17]

– Dänemark
S. 499[6], 1170[19], 1697, 1915[17]

– DDR
S. 36, 39, 61, 682, 855, 856[13+14], 859, 934, 1187f., 1390[22], 1805[3]
– EG/EPZ
Dok. 92 und S. 306, 429[7], 499[6], 607[19], 1241, 1536, 1613, 1695–1697, 1794
– El Salvador
S. 421, 875
– Europarat
S. 1794
– Finnland
S. 1697, 1915[17]
– Frankreich
S. 36, 39, 306, 517f., 520–522, 527, 605, 820, 922, 997, 1061, 1165, 1412f., 1613, 1616, 1642f., 1648, 1661f., 1834f., 1853, 1859
– Großbritannien
S. 306, 517f., 520f., 527, 605, 609, 820, 922, 953, 1000, 1105, 1413, 1458, 1536f., 1613, 1615, 1642f., 1662, 1694–1696, 1716, 1750, 1821f., 1834, 1853, 1859
– Guatemala
S. 356, 421, 1684f.
– Honduras
S. 421, 1668
– Indonesien
S. 1449f.
– Irak
S. 1041, 1510f.
– Iran
Dok. 7, 365 und S. 1000, 1342, 1712, 1782–1784, 1786[23], 1801
– Irland
S. 518–520, 1750
– Island
S. 1055, 1697, 1915[17]
– Italien
S. 386, 527[18], 672, 676[7], 678, 1608[10]
– Japan
S. 984, 987
– Jugoslawien
S. 1198[18], 1199
– Kanada
S. 605, 609, 820, 953, 1056, 1060f., 1063f., 1182, 1696f., 1915
– Kuba
S. 874, 1768[2], 1772f.
– Luxemburg
S. 948, 1697, 1915[17]
– NATO
S. 436, 639, 1695–1697
– Nicaragua
S. 421, 1623, 1625–1628, 1653
– Niederlande
S. 436, 516[3], 518–520, 527[18], 605, 608f., 948, 1064, 1182
– Norwegen
S. 388, 951, 1055, 1697, 1915[17]
– Österreich
S. 1697, 1915[17]
– Polen
S. 600, 877f., 897
– Portugal
S. 520, 609, 725[10], 953, 1613, 1697, 1915[17]
– Republik Korea (Südkorea)
S. 1070
– Rumänien
S. 4, 455[16], 1065–1067, 1109, 1171, 1180f., 1184f., 1192f., 1203–1205, 1246f., 1461–1464, 1517
– Schweden
S. 849, 1697, 1915[17]
– Schweiz
S. 605
– Spanien
S. 1697, 1915[17]
– Südafrika
S. 570[8], 966, 968–970, 992, 997, 1014f., 1079, 1821f.
– SWAPO
S. 1295–1297
– Türkei
S. 429[7], 436, 946, 1055, 1510f., 1528
– UdSSR
S. 141f., 155, 306[32], 328, 335, 337, 385f., 388, 390, 436, 482f., 488f., 517–522, 527, 604–611, 614[12], 615, 639, 670f., 675, 819f., 829, 831, 849, 877, 881, 898f., 905, 922, 951–954, 984, 987f., 1061, 1064, 1105, 1165, 1170f., 1184, 1199, 1410–1413, 1430, 1432f., 1458, 1501f., 1517, 1535f., 1582f., 1584f., 1589f., 1613–1616, 1642f., 1648, 1661f., 1694–1697, 1703f., 1716, 1743, 1749f., 1794, 1834f., 1853f., 1855[2], 1858f., 1870, 1872, 1911–1917
– Ungarn
S. 4, 455, 458[28]
– USA
Dok. 161 und S. 141, 155, 335, 385f., 388, 390, 436, 517–522, 605f., 611,

614[12], 615, 670f., 675, 782f., 819f., 829, 831, 855, 856[13+14], 859, 881, 898f., 905, 921f., 925, 954, 971[3], 983, 988, 1056, 1105, 1182, 1410–1413, 1429, 1432f., 1535f., 1615f., 1642f., 1653, 1662, 1684f., 1694–1696, 1703f., 1706, 1715f., 1741[25], 1801, 1834, 1853f., 1858f., 1870, 1872, 1911–1917

– VN
S. 588[5], 1782f., 1786[23], 1801, 1889–1891

– Warschauer Pakt
S. 527, 1696f.

Mexiko
siehe außerdem:
Abrüstung, El Salvador, Guatemala, Honduras, Verschuldungsproblematik, Zentralamerika-Politik

S. 352–358, 425f., 1830

– UdSSR
S. 1378

– USA
S. 291–293, 354

Militärgeschichtliches Forschungsamt, Freiburg
S. 1441

Militärische Ausbildungshilfe
Dok. 103, 159

Monaco
siehe unter: KSZE

Mongolische Volksrepublik
siehe außerdem:
Frankreich, Großbritannien, Indien, Irland, Japan, RGW, Warschauer Pakt, Wirtschafts- und Währungsfragen

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 233 und S. 1611[19], 1612, 1664, 1905–1910

– EG/EPZ
S. 1243

– UdSSR
S. 1242–1244, 1509[12]

– USA
S. 1242

– Volksrepublik China
S. 1242–1244, 1509[12]

Mosambik
siehe außerdem: Angola, Brasilien

S. 169, 171–173, 210–215, 909, 910[12], 912[19], 1488, 1489[10]

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 35 und S. 134[10], 169[3+4], 255, 571, 583[11], 1077, 1080

– Portugal
S. 171f., 211[5], 212f., 632f.

– Sambia
S. 570, 572

– Südafrika
S. 172f., 211–215, 570–572, 589, 633, 1145, 1329

– Tansania
S. 1329

– USA
S. 169[4], 212

Moskauer Vertrag vom 12.8.1970
S. 15[12], 128, 163, 336, 613, 984, 1503, 1559, 1561, 1578f., 1595, 1790

– „Brief zur deutschen Einheit"
S. 15, 16[14]

Museum of Modern Art, New York
S. 1722

Nahost-Konflikt
S. 13, 116–120, 160–162, 180, 187f., 191, 268, 271, 274, 359–363, 396, 426, 547, 553, 671f., 702f., 833, 835, 906, 921, 927, 987f., 990–992, 1030, 1163, 1198, 1200f., 1377, 1399–1402, 1422–1425, 1606, 1651f., 1714, 1777–1779, 1829, 1902–1905

– Ägypten
S. 177, 178[7], 180, 182–185, 187f., 240, 242, 269, 301f., 304f., 360–362, 473, 596, 940, 992, 1201, 1399–1402, 1406f., 1423f., 1651f., 1779

– Algerien
S. 1201

– Arabische Liga/Fes-Plan
S. 85[3], 91, 300–305, 940, 988, 990f., 1424, 1651

– Belgien
S. 302

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 41, 95, 370 und S. 8, 85[3], 92f., 148, 161f., 177–179, 181–185, 191, 239f., 269f., 273f., 301–305, 359–362, 396, 472–474, 499f., 547, 553, 594f., 598[11], 694f., 703, 921, 940–942, 991f., 1151, 1153, 1200f., 1377, 1399–1402, 1422, 1526, 1529–1531, 1606, 1651, 1714, 1777–1779, 1823f.

– Dänemark
S. 302
– EG/EPZ
S. 85[3], 92f., 178, 184, 188, 243, 269, 273, 301–305, 360f., 431, 499f., 533f., 536, 645, 703, 942, 991f., 1033, 1037, 1153, 1530, 1778f., 1823, 1844, 1902–1905
– Frankreich
S. 162, 191, 269, 302, 304, 473f., 921, 990, 1422f., 1651f., 1779
– Griechenland
S. 302, 547, 553, 1823
– Großbritannien
S. 85[3], 179, 183f., 238, 269, 302, 304, 437, 921, 927, 992, 1651, 1823f., 1904
– Internationale Konferenz für Frieden im Nahen Osten
Dok. 49 und S. 86, 91–93, 119f., 162, 178, 179[10], 182–185, 188, 238f., 241, 243, 301–305, 361, 396, 472f., 499f., 533–537, 598[11], 643[2], 646, 674, 703, 835, 906, 940f., 990–992, 1153–1155, 1200[38], 1377, 1399f., 1422–1425, 1530, 1651, 1902f.
– Irak
S. 303, 596, 1155, 1651
– Iran
S. 116f., 303, 596, 1651
– Irland
S. 302
– Israel
S. 90–92, 116f., 162, 177–179, 182–185, 187f., 238–243, 269–274, 301–305, 361f., 396, 472–474, 499f., 533–537, 553, 594f., 596f., 598[11], 643–647, 702f., 835, 927f., 940–942, 962[3], 963, 990–992, 1151–1154, 1200f., 1377, 1399–1402, 1422–1425, 1530f., 1778f., 1823f., 1829, 1902–1905
– Italien
S. 269, 302, 305, 672, 990f., 1422–1425
– Japan
S. 991f., 1153
– Jordanien
Dok. 49 und S. 177f., 182, 184, 187, 238f., 242, 300–305, 360–362, 396, 473, 499, 533–537, 644–646, 694, 940f., 990–992, 1154f., 1200f., 1377, 1400–1402, 1422–1425, 1530[18], 1779
– Jugoslawien
S. 1201
– Kanada
S. 1422, 1424
– Kooperationsrat der Arabischen Golfstaaten (GCC)
S. 991[11]
– Libanon
S. 116f., 273, 303, 305, 535, 565, 596f., 990, 1152, 1406f., 1530, 1652, 1829, 1903
– Luxemburg
S. 302
– Marokko
S. 940
– NATO
S. 437, 928
– Niederlande
S. 302, 388, 1904
– Palästina-Frage/Besetzte Gebiete
Dok. 30, 41 und S. 86, 90–93, 120, 162, 182–185, 187f., 239f., 269[13], 270–273, 301–305, 359–362, 388, 396, 473f., 499f., 532–537, 553, 594f., 596, 644–647, 672, 674, 703, 835, 906, 941f., 990–992, 1151, 1153–1155, 1200f., 1377, 1399–1402, 1422–1425, 1530f., 1651f., 1777–1779, 1823f., 1829, 1903f.
– PLO
Dok. 370 und S. 178, 183, 187[32], 240–243, 272f., 301, 304[25], 305, 396, 535, 537, 553, 644f., 672, 703, 941, 988, 990f., 1153f., 1200[38], 1201, 1399–1402, 1422–1425, 1530f., 1651f., 1714, 1777f., 1823f., 1829
– Saudi-Arabien
S. 183f., 361, 498–500, 503, 694, 991
– Spanien
S. 302, 304, 426
– Syrien
Dok. 95, 111 und S. 86–93, 116–120, 273, 305, 361, 991, 1152, 1155, 1400, 1406f., 1423, 1651, 1905
– Türkei
S. 431, 437, 674, 1526, 1529f., 1777–1779
– UdSSR
S. 91, 162, 301, 305, 362f., 437, 536f., 597, 671, 674, 702f., 835, 906, 928, 940f., 962[3], 963–965, 987f., 990, 1151–1154, 1163, 1198, 1200f., 1377, 1872
– USA
S. 86, 91, 162, 178[7], 179, 183, 185, 188, 238[5], 269–274, 301–305, 359–363, 388, 473f., 499f., 533–537, 553, 594, 597f., 671f., 674, 702f., 835, 906, 921, 927f., 940, 962[3], 963–965, 987f., 990–992, 1153f.,

1200 f., 1377, 1400, 1402, 1422–1424, 1651, 1714, 1778 f., 1823 f., 1829, 1872, 1902 f., 1905
– VN
S. 161 f., 242, 270[14], 301–305, 533–535, 672[29], 1401 f., 1423 f., 1651 f., 1714, 1823, 1902

Namibia-Frage
Dok. 142 und S. 158[32], 161, 191, 633 f., 988, 993, 1075, 1077, 1144–1148, 1822, 1830, 1871
– ANC
S. 968, 970
– Angola
S. 158[32], 252[3], 570–572, 590, 705, 776–778, 832, 906, 1075, 1077, 1079, 1206–1209, 1293–1295, 1376, 1408, 1651, 1714, 1822, 1830, 1871
– Bundesrepublik Deutschland
S. 158[32], 159–161, 169[3], 191, 252–256, 571 f., 590 f., 632–634, 778, 834, 970, 1075, 1077, 1079, 1144–1148, 1206–1209, 1295, 1297, 1329 f., 1407–1409, 1651, 1714
– EG/EPZ
S. 254, 1037
– Frankreich
S. 159–161, 191, 633, 1651
– Frontlinienstaaten (Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania)
S. 8, 158[32], 169[4], 395, 496, 570, 1145, 1147, 1329
– G 7
S. 993
– Großbritannien
S. 161, 1651, 1822
– Italien
S. 993
– Kanada
S. 161
– Kontaktgruppe
S. 158–161, 191, 633
– Kuba
S. 158[32], 390, 572, 590, 633 f., 776–778, 832, 906, 993, 1075, 1079, 1145, 1148[11], 1206–1209, 1293 f., 1408, 1651, 1714, 1871
– Österreich
S. 253
– Portugal
S. 631, 633 f.
– Südafrika
Dok. 215 und S. 158[32], 159, 253, 570–572, 590 f., 633 f., 776–778, 832, 906, 966[9], 968, 988, 993, 1075, 1079, 1206–1209, 1293–1295, 1408, 1651, 1714, 1822, 1830, 1871
– SWAPO (South West Africa People's Organization)
Dok. 44, 243, 268 und S. 396, 570[7], 1077 f., 1822
– UdSSR
S. 390, 631, 645 f., 705, 832, 906, 941, 988, 1294, 1376, 1408[4], 1415, 1871
– UNITA
S. 1075, 1077
– UNTAG (United Nations Transition Assistance Group)
S. 1206, 1422
– USA
S. 158[32], 161, 169[4], 390, 590, 631, 633 f., 643 f., 705, 776–778, 832, 906, 988, 993, 1075, 1144, 1206–1209, 1293 f., 1376, 1408, 1415, 1422, 1651, 1714, 1830, 1871
– VN
S. 134, 158[32], 161, 254, 256, 633, 705, 776–778, 1144 f., 1206, 1293[4], 1294 f., 1297, 1407[3], 1408, 1422, 1714[9], 1871

NASA (National Aeronautics and Space Administration)
S. 1455[2], 1457

Nationalsozialismus/Vergangenheitspolitik
Dok. 45, 97 und S. 35[2], 36, 67 f., 72 f., 75–77, 92, 95, 97, 123 f., 156, 195 f., 199, 279[17], 284, 295 f., 328, 405, 409[50], 410–412, 441, 540, 544, 546, 593 f., 892, 895 f., 932, 957[14], 1016–1018, 1044, 1104, 1106, 1108, 1110, 1274, 1388, 1481–1483, 1517, 1529, 1554, 1559, 1561, 1564, 1566, 1584, 1586, 1707, 1718–1723, 1729, 1733, 1753, 1779, 1805[2], 1806, 1895 f.
– Bitburg (Soldatenfriedhof)
S. 1442[14], 1443[16]
– Costermano (Soldatenfriedhof)
Dok. 274
– DDR
S. 175 f., 442, 1108
– Fall Alois Brunner
Dok. 3
– Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz
S. 1388

– Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Dachau
S. 410 f.

– „Historikerstreit“
S. 1700

– Hitler-Stalin-Pakt
Dok. 236, 330, 367 und S. 1549

– Österreich
S. 1106 f.

– Opferentschädigung
Dok. 29 und S. 410[54], 412 f., 441 f., 855, 856[14], 857 f., 860[23], 1108 f.

– Rücktritt Bundestagspräsident Jenninger
Dok. 323 und S. 1719–1722, 1737 f., 1867

– United States Holocaust Memorial Council
S. 593 f.

– Waldheim-Affäre
Dok. 336 und S. 1016, 1106[3]

NATO (North Atlantic Treaty Organization)
siehe außerdem:
Abrüstung, Afghanistan, Chemische Waffen, EG, EPZ, Genfer Verhandlungen, Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK), KSZE, KVAE, Menschenrechte, Nahost-Konflikt, Nukleare Kurzstreckensysteme (SNF), Nukleare Mittelstreckensysteme (INF), Polen, UdSSR, VSBM

Dok. 19, 75, 152, 162, 172, 173 und S. 2[8], 20, 42, 49[3], 50–52, 110 f., 112[13], 144, 154, 162, 192, 194 f., 229, 278, 279[16], 359 f., 376–380, 427, 688, 696, 701, 726–733, 769–772, 820, 1011[8], 1055–1057, 1110–1113, 1162, 1164[11], 1203, 1233 f., 1256, 1409, 1564, 1582, 1607, 1643–1645, 1707 f., 1715–1717, 1813–1818, 1827, 1829, 1847, 1869–1883

– Atlantic Policy Advisory Group (APAG)
Dok. 262 und S. 1793

– Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC)
Dok. 162 und S. 9[45], 50[9], 377[11], 378, 433[12], 449[9], 551[21], 640[9]

– Belgien
S. 319, 386, 389, 672, 674, 829, 831, 834, 881, 944, 947 f., 954, 1657, 1875, 1879

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 55, 63, 146, 242, 308 und S. 9[45], 26–28, 49[3], 52[22], 104–108, 122, 154, 192, 194, 229, 296, 323–327, 336 f., 347–351, 359 f., 370[12], 371, 373 f., 376–380, 385–388, 389[20], 433–438, 440, 471 f., 474, 491–493, 509[25], 523–530, 567, 575 f., 579, 601, 607, 615 f., 641 f., 672 f., 677[8], 726, 729[23], 730 f., 742 f., 769–772, 815, 821–823, 829, 833 f., 845, 847, 866, 869–872, 884 f., 943, 951 f., 1011[8], 1062, 1098, 1112 f., 1161[13], 1162, 1164[11], 1169, 1203, 1216–1224, 1233 f., 1271, 1274, 1284[37], 1302–1305, 1310, 1361–1363, 1435[2+3], 1437 f., 1457–1461, 1472, 1494–1498, 1501 f., 1504, 1542 f., 1558, 1567[32], 1594, 1607, 1640 f., 1653[78], 1654–1658, 1661–1664, 1666, 1686–1688, 1691, 1707 f., 1715–1717, 1723–1726, 1742, 1745 f., 1757, 1785, 1799, 1813–1820, 1838 f., 1847, 1861–1863, 1873 f., 1881–1883, 1915

– Bündnisgebiet/Out-of-area-Einsätze
S. 886, 1666

– Burden sharing
S. 366, 377 f., 434, 438, 449, 474, 523 f., 803[20], 804, 847, 880–886, 956, 1234, 1306, 1472, 1497, 1645, 1726[16], 1742, 1745, 1817 f., 1828

– CINCHAN (Allied Commander-in-Chief Channel)
S. 316, 318

– Dänemark
S. 150, 378[14], 434 f., 672, 726 f., 944, 947, 949, 1657, 1818, 1878 f., 1882 f.

– Defense Review Committee (DRC)
S. 551[21]

– Eurogroup
Dok. 348

– Frankreich
Dok. 89 und S. 19[31], 26[3], 41[9], 104 f., 107 f., 159 f., 162, 192, 194, 250 f., 348 f., 365–369, 374 f., 378[13+14], 379[15], 386, 389, 433, 437, 444, 446, 471 f., 523–530, 576, 639, 672, 675, 799–808, 867, 869–872, 884, 886, 900, 944–946, 949, 952 f., 1126, 1290 f., 1310 f., 1361–1363, 1459[8], 1480, 1542 f., 1545 f., 1643–1645, 1654–1658, 1661–1664, 1686–1688, 1690, 1715 f., 1797–1800, 1819, 1860[20], 1861 f., 1874, 1882

– General Political Guidelines (GPG) zum Einsatz von Nuklearwaffen
S. 52[22], 55, 316, 319, 435, 448, 450, 509[25], 668, 802, 806, 1111, 1113[7]

– Generalsekretär
S. 104, 107 f., 391, 433, 435–437, 511, 726, 730, 742, 821 f., 869, 879–881, 883, 943 f.,

949 f., 955, 1497, 1657, 1726, 1819 f., 1869, 1875, 1877 f., 1883

– Gesamtkonzept für Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle
Dok. 78, 146, 150, 229, 242, 329, 362 und S. 27, 105, 107, 359, 367 f., 370[12], 373 f., 380, 433, 435, 491–493, 512, 616, 641, 673, 726, 729[23], 730–732, 869 f., 1110, 1362 f., 1435[2+3], 1437, 1458–1460, 1645, 1656, 1708, 1715–1717, 1742, 1745, 1813–1817, 1819 f., 1828, 1861–1863, 1869, 1876

– Griechenland
S. 319, 321, 378[14], 550[17], 551, 601, 672, 945, 947, 1431, 1477[6], 1654, 1657, 1661, 1687, 1813, 1876

– Großbritannien
S. 104–106, 108, 318 f., 323–327, 348 f., 364 f., 367, 375, 377[8], 378[13+14], 379[15], 386, 389, 434, 442–447, 523–530, 575, 672, 674, 726, 730 f., 799–808, 829, 834, 869, 883 f., 944, 946, 949, 953 f., 1098, 1113, 1290 f., 1300 f., 1305[9], 1415, 1435[2+3], 1436–1439, 1458–1461, 1643–1645, 1654–1658, 1661, 1664, 1686 f., 1813 f., 1817–1820, 1861–1863, 1875, 1882

– Harmel-Bericht (Bericht des NATO-Ministerrats vom 13./14.12.1967 über die künftigen Aufgaben der Allianz)
S. 16[14], 105[8], 107, 377, 378[14], 387, 389, 433, 448, 484, 607, 616, 948, 984 f., 987, 1062, 1217[8], 1436, 1459[8], 1460, 1707, 1746, 1814, 1816 f., 1873, 1879, 1881

– High Level Group (HLG)
S. 27[9], 259, 260[5], 261, 316[6], 318, 367, 529, 729, 806, 1110, 1113[7], 1436[13], 1438, 1813, 1878

– High Level Task Force (HLTF) für Fragen der Konventionellen Rüstungskontrolle in Europa
Dok. 312 und S. 43[13], 376, 377[8], 379, 389, 639, 641, 642[12], 664, 759, 761[21], 950–955, 1115, 1317 f., 1362, 1477[6], 1478, 1480, 1643, 1661 f., 1697, 1860[2], 1864, 1869, 1871, 1874, 1876

– Internationaler Stab
S. 3[10], 378[13], 1657

– Island
S. 434, 437, 672, 731, 829, 835, 947, 954, 1477[6], 1813, 1875, 1882

– Italien
S. 150, 319, 349[9], 378[14], 385 f., 435, 601, 669, 672 f., 677[8], 804, 829, 881[9+10], 883, 945, 947, 953, 1661, 1664, 1686[5], 1817, 1874, 1879 f.

– Kanada
S. 9[45], 434, 437, 672, 674, 945, 947, 953, 1657, 1875, 1881

– Luxemburg
S. 385, 388 f., 672, 675, 944, 948, 1657, 1813, 1815, 1817, 1875, 1882

– Militärausschuß (Military Committee, MC)
S. 50[9], 159[36], 252[5], 318, 448, 881, 1870, 1876

– Multilaterale Atomstreitmacht (MLF)
S. 349

– NATO-Doppelbeschluß
siehe: NATO-Doppelbeschluß

– Niederlande
S. 319, 378[14], 385, 388, 434–437, 672–674, 885 f., 944, 948, 953, 1813–1815, 1817, 1875, 1879

– Norwegen
Dok. 90 und S. 9[45], 378[14], 385, 388, 434–436, 672, 674, 829, 834, 886, 947, 951, 1477[6], 1478, 1654–1657, 1661 f., 1687, 1813–1818, 1874 f., 1882

– Nukleare Planungsgruppe (NPG)
S. 27 f., 54[25], 316[6], 317[9], 318 f., 349[7], 378[14], 435[20], 664[6], 668[26], 726–733, 802[16], 807, 1110[1], 1111[3], 1113[7], 1436, 1813, 1816[14], 1878

– Politischer Ausschuß auf Gesandtenebene (Senior Political Committee, SPC)
S. 377[8], 378, 379[15], 380

– Portugal
S. 385, 388, 435, 636[11], 672, 947, 953, 1657, 1813, 1881

– SACEUR (Supreme Allied Commander Europe)
S. 28, 69[13], 316, 318, 348–351, 438, 525 f., 728 f., 732[29], 807, 1112, 1878

– SACLANT (Supreme Allied Commander Atlantic)
S. 316, 318

– SHAPE (Supreme Headquarters Allied Powers Europe)
S. 318[13], 1113[7], 1289

– Spanien
S. 378[14], 385, 388, 435, 601, 672, 829, 880, 881[9], 884, 886, 946 f., 953, 1657, 1813, 1816, 1875, 1881

– Special Consultative Group
siehe unter: Nukleare Mittelstreckensysteme (INF)

– Ständiger Rat
S. 20, 26–28, 364[4], 378, 389[20], 442, 444, 448[3], 513–516, 581[5], 664, 821[6], 829, 900, 977, 1113[7], 1438, 1459, 1814, 1877 f., 1883

– Strategie/Strategiedebatte
Dok. 55, 60, 206 und S. 49–52, 54–57, 105–108, 150, 159 f., 252[5], 366, 376–380, 435, 448–452, 479, 508, 523–530, 668, 672, 771, 800–808, 815, 869–872, 900, 955, 1126, 1217[6], 1218–1224, 1287–1292, 1300, 1436–1439, 1546, 1631, 1633, 1640, 1641[6], 1681, 1723–1726, 1813–1817, 1862, 1877–1883

– Tagungen des NATO-Ministerrats
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen

– Türkei
S. 150, 319, 321, 434–437, 550[17], 551, 601, 672, 674, 946, 1118, 1298[5], 1300–1304, 1431, 1477[6], 1654–1657, 1661 f., 1687, 1876

– USA
Dok. 11, 63, 67, 312 und S. 27[9], 28, 104–108, 144 f., 250[2], 315–321, 326, 348–351, 359 f., 374 f., 376–380, 434–436, 438, 443, 445, 452, 491–493, 523–530, 575, 577, 581[5], 601, 664–672, 674 f., 677[8], 701, 726–731, 799–808, 821–823, 828–832, 834 f., 847, 869 f., 879–886, 899[8], 900, 904[25], 907, 925, 928, 944–946, 948 f., 951–956, 985–987, 1098, 1112 f., 1217[6], 1219–1224, 1290 f., 1306, 1415, 1431, 1459[8], 1472, 1477–1480, 1494–1498, 1640, 1641[6], 1643–1645, 1661–1664, 1681, 1686–1688, 1707 f., 1715–1717, 1745, 1757, 1788, 1790, 1817–1819, 1827–1829, 1860[2], 1861–1863, 1869–1874, 1880–1882, 1921[17]

– Warschauer Pakt
Dok. 185 und S. 144 f., 149[12], 155[15], 276, 278, 279[16], 320, 350, 393, 433 f., 440, 452[17], 513–515, 574[4], 575, 576[7], 616, 639–642, 671, 732, 771 f., 880, 883, 946, 950–955, 1111 f., 1171[27], 1219–1224, 1288–1291, 1582, 1594, 1628–1634, 1640, 1648, 1656, 1661, 1663, 1686[5], 1687 f., 1793, 1816, 1864–1866

– WEU
Dok. 93 und S. 108, 376[5], 446, 449, 451 f., 506[13], 636[11], 803 f., 807, 883 f., 886, 1298[5], 1299[7+10], 1300–1304, 1306

– Wirtschaftsausschuß
S. 1009

NATO-Doppelbeschluß
S. 317, 433 f., 471 f., 621 f., 808, 1707, 1813–1817, 1835, 1837 f., 1845 f., 1862

– Amerikanische Mittelstreckensysteme (Pershing/Cruise Missiles)
S. 365, 369, 983, 1845, 1862

– Bundesrepublik Deutschland
S. 364–366, 369, 434, 472, 524 f., 621 f., 808, 984, 1707, 1845, 1862

– Frankreich
S. 471 f., 524 f.

– Großbritannien
S. 364 f., 524 f.

– Island
S. 434

– Kanada
S. 434

– Sowjetische Mittelstreckensysteme (SS-20)
S. 984 f., 1846

– UdSSR
S. 984, 1845 f.

– USA
S. 366, 434, 983, 1707, 1845, 1862

Nepal
siehe außerdem: DDR, Indien

Dok. 126

Neukaledonien-Frage
S. 709, 725, 1659

Neuseeland
siehe außerdem: Chemische Waffen

S. 1093–1096

– EG/EPZ
S. 989

Nicaragua
siehe außerdem:
Berlin, Costa Rica, El Salvador, Frankreich, Großbritannien, Honduras, Italien, Menschenrechte, Terrorismus, VN, Wirtschafts- und Währungsfragen, Zentralamerika-Politik

Dok. 271 und S. 159, 352–358, 712–714, 875, 1623–1628, 1653, 1665–1668, 1714, 1789, 1830

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 307 und S. 8, 307[38], 572, 704 f., 713 f., 1427 f., 1653, 1667

– Bürgerkrieg/„Contras"/Oppositionelle
S. 8, 1625–1628, 1653, 1665–1667
– Norwegen
S. 8
– Panama
S. 1849
– Spanien
S. 308
– UdSSR
S. 704 f., 1653, 1665–1667, 1789
– USA
S. 354 f., 572, 704, 712, 875, 1624, 1625[18], 1627, 1653, 1667, 1714, 1830, 1849

Niederlande
siehe außerdem:
Abrüstung, Chemische Waffen, ČSSR, DDR, EG, EPZ, Flüchtlings- und Asylpolitik, Frankreich, Iran, Italien, Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK), KSZE, Libyen, MBFR, Menschenrechte, Nahost-Konflikt, NATO, Nukleare Kurzstreckensysteme (SNF), Nukleare Mittelstreckensysteme (INF), UdSSR, VN, VSBM, WEU, Wirtschafts- und Währungsfragen, Zentralamerika-Politik
S. 257, 1454, 1776[10]
– Bundesrepublik Deutschland
S. 110[7], 112, 150, 312, 437, 470, 948, 1129, 1274
– Polen
S. 411[55]
– Rumänien
S. 1060, 1064
– Spanien
S. 302
– Türkei
S. 1299–1304
– UdSSR
S. 524, 885, 948, 1060, 1064, 1306, 1875
– USA
S. 524, 673 f.
– Warschauer Pakt
S. 388, 1875

Nigeria
siehe außerdem: Angola
S. 494[1], 573, 1202

Nordischer Rat
S. 9[46]

Nord-Süd-Dialog
S. 425, 614, 658 f., 662, 1093, 1376, 1380, 1452, 1466, 1490–1494, 1507, 1571, 1769 f.
– Bundesrepublik Deutschland
S. 614, 1093, 1452, 1466, 1507, 1571
– EG/EPZ
S. 425
– Kuba
S. 1769 f.
– Rio-Gruppe/„Gruppe der Acht"
S. 425
– UdSSR
S. 614, 1376 f., 1379 f.
– Verschuldungskrise
siehe: Verschuldungsproblematik

Norwegen
siehe außerdem:
Abrüstung, Chemische Waffen, Costa Rica, Dänemark, El Salvador, Finnland, Flüchtlings- und Asylpolitik, Guatemala, Iran, Kanada, Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK), KSZE, Menschenrechte, NATO, Nicaragua, Nukleare Kurzstreckensysteme (SNF), VSBM, Wirtschafts- und Währungsfragen, Zentralamerika-Politik
Dok. 237 und S. 1–9, 601, 1454, 1473, 1624, 1644, 1841
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 1 und S. 394, 510 f., 513, 1128 f., 1197, 1473, 1644
– EG/EPZ
S. 1–9, 512, 947, 1128 f., 1197, 1473
– RGW
S. 947
– UdSSR
S. 3 f., 436, 510, 512 f., 1874 f.
– USA
S. 1644
– Verteidigungspolitik
Dok. 90
– Warschauer Pakt
S. 951
– WEU
S. 1302

Nukleare Kurzstreckensysteme (SNF)
Dok. 6, 78 und S. 2[8], 3, 7, 105, 106[13], 127, 142 f., 149 f., 155, 166[38], 167, 196 f., 298, 317–320, 323, 325 f., 359, 364[4], 366–368, 370[12], 373, 378, 380, 600 f., 617, 630, 671[14], 728[16], 729, 771, 815, 822 f., 831,

872, 914, 952, 955, 1110–1113, 1114[4], 1116, 1217[5], 1219–1224, 1287–1291, 1435–1439, 1458–1460, 1503, 1543f., 1563f., 1707f., 1715–1717, 1723–1726, 1742, 1745, 1788, 1792, 1813–1817, 1828, 1835–1839, 1878, 1893

– Belgien
S. 831, 1813, 1815, 1878

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 6, 329 und S. 3[10], 7, 69, 71, 98[5], 105f., 127, 149f., 155, 166, 196f., 251f., 298, 317–321, 323, 325f., 336, 359, 364[4], 366–368, 370[12], 373f., 378[13+14], 393, 435, 440, 444, 449–452, 471f., 492f., 524f., 600f., 617, 630, 729[23], 732[29], 771, 815, 822f., 914, 1112f., 1116f., 1217[5], 1219–1224, 1287–1291, 1435–1439, 1503, 1543f., 1563f., 1583, 1596, 1708, 1717, 1742, 1745, 1788, 1792, 1813–1817, 1819[1], 1820, 1861–1863, 1881, 1893

– Dänemark
S. 378[14], 435, 601, 1436[13], 1878

– DDR
S. 37f.

– Frankreich
S. 3[10], 35[3], 166, 250–252, 378[13+14], 389, 449, 471f., 506–509, 524–526, 529, 731, 732[29], 800f., 872, 952, 1114[4], 1543f., 1861f., 1882

– Griechenland
S. 378[14], 601

– Großbritannien
Dok. 273 und S. 3[10], 26[3], 27[9], 318f., 323, 325f., 364[4], 378[13+14,] 434, 438, 443f., 524f., 730f., 732[29], 800f., 1113, 1114[4], 1458–1460, 1813f., 1820, 1861–1863, 1882

– Indien
S. 914

– Island
S. 1882

– Italien
S. 378[14], 435, 601, 1436[13], 1817

– Kanada
S. 1881

– Luxemburg
S. 388, 1813, 1815, 1817

– Modernisierung/Nachrüstung
S. 3[10], 27f., 56, 69[13], 105f., 155, 317–320, 325, 359, 364[4], 366–368, 370[12], 373f., 376[5], 378[13+14], 380, 388, 393, 438, 440, 444, 449–451, 471f., 492, 506f., 509, 524[6], 526, 729–731, 732[29], 800, 804f., 808, 822f., 872, 1112f., 1220, 1222, 1288–1291, 1435, 1436[13], 1439, 1458, 1564, 1596, 1707f., 1715, 1717, 1723–1726, 1788, 1792, 1813–1817, 1819[1], 1820, 1828, 1835–1839, 1862, 1878–1882

– NATO
Dok. 78, 206 und S. 106, 143, 149f., 155, 166, 325, 359, 370[12], 373, 440, 529, 600[8], 617, 729, 822f., 1116, 1217[5], 1219–1224, 1287–1291, 1436–1439, 1707f., 1715–1717, 1723–1726, 1813–1817, 1828, 1835–1839, 1861–1863, 1878–1883, 1893

– Niederlande
S. 435, 1813–1815, 1817, 1879

– Norwegen
S. 7, 378[14], 435, 601, 1436[13], 1813–1817, 1882

– Null-Lösung/Dritte Null-Lösung
S. 26, 27[7], 37f., 106, 142, 150, 155, 166f., 170, 251, 320, 325, 359, 364[4], 366, 370[12], 373f., 435, 471, 524f., 800[11], 804, 807, 823, 831, 872, 1222, 1288, 1437, 1439, 1543f., 1596, 1708, 1724–1726, 1813–1817, 1837f., 1861f.

– Polen
S. 69, 440

– Portugal
S. 1881

– Schweden
S. 393

– Spanien
S. 378[14], 388, 1813, 1816, 1881

– Türkei
S. 435, 601

– UdSSR
Dok. 352 und S. 98[5], 129, 142f., 149f., 155, 166f., 251, 298, 317[7], 320, 325, 370[12], 440, 524, 527[18], 530, 600f., 666, 671[14], 815, 831, 1437–1439, 1503, 1544, 1563f., 1596, 1708, 1788, 1792, 1814–1816, 1862, 1893

– Ungarn
S. 1893f.

– USA
S. 3[10], 26[3], 27[9], 28, 52, 56, 69[13], 129, 144, 155, 166, 316[6], 317[7], 318–320, 359, 367, 373–375, 376[5], 378[13+14], 434, 492, 525f., 530, 671[14], 728–731, 732[29], 821–823, 831, 955, 1112f., 1114[4], 1437–1439, 1707f., 1715–1717, 1828, 1861–1863, 1880–1882, 1893

– Warschauer Pakt
S. 600[8], 617, 1113[7], 1289, 1439, 1725
– WEU
S. 1879

Nukleare Mittelstreckensysteme (INF)
S. 297–299, 315–321, 325, 349, 359, 370, 373, 376, 426, 449 f., 483, 489, 511, 616, 641, 669, 673, 675, 742, 779, 800 f., 804 f., 815, 822, 828–830, 833 f., 847, 856[14], 880, 882–886, 900, 940, 1005, 1010, 1013, 1113, 1217[6], 1219–1223, 1288–1290, 1414, 1419, 1457, 1459, 1563–1566, 1717, 1725, 1756, 1835[6], 1836–1839, 1862, 1874
– Belgien
S. 259–261
– Bundesrepublik Deutschland
S. 67, 71, 205, 250, 259–261, 297 f., 315–321, 325, 336, 349 f., 359, 365–367, 370, 373, 386, 392 f., 440, 445, 471, 524 f., 616, 641, 673, 742, 779, 815, 822, 823[13], 829 f., 833 f., 847, 871, 884 f., 952, 985, 1068, 1113, 1217[6], 1219–1223, 1273–1275, 1288–1290, 1544, 1563–1565, 1591, 1629, 1717, 1725, 1756, 1862
– ČSSR
S. 1273–1275
– DDR
S. 856[14]
– Drittstaatensysteme
S. 325
– Frankreich
S. 35[3], 250, 507, 524 f., 526[16], 800 f., 871, 1544, 1874
– Großbritannien
S. 259–261, 325, 389, 438, 445, 524 f., 800 f., 883, 1457, 1459
– INF-Verhandlungen
S. 45, 123, 129, 152 f., 205, 259[4], 297, 299, 317[7], 1414, 1419, 1563[22], 1565 f.
– INF-Vertrag vom 8.12.1987
siehe unter: Abkommen und Verträge
– Italien
S. 259–261
– NATO
S. 259–261, 315–321, 359, 432–434, 449, 726, 732 f., 829, 833 f., 880, 907, 1113, 1217[6], 1219–1223, 1288–1290, 1717, 1835[6], 1836–1839
– Niederlande
S. 259–261, 426
– Null-Lösung/Doppelte Null-Lösung
S. 166[38], 170, 315, 365, 445, 450, 524, 871, 1543, 1725
– Ratifizierung des INF-Vertrags
S. 54, 104, 107, 126 f., 140–142, 146, 149, 271[19], 297, 316 f., 320, 325, 359, 367, 370, 373, 376, 388, 416, 434, 675, 728, 742, 815, 822, 828 f., 833, 847, 856[14], 871, 882, 885 f., 900, 1005
– Reduzierungsfahrplan/Abzug amerikanischer INF-Systeme
Dok. 46
– Special Consultative Group (SCG)
S. 259–261
– TNF (Theater Nuclear Forces)
S. 317–320
– UdSSR
Dok. 122 und S. 250, 261[7], 297, 299, 300[21], 316 f., 336, 389, 392, 416, 426, 432–434, 440, 445, 471, 483, 489, 616, 641, 669, 673, 675, 726, 728, 732 f., 742, 744, 815, 828–830, 833 f., 884 f., 900, 940, 1005, 1010, 1068, 1419, 1544, 1563, 1565 f., 1591, 1756, 1835[6], 1836–1839
– USA
S. 259–261, 299, 300[21], 316 f., 336, 359, 366 f., 370, 373, 376, 392, 416, 426, 432–434, 440, 445, 471, 507, 616, 641, 669, 673, 675, 726, 728, 732 f., 822, 823[13], 828–830, 833 f., 847, 856[14], 871, 882, 885, 900, 907, 940, 983, 1013, 1068, 1414, 1419, 1565, 1717, 1862
– Verifikationsfragen
S. 300[21], 616, 829 f., 833, 871, 1414, 1629
– Warschauer Pakt
S. 1005, 1010

OAE (Organisation für Afrikanische Einheit)
siehe: OAU

OAPEC (Organization of Arab Petroleum Exporting Countries)
S. 1213[8]

OAS (Organization of American States)
siehe außerdem: Verschuldungsproblematik
S. 307[37], 1626[19], 1665, 1713 f., 1770[7]

OAU (Organization of African Unity)
siehe außerdem: Angola
S. 10[3], 570, 572 f., 590, 968, 1076, 1078 f., 1493

OECD (Organization for Economic Cooperation and Development)
Dok. 364 und S. 263, 663, 911, 1266, 1471, 1489, 1795

OECS (Organization of Eastern Caribbean States)
S. 280[19]

OIC (Organization of Islamic Conference)
S. 87

Olympische Spiele
S. 984, 997, 1000–1002, 1069 f.

Oman
siehe außerdem: Ägypten, Großbritannien, Iran

S. 958 f.

– Bundesrepublik Deutschland
S. 694, 696, 1332

OPEC (Organisation erdölexportierender Länder)
S. 1404

Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft
S. 125[11], 293[22], 853[15], 1462[8], 1576[20], 1771[13]

Österreich
siehe außerdem: Abrüstung, ČSSR, EPZ, Frankreich, Großbritannien, Irak, Italien, Jordanien, Jugoslawien, Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK), KSZE, Libyen, Menschenrechte, Namibia-Frage, Nationalsozialismus, Verschuldungsproblematik, VN

S. 202, 556[4], 558, 846, 1473, 1678, 1741, 1794, 1888, 1911–1917

– Bundesrepublik Deutschland
S. 6, 270, 394, 792, 846, 1016, 1018[10], 1106 f., 1128 f., 1197, 1274, 1473, 1761 f., 1888, 1915

– EG/EPZ
S. 6, 394, 792, 846, 1128 f., 1197, 1367, 1473, 1614

– Polen
S. 411[55]

– UdSSR
S. 416

– USA
S. 270, 1016, 1018[10], 1106, 1108, 1761 f.

Ost-Timor-Konflikt
S. 708 f., 711, 725, 780

Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen
S. 250[2], 328, 393 f., 611, 1059, 1062 f., 1164[11], 1170[20], 1183 f., 1199, 1431 f., 1608, 1610, 1706, 1708, 1860, 1871, 1912

– COCOM
Dok. 345 und S. 9, 122, 125[11], 126, 165, 328, 611, 723, 750–754, 854, 1088, 1090 f., 1384, 1431 f., 1503, 1561, 1567, 1601, 1706, 1708

– KSZE
S. 394, 611, 1860

– Polen: Kreditvergabe/Umschuldung
Dok. 51 und S. 441 f., 892, 1044 f., 1047, 1108 f., 1121, 1387–1391, 1649

– USA
S. 1803

Otto Benecke Stiftung e.V.
S. 253[5]

Pakistan
siehe außerdem: Abrüstung, Afghanistan, Iran, Flüchtlings- und Asylpolitik, Indien, Terrorismus, VN

S. 223, 918[13]

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 163

– EG/EPZ
S. 887

– Schweden
S. 888

– UdSSR
S. 100, 159, 362 f., 416, 887–889, 905[28], 928, 1414, 1425

– USA
S. 221, 362 f., 416, 918 f., 1414, 1425

– Volksrepublik China
S. 919

Palme-Kommission
siehe: Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheit

Panama
siehe außerdem: Ägypten, Argentinien, Brasilien, Bolivien, El Salvador, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kolumbien, Nicaragua, VN, Wirtschafts- und Währungsfragen, Zentralamerika-Politik

S. 50, 352–358, 422, 585–587, 1848–1851

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 108, 355
– EG/EPZ
S. 422, 1848[1], 1850
– Peru
S. 587
– Spanien
S. 587, 1850 f.
– Uruguay
S. 587
– USA
S. 355, 585–587, 1849–1851

Paraguay
siehe außerdem: Argentinien
S. 1714, 1753
– Bundesrepublik Deutschland
S. 1753
– USA
S. 1714

Pariser Club
S. 72, 74, 185[30], 284–287, 294, 892, 909 f., 913[21], 935[11+12], 994, 1044, 1045[12], 1047, 1131, 1323[4], 1469[16], 1487, 1489 f., 1493, 1531, 1772[15]

Peru
siehe außerdem: Panama, Verschuldungsproblematik
S. 425

Philippinen
siehe außerdem: ASEAN, Japan
S. 745, 1532

PKK (Partiya Karkerên Kurdistanê, Arbeiterpartei Kurdistans)
S. 1523[12], 1527[10]

PLO (Palestine Liberation Organization)
siehe außerdem:
Ägypten, Großbritannien, Israel, Jordanien, Jugoslawien, Nahost-Konflikt, Syrien, Terrorismus, Türkei, UdSSR, USA
Dok. 370 und S. 240–243, 272 f., 535, 537, 553, 703, 1153, 1399–1402, 1422, 1651 f., 1714, 1777 f., 1823 f., 1829

Polen
siehe außerdem:
Abrüstung, Belgien, Bulgarien, Chemische Waffen, ČSSR, Dänemark, DDR, GATT, Großbritannien, Heiliger Stuhl, Italien, Jugoslawien, Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK), KSZE, Menschenrechte, Niederlande, Nukleare Kurzstreckensysteme (SNF), Österreich, RGW, Umweltpolitik, VN, VSBM, Warschauer Pakt
Dok. 283 und S. 41, 57, 59, 67, 72, 74, 88, 130, 598, 640, 833, 893, 937, 944 f., 948, 1108 f., 1129, 1164, 1318–1322, 1416, 1475, 1516, 1544, 1637, 1649 f., 1677 f., 1696, 1702, 1789 f., 1842, 1848, 1876
– EG/EPZ
S. 774, 1045 f., 1842
– Katholische Kirche
S. 157, 163 f., 517[5], 600, 877 f., 893[5], 895, 944, 946, 1108 f., 1320–1322, 1391, 1486 f.
– NATO
S. 440
– Politische Reformen/Wirtschaftsreformen
S. 94–96, 157, 163 f., 403, 599 f., 848, 893, 896 f., 1042 f., 1120 f., 1318–1322, 1388[13], 1390[17], 1391–1394, 1484–1486, 1516[11], 1649 f., 1696[11]
– Solidarność/Opposition
Dok. 249 und S. 72, 93–97, 156 f., 163 f., 600, 877 f., 893, 895 f., 945 f., 1388[13], 1389[14], 1391–1393, 1484–1486, 1516[11], 1649 f., 1696[11], 1848
– UdSSR
S. 97, 150, 157, 165, 369, 411[55], 461[2], 600, 814, 892[3], 893 f., 897, 937, 1042 f., 1129, 1164, 1251, 1319, 1321, 1416, 1485 f., 1789 f., 1895 f.
– Umschuldung/Kreditvergabe
siehe unter: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen
– Ungarn
S. 411[55], 1046
– USA
S. 859, 877 f., 893, 895, 1108 f., 1394, 1649, 1848

Polen–Bundesrepublik Deutschland
siehe außerdem: Deutsche Frage
Dok. 14, 17, 69, 76, 81, 105, 164, 193, 249, 265, 283 und S. 3 f., 98, 130, 156 f., 162–165, 283, 517[5], 598–600, 756, 757[10], 846, 848, 944 f., 1107–1109, 1120 f., 1129, 1164, 1271 f., 1283, 1475, 1516, 1563, 1571, 1637, 1649 f., 1842
– Ausreise/humanitäre Fragen
S. 74, 76, 77[41], 95, 164, 407–409, 441, 472, 846, 934 f., 1044, 1109, 1387 f., 1429, 1472, 1571

– Deutschstämmige in Polen/Minderheitenrechte
S. 408f., 439, 1044[10], 1108f., 1637
– Kriegsgräber
S. 409f.
– Kulturbeziehungen/Jugendaustausch
S. 68, 70[17], 73f., 76, 77[41], 95, 406f., 408f., 440, 894, 1043f., 1283, 1387f., 1563
– Rechtshilfe
S. 70, 399f., 413
– Umweltschutz
S. 69, 77[41], 405f., 439, 1044
– wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
S. 74[31], 77[41], 402f., 406, 439f., 1042[2], 1044
– Wirtschafts- und Finanzbeziehungen
Dok. 51 und S. 67–69, 72–75, 77[41], 94f., 157, 163–165, 397, 402–404, 413, 439, 441f., 600, 891, 894, 896f., 1042[2], 1044–1047, 1048[20], 1108f., 1120f., 1321, 1387, 1392

Portugal
siehe außerdem:
Abrüstung, Afghanistan, Angola, Deutsche Frage, EG, EPZ, Frankreich, Indonesien, Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK), KSZE, Kuba, Menschenrechte, Mosambik, Namibia-Frage, NATO, Nukleare Kurzstreckensysteme (SNF), VN, WEU, Wirtschafts- und Währungsfragen, Zentralamerika-Politik

S. 71, 628–631, 708f., 711, 725, 780, 1747, 1774
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 117, 118 und S. 80, 709, 725, 780
– Südafrika
S. 631[18], 632–635
– UdSSR
S. 631, 636[11], 637f.
– USA
S. 631, 636[11]
– WEU
S. 326[14], 636, 1298[2], 1299–1304

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
S. 169[3], 185[28], 405, 762[3], 1718

Presse und Nachrichtenagenturen, Rundfunk- und Fernsehanstalten
S. 11, 13, 20, 27[7], 30, 36f., 38[13], 49, 60, 66, 68[4], 77, 146, 155, 164–166, 185, 190, 200, 203, 206[1], 213f., 232, 234, 235[15], 247f., 295, 309, 322–325, 327, 329[27+28], 330–332, 338[2], 340–342, 374, 382[5], 396, 415, 423, 430, 432[16], 437, 439, 441, 443[8], 463[14], 467, 481[3], 482, 484–486, 488, 490, 495, 497, 505f., 508, 510f., 515, 534, 570f., 573f., 602, 618[2], 621–624, 640, 643, 649, 653, 682, 684–686, 691, 693[7], 710, 716[7], 726, 727[12], 730, 734, 736, 745, 757, 763, 766, 768, 777, 808, 811, 813[3], 822, 825, 827, 829[10], 859, 863, 866, 876f., 887, 890[13], 893f., 896, 899, 904, 912[19], 917, 919, 930[4], 938, 942[7], 959[10+11], 992, 1000, 1004, 1017, 1064, 1071f., 1099[8], 1100, 1119, 1121f., 1127, 1132f., 1172, 1178, 1195, 1205, 1207, 1226[11], 1232–1234, 1246, 1249[8+9], 1250–1253, 1285, 1299[10], 1319[3], 1331, 1337, 1353, 1356, 1382f., 1394, 1401[11], 1407[3], 1425[42], 1443, 1448[14], 1449, 1481–1485, 1487[3], 1502, 1506, 1520[3], 1521, 1523[12], 1524, 1539, 1547[6], 1549, 1553, 1559, 1579, 1583, 1586, 1591, 1595, 1615, 1617, 1625[18], 1626, 1634, 1678, 1694, 1702[4], 1710–1712, 1717f., 1721f., 1741[23], 1751, 1762, 1764, 1771[11], 1780, 1797[3], 1815, 1819[1], 1837, 1849[5], 1883[26]
– ABC (American Broadcasting Company)
S. 1719, 1722, 1921[17]
– ADN (Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst)
S. 736
– ARD (Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland)
S. 653, 1060[7], 1178, 1709[7]
– Bagdad Observer
S. 1338
– Bashkimi (Albanien)
S. 66
– BBC (British Broadcasting Corporation)
S. 973
– Berliner Morgenpost
S. 1434
– Berliner Zeitung (Ost-Berlin)
S. 38[13], 1385
– Borba (Belgrad/Zagreb)
S. 338[2]
– CBS (Columbia Broadcasting System)
S. 1699[4], 1719, 1722
– Chicago Sun-Times
S. 12f.

– Corriere delle Sera (Mailand)
S. 1442
– Cumhuriyet (Istanbul)
S. 432[16]
– Daily Mail (London)
S. 329[27]
– Deutsche Welle (Köln)
S. 203, 1429
– Le Figaro (Paris)
S. 206[6]
– Financial Times (London)
S. 331, 443, 445
– Fox Broadcasting Company (FBC)
S. 1722
– Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)
S. 66, 640, 957, 1232
– Frankfurter Rundschau
S. 757
– Handelsblatt (Düsseldorf)
S. 207
– HBO (Home Box Office)
S. 1719
– Hürriyet (Istanbul)
S. 432[16]
– International Herald Tribune (Paris)
S. 69[13], 1722
– Iraqui News Agency
S. 1339
– Izvestija (Moskau)
S. 415, 417, 1482
– Kommunist (Moskau)
S. 275, 277
– Libération (Paris)
S. 1798 f.
– Literaturnaja Gaseta (Moskau)
S. 1807
– Mirovaja ėkonomika i meždunadrodnye otnošenija (Moskau)
S. 279[17]
– Le Monde (Paris)
S. 257, 259, 327, 486[15], 825, 827, 1133
– Der Morgen (Ost-Berlin)
S. 38[13]
– NBC (National Broadcasting Company)
S. 490
– Neues Leben (Moskau)
S. 1100 f.
– Neue Presse Hannover
S. 863[6]
– Neues Deutschland (Ost-Berlin)
S. 38[13], 60, 244 f., 247 f., 686[15], 736, 1805[2], 1806 f., 1857[11]
– Neue Zeit (Ost-Berlin)
S. 38[13], 280[20], 1807
– Neue Zürcher Zeitung
S. 957
– Newsweek (New York)
S. 1694
– The New York Times
S. 188, 506, 1718, 1722
– Le Nouvel Observateur (Paris)
S. 257
– Ouest-France (Rennes)
S. 505
– Ostseezeitung (Rostock)
S. 38[13]
– Le Point (Paris)
S. 624
– Politika (Belgrad)
S. 341
– Prawda (Moskau)
S. 221, 279[16], 488, 686[15], 1378[15], 1764
– La Presse de Tunesie (Tunis)
S. 703[30]
– Radio Free Europe/Radio Liberty
S. 973, 1429
– Radiotelevisione Italiana (Rom)
S. 1737
– Resmî Gazete (Ankara)
S. 551[19]
– Reuters
S. 958
– RTL plus
S. 1178[8]
– Schweriner Volkszeitung
S. 38[13]
– SAT.1
S. 930[4]
– Sowjetskaja Rossija (Moskau)
S. 686
– Sowjetunion heute (Köln)
S. 1101
– Der Spiegel (Hamburg)
S. 619, 653, 734[7], 1553, 1559, 1579
– Sputnik (Moskau)
Dok. 346 und S. 1747, 1868
– Stern (Hamburg)
S. 231[2], 233 f., 235[15], 653, 1178

– Stuttgarter Zeitung
S. 1684[2], 1716
– Süddeutsche Zeitung (München)
S. 1205
– Süddeutscher Rundfunk (SDR)
S. 1179
– Svenska Dagbladet (Stockholm)
S. 1255
– TASS (Telegrafnoe Agentstvo Sovetskogo Sojuza)
S. 334, 703[30], 1251–1253, 1482
– Time (New York)
S. 188, 1721
– The Times (London)
S. 1134
– Trybuna Ludu (Polen)
S. 68[4]
– Tercüman (Istanbul)
S. 1338
– U.S. News and World Report (Washington D.C.)
S. 505f., 509
– Voice of America
S. 973, 1509
– Vorwärts (Bonn)
S. 817
– The Washington Post
S. 183, 188, 473[22], 533[6], 598[11], 643[2]
– Die Welt (Bonn)
S. 947[13]
– Wetschernjaja Moskwa (Moskau)
S. 1481
– ZDF (Zweites Deutsches Fernsehen)
S. 1060[7]
– Die Zeit (Hamburg)
S. 257, 506, 649, 653, 657, 957, 1736
– Zeri i Popullit (Albanien)
S. 66

RAND Corporation
S. 150[13], 642

Raumfahrtpolitik
Dok. 277 und S. 167[40], 1395, 1397, 1575f., 1599
– Bundesrepublik Deutschland
S. 127[19], 128, 167[40], 466, 1084, 1089f., 1395, 1397, 1454, 1575f., 1599
– ESA (European Space Agency)
S. 111, 112[13], 1089[45], 1454–1457, 1599[49]
– Frankreich
S. 167[40], 466, 768, 1454, 1599[50]
– Raumstation „Columbus“
S. 1455
– Trägerrakete „Ariane“
S. 127[19], 1089f., 1455[4], 1456
– UdSSR
S. 127, 1005, 1084, 1089f., 1395, 1397, 1575f., 1599
– USA
S. 127[19], 1454, 1456f.
– Weltraumtransporter „Hermes“
S. 1455[4], 1456

Republik China (Taiwan)
siehe außerdem: GATT, Wirtschafts- und Währungsfragen
S. 949, 1264[3], 1265, 1509

Republik Korea (Südkorea)
siehe außerdem:
Afghanistan, Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea), GATT, Irak, Japan, Kambodscha, Menschenrechte, Wirtschafts- und Währungsfragen
S. 360, 706, 745, 949, 984, 1000–1002, 1163, 1415, 1830
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 198 und S. 745, 1163
– EG/EPZ
S. 1067, 1069f.
– UdSSR
S. 706f., 1067, 1069, 1163, 1415
– USA
S. 572, 706, 1067, 1069f., 1264[3], 1265, 1415, 1830
– Volksrepublik China
S. 1067, 1069

RGW (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe)
siehe außerdem:
EG, Frankreich, Griechenland, Jugoslawien, Norwegen, Technologiepolitik, USA
S. 62, 202, 291, 548, 654, 894, 936, 945–948, 1052, 1068f., 1195[6], 1198, 1243f., 1474, 1593f., 1671, 1771[13], 1788, 1794f., 1799, 1833, 1891f.
– Bundesrepublik Deutschland
S. 200[21], 403[26], 548, 938, 945, 1474, 1671, 1833, 1891f.
– Bulgarien
S. 548

– ČSSR
S. 200[21], 202, 619[7], 1593[28]
– DDR
S. 36, 58, 62, 938, 945, 1198
– Kuba
S. 1771[13]
– Mongolische Volksrepublik
S. 1243 f.
– Polen
S. 285, 894
– Rumänien
S. 548, 1593[28]
– UdSSR
S. 548, 1052, 1474, 1593, 1788, 1794 f.
– Ungarn
S. 548, 936, 1593[28], 1795, 1891

Rhodesien
siehe: Simbabwe

Römische Verträge vom 25.3.1957
S. 4, 109, 845, 1129
– EURATOM-Vertrag vom 25.3.1957
S. 1129[17]
– EWG-Vertrag vom 25.3.1957
S. 775, 789[22], 811, 845[6], 979 f., 1037[16], 1129[17], 1196[9], 1237–1239, 1619[67], 1811, 1812[14], 1885

Royal Institute for International Affairs (Chatham House)
S. 323, 526[16]

Ruanda
S. 1283

Rumänien
siehe außerdem:
Ägypten, Frankreich, GATT, Griechenland, KSZE, Menschenrechte, Niederlande, RGW, Warschauer Pakt, Wirtschafts- und Währungsfragen
S. 65[10], 548, 934, 944, 1060 f., 1063, 1065–1067, 1109 f., 1171, 1203–1205, 1245 f., 1271, 1461–1464, 1517, 1571, 1637, 1702, 1876
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 226, 234, 279 und S. 3 f., 73, 76, 404[27], 517[5], 934, 1047, 1065–1067, 1109 f., 1171, 1271, 1429, 1472, 1517, 1571, 1637
– EG/EPZ
S. 774, 1247 f., 1593[28]
– Simbabwe
S. 495
– UdSSR
S. 388, 1171, 1415, 1571
– Ungarn
S. 455, 548, 1171, 1464
– USA
S. 859, 1109 f.

Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik Deutschland
Dok. 238 und S. 255, 269, 566, 568, 692–697, 967, 1446, 1448, 1604 f., 1785
– Fregatten für Australien
S. 1469[14], 1476
– Fregatten für Griechenland
S. 549 f., 636 f., 1446, 1448
– Fregatten für Portugal
S. 636 f.
– Fregatten für die Türkei (TRACK II)
S. 1523, 1776, 1780
– Hubschrauber für Südafrika
Dok. 137 und S. 967, 1409
– Panzerabwehrminen für Saudi-Arabien
Dok. 214
– Panzermotoren für Dubai
Dok. 276
– Transportpanzer für Bahrain
S. 1454
– U-Boote für Australien
S. 1475 f.
– U-Boote für Israel
Dok. 302
– U-Boote für Saudi-Arabien
S. 1581
– U-Boot-Konstruktionsunterlagen für Südafrika
Dok. 23 und S. 967, 1785

SALT (Strategic Arms Limitation Talks)
S. 829, 833
– SALT II (Vertrag vom 18.6.1979)
S. 829, 833, 1005

Sambia
siehe außerdem: Angola, Frankreich, Indien, Mosambik, VN
Dok. 104 und S. 134[10], 173[12], 909, 910[12], 912[19], 1296[19], 1297, 1488, 1489[10], 1906

Saudi-Arabien
siehe außerdem:
Ägypten, Großbritannien, Irak, Iran, Is-

rael, Nahost-Konflikt, Terrorismus, VN, Wirtschafts- und Währungsfragen

S. 189, 832, 1142 f., 1155, 1403

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 88, 214 und S. 763, 999, 1174 f., 1176[25], 1230, 1332 f., 1402–1404, 1453 f.

– Spanien
S. 504 f.

– UdSSR
S. 416, 503

– USA
S. 361, 499 f., 1403

– Volksrepublik China
S. 691, 1403

Schweden
siehe außerdem:
Abrüstung, Afghanistan, Belgien, Chemische Waffen, Flüchtlings- und Asylpolitik, Frankreich, Großbritannien, Indien, Irak, Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK), KSZE, Menschenrechte, Nukleare Kurzstreckensysteme (SNF), Pakistan, Wirtschafts- und Währungsfragen, Zentralamerika-Politik

S. 9[46], 1255, 1257, 1473, 1785

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 68, 155 und S. 1128, 1473, 1785

– EG/EPZ
S. 393–395, 844–846, 1128, 1367, 1473

– Spanien
S. 844

– Südafrika
S. 395 f.

– UdSSR
S. 393, 396, 849, 1586[15]

– USA
S. 926

Schweiz
siehe außerdem:
Abrüstung, Chemische Waffen, Frankreich, Großbritannien, Irak, Iran, KSZE, Menschenrechte, Umweltpolitik, Wirtschafts- und Währungsfragen

S. 227[6], 556[4], 558, 1129, 1178, 1548, 1785, 1887 f., 1920

– Bundesrepublik Deutschland
S. 792, 1129, 1785, 1821, 1888

– EG/EPZ
S. 846, 1129

– Südafrika
S. 1821

SDI (Strategic Defense Initiative)
S. 51–53, 56, 146, 226, 278, 385[4], 445, 452, 479, 1022[12], 1828 f., 1857

– UdSSR
S. 146, 152[7], 278, 1828 f., 1857

– USA
S. 51[14], 146, 152[7], 226, 278, 445, 1828 f., 1857

Senegal
S. 252[3], 909, 910[12], 912[19], 1488, 1489[10]

Seychellen
S. 1906

Sierra Leone
siehe außerdem: VN

S. 909, 912[19], 1488, 1489[10], 1532

Simbabwe
siehe außerdem:
Abrüstung, Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea), Frankreich, Großbritannien, Jugoslawien, Rumänien, VN, Wirtschafts- und Währungsfragen

S. 174, 589, 1650

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 87 und S. 134[10], 589[8]

– Großbritannien
S. 1650

– Südafrika
S. 174, 495–497, 1146

– UdSSR
S. 383 f.

– USA
S. 383 f.

– Volksrepublik China
S. 383 f., 495

Simon Wiesenthal Center
Dok. 323, 328 und S. 1017 f., 1582, 1586, 1707, 1778, 1824

Singapur
siehe außerdem: ASEAN, GATT, Wirtschafts- und Währungsfragen

S. 949, 957[5], 1344 f., 1349, 1354

SNF
siehe: Nukleare Kurzstreckensysteme

Somalia
siehe außerdem: VN

S. 706, 1379, 1532

– Bundesrepublik Deutschland
S. 309, 1532f.

– EG/EPZ
S. 309

Sowjetunion
siehe: UdSSR

South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC)
S. 689

Southern African Development Coordination Conference (SADCC)
S. 573, 634

Spanien
siehe außerdem:
Abrüstung, Afghanistan, Argentinien, EG, EPZ, Frankreich, Großbritannien, Honduras, Israel, Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK), KSZE, Kuba, Menschenrechte, Nahost-Konflikt, NATO, Nicaragua, Niederlande, Nukleare Kurzstreckensysteme (SNF), Panama, Saudi-Arabien, Schweden, Verschuldungsproblematik, VSBM, WEU, Wirtschafts- und Währungsfragen, Zentralamerika-Politik

S. 946, 1454, 1747

– Bundesrepublik Deutschland
S. 80, 150, 504f., 630, 946, 996, 1125, 1129, 1620, 1739, 1850

– ETA
S. 1126[5]

– Südafrika
S. 426, 752f.

– UdSSR
S. 946

– Ungarn
S. 457[25], 1892

– USA
S. 601

– WEU
S. 326, 523, 529, 1298[2], 1299–1304

SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)
Dok. 140, 246, 298 und S. 39[15], 45, 59, 134–137, 140, 254[7], 256, 281, 429[7], 452[17], 472, 602, 657[29], 685, 704[39], 733, 735–737, 738[5], 753[17], 812, 815–817, 823[12+13], 891f., 894f., 966[11], 1178, 1247[4], 1284[36], 1495[5], 1581, 1606, 1746, 1759, 1767[2], 1768, 1772f., 1806, 1832, 1837

Sri Lanka
S. 890, 915[6]

Stiftung Volkswagenwerk
S. 1720

Stiftung Wissenschaft und Politik
S. 150[13], 291, 292[19], 1630

Südafrika
siehe außerdem:
Abrüstung, Angola, Botsuana, Frankreich, Großbritannien, Indien, Italien, Kanada, Kuba, Menschenrechte, Mosambik, Namibia-Frage, Portugal, Schweden, Schweiz, Simbabwe, Spanien, VN, Wirtschafts- und Währungsfragen

S. 8f., 169–174, 210–215, 426, 479, 570–572, 574, 589, 591, 632–635, 965–970, 1013–1015, 1077, 1144–1148, 1407–1409, 1517, 1821f.

– ANC
S. 9, 169[3], 173[12], 213, 254[6], 256, 396, 570f., 589[7], 965–970, 1015[6], 1079, 1145, 1147, 1295

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 23, 28, 35, 137, 177, 187, 213 und S. 8, 253–256, 395f., 495–497, 571f., 573[21], 589–591, 633–635, 705f., 778, 992f., 997, 1079, 1144–1148, 1208[10+11], 1330, 1407–1409, 1517, 1651, 1821f.

– EG/EPZ
S. 213[11], 214[12], 309, 591, 966[7], 968–970, 992, 997, 1014f., 1037, 1135[3], 1136–1141, 1144, 1821

– Frontlinienstaaten (Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania)
S. 395

– G7
S. 992f.

– SWAPO
S. 396, 1293–1295, 1296[19], 1297, 1407–1409

– Tansania
S. 1329

– UdSSR
S. 171, 490, 705f., 941, 1145

– USA
S. 169[4], 395f., 570, 572, 590, 633f., 750, 752f., 778, 967, 1144, 1408, 1821f., 1830, 1871

Sudan
siehe außerdem: VN

S. 706, 909, 912[19], 1379, 1405, 1488, 1489[10], 1532

Südtirol-Frage
S. 1738, 1741

Syrien
siehe außerdem:
Ägypten, Arabische Liga, Chemische Waffen, Frankreich, Großbritannien, Irak, Iran, Israel, Jordanien, Japan, Libanon, Nahost-Konflikt, Terrorismus, VN, Wirtschafts- und Währungsfragen

Dok. 111 und S. 189, 961–965, 1414, 1905

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 3, 16, 21, 94, 95 und S. 148, 322, 330, 459–461, 596–598, 961[2], 1302, 1303[21], 1905
– EG/EPZ
S. 85[3], 86, 89f., 115, 118, 120[29], 1034[19], 1905
– PLO
S. 537
– Türkei
S. 430, 437, 1302, 1303[21]
– UdSSR
Dok. 176 und S. 120[29], 1155
– USA
S. 116, 119, 120[29], 361, 533–537, 597f., 961–965, 1417, 1652
– WEU
S. 1302, 1303[21]

Tansania
siehe außerdem:
Angola, Frankreich, Mosambik, Südafrika, VN, Wirtschafts- und Währungsfragen

S. 1323–1327, 1489[10], 1532

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 250 und S. 134[10], 1532

Technologiepolitik/Neue Technologien
Dok. 38, 121 und S. 202, 648–663, 762f., 766, 768[11], 918f., 1210, 1212, 1285, 1367, 1500, 1567, 1601, 1620f., 1634, 1771, 1792, 1796, 1892
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 345 und S. 1309, 1537f., 1601, 1620f., 1634, 1892
– DDR
S. 654
– Frankreich
S. 1309, 1620f., 1833, 1892
– Indien
S. 658
– Japan
S. 654f., 659, 662, 1620[71]
– Niederlande
S. 1620
– RGW
S. 654, 1285
– UdSSR
S. 1601, 1792, 1796
– USA
S. 652–655, 659, 1620[71], 1803f.

Terrorismus
Dok. 271 und S. 60[14], 90[22], 189, 322, 329f., 531[3], 555, 556[10], 563[4], 564f., 590, 603[6], 610, 644, 689[8], 745, 780, 859, 889[12], 921, 926, 1418f., 1576f., 1595, 1778, 1800f., 1840, 1902
– Ägypten
S. 1404
– Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ am 5.4.1986 in Berlin (West)
S. 176, 856[13], 1921[18]
– ASEAN
S. 780
– Benin
S. 590
– Bundesrepublik Deutschland
S. 85, 90[22], 118[18], 120, 322, 329f., 459–461, 531f., 534, 563–565, 592, 745, 846[8], 921, 981, 1001, 1311, 1418, 1433, 1523[12], 1527[10], 1529, 1576f., 1595, 1783f., 1800f.
– DDR
S. 856[13+14], 859
– Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)
S. 503
– Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea)
S. 1002
– EG/EPZ
S. 329, 780, 1840
– Entführungsfall Cordes und Schmidt/Entführungsfall Schray
Dok. 80, 94, 223 und S. 85f., 118[18], 120, 329, 534, 563–565, 1000[17], 1225, 1228, 1230, 1311, 1433, 1800f.
– Frankreich
S. 329, 921, 1418, 1422
– G 7
S. 981, 1418f.

– Großbritannien
S. 90[22], 322, 329f., 921, 981
– Indien
S. 889[12], 920
– IRA (Irish Republican Army)
S. 1418
– Irak
S. 555, 556[10]
– Iran
S. 303, 330, 459–461, 501, 563–565, 1000, 1177–1179, 1225, 1228, 1230, 1311, 1313, 1433, 1783f., 1786[23], 1800f.
– Israel
S. 330
– Italien
S. 981, 1424
– Japan
S. 745, 1002
– Kanada
S. 1418
– Kuba
S. 1427
– Kuwait
S. 1418, 1419[9]
– Libanon
S. 329[28], 330, 459f., 531f., 534, 563–565, 1000[17], 1176–1179, 1225, 1228, 1230, 1311[3], 1313, 1783f., 1786[23], 1800f.
– Libyen
S. 590, 1404, 1418f.
– Nicaragua
S. 1427f.
– Pakistan
S. 889[12], 920
– PLO
S. 644, 1422–1424, 1778, 1902
– RAF (Rote Armee Fraktion)
S. 1428
– Saudi-Arabien
S. 501, 503
– Syrien
S. 85f., 90[22], 118[18], 120, 330, 459–461, 531f., 534, 1311[3]
– Türkei
S. 846[8], 1523[12], 1527[10], 1529, 1778
– UdSSR
S. 1576f., 1595
– USA
S. 60[14], 329[28], 856[13+14], 859, 921, 981, 1000, 1228, 1313, 1418f., 1423, 1801, 1902[8]

Thailand
siehe außerdem:
ASEAN, Flüchtlings- und Asylpolitik, Indonesien, Kambodscha, VN, Wirtschafts- und Währungsfragen
S. 708–711, 1095, 1344, 1349, 1351, 1354
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 130 und S. 1095
– UdSSR
S. 988

Tigray People's Liberation Front (TPFL)
S. 706[47]

Togo
siehe außerdem: VN
S. 909, 912[19], 1488, 1489[10], 1532

TREVI (Terrorisme, Radicalisme, Extrémisme et Violence Internationale)
siehe unter: EPZ

Tschad
siehe außerdem: Frankreich, Libyen, VN
S. 10, 590f., 1532
– Bundesrepublik Deutschland
S. 591
– USA
S. 10[3]

Tschechoslowakei
siehe: ČSSR

Tschernobyl
siehe unter: UdSSR

Tunesien
siehe außerdem: Ägypten, Libyen, VN, Wirtschafts- und Währungsfragen
Dok. 296 und S. 188f., 1518

Türkei
siehe außerdem:
Afghanistan, Belgien, Bulgarien, Chemische Waffen, Flüchtlings- und Asylpolitik, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irak, Iran, Israel, Italien, Japan, Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK), KSZE, Menschenrechte, Nahost-Konflikt, NATO, Niederlande, Nukleare Kurzstrekkensysteme (SNF), Syrien, Terrorismus, VN, Wirtschafts- und Währungsfragen
S. 37, 42, 65[10], 601, 846, 1155, 1280, 1382, 1473, 1644
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 244, 289, 292, 293, 340 und S. 427–432, 503, 545f., 846, 1280, 1341, 1473, 1714

– EG/EPZ
Dok. 74 und S. 551f., 846, 1298[5], 1300–1304, 1338, 1473, 1510f., 1521, 1523–1527, 1774f., 1779f., 1808[5]
– Kurdenfrage
S. 1341
– PLO
S. 1778f.
– UdSSR
S. 436, 946, 1771
– USA
S. 758, 1000, 1521[2], 1524f., 1644, 1775, 1778f.
– WEU
Dok. 244 und S. 326[14], 1714, 1780

Türkischer Roter Halbmond
S. 1511

UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken)
siehe außerdem:
Abrüstung, Afghanistan, Ägypten, Angola, Argentinien, Belgien, Brasilien, Bulgarien, Chemische Waffen, ČSSR, Dänemark, DDR, Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea), El Salvador, Finnland, Flüchtlings- und Asylpolitik, Frankreich, Genfer Verhandlungen, Griechenland, Großbritannien, Heiliger Stuhl, Irak, Iran, Israel, Italien, Japan, Jordanien, Jugoslawien, Kambodscha, Kanada, Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK), KSZE, Kuba, KVAE, Libanon, Libyen, Luxemburg, MBFR, Menschenrechte, Mexiko, Mongolische Volksrepublik, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, Nicaragua, Niederlande, Nord-Süd-Dialog, Norwegen, Nukleare Kurzstreckensysteme (SNF), Nukleare Mittelstreckensysteme (INF), Österreich, Pakistan, Polen, Portugal, Raumfahrtpolitik, Republik Korea (Südkorea), RGW, Rumänien, Saudi-Arabien, Schweden, SDI, Spanien, Südafrika, Simbabwe, Syrien, Technologiepolitik, Terrorismus, Thailand, Türkei, Umweltpolitik, Verschuldungsproblematik, VN, VSBM, Wirtschafts- und Währungsfragen, Warschauer Pakt, Zentralamerika-Politik

Dok. 194, 262 und S. 3, 7, 41–43, 45, 50–52, 63[9], 64–66, 96, 117f., 156, 158, 197, 223, 591[16], 620, 630f., 664–668, 706, 832, 877, 921, 956, 1001f., 1250–1254, 1473, 1481–1483, 1544, 1624, 1649, 1743–1747, 1758, 1762–1766
– ASEAN
S. 490, 1378
– Deutschstämmige Sowjetbürger
Dok. 204, 309 und S. 1703f., 1743, 1754
– Dissidenten
Dok. 303 und S. 905, 1411, 1412[12+13], 1413, 1433, 1535, 1590[14], 1616, 1642, 1694f., 1702f., 1706, 1834, 1848, 1853, 1870
– EG/EPZ
S. 4, 124, 301[7], 305, 350f., 539f., 548f., 631, 636[11], 773, 1078, 1163, 1164[11], 1196, 1369, 1473, 1475, 1593f., 1597[38], 1613, 1702[7], 1745, 1749, 1755, 1788, 1793f., 1819f., 1833, 1857f.
– Europarat
S. 1820[8]
– GATT
S. 642, 949, 984, 1788, 1795
– Glasnost/Perestroika
Dok. 85 und S. 57–62, 96, 97[2], 98[3], 121, 123f., 144, 158, 170f., 246f., 271[20], 277f., 299f., 327, 337, 369, 378[13], 386[12], 388, 390, 392f., 432, 436f., 440, 456, 471, 523f., 539, 600, 604, 613f., 616, 620, 631, 640, 674, 682, 685–687, 742, 812–815, 818, 847f., 851–853, 879, 883, 941–946, 948, 963, 975, 983, 987, 1040, 1042, 1049–1055, 1068, 1084, 1086[32], 1099, 1120, 1122[2], 1124, 1170, 1198, 1252, 1369, 1375–1377, 1379f., 1384, 1410f., 1431, 1433, 1438, 1451, 1459, 1474f., 1485[7], 1497, 1500, 1515, 1551, 1554f., 1566, 1567[32], 1568, 1571, 1575, 1582f., 1585, 1602[58], 1608[9], 1634, 1649, 1678, 1694, 1702f., 1705, 1729[6], 1734f., 1743–1747, 1754, 1760, 1764f., 1777, 1787f., 1793, 1795, 1807, 1834, 1837f., 1846f., 1853, 1857f., 1866–1868, 1872f., 1875, 1893
– Jüdische Sowjetbürger
Dok. 282 und S. 1109, 1369, 1429, 1703, 1743, 1754, 1853
– KGB
S. 417, 485, 595, 948, 983, 986, 1410, 1482, 1764
– KPdSU
S. 60, 275–277, 279[16], 282, 295[4], 363, 373, 396[15], 436, 456, 483, 486–488, 524, 606, 812–816, 879, 928[32], 937, 945, 948, 952, 954[26], 1003, 1040, 1048–1055, 1068,

1100f., 1120, 1129, 1172, 1179, 1377f., 1485[7], 1547[4], 1549–1554, 1702[4], 1744, 1764f., 1795, 1805[2], 1834, 1857, 1894

– Minderheitenrechte
Dok. 309 und S. 1100, 1102f., 1108f., 1571, 1589, 1616, 1695, 1703f., 1743, 1870

– Nationalitätenkonflikte
Dok. 85, 96, 299, 337 und S. 470, 595, 608[23], 849f., 986f., 1039, 1099–1105, 1200, 1250–1254, 1481–1483, 1583, 1616, 1649, 1702f., 1741[25], 1743, 1747, 1833f., 1852f., 1872, 1874–1876, 1893

– NATO
Dok. 122, 262, 352 und S. 149f., 278, 279[16], 316f., 320, 325, 348, 377[8], 378[13], 379, 432, 436, 440, 484, 631, 639–642, 731–733, 801, 805f., 828–835, 879f., 922, 943f., 949, 983, 1111, 1171[27], 1172, 1220–1224, 1288, 1431, 1438, 1497, 1501, 1504, 1558, 1564, 1572, 1593f., 1648, 1655, 1703, 1742, 1792f., 1827, 1847, 1859, 1870, 1873, 1875f., 1877

– NKWD
S. 1895f.

– Orthodoxe Kirche
S. 1609, 1703

– PLO
S. 703, 1153[12], 1154, 1651

– Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl
S. 125, 197, 900[10], 1088, 1475, 1560, 1704, 1747

– Ungarn
S. 369, 455f., 848, 936f., 985, 1120, 1129, 1893

– Uruguay
S. 101[20]

– USA
Dok. 67, 129, 165, 356 und S. 7, 50–52, 54, 72, 75, 99–104, 117, 125[11], 130, 141, 143–146, 150, 155, 157–159, 163, 238f., 276–278, 279[16], 281, 295f., 298–300, 305, 316f., 335, 337, 358f., 361–363, 366, 370, 374f., 392, 414–417, 426, 434–436, 453–455, 483, 489f., 517f., 520–524, 526–530, 572, 581[5], 582[10], 583, 597f., 605f., 608, 611, 614–617, 631, 638, 645, 664–672, 674f., 697[23], 726–728, 731–733, 743, 815, 819f., 828–835, 847, 852[14], 871, 877, 879, 881–886, 893, 914, 939f., 945f., 948–955, 962–965, 983, 985–988, 1009, 1017, 1050, 1061, 1068f., 1078, 1083, 1084[26], 1091, 1103, 1105, 1109, 1153f., 1163, 1168f., 1171–1173, 1179, 1196–1201, 1220–1224, 1306, 1308, 1310, 1369, 1375–1378, 1384, 1393f., 1408, 1410–1414, 1425, 1429–1434, 1459, 1475, 1497, 1501, 1564, 1584, 1594, 1598, 1616–1618, 1633, 1641[6], 1643–1650, 1653, 1676, 1682, 1690f., 1703–1708, 1716, 1734, 1755, 1770, 1788–1790, 1793, 1795f., 1825[2], 1827, 1829, 1845–1848, 1856–1858, 1859, 1863, 1866, 1869, 1873, 1876, 1880, 1914

– Verfassungsreform
S. 1702f., 1705, 1743, 1763–1766, 1787, 1789, 1795, 1834, 1870

– Verteidigungspolitik/Sicherheitspolitik
Dok. 50, 359 und S. 50–52, 664–668, 882f., 1002–1010, 1474f., 1633f., 1648[46], 1787, 1789, 1796, 1836–1839, 1846f., 1852, 1854, 1857, 1859, 1870, 1872–1874, 1893, 1914

– Vietnam
S. 390, 988f.

– „Volksfronten"/Unabhängigkeitsbewegungen
Dok. 299 und S. 1649, 1702f., 1743, 1747, 1754, 1759f., 1763–1766, 1787, 1794, 1807, 1833f., 1874, 1876

– Volksrepublik China
S. 66, 157f., 415f., 490, 848, 989, 1009, 1069, 1243, 1275, 1377, 1380, 1475, 1509f., 1703, 1747, 1777, 1796, 1855[2], 1872

– Wirtschaftliche und technologische Entwicklung
S. 485, 637f., 814, 1099, 1430, 1451f., 1475, 1566f., 1787

– WEU
S. 523f., 526–530, 1306f., 1788, 1793

UdSSR–Bundesrepublik Deutschland
siehe außerdem: Berlin, Deutsche Frage

Dok. 18, 22, 52, 57, 96, 114, 148, 156, 201, 220, 221, 252, 266, 287, 300, 301, 303, 304, 342, 352, 367 und S. 3f., 71, 141–143, 152, 154f., 159, 162f., 165–167, 170f., 197, 199, 214f., 243, 281–283, 322f., 325[10], 327f., 351[24], 365, 369, 373, 386–388, 392f., 396, 401f., 402[23], 403[24], 436–438, 440, 445, 455f., 469–471, 481–491, 517, 548, 572, 584[12], 599–601, 610f., 630, 634, 637–639, 673, 698–707, 741f., 744, 771, 802, 805f., 819f., 823, 833f., 842, 845, 847–850, 869[27], 870, 877, 894f., 898–907, 914, 922, 924f., 934, 936–939, 941f., 984–986, 988, 1002–1004, 1040,

1046, 1068f., 1078, 1099–1105, 1108f., 1120, 1124, 1129, 1151, 1195f., 1201, 1220–1224, 1244, 1250–1254, 1270–1275, 1278–1280, 1283, 1310, 1361, 1368f., 1393, 1429–1434, 1451f., 1473–1475, 1497, 1506, 1514f., 1517, 1543f., 1552f., 1607–1611, 1616–1618, 1624, 1636–1638, 1642, 1644, 1647–1649, 1701–1705, 1708, 1716, 1721, 1727f., 1734–1736, 1743–1750, 1753–1757, 1759f., 1770, 1806, 1819f., 1833–1835, 1845–1848, 1868, 1873f., 1893

– Ausreise/humanitäre Fragen
Dok. 204, 309 und S. 122, 126, 131, 141f., 163, 437, 472, 484, 488, 592, 595, 612, 877, 934, 941, 1108f., 1369, 1429, 1472, 1517, 1555, 1570f., 1574, 1582–1586, 1589, 1590[14], 1642, 1704, 1743

– Fall Mathias Rust
S. 1163f., 1770

– Handels- und Wirtschaftsbeziehungen
S. 4, 97[2], 98f., 122, 125, 130f., 143, 296f., 299f., 334[9], 336, 437, 540, 543, 614, 637f., 816f., 848, 850–855, 1083–1093, 1272f., 1278, 1368[17], 1394, 1396–1398, 1430, 1475, 1503, 1555–1557, 1566–1569, 1574–1577, 1584f., 1587–1589, 1595, 1597–1602, 1609, 1721, 1760

– Jugendaustausch
S. 128, 1091, 1555f., 1566, 1576f., 1584f., 1595

– Kulturbeziehungen
S. 97[2], 98f., 122, 126, 130, 296f., 299, 334[9], 336, 437, 538, 539[8], 540, 542–544, 545[22], 614, 816f., 852[13], 1081, 1083, 1091f., 1104, 1165[16], 1395, 1398[20], 1429f., 1555f., 1574, 1577, 1587f., 1635–1639, 1704, 1710, 1743, 1896

– Reiseverkehr
S. 1102, 1104, 1590[14], 1595, 1642

– Umweltschutz
S. 69[14], 126, 405, 614, 849, 1081f., 1088, 1165[16], 1395, 1429f., 1560, 1575, 1599–1601, 1788f., 1794

– Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
S. 46[18], 97[2], 98f., 122, 125–128, 130, 197, 296f., 299, 336, 542f., 614, 637f., 849, 850–855, 1081[12+13], 1082f., 1084[27], 1086–1093, 1103f., 1272f., 1368[17], 1369, 1395–1398, 1475, 1503, 1560f., 1567, 1575f., 1587, 1597–1599, 1704, 1760, 1896

Uganda
S. 1489[10]

Umweltbundesamt
S. 1082[17]

Umweltpolitik/Umweltschutz
siehe auch: Deutsch-deutsches Verhältnis, UdSSR–Bundesrepublik

S. 36, 197, 201, 405f., 476, 611, 614, 623[17], 849, 1063, 1081–1083, 1107f., 1182, 1190–1192, 1240, 1277–1279, 1368[17], 1449, 1493f., 1575, 1673, 1679[6], 1683f., 1685[6], 1826, 1830f.

– Bundesrepublik Deutschland
S. 69, 197, 201, 405f., 476, 614, 848f., 994, 1002, 1056, 1063, 1081–1083, 1132, 1234, 1240, 1270, 1277f., 1467f., 1493f., 1500, 1560, 1575, 1619, 1621, 1679[6], 1683, 1684[2], 1751, 1769–1771, 1788f., 1974

– ČSSR
S. 201, 405, 623[17], 1082, 1270, 1277f., 1416[34]

– DDR
S. 36, 405, 1082

– EG/EPZ
S. 347, 607[19], 789, 790[24], 793, 798f., 1036f., 1120[6], 1197, 1240, 1467f., 1673, 1841

– Frankreich
S. 36, 476, 994, 1468, 1619, 1621

– G 7
S. 994, 1002, 1132

– Großbritannien
S. 1698, 1767, 1860

– Indonesien
S. 1449

– Iran
S. 1227

– Japan
S. 1467

– Jugoslawien
S. 1197

– Kanada
S. 994

– KSZE
S. 604[7], 606[16], 607[19], 611, 838, 1055f., 1182, 1190–1192, 1698, 1860, 1871

– Kuba
S. 1769–1771

– Polen
S. 69, 405f., 1390[17]

– Schweiz
S. 604[7]
– UdSSR
S. 405, 849, 1081–1083, 1500, 1548–1550, 1558, 1560, 1575, 1788f., 1794f., 1856[7], 1857
– USA
S. 994, 1467, 1679[6], 1683, 1685[6], 1698, 1826, 1830f., 1871
– VN
S. 1132, 1856[7]

Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheit (Palme-Kommission)
S. 452[17]

UNESCO (United Nations Educational Scientific and Cultural Organization)
siehe unter: VN

Ungarn
siehe außerdem:
ČSSR, DDR, Frankreich, GATT, Großbritannien, Italien, Jugoslawien, Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK), KSZE, Menschenrechte, Nukleare Kurzstreckensysteme (SNF), Polen, RGW, Rumänien, Spanien, UdSSR, Warschauer Pakt, Wirtschafts- und Währungsfragen

S. 59, 130, 150[13], 548, 934–937, 944, 946, 985, 1475, 1517, 1570, 1637, 1677f., 1702, 1754, 1794
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 79, 366 und S. 3f., 73, 75f., 195[2], 197[7], 402[23], 403[24], 407, 436, 517[5], 848, 934–937, 1046f., 1069, 1091, 1105, 1108, 1128f., 1271, 1278, 1390f., 1395[8], 1430, 1475, 1570, 1637, 1795
– EG/EPZ
S. 436, 457f., 774, 1128f., 1393, 1593[28], 1730[10], 1749, 1808[5], 1809, 1842, 1891f.
– Europarat
S. 1794
– Politische Reformen
S. 456f., 458[27], 936f., 1120, 1702, 1891–1894
– USA
S. 453, 859, 935f., 1108, 1892
– Wirtschaftsreformen
S. 1894

UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees)
siehe unter: VN

United States Holocaust Memorial Council
siehe unter: Nationalsozialismus

UNO (United Nations Organization)
siehe: VN

UNRWA (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East)
siehe unter: VN

Uruguay
siehe außerdem: Panama, UdSSR

S. 353–358

USA (United States of America)
siehe außerdem:
Abrüstung, Afghanistan, Ägypten, Angola, Argentinien, Belgien, Bulgarien, Chemische Waffen, Chile, Costa Rica, ČSSR, Dänemark, DDR, Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea), El Salvador, Flüchtlings- und Asylpolitik, Frankreich, G7, GATT, Genfer Verhandlungen, Griechenland, Guatemala, Honduras, Indien, Indonesien, Iran, Israel, Italien, Japan, Jordanien, Jugoslawien, Kambodscha, Kanada, Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK), KSZE, KVAE, Kuba, Libanon, Libyen, MBFR, Menschenrechte, Mexiko, Mongolische Volksrepublik, Mosambik, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Nukleare Kurzstreckensysteme (SNF), Nukleare Mittelstreckensysteme (INF), Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Österreich, Pakistan, Paraguay, Polen, Portugal, Raumfahrtpolitik, Republik Korea (Südkorea), Rumänien, Saudi-Arabien, Schweden, SDI, Simbabwe, Spanien, Südafrika, Syrien, Technologiepolitik, Terrorismus, Tschad, Türkei, UdSSR, Umweltpolitik, Ungarn, Verschuldungsproblematik, VN, VSBM, Wirtschafts- und Währungsfragen, Zentralamerika-Politik

Dok. 174, 350 und S. 63[9], 64–66, 90, 117f., 122[6], 123, 183f., 197, 250f., 257, 280, 353–355, 592–595, 628, 643f., 664–668, 706[47], 737–739, 741f., 749, 832, 1147, 1208, 1256, 1354, 1362, 1400, 1402, 1466f., 1472, 1509, 1514, 1516, 1555, 1565, 1583, 1614, 1624f., 1660, 1662, 1667f., 1688f., 1748f., 1751, 1770, 1775, 1778, 1821, 1824, 1851, 1891f., 1905, 1911, 1913

– Arabische Liga
S. 1424
– ASEAN
S. 1093–1096, 1425
– Defense Intelligence Agency
S. 664–667
– EG/EPZ
S. 79[7], 145, 151, 227, 230, 305, 350 f., 359 f., 363 f., 371, 443, 445, 577, 595, 631, 636[11], 788, 799, 1070, 1094, 1196, 1202, 1239, 1264–1269, 1271, 1274, 1425[43], 1426, 1536, 1660 f., 1721, 1735, 1745, 1748 f., 1760, 1842 f., 1891 f., 1898 f., 1902 f., 1905, 1912[8], 1922[19]
– Federal Reserve System („Fed“)
S. 23, 1749
– Forschungs- und Technologiepolitik
S. 652–654
– Informations- und Technologiepolitik
S. 226 f.
– Kongreß (Senat und Repräsentantenhaus)
S. 42[10+11], 51[14], 107[17], 126, 140, 141[4], 142, 146, 148–151, 154, 176[7], 179[9], 183[16], 271, 274, 316[3+4], 354[18], 359, 364, 373, 375–380, 434, 455, 469, 474, 570, 652, 675, 699, 711[17], 729[21], 732[29], 828 f., 833, 847, 856, 858–860, 871, 880, 882 f., 884[20], 938, 1103, 1239, 1313[10], 1338 f., 1341, 1345, 1381 f., 1408, 1430, 1494[2], 1498, 1616, 1646 f., 1667, 1685[6], 1694 f., 1707, 1715, 1717, 1762, 1822, 1824[33], 1825–1827, 1830, 1850 f., 1880–1882
– NSA (National Security Agency)
S. 226 f.
– NSC (National Security Council)
S. 376, 1828
– PLO
S. 535, 1651, 1829[22], 1902 f.
– RGW
S. 936
– Verteidigungspolitik
Dok. 11 und S. 108, 1633, 1827 f.
– Vietnam
S. 415, 988
– Volksrepublik China
S. 157 f., 832, 949, 1509, 1566, 1705, 1827, 1830
– Warschauer Pakt
S. 366, 615, 1274 f., 1829, 1880
– WEU
S. 523–530, 577, 579[12], 803 f., 1306 f.

USA–Bundesrepublik Deutschland
siehe außerdem: Berlin, Deutsch-deutsches Verhältnis, Deutsche Frage

Dok. 24, 25, 26, 62, 63, 64, 65, 100, 150, 161, 170, 188, 272, 286, 310, 318, 324, 325, 327, 354, 373 und S. 20[34], 26[3], 43, 45, 54–57, 72, 89, 112, 113[16], 123 f., 129, 185, 195[2], 196, 243, 259–261, 270 f., 273 f., 296 f., 302, 323, 326, 329[28], 333, 336, 348–351, 385–388, 434–438, 444 f., 447, 455, 462 f., 469, 472–475, 500, 509, 523–530, 533–537, 572, 579, 586[7], 587, 601, 608, 611, 614 f., 673, 690[3], 697[23], 700 f., 703, 721[24], 722, 747, 750[6], 754, 762–768, 781–784, 799–808, 829 f., 833 f., 842, 847, 852, 859, 884, 898–907, 915[7], 956, 992, 1040, 1047, 1075, 1083, 1090, 1098, 1106–1110, 1159[15], 1174[4], 1201 f., 1206, 1208, 1228, 1231–1234, 1270 f., 1275, 1284, 1310, 1313, 1341, 1381 f., 1404 f., 1442[14], 1445, 1466, 1472, 1507, 1516, 1535 f., 1543, 1555, 1569, 1583, 1610, 1615, 1660–1663, 1684–1688, 1699–1701, 1718–1723, 1734–1736, 1741 f., 1744 f., 1760, 1762, 1778 f., 1784, 1803 f., 1824–1831, 1834, 1852–1855, 1873 f., 1905, 1915
– Beziehungen zu jüdischen Organisationen
Dok. 110, 205, 323, 328, 336 und S. 1016–1018, 1582, 1586, 1707, 1778, 1824
– Flugunglück von Ramstein/Debatte über Tiefflüge
S. 1495 f., 1883
– Flugunglück von Remscheid
S. 1883
– German-American Day
S. 147, 317, 1494, 1721
– Kooperation in Rüstungs-, Sicherheits- und Verteidigungsfragen
Dok. 86, 231, 354 und S. 107[17], 108, 348–351, 360, 523–530, 579, 690[3]
– Kulturelle und wissenschaftliche Beziehungen/Zusammenarbeit
Dok. 110 und S. 360, 371, 1710, 1721 f.
– Stationierung von US-Panzern mit Uranpanzerung
Dok. 231
– Wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
S. 360, 363 f., 595

VAE
siehe: Vereinigte Arabische Emirate

Vatikan
siehe: Heiliger Stuhl

Venezuela
S. 352–358

Verband Beratender Ingenieure e.V. (VBI)
S. 1281

Vereinigte Arabische Emirate
siehe außerdem: Ägypten, Iran

Dok. 276 und S. 958–960

Vereinigte Staaten von Amerika
siehe: USA

Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland
siehe: Großbritannien

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)
S. 175[3]

Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke e.V.
S. 1471[19]

Vereinte Nationen
siehe: VN

Vergangenheitspolitik
siehe: Nationalsozialismus

Verschuldungsproblematik
siehe auch: Pariser Club

Dok. 294 und S. 908–913, 926f., 1047, 1201f., 1213, 1264[3], 1268, 1274, 1469f., 1487–1494, 1714, 1830, 1856[7]

– Argentinien
S. 1673f., 1751

– Brasilien
S. 1469, 1673

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 166, 211, 284 und S. 926f., 994, 1047, 1201f., 1274, 1469f., 1493f., 1674

– EG/EPZ
S. 1201f., 1268, 1843

– Frankreich
S. 287, 926f., 994, 1673

– G7
S. 994, 1047, 1130–1132, 1274, 1487–1490

– Großbritannien
S. 287, 913[21], 927

– Japan
S. 994, 1493

– Jugoslawien
S. 1201f.

– Kanada
S. 927

– Kolumbien
S. 1673

– Lateinamerika/Zentralamerika
S. 293, 422[6], 424[5], 425, 1130, 1673f., 1830

– Mexiko
S. 291–293

– OAS
S. 1714

– Österreich
S. 287

– Peru
S. 1673

– Spanien
S. 1673

– Subsahara-Afrika
S. 1130f., 1532f.

– UdSSR
S. 1856[7], 1857

– USA
S. 287, 927, 994, 1202, 1264[3], 1674, 1714, 1830

– VN
S. 1130, 1674, 1856[7]

Vierer-Außenministertreffen
Dok. 168, 269, 356 und S. 108, 855[3], 1313, 1615, 1645, 1650, 1859, 1863, 1870

Vierer-Direktorentreffen
Dok. 311, 358 und S. 108, 608[24]

Vierergruppe
siehe: Bonner Vierergruppe

Vietnam
siehe außerdem: Flüchtlings- und Asylpolitik, Indonesien, Kambodscha, UdSSR, USA

S. 779f., 962, 1351

– ASEAN
S. 779f.

– Bundesrepublik Deutschland
S. 779f.

– EG/EPZ
S. 779f.

– Volksrepublik China
S. 1509f.

VN (Vereinte Nationen)
siehe außerdem: Abrüstung, Chemische Waffen, EPZ, Flüchtlings- und Asylpolitik, G7, Men-

schenrechte, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, Umweltpolitik, Verschuldungsproblematik, Zentralamerika-Politik

Dok. 189 und S. 86f., 92, 175[3], 426, 662f., 834, 855, 911, 947, 982, 1347, 1827, 1833

– Afghanistan
Dok. 37, 70, 107 und S. 99[10], 100f., 359, 362f., 483, 489f., 599, 615, 670f., 673, 675, 702, 887f., 1373f., 1414, 1425, 1650f., 1856[7], 1857f.

– Ägypten
S. 185–187, 1404–1406, 1651f.

– Algerien
S. 842[8], 1404[18]

– Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10.12.1948
S. 1585, 1875

– Angola
S. 309, 776–778, 1075, 1076[6], 1205f., 1208[11], 1714, 1871

– Argentinien
S. 1675

– Arms Embargo Committee
S. 752, 753[16]

– Äthiopien
S. 832[10]

– Bangladesch
S. 1833[10]

– Belgien
S. 302, 874, 878[19], 1306–1308

– Benin
S. 588[5], 1532

– Bolivien
S. 1532

– Brasilien
S. 382, 1469[16]

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 107, 154, 211, 294 und S. 92, 119f., 134[11], 139, 185–187, 223f., 239, 243, 254, 256, 284, 286[14], 330, 381–384, 460, 476–481, 496, 501–503, 544, 554f., 565, 571f., 590, 599, 615, 633, 662f., 702, 704, 709[10], 738[6], 747, 778, 873–875, 878, 888, 908[7], 909f., 914, 916, 931, 943, 960, 967–970, 1019–1029, 1033f., 1135[3], 1199f., 1227, 1229, 1305–1308, 1314, 1323, 1342, 1345f., 1373, 1404–1406, 1420[16], 1422[25], 1434, 1444f., 1460, 1488–1494, 1511, 1513, 1530[19], 1666f., 1670, 1674, 1711, 1781, 1801, 1889–1891

– Charta vom 26.6.1945
S. 133[9], 222, 496[10], 504[20], 751[15], 916, 967[18], 1306

– Chile
S. 233f., 418–420

– Conference on Disarmament (CD)
siehe unter: Abrüstung

– Costa Rica
S. 714[10]

– Dänemark
S. 1818

– Drogenkommission
S. 981[4]

– ECOSOC (Economic and Social Council)
S. 873[3+4], 874, 878[18], 1421[19]

– Ecuador
S. 1532

– El Salvador
S. 712[4], 714[10]

– Frankreich
S. 381–384, 496[10], 502[17], 842[8], 1306–1308, 1419–1421, 1590[18], 1615, 1647, 1652f., 1691[10], 1799, 1833, 1861

– Frauenrechtskommission (FRK)
S. 873f.

– Generalsekretär
S. 7[33], 86[8], 102, 220–224, 238f., 242, 305, 384, 502[16+17], 552, 554, 580[2], 702[27], 703f., 712[4], 714[10], 841f., 969[24], 1020, 1024[18], 1027, 1031[13], 1032–1034, 1076[6], 1151[4], 1200[30], 1206, 1226f., 1294, 1306f., 1308[23], 1314, 1340, 1341[15], 1408, 1421[23], 1422–1425, 1529, 1647, 1652, 1653[78], 1682[19], 1714[9], 1775[9], 1781, 1833[10], 1856[7], 1922

– Generalversammlung
S. 86[8], 138f., 157[28], 222, 253[4], 304[24], 308[40], 584[12], 645[9], 662f., 709[10], 725[10], 834, 855, 926, 928, 969[24], 981, 1024[18+22], 1163[5+7], 1165, 1209, 1225, 1297, 1313, 1339, 1357, 1372, 1378[15], 1386, 1393[31], 1394, 1407[2], 1410f., 1414, 1417, 1420[17], 1421[19], 1424, 1429[2], 1434[34], 1493, 1530[19], 1590[18], 1615[49], 1652[58], 1653[78], 1691[10], 1782[8+9], 1783[13+14], 1787[7], 1799, 1852[3+6], 1855, 1857, 1864, 1870[6], 1902[6], 1914[4]

– Griechenland
S. 547[4], 552f.

– Großbritannien
S. 381–384, 496[10], 502[17], 578, 842[8], 1421, 1460, 1533[9], 1675, 1823

– Guatemala
S. 714[10]

– Honduras
S. 714[10], 1653[78], 1665 f.

– IAEO (Internationale Atomenergieorganisation)
S. 113[15], 1088[39]

– IGH (Internationaler Gerichtshof)
S. 712–715, 1227, 1666[15], 1667, 1741[23]

– Indien
S. 479, 763, 916, 1020

– Indonesien
S. 725, 1406, 1451, 1532

– Irak
S. 7, 102 f., 117, 268 f., 303, 381–384, 501–503, 532[6], 554[2], 565, 703, 719, 840–843, 882, 928, 963, 1020, 1031–1034, 1038 f., 1199 f., 1225–1227, 1229 f., 1305–1308, 1312[7], 1314, 1337, 1339–1342, 1382, 1529, 1652[72+73], 1653, 1777, 1781, 1889

– Iran
S. 7, 102 f., 117, 268 f., 303, 381–384, 501–503, 532[6], 534, 554[2], 565, 703, 840–843, 882, 928, 960[14], 963, 998, 1031–1034, 1038 f., 1151[4], 1175[11], 1177, 1199 f., 1225–1227, 1229 f., 1305–1308, 1312[7], 1314, 1342, 1529, 1652[72+73], 1653, 1711, 1777, 1781, 1801, 1889–1891

– Irland
S. 874

– Israel
S. 242, 305[26–28], 479, 533–535, 644, 645[9], 943, 1020, 1027[31], 1778, 1823, 1902

– Italien
S. 383, 496[10], 842, 1306–1308, 1421, 1533[9], 1741[23]

– IWF (Internationaler Währungsfonds)
Dok. 285, 294 und S. 24[8], 185–187, 284, 286[14], 294, 309, 935[12], 936, 1131, 1195, 1323–1326, 1345, 1404–1406, 1444 f., 1469[16], 1488, 1649, 1670, 1674, 1897[4]

– Japan
S. 382, 496[10], 738 f., 842, 998, 1420 f., 1493

– Jordanien
S. 268 f., 303–305

– Jugoslawien
S. 382, 935[12], 1195, 1199 f., 1532, 1669–1671

– Kanada
S. 1420

– Kolumbien
S. 875[9]

– Kuba
S. 776 f., 874 f., 875[9], 1714, 1768[2], 1772

– Kuwait
S. 1421

– Libanon
S. 1652

– Libyen
S. 1922

– Madagaskar
S. 1532

– Mali
S. 1493

– Marokko
S. 187, 1406

– Menschenrechtsausschuß
S. 709[10]

– Menschenrechtskommission (MRK)
S. 233 f., 418–420, 544, 588[5], 873–875, 878, 969[24], 1373[2+4], 1768[2], 1772

– Neutrale und nichtgebundene Staaten (N+N)
S. 1019–1029

– Nicaragua
S. 714[10], 1666[15], 1667

– Niederlande
S. 1306–1308

– Österreich
S. 1741[23]

– ONUC (Opération des Nations Unies au Congo)
S. 223

– Pakistan
S. 100 f., 220[6], 221 f., 223[21], 362, 414[7], 416, 417[13], 887 f., 1414

– Panama
S. 875[9]

– Philippinen
S. 1532

– Polen
S. 284, 286[14]

– Portugal
S. 709[10]

– Sambia
S. 187, 1406

– Saudi-Arabien
S. 501–503

– Schlußdokument vom 30.6.1978 der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung
S. 477

– Schlußdokument vom 11.9.1987 der VN-Konferenz über das Verhältnis zwischen Abrüstung und Entwicklung
S. 479f.

– Sekretariat
S. 1420[18], 1422[25]

– Sicherheitsrat
S. 7, 88, 91f., 102f., 117, 119f., 133[9], 134, 137–139, 161, 162[12], 222, 238, 242f., 254[9], 268f., 301–305, 330, 381–384, 496, 502f., 532[6], 533f., 554[4], 565, 571f., 578, 590, 633, 644[6], 645[9], 703f., 709[10], 738, 751[15], 752f., 754[20], 776–778, 840–843, 882[17], 928, 960, 967f., 970, 1022, 1031, 1033f., 1038f., 1075, 1076[6], 1151[4], 1153[12], 1199f., 1225[7], 1227, 1294, 1305, 1340, 1341[15], 1401, 1408, 1409[7], 1422[25], 1423f., 1529, 1652[69+72+73], 1653[78], 1675, 1682[19], 1711[12], 1714[9+11], 1778, 1823[30+31], 1902

– Sierra Leone
S. 1532

– Simbabwe
S. 383f., 496, 754

– Somalia
S. 1532f.

– Sondergeneralversammlungen über Abrüstung
S. 476–481

– Südafrika
S. 133f., 137–139, 479, 496[10], 571f., 590, 751–754, 776–778, 967f., 1075, 1076[6], 1144f., 1147, 1148[11], 1409, 1714

– Sudan
S. 1405, 1532

– Syrien
S. 532[6], 533f.

– Tansania
S. 187, 1323–1327

– Thailand
S. 710

– Togo
S. 1532

– Tschad
S. 1532

– Tunesien
S. 187

– Türkei
S. 552f., 1382, 1529, 1778

– UdSSR
Dok. 357 und S. 7, 119, 220[6], 221, 223[20], 224, 268f., 336, 414[7], 415, 417[13], 478, 480[16], 483, 489f., 502[17], 580–584, 599, 642, 670f., 673, 675, 703, 842, 878[19], 882, 925f., 928, 950, 952, 954, 963, 985f., 1010, 1020, 1039, 1153[12], 1226f., 1306f., 1377f., 1420, 1682[19], 1787[7], 1852[3+6], 1859, 1864, 1870, 1873, 1875f., 1893, 1914

– UNDOF (United Nations Disengagement Observer Force)
S. 222, 1420[18]

– UNEF (United Nations Emergency Force)
S. 222

– UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization)
S. 663, 931, 1327, 1420, 1614

– UNFICYP (United Nations Peace-Keeping Force in Cyprus)
S. 222f., 1420[18], 1421

– UNIFIL (United Nations Interim Force in Lebanon)
S. 1420[18]

– UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees)
S. 556[10], 710, 888, 1511, 1513

– UNICEF (United Nations International Children's Emergency Fund)
S. 243[18]

– UNIFIL (United Nations Interim Force in Lebanon)
S. 222f.

– UNMOG (United Nations Military Observer Group)
S. 1420[18]

– UNMOGIP (United Nations Military Observer Group in India and Pakistan)
S. 222

– UNRWA (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East)
S. 243[18]

– UNTAG (United Nations Transition Assistance Group)
S. 1206, 1295

– UNTSO (United Nations Truce Supervision Organization)
S. 222

– USA
S. 7, 221, 238[5], 416, 478, 480, 496[10], 502[17], 535, 536[21], 581–583, 670f., 675, 703, 873–875, 878, 882, 927f., 982, 1019–1029, 1039, 1227, 1394, 1404–1406, 1419–1422, 1434, 1649, 1682[19], 1827, 1902[8]

– Volksrepublik China
S. 119, 502[17], 842[8], 1451

– Weltbank
Dok. 285 und S. 24[8], 186, 291, 294, 747, 908[7], 909, 911[15], 912, 927, 1131f., 1323[4], 1345, 1405[21], 1444f., 1488f., 1674, 1897[4]

– WEU
S. 1306–1308

– WHO (World Health Organization)
S. 663

– Zaire
S. 1532

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (VDK)
Dok. 274 und S. 198[12], 409f.

Volksrepublik China
siehe außerdem:
Abrüstung, Afghanistan, Chemische Waffen, ČSSR, Indien, Indonesien, Irak, Iran, Jordanien, Japan, Kambodscha, Mongolische Volksrepublik, Pakistan, Republik Korea (Südkorea), Saudi-Arabien, Simbabwe, UdSSR, USA, Vietnam, VN, Wirtschafts- und Währungsfragen

S. 50, 118f., 157f., 773f., 832, 956, 962, 1001, 1068, 1283, 1286, 1475, 1624, 1703, 1705

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 288 und S. 63[6], 66, 744, 763f., 767, 842[8], 848, 916f., 1068, 1085, 1242[5], 1283, 1350, 1446, 1451, 1475, 1566, 1624, 1703, 1747, 1777

– EG/EPZ
S. 773–775, 989

– GATT
S. 984

Volksrepublik Kongo
siehe außerdem: Angola

S. 1488

VSBM (Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen)
S. 3, 7, 149f., 478, 575, 576[8], 642, 756, 757[10], 758, 771, 951, 953, 1027, 1060, 1062, 1160f., 1187, 1416[34], 1480[15], 1590, 1593, 1643–1645, 1655, 1658, 1682, 1699, 1860[2], 1873f., 1876[48], 1882

– Belgien
S. 1882

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 308 und S. 478, 771, 1060, 1062, 1643–1645, 1682

– Frankreich
S. 1060, 1643–1645

– Großbritannien
S. 1643–1645

– KSZE
S. 1699

– NATO
S. 1644f., 1655, 1658, 1860[2]

– Niederlande
S. 953

– Norwegen
S. 951

– Polen
S. 43[16], 69

– Spanien
S. 1699

– UdSSR
S. 48[21], 1643–1645, 1682[19]

– USA
S. 48[21], 1643–1645, 1682[19]

Waldheim-Affäre
siehe unter: Nationalsozialismus

Warschauer Pakt
siehe außerdem:
Abrüstung, Chemische Waffen, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK), KSZE, KVAE, Menschenrechte, NATO, Niederlande, Norwegen, Nukleare Kurzstreckensysteme (SNF), Nukleare Mittelstreckensysteme (INF), USA

Dok. 185 und S. 2[8], 38, 51–53, 61f., 64[7], 71–73, 144, 157, 195, 197, 249, 276, 279[16], 350, 363, 433, 453, 471, 600, 615–617, 620[9], 673, 688, 701, 732, 771f., 773f., 820, 845, 848, 883, 892[3], 894f., 897, 934, 936, 947, 949, 985[21], 1047, 1108, 1164, 1198, 1243, 1273, 1278[13], 1279, 1357, 1377, 1380, 1431, 1439, 1562, 1564, 1572, 1582, 1592–1594, 1596, 1648, 1702, 1705, 1734, 1742, 1777, 1799, 1816, 1846, 1864–1867, 1873–1875, 1880, 1893

– Bulgarien
S. 1273, 1747, 1754
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 308 und S. 3, 144, 197, 363, 404[27], 471, 615–617, 845, 934, 936, 1002–1010, 1108, 1164, 1270–1273, 1275, 1278[13], 1279, 1288–1291, 1357, 1431, 1562, 1572, 1594, 1702, 1705, 1734, 1742, 1873 f.
– ČSSR
S. 620[9], 1006, 1273, 1747, 1864 f.
– DDR
S. 36, 1006, 1129, 1431, 1754, 1864 f., 1868
– Mongolische Volksrepublik
S. 1243
– Polen
S. 71, 411[57], 575, 600, 892[3], 894, 1006, 1129, 1747
– Rumänien
S. 455[16], 1747
– UdSSR
Dok. 359 und S. 276, 279[16], 320, 363, 388, 415, 453, 640, 848, 936 f., 943 f., 950, 985[21], 1002–1010, 1116[11], 1120, 1129, 1169, 1171[27], 1172, 1198, 1273, 1319, 1502, 1558, 1564, 1572, 1592–1594, 1596, 1648, 1744, 1747, 1777, 1787, 1789 f., 1792 f., 1846, 1856 f., 1893, 1894 f.
– Ungarn
S. 453, 985[21], 1006, 1129, 1747, 1754, 1864 f., 1893

Wehrkundetagung
siehe: Internationale Wehrkundebegegnung

Weltbank/Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
siehe unter: VN

Weltwirtschaftsgipfel
S. 662, 680
– vom 28. bis 30.5.1983 in Williamsburg
S. 359, 368, 380, 989
– vom 2. bis 4.5.1985 in Bonn
S. 1627[21]
– vom 4. bis 6.5.1986 in Tokio
S. 161, 263, 770[7]
– vom 8. bis 10.6.1987 in Venedig
S. 287, 375, 911, 913[21], 983, 992, 1130 f., 1487
– vom 19. bis 21.6.1988 in Toronto
Dok. 181, 182, 183, 184 und S. 311, 425, 548, 708, 866 f., 908[7], 911, 913[20], 921, 926, 1036, 1047, 1130–1132, 1267 f., 1269[19], 1274, 1417 f., 1467, 1469, 1488 f., 1744
– vom 14. bis 16.7.1989 in Paris
S. 1819, 1842

WEU (Westeuropäische Union)
siehe außerdem:
Dänemark, EG, EPZ, Griechenland, Irak, Iran, NATO, Norwegen, Nukleare Kurzstreckensysteme (SNF), Portugal, Spanien, Syrien, Türkei, UdSSR, USA, VN
S. 14[4], 20, 40–43, 108, 192, 194, 325 f., 446, 449, 451 f., 506[13], 523–530, 579, 636, 640, 756 f., 761[21], 799, 803 f., 807, 872, 884, 886, 1287[5], 1361, 1363[16], 1545, 1714, 1793, 1818, 1876, 1879
– Belgien
S. 41[7], 523, 529, 1299–1308, 1879
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 93 und S. 41[7], 192, 194, 325, 446, 451 f., 579, 636, 799, 807, 872, 1287[5], 1298–1308, 1310, 1361, 1363[16], 1545, 1714
– Frankreich
S. 41[7], 192, 194, 325[9], 506[13], 508, 523–530, 579[12], 756 f., 761[21], 872, 1298[1], 1299[6], 1300–1302, 1304–1308, 1361, 1363[16], 1545
– Großbritannien
S. 41[7], 326, 446, 523–530, 579, 884, 1298–1302, 1304–1308
– Italien
S. 41[7], 523, 529, 1300–1308
– Luxemburg
S. 41[7], 523, 529
– Niederlande
S. 41[7], 326[14], 523, 529, 886, 1299–1308
– Portugal
S. 1714, 1780, 1876
– Spanien
S. 1714, 1780, 1876
– Tagungen des WEU-Ministerrats
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen

WHO (World Health Organization)
siehe unter: VN

Wirtschafts- und Währungsfragen
Dok. 5, 34, 228, 294, 368 und S. 243, 278, 328, 344 f., 347, 360, 363 f., 370[12], 371 f., 375, 394, 402, 464–469, 475, 547 f., 550, 595, 602, 628, 640–642, 739 f., 747–749, 762–768, 808–812, 844, 850–855, 1093–1096, 1490–1494, 1548–1551, 1608 f., 1613 f.

– Ägypten: Umschuldung/Kreditvergabe
S. 185–187, 1378, 1403–1406, 1532

– Albanien
S. 63[6], 65[13], 1244

– Algerien
S. 1517[16], 1518

– Argentinien
S. 1380, 1672–1676, 1750 f.

– Australien
S. 1466–1476

– ASEAN
S. 780 f.

– Bahamas
S. 1213

– Bahrain
S. 1213

– Belgien
S. 1345

– Brasilien: Umschuldung/Kreditvergabe
S. 763, 1380, 1469[16]

– Bulgarien
S. 944, 1729–1735

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 139 und S. 22–25, 65[13], 145 f., 151, 185–187, 193, 200–202, 206[3+4], 208 f., 230, 323, 328, 370[12], 371 f., 382 f., 464–468, 472, 475, 496, 547 f., 550, 595, 602, 619, 628–631, 635, 680[28], 739–742, 747–749, 808–812, 825, 827 f., 844, 850–855, 918, 934, 938, 967, 994–997, 1039, 1041, 1095, 1125, 1127 f., 1132–1134, 1195, 1210–1216, 1229, 1244, 1272[17], 1273–1275, 1280 f., 1319, 1327–1329, 1343–1352, 1382, 1391, 1396–1398, 1444–1449, 1452, 1462[6], 1463, 1466–1476, 1493, 1505–1508, 1522, 1526[7], 1527, 1537[3], 1555, 1569 f., 1574[15], 1575 f., 1587, 1601, 1609 f., 1627, 1637 f., 1669, 1671, 1673–1675, 1702, 1721, 1729 f., 1732–1735, 1737–1740, 1742, 1750 f., 1759 f., 1769–1772, 1776, 1780, 1785, 1800, 1851, 1884–1886, 1887[4], 1890, 1899–1901

– Chile
S. 1519

– ČSSR
S. 200–202, 619 f., 623[17], 763, 855–858, 860[23], 944, 1272[17]

– Dänemark
S. 1255–1257

– DDR
S. 36, 40, 58 f., 61 f., 934, 938, 944 f., 1108, 1319, 1385, 1515, 1771

– Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea)
S. 1770

– EG/EPZ
S. 394, 780 f., 978–980, 995, 1068, 1070, 1120[6], 1127 f., 1211, 1213, 1216, 1268, 1319, 1343–1352, 1472 f., 1555, 1660, 1721, 1739–1742, 1745, 1748 f., 1843

– Finnland
S. 1760

– Frankreich
S. 36, 40, 193, 206–210, 464–468, 475, 767, 809, 824–828, 868, 994–996, 1125, 1127 f., 1132 f., 1214, 1468, 1608 f., 1613 f., 1618–1622, 1660, 1673, 1780, 1799, 1899–1901

– G 7
S. 994, 1132, 1214 f., 1417 f.

– Griechenland
S. 547 f., 550

– Großbritannien
S. 22[5], 24, 323, 328, 331, 469, 578, 764, 867 f., 995, 1211, 1213 f., 1345, 1673, 1675[8]

– Hongkong
S. 1213

– Indien
Dok. 139 und S. 917–920, 1380

– Indonesien
S. 1444–1449, 1451 f.

– Irak
S. 382 f., 1039, 1041, 1382

– Iran
S. 1156, 1229 f., 1312, 1784 f., 1800, 1889 f.

– Italien
S. 602, 676[7], 678, 680, 767, 809, 1229, 1608[10], 1610, 1674 f., 1738

– Japan
S. 22[5], 428, 475, 628, 739–742, 747–749, 762–768, 852, 918, 967, 1070, 1127, 1133, 1211–1214, 1229, 1328 f., 1345, 1349, 1445, 1470, 1493, 1507, 1569, 1619, 1620[71], 1735, 1745, 1748, 1755, 1770, 1777, 1830, 1842 f.

– Jordanien
S. 1423

– Jugoslawien: Umschuldung/Kreditvergabe
S. 935 f., 1194 f., 1197, 1532, 1650, 1669–1671

– Kaimaninseln
S. 1213
– Kanada
S. 24
– Kuba
S. 1769–1772
– Luxemburg
S. 1213
– Malaysia
S. 1343–1352
– Mongolische Volksrepublik
S. 1244
– Nicaragua
S. 1627
– Niederlande
S. 767, 1213, 1345
– Norwegen
S. 1255–1257
– Panama
S. 1213, 1849–1851
– Polen
Dok. 51 und S. 68f., 72, 74, 95f., 163, 397[6], 441f., 763, 1388–1392, 1486
– Portugal
S. 628f.
– Republik China (Taiwan)
S. 1345, 1349
– Republik Korea (Südkorea)
S. 1070, 1345
– Rumänien
S. 1462[6], 1463
– Saudi-Arabien
S. 763, 1403
– Schweden
S. 844f., 1257
– Schweiz
S. 1211, 1329
– Simbabwe
S. 496
– Singapur
S. 1213, 1344f., 1349
– Spanien
S. 1620
– Südafrika
S. 635, 966f., 1822
– Syrien
S. 1423
– Tansania
S. 1323–1326, 1328
– Thailand
S. 1094, 1344
– Tunesien
S. 1537[3]
– Türkei
S. 428f., 1522, 1524[15], 1526, 1774, 1776, 1780
– UdSSR
S. 61, 742, 764, 767, 917, 949[17], 1195, 1198, 1378–1380, 1396–1398, 1451f., 1474f., 1555, 1568f., 1574[15], 1575f., 1587, 1593[28], 1601, 1608f., 1613, 1648, 1702–1704, 1716, 1721, 1732, 1743–1747, 1749, 1753f., 1787f., 1794f., 1836, 1846f., 1866–1868
– Ungarn
S. 4, 59, 763, 944
– USA
S. 22–25, 145f., 151, 152[3], 328, 371[16], 372, 475, 523f., 548, 628, 740f., 747, 762–768, 852, 854, 855–858, 860[23], 935f., 1070, 1108, 1127, 1133, 1210–1216, 1230, 1329, 1344f., 1347f., 1381, 1445, 1470, 1472f., 1507, 1569f., 1610, 1627[21], 1660, 1706, 1721, 1732, 1735, 1742, 1745, 1748f., 1755, 1760, 1822, 1825, 1828, 1830f., 1842f., 1849–1851
– Vietnam
S. 1244
– Volksrepublik China
S. 744f., 763, 767, 853, 917, 1380, 1505–1509, 1703, 1705

Wirtschaftsunternehmen

– ABB Ltd.
S. 1396[12]
– AEG AG
S. 115, 764, 767, 1093, 1397
– Aeroflot
S. 1427
– Aérospatiale S.A.
S. 863[6]
– African Engineering Company (AEC)
S. 10f.
– Airbus Industrie
S. 255[13], 466
– ANT Nachrichtentechnik GmbH
S. 227
– BASF Aktiengesellschaft (Badische Anilin- & Soda-Fabrik)
S. 716[8], 1084[26], 1086, 1568

– Bayer AG
S. 1041[15], 1084[26], 1086
– Bayern-Chemie GmbH
S. 557[5]
– BEWAG AG
S. 734[9]
– Bilfinger + Berger Bauaktiengesellschaft
S. 11[4]
– Blohm+Voss GmbH
S. 549[12+13], 550[16], 1446[10], 1476[32]
– BMW (Bayerische Motoren Werke Aktiengesellschaft)
S. 767, 967, 1136, 1139
– Boeing (The Boeing Company)
S. 1447[13]
– Bosch GmbH
S. 466, 764, 767
– British Aerospace Public Limited Company
S. 967
– Cap Gemini Sogeti S.A.
S. 227
– Citroën S.A.
S. 202[29]
– Commerzbank AG
S. 207 f.
– Compagnie de Saint-Gobain S.A.
S. 466
– CONSEN SAM
S. 558
– Daimler-Benz AG
S. 764 f., 767, 967, 1136, 1259[6], 1382[11], 1776 f.
– Dassault Aviation S.A.
S. 1126[5]
– DEMINEX GmbH
S. 115
– Deutsche Bank AG
S. 764, 767, 816[18], 817[22], 851, 854, 1085[31], 1390[22+23], 1391[24], 1397[15], 1398[20], 1430, 1475[27], 1567 f., 1595, 1603, 1660
– Deutsche Bundesbahn
S. 1619[68], 1680, 1683
– Deutsche Bundespost
S. 145[20], 360[10], 372, 740, 997, 1107[8], 1737[5], 1804
– Deutsche Lufthansa AG
S. 115, 1242[5], 1344, 1398[20], 1645, 1780
– Deutsche Post (DDR)
S. 1802–1804
– Dresdner Bank AG
S. 286[14]
– Euromissile
S. 863 f.
– Ferrostaal GmbH
S. 1581
– Fried. Krupp AG
S. 1041[15], 1786
– GEC Alstom
S. 1125
– GLS
S. 1261[11]
– Gildemeister AG
S. 557[5], 558, 624–626, 1158, 1159[15]
– Großchemie
S. 767
– Gruner+Jahr GmbH
S. 234, 236
– Hahn-Meitner-Institut GmbH
S. 402[23]
– Haller AG
S. 227
– HDW (Howaldtswerke-Deutsche Werft AG)
S. 132–135, 137–140, 1475[31], 1580 f.
– Heberger Bau GmbH
S. 721
– Hermes Kreditversicherungs-Aktiengesellschaft
S. 283 f., 286, 290, 766[9], 1044[11], 1045[12], 1121[10], 1531, 1603–1606, 1671, 1771, 1772[15], 1785
– Hoechst AG
S. 85[4], 459, 628, 1041[15], 1084[26], 1086, 1178[8], 1179, 1433[31]
– Iberia S.A.
S. 1427
– IBI-Ingenieurbüro
S. 1919–1923
– Imhausen GmbH, Lahr
S. 1919–1923
– Ingenieurkontor Lübeck – Prof. Gabler Nachf. GmbH (IKL)
S. 132–135, 137–140, 1475[31]
– INTRAC HGmbH
S. 734[9]
– Iran Air
S. 1071–1074, 1228[15]
– Iraqi Airways
S. 555

– Karl Kolb GmbH & Co. KG
S. 716[7], 718, 721 f., 1919–1923

– KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau)
S. 75, 115[7], 283, 285 f., 288–290, 590[11], 910[11], 1445[8], 1523[8], 1603–1606

– Klöckner &Co
S. 1041[15]

– KUKA Wehrtechnik GmbH
S. 1142, 1143[9]

– Liebherr-International S.A.
S. 1085, 1093

– MAN Technologie AG
S. 556[4], 557[5]

– MAN (Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG)
S. 1093

– Maruti Udyog Ltd.
S. 765, 767, 918

– MATRA (Mécanique Aviation Traction) S.P.A.
S. 467[11]

– Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB)
S. 556–559, 624–626, 751–754, 755[22+24], 863 f., 967, 1085, 1121, 1158, 1447

– Mercedes
siehe: Daimler-Benz AG

– Meyer Werft GmbH & Co. KG
S. 1445–1447

– Motoren- und Turbinen-Union GmbH (MTU)
Dok. 276 und S. 1085, 1259–1264

– Occidental Petroleum Corporation
S. 1084[26], 1086

– Philipp Holzmann AG
S. 1398[20]

– Panavia Aircraft GmbH
S. 696

– Perkins Engines Ltd.
S. 1259[6]

– PHB Weserhütte AG (PWH)
S. 1507 f.

– Pilot Plant Engineering & Equipment GmbH
S. 716[7], 718, 1919–1923

– Preussag AG
S. 721 f., 1919–1923

– Quelle GmbH
S. 1204

– Rafidain Bank
S. 383[11]

– Rhône-Poulenc S.A.
S. 466

– Rolls-Royce plc.
S. 1259[66]

– Royal Dutch Shell Gruppe
S. 115[8]

– Ruhrgas AG
S. 854[17]

– Saarbergwerke AG
S. 115[8]

– Siemens AG
S. 85[4], 201, 628, 764, 767, 967[12], 997, 1091, 1093, 1125, 1136, 1139, 1396[12], 1397, 1507 f., 1538, 1567 f., 1660, 1750, 1802–1805

– Sigma Chemie GmbH
S. 1919–1923

– SITA S.C.
S. 226

– Škoda
S. 202

– Sony Corporation
S. 1620[71]

– South African Airways
S. 173[13], 255[13]

– Standard Elektrik Lorenz (SEL) AG
S. 227

– Suzuki Motor Corporation
S. 766 f., 918

– Syrian Arab Airlines
S. 115[5]

– TATA-Gruppe
S. 765

– Telco
S. 765

– Thomson-Brandt S.A.
S. 466

– Thyssen AG
S. 1785

– Thyssen Handelsunion AG
S. 1041[15]

– Thyssen Industrie AG Henschel
S. 549[12+13], 550[16], 1262

– Thyssen Nordseewerke GmbH
S. 1581

– Thyssen Rheinstahl AG
S. 1581

– Tungsram
S. 201
– Turkish Airlines
S. 1780
– TWA (Trans World Airlines)
S. 329[28]
– Uhde GmbH
S. 201[24]
– Union Rheinische Braunkohlen Kraftstoffe AG
S. 115[8]
– VEBA AG
S. 115[8]
– VOEST-Alpine AG
S. 227
– Volkswagen AG
S. 202, 767, 918, 967, 1136, 1734
– Wegman & Co.
S. 556[4], 557[5]
– Westland Aircraft
S. 443[10]
– Wintershall (Holding) GmbH
S. 115[8]
– WET
S. 721

World Jewish Congress
Dok. 188, 205, 336 und S. 175[22], 270, 1701

Zaire
siehe außerdem: Angola, VN
S. 173, 909, 910[12], 912[19], 1079, 1207 f., 1488, 1489[10], 1532

Zentralafrikanische Republik
S. 909, 912[19], 1488, 1489[10]

Zentralamerika-Politik
Dok. 61 und S. 101, 307–309, 704 f., 712–715, 906, 1415, 1653 f., 1664–1668, 1830
– Argentinien
S. 1849
– Arias-Plan
S. 8, 101, 307[39], 353 f., 356, 1666
– Bundesrepublik Deutschland
S. 8, 101, 307–309, 352–358, 395, 421–426, 631, 704 f., 712–715, 1623–1628, 1653 f., 1664–1668
– Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela)
S. 101, 307[36], 309[42], 352–358, 421–426, 1623[8], 1627[21], 1628, 1664–1668
– Costa Rica
S. 307–309, 352–358, 421–423, 713, 1623[8], 1624–1627, 1653 f.
– EG/EPZ
S. 6, 8, 101, 307–309, 352–358, 395, 421–426, 714 f., 1037, 1239, 1624, 1664–1668, 1850
– El Salvador
S. 307–309, 352–358, 421–423, 704[39], 1623[8], 1624–1627, 1653 f., 1664–1668
– Frankreich
S. 1653
– Griechenland
S. 426
– Großbritannien
S. 308, 1653
– Guatemala
S. 307–309, 352–358, 421–423, 1623[8], 1624–1627, 1653 f., 1664–1668
– Honduras
Dok. 314 und S. 307–309, 352–358, 421–423, 712–715, 1623[8], 1624–1627, 1653 f.
– Italien
S. 307[38], 308, 355
– Kanada
S. 307[38], 308, 355, 714[10], 1653[78], 1665 f.
– Kolumbien
S. 426
– Kuba
S. 712
– Luxemburg
S. 308
– Mexiko
S. 352–358, 426
– Nicaragua
S. 307–309, 352–358, 421–423, 704 f., 712–715, 1415, 1623–1628, 1653 f., 1664–1668, 1830
– Niederlande
S. 355
– Norwegen
S. 307[38]
– Panama
S. 422, 1849
– Portugal
S. 631
– Rio-Gruppe (Contadora und Contadora-Unterstützungsgruppe (Argentinien, Brasilien, Peru und Uruguay))
S. 307[37], 355, 357 f., 422, 424–426, 1849 f.

– Schweden
S. 307[38], 355, 395
– Spanien
S. 307[38], 308, 355, 714[10], 1653[78], 1665f., 1668
– UdSSR
S. 101, 490, 704f., 712, 832, 906, 1198, 1653, 1665–1668
– Unterstützergruppe (Argentinien, Brasilien, Peru, Uruguay)
S. 353–358, 424–426
– USA
S. 308, 353–355, 704, 713, 715, 832, 906, 1415, 1624f., 1653, 1665–1668, 1830, 1849–1851
– VN
S. 307[37], 308, 1653[78], 1665–1667

Zentralrat der Juden in Deutschland
S. 592, 594, 1016[2], 1700

Zollkriminalinstitut
S. 1920, 1923

Zypern/Zypern-Konflikt
siehe außerdem: KSZE
S. 430[9], 431[15], 547[4], 552f., 671, 725, 832, 906, 1431, 1525, 1615, 1774–1776, 1844, 1913, 1915

Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Juli 1988

Stand: Juli 1988

Koordinator für die deutsch-amerikanische zwischengesellschaftliche, kultur- und informationspolitische Zusammenarbeit
Prof. Dr. Werner Weidenfeld

Koordinator für die deutsch-französische Zusammenarbeit
Dr. Rainer Barzel
Persönl. Referent: VLR Dr. Gutmann

Bundesminister des Auswärtigen
Hans-Dietrich Genscher
Persönlicher Referent: VLR Dr. H.-H. Schumacher

01 Leitungsstab

010 Ministerbüro
Ministerialdirigent Dr. Jansen

012 Öffentlichkeitsarbeit
VLR I Dr. Pleuger

012-9 Öffentlichkeitsarbeit, Politische Kontakte
VLR Dr. Schumann

011 Parlaments- und Kabinettsreferat
VLR I Ischinger

013 Pressereferat
VLR I Chrobog

02 Planungsstab
Ministerialdirektor Dr. Citron
Forschungs-Koordinierung
VLR Bauer

03 Kommunikation
VLR I Engelhard

Staatssekretär
Dr. Hans Werner Lautenschlager
Geschäftsbereich: Abteilungen 4, 5 und 6
Persönlicher Referent: LR I Krekeler

Staatssekretär
Dr. Jürgen Sudhoff
Geschäftsbereich: Abteilungen 1, 2, 3 sowie 2 A und 7
Persönlicher Referent: VLR Dr. Zeisler

014 Büro Staatssekretäre
VLR I Dr. Bächmann

Staatsminister
Helmut Schäfer
Persönlicher Referent: LR I Dr. Baas

Staatsministerin
Dr. Irmgard Adam-Schwaetzer
Persönlicher Referent: LR I Michael

1 Zentralabteilung
Ministerialdirektor Dr. Bertele

Unterabteilung 10
Ministerialdirigent Huber

100 Allgemeine Personalangelegenheiten
VLR I Palenberg

101 Höherer Dienst; Honorarkonsuln
VLR I Dr. Rapke

103 Gehobener, mittlerer und einfacher Dienst; Arbeiter
VLR I Buchrucker

104 Deutsches Personal bei Inter- und supranationalen Organisationen
VLR Westphal

105 Sprachendienst
VLR I Kusterer

106 Gesundheitsdienst Leitender Medizinaldirektor Dr. Segadlo

108 Familien- und Frauenfragen
VLRin I Holik

1 – I Inspekteure
Chefinspekteur
Botschafter Dr. Gorenflos

1 – AF Ausbildung und Fortbildung
Botschafter Dr. Sympher

1 – VP Vorprüfungsstelle
VLR Haller

Arbeitsstab (AS GAD)
Gesetz Auswärtiger Dienst
VLR I Dr. Kliesow

Unterabteilung 11
Ministerialdirigent Gründel

110 Organisation
VLR I Dr. Kruse

111 Liegenschaften und Sachverwaltung der Vertretungen im Ausland
VLR I Weindel

112 Haushalt und Finanzen Beauftragter für den Haushalt
VLR I Beyer

113 Besoldung
VLR I Rudolph

114 Chiffrier- und Fernmeldewesen
VLR I Dr. Giesecke

115 Innerer Dienst
VLR Auer

116 Bibliothek und Dokumentation, Geographisch-Kartographischer Dienst
VLR I Waldner

117 Politisches Archiv und Historisches Referat
VLR I Waldner

118 Sicherheit und Geheimschutz
VLR I Dr. Weber

119 Informationsverarbeitung
VLR Boomgaarden

Personalrat des Auswärtigen Amts
VLR Horsten

2 Politische Abteilung
Ministerialdirektor Dr. Freiherr von Richthofen

Unterabteilung 20
Ministerialdirigent Dr. von Ploetz

200 Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; nichtstaatliche europäische Organisationen
VLR I Dr. Schilling

201 Atlantisches Bündnis und Verteidigung
VLR I Dreher

209 Sonstige militärpolitische Angelegenheiten (Ausbildungs- und Verteidigungshilfe, Rüstungszusammenarbeit, Übungen, WEU)
VLR von Arnim

202 Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein
VLR I Holthoff

203 Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden
VLR I Dr. Kuhna

204 Vereinigte Staaten von Amerika, mit den Außengebieten in der Karibik und im Pazifik; Koordinierung der deutsch-amerikanischen zwischengesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit
VLR I von Moltke

205 Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten
VLR I Dr. Schneppen

Unterabteilung 21
Ministerialdirigent Dr. Kastrup

210 Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen
VLR I Dr. Lambach

212 Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u.a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)
VLR I Dr. Haak

213 Sowjetunion
VLR I Dr. Heyken

214 Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien
VLR I Dr. Derix

215 Auswärtige Angelegenheiten beim Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin
VLR I Freiherr von Groll

2 – Z Botschafter z.b.V.
2 – Z 1
Botschafter Graf zu Rantzau
2 – Z 2
Botschafter N.N.

2 A Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle
Botschafter Dr. Holik

Vertreter
VLR I Dr. Hofstetter

220 Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START
VLR I Dr. Seibert

221 Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa (insbesondere MBFR und KVAE)
VLR I Dr. L. Buerstedde

222 Genfer Abrüstungskonferenz, insbesondere nuklearer Teststopp, B- und C-Waffen; Nichtverbreitung; regionale Abrüstung außerhalb Europas; Kontakte zu Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung
VLR I von Butler

Unterabteilung 23
Ministerialdirigent Bazing
Koordinator für Menschenrechtsfragen

230 Vereinte Nationen: Grundsatzfragen, Generalversammlung, Sicherheitsrat
VLR I Dr. Vollers

231 Politische Fragen des Wirtschafts- und Sozialbereichs der Vereinten Nationen; Menschenrechtsfragen
VLR I Dr. Giesder

232 VN-Sonderorganisationen, weltweite zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen, Dekolonisierungsfragen
VLR I Dr. Steinmann

223 Abrüstung und Rüstungskontrolle in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen
VLR Dr. Barker

3 Politische Abteilung
Ministerialdirektor Schlagintweit

31 Beauftragter für Nah- und Mittelostpolitik
Ministerialdirigent Dr. Fiedler

32 Beauftragter für Afrikapolitik
Ministerialdirigent Dr. Sulimma

33 Beauftragter für Lateinamerikapolitik
N.N.

34 Beauftragter für Asienpolitik
Ministerialdirigent Dr. Zeller

300 Grundsatz- und Koordinierungsfragen, Blockfreienbewegung, Islamische Konferenz, Ausstattungshilfe
VLR I Dr. Holubek

301 Humanitäre Sofort-, Katastrophen- und Flüchtlingshilfe im Ausland
VLR I Zehentner

310 Naher Osten
VLR I Richter

310-9 Europäisch-Arabischer Dialog
VLR Schramm

311 Mittlerer Osten, Maghreb
VLR I Dr. Dassel

320 Südliches Afrika
VLR I Nöldeke

321 West- und Zentralafrika
VLR I Ganns

322 Ostafrika, Zaire
VLR Dr. Gräfin Strachwitz

330 Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Paraguay, Peru, Uruguay
VLR I Dr. Heubaum

331 Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela, Zentralamerika, Karibik
VLR I von Jagow

340 Südasien
VLR I Elias

341 Ostasien
VLR I Dr. Scheel

342 Südostasien, Australien, Neuseeland, Pazifik
VLR I Dr. Ahrens

4 Wirtschaftsabteilung
Ministerialdirektor Dr. Jelonek

Unterabteilung 40
Beauftragter für Nord-Süd-Verhandlungen
Botschafter Dr. Massion

400 Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungspolitik, Grundsätze der finanziellen Zusammenarbeit; Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaften; Multilaterale Entwicklungsbanken (Weltbank); DEG; KfW, DIE
N.N.

401 Außenpolitische Fragen und Grundsätze der Technischen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern; GTZ, DSE, DED, Technische Zusammenarbeit im VN-Bereich: insbesondere UNIDO, UNDP; regionale VN-Wirtschaftskommissionen (ECE, ESCAP, ECLA, ECA, ECWA) und VN-Treuhandprojekte
VLR I Albrecht

402 Grundsätze des Nord-Süd-Dialogs; Multilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der VN, insbesondere UNCTAD und ECOSOC; Internationale Rohstoffpolitik einschließlich Tiefseebergbau; Welternährungsfragen, insbesondere FAO
VLR I Oestreich

405 Internationale Energiepolitik; Energiewirtschaftliche Beziehungen zu Förder- und Verbraucherländern; Nichtnukleare Energiefragen in der EG und anderen internationalen Organisationen; Nichtnukleare Energieforschung
VLR Schöning

Unterabteilung 41
Ministerialdirigent Dr. Trumpf

410 Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Rechtsfragen, Beitritte, EG-Haushalt
VLR I Dr. Kudlich

410-9 Europäisches Parlament
VLR Dr. von Rom

411 Europäische Gemeinschaften: Außenbeziehungen: West, EFTA, Ost, Gemeinsame Handelspolitik, GATT, bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zu westlichen Industrieländern (außer EG-Mitgliedstaaten)
VLR I Rosengarten

412 Europäische Gemeinschaften: Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik; Europäisches Währungssystem; Internationale Wirtschafts- und Währungsfragen; Wirtschaftsgipfel, IWF, OECD
VLR I Dr. Schönfelder

413 Assoziations- und Kooperations-Politik der EG; Beziehungen der EG zur Dritten Welt und Südafrika; bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zu europäischen Staaten des Mittelmeerraums
VLR von Stechow

416 Europäische Gemeinschaften: Binnenmarkt; Landwirtschafts-, Fischerei-, Industrie-, Regional-, Wettbewerbs-, Verkehrs-, Sozial- und Verbraucherpolitik; Bildungspolitik; Rechtsangleichung, bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zu den EG-Mitgliedstaaten
VLR I Dr. Schürmann

Unterabteilung 42
Ministerialdirigent Dr. Höynck

421 Wirtschaftsbeziehungen zu den europäischen RGW-Staaten, Jugoslawien und Albanien; West-Ost-Wirtschaftsbeziehungen
VLR I Dr. Gerhardt

422 Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenwirtschaftsförderung; Gewährleistungen für Ausfuhren und Auslandsinvestitionen; Umschuldungen staatlich versicherter Handelsforderungen; Messewesen
VLR I von Wistinghausen

423 Internationale Verkehrspolitik; Internationales Post- und Fernmeldewesen; Rundfunk- und Fernsehplanung; Internationale Tourismuspolitik (einschließlich WTO)
VLR I Garbers

424 Exportkontrollfragen; Koordinierungsausschuß für Multilaterale Strategische Exportkontrollen (COCOM); Rüstungsexport
VLR I Ackermann

Unterabteilung 43
Ministerialdirigent Dr. Pabsch

430 Internationale Zusammenarbeit bei der technologischen Entwicklung und naturwissenschaftlichen Forschung
VLR I von Rohr

431 Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung; EURATOM, OECD-NEA, IAEO; Weltraumforschung und -erschließung; ESA; Trägertechnologien
VLR I Dr. Ritter von Wagner

432 Außen- und europapolitische Fragen der Informations- und Kommunikationstechnik; Telekommunikationspolitik einschließlich weltraumgestützte Systeme; Informationsmarktpolitik; grenzüberschreitender Informations- und Datenverkehr
VLR Dr. Grewlich

433 Internationale Umweltpolitik
VLR I Dr. Hoffmann

5 Rechtsabteilung
Ministerialdirektor Dr. Oesterhelt
Völkerrechtsberater

Unterabteilung 50
Ministerialdirigent Dr. Eitel

500 Allgemeines Völkerrecht
VLR I Dr. Hilgenberg

501 Völkerrechtliche Verträge
VLR I Dr. Graeve

502 Recht der diplomatischen und konsularischen Beziehungen und der Beziehungen zu internationalen Organisationen
VLR Gerster

503 Kriegsfolgen: Aus Krieg und Besatzung entstandene Fragen, Truppenstationierung, Auslandsvermögen, Auslandsschulden, Wiedergutmachung, Grenzen der Bundesrepublik Deutschland
VLR I Dr. S. Buerstedde

504 Arbeitsstab Antarktis-Konferenzen und Recht der Sondergebiete (See- und Weltraumrecht)
VLR I Dr. Messer

Unterabteilung 51
Ministerialdirigent Freiherr von Stein

510 Staats- und Verwaltungsrecht
VLRin Geissler-Kuß

511 Strafrecht, Steuer- und Zollrecht
VLR I Bosch

512 Zivilrecht, Handels- und privates Wirtschaftsrecht, internationales Verkehrsrecht
VLR I Wasserberg

513 Arbeits- und Sozialrecht; Aussiedlung Deutscher und Volksdeutscher, Hilfe für Deutsche im Ausland (§§ 5, 6 KG)
VLR I Dr. Kunzmann

514 Ausländerrecht einschließlich Asylrecht; Sichtvermerkswesen; Ausländerpolitik
VLR I Mattes

515 Internationale Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen
VLR I Heldt

6 Abteilung für auswärtige Kulturpolitik
Ministerialdirektor Dr. Witte
Beauftragter für internationale Medienpolitik

Unterabteilung 60
Ministerialdirigent Dr. Neukirchen

600 Grundsatzfragen, Gesamtplanung, kulturpolitische Öffentlichkeitsarbeit, Förderung der deutschen Sprache, Gästeprogramm
VLR I Dr. Pieck

600-9 Kulturhaushalt, zentrale Mittelbewirtschaftung und Verwendungskontrolle
LR Bauer

601 Goethe-Institut, deutsch-ausländische Kulturgesellschaften
VLR I Bald

602 Darstellende Kunst, Musik; Bildende Kunst
VLR I Arz von Straussenburg

603 Internationale Medienpolitik, Fernsehen, Hörfunk, Film, Literatur und Buchwesen
VLR Sommer

604 Gesellschaftliche Gruppen, internationale gesellschaftspolitische Zusammenarbeit, Maßnahmen und Fragen der politischen, beruflichen und allgemeinen Weiterbildung
VLRin Banerjea-Komers

605 Deutsche Sprache
VLRin Mayer-Schalburg

Unterabteilung 61
Ministerialdirigent Dr. Wittmann

610 Grundsatzfragen, Planung und Koordinierung der regionalen und bilateralen kulturpolitischen Zusammenarbeit mit Staaten in West- und Osteuropa sowie mit USA, Kanada, Japan, China, Australien, Neuseeland; Kulturabkommen; Kulturreferententagungen
N.N.

610 B Büro des Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit – Arbeitseinheit I –
VLR Dr. Merkel

611 Grundsatzfragen, Planung und Koordinierung der regionalen und bilateralen kulturpolitischen Zusammenarbeit mit Staaten in Lateinamerika, Afrika, im Nahen Osten, Süd- und Südostasien, Korea; Kulturabkommen; Kulturreferententagungen
VLR I Eberle

612 Auslandsschulen, Schulwesen
VLR I Dr. Siemes

613 Wissenschaft und Hochschulen
VLR I Graf Lambsdorff

614 Jugend, Sport, Kirchen
VLR Dr. Weisel

615 Multilaterale Zusammenarbeit
VLR I Werndl

7 Protokoll
Botschafter Dr. Holtermann

Vertreter
Gesandter Jochum
Gesandter Dr. Seemann

700 Besuche von Staatsoberhäuptern, Regierungschefs und Außenministern sowie Reisen des Bundespräsidenten, Bundeskanzlers und Bundesaußenministers im Ausland
VLR I S. Rudolph

701 Fremde Missionen und Konsulate (einschließlich Veranstaltungen für das Diplomatische Korps), Zeremoniell, Orden
VLR Dr. Dodenberg